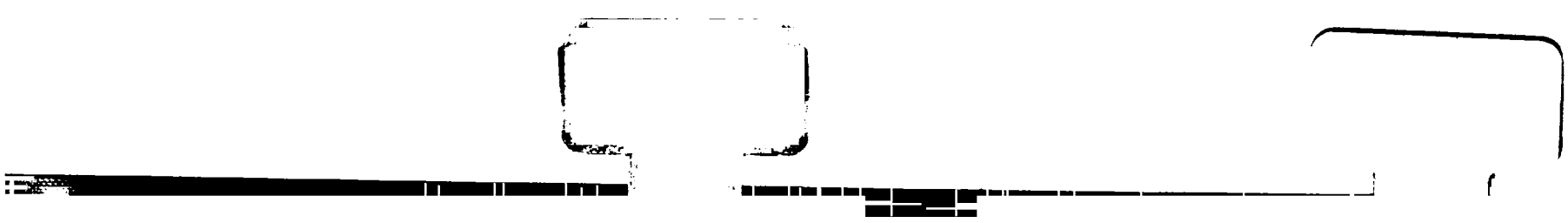
Vorwärts

UNIVERSITY OF VIRGINIA LIBRARY
X000012380

UNIVERSITY
OF VIRGINIA
CHARLOTTESVILLE
LIBRARY



Vorwärts

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands

Herausgegeben
von
Wilhelm Liebknecht
und
Wilhelm Hasenclever

Unveränderter Neudruck
Mit einer Einleitung
von
KARL-HEINZ GENSCH

1. Juli 1877 – 30. Dezember 1877

ZENTRALANTIQUARIAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
LEIPZIG 1977

Fotomechanischer Neudruck der Originalausgabe 1876–1878
nach dem Exemplar des
INSTITUTS FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED
Druck: Nationales Druckhaus, VOB National, 1055 Berlin
Printed in the German Democratic Republic
Ag 509/29/1977

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pro. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., pro. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 76. Sonntag, 1. Juli. 1877.

Nieder mit der Republik!

Ja, nieder mit der Republik, mit der französischen Bourgeoisrepublik, je eher desto besser — das ist unser innigster Wunsch.

Wenn wir auch die republikanische Staatsform für eine ungleich bessere halten, als die monarchische, so müssen wir doch eingestehen, daß wenn in einer solchen besseren Staatsform ein schlechtes Staatswesen sich kundgibt, daß dann die Form selbst nur täuschend auf die Staatsbürger einwirkt, daß die Scheinfreiheit, die sich breit macht, demoralisirender wirkt, als die geringere Freiheit in einer starreren Staatsform.

Und in der französischen Republik liegt die Freiheit am Boden; dasjenige aber, was sich noch breit macht, ist nur Scheinfreiheit.

Ob aber Thiers oder Mac Mahon das Volk knebelt, das kann demselben ganz gleich sein. Unter Thiers befand sich die Bourgeoisie allerdings wohler, weil Thiers selbst ein eingefleischter Bourgeois ist; dem arbeitenden Volke aber, dem Proletariat, hatte dieser Präsident einer Republik den Fuß ebenso sehr auf den Nacken gesetzt, als es der jetzige Präsident, der äußerlich gestunte, nur zu thun vermag.

Beide Präsidenten sind Henker der Commune, der Volksfreiheit, beide haben die Amnestie verweigert, in beider Namen wurde das Volk gemordet und beide haben das Recht gebeugt und die Freiheit besudelt.

Von der Ebene von Satory erschallt der Ruf: „Volk von Frankreich, rühr' keine Hand, laß' sie sich zerfleischen die kaiserlichen- und Bourgeois-Republikaner, bis zur Vernichtung, dann erst wirst du Ruhe haben!"

Vom arbeitenden Volk wird dieser Ruf gehört werden; das Kaiserthum ist für dasselbe nicht schlimmer, als eine Thiers'sche Republik, aber es haben sich diejenigen Männer schon von dem lobenden Gesang der Gambetta's und Thiers bethören lassen, welchen das Volk von Paris, welchen das französische Proletariat bis jetzt, wenn auch nicht im vollen Maße, so doch noch immer einen Theil seines Vertrauens schenkte.

Die Intransigenten, die Abgeordneten der äußersten Linken, Louis Blanc, Lockroy ꝛc. ꝛc. haben sich mit dem linken Centrum und der Linken geeinigt, mit den Herren Marcère, Jules Ferry und Gambetta, um bei den nächsten Nationalwahlen vereint und „unter derselben Fahne" als Candidaten aufzutreten.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt allerdings darüber:

„Der Entschluß der verschiedenen Gruppen, aus welchen sich die Linke der französischen Deputirtenkammer zusammensetzt, die 363 als Candidaten aufzustellen, kann nur ein glücklicher genannt werden. Es wird damit äußerlich die Einigkeit der republikanischen Partei auf's Beste dokumentirt und jede Bekämpfung der Fraktionen im eigenen Lager vermieden. Im Kreise, wo bisher ein ausgesprochener Radikaler Abgeordneter war, werden also die Anhänger des linken Centrums demselben ohne weiteres ihre Stimme geben, wie umgekehrt die Intransigenten von der Farbe Louis Blanc's und Madier's die ihrigen auf einen Anhänger Thiers vereinigen. Damit ist die Befehdung in der eigenen Partei ausgeschlossen, gerade der giftigste Streit unmöglich gemacht. In den übrigen Bezirken, die bis jetzt die Monarchisten behaupteten, steht es alsdann den Republikanern frei, schon für den ersten Wahlgang ein Abkommen zu treffen, was immer das klügste wäre, oder in der Stichwahl für den Meistbestimmten ihres Lagers einzutreten."

Für die „Frankfurter Zeitung" mag dieser Standpunkt ein angemessener sein, weil sie sich lediglich in die republikanische Staatsform verliebt zu haben scheint.

Wenn zum Beispiel in Deutschland Fürst Bismarck plötzlich den Culturkampf beendete und mit den „Schwarzen" im Bündnisse eine große dominirende conservative Partei gründen wollte, welche den Parlamentarismus und das Bischen Freiheit in Deutschland noch mehr bedrohte, und wenn Bismarck den Reichstag auflöste, würde dann auch die „Frankfurter Zeitung" ein Zusammengehen der „Demokraten" mit den Nationalliberalen und Fortschrittlern bei den Neuwahlen als einen „glücklichen Entschluß" anpreisen?

Die sozialistischen Abgeordneten in Deutschland würden sich sehr bedanken, mit den Nationalliberalen „unter derselben Fahne" zu marschiren!

Wir nennen deshalb auch das Beginnen der äußersten Linken in Frankreich, der Intransigenten, einfach bei dem richtigen Namen: es ist der schnödeste Volksverrath!

„Unter derselben Fahne" — so lautet der Wortlaut in der Proclamation — wollen die Radikalen mit den Henkern der Commune kämpfen! Schmach über diese Renegaten; die Geister der gemordeten Communehelden mögen sie auf allen Pfaden drohend begleiten. —

Ob die Abgeordneten Naquet, Ordinaire, Barodet, welche zur Fraktion der äußersten Linken gehören und dem Sozialismus sehr nahe stehen, dem Beschluß der Fraktion zugestimmt haben und ihn ausführen helfen wollen, das wissen wir nicht. Stehen sie nicht auf dem Standpunkt des Louis Blanc, Lockroy und der Fraktion, dann müssen sie dies öffentlich erklären, andernfalls trifft auch für sie Alles zu, was wir von den Herren sagen, welche im Namen der Radikalen den Pakt unterzeichnet haben.

Auch wird die ganze Macht durch den geschlossenen Pakt der rechten Seite der sogenannten vereinigten Linken zugesprochen — Thiers, Jules Simon, Jules Favre, Jules Ferry und vielleicht auch noch Gambetta erhalten die Kastanien, welche die Radikalen aus dem Feuer holen helfen.

Wahrscheinlich aber verbrennen sie sich sämmtlich die Pfoten und dann bekommen die Louis Blanc ꝛc. die Lulu'sche Reitpeitsche gleichfalls wie die Gambetta ꝛc. Mehr verdient haben sie sie noch, als die Letzteren; eine verdiente Züchtigung ist aber immer überaus schmerzlich.

Das Volk von Frankreich wird an diesem neuen Vorkommniß erst recht erkennen, daß nur der Sozialismus die wahre Grundlage der Volksfreiheit bildet, es wird sich absagen von allen Schönschwätzern, absagen von allen Tyrannen, ob sie mit dem Degen oder mit dem Regenschirm einherstolziren.

Aufklärung, ganze volle Aufklärung, hinein in's Volk getragen, muß auch in Frankreich die Losung sein, dann wird keine Ueberrumpelung mehr stattfinden — dann wird die sozialistische Republik entstehen.

Bis dahin aber ist es gleich, ob Thiers mit dem Gambetta-Louis Blanc'schen Schweif, oder ob der zukünftige Schwiegersohn Mac Mahon's, Lulu, das Heft in Händen hat — sie taugen alle Beide nichts!

Das Ammenwesen.

Ein schwarzer Punkt in unserem heutigen Gesellschaftszustand.
Von einem Bourgeois.

Was ich schreibe, betrifft einen sehr speziellen Punkt in dem Organismus unserer Gesellschaft. Aber ich glaube, daß er, an dem sich so recht grell der Sklavenzustand zeigt, in den die ökonomische Abhängigkeit einen Theil des Volkes versetzt, wohl werth ist, eine Besprechung zu finden. Der Inhalt meiner Gedanken aber entstammt nicht bloßer theoretischer Ueberlegung, sondern ist im Kampf zwischen dem Interesse und dem Gedanken an das, was ich für Recht halte, hervorgegangen.

Warum nehmen die reichen Leute sich Ammen aus dem Volke, fragte eine arme Italienerin einen Richter. Es geschieht, um ihre Frauen zu schonen, gab ihr dieser zur Antwort. Nein, entgegnete diese erbittert, es geschieht, damit die Kinder der Reichen sich früh gewöhnen, das Blut der Armen zu saugen.

Beide Antworten enthalten das Gleiche. Die letztere sagt es nur deutlich — das ist aber „ungebildet", was jene gebildet ausdrückt. Um sein Weib zu schonen, bezahlt der reiche Mann ein Weib aus dem Volk, seiner Mutterpflicht untreu zu werden, und sein Kind saugt das Lebensblut, das durch's Recht der Natur dem Kinde des Armen gehörte. Denn Niemand wird heute mehr zu behaupten wagen, daß das arme Würmchen des Weibes aus dem Volke von Natur ein anderes Menschenrecht besitzt, als das wohlbehütete Kind des Millionärs. Wenn es reden könnte, würde es nicht seiner Mutter zürnend entgegenrufen dürfen: Du bist wie Judas, und verräthst um schnöde Silberlinge, was Dein theuerstes sein sollte; und Du reicher Mann mit Deinem Gold, was bist Du anders als ein Dieb an meinem Eigenthum?

Wer vermag es, einen Unterschied anzugeben zwischen dem Reichen, der den Richter besticht, das Recht des Armen zu seinen Gunsten zu beugen, und dem, der eine Mutter besticht, die nährende Brust ihrem Kind zu Gunsten des seinigen zu entziehen? Mein Interesse hätte gewünscht, einen zu finden, aber ich weiß keinen.

Kant's Prinzip der Sittlichkeit, sein kategorischer Imperativ gebietet: Handle so, das die Maxime deines Willens zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung dienen könne. Dieser Satz wird in einer danach aufgebauten sittlichen Gemeinschaft lauten: Diene der Gemeinschaft, dann wirst du dir dienen. Die Mutter, die sich verkaufen will, dem Reichen, der sie zu erkaufen trachtet, gebietet dieses Sittengesetz unbedingt: Du darfst nicht, sonst begehst Du ein Verbrechen an der sittlichen Gemeinschaft.

Freilich wird es sehr selten den Menschen in den Sinn kommen, daß der durch die Gewohnheit geheiligte Gebrauch vor dem Richterstuhl strengen Denkens Frevel, Verbrechen ist. Dem reichen Fabrikanten, der sich eine Amme nimmt, um seine Frau der Unbequemlichkeit des Stillens zu überheben, der armen Mutter, der sein Gold in die Augen sticht, und die an die schöneren Kleider denkt, die sie sich dafür anschaffen kann, wird es kaum in den Sinn kommen, daß sie Unrecht thun. Gedankenlos, gleichgiltig, wo nicht gar frivol, ziehn sie auf den Markt zu kaufen und zu verkaufen — Menschenleben und Menschenblut. Und wenn man es wagt, die sittlichen Fragen hervorzukehren, welche Antwort hört man da? „Das ist einfach lächerlich! Wer wird sich mit solchen Spitzfindigkeiten plagen." Wenn nun auch der Person das Kind stirbt, dann ist's ihm wohl und sie will's ja vielleicht nicht anders. Dein Kind kann doch eher etwas in der Welt werden, als das der armen Person. Ihr's kann höchstens Ackerknecht oder Bedienter werden, deins aber wird einmal eine „bessere" Stellung in der Gesellschaft einnehmen.

Und hier frag ich wieder: Ist denn das das Richtige? Was hat mein Kind voraus vor jenem? Ich sagte jenes sittliche Gebot gilt unbedingt in der sittlichen Gemeinschaft. Ist aber in Wirklichkeit die Gesellschaft so, daß Fälle denkbar sind, wo jenem Sittengesetz entgegengehandelt werden muß, dann ist das kein Verbrechen mehr, für das der Einzelne verantwortlich zu machen wäre, dann ist es ein Verbrechen einer unsittlichen Gesellschaftseinrichtung.

Und die arme Mutter spricht: Ich bin in einem solchen Fall, wo ich dem Sittengesetz entgegen handeln muß. Sieh dir, du Sittenprediger, die trostlose Oede meines Gemachs an, betrachte die armseligen Lumpen, die mein Kind umhüllen und wirf einen Blick auf meine armselige Rechnung, die bald den Lebensquell versiegen lassen wird. Dann muß ja mein Kind sicher sterben; da die Mittel, es anders zu ernähren, mir fehlen. Schaffe ich mir aber diese, indem ich dem Kind des Reichen die Mutterbrust biete, so erhalte ich meins doch vielleicht. Das Sittengesetz gebietet mir ja Erhaltung meines Kindes, und da die Gesellschaft mir kein anderes Mittel bietet, dieser Pflicht zu genügen, so trifft die Gesellschaft auch die Verantwortung für den Tod, den mein Thun „vielleicht" meinem Kind bringt.

Der Reiche aber spricht: Auch ich habe die Pflicht, mein Kind zu erhalten. Kann ich's ändern, daß die Erziehung der heutigen Tage so viele Weiber unfähig macht, ihrer natürlichsten Pflicht zu genügen. Konnte ich die Krankheit hemmen, die mein Weib der Fähigkeit, zu stillen, beraubte? Der Arzt sagt: Dein Kind muß Muttermilch haben, oder es stirbt. Besteht nun in der Gesellschaft, deren Wohl ich achten soll, eine Einrichtung, die es mir ermöglicht, meiner Pflicht nach jeder Richtung zu genügen. Gesetzt, ich verschmähe es, zu der Bestechung zu greifen und mein Kind stirbt, was habe ich dann erreicht? Gegen mein Kind habe ich die Pflicht der Erhaltung versäumt, dem des Armen nichts genützt. Denn seine Mutter muß sich doch dem Ammendienst widmen, und hunderte werden ihr vielleicht das Elend ihres Kindes bezahlen. Gegenüber dem Rad, das die Gesellschaft treibt, ist der einzelne ohnmächtig. Will er sich ihm entgegenstemmen, er wird zermalmt, und das Rad geht ruhig weiter wie zuvor. Wenn ich keine Arbeit habe und mein Vermögen ist aufgezehrt, so werde ich mir Nahrung nehmen, wo ich sie finde. Das gebietet die Pflicht der Selbsterhaltung. Ich weiß, daß es ein Verbrechen ist, aber die Gesellschaft gibt mir keine Möglichkeit, mich redlich zu ernähren, ich kenne mein Unrecht, aber ich muß es thun. — Wenn ich allmonatlich die Zinscoupons meiner Papiere abtrenne, so weiß ich genau, daß der Betrag derselben einen Theil von dem ausmacht, was einer Anzahl Arbeiter, die die entsprechenden Werthe schufen, zu wenig ausgezahlt worden ist. Ich darf mich aber dieses Mittels im Kampf um's Dasein nicht entschlagen. Ein Anderer leide, oder ich; ich begehe einen Raub, aber ich muß. Und wenn mein Kind das Leben eines anderen Kindes saugt, so weiß ich wohl, ich begehe vielleicht einen Mord — aber ich muß.

Viele werden heutigen Tags mir diese Schlußfolgerung zugeben, aber vornehm lächelnd sagen: kann man's ändern? das ist unmöglich. — Weg mit diesem albernen Wort! Nichts Menschliches ist unmöglich, wenn die Erkenntniß einmal verbreitet ist, daß das Bestehende Unrecht und also menschlich Gewordenes ist; denn in der Natur besteht kein Unrecht. Die Frage: Recht oder Unrecht? ist die Kernfrage, an der alles geprüft werden muß. Ihr gegenüber gibt's kein Beugen und keinen Compromiß. Wo das Unrecht ist, da muß man zu ändern suchen, und liegt's in der Gesellschaftsordnung, so muß sie fallen, und eine andere an ihre Stelle treten. Ich will nichts hören von Unmöglichkeit. Helft nur Erkenntniß verbreiten, dann wird's möglich. Die Frage nach Recht und Unrecht hat doch noch ihren Zauber, und ich weiß manchen, den sie aus dem stumpfen Taumel der Anbetung des Erfolges und der Mutter Gewohnheit herausgerissen hat.

Wenn aber geändert worden ist, werden dann alle Mißstände schwinden? Wird auch in Bezug auf meine Frage sich eine befriedigende Lösung finden?

Menschlich und schwach werden unsere Einrichtungen immer sein; aber es ist ein Unterschied, ob ein System besteht, das mit Nothwendigkeit Mord, Raub und Gewaltthat erzeugt und in gewissen Formen sogar privilegirt, oder ob ein System herrscht, in dem alle Schäden vorzugsweise Schäden der Individuen sind. Daß die Verbrechen dann seltener sein müssen, ist zweifellos, und daß auch unsere Frage im Wesentlichen gelöst werden wird, ist für den, der den Sozialismus durchdacht hat, keine Frage.

Alles hängt untrennbar zusammen in dieser Gesellschaft, und wenn die Grundpfeiler derselben vernichtet sind, wenn die ökonomische Abhängigkeit aufhört, jeder das Recht hat, am gemeinsamen Arbeitsgut seine Lebensbedürfnisse zu erarbeiten, dann kann es auch keine Mutter mehr geben, die für einige Goldstücke sich zur Sklavin erniedrigen möchte, wenn dann die Erziehung gleichmäßiger und naturgemäßer sein wird, dann kann es auch so häufig nicht mehr vorkommen, daß die Natur der Mutter die Fähigkeit, ihr Kind zu nähren, versagt. Und wo sie einmal unglücklicher Weise fehlen sollte, da wird in einer Gesellschaft, wo Herrschaft und Knechtschaft, und in Folge dessen Hochmuth und Knechtssinn kein Lebensprinzip mehr bilden, die freie mittheilende Liebe der von Natur Reichen sich leicht und willig organisiren, den von Natur Armen da beizustehen, wo es noth ist.

R.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Selbstmorde und Fabrikantenfrevel. Durch die liberalen Zeitungen geht folgende, den Haupttheil des Großherzogthums, das Herzogthum Oldenburg betreffende Notiz: „In einer besorgnißerregenden Weise mehrt sich hier zu Lande die Zahl der Fälle, wo die Menschen dem Elend ihres Daseins auf eigenmächtige Weise ein Ende bereiten. Bei einer Bevölkerung des Herzogthums von 250,000 Seelen sind in den ersten 5 Monaten dieses Jahres bereits dreiunddreißig Selbstmorde zur Kenntniß der Lokalblätter gelangt. Schlechte Erwerbsverhältnisse, die seit dem letzten Kriege beispiellos häufig auftretende Trunksucht werden meistens als Grund dieser betrübenden Erscheinung angegeben."

Zunächst sei hier bemerkt, daß es keine Gegend in Norddeutschland gibt, wo die sozialdemokratische Agitation so siegreich durch den Liberalismus zurückgehalten worden ist, als Oldenburg. Wie oft haben die Liberalen ausgerufen: „Hier in Oldenburg ist kein Boden für sozialistische Agitation!" In der Stadt Oldenburg wurden lange Zeit unsere Redner von den Hirsch-Duncker'schen Harmonie-Arbeitern nöthigenfalls unter

brochen; vor Kurzem ist es endlich gelungen, kleinere Versammlungen ungestört abhalten zu können. — Jetzt hören wir also die Gründe, weshalb es so schwer ist, unser Banner dort aufzupflanzen. Nicht der „gesunde Sinn" der Bevölkerung ist es, nein, der ungesunde Sinn, die Unmoralität, die Trunksucht, sie, die vom Liberalismus gepflegt worden sind, diese Laster sind es, welche unseren moralischen und erlösenden Ideen den Eingang nach Oldenburg so sehr erschweren. Die Bevölkerung von Oldenburg war an und für sich gesund — der Liberalismus hat dieselbe krank, sehr krank gemacht, der Sozialismus allein kann sie wieder heilen.

Allgemeines Aufsehen hat eine Angelegenheit hervorgerufen, welche kürzlich vor dem Schöffengericht zu Blumenthal an der Weser sich abspielte. Eine bedeutende, auf der Weltausstellung zu Wien preisgekrönte Firma Reiners zu Brake a. d. Weser, die auch der kaiserlichen Marine bedeutende Posten Tauwerk lieferte, wurde öffentlich beschuldigt, zur Fabrikation desselben das verderbliche Schwerspat verwendet und in Folge dessen Sicherheit der Kriegsschiffe und Mannschaften aufs Höchste gefährdet zu haben. Reiners klagte auf Verleumdung, erlitt jedoch eine Abweisung und Verurtheilung in die Kosten, da vereidigte Sachverständige das Vorhandensein des schädlichen Stoffes im Reiners'schen Fabrikat nachwiesen. Man ist allgemein gespannt, welche Schritte von der kaiserlichen Admiralität gegen Reiners geschehen werden und in Betreff der von demselben mit schwerspathhaltigem, unzuverlässigem Tauwerk versehenen Kriegsschiffe. — An den Kriegsschiffen selbst, deren Werth ja durch die sichere Anwendung der Torpedos auf Null gesunken ist, liegt uns nichts, aber die Menschen auf denselben sind unsere Brüder, welche einer fabrikantlichen, kapitalistischen Gaunerei zum Opfer fallen, vielleicht schon theilweise zum Opfer gefallen sind. Unsere heutige Produktion ist oberfaul — der einzelne Unternehmer, um die Concurrenz aushalten zu können, muß betrügen, und so sehen wir überall Verfälschung von Lebensmitteln und allerlei Consumartikeln. Nun haben wir auch schon eine Verfälschung von Kriegsmaterial — der Militärstaat wird da allerdings nicht spaßen, ob ihn dabei Humanitäts- und Gerechtigkeitsrücksichten leiten, ist eine andere Sache.

— Eine neue Zeugnißzwang-Affaire. In dem westpreußischen Städtchen Löbau ist vor Kurzem eine Broschüre über die Schattenseiten des preußischen Richters erschienen, die einiges Aufsehen gemacht hat, da sie in scharfer Weise Mißstände behandelt, die den Nimbus des preußischen Richters vollständig zu nichte machen. Als Verfasser ist auf dem Titel ein „preußischer Richter" genannt, der sich mit dem Pseudonym Nikolaus Planenberg dem Wohlwollen der Justizbehörden — entziehen zu können glaubte. Dazu bemerkt die „Frankfurter Zeitung": Aber wozu wäre der Zeugnißzwang? Strafbares enthält die Schrift nicht; man muß das wenigstens annehmen, da bis jetzt weder Confiscation noch Anklage erfolgt ist. Dagegen bietet sie, wenn der Verfasser wirklich aktiver preußischer Richter ist, reichen Stoff zu einem Disziplinarverfahren. Dazu braucht man aber, wie weiland die Nürnberger für ihren Galgen, einen Mann, den man fassen kann. Der Argwohn der Justizbehörde richtete sich zuerst gegen den Löbauer Kreisrichter Dr. Kolkmann; derselbe erklärte bei seiner Vernehmung, daß er der Verfasser nicht sei. Man lud hierauf den Verleger, den Buchhändler Skrzeczek in Löbau, vor Gericht, und dieser bekannte sich als der gesuchte Nikolaus Planenberg. Dem Mann war, wenn man ihn als Autor gelten ließ, nichts anzuhaben, und die Nachforschung wäre also für die Behörden resultatlos gewesen — aber wenn sie nun Herrn Skrzeczek nicht als Planenberg anerkennen, wie dann? Dann wird der Herr Verleger wieder einfacher Zeuge, den man, wenn er renitent ist, einsperrt. — Und eingesperrt ist am 25. Juni der Verleger plötzlich und bleibt so lange im Loche, bis er der Justizbehörde einen ihr genehmen Verfasser genannt hat. Seit der Beseitigung der Kantecki-Geschichte war es auch in der Zeugnißzwang-Angelegenheit in Preußen recht langweilig geworden; man hat doch jetzt wieder dem Reichstage Gelegenheit zu einer neuen Interpellation und zu einer neuen — Blamage gegeben.

— Wie das Volk lebt. Dem Privatbrief eines schlesischen Landwirths entnehmen wir folgende Stelle: „— — Ich finde es unerklärlich, wie die Menschen von dem Wenigen leben und arbeiten können, was sie erhalten. Ein Beispiel mag es Ihnen erläutern: Ein Pferdeknecht erhält pro Monat Lohn M. 5,00; acht Mal Fleisch à Mal 10 Pf. M. 0,80; 15 Liter Milch à 15 Pf. M. 2,25; 1 Hektoliter (2 Scheffel) Kartoffeln M. 4,00; 1 Kil. Butter M. 2,20; 24 Kil. Brod à 20 Pf. M. 4,80; Mehl, Graupen, Salz, Pfeffer, Kaffee, Cichorie, Fett zum Anmachen der Speisen kostet pro Kopf M. 5,45; Summa 24,50 Mark.

„Rechnet man von dieser Summe den Lohn mit 5,00 M. und 6 Kil. Brod ab, welche er im Monat verkauft, um das „Wäschegeld" herauszuschlagen, so stellt sich die Beköstigung auf 18 M. 30 Pf. oder pro Tag auf 61 Pf. Doch da es nicht auf den Preis der Speisen ankommt, sondern auf die Beschaffenheit derselben, so wirkt das Beispiel erst drastisch, wenn man die Tagesration herauszieht; die ist: Fleisch pro Tag für 2,66 Pf., circa 20 Gramm, Milch 1/3 Liter, Brod 600 Gramm, Kartoffeln 3 1/3 Liter, Butter 9 1/3 Gramm. Der Rest kostet in Summa pro Tag 18,16 Pf.

„Freilich können die Leute physisch auch nicht viel leisten; die angewohnte Arbeit verrichten sie mechanisch, das geringste Plus an Kräfteverbrauch macht sie schachmatt.

„Die Arbeitslosigkeit wirkt auch hier erschreckend; das Betteln ist keine Schande mehr, auch die Bravsten fristen theilweise auf diese Weise ihr Leben. Jüngst kamen nicht weniger als 16 Mann in's Gehöft um Almosen. Seit der Eröffnung des Bahnbaues Neurode-Glatz scheint es etwas besser zu gehen.

„P. S. Eben wird mir ein Fall schrecklicher Noth mitgetheilt: Dichtbei wohnt ein Weber mit Frau und 7 Kindern, von denen das jüngste vor einigen Tagen geboren wurde, während das älteste Schulkind ist. Der Mann macht in 3 Wochen ein „Stück" fertig, wofür er 6 Mark erhält — das macht dreißig Pfennige Verdienst pro Tag. Die Leute aßen nur Kartoffeln, saure Milch und weißen Käse (Quark); zu betteln schämten sie sich und saßen den ganzen Winter in kalter Stube, was bei der Lage des Hauses auf exponirtem Gebirgshügel was heißen will. — Lebt da nicht, mit diesen Leuten verglichen, der Pferdeknecht nicht noch wie ein — Börsenspitzbube? wie — — —?!"

— Ein neues Schlagwort des Liberalismus. „Proletarier" und „Arbeiter" sind Gegensätze, lautet die neueste Parole der Herren Liberalen, und nicht gleichbedeutend, wie die „Führer" der Sozialdemokratie es gern darstellen! Hören wir die „Sozialkorrespondenz" selbst:

„Die Führer der Sozialdemokratie lassen es sich angelegen sein, die Begriffe „Arbeiter" und „Proletarier" mit einander zu verquicken. Und doch, welch' himmelweiter Unterschied besteht zwischen diesen! Wer arbeitet, der ist ebensowenig ein Proletarier, wie sich Derjenige, welcher faullenzt, zum Arbeiterstande rechnen darf. Spricht man vom Proletarier, so denkt man an körperlich und wirthschaftlich heruntergekommene Leute, welche einst der Arbeiterklasse oder irgend einem andern Stande angehört haben mögen, jetzt aber der Gesellschaft zur Last fallen und daher von dieser als Bürde betrachtet und behandelt werden. Man spricht nicht nur von einem Arbeiter-, sondern auch von einem Handwerker- und Fabrikanten-, sowie von einem Gelehrten-, Börsen- und Adelsproletariat. Bekennt also Farbe, ihr Führer der Sozialdemokratie. Wer die Gelegenheit, die Kraft und die Tugend besitzt, sich oder auch eine ganze Familie mit den Früchten seiner Arbeit zu ernähren, wird zwar die Schäden der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht übersehen und gern mit Hand anlegen, um die Wunden des Staates zu verbinden oder die Quellen zu verstopfen, aus denen neues Unheil entspringen könnte. Voll Dank für das, was er hat, verachtet er aber die Pläne Derer, welche die Gesellschaft, als deren rüstiger Mitarbeiter er berufen wurde, in ihren Grundfesten zu erschüttern streben. Daher klinge laut in alle Lande: „Arbeiter und Proletarier sind nicht Eins; hie Arbeiter, hie Proletarier!"

Mit dieser Wortklauberei glaubt der Liberalismus wieder einen lockenden Köder gegen die Sozialdemokratie auszuwerfen, aber nur Gimpel können auf diesen Leim gehen. Ganz abgesehen von der Kleinlichkeit derselben ist die ganze breitgeschlagene Deduktion eine total falsche, denn erstlich, wenn wir auf den Ursprung des Wortes „Proletarier" zurückgehen, so begegnen wir demselben zuerst unter dem römischen Könige Servius Tullius. In der von diesem vorgenommenen Klasseneintheilung des römischen Volkes bezeichnet man mit dem Namen „proletarii" die unterste, vermögenslose und darum auch rechtlose Klasse, welche meist aus Männern des Handwerks bestand. Stimmt das nicht auf ein Haar mit unseren modernen Verhältnissen? Wer ist vermögenslos, wer so gut wie rechtlos? Wer anders als der Arbeiterstand, also die Proletarier! — Aber wenn dies auch nicht der Fall wäre; die „Sozialkorrespondenz" müßte so gut wissen wie wir, daß man seit dem Emporblühen der Industrie, seit dem gleichzeitigen Hervortreten der sozialen Frage, den Arbeiterstand in allen seinen Zweigen mit dem Namen „Proletariat" bezeichnet hat. Die Berechtigung dieses Namens hat auch bisher noch Niemand bestritten, selbst die Liberalen nicht; aber sobald es sich darum handelt, ein neues Schlagwort gegen die Sozialdemokratie ins Feld zu führen, wann hätten da jemals die Liberalen nicht mit beiden Händen zugegriffen und wenn der Blödsinn auch noch so blühend war! — Wenn übrigens in der That Bezeichnungen auftauchen konnten wie: „Fabrikanten-, Gelehrten-, Adels- 2c. Proletariat", so ist dies wiederum nur ein Beweis für die gemeine Denkart der herrschenden Klassen, welche den Lumpen ihrer Kreise die Spezialbezeichnung für Arbeiter beilegten, weil sie die Arbeiter überhaupt für niedrige, tief unter ihnen stehende Wesen ansahen. — Und durch solche Köder sollten sich unsere Arbeiter fangen lassen? Nimmermehr. Der denkende Arbeiter weiß sehr wohl, daß sein Feldgeschrei lautet: Hie Proletariat! Das Böhmertsche — liberale Feldgeschrei lautet dagegen: Hie reaktionäre Masse! Hie Lumpenproletariat!

— Dem Versailler „Ordnungs"pöbel ist abermals ein Communekämpfer zum Opfer gefallen — Leo Badin. Badin, etwa 50 Jahre alt, war beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges (1870) Buchhalter der radikalen Zeitung „Reveil". Im Jahre 1871 ernannte ihn der Communegeneral Cluseret zum Direktor der Centralmagazine des Kriegsministeriums, in welchem Amt er bis zum Falle der Commune verblieb. Am 24. Mai 1871 flüchtete Badin nach Vincennes, woselbst er sich bei einem Freunde verborgen hielt, bis es ihm gelang, nach England zu entkommen. Nach Frankreich zurückgekehrt, fiel Badin der Polizei in die Hände; er wurde vor ein Kriegsgericht gestellt und zur Deportation nach einem befestigten Platze verurtheilt — d. h. ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft ist jetzt auf lange Zeit, wenn nicht auf immer, der Gesellschaft entzogen, und warum? weil es sich hatte das „Verbrechen" zu Schulden kommen lassen, die Aufgaben der Gesellschaft anders aufzufassen, als die Versailler „Ordnungs"männer.

— Zur russischen „Humanität" Jüngst wurde von den Russen ein Herr Kraut zu Bukarest als der Spionage verdächtig gefangen genommen. Die Nachricht, daß er ohne viel Federlesens erschossen worden sei, ist unrichtig, er wurde vielmehr vorläufig nach Kischeneff transportirt, wo er in Gefangenschaft gehalten wird. Die beiden deutschen Kaufleute Retemeier und Henoch, welche sich zufällig in der Gesellschaft des Herrn v. Kraut befanden, hat das russische Oberkommando nach wochenlanger Haft auf freien Fuß gesetzt. Retemeier hat, wie der „Allg. Ztg." geschrieben wird, eine Art Gnadengesuch unterzeichnet und wurde darauf nach der Siebenbürger Grenze abgeschoben; Henoch aber weigerte sich im Bewußtsein seiner vollständigen Schuldlosigkeit ein Gnadengesuch zu machen. Er wurde in Folge dessen zwar zwei Tage länger in Haft gehalten, aber dann auf freien Fuß gestellt. Henoch begab sich nicht sofort ins Ausland, sondern kehrte nach Bukarest zurück, reichte hier dem deutschen Konsulat eine Beschwerdeschrift ein und verlangt eine Entschädigung von 100,000 Francs. Daß er diese noch nicht in der Tasche hat, dürfte wohl selbstverständlich sein. Der Senat von Bremen soll übrigens wegen der ganz unerhörten Behandlung, welche einem der geachtetsten Bürger der freien Hansestadt, Hrn. Kaufmann Retemeyer, von Seiten der Russen in Rumänien zft Theil geworden, das auswärtige Amt in Berlin ersucht haben, mit allen Mitteln auf eine Genugthuung von Seiten der russischen Regierung hinwirken zu wollen. Das auswärtige Amt soll bereits über den Thatbestand auf telegraphischem Wege genaue Erkundigungen eingezogen haben, wird aber schwerlich im Stande sein, eine Bestrafung der Militärbehörden, welche die Verhaftung der der Spionage verdächtigen Personen vorgenommen, veranlassen

Volkswirthe und Gründer im Parlament

von Otto Glagau.

Im November des Jahres 1875, als es sich um die nothwendig gewordene „Sanirung" des Invalidenfonds im Reichstage handelte, verstieg sich eines schönen Tages Herr Lasker zu der kühnen Behauptung, auch die Konservativen hätten einen hervorragenden Antheil an dieser Schöpfung. Den Ultramontanen wagte er selbstverständlich einen solchen Vorwurf nicht zu machen, das wäre auch zu kühn von dem Herrn Abgeordneten für Frankfurt gewesen, denn er weiß wohl, das sind die Einzigen, die reine Hände und leere Taschen haben. Aber sehen wir uns doch einmal an, welchen Antheil die Konservativen an der Entstehung des Aktiengesetzes gehabt haben, und welcher Antheil auf das Konto der Liberalen geschrieben werden muß. In seinem neuesten Werke: „Der Börsen- und Gründungsschwindel in Deutschland" (zweiter Theil) giebt Herr Otto Glagau eine Darstellung von dem Hergange bei der Berathung des Aktiengesetzes vom 11. Juni 1870, welche die obige Behauptung Laskers in ein sehr eigenthümliches Licht stellt. Herr Otto Glagau, dessen Werk bei P. Frohberg in Leipzig erschienen, durch alle Buchhandlungen für 7 Mark zu beziehen ist und welches wir hiermit unseren Lesern auf das Angelegentlichste empfehlen, schreibt nämlich:

Die Krönung der wirthschaftlichen Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes war das zu so trauriger Berühmtheit gelangte Aktiengesetz vom 11. Juni 1870, welches den Gründungsschwindel förmlich organisirte, indem es die Aktiengesellschaften von jeder Genehmigung und Aufsicht des Staates loslöste und für die künftige Errichtung derselben die denkbar ungebundensten Vorschriften, bloße Scheinbestimmungen aufstellte.

Als dieses famose Gesetz am 20. Mai 1870 im norddeutschen Reichstag zur Berathung kam, wollte es ein charakteristischer Zufall, daß nicht, wie gewöhnlich, Dr. Simson den Vorsitz führte, sondern der erste Vicepräsident, Herzog von Ujest, der Genosse des Wunder-Doktors Strousberg, und nach ihm der zweite Vice-Präsident, Herr von Bennigsen, der Gründer der vielgenannten Hannover-Altenbecker Bahn.

An der Debatte betheiligten sich fast ausschließlich manchesterliche „Volkswirthe", von denen viele bald darauf, während der Schwindelperiode als Gründer und Gründergenossen glänzten. Alle fanden, daß der Gesetzentwurf die Freiheit der Bewegung auf dem Gebiete des Aktienwesens noch viel zu sehr beschränke; so namentlich Schulze-Delitzsch, Justizrath Lesse, Dr. Weigel aus Kassel, Dr. Braun-Wiesbaden, Hofrath Ackermann aus Dresden, Edgar Roß aus Hamburg 2c. Besonders mißfielen die Strafen, welche fahrlässige und ungetreue Mitglieder des Vorstandes und Verwaltungsrathes einer Aktiengesellschaft bedrohen; und sie wurden nur sehr widerwillig, weil Seitens der Regierung eine conditio sine qua non (unerläßliche Bedingung), mit in den Kauf genommen. Herr H. H. Meier (liberal) aus Bremen prophezeiete sogar, daß sich gegenüber dieser „rigorosen" Strafandrohung (Gefängniß von höchstens Monaten!) anständige Leute schwerlich zu Aufsichtsräthen hergeben würden. Herr Dr. Hammacher (lib.) entgegnete ihm jedoch sehr richtig: „es werde sich schon machen". Um jene Strafen abzuschwächen, brachten Herr von Bernuth (lib.), Justizminister a. D. und Professor v. Sybel (lib.) einen „Verbesserungs-Antrag" ein. Derselbe läßt, auch wenn Vorstand und Aufsichtsrath den Stand der Verhältnisse einer Gesellschaft wissentlich unwahr darstellen oder verschleiern, mildernde Umstände zu, und setzt für den Fall, statt der Gefängnißstrafe, eine bloße Geldbuße. Vergebens widersprach der Abg. von Luck (konservativ), später Oberstaatsanwalt in Berlin, indem er anführte, wie hier von „mildernden Umständen" nicht die Rede sein dürfte: der „Verbesserungsantrag" der Herren von Bernuth und von Sybel wurde trotzdem beliebt.

Am weitesten ging Herr Miquel (lib.), damals schon Mitdirektor der Diskonto-Gesellschaft. Nicht nur, daß er ganz ungenirt pro domo (für seinen eigenen Vortheil) sprach, nämlich für die Kommandit-Gesellschaften auf Aktien, welche, seiner Meinung nach, von der Regierung sehr stiefmütterlich behandelt würden; er wollte auch dem Vorstand resp. Aufsichtsrath einer Aktien-Gesellschaft erlauben, je nach Ort und Umständen zu täuschen und zu verschleiern. Vor solcher Moral erschrak selbst Herr Lasker, und mit dem sittlichen Eifer, der ihn ziert, rief er aus:

„Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß der Abg. Miquel vor der Konsequenz seines eigenen Antrages zurückschrecken würde, wenn er diesen auslegte, wie er ausgelegt werden muß, daß es dem Aufsichtsrath in Vereinigung mit den Aktionären gestattet sein soll, falsche Thatsachen zu verbreiten, die zwar den Aktionären günstig sind. aber dem allgemeinen Publikum zum Schaden gereichen."

Herr Miquel beschied sich und zog seinen „Verbesserungs-Antrag" zurück. Wer aber denkt hier nicht unwillkürlich an die Dortmunder Union und an die Rumänische Eisenbahn-Gesellschaft!

Das Aktiengesetz wurde mit solcher Hast berathen, so übers Knie gebrochen, daß selbst etliche Manchesterleute im Reichstag dies andeuteten und, wenn auch etwas verschämt, davor warnten. Aber sie redeten zu tauben Ohren. Am 12. Mai 1870 gelangte der Entwurf an den Reichstag und wurde einer sogenannten freien Kommission überwiesen, welche, ohne in das Detail einzugehen, sich schnell schlüssig machte. Am 20. Mai fand die erste und wie schon Tags vorher verabredet, sofort auch die zweite Berathung statt. Die dritte Lesung erfolgte am 24. Mai, am späten Nachmittage, als die Gesetzgeber bereits müde und hungrig waren. Vergeblich riefen einige Stimmen „Vertagen!" Herr Simson (lib.) ermahnte die ungeduldige Versammlung mit der ihm eigenen olympischen Würde:

„Ich glaube, wir thäten recht, den Gegenstand, der, so viel ich beurtheilen kann, nicht eben weitläufig ist, noch in heutiger Sitzung zu erledigen."

Das Knurren der hungrigen Magen ward für Beifallsgemurmel genommen. Herr Simson aber schritt feierlich hinaus, um sich in seinen Gemächern etwas zu restauriren. Seinen Thron erklomm der Herzog von Ujest, der die Formalität der dritten Lesung in wenigen Minuten beseitigte. So macht man bei uns Gesetze!

Herr Dr. Endemann (lib.), Professor und Ober-Appellrath zu Jena, der auch Mitglied des Norddeutschen Reichstages war, hat das Aktiengesetz „aus den Materialien erläutert;" und billig erstaunt man, in diesem Kommentar dieselben Anschauungen wiederzufinden, die sich in den Reden von Miquel und Genossen spiegeln. Auch Herrn Endemann sind die sogenannten Normativbestimmungen des Aktiengesetzes „ohne Noth einengende Beschränkungen" und ihm erscheint „die eigene Vorsicht und das selbstständige Urtheil des Publikums als die einzig haltbare Garantie gegen Mißbrauch". Auch er ist eigentlich gegen die „Androhung direkter Polizeistrafen" und hält die Ahndung jeder Verschleierung für sehr bedenklich. Ja, Herr Endemann meint, daß gewisse Bestimmungen des Gesetzes zu einer Umgehung fast herausfordern; und bei Artikel 215, welcher einer Gesellschaft den Erwerb eigener Aktien verbietet, versichert er tröstend: „Wer die Zustände des Verkehrslebens kennt, darf sich dabei beruhigen, daß sich die Praxis doch zu helfen wissen wird." Den Gründern und Gründergenossen, soweit sie jetzt auf die Anklagebank kommen, ist der Endemann'sche Kommentar dringend zu empfehlen; der Richter wird ihn hoffentlich zu entbehren wissen.

Aber dieser Kommentar beweist, wie miserabel und vieldeutig schon die Fassung unserer neueren Gesetze ist; wie sie, so zu sagen, mit Dampf fabrizirt werden; wie sie fast immer auf Kompromissen beruhen und den materiellen Interessen der herrschenden Partei dienen, dem sogenannten „Liberalismus", der heute, seinem eigentlichen Kern nach, Handels- und Börsenlibe-

zu können. — Ja, wenns die Türken gethan hätten, oder der „Erbfeind"!

— „Unser biederer Erbfreund" hat am 24. d. M. das deutsche und englische Konsulatsgebäude in Rustschuck mit seinen Liebesgrüßen vulgo Bomben zerstört. In das französische Konsulat schlug gleichfalls eine Bombe und in der Nähe des österreichischen fielen zahlreiche Bomben nieder; die Spitäler wurden von sieben Geschossen getroffen. Die Verschanzungen der Türken haben nicht im geringsten gelitten; ein türkischer Soldat ist getödtet und vier sind verwundet, dahingegen sind gegen hundert Civilpersonen (darunter drei österreichische Frauen) getödtet oder verwundet worden. Die meisten der Verwundeten und Getödteten sind Christen, für deren „Befreiung" die Russen kämpfen! Die Türken richteten nur dann erst ihre Geschosse auf die Stadt Giurgewo, als die Russen von dem Bombardement der Stadt Rustschuck nicht abließen; das türkische Feuer aber hat auch bei den russischen Batterien empfindlich gewirkt, so daß dieselben Abends 7 Uhr das Feuer einstellten — die Kanonade türkischerseits dauerte bis gegen 9 Uhr. — Die rubilisirte „National-Zeitung" bringt den Vorgang mit den einfachen Worten: „Es fand eine heftige Kanonade statt, bei welcher Rustschuck an verschiedenen Stellen in Brand gesteckt wurde" — also waren es keine verirrten Kugeln, sondern absichtlich hat der „Erbfreund" deutsches Eigenthum verwüstet. Die „Wiener freie Presse" meint, daß die Russen durch diesen Bruch des Völkerrechts die auswärtigen Mächte habe mahnen wollen, den Türken die fernere Vertheidigung Rustschucks zu „verbieten", ähnlich wie sie es den Türken seiner Zeit verboten haben, Giurgewo und die festen Plätze des linken (rumänischen) Donauufers zu besetzen. Die Folge dieses Verbotes ist, daß die freundlichen Russen ihnen jetzt ihre Konsulate in Brand schießen — hübscher Dank. Kenntlich waren die Konsulate, die Hospitäler und die Gebäude, welche Deutschen, Franzosen, Engländern, Oesterreichern gehörten, durch Aufhissen von Fahnen. — Wehe den Türken, wenn sie das Völkerrecht in solch' infamer Weise gebrochen hätten — aber Rußland darf so etwas, es ist eben frech genug dazu.

— Eine Warnung. In einem uns zugegangenen Briefe werden wir ersucht, die Behörden auf den Zustand des Otto-Schachts bei Neuselwitz aufmerksam zu machen. Der Schacht sei so baufällig, daß über die 17 darin beschäftigten Arbeiter jeden Augenblick eine Katastrophe hereinbrechen könne. Wir können nicht wissen, ob die uns gemachten Mittheilungen auf Wahrheit beruhen, und sind nicht in der Lage, dieselben zu prüfen, aber der ganze Ton des Schreibens ist ein so ernster, daß wir es für unsere Pflicht halten, da uns die Adressen der einschlägigen Behörden nicht bekannt sind, an dieser Stelle den Warnruf ertönen zu lassen. Erweiset er sich als überflüssig, so ist nichts verloren; im anderen Fall aber werden vielleicht 17 Menschenleben gerettet.

Aus der Türkei.

√ Constantinopel, 20. Juni.

Wir haben alle 14 Tage einmal Gelegenheit, mit dem Marseiller Boot, via Neapel, nach Deutschland zu schreiben; ich benütze heute diese Gelegenheit, um über die hiesigen Zustände weiter zu berichten. Es liegt gerade nichts Neues vor, wovon man Erwähnung thun könnte; alles ist hier ruhig und geht den gewöhnlichen Gang. Die in meinem Letzten erwähnten hier kursirenden Gerüchte über den Uebergang der Russen über die Donau haben sich, wie ich richtig vorausgesetzt, nicht bestätigt.*) Von Anatolien sind indessen verschiedene Privatnachrichten eingelaufen, die es wohl außer Zweifel setzen, daß die Türken in den letzten Tagen eine größere Schlacht gegen die Russen verloren haben, worüber die offiziellen Berichte ganz und gar schweigen, indem sie uns blos mit Neuigkeiten von Montenegro beehren, wo türkische Truppen neue Vortheile errungen haben sollen. Ich lasse mich nicht eingehender über diese Berichte aus, da solche doch nur post festum kämen, indem der Telegraph bereits seine Schuldigkeit gethan haben wird.

*) Man beachte das Datum dieser Correspondenz. Nur wenige Tage später haben die Russen die Donau thatsächlich überschritten und sind in die Dobrudscha eingedrungen. Red. d. V.

Durch unsere Stadt sind 2—3000 Zeibeck-Bergbewohner aus der Umgegend von Smyrna durchgekommen; sie begeben sich als Freiwillige nach dem rumelischen Kriegsschauplatz und sind hier equipirt worden. Die Leute sehen sehr wüst aus und imponiren besonders durch ihre von Hause mitgebrachte Armirung, die hier durch eine moderne ersetzt wird. Sie trugen eine vielmal um den Leib gewundene breite, rothe Binde, die mit einem ordentlichen Arsenal von Waffen ausgerüstet ist — Pistolen mit Feuerstein, mehreren Dolchen und einem unermeßlich langen Yatagan, der beinahe über den Kopf hervorragt. Durch diese Ajustirung sehen die Kerle so steif wie Marionettenfiguren aus. Maslak, welches auf dem Wege von Pera nach Bujukdere liegt, ist ihnen als Lagerplatz angewiesen worden, woselbst sie an zwei in Wagen vorüberfahrenden europäischen Familien ihre barbarischen, unzüchtigen Gelüste ausgeübt haben. Zwei französische Damen, eine Mutter mit Tochter, wurden geschändet.

Das französische Consulat soll in gehöriger Weise bereits protestirt haben und wir hoffen, daß wir den Rest dieser Horde bald vom Halse bekommen werden. Daß solche Fälle vorkommen können, ist lediglich der Regierung zuzuschreiben, die durch ihre wohlbekannte Nachlässigkeit Alles möglich werden läßt. So eine Horde hätte wahrhaftig wo andershin placirt werden können, als in die Nähe von Pera, wo die Europäer wohnen!

Da ich in den folgenden Zeilen offen über die türkischen Verhältnisse sprechen und mich keineswegs zurückhalten werde, die türkische Mißwirthschaft in das gehörige Licht zu stellen, so will ich die, eigentlich selbstverständliche Mittheilung vorausschicken, daß ich durchaus nicht Sympathien für Rußland erregen will, dessen egoistisches Vorgehen hinreichend bekannt ist; denn jeder Sozialdemokrat weiß, welche Haltung wir diesem Despotenstaate gegenüber einnehmen, der ebenso gut wie die Türkei an manchem Uebel krankt.

Die Invasion (Ueberziehung mit Krieg) der Türkei durch Rußland wird uns wahrscheinlich um manche trübe Lehre bereichern und bei manchem Menschenfreund Bedauern erwecken, daß im 19. Jahrhundert solcher Unfug noch möglich ist. Allein wir Orientalen dürfen uns schon trösten, sehen wir doch, wie es im Centrum der Civilisation zugeht, wo ein neuer Kreuzzug zu organisiren gesucht wird, der seine Spitze gegen die modernen Ideen kehrt, die jedoch trotz alledem und alledem in ihrem von der Natur vorgeschriebenen Entwickelungsprozeß nicht aufzuhalten sein werden. Doch genug davon; ich will nunmehr von der Zukunft der Türkei sprechen, so wie man dieselbe nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge prognostiziren kann, wenn dies Land seiner eigenen Leitung überlassen bleibt.

In der ganzen Welt giebt es Menschen, die bei der Beurtheilung der politischen Schöpfungen nicht auf den Grund der Sachen gehen — so auch diejenigen, die erwarten, daß mit der in der Türkei erlassenen Constitution eine neue Aera für den Orient eintreten werde. Es ist allerdings nicht unmöglich, bezüglich der ferneren Entwickelung der Türkei einen Irrthum zu begehen; im Voraus Alles zu verdammen, was vielleicht noch einmal gut werden kann, darf nicht geschehen. Lassen wir daher die Thatsachen sprechen, sie werden uns gewiß das beste Kriterium geben, um zu prüfen nnd auf den Grund der Sache zu kommen, die alsdann von selbst spricht.

Deshalb sei hier der Grundsatz aufgestellt: daß es gewisse politische Fundamentalwahrheiten giebt, die ewig wahr sind und bleiben. Jeder Fortschritt legt mehr oder weniger einen bestimmten Weg zurück, eine Bahn, die überall dieselbe bleibt und nur durch Aeußerlichkeiten variiren kann, die aber die Behauptung nur bestätigen kann, daß der Fortschritt bei allen Nationen eigentlich denselben Weg gewandelt hat. Indem wir in der Türkei jedoch gerade gewisse Freiheiten auf dem verkehrten Wege kommen sehen, so ist jedenfalls die Frage berechtigt, ob wir es auch wirklich mit dem Fortschritte zu thun haben —? Fortschritt und Bildung sind innig verwandt; Fortschritt wird durch Bildung erzeugt. Die Bildung hat freilich nicht in den unteren Klassen angefangen; lange Zeit war sie blos das Privilegium der Aristokraten und Pfaffen, indessen in dieser dumpfen Atmosphäre hat sie sich nicht aufhalten können: sie wurde Gemeingut; sie wurde unser Eigenthum, mit welchem wir nunmehr in jedem Culturstaat alle Ungerechtigkeiten bekämpfen, die durch hergebrachte Sitten und Dummheit des Volkes sich bis jetzt aufrecht erhalten konnten. Bildung ist deshalb das Hauptelement, wodurch die Freiheit erlangt wird.

Untersuchen wir nun, in welchem Verhältnisse die in der Türkei geschaffene Constitution zu derselben steht, und betrachten wir zunächst, welche Bedeutung eine Constitution für die Sozialdemokraten hat, wir werden sodann besser in der Lage sein, zu beurtheilen, ob die Türkei den Culturweg in Wirklichkeit betreten hat.

Die constitutionelle Verfassung gilt für uns als Uebergangsperiode zu einer besseren und rationelleren Staatseinrichtung, die erlangt wird, wenn wir einmal zur vollendeten Freiheit und mithin nach unseren heutigen Begriffen zum sozialdemokratischen Staate gelangen, der als letzte Consequenz des Fortschritts gelten muß. Diese Uebergangsperiode kann von längerer oder kürzerer Dauer sein, muß aber doch mit dem Siege der Freiheit aufhören, wenn das Volk einmal angefangen hat politisch zu denken; denn das Vernünftige läßt sich nicht wegleugnen und es handelt sich blos darum, daß die Mehrzahl dies begreife: politische Freiheit und die letzte Folge derselben, der sozialdemokratische Staat also, muß sodann eintreten, denn er liegt in der Logik der Lehre, die nicht abzustreiten ist, wenn man nicht Alles für Trug und Wahn auf der Welt hält, wie es die Pfaffen predigen, um das Volk für sich und Andere auszubeuten, was aber nicht die Theorie der Sozialdemokraten ist, die wirklichen und einzigen Vertreter des realen Fortschritts.

Allein solch ein allmäliger Verwandlungsprozeß vollzieht sich blos in einem Staate, wo die Constitution nicht oktroyirt, sondern erkämpft wurde, wo das Volk culturfähig und bereits so weit gebildet ist, um sich politisch entwickeln zu können; in einem Lande wie die Türkei kann davon natürlich keine Rede sein. Sollte die hier oktroyirte Constitution eine für das Volk günstige Wirkung haben, so müßte Alles, was zu diesem Ziele führt, von den höheren Ständen geschehen, und in erster Reihe müßte dem Volke eine genügende Bildung gegeben werden, womit es zur Erkenntniß seiner Rechte gelangen würde; aber abgesehen davon, daß eine von oben consequent durchgeführte Revolution eine höchst seltene Erscheinung in der Geschichte sein dürfte, so muß auch dem höheren Stande die Fähigkeit zu solchem Wirken für die Dauer der gegenwärtigen Generation durchaus abgesprochen werden, weil deren Corruption bereits zu tiefe Wurzeln geschlagen hat.

Was hier zur höheren Klasse gehört, befindet sich zum allergrößten Theil im Staatsdienste, der die Corruptionsanstalt genannt werden kann, wo Jeder einen von Hause vielleicht mitgebrachten geraden Sinn binnen kurzer Zeit zu verlieren lernt. Von oben herab wird das Exempel hierzu statuirt und so gut befolgt, daß man wohl sagen kann, daß ein ehrlicher Beamter zu den seltensten Erscheinungen in der Türkei gehört. Privatinteressen gehen dem Beamten über Alles, und wenn er sein Säckchen auf Unkosten des Staates füllen kann, so ist er für Jedermann zu jedem Dienst erbötig.

Daß durch diesen Umstand Rußland immer Mittel und Wege findet, die Türkei durch die Türken selbst zu ruiniren, wird man deshalb leicht erklärlich finden. Wäre bei diesen Umständen nicht der Glaube an den Islam, der in seiner fanatisch-dummen Form im ganzen Volke tief wurzelt und dasselbe zusammenhält, sowie die Eifersucht einiger europäischen Staaten, die nicht darüber einig werden können, wie die Türkei zerstückelt werden soll, so hätte dieser faule Staat schon längst aufhören müssen zu existiren.

Ein Staat, der moralisch so verkommen ist, wird gewiß die Sache des Volkes nie begünstigen; er wird vielmehr immer danach streben, seinen egoistischen Gelüsten auf Unkosten des Volkes Genüge zu verschaffen, und eine von da ausgehende Bewegung wird niemals zum Ziele führen, die von oben angeregte Constitution ist mithin bereits faul von Hause aus.

In der Türkei sind Reformen schon öfters angeregt worden, ohne jedoch wirklich bessere Zustände für das Volk geschaffen zu haben. Man erinnere sich nur an die Reorganisationsversuche Mahmud's II., der bereits einmal eine Ständeversammlung der Provinzen in Constantinopel zusammenberufen ließ, die jedenfalls aufrichtiger gemeint war, als die jetzige Constitution; man denke auch zurück an den Hattischerif, von Abdul Medjid im Jahre 1839 erlassen — alles große Momente in der modernen türkischen Geschichte, die leider durch Verderbtheit der Nachkommen ohne merkliche Folgen geblieben sind.

---

ralismus ist. Jener Kommentar beweist ferner, welch' gefährlichen Einfluß das Manchesterthum auf einen Theil unserer Professoren und Juristen übt; in welche Gefahr dadurch Wissenschaft und Rechtsprechung, Gesetzgebung und Staatsgewalt gerathen.

Die Freigebung der Aktiengesellschaften war eine langjährige Forderung der Manchesterleute, die sie der Regierung endlich abrangen, als Entschädigung für sonstige Dienste. In Erwartung, in fester Voraussicht des Aktiengesetzes wurden schon 1869 und in der ersten Hälfte 1870 eine Reihe von Gesellschaften gegründet. Ohne das Aktiengesetz wäre der große Schwindel überhaupt nicht möglich gewesen. Das Aktiengesetz erweckte sofort die Sucht zu gründen, und zwar in dem Grade, daß schon während des Krieges und trotz des Krieges eine große Zahl neuer Gesellschaften in die Welt gesetzt wurden.

Wenn die Manchesterleute einzuwenden versuchen, daß in Oesterreich, wo die Aktiengesellschaften nicht freigegeben sind, der Gründungsschwindel ebenso stark gewüthet hat, so ist dies eine blanke Unwahrheit. In Oesterreich wurden von 1867—1873 1005 Gesellschaften „concessionirt". Die österreichische Regierung war selber dem Schwindel verfallen, indem sie gerade begünstigte, was man in Preußen kaum noch hindern konnte. In Preußen waren bisher Aktiengesellschaften sehr sparsam concessionirt worden; in Oesterreich konnte man seit den Herren v. Beust und Giskra durch gewisse Mittel jede Concession erlangen, und es ward mit den Concessionen ein offenkundiger Schacher betrieben. Trotzdem entstanden von 1867—1873 in Oesterreich-Ungarn thatsächlich nur 682 Aktiengesellschaften — die übrigen 323 Concessionen blieben unbenutzt; während in Deutschland von 1870—1873 ca. 1300 Gesellschaften ins Leben traten, davon ca. 1100 allein in Preußen.

Nachdem wir so gesehen, wer der Vater des Gesetzes gewesen ist, welches so viel Unheil und Noth über unser Vaterland gebracht hat, wollen wir uns an der Hand des Glagau'schen Werkes nun nach denen umsehen, welche in Folge dieses Gesetzes auf Kosten des Volkes sich Reichthum erwarben.

Nach einer in dem Buche Glagau's enthaltenen Liste befinden resp. befanden sich in unseren deutschen Parlamenten überhaupt — kaum will es uns glaublich erscheinen — nicht weniger als 266 Personen, welche an Gründungen theilgenommen haben, wovon 63 auf das preußische Herrenhaus, 203 auf Reichstag und Abgeordnetenhaus kommen. Der Verfasser unterscheidet jedoch bei dieser Zahl zwischen Solchen, die eben nur in irgend einer Verbindung mit den Gründungen standen, indem sie als Aufsichtsrath, Direktor, Syndikus oder Liquidator ein- oder auch zweimal vorkommen, ein Umstand, der durchaus noch nichts Belastendes für die Betreffenden enthält — und hervorragenden Gründern resp. „Ersten Zeichnern" der eigentlichen Schwindelperiode, sowie Aufsichtsräthen, die bei vielen, zum Theil sehr vielen Aktiengesellschaften vorkommen. Diese zusammengezählt ergeben nach Glagau die respektable Zahl von 119, wovon wieder 18 sich durch ihre „gründliche" Thätigkeit ganz besonders hervorthaten. Von diesen 18 gehören 11 der nationalliberalen Partei an; wahrlich, solche Zahlen bedürfen keines Kommentars! —

(Schluß folgt.)

— Einen geistreichen Vorschlag zur Abhilfe des Nothstandes macht unser Böhmert in seiner letzten „Sozial-Correspondenz": Es soll ein „gewerbliches Reservesystem" organisirt und jeder Mensch angehalten werden — mehrere Handwerke zu lernen, so daß er, wenn das eine schlecht geht, sich mit einem anderen ernähren kann. Als Weber hat X keine Arbeit, flugs wird er Goldarbeiter — glückt's auch damit nicht, wirft er sich als Maurer auf den Arbeitsmarkt und sofort. Kein Zweifel, das Mittel ist praktisch und unser X, der jetzt einfach als Weber verhungern muß, kann in Zukunft auch als Goldarbeiter, Maurer u. s. f. verhungern — was unzweifelhaft ein großer Vortheil für ihn ist; des andern Vortheils gar nicht zu gedenken, daß es den Hunderttausenden, die jetzt nicht die Zeit und Gelegenheit haben, ein Handwerk ordentlich zu lernen natürlich weder an Zeit noch an Gelegenheit fehlen wird, mehrere Handwerke zu lernen. O Schlaumeier Viktor! Du hast den Vogel abgeschossen!

— Au! Unser „Viktor" klagt in seiner „Sozial-Correspondenz": „Unserem Titel „Sozial-Correspondenz" wirft man vor, daß er (soll heißen das Wort „sozial", Herr Viktor!) von Unkundigen mit „sozialistisch" oder „sozialdemokratisch" verwechselt werde. Ist das nicht ein neuer schlagender Beweis dafür, wie wenig sich noch die Tagespresse mit diesen Dingen befaßt hat, und wie sehr es noth thut, daß es endlich öfter geschehe."

Also nur ein „Unkundiger", weniger höflich ausgedrückt, ein Unwissender, ein Ignorant kann „sozial" und „sozialdemokratisch" verwechseln. Wir kennen einen „Professor", sogar der „Volkswirthschaft", der es sich obendrein zur Lebensaufgabe gemacht hat, die Welt über die Irrthümer des Sozialismus aufzuklären, und der trotzdem hartnäckig „sozial" für „sozialistisch", die „Herren Sozialen" für die Herren Sozialdemokraten sagt. Der Mann heißt Birnbaum. Wie ihm wohl der, wenn auch unbeabsichtigte Fußtritt seines Freundes Viktor gefallen haben mag?

— Einen bösen 'Reinfall hat die Dernburg'sche „Nationalzeitung" gebracht. In ihrem Feuilleton veröffentlichte sie nämlich vor einigen Tagen einen sehr minutiösen und durchaus ernsthaft gehaltenen Bericht über eine Luftfahrt von Amerika nach Frankreich, die binnen 2 Tagen in einem lenkfähigen Ballon bewerkstelligt worden sein sollte. Der aufmerksame, mit den Schwierigkeiten der Luftschifffahrt Vertraute, mußte sofort entdecken, daß der ganze Bericht erdichtet und die Redaktion der „Nationalzeitung", die sich auf ihre Wissenschaftlichkeit so viel zu Gute thut, das Opfer eines boshaften Spaßvogels geworden war. Statt dies nun einzusehen, macht sie die Sache noch schlimmer, indem sie, von verschiedenen ihrer entrüsteten Leser zur Rede gestellt, erklärt, „kein Charlatan habe sie getäuscht", sie habe „das vortreffliche Phantasiestück" mit sehenden Augen, und wissend, daß es ein Phantasiestück sei, aufgenommen; sie könne sich nur wundern, daß es „unter ihren Lesern eine solche Anzahl höchst ehrenwerther Briefschreiber geben kann, die nie eine Zeile von Edgar Poe oder Jules Verne gelesen". Durch diesen Versuch, die redaktionelle Unfehlbarkeit zu wahren, wird die Sache nur schlimmer gemacht. Die Phantasiestücke Poe's und Verne's sind ganz anderer Art; es sind eben Phantasiestücke. Hier aber haben wir es mit einer Mystification zu thun, und höchstens kann es sich fragen: wer mystificirt worden ist? Ist die „Nationalzeitung", wie sie behauptet, wirklich nicht mystificirt worden, so hat sie ihre Leser mystificirt oder mystificiren wollen. Wenn sie letzteres für das kleinere Uebel hält, so möge sie sich mit ihren Lesern abfinden, die von der schulmeisterlichen Abkanzlung gerade nicht sehr erbaut sein dürften.

— Das kommt davon. Ein Berliner Blatt (das „Tageblatt") erzählt, Herr Tessendorff werde auf all' seinen privaten Wein- und Kaffee-Wanderungen in geheimnißvoller Weise von „einigen namhafteren Repräsentanten" der Sozialdemokratie begleitet, die ihn nicht aus den Augen ließen. „Ganz ohne" ist die Sache nicht. Nur, daß die geheimnißvollen Begleiter blos in der Phantasie des Herrn Tessendorff existiren, die allerdings ziemlich aufgeregt ist. So ist uns z. B. bekannt, daß Herr Tessendorff ein Weinlokal, in welchem er sich besonders „mollig" fühlte, deshalb nicht mehr besucht, weil er „beobachtet werde", eine Annahme, von deren vollständiger Unbegründetheit der Wirth ihn nicht zu überzeugen vermochte. Wir möchten Herrn Tessendorff, dessen unschätzbare Mitarbeiterschaft wir nicht verlieren möchten, den wohlgemeinten Rath geben, einmal seinen Hausarzt zu consultiren.

— Zu der „merkwürdigen Geschichte". Kurz vor dem Drucke der vorigen Nummer des „Vorwärts" erhielt Genosse Hasenclever einen weiteren Brief und zwar von dem Vater des Briefschreibers, welcher sein Bedauern über den Brief mit der Bitte aussprach, denselben nicht zum Abdruck gelangen zu lassen. Dies war nun nicht mehr möglich, doch wurde an drei Stellen der Name des Briefschreibers, der zuerst mit veröffentlicht werden sollte, fortgelassen, sodaß wir glauben, dadurch im Wesentlichen dem Wunsche des Vaters nachgekommen zu sein. Wir bemerken übrigens, daß in dem ersten Briefe keinerlei Andeutungen enthalten waren, aus denen geschlossen werden konnte, daß man es nicht mit dem Hausbesitzer, sondern nur mit seinem Sohne zu thun habe.

Hätten Mahmud's Nachfolger den Geist seiner Reformen begriffen oder begreifen wollen, so hätte die Beamtenmißwirthschaft von Grunde aus abgeschafft und der Wissenschaft hätte eine freie Stätte eröffnet werden müssen, wo das Volk Gelegenheit gehabt haben würde, sich zu bilden. Heute ist dem Türken in seiner Heimath die Bildung nach modernem Muster beinahe unmöglich; wenn er etwas mehr lernen will, so muß er nach dem Auslande, was nur dem Begüterten möglich und für den Armen natürlich unmöglich ist. Indessen ist die Zahl derjenigen, die nach dem Auslande zur Ausbildung geschickt werden, verschwindend klein, da der Werth der Bildung bei den Türken nicht anerkannt wird. In unserer Stadt, in der Metropole also, existirt nur ein Lyceum, von den Pfaffeninstituten natürlich abgesehen, wo eine gewisse Erziehung erlangt werden kann; dasselbe hat französische Professoren, ist aber noch lange nicht ausreichend für das ganze Land. In all den anderen Schulen wird durch Pfaffen der Unterricht ertheilt, und wie unzureichend solch ein Unterricht ist, bedarf wohl keiner Erwähnung.

Außer dieser sogenannten Hochschule existirt noch ein Gewerbe-Institut, jedoch sehr mangelhaft bestellt, und schließlich eine medizinische Fakultät, die nur in dritter Reihe genannt zu werden verdient, weil sie einmal ziemlich gut war, jetzt aber um ein Bedeutendes gesunken ist, da aus besonderer Klugheit die französische Vortragssprache durch die türkische ersetzt wurde, was, nach der Meinung aller Fachmänner, dieses Institut wieder um zwanzig Jahre zurückgebracht hat. Es ist allerdings lobenswerth, die eigene Sprache heben zu wollen, allein so ein Vorhaben muß mit richtigem Takt angefaßt werden, um nützlich wirken zu können; vorerst hätte die türkische Sprache den modernen Sprachen gleichgestellt werden sollen, und nachdem das nöthige Material hierzu bereit war, hätte diese Neuerung eingeführt werden sollen. Aber so genau nimmt man es hier zu Lande nicht, wo jede Sache verkehrt angefaßt wird.

Will man einwenden, daß seit den ersten Versuchen der Reformen eine zu kurze Zeit verflossen sei, um schon praktische Resultate davon zu sehen, so ist das in der Administration seit Mahmud II. Geleistete jedenfalls nicht dazu angethan, solch eine Einwendung zu rechtfertigen. Ich will gern zugeben, daß ein Zeitraum von 50—60 Jahren keine besondere Entwickelung beim türkischen Volke zum Vorschein bringen konnte, da es vordem noch in der Nacht der Barbarei lag; allein die Staatsorganisation ist damit nicht zu entschuldigen, man muß vielmehr behaupten, daß die Männer, die dieselbe leiteten, sie absichtlich vernachlässigten, denn sie sind doch die einzigen von der Civilisation Beleckten, leider aber dermaßen Verdorbenen, daß die Zukunft der Türkei sehr traurig aussieht, so lange solche in diesen Händen bleibt!

Die Reorganisation der Land- und Seemacht ist das Einzige, womit sich die Regierung rühmen kann; es ist eine Kraft geschaffen worden, mit der Rußland nicht zu spielen haben wird. Im Uebrigen hat Manches einen europäischen Anstrich bekommen, um im Grunde noch ganz alttürkisch zu bleiben. So zum Beispiel strebt man dahin, die Gerichtshöfe und andere öffentliche Anstalten nach europäischer Schablone zu organisiren, ohne jedoch Namhaftes zu erreichen, denn die Beamten bleiben doch bei ihrem alten Schlendrian, der Jedem das Leben verbittert, der das Unglück hat, mit ihnen in Berührung zu kommen.

Consequente Reformen lassen sich nicht finden; dieselben sind immer so verschieden, wie die Launen der aufeinander folgenden Herrscher, die mit Staatsbeamten wechseln, wie Unsereiner mit Kleidungsstücken, so daß, wenn in irgend einem Fache etwas Gutes geschaffen wird, es nicht lange dauert, daß das Geschaffene von einem Nachfolger wieder umgestoßen wird. In der Administration ist somit ein ewiges Hin- und Herreißen bemerkbar, welches keine stabile Schaffung aufkommen läßt und wodurch die Türkei in Mißkredit gekommen ist, da es vielleicht nur Spanien giebt, welches mit solchen Zuständen konkurriren kann.

Daß unter diesen Umständen die Zukunft der Türkei in sehr trübem Licht erscheint, läßt sich wohl nicht ableugnen; allein wer weiß, was die Zukunft bringt; vielleicht wird es doch besser, als es die Lage der gegenwärtigen Verhältnisse vermuthen läßt. — Bei nächster Gelegenheit werde ich Ihnen etwas über die Christen der Türkei schreiben, als deren Beschützer (?) Rußland aufzutreten vorgiebt.

Correspondenzen.

Neumünster. Hierselbst fand am Sonntag, den 24. Juni, eine Conferenz der schleswig-holsteinischen Parteigenossen statt. Dieselbe war von 19 Ortschaften durch 29 Delegirte beschickt. Es handelte sich in erster Linie um die Beschlußfassung über das Projekt, ein Parteiorgan für Schleswig-Holstein zu gründen. Die Nothwendigkeit der Herausgabe eines solchen Blattes wurde allgemein anerkannt und war es deshalb die Hauptaufgabe, eine Einigung in Betreff der zuerst sehr weit auseinandergehenden Pläne herbeizuführen. Die Vorschläge, welche auf Herausgabe von Lokal- resp. Kreisblättern ausgingen, wurden entschieden bekämpft und von den Antragstellern auch schließlich nicht aufrecht erhalten. So einigte man sich denn leicht über die Herausgabe eines Provinzialblattes, indem nur betreffs des Ortes der Herausgabe die Anschauungen auseinander gingen. In Vorschlag kamen Kiel, Itzehoe und Neumünster, und drehte sich die Debatte namentlich um die beiden ersten Orte. Bei der Abstimmung entschied sich jedoch die Mehrheit für Kiel und wurde beschlossen, das Blatt zum 1. Oktober unter dem Titel: „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" erscheinen zu lassen. Zur Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde eine Commission von 9 Personen gewählt. — Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Besprechung über die Agitation in Schleswig-Holstein. Es wurde nach längerer Debatte der Beschluß gefaßt, nach der Wahlkreiseintheilung die Agitation planmäßig zu betreiben. Nach Erledigung einiger nebensächlicher Fragen wurde dann die Conferenz Nachmittags gegen 4 Uhr geschlossen. Am Abend desselben Tages fand im Congreßlokal eine öffentliche Versammlung von Parteigenossen statt, in welcher Genosse Oldenburg über den letzten Sozialisten-Congreß in Gotha referirte und in der die Gründung eines Ortsvereins für die Parteigenossen in Neumünster beschlossen wurde.

Glauchau, 25. Juni. Sonnabend, den 23. d. M., tagte im Theatergarten eine äußerst stark besuchte Volksversammlung, in welcher Parteigenosse Most aus Berlin mit dem bei der letzten Reichstagswahl hier durchgefallenen Professor Birnbaum aus Leipzig einen Redekampf auszufechten hatte, und auch wirklich und zwar glänzend ausfocht. Das beweisen selbst die Berichte gegnerischer Blätter. Das hiesige „Tageblatt" z. B., welches einen ausführlichen und objektiv gehaltenen Bericht über die Versammlung bringt, läßt Most, nachdem dieser die „wissenschaftlichen" Anfechtungen, welchen die Theorien des Sozialismus ausgesetzt sind, zurückgewiesen hatte, sagen: „So lange nicht bessere Argumente gegen uns vorgeführt werden, wird die Sozialdemokratie sich erlauben, im Massentritt voranzuschreiten und darauf dringen, daß an Stelle des Lohnsystems eine gerechtere Produktionsweise tritt, daß Noth und Elend aus der Welt geschafft werden, daß mit einem Worte Freiheit und Gerechtigkeit auf Erden sei." (Stürmisches Bravo.) — Professor Birnbaum dagegen äußerte sich am Schluß seiner Rede, nach dem Bericht desselben Blattes, folgendermaßen: „Die mir zugemessene Zeit ist leider um, ich kann Sie nur nochmals bitten, lassen Sie uns entweder unsere Meinung schriftlich austauschen, oder unsere Thesen Satz für Satz mit einander in späteren Versammlungen durchgehen. Nur so werden wir überzeugen!" (Bravo.) Mit diesem Satze tritt Herr Birnbaum unverkennbar den Rückzug an. Wenn der Herr Professor das Bedürfniß fühlt, seine Meinung über den Sozialismus „schriftlich auszutauschen", so steht ihm ja nichts im Wege, diesem seinem Herzensdrange nachzugeben. „Gesagt ist aber leichter als gethan", denkt der Herr Professor, und giebt den Redekampf auf, um „unsere Meinung schriftlich auszutauschen". Nun, man wird ja sehen, was aus dem schriftlichen Meinungsaustausch wird, an Gelegenheit hierzu fehlt es dem HerrnProfessor sicherlich nicht, sintemalen die literarisch-wissenschaftlichen Verfechter des Sozialismus ziemlich zahlreich gegen den von Professor Birnbaum vertheidigten Kapitalismus zu Felde gezogen sind. Also nur heraus mit dem Flederwisch; wir pariren, Herr Professor.

Meerane, 18. Juni. (Schluß aus Nr. 71.) Kaufmann Picht. Firma Picht und Berger. Auf einen neuen Webartikel 12 Sg. 2fdg. 96½ Ellen lang, 52 Zoll breit, 52 Schuß pro Zoll, 12schäftig, 10 Tritte, 2 und 2 abgeschossen, 332 Z. Kette, 310 Z. Schuß 30r Weft, zahlt Lohn: 16 Mark. Davon geht ab: 1 M. 57 Pf. für Treiben, 1 M. 55 Pf. für Spulen, 45 Pf. für Andrehen, 60 Pf. für Scheeren, macht 3 M. 17 Pf., bleibt 11 M. 83 Pf. Arbeitszeit 10—11 Tage.

Gebr. Liebert. Für Kreuzköper ganz Wolle 12 Schäfte 12 Tritte, 9 Gang 2fdg., 25½ Zoll breit, Doppelstücke à 58 Ell. lang, 56 Schuß per Zoll, Kette 148 Z., $^{24}/_{48}$r Wolle, Schuß 148 Z. C Schuß. Lohn: 11 M. 50 Pf. — Für Plaid 8 Gang 2fadig, 47 Zoll breit, 58½ Ell. lang, 54 Schuß per Zoll, Kette 116 Z. $^{20}/_{40}$r Wolle, Schuß 120 Z. C Schuß. Lohn 8 M., früher 9 M., also 1 M. gebrochen seit Anfang 1877.

F. W. Dittrich. Für Plaids 8 Gang 4fdg. 44¾ Z. breit, 65½ Ellen lang, 60—62 Schuß per Zoll, Kette 250 Z., 60 Zwirn, 195 Zahlen, 30 Weft. Lohn 9 M. 50 Pf. (1876 10 M. 25 Pf.) — Für Tartan 9 Gang 2fdg., 25¾ Zoll breit, Doppelstück à 92 Ellen lang, 60—62 Schuß per Zoll, 235 Z. Kette, 40r Zwirn, $^{24}/_{48}$r Wolle, 325 Z., 30 Weft Schuß. Lohn 15 M.

W. Haberland. Für ¹⁰/₄ Plaid, 8 Gang 2fadig, 62 Ellen lang, 52 Schuß per Zoll, 120 Z. Kette, 30r Zwirn, 144 Zoll 30r Weft. Lohn 9 M. (1876 10 M. 50 Pf.) — ⁶/₄ Travers, 8 Gang 2fadig 72½ Ellen lang, 54 Schuß per Zoll, 2 und 2 abgeschossen, Kette 82 Z., 32r Zwirn, 120 C Schuß. Maschinenspulen. Lohn 8 M. 50 Pf.

Thümmler. Für Boucette, 9 Gang 2fadig 87½ Ellen lang, 60 Schuß per Zoll, Kette 220 Z. 40r Zwirn, 220 Z. C Schuß, 8 und 1 abgeschossen. Lohn 15 Mark.

W. Gerdes. Für Rips 9 Gang 3fadig, 25¾ Zoll breit, 72 Ellen lang, 27—28 Rippen auf den Zoll, 142 Zoll Kette, 252 Z. C Schuß doppelt gespult, 126 Z. 60r Zwirn, 1 und 1 geschossen. Lohn 11 M. — Für Merino flance, 10 Gang 2fadig, 25¾ Zoll breit, 72 Ellen lang, 60—62 Schuß per Zoll, 108 Z. Kette, 92 Z. Schuß. Lohn 7 M. 50 Pf.

Franz H. Möschler. Für einen halbwollenen Artikel 8 Schäfte 8 Tritte, 12 Gang 2 und 3fadig, 25½ Zoll breit, Doppelstück à 90¼ Ellen lang, 68 Schuß per Zoll, 310 Zoll Zwirn und 64 Z. Seide zur Kette, 344 Z. Weft zum Schuß. Lohn 16 M. 50 Pf.

Heinrich Schmieder u. Sohn. Für Madelaine, 10 Sg. 2fadig, 25½ Zoll breit, 88½ Elle lang, 58 Schuß per Zoll, Kette 258 Z. 26r Water, 208 C Schuß. 13 M. Lohn.

G. Blumstengel. Für Plaid, 9 Gang 2fadig 60½ Ellen lang, 46 Zoll breit, 52 Schuß per Zoll, 134 Z. Kette, 110 Z. C. Schuß. 8 M. Lohn.

Fabrikant Kroitzsch. Crêpe travers, 12 Gang 2fadig, 25½ Zoll breit, 64 Schuß per Leipziger Zoll, 76½ Leipz. Elle anlegen. In das Stück 122 Z. Kette, 86¼ Z. C Schuß, abgeschossen wird 4 Grund 1 Aufschuß, 5 Grund 1 Aufsch., 16 Grund 1 Aufsch., 4 Gr. 1 Aufsch., 4 Gr. 1 Aufsch., 6 Gr. 1 Aufsch., 5 Gr. 1 Aufsch. u. s. w. Die Waare ist 12schäftig, 14 Tritte und zweierlei Aufschuß. Das Durchtreten von 12 Schemeln wird stets von den Aufschüssen unregelmäßig unterbrochen. Es dürften 8 volle Arbeitstage dazu gehören, ehe so ein Stück fertig gearbeitet ist. Für das mühevolle Arbeiten bekommt man 9 M. 50 Pf. Davon geht ab 50 Pf. Treibelohn, 1 M. für Scheeren und Andrehen, bleibt für den Meister sammt Spuler täglich circa eine Mark!! Das ist ein Lohn, den der Schwiegersohn eines Millionärs zahlt.

Man schämt sich oft selbst, den arbeitsuchenden Webern den Lohn genau anzugeben. So wurde einem Weber aus dem letzteren Geschäft, auf seine Frage nach dem Lohn eines Stückes solcher Crêpe travers erklärt, es gäbe 3 Thlr. 5 Gr. (9 M. 50 Pf.), als derselbe aber das erste Mal lieferte, erhielt er nur 2 Thlr. 16 Gr. (7 M. 60 Pf.). Auf seine Vorstellung bekam er den Bescheid, daß man für ein 50 Meter langes Stück auf diesen Artikel 3 Thlr. 5 Ngr. auszahle, da aber sein Stück nur 40 Meter (71 Leipziger Elle) lang war, so zahlte man ihm nur 2 Thlr. 16 Ngr. aus. Wäre dem betreffenden Weber der gleiche Bescheid vorher gegeben worden, es wäre zweifelhaft gewesen, ob derselbe bei allem Arbeitsmangel Zeit und Geld geopfert hätte, die komplicirte Vorrichtung zu diesem Artikel herzustellen. Andere Fabrikanten aber geben ihren Arbeitern keine Ketten mehr, sie klagen, nicht mehr bestehen zu können bei den seither gezahlten Löhnen, und stellen den so arbeitslos Werdenden die Alternative, 1 Mark und noch mehr billiger das Stück zu machen, dann können sie wieder Kette mitnehmen. In den meisten Fällen bei jetziger Zeit wird diese Methode mit Erfolg angewendet und der scheinbar humane Arbeitgeber thut dabei immer, als ließe er nur noch arbeiten, um seine Leute zu beschäftigen. Gewiß ein großer Vortheil für die Herren Fabrikanten. Dabei darf man nicht verkennen, daß die kleineren Geschäfte mit den größeren nicht die Konkurrenz auszuhalten vermögen, und da auch schon beim Einkaufe der Garne der Großfabrikant im Vortheil ist, so bleibt dem Kleineren nichts weiter übrig, als am Lohne zu knappsen. Der Lohnweber ist immer der Erste, dem mans abzuschinden sucht. Die Fabriken, die mechanischen Webereien jedoch schaffen der Hausweberei die allergrößte Konkurrenz, denn für die Dampfweberei gelten ganz andere Lohnsätze als die angeführten, und die Löhne für Stücke auf dem Dampfstuhl gefertigt, sind so niedrig, daß der Fabrikweber dabei ebenfalls kaum die Fristung seines Lebens erringt.

Zum Schluß richten wir noch die Aufforderung an alle Berufs- und Gewerksgenossen allerwärts, sowohl in Glauchau wie im Voigtland u. s. w. u. s. w. gleiche Statistiken zu veröffentlichen und thatkräftig für das Wohl der Weber einzutreten, denn nur dann wird unser Vorgehen den gewünschten Erfolg erzielen.

Allgemeiner Arbeiter-Sängerbund.

Gesangsgenosse Emil Busch ist von Gotha wieder abgereist und ist als Ersatz in den Ausschuß von der hiesigen Arbeiter-Liedertafel der Klempner Carl Engelhardt gewählt worden. Der Ausschuß hat in seiner Sitzung am 22. d. Mts. zum Stellvertreter des Vorsitzenden den Lithograph Richard Spätzel gewählt, was den Gesangvereinen hiermit bekannt gemacht wird.

Gotha, den 25. Juni 1877.

Der Ausschuß:
Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Briefkasten.

der Redaktion. F. N. in C.: Wenn neue Münzwährungen in einem Lande eingeführt werden, wird die Summe der zu prägenden Geldstücke nach der Kopfzahl des betreffenden Staates bestimmt.

Quittung. Ullrich Offenbach Ann. 0,80. J. Schmdt Paris Ab. 18,40. Fachverein der Kleidermacher Steyr Ab. 5,62. Arbeiterbild.-Verein Hüttenberg Ab. 7,33. Leseverein Fortschritt Friedland Ab. 5,50. Heffnr Mainz Ab. 8,50. Gesangverein „Lassallia" Mannheim Ann. 3,00 Lhmnn hier Ab. 34,90. Oertl Kellinghusen Ab. 10,40. H. Plnr Bludenz Ab. 4,80, Schr. 0,55. Mlr Szigetvar Ab. 2,26. Frnk. Pest Schr. 8,06. Lnd Hamburg d. A. C. Ab. 100,00. Untr Jaffy Ab. 2,10.

Berliner Wahlfonds.

B. Manufakturarbeiter-Gewerksch. Göppingen 3,80.

Altona. Am Sonnabend, den 30. Juni, Abends 8½ Uhr, in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Bericht über den Verlauf der Conferenz in Neumünster am 24. Juni d. J. Ref.: H. Walther.

Martienssen. [70

Crimmitschau. Vorläufige Anzeige. Den 19. und 20. August findet am hiesigen Orte ein

Volksfest

verbunden mit Präsentenvertheilung ꝛc. statt. [8,00

Wir bitten die Genossen, Vereine und Corporationen der Umgebung dies gefl. beachten zu wollen. Alles Nähere später.

(F. 65) Das Festcomité.
J. A.: Robert Walther, Restauration Gartlche, 1 Tr.

Hannover. Montag, den 2. Juli, Abends 8 Uhr, im Hasten'schen Saale: (F. 165) [80

Große Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Zuchthausarbeit und Anschluß an die Berliner Petition.

Parteigenossen seid alle am Platze.

H. Rudolph. C. Wolpers.

Mannheim. Gesangverein „Lassalle". Sonntag, den 8. Juli, in den Sälen des „Badener Hofes":

Viertes Stiftungsfest

bestehend aus Concert, Festrede und Ball unter Mitwirkung verschiedener auswärtiger Gesangvereine.

Anfang 8 Uhr. — Eintritt 80 Pf., Damen 20 Pf., Ballkarten 1 Mark.

Alle Freunde und Gesinnungsgenossen von nah und fern ladet hierzu freundlichst ein (F 220) Der Vorstand. [800

Als Verwalter oder Disponent größerer Anwesen oder Etablissements empfiehlt sich ein selbstständig gewesener Techniker reiferen Alters. (85) [1,00

Näheres R. P. durch die Expedition.

Die Geheimnisse des sächsischen Cabinets. 2 Bde. Stg. Cotta. Statt 18,75 nur 6 Mk. Arnd, **Geschichte der französischen Revolution** v. 1789—1799. 6 Bde statt 6 Mk. nur 3 Mk. Schmithf **Die Licht- und Schattenseiten des Lebens.** Roman in 6 Bdn, statt 18 Mk. nur 2 Mk. **Börne's Schriften.** 12 Bde. nur Mk. 3,50. **Freiligrath's Werke.** 3 Bde. eleg. geb. nur 10 Mk., so wie alle Erscheinungen des Buchhandels zu ermäßigten Baarpreisen. (Man vergl. die Anzeige in Nr. 69 des „Vorwärts".) [270

Berlin SW., Hagelsbergerstr. Wortmann'sche Buchhdlg.

In unserem Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, sowie durch unseren Commissionär Hrn. Siegismund u. Volkening in Leipzig zu beziehen:

„Arbeiterkrankheiten"

1. Schädliche Gase
2. Schädliche Dämpfe

als Krankheitsquellen und die von ihnen heimgesuchten Fabrikationszweige.

Von F. A. Moralt.

Preis 10 Pfg. Bei Abnahme größerer Partieen bedeutender Rabatt.

Augsburg, im Juni 1877. (8c)

3,90] Volksbuchhandlung von J. Eudres, G. Nr. 322.

Abonnements-Einladung

pro 3. Quartal 1877.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis vierteljährlich Mk. 1,20
In Heften à 30 Pfg.

II. Jahrgang. Auflage ca. 40,000.

Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Bei Postabonnements wolle man sich auf die Zeitungspreisliste 1875, Seite 64, Nr. 2577 berufen. — Hefftlieferungen können durch die Post nicht bezogen werden. — Für Kreuzbandsendungen innerhalb des deutsch-österreichischen Postgebietes berechnen wir incl. Porto per Quartal 1 M. 60 Pf. Für Hefte oder Einzelnummern bitten wir bei Bestellung den Betrag in Briefmarken beizulegen.

Laut diesjährigem Congreßbeschluß schließt mit Ende September der II. Jahrgang. Es beginnt demnach mit 1. Oktober d. J. der III. Jahrgang, der mit Ende September 1878 schließt.

Die Leser unserer Parteiblätter machen wir darauf aufmerksam, daß zur Einführung der „Neuen Welt"

Illustrirte Prospekte

gratis versandt werden.

Die Verbreitung der Prospekte in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien wird den Gesinnungsgenossen

als bestes Agitationsmittel

dringend an's Herz gelegt.

Bei Bestellung ist die Zahl des Bedarfs und genaue Adresse anzugeben. Plakate zum Aushängen in öffentlichen Lokalen und Sammellisten stehen zu Diensten.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.
Leipzig, Färberstraße 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enp, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Sorge, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 77. Mittwoch, 4. Juli. 1877.

Zur Beachtung.

Die Genossen an allen Orten werden ersucht, an das

Central-Wahlcomité

Adressen von Leuten einzusenden, an welche Sendungen in allgemeinen Parteiangelegenheiten gerichtet werden können. Zuschriften sind zu richten an J. Auer oder C. Derossi in Hamburg, Pferdemarkt 37.

Das Lumpenproletariat.

In der „Sozialpolitischen Uebersicht" unserer letzten Nummer haben wir unter dem Titel: „Ein neues Schlagwort des Liberalismus", einen Artikel aus der Böhmert'schen „Sozial-Correspondenz" abgedruckt und daran unsere Betrachtungen geknüpft. Herrn Böhmert selbst verweisen wir gewöhnlich in unser Feuilleton und auch seine Correspondenz würden wir des ungemeinen Blödsinns halber, von welchem sie trieft, nicht weiter beachten, wenn nicht fast sämmtliche antisozialistische Zeitungen aus dieser trüben volkswirthschaftlichen Quelle ihre Weisheit schöpften.

Das neue Schlagwort der Liberalen lautet nach dem Herrn Böhmert: „Proletarier und Arbeiter sind Gegensätze!" Wir haben in der vorigen Nummer für jeden vernünftigen Menschen den Beweis erbracht, daß eine derartige Behauptung purer Unsinn ist und daß Herr Böhmert Proletarier mit Lumpenproletarier verwechselt hat.

Um der „Sozial-Correspondenz" und den derselben nachbetenden liberalen Zeitungen nun Gelegenheit zu geben, ihr Wissen in Bezug auf das Lumpenproletariat zu erweitern, wollen wir denselben über dasselbe hier eine kurze Vorlesung halten:

Unter dem Lumpenproletariat versteht man schlechtweg die unterste Schicht der menschlichen Gesellschaft. Sie schließt alle Personen in sich, die gleich den Lohnarbeitern, den Proletariern, nichts auf Erden ihr eigen nennen und weil sie nicht, wie diese, vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, von der Menschheit nehmen und nichts zurückgeben. Von jeher waren diese Menschen gleichsam die Schmarotzerwürmer der Gesellschaft, und wie aus einem Sumpfe fortwährend giftige Dünste aufsteigen und die Luft verpesten, so bildet diese Klasse fortwährend Verbrecher jeder Branche aus, liefert den größten Theil der Zuchthausbewohner und ist die Quelle des professionellen Bettlerwesens. Die öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten sind von den Besitzenden nur zu dem Zwecke errichtet, um auf Kosten der produzirenden Klasse ihre professionellen Bettler zu füttern.

Die Lumpenproletarier rekrutiren sich im Verhältniß zum weitaus größten Theile aus der sogenannten höheren Gesellschaft, wie ja Herr Böhmert selbst zugiebt.

Die arbeitende Klasse allein ist es, welche das ganze Lumpenproletariat, diesen Schweif an dem Dunstkörper der Bourgeoisie, erhalten muß, indem sie, welche vorzugsweise alle Lasten in Form von indirekten Steuern tragen muß, auch die Mittel hergiebt, die Versorgungsanstalten, wie Zuchthäuser ꝛc., zu errichten und zu unterhalten.

Giebt ein Reicher zu irgend einem wohlthätigen Zwecke, wie man sagt, eine Summe her, so weiß er sie sicher aus der Arbeitskraft doppelt wieder herauszupressen. Kommt aber der Arbeiter durch irgend einen Unfall in Noth, wird er arbeitsunfähig, so kümmert sich Niemand um ihn; dafür sorgt schon das so mangelhafte Haftpflichtgesetz. Dem Arbeitgeber fällt es aber gar nicht ein, ihm aus freiem Willen eine Unterstützung zu geben. Er kann ihn nicht mehr brauchen und so ist das Verhältniß abgebrochen.

Die Existenz des Lumpenproletariats hängt mit der Existenz der herrschenden Klasse eng zusammen. Weil es selbst arbeitsscheu oder auch arbeitsunfähig ist, so liegt die Ausbeutung der Arbeit in seinem Interesse. Daraus ist es auch zu erklären, weßhalb es sich von der herrschenden Klasse immer gebrauchen ließ, die Arbeiter unterthänig zu halten. Es folgt derselben, wie ein Hund seinem Herrn, aber nur so lange, als es von ihr gefüttert wird.

Jede frühere gesellschaftliche Ordnung hatte ihr Lumpenproletariat aufzuweisen, aber nicht in der Stärke, wie die jetzige. Keine aber war auch so wie sie geneigt, dasselbe zu erzeugen. Nicht nur, daß die kapitalistische Produktionsweise, weil sie fortwährend und progressiv menschliche Arbeitskraft überflüssig macht, also derselben die Möglichkeit der Existenz nimmt, sondern auch die freie Konkurrenz wirft täglich immer größere Massen aus dem Lager der Besitzenden, der Fabrikanten und Handeltreibenden in dasselbe hinab. Weil es sich aus allen Schichten der Gesellschaft rekrutirt, tritt es in seinen verschiedenen Gestaltungen auch verschiedenartig auf. In seiner Haupteintheilung zerfällt es in die professionelle Bettler-, in die sogenannte Verbrecher- und in die polititische Bummler-Welt.

Das Lumpenproletariat ist einer der größten Krebsschäden am Volksleben. Mit dieser Armee hat es die herrschende Klasse oft genug fertig gebracht, daß der Volkswille nicht zum Ausdruck kommen konnte, daß das Machen der Gesetze ihr Monopol und somit das ganze politische Leben corrumpirt wurde. Die Masse des Lumpenproletariats schwillt durch die Conzentration des Besitzes und durch die Ueberflüssigmachung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschinen immer mehr an. Der Bourgeoispresse, überhaupt der vernachlässigten und verkehrten Erziehung des Volkes ist die Hauptschuld anzurechnen, daß die ausrangirten Arbeiter, sowie Alle, die verschuldet oder unverschuldet durch die heutigen Zustände in diese unterste Schicht hinabstürzen, darin moralisch zu Grunde gehen.

Anstatt das Volk über die Entwickelung der gesellschaftlichen Zustände und deren Folgen zu belehren, ihm Selbstgefühl und Manneswürde beizubringen, hat man es geistig entnervt, ihm weiß gemacht, daß alles, was in der Welt vor sich geht, durch die ewige Ordnung bedingt und deshalb nichts dagegen zu machen sei.

Diejenigen, welche das Gegentheil behaupten, welche versuchen, das Volk vor der Versumpfung zu bewahren, werden als Volksverführer und hirnverbrannte Demagogen verschrieen. Auch die „Sozial-Correspondenz" thut das Ihrige, um die Leser geistig zu entnerven und zu versumpfen, sie thut das Ihrige, die Ideen und die Männer, welche dem entgegentreten, in den Koth zu ziehen.

So geht's denn auf der abschüssigen Bahn fort, bis die herrschende Klasse ihre Lumpenproletarier nicht mehr zufriedenstellen kann. Dieser Zeitpunkt liegt allen Aussichten gemäß nicht mehr fern.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Nachwehen aus der Fünfmilliardenperiode. Aus Köln schreibt man: „Wie es in Köln aussieht, davon gibt wohl am besten Auskunft unser Handelsgericht. Dasselbe hat statt der früheren zwei, jetzt vier Sitzungen in der Woche. Dabei sind wöchentlich über 500 Handelssachen, sage und schreibe 500, angemeldet, während früher ungefähr 50 Fälle jede Woche vorkamen; die meisten sind Zahlungseinstellungen. Bis Mitte Mai dieses Jahres sind schon 32 Fallissemente erklärt worden, während früher im ganzen Jahre nur 18—20 Fallissemente vorkamen."

Zahlen und Thatsachen beweisen. Entweder sind nun diejenigen, welche Zahlungseinstellung anmelden Leute, die in betrügerischer Absicht Solches thun, weil sie ihr Schäfchen in's Trockne gebracht haben und durch einen Bankerott sich allen Verpflichtungen entziehen wollen, oder aber es sind Leute, denen es bei der grassirenden Geschäftskalamität eine Unmöglichkeit ist, sich länger zu halten. Im ersteren Falle sind jene Betrüger Leute, die bei den Herren Gründern in die Schule gegangen sind, in letzterem Falle sind die Betreffenden durch die infolge des Gründerschwindels eingerissenen wirthschaftlichen Mißverhältnisse ruinirt worden. In beiden Fällen aber dient die erwähnte Thatsache als Illustration zu der Phrase von der „deutschen Reichsherrlichkeit"; wir ersehen aus derselben, „wie herrlich weit wir es gebracht" haben.

— Der Altkatholizismus — ein widerliches Gemisch von Fleisch und Fisch — blamirt sich überall, selbst in Bezug auf Rechtlichkeits- und Schicklichkeitsbegriffe. Wir lassen hier den einfachen Brief eines Gastwirths folgen, der dies beweist:

„Ich weiß nicht, ob in jener Zeit ein Comité bestanden, um jenes Fest in die Hand zu nehmen, soviel aber ist sicher, daß 1) Herr Alb. Müller, 2) Herr J. Christ, 3) Justizrath Schulz, 4) die Herren Grafen Bochholz bei mir erschienen sind, daß die Herren das Festessen, die Dekoration, die Bekränzung u. s. w. bestellten und sich für die Bezahlung stark machten. Ob die Herren nun als Mitglieder des Comités oder als einfache Ehrenmänner bezahlen wollen, ist mir ganz gleichgiltig, mir ist das Geld von dem Einen so lieb, wie von dem Andern, nur würde ich es im Interesse des p. Müller sehr bedauern, wenn ich ihm vor Gericht durch meinen derzeitigen Kellner beweisen müßte, daß es so ist, wie ich sage, mit anderen Worten: daß Herr Müller mit seiner Erklärung in grober und frecher Weise die Unwahrheit gesagt hat. Was Herrn Christ betrifft, so will ich zu seinen Gunsten bemerken, daß er zwar mit bestellte, dem Feste selbst aber nicht mit beiwohnte. Die gemachte Zeche beträgt:

1)	20 Diners, u. A. für Bischof Reinkens, Prof. Knodt, Ritter v. Schulte ꝛc. .	M. 126	— Pf.
2)	6 vorhergegangene Diners für die Besteller	„ 15	— „
3)	Weine	„ 25	— „
4)	Diverse für Professor Knodt	„ 12	46 „
5)	Für den Saal	„ 45	— „
6)	Angerichteter Schaden durch entstandenen Tumult	„ 15	— „
7)	Für die Rednerbühne	„ 42	— „
8)	Für Bekränzung	„ 45	— „
9)	Diners für die Musik	„ 45	— „
10)	Equipage für Bischof Reinkens . .	„ 6	— „
	Summa	M. 376	46 Pf.
	Hierauf bezahlt	„ 47	46 „
	Saldo	M. 329	— Pf.

Nachträglich sei noch bemerkt, daß Herr Anwalt Kindermann sein Couvert (welches unter den obigen 20 enthalten ist) bezahlt hatte, daß ich aber auf Veranlassung des Herrn Müller wieder aufnehmen mußte, weil Herr Kindermann mit zu den Comité-Mitgliedern gehörte und alles zusammen bezahlt werden sollte. Ich überlasse es daher getrost dem Urtheile vorurtheilsfreier Leser, was davon zu halten ist, daß man Feste veranstaltet und bei Präsentation der Rechnung sich zu drücken suchte; das ist nicht einmal russisch und türkisch.

Deutz, den 20. Juni 1877. H. Witgen."

Allerliebst! Hinzuzufügen brauchen wir wohl nichts.

— Eine Reminiscenz. Oder richtiger zwei, beide gleich interessant und lehrreich. Am 11. Januar des Jahres 1871 — wir sind im „heiligen Krieg" — finden deutsche Soldaten in einem Schloß bei Paris einen mächtigen Aktenstoß. Es ist kalt, Holz fehlt, im Kriege, auch im „heiligen", ist alles erlaubt, was nicht gegen die militärische Disciplin geht: der Aktenstoß findet rasch praktische Verwendung, das Papier ist alt, hübsch trocken, und brennt vortrefflich. Um die Langeweile zu vertreiben, hebt einer der Soldaten eins der noch herumliegenden Hefte auf — ob er's gelesen hat, wissen wir nicht, wissen auch nicht, ob mehr aufgehoben und aufbewahrt wurde. Was wir wissen ist, daß besagtes Heft nach Deutschland wanderte und daß es — das Heft liegt vor uns — Aktenstücke von höchster historischer Bedeutung enthält, allerdings nur in Abschrift, aber in amtlicher, archivarischer Abschrift. Es sind Verfügungen und Instruktionen des französischen Wohlfahrtsausschusses, an die Armeen der Republik, vom „11. Floréal des Jahres II." (30. April 1794) bis zum „5. Fructidor des Jahres II" (22. August 1794). Eine dieser Verfügungen fesselt zunächst unsere Aufmerksamkeit. Sie trägt das Datum des 8. Prairial Jahr II (27. Mai 1794) ist „an die Volksvertreter (Civilcommissäre) bei der Moselarmee" gerichtet, von Carnot unterzeichnet und lautet:

„Bürger-Collegen, wir richten an Euch einen Brief für den Obergeneral Jourdan. Habt die Güte, ihm denselben zu überwitteln, nachdem Ihr Kenntniß davon genommen. Fahrt fort, mit reißender Schnelligkeit dem Ziel: vollständige Vernichtung der Feinde unserer Unabhängigkeit zuzueilen. Eure ersten Erfolge verbürgen uns neue, entscheidendere.

Wir sehen mit Vergnügen, daß Ihr Maßregeln getroffen habt, um die Desorganisation zu verhüten, welche stets aus der Plünderung entsteht, und um zu verhindern, daß der Krieg gegen uns sich nationalisirt (Volkskrieg wird). Schont überall die Gegenstände des Cultus, alles, was das Volk hochhält. Sorgt dafür, daß die Hütten, die Unglücklichen, die Frauen, die Kinder, die Greise respektirt werden. Zieht ein als die Wohlthäter der Völker, als die Zuchtruthe der Großen, der Reichen, der Feinde Frankreichs. Laßt auf diese das ganze Gewicht der Contribution fallen. Nehmt sie zu Geiseln. Handelt überhaupt so, daß Jedermann sieht, es ist nicht das System der Verwüstung, sondern das System der Gleichheit, welches Ihr bringt. Wir dürfen aber den Krieg nicht wie gutmüthige Narren führen (faire la guerre en dupes); wir müssen in Feindesland auf Kosten des Feindes leben, dem wir unsere Schätze bringen. Allein es ist nothwendig, daß die strengsten Maßregeln getroffen werden, um zu verhindern, daß die Behörden den Armen die Contribution aufwälzen, was sie unzweifelhaft versuchen werden, wenn Ihr nicht mit fester Hand eingreift."

Ein zweites Schreiben, direkt an Jourdan, den Oberfeldherr der Moselarmee gerichtet, vom Datum des 1. Messidor Jahr II (3. Juli 1794), und unterzeichnet: „Für die Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses: Carnot." drückt sich noch deutlicher aus. Es heißt darin: **Die Contributionen müssen ausschließlich auf die Reichen fallen**; die Armen müssen sich unserer Ankunft freuen; alle Gebräuche sind zu respektiren." — —

Diese Sprache des Revolutionsconvents, und das am 11. Januar 1871 verbrannte Archiv: nicht wahr, ganz hübscher Stoff zu — Culturstudien.

— Die Kriegsfurie im Frieden. Durch die liberalen Blätter geht folgende Notiz: „Bei der Eröffnung der Schwurgerichtsperiode zu Königsberg am 25. Juni nahm der Präsident, Gerichtsdirektor Göbel, Gelegenheit, den Geschworenen an der Hand der Statistik mitzutheilen, daß in den fünf Jahren nach dem Kriege von 1871—1875 die Anklagen wegen Mordes und Todtschlags beinahe um das Doppelte gegen die Vorjahre gestiegen sind."

Nach dem Kriege — dieser Ausdruck ist zu beachten; danach scheint der Gerichtspräsident selbst anzunehmen, daß die Verbrechen des Todtschlags und Mordes vielfach Folgen der Kriege seien. Der Präsident hat unserer Meinung nach ganz recht! Wir wollen bemerken, daß in diesem verwilderten Schwurgerichtsdistrikte die Sozialdemokratie noch keinen festen Fuß gefaßt hat — hätte sie es, so würden die Verbrechen geringer sein.

— Saulus unter den Propheten. Das „Leipziger Tageblatt" bringt (von 23 d.) einen längeren Artikel über die gegenwärtige Geschäftskrisis der mit folgendem Satz schließt: Vor allem wird es darauf ankommen, daß die Militärstaaten entwaffnen, und die Uebervortheilung des Publikums Seitens des Produzenten der Lebensmittel mit aller Macht entgegengetreten und diesem allgemein und lebhaft gefühlten Uebel endlich gesteuert werde." Obstupui steteruntque comae — wir sind starr vor Erstaunen. Ist das denn wirklich das „Leipziger Tageblatt"? Kein Zweifel — da stehn ja, dicht bei, die poetischen Ankündigungen der „Schweinsknöchel mit Klößen". Also um aus der jetzigen Krise, die (wie das „Tageblatt" sehr richtig bemerkt) keine vorübergehende ist, herauszukommen, müssen wir den Alp des Militarismus abschütteln und die Produktion (daß das „Tageblatt" bloß die Produktion der „Lebensmittel" erwähnt, ist dem Schweinsknochel-Organ zu Gute zu halten) ehrlich machen, in gerechter, vernünftiger und gemeinnützlicher Weise organisiren — das ist ja der reine Sozialismus. Etwas Anderes wollen wir auch nicht. Und es soll uns nicht wundern, wenn nächstens Herr Hüttner zu uns kommt, und sich zum Eintritt in die Partei damit erklärt. O Hüttner! Was wird dein Rüder zu diesem lichten Augenblick sagen?

Da wir gerade von „lichten Augenblicken" sprechen, sei hier auch gleich die Berliner „Volkszeitung" erwähnt, der das näm-

liche Pech passirt ist. In einem Artikel über den Indifferentismus bei den Wahlen entschlüpfte ihr dieser Tage die Bemerkung: ein großer Theil des Volkes lege den Wahlen deshalb nur wenig Gewicht bei, weil sie kein praktisches Resultat hätten, und weil die Volksvertretung bloß eine „machtlose Rede-Gesellschaft" sei. Ein wahres Wort, liebe Dunckerin! Und um so anerkennenswerther, als es gerade Deine Partei am Härtesten trifft, deren parlamentarischen Eunuchenthum es ganz wesentlich zu verdanken, daß der preußische Landtag und deutsche Reichstag das geworden sind, was sie sind. —

— Den Spieß umgekehrt. In Folge der Gräuelthaten, welche die russischen Militärbehörden im Kaukasus auch gegen die Civilbevölkerung verüben lassen, hat die türkische Regierung an ihre Vertreter im Ausland ein Circular gerichtet, welches die wahrhaft haarsträubenden Grausamkeiten der Kämpfer für „Humanität" und „Civilisation" schildert, und dessen Schluß also lautet:

„Wir unterbreiten dem Unwillen und der Verurtheilung der gesammten Europas die Verbrechen, welche mit kaltem Blute und Ueberlegung von den Agenten der Regierung befohlen sind, die sich für die Vertheidigerin der Prinzipien der Civilisation ausgiebt und noch bei den in Bulgarien gegen den kaiserlichen Willen von der verzweifelten Bevölkerung verübten Repressalien die öffentliche Meinung gegen uns zu erregen und uns im Lichte von Barbaren erscheinen zu lassen suchte. Niemals werden sich die kaiserliche Regierung und ihre loyalen Armeen mit solchen Verbrechen beschmutzen. — Unsere Bevölkerungen werden die Prinzipien der Humanität und die Gesetze des Krieges, die in so rücksichtsloser Weise vom Feinde des Landes verletzt sind, strenge respektiren."

Das ist eine bittere Pille für den „friedliebenden", „milden" Czar und seine Rathgeber und Werkzeuge. Und wenn das in den letzten Sätzen des Circulars liegende Versprechen gehalten wird, dann ist die moralische Niederlage der scheinheiligen Czaren-Regierung allerdings vollkommen.

— Ein Compliment. Der außerordentliche Gesandte Englands in Constantinopel, Herr Layard, nahm vor kurzem Gelegenheit, sein Urtheil über den türkischen Reichstag auszusprechen. „Man hat Unrecht", äußerte er sich, „daß man das ottomanische Parlament in Europa nicht ernsthaft nimmt. All diese Deputirten, welche aus den mindest entwickelten Provinzen des Reiches kommen, haben eine so richtige Empfindung der Dinge und so praktische Anschauungen in Regierungs-Angelegenheiten, wie ich sie sicherlich nicht bei ihnen zu finden erwartete. Heute kann ich, ohne Furcht vor Täuschung, sagen, daß das ottomanische Parlament binnen Kurzem es jedem beliebigen europäischen Parlament zuvorthun wird." Dazu gehört freilich nicht viel. Und die Worte des Hrn. Layard sind die beste Satyre auf den europäischen Parlamentarismus, die uns noch je vorgekommen.

— Die radikalen Senatoren in Frankreich machen es den radikalen Deputirten nach und wollen für Thiers und Gambetta die Kastanien aus dem Feuer holen — im Uebrigen sollen die edlen Herren der Linken sich schon entschlossen haben, selbst bei einem Wahlsiege „vorläufig" Mac Mahon am Ruder zu lassen. Nette Helden! Die Senatoren der vereinigten Linken erlassen folgendes Manifest: „Die unterzeichneten Senatoren, Vertreter der drei Gruppen der Linken des Senats sprechen die Ansicht aus, daß die Wiederwahl der 363 Deputirten, welche die Tagesordnung des 19. Juni gegen das unter dem Vorsitze des Herzogs de Broglie stehende Cabinet angenommen haben, eine Bürgerpflicht sei und vom Lande, eben so wie im Jahre 1830 die Wiederwahl der 221, als eine Ehrensache anerkannt werden müsse. Diese Wiederwahl wird der feierlichste Ausdruck des nationalen Entschlusses sein, die republikanischen Einrichtungen aufrecht zu erhalten. Den Patriotismus anrufend, rechnen die Unterzeichneten darauf, daß der Candidatur der 363 Deputirten, welche für die Tagesordnung gestimmt, keine andere republikanische Candidatur entgegengestellt werde." (Folgen die Namen.) Unter denselben befindet sich auch derjenige von Victor Hugo. Armes Frankreich! Verrathenes Volk von Paris!

— Der Sozialismus unter den Negern. Im Protokollauszug über die Sitzung des Ausschusses der Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten vom 13. Mai finden wir die Bemerkung, daß sich von Jefferson (Staat Indiana) eine Sektion Farbiger (Neger) zur Aufnahme in die Partei angemeldet hat, und vom Ausschuß angewiesen wurde, sich der englisch sprechenden Sektion dieser Stadt anzuschließen.

— An der Donau sind die Russen jetzt ganz entschieden im Vortheil; der Uebergang ist auch an der oberen Donau forcirt worden, so daß Bulgarien nunmehr den russischen Freunden offen steht. „Väterchen" hat deshalb auch schon eine revolutionäre Proklamation an die Bulgaren, zu deren „Befreiung" (zu deutsch: Annexion) er das Schwert gezogen habe, erlassen. Wir werden nunmehr heftige Festungskämpfe erleben und dann abwarten müssen, ob noch in diesem Sommer es den Russen gelingt, den Balkan zu übersteigen. — Die europäischen Mächte schlafen sämmtlich; das trauliche Brummen des russischen Bären hat sie eingelullt. — In Asien erhalten die Russen entschiedene Schläge, die auch nicht mehr von den rubilisirten Blättern abgeleugnet werden können. Daß die Russen sich aus dem Völkerrecht nichts machen, das geht daraus hervor, daß sie im Schwarzen Meere drei Handelsfahrzeuge mit Torpedos in die Luft sprengten. Bisher haben nur Piraten es gewagt, die Matrosen von Handelsschiffen zu morden, zu ihnen gesellen sich die culturfreundlichen Russen. Eine Schande für die Civilisation, daß man diese Barbaren mit solcher Bestialität ruhig hausen läßt.

Correspondenzen.

Hamburg, 27. Juni. (Die 10,000 auf dem Rückzuge.) Wenns auch keine tapferen Griechen sind, so sind es doch gemüthliche reichstreue Hamburger, die sich flott auf dem Rückzuge befinden. Der „Hamburgische Correspondent", der sich zuerst sehr für den „liberalen 10,000köpfigen Reichstagswahlverein" interessirte, bringt in Nr. 149 folgende Abwiegelungsnotiz:

„Die von den Zeitungen gebrachte Mittheilung über die am letzten Freitag Abend stattgefundene „Constituirung" des liberalen Reichstags-Wahlvereins hat ohne Zweifel viele Mitglieder dieses Vereins ebenso überrascht, als den Schreiber dieses, der als einer der Ersten dem Rufe des provisorischen Comité's gefolgt war. Unterzeichneter hat im Einvernehmen mit zahlreichen Bekannten und Freunden, die er dem Vereine zugeführt, geglaubt, die Konstituirung des Vereins sei Sache der Mitglieder, namentlich aber würde die Wahl des Vorstandes von den Mitgliedern, event. von den Vertretern der zu errichtenden Bezirksvereine zu geschehen haben. Wegen Errichtung der Bezirksvereine ist aber bis jetzt, obgleich angeblich über 10,000 Mitglieder bereits durch Namensunterschrift dem Vereine beigetreten sein sollen, noch nicht das Mindeste geschehen, überhaupt hat die Thätigkeit des provisorischen Comité's seit zwei Monaten sich auf den Erlaß einiger Zeitungs-Annoncen beschränkt und irgend welche Beweise, daß die Leitung der ganzen Sache bei dem provisorischen Comité in den rechten Händen ruhe, denen ein günstiger Fortgang der Bewegung zuzutrauen sei, haben wir bisher nicht erhalten. Nun aber konstituiren sich dieselben Herren, welche als provisorisches Comité den ersten Aufruf erlassen, ohne irgend ein Mandat der Mitglieder auf eigene Autorität hin als definitiver Vorstand, vertheilen die Aemter unter sich und machen somit die Mitglieder auf Jahre hinaus mundtodt. So aber haben die Mitglieder, meiner festen Ueberzeugung nach, die Sache nicht angesehen. Das provisorische Comité hätte nach allgemeiner Auffassung die weitere Organisation, namentlich die bisher ganz vernachlässigte der Bezirksvereine ferner leiten, dann sich aber, sobald der Verein konstituirt worden, von dessen Mitgliedern neu wählen, resp. bestätigen lassen sollen. Unzweifelhaft wäre der größte Theil der Comitémitglieder auch in den definitiven Vorstand gekommen, einige Mitglieder vielleicht aber auch nicht, und namentlich wäre bei einer freien Wahl Gelegenheit gewesen, dem Vorstande noch einige Männer hinzuzufügen, die man im provisorischen Comité ungern vermißt. Der jetzt unternommene unbedachte Schritt wird dem Verein unzweifelhaft schaden und den Gegnern desselben das Spiel wesentlich erleichtern. Namentlich scheint vergessen zu sein, daß bei der Verwendung erheblicher Geldmittel diejenigen, welche sie aufbringen, gefragt werden sollten."

So der „Hamburgische Correspondent". Man sieht, in welche terroristischen Bahnen der liberale Verein einlenkt, er wird bald zu Grunde gehen. Je größer die Leiche, desto größer der Sarg und der Gestank, den sie ausströmt.

Auf den Angriff im „Hamburgischen Correspondenten" aus den eigenen Reihen antwortet in der folgenden Nummer ein Vorstandsmitglied der 10,000 „auf dem Papier" sich befindlichen Helden, die sich auf dem Rückzuge befinden, mit folgender Anklage: „Man sollte aber vor Allem den Vorstand, der opferwillig die Arbeit auf sich genommen hat, aufmuntern in seiner Thätigkeit, anstatt ihn, wenn er noch so correct handelt, anzugreifen. Er würde sonst bald in der Lage sein, zu sagen: „Mit den Sozialisten werden wir schon fertig, aber Gott schütze uns vor unseren Freunden!" — Daraus geht hervor, daß der Vorstand des liberalen Wahlvereins die 10,000 Getreuen als eine Hammelheerde betrachtet, die blökend des Schäfers Stecken folgen soll. Wir glauben aber, daß manches Schäfchen in diesen drei Jahren noch verloren geht und unter die sozialistischen Böcke gerathen wird, so daß allerdings die Angst des hochedlen Vorstandes vor „seinen Freunden" gerecht erscheint.

Neustrelitz, 25. Juni. Endlich! Vier Jahre fast nach jener „berühmten" Lasker'schen Rede, in welcher der kleine Herr gegen die fürstlichen Gründer der Berliner Nordbahn „losdonnerte", wird letztere am 1. Juli feierlichst eröffnet werden. Vier Jahre nach jener Rede, welche so vielversprechend schien, daß man allgemein zu hoffen wagte, unsere „Volks"vertreter würden endlich einmal sich zu einem mannhaften Schritte aufraffen, welche aber leider nur leidiges Strohfeuer der Herren „Liberalen" entflammt hatte, dessen anfangs scheinbar günstige Wirkung in Folge der unüberwindlichen Mattherzigkeit und Selbstinteressirtheit unserer Parlamentarier nur allzubald in alle vier Winde zerstreut wurde. — Was die Nordbahn betrifft, so übernahm sie zwar später die preußische Regierung, aber auch diese scheint nicht besonders eifrig hinterher gewesen zu sein, was theils aus der langen Dauer des Bahnbaues geschlossen werden kann, theils aus den Klagen über Lässigkeiten aller Art, welche während desselben einliefen. Nun, jetzt ist's vorbei und die Zukunft wird lehren, ob der Bahn wenigstens eine reelle und auf den Vortheil des Publikums bedachte Betriebsverwaltung beschieden ist. Hoffen wir es!

Unseren lieben Strelitzern steht in kurzer Zeit ein „hohes" langersehntes „Glück" bevor: ihr „gnädiger" Erbgroßherzog wird am 2. Juli hier feierlichst seinen Einzug mit Frau Gemahlin halten. Was wird das wieder für Katzbuckel, für Kratzfüße, für Scherwenzeleien geben! Ehrenpforte, dito Jungfrauen, Fackelzug (wobei Primaner mit Rappieren. Natürlich! Wie kann auch deutsche Jugend ohne ein Sinnbild der Raufluft fertig werden) und all das übrige unvermeidliche Zubehör dürfen natürlich nicht fehlen. Ein wahrer Widerwillen muß jeden vernünftigen Menschen ergreifen, wenn er solch unwürdiges Treiben mit ansieht. Leider ist wenig Aussicht vorhanden, daß es bald besser werde, wenigstens hier in Neustrelitz, wo fast die Hälfte der Einwohner aus großherzoglichen Beamten oder Hoflieferanten besteht und alles sich durch die Anwesenheit des „Hofes" hochgeehrt fühlt. Daher hat auch leider die Sozialdemokratie hier in der Stadt wenig Boden gefunden, und meiner unmaßgeblichen Meinung nach kann eine tiefere Bewegung hier nur von der niederen Landbevölkerung ausgehen. Wie es an anderen Orten sich verhält, ist mir freilich unbekannt.

Eine kurze charakteristische Mittheilung gestatten Sie mir noch. Es ist bekanntlich hier bei Geldstrafe untersagt, am Sonntag öffentlich zu arbeiten; natürlich nur deswegen, weil ja Arbeiten am Sonntag „gottlos" wäre. Anders verhält sich aber die Sache, wenn es sich um Arbeit für die „Fürstlichen" handelt, denn ganz ungestört arbeiteten gestern (Sonntag) Zimmerleute an der „Ehrenpforte". Daß wir den Arbeitern die geringe Mehreinnahme gönnen, liegt auf der Hand; aber zeigt diese Thatsache nicht wieder die bekannte Consequenz hoher Herrschaften in religiösen Dingen!

Berlin, 26. Juni. Die am Schlusse meiner letzten Correspondenz ausgesprochene Hoffnung, daß die Neuwahl im fünften Wahlkreise eine Stärkezunahme unserer Partei dokumentiren würde, hat sich, wie die Leser bereits wissen, glänzend erfüllt. Wir haben gegen den 10. Januar einen Stimmenzuwachs von nicht weniger als 55 Prozent zu verzeichnen. Die liberalen Zeitungen suchen diesen Erfolg durch mehr oder minder ungeschickte Zahlenkunststückchen zu vertuschen und reden sich sogar ein, die Scharte vom 14. Juni sei ausgewetzt. Inzwischen feiern die Fortschrittler ihre Niederlage unverdrossen mit großen Festlichkeiten. Vor einigen Tagen erhielt Herr Löwe von den

Volkswirthe und Gründer im Parlament.

Von Otto Glagau.

(Schluß.)

Die Liste, sagt Glagau, erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wahrscheinlich fehlt noch mancher Name; wahrscheinlich sind nicht wenige der Genannten auch noch bei anderen Gesellschaften betheiligt. Viele Gründer resp. „Erste Zeichner" waren von vornherein so vorsichtig, hinter den Coulissen zu bleiben; viele Aufsichtsräthe sind nie publizirt worden, und bei vielen anderen hat noch nicht festgestellt werden können, ob sie nicht auch zugleich Gründer resp. „Erste Zeichner" sind, weshalb eine Vervollständigung vorbehalten bleibt.

Aber auch schon so wie es ist, macht dieses Verzeichniß einen erschreckenden Eindruck. Ganz abgesehen von den Personen, die ohne Auszeichnung aufgeführt sind, und von denen die meisten auch wohl kein besonderer Vorwurf trifft, so bleibt noch immer eine Unzahl eigentlicher Gründer und Gründergenossen, und unter ihnen ist die Blüthe der Aristokratie, sind Würdenträger des Staates, die gefeiertsten Parlaments-Redner vertreten. Herzog von Ratibor, der zeitige Präsident des Herrenhauses, und Herr von Bennigsen, der gegenwärtige Präsident des Abgeordnetenhauses, sind beide Gründer und beide Genossen von Baruch Hirsch Strousberg; und als Mitgründer resp. Aufsichtsräthe bei den Unternehmungen dieses unseligen Menschen figuriren außerdem noch folgende Parlamentarier: Abickes, Ambronn, Heise, Richtsteig, Herzog von Ujest, Graf Lehndorff, Fürst zu Putbus, Graf zu Solms-Baruth, Graf zu Solms-Sonnenwalde, Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, v. Seydewitz, v. Wurmb, v. Unruh-Bomst 2c. Staatsminister a. D. v. Bernuth und Oberbürgermeister Hasselmann, die Vicepräsidenten des Herrenhauses sind beide mehrfache Aufsichtsräthe. Als Alterspräsident des Deutschen Reiches waltet frisch und frei der große Gründer, Staatsminister a. D. Georg v. Bonin; und Herr Miquel, der noch größere Gründer, der Genosse der Diskonto-Gesellschaft, war ein hervorragender Redner der General-Synode, präsidirte der Commission für die Reichs-Justiz-Gesetze, und ist, wie Zeitungen meldeten, neuerdings von Herrn Achenbach, dem Handelsminister, als Vertrauensmann zur Berathung über die schwebenden Handwerker- und Arbeiterfragen eingeladen. Auch im Preußischen Herrenhause sitzen gegenwärtig noch 57 Gründer resp. Aufsichtsräthe. Kein Wunder, daß über die Petition der Herren von Jena II. und Genossen, welche eine gehörige Prüfung des Gründerwesens und eine Revision des Gewerbe- und Aktiengesetzes verlangte, von der „liberalen" Majorität des Herrenhauses, auf Antrag des Oberbürgermeisters Gobbin, zur Tagesordnung übergegangen wurde! Besonders charakteristisch ist die Thatsache, daß die politischen Märtyrer von 1848 und aus der Reaktionszeit, die gefeierten Volksmänner, sich hinterher als sehr praktische Leute bewiesen haben und fast sämmtlich unter die Gründer gegangen sind, und zum großen Theil als Gehülfen der eigentlichen Gründerbanken wirkten. Dahin gehören: Bamberger, Braun-Wiesbaden, Miquel, Kapp, Hammacher, Hagen, Ludolf Parisius, Phillips, Schulze-Delitzsch, W. Straßmann, Faucher, Ingermann; und im Uebrigen sind noch zu nennen: v. Unruh, v. Bennigsen, Frühauf, Löwe-Calbe 2c. Man kann berechnen, daß die „Schöpfungen" jedes Einzelnen dieser „Muster-Patrioten" dem deutschen Volke verschiedene Millionen kosten.

Die großen Eisenbahngesellschaften, wie die großen Bank-Institute hatten jede im Parlament ihre Vertreter, die hier für sie wirkten, und die als Aufsichtsräthe von ihnen in der Schwindelperiode riesige Tantièmen bezogen. Mit den Namen der parlamentarischen Aufsichtsräthe schmückten die betreffenden Gesellschaften ihre Geschäftsberichte und Prospekte, trieben sie ihre Aktien bis zu einer unsinnigen Höhe, emittirten sie mit unverschämtem Agio wiederholt junge Aktien, setzten sie die faulsten Gründungen in die Welt, fingen sie das vertrauenselige Publikum ein. Auf den Prospekten und Geschäftsberichten bezeichneten sich die parlamentarischen Mitgründer und Aufsichtsräthe ausdrücklich als Mitglied des deutschen Reichstages, des preußischen Abgeordnetenhauses, der zweiten sächsischen Kammer 2c. Und dieselben Personen höhnen und schmähen jetzt das betrogene Publikum, schelten es ob seiner Spielwuth, seiner blinden Gier, seiner unverantwortlichen Thorheit und Einfalt. Fürwahr diese Frechheit ist empörend!

Zu den Parlamentarien, mit welchen sich die Gründer verstärkten, traten, als Mitgründer und Aufsichtsräthe, noch Adel, Beamte und Militärs, bis zu den höchsten Spitzen und zum Theil aus der nächsten Umgebung der Monarchen (z. B. Graf Lehndorff, Fürst Ratibor, Herzog von Ujest), Richter und allerhand Notabilitäten aus Kunst und Wissenschaft. Nur hin und wieder wurde ein Beamter von seiner vorgesetzten Behörde korrigirt. So wies der Präsident des Berliner Stadtgerichts einen seiner Räthe, der den Prospekt der Berliner Bauvereinsbank mitunterzeichnet hatte, an, seinen Namen zurückzuziehen. So nöthigte General von Stosch etliche Räthe des Kriegsministeriums wie der Admiralität, die sich an Gründungen betheiligt, ihren Abschied zu nehmen. Nicht wenige Beamte fungirten als Aufsichtsräthe von Gesellschaften, deren Zweck mit ihrem Amte geradezu kollidirte. Viele Beamte nahmen erst ihren Rückzug, als das endlich beschlossene Gesetz sie dazu nöthigte; die meisten blieben bis zum letzten Augenblicke, und verschiedene schwankten noch, ob sie nicht lieber auf ihr Amt verzichten sollten, denn das Gehalt stand in keinem Verhältniß zu den Tantièmen, welche sie bisher als Aufsichtsräthe bezogen hatten. Der Prozentsatz von Beamten, welche sich in der Schwindelperiode als Mitgründer und Aufsichtsräthe betheiligt haben, ist kein unbedeutender. Dennoch wäre es übertrieben, deswegen auf unsern Beamtenstand als solchen einen Makel werfen zu wollen, und derselbe bedurfte wahrlich nicht der Vertheidigung eines Lasker und Strousberg!

Die wenigen Blätter und die wenigen Schriftsteller, welche es wagten, gegen die parlamentarischen Gründer aufzutreten, wurden im Parlament in der unerhörtesten Weise beschimpft. Bamberger, Lasker und Eugen Richter schimpften, geschützt durch das Privileg der Tribüne, wie Fischweiber. Bamberger, der Nickelmünzmeister, nannte seine Gegner „Kerls, Kanaille, Revolverpreßleute". Lasker schrie: „wie man Bravi in Italien dingen kann, so kann man bei uns schriftstellerische Verleumder dingen!" Eugen Richter sprach von „Buchmachern", „literarischen Beutelschneidern", „Bauernfängern"! So schimpfen diese Leute, die selber Journalisten sind, und die nur mit Hülfe der „liberalen" Presse in's Parlament gelangten. So schimpfte Eugen Richter, der sich von acht- bis zwölffach durchgeschriebenen Correspondenzen ernährt, also die untergeordnetste Art von Schriftstellerei betreibt, und dem die „Staatsbürgerztg." vorwarf, daß er mit seiner Feder nach- und nebeneinander Blätter der verschiedensten Richtungen bediene. Wann haben die Konservativen und die Klerikalen, obgleich sie von der gesammten liberalen Presse tagtäglich gelästert, in allen jüdischen Witzblättern verhöhnt werden, je zu solchen Repressalien gegriffen? Und heißt dieses wüste und feige Schimpfen liberaler und fortschrittlicher Gründerseelen, nicht die Tribüne entweihen und beschmutzen? Jene Leute hatten nicht den Muth, das, was sie aussprachen (oder was sie in anonymen Correspondenzen in die Welt schrieben), auch wie Männer von Ehre zu vertreten. Bamberger, wie Richter, lehnten beide die Herausforderung, welche ihnen zuging, ab; Bamberger, wie Richter wurden darauf von ihren Gegnern für satisfaktionsunfähig erklärt, jener vor besetztem Gericht, dieser in öffentlichen Ansprachen. Müssen solche Vorgänge nicht zum Faustrecht führen?

vereinigten liberalen Wahlvorständen eine Ergebenheitsadresse, gestern hatten dieselben Wahlvorstände im Etablissement „Eiskeller“ ein großes Festessen arrangirt, Alles zur höheren Ehre des Durchgefallenen. Der Vorsitzende Herr Kalischer, Herr Stadtverordnetenvorsteher Straßmann und noch einige andere Leuchten der Fortschrittspartei priesen in allen Tonarten die selbstlose Opferwilligkeit des Herrn Löwe, der die so großen Lasten der Candidatur auf sich genommen habe u. s. w. u. s. w. — Müßte man nicht annehmen, dieses Gebahren der Liberalen sei Galgenhumor, so könnte man wirklich darauf neugierig werden, was diese Herren, die sich jetzt schon vor Freuden kaum zu lassen wissen, erst im Fall eines Sieges aufgestellt haben würden. Doch lassen wir diese Gesellschaft bei ihrer harmlosen Selbstbelügung und sehen uns heute einmal einige Persönlichkeiten an, die in letzter Zeit sich besonders die Aufgabe gestellt zu haben scheinen, die Sozialdemokratie „geistig zu vernichten“.

Da ist zunächst der Chefredakteur der „Tribüne“, einer hier ziemlich verbreiteten Lokalzeitung. Dieser Herr druckt mit großer Vorliebe die Böhmert'schen „sozialistischen“ Schimpfereien ab, die er zu allem Ueberfluß noch mit seinen eigenen geistreichen Aperçus versieht. Da aber diese Kost auf die Länge der Zeit selbst dem ärgsten Philister nicht munden würde, so wird in den Spalten der „Tribüne“ auch hin und wieder einmal in allergetreuester Opposition gemacht, die dann naturgemäß über das „könnte, möchte, dürfte“ nicht hinauskommt. Diese auffällige Liebe fur die heilige Ordnung erklärt sich um Vieles leichter, wenn man weiß, daß Herr Dr. L. eine sehr reptilienhafte Vergangenheit hat. Nachdem besagter Herr den 1870er Feldzug als Kriegecorrespondent der entschlafenen Spener'schen Zeitung mitgemacht und sich hierbei einen königlichen Kronenorden äußerster Klasse erworben hatte, übernahm er mit noch einem Freunde die Redaktion und Herausgabe der in drei Sprachen erscheinenden autographirten „Deutschen Nachrichten“. Allein diese Nachrichten fanden wenig Glauben, gingen vielmehr trotz der großen Zuschüsse aus Preßfonds ein, da sie eben zu unanständig „offiziös“ waren — unabhängig, würde die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ sagen. Daß einem so namhaften Politiker — so drücken sich die Abonnements-Einladungen der „Tribüne“ aus — wie Herrn L. die Ausübung seiner publizistischen Leistungen nicht schwer hält, davon mag das nachstehende Rezept einen kleinen Beweis geben: „Weser-Zeitung“, „Magdeburger Zeitung“, „Kölnische Zeitung“, allenfalls „Neue Freie Presse“, Blaustift, Scheere, Klebegummi — und der Leitartikel ist fertig.

Ad 2 macht sich hier der schon oben erwähnte Herr Kalischer ungemein breit. Er ist Vorstand des Wahlvereins, Vorsitzender eines Bezirksvereins, Lohnredner, der Jedem, welcher es hören wollte, mittheilte, die sozialistische Vertretung Berlins sei eine Schmach, von der er und sein Freund Max Hirsch die Residenz befreien würden; kurzum, Herr K. ist ein Heros der Fortschrittspartei. Das war aber nicht immer so. Vielmehr giebt es Leute, die sehr genau wissen wollen, daß besagter Herr vor noch nicht gar zu langer Zeit die allermerkwürdigsten Finanzoperationen vollführt hat, die ihn bald in die Lage brachten, seinen Freunden das Nachsehen lassen zu können. Herr K. bemühte sich nämlich, zu dem hier üblichen Sprichwort „Sieben Häuser und keine Schlafstelle“ eine passende Illustration zu liefern, oder, wie die amtlichen Berichte jener Tage es ungleich treffender ausdrücken: er latitirte. Und trotz dessen ist der Mann heute noch Agitator der Fortschrittspartei? Nicht trotz dessen, sondern gerade deswegen.

Das wären so „zwei ordentliche Leut'“. Sollte sich in späterer Zeit Anlaß dazu bieten, so werden wir nicht anstehen, die heute begonnenen Biographien berühmter Zeitgenossen fortzusetzen. — Es ist sonst nicht unsere Art, hier Persönlichkeiten zum Austrag zu bringen, aber wir halten es anderseits nicht für uninteressant, den Lesern an einigen Beispielen zu zeigen, in welchen Reihen gemeinhin Diejenigen zu finden sind, die nicht genug sittliche Entrüstung über unser „wüstes Treiben“ an den Mann bringen können. D.

Hagen, 26. Juni. In der Volksversammlung, welche am 23. Juni im P. Bettermann'schen Lokale tagte, wurde nachstehende Beschwerde an das Handelsministerium beschlossen:

„Beschwerde gegen die Bergisch-Märkische Eisenbahndirektion. Der im Winter dieses Jahres herrschende Nothstand unter der Arbeiterbevölkerung ließ es als eine Pflicht der Humanität erscheinen, daß sich jeder Bürger ohne Parteistellung darum bemühe, Mittel und Wege zu finden, um den brod- und arbeitslosen Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, damit dieselben nicht dem entsittlichenden Bettel und dem Gefängniß oder sogar dem Zuchthaus in die Arme zu fallen brauchten.

Als ein solches Mittel für beschäftigungslose Arbeiter war hier in Hagen die jetzt schon seit vier Jahren von der Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft geplante und von der königlichen Regierung genehmigte und befohlene Ueberbrückung der Chaussee nach Eckesey — wodurch bestimmt hundert Arbeiter Beschäftigung erhalten hätten, sei es in der Dammaufrichtung oder den sonstigen Arbeiten — allseitig erkannt worden.

Die Bewohner Hagens — mit wenig Ausnahmen — sprachen sich entschieden für Schaffung von Arbeit für die arbeitslosen Arbeiter aus; und fand die Errichtung sogenannter Volksküchen deshalb wenig Anklang.

Auf Grund dieser öffentlichen Kundgebungen beraumte der Unterzeichnete eine Volksversammlung an, welche am 19. März cr. in Hagen im Peter Bettermann'schen Lokale tagte und eine Eingabe an die königliche Regierung zu Arnsberg beschloß, nach welcher dieselbe ersucht wurde, die Bergisch-Märkische Eisenbahn-Direktion anzutreiben, den seit vier Jahren projektirten Ueberbrückungsbau der Chaussee nach Eckesey endlich zur Ausführung zu bringen. Die königliche Regierung ertheilte hierauf bereits unterm 25. März Antwort, die auch den Lesern des „Vorwärts“ seinerzeit bekannt gegeben worden ist.

Trotzdem die Regierung zu Arnsberg die Nothwendigkeit der gedachten Arbeit anerkannte und die schleunige Inangriffnahme derselben verhieß, ist bis zur heutigen Stunde auch nicht das Geringste gethan worden.

Wenn wir heute auch nicht einen solchen Nothstand zu verzeichnen haben, wie er sich im Laufe des Winters geltend machte, so darf man doch heute schon mit ziemlicher Sicherheit voraussetzen, daß es im nächsten Winter noch trauriger mit der Arbeiterlage aussehen wird. Andererseits muß aber auch Rücksicht auf die Beschädigung des Bürgerstandes genommen werden, welche kolossale Steuern für Staat und Gemeinde entrichten müssen und in ihrem Gewerbebetriebe durch die Unterlassung der erwähnten Ueberbrückung behindert werden.

Wenn die Fuhrunternehmer und Landleute, welche täglich nach Hagen fahren, ihre Berechnung aufstellen, so kommen sie zu dem untröstlichen Facit, daß sie täglich an Fuhrlohn eine ganze, sogar ein und eine halbe Fuhre verlieren, ein Verhältniß, welches in heutiger Zeit Niemand leiden kann.

Im Interesse der beschädigten Bürger ersucht dieserhalb die heutige Volksversammlung ein hohes Handels-Ministerium, dahin zu wirken, daß die Bergisch-Merkische Eisenbahn endlich Ernst mit ihren nothwendig erkannten Ausführungen mache.

Hagen, den 23. Juni 1877. Carl Klein.

An das königliche Handels-
Ministerium zu Berlin.“

Stuttgart, 20. Juni. In dem hier erscheinenden Muckerblatt, genannt „Evangelisches Sonntagsblatt“, finde ich folgende spaßige Notiz: „Etwas für Arbeiter und Arbeitgeber. Vor Kurzem kam mir ein Brief zu Gesicht, den ich den Lesern des „Sonntagsblattes“ nicht vorenthalten möchte. Er lautet wörtlich: „„An die Herren Gebrüder E... S.... Geehrte Herren! Nachdem ich mit meinen Mitarbeitern über die jetzige drückende Lage der Fabrikbesitzer, wovon auch unsere geehrten Herren, nicht verschont geblieben sind, gesprochen habe, so sind wir zu dem Beschlusse gelangt, unseren geehrten Herren, welche uns zu jeder Zeit wie durch Rath so auch durch That in unserer Noth behilflich sind, auch in der jetzigen so drückenden Zeit, welche auf Ihnen lastet, ein kleines Scherflein, wenn auch nicht zur Minderung, so doch einem noch größeren Druck vorzubeugen, beizutragen. Und stellen behufs dessen einen Abzug der Löhne zu Ihrer Verfügung. In Vertretung der Arbeiter: A. K.““ Hierzu bemerkt das „Evangelische Sonntagsblatt“: „Ein solcher Brief muß in den Tagen der immer mehr um sich greifenden Sozialdemokratie den wohlthuendsten Eindruck machen. Haben heute viele Arbeiter ihre Sparpfennige nur für Agitationen gegen die Arbeitgeber und besitzenden Klassen übrig, so beweist obiger Brief, daß es auch noch solche giebt, die für die Noth der Fabrikherren ein offenes Auge und Herz haben, und daß noch nicht allenthalben eine Kluft befestigt ist zwischen Arbeitern und Kapital. Nur wo die Liebe erkaltet ist, öffnet sich weiter und weiter diese Kluft.“

Und nun, deutsche Arbeiter, „gehet hin uud thut desgleichen“, dann ist den armen nothleidenden Fabrikbesitzern mit einemmale geholfen, und „all' Fehd' hat dann ein Ende“. Aber den Vogel erkennt man bekanntlich am Gefieder, und daß der obige Brief ein ebenso albernes als lügnerisches Machwerk ist, erkennt man daran, daß die Namen des Briefschreibers und des Fabrikbesitzers, dem der fromme Arbeiter mit einem „Scherflein“ in Gestalt einer freiwillig dargebotenen Lohnreduktion unter die Arme greifen will, nicht genannt werden; zum Ueberfluß wird auch noch der Ort verschwiegen, der diese Musterarbeiter zu seinen Mitbewohnern zu zählen die Ehre hat. Vorläufig also sind gerechte Zweifel an der Echtheit des Briefes am Platze. Sollte es aber wirklich Arbeiter geben, denen, wie oben, die „christliche Liebe“ den letzten Rest von Verstand geraubt hat, so wäre nur zu wünschen, daß die „nothleidenden“ Fabrikanten mit beiden Händen zugriffen und den betr. Arbeitern auch noch das Hemd vom Leibe zögen. „Wer dumm ist muß geprügelt werden!“

Bonel, 18. Juni. Arbeiterfeindliche Blätter berichten über einen Diebstahl, der in dem Comptoir der rheinischen Jutespinnerei und -Weberei begangen sein soll, der aber durch die ihn begleitenden Nebenumstände jedem Unparteiischen etwas sehr verdächtig vorkommen muß. Die Direktion der Fabrik hat nämlich nach Bekanntwerden des „Diebstahls“ folgende Bekanntmachung an die Arbeiter erlassen: „In der verflossenen Nacht ist die zur Löhnung bereitliegende kleinere Münze (12—1500 Mark) mit der Cassa unter den bekannten schwierigen Umständen gestohlen worden. Zur Deckung des unerträglichen Schadens werden vorläufig, da es wahrscheinlich unter Beihilfe einiger Arbeiter (!?) geschehen ist, 5 pCt. vom Lohne eingehalten.“ Demjenigen, welcher Angaben über den Thäter machen kann, werden mindestens 300 Mk. Belohnung versprochen. — Da den Arbeitern schon zu wiederholten Malen 10 pCt. Lohn entzogen sind, ja es sogar Solche giebt, denen der Lohn um 40 pCt. gekürzt ist, haben die Weber gestern um 4 Uhr die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter verlangen selbstverständlich den verdienten Lohn; die Herren Direktoren suchten dieselben zu beruhigen, was aber nicht gelang. Da die Portierloge geschlossen war, mußten sämmtliche Arbeiter auf dem Hofe bleiben. Eine halbe Stunde vor der gewöhnlichen Arbeitsschlußzeit wurde das Thor geöffnet. Heute Morgen gab die Dampfpfeife wieder das Signal zum Beginn der Arbeit. Die Leute und Kinder waren sämmtlich erschienen, jedoch nicht um zu arbeiten. Nach vielem Hin- und Hergehen, verbunden mit fruchtlosen Ermahnungen zur Arbeit, sah sich die Direktion veranlaßt, den letzten Abzug wieder aufzuheben. Es soll am Montag 5¾ Uhr begonnen werden. Von schottischen Arbeitern, die contractlich fest sind, erhalten Männer noch 4—5 Mark, Mädchen 2—3 Mark, die hiesigen dagegen 1,30 — 1,80 Mark bei anerkannt egalen Leistungen! Geben solche Vorkommnisse nicht zu denken!

Gotha, den 20. Juni. In Nr. 72 des „Vorwärts“ finde ich eine Correspondenz aus Leisnig, welche, insoweit sie das zu errichtende Grabdenkmal für Ludwig Würkert betrifft, einer Berichtigung bedarf. Die Sache selbst wurde von einigen Lesern der „Freien Glocken“ gleich nach Würkert's Tode angeregt. Da ich jedoch der Wittwe Würkert vorerst freie Hand lassen wollte, so zögerte ich mit der Abfassung und Veröffentlichung eines Aufrufs. Später hatte ich keinen Grund mehr hierzu, und ich forderte den Vorsitzenden des „Freireligiösen Vereins“ in Leisnig, der mir persönlich bekannt war, auf, ein Comité zu bilden. Dies geschah und Richter theilte mir mit, daß Herr Rechtsanwalt Ficker, ein Freund Würkert's, den ich ebenfalls persönlich kenne, bereit sei, die eingehenden Beiträge für das Grabdenkmal zu sammeln. Der Aufruf wurde nun von mir verfaßt und in meinen Blättern „Freie Glocken“ und „Sonntagsblatt“ veröffentlicht. Ich hatte in Folge dessen viel Schreibereien zu besorgen. Die Beiträge gingen ein und wurden, wie die von Herrn Rechtsanwalt Ficker und von mir geführte Liste ausweist, von Angehörigen der liberalen, bürgerlich-demokratischen und sozialdemokratischen Parteien geleistet: sämmtlich Leser der „Freien Glocken“ und des „Sonntagsblattes“, denen ich also in erster Linie verantwortlich bin. Als Richter starb, faßte der Leisniger „Verein für geistigen Fortschritt“, ohne Kenntniß der eigentlichen Sachlage, den Beschluß, die Sache in seine Hand zu nehmen. Dazu war jedoch gar keine Veranlassung vorhanden, und ich schrieb einem Vorstandsmitgliede, daß ich ein solches Vorgehen nicht billigen könne und daß die politische Parteistellung, welche der Beweggrund jenes Beschlusses war, mit der Errichtung eines Grabdenkmals für Würkert Nichts zu thun habe, weil letzteres lediglich ein Akt der Pietät sei. Herr Rechtsanwalt Ficker sandte mir die eingegangenen Beiträge und legte sein Mandat in dieser Sache nieder. Was ihn bestimmte, die Gelder an mich zu senden, weiß ich nicht. Ich hatte an-

---

Was bleibt dem Beleidigten, wenn er weder vor Gericht noch mit den Waffen in der Hand Genugthuung finden kann, anders übrig, als zum Stock zu greifen!

Wenngleich im Parlament die liberale Partei die weitaus größte Anzahl von Gründern und Gründergenossen besitzt, so giebt es doch auch unter ihr noch Männer, die sich dieser Kollegen von Herzen schämen und sie zum Henker wünschen. Als es aber zu den Neuwahlen ging, hatte man nicht den Muth, die räudigen Schafe auszuscheiden, obwohl einige Parteiblätter dazu dringend mahnten. Und es war in der That auch nicht leicht, weil an dem Schwindel gerade die Koryphäen der Liberalen betheiligt sind. Von den räudigen Schafen wollte keins freiwillig zurücktreten; gerade die räudigsten bewarben sich am eifrigsten wieder um ein Mandat, das sie in den Augen des Volks reinigen und gegen die „Verleumdung“ rechtfertigen sollte. So geschah es, daß die Liberalen wieder ihre Gründer aufstellten, darunter Leute, gegen die der Staatsanwalt vorgegangen. Als Kandidat der Nationalliberalen trat sogar der Gründer auf, der auf öffentlicher Straße, am Eingang zum Abgeordnetenhaus geohrfeigt worden ist (!), und er wurde auch wirklich wieder gewählt. An verschiedenen Orten wurden große Massen zusammengetrommelt, Tausende von Leuten gegen Bier und Schnaps angeworben, und mit den „verleumdeten“ Gründern eine feierliche Wäsche veranstaltet!

Die alten Gründer und Gründergenossen sind wieder gewählt, und es sind noch verschiedene neu hinzugekommen. Noch befinden sich die liberalen Massen in den Händen einer feilen, corrumpirten Presse, die sich bevormundet und gängelt. Aber die fortschreitende Krisis, die sich immer schärfer gestaltet, wird das Volk schon aufklären und emancipiren. Es wird allmählich begreifen, daß den großen Schwindel und den gegenwärtigen schweren Nothstand die wirthschaftliche Gesetzgebung der letzten zehn Jahre verschuldet, daß zu den Volksvertretern und Gesetzgebern nicht Doktrinärs und Börsenverwandte, nicht Gründer und Verwaltungsräthe taugen, sondern daß dazu erforderlich sind Männer, welche die Bedürfnisse des Volks aus eigener Erfahrung kennen, und welche für das Volk ein Herz haben, Männer in unabhängiger Stellung, und vor Allem Männer mit reinen Händen!!

— Auf einem Festmahl der Fortschrittspartei zu Berlin, das dem durchgefallenen Herrn Ludwig Löwe zu Ehren im „Eiskeller“ zu Berlin den 25. Juni gegeben wurde, spielten sich heitere Szenen ab. Der große Löwe nannte die Sozialdemokratie circa 50mal Demagogie; er hat den Rath, den Hasenclever ihm in Moabit gegeben, daß man nicht allzuoft solch' Schimpfwort gebrauchen dürfe, da man sonst in den zweifelhaften Geruch käme, ein allzugelehriger Schüler der heruntergekommenen „Volkszeitung“ zu sein, also doch in den Wind geschlagen, der Undankbare — das hat er nun davon, daß man ihm sogar seines Schimpfens halber ein Fest giebt. — Dann sagte der Stadtverordnetenvorsteher Straßmann, daß die jetzige Niederlage der Fortschrittspartei zum Heile gedeihen möge. Wie die schmachvolle Bedrückung des ersten Napoleon dem deutschen Volke den ungestümen Freiheits- und Einheitsdrang einimpfte, so werde auch die hiesige Niederlage die Fortschrittspartei in ganz Deutschland aufrütteln und ihrer großen Aufgabe wieder zuführen. Der Vergleich ist nicht übel — Napoleon und die Sozialdemokratie; und Freiheitsdrang und Fortschrittspartei. Wer lacht da? — Endlich brachte Herr Kalischer noch dem Abgeordneten Eugen Richter ein Hoch für die berühmte und bedeutende Rede gegen die Sozialdemokratie, mit welcher die Wahlagitation eröffnet wurde. Wir empfehlen die Richter'sche Rede allen Wahlkreisen, wo man bewirken will, daß ein Fortschrittler durchfällt. Uebrigens ist Eugen Richter klüger, als seine Anhänger, er ist ja Geschäftspolitiker — in seinem Wahlkreise läßt er seine berühmte Rede nicht vertheilen. — Bezeichnend und doch von einem Funken von Verstand zeugend, ist übrigens der Umstand, daß die bei der Hundstagshitze Niederlagen feiernde Fortschrittspartei dies wenigstens im „Eiskeller“ that.

— Schandärmliches. Die „Mayener Volkszeitung“ schreibt: „Der Redakteur der „Mayener Volkszeitung“ wurde vorgestern (am 20. v. Mts.) auf Veranlassung des Herrn Oberprokurators verhört, wie er dazu komme, das französische Wort „Gensdarm“ in seiner Zeitung so zu schreiben, wie man es gewöhnlich spricht, nämlich Schandarm. Strafantrag hatte Herr Gendarm Petrowsky von hier gestellt.“ Der „Gensdarm“ Petrowski verdient ein Denkmal in der Geschichte der deutschen Justiz. So weit hat es noch Niemand mit seinen Nerven gebracht.

— Beitrag zur Unfall-Statistik. Bei der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft — Abtheilung für Unfall-Versicherung — kamen im Monat Mai 1877 zur Anzeige: 10 Unfälle, welche den Tod der Betroffenen zur Folge gehabt haben, 4 Unfälle, in Folge deren die Beschädigten noch in Lebensgefahr schweben, 35 Unfälle, welche für die Verletzten voraussichtlich lebenslängliche, theils totale, theils partielle Invalidität zur Folge haben werden, 339 Unfälle, mit voraussichtlich nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit; Sa. 388 Unfälle. Von den 10 Todesfällen treffen 4 auf Baugewerke, je einer auf den mit einem Steinbruch in Verbindung stehenden Transportbetrieb, eine Stab- und Façon-Eisenfabrik, Eisengießerei, Torfgräberei, Kunststeinfabrik, Brauerei mit Landwirthschaftsbetrieb; von den 4 lebensgefährlichen Beschädigungen 2 auf Steinbrüche, je einer auf eine Zuckerfabrik und eine Knochen- und Lohmühle; von den 35 Invaliditätsfällen 5 auf Schneidemühlen, je 4 auf Bierbrauereien und Baugewerke, 3 auf Landwirthschaftsbetriebe, je 2 auf Oelmühlen und Papierfabriken und je einer auf einen Steinbruch, combinirten Mahl- und Schneidemühlenbetrieb, eine Zündhütchenfabrik, Knochen- und Gypsmühle, Holzwaarenfabrik, Lohmühle, Tuchfabrik, mechanische Weberei, Klempnerei, Färberei, Mahlmühle, Seifensiederei, Gewehrfabrik, Ziegelei und ein Speditionsgeschäft mit Güterbeförderung.

— Zur Verfälschung der Lebensmittel. Ein Braunschweiger Conditor hatte einem Kaufmann eine größere Quantität Bonbons von verschiedenen Farben verkauft. In einigen Sorten wurde sodann eine nicht unbeträchtliche Menge Schwerspath entdeckt und man setzte den Verkäufer in Anklagestand wegen Betruges event. Fälschung von Eßwaaren. Als nun jüngst diese Sache vor dem Kreisgericht zu Braunschweig verhandelt wurde, wollte sich der Angeklagte damit ausreden, den Schwerspath, dessen Unschädlichkeit er kenne, nur deshalb gebraucht zu haben, um die Bonbons möglichst wohlfeil verkaufen zu können. Ein als Sachverständiger zugezogener Arzt sprach sich dahin aus, daß Schwerspath allerdings unter Umständen nach dem Genuß Beschwerden herbeiführen könne. Das Gericht schloß sich den Ausführungen der Staatsanwaltschaft, welche die Anklage auf Betrug aufrecht erhielt, an, weil der Verkäufer den Käufer hätte auf den Inhalt von Schwerspath aufmerksam machen müssen, da dieser doch ein Stoff sei, den Niemand in Bonbons vermuthen könne. Der Conditor ward zu 14 Tagen Gefängniß und 100 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

Ein solcher einzelner Fall über Verfälschung mit Schwerspath wird bekannt und bestraft, tausend andere bleiben unbemerkt und folglich auch ungeahndet.

In Betreff der Ausdehnung der Verfälschung mit Schwerspath fällt uns ein Geschichtchen ein, das neulich die „Fliegenden Blätter“ brachten:

Realienlehrer: Wer von Euch weiß, wo man den Schwerspath finden kann? —

(Unisono.)

Müllerssohn: Im Mehl!
Papiermüllerssohn: Im Papier!
Fleischerssohn: In den Leberwürsten!
Webersohn: In der Leinwand!
Conditorssohn: In der Chocolade!
Krämerssohn: Im Pfeffer!
Schweizerssohn: Im Käs!
Zuckerfabrikantenssohn: Im Zucker!
Lehrer: Brav, brav! —

fangs die Absicht, dieselben dem Verein für geistigen Fortschritt in Leisnig zu übermitteln, da jedoch die Sammlung noch nicht abgeschlossen und da mir die Vorstandsmitglieder auch nicht bekannt sind, habe ich sie bis heute in Verwahrung behalten. Dies wird man mir nicht verargen können wenn man in Erwägung zieht, daß ich den Lesern der „Freien Glocken", welche das Denkmal setzen lassen, verantwortlich bin, nicht aber dem Verein für geistigen Fortschritt in Leisnig. Da auf viele Beiträge nicht mehr zu hoffen ist, habe ich ein Mitglied des Vereins ersucht, der Verein möge sich mit einem dortigen Bildhauer oder Maurermeister behufs Herstellung des Denkmals ins Einvernehmen setzen. Sowie das Denkmal beendigt sei, werde es bezahlt werden. Der Verein scheint jedoch meinem Ersuchen nicht willfahren zu wollen; da ich bis heute noch keine Nachricht erhalten habe. Wenn er dies wirklich nicht thun will, so werde ich aber genöthigt sein, allein zu handeln.

Das ist die wirkliche Sachlage. Was die Behauptung betrifft, ich hätte den Verein wegen seiner „sozialistischen Tendenzen" mit Vorwürfen überschüttet, so ist diese einfach aus der Luft gegriffen. Ich habe nur gesagt, daß die politische Parteistellung nicht in die Denkmals-Angelegenheit hereinzuziehen sei, weil das Denkmal von dem Gelde solcher Leute errichtet werde, die verschiedenen Parteien angehörten oder deren Bestrebungen huldigten. Auch habe ich gesagt, daß Würkert selbst kein Sozialdemokrat gewesen sei, worin mir z. B. Herr Liebknecht sicherlich beistimmen wird. Zu verwundern ist wirklich die Dreistigkeit, mit welcher der Herr Correspondent behauptet, ich selbst wäre im vorigen Jahre Sozialdemokrat gewesen und lediglich aus Opportunitätsgründen zurückgetreten. Ich bin niemals Mitglied der sozialdemokratischrn Partei gewesen, habe aber das Gute ihrer Bestrebungen anerkannt und thue das heute noch. Ich bekenne mich überhaupt zu keiner der politischen Parteien, weil ich auf keine Parteischablone schwören kann und will. Daß auch ich ein Herz für den unterdrückten Arbeiter habe und, wo es galt, für die freisinnigen Bestrebungen nach Kräften eingetreten bin, werden mir alle Diejenigen bezeugen, die mich und meine Schriften kennen. A. Specht.

Nürnberg. (Geldsackspatriotismus.) Im „Nürnberger Anzeiger" finden wir folgende, für das Bestreben unserer Bourgeois, die Arbeiter zu „beglücken", sehr bezeichnende Annonce: „Bei Unterzeichnetem finden 50 tüchtige Maurer und 20 dergleichen Handlanger im Taglohn oder Akkord gegen angemessene Bezahlung sogleich dauernde Beschäftigung. Italiener und Böhmen werden bevorzugt. Simon Eckart, Baumeister in Ansbach." — „Italiener und Böhmen werden bevorzugt" — darin ist die ganze Gesinnungslosigkeit, resp. Ausbeutungssucht unseres christlich-germanischen Protzenthums ausgedrückt. Diese Fremden sind in Folge ihrer Hilflosigkeit gezwungen, sich mehr gefallen zu lassen als die Einheimischen, arbeiten auch um ein par Nickel billiger, weil sie von Jugend auf zur Bedürfnißlosigkeit gleich den Kulis verdammt sind, und es ist daher nur „selbstverständlich", daß man aus so „gewichtigen" Gründen kalt und gleichgiltig zusieht, wenn einheimische brave Arbeiter mit Frau und Kindern darben müssen. — Aber auch vom „Nürnb. Anzeiger" hätten wir erwartet, daß er eine solch' elende Ausbeuteranzeige zurückweisen würde. Wenn es sich auch nur um den Inseratentheil handelt, so hätte man doch bedenken müssen, daß man durch Verbreitung dieser Bekanntmachung den unter dem Nothstand ohnehin genugsam leidenden inländischen Arbeitern direkt und indirekt schweren Schaden zufügt.

(„Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat.")

München. In unserem „Rechts"staat Bayern ist die Sozialdemokratie bekanntlich nicht auf Rosen gebettet, und schon manche Gewaltthat ist gegen dieselbe verübt worden — trotz Gesetz und Recht. Alles aber, was je Gewaltthätiges gegen die Sozialdemokratie geleistet worden ist, dürfte wohl überboten werden durch das Vorgehen der bayerischen Regierung gegen einen einzelnen Sozialdemokraten — unsern Genossen Vollmar, derzeit Redakteur der „Dresdener Volkszeitung". Kaum daß Vollmar seine publizistische Thätigkeit in Dresden begonnen hatte, ging durch die ganze Bourgeoispresse ein — wahrscheinlich von polizeilicher Seite herrührender — Waschzettel, der sich als eine Art Steckbrief mit Vollmar's Personalien eingehend beschäftigte. Es ist nicht zu verwundern, daß der Waschzettel auch einen Ablagerungsplatz in dem „Miesbacher Anzeiger" fand (Vollmar ist in Miesbach geboren), der es sich dann nicht nehmen ließ, das Seinige an Verleumdungen und Denunziationen gegen Vollmar beizutragen. So fragt der „Miesbacher Anzeiger u. A. auch: „Noch Eins. Ritter von Vollmar zeichnet als Redakteur schlechtweg Georg Vollmar. Es wäre interessant zu wissen, ob Herr R. v. V. mit seinem Adel auch auf die vom Staate bezogene, nicht unbedeutende Pension (Vollmar war Lieutenant in der bayerischen Armee und sind ihm in dem „heiligen" Kriege beide Beine zerschossen worden) Verzicht geleistet hat. Denn was müßte man von dem Charakter eines Mannes halten, der sich von einem Staate Unterstützungen reichen läßt, gegen dessen Bestand er wühlt, den er zerstören will." — „Unterstützung!" in diesem Falle ein ganz lächerlicher Ausdruck. Die Pension verwundeter Soldaten ist doch nicht eine allerhöchste Gnade, sondern ein garantirtes Recht. Der Artikel hat nicht nur unter den Spießbürgern großes Aufsehen und böses Blut gemacht, sondern die Denunziation hat auch gewirkt, indem auf Befehl der Regierung von Oberbayern (vermuthlich in Folge Berichts des Miesbacher Bezirksamtmanns) die Kreiskasse das Rentamt Miesbach anwies, vom 1. Juli an die Pension für den Ritter von Vollmar nicht mehr auszuzahlen. Dieses Vorgehen ist, abgesehen von allem Uebrigen, vollständig ungesetzlich; denn nach dem Reichs-Militär-Pensionsgesetz kann die Pension — und zwar nur diese selbst, nicht aber die Zulagen — nur durch Richterspruch aberkannt werden; vorläufige Sistirung ist ausgeschlossen. Natürlich wird sich Vollmar das nicht gefallen lassen und den Rechtsweg betreten. Vorläufig hat Vollmar an die Kreiskasse in Miesbach ein bestimmtes Schreiben gerichtet, das vielleicht in der dortigen Bureaukratie eine bessere Einsicht herbeiführt.

Bonn, 25. Juni. Der liberalen „Bonner Zeitung" entnehmen wir Folgendes aus Münster: „Eine jedenfalls im Zustande der Geistesstörung vollführte That wird hier soeben bekannt. Kurz vor Mittag wurde die Leiche einer Frau und ihrer drei Kinder aus dem Wasser der Aa gezogen. Das eine Kind hielt die Frau fest in den Armen, das zweite hatte sie an ihren Körper festgebunden und das dritte wird sie mit Gewalt in die Fluth gezogen haben, da dessen Leiche getrennt von den anderen aufgefunden worden ist. Die verschiedensten Gerüchte cirkuliren; das Glaubwürdigste ist aber sicher das, welches die schreckliche That einer Geistesstörung zuschreibt. Die Ertrunkenen wurden seit ein paar Tagen vermißt." — Für ein liberales Blatt ist es natürlich selbstverständlich, daß eine That wie die gemeldete „im Zustande der Geistesstörung" verübt worden ist. Für uns Sozialisten, die wir nicht Alles glauben, was in liberalen Zeitungen geschrieben steht, ist es nun aber noch nicht so ausgemacht, daß jene That im Zustande der Geistesstörung vollführt worden ist. Wissen wir doch nur allzugut, daß in den meisten Fällen Noth und Elend die Schuld an solchen äußersten, verzweifelten Handlungen tragen. Dieselben fallen dann natürlich auf die heutige Gesellschaft zurück, deren Todesurtheil sie laut und vernehmlich aussprechen. Aber selbst dann, wenn eine solche That im Zustande der Geistesstörung ausgeführt wird, muß doch eine schwere Last von physischem und moralischem Elend auf den Verstand der Anglücklichen eingewirkt haben, ehe der entsetzliche Entschluß in ihr aufsteigen konnte. Und auch dann trägt die „Gesellschaft" die Schuld an der grauenvollen That.

Sch.

Lichtenstein. Sonntag, den 24. Juni, begingen wir hier ein großes Centralarbeiterfest, das von gegen 6000 Personen aus vielen Städten und Ortschaften des 17. sächsischen Wahlkreises und den angrenzenden Bezirken besucht war. Aus Glauchau kam mit Musik und fliegenden Fahnen ein Zug von mehreren Hundert Sozialdemokraten, desgleichen aus Meerane. Auch die weiter entfernten Orte, wie Chemnitz, Crimmitschau, Zwickau ꝛc. waren zahlreich vertreten. Ein eigentlicher Festzug mit Musik war vom Lichtensteiner Bürgermeister verboten worden. Ohne solche — vorsichtige Maßregeln geht's einmal nicht ab. Dagegen konnte die hohe Obrigkeit nicht verhindern, daß die langen Züge der auswärtigen Sozialisten mit klingendem Spiele in die Stadt einrückten und gewissermaßen von ihr Besitz nahmen; auf allen Straßen und Promenaden der Stradt traf man zahlreiche Trupps von Leuten, die sich durch die rothe Festkarte am Hut oder an der Brust als Sozialisten, resp. als Sozialistinnen legitimirten. — Die Festrede, von unserem Genossen Joh. Most auf der Höhe eines Berges gehalten, während die Massen der Zuhörer Kopf an Kopf bis in die Ebene hinab dicht gedrängt standen, bildete einen feurigen Mahnruf an die Sozialisten zum unablässigen Kampfe für den Zukunftsstaat, welcher Jedem ein menschenwürdiges Dasein biete und, wie der Redner speziell nachwies, auch die wahre Wissenschaft und Kunst nicht beeinträchtigen, sondern aus ihren Fesseln befreien und auf ein höheres Niveau erheben werde. Musik und Gesang belebten dann noch das muntere Treiben auf dem Festplatze. Am Abend war Ball in den zwei Sälen des „goldenen Helm" und im Garten wurde ein brillantes Feuerwerk abgebrannt. Die brüderliche Stimmung der sämmtlichen Festtheilnehmer, das Fehlen jeder Disharmonie, während viele Hundert Arbeiter auf einem Platze konzentrirt waren, zeichnete das Fest von den sogenannten Volksfesten, wie Kirmeß, Vogelschießen ꝛc., vortheilhaft aus, und bewies, wie einig das Volk ist, wenn es von den Ideen des Sozialismus durchdrungen ist.

Kiel, 21. Juni. (Abrechnung für den 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreis.) Ausgaben: An Agitatoren M. 1307,99, Drucksachen 768,80, Verbreitung derselben 1184,08, Centralwahlcomité 150,00, engere Wahl Altona 150,00; Sa. 3555,87.

Einnahmen: Auf Sammelbogen M. 1410,00, Versammlungen 688,58, eingesandt vom Altonaer Wahlcomité 150,00, Vergnügen 131,45, von der Genossenschaft nebst Zinsen 156,85, Inhalt einer Wahlkasse 266,15; Sa. 2803,03.

Ausgaben	M. 3555,87
Einnahmen	„ 2803,03
bleibt zu decken	M. 752,84

Nachtrag zum Blätterverzeichniß in Nr. 75.

„Volksfreund" für den 15. sächsischen Wahlkreis. Erscheint in Chemnitz wöchentlich 1mal. Preis pro Quartal 60 Pf.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit gleich erwähnen, daß wir für die Vollständigkeit des Blätterverzeichnisses nur dann verantwortlich gemacht werden können, wenn uns die Parteiblätter, namentlich die neuentstandenen, regelmäßig zugesandt werden, was vielfach nicht der Fall ist.

Expedition des „Vorwärts".

Briefkasten

der Redaktion. W. A. in Magdeburg: Die „Magdeburger Freie Presse" erhalten wir regelmäßig, daß Sie dagegen den „Vorwärts" nicht erhalten, liegt nicht an uns, sondern an der Post, bei der Sie vorstellig werden wollen. — Was hat J. Br. „verbrochen", daß er zu 3 Monaten verurtheilt wurde? — Ein Parteigenosse in Spandau: Prinzipiell wäre der „abgeblitzte" Kläger allerdings verpflichtet, Ihnen Schadenersatz zu leisten; ob Sie aber den Kläger gerichtlich dazu anhalten können, sind wir bei der ganz allgemein gehaltenen Fragestellung außer Stande zu beurtheilen. Ein dortiger Rechtsanwalt muß Ihnen Auskunft geben können. — J. Barber in Mainz: Die Adresse von C. Hirsch, von dem Sie alles weitere erfahren können, ist: Rue Dunkerque 6, Paris. — Oskar Anger hier: Danken für den wohlgemeinten „Rüffel" — werden ihn beherzigen, obgleich die Sache nicht so schlimm ist, wie Sie dieselbe in Ihrem vier Seiten langen Briefe darzustellen sich bemühen. — H. Meyer in Oldenburg: Sie sind in des Wortes „wirklichem Sinne" von aller Religion frei, wenn Sie aus der Landeskirche ausscheiden, ohne in eine andere überzutreten. — L.'s Privatadresse ist: Braustraße 11, an H. adressiren Sie: Redakteur des „Vorwärts", Färberstr. 12/II.

der Expedition. R. Walther, Crimmitschau: Die Aenderung der Annonce kam zu spät.

Agitationsberichte. Mehrere Berichte von Agitatoren konnten in der „Sozialistischen Rundschau" keine Verwendung mehr finden, und sind deshalb an die Redaktion des „Vorwärts" gegangen.

Quittung. Rdlf Hannover An. 0,80. Krtzschmr Dortmund Schr. 2,40. Eglr hier Ab. 7,40. J. Stts Wien Schr. 5,01. Knf Frankfurt Ab. 52,00. Schld Straßburg Ab. 13,90. Schrmr Lübeck Schr. 6,00. Gr Osnabrück Ab. 10,30. Schmdt Hannover Ab. 220,20. Rw Altona Ab. 41,90. Jnf Sorau Ab. 4,20. Wchtlr Bludenz Ab. 5,00. Bll Philadelphia Ab. 190,00. Hbr Constantinopel Ab. 4,00. Mhlhrn Crimmitschau Ab. 74,12, Schr. 266,64. Bst Mainz Ab. 71,20. Prßr Lindenau Ann. 1,20. Elgn hier Ab. 1,80. Fr. Engl Neubnitz Ab. 22,80.

Berliner Wahlfonds.

Durch B. M. Stötteritz 0,74.

Fonds für Gemaßregelte.

B. Fr. Irgns Crottdorf 0,50.

Altona. Volksverein. **Mittwoch,** den **4. Juli,** Abends 8½ Uhr, in **Heinsohn's Salon:**

Geschl. Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Monatsabrechnung. 2. Die Gehaltsfrage des Vorsitzenden und Kassirers. 3. Die Lokalfrage. [90

H. Walther, Wilhelmstraße 59 III.

NB. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Leipzig. **Donnerstag,** den 5. Juli, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. **Michael,** gr. Windmühlenstr. 7:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die direkte Gesetzgebung durch das Volk. Referent F. Nauert.

Der Agent. [60

Ottensen. **Montag,** den **16. Juli,** im **„Schützenhof"** in **Altona:**

Großes Sommerfest

bestehend in **Concert** und **Ball** nebst **Kindervergnügen,** unter gefälliger Mitwirkung mehrerer Liedertafeln, arrangirt von den Sozialisten Ottensens.

Kassenöffnung Nachmittags 3 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Karte für 1 Herrn nebst Dame im Voraus 40 Pf., an der Kasse 50 Pf., Damenkarten 15 Pf. Kinder in Begleitung Erwachsener sind frei. Karten sind in den Wirthschaften Ottensens und bei Max Stöhr zu haben.

Das Comité. [3,60

Ottensens. **Donnerstag,** den **5. Juli,** Abends **9 Uhr,** in **Burmeister's Salon:**

Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung des Delegirten von der Conferenz in Neumünster. 2. Wie verhalten sich die Ottenser Sozialisten zu dem Conferenzbeschluß. [90

Die Parteigenossen werden ersucht zahlreich zu erscheinen.

F. Heerhold.

Die Rundschau.

Organ für sozialistische Propaganda.

No. 1

ist soeben erschienen und durch die Expedition

Hamburg, Amelungstraße 5

zum Preise von 20 Pf.

zu beziehen.

Durch die Post bezogen kostet das Blatt vierteljährlich 60 Pf. excl. Bringerlohn und nehmen alle Postanstalten Bestellungen an.

Verlag der „Rundschau"

Hamburg, Amelungstraße 5.

Das Protokoll

des diesjährigen, zu Gotha stattgehabten

Sozialisten-Congresses

ist erschienen.

Preis pro Stück **25 Pfg,** bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren **20 Pfg.**

Bestellungen, denen der Betrag nebst 10 Pfg Porto für je 5 Exemplare beizufügen ist, sind zu richten an **C. Derossi,** Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Nur gegen baar oder Postvorschuß wird expedirt.

In unserem Verlage ist erschienen und durch alle **Buchhandlungen,** sowie durch unseren Commissionär Hrn. **Siegismund u. Volkening** in Leipzig zu beziehen:

„Arbeiterkrankheiten"

1. Schädliche Gase
2. Schädliche Dämpfe

als Krankheitsquellen und die von ihnen heimgesuchten Fabrikationszweige.

Von **F. A. Moralt.**

Preis 10 Pfg. Bei Abnahme größerer Partieen bedeutender Rabatt.

Augsburg, im Juni 1877. (3e)

3,90] **Volksbuchhandlung von J. Eudres,** G. Nr. 322.

Durch uns ist zu beziehen:

Zur Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Abonnements-Einladung

pro 3. Quartal 1877.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis vierteljährlich Mk. 1,20. In Heften à 30 Pfg.

II. Jahrgang. Auflage ca. 40,000.

Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Bei Postabonnements wolle man sich auf die Zeitungspreisliste 1875, Seite 64, Nr. 2577 berufen. — Heftlieferungen können durch die Post nicht bezogen werden. — Für Kreuzbandsendungen innerhalb des deutsch-österreichischen Postgebietes berechnen wir incl. Porto per Quartal 1 M. 60 Pf. Für Hefte oder Einzelnummern bitten wir bei Bestellung den Betrag in Briefmarken beizulegen.

Laut diesjährigem Congreßbeschluß schließt mit Ende September der II. Jahrgang. Es beginnt demnach mit 1. Oktober d. J. der III. Jahrgang, der mit Ende September 1878 schließt.

Die Leser unserer Parteiblätter machen wir darauf aufmerksam, daß zur Einführung der **„Neuen Welt"**

Illustrirte Prospekte

gratis versandt werden.

Die **Verbreitung der Prospekte** in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien wird den **Gesinnungsgenossen**

als bestes Agitationsmittel

dringend an's Herz gelegt.

Bei Bestellung ist die Zahl des Bedarfs und genaue Adresse anzugeben. **Plakate** zum Aushängen in öffentlichen Lokalen und **Sammellisten** stehen zu Diensten.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.
Leipzig, Färberstraße 12/II.

Wer Manuskript an die Redaktion des „Vorwärts" und der „Neuen Welt" schickt und, im Fall der Nichtaufnahme, Rücksendung verlangt, muß den Portobetrag einlegen, der, wenn er nicht zur Rücksendung gebraucht, für die Partei verwandt wird.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
berr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., berr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 690 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hense, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 78. Freitag, 6. Juli. 1877.

Wie man unsere großen Dichter ehrt.

Wir lesen in der „Kölnischen Zeitung“:

„Die Kommission, welche über den am Schillertage im nächsten Jahre wieder zur Vertheilung kommenden Schillerpreis (1000 Thlr. Gold nebst einer goldenen Denkmünze im Werthe von 100 Thlr. Gold) für das beste in den Jahren 1875, 1876 und 1877 hervorgetretene Werk der deutschen dramatischen Dichtkunst zu erkennen hat, ist bereits vom Minister Falk ernannt worden. Die Mitglieder derselben sind: General-Intendant v. Hülsen, die Professoren Dr. Curtius, Dr. v. Treitschke und Dr. H. Grimm, Dr. Julian Schmidt (sämmtlich in Berlin), General-Intendant v. Putlitz in Karlsruhe, Direktor Dr. Förster in Leipzig, Geh. Hofrath Gustav Freytag in Siebleben.“

Lassen wir die anderen Männer bei Seite, die der Minister Falk, der große Kulturkämpfer, in die Kommission, welche über den Schillerpreis zu bestimmen hat, ernannt hat; stoßen wir uns selbst nicht an den unglücklichen Herrn von Treitschke, der eines organischen Fehlers halber die Wirkungen dramatischer Dichtkunst gar nicht beurtheilen kann, sondern wenden wir uns nur gegen Dr. Julian Schmidt, den der Herr Falk auch zu ernennen den Muth hatte.

Die gebildeten Männer deutscher Nation haben sämmtlich das Werk Lassalle's gelesen: „Herr Julian Schmidt, der Literarhistoriker“; dieses Werk gleicht einem Pranger, an welchen Herr Schmidt angenagelt worden ist, zum Heile des deutschen Geistes, zur Sühne des Andenkens der deutschen Geisteshoven, die dieser Mann in der widerlichsten Weise zu beschmutzen wagte.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir das Gedächtniß unserer Leser auffrischen, und da der „Vorwärts“ auch im gegnerischen Lager viel gelesen wird, so wollen wir aus der Schrift Lassalle's die namenlose „Verehrung“ nachweisen, welche dem Andenken des theuren und großen Dichters durch die Ernennung des Herrn Schmidt in die betreffende Kommission erzeigt wird.

Zunächst aber wollen wir hier zeigen, daß dem ꝛc. Schmidt auch jede Befähigung mangelt, über deutsche dramatische Dichtkunst zu urtheilen.

In seiner Literaturgeschichte (Band II., S. 1) sagt Julian Schmidt über Göthe: „Seine Lieblingsgestalten sind Virtuosen mit vielseitiger Empfänglichkeit ohne ideellen Gehalt und ohne Ehrfurcht vor der realen Welt; auch Faust, denn sein Bund mit dem Teufel beruhte wesentlich auf Abneigung gegen Einseitigkeit der Bildung und Beschäftigung.“ — Göthe's Faust „ohne ideellen Inhalt!“ Herr Schmidt eignet sich sehr zur Beurtheilung einer dramatischen Dichtung, nicht wahr, Herr Falk? Und der Grund, weshalb der Faust „ohne ideellen Inhalt“ ist? Der Grund ist köstlich, nicht wahr, Herr Falk?

Nach Herrn Julian Schmidt (Band II., S. 161) fällt Göthe fortwährend in seinem Faust aus der Rolle. Lassalle meint dazu, daß der „dumme Göthe“ doch eigentlich viel Pech gehabt habe, daß er vor dem Herrn Schmidt gelebt und nicht dessen Rathschläge sich hätte zu eigen machen können. Sie sind auch der Meinung, Herr Falk?

Ueber Schiller selbst aber sagt Julian Schmidt (Band I., S. 516) folgendes:

„Aus einem unendlich kleinem Vorrath des Stoffes hatte er eine vielseitige Weltansicht gewonnen, die selbst die Kundigen zuweilen durch ihre geniale Wahrheit überraschte. Daher seine langsame Entwicklung, daher aber auch sein fester Glaube an die Gewalt des Geistes, dem die Wirklichkeit unterthan sei.“

Herr Schmidt gehört selbstverständlich zu den Kundigen, nicht wahr, Herr Falk, sonst würden Sie ihn nicht in die betreffende Kommission ernannt haben?

Lassalle aber sagt zu obigem Ausspruch des „kundigen“ Julian Schmidt:

„Also der Verfasser Wallensteins und des dreißigjährigen Kriegs, der Uebersetzer des Euripides und der Kenner der antiken Tragödie, die er in seiner Braut von Messina wiederzubeleben suchte, der gründliche Forscher der Schweizergeschichte, die er in seinem Tell so meisterhaft gestaltet, und der Verfasser der Briefe über die ästhetische Erziehung hat nicht etwa einen achtungswerthen und ausgedehnten Wissenshorizont, der nur hier und da etwas tiefer sein könnte, sondern er hat überhaupt nur einen ‚kleinen Vorrath‘ von stofflichem Wissem. Ja nicht nur einen ‚kleinen‘, sondern selbst nur einen ‚unendlich kleinen Vorrath‘.“

Dann fährt Lassalle in gerechter Entrüstung fort: „Begreifen Sie nicht, Herr Schmidt, daß es heißt, den Respekt, den wir den größten Geistern der Nation schulden, bis zur unerlaubtesten Schamlosigkeit verleugnen, wenn Sie einen formellen und positiven Gegensatz machen zwischen Schiller einerseits und den Kundigen andererseits. ‚Aus einem unendlich kleinen Vorrath des Stoffes hatte Schiller eine sehr vielseitige Weltansicht gewonnen, die selbst die Kundigen zuweilen durch ihre geniale Wahrheit überraschte.‘ Schiller wird also in einen positiven Gegensatz zu den ‚Kundigen‘ gebracht; Schiller wird formell den Unkundigen eingereiht!“

Nicht wahr, Herr Falk, Dr. Julian Schmidt ist 1) ein „Kundiger“, 2) ein „Anständiger“ und 3) ein „Verehrer“ der edelsten und besten Männer deutscher Nation, deshalb gehört er auch in die Kommission „zur Vertheilung des Schillerpreises.“

Doch nicht genug. Mit solcher kleinen Schmähung des großen Dichters läßt sichs ein Herr Julian Schmidt nicht genugen.

Ueber Schiller sagt er (Band I., S. 336) noch folgendes: „Der Idealismus, der die Wirklichkeit nicht achtet, schwärmt immer ins Blaue, er entfernt sich von den individuellen Zuständen und bezieht sich auf die hergebrachte Empfindungsweise der Zeit. Solche Stellen sind es, welche Schillers Dramen zuerst populär gemacht haben. Man hat sie in der Knabenzeit sich eingeprägt und dann so lange hin- und hergetragen, bis sie allen Gebildeten zum Ekel geworden sind, und wenn man dann den Dichter der Jugend lediglich aus dem Gedächtniß auffrischte, verfiel man wohl in den Wahn: jener phrasenhafte Idealismus sei das Charakteristische seiner Pression.“

Das sind herrliche Worte, Herr Falk, anerkennenswerthe Worte, den Manen des großen Dichters geweiht, welche Sie gewiß berechtigten, Herrn Julian Schmidt in die Schillerkommission zu ernennen — darüber muß die deutsche Nation sich freuen!

Lassalle allerdings ist anderer Ansicht, Lassalle, der selbst zu den größten Geistern Deutschlands zählt — er sagt zum Schlusse seines Werkchens über die Literaturgeschichte des Herrn Schmidt besonders in Bezug auf das obige Citat über oder besser gegen Schiller:

„Wenn ein Volk eine solche Versündigung an allen seinen edelsten und größten Geistern, wie sie in diesem Buch auf jeder Seite, von der ersten bis zur letzten, zu finden ist, von so jämmerlichen, unwissenden, sinn- und gedankenlosen Buben erduldet, ohne diesen in jeder gebildeten Gesellschaft mit Entrüstung die Thür zu weisen, so verdient es seinen Verfall. Denn es zeigt dann die schmählichste Gleichgültigkeit und Theilnahmlosigkeit für alle geistige Größe der Nation.“

Merkwürdig, Herr Falk, Sie lieben die deutsche Nation, Sie lieben die großen deutschen Dichter, Sie lieben die Männer, die mehr Siege gegen „Rom“ erfochten haben, als Sie selbst, Herr von Bismarck und alle jetzigen „Kulturkämpfer“ und doch ernennen Sie den Herrn Julian Schmidt in die Schillerkommission, den Mann, der die wahren großen deutschen Kulturkämpfer in den Koth zu ziehen sich bemüht?

Sagen wir noch eins. Die Schmidt'sche Literaturgeschichte hat in Bezug auf Schiller auch auf unseren Schulen, bei Lehrern und Schülern, einen „destruktiven“ Einfluß gewonnen. Wir wissen, daß die Secundaner auf den Gymnasien schon mit einer souveränen Verachtung von Schiller sprechen, daß die Lehrer vielfach Schiller einen einseitigen Idealisten nennen und schon der Jugend, die Schiller übrigens einmal noch nicht zur Hälfte verstehen kann, den vielseitigen Göthe oder den genialen Heine empfiehlt.

Wir sind große Verehrer von Göthe und Heine, aber nicht minder von dem „einseitigen Idealisten“ Schiller, dessen gewaltige und erhabene Freiheitsgesänge, zum Himmel aufstürmend, den Geist der Jugend läutern und das Herz des Mannes erwärmen.

Leider aber lieset die durch die „Julians“ hochmüthig gewordene Jugend Schiller entweder gar nicht oder doch nur so oberflächlich, wie Julian Schmidt selbst — Schiller bietet ihr ja nichts Reales. Und später raffen sich nur wenige Männer auf, um in gewissenhafter Weise Schillers unsterbliche Werke zu studiren.

Der Kultusminister Dr. Falk muß den demoralisirenden Einfluß solcher elender Machwerke, wie die Julian Schmidt'sche Literaturgeschichte eins ist, kennen, der Kultusminister Dr. Falk muß die deutsche Jugend vor solchem Einfluß schützen, deshalb ist es nicht gut, wenn er den Verfasser eines Machwerks, welches viel schlimmere Einwirkung ausübt, als alle Sudelromane zusammengenommen, da es durch die Lehrer in die Schulen dringt, zu einem Vertrauensposten beruft; es ist auch deshalb nicht gut, weil das Andenken Schillers selbst darunter leidet. —

Die deutschen Studenten erlassen jetzt vielfach Adressen an Dr. Dühring in Bezug auf die schwebende Disziplinaruntersuchung — wir sind mit diesen Adressen voll und ganz einverstanden; ebenso wichtig aber ist es, daß die deutsche studirende Jugend sich wie ein Mann erhebt, um auch in einer Adresse den preußischen Kultusminister Falk zu ersuchen, die Ernennung des Herrn Julian Schmidt in die deutsche Schillerkommission rückgängig zu machen und zwar im Interesse der deutschen Jugend und des deutschen Volksgeistes.

Die deutschen Arbeiter würden einen solchen Schritt mit hoher Freude begrüßen, sie würden eingedenk sein der durch Lassalle besonders betonten Allianz:

Die Wissenschaft und die Arbeiter!

Menschenrechte und Demokratie.

I.

Motto: Aber wenn Du gar nichts hast,
Ach, dann lasse Dich begraben;
Denn ein Recht zu leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben.
Heine.

Wo das Recht zu leben zu Grunde geht, da hören alle Rechte auf; die bestehende Gesellschaft aber spricht es immer offener aus und handelt stets mehr im Sinne des obigen Motto Heinrich Heine's, daß sie nur den Besitzenden ein Recht zu leben zugesteht. Die traurige Thatsache, daß Selbstmorde aus Hunger, und daß Hungertod, schleuniger wie langsamer, erschreckend häufig sind und immer häufiger werden, und daß die Pflicht, dem zu steuern, immer ungenügender erfüllt, ja immer weniger anerkannt wird, dieser Schandfleck unseres Jahrhunderts beweist, daß Recht ohne Macht ein leerer Schall ist, und daß unter allen Umständen kein Recht vorhanden ist als dasjenige, welches man zu erzwingen die Macht hat. Die sogenannten natürlichen, angebornen, unveräußerlichen Menschenrechte, welche Rousseau erfand, indem er alle Menschengemeinschaft auf dem Wege des Vertrags entstehen ließ, und welche die amerikanische Unabhängigkeitserklärung zuerst verbriefte, sind vollständig nur innerhalb einer Gesellschaft vorhanden, welche jedem Einzelnen die Macht sichert, sie für sich durchzusetzen — und eine solche Gesellschaft hat es noch nie gegeben — nur Anläufe dazu; sie soll erst, und zwar von der Partei der Arbeit, hergestellt werden. Diese Einbildung, daß Rechte mit dem Menschen geboren werden, hat anfangs viel Gutes gewirkt; sie hat seit mehr als hundert Jahren die um ihre Freiheit und Würde ringenden Klassen mit Muth und Begeisterung erfüllt. Seit lange aber schon ist sie überwiegend schädlich geworden, weil Leute, deren Rechte verbrieft sind ohne gleichzeitige Gewähr der Machtmittel zu ihrer Behauptung, gar leicht sich an der Einbildung ihrer Rechte genügen lassen und den steten Kampf um dieselben einstellen, so daß ihnen am Ende mit den letzten Spuren der Macht auch die letzten Rechte entzogen werden können. Ganz besonders bewährt sich dies in sogenannten constitutionellen Ländern, wie Großbritanien und die Union, in welchen die arbeitende Mehrzahl des Volkes von ihren politischen Rechten so wenig oder so schlimmen Gebrauch macht.

Der Ursprung alles Rechtes ist in der rohen Gewalt zu suchen, welche der Wilde gegen den versklavten Feind oder Genossen, der Eroberer an den Kriegsgefangenen, Unterworfenen, der faustrechtliche Wegelagerer am Wehrlosen, der Mann am schwächeren Weibe übt. Die Schwachen, im Gefühl davon, daß Widerstand nutzlos ist, erkennen stillschweigend das Recht des Gewaltherren an und lernen die Pflicht des Gehorsams. Dieses ursprünglichste Recht ist anfangs nicht verbrieft, wird dies erst weit später. — Es folgt in der Entwicklungsreihe der ebenfalls noch ungeschriebene, blos gewohnheitliche Rechtszustand des communistischen Hirtenlebens, welcher auch im Anfange des Ackerbaulebens noch andauert. Die einzelne Gemeinschaft ist eine erweiterte Familie mit gleichem Antheil aller Erwachsenen am Stammesbesitz, gleichen Genüssen, aber schon einigermaßen getheilter Arbeit; das Stammesoberhaupt ist ein Patriarch, d. h. um seines Ansehens willen erwählter Wächter und Vollstrecker des Gesammtwillens, welcher letztere allein das Recht schafft. Hier ist mit fast völliger Gleichheit der Macht eine ebenso große Gleichheit des Rechtes und der geschichtlichen Lehrseite gesetzt. Die wilde Kriegs-, Eroberungs- und Zerstörungswuth der meisten Hirtenvölker aber vermehrt die Zahl der Sklaven und geraubten Weiber und macht deren Entrechtung immer grausamer, bis sich große Gewaltstaaten bilden, in welchen der Wille eines unbeschränkten Herrschers allein Gesetz und Recht bildet und umbildet, während die Stammesgenossen den feudalen Waffenadel bilden, welcher über kleinere Landschaften seinen Willen insoweit zum Gesetz macht, als er nach oben und unten hin Macht behält. Auch hier ist von geschriebenem Gesetz nicht die Rede, sondern höchstens von forterbenden Rechtsgewohnheiten, nach welchen die Herren allein das Recht, die Unterworfenen allein alle Pflichten haben, im Ganzen aber Alle außer Einem ziemlich gleich rechtlos sind.

Der Anfang eines wirklichen Rechtszustandes erfolgt — aber blos bei den von Natur meistbegünstigten Völkern, in den Demokratien. Die immer weiter getheilte Arbeit erweckt in weiten Kreisen der Beherrschten das eigene Denken; die wachsende Geschicklichkeit und Wichtigkeit des Einzelarbeiters für das Ganze belebt das Selbstbewußtsein und den Muth; die über den todten Stoff erfochtenen Siege stärken die Willenskraft. Der durch Tauschhandel erworbene Wohlstand will vor den Uebergriffen Anderer und der Staatsmacht geschützt sein. Man erinnert sich der alten Gleichberechtigung und der gleichen Macht Aller im Hirten- und ersten Ackerbauleben, und die Gewaltherrscher werden hier und da abgeschüttelt, um jene Urzustände wiederherzustellen, zunächst in Form rechtlicher Gewohnheiten, welche von der Gemeinde zum Rechtsprechen befestigt, aber erst später niedergeschrieben werden. Alles in Allem genommen machen die Demokratien den menschlichsten Theil der Geschichte aus. Wenn man aus dieser alle Blätter herausschneidet, welche von den hellenischen Demokratien, der römischen Republik, den mittelalterlichen Volksherrschaften der Bauern und Städte in Italien, der Schweiz, Deutschland und den Niederlanden, sowie von der nordamerikanischen und neuschweizerischen Republik handeln, so bleibt sehr wenig zurück, woran ein gesunder Verstand und ein wohlmeinendes Herz sich erfreuen können; ja, selbst dieses Wenige ist in seinem Keime aus dem Beispiele der Demokratien herübergerbt. Allein trotzdem tragen diese Demokratien Selbstwidersprüche in sich, an denen sie kranken und zugrundegehen, indem sie aus einer Herrschaft Vieler in Gesetzgebung und Gesetzvollstreckung in eine Herrschaft von stets Wenigern und zuletzt von Einem umschlagen.

Es ist hauptsächlich der Widerspruch des Namens gegen das Wesen der Volksherrschaft daran schuld. Das Volk sind nicht alle Erwachsenen, sondern im besten Falle nur die erwachsenen Männer von einem willkürlich festgesetzten Altersjahre an, und nicht die Frauen; gewöhnlich aber unter weitern Beschränkungen auf Abstammung, Vermögen, Hausvaterschaft, Arbeitszweige ꝛc.

Das Recht, weil auf alte Zeiten zurückgeführt, gilt als vererbtes, die Naturmacht als Urgesetz. Der Mensch ist entweder noch gar nicht entdeckt, oder blos im Bürger vertreten. Die Staatsmacht, im Gesetz verkörpert, ist heilig und vergewaltigt den Einzelwillen bis zur Ohnmacht. In der That also beherrscht nicht jeder Einzelne freiwillig sich selbst, um jeden Andern zur gleichen Pflicht zu bestimmen, sondern die anfangs noch große Zahl der Bürger beherrscht als Gesetzgeberin und Klasse die nicht gleichberechtigten Klassen und beugt sie unter ihren Gesammtwillen; und um dem Gesetze seine Heiligkeit zu bewahren, beobachtet es auch jeder Einzelne aus der Herrscherklasse, bis er durch wachsende Macht das Gesetz beugen lernt. Die Macht aber vertheilt sich ungleich in wachsendem Maße.

weil von Natur die Menschen ungleich sind, und da ihr Gebot für unumstößlich gilt, das Absehn also noch nicht darauf gerichtet sein kann, die Gleichheit künstlich, durch um so bessere Erziehung, je schwächer die Naturgabe erscheint, herzustellen. Es wird vielmehr Jeder für die Klasse erzogen, in welcher er geboren ist, und nur seltene Gunst der Verhältnisse vermag diese Schranken zu durchbrechen. Und sobald sich die Geistes- und Eigenthumsmacht auf Wenige vereinigt hat, wird diese angebliche „Volksherrschaft", was sie schon in der Anlage war, eine Herrschaft Weniger, zuletzt eines Einzigen. Noch längere Zeit bestehen die alten Formen der Volksherrschaft, aus denen alles Wesen gewichen ist, und die Gesetzgebung und Rechtsgelehrsamkeit wird absichtlich immer künstlicher und verwickelter, um die Volksmassen durch den Schein des Rechts für den Verlust seiner Wohlthaten zu begütigen.

Unsere Geschichts-Professoren freilich stellen das Wesen der Demokratien auch als widerspruchsvoll und selbstvernichtend dar, aber aus einem ganz andern Grunde als wir und unter Entstellung der Thatsachen. Nach ihnen gehn sie deshalb zu Grunde, weil anfangs nur die allzeit kleine Zahl der durch Vermögen und Bildung am Gedeihen des Staates durch eine langsam fortschreitende Entwicklung interessirten Bürger herrscht; während später eine immer wachsende Zahl neidischer Bürger sich die Theilnahme an der Macht erringt und, da sie nichts zu verlieren und darum keine Weisheit hat, sich von gewissenlosen Demagogen verleiten läßt. Aber die Thatsachen sprechen umgekehrt. Wenn wir von der geschichtlich nicht genug beglaubigten Vorzeit absehen, so fällt die Glanzperiode Athens zwischen 510 und 430 v. Chr., also in eine Zeit ziemlich gleich vertheilten Besitzes, ohne eigentlichen Reichthum, in welcher die vielen stimmberechtigten Bürger, wachsam gegen alle irgendwie ausgezeichneten Mitbürger, zuhause mit Arbeit und Staatsangelegenheiten sich beschäftigten, während mit dem wachsenden Reichthum und zunehmender Eroberung und Sklavenmenge seit Perikles sie sich der Arbeit entwöhnten, auswärts auf Eroberungskriegen dienten und daheim eine kleine Anzahl Demagogen und Großkapitalisten sich ausbilden ließen, welche, mit auswärtigen Feinden gegen das eigene Volk verschworen, eine wachsende Masse Schutzbürger, Verarmte, Invaliden, heruntergekommene Talente, freigelassene Sklaven u. s. w. nach ihrem Willen lenkten und die ärmeren Bürger einschüchterten und verelendigten. Ganz ebenso in Rom, das kurz vor und nach 300 v. Chr. durch seine weltbekannte Bürgertugend groß wurde, aber durch sein beispielloses Eroberterglück und rasch wachsenden Reichthum die frühere Wachsamkeit der Volksmassen erlahmen sah. Die Bürger waren als Krieger allermeist auswärts beschäftigt, um durch Plünderung fremder Völker reich zu werden, und die Volksversammlungen wurden zum Possenspiel, die ungeheure in Rom angesammelte Masse der Nichtrömer und Nichtbürger eine bequeme Waffe der einigen Tausend reicher Räuber am Volksvermögen. Mit dieser Waffe wurden alle wahren Volksfreunde im Schach gehalten, und die wohlmeinenden beiden Gracchen ermordet, welche eine unabhängige Bürgerschaft durch Ansiedelung ausgedienter Soldaten wiederherstellen wollten, aber so unklug waren, in der Hauptstadt zu bleiben, anstatt bei ihrer in den Ansiedelungen großwachsenden Volksmacht. Und nicht anders mit der Schweiz, welche fast nur gleichberechtigte und mäßig wohlhabende Bürger zählte, als sie Habsburg und Burgund demüthigte und ihre uralte Demokratie rettete. Da aber ihre Jugend massenhaft als Lanzknechte im Dienste vieler fremden Gewaltherrscher Gold und Ruhm suchte, sank die große Masse der freien Eigenthümer trotz, oder eben wegen mehrer unglücklicher Aufstände zu Sklaven der städtischen Geschlechter herab, welche große Reichthümer und alle Demagogenkünste monopolisirt hatten, und französische Heere waren nothwendig, um dieser Schmach ein Ende zu setzen (1797—1800). Und ähnliche Beispiele könnten wir häufen.

Gewiß, die Demokratien sind bisher immer wieder in die Oligarchie und Monarchie zurückgesunken, aber der innere Widerspruch, woran sie zugrunde gingen, war, daß sie dem verderblichen Einflusse des Reichthums (des Privateigenthums) und der Sklaverei nicht widerstehen konnten, weil ihnen der zufällige Bürger, aber nicht der Mensch als solcher, der stets fortschrittliche, naturbewältigende, höchst erzogene, ganz sich selbst bestimmende, nicht als Ausgangspunkt und Ziel galt. Und der Monarchie, welche sie auf angegebene Weise verherrlichen wollen, stellen die Geschichtsfälscher ein trauriges Zeugniß aus. Denn in dieser gilt weder der Bürger, noch der Mensch im angeführten Sinne, und deswegen schafft sie sich noch häufiger als die Demokratie selbst ab und mündet wieder in die letztere, welche wenigstens schließlich einmal überall ihre angeerbten Selbstwidersprüche aufheben und dann keinem Untergange mehr ausgesetzt sein wird. Dies aber kann nur geschehen, wenn aus dem Rechtsstaate ein Gerechtigkeitsstaat, aus dem Privateigenthum an den Arbeitsmitteln Gesammteigenthum, aus dem Arbeitsertrag allein Privatbesitz, und jedes Recht nicht blos durch die Schrift, sondern durch die Macht des Besitzes und der Erziehung für Jeden verbürgt wird.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Unsere Gegner zerbrechen sich noch immer die Köpfe, auf welche Weise der sozialistischen Agitation — der „auf's Neue vorbringenden Sozialdemokratie", wie der „Hamburgische Correspondent" sich ausdrückt — am besten entgegengewirkt werden könnte. Die „National-Zeitung" z. B. schlägt zur erfolgreichen Bekämpfung der Sozialdemokratie die Vereinigung aller liberalen Elemente vor, indem sie sich also ausläßt: „Als die Aufgabe, in der wir nach bescheidenen Kräften zu arbeiten uns berufen halten, erkennen wir es, den Boden vorzubereiten, auf dem eine liberale Gesammtpartei sich sammeln kann. Auf einer solchen Parteibildung ruht unsere Zukunft, ruht die Möglichkeit gesicherter verfassungsmäßiger Entwicklung. Wir glauben, daß die Elemente zu solcher Parteibildung vorhanden sind, wir sind ketzerisch genug, anzunehmen, daß die liberalen Wähler nicht erb- und eigenthümlichen fortschrittlichen, nationalliberalen, liberal-conservativen Parteihäuptern verschrieben sind, daß die liberalen Wähler vielmehr über ihre gemeinschaftlichen Gegner im radikalen und reaktionären Lager nicht zweifelhaft sein können. Unter diesen Umständen ist uns unser Verhalten klar vorgezeichnet; wir appelliren von einem kleinlich egoistischen, verhetzenden Cliquenwesen an die große liberale Wählerschaft. Und selbst wenn heute dieser Ruf noch nahezu ungehört verhallt, der Tag wird kommen, wo er durchdringt, denn er hat die mächtigste Unterstützung an Thatsachen, wie die sozialdemokratischen Wahlen, die unausgesetzt predigen und nach und nach die verstocktesten Ohren öffnen werden. Wie sollte aber unser Ruf zur Einigung Beachtung finden, wenn wir selbst mit den Waffen der Zwietracht, nur um der Zwietracht willen kämpften!"

So, nun ist die Aufgabe, wie der Sozialdemokratie der Garaus gemacht werden kann, gelöst — es ist die Bildung einer „liberalen Gesammtpartei" — vulgo reaktionären Masse. Wir sind's zufrieden. Es haben uns bekämpft und bekämpfen uns noch alle Elemente, die an der Erhaltung der bestehenden Zustände ein Interesse haben. Vereinigen sich diese Elemente, um so besser für uns, dann kommt Klarheit in die Situation und alle Diejenigen, deren Interesse eine Aenderung der bestehenden sozial-politischen Verhältnisse gebieterisch fordert, werden unter die Fahnen der Sozialdemokratie eilen.

— Billig und schlecht — das berühmte Wort des Professors Reuleaux — hat wieder einmal eine höchst eigenthümliche Illustration gefunden, die der deutschen Industrie nicht zur Ehre gereicht. Der Kaiser von Deutschland hat vor einiger Zeit seinem kaiserlichen Bruder von Fez (dem Kaiser von Marokko) sein Bild verehrt. Die „Kölnische Zeitung" schreibt hierüber:

„Das Bild selbst, eine Copie des Winterhalter'schen Porträts, imponirte sehr. Den Rahmen dagegen dürften selbst die Marokkaner etwas ärmlich finden, abgesehen davon, daß die technische Einrichtung und der Zustand einzelner Theile desselben fast unter marokkanischer Kritik standen. Damit hat die Verwaltung, durch deren Hände dieser Theil der Geschenke gegangen ist, in der That wenig Ehre eingelegt. Und leidiger noch sah es mit dem Album-Kistchen aus, dessen Verfertiger wohl hoffentlich nicht die Absicht gehabt haben wird, den bösen Ruf, in dem die deutsche Industrie leider vielfach steht, bis über den Nordwesten von Afrika auszudehnen. Ein auf den Deckel mit zwei Nägeln angenietetes Schild fand sich trotz der vortrefflichen Verpackung abgebrochen vor. Die auf dem Boden und im Innern zum Emporheben der Photographien angebrachte Seidenschnur war zerrissen. Aber schlimmer als das war die Nachlässigkeit der Arbeit und Zusammensetzung, infolge deren eine der emaillirten Leisten auf der Außenseite des Deckels krumm, und der Anschluß der vier, ein Rechteck bildenden Leisten so mangelhaft war, daß die Lücken bequem je ein schwedisches Zündhölzchen hätten aufnehmen können. Eine solche Unsolidität, die sich selbst an Geschenke von Kaiser zu Kaiser hinanwagt, verdient in der That an den Pranger gestellt zu werden."

Das sagt die reichstreue „Kölnische Zeitung". Was sollen wir hinzufügen? Höchstens, daß vor tausend Jahren die „Industriellen" des Morgenlandes anständiger waren, als jetzt die deutschen Industriellen. So war die Spieluhr, welche Harun Al Raschid Karl dem Großen schenkte, ein Meisterstück der Kunst und der Arbeit. — Wenn die Hast so groß ist, Geld und Gut zu erwerben, wie bei uns in Deutschland, so daß das geflügelte Wort vom „Zuchthaus streifen" dadurch entstanden ist, wie kann man dann solide und kunstvolle Arbeit verlangen.

— Den Regierungen zur Nachahmung empfohlen. Die Gothaer Regierung hat die Vorstände der Volksbibliotheken veranlaßt, die Schriften: Harkort's „Arbeiterspiegel", die Rathenower Flugblätter: „Was sollen und können die Sozialdemokraten?" und „Was thut dem Arbeiterstande heut zu Tage noth?" sowie „In's Schlaraffenland mit den Sozialdemokraten" — anzuschaffen und möglichst unter die Leute zu bringen. Auch hat dieselbe Behörde die Anschaffung der Werke über Sozialdemokratie von Schuster, Schäffle (!), Martensen, Oschwald und Mehring für die Kirchenbibliotheken jeder Gemeinde, zunächst zum Studium für die Geistlichen und Lehrer, anempfohlen. — ¡Es fehlt nur noch die Rede Eugen Richter's, dann hat der Leser eine Auswahl von Schmutzbroschüren, die nicht besser sein kann und die ihm einen gründlichen Ekel vor den Gegnern der Sozialdemokratie einflößen wird. — Wie aber Schäffle in diese Gesellschaft hineingerathen ist, das ist uns unbegreiflich. Nun, seine Schrift wird den Ekel gegen die übrigen Schriften noch vermehren und jedem anständigen Leser Aufklärung über den Sozialismus schaffen. Die eine weiße Krähe unter den schwarzen sticht um so glänzender ab und zieht die Aufmerksamkeit auf sich.

— Die Verfälschung der Lebensmittel. In Nr. 72 des „Vorwärts" theilten wir mit, daß vor Kurzem in Darmstadt eine Conferenz von Aufkäufern der berüchtigten „Sumpfpflanze" Herbstzeitlose stattgefunden habe, und daß dieses, bekanntlich sehr giftige Unkraut, das in neuerer Zeit ein gesuchter Handelsartikel geworden ist, zur Verfälschung des Biers (als Surrogat für Hopfen) gebraucht werde. Wir hatten unsere bezüglichen Mittheilungen einer redaktionell beglaubigten Lokalnotiz der in Darmstadt erscheinenden „Neuen Hessischen Volksblätter" entnommen. Begreiflicherweise ist diese Enthüllung den Herren Bierfabrikanten nicht angenehm. Indeß konnten sich doch nur solche getroffen fühlen, die wirklich mit Herbstzeitlosen verfälschen, und daß diese die Wirkungen der unwillkommenen Mittheilung abzuschwächen suchen würden, war vorauszusehen. Aber nicht vorauszusehen war, daß zu den sich getroffen Fühlenden der Vorsitzende des deutschen Bierbrauerbundes, Herr F. Henrich in Frankfurt a. M., gehören würde. Und doch ist dem so. Herr Henrich hat eine öffentliche Erklärung erlassen, in der er die „ganze Sache" in Abrede stellt und so weit geht, zu behaupten, der Redakteur der „Neuen Hessischen Volksblätter" selbst habe zugestanden, daß an der Herbstzeitlosen-Conferenz „kein wahres Wort, daß Alles erfunden sei". Nun erklärt aber seinerseits der Redakteur der „Neuen Hessischen Volksblätter", Herr Rudolph Ramspeck, unter Anführung von Beweisen and Zeugen, daß an Allem, was Herr Henrich geschrieben, „kein wahres Wort, daß Alles erfunden", und beweist, daß die Herbstzeitlosen-Conferenz allerdings stattgefunden hat. Damit wäre Herr Henrich abgethan. Und der Erfolg seines unklugen Sicheinmischens? Daß nicht nur die Existenz der Biervergiftung durch Herbstzeitlosen festgestellt, sondern auch der angeblich neben seinen übrigen Zwecken für die Produktion eines nahrhaften, reinen Biers wirkende „deutsche Bierbrauerbund" in die faule Geschichte mit hineingezogen ist.

— O welche Lust u. s. w. In Dresden hat sich vorige Woche ein Gardereiter von einer Lokomotive überfahren lassen, binnen acht Tagen der dritte Soldatenselbstmord in dortiger Garnison. Nr. 1 tödtete sich „vermuthlich aus leichtem Liebesgram", Nr. 2 „aus unbekannten Gründen", Nr. 3 (der sich dem „vermuthlich" und den „unbekannten Gründen" der Herren Zeitungsschreiber nicht aussetzen wollte) laut bei der Leiche gefundenem Zettel: „wegen schlechter und unerträglicher Behandlung seitens seiner Vorgesetzten." „Ei,

An Dr. Eugen Dühring.*)

Nein, nimmermehr und nimmermehr
Vergißt, wer Wahrheit liebt und Recht,
Daß ihm des Geistes starke Wehr
Verlieh'n zu heiligstem Gefecht.
Brandmarken muß er, zum Gericht,
Die Lüge, wo er sie erblickt,
Damit das Unkraut wuchernd nicht
Des Lebensbrodes Keim erstickt.

Nein, nicht mit sanftem Lispeln spricht
Zum Unrecht, wer das Recht begehrt,
Weil seiner Sendung große Pflicht
Ihn kämpfend Bahn zu brechen lehrt.
Dem Stoße bietet er sich dar,
Ein Geistes-Winkelried, daß frei
Der Wahrheitskämpen edler Schaar
Zu Sturm und Sieg die Gasse sei.

Die heuchlerische Maske reißt
In heil'gem Zorne seine Hand
Vom Angesicht dem Lügengeist;
Er hebt der Wahrheit Fackelbrand;
Er zeigt, wie knechtisch, stumpf und breit
Sich streckt der Selbstsucht träger Sinn,
Und weist von dieser Nichtigkeit
Auf das, was groß und ewig, hin.

So hast auch Du den Streich gewagt,
Du, Denker, Lehrer, Geistesheld,
Den jetzt der Rache Zahn benagt,
Des Hasses Meute frech umbellt;
So hast in heil'gem Kampfesglüh'n
Die edle Brust Du Tag um Tag
Für höchste Menschheitsgüter kühn
Geboten ihrer Feinde Schlag.

Und horch, nun regt sich überall
Des Rechtes Stimme; weit und breit
Ertönt ihr stolzer Widerhall,
Der Dir des Dankes Opfer weiht!

Ihr Dank bringt auch dies Lied Dir dar,
Das freudig jauchzt, wie nun erst recht
Vor aller Welt wird offenbar,
Daß man noch ehrt, was groß und echt.

Ja, treuer Kämpfer, nicht allein
Stehst Du in diesem Geisteskrieg;
Sieh Tausende sich zu Dir reih'n
Im Ringen nach des Guten Sieg!
Du hast gesät, und herrlich reift
Dem Erntetag die edle Saat.
Auf, Schnitter, auf, die Sensen schleift:
Schon wird es Licht: Die Freiheit naht.

E. B.

*) Ein süddeutscher Student hat uns vorstehende Verse zur Veröffentlichung eingesandt.

Johann Elmer*).

Ein merkwürdiger Roman das. Der Verfasser — hinter dem Pseudonym Karl Schönburg verbirgt sich ein, trotz seiner Jugend bewährter demokratischer Schriftsteller, der auf dem besten Weg ist, Sozialdemokrat zu werden — setzt sich in diesem Roman mit der Religion auseinander, die ihm offenbar viel zu schaffen gemacht hat. Er thut es gründlich, wie jeder nicht oberflächliche Mensch es thun muß — gründlich mitunter bis zur Langweiligkeit. Es ist ihm so ernst mit den Fragen, die er behandelt, daß er nicht von ihnen ablassen kann. Und der Leser, der diese Kämpfe schon hinter sich hat, und manchmal das Buch weglegen möchte, fühlt sich immer wieder magnetisch angezogen durch den tiefen Ernst, der aus jedem Wort spricht.

Johann Elmer, der „Held" des Romans, wird in einer kleinbürgerlichen protestantischen Familie protestantisch und kleinbürgerlich erzogen. Niemand, er selbst am wenigsten, zweifelt, daß er das „rechte Kind" des braven Elmer'schen Ehepaares sei. Es sind aber nur seine Pflegeeltern: er ist das Kind eines hochbegabten katholischen Geistlichen, der in seiner Kirche reformatorisch wirken zu können glaubte, jedoch an dem „rocher de bronze" — dem ehernen Fels scheiterte, und vermittelst seiner, den Vorgesetzten nicht verborgen gebliebenen „Jugendsünde" zu einem gefügigen Werkzeug dressirt wird. Er muß seinen fünfzehnjährigen Sohn, der von dem Verhältniß zu ihm natürlich nicht unterrichtet wird, ins Haus nehmen, um ihn aus den Krallen des Protestantismus zu retten, and zu einem würdigen Streiter der ecclesia militans zu erziehen. Ersteres gelingt scheinbar — durch allerlei jesuitische Kunststücke wird der feurige Jüngling für den Katholizismus begeistert und zum Uebertritt bewogen. Doch nun hören auch die Bekehrungserfolge auf. Im Garten des Nachbarhauses, das an den Garten des „Domdechanten" grenzt, sieht Johann Elmer die schöne Elsa, des Bankiers Tochter. Ein Liebesverhältniß entspinnt sich. Eine Zeitlang geht Alles gut — bis die Mutter Elsa's hinter das Geheimniß kommt. Die Tochter des reichsten Bankiers den Sohn eines lumpigen Kleinbürgers heirathen — unmöglich. Der Sturm bricht los — allein die Liebenden trotzen ihm, obgleich man sie gewaltsam auseinanderreißt. Es kommt zu weiteren Konflikten Johann's mit dem Domdechanten. Johann will entfliehen, die Flucht mißlingt, eine heftige Szene, die ohne das Dazwischentreten der Haushälterin vielleicht zu einer Katastrophe geführt hätte, erfolgt zwischen Johann und dem Domdechanten. Beide sind aber „geschiedene Leute". Johann wartet nur auf die Gelegenheit um das Joch zu zerbrechen und sich eine selbstständige Existenz zu schaffen. Da wird der Domdechant aufs Krankenlager geworfen, das sein Sterbelager wird. Der Tod versöhnt. Johann wird ans Bett des Sterbenden gerufen. Dieser, schon mit dem Tod ringend, will Johann etwas mittheilen; die Sprache versagt ihm; er will schreiben — die Hand ist zu schwach. Mit einem sonderbaren, unendlich zärtlichen und schmerzhaften Blick auf den rebellischen Schüler fällt er zurück und sein Mund ist für ewig versiegelt. Die Haushälterin, in Schmerz aufgelöst, umfaßt Johann und offenbart ihm, daß der Todte sein Vater, sie seine Mutter. — — Jetzt ist ihm so Vieles klar, was ihm bisher räthselhaft gewesen. Doch er hat nicht Zeit zum Hinbrüten. Nachdem er die Pflichten des Bluts erfüllt, geht er daran, sich eine bürgerliche Stellung zu gründen. Er wird Lehrer. Mit der Religion ist er fertig — die politischen und sozialen Mißstände drängen sich ihm auf. — Das Verhältniß mit Elsa, die treu bleibt, verursacht ihm viele Gewissensskrupel.

„Elsa ist reich, sagte er sich, ich bin arm. Geht bei dieser Ungleichheit nicht meine Selbstständigkeit verloren? Werde ich nicht in Verbindungen hineingezogen, welche absichtlich zu suchen nicht hochsinnig ist? Darf ich mich unter die Hohen aufnehmen lassen, um den Niederen untreu zu werden? Werde ich in einer fremden Luft noch mein frisches Herz behalten oder wird es verdorren? Wird meine Hand um so offner sein, je mehr sie

*) Johann Elmer. Roman von Karl Schönburg. Hannover, Karl Rümpler. 3 Bände.

dieser Einfaltspinsel", wird unser Viktor denken, „warum hat er sich nicht an richtiger Stelle über seine Vorgesetzten beschwert?" Wo, lieber Viktor? Bei den Vorgesetzten über die Vorgesetzten? — Viktor kratzt sich hinter den Ohren. Ich hab's! Der Kerl war kein Einfaltspinsel, ich hab' ihm Unrecht gethan, er war ein Sozialdemokrat und hat sich blos „aus Bosheit" umgebracht, um Haß und Verachtung gegen das herrliche Institut des stehenden Heeres zu erregen! Brav, Viktor! Bist ein Pfiffikus.

— Aus Osnabrück erhalten wir eine leider anonyme Zuschrift, in welcher behauptet wird, daß der in Stettin zu sechs Wochen verurtheilte Weinhändler Tessendorf ein Bruder des Berliner Staatsanwalts sei. Ein anderer Bruder sei Direktor einer Aktienziegelei in Ueckermünde und dort dadurch bekannt, daß er mit seinen Arbeitern auf sehr gespanntem Fuße stehe. Wenn die Angaben auf Wahrheit beruhen, so bedauern wir den Berliner Staatsanwalt lebhaft, weil, da er Rechts- und Arbeiterfreund (er will ja die Arbeiter aus den Fingern der demagogischen Agitatoren erlösen) ist, die Anschauungen seiner eigenen Brüder so sehr gegen seine Anschauungen gerichtet sind.

— Der Buchhändler Skrzeczek, der zum Zeugniß gezwungen werden sollte, ist am 30. Juni aus der Haft entlassen worden. Die Entrüstung in Deutschland war allgemein, so daß dieselbe auch wohl das entscheidende Moment bei der Entlassung, die von Berlin aus verfügt worden sein soll, gewesen ist.

— Unser hartes Urtheil über die Handlungsweise der Radikalen in Frankreich ist fast noch zu milde gewesen — man kann das richtige Wort gar nicht finden für solche Dummheit oder solchen Verrath — oder für beides zusammengenommen. Es erscheint uns jetzt fast wahrscheinlich, als ob die Herren der äußersten Linken ihr Mandat der materiellen Vortheile halber, die daran haften, um jeden Preis, ja um den Preis ihrer eigenen Ehre behalten wollen — deshalb dieser schandvolle Compromiß. Man höre, wie ein großes Bourgeoisblatt, die „Wiener Presse", über die gegenwärtige Situation in Frankreich sich äußert:

„... Die Sympathien Europas, so weit dasselbe der fortschreitenden Civilisation zugethan ist, stehen auf Seiten der vereinigten Republikaner, so lange dieselben eine feste Brustwehr gegen die Rothen und gegen die Schwarzen, diese unversöhnlichen Feinde der modernen Gesellschaft, bilden. Der Culturkampf zur Rettung der materiellen wie der geistigen Güter der Menschheit, der Kampf gegen die communistische Nivellirung wie gegen die klerikale Ueberhebung muß von den Liberalen aller Nationen in geschlossenen Reihen zu Ende gekämpft werden."

Aus diesen Worten leuchtet die Freude der Bourgeoisie aller Länder hervor, daß Louis Blanc, Viktor Hugo und die Radikalen überhaupt sich von Thiers und Gambetta in den einen großen republikanischen Bourgeoissack haben stopfen lassen. Wir wollen hoffen, daß das Volk von Paris den Sack wieder öffnen und in die geschlossenen Reihen der Bourgeois einige wirkliche Radikale, einige Communisten bei den nächsten Wahlen entsenden wird. — Man will in Paris wissen, daß der Sohn Napoleon's III. sich mit Donna Maria del Pilar, einer der Töchter der Königin Isabella, verheirathen werde. Seine Mutter Eugenie, welche Empfehlungsbriefe vom Vatican hatte, soll bei ihrem Aufenthalt in Spanien die betreffenden Unterhandlungen geleitet haben. Bewahrheitet sich dies, so haben wir ein klerikal-bourbonistisch-bonapartistisches Bündniß, welches sich zunächst bei den Wahlen, und zieht das nicht, bei einem Staatsstreich den vereinigten Republikanern entgegenstellen wird, und der Rest ist dann — Lulu's Reitpeitsche.

— Wir erhalten folgende Zuschrift: Die türkische Regierung hat ein weiteres diplomatisches Rundschreiben erlassen, in welchem sie gegen die ebenso unmenschliche als feige Kriegführung der Russen zur See, als „gegen Attentate auf die Humanität und das Völkerrecht" protestirt, und die europäischen Kabinete ersucht, „davon Akt zu nehmen im Namen des öffentlichen Gewissens". Die naiven Türken, die noch an's öffentliche Gewissen glauben! Die russische Kriegführung zur See besteht darin, daß sie friedliche Kauffahrteischiffe durch Mordmaschinen à la Thomas in die Luft sprengen, ohne — wie dies das Völkerrecht und die einfachste Menschlichkeit erfordert — vorher für die Rettung der Mannschaft gesorgt zu haben. Die Torpedo-Thaten der Russen auf der Donau sind auch höchst zweifelhafter Natur und sicherlich nicht heldenhaft, aber sie richten sich doch gegen Kriegsschiffe, und im Krieg, der nun einmal Massenmord ist und bleibt, kommt es dem Feinde gegenüber auf ein Bischen mehr oder weniger Humanität nicht an. Ob man durch ein Sprenggeschoß oder einen Torpedo zerrissen wird, ist sehr gleichgiltig. Aber in neuerer Zeit sind die „Culturstaaten" doch übereingekommen — und in gewisser Beziehung war das unleugbar ein Fortschritt —, die am Kriege nicht theilnehmende Civilbevölkerung zu Wasser und zu Land möglichst zu schonen. Unter den Mächten, die für diese „Reform" mit am lautesten plädirten (freilich aus sehr egoistischen Beweggründen: Verhinderung von Volkskriegen, Umgestaltung des Seerechts zum Nachtheil Englands u. s. w.), war Rußland, das sich für dieselbe ebenso sehr begeisterte, wie für das, gleichfalls durchgesetzte internationale Verbot der Benutzung von explosiven Gewehrkugeln, die im Körper des Getroffenen platzen. (Die großen Sprengkugeln — einschließlich der Torpedos —, die gleich ein paar Dutzend auf einmal in Stücke reißen, wurden, nach dem Sprichwort, daß man nur die kleinen Verbrecher hängt und die großen laufen läßt, von den internationalen Humanitäts-Commissären, deren heiligem Zorn nur die kleinen zum Opfer fielen, natürlich ebenso wenig belästigt, wie Stroußberg von Tessendorff.) Und dieses Rußland tritt jetzt in der Praxis so schamlos diese Grundgesetze mit Füßen, welche es in der Theorie, in Worten und auf dem Papier, so lebhaft befürwortet und in das sogenannte Völkerrecht hat einführen helfen. Sogenannt, sagen wir, denn es ist im Grund eine zwiefache Lüge: Weder „Recht" ist drin, noch etwas für die „Völker". Und die paar vereinzelten guten Bestimmungen, die in's Völkerrecht aufgenommen sind, — nun, sie werden blos dann befolgt, wenn es den Mächtigen in den Kram paßt. Wenn nicht, nicht. „Macht geht vor Recht."

Es ist das große Verdienst Rußlands, der Welt ad oculos zu demonstriren, daß die gerühmte Cultur unserer Culturstaaten nur organisirte Barbarei ist, welche zeitweilig die Maske der Humanität trägt, dieselbe aber wegwirft, sobald sie unbequem wird. Und daß die Türken, die barbarischen, heidnischen Türken es sind, die dem kulturheucheluden, christlichen Europa den Spiegel vorhalten und es im Namen des öffentlichen Gewissens zur Scham rufen müssen*), das wäre der prächtigste Witz der Weltgeschichte, wenn's nicht gar so traurig und schimpflich für uns wäre.

Da wir gerade beim „Thema" sind, sei noch hinzugefügt, daß die Russen es bei ihren Schießübungen ganz besonders auf die türkischen Hospitäler abgesehen haben. Was sie in dieser Beziehung vor einigen Wochen in Widdin geleistet — ein Correspondent der „Vossischen Zeitung" hat diese Greuelscene aus eigener Anschauung geschildert — ist am 25. Juni in Rustschuk weit übertroffen worden. Natürlich kommt es den russischen Humanitätsaposteln blos darauf an, auch den türkischen Kranken und Verwundeten die „Civilisation" — à la Russe klar zu machen. Daß dem Experiment ein paar Dutzend der armen Teufel in ihren Betten von Mauertrümmern erstickt, von Sprengstücken zerfetzt, von den Flammen geröstet werden — das läßt die „Culturmission" Rußlands nur in um so glänzenderem Licht erscheinen.

— Das Bombardement von Rustschuck durch die Russen zeugt von der unmenschlichen Kriegsführung dieser Humanitätsstreiter. Die „Neue Freie Presse" schreibt Folgendes über das Bombardement: „Das Telegraphen-Bureau und ein Spital wurden zerstört. Es giebt viele Todte und Verwundete in der Civilbevölkerung. Die Türken schossen, unterstützt vom Monitor „Hisper", vorzüglich, schonten aber Giurgewo und schossen nur die russische Dampfmühle und das Frachtdepot in Brand. Die unmenschliche Barbarei, mit welcher die Russen es vor Allem auf die Stadt und die Bevölkerung abgesehen haben, verdient die Brandmarkung vor ganz Europa. Dagegen haben die Türken in nicht genug anzuerkennender Weise auch gestern noch die feindliche Stadt Giurgewo möglichst geschont."

*) Als Marat einst im Convent wegen einer Aeußerung von der Majorität mit dem Ruf: Zur Ordnung! überschüttet wurde, rief er dagegen: Ihr wollt, daß ich zur Ordnung gerufen werde? Ich rufe Euch zur Scham. (Je vous rappelle à la pudeur.) Das wirkte. Europa gegenuber wird's nicht wirken.

— Im Uebrigen ist vom Kriegsschauplatz nichts Neues zu melden.

— Am 18. Juni tagte in Wien eine große Volksversammlung, in welcher nach einem Referat Reinthals folgende Resolution mit allen gegen 15 Stimmen angenommen wurde: „Die heutige Volksversammlung erklärt, daß die Vereinigung und das einheitliche Vorgehen aller österreichischen Arbeiter auf dem Boden eines gemeinsamen Programms die nothwendige Vorbedingung für ein erfolgreiches Wirken der Arbeiterpartei bilde; sie erklärt deshalb ihre Zustimmung zu allen Bestrebungen, welche auf jenes Ziel hinarbeiten, insbesondere zu der Verständigung, welche auf Grund der Rücktrittserklärung Oberwinders zwischen den Vertretern der „Gleichheit" und des „Agitator" angebahnt wurde, und verwahrt sich gegen die von einzelnen erhobenen Bedenken eines Wiedereintritts Oberwinder's; sie spricht den Wunsch aus, daß aller Conflict in der Partei um persönliche Meinungsverschiedenheiten halber, die mit dem sozialistischen Programme nichts gemeinsam haben, aufhören, und daß alle jene, welche mit einzelnen Punkten der Vereinigung nicht einverstanden sind, im Interesse der nothwendigen Einigkeit der Arbeiterpartei, auf spezielle Einwendungen verzichten und voll und ganz für die Sache der Arbeiter, deren höchstes Prinzip die Einigkeit ist, eintreten. Hoffentlich folgen die Genossen in ganz Oesterreich recht bald dem Beispiele der Wiener."

Correspondenzen.

Aus Schleswig-Holstein, 25. Juni. Die „Nationalzeitung" läßt sich Folgendes berichten: Gestern hat sich in Neumünster ein schleswig-holsteinischer Provinzialverband von Vereinen für Volksbildung constituirt. In der von dem Kieler Volksbildungsverein berufenen Versammlung waren Vertreter und Förderer ähnlicher Vereine aus Kiel, Altona, Ottensen, Neumünster, Rendsburg, Neustadt, Eckernförde, Flensburg und Apenrade anwesend. Der vom Kieler Verein vorgelegte Statutenentwurf wurde nach eingehender Berathung im Wesentlichen angenommen. Der Beitrag eines Verbandsvereins wurde auf 6 Mark jährlich im Minimum und der für die persönliche Mitgliedschaft auf 2 Mark jährlich festgesetzt. Es wurde beschlossen, von der Beschickung der in diesem Jahre in Breslau stattfindenden Generalversammlung der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" durch Delegirte des Verbandes abzusehen. Im nächsten Jahre wird jedoch auch unsere Provinz auf der Generalversammlung der deutschen Gesellschaft vertreten sein, die eine so überaus segensreiche Thätigkeit entwickelt und schon Großes für die Sache der Volksbildung gethan hat. Mit den antisozialistischen Vereinen in unserer Provinz ist es neuerdings ganz ruhig geworden. — Nach diesem Berichte sind die schleswig-holsteinischen Antisozialisten recht ruhig geworden — sie senden keinen Delegirten nach Breslau, weil sie wahrscheinlich kein Geld auftreiben können, es werden keine neuen Antisozalisten-Vereine gegründet, weil das Volk vor einem solchen politischen Sammelsurium zurückschreckt und die kolossale Lächerlichkeit und Blamage einsieht, der diejenigen zum Opfer fallen, welche sich einem politischen Verein anschließen, welcher gar kein positives Programm und auch keinen positiven Zweck hat. Zu solchen Kindereien ist das schleswig-holsteinische Volk doch allzu verständig.

Meldorf, 25. Juni. Ueber eine am 19. Juni hier stattgehabte und sehr gut besuchte Versammlung, in welcher Genosse Walter als Redner auftrat, lassen sich die „Itzehoer Nachrichten" also vernehmen: „Gestern besuchte uns der im hiesigen Kreise bekannte sozialdemokratische Redner Walter einmal wieder, um seine Parteigenossen mit den nächsten Zielen der sozialdemokratischen Agitation bekannt zu machen. Die Agitation gegen den liberalerseits gewählten Reichstagsabgeordneten Hall ist insoweit gelungen, daß der Reichstag die Wahl beanstandet hat und die näheren Untersuchungen bereits im besten Gange sind. Redner gab zu, daß ihre Partei in Schleswig-Holstein, und namentlich auch im 5. Wahldistrikt, wo sie mit Zuversicht den Sieg gehofft hatte, eine Niederlage erlitten, versicherte indeß, daß man jetzt doppelte Anstrengungen machen werde, um die erlittene Schlappe wieder wett zu machen. Eben deshalb werde man sich in der ersten Zeit nur mit der festen Organisation befassen, und sei zu dem Zweck für den 24. d. M. eine Versammlung in Neumünster angesetzt, um darauf bezügliche Beschlüsse zu fassen. Vor allen Dingen werde man die Presse benutzen,

---

zu geben hat? Werde ich dem Staate, den Mitmenschen mehr Dienste leisten, wenn ich mehr Mittel habe, es zu thun? Wird der Ertrag meiner Arbeit im Verhältniß stehn zu den Zinsen ihres Vermögens? Werde ich die Arbeit so lieben im Ueberfluß, wie ich sie liebte im Mangel? Wird der Besitz nicht zu einem Gegenstand des Mißtrauens werden zwischen mir und ihr? Wird sie glauben, ihr Reichthum sei mir nichts gewesen, ihre Liebe Alles? — — —"

Elsa weiß die Skrupel stets zu zerstreuen. Ueberredung, Zwang — nichts vermag sie dem Mann ihrer Wahl abwendig zu machen.

Der „Makel" der unehelichen Geburt, der an Johann haftet, erschwert ihm sein Fortkommen. Die Gemeinde, in der er geboren, will ihn nicht als Bürger anerkennen. Das „Pfaffenkind" hat keine Heimath. Er wird in die widerlichsten Prozesse um sein Bürgerrecht verwickelt. Kein Wunder, daß allmählich das Vaterland ihm verleidet wird. In Staat und Gesellschaft ist vieles faul. Der Gedanke der Auswanderung kommt in ihm auf. Lincoln, der Edle, der Gerechte, ist Präsident der Vereinigten Staaten geworden — den unterdrückten Sklaven dämmert die Sonne der Freiheit. Die südstaatlichen Barone empören sich gegen die Union — der Krieg zur Befreiung der Sklaven beginnt. Wäre es nicht herrlich, mitzukämpfen in dem Befreiungskampf?

Er spricht darüber mit seinem Freund, dem Sanitätsrath.

„Ich halte es mit dem Norden, denn ich glaube, daß die Sklaven so gut wie wir ein Recht haben, freie Bürger zu sein."

„Einverstanden. Woher sollten wir die Berechtigung ableiten, über einen anderen großen Theil unseres Geschlechts zu herrschen?"

„Ich begreife nicht, warum diejenigen, welche auf ihr Christenthum stolz sind, der Emanzipation der Sklaven nicht das Wort reden. Diese gerade mußten doch verlangen, daß alle Menschen Brüder seien."

„Wenn die Christen endlich Menschen würden, dann, ja dann könnte die Gleichberechtigung Aller für sie keine Frage mehr sein. Es ist gerade die schwache Seite des Glaubens, den die Priester verkünden, daß er alle Arten von Tyrannei erlaubt, Gehorsam predigt und die Liebe mehr empfiehlt als gebietet. Da herrscht oft die rohe Gewalt, die gemeine Selbstsucht, die mächtige Niedertracht; ihnen sollen wir uns unterwerfen und die Schmach eines unfreien, kummervollen Daseins in der Hoffnung auf ein schöneres Jenseits sanftmüthig erdulden."

„Wenn aber Alle wirklich die Nächstenliebe übten, dann würden wir auch alle glücklich sein."

„Sagen wir lieber: wenn alle die Gerechtigkeit übten. Welches Unheil hat dieses Wort Liebe nicht schon angerichtet! Der Reiche glaubt, ein geringes Almosen spenden heiße durch Nächstenliebe sich auszeichnen; der Fürst hält ein gnädiges Lächeln für die Ausübung einer christlichen Tugend: der Blutdürstige rühmt sich der Menschenliebe, wenn er einen ungerecht Verurtheilten begnadigt. Vom Rechte ist bei diesen nicht die Rede, und doch haben die Menschen nicht blos einen Anspruch auf Almosen (?), Herablassung (?) und Gnade (?), sondern ein Recht auf die Freiheit ihres Geistes und Körpers. Das Reich der Gerechtigkeit müßte mit der ganzen Immoralität aufräumen, welche sich hinter dem Schilde der Nächstenliebe versteckt. Die Gerechtigkeit muß unsere Parole sein. Mit ihr ziehen wir gegen die Heuchler der Liebe in den Kampf."

„Sie wollen, daß auch die Neger in der Zahl der gleichberechtigten Menschen mit inbegriffen seien? Ich habe die Ansicht aussprechen hören, diese Menschenklasse sei nicht im Stand, sich der bürgerlichen Rechte würdig zu erfreuen, ihre körperliche Anlage befähige sie nicht, einen bestimmenden Theil des Staats auszumachen. Ein großer Naturforscher, sagt man, habe diese Behauptung ausgesprochen."

„Agassiz — es wäre besser für ihn, er hätte diesen Ausspruch nicht gethan, der seinen Ruhm verdunkelt. Angenommen, aber nicht zugegeben, daß dem so sei, wie er sagte, haben wir dann nicht doch die Pflicht, den Versuch zu machen? Geben wir einmal den schwarzen Menschen die Freiheit, und sie werden sich von der niederen Stufe, auf der sie stehn, auf eine höhere erheben. Von wem stammen denn wir ab? Waren nicht auch unsere Ahnen Wesen, die erst im Lauf der Jahrhunderte und Jahrtausende die Höhe der Kultur erklommen haben, auf der wir jetzt stehen? Wie schön ist nicht das einfache Wort Abraham Lincoln's. „Die Menschen sollen nicht Herren und Knechte sein, denn alle Menschen sind zur Freiheit geboren."

(Schluß f.)

— Lulu II. Es ist wohl noch bekannt, daß Lulu dekorirt wurde von seinem Herrn Papa, weil er bei Saarbrucken einige Mitrailleusen aus sicherer Stellung abfeuerte. Nun ist der Sohn des Großfürsten Nikolaus gleichfalls von seinem „erhabenen" Oheim, dem „Väterchen" aller humanen Leute, dekorirt worden, weil er zuerst bei einem Donauübergang bei Simnitza den türkischen Boden betreten hat. Wie Augenzeugen versichern, hat ein strammer, bärtiger Kosak den Prinzen auf den Armen gehabt und ihn sanft vor sich hin auf den türkischen Boden zur Erde gesetzt.

— Wie man Telegramme fabricirt. Die „Kölnische Zeitung", bekanntlich eine hohe Verehrerin des Fürsten Bismarck, läßt sich aus Kissingen vom 30. Juni folgendes hübsche Telegramm zusenden: „Fürst Bismarck ist heute Mittag mit dem Meininger Zuge abgereist. Obwohl die Abreise Wenigen bekannt war, hatten sich viele Menschen zur Verabschiedung am Bahnhofe eingefunden. Beim Austritte aus dem Königssalon erschollen lebhafte Hochrufe, ebenso bei der Abfahrt des Zuges. Das Aussehen des Fürsten war vortrefflich" — „Wenigen bekannt", „viele Menschen eingefunden" — äußerst günstig. Die „vielen", welchen die Abfahrt nicht bekannt war, haben die Abfahrt wohl im letzten Augenblicke, wie man zu sagen pflegt, plötzlich „gerochen".

— Zur indirekten Majestätsbeleidigung. In Bezug auf die Verurtheilung des Herrn Guido Weiß warnt der „Kladderadatsch" die deutschen Reichsbürger in höchst drastischer Weise. Man darf nicht mehr sagen, daß die blaue Kornblume eine ganz gewöhnliche, geruchlose Blume, auch nicht, daß der Hummer kein angenehmes Gericht, auch nicht, daß Emser Krähnchen ein höchst schales Getränk sei — der deutsche Kaiser liebt die Kornblume, er ißt gern Hummer, und Emser Krähnchen ist sein Heiltrank deshalb würde man drei indirekte Majestätsbeleidigungen begehen, die mit 9 Monaten Gefängniß zu bestrafen sind. — Wir wollen übrigens zu diesen Beispielen des „Kladderadatsch" noch eins hinzufügen, welches wohl noch drastischer ist. Vor einigen Tagen befanden wir uns in einem Restaurant, wo in sogenannten Champagnerflaschen mit prachtvollen Etiquetten „Kaiserbier" verschenkt wurde. Bei dem Genusse dieses Bieres schnitten die Trinkenden ganz abscheuliche Gesichter und wenige Minuten darauf bekamen dieselben heftige Leibschmerzen. Also — sind alle die, welche Gesichter schnitten, unbedingt wegen indirekter Majestätsbeleidigung zu bestrafen, und der Wirth, der den Namen des Kaisers mißbraucht hat, muß doppelt bestraft werden.

— Unfall-Statistik. Im Monat Juni d. J. wurden bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig 7 Todesfälle, 1 Unfall, der dem Betreffenden Lebensgefahr bereitete, 5 Unfälle, die ihrer Natur nach eine totale oder theilweise Invalidität der Verletzten erwarten lassen und 510 Unfalle, aus welchen sich für die Beschadigten nur eine vorübergehende Erwerbsunfahigkeit prognosticiren läßt, zusammen 523 Unfälle angemeldet. Von den 7 Todesfällen ereigneten sich je 2 in Gußstahlfabriken, in Steinbrüchen und in Baugeschäften und einer in einem Steinkohlenwerke. Die eine lebensgefahrliche Beschadigung kam in einem Baugeschäfte vor, während die 5 Invaliden sich auf einen Granitsteinbruch, eine Maschinenbau-Anstalt, eine Eisengießerei, eine Sägemuhle und eine Seifenfabrik vertheilen.

und es sei im Werke, ein neues Blatt unter dem Titel „Rundschau" für ganz Deutschland in's Leben zu rufen, welches sich blos mit Berichterstattungen über den jedesmaligen Stand der sozialistischen Agitation befassen würde. Außerdem sei noch die Gründung eines Lokalblattes für Schleswig-Holstein oder vielleicht nur für den 5. Wahldistrikt in Aussicht genommen, welches den „Itzehoer Nachrichten" Conkurrenz machen solle, und würde man alle erlaubten Hebel in Bewegung setzen, um demselben Eingang zu verschaffen, nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den kleinen Bürgern und Bauern. Wenn erst der Mittelstand gewonnen sei, so wäre der Partei der Sieg gewiß. — Man sieht's, die Herren lassen sich keine Mühe verdrießen, und die liberalen Parteien könnten von ihnen lernen. Fast fühlt man sich versucht, ihnen Recht zu geben, wenn sie spottend von den Liberalen bemerken, daß sie die Zipfelmütze tief über die Ohren gezogen haben. Will sich denn die Fortschrittspartei im 5. Wahldistrikt noch nicht rühren?" — Die Jeremiade am Schlusse des Berichtes beweist hinlänglich, daß es mit der Fortschrittspartei auch hier stark bergab geht, und wenn es wirklich zur einer Nachwahl kommt, dann dürfte der Sieg, falls er uns wirklich nochmals entrissen werden sollte, den Gegnern theuer zu stehen kommen.

Schwabach. Mittwoch, den 27. Juni, war von hiesigen Parteigenossen im Saale des „rothen Ochsen" eine Volksversammlung einberufen worden, in welcher Parteigenosse Auer aus Hamburg über das Programm der deutschen Sozialdemokratie sprach. Wie schon bemerkt, war von unserer Seite die „Volksversammlung" einberufen und waren auch demgemäß die Plakate angeschlagen, was jedoch die Herren vom „Fortschritt" und bezw. einem aus etwa 30 oder wie viel Mitgliedern unter Leitung des Fortschrittsmannes Herrn Günther bestehenden sog. „Bürgerbund" nicht hinderte, Plakate ungefähr folgenden Inhalts anzuschlagen: „Mitbürger! In der auf heute einberufenen Wählerversammlung werden die Herren Reichstagsabgeordneten Erhard und Herz sprechen, deshalb bitten wir um zahlreiche Betheiligung von Eurer Seite. Politischer Verein „Bürgerbund". Günther." Abgesehen von dieser Taktlosigkeit wurde am Vorabend der Versammlung von genanntem Verein eine natürlich für jeden Unberufenen geschlossene Versammlung abgehalten, in welcher beschlossen wurde, jedem Redner die Redezeit auf 20 Minuten oder noch weniger zu kürzen, wobei auch zugleich das Bureau provisorisch gewählt wurde. Daß von unserer Seite in der von uns einberufenen Versammlung gegen solche Zumuthungen energisch protestirt wurde, unterliegt keinem Zweifel, allein bei der Bureauwahl siegte die Mehrheit der Gegner. Auer erledigte in einem einstündigen Vortrag, welcher Zeitraum uns nach hartem Kampfe zugestanden wurde, vor äußerst zahlreicher Versammlung seine Aufgabe vollkommen. An der Debatte betheiligten sich Grillenberger und Auer und von gegnerischer Seite Erhard und Herz. Von einem glänzenden Sieg, den der „Fortschritt" in dieser Versammlung erfochten haben soll, kann freilich nur ein Herr —e-Correspondent des „Nürnberger-Kurier" faseln. Dieser ehrenwerthe Herr hat wahrscheinlich das Schreiben bei genanntem Organ selbst gelernt, denn sonst wäre es nicht möglich, daß er da, wo das Fortschrittsgebäude zu wackeln anfängt, von einem glänzenden Sieg spricht und Namen anführt, die hier nicht existiren. Außerdem hat Auer, soviel ich erfahren habe, auch in Erlangen, Fürth und Nürnberg in Volksversammlungen, die zahlreich besucht waren und einen günstigen Verlauf nahmen, gesprochen. In Süddeutschland geht es also rüstig vorwärts und die späteren Wahlen werden den Beweis liefern, daß die Agitation nicht fruchtlos war.

Chemnitz, 22. Juni. Gleich nach unserer Rückkehr von Gotha wurde Genosse Kegel auf die Staatsanwaltschaft beschieden um über die Verfasserschaft eines Gedichtes, das unser ehrenwerthes Richterkollegium als auf sich gemünzt, für beleidigend fand, vernommen zu werden. Der 4. Juni fand uns in einer öffentlichen Versammlung zu Chemnitz, woselbst Reichert über den Kongreß berichtete und von Vahlteich und Wiemer hierin unterstützt wurde. Am selben Tage fand auch in Limbach eine öffentliche Versammlung statt, in der Kreher ebenfalls über den Kongreß Bericht erstattete. Am 3. Juni unternahmen die Chemnitzer Genossen einen Spaziergang nach Altendorf und am 5. Petzoldt, Redakteur der „Chemnitzer freien Presse" einen solchen ins Gefängniß. Die Schloßchemnitzer Genossen hielten am 9. Juni eine Volksversammlung ab, in der Wiemer referirte. In einer am 10. Juni in Hartmannsdorf stattgefundenen Volksversammlung waren als Referenten Kreher und Wiemer anwesend. Der 11. Juni war für Wittgensdorf bestimmt, lokaler Verhältnisse halber mußte die Versammlung ausfallen. Leider hatten die dortigen Genossen davon viel zu spät Nachricht hierher gesandt, so daß für diesen Tag auch anderswo keine Versammlung mehr abgehalten werden konnte. Vahlteich hatte am 16. Juni Gelegenheit, einem hiesigen Oberlehrer die Anfangsgründe des Sozialismus beizubringen, da der Herr Lehrer jedenfalls nur zu dem Zwecke in unsere Versammlung gekommen war. An demselben Tage referirte Wiemer vor einer zahlreich besuchten Versammlung in Buchholz, welche glänzend verlief. Der Lithograph Kleine, der sonst mit den Arbeitern der Adler'schen Fabrik unsere Versammlungen sprengte, mußte sich diesmal mit Wiemer in einen geistigen Kampf einlassen, da die Adler'schen Arbeiter einsehen gelernt, daß es doch schmachvoll ist, sich von einem Vorgesetzten zu solchen Zwecken mißbrauchen zu lassen. Der von seinen Arbeitern im Stich gelassene Kleine wurde nun in dieser Versammlung auch von seinen Geisteskräften im Stiche gelassen, so daß er von Freund und Feind mit schallendem Gelächter belohnt wurde, als er gegen Wiemer eine Rede losgelassen hatte, über deren Sinn W. heute noch grübelt. Sonntag, den 17. Juni, war für Schlettau eine Versammlung angesetzt, leider war für diesen Tag kein Lokal zu haben und so fand nur eine gesellige Zusammenkunft statt, an der Wiemer theilnahm. Am 18. Juni tagte in Königswalde eine ebenfalls sehr zahlreich besuchte Volksversammlung, in der Wiemer über den Nothstand referirte. Der Gemeindevorstand, um doch auch etwas zu leisten, verbot die übliche Sammlung zur Deckung der Tageskosten. Wahrscheinlich glaubt er, daß er es dem Polizeidirektor Rüder, der den Kongreß zu Gotha mit seinem Besuche beehrte, nachmachen müsse. Zum Schlusse noch die Mittheilung, daß gestern unsere Richter den Parteigenossen Götze mit vier Monaten Gefängniß beschenkt haben, weil er das Militär in einer Rede beleidigt haben soll.

Buckau, 25. Juni. Trotzdem der Sommer für die Bevölkerung kleinerer Ortschaften nicht sehr günstig für die Agitation ist, so kann ich doch berichten, daß dieselbe auch in diesem Monat eine ziemlich rege war; der Besuch der Versammlungen war zum großen Theil ein starker zu nennen, und kann man wohl behaupten, daß vorzugsweise die Berichte über den Sozialistencongreß das Zugmittel waren. Versammlungen fanden statt: in Groß-Ottersleben, Halle a. S., Wolmirstedt, in letzterem Orte die zweite Versammlung überhaupt. Der Geist ist daselbst ein sehr guter, und wäre es sehr wünschenswerth, von da aus weiter nach der Altmark vorzudringen. Ferner in Magdeburg, wo die Herren Gewerkvereinler Versammlung angemeldet hatten, welche jedoch sehr günstig für uns verlief. Außerdem in Anhalt: in Bernburg, Neundorf, Güsten, Cöthen, Edderitz, Zerbst, Dessau und Jeßnitz. Weitere Versammlungen werden in Bobbau, Coswig, Wörlitz, Oranienbaum stattfinden. Im Anhaltischen sind die besten Aussichten vorhanden, die Bewegung dortselbst wieder gut in Fluß zu bringen. Die Genossen des Wahlkreises Calbe-Aschersleben möchte ich jedoch ersuchen, in ihren Kreisen recht thätig zu wirken, damit es auch bei ihnen etwas reger wird; es ist unmöglich für mich, gleichzeitig die Lokale zu besorgen und Versammlungen abzuhalten. Thue deshalb Jeder seine Schuldigkeit, denn nur dadurch können wir schneller vorwärts kommen.

Aug. Zwiebler.

Oeffentliche Quittung.

Seit dem 25. Mai erhielt ich baar für nachbenannte Fonds:

1) Agitationsfonds.

Magdeburg d. W. Klees M. 28,20; Apenrade d. Gladewitz 3,00; Güstrow d. N. N. 7,00; Verden d. A. Günter 24,60; Harburg d. Buchhage 14,25; Stuttgart d. Berlinger 1,60; Altona v. Glüssendorf's Schneiderwerkstelle 6,00.

2) Unterstützungsfonds.

Bookland v. W. Hennigsen 6,00; Hamm d. Westphal von dem Pfingstfest 18,31; Geldern v. L. Kewer 3,00; Baden Liste 158: 6,20; Flensburg d. Leiding 1,00; Fürth d. Segitz 2,60; Apenrade d. Gladewitz 5,00; Leipzig von Frau Noack 1,00; Geithain d. W. Weikert 2,45; Ottensen d. R. Lindemann 9,40; Groitzsch d. G. Reichelt 4,13; Buckau v. C. S. (S. u. B. Fab.) 35,05; Magdeburg v. A. K. (N. Fab.) 5,15 und v. J. F. 0,50; Niederdodeleben v. K. 0,50; Friedrichstadt v. G. 2,00; Dresden Liste 163: 6,90 und v. G. 0,50; Pieschen v. Parteigenossen d. Tröger 3,10; Ludwigshafen d. W. Seel 4,00; Kiel d. C. Starck 2,00; Liegnitz v. Prasser 3,00; Bochum Liste 7 d. J. Speer 14,55; Fulda Liste 23 Saldo d. Fuchs 1,95; Cöln d. F. Harrendorf 1,00; Braunschweig Liste 132 d. Bosse v. der Schneider-Gewerkschaft 5,15; do. v. Bund der Tischler 6,80; do. d. H. H. aus einer Fabrik vor dem Steinthor 7,30; Stuttgart d. Baßler 0,20; Halle a. d. S. Kles' Schneiderw. d. Beyer 3,00; Steinwärder d. Kerl 6,12; Harburg d. Weber-Gordon Ueberschuß v. Vortrage „Franz von Sickingen" 10,25; Ulm v. G. Ulrich „Weil Rüder es in Leipzig verboten" 10,00; Ottensen v. Nölting's Cig.-Fab. d. Kufs 10,00; Werdau d. J. Otto 7,00; Hannover im sozial. Keller von Loges 3,00; Erfurt Liste 20 1,10; Altona v. Fest der Schneider d. Flachmann 8,00; Hildesheim d. J. Oyen 4,20; Schmölln d. J. Martin 0,60; Steinwärder v. Arbeiterfest d. Kerl 20,08; Wilster d. Walther 2,00; Weißkirchen d. A. Ott v. Gesangverein Frohsinn und Liederkranz Kleinkrotzenburg 2,20; Hof v. Beckert 10,00; Solingen Liste 119 d. Leuchtenberg 11,10.

Aus Hamburg v. Richter 1,50; Vergnügungscomité des Schneidervereins 13,33; H. Hoffmann 3,60; d. Lückow v. Arb.-Frauen- und -Mädchen-Verein 21,24; Tischler-Lusttour d. Döscher 24,15; v. fünf Posamentierern 2,00; Deisinger 0,60; Lusttour der Maler d. Eggers 12,00; Dr. Wiede 30,00; Erber's Schneider-Werkstelle d. Plump 15,00.

3) Wahlfonds.

Altona v. Benzion's Cig.-Fab. d. Heymann 20,00; Bergedorf v. Vieß 2,00; Annweiler Liste 2222 d. Sabach 0,80; Leipzig v. Frau Noack 1,00; Geithain d. W. Weikert 2,45; Ottensen d. Thiele v. Arb. in Menk u. Hambrok's Fab. 12,00; Altona d. Bach aus Pething's Schneiderwerkstelle 6,00; Fulda v. Genossen d. Fuchs 3,00; Frankfurt a. M. d. H. Grimm 13,50; Eimsbüttel v. Rump's Bau d. Grandt 18,50; Hamm Liste 140 d. Westphal 0,80; desgleichen 0,50; Rothenburgsort d. Gadow 6,10; Hildesheim d. Stolzenburg v. Sch . . . r 1,60; Erfurt Liste 4288: 2,15; do. v. 1 Volksvers. 0,45; Achim d. S. Müller 4,47; Einbeck d. A. England 6,70; Cottbus v. T. 0,80; Heusenstamm d. J. Ohlig 4,00.

Aus Hamburg: B. Richter 1,58; d. Böhme v. Bau gegenüber Belle-Alliance 11,82; Liste 4638 d. J. Audorf sen. 5,50; Liste 4577 d. Seiffarth 5,80; v. Schemmel's C.-Fab. d. Schmidt 12,00; Justus' Fabrik in der Zollverein-Niederlage 16,55; W. H. 3,00; Liste 4641 d. Basedow 11,35; Liste 4711 in 2 Raten d. Doose 12,70; Cig.-Fab. Brook 56 d. Tappendorf 4,00; Liste 4576 d. Breuer 3,60; d. Schnapp v. Cohn u. Sohn Schneiderwerkstelle 9,00: desgleichen 9,00; v. Weber-Gordon 1,50; v. 5 Tischlern in Schmalriede's Werkst. 2,50; d. C. Riediger vom Bau Bankstr. 11,80; Liste 4710 d. Lindenau 11,90; Werkstelle Pasch u. Sohn d. Deneker 9,60; Feins' Werkstelle d. Rudemann 3,00; Liste 4673 d. Breuer 5,95; Ungenannt d. Breul 3,00.

Parteigenossen! Die Zahl der wegen politischer Thätigkeit Gemaßregelten nimmt neuerdings wieder sehr zu, die Reaktion fordert ihre Opfer. Deshalb ist der Unterstützungsfonds, wenn ihm nicht besondere Zahlungen zugehen, nicht im Stande, allen berechtigten Forderungen zu genügen. Und doch wollen und müssen wir gerade auf diesem Gebiete helfen. Wo Ihr Feste feiert, gedenkt der Gemaßregelten, wo sich Gelegenheit bietet, sammelt für die Inhaftirten. Einer für Alle, Alle für Einen!

Hamburg, den 30. Juni 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Expedition. J. Schäfer in Münsterberg: Berlin hat uns bis jetzt noch keine Quittung des Wahlfonds behufs Veröffentlichung gesandt. Wenden Sie sich also direkt nach Berlin. — Schirner in Lübeck: Protokolle waren bereits abgegangen. — C. Henze, London; „Rothe Fahne" folgt. Kostet 75 Pfg. pro Quartal.

Quittung. R. Mths Rixdorf Ann. 1,00. Hdrch Leipzig Ab. 1,60. Irgns Trottdorf Ab. 3,20. Hrsch Paris Ab. 20,50. Wg hier Ab. 1,25. Oßmnn Erfurt Ab. 30,50. Mndlt Cjzy Ab. 4,86. Wlf Arzberg Ab. 1,66. Rdlph Zwenkau Ann. 0,10. Ab. 0,80, Schr. 1,15. Wlbrcht hier Ab. 1,80. Kllr Jena Ab. 5,00. Schrschmdt Iserlohn Schr. 4,00. Hnrp hier Ab. 1,20. Ullrch hier Ab. 15,00. Bsch hier Ab. 5,85. Nbrt Gohlis Ab. 42,10. Bhrnd hier Ab. 2,40. Strbl Oberreichenau Schr. 3,70. Stffn Hamburg Ann. 0,80. Gnthr Großenhain Schr. 20,62. Gglr hier Ab. 10,35. Lgs Hannover Ann. 0,70, Schr. 2,80. Ammnn Wiesenberg Ab. 3,06. Kttlr Heilbronn Ab. 33,00. Arb.-Bild.-Verein Wels Ab. 6,11. Jnchn Brims Ab. 4,00. Grmr Halle Ab. 100,00. Schfr hier Ab. 3,75. Frtz Offenbach Ab. 48,00. Erlsn Altona Ann. 7,80. Flhr Friedberg Schr. 80,00.

Mit heutigem Tage sind sämmtliche Briefe ꝛc. unter der Adresse: J. Böheim, Schriftsetzer, Teichstraße 16, parterre, nach hier zu richten, worauf die Parteigenossen hiermit aufmerksam gemacht werden.

Kiel, 1. Juli.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Zur Beachtung.

Die Genossen an allen Orten werden ersucht, an das

Central-Wahlcomité

Adressen von Leuten einzusenden, an welche Sendungen in allgemeinen Parteiangelegenheiten gerichtet werden können. Zuschriften sind zu richten an J. Auer oder C. Derossi in Hamburg, Pferdemarkt 37.

Altona. Freitag, den 6. Juli, Abends 8½ Uhr, in Kappelmanns Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. Die Gefängnißarbeit. Referent Hillmann 2. Die „Rundschau". 3. Angelegenheit Barkow.

O. Reimer.

Frankfurt a. M. u. Umgegend. Allen Genossen zur Nachricht, daß Wochen- und Monats-Abonnements auf alle sozialistischen Zeitungen „Vorwärts", „Neue Welt", „Rundschau", „Rothe Fahne", „Berliner Freie Presse", „Hamburg-Altonaer Volksblatt" u. s. w. zu jeder Tageszeit angenommen und pünktlich besorgt werden von W. Knoke, Kl. Eschenheimerstraße 45.

NB. Den geehrten Abonnenten des „Vorwärts" zur Nachricht, daß das Abonnementsgeld Sonntag, den 8. Juli, erhoben wird. [90

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 6. Juli, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11: (F. 163) [70

Geschlossene Versammlung.

Tagesordnung: Abrechnung. Verschiedenes. Karten müssen vorgezeigt werden. Der Vorstand. [70

Delitzsch. Montag, den 15. Juli, von Nachmittags 3 Uhr an:

Sommerfest der Parteigenossen

verbunden mit Concert, Vogelschießen und Ball im „Bürgergarten". — Die auswärtigen Parteigenossen sind freundlichst eingeladen. [210

Leipzig u. Umgegend. Montag, den 9. Juli, Abds. Punkt 8 Uhr:

Generalversammlung der Krankenkasse des Gewerkvereins der Metallarbeiter.

Jedem Nichtanwesenden wird 25 Pf. Strafe auferlegt.

Ludwig, Vorsitzender. [60

Zwenkau. Sonntag, den 8. Juli, Nachmittags ½4 Uhr, im Saale des „Gasthofes zum Adler":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die politischen Parteien Deutschlands mit spezieller Berücksichtigung der Sozialdemokratie. Referent M. Preißer. [70

Zu zahlreichem Erscheinen fordern auf Die Einberufer.

Die Rundschau.

Organ für sozialistische Propaganda.

No. 1

ist soeben erschienen und durch die Expedition

Hamburg, Amelungstraße 5

zum Preise von 20 Pf.

zu beziehen.

Durch die Post bezogen kostet das Blatt vierteljährlich 60 Pf. excl. Bringerlohn und nehmen alle Postanstalten Bestellungen an.

Verlag der „Rundschau"

Hamburg, Amelungstraße 5.

Das Protokoll

des diesjährigen, zu Gotha stattgehabten

Sozialisten-Congresses

ist erschienen.

Preis pro Stück 25 Pfg, bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren 20 Pfg.

Bestellungen, denen der Betrag nebst 10 Pfg Porto für je 5 Exemplare beizufügen ist, sind zu richten an C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Nur gegen baar oder Postvorschuß wird expedirt.

Wir empfehlen unsere Beilage zur „Neuen Welt" Nr. 20, enthaltend:

Karten vom russisch-türkischen Kriegsschauplatze.

Preis pro Stück 10 Pfg. In Partien billiger.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Durch uns ist zu beziehen:

Que Faire?

Französischer Roman von Tchernyschewsky.

33 Bogen stark. Preis 4 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Im Verlage von Gebr. Fey in Frankfurt a/M. ist in 2. Auflage erschienen und durch uns zu beziehen:

Erinnerung an Börne.

Einzelpreis 20 Pfg. Die Buchhandlung des „Vorwärts".

Zahlungs-Aufforderung.

Folgende Annoncenreste sind ungesäumt zu zahlen: Altona, Bau-Land- und Erdarbeiter-Gewerkschaft M. 0,90, Metallarbeitergewerksch. M. 0,60. Berlin, Zimmererkrankenkasse Rest M. 1,20. Cöln, Wahlverein M. 1,80. Mühlheim a. Rh. Wahlverein M. 0,60.

Zahlungen in Briefmarken erbeten.

Leipzig, den 14. Juni 1877.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O Farrell Str.
London W.: C. Hoyge, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 79. Sonntag, 8. Juli. 1877.

Menschenrechte und Demokratie.

II.

Das Recht hat eine innerliche (subjektive) und eine äußerliche Seite, welche so innig zusammengehören, daß beim Fehlen der einen auch die andere mehr und mehr schwindet. Das innerliche Recht ist der Anspruch, den ich an alle anderen zusammen, oder an einen einzelnen, oder mehrere andere stelle, und zwar im guten Glauben, daß dies so sein muß. Das äußerliche Recht ist die Anerkennung, daß dies so sein muß, seiten der Gesellschaft, also die Verpflichtung der Andern mir gegenüber, einschließlich des Schutzes meines Anspruchs, ist also die Verwirklichung, der Genuß meines Rechtes unter dem Gesetze. Daß ich irgend ein Recht beanspruche, auf wie gute Gründe auch immer, verschafft mir dasselbe nicht, berechtigt mich nicht dazu, solange der Gesetzesschutz mir fehlt. Ich habe z. B. ein innerliches, sittliches Recht auf den Mehrwerth, den das Kapital aus meiner Arbeit herauspreßt; es wäre ebenso unrechtlich, wie unsittlich, wenn ich diesen Mehrwerth durch Gewalt oder List mir aneignen wollte. Ein volles Recht dazu erlange ich erst dadurch, daß ich die Majorität für meinen und aller Arbeiter Anspruch auf den Mehrwerth erziele, und vermittelst der Majorität ein Gesetz, und auf Grund des Gesetzes die wirkliche Macht, meinen Anspruch durchzusetzen. Es würde sich die Gesellschaft in einen gewaltsamen Krieg Aller gegen Alle auflösen, wenn Jedermann auf seinen guten Glauben hin seine Ansprüche geltend machen wollte. Umgekehrt, der Macht eines ungerechten Gesetzes gegenüber verlernen die Einzelnen, Ansprüche zu erheben, zu welchen sie guten Grund zu haben glauben, ja, sie nähren zuletzt diese Ansprüche nicht einmal mehr im innersten Herzen.

Selbst der wohlwollendste Gewalthaber kann nicht die vollen Menschenrechte seiner bisherigen Sklaven oder Unterthanen verwirklichen, wenn ihr Gehirn so ungünstig entwickelt ist, daß sie keine Menschenrechte zu haben glauben und nicht bedenken können, daß mit jedem Rechte eine gleich große Pflicht gegen jeden andern gesetzt ist — so sehr ist die innerliche Seite jedes Rechtes erforderlich, damit es wirke. Und selbst der folgerechteste und edelste Denker unter den Sklaven, Unterthanen oder sonstwie Entrechteten, so sehr er auch für sich selbst das Recht der Gewalt oder List gegen seine Unterdrücker hat, kann vernünftigerweise das Recht haben, selbst wenn er augenblicklich einmal die Macht dazu hat, die Masse der Entrechteten ihrer bisherigen Pflichten zu entbinden, wenn von diesen nicht jeder Einzelne die Macht hat, seine gleichen Ansprüche durchzusetzen — so sehr ist die äußere Seite, die der Gesetzesmacht, von der Fähigkeit der Einzelnen, sie aufrecht zu erhalten, abhängig. Umgekehrt aber — eine Gesetzgebung, welche durch eine noch so große Macht der Wenigen gestützt ist, wird in dem Augenblicke rechtlos, wenn eine Mehrheit im guten Glauben an ihr Recht politisch handelt, die Staatsmacht erlangt und neue Gesetze giebt. Mit ihrer Macht erweist diese ihr Recht dazu, und aller Widerspruch der Gegner wird sofort lächerlich. Mit andern Worten: die Gesetze werden immer von den Machtinhabern geschaffen und abgeschafft, und ein Recht, welches sich nicht erzwingen läßt, ist keines.

Hieraus ergiebt sich doch wohl, daß ein dauernder, sich selbst verbürgender Rechtszustand, ein unveräußerliches, mit dem Menschen gebornes und naturgesetzliches Menschenrecht zwar noch nie vorhanden gewesen, aber möglich ist, daß er aber blos dann möglich ist, wenn jeder Einzelne gleichviel, oder nahezu gleichviel Macht hat.

Diese Macht wurzelt theils in der möglichst guten Erziehung Aller, damit sie ihre Rechte und Pflichten kennen und willig ausüben, theils in der Gesammtverfügung Aller über alle Machtquellen, wozu allermeist die Arbeitsmittel gehören. Kein Einziger (ausgenommen Unerwachsene und Geisteskranke) darf vom Vollbesitz der ersteren und vom gleichen Mitbesitz der letzteren Machtquelle ausgeschlossen sein.

Dies ist im Grundsatz längst von der Rechtswissenschaft anerkannt, wenn sie geltend macht, daß eine Rechtsverletzung, welche einem Einzelnen widerfährt, als Allen widerfahren zu betrachten ist — und im Strafrecht wird dieser Grundsatz noch am meisten durchgeführt. Die Unmenschlichkeit aller bestehenden Gesetzgebungen zeigt sich schlagend in der Beschränkung dieser gleichen Praxis auf das Strafrecht, während im gesammten übrigen Rechte das Maß der Berechtigung jedes Einzelnen weniger oder gar nicht gleich gemacht wird. „Wer da hat, dem wird gegeben; wer da nicht hat, dem wird noch genommen, das er hat.“ So lautete die ironische Kritik vor fast 2000 Jahren, und so lautet sie noch heute, nur mehr als je verse6t mit dem Spott, „daß die Justiz eine wächserne Nase hat“, und daß man „die kleinen Diebe hängt, und die großen laufen läßt.“

Der nicht eben neue Ausspruch „Recht ist Macht“, oder „Macht ist Recht“ ist also nicht bildlich und ironisch zu verstehen, sondern eigentlich buchstäblich, und gilt auf jedem Standpunkte. So lange die Macht blos eine rohe Gewalt ist, herrscht das Recht des Stärkeren, das Naturrecht, wie es auch überall außer der höheren Menschenwelt uneingeschränkt waltet. In dem Maße, wie das Denken sich allgemeiner entwickelt, tritt die rohe Gewalt hinter die geistige Macht zurück, welche sich im Gesetz verkörpert, sowie hinter die Macht des Privateigenthums, welches im Gesetze eine Waffe der Wenigen gegen die Vielen findet, und zwar weil auch die Vielen nach der Macht des Privateigenthums streben und darüber die Macht der sittlich geistigen Unabhängigkeit einbüßen. Der wachsende Widerspruch, in welchem das innere zum äußerlichen Maße der Macht sich befindet, treibt schließlich die Vielen dazu, sich denkfrei und durch Einigkeit mächtig zu machen, bis sie das Gesetz selbst in die Hand nehmen. Das allgemeine Menschenthum wird entdeckt, wird zuerst blos verbrieft, aber nicht durch gleiche Machtmittel Aller gesichert, zuletzt aber gelingt auch diese Sicherstellung. Im raschen Uebergange zu dieser sind wir gegenwärtig begriffen.

Sobald sie erreicht ist, bedarf es keiner weitläufigen und verwickelten Gesetzgebung und keiner Zunft von Rechtsgelehrten mehr; die Gesetze werden sich vereinfachen und nach und nach überflüssig machen, denn die Macht wurzelt in jedem Einzelnen und in ihrem vereinbarten Vernunftwillen.

Die Stimmen werden dann ebensosehr gewogen als gezählt, während sie heutzutage beides nur zum Scheine werden. Das Recht wird gefunden aus dem Rechtsbewußtsein der bürgerlichen Richter und bildet sich gewohnheitlich fort, auch ohne geschriebene Gesetze — die allgemeinsten ausgenommen — zu bedürfen. Mit dem Uebergange des Eigenthums an Grund und Boden und der großen Arbeitsmittel an die Gesammtheit fällt der ungeheure Wust des geschriebenen Privatrechts allermeist hinweg. Mit der ökonomischen Verwaltung durch sachverständige Genossenschaften, welche international verbunden und untereinander vertragsweise geeinigt sind, beschränkt sich das Staats- und das Völkerrecht auf wenige Grundsätze, auf deren Basis Verträge des Einzelstaates mit jeder Genossenschaft, steter Abänderung unterworfen, und Verträge der Einzelstaaten, die durch ein Weltschiedsgericht gekrönt werden, ein neues öffentliches Gewohnheitsrecht herausbilden. Das Strafrecht und Prozeßverfahren können ungemein vereinfacht werden. Zum ersten Male wird der Staat und alles Recht auf dem Wege des Vertrags entstehen, während Rousseau meinte, es sei das immer und überall so gewesen. Denn zum ersten Male, und von da an wohl immer, werden alle Volksgenossen vertragsfähig und verträglich sein. Das „goldne Zeitalter“ ist weder am Ursprunge, noch sonst je dagewesen — es soll noch kommen.

Die Weisheit, mit welcher bisher Staatsverfassungen berechnet werden mußten, um vorzubeugen, damit nirgend die Majorität die Minorität vergewaltigen könne; damit nicht die ausübende Gewalt über die gesetzgebende und richterliche übergreife, oder umgekehrt; damit kein berechtigtes Interesse, kein Theil des Landes und Volkes unvertreten sei, damit die Grundrechte sicher seien, und ähnliche Tüfteleien, deren Wirksamkeit nur so lange dauerte, als der Volksgeist, d. h. die Macht der Vernunft und des gleichen vertheilten Besitzes sie am Leben erhielt, welche aber immer mit der Verschlechterung des Volksgeistes infolge wachsenden Reichthums Einzelner todte Buchstaben wurden — diese superkluge Gesetzmacherei, von welcher Savigny so gering dachte, wird unnöthig. Das kommunistisch erzogene und gesinnte Volk kann sie entbehren. In der That ist ja der Zweck aller dieser Weisheit nie einigermaßen vollständig erreicht worden, und statt überwiegend wohlthätiger Folgen hat sie überwiegend nachtheilige erzeugt: das Volk, welches ein sicher gebautes Haus über dem Kopfe zu haben abergläubelte, dachte selten oder nie an rechtzeitige Ausbesserung der Risse, Lücken und Grundgebrechen, bis es ihm schon auf den Schädel zu stürzen anfing. Die Aufmerksamkeit wurde auf die Formen der Verfassung fast allein verschwendet; der höhere menschliche Zweck, welcher den Inhalt derselben bilden sollte, wurde über dem Formelkram vergessen.

Nun ist zwar die Form der gesellschaftlichen Verfassung durchaus nicht gleichgültig; aber sie über die Machtverhältnisse zu setzen ist Thorheit; ihr den Zweck aller vernünftigen Gesellschaft zu opfern, der dahin geht, ihr und jedem Einzelnen größtmögliche Macht über die Natur, und damit über sich selbst, zu geben, ist Tyrannei der Wenigen über die Vielen. Der Inhalt und die Form müssen sich decken. Die Staatsmacht darf nicht länger etwas über das Volk Erhabenes sein; im Gesetz muß jeder Erwachsene wirklich den Ausdruck seines Willens erkennen; die Macht muß so gänzlich in der Macht aller Einzelnen wurzeln, und neben oder über dieser keine andere Macht vorhanden sein — mit andern Worten: es darf keine Sklaven und Unterwürfige mehr geben, so daß kein Herr mehr aufkommen kann.

Dies wird durch das Genossenschaftswesen ermöglicht, dadurch also, daß jeder Einzelne zweimal vertreten ist, einmal als Mensch mit seinen Menschenrechten im Staate, einmal als Fachmann und Sachverständiger in seiner selbstgewählten Genossenschaft, und daß alle Genossenschaften und Staaten sich untereinander vertragen müssen, so daß Gesetz wird nur, was allseitig vereinbart ist. Dann herrscht in der That die Vernunft, soweit sie jederzeit allgemein entwickelt ist. Es handelt sich hier nicht mehr um eine Utopie, sondern um eine zwingende Nothwendigkeit, daß Alle mit Allen soweit einig werden, als es immer möglich, weil anders ein Rechtszustand gar nicht möglich ist. Blos der Uebergang in die neue Verfassungsform hat seine großen Schwierigkeiten, hat sie aber blos solange, als die Macht noch nicht in den Besitz der wirklich arbeitenden Mehrheit übergegangen ist und die Massen muthlos und uneinig erhält.

Solange dies der Fall ist, kann der Staat nur bleiben, was er ist, eine Anstalt des Zwanges, ein Nothstaat, welcher sowohl die berechtigten Fach-Interessen, als die Menschenrechte vergewaltigt. Selbst die denkbar ehrlichste Demokratie kann nicht umhin, dies zu thun. Eine noch so aufrichtig nach Gleichheit der Rechte und Freiheit Aller strebende Volksvertretung wird eine zufällig zusammengewürfelte Vertretung von Interessen sein, welche alle mit einander uneins sind, und wird bald diesem, bald jenem Unrecht anthun, wodurch sie zugleich die allgemeinen Menschenrechte verletzen muß. Erst wenn die Fach-Interessen sich untereinander vertragen können und das Ergebniß ihrer Vereinbarung der Volksvertretung zu weiterer Vereinbarung vorlegen, erst dann widerfährt jedem Fachgenossen und Bürger dieselbe Gerechtigkeit. Nicht der Grundgedanke der mittelalterlichen Fachgenossenschaften war falsch, sondern seine blos theilweise Durchführung innerhalb roher Gewaltstaaten, welchen noch nicht die Erkenntniß des Menschenthums aufgegangen war.

Sozialpolitische Uebersicht.

— **Nothstandsjesuitismus.** Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 64 des „Vorwärts“ einen Leitartikel, in welchem behauptet wurde, daß die herrschende Gesellschaft das rosenfarbene Band der Privatwohlthätigkeit hauptsächlich nur deshalb gebrauche, um das arbeitende Volk dauernder zu fesseln und in immer größere Abhängigkeit zu bringen. Dieser Behauptung wegen wurden wir von vielen liberalen Blättern und, irren wir nicht, auch von der „Berliner Volkszeitung“ in der heftigsten Weise angegriffen.“ Nun aber bringt genanntes Blatt folgende Notiz, welche unsern Ausspruch in drastischer Weise erhärtet:

„Der ungünstige Ausfall der letzten Reichstagswahl im sechsten Reichstagswahlkreis scheint dort zu ganz eigenthümlichen Consequenzen führen zu wollen, die sich namentlich in dem stark mit Arbeitern bevölkerten nordwestlichen Außenbezirke desselben zur Geltung zu bringen suchen. Es sollen nämlich eine größere Zahl Mitglieder der dortigen blühenden Kranken- und anderer auf freie Wohlthätigkeit gerichteten Vereine, und zwar die leistungsfähigsten, gesonnen sein, aus den Vereinen auszutreten und denselben ihre bisherige Unterstützung zu entziehen, weil die Arbeiter, denen die Segnungen dieser Vereine doch naturgemäß ausschließlich zufließen, sich mehr und mehr der Sozialdemokratie zuwenden und ihre wahren Freunde als ihre Feinde zu betrachten gewöhnt werden.“

Da haben wir die Bestätigung unseres Ausspruches schwarz auf weiß: Die Privatwohlthätigkeit wird nicht aus Humanitätsrücksichten, aus Barmherzigkeit geübt, sondern aus kalter Berechnung, um die Arbeiter abhängig zu erhalten — geht dies nicht mehr mit solchen Wohlthätigkeitsinstituten, so treten die Besitzenden aus denselben. Ganz dasselbe hat sich bei all' den Schulze-Delitz'schen Hilfskassenvereinen, den Bildungsvereinen u. s. w. gezeigt — so lange die Besitzenden, die Doktoren und Professoren in denselben dominiren und die Arbeiter in Abhangigkeit erhalten konnten, so lange waren sie „Arbeiterfreunde“, wollte aber die „Canaille“ nicht mehr pariren, wie im 6. Berliner Wahlkreise, nun dann hörte das „warme Herz“ für die Arbeiter plötzlich zu schlagen auf. — Die Arbeiter aber werden so von den Gegnern des Sozialismus immer mehr zu der Einsicht gezwungen, daß sie sich auf die Seite des Sozialismus zu stellen haben.

— **Deutsche Gefängnisse — deutsche Cultur.** Wir theilten neulich den Brief Sack's aus Ziegenhain mit. Nicht als ob für uns etwas Neues darin enthalten gewesen wäre. Wir Sozialdemokraten sind an derlei Dinge gewöhnt, ohne daß jedoch die Gewohnheit unsere auf dem Boden unseres Preßgesetzes nicht näher zu definirenden Empfindungen über derlei Vorgänge abgeschwächt hätte. Sack ist uns persönlich befreundet, und die Behandlung, deren Opfer er geworden, empört uns auf's Tiefste; allein dagegen müssen wir doch protestiren, daß gewisse Zeitungen — um Mißverständnissen vorzubeugen, erklären wir ausdrücklich, daß wir die „Frankfurter Zeitung“ nicht meinen und nicht meinen können, weil sie sich durchaus correct benommen hat — namentlich Fortschrittsorgane, die in's „demokratische“ schillern, den Sack'schen Fall als etwas noch gar nicht dagewesenes hinstellen. Das ist Heuchelei. Die betreffenden Blätter wissen sehr genau, daß Aehnliches, ja bei Weitem Schlimmeres sehr häufig vorgekommen ist und auch fortwährend vorkommt; aber — gegen Sozialdemokraten und bei Sozialdemokraten hört der Rechtssinn und die Humanität dieser „liberalen“, ja „demokratischen“ Herren auf. Von Liebknecht wurden in der zweiten Session des vorigen Reichstags gelegentlich des Antrags zur Befreiung von Bebel, Most und Hasenclever, und später in der Debatte über die Most'sche Petition die schmählichen Gefängnißzustände im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte, unter Anführung zahlreicher Beispiele krassester Art an den Pranger gestellt; und seitdem hat sich die Liste solcher unserem Vaterland zum Gegentheil der Ehre gereichender Vorkommnisse noch wesentlich verlängert, wie den Lesern der sozialdemokratischen Blätter sattsam bekannt ist. Die „Bergische Volksstimme“ ergeht sich, anknüpfend an den Sack'schen Fall in einigen Reminiscenzen, die wir auch unsern Lesern nicht vorenthalten dürfen.

„Der Redakteur dieses Blattes (der „Bergischen Volksstimme“), Hermann Lange, wurde bekanntlich vergangenes Jahr verhaftet und in das Elberfelder Arresthaus abgeführt. Als er nach 14tägiger Untersuchungshaft zur gerichtlichen Verhandlung abgeholt wurde, schloß man ihn mit seinem Collegen Grünewald und zwei andern gemeinen Verbrechern an eine Kette und transportirte sie so geschlossen durch die Straßen Elberfelds.

„Der Redakteur des „Frankfurter Volksfreund“, Karl Frohme, mußte vor einigen Jahren zusammen mit einem Trupp gewöhnlicher Verbrecher an Händen und Füßen mit Ketten belastet meilenweit dem für ihn bestimmten Gefängniß zumarschiren.

„Und wie ergeht es denn erst den sozialistischen Redakteuren innerhalb der Gefängnißmauern?

„Von Cigarrenrauchen, Selbstbeköstigung, literarischer Beschäftigung u. s. w. ist selten und oft erst nach spezieller ärztlicher Anordnung die Rede.

„Häufig kommen die Sozialdemokraten flott mit allerhand Personen, die gemeiner Vergehen halber verurtheilt sind, auf eine Zelle. Sie werden auch wohl einmal in Sträflingskleider gesteckt, müssen scheuern, reinigen, Couverts kleben, Hosenträger oder sonstige schöne Sachen fabriziren, wie dies zeitweise die

Redakteure der „Bergischen Volksstimme“ im Elberfelder Arresthause Alles mit durchgemacht haben.“ — —

Wir müssen zur Steuer der Wahrheit hierzu bemerken, daß nicht in allen Ländern Deutschlands die Behandlung der politischen Gefangenenen eine so — stramme ist, daß namentlich die sächsischen Gefängnißbehörden sich bisher im Ganzen human benommen haben; daß Preußen, welches ja an der Spitze der Civilisation marschirt, den Ruhm hat, in Bezug auf Behandlung der politischen Gefangenen alle übrigen deutschen Länder an — Strammheit zu übertreffen; daß aber auch in Preußen die Behandlung eine sehr verschiedene ist. Auf dem Gebiete des Gefängnißwesens herrscht eben in Deutschland die absolute Willkühr; wie das im Reichstag, und nicht bloß von sozialistischer Seite constatirt wurde, ist der Gefangene einfach rechtlos, er hängt von der Laune, von der Individualität der Gefängnißbehörden ab. In nächster Session soll dieser Anarchie durch ein Gesetz gesteuert werden. „Soll“. Es „sollte“ schon in den beiden letzten Sessionen, und ist doch nicht geschehen. Und geschieht es wirklich, wird das neue Gesetz etwas taugen? Wird's eine Verbesserung bedeuten? Die in den Regierungskreisen und bei der Reichstagsmajorität herrschenden Grundsätze und Anschauungen erlauben uns nicht, die Frage zu bejahen.

— Den „Rechtsstaat“ Preußen zu kennzeichen hatten wir schon öfter Gelegenheit; heut sind wir abermals in der Lage über ein Stückchen zu berichten, bei dem Gesetz und Recht gar keine Rolle spielten, die Willkür dagegen in der empörendsten Weise zur Geltung kam. Es war in dem Dorfe Malstatt bei Saarbrücken, wo Parteigenosse Kaulitz vor Kurzem in einer Volksversammlung über das eherne Lohngesetz sprach. Eine halbe Stunde ging Alles gut, da plötzlich erhebt sich der überwachende Polizeibeamte und erklärt die Versammlung auf Grund des Art. 170 des Strafgesetzes für aufgelöst. Der § 170 aber lautet: „Wer bei Eingehung einer Ehe dem anderen Theile ein gesetzliches Ehehinderniß arglistig verschweigt, oder wer den andern Theil zur Eheschließung arglistig mittelst einer solchen Täuschung verleitet, welche den Getäuschten berechtigt, die Giltigkeit der Ehe anzufechten, wird, wenn aus einem dieser Gründe die Ehe aufgelöst worden ist, mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag des getäuschten Theils ein.“ — Kaulitz, der nicht begreifen konnte, wie er bei Behandlung des ehernen Lohngesetzes gegen den § 170 des Strafgesetzbuchs verstoßen haben könnte, berief nach einigen Tagen eine zweite Versammlung ein, um den unterbrochenen Vortrag fortzusetzen. Kaum daß er aber den Saal betreten hatte, wurde er verhaftet, diesmal aber auf Grund des § 130 (Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten). Zwei Gensdarmen geleiteten ihn in das Arresthaus, wo er die Nacht zubrachte. Doch hören wir, was Kaulitz selber über die ihm zu Theil gewordene Behandlung aussagt: „Um ½10 Uhr Morgens führte man mich wieder heraus, um mich — mit einem gemeinen Verbrecher zusammengeschlossen (in Handeisen gelegt) — zum Untersuchungsrichter zu führen. Ich protestirte — vergebens. Ich verlangte einen Wagen — vergebens. Ich habe keinen Boten, um einen Wagen holen zu lassen, erklärte mir der Inspektor, und so mußte ich denn unter lebhaftem Protest der Gewalt weichen, wurde geschlossen durch die ganze Stadt bis zum Justizgebäude geführt, wo ich dann nach circa 2 Stunden auf dem Vorplatze zusammen mit meinem Leidensgefährten den Blicken aller Neugierigen ausgesetzt blieb. Ich war ja „politischer“ Untersuchungsgefangener! Es folgte mein Verhör und meine sofortige Freilassung. Ich hatte nichts mehr im Gefängniß zu suchen, als meine Sachen abzuholen.“ Aber auch damit ging es nicht so schnell, wie — nun wie sonst und namentlich beim Einsperren die Polizei bei der Hand ist. Lassen wir den vom Richter mit „sofortiger Freilassung“ Bedachten weiter erzählen: „Nach dem Arresthaus zurückgekehrt, gab der zufällig mitgegangene „Führer“ meinen Freilassunsschein ab, der Schließer bat mich, mit ihm zur Entgegennahme meiner Sachen hinauf zu kommen, holte dieselben — scheinbar um sie mir zu geben — und erklärte dann plötzlich, der Herr Inspektor sei gerade abwesend nnd da könne er mir die Sachen nicht ausliefern. Ich bemerkte nun ruhig, dann würde ich morgen wiederkommen, aber vergebens; der Herr Schließer bestand darauf, mich nicht eher freizulassen, bis der Herr Inspektor zurück sei. Meine Erklärung, nur der Gewalt zu weichen, half mir nichts, die Thür meiner Zelle öffnete und schloß sich wieder hinter mir. Ich war frei und doch Gefangener, weil der Herr Inspektor — gerade schliefen. Nachdem ich so von ½1 bis ½3 Uhr gewartet, wurde ich auf energische Requisition meines Freundes R. Hackenberger freigelassen.“ — Ueber dieses Vorkommniß noch weitere Worte zu verlieren, halten wir für überflüssig — der „Rechtsstaat“ Preußen ist durch dasselbe wieder einmal zur Genüge gekennzeichnet.

— Der Postsekretär Klinck aus Ottensen ist von dem Leipziger Disciplinarhof in der Appellinstanz verurtheilt worden, weil seine Frau, Fanny Klinck, einen Artikel über Postwesen in einer Zeitung veröffentlicht hatte. Das Urtheil lautete auf einen Verweis und Zahlung der Kosten.

— Zur „anständigen“ Presse. Vor einiger Zeit wurde in Berlin ein „anständiges“ liberales Blatt mit 50 Mark Geldbuße belegt, weil es unzüchtige Annoncen aufgenommen hatte. Täglich liest man in den großen Zeitungen Anzeigen, die ehrbare Frauen anwidern, unschuldige Mädchen in Verwirrung setzen müssen. Es empfehlen sich Aerzte gegen ekelhafte Krankheiten, es locken in durchsichtiger Weise Kuppeleien und Unzucht, es wirft der Schwindel in tausenderlei Gestalten seine Netze aus. Aber nur selten schreitet die Staatsanwaltschaft ein; und wenn er es einmal thut, so wird der Name des betreffenden Blattes in allen Zeitungsberichten schonend verschwiegen. Der öffentliche Ankläger konstatirte bei dem oben angeführten Falle ausdrücklich, daß nur sozialdemokratische Blätter die unsaubere Annonce zurückgewiesen hätten.

— Zum deutschen Militarismus. Folgende Zahlen über die Ergebnisse des Heeres-Ergänzungs-Geschäftes im Reichsgebiete für das Jahr 1876, welche dem Berichte der Kriegsminister von Preußen uud Bayern an den Bundesrath entnommen sind, sind von hohem Interesse zur Beleuchtung unserer hauptsächlichsten Reichs-„Segnung“ und der Lust einer großen Zahl Reichsangehöriger, an derselben theilzunehmen. In den alphabetischen und Restantenlisten der 15 deutschen Armee-Korps wurden geführt 437,253 Zwanzigjährige, 309,474 Einundzwanzigjährige, 248,485 Zweiundzwanzigjährige und 59,876 Aeltere. Davon waren 34,192 als unermittelt in den Restantenlisten aufgeführt, 106,175 ohne Entschuldigung ausgeblieben, 198,150 anderwärts gestellungspflichtig geworden, 358,363 zurückgestellt, 832 ausgeschlossen, 86,775 ausgemustert, 59,655 der Ersatzreserve I., 61,142 der Ersatzreserve II., 343 der Seewehr II. überwiesen, 116,833 ausgehoben, 17,906 überzählig geblieben und 14,721 freiwillig eingetreten. Von den 116,833 Ausgehobenen wurden für das Heer zum Dienst mit der Waffe 111,256 und zum Dienste ohne Waffe 3326 ausgehoben. Für die Flotte wurden aus der Landbevölkerung 819, aus der seemännischen Bevölkerung 1418 ausgehoben. Wegen unerlaubter Auswanderung wurden von der Landbevölkerung 13,842 und von der seemännischen Bevölkerung 828 verurtheilt; noch in Untersuchung befinden sich von der Landbevölkerung 13,685 und von der seemännischen Bevölkerung 601 Mann. — Der Militärstaat scheint ein neues großes Loch zu bekommen: die Unlust der Jugend, die Pickelhaube zu tragen, neben dem bekannten älteren Loche: die Unlust des Staatsbürgers, die hohen Steuern für das Militär zu entrichten.

— Auch ein Diener, „Schmidt“ geheißen. Die Mittheilung in Nr. 54 des „Vorwärts“ über einen gewissen Schmidt, das Faktotum eines höchsten Postmannes, welches neuerdings in der Kanteckiaffaire „postrühmlichst“ genannt wird, erinnert uns an eine andere Heldenthat eines treuen Dieners, „Schmidt geheißen“. Der Schriftsteller Wilhelm Koch, damals Redakteur in Speyer, schrieb ehedem — und zwar gratis — für die „Deutsche Post“ „Briefe aus dem Beamtenleben“ welche überall gern gelesen wurden — und zwar auch möglichst gratis. — Da erhielt Herr Koch eines Tages aus dem Bureau eines Verwaltungschefs ein Schreiben, in welchem die Bitte ausgesprochen wurde, er möge doch gegen gutes Honorar im Sinne eines vielgenannten „genialen“ höchsten Verkehrsbeamten für den nichtamtlichen Theil des Postamtsblattes, alias Postarchiv, schreiben und nicht für die „Deutsche Post“, das „Schandblatt“. Das „Postarchiv“ wird, beiläufig bemerkt, wie Jedermann aus dem Etat ersehen kann, aus dem „Reichsfiskal“ erhalten. Die Aussicht auf des allerhöchsten Verwaltungschefs Huld und Gnade sollte Herr Koch als Zugabe erhalten. Herr Koch aber, ein fleckenloser Ehrenmann und Beamtenfreund, antwortete einfach dadurch, daß er das Anerbieten in der „Deutschen Post“ veröffentlichte und siehe, jenes Schreiben war unterzeichnet von „einem Diener, Schmidt geheißen“. Ein anderes merkwürdiges Schriftstück ging Anfangs der siebziger Jahre beim deutschen Reichstage ein. Darin petitionirte ein angeblicher Postsekretär, der Reichstag möge doch dem Herausgeber der „Norddeutschen Post“ das Handwerk legen. Der Petent gab vor, in der Klosterstraße in Berlin zu wohnen und bezeichnete sich diesmal mit dem gar seltenen Namen Müller. Selbstverständlich fand das jammervolle Machwerk im Reichstage keinerlei Beachtung, und als ein Freund des beleidigten Herausgebers der „Norddeutschen Post“ mit einem Ziegenhainer bewaffnet eine Anstandsvisite in der „Müller'schen“ Wohnung machen wollte, stellte sich heraus, daß in jenem Hause der Klosterstraße seit Menschengedenken keine Postbeamten gewohnt hatten, am allerwenigsten einer mit dem „raren“ Namen Müller. Der Reichstag war einfach mistificirt. War jener Pseudomüller vielleicht auch „ein Diener, „Schmidt geheißen?“ K.

— Akademische Freiheit! Die Leipziger Studentenschaft suchte in den letzten Tagen bei ihrer besonderen zuständigen Behörde, dem Universitätsgericht, nach, die Angelegenheit Düßring in einer Studentenversammlung discutiren zu dürfen. Die Erlaubniß dazu wurde verweigert. Eine Menge im Vollbesitz aller bürgerlichen Ehrenrechte stehender junger Leute ist somit kurzer Hand um einen Theil dieser letzteren gebracht worden, man kürzt ihnen das Recht, sich zu versammeln und sie lebhaft interessirende Gegenstände und Ereignisse öffentlich zu erörtern. Künftig (wohl 1879) tritt die gesetzliche Bestimmung in Kraft, welche das Sondergericht der Universitäten aufhebt und so auch formell die volljährigen Studenten auf gleiche Stufe mit allen andern Staatsbürgern stellt, während diese, wie unser Fall zeigt, bisher zuweilen auch nach der schlimmen Seite in einer Ausnahmsstellung sich befinden. — Wie beschaffen die Beziehungen der Leipziger philosophischen Fakultät zu der Berliner sind, können wir nicht beurtheilen, wie es scheint, sind sie ebenso enge wie die zur philosophischen Fakultät in Göttingen, welche der „Post“ zufolge das Karnickel gewesen sei, welches angefangen und bei der Berliner die „Remotion“ (auf deutsch „Hinauswerfung“) Dühring's angeregt haben soll.

— Die „Magdeburger Zeitung“ stößt folgenden Schmerzensschrei aus: „Es ist wenig Hoffnung vorhanden, daß die Errichtung des nationalen Denkmals auf dem Niederwalde noch im Laufe dieses Sommers erfolgt. Man will zwar wissen, daß mit dem Unterbau demnächst begonnen werden soll; ob sich diese Hoffnung aber erfüllt, wird von zuständiger Seite noch bezweifelt. Immerhin ist es zu beklagen, daß das nationale Werk nicht rascher gefördert wird. Die Schuld an der Verzögerung liegt in den spärlichen Beiträgen, welche in verschiedenen Comités eingehen. Im deutschen Süden hat man das Unternehmen nicht thatsächlich genug unterstützt, und im Norden wird über Geldmangel geklagt.“ — — —

Spärliche Beiträge! Ei, ei! Soll's denn wirklich wahr sein, was böse Zungen behaupten, daß der „Patriotismus“ der Bourgeois beim Geldbeutel aufhöre? — Freilich, die Arbeiter, welche man als die milchende Kuh zu betrachten gewohnt ist, von der man die Mittel zu derlei unnützen Ausgaben zu gewinnen trachtet, wissen die paar Groschen, die sie noch verdienen, zu bessern Zwecken als zur Errichtung von „Nationaldenkmälen“ zu verwenden. Die „Reichsherrlichkeit“ zieht eben nicht mehr; man gründe etwas Neues! Sch.

— Die Redaktion und Verlagshandlung des in Amberg erscheinenden Wochenblattes „Die soziale Frage im Lichte des Christenthums“ veröffentlicht eine Abonnementseinladung, der wir folgende Stellen, als von besonderem Interesse für unsere Leser, entnehmen:

„Nur nach katholischen Grundsätzen (meint das gesinnungstüchtige Blatt) läßt sich die gesellschaftliche Frage lösen, der Klassenkampf beschwören, die Noth des ausgebeuteten und verlassenen Arbeiters endgiltig bannen.“ — Ferner:

„Es gilt einer heiligen Sache, welcher die Redaktion und die Verlagshandlung aus innerer Ueberzeugung, nicht eines irdischen Vortheils willen dienen. Die Zeiten werden immer ernster, die von uns behandelte Frage brennt immer heißer. Einigen wir uns in christlichen Grundsätzen!“ ꝛc.

Hier wird also mit dürren Worten „die Noth des ausgebeuteten und verlassenen Arbeiters“ zugestanden, und

---

Johann Elmer.

(Schluß.)

„Glauben Sie, daß der Mensch vom Affen abstamme?“

„Darüber habe ich keine ausgesprochene Meinung. Ruhig überlasse ich den Entscheid den Gelehrten, der fortschreitenden Wissenschaft. So viel ist aber sicher: nur langsam, aus den bescheidensten Anfängen heraus, hat sich das menschliche Geschlecht entwickelt; von Jahrhundert zu Jahrhundert veredelt es sich und immer schreitet es fort in stetiger Entwickelung. Rousseau meinte, die ersten Menschen seien von bösen Leidenschaften frei gewesen, sie haben in idyllischem Frieden gelebt. Er irrte, indem er den Zielpunkt der Entwicklung als den Anfangspunkt bezeichnete. Wir kommen aus der Wildheit, dem Kriege des Menschen gegen den Menschen, und steigen auf zu der wahren Bildung und der Gemeinschaft Aller.“

„Sie sind ein Optimist?“

„Optimismus, Pessimismus — mit den Worten hat man viel gespielt, viel gesündigt. Manche sind Optimisten um nicht ernstlich denken, manche Pessimisten, um nicht ernstlich handeln zu müssen. Wenn ich in die Welt hinausschaue, meine ich oft, es sei Alles gut, so entzückt bin ich von ihrer Herrlichkeit, von der Harmonie der Kräfte, von der Logik des Gesetzes, das in ihr waltet. Sehe ich dann, wie die Natur ein Leben für das andere fordert, daß der Fisch den Wurm vernichtet, der Mensch den Fisch, das Raubthier den Menschen, so meine ich, es sei der Organismus des Universums ein unvollkommener, ein tiefer Schmerz fresse an dem Herzen der Welt, wie eine unheilbare Krankheit an dem Herzen einer blühenden Frau. Sei dem, wie ihm wolle, ich lasse Jedem seine Anschauung, aber darüber bin ich im Klaren, daß die Menschheit im Kampfe mit allen feindlichen Gewalten der Vervollkommnung zustrebt, entgegengeht, und auch darüber, daß ihr zu dienen das reinste Glück ist.“

„Wir sind aber doch weniger frei als die Griechen und Römer.“

„Das ist eine Täuschung. In den Republiken des Alterthums genoß nur eine kleine Zahl die Wohlthaten der freien Institutionen. Die großen Massen waren ohne Rechte. Die Erzeugnisse ihrer Arbeit aßen Andere — die Privilegirten; selbst das Leben der Mehrheit lag in den Händen der Minderzahl. Wenn wir einen Gang durch die Geschichte unternehmen, so erhellt untrüglich, daß sich mit jeder neuen Epoche der Kreis der Berechtigten erweitert hat, und das wird so fortgehen, bis Niemand mehr ist, dem der Kreis verschlossen wäre.“

„Es giebt Zeiten, welche man Zeiten der Reaktion nennt. Das sind doch Zeiten des Rückschritts.“

„Ganz richtig; ich streite nicht gegen diese Bezeichnung. Aber auch in reaktionären Zeiten schreitet die Menschheit vorwärts. Die Revolutionen sind nicht im Stande, die Ideen zu verdauen, welche sie im Ueberflusse aufnehmen; die Reaktion wirft einen Theil aus und verarbeitet den andern. Die Geschichte läuft nicht in der Richtung einer geraden Linie vorwärts, sie beschreibt eine Spirale; indem wir scheinbar rückwärts gehen, gehen wir vorwärts.“

Johann dachte einige Minuten über die Ausführungen des Sanitätsraths nach. Dann fragte er denselben:

„Sie sagten, für die Menschheit zu arbeiten sei das höchste Glück; so sind also auch jene Männer glücklich, welche sich in die Armee der Union einreihen ließen. Wenn sie aber sterben, sind sie dann auch glücklich zu nennen?“

„Ich glaube, daß unser Glück in der Selbstentäußerung liegt. Oder sollte etwa das der Inbegriff des Glücks sein, gut zu essen und zu trinken, üppig zu leben, durch falschen Flitter zu glänzen? Darin kann unmöglich eine hohe Befriedigung gefunden werden. Der Egoismus ist freilich die Triebfeder aller unserer Handlungen, aber wir müssen wohl unterscheiden zwischen dem gemeinen und dem geläuterten Egoismus. Wenn wir bestrebt sind, unsere Kräfte zu entfalten, die Sphäre unseres Denkens und Thuns auszudehnen, so handeln wir im Grunde egoistisch; es geschieht für uns, was wir thun. Wenn wir dabei aber die edle Absicht haben, durch unsere Fähigkeit, unsern Muth, unsern Entschluß die Sache Aller zu fördern, so wird die scheinbare Selbstsucht zur Selbstlosigkeit. Und in der Selbstlosigkeit liegt das goldene Glück; auf diesem Platze kann Jeder den räthselhaften Schatz heben. Wer Anderen hilft, die Armen und Verlassenen unterstützt, sich für die ungerecht Gekränkten in die Schanze wirft, der ist denn doch in seiner Seele tausendmal beglückter, als der Eigennützige, welcher nur Freude hat an seinem Bauch und seinen vollen Kisten. Wie unendlich höher ist das geistige Genießen Dessen, der Gefängniß oder Verbannung erduldet für das Wohl der Mitmenschen, der in den gewaltigsten Gedanken, in den lautersten Gefühlen lebt, als die rohe Lust niedriger Kreaturen. Selbst der Tod, ist er nicht Demjenigen das höchste Glück, der ihn für das erleidet, was er mit der Gluth seiner Seele liebte? Welche selige Empfindung muß den Edlen im letzten Augenblick durchzittern! Ihm ist der Tod der Schlußstein des Daseins, die Vollendung seiner Existenz. Alle Güter der Erde wiegen den Werth dieses Moments nicht annähernd auf.“

Die Scheerereien wegen des Heimathsrechts enden nicht. Und Elsa wird von ihren Eltern mehr und gequält — die Versuche, sie von dem Geliebten loszureißen, bewirken zuletzt, daß sie irrsinnig wird. Sie entflieht aus dem Pensionat, in das man sie gesteckt hat, und wirft sich auf die Eisenbahnschienen. Johann Elmer findet, rettet sie, bringt sie in das elterliche Haus und entfernt sich, ohne erkannt zu sein. Dank der Pflege überwindet Elsa die Gemüthskrankheit — die Eltern erfahren, daß Elmer ihr Retter, sie begreifen, daß, sich ferner zwischen Beide zu stellen, das Leben des Kindes gefährden würde — sie willigen in die Verlobung. Alles scheint sich zum Guten zu wenden. Aber es ist zu spät. Elsa's Körper ist gebrochen — sie siecht dahin und stirbt in den Armen des Geliebten.

Für diesen ist's jetzt des Bleibens nicht mehr. Der Plan, der ihn vor der Wiedervereinigung mit Elsa beschäftigt, kommt schnell zur Reife. Er ordnet das Nöthige, schifft sich nach New-York ein und tritt in ein Infanteriebataillon der Union.

„Sein Leben als Soldat war reich an Mühsal und Entbehrung. Wenn er Tagmärsche machte, schlich die Sonne langsam wie eine Schnecke am Himmel hin; wenn er auf Vorposten stand, wurden die Stunden zu Ewigkeiten. Sein Lager war meist das freie Feld, wo kein Baum ihn vor dem Regen schützte, kein Strauch den Wind zertheilte. Der Sand der Ebenen blendete seine Augen, die Dornen des Urwalds verwundeten seine Füße, Hitze und Kälte brachten ihn abwechselnd in Gefahr, zu verdursten oder zu erfrieren.

„Jahreszeiten kamen und gingen — die Anstrengungen blieben dieselben. Manchmal wollte ihn Muthlosigkeit überkommen, doch immer siegte er wieder über sich selbst. Es war ihm, als ob eine Stimme riefe, welche er für die Stimme seines Gewissens hielt: „Du kämpfest für die Menschheit.“ Jedem kleinen Gegenstande seiner militärischen Ausrüstung widmete er eine peinliche Aufmerksamkeit. Die geringste seiner Pflichten erfüllte er mit ungewöhnlicher Sorgfalt. Der Gehorsam wurde ihm eine leichte Bürde, das Vertrauen der Vorgesetzten war sein Stolz, die Anhänglichkeit der Kameraden sein Glück. Seine Dienstbeflissenheit und seine Bravour verschafften ihm nach den ersten Monaten die Beförderung zum Unteroffizier. So sehr hatte er die Kunst erlernt, sich dem Ganzen einzuordnen, daß er diesen bescheidenen Weg als ein ausreichendes Feld für alle seine Fähigkeiten betrachtete. Er wußte, was Manche ihr Leben lang nicht

das ist schön. Ebenso schön ist es von der Redaktion sowohl, als auch von der Verlagshandlung, daß sie sich „aus innerer Ueberzeugung, nicht eines irdischen Vortheils willen" der Sache des Proletariats annehmen wollen. Ob aber die Arbeiter, die Enterbten und Unterdrückten, Etwas von diesen „Freunden" wissen wollen, die sie aus Liebe todtherzen möchten, das dürfte mindestens zweifelhaft sein.

— In Nr. 73 des „Vorwärts" veröffentlichten und besprachen wir einen Brief des italienischen Anarchisten und Zeitungsredakteurs Costa. Der Brief, ursprünglich an unser belgisches Parteiorgan „Mirabeau" adressirt, richtete sich gegen eine in diesem Blatt anonym erschienene aber, wie bekannt war, von dem französischen Communemitglied Malon geschriebene Correspondenz. Malon, der als Flüchtling in Italien lebt und sich jetzt auf der Insel Sardinien als Schriftsetzer — er hat „die schwarze Kunst" erst im Exil gelernt — sein Brod ehrlich verdient, antwortet nun in dem neuesten „Mirabeau" (Nr. 415 vom 1. Juli) dem Herrn Costa, hält demselben den rohen Ton vor, in welchem seine sogenannte Berichtigung abgefaßt war, weist ihm nach, daß seine Anschuldigungen gegen den „Povero" und dessen Redakteur Ingegneros vollkommen aus der Luft gegriffen sind, deutet auf die schwere Schädigung hin, welche der italienischen Arbeiterbewegung durch den kindischen Putsch der Revolutions-spaziergängerischen Freunde des Hrn. Costa erwachsen ist, und zeigt schließlich, daß Alles, was Herr Costa über die Macht und Ausbreitung der „anachistischen" Internationale in Italien gesagt, Aufschneiderei und Schwindel ist. Da wir den Brief Costa's abgedruckt haben, so waren wir verpflichtet, auch die Erwiderung Malon's, wenigstens im Resumé, zu bringen. Malon — das sei für Diejenigen, welche es noch nicht wissen, hier erwähnt — hat schriftstellerisch schon Tüchtiges geleistet; er ist unter andern Verfasser der besten Geschichte der Commune vor Erscheinen des Lissagaray'schen Werkes.

— Dem Kaiser von Rußland macht der „Pester Lloyd" in Bezug auf das „revolutionäre" Manifest an die Bulgaren ein allerliebstes Compliment. Dies bedeutende liberale Blatt sagt: „In alledem, was der Czar in Bezug auf die Vergangenheit behauptet, ist keine einzige Angabe, welche der offenkundigen Wahrheit entspricht." — Demnach ist das brave Väterchen, der große Czar auch ein großer — Leser rathe einmal, was er ist.

— In Asien sollen die Türken ihre Vortheile sehr gut ausgenutzt haben, so daß sogar die Belagerung von Kars von den Russen aufgehoben worden sei. Dadurch wäre der diesjährige Feldzug in Armenien zu Gunsten der Türken entschieden; ehe die Russen wieder die Campagne mit erneuten Kräften aufnehmen können, wird die schlechte Jahreszeit eingetreten sein. — Vom europäischen Kriegsschauplatz nichts besonderes, als daß die Russen täglich neue Beweise ihrer Humanitätsbarbarei geben.

— Die Blauen wider die Rothen. Die „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht in Nr. 185 einen hochtrabenden Leitartikel gegen die Anschauungen des „Vorwärts" in Bezug auf die französische Bourgeoisrepublik und die Vereinigung der Gruppen der Linken in der französischen Deputirtenkammer. Die Antwort wird der Schwärmerin „für die Republik um jeden Preis" in nächster Nummer unseres Blattes ertheilt werden: die Rothen wider die Blauen.

— In Bezug auf den Leitartikel: „Nieder mit der Republik", d. h. nieder mit der französischen Bourgeoisrepublik, in Nr. 76 des „Vorwärts", schreibt unser Braunschweiger Parteiorgan: „Es freut uns, daß der „Vorwärts" sich in dem gleichen Sinne, wie wir es vor 4 Jahren beim Sturze Thiers', und wie wir es beim Mac Mahon'schen Staatsstreiche sofort aussprachen, ausläßt. Der „Vorwärts" nennt das Beginnen der äußersten Linken in Frankreich, der Intransigenten, bei dem richtigen Namen, indem er dasselbe als „schnödesten Volksverrath" erklärt. — Wir halten diese Erklärung des „Vorwärts" für zeitgemäß, da doch einige unsrer Kollegen, durch den Klang des Wortes „Republik" geblendet, den Fälschern dieser Firma eine gewisse Sympathie entgegenbringen."

— Zur Sozialisten-Verfolgung in Sachsen. Das Urtheil des Mittweidaer Bezirksgerichts gegen Vahlteich, wegen „Majestäts- und Richterbeleidigung", nach Ansicht der Richter begangen in einer Rede über die sächsischen Justizverhältnisse, ist vom Oberappellationsgericht in Dresden allenthalben bestätigt worden; unser Genosse Julius Vahlteich ist somit in letzter Instanz zu einem Jahre und sechs Monaten Gefängniß verurtheilt und zwar unter Mitwirkung folgender Leute, deren Namen wir nicht verschweigen wollen. Es sind die Oberappellations-Gerichtsräthe v. Friesen, Edelmann, Neidhardt, Lamm, Große und außerdem war der General-Staatsanwalt v. Schwarze, Reichstagsabgeordneter, mit herangezogen worden. Auf Vahlteich's Ansuchen, die „Strafe" eventuell, d. h. sofern es überhaupt zu einer Verurtheilnng kommen sollte, in Festungshaft zu verwandeln, hat das Oberappellationsgericht gar nicht geantwortet, obgleich nach dem Strafgesetz bei Majestätsbeleidigung auf Festungshaft erkannt werden kann und außerdem sogar ein Bismarckbeleidiger, der Redakteur der „Dresdner Nachrichten", dem in dieser Hinsicht der Buchstabe des Gesetzes nicht zur Seite steht, dennoch die Vergünstigung erhalten hat, auf dem Königstein sitzen zu dürfen. — Wieder wird ein wackerer Streiter für unsere Sache auf lange Zeit unseren Reihen entrissen — das sei eine Mahnung für alle Parteigenossen, mit erneutem Eifer voll und ganz ihre Pflicht zu thun.

— Beschlagnahme. Die im Verlage des Verlagsmagazins zu Zürich erschienene Druckschrift „Neue Gedichte von Georg Herwegh" ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Leipzig mit Beschlag belegt worden.

— Parteigenosse Frohme in Frankfurt a. M. war angeklagt, durch eine Rede Staatseinrichtungen verächtlich gemacht und zum Ungehorsam gegen Gesetze (Impfgesetz) aufgefordert zu haben. In erster Instanz wurde Frohme freigesprochen. Auf angemeldete Appellation des Staatsanwalts aber wurde er in zweiter dagegen zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt.

— In Saarbrücken-St. Johann erscheint seit dem 1. Juli ein neues Parteiorgan unter dem Namen: „Freie Volksstimme".

Eine Erklärung.

Der „Dresdener Volkszeitung", unserem dortigen Parteiorgan, entnehmen wir nachstehenden Artikel:

Dresden, den 4. Juli.

— In eigener Sache. Es hat mir immer widerstrebt, meine eigenen Angelegenheiten, selbst wenn dieselben von allgemeinerem Interesse waren, in dem von mir redigirten Blatte zu erörtern, weil ich der Anschauung bin, daß der Leiter eines Preßorgans im Punkte solcher Enthaltsamkeit dem Publikum ein gutes Beispiel geben und darin lieber etwas zuviel als zuwenig thun müsse. Aus diesem Grunde habe ich beidemal, als sich in letzterer Zeit sowohl die gegnerische als die Parteipresse mit meinen Angelegenheiten — das erstemal mit einem förmlichen Steckbrief, der im April durch die gegnerischen Blätter ging und jetzt mit meiner Pensions-Entziehungs-Affaire — beschäftigte, in der „Volkszeitung" hierüber geschwiegen. Die Art aber, wie sich jetzt ein Theil der liberalen Presse mit meiner Person befaßt, legt mir die zwingende Pflicht auf, zu sprechen.

Es ist eine alte, ewig neue Geschichte: da man den Prinzipien des Sozialismus leider auf dem geraden Wege nicht beikommen kann, so sucht man ihnen indirekt Eins zu versetzen, indem man deren Vertheidiger und Vorkämpfer verdächtigt. Kaum tritt ein Streiter ein in unsere Reihen, so wird auf die Suche gegangen, ob sich nicht in seinem Privat- oder Vorleben ein Irrthum oder Fehler entdecken läßt. Wer hat nicht irgend eine Jugendeselei auf dem Gewissen? Je nun, die Gegner können eben nicht anders — der Gassenjunge, der kein würdigeres Projektil schwingen kann, wirft eben mit Schmutz. Daß das auch mir gegenüber geschehen werde, wußte ich von Anbeginn an — es ist Dutzenden vor mir so gegangen und wird Hunderten nach mir so gehen.

Doch zur Sache. Das hiesige Amtsblatt bringt in seiner Sonntagsnummer — gleich verschiedenen liberalen Blättern — folgende Note:

„(Ein sozialdemokratischer Ritter.) Der dermalige Redakteur der sozialdemokratischen Volkszeitung, G. Vollmar, heißt eigentlich Georg Ritter von Vollmar. Derselbe ward 1867 als Unterlieutenant im 3. bayerischen Infanterieregiment entlassen, da er vorher selber sich dem Dienst entfremdet; im deutsch-französischen Kriege rehabilitirt, ward er verwundet und erhält aus der bayerischen Hilfskasse für Verwundete eine jährliche Sustentation. Der Herr, der jetzt Sozialdemokrat ist, hat auch in päpstlichen Diensten gestanden. Das kann er ja auf seinem jetzigen Platze auch, die Sozialdemokraten und Ultramontanen sind noch immer gute Freunde."

Die geschmackvolle Schlußbemerkung ganz übergehend, halte ich mich nur an's Thatsächliche. Allerdings bin ich, wie den meisten meiner Genossen bekannt, früher Offizier gewesen; auch ist richtig, daß ich im Jahre 1867 den Dienst verließ, weil mir schon damals, da ich kaum 17 Jahre alt war, die gallonirte Knechtschaft trotz ihrer glänzenden Außenseite unerträglich war. Daß ich selbst außer Dienst trat, erwähnt auch das Amtsblatt; es kommt aber freilich sehr viel darauf an, aus welchen Gründen ein Offizier „selbst geht". Thut er es wegen Ueberschuldung, schlechten Streichen ꝛc., dann ist das „Selbstgehen" mit dem „Entlassen" auf eine Stufe zu stellen und mag der schlimme Beigeschmack, welchen letzteres Wort hat, berechtigt sein. Ein Anderes aber ist es in meinem Falle, wo keinerlei anderer Grund als Unlust mit dem Militärdienst vorlag. (Die Militärpapiere nennen als Grund meines Austrittes aus dem Dienst „jugendlichen Leichtsinn"). Daß keine unehrenhaften Gründe mich zum Dienstverlassen zwangen, zeigt übrigens schon die erfolgte sogenannte Rehabilitation. Ich marschirte im Jahre 1870—71 als oberer Militärbeamter nach Frankreich, ward schwer verwundet und beziehe in Folge dessen auf Grund des Reichs-Militärpensionsgesetzes eine Invalidenpension — nicht eine „Sustentation aus der bayerischen Hilfskasse für Verwundete", wie das Amtsblatt fälschlich berichtet —, wegen deren man mir jetzt in Folge meiner Parteistellung Schwierigkeiten macht und welche man mir, wenn es gesetzlich zulässig wäre, wohl entziehen würde.

Die Mittheilung, daß ich einst in römischen Diensten gestanden, ist vollkommen richtig. Ich bin aus katholischer Familie, im Kloster erzogen, war einst strenger, ja fanatischer Anhänger des Katholizismus, in welchem ich mit 18jähriger Begeisterung das Ideal meines Lebens sah. Und für dieses geträumte Ideal habe ich damals, als der Ruf, Rom zu Hilfe zu eilen, ertönte, ohne Zögern das Höchste, das Leben eingesetzt, wie ich jetzt, durch Zeit, Erfahrung und Studium zu besserer Einsicht gekommen, all mein Wissen und Können aufwende, Gut und Blut freudig in die Schanze schlage, nicht mehr für ein Phantom, sondern für die große Sache der Freiheit, für die große Sache des Volkes!

Das Amtsblatt und seine Gesinnungsgenossen werden sich freilich kaum je in ähnlicher Lage befunden haben. Diese Leute kämpfen als echte Landsknechte erbärmlichster Sorte stets — und natürlich gefahrlos — unter jener Fahne, welche die eben siegende ist und unter welcher am meisten Beute abfällt; ich dagegen habe immer im Lager des Besiegten, des Unterdrückten gestanden, wo nichts als Wunden und Verfolgungen zu holen und Opfer zu bringen waren. Das der Eine Unterschied. Der andere aber: Die Liberalen, die einst im Völkerfrühling für Freiheit und Gleichheit geschwärmt, sie haben die Sache des Volkes feig im Stich gelassen und dienen um des lieben Vortheiles willen dem Gewaltregime — sie sind rückwärts gegangen; während ich, früher durch Geburt und Erziehung ein Anhänger der leiblichen und geistigen Bevormundung, der Monarchie und Religion, durch ehrliches und rücksichtsloses Studium ein Gegner und unversöhnlicher Bekämpfer jener volksfeindlichen Gewalten geworden bin und, alle Brücken hinter mir abbrechend, Verbindungen und Vortheile jeder Art beiseite werfend, mich muthig in die Reihen des Volkes gestellt habe, also fortgeschritten bin. Ich stellte mich also auf Seite der Freiheit, der Wahrheit und des Rechtes, sobald ich sie erkannte, während jene Gegner, sie kennend und einst für sie kämpfend, sie mit aus den verwerflichsten Gründen verrathen haben und noch täglich verrathen, verleugnen und schänden!

Meine Genossen und alle Unparteiischen werden kaum in Zweifel sein, auf welcher Seite das größere Recht und die größere Ehrenhaftigkeit zu suchen ist. Daß die Anhanger des heutigen Regimes, der heutigen Staats- und Gesellschafts-„Ordnung", welche ohnehin gegen die Sozialdemokratie das Menschenmögliche thun, gegen mich Extraordinäres leisten, mich beschimpfen, be-

---

rkennen, daß in der anspruchslosesten Wirksamkeit unendlich viel nöthig ist, um das Beste zu leisten.

„Nachdem er wiederholt mit dem Sausen der Kugeln Bekanntschaft gemacht, der Spitze der Bajonnette getrotzt und Gefährten seines Schicksals begraben hatte, wurde sein Bataillon in die Nähe von Richmond — St. Petersburg kommandirt. Von allen Seiten strömten die Truppen der Union und des Sonderbunds zusammen. Ein heißer Kampf entspann sich. Hier rückte eine Heeresabtheilung vor, dort wich eine andere. In dem Bataillon, in welchem Johann stritt, hielt der Tod reiche Ernte, Flinten- und Kanonenkugeln brachen in die Reihen ein und richteten Verwirrung an. Soldaten und Offiziere lagen in ihrem Blute.

„‚Ich sterbe, Johann, führe Du das Peloton!' rief der Lieutenant. Johann ergriff den Säbel, welchen ihm der Sterbende hinstreckte, trat vor die Seinigen und ermunterte sie. Allmählich ordneten sich die Reihen wieder und mit lautem Rufen drang das Bataillon vor, Johann unter den Ersten. Da traf ihn eine Kugel mitten in die Brust und er sank lautlos zur Erde.

„Von seinen Genossen entfernt, die immer weiter vordrangen, lag er auf dem Schlachtfelde, mit dem Antlitz gegen die Erde gekehrt. Sein Blut strömte und seine Kräfte schwanden. Hunderte von Erinnerungen hetzten und mengten sich und ihr buntes Gemisch begann ihm das Bewußtsein zu umhüllen.

„Aber noch einmal tagte es inmitten des Dunkels, das um die Sinne zog. Im Fluge durchlebte er nochmals sein Leben. Er drückte (dem Jugendfreund) Karl die Hand wie damals, als ihn dieser nach langer Trennung besuchte; er jubelte laut auf, Frau Elmer (seine Pflegmutter) zu sehen, wie sie in's Pfarrhaus kam; er stand, von dem Gefühl der Versöhnung beseligt, neben Babetten (seiner wirklichen Mutter) am Todesbette des Domdechanten (seines Vaters); er sah den Arzt, wie er nach den ewigen Sternen zeigte; er sprang der wieder genesenden Elsa in die Arme, drückte sie an sein Herz und hörte entzückt, wie sie ihn Bräutigam nannte.

„Auf einmal vernahm er Pferdehuf und Signale. Eine Schaar Reiter jagte vorüber. „Wir haben gesiegt!" ertönte eine Stimme. „Kameraden, es lebe die Union!" rief eine andere. Ein lautes Freudengeschrei erscholl.

„Alle seine Kräfte zusammenraffend, drehte sich Johann in schmerzvoller Wendung. Er reckte seinen Arm aus und öffnete den Mund, um in den Jubel einzustimmen. Aber die Stimme versagte ihm und er fiel auf die Erde zurück. Dann stöhnte er noch, während seine Seele entfloh, die Worte: **„Es lebe die Menschheit!"** —

Nero.

Wer lächelt stolz dort von der Zinne,
Die Stirn mit Rosen roth bekränzt?
Ist es der Gott der süßen Minne,
Der sich in Frührothgluthen lenzt?

Nein! Denn die ew'gen Sterne droben
Sind bleich wie der Tyrannen Farb',
Der Schleier ist von Rom gehoben,
Rings wogt's wie eine Feuergarb'.

Und Cäsar spricht mit Kennerblicken:
„Solch' Schauspiel ist mein Element,
Falerner her! mich zu erquicken,
Mein zündend Stück geht gleich zu End'."

Geh' Mime mit dem Kinderspiele,
Trink Wasser statt Falernerwein!
Heut' hat die Ruhmsucht weitre Ziele,
Sie äschert ganze Länder ein.

Kurt Mook.

— Hinunter wieder in's Feuilleton mit Böhmert's Viktorchen und seiner „Sozial-Correspondenz". In den letzten Nummern haben wir uns ernsthaft mit der „Sozial-Correspondenz" beschäftigt — wir meinen in Bezug auf die Aeußerung derselben: „Arbeiter und Proletarier sind Gegensätze". Wir können jetzt wieder in's Feuilleton hinabsteigen, da eine ernsthafte Behandlung des „abgefranzten" Professors doch auf die Dauer unmöglich ist. Viktorchen hat uns gefangen, er glaubt es nämlich. Der „Vorwärts" hatte behauptet, daß alle 5 Jahre die Hälfte der Arbeitgeber in Concurs geräth oder unter dem Drucke einer Krisis zahlungsschwach wird. Nun sagt Viktorchen triumphirend: „Das Eingeständniß, daß ein sehr großer Theil der Arbeitgeber nicht nur keinen Gewinn erzielt, sondern auch das Kapital einbüßt, mit Hilfe dessen ihr Geschäft begonnen wurde und die Arbeiter ihren Lohn empfingen, — dies Eingeständniß wirft die Klagen der Sozialdemokratie über den bei dem heutigen Wirthschaftssysteme angeblich übertrieben hohen Unternehmergewinn sammt und sonders über den Haufen!" — Armes Viktorchen! Der Anlauf ist zu gewaltig und du selbst fällst über den „Haufen" der Unkenntniß, den du in diesem einen Satze aufthürmst. Du hast wohl noch niemals gehört, daß bei dem gegenwärtigen Concurrenzkampfe immer das Großkapital über das kleinere siegt, du hast niemals gehört, daß das heutige Wirthschaftssystem die Concentration des Besitzes herbeiführt und daß eine immer kleinere Zahl den hohen Unternehmergewinn erhält. So meinst du in deiner unnachahmlichen Naivetät, daß es den Arbeitern viel angenehmer sei, wenn ihnen der Arbeitsertrag von drei Personen, als wenn er ihnen von zehn Personen abgenommen wird! — Dann erzählt Viktorchen ferner, der „Vorwärts" habe geflunkert, da er behauptet, daß die Hälfte der Bevölkerung in Schleswig-Holstein sozialistisch gesinnt sei; nur ein Drittel habe sozialistisch gewählt. Wir wollen Viktorchen an dieser Stelle nicht auf die Maßregelungen und Wahlbeeinflussungen seiner Partei gerade in Schleswig-Holstein aufmerksam machen, sondern einfach auf den Umstand verweisen, daß bei der Knechtung der ländlichen Arbeiterbevölkerung, die bei der heutigen Krisis so ungemein scharf zu Tage tritt, die Arbeiter bei den Wahlen ihrer Gesinnung gemäß nicht wählen konnten. — Auch auf der politischen Gesinnung liegt die Knechtschaft, nicht blos auf der Arbeitskraft. Viktorchen leistet übrigens bei dieser Gelegenheit folgenden interessanten Satz: „Ferner weisen wir darauf hin, daß Herr Hasenclever am 10. Januar mit so knapper Majorität siegte, daß er beim zweiten Wahlgange unterlag." Hasenclever siegte und doch unterlag er beim zweiten Wahlgange. Wo soll das passirt sein? Viktorchen wird um Antwort ersucht.

Uebrigens ist Viktorchen mit dieser letzten Notiz großes Heil widerfahren. Der „Hamburger Correspondent", der sonst viel zu stolz ist, aus der „Sozial-Correspondenz" eine Zeile abzudrucken, ist schmählich düpirt worden. Die „Kieler Zeitung" weniger stolz als das Hamburger Blatt, druckt den Waschzettel Böhmert's ohne Quellenangabe ab und darauf nimmt der „Hamburger Correspondent", in gutem Glauben eine Originalnotiz der „Kieler Zeitung" vor sich zu haben, die Notiz mit unrichtiger Quellenangabe auf. Die „Kieler Zeitung", aber ist durch den zuletzt angeführten Satz, daß Hasenclever am 10. Januar mit so knapper Majorität siegte, daß er beim zweiten Wahlgange unterlag, so konfus geworden, daß sie aus dem zweiten Wahlgange sogar einen dritten machte — auch sie sagt nicht, wo Hasenclever unterlegen ist. Unseres Wissens ist Hasenclever in der ganzen Wahlcampagne nur in Gera unterlegen, wo er so nebenbei aufgestellt wurde, während er einmal in Altona und zweimal in Berlin gesiegt hat.

— „Hans Blum, Student der unveräußerlichen Menschenrechte." Eine also bedruckte Visitenkarte findet sich in dem Schaufenster der Expedition der „Fackel" in Leipzig ausgestellt, nützlich und lehrreich zu lesen für Jedermann, der sich für den Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen interessirt. Leider scheint diese Reminiscenz an obgenanntes Studium des Herrn Hans Blum gewissen Leuten nicht recht zu behagen; wenigstens wurden in der Expedition der „Fackel" 20 M. für die Visitenkarte geboten.

---

nunziren, verfolgen — das finde ich nur natürlich. Bin ich ja doch nach ihren egoistischen Standesansichten ein „Apostat", ein Abgefallener, und die waren von jeher in den Augen ihrer Kaste vogelfreie Verbrecher, und gegen sie jedes Mittel erlaubt. Apostaten waren aber auch von je die grimmigsten Gegner der von ihnen verlassenen Sache, und so werde auch ich, gerade weil ich die ganze lächerliche Verkehrtheit und verbrecherische Ungerechtigkeit unserer corrupten heutigen Gesellschaft zum Theil aus allernächster Anschauung kenne, ihr erbittertster und unversöhnlichster Widersacher sein und meine bescheidene Kraft voll und ganz dafür einsetzen, daß sie zum Wohle der Menschheit recht bald durch eine bessere ersetzt werde.

An die Parteiorgane all jener Orte, an welchen die Presse in vorbezeichneter Weise über mich berichtete, stelle ich das Ersuchen, diese Erklärung entweder wörtlich oder dem Sinne nach veröffentlichen zu wollen; vielleicht finden sich auch ehrenwerthe gegnerische Blätter, welche von ihr Notiz nehmen.

Georg Vollmar.

Zur Beachtung!

Parteigenossen! Die Zahl der wegen politischer Thätigkeit Gemaßregelten nimmt neuerdings wieder sehr zu, die Reaktion fordert ihre Opfer. Deshalb ist der Unterstützungsfonds, wenn ihm nicht besondere Zahlungen zugehen, nicht im Stande, allen berechtigten Forderungen zu genügen. Und doch wollen und müssen wir gerade auf diesem Gebiete helfen. Wo Ihr Feste feiert, gedenkt der Gemaßregelten, wo sich Gelegenheit bietet, sammelt für die Inhaftirten. Einer für Alle, Alle für Einen!

Hamburg, den 30. Juni 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Correspondenzen.

Wien, 2. Juli. Meine Aeußerung in der Correspondenz der Nr. 74 d. „Vorwärts", daß die lustige „Sauhatz" gegen die Sozialdemokraten Oesterreichs losgehen werde, hat das Mißfallen einiger Parteigenossen hier erregt, welches indessen beschwichtigt werden wird, wenn ich erkläre, daß die „Sau" mit Gänsefüßchen hätte versehen sein sollen, die ich leider im Eifer des Schreibens vergessen habe. Ob aber mit oder ohne Gänsefüßchen, die Voraussagung hat sich nur zu schnell erfüllt.

Welchen Eifer die Behörden in letzter Zeit an den Tag legten, kann man schon aus der Thatsache ersehen, daß in einer Woche vier Verhandlungen in Wien allein gegen Parteigenossen in Scene gesetzt wurden. Zwei von diesen endeten mit einem Fiasko für den bekannten Herrn Frankel, welcher Spürhund auf die Sozialdemokraten besonders abgerichtet zu sein scheint. Nicht gleichen Erfolg hatten die beiden anderen Prozesse. Dunnstätter wurde zu vier Wochen strengen Arrestes und Tragung der Gerichtskosten verurtheilt, und zwar wegen des „Vergehens der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch Anpreisung ungesetzlicher Handlungen".

Freitag den 22. Juni fand die Schlußverhandlung gegen Reinthal statt wegen einer Broschüre, von der nur ein Exemplar, nämlich das Pflichtexemplar, erschienen war, da der Druck der anderen inhibirt wurde. Dies gab Reinthal zu der Bemerkung Veranlassung, unter der Censur sei die Preßfreiheit in Oesterreich größer gewesen als jetzt. Damals habe man die unbequemen Stellen beseitigt und ihre Verfasser ungeschoren gelassen, jetzt würden sowohl die beanstandeten Stellen konfiszirt, als auch die Schriftsteller eingesperrt.

Herr Graf Lamezan mußte die sonderbarsten Mittel anwenden, um seine Anklage aufrecht zu halten, welche auf Grund des schon bekannten § 302 des Str.-Ges. erfolgte. Im Eingang seiner Rede behauptete er, es gebe keine herrschenden Klassen, es gebe gleiches Recht für Alle, und am Schlusse beantragte er, Reinthal schuldig zu sprechen, weil er gegen die herrschenden Klassen, die doch seiner Ansicht nach nicht existiren, zu Feindseligkeiten aufgereizt.

In der Broschüre steht: „Das Volk ist stark." Darin sah der Staatsanwalt natürlich einen Appell an die Fäuste, an die rohe Gewalt, und als er endlich den Schlußpassus besprach, in dem es heißt: „Wenn das Volk seine Stärke erkannt hat, dann leuchtet uns das Morgenroth einer besseren Zukunft", da ließ er seinem Pathos freien Lauf. „Ja, meine Herren!" wendet er sich an die Geschworenen, „das Roth wird uns leuchten, das Roth der Brandfackeln, die Alles in Schutt und Asche verwandeln, was uns theuer ist. Daß er nur das gemeint hat, dafür bürgt uns das Vorleben des Angeklagten; diesem Angeklagten gegenüber ist daher die Anklage nicht ungerechtfertigt." In Oesterreich ist es also strafbar, wenn ein Sozialdemokrat vom Morgenroth spricht, weil er darunter nur das Roth der Brandfackeln verstehen kann.

Auf die Replik des Vertheidigers, daß nur die Reichstagswahlen in Deutschland die Angst vor dem rothen Gespenst und mithin indirekt die Prozesse gegen die Sozialdemokraten in Oesterreich wachgerufen hätten, antwortete der Staatsanwalt wörtlich: „Ich verfolge meine Sozialdemokraten, unbekümmert darum, was die in Deutschland draußen mit den ihrigen anfangen."

Mit seinen Reden hatte Lamezan den Spieß- und Mastbürgern auf der Geschworenenbank einen solchen Schrecken vor den bösen Sozialdemokraten eingeflößt, daß Reinthal einstimmig schuldig erkannt wurde. Zur „Sühne" seines „Verbrechens" erhielt er 6 Monate strengen Arrest.

Aber das ist noch nicht Alles. Die eigentliche „Sauhatz" hat nämlich erst begonnen. Zu dem Feiertage Peter und Paul verkehren Vergnügungszüge von allen Richtungen nach Wien. Diese Gelegenheit benutzten einige Parteigenossen, um auf billige Art nach Wien zu kommen. Ich weiß nicht, ob sie einer Einladung oder ihrem eigenen Antriebe folgten. Genug, sie hatten schon längst einmal nachsehen wollen, wie es denn eigentlich in Wien stehe. Gleich und Gleich gesellt sich gern, auch die Provinzgenossen kamen mit uns zusammen. Aber nicht ungestraft ist man Sozialdemokrat. Während man fröhlich bei Bier und Wein sitzt, erscheint flugs ein Commissär mit 4 Detektives und erklärt die Anwesenden für verhaftet, die sich nun wahrscheinlich wegen „Geheimbündelei" werden zu verantworten haben. Die Motive zu diesem Einschreiten sind klar: Unter den Verhafteten befinden sich auch Redakteure österreichischer Parteiblätter, die man auf diese Weise viel radikaler umzubringen (nämlich die Blätter) hofft, als durch Confiskationen. Wenn sie auch freigelassen werden müssen, weil man ihnen nichts nachweisen kann, die Zeit der Untersuchungshaft reicht hin — so spekulirt wenigstens die löbliche k. k. Polizei — die Blätter zu ruiniren. Aber die Gutefte dürfte sich denn doch etwas irren. Es giebt nämlich noch Leute, welche die Redakteure ersetzen werden, und auf diese werden wieder welche folgen. Mit Opfern wird die kommende Zeit allerdings verknüpft sein, mit schweren Opfern, denn unter den circa 15—20 Verhafteten sind die Mehrzahl Familienväter, und sollte die Untersuchungshaft nicht bald beendet werden, so tritt an uns die Verpflichtung heran, sie und ihre Familien nicht darben zu lassen, welche um der Partei willen der Noth preisgegeben sind. Doch ich bin überzeugt, die Parteigenossen werden diese Opfer nicht scheuen und auch die auswärtigen Genossen werden uns nicht im Stiche lassen. Sind wir doch international!

Ob solche Opfer nothwendig sind, ob die Polizei Anhaltspunkte findet, um auch nur eine Untersuchungshaft rechtfertigen zu können, davon werde ich berichten, sobald ich etwas erfahre.

Peterswaldau in Schlesien, 4. Juli. Der Tod lichtet die Reihen der Besten Schlesiens. Wenige Tage sind verflossen, seit wir am Grabe Auguste Bandt's standen, und schon wieder haben wir das Dahinscheiden eines braven Parteigenossen, des Webers Reinhold Kunze, zu beklagen. Als im Jahre 1863 Ferdinand Lassalle seinen Ruf durch das deutsche Land erschallen ließ, war Kunze, wie Bandt, einer derjenigen Arbeiter, die sofort in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eintraten. Unermüdlich hat er mit den Schwierigkeiten, die sich ihm bei seiner Propaganda für die Idee des weltbefreienden Sozialismus in den Weg warfen, gekämpft. Nichts konnte ihn zurückschrecken, wo es galt, Aufklärung unter den Arbeitern zu verbreiten und Anhänger der Arbeiterpartei zu gewinnen. Sein Lebensabend war verschönt durch den Wahlsieg eines Sozialisten über die gegnerischen Candidaten des Kreises Reichenbach-Neurode, ein Sieg, den mitzuerstreiten, ihm noch vergönnt war. Parteigenossen! Laßt uns mit den ernsten Gefühlen, die das Dahinscheiden eines vortrefflichen Kampfgenossen in uns hervorrufen muß, die Gefühle der Genugthuung verschmelzen, daß ein solcher Mann, wie Kunze, gelebt. Richten wir, wenn Muthlosigkeit uns beschleichen will, uns an dem Beispiele des Verstorbenen auf und sagen wir uns: Wir wollen sein, wie Dieser, der Arbeiterbewegung treu bis zum Tode!

Großenhain. Am 23. Juni fand hier eine Parteiversammlung statt, in welcher Genosse Geier in kurzem Vortrage über die Berliner Reichstagswahlen sprach. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß man auch vom Gegner zu lernen und sich jeder Selbstüberhebung und Selbsttäuschung, wie sie die vereinigten Reaktionäre vor und nach der Berliner Wahl zeigten, zu entschlagen habe. — Montag, den 25. Juni, hielten wir eine Volksversammlung ab, in welcher Genosse Klemich aus Dresden Bericht über den Gothaer Sozialistencongreß abstattete. Redner verstand es, in treffender Weise die von gegnerischen Blättern gebrachten Lügen zu entkräften, so daß die Versammlung in sehr animirter Stimmung dem Redner Beifall zollte. Auf die Einzelheiten, die ja meist bekannt, unterlassen wir einzugehen. Zur Debatte sprachen Genosse Geier und Börner. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Ist die Religion dem Menschen Bedürfniß?" wurde ein Vertagungsantrag eingebracht, da die Zeit vorgerückt war, wobei sich zwischen dem Genossen Geier und dem überwachenden Beamten folgendes Intermezzo abspielte. Geier, der für den Antrag sprach, meinte, daß es freilich besser sein würde, wenn dies Thema heute behandelt werden könnte, da sich Vieles, was neuerdings in unserer Stadt vorgekommen sei, dabei besprechen ließe, allein Klemich's kurz bemessene Zeit drängte zur Annahme des Antrags. Eins könne er, Redner, jedoch nicht unterlassen anzuführen, und zwar sei dies ein in Nr. 71 unseres „Amtsblattes" enthaltener agitatorischer Artikel zur bevorstehenden Kirchenvorstandswahl. In dem Artikel befinde sich folgende Stelle, die an Unklarheit nichts zu wünschen übrig lasse: „Stimmberechtigt sind alle diejenigen selbstständigen Hausväter, die das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben, sie seien verheirathet oder nicht ꝛc. ꝛc." Redner meinte, wenn man solche Unklarheit walten lasse, so sei dies nicht anders zu bezeichnen, als: „Es sei ein recht possierlicher Mißgriff." Der überwachende Beamte fand hierin eine Verletzung resp. Verächtlichmachung des Gesetzes, worüber sich Geier an geeigneterer Stelle zu verantworten haben werde. Geier replizirte, daß er kein Gesetz angeführt, sondern nur in Bezug auf einen agitatorischen Artikel gesprochen habe; der Verantwortung sieht er mit Ruhe entgegen. Der Vertagungsantrag wurde hierauf angenommen und die Versammlung, die von ungefähr 250 Personen besucht war und für welche die Genossen Geier, Redam und Heerde das Bureau bildeten, geschlossen. — Der hiesige Arbeiterbildungsverein, der bekanntlich unter das Vereins- und Versammlungsgesetz gestellt wurde, weil er sich mit „öffentlichen Angelegenheiten befaßt" haben sollte, erhielt neulich eine Aufforderung, seine Mitgliederliste einzureichen. Selbstverständlich auf „höhere Verordnung". Also eine strengere Handhabung des Vereinsgesetzes. Alles Drängen und Zwängen hilft nur nichts gegen den aufstrebenden Menschengeist. Der Verein hält den 15. Juli ein Sommerfest für seine Mitglieder und deren Gäste und hofft auf starke Betheiligung. — Wir könnten nun noch einer Affaire, die sich zwischen einem Fortbildungsschüler und seinem Lehrer während des Unterrichts abspielte, erwähnen, um zu beweisen, wie man es versteht, die heranwachsende Jugend zu bilden, wir unterlassen dies aber aus dem einfachen Grunde, weil eine unparteiische Darstellung vielfach als Beleidigung aufgefaßt werden könnte, obwohl eine objektive Beurtheilung so manches Mißverhältniß ändern könnte. Anfügen wollen wir nur noch, daß der „renitente" Schüler zu 20 Stunden Haft verurtheilt wurde. Ob er sich bessern wird?

Kiel, 2. Juli. Durch Erkenntniß der Strafkammer zu Itzehoe wurde ich wegen wiederholter „Vergehen" gegen die öffentliche Ordnung (nach § 131), begangen in Eckernförde, Meldorf und Süderheistedt, zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die „Vergehen" sollen darin liegen, daß ich gelegentlich der Wahlagitation meine Ueberzeugung dahin aussprach: daß der Militarismus die Niederlage der deutschen Industrie mit veranlaßt habe; daß die dreijährige Dienstzeit zu lang sei und die Besoldung der Soldaten nicht hinreiche. Ferner wies ich auf die große Zahl der Selbstmörder beim stehenden Heere hin; dann zog ich auch einen Vergleich zwischen der geringen Zahl von Soldaten, die auf einen Unteroffizier, und der großen Zahl der Schüler, die in der Volksschule auf einen Lehrer kommen; auch die hohen Gehälter der Geistlichen gegenüber den Volksschullehrern gaben mir Anlaß, mich über die gedrückte Stellung der Letzteren auszusprechen. — Gegen das Erkenntniß legte ich Berufung ein. Es war deshalb am 17. Juni Termin vor dem Kieler Appellationsgericht, welches das Urtheil erster Instanz bestätigte. Auch gegen dieses Erkenntniß wurde auf Anrathen meines Anwalts die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt, da in dem Erkenntniß nirgends angegeben war, was für Staatseinrichtungen ich geschmäht, was für falsche Thatsachen ich behauptet hätte, und die Verurtheilung ganz allgemein begründet war. Das Resultat der Nichtigkeitsbeschwerde steht noch aus und werde ich dasselbe seinerzeit mittheilen.

St. Heinzel.

Parteigenossen und Parteifreunde Schleswig-Holsteins!

Das schon so lange gefühlte Bedürfniß des freisinnigen Theiles der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, eine Zeitung zu besitzen, wird endlich befriedigt!

Ueber die beiden Vorschläge, die Anfangs dieses Jahres im fünften Kreise einerseits und in Kiel andererseits gemacht wurden, um in jedem Kreise Zeitungen zu gründen, ist eine Vereinbarung auf der Parteiconferenz in Neumünster am 24. Juni erzielt worden. Vom 1. Oktbr. d. J. ab erscheint unter dem Namen: „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" das Blatt, welches die Interessen der Arbeiterpartei in der Provinz vertreten soll. Außerdem wurde als nothwendig anerkannt, daß, um diesem Unternehmen eine gute Grundlage zu geben, eine Genossenschaft gegründet werden müsse, deren Eigenthum das Blatt sein würde. Die Antheilscheine zu dieser Genossenschaft sind auf 6 Mark festgesetzt, damit es den Arbeitern, den Gewerbtreibenden und den kleinen Bauern möglich sei, sich an diesem Unternehmen zu betheiligen. Auf diese Weise wird dasselbe zu einem wirklichen Volksunternehmen. Dieser Zweck wird hoffentlich voll und ganz erreicht werden! Zu dieser Hoffnung berechtigt uns die schon gemachte Erfahrung in Heide, Itzehoe, Kellinghusen, Glückstadt, Wilster, St. Margarethen, Marne, Meldorf, Hemme, Lunden und deren umliegenden Ortschaften.

Arbeiter, Bürger und kleine Grundbesitzer haben sich rege an den Abonnements- und Antheilschein-Zeichnungen betheiligt, als es hieß, ein Blatt für den fünften Kreis und die angrenzenden Kreise zu schaffen. — An alle Diejenigen, welche schon derart gezeichnet haben, richtet die Commission jetzt das Ersuchen, diese Zeichnungen auch für das allgemeine schleswig-holsteinische Unternehmen gelten zu lassen — da es doch sehr schwierig gewesen sein würde, das betreffende Kreisblatt zu halten — und so den Parteigenossen und den Parteifreunden in den übrigen Städten und Dörfern Schleswig-Holsteins mit gutem Beispiel voranzugehen.

Parteigenossen und Parteifreunde in Kiel, Neumünster, Rendsburg, Preetz, Eutin, Neustadt, Oldenburg, Heiligenhafen, Segeberg, Altona, Ottensen, Pinneberg, Uetersen, Elmshorn, Krempe, Barmstedt, Schleswig, Flensburg, Tondern, Apenrade, Hadersleben, Husum, Tönning, sowie in allen übrigen Ortschaften, Ihr müßt Alle Agitatoren für das Blatt und für die Genossenschaft werden! Jeder Ort muß den andern zu überflügeln suchen. So nur wird und kann unser neues Organ wahrhaft voll und ganz seine Aufgabe erfüllen; so nur wird dasselbe ein tüchtiger Agitator und Vertheidiger für die heiligsten Rechte des Volkes sein können. Thue also Jeder seine volle Schuldigkeit, damit schon von vornherein die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" über eine, den Gegnern achtunggebietende Zahl von Abonnenten verfügt!

Also frisch an's Werk, die Zeit bis zum 1. Oktober ist kurz!

Abonnements- und Antheilschein-Formulare werden sofort versandt werden.

Da die Genossenschaft schon bis Ende dieses Monats (Juli) constituirt werden soll, so ist es nothwendig, daß bis zum 20., spätestens aber bis 25. Juli die Namen aller Derjenigen, die Antheilscheine gezeichnet haben, an den Unterzeichneten eingesandt werden, damit so die Commission annähernd einen Ueberblick über die Zahl der Genossenschafter erhält.

Ueber die Art der Einzahlung wird, wenn das Statut ausgearbeitet ist, nächstens berichtet werden.

Mit Gruß

J. A.: H. Walther,
Altona, Wilhelmstraße 59, 3. Etage.

Briefkasten

der Redaktion. Dr. K. in X.: Dank für die Auskunft. Gruß.

der Expedition. J. F. Jägerndorf: Mk. 10,00 Ab. erhalten. 5 Expl. Bw. kosten incl. Porto Mk. 7,55. Außerdem sind nicht 1,07 sondern 5,91 noch zu Ihren Lasten. Am 29. Mai an Lb für 4,56 Schriften gegangen, welche Ihnen wahrscheinlich außer Acht sind. Schriften an A. L. C. abgesandt. Neues von Krasser uns unbekannt. C.-Ztg. an die Redaktion besorgt. Gruß. — H. Köppel, Schwarzenbach a. S.: R.-W.-Hefte nehmen wir franco retour und berechnen wie geliefert. York's Photographie, Visitenkartenformat, haben wir auch. Leider unbrauchbar, da keine Orginalplatte existirt.

Quittung. Wfrlng hier Ab. 0,55. J. Frnz Jägerndorf Ab. 10,00. Krischmr Dortmund Ab. 0,70. Expedition der „Fackel" hier Ab. 108,60, Schr. 30,00. Dehm hier An. 3,00. Pdrn Admont Ab. 1,47. Hbzl Wien Ab. 4,89. Verein Del. Jetnota Wien Ab. 11.74. M. Sdrt Cassel Ab. 12,80. Slbrhrn Eßlingen Ab. 13,44, Schr. 1,40. Rfr Hanau Ab. 20,90. Pfrtschnr Hohenstein Ab. 42,00. Hngr Bern Ab. 2,50. Rchnfeld Bonyhad Ab. 3,20. Kisky Wien Ab. 1,60. Expedition der „Wahrheit" Breslau Ab. Schr. u. Druck 1800,00. Wndt Pnzln Ab. 2,30. Sbl Dortmund Ab. 6,80. Bb Wien Ab. 6,52. Frb Stadt-Ilm Schr. 3,25. Krnr Geldern Ab. 4,70. Bndr Bürgel Ab. 7,20. Tbrt hier Ab. 3,75. Grblr Neustadt Ab. 5,50. Srbrn Liège Ab. 4,04. Br hier Ab. 4,00. Ibsn Frankfurt Ann. 3,00. Gbn Mühlheim Ab. 15,00. A. Gb Hamburg f. H u. S Ab. 40,00. Pchlnr Judenburg Ab. 1,96. Frnhlz Leobersdorf Ab. 3,25. Thmnn Roßla Ab. 4,80.

Frankfurt a. M. Sonntag, den 15. Juli, findet das zweite Arbeiter-Waldfest in der Nähe des Forsthauses statt. (F. 122) (2a) [1,50

Gesinnungsgenossen von nah und fern sind freundlichst eingeladen.

J. A.: K. Ibsen.

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein. Dienstag, den 10. Juli, Abends 8½ Uhr, bei Hrn. Häbner, gr. Rosenstraße 37:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Der Arbeiter als Produzent im Verhältniß als Consument. G. Klaws. [70

Halle a. S. Sozialdemokratischer Wahlverein. Dienstag, den 10. d. Mts., Abends 8 Uhr, Gr. Wallstraße 24:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Einnahme der monatlichen Beiträge. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. (F 166) D. V. [70

Kiel. Vorläufige Anzeige des Arbeiter-Sängerbund. Sonntag, den 29. Juli:

Extrazug von Kiel nach Altona.

1,50] (F. 181) Das Comité.

Leipzig. Sonntag, den 15. Juli, findet in der Moritzburg in Gohlis ein vom Schneiderverein arrangirtes

Kränzchen der Schneidergehilfen

statt, wozu alle Collegen und Freunde zu zahlreicher Theilnahme einladet Das Comité.

Anfang 6 Uhr. [210

Osnabrück. Arbeiter-Wahlverein. Donnerstag, den 12. Juli, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemünze 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1) Vortrag. 2) Aufnahme neuer Mitglieder.

Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht [80

Der Vorstand.

Parteigenossen, welche in Fabriken arbeiten und sich einen reichlichen Nebenverdienst ohne Mühe und Auslagen verschaffen wollen, werden ersucht, ihre Adressen an die Expedition des „Vorwärts" einzusenden. (F. 219) [1,20

Wer Manuskript an die Redaktion des „Vorwärts" und der „Neuen Welt" schickt und, im Fall der Nichtannahme, Rücksendung verlangt, muß den Portobetrag einlegen, der, wenn er nicht zur Rücksendung gebraucht, für die Partei verwandt wird.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Ranfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 80. Mittwoch, 11. Juli. 1877.

Die Rothen wider die Blauen.

I.

Motto: „Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind."
Programm der „Sozial. Arbeiter-Partei Deutschlands".

Wohl können einzelne Personen aus der Bourgeoisie, so gut wie aus den altprivilegirten Ständen ausnahmsweise Sozialisten sein, ebenso wie im Jahre 1789 einige Hochadlige in Frankreich auf Seiten der liberalen und radikalen Bourgeoisie standen, während der Adel als Klasse auf's entschiedenste gegen diese Front machte; förmliche Parteien innerhalb der Bourgeoisie aber können nie eine gegenkapitalistische Richtung verfolgen, denn dieselbe steht im schroffsten Widerspruch mit dem Lebensprinzip und der gesellschaftlichen Grundlage der Bourgeoisie.

Deshalb gehört die sogenannte demokratische Partei, die „Volkspartei" oder besser gesagt, die Partei der „Frankfurter Zeitung" auch zu der „reaktionären Masse" — einzelne Leser dieses Blattes, ja selbst einzelne Mitarbeiter an demselben mögen eine Ausnahme bilden und der sozialistischen Richtung zuneigen oder derselben auch vollständig folgen.

Die Partei ist eine Bourgeoispartei, die „Frankfurter Zeitung" ist eine Bourgeoiszeitung.

Dürfen wir nun unter keinen Umständen mit einer solchen Partei zur Erringung von einzelnen Freiheiten zusammengehen?

Weshalb nicht? Aber die sozialistische Arbeiterpartei darf einer solchen Bourgeoispartei bei solchem Zusammenwirken niemals die Führung überlassen, sie darf einer solchen Partei nicht folgen, sich von ihr nicht gebrauchen lassen — das ist unwürdig und schädigt die Festigkeit innerhalb der Arbeiterpartei.

Und sind denn wirklich die einzelnen politischen Freiheiten so hoch anzuschlagen, um bei Erringung derselben nur einen Deut von den sozialistischen Prinzipien oder auch nur von der Parteiorganisation auf den Altar irgend einer Bourgeoispartei zu legen?

Ganz bestimmt nicht, weil sie nicht zur Erringung der vollen Freiheit führen können! Die Bourgeoisie hat in ihrer Jugendfrische, in ihrer Kraft, in ihrer Vollberechtigung den Militärstaat nicht brechen, sie hat nicht einmal völlig über das Mittelalter Herr werden können, und jetzt wo sie greisenhaft und altersschwach in allen Culturstaaten, in Frankreich geradezu kindisch, auftritt, wird es ihr nimmermehr gelingen, auch nur in Bezug auf die „Staatsform", noch weniger aber in Bezug auf das „Staatswesen" der Reaktion dauernd den Sieg zu entreißen.

Wir beharren deshalb mit ganzer Ueberzeugung auf unserem alten Standpunkt:

Nimmermehr wird in Europa eine politische Bewegung der sozialen Bahn brechen; sondern umgekehrt, nur durch die soziale Bewegung wird sich die politische Frage lösen!

Dies sehen übrigens auch die besseren Elemente, welche sich noch bei der radikalen Bourgeoisie befinden, immer mehr und mehr ein und deshalb erblicken wir mit Freuden, dieselben in großer Zahl dem sozialistischen Lager zueilen; die schwächeren Elemente schwenken nach rechts zu den Fortschrittlern, so daß immer größere Klarheit geschaffen und die Scheidung immer erkennbarer wird. Im großen sozial-politischen Kampfe wird bald nur noch der Kampfruf erschallen: Hie Kapitalmacht! Hie Recht der Arbeit!

Zur Bekämpfung einzelner reaktionärer Maßregeln der Regierung stimmen wir mit den Nationalliberalen, Fortschrittlern und dem Schweif derselben, den bürgerlichen Demokraten überein; wir geben uns denselben aber auch nicht für einen Augenblick gefangen, weil wir wohl wissen, daß sie unsere Todtfeinde sind, und daß die Verfolgungen unter Miquel, Bennigsen, Lasker und Richter 2c. 2c. gegen die Sozialdemokraten noch schärfer, noch raffinirter sein würden, als unter Bismarck-Eulenburg. Wie ist es den Sozialisten in Frankreich denn ergangen? So furchtbar, so treulos, wie 1848 die republikanische Bourgeoisie an den Pariser Proletariern, so rachsüchtig, so blutgierig, wie 1871 die radicale, republikanische Bourgeoisie gegen das Volk von Paris gewüthet hat, so hat niemals eine reaktionäre Regierung, so hat niemals die Aristokratie gegen das Bürgerthum oder gar gegen das arbeitende Volk gehandelt.

Auch mit den Schwarzen, den „Clericalen", stimmen wir dann überein, wenn sie durch den „Culturkampf" dazu gedrängt, der Regierung in einzelnen Fragen Opposition machen — und doch wissen wir, daß wenn die Schwarzen jemals ans Ruder kämen, die Gefängnisse für Aufnahme der Sozialisten nicht groß genug sein würden; auch wissen wir, daß wir, sollte es uns einfallen, zum Beispiel bei den Reichstagswahlen mit den Schwarzen einen Compromiß zu schließen, ganz bestimmt über's Ohr gehauen würden, schon aus dem einfachen Grunde, weil die kleinere aufstrebende Partei in dem Banne einer mächtigeren sich nicht entfalten kann und weil ferner das Vertrauen auf die eigene Kraft nach und nach völlig verloren geht.

Dies hätten vor allen Dingen auch die französischen Radikalen ins Auge fassen müssen, ehe sie den traurigen Beschluß faßten, sich dem linken Centrum und den Gambettisten zu überantworten; wie der „Kölnischen Zeitung" aus Paris geschrieben wird, haben die Intransigenten auch lange geschwankt, ehe sie sich über den unheilvollen Beschluß zu ihrem eigenen Verderben geeinigt — die Schwäche hat leider über das Prinzip gesiegt. —

Die „Frankfurter Zeitung" hat nun einen längeren Artikel gegen den Leitartikel des „Vorwärts": „Nieder mit der Republik" geschrieben, der sich gegen unsere Auffassung wendet und ausdrücklich nochmals den Beschluß der Radikalen in Frankreich beglückwünscht, bei den nächsten Wahlen vereinigt mit den Gambettisten und den Anhängern Thiers zu stimmen.

Der „Frankf. Ztg." nehmen wir ihren Standpunkt gar nicht übel; das haben wir auch ausdrücklich in dem von ihr angegriffenen Leitartikel gesagt — wir fanden ihren Standpunkt für sie ganz angemessen, nur nicht für uns — sie ist ein Bourgeoisblatt, sie will ein solches sein und muß demgemäß konsequent so auftreten, wie sie es in dieser Frage thut.

Auf den Artikel der „Frankf. Ztg." selbst werden wir in der nächsten Nummer des „Vorwärts" speziell eingehen; für heute möge die Erklärung genügen, daß wir wohl die Haltung der „Frankf. Ztg." in Bezug auf polizeiliche Bevormundungen, in Bezug auf die Beugung des Rechts und ferner auch in Hinsicht auf den Scheinliberalismus der Nationalliberalen zu würdigen wissen — — —

aber wir gehen weiter, wir müssen weiter gehen; wir bekämpfen auch die Polizeiwillkür und die Rechtsverletzungen, wir bekämpfen auch den Scheinliberalismus, aber wir bekämpfen in richtiger Folge gleichfalls den Scheindemokratismus, denn:

Die politische Freiheit ist eine Lüge ohne die soziale Gleichheit!

Das Ketzergericht in Berlin.

Wir leben jetzt in der Zeit der Verfolgungen. Ueberall, wo das herrschende System der Autorität und Menschenausbeutung sich durch die neuen, auf Herbeiführung freier und gerechter Staats- und Gesellschaftsverhältnisse hinzielenden Ideen bedroht fühlt, hat es gegen diese Ideen und deren Träger einen unerbittlichen, schonungslosen Kampf unternommen. In Frankreich die blutige Maiwoche, Satory, Caledonien, — in Rußland die Knute, der Kerker, Sibirien, — in Deutschland seit Jahren eine ununterbrochene Kette von Polizeimaßregelungen, Preßverfolgungen, kürzerer oder längerer Gefängnißstrafen wegen dieses oder jenes, durch die Gesetze erst geschaffenen politischen Vergehens und „Verbrechens".

Im Augenblick, wo wir dies schreiben, liegt die Bestätigung des Urtheils gegen Bahlteich vor uns. Achtzehn Monate Gefängniß! als Strafe für ein durchaus maßvolles, in einer Rede gefälltes Urtheil über ein nicht maßvolles richterliches Urtheil, das einen anderen Parteigenossen wegen einer einfachen Meinungsäußerung auf mehr als zwei Jahre seiner Freiheit beraubt hatte. Ein hartes juristisches Urtheil zur Sühne eines harten juristischen Urtheils!

Durch solche tägliche Erfahrung an die Wirkungen des Kriegszustandes gewöhnt, den der heutige Klassenstaat thatsächlich über uns verhängt hat, sind wir nicht in der Stimmung, haben wir nicht die Zeit, bei einzelnen Akten der Verfolgung zu verweilen, sie einer in's Detail gehenden Betrachtung zu unterwerfen. A la guerre comme à la guerre. Wir sind im Krieg, und wir acceptiren die Lage mit allen ihren Consequenzen, ohne ihr die geringste unserer Consequenzen zu opfern. Wir passen nur unsere Kampfweise den Verhältnissen an. Voilà tout. (Das ist Alles.) Als gute Soldaten richten wir unsere Vertheidigungsmittel nach den Angriffsmitteln der Gegner — und wir wissen auch, daß die beste Vertheidigung der Angriff ist.

Aber so sehr wir an Verfolgungen jeder Art gewöhnt sind, das Attentat gegen den freien Menschengeist, welches jetzt in Berlin verübt wird, ist so empörend, spricht so keck aller Vernunft und den Anschauungen jedes gebildeten Menschen Hohn, daß wir verpflichtet sind, laut Protest zu erheben.

Was dieses Attentat doppelt gehässig und verächtlich macht, ist der Umstand, daß es nicht von der Polizei, nicht von der Staatsbehörde ausgeht, sondern von einem Institut, welches berufen ist, die Wissenschaft zu pflegen, von Männern, welche sich für die privilegirten Hohenpriester der Wissenschaft ausgeben und bei dem leichtgläubigen Publikum auch dafür gelten.

Wie liegen die Dinge? Schälen wir aus dem Wust verwirrter und (theils mit Absicht) verwirrender Berichte den Kern der Wahrheit heraus.

Dühring, der auf verschiedenen Gebieten des Wissens Bemerkenswerthes geleistet hat, eine wissenschaftliche Kraft, die sich mit den Besten unserer Zunftgelehrten messen kann, ist seit Jahren als Privatdozent an der Berliner Universität thätig. Unabhängig, schroff, dem Alten feind, eine polemische Natur, paßt er nicht in die Universitätsschablone — er hat keine Professur erlangt, und ein Privatdozent ohne Connexionen, ohne Geld oder Gönner ist ein Pariah. Schon lange ist der am Thor stehende und an's Thor pochende, ihnen mindestens ebenbürtige Mann — deß sind sie sich wohl bewußt — den behaglich im „Tempel der Wissenschaft", im Allerheiligsten sitzenden Herren ein Dorn im Auge, eine Quelle von Verlegenheiten. Daß er da draußen stehen muß, ist eine Anklage gegen sie, gegen das von ihnen vertretene Universitätswesen.

Vor Jahren bereits suchte man sich seiner zu entledigen. Ein wissenschaftlicher Angriff auf einen Professor der Universität (Wagner) wurde zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens benützt; aber das Material reichte nicht aus, um die Entfernung des Mißliebigen von der Universität zu ermöglichen, man mußte sich mit einem Verweis begnügen.

Was damals mißlang, soll heute ausgeführt werden. Dühring hat neuerdings in zwei Schriften (die eine älteren Datums, aber vor Kurzem in zweiter, vermehrter Auflage erschienen) die Berliner Universitätszustände und einen Berliner Professor, den unzweifelhaft hochverdienten und auch von uns hochgeschätzten Helmholtz, in einer Weise kritisirt, welche den Zorn des Professorenthums erregt und den, sicherlich erwünschten Anlaß zur Einleitung eines neuen Disziplinarverfahrens, und diesmal mit besserer Aussicht auf Erfolg, geliefert haben. Die inkriminirten Aeußerungen enthalten bezüglich der Universitätszustände die lautere Wahrheit, und bezüglich des Professors Helmholtz höchstens einen kleinen Irrthum, insofern Helmholtz indirekt beschuldigt wird, die Entdeckung Meyer's todtgeschwiegen zu haben, was nach den uns vorliegenden Beweisstücken allerdings nicht der Fall gewesen zu sein scheint.

Aber zugegeben, es war ein Irrthum, ist denn ein Irrthum ein Verbrechen? Können Männer der Wissenschaft einen Irrthum zum Verbrechen stempeln? Weiß nicht jeder Quartaner, daß der Weg zur Wissenschaft mit Irrthümern gepflastert ist? Wenn Jedem, der Irrthümer begeht, die Hallen der Wissenschaft verschlossen sein sollen, dann werden sie stets unbewohnt sein.

„Doch", sagen uns die Berliner Professoren, „nicht was Dühring gegen uns geschrieben hat, sondern wie er es geschrieben hat, veranlaßt uns zum Einschreiten, verpflichtet uns dazu. „Warum ist er so persönlich geworden? Die Freiheit der Wissenschaft ist uns heilig, es fällt uns nicht ein, sie antasten zu wollen, bewahre! Die Würde der Wissenschaft ist es, worum es sich handelt und wofür wir, die privilegirten Hohenpriester der Wissenschaft, in ihrem, der Wissenschaft, Namen, zu ihren, der Wissenschaft, Ehren eintreten und einzutreten haben."

Heuchlerische Sophisterei! Die Würde der Wissenschaft wird am besten dadurch gewahrt, daß man die Zwecke der Wissenschaft fördert, den Kreis des Wissens ausdehnt, — und das hat Dühring so wirksam gethan, wie kaum Einer der Ketzerrichter. Und das Wie? des Schreibens, die Form, der Ton, — das Persönliche der Angriffe — das Alles sind Dinge, welche die Berliner Professoren, als Vertreter der Wissenschaft, absolut nichts angehen. Jeder schreibt so, wie es seiner Natur entspricht. ~~Le style c'est l'homme.~~ Männer schreiben wie Männer, Eunuchen wie Eunuchen. Dühring hat seinen Stil, und den haben die Berliner Professoren ihm zu lassen. Wer soll darüber entscheiden, ob der „Ton" einer Schrift der passende ist oder nicht? Dem Einen ist Das passend und unpassend, dem Andern Jenes. Das ist eben Geschmackssache, und wenn das Kriterium des persönlichen Beliebens aufgestellt wird, kommen wir in die reinste Willkür. Die Berliner Professoren, die sich vor der kräftigen Sprache Dühring's entsetzen, mögen einmal Lessing und Göthe studiren, die doch wohl in puncto der deutschen Sprache und dessen, was sich in ihr schickt, mindestens so große Autoritäten sind, wie die Berliner Herren Professoren.

„Ja, wenn er nur nicht so persönlich geworden wäre!"

Was heißt „persönlich"? Kann man Person und Sache von einander trennen? Haben die größten Sprach- und Stilmeister es gethan? Lutzer? Lessing? Göthe? Wer gegen falsche Ideen, gegen verrottete Zustände ankämpft, muß deren Träger angreifen.

„Zugegeben, aber es ist doch eine Grenze —"

Eine Grenze? Wer soll die Grenzlinie ziehen? Dem Einen scheint Dieses erlaubt, dem Andern Jenes. Wir kommen wieder in die reine Willkür. Der Herr Professor ist tolerant — er findet nichts Schlimmes an einer persönlichen Bemerkung. Die Frau Professorin denkt anders, sie ist empfindlicher; und, sollte die Frau Professorin tolerant sein, dann findet vielleicht die Köchin des Herrn oder der Frau Professor die Aeußerung unanständig und — das Ketzergericht ist fertig!

Nein, Ihr Herren! Weg mit der Maske: „Würde der Wissenschaft". Jämmerliche Flausen. Ihr vergreift Euch an der Freiheit der Wissenschaft, die Eurer Obhut anvertraut ist. Ihr schändet den „Tempel der Wissenschaft", den Ihr zu behüten habt —

Ihr begeht ein Sacrilegium.

Die Freiheit ist untheilbar. Entweder ist sie ganz, oder sie ist überhaupt nicht. Jeder Versuch, sei es unter welchem Aushängeschild es wolle, die Freiheit zu beschränken, die sogenannten „Auswüchse" zu entfernen, die „Ausartung" der Freiheit in „Zügellosigkeit" zu verhindern, sind und bleiben Attentate auf die Freiheit, auf den Menschengeist.

Genug. Nur noch ein Wort.

Die Person liegt in dieser Frage für uns völlig aus dem Spiel. Wäre ein Treitschke das Opfer, wir würden mit gleicher Energie für ihn eintreten. Der „Vorwärts", in dessen Spalten die Schriften Dühring's zum erstenmal einer umfassenden wissenschaftlichen Kritik, die wahrhaftig keine lobende ist, unterzogen worden sind, und der in dieser Kritik in der demnächst herausgegebenen wissenschaftlichen Beilage fortfahren wird, kann dem Verdacht persönlicher Parteilichkeit für Dühring unmöglich ausgesetzt sein — wir stehen ausschließlich auf dem Boden des Prinzips, wir urtheilen nicht nach Sympathien und Antipathien, wir urtheilen durchaus objektiv nach Pflicht und Gewissen, und wir gelangen nach kühler Erwägung zu dem Schluß: das Berliner Ketzergericht ist eine Schande für die Berliner Professoren, ist eine Schande für die Berliner Universität, ist eine Schande für das ganze deutsche Universitätswesen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Situation schreibt man uns: Hochkomisch ist's, wie unsere Rubelpresse das Fell der Türkei schon verkauft, und wie das Petersburger Preßbureau den Oesterreichern sagen läßt, die russische Regierung hätte ihnen durch Nichtbetreten serbischen Bodens einen außerordentlichen Dienst geleistet und könne nun doch wohl auf Gegendienste rechnen. Das Fell ist noch nicht abgezogen, wohl aber ist ein Fell schon gegerbt worden, und zwar nicht das der Türkei. Gesündere Schläge, als die Russen in Asien bekommen haben, sind ihnen noch nie zu Theil geworden, und wohlgemerkt: die kaukasische Armee, welche den unglücklichen Feldzug in Armenien führt, ist oder war die beste russische Armee. Ehe sich dort das Blättchen gewandt — war von unserer Rubelpresse nicht bereits Erzerum zum Frühstück verspeist, mit Konstantinopel, das „natürlich" von Asien aus genommen würde, als zweiten Frühstück? Und nun sind es die Herren Russen, die auf allen Punkten geklopft sind, in ihrem eignen Land bedroht werden und bereits eine Provinz, und zwar eine sehr wichtige, die ein tüchtig Stück Land in Europa aufwiegt: den Kaukasus verloren haben. Ist es Tollhäuselei oder was ist es, daß man unter solchen Verhältnissen von „Entmuthigung" in Konstantinopel, von einer Neigung der Türken, Hals über Kopf mit den Russen Frieden zu schließen, gegen die auf die Dauer ja doch kein Widerstand möglich, spricht? Ja, „Väterchen" würde sehr gern Frieden machen, und — sich ihn einen hohen Preis kosten lassen. Aber die Türken müßten ja geradezu verrückt sein. Ihre schlechteste Armee hat in Asien die beste russische Armee geschlagen, wird ihre beste Armee vor den Russen ausreißen? Der Donauübergang scheint manchen Leuten den Kopf verrückt zu haben. Zum Theil — in der Dobrutscha — war es bloß ein militärisches Schauspiel von höchst zweifelhaftem praktischen Werth, und zum anderen Theil ist er nur sehr unvollständig gelungen. Uebrigens konnte die türkische Armee unmöglich die riesige Donaulinie so besetzen, daß ernstliche, mit einigem Geschick gemachte Uebergangsversuche einer halbwegs genügenden und tüchtigen Armee vereitelt werden mußten. Eine manövrirfähige Armee wie die deutsche wäre schon vor 6 Wochen über die Donau gekommen. Genug: die Russen sind über die Donau und nun fängt der Krieg in Europa erst an. Wir können das Ende nicht voraussehen, aber so viel steht fest, bei den vorzüglichen militärischen Eigenschaften, welche die türkischen Truppen in Asien gezeigt haben, und bei den kolossalen Vortheilen, die den Türken ihre Festungen, der Balkan und das Klima bieten, kann man die Aussichten der Türken nicht als ungünstige oder gar hoffnungslose bezeichnen.

Und nun zu dem Bramarbasiren der russischen „Federbanditen" gegen Oesterreich. Rußland soll sich den Oesterreichern gnädig erwiesen haben! Eil hat dieses Volk denn nie auf eine Landkarte geluckt? Sieht es nicht, daß die russische Armee in Rumänien und der Bulgarei wie in einem Sack sitzt, den Oesterreich jeden Augenblick zumachen kann? Gnädig ist man allerdings gewesen, jedoch nicht auf russischer Seite. Blos der Gnade und Langmuth Oesterreichs (das gewissen Leuten nicht traut) verdankt Rußland, daß es überhaupt den Pruth überschreiten konnte. Und da thut man noch hochnäsig in Petersburg? Nun, man wird wohl von dem hohen Pferd noch herunterkommen. Die österreichische Regierung wartet jetzt die nächsten Ereignisse in Bulgarien ab. Zeigt sich, daß die Russen besorgt und aufgehoben sind, dann gut — im anderen Fall wird die österreichische Neutralität die längste Zeit gedauert haben, und selbst die Furcht vor den gewissen Leuten in — Berlin oder Varzin nicht vorhalten. Erringen die Russen entscheidende militärische Erfolge, dann ist es mit der „Lokalisirung des Kriegs" vorbei; werden sie dagegen geklopft oder festgenagelt, dann haben die übrigen Mächte keine Veranlassung sich einzumischen.

— Mit dem Liberalismus und seiner Gesetzgebung geht es mit Riesenschritten abwärts. Aus dem Lager des Liberalismus selbst ertönt in der „Itzehoer Zeitung" folgendes Verdammungsurtheil:

„Allenthalben hört man darüber klagen, daß unsere Gesetze nicht verständlich, und daß sie nach jeder Richtung hin weder einfach, noch logisch, ja theilweise auch nicht zeitgemäß seien. Die Form und Sprache derselben ist in einer Weise abgefaßt worden, die es Jedem, der nicht Rechtsgelehrter ist, geradezu unmöglich macht, diesen Bombast zu verstehen, und bei der Masse der Gesetze weiß heute faktisch fast Niemand mehr, was überhaupt zu Recht besteht, und selbst die Rechtsanwalte sind häufig genug in Verlegenheit darüber, ob eine Verordnung Gültigkeit hat, oder ob sie bereits aufgehoben ist. Der einfache, natürliche Rechtsboden scheint geradezu für unsere Gesetze verloren zu sein, worin für alle Zeiten die mosaische Gesetzgebung ein mustergültiges Beispiel sein wird. Dazu kommt die Hast, mit der immerfort umgeändert wird in der Gesetzgebung, so daß daraus unbehagliche Zustände entstehen."

Und da will man noch über Massenverwilderung sprechen, da will man der Sozialdemokratie Schuld daran geben, daß das Rechtsgefühl im Volke schwinde? Pfui über solche Perfidie, die eigene Schuld andern aufbürden zu wollen.

— Aus Paris wird uns geschrieben: Die Haltung des „Vorwärts" in Bezug auf die Krisis in Frankreich hat hier vielfach Anstoß erregt, und ich selbst glaube nicht, daß dieselbe der Sachlage entspricht. Es ist wahr (!), der Conflikt zwischen Mac Mahon und den „Republikanern" geht die Arbeiter zunächst nichts an; das wissen diese auch (!) und sagen: A vous maintenant, M. M. les bourgeois, faites votre jeu! (Jetzt ist an Euch die Reihe, Ihr Herren Bourgeois! macht Euer Spiel!) Aber, wenn es zum Klappen kommt, werden die Arbeiter doch nicht neutral bleiben. Politische Neutralität beim Kampf ist für den französischen, namentlich den Pariser Arbeiter, einfach undenkbar*) Uebrigens ist es auch für die Entwickelung Frankreichs von der höchsten Wichtigkeit, daß die jetzige Pause bis zur nächsten Arbeiterbewegung unter dem Regime einer bürgerlichen Republik vorgeht, wo die Gambetta und Compagnie sich blamiren,**) statt, wie bisher, unter imperialistischem Druck, wo sie wieder populär werden und am Tage des Losbruchs wieder an die Spitze treten; daß endlich der in Frankreich sinnlos gewordene Streit um die Staatsform aufhört und die Republik als das erscheint, was sie ist: die klassische Form der Bourgeoisherrschaft und zugleich die ihrer hereinbrechenden Auflösung.***) Uebrigens würde der Sieg der Reaktion in Frankreich auch nicht ohne schlimme Wirkungen auf Deutschland sein.†)

— Ein Erfolg des „Baron" Krupp, — und einer, auf den er sicherlich nicht gerechnet hat. Die Kapuzinaden des genannten Ehrenmanns über und gegen die deutschen Sozialdemokraten haben auf das Hauptorgan der englischen Gewerkvereine (Hören Sie, Herr Hirsch? Und — es ist doch eine gefällige „Nachbarin" mit einem „Fläschchen" zur Hand?) einen so überwältigenden Eindruck hervorgebracht, daß sich dasselbe in einem langen Artikel von Lloyd Jones für den Sozialismus erklärt (s. „Industriel Review" vom 23. Juni). „Wenn die Gegner der deutschen Sozialdemokraten dieselben nicht anders bekämpfen können, und auf solche (wie sollen wir uns doch gleich ausdrücken, um nicht unparlamentarisch zu werden? auf solches) — Behauptungen und Gründe angewiesen sind, wie der „Baron" Krupp, dann müssen die deutschen Sozialdemokraten ganz fixe und ordentliche Kerle sein", so argumentirt das englische Gewerkschaftsorgan, und „es ist Logik" darin, wenn auch unser „Baron" nicht im Stande sein wird, sie zu begreifen. Hoffentlich erläßt er bald wieder einen „Ukas" und setzt das Geschäft regelmäßig fort, dann wird die, jetzt allerdings blos vorübergehende, Bekehrung des englischen Gewerkschaftsorgans eine dauernde sein. Es geht nichts über unsere Freunde — wider Wissen und Willen!

— Haussuchung in Sachen Dühring's. In der Expedition und Druckerei der „Berliner Freien Presse" erschienen am 6. d. M. ein Criminalkommissar mit nur drei Assistenten, um das Manuskript des staats- und gesellschaftsgefährdenden „Aufrufs Berliner Studirender an die Studirenden Deutschlands" zu erhaschen. Dieser Aufruf fordert in energischer Weise alle Studenten auf, gegen die beabsichtigte Remotion Dühring's zu protestiren. Selbstverständlich war die Recherche vergeblich, obgleich selbst die Setzerlehrlinge mit inquisitorischen Fragen bedacht wurden. Dagegen gelang es durch Haussuchung bei den Mitgliedern des Berliner Dühring-Comités eine unbedeutende Anzahl von Exemplaren zu beschlagnahmen. Das Comité hatte, wie wir von gut unterrichteter Seite hören, es sich angelegen sein lassen, den Aufruf selbst erst in einigen 20,000 Exemplaren auf allen Universitäten zu verbreiten, ehe der Presse irgend eine Notiz zuging.

— Die Belagerung von Kars durch die Russen ist aufgehoben; die asiatische Türkei ist fast ganz von den Feinden geräumt. Der Aufstand im Kaukasus ist im Wachsen, so daß den Russen, die eine Provinz erobern wollen, in Asien eine Provinz verloren gehen kann. An der Donau haben sich die Verhältnisse gleichfalls günstig für die Türkei gestaltet.

*) Mag sein; deshalb konnten wir aber immerhin erklären, daß die Neutralität für die Arbeiter in diesem Falle, wo die Bourgeois gegenseitig ihr Spiel verspielen mögen, das Beste sei. Red. d. V.

**) Uns will diese „Bosheitspolitik" nicht einleuchten — der schlaue Gambetta hat schon so Manchem Sand in die Augen gestreut, er würde dies jedenfalls und für längere Zeit noch besser verstehen, wenn er mit seinen Genossen am Ruder wäre. R. d. V.

***) Wir können uns in keiner Weise für irgend eine Staatsform begeistern; glaubt aber der Einsender, daß in der republikanischen Staatsform sich die Auflösung der Bourgeoisherrschaft schneller vollziehe, so haben wir nichts dagegen — die „Frankfurter Zeitung" mag sich für ein solches Compliment dieser „Staatsform" bei dem Einsender bedanken. R. d. V.

†) Bismarck denkt von seinem Standpunkte ebenso, er steht auf Seiten der Thiers', Gambetta's ꝛc. ꝛc. — Im Uebrigen wendet sich die Einsendung durchaus nicht gegen die Grundanschauungen, die wir in Bezug auf die Bourgeoisrepublik und die Entwickelung Frankreichs vertreten, sondern nur gegen den Weg — die Wege sind eben verschieden und Jeder — der Einsender sowohl, als wir — kann sich dabei irren. R. d. V.

— In Bezug auf die Liebknecht betreffende Notiz in der Nr. 77 des „Vorwärts" befindlichen Berichtigung Dr. Specht's sind wir von Liebknecht, den wir bei einem Besuch darauf aufmerksam machten, ersucht worden, zu erklären, daß er Würkert stets für einen Sozialdemokraten gehalten und an dessen Thätigkeit höchstens das Wirken auf sog. „freireligiösem" Gebiet mißbilligt hat, was ihn jedoch nie hinderte, Würkert als Charakter und Menschenfreund im edelsten Sinne des Worts hochzuschätzen.

An die Partei- und Gesinnungsgenossen.

Auf Beschluß des Central-Wahlcomité's sind die beiden bisherigen stabilen Agitatoren Julius Scheil in Bremerhafen und J. Kuhl in Dortmund von der Agitation enthoben. Die Parteigenossen allerorts werden ersucht, an die genannten Herren keinerlei Anforderungen in Bezug auf Agitation mehr zu stellen, da dieselben eine Entschädigung nicht mehr erhalten und in keinerlei Verhältniß zum Central-Wahlcomité mehr stehen.

Hamburg, den 6. Juli 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Das Central-Wahlcomité Deutschlands.

Auer. Brasch. Derossi. Geib.
Hartmann.

An die Partei- und Gesinnungsgenossen des Wahlkreises Offenbach a. M.-Dieburg.

Durch Beschluß des Congresses in Gotha ist dem Central-Wahlcomité die Regelung der Angelegenheit W. Wolf's übertragen.

Wir haben nun angeordnet, daß am **Sonntag, den 15. Juli**, Nachmittags 2 Uhr, eine Conferenz im Gasthaus zum „Deutschen Haus" in **Klein-Krotzenburg** stattfindet.

Wir ersuchen nun die Genossen der betreffenden Orte, Delegirte zur Conferenz zu senden.

Als Vertreter des Central-Wahlcomité's wird Genosse August Dreesbach aus Mannheim auf der Conferenz erscheinen.

Hamburg, den 6. Juli 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.: C. Derossi. J. Auer.
Pferdemarkt 37.

Thiers.

I.

(Leuchtkugeln vom 1. Juni 1873.)

Schmachvoll und feig vom Platze mußt' er weichen,
Der Frankreichs Retter sich ruhmredend nannte,
Der vor dem Sturz noch prahlend es bekannte,
Wie er emporstieg über Haufen Leichen.

Ein Blutbad war es, wahrhaft ohne Gleichen,
Die Wuth sich gegen Frau'n und Kinder wandte,
Partei der Ordnung sich die Bande nannte,
Das Volk zu knechten, sie die Hand sich reichen.

Jetzt kommt der Streit; die Beute gilt's zu theilen.
Die Rache ist gerecht, wir sehn die Stunde
Schon der Vergeltung immer schneller nahn.

Meinst du, das Volk wird dir zu Hülfe eilen?
Uns freut, daß Jeder dieser Lumpenhunde
Doch schließlich wird vom Andern abgethan.

1877.

II.

Es kommt, so wie wir prophezeit,
Es schlägt der Rache Stunde,
Denkt an den Mai — sechs Jahre sind's —
Das Volk fühlt seine Wunde,
Es fühlt die Wunden, die ihr ihm schlugt,
Und die Waisen und Wittwen klagen,
Denen den Vater und Denen den Mann
Ihr ruchlos habt erschlagen.

Jetzt wendet an's Volk euch, es wendet sich ab,
So viel ihr auch locket und schmeichelt,
Es kennt eure Freiheitsphrasen bereits
Und weiß, daß sie geheuchelt.
Und ließe sich wo auch noch Wer im Volk
Von eurem Truge bethören,
Von Satory steigen die Geister empor
Und lassen den Warnruf hören:

„Rührt keine Hand! Uns're Schlächter sind
Nicht, die sich zur Knechtschaft bekennen;
Uns mordeten sie, die heute sich
Der Freiheit Kämpfer nennen.

Die Sippe Mac Mahon's und die ihr vereint,
Sind der Despotie Vertreter,
Die Gambetta jedoch, die Favre, Thiers,
Sie sind der Freiheit Verräther."

„Die Maske herunter von dem Gesicht,
Sie sei den Verräthern gerissen;
Vor dem Gelichter der Mac Mahon's
Wir werden zu schützen uns wissen."
So ertönt aus der Gruft der Ruf Delescluze's;
Der Verrath erheischet die Sühne,
Bis der Henker Henkersknechte vertreibt
Die wiedererstand'ne Commune.

(Braunschweiger Leuchtkugeln.)

In eigener Sache.

Die „Magdeburger Zeitung" bringt folgenden Artikel:

„Die Sozialdemokraten fangen doch allgemach an, für ihr Hauptorgan, den „Volksstaat", über dessen unpopuläre Haltung in Arbeiterkreisen schon oft, zuletzt noch auf dem Gothaer Congresse geklagt ist, besorgt zu werden. Anders läßt es sich wenigstens nicht erklären, wenn heute an der Spitze des Blattes eine von dem „Central-Wahlcomité Deutschland" (Auer, Brasch, Derossi, Geib, Hartmann) unterzeichnete Aufforderung erscheint, worin „jedem einzelnen Parteigenossen" zur „Pflicht" gemacht wird, das Centralorgan selbst zu lesen und zu verbreiten. Nur durch Erfüllung dieser Pflicht könne ein Anrecht auf die direkte Zugehörigkeit zur Partei begründet werden. Jedenfalls müsse allen Sozialdemokraten der „Vorwärts" höher stehen, als die Lokalblätter. Man wird wohl nicht fehl gehen, wenn man dieses Avis als speziell noch an die Verehrer Hasselmann's und seiner „Rothen Fahne" gerichtet ansieht. Uebrigens pflegen solche Aufrufe den Anfang vom Ende zu bedeuten, mindestens aber den Beweis zu geben, daß das betr. Blatt sehr hilfsbedürftig ist."

Hierzu bemerkt unser Braunschweiger Parteiorgan:

„Die „Magdeburger Zeitung" hatte einen eigenen Berichterstatter auf dem Congreß und, wir müssen es anerkennen, sie berichtete ziemlich objektiv über die Congreßverhandlungen. Aber was hilft es? Sie hat sich genau unterrichten, sie hat vor allen Dingen sehen können, wie von unserer Seite die Dinge, über welche bei anderen Parteien ein Schleier gedeckt zu werden pflegt, ganz ungenirt vor Aller Augen behandelt werden. Von liberalen Blättern selbst wurde dieses hervorgehoben. Wo ist eine Partei, die ihre innersten Angelegenheiten so öffentlich vor ihren Gegnern bespricht?

„Aber was hilft es unseren Gegnern? Diejenigen unserer Genossen, (es waren diese auf dem letzten Congreß nur eine winzige Minderheit), welche unsere Gegner ausgeschlossen wissen wollten, können sich der Furcht begeben, daß dieselben durch die Kenntniß unserer Schlachtpläne belehrt, ihrerseits bessere Kampfmittel in die Hände bekämen. Dazu sind unsere Gegner zu verblendet.

„Daß die „Magdeburger Zeitung" Eingangs ihres Artikels vom „Volksstaat" spricht, ist ein einfacher Flüchtigkeitsfehler, denn sie gibt später den richtigen Namen unseres Centralorgans „Vorwärts" an.

„Die „Magdeburger Zeitung" schließt auf ein Rückgehen des „Vorwärts" und führt als Beweis dafür die Aufforderung des Central-Wahlcomités an. Sie betrachtet den Aufruf als einen Nothschrei. Der „Vorwärts" soll hilfsbedürftig und die Unpopularität, über welche geklagt wird, soll schuld daran sein! Nun, wenn sich Klagen über Unpopularität des „Vorwärts" erhoben, so waren diese am stärksten, so lange wenige andere sozialdemokratische Blätter bestanden, welche die Lokalbedürfnisse befriedigten. Je mehr Lokalblätter entstanden, um so mehr schwanden die Klagen. Was den letzten Gothaer Congreß aber anbetrifft, so richtete die Beschwerde über das Parteiorgan sich nur auf einen Punkt, auf die Artikel von Engels gegen Dühring, welche allerdings aus dem Rahmen eines sozialpolitischen Parteiblattes, selbst wenn dasselbe den höchsten Maßstab an sich anlegt, heraustreten. Selbst unter wissenschaftlich gebildeten Leuten werden diese Aufsätze nur den Wenigen verständlich, welche mit dem Rüstzeug aus dem philosophischen Fakultätarsenal versehen sind. Daß für ein zu weites Ausdehnen derartiger Kämpfe im „Vorwärts" eine levis nota, eine kleine Rüge gegeben wird, und daß die „Magdeburger Zeitung" hieraus Kapital zu schlagen glaubt, zeigt eben von ihrem mangelnden Verständniß unserer Bewegung. Mag doch die „Magdeburger Zeitung" uns eine ihrer Colleginnen nennen, welche Artikel so schweren Kalibers, wie es die Engels'schen sind, und wenn sie auch von ihrem eigenen Standpunkte aus geschrieben sind, aufnehmen würden. Daß sich im Raume eines Blattes die verschiedensten Dinge stoßen, ist natürlich und in dieser Hinsicht ist von Jahr zu Jahr weitere Hilfe gekommen. Die Gewerkschaften haben ihre eigenen Organe, mehr und mehr vergrößert sich die Zahl der Lokalblätter, der belletristischen und belehrend-unterhaltenden Lektüre ist ein Organ geschaffen in der „Neuen Welt" und — für Er-

Die Verurtheilung Vahlteich's.

Als vor einigen Monaten die Nachricht in die Oeffentlichkeit drang, Vahlteich sei vom Schöffengericht zu Mittweida wegen „Majestäts- und Richterbeleidigung" zu ein und einem halben Jahre Gefängniß verurtheilt worden, da ging durch weite Kreise ein Gefühl der Unbehaglichkeit, um nicht zu sagen der Entrüstung. Denn was bei dieser harten Verurtheilung noch besonders auffiel, war der Umstand, daß Vahlteich auf eine Aeußerung hin verurtheilt worden war, die zu bestreiten er keine Veranlassung nahm. Er hatte die Seitens der Beamten denunzirte Aeußerung ohne weiteres zugegeben, und damit deutlich dargethan, daß er dieselbe für durchaus unverfänglich hielt und die Absicht zu beleidigen nicht gehabt hatte.

Und es waren nicht blos Laienkreise, die über das Mittweidaer Urtheil verdutzt waren. Ein Dresdner fortschrittliches Blatt erklärte, daß man in juristischen Kreisen Dresdens sich über das Urtheil „entsetzt" habe. Wir selbst hörten Urtheile von Juristen, die unserer Parteirichtung sehr fern stehen, die eine Bestätigung dieses Urtheils durch das Ober-Appellationsgericht für unmöglich hielten, und die ganz entrüstet waren, als wir uns erlaubten darüber unsern Zweifel auszusprechen und darauf hinzuweisen, daß die Sozial-Demokratie sich auch auf das „unmöglich" Scheinende gefaßt machen müsse.

Was Viele und Berufene für „unmöglich" erklärten, ist wahr geworden. Wir haben leider mit unserem Zweifel recht behalten. Das Dresdner Oberappellationsgericht hat das Urtheil der ersten Instanz bestätigt und es ist damit in die Fußstapfen des so vielfach wegen ähnlicher Urtheile angegriffenen preußischen Obertribunals getreten. Das Wort: „Es giebt noch Richter in Berlin" läßt sich jetzt ergänzen und muß lauten: „Es giebt noch Richter in Dresden."

Es mag Manchem schwer fallen, sich in dem wirklichen Stand der Dinge zurecht zu finden, namentlich wenn er erst kürzlich las, daß in Sachen des Prozesses Birey das Ober-Appellationsgericht in Dresden in Bezug auf den Beruf der Presse ein sehr freisinnig klingendes Urtheil abgegeben — im graden Gegensatz zum preußischen Obertribunal, wie die „Frankf. Ztg." glaubte mit Genugthuung hervorheben zu müssen — und daß es die wegen Bismarckbeleidigung erkannte Strafe von 4 auf 2 Monate herabgesetzt hat. Mancher erinnerte sich vielleicht auch, wie das Oberappellationsgericht vor einigen Jahren einen hohen ultramontanen Geistlichen, der wegen großartiger Betrügereien vom Schwurgericht zu sechs Jahren Zuchthaus verurtheilt war, diese in sechs Jahre Gefängniß umgewandelt hatte.

Doch mit solchen Reminiscenzen wird das Geschehene nicht ungeschehen gemacht. Die Sozialdemokratie darf sich am allerwenigsten über das, was ist, täuschen, und so wollen wir auch gar nicht anstehen, zu erklären, daß wir in der Bestätigung des Urtheils gegen Vahlteich ein sehr deutliches Symptom des Geistes erkennen, der alle der Sozialdemokratie feindlichen Kreise durchdrungen hat.

Auch die Richter sind Menschen. Sie sind mit Vorurtheilen und Schwächen behaftet so gut wie Andere. Auch der Richter ist, und um so höher er steht und je älter er ist umsomehr, unter bestimmten politischen und sozialen Anschauungen, die wir als Vorurtheile bezeichnen dürfen, aufgewachsen. Soll nun das fortgesetzte Hetzen, Lügen und Verleumden gegen die Sozialdemokratie, das diejenige Presse Tag für Tag ins Werk setzt, auf deren Urtheil in politischen Dingen es so gut wie Andere jeiner Gesellschaftsklasse hört, auf ihn ohne Einwirkung bleiben?

Er sieht in dem Sozialdemokraten einen Staats- und Gesellschaftsfeind, einen Feind derjenigen Einrichtungen, die er für die besten anerkennt, weil sie seinem Vourtheil und Interesse entsprechen. Einen solchen Menschen zu bestrafen, schwer zu bestrafen, scheint ihm ein Verdienst, und er irrt sich in dieser Ansicht insofern nicht, als er auf den Beifall aller Derer rechnen kann, auf deren Urtheil und Beifall etwas zu geben er gewöhnt ist.

So wird der Richter nur allzuoft und ohne es vielleicht selbst zu wissen zum Parteimann. Und während der Meineidige, der Dieb und Betrüger, ja selbst der gemeine Mörder auf ein objektives, leidenschaftsloses Urtheil rechnen kann, ist der sogenannte politische „Verbrecher" von den Strömungen abhängig, die durch diejenigen, welche die sogenannte öffentliche Meinung fabriziren, bis in die Richterkreise getragen werden.

In dem Maße wie die feindselige Gesinnung der herrschenden Klasse gegen die Sozialdemokratie zunimmt, darf sich die letztere, so weit sie in ihren Gliedern vor die Gerichtsschranken gezogen wird, auf immer härtere Verurtheilungen gefaßt machen. Ist es nun gar der oberste Gerichtshof eines Landes, welcher durch die Härte seiner Urtheile sich auszeichnet, so ist die Folge, daß die vorhandene, oben gekennzeichnete Stimmung, bei den unteren Gerichten noch in höherem Grade als bisher hervortritt. Und es werden die Gerichte durch harte Urtheile sich besonders auszeichnen, deren einzelne Glieder in ihrem gesellschaftlichen Verkehr durch die Kleinheit oder die sonstige Beschaffenheit des Orts auf die eigentlichen Bourgeoiskreise, und speziell die Fabrikantenkreise, angewiesen sind.

Es ließe sich diese unsere Behauptung durch naheliegende Beispiele vielfach beweisen. Intimer gesellschaftlicher Verkehr, Verheirathungen u. dgl. spielen auch bei dem Denken und Empfinden eines Richters eine Rolle, das hat Mancher für Volkswohl und Menschenwürde Begeisterte mit vielmonatlichem Kerker schon büßen müssen und Viele werden es noch büßen.

So unerfreulich diese Erscheinung für die verfolgte Partei nach einer Richtung ist, nach einer andern ist sie ein erfreuliches Zeichen. Sie beweist, daß die herrschende Gesellschaft in der Zersetzung begriffen ist, daß ihr nach ihrer eigenen Erkenntniß kein anderes Mittel mehr bleibt als gewaltsame, rücksichtsloseste Unterdrückung.

Die Unterdrückung schafft Opfer und die Opfer werden Märtyrer. Die Märtyrer aber zeugen immer neue Anhänger, bis die verfolgte Partei als die siegende fröhlich ihr Banner entfaltet.

Möge Vahlteich, wie so mancher Andere, der mit ihm das gleiche Loos theilt, die Gefängnißthüren hinter sich verschließen lassen, die Zeit kommt, rascher vielleicht als unsere Feinde denken, wo auch die Gefängnißmauern in den Staub sinken und Urtheile, wie das des Mittweidaer Schöffengerichts und des sächsischen Oberappellationsgerichts zu den Unmöglichkeiten gehören.

Correspondenzen.

Aus Schleswig-Holstein. Die Arbeiterpartei ist wieder die erste auf dem Plan nach der so bewegten Zeit der Wahl. Die allgemeine Niederlage, denn so müssen wir es nennen, obgleich die Stimmenzahl für unsere Candidaten fast dieselbe Höhe von 1874 erreichte, hat uns nicht entmuthigt und mürbe gemacht, wie die Gegner meinen, sondern eine, wenn auch bittere, Lehre gegeben. Die Parteigegossen sind an vielen Orten mit allzugroßer Zuversicht auf ihre Stärke in den Wahlkampf gegangen und haben deshalb meistens die schon damals vereinigten Gegner unterschätzt. Außerdem trugen noch andere Umstände zur Niederlage bei. Während der ganzen Wahlperiode stürzten die Liberalen, Fortschrittler u. s. w. mit einer Wuth sondergleichen über uns her; das ganze Heer ihrer Zeitungsschreiber verleumdete und verdächtigte uns unablässig, nebenher erschienen Flugschriften über Flugschriften, und uns blieb kein weiteres Vertheidigungsmittel als die Versammlungen und einige unserer Parteiblätter, die leider hier nicht so viel gelesen werden, um irgendwelchen bedeutenden Einfluß auf die Bevölkerung ausüben zu können. Genug, alles Das hat uns gewitzigt. Die Parole für die nächsten drei Jahre muß sein: planmäßige Agitation und einheitliches Zusammenwirken aller Kräfte. Die Conferenz, welche am 24. Juni in Neumünster tagte, hat dies anerkannt. — Ferner wird ein neuer und zwar bedeutender Agitator für uns in's Feld geführt: die vom 1. Oktober d. J. ab in Kiel dreimal wöchentlich erscheinende „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung". Die Pflicht der Parteigenossen ist es, für die Förderung der Agitation durch Versammlungen sowohl, als auch durch Schriften und Zeitungen zu sorgen. Neben dieser Zeitung und dem Hauptorgan, dem „Vorwärts", ist unbedingt in erster Linie die in Hamburg monatlich einmal erscheinende „Rundschau" zu empfehlen. Ja es ist sogar nothwendig für jeden Parteifreund, will er einen Ueberblick über die Parteiverhältnisse erhalten und behalten, auf dieselbe zu abonniren, da fortlaufend Berichte aus den verschiedenen Theilen Deutschlands nur in dieser Zeitung veröffentlicht werden. Die Parteifreunde im fünften Kreise haben die Wichtigkeit dieses Blatte erkannt und gehen mit gutem Beispiel voran. In sehr vielen Ortschaften, großen und kleinen, ist abonnirt worden. Es betheiligen sich folgende Orte am Abonnement: Itzehoe mit Umgegend, Kellinghusen, Wilster, Beidenfleth, St. Margarethen, Marne mit Umgegend, Meldorf mit Umgegend, Heide desgleichen und Lunden. — Parteifreunde aller Wahlkreise, folgt diesem Beispiele!

H. Walther.

Ems, 26. Juni. Einer liberalen Zeitung entnehme ich folgende Notiz: „Heute früh trafen, mittelst Extrazuges von Barmen kommend, ungefähr 200 uniformirte Schüler der Wupperfelder Realschule mit einem 38 Knaben starken Musikcorps, unter Führung des Direktors Dr. Burmester und der übrigen Lehrer der Anstalt, hier ein, um Sr. Majestät dem Kaiser einen Besuch abzustatten. Als Se. Majestät, gegen 10 Uhr, von dem Krähnchen-Brunnen kommend, sich dem Kurhause näherte, wurde er mit lautem Trommel-Wirbel vom Musikcorps des in Linie aufgestellten Knaben-Bataillons, welches seine mit Fähnchen gezierten Lanzen präsentirte, begrüßt. Der Kaiser unterhielt sich darauf huldvollst längere Zeit mit den Lehrern der Anstalt und schritt in Begleitung des Direktors die Front der stolz aufgerichteten Vaterlands-Vertheidiger in spo entlang, mit sichtbarer Freude mit dem einen oder anderen sprechend. Se. Majestät schienen an dem Kleinsten der Kleinen besonderes Gefallen zu finden, dessen Tornister er einer genauen Inspizirung unterwarf und höchst eigenhändig, zur allgemeinen Heiterkeit der Umstehenden, aus letzterem Wein, Schinkenbrötchen ꝛc. zum Vorschein brachte. Unter den Klängen des trefflich geschulten Musikcorps defilirten darauf die Jungens in strammem Parademarsch zweimal an Sr. Majestät vorbei und begaben sich dann nach dem Kurhause, wo dieselben gastlich bewirthet wurden. Nach Beendigung dieses Frühstückes marschirten sie durch Ems und konzertirten hierauf die kleinen Musikanten im Musik-Kiosk des Kurgartens. — Beim Abmarsche nach dem Bahnhofe brachte die fröhliche Schaar ihrem Kaiser, der vom Fenster aus zum Abschied freundlichst zuwinkte, ein langanhaltendes Hurrah und fuhr dieselbe dann, unter Musikbegleitung die „Wacht am Rhein" singend, freudestrahlend dem Rheine zu. Nach kurzer Rast in Oberlahnstein und einem Besuch auf Stolzenfels ging es dann rechtsrheinisch der Heimath zu. — Tiefe Eindrücke bringen sicherlich die jungen Patrioten in ihrem empfänglichen Gemüthe ins Elternhaus zurück und wird dieser Tag ihnen unvergeßlich bleiben." — —

Die Leser ersehen hieraus, daß es verständnißvolle Schulmänner giebt, welche die der Pädagogik zugewiesene Aufgabe, die Jugend mit „fanatischem Patriotismus" zu erfüllen und zu „loyalen Unterthanen" mit normalem Unterthanenverstand zu dressiren, wohl begreifen und auch die zur Erreichung dieses Zieles führenden Mittel und Wege richtig zu wählen wissen. — Recht so! Erziehet nur die junge Generation zu tüchtigen „Vaterlandsvertheidigern", erweckt in ihnen die Kriegslust an — aber wundert Euch dann nicht, wenn aus böser Saat böse Frucht sprießt, wenn der Mann, in dem man, als er noch Kind war, den „soldatischen Geist" weckte, dem man sagte, es sei eine große Ehre, möglichst viele Feinde zu erschlagen, bei Gelegenheit einen kleinen Todtschlag begeht. Denket, wenn Euch vor den Früchten Eures eignen Treibens zu grauen beginnt, „das ist der Fluch der bösen That, daß sie fortzeugend Böses muß gebären."

Sch.

Linz a. Rh., 28. Juni. Es ist eine einfache, in ihrer Einfachheit aber für den fühlenden Menschen schreckliche, entsetzliche Geschichte, die in Nachstehendem berichtet wird. Vor ungefähr einem Jahre übergab ein hiesiger Bürger, der nach dem Tode der Mutter zum Vormund über die Kinder eines verstorbenen Schwagers bestellt worden war, dieselben in seiner „Frömmigkeit" einem Nonnenkloster zu Neuß zur Erziehung. Da noch Vermögen von Seiten der Eltern da war, und da also Kostgeld bezahlt werden konnte, waren die „ehrwürdigen Schwestern" gerne bereit, die Kinder in ihre „mütterliche Obhut zu nehmen!" Trotzdem sich die Kinder sträubten und weigerten, den Bruder ihres verstorbenen Vaters, bei dem sie hier in Pflege gewesen waren, zu verlassen, wurden sie nach Neuß gebracht, damit sie dort „Bildung" lernen sollten. Ein Jahr lang blieben die Kinder nun in dem Kloster und die Briefe, welche von denselben einliefen, waren voll des Lobes über ihren dortigen Aufenthalt. Ja sogar in letzter Zeit schrieben die Kinder, sie wollten mit den Klosterleuten nach Belgien übersiedeln (die Insassen des erwähnten Klosters gehören einem der ausgewiesenen Orden an). Da auf

---

beiter von mehr spezifisch wissenschaftlichem Charakter wird in nächster Zeit eine besondere Revue in's Leben treten.

„Solche Aufrufe aber, wie sie der „Vorwärts" zu diesem Quartalwechsel bringt, haben immer gestanden und wenn sie den „Anfang vom Ende" bedeuten sollen, dann wissen wir nicht, wann der „Anfang vom Anfang" begonnen hat. Es ist doch so natürlich, daß je mehr unsere Partei sich verstärkt, um so größere Leistungen auch von ihr verlangt wurden. Waren wir froh, es auf 5000 Abonnenten unseres Hauptorgans zu bringen, so genügen uns jetzt bereits 20,000 nicht mehr; und wenn der „Vorwärts" 100,000 Abonnenten zählt, werden wir denselben Aufruf bringen, wie es jetzt geschieht. Bei uns heißt es immer: Vorwärts! Wie nun die „Magdeburger Zeitung" dazu kommt, den Aufruf als „speziell noch an die Verehrer Hasselmann's und seiner „Rothen Fahne" gerichtet zu sehen, ist uns unerfindlich. Die „Magdeburger Zeitung" dokumentirt eben, daß trotz der Oeffentlichkeit unserer gesammten Agitation ihr jedes Verständniß für dieselbe abgeht. Freilich läßt sich dieses erklären. Die Liberalen sind seit Jahren gewöhnt, zu compromisseln und zu diplomatisiren, und diese Gewohnheit hat sie blind gemacht für das, was offen am hellen Tage vorgeht. Sie suchen uns immer, wo wir nicht sind; und wenn sie losschlagen, schlagen sie daher meistens in's Blaue oder treffen sich selbst."

Obigen Ausführungen unseres Braunschweiger Parteiorgans haben wir noch folgendes hinzuzusetzen:

Unsere Parteigenossen ersehen auch aus der Notiz der „Magdeburger Zeitung", die übrigens ein fortschrittlicher Waschzettel des Herrn Eugen Richter ist, daß unsere Gegner immer auf eine etwaige Uneinigkeit spekuliren — daraus sollten sie aber ferner ersehen, daß es nicht gut ist, in unserer Agitationspartei, die geschlossen marschiren muß, auch nur den Schein von Sondergelüsten zu zeigen.

Der „Vorwärts" hat 11,000 Abonnenten, bei den „schlechten Zeiten" und den vielen Lokalblättern unserer Partei immer eine recht anständige Zahl — doch muß von Seiten der Agitoren der Partei in Bezug auf die Verbreitung des Blattes noch mehr als bislang geschehen.

Die Veröffentlichung der Engels'schen Artikel mußte im „Vorwärts" geschehen, da ein anderes Blatt nicht zur Aufnahme vorhanden war; hätte eine „wissenschaftliche Beilage" des „Vorwärts", deren erste Nummer bald herausgegeben wird, oder eine „wissenschaftliche Revue", die im Oktober erscheint, existirt, so würden die Engels'schen Artikel dort Aufnahme gefunden haben.

Ueber die „unpopuläre Haltung" des „Vorwärts" haben wir — ausgenommen in Bezug auf die Engels'schen Artikel — aus den Reihen unserer Parteigenossen keinerlei Klagen gehört; daß die „Gelehrten" der „Magdeburger Zeitung" und Herr Eugen Richter aber die Artikel des „Vorwärts" nicht verstehen können, das hat genanntes Blatt oftmals und Herr Eugen Richter noch bei der letzten Wahlcampagne in Berlin, wo er seine volkswirthschaftliche Unkenntniß der Heiterkeit des Volkes preisgab, zur Genüge bewiesen.

— Der arme Generalpostmeister hat einen Drohbrief erhalten. Zu diesem großen Ereigniß, welches Herr Stephan selbst der staunenden Welt mittheilt, macht der „Frankfurter Beobachter" folgende Bemerkung:

„Der „Rudolph vom eisernen Bunde", welcher seit langer Zeit nicht mehr rumort, ist plötzlich wieder in Berlin eingekehrt und hat sich den Herrn Generalpostmeister Stephan zum Opfer auserkoren. Dieser geplagte und vielverkannte Chef eines Beamtenheeres von 60,000 Mann läßt in der „deutschen Verkehrszeitung" den schrecklichen Brief eines noch schrecklicheren Unbekannten veröffentlichen, worin er mit dem Tode durch Gift, Dolch oder sonstige Vernichtungsmittel bedroht wird, falls er nicht rasch gewisse Wünsche mißvergnügter Postbeamten erfüllt, welche theilweise schon in der letzten Reichstagssession Befürwortung von Seiten derjenigen Abgeordneten gefunden haben, die der Lage der Post- und Telegraphenbeamten eine besondere Aufmerksamkeit widmeten. Der Mordbrief, welcher mit den Zeichen der heiligen Vehme (drei Kreuze) versehen ist und schändlicherweise durch die Hände der Frau Generalpostmeister Stephan laufen mußte, ist, wie die „Nordd. Allgem. Ztg." meldet, den Behörden zur amtlichen Verfolgung der Sache übergeben, wobei der Umstand vielleicht in's Gewicht fällt, daß er aus Sachsen, wo die Sozialdemokraten wachsen, gekommen ist. Die Nationalliberalen in diesem Lande werden es hoffentlich nicht an „Entrüstungsmeetings" fehlen lassen."

Armer Generalpostmeister. Wie sehr wirst du von deinen Postunterbeamten geplagt!

Wir erhalten über denselben Gegenstand noch folgende Zuschrift: Herr Stephan scheint gleich Herrn Tessendorff sehr ängstlicher Natur zu sein. Irgend ein Spaßvogel — denn im Ernst kann das Niemand gethan haben — hat der Frau Generalpostmeisterin für ihren Mann einen Drohbrief im Stil der Spieß'schen Räuber-Romane geschickt, und der Herr Generalpostmeister? Statt den Wisch in den Papierkorb zu werfen, läßt er eine Abschrift in die Zeitungen und das Original zum Staatsanwalt wandern. Wenn Weiber „Nerven haben", ist's schon schlimm, wenn aber Männer „Nerven haben", dann ist's gefährlich. Wir bemitleiden Hrn. Stephan aufrichtig, geben uns aber der Hoffnung hin, daß der Gedanke, verfolgt zu werden gleich dem großen Tessendorff und „Nerven zu haben" gleich dem großen Bismarck ihm einigen Trost in seinem Leid gewähren wird."

— Unsere Affen. Im Wuttki-Rausch hat ein russischer Nationaldichter eine wunderbare Ode an Beranger verübt, der weiland in einem berühmten Gedicht von „dem Sohne Attila's" sang, „dessen Reich sich wieder erhebt und der mit der Axt gen Abend hin wies":

„Es ist geschehen! so hebt der russische Pindar an, Euer Gedanke drang an's Licht, begriffen ist Euer hoher Genius, und nimmer wird ein feindlich Wort die starken Schlüsse brechen! Von fremdem Geiste zehrte Rußland einst — doch diese Zeit liegt weitab hinter uns. Wiedergeboren ist Rußland nunmehr, sein lebensvoller Gedanke zersprengt den Deutschen nebelhaftes Sinnen und sprudelt sonnenwärts, gleich einem Strahl krystallnen Wassers! Weggetilgt hat Gott von unserm Ehrenschild das Mal der Schande, das der Fremdling ehedem ihm angehaucht. Denk an Pultawa, Schweden! Denkt unserer Helden, ihr ewigen Alpenfirne und auch ihr goldigen Fluren Italiens, seid unserer Heldenschaaren gemahnt. Der furchtbare Tag Borodino ist unvergessen, wie des heiligen Moskau's heilige Lohe! An Leipzig denkt und an Paris, wo wir des Welttheils Geschick entschieden! Als Praga's Sturm in der Erinnerung zu verbleichen droht, da frischt ihn Paskiewitsch, der nord'sche Held, von Neuem auf. Von Ismailow's stolzen Zinnen blitzten gleichfalls unsere Bajonnete und nicht zu eitlem Kinderspiel! So sind mit Ruhm wir ganz bedeckt. Doch auch der Ahnen ehrenvoll Gedächtniß soll neu erstehen — und Attila's gewaltig Reich, es soll von Neuem in seiner Wucht wieder erscheinen. Mit starkem Slavenarm hat einstens er den Osten unterworfen und mit der Peitsche dann bedrohte er, auf seine Macht gestützt, den Westen auch! Kein Hause von Verbrechern oder von Geächteten waren sie, die kühnen Kosaken, nein Russen waren's, echte Russen, der Slaven krafterfüllt Geschlecht. Nun ist die Zeit erfüllt; der Deutschen trugvoll Sinnen zu zerstäuben, des Zweifels Zwielicht durch der Wahrheit Fackelschein zu brechen gilt's. Und hier, im heiligen Moskau, leuchtet er! Jedweder Stein ruft laut: Großmächtig ist die Slavenwelt! Ihr selber aber lehret sie, dies zu erkennen!"

Wir kennen den Text, wir kennen das Lied — vor 60, 70 Jahren ertönte ähnliches „Bardengebrüll" in den „deutschen Gauen" und auch heute noch gellen uns mitunter Reminiscenzen in die Ohren. Nur muß man statt „Attila" Armin lesen u. s. w. Uebrigens zwingt unser Nationalstolz uns zu bekennen, daß die „germanischen" Pindare das Ding etwas besser verstanden als die slavischen Schüler. Vermuthlich liegt das am größeren Fuselgehalt des deutschen Wuttki und preußischen Schnapses. „Der Mensch ist was er ißt", sagt Moleschott. Und wir fügen dem das ebenso wahre Verschen bei: Der Mensch singt, was er trinkt. Beiläufig Hrn. Müller von der Werra zu empfehlen.

---

einmal ward das Mädchen schwer krank und wurde dadurch ein Besuch seiner Verwandten nöthig. Die Großmutter des Kindes und der Vormund reisten nach Neuß und fanden das Kind in höchst elendem Zustande. Gänzlich abgemagert und entkräftet lag es da, und da die Verwandten beschlossen, die Kinder mit nach Hause zu nehmen, glaubte der Arzt anfangs, die Kranke sei wohl noch zu schwach, um die Beschwerlichkeiten der Reise ertragen zu können. Als aber das Kind hörte, daß es aus dem Kloster fort wieder nach Linz kommen solle, da kannte seine Freude keine Grenzen und, auf Augenblicke durch die Freude neugekräftet, eilte es seinen Verwandten, als ob ihm Nichts fehlte, entgegen. Dieselben kamen denn mit den Kindern hier an, und jetzt, wo dieselben frei sprechen konnten, machten sie Enthüllungen, die heftigen Unwillen in uns erzeugen müssen gegen eine Gesellschaft von Leuten, die unter dem Aushängeschild der „christlichen Nächstenliebe" Verbrechen verüben, welche geradezu haarsträubend sind. Das Mädchen, welches zum Sterben krank ist, wurde sofort zu Bette geschafft; es konnte nicht mehr viel aussagen. Der Knabe aber, dessen kräftigere Konstitution der „liebevollen" Behandlung im Kloster glücklich widerstanden hatte, machte Eröffnungen, nach denen es leicht erklärlich ist, wie seine Schwester in einen solchen Zustand totaler Entkräftung kommen konnte. Das Essen, welches den Kindern gereicht wurde, war unzureichend. Satt wurden sie nie, zudem waren die Speisen schlecht. Anstatt des Fleisches bekamen sie zweimal wöchentlich etwas Speck — sonst immer die bekannte Spitalkost. Die Kinder mußten die Kartoffeln schälen, und dasjenige, welches die Schalen zu dick schnitt, bekam dieselben gekocht als Speise vorgesetzt. Dieses die eignen Worte des Knaben. Das kranke Mädchen bekam während seiner Krankheit des Tages zweimal Sauerkraut. Freilich, als seine Angehörigen nach Neuß kamen, hatte es ein Tischchen mit Apfelsinen und allen möglichen Delikatessen vor dem Bette stehen — diese Sachen waren aber, wie das Kind selbst erzählt, erst heraufgebracht worden, als seine Verwandten schon unten angekommen waren. Da der Knabe so sehr über die Behandlung, welche sie hatten erdulden müssen, klagte, frug ihn der Einsender dieses, weshalb sie denn immer geschrieben hätten es gefiele ihnen so ausnehmend gut, worauf derselbe erwiderte: Das mußten wir schreiben. — Die physische Pflege des Kindes war also eine solche, daß das Mädchen heute noch zwischen Leben und Tod schwebt, daß es heute noch nichts Kräftiges essen kann und fortwährend im Phantasiren daliegt.*) Die Aerzte beurkunden, daß der Magen des Kindes total ruinirt sei. Wie es mit der moralischen Erziehung aussieht, dafür möge Folgendes als Maßstab dienen: Der Knabe meinte vor einigen Tagen ganz naiv zu seinem Onkel, bei welchem die Kinder früher hier in Pflege waren: „Wenn meine Schwester stirbt, so schadet das Nichts — sie kommt dann ja in den Himmel." Das kranke Mädchen wünscht oft „es wäre einmal dort, wo es gut aufgehoben wäre" und fordert die Anwesenden immer auf, sie sollten für es beten, daß es in den Himmel komme, es wolle auch im Himmel für sie beten. — — — Wen ergreift nicht unnennbare Entrüstung Angesichts solcher Thatsachen? Und müssen wir nicht aufrichtig und bitter all die mit Blindheit Geschlagenen bedauern, welche den Dienern einer solchen Religion, ja der Religion überhaupt, noch Vertrauen entgegenbringen? Müssen sie uns nicht zu verdoppelter Energie im Kampfe gegen das gesammte Pfaffenthum anfeuern. Freilich, so lange die heutige Gesellschaftsform besteht, so lange der Geldsack regiert, der zu seinem Schutze die Religion nöthig hat, so lange wird auch das Pfaffenunwesen blühen. Der „Culturkampf" wird demselben nicht wehe thun, das haben wir schon zu unzähligen Malen gesagt und geschrieben, — sehen doch die „Culturkämpfer" selbst ein, „daß Religion sein muß", wenn anders sie in Müßiggang und Nichtsthun herrliche Tage verbringen sollen. Das Proletariat allein ist es, welches seinem Berufe treu, mit der heutigen Gesellschaft auch die „Religion" verwirft.

NB. Wer Zweifel an der Wahrheit des in Obigem Erzählten hegt, kann bei der Redaktion den Namen des Einsenders, sowie den Namen des betreffenden Vormunds und sonstiger Verwandten erfahren, die ihm dann ebenfalls dieselbe Auskunft geben werden. Sch.

*) Eine spätere Zuschrift des Verfassers obiger Correspondenz zeigt uns an, daß das Mädchen inzwischen gestorben sei. R. d. „V."

Worms, 3. Juli. (Agitationsbericht.) Seit Konstituirung der Partei am hiesigen Orte haben wir vier öffentliche Versammlungen abgehalten. Ueber die erste habe ich eingehend berichtet (12. März), über die andern will ich heute Bericht erstatten. Am 27. April wurde vom Agenten der Partei, Hrn. Günther eine Volksversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Das Wesen der Sozialdemokratie", Referent war Herr Dreesbach aus Mannheim. Als Vorsitzender fungirte Hr. Günther, als Schriftführer Unterzeichneter. Redner beleuchtete das Thema in vortrefflicher Weise und stürmischer Beifall wurde ihm zu Theil. Dr. Naumann, der in der ersten Versammlung mit den Ausführungen des Hrn. Dreesbach über das Thema: die Arbeiterbewegung und die Wahlen, sich einverstanden erklärte, trat in dieser als Gegner auf. Um die Gegnerschaft des Herrn Dr. Naumann zu kennzeichnen, begnüge ich mich mit der Wiedergabe des Schlusses seiner „Rede": „Meine Herren, ich warne Sie vor dem zukünftigen Himmel; aber umsomehr vor dem sozialistischen Himmel, welcher über Blut und Leichen führt, die Sozialdemokratie will die blutige Revolution." Herr Dreesbach replizirte hierauf und wies die Ausführungen des Herrn Naumann in gebührender Weise zurück. Die Versammlung war sehr gut besucht und verlief für unsere Sache sehr günstig. — Am 13. Mai fand hier eine Arbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: „Der Sozialisten-Congreß in Gotha." Referent Herr Dreesbach aus Mannheim. Auch diese Versammlung verlief sehr gut und wurde Dreesbach zum Delegirten gewählt. Eine Tellersammlung ergab 6 Mark, welche zur Deckung der Delegirtenkosten verwandt wurden. — Am 17. Juni fand hier wieder eine Arbeiterversammlung mit der Tagesordnung: „Berichterstattung des Delegirten Dreesbach über den diesjährigen Sozialisten-Congreß" statt. Die Berichterstattung wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende forderte hierauf zur Interpellation auf, da sich aber Niemand meldete, ergriff Herr Dreesbach noch einmal das Wort in Betreff der Berliner Neuwahl im 6. Wahlkreis. Er lobte die Energie und den Muth der Berliner Wähler und schloß mit einem Hoch auf die Berliner Genossen, in welches Hoch auch alle Anwesenden einstimmten. Die Parteibewegung geht so weit gut und wir haben eine schöne Zahl von Mitgliedern. Die Gewerkschaftsbewegung ist so leidlich, die Schuhmachergewerkschaft hat 20 Mitglieder.

Langenbielau, 22. Juni. (Kreis Reichenbach. Situationsbericht.) Auch hier am Fuße des Eulengebirges, wo die Textil-Industrie vorherrscht und die Armuth des arbeitenden Volkes sprichwörtlich geworden ist, machen sich die Folgen der Krisis immer stärker bemerklich; die politische Unsicherheit und unsere staunenswerth niedrigen Arbeitslöhne tragen dazu das Meiste bei. Eigentlich fehlt es noch weniger an Arbeit als an Verdienst, denn unsere „satten Leute" verstehen es nur zu gut, den Lohn selbst in den Branchen zu kürzen, wo vollauf zu thun ist. So im Baufach. Selten ist wohl in den großen Industrieorten des Kreises mehr gebaut worden als dies Jahr, und es würde noch mehr geschehen, aber es werden nicht genug Ziegelsteine fertig. Und trotzdem ist den Ziegelmachern, wie den Bauarbeitern überhaupt, der Lohn verkürzt worden. Am schlechtesten geht es den „Aermsten" der Armen, den Gebirgswebern, die fast ausnahmslos auf Hausarbeit angewiesen sind und die schlechtesten Materialien bekommen. Nicht selten kommt es vor, daß, besonders im Winter, ein Mann bei angestrengter Arbeit nur 50 Pfg. täglich verdient.

Auch die Segnungen der sogenannten Familien- oder Arbeiterhäuser sollen uns nicht länger vorenthalten bleiben: der Fabrikant L. Dürig in Langenbielau macht damit den Anfang. Wenn schon jetzt die Freiheit des „freien Arbeiters" bei diesem Herrn ein leerer Wahn ist und lebhaft an's Zuchthaus erinnert, so dürfte sich dies noch sehr verschlimmern, wenn diese Einrichtung erst fertig sein wird.

Der Sozialismus hat hier im Allgemeinen recht gut Wurzel gefaßt, zwar werden nur sehr wenig Versammlungen abgehalten, weil der „Herr Landrath" es nicht gern sieht, wenn die Wirthe uns ein Lokal dazu geben, desto mehr wird aber unser provinzielles Organ „Die Wahrheit" gelesen, die mit der „Neuen Welt" als Beilage eine recht gute geistige Speise giebt.

In neuester Zeit haben im Kreise zwei Versammlungen stattgehabt, und zwar in Nieder-Peilau, wo wir dann und wann noch ein, allerdings kleines Lokal bekommen. In der ersten Versammlung wurde der Delegirte zum Congreß gewählt und in der zweiten wurde Bericht erstattet über den Verlauf des Congresses. Zu Pfingsten hätte beinahe ein sozialistisches Volksfest stattgefunden, wenigstens hatten uns nacheinander zwei Wirthe die Lokale zugesagt, jedoch wurden diese Zusagen schleunigst zurückgenommen. Ob aus dem Grunde, weil der „Herr Landrath" „so was" nicht gern sieht, wissen wir nicht.

Auch die gegen Sozialisten üblichen Prozesse fehlen uns nicht, und sind im Ganzen inklusive des Kreises Neurode 48 Genossen an zwei solchen betheiligt. Dieselben sind angestrengt wegen Verbreitung zweier Wahlflugblätter, die gegen das Preßgesetz und die bekannten §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuchs verstoßen sollen. In erster Instanz erfolgte in einer Sache Freisprechung, in der andern wurden 4 Mann zu je 200, 96, 48 und 30 Mark verurtheilt. Der Staatsanwalt hat in beiden Fällen appellirt.

An der Zeit wäre es, auch den ausgedehnten Kreis Schweidnitz-Striegau-Freiburg mehr in die sozialistische Bewegung zu ziehen; bis jetzt beschränkt sich unser Einfluß in demselben auf die Orte Striegau, Königszelt und Leutmannsdorf. Ebenso müßten die Städte Frankenstein und Silberberg bearbeitet werden, um von da aus in den meisten von ländlichen Arbeitern bewohnten Kreisen Fuß zu fassen. Leider sind in unserer armen Gegend und noch ärmeren Zeit die pekuniären Mittel zu knapp zu diesen Agitationen, auch fehlt es noch immer an einer geeigneten Agitationsschrift für die Landarbeiter.

Adorf, 1. Juli. Die nachfolgenden Ziffern werden jedem Unparteiischen beweisen, daß es am hiesigen Orte um die Lage der Arbeiter um nichts besser bestellt ist als an anderen Orten und daß auch hier der Nothstand herrscht, denn es ist bereits eine Unmöglichkeit, die Arbeitslöhne noch tiefer herabzudrücken. Es befindet sich hier die mechanische Maschinenstickfabrik von D. Geßmann; dieselbe beschäftigt etwa 80—84 Sticker und ebenso viele Mädchen. Fachmänner werden nun wohl zugeben, daß die folgenden Lohnsätze sehr niedrig sind: Für 1000 Stiche $^3/_4$ Rapport 6 Ellen 1 M. 30 Pf., $^4/_4$ Rapport 8 Ellen 2 Mk., $^4/_4$ Rapport 8 Ellen 3 Etagen 2 M. 90 Pf. ꝛc. Nach dieser Berechnung verdient ein fleißiger Sticker bei guten Mustern 12 M. pro Woche, wovon jedoch für das Fädelmädchen 5 M. abgehen; es bleibt dann noch der Hungerlohn von 7 M., vorausgesetzt, wenn die ganze Woche über gearbeitet wird. Gegenwärtig wird jedoch nur Dreiviertelzeug gearbeitet und muß auch oft noch 2—3 Tage gewartet werden, bis wieder ein neues Stück in Arbeit gegeben wird. Für ganz geringe Fehler wird verhältnißmäßig viel mehr abgezogen als der Ausbesserungslohn beträgt. Wer länger als dreiviertel Tage arbeitet, bekommt 1 M. abgezogen u. dgl. m. Ebenso wird man in jeder andern Hinsicht schikanirt, es müssen z. B. die Maschinen ganz auseinander geschraubt und ausgeputzt werden, und muß dann erst wieder vierzehn Tage gearbeitet werden, bis die Maschine im richtigen Gange ist. Die Vorgesetzten dieser Fabrik sind bekannt als Sozialistenfeinde, denn bei der Reichstagswahl wurde ein Mitglied des Wahlcomité's wegen Austragen der Stimmzettel aus der Fabrik entlassen. Die Herren scheuen sich auch nicht, das Gesetz zu umgehen und beschäftigen Kinder von 7—12 Jahren. Daß von Seite der Polizei hier nicht eingeschritten wird ist nicht zu verwundern, da es sich blos um die Kinder der Arbeiter handelt. Es darf auch Niemand erstaunen, daß die Väter ihre Kinder schon so jung der verderbenbringenden Fabrikarbeit preisgeben, da sie von ihrem Hungerlohn nicht leben können, und deshalb von ihrer Familie so viel als möglich herauszuziehen bemüht sind. Trotz dieser erschrecklichen Zustände konnte man hier noch keine Partei zu Stande bringen, weil die Arbeiter hierorts im Allgemeinen noch zu indifferent sind und weil der Anstoß von Außen durch einen tüchtigen Agitator fehlt.] . . z.

Leipzig, 8. Juli. Gestern Abend fand hier, des Verbots des Universitätsgerichts ungeachtet, eine zahlreich besuchte Studentenversammlung zur Besprechung der Dühring-Angelegenheit statt. Trotz einer von mehreren Seiten ausgehenden energisch und planmäßig betriebenen Opposition wurde mit überwältigender Mehrheit die Resolution der Berliner Studentenschaft, enthaltend einen entschiedenen Protest gegen das Vorgehen der Berliner philosophischen Fakultät, angenommen und ein Comité zur weiteren Leitung der Bewegung aus der Versammlung erwählt. Wir wollen wünschen, daß die helle Begeisterung, die sich in den Reden der Studirenden dokumentirte, kein Strohfeuer sein und der „Kampf um's Recht" auch aus den studentischen Kreisen immer mehr thatkräftige Streiter aus der früheren Lethargie herausbringen wird. „Nieder mit den zünftigen Universitäten, hoch die freie Wissenschaft!" sei die vieltausendstimmige Losung.

— **Aus Berlin erhalten wir soeben die Mittheilung, daß an Dr. Dühring am 8. Juli die Remotion (Entfernung von der Universität) durch den Cultusminister Falk vollzogen sei.**

Briefkasten

der Redaktion. T. in Unna: Die Universität ist nicht in der Lage, Kranke unentgeltlich zu behandeln, das thut nur die Stadt, aber auch nur dann, wenn das Gesetz sie dazu verpflichtet. Sie werden daher begreifen, daß wir auf Ihre ganz allgemein gehaltene Frage weder mit Ja, noch mit Nein antworten können. — A. P. in Adorf: Betreffs des bewußten Materials wenden Sie sich nach Hamburg. — der Expedition. L. Kewem Geldern: Irrthum unsererseits. Dank für Notiz. 3 M. in Briefmarken erbeten. — H. Grießer in Reichenau: Vom „Vorwärts" ist keine Nummer ausgefallen. Reklamiren Sie fehlendes sofort bei der Post. —

Quittung. Rlf Kl.-Grädit Ab. 3,90. Sängerbund Kiel Ann. 1,50. K. u. U. Liegnitz Ann. 1,20. Schlz hier Ab. 2,40. Dg hier Ab. 3,20. Rbl Halle Ann. 0,70. Brirm hier Ab. 17,50. F. A. Srg Hoboken Ab. 400,00. J. Brn Graz Ab. 21,52, Schr. 2,00. Czak Böhm. Leipa Ab. 1,22. Knrk Luze Ab. 5,45. Ostrchr Haßlau Ab. 3,65. Arbeiterbildungsverein Leoben Ab. 8,13. Arbeiterbildungsverein Steyr Ab. 4,88. A. Vgt Freudenthal Ab. 5,84. Hrbg Würzburg Ab. 20,00. Fr. Kpfr hier Ab. 2,00. Exped. d. „Fackel" hier Ab. 6,00. F. Brnnr Graz Ab. 4,80. Th. Kll London Ab. 40,80. Gewerksch. d. Schneider Wien Ab. 4,80. Exped. d. „Magdeb. Fr. Pr." Magdeburg Ab. 120,00. F. Zrgbl Crimmitschau Ab. 65,95. Bdnrz Graz Ab. 4,70. J. Lehlmr Steyr Ab. 4,87. Wndlkn Osterholz Ab. 3,00. Trst Kl.-Zschocher Ab. 6,20.

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter.

Von F. U. Langenbrück 1,80.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Edm. Thonberg 4,50.

Anzeigen ꝛc.

Altona. **Volksverein.**
Mittwoch, den 11. Juli, Abends 8½ Uhr, in Heinsohn's Salon:

Geschl. Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Bürgermeisterwahl. 2. Fortsetzung der Discussion über das Repräsentativsystem und die direkte Gesetzgebung durchs Volk. 3. Fragekasten. [1,00

H. Walther, Wilhelmstraße 59 III.

NB. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Frankfurt a. M. **Sonntag**, den 15. Juli, findet das **zweite Arbeiter-Waldfest** in der Nähe des Forsthauses statt. (F. 122) (2b) [1,50

Gesinnungsgenossen von nah und fern sind freundlichst eingeladen.

J. A.: **K. Ibsen.**

Delitzsch. Berichtigung.

Unser **Sommerfest** findet nicht Montag, sondern **Sonntag**, den **15. Juli**, statt. [39

Leipzig. **Arbeiterbildungsverein.**
Mittwoch, den **11. Juli**: **Vortrag** von Herrn Seminarlehrer **E. Nagel**, über Physik mit Experimenten, im Saale des „**Eldorado**". Anfang pünktlich 8½ **Uhr.**

Freunde und Mitglieder sind hiermit freundlichst eingeladen.

Entree für Gäste 25 Pf., für Damen und Mitglieder 15 Pf.

Sonnabend: Vortrag von Hrn. Bebel über den Bauernkrieg.

80] **Der Vorstand.**

Leipzig. **Donnerstag**, den 12. Juli, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. **Michael**, gr. Windmühlenstr. 7:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die historische Entwickelung der Produktion im Alterthum. Referent Angelstein. [70

Der Einberufer.

Ottensen. **Donnerstag**, den **12. Juli**, Abends 9 Uhr, im **Burmeisters Salon:**

Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Wie wollen die Ottenser Sozialisten sich organisiren.

Da in dieser Versammlung jedenfalls ein Beschluß betreffs obiger Tagesordnung gefaßt wird, so ersuche ich sämmtliche Sozialisten Ottensens der wichtigen Sache halber zu erscheinen. [1,00

F. Heerhold.

Allgemeine deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft.)

Die Unterzeichneten, von der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung in den Aufsichtsrath gewählt, haben den Aufsichtsrath heute gemäß § 27 der Statuten constituirt und ersuchen, alle Zuschriften für denselben an **Aug. Geib**, Hamburg, Rödingsmarkt 12, zu senden.

Hamburg, 6. Juli 1877.

August Geib, Sekretär.
Carl Derossi, Stellvertreter.
H. Köhler,
J. Auer, } Beisitzer.
G. W. Hartmann,

Genossenschaftsbuchdruckerei Augsburg

(Eingetragene Genossenschaft).

Sonnabend, den **21. Juli**, **Abends 8 Uhr**, im Saale des Hrn. Bierbrauer **Wolf**, Jakoberstraße:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: **Antrag auf Liquidation. Wahl der Liquidatoren. Antrag auf Verkauf des Geschäfts.**

Die Mitglieder ladet zu zahlreichem Erscheinen ein

Der Aufsichtsrath: [360

Johann Brann.

Gg. Stollberg, Schriftführer.

Von nachstehenden **Schriften** wurden die **Preise** wesentlich **herabgesetzt** und empfehlen wir dieselben zur weitesten Verbreitung:

Auerbach, Tagebuch aus Wien . . . . . Mark	—. 70
Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- u. Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874 . .	—. 10.
Blos, W., Unsere Preßzustände	—. 10.
Bürgerkrieg in Frankreich	—. 15.
Culturkampf und Volksschule in Preußen	—. 10.
Die parlamentarische Thätigkeit von 1871—74	—. 10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen	—. 10.
Eccarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals .	—. 15.
Engels, F. Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte	—. 30.
— — Bakunisten an der Arbeit	—. 10.
Herr v. Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus	—. 20.
Hillmann, Praktische Emanzipationswinke	—. 10.
— — Die Organisation der Massen	—. 20
Hirsch, die Parteipresse, ihre Bedeutung und Organisation .	—. 10.
Liebknecht, Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie	—. 10.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl. . .	—. 20.
— — Reichstagsrede 1874	—. 10.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage	—. 05.
Volksstaat-Kalender für 1874	—. 20.
— — für 1875	—. 20.
Wohnungsfrage. Eine soziale Skizze	—. 10.
Yorck, Die industrielle Arbeiterfrage	—. 10.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: E. Berge, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 81. Freitag, 13. Juli. 1877.

Die Rothen wider die Blauen.

II.

„Nieder mit der Bourgeoisrepublik! Es lebe die sozialistische Republik!" — so lautet unsere Parole.

Ein Freund schrieb uns, daß er mit dem Inhalt des Artikels: „Nieder mit der Republik!" ganz einverstanden sei, daß er sich aber mit der Form, weil sie zu derb sei, nicht ganz befreunden könne.

Das ist das Schicksal selbst der größten Dichter und Gelehrten. Göthe war grob; Heine's Form war verletzend, wenn es der Inhalt nicht war; Marx' „Kapital" ist an Inhalt gewaltig, die Form aber paßt Vielen nicht; Dühring wird der Form halber von der Universität zu Berlin — wenigstens ist das der angegebene Grund — verbannt, und Lassalle, gerade Lassalle in seinem „Bastiat-Schulze" — die Form, die Form, ruft man, bei dem tiefen und wahren Inhalt. Und wie ist es den Dühring-Artikeln unseres Freundes Engels ergangen!?

Auch die Artikel, welche der „Vorwärts" gegen Herrn von Unruh brachte, wurden der Form halber von Einzelnen getadelt.

Die derbe, ja die grobe Sprache verschulden aber oft genug die Objekte des Angriffs — Schulze-Delitzsch und von Unruh konnten nicht anders behandelt werden, und ebenso können und dürfen auch die französische Bourgeoisrepublik und Herr Thiers mit sammt seinem radikalen Schweife nicht anders, als wir es gethan, in einem sozialistischen Blatte besprochen werden.

Die Wahrheit ist vielfach grob, sie muß grob sein, sie bleibt aber immer die — Wahrheit.

Auch meinte derselbe Freund, die Ueberschrift: „Nieder mit der Republik!" könnte zu Mißverständnissen Veranlassung gegeben haben. Die Ueberschrift allein wohl, aber nimmermehr im Zusammenhange mit dem ganzen Artikel.

Auch die Ueberschrift der Broschüre unseres Genossen Bracke: „Nieder mit den Sozialdemokraten!" für sich allein konnte zu Mißverständnissen führen und wird das auch wohl gethan haben, indem Mancher sich die Schrift zuerst angeschafft hat, der eine Schimpferei über unsere Partei lesen wollte; die Broschüre ist deshalb mehr verbrettet worden, und so ist unser Artikel auch des „Mißverständnisses" halber von mancher Seite gelesen worden, die ihn vielleicht sonst nicht beachtet hätte — schimpft doch die „National-Zeitung", die sich auch mit der Sache befaßt, wie ein altes Fischweib auf uns. Jedenfalls ist das auch eine Frucht, und eine für uns recht angenehme Frucht des Mißverständnisses.

Kommen wir nunmehr zu der blauen Frankfurterin.

Das große Bourgeoisblatt hebt seinen Leitartikel mit folgenden Worten an:

„Nieder mit der Republik! ja, nieder mit der Republik, mit der französischen Bourgeoisrepublik, je eher desto besser — das ist unser innigster Wunsch." „So steht es zu lesen, nicht in einem Blatte, welches der „einzigen reaktionären Masse" zum Organ dient: das Wort „Bourgeoisrepublik" zeigt, daß der mörderische Ruf von links her erschallt. Ungefährlich im Augenblicke, tönt die Stimme doch schrill in's Ohr, was allein schon zur Klage berechtigt; sollte es aber Solche geben, für welche sie verführerisch klingt, dann ist unsere Klage doppelt begründet. Ja wir fürchten, das verwegene Wort ist ein Ausdruck der tieferen Differenzen, welche zwischen uns und einem Theile der Sozialdemokratie bestehen."

Die „tieferen Differenzen" zwischen der Partei der „Frankfurter Zeitung" und der Sozialdemokratie, nicht einem Theile derselben, sind gerade in dem Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zu suchen, welches, wie das Motto unseres Artikels in der vorigen Nummer zeigt, alle anderen Klassen der Bevölkerung und alle anderen Parteien, auch die Partei der „Frankfurter Zeitung", der sozialistischen Arbeiterpartei gegenüber für eine reaktionäre Masse erklärt.

Ist das vielleicht keine tiefe Differenz? Hat nur ein Theil der Sozialdemokratie Deutschlands das Parteiprogramm entworfen? Bei der Abstimmung auf dem Vereinigungscongreß über die „reaktionäre Masse" stimmten 111 Delegirte für und nur 12 Delegirte dagegen; die Letzteren stießen sich übrigens mehr an den Ausdruck als an den Sinn — es hätten von den 12 noch einige mit der großen Majorität gestimmt, wenn der Wortlaut geändert worden wäre in: „demgegenüber alle anderen Klassen reaktionär sind."

Die Spekulation der „Frankfurter Zeitung", einen Theil der Sozialdemokraten auf ihre Seite zu ziehen, dürfte deshalb doch wohl auf absolute Unkenntniß des Programms und der Organisation der sozialistischen Arbeiterpartei zurückzuführen sein.

Die „Frankfurter Zeitung" reproduzirt darauf den größten Theil unseres Leitartikels, nur mit einigen bezeichnenden Auslassungen, auf welche wir später zurückkommen werden.

In diesem Citat ärgert sie sich augenscheinlich, daß wir die Anhänger der „Volkspartei" „Demokraten" mit Gänsefüßchen genannt haben. Darf sie das wundern, da jene Herren die soziale Gleichheit nicht anstreben, und deshalb für das arbeitende Volk all' ihr politischer Freiheitsdrang nur eine einzige große Täuschung ist?

Darf die „Frankfurter Zeitung" sich über die „Demokraten" mit Gänsefüßchen wundern, da wir schon lange und oft genug erklärt haben: „Es giebt nur eine Demokratie — die Sozialdemokratie!"

Das haben nicht wir, die Redaktion des „Vorwärts", allein gesagt, nein, das hat die sozialistische Arbeiterpartei als solche erklärt, und wir glauben nicht, daß es einen Sozialdemokraten in Deutschland giebt, der sich einer solchen Erklärung nicht anschließen würde — er würde die Reinheit des sozialistischen Prinzips verleugnen und sich gegen den Fundamentalsatz der Sozialdemokratie wenden: „Die politische Freiheit ist eine Lüge ohne die soziale Gleichheit."

An die „Demokraten" mit Gänsefüßchen werden wir unwillkürlich nochmals erinnert, wenn wir folgende naive und rührende Erklärung der Frankfurterin hören:

„Mag man es nicht für Sentimentalität nehmen, wenn wir sagen, daß uns ein Gefühl der Wehmuth überkommt, wenn wir eine solche Sprache hören. Was helfen alle demokratischen Prinzipien, was hilft der lange schwere Kampf, wenn ein namenloser Irrthum keck zu vernichten strebt, was mühevoll gewonnen wurde? Was helfen Ueberlegung, Disziplin und Fleiß, wenn die zügellose Leidenschaft mit grausamer Wollust ihr Werk zerstört?"

Da die „Frankfurter Zeitung" es jedenfalls für ein demokratisches Prinzip hält, daß der Geldsack die Arbeitskraft ausbeutet, daß der Ertrag der Arbeit nicht nach gerechter Vertheilung und nur zum geringen Theil den Arbeitern zu Gute kommt, so brauchen wir dem doch nicht zuzustimmen — wir halten ein solches Prinzip für ein reaktionäres und jeden Staat, auch die vielgerühmte Bourgeoisrepublik, für einen reaktionären, der ein solches Prinzip zuläßt.

Auf der Verwechselung (oder Verwässerung?) des demokratischen Prinzips beruht auch der namenlose Irrthum der „Frankfurter Zeitung" und ihre „zügellose Leidenschaft", mit welcher sie einen solchen reaktionären Staat vertheidigt.

Doch hören wir die „Frankfurter Zeitung" weiter:

„Der „Vorwärts" thut uns Unrecht, wenn er meint, es sei lediglich die Form der Republik, in die wir uns verliebt haben. Wir wollen zum Gefäß auch den Inhalt. Nur wegen des Inhalts wollen wir das Gefäß. Aber für eine bestimmte Sache paßt eben blos eine bestimmte Form; um Wein aufzubewahren, nimmt man kein Sieb. Wir verstehen unter Republik etwas ganz Anderes als nur den Namen, das Wort, den Schall; wir verstehen darunter — ist es nicht fast lächerlich, daß wir es sagen müssen? — keine Republik nach dem Muster der alten Republiken, mit Patriziat und Sklaverei, kein Venedig, kein Andorra, sondern einen Staat ohne Privilegien, in welchem die Gesammtheit Alles zu befehlen hat. Und nun dächten wir, wenn einmal der Bruch vollzogen sei mit der langlebigen, tausendjährigen Ueberlieferung der Monarchie; wenn diese Form, das leibhaftige Vorrecht, zerfallen, dann sei dies immer schon Etwas, es lasse sich die Bahn der Volksfreiheit, von einem mächtigen Hinderniß befreit, alsdann leichter beschreiten."

Das klingt nun ziemlich verständig, aber es klingt auch nur so. — Doch bevor wir auf den Kern obiger Aeußerungen eingehen, wollen wir erst eine Redensart abthun, die in diesem Absatz sich befindet.

„Um Wein aufzubewahren, nimmt man kein Sieb" — ein hübscher Vergleich — der Wein würde verloren gehen; aber edle Frankfurterin: um Wein aufzubewahren, nimmt man auch keine schmutzige Flasche — der Wein verdirbt dann, und wenn er trotzdem getrunken wird (die Weinfälscher benutzen solchen verdorbenen Wein), dann verursacht er Kopfschmerz und Jammer. Besser also ist es, daß er verloren geht, als daß er verdirbt — besser ist es, daß die Form zerschmettert wird, als daß in der Form der Volksgeist vergiftet wird, in einer Staatsform, von welcher das Volk nur Heil und Segen erwartet, weil die Gelehrten der „Frankfurter Zeitung" und ihr Anhang dem Volke immer derartiges vorgepredigt haben.

Und nun zum Kernpunkte!

Die „Frankfurter Zeitung" versteht unter Republik — keine Republik nach dem Muster der alten Republiken mit Patriziat und Sklaverei, kein Venedig, kein Andorra, sondern einen Staat ohne Privilegien, „in welchem die Gesammtheit Alles zu befehlen hat."

So! Weshalb erklärt die „Frankfurter Zeitung" sich denn nicht für den Sozialismus, oder wenn ihr Einzelnes an den sozialistischen Forderungen unausführbar erscheint, weshalb erklärt sie sich nicht für den obersten Grundsatz des Sozialismus, daß die Arbeitsmittel Gemeingut der Gesammtheit werden und der Arbeitsertrag in gerechter Weise vertheilt wird.

Das weiß die republikanische „Frankfurter Zeitung" ganz gewiß, daß in einer Republik, „in welcher die Gesammtheit Alles zu befehlen hat", diese Gesammtheit auch sofort befehlen könnte, daß die Arbeitsmittel Gemeingut würden und der Arbeitsertrag in gerechter Weise vertheilt werde, weil dadurch der Gesammtheit der größte Nutzen erblühen würde.

Das weiß sie — und steht trotz ihrer Definition der Republik nicht auf dem Boden der Sozialdemokratie!

Hier ist der Widerspruch! Und dieser Widerspruch ist entstanden, weil die „Frankfurter Zeitung" nicht sofort die Tragweite ihrer Definition der Republik ermessen oder aber weil sie dieselbe nicht aufrichtig gemeint hat.

Die letztere Annahme ist die nächstliegende, weil als Gegensatz nur die alten Republiken mit Patriziat und Sklaverei angeführt, die modernen Bourgeoisrepubliken aber nicht erwähnt sind — selbst der so naheliegende Vergleich der untergangenen Republik Frankfurt mit ihrem Patriziat und ihrer Lohnsklaverei ist wohlweislich außer Acht gelassen worden!

In nächster Nummer werden wir mit unserer Freundin ein weiteres Tänzchen machen.

Die Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege.

I.

Unter dem Titel: „Die Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege im Canton St. Gallen" veröffentlicht der auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege unermüdlich thätige Dr. C. Reclam in der von ihm herausgegebenen, sehr empfehlenswerthen Zeitschrift: „Gesundheit" (Verlag von Eduard Boll in Elberfeld) einen Artikel, der so interessant und lehrreich ist, daß wir ihn nachstehend seinem ganzen Umfange nach zum Abdruck bringen:

„Eine Gegenüberstellung der gesetzgeberischen Thätigkeit, welche das englische „Parlament", und welche der deutsche „Reichstag" entwickelten, zeigte uns in einem früheren Artikel, wie man in England auf der durch jahrelange Arbeit gewonnenen Grundlage ernstlich weiterstrebt und bald mit Hülfe, bald trotz der Selbstregierung vorhandene Mißstände zu überwältigen trachtet. In Deutschland beschritt man nicht diesen gleichsam empirischen Weg, sondern ging theoretisch-wissenschaftlich vor, indem man zuerst eine Centralbehörde schuf, welche mit Hülfe der Statistik uns den in vielen Beziehungen noch unbekannten „status quo" kennen lehren wird. Aus dieser Grundlage wird sich ergeben, welche Aufgaben für uns die nächstliegenden und dringlichsten sind. — Im Nachstehenden wollen wir am Canton St. Gallen ein Beispiel vorführen, in welchem beide Wege zugleich betreten wurden, so daß die Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege mit einem Male gleich einer „gepanzerten Minerva" ins Leben trat.

Es ist das Vorrecht kleiner Gemeinwesen, daß sie leichter beweglich sein können im Guten wie im Schlimmen, und daß sie daher, einmal zur Thätigkeit angeregt, in weit kürzerer Zeit einen durchgreifenden Erfolg erringen können. Was bedarf es dort ausführlicher und zeitraubender Statistik? Alles ist bekannt; selbst der Einzelne vermag das Gesammtgebiet mit einem Blicke zu überschauen. Soll es zur Arbeit gehen, so sind nur wenige Verhandlungen nöthig, wo eine einzige Behörde die Vorbereitungen prüft und zugleich die Gesetze erläßt und ausführt. So kam es, daß in St. Gallen am 27. Oktober 1874 die Gesetzesvorschläge formulirt, — im darauf folgenden Monate erlassen und veröffentlicht wurden, — und bereits am 4. Februar 1875 in Kraft traten. Weniger als ein halbes Jahr hatte genügt, eine Arbeit durchzuführen, über welche in England Menschenalter hinweggeeilt sind, ohne daß sie daselbst in solcher Einfachheit und Vollständigkeit gelöst worden wäre! Der in Deutschland eingeschlagene Weg dürfte einen minder großen Zeitraum beanspruchen als der englische, — aber der rapiden Schnelligkeit des kleinen Schweizer Cantons wird er nicht gleichkommen.

Als man in St. Gallen das Bedürfniß von Besserungen in Bezug auf die Hygienie erkannt hatte, erwählte der große Rath eine Commission, welche aus einem Regierungsrathe, einem Arzte, einem Staatsanwalte, einem Alt-Landammann und einem Gemeinde-Ammann bestand. Der Arzt erhielt den Auftrag, den „Commissionalbericht" zu schreiben, und der bekannte hygienische Schriftsteller Dr. Sonderegger unterzog sich dieser Arbeit in ebenso gewissenhafter als glücklicher Weise. Es war das zweite Mal, daß er die Arena zu diesem Zwecke betrat; denn bereits im Juni 1864 brachte er beim großen Rathe einen Gesetzentwurf ein, welcher sich jedoch damals nur mit der „Ueberwachung der Lebensmittel" und ihrem Verkaufe beschäftigte. „Es wurde aber während der Bearbeitung klar, daß man wohl die Lebensmittel-Kontrolle in eine allgemeine Organisation des Gesundheitsdienstes aber nicht diesen in die Lebensmittel-Kontrolle einfügen könne, und daß mithin die Kommission genöthigt war, zwei Gesetzesvorschläge einzureichen." Gestützt auf die von der Statistik erwiesene Thatsache, daß in einem gesundheitlich gut verwalteten Bezirke auf je 1000 Einwohner die jährliche Zahl der Todten 20 nicht überschreiten dürfe, daß aber im Canton St. Gallen (nach Erhebungen des cantonalen ärztlichen Vereines) für die Jahre 1857—1867 diese Zahl 26,5 betrug und auch 1873 noch 26,2 ausmachte (in den einzelnen Ortschaften schwankt sie zwischen 23,6 in St. Gallen und 29,7 in Goffau), wies er nach: daß „das einzige, allgemein anerkannte Heilmittel gegen die zerstörenden Mächte unseres Culturlebens eine nicht nur auf dem Rechtsbegriffe, sondern auch auf Nächstenliebe und wissenschaftlicher Erkenntniß begründete öffentliche Gesundheitspflege" ist. Das schneidige Wort, welches Munzinger aussprach: „unsere sozialen Zustände sind durchaus nicht so beschaffen, daß sie das Gewissen des Politikers ruhig schlafen ließen" (Erbrechtliche Studien, Basel 1874) wendete er auch auf die Sterblichkeitsziffer und Rekrutirungsverhältnisse an und erweckte damit die öffentliche Aufmerksamkeit und die öffentliche Meinung.

Nicht gering ist Sonderegger's Verdienst darin, daß er mit unumwundenster Offenheit und mit schonungsloser Selbstkritik vorging. Die damals bestehenden Schattenseiten legte er durch Beantwortung der Frage dar: „Weshalb haben wir bisher für den ehrlichen Bürger so wenig gethan und für den Betrüger so Vieles gewähren lassen?" — Sehen wir uns seine Beantwortung dieser Frage näher an; denn sie ist lehrreich — — und das nicht nur für St. Gallen!

Zuerst: „Wir wußten in der Gesetzgebung nicht genau, was wir eigentlich wollten." In den bisherigen Gesetzen und Verordnungen laufen die Begriffe von Fälschung, Geldschaden und Gesundheitsschädigung unklar durcheinander. Betrug, Schädigung an Geld und Leben, von der fahrlässigen Tödtung bis zum überlegten Morde, sind längst bekannt und gestraft, — aber die hygienische Schädigung, das Verbrechen gegen die öffentliche Gesundheit (délit contre la santé publique, Definition von Neuf-Châtel) ist noch allzu unbekannt, und schon die Lebensmittelfälschung ist vielfach mit dem ökonomischen oder dem gesundheitlichen Schaden derselben verwechselt; — „es fehlt unserer Gesetzgebung der Begriff einer Gesundheitsgefährdung ohne erheblichen Geldschaden und ohne

rasch eintretende Erkrankung!“ Und doch kommt es gerade hierauf an!

Wer nur ¼ Pfund Butter verkauft, welche zu zwei Drittheilen aus Rindstalg und Oel besteht (wie es im Dezember 1873 in St. Gallen vorgekommen), der verdient an und für sich feste Strafe und nicht erst, wenn er, wie in unserem Falle, 130 Pfd. verkauft und erheblichen Geldschaden gestiftet hat. Wer ein Kloakenwasser trinkt und am Nervenfieber wegstirbt, schädigt oft seine Gemeinde schwerer, als wer einen hölzernen Kamin baut uud eine Feuersbrunst veranlaßt; und doch haben wir nicht selten einzelne Typhusnester, Häuser, ja Kammern, welche alle Jahre einen oder mehr Kranke, oft auch Todte liefern, ohne daß man Organe und Vollmachten hätte, dieser fahrlässigen Tödtung Einhalt zu thun.

Zweitens: „Wir wissen auch im Volke nicht genau, was wir wollen.“ Die Sanitätskommission hat ein sehr beschränktes Recht zur Initiative und gar keine Vollmacht noch Einrichtung zu technischer Untersuchung; die Gemeinderäthe aber sehen und hören häufig nichts von sanitären Uebelständen und haben nichts zu berichten. Die Ueberwachung der Ausführung ist der Lebensnerv jedes Gesetzes. Aber die Gesundhetspolizei wird in den Gemeinden am theilnahmlosesten und verständnißlosesten gehandhabt von allen Gesetzen. Seit Aufhebung der Brottaxen wurde das Brot theurer nnd schlechter, weil die Brotwägung gar nicht und die Brotschau nachlässig gehandhabt wurde.

In allen gesundheitlichen Fragen befinden sich die Völker im Zustande eines rathlosen und unklaren Patienten; „die alte Polizeimixtur wird bei Seite gestellt, die neue Medizin der Selbsthülfe durch Gesundheitspflege, Consumvereine und andere Associationen wird als lästig befunden und stillschweigend wird gefordert, daß Alles sich von selber mache, ohne daß ein Consument umsichtig, ein Gemeinderath strenge, oder eine Regierung unbequem sein müsse. Unterdessen mästet sich der Schwindler oder Betrüger im Namen der Freiheit, und der arme Bürger wird ärger mißhandelt als je zuvor.“

Drittens: Die Bezirksärzte sind wohl Gerichtsärzte und Statistiker, aber keine Hygieniker, sie kennen nur die sanitären Verhältnisse ihrer einzelnen Gemeinde, und die Gemeinde wird regiert, „aber nicht ins Verständniß und ins Interesse gezogen.“

Viertens: Der Schwerpunkt aller Volksgesundheitspflege liegt im kleinen täglichen Verkehre; — die in diesem vorkommenden Schädlichkeiten (Fälschungen, Verunreinigungen ꝛc.) zu erkennen, zu bestimmen und auf dem Verwaltungswege zu entfernen, fehlt es an Möglichkeit.

Fünftens: „Wir sind von der Unzweckmäßigkeit unserer Einrichtungen so sehr selber überzeugt, daß wir zu allen Zeiten der Gefahr (Choleraepidemie) sie eiligst verlassen und sofort Ortsgesundheitskommissionen bilden, der Cantonal-Kommission eine kräftige (aber nicht unverantwortliche) Initiative einräumen und dann die Bezirksärzte nach beiden Richtungen hin sehr nutzbringend verwerthen.“

Sechstens: Das Nämliche könnten wir auch in gewöhnlichen Zeiten thun, denn eine starke Epidemie, z. B. Cholera oder Typhus „ändert an der Bevölkerungsziffer eines Cantones oder einer größeren Stadt in einem Jahrzehnt lange nicht soviel, als eine gute oder schlechte Gesundheitspflege regelmäßig ändert.“ In England, Belgien und Neuf-Châtel hat man die Gesundheitspflege der Städte auch auf das Land ausgedehnt und diesem Beispiele müssen wir folgen. Bei jedem öffentlichen Unglücke, sei es eine Epidemie, eine Truppenaufstellung oder eine Ueberschwemmung, immer findet sich in jeder Gemeinde und jeder Ortschaft eine Anzahl Männer mit gutem Willen und Thatkraft, für Leben und Wohlergehen ihrer Mitbürger zu sorgen; „sammeln wir diese hochachtbaren Kräfte schon in den guten Zeiten, so haben wir sie in den bösen! Es muß alles gelernt sein, die Gesundheitspflege so gut als der Krieg. Unsere Bürgerpflicht gegen die Gesundheit ist nicht erfüllt, wenn wir Viehprämien zahlen und Viehseuchen verhüten, sondern wir haben auch die etwas höhere Verpflichtung, dem Verfalle unseres Volkes zu wehren, und seine Gesundheit und Leistungsfähigkeit zu fördern.“ —

Zur Ausführung besserer Gesundheitspflege in St. Gallen sind zwei Grundsätze leitend: Selbstverwaltung der Gemeinden auch auf diesem Gebiete und kräftige Initiative einer Centralbehörde, welche mehr durch Belehrung und Ermunterung, als durch Strafeinleitungen zu wirken hat. Wenn unsere Gesundheitsgesetzgebung nicht lediglich auf dem Papiere stehen soll, so müssen wir durch Ortsgesundheitscommissionen die Gemeinden, durch regelmäßige Berichterstattungen die öffentliche Meinung, den Geist des Volkes ins Interesse ziehen. Zeitweilige Inspektionen haben die technische Richtigkeit der Arbeit zu sichern, damit die Gesundheitsgesetzgebung nicht nur ein Bestandtheil der Strafgesetze werde, sondern damit sie selbstständig sei, — damit sie ferner nicht blos negativ bleibe, sondern positiv schaffend werde.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Diese abscheuliche Kriegspartei“, sagte der Kronprinz des deutschen Reichs zum Marquis d'Abzac, Mac Mahon's erstem Adjutanten, als dieser vor einigen Monaten nach Berlin geschickt war, um dem Kaiser zu seinem achtzigsten Geburtstage zu gratuliren. „Diese abscheuliche (abominable) Kriegspartei würde, wenn Frankreich keinen Vertreter zu des Kaisers Geburtstag geschickt hätte, daraus ein solches Wesen gemacht haben, daß ich wirklich in Angst war, es könne ihr dieser Vorwand geliefert werden.“ So lesen wir in dem englischen Blatt „Herald of Peace“ („Herold des Friedens“, S. 272, Julinummer). Wir haben keinen Grund, die Richtigkeit der Notiz zu bezweifeln, zumal da dieselbe, wie uns mitgetheilt wird, schon vor Wochen in französischen Blättern gestanden hat, ohne daß ein Dementi seitens der Berliner offiziösen oder offiziellen Presse erfolgt wäre. Daß eine „Kriegspartei“ in Deutschland besteht, kann ja leider unmöglich in Abrede gestellt werden. Und zwar eine Partei, die zum Kriege mit Frankreich drängt. Seit den berüchtigten Krieg-in-Sicht-Artikeln der „Post“, die notorisch nicht das Privatprodukt eines taktlosen Reptils waren, wofür man sie hintennach hat ausgeben wollen, also seit Frühjahr 1875 bis in die Gegenwart hinein können wir auf's Genaueste das mehr oder weniger unterirdische Treiben gewisser einflußreicher Persönlichkeiten verfolgen, die methodisch einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich zustreben. Augenblicklich wird mit verdoppelter Anstrengung gearbeitet. Dem deutschen Volk wird Tag für Tag vorgeredet, Deutschland schwebe in der Gefahr eines französischen Ueberfalles, wir müßten uns auf das Schlimmste gefaßt machen, der Staatsstreich, den Mac Mahon im Schilde führe, bedeute den Krieg gegen Deutschland. Kurz, es geschieht Alles, was nur irgend geschehen kann, um das deutsche Volk gegen Frankreich mißtrauisch zu machen, zu erbittern und auf den Krieg mit Frankreich vorzubereiten. Fast ausnahmslos sämmtliche Blätter, die in dem Rufe stehen, aus dem Reptilienfonds gespeist zu werden, wirken mehr oder weniger verblümt in dieser Richtung; und ein Blatt, welches offizielle Beziehungen zu dem preußischen Ministerium hat, und, obgleich es nicht so genannt wird, doch in Wirklichkeit ein offizielles Regierungsorgan ist: die „Provinzial-Correspondenz“, thut nicht nur nichts, um diesen gefährlichen Wühlereien und Aufhetzereien entgegenzutreten, sondern führt sogar seinerseits eine Sprache, welche geeignet ist, denselben Vorschub zu leisten und Oel in's Feuer zu gießen.

Wenn unter solchen Umständen der Kronprinz des deutschen Reichs es für nöthig hält, bei feierlicher Gelegenheit persönlich „die abscheuliche Kriegspartei“ zu denunziren, dann müssen wir allerdings zu dem Schluß kommen, daß „die abscheuliche Kriegspartei“ sehr mächtig und die Kriegsgefahr dem entsprechend sehr groß ist.

Nun eine Frage.

Der Kronprinz, das erhellt aus seiner Aeußerung, ist ein Gegner der „abscheulichen Kriegspartei“. Da der Kronprinz mit seinem kaiserlichen Vater im ungetrübtesten Einvernehmen lebt, müssen wir auch annehmen, daß der Kaiser keine Sympathien für die Kriegspartei hat. Warum aber läßt man dann der „abscheulichen Kriegspartei“ so freien Spielraum für ihre „verbrecherische Thorheit“? Warum greift die Staatsbehörde nicht mit kräftiger Hand ein?

Sozialistische Agitatoren werden bei dem geringsten Anlaß, ohne daß es je zu Gewaltthätigkeiten gekommen, wegen angeblicher Aufreizung einzelner Klassen von Staatsbürgern gegen andere zu jahrelangen Gefängnißstrafen verurtheilt, und eine Bande „abscheulicher“ Verbrecher, die zwei Völker zu brudermörderischem Krieg gegen einander aufstacheln wollen, — Verbrecher, die durch den Schaden, welchen ihr Gehetze dem Handel und der Industrie zugefügt hat, Deutschland schon um Hunderte von Millionen an Geld gebracht haben und — erreichen sie ihr blutiges Ziel — über 80 Millionen Menschen das furchtbarste Elend verhängen, Mord und Brand auf die Tagesordnung setzen, Hunderttausende in den Tod, Millionen in Siechthum und hoffnungslose Noth treiben, die Civilisation um Jahrzehnte zurückwerfen werden — und für diese „abscheulichen Verbrechen“ hat der Staat keine Strafe? Ihnen fällt er nicht in den Arm? Ist der Staat zu schwach, sie zu strafen, oder will er es nicht? Eins von Beiden. Und wir wissen nicht, welches von Beiden das Schlimmere ist.

— Das Pferde-Ausfuhrverbot, welches die deutsche Reichsregierung erlassen hat, ist, wie von keiner Seite bestritten wird, eine Vorsichtsmaßregel in Hinsicht auf die Möglichkeit eines allgemeinen europäischen Krieges. — Aus Wilhelmshaven erfahren wir die Nachricht, daß sämmtliche Werftarbeiter täglich zwei Stunden länger arbeiten müssen als früher; Admiral Stosch aus Berliu ist dort anwesend und es sollen sämmtliche Schiffe in Dienst gestellt werden. Das sind tröstliche Aussichten!

— Wie man die Elsaß-Lothringer für Deutschland zu gewinnen sucht! Aus Mülhausen wird berichtet, daß das große und einflußreiche politische Journal der „Industriel Alsacien“ vom Oberpräsidenten von Elsaß-Lothringen unterdrückt sei. Die Unterdrückung ist erfolgt wegen Verbreitung deutschfeindlicher Gesinnung und wegen Agitationen gegen die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum deutschen Reiche. Bekannt ist, daß der Reichstagsabgeordnete Dollfus seine Ansicht in einem Schreiben an seine Collegen in gleicher Weise ausgedrückt hat und im Interesse Deutschlands und Frankreichs das deutsche Reich ersucht hat, die Annexion rückgängig zu machen. Ganz genau in diesem Sinne wirkte der „Industriel Alsacien.“ Er rief nicht Frankreich zu, durch Gewalt Elsaß-Lothringen zurückzuerobern, er forderte das Volk nicht auf, mit Gewalt die Loslösung der Provinz von Deutschland zu erstreben — nein, er stellte immer und immer an Deutschland das Verlangen, freiwillig der Annexion und im eignen Interesse zu entsagen. Und solche friedliche, petitionirende Agitation ist nicht erlaubt! Da müssen die Elsaß-Lothringer Respekt vor der deutschen Freiheit bekommen, besonders wenn sie lesen, daß die nationalliberalen Blätter die oberpräsidentliche Maßregel gutheißen. — Die fünf elsaß-lothringer Autonomisten im deutschen Reichstage, wollen sich, durch diese Maßregel veranlaßt, den Protestlern wieder nähern. Einige Tage Debatten über Elsaß-Lothringen stehen dem nächsten Reichstage hierdurch mehr bevor, als sonst.

— „Nieder mit der Bourgeoisrepublik!“ Unser Parteiorgan, die gut redigirte Breslauer „Wahrheit“, schreibt: „Der Wahltag in Frankreich soll jetzt auf Sonntag, den 23. September, festgesetzt sein. Der Sonntag ist übrigens regelmäßig der Tag, an dem in Frankreich Wahlen stattfinden. Die Bonapartisten sind unermüdlich und werden, wenn sich die Republikaner nicht aufraffen, diesen den Rang ablaufen. Wir stimmen übrigens darin vollkommen mit dem „Vorwärts“ überein, daß eine schlechte Republik unbedingt schädlicher wirkt, als eine schlechte Monarchie. Denn die Schlechtigkeit der Zustände kompromittirt die ganze Staatsform, was wir bei einer Monarchie nicht bedauern können, bei Republiken aber tief beklagen. Daß die miserablen Zustände in Frankreich es dahin gebracht haben, daß die Republik überhaupt anrüchig geworden ist, davon kann man sich in Deutschland alle Tage überzeugen. Aeußerungen wie: „Frankreich ist eine Republik, und doch ist es dort nicht besser wie hier“, haben wir nicht blos ein, nein tausend Male gehört. Darum fort mit Republiken, die nur ein schlechtes Beispiel davon geben, wie es nicht zu machen ist! Die „Frankfurter Zeitung“ wird daraus ersehen, daß unser Centralorgan mit seiner Anschauung in der sozialistischen Partei nicht allein dasteht. — Indeß vermögen wir immer noch nicht einzusehen, daß der Bestand der Republik ernstlich bedroht sei. Alle die Anstrengungen der Gegner werden nutzlos sein, wenn die Republikaner nur die allerersten Vorschriften der politischen Klugheit befolgen und sich an den Ultramontanen ein Beispiel für die Agitation nehmen.“ — Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ nimmt in dieser Frage fast eine noch radikalere Stellung ein, als selbst der „Vorwärts“; wir werden in nächster Nummer die betreffenden Stellen mittheilen.

— Garibaldi hat an den Senator Keller in Augsburg,

Die neue Generation.

(Zur Charakterisirung Rußlands.)

Der „Wiener Freien Presse“ entnehmen wir nachstehendes hochinteressantes Feuilleton, dem wir zum Schlusse nur einige kurze Bemerkungen anfügen werden:

„Rußland hat seine Banner entfaltet und es läßt wieder einmal seine Fahnen flattern zum „heiligen Krieg“. Mit völkermörderischer Hand schleudert es die lodernde Fackel in eine Welt, die voll von Brennstoff ist. Und wie so oft seit hundert Jahren, seit jener Zeit, wo es zuerst seine tatarisch geschlitzten Augen lüstern und gierig nach der Türkei hinüberschweifen ließ, führt es auch jetzt wieder die alten, abgebrauchten Phrasen von den „unterdrückten christlichen Völkern“ und von seiner Pflicht, für die Rechte derselben einzutreten, im Munde. Das übrige Europa aber steht mit verschränkten Armen dabei und gibt, als ob es jedes Gefühl für Recht und Ehre verloren hätte, den gleichgültigen Zuschauer bei dem empörenden Schauspiel eines Rechts- und Vertragsbruches sondergleichen ab. Vergebens sucht man sich über die Gründe dieser Indolenz klar zu werden; umsonst und eitel ist alles Bemühen, auch nur theilweise eine Thatenlosigkeit zu entschuldigen, die eigentlich von keinem Standpunkt aus zu entschuldigen ist. Keine der übrigen Großmächte hätte sich, wenn sie, gezwungen oder von einem überschäumenden Ehrgeize getrieben, zu einer kriegerischen Aktion schritte, einer solchen Passivität zu erfreuen, wie sie eben Rußland findet. Am hellichten Tage bricht die moskowitische Macht in das Haus des Nachbars ein; höhnend zeigt sie der Welt die Werkzeuge, mit deren Hilfe sie Kasten und Schränke öffnen will; wir sehen den panslavistischen Dietrich und das griechisch-orthodoxe Brecheisen, und doch hat Europa nicht den Muth, oder nicht mehr genug Energie, um sich zu einem kräftigen Entschlusse aufzuraffen, der dem Einbruch wehren könnte.

Nur Ein Umstand dürfte diese die Civilisation schändende und den hochgepriesenen Fortschritt befleckende Thatsache einigermaßen erklären, der Umstand nämlich, daß die Welt sich in einer vollkommenen Unkenntniß über Rußland befindet. Die Verhältnisse des Innern von Afrika sind uns vertrauter als jene Rußlands; wenn auf den treibenden Eisschollen des Nordpols überhaupt von einem Volks- oder Menschenleben die Rede sein könnte, so wüßten wir bereits mehr und Genaueres über dasselbe, als über Alles, was unter der offiziellen Decke vorgeht, welche über Rußland gebreitet worden ist. Kein Fremder kann beruhigt und mit Gewißheit behaupten, Rußland zu kennen; es hat keiner ein Verständniß für den Herzschlag dieses weithingedehnten Reiches, es kann sich Niemand volle Rechenschaft ablegen über die Motive, welche für Rußlands Politik maßgebend sind, über die Faktoren, welche auf dessen soziale Entwicklung eine entscheidende Einwirkung äußern.

Es irrten alle Jene, die sich vor Rußland anbetend in den Staub warfen, weil sie in demselben eine „Macht des Beharrens“ sahen, den einzigen Staat in Europa, der mit Schutzwällen versehen sei, welche in alle Ewigkeit dem Anstürmen der revolutionären, von den modernen Ideen getragenen Hochfluth trotzen können. Es täuschen sich Jene, welche in dem Glauben leben, daß etwa nationale oder religiöse Sympathien der russischen Politik Richtung und Ziel bestimmen, und ebenso sind Alle im Irrthum befangen, die der Ansicht sind, daß Rußland nur im Banne eines maßlosen Ehrgeizes wirke und handle. Wir sehen in Rußland immer nur die kleine Schaar der Regierenden, denen wir alle Macht und allen Einfluß zuschreiben; wir sehen aber nichts von der großen Masse, die hinter den Regierenden steht und diese vorwärts drängt und treibt zu Abenteuern, die vielleicht nicht immer ganz nach dem Sinne „Väterchens“ sind. Wir wissen, wie die einzelnen Stämme und Racen heißen, welche den riesigen Heerbann des Czars aller Reussen bilden, aber die Volksseele ist uns ein mit sieben Siegeln verschlossenes Buch und wir haben keine Ahnung von dem Flügelschlag derselben. Die uns bisher über Rußland belehrten, waren entweder Russen selbst, die nach gehöriger Drillung in Petersburg es bald erlernten, die offizielle Lüge mit der gefälschten Marke der Wahrheit zu versehen, oder es waren Fremde, die mit dem besten und ehrlichsten Willen nicht dazu gelangten, die sich ihnen darbietende Oberfläche alles russischen Lebens zu durchbrechen.

Gerade aber jetzt, in diesem gewitterschwangeren Augenblicke, wo die Geschicke einer Welt der Willkür, einer brutalen Gewalt preisgegeben werden sollen, wird von kühner Hand der dichte Schleier gehoben, der bisher das Reich, in welchem die Knute nie untergeht, verhüllte. Ein gottbegnadeter Dichter ist es, der uns seine Hand reicht, um uns in seine Heimat zu führen, welcher er treu ergeben ist und an der er mit allen Fasern seines Seins hängt — ein Dichter, welcher trotz seiner universellen Bildung und seinen oft kosmopolitisch angehauchten Anschauungen es nie verleugnet hat, Russe mit Leib und Seele zu sein. So viele geistige Genüsse wir auch bereits Iwan Turgenjeff danken, so viele Stunden er uns auch verschönerte durch den Odem der Poesie, der seine Dichtungen durchweht und seinen Gestalten Leben verleiht, nie standen wir so sehr in seiner Schuld, nie fühlten wir uns ihm so sehr verpflichtet, wie jetzt, wo er uns in seinem letzten Romane: „Die neue Generation“,*) zeigt, was sich bisher, wenigstens in seiner Totalität, unseren Blicken entzog, wo er zur Gewißheit werden läßt, was der Welt sich bisher nur in kargen Augenblicken als flüchtige Ahnung aufdrängte.

Mit dem Roman als solchem haben wir es hier nicht zu thun, er trägt den Stempel Turgenjeff'schen Geistes an sich, und es treten uns in demselben auch alle Vorzüge und alle Mängel des berühmten russischen Romanciers entgegen. So manche Gestalt, welche in diesem Roman unser Interesse erregt, fesselte auch in früheren Romanen des Verfassers unsere Theilnahme, und die tiefe Melancholie, die Turgenjeff nie verläßt, breitet ihre düsteren Fittige auch über die neue Generation aus. Es fehlt nicht an Emotion, an ergreifenden Scenen, so daß auch jener Leser, dem es nur um die Fabel zu thun ist, und der nur Geschichten lesen will, seine volle Befriedigung finden wird.

Es ist eine eigenthümlich geartete Gesellschaft, welche uns Turgenjeff in der neuen Generation vorführt, aber es drängt sich uns auch sofort mit unwiderstehlicher Gewißheit die Ueberzeugung auf, daß diese Gesellschaft als typischer Ausdruck jenes Rußlands betrachtet werden darf, welches nur ein Werkzeug in den Händen der Regierenden zu sein scheint, von dem aber in der Wirklichkeit Impulse ausgehen, denen sich die Obenstehenden kaum mehr entziehen können. Turgenjeff zeigt uns den Nihilismus am Werke. Wir kannten denselben bisher nur aus vereinzelten Demonstrationen, die oft einen kindischen Anstrich nicht zu verleugnen vermochten, und aus Gerichtsverhandlungen, deren Schluß in gewohnter Weise nur eine Vermehrung der Bevölkerung Sibiriens bedeutete. Turgenjeff aber schildert ihn in der Theorie und Praxis, und er läßt uns auch über die verschiedenen Abstufungen desselben nicht einen Augenblick im

*) Die französische Ausgabe des Romans trägt den Titel: „Terres Vierges“; die deutschen Ausgaben setzen dafür: „Die neue Generation“ oder „Neuland“.

der ihm befreundet ist, auf eine bezügliche Anfrage folgenden Brief gerichtet:

„Caprera, den 29. Mai 1877.

Mein werthester Herr Keller!

Nie habe ich aufgehört, Ihre mir werthe Freundschaft hochzuschätzen, und der Krieg, den ich 1870 und 71 geführt habe, geschah im Dienste der idealen Republik, der ich mein ganzes Leben gewidmet habe. Derselbe wird mir gewiß von den Deutschen nicht nachgetragen, welche ich als Brüder betrachte. Einen herzlichen Gruß an Ihre Familie von

Ihrem ergebenen

G. Garibaldi."

Der alte Freiheitsheld erklärt hier indirekt, daß er für die französische Bourgeosisrepublik, für die Republik des Herrn Thiers oder des Herrn Mac Mahon, für die Republik der „Frankfurter Zeitung" keinen Finger rühren würde. — Es wäre auch schade darum!

— Aus der besten der Welten. In der „Vossischen Zeitung" vom 3. d. lesen wir unter den Lokalnotizen:

„Im benachbarten Schöneberg ist vor einigen Tagen ein alter Mann aus Hunger dem Selbstmorde verfallen. Derselbe begab sich auf das Amtsbureau und bat um eine Unterstützung, da er sehr arm sei und nichts zu essen habe. Der Sekretair bedeutete ihm, daß er sich zunächst bei dem Armen-Vorsteher zu melden habe, welcher ihn mit einer Legitimation versehen würde, worauf er sich zum Bureau zurückverfügen solle. Der Arme befolgte dies, fand aber den Armen-Vorsteher nicht zu Hause, worauf er sich in seine Wohnung begab und seinem Leben durch Erhängen ein Ende machte."

Alles „ganz in der Ordnung". Der Armen-Vorsteher hat strikte nach dem Gesetz und nach seiner Instruktion gehandelt. Und daß der Mann es mit dem Essen so voreilig hatte? Ja, warum war er nicht früher gekommen? Er ganz allein trägt die Schuld. Und wer die Schuld hat, der muß auch büßen — von Rechtswegen.

— Die Leipziger Amtshauptmannschaft scheint hinter Rüder, der in seinem Eifer, die Sozialdemokratie zu vernichten, sogar so weit geht, die jahrelang unbeanstandet gebliebenen freiwilligen Geldsammlungen zu verbieten und den Einzelverkauf der „Fackel" in Versammlungen nicht zu gestatten — scheint, sagen wir, hinter Rüder nicht zurückbleiben zu wollen, denn auch sie greift jetzt zu Ausnahmsmaßregeln, um der „sozialistischen Epidemie" Einhalt zu thun. Eine solche Ausnahmsmaßregel ist das Verbot eines Arbeiterfestes, welches im 13. sächsischen Wahlkreise (Reichstagsabgeordneter Demmler) abzuhalten beabsichtigt war. Daß der Sozialdemokratie mit solchen nachgerade abgebrauchten Mitteln nicht beizukommen, daß ihr überhaupt nicht beizukommen ist, sollten deren Gegner nun doch wohl eingesehen haben. Doch das ist Sache unserer Gegner, nicht die unsrige. Daß übrigens das „Leipziger Tageblatt" die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen konnte, ohne seinen national-„liberalen" Standpunkt zu dokumentiren, ist selbstverständlich. Es drückt seine Freude über das Verbot des Festes in folgenden Worten aus: „Wir hören jedoch, daß die königliche Amtshauptmannschaft dem Vorhaben der sozialistischen Agitatoren einen Riegel vorgeschoben hat, indem sie die Abhaltung des Festes verbot." — Da wir es nun einmal mit dem „Leipziger Tageblatt" zu thun haben, so gestatten wir uns hier gleich eine kleine Abschweifung auf das Gebiet der Sittlichkeit, deren eifrige Verfechterin dieses Mastbürgerblatt ist — freilich nach seiner Art. Also: „Das „Leipziger Tageblatt" und die Sittlichkeit." Auszug aus der dritten Beilage der Nummer 189 vom 9. Juli des „Leipziger Tageblatt": „Eine in schweres Unglück gerathene junge Wittwe bittet zu ihrer Rettung edle Menschenfreunde um ein kleines Darlehn gegen innigen Dank und pünktliche Rückzahlung. Adr. unter „Gott hilft" in der Expedition dieses Blattes." — „Eine gebildete Witwe, Anfang 30r, bittet edeldenkende Menschen um ein Darlehn von 30 Mark. Adressen unter L 77 durch die Expedition dieses Blattes." — „Eine junge Frau sucht gegen Sicherheit ein Darlehn von 30 Mark. Adressen erbeten in der Expedition dieses Blattes unter U. # 81." — „Eine feingebildete Dame, hier fremd, bittet herzlich edeldenkende Menschen um ein Darlehn von 350 Mark. Suchende würde es mit großem Danke binnen vier Monaten zurückerstatten, wäre aber auch gern bereit, dafür Placement anzunehmen. Gef. Offerten unter N. R. 420. Exped. dieses Blattes erbeten." — „Ein alleinstehendes Mädchen sucht 10 Thlr. zu leihen. Bitte Adressen unter M. G. 20 in der Filiale d. Bl., Katharinenstraße 18, niederzulegen." — „Eine j. Frau, welche d. Schicksalsschl. hart getroffen, bittet edle Menschen um ein Darlehn v. 20 Thlr. gegen pünktl. monatl. Abzahlung. Gef. Off. unter E. + 111 durch die Exped. d. Bl." — So nimmt sich das sittliche „Leipziger Tageblatt" aus! Es sollte uns nicht wundern, wenn die Leipziger Staatsanwaltschaft, dem Beispiele Berlins folgend, dem sauberen „Tageblatt" „einen Riegel vorschiebt" und es zur Verantwortung zieht wegen Vorschubleistung der Prostitution, denn darauf und auf nichts Anderes laufen die oben citirten Annoncen hinaus.

Obige Zeilen waren bereits gesetzt, als wir von bestunterrichteter Seite erfuhren, daß nicht das obenerwähnte Fest, wohl aber der Aufzug verboten worden sei. Das „Leipziger Tageblatt" wird daher gut thun, den Riegel, den es in seiner Herzensfreude dem Versammlungsrecht bereits vorgeschoben wähnte, wieder zurückzuschieben, — sein „Liberalismus" erlaubt ihm das hoffentlich.

— Im Musterbourgeotsstaat Belgien erfolgte vor Kurzem die Ausweisung Jourde's, des Finanzministers der Pariser Commune, aus Belgien, weil er ein die Commune vertheidigendes Buch herausgegeben hat. Auf eine Interpellation des Brüsseler Deputirten Janson hin kam die Angelegenheit in der Brüsseler Kammer zur Verhandlung, und erklärte sich dieselbe mit 76 gegen 14 Stimmen (17 Kammermitglieder enthielten sich der Abstimmung) für die Ausweisung. Zu verwundern wäre es nicht, wenn die Bourgeosisrepublik Frankreich der Bourgeosmonarchie Belgien ihren Dank votirte für diesen an einem verhaßten Communard verübten Gewaltstreich.

— Die Sozialistenhetze in Italien dauert mit ungeschwächter Kraft fort. Ein neues Florentiner sozialistisches Tageblatt, die „Miseria" (das Elend), wurde nach kaum einmonatlichem Bestande vor den Assisen zu 6 Monaten Gefängniß und 300 Lire Geldstrafe verurtheilt; der „Risveglio" (anarchistisch) wurde ganz unterdrückt. Natürlich lassen sich die Sozialisten dadurch nicht einschüchtern, sondern verdoppeln ihren Eifer und ihre Anstrengungen. An Stelle des „Risveglio" wird demnächst ein anderes Organ erscheinen; der republikanisch-sozialistische „Popolo" zu Genua ist bedeutend vergrößert worden und veranstaltet täglich zwei Ausgaben; die Mailänder „Plebe" gewinnt einen immer größeren Anhängerkreis. Eine gute Neuigkeit ist die Meldung von der erfolgten Freilassung der so lange eingekerkerten Palermitaner Sozialisten: die Redakteure des „Povero" und der „Lince", Ingegneros und Lualdi, und mehrer Anderer. — So ist der Kampf gegen den Sozialismus allenthalben ein ebenso brutaler wie aussichtsloser. Wo aber die Brutalität und Gewalt das Rüstzeug waren, mit welchem man Ideen bekämpfte, da ist der Sieg der verfolgten Idee noch immer das Resultat des Ringens gewesen, und so ist auch dem gewaltthätig bekämpften Sozialismus, der sich die Erlösung der ausgebeuteten und unterdrückten Menschheit zum Ziele gesteckt hat, die Zukunft sicher.

— Unsere Nachricht in voriger Nummer, daß die Belagerung von Kars aufgehoben sei, ist nur zum Theil wahr. An drei Seiten (nach Süden, Osten und Westen) ist Kars frei und nur an der Nordseite steht noch das russische Heer. Die Entscheidungsschlacht, welche die Russen so gern bei Erzerum geschlagen hätten, wird jetzt dicht an der russischen Grenze stattfinden und wehe den Russen, wenn sie dort geschlagen werden; hinter sich die siegenden Türken und vor sich die aufständischen Tscherkessen. — An der Donau haben die Russen einige offene bulgarische Städte besetzt und einige kleine Festungen erobert und allerlei Grausamkeiten ausgeübt. — Den Russen fehlt aber der Proviant — die Armeelieferanten haben sich als ächte russische Spitzbuben gezeigt — so daß die Armee keinen Schritt vorrücken kann. Wenn eine Proviantcolonne ankommt, beladen mit Spiritus, Taback und Talg, so erhebt der betreffende Truppentheil ein wahres Freudengeheul. — Durch die schlechte Verpflegung aber fallen die halbcivilisirten, unreinlichen armen Soldaten aber den Krankheiten zum Opfer, so daß alle russischen Spitäler überfüllt sind. — Hält sich die Türkei noch zwei Monate lang, so kann „Väterchen" mit seinen humanen „Kinderchen" wider gen Norden ziehen, ohne daß es ihm gelungen, das alte Byzanz in Blut zu ersäufen.

— 2843 Prozesse! Unser Frankfurter Parteiorgan hat sich der sehr verdienstlichen Mühe unterzogen, eine sozialdemokratische Prozeß- resp. Verurtheilungsstatistik herzustellen. Doch hören wir den „Frankfurter Volksfreund" selbst:

„Mit vieler Mühe ist es uns gelungen, eine sozialdemokratische Prozeß- resp. Verurtheilungsstatistik für Deutschland anzufertigen. Dieselbe umfaßt einen Zeitraum von 14 Jahren: vom Auftreten Ferdinand Lassalle's und der Gründung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins im Jahre 1863 bis jetzt. Wohl glauben wir von vornherein behaupten zu dürfen, daß unsere Arbeit auf ziemliche Genauigkeit Anspruch machen kann, indem wir dabei hauptsächlich uns stützten auf die betreffenden Ausweise in den verschiedenen Jahrgängen unserer Parteiblätter, sowie auf Notizen, die wir über die einzelnen Fälle uns zur Zeit gemacht. Doch schreiten wir ohne jede weitere Vorbemerkung zur Veröffentlichung der bedeutungsvollen Zahlen: Es wurden in der angegebenen Zeit gegen Sozialisten, wegen der verschiedensten sogenannten politischen Vergehen, anhängig gemacht 2843 Prozesse! Davon entfallen auf Preußen allein 2065; Sachsen weist 418 auf; die übrigen vertheilen sich auf Bayern, Württemberg, Baden u. s. w. Dabei ist nun aber zu bemerken, daß seit dem Jahre 1871 eine enorme Steigerung der Prozesse sich geltend machte, nahezu ⅔ der Gesammtsumme muß verrechnet werden auf die Jahre 1871 bis jetzt. Es wurden anhängig gemacht wegen:

Hochverrath	5	Prozesse
Majestätsbeleidigung	193	„
Bismarckbeleidigung	211	„
Aufreizung ꝛc.	326	„
Schmähung und Verhöhnung von Staatseinrichtungen, Gotteslästerung ꝛc.	298	„
Widerstand gegen die Staatsgewalt	277	„
Beamten- und sonstige Beleidigungen	619	„
Uebertretung der Vereinsgesetze, resp. Verstoßes gegen dieselben und wegen ähnlicher „Verbrechen	909	„

Etwa die Hälfte all' dieser Prozesse kommt auf Rechnung der sozialdemokratischen Presse. Die enorme Höhe der Prozesse wegen Beleidigung und besonders wegen Verstoßes gegen die Vereinsgesetze haben uns die letzten Jahre gebracht. Teffendorf hat zur Erreichung der Ziffer 909 das Meiste gethan! Nur in etwa 400, meist untergeordneten Fällen erfolgte Freisprechung; über 2300 Prozesse endeten mit Verurtheilung der Angeklagten. Erkannt wurde im Ganzen auf 173 Jahre, 6 Monate, 3 Wochen = 70,486 Tage Gefängniß. Die meisten dieser „Strafen" variiren zwischen 3 Monaten und 1 Jahr. Von den außerordentlich hohen Strafen aus der neuesten Zeit ist zu verrechnen diejenige, welche den Genossen Vahlteich in Chemnitz jüngst betroffen, nämlich 1 Jahr 6 Monate Gefängniß wegen „Majestäts- und Richterbeleidigung". An Geldstrafen wurden verhängt weit über 40,000 Mark. Rechnen wir dazu an Prozeß- und Haftkosten ꝛc. weitere 40,000 Mark, was sehr niedrig gegriffen ist, so erhalten wir die anständige Summe von 80,000 Mark!" — Mit den Erfolgen wachsen die Verfolgungen — aber auch umgekehrt! Das mögen sich die Herren von der Polizei, von der Staatsanwaltschaft und von den Gerichten merken.

— Aus Bayern. Am 3. Juli bestätigte das Appellationsgericht in Augsburg das gegen die dortige Genossenschaftsbuchdruckerei von der ersten Instanz gefällte Urtheil, welches die Auflösung der Genossenschaft und Verurtheilung eines jeden Vorstandsmitgliedes zu 30 Mark Geldstrafe und in die Kosten des Verfahrens ausspricht. In der Augsburger Genossenschaftsbuchdruckerei wird bekanntlich der Augsburger „Volkswille" gedruckt — ein Blatt, welches den Herren Gegnern der Sozialdemokratie schon lange ein Dorn im Auge ist. Da es nun bisher trotz allerlei Chikanen nicht gelingen wollte, das unbequeme Blatt aus der Welt zu schaffen, so soll jetzt das „Recht" herhalten, um dem Blatte den Lebensodem auszublasen, denn auf etwas Anderes ist es mit der Schließung der Genossenschaft im Wege „Rechtens" nicht abgesehen. Ob der Streich gelingen wird — wir bezweifeln es.

— Genosse Wolf aus Mühlheim wurde von dem Appellhof in Darmstadt in zweiter Instanz wegen Bismarckbeleidigung zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Zweifel. Da sind, lebenswahr gestaltet, die ehrlichen, überzeugungstreuen Beamten, die mit idealistischer Schwärmerei glauben, aus dem Zusammenbruche einer Gesellschaft, aus dem sozialen Schutt, aus den Ruinen des Staates eine neue, glückliche, allen Träumen Erfüllung bringende Welt aufbauen zu können. Sie sind vermengt mit den eigentlich kritischen Geistern, die, ohne ein Ideal in der Seele zu tragen, auf dem Wege der mißverstandenen Theorie und der unverdauten Lektüre dazu gelangten, die politischen und sozialen Gestaltungen der Gegenwart unbedingt und allseitig zu verwerfen. Es fehlt nicht an den Verbitterten, die ein unerbittliches Geschick immer und immer wieder zwang, den Kelch der Leiden bis auf die Neige zu leeren, und wir begegnen auch den Unzufriedenen, die das Unbehagen, welches ihnen ihre individuelle Lage einflößt, auf das Allgemeine übertragen. Ihnen gesellen sich die verlorenen Posten der Gesellschaft, die überall zu finden und auch immer bereit sind, dem Bestehenden den Krieg zu machen, weil sie nur so hoffen dürfen, Besitz, Stellung und äußere Ehre zu erlangen, die sie nie besaßen, oder bereits längst verloren hatten. Und endlich mangeln uns auch die Frauen nicht, welche sich dem Nihilismus in die Arme geworfen, weil sie die Emancipation ihres Geschlechtes auf ihre Fahnen geschrieben oder weil sie ihrer nach echt weiblicher Hingebung durstenden Seele irgendwie und um jeden Preis Befriedigung verschaffen wollen.

Turgenjeff macht kein Geheimniß daraus, daß der Nihilismus in Rußland nicht an einzelne Individuen geknüpft sei, sondern alle Schichten, alle Kreise und jedes Alter in sich fasse. Ernste, bedächtig gewordene Männer, deren Haupt bereits im weißen Schmuck des Alters prangt, stehen dicht neben dem unreifen Jüngling, der sich rühmt, „die Theorie der Leidenschaften von Fourier vervollständigt zu haben", und der auch versichert, daß er der Erste sei, der endlich „festen Boden" gefunden, und daß er nicht, ohne eine Spur hinter sich gelassen zu haben, aus der Welt scheiden werde. Zweiundzwanzigjährig, hat er bereits alle Fragen der Welt und der Wissenschaft gelöst, und er zweifelt auch nicht, daß er eine Umwälzung Rußlands zu Stande bringen werde. Sprossen der ältesten Familien sind ebenso von nihilistischen Anschauungen durchdrungen, wie die Söhne der untersten Klassen. Damen der sogenannten guten Gesellschaft, die sich jeden Fehltritt erlauben, weil er ihnen in französischen Romanen im schönsten Lichte erschien, sind nicht weniger nihilistisch, als jene armen, gedrückten Weiber, die dem dunkelsten Schoße der großen Masse entstammen und denen jede Bildung versagt blieb, welche es gestattet, einen Fehltritt mit einer geistvollen Phrase aus den Werken Balzac's oder der Sand gutzumachen. Selbst das so allmächtige russische Beamtenthum konnte sich den Einwirkungen des Nihilismus nicht entziehen, und wenn es heute noch mit einer gewissen Vorsicht den Spuren desselben folgt, so geschieht dies nur, weil es ihm noch nicht gelungen ist, eine bureaukratischen Handhabe für ihn zu finden. Und endlich sind auch zahllose Glieder der Armee bereit, im geeigneten Augenblick ihren Fahneneid gegen die noch immer nicht klar gefaßten Grundsätze des Nihilismus einzutauschen.

(Schluß folgt.)

— Infam! Unser Parteiblatt, die „Bergische Volksstimme", schreibt aus Barmen vom 6. Juli: „Als sich heute Nachmittag die Nachricht in der Stadt verbreitete, daß am Viadukte der Rheinischen Eisenbahn ein Arbeiter seinen Tod gefunden habe, saßen in einem „feinen" Restaurant gerade zwei „noble" Herren bei einem Glase Wein zusammen. Als dem einen von Beiden das Unglück mitgetheilt wurde, leerte er schmunzelnd sein Glas mit den Worten: „Bravo! da hat ja bei der nächsten Wahl Hasselmann wieder einen Wähler weniger!" Wir schließen die Notiz mit dem Worte, welches wir zu Anfang niedersetzten: Infam!

— Jetzt wissen wir's! Die Frage: Wer ist ein Sozialist? wird vom „Cottbuser Anzeiger" in folgender kostbarer Weise wahrscheinlich durch ein Pfäfflein beantwortet:

„1) Der Sozialfanatiker, Sozialrevolutionär, mit Knüttel, Hieb- und Schußwaffe und Petroleumkanne, nennt sich Sozialist und wird von unwissenden Menschen so genannt.

„2) Der Sozialpolitiker, mit Stimmzettel und politischer Agitation, wird auch unrichtig Sozialist genannt, da zum wirklichen Sozialisten noch mehr gehört, als blos politisches Leben und Treiben. Wenn Männer, die sich religionslos, Materialisten, Atheisten nennen, sich berufen glauben, den sozialistischen Staat zu gründen, so befinden sie sich in einem schweren Irrthum.

„3) Der Sozialreligiöse oder Religiössoziale, der Humanist, der den Sozialismus, d. h. den für die Gesammtheit der Staatsbürger organisirten Humanismus, im Gegensatz von Egoismus, Bestialismus, Kapitalismus, Mammonismus, des zweiten oder praktischen Theils der Vernunftreligion betrachtet, ist der wirkliche Sozialist."

Bravo! Nun sehen wir endlich klar in dieser schwierigen Frage.

— Schamlosigkeiten in der „besseren" Gesellschaft. In der „Kölnischen Zeitung" vom 28. Juni findet sich folgende Anzeige:

„Dame, veuve, de bonne famille, éducation soignée belle femme, voiture plendide, ayant eu des revers désire quitter son pays et être la compagne d'un célibataire distingué. Lettres affranch, sub Ch. P. poste restante Ems (Nassau)."

Zu Deutsch:

„Eine Dame, Wittwe, aus feiner Familie, welche eine sorgfältige Erziehung genossen, schöne Frau ist und eine prächtige Stimme besitzt, wünscht ihre Heimath zu verlassen und die Maitresse eines vornehmen Junggesellen zu werden. Briefe u. s. w."

Heiliger Madai von Berlin, weshalb verfolgst du die Prostituirten, wenn sie sich auf der Straße feilbieten, wenn sich in liberalen Weltblättern diese Dirnen öffentlich anbieten dürfen?

Babylonisches.

Nebukadnezar, Exkönig von Babel,
Dinirt und soupirt ohne Messer und Gabel;
Denn in der Gesellschaft von Ochsen und Stieren
Beißt er in's Gras und wandelt auf Vieren.

„Du grimmer Jehovah," brüllt der Exkönig,
„Wie ist mein jetziges Leben eintönig!
„Die Weide dient mir zur Tafel, zum Lager;
„Das Lager wie hart, die Tafel wie mager!

„Jehova, die Kost ist zu miserabel.
„Viehfutter für einen König von Babel!
„O, hört ich doch wieder das holde Geklirre
„Von meinem goldenen Tafelgeschirre!"

Da ruft's aus den Wolken: „Du Ungeheuer!
„Sieben Jahre bleibst du Wiederkäuer
„Und zählst das Rindvieh zu Tischgenossen.
„Der dich verochs'te, hat es beschlossen." —

Und als die sieben Jahre vergangen,
Sitzt der entochs'te König voll Prangen
Beim üppigen Mahl in stolzem Glanze,
Umgeben von seinem Hofgeschranze.

Da murmelt der König: „Wahrlich diese
„Kost ist viel besser als auf der Wiese;
„Doch will die Gesellschaft in diesen Hallen
„Mir kaum besser als die auf der Wiese gefallen."

Ludwig Kalisch.*)

*) Mit Genehmigung des Verfassers aus dessen im vorigen Jahre bei Braun und Schneider in München erschienenen humoristischen und sehr empfehlenswerthen Mixedpickles (Plural! Herr Hofrath Gottschall!) „Gebundenes und Ungebundenes" abgedruckt.

Aus Amerika.

Boston, 15. Juni*).

Die Sozialdemokraten Boston's sind aufs höchste erfreut über den soeben durch den unterseeischen Telegraph gemeldeten Sieg unserer Partei im 6. Berliner Wahlkreise. Die überwältigende Majorität zu Gunsten Hasenclever's liefert einen glänzenden Beweis für die Tiefe und Ausdehnung, welche die sozialdemokratische Bewegung in der Hauptstadt des deutschen Reiches erlangt hat. Unsere Hochachtung und unseren Dank den Männern, welche der Sache der unterdrückten Arbeit im politischen Mittelpunkt, im Herzen des großen Deutschland diesen Triumph bereitet haben!

Die Arbeiterbewegung in Amerika, die so lange durch englische Reform-Halbheiten irre geleitet und auf dem Boden der falschen, heut herrschenden Prinzipien festgehalten und thatsächlich demoralisirt worden ist, fängt an in die richtigen Bahnen einzulenken. Unser Volk ist vollständig reif für die Verbreitung jener Gesellschaftsideen, welche in Deutschland so reißende Fortschritte machen, und das von den Sozialdemokraten Deutschlands aufgestellte Programm, das, Dank den Bemühungen unserer deutschen Freunde in den Vereinigten Staaten, nun auch unser geistiges Eigenthum ist, findet unter dem englisch sprechenden Theil der Bevölkerung immer mehr Anklang.

Die Idee selbst freilich brauchte nicht von Deuschland importirt zu werden. Sie lebt schon seit Langem in den Köpfen denkender Menschen, welche die Natur des heutigen Gesellschaftssystems erkannt haben, ohne von ihm vergiftet zu sein.

Jetzt herrscht leider in unseren Reihen noch keine Eintracht. Die Vorkämpfer der Arbeit zerfleischen sich vielfach unter einander. Es fehlt uns ein Organisator; indeß ich bezweifle nicht: mit dem Wachsen der Bewegung werden die nöthigen Kräfte sich schon finden. Umsomehr, da wir den großen Vortheil haben, die zur Verwirklichung des sozialistischen Programms erforderliche politische Maschinerie zu besitzen.

Daß Sie in Deutschland uns in der sozialistischen Bewegung so weit voraus sind, kann uns nur nutzen, wie ich anderseits auch hoffe, daß unsere Fortschritte Ihnen zu gut kommen werden.

Gegenwärtig halten die „gebildeten" Klassen sich uns noch fern, obgleich es scheint, daß sie sich für die Sache zu interessiren beginnen. — — —

Wir dürfen niemals vergessen, daß die sozialistische Organisation der Gesellschaft gewisse Entwicklungsstufen voraussetzt, die nicht übersprungen werden können; allein das hindert nicht, — im Gegentheil es liegt im Wesen des Sozialismus — daß unsere Bewegung eine allgemeine, eine kosmopolitische ist, und daß ihre Vertreter in den verschiedenen Ländern harmonisch und sympathisch zusammenwirken. Wir Amerikaner wollen Ein Herz und Eine Seele sein mit unseren deutschen Brüdern; wir brauchen eine organisirte Verbindung, einen regelmäßigen Wechselverkehr.

Wir haben den sehnlichsten Wunsch, der Bewegung in Deutschland genau zu folgen, in beständiger Fühlung mit ihr zu sein und wir bitten Sie dabei um Ihre freundliche Unterstützung**). Falls Sie es erlauben, schreibe ich Ihnen von Zeit zu Zeit Berichte über die Bewegung in den Vereinigten Staaten***).

Correspondenzen.

Berlin, 8. Juli. (Die wirthschaftliche Lage der Bevölkerung der Oranienburger Vorstadt.) Die Oranienburger Vorstadt ist die größte der sogenannten Vorstädte Berlin's, denn sie umfaßt nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1875 eine Seelenzahl von 78,359, die bis 1877 1. Quartal auf 96,461 gestiegen ist; werden die in volkswirthschaftlicher Beziehung dazu gehörenden, sonst aber ärmsten Stadttheile der Residenz, Moabit mit rot. 20,000 und Wedding mit 46,000 Seelen dazu gezählt, so erhalten wir eine Bevölkerungsgruppe von 163,000 Seelen, deren gewerblichen und wirthschaftlichen Verhältnisse so eng miteinander verbunden sind, wie in keinem andern Stadttheile. Nebenbei gesagt, gehört dieser Stadttheil zum sechsten Berliner Wahlkreise. Der wirthschaftliche Aufbau der Bevölkerung der Oranienburger Vorstadt trägt diesem nach auch einen speziellen Charakter. Die Zahl der Verheiratheten beziffert sich auf 28,750. Die der Ledigen männlichen Geschlechts auf 25,477, die der weiblichen auf 19,662. Davon leben 76,000 Personen, darunter 28,000 Kinder, in 18,000 Haushaltungen. Von großer wirthschaftlicher Bedeutung ist es, daß sich die Zahl der Haushaltungen von 1871—75 nur um 2214 (14%) vermehrt hat. Die sonstigen Wohnungsverhältnisse werden dadurch erläutert, daß von 18,857 Wohnungen 10,755 nur ein heizbares Zimmer haben, also von 100 Bewohnern wohnen 64,34 in einem Zimmer. — 38,9 Bewohner von 100 in übervölkerten Wohnungen. Ein ganz besonderes Gepräge wird der Bevölkerung durch den Industrie- und Gewerbetrieb aufgedrückt. Da die Eisen- und Metallfabrikation fast ausschließlich ihren Sitz in der Oranienburger Vorstadt hat, so hat diese mit einem großen Weberdorfe, resp. Kohlendistrikt viel Aehnlichkeit. Die folgende Aufstellung gewährt hierüber eine speziellere Uebersicht. Es waren beschäftigt in den

	Industrie- u. Bauwesen	in Eisen- u. Metall	sonst. Fabrikationsbetrieb
Oranienburger Vorstadt	47,285	11,699	11,673
Moabit	8,975	17,337	4,000
Wedding	18,480	2,627	7,000
Rosenthaler Vorstadt	28,843	2,883	5,000

Sie zeigt zunächst, daß rot. 48,000 Personen bei der Industrie, 11,000 in Eisen- und Metallwaaren und 11,000 Personen im sonstigen Fabrikwesen, also 70,654 Personen beschäftigt waren, eine Zahl wie kein anderer Stadttheil in einem Industriezweige aufzuweisen hat. Wenn nun dieser Industriezweig für Eisen- und Metallbranche derartig ins Stocken gerathen ist, daß eine der größten, einen Weltruf habenden Fabriken eingegangen und von 1200 Schmiedefeuern nur kaum 100 die ganze Tageszeit über arbeiten, so ist ein Facit für die Arbeitslosigkeit der Bevölkerung der Oranienburger Vorstadt gefunden. Spüren wir dem Nothstand in seiner Höhe und Tiefe und Ausdehnung in den einzelnen Erwerbs- und Nahrungsklassen nach, so ergeben die amtlichen statistischen Tabellen, daß in der Oranienburger Vorstadt ein großer Stamm alter, verheiratheter Schmiede, Metalldreher, Bohrer, Schleifer und Arbeiter bei den Hobel-, Werkzeug- 2c. Maschinen und bei den Gießereien vorhanden ist. Wenn die nicht gewerblichen, gewöhnlichen, ledigen Fabrikarbeiter unter dem Mißgeschick der wirthschaftlichen Ereignisse sich andere Arbeit suchen oder zum Wanderstabe greifen und der stolzen, arbeitslosen Residenz den Rücken drehen, so ist das für die Arbeiter der erstgenannten Gewerbebetriebe ebenso schwierig wie im Weberhandwerk. Die gewerbliche Beschäftigung und die große Zahl alter, verheiratheter Arbeiter giebt der ganzen Oranienburger Vorstadt einen stabilen Charakter. Die Weber-Ansiedlungen des Voigtlandes erhielten erst Leben seit 40 Jahren. Es baute sich nach der Entstehung der Eisengießerei von Engels 2c. 2c. im geordneten, wirthschaftlichen Aufbau, dieser Erwerbszweig den Bedürfnissen nach, langsam auf. Nahrungs- und Bekleidungsgewerbe waren der Arbeiterstadt angemessen.

Dieser langsame Aufbau ist bis heute in gleicher Weise vorgeschritten. Da nun Eisen- und Metall-Industrie derartig darniederliegt, wie 12:1, also wie keine andere, so liegt es auf der Hand, daß alle Schichten der Bevölkerung aus diesem Gewerbebetriebe gleichsam herausgewachsen sind. Durch den so schroffen Rückgang ist nun nicht allein eine große Zahl Schmiede, Dreher, Bohrer und gewöhnliche Fabrikarbeiter, sondern auch Aufsichtspersonal, Techniker, Buchhalter, Meister 2c. entlassen und brodlos gemacht; Letztere haben, insofern sie ledig waren, beim Meister 2c. ein möblirtes Zimmer oder Schlafstelle bewohnt — diese verlassen und einen Ausfall in der Miethe- resp. Wirthschaftskasse erzeugt. Wie sehr dies bei den dortigen theuren Miethen in's Gewicht fällt, erhellt daraus, daß 8000 Familien Zimmer vermiethen mußten und 1371 Chambregarnisten und 8521 Schlafleute beherbergten. Von besonderem Interesse ist es, daß in der ganzen Oranienburger Vorstadt kein einziges großes Modewaaren- und Luxusgeschäft existirt. Alle Läden und Verkaufslokale haben einen kleinstädtischen Charakter. Es finden nur Gegenstände für den Stand des Arbeiters und Handwerkers Abgang. Da diese nun aber die Kaufkraft verloren haben, so leiden darunter: Bäcker, Mehl- und Vorkosthändler, Schuhmacher, Kleiderhandlungen, kurz der ganze Erwerbsbetrieb der Gesammtbevölkerung dieser Vorstadt.

Leipzig, den 10. Juli. Gestern tagte im „Thüringer Hof" ein Congreß der deutschen Maurer und Steinhauer. Derselbe war gut besucht; von den größeren Städten Deutschlands waren z. B. durch Delegirte vertreten Berlin, Hamburg, Hannover, Dresden, Braunschweig, Chemnitz, Altona, Augsburg, Nürnberg, Rostock, Lübeck, Kiel und Leipzig. Aus den Verhandlungen gewinnen die Erörterungen über die Nothwendigkeit der Stellung der Bauhandwerker unter das Haftpflichtgesetz ein allgemeines Interesse. Ein über diesen Gegenstand von Grottkau aus Berlin gehaltener Vortrag, der sich hauptsächlich auf die amtlichen Resultate der vergleichenden Statistik stützte, führte zur Annahme folgender Resolution an den Bundesrath und den deutschen Reichstag:

Der Congreß erklärt: Der Schutz, den das Haftpflichtgesetz den in Bergwerken, Fabriken und bei Eisenbahnen beschäftigten Arbeitern gewährt, mangelt den Bauhandwerkern. Dies läßt sich weder mit den Resultaten der Statistik über angebliche Ungefährlichkeit des Baugewerbebetriebes, noch mit dem Grundsatz der Rechtsgleichheit der Staatsbürger vereinbaren.

Im Gegentheil fühlt sich der Congreß verpflichtet, im Namen der Rechtsgleichheit die Aufnahme resp. Unterstellung der Bauhandwerker unter die Bestimmungen des § 1 des Haftpflichtgesetzes vom Reichstage zu verlangen.

Gründe: 1) Da die Erfahrung lehrt, daß die meisten Unfälle der Arbeiter daraus herzuleiten sind, daß die Arbeitgeber aus ungerechtfertigten Sparsamkeitsrücksichten beim Gewerbebetriebe die möglichen und nothwendigen Schutzvorrichtungen und Sicherheitmaßregeln, welche Unglücksfälle der Arbeiter zu verhüten geeignet sind, rechtzeitig anzubringen unterlassen. Da aber das Haftpflichtgesetz gerade den Zweck hat und haben muß, dieses Uebel möglichst einzuschränken resp. zu beseitigen, so folgt daraus, daß diejenigen Gewerbszweige, bei denen das Leben und die Gesundheit der Arbeiter durch Unterlassungssünden der Arbeitgeber resp. der von diesen mit der Leitung und Beaufsichtigung der betreffenden Arbeiten beauftragten Personen am meisten gefährdet ist, auch in erster Linie unter die Bestimmungen des Haftpflichtgesetzes zu stellen sind. — Da nun die Bauhandwerker vermöge des hohen Grades von Gefährlichkeit mit dem ihr Gewerbe bei der heutigen Schutzlosigkeit verbunden ist, zu denjenigen Arbeitern gehören, deren Leben und Gesundheit, bei Ausübung ihres Berufs durch fremde Schuld mit am meisten gefährdet ist, so ist die Stellung der Bauhandwerker unter das Haftpflichtgesetz geradezu zur Nothwendigkeit geworden und nur als eine nachträgliche Erfüllung einer bisher versäumten Pflicht der Gesetzgebung zu betrachten.

2) Die außerordentlich große Anzahl der durch die Arbeitgeber resp. Unternehmer dauernd oder vorübergehend arbeitsunfähig werdenden Bauhandwerker belastet die Kranken-, Sterbe- und Invalidenkassen derselben in der ungerechtesten Weise. Durch die Stellung der Bauhandwerker unter das Haftpflichtgesetz würden die betreffenden Kassen auf Kosten der Urheber der durch Fahrlässigkeit herbeigeführten Unfälle wesentlich entlastet und den Hinterbliebenen der Verunglückten, sowie den auf solche Art invalid Gewordenen eine ihren berechtigten Ansprüchen entsprechende Entschädigung werden, die ihnen aus den derzeitigen Kranken- 2c. Kassen nicht gewährt werden kann. Unter den heutigen Verhältnissen werden aber in letzter Linie die Gemeinden, welche für die Arbeitsunfähigen und deren Familien eintreten müssen, arg geschädigt.

3) Da die Bauhandwerker Deutschlands einen so bedeutenden Bruchtheil der industriellen Bevölkerung bilden und da sich unter der Gewerbefreiheit — ganz besonders in den Großstädten — sehr viele nicht fachlich gebildete Unternehmer im Baugewerbe bethätigen, bei deren Bauausführungen, wie die Erfahrung lehrt, die meisten Unfälle stattfinden; da ferner in neuerer Zeit auch im Baugewerbe Maschinen in Anwendung kommen, so ist die Unterstellung der nach Hunderttausenden zählenden Bauhandwerker unter das Haftpflichtgesetz im Namen des Rechtes dringend geboten.

Die Wahrheit vorstehender Behauptungen läßt sich durch eine amtliche Enquete bei den Polizeibehörden, den bestehenden Kranken-, Sterbe- und Invalidenkassen, sowie aus den Nachweisungen der Unfall-Versicherungs-Gesellschaften in kurzer Zeit auf das unzweideutigste und schärfste nachweisen.

Ferner wurde beschlossen, eine „Centralisirte Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse" für die Maurer und Steinhauer Deutschlands — vornehmlich für die Mitglieder des Bundes — ins Leben zu rufen. Auch nahm der Congreß eine Resolution an, durch welche die am 10. und 11. d. M. stattfindende General-Versammlung des „allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes" ersucht wird, fortan den „Grundstein", Organ der deutschen Bauhandwerker, wöchentlich einmal und nicht wie bisher, nur alle 14 Tage erscheinen zu lassen. Schließlich wurde beschlossen, einen Aufruf an die Gewerksgenossen ganz Deutschlands zu erlassen und dieselben aufzufordern, sich der obigen Resolution an den Bundesrath und den Reichstag, behufs Unterstellung der Bauhandwerker unter das Haftpflichtgesetz, anzuschließen. Schluß des Congresses Abends 1/2 9 Uhr.

*) Der Brief rührt von keinem unserer deutschen Freunde in den Vereinigten Staaten her, sondern von einem amerikanischen Sozialisten, der unter seinen Landsleuten, auch in der Presse, wacker für die Sache der Sozialdemokratie wirkt. Die Uebersetzung ist möglichst genau.

**) Was wir in dieser Richtung zu thun vermögen, wird natürlich mit Freuden gethan werden. R. d. „V."

***) Soll uns sehr willkommen sein. R. d. „V."

Briefkasten

der Redaktion. Herrn Franz Mehring in Berlin. Wir werden Ihre „Berichtigung" in Bezug auf Ihren Prozeß contra Sonnemann nicht aufnehmen, weil wir das, was Sie angeblich berichtigen, gar nicht geschrieben haben — es steht nicht im „Vorwärts", daß das Appellationsgericht zu F. „das freisprechende Erkenntniß erster Instanz bestätigt habe", wohl aber, daß die Freisprechung Sonnemann's unter theilweiser Abänderung der Motive bestätigt worden sei. — Im Uebrigen halten wir es dem „guten Tone" entsprechend, daß man „Berichtigungen" an Redaktionen mindestens auf ein „anständiges" Blatt Papier — nicht auf ein schmutziges — schreibt. — Sauermann in Berlin: Ich bitte es zu unterlassen; mir ist jeder Personencultus zuwider. Ueberlassen Sie es den „Reichstreuen", ihre Wirthshäuser, Tanzhallen, Tingel-Tangel 2c. 2c. auf den Namen ihrer „Führer" zu taufen. W. H. — C. L. in Barmen: Es gehen uns fortwährend Zeitungsausschnitte zur Besprechung zu; meistentheils ist dies Abklatsch des Viktor Böhmert'schen Klatsches. Auch der eingesandte Artikel der „Barmer Zeitung" ist der „Sozial-Correspondenz" ohne Quellenangabe entnommen und hat schon in der vorigen Nummer des „Vorwärts" im „Feuilleton" die gebührende Abfertigung erhalten. — W. R. in Halle: Wenden Sie sich doch direkt an die Redaktion der „Gleichheit" in Wien.

der Expedition. Sievers in Stuttgart: Die Festannonce kostet 3,60 M.

Quittung. Hrmsdrf Gohlis Schr. 6,70. Grbnstr Lindenau Ab. 25,95. Schrdr Plagwitz Ab. 3,00. Rrgkr Wien Ab. 5,00. Lnk Pieschen Schr. 10,00. Klpp Ronsdorf Ab. 3,70. Lbrnd Stuttgart 5,68. Kppf Graz Ab. 4,80. H. St. B.- Aicha Ab. 14,80. Hfmnn Alexandrien Ab. 1,25. Sltsm Forchheim Schr. 11,30. Sthl Schweidnitz Schr. 12,00. Zhtmr Darmstadt Ab. 18,92. Schwnd Göppingen Schr. 18,20. Albrtz Esslingen Ab. 26,60. Inschr Newyork Ab. 80,20. H. Krs München Ab. 140,00. Brndt Mittweida Ab. 21,00. Mtnsy Düsseldorf Ab. 8,60. Brggmnn Seesen Ab. 17,00. H. Prß Wien Ab. 9,00, Schr. 6,58. Anglstn hier Ab. 1,80. Ullrch hier Ab. 230,85. Bnd der Tischler hier Ann. 4,60. Drrstn Coblenz Ab. 3,90. F. Wß Christophsgrund Ab. 11,60. Ufrt Weimar Schr. 1,10. Ehrcht Zeitz Ab. 4,80, Schr. 0,80. Zsch N.-Reudnitz Ab. 13,75. Fnk hier Schr. 2,10. Thm hier Ab. 6,70. Dtmnn Dieburg Ab. 0,60. Grk Wien Ab. 10,00. Gnthr Großenhain Schr. 23,43. J. Endrs Augsburg Schr. 100,00. G. Frtz Offenbach Ab. 66,85. C. Mllr Glauchau Ab. 58,20, Schr. 4,00. Rg Mauche Ab. 3,00. Zmmr Liège Ab. 1,42. J. Stjn Wien Ab. 24,80. Uhlmnn Cainsdorf Ab. 12,50. Hrsch Stuttgart Ab. 10,00. Hrdn Heinrichshagen Schr. 7,70. Mrsch Rotthausen Schr. 3,75. Bmgrtnr Mühlheim Ab. 2,30.

Fonds für Gemaßregelte.

Von H. St. in B. A. 5,20.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 14. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale Mittelstraße 11: (F. 163) [70

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag von Kaiser über die Geschäftskrisis und die Lage des Arbeiterstandes

Der Vorstand.

Hannover. Den Parteigenossen und Freunden zur Anzeige, daß ich auf dem Schützenplatze ein (F. 163) [2,40

Restaurations-Zelt

errichtet habe vom Rundtheile ab rechts in der Wiese, in der Nähe des Hrn. A. Mathes'schen Zeltes.

C. Fink aus Linden.

Hannover. Den Freunden und Bekannten diene zur Nachricht, daß ich auf dem Schützenplatze ein (F. 163)

Tanz- und Restaurations-Zelt

errichtet habe, gutes Bier und gute Speisen sind reservirt. [2,40

F. Wietgrefe,
H. Boge's Nachfolger.

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 15. Juli, Abends 8 Uhr, in Menzels Restauration am Täubchenweg: [50

Versammlung.

Tagesordnung: Gewerkschaftliches.

Der Ben.

Wichtig für jeden Geschäftsmann und Gewerbsgehilfen!

Bei Sturm u. Koppe in Leipzig erschien und ist durch die Expedition des „Vorwärts" zu beziehen:

Rathgeber für Gewerbtreibende. Inh.: 1) **Deutsche Sprachlehre**, zum Selbststudium für diejenigen, welche in der Rechtschreibung nicht fest sind. 2) **Briefsteller**, welcher über 400 Briefmuster für die Gewerbtreibenden und außerdem alle nur denkbaren Verträge, Dokumente, Geschäftsaufsätze, Klogschriften 2c. enthält, die bei dem Gewerbstande vorkommen. Es ist dadurch Jedem leicht gemacht, seine schriftlichen Arbeiten nach diesen Mustern anzufertigen. 3) **Buchhaltung.** 4) **Fremdwörterbuch.** 5) **Samml. v. Gelegenheitsgedichten.** 6) **Die für Gewerbtreibende wissensnöthigsten Reichsgesetze.** 7) **Notizen über Gold-, Silber- u. Papiergeld**, mit Werthangabe des Geldes aller Staaten. 8) **Das neue Maaß- u. Gewichtssystem** v. Deutschland und allen Staaten der Erde. 9) **Brief-, Packet- u. Depeschen-Portotarif.** 10) **Statist. Uebersicht aller Länder der Erde.** 11) **Ortsbeschreibung** der vorzügl. Städte von Deutschland, Oesterreich, der Schweiz 2c. 12) **Reiserouten** durch Deutschland, Oesterreich, die Schweiz 2c. 13) **Der Schnellrechner beim Ein- u. Verkauf.** 14) **Das Reichsstrafgesetzbuch.** 3 verb. Aufl. Pr. broch. 4 M., geb. 4 1/2 M. [600

Das Protokoll

des diesjährigen, zu Gotha stattgehabten

Sozialisten-Congresses

ist erschienen.

Preis pro Stück 25 Pfg., bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren 20 Pfg.

Bestellungen, denen der Betrag nebst 10 Pfg Porto für je 5 Exemplare beizufügen ist, sind zu richten an C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Nur gegen baar oder Postvorschuß wird expedirt.

Durch uns ist zu beziehen:

Zur Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Ertz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 82. Sonntag, 15. Juli. 1877.

Nieder mit der Bourgeois-Republik.

Unser bewährtes Hamburger Parteiorgan bringt in Bezug auf den Artikel der „Frankf. Ztg.", welcher sich gegen den „Vorwärts" wendet, einen vorzüglichen Leitartikel, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Die Sozialdemokratie darf mit keiner andern Partei Kompromisse noch Koalitionen schließen, weil sie, als die radikalste politische Partei, dann unbedingt ihr Programm ändern, resp. gewisse Programmfragen aufgeben müßte. Nicht das Ringen nach augenblicklichen Erfolgen, sondern das unentwegte Festhalten an ihren Grundsätzen muß bei ihrer politischen Thätigkeit maßgebend sein.

„Die bürgerliche Demokratie befindet sich allerdings nicht ganz in derselben Lage. Sie ist nicht die radikalste politische Partei; denn wenn sie auch in politischer Beziehung die meisten Forderungen der Sozialdemokratie in ihrem Programm hat, so steht sie der letzteren bezüglich der sozialistischen Forderungen ebenso schroff wie die liberale Partei gegenüber. Wenn sie sich nicht selbst aufgeben will, darf sie jedoch mit der letzteren keine Kompromisse schließen. Wo es sich aber um die Wahrung der politischen Interessen handelt, kann sie, falls sie zur Durchsetzung derselben allein zu schwach ist, die Sozialdemokratie, als die radikalste politische Partei, unterstützen, ohne sich etwas von ihren Prinzipien zu vergeben. Sie thut dies jedoch weder in Frankreich, noch in Deutschland, ein Zeichen, daß ihr das Klasseninteresse höher steht als das Parteiinteresse.

„Was nun die Haltung der Intransigenten gegen die Mac Mahon'sche Gewaltpolitik betrifft, so ist unbedingt die von den Vertretern der oppositionellen Parteien geschlossene Coalition, dahingehend, daß die Liberalen aller Schattirungen vereint mit den Demokraten bei der Neuwahl der Nationalversammlung alle Parteistreitfragen unterdrücken und ausschließlich für die Wiederwahl der 363 oppositionellen Kandidaten eintreten sollen, seitens der Demokraten ein Prinzipienbruch, ein Verrath an der Sache des Volkes. Und aus diesem Grunde ist die Sozialdemokratie gegen dieses Abkommen.

„Die jetzige französische Republik ist ohne Zweifel unhaltbar und es ist nur eine Frage der Zeit, daß das Kaiserreich wieder an deren Stelle tritt. Der Schritt hierzu ist gar nicht so schwer, weil der jetzige Zustand doch nur ein provisorischer und weil mit der Einsetzung eines mit allen Machtvollkommenheiten eines Monarchen ausgestatteten Präsidenten für den Zeitraum von 7 Jahren schon das republikanische Prinzip durchbrochen ist. Legitimisten, Orleanisten und Bonapartisten, wollen eine Monarchie und es wird sich nur darum handeln, welche von den drei Parteien die siegreiche ist. Bis jetzt sind sie sich noch einig, gegen die bestehende Staatsform anzukämpfen und daher ist es den Liberalen und Demokraten unmöglich, ihre Prinzipien durchzusetzen. Ist jedoch die jetzige Form der Republik zertrümmert und entweder das Königthum oder das Kaiserthum siegreich gewesen, so wird die zur Herrschaft gelangte Partei auch die beiden anderen gegen sich haben.

„Je eher nun dieses herbeigeführt, je eher diese sogenannte Republik gestürzt wird, um so besser ist es, weil es weder einem Kaiser noch einem Könige gelingen wird, außer seinen jetzigen Anhängern und außer den Abenteurern, die jedem Herrschenden dienen, eine Partei im Volke zu gewinnen, auf die er sich dauernd stützt, die den Thron wird halten können. Die Republikaner und die unterlegenen monarchistischen Parteien werden sich sowohl gegenseitig, wie vereint die herrschende Dynastie bekämpfen — bis der Zusammenbruch des durch „Blut und Eisen" zusammengehaltenen Thrones erfolgt. Sie kämpfen unbewußt für die Sozialdemokratie, die sich, durch nichts gehindert, mehr und mehr entfaltet, immer mehr Boden im Volke gewinnt, die Zeit nahen sieht, wo sie die sozialistische Republik wird errichten können.

„Wenn daher die „Frankf. Ztg." am Schluß ihres Artikels witzelnd bemerkt: „Nieder mit der Republik!" ruft heute der „Vorwärts". Das kann unmöglich ernst gemeint sein, im schlimmsten Falle ist es eine momentane Verirrung, ein Zornausbruch bei augenblicklich getrübtem Bewußtsein, — so werden seine scharfblickenden Leser urtheilen und die Nummer als ungekauft betrachten," so ist das ein Beweis, daß sie die Sozialisten nicht versteht. Jeder Sozialist muß die Beseitigung einer Staatsform wünschen, die nichts als die verkörperte Lüge ist. Möge die jetzige französische Republik deshalb je eher je lieber zu Grunde gehen, desto mehr wird die Zersetzung der Gesellschaft beschleunigt und um so leichter wird es den französischen Sozialisten werden, das reaktionäre Staatsgebäude umzubauen und die sozialistische Republik einzuführen. Wenn die „blauen" Demokraten die jetzige sogenannte Republik in Frankreich zu stützen suchen, so zeigen sie damit nur die Kluft, die sie auch in politischer Beziehung von den „rothen" Demokraten trennt. Letztere hassen sowohl in der politischen, wie in der sozialen Frage alle Halbheiten und so ist eine Vereinigung der „Blauen" und „Rothen" selbst zur Erreichung einzelner politischer Forderungen im Voraus ausgeschlossen." —

So schreibt das „Hamburg-Altonaer Volksblatt", das bedeutendste Lokalblatt der Partei. Dasselbe nimmt in dieser Frage eine fast noch radikalere Stellung ein, als der „Vorwärts". Wir wollten deshalb zunächst die Ansicht unseres Hamburger Parteiorgans an dieser Stelle über die schwebende Frage unsern Lesern vorführen und dann in der nächsten Nummer unsere Anschauungen der „Frankf. Ztg." gegenüber in der Fortsetzung der Leitartikel: „Die Rothen wider die Blauen" weiter ausführen.

Die Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege.

I.

(Fortsetzung und Schluß.)

Wir haben überwiegend mit Sonderegger's eigenen Worten den Standpunkt mitgetheilt, von welchem er den Entwurf eines Gesetzes über Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege und eines Gesetzes über Lebensmittel-Polizei dem großen Rathe zu St. Gallen vorlegte. Was er so kurz, treffend und wohlüberlegt ausgesprochen, das paßt im weitaus größten Theile genau so schlagend für Deutschland, als für jenen Schweizer Canton. Betrachten wir nun die beiden Gesetze.

„Das Gesetz für öffentliche Gesundheitspflege" umfaßt nur sechs Artikel: 1) zur öffentlichen Gesundheitspflege gehören a) Wohnungen, Arbeitslokale, Stallungen, — b) Brunnen, Trink- und Brauch-Wasser, — c) Lebensmittel, — d) Luft und Baugrund (Wege und Cloaken), — e) Gewerbe und Hantirungen, sofern sie die Gesundheit berühren, — f) Kinderpflege, — g) Schulen und alle öffentlichen Anstalten, — h) Verhütung und Beschränkung von Seuchen der Menschen und Thiere, — i) Krankenpflege (Anstalten, Personen und Vereine), — k) Leichenbestattung, — l) alle weiteren Angelegenheiten, welche die Gesundheit des Volkes betreffen. — 2) Die einzelnen Zweige der öffentlichen Gesundheitspflege werden durch besondere Gesetze und Verordnungen geregelt. — 3) Der Staat unterstützt die Gesundheitspflege der Gemeinden nach gleichen Grundsätzen wie andere öffentliche Unternehmungen. — 4) Ueber die Dringlichkeit gesundheitspolizeilicher Vorkehrungen entscheidet das örtliche Bedürfniß, besonders die Sterblichkeitsziffer der Gemeinden im Mittel der letzten fünf Jahre berechnet, inwiefern sie über der mittleren Todesziffer des ganzen Cantons steht, — und die Vorschriften der allgemeinen eidgenössischen Ober-Cantonalgesetze. — 5) Die öffentliche Gesundheitspflege ist zunächst Sache der Gemeinden und wählt daher der Gemeinderath aus allen Gemeindebeamten eine Gesundheitskommission von 3—15 Mitgliedern, von denen wenigstens eines Mitglied des Gemeinderathes sein muß, als „Ortsgesundheitskommission"; diese überwacht sowohl von sich aus, als im Auftrage des Gemeinderathes oder der Sanitätskommission, die gesammte Gesundheitspflege der Gemeinde, wie sie im Eingange aufgezählt worden ist und berichtet jährlich wenigstens einmal an den Gemeinderath zu Händen der Sanitätskommission nach einem von dieser festgesetzten Fragebuche. — 6) Die „Sanitätskommission" darf als Oberbehörde von sich aus oder durch die Gemeinden alle Untersuchungen und Vorkehrungen anordnen, welche sie im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege für nöthig erachtet. Insbesondere zieht sie so oft als erforderlich, Sachverständige bei, — ernennt mit Genehmigung des Regierungsrathes einen oder mehrere öffentliche Chemiker, — bestimmt im zweifelhaften Falle den Begriff der Fälschung oder der Gesundheitsschädlichkeit, vorbehalten die Bestimmungen des Strafprozesses, — wacht über Ankündigungen und Anpreisungen, inwiefern diese den öffentlichen Gesundheitszustand gefährden, — und bearbeitet die Jahresberichte nach Maßgabe des von der Gesundheitspflege umfaßten Gebietes mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse jeder einzelnen Gemeinde und sorgt für deren Veröffentlichung.

Dieses vorstehend in seinem Wortlaute mitgetheilte Gesetz ist unverändert nach dem Vorschlage angenommen worden, mit Ausnahme des in Artikel 6 befindlichen Zusatzes „vorbehalten die Bestimmungen des Strafprozesses". — Das Gesetz unterscheidet sich in einem wichtigen Punkte von der in England üblichen Gesetzgebung, indem im letzteren Lande die Todesziffer 23 (auf 1000 Lebende) als normal angesehen wird, und der Ortsgesundheitsrath auf genauerer Inspektion des Ortes und Reform von Gesetzeswegen zu bestehen hat, wenn diese Ziffer sieben Mal überschritten wird, — während in St. Gallen bereits fünf Jahre maßgebend sind, aber nicht eine bestimmte Sterblichkeitsziffer genannt worden ist, sondern die mittlere Todesziffer des ganzen Cantons. Da nun zu erwarten steht, daß bei sorgfältiger Handhabung dieses Gesetzes die mittlere Todtenziffer geringer ausfallen werde als 23, so ist hierdurch die Möglichkeit gegeben, daß der Fortschritt sich auf den ganzen Canton nach und nach gleichmäßig erstrecke, während im Anfange, wo die Sterblichkeitsziffer noch höher ist, die Reformarbeit nicht überhastet zu werden braucht.

„Das Gesetz über die Lebensmittel-Polizei" verordnet: 1) daß Jeder, welcher zum Verkaufe bestimmte Nahrungsmittel, als Lebensmittel jeder Art, Spezereien, Conditoreiwaaren, Getränke u. s. w. durch Beigabe oder Entziehung von Stoffen fälscht oder verschlechtert, oder sonstwie im Werthe vermindert, a) im ersten Betretungsfalle, auch wenn keine Vermögensschädigung vorliegt, durch den Gemeinderath mit einer Geldbuße bis auf 100 Franken belegt wird, — b) im ersten Rückfalle, oder wenn ein Schaden von über 25, aber unter 50 Franken vorliegt, durch die Gerichtskommission mit Gefängniß bis auf 3 Monate allein oder in Verbindung mit Geldbuße bis auf 300 Franken, — und c) in jedem weiteren Rückfalle oder bei höheren Schadenbeträgen durch das Bezirksgericht mit Gefängniß bis auf 6 Monate allein oder in Verbindung mit Geldbuße bis auf 600 Franken bestraft wird. — 2) Der gleichen Strafe unterliegt Jeder, der solche Waaren, obgleich ihm deren oben vorgesehene Eigenschaften bekannt waren, oder zufolge seines Gewerbes oder Berufes bekannt sein mußten, unter Verschweigung dieser Eigenschaften verkauft oder feilhält. — 3) Wer zum Verkaufe bestimmte Nahrungsmittel und Getränke u. s. w. durch Beimischung gesundheitsschädlicher Stoffe fälscht, sowie Derjenige, welcher gesundheitsschädliche Nahrungsmittel, Getränke u. s. w. unter Voraussetzung des vorigen Artikels verkauft oder feilhält, wird auch ohne eingetretene Nachtheile für Gesundheit oder Vermögen durch das Bezirksgericht mit Gefängniß oder Arbeitshaus bis auf die Dauer von einem Jahre allein oder in Verbindung mit Geldstrafe bis auf 1000 Franken belegt. Wäre dabei aber ein Nachtheil für die Gesundheit oder das Vermögen oder wäre sogar der Tod erfolgt, so ist, sofern die Handlung nicht in ein schweres Vergehen oder Verbrechen übergeht, durch das zuständige Gericht die Strafe je nach Umständen auf das Doppelte zu erstrecken, oder auch Zuchthaus bis auf die Dauer von fünf Jahren zu erkennen. In allen diesen Fällen gelten in Bezug auf den Rückfall die Bestimmungen des allgemeinen Strafgesetzes. — 4) Verkauf und Feilhalten von unreifem Eßobste und von Nahrungsmitteln, welche durch Alter oder Aufbewahrung verdorben sind, wird durch die Lokalpolizei mit einer Buße von 10—100 Franken bestraft, und im Wiederholungsfalle kann die Buße bis auf das Doppelte verschärft werden. — 5) Gesundheitsschädliche Nahrungsmittel, Getränke ꝛc. sind von der Polizei zu konfisziren, sollen in der Regel zerstört, ausnahmsweise aber zu Gunsten der Staatskasse veräußert werden. Andere gefälschte oder im Werthe verminderte Nahrungsmittel, Getränke u. s. w. sind ebenfalls von der Polizei zu konfisziren, sind aber auf geeignete Weise zu verwerthen und der Erlös nach Abzug der Kosten und der Geldbuße an den Eigenthümer herauszugeben. Doch kann im Rückfalle mit der Strafe Einstellung im Gewerbe oder der Verlust desselben verbunden werden. — 6) Zum Zweck der gehörigen Controlle der zum Verkaufe bestimmten Nahrungsmittel, Getränke haben periodische Untersuchungen durch Sachverständige stattzufinden. — 7) Es folgt die Aufzählung der durch dieses Gesetz aufgehobenen Verordnungen.

Auch für dieses Gesetz ist der gemachte Vorschlag unverändert geblieben, nur ist er in Artikel 2 dahin erheblich und zweckmäßig verschärft worden, daß nicht nur derjenige, welcher gefälschte Nahrungsmittel „verkauft", in Strafe zu ziehen ist, sondern auch derjenige, der sie „feilhält", wodurch ebenso eine bei uns in vielen deutschen Gesetzesbestimmungen (z. B. Stockdegen und andere verbotene Waffen) vorkommende Folgeunrichtigkeit vermieden ist, sondern wodurch namentlich der betreffenden Behörde die Feststellung der Gesetzesübertretung ganz wesentlich erleichtert wird. Ebenso ist Artikel 5 erweitert und verschärft, Artikel 6 zum Vorschlage zugesetzt worden.

Die beiden Gesetze würden aber in der Luft schweben, hätte man nicht auch die „Gesundheitskommission", sowie deren Zusammensetzung und Befugnisse genau geordnet, was in einem besonderen Gesetze von 25 Artikeln geschehen ist.

Wir werden uns in den nächsten Nummern mit dem Reclam'schen Artikel beschäftigen und die Frage der öffentlichen Gesundheitspflege vom sozialistischen Standpunkte aus besprechen.

Die Moralität der Bourgeoisie und der Bourgeois-Wirthschaft.

Geständnisse edler Seelen. In Bremen tagte vergangene Woche der dritte deutsche Fleischercongreß. Bei dieser Gelegenheit wurden verschiedene schöne Dinge ausgeplaudert und zu Tage gefördert. Am ersten Tag erfuhren wir durch den „Referent" über den heimischen Fleischhandel, Schlächtermeister Lauer (Berlin) „daß nach verbürgten Nachrichten die Hälfte des in Berlin consumirten Fleisches von krankem Vieh herrühre." Am zweiten Tag hielt der in Mainz neulich wegen Wurstfälschung verurtheilte Fleischermeister Falk (Mainz) eine Rede, in der er erklärte, daß reine Wurst eine Unmöglichkeit sei, in jede Wurst müsse ein „Mehlzusatz" als „Bindemittel" kommen, deshalb von Fälschung zu reden, sei Unsinn, denn die Wurst sei ein „Fabrikat", eine „Composition". Gerathe einmal etwas zu viel „Bindemittel" in die Wurst, je nun — Fleischermeister seien auch nicht unfehlbar. Die Mainzer Richter verständen von der Sache nichts, sonst hätten sie ihn nicht verurtheilt — trotz des Urtheils und der Bestrafung werde er aber „pflichtgemäß fortfahren, seine Wurst in der alten Weise zu bereiten." Was die Mainzer Richter dazu sagen werden, das wissen wir nicht. Die ehrsamen Fleischermeister riefen dem Märtyrer fleischermeisterlichen Pflichtgefühls ein donnerndes Bravo zu; der „Referent" in der Frage („Verfälschung der Wurst durch Stärkemehl"!), Fleischermeister Burg (Berlin), machte den preußischen Richtern das Compliment, „in Preußen sei ein Urtheil, wie das in Mainz gefällte, nicht möglich", — „das Mainzer Urtheil habe der Wissenschaft (! der Herren Fleischermeister) einen Schlag in's Gesicht versetzt", es „sei ein Justizmord!" Präsident Lüdtke ruft „Redner" wegen des letzteren Ausdruckes, der ihm bedenklich erscheint, zur Ordnung, „Redner" gibt aber unter dem Beifall seiner Herren Collegen die kühne Erklärung ab, daß er den Ausdruck nicht zurücknehme.

Nachdem noch mehrere „Redner" mehr oder weniger kräftig das Lob der Wurstfälschung verkündet, kommt folgender Antrag zur Abstimmung:

„Der Congreß möge erklären, daß der Zusatz von Mehl zu einigen Wurstwaaren wegen der Bindekraft des Mehls nicht als Fälschung aufzufassen und noch weniger (als — eine Fälschung? Oh!) gesundheitsschädlich sei."

Der Congreß der deutschen Fleischermeister nimmt diesen Antrag mit großer Majorität, wo nicht einstimmig an, und hat also offiziell die Nahrungsmittelverfälschung sanktionirt.

Wir werden's uns merken!

Im Verlaufe derselben Sitzung kam als 10. und letzter Punkt der Tagesordnung die „Deutsche Fleischerzeitung“ zur Diskussion. „Einer der Delegirten — so heißt es in dem vor uns liegenden Bericht — rügt die ungenaue und wahrheitswidrige Wiedergabe der Fleisch- und Viehpreise in der „Deutschen Fleischerzeitung“, worauf der anwesende Redakteur derselben kurzweg erklärt, das ginge nicht anders, denn wenn er genaue Preisangaben in der Zeitung machen würde, so könne er sich darauf gefaßt machen, daß man ihn in Berlin steinigte.“

Der Congreß ließ diesen Erklärungsgrund gelten.

Es wird also fortgelogen.

Sagte die „Deutsche Schlächterzeitung“ die Wahrheit, so könnte ja das Publikum dann den ehrsamen Herren Schlächtermeistern nachrechnen und ihre „Profite“ berechnen.

So viel über den dritten deutschen Fleischercongreß.

Ein weiterer Commentar ist überflüssig — wir wiederholen blos: Werden's uns merken!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Skandal. Unsere Leser kennen den politischen Streber, deutschen Exrevolutionär und „amerikanischen Staatsmann“ Karl Schurz. Weiland hitziger Demokrat, ist er im Lauf der Zeiten ein hitziger Bismärcker geworden, — was bei seiner Kinkelverehrung allerdings ein sehr natürlicher Sprung — und fand sich vor Kurzem glücklich am Ziel seiner Wünsche, indem er von dem neuen Präsidenten zum Staatssekretär (Minister) ernannt wurde. Für welche Freundlichkeiten wissen wir nicht. Dagegen erfuhren wir dieser Tage von Freundlichkeiten, die ihm widerfahren, und für die er sich — dankbar gezeigt. Nun, Dankbarkeit ist eine schöne Tugend. Freilich es gibt verschiedene Sorten, und im vorliegenden Fall scheint Ursache und Bethätigung etwas eigenthümlicher Art gewesen zu sein. Hören wir: Vor einigen Wochen wurde die Welt überrascht durch die Ernennung eines ganz unbekannten Mannes, eines gewissen Schneider, zum amerikanischen Gesandten in der Schweiz; vor einigen Tagen wurde die Welt wiederum überrascht durch die Anzeige, daß die Ernennung Schneider's rückgängig gemacht worden sei. Und nun wird die Welt zum dritten Mal überrascht durch die Lösung des Räthsels, welche in der Mittheilung besteht, daß Hr. Schneider, ein reicher Bankier in Chicago und persönlicher Freund des Karl Schurz, diesem bedeutende Geldsummen geborgt und zum Dank dafür in den Gesandtschaftsposten hineingeschoben worden sei; der frühere amerikanische Gesandte in Dresden, Hr. Lorenz Brentano, Todtengräber der badisch-pfälzischen Revolution von 1849, habe die Sache aus — landsmannschaftlichem Gefühl für seine deutschen Mitstreber dem Präsidenten Hayes verrathen. Eine nette Gesellschaft das! Fragt sich nur, ob und wann der dankbare Schurz seinem uneigennützigen Wohlthäter nachfolgen wird. Daß Herr Carl Schurz Sozialistenfresser ist, wie er im Buch steht, und für die heutige Gesellschaftsordnung schwärmt, brauchen wir unsern Lesern nicht zu sagen; Herr Schurz ist ihnen ja kein Neuling. Und wäre er's: wer das Eigenthum — Anderer praktisch liebt, ist theoretisch ja selbstverständlich ein Fanatiker des Privateigenthums.

— In Sachen Dühring. In Berlin sind die Unterzeichner des Studenten-Aufrufs in Sachen Dühring's vor das Universitätsgericht gerufen und wegen ihres Verhaltens zur Rechenschaft gezogen worden. Die Herren Professoren scheinen indeß sich mit der Absetzung des Lehrers vorläufig begnügen zu wollen; denn sie entließen die Schüler mit einer väterlichen Ermahnung, was von ungemein tragischer Wirkung gewesen sein soll. — Auch in Leipzig wurde ein Student, der sich hervorragend an der Propaganda gegen das Verhalten der Berliner Universität betheiligt hatte, vor den Universitätsrichter geladen, der ihm eine „Verwarnung“ zukommen ließ.

— Eine Thatsache ohne Commentar. Herr Strousberg wird in den nächsten Tagen auf freien Fuß gesetzt werden. Wie der Berliner „Börsenkourier“ meldet, hat er dies allerhöchster Intervention zu verdanken. „Der Flügeladjutant des Kaisers, Graf Lehndorff, hatte sich, schreibt das genannte Blatt, vor einigen Wochen direkt nach Petersburg begeben, um beim Czaren die Freilassung des Dr. Stroußberg zu erwirken. Nachdem die Angelegenheit noch in jüngster Zeit mancherlei Phasen durchlaufen hat, ist ihm dies dennoch gelungen.“

— Wir erhalten aus Berlin folgende Zuschrift: Die „National-Zeitung“ schreibt in Nr. 314 d. J.: „Der Briefpostverkehr in Berlin hat während der drei letzten Monate gegen die drei letzten Monate des Vorjahres erheblich zugenommen. Ein Gleiches gilt auch vom Packetpostverkehr. Da der überwiegende Theil dieser Sendungen geschäftlicher Natur ist, so darf die erwähnte Steigerung als ein erfreuliches Zeichen einer günstigeren Entwickelung der Geschäftslage aufgefaßt werden.“ — Daß die Zunahme des Packetpostverkehrs auf Kosten des Collibahnverkehrs geschieht, davon hat das Dernburg'sche Blatt natürlich keine Ahnung; die Post hat bekanntlich gerade in Bezug auf größere Packete bessere Bedingungen gestellt. Fügen wir obiger Mittheilung noch die von Herrn Lammers „Unfindliche Noth“ (letzte Nummer der Lindau'schen „Gegenwart“) — Herr Lammers hat wahrscheinlich in seinem „Arnheim“ die Noth vergebens gesucht — hinzu, so leben wir herrlich und in Freuden!

— Herrliche Kriegsfrüchte. Wir haben schon oft darauf hingewiesen, daß nach den Kriegen die Verwilderung im Volke immer zunimmt. Daß die Behauptung nur zu wahr ist, hat dieser Tage ein Fall, der vor dem Münchener Schwurgerichte verhandelt wurde, bewiesen. Auf der Anklagebank saßen der Müller Gutschenreiter von Holzhausen und sein Schwager Johann Mayer, welche gemeinschaftlich das Dienstmädchen Veronika Allerberger, nach vorhergegangener Verabredung mit ihren Frauen, erwürgt und dann aufgehängt haben, um an einen Selbstmord glauben zu machen. Nach den Zeugenaussagen hat sich obiger Mayer vor dem Morde öfters renommirend geäußert: „Die wern mir bald weg haben. I bin Soldat g'wen, war Anno 70 dabei, i bin dös gewöhnt, auf oan Menschenleben geht's ma nimma z'sammen!“ — Die Mörder wurden zum Tode verurtheilt. Das Gesetz hat seine Sühne. Aber ist nicht an diesem Morde auch die Gesellschaft Schuld, die es ermöglicht, daß der Massenmord im Kriege noch existirt?

— Beamtenwillkür. Es geht uns soeben folgendes Schriftstück zu, das zu veröffentlichen wir uns um so mehr verpflichtet fühlen, als etwas ähnliches auf diesem Gebiet kaum je geleistet worden sein dürfte. Man höre und staune:

„Wie zur Kenntniß der unterzeichneten Königl. Kircheninspektion gekommen ist, haben Sie der von Ihnen am 17. April vorigen Jahres vor hiesigem Standesamte geschlossenen Ehe mit Amalie E.... aus Jägersgrün ungeachtet seelsorgerlicher Ermahnung und der Ihnen unter dem 18. Juni vorigen Jahres und 6. März dieses Jahres zugegangenen behufigen Aufforderungen des hiesigen Kirchenvorstandes die kirchliche Trauung nicht nachfolgen lassen, auch die Taufe Ihres am 8. Januar laufenden Jahres geborenen Kindes trotz erfolgter bezüglicher Anregung bisher nicht begehrt.

„Es ist deshalb nunmehr in Gemäßheit § 3 des Kirchengesetzes, einige Bestimmungen über die Anfrechterhaltung kirchlicher Ordnung betr., vom 1. Dezember 1876 gegen Sie zu verfahren beschlossen worden und werden Sie deshalb andurch geladen,

den 12. dieses Monats Vormittags 9 Uhr

in Gemeinschaft mit Ihrer Ehefrau an Inspektionsstelle (Königl. Amtshauptmannschaft) zu erscheinen und des Weiteren gewärtig zu sein.

Auerbach, am 2. Juli 1877.

Königliche Kircheninspektion für Auerbach.“

Unterzeichnet ist das Schriftstück von dem Superintendent Meltzer, Amtshauptmann Polenz (?) und Bürgermeister Eule. Der wie ein Verbrecher vor den Richter citirte — ein Webermeister — gedenkt der Vorladung keine Folge zu leisten. Und er thut recht daran. Denn kein Gesetz, und selbst der § 3 des Kirchengesetzes nicht, berechtigt die Kircheninspektion in Auerbach zu einem aggressiven Vorgehen in Sachen des Civilstandsgesetzes. Hoffentlich werden wir bald in der Lage sein, über den weiteren Verlauf der Angelegenheit berichten zu können.

— In Belgien, dem kontinentalen Musterlande der Bourgeoisie und Bourgeoisparadies, hat bekanntlich die Kinder- und Frauenarbeit wahrhaft erschreckende Dimensionen angenommen. Nach den neuesten statistischen Tabellen sind in den Kohlengruben 15 Prozent der „Hände“ kleine Knaben und 10 Prozent kleine Mädchen, also ein Viertel kleine Kinder, und „über der Erde“ sind mehr als 30 Prozent der „Hände“ Frauen und Kinder. Im Hennegau, das eine Grubenarbeiter-Bevölkerung von 80,000 Seelen hat, arbeiten Tag für Tag 2327, geschrieben zwei Tausend dreihundert sieben und zwanzig Kinder **unter zehn Jahren!** Wie es dort um die „Sittlichkeit“, um die „Bildung“ und um die Gesundheit des arbeitenden Volks beschaffen sein mag, kann Jeder sich denken. Aber, das ist nun einmal „die beste aller möglichen Ordnungen“, und diesen Zuständen ein Ziel setzen wollen, das wäre ja eine „Beeinträchtigung der Freiheit“. — „O Freiheit, welche Verbrechen werden in deinem Namen begangen!“ rufen wir aus, da es die Roland*) bekanntlich nicht gethan hat.

— In Großbritannien hat sich die Lage der am Clyde Ausgesperrten nach den neuesten Berichten der „Industrial Review“ ziemlich günstig gestaltet. Der Versuch der Schiffsbaumeister, aus Dänemark und Holland Arbeiter zu beziehen, wird als vollständig mißlungen geschildert: die Ausgesperrten halten fest zusammen, und obgleich einer der „Herren“ vor Kurzem seine Werkstätten mit honigsüßen Versprechungen aber zu den reduzirten Preisen öffnete, meldete sich auch nicht ein Mann. Da nun das Geschäft pressirt, werden die Kapitalisten wahrscheinlich vom hohen Roß herabsteigen und sich zu einem Compromiß verstehen, zu dem, unter billigen Bedingungen, die Arbeiter bereit sind. — Der Strike der Kohlengräber von West-Lancashire ist nicht zu Ende, wie von einigen Blättern gemeldet wurde. Nur in einem, nicht den Ausschlag gebenden Ort, in Haydock, hat ein Theil der Arbeiter die Arbeit zu den reduzirten Preisen aufgenommen; an den Hauptpunkten: in den Distrikten von Wigan und St. Helens, stehen die Arbeiter jetzt in der fünften Woche aus und sind auch entschlossen, sich der Reduktion um 10 Proz. nicht zu fügen. — In Süd-Wales fortwährende Gährung. — Da in Folge der Krisis im Kohlengewerke die Trades-Unions der Kohlenarbeiter schwer gelitten haben und in ihrer Organisation zerrüttet sind, soll jetzt eine gründliche Reorganisation dieser Gewerkschaften in Angriff genommen werden. Hoffentlich wird es bei dieser Gelegenheit den Arbeitern klar, daß die Gewerkschaften überhaupt nur bis zu einem gewissen Punkte nützlich sein können, und daß der Kampf gegen das Kapital, um erfolgreich zu sein, auch mit anderen Waffen und auf anderem Gebiet gekämpft werden muß. — Im Eisengewerbe gleichfalls Conflikt zwischen Kapital und Arbeit. In Darlington und an anderen Punkten haben die „Herren“ eine Lohnreduktion dekretirt, der die Arbeiter sich widersetzen. Eine Conferenz von Delegirten beider Theile einigte sich dahin, daß ein Schiedsrichterspruch eingeholt werden soll. Für den erwarteten Fall, daß derselbe zu Ungunsten der Arbeiter sein wird, werden die Arbeiter sich zwar fügen, aber die Gewerkschaft will dann eine Auswanderung im Großen organisiren, „um den Arbeitsmarkt zu erleichtern“. Freilich ein sehr problematisches Mittel. — Am 3. Juli begrüßte eine englische Arbeiterdeputation den Expräsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Grant, und überreichte ihm eine Adresse, in welcher die Sympathien der englischen Arbeiter mit der amerikanischen Republik ausgedrückt werden. Grant sagte in seiner Antwort: „— Während meiner Anwesenheit in England ist mir von vielen Seiten, von den herrschenden Klassen, von Behörden und vom Volk bei zahlreichen Gelegenheiten der freundlichste, der ehrendste Empfang zu Theil geworden, aber auf keinen Beweis der Sympathie bin ich stolzer als auf den gegenwärtigen. Ich habe öffentlich die Thatsache anerkannt, daß Alles, was in den Vereinigten Staaten wie in jedem anderen Lande groß ist, daß Alles, was uns groß gemacht hat, der Arbeit zu verdanken, und daß — **der Arbeiter der Arheber aller Größe und alles Reichthums ist.**“ Was Herr Grant sonst gesagt hat, ist gleichgiltig. Auch daß er, als Präsident, nicht nach dem in obigen Worten enthaltenen Grundsatz gehandelt hat, wollen wir hier nicht

*) Madame Roland, die Führerin der Girondisten, soll diese Worte beim Besteigen des Schaffots ausgesprochen haben, als sie die in unmittelbarer Nähe befindliche Bildsäule der Freiheit erblickte. Es ist das aber eine der so zahlreichen Geschichtsfabeln oder Fabelgeschichten.

Die neue Generation.

(Zur Charakterisirung Rußlands.)

(Schluß.)

Wer steht dieser Gesellschaft, die aus Rand und Band zu gehen droht, gegenüber? Welche Elemente halten noch an den gegebenen Verhältnissen fest, während beinahe Alles seine Sache auf Nichts gestellt zu haben scheint? Turgenjeff hat auch in hellen Farben Jene gezeichnet, welche der Ueberfluthung durch den Nihilismus Widerstand leisten wollen. Es ist kein imponirendes, achtunggebietendes Heer, welches er uns in diesem Falle vorführt. Wir haben es hier nur mit solchen Leuten zu thun, die überhaupt nur gut finden, was mit dem Staub der Jahrhunderte bedeckt ist, oder mit Menschen, welche den Nihilismus aus keinem andern Grunde verdammen, als weil die Regierung ihn mit ganzer Strenge verfolgt. Turgenjeff läßt uns aber auch ahnen, daß so mancher von jenen Aristokraten, die jetzt der Mode des Nihilismus huldigen, im entscheidenden Augenblicke das Lager der Feinde der Gesellschaft verlassen werde. Viele der Adeligen spielen mit dem Nihilismus, wie die französische Aristokratie des achtzehnten Jahrhunderts den Cultus der revolutionären Ideen trieb und in dem Nichtgott der Atheisten ihren Gott anbetete.

Und das Volk selbst, wie steht es zum Nihilismus? Die große Menge der Armen und Elenden, der stets Geschundenen und immer Geplagten, welche im Schweiße ihres Angesichts arbeiten müssen, ohne sich je der Resultate dieses Schweißes erfreuen zu können, die geschlagen und gemartert werden, ob sie nun Leibeigene oder Freigewordene sind, blicken sie etwa sehnsüchtig dem Heilande entgegen, dessen baldiges Erscheinen ihnen von den Wortführern des Nihilismus in Aussicht gestellt wird? „Ja, ja,“ sagt ein Bauer der neuen Generation, „es wäre schon gut, wenn es gar keine Herren auf der Welt gäbe und alles Land uns gehörte; was könnte wohl besser sein? Solch ein Ukas ist aber noch nicht erschienen!“ Wenn erst „Väterchen“ den Nihilismus anbefehlen wird, dann wird auch diese in allen ihren wilden Trieben entfesselte Masse aufbrechen, um sich vernichtend auf die Gesellschaft zu stürzen ... Auf Ukase hofft das Volk, welches von Allen, die ihm das Heil und das Evangelium der Zukunft predigen, verlangt, daß sie riesige Quantitäten von Branntwein vertilgen! Im Branntwein sieht es die einzige Beglaubigung!

Von ergreifender Wirkung ist jenes Kapitel, in welchem Turgenjeff schildert, wie der Held der neuen Generation, ein durch und durch edler Schwärmer, mit seinem Worte die Bauern eines Dorfes zur Erhebung treiben will. Während er auf ein stürmisches Entgegenkommen hofft, während er erwartet, in den Genüssen der allgemeinen Verbrüderung schwelgen zu können, wird er von den Bauern genöthigt, fort und fort Branntwein zu trinken, bis er, seiner Sinne nicht mehr mächtig, bewußtlos zusammenbricht.

Es ist gewiß ein höchst merkwürdiger Racheakt des beleidigten Geistes der Gegenwart, daß gerade Kaiser Nikolaus I., der „gekrönte Korporal“, wie ihn Alexander Herzen nannte, den Nihilismus hervorrufen und großziehen mußte. Unter seinem starren Regimente, welches den asiatischen Despotismus durch die Mittel erhöhte, die ihm der verfeinerte europäische Absolutismus zur Verfügung stellte, wurde der Same gestreut, der heute Blüthen treibt, die zu beseitigen der Gewalt nicht so leicht gelingen dürfte. Mit der trockensten Brutalität und mit der pedantischsten Willkür peitschte Nikolaus dem russischen Volke die Seele aus dem Leibe. Er unterband alle Adern des Volkslebens und verstopfte alle Quellen, welche dieses Leben erfrischen und stärken konnten. Damals wurde jener grause Mord an der Wahrheit begangen, der in seinen Endwirkungen dahin führte, daß, wie Turgenjeff sagte, „jeder Russe lügt, wenn er nur den Mund öffnet“. Mit Entsetzen erfüllt und von tiefem Ekel ergriffen, zogen sich die Besseren, für die es ohnehin keine Betheiligung an den öffentlichen Angelegenheiten gab und geben durfte, scheu in sich zurück und verfielen in dieser Vereinsamung einer maßlosen Blasirtheit, die oft den Stempel des Byron'schen Weltschmerzes an sich trug, oft aber auch zum gedankenlosen Geckenthum herabsank. Die Helden Puschkin's und Lermontoff's, die eigentlich nie etwas Anderes als Haralds und Don Juans in Juchtenstiefeln waren, wurden die Ideale der Gebildeten.

Auf die Dauer gewährt auch das Blasirtsein keine Befriedigung, und nur in Momenten der Täuschung kann man die Abspannung mit der Beruhigung verwechseln. Der Blasirtheit fehlt das Pathos, die Leidenschaft; sie macht das Blut stockig und gewährt keine Erregung. Diese aber suchten die Russen, und sie glaubten sie in den Werken der deutschen Philosophen und der französischen Sozialisten zu finden. Mit einem nicht zu stillenden Heißhunger warfen sie sich auf das Studium derselben, und sie, die zu Hause nicht den leisesten Schritt in die Oeffentlichkeit wagen durften, wurden zu Weltverbesserern, die in der Theorie Alles über den Haufen werfen wollten. Die äußerste Linke der Hegelianer erschien ihnen als reaktionär, in der Anarchie Proudhon's sahen sie eine conservative Institution. An Händen und Füßen gefesselt, mit dem Knebel in dem Munde, machten sie den Riesensprung in den Nihilismus hinein. Die Bilder der allgemeinen Zerstörung, die sich ihres Geistes bemächtigten, gewährten ihnen die Erregung, die ihrer Seele im Banne der Blasirtheit gefehlt und welche sie so schmerzlich entbehrt hatten. In der Wirklichkeit willenlose Sklaven, rüttelten sie in ihren Träumen beinahe an allen Grundfesten des staatlichen und sozialen Baues. Nur an die Kirche traten sie nicht heran, und auch die Helden der neuen Generation, die sich durch keine Schranke halten lassen, verzichten darauf, der Kirche gegenüber die letzten Consequenzen des Nihilismus zu ziehen. Von all den Stürmern und Drängern, die uns Turgenjeff vorführt, wagt kein einziger ein Wort gegen das in Unwissenheit und Geistlosigkeit erstarrte Popenthum zu sprechen. Offenbar ist die Kirche jenes Terrain, auf welchem selbst der glühendste Nihilist zum Russen wird, welcher die ihm von der Regierung zu Theil gewordene Züchtigung nicht verleugnen kann.

Unter Alexander II. hat sich Manches geändert, aber nur in den seltensten Fällen bedeutete die Aenderung auch eine Besserung. Die Betheiligung an den öffentlichen Angelegenheiten ist den Russen nach wie vor versagt, und die Gewalt ist dieselbe geblieben, wenn sie auch vielleicht sich oft in andere Formen hüllt. „Ueberall ist man von Spionen umgeben, Denunziationen, Lüge und Trug sind an der Tagesordnung, nirgends ein Ort, wo man sicher wäre,“ so charakterisirt Neschdanoff, der Held der neuen Generation, das heutige Rußland. Der Nihilismus aber ist der unklare und unbestimmte Ausdruck jener tiefen Sehnsucht nach Aenderung alles Bestehenden, welche die Jugend in Rußland mit ehernen Krallen ergriffen hat. Und Rußland wurde so glücklich und so allseitig zu Grunde regiert, daß man von keiner der bekannten Regierungs- und Gesellschaftsformen mehr das Heil erwartet, sondern nur dem „Nichts“ die Kraft zutraut, das russische Volk neu zu beleben und mit frischen Säften zu durchströmen. „Alles verrunjeniren“, war die Losung des Berliner Pöbels im Jahre 1848, und diese Losung ist auch das einzig Feststehende in dem Programm der russischen Nihilisten.

Es ist ein furchtbares Programm, dessen Erfüllung und Bewahrheitung die russische Jugend anstrebt, aber es steht nur im geraden Verhältniß zu dem Ekel, den das System hervorrief, welches Peter der Große inaugurirte und das er, wie die neueste Forschung will, ohne Testament seinen Nachfolgern als Erbe hinterlassen hat. Dieser Ekel ist der Jugend bereits bis an den Hals gestiegen; sie fühlt sich von der Gefahr bedroht, daß in der nächsten Stunde schon der ihr noch gebliebene letzte Rest von Würde und Edelsinn von kalter Faust erwürgt werden könne,

betonen. Zu den Akten aber nehmen wir, daß der Mann, welcher acht Jahre lang oberster Beamter des — mit Erlaubniß unserer Chauvinisten — mächtigsten Staates der Welt war, das Recht der Arbeit, den Fundamentalsatz der Sozialdemokratie, im Prinzip rückhaltlos anerkannt hat.

— Alphonschen in Spanien fühlt sich auf seinem Thron nicht recht behaglich. Er fürchtet das Schicksal seiner Vorgänger und läßt deshalb zu seiner Sicherung alle ihm verdächtigen Elemente verfolgen, einkerkern und deportiren. Die Verhaftungen erstrecken sich sogar bis in die höchsten Kreise, und zahlreiche höhere Militärs, ja sogar frühere Minister müssen mit dem Kerkermeister Bekanntschaft machen. Unter den jüngst Verhafteten befindet sich auch der bekannte Zorilla, der fälschlicherweise in dem Geruche steht, Sozialist zu sein. Die Verhaftung erfolgte auf Requisition der spanischen Regierung in Paris, wo Zorilla sich aufhielt und von wo er seine Pläne gegen Alphons schmiedete. Das Ende vom Liede war die Ausweisung Zorilla's aus Frankreich.

Am schlimmsten sind natürlich die Deportirten daran, zu denen die Sozialisten, oder sogenannten Kantonalisten, ein ansehnliches Contingent stellen. Wie Rußland sein Sibirein, Frankreich sein Neu-Caledonien, so hat das allerchristlichste Spanien sein Fernando Poo — eine äußerst ungesunde Insel an der Westküste von Afrika, nahe am Aequator. Hierher, in's offene Grab gleichsam, wird alles geschafft, was, wie schon gesagt, sozialistisch angehaucht ist.

Aber trotz aller dieser Maßregeln, oder gerade wegen derselben, rumort es gegenwärtig an allen Ecken und Enden Spaniens, und Alphonschen hat wirklich alle Ursache, auf seiner Hut zu sein; denn die Unmöglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß ihm eines schönen Tages die Dinge über den Kopf wachsen und er genöthigt sein könnte, sein Heil in schleunigster Flucht zu suchen. Wir wünschen im voraus glückliche Reise.

— Oesterreich hat den Entschluß gefaßt, Serbien zu okkupiren, und diesen Entschluß bereits Rußland notifizirt. Also doch! Jetzt wird es wohl mit dem geplanten Bündniß Rumäniens und Serbiens nichts werden, und Rußlands Truppen können an der unteren Donau nur noch fester „angenagelt" werden. Mucksen darf sich „Väterchen" nicht, sonst zieht Oesterreich den Sack zu und die ganze russische Armee ist gefangen. Den Zeitpunkt hat Oesterreich zur Intervention gut gewählt — es sind jetzt gerade genug russische Truppen über die Donau, daß es sich der Mühe lohnt, dieselben eventuellen Falles gefangen zu nehmen. Die in Rumänien zurückgebliebenen aber sind zu schwach, um energisch eingreifen zu können.

— Pech. Der russische Reichskanzler Gortschakoff hat es für nöthig befunden, der Welt seine Ansichten über die Lage der Dinge auf die Nase zu binden, und ein, die kanzlerische Weisheit enthaltendes Schriftstück in der Rubelpresse veröffentlichen zu lassen. Es wird darin u. A. dem großen Staatsmanne die Aeußerung in den Mund gelegt, man habe sich in Rußland nur in einem Punkte getäuscht — man habe die Türken für weit mächtiger gehalten, als sie sich in Wirklichkeit erweisen. Eine wahrhaft bodenlose Bosheit des Zufalls hat's nun gewollt, daß dieselbe Nummer des Knuten-Organes, welches die Gortschakoff'sche Genialität enthält, ein offiziöses Petersburger Telegramm bringt, in welchem, zur Beschönigung der Niederlagen in Armenien, versichert wird, nicht der Aufstand im Kaukasus sei an dem Rückzug der russischen Armee schuld, sondern die Entdeckung, daß sie zu schwach sei; man habe die türkische Macht unterschätzt. Wohl das blamabelste Geständniß, das je eine Regierung zu machen genöthigt war. Was beiläufig die ganz unnöthige Erwähnung des Aufstands im Kaukasus betrifft, so erinnert dieselbe sehr lebhaft an das qui s'éxcuse, s'accuse (wer sich entschuldigt, klagt sich an) — sie verräth die Angst, welche hinsichtlich der von Tag zu Tag wachsenden Erhebung der Kaukasusstämme in Petersburg herrscht. Wenn Herr Gortschakoff die Welt wieder an—diplomaten will, wird er es hoffentlich etwas geschickter anfangen.

— Wie steht's mit dem Krieg? Für die Russen sehr schlecht, für die Türken günstig. Die Belagerung von Kars ist jetzt definitiv aufgehoben und die russische Armee unter Ausübung neuer Gräuelthaten über die russische Grenze zurückgegangen. — Die Montenegriner haben sich zu Tode gesiegt und liegen in Folge dessen am Boden. Suleiman Pascha, der dieses „zu Tode gesiegt" veranlaßt hat, befindet sich auf dem Marsche nach der Donau, um auch das „zu Tode siegen" der Russen dort bewirken zu helfen. Der Oberbefehlshaber der Türken, Abdul Kerim Pascha, läßt die großen Donaufestungen mit Landwehr besetzen und zieht die gegenwärtigen Besatzungen an sich, um gegen die Russen einen Hauptschlag auszuführen, während „Väterchens" Kinder an der Donau, über welche sie zum großen Theil hinübergegangen, wie „festgenagelt" stehen, weil „Väterchens" Intendantur so schlecht für die Kinder sorgt, daß sie nicht einmal Brod, geschweige denn Schnaps in auskömmlichem Maße erhalten, wodurch ihr Schnapsdurst allerdings erhöht, ihr Siegesdurst aber sehr vermindert wird. — Nach alledem wird es schwer halten, daß der Großfürst Nicolaus sich den Titel: Sabalkansky II. (zweiter Balkanübersteiger) erringt.

„Es lebe die Republik!"

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Berlin, den 8. Juli.

Nieder mit der Republik! nämlich mit der französischen Ordnungsbanditen-Republik, rief vor einigen Tagen unser deutsches Centralorgan, der „Vorwärts". „Es lebe die Republik!" antwortet heute unser hiesiges Lokalorgan, die „Berliner Freie Presse". „Seht, da habt ihr die Spaltung in der sozialdemokratischen Partei", werden die Gegner jubeln. Gemach, ihr Herren! Wenn es den deutschen Sozialdemokraten gelungen ist, in Bezug auf die Auffassung der deutschen Verhältnisse die vollkommenste Harmonie innerhalb der Partei zu gewinnen, werden sie sich wahrhaftig nicht über ausländische Verhältnisse in die Haare gerathen. Und herrscht denn wirklich innerhalb unserer Partei eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit betreffs der Entwicklung der Dinge in Frankreich? Mit Nichten. In der Verurtheilung der Republik Thiers, Mac Mahon, Gambetta sind wir Alle einig. Wer diese Republik, die Mörderin der Pariser Commune, nicht verurtheilt, ist eben einfach kein Sozialdemokrat, kann es nicht sein. Es fragt sich blos: welches ist die Stellung der französischen Arbeiter, der französischen Sozialisten gegenüber dem Mac-Mahon'schen Staatsstreichplan? Was werden sie thun, wenn der Staatsstreich gemacht wird? Werden sie mit verschränkten Armen stehen bleiben, oder werden sie sich schlagen? Und was wird für unsere Partei das Beste sein? Darüber läßt sich streiten. Indeß das ist ein rein praktischer, kein prinzipieller Streitpunkt — eine einfache „Opportunitätsfrage".

Mit dem Titel des „Vorwärts"-Artikels bin ich nicht ganz einverstanden, weil er mißdeutet werden kann und mißdeutet worden ist*); auch an dem Inhalt habe ich Einiges auszusetzen, jedoch nicht an dem, was gesagt, sondern an dem, was nicht gesagt ist. Wenn wir zwischen den „republikanischen" und imperialistischen Versailler Ordnungsbanditen zu wählen haben, da giebt's kein Entweder — Oder, sondern ein scharfes: Weder—Noch; „sie taugen alle Beide nichts". Aber wäre nicht ein Drittes möglich? Daß das Volk sich schlägt, und, wenn siegreich, Beiden den verdienten Lohn heimzahlt? Diese dritte Möglichkeit hat der „Vorwärts"-Artikel vergessen, und das ist's, was ich an ihm auszusetzen habe. Indeß das ist nur eine Auslassung, meinetwegen auch Unterlassung, aber kein prinzipieller Verstoß.**)

An weit ernsteren Fehlern, an einer durch und durch falschen Grundanschauung scheint mir der Artikel unseres hiesigen Lokalorgans zu leiden. Der Verfasser gehört offenbar zu den Gefühlspolitikern, die sich — platonisch — in die Republik verliebt haben***) und der republikanischen Staatsform als solcher eine geheimnißvolle Wunderkraft zuschreiben. Mit Gefühlen läßt sich nicht rechten, — ich für mein Theil betrachte die Republik als die einzig vernünftige Staatsform — und welcher denkende Mensch wird das nicht thun? — aber ich weiß auch, daß das, was gerade die Republik zur einzig vernünftigen Staatsform macht: das Prinzip der Gleichheit und Freiheit, in Staaten, welche sich Republik nennen, auf's Brutalste mit Füßen getreten worden ist und wird; und ich kenne ferner monarchische Staaten, in welchen das in weniger brutaler Weise geschieht, als in solchen sogenannten Republiken.

Wenn die französischen Commune-Märtyrer und Flüchtlinge einen Vergleich zwischen der Republik Thiers-Mac-Mahon-Gambetta und der englischen Monarchie anstellen, fällt er sicherlich nicht zu Gunsten der ersteren aus. Ich hoffe, diese Bemerkungen ziehen mir nicht die Anklage, welche die „Frankfurter Zeitung" der Redaktion des „Vorwärts" und ihrem Artikel macht, zu: „ich schütte das Kind mit dem Bad aus und wünsche die Monarchie."

Der Verfasser des Artikels „Es lebe die Republik!" meint, siege Mac Mahon, werde Lulu auf den Thron erhoben, so schwebten die französischen Arbeiter in Gefahr, durch sozialistische Regierungs-„Schwindel-Experimentchen" genasführt zu werden. Ich dächte, unter Bonaparte wäre das in größtem Maßstabe versucht worden — und ist es gelungen? Ein Blick auf die französische Arbeiterbewegung unter dem Empire hätte dem Verfasser des Artikels das höchst ungerechte Mißtrauensvotum gegen die französischen Arbeiter erspart, die in dieser Beziehung wahrhaftig nichts von den Deutschen zu lernen haben.

„Bleibt die Republik (in Frankreich) erhalten, so ist dies überhaupt nur unter der Bedingung denkbar, daß sie sich entwicklungsfähig erweist; damit ist aber auch für den Sozialismus die Bahn geebnet." — Sehr hoffnungsvoll! Sehr kühne Schlußfolgerung! Blitzt Mac Mahon ab, so haben wir die Präsidentschaft Thiers (für den ja Gambetta als designirter Nachfolger direkt eintritt), und von der „Entwicklungsfähigkeit" der Republik Thiers, dächte ich, hätten wir genug erfahren. „Die Bahn", welche sie „dem Sozialismus ebnet", führt nach Satory und Neukaledonien. Danke schön!

„Unter republikanischem Regime kann den Franzosen die politische Freiheit nicht dauernd vorenthalten werden." Ist ihnen bis dato blos sieben Jahre lang vorenthalten worden, mit obligatem Belagerungszustand, Massenfüsilladen, Massendeportationen ꝛc.

„Etwaige Exemplifikationen auf die Schweiz oder Nordamerika können unser Urtheil (daß die Republik den Franzosen die Freiheit bringen wird) nicht trüben, da es in diesen Staaten nicht die herrschenden politischen Freiheiten, sondern diverse Landeseigenthümlichkeiten sind, welche der allgemeinen Culturentwicklung, die übrigens nicht hinter derjenigen anderer Staaten zurückgeblieben ist, Hindernisse bereiten."

Höchst naiv! Die Franzosen wären froh, hätten sie die „politischen Freiheiten" der Schweiz und der Vereinigten Staaten, mitsammt deren „diversen Landeseigenthümlichkeiten".

Das Pech ist: daß die französischen „Landeseigenthümlichkeiten" die französische Republik zu dem gemacht haben, was sie ist — zur Lebensversicherungs-Gesellschaft aller reaktionären Elemente, für welche der Staat bloß eine — Organisation — zur Aufrechterhaltung ihrer politischen und ökonomischen Herrschaft ist, und die, wie sehr auch sonst ihre Anschauungen auseinandergehen, alle darin übereinstimmen, daß das, ihre Existenz bedrohende Emporkommen der sozialistischen Partei um jeden Preis, mit jedem Mittel verhindert werden muß — igni et ferro: mit Feuer und Schwert!

Und trotz alledem nicht: Nieder mit der Republik!

Aber nieder mit dieser Republik!*)

Wenn ich Pariser Arbeiter wäre, und es käme „zum Klappen" wie würde ich mich verhalten? So weit ich die Lage übersehen kann, wäre meine Argumentation:

Mac Mahon und Mitstrolche — nieder mit ihnen! Thiers und Mitstrolche — nieder mit ihnen! Probiren wir einmal, ob wir beide zugleich loswerden können. Nieder mit dieser Republik!

Es lebe die Republik! — Drauf! Vielleicht gelingts.

*) Wir haben schon in dem Leitartikel der vorigen Nummer unsere Ansicht hierüber geäußert. D. „R. d. V."

**) Wir haben auf die sozialistische Republik hingewiesen — den französischen Arbeitern haben wir zugerufen, daß sie sich nicht an den Wahlen betheiligen sollten; wenn aber dieselben den Zeitpunkt zum handeln günstig halten, so rathen wir gewiß nicht ab, doch können wir diesen richtigen Zeitpunkt nicht bestimmen. D. R. d. „V."

***) Wie die „Frankfurter Zeitung". D. R. d. „V."

*) Diese Ansicht haben wir in unseren vielberufenen Artikel: „Nieder mit der Republik" auch ausgesprochen. D. R. d. „V."

---

und um dieser Gefahr zu entgehen, drängt sie sich in die Reihen der kämpfenden Nihilisten. „Wahrlich", ruft Einer von der neuen Generation, „wenn jetzt irgendwo ein Volkskrieg ausbräche, ich würde hinziehen, nicht um irgend Jemanden freizumachen (Andere befreien, wenn die Unserigen nicht frei sind!), nein, um mit mir selbst ein Ende zu machen!"

Es ist dies ein Schmerzensschrei, welcher sich der zermarterten Brust der Jugend entringt und der in seiner markerschütternden Gewalt bis an die Ohren der russischen Machthaber gedrungen ist. Diese aber, die in den Massen herrschende Stimmung genau kennend, tragen ihr in einer Weisung Rechnung, die zur Gefahr für Europa wird. Weil die Machthaber das Joch, in welches sie Rußland gespannt haben, nicht nur nicht lockern wollen, sondern auch nicht lockern können, so greifen sie, um die böse Stimmung zu bannen, zu den Mitteln, welche ihnen der ungestüme Drang der Nihilisten in die Hand giebt. „Wir Russen", sagt Turgenjeff, „warten immer darauf, daß einmal irgend etwas oder irgend Einer kommt und uns mit Einemmale gesund macht, alle unsere Wunden heilt, alle unsere Gebrechen ausreißt, gerade wie einen kranken Zahn. Wer aber wird dieser Zauberer sein? Der Darwinismus? Die Dorfgemeinschaft? Ein Krieg mit dem Auslande? Was du willst, Väterchen, reiß mir nur den Zahn aus!" Und „Väterchen" bemüht sich, den Zahn zu ziehen, indem er Krieg mit dem Auslande führt! . . .

In wenigen Worten hat uns hier der Dichter das Geheimniß Rußlands enthüllt. Der Nihilismus drängt das sich nicht mehr sicher fühlende Czarenthum zum Kriege, dessen Fahnen mit den Floskeln von dem Rechte und der Freiheit der Glaubensbrüder behängt und geschmückt werden, welche noch immer Viele bethören, die in dem Wahne leben, daß Rußland für die Freiheit kämpfe, während es in der That nur kämpft, um sich den täglich drängender werdenden Forderungen der Freiheit zu entziehen. Und Rußland wird so lange Krieg mit dem Auslande führen, es wird so lange das Recht mit Füßen treten und die Verträge zerreißen, bis es ihm gelungen ist, den Nihilismus zu erdrücken, oder bis es selbst dem Nihilismus erlegen ist.

Wir haben diesem vorzüglichen Artikel der „Wiener Freien Presse" nur Weniges hinzuzusetzen.

Daß der Verfasser unter dem „Berliner Pöbel", welcher „Allens verrunjeniren" wollte, nicht die Berliner Arbeiter oder die begeisterten Studenten meint, welche 1848 auf den Barrikaden gekämpft haben, ist selbstverständlich — er meint das Victor Böhmert'sche „Lumpenproletariat", welches aus den höheren Ständen sich unter das Volk mischte, welches durch Schnaps und Leidenschaften verkommen in russischer Barbarei „Allens verunjeniren" wollte.

Daß der große russische Nationaldichter Iwan Turgenjeff selbst der Moralität seiner Nation ein so schlechtes Zeugniß ertheilt, daß er Schnaps und Lüge als ihr Element bezeichnet, ist bezeichnend, beweist aber, daß wir ganz recht haben, wenn wir von der russischen Cultur, von dem russischen Nihilismus und von den panslavistischen Völkerbeglückungs-Plänen nicht viel halten.

— Harun al Raschid, wir wollten sagen Herrn Stephan, hat kürzlich eine unerwartete „Inspektionsreise" gemacht, um sich durch Augenschein zu überzeugen, wie „seine 60,000" es treiben. Und siehe da — der Gewaltige, Scharfsichtige, Allessehende ist „wenig zufrieden mit verschiedenen gemachten Wahrnehmungen". In einem „Circulair" (Heiliger Stephan, bitt' für uns!) an die betreffenden Oberpost-„Direktionen" (Heiliger Stephan, wie kannst du den zwiefachen Fremdwortfrevel an unserm geliebten Deutsch, diesen sprachlichen Doppelmord geschehen lassen?!) macht Harun al Stephan seinem gepreßten Herzen und beleidigten Anstandsgefühl und Ordnungssinn Luft. „In einer Anzahl von Postanstalten mangelt der richtige Sinn für Anstand, Ordnung und Sauberkeit. Namentlich gilt dies von der äußeren Kleidung und Haltung der Hilfsboten und Postillone." Ei Herr Stephan, geben Sie den Hilfsboten und Postillonen, die nicht so viel Groschen verdienen, wie Sie Thaler, eine Anweisung auf Ihren Leibschneider, und wir wetten, sie werden genau so „anständig" ꝛc. aussehen, wie Sie selber. — Nichts für ungut, Herr Generalpostmeister! Sie wissen ja: Kleider machen Leute, und stellen Sie sich doch einmal vor, welche Figur Sie im Reichstag schneiden würden, wenn Sie in einem Rock erscheinen müßten, wie Ihre „Hilfsarbeiter und Postillone" ihn tragen, weil sie sich keinen besseren kaufen können. Und stehlen sollen sie doch wohl nicht, Herr Generalpostmeister?

— Für Biertrinker. Das Handelshaus Hugo Schulze in Nürnberg versendet jedes Halbjahr an alle Brauereien in Deutschland und noch weiter — wie es selbst erklärt, in mehr als 18,000 Exemplaren — einen ausführlichen Preiscourant, worin nicht nur alle zur Brauerei nöthigen Apparate — auch die verbotenen Bierspritzen (Spritzhähne, Selbstmousseur-Pipen) sind dabei — sondern auch eine Anzahl von Biersurrogaten, als Buchen- und Haselnußholzklärspähne, Weinsteinsäure, Natron, Moussirpulver, Bier-Tannin, Sacharin, Glycerin, Salicylsäure, doppelschwefligsaurer Kalk, Traubenzucker, Malzzucker-Biercouleur, Java-Reis-Malz, Hopfen-Aroma, den Brauern zum Kaufe angeboten werden. Der oberste bayerische Gerichtshof hat nun zwar den Gebrauch der von Herrn Schulze angekündigten „Surrogate" für strafbar erklärt, aber der Verkauf ist nicht strafbar, und die Herren Brauer werden für Beobachtung des elften Gebots: „du sollst dich nicht erwischen lassen" schon Sorge tragen. Wenigstens ist bisher unseres Wissens blos 1 erwischt worden, Herr Schulze aber macht ein riesiges Geschäft; er hat sein Niederlage-Lokal vor Kurzem vergrößert und schickt seine Circulaire jetzt nicht mehr blos an die Bierbrauer, sondern auch an die Wirthe und Restaurateure. Liebliche Zustände und Aussichten!

— Zur russischen Barbarei. Der türkische Minister des Auswärtigen hat an die Vertreter der Pforte im Auslande folgende Mittheilung gerichtet: Unsere Behörden machen uns Meldung von Greuelthaten, welche durch die russischen Truppen an den von letzteren besetzten Punkten unseres Gebietes begangen worden sind, und es geht aus diesen Handlungen der Russen hervor, daß der Feind mit dem Niedermetzeln der Bewohner, dem Plündern und dem Niederbrennen systematisch vorgeht. Unter diesen Handlungen machen uns die kaiserlichen Behörden folgende namhaft, von denen festgestellt ist, daß sie sich wirklich zugetragen haben. Die russischen Truppen sind am letzten Mittwoch in ein muselmännisches Dorf, das zum Bezirke von Swischtowa gehört, eingedrungen, haben dasselbe geplündert, die Wohnungen angezündet und eine große Zahl friedlicher Einwohner niedergemetzelt. Sechs Einwohner dieses Dorfes, auf welche die Feinde stießen, wurden von denselben angegriffen, obschon sie keinerlei Gegenwehr leisteten. Der eine von ihnen wurde getödtet, die Uebrigen zu Gefangenen gemacht. Sieben andere Personen, die sich von Rustschuk nach ihrem Heimathsorte Pitano begaben, wurden von russischen Reitern erdrosselt; ein einziger entkam. Die Leichen der unglücklichen Opfer waren der Gegenstand abscheulicher Profanationen, es wurden denselben die Augen ausgestochen und die Augenhöhlen mit Brod zugestopft. Die bulgarischen Einwohner in Swischtowa, aufgeregt durch die Gegenwart des Feindes, machen die flüchtenden Muselmänner nieder. Acht türkische Soldaten, die in die Hände der Russen gefallen waren, wurden durch Stockschläge getödtet. Gleiche Greuelthaten werden uns aus Asien gemeldet, insbesondere wird Folgendes berichtet: 1500 Familien, die sich aus Suchum Kaleh in die Wälder geflüchtet hatten, um der barbarischen Behandlung zu entgehen, die der ganzen Bevölkerung durch die Kosaken widerfährt, kamen vor Hunger um. Von der russischen Division, die Ardanutsch besetzt hatte, wurden auf deren Rückzug nach der Grenze 50 Personen ohne Unterschied des Geschlechts und des Alters niedergemacht. Mehrere Orte, die die Division passirte, wurden angezündet. Der armenische Bischof von Utschkilissa wurde ergriffen, geknebelt und in diesem abscheulichen Zustande mit fortgeführt. Diese Thatsachen, deren Abscheulichkeit irgend ein weiterer Kommentar nur abschwächen würde, bitte ich Sie, der öffentlichen Meinung zu unterbreiten, sie tragen sich überall zu, wohin die russischen Truppen ihren Weg nehmen, sowohl in Europa, wie in Asien und lassen keinen Zweifel über das Programm des Mordes und der Verwüstung, das der Feind angenommen hat, um das Land zu terrorisiren und die am Kriege nicht theilnehmende Bevölkerung zu vertilgen.

Und ich denke, damit wäre auch der Verfasser des Artikels unserer „Freien Presse“ zufrieden. — Nehmen Sie mir nicht übel, daß ich Ihnen eine so lange Correspondenz über dieses „Thema“ geschrieben habe, — dasselbe wird hier, und gewiß auch anderwärts von den Parteigenossen viel diskutirt.

Correspondenzen.

Berlin, den 8. Juli. (Zum Gesundheitszustand in den Großstädten.) Nachdem die Städte eine gewisse Größe erreicht haben, so daß Jeder, um sich Geltung zu verschaffen, alle Kräfte anspannen muß, aber auch leicht Gelegenheit findet, seinen Leidenschaften die Zügel unbeachtet schießen zu lassen, mehren sich — nach den darüber namentlich in England seit einem Jahrhundert gemachten sorgfältigen amtlichen Ermittelungen der Todtenschauämter, — besonders die Krankheiten, welche in den Anstrengungen und in den — Leidenschaften — ihren Anfang haben. Der Herz-, Lungen- und Gehirnschlag, der — Schlaganfall überhaupt fängt an verheerend zu wirken. In London hat sich die Zahl der plötzlichen Todesfälle nach dem Berichte des General-Registrators — seit den letzten 20 Jahren verdoppelt und zwar von 1851—1870 von 5746 auf 12,428 Fälle. Die Berliner Bevölkerung hat dasselbe trostlose Resultat in weit kürzerer Zeit erzielt, denn hier stieg die Zahl der „Schlaganfälle“ von 1869 von 568 bis 1876 auf 1027 — also in sieben Jahren beinahe um das Doppelte und seit zwanzig Jahren ums Dreifache. Es sind meistens Männer, die uneingedenk der göttlichen Lehre, daß der Mensch im „Schweiße seines Angesichts sein Brot essen soll“ — nicht aber lebt um des Gewinnes wegen und der Lust nachzujagen — die so plötzlich aus dem Leben scheiden. — In dem Jahrfünft von 1871 an fielen denn auch in diesem Treibjagen nach Gewinn u. s. w. 3756 Menschen am „Schlagflusse“, — 2445 an „Herzkrankheiten“ — also 6201 Opfer der Leidenschaft als Beute zu. Sehen wir uns die große Zahl auf dieser „Jagd nach Glück“ — Verunglückten an, so findet sich, daß der Reihenfolge nach folgende Stände vertreten und prozentabel am meisten beigetragen: 1) Kaufleute und Fabrikanten; 2) Rentiers, dann Beamte, Gelehrte, Schreiber, dann Weber und Militärs, dann folgen Tischler, Schuhmacher, Arbeiter, Dienstboten u. s. w. — Im Gegensatze zu diesen Opfern, deren Lebensfackel wie vom Sturme ausgelöscht wird und zu welcher „Höhe“ es fast nur gewisse Stände bringen, sendet die Leidenschaft ihre Würgengel in Gestalt der „Schwindsucht“ als langsame Todesart in die Großstädte. — Es fällt ihr auch der Löwenantheil in der deutschen Reichshauptstadt zu — seitdem Berlin „Weltstadt“ geworden ist. Mehr als 15,000 Menschen, der achte Theil aller Gestorbenen, sahen sich langsam, qualvoll den geöffneten Gräbern in dem letzten Jahrfünft entgegengeführt und ihr Leben erlöschen — wie ein flackerndes Lämplein! — Rechnen wir die Sterbefälle hinzu, welche in den mangelhaften Wohnungs- und Kommunikations-Zuständen ihre Anfangspunkte haben (Blutsturz, Lungenlähmung, Asthma 2c.), so bezifft sich die Zahl der Opfer auf 26,130, die ihr Leben der Leidenschaft und dem Mammon dargebracht haben. Weder Kapital noch Macht und Ehre vermögen dem Tode seine Beute zu entreißen, wenn der überaus zarte Bau, der kunstvolle, göttlich-harmonische Organismus des menschlichen Körpers — durch Leidenschaften in seinen Funktionen gestört wird, denn 32,331 Menschen mußten in dem letzten Jahrfünft entweder in Folge ihrer Leidenschaften, oder in Folge der „vermeidlichen Uebel“ der Großstadt ins Grab gesenkt werden. Den Ständen und Gewerben nach stellen dem Sensenmann für die „langsame Todesart“ prozentabel die meisten Kandidaten Gelehrte, Beamte, Schreiber, dann die Weber, Tischler, Schneider, Schuhmacher, Maschinenbauer, Maurer, Zimmerleute, Fabrikarbeiter und Dienstboten. — Die Art des Gewerbebetriebes fordert hier als Faktor — ihr Recht! — Bedenkt man, daß 46,19 Prozent aller in den amtlichen Registern eingetragenen Sterbefälle seit dem letzten Jahrfünft auf diese beiden Todesarten zurückzuführen sind und 35,18 Prozent der Sterbefälle der Großstadt — auf dem Konto der Infektions-Krankheiten (Scharlach, Masern, Pocken, Cholera) kommen und die höchsten Zahlen in den Gründerjahren gipfeln, so wirft diese Thatsache sowohl einen tiefen Schatten auf die Zustände der neuen „Millionenstadt“, als auch auf die Denkart, das Leben und Treiben der Generation und liefern den eklatantesten Beweis, daß bei den höheren Klassen der Gesellschaft die Moral das Leben verlängert, in den unteren Klassen spielt allerdings der „Kampf um das Dasein“ die Hauptrolle.

Fritz Krüger, Statistiker.

Göppingen, 9. Juli. Wie wenig sich noch unsere sogenannten Volksparteiler von der reaktionären Masse gewöhnlich unterscheiden, mögen nachfolgende Zeilen beweisen. Der hier erscheinende „demokratische Hohenstaufen“, fühlt sich berufen, dem „Vorwärts“, anläßlich des Leitartikels über Frankreich in einer der letzten Nummern desselben, den Standpunkt tüchtig klar zu machen. Das „freisinnige“ Blatt nimmt die so kernige Auslassung unseres Centralorgans über die Schwindler jenseits der Vogesen sehr übel auf und spricht rundweg von „ungesunder Logik und fanatischem Parteihasse.“ „Der sozialistische Heißsporn, heißt es weiter, bekämpft, statt das Bessere zu wünschen, das Gute und hätte an dessen Stelle gern das Schlechte.“ Was der Sinn dieser Worte des „Hohenstaufen“ eigentlich sein soll, ist mir so ziemlich unklar — aber ich bekomme auch einen Begriff von Logik, wenn auch einen ein wenig sonderbaren. Doch lassen wir den „Hohenstaufen“ noch weiter haspeln: „Ob Thiers oder Mac Mahon — beide die ‚Mörder‘ der Kommune — das Volk knebeln, ob Gambetta oder Lulu das Heft in Händen haben, das ist dem ‚Vorwärts‘ ganz gleich, denn — so sagt er — ‚sie taugen alle zusammen nichts!‘ Das ist denn doch eine sonderbare Schulweisheit, für welche sich nicht nur allein die demokratischen Organe, sondern auch die Mehrzahl der Sozialdemokraten selbst schönstens bedanken werden. Um das Bessere zu schaffen,“ — sagt das logische Blatt — „muß das Gute nicht verbessert, sondern vernichtet und an seine Stelle das allerschlechteste gesetzt werden — so meinen die Gelehrten des ‚Vorwärts‘ u. s. w. u. s. w.“ So viel merkt man gleich: die „Gelehrten“ des „Hohenstaufen“ sind stark entrüstet, weil der „Vorwärts“ den französischen Bourgeois-Republikanern (der Partei, zu der sich auch der „Hohenstaufen“ in seinem Artikel mit vielem Selbstgefühle rechnet) und ihrem ganzen Schwindel schon gehörig die Leviten gelesen hat. Freilich, mein lieber „Hohenstaufen“, der „Vorwärts“ und mit ihm die Sozialdemokratie hat keine Lust und Ursache, deinen französischen Parteigängern den Pelz zu streichen; — wirst wissen warum? Und wenn du sagst, daß die Erhaltung der Republik in Frankreich von weittragender Bedeutung und die Zustände in derselben eine Entwicklungsstufe in der Menschheitsvervollkommnung seien, so ist das vollends stark. Es gehört doch wahrlich eine ziemlich dreiste Stirn, selbst der Gegner dazu, um zu behaupten, die Elemente, welche so grauenvolle Tragödien, wie die des Jahres 1871 in Szene gesetzt, seien noch als Bollwerk der Völkerbeglückung zu preisen. Wenn der „Hohenstaufen“ sagt, die „demokratischen“ Organe werden sich für die „Vorwärts“-Polemik bedanken, so pfeifen wir darauf, — wenn er aber die Mehrzahl der Sozialdemokraten mit in Berührung bringt, so möge er doch wissen, daß wir noch lange nicht den verzweifelten Maßstab an die Dinge legen, wie die Demokraten. Dem „Hohenstaufen“ sei zum Schlusse noch gesagt, daß die Sozialdemokratie ihre und der wahren Freiheit Interessen in guten Händen weiß und durchaus nicht nöthig hat (im Gegensatz zu den Demokraten) ihren Organen ein Mißtrauensvotum zu geben. Die hiesigen Genossen aber mögen die neueste Auslassung des sonst übrigens anständigen „Hohenstaufen“ in Erwägung ziehen; — sie beweist eben klar, daß es mit der ganzen „Volksfreundlichkeit“ nicht weit her ist, wenn man sie im rechten Lichte betrachtet. A. A.

Naumburg a. S. Am 16. Juni stand Parteigenosse Klute vor dem hiesigen Appellationsgericht, um sich wegen Majestäts-, Bismarck- und Bürgermeister-Beleidigung zu vertheidigen. Die Majestäts- und Bismarck-Beleidigung wurde zu verschiedenen Malen darin gefunden, daß Angeklagter in einer in Teuchern gehaltenen Rede gesagt haben solle, Bismarck treibe Blut- und Eisen-Politik, durch welche das Vaterland in's Verderben gerathe, und der Kaiser unterstütze dieselbe; und ferner, daß der Kaiser sowohl als Bismarck von ihren hohen Gehältern bei der herrschenden Noth an die Arbeiter ganz gut davon so und so viel abgeben könnten, und daß weder in dem Herzen Seiner Majestät noch im Herzen Bismarck's Mitgefühl für die Leiden der Arbeiter sei. Die Bürgermeister-Beleidigung fand man in einem Briefe, den Klute aus dem Gefängniß an Auer schrieb. In demselben schildert er das Benehmen jenes Bürgermeisters, der ihm in der Versammlung zugerufen hatte: „Halten Sie das Maul, Sie lügen u. s. w.“ Der Brief wurde nicht an seine Adresse befördert, sondern der hiesigen Staatsanwaltschaft übermittelt, welche dann daraus eine Beleidigung des betreffenden Bürgermeisters folgerte. Soweit die Anklage. Ueber die Verhandlungen selber soll hier weiter nicht berichtet werden, um den Raum des „Vorwärts“ nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Erwähnt sei nur, daß Klute in glanzvoller Weise sich vertheidigte und daß auch Herr Rechtsanwalt Werner, welcher an Stelle des Herrn Träger für Klute eingetreten war, mit großem Aufwand advokatorischer Beredsamkeit die Sache des Angeklagten verfocht. Nach geschlossener Verhandlung zog sich der Gerichtshof zurück und verkündete nach längerer Berathung, daß der Angeklagte der ihm zur Last gelegten „Vergehen“ für schuldig zu erachten und das Urtheil der ersten Instanz, welches bekanntlich auf acht Monate Gefängniß lautete, zu bestätigen gewesen sei.

NB. Die „Thüringer Freie Presse“ wird um Abdruck dieser Correspondenz gebeten.

Ottensen, 4. Juli. (Oeffentliche Quittung über die vom 28. Januar bis zum 2. Juli dieses Jahres eingegangenen Gelder zur Deckung der Wahlschulden im 6. schlesw.-holsteinischen Wahlkreise.) Von Loges' Fabrik in Ottensen M. 9,45, Wolf's Fabrik 3,00, auf Boyen Nr 6 durch Thiele 12,00, durch Lütjens aus Uetersen 50,00, von Lütjens Fabrik in Ottensen 5,30, Reise's Fab. in Ottensen 3,00, Dunkmann's Fabrik in Ottensen 18,00, Barth's Fab. erste und zweite Rate 19,03, D. Köster's Fabrik erste und zweite Rate 35,00, Kähler's Fabrik erste und zweite Rate 56,00, Jörgensen's Fab. 6,00, Lange's Fabrik 20,00, Christensen's Fabrik 8,00, Költing's Fab. erste und zweite Rate 49,00, Quaß's Fabrik 12,00, Ewald's Fabrik 6,00' Drogmeyer's Fabrik 5,00, J. Boock's Fabrik 11,60, Mobius' Fabrik 10,00, F. Henningsmeyer's Fabrik 20,00, Röhns's Fabrik 10,00, durch Palau von Maurern und Arbeitsleuten 26,40, Fr. Boock's Fab. 16,80, L. Schmidt's Fabrik 11,00, Bielenberg aus Bramstedt 15 10.

F. Kähl.

NB. Da bis Ende dieses Monats noch einige Posten unseres Wahldefizits gedeckt werden müssen, so werden die Inhaber von Parlamentswahlkassen ersucht, die Gelder bereit zu halten, da die bis zum 24. Juli nicht abgelieferten Gelder abgeholt werden.

J. A.: F. Heerhold.

An die Gesinnungsgenossen des Teltow-Beeskow-Storkower Wahlkreises.

Zu dem am 22. Juli in Berlin stattfindenden Congreß für die Provinz Brandenburg fordere ich Euch dringend auf, in den Ortschaften des Wahlkreises, wo Parteigenossen sind, Delegirte zu wählen, resp. den Congreß zu beschicken, indem derselbe von größter Wichtigkeit für uns ist. Wo keine Versammlungen möglich sind, entsendet Ihr Vertrauensmänner, die Euch vertreten. Nähere Bekanntmachung wird noch erfolgen.

Mit sozialdemokratischem Gruß G. Dietzmann.

An die Partei- und Gesinnungsgenossen in Baden und der Pfalz.

Trotzdem ich bei der Versendung der Sammellisten für den Preßfonds bemerkte, daß bis längstens 15. Juni die Listen nebst den Geldern in unsern Händen sein müssen, so sind doch nicht Alle diesem Verlangen nachgekommen, ja sie lassen sogar bis jetzt noch auf Einsendung warten. Ich ersuche die Betreffenden deshalb dringend, in den nächsten Tagen die Einsendung zu besorgen. Soll unser Unternehmen gesichert sein, so müssen wir jetzt unter allen Umständen eine Uebersicht des Sammellistenbetrags haben. Namentlich die Mitglieder der Preßcommission werden ersucht, ihren Pflichten gerecht zu werden.

Zu dem am 29. Juli (siehe Annonce) stattfindenden Waldfest, bei welcher Gelegenheit es Verschiedenes zu besprechen giebt, sind alle Freunde höflichst eingeladen.

Mannheim J. A.: F. J. Ehrhart, J. 1. Nr. 17.

Zur Beachtung.

Zu Ende dieses Monats erscheint (diesmal eine Doppelnummer 1 und 2 in einem ganzen Bogen) laut Congreßbeschluß die

„Wissenschaftl. Beilage des Vorwärts“

als Gratisbeilage zum „Vorwärts“.

Später wird dieselbe von 14 zu 14 Tagen in einem halben Bogen dem „Vorwärts“ beigelegt werden.

Vom 1. Oktober an erscheint in Berlin gleichfalls laut Congreßbeschluß eine wissenschaftliche Revue wahrscheinlich unter dem Titel:

„Die Zukunft, sozialistische Revue“.

Preis der Revue pro Quartal Mk. 1,25.

Dies diene als vorläufige Anzeige.

Druckfehlerberichtigung.

Im letzten Absatz des Artikels „Das Ketzergericht in Berlin“ (vor. Nummer) muß es statt „herausgegebenen“ heißen: herauszugebenden.

Briefkasten

der Redaktion. K. Bl. in Hof: Den Roman „Johann Elmer“ können Sie durch jeden Buchhändler beziehen; er ist, in 8 Bänden, bei Karl Rümpler in Hannover erschienen. Den Preis kennen wir nicht. — S. in Coburg: Die verlangte Adresse ist: Dr. A. Dulk, Unter-Türkheim bei Stuttgart. — Rz. in Ostpreußen: Wir können den von Ihnen behandelten Gegenstand aus taktischen Gründen im „Vorwärts“ nicht zur Besprechung bringen. — Emil ..... in Berlin: Ihr Artikel: „Rudolph vom eisernen Bunde“ ist bei dem angehäuften Stoff, den wir fernerhin zu bewältigen haben, zu umfangreich für unser Blatt und könnten wir ihm erst Aufnahme gewähren, wenn die Angaben veraltet sind.

der Expedition. W. Götz, Parchim: Reklamiren Sie bei der Post dort. Der „Vorwärts“ geht stets pünktlich hier ab. — C. W. Jever: Die Annonce kostet noch 20 Pf.

Quittung. B. H. Lgs Hannover An. 5,50. Kpp Riechen Ab. 3,90. Arbeiterbild.-Ver. hier An. 1,80. Erstmr München Ab. 135,60. Hsnr Mainz Ab. 40,00. Hängl Nordhausen Ab. 12,70. F. A. Nr Gelenau Schr. 18,88. Brnkmnn Hemme Ab. 6,70. Schdwtz Köthen Schr. 7,20. J. Mrtn Schmölln Ab. 3,65. Bsch hier Ab. 4,45. Frnkl Buda-Pest Ab. 22,40. Grßr Wien Ab. 4,80. Kttl Apolda Ab. 30,00. Mttmr Traunstein Ab. 6,00. Exped. der „Glauchauer Nachrichten“ Glauchau Ab. 216,15. Dt Danzig Ab. 3,80.

Anzeigen 2c.

Flensburg. Vorläufige Anzeige. **Arbeiter-Sängerbund.**

Anfang August: (F. 120) [210

Lusttour nach Kiel.

Auch Nichtmitglieder können theilnehmen. Näheres wird später bekannt gemacht. Das Comité.

Leipzig. Bund der Tischler u. verwandter Berufsgenossen. Sonnabend, den 21. Juli, Abends 8 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, Windmühlenstraße 7:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung des Bundeskassirers. 2. Abrechnung der Krankenkasse. 3. Bundesangelegenheiten, Anträge.

Allseitiges Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Fehlende zahlen 25 Pfg. Strafe. [90

Leipzig. Krankenkasse der Kürschner, Sattler, Riemer, Beutler, Posamentirer, Strumpfwirker u. Friseure.

Sonnabend, den 21. Juli, Abends 8 Uhr:

Generalversammlung

im „Thüringer Hof“, Burgstraße Nr. 20.

Tagesordnung: Rechenschaftsbericht über das verflossene Geschäftsjahr, 2. Bericht der Revisoren, 3. Anträge des Vorstandes oder der Mitglieder, 4. Neuwahl des Vorstandes, der Revisoren und des Gewährsmannes. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet Der Vorstand.

(2a) Chr. Hadlich, Vorsitzender. [120

Mannheim. Sonntag, 29. Juli, im Käfferthaler Wald:

Großes Waldfest

2,10] (F. 222)

bestehend in Musik- und Gesangvorträgen, Festrede, Volksspielen, Tanz 2c., zu welchem wir die Genossen der ganzen Umgebung ersuchen zahlreich zu erscheinen. Freund Ph. Mai wird anwesend sein. Bei ungünst. Witterung findet das Fest 8 Tage später statt. J. A.: Ehrhart.

Stuttgart. Sonntag, den 22. Juli, in den Räumen der Kriegshalle:

Stiftungsfest der sozialistischen Arbeiterpartei

bestehend in Festzug, Concert unter gefälliger Mitwirkung mehrerer Gesangvereine und Festrede, gehalten von Herrn Grillenberger aus Nürnberg. Bei eintretender Dunkelheit große Illumination des Gartens. Um 9 Uhr Steigen eines Riesenballons. Abgang des Festzuges präzis 3 Uhr, bei Gruber, Charlottenstraße.

Entrée 80 Pfg. [3,60

Zu recht zahlreichem Besuche ladet ein

Das Comité.

Ottensen. Montag, den 16. Juli, im Schützenhof in Altona:

Großes Sommerfest

bestehend in Concert und Ball nebst Kindervergnügen, unter Mitwirkung mehrerer Liedertafeln arrangirt von den Sozialisten Ottensens. Aufsteigen eines 8 Fuß im Durchmesser großen Luftballons. Kassenöffnung Nachmittags 3 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Karte für einen Herrn nebst Dame im Voraus 40 Pfg. an der Kasse 50 Pfg., Damenkarten 15 Pfg., Kinder in Begleitung Erwachsener sind frei.

Karten sind an folgenden Stellen zu haben: in Ottensen bei Max Stöhr, Andresen, Reinstraße 12b. in den Wirthschaften und bei den Colporteuren; in Altona bei Meyer, Grothjahnstraße 8, O. Reimer, Bergstraße, C. Meins, Langestraße und J. Groß, St. Pauli, Thalstraße 17. Das Comité. [4,80

Gratulation. Dem Fräulein Auguste Friedrichs in Geesthacht zu ihrem am 17. ds. Mts. stattfindenden 17. Wiegenfeste ein donnerndes Lebehoch, daß der ganze Wasserthurm erbebt.

1,20] (F. 170) Du... S...

Parteigenossen, junge, unverheirathete, welche hierorts oder in der Umgegend Leipzigs ansässig und des Lesens und Schreibens kundig sind, werden zu einer Nebenbeschäftigung, die nur ganz geringe Zeit in Anspruch nimmt, gegen Vergütung gesucht. [1,'0

Offerten unter H. Z. nimmt die Exped. des „Vorw.“ entgegen.

Das Protokoll

des diesjährigen, zu Gotha stattgehabten

Sozialisten-Congresses

ist erschienen.

Preis pro Stück 25 Pfg, bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren 20 Pfg.

Bestellungen, denen der Betrag nebst 10 Pfg Porto für je 5 Exemplare beizufügen ist, sind zu richten an C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Nur gegen baar oder Postvorschuß wird expedirt.

Wir empfehlen unsere Beilage zur „Neuen Welt“ Nr. 20, enthaltend:

Karten vom russisch-türkischen Kriegsschauplatze.

Preis pro Stück 10 Pfg. In Partien billiger.

Leipzig. Die Expedition der „Neuen Welt“. Färberstr. 12. II.

Durch uns ist zu beziehen:

Que Faire?

Französischer Roman von Tchernyschewsky.

38 Bogen stark. Preis 4 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Im Verlage von Gebr. Fey in Frankfurt a/M. ist in 2. Auflage erschienen und durch uns zu beziehen:

Erinnerung an Börne.

Einzelpreis 20 Pfg. Die Buchhandlung des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 315 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 83. Mittwoch, 18. Juli. 1877.

Die Rothen wider die Blauen.

III.

Die „Frankfurter Zeitung" erzählt uns nun mit möglichst unschuldiger Miene Folgendes:

„Daß wir nicht für Herrn Thiers schwärmen, weiß man zu gut, aber viel lieber ist uns dieser Mann doch als der Soldat Mac Mahon. Wenn Thiers und seine Genossen vom linken Centrum oft geirrt und schwere Fehler begangen haben, so flößen ihre Absichten doch ein ganz anderes Vertrauen ein, als der bonapartistische Brigantaggio. Den Sozialisten darf man es nicht verübeln, wenn sie Thiers grollen, welcher den französischen Städten nach dem Krieg ihre Gemeinderechte nicht zugestehen und die Nationalgarde entwaffnen wollte, nur sollten sie sich vom Hasse nicht den Verstand überrumpeln lassen. Wird denn die Amnestie eher erklärt werden, wenn die Ordnungsmänner am Ruder bleiben? Dürfen wir nicht von einem Sieg der Republikaner wenigstens eine bessere Behandlung der Deportirten, reichlichere Begnadigungen und schließlich auch die Amnestie erwarten?"

Also — Thiers und das linke Centrum haben sich oft geirrt, sie haben schwere Fehler begangen, aber ihre Absichten flößen Vertrauen ein. — Uns nicht. Was haben sie denn jetzt für Absichten, jene Herren? Sie wollen die „Republik" erhalten, die republikanische Staatsform. Beim besten Willen könnte doch die „Frankfurter Zeitung" keine andere Antwort geben — und wenn die „Republikaner" bei ihrer löblichen Absicht Herrn Thiers nicht zum Präsidenten erhalten können, so begnügen sie sich bis zum Jahre 1880 auch gern und freudig mit dem vielgeschmähten Mac Mahon.

Verschiedene Deputirte des linken Centrums haben ja, wie die „Kölnische Zeitung" kürzlich meldete, ausdrücklich erklärt, daß sie Mac Mahon, den „verehrten" Präsidenten, gar nicht stürzen wollten. Ja das linke Centrum will diese Republik, die conservative Republik, welche ja auch das Ideal des Herrn Thiers ist, erhalten, diese conservative Republik, die Todfeindin der Commune, in welcher nimmermehr eine Amnestie zu erwarten steht. Wir behaupten, daß die Amnestie im Kaiserreich eher erfolgen würde, weil das Kaiserreich sich „populär" machen müßte, um sich nur für einige Zeit halten zu können.

Ja! wirklich naiv sind die Worte der „Frankfurter Zeitung" in Bezug auf die Amnestie. Hat Thiers im Senat, hat Jules Ferry, hat das linke Centrum, hat die Linke, haben sie denn dem Amnestieantrag der Intransigenten vor circa Jahresfrist beigestimmt?

Nein!

Und in diesem „Nein!" liegt die Verurtheilung der Intransigenten. Was hilft uns die Schönrednerei der Herren Viktor Hugo und Louis Blanc gerade in dieser Sache, auf welche die „Frankfurter Zeitung" am Schlusse ihres Artikels hinweist, wenn diese Herren das Volk auffordern, Männer zu wählen, welche gegen die Amnestie gestimmt haben?

„Den Sozialisten kann man es nicht verübeln, wenn sie Thiers grollen, weil er den Städten das Gemeinderecht nicht zugestehen und die Nationalgarde entwaffnen wollte, nur sollten sie sich vom Grolle den Verstand nicht überrumpeln lassen" — aber, edle Frankfurterin, grollen wir aus den angeführten Thatsachen dem Herrn Thiers? Warum wird denn verschwiegen, daß Thiers der eigentliche Henker der Commune, daß er der unerbittliche „Richter" war, welcher Tausende und Abertausende von braven Arbeitern der „trockenen Guillotine" überantwortete?

Warum verschweigt das die „Frankfurter Zeitung"? Dieses Verschweigen ist nicht redlich!

Und dieser Henker, dieser feige Mörder ist der „Frankfurter Zeitung" viel lieber, als der Soldat Mac Mahon".

Diese Worte sind höchst bezeichnend. Der „Soldat" Mac Mahon hat niemals Freiheitsliebe geheuchelt, der „Soldat" Mac Mahon hat die Communards niederschießen lassen auf Befehl der Versailler Banditen, an deren Spitze Thiers stand. Der „Soldat" gehorchte — Thiers befahl.

Wer ist nun der Hauptschuldige?

Uns ist, mit Verlaub der „Frankfurter Zeitung", der „Soldat" Mac Mahon „viel weniger unlieb", als der feige Freiheitsverräther Thiers, der, wenn er die Macht hätte, auch im Stande wäre, die „Republik" an die Orleans zu „verrathen", während der „Soldat" Mac Mahon sie schlechtweg an die Bonapartisten ausliefert. —

Wir frugen in unserem Artikel bei der „Frankfurter Zeitung" an, ob sie auch jemals mit den Nationalliberalen zusammengehen werde. Darauf erhielten wir insofern eine bejahende Antwort, wenn die Nationalliberalen eine wahre Oppositionspartei würden, wie jetzt in Frankreich das linke Centrum.

Wir bedauern unsere Frage einer solchen Antwort gegenüber. Das linke Centrum macht gegenwärtig in Frankreich Opposition gegen die Regierung, weil es selbst an's Ruder will; — ist es am Ruder, so wird es ebenso reaktionär auftreten, als die gegenwärtige Regierung.

Ebenso steht es mit den Nationalliberalen in Deutschland, die sich natürlich nicht zu derartigen Herrschaftsgelüsten emporschwingen können. Die „Frankfurter Zeitung" würde einen Kampf der „Nationalliberalen" gegen das jetzige Ministerium für ein Ministerium Bennigsen, Miquel, Wehrenpfennig, von Treitschke, Lasker unterstützen. Ein schönes Eingeständniß!

Wir nicht, „wir würden keine Hand rühren!"

Doch wir sind allzu loyal der „Frankfurter Zeitung" gegenüber. Wir bedauerten unsere Frage solcher Antwort gegenüber, wir bedauern sie aber auch noch deshalb, weil die Partei der „Frankfurter Zeitung" nichts zu verlieren hat, wenn sie sich den Nationalliberalen überantwortet, da sie doch auf den Aussterbeetat vom deutschen Volke gesetzt worden ist.

Daß wir die sozialistische Republik durch Aufklärung, durch sozialistische Aufklärung anstreben, gefällt der „Frankfurter Zeitung" auch nicht; sie weiß, daß es dann mit der Lohnsklaverei ein Ende hat, sie weiß, daß dann die Bankiers und Kaufleute verschwinden; deshalb ist von ihrem Standpunkte aus die Entrüstung ganz gerecht, wenn sie ausruft:

„Diese Worte sind bestimmt, kräftig, furchtlos — — — — Marat hätte nicht entschiedener schreiben können, wenn auch Marat gewiß anders geschrieben hätte."

Da wir doch noch für die nächste Nummer einen Schlußartikel schreiben müssen, so wollen wir heute der „Frankfurter Zeitung" nur anvertrauen, daß wir auch der Meinung sind, daß Marat anders geschrieben haben würde; aber wie würde er denn wohl geschrieben haben?

Citiren wir deshalb aus Marat's Reden:

„Die Revolution hat sich gegen das Volk gekehrt und ist für dasselbe zum größten Unglück ausgeschlagen. — — — Die eigenen Mandatare mißhandeln uns im Namen der Gerechtigkeit, sie schließen uns in Fesseln im Namen der Freiheit. Nur die Dekorationen sind auf dem Theater des Staats verändert, die Spieler aber, die Masken, die Intriguen, die Triebfedern, die das Ganze in Bewegung setzen, sind dieselben geblieben und das Spiel der politischen Maschine wird so lange dasselbe sein, als das Volk nicht hellsehend genug ist, um die Schurken, die es täuschen, zu bestrafen."

Weiter sagte Marat:

„Kurz — wollten wir auch den Fall setzen, daß alle Menschen die Freiheit kennen und lieben, so ist doch der größte Theil gezwungen, auf sie Verzicht zu leisten, um Brod zu haben — ehe sie daran denken, frei zu sein, müssen sie daran denken, zu leben."

Nunmehr kommt der trefflichste Ausspruch:

„Wenn die unterrichteten, wohlhabenden und intriguanten Angehörigen des dritten Standes (die Bourgeois-Republikaner in Frankreich!) gegen den Tyrannen Partei genommen haben, so geschah es nur, um sich gegen das Volk zu kehren, nachdem sie sich seines Vertrauens bemächtigt und seiner Kräfte bedient hatten, um sich an Stelle der privilegirten Stände zu setzen, die sie gestürzt haben."

So redete Marat im Jahre 1792. Kommt es dem Leser nicht so vor, als wenn er den gegenwärtigen Bourgeoisrepublikanern in Frankreich und ihren Helfershelfern, wo sie sich auch befinden mögen, den Text läse, als wenn er uns mit seiner gewaltigen Stimme sekundirte?

Wir fragen nun auch unsere Frankfurter Freundin, ob es nicht so ist und ob sie gut gethan hat, den Geist Marat's in der schwebenden Frage anzurufen?

Die Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege.

II.

Zunächst einige Bemerkungen zu dem Artikel Reclam's und über das St. Gallener Gesetz.

Nur sehr bedingt können wir dem Satz beistimmen: „Es ist das Vorrecht kleiner Gemeinwesen, daß sie leichter beweglich sein können im Guten wie im Schlimmen, und daß sie daher, einmal zur Thätigkeit angeregt, in weit kürzerer Zeit einen durchgreifenden Erfolg erringen können."

Daß kleine Gemeinwesen in gewisser Hinsicht „beweglicher" sind als große, daß sich unter ein paar tausend Menschen rascher ein allgemeiner Meinungsumschwung vollziehen kann, als unter 20, 40, 60 Millionen, das ist ja unleugbar richtig. Wenn aber mit obigem Satz ausgedrückt sein soll, kleine Gemeinwesen seien auf gesetzgeberischem Gebiet günstiger gestellt, seien reformfähiger als große, so ist das entschieden falsch. Ein wohlgeordnetes, die freie Bewegung der Individuen und Gruppen (Gemeinden, Kreise) nicht hemmendes, sondern im Gegentheil, wie das Aufgabe des Staates ist, sie förderndes großes Gemeinwesen, wird mindestens ebenso „beweglich" sein wie ein kleines Gemeinwesen und bietet außerdem für die Tüchtigkeit der Reformen Garantie, welche ein kleines Gemeinwesen nicht bieten kann. Nehmen wir gleich den vorliegenden Fall. Setzen wir voraus: Deutschland ist — statt einerseits ein geographischer Begriff, anderseits eine preußische Kaserne zu sein — ein wirklich freier Volksstaat mit nahezu 60 Millionen Einwohnern; die Presse ist frei, es existirt kein Reptilienfonds, der das Land zum Rieselfeld für korrupten und korrumpirenden Cloakenstoff macht; das Vereinsrecht trägt keinen Knebel, die Gesetzgebung liegt direkt und ausschließlich in der Hand des Volks, welches das Recht hat, Gesetze auch direkt vorzuschlagen — wer und was hindert da, daß ein Bürger, daß mehrere Bürger die Frage der öffentlichen Gesundheitspflege auf die Tagesordnung bringen, wie das in St. Gallen geschehen ist, einen Gesetzesvorschlag ausarbeiten, ihn der öffentlichen Berathung überliefern, und die Annahme des Entwurfs — natürlich mit den im Laufe der Diskussion als nothwendig erkannten Abänderungen und Verbesserungen — erwirken und zwar in ebenso kurzer Zeit, wie dies in St. Gallen geschehen? Niemand und Nichts.

Also einen Nachtheil würde die Größe des Gemeinwesens nicht bieten.

Wohl aber zwei wesentliche Vortheile.

Einmal, daß die wohlthätigen Wirkungen des Gesetzes einer weit größeren Menge von Menschen zu Gute kommen — Millionen statt Tausenden. Das St. Gallener Gesetz ist unzweifelhaft gut, wird, wenn nachdrücklich und vernünftig durchgeführt, unzweifelhaft der Bevölkerung des Cantons zum Segen gereichen — aber der ganze Canton hat blos die Bevölkerung einer mittleren deutschen Stadt und für die übrige Menschheit existirt das Gesetz nicht, selbst nicht für die übrigen Cantone der Schweiz.

Ein anderer, kaum weniger hoch anzuschlagender Vortheil liegt darin, daß ein großes Gemeinwesen als solches auch eine entsprechend größere Summe von Intelligenz und Wissen aufzuweisen hat. Je größer aber die Summe der Intelligenz und des Wissens, die sich bei der Gesetzgebung bethätigt, desto besser die Gesetze — das bedarf keines weiteren Worts.

Daß sich die kleine Schweiz das ruhmvolle Verdienst hat erwerben können, der Welt das beste Fabrikgesetz und das beste Gesundheitsgesetz gegeben zu haben, ist ihr nicht durch ihre Kleinheit möglich geworden, sondern durch ihre relativ gute politische Organisation und durch die mangelhafte politische Organisation der großen „Culturstaaten", in denen das Interesse der herrschenden Klassen zum Staatszweck geworden, das Interesse der Gesammtheit in den Hintergrund getreten ist. In der Schweiz ist das Interesse der Gesammtheit zwar noch lange nicht ausschließlicher Staatszweck, und übt die ökonomisch herrschende Klasse nach allen Richtungen hin auch im Staatswesen gemeinschädlichen Einfluß aus — allein trotzdem muß jeder Unbefangene zugeben, daß die Freiheit des Individuums und damit das Gemeininteresse in der Schweiz ungleich besser gewahrt sind als in irgend einem der großen europäischen „Culturstaaten". Man hat sich vielfach — durch eine oberflächliche Betrachtung irregeleitet — in den Trugschluß verrannt, daß politische Freiheit (aber nicht Scheinfreiheit!) ohne ökonomische Unabhängigkeit ganz werthlos sei. Wahr ist, daß volle politische Freiheit ohne volle ökonomische Unabhängigkeit nicht gedacht werden kann; und mit Recht erblickt die Sozialdemokratie in der ökonomischen Abhängigkeit die Ursache der Knechtschaft in jeder Form, aber gerade weil ökonomische und politische Zustände untrennbar sind, in Wechselwirkung zu einander stehen, wird da, wo politische Freiheit herrscht, der ökonomischen Ausbeutung und den aus ihr entspringenden sozialen Schäden viel eher ein Damm gezogen werden als in politisch unfreien Staaten. Das klassischste Exempel hierfür ist England. In keinem Lande der Welt hat der Kapitalismus sich so kolossal entwickelt, ist er zu solcher ökonomischen Macht gelangt, und doch ist gerade England der Staat, welcher zuerst dem ungezügelten Kapitalismus, in Gestalt der Fabrikgesetze einen Kapzaum angelegt hat, und ungeachtet des viel intensiveren Drucks des Kapitals haben die englischen Industrie-Arbeiter*) niemals in jene hülflose Abhängigkeit von dem Kapital hinabgedrängt werden können, die wir z. B. in Deutschland finden, und der die sozialdemokratische Bewegung ein Ende zu machen bemüht ist. In England herrscht politische Freiheit und in Deutschland nicht. Das ist der Unterschied. Der englische Arbeiter in den Industriecentren, die stets auch Intelligenzcentren sind, hatte immer die Mittel in der Hand, gegen den Druck zu reagiren, sich gegen ihn zu organisiren; und die Früchte der Kapitalwirthschaft konnten im Lande der Oeffentlichkeit nicht dem Lichte der Oeffentlichkeit entzogen werden. Die deutschen Arbeiter haben noch heut keine politische Freiheit, und das Coalitionsrecht erst seit kurzer Zeit; und das bureaukratisch-polizeiliche, die freie Besprechung hemmende, Regierungssystem in Deutschland hat sich bis auf den heutigen Tag noch nicht dazu verstehen können, eine — was den Namen verdient — Arbeitsstatistik zu schaffen. Nur so ist es zu erklären, daß sich Zustände herausbilden konnten, welche die schlimmsten Auswüchse der „englischen Zustände" in Schatten stellen. Das Licht ist eine gute Arznei. Trotz alledem und alledem giebt es eine „öffentliche Meinung" (nicht die der Lügenpresse), und es giebt Dinge, welche die „öffentliche Meinung" heutzutage nicht mehr duldet. Aber „was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß", und unser Polizeistaat hat dafür gesorgt, daß die ehrliche „öffentliche Meinung" von der Lage der Arbeiter nichts erfahren hat.

„Doch seht nur nach Amerika," ruft man uns zu, „seht nur nach dem Lande der Freiheit, der Oeffentlichkeit par excellence, und wie entsetzlich sind dort die Arbeiter gestellt!"

Gemach! Die gegenwärtige Krisis in den Vereinigten Staaten ist eine nothwendige Folge der modernen, in sämmtlichen Culturländern herrschenden Produktionsweise, und hat mit der Staatsform absolut nichts zu thun. Sollte jedoch das durch die Krisis in den Vereinigten Staaten herbeigeführte Elend unter den Arbeiterklassen so dauernd werden, daß ohne Eingreifen des Staats keine Besserung zu erwarten ist, dann würde unserer festen Ueberzeugung nach der Staat in der erforderlichen Weise auf ökonomischem Gebiet eingreifen — oder die amerikanischen Arbeiter müßten Feiglinge und Dummköpfe sein, welche die ihnen zu Gebot stehenden Waffen nicht zu benutzen wagen. Ein chronischer Elendszustand, wie wir ihn in Schlesien und im sächsischen Erzgebirge haben, wäre in den Vereinigten Staaten einfach unmöglich — das werden selbst diejenigen unserer amerikanischen Genossen uns zugeben, die aus Enttäuschung über die dortigen Verhältnisse am Meisten zur Schwarzseherei geneigt sind. —

Und nun zurück zu dem Reclam'schen Artikel. Nach dem Gesagten ist es klar, daß wir bei Organisation der öffentlichen

---

*) Wir sagen Industrie-Arbeiter, nicht Arbeiter überhaupt; die englischen Ackerbauarbeiter haben in Folge der geringeren politischen Bildung auf dem Land bis Ende der sechziger Jahre ihre politischen Rechte nicht oder wenig benutzt, und sind dadurch in eine grauenhafte ökonomische Lage gerathen, von der sie sich jetzt durch ihre Gewerkschaftsorganisation zu emanzipiren suchen. Das wird ihnen allerdings nicht gelingen, aber sie sind nun doch in die allgemeine Arbeiterbewegung geworfen, die auf dem einen oder anderen Weg zum Ziele führen wird.

Gesundheitspflege den Schwerpunkt nicht in die Gemeinden verlegen können. Bei der körperlichen Gesundheitspflege so wenig als bei der geistigen: der Erziehung. Die Gesammtheit der Staatsbürger, d. h. der Staat hat nicht nur die einschlägigen Gesetze zu erlassen, sondern auch über deren Ausführung zu wachen. Damit soll dem Selfgovernement der Gemeinden keineswegs zu nahe getreten werden. Indeß alles an seinem Platz. Die Gemeinde wo die Gemeinde hingehört, und der Staat wo der Staat hingehört. Die Gesundheitspflege ist aber Staatssache im eminentesten Sinne des Worts. Wenn nicht nach einem gemeinsamen Plane verfahren, wenn in dieser Gemeinde so in jener anders vorgegangen wird, so müssen die besten Maßregeln illusorisch werden.

Die menschliche Solidarität, welche uns auf dem Feld der Gesundheitspflege so recht lebhaft und eindringlich veranschaulicht wird, duldet keine räumlichen Schranken; sie drängt uns über die Gemeinden hinaus in den Staat; und, damit nicht zufrieden, drängt sie uns über die Grenzen des Staats hinaus. Früher lebten die Völker in dem Glauben, durch Absperrung Seuchen von sich abhalten zu können. Die Erfahrung hat diesen Wahn zerstört. So wenig eine Gemeinde sich durch Absperrung vor der Seuche, die in der Nachbargemeinde wüthet, bewahren kann, so wenig ein Land durch Absperrung vom Nachbarland. Wie die Gemeinde sich mit der Gemeinde im Staat zusammenzuthun hat zur Bekämpfung des gemeinsamen Uebels, so Staat mit Staat im internationalen Bund.

Das höchste Ideal der Menschheit eilt seiner Verwirklichung zu. Das Interesse, der Selbsterhaltungstrieb arbeiten im Dienste der Humanität, und der vernageltste Philister, dem das internationale Schreckgespenst tausendmal eine Gänsehaut verursacht hat, muß sich seiner Angst schämen, wenn er aus dem Munde der Wissenschaft hört:

Keine Gesundheit ohne Völkerverbrüderung.

Noch einmal der Schillerpreis!

Unter dieser Ueberschrift erhalten wir aus Frankfurt a. M. folgende Zuschrift: Sie haben mit dem Artikel: „Wie man unsere großen Dichter ehrt" ein rechtes Wort zur rechten Zeit gesprochen und diejenigen werden es Ihnen Dank wissen, welche den Dichter des Ideales hochhalten, welche über eine solche „Verehrung" empört sind, die dem Andenken unseres Schiller durch die erwähnte Commissionseintheilung zugefügt worden. Gleich Ihnen will ich bei den verschiedenen Mitgliedern der Commission nicht verweilen, obgleich sich fast gegen jeden Einzelnen etwas einwenden ließe — nur im Vorbeigehen sei es gesagt, daß beispielsweise Herr Hermann Grimm, der in seinen jüngst herausgegebenen Vorträgen Schiller fortgesetzt zu Gunsten Goethe's verkleinert, — wohl auch kaum für jenes Ehrenamt berufen scheint — aber Herr Julian Schmidt möge noch ein kräftig Wörtlein hören. Er kann es ertragen, hat er doch ein gar dickes Fell, eine zähe Schriftstellerexistenz, und die Keulenschläge, die er vor nun fünfzehn Jahren von Lassalle erhielt, sie sind wirkungslos an ihm abgeprallt. Als ich vor mehreren Jahren das prächtige Buch Lassalle's zum ersten Male las, schien es mir gar nicht denkbar, daß dasselbe eine andere Wirkung haben könne, als die im Schlußwort angedeutete, ich glaubte, der darin Gerichtete sei nun für alle Zeiten hingerichtet, ihm zur Strafe und Anderen zum warnenden Exempel. Aber wie bald wurde ich enttäuscht, als ich fand, daß Herr Schmidt auch heute noch die Spalten unserer gelesensten Zeitungen unsicher macht, daß er auch heute noch vielfach als wissenschaftliche Autorität gepriesen wird.

Seit jener Züchtigung ist Herr Schmidt übrigens um kein Haar besser geworden. So hat er sich vor kurzem unterfangen, Ludwig Feuerbach zu „benörgeln", obgleich er, wie ihm Julius Duboc nachgewiesen hat, die Schriften jenes großen Denkers gar nicht gelesen, mindestens aber nicht verstanden hat. Das Buch Lassalle's ist darum auch jetzt noch sehr lesenswerth; was er in der Vorrede von literarischen Cliquen und Coterien sagt, ist ja, wie Jedermann weiß, heute noch viel ärger geworden, besteht doch eine über ganz Deutschland verzweigte Lobesaffecuranzcompagnie. Besonders pikant ist nämlich, daß gerade das dumme freche Zeug, was er über Schiller geschwatzt hat, größtentheils nicht von Lassalle, sondern von Lothar Bucher gegeißelt wurde, der unter der Maske des Setzerweibes Herrn Schmidt zerarbeitete.

Der wirkliche geheime Legationsrath Bucher ist aber heute ein gar einflußreicher Mann und es ist nicht gerade nothwendig, anzunehmen, daß sein gutes Urtheil über die Literatur ihn ebenso verlassen hat, wie seine frühere politische Gesinnung. Es würde gewiß von Erfolg sein, wenn Herr Bucher seinen Einfluß im Sinne seiner früheren Arbeit auf die Beseitigung des Herrn Schmidt geltend machen wollte,*) so daß nicht an dem Andenken des Mannes gesündigt werde, welchen die wahrhaft Gebildeten aller Parteien gleich hoch verehren. — Belieben Excellenz sich die Sache zu überlegen! —o—

*) Der Einsender denkt wohl nicht im Ernst daran, daß Lothar Bucher seinen Einfluß in beregtem Sinne geltend machen würde — derselbe ist ein Bismarckdiener und auch wohl ebenso ein Falkdiener geworden.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Energische Maßregeln gegen die Sozialdemokratie, so nennen die Bourgeoisblätter das Beginnen der Fabrikanten und Kapitalisten, wenn dieselben, nicht damit zufrieden, daß ihnen der Leib des Lohnsklaven gehört, auch den Geist des Arbeiters in Banden schlagen wollen — energische Maßregeln — wir nennen dieselben: Elende Maßregeln! Man schreibt nämlich vom Rhein aus St. Johann folgendes: „Endlich hat man hier angefangen, gegen die in letzter Zeit immer weiter um sich greifende Agitation der schon mehrgenannten beiden Sozialdemokraten Kaulitz und Hackenberger ernstlich so vorzugehen, daß man sich daraus einen Erfolg für Ruhe und Frieden unserer Gegend versprechen darf, die in letzter Zeit durch die ans Unglaubliche grenzende Frechheit dieser Wühler ernstlich gefährdet schienen. Am verwichenen Samstag Abend fand nämlich im Kasino zu Saararücken eine große Versammlung von Arbeitgebern der Saargegend statt, in welcher, wie die hiesigen Zeitungen berichten, die gegen ein Umsichgreifen der Sozialdemokratie in hiesiger Gegend zu richtenden Schritte eingehend besprochen wurden. Man einigte sich allseitig dahin, keine Arbeiter auf den betreffenden Werken zu dulden, welche sich direkt oder indirekt an sozialdemokratischen Agitationen, Vereinen und Versammlungen, durch Halten und Verbreiten sozialdemokratischer Blätter, oder durch den Besuch von Wirthshäusern, welche sich zum Auflegen von Zeitungen oder zum Abhalten von Versammlungen dieser verderblichen Richtung hergeben. Wir zweifeln nicht, heißt es in dem betreffenden Bericht, daß es dieser rechtzeitigen und energischen Maßregel gelingen werde, die sozialdemokratische Bewegung von unserer Gegend fern zu halten."

So! Und diese selbe Gesellschaft kämpft immer gegen den geistigen Knebel an, den Rom der Gesellschaft in den Mund zu stecken bestrebt ist. Gegen obige Maßnahmen sind aber alle geistlichen Bannbullen das reine Kinderspiel! Gegen solche Bedrückung des Geistes hat die liberale Presse kein Wort des Abscheu's, sie redet derselben gar noch das Wort. Gegen solchen Angriff auf die Vernunft und das Menschenrecht bietet der moderne Staat keinen Schutz, weil er unter der Herrschaft des Kapitals steht. — Nur die Sozialdemokratie hat Achtung vor der freien Geistesentwicklung des Volkes — deshalb gehört ihr auch unfehlbar die Zukunft.

— Gute Aussichten. Verschiedene Andeutungen in offiziösen Waschzetteln lassen es als ziemlich sicher erscheinen, daß die Reichsregierung dem Reichstag in nächster Session ein Reichsvereinsgesetz vorlegen wird. Wenn wir bedenken, daß die „Liberalsten" der „Liberalen", die sogenannte „Fortschrittspartei", früher einmal dem Reichstag einen Vereinsgesetzentwurf vorgelegt haben, der im Wesentlichen darauf hinauslief, die reaktionären Bestimmungen des preußischen Vereinsgesetzes auf ganz Deutschland auszudehnen, so können wir ungefähr ermessen, was uns geboten werden wird.

— Daß die ertappten Spitzbuben auf der Flucht am lautesten: Haltet den Dieb! brüllen, ist eine bekannte Geschichte. Eine ähnliche Praxis befolgt jetzt die Reptilienpresse, auf deren verbrecherisches Gehetze gegen Frankreich das Publikum aufmerksam geworden ist, und die nun aus Leibeskräften schreit: die Ultramontanen hetzen zum Krieg mit Frankreich! Der Leser glaubt's nicht? „Die ultramontane Presse setzt das wiederholt charakterisirte Spiel, zwischen Frankreich und Deutschland zum Krieg zu hetzen, mit wachsender Dreistigkeit fort." Also zu lesen in der „Nationalliberalen Correspondenz", und abgedruckt in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 12. d. und den meisten anderen Reptilien- und reptilisirten Blättern. Apropos, ob es wohl Ultramontane waren, die der deutsche Kronprinz mit der „abscheulichen Kriegspartei" gemeint hat? Die berliner Preßbureaux werden um Antwort gebeten. —

— Zur verhängnißvollen Lage der Arbeiter mögen einige Zahlen aus der Eisenindustrie hier ihre deutliche Sprache reden. Eine von dem Verein deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller veranlaßte Zusammenstellung der Geschäfts-Ergebnisse der namhafteren deutschen Eisenwerke auf Aktien nach den Bilanzen der Jahre 1874 bis 76 umfaßt 45 Eisenhüttenwerke mit einem Aktienkapital von 321,796,900 Mark und 50 Eisengießereien mit einem Aktienkapital von 118,202,819 Mark. Nach der letzten Bilanz erzielte ein Theil der ersteren einen Ueberschuß von 3,525,939 Mark, während der Rest mit einer Unterbilanz von 20,266,118 Mark abschloß; bei einem Theil der Anderen ergab sich ein Ueberschuß von 4,589,756 Mk. und bei dem Reste eine Unterbilanz von 9,099,566 Mk. Bei einem Gesammtkapital von 439,999,719 Mk. einen Ueberschuß von 8,115,695 Mk., gegenüber einer Unterbilanz von 29,365,684 Mark stellt sich demnach, abgesehen von den Kapitalzinsen, ein Verlust von 21,249,899 Mk. heraus. An Arbeitern waren insgesammt beschäftigt im Monat April 1873 95,035, April 1877 dagegen nur 60,623, und während an Löhnen April 1873 insgesammt 7,423,430 Mk. verausgabt wurden, gelangten 1877 nur noch 3,855,879 Mk. zur Auszahlung. Weniger beschäftigt wurden demnach 34,411 Arbeiter und weniger gezahlt 3,567,551 Mark oder 48 Prozent pro Monat. Auf das Jahr berechnet ergiebt sich hiernach ein Minderverdienst für die Arbeiter von 42,810,612 Mark. Und das ist nur ein Beispiel aus einem Arbeitszweige!

— Gemüthlich. Caboco und Tumba a Pepe, zwei afrikanische Häuptlinge, lesen wir in dem zu Dresden erscheinenden „Correspondenzblatt der afrikanischen Gesellschaft (Nr. 24 vom 15. Mai d. J.)", lebten — in offener Fehde mit einander. Zu größeren Angriffen kam es übrigens nicht, denn die kämpfenden Parteien begnügten sich, sich gegenseitig in Schach zu halten, die Gewehre in die Luft abzufeuern, kurzum es wurde ein wenig Krieg gespielt. Uebrigens zog der arme Caboco nichtsdestoweniger offenbar den Kürzern. Die Leute Tumba a Pepe's umzingelten gelegentlich den Caboco sammt seinen Leuten, zogen dem „König" seine Uniform aus und regalirten ihn mit einer tüchtigen Tracht Prügel. Nebstdem mußte er natürlich noch eine Kriegsentschädigung an Sklaven und Vieh geben. — Ach, wenn die europäischen Häuptlinge doch in ähnlicher Weise Krieg führten, und die Richtigen immer die Prügel bekämen!

— O welche Lust ꝛc. ꝛc. Die deutsche Armee hat im Monat Mai im Ganzen 152 Mann an Todten verloren, darunter 87 an Lungenschwindsucht, 22 an Lungenentzündung und einen an der Trichinose. In nicht militärärztlicher Behandlung sind 31 Todesfälle vorgekommen, darunter allein 20 durch Selbstmord. Man sieht, daß die Selbstmorde im Heere fortwährend in Zunahme sind.

— Zur Schullehrermisere. Aus Flatow in Westpreußen schreibt man: „Obgleich die städtische Behörde schon vor Jahren anerkannt hat, daß ein unverheiratheter Lehrer 900 M. und die Lehrer mit einer Familie von 5 Personen mindestens 1350 M. als Gehalt beziehen müßten, ist dennoch in diesen Tagen auf ein hierauf bezügliches Gesuch um Gehaltsaufbesserung folgender Bescheid von der königl. Regierung zu Marienwerder ertheilt worden: „Auf das Gesuch vom 29. November um Gehaltsaufbesserung eröffnen wir Ihnen, daß nach den eingezogenen Erkundigungen ein Bedürfniß zur Gehaltserhöhung nicht anerkannt werden kann, außerdem aber die dortige Stadt und der Staat keine Mittel disponibel haben, um dem Antrage willfahren zu können." — Daß der preußische Staat keine Mittel disponibel hat, um dem Schullehrerelend zu steuern, ist vollständig wahr. Wovon sollten denn auch die Krupp'schen Kanonen, die Panzerschiffe, die Festungsbauten, die Kasernenbauten bestritten werden, wenn man den Schullehrern einen einigermaßen auskömmlichen Gehalt gäbe. Es gehört wirklich ein ziemlicher Grad von Dreistigkeit dazu, Erhöhung des Gehalts der Schulmeister zu fordern, bevor nicht der letzte Heller für den Militarismus ausgegeben ist. Das mögen sich die unzufriedenen Schulmeister hübsch merken. Und damit basta!

— Der bekannte Bischof von Mainz, Emanuel v. Ketteler, ist am 13. d. M. gestorben.

— Aus der „besseren" Gesellschaft. In der Schwurgerichtssaison zu Wiesbaden kamen nicht weniger denn 18 Verbrechen gegen den § 218 des Strafgesetzbuchs („Abtreibung der Leibesfrucht") zur Verhandlung. Die Angeschuldigten sind meist verheirathete Frauen und Wittwen der „besseren Stände" aus Wiesbaden und Umgebung. — Dies zur gefälligen Notiz für das literarische Gesindel, welches immer von der Unmoralität in den „unteren Schichten" der Bevölkerung faselt.

Ueber die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei in Deutschland

richtet unser alter Parteigenosse Tölcke, der vor Kurzem seinen 60. Geburtstag feierte, ein längeres beherzigenswerthes Schreiben an die in Dortmund erscheinende „Westfälische Freie Presse", welches auch für sämmtliche Parteigenossen von Interesse ist. Wir bringen deshalb hier den Schluß desselben:

Am 8. Juni 1874 fanden in Berlin massenhafte Haussuchungen bei Mitgliedern des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" statt, welche die vorläufige und später die definitive Schließung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" für den Bereich des preußischen Staates zur Folge hatten. Das gleiche Schicksal erfuhren die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" und nach und nach mit wenigen Ausnahmen auch sämmtliche rein gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter, von welchen vermuthet wurde, daß sie mit der Sozialdemokratie in irgendwelchem Zusammenhange ständen.

Von da ab begann eine „neue Aera" für die Sozialdemokratie Deutschlands.

Die Reaktion hatte unzweifelhaft vorausgesetzt, daß die von selbst veranlaßten und fortwährend in der raffinirtesten Weise beförderten Zwistigkeiten innerhalb der sozialistischen Fraktionen Deutschlands so bedeutend seien, daß an eine Aussöhnung, an ein gemeinsames Wirken derselben nicht gedacht werden könne.

Auch darin hatte die Reaktion sich geirrt.

Durch die Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (der Verein der Gräfin v. Hatzfeldt hatte sich nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges und nach Ablegung eines lächerlichen Bastards in Hamburg selbst aufgelöst —) wurde es den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins unmöglich gemacht, den Mahnruf Lassalle's an der Organisation festzuhalten, noch weiter zu befolgen.

Jetzt war der Zeitpunkt gekommen, den ernstlichen Versuch zu machen, eine Einigung mit den Mitgliedern der für ganz Preußen ebenfalls aufgelösten „Partei" auf Grund eines gemeinsamen Programms und einer neuen Organisation herbeizuführen, und mit Stolz rechne ich mir es als ein besonderes Verdienst um die Arbeiterbewegung an, zu der Einigung die Initiative ergriffen zu haben.

Die Vereinigung erfolgte auf dem vom 22. bis 27. Mai 1875 in Gotha abgehaltenen Congresse, und die Grundprinzipien des durch den Congreß festgestellten Programms sind für alle Zukunft das unlösbare Bindemittel für sämmtliche Parteigenossen, welches von keiner Staatsgewalt zerrissen werden kann.

Die Vereinigung der Sozialdemokraten Deutschlands war gerade im Jahre 1875 ein erheblich größeres „politisches Ereigniß", wie sie es vordem zu allen Zeiten und unter allen Umständen hätte sein können.

Die Entwickelung der Arbeiterbewegung in Deutschland, gerade so, wie sie sich bis zum Vereinigungs-Congreß in Gotha vollzogeu hat, war eine durch die obwaltenden Verhältnisse absolut und unabänderlich gebotene.

Bevor zudem die Grundideen des Sozialismus innerhalb der jungen Partei selbst zum allseitigen Verständniß gelangen konnten, mußte nothwendig ein mehr oder weniger lebhafter Meinungsaustausch zwischen den einzelnen Mitgliedern oder Gruppen der Gesammtpartei stattfinden. Allerdings waren mehr als zehn Jahre dazu nothwendig, durch diesen Meinungsaustausch schließlich eine Verständigung herbeizuführen; allein jener Zeitraum ist keineswegs für die Sozialdemokratie verloren, weil innerhalb desselben alle Kämpfe um Prinzipien- und Organisationsfragen so gründlich durch- und ausgefochten sind, daß in aller Zukunft eine Wiederkehr solcher Kämpfe absolut unmöglich ist. — Die auf dem Congreß im Jahre 1875 zum Abschluß gediehene Verständigung kann niemals wieder gestört werden, weder durch Personen noch durch Ereignisse. — Wer sich unterfangen wollte, an der aus der Vergangenheit der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland heraus erwachsenen neuen Grundlage der Gesammtpartei zu rütteln, der würde als ein Wahnwitziger aus der Partei einfach hinaus gelacht werden.

Die Einigkeit der Sozialdemokratie Deutschlands ist nunmehr eine vollendete. Das hat der diesjährige Congreß zur Evidenz bewiesen.

Der Congreß hatte außer den gewöhnlichen Formalien mehr als 150 Anträge der verschiedensten Art zu erledigen. Aus mehr als 300 Orten waren mindestens 50,000 Sozialdemokraten durch 95 Delegirte vertreten.

Trotz alledem beendigte der Congreß seine Arbeiten innerhalb dreier Tag .

Dieses Arbeiter-Parlament, welches allen anderen Parlamenten als Muster dienen kann, hat durch die große Anzahl von Delegirten — trotz der unerhörten allgemeinen Geschäfts-Calamität —, sowie durch die rasche, prompte und gründliche Erledigung aller Geschäfte des Congresses — es wurde kein unnützes, überflüssiges Wort gesprochen —, bewiesen, daß die Sozialdemokratie Deutschlands nunmehr aus einer compakten Masse thatkräftiger Männer besteht, die sich ihrer Aufgabe völlig bewußt sind und mit Ernst, Ausdauer und Geschick deren Lösung erstreben.

Unter den Delegirten befand sich kein einziger Schwätzer von der Sorte Lasker, Richter, Wehrenpfennig u. s. w.; es wurde nicht mehr „debattirt" als nöthig, sondern einfach „dekretirt".

Die absolute Einigkeit in allen wesentlichen Fragen ergab sich in solchem Maße, daß der Congreß Angesichts der in Preußen bestehenden Rechtszustände auf jede formelle Organisation einstimmig verzichten konnte.

Das Parteiprogramm allein ist fortan das unzerreißbare Banner, um welches die Sozialdemokratie Deutschlands sich scharrt und welches hoffentlich bald der gesammten Sozialdemokratie der Welt als gemeinsames Banner dienen wird.

Die Partei-Congresse unterscheiden sich von den modernen Jahrüber-Parlamenten wesentlich noch dadurch, daß ihre Beschlüsse keinem „Veto", keiner Zustimmung irgend eines „Bundesrathes", „Herrenhauses" oder „Ministeriums" unterworfen sind, daß sie vielmehr sofort insofern „Gesetzeskraft" erlangen, als jeder Sozialdemokrat sie freiwillig und freudigen Herzens befolgt. — Nichts zwingt ihn dazu, als seine persönliche Ueberzeugung. Die Sozialdemokratie besitzt keine andere „Macht", selbst nicht über ihre Genossen, als die Macht der Wahrheit, und für Böswillige oder Abtrünnige kein anderes „Strafgesetz" als das der allgemeinen Verachtung. —

— Zur Verbrecherstatistik. Aus Baden wird geschrieben: In erschreckender Weise nehmen die Verbrechen gegen die Sittlichkeit überhand. Das einzige Schwurgericht Offenburg verhandelte am 19. Juni vier, am 20. einen und am 21. zwei solcher Fälle, die sämmtlich mit Verurtheilung endeten. Das Schwurgericht in Mannheim urtheilte in 3 Tagen 5 Verbrechen gegen die Sittlichkeit ab. In zweien dieser Fälle richtete sich die Anklage gegen mehrere Theilnehmer, Burschen unter 17 Jahren, die das Verbrechen gemeinschaftlich verübt hatten. Auch hier erfolgte überall Verurtheilung. Das Schwurgericht zu Freiburg endlich hatte am 19. Juni 3 Verurtheilungen wegen desselben Verbrechens auszusprechen." — In dem oben genannten Distrikt giebt es wenig Sozialdemokraten; der Nationalliberalismus aber steht dort in hoher Blüthe und Ansehen. Der Vertreter von Offenburg im Reichstage, Herr Kreisgerichtsrath Bär, ist einer der wüthendsten Gegner des Sozialismus — und doch herrscht in jener Gegend solche Unmoralität!

— Wir erfahren, daß unser Genosse Lübkert in Amerika mit Bezugnahme auf eine Notiz, die vor Jahren im „Volksstaat" erschienen sein soll, beschuldigt wird, deutschen Gewerkskassen 800 Thaler entnommen zu haben und damit nach den Vereinigten Staaten durchgebrannt zu sein. Wir haben vergeblich nach der betreffenden Notiz im „Volksstaat" gesucht, erinnern uns aber, daß eine solche Beschuldigung gegen Lübkert erhoben wurde, die möglicherweise auch in den „Volksstaat" Eingang gefunden hat. Für alle Fälle geben wir hiermit die Erklärung ab, daß die Beschuldigung eine vollkommen unbegründete war.

Red. d. „Vorwärts."

— Parteigenosse Harry Kaulitz ist am 11. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, auf Grund eines richterlichen Haftbefehls wegen Vergehens gegen §§ 110, 130, 131, 185 und 187 in das Saarbrücker Justizarresthaus als Untersuchungsgefangener überführt worden. Weiterer Bericht folgt.

Halb Scherz, halb Ernst.

Märchen Hirsch kann nun einmal das Lügen nicht lassen!

In Nr. 28 des „Gewerkvereins" erwähnt derselbe die Schrift unseres Parteigenossen Most: „Die Lösung der sozialen Frage" und reitet den Lesern einige Citate aus der Broschüre vor, die er dann bekritelt. Darauf redet er weiter:

„An der Sache wird dadurch nichts geändert, wenn Herr Hasenclever, in die Enge getrieben, in öffentlicher Versammlung die Zukunftsbilder seines Collegen Most als eitel Flunkereien, als Utopien bezeichnet oder wenn ein anderer der kleinen sozialdemokratischen Götter Herrn Most zuruft (wie dies auf dem Gothaer Congreß geschehen): „In manchen Dingen sei Reden Silber, Schweigen Gold."

Ist, liebes Märchen, müßte es doch heißen, nicht sei — und für Märchen selbst wäre dies Sprichwort Goldes werth, wenn er dasselbe nur beherzigen wollte. Hat er doch in der beregten Versammlung (Disputation zwischen Hasenclever und Löwe) eine Rede geredet, so eindruckslos, so kindlich-naiv, daß alle fortschrittlichen und liberalen Zeitungen dieselbe einfach todtgeschwiegen, und die Gelehrten des „Aladderadatsch" beschlossen haben, den Quartauer Carlchen Miesnick, in Märchen Miesnick umzutaufen, alldieweil das Märchen — und darauf kommt es vielfach an — dem Carlchen im Lügen bedeutend „über" ist.

Zu den Lügen selbst: Hasenclever hat in seiner ersten Rede in jener Versammlung verschiedene sozialistische Zukunftsanschauungen berührt; er war überhaupt der erste Redner! Wie und von wem, da Niemand ihn interpellirt oder vor ihm geredet hatte, konnte er denn in die Enge getrieben werden? — ganz abgesehen davon, daß der „Eigenlober" und Poltron Löwe und das Märchen „Mießnick" sicherlich nicht die geeigneten Leute dazu sind, irgend Jemanden in die Enge zu treiben. Aus eigenem Antriebe also ist Hasenclever auf die beregte Frage gekommen, bei welcher Gelegenheit er aber weder den Namen des Genossen Most, noch irgend einen andern Namen, außer den des französischen Sozialisten Fourier genannt, auch keine Broschüre eines Parteigenossen erwähnt hat.

Hasenclever sagte nämlich (und wir citiren hier ziemlich wörtlich):

„Es kommt oft vor, daß in unserer Partei der Eine oder der Andere sich mit dem Ausmalen der Zukunft beschäftigt und besonders die Frage detaillirt, wie es in einer sozialistischen Gesellschaft aussehen könne oder würde. Die bei solcher Gelegenheit ausgesprochenen Ansichten können aber nimmermehr bindend für andere Parteigenossen sein, weil dieselben sich leicht als Utopien später herausstellen können. Fourier's „Detailmalerei" erlitt einen empfindlichen Stoß durch die Erfindung der Eisenbahnen und des Telegraphen, andere Zukunftsideen können einen ähnlichen Stoß erleiden, wenn es irgend einem Chemiker gelingt, den Stickstoff der Luft zu binden, da dann auf einem Flecken Ackerlandes, auf welchem jetzt 1 Mensch sich ernähren kann, deren 50 leben können. Dadurch würde ganz gewiß manche, vom heutigen Standpunkte aus betrachtet, sehr zweckmäßige Anordnung höchst überflüssig werden. Unsere Partei ist aber eine wirklich demokratische, sie läßt deshalb innerhalb der sozialistischen Grundprinzipien die verschiedensten Anschauungen zu, aber auch nur innerhalb dieser Grundprinzipien!"

Das waren die Worte Hasenclevers, die Herr Hirsch in so lügnerischer Weise verdreht oder in seinem Blatte verdrehen läßt, um unsere Parteigenossen aneinanderzuhetzen — dieser arme „Gehetzte"! Daß ihm das Hetzen aber nicht gelingt, ist wohl selbstverständlich!

Es ist eigentlich überflüssig, daß wir uns noch nach der neuesten „Kutschbachiade" (Gründung einer deutschen Arbeiterpartei), dieser tragikomischen Posse in Cassel, bei welcher unser Märchen die Hauptrolle spielte und nach der von der gesammten Presse todtgeschwiegenen Rede, die Märchen in Moabit in der von ihm oben angeregten Versammlung gehalten hat, mit dem Herrn Dr. Max Hirsch, Herausgeber des „Gewerkvereins", Reichstagsabgeordneten und Anwalt des Verbandes der deutschen Gewerkvereine, noch weiter beschäftigen, doch würden wir dann eine humoristische Figur verlieren — und bei dem sonstigen Ernste unserer Agitation wäre das den Lesern vielleicht unlieb; deshalb werden wir des braven Märchens auch noch in der Zukunft ab und zu Erwähnung thun.

Er wird dann doch nicht von Allen „todtgeschwiegen" — der Aermste!

Correspondenzen.

Berlin, 13. Juli. (Studentenversammlung in Sachen Dühring's.) „Jetzt sind die Alten jung und die Jungen alt," sagte Dr. Johann Jacoby bei seiner 70sten Geburtstagsfeier. Wäre es dem Altmeister der Demokratie vergönnt gewesen, der Versammlung im großen Saale des Handwerkervereins (Sophienstraße 15) am vergangenen Donnerstag Abend beizuwohnen, er hätte diese seine Aeußerung sicherlich modifizirt. Dicht gedrängt saßen trotz unerträglicher Hitze die Studirenden hiesiger Hochschulen 4½ Stunden lang im bezeichneten Saale, um gegen das auf der hiesigen „Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität" wider den Privatdozenten Dr. Dühring geübte Ketzergericht Protest zu erheben. Auch eine große Anzahl Arbeiter hatte sich eingefunden. Die Versammlung leitete mit vieler Umsicht Herr Viereck. Der Referent, Herr Gündler, rekapitulirte die ziemlich umfangreiche Dühring'sche Remotions-Geschichte und wies nach, daß Dühring lediglich die Wahrheit behauptet, und was die Form der Kritik anlange, so habe Professor Dr. Zöllner in Heidelberg in ähnlicher Weise gegen Dühring polemisirt. Die Remotions-Affaire Dühring's sei schon sehr alten Datums. Den Professortitel nebst einer königlichen Pension habe Dühring stolz zurückgewiesen und seine bezahlten Vorlesungen seien weitaus zahlreicher besucht gewesen, als alle diejenigen der ordentlichen Professoren. Schon vor länger als Jahresfrist sei Dühring aus dem „Viktoria-Lyzeum", einer sogenannten Berliner Damen-Universität, woselbst Frau Professor Helmholtz und Herr Professor Dr. Virchow das große Wort führen, removirt worden. Die inkriminirte Schrift, in welcher sich Helmholtz und andere ungenannte Professoren beleidigt fühlten, diente blos als Vorwand, um den Lehrer, der die Jugend verführe, der gegen die zünftlerischen universitären Einrichtungen zu Felde ziehe, zu entfernen. Die reaktionäre, bez. liberale Presse, wie die „Post", „National-" und „Vossische Zeitung", unterstütze dies Vorgehen, ja die „Post" stelle den Herren Professoren Harms und Mommsen selbst die Spalten zu Leitartikeln zur Verfügung. Hr. Mommsen schrieb in Nr. 260 der „Post" vom 29. Juni d. J.: „Was würde einem Offizier passiren, wenn er in ähnlicher Weise wie Dr. Dühring gegen den Corpsgeist verstoßen würde?" (Stürmische, lang andauernde Heiterkeit.) Eugen Dühring ist removirt worden, weil er ein anderes soziales Programm als Helmholtz habe. (Stürmischer Beifall.) Eugen Dühring ist ein Opfer unserer universitären Mißstände. Dühring kann mit Giordano Bruno sagen: „Ihr dürftet das Urtheil gegen mich mit mehr Furcht sprechen, als ich es empfange." (Stürmischer, lang andauernder Beifall.) — Herr Stud. jur. Max Klingenbiel, von den freisinnigen Leipziger Studirenden zu der heutigen Versammlung delegirt, brachte von denselben den besten Gruß und die vollste Uebereinstimmung der Leipziger Studenten mit dem Vorgehen der Versammlung. Herr Klingenbiel bemerkte, man habe gesagt, uns, die Leipziger Studenten, gehe die Sache nichts an. Da wir einige Meilen von Berlin entfernt sind, solle es uns also gleichgiltig sein, ob die Wissenschaft an der Berliner Universität geknebelt werde. Allerdings, die „Post" bedauere es, daß die Studirenden schon eine eigene Meinung haben, daß sie sich nicht ohne Protcsterhebung einen liebgewordenen Lehrer removiren lassen. Die Fortschrittspartei soll Schuld an der Selbstständigkeits-Aeußerung der Studenten haben. Ich möchte den Gelehrten der „Post" den Rath ertheilen, bei Dr. Dühring ein collegium logicum zu hören, vielleicht würden sie dann zu der Ansicht gelangen: ein ultramontaner Hetzkaplan habe die Studenten zum selbstständigen Denken verleitet. (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) — Die Herren Meyer (Hauslehrer bei Helmholtz), Redlich und Bartels versuchten für Helmholtz eine Lanze einzulegen. Trotz ihrer oratorischen Gewandtheit fielen sie jedoch gründlich ab. Es gelangte schließlich folgende, von Herrn Gündler proponirte Resolution mit allen gegen etwa 20 Stimmen zur Annahme:

„Die heute im Saale des Handwerkervereins tagende Versammlung von Interessenten für freie Pflege der Wissenschaft erklärt hiermit auf Grund der Artikel 20 und 27 der Verfassung: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei" und „Jeder Preuße hat das Recht, in Wort, Schrift und Druck seine Meinung frei zu äußern", daß sie in der auf Antrag der philosophischen Fakultät zu Berlin erfolgten Remotion des Privatdozenten Dr. Dühring eine Verletzung der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre erblickt, und spricht ihre entschiedene Mißbilligung über die erfolgte Remotion aus." —

Herr Bellimann geißelte hierauf die zünftlerischen Einrichtungen der Universität und bemerkte: Von dem neuen Unterrichtsgesetze müsse man zunächst verlangen, daß die akademische Gerichtsbarkeit und der Studienzwang aufgehoben werde. Möge man die Anforderungen beim Staatsexamen so hoch wie möglich stellen, der Staat werde alsdann um so bessere Beamte haben, aber mache man es nicht zur Bedingung, daß alle Examinanden drei Jahre auf der Universität — nicht studirt, darauf komme es ja gar nicht an — (Heiterkeit), nein, daß sie drei Jahre lang bezahlt haben. Nicht das Studium, sondern die Universitätsquittung berechtige zur Examens-Zulassung. Das Abiturienten-Examen könne man machen, ohne das Gymnasium besucht zu haben, diejenigen aber, die das Zeugniß der Reife erlangt, können das Staatsexamen nur dann machen, wenn sie drei Jahre lang unter professorlicher Vormundschaft gestanden haben. Er (Redner) empfehle die Annahme folgender Resolution:

In Betracht, daß 1) die zünftlerische Gelehrsamkeit erfahrungsgemäß der freien Wissenschaft feindlich gewesen und bisher eine Unterdrückung der Besseren und Selbstständigen betrieben hat, 2) daß den Studirenden daran gelegen sein muß, von dem Epochemachenden zu rechter Zeit gehörig Kunde zu erhalten und nicht erst nach Menschenaltern von den wirklichen Größen der Wissenschaft zu erfahren, 3) daß die Absperrung der freien Wissenschaft von Luft und Licht auf den Universitäten auch in politischer und sozialer Hinsicht üble Folgen für das Gemeinwesen hat und die gegenseitige Verständigung der verschiedenen Gesellschaftsklassen durch die Pflege verrotteter Vorurtheile hindert, so beschließen die hier versammelten Studenten und Bürger Berlins die Bildung einer gesellschaftlichen Vereinigung für die Freiheit der Wissenschaft zum Widerstande gegen universitäre zünftlerische Verheimlichung und Unterdrückung des für Wissenschaft und Studium Vorzüglichen und Heilsamen, sowie zum Austausch von Kenntnissen und Wahrnehmungen, durch welche die Kritik der universitären Mißstände fortgesetzt und das Studium von seinen Fesseln befreit wird. (Stürmischer Beifall.) — Inzwischen war eine Deputation von der zu gleicher Zeit in der „Bundeshalle" (Wallnertheaterstraße 15) stattgehabten Volksversammlung, die dasselbe Thema behandelt hatte, erschienen. Die Deputation bestand aus den Herren Fritzsche, Most, Heinsch, Greiffenberg und Ecks. Mit freudigem Zuruf wurde diese Deputation empfangen und lebhafter Beifall gab sich kund als Fritzsche die Tribüne betrat, seine Freude über die Versammlung äußerte und die in derselben Angelegenheit in der „Bundeshalle" gefaßte Resolution verlas. Nachdem noch die Herren Goldberg und Kullmann gegen, die Herren Dr. Schläger, Studiosus Wittig (Leipzig) u. A. für die von Herrn Bellimann proponirte Resolution gesprochen, gelangte dieselbe mit allen gegen etwa sechs Stimmen zur Annahme. Danach endete die Versammlung gegen 1 Uhr Nachts. — Zu der zu bilden beschlossenen „freien wissenschaftlichen Vereinigung" meldeten sich noch an demselben Abend weit über 100 Personen aus allen Ständen als Mitglieder. Weitere Anmeldungen nimmt Herr Candidat phil. Döll, Wörtherstraße 3, entgegen.

München, 9. Juli. Nachdem unser Parteigenosse, Premierlieutenant a. D., jetziger Redakteur der „Dresdener Volkszeitung", G. Vollmar, plötzlich die Auszahlung seiner Pension verweigert, und selbst eine Reklamation von Seiten der Kreiskasse ohne weitere Angabe abgewiesen worden war, wobei die dekretmäßige Pension plötzlich die Qualifikation einer „Unterstützung" erfuhr, — wird jetzt erzählt, die gedachte Pension (welche einzuklagen Vollmar bereits Anstalten getroffen) werde künftig an dessen jetzigem Aufenthaltsort Dresden ausbezahlt werden. — So hilft man sich heraus.

Wiesbaden. Manchem Leser des „Vorwärts" wird es von Interesse sein, einmal wieder ein Lebenszeichen von uns zu hören. Bei der letzten Reichstagswahl — ich komme auf die Wahlen zurück, weil Wiesbaden in der statistischen Tafel nicht mit aufgeführt ist — fielen auf Dr. Johann Jacoby circa 400 Stimmen; das ist ein Resultat, wie es mancher Parteigenosse, der früher hier wacker gekämpft, nicht erwartet hatte. In drei Jahren soll es aber eine überdoppelte Zahl sein, welche hier die Sozialdemokratie repräsentirt, wozu auch schon die Gründung eines Wahlvereins binnen Kurzem in Aussicht steht. — Am 30. Juni fand hier im Römersaale eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt. In derselben referirte Parteigenosse K. Frohme aus Frankfurt a. M. über das Thema: „Die kapitalistische Produktionsweise und die Stellung des Kleinhandwerkerthums." Redner verstand es, mit seinen überaus interessanten Ausführungen das Auditorium zu fesseln und zu einem Beifallssturm hinzureißen, der hier bis jetzt zu den Seltenheiten gehört hat. Wir können mit Bestimmtheit annehmen, daß Herr Frohme den besten Eindruck wohl auf jeden seiner Zuhörer, mag er Freund oder Feind heißen, gemacht hat, und mancher eine andere Anschauung von unseren Ideen erhalten hat, als bis dahin der Fall war. Die gegnerischen Blätter haben aber kein Sterbenswörtchen über unsere Versammlung gebracht. Läßt sich auch wohl denken warum! Herr Frohme gedenkt in kurzer Zeit seinen Besuch zu wiederholen, wo er einen Vortrag über „Produktiv-Assoziationen" halten wird. Eberhardt.

Altenburg, 8. Juli. Nicht durch die uns von Herrn Max Wagner zugesagten Bemühungen, sondern durch Wiederherstellung eines größern Gasthauses unfern der Stadt, sind wir

---

Ich habe im Laufe der Zeit mehr als zwanzig Centralversammlungen der Partei beigewohnt, der letzten in Gotha als Delegirter der Sozialisten Dortmunds und Iserlohns — aber niemals bin ich von einer derselben mit so freudiger Hoffnung auf die Zukunft zurückgekehrt, als vom diesjährigen Congreß in Gotha.

Die Sozialdemokratie ist die einzige „Partei der Zukunft". Daran können alle verschlammten „Kutschbäche" der Welt, an denen die „Hirsche" 2c. 2c. vergeblich nach „Wasser" schreien, — Nichts ändern. —

Die Partei ist noch jung, sie hat Zeit nnd braucht sich in keiner Weise zu übereilen. Im Bewußtsein ihrer durch fortwährende Kämpfe gestählten Kraft blickt sie siegesgewiß mit stolzer Verachtung auf die gegen sie gerichteten elenden, ohnmächtigen Machinationen ihrer Gegner aller Art.

Muthig und besonnen vorwärts! —

Es lebe die Sozialdemokratie!

— In Bezug auf die Notiz, die wir über Herrn Stephan's Weisheit in dem Feuilleton der letzten Nummer brachten, geht uns die Mittheilung zu, daß die Briefträger in früherer Zeit in Sachsen jedes Jahr einen Dienstrock erhielten, während ihnen jetzt ein solcher von achtzehn zu achtzehn Monaten geliefert wird. Wenn nun die „äußere Kleidung" der Postunterbeamten sauber sein soll, so muß man denselben auch öfter eine neue Uniform angedeihen lassen — kaufen können sich die schlecht besoldeten Beamten keinen Dienstrock. Schlimm genug ist es, daß sie, nachdem der Rock 1 Jahr getragen ist, einige Thaler für „Reparatur" ausgeben müssen, wenn sie nicht unsauber gehen wollen.

— Ein lichter Moment. Einen Leitartikel über den Tourvilleprozeß (Ermordung einer reichen Bourgeoisfrau durch ihren Mann, der sie blos um ihres Geldes willen geheirathet, und vorher wahrscheinlich die Mutter seiner früheren, ebenfalls um ihres Geldes willen geheiratheten, Frau ermordet hatte, gleichfalls um ihres Geldes willen) schließt die Berliner „National-Zeitung" (Nr. vom 8 Juli) mit den Worten: „Wenn die englischen Blätter jetzt bei der Besprechung des Falles nur den Unterschied zwischen dem österreichischen und dem englischen Gerichtsverfahren hervorheben, so übersehen sie ganz und gar das ergreifende und culturhistorische Moment des Prozesses Tourville, der in gewisser Hinsicht die Sitten unseres Jahrhunderts so scharf widerspiegelt, wie der Halsbandprozeß Louis des Achtzehnten." Ein wahres Wort — wahrer, als der „National-Zeitung" klar geworden sein dürfte.

— Lueget, 's send halt Aelle Spitzbueba. „Eine Unzahl von Reden wurden gehalten, erzählt Ludwig Pfau von der Schlußkneiperei beim Ulmer Domfest, in welchen sich die Ermüdung nach so viel ausgestandenen Freuden mehr als billig bemerklich machte. Doch entschädigten einzelne Vorgänge an den Tischen durch ihren weniger offiziösen Humor für die erlittene Redetortur. So saß ein länglicher alter Herr mit weißen Haaren, ein früherer Minister, neben einem wohlgenährten Kammermitglied, seinem ehemaligen parlamentarischen Gegner, in brüderlicher Eintracht und freundlichem Zwiegespräch. Freilich war inzwischen der Parlamentarier von der Demokratie zu den „Siegern" übergegangen. Da erschien ein Bäuerlein, das seinen Abgeordneten in ihm erkannte und ihn liebreich anredete. „Ja Herr! — sagte es — meine Stimme bekommen Sie jedesmal. Das haben wir Ihnen nicht vergessen, daß Sie uns damals die 17 Millionen Mehrentschädigung vom Halse schafften, die man nach bezahlter Ablösung nachträglich von uns haben wollte; dafür werden wir Ihnen ewig dankbar sein." — „Da könnt Ihr Euch auch gleich bei meinem Nachbar bedanken," sagte der Abgeordnete — „das ist der Herr, welcher die 17 Millionen von der Kammer gefordert hat." — „Ja wohl" — erwiderte der Exminister, während am Tische ein homerisches Gelächter losbrach — „ich bekenne mich dazu." Das Bäuerlein, ganz verblüfft über die fröhliche Freundschaft zwischen dem Forderer und dem Verweigerer der 17 Millionen empfahl sich während des Lärms und ging sinnenden Hauptes von dannen. Nach ein paar Schritten drehte es sich jedoch zu seinen Begleitern um und sagte: „Lueget (Seht), 's send halt Aelle Spitzbueba."

— Für Bierfreunde. In einem Brief des bekannten Chemikers Ferdinand Dieffenbach an die Redaktion der „Neuen Hessischen Volksblätter" (S. Nr. 82) werden als Bierverfälschungsmittel aufgezählt: Doppelkohlensaures Natron, Salicylsäure (beides zur „Wiederherstellung" verdorbenen Bieres), Weidenrinde, Aloe, Bitterklee, Strychnin, Tollkirschen, Herbstzeitlose (als Hopfensurrogate) u. s. w. u. s. w. Als letztes und glorreichstes kommt noch hinzu der „preußische Schnaps" (Fusel, oder wie der vornehme Fremdname lautet: Sprit), der den fehlenden „Geist" zu ersetzen hat. Mehr kann man wahrhaftig in seinem Glas Bier sich nicht wünschen!

---

nach langer Lokalsperre zu einem geräumigen Saal gelangt, worin wir Anfang Juni eine große Volksversammlung abhielten. Tagesordnung: „Liberalismus und Sozialismus", Referent: Nauert aus Leipzig. Etwa 2000 Besucher waren anwesend, und obwohl die Versammlung einen stürmischen Verlarf nahm (Nauert wurde während seiner 1½stündigen Rede fortwährend von den Gegnern unterbrochen), so läßt sich doch nicht verkennen, daß sie einen für uns günstigen Eindruck machte und daß der Boden hier für unsere Ideen gut ist. — Vorher fand eine Versammlung im „Rautenkranz" statt, in der Mehlhorn aus Crimmitschau mit bestem Erfolg über das Arbeiterschutzgesetz referirte. — Durch unsere Erfolge aufgeschreckt, rufen die Liberalen ihre streitbaren Männer zur Fahne, um uns zu zeigen, daß sie auch noch Kräfte zum Wirken in öffentlichen Versammlungen haben. Und richtig, wie Pilze aus dem Boden, so schießen unbekannte Talente empor, die sich in der Stille gebildet haben und nun die Gelegenheit benützen, sich als politische Charaktere einzuführen. Mustern wir kurz diese Geister, die in den beiden angeführten Versammlungen sich zu Leuchten des Nationalliberalismus aufschwangen. Mehlhorn hatte gesprochen und der Vorsitzende ertheilte das Wort dem schon bekannten Herrn Wagner. Aber dieser Herr ist zu feurig, ruhiger spricht nach liberaler Auffassung der Advokat Hase; Herr Wagner erklärte deshalb, nicht er, sondern Herr Hase habe das Wort verlangt. Herrn Hase's Taktik bestand darin, erst alles von Mehlhorn Gesprochene zuzugeben, dann einen ganz andern Sinn in Mehlhorn's Worte zu legen und schließlich den so entstandenen Blödsinn zu „bekämpfen". Einer meiner Freunde nannte diese seltsame Kampfweise treffend „advokatorische Knifftologie", und so war es denn Mehlhorn ein Leichtes, diesen Herrn Hase abzufertigen. — Nun drängte sich von liberaler Seite ein Mann mit einem engbeschriebenen Bogen vor, er that sehr wichtig, gewiß, er wollte „reden"! Das sah Herr Wagner, der wohl vor Hase's greisen Schläfen sein noch unbekränztes Haupt beugte, aber vor dem Mann mit dem Bogen, der ihn jedenfalls nicht an Witz erreichen mochte, räumte er nicht das Feld. Er ließ sich das Wort ertheilen, aber er sprach wieder „zu feurig", das war sein Unglück, denn nicht einer unserer Wähler wird ob dieser Rede untreu werden. — Für die folgende Versammlung schwuren die Liberalen uns Rache; sie ließen Plakate ankleben, worin die „liberalen Mitbürger" zu starkem Besuch aufgefordert wurden, wofür beiläufig besten Dank. Glücklich setzten sie ein gemeinschaftliches Bureau durch. Von unserer Seite Risch, Vorsitzender, Unterzeichneter Schriftführer; für die Liberalen Berginspektor Wohlfart Vorsitzender, Wagner Schriftführer. Gegen Nauert trat zunächst Herr Hase auf, in seiner gewohnten Weise mit demselben Erfolg. Herr Wagner begnügte sich mit dem Schriftführeramt. Dann kam der Mann mit dem Bogen zum Vorschein — Name: Albrecht, Zeichen: Beamter des Kreditvereins. Offenbar wollte der Mann sich nur reden hören und seinen Namen Tags darauf in der Zeitung lesen. Gescheites hat er nicht gesagt; dagegen denunzirte er Nauert der Polizei, indem er sagte, Nauert habe bestehende Einrichtungen geschmäht, das Volk aufgereizt. Das hat er selbstverständlich gelogen, doch verdient diese — Tapferkeit eine — rühmende Erwähnung. Im Uebrigen wiederholten sich in seiner Rede häufig die Worte: „Aufreizung, Schmähung, nicht nur, sondern auch, indessen, freilich, aber, allerdings" und ähnliche Worte, mit denen Gedanken verdeckt werden. Zu dieser Versammlung hatte sich auch, leider etwas spät, unser Reichstagscandidat Stolle aus Crimmitschau eingefunden, der nur auf eine Viertelstunde zum Wort kam. Zu wünschen ist sehr, daß uns Herr Stolle, wenn er bei der nächsten Wahl als Sieger hervorgehen will, häufiger besucht, um so mehr, als uns jetzt ein großes Lokal zur Verfügung steht. Auch in dieser Versammlung haben uns die Liberalen keinen Mann untreu gemacht, ob aber wir ihnen, das wird sich zeigen. Uebrigens brachte die „Altenburger Zeitung" über diese Versammlung einen ziemlich wahrheitsgetreuen Bericht, obgleich nur Herr Hase „logisch klar" gesprochen haben soll. „Knifftologisch unklar" wäre richtiger. Da ich einmal auf die „Zeitung" gekommen bin, will ich noch Einiges aus ihr schöpfen. So empfahl sie neulich für 50 Pfennige eine unter Mitwirkung von Schulze-Delitzsch herausgegebene Schrift: „Wie man alles Geld, das man ausgiebt, wiederbekommt." Gut für Arbeiter zu lesen! Wird wohl aber Niemand darauf 'reinfallen. Dann donnert die Zeitung in vorletzter Nummer gegen die „Faulheit" bei der Kirchenvorstandswahl. Ueber 4000 wahlfähige Bürger wären hier, doch nur 300 hätten sich zur Wahl gemeldet, und von diesen Wenigen hätten lange nicht Alle gewählt. Wie können Sie sich da nur ereifern, Herr Bonde? Das ist doch nur ein Zeichen der Zeit. Um die Kirche bekümmert sich heut kein vernünftiger Mensch mehr, selbst in Altenburg nicht, das als pietistisch verschrieen ist. Der Zeitungs-Calchas prophezeit uns noch für diesmal ein recht pompöses Sedanfest und zählt mit Befriedigung die Vereine auf, welche zur Verherrlichung desselben beizutragen sich erboten haben, darunter auch den Turnverein. Nun stellt es sich aber heraus, daß nur einige liberale Heißsporne Namens des Vereins die Mitwirkung zugesagt hatten, und so wurde denn — ich glaube mit 48 Stimmen gegen 25 — jede Betheiligung abgelehnt.*) Bravo den Altenburger Turnern, und möchten es ihnen die übrigen Turnvereine nachthun, soviel auch die Leipziger „Deutsche Turnerzeitung", worin ein gewisser Blasewitz gegen die Sozialisten hetzt, für Mordspatriotismus schwärmt. —

Seine Hoheit, unser Herzog, der sich in seinen Verordnungen „Wir Ernst, von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg, auch Engern und Westfalen" zu nennen geruht, soll ein sehr leutseliger Herr sein, was ich zwar nicht beweisen kann. Daß er aber ein ganz hübsches Einkommen bezieht, kann ich beweisen, sowie daß er einige seiner Arbeiter nicht sehr hübsch bezahlt. Dieser Herr Herzog hat nämlich einen schönen Hofgarten, wie jeder andere Herzog; darin werden drei Gärtnergehilfen beschäftigt, die von Morgens 5 Uhr an bis Abends um 7, auch wohl noch etwas später, arbeiten müssen, und dafür erhalten diese Gehilfen die fürstliche Bezahlung von 13, 17 und 19 Thalern monatlich, nicht etwa bei freier Station, bewahre! Außer der Wohnung müssen sie von dem Gelde für Kleidung, Wäsche, Essen und Trinken sorgen. Nun weiß ich zwar nicht, ob Seine Hoheit der Herzog über die Löhne seiner Leute unterrichtet ist, doch soll er davon benachrichtigt werden, und so hoffe ich denn nächstens mittheilen zu können, daß die Gärtnergehilfen im Hofgarten mindestens so gut gestellt sind, wie andere Arbeiter. Zurückkommen werde ich auf diesen Punkt ganz bestimmt.

Von dem Reichsverein, den unsere Liberalen gegen uns gründen wollen, hat man weiter nichts gehört, obwohl die „Altenburger Zeitung" „Berufene" aufforderte, in dieser Sache ihre Stimmen zu erheben. Wenn ich nun auch nicht zu den Auserwählten gehören dürfte, so halte ich mich doch für berufen, die Herren an ihr Projekt zu erinnern. Wann soll's denn eigentlich losgehen mit den Volksversammlungen, in denen der Sozialismus bekämpft werden soll? Wir sind wirklich neugierig.

Schließlich bitte ich die Parteigenossen, da ich Altenburg früher oder später zu verlassen beabsichtige, Briefe in Parteiangelegenheiten nicht mehr an mich, sondern an W. Thiemann, Markt 8, oder an E. Risch, Nikolaikirchhof 14, Altenburg, zu adressiren. Hugo Grunwald.

*) Nach einer anderen Mittheilung, die uns ein „Freund unseres Blattes" zugehen läßt, hat der Turnverein in der „neuesten Generalversammlung" am 12. d. M. die Betheiligung am Sedanfest mit 90 gegen 35 Stimmen beschlossen. R. d. „V."

Zur Beachtung für die Parteigenossen der Provinz Posen und Oberschlesien.

Diejenigen Parteigenossen, welche der polnischen Sprache mächtig sind, wollen gefälligst in jeder Gemeinde einen Vertrauensmann wählen, der seine Adresse an mich zu senden hat, damit auch bei uns zur Befreiung des Arbeiterstandes etwas gethan wird. Die polnisch redenden Genossen bitte ich Vorstehendes den polnischen Arbeitsbrüdern mittheilen zu wollen.

Jarocin, 11. Juli. Mit brüderl. Gruß
Johann Blum.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck des Obigen gebeten.

Für Kürschner und Rauchwaaren-Zurichter.

Wegen Lohnreduktion seitens unsers Prinzipals haben wir die Arbeit eingestellt. Collegen allerorts! Unterstützt uns in diesem gerechten Kampfe durch strenges Fernhalten von Zuzug.

Markranstädt, den 13. Juli.

Sämmtliche strikende Collegen der Tunger'schen Rauchwaaren-Zurichterei.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck dieser Zeilen gebeten.

Oeffentliche Quittung.

Seit dem 1. Juli sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

a) Unterstützungsfonds.

Berlin vom Verein „Freundschaftsbund" M. 2,50; Friedrichsberg bei Berlin v. Tischlerwerkstätte Schneider d. Arnold 3,00; Geestendorf Liste 24 d. Krentz 5,50; Flensburg von einer Geburtstagsfeier vom Arbeitersängerbund 3,00; Bockenheim Liste 5 d. D. Goll 6,00; Hamm und Horn Fest vom 17. März d. Henck 10,00; do. von einem Sozialisten 7,20; Veddel von der Festlichkeit durch Gadow 8,15; Ulm „weil Rüder es verboten" von einem Sozialisten d. G. Ulrich 50,00; do. von G. Ulrich 50,00; Braunschweig d. Richard Schulze 2,90; Itzehoe d. C. Kreuzberg 54,27; Harburg v. Sch. W. d. Steffen 2,80; Ottensen v. Witt und Wegener 6,00; Zittau durch F. Nenke 1,00; Bautzen von Sch. . . 5,00.

Aus Hamburg: Fest der Schneider d. Hillmer 8,40; von D . . . 1,80; von M . . . 3,00; vom Stiftungsfest d. G. W. Nagel 66,16; durch Garve von Starck in Kiel dritte und letzte Rate des „Aprilsnarr" M. 9,40.

b) Wahlfonds.

Hamburg von Polly's Cig.-Fb. d. Lesling 11,20; do. von Schlichtnig's Werkstelle d. Lange 9,50; Calbe a. S. d. L. Schönian für Agit. Hurlemann's 23,00; Steinwärder Liste 4704 durch Schulze 7,05; Dresden d. R. Tröger 5,00; Eimsbüttel Festüberschuß durch Cordes 30,00; Hannover gesammelt auf Bellavista d. H. Linde 5,40; Hamburg von Pusch u. Sohn Werkstelle d. Dencker 8,30.

Hamburg, den 14. Juli 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. F. L. in Kiel: Wir haben schon zu wiederholtenmalen erklärt, daß „Steckbriefe", bei denen das Partei-Interesse nicht in Frage steht, im „Vorwärts" keine Aufnahme finden können. — Rauchwaaren-Zurichter von Tunger in Markranstädt: Die Aufnahme des Aufrufs erfolgt unentgeltlich. — G. Sch. hier: Das Gedicht ist für den „Vorwärts" nicht verwendbar. — L. R.: Ihr Gedicht ist der Redaktion der „Neuen Welt" übergeben. — Das Gedicht „Selbsthilfe" ganz gut — aber der Staatsanwalt! — Gedichte: „Vivat Hoch Berlin" und „Der abgeblitzte Tessendorff" nicht zu verwenden. — Otto Kapell in Hamburg: Entschuldige, daß der erste Brief nicht beantwortet wurde. Dank für den letzten Brief und Gruß. W. H. — H. in Hainichen: Bericht ist eingetroffen und findet Aufnahme.

Quittung. C. Wsch Jever Ann. 1,00. Brthl Jankowietz Ab. 8,00. Hckr hier Ab. 2,20. Bldng Kiel Ann. 8,00. St. Plck Weißkirchen Ab. 9,54. Fchverein der Tischler Wien Ab. 4,69. G. Brnnmr Göppingen Ab. 12,00, Schr. 11,00. Hrm Elberfeld Ab. 8,10. Pnngr Bremen Ab. 40,00. M. Ullrch hier Schr. 6,08. F. Nmz Wien Ab. u. Schr. 10,00. Strllr hier Ab. 3,75. H. Rdgr Halle Schr. 15,00. F. Lnd durch Gb Hamburg Ab. 100,00. Mllr Leisnig Ab. 4,00, Schr. 1,65.

Soz. Rundschau. Sendungen nach Spremberg, Goldberg i. M., Stargard i. Pom. und Göttingen sind als unbestellbar retour gekommen, die Genossen der drei ersten Orte, welche auf das Blatt abonniren wollen, werden daher ersucht, eine sichere gemeinsame Adresse an den Verlag der Soz. Rundschau, Hamburg, Amelungstraße 5, einzusenden.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Nz Würzburg 1,00. Von F. Ch. Volkmarsdorf 1,00.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Altona. Am Mittwoch, den 18. Juli, Abends 8½ Uhr, in Heinsohn's Salon:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung des Volksvereins.

Tagesordnung: Erledigung resp. Beantwortung der gestellten Fragen.
NB. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

H. Walther. [90

Gotha. Sonntag, den 22. Juli, von Nachmittags 3 Uhr an, im „Berggarten":

Volks- und Kinderfest.

Partei- und Gewerksgenossen von nah und fern sind hierdurch eingeladen.

Das Festcomité. [210

Leipzig. Donnerstag, den 19. Juli, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die Kämpfe der unfreien Arbeiter im Alterthum.
Referent J. Motteler. Der Agent. [60

Ottensen. Donnerstag, den 19. Juli, Abends 9 Uhr, in Burmeister's Salon:

Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Berichterstattung der in der letzten Versammlung gewählten Commission betreffs der Organisationsfrage u. s. w.

F. Heerhold. [70

Ein literarisch befähigter Parteigenosse wird als **Mitarbeiter** an einem deutschen Parteiblatt zum baldigen Eintritt gesucht. Offerten, die Angaben über die bisherige Beschäftigung und Referenzen enthalten müssen, werden an die Expedition ds. Blattes unter Aufschrift „Mitarbeiter" erbeten. [1,50

Zur Beachtung!

Auf die Annonce in Nr. 79 (Nebenverdienst betr.) eingegangene Offerten wurden von uns an den auswärtigen Auftraggeber weiter befördert und werden nur von diesem erledigt.

Die Expedition des „Vorwärts".

Vom Protokoll

des zu Gotha stattgehabten

Sozialisten-Congresses

ist noch eine kleine Partie vorräthig. **Preis 25 Pfg.**, bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren 20 Pfg. Versendung nur gegen baar oder Nachnahme unter Beifügung von 10 Pf. Porto für je 5 Exemplare.

Bestellungen sind zu machen bei C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Die

Schweiz. Vereinsbuchdruckerei

(Eigenthum des Schweiz. Arbeiterbundes)
Hottingen-Zürich, Nr. 35 Zeltweg Nr 35

empfiehlt sich zur Anfertigung aller Art **Buchdruck-Arbeiten**, wie: **größeren Werken, Statuten, Broschüren, Circulairen, Geschäftsempfehlungs- u. Mitgliedskarten, Programmen, Rechnungen** ꝛc.

Eine bedeutende Vergrößerung des Geschäfts ermöglicht es, allen billigen Anforderungen in Bezug auf Druckarbeiten gerecht zu werden. Das Institut kann namentlich Selbstverlegern empfohlen werden, welche im „Reich der Gottesfurcht" für ihre radikalen Werke keine Drucker finden können. (2a) [390

Durch uns ist zu herabgesetzten Preisen zu beziehen eine kleine Partie von

Becker, Joh. Phil., Vorbote. Sozial-politische Monatschrift (6 Jahrgänge 1866—71) 5 Mark.

— **Wie und Wann?** Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit. Preis pr. Expl. 2 Mark.

— Le Précurseur. Organe démocratique social des associations des travailleurs (Janvier—Mars 1877). Preis pr. Expl. 60 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts".

Abonnements-Einladung

pro 3. Quartal 1877.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis vierteljährlich Mk. 1,20. In Heften à 30 Pfg.

II. Jahrgang. Auflage ca. 40,000.

Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Bei Postabonnements wolle man sich auf die Zeitungspreisliste 1875, Seite 64, Nr. 2577 berufen. — Hefte lieferungen können durch die Post nicht bezogen werden. — Für Kreuzbandsendungen innerhalb des deutsch-österreichischen Postgebietes berechnen wir incl. Porto per Quartal 1 M. 60 Pf. Für Hefte oder Einzelnummern bitten wir bei Bestellung den Betrag in Briefmarken beizulegen.

Laut diesjährigem Congreßbeschluß schließt mit Ende September der II. Jahrgang. Es beginnt demnach mit 1. Oktober d. J. der III. Jahrgang, der mit Ende September 1878 schließt.

Die Leser unserer Parteiblätter machen wir darauf aufmerksam, daß zur Einführung der **„Neuen Welt"**

Illustrirte Prospekte

gratis versandt werden.

Die **Verbreitung der Prospekte** in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien wird den Gesinnungsgenossen **als bestes Agitationsmittel** dringend an's Herz gelegt.

Bei Bestellung ist die Zahl des Bedarfs und genaue Adresse anzugeben. **Plakate** zum Aushängen in öffentlichen Lokalen und **Sammellisten** stehen zu Diensten.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.
Leipzig, Färberstraße 12/II.

Wir empfehlen unsere Beilage zur „Neuen Welt" Nr. 20, enthaltend:

Karten vom russisch-türkischen Kriegsschauplatze.

Preis pro Stück 10 Pfg. In Partien billiger.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Bekanntmachung.

Der frühere verantwortliche Redakteur des „Volksstaats", Jacob Marbach, ist aus Anlaß des in Nr. 100 dieses Blattes von 1876 unter der Ueberschrift „Arbeiter oder Sclaven" erschienenen Artikels auf Grund des von dem Fabrikbesitzer Commerzienrath Johann Georg Adler in Buchholz gestellten Strafantrags in Gemäßheit §§ 185 und 186 des Reichs-Strafgesetzbuch zu einer Geldstrafe von

Zweihundert Mark

und Tragung der Untersuchungskosten rechtskräftig verurtheilt worden, was hiermit dem vom Beleidigten gestellten Antrage gemäß öffentlich bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 5. Juli 1877.

Königl. Gerichtsamt im Bezirksgericht daselbst.
Abtheilung für Strafsachen.
Bieler. Wenck.

Wer Manuskript an die Redaktion des „Vorwärts" und der „Neuen Welt" schickt und, im Fall der Nichtannahme, Rücksendung verlangt, muß den Portobetrag einlegen, der, wenn er nicht zur Rücksendung gebraucht, für die Partei verwandt wird.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 112a Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enh, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 84. Freitag, 20. Juli. 1877.

Die Rothen wider die Blauen.

IV.

Die „Frankfurter Zeitung" spielt folgende Trümpfe rasch hinter einander auf.

Erster Trumpf:

„Um der Republik willen die Republik befehden und sich das Empire herbeiwünschen, durch Beelzebub, den Obersten der Teufel, die Teufel auszutreiben, welcher Aberwitz!"

Thiers, Gambetta, Jules Simon sind also nach der „Frankfurter Zeilung die Teufel, der kleine Lulu aber der Beelzebub! Das ist sehr günstig — stechen wir aber den Trumpf der Frankfurterin. Unsere Stichkarte haben wir schon in dem vielberufenen Artikel: „Nieder mit der Republik!" vorgezeigt — die „Frankfurter Zeitung" aber hat merkwürdigerweise „vergessen", dies ihren Lesern mitzutheilen; wir sagten nämlich am Schlusse unseres Artikels:

„— — — Dann wird die sozialistische Republik entstehen. — Bis dahin aber ist es gleich, ob Thiers mit dem Gambetta-Louis Blanc'schen Schweif, oder ob der zukünftige Schwiegersohn Mac Mahon's, Lulu, das Heft in Händen hat — sie taugen alle Beide nichts!"

Wir haben also nicht die Teufel durch den Oberteufel austreiben wollen, sondern uns gegen die allgemeine Teufelei gewandt und den französischen Arbeitern den Rath ertheilt, keine Hand zu rühren um irgend eines Satanas halber.

Zweiter Trumpf der Frankfurterin:

„In eine ungeheure Täuschung wiegt sich der „Vorwärts", wenn er meint, es brauche nur das Empire zu kommen und Alles recht schlecht zu gehen, dann werde es schon gut gehen. Die lange Dauer der Herrschaft Napoleon's III. spricht ein wenig gegen diese im Grunde ja recht tröstliche Theorie. Wie bequem es diese Politiker des Drüber und Drunter doch haben."

Was die Frankfurterin hier den Lesern erzählt, hat der „Vorwärts" an keiner Stelle jenes Artikels „gemeint"; die „Frankfurter Zeitung" hätte ihren Trumpf also noch zurückhalten müssen; — aber zugegeben, der Artikel ließe sich in dem Sinne deuten, daß ein Kaiserreich in Frankreich gegenwärtig besser sei, als die conservative Republik, so ist es uns doch leicht, wiederum mit einem Absatze aus jenem Artikel selbst, den Trumpf der Frankfurterin zu stechen.

Wir schrieben nämlich:

„Wenn wir auch die republikanische Staatsform für eine ungleich bessere halten, als die monarchische, so müssen wir doch eingestehen, daß wenn in einer solchen besseren Staatsform ein schlechtes Staatswesen sich kundgiebt, daß dann die Form selbst nur täuschend auf den Staatsbürger einwirkt, daß die Scheinfreiheit, die sich breit macht, demoralisirender wirkt, als die geringere Freiheit in einer starreren Staatsform. Und in der französischen Republik liegt die Freiheit am Boden; dasjenige aber, was sich noch breit macht, ist nur Scheinfreiheit."

Von einem „Drunter und Drüber" ist also nirgends die Rede, aber wohl davon, daß die republikanische Staatsform, wenn in ihr nur die Scheinfreiheit vorhanden, demoralisirender auf das Volk wirkt, als das Kaiserreich, von dem man keine Freiheit erwartet. Die Demoralisation und Corruption, welche eine „bürgerliche" Republik aber erzeugt, ist weit gefährlicher, als die starren Bande, in welche ein Kaiserthum die Freiheit schlagen kann. Sehr schwer wird es einem Volke, die Corruption loszuwerden, aber mit einem gewaltigen Ruck sprengt oft und leicht die Freiheit ihre Fesseln.

Dritter Trumpf der Frankfurterin — es ist schon mehr der „schwarze Peter", der hier aufgespielt wird, die lustige Figur — merkwürdig genug — in dem thränenreichen Artikel der „Frankfurter Zeitung".

Der „schwarze Peter" läßt sich also vernehmen:

„Ganze und volle Aufklärung muß man in's Volk hineintragen. Das geschieht unterm Empire besser als in der Bourgeois-Republik. Denn Rouher wird die Amnestie erklären, Brunet wird gute Volksschulen errichten, Pietri wird die Versammlungen schützen, Broglie nimmt die Presse unter seine Fittige, Cassagnac sorgt für die Redefreiheit der Deputirten — und so kommt die Aufklärung, die ganze volle Aufklärung in's Volk hinein."

Das soll Witz sein! — Bismarck stellt Strafanträge, Eulenburg spricht von „verbrecherischer Thorheit" der Sozialdemokraten, Tessendorf löst die Vereine auf und bringt die Redner auf die Anklagebank, unter Falk's Regiment sind 4000 Lehrerstellen in Preußen unbesetzt, die „Frankfurter Zeitung" weiß ein treffliches Liedchen über die preußisch-deutsche Preßfreiheit zu singen und die Redefreiheit der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten — heiliger Valentin von Cassagnac, dafür sorgst Du ja! Und dennoch gelingt es vielfach den Sozialdemokraten in Deutschland, mit Verlaub der „Frankfurter Zeitung" sei es gesagt, Aufklärung, ganze volle Aufklärung in's Volk zu tragen — solche Hindernisse, vor welchen die Frankfurterin sich fürchtet, gleichen den Baumstämmen, die man in den Bergstrom wirft, um ihn aufzuhalten, die er aber schlau umgeht oder brausend überfluthet, oder donnernd in den Abgrund wälzt.

Die beregte Frage ist übrigens ernst, recht ernst, deshalb ist der Frankfurterin der Witz auch so schlecht gelungen.

Gerade in dieser Frage hat sich unser Berliner Parteiorgan auch geäußert, und sonderbar genug hat es sich auf die Seite der „Frankfurter Zeitung" gestellt und die Bourgeoisrepublik vertheidigt, während alle übrigen sozialistischen Lokalblätter, so weit sie die schwebende Frage berührt haben, voll und ganz für die Ansicht des „Vorwärts" eingetreten sind.

Wir würden dies hier nicht erwähnen, wenn nicht die „Frankfurter Zeitung" triumphirend den betreffenden Artikel der „Berliner Freien Presse" gegen uns in's Feld geführt und wenn sie nicht in ihrem Artikel geäußert hätte, daß die deutschen Sozialdemokraten die Ansicht des „Vorwärts" nicht theilen würden. Der letzten Aeußerung werden wir zum Schluß noch Erwähnung thun.

In der Frage aber: ob Scheinrepublik — eine Bourgeoisrepublik ist immer eine Scheinrepublik — oder Kaiserthum, geben wir hier dem „Braunschweiger Volksfreund" das Wort, der diese Frage sehr treffend behandelt hat:

„Die meisten Ideenverwirrungen entstehen daraus, daß man die entgegengesetztesten Dinge, welche in einem Punkte etwas Gemeinschaftliches haben, unter einem Namen zusammenfaßt. So nennt man Republik jede Staatsbildung, welche keinen Fürsten hat. Und wenn heute ein Consortium nach Gründermanier den Staat besetzt, die Direktoren ernennt und die Aktionäre (Reichstag, Deputirtenkammer 2c.) als Strohpuppen fungiren läßt, während jene Sippe alle Machtmittel in Händen hat, dann ist es auch eine Republik, für welche sich jedoch kein wirklicher Demokrat begeistern kann, ja der gegenüber er noch der absoluten Monarchie den Vorzug giebt. Nichts ist gefährlicher als die Heuchelei, das heißt die Lüge im Gewande der Wahrheit, die Knechtung unter der Maske der Freiheit.

„Was ist das Gefährlichere, etwa das Walten eines königlichen Polizeipräsidenten oder das eines liberalen Stadtraths, der die Polizeigewalt hat; was ist gefährlicher, die Herrschaft eines vornehmen Büreaukraten, der wenigstens eine Art von point d'honneur hat, oder die jenes unter „liberaler" Maske hinaufgeschwindelten Gesindels, welchem sowohl der innere Halt der Gesinnung, als auch der äußerlich anerzogene der Standesehre fehlt?

„Der Cäsarismus mag die Herrschenden, er mag die Gauner und die Dummköpfe für sich gewinnen, alle schwachen und haltlosen Elemente mag er an sich ziehen, aber er stößt Alles von sich, was Charakter und Freiheitssinn hat. Wie anders aber ist es mit Jenen, welche ein doppeltes Spiel treiben, jene doppelzüngigen Wesen, die weder den Muth haben, für eine Sache voll und ganz einzutreten und doch auch nicht ihren Abfall erklären mögen, die so nach beiden Seiten sich die Möglichkeit ihrer Existenz erhalten, den Mantel nach dem Winde drehen und so manchen ehrlichen Freund der Freiheit betrügen! Das ist die größere Gefahr.

„Die Nasführung durch den Cäsarismus ist die weniger gefährliche. Der Cäsarismus muß wenigstens, um dieses zu thun, einige materielle Vortheile bieten, er muß etwas leisten und dadurch grade erweitert er das Begehren des Volkes; der Liberalismus aber schläfert das Volk ein, er corrumpirt es." —

Das ist deutlich und logisch — und damit wäre auch der dritte Trumpf der Frankfurterin überstochen und sie selbst wäre also — „beet". —

In der theilweisen Wiedergabe unseres Leitartikels hat die „Frankfurter Zeitung" außer dem Schlußsatz, den wir oben erwähnt haben, noch zwei Punkte unerwähnt gelassen, welche für den unbefangenen Beurtheiler von einigem Interesse sein könnten.

Zunächst haben wir ausdrücklich erwähnt, daß wir wohl begreifen können, weshalb die Bourgeois gerade Thiers so sehr lieben — derselbe ist nämlich selbst ein eingefleischter Bourgeois — er war ja bekanntlich unter dem „Bourgeoiskönig" Louis Philipp, der einflußreichste Minister.

Dann aber haben wir ganz besonders betont, daß die vom arbeitenden Volke gewählten Intransigenten durch ihren Pact nichts gewinnen könnten, sie holten nämlich günstigsten Falles für das linke Centrum, für den Henker der Commune Thiers und Genossen, die Kastanien aus dem Feuer, ohne selbst für ihre Partei irgend welchen Vortheil zu erringen — und das nannten wir Volksverrath. Die „Frankfurter Zeitung" gedachte nur des von uns berührten ungünstigen Falles, daß wahrscheinlich die ganze Gesellschaft sich die Finger verbrennen würde.

Also sehen wir, daß in keinem Falle die Intransigenten durch ihre Handlungsweise für ihre Partei etwas erlangen können und da ist und bleibt dieselbe Dummheit oder Volksverrath.

Zum Schlusse ihres Artikels setzt sich nun die „Frankfurter Zeitung" auf das hohe Pferd und trabt siegesgewiß vor das sozialdemokratische Publikum und spricht:

„Wahrscheinlich würden wir die sozialdemokratische Partei in Deutschland verletzen, wenn wir sagen wollten, daß sie insgesammt von der gleichen Meinung wie der Verfasser des besprochenen Leitartikels erfüllt sei. Wir glauben, daß in der Sozialdemokratie doch eine andere Politik Wurzel geschlagen hat, daß man, die revolutionären Ideen weiter bildend, die revolutionären Phrasen verlerne. Wohin würde uns dieses Zelotenthum, dieses wilde Geschrei über Verrath führen, als daß die ehrlichsten Freunde des Volkes, Sieger geworden, ihre Regierung damit begännen, einander selber die Köpfe abzuschlagen? Wir hörten einmal, wie ein Zeitungsverkäufer seine Waare mit den Worten anpries: „Nieder mit den Sozialisten!" Unser Auge war scharf genug, zu erkennen, daß der Colporteur ein sozialdemokratisches Blatt verkaufte und uns „Bourgeois" nur verlocken wollte; wir kauften nicht. „Nieder mit der Republik ruft heute der „Vorwärts". Das kann unmöglich ernst gemeint sein, im schlimmsten Falle ist es eine momentane Verirrung, ein Zornausbruch bei augenblicklich getrübtem Bewußtsein, — so werden seine scharfblickenden Leser urtheilen und die Nummer als ungekauft betrachten."

So schließt unsere Frankfurter „Freundin" ihren Artikel!

Daß wir es sehr ernst gemeint haben mit jenem Artikel: „Nieder mit der Republik!" das wußten unsere aufmerksamen Leser sofort und das brauchen wir jetzt auch der „Frankfurter Zeitung" gewiß nicht mehr ausdrücklich zu versichern; daß von „einer momentanen Verirrung, einem Zornausbruch bei augenblicklich getrübten Bewußtsein" bei uns keine Rede sein kann, das wird jetzt auch die „Frankfurter Zeitung" selbst einsehen — in dieser Ueberzeugung unterlassen wir es, unserer „Freundin" in ihrer Sprache zu antworten.

Daß die „sozialdemokratische Partei nicht insgesammt von der gleichen Meinung, wie der Verfasser des Leitartikels: „Nieder mit der Republik!" erfüllt ist", wissen wir; wir haben den uns eingesandten — sehr geringfügigen — abweichenden Ansichten ja im „Vorwärts" gern Raum gewährt. Unsere Partei hat auch Raum für verschiedene abweichende Ansichten innerhalb der Parteiprinzipien, wir sind Demokraten ohne Gänsefüßchen, aber das erklären wir hiermit der „Frankfurter Zeitung":

In ganz Deutschland giebt es nicht einen Sozialdemokraten, der mit den in ihrem Leitartikel ausgesprochenen Ansichten einverstanden ist; sollten sich Leute finden oder gefunden haben, die es doch sind und sich Sozialdemokraten nennen — nun, so nennen sich dieselben eben nur so, sie sind es aber nicht!

Und wenn es der „Frankfurter Zeitung" gelungen ist, solche Leute uns durch ihren Leitartikel „abzufangen", so gratuliren wir ihr zu diesem Fange recht herzlich; wir können keinerlei Halbheiten in unserer Partei dulden, wir können keine „Demokraten" mit Gänsefüßchen, sondern nur Sozialdemokraten gebrauchen. — — —

Was die „Frankfurter Zeitung" Gutes wirkt in ihrer oppositionellen Stellung, haben wir immer anerkannt und werden es auch fürder thun; auch haben wir ihr in der vorliegenden Frage keine Rathschläge ertheilt oder Vorschriften gemacht, wir hielten ihre Stellung für völlig correct von ihrem Parteistandpunkte aus betrachtet, deshalb aber waren ihre Schulmeisterei, ihr hochfahrendes Wesen und, gelinde ausgedrückt, ihre thränenreichen Ermahnungen an den „verlorenen Sohn" durchaus nicht am Platze — wir kennen unsere Partei besser und wissen auch besser, als die Frankfurterin, was Demokratie ist.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Unsere Rubelpresse hatte über die coloffale Macht des humanen Rußland und die bemitleidenswerthe Hinfälligkeit der barbarischen Türkei so viel und so lange gelogen, daß sie es zuletzt selbst glaubte, und nun, wo das Lügennetz zerrissen ist und harte Realität des vollständigen russischen Fiasko unaufhaltsam hervorbricht, geradezu lächerlich consternirt dasteht. Die beste russische Armee, die kaukasische, 130,000 Mann, zersprengt, ein Drittel getödtet, verwundet, gefangen, kampfunfähig gemacht, der Rest hinter die russischen Festungswälle zurückgejagt — die russische Donau-Armee noch immer festgenagelt an der Donau oder in deren Nähe, unfähig sich rasch vorwärts zu bewegen, miserabel verpflegt, Spitzbuben in der Verwaltung, kaiserliche Prinzen, die nie den geringsten Beweis militärischen Talents gegeben, mit Commandos ausgestattet; und dem gegenüber die durch die Siege in Asien und Montenegro (welch letztere die Rubelpresse hartnäckig in Niederlagen umzulügen sucht) begeisterte türkische Armee, mit dem gewaltigen Festungsviereck Rustschuk-Silistria-Warna-Schumla als Stützpunkt und dem Balkan als zweiter, durch Natur und Kunst fast unüberwindlich gemachten Vertheidigungslinie im Rücken — das ist allerdings für die Russen eine sehr fatale Situation. Verlieren die über die Donau gerückten Armeetheile eine Schlacht, so schweben sie in der größten Gefahr, abgeschnitten und militärisch vernichtet zu werden, während die türkische Armee für den Fall einer Niederlage im Festungsviereck und am Balkan Schutz findet.

Was das Fiasko der Russen um so blamabler macht, ist der notorische Umstand, daß sie seit Jahren sich auf diesen Krieg vorbereitet und sich vor und bei Ausbruch desselben alle möglichen Vortheile gesichert hatten, welche durch gewissenlose Hinterlist, durch Hintansetzung von Treu und Glauben, durch freche Verletzung des Völkerrechts erschlichen werden konnten. Es ist z. B. constatirt, daß sie den Pruth drei Tage vor der Kriegserklärung überschritten und sich in den Besitz militärisch wichtiger Punkte gesetzt haben, während anderseits die Türkei, weil sie barbarisch genug ist, Verträge zu achten, aus Vertragstreue von der durch das militärische Interesse gebotenen Besetzung des linken (rumänischen) Donauufers abstand.

Und doch jetzt in der Sackgasse, so daß ein österreichisches Regierungsblatt schon die Mittel und Wege bespricht, um dem verunglückten Eroberer eine „goldene Brücke" zu bauen.

So weit ist es nun freilich noch nicht. Die Demüthigung Rußlands ist zu tief, sein ganzes Ansehn zu sehr erschüttert, die verhaßte Türkei in zu günstiger Position, als daß Rußland eine Friedensvermittlung annehmen könnte. Es wäre das gleichbedeutend mit der Abdankung als Großmacht.

Aber wie aus der Sackgasse kommen? Das ist die Frage. „Den Balkan durch Serbien hindurch umgehn" das war ein Plan. Flugs ging man ans Werk. Und leise. Denn Oestreich stand auf der Lauer, es hatte kategorisch die Neutralität Serbiens gefordert. Der Brand kam ihm zu nah ans eigene Haus. „Serbien soll neutral bleiben, wir verbürgen es; wir wollen blos durchmarschiren." Das ist die neueste Phase des Plans, der das Eingeständniß Rußlands enthält, daß es sich nicht stark genug fühlt, den türkischen Stier bei den Hörnern zu nehmen. Oestreich soll auch in dieser Form den Plan für „unmöglich" erklärt haben.

Und wenn sich dies bestätigt, was dann? Je nun, dann

muß Rußland sich fügen — es sei denn, daß es die Mobilmachungsordre des preußisch-deutschen Reichs in der Tasche hat. Ohne der Hilfe des deutschen Reiches gewiß zu sein, kann Rußland den Bruch mit Oestreich nicht riskiren. Es müßte sonst gewärtig sein, daß seine Donau-Armee binnen 14 Tagen bis hinter den Pruth zurückgetrieben wäre — wie anno 1854 — ohne daß Oestreich für einen Groschen Pulver zu verbrennen hätte.

Und die deutsche Mobilmachungsordre scheint man nicht in der Tasche zu haben. Die russische Regierungspresse schlägt nämlich seit einigen Tagen einen wunderbar bescheidenen Ton an, und es ist sogar das in der Geschichte wohl ohne Beispiel dastehende Kuriosum passirt, daß das Manifest, welches „Väterchen" bei seinem „Triumpheinzug" in Bulgarien veröffentlichte, und welches in Wien — weil die raublustigen Krallen zu deutlich herausschauten — arg verschnupft hat, von den amtlichen Blättern für „falsch aufgefaßt, falsch wiedergegeben" u. s. w. erklärt worden ist, mit anderen Worten, daß der Kaiser von seiner eigenen Regierung hat desavouirt werden müssen.

Väterchen „Alexander" wird wohl manchmal an die letzten Lebenstage des „Väterchens" Nicolaus denken.

Wird zu den Niederlagen nach Außen die Revolution im Innern hinzukommen? Hat das russische Volk Freiheitssinn und Kraft genug, um den Bankrout der Regierungspolitik in seinem, des Volks Interesse auszunützen?

Nicht bloß die russische Regierung steht jetzt auf der Probe, auch das russische Volk — wenn es eins giebt.

— Wir erhalten aus Nürnberg folgende Zuschrift:

Unter der Rubrik „Deutsche Gefängnisse — deutsche Cultur" bringen Sie in Ihrer Nummer 79 vom 8. Juli eine Schilderung der verschiedenen „Liebenswürdigkeiten", welche verurtheilte Sozialisten namentlich in Preußen durchzumachen haben. Sie bemerken dazu, daß „nicht in allen Ländern Deutschlands" die Behandlung der politischen Gefangenen eine so — stramme sei, wie in Preußen. Es ist möglich, daß die Behandlungsweise nicht gerade allenthalben im Reich eine — „preußische" ist, jedenfalls aber steht die zweite deutsche „Großmacht", das Königreich Bayern, das so berühmte „Fortschrittsgrößen" wie Herz, Erhard, Frankenburger u. s. w. in den „Reichstag" schickt, nicht im mindesten hinter der preußischen Fuchtel zurück. Einen Unterschied zwischen politischen und gemeinen „Verbrechern" giebt es in Bayern nicht, namentlich hört die „Gemüthlichkeit" auf, sobald eine Strafe sich über drei Monate erstreckt. Bis zu drei Monaten kann man in den Bezirksgerichtsgefängnissen, den sogenannten Frohnfesten, brummen, und da giebt es, wenn man es mit einem einsichtigen, humanen Bezirksgerichtsdirektor zu thun hat, hier und da Selbstbeköstigung, Bier, Cigarren und Beschäftigung nach persönlicher Wahl des Inhaftirten; wenn's aber einmal über diesen Zeitraum hinübergeht, dann ist der „gemeine Züchtling" fertig. Dann heißt es entweder: nach „bayerisch Plötzensee", dem Nürnberger Zellengefängniß, oder nach den Strafanstalten Amberg, Laufen ꝛc. Parteigenosse Wörlein, Schriftsetzer, welcher wegen „Gotteslästerung" und „Majestätsbeleidigung" seinerzeit 3½ Monate in Amberg sitzen mußte, hatte Betttücher und Frauenröcke zu nähen, wurde von den Schließern mit „Du" angesprochen, hatte den berühmten wohlriechenden, hölzernen „Daniel" in der Zelle, bekam kein Bier, keine Extrakost u. s. w., kurzum wurde behandelt wie der gewöhnliche Verbrecher. Ueberhaupt existirt ja in Bayern zwischen der Behandlung in den Strafanstalten und den Zuchthäusern ein wirklicher Unterschied nicht. Genosse Baumann, der von dem mittelfränkischen Schwurgericht (!) wegen einer „Majestätsbeleidigung" — welche nicht einmal der königliche Untersuchungsrichter hatte finden können, so daß derselbe die Verweisung vor's Schwurgericht abgelehnt hatte — zu 4¾ Monat „begnadet" wurde, sitzt im Nürnberger Zellengefängniß. Baumann, früher Schneider, seit verschiedenen Jahren aber in der Redaktion und Expedition des „Nürnberg-Fürther Social-Demokrat" thätig, muß dortselbst Westen machen, trägt die grobe, graue Zuchthausuniform mit dem „Orden (der Nummer) auf der Brust und der Maskenkappe, und erhielt theilweise Krankenkost, nur auf Anordnung des Arztes. Das Lesen des lokalen Parteiorgans wird ihm verweigert, dagegen ist ihm die „Berliner Freie Presse" gestattet. Bier giebt's keinen Tropfen, Rauchen ist nicht einmal den Aufsehern, viel weniger den Gefangenen gestattet, Besuch darf er nur alle vier Wochen von seinen nächsten Angehöriger und höchstens Geschäftsfreunden auf etwa eine halbe Stunde annehmen. — Es ist zu bemerken, daß die Festungshaft durch Einführung der Reichsgesetze in Bayern nicht aufgehoben wurde, daß dieselbe aber gegen Sozialisten nie ausgesprochen wird, höchstens gegen einen renitenten Pfaffen, wie z. B. gegen Dr. Rittler. — Vielleicht interessirt es die Parteigenossen auch, zu erfahren, daß gegen die jetzige Redaktion des hiesigen Parteiblattes nicht weniger als fünf Stromer- und Magistratsbeleidigungs-Prozesse anhängig sind, meist wegen Bekämpfung der die Stadt „beglückenden" Stromer'schen („fortschrittlichen") Finanzwirthschaft. Die Schwurgerichtsverhandlung, zu der es wohl kommen wird, verspricht hochinteressant zu werden und dürfte unserem Freund Stromer mehr schaden als uns.

— Zur Lage der Arbeiter, der ländlichen sowohl, wie der städtischen und hauptstädtischen Bevölkerung, liefern die amtlichen statistischen Tabellen des Reichsgesundheitsamtes ꝛc. recht schätzenswerthe Beiträge. Da dieselben aber die Ergebnisse nicht der Art gruppiren, daß sie leicht für Jedermann verständlich sind, so wollen wir im allgemeinen Interesse aus diesem amtlich-statistischen Material ein allgemein erklärliches Bild zu entwerfen suchen. Da die hauptstädtische Bevölkerung die größte Beobachtungsgruppe bildet, so nehmen wir zuerst diese Tabellen, obwohl die ländliche und provinzialstädtische Arbeiterbevölkerung besonders in den östlichen Provinzen des Reiches seit den drei letzten großen Kriegen, zu denen sie das größte Contingent gestellt hat, noch schlechter daran ist. Zunächst ist es bemerkenswerth, daß nach den amtlichen Berichten des Magistrats der deutschen Reichshauptstadt die Zahl der Armen mit dem Zunehmen der Großstadt seit 1866 prozentabel nicht größer geworden sei, wogegen nach den amtlichen statistischen Ergebnissen der Kreis der armenärztlichen Praxis immer größer wird und polypenartig seine Radien schon bis in die besseren Schichten der Gesellschaft erstreckt und 1876 von den 29,272 in der Hauptstadt zu Grabe Getragenen 8351, also 35,12 Proz., der armenärztlichen Praxis anheimgefallen. Das zunehmende Siechthum in den Bevölkerungsgruppen, welche die armenärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, macht sich namentlich durch die verminderte Heilung der Hauskranken bemerkbar. Im Laufe des Jahres 1876 konnten nur 70,7 Prozent Hauskranke, dagegen 1875 — 75,87; 1872 — 76,41; 1871 — 77,44 und 1869 sogar 78,82 Prozent als geheilt entlassen werden. — Das Beziehen der vielen neuen Häuser, das enge Zusammenwohnen, der öftere Mangel an Reinlichkeit, die schlechte Luft, der Mangel an kräftiger, genügender Nahrung, der Jahreszeit angemessener Kleidung, u. s. w. — wegen Erwerbs- und Verdienstlosigkeit — erschweren die Heilung des in seiner Wohnung erkrankten Ernährers, der Mutter und Wöchnerin mit ihrem Säuglinge nicht allein, sondern machen auch die Aufnahme in eine Krankenanstalt erforderlich. Die wirthschaftliche Lage kennzeichnet sich aber besonders darin, daß die Aufnahme von 5447 Personen „wegen gänzlichen Mangels an Pflege" ärztlich für nöthig erachtet wurde und amtlich erfolgte. Dem Prozentsatze nach belief sich die Zahl derartiger Einlieferungen pro 1876 auf 19,40; 1875 wurden nur 12,30, 1874 — 10,61, 1872 — 11,79, 1871 — 9,58 und 1869, in dem dritten Nothjahre der Krisis nach dem Kriege von 1866 sogar nur 8,45 Prozent aller Erkrankten im Bereiche der Armenkrankenpflege den Spitälern oder Krankenanstalten überwiesen, so daß die Zahl in dem kurzen Zeitraume von sieben Jahren um rund 11 Prozent gestiegen ist und wirthschaftlich einen schreckenerregenden Rückgang der Wohlhabenheitsverhältnisse constatirt. In welch körperlichem Zustande diese in den Pflegeanstalten Eingelieferten hier anlangten, ergiebt die große Anzahl der dem Tode in die Arme Gesunkenen, 1028, — also ein Fünftel (19,01 Prozent) aller Eingelieferten. Diese Zahl spricht schon deutlicher, als es Worte vermögen. Wir fügen indeß noch hinzu, daß die Sterblichkeit im Bereiche der armenärztlichen Praxis von 1866, wo sie sich auf 5,1 Proz. bezifferte, bis 1876, wo sie 6,80 Proz. beträgt, in dem Zeitraum der großstädtischen Entwicklung, um 1,79 Prozent gestiegen ist. Daß gegen diese Kalamität die „Gewaltigen" der Fortschrittspartei und der Liberalen, obwohl sie die gesetzgebende Majorität sind, nicht schon früher durch die Beantragung öffentlicher, nöthiger Bauten, Flußregulirungen (Nogat), Erdarbeiten (Caub) u. s. w. etwas gethau, wäre komisch zu nennen, wenn es nicht die Verarmung der Arbeiterbevölkerung und des Kleingewerbes ꝛc. beträfe. Die auf Kosten der Commune oder der Privatwohlthätigkeit errichteten theuren Kranken- und Pflegeanstalten können dafür nicht gelten, — weil sie Endpunkte der Noth sind. Die Wurzel des Uebels liegt in der Erwerbslosigkeit, — deshalb muß Arbeit geschafft werden, und dies kann dauernd nur in einer Gesellschaft geschehen, wo die Organisation der Arbeit das erste Prinzip ist.

F. K.

— Großer Heldenmuth! Viel Spektakel machten die liberalen Zeitungen davon, daß für die Jacobikirche zu Berlin kürzlich ein freisinniger Prediger gewählt wurde, ein gewisser Lic. Hoßbach. Die Orthodoxen waren ärgerlich und hoffen, daß eine Bestätigung nicht erfolge. Ehe der Neuerwählte aber seine Annahme erklären kann, muß er seine gegenwärtige Stelle kündigen. Der Sperling in der Hand ist aber unserem braven freisinnigen Herrn Hoßbach lieber, als die Taube auf dem Dache, deshalb kündigt er nicht und „vergißt" völlig die Erklärung in Bezug der Annahme der neuen Stelle, so daß eine Neuwahl erfolgen muß. Wird dann wieder ein liberaler Pastor gewählt, so nimmt er aus Angst, seine seitherige Stellung zu verlieren, auch nicht an und die Orthodoxie muß endlich siegen. — Diese ganze Handlungsweise ist so überaus bezeichnend für den Liberalismus, daß wir ihr hier Erwähnung thun — überall, wo er im Kampfe sich befindet, parirt der Liberalismus, die Fortschrittler natürlich gleichfalls, die Hiebe mit dem H.....

Wir hatten der „Magdeb. Ztg." die Nachricht entnommen, daß Herr Hoßbach seine Annahme nicht erklärt habe — jetzt sagt die „Vossische Ztg.", er habe schon längst angenommen. Warten wir die Bestätigung der letztern Nachricht ab.

— Kreisrichter Dr. Kolkmann in Löbau, in welchem die Justizbehörde den Nicolaus Planenberg vermuthet, der ein so schneidiges Urtheil über den preußischen Richterstand gefällt hat und der deshalb in der Zeugnißzwang-Affaire Strzeczek viel genannt wurde, ist nach Rosenberg „strafversetzt" worden. Man glaubte zuerst auf die Vermuthung hin, daß er der pseudonyme Nicolaus Planenberg sei. Doch der Grund ist ein anderer, für unsere Kulturkämpferepoche viel interessanterer. Dr. Kolkmann, ein geborener Katholik, hatte schon weit früher, als es offiziell geschah, die Jesuiten bekämpft und verschiedene Broschüren gegen Mönche, Jesuiten, Pfaffen und allerlei Duckmäuser geschrieben. Er wurde auch angeklagt, jedoch in allen Instanzen freigesprochen. Nun aber ist er im Disziplinarwege bestraft, weil er sich wegen Verspottung des Mönchs- und Ordenswesens u. s. w. durch seine außeramtliche Schriftstellerei „der Achtung, des Ansehens und Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt habe." — Es lebe der Kulturkampf!

— Pfiffig. In gegnerischen Blättern — vielleicht ist's Böhmert'scher Waschzettel — wird „darauf aufmerksam gemacht", daß die gewerkschaftliche, auf Verbesserung der wirthschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter gerichtete Bewegung der Sozialisten keineswegs in steter Fortentwicklung begriffen sei. Diese zeige vielmehr einen Rückgang, was daher komme, daß die Sozialisten auf die Verbesserung der wirthschaftlichen Verhältnisse des Lohnarbeiterstandes keinen großen Werth legen, vielmehr die ganze Kraft ihrer Agitation auf die Erlangung der politischen Herrschaft lenken. Damit allein sei aber den Arbeitern nicht gedient" u. s. w. Als Schluß natürlich eine Reklame für den verdunkerten Max Hirsch. Zwei Fragen an den Pfiffikus, der das geschrieben: Ist die politische Bewegung der Sozialisten nicht auf die Verbesserung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiter gerichtet? Und: Hat er nicht einmal irgendwo läuten hören, daß seit vier Jahren so etwas wie Krisis obwaltet? Wir haben keine Statistik der deutschen Gewerkschaften zur Hand, zweifeln aber nicht, daß die sogenannten „sozialistischen" Gewerkschaften unter der herrschenden „wirthschaftlichen Kalamität", die wir der heutigen Muster-Gesellschaftsordnung verdanken, ebensogut gelitten haben, wie die englischen Trades-Unions, die bestorganisirten Gewerkschaften der Welt — und wahrscheinlich weniger als deren von „unserm" Max verfertigter Miniaturabklatsch.

— Der namenlose S—, welcher von Chemnitz aus das „Leipziger Tageblatt" bedient, schreibt über die Verurtheilung Vahlteich's: „Die Bestätigung des Mittweidaer Urtheils gegen Vahlteich, welche in der „Chemnitzer Freien Presse" und sogar in einem hiesigen liberalen Blatte zu einer Bedeutung aufgebauscht worden ist, die der Sache durchaus nicht innewohnt, hat in hiesigen wohlgesinnten (à la S—) und die Ordnung (à la S—) liebenden Kreisen durchaus kein Staunen, sondern eher eine gewisse Befriedigung erregt, da einem Agitator der Umsturzpartei die Gelegenheit genommen wird, 1½ Jahre lang weiter zu wühlen, und das Volk eine Zeitlang nicht durch die von demselben angewendeten gefährlichen, die große Masse bestechenden Redensarten aufgehetzt wird. Es heißt die Lage der Parteien in Chemnitz ganz und gar verkennen, wenn von hier aus in auswärtigen Blättern liberaler Richtung die Sozialdemokraten gewissermaßen unterstützt werden, die dann ihre wohlverdienten, durch nichts als Schimpfereien größten Kalibers verschuldeten Strafen nur noch mit größerer Ostentation und Trauerrändern der Welt verkünden." — So der namenlose und doch bekannte Chemnitzer „Tageblatts"-S—. Die richtige Bezeichnung für dieses Individuum, dessen „wohlgesinnte Kreise" und das Blatt, welches sich dazu hergegeben hat, ihm als Ablagerungsstätte zu dienen — wird jeder unserer Leser selbst finden.

— Ein entsetzliches Unglück (erschrick nicht lieber Leser), welches das größte Gemeinwesen der Welt (also natürlich das grrrroße deutsche Reich, meint Fritzchen Dernburg von der Berliner Nationalmuhme) unfehlbar aus der Reihe der „Großstaaten" weggeblasen hätte, wäre neulich beinahe (du wirst dich wieder erholt haben, lieber Leser) in Washington, der Hauptstadt der Vereinigten Staaten passirt. Nachdem nämlich in dem amerikanischen Congreß wiederholt die Ansicht ausgesprochen worden war, daß die Vereinigten Staaten gar kein — (Fritzchen

Proletarierleben.

Unserm Leipziger Lokalblatt, der „Fackel", wird folgendes von einem Arbeiter geschrieben:

„Am 26. Oktober 1876 wurde ich infolge des traurigen Geschäftsganges in Heidelberg arbeitslos und wandte mich mit den wenigen erübrigten Reisemitteln zu Fuß über Straßburg nach der Schweiz, ohne indeß Arbeit zu bekommen. Als das Wenige erschöpft war, mußte ich mich wohl oder übel auf's „Fechten" verlegen, oder, wie dies das „Leipziger Tageblatt" nennen würde: ich war gezwungen, mich als „arbeitsscheuer Mensch" und „Vagabund" „herumzutreiben". Als solcher wurde ich, als ich am 6. November zu Staufen bei Freiburg in Baden, von Hunger, Kälte und anderen Entbehrungen getrieben, die Mildthätigkeit Anderer in Anspruch nehmen mußte, bei einem Teller wärmender Suppe unliebsam durch ein „Sicherheitsorgan" gestört. Die Folge davon war, daß ich, obwohl bis dahin „unbescholten und unbestraft", zu sechs Tagen Haft verdonnert wurde. Nach meiner Entlassung mußte ich, mittellos wie vorher, wieder zu dem traurigen Mittel greifen, welches die Veranlassung zu meiner Verhaftung abgegen hatte. Nach ungefähr 6 Wochen war ich so glücklich, bei einem Apotheker in Göppingen (Württemberg) 1½ Tag Gartenarbeit verrichten zu dürfen. Ich konnte mir für den Lohn wenigstens ein Hemd kaufen. — Der Winter war vor der Thür, und es war mir nicht möglich, in meinem Geschäfte (der Schreiber Dieses ist Tapezierer) oder sonstwie Arbeit zu erhalten.

„Bis jetzt war ich ganz Oberbayern durchreist und kam den Weihnachtsabend gegen 8 Uhr mit 3 Pfennig Reichswährung in der Tasche in Bogen an der Donau an. An diesem Tage, wo sich doch fast jeder Mensch freut, mußte ich mir in beständigem Schneewetter erst die nöthigen Finanzen zum Schlafen erfechten. Nunmehr reiste ich nach Nürnberg, ging dort nach dem Arbeitsnachweisbureau und erhielt die Antwort, daß ich mir selbst Arbeit suchen müsse, da meine Meisterschaft nicht dabei betheiligt sei. Daraufhin schaute ich nach Arbeit um, wurde aber gleich beim ersten Meister von zwei Dienern der Gerechtigkeit in Empfang genommen, nach Legitimation und Reisegeld gefragt, und da an letzteres bei mir nicht zu denken war, „wegen verbotenen Umschauens nach Arbeit" arretirt. Nach längerem Warten erhielt ich von der Behörde eine Legitimationskarte, um Arbeit suchen zu können; es wurde mir aber zugleich bedeutet, falls ich keine Arbeit fände, Nürnberg binnen drei Tagen zu verlassen. Ich bekam keine Beschäftigung und ging nach Fürth. Hier machte man mir aber auch begreiflich, daß das Hungern für mich besser wäre, als die Güte anderer Leute in Anspruch zu nehmen, denn ich wurde genöthigt, wegen Bettelns 24 Stunden im Arresthause zu verweilen. Während dieser Zeit gab's blos einmal zu essen, und verließ ich das Gefängniß hungriger, als ich gekommen war.

„Ueber Coburg, Chemnitz kam ich den 19. Februar Abends nach Dessau. Ueberall bekam ich keine Arbeit, aber auch kein Geschenk, weder von den Meistern, noch von den Collegen. Den nächsten Morgen mußte ich wieder sehen, wo ich das Geld für verflossene Nacht herbekam, um wenigstens mein Handwerkszeug nicht im Stiche zu lassen. Kaum war ich jedoch ausgegangen, so vertrat mir auch schon wieder ein die „öffentliche Sicherheit Ueberwachender" den Weg, und brachte mich derselbe sehr zuvorkommend in's Arresthaus. Am dritten Tage meiner Haft kam ich pünktlich zur Verhandlung. Nachdem ich ein ziemlich umfangreiches Protokoll unterschrieben hatte, mußte ich mit Staunen hören, daß ich wegen „Fluchtverdachts" so lange in Untersuchungshaft behalten würde, bis meine Persönlichkeit festgestellt sei. Dies erforderte aber blos zehn Tage (es wurde in meiner Heimat nachgeforscht, ob meine Legitimationspapiere richtig seien!) und am dreizehnten wurde mir das „Urtheil" verlesen.

Es lautete: „Wegen Bettelns, Landstreicherei und Vagabondirens vierzehn Tage Haft." Ich konnte es noch für ein Glück ansehen, daß ich nicht, wie so viele meiner Leidensgefährten, nach Coswig auf das Arbeitshaus kam. — Am 6. März Mittags 1 Uhr wurde ich, ohne ein ordentliches Hemd auf dem Leibe und ohne alle Subsistenzmittel, entlassen, — ich besaß also wieder die Freiheit, d. h. die Freiheit, von der Luft zu leben. Ueber Wittenberg führte mich mein Weg nach der Intelligenzstadt Leipzig, und hier war mir das Glück günstig; nach 4¾monatlicher Arbeitslosigkeit fand ich wieder Arbeit. — Am 14. März angekommen, meldete ich mich sofort mit meinem Geburtsschein, den ich mir auf der Reise hatte nachschicken lassen, zur Stammrolle an. Bei dieser Gelegenheit wurde mir gesagt, daß ich wegen verspäteter Anmeldung 1 Mark Strafe zu zahlen hätte, worüber ich noch die nöthige Verfügung zugeschickt bekommen sollte. Dieselbe traf denn auch den Tag nach meiner Stellung früh ½7 Uhr ein. Nach § 23, 10 der allgemeinen Wehrordnung und auf Antrag des Herrn Civilvorsitzenden der königlichen Ersatzcommission Leipzig, Stadt, wurde ich von Rechtswegen zu drei Mark Strafe verurtheilt. Im Nichtzahlungsfalle hatte ich zu gewärtigen, daß solche executivisch eingebracht, im Falle der Uneinbringlichkeit die Geldstrafe in Haft verwandelt würde. — Auf der Reise sehr zurückgekommen, war es mir eine Unmöglichkeit, sogleich zu bezahlen, was ich auch den Herren auf dem Quartieramte vorstellte. Ich wollte die Strafe in Raten abzahlen, aber mit so einer geringfügigen Sache befaßten sich die Herren nicht, — kraft richterlichen Urtheils war ich denn zum vierten Male durch die Noth gezwungen, in's Gefängniß zu wandern.

Man sieht aus diesem Beispiele deutlich, wie ein ordentlicher und ehrlicher Mensch zum Vagabunden gemacht wird.

E. Th."

Der Brief trägt offenbar den Stempel der Wahrheit an sich. Wir fragen nun unsere deutschen „Ordnungsmänner", wie sie mit solchen „Zuständen der Ordnung", wie die hier geschil-

Dernburg, nimm ein Fläschchen mit Salmiakgeist zur Hand) gar kein — stehendes Heer brauchten, daß auch in den Grenzdistrikten die Bürgermiliz vollständig genügte, kam die Frage in dem neuen amerikanischen Kabinet zur Sprache, und — es ist unerhört, aber leider wahr! — mehrere Minister stimmten für (Fritzchen Dernburg, rasch die Nase ans Fläschchen!) Abschaffung des stehenden Heers, und um Ein Haar wäre der hoch- und landesverrätherische Antrag im Ministerrath durchgegangen. Blos durch eine oder zwei Stimmen Majorität wurde „das einzig wahre und sichere Staatsfundament" gerettet. Aber ach! es ist nur eine Galgenfrist, und wer weiß, wenn dieses selbstmörderische Attentat wiederholt wird, und zwar mit besserem Erfolg. (Gott sei Dank, seufzt Fritzchen Dernburg, der sich inzwischen von seinem Ohnmachtsanfall erholt hat, Gott sei Dank, wir im strammen Kasernenland sind doch bessere Menschen, als die Barbaren dort drüben im „Freiheitsstall, bewohnt von „Gleichheitseseln"!)

— Auf dem asiatischen Kriegsschauplatz wird es eine Zeit lang still sein, da die Niederlage der Russen eine so gründliche ist, daß sie einiger Zeit bedürfen, ehe sie die Operationen wieder aufnehmen können; und auf dem europäischen Kriegsschauplatz ist nun auch eine, freilich kürzere, Pause eingetreten. Diese momentane Stille wird von der Rubelpresse dazu benutzt, den Eindruck des russischen Fiaskos durch unverschämteste Lügen womöglich etwas zu verwischen. Ein geschlagener russischer General läuft an einer türlischen Festung (Bajazid) vorbei und entgeht mit knapper Noth der Gefangenschaft: großer russischer Sieg! ein russischer Söldner mit ein paar „Insurgenten" überfällt in der Herzegowina einen türkischen Soldaten — großer Sieg über die Türken; Suleiman Pascha, der nach dem Zeugniß aller Militärs in dem Feldzug gegen Montenegro wahrhaft Glänzendes geleistet hat, marschirt, nachdem er seine Aufgabe erfüllt und das montenegrinische Raubnest nicht „besiegt", sondern zermalmt hat, den Russen entgegen, das heißt dahin, wo sein Platz ist — großer Triumph der „unüberwindlichen Söhne der Schwarzen Berge"; die türkische Armee ist so geschwächt, daß sie freiwillig abziehen und den montenegrinischen „Siegern" das Feld überlassen muß. So wird gelogen, und so wird (für gutes Geld) weiter gelogen werden, bis die Thatsachen wieder reden. Also sehe man sich die „russischen Siege", die jetzt wie die Brombeeren wachsen werden, genau an.

— Abdul Kerim Pascha, Cunctator (d. h. Zauderer), macht seinem Namen alle Ehre, ohne aber, wie der alte Fabius Cunctator, seinem Lande Ehre zu machen. Daß er die Russen ohne besondern Widerstand über die Donau gelassen hat, wollen wir entschuldigen, weil er die ganze Donaulänge nicht besetzen konnte, ohne seine Kräfte zu zersplittern; auch hieß es immer, die Russen seien wie in einem Sacke gefangen: auf der linken Seite das Festungsviereck, auf der rechten Serbien und ein Theil des Balkans und vor sich das hohe Balkangebirge — ohne eine siegreiche Schlacht, welche aber die Türken schlagen konnten an günstigster Stelle, konnten die Russen sich nicht entwickeln und würden, wenn sie noch lange so „angenagelt" geblieben wären, durch Mangel an Lebensmitteln gezwungen worden sein, den Rückzug über die Donau anzutreten — ohne Schwertschlag. Da plötzlich ertönt die Kunde, daß 18 russische Bataillone in der Nacht vom 13. zum 14. Juli die Schipkapässe des Balkan ohne Schuß passirt hätten und somit der Sack geöffnet wäre. Beruht diese Kunde auf Wahrheit, so ist Abdul Kerim Pascha nicht mehr ein Zauderer, sondern ein Verräther oder ein Esel. — Der Fall von Nikopolis, der gleichfalls gemeldet wird, war vorauszusehen und hat geringere Bedeutung — die Besatzung hat sich löwenmuthig geschlagen und ist dann abgezogen.

— Eine „Berichtigung". In Nr. 73 des „Vorwärts" brachten wir unter: Frankfurt a. M. folgende Notiz:

„Das hiesige Appellationsgericht hat in der im „Vorwärts" bereits erwähnten Privatklage des Schriftstellers Mehring in Berlin wider den Herausgeber der „Frankfurter Zeitung", Sonnemann, wegen der Bezichtigung, daß der Letztere dem Ersteren Verleumdung und Erpressungsversuch vorgeworfen habe, unter theilweiser Abänderung der Motive, die in der ersten Instanz ausgesprochene Freisprechung Sonnemann's bestätigt. Die seitens Mehring's beantragte Wiederaufnahme des Beweisverfahrens wurde abgelehnt und Mehring in die Kosten verurtheilt."

Diese Notiz gab Herrn Mehring Anlaß, auf Grund des § 11 des Preßgesetzes die Aufnahme einer „Berichtigung" zu verlangen, in welcher er es für „unwahr" erklärt, daß das Herrn Sonnemann freisprechende Erkenntniß der ersten Instanz von dem Appellationsgericht bestätigt worden sei. Die Veröffentlichung der „Berichtigung" wurde von uns im Briefkasten der Nr. 81 mit folgenden Worten abgelehnt:

„Herrn Franz Mehring in Berlin. Wir werden Ihre „Berichtigung" in Bezug auf Ihren Prozeß contra Sonnemann nicht aufnehmen, weil wir das, was Sie angeblich berichtigen, gar nicht geschrieben haben — es steht nicht im „Vorwärts", daß das Apellationsgericht zu F. „das freisprechende Erkenntniß erster Instanz bestätigt habe", wohl aber, daß die Freisprechung Sonnemann's unter theilweiser Abänderung der Motive bestätigt worden sei. — Im Uebrigen halten wir es dem „guten Tone" entsprechend, daß man „Berichtigungen" an Redaktionen mindestens auf ein „anständiges" Blatt Papier — nicht auf ein schmutziges — schreibt."

Flugs sandte uns Herr Mehring eine zweite „Berichtigung" zu, der wir hier Raum gewähren wollen. Herr Mehring „berichtigt" also:

„Auf Grund von § 11 des Preßgesetzes verlange ich die Aufnahme der thatsächlichen Berichtigung, daß die in Nr. 73 des „Vorwärts" gebrachte und in Nr. 81 desselben Blatts wiederholte Behauptung, daß das Apellationsgericht zu Frankfurt a. M. in meinem Prozesse gegen Sonnemann die in erster Instanz ausgesprochene Freisprechung des Beklagten bestätigt habe, unwahr ist.

Berlin, 13. Juli 77. Franz Mehring."

Weß Geistes Kind diese „Berichtigung" aber ist, das mögen unsre Leser aus den folgenden Zeilen ersehen, die wir einem Schreiben, welches der mitbetheiligte Herr Sonnemann auf unsere Anfrage an uns richtete, entnehmen:

„Das Appellationsgericht erklärte, daß ich aus dem von Mehring an die Redaktion gerichteten Briefe Grund gehabt hätte anzunehmen, daß ein Erpressungsversuch beabsichtigt sei. Das Wort notorischer Verleumder bezeichnete das Gericht dagegen als eine einfache Beleidigung, welche durch die Beleidigungen Mehring's hinreichend compensirt sei. Das Urtheil sagt, demnach sei ich straffrei und verurtheilte Mehring in die Kosten."

Hoffentlich werden unsre Leser die „Berichtigung" des Herrn Mehring jetzt voll und ganz zu würdigen wissen.

---

derten, zufrieden sind. Könnte der „brave Ordnungsmann" Victor Böhmert in Dresden darauf vielleicht Antwort ertheilen?

— „Sicherheits-Couverts". Etwas für Hrn. Stephan. Wir lesen in den Zeitungen: „Kürzlich ist in New-York eine Erfindung gemacht worden, welche gegen das Oeffnen von Briefen auf der Post gerichtet ist. Man verkauft nämlich sogenannte „Sicherheits-Couverts" (Safety Envelopes), welche auf den einzelnen Theilen der Rückseite, mit Chemikalien bedruckt, die Worte enthalten: „Attempt to open" (Versucht zu öffnen). Die Chemikalien werden für den Druck in zwei Abtheilungen angewendet. Zuerst erfolgt der Druck mit Galläpfeln, dann mit grünem Vitriol. Aber dieser Druck ist unsichtbar und erst wenn man versucht, das Couvert mittelst Dampf oder irgend einer Anfeuchtung zu öffnen, dann wird der magische Druck sichtbar und der Versuch des Oeffnens ist verrathen."

Vielleicht führt Herr Stephan, dem ja die Heiligkeit des Briefgeheimnisses so sehr am Herzen liegt, diese Briefcouverts in Deutschland ein. Freilich die ehrsame Zunft der Herren Poststieber würde sich darüber nicht sonderlich grämen, denn die Briefe, deren Eröffnung verrätherische Spuren hinterlassen hat, kann man ja einfach — verloren gehen lassen.

— Heiter. In der „Nationalzeitung" vom 11. d. Mts. findet sich über den „Culturkampf in Rußland" ein Artikel, welcher die abscheulichen Verfolgungen aller nicht orthodoxen russischen Unterthanen bitterlich beklagt (daß diese brutalen Verfolgungen als „Culturkampf" bezeichnet werden, ist eine sehr unfreiwillige Reichsfeindlichkeit) und schließlich, angesichts der Befreiungsmission, die Rußland jetzt im Orient übernommen, „Glaubens- und Gewissensfreiheit in Rußland" erfleht. Fritz Dernburg als Marquis Posa vor den Veranstaltern der polnischen Blutorgien, der Bombardirung von Hospitälern, der Einäscherung friedlicher Städte, der Niedermetzelung von Gefangenen und unbewaffneten Bürgern, der Schändung von Weibern, der Kriegführung à la Thomas. Wahrlich ein Schauspiel für Götter!

Correspondenzen.

Mainz, 8. Juli. Heute haben wir hier unseren Oberbürgermeister Karl Wallau zu Grabe geleitet. Karl Wallau war als Buchdrucker 1846 in London Arbeitervereins-Mitglied, seit 1847 war er Präsident des Brüsseler sozialistischen Arbeitervereins und Mitglied des communistischen Bundes; thätig war er als solches bis Mitte 1848; dann trieb es ihm nach rechts, bis er durch Gunst und Glück es dahin gebracht, als reicher Mann zum Oberbürgermeister ernannt zu werden.

Bruchsal, 11. Juli. Endlich haben wir es zu Stande gebracht, daß auch am hiesigen Orte eine sozialistische Versammlung stattfinden konnte. Schon zweimal wurden Versuche gemacht, eine solche zu Stande zu bringen, beidemal jedoch ohne Erfolg, da jedesmal nach stattgehabter Versammlungsanzeige der Lokalbesitzer so stark beeinflußt wurde, daß er nachträglich seine Zusage zurückzog. Diesmal jedoch gelang es einigen Parteimitgliedern, das Vorurtheil zu brechen und den Wirth zur Ueberlassung des Lokals zu bestimmen, und so referirte am Montag Herr Dreesbach über „die Bestrebungen der Sozialdemokratie" und erledigte sein Thema so meisterhaft, daß die auch seitens der Bourgeoisie überaus zahlreich besuchte „Arbeiterversammlung" (das geräumige Lokal war gepfropft voll und noch von Hunderten umlagert) ihm die Anerkennung nicht versagen konnte, wie nämlich die neue „Bruchsaler Zeitung" schreibt. Die „Krvichgauer Zeitung", welche im Beschimpfen und Verleumden der Sozialdemokratie schon so Erkleckliches geleistet, zog es vor, über diese Versammlung — beschämt? — zu schweigen. Schließlich fanden mehrere Aufnahmen in die neugegründete Mitgliedschaft statt. Hoffen wir, daß bald mehrere Versammlungen folgen werden, damit auch hier sich die Sozialdemokratie mehr und mehr Bahn bricht.

l. **Frankfurt a. M.**, 15. Juli. (Die „Demokratie", wie sie scheint und wie sie ist.) Ein jeder ABC-Schütze des Sozialismus wird uns, wenn wir ihm die Frage vorlegen: durch was unterscheidet sich der Sozialismus von der bürgerlichen Demokratie? antworten: Das Streben der Demokratie gipfelt in einer Republik mit möglichst freier politischer Staatseinrichtung, während die Sozialdemokratie „die politische Freiheit ohne soziale Gleichheit für ein Ding der Unmöglichkeit hält"! — Es ist nun einmal eine nicht abzuleugnende Thatsache, daß Derjenige, welcher seine traurige soziale Lage begriffen hat, das Streben nach Vervollkommnung des Wissens für seine erste Pflicht hält. Dieses Streben lehrt ihn logisch denken und urtheilen über gesellschaftliche Organismen, welche er vielleicht früher für ein feststehendes Naturgesetz gehalten haben mag. — In meiner Unterscheidung zwischen Demokratie und Sozialdemokratie sollte aber ein Zwischenfall mich in einigen Zweifel bringen. Die Wogen vor der Wahl am 10. Januar 1877 schlugen hoch. Wie ja bekannt sein dürfte, hatten wir hier in Frankfurt bei der Wahlcampagne ein kunstgerechtes politisches Quartett. Nationalliberale, Fortschrittler, Demokraten, Sozialisten und zum Ueberfluß auch Ultramontane rüsteten sich, Heerschau zu halten. Schon glaubte man allgemein, der Nationalliberalismus würde mit dem Fortschritt Arm in Arm vereint sein Jahrhundert in die Schranken rufen, da hatte eines schönen Tages der gemeinschaftlich aufgestellte Candidat das Malheur, sich zu der Abends im Fortschrittsclub zu haltenden Rede das Conzept von den Nationalliberalen zu holen vergessen. Dieser Frevel mußte gerochen werden. — In öffentlichen Versammlungen mit anderen Parteien ihre Bestrebungen zu diskutiren und klarzulegen, dazu hatten die Liberalen durchaus keine Ursache. Weiß es doch jedes Kind, daß das jetzige „glorreiche Deutschland" das ureigenste Werk des Liberalismus ist, und daß es deshalb so ruhig schlafen kann, weil es sich nach innen und außen durch das stehende Heer geschützt weiß. Freilich in geschlossenen und verschlossenen Versammlungen ließen sie sich's nicht nehmen, den Beweis zu liefern, daß sie nach Dutzenden ihre Redner zählen könnten, welche es verständen, in gewählten und ungewählten Ausdrücken ihr Mißfallen über die destruktiven Tendenzen der Sozialisten vorzutragen. Und wer will es den befrackten und mit Glacéhandschuhen ausgestatteten „Volksfreunden" da verargen, daß sie sich von den nach Petroleum duftenden Proletariern fernhielten? Die Demokraten dagegen handelten anders. Sie zogen während der Dauer der Wahlcampagne ihre Glacéhandschuhe aus und griffen mit bloßen Händen zu. Die Gelegenheit war günstig, mit der Demokratie so manches Plauderstündchen zu verbringen. Gleich zu Anfang der Versammlung zeigte es sich, daß (um mit der „Frankfurter Zeitung" zu reden) „das gute Stück Wegs, auf dem wir zusammengehen," von vornherein noch einen kleinen Fußsteig für die Demokraten hat. Kurz und gut, die Sozialisten konnten oder wollten es nicht begreifen, daß es der demokratischen Idee entspreche, wenn bei Eröffnung der Versammlung das leitende Bureau schon fix und fertig sei. Sie meinten, dies habe wohl seine Berechtigung in einer Versammlung, welche lediglich Parteiversammlung sei (z. B. im demokratischen Vereine, wo ein Andersdenkender sich als Gast zu betrachten habe); in einer öffentlichen Volksversammlung sei dies anders, da müsse Gleichberechtigung herrschen. Ein solches Verfahren kann man undemokratisch finden. Warum denn nicht? Die verwünschte mangelhafte Schulbildung der Sozialisten! — In einer dieser Versammlungen geschah es denn auch, daß dem von demokratischer Seite aufgestellten Candidaten die direkte Frage vorgelegt wurde: „Ob er das eherne ökonomische Lohngesetz anerkenne?" Meine Ohren hörten ein lakonisches „Ja!" Aus den weiteren Auseinandersetzungen, welche mir allerdings etwas unklar vorkamen und mich lebhaft an die Katze und den heißen Brei erinnerten, konnte ich wenigstens so viel entnehmen, daß auch sie sich lebhaft mit der Lösung der sozialen Frage beschäftigten. Einer der hervorragendsten „Blauen" meinte, der Unterschied sei nur der, daß sie eine organische Entwicklung anstrebten und nicht, wie wir, mit den Köpfen durch die Wand wollten. Wieder also eine Begriffsverwirrung über den Sozialismus, indem wir uns bis jetzt einbildeten, eine solche organische Entwicklung anzustreben! Ich glaubte immer, daß wenn man sich die Frage vorlegte: „Sind die gegenwärtigen sozialen Verhältnisse dazu angethan, daß du als Mensch menschenwürdig leben kannst?" daß man dieselbe mit Nein beantworten müßte und daß man sich dann einer Partei anzuschließen habe, die mit nicht mißzuverstehender Klarheit ihr Ziel verfolgt, nämlich: „Umänderung der jetzigen Produktionsform." Aber viele Demokraten denken und handeln nicht so consequent, weil ihnen die heutige Gesellschaftsform lieb ist. Sie gehören ja auch zu den Auserwählten, denen diese Gesellschaftsform Vorrechte und Privilegien einräumt, die ihnen nimmermehr der von den Sozialisten erstrebte, auf Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit basirte Staat bieten kann.

Entweder für oder gegen — was dazwischen liegt ist vom Uebel!

Als ich mich nun mit ähnlichen Anschauungen zur Genüge gequält, kam ich auf den Gedanken, nachzuforschen, wie denn eigentlich die Demokraten im praktischen Leben das Streben nach Besserstellung des Looses der Arbeiter zu handhaben verständigen. Es konnte mir nicht schwer werden, auf der Suche im Lager der „Volkspartei" oder — wie der „Vorwärts" im ersten Artikel die „Rothen wider die Blauen" treffend bemerkt — der „Partei der ‚Frankfurter Zeitung'" mir Gewißheit zu verschaffen. Ich fing bei der Spitze an. Der Herausgeber der „Frankfurter Zeitung" hatte ja ein eigenes Geschäft, eine Buchdruckerei, da konnte ich ja durch praktische Anschauungen meinen theoretischen Combinationen am Besten zu Hilfe kommen. Auch fiel mir hierbei gleichzeitig ein, daß früher einmal unser weiland alter Freund, der „Volksstaat" nicht umhin konnte, genanntem Herrn über dessen Arbeiterfreundlichkeit ein kleines Loblied zu singen. (??) Die Botschaft hörte ich wohl, allein mir fehlte der Glaube. Wenn ich nicht irre, handelte es sich damals darum, daß abwechselnd einige Arbeiter aus der Druckerei der „Frankfurter Zeitung" ohne Abzug des Lohnes Urlaub zu einer Erholungs- oder Badereise erhalten sollte! Laut und feierlich wurde dies im Geschäfte verkündet, aber — bis jetzt weiß noch Niemand etwas von einer solchen Reise zu erzählen! — Als man vor einigen Jahren in der sozialen Quacksalberei ein von einem englischen Nationalökonomen entdecktes Kräutchen zur Linderung der Uebelstände unter dem Titel „Partnership" anpries und einige liberale Bourgeois nach diesem kostbaren Palliativmittelchen gleich gierigen Hechten nach dem Angelhaken schnappten, da blieb man auch nicht zurück. Es wurde eine Sparkasse gegründet und wöchentlich jedem Gehilfen 2 Mark abgezogen, welchem bei Jahresabschluß ein Geschäftsgewinn zufließt. Um aber hieran partizipiren zu können, muß der Sparer beim Jahresabschluß noch im Geschäfte stehen, d. h. also, wenn ein Gehilfe nur vom 15. Januar bis 18. November oder Dezember im Geschäft arbeitet, erhält er nichts; ist er am 18. November 1876 eingetreten und verläßt kommenden Jahres selbigen Datums das Geschäft, so erhält er Tantième vom 18. November 1876 bis Ende Dezember, für die anderen dreiviertel Jahre aber nichts. Daß nun Verschiedene dieses Glückes nicht theilhaft werden, daran soll die nichts weniger als liebenswürdige Behandlung des Faktors Schuld tragen und soll derselbe stets mit den Anstandsregeln in Conflikt liegen. Wir möchten ihm hiermit Knigge's Buch „Umgang mit Menschen" empfohlen halten. Das Bevortheilen einzelner „Treuen" ist dort wie kaum in einem anderen Geschäfte ausgeprägt. Die Druckerei war früher von dem deutschen Buchdruckerverband wegen Tarifverletzung geschlossen. Obgleich sie jetzt wieder geöffnet, sollen die Setzer, falls sie sich auf den Tarif berufen, nicht selten die Antwort erhalten: „Ach, was geht mich der Tarif an." — Man führt Neuerungen im Wesen der Zeitung ein, man bietet dem Leser einen telegr. Reichstagsbericht und eine telegr. Berliner Rundschau, wälzt aber einen guten Theil des Kostenbetrags auf die Schultern der Arbeiter ab, indem man ihnen die durch den Tarif bedingte Nachtentschädigung ganz einfach zu zahlen verweigert! Ja es ist sogar vorgekommen, daß man bei Aufnahme eines Setzers an seiner sozialdemokratischen Gesinnung Anstoß genommen hat! Doch genug davon, es wäre Raumverschwendung, wollten wir noch weiter darüber reden. Mein Zweck war erreicht, ich bin mir jetzt klar, was es mit dem Vorgeben der Demokratie, das Wohl des Arbeiterstandes zu fördern, für eine Bewandtniß hat. Der Conservative, Liberale und auch der Demokrat sind Arbeiterfreunde bis an den — Geldbeutel! Wir haben von keiner Partei etwas zu hoffen und klar und deutlich sagt unser Programm: „Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind!"

(Wir müssen die Vertretung der Wahrheit der in obiger Correspondenz angeführten Thatsachen selbstverständlich unserm Herrn Correspondenten überlassen. R. d. V.)

Altenburg, 11. Juli. Gestern Abend tagte hier eine stark besuchte Versammlung im „Rautenkranz", in welcher Parteigenosse Klute aus Erfurt einen Vortrag über „die soziale Frage" hielt. Redner führte unter Zugrundelegung des Punkt 1 unseres Programms aus, wodurch und wie die Bereicherung Einzelner stattfindet, nämlich dadurch, daß die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse seien. Redner erörterte weiter in klaren Worten, auf welchem Wege die heutigen ökonomischen Verhältnisse und die aus ihnen resultirende Benachtheiligung der Arbeiter zu beseitigen seien. Nach Beendigung des Vortrages, der mit großem Beifall aufgenommen wurde, meldeten sich mehrere Gegner zur Interpellation. Es ist uns nicht möglich, auf alle Einzelheiten einzugehen. Der erste Gegner, Herr Advokat Hase, erklärte, daß er heute, wie früher, nicht die „Ueberzeugung gewonnen hätte, wie die Sozialisten den Zukunftsstaat „einrichten" wollten. Je länger und je mehr er den Sozialismus studire, desto unverständlicher würde ihm die Sache; dunkler wie früher sei ihm jetzt die „Einrichtung" des Zukunftsstaats. Klute erwidert, daß es nicht seine, resp. nicht die Schuld der verlästerten Sozialisten sei, wenn es Herrn Hase immer dunkler vor den Augen würde; er wolle nicht untersuchen, aus welchen Mo-

tiven sich das erklären ließe. Andere Leute könnten bei eifrigem Studium des Sozialismus nur von Klarheit reden, aber die Fassungsgabe sei verschieden. — Herr Wagner, der dann seitens der Liberalen sprach, wiederholte vielfach, was sein „Gesinnungsgenosse" bereits behandelt hatte, und bedarf dies keiner näheren Erörterung. — Herr Papierfabrikant Wohlfarth kann den Sozialismus nicht billigen und will, „so lange die Verhältnisse in Altenburg sich nicht ändern", nicht Sozialist werden. Klute erklärt, daß die Sozialisten auch gern darauf Verzicht leisteten. — Herr Berginspektor Wohlfarth will einen Artikel des „Vorwärts" „kritisiren", weil darin die Altersversorgungskassen als nicht empfehlenswerth bezeichnet werden, und dennoch sei das die „richtige Lösung der sozialen Frage". Alles Andere sei „Wust". Klute antwortet nach Gebühr. — Unsererseits betheiligten sich noch Grunwald, Müller und Risch an der Debatte. Die Versammlung, welche trotz des vielen liberalen Kohls, welcher ihr vorgesetzt wurde, eine ruhige und würdige Haltung bewahrte, wurde um 12 Uhr geschlossen. Wir sind überzeugt, daß auch diese Versammlung zu Förderung unserer Sache wesentlich beigetragen hat. T.....

Leisnig, 4. Juli. Auf unsern Bericht in Nr. 72 des „Vorwärts" hat Herr Dr. Specht eine „Berichtigung" (in Nr. 77) erlassen, die für den geübten Leser einfach keine solche ist. Er gesteht mit einigen Umschweifen zu, daß er das für das Würkert-Denkmal gesammelte Geld in seiner Verwaltung behalten wolle, weil unser Verein inzwischen sozialistische Tendenzen angenommen habe und Würkert nicht Sozialist gewesen sei. Damit ist eigentlich alles gesagt, doch müssen wir auch die einzelnen „Berichtigungen" zurückweisen und zwar der Kürze wegen nummerirt. 1) Herr Specht hat sich allerdings auf dem Congreß 1876 in Gotha zur Sozialdemokratie bekannt; die Quelle aus der wir schöpfen ist rein; 2) daß uns Herr Specht den Vorwurf sozialistischer Tendenz gemacht hat, dafür haben wir von ihm Briefe als Beweise, die wir beifügen würden, wenn wir sie nicht an „Klemich's Blätter für geistigen Fortschritt" zur Veröffentlichung der Sache gesandt hätten. 3) Es ist richtig, daß wir unsere freireligiöse Gemeinde erst nach dem Tod Würkert's und infolge eines Vortrags Klemich's in einen „Verein für geistigen Fortschritt" umwandelten, allein dies geschah, weil wir fühlten, daß wir als Sozialisten besseres zu thun haben, als uns mit freireligiösen Schrullen die Zeit zu vertreiben; es geschah die die Umwandlung aber noch zu Lebzeiten Richters und nicht erst als er gestorben war, wie Herr Specht es darstellt. Richter war ein 72jähriger Greis und nicht so leicht für den Sozialismus zu gewinnen. Richter starb als Sozialdemokrat und Klemich hielt ihm eine sozial-politisch-atheistische Leichenrede. Der Verein hieß aber damals längst schon so wie heute und Richter hat selbst die Umwandlung betrieben. 4) Es ist zwar richtig, daß wir erst nach Richter's Tode den Beschluß faßten, die Denkmal-Angelegenheit wieder selbst in die Hand zu nehmen, aber was will das sagen? nichts weiter, als daß wir zu Richter soviel Vertrauen besaßen, daß wir in einem Comité, dem er angehörte, die Sache gut bewahrt wußten, nach seinem Hinscheiden aber unsere ursprüngliche Rechte geltend machten. 5) Richtig ist, daß Herr Specht den Aufruf abgefaßt und sonst „Schreibereien" gehabt hat, aber wenn er glaubt, dafür das Recht erkauft zu haben, die gesammelten Gelder als seiner Verfügung unterstehend zu betrachten, so irrt er sich. Ist es nicht prätenziös, wenn eine einzelne Person uns ihren Geschmack und ihr persönliches Dispositionsrecht in Angelegenheiten aufdringt, die öffentliche Vereinssache sind. Wir sind freilich anderer Meinung und werden eventuell diese gerichtlich geltend machen, denn wir besitzen eine Zuschrift von Herrn Specht, in welcher er uns „in den nächsten Tagen" Zahlung verspricht. 6) In einem sehr großen Irrthum befindet sich aber Herr Specht, wenn er meint, die Denkmals-Gelder seien blos von Abonnenten der „Freien Glocken" aufgebracht worden, um daher als Redakteur derselben Anrechte auf das Geld geltend zu machen. Wir müssen daran erinnern, daß jener Aufruf damals in fast alle sozialdemokratischen und viele andere Blätter überging und daß demnach der Fond einen allgemeinen Charakter hat. Selbst in Amerika ist gesammelt (wir wissen aber leider nicht, ob das Geld schon abgeliefert) worden. 7) Ueber Würkert's politische Anschauungen bedarfs keiner Auseinandersetzung; Jung und Alt kennt sie. Würkert hatte Alles, was ein Sozialdemokrat (ideal genommen) braucht, bis auf die Parteikarte. Sollen wir erinnern daran, daß man im Jahre 1849 den edlen Würkert mitten aus seiner versammelten Gemeinde von der Kanzel riß und unter starker Eskorte in 1½jährige Untersuchungshaft brachte, nach welcher ihm das Urtheil auf 5 Jahre Zuchthaus ersten Grades verkündet wurde, weil er die Freischaaren vor ihrem Zuge nach Dresden gesegnet hatte? Wir denken Würkert hat mindestens „seiner Zeit" genug gethan. Wir haben auch nichts einzuwenden, wenn Herr Specht die Errichtung eines Denkmals einen Akt der Pietät nennt, aber sollen wir etwa zur Ausübung solcher Akte unfähig geworden sein, seitdem wir geistige Fortschritte gemacht, d. h. außer dem religiösen auch den politischen und ökonomischen Aberglauben abgelegt haben? Soll diese Fähigkeit etwa dem Urtheil des einzelnen Herrn Specht unterstehen, der, wie er sagt, jetzt zu keiner Partei gehört? Herr Specht schreibt selbst, er wüßte nicht, wie Herr Advokat Fickert dazu gekommen ist, gerade ihm (Specht) das gesammelte Geld zu übersenden. Nun er es aber in Händen hat, will er seine Dispositionsrechte durch allerhand Hinfälligkeiten motiviren — wir sagen noch einmal, daß dieses Recht Herrn Specht mangelt und daß er es nicht begründen kann damit, daß er „Schreibereien" gehabt und den Aufruf in den von ihm redigirten Blättern aufgenommen hat. Im übrigen enthält die Antwort des Heern Specht nur Widersprüche, auf die wir nicht besonders eingehen. Nur auf einen Punkt wollen wir aufmerksam machen; es heißt erst, daß Herr Specht die Sammluug nur in Verwahrung halten wolle, weil sie a) noch nicht abgeschlossen sei, und weil er b) den Vorstand unseres Vereins noch nicht kannte. Trotzdem steht dicht darunter, daß er (Specht) allein handeln wolle, wenn sich der Verein in Leisnig nicht entschließen kann, die Erlaubniß (!) und Genehmigung (denn weiter heißt das nichts) des Herrn Specht zu den Plänen, Entwürfen, der Person des Bildhauers ꝛc. einzuholen. Wir halten derlei Absichten für sehr anmaßliche und sind nicht der Meinung, daß die Spender des Geldes die Verwaltung desselben in eine einzige Hand nach Gotha haben geben und sich von dort aus den Geschmack für Leisnigs Monumente von dieser einen Person haben wollen aufdrängen lassen. Die Sammlung gehört in unsere Verwaltung, denn unser Verein ist der Verein der persönlichen Freunde und Gesinnungsgenossen Würkert's. R.

(Wir werden nun noch Herrn Dr. Specht das Wort zur Entgegnung geben, falls er es wünschen sollte, und halten die Angelegenheit dann für den „Vorwärts" für erledigt. Redaktion des „Vorwärts".)

Leipzig. Auf die von Leipziger Studirenden an Dr. Dühring gerichtete Adresse hat derselbe mit folgenden Worten geantwortet: „An die Studirenden der Leipziger Universität. Allen Unterzeichneten der mir zugestellten Sympathieadresse sage ich hiermit meinen lebhaftesten Dank für den Ausdruck der Gesinnung, die sich darin kundgegeben hat. Auf die mir im Namen der Unterzeichner zugegangene Anfrage nach den Gründen meiner inzwischen nunmehr wirklich erfolgten Entfernung von der Berliner Universitat kann ich nur erwidern, daß sich das an mich gerichtete ministerielle Anschreiben auf den Antrag der Fakultät beruft und auf Grund der bekannten beiden Schriften, nämlich der Geschichte der Principien der Mechanik und des Weges zur höhern Berufsbildung der Frauen, sowie speziell von ebenfalls schon bekannten Stellen aus diesen beiden Schriften die Fakultätsentscheidung bestätigt hat. Drastisch ausgedrückt, sind die beiden Hauptgründe meiner Beseitigung folgende: Erstens lehre ich andere Götter als die Zunft und der Staat, also beispielsweise Robert Mayer anstatt Hrn. Helmholtz. Zweitens verderbe ich die studirende Jugend, indem ich sie anleite, die wahren von den falschen Autoritäten und das natürliche Ansehen von dem zünftlerisch gemachten zu unterscheiden. Ohne das Erstarken der Bewegung unter den Studirenden, in welchem man erst recht die Früchte jenes meines verderblichen Einflusses auf die Jugend zu erkennen glaubte, möchte, soweit ich unterrichtet bin, vielleicht von meiner Entfernung Abstand genommen worden sein. Da ich indessen stets die Freiheit der Wissenschaft meinem persönlichen Ergehen vorangestellt habe, so gereicht mir auch diese Wendung zur Genugthuung und wünsche ich auch Ihnen Glück zu Ihrem edeln Bestreben nach wissenschaftlicher Gerechtigkeit und Freiheit. Dühring."

Nordhausen. (Verspätet.) Am 21. Juni hatten wir die Freude, Genosse Klute aus Erfurt in einer ziemlich gut besuchten Volksversammlung zu hören. Die Versammlung war für Nordhausen von Bedeutung, weil sich auch viele Kleinbürger zu derselben eingefunden hatten, die dem sachlich und klargehaltenen Vortrag Klute's über das Thema: „Die Menschenrechte" bis zum Schlusse mit Aufmerksamkeit folgten. Auf den Inhalt des Vertrages will ich nicht eingehen, um den Raum des „Vorwärts" nicht zu viel in Anspruch zu nehmen. Erwähnt sei nur, daß die Ausführungen Klute's sehr angesprochen haben. Möge es uns vergönnt sein, denselben recht bald wieder zu hören. P.

Die Parteigenossen und Parteifreunde

aller schleswig-holsteinischen Ortschaften, welche die Antheilschein-Zeichnungsformulare ausgegeben haben, werden ersucht, bis spätestens den 25. Juli d. J. die Namen und Vornamen, Stand oder Gewerbe und Wohnort Derjenigen, die Antheilscheine gezeichnet haben, sowie die Zahl der Antheile, die jeder Einzelne zu übernehmen gedenkt, bei Unterzeichnetem einsenden zu wollen; damit die Interimscheine ausgefertigt werden können.

Die constituirende Generalversammlung findet wahrscheinlich am Sonntag, den 5. August, in Itzehoe statt, hierüber erfolgt nächstens Bericht. Hoffentlich werden die betreffenden Parteigenossen und Parteifreunde meinem Wunsche im Interesse der Sache bereitwillig nachkommen.

Im Juli. Mit Gruß

H. Walther, Altona, Wilhelmstr. 59/III. r.

Berichtigung.

Im Leitartikel der vorigen Nummer ist irrthümlich gesagt, Thiers habe im Senate gegen die Amnestie gestimmt; Thiers ist Deputirter, nicht Senator. Er war zum Senator und zum Deputirten gewählt er zog vor, die letztere Stellung anzunehmen.

Briefkasten

der Redaktion. L. in Bern: Sie wünschen, daß wir dem Berner „Büebli" etwas auf die Finger geben? Fällt uns nicht ein. Wir nehmen es blos bei den Ohren und stellen's unseren Lesern vor, indem wir sein — Geschreibsel abdrucken. Also: „Sehr gut, Ihr Herren Bourgeois-Sozialisten (die auf dem Gothaer Congreß vertretenen deutschen Sozialisten); nur ein wenig — Kühnheit, so wird man in drei Jahren ganz genau wissen, wer Ihr seid, und das Volk wird Euch eines schönen Tags zur Thüre hinauswerfen, um sich der Bourgeois-Schleifkugeln zu entledigen, welche Ihr ihm heimtückisch an die Füße schmiedet! — — Folgendes sind in wenigen Worten die Consequenzen, die wir aus dem Congresse von Gotha ziehen können: 1) die deutsche Sozialdemokratie ist weit davon entfernt, die Kraft zu besitzen, welche man in ihr vermuthet; 2) die 497,000 sogenannte „sozialistische" Stimmen, welche den Candidaten der Partei gegeben worden, sind erworben worden durch Verleugnung der sozialistischen Prinzipien, durch Verwischen selbst der schwachen revolutionären Färbung, welche die Partei vorher besaß; 3) die Partei birgt in ihrem Schooß eine ungeheure Menge antisozialistischer Bourgeoiselemente; 4) die Partei geht unseligerweise einer parlamentarischen Allianz mit den liberalen Bourgeosparteien entgegen und hat thatsächlich schon deren Programm angenommen; 5) es existirt keine sozialistische Partei (dick unterstrichen!) mehr in Deutschland. Die zerstreuten deutschen Sozialisten haben sich erst zu einer sozialistischen Partei zu vereinigen." — — Bei den letzten Reichstagswahlen haben die „Führer" „das Volk angelogen, ihm falsche Hoffnungen eingeflößt, es angetrieben, seine letzten armseligen Heller in die Kassen zu stecken, welche dazu bestimmt sind, einen Candidaten mehr in das Parlament schicken zu können." — — Der „Vorwärts" prahlt chauvinistisch mit dem „großen, freien Deutschland"! Der Gothaer Congreß war eine „Versammlung chinesischer Doktoren", für welche „die Geschäftskrisis und das Elend, welches in Deutschland wüthet", nicht existirt; die „Erfolge" der Partei waren nur „Scheinerfolge", Reichstagsmandate sind blos „Eitelkeitstitel", unsere ganze Reichstagsthätigkeit ist „eine Enttäuschung". An anderer Stelle heißt's, daß „sich eine korrupte Bureaukratie" in unserer Partei gebildet habe, u. s. w. Unsere Leser wissen jetzt, was für ein „Büebli" sie vor sich haben — wir lassen es laufen. Wer mehr von ihm wissen, und sich manchmal eine heitere Minute machen will, der lese die Berner „Arbeiterzeitung", wöchentlich einmal in zwei Quartblättchen erscheinendes Organ der einzig „revolutinären" Sozialisten, der heiteren Sorte, die militärische Spaziergänge mit Steinschloßflinten und ohne Regenschirme macht. — Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß der nicht sozialistische, aber sonst ganz wackere „Freidenker" in Milwaukee einen deutschen Correspondenten hat, der über unsere Bewegung sich in ähnlichen Schimpfereien ergeht, wie jenes Berner „Büebli". „Bezüglich des in Gotha abgehaltenen Congresses der deutschen Communisten, schreibt besagter Correspondent (beiläufig der unglückliche Bruhn, der sich für die Verwüstungen, die der „preußische Schnaps" in seinem Hirn angerichtet hat und noch täglich anrichtet, höchst unlogischer Weise an uns zu rächen sucht), auf dem in den bekannten Beglückungsphrasen viel leeres Stroh gedroschen wurde, heben wir nur eine Lüge des Hrn. Fritzsche, der sich stolz einen Schüler von Marx nennt (!), hervor. Besagter Volksbeglücker theilte nämlich mit, die 11 Communisten des Reichstags würden demnächst mit den 4 Demokraten des Reichstags zusammen eine Fraktion bilden (was Fritzsche natürlich nie gesagt hat, und allerdings eine Lüge ist, aber nicht Fritzsche's, sondern des sauberen Correspondenten)." — — „Meinen Gesammteindruck" resumirt er nach dem Bericht eines Gewährsmannes, der angeblich auf dem Congreß gewesen sein soll, „kann ich so zusammenfassen: Große Eitelkeit der Führer; große Uneinigkeit der Lassalleaner und Eisenacher und voraussichtliche Spaltungen. Unklarheit in den meisten Köpfen über die eigentlichen Ziele und besonders über Liebknecht's (!) Pläne (!). Vernachlässigung der sozialen Aufbesserung des Arbeiterstands, kurz große Ideen (also doch!) von kleinen Männern gepflegt, an deren Ausführbarkeit man selbst nicht glaubt. Und schließlich Stellenjägerei en gros (im Großen)." Wir können den Schreiber nicht besser bestrafen, als durch Herabhängung seines Pasquills. Es ist wahr, Herr Dörflinger, der Redakteur des „Freidenker", pflegt sich in Klammerbemerkungen (denn ähnliche Ausfälle auf uns bringt jeder Brief des „deutschen Correspondenten") mit derartigen Expektorationen für nicht einverstanden zu erklären, aber warum sie denn abdrucken, und überhaupt sich mit einem solchen Gesellen noch länger befassen? Kennt Herr Dörflinger nicht das Sprüchwort: „Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir wer du bist?"

Diejenigen, welche die Adresse des Schmiedegesellen Karl Pohler, gebürtig aus Landeck in Schlesien, 26 Jahr alt, angeben können, wollen die Adresse wichtiger Familien-Angelegenheiten halber, an die Expedition der „Wahrheit", Breslau, einsenden.

Quittung. W. U. Weimar Div. betr. 1,80 ist gut gebr., bleibt Rest 2,15. Hmbrgr Wien Ab. 3,20. Mllr Quedlinburg Ab. 3,70. Gsck Gotha Ann. 2,10. R. Lhm Cöln Ab. 3,00. Krtzschmr Dortmund Schr. 4,50. Schlr. Frohnau Ab. 8,20, Schr. 2,15. Srwn Lüneburg Ab. 6,00. Schneiderverein hier Ann. 2,10. Bsch hier Ab. 2,40. Ullrch hier Ab. 80,00. Wßlr hier Ab. 0,60. Rttmnnr München Ab. 45,00. Ernst Chemnitz Ab. 1,25. Aurbch Hainchen Ann. 1,50. W. Knl Frankfurt Ab 50,00. J. Jgr Stockum Ab. 3,80. Wlnd Kiel Ab. 7,60. Brbm Gotha Ab. 9,60. Pfch Hannover Schr. 6,32.

Fonds für Gemaßregelte.

B. R. hier 1,00. C. hier 1,00. Frdnthl Kruschwitz 3,00.

Agitationsfonds.

B. R. hier 2,00.

Korbmacher-Bund.

Hamburg. Sonnabend, den 21. Juli, Abends 8½ Uhr, im Salon zum Roland, 1. Jakobstraße Nr. 19: (F. 146)

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Bundesangelegenheiten. [70

F. Wirckeling.

Krankenkasse der Kürschner, Sattler, Riemer, Beutler, Posamentirer, Strumpfwirker u. Friseure.

Leipzig. Sonnabend, den 21. Juli, Abends 8 Uhr:

Generalversammlung

im „Thüringer Hof", Burgstraße Nr. 20.

Tagesordnung: Rechenschaftsbericht über das verflossene Geschäftsjahr, 2. Bericht der Revisoren, 3. Anträge des Vorstandes oder der Mitglieder, 4. Neuwahl des Vorstandes, der Revisoren und des Gewährsmannes. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

(25) Chr. Hadlich, Vorsitzender. [120

Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Leipzig. Sonnabend, den 21. Juli, Abends 8 Uhr, in Menzels Restauration am Täubchenweg: [50

Versammlung.

Tagesordnung: Krankenkassen-Angelegenheiten. Der Bev.

Als Neuvermählte zeigen lieben Freunden hierdurch ergebenst an

F. Adolph Auerbach,
J. Dorothee Auerbach
geb. Ulbricht.

Hainichen, den 16. Juli 1877. [150

G. Koschmieder, früher in Harzburg, wird um Aufgabe seiner Adresse dringend ersucht von

90] (F. 160) H. Fiedler in Harzburg.

Polytechnische Schule

zu Langensalza.

Das Wintersemester beginnt am 8. Oktober, desgleichen der Vorbereitungsunterricht für den einjähr. Freiwilligendienst; der unentgeltliche Vorbereitungscurs fängt am 1. September an. Die Immatrikulation für die Maschinen- und Mühlenbau-Abtheilung findet am 6., für die Bau- und Ingenieur-Abtheilung am 7. Oktober statt. Prospekte frei durch den Direktor (H 02598) [300

Dr. Kirchner.

Die

Schweiz. Vereinsbuchdruckerei

(Eigenthum des Schweiz. Arbeiterbundes)

Hottingen-Zürich, Nr. 35 Zeltweg Nr 35

empfiehlt sich zur Anfertigung aller Art **Buchdruck-Arbeiten, wie: größeren Werken, Statuten, Broschüren, Circulairen, Geschäftsempfehlungs- u. Mitgliedskarten, Programmen, Rechnungen ꝛc.**

Eine bedeutende Vergrößerung des Geschäfts ermöglicht es, allen billigen Anforderungen in Bezug auf Druckarbeiten gerecht zu werden. Das Institut kann namentlich Selbstverlegern empfohlen werden, welche im „Reich der Gottesfurcht" für ihre radikalen Werke keine Drucker finden können. (25) [390

Verfügung

in Sachen betreffend die Firma:

Allgemeine Deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin (Eingetragene Genossenschaft).

Nr. 77.

Einzutragen in das Genossenschafts-Register Nr. 77, Colonne 4:

Ausgeschieden aus dem Vorstande ist der Redakteur Fritzsche und an dessen Stelle der Goldarbeiter **Wilhelm Bong** zu Friedenau gewählt.

Eingetragen zufolge Verfügung vom 13. Juli 1877 am selbigen Tage (Akten über das Genossenschaftsregister, Beilageband 77, Seite 111).

Königl. Stadtgericht I. Abtheilung für Civilsachen.

(L. S.)

Bekanntmachung.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß in der Generalversammlung vom 1. Juli d. J.

6 pCt. Dividende

für jeden voll eingezahlten Antheilschein für das Geschäftsjahr 1876/77 bewilligt sind und kann dieselbe von jetzt ab täglich an unserer Kasse,

Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a,

gegen Vorzeigung des Antheilscheines mit 1,62 Mark pro Antheilschein abgehoben werden.

Berlin, den 18. Juli 1877.

Allgemeine Deutsche Associations-Buchdruckerei

Eingetragene Genossenschaft.
Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.
Der Vorstand:
A. Heinsch. W. Bong. Heinr. Rackow.

Durch uns ist zu herabgesetzten Preisen zu beziehen eine kleine Partie von

Becker, Joh. Phil., Vorbote. Sozial-politische Monatschrift (6 Jahrgänge 1866—71) 5 Mark.

— Wie und Wann? Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit. Preis pr. Expl. 2 Mark.

— Le Précurseur. Organe démocratique social des associations des travailleurs (Janvier—Mars 1877). Preis pr. Expl. 60 Pf.

Eccarius, J. G., Eines Arbeiters Widerlegung der nat.-ökonomischen Lehren John Stuart Mill's. Preis pr. Expl. 40 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 85. Sonntag, 22. Juli. 1877.

Die Sozialdemokratie und die Bourgeois-demokratie.

Wir erhalten folgende Zuschrift, mit deren Inhalt wir völlig übereinstimmen. Die kleine „Rüge", daß wir die „Frankfurter Zeitung" etwas zu derb angegriffen hätten, nehmen wir schon deshalb gern entgegen, weil wir uns bei der Einsicht in die nachstehende Zuschrift freuten, daß wir nicht in der Haut der „Frankfurter Zeitung" uns befinden.

Hamburg, den 18. Juli.

Da der Kampf zwischen der „Frankfurter Zeitung" und dem „Vorwärts" über den Werth oder Unwerth der gegenwärtigen französischen Republik noch immer fortdauert und erstere besonders in ihrer Nr. 197 vom Dienstag, den 18. Juli, in einem eigenen Leitartikel wieder darauf zurückkommt, gestatten Sie wohl auch, daß von hier aus ein paar Zeilen in dieser Sache im „Vorwärts" Aufnahme finden.

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß es hier vielfach bedauert wird, daß die Auseinandersetzungen einen etwas gehässigen Charakter angenommen haben. So wenig man Sympathien für die „Volkspartei" hat, so weit überhaupt von einer solchen die Rede sein kann, so erkennt man doch gern an, daß die „Frankfurter Zeitung" viel mehr als ihre Partei der Sache der Freiheit schon große Dienste geleistet hat. Sie ist offenbar das einzige große Organ in Deutschland, welches für die demokratischen und republikanischen Grundsätze rückhaltslos eintritt*) und trotz aller Verfolgungen der herrschenden Reaktion den Spiegel ihrer Schande muthig vor's Gesicht hält.

Wenn nun zwischen diesem Organ und dem Centralorgan der deutschen Sozialdemokratie eine Fehde ausbricht — was ja bei den verschiedenen Ansichten in Bezug auf soziale Gestaltungen sehr leicht möglich ist — so wird und muß jeder Demokrat und Sozialist wünschen, daß die Fehde in einer Form ausgefochten wird, die nach keiner Seite hin verletzend wirkt.

Daß aber sowohl die „Frankfurter Zeitung" wie der „Vorwärts" (?) in dieser Beziehung etwas über die nothwendige Grenze hinausgegangen sind, wird wohl Niemand, der den Auseinandersetzungen beiderseits gefolgt ist, bestreiten können. — — — —

Was nun die Sache selbst betrifft, so herrscht auch hier allgemein die Ansicht vor, daß an dem Zugrundegehen dieser Republik in Frankreich uns eigentlich sehr wenig gelegen sein kann.

Die „Frankfurter Zeitung" freilich hat für die französische Republik von jeher eine schwache Seite gezeigt, sie hat bis heute die Irrthümer der Gambetta'schen Politik stets mitgemacht oder doch zu bemänteln gesucht, und das ist ihr Fehler.

Der „Vorwärts" hat mit vollem Recht auf das schmähliche Verhalten Gambetta's und seines Anhangs gegenüber der Communebewegung und vor allem der Amnestirung der Communards gegenüber hingewiesen.

Gambetta und seiner Partei gereichen aber auch noch ganz andere Dinge zum Vorwurf, und dies kommt besonders der „Frankfurter Zeitung" gegenüber in Betracht.

Daß die „Frankfurter Zeitung", wie auch Gambetta und Consorten sich nicht für die Communards erwärmen konnten, kann ihnen nicht zum großen Vorwurf gereichen, letztere kämpften und leiden eben für Prinzipien, welche dem radikalsten Bourgeoisdemokraten ebenso antipathisch sind, als irgend einem Conservativen. Wer aber war es, um auf die übrigen Fehler der Gambetta'schen Politik zu kommen, der sich zum Lobredner des Senats aufwarf, desselben Senats, der jetzt die republikanische Nationalversammlung auf Wunsch des „loyalen Soldaten" nach Hause schickte?

Es war Gambetta, der, wie kaum zu bezweifeln, gegen seine Ueberzeugung die große Lobrede auf den Senat, „die wahre und wirkliche Vertretung der 36,000 französischen Gemeinden", hielt; und die „Frankfurter Zeitung" fand in dieser Rede ein „Meisterstück".

Wer war es weiter, der den „loyalen Soldaten" poussirte und ihn stets rühmend von den Broglie's, Buffet's, Rouher's und Consorten abhob und der Welt und sich selbst weißzumachen suchte, daß, so lange Mac Mahon auf dem Präsidentenstuhl sitze, die Republik gesichert sei? Wer hat um die Gunst des Spielzeugs seiner Frau und der Jesuiten, des „Helden von Sedan", gebuhlt?

Es war Gambetta, und die „Frankfurter Zeitung" hat seiner Zeit mit sichtlicher Befriedigung ihren Lesern mitgetheilt, daß sich das Verhältniß zwischen dem Präsidenten und dem „Diktator von Bordeaux" so weit gebessert habe, daß der Erstere den Wunsch geäußert, Gambetta einmal zu empfangen. Gambetta wollte gern „hoffähig" werden, und die „Frankfurter Zeitung" freute sich, daß es ihrem Liebling gelungen sei, sich die Gunst der Frau Mac Mahon und ihres Beichtvaters zu erringen.

Das Organ Gambetta's, die „Republique Française", setzte monatelang eine Ehre darein, den „Marschall" zu feiern, es war entrüstet über die Angriffe auf den Marschall in den „Menschenrechten", und Jules Simon, der Freund und Parteigenosse Gambetta's, war es, der die „Menschenrechte" unterdrückte, weil letztere nicht an die „Verwundung" von Sedan glauben mochten.

Wo blieben denn bei jener Gewaltmaßregel die „Vertheidiger des freien Worts", wie in ihrer Dienstagsnummer die „Frankfurter Zeitung" die französische Linke nennt? wo blieben sie denn mit dem Mittel, das ihnen zu Gebote stand, mit dem energischen Protest? Feig und niederträchtig ließen sie es geschehen, daß unter Verletzung aller freiheitlichen Prinzipien ein republikanisches Blatt vernichtet wurde, vernichtet von einem Minister, der der Partei Gambetta angehörte. Jules Simon wollte um jeden Preis Minister bleiben, den schwersten Preis für einen ehrlichen Mann, die Aufopferung der Gesinnung, hatte er schon gebracht und er wäre zu jeder anderen Handlung bereit gewesen, wenn nicht Mac Mahon, angeekelt von so viel Erbärmlichkeit, ihn mit Fußtritten aus dem Ministerium gejagt hätte.

Jetzt, nachdem trotz aller Verleugnung der Prinzipien seitens dieser Auch-Republikaner, die Puppe der Jesuiten, der Marschall, sein wahres Gesicht gezeigt und der Staatsstreich eine beschlossene Sache ist, jetzt erinnern sich die Herren der Linken wieder ihres alten Programms, jetzt suchen sie wieder Fühlung nach links, nachdem ihre Anerbietungen nach rechts hin mit Verachtung zurückgewiesen wroden.

Die republikanische Linke in Frankreich konnte, wenn sie prinzipientreu sein wollte, nie einen Pakt mit dem Marschall Mac Mahon schließen. Die ganze Art und Weise, wie derselbe an die Spitze der Geschäfte in Frankreich kam, schloß ein Zusammengehen einer wirklich republikanischen Partei mit dem Marschall aus. Die Präsidentschaft Mac Mahon's bedeutete und bedeutet heute noch Todfeindschaft der Republik, und alle diejenigen, die dazu beitragen und beitrugen, den Marschall populär zu machen, sind Todtengräber der wahren Republik. Zu diesen Todtengräbern aber gehört auch die französische Linke.

Wäre die Linke der französischen Nationalversammlung wirklich republikanisch gesinnt gewesen, dann hätte sie es durch die That bezeugen sollen. Gelegenheit dazu war ihr oft genug geboten und in erster Linie bei der Amnestie-Debatte. Eine ehrliche republikanische Partei konnte nicht anders als für die Amnestie stimmen, sie mußte dafür eintreten, daß Tausenden und aber Tausenden braver französischer Bürger, die nichts weiter verbrochen, als daß sie für die wirkliche Republik ihr Leben in die Schanze geschlagen hatten, die Thore des Vaterlandes wieder geöffnet wurden.

Statt dessen sahen wir das Schauspiel, daß Hauptführer dieser angeblich republikanischen Partei die wüthigsten Gegner der Amnestie waren und sich nicht entblödeten, die bedauernswerthen hilflosen Opfer der Thiers'schen Rachepolitik in der infamsten Weise zu verleumden. Und Gambetta, wo blieb er, der die Amnestie auf sein Wahlprogramm geschrieben hatte? Der große Redner Gambetta schwieg, der Feigling hatte nicht einmal den Muth, seine Stimme abzugeben.

Damit war es entschieden. Die „Republikaner" wollten die Republikaner nicht amnestiren, Gambetta wollte hoffähig werden, die Politik der Opportunität, der „ruhigen Besonnenheit" hatte gesiegt. Die Gebeine der Communekämpfer mögen unter der glühenden Sonne Australiens bleichen, die Besten der französischen Nation sie sind ausgeschlossen aus dem Vaterland, aber Gambetta war auf dem besten Wege, der Günstling der Frau Marschallin zu werden, er hatte Aussicht, vom Herrn Marschall empfangen zu werden.

Diese „hohe Auszeichnung", oder besser die Aussicht dazu, genügte, um Gambetta zum Wortbrüchigen, zum feigen Verleugner seiner Prinzipien zu machen.

Und für diesen Gambetta und seine Partei sollen sich Sozialdemokraten erwärmen? Für eine Republik mit solchen Männern an der Spitze soll auch nur ein Tropfen sozialdemokratischen Blutes vergossen werden? Niemals! Lassen wir sie streiten, die Männer der „Ordnung", unter sich. Ob Mac Mahon Gambetta, oder Gambetta Mac Mahon abthut, für uns ist es gleichgiltig!

Knebelung des freien Worts dort wie hier, Revanchegeschrei dort wie hier, Unterdrückung des arbeitenden Volkes und Ausbeutung desselben dort wie hier, wie wäre es möglich, daß wir uns für eine dieser beiden Seiten erwärmen könnten? Wir bekämpfen beide Richtungen.

In Frankreich ist die politische und soziale Entwicklung soweit gediehen, daß keine der heutigen Bourgeoisparteien sich mit normalen Mitteln an der Herrschaft erhalten kann.

Die einzige Regierungsform, die dort vorübergehend sich noch zu halten vermag, ist der Cäsarismus. Mag deshalb die Form heute heißen wie sie will, Republik oder Monarchie, ihr Inhalt wird derselbe sein, die cäsaristische Gewaltherrschaft.

Frankreich ist über die Regierungskunst der Bourgeoisie hinausgewachsen und wird erst dann wieder zur Ruhe kommen, wenn der größte Theil seiner Bürger, das arbeitende Volk, wieder Interesse an der Regierung gewinnt, und dies wird erst geschehen, wenn dasselbe sieht, daß seine Interessen gewahrt, seine Grundsätze zur Geltung gelangen.

Bis dahin wird in Frankreich eben der Säbel seine Herrschaft ausüben, und ob er dies nun in versteckter Form unter Thiers oder Gambetta, oder in offener Weise unter Mac Mahon oder Napoleon IV. thut, kann uns gleichgiltig sein.

Nicht Pessimismus ist es, der uns abhält, für die Gambetta und Consorten Partei zu ergreifen, sondern die klare Einsicht, daß von der Republik Thiers ebenso wenig für das arbeitende Volk zu erwarten ist, als von der Monarchie Napoleon IV.

Zum Schluß noch ein paar Bemerkungen. In einer Correspondenz der „Frankfurter Zeitung" aus München, in welcher auf den Streit des „Vorwärts" mit der „Frankfurter Zeitung" hingewiesen wird, befindet sich der Satz „Sieg jener Partei (der conservativen) heißt Krieg — etwas früher oder später ist gleichgiltig." Dann wird darauf hingewiesen, daß im Kriege die Sozialdemokraten so gut wie die Angehörigen anderer Parteien „Kanonenfutter" abgeben müssen. Darauf sei bemerkt, daß es noch durchaus nicht unterschrieben ist, daß mit dem Sieg der Conservativen der Krieg ausbrechen wird; denn daß dies unsere Offiziösen behaupten, ist wohl kein besonderer Grund, um dasselbe glauben zu müssen. Dann sei aber auf die Thatsache hingewiesen, daß gerade unter der Präsidentschaft von Thiers und unter kräftigster Unterstützung Gambetta's das heutige Militärgesetz in Frankreich ins Leben gerufen wurde, ein Militärgesetz, das ein Hohn auf die allgemeine Wehrpflicht, auf das Volksheer ist. Dasselbe hat doch wohl keinen anderen Zweck, als bei passender Gelegenheit mit Hilfe des dadurch ermöglichten ungeheuren stehenden Heeres den Revanchezug gegen Deutschland in Scene zu setzen. Das alberne Kriegsgeheul hätte die „Frankfurter Zeitung" getrost den deutschen Offiziösen und deren nationalliberalem Anhang überlassen können.

Daß in dem Abendblatt vom Dienstag den 17. Juli auch eine Correspondenz aus Straßburg Aufnahme in der „Frankfurter Zeitung" finden konnte, in der die alte Lüge, daß während der Herrschaft der Commune die Geißeln erschossen wurden, wieder aufgewärmt wird, hat uns sehr überrascht, daß wir vorläufig darüber kein Wort verlieren, sondern abwarten wollen, was die „Frankfurter Zeitung" auf eine in dieser Angelegenheit gewiß erfolgende Interpellation des „Vorwärts" antworten wird.*)

*) Haben wir wiederholt anerkannt. R. d. „V."

Zehn Galgen

waren Donnerstag, den 21. Juni zu Mauch Chonk (4) und Pottsville (6) in Pennsylvanien — Vereinigte Staaten von Nordamerika — errichtet, und ehe die Sonne den Zenith erreicht, hatten zehn Arbeiter in der Vollkraft des Lebens, zehn Bürger der großen freien Republik durch den Strick geendet.

Zehn Arbeiter, zehn Mörder besagt das Urtheil. Nein, zehn Opfer. Daß es nicht Mörder im gewöhnlichen Sinne des Wortes gewesen, das erhellt schon aus dem widerlichen Triumphgeschrei der Bourgeoispresse, die den Tag der Hinrichtung nicht erwarten konnte, und, als dann endlich ihr Wunsch erfüllt war, mit wahrer Wollust auf den Leichen der Gehenkten herumtrampelte. Es waren gefürchtete Feinde, an denen man sich rächen, an denen man ein Exempel statuiren wollte. — Unsere Leser haben von den Molly Maguires (sprich: Molli Mägairs) gehört. Es ist eine, hauptsächlich aus Irländern — daher der irische Name — bestehende geheime Verbindung von Kohlengräbern, die namentlich in Pennsylvanien eine große Verbreitung hat und seit Jahren den dortigen „Kohlenbaronen" energischen Widerstand entgegengesetzt hat. Die Organisation gleicht genau derjenigen der englischen Trades Unions vor Abschaffung der Anti-Combination-Laws (Gesetze gegen die Coalitionen) in den Jahren 1824 und 1825. Am öffentlichen Zusammenwirken gehindert, nahmen die englischen Arbeiter damals nothgedrungen ihre Zuflucht zu geheimen, zum Theil nach dem Muster der Freimaurergesellschaft eingerichteten Organisationen und in Folge der grausamen Verfolgungen, durch welche man diese Organisationen zu zertrümmern bemüht war, kam es zu jener Zeit auch in England zu zahlreichen, im Stand der Nothwehr begangenen Gewaltthätigkeiten Seitens der Arbeiter gegen Arbeitgeber und deren Agenten, namentlich gegen „Verräther" aus den eigenen Reihen der Arbeiter. Ganz sind selbst jetzt noch die geheimen Arbeiterorganisationen zu gewerkschaftlichen Zwecken in England nicht verschwunden, nur daß sie keinen gewaltthätigen Charakter mehr tragen.

Von England kamen diese geheimen Organisationen hinüber nach Amerika, und haben dort, obgleich dem Vereinsrecht absolut keine Schranken gezogen sind, vielfach in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung eine Rolle gespielt. Die Molly Maguires, deren Ursprung in die 60er Jahre zurückzuführen ist (wo sie während des Kriegs gegen die Sklavenhalter, wie dies leider die meisten Irländer thaten, für den Süden Partei ergriffen) fingen Anfangs der 70er Jahre den Kohlenbaronen an gefährlich zu werden. Sie erkämpften Lohnerhöhungen, nöthigten die Arbeitgeber zur Herabsetzung der Arbeitszeit, kurz handelten erfolgreich im Interesse der Arbeiter. Die Kohlenbarone machten gute Miene zum bösen Spiel und revanchirten sich an dem Publikum, das sie für jeden Groschen, den sie den Arbeitern mehr geben mußten, um 10 Groschen schröpften. Als die „Krisis" hereinbrach, und die Kohlenpreise nicht mehr auf der bisherigen Höhe zu halten waren, wandten sich die Kohlenbarone gegen die Arbeiter und kürzten die Löhne, um das kapitalistische Profit-Defizit in der allgemein üblichen Weise durch die Lohnsklaven decken zu lassen. Hier standen nun die Molly-Maguires im Weg. Sie widersetzten sich hartnäckig jeder Lohn-Erniedrigung und Arbeitszeit-Erhöhung; es kam zu Strikes, Lockouts, die Leidenschaften wurden entflammt; die Kohlenbarone, welche in der ihnen untergebenen Presse die Molly-Maguyres als eine Bande von Mordbrennern hinstellen ließen, mietheten „Handfeste", um die Arbeiter mit der Faust zu Paaren zu treiben, die Bürger verschiedener Ortschaften wurden durch lügenhafte Vorspiegelungen auf die Arbeiter gehetzt und es blieb nicht aus, was jeder vernünftige Mensch bei solchem Vorgehen erwarten mußte: Blut floß, auf beiden Seiten gab es Todte und Verwundete, und unter Anderen wurden mehrere Werkzeuge der Kohlenbarone einige ganz, andere halbtodt geprügelt.

Das war sehr bedauerlich, aber auch sehr natürlich.

Der von den Molly Maguires organisirte Widerstand wurde zuletzt gebrochen, die hungernden Arbeiter zu Paaren getrieben

*) Siehe Correspondenz aus Frankfurt und Sozialpolitische Uebersicht — eine besondere Interpellation stellen wir nicht an die „Frankfurter Zeitung", sie mag diese Andeutung unseres Hamburger Correspondenten als eine solche ansehen. Auf den Artikel der „Frankfurter Zeitung" vom Dienstag werden wir noch in nächster Nummer Antwort geben und glauben dann, daß die streitige Angelegenheit ihre vorläufige Erledigung gefunden haben wird. R. d. V.

und jetzt konnte die Klassenjustiz ihre Orgien feiern. Durch ein infames Spionensystem, das den Neid der dritten Abtheilung in Petersburg erregen könnte, durch die schuftige Anwendung schuftiger agents provocateurs, die sich in das Vertrauen der Arbeiter einzuschleichen wußten und sie zu Verbrechen aufstachelten, gelang es, die geheimen Führer und Rädelsführer zu ermitteln, — sie wurden als Mörder vor Gericht gestellt, von den durch den „Ring" der Kohlenbarone beherrschten Geschwornen zum Tode verurtheilt und — am 21. Juni dieses Jahres triumphirte die Klassenjustiz. — —

Eins unsrer amerikanischen Parteiorgane, der „Milwaukee Sozialist" (vom 26. Juni) äußert sich über diese neueste Bourgeoisthat, wie folgt (und wir können uns seinen Ausführungen nur anschließen):

„Wir haben uns von Anfang an dahin ausgesprochen, daß die Gewaltthätigkeiten, wegen welcher die Molly Maguires verurtheilt worden sind, weder ihnen noch der Gesellschaft nutzen konnten.

„Daß gerade wir Sozialisten durchaus nichts mit ihrer Kampfweise zu thun haben und derselben so fern wie möglich stehen, geht aus unserer ganzen Agitation hervor. Wir sind derart Feinde aller geheimen Wühlereien und aller Verhandlungen, welche das Tageslicht und die Kritik der Oeffentlichkeit scheuen, daß wir gegen jede geheime Gesellschaft und sei dieselbe scheinbar noch so unschuldig und unschädlich protestiren. Geheimnißkrämerei, Hokuspokus und Firlefanz sind für uns entweder gefährlich oder eines denkenden Menschen unwürdig und wir verlangen, daß Jeder, der irgend etwas bezwecken will, seine Ansichten, Pläne und Organisationsmaßregeln vor dem Forum des ganzen Volkes zu entfalten hat. Ferner sind gerade wir es, die gegen jede Gewalt, jedes Unrecht, gegen Krieg und Blutvergießen agitiren und die für den vollsten Ausdruck des Friedens, des ungeschmälerten Menschenrechtes einstehen. Wir kämpfen gegen Unterdrückung unter jeder Form; Monarchie, Aristokratie, Oligarchie und Ochlokratie, sind uns gleich sehr verhaßt und unser Ziel ist der freie Volksstaat, die ausgebildetste Demokratie, die Sozialdemokratie, welche nicht nur das Leben, die Freiheit und das Glück jedes Einzelnen, sondern vor Allem auch seine Arbeit und deren ungeschmälerten Ertrag schützt. Und die Mittel, welche wir in unserem Kampfe anwenden, sind Aufklärung und Appellation an das Bürgerrecht, dessen Handhabe der Stimmkasten ist. Wie die deutschen Sozialdemokraten das allgemeine Stimmrecht für ihre Ideen benutzen, das beweisen sie bei jeder Wahl. Wir hier gehen auf völlig gleiche Weise voran. Wir treten so rückhaltlos vor die Oeffentlichkeit, daß wir unsere Versammlungen möglichst auf offener Straße, unter freiem Himmel abhalten und unsere Stimme da erheben, wo uns Jeder antworten, Jeder entgegenarbeiten, Jeder mit seinen besseren Gründen — wenn er solche hat — widerlegen kann.

„Wo ist auch nur die geringste Parallele zwischen den Molly Maguires und uns? Wo zeigen wir auch nur im Entferntesten, daß die Molly Maguires unsere Vorbilder und unsere Ideale sind?

„Ganz etwas Anderes aber ist es, wenn wir die Umstände beleuchten, welche diese Unglücklichen zu den ihnen vorgeworfenen Thaten trieben, welche sie zwangen gegenüber ihren Ausbeutern, gegenüber der sie aussaugenden und zermalmenden Gesellschaft, zu Vertheidigungsmitteln zu greifen, die dem Grade von Bildung entsprechen, welche ihnen die Gesellschaft gegeben. In einer Zeit, wo die gebildetsten Nationen den Mord kunstgemäß betreiben, wo ein großer Theil des menschlichen Erfindungsgenies dazu verwandt wird, um Mordmaschinen zu verbessern und zu vermehren, wo der Hauptzweck der Regierungen darin besteht, wie sie am leichtesten und schnellsten Nachbarnationen schwächen können, wo der Spekulation und Geldwuth täglich Opfer fallen bei durch Leichtsinn herbeigeführten Eisenbahnunglücken, Häusereinstürzen, wo der Mensch von dem Mitmenschen nur als Bereicherungsmaterial angesehen und mißbraucht wird, wo Eltern gezwungen sind, ihre Kinder in Fabriken langsam hinsiechen zu lassen, wo Frauen und Jungfrauen ihren Körper verkaufen müssen, um nicht Hungers zu sterben, wo kleine Verbrecher unnachsichtig verurtheilt werden, große aber mit der Regierung „setteln" (sich abfinden), wo mit einem Worte Recht und Gerechtigkeit Phrase und Lüge sind — in einer solchen Zeit kann man es ungebildeten, vernachlässigten und schlecht erzogenen Individuen nicht übel nehmen, wenn sie angesichts der eigenen Leiden und der Leiden ihrer Familien zu Gewaltsmitteln greifen und einfach dem Instinkt der Selbsterhaltung folgend, die Grenzen idealer Rechtsvorstellungen überschreiten.

„Wir können deshalb die Molly Maguires nicht verdammen und verdammen nur die herrschenden Gesellschaftszustände. Wir machen nicht Einzelne dafür verantwortlich, aber streben dahin, bessere Verhältnisse herbeizuführen."

So unser amerikanisches Parteiorgan.

In der großen amerikanischen Bourgeosisrepublik, die zehnmal besser ist, als die französische, kann also solche Justiz geübt werden. Man sieht daraus, daß die Klassengegensätze dort ebenso schroff und die herrschenden Gesellschaftszustände dort ebenso schlecht sind, als bei uns.

Sozialpolitische Uebersicht.

— 2843 Prozesse hat Frohme für unsere Partei herausgerechnet. Ein in solchen Dingen sehr erfahrener Correspondent findet diese Ziffer zu niedrig; er schreibt uns: „Ich bin nicht in der Lage, die vom Genossen Frohme mitgetheilten Ziffern zu prüfen; meine bisherigen Versuche, eine vollständige Verfolgungsstatistik zu erlangen, sind leider erfolglos geblieben. Eins kann ich aber mit absoluter Sicherheit behaupten: daß die Zahl der sächsischen Prozesse gegen die Sozialdemokratie bei weitem höher ist, als Frohme sie angiebt (418). Die Stadt und der Amtsbezirk Leipzig allein würden gering angeschlagen die größere Hälfte dieser Zahl liefern, und nun nehme man dazu die ebenso fruchtbaren Verfolgungscentren Dresden und Chemnitz. Und die Hunderte von Prozessen, die außerhalb dieser drei Centren blos anläßlich der Wahl- und sonstigen Agitation stattgefunden haben. Die Prozesse sind so häufig, und die meisten derselben in ihrer ewigen Einerleiheit so monoton, daß die sozialistischen Blätter es für gut halten, ihre Leser mit einer vollständigen Aufzählung zu verschonen. Wenn es anderswo ebenso ist, wie ich nicht bezweifle, so würde eine wirklich zuverlässige Gesammtstatistik ergeben, daß die Ziffer 2843, die jetzt Diesem oder Jenem übertrieben hoch erscheint, weit hinter der Wahrheit zurückbleibt." (Die Redaktion des „Vorwärts" kann bestätigen, daß im „Vorwärts" nur der kleinste Theil der Prozesse erwähnt zu werden pflegt. Und im frühern „Volksstaat" galt die nämliche Praxis.)

— Die Dühringaffaire ist in ein eigenthümliches Stadium getreten. Außer unserem Berliner Parteiorgan, welches sich des removirten Docenten, und mit Recht, sehr warm angenommen hat, war in Berlin nur die „Volkszeitung" noch ziemlich lange anständig und nahm wenigstens Artikel zu Gunsten Dühring's auf; die „Vossische Zeitung" hatte sich nach einem kleinen Anlaufe für Dühring schon längst muthig zurückgezogen. Daß nun alles reaktionäres, offiziöses und nationalliberales Zeitungsgesindel gegen Dühring eintrat, war selbstverständlich, daß aber jetzt nach der Verurtheilung auch die „Volkszeitung" sich in der Person Bernstein's über Dühring hermacht, ist sehr bezeichnend für den Fortschritt. Aber auch die „Frankfurter Zeitung" hat jetzt eine etwas eigenthümliche Stellnng eingenommen — sie trat noch vor ganz kurzer Zeit energisch in die Agitation für Dühring ein und jetzt läßt sie sich in Nr. 199 einen höchst eigenthümlichen Artikel aus Berlin einsenden, in welchem wir folgende Stellen finden:

„Die Herren Studenten und Sozialdemokraten übersehen nämlich, daß der Universitätslehrer zugleich ein mittelbarer Staatsbeamter ist, der als solcher dem Disciplinargesetz vom 21. Juli 1852 unterworfen ist. Gegen diese Disciplinargesetzgebung unserer Verfassungsaera müßte der allgemeine Unwille gelenkt werden. — — — An sich wird man es keiner Genossenschaft wehren können, Mitglieder wegen anstößigen Verhaltens aus ihrer Mitte auszuschließen und nicht nur die Corporationen der Studenten, sondern auch die Sozialdemokraten pflegen von diesem Ausschließungsrechte in sehr ergiebiger Weise Gebrauch zu machen. — — — In den bisherigen, ziemlich wüsten Agitationen für und wider Dr. Dühring hat dieser Punkt eine sehr untergeordnete Rolle gespielt und in den beiden zahlreich besuchten Versammlungen, welche am vorigen Donnerstag aus Anlaß der Remotion Dühring's stattgefunden haben, von denen die eine nur von Sozialisten besucht gewesen zu sein scheint, während die andere zum großen Theil aus Studenten bestand, ist über diesen Punkt ganz hinweg gegangen worden. Die Veranstalter und Wortführer in jenen Versammlungen würden übrigens gut gethan und dem gemaßregelten Lehrer mehr genützt haben, wenn sie anstatt Resolutionen zu fassen, dem Rathe des Dr. Guido Weiß folgend, Herrn Dr. Dühring die Mittel geboten hätten, daß er unter dem Schutze des Vereinsgesetzes in irgend einem öffentlichen Lokal seine Lehrvorträge, unbeirrt durch ein Collegium, fortsetzen könnte."

Diesen Angriffen der „Frankfurter Zeitung" gegenüber überlassen wir gern der „Berliner Freien Presse" das Wort, die sich vielleicht bei ihrer Freundin für „die wüsten Agitationen für Dühring" bedanken wird.

— Der Alterscensus. Daß die Bestimmung des deutschen Reichswahlgesetzes, welche die Wahlfähigkeit erst mit zurückgelegtem 25. Lebensjahr beginnen läßt, ein verkappter Census und eine Beschränkung und Verstümmelung des allgemeinen Wahlrechts ist, das wissen unsere Leser. Auch daß dieser Census sich wesentlich, ja ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richtet. Wie groß die Zahl Derer ist, welche so um ihr Wahlrecht gebracht sind, kann man aus folgenden Ziffern ermessen, die uns soeben in einer Statistik vor Augen geführt werde. Das deutsche Reich hat bei einer Bevölkerung von 40,000,000 Einwohnern 8,523,446 Wähler, während Frankreich bei einer Bevölkerung von 36,000,000 Einwohnern 9,911,737 Wähler hat, also bei einer um 4 Millionen geringern Einwohnerzahl anderthalb Millionen Wähler mehr! Mit andern Worten: in Frankreich, wo das Wahlrecht mit dem 21. Jahre beginnt, kommen auf jedes 100 Einwohner 27 Wähler, im deutschen Reich, wo das Wahlrecht 4 Altersklassen entzogen ist, bloß 21. Unter je 100 deutschen Reichsangehörigen sind also sechs wahlfähige Männer des Wahlrechts beraubt, was auf 40 Millionen genau zwei Millionen viermal hunderttausend ergibt. Und auch in Frankreich ist das Wahlrecht noch keineswegs unbeschränkt!

— Uns war aus Wilhelmshaven direkt mitgetheilt, daß die sämmtlichen deutschen Kriegsschiffe in Dienst gestellt werden sollten. Marineminister Stosch war in Wilhelmshaven anwesend, und sämmtliche Werftarbeiter mußten zwei Stunden täglich länger arbeiten. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" dementirt nun die Nachricht von der Indienststellung der Schiffe, kann aber die andere Nachricht, daß die Werftarbeiter plötzlich angewiesen sind, zwei Stunden länger zu arbeiten, nicht bestreiten. Was man nun von einem solchen Dementi zu halten hat, leuchtet wohl ein.

— Wir erhalten aus Mannheim die Mittheilung, daß ein dortiger Bürger der großherzoglichen Staatsanwaltschaft eine Denunciation am 10. Juli eingesandt hat, welche sich gegen die bekannten „Gummiartikel-Annoncen", die sich auch in der „Neuen Badischen Landeszeitung" befanden, richtete. Wir sind begierig, zu erfahren, wie sich die Staatsanwaltschaft verhalten wird.

— Staatshilfe. Dieser Ruf erklingt allüberall sofort in den Reihen der Nichtsozialdemokraten, wenn sich ein augenblickliches Uebel bemerkbar macht. So hat auch ein schweizerisches Blatt, das „Volksblatt aus dem Bezirke Andelfingen" den Ruf erhoben, daß der Getreidehandel vom Staate übernommen werden soll. Der betreffende Passus lautet:

„Der Getreidehandel befindet sich gegenwärtig für die ganze Ostschweiz in den Händen weniger Juden, die mit geringen Künsten die Preise droben behalten und dem gemeinen Manne den Brodkorb in die Höhe hängen können. Der Staat hätte da Kredit und Mittel genug, um durch eigene Einkäufe dem Wucher abzuhelfen, resp. heilsame Concurrenz zu machen, wie er den Bankjuden solche macht. Damit wäre wieder einmal Etwas für das arme Volk gethan und wäre eine solche Bethätigung für den Staat jedenfalls mindestens so ehrenvoll und würdig, als es der eidgenössische Roßhandel ist. Der Kanton Zürich dürfte auf diesem sozialen Pfade vorangehen und wir glauben, öffentliche Getreidehäuser würden sich mindestens so gut machen, wie die jährlich sich erweiternden Pfandleihanstalten Zeughäuser und Zuchthäuser. Die Brodpreisjuden würden freilich wieder jammern auf den Trümmern der „Freiheit".

Wir sind natürlich gegen solche Uebernahme des Getreidehandels durch eine reaktionäre Monarchie oder durch eine Bourgeoisrepublik — es würde sehr schnell ein Staatsmonopol entstehen, durch welches den Staatslenkern das Volk erst recht überantwortet würde. Die „Staatshülfe" darf nur für produktive Zwecke geleistet werden und zwar derart, daß der Staat nur die Controlle, aber keinerlei Leitung behält. Wir registriren aber gern solchen Ruf nach Staatshülfe, da er beweist, daß das Volk im Allgemeinen sich der sozialistischen Erkenntniß nähert.

Die Verfälschung der Lebensmittel

ist eine eigene Wissenschaft geworden, so weit ist die Verrottung in unserer Zeit schon gediehen, also schreibt unser Bremer Parteiorgan. Auf schöne Form und ansprechendes Aeußere wird das verwandt, was dem inneren Werthe der Waaren dreifach entzogen. Die Bourgeoisie hat es verstanden, die Wissenschaft zu ihrer Dienerin herabzuziehen, damit sie ihr behülflich sei an den Verbrechen, die jene emporgehoben und mit denen sie heutzutage noch ihre Vamphr-Natur befriedigen muß. Welches Unheil auf solche Weise über die Menschheit verhängt wird, wer kann es ermessen? Wer kennt die Fälle alle, in denen Menschen dem Genuß gefälschter Waaren zum Opfer gefallen? Wer kann sie alle aufzählen, die Siechen und Kranken, die eben auf solche Weise dahingemordet werden? Und welche Klasse ist es hauptsächlich, die davon betroffen? Es ist das arme Volk, an dem man dies Unrecht begeht, allem Humanitäts- und Rechtsgefühle zum Trotze. Seitdem die gemeine Geldgier und Habsucht zum Signaturbild unserer Zeit geworden, seitdem der Zweck, Geld zu verdienen, alle Mittel heiligt, die für jenen angewandt werden, seitdem ist dem Kapital kein Verbrechen zu hoch, wenn dasselbe nur unentdeckt bleibt und, um in der Kapitalistensprache zu reden, einen gehörigen Prozentsatz für den Betreffenden abwirft. Das allein ist bestimmend, nichts anderes. Gewiß eine traurige Welt, in der die Schädigung des Nächsten zum eigenen Vortheil ausersehen wird, in der Leib und Gut der großen Menge so wenig gesetzlichen Schutz im Großen und Ganzen genießen, als es gegenwärtig der Fall.

Daß polizeiliche Vorschriften existiren, welche gewisse zu Markt gebrachten Lebensmittel der Controle unterwerfen und daß unser Strafgesetzbuch unter der Kategorie der Uebertretungen die schlechte Beschaffenheit derartiger Waaren mit Geldstrafe resp. Haft ahndet, ist noch lange nicht hinreichend, jene Behauptung zu entkräften. Denn angesichts der schweren Schädigung, die den Consumenten in materieller und leiblicher Hinsicht durch gesundheitsschädliche und qualitativ schlechte Waaren zugefügt wird, sind weit strengere Maßnahmen, als die jetzt üblichen, sehr wohl angezeigt. Dem direkten Betruge muß man es gleichstellen, wenn Einer Lebensmittel feilbietet, die ihrem abverlangten Werthe in quantitativer und qualitativer Hinsicht nicht entsprechen und als Körperverletzung, resp. als Versuch derselben, muß es obendrein angesehen werden, wenn die betr. Consumtionsgegenstände, mit fremden Beimischungen versehen, auf den menschlichen Organismus schädigend einzuwirken vermögen.

Nicht die Commune, sondern das Reich hat die erforderlichen Schritte einzuleiten, damit der Willkürlichkeit vorgebeugt werde. Einheitliche und strenge Vorschriften von Reichswegen sollte man erlassen, damit dem schändlichen Treiben, das heutzutage allenthalben mit der Verfälschung eß- und trinkbarer Waaren in so fürchterlichen Dimensionen zugenommen, endlich ein Damm gesetzt werde.

Dem Staate muß die Erhaltung der Gesundheit seiner Bürger Hauptziel sein, darum muß er auch die ganze Strenge des Gesetzes denen gegenüber anwenden, die aus Gewinnsucht oder aus anderen Motiven jene zu schädigen, zu untergraben suchen. Und da es nun dem einzelnen Bürger nicht gegeben ist, selbst Controle zu üben, so muß die Staatsregierung hierfür Sorge tragen, indem sie in der umfassendsten Weise alle Vorsichtsmaßregeln ergreift, die ihr zur Verhütung der materiellen und gesundheitlichen Benachtheiligungen des Volkes für geeignet erscheinen. Zu diesem Zwecke müßten an allen Orten Controlstationen für Lebensmittel geschaffen werden, deren Unterhaltung zum Theil der Commune, zum Theil dem Staate anheimfiele. Vor Allem müßte sich die Controle solcher Stationen auf Milch, Bier, Wein, Wasser, Kaffee, Thee, Chokolade, Zucker, Gewürze, Mehl, Brot, Fleischwaaren, Butter und Fettwaaren, sowie auf Conserven erstrecken. Die Stationen hätten dann nicht allein zu untersuchen, ob die betreffenden Lebensmittel gefälscht sind, sondern auch, ob dieselben überhaupt in einem der Gesundheit zuträglichen Zustande verkauft werden. Ebenso müßten sie darauf zu achten haben, ob der Preis der betreffenden Gegenstände dem inneren Werthe entspricht. Denn da, wie gesagt, am hauptsächlichsten der niedere und Mittelstand durch die Fälschung der Lebensmittel in Mitleidenschaft gezogen wird, insofern der Besitzende durch seinen Ausgabeetat eher dagegen sich zu schützen vermag, so ist es nicht mehr wie billig, wenn man verlangt, daß regierungsseitig dem Volksbetruge und der Volksvergiftung, wie beide durch die Lebensmittelfälschung verübt werden, mit aller Strenge entgegengetreten wird.

Recht wirksam würde sich gegenwärtig in jener Beziehung die Einrichtung erweisen, daß all die Falle, in denen polizeilicherseits der Nachweis der Fälschung von Consumtionsgegenständen geliefert worden, direkt der Oeffentlichkeit kundgegeben würden. Das wäre entschieden für das Publikum weit vortheilhafter, als die Publizirung von Beleidigungsklagen und sonstigen Bagatellverhandlungen mit Namensnennung.

Die Umgangssprache deutscher Professoren.

Von Professor Johannes Scherr, dem Verfasser verschiedener „patriotischer Werke" existirt folgendes Schreiben, dessen Copie der „Tagwacht" zugestellt wurde:

„Zürich (Oberstraß), 3. August 1876.

Geehrter Herr! Ich bin zu alt, um mich an diesem Unternehmen betheiligen zu wollen, dessen Fiasko ich mit mathematischer Gewißheit vorherweiß. Wer sollte dermalen für Beiträge zu einem Denkmale Trützschler's in Deutschland angegangen werden? Der nationalliberale Philister würde schon die bloße Zumuthung für eine Sünde gegen den heiligen .... betrachten. Die „Volkspartei" (zu deutsch: Partei ohne Volk) hat sich seit 70 so niederträchtig — benommen, daß ich wenigstens nichts mit ihr zu schaffen haben mag. Das sozialistische „Stimmvieh" endlich, vorausgesetzt, daß es überhaupt jemals etwas von Trützschler gehört, hält denselben schon als Sohn eines Millionärs für einen „bloßen Tropf von Bourgeois-Republikaner", was ich ja selber in den Augen dieses würdigen Gethiers bin. Oder soll man sich an die studirende Jugend wenden? Du lieber Gott, wie sollte die Jugend, für welche die servile Bummel- und Saufsprache eines Scheffel das Höchste ist, den Geldbeutel für das Andenken eines 48ers aufthun wollen?

Die Berichtigungen in Sachen der Berliner November-Ereignisse von 1848, welche Sie mir s. Z. so freundlich zugehen ließen, habe ich in der zweiten Auflage meiner Geschichte des Jahres 1848 dankbar benutzt.

Hochachtungsvoll grüßt Sie Ihr ergebener
J. Scherr."

Würdig reiht sich an diesen Brief folgende Zuschrift des Professor Karl Pertz, die er an die „Kölnische Zeitung" richtete:

„Zu Schutz und Trutz am Grabe Schön's.
Von einem Ostpreußen. Berlin, Verlag von Franz Duncker, 1877.

Das von einem absichtlich nicht genannten Verfasser veröffentlichte Libell gegen den Freiherrn vom Stein und seinen Biographen, meinen Vater, legt mir als seinem ältesten Sohne die Pflicht auf, gegen die unwahren Behauptungen des feigen Verleumders öffentlich zu protestiren. Schon auf der dritten Seite

— Die Aussperrung der Schiffszimmerleute am Clyde dauert fort. Auf einem Meeting der „Meister" wurde beschlossen, nicht nachzugeben, sondern im Gegentheil, die Aussperrung noch „allmählig" (gradually) auf die Werkstätten auszudehnen, in denen noch gearbeitet wird. Die Arbeiter halten dies aber für einen Schreckschuß und sind überzeugt, daß die sich mehrenden Bestellungen die Herren Kapitalisten bald zur Nachgiebigkeit zwingen werden. Unter den Schiffszimmerleuten, die eine trefflich organisirte Gewerkschaft mit wohlgefüllter Kriegskasse haben, herrscht die vollkommenste Einmüthigkeit, und auch die übrigen, in den Lock-out mit hineingerissenen Arbeiter sind vom besten Geiste beseelt, obgleich sie, weil nicht fest organisirt und ohne Fonds, große Entbehrungen auszustehen haben. Die Aussperrung, die am 19. Mai begann, ist bereits in den dritten Monat eingetreten. — Der Strike der Kohlengräber von Fife und Clackmannan ist noch nicht beendet. Die Grubenbesitzer wollen auf keine Vermittlungsvorschläge hören und verlangen unbedingte Unterwerfung, wozu die Arbeiter, welche genügende Fonds haben, um noch mehrere Monate lang die regelmäßigen Strikegelder (8 Shilling = 8 Mark für den Mann und 1 Sh. für jedes Kind unter 12 Jahren) zahlen zu können, sich natürlich nicht verstehen werden. — Sonst vom „sozialen Kriegsschauplatz" im brittischen Musterstaat „nichts Neues" von Belang.

— Die Erschießung Chaudey's. Ein Straßburger Correspondent der „Frankfurter Zeitung", der bei der Auseinandersetzung zwischen diesem Blatt und dem „Vorwärts" das Bedürfniß verspürt hat, etwas Oel in's Feuer zu gießen, beschwört am Schluß seines Ergusses das Gespenst Chaudey's und meint, wir hätten für die „Reinen", an Louis Blanc und an Madier de Montjau, an Gambetta und der ganzen Compagnie „das Schlimmste in Petto", „erwischen wir sie, so spielen wir wieder „Geiseln" mit ihnen und füsiliren sie, wie der Arbeiterfreund Chaudey (nicht Chaudy, wie die „Frankfurter Zeitung" schreibt) von den Heiligen der Commune füsilirt worden ist". Von den „Reinen" Louis Blanc, Gambetta ꝛc. jetzt nichts; nur eine Richtigstellung in Betreff Chaudey's. Chaudey, nichts weniger als Arbeiterfreund (höchstens einer mit „Gänsefüßchen") sondern ein fanatischer Bourgeois und Feind des Sozialismus wurde nach dem 18. März verhaftet unter der Anklage, am 22. Januar, bei der Volksdemonstration zur Verhinderung der Capitulation als Maire-Adjunkt Feuer auf das Volk commandirt zu haben. Er leugnete, aber an der Thatsache ist, nach dem vorliegenden Material, kaum zu zweifeln; daß er bei jener Massacre sich in brutalster und provokatorischster Weise benommen, ist erwiesen. Am Abend des 23. Mai, nach dem die Massenmetzeleien der Versailler schon zwei volle Tage lang gedauert, wurde er erschossen, aber nicht auf Befehl der Commune. Lissagaray, dessen Objektivität auch von den erbittertsten Gegnern anerkannt werden muß, erzählt den Hergang S. 375 seiner „Histoire de la Commune" wie folgt: „An diesem Abend (23. Mai) begab sich Raoul Rigault ganz aus eigenem Antrieb und ohne sich mit irgend einem seiner Collegen in's Vernehmen gesetzt zu haben (ne prenant d'ordre que de lui seul et sans consulter aucun de ses collègues) in das St. Pelagie-Gefängniß und kündigte Chaudey an, daß er sterben müsse. Chaudey protestirte, sagte, er sei Republikaner, schwor, daß er am 22. Januar nicht den Befehl zum Feuern gegeben habe, wogegen allerdings zu bemerken, daß er zu jener Zeit die einzige Autorität auf dem Stadthause war. Seine Betheuerungen prallten ab an der Entschlossenheit Rigault's. Hinaus geführt auf den „Weg der Runde" wurde Chaudey mit drei am 18. März gefangenen Gensdarmen summarisch erschossen (passé par les armes). Während der ersten Belagerung hatte er Anhängern der Commune gesagt: „Die Stärksten werden die Anderen todtschießen!" (Le plus forts fusilleront les autres.) Vielleicht starb er an diesem Wort."

— Aus Paris erhalten wir folgende Mittheilung: Als Louis Bonaparte im Jahre 1848 sich populär machen wollte, schickte er Porträts und kleine Statuen seines Onkels, Napoleons I. zu hunderttausenden in's Land hinein. — Mac Mahon treibt solchen Unfug viel großartiger, aber auch viel ungeschickter. Er verschickt sein eigenes tölpisch-blickendes Conterfei millionenweis in's Land — eine Druckerei zu Paris liefert allein fünf Millionen Stück. Populär wird der Herr Präsident jedoch nicht, weil die Franzosen im Bildniß erblicken, welchen Dummkopf sie an der Spitze haben. Besser wäre es gewesen, wenn er die Galgenphysiognomie von Thiers und Gambetta mit versandt hätte — er würde dann wenigstens seine Gegner auch mißkreditirt haben.

— Die Niederlagen der Russen in Asien waren weit bedeutender, als sich aus den türkischen Siegesberichten ersehen ließ. Auch nicht eine Abtheilung der geschlagenen Armee ist „intakt", und ehe das feste Gefüge wieder hergestellt, die Lücken ausgefüllt, die nöthigen Verstärkungen herbeigeschafft sind, kann an eine ernstliche Wiederaufnahme der Operationen nicht gedacht werden. Wahrscheinlich — und von russischer Seite bereitet man schon darauf vor — wird dieselbe bei der vorgerückten Jahreszeit, erst im nächsten Jahre erfolgen können. Die Situation der Russen wird überdies durch den stets wachsenden Aufstand der Kaukasusbewohner wesentlich verschlimmert. Nach den neuesten Nachrichten befindet sich jetzt so ziemlich der ganze Kaukasus in vollem Aufstand und haben die Russen dort furchtbare Verluste erlitten. Wenn man bedenkt, daß der Kaukasus ein Montenegro in hundertmal vergrößertem Maßstab ist, wird man sich von dem Schlag, der die Russen hier betroffen hat, und von den Schwierigkeiten der Niederwerfung des Kaukasus ungefähr einen Begriff machen könne.

— Der Verrath oder die Dummheit der türkischen Paschas, oder beides zusammen, sind im Steigen. Bei der Eroberung von Nikopolis ist die 6000 Mann starke Besatzung mit zwei Pascha's in die Hände der Russen gefallen. Die beiden Paschas Achmet und Hassan sollen rubelbeladen gegenwärtig schon in Bukarest sich befinden. Ein goldbeladener Esel klimmt bekanntlich die höchsten Mauern hinan — und auch über den Balkan. „Väterchen" weiß, was in seinem eigenen Lande auf dem Spiele steht, deshalb werden weder Menschenleben, noch Rubel geschont. — In Asien allerdings steht die Sache der Türkei unveränderlich gut.

— Unser Parteigenosse, der Reichstagsabgeordnete Blos zu Hamburg, beabsichtigt in der nächsten Session des deutschen Reichstags einen Gesetzentwurf gegen die zur Zeit immer mehr überhand nehmende, namentlich die Gesundheitsverhältnisse der arbeitenden Klassen schwer schädigende Verfälschung der Lebensmittel einzubringen und Erweiterung der Competenz des Reichsgesundheitsamts behufs schärferer Controlle zu beantragen. Parteigenossen, denen hierauf bezügliches Material zur Verfügung steht, werden ersucht, dasselbe an Genossen W. Blos in Hamburg einzusenden.

— Wir erhalten aus Hamburg folgende Depesche: Hier befindet sich ein Agent aus Manchester (England), um Zimmerleute dorthin zu locken, weil die dortigen striken. Wir warnen hiermit die deutschen Zimmerleute, solchen Verlockungen zu folgen.

Eugen, der unedle Ritter.

Wo es schmutzige Arbeit zu verrichten giebt, ist natürlich Herr Eugen Richter dabei. Statt in der Dühring-Angelegenheit seine Schuldigkeit zu thun, gegen das Unrecht zu protestiren, dahin zu wirken, daß seine Partei ihre Schuldigkeit thut, sucht dieser saubere Patron die Sache blos für seine persönlich gehässigen Zwecke auszunutzen. Der Mensch kann eben seine Natur nicht verleugnen. In einem der letzten Richter'schen Waschzettel heißt es:

„[Nochmals Dr. Dühring und die Sozialisten.] Wir haben bereits gestern an dieser Stelle hervorgehoben, daß die sozialistische „Berliner Freie Presse" Herrn Dr. Dühring für die sozialistische Partei in aller Form reklamirt und ihn gewissermaßen zu einem Märtyrer der sozialistischen Sache zu stempeln sucht. Es ist nun höchst charakteristisch, daß das sozialistische Centralorgan, der Leipziger „Vorwärts", welcher ebenfalls in einem längeren Leiter zu der Affaire Stellung nimmt, die sozialistische Gesinnung Dühring's mit keinem Worte erwähnt, sondern sich lediglich an die prinzipielle Seite der Frage, die „Freiheit der Wissenschaft", anklammert. Der Artikel, welcher gleich dem in der „Berliner Freien Presse" ein „Modernes Ketzergericht" überschrieben ist, macht einen so frostigen Eindruck und ist so aller Sympathien für den gemaßregelten Parteigenossen bar, daß der unbefangene Leser sofort bemerken muß, wie wenig Anklang die selbstständige Natur Dr. Dühring's im sozialistischen Hauptquartier findet. Lassen wir statt aller weiteren Bemerkungen den „Vorwärts" sprechen. Derselbe schreibt: „Die Person liegt in dieser Frage für uns völlig aus dem Spiel. Wäre ein Treitschke (!) das Opfer, wir würden mit gleicher Energie für ihn eintreten. Der „Vorwärts", in dessen Spalten die Schriften Dühring's zum ersten Mal (?) einer umfassenden wissenschaftlichen (?) Kritik, die wahrhaftig keine lobende ist, unterzogen worden sind und der in dieser Kritik in der demnächst herausgegebenen wissenschaftlichen Beilage fortfahren (sic!) wird, kann dem Verdacht persönlicher Parteilichkeit für Dühring unmöglich ausgesetzt sein — wir stehen ausschließlich auf dem Boden des Prinzips, wir urtheilen nicht nach Sympathien und Antipathien, wir urtheilen durchaus objektiv nach Pflicht und Gewissen, und wir gelangen nach kühler Erwägung zu dem Schluß: das Berliner Ketzergericht ist eine Schande für die Berliner Professoren, ist eine Schande für die Berliner Universität, ist eine Schande für das ganze deutsche Universitätswesen." — Bezeichnend ist noch die Bemerkung in dem Artikel, daß Dr. Dühring „irrthümlich" Professor Helmholtz beschuldigt habe, die bekannte Entdeckung Mayer's todtgeschwiegen zu haben. Der „Vorwärts" stellt sich hier im Gegensatz zur „Berliner Freien Presse" vollständig auf den Standpunkt der — „Nationalzeitung". Der „Vorwärts" glaubt bei dieser Gelegenheit ferner versichern zu sollen, daß Professor Helmholtz „unzweifelhaft" ein „hochverdienter" Gelehrter sei, der auch von der „Vorwärts"-Redaktion „hochgeschätzt" werde. — Nach alledem dürfte man der zukünftigen Wirksamkeit des Dr. Dühring innerhalb der sozialistischen Partei kaum ein günstiges Prognostikon stellen können, namentlich wenn man erwägt, daß demnächst mit der Kritik der Dühring'schen Schriften in den Spalten der „wissenschaftlichen Beilage" des „Vorwärts" fortgefahren werden soll. Dr. Dühring hat in seinen nationalökonomischen Werken den „unfehlbaren" „Vater des deutschen Sozialismus", Herrn Marx, angegriffen und diese — Dreistigkeit verzeihen die fanatischen Anhänger des Herrn Marx, voran Herr Liebknecht, Herrn Dühring niemals. Es herrscht eben innerhalb der sozialistischen Partei ein noch ärgeres Cliquenwesen, als die Sozialisten so gern bei anderen Parteien hervorsuchen und angreifen."

So Herr Eugen Richter. Die Fragezeichen, das Ausrufungszeichen und das sic! in Klammern sind Herrn Eugen Richter's. Daß er hinter das Wort „wissenschaftlich" ein Fragezeichen gesetzt hat, ist für diesen ignorantesten der Ignoranten sehr charakteristisch; er will damit wohl andeuten, daß die Wissenschaft für ihn von jeher ein großes Fragezeichen gewesen. Doch zur Sache. Was will Herr Eugen Richter? Einfach „Skandal machen". Mit der leisen Hoffnung, Gimpel zu finden, die auf den Leim gehen. Wie er früher Lassalle und Marx gegen einander auszuspielen suchte, so jetzt Dühring gegen Marx. Wenn der Kniff nur nicht so verwünscht plump wäre. Herr Eugen muß erst noch bei den Bauernfängern niederster Kategorie in die Schule gehen.

Also, was wirft er uns vor?

Daß wir uns in der Dühring-Angelegenheit rein auf den prinzipiellen Boden stellen. Aber ist denn das nicht gerade das Richtige? Hieß es nicht von Anfang an, die Sache Dühring's gefährden, wenn man sie zur Parteisache machte? Drückte man damit nicht den Gegnern eine Waffe in die Hand?

Ja, ausschließlich um das Prinzip handelte es sich für uns; und daß Herr Eugen Richter — der in dem versumpften „Cliquenwesen" seiner Partei die Fähigkeit consequenten Denkens und Handelns verloren hat, wenn er sie je besessen — uns deshalb tadelt, kennzeichnet den Mann, wie ihn das Ausrufungszeichen kennzeichnet, welches er hinter den Namen Treitschke gesetzt hat. Daß man aus Rechtsgefühl, aus Prinzip für Jemand eintreten kann, ohne nach persönlicher Sympathie oder Antipathie, ohne nach der Parteistellung zu fragen, das mag allerdings für jenen Reichstagsabgeordneten etwas Unbegreifliches sein, der im Reichstag einst die Stirn hatte zu erklären: Weil die Sozialisten für die Postbeamten plädiren, sind wir (Fortschrittler) dazu gedrängt, für den Herrn Generalpostmeister Partei zu ergreifen.

Was die Bemerkung angeht, wir hätten uns, weil wir Helmholtz gegen die Anklage, die Leistungen Meyer's todtgeschwiegen zu haben, in Schutz nahmen, „auf den Standpunkt der Nationalzeitung" gestellt, so ist das eine — nun so ist das eben Richterisch. Wir konstatirten einfach eine Thatsache; und wenn zufällig dieselbe Thatsache in der „Nationalzeitung" erwähnt wird, die bekanntlich das Verfahren gegen Dühring durchaus vertheidigt hat, so ist das doch wahrhaftig kein Grund, die Wahrheit zu verschweigen. Freilich, Herr Richter würde es wohl gethan haben.

---

behauptet der Verleumder, daß die Berliner „Coterie" meinen Vater gezwungen habe, in seinem Leben des Freiherrn vom Stein „Manches in sein Buch aufzunehmen, Anderes zu streichen." Wie absichtlich diese Verleumdung erfunden, ergiebt sich von selbst, da es in Berlin nie eine „Coterie" gegeben hat und mein Vater nie Fremden gegenüber irgend etwas aus seinem Leben des Freiherrn vom Stein mitgetheilt hat. Es ist demnach absurd, von Correkturen des Manuskripts zu faseln, wie der feige Verleumder sich erfrecht hat, auf Seite 82, 83, 84, 134, 135, 137, 147, 167, 184, 185—87, 200, 231, 233, 235, 465, 472 seiner Schandschrift immer zu wiederholen. Eben so empörend ist die unverschämte Behauptung Schön's in seinen verlogenen Memoiren auf Seite 263 der Anlagen des ersten Bandes, daß der Freiherr vom Stein, der ausgezeichnete Finanzminister, der die Finanzen des preußischen Staates eben so geordnet hatte, wie den Staat selbst durch seine Aufsehen erregende Aufhebung der Leibeigenschaft, „in finanzieller und staatswissenschaftlicher Beziehung ganz ungebildet sei"! für welche Schamlosigkeit das Irrenhaus der richtige Ort gewesen wäre. — Im Uebrigen schließe ich mich über den feigen Schreiber der Lästerschrift dem Urtheile des Herrn Archivraths Lehmann, wie er es in seiner Schrift über Stein, Scharnhorst und Schön, Leipzig 1877, ausgesprochen hat, vollständig an und erkläre mit ihm: daß der feige Verleumder auf jede Rücksicht auf gesittetes Betragen verzichtet, da er in allen gemeinen Kniffen demagogischer Rabulistik bewandert, in seiner ungezügelten Heftigkeit die Grenzen der Wahrheit und ihres Gegentheils überschreitet und damit die Richtigkeit des alten Satzes beweist, daß schlechte Absichten sich auch durch schlechte Mittel nicht vor der allgemeinen Verachtung retten können.

Idstein, 7. Juli 1877. Professor Dr. Karl Pertz."

Und diese Gesellschaft ist über den Ton, den Lassalle, den die Sozialisten, den Dühring angeschlagen, empört — vor der eigenen Thüre kehren, das ist das erste Gebot des Anstandes, und dann das Gleichniß vom Splitter und Balken zu beobachten ist das zweite Gebot des Anstandes, ihr Herren Professoren und Professorendiener!

— Wie Zeitungen redigirt werden. Das Leipziger Organ der parti introuvable (Schulmeisterliches Naserümpfen: parti ist generis masculini oder neutrius, es muß also heißen das parti, wie das ordre moral. Rother Strich!), also das oder der parti introuvable, der unfindbaren Partei, selbstbenamset „Fortschrittspartei", schreibt in seiner Nr. vom 14. d. unter Berlin: „Während die Berliner Sozialisten, voran die „Berliner Freie Presse", in anerkennenswerther Weise für ihren gemaßregelten Parteigenossen Dühring eintreten, verhält sich das sozialistische Centralorgan, der Leipziger „Vorwärts", der Frage gegenüber „kühl bis an's Herz hinan!" Die Berliner Sozialisten sind eben meist Dühringianer, die Leipziger dagegen Marxisten. Und wer sich noch erinnert, in welcher Weise Herr Marx durch seinen Freund Engels im „Vorwärts" gegen Dühring zu Felde zog und wie bei dieser literarischen Fehde auch die elementarsten Regeln der Schicklichkeit von den Marxisten außer Acht gelassen wurden, wird die kühle Haltung des „Vorwärts" und den Eifer der Berliner Sozialisten nur zu gut begreifen."

Daß ein Mann von der wissenschaftlichen Bedeutung wie Engels (der beiläufig — das möge der Fortschrittler sich merken — im Auftrag des Congresses die Arbeit über Dühring unternommen hat) als Handlanger von Marx hingestellt und seiner, auch stilistisch musterhaften Leistung Mangel der „elementarsten Regeln der Schicklichkeit" vorgeworfen wird, sei dem Bildungsgrad des Hrn. Fortschrittschreibers zugut geschrieben, daß aber die Redaktion des betreffenden Blattes, die den „Vorwärts" regelmäßig liest und also unzweifelhaft wußte, daß der „Vorwärts", natürlich ohne albernen Personencultus zu treiben, wiederholt und in energischster Weise für Dühring eingetreten ist — in dem am 11. d. erschienenen, in Wirklichkeit schon am 9. d. veröffentlichten Leitartikel der Nr. 80 so energisch als irgend ein anderes Blatt — daß die Redaktion des betreffenden Blattes trotzdem am 14. d., d. h. drei, eigentlich fünf Tage nach dem Erscheinen dieses Leitartikels den „Vorwärts" der „kühlen Haltung" in Sachen Dühring's bezichtigen kann, das ist ein Verfahren, welches sich selbst richtet, und jedenfalls noch etwas Höherem als „den elementarsten Regeln der Schicklichkeit" zuwiderläuft. Ob der betreffende Herr das begreift, wissen wir nicht; aber vielleicht begreift er, wie sich das Wunder ereignen konnte, daß die Berliner Sozialisten, „die meist Dühringianer" sind, einen Redakteur des angeblich Dühring feindlichen „Vorwärts" mit so kolossaler Majorität zu ihrem Vertreter im Reichstag gewählt haben? Merkt der betreffende Herr, daß er nicht nur eine grobe verleumderische Unwahrheit, sondern auch eine kolossale — „Genialität" gesagt hat?

— Zur öffentlichen Prostitution. Das „Berliner Tageblatt" beglückt die hauptstädtische junge Männerwelt mit folgender Anzeige:

„Weiße Rose — blaue Schleife. Eine Gesellschaft lebenslustiger, junger Mädchen, denen es an solider Herrenbekanntschaft mangelt, wünscht in den ungezwungenen Umgang reell gesinnter Männer zu treten, um Gelegenheit zur Anknüpfung eines ernsten Verhältnisses zu finden. — Gleichgesinnten Herren, welche ihre Absicht durch Tragen einer weißen Rose im Knopfloch zeigen, wird man sich in der Unionsbrauerei (Gratweil) in der Hasenhaide am Donnerstag, den 12. d. M., Abends von 7 Uhr an, durch eine auf der linken Brust getragene blaue Schleife zu erkennen geben."

Ob Madai dorthin wohl einige „Geheime" gesandt haben mag? — Wenn die Sozialdemokraten die Gräber der Märzgefallenen auf dem Friedrichshain schmücken, da fehlt diese hochedle Menschensorte niemals, ob sie aber zu oben erwähntem, ihrer viel würdigeren Anlasse auch „verwerthet" worden sind, ob sie zu solchem „Auflauf" sich eingefunden haben werden? — Anstößiges haben sie keinesfalls gefunden.

Das Kleeblatt.

Tyrannen herrschten nur durch Blut und Eisen,
Auf krummen Wegen, sagt man, schlichen sie;
Dem Pöbel von Paris will ich beweisen,
Daß ich nur schnurgerade Straßen zieh.

Er sprach's und ließ den biedern Haußmann kommen:
Nimm Platz! wir sind ja heute entre nous,
Rochefort's Laternenfunken sind entglommen,
Ich steh' zu höchst, d'rum brauch' ich unten Ruh'.

Den Brief schau' Krupp's — der Mann hat viel zu Essen —
Kanonen bietet er mir neusten Schlags —
Nach deutscher Art, ich darf ihn nicht vergessen,
Man braucht ja stets die besten heut'gen Tags —

Zum Wohl des Volkes. Sprach's und Haußmann nickte
Verständnißinnig: „Dieser Brief ist fein,
Doch müßte auch die Masse, die verrückte —
Der Häuser, mein' ich, grad' gerichtet sein."

Das ist's, mein Haußmann, beinah sagt' ich, Bruder,
Bei krummen Straßen reicht der Schuß nicht weit,
Ich heb' die Steuern und du nimmst das Ruder
Und führst mir Straßen, die gerad' und breit.

* * *

Haußmann ist todt, Napoleon ging zu Grunde
Am Stein — der Weisen nicht — nach Fürsten Art,
Nur Krupp allein lebt noch zu dieser Stunde,
Doch nicht wie weiland Eberhard im Bart.

Der konnt' sein Haupt, erzählt man, kühnlich legen
All' seinen Arbeitssklaven in den Schoos;
Herr Krupp schafft Ruhe sich auf andern Wegen,
Wer nicht wie er, ei, den entläßt er blos.

Kurt Mook.

Und nun noch Eins: Derselbe Herr Richter — beiläufig rührt auch die im Feuilleton von uns auf Conto eines Leipziger Lokalblatts besetzte Betise von ihm her — derselbe Herr Richter, der uns gegenüber den Champion Dühring's herausbeißen will, uns unsere „frostige" Haltung vorwirft, hat drei Tage, ehe er obigen Waschzettel verübte, einen andern Waschzettel in die Welt geschickt, der also lautete:

„Neben dem Professor Schäffle feiern die Sozialdemokraten heute den Dr. Dühring. Der Enthusiasmus, den die Studirenden für den blinden Privatdozenten entwickeln, scheint auch Nicht-Sozialisten zu verführen, in dem Manne, dessen Maßregelung wir für einen schweren Eingriff in die Lehrfreiheit halten müssen, einen Vorkämpfer des Liberalismus zu erblicken. Die Denkschrift Dühring's, die er auf Bestellung Wagener's, des ehemaligen „Kreuzzeitungs"-Redakteurs, 1867 für Bismarck gegen das Genossenschaftswesen schrieb und die so im Sinne Wagener's ausfiel, daß er sie als eigen gefertigtes Opus annektirte, ist zu wenig bekannt geworden, sonst würde Dühring gegen den Verdacht des Liberalismus vollständig geschützt sein."

Dühring an Wagener angekoppelt! Läßt sich eine niederträchtigere, eine perfidere Beschimpfung und Verdächtigung denken? Und in diesem Momente?

Und der Bursche, der vorgestern einen Ehrenmann in dieser schmachvollen Weise insultirte, in den Koth zerrte, zu sich selbst herabzerrte, will heute den Anstandsprediger und den Anwalt dieses von ihm Insultirten, in den Koth Gezerrten spielen? Das kann nur ein Eugen Richter.

Correspondenzen.

s. **Frankfurt a. M.**, 17. Juli. „Erlauben Sie mir auch einen Spieß in Ihrem Krieg mit dem „Vorwärts" zu tragen, ob ich gleich nur einer jener nichtsnutzigen „Bourgeoissozialisten" und „Gänsefüßchen-Demokraten" bin" — also hebt ein braver Spieß—träger aus Straßburg seine Correspondenz in der heutigen „Frankfurter Zeitung" an. — Erlauben Sie mir, nicht obgleich ich, sondern weil ich Sozialdemokrat, weil ich ein Demokrat ohne Gänsefüßchen bin, dem braven Spießträger der „Frankfurter Zeitung" auf seinem Kriegspfade wider den „Vorwärts" hier entgegenzutreten. Ihr Beispiel von der schmutzigen Flasche, welches Sie dem Siebe der „Frankfurter Zeitung" entgegenstellten, hat uns, den Demokraten ohne Gänsefüßchen, sehr gefallen; die Weinfälscher und die Freiheitsfälscher überall sind natürlich sehr verschnupft darüber; so auch der Straßburger Spießträger. Er hängt nämlich seine schmutzige Flasche an seinen stumpfen Spieß und klappert: „Acceptiren wir einmal mit dem „Vorwärts" das Gleichniß von der Flasche und dem Sieb, und zwar von der „schmutzigen" Flasche, denn noch kein Bourgeoissozialist und Gänsefüßchen-Demokrat hat behauptet, die Mac Mahon'sche Republik sei eine reine Flasche. Will also Jemand buchstäblich oder figürlich reinen Wein fassen, so geht er nicht hin und schüttet ihn in ein Sieb, sondern, wenn auch die Flasche, zu der er greift, unrein ist, so bringt er sie zum Brunnen und putzt sie, statt sie zu zerschlagen; denn wenn sie geputzt ist, so ist sie immer noch im Stande, gute Dienste zu leisten."

Die Riesen-Flasche, in welcher der dreckige Mac Mahon sitzt, ist also unrein; man schmeißt den dreckigen Kerl hinaus und einen noch viel dreckigeren, den Thiers, hinein — dadurch wird die Flasche dann gereinigt! Ist unser Straßburger Spießträger nicht ein Prachtkerl? — Doch der Spießträger hat auch Galle im Leibe. Hören wir ihn zum Schlusse seiner Spießträgerei: „Größeres Gaudium für die Reaktion und namentlich für die orthodoxe Klerisei als die letzten Nummern des „Vorwärts" wird es schon lange keins mehr gegeben haben. — Aber was verschlägt das uns, — erwischen wir die Reinen, — den Louis Blanc und den Madier de Montjau, den Gambetta und die ganze Compagnie, so spielen wir wieder „Geißeln" mit ihnen und füsiliren sie, wie der Arbeiterfreund Chaudy von den Heiligen der Commune füsilirt worden ist."

Glaubt man da nicht ein „Reptil" zischen zu hören? Die „National-Zeitung", die ganze nationalliberale Presse stehen ein mit dem Spießträger der „Frankfurter Zeitung" für die Bourgeoisrepublik der Herren Thiers und Gambetta; Letzterer wird von der „Provinzial-Correspondenz" des Herrn Culenburg gelobt und der Freund des Herrn von Bismarck, der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, besucht den Herrn Thiers und ermuntert ihn zum Kampfe für die Bourgeoisrepublik. — Die Klerikalen und Orthodoxen sollen sich darüber freuen, daß wir die Communehelden verehren — der Spaß ist albern; aber es ist nicht albern, sondern frech, wenn der Spieß—träger der „Frankfurter Zeitung" die Communekämpfer verunglimpft, ihnen als Verbrechen vorwirft, was die reine Nothwehr war; geringe Repressalien den verabscheuungswürdigsten Mord- und Greuelthaten gegenüber! Weiß der Spießträger der „Frankf. Zeitung", weiß letztere selbst, daß sie mit dem obigen Satz indirekt den Massenmord auf der Ebene von Satory und die „trockene Guillotine" rechtfertigen?! Und da will die „Frankfurter Zeitung" heuchlerisch noch von Amnestie sprechen?

Mainz, 16. Juni. (Verspätet.) „Die Erfolge der Blut- und Eisenpolitik" war das Thema, über welches Herr Reichstagsabgeordneter Auer in einer von uns am gestrigen Abend einberufenen Volksversammlung referirte und war die Versammlung aus allen Schichten der Bevölkerung überaus zahlreich besucht. Der Vortragende verstand es, das Auditorium zu fesseln und erntete mehrmals Beifall. Redner entwickelte in nahezu anderthalbstündigem Vortrage ein Bild über die Ereignisse in Europa während der letzten 25 Jahre. Es würde zu weit führen und die Spalten des „Vorwärts" allzuviel in Anspruch nehmen, wenn wir über den ganzen durchaus lehrreichen Vortrag berichten wollten; wir begnügen uns daher, nur einige der interessantesten Details dieses Vortrages hier anzuführen: Redner zeigte, wie die Blut- und Eisenpolitik, das heißt die Politik, die Angelegenheiten der europäischen Staaten nicht mehr nach bestehenden Verträgen, sondern mit den Bajonnetten und Kanonen zu ordnen, inaugurirt durch den Staatsstreich eines Napoleon III., die Verlegnng des politischen Schwerpunktes nach Petersburg als einzigen Erfolg aufzuweisen hat. — Leider beginne die Weissagung Napoleon I., daß „in 50 bis 60 Jahren Europa entweder republikanisch oder kosackisch" sein werde, in Bezug auf ihren zweiten Theil in Erfüllung zu gehen. „Der Kosack, welcher auf den Thron gestiegen" sei, behaupte an der Spitze der Civilisation zu marschiren, die wirklichen Kulturvölker aber, die Deutschen und Franzosen, seien eifersüchtig auf einander gemacht und zum Zuschauen verurtheilt. Schließlich wurde noch der Sieg Hasenclever's über Löwe zur Kenntniß der Versammlung gebracht, was ein dreimaliges Hoch auf die Arbeiterbevölkerung Berlins zur Folge hatte.

Wir würden diesen Bericht eher eingeschickt haben, wollten jedoch zu gleicher Zeit den Bericht einer weiteren Versammlung, welche auf Samstag den 30. Juni im großen Saal der Schützenhalle im Gartenfelde einberufen war, beifügen. Diese Versammlung war hauptsächlich wegen der im Oktober d. J. dahier stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen einberufen. Es scheidet nämlich bis zu dieser Zeit ein Drittel der Stadtverordneten durch das Loos aus und weiß man jetzt noch nicht, nach welchem Modus diese Wahlen stattfinden. Das hiesige Stadtverordneten-Collegium, welches so ziemlich aus allen Parteien zusammengesetzt ist, fürchtet, nach den nächsten Wahlen auch einige unliebsame Sozialdemokraten in seiner Mitte zu sehen. Allerdings sehr schlimm und doch sehr wahrscheinlich. Es wird deshalb hin und her berathen, auf welche Weise man den Sozialdemokraten die Wahl am schwersten macht. Die juristische Commission, welche schon drei Monate an diesem Punkt berathet, ist noch nicht schlüssig geworden, ob die auszuscheidenden Stadtverordneten bezirksweise, oder aus dem Plenum ausgeloost und dem entsprechend auch die Wahlen stattzufinden hätten. Doch mit diesem ewigen Hin- und Herziehen noch nicht genug, ersinnt man jetzt schon alle nur denkbaren Mittel, um den Arbeitern das Wahlrecht zu entziehen. So z. B. fragt der Schullehrer die Kinder: „Wer von Euch hat schlechte Schuhe und will neue Schuhe haben;" daß sich da nicht Wenige melden, liegt klar zur Hand, es bekommt alsdann jedes Kind von dem Lehrer einen Zettel mit der Weisung, denselben durch ihre Eltern an diesen oder jenen Herrn — je nachdem die Eltern wohnen — zu besorgen, welcher die Schuhe verabfolgen werde. Wir fanden nun sehr bald, daß die auf den Zetteln bezeichneten Herren „Armenpfleger" waren. Beißt nun der Köter an, so ist er „gemacht". Um nun diesem Treiben ein Ende zu machen, beriefen wir obige Versammlung ein. Auf der Tagesordnung stand: 1) Die Bedeutung der bevorstehenden Gemeinderathswahl, sowie die geheimen Umtriebe, um den Arbeitern das Wahlrecht zu entziehen," Referent: Herr Leyendecker. 2) „Die Bestrebungen der Arbeiter nach Vereinigung." Referent: Herr Jöst. — Leyendecker, welcher in die hiesigen städtischen Verhältnisse sehr gut eingeweiht ist, geißelte das Thun und Treiben unbarmherzig, enthüllte ein ganzes Sündenregister der nationalliberalen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, welches hier anzuführen ins Unendliche führen würde. Auch Herr Jöst entledigte sich seines Referates in geschickter Weise. — Dem Volk gehen auch hier bald die Augen auf und dürfte die Zeit nicht mehr lange währen, so hat der Nationalliberalismus gründlich abgewirthschaftet.

Zum Schlusse bemerken wir noch, daß wenn die Wahlen bezirksweise stattfinden, das Gartenfeld, dieses Arbeiterviertel — welches bei der letzten Reichstagswahl mit überwiegender Majorität für unsern Most stimmte — mehrere Bezirke bildet und alsdann ein Sieg nicht unwahrscheinlich sein dürfte. Mag aber auch kommen was da will, wir Sozialdemokraten in Mainz und im Gartenfelde werden am Platze sein und wie immer redlich und muthig kämpfen. N.

Tübingen, 18. Juli. Eine Anzahl Studirender der hiesigen Universität haben an den von der Berliner Universität removirten Dr. Dühring nachstehende Adresse gerichtet, um deren Abdruck ich Sie hiermit ersuche: E. B.

„Herrn Dr. Eugen Dühring die Studirenden der Universität Tübingen.

Hochgeehrter Herr!

Der energische Protest, welchen unsere Berliner Commilitonen gegen eine, damals erst drohende, Vergewaltigung der wissenschaftlichen Freiheit eingelegt haben, findet unseren begeisterten Beifall; denn wir wissen, daß Vernunft und Recht nicht kampflos siegen können, und müssen den Mann ehren, der sein Leben muthig zum Ausdruck seiner Ueberzeugung gestaltet hat. Auch in uns ist das Streben lebendig, veraltete Mißstände zu verdrängen und der fortschreitenden Wahrheit zum Siege zu helfen: darum versichern wir heut Sie, den gesinnungstüchtigen Vorkämpfer dieses Zieles, unserer vollsten Hochachtung. Möge Ihre unermüdliche Wirksamkeit im Dienste der Wissenschaft, wenngleich unter veränderter Form, dem Wesen nach auch fernerhin segensreich fortbestehen. Dies Ihnen auszusprechen, betrachten wir Studirende der Tübinger Hochschule als eine der feierlichsten Aufgaben im Jubiläumsjahre der nun seit vier Jahrhunderten blühenden Eberhard-Karls-Universität.

Tübingen, 12. Juli 1877.

(Folgen 125 Unterschriften.)"

Auf diese Adresse ging von Herrn Dr. Dühring folgende Antwort ein:

„Meine Herren Studirenden von der Universität Tübingen!

Das Wort der Uebereinstimmung, welches Sie, in einer verhältnißmäßig so bedeutenden Anzahl, an mich gerichtet haben, ist mir um so erfreulicher, als es aus einem Bezirke Deutschlands kommt, in welchem die unzünftige Wissenschaft Vertreter ersten Ranges hat und gehabt hat, und überdies solche, für deren angemessene Würdigung ich mich besonders bemüht und Opfer gebracht habe. Ihrem Boden gehört Robert Mayer an, der große physikalische Denker, der mit seiner Auffindung des mechanischen Kraftwerths der Wärme die bedeutendste Aufgabe der neuesten Physik gelöst hat. In einer ganz andern Richtung des Wissens und Strebens lebte und litt auf eben diesem Boden Friedrich List, der größte Nationalökonom der Deutschen und ein Patriot, wie ihn in dem echten Sinne dieses Wortes nachher noch Niemand übertroffen hat. Bei seinem großen Namen wird man freilich auch mit gleich großer Lebhaftigkeit an den Mißstand des Universitätswesens erinnert, denn Friedrich List, den seine Tübinger Collegen zum Gehen nöthigten, bleibt ein Denkmal der aus Neid stammenden Verfolgungen, die seitens der Professoren gegen einen sie überragenden Geist betrieben wurde.

Ihnen, meine Herren Studirenden, die Sie selbst in Ihrer Adresse die universitären Uebelstände als Gegenstand des Kampfes betont haben, wird auch jenes Gedenken der freien und unzünftigen Größen der Wissenschaft nur eine Bestärkung sein können in dem edlen Streben, in dem Heimathlande eines Schiller die Freiheit des Denkens und Wollens in jeder Beziehung hochzuhalten. Einig in dieser Gesinnung und entschlossen, Ihren Erwartungen nach Kräften zu entsprechen, danke ich Ihnen von Herzen noch besonders für die auch der Person, die sich nunmehr von der Sache nicht trennen läßt, kundgegebenen Wünsche.

Berlin, Mitte Juli 1877. Dühring."

München, 11. Juli. (Arbeiterstrisiko.) Heute Morgens 6 Uhr 10 Min. stürzte, nachdem sich die Arbeitsleute kurz vorher zur Arbeit eingefunden hatten, an einem an der äußeren Heßstraße befindlichen, bereits im Rohbau vollendeten Gebäude die westliche Steinmauer, wahrscheinlich in Folge zu schwacher Untermauerung und schlechten Baumaterials, zusammen und riß die Hälfte des aus 6 Fensterreihen bestehenden Längenbaues, drei Stockwerk hoch, mit sich. Gestern hatten sich bereits bedenkliche Risse an dem Mauerwerk gezeigt und waren schon mehrere Verholzungen vorgenommen worden. Im dritten Stockwerke waren 3, in den Parterrelokalitäten 2 Personen beschäftigt; dieselben, 4 Mörtelträgerinnen und 1 Maurer, fanden ihr Grab unter den Trümmern. Ein Arbeiter hatte, als er die Gefahr wahrnahm, sich durch einen Sprung vom Gerüste gerettet. Als gegen 8½ Uhr die Rettungsmannschaft am Platze erschien, mußte zuerst der Dachstuhl, welcher geborsten über die Fläche der eingestürzten Umfassungsmauer hing, abgenommen werden, was alsbald gelang. Die Rettungsarbeiten wurden unter Anwesenheit des Polizeidirektors Frhrn. v. Feilitzsch, der beiden Bürgermeister, des Baurathes Zenetti und des Oberinspektors Jung geleitet. Um 11 Uhr wurde der erste Leichnam, eine 20jährige Person, aus dem Schutte gezogen. Die fünf Leichname der verunglückten Personen (ein Maurer, Vater von 5 Kindern, und 4 Frauen, wovon 2 ledig, 2 verheirathet, letztere in gesegneten Umständen) wurden auf den nördlichen Friedhof gebracht und werden übermorgen zusammen beerdigt werden. — Das ist wieder ein Fall von den vielen, welcher die Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf die Bauhandwerker gebieterisch fordert.

Wurzen. Eine ungeheure Aufregung über einen Akt des ruchlosesten und strafwürdigsten Eigennutzes erfüllt unsre Stadt. Von zwei hiesigen Fleischermeistern (Warum werden die Namen der Bösewichte nicht genannt? R. d. V.) ist nämlich ein, nach Aussage des Cavillers, mit dem Milzbrand behaftetes Stück Rind geschlachtet worden und liegen in Folge Genusses des Fleisches circa 100 Personen theils sehr schwer krank darnieder, unter ihnen auch die Genossen Kögel (schwerkrank) und Fleischer. Die Wurzener Fleischer scheinen überhaupt sehr viel krankes Vieh zu schlachten, denn ich habe gestern Abend von oben erwähntem Caviller die Aeußerung in öffentlicher Wirthschaft gehört, es gebe hier nur zwei Fleischer, welche stets gesundes Vieh schlachten. — Wir wollen sehen, ob die Behörde ihre Pflicht thut und gegen die Fleischer, welche schnöden Gewinnes halber das Leben vieler Menschen auf's Spiel setzten, einschreitet. Eine exemplarische Strafe wäre hier am Platze. Ich höre soeben, daß bereits neun Personen gestorben sein sollen. Ins Zuchthaus mit den Mördern!

Berichtigung.

In dem Bericht über die Berliner Studentenversammlung in Nr. 83 des „Vorwärts" hat sich durch ein Versehen unsers Berichterstatters ein Irrthum insofern eingeschlichen, als in dem Bericht von einer Polemik Zöllner's gegen Dühring die Rede ist, welche aber nie stattgefunden hat. In der Berliner Versammlung wurde der Fehde zwischen Zöllner und Helmholtz gedacht. Ferner ist auch von einem verschiedenen sozialen Programm des Professors Helmholtz und des Dr. Dühring keine Rede gewesen.

Briefkasten

der Redaktion. „Herzensfreund": Der Artikel ist viel zu lang; kurz gehaltene Zusendungen werden gern verwandt. — C. M. in Wolfenbüttel: Wir müssen Sie an einen Rechtsanwalt verweisen. — L. in Nordhausen: Die Correspondenz wird Ihnen bereits zu Gesicht gekommen sein. Was den Artikel in der „Nordhäuser Zeitung" betrifft, so sei Ihnen mitgetheilt, daß das Machwerk ein Abklatsch aus anderen Zeitungen also der Tinte nicht werth ist. — Z. in Berlin: Der Bericht ist uns erwünscht.

M. Frankel, Budapest: Eine auf Ihre Bestellung an Sie unter der Adresse „Lindeng. 12, Th. 28" abgegangene Sendung von Expl. der „Soz. Rundschau" ist als unbestellbar retour gekommen mit der Notiz „Wohnung angeben".

Verlag der „Sozial. Rundschau", Ameisngstr. 5, Hamburg.

Quittung. A. Karl Lupe Ab. 4,87. Fabr Harzburg Ann. 1,80. Korbmacherbund Hamburg Ann. 3,00. Fr. Prof. Kapp Straßburg Ab. 3,00. B. Mkr Mannheim Ab. 40,00. Myes Hannn Ab. 26,50. Gr Osnabrück Ab. 10,80. R. Wlln Amsterdam Ab. 3,60. Mtg Altona Ab. 20,60. Hrm Elberfeld Ab. 5,40. Hdlch hier Schr. 4,05. Arb.-Verein Neudnitz Ann. 0,40. J. Kfmnn Bludenz Ab. 5,00. J. Schn Marienberg Ab. 4,89. Sbrt Cassel Ab. 7,00. Stll Schw.-Hall Ab. u. Schr. 33,90. Hch Frankfurt Ab. 17,00. Mllr Müllen Schr. 5,30.

J. Vogel Carlsruhe: „Vorwärts" geht pünktlich ab. Ihre Beschwerde haben wir der Hauptpost übergeben.

Von Gruhl aus Lunden erhalten 14,00. Brandt in W.

Fonds für Gemaßregelte.

Vom Steinmetzverein hier d. F. in Thonberg 1,72. B. Schneiderkränzchen i. d. „Moritzburg" d. Wtt 12,00.

Anzeigen ꝛc.

Halle. Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Dienstag, den 24. Juli, Abends 8 Uhr, Gr. Wallstr. 24:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn. Rödiger. 2. Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
(F166) Der Vorstand. [70

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein.
Dienstag, den 24. Juli, Abends 8½ Uhr, bei Herrn Hübner, große Rosenstraße 37:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Der Lohntarif und Verschiedenes. [70
Alle Mitglieder müssen anwesend sein. C. Klaws.

Kiel. Arbeiter-Sängerbund.
Sonntag, den 29. Juli:

Extrazug von Kiel nach Altona.

Abfahrt von Kiel Morgens 6 Uhr, von Altona Abends 9½ Uhr. Fahrpreis à Person für hin und zurück M. 4,60.
Karten sind bis zum 23. Juli, Abends, zu haben in Kiel bei den Wirthen Kähler, Rünnau, Düwal, Neumann und in den Cigarrenladen Laß, Dickmann, Kahl, in Gaarden bei Schlüter, Schild, Griebhagen. (F 181) Das Comité. [300

Gewandte **Perlmutter-Knopfdrechsler** finden dauernde Beschäftigung. **Hedges & Möller.**
(H. a. 02562) Hamburg. [120

Durch uns ist zu herabgesetzten Preisen zu beziehen eine kleine Partie von

Becker, Joh. Phil., Vorbote. Sozial-politische Monatschrift (6 Jahrgänge 1866—71) 5 Mark.
— Wie und Wann? Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit. Preis pr. Expl. 2 Mark.
— Le Précurseur. Organe démocratique social des associations des travailleurs (Janvier—Mars 1877). Preis pr. Expl. 60 Pf.
Eccarius, J. G., Eines Arbeiters Widerlegung der nat.-ökonomischen Lehren John Stuart Mill's. Preis pr. Expl. 40 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 2. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hetz, 430 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Cityhousnave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 86. Mittwoch, 25. Juli. 1877.

Die Stellung und das Programm der radikalen sozialrepublikanischen Partei in Frankreich.*)

In einer Privatversammlung (réunion privée), die vor Kurzem in Paris statthatte, hielt der Journalist Hippolyt Buffenoir einen Vortrag „über die Stellung (eig. Rolle, rôle) und das Programm der radikalen sozialrepublikanischen Partei (du parti républicain radical socialiste) in der gegenwärtigen Krise."

Wir geben die wichtigsten Stellen dieses Vortrags wieder und lenken die Aufmerksamkeit unserer Leser auf das in demselben entwickelte Programm, auf welches die Candidaten bei den bevorstehenden Wahlen verpflichtet werden sollen. Bürger Buffenoir drückte sich ungefähr wie folgt aus:

Wenn ein Fahrzeug auf klippenbesätem Meer ist, muß jeder Matrose am Posten sein und mit gewissenhaftester Aufmerksamkeit seine Aufgabe erfüllen. Wehe der Mannschaft, wenn Verwirrung herrscht, die Anstrengungen einander durchkreuzen, die Lenkung unsicher ist. Jeder hat seine Pflicht streng vorgezeichnet, das gemeinsame Ziel ist: dem Untergang, dem Tod zu entgehn. Alle wollen das Schiff und sich selbst retten, aber die Einen werden im Tauwerk, die Andern auf dem Verdeck arbeiten, diese am Vordertheil, jene am Backbord. Von dem pünktlichen Ineinandergreifen aller Kräfte hängt die Rettung ab.

Die französische Republik gleicht in diesem Moment einem von Klippen umringten Fahrzeug. Wohin wir die Augen auch richten, erblicken wir tückische Riffe. Die Gefahr ist groß, aber wir müssen hindurchsteuern, um an das ersehnte Gestade der Freiheit zu gelangen. (Beifall.)

Doch reden wir ohne Bild: Angesichts der monarchistisch-bonapartistisch-klerikalen Coalition des 16 Mai muß die gesammte republikanische Partei dem Feind einen unüberwindlichen Widerstand entgegensetzen und ihre Anstrengungen vereinigen. Aber in diesem Widerstand dürfen die radikalen Republikaner ihr Wesen und ihre Unabhängigkeit nicht aufgeben. Es darf nicht sein, daß sie ihre Fahne, ihr Programm bei Seite legen; der überzeugungstreue Mann darf die Wahrheit nie mit einer täuschenden Maske bedecken, und mit dem Irrthum, der Unvernunft Compromisse eingehen. (Sehr gut! Sehr gut!)

Seien wir nicht die Opfer einer falschen Großmuth. Der Streich des 16. Mai war die würdige Krönung der Bourgeoispolitik, welche die sogenannte republikanische Majorität der Versailler Kammer seit dem 20. Februar d. h. seit dem Zusammentritt dieser Kammer. Anm. d. Red. d. V.) befolgt hat. Diese Majorität glaubte, daß es weise sei, durch weichliche Mäßigung und Nachgiebigkeit die Befestigung, die Begründung der Republik herbeiführen zu wollen. Sie begann damit, jene große von der Gerechtigkeit gebotene Maßregel der Menschlichkeit zu verwerfen, ich meine die Amnestie, die volle und ganze Amnestie, ohne irgend welche Einschränkung Dann vertagte sie alle versprochenen Freiheiten: die Preßfreiheit, das freie Vereins- und Versammlungsrecht; sie ließ die radikalen, die einzigen logisch-republikanischen Zeitungen verurtheilen; sie, die sogenannte republikanische Majorität hatte die Stirn, ein jeder Vernunft spottendes Kulturbudget zu bewilligen; sie ging sogar soweit, was noch unerhörter, dem Herrn Mac Mahon, der es obendrein gar nicht verlangt hatte, eine Gehaltszulage von 300,000 Frcs. zu votiren. (Bewegung unter den Zuhörern.)

Kurz, die Majorität hat nichts, oder so gut wie nichts für die Freiheit gethan, nichts für die Befreiung des Gewissens, nichts für die Lösung der großen sozialen Frage und das in Elend schmachtende Volk, nichts für die Erfüllung der erhabenen Aufgabe, die sich in den Worten zusammenfaßt: Revolution — Gerechtigkeit.

Gegenüber solcher Schwachheit erhob die Reaktion das Haupt, schmiedete Ränke, machte Verschwörungen unter dem Deckmantel der Präsidentschaft; sie benutzte die Unentschlossenheit, die Achselträgerei des Herrn von Marcère, des Herrn Jules Simon; und als sie bereit war zum Handeln, als der Bund des Elysée (Präsidentenpallasts) mit dem Vatikan besiegelt war, trat sie mit dem 16. Mai hervor nnd vertagte die Kammer, um sie nachher aufzulösen. (Sehr gut! Sehr gut!)

Bürger, wenn wir es statt mit den Nullen, aus denen das jetzige Ministerium besteht, mit ernsthaften Staatsmännern zu thun hätten, wäre das Aeußerste schon geschehn und die Republik verloren — verloren? Nein. Die Republik ist unsterblich, unzerstörbar. (Langanhaltender Beifall.) Aber sie wäre auf's Schlimmste bedroht.

Ehe ich weiter gehe, Bürger, kann ich nicht umhin, die jämmerliche Haltung des Herrn Jules Simon Mac Mahon gegenüber zu geißeln. In dem Antwortschreiben, das er ihm schickte, hätte er mit dem Stolz eines Demokraten, in dem Geist eines echten Freidenkers, für den er sich ja ausgiebt, zu ihm reden müssen. (Sehr gut! Sehr gut!) Aber nein; statt diese männliche Sprache zu führen, die Herrn Jules Simon einen Theil seiner entschwundenen Popularität zurückgebracht hätte, stammelte er Entschuldigungen, schützte Unwohlsein vor — wie ein Schuljunge. (Beifall.) Mit einem Wort, er benahm sich wie ein feiger Bourgeois, und nicht wie ein freier Mann. Gehen wir weiter! Durch die Coalition des 16. Mai fühlte die sogenannte republikanische Majorität sich verletzt und sämmtliche „Linken" protestirten. Die „äußerste Linke" vereinigte sich mit den übrigen Gruppen zur Vertheidigung der Republik. Gut — ich will das nicht mißbilligen, aber — die kämpfende Demokratie (la démocratie militante) hatte ein Recht das zu verlangen — die äußerste Linke hätte ein von ihr allein ausgehendes Manifest an das Volk richten müssen. Das Manifest der 363 ist verschwommen, endlos lang, phrasenreich. Es ist leicht, den Verfasser zu errathen. Man hätte deutlich, fest, kurz, scharf reden, unerschütterliche Entschlüsse verkünden müssen. Es ist nicht geschehn. Der Wille der Klarheit hat gefehlt. (Sehr gut! Sehr gut!)

Die vorgeschrittene Demokratie kam im Moment der Gefahr zu den gemäßigten Republikanern. Und die Gemäßigten haben sich zu Nichts verpflichtet. Wo ist das Programm von Leuten wie Léon Rinault und Consorten (von der Sorte unserer Nationalliberalen des rechten Flügels. Red. d. V.)? Hüten wir uns, daß wir nicht die Geprellten (les dupes) einer Allianz werden, welche die Liebe der Republik, der Haß der Reaktion uns auferlegen. Beobachten wir, die radikalen Republikaner, eine kluge Zurückhaltung und fordern wir für die gesetzliche Aktion Garantien! (Beifall.)

Vergessen wir nicht, daß wir nach Bekämpfung und Niederwerfung der Coalition des 16. Mai, die unzweifelhaft vor dem allgemeinen Stimmrecht in Staub sinken wird, jene gouvernementale, opportunistische (Regierungs- und Opportunitätspolitik treibende) Bourgeoisie zu bekämpfen haben werden, die uns so oft verderblich geworden ist — jene „Gemäßigten", welche die Gewalt für sich wollen und uns von unserem Ziel abdrängen: **der direkten Regierung des Volks durch das Volk.** (Beifall.)

Wir büßen schwer für die Fehler jener Halben, die stets zu Conzessionen bereit sind (ces concessionaires saus fin), die einen nationalen Klerus (Staatskirche) und stehende Heere wollen, die soziale Frage leugnen und die Allmacht des Staats predigen.

Wir, Bürger, haben ein anderes Programm, dessen Durchführung wir mit allen Mitteln erstreben.

Erlauben Sie mir, daß ich es Ihnen in seinen Grundzügen vorlege, so wie es, meiner Ueberzeugung nach, bei den bevorstehenden Wahlen in Paris, Lyon, Marseilles, in allen großen und kleinen republikanischen Städten zur Anwendung kommen muß, wenn die Revolution nicht Rückschritte machen soll.

Folgendes sind die Punkte, auf die jeder wahrhaft republikanische Candidat vom Standpunkt der augenblicklichen Lage sowohl als vom Standpunkt des allgemeinen Rechts sich zu verpflichten hat:

1) Anwendung des Artikels 12 der Constitutionsakte vom 16. Juli 1875 (dieser Artikel giebt der Deputirtenkammer das Recht, den Präsidenten und dessen Minister in Anklagestand zu versetzen).
2) Unbedingte, vollständige und sofortige Amnestie für alle Verurtheilungen, welche im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen sich seit dem 4. September (1870) auf französischem Gebiet vollzogen haben, ausgesprochen worden sind; Gewährung der nöthigen Existenzmittel an die Amnestirten.
3) Trennung von Staat und Kirche; Maßregeln zur Verminderung des Einflusses der Kirche: Abschaffung des Cultusbudgets, Austreibung der Jesuiten, gesetzliche Gleichstellung der Geistlichen mit den übrigen Staatsbürgern. (Würde die Austreibung der Jesuiten nicht mit dieser „Gleichstellung" im Widerspruch sein? R. d. V.)
4) Religionslose Schulen (instruction laïque); unentgeltlicher und obligatorischer Schulunterricht in Volksschulen und Fachschulen.
5) Beseitigung aller die individuelle Freiheit, die Preßfreiheit, die Unterrichtsfreiheit, die Versammlungs- und Vereinsfreiheit, die Freiheit der Arbeit beschränkenden Gesetze. (Ist die Unterrichtsfreiheit nicht ebenfalls mit der geforderten Austreibung der Jesuiten im Widerspruch? Der scheinbare Widerspruch mit den „religionslosen Schulen" läßt sich wohl durch die Annahme heben, daß es den Eltern erlaubt sein soll, sich nicht auf die Staatsschulen zu beschränken, sondern ihren Kindern nebenbei auch noch Privatunterricht, zu Haus oder in Privatschulen, ertheilen zu lassen. Oder meint Herr Buffenoir, daß nur der Unterricht überhaupt obligatorisch sein, Jedem es aber freistehen soll, ob er seine Kinder in Privat- oder Staatsschulen schickt. Das bedürfte einer Aufklärung. Und ferner ist auch der Begriff „Freiheit der Arbeit" ein so vager und von der freihändlerischen Bourgeoisie so vielfach mißbraucht worden, daß eine nähere Definition sehr nöthig wäre. R. d. V.)
6) Umgestaltung der Gesetze, welche die Familie betreffen; Reform der Eigenthumsgesetze, und zwar zu dem Zweck, das Privateigenthum auf seine einzig berechtigte Quelle, die Arbeit, zurückzuführen.
7) Unentgeltliche Rechtspflege; der Gerechtigkeit entsprechende Justiz; Rechtsprechung durch das Volk; Aburtheilung aller Vergehen und Entscheidung aller Rechtsfälle durch Volksgerichte, in denen jeder Staatsbürger zu sitzen berechtigt ist.
8) Abschaffung der stehenden Heere; allgemeine Volksbewaffnung; Organisation eines Volksheeres.
9) Organisation des Kredits und des Versicherungswesens; Staatskredit und Sicherung der Arbeitsinstrumente auf dem Gebiete der Landwirthschaft und der Industrie für Solche, welche dieselben (die Arbeitsinstrumente) direkt gebrauchen, damit das Produkt der Arbeit Demjenigen zukomme, der es hervorgebracht hat.
10) Abschaffung aller Monopole (in Handel, Industrie, Finanzen u. s. w.).
11) Freie Selbstverwaltung für alle Gemeinden.
12) Erwählung aller Beamten durch das Volk; Abschaffung aller überflüssigen Aemter; Reorganisation des ganzen Beamtenthums.
13) Verantwortlichkeit aller Beamten, die jederzeit absetzbar sind; Herabsetzung aller zu hohen, Erhöhung aller zu niedrigen Gehälter.
14) Abschaffung des Senats.
15) Abschaffung der Präsidentschaft.
16) Eine einzige, stets tagende Volksvertretung, welche die Angelegenheiten des Landes zu verwalten, die Gesetze vorzubereiten und dieselben, nachdem sie die Bestätigung des Volks erhalten, zur Ausführung zu bringen hat. Der Akt der Kriegserklärung ist als Gesetz zu betrachten und bedarf daher der Zustimmung des Volks.
17) Rückkehr der Nationalversammlung nach Paris.

(Die Verlesung dieses Programms wird von lebhaftem Beifall begleitet.)

Bürger Buffenoir fortfahrend:

Man hat gesagt, jeder Deputirte, der das Manifest der 363 unterzeichnet, habe damit das Patent (brevet) seiner Wiederwahl unterzeichnet. Ich weiß nicht, was die Antwort des allgemeinen Stimmrechts sein wird. Daß sie für die Feinde der Republik vernichtend ausfallen wird, bezweifle ich nicht. So viel steht fest: dieses Manifest war kein Programm; es war ein einfacher Protest gegen den tollen Streich des 16. Mai — nichts weiter.

Aber mit Protesten, und seien sie noch so vortrefflich ausgearbeitet, legt man nicht die Grundlagen eines sozial-politischen Systems, setzt man nicht den Uebergriffen der persönlichen Gewalt einen unübersteiglichen Damm. (Beifall.)

Die Unterzeichner des Manifests bieten mir keine genügende Sicherheit. Ich nehme einige Mitglieder der radikalen Linken aus. Es wäre freilich besser gewesen, sie hätten das Programm unterzeichnet, das ich soeben verlesen, und die ehrenvolle Aufgabe übernommen, es selbst mit Gefahr des Lebens zu vertheidigen. Dies ist das Patent der Wiederwahl, welches ich für unsere Abgeordneten wünsche. Am Tage, wo sie es verdient haben, ist die Republik gegründet, die Revolution vollendet, oder wenigstens auf dem geebneten Wege zur Vollendung. (Beifall.)

Unsere Pflicht ist, an der Spitze zu marschiren, die reaktionäre Coalition energisch zu bekämpfen, aber auch Bürgschaften dafür zu erlangen, daß der Wille, das Denken und die Bedürfnisse des Landes ihren wahrhaftigen Ausdruck erlangen. Wir müssen uns durch Männer vertreten lassen, welche mit ganzer Kraft und rückhaltlos für unsere Ideen einstehen, die keine windigen Utopien sind, sondern die logischen und unabweisbaren Consequenzen des großen Urprinzips der Volkssouverainetät. (Beifall.)

Vergessen wir nicht, daß der Streich des 16. Mai sich hauptsächlich gegen den Radikalismus richtete. Am Radikalismus ist es also, den Handschuh aufzunehmen, kühn seine Fahne zu entfalten und sich an die Vernunft des Volkes zu wenden.

Die Neuwahlen, zu denen wir in Kurzem berufen sein werden, haben eine doppelte Aufgabe: der Republik Genugthuung zu verschaffen für den Streich des 16. Mai; und dann das demokratische Programm seiner praktischen Verwirklichung zuzuführen. (Sehr gut.)

Nur durch radikal-revolutionäre Wahlen können wir diesen Zweck erreichen, können wir die verlorene Zeit wiedergewinnen, die Fehler der „Gemäßigten" wieder gut machen und die für Frankreich unerläßlichen Reformen ermöglichen.

Wir, das souveräne Volk, wir haben keine Losung (mot d'ordre) zu empfangen, außer von der Vernunft. Und die Vernunft sagt uns: Kämpft gegen die Bonapartisten! Kämpft gegen die Klerikalen! Kämpft gegen die Sklaven der Monarchie! Krieg den selbstsüchtigen Bourgeois, den Angstmeiern (trembleurs), die keine Ideen im Hirn, keine Gefühle im Herzen haben! Krieg dem Mäßigungsdusel (modérantisme), dieser Eiterbeule der modernen Republik! Krieg der Opportunitätspolitik, dieser Schande unserer Generation! (Beifall.)

Die Vernunft sagt uns: Raum für die Befreiung des Gewissens! Raum für ein politisches System, welches uns vor den Usurpatoren (Prätendenten, welche sich der Regierung widerrechtlich bemächtigen) und vor einem Staatsstreich schützt! Raum für das radikal-sozialistische Programm! Raum für die revolutionären Republikaner, welche es der Verwirklichung zuführen werden!

Das ist die einzige Losung, auf welche der Wähler zu achten hat. Sie ist nicht ausgegeben von dieser oder jener Abgeordneten- oder Senatoren-Gruppe; sie ist ausgegeben von der Vernunft, der Logik, der Gewalt der Thatsacher, die mächtiger ist als alle Kammern, als alle Senate, als alle Regierungen der Erde.

Es gilt, uns endlich dieser Bourgeois-Republikaner zu entledigen, welche Frankreich entehren und zu Grunde richten.

(Langanhaltender Beifall. Donnernde Rufe: Es lebe die soziale Republik! Es lebe die Revolution!)

Dies der uns übersandte Bericht. Mit den Ausführungen und dem Programm des Bürger Buffenoir können wir uns im Wesentlichen einverstanden erklären. In dem Programm hätten wir hier und da eine präzisere Formulirung gewünscht, aber es enthält doch die Fundamentalforderungen des Sozialismus, und wir müssen bedenken, daß die Aufstellung eines festen, scharf formulirten sozialistischen Programms in Frankreich derzeit eine Unmöglichkeit ist. Genug: das Programm ist sozialistisch. Die Rede des französischen Sozialrepublikaners beweist aber, daß in Frankreich selbst die Stellung des Volks zu der „republikanischen Coalition" von unseren französischen Gesinnungsgenossen ähnlich aufgefaßt wird, wie von uns.

*) Obiger Artikel ist uns aus Paris von französischer Seite in französischer Sprache zugegangen, unter ausdrücklicher Billigung des von dem „Vorwärts" in Bezug auf die Krisis in Frankreich eingenommenen Standpunktes. R. d. V.

Die Prostitution in den „höheren" Ständen.

Eine höchst interessante Tabelle findet sich in den Leipziger Zeitungen, welche den Beruf und Stand der unehelichen Mütter der Stadt Leipzig vergleichsweise, nach Jahren geordnet, feststellt. Wir drucken zunächst hier die Tabelle ab, um daran einige Bemerkungen zu knüpfen:

Beruf und Stand.	1871	1875	1876	1876	
	Zahl der Kinder			erste Kinder	fernere Kinder
Dienstmädchen, Aufwärterinnen .	216	215	301	191	110
Wirthschafterinnen	20	23	20	11	9
Gouvernanten, Gesellschafterinnen	2	1	—	—	—
Näherin., Schneiderin., Plätterin.	70	109	100	72	28
Wäscherinnen	8	8	12	11	11
Strickerinnen	21	24	33	14	19
Handarbeiterinnen	29	42	70	31	39
Fabrikarbeiterinnen	65	102	82	56	26
Verkäuferinnen	2	8	9	6	3
Händlerinnen	3	1	10	5	5
Schauspielerinnen, Malerinnen .	4	5	3	3	—
Private	5	5	67	56	11
Prostituirte	8	—	3	2	1
Töchter von					
Handwerkern	31	15	—	—	—
Tagelöhnern, Markthelfern . .	13	2	—	—	—
Subalternbeamten	8	5	—	—	—
Oberbeamten, Advokaten, Lehrern	6	5	—	—	—
Kaufleut., Baumeistern, Gastwirth.	11	13	—	—	—
Künstlern	3	2	—	—	—
Landwirthen	4	6	—	—	—
Privatleuten	1	1	—	—	—
Wittw., geschied. u. getr. Frauen	86	40	4	2	2
Unbekannt	39	19	34	20	14
	605	681	748	470	278

Beredte Zahlen! Wer sie nur zu deuten weiß.

Die liberalen Zeitungen erzählen ihren Lesern immerfort, daß die sittliche Verwilderung in den „untern" Schichten der Bevölkerung immer mehr zunehmen und sie geben selbstverständlich den Sozialdemokraten Schuld an dieser Verwilderung.

Nun wissen wir allerdings nicht, ob die liberalen Herren die Prostitution als ein Zeichen sittlicher Verwilderung ansehen — sie sind in diesem Falle vielleicht so „liberal", daß sie im Allgemeinen nur von einer „noblen" Passion sprechen und denjenigen Mädchen, welche den unteren Schichten der Bevölkerung entstammen und sich der Prostitution ergeben haben, gnädiglichst Absolution ertheilen und bei ihnen nur von einem Fehler sprechen, während sie die Ohrfeige, die der entrüstete Bruder eines verführten Arbeitermädchens ihrem Bourgeoisverführer gelegentlich applicirt, laut als ein Zeichen der öffentlichen Verwilderung verkündigen, der man nur mit Verschärfung der Strafgesetze entgegentreten könne.

Wir sind allerdings nicht so „liberal" und erklären die Prostitution für eine sittliche Verwilderung.

Da nun in Leipzig der Nationalliberalismus in höchster Blüthe steht, so möchte es im Allgemeinen sehr interessant sein zu erfahren, daß diese Hochburg des Liberalismus in Bezug auf die Prostitution auch eine sehr hohe Stellung in Deutschland einnimmt. Die 748 unehelichen Kinder in einem Jahre geben davon ein sehr beredtes Zeugniß und ein noch beredteres Zeugniß von der „Heiligkeit der Ehe" in der heutigen Gesellschaft.

Sehen wir uns aber nun die Tabelle etwas genauer an, so kommen wir zu dem sehr naheliegenden Resultat, daß alle diejenigen Mädchen der „unteren Schicht" der Bevölkerung, welche mit der Bourgeoisie in fortwährende Berührung kommen — Dienstmädchen, Aufwärterinnen, Wirthschafterinnen ein verhältnißmäßig großes Contingent zur Prostitution stellen, während die Fabrikarbeiterinnen und Handarbeiterinnen der sittlichen Verwilderung verhältnißmäßig weniger zum Opfer fallen.

Betrachten wir die oben angeführten Zahlen, und nehmen wir dabei noch an, daß die größte Zahl der Dienstmädchen ihren Heimathsort außerhalb Leipzigs hat, nach welchem sie wieder gesandt werden, wenn sich die Folgen der Prostitution zeigen, während dies bei den Fabrik- und Handarbeiterinnen nicht in solchem umfangreichen Maße der Fall ist, so erhalten wir ein Resultat, mit welchem die Bourgeoisie in Bezug auf ihre „noblen Passionen" wohl zufrieden sein kann, wenngleich wir nicht umhin können, die Verantwortlichkeit für die sittliche Verwilderung der vielen jungen Mädchen aus den „niederen" Schichten der Bevölkerung lediglich den Herren und Herrchen der Bourgeoisie zuzuschieben.

Sehen wir nun aber die zweite Rubrik an: Töchter von Handwerkern, Tagelöhnern, Oberbeamten, Advokaten ꝛc. ꝛc., so fällt uns sofort auf, daß verhältnißmäßig die Töchter der sogenannten höheren Stände in den Jahren 1871 und 1875 bedeutend mehr der „noblen Passion" der „freien Liebe" gehuldigt haben, als die Töchter der „niederen Klassen."

Dann aber erstaunen wir, daß im Jahre 1876 keine einzige „Tochter" mehr zu finden ist, die einen Fehltritt gemacht hat.

Doch halt! Blicken wir etwas höher auf die Tabelle, da finden wir, daß in den Jahren 1871 und 1875 je 5 „Private" notirt sind, daß aber, während für 1876 die „Töchter" gänzlich verschwinden, die Zahl der „Privaten" von 5 auf 67 gestiegen ist. Da haben wir die „Töchter" der Advokaten, Professoren, Oberbeamten, Kaufleute, Landwirthe, Künstler ꝛc. ꝛc. aber nicht rubricirt, nicht nach Ständen angeführt, erwischt. Unter dem Namen „Private" soll die „Schande" der „höheren" Stände verdeckt werden. — — —

Und wer nun weiß, wie durch eine Reise in's Bad oder nach Italien oder in eine Entbindungsanstalt die „Schande" der „freien Liebe" von der vornehmen Gesellschaft fortwährend verdeckt wird, wer da weiß, daß auch in den umliegenden Dörfern Leipzigs viele Kinder in das Civilstandsregister eingetragen werden und dort die wohlhabende Leipziger Mutter als „uneheliche" aufgeführt wird, also nicht in der oben stehenden Tabelle steht, der kann sich ein Bild machen von der „Heiligkeit der Ehe", von der großen Moralität, die in der Hochburg des Nationalliberalismus in Leipzig herrscht und wer ferner weiß, daß gerade bei den „höheren Ständen" das „Abtreiben der Leibesfrucht" ein immer und immer wiederkehrendes Strafobjekt der Gerichte bildet, das manchmal sich zu Monstreprozessen aufbauscht, der wird einen noch höheren Begriff von der „Heiligkeit der Ehe" und der „sittlichen Verwilderung" gerade in den höheren Ständen erhalten.

Daß die Sozialdemokraten, wenngleich sie in Leipzig in der großen Minderheit sich befinden, an dieser Calamität Schuld sind, das ist natürlich — darauf schwören alle Leser des „Tageblattes" und der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wenigstens laut und öffentlich, wenn sie auch im Geheimen vielleicht in sich hineinkichern und über die dummen Teufel lachen, die ihrem Schwur glauben, während sie dabei einem kleinen Dienstmädchen vom Lande in die dicken Wangen kneipen. — — —

Doch wir wollen Leipzig nicht „schlecht machen". — So wie in dieser „Seestadt", so ist es mehr oder minder überall — dieselbe Grundlage der Gesellschaft, dieselben Ausflüsse derselben. Die „Heiligkeit der Ehe" ist durch die überwuchernde Prostitution in der heutigen Gesellschaft in Frage gestellt; dieser Prostitution kann nur durch die wahre Liebe ein Damm entgegengesetzt werden — und allgemein kann die wahre Liebe ohne Nebenansichten und Nebenrücksichten nur in einer sozialistischen Gesellschaft vorhanden sein.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Das Vereins- und Versammlungsrecht soll in Preußen noch mehr „ausgelegt" werden; den Verwaltungsbeamten will die Regierung angesichts der Agitationen der Sozialdemokratie noch größeren Spielraum bei Beurtheilung der Frage, ob eine Versammlung direkte Gefahr brinze, gewähren. — Es nützt Alles nichts mehr, Herr v. Eulenburg, die Zeiten sind vorüber, wo man durch das Verbot von Versammlungen gegen uns wirken konnte — das sozialistische „Gift" ist bis an die Throne gedrungen, und während Excellenz den Namenszug unter das Verfolgungsdokument setzten, lächelt der die Feder reichende Unterbeamte vielleicht verständnißinnig und spöttisch in sich hinein: „Es hilft doch nichts."

— Wie traurig die Lage des Volkes in Deutschland ist, geht aus einer Berliner Correspondenz in Nr. 21 der „Zeitschrift für deutsch-österreichische Kohlen- und Coaks-, für Eisen-, Stahl- und Maschinen-Industrie" hervor. Dieselbe lautet:

„Die letzte Generalversammlung der F. Wöhlert'schen Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei-Aktiengesellschaft gab wiederum ein beredtes Zeugniß von der geradezu verzweifelten Lage der Berliner Eisenindustrie. Die Gesellschaft konnte während des ganzen Jahres nur Aufträge erhalten, wenn sie die reinen Selbstkosten forderte, mußte aber derartige unlohnende Arbeiten übernehmen, um sich einen Stamm guter Arbeiter zu erhalten und nicht die Fabrik zum Stillstand zu bringen. Im Auslande hatte die Gesellschaft zwar nach langen Bemühungen gute Verbindungen angeknüpft und gewinnbringende Aufträge in Aussicht, als durch die orientalischen Wirren alle Abschlußverhandlungen plötzlich abgebrochen wurden. Die Gesellschaft hat daher, da sie sich zu wiederholten Abschreibungen auf Gebäude- und Inventarconten veranlaßt sah, und endlich an unsicheren Forderungen allein 265,000 Mark abschreiben mußte, im Jahre 1876 mit einem Verlust von 4,660,900 Mark gearbeitet. Durch diese Abschreibungen und durch eine Reduktion des Aktienkapitals ist jedoch ein zur Zeit reeller Werth der Fabrik festgesetzt und hofft man beim Eintritt einer nur einigermaßen günstigeren Lage der Maschinenindustrie wieder mit Nutzen arbeiten zu können."

Zunächst wird hier offen ausgesprochen, daß die Fabrik nur deshalb weiter gearbeitet hätte, um sich einen Stamm guter Arbeiter zu erhalten — also aus Eigennutz und nicht, wie so viele Heuchler bei ähnlichen Gelegenheiten sagen, aus Humanität und Fürsorge für die Arbeiter. — Die Wöhlert'sche Fabrik ist im Jahre 1872 in ein Aktiengeschäft verwandelt worden; als Aufsichtsrathsmitglied war auch Dr. Braun, Mitglied des Reichstags, unterzeichnet. — Aus obiger Correspondenz geht wahrlich zur Genüge hervor, daß die Sozialdemokratie keine Schuld an dem heutigen schlechten Geschäftsgange hat, sondern daß die Gründer und diejenigen Personen, welche die Kriegsbefürchtungen in Schuld haben, die Hauptschuldigen sind.

— Schulze-Delitzsches. Das „Waldbröler Kreisblatt" bringt folgende Notiz: „Die bei hiesiger Volksbank (E. G.) (deren Kassirer das Weite gesucht hat) bis jetzt ermittelte Verlustsumme soll sich auf circa 180,000 Mark belaufen, welche sich nach juristischem Urtheile bei einem etwa ausbrechenden Falliment der Bank wenigstens um das Dreifache steigern und zur Regelung der ganzen Sache einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren in Anspruch nehmen würde. Da die angegebene Verlustsumme die Geschäftsantheile der Mitglieder der Bank und den Reservefond bei Weitem übersteigt, und einzelne Mitglieder hohe, über ihr Vermögen hinausgehende Summen von der Bank entlehnt haben, so wird die Liquidation wohl unvermeidlich sein und den ganzen wirklichen Verlust klarstellen. Das ist ein schwerer Schlag für viele Einwohner des Kreises, der ohnehin der ärmste des ganzen Regierungsbezirks Köln ist." — Hinzuzufügen ist nichts!

— Eine furchtbare Anklage schleudert die Handelskammer zu Hannover den in Europa herrschenden Regierungssystemen in's Gesicht. Die Handelskammer führt nämlich in ihrem Jahresberichte also Klage:

„Wir brauchen nicht weiter auszuführen, wie bei den heutigen internationalen Handelsbeziehungeu jegliche politische Verwickelung die ruhige Entwickelung des Geschäfts stört. Bei der fortwährenden Kampfbereitschaft der meisten europäischen Staaten, bei der Rücksichtslosigkeit, die auf dem Gebiete der auswärtigen Politik den geschäftlichen Verhältnissen der Länder gegenüber beobachtet wird, kann dasjenige Vertrauen nicht Platz greifen, welches nothwendig ist, um endlich normale Zustände anzubahnen."

Daß Rußland, Frankreich, und vor Allem Deutschland selbst durch diese Anklage hauptsächlich getroffen wird, ist wohl selbstverständlich.

— Zu der deutschen Studentenbewegung, welche durch die Rev. virung Dühring's hervorgerufen worden ist, bringt die „Magdeburger Zeitung" aus Berlin folgende Bemerkung:

„Wenn Herr Hasselmann von der angeblichen „Verbrüderung" liest, welche am Freitag Abend im Saale des Handwerkervereins zwischen Studenten und Sozialdemokraten stattgefunden haben soll, müssen eigenthümliche Erinnerungen in ihm wachgerufen werden. In demselben Lokale war es nämlich, wo er vor genau zehn Jahren (vielleicht bis auf den Tag genau) in einer Studentenversammlung, die zum Zwecke einer Beantwortung von Friedens- und Freundschaftsadressen der Pariser und Straßburger Studirenden berufen war, selbst noch Student, jene sozialdemokratischen Ansichten entwickelte, denen er sich später mit Leib und Seele ergeben sollte. Unter mehreren Hundert Hörern war damals nur einer oder zwei, die ihm beistimmten. Die letzten Vorgänge haben jedenfalls gezeigt, daß die Zahl gewachsen ist."

Parteigenosse Hasselmann wird sich gewiß gefreut haben, als

Ueber die russischen Greuelthaten in Bulgarien

laufen die empörendsten Nachrichten von allen Seiten ein. Der verbannte Midhat Pascha richtet aus Plombieres folgenden vom 10. Juli datirten Brief an die Redaktion der „Times":

„Mein Herr! Der Telegraph verbreitet in Europa die Nachrichten über Akte der Grausamkeit, begangen von den Russen in Asien, Europa und im Schwarzen Meere, wo sie inoffensive Handelsschiffe mit ihrer Bemannung in den Grund gebohrt haben. Die Zerstörungswuth, von welcher sie ergriffen wurden, schont weder Unschuldige, noch Frauen, noch Greise, sie achtet weder Hospitäler noch Gebäude für den öffentlichen Dienst, noch die dem Gebete geweihte Zeit. Die Montenegriner, welche die Alliirten der Russen wurden, glauben am besten ihre Mission zu erfüllen, indem sie die gefangenen Türken auf das Grausamste verstümmeln, und die Bulgaren, irregeleitet durch die Versprechungen der Russen, unternehmen heute, nachdem sie vor einigen Wochen die muselmanischen Greise, die man zur Einbringung der Ernte zurückgelassen, massacrirt hatten, die Abschlachtung der Muselmanen in den Städten, welche die Russen am rechten Donauufer occupiren. Was jetzt in Bulgarien geschieht, das sind dieselben Ausbrüche, welche den Beginn der Insurrektion im vorigen Jahre signalisirten und die unglücklicherweise die Muselmanen in einem Momente hochgradig aufregten, wo man der Pforte rieth, die bulgarische Insurrektion nicht ernst zu nehmen und nicht mit der vollen Strenge des Gesetzes gegen sie zu verfahren. Man hat in Europa so viel von den türkischen Grausamkeiten gesprochen, die, wenn sie selbst in einem größern Maße existirt haben, doch nichts Anderes waren, als die durch ausnahmsweise Zustände hervorgerufene schmerzliche Folge der bulgarischen Grausamkeiten, daß man schließlich dahin gelangte, diese erste Phase der Insurrektion zu vergessen. So geschah es, daß die Repressionsakte der Regierung meines Landes und die von der Regierung gebrandmarkten und bestraften Racheakte Einzelner zum Thema ungerechter Angriffe gegen die Türkei und zum Vorwand für einen noch ungerechteren Krieg gedient haben, für einen jener Kriege, welchen gegenüber Europa die Gewohnheit angenommen hat, mit gekreuzten Armen zuzusehen, und die in allen ihren mehr oder minder entfernten Folgen gerade Jene erreichten, die sie zugelassen haben, wiewohl sie sie hätten verhindern können. Ich hoffe, mein Land wird aus diesem Kriege nicht zermalmt hervorgehen, wie es unsere Feinde hoffen. Es hat bereits seit einem Jahre den Beweis geliefert, und liefert ihn heute, von einer Kraft und einem Patriotismus, die sich nicht einen Augenblick verleugneten. Es wird jeden Fußbreit seines Territoriums dem Feinde bestreiten, und wenn es in dem Kampfe unterliegen sollte, wird es, wenn es auch keine Alliirten gehabt hat, doch Besiegte mit sich haben."

Folgende Telegramme vom 14. Juli aus Schumla und aus Rasgrad geben Kunde von erneuten Schandthaten:

„Von allen Seiten laufen übereinstimmende Meldungen ein, daß in den von den Russen occupirten Gebietstheilen die Bulgaren, von Kosaken aufgestachelt und unterstützt, mohamedanische Ortschaften plündern und entsetzliche Greuelthaten an Greisen, Frauen und Kindern verüben. So wurden beispielsweise nach offiziellen Daten 200 Flüchtlinge aus Sistowa in Tschirli größtentheils massakrirt, in Ostrantsch und Kosovo, vier Stunden vor Rustschuk, die mohamedanische Bevölkerung, worunter 35 Kinder, von Bulgaren und Kosaken niedergemacht, in Leschbunar die Frauen geschändet, die Männer massakrirt. Zahlreiche ähnliche Fälle werden aus der Gegend von Tirnowa, Pleona und Slivno gemeldet; unter der mohamedanischen Civilbevölkerung herrscht in Folge dieser Nachrichten ungeheure Aufregung und panischer Schrecken. Alles flüchtet nach rückwärts, Hab und Gut zurücklassend."

„Soeben wurde der Bahnverkehr zwischen Rustschuk und Rasgrad unterbrochen, weil sich russische Vorposten dem Bahnkörper bis Vetona genähert. Die Kosaken begehen im Verein mit den Bulgaren entsetzliche Greuelthaten und haben auch bei Katzliewo sechs Dörfer verbrannt und deren Einwohner ermordet. Eine ganze Emigranten-Karawane, an 200 Wagen, wurde unweit Biela überfallen und größtentheils getödtet.

Eine Nachricht der „Neuen Freien Presse" vom 16. Juli lautet:

„Die Russen fahren fort, in jenen Städten und Dörfern, die sie besetzen, Grausamkeiten zu begehen. Sie begnügen sich nicht damit, die muselmanischen Einwohner ihrer Habe zu berauben, sondern sie begehen an Frauen und Kindern die entehrendsten Schandthaten, und dies in einem Augenblicke, da eine Proklamation des Kaisers Alexander den Mahomedanern Sicherheit ihrer Person und ihrer Familien und ihres Besitzes verspricht. Die Einwohner von Tems bei Tirnowa flüchteten sich beim Herannahen der Russen in die Moschee, wo sie von den Russen bei lebendigem Leibe verbrannt wurden. Dreihundert Wagen mit flüchtigen Familien wurden von den Russen zuerst aus Geschützen beschossen. Als die Russen die Flüchtlinge einholten, massakrirten sie dieselben. In allen von den Russen occupirten Ortschaften begehen die Bulgaren, von den Russen angefeuert, die scheußlichsten Greuelthaten."

Und schließlich schreibt man noch dem „Daily Telegraph" Folgendes:

„Eigenthümlich ist es, daß alle Dörfer in Flammen aufgehen, daß alle mohamedanischen Dörfer von Blut und Leichen starren, wo die russischen Vorposten sich zeigen. Die Kosaken mögen nach Herzenslust plündern und manche Schandthaten ungestraft verüben; solcher Greuelthaten halte ich sie nicht für fähig. Es sind die harmlosen Bulgaren, welche beim Nahen der Russen ihrem verhaltenen Groll freien Lauf lassen, so daß selbst die Mohamedaner die regulären russischen Truppen mannigfach als Retter begrüßten. Wenn indessen die offiziellen russischen Telegramme von einem enthusiastischen Empfang berichten, so ist dies doch nur mit einem gewissen Vorbehalt aufzunehmen. Wenn man die Bulgaren fragt, wo ihr Vieh und ihr sonstiges Besitzthum geblieben sei, antworten sie nahezu regelmäßig: „Unsere Brüder, die Russen, haben uns Alles gestohlen."

Nette „Humanitätsstreiter", welche wie die Bestien hausen. „Väterchen" kann stolz sein auf seine Kreaturen — Europa aber muß sich schämen, daß es solche Verbrechen duldet.

— Wie die Schweizer sich die Macht des Fürsten Bismarck vorstellen. Unter dieser Rubrik wird der „Kö n. Zeitung" geschrieben: „Einer meiner Bekannten, der sich zu einer Kur in Ragatz aufhielt, erzählt mir Folgendes: Der König von Sachsen war im Hotel R. abgestiegen und Graf Arnim wurde jeden Tag erwartet. Da es mich interessirte, den viel genannten ehemaligen Botschafter zu sehen, frug ich den Kellner, ob Arnim angekommen sei. Nach mehrtägigem Fragen heißt es: „Ja, er wohnt im selben Hotel mit dem König von Sachsen." Hat der König ihm auch einen Besuch gemacht?" „Ei, was denken Sie,

er von der schönen Versammlung las, die in Berlin stattfand und den guten Geist dokumentirte, der in einem größeren Theil unserer studirenden Jugend eingezogen ist. „Eigenthümliche Erinnerungen" beschleichen uns sämmtlich, die wir vor längeren Jahren in den Kampf für die Freiheit und Gleichheit in Deutschland eintraten und an das kleine Häuflein der Mitkämpfer zurückdenken, während jetzt die Arbeiterbataillone nach hunderten zu zählen sind. Und hierüber freut sich Hasselmann sowohl, als wir andern noch mehr. — Ferner freut es uns, daß die Notiz der „Magdeburger Zeitung" selbst andeutet, daß unsere Parteigenossen die ganzen Jahre hindurch treu und fest zur Fahne halten. Es ist dies ein trefflicher Gegensatz zu den früheren Fortschrittlern und Auchdemokraten, die sich haben reptilifiren lassen.

— In der Dühringaffaire stecken sich alle nationalservile und reptilifirte Blätter hinter die „wüste Agitation", da sie keine vernünftigen Gründe für die Remotion Dühring's anführen können. Auch die Wiener „Neue Freie Presse" klammert sich an diesen Ausdruck, indem sie schreibt: „Der blinde Gelehrte hat durch die wüste Agitation, welche zu seinen Gunsten entfesselt wurde, an Sympathien nicht gewonnen." — Das Alles erinnert lebhaft an Eugen Richter, der deshalb die Postunterbeamten hungern lassen will, weil die Sozialdemokraten für Erhöhung des Lohnes derselben agitiren. — Daß auch der „Gewerkverein" in dasselbe Horn mit der Reptilienpresse in Sachen Dühring stößt, wen wird das wundern!?

— Zur Gleichberechtigung der Frauen. Der Senat der Londoner Universität hat mit bedeutender Stimmenmehrheit den Beschluß gefaßt, Frauen die Zulassung zu allen Facultäten zu gestatten, nachdem die medicinische mit gutem Beispiele vorangegangen war. Die Universität wird nun daran gehen, einen neuen Paragraph ihrer Statuten von der Regierung zu erwirken. Von unserm deutschen Zopf- und Zunftprofessorenthum, das sich in der Dühring-Affaire wieder so glänzend bewährt hat, ist natürlich nicht zu erwarten, daß es sich zu einer ähnlichen Reform entschließt. —

— Aus Frankreich. Die Mittel, welche Mac Mahon und sein Anhang gebrauchen, um ein für sie günstiges Wahlresultat zu erzielen, sind so verwerflich, sie schlagen der Freiheit derart in's Gesicht, daß man sich nur wundert, daß die biederen Republikaner nicht energischer gegen solche Bedrückungen vorgehen. Selbst Wirthshäuser, in welchen die gegenwärtige Regierung getadelt wird, werden geschlossen. Man sieht, Mac Mahon thut Alles, um sich zu diskreditiren. — Das Gambetta'sche Blatt, die „Republique Française", spricht sich jetzt häufig über die äußeren Beziehungen Frankreichs aus. Es ist ein Lieblingsgedanke des Blattes, sagt die „Kölnische Zeitung", wie des Herrn Thiers, daß Frankreich jeden Augenblick in der Lage sein soll, das ganze Gewicht seines politischen Ansehens in die Wagschale des europäischen Rathes zu werfen. Die „Republique Française" macht Mac Mahon und den Monarchisten den Vorwurf, daß sie Schuld daran wären, daß Frankreich seine Rolle nach Außen nicht gehörig spielen könne; das Blatt sagt dann wörtlich: „Wir stehen sozusagen außerhalb des europäischen Concerts; wer hat uns in diese Lage gebracht, wer hält uns darin? Das Mißgeschick, welches jetzt als seine Werkzeuge die Leidenschaften jener monarchistischen Parteien benutzt, deren Führer die Gewalt an sich genommen haben." — Die „Köln. Zeitung", die es natürlich mit den Republikanern und besonders mit Thiers hält, meint, daß Manches in den Anschauungen des Gambettaschen Blattes richtig sei, aber andererseits scheint es dem großen rheinischen Blatte auch nicht gerade unumgänglich nothwendig, daß Frankreich jetzt „sein Gewicht in die Wagschale Europas werfe"; es wird sich bei der Politik der Zurückhaltung und Ruhe, welche im ganzen westlichen Europa herrscht, am besten stehen, und wenn die Republikaner ihr auswärtiges Programm so formuliren wollen, daß es ihnen im In- und Auslande Freunde einbringt, werden sie am besten thun, mehr Nachdruck auf die Zurückhaltung als auf das Vordrängen zu legen. — Die „Kölnische Zeitung" hat mit solchen Anschauungen Recht — man sieht aber, daß die Thiers und Gambetta's mindestens ebenso chauvinistisch sind, als die Mac Mahon's. An den Freiheiten im Innern liegt der ganzen Gesellschaft nicht viel, wohl aber an ihren Herrschergelüsten und an dem prahlerischen Glanze nach Außen.

— Es wird uns aus England die erste Nummer eines Blattes, betitelt: „The Socialist" („Der Sozialist") zugeschickt, das in Sheffield, zunächst nur monatlich zum Preis von 2 Pence (etwa 18 Reichspfennig) erscheint. Wenn sich das Blatt seines Titels würdig beweiset, und nicht etwa blos ein (in diesem Fall völlig aussichtsloses) Privatunternehmen oder gar Privatspekulation ist, dann müßten wir uns Glück wünschen, daß endlich wieder nach fast 25jähriger Pause in England das sozialistische Banner aufgepflanzt ist.

Wider die „Frankfurter Zeitung".

Die prinzipielle Seite unserer Auseinandersetzungen mit der „Frankfurter Zeitung" und ihrer Partei haben wir zur Genüge in einer Reihe von Leitartikeln berührt — wir waren, wenngleich scharf, vielleicht auch verletzend, doch in keinem Ausdruck roh.

Die „Frankfurter Zeitung" macht sich die Sache leichter wie wir; noch ehe wir unsere prinzipiellen Auseinandersetzungen beendet — gleich nach Nr. 2 die Rothen wider die Blauen — wurde ihr schwächlich zu Muthe, sie konnte sich nicht mehr helfen, deshalb hat sie in Nr. 198 einen Leitartikel gegen uns losgelassen, dessen prinzipielle Seite einer besonderen Antwort nicht werth ist; deshalb wollen wir uns an dieser Stelle mit der Frankfurterin abfinden. Wir wollen der „Frankfurter Zeitung" auch heute nicht in ihrer Sprache antworten, doch da sie ihren Lesern erzählt, daß wir in unseren Artikeln grob gewesen seien, so wollen wir hier nur unsern Lesern, die unsere Artikel vergleichen können, eine Blumenlese der Ausdrücke, welche die „Frankfurter Zeitung" in einem Artikel gegen uns schleudert, aufzählen, damit das zarte Benehmen des Verfassers desselben allseitig richtig gewürdigt werde.

Die Frankfurterin zieht los: „Bedenklicher Mangel publizistischer Loyalität", „giftgetränkte Ausführungen", „eine lange Verdächtigung", „leerer, verleumderischer Vorwurf", „kleinlicher Ehrgeiz einiger Führer", „es reicht nicht aus, daß man hochmüthig einen Jeden verhöhne", „banausische Phrase und knotiges Gebahren", „horrender Widerspruch", „in perfider Weise", „Leipziger Imperialsozialist", „die schnurrige Redensart von der reaktionären Masse", „eitel Prahlerei, Dunst und Nebel", „diese rothen Blousen thun freiwillig, was die weißen Blousen gedungen thaten", „sie haben den Muth zu dieser verbrecherischen Hanswurstiade", „plumpe Lästerung und schaler Hohn".

Diese zarten — im Gegensatze zu „grob" — Schmeicheleien werden uns in einem einzigen Artikel von der „Frankfurter Zeitung" dargebracht. Da freuen wir uns doch, daß wir grob gewesen sind und nicht derartige Zartheiten angewendet haben. Es fehlt nur noch das Wort: Sozialdemagogie in obiger Blumenlese — dann würde in Bezug auf das Schimpfen die „Frankfurter Zeitung" vollständig auf dem Boden der „Berliner Volkszeitung" stehen.

Die „Frankfurter Zeitung" erklärt in dem Artikel die Behauptung für unwahr, daß die bürgerliche Demokratie nur ein Klasseninteresse vertrete, daß sie lediglich die Politik des Geldsacks treibe — in diesen Worten liegt ein rührendes Eingeständniß! Wir haben niemals behauptet, daß die bürgerliche Demokratie nur Klasseninteresse vertrete, sie kämpft ja auch gegen die Reaktion für einzelne politische Freiheiten, sie treibt nicht lediglich die Politik des Geldsacks, aber sie treibt doch die Politik desselben — die „Frankfurter Zeitung" hat dies selbst durch die Wörtchen „nur" und „lediglich" eingeräumt.

Daß wir der früheren Republik Frankfurt Erwähnung thaten, das hat die brave Frankfurterin ungemein empfindlich berührt — aber konnten wir anders, wenn die „Frankfurter Zeitung" ihrer idealen Republik die Republiken Venedig und Andorra entgegenstellte? Weshalb erwähnte sie nicht, als Gegensatz zu einer guten Republik, in welcher die Allgemeinheit befiehlt, das ihr so naheliegende Frankfurt, da sie einmal doch untergegangene Republiken citirte? Dann brauchten wir es nicht zu thun.

Wir schwärmen wahrlich nicht für die Annexion Frankfurts durch Preußen, aber das Cliquenwesen und der Patrizierstolz in jener Freistadt hat uns gleichfalls nie imponirt.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt nun in ihrem grenzenlosen Hochmuth — dies ist der einzige derbe Ausdruck, den wir gebrauchen wollen — zum Schlusse noch folgendes:

„Natürlich haben wir gar nichts dagegen, wenn einige Herren Führer uns als Reaktionäre in den Bann thun. — — — Das Eine aber wäre in solchem Falle Pflicht der Gegner: daß sie uns auch wirklich als zur „einen reaktionären Masse" gehörig betrachteten und weniger ausbeuteten, daß sie die Spalten dieses Blattes weniger plünderten, überhaupt weniger mit Hilfe der „eigennützigen Bourgeois" weiter zu kommen suchten."

Die Redakteure des „Vorwärts" erklären zuvörderst, daß sie von „eigennützigen" oder auch uneigennützigen Bourgeois keinerlei Hilfe jemals erhalten haben; von anderen „Führern" der Sozialdemokratie ist dies uns auch nicht bekannt, deshalb sind die „eigennützigen Bourgeois" der „Frankfurter Zeitung" verpflichtet, Thatsachen anzugeben und nicht solche vage, ehrabschneiderische Verdächtigungen*) in halb verblümter Sprache hier auszustreuen. Der letzte Absatz bezieht sich nämlich nicht auf das „Plündern der Spalten der „Frankfurter Zeitung"" — das überhaupt deutet auf etwas Anderes hin.

Was nun das Plündern der Spalten der „Frankfurter Zeitung" betrifft, so weiß jeder Leser des „Vorwärts", daß dieser durch den Ausspruch der Frankfurterin nicht getroffen wird und wie es scheint auch von derselben gar nicht gemeint ist, sonst hätte sie ihn wohl bei Namen genannt. Wir haben hin und wieder positive Thatsachen dem Blatte entnommen ebenso wie anderen Blättern und daran Besprechungen geknüpft, auch hin und wieder, aber sehr selten, die Anschauungen der „Frankfurter Zeitung" mit Quellenangabe wiedergegeben, aber auch die „Frankfurter Zeitung" ist mehrmals in der Lage gewesen, unserem Blatte eine Notiz zu entlehnen.

Wenn nun die „Frankfurter Zeitung" uns nicht meinen konnte, wen hat sie denn eigentlich gemeint? Welche sozialistischen Blätter plündern sie denn eigentlich in so gewaltiger Weise, daß ihr Aufschrei gerechtfertigt ist? Heraus mit der Sprache, sonst müssen wir die Angabe für eitel Flunkerei halten.

Und sind wirklich einzelne kleinere sozialistische Organe vorhanden, welche der „Frankfurter Zeitung" einzelne Notizen entnehmen, so sollte sie froh sein, daß ihre Weisheit immer weiter ins Volk getragen würde. Doch gleichen wir die Sache aus — soviel als, wie wir übersehen können, die „Frankfurter Zeitung" von der sozialistischen Presse benutzt wird, mindestens ebensoviel wird der „Vorwärts" von der kleineren bürgerlich demokratischen Presse benutzt — darüber freuen wir uns und bitten jene Blätter, dies Wort an dieser Stelle nicht falsch zu deuten.

Unlieb ist es uns nicht, wenn die „Plünderung" der „Frankfurter Zeitung" auf Wahrheit beruht, daß wir dann durch unsere Auseinandersetzungen mit derselben bewirkt haben, daß solche „Plünderung" mehr und mehr aufhört und in den betreffenden Blättern mehr Originalleistung in Zukunft zu finden sein wird — dieserhalb der „Frankfurter Zeitung" unseren Dank für ihre, wenn auch etwas eigenthümliche, Andeutung.

Wähne man nicht, daß die Originalleistungen der Lokalblattredakteure nicht überall ebensogut seien, als der event. Abdruck aus irgend einer anderen Zeitung; was von Herzen kommt bringt zu Herzen, und ein offener Kopf mit etwas schwerer Feder ist uns lieber, als ein seichtes Hirn mit flotter schriftlicher Wiedergabe. — — —

Die prinzipielle Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Demokratie war nothwendig, wir haben deshalb gern das unsrige dazu beigetragen; an die heutige mehr persönliche Auseinandersetzung mit der „Frankfurter Zeitung" sind wir ungern gegangen — sie war aber auch nothwendig den hochmüthigen Schlußsätzen der Frankfurterin gegenüber — und deshalb mußte sie erfolgen.

Wir erklären aber nochmals: Wo die „Frankfurter Zeitung" im Kampfe gegen die Reaktion ihre Schuldigkeit thut, und sie thut ja dieselbe in hohem Maße, da werden wir ihr unsere Anerkennung nicht versagen; aber wir werden uns auch durch Niemanden beirren lassen in unserm Kampfe wider die Reaktion und die Kapitalmacht — wir sind und wir bleiben roth.

Correspondenzen.

Baden-Baden. Es wird die Leser des „Vorwärts" interessiren, auch einmal von hier — dem bekannten Badeort, wo sich die sogenannte Noblesse aller Länder aufhält, um von ihren „Strapazen" auszuruhen — etwas zu hören. Schon vor zwei Jahren gelang es dem Genossen Hackenberger, durch rastlose Thätigkeit die hiesigen sozialistischen Elemente zu sammeln. Durch hierauf öfters abgehaltene Volksversammlungen nahm die Sache bald einen Fortgang, der zu den besten Hoffnungen berechtigte. Jedoch durch die bald darauf erfolgte Festnahme Hackenberger's verlor die Partei ihre größte Stütze. Und durch die Abreise vieler tüchtiger Mitglieder, sowie dadurch, daß wir wegen Mangel an Referenten keine Volksversammlung und infolge dessen auch keine Mitglieder mehr heranziehen konnten, ging die Bewegung wieder bedeutend zurück. In letzter Zeit hatten wir nun wieder das Vergnügen, einige Redner bei uns sprechen zu hören. — In einer am 10. Juni abgehaltenen, recht zahlreich besuchten Volksversammlung referirte Genosse Lehmann über das Thema: „Was wollen die Sozialdemokraten?" Redner legte in trefflicher, beinahe zweistündiger Rede das Wirken und Streben der Partei auseinander, oft von lebhaftem Beifall unterbrochen, in welchen selbst die einstimmten, welche sicher nicht in dieser Absicht hingekommen waren. Auch ließen sich Viele in die Partei aufnehmen. — Eine zweite Volksversammlung fand am 5. Juli statt. Genosse Dreesbach hielt in populärer Weise einen Vortrag über „Die wirthschaftliche Lage des schaffenden Volkes." Derselbe wurde von der stark besuchten Versammlung, worunter diesmal die Bourgeoisie stark vertreten war, sehr beifällig aufgenommen. Obwohl den anwesenden Gegnern das Wort zur etwaigen Widerlegung wiederholt angeboten wurde, meldete sich doch Niemand dazu, wahrscheinlich aus Furcht vor einem Fiasko. Diese beiden Versammlungen haben uns recht deutlich gezeigt, daß es nur der Aufklärung bedarf, um dem Volk die Furcht vor dem rothen Gespenst, welches ihm von unsern Gegnern vorgemalt wird, zu nehmen. Es ist zwar nicht zu leugnen, daß den hiesigen Verhältnissen entsprechend die Bewegung stärker sein könnte, da es wohl selten einen Ort wie Baden-Baden giebt, wo sich die Gegensätze so scharf gegenüberstehen. Doch soll uns dieses Mißverhältniß nicht zurückschrecken, es soll uns im Gegentheil ein Sporn sein, die gerechte Sache möglichst zu verbreiten, und wenn wir nur einigermaßen in agitatorischer Beziehung unterstützt werden, so wird auch Baden-Baden von Jahr zu Jahr mehr Kämpfer für den Sozialismus stellen können.

M—H.

Zur Beachtung!

Sonntag, den 5. August d. J., Vormittags 11 Uhr, findet im Lokale des Herrn Müller (Volkshalle) in Itzehoe die Versammlung statt, in welcher die Genossenschafts-Buchdruckerei zur Herausgabe der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" gegründet werden soll. Alle Diejenigen, welche Genossenschaftsantheile gezeichnet haben, werden ersucht, Delegirte zu dieser die Genossenschaft constituirenden Versammlung zu senden. Sollten in einzelnen Ortschaften die Antheilzeichner zu gering an Zahl sein, um selbstständig Jemand zu delegiren, so empfiehlt es sich, daß mehrere Ortschaften zusammentreten.

Als Tagesordnung ist festgestellt: 1) Berathung des Statuts; 2) Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsraths.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird vom Unterzeichneten Bericht über den Verlauf der bis dato gepflogenen Verhandlungen erstattet.

Einzelne Statutenvorlagen werden nach den Hauptorten dieser Tage versandt, damit dieselben schon vorher in Versammlungen durchberathen werden können. Die Delegirten müssen aber spätestens bis zum 4. August bei C. Kreutzberg, Itzehoe, Siebertstraße, angemeldet werden.

Altona, den 20. Juli. Mit Gruß
J. A.: H. Walther, Wilhelmstr. 59 III.

Die Parteigenossen in Thüringen

werden ersucht, von jetzt an alle Briefe in Agitationsangelegenheiten an Unterzeichneten zu senden.

Leipzig, den 20. Juli 1877.
Fr. Rauert, Frankfurterstraße 31 IV.

Den Partei- und Gesinnungsgenossen Thüringens und der Provinz Sachsen

zur Kenntnißnahme, daß ich am 25. ds. von Thüringen nach der Niederlausitz übersiedle.

Briefe, die Agitation in Thüringen betreffend, sind zu richten an Hrn. Rauert in Leipzig, Frankfurterstraße Nr. 31 IV.

Erfurt, den 20. Juli 1877.
Mit sozialdemokratischem Gruß
F. H. Klute.

Nachstehende Schriften sind durch die Expedition des „Vorwärts" in Leipzig, sowie durch die Expedition der „Freien Presse" in Berlin, Kaiserfranzgrenadie platz 8a, zu beziehen:

Armen- und Heimathsgesetzgebung . . . . . Mark	1.	50.
Auerbach, Tagebuch aus Wien	—.	70.
Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849	1.	50.
Aus den Ruinen von Nimrut und Olympia	—.	10.
Baumann, Berechnung über das Gewindeschneiden	1.	60.
Bebel, A., Unsere Ziele. 6. Auflage	—.	25.
— — Bauernkrieg	2.	—.
Becker, B., Der alte und der neue Jesuitismus	—.	60.
— — Briefe deutscher Bettelpatrioten. 5 Lief.	3	75.
— — Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848	2.	25
— — Mißbrauch der Nationalitätenlehre	1.	—.
— — C. Fourier	—.	30.
— — Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalle's. 5 Lief.	3	—.
— — Geschichte der revolutionären Pariser Commune 1789—94	2.	—.

wenn das der Bismarck erführe, könnte er (der König) um seine Stelle kommen," antwortete der Kellner."

— Zur Heiligkeit der Ehe. Die „Kölnische Zeitung", das große Bourgeoisblatt, bringt folgende Geschäftsannonce:

„Damen! Ein tüchtiger Kaufmann von angenehmem Aeußern und gutem Rufe ist gezwungen, um das schöne, rentable Besitzthum nicht in andere Hände übergehen zu lassen, baldmöglichst eine vermögende Dame zu heirathen, und wird durch diese dringenden, plötzlich eintretenden Verhältnisse nicht auf Schönheit ꝛc. gesehen. Offerten unter R. 100 postlagernd Köln."

— Schlaumeier. Die nationalliberale Presse druckt mit vielem Gaudium aus dem Aufruf der „Chemnitzer Fr. Pr." zum letzten Arbeiterfest in Chemnitz zwei Stellen ab, die sich angeblich in lächerlicher Weise widersprechen und obendrein die Intoleranz der Sozialdemokraten beweisen sollen. Die betr. Stellen lauten, die eine: „In jetziger Zeit, wo die eifrigsten Verfechter der Volksrechte die Kerker bevölkern, muß die Masse sich verbrüdern, um eine feste Phalanx gegen die Reaktion zu bilden. Diese Verbrüderung ist der eigentliche Zweck der sozialistischen Feste, und je trüber die Zeit, desto mehr ist es nöthig, für diesen Zweck zu wirken." Und die andere: „Wir glauben doch, in einer Zeit, wo 4—5000 Menschen in Chemnitz Arbeitsmangel haben, hätten die Beamten und Vertreter der Commune mehr zu thun, als auf allgemeine Kosten Demonstrationen zu Gunsten der reichstreuen Partei zu veranstalten."

Wenn die Herren Setzer der betr. Zeitungen die drei Worte „auf allgemeine Kosten" gesperrt hätten, dann würden die scharfsinnigen Herren Redakteure wohl gemerkt haben, daß weder ein Widerspruch, noch Intoleranz vorliegt, wohl aber eine große — (den Gedankenstrich mag ausfüllen, wen's angeht), und zwar nicht auf sozialistischer Seite. Nicht daß die Reichstreuen Feste feiern, verargen wir ihnen; auch nicht, daß sie ein Sedansfest feiern, denn eine Mordfeier entspricht dem Bildungsgrad des Mordspatriotismus. Was wir ihnen verargen, ist, daß sie ihre Feste auf allgemeine Kosten feiern; daß sie das Volk, daß an dem Sedanstag und allem, was drum und dran hängt, wahrlich schwer genug zu tragen hat, auch noch die Last eines Sedanfestes aufbürden, und für ihr Privatvergnügen den öffentlichen Säckel plündern. Das ist's, worum es sich handelt. Verstanden?

*) Die liberalen Zeitungen machen sich schon mit Wollust über obige „Andeutungen" her!

Tecker, J. Ph., Vorbote. Soz.-pol. Monatschrift. (6 Jahrgänge 1866—71)	5.	—.
— — **Wie und Wann? Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit**	2.	—.
— — Le Précurseur. Organe démocratique social des associations des travailleurs (Janvier—Mars 1877)	—.	60.
Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874	—.	10.
Blos, W., Unsere Preßzustände	—.	10.
— — **Blut und Eisen od. die Entstehung d. Krieges von 1866**	—.	50.
— — **Zur Geschichte der Commune von Paris**	—.	40.
— — **Die Revolution zu Mainz 1792—1793**	—.	60
Bonttan, Religion und Sozialismus	—.	40.
Brake, W., Der Lassalle'sche Vorschlag	—.	50.
— — **Nieder mit den Sozialdemokraten**	—.	15.
— — **Verzweiflung im liberalen Lager**	—.	15.
Brunnemann, Skizzen u. Studien zur französischen Revolutions-Geschichte	1.	—.
Bürgerkrieg in Frankreich	—.	15
Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik	—.	15.
Civilehegesetz	1.	—.
Culturkampf und Volksschule in Preußen	—.	10
Daniel in der Löwengrube. Gedicht	—.	50.
Dedekind, Dr. Fr., Prozeß Sievers gegen Vogel v. Falkenstein	1.	—.
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. 1877. broch. 40 Pf. gebd.	—.	60.
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Lötzen und vor Gericht 1871	1.	25.
Die Märtyrer der Commune	—.	30.
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von von 1871 74	—.	10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen	—.	10.
Dietzgen, National-Oekonomisches	—.	05
— — Die bürgerliche Gesellschaft	—.	10.
— — **Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit**	1.	50.
Diffidentengesetz	—.	20.
Donai, Dr. A., ABC des Wissens für die Denkenden. 2. Aufl.	—.	15.
— — Antwort an den Bekenner des Theismus	—.	10.
— — Kindergarten u. Volksschule als sozialdemokr. Anstalten	—.	25.
Dulk, A., Nieder mit den Atheisten	—.	25.
Eccarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals.	—.	15.
— — Eines Arbeiters Widerlegung	—.	40.
Einkommensteuergesetz	1.	—.
Engels, F., Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte	—.	30.
— — Der deutsche Bauernkrieg	—.	50.
— — Soziales aus Rußland	—.	15.
Engländer, Sigm, Geschichte der französischen Arbeiter-Assoziationen. 4 Bände, compl.	8.	—.
Erinnerung an Herwegh	—.	10
Erinnerung an Börne	—.	20.
Franz, J., Herr Böhmert, Professor der Nationalökonomie und seine Fälschungen der Wissenschaft	—.	80.
Für die französischen Brüder	—.	15.
Geib, A., Der Normalarbeitstag	—.	15.
— — Gedichte	—.	50.
Geiser, Forderungen des Sozialismus an Gegenwart u. Zukunft	—.	50.
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstags v. 1867—73	2.	—.
— — Nachtrag von 1873—76	1.	20.
Genossenschaftsgesetz (Bundesgesetz)	1.	40
Gewerbeordnung für das deutsche Reich	1.	50.
Gesindeordnung	1.	50.
Gespräch am Kachelofen	—.	50.
Greulich, H., Der Staat vom sozialdemokratischen Standpunkte aus. Eine Auseinandersetzung mit den Anarchisten	—.	25.
Hasenelever, Wilh., Liebe, Leben, Kampf (Gedichte)	—.	40.
Heyner, Ad., Meine 3½jährige Leipziger Polizeicampagne	—.	60.
Herr v. Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus	—.	20.
Hillmann, Die internat. Arbeiter-Assoziation 1864—71, ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit	—.	15.
— — Praktische Emanzipationswinke	—.	10.
— — Die Organisation der Massen	—.	20.
Hilfskassengesetz, 3 Hefte, à 0,15 M.	—.	45.
Hirsch, Die angeblichen sozialen Theorien und die wirklichen Bestrebungen des Herrn Bakunin	—.	15.
— — die Parteipresse, ihre Bedeutung und Organisation	—.	10
Hocobi, L., Es werde Licht (Poesien)	—.	50.
— — Die Idee der Entwickelung. 2 Bde. à	1.	—.
Hocsby, Joh., Das Ziel der Arbeiterbewegung	—.	20.
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag	—.	12.
Komplot gegen die Intern. Arb.-Assoziation. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky	1.	—.
König, Schwarze Kabinette	—.	75.
Krafft, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht)	—.	05
— — Ceterum censeo (Gedicht)	—.	05.
Kunst und Sozialismus	—.	15.
Lange, Arbeiterfrage	4.	—.
Lassalle, F., Arbeiterfrage	—.	15
— — Ueber Verfassungswesen	—.	20.
— — An die Arbeiter Berlins	—.	10.
— — Offenes Antwortschreiben	—.	08
— — Arbeiterlesebuch	—.	30
— — Arbeiterprogramm	—.	10
— — Die Wissenschaft und die Arbeiter	—.	15.
— — Criminalprozeß, III. Instanz	—.	30.
— — Die Feste, die Presse rc.	—.	15
— — Bastiat Schulze	—.	50.
— — Indirekte Steuern	—.	40.
— — Düsseldorfer Hauptrede	—.	20.
— — Fichte's Philosophie	—.	25.
Leben und Thaten des Generals Jarosiaw Dombrowski	—.	75.
Leipziger Hochverrathsprozeß.	3.	—.
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz	—.	20
— — Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie	—.	10.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl.	—.	20.
— — Reichstagsrede 1874	—.	10.
— — Zur Grund- und Bodenfrage 2. Aufl.	—.	75.
Lübeck, C., die Vaterlandslosen (Novelle)	—.	75
Lommel, Jesus von Nazareth	—.	30.
— Johannes Huß	—.	30
Luxus und Corruption. Von G. R.	—.	15.
Marx, Der Cölner Communisten-Prozeß. 2. Aufl.	—.	25
— — Das Kapital. 2. Aufl.	9.	—.
— — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte	1.	50.
— — und Engels, Kommunistisches Manifest	—.	20.
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814, deutsche Uebersetzung gebd.	1.	80.
Minister Eulenburg und die deutsche Sozialdemokratie	—.	30.
Most, Liederbuch, gbd. 40 Pf., broch.	—.	30.
— — Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten	—.	60.
— — Sammlung von Reichs-Gesetzen:		
1. Heft: Gewerbeordnung	—.	25.
2. Heft: Freizügigkeits-, Impf-, Lohnbeschlagnahme- und Haftpflicht-Gesetz	—.	15
— — Kapital und Arbeit	—.	50.
— — Bastille am Plötzensee	—.	60.
— — Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.	—.	50.
— — Die Lösung der sozialen Frage	—.	40.
Moralt, F. A., Arbeiterkrankheiten. 1. Schädliche Gase. 2. Schädliche Dämpfe, als Krankheitsquellen	—.	10.
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?	—.	30.
Otto-Walster, A., Allerhand Proletarier. Eine Hausgeschichte	—.	40.
— — Rienzi. Drama in 5 Aufzügen	—.	30.
— — Am Webstuhl der Zeit. Soz. Roman	3.	—.
— — Eine mittelalterliche Internationale. Histor. Novelle	—.	75.
— — Kranke Herzen	1.	—.
— — Braunschweiger Tage	2.	50.
— — Schutz in den Gewerkschaften	—.	10.
Photographien: Auer, Bebel, Bracke, Blos, Demmler, Dietzgen, Engels, Feuerbach, Fritzsche, Geib, A. Göga, Hasenclever, Hasselmann, Hepner, Heß, Herwegh, Hirsch, J. Jacoby, Lassalle, Lange, Liebknecht, Marx, Most, Motteler, Py, Becker, Reimer, Bahlteich, Walster, York, Garibaldi, Blanqui, Courbet, Crémieux, Delescluze, Dombrowski, Ferré, Flourens, Leo Frankel, Marat Millière, Owen, Raoul-Rigault, Rossel, Vaillant rc.; in Visitenkartenformat à	—.	25.
Photographien: Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräther, von der Courbet'schen Büste der „Liberté" (Freiheit) à	—.	25.
— — in Kabinetformat à	—.	60.
— — in Groß-Folio (Lassalle, Bebel, Liebknecht) à	3.	—.
Pfau, L., Das Preußische Regiment vor Gericht	—.	30.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage	—.	5.
Preßgesetz vom 7. Mai 1874	—.	25.
Protokoll des Stuttgarter Kongresses 1870	—.	15.
— — des Dresdener Congresses 1871	—.	20
— — des Coburger Congresses 1874	—.	30.
— — des Gothaer Congresses 1876.	—.	30
— — des Gothaer Congresses 1877	—.	25.
— — Holzarbeitercongreß zu Nürnberg 1873	—.	20
Protokoll, des Schweizer Arbeiter-Congresses zu Olten	—.	25.
— — des Schweizer Arbeiterbundes zu Winterthur	—.	50.
— — des 3. Congresses des Schweizer'schen Arbeiter-Bundes	—.	30.
Prozeß gegen Dr. H. Tauschinski und 31 Genossen in Graz wegen Religionsstörung und geh. soz.-dem. Verbindungen	—.	75.
Prowe, John Osawatomie Brown, der Negerheiland	1.	—.
Rathgeber für Gewerbetreibende.	3.	50.
Revidirte Landgemeindeordnung für Sachsen	—.	90.
„ **Städteordnung**	1.	40.
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen, 5 Hefte	1.	80.
Rothlieder, die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer in Versailles	—.	30.
Rückel, Sachsens Erbsünde und das Zuchthaus zu Waldheim	1.	—.
Sack, Unsere Schulen im Dienste gegen die Freizeit	—.	60
Schäffle, Dr. A., Quintessenz des Sozialismus	1.	20.
Sauerzig, für Männerchöre		
I. Bundeslied, 4 stimmig m. Partitur 0,65, ohne Partitur	—.	45.
II. Der wogre Reusch „ „ 0,55, „	—.	40.
III. u. IV. Republik u. d. Arbeitsmann 1,56, „	1.	10.
V. Im Michel, 4stimmig m. Partitur 0,75, „	—.	60.
VI. Frühlingsgedanken „ „ 0,80, „	—.	60.
VII. Sängermarsch „ „ 1,50, „	1.	—.
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie, 1. Abth.	—.	25.
— — Ein Wort zur Verständigung der sozialen Frage	—.	20.
Schulze, E., Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder gebd.	—.	50.
broch.	—.	40.
Serno-Solowiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten	—.	20.
Sozialistische Theaterstücke.		
Nr. 1: Ein Schlingel (die Rolle zu 5 Expl. M. 1.50) à	—.	35.
Nr. 2: Preßprozesse (die Rolle zu 7 Expl. M. 1.40) à	—.	25.
Nr. 3: Ein Opfer (die Rolle zu 20 Expl. M. 6.—) à	—.	40.
Specht, Populäre Entwicklungsgeschichte des Weltalls	2.	50.
Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation	—.	10.
Statistische Tafel der sozialistischen Wahlen zum deutschen Reichstage	—.	20.
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich	1.	—.
Strodtmann, Die Arbeiterdichtung in Frankreich broch.	—.	60.
eleg. gbd.	1.	50.
— — Brutus! schläfst Du? broch.	—.	60.
eleg. gbd.	1.	50.
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie	—.	40.
Tahlteich, Der Deklamator. Heft 1, 2, 3 à	—.	15.
Vereins- und Versammlungsgesetz für Sachsen	—.	10.
Verfassung des deutschen Reiches	—.	75.
Vogel, Apotheken-Monopol	—.	60.
Volksstaat-Kalender für 1874	—.	20.
— — für 1875	—.	20.
Volksstaat-Fremdwörterbuch broch.	—.	50.
gebd.	—.	65.
Volksschulgesetz für Sachsen	1.	—.
Vollmar, G., Waldverwüstung und Ueberschwemmung	—.	15.
Wahre Gestalt des Christenthums	—.	50.
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze	—.	10.
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften (4 Lief. à 50 Pf.)	2.	—.
York, Die industrielle Arbeiterfrage	—.	10.
Zimmermann, Pfaffenpeitsche. 1. Bd.	1.	60.
Zeitgeist, Eine Studie	—.	25

Briefkasten

der Redaktion. B. in Zürich: Sie meinen, das Jurasser Organ der „bewaffneten Spaziergänger" sei in neuester Zeit etwas vernünftiger geworden. Nun, die letzte Nummer wird Sie eines Anderen belehrt haben. Damit auch dem größeren Publikum der heitere Erguß nicht verloren geht, drucken wir ihn, in möglichst getreuer Uebersetzung hier ab. Den Anlaß bietet der spaßige Culturkampf, den die Coburg-Gothaer Regierung gegen die Sozialdemokratie eröffnet hat, und der betr. Passus lautet: „Genau genommen, wird die Lektüre dieser (sozialistentödterischen) Schriften den Arbeitern von Coburg-Gotha weniger Schaden thun, als die Lektüre gewisser sogenannter sozialistischen Zeitungen; denn Schmähschriften gegen die Arbeiterbewegung haben gewöhnlich die Wirkung, Diejenigen, welche sie lesen, gegen die Bourgeoisie zu erbittern, und sie so für den Sozialismus vorzubereiten; aber der Arbeiter, welcher seine Weisheit aus einem Blatt schöpft, das ihm den „Volksstaat" (die Gänsfüßchen gehören dem wälschen Autor, der vor dem „Staat" überhaupt und dem von der deutschen Sozialdemokratie geforderten „Volksstaat" im Besonderen einen heiligen Schauder empfindet, und sich, so oft er das Ungeheuer nennt, dreimal bekreuzigt, was durch die Gänsfüßchen angedeutet wird) also: das ihm den „Volksstaat", die gesetzlichen Mittel, den bedächtigen (lent) Fortschritt, und den Haß gegen die Revolutionäre predigt, sich fälschlicherweise für einen Sozialisten hält, weil er in seiner Dummheit (das Original bêtement — ist noch etwas weniger fein) auf das Wort einiger Führer hört, während er in Wirklichkeit nur ein Fanatiker (fanatique) ist, welcher sein Ohr der Diskussion und seinen Geist jedem Gedanken verschließt, der nicht das amtliche Siegel der Parteileitung empfangen hat." Nicht wahr, ganz hübsch? Vielleicht hat unser unfreiwilliger Mitarbeiter (der uns hoffentlich recht oft mit ähnlichen Pröbchen erfreuen wird, die Güte, gelegentlich das Rätsel zu lösen, wie „der bedächtige Fortschritt" zum „Fanatiker", oder der Fanatiker zum bedächtigen Fortschritt kommt. — Den deutschen Arbeitern, die in dem nicht ganz schmeichelhaften Zeugniß, welches der Urheber obiger Expektoration ihnen ausstellt, etwas „Brüderlichkeit" vermissen sollten, sei hier — und zwar allen Ernstes — bemerkt, daß die „bewaffneten Spaziergänger" im Grund genommen es gar nicht so schlimm meinen, als sie thun, und durchaus ehrliche Leute sind, die es unzweifelhaft mit der Zeit noch so weit bringen werden, zwischen Kinderstreichen und männlicher Arbeit zu unterscheiden. Sunt pueri pueri, pueri puerilia tractant (Knaben sind Knaben, Knaben treiben Knabenstreiche) — man muß tolerant sein, und, wie „der alte Fritz", Jeden nach seiner Façon selig werden lassen. — Sch. in Bremerhafen: Empfangen. Sie werden Bescheid erhalten. Die Veröffentlichung dieser Notiz, die von L. rechtzeitig gegeben war, wurde durch einen Zufall verzögert. Beide Man. befinden sich in den Händen der Redaktion. — W. Seel in Ludwigshafen: Wenn bei Abstimmungen im Reichstage durch Aufstehen und Sitzenbleiben das Resultat dem Bureau unsicher erscheint, so erfolgt nach der Geschäftsordnung die Abstimmung durch Zählung. Alle Abgeordneten verlassen dann den Saal, und nachdem dies geschehen, treten die mit „Ja" (oder „für" eine Vorlage rc.) Stimmenden durch eine Thüre rechts vom Präsidentensitze, die mit „Nein" (oder „gegen" eine Vorlage rc.) Stimmenden durch eine Thüre links vom Präsidenten wieder ein. Die Worte „Ja" oder „Nein" stehen über den betreffenden Thüren angeschrieben. Die eintretenden Abgeordneten werden von Mitgliedern des Bureaus gezählt, welche an beiden Thüren (je 2 Mann) postirt sind und laut zählen. Zuletzt stimmen die Bureaumitglieder laut mit „Ja" oder „Nein" ab. Der Parlamentswitz nennt diesen Modus den „Hammelsprung". Wahrscheinlich weil das Einmarschiren der Stimmenden geschieht, wie das Aufrücken der Schafe in den Stall, wobei die Leithammel wie gewöhnlich „voranspringen". — Sch. in Braunschweig: Die Warnung haben wir der Redaktion der „Buchbinder-Zeitung" übermittelt. — Ein Mainzer Abonnent: Mit „Weissagungen" über die großen Ereignisse unsere Zeit und deren nahen Zukunft wollen wir die Leser des „Vorwärts" doch verschonen. — G. B. in G.: Besten Dank für Notiz, ist verwendet worden, fernere Beiträge erwünscht. —

der Expedition. Josef Rybka W...: W's Adresse lautet: K. W. Schriftsteller in Coburg. — Riedl in Halle: Beachten Sie doch unsere Bekanntmachung an der Spitze der Annoncen. Sie müssen die Briefe früher zur Post geben oder die Folgen der Verspätung tragen.

Die Adresse von Wilhelm Blos, Mitglied des Deutschen Reichstages ist: Hamburg, Amelungstraße 5, Redaktion des „Hamburg-Altonaer Volksblatt".

Quittung. Irms Philadelphia Schr. 20,00. G. Lnk Pieschen Schr. 3,00. Rdl Halle Ann. 0,70. Orbg Gießen Ab. 4,00. Ink Sorau Ab. 4,20. Br Bockenheim Ab. 7,00. Oßmann Erfurt Ab. 11,40. Klr Düsseldorf Ann. 0,90. Slvk Wien Ab. 3,30. M. Kbzsch Dresden Ab. 100,00. Sbrs Stuttgart Ann. 3,60.

Fonds für Gemaßregelte.

Vom Arbeiterverein Plagwitz d. H. 0,90.

Agitationsfonds.

Von Bnndorf d. Prßr Lindenau 1,30.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Halle. Liedertafel „Lassallea".

Gesinnungsgenossen und Freunde, welche am **Sonntag,** den **29. Juli,** an einer [2,40

Waldpartie nach der Haide

betheiligen wollen, werden ersucht, sich Nachmittags 1 Uhr präcis vor dem Klausthore an der Einnahme einzufinden. (F. 160)

2,40] **Der Vorstand.**

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Sonnabend, den **28. Juli,** Abends 8 Uhr, in Menzels Restauration am Täubchenweg: [50

Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1) Centralisation und Lokalverein. Referent Hr. Söhler aus Braunschweig. 2) Die Differenzen zwischen Leipzig und der Vorortsverwaltung. 3) Beschlußfassung wegen Austritt der Leipziger Mitglieder aus der Centralisation. (2a) [100

Im Auftrag der Vorortsverwaltung in Braunschweig:
R. Ludwig, Bev.

Leipzig. **Donnerstag,** den 26. Juli, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. **Michael,** gr. Windmühlenstr. 7:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau. Referent F. Rauert.

Der Agent.

Ottensen. **Donnerstag,** den 26. Juli, Abends 9 Uhr, in **Burmeister's Salon:**

Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Constituirung des in der letzten Versammlung beschlossenen Ottenser Arbeiter-Vereins.

Sämmtliche Parteigenossen werden ersucht zu erscheinen. [80

F. Heerhold.

Osnabrück. Arbeiter-Wahlverein.

Donnerstag, den 26. Juli, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemünze 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1) Vortrag. Verschiedenes.

Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht [80

Der Vorstand.

Ein **Korbmachergeselle** auf feinere Sessel, Blumentische u. Kinderwagen, welcher accurate und solide Arbeit macht, wird gesucht von 90] (F. 80) **Fr. Franken-Köller,** Düsseldorf.

Unterzeichnete erklären hiermit, daß sie mit der „Librairie internationale Zürich", von deren Existenz als solche hier übrigens nichts bekannt, nicht das Mindeste gemein haben und jede Solidarität mit deren Unternehmungen und den dahinter stehenden Personen, welche wahrscheinlich auch keinem parteigenössischen Kreise angehören, zum Voraus ganz entschieden ablehnen müssen.

Zürich, den 12. Juli 1877.

vv. Volksbuchhandlung: Rob. Seibel, Hottingen-Zürich.
J. Franz & Co., Schweiz. Sortiments- u. Antiquariats-Buchhandlung, Rosengasse 6, Zürich.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk.

Abonnementspreis vierteljährlich M. 1,20.
In Heften (3 Wochen-Nummern enthaltend) à 30 Pf.

Inhalt der Nr. 29 (20. Juli 1877): Vaters Liebling. Von F. Klinck. (Fortsetzung.) — Girolamo Savonarola (mit dessen Portrait, Klosterzelle und Martyrium). — Von der unteren Donau. Licht- und Schattenbilder von Carl Stichler. III. — Kleinere Mittheilungen: In der Klosterküche (mit Illustration). — Zur Feuerbestattung. — Eine Leistung der Buchdruckerkunst. — Briefkasten.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß als Entgegnung auf einen in der „Neuen Welt" veröffentlichten, für die Impfung in die Schranken tretenden Artikel des Herrn Dr. Stiebeling in New-York eine wissenschaftliche Abhandlung über die Impffrage von Seiten eines Impfgegners in der „N. W." erscheinen und daß die Redaktion des Blattes unausgesetzt bemüht sein wird, wissenschaftlich hochstehende Impffreunde sowohl als Impfgegner zur Darlegung ihrer Ansichten in der „N. W." zu bewegen, damit ihre Leser zur Fällung eines selbstständigen und wissenschaftlich begründeten Urtheils in dieser hochwichtigen und brennenden Frage befähigt werden

Die Expedition. Färberstr. 12 in Leipzig.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 87. Freitag, 27. Juli. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat August u. Septbr. zu 1,10 werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Bschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege.

III.

Die Stellung unserer Partei zur Frage der öffentlichen Gesundheitspflege ist sehr leicht präzisirt. Der Sozialismus, welcher auf allen Gebieten die gründliche Heilung der zu Tag getretenen und tretenden Uebel anstrebt, begnügt sich nicht mit Palliativmitteln, die höchstens vorübergehend eine äußerliche Scheinbesserung hervorbringen und die krankhaften Erscheinungen mehr oder weniger zurückdrängen: er geht darauf aus, die Ursachen zu beseitigen, wissend, daß (nach dem Satz cessante causa cessat effectus) mit der Ursache, wenn auch nicht sofort, doch mit unfehlbarer Gewißheit die Wirkung verschwinden muß.

Man hat gesagt: was die Verbrechen im moralischen Leben sind, das sind die Krankheiten im physischen Leben. Sehr wahr. Und wie die Verbrechen nur dadurch aus der Welt zu schaffen sind, daß man die Ursachen der Verbrechen aus der Welt schafft, genau so die Krankheiten. Nur ein oberflächlicher, geschulten Denkens ungewohnter oder überhaupt denkunfähiger Kopf, der von dem ursächlichen Zusammenhang der Dinge keinen Begriff hat, kann sich einbilden, durch Strafgesetzbücher und Strafen die Welt von den Verbrechen zu erlösen, oder den Strom der Verbrechen selbst nur einzudämmen. Was, um bei der Parallele zu bleiben, dem Verbrechen gegenüber die Strafgesetzbücher und die Strafen, das sind den Krankheiten gegenüber die medizinischen Arzneibücher und die Arznei-Mixturen. Quacksalberei — im besten Fall, jämmerliche Nothbehelfe. Jedes Ding, lehrt die Vernunft, muß seine Ursache haben, seinen zureichenden Grund. Gut: die Ursachen des Verbrechens — das wissen heute sogar alle halbwegs intelligenten „Fachmänner": Criminalisten und Gefängnißdirektoren — sind entweder in körperlichen Mißbildungen oder in gesellschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Entweder hat der sogenannte „Verbrecher" ein anormales Hirn 2c., oder — und das gilt von der ungeheueren Mehrzahl der „Verbrecher" — er ist durch schlechtes Beispiel, schlechte Erziehung, Noth u. s. w. zum Verbrecher gemacht worden. Im ersten Fall gehört er in eine Heilanstalt, im zweiten ist er es nicht, sondern die Gesellschaft, welche auf die Anklagebank gehört. Weg mit den Ursachen des Verbrechens! Weg mit gesellschaftlichen Einrichtungen, welche den Menschen in Lagen bringen, in denen er mit absoluter Nothwendigkeit zum Verbrecher werden muß. Wer die verbrechenerzeugenden Einflüsse der heutigen Gesellschaft aufrecht erhält und das Verbrechen durch Strafen ausrotten will, schöpft mit einem Fingerhut aus einer Mistpfütze, in welche die Jauche fortwährend ungehindert einströmt. Und — der Fingerhut, mit dem er schöpft, hat obendrein „ein Loch", das bischen Jauche, das aus der Pfütze geholt worden, läuft wieder fort und wird erst recht faule Gesellschafts-Jauche.

Just so ist's mit den Krankheiten. Jede Krankheit ist die Folge naturwidriger, gesundheitsschädlicher Lebensbedingungen, in denen das erkrankte Individium oder — wo das Uebel auf Vererbung zurückzuführen ist — dessen Eltern oder Vorfahren sich befinden oder befunden haben. Das steht fest und wird von keinem Mediziner bestritten. Aus dieser Thatsache ergiebt sich mit zwingender Logik, daß, um die Krankheit zu beseitigen, jene naturwidrigen, gesundheitsschädlichen Lebensbedingungen gehoben werden müssen, welche die Krankheit erzeugt haben und erzeugen. Zu dieser Erkenntniß ist die moderne Heilkunde gelangt. Sie ist sich klar geworden, daß das „Kuriren" von Krankheiten, deren Ursachen fortdauern, ein sinnloses Unternehmen ist; daß die, um uns so auszudrücken, mechanische Kur von Krankheiten durch gewaltsam wirkende „Medizin" dem menschlichen Organismus nur schaden kann; — und sie erblickt daher ihre Hauptaufgabe in der Beseitigung der Krankheitsursachen.

Daß deren Beseitigung möglich, ist durch Wissenschaft und Erfahrung bewiesen. Die Erfolge, welche man in England durch Trockenlegung von Sümpfen, Drainirung des Baubodens, Versorgung der Häuser mit reinem Wasser, baupolizeiliche Vorschriften über den Luftinhalt und die Ventilation der Wohnräume u. s. w. erzielt hat, müssen auch den Skeptischsten (Zweifelsüchtigsten) zu der Ueberzeugung Dr. Simon's, des Leiters des englischen „Gesundheitsamts" (Bourd of Health) bekehren, daß es in der Macht der Gesellschaft ist, den Tod, außer an Altersschwäche, zu verhüten. Mit anderen Worten die Krankheiten und den Tod durch Krankheiten abzuschaffen.

Die öffentliche Gesundheitspflege befindet sich aber selbst da, wo sie am meisten ausgebildet ist, noch in den Kinderschuhen. Sie streift selbst da eigentlich blos an ihre Aufgabe an. Am Traurigsten — sämmtliche „Kulturstaaten" neben einander gehalten — dürfte es wohl in unserem Vaterlande bestellt sein. Im „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte" scheint man von öffentlicher Gesundheitspflege kaum eine Ahnung zu haben, wenigstens ist bis jetzt auf diesem Gebiet so gut wie nichts geschehen. Wenn wir Vergleiche mit England anstellen, muß uns wahrhaftig die Schamröthe ins Gesicht steigen. Miserable Bauordnungen, schmutzige Straßen, in der Reichshauptstadt offene Rinnsteine — kurz skandalöse, theils aus Unwissenheit, theils aus stumpfsinniger Gleichgültigkeit zu erklärende Vernachlässigung der einfachsten hygienischen Regeln. Das „Reichsgesundheitsamt" — daß Gott sich erbarm! — ist bis Dato blos ein Titel ohne Buch — es hat vielleicht gute Absichten, aber gewiß kein Geld. Die Kasernen verschlingen zu viel und das Militär. Und durch die Kasernen und das Militär sind wir ja die „große Nation!" Nun — die brave Engländerin Miß Nightingale, der Hospitalengel des Krimkriegs, sagte einmal: „Der Mann, welcher den Menschen begreiflich macht, daß man in den Wohn- und Schlafzimmern bei Tag und bei Nacht frische Luft haben muß, verdient eher ein Denkmal, als alle großen Helden und Staatsmänner der Welt zusammen genommen." Die Zeit wird kommen, wo alle Menschen so denken werden, wie Miß Nightingale.

So viel indeß in Bezug auf Gesundheitspflege durch Nachlässigkeit und grobe Unwissenheit gesündigt wird, das Haupthinderniß liegt in der heutigen Gesellschaftsordnung. Gleich den Verbrechen sind die Krankheiten in weitaus den meisten Fällen direkt oder indirekt auf gesellschaftliche Mißstände zurückzuführen. Unsere Statistik, so mangelhaft sie ist, spricht über diesen Punkt doch deutlich genug. Die Sterblichkeits-Tabellen der verschiedenen Berufsklassen zeigen uns die tödtlichen Einflüsse der kapitalistischen Industrie. Ohne eine Umgestaltung der herrschenden Produktionsweise kann von einer vollständigen Beseitigung dieser Einflüsse und ihrer Wirkungen: der Berufskrankheiten nicht die Rede sein.

Und die heutige Art der Werthvertheilung ist nicht minder gemeinschädlich und gesundheitsschädlich als die heutige Art der Wertherzeugung. Die gerade in jüngster Zeit sich massenhaft häufenden Beschwerden über Lebensmittelverfälschung legen Zeugniß hierfür ab.

Es bedarf einer Umgestaltung des ganzen Handels, Groß- wie Kleinhandels, um der Lebensmittel-, überhaupt der Waaren-Verfälschung zu steuern. Gegenwärtig hat der Händler ein Interesse, zu verfälschen; außerdem treibt den Kleinkrämer die Concurrenz dazu: er kann die Waaren nicht so billig liefern, wie der mit größerem Kapital „arbeitende" Kaufmann — mengt wohlfeilere Bestandtheile bei, er verfälscht. Und in Millionen von Fällen ist die Verfälschung Vergiftung, treibt der Lebensmittelverfälscher Giftmischerei. Gesetze, und seien es die strengsten, können unter den herrschenden Gesellschaftsverhältnissen das Uebel nur mildern — es ausrotten nimmermehr.

Erst nachdem die gesellschaftlichen Funktionen [illegible]-erzeugung und Waarenvertheilung vernünftig geregelt und die Privatinteressen mit dem Gemeininteresse in Harmonie gebracht sind, wird die Dezimirung der Menschheit durch Berufskrankheiten und Lebensmittelverfälschung aufhören.

Die Impffrage wirft augenblicklich viel Staub auf. „Impffreunde" und „Impfgegner" lassen kein gutes Haar aneinander; Jenen ist die Lymphe der segenspendendste Heilstoff, Diesen das ekelhafteste und gefährlichste Gift — in Einem Punkt stimmen aber die beiden kämpfenden Parteien überein: daß die Krankheit, der durch die Impfung vorgebeugt werden soll, nicht entstehen kann, wenn die Menschen in geräumigen, ordentlich gelüfteten Wohnungen leben, in sanitätlich gut eingerichteten Räumen arbeiten, sich körperlich rein halten, stets der Witterung gemäß gekleidet sind, bei Kälte nach Bedarf heizen können und regelmäßig gesunde Nahrung zu sich nehmen — Vermeidung von Exzessen als selbstverständlich vorausgesetzt.

Und nicht blos die Pocken, auch andere Krankheiten wären dann unmöglich.

Allein wie viele Menschen sind denn gegenwärtig im Stande, gut zu wohnen, sich gut zu nähren, zu kleiden u. s. w.? Wie viele? Eine winzige Minorität. Die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung ist durch ihre elende ökonomische Lage zur Krankheit, zu Siechthum und frühem Tod verurtheilt.

Kurz, die Frage der öffentlichen Gesundheitspflege ist im eminentesten Sinne ein Stück der großen sozialen Frage und kann durchgreifend nur mit dieser gelöst werden.

Eine Gesellschaftsordnung, innerhalb deren ein bekannter englischer Arzt neulich das Wort aussprechen konnte: „Es ist eine traurige Wahrheit, aber es ist eine Wahrheit, daß heutzutage das Zuchthaus die einzige, den dringendsten sanitätlichen Bedürfnissen entsprechende Wohnung des Volks ist," kann auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege blos Pfuscharbeit liefern.

Gründliche Arbeit wird und kann erst der Sozialismus liefern.

Der Sozialismus ist der beste, ist der einzige Arzt. Was kein anderer Arzt vermocht hat und je vermögen wird: der Sozialismus wird durch Abschaffung der Krankheitsursachen die Krankheiten abschaffen.

Und bis der sozialistische Staat kommt, sollen wir ruhig die Hände in den Schooß legen? Um die Frage der öffentlichen Gesundheitspflege uns nicht kümmern.

Mit Nichten.

In so weit wir — in der Presse und durch die Thätigkeit unserer Reichstagsabgeordneten — praktisch auf die Gesetzgebung einzuwirken vermögen, ist unsere Stellung in dieser Frage genau dieselbe wie in der Frage der Fabrikgesetzgebung.

Ohne unseren prinzipiellen Standpunkt aufzugeben, ohne die Unzulänglichkeit einseitiger und partieller, den Kern nicht erfassender Reformen uns zu verhehlen, werden wir dennoch Alles das durchzusetzen suchen, was sich unter den herrschenden Verhältnissen durchsetzen läßt. Und so ist denn auch von unseren Vertretern im Reichstag, zusammen mit Holthof, bereits die Einbringung eines Gesetzentwurfs gegen die Nahrungsmittelverfälschung ins Auge gefaßt, für den jetzt Material gesammelt wird*) und der anfangs der nächsten Session dem Reichstag vorgelegt werden soll.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ausländer, Russen und Polen, belehrt uns das Nürnberger Reptil (S. „Fränkischer Kurier" vom 18. Juli) — ob's originale Weisheit ist oder Waschzettel, das wissen wir nicht; ist auch gleichgültig — „Ausländer, Russen und Polen" sind diejenigen Studenten, welche in der Dühring-Affaire für die Freiheit der Wissenschaft eintraten, und „in Berlin und Leipzig ihre unklaren Bestrebungen und Gedanken vor einem geduldigen Zuhörerkreis auskramen." Die deutschen Studenten sind von der Bewegung vollständig unberührt geblieben, sie haben bloß — zugehört. Beiläufig ein hübsches Compliment für die deutschen Studenten. Doch das nur nebenbei. Wir citiren das klassische Wort nur, weil es einen klassischen Beleg für die wahrhaft staunenswerthe Geistesarmuth der reaktionären Preßhandlanger gibt, die in ihr trauriges Handwerk nicht einmal Abwechselung bringen, aus dem öden, tausendmal abgeweideten Kreis, in den ihre Beschränktheit und Unwissenheit sie eingebannt haben, nicht herauskommen können. Wer erinnert sich nicht der famosen Phrase aus der 48er Märzrevolution? Wo immer eine Volksbewegung ausbrach, da war es nicht das Volk, beileibe nicht! nein: „Ausländer, Juden und Polen" — in Wien, Berlin, am Rhein, überall „Ausländer, Juden und Polen". Jetzt ist der unvermeidliche Jude durch den Russen ersetzt, wozu die Polizei, die hinter der Reptilienpresse steht, ihre Gründe hat — aber gelegentlich wird er unfehlbar wieder herhalten müssen. Dafür birgt uns das geistige Kaliber dieser Gesellschaft, die nichts gelernt und nichts — wenigstens keine Dummheit vergessen hat, und ganz gewiß nie etwas lernen wird.

— In Sachen Dühring's. Ein eifriger Anhänger Dühring's und Comitémitglied für die zu bildende „Gesellschaftliche Vereinigung für die Freiheit der Wissenschaft", Cand. math. Hermann Döll zu Berlin erklärt in verschiedenen Blättern, daß die Berührung der opponirenden Studenten mit der Sozialdemokratie dazu benutzt würde, die Studirenden der Universität zu Berlin aufzustacheln, einen Protest zu unterzeichnen, der von thatsächlichen Unwahrheiten strotzt, und auf eine, wenn auch etwas versteckte und umhüllte Billigung der Beseitigung Dühring's hinausläuft. Dieses moralische Attentat auf den gesunden Sinn der Studentenschaft enthält namentlich die absichtliche Unwahrheit, daß die Unterzeichnung des für Dühring an die Studirenden Deutschlands erlassenen Aufrufs sich als Gesammtheit der Berliner Studirenden ausgegeben habe. Man hat für den jetzigen amtlich begünstigten Aufruf gegen Dühring alle Mittel, Anschlag am schwarzen Brett, Hilfsleistungen der Pedelle u. dgl. zur Verfügung gestellt, während man jeglichen Anschlag den Anhängern Dühring's versagte, ihre Aufrufe confiscirte, sie mit polizeilichen Haussuchungen heimsuchte und bei jeder weiteren Fortsetzung der Agitation mit Verhaftung bedrohte. Wenn nun nach solcher Lahmlegung die von der Universität begünstigten Manöver einen Erfolg haben sollten, so wird dies nur um so mehr deutlich machen, wie es auch nach dieser Seite hin mit der Hochschule und ihrer angeblichen Gerechtigkeit steht. — Wir können uns nur diesen Ausführungen und besonders dem Schlußsatze des Hrn. Döll voll und ganz anschließen, selbst auf die Gefahr hin, daß wieder und immer wieder die „Berührung der Oppositions-Studenten mit den Sozialdemokraten" betont wird — finden sich zwei anscheinend verschiedene Elemente der Bevölkerung in einer guten Sache zusammen, so ist das nur ein erfreuliches Zeichen für die tüchtige Gesinnung beider Elemente.

— Ein anerkennenswerthes Wort. In einem soeben veröffentlichten Brief des Grafen de Serre an Niebuhr aus dem Jahre 1824 schreibt dieser conservative französische Politiker (von dem Niebuhr sagte: „sein Leben ist die Geschichte Frankreichs seit 1814"): „Ach, mein theurer Freund, je mehr ich darüber nachdenke, desto mehr scheinen mir die Menschen blind, welche sagen: die Revolution ist todt. Verjagt von den Höhen der Macht, schreitet sie dennoch heimlich, aber schnell und in der Tiefe. Ihre Gegner selbst wissen in ihrem Siege nur ihrer materiellen Ergebnisse sich zu bemeistern, mit ihrem Dünger sich zu mästen: sie suchen nichts weiter als Ruhe, Unthätigkeit und Geld. Zu solchem Zwecke scheuen sie sich vor keinem Schritte der Revolution, der in ihren Bereich fällt, selbst nicht vor denen, welche sie zuvor am

*) Blos hat bekanntlich gebeten, einschlägiges Material 2c. an ihn zu schicken. R. d. V.

schärfsten verurtheilt haben. Sie sehen nicht mehr, daß sie nichts anderes ist, als Auflösung; sie gefallen sich darin und fürchten wie der Tod Alles was Organisation und Leben ist." Der conservative Staatsmann täuscht sich nur darin, daß er die Revolution bloß für Auflösung hält. Sie ist nicht allein Auflösung, sondern auch „Organisation und Leben", und die „Auflösungs"kraft der Revolution äußert sich gerade an jenen verwesenden Einrichtungen, in welchen de Serre, mit der bekannten Verwechselung von Leben und Tod, wie sie der religiös-mystischen Anschauung eigen ist, „Organisation und Leben" erblickt.

— **Es wird immer hübscher.** Unsere Leser erinnern sich, daß wir in Nr. 82 des „Vorwärts" unter der Rubrik: Beamtenwillkür über einen Ukas berichteten, den die Kircheninspektion in Auerbach an einen dortigen Webermeister erlassen hatte und in welchem derselbe aufgefordert wurde, vor der Kircheninspektion zu erscheinen und Auskunft zu geben darüber, warum er es seither unterlassen habe, seine Ehe kirchlich einsegnen und sein Kind taufen zu lassen. Der Webermeister, welcher wohl wußte, daß ihn auf dem Wege des gesetzlichen Zwanges Niemand anhalten könne, dem Gebote der Kircheninspektion Folge zu leisten, erschien an dem bestimmten Tag nicht, worauf ihm unterm 14. Juli eine abermalige Vorladung folgenden Inhalts zugestellt wurde:

„Da Sie der Ihnen unter dem 2. ds. Mts. zugegangenen Vorladung der unterzeichneten Königl. Kircheninspektion ungeachtet in dem auf den 12. ds. Mts., Vormittags 9 Uhr anberaumt gewesenen Verhandlungstermin nicht erschienen sind, so werden Sie nunmehr, und zwar unter Androhung einer Geldstrafe von 30 M. für den Fall des Außenbleibens, anderweit geladen

Dienstag, den 24. dieses Monats,
Vormittags 9 Uhr

an Inspektionsstelle (Königliche Amtshauptmannschaft) zu erscheinen und sich bezüglicher Verhandlung zu gewärtigen.

Auerbach, am 14. Juli 1877.

Königliche Kircheninspektion für Auerbach.
Meltzer, Superintendent. Polenz. Eule, Bürgermeister."

Wie uns mitgetheilt wird, gedenkt der also „Geladene" diesmal der Kircheninspektion den Gefallen zu thun und sich zu gestellen — einmal, um zu erfahren, was denn die Herren Kircheninspektoren zu thun gedenken, um ihn zur kirchlichen Trauung und zur Taufe seines Kindes zu zwingen, dann aber, um denselben mitzutheilen, daß er nunmehr aus der Landeskirche auszutreten gedenke. Diese Eröffnung wird den Herren Inspektoren freilich nicht sonderlich behagen, aber sie ist die beste Antwort auf deren durch keinen Gesetzesparagraphen gedecktes Vorgehen.

— **Moderne Sklaverei.** Nachstehende Annonce entnehmen wir der „D. Landw. Ztg.": „Ein Rittergut in der Provinz Posen, schönste Gegend, eine Meile von der Eisenbahn, eine Stunde von Breslau, drei Stunden von Posen, Nachbaren fast deutsch, Größe 1600 Magdeburger Morgen, zwei Drittel Waizenboden erster Klasse, sonst lauter schönster Zuckerrübenboden, Alles schön arrondirt, einem Polen gehörig, Arbeitslohn eine Mark für die Sense in der Ernte, Arbeiter sehr willig und unterthan, ist sofort oder später pro Morgen 80 Thlr., mit 25—35,000 Thaler Anzahlung Familien-Auseinandersetzungs halber zu verkaufen u. s. w." — Kann wohl die moderne Sklaverei drastischer gekennzeichnet werden? so fragt die „Berliner Freie Presse". Wie das andere lebende und todte „Inventar" figuriren in der Annonce auch die Arbeiter; es fehlte nur noch, daß unmittelbar daneben die Zahl der Ochsen und Pferde stünde, dann wäre das Bild ganz ausgemalt.

— **Zum Nationalbank.** Am 4. Juli, Nachmittags 5 Uhr, fand im Hotel Kley zu Bonn a. Rh. die diesjährige Generalversammlung des „Zweigvereins der Kaiser-Wilhelm-Stiftung für deutsche Invaliden des Kreises Bonn" statt. Dem Jahresberichte des Vorsitzenden entnehmen wir folgenden Passus, der für uns ein werthvolles Eingeständniß aus dem Munde eines hochpatriotischen „Culturkämpfers" ist:

„Fortwährend, heißt es in diesem Jahresberichte, mehrt sich die Zahl Derer, bei welchen, ohne daß sie vom Staate als Invaliden anerkannt sind, der allmähliche Rückgang ihrer Arbeitskraft, der spätere Eintritt von Krankheit und Elend, ja des Todes, mit großer Wahrscheinlichkeit auf die Strapazen zurückzuführen ist."

Wo bleibt da das „dankbare Vaterland", welches ja reichlich für „seine Söhne" sorgen soll? Aber ist es denn nicht schon des Glückes übergenug, im „freien" Deutschland (wenn auch darbend und hungernd) leben zu dürfen? Freilich, wir Sozialdemokraten haben andere Ansichten; aber Sozialdemokraten sind ja auch keine Menschen und vor allen Dingen keine „Patrioten". Sch.

— **Oesterreichisches.** Der „Berliner Freien Presse" wird geschrieben:

„In Wien ist dieser Tage unter dem Titel „Paradoxa" eine Broschüre erschienen, welche das österreichische Kaiserhaus auffordert, das staatssozialistische Banner zu entfalten, um der Monarchie eine neue Existenz zu verleihen. Die Broschüre erregt in Oesterreich große Sensation. Sie reproduzirt denselben sozialpolitischen Reorganisationsplan, den Exminister Schäffle in seinem Werke: „Kapitalismus und Sozialismus" entwarf, und welchen er s. Z. auch dem Kaiser in mündlichem Vertrage unterbreitete. Die leitende Idee dieses Planes besteht in Hervorhebung der Thatsache, daß die Nationalitäts-Idee keine österreichische Staats-Idee sein kann und jener Ersteren deshalb die soziale Reform-Idee zu substituiren sei. „Eine über die Klassen-Interessen sich erhebende Monarchie, welche die Fahne wahrer sozialer Reform ergreift, hat einen großen Werth für große Staaten-Gemeinschaften und kann durch dieses Verdienst ein viel höheres Alter erreichen, als durch die Bajonette." (Schäffle's „Kapitalismus und Sozialismus".) — Die „Deutsche Volkswirthschaftliche Correspondenz" findet den Plan ganz vortrefflich und sucht der Welt einzureden, daß die conservative Partei dafür in die Schranken treten werde. Schon als die Feudal-Klerikalen vor nicht allzu langer Zeit einen „Sozialistischen Congreß" veranstaltet hatten, sprach obgedachtes Organ mit großer Begeisterung von den 150 Fürsten, Grafen, Baronen und Repräsentanten der Edelgeschlechter, welche anwesend waren und von dem Prinzen, der eine große Rede über Sozialpolitik hielt. Und als wir die „Bedeutsamkeit" der ganzen Congreßcomödie bezweifelten, verübelte uns dies die Correspondenzdame gar sehr, jetzt aber nimmt sie neuerdings Bezug darauf und sagt: „Bekanntlich stand das Ministerium Hohenwart-Schäffle mit denjenigen Kreisen, worin die „150 Fürsten, Grafen, Barone des österreichischen Katholikentages resp. Sozialcongresses" heimisch sind, in naher Fühlung. Tritt der Schäffle'sche Plan wie es scheint wieder in den Vordergrund, so dürfte die Hülfsgenossenschaft des österreichischen Adels dafür doch wohl einige „Bedeutsamkeit" besitzen." Nun ist ja nicht zu leugnen, daß auch in Oesterreich ein wenig Regierungs-Sozial-Demagogie getrieben werden könnte, allein die habsburgische Regierung dürfte gleichwohl die letzte sein, die sich auf dieses Feld begiebt, da sie zur Zeit mehr denn je im Fahrwasser des reinen Polizeistaates schwimmt."

Letzteres wäre nun freilich kein Hinderniß. Der „Staatssozialismus" verträgt sich ja ganz gut mit dem „reinen Polizeistaat" — wie Herr Wagener sehr wohl weiß. Aber der österreichische Polizeistaat ist zu dumm für solche Experimente. Oder — wäre er zu gescheidt?

— **In den Nordamerikanischen Freistaaten** ist auf der Baltimore-Ohio-Eisenbahn ein großartiger Strike unter den Beamten und Maschinisten ausgebrochen. Der Verkehr ist seit dem 18. Juli völlig eingestellt. Truppen trafen in Baltimore ein, welche die „Führer" des Strikes verhafteten. Ungeheure Aufregung bemächtigte sich in Folge dessen der Gemüther; die Eisenbahnbeamten der ganzen Union, die schon lange eine Verbindung unter sich haben, wurden empört über solchen Eingriff in ihre Rechte und der Aufruhr loderte hell auf — der Aufruhr, den nur das Einschreiten der Soldaten hervorgerufen hat. Bei dem Kampfe in Baltimore wurden verschiedene Soldaten getödtet, aber auch 10 Eisenbahnbeamte, 30 wurden verwundet. Die Soldaten zogen sich nach ihrer Heldenthat zurück — darauf wurde der Bahnhof und das Telegraphenbureau, aus welchem das Militär gefeuert hatte, von den Aufständischen zerstört. — In Pittsburg eroberten die Aufständischen die Kanonen und richteten sie gegen das Maschinenhaus, wo das Militär verschanzt war — im Sturmschritt wurde das Militär vertrieben, auf das andere Ufer des Alleghany geworfen, auch dorthin verfolgt und zerstreut. Der Sherif von Pittsburg, der bei den Truppen kämpfte, wurde getödtet, der General der Truppen, Pearson, verwundet. Pittsburg selbst befindet sich in den Händen der Strikenden. — Der ganze Strike wäre friedlich abgelaufen, wenn sich nicht Polizei und Militär mit ihren flegelhaften Händen hineingemischt hätten.

— **Die „wirklich gutmüthigen Kosaken"** treten in der Bulgarei ganz harmlos auf, das ist der Grundgedanke einer längeren Petersburger Correspondenz der „Leipziger Zeitung". — Dem entgegen wird neuerdings wieder mitgetheilt, daß die Russen — die Kosaken natürlich voran — über 150 Dörfer in Bulgarien niedergebrannt hätten. Uebrigens haben, um den Lügen der Russen ein Ende zu machen, zwanzig Vertreter von deutschen (darunter die „Kölnische" und die „Frankfurter Zeitung"), englischen und französischen Zeitungen ein Protokoll unterzeichnet, welches die haarsträubendsten russischen Grausamkeiten bestätigt. — Nun mögen die Russen von ihrer „Humanität" weiter lügen, die offiziösen Zeitungen in Deutschland mögen solche Lügen bestätigen, ein anständiger Mensch aber kann dieselben nicht niederschreiben, und ein halbwegs vernünftiger Mensch wird sie nicht glauben.

— **Der Balkanpaß bei Schipka** ist nunmehr von den Russen mit mehreren Bataillonen besetzt und dann armirt worden; somit ist der Weg nach Adrianopel und Constantinopel für die russische Armee offen — nur entscheidende Schlachten im offenen Felde können die Türkei retten. Daß man hierzu übergehen will, steht zu erwarten. Das „alte Weib" Abdul Kerim Pascha und der Kriegsminister Redif Pascha sind abgesetzt worden. Die beiden Besieger von Serbien und Montenegro, Mehemed Ali Pascha (ein Deutscher) und Suleiman Pascha haben den Oberbefehl über die beiden Hauptarmeen erhalten, Mehemed Ali steht bei Schumla und wird bald einen Vorstoß gegen den linken Flügel und gegen die linke Flanke der russischen weitgestreckten Hauptarmee unternehmen; Suleiman sammelt zwischen Adrianopel und dem Balkan eine Armee, um die Russen, welche den Balkan überstiegen haben, anzugreifen. Osman Pascha ist mit 30,000 Mann von Widdin nach Sofia aufgebrochen, um die rechte Flanke der russischen Armee zu beunruhigen. — In Constantinopel geht das Gerücht, daß der Dampfer zur Rückberufung Midhat Pascha's von Constantinopel abgegangen sei; gleich nach der Wiederkehr Midhat's soll auch die Fahne des Propheten entfaltet werden — das würde einen Kampf auf Leben und Tod bedeuten. Die Friedensgerüchte, welche die Luft durchschwirren, sind müßige Erfindungen. Die nächsten Tage werden Entscheidungsschlachten bringen. In Asien steht die Sache der Türken fortwährend gut.

— **Sonntag den 22. Juli** sollte in **Berlin** ein Congreß der Sozialisten der Provinz Brandenburg stattfinden. Der Congreß ist aber noch in letzter Stunde polizeilich verboten worden, weil das Polizeipräsidium in Gemeinschaft mit Herrn Tessendorff es als erwiesen erachtete, daß der Congreß eine Fortsetzung der Organisation der geschlossenen sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands sei. Worin diese Fortsetzung der verbotenen Organisation besteht, ist natürlich Geheimniß des Herrn Tessendorff geblieben. Anzuerkennen ist übrigens, daß die „Vossische Zeitung" der Polizei das Recht abspricht, auf eine bloße „Annahme" hin den Congreß zu verbieten. — Eine weitere Liebenswürdigkeit verübte die Polizei dadurch, daß sie einem Wahlsiegesfest, welches die Berliner Arbeiter Tags zuvor, also Sonnabend den 21. Juli, begingen, allerlei Hindernisse in den Weg legte. So durfte z. B. eine Festrede, die Würze aller Arbeiterfeste, nicht gehalten werden; auch war verfügt worden, daß das Fest um 12 Uhr sein Ende erreicht haben müsse, denn „ich" — also ukaste der stellvertretende Polizeipräsident Herr v. Herzberg — „wünsche nicht, daß die Berliner Arbeiter auch nach 12 Uhr Geld ausgeben." Ist das nicht köstlich? Uebrigens verlief das Fest ganz nach Wunsch und lieferte den Beweis, daß die Polizei wieder einmal recht brav für die Sozialdemokratie gewirkt hatte.

— **Die Wiener „Gleichheit"** giebt uns vollständig recht in unserer Stellung zur französischen Bourgeoisrepublik und betont besonders unseren Satz, daß die Scheinfreiheit in einer besseren Staatsform viel demoralisirender auf das Volk wirkt, als di geringere Freiheit in einer starreren Staatsform. — Dasselbe Blatt hebt die praktische Agitation Lassalle's, und überhaupt die jetzige sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands rühmend hervor, indem es in seiner „Wochenschau" folgendes sagt: „Ferdinand Lassalle, der Mann, welcher die arbeitende Bevölkerung zu einer Einigkeit gebracht, die heute Erfolg auf Erfolg häuft." — Wir freuen uns sehr über solche Sympathien, die uns unsere deutschen Brüder von der Donau entgegentragen.

— **Berichtigung.** In der Notiz, betreffend die Erschießung Chaubey's in vorletzter Nummer, muß es statt: für die „Reinen", an Louis Blanc" u. s. w. heißen: „für die „Reinen", den Louis Blanc und den Madier de Monjau, den Gambetta und die ganze Compagnie" das Schlimmste in Petto u. s. w. Und ferner muß es am Schluß heißen: Les plus forts statt Le plus forts..

Christliche Freiheit.

Bebel's „Deutscher Bauernkrieg" brachte uns eine alte Urkunde in Erinnerung, die uns vor längerer Zeit zu Gesicht gekommen und die es wohl verdient, dem Staube der Vergessenheit entrissen zu werden.

Im Jahre 1525 erließen die Markgrafen Casimir und Georg von Brandenburg einen Ukas an ihre Behörden und Unterthanen, worin sie ihnen anzeigen, daß der Bauernaufstand „nit wenig aus vngeschickten gottlosen predigen entstanden synd", bez. „durch vngelert vnd vngeschickt prediger vnd predig", und daß sie sich deshalb „mit etlichen Churfürsten vnnd Fürsten, vnnsern lieben Oheymen, Schwägern und Brüdern verabredet vnd entschlossen, allen vnnseren vnderthanen am kürtze vnterricht zu thun, wie es nun vnd hinfüro allenthalben in vnnseren lande mit dem predigen deß heiligen Evangelii vnnd Göttlichen worts gehalten werden soll". Dieser „vnterricht" setzt nun dem Volke auseinander, was eigentlich unter christlicher Freiheit zu verstehen sei.

Wir lassen die Urkunde in ihrer alten Schreibart folgen und bitten die Leser, sich die Mühe des Entzifferns nicht verdrießen zu lassen. Das Resultat wird überraschen:

Casimir und Georg, von Gottes gnaden gebrüdere, Marggraven zu Brandenburg u. s. w.

Unsern gruß zuvor lieben getrewen. Nachdem die gewesen auffrure nit wenig aus vngeschickten gottlosen predigen entstanden synd, vnd widerumb wol durch geschickte Christenliche prediger des heylige Evangelii vnd raynen lautere wort Gottes verhutet werden mögen, haben wir vnns deshalb mit etlichen Churfürsten vnnd Fürsten, vnnsern lieben Oheymen, Schwägern vnd Brüdern vnderredet vnd entschlossen, allen vnnsern vnderthanen vnd verwandten am kürtze vnterricht zu thun, wie es nun vnd hinfüro allenthalben in vnnserm lande mit dem predigen deß heiligen Evangelii vnd Göttlichen worts gehalten werden soll vnd das selbig in truck bringen lassen. Wie wir euch deß selben seyn mit ettlich abtrück zu schicken. Und ist vnnser ernstlicher beuelh, das ir bey den pflichten, damit vns ain yeglicher verwandt, allen pfarrherrn vnnd Predigern in vnnserm gebüete ewres Ampts weyter Ernstlich beuelhet, das sich ain yeglicher vnnser zu geschickten vnderricht gemäß vnnd nicht anders halt. Darauff ir auch ewer (immer) fleissigs auffmercken vnnd, verkündigung bestellen vnnd auch für euch selbst auch angezaigtem vnnserm ernstlichen beuelh mit straff der übertretter vnnd in alle ander wege gehorsamlich halten, auch nach Innhalt deß selbe ob den raynen Predigern deß Göttlichen worts von vnnsernwegen getrewlich halten, dieselben handthaben vnd weiter nichts sein noch handeln wöle, das das hailig vnüberwindtlich wort Gottes nach rechtem lautern verstandte mit sich bringt, oder zuletst als lieb euch allen vnnd ainem yeglichen in sonderhait sei vnser schwäre vngnad vn straff leibs vnd guts zu vermeyden, verlassen wirt, vns zu geschehen ernstlich gentzlich zu euch.

Onelzbach am Mittwoch nach Bartholomei Apostoli Anno 1525.

Pro Erasmo Fabricio
1525.

Nachdem die vergangne empörung und auffrure den merere tail durch vngelert vnd vngeschickt prediger vnd predig entstanden synd, ist vor allen dingen der Durchlauchtigen, Hochgebornen Fürsten vnd Herren Casimirn vnd Herren Georgen, als der eltesten Regierenden gebrüdere Marggrauen zu Brandenburg u. s. w. meiner gnadigen Herren beuelh und maynung, das in irer Fürstlichen gnaden Fürstenthumben, Landen vnd gebieten alle solliche vngelerte vngeschickte auffrürische Prediger von stund an abgeschafft vnnd keinswegs geduldet. Sondern wo man der ainen oder mer die offentlich oder beweislich für das heylig Euangelion vnd lauter klar wort Gottes auffrürisch predigten, betretten möge, das die selben von stund an an einem yeden ort gefencklich angenommen vnd nach irem verschulden an leib, leben vnd gutt oder mit verweysung deß lands nach erkanntnuß irer Fürstlichen gnaden oder der selben Hofmeister, Statthalter vnd Räte ernstlich vnd vnnachlaßlich gestrafft werden.

Darwiderumb dieweil auch die auffrure vnd empörungen der vnderthanen nit wenig durch frumm Erbar gelerte Christlich Prediger und predigt abgestellt und fürkommen werden mag, so ist auch irer Fürstlichen Gnad ernstlicher beuelh, das das heilig Euangelion vnd wort Gottes alts vnd neus Testaments allenthalben in irer Fürstlichen gnaden Fürstenthumben, Landen vnd Gebieten lauter vnnd reyn gepredigt werden soll vnnd nichts, das darwider ist, wie denn ir Fürstlich gnaden daruor auch ernstlich beuelhen haben vnd füran mit ernst darob seyn vnnd halten, auch kein anders gestatten.

Ir Fürstlichen Gnaden wöllen auch ob den selbigen rainen Predigern deß Göttlichen worts gnädiglich vnnd getreulich halten vnnd weiter nichts seyn noch handeln, das das heylig unüberwindtlich wort Gottes nach rechtem vnnd lauterm verstand mit sich bringt oder zuläßt.

Vnnd aber als vil mißuerstands auß dem geuolgt, das man ain zeytlang bisher gepredigt hat, das der glaub allein an Gott vnd Jesum Christum seynen ainigen sunn vnnsern herren erlöser vnd säligmacher zu erlangung der ewigen säligkeit genug sey als auch dye warhait, wo der selbig glaub vnnn grundt des hertzen recht vnnd lebendig ist.

Dann vil grober vnd ainfältiger Menschen gemaynt vnnd gesagt haben, wann es denn allein genug an dem glauben, so sey on not, gute werck zu thun, gleich als ob auch ein rechter warer liebreicher glaub in got vnnsern Herren on gute werck sein könnt oder möchte, so doch ein guter bawm (dabey ein rechter warer gelaub nach innhalt der Göttliche geschrifft bedeut würdet) nit on frücht seyn kann.

Soll allen Predigern in obgenanter meyner gnadigen Herren Landen ernstlich beuolhen werden vnd hyemit beuolhen seyn, wann sie predigen, das der glaub allein zur säligkeit genug sey, das sy allwegen erklären, das es nit ein solcher schlechter erdichter todter (wie d' arm grob oder ainfaltig mensch vermaynt), sond' ain warer lebentiger liebreicher woltätiger glaub seyn, darauß allzeit rechte (von Gott gebotne) gute werck gegen Gott vnd den nächsten von not wegen folgen müssen, dann er dieselben gutten werck nit volgen, da sey auch kain warer, rechter, liebreicher, säligmachender glaub. Also das die rechten (von Gott gebotten) gutten Werck allzeit frücht vnd gezeugen eins rechten waren, lebendigen, vngefelschten, liebreichen, wolthätigen glaubens synd vnd kains on das ander seyn kön.

(Schluß folgt.)

Da ist er wieder!

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Neuer Schmutz, alter Richter. Mit der sprüchwörtlichen Zähigkeit jenes bekannten Thierchens, welchem Homer bei Schilderung der Kämpfe um den Leichnam des Patroklus den hundertmal weggetriebenen, aber hartnäckig stets wieder zum Angriff zurückkehrenden Griechenhelden vergleicht, kehrt unser Fortschrittsheld Eugen, hundertmal weggescheucht, stets auf denselben Fleck zurück — freilich nicht um zu kämpfen, sondern — und da trifft bei ihm der homerische Vergleich weit besser, naturgeschichtlich richtiger zu, als bei Menelaos — sondern um einigen Schmutz hinzutragen und seine Eier zu legen, was beiläufig ein ganz gutes Geschäft ist, sintemalen er die unglücklichen Opfer zwingt, ihm Stück für Stück 1—5 Thaler zu bezahlen, denn als guter Geschäftsmann läßt „er mit sich handeln". Das letzte Ei, das er (für Geld) an den Mann gebracht, präsentiren wir hier unseren Lesern. Man betrachte es sich — wie das Ei, so das Huhn und der Richter. Also:

„[„Die Rothen wider die Blauen".] Wir haben bereits wiederholt der Stellung gedacht, welche der größte Theil der deutschen sozialistischen Presse, voran das „Centralorgan", der Leipziger „Vorwärts", gegenüber den neuesten politischen Ereignissen in Frankreich einnimmt. Wir haben bei dieser Gelegenheit auch auf die literarische Fehde hingewiesen, die aus diesem Anlaß zwischen dem „Vorwärts" und der republikanisch-demokratischen „Frankfurter Zeitung" ausgebrochen. Wir würden auf die Affaire nicht mehr zurückkommen, wenn nicht die „Frankfurter Zeitung" Dinge in die Debatte gezogen hätte, die in der That eine kurze Beleuchtung verdienen. Das Frankfurter Blatt schreibt nämlich u. A.: „Natürlich haben wir gar nichts dagegen, wenn einige Herren Führer der Sozialdemokratie uns als Reaktionäre in den Bann thun. Orthodox sind wir nun einmal nicht, das sacrificio dell' intelletto bringen wir nicht, und was liegt am Ende daran, wenn wir Reaktionäre heißen und es doch nicht sind! Wem die Freiheit lieb ist, muß auch Farceure ertragen können. Das Eine aber wäre in solchem Falle Pflicht der Gegner: daß sie uns auch wirklich als zur „einen reaktionären Masse" gehörig betrachteten und weniger ausbeuteten, daß sie die Spalten dieses Blattes weniger plünderten, überhaupt weniger mit Hülfe der „eigennützigen Bourgeois" weiter zu kommen suchten." So die „Frankfurter Zeitung". Daß die sozialistische Lokalpresse die Spalten der „Frankfurter Zeitung" hartnäckig plündert, ist eine unbestreitbare Thatsache, und es geschieht dies namentlich von jenen kleineren sozialistischen Blättern, die in dem jetzigen Kampfe gegen das Frankfurter Blatt dem „Vorwärts" tapfer Heeresfolge leisten. Was aber das „Weiterkommen mit Hülfe der Bourgeois" betrifft, so hat das eine ganz eigenthümliche Bewandtniß. Auf einem der letzten Gothaer Sozialistencongresse wurde von einem sozialistischen Journalisten, Herrn Frohme aus Frankfurt a. M., darauf hingewiesen, daß sozialistische Blätter und sozialistische Führer, u. A. der Reichstagsabgeordnete Bebel, von Sonnemann, dem Besitzer der „Frankfurter Zeitung", Geld geliehen hätten, und daß dieser Umstand leicht zu Ungunsten der Partei ausgebeutet werden könne. Herr Frohme wurde damals von der Congreßmajorität unter Liebknecht's Führung ob seiner „Stänkereien" gehörig abgekanzelt, heute aber, wo das Freundschaftsverhältniß zwischen der „Frankfurter Zeitung" und Herrn Liebknecht in die Brüche zu drohen geht, giebt die „Frankfurter Zeitung" „einigen Herren Führern" der Sozialdemokratie den Rath, sie möchten „weniger mit Hilfe der „eigennützigen Bourgeois" weiter zu kommen suchen." Dieser Wink mit dem Zaunpfahl ist nach dem oben Mitgetheilten deutlich genug! Uebrigens liefert die ganze Affaire abermals einen neuen Beleg für das innerhalb der sozialistischen Partei grassirende Klikenwesen. Die „Berliner Freie Presse", die in der Frage warm für die republikanische Staatsform eintrat, mußte sich deshalb vom „Vorwärts" allerlei Liebenswürdigkeiten sagen lassen, u. A. auch die, daß nicht sie (gelogen!), sondern das „Hamburg-Alton. Volksblatt" das „bedeutendste Lokalblatt der Partei" sei. Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" hat allerdings mit dem „Vorwärts" brav gegen die französische Republik gefochten und somit ein Belobigungsattest verdient. Uns läßt der ganze Krakehl sehr kalt. Aber wir möchten Herrn Hasenclever, den Mitredakteur des „Vorwärts" fragen, ob er auch noch heute den von ihm im Jahre 1871 in Wort und Schrift ausgesprochenen Satz vertheidigt: „Das Schwergewicht der sozialistischen Agitation muß nach Berlin verlegt werden." Es gewinnt mehr und mehr den Anschein, als ob die Leipziger „Führer" befürchten, die Berliner „Bewegung" werde ihnen über den Kopf wachsen."

Dies das Richter'sche Ei.

Was zunächst die Anfrage an Hasenclever betrifft, so glauben wir, daß Herr Hasenclever dem Herrn Richter gar nichts zu sagen hat. Als Herr Hasenclever in Berlin vor der letzten Wahl dem Herrn Richter etwas zu sagen hatte, und zwar Auge in Auge, da war der Herr Richter nirgendwo zu finden. Wenn der Herr Richter einmal die Courage hat, dem Herrn Hasenclever Rede zu stehen, dann wird ihm auch auf diese seine Richter'sche Anfrage die passende Hasenclever'sche Antwort werden. Daß Herr Richter sich erdreistet, der sozialdemokratischen Partei „Cliquenwesen" vorzuwerfen, daß er überhaupt wagt, von „Cliquenwesen" zu reden, er der Fortschrittler, dessen ganze „Partei" eine Clique ist, ein widerlicher Cliquenmorast, aus welchem nebst anderen duftenden, dunckernden Zierblumen auch die famose „Sumpfpflanze" Richter hervorgegangen ist, das liefert einen neuen Beweis für die alte Wahrheit, daß bei Herrn Richter das Bedürfniß zu lügen und zu verleumden im umgekehrten Verhältniß zu seiner Klugheit steht Im Haus des Gehenkten soll man nicht vom Strick reden. Ein Fortschrittler sollte sich lieber die Zunge abbeißen, als das Wort „Cliquenwesen" über den Mund zu bringen.

Doch das nur nebenbei. Jetzt zur Hauptsache. Wie kommt dieser Richter dazu, Bebel in die Sache hineinzuziehen? Daß die citirte Bemerkung der „Frankfurter Zeitung", so souverän ungeschickt sie in ihrer Zweideutigkeit ist, sich nicht auf Bebel beziehen konnte, das mußte Herr Richter einsehen, und das hat er auch eingesehen. Er mußte sich sagen und hat sich gesagt, daß der Passus vom „Weiterkommen mit Hülfe der „eigennützigen Bourgeois"" nur die Ergänzung*) des (wir gestehen es offen: wohlverdienten) Hiebs wegen „Plünderung" der „Frankfurter Zeitung" durch sozialdemokratische Blätter ist und sein kann, aber — der Richter mußte richtern, er mußte etwas Schmutz ablagern und ein Ei legen. Und so wurde denn Bebel, der an dem Streit zwischen „Vorwärts" und „Frankfurter Zeitung" absolut nicht betheiligt ist, wie Herr Richter sehr wohl weiß, mit Gewalt in die Sache hereingezerrt und die Frohme'sche Affaire wieder aufgewärmt, obgleich, wie Herr Richter sehr wohl weiß, diese Affaire die Ehre Bebel's völlig unberührt gelassen hat und obendrein ihrer ganzen Natur nach die Möglichkeit einer solchen Insinuation im Blatte des Herrn Sonnemann ausschloß. Das Alles wußte und weiß Richter, indeß er denkt: calumniari audacter: man muß nur frech richtern, etwas bleibt doch hängen.

Wir wären nun mit Richter fertig.

Ob die „Frankfurter Zeitung" es für nöthig hält, sich gegen die Richter'sche Interpretationskunst zu verwahren, welche ihr eine lâcheté — wir finden keinen passenden deutschen Ausdruck — unterschiebt, das wollen wir abwarten.

*) Wir wünschen sehr, daß unser Correspondent in diesem Falle recht hat. Daß Herr Eugen Richter unsern Genossen Bebel bei der Sache erwähnt hat, ist frech, ebenso, daß er sich auf Frohme bezieht; daß man aber den beregten Absatz nur für die Ergänzung des Hiebs des „Plünderns" halten soll, das verstehen wir nicht weshalb denn das Uebergangswort: „überhaupt?". Hat die „Frankfurter Zeitung" mit ihrer „souverän-ungeschickten" Phrase aber mit dem „überhaupt" nichts andeuten wollen, wie unser Mitarbeiter meint, desto besser, so mag sie es offen und ehrlich sagen. D. R. d. V.

Correspondenzen.

Aus Schleswig-Holstein, 18. Juli. Die Stimmung im gegnerischen Lager ist immer für uns von Bedeutung; deshalb wollen wir hier eine bezeichnende Correspondenz der „National-Zeitung" zum Abdruck bringen. Der Correspondent, wahrscheinlich ein Schullehrer, die in Schleswig-Holstein sich fast sämmtlich mit Zeitungsberichterstattung beschäftigen, schreibt:

„Wir haben schon früher berichtet, daß vom 1. Oktober ab in Kiel ein sozialdemokratisches Organ für die Provinz Schleswig-Holstein („Schleswig-Holsteinische Volkszeitung") erscheinen wird. Man will es hierbei jedoch nicht bewenden lassen. Außer dem schleswig-holsteinischen Provinzialblatt soll speziell auch die in Hamburg erscheinende sozialistische „Rundschau" als Organ für die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie dienen. Es wird gegenwärtig in der Provinz auf's eifrigste dafür agitirt, daß die Parteigenossen auf die beiden genannten Organe abonniren und gleichzeitig werden Antheilscheine für das neue in Kiel erscheinende Organ ausgegeben, und zwar beides mit gutem Erfolge. Die Parteiführer wollen überhaupt, wie aus einem Artikel des „Vorwärts" hervorgeht, mehr wie bisher durch die Presse auf die schleswig-holsteinische Bevölkerung einwirken. Dem Umstand, daß bisher in Schleswig-Holstein die sozialistische Agitation fast ausschließlich durch Wanderredner (Volksversammlungen) betrieben worden ist, während weniger Gewicht auf die Mitwirkung der Presse gelegt wurde, schreibt man im sozialistischen Lager hauptsächlich die Schuld der bei den letzten Reichstagswahlen erlittenen Niederlage zu. Mit welchem Rechte dieses geschieht, wollen wir nicht untersuchen, sondern nur die Thatsache constatiren, daß die Sozialdemokratie alles aufbietet, das in unserer Provinz verlorene Terrain wiederzugewinnen, und daß die Parteigenossen zu diesem Zwecke vor keinem pekuniären Opfer zurückschrecken. Der Erfolg kann unter solchen Umständen um so weniger ausbleiben, als sich leider auf antisozialistischer Seite eine gleiche Opferwilligkeit nicht zeigt. Ist es doch nicht einmal der größten Partei in der Provinz, der nationalliberalen, möglich gewesen, ein Parteiorgan für Schleswig-Holstein begründen zu können, obgleich ein solches allseitig schon seit Jahren als ein dringendes Bedürfniß, ganz besonders in Holstein, empfunden wird, das seit dem Eingange des „Altonaer Merkur" kein einziges größeres nationalliberales Organ besitzt. Man sollte wirklich glauben, daß das, was die meistens aus Gesellen und Tagelöhnern bestehenden Sozialdemokraten fertig bringen können, auch von der zahlreicheren, begüterteren und intelligenteren nationalliberalen Partei fertig gebracht werden kann. Oder irren wir uns?"

Ja, Herr Correspondent, Sie irren sich! Und zwar weil der Geldsack egoistisch ist, weil er kurzsichtig macht und weil er deshalb für politische Zwecke keine Opfer bringt. Und es ist gut, daß Sie sich irren, weil der Kampf gegen die Vernunft doch nur Wirrwar anrichtet, und Wirrwar giebt's genug schon auf der Welt. Deshalb möge man der Entwicklung des Volksthums freien Lauf lassen.

Hamburg, 22. Juli. (Etwas von der Gräfin Hatzfeldt.) Oft schon hat man sich hier gefragt, von wem die hiesige sogenannte Bräuer'sche Partei das Geld habe zur Fortsetzung ihres Blattes, welches kaum 300 Abonnenten hat. Die wenigen Arbeiter können die fortlaufenden Opfer nicht tragen. Ich dachte früher schon einmal an die Gräfin Hatzfeldt, doch warf ich den Gedanken wieder gleich fort, da ich glaubte, die Gräfin würde klüger sein, als daß sie ihr Geld so erfolglos verpuffte. Und doch bringt mich das gedachte Blatt jetzt selbst wieder auf den Gedanken. In der letzten Nummer desselben steht nämlich folgende Notiz:

„Protest.

Bremen, den 17. Juli 1877.

In Nr. 28 unseres Organs befindet sich ein „Eingesandt" mit einer „Anmerkung der Redaktion" über Herrn J. B. Schweitzer, welcher in demselben als wirklicher Vertreter Lassalle's gepriesen wird. Da die Generalversammlung von 1876 über dieses Thema heftige Debatten führte und dieselbe sich dahin einigte, man solle Herrn v. Schweitzer gänzlich ruhen lassen, da nun aber dies von unserm Redakteur nicht beachtet ist und dasselbe Thema in diesem „Eingesandt" wieder enthalten ist, so erachten wir dies für eine direkte Schädigung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins und sehen uns genöthigt, hiermit öffentlich zu protestiren. Zugleich erwarten wir, daß das Präsidium Schritte thut, damit solche Sachen ferner unterbleiben.

G. Gewecke, H. Dohrmann, Vorstandsmitglieder.
Im Auftrage der hiesigen Mitglieder:
F. Döring, Bevollmächtigter.

Anmerkung der Redaktion. Die Aufnahme des betreffenden „Eingesandt" von J. B. Schweitzer ist nicht unsere Sache, sondern lediglich Sache der Preßcommission, welche die volle Verantwortung dafür hat und trägt. Im Uebrigen meinen wir, ist das „Eingesandt" kein Aufrühren von Streitfragen, welche über Herrn v. Schweitzer zwischen uns und dem früher von Herrn F. Mende geleiteten Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein stattgefunden haben. Wenn wir auch früher anderer Meinung über die Frau Gräfin v. Hatzfeldt und Herrn Mende waren, so haben wir eingesehen, daß die Streitfragen damals auf Irrthümer beiderseits beruhten. Wir zollen der Frau Gräfin v. Hatzfeldt und Herrn Mende unsere vollständigste Achtung und würden ein „Eingesandt" in objektiver Form über dieselben ebensowenig zurückweisen, wie das „Eingesandt" über Herrn v. Schweitzer."

Bis jetzt war der verstorbene Herr v. Schweitzer der Heiland der Hamburger Bräuerschen — Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein darf man nicht sagen, man würde dadurch das Andenken an den früheren Verein dieses Namens schänden —, sie schworen auf Schweitzer, den sie, wenigstens oft schien es so, weit über Lassalle setzten. — Schweitzer ist todt; jetzt hat sich das Ding gewendet — die Todtfeindin Schweitzers, die Gräfin Hatzfeldt lebt noch, sie besitzt auch Geld, das weiß ja auch ein Mitglied der Bräuer'schen Partei sehr gut, der Herr E. B. Richter aus Wandsbeck,*) und so wird jetzt wohl die alte Gräfin an der Spitze dieser Partei marschirrn. Ob der Unterrockspräsident, Herr Mende, sich von seinem „Schwermuth" erholt hat, wissen wir nicht — ein passender Präsident wäre er mindestens für diese Gesellschaft.

Lehe, 10. Juli. Wie ich seinerzeit im „Vorwärts" berichtete, wollten die Parteigenossen am hiesigen Orte einen Ball abhalten, welcher jedoch von der Behörde verboten wurde, weil, wie ich ebenfalls schon im „Vorwärts" berichtete, ein politischer Verein keinen Ball abhalten dürfe. Da ich mich jedoch mit diesem Bescheide nicht zufrieden geben konnte, wendete ich mich an die königliche Landdrostei in Stade, welche jedoch das Vorgehen des Herrn Kreishauptmanns für gesetzmäßig hielt. Auf diesen Bescheid hin wendete ich mich an das königliche Ministerium des Innern in der Ueberzeugung, daß höhern Orts eine andere Entscheidung getroffen werden würde. Aber die Täuschung blieb nicht aus, denn auch der Minister Eulenburg ist der Ansicht, daß ein politischer Verein sich nicht harmlos vergnügen darf, wie nachstehende Antwort auf meine Beschwerde, welche ich am 21. März abgeschickt habe, zeigt: „Auf die Vorstellung vom 21. März dieses Jahres eröffne ich Ihnen hierdurch, daß ich es bei der Lage der Sache nicht für ungerechtfertigt erachten kann, wenn die zur Abhaltung eines Balles seitens des dortigen sozialdemokratischen Wahlvereins nachgesuchte Erlaubniß von dem königlichen Kreishauptmann in Lehe versagt und die Entscheidung seitens der königlichen Landdrostei in Stade aufrecht erhalten worden ist. Ich sehe mich daher außer Stande, Ihrer vorliegenden Beschwerde eine weitere Folge zu geben. Der Minister des Innern Graf Eulenburg." — So sieht es um die Gleichheit vor dem Gesetz aus! Ph. Krebs.

Mannheim. Mit Genugthuung können wir berichten, daß die Bewegung in Mannheim und Umgebung immer mehr an Ausdehnung gewinnt, wozu allerdings Versammlungen wie die am 2. Juli in den Sälen des „Badner Hofes" hierselbst abgehaltene ihr möglichstes beitragen. Es referirte über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die heutige Reaktion und der vierte Stand" unser Genosse Hackenberger, der in Trier bekanntlich 14 Monate Gefängniß abgesessen hat. Hackenberger wurde, als er die Tribüne bestieg, mit rauschendem Beifall empfangen, auch sein Vortrag wurde sehr günstig aufgenommen. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die orientalische Frage" referirte Genosse Weidemann aus Hamburg. Auch Weide-

*) Gleichfalls der „Präsident", Herr Röthing! D. R. d. „V."

— Akademische Freiheit. Die beiden urdeutschen Burschenschaften „Germania" und „Arminia" zu Berlin haben Protest erhoben gegen das Vorgehen der Anhänger Dühring's und Herrn Falk eine Vertrauensadresse überreicht. Die „Braunschweiger Leuchtkugeln" veröffentlichen in Bezug darauf folgende niedliche Verse:

Zwei Burschenschaften in Berlin,
Germania, Arminia,
J—a, J—a!
Die sagen, wir sind auch noch da,
J—a, J—a!
Was kümmert uns die Lehrfreiheit?
Lehrfreiheit haben wir genug,
Wir dünken uns schon viel zu klug,
Wir haben Freiheit so viel zu trinken,
Bis wir trunken unter den Tisch hinsinken,
Wir haben Freiheit uns zu schlagen,
Und Schmarren am Kopfe davon zu tragen,
Und haben einen Katzer für uns allein,
Wo ein eig'ner Pedell uns sperret ein.
Was die Professoren lehren und sagen,
Damit wir uns niemals weiter plagen,
Bis die Zeit zum Examen kommt,
Dann ochsen wir, was dazu frommt.
Minister Falk, du sollst nicht denken,
Daß wir dich mit Protesten kränken;
Man möge immer den Dühring verjagen,
Wir werden es ruhig und fromm ertragen,
Nur schütz' uns in unsren Kneiperei'n,
Dann wollen wir gern zufrieden sein.
Wir sind keine Sozialisten-Sünder,
Wir sind deine ganz gehorsamen Kinder,
Germania, Arminia,
J—a, J—a, J—a, J—a.

— Eine geistreiche Retourkutsche. Das „Leipziger Tageblatt" — das es übrigens vermuthlich aus irgend einem Waschzettel abgedruckt hat — fühlt sich durch unsere Notiz über die schamlose Kriegshetzerei unserer Säbel- und Reptilpresse getroffen, und macht in seiner Verlegenheit uns den Vorwurf, zum Krieg mit Frankreich zu hetzen. Es schreibt: „Im Munde der Sozialdemokraten klingt jene Beschuldigung einfach lächerlich. Das Centralorgan derselben, der „Vorwärts", bringt einen Artikel, an dessen Schluß es kurzweg lautet: Wenn ich Pariser Arbeiter wäre und es käme zum „Klappen" wie würde ich mich verhalten? So weit ich die Lage übersehen kann, wäre meine Argumentation: Mac Mahon und Mitstrolche — nieder mit ihnen! Thiers und Mitstrolche — nieder mit ihnen! Probiren wir einmal, ob wir beide zugleich los werden können. Nieder mit dieser Republik! Es lebe die Republik! Drauf! vielleicht gelingt's. Was würde wohl die Folge sein, wenn diese unumwundene Aufforderung der französischen Arbeiter zur Revolution und zur Errichtung der Commune der Mehrheit des deutschen Volkes entspräche? Der Krieg würde in kürzester Frist unvermeidlich sein." Liebe Gosen-Redaktion, beruhige dich. Wenn „die Mehrheit des deutschen Volks" mit dem von dir citirten Artikel übereinstimmte, dann gäb's ganz gewiß keinen Krieg mit Frankreich, ganz gewiß wären aber auch die Mac Mahon und die Thiers sammt französischen und sonstigen „Mitstrolchen" nicht da, wo sie jetzt sind. Denk' nur ein klein Bischen nach, und du wirst sogar selbst zu begreifen im Stande sein, welche — Geistreichigkeit du verübt hast. Und die „unumwundene Aufforderung der französischen Arbeiter zur Revolution"! Drehen wir die Sache einmal um. Ein französischer Arbeiter sagte: Wenn es in Berlin „zum Klappen" käme, und hier stünde der Bismarck mit seinem Anhang von Junkern und Pfaffen auf, die er sich ja gelegentlich zurückconcentriren muß, und dort die ganze liberale Reichstagsmajorität von den Blech-, Oel- und Syruprednern Richter, Löwe, Hänel bis herunter zu den Wasser- und Ellenrednern Wehrenpfennig und Lasker (das wäre so die Sorte Thiers u. Comp., in's Deutsche übersetzt), so würde ich als deutscher Arbeiter mich für keine von beiden Parteien schlagen, sondern wenn ich mich denn einmal schlagen will, für mich und meine Klasse! Das wäre wohl eine „unumwundene Aufforderung der deutschen Arbeiter zur Revolution?" He? Frage doch Tessendorff, liebe Gosenredaktion, und trotz seiner düsteren Schwermuth und seiner weltmännischen Sitten wird unser hochverehrter Agitator sich nicht enthalten können, dir in's Gesicht zu lachen.

— Aus Frankenhausen schreibt man uns: Es ist doch herrlich im deutschen Vaterlande! Bei dem Handarbeiter Th. Reinike kamen vor einigen Tagen zwei Polizeidiener und vier Stadtarbeiter und pfändeten demselben für rückständiges Schulgeld im Betrage von 32 M. 4000 Stück Luftbackſteine ab. Reinike besitzt nichts als seine Arbeitskraft und nährte sich letzter Zeit vom Anfertigen sogenannter Luftbackſteine; er sagte, als die Steine verladen wurden, zu seinen 5 Kindern: „seht Kinder, da wird euer Brod aufgeladen!"

mann's Ausführungen wurden beiläufig aufgenommen und knüpfte sich an dieselben eine lebhafte Debatte, an der sich Hackenberger und Dreesbach betheiligten. Wird in der Agitation so fortgefahren, so werden die nächsten Reichstagswahlen einen bedeutenden Fortschritt für unsere Partei constatiren. — Sonntag, den 10. Juni, hatten wir zu unserer größten Freude die Fortschritte unserer Partei in der Pfalz und speziell in Mundenheim zu beobachten Gelegenheit bei der Abhaltung des Stiftungsfestes des Bundes der Tischler und verwandten Berufsgenossen. Es fanden sich zur würdigen Begehung der Feier mehrere Hundert Genossen der Umgebung ein. Genosse Dreesbach hielt die Festrede, welche auf die Zuhörer und namentlich die Frauen den sichtlichsten Eindruck machte. Das Fest verlief in der schönsten und würdigsten Weise. Ehrhart.

Leipzig, den 20. Juli. (Hundefuhrwerk und Equipage.) Unser Leipziger Lokalorgan, „Fackel" schreibt: Seit dem 1. Januar d. J. muß in Sachsen infolge Ministerial-Verordnung jedes nicht ausschließlich zur Personenbeförderung bestimmte Fuhrwerk, einschließlich der Hundefuhrwerke, mit dem Namen und Wohnort des Eigenthümers auf der linken Seite an dem Fuhrwerke „in deutlicher unverwischbarer Schrift von mindestens 5 Centimeter Höhe" sichtbar bezeichnet sein. Wir würden gegen diese Verordnung nicht das geringste einzuwenden haben, wenn nicht dadurch wieder einmal recht deutlich der Beweis geliefert würde, daß die vielgerühmte „Gleichheit vor dem Gesetz" nichts weiter als leere Phrase ist. Der Zweck der Verordnung ist ohne Zweifel bei Uebertretungen der straßenpolizeilichen Vorschriften, bei zu schnellem Fahren, Thierquälerei 2c. den Namen des betreffenden Uebelthäters sofort feststellen und ihn in Strafe nehmen zu können. — Nun ist aber bekannt, daß durch die „zur Personenbeförderung bestimmten Fuhrwerke", die ausdrücklich von der Verpflichtung, den Namen des Besitzers zu tragen, befreit sind, verhältnißmäßig mindestens doppelt so viel Unglücksfälle hervorgerufen werden, als durch die meist nur im Schritt fahrenden Lastwagen oder gar Handwagen und Hundefuhrwerke. Droschken sowohl als Pferdebahnwagen — also auch zur Personenbeförderung bestimmte Fuhrwerke — müssen aber nach Verordnung des Stadtraths eine Nummer tragen; die betreffenden Geschirrführer, welche sich irgend einen Verstoß gegen die straßenpolizeilichen Vorschriften zu Schulden kommen lassen, können also sehr leicht zur Anzeige und Bestrafung gebracht werden. Es sind demnach in der That nur die herrschaftlichen Equipagen, welche in ganz ungerechtfertigter Weise bevorzugt werden. Kommt irgend so eine flotte Herrschaftskutsche in schärfstem Trabe angefahren, ein hilfloses Kind kann nicht schnell genug ausweichen und wird überfahren — was geschieht? Das Publikum, das wohl in allen solchen Fällen gegen den Kutscher Partei ergreifen wird, wird von diesem vielleicht noch verhöhnt und ausgelacht, er versetzt wohl gar einem der lautesten Schreier einen wohlgezielten Peitschenhieb und — fort geht die tolle Fahrt weiter, das Publikum hat das Nachsehen. — Man sieht also überall auch in den Gesetzen — Vorrechte und immer wieder Vorrechte!

Leipzig, 20. Juli. Der Verein der hiesigen Fortschrittspartei hat gestern Abend in einer nichtöffentlichen Versammlung (anwesend 12—15 Fortschrittslichter) in Sachen Dühring's den welterschütternden Beschluß gefaßt, die Sache zu vertagen, bis man sich klarer über dieselbe geworden sei. — Das nennt man wirklichen, echten, bedächtigen Fortschritt, der in diesem Falle unfehlbar zu Falk, im Allgemeinen zur Reaktion führt.

Chemnitz, 17. Juli. Sonntag den 15. Juli Vormittags fand hier im Saale der „Linde" eine von den hiesigen Gewerkschaften einberufene Volksversammlung statt, in welcher Most referirte. Als Tagesordnung war aufgestellt: 1) Kapital und Arbeit, 2) Die industrielle Zuchthausarbeit. Der äußerst lehrreiche Vortrag Most's wurde von den zahlreich erschienenen Arbeitern, unter die sich auch einige Bourgeois gemischt hatten, mit großem Beifall aufgenommen. Sofort nach beendeter Versammlung reiste Most ab, um am Nachmittag eine zweite Versammlung in Frankenberg abzuhalten. Andern Tags (Montag) hat Most in Mittweida gesprochen. — Ueberhaupt mögen sich unsere Gegner gesagt sein lassen, daß ihre Freude über die bevorstehende (1. August) Entfernung Bahlteich's eine verfrühte ist — denn um Bahlteich's Kraft zu ersetzen, sind zehn Andere bereit, in seine Fußstapfen zu treten.

Hainichen. Am 30. Juni erstattete hierorts Herr Akademiedirektor O. Klemich aus Dresden in einer öffentlichen Volksversammlung Bericht über den Gothaer Sozialisten-Congreß, welchem Herr Klemich als Delegirter für den 9. sächsischen Wahlkreis beiwohnte. Diese Gelegenheit benutzend hatten wir noch einen zweiten Gegenstand auf die Tagesordnung für obengenannte Versammlung gesetzt und zwar „Die alte und neue Weltanschauung". Leider war diese Versammlung nicht so stark besucht als wir gehofft hatten. Herr Klemich erledigte sich seiner Aufgabe in einem ca. 2½stündigen Vortrage aufs beste. Nach Beendigung des Referates wurde zur Entgegnung aufgefordert, aber Niemand meldete sich zum Wort. Ueber den Vortrag zum zweiten Punkt der Tagesordnung sei nur soviel erwähnt, daß der Redner ein hier noch nie dagewesenes Thema behandelte, was auch zur Folge hatte, daß die Anwesenden demselben die größte Aufmerksamkeit schenkten. Herr Klemich versteht es vortrefflich, die alte sowie die neue Weltanschauung in sittlich-moralischer sowie in religiöser Beziehung zu behandeln. Allgemeiner Beifall lohnte den Redner am Schlusse seines Vortrags. Hierbei können wir nicht unterlassen, auch einiges über unsere Thätigkeit in agitatorischer Beziehung zu berichten. Zunächst sei bemerkt, daß wir unsere Thätigkeit nur insoweit entfalten konnten, als es die Verbreitung der Parteipresse galt. Seit 13. Mai sind wir unausgesetzt Sonntags auf den umliegenden Ortschaften in dieser Beziehung thätig gewesen und nicht ohne Erfolg. Auf einigen Ortschaften fanden wir bereits den „Vorwärts" vor, was uns um so mehr Freude machte. Wir werden, so lange es die Witterung gestattet, unabläßig bemüht sein, unsrer Parteipresse auf dem Lande Eingang zu verschaffen. Mittlerweile werden wir auch nicht vergessen, in der Stadt thätig zu sein. So ist es durch die Bemühungen unseres Genossen A. Auerbach gelungen, am 1. Juli 5 neue Abonnements auf den „Vorwärts" hier unterzubringen, möchten alle Parteigenossen in dieser Weise thätig sein. Das Agitations-Comité für Hainichen.

NB. Allen Parteigenossen, welche durch Hainichen reisen empfehlen wir unser Vereinslokal: „Weberinnungshaus" zur geneigten Berücksichtigung, daselbst liegen die Parteiblätter aus.
Das Obige.

Hof, 8. Juli. Hier steht es mit unserer Partei noch immer sehr traurig; kaum sind es 12 Mann, die geneigt sind, regelmäßige Beiträge zu entrichten. Bedenkt man, daß vor einigen Jahren eine Gewerkschaft, eine Mitgliedschaft und eine Buchdruckerei bestanden haben, so muß es eigenthümlich hergegangen sein, wenn wir Obiges zu sagen gezwungen sind. Wir wollen, um den Raum dieses Blattes nicht unnöthigerweise zu beanspruchen, uns kurz fassen. Alle an dieser Bewegung betheiligt gewesenen Personen folgten nur dem ungestümen Rühren der Werbetrommel. Sie liefen blind und unbedacht hinterher, und der Tambour vermochte nicht durch bessere Klänge zu ermuntern und dieser Truppe beizubringen, um was es sich eigentlich handelte. Nur daraus ist es, abgesehen von anderen Ungeschicklichkeiten, erklärbar, daß einige bureaukratische Gewaltstreiche dieser zwar sehr mangelhaften, den Gegnern aber doch unangenehmen Bewegung den vollständigen Garaus bereiten konnten. Dies über die Vergangenheit, und nun zu der Gegenwart. Die gegenwärtige Krisis macht sich auch bei uns geltend. In der großen Baumwollspinnerei wird die Woche über nur vier Tage gearbeitet. Dieselbe hat sich in jüngster Zeit massenhaft mit billigem Rohmaterial versehen, aber wegen Absatzlosigkeit ein ungeheures Garnlager erhalten. Wie man sagt, könnte die Fabrik wohl verkaufen, aber sie will nicht. Die Löhne in dieser Fabrik sind sehr gering. Kurz vor Eintritt der flauen Geschäftszeit wurde in dieser Fabrik bis Abends 10 Uhr gearbeitet. Eine Mahnung also für alle Arbeiter, darnach zu trachten, daß die Arbeitszeit eine geringere werde. Die übrigen Fabriken arbeiten volle Zeit, aber die „Herrn" lassen's die Arbeiter gehörig verspüren.

Die Maurer, Zimmerer und Erdarbeiter sind am Schlechtesten gestellt. Der neue Bahnhofsbau und die Anlegung eines mächtigen Hüttenwerks zog viele Arbeiter vom Ausland heran, wodurch die Löhne herabgedrückt und die Arbeitslosigkeit gesteigert wurde. Ein Witzkopf machte sich nun vor einigen Wochen den Spaß, denn etwas anderes ist es doch wahrlich nicht, zwei Drohbriefe an den Magistrat zu schreiben, in denen er verlangt haben soll, daß die ausländischen Arbeiter ausgewiesen werden sollen, widrigenfalls Brand und Aufstand entstehen würde. Unser „Hofer Anzeiger" hatte gleich heraus gefunden, daß der Briefschreiber zu den Subjekten gehöre, die wenig arbeiten, aber viel verdienen wollen. Aber lieber „Anzeiger", kann sich den Spaß nicht auch ein Solcher erlaubt haben, der gar nichts thut und doch reich wird? Das Geldsackthum faßte die Sache keineswegs so leicht auf; Militär, Veteranen, Feuerwehr, alles war aufgeboten, um eventuell zu Felde zu ziehen. Man sieht daraus, wie sich die Arbeiterbewegung in solchen Strohschädeln abspiegelt. Ja die Furcht macht verrückt.

Und nun noch ein Wort an die Genossen. Wir müssen uns unbedingt fest unter einander organisiren und unseren Pflichten der Partei gegenüber nachkommen, dann kann die Partei auch uns gerecht werden. Vor Allem ist ein bestimmtes Wirthslokal zu beschaffen und der Wirth zu veranlassen, den „Vorwärts" zu halten, dann wird die Zeit kommen, daß auch wir den übrigen Arbeitern Deutschlands nicht nachstehen.

Schmölln b. Altenburg. Montag den 9. d. M. beriefen wir eine Volksversammlung ein mit der Tagesordnung: „Unsere Schulen und die wahre Volksbildung", über welches Thema Klute aus Erfurt sprach. Die Versammlung war recht zahlreich besucht und spendete dem anderthalbstündigen Vortrage Klute's den ungetheiltesten Beifall, ohne daß sich ein Gegner zu mucksen gewagt hätte. — Nach Klute erhob sich der Landtagsabgeordnete Schellenberg und kritisirte das Verhalten des Städtischen Vereins hinsichtlich der Errichtung des Fröbel'schen Kindergartens, welcher nur für die Kinder der Wohlhabenden errichtet sei. Auch Herr Schellenberg erfreute sich der Zustimmung der Versammlung, in deren Namen ich hier noch den Wunsch aussprechen will, daß uns Herr Klute bald wieder besuchen möge. L. L.

Zeitz, 16. Juli. Mittwoch den 11. d. M. hatten wir im Bach'schen Gasthof „Zur Au" eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Kapital und Arbeit" berufen. Als Referent war Herr Klute aus Erfurt anwesend. Der Redner verstand es, in zweistündiger sachlich gehaltener Rede die Begriffe Kapital und Arbeit klarzulegen und die von der liberalen Partei gegen die Sozialdemokratie geschleuderten verlogenen und widersinnigen Phrasen gänzlich zu widerlegen. Gegner waren erschienen, aber keiner wagte ein Wort gegen den Vortrag zu verlieren. Am Schluß der Rede wurde Herrn Klute reichlicher Beifall zu Theil. — Die gut besuchte Versammlung wurde vom Vorsitzenden geschlossen mit der Aufforderung, für die Verbreitung unserer Prinzipien einzutreten. Burgau.

Kiel, 18. Juli. Es wird von unseren Gegnern in die Welt hinausposaunt, daß der Sozialismus in Schleswig-Holstein einen Rückschritt gemacht hat, und als Beweis wird die letzte Reichstagswahl angeführt, wo die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein sowohl an Stimmenzahl wie auch an Reichstagsabgeordneten verloren habe. Wir gönnen den Gegnern diesen Trost, aber die Sachlage wird wieder anders werden. Die am 13. Juli in Gaarden und am 14. in Kiel abgehaltenen Volksversammlungen haben gezeigt, daß der Sozialismus an Kraft und Stärke wieder gewonnen hat. In beiden Versammlungen referirte Walther aus Altona über die hier in Kiel am 1. Oktober neu erscheinende „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung". Redner äußerte sich ungefähr folgendermaßen: Seit und während der Wahl ward der Wunsch laut, hauptsächlich im 7. und 5. Wahlkreis, eine Zeitung für Schleswig-Holstein zu gründen, um den Gegnern durch die Presse entgegenzutreten und die Verleumdungen und Entstellungen zurückzuweisen. Wir haben 1877 bei der Wahl eine Schlappe hier im Norden erlitten, darum ist es nothwendig, daß wir eine Zeitung für die ganze Provinz gründen, die unsere Tendenzen vertritt, was auch am 24. Juni in der Conferenz zu Neumünster beschlossen wurde. Wir haben es eingesehen, daß wir nur durch die Presse, weil unsere früheren Vereine und Organisationen durch Anklagen der Staatsanwaltschaft und richterliche Erkenntnisse aufgehoben sind, die Idee des Sozialismus verbreiten können. Der „Vorwärts", das Centralorgan der Partei, hat eine andere, größere Bedeutung, wie eine Lokalzeitung, die den Kampf gegen die Gegner auch im Kleinen zu führen hat. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" wird ihre Aufgabe, die sie sich gestellt hat, gewiß in vollem Maße erfüllen. Was Zeitungen bedeuten, sehen wir z. B. am „Hamburg-Altonaer Volksblatt" mit 15,000 Abonnenten; die „Wahrheit" in Breslau hat 9000, die „Berliner Freie Presse" über 9000 Abonnenten. Die Siege bei der letzten Reichstagswahl in Berlin sind großentheils der „Freien Presse" zuzuschreiben. Das sind schlagende Beweise, was eine Zeitung zu bedeuten hat. — Zur Gründung der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" sind in Itzehoe, Heide und Umgegend bereits über 6000 Reichsmark gezeichnet. Für Kiel und Umgegend wird es eine Ehrenpflicht sein, ein noch besseres Resultat aufzuweisen. Wir sind wieder die Ersten von allen Parteien, die frei auf dem Kampfplatz erscheinen; wir werden das Verlorene wieder zu erkämpfen wissen und später größere Siege und Resultate verzeichnen können, weil die Wahrheit und das Recht unsere Bundesgenossen sind. Ein Expeditionslokal und eine Druckerei sind schon für die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" zum 1. Oktober beschafft und contraktlich abgeschlossen. — Alle diese Mittheilungen Walther's wurden seitens der Versammlten mit Freude aufgenommen, und es ist das Unternehmen nunmehr so gut wie gesichert.
A. B.

Hamburg. (Allgemeiner deutscher Töpferverein.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Generalversammlung für dieses Jahr ausfällt, da keine besonderen Anträge zur Verbesserung der Organisation vorliegen; ferner ist die Beitragserhöhung von 5 Pfennig vom 1. Juli ab nicht mehr zu bezahlen. Der Beitrag beträgt vom 1. Juli ab also nur 20 Pfennig monatlich. Aus allen Städten Deutschlands kommen Klagen, daß der Lohn, respektive die Accordpreise reducirt werden, dem gegenüber giebt es kein Mittel, als sich zu vereinigen, um gemeinsam die Mittel und Wege zu berathen, wie unsere Lage am besten zu verbessern sei, schließt Euch also dem Verein an, der bereits 5 Jahre besteht — es ist zu Eurem Besten. Leider wird durch die Reduktion der Löhne, resp. der Accordpreise der Geselle gezwungen, die Arbeit billig und schlecht zu machen, demnach muß unser Geschäft in Verfall kommen, wenn wir uns nicht bei Zeiten vereinigen, um die Arbeitspreise hoch zu halten. Merkwürdiger Weise gefällt den Meistern die Organisation des Allgemeinen deutschen Töpfervereins nicht, und haben dieselben eine sogenannte Innung der Töpfer gegründet, in der Meister und Gesellen gemeinsam berathen sollen, wie den Meistern und Gesellen am Besten geholfen werden kann. Die Meister hoffen, sich durch die Innung fügsamere Gesellen zu erziehen, aber sie dürften mit diesem Vorhaben sehr wenig Glück haben, denn die Mehrzahl der Gesellen hat schon begriffen, daß sie auch Ansprüche auf ein menschenwürdiges Dasein haben. Wir wären vielleicht schon etwas von den sogenannten Verbesserungen seitens der Innung gewahr geworden, wenn nicht die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Töpfervereins so fest zusammenhielten, und diejenigen Collegen, welche sich einmal in die Innung verirrt, von der Zwecklosigkeit derselben überzeugt, wieder zu uns zurückkehrten — jetzt überzeugt, daß nur durch unsere Organisation etwas für uns zu erreichen sei —. Deshalb Collegen aller Orten, schließt Euch unserm Verein an, der sich die Aufgabe gestellt hat, die Ehre und die materiellen Interessen der Töpfer zu wahren.

Mit collegialischem Gruß

Der Vorstand.

Nähere Auskunft in Vereinsangelegenheiten ertheilt A. Barbi, Hamburg, St. Pauli, Marktstraße 5, Haus 2, Parterre links.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, obigen Aufruf verbreiten.

Berichtigung.

In Nr. 82 des „Vorwärts" befindet sich eine Correspondenz aus Naumburg über die Gerichtsverhandlung vom 16. Juni d. J., worin zwar die Anklage richtig reproducirt, aber gar nichts erwähnt wurde, daß ich ausdrücklich erklärt habe, daß es mir der gesunde Menschenverstand verboten hätte, das mir zur Last gelegte zu sagen; indirekt hat der erste und zweite Richter meiner Aussage Glaubwürdigkeit beigemessen. Ich berichtige ferner, daß Herr Rechtsanwalt Werner ausdrücklich erklärt, mich nicht mit Wärme vertheidigen zu können, indem er ein absoluter Gegner der Sozialdemokratie sei; letzteres erklärte derselbe auch im Termin. Daher kann von einem „großen Aufwand" advokatorischer Beredsamkeit keine Rede sein. Gesinnungsgenossen, welche in die Lage kommen, in Naumburg advokatorischen Beistand zu nehmen, kann ich den Herrn Rechtsanwalt Werner nicht empfehlen.
Klute.

Briefkasten

der Redaktion. R. F. in L.: Die „Leipziger Volkszeitung" bestreitet, wie Sie bemerken, daß die in unserem Artikel: Eugen, der unedle Ritter erwähnte Correspondenz von Eugen Richter herrühre. Wir haben in die „Leipziger Volkszeitung" geblickt und gefunden, daß das merkwürdige Blatt sagt: „Die betr. Correspondenz ist zufällig gar nicht von Herrn Eugen Richter geschrieben." Das „zufällig" ist so bedeutungsvoll, daß die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" uns erlauben möge, an der Richtigkeit ihrer Angabe zu zweifeln — nach obigem Satze nämlich werden von ihr sämmtliche Artikel und Correspondenzen der Richter'schen Fortschrittscorrespondenz entnommen, diese Betreffende war nur „zufällig" aus einem anderen Blatte abgedruckt — wahrscheinlich hat sie dies andere Blatt der Richter'schen Correspondenz entnommen und die „Leipziger Volkszeitung" dem anderen Blatte — und so hat sie „zufällig" Richter doch geschrieben — A. B. in Kiel: Den Bericht über das Fest der Metallarbeitergenossenschaft haben wir an die Redaktion des „Banier" gesandt. — E. Petersen in Hamburg: Wir wissen nicht, wo sich die Gräfin H. aufhält. Auskunft wird gewiß die Bräuer'sche Partei geben können.

Quittung. Von Metallarbeitergewerkschaft hier Ann. 1,70. M. hier Schr. 0,50. Rdgr Halle Ab. 2,40. Mrschl Gotha Ab. 10,00. Thrstn St. Imier Ab. 4,88. C. Brtl M. Schönberg Ab. 19,74. Hrbg Würzburg Ab. 20,00. Schlz Neuschönefeld Schr. 2,00. Stblr Oberstaufen Ab. 4,15. Engl Reudnitz Ab. 70,00. Will hier Ab. 2,45. Lgs Hannover Ab. 0,60. Kls Magdeburg Schr. 12,00. Strk Kiel Ab. 4,10.

Fonds für Gemaßregelte.

Vom Arb.-Bild.-Ver. d. Witt hier 27,50. Stblr Oberstaufen 0,85.

Anzeigen 2c.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 28. Juli, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale Mittelstr. 11:
Oeffentliche Versammlung.
Tagesordnung: Fortsetzung der Vorträge über die zehn Gebote von H. Meister. (F. 163) Der Vorstand. [60

Harburg. Sonntag, den 29. Juli, in Dittmer's „Tivoli":
Großes Volksfest.
Sämmtliche Gewerkschaften sowie die Arbeiter Harburgs und der Umgegend werden hierzu eingeladen. [2,40
Nachmittags 3 Uhr von Geisler ab Festzug durch die Stadt.

Achtung! Achtung!
Kiel. Altona.
Lusttour der Kieler Gesinnungsgenossen nach Altona
am Sonntag, den 29. Juli. Concert und Ball auf dem Schützenhofe Altonas. Entrée für Herren 40 Pfg. wofür freies Concert und Ball. Damen frei.
Der Reinertrag ist für die Altonaer Wahlschulden bestimmt und werden deshalb alle Freunde Altonas und Umgegend ersucht, zahlreich zu erscheinen. [4,30
Anfang Nachmittags 4 Uhr.
Das Kieler Fest-Comité.

Vom Protokoll
des zu Gotha stattgehabten
Sozialisten-Congresses
ist noch eine kleine Partie vorräthig. Preis 25 Pfg., bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren 20 Pfg. Versendung nur gegen baar oder Nachnahme unter Beifügung von 10 Pf. Porto für je 5 Exemplare.
Bestellungen sind zu machen bei C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Hierzu die „Wissenschaftliche Beilage" Nr. 1 u. 2.

Wissenschaftliche Beilage des „Vorwärts“.

Nr. 1 u. 2. Freitag, 27. Juli. 1877.

Das Unbegreifliche.

Ein Hauptstück aus der sozialdemokratischen Philosophie

von J. Dietzgen.

Die Pastoren und Professoren stimmen überein, dem menschlichen Intellekt die absolute Erkenntnißfähigkeit, die Möglichkeit einer unbedingten Klarheit abzusprechen und ihm den Charakter des beschränkten Unterthanen-Verstandes durchaus erhalten zu wollen. Die Seelsorger tragen dem Bedürfniß nach vollkommenem Licht noch insofern Rechnung, als sie dem kleinen menschlichen Geiste hier, einen großen Geist dort oben zur Stütze beigeben, der durch seine Offenbarungen erleuchtet und alles wissen läßt, was zu wissen gut thut. Den Katheder-philosophen genügt diese Leuchte nicht; sie sind fortgeschritten und vertauschten die himmlische mit der irdischen Wissenschaft, nehmen aber hier schließlich dieselbe zwitterhafte Stellung ein, wie die „Fortschrittsmänner“ in der Politik. Dasselbe Gemisch von Unfähigkeit und bösem Willen, was letztere von der Freiheit, hält die Professoren von der Weisheit ab. Sie wollen von der Geheimnißkrämerei nicht ablassen; und wenn nicht im Himmel und in den heiligen Sakramenten, dann muß doch in der Natur ein Mysterium, ein Unbegreifliches vorhanden, müssen im „Wesen der Dinge“ und in den „letzten Gründen“ absolute Schranken oder „Grenzen unseres Naturerkennens“ gesetzt sein. Gegenüber solchen unverbesserlichen Mystikern liegt es der Sozialdemokratie ob, für die radikale Unbeschränktheit der menschlichen Intelligenz einzutreten.

Es ist viel Unbegriffenes vorhanden — wer will es bestreiten? Und vorkommenden Falles ruft man im Erstaunen aus: wunderbar! unerklärlich! unbegreiflich! — wer will das unnatürlich finden? Daß aber in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts die Gelehrten noch allen Ernstes von den Grenzen des menschlichen Erkenntnißvermögens sprechen, und an das effektive Dasein von wunderbaren Dingen oder Wunder glauben, die nicht mir oder dir, sondern dem Menschengeschlechte über den Horizont gehen, das darf ein Ungläubiger wunderbar unbegreiflich und unerklärlich finden.

Jedoch wollen wir gleich von unserem Erstaunen uns wieder erholen und das Unbegreifliche begreiflich machen. Dazu ist erforderlich, die Kategorie nachzuweisen, der es angehört. Das Unbegreifliche ist erklärt, sobald wir erkennen, daß es seiner Natur nach in die Klasse der Gedankenlosigkeiten einzureihen ist.

Nun mag es anmaßlich scheinen, wenn ich so unehrerbietig von einer Sache spreche, die von hohen Autoritäten mit dem heiligsten Ernste abgehandelt wird. Indessen soll in der Wissenschaft alle Autorität aufhören. Die Fähigkeit des menschlichen Intellekts ist so unbegrenzt, daß sie im Fortschritt der Zeit stets neue Ermittelungen macht, welche regelmäßig alle vergangene Gelehrsamkeit im Lichte der Stümperei erscheinen lassen. Obgleich ich also für die absolute Fähigkeit unseres Erkenntnißvermögens streite, bin ich doch durchdrungen von der Beschränktheit aller Personen und Zeiten, und also auch trotz meines übermüthigen Tones im Grunde ein ganz bescheidener Mensch.

Bekanntlich ist der Intellekt ein Organ, mit dem wir wahrnehmen. Von den andern Wahrnehmungsorganen, von Augen, Ohren u. s. w. unterscheidet er sich als der wesentlichste Faktor. Ohne Augen läßt sich noch hören, schmecken und riechen, aber ohne Bewußtsein, ohne Spiritus im Kopf ist die Welt zu Ende. Ein Bewußtsein jedoch, das keine Sinne hätte, würde auch nichts wissen. Also gehört Eines zum Andern. Der Intellekt mag Hauptmann sein, aber er ist das nur in Verbindung mit den Gemeinen, mit unsern fünf Sinnen und den Dingen der Welt.

Nun darf man die Gesichts- oder Gehörsfähigkeit des Menschen mangelhaft finden, weil es Thiere gibt, welche damit vollkommener begabt sind, aber im Kopfe ist unsere Gattung unbestritten die beschlagendste Kreatur. „In dieser Welt“ hat Niemand von einem Intellekt gehört, der über den menschlichen hinaus kann. Wie es aber „in jener Welt“ mit Engeln, Heinzelmännchen und Nymphen aussieht, davon schweigt die Geschichte. Und wenn wir auch auf diese Kinderei eingehen, wenn auf dem Monde und auf den Sternen sich überirdische Geister tummeln, so müssen dieselben doch, sofern sie Semmel backen, ihre Semmel aus Mehl und nicht aus Blech oder Holz bereiten. Auch wenn die übernatürlichen Geister Verstand haben, dann muß dieser Verstand von derselben allgemeinen Natur, von derselben generellen Beschaffenheit sein, wie der unserige. Wenn die metaphysische Intelligenz eine ganz andere, vielleicht die Natur eines Brettes oder Talglichts hätte, dann würden wir uns erlauben, ihr den intelligenten Namen abzusprechen. Wir dürfen die Sprache nur gebrauchen, wie sie gebräuchlich ist. Sie hat die Dinge in Gattungen und Klassen getheilt, die wir durchaus belassen müssen, um verständlich und verständig zu bleiben. Wenn es im Himmel oder in der Transcendenz Dinge giebt von total anderer Beschaffenheit wie die irdischen, dann müssen sie auch wohl andere Namen haben; und da wir nun diese (Engel-) Sprache nicht zu sprechen wissen, so ist es angemessen, dort zu schweigen, wo von „etwas Höherem“, Metaphysischem oder Gespensterhaftem die Rede ist.

Wunderbar aber wahr! solches Raisonnement ist den „Philosophen“ unerhört. Kant hat ihnen vorgesagt und sie plappern heute noch nach: nur die Naturerscheinungen können wir begreifen; aber was eigentlich dahinter sitzt, „das Ding an sich“, oder das Mysterium ist unbegreiflich. Und doch ist dies Mysterium, ist das ganze Geheimniß nichts weiter, wie eine überspannte Idee, welche sich die Herren vom Intellekt machen. Trotzdem sie nämlich so beschränkt thun und von der Unfähigkeit, von den Grenzen unseres Naturerkennens sprechen, sitzt ihnen der überspannte Begriff einer unbegreiflichen Begreiflichkeit im Hirn, oder die Idee eines Monstre-Verstandes, der verstehen könnte, was gar nicht zu verstehen ist.

Ah! — wird hier der scharfsinnige Gegner einschalten — also doch! sprichst du von Dingen, die kein Mensch verstehen kann. Da sind die Unbegreiflichkeiten ja wieder da. Guten Morgen, Herr Fischer!

Ja wohl, lieber Mystiker! ich bin dafür, daß wir die wunderbaren Dinger wieder in die Welt hineinlassen, nur sollen sie den Wundercharakter, den metaphysischen, ablegen. Allerdings giebt es Unverständliches, Unbegreifliches, es giebt Grenzen unseres Erkenntnißvermögens; aber nur in dem hausbackenen Sinne, wie es Unsichtbares und Unhörbares, wie es Grenzen für Auge und Ohr giebt. Jedes Ding hat seine natürliche Grenze, so auch der Intellekt. Wenn das Auge keine Musiktöne, keine Wohlgerüche, oder die Schwere der Körper nicht zu sehen vermag, so ist das eine verständige Grenze des Auges; aber keine Grenze in dem unverständigen Sinne der Metaphysik, welche mit dem Namen Grenze oder Schranke einen Mangel ausdrückt. Mangelhaft ist das Exemplar einer Sache im Verhältniß zu andern Exemplaren derselben Gattung; aber generaliter sind die Dinge vollkommen. Ein vollkommeneres Holz, wie das Holz im allgemeinen auf der Erde ist, kann auch in der Metaphysik nicht wachsen. Wenn das Holz aus seiner Natur, aus seiner Gattung herauswächst, dann ist ihm sofort der Name abzusprechen. Oder sollen wir uns noch mit eisernen Hölzern befassen? Wie Holz auf das hölzerne, so ist das Auge auf das sichtbare Gebiet beschränkt. Wie das Auge, das generelle, alles sieht, was zu sehen ist, so versteht der Verstand, namentlich der menschliche, alles Verständige. Unverständiges, was nicht zu verstehen oder zu begreifen ist, gehört in sein Gebiet nicht, und bildet so wenig einen Mangel oder eine Schranke, ist so wenig zu verlangen, wie vom Auge verlangt werden kann, es soll ohne Licht sehen, ein Brett durchschauen oder Zahnschmerzen wahrnehmen. Monstre-Augen mögen solch' ein unverständiges Gesichtsvermögen haben.

Um dem gruseligen Gerede vom Unbegreiflichen, von den „Grenzen unseres Naturerkennens“ ein Ende zu machen, sollen wir uns klar werden über die Frage: was heißt erkennen, erklären, begreifen? Ich wiederhole: eine überspannte Idee vom Intellekt, unverständige Anforderungen an unser Begriffsvermögen, also erkenntniß-theoretische Unwissenheit ist der Grund alles Aberglaubens, aller religiösen und philosophischen Metaphysik. Unsere heutige Welt ahnt das wohl. Die gelehrten Zeitschriften sind voll Abhandlungen, worin der Sache Erwähnung geschieht und die Wahrheit berührt wird; aber das klare, bewußte Licht fehlt den Herren und wird ihnen von der Sozialdemokratie gereicht werden. Es ist der Besitz dieses Lichtes, was unsere Partei befähigt, den Intellekt mit systematischer Sicherheit zu handhaben, und also die philosophischen und theologischen Mysterien, in welche die Herrschaften bisher ihre Privilegien einwickelten, völlig zu enthüllen.

Genau so wie der Bauer das Prinzip der Mechanik, genau so mißversteht unsere Professoralweisheit das Prinzip der Intelligenz. Es ist schwer, einem ungeschulten Kopf begreiflich zu machen, daß mit allen Hebeln und Räderwerken nicht eine Kraft vergrößert, sondern die Last nur formeller vertheilt und durch ihre Vertheilung also leichter gehandhabt werden kann. Aber noch viel schwerer ist es, einen Professor der Philosophie zu belehren, wie alles erkennen, begreifen oder erklären ein nur ganz formelles Thun ist. Die Erscheinungen der Welt und des Lebens sind erkannt oder erklärt, wenn wir sie eintheilen in Klassen, Gattungen, Familien, Arten u. s. w., und also das, was zu einander gehört und nach einander folgt, in ein formelles wissenschaftliches Schema bringen.

So mir im Walde ein Ungethüm begegnet, das wegen meines Mangels an naturwissenschaftlichen Kenntnissen mich in Verwunderung setzt, und es gesellt sich dann ein Fachmann zu mir, der erklärt, daß kein Menschenfresser, sondern ein Nashorn vor uns wandelt, welches der Familie der Dickhäuter angehört, aus Asien oder Afrika gebürtig ist u. s. w. u. s. w., dann verwandelt solche systematische Registrirung der Thatsachen mein unverständiges Erstaunen in eine klare Erkenntniß. Und wenn ich den Physiker frage, warum der fallende Stein von Sekunde zu Sekunde an Schnelligkeit zunimmt, so erklärt er diese Erscheinung mit dem Gesetz der Schwere, d. h. er bringt mannigfaltige Erscheinungen in eine Klasse, unterordnet sie einem gemeinschaftlichen Schema. All' unsere Vernunft, unser ganzes Erkennen oder Erklären kann nicht mehr und darf nicht mehr wollen. Wer vom Intellekt mehr verlangt, gleicht dem unwissenden Mechanikus, der das Perpetuum mobile sucht.

„Die Physik,“ sagt Schopenhauer, „erklärt die Erscheinungen durch ein noch Unbekannteres, durch Naturgesetze, Naturkräfte u. s. w. Solche Erklärungen sind wie der Teufel mit einem Pferdefuß, mit der Unvollkommenheit behaftet, daß alles Erklärte immer noch unerklärt bleibt.“ Derselbe Philosoph sagt an andrer Stelle: „wie große Fortschritte auch die Physik machen möge, so wird damit doch nicht der kleinste Schritt zur Metaphysik geschehen sein.“ „Unter Metaphysik verstehe ich (Schopenhauer) jede angebliche Erkenntniß, welche über die Möglichkeit der Erfahrung hinausgeht, um Aufschluß zu ertheilen über das, was hinter der Natur steckt.“ „Wenn einer alle Planeten sämmtlicher Fixsterne durchwanderte, so hätte er damit noch keinen Schritt in die Metaphysik gethan.“ Mit diesen Worten nun hat der berühmte Mann zweierlei konstatirt: Erstens, daß die Metaphysik in Wolkenkukuksheim liegt, und zweitens, daß er an dem unmäßigen Begehr nach übergeschnappten Erklärungen, an seinem „metaphysischen Bedürfniß“ festhält. Den Menschen nennt er „animal metaphysicum“, womit gesagt sein soll, es ist die Metaphysik, welche den Menschen vom Thier unterscheidet. Dagegen bin ich der wohlerwogenen Meinung, daß die Menschwerdung erst recht anfängt, wo das metaphysische oder „philosophische“ Thier aufhört.

Gewiß, die Sache hat, wie alle Sachen, ihre verschiedenen Seiten. Die Metaphysik oder die überspannten Ideen mußten vorhergehen, um die nüchterne Einsicht herbeizuführen, daß unser Intellekt ein ganz hausbackenes, formales, mechanisches Vermögen ist. Auch dämmert die Sonne dieser Einsicht allgemein; jedoch sie dämmert nur. Wie schwer die alte Ueberspannung den Durchbruch zuläßt, zeigt sich täglich und dutzendweise in gelehrten Zeitschriften. Z. B. in Nr. 34 der „Waage“ 1876 bemerkt Dr. Kalischer: „Newton ebensowohl als Darwin geht vom Bestehenden aus, an welches Ersterer durch sein ‚Gesetz‘ uns ein Maß anzulegen gestattet. Was wir indessen an demselben verstehen, ist doch nur das Mathematische, Formale; das Wesen des physikalischen Vorganges aber ist uns vollkommen unbegreiflich .... In mathematische Formeln bringen, damit wäre der höchste Gipfel unserer Erkenntniß erstiegen, denn unsere sogenannte „Erklärung“ eines Naturvorganges reicht allemal nur soweit, als es uns gelingt, denselben dem Prinzip des Mechanismus unterzuordnen.“

Somit also kennt der Herr Dr. Kalischer den höchsten Gipfel unserer Erkenntniß, er ist gleichsam mit Hobbes einverstanden: „wo nichts zu addiren und nichts zu subtrahiren ist, da hört das Denken auf;“ und will nun doch noch auf einen höchst-höchsten Gipfel, um zu einer Erklärung zu gelangen, welche „unsere sogenannte Erklärung“ übergipfelt. Das heißt mit andern Worten: Trotzdem unser Verstand oder Denkvermögen in letzter Instanz als ein formales Instrument erkannt und erklärt ist, spekulirt man doch immer noch auf einen Monstre-Verstand, der uns die Welt metaphysisch erklären soll.

Ich kann mir denken, wie unsere Auffassungsweise den Professoren der Philosophie gegen die Haare geht; aber ich bitte die Herren angelegentlichst, doch zu sagen, was sie berechtigt, von den Grenzen des Verstandes auf einen unbegrenzten Verstand schließen zu dürfen; bitte zu sagen, warum sie nicht von der begrenzten Natur eines Stückchen Blechs auf ein unbegrenztes, himmlisches, metaphysisches Blech schließen. So wird wohl derjenige schließen, der das Blech oder den Verstand nicht unter die natürlichen Dinge zählt, die bekanntlich alle ihre bestimmten Grenzen haben und durch den Sprachgebrauch fest normirt sind; Professoren und Doktoren schließen so, wenn sie den letzten Mohikaner einer „höheren“ transcendentalen Welt, wenn sie die überspannte Idee eines übermenschlichen Intellekts mit sich herumtragen.

Nachdem die Sprachforscher, Max Müller von Oxford oder William Dwight Whitney, evident konstatirten, daß wo die Grenzen der Sachen anfangen, ihre Namen aufhören, muß nun alle unbegrenzte Phantasterei endigen. Wenn wir jetzt mit der Intelligenz dahin kommen, wo nichts mehr zu begreifen ist, wo also „das Unbegreifliche“ anfängt, dann gehört dies ebensowenig in eine total andere Welt, als wenn wir auch mit unserer Stimme an etwas gelangen, was nicht zu singen ist. Wo das Singen aufhört, mag das Brüllen anfangen, und wo die Theorie am Ende ist, soll die Praxis beginnen.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der politischen Oekonomie.

Von Friedrich Engels.

I.

Die politische Oekonomie, im weitesten Sinne, ist die Wissenschaft von den Gesetzen, welche die Produktion und den Austausch des materiellen Lebensunterhalts in der menschlichen Gesellschaft beherrschen. Produktion und Austausch sind zwei verschiedene Funktionen. Produktion kann stattfinden ohne Austausch, Austausch — eben weil von vorn herein nur Austausch von Produkten — nicht ohne Produktion. Jede dieser beiden gesellschaftlichen Funktionen steht unter dem Einfluß von großentheils besonderen äußeren Einwirkungen und hat daher auch großentheils ihre eignen, besondern Gesetze. Aber andrerseits bedingen sie einander in jedem Moment und wirken in solchem Maß auf einander ein, daß man sie als die Abscisse und die Ordinate der ökonomischen Kurve bezeichnen könnte.

Die Bedingungen, unter denen die Menschen produziren und austauschen, wechseln von Land zu Land, und in jedem Lande wieder von Generation zu Generation. Die politische Oekonomie kann also nicht dieselbe sein für alle Länder und für alle geschichtlichen Epochen. Vom Bogen und Pfeil, vom Steinmesser und nur ausnahmsweise vorkommenden Tauschverkehr des Wilden, bis zur tausendpferdigen Dampfmaschine, zum mechanischen Webstuhl, den Eisenbahnen und der Bank von England ist ein ungeheurer Abstand. Die Feuerländer bringen es nicht zur Massenproduktion und zum Welthandel, ebensowenig wie zur Wechselreiterei oder zu einem Börsenkrach. Wer die politische Oekonomie Feuerlands unter dieselben Gesetze bringen wollte mit der des heutigen Englands, würde damit augenscheinlich nichts zu Tage fördern als den allerbanalsten Gemeinplatz. Die politische Oekonomie ist somit wesentlich eine historische Wissenschaft. Sie behandelt einen geschichtlichen, das heißt einen stets wechselnden Stoff; sie untersucht zunächst die besondern Gesetze jeder einzelnen Entwicklungsstufe der Produktion und des Austausches, und wird erst am Schluß dieser Untersuchung die wenigen, für Produktion und Austausch überhaupt geltenden, ganz allgemeinen Gesetze aufstellen können. Wobei es sich jedoch von selbst versteht, daß die für bestimmte Produktionsweisen und Austauschformen gültigen Gesetze auch Gültigkeit haben für alle Geschichtsperioden, denen jene Produktionsweisen und Austauschformen gemeinsam sind. So z. B. tritt mit der Einführung des Metallgeldes eine Reihe von Gesetzen in Wirksamkeit, die für alle Länder und Geschichtsabschnitte gültig bleibt, in denen Metallgeld den Austausch vermittelt.

Mit der Art und Weise der Produktion und des Austausches einer bestimmten geschichtlichen Gesellschaft, und mit den geschichtlichen Vorbedingungen dieser Gesellschaft, ist auch gleichzeitig gegeben die Art und Weise der Vertheilung der Produkte. In der Stamm- oder Dorfgemeinde mit gemeinsamem Grundeigenthum, mit der, oder mit deren sehr erkennbaren Ueberresten alle Kulturvölker in die Geschichte eintreten, versteht sich eine ziemlich gleichmäßige Vertheiluug der Produkte ganz von selbst; wo größere Ungleichheit der Vertheilung unter den Mitgliedern eintritt, da ist sie auch schon ein Anzeichen der beginnenden Auflösung der Gemeinde. — Der große wie der kleine Ackerbau lassen je nach den geschichtlichen Vorbedingungen, aus denen sie sich entwickelt haben, sehr verschiedene Vertheilungsformen zu. Aber es liegt auf der Hand, daß der große stets eine ganz andere Vertheilung bedingt als der kleine; daß der große einen Klassengegensatz — Sklavenhalter und Sklaven, Grundherren und Frohnbauern, Kapitalisten und Lohnarbeiter — voraussetzt oder erzeugt, während beim kleinen ein Klassenunterschied der bei der Ackerbauproduktion thätigen Individuen keineswegs bedingt ist und im Gegentheil durch sein bloßes Dasein den beginnenden Verfall der Parzellenwirthschaft anzeigt. — Die Einführung und Verbreitung des Metallgeldes in einem Lande, wo bisher ausschließlich oder vorwiegend Naturalwirthschaft galt, ist stets mit einer langsameren oder schnelleren Umwälzung der bisherigen Vertheilung verbunden, und zwar so, daß die Ungleichheit der Vertheilung unter den Einzelnen, also der Gegensatz von Reich und Arm, mehr und mehr gesteigert wird. — Der lokale, zünftige Handwerksbetrieb des Mittelalters machte große Kapitalisten und lebenslängliche Lohnarbeiter ebenso unmöglich, wie die moderne große Industrie, die heutige Kreditausbildung, und die der Entwicklung Beider entsprechende Austauschform, die freie Konkurrenz, sie mit Nothwendigkeit erzeugen.

Mit den Unterschieden in der Vertheilung aber treten die Klassenunterschiede auf. Die Gesellschaft theilt sich in bevorzugte und benachtheiligte, ausbeutende und ausgebeutete, herrschende nnd beherrschte Klassen, und der Staat, zu dem sich

die naturwüchsigen Gruppen gleichstämmiger Gemeinden zunächst nur behufs der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen (Berieselung im Orient z. B.) und wegen des Schutzes nach Außen fortentwickelt hatten, erhält von nun an eben so sehr den Zweck, die Lebens- und Herrschaftsbedingungen der herrschenden gegen die beherrschte Klasse mit Gewalt aufrecht zu erhalten.

Die Vertheilung ist indeß nicht ein bloßes passives Erzeugniß der Produktion und des Austausches; sie wirkt ebensosehr zurück auf Beide. Jede neue Produktionsweise oder Austauschform wird im Anfang gehemmt nicht nur durch die alten Formen und die ihnen entsprechenden politischen Einrichtungen, sondern auch durch die alte Vertheilungsweise. Sie muß sich die ihr entsprechende Vertheilung erst in langem Kampf erringen. Aber je beweglicher, je mehr der Ausbildung und Entwicklung fähig eine gegebene Produktions- und Austauschweise ist, desto rascher erreicht auch die Vertheilung eine Stufe, in der sie ihrer Mutter über den Kopf wächst, in der sie mit der bisherigen Art der Produktion und des Austausches in Widerstreit geräth. Die alten naturwüchsigen Gemeinwesen, von denen schon die Rede war, können Jahrtausende bestehen, wie bei Indern und Slaven noch heute, ehe der Verkehr mit der Außenwelt in ihren Innern die Vermögensunterschiede erzeugt, in Folge deren ihre Auflösung eintritt. Die moderne kapitalistische Produktion dagegen, die kaum dreihundert Jahre alt und erst seit Einführung der großen Industrie, also seit hundert Jahren, herrschend geworden ist, hat in dieser kurzen Zeit Gegensätze der Vertheilung fertig gebracht — Konzentration der Kapitalien in wenigen Händen einerseits, Konzentration der besitzlosen Massen in den großen Städten andrerseits — an denen sie nothwendig zu Grunde geht.

Der Zusammenhang der jedesmaligen Vertheilung mit den jedesmaligen materiellen Existenzbedingungen einer Gesellschaft liegt so sehr in der Natur der Sache, daß er sich im Volksinstinkt regelmäßig wiederspiegelt. So lange eine Produktionsweise sich im aufsteigenden Ast ihrer Entwicklung befindet, so lange jubeln ihr sogar diejenigen entgegen, die bei der ihr entsprechenden Vertheilungsweise den Kürzeren ziehen. So die englischen Arbeiter beim Aufkommen der großen Industrie. Selbst so lange diese Produktionsweise die gesellschaftlich-normale bleibt, herrscht im Ganzen Zufriedenheit mit der Vertheilung, und erhebt sich Einspruch — so dann aus dem Schoß der herrschenden Klasse selbst (Saint-Simon, Fourier, Owen) und findet bei der ausgebeuteten Masse erst recht keinen Anklang. Erst wenn die fragliche Produktionsweise ein gut Stück ihres absteigenden Asts hinter sich, wenn sie sich halb überlebt hat, wenn die Bedingungen ihres Daseins großentheils verschwunden sind und ihr Nachfolger bereits an die Thür klopft — erst dann erscheint die immer ungleicher werdende Vertheilung als ungerecht, erst dann wird von den überlebten Thatsachen an die sogenannte ewige Gerechtigkeit appellirt. Dieser Appell an die Moral und das Recht hilft uns wissenschaftlich keinen Finger breit weiter; die ökonomische Wissenschaft kann in der sittlichen Entrüstung, und wäre sie noch so gerechtfertigt, keinen Beweisgrund sehen, sondern nur ein Symptom. Ihre Aufgabe ist vielmehr, die neu hervortretenden gesellschaftlichen Mißstände als nothwendige Folgen der bestehenden Produktionsweise, aber auch gleichzeitig als Anzeichen ihrer hereinbrechenden Auflösung nachzuweisen und innerhalb der sich auflösenden ökonomischen Bewegungsform die Elemente der zukünftigen, jene Mißstände beseitigenden, neuen Organisation der Produktion und des Austausches aufzudecken. Der Zorn, der den Poeten macht, ist bei der Schilderung dieser Mißstände ganz am Platz, oder auch beim Angriff gegen die, diese Mißstände läugnenden oder beschönigenden Harmoniker im Dienst der herrschenden Klasse; wie wenig er aber für den jedesmaligen Fall beweist, geht schon daraus hervor, daß man in jeder Epoche der ganzen bisherigen Geschichte Stoff genug für ihn findet.

Die politische Oekonomie, als die Wissenschaft von den Bedingungen und Formen, unter denen die verschiedenen menschlichen Gesellschaften produzirt und ausgetauscht, und unter denen sich demgemäß jedesmal die Produkte vertheilt haben — die politische Oekonomie in dieser Ausdehnung soll jedoch erst geschaffen werden. Was wir von ökonomischer Wissenschaft bis jetzt besitzen, beschränkt sich fast ausschließlich auf die Genesis und Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise: es beginnt mit der Kritik der Reste der feudalen Produktions- und Austauschformen, weist die Nothwendigkeit ihrer Ersetzung durch kapitalistische Formen nach, entwickelt dann die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer entsprechenden Austauschformen nach der positiven Seite hin, d. h. nach der Seite, wonach sie die allgemeinen Gesellschaftszwecke fördern, und schließt ab mit der sozialistischen Kritik der kapitalistischen Produktionsweise, d. h. mit der Darstellung ihrer Gesetze nach der negativen Seite hin, mit dem Nachweis, daß diese Produktionsweise durch ihre eigne Entwicklung dem Punkt zutreibt, wo sie sich selbst unmöglich macht. Diese Kritik weist nach, daß die kapitalistischen Produktions- und Austauschformen mehr und mehr eine unerträgliche Fessel werden für die Produktion selbst; daß der durch jene Formen mit Nothwendigkeit bedingte Vertheilungsmodus eine Klassenlage von täglich sich steigender Unerträglichkeit erzeugt hat, den sich täglich verschärfenden Gegensatz von immer wenigeren, aber immer reicheren Kapitalisten und von immer zahlreicheren und im Ganzen und Großen immer schlechter gestellten besitzlosen Lohnarbeitern; und endlich, daß die innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise erzeugten, massenhaften Produktivkräfte, die von jener nicht mehr zu bändigen sind, nur der Besitzergreifung harren durch eine zum planmäßigen Zusammenwirken organisirte Gesellschaft, um allen Gesellschafsgliedern die Mittel zur Existenz und zu freier Entwicklung ihrer Fähigkeiten zu sichern, und zwar in stets wachsendem Maß.

Um diese Kritik der bürgerlichen Oekonomie vollständig durchzuführen, genügte nicht die Bekanntschaft mit der kapitalistischen Form der Produktion, des Austausches und der Vertheilung. Die ihr vorhergegangenen oder die noch neben ihr, in weniger entwickelten Ländern bestehenden Formen mußten ebenfalls, wenigstens in den Hauptzügen, untersucht und zur Vergleichung gezogen werden. Eine solche Untersuchung und Vergleichung ist bis jetzt im Ganzen und Großen nur von Marx angestellt worden, und seinen Forschungen verdanken wir daher auch fast ausschließlich das, was über die vorbürgerliche theoretische Oekonomie bisher festgestellt ist.

Obwohl gegen Ende des 17. Jahrhunderts in gewissen Kreisen entstanden, ist die politische Oekonomie im engern Sinn, in ihrer positiven Formulirung durch die Physiokraten und Adam Smith, doch wesentlich ein Kind des 18. Jahrhunderts und reiht sich den Errungenschaften der gleichzeitigen großen französischen Aufklärer an mit allen Vorzügen und Mängeln jener Zeit. Was wir von den Aufklärern gesagt, gilt auch von den damaligen Oekonomen. Die neue Wissenschaft war ihnen nicht der Ausdruck der Verhältnisse und Bedürfnisse ihrer Epoche, sondern der Ausdruck der ewigen Vernunft; die von ihr entdeckten Gesetze der Produktion und des Austausches waren nicht Gesetze einer geschichtlich bestimmten Form jener Thätigkeiten, sondern ewige Naturgesetze; man leitete sie ab aus der Natur des Menschen. Aber dieser Mensch, bei Lichte besehen, war der damalige, im Uebergang zum Bourgeois begriffene Mittelbürger, und seine Natur bestand darin, unter den damaligen, geschichtlich bestimmten Verhältnissen zu fabriziren und Handel zu treiben. —

Nachdem wir unsern „kritischen Grundleger" Herrn Dühring und seine Methode aus der Philosophie hinlänglich kennen gelernt haben, werden wir auch ohne Schwierigkeit vorhersagen können, wie er die politische Oekonomie auffassen wird. In der Philosophie war da, wo er nicht einfach faselte (wie in der Naturphilosophie) seine Anschauungsweise eine Verzerrung derjenigen des 18. Jahrhunderts. Es handelte sich nicht um geschichtliche Entwicklungsgesetze, sondern um Naturgesetze, ewige Wahrheiten. Gesellschaftliche Verhältnisse wie Moral und Recht wurden nicht nach den jedesmaligen geschichtlich vorliegenden Bedingungen, sondern durch die famosen beiden Männer entschieden, von denen der Eine entweder den Andern unterdrückt, oder auch nicht, welches Letztere bisher leider nie vorkam. Wir werden uns also kaum täuschen, wenn wir den Schluß ziehen, daß Herr Dühring die Oekonomie ebenfalls auf endgültige Wahrheiten letzter Instanz, ewige Naturgesetze, tautologische Axiome von ödester Inhaltlosigkeit zurückführen, daneben aber den ganzen positiven Inhalt der Oekonomie, soweit dieser ihm bekannt, durchs Hinterpförtchen wieder hereinschmuggeln; und daß er die Vertheilung, als ein gesellschaftliches Ereigniß, nicht aus Produktion und Austausch entwickeln, sondern seinen ruhmvollen beiden Männern zur endgültigen Erledigung überweisen wird. Und da uns dies Alles bereits altbekannte Kunstgriffe sind, so können wir uns hier um so kürzer fassen.

In der That erklärt uns Herr Dühring bereits auf S. 2, daß seine Oekonomie Bezug nimmt auf das in seiner Philosophie „Festgestellte" und sich „in einigen wesentlichen Punkten an übergeordnete und in einem höhern Untersuchungsgebiet bereits ausgemachte Wahrheiten anlehnt". Ueberall dieselbe Zudringlichkeit der Selbstanpreisung. Ueberall der Triumph des Herrn Dühring über das von Herrn Dühring Festgestellte und Ausgemachte. Ausgemacht in der That, das haben wir des Breiteren gesehen — aber wie man ein schwalchendes Licht ausmacht.

Gleich darauf haben wir „die allgemeinsten Naturgesetze aller Wirthschaft" — also hatten wir richtig gerathen. Aber diese Naturgesetze lassen nur dann ein richtiges Verständniß der abgelebten Geschichte zu, wenn man sie „in derjenigen näheren Bestimmung untersucht, die ihre Ergebnisse durch die politischen Unterwerfungs- und Gruppirungsformen erfahren haben. Einrichtungen wie die Sklaverei und die Lohnhörigkeit, zu denen sich als Zwillingsgeburt das Gewalteigenthum gesellte, sind als sozialökonomische Verfassungsformen echt politischer Natur zu betrachten, und bilden in der bisherigen Welt den Rahmen, innerhalb dessen sich die Wirkungen wirthschaftlicher Naturgesetze allein zeigen konnten".

Dieser Satz ist die Fanfare, die uns als Wagnersches Leitmotiv den Anmarsch der beiden famosen Männer verkündet. Aber er ist noch mehr, er ist das Grundthema des ganzen Dühringschen Buchs. Beim Recht wußte Herr Dühring uns nichts zu bieten, als eine schlechte Uebersetzung der Rousseauschen Gleichheitstheorie ins Sozialistische, wie man sie in jedem pariser Arbeiter-Estaminet seit Jahren weit besser hören kann. Hier gibt er eine nicht bessere, sozialistische Uebersetzung der Klagen der Oekonomen über die Verfälschung der ökonomischen ewigen Naturgesetze und ihrer Wirkungen durch die Einmischung des Staats, der Gewalt. Und hiermit steht er verdienter Maßen unter den Sozialisten ganz allein. Jeder sozialistische Arbeiter, einerlei welcher Nationalität, weiß ganz gut, daß die Gewalt die Ausbeutung nur schützt, aber nicht verursacht; daß das Verhältniß von Kapital und Lohnarbeit der Grund seiner Ausbeutung ist, und daß dieses auf rein ökonomischem und keineswegs auf gewaltsamem Wege entstanden ist.

Des Weiteren erfahren wir nun, daß man bei allen ökonomischen Fragen „zwei Hergänge, den der Produktion und den der Vertheilung, wird unterscheiden können". Außerdem habe der bekannte oberflächliche J. B. Say noch einen dritten Hergang, den des Verbrauchs, der Konsumtion, hinzugefügt, aber nichts Gescheutes darüber zu sagen gewußt, ebensowenig wie seine Nachfolger. Der Austausch oder die Cirkulation aber sei nur eine Unterabtheilung der Produktion, zu der Alles gehöre, was geschehen muß, damit die Erzeugnisse an den letzten und eigentlichen Konsumenten gelangen. — Wenn Herr Dühring die beiden wesentlich verschiedenen, wenn auch sich gegenseitig bedingenden Prozesse der Produktion und der Cirkulation zusammenwirft, und ganz ungenirt behauptet, aus der Unterlassung dieser Verwirrung könne „nur Verwirrung entstehen", so beweist er damit bloß, daß er die kolossale Entwicklung, die gerade die Cirkulation in den letzten fünfzig Jahren durchgemacht hat, nicht kennt oder nicht versteht; wie denn auch sein Buch weiterhin bestätigt. Damit nicht genug. Nachdem er so Produktion und Austausch in Eins als Produktion schlechthin zusammengefaßt, stellt er die Vertheilung neben die Produktion als einen zweiten, ganz äußerlichen Hergang hin, der mit dem ersten gar nichts zu schaffen hat. Nun haben wir gesehen, daß die Vertheilung in ihren entscheidenden Zügen jedesmal das nothwendige Ergebniß der Produktions- und Austauschverhältnisse einer bestimmten Gesellschaft, sowie der geschichtlichen Vorbedingungen dieser Gesellschaft ist, und zwar dergestalt, daß wenn wir diese kennen, wir mit Bestimmtheit auf die in dieser Gesellschaft herrschende Vertheilungsweise schließen können. Wir sehen aber ebenfalls, daß Herr Dühring, wenn er den in seiner Moral-, Rechts- und Geschichtsauffassung „festgestellten" Grundsätzen nicht untreu werden will, diese elementare ökonomische Thatsache verläugnen muß, und daß er dies namentlich muß, wenn es gilt, seine beiden unentbehrlichen Männer in die Oekonomie hineinzuschmuggeln. Und nachdem die Vertheilung glücklich alles Zusammenhangs mit der Produktion und dem Austausch entledigt, kann dies große Ereigniß vor sich gehn.

Erinnern wir uns indeß zuerst, wie die Sache bei Moral und Recht sich entwickelte. Hier fing Herr Dühring ursprünglich mit nur Einem Mann an; er sagte: „Ein Mensch, insofern er als einzig, oder, was dasselbe leistet, als außer jedem Zusammenhang mit Andern gedacht wird, kann keine Pflichten haben. Für ihn gibt es kein Sollen, sondern nur ein Wollen." Was aber ist dieser pflichtenlose, als einzig gedachte Mensch anders, als der fatale „Urjude Adam" im Paradiese, wo er ohne Sünde ist, weil er eben keine begehen kann? — Aber auch diesem wirklichkeitsphilosophischen Adam steht ein Sündenfall bevor. Neben diesen Adam tritt plötzlich — zwar keine Eva mit wallendem Lockenhaar, aber doch ein zweiter Adam. Und sofort erhält Adam Pflichten und — bricht sie. Statt seinen Bruder als Gleichberechtigten an seinen Busen zu schließen, unterwirft er ihn seiner Herrschaft, knechtet er ihn — und an den Folgen dieser ersten Sünde, an der Erbsünde der Knechtung, leidet die ganze Weltgeschichte bis auf den heutigen Tag, weßhalb sie auch nach Herrn Dühring keine drei Pfennige werth ist.

Wenn also Herr Dühring, beiläufig gesagt, die „Negation der Negation" hinreichend der Verachtung preiszugeben glaubte, indem er sie als einen Abklatsch der alten Geschichte vom Sündenfall und der Erlösung bezeichnete, was sollen wir dann sagen von seiner neuesten Ausgabe derselben Geschichte? (denn auch der Erlösung werden wir mit der Zeit, um einen Reptilienausdruck zu gebrauchen, „näher treten"). Jedenfalls doch wohl, daß wir die alte semitische Stammsage vorziehen, bei der es sich dem Männlein und dem Weiblein doch der Mühe verlohnte, aus dem Stand der Unschuld zu treten, und daß Herrn Dühring der Ruhm ohne Konkurrenz verbleiben wird, seinen Sündenfall konstruirt zu haben mit zwei Männern.

Hören wir also nun die Uebersetzung des Sündenfalls ins Oekonomische: „Für den Gedanken der Produktion kann allenfalls die Vorstellung von einem Robinson, welcher mit seinen Kräften der Natur isolirt gegenübersteht und mit Niemanden etwas zu theilen hat, ein geeignetes Denkschema abgeben. . . . Von einer gleichen Zweckmäßigkeit ist für die Veranschaulichung des Wesentlichsten in dem Vertheilungsgedanken das Denkschema von zwei Personen, deren wirthschaftliche Kräfte sich kombiniren und die sich offenbar bezüglich ihrer Antheile gegenseitig in irgend einer Form auseinandersetzen müssen. Mehr als dieses einfachen Dualismus bedarf es in der That nicht, um in aller Strenge einige der wichtigsten Vertheilungsbeziehungen darzulegen und deren Gesetze embryonisch in ihrer logischen Nothwendigkeit zu studiren. . . . Das Zusammenwirken auf gleichem Fuß ist hier ebenso denkbar, als die Kombination der Kräfte durch völlige Unterdrückung des einen Theils, der alsdann als Sklave oder bloßes Werkzeug zum wirthschaftlichen Dienst gepreßt und eben auch nur als Werkzeug unterhalten wird. . . . Zwischen dem Zustande der Gleichheit und dem der Nullität auf der einen und der Omnipotenz und einzig aktiven Betheiligung auf der andern Seite befindet sich eine Reihe von Stufen, für deren Besetzung die Erscheinungen der Weltgeschichte in bunter Mannichfaltigkeit gesorgt haben. Ein universeller Blick für die verschiedenen Rechts- und Unrechtsinstitutionen der Geschichte ist hier die wesentliche Voraussetzung" . . . und zum Schluß verwandelt sich die ganze Vertheilung in ein „ökonomisches Vertheilungsrecht."

Jetzt endlich hat Herr Dühring wieder festen Boden unter den Füßen. Arm in Arm mit seinen beiden Männern kann er sein Jahrhundert in die Schranken fordern. Aber hinter diesem Dreigestirn steht noch ein Ungenannter.

„Das Kapital hat die Mehrarbeit nicht erfunden. Ueberall wo ein Theil der Gesellschaft das Monopol der Produktionsmittel besitzt, muß der Arbeiter, frei oder unfrei, der zu seiner Selbsterhaltung nöthigen Arbeitszeit überschüssige Arbeitszeit zusetzen, um die Lebensmittel für den Eigner der Produktionsmittel zu produziren, sei dieser Eigenthümer nun athenienfischer Kaloskagathos, etruskischer Theokrat, civis romanus (römischer Bürger), normännischer Baron, amerikanischer Sklavenhalter, walachischer Bojar, moderner Landlord oder Kapitalist." (Marx, Kapital, I, 2. Ausg. S. 227.)

Nachdem Herr Dühring auf diese Weise erfahren, was die, allen bisherigen Produktionsformen — soweit sie sich in Klassengegensätzen bewegen — gemeinsame Grundform der Ausbeutung ist, galt es nur noch, seine beiden Männer darauf anzuwenden, und die wurzelhafte Grundlage der Wirklichkeitsökonomie war fertig. Er zauderte keinen Moment mit der Ausführung dieses „systemschaffenden Gedankens". Arbeit ohne Gegenleistung, über die zur Selbsterhaltung des Arbeiters nöthige Arbeitszeit hinaus, das ist der Punkt. Der Adam, der hier Robinson heißt, läßt also seinen zweiten Adam, den Freitag, drauflos schanzen. Aber warum schanzt Freitag mehr als er für seinen Unterhalt nöthig hat? Auch diese Frage findet bei Marx theilweise ihre Beantwortung. Das ist aber für die beiden Männer viel zu weitläuftig. Die Sache wird kurzer Hand abgemacht: Robinson „unterdrückt" den Freitag, preßt ihn „als Sklave oder bloßes Werkzeug zum wirthschaftlichen Dienst" und unterhält ihn „auch nur als Werkzeug". Mit dieser „neuesten schöpferischen Wendung" schlägt Herr Dühring wie mit Einer Klappe zwei Fliegen. Erstens erspart er sich die Mühe, die verschiedenen bisherigen Vertheilungsformen, ihre Unterschiede und ihre Ursachen zu erklären: sie taugen einfach allesammt nichts, sie beruhen auf der Unterdrückung, der Gewalt. Darüber werden wir demnächst zu sprechen haben. Und zweitens versetzt er damit die ganze Theorie der Vertheilung vom ökonomischen Gebiet auf das der Moral und des Rechts, d. h. vom Gebiet feststehender materieller Thatsachen auf das mehr oder weniger schwankender Meinungen und Gefühle. Er braucht also nicht mehr zu untersuchen oder zu beweisen, sondern nur noch flott drauflos zu deklamiren, und kann die Forderung stellen, die Vertheilung der Erzeugnisse der Arbeit solle sich richten, nicht nach ihren wirklichen Ursachen, sondern nach dem, was ihm, Herrn Dühring, sittlich und gerecht erscheint. Was aber Herrn Dühring gerecht erscheint, ist keineswegs unwandelbar, also weit entfernt, eine echte Wahrheit zu sein. Denn diese sind ja, nach Herrn Dühring selbst, „überhaupt nicht wandelbar". Im Jahr 1868 behauptete Herr Dühring (die Schicksale meiner sozialen Denkschrift ꝛc.), es liege „in der Tendenz aller höheren Civilisation, das Eigenthum immer schärfer auszuprägen, und hierin, nicht in einer Konfusion der Rechte und Herrschaftssphären, liegt das Wesen und die Zukunft der modernen Entwicklung." Und ferner könne er platterdings nicht absehen, „wie eine Verwandlung der Lohnarbeit in eine andre Art des Erwerbs mit den Gesetzen der menschlichen Natur und der naturnothwendigen Gliederung des gesellschaftlichen Körpers jemals vereinbar werden solle". Also 1868: Privateigenthum und Lohnarbeit naturnothwendig und daher gerecht; 1876: Beides Ausfluß der Gewalt und des „Raubs", also ungerecht. Und wir können unmöglich wissen, was einem so gewaltig dahinstürmenden Genius in einigen Jahren möglicher Weise als sittlich und gerecht erscheinen dürfte, und thun daher jedenfalls besser, bei unsrer Betrachtung der Vertheilung der Reichthümer uns an die wirklichen, objektiven, ökonomischen Gesetze zu halten, und nicht an die augenblickliche, wandelbare, subjektive Vorstellung des Herrn Dühring von Recht und Unrecht.

Wenn wir für die heranbrechende Umwälzung der heutigen Vertheilungsweise der Arbeitserzeugnisse sammt ihren schreienden Gegensätzen von Elend und Ueppigkeit, Hungersnoth und Schwelgerei, keine bessere Sicherheit hätten als das Bewußtsein, daß diese Vertheilungsweise ungerecht ist, und daß das Recht doch endlich einmal siegen muß, so wären wir übel dran und könnten lange warten. Die mittelalterlichen Mystiker, die vom nahenden tausendjährigen Reich träumten, hatten schon das Bewußtsein von der Ungerechtigkeit der Klassengegensätze. An der Schwelle der neueren Geschichte, vor dreihundertfünfzig Jahren, ruft Thomas Münzer es laut in die Welt hinaus. In der englischen, in der französischen bürgerlichen Revolution ertönt derselbe Ruf und — verhallt. Und wenn jetzt derselbe Ruf nach Abschaffung der Klassengegensätze und Klassenunterschiede, der bis 1830 die arbeitenden und leidenden Massen kalt ließ, wenn er jetzt ein

millionenfaches Echo findet, wenn er ein Land nach dem andern ergreift, und zwar in derselben Reihenfolge und mit derselben Intensität, wie sich in den einzelnen Ländern die große Industrie entwickelt, wenn er in einem Menschenalter eine Macht erobert hat, die allen gegen ihn vereinten Mächten trotzen und des Siegs in naher Zukunft gewiß sein kann — woher kommt das? Daher, daß die moderne große Industrie einerseits ein Proletariat, eine Klasse geschaffen hat, die zum ersten Mal in der Geschichte die Forderung stellen kann der Abschaffung, nicht dieser oder jener besondern Klassenorganisation, oder dieses und jenes besondern Klassenvorrechts, sondern der Klassen überhaupt; und die in die Lage versetzt ist, daß sie diese Forderung durchführen muß bei Strafe des Versinkens in chinesisches Kulithum. Und daß dieselbe große Industrie andrerseits in der Bourgeoisie eine Klasse geschaffen hat, die das Monopol aller Produktionswerkzeuge und Lebensmittel besitzt, aber in jeder Schwindelperiode und in jedem darauf folgenden Krach beweist, daß sie unfähig geworden, die ihrer Gewalt entwachsenen Produktivkräfte noch fernerhin zu beherrschen; eine Klasse, unter deren Leitung die Gesellschaft dem Ruin entgegenrennt wie eine Lokomotive, deren eingeklemmte Abzugsklappe der Maschinist zu schwach ist zu öffnen. Mit andern Worten, es kommt daher, daß sowohl die von der modernen kapitalistischen Produktionsweise erzeugten Produktivkräfte wie auch das von ihr geschaffene System der Gütervertheilung in brennenden Widerspruch gerathen sind mit jener Produktionsweise selbst, und zwar in solchem Grad, daß eine Umwälzung der Produktions- und Vertheilungsweise stattfinden muß, die alle Klassenunterschiede beseitigt, falls nicht die ganze moderne Gesellschaft untergehn soll. In dieser handgreiflichen, materiellen Thatsache, die sich den Köpfen der ausgebeuteten Proletarier mit unwiderstehlicher Nothwendigkeit in mehr oder weniger klarer Gestalt aufdrängt — in ihr, nicht aber in den Vorstellungen dieses oder jenes Stubenhockers von Recht und Unrecht, begründet sich die Siegesgewißheit des modernen Sozialismus.

Energie und Lebenshaltung.

I.

Die vergleichsweise immer noch beste Entschuldigung, welche die heutige Gesellschaft für ihre schroffen Gegensätze und Ungerechtigkeiten vorbringen kann, ist die, daß sie die Entwicklung der Willens- und Geisteskraft überhaupt befördere und dadurch die Menschheit vorwärts bringe. Das Mittel, wodurch sie das bewirkt, ist ein zwiefaches: einerseits entfernt sie zahlreiche Schranken der freien Selbstbethätigung — z. B. Handelsverbote, Zollschranken, Zunftzwang, Lehnslasten, Hörigkeit, Vorrechte, Zwangswohnsitz, Kastenwesen ꝛc. —; andrerseits reizt sie zu möglichster Anstrengung durch die Strafe des Hungers, der Noth und Ohnmacht und durch den Lohn des Ueberflusses, der Ehre und Uebermacht. Und die Möglichkeit dazu findet sie im Privat-Eigenthum, d. h. in einer Gesetzgebung, durch welche allzeit eine Mehrheit der Bevölkerung enterbt ist. Allerdings entbrennt auch unter den Eigenthümern der Mitbewerb, der Wettkampf um immer mehr Eigenthum, Ehre und Macht; aber am schlimmsten wüthet der Mitbewerb unter den Enterbten und in der Mittelstandsklasse zwischen beiden, wo er ein Kampf um das Dasein selbst, um Leben oder Tod werden kann, und ausnehmend oft wird.

Es ist nun zunächst zuzugestehen, daß jede Entfesselung der Energie, und zwar bei allen Menschen, vom Heile ist; denn dadurch allein erhebt sich die Menschheit über die Natur und wird sich selbst ein Gesetz und — innerhalb zurückweichender Schranken — Herrscherin über ihre Kräfte und Schöpferin ganz neuer Naturgesetze, wie sie in der Kunst, Wissenschaft und Sittlichkeit zu Tage treten. Demnächst aber ist zu untersuchen, welche Mittel diese allgemeine Entfesselung des Geistes verursachen können; und weil erfahrungsgemäß die bisherigen Mittel ihren Zweck bei weitem nicht bei allen Menschen erreichen — warum dies so ist. Es ist eines der allgemeinsten Naturgesetze, welches nicht minder auf die geistigen Gebiete Anwendung findet, daß eine lebendige Kraft nur dann in die Erscheinung tritt, wenn vorher eine gleichgroße Spannkraft vorhanden war, und wenn diese ausgelöst wird. Eine eingeschlossene Menge Schießpulver enthält z. B. eine gewisse Menge Spannkraft von Gasen, welche ungemein lange wirkungslos bleiben kann, bis sie durch einen einzigen Funken ausgelöst wird; das Pulver verwandelt sich in die Gase, diese verlangen einen mehrtausendfach größeren Raum als den gegebenen, und beseitigen das Hinderniß der Ausdehnung an der nachgiebigsten Stelle, d. h. sie schleudern die Ladung soweit fort, bis ihre lebendige Kraft erschöpft ist. Im Gehirn eines noch unausgebildeten Künstlers schlummert eine gewisse Spannkraft von Nervenzellen, welche so lange wirkungslos bleibt, bis das Anschauen oder Anhören, oder Betasten eines angemessenen Natur- oder Kunstgegenstandes den Funken der Auslösung lebendiger Kraft liefert; die ausgelöste Nervenkraft wächst dann rasch auf Kosten andrer Nervenzellen und bildet sich zahllose neue an, bis ihre Nahrung erschöpft ist. Wir haben auch schon erkannt, daß wenn zwei ausgelöste Kräfte in fördernde Wechselwirkung treten, ihre Wirkung nicht eine Summe, sondern ein Produkt, je eine höhere Potenz ist, d. h. daß sie vereint mehr leisten, als sie vereinzelt bei der Zusammenzählung leisten, ja, daß sie höhere, noch nicht vorhandene Kräfte auslösen können. Wirken z. B. die elektrische Kraft galvanisirter Drähte und die mechanische Kraft der Tonwellen in passender Weise einander in die Hand — wie beim jüngst erfundenen Telephone — so kann mittels vieler galvanisirter Drähte dasselbe Musikstück an vielen verschiedenen Orten zugleich zum Gehör gebracht werden, selbst auf weite Entfernungen.

Allein Spannkraft oder Spannkräfte müssen gegeben sein, wenn lebendige Kraft entstehen soll. Die Auslösung durch einen Funken wirkt nichts, wo kein eingeschlossenes Schießpulver vorhanden ist, und das Anschauen, Anhören und Antasten eines auslösenden Nerveneindrucks hilft nichts, wenn keine anspruchsfähige Nerven-Spannkraft im Gehirn ist. Auf die menschliche Gesellschaft angewendet, haben wir das eben berührte Naturgesetz so ausgedrückt, daß zwar die Noth der Antrieb zu allem geschichtlichen Fortschritte (die auslösende Kraft) sei, daß sie aber nicht größer sein dürfe, als daß sie eben noch überwunden werden könne (in lebendige Kraft durch Ueberwindung des Hindernisses übergehen könne).

Gegen dieses Naturgesetz nun hat die Gesellschaft von jeher gesündigt und ist deshalb so langsam fortgeschritten. Seit es aber entdeckt und bewiesen ist, muß es nicht länger entschuldigt werden, wenn die Gesellschaft denen ihrer Mitglieder die Ueberwindung bedeutender Hindernisse zumuthet, in welchen sie weder eine dazu genügende Spannkraft, noch einen auslösenden Anstoß vorbereitet hat. Thut sie das — und sie thut es überall und immer ganz rücksichtslos — so ist das ebenso abgeschmackt, als wenn man einem Kinde die Leistungen eines Herkules zumuthen wollte.

Die Gesellschaft muthet nur gar zu oft die schwersten Herkules-Aufgaben den schwächsten Kräften zu, und sie kann sich nicht mit der Ausrede weißbrennen, daß man es den Leuten nicht ansehen könne, wie weit in ihnen die Spannkraft auslösbar sei; denn darüber sind noch nie und nirgends umfassende Untersuchungen angestellt, und gesichtete Erfahrungen gesammelt worden. Das Studium der Menschennatur steht noch in seinen Kinderschuhen. Die Vertheidiger der Gesellschaftspraxis können sich also blos auf diejenigen Fälle berufen, in welchen der Mitbewerb um ein künstlich erschwertes Dasein die Energie wirklich entfesselt hat; in der großen Mehrzahl der unglücklich abgelaufenen Fälle trifft die Gesellschaft und ihre Schönfärber der unabweisbare Vorwurf, daß sie selbst und allein die verunglückten Menschen auf dem Gewissen haben. Wer giebt denn der Gesellschaft das sittliche Recht, die Entfesselung der Energie jedes Einzelnen durch künstliche Hindernisse zu erzwingen, anstatt durch künstliche Erleichterungen sie zu befördern, wenn jenes Verfahren eine große Mehrheit zurück, anstatt vorwärts bringt, während dieses alle stärken und fördern kann? Die Antwort kann nur sein: Niemand giebt es ihr; sie nimmt es sich, von der herrschenden Minderheit dazu gezwungen. — Nun denn, wenn es rohe Gewalt ist, die sich an der Mehrheit vergreift, wozu dann noch auf eine fadenscheinige Entschuldigung sinnen, um eine künstliche Entrechtung annehmbar zu machen? Was kann diese Heuchelei helfen, die fast nur die Blödsichtigsten täuscht?

Wenn wir von Heuchelei reden, meinen wir mit den Heuchlern nur die wirklich verantwortlichen Schönfärber. Wir meinen jene klugen Professoren, welche es ganz rechtmäßig und menschlich finden, daß eine Lokomotive, ein Rennpferd, ein Schnellläufer und viele halb oder ganz Lahme auf dieselbe Wettbahn gestellt werden, auf welcher es nur zwei oder drei Preise giebt, und um die Wette zu laufen angehalten werden, und welche das nicht lächerlich, ja niederträchtig nennen, sondern „Entfesselung der Energie“ bei den halb und ganz Lahmen, wenn diese nur noch mehr durch das Dahintenbleiben entmuthigt werden. Denn das ist der Welt Lauf von heutzutage. Daß die Schönfärber heucheln, ergiebt sich auch sonst noch aus dem Widerspruch ihrer Thaten zu ihren Worten. Der König, der Kaiser und alle Adligen bedürften doch wohl, der wichtigen Stellungen wegen, die sie ausfüllen sollen, einer höchst bedeutenden Entfesselung der Energie; nun, warum nöthigt man sie nicht, als arme Proletarier das Leben anzufangen und sich ganz allmählig bis zur höchsten Staffel hinaufzudienen? Die Erben großer Reichthümer bedürfen doch wohl einer ganz besonderen Weisheit und Tugend, um ihr Erbe zum eignen und der Welt Nutzen zu verwenden; nun, warum werden sie nicht angehalten, als Laufburschen, Fabrikjungen oder Stiefelputzer ihre Energie zu entwickeln, um zu erben erst, wann sie es vollauf verdient haben? Auf diese und ähnliche Fragen werden die Schönfärber uns die Antwort immerdar schuldig bleiben. Aber ebenso auf folgende: Wir wissen von Erfindern, und zwar von Hunderten von Erfindern, von denen nur Josef Ressel, Wilhelm Bauer, der ungenannt gebliebene deutsche Erfinder der Nähmaschine und die unbelohnt gebliebenen Erfinder der Gummi-Vulkanisirung, die Gebrüder Goodyear von Boston, angeführt zu werden brauchen, und welche, aus den elendesten Verhältnissen emporstrebend, ein ungewöhnliches Maß von Energie in sich entfesselt, große Erfindungen oder Verbesserungen derselben wirklich gemacht haben, aber arm oder wahnsinnig gestorben sind, während der Gewinn daraus von ganz verdienstlosen Kapitalisten in die Tasche gesteckt wurde, und während die Gesellschaft für die Benutzung dieser Erfindungen unverhältnißmäßig hohe Preise bezahlen mußte, oder aber die Erfindungen gänzlich unbenutzt ließ. Hat denn nun die Gesellschaft bei dieser Art Entfesselung der Energie das mindeste Verdienst, und hat sie davon nur überhaupt einen entsprechenden Nutzen? Wiegt nicht die Verwüstung so vieler Geisteskraft höheren Ranges, welche, gehörig befördert, der Welt unschätzbare Dienste hätte leisten können, Alles auf, was die Gesellschaft schließlich ihr noch durch Privat-Diebstahl abgewonnen hat? Hier und da, bei außerordentlichen Gelegenheiten, kömmt es heraus, welches ungeheure Maß von Energie bei wirklicher Entfesselung derselben entwickelt werden kann, während es für gewöhnlich schamlos verwüstet wird. Die erste französische Revolution war eine solche Gelegenheit, weil es dem Convent mit der Entfesselung der Energie bei jedem Einzelnen wirklich Ernst war. Nicht nur zeigte sich das vereinzelte Frankreich dem gesammten gegen es verbündeten Europa an Macht überlegen, sondern es steckte den halben Erdkreis mit seinen neuen Ideen an, es wurde mit allem tausendjährigen Aberglauben rasch fertig, es entwickelte wissenschaftliche und künstlerische Leistungen, deren volle Würdigung selbst heute noch nicht möglich geworden ist, an deren hoher Bedeutung aber die Sachverständigen nicht zweifeln; es erhob sich aus tiefstem Elend zu einem beispiellosen Wohlstand und würde noch weit mehr haben leisten können, wenn es nicht an der ungeheuren ihm gestellten Aufgabe seine Geisteskraft hätte verbluten müssen.

Ein anderes solches Beispiel ernstlich entfesselter Energie geben die Vereinigten Staaten in den ersten achtzig Jahren ihrer Geschichte. Die rasche Vermehrung der Volkszahl, der Einzelstaaten, Städte und Ansiedlungen, ihrer gemeinnützigen Stiftungen, ihre beispiellosen Opfer für Erziehungszwecke, ihre Emporhebung von Millionen tief verwahrloster europäischer Einwandrer auf ein höheres Lebensgebiet, ihre zahllosen werthvollen Erfindungen und Entdeckungen, ihre Selbsterhaltungskraft dem mächtigen Europa gegenüber, kurz, ihre wundervolle Machtentfaltung bis zu dem Zeitpunkte hin, da die europäische Heuchelei diese Entwicklung durch Nachäffung unterbrach — wo hätten alle diese Leistungen ein ähnliches Beispiel in der Geschichte?

Die ernstliche Entfesselung der Energie kennt im Wesentlichen nur zwei Mittel, ihren Zweck zu erreichen: allgemeine Erziehung auf der Höhe der Zeit und Theilnahme eines Jeden an der Macht, welche das Eigenthum gewährt — kurz, geistige und leibliche Selbstständigkeit. Beide Mittel sind Erleichterungen der Entfesselung der Energie. Das erstere sammelt Spannkraft im Gehirne eines Jeden, das letztere giebt der gesammelten Spannkraft in einem freigewählten Wirkungskreise die Auslösung zur lebendigen Kraft. Was für armselige Wissenschafts-Stümper sind also doch diejenigen Sachwalter der bestehenden Gesellschaft, welche durch künstliche Schranken die Energie allgemein entfesseln wollen, durch Schranken der Erziehung und des Eigenthums-Genusses!

Wozu jene abgeschmackte Furcht, daß man den Leuten das Aufstreben zu höherer Lebenshaltung zu leicht machen könne? — Ist es euch Ernst damit, so müßt ihr ja stehenden Fußes das Erbrecht abschaffen und den Hauslehrer; ihr müßt jeden zwingen, jeder Art Schwierigkeit tapfer zu begegnen, der Armuth, der Verdummung und ihren Kindern, dem Aberglauben, dem Vorurtheil, dem Kastengeist, der Machtlosigkeit. Ihr müßt Alle über einen Kamm scheeren, sonst sieht jeder Denker sofort durch eure Scheinheiligkeit hindurch die Bezahltheit.

Um aber die ganze Nichtswürdigkeit der modernen gesellschaftlichen Heuchelei zu verstehen, muß man die Sittenprediger und ihre Gläubigen beobachten, wenn sie davon reden, wie man am weisesten wohlthätig sei. Um Himmelswillen nicht die Bettelei ermuthigen, lieber das gefallene Laster wieder zum Eintritt in unsere tugendhafte Gesellschaft vorbereiten! Keine Wohlthat ist angebracht, welche nicht die „Energie entfesselt“ im Empfäng Den Arbeitslosen Beschäftigung anweisen zu den möglichst niedrigen Löhnen, und die Verbrecher heilig sprechen, wenn sie vor aller Welt laut ihre Sünden bekennen und uns dadurch den Glauben beibringen, daß sie Kinder Gottes sind, das ist Wohlthat! Sparkassen gründen für Unmündige, damit schon die Kindlein Kapital auffammeln lernen, und die Bankhalter aus diesen Ersparnissen Zusatz-Prozente prägen können; und Waisenkinder in christlichen Familien unterbringen, damit sie als unbezahlte Haussklaven sich nützlich machen können, das ist gottwohlgefälliges Werk! Für langjährige treue Dienstboten Belohnungen aussetzen, für welche sie sich möglicht wenig kaufen können, damit sie lebenslang ihre Menschenwürde einer Emporkömmlings-Familie gegenüber verleugnen; und Frau und Kinder eines Arbeiters in gesundheits- und sittenverderblichen Fabriken ausnutzen, damit die Familie sich selbst erhalten und sich Seele für Seele entmenschen lassen könne, das ist Christenthum! Arbeiter, welche die Großproduktion bis auf das Mark ausgepreßt und dann auf das Pflaster geworfen hat, als Landstreicher polizeilich verfehmen und zum Selbstmord nöthigen; und den Strousbergen, Ofenheimen und Consorten christliche Vergebung angedeihen lassen, um ihre „Energie zu entfesseln“, das ist Recht und Sittlichkeit. In Ostindien die Menschen einmal jedes Dutzend Jahre zu mehreren Millionen verhungern zu lassen, um mit ihrem Arbeitsertrag ein paar hundert wilde Südsee-Insulaner zum Christenthum zu bekehren, das ist protestantische Gottseligkeit; und ganz Süd- und Westeuropa, Mittel- und Südamerika aus einem Bürgerkrieg in den andern zu stürzen, um „Gott allein die Ehre zu geben“, das ist katholische Gottseligkeit.

Wahrlich, man muß gestehen — die erfolgreichste aller Erfindungen ist die der Heuchelei, und die erstaunlichste aller Entdeckungen ist die des Erfolgs der Heuchelei!

Ueber Mittel und Wege zur Messung des Volkswohlstands.

In einer Sitzung der „Volkswirthschaftlichen Gesellschaft“ zu Berlin hielt vor einigen Monaten der berühmte Statistiker Dr. Engel einen Vortrag, so hochinteressant und nach vielen Richtungen hin belehrend, daß wir denselben nach dem uns vorliegenden von dem Vortragenden selbst ausgearbeiteten Bericht hiermit vollständig zum Abdruck bringen:

„Meine Herren! Das Thema, welches ich vor Ihnen zu entwickeln unternommen, verlangt ebensowohl eine Präzisirung als eine Begrenzung. Vor allem ist es nicht meine Absicht und liegt es auch außer meiner Aufgabe, über die Hebung des Volkswohlstandes zu sprechen. Nur mit der Messung desselben will ich mich beschäftigen. Die Hebung fällt in das Gebiet der Politik, die Messung dagegen ist recht eigentlich die Aufgabe der Statistik oder der amtlichen statistischen Bureaux. Zur Messung des Volkswohlstandes kann man sich leider nicht natürlicher Maße bedienen, wie dies z. B. bei der Messung der Zeit, bei Ausmessung des Raumes ꝛc. möglich ist, sondern man muß zu konventionellen Maßen, zu Symptomen seine Zuflucht nehmen. Hierbei kann es sich allerdings ereignen, daß man unrichtige Symptome für richtige hält. Bei den schon oft und vor längerer Zeit gemachten Versuchen, den Volkswohlstand zu messen, hat man die Consumtion zu Grunde gelegt, in den seltensten Fällen aber eine wirklich gemessene, sondern eine geschätzte, und diese ist außerordentlich trügerisch. Leider nur zu häufig ist die Schätzung das einzige Mittel zu einer qnantitativen Bestimmung. Bei der Messung der Consumtion hat man vorerst zwischen mittelbarer und unmittelbarer Consumtion zu unterscheiden. Für unsern Zweck handelt es um die unmittelbare Consumtion, d. h. um den Verbrauch an Gütern für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Gesundheitspflege, Unterricht, Seelsorge, Schutz der Personen und des Eigenthums. Da nur der Staat sich wohl befindet, in welchem einer größtmöglichen Menge von Bewohnern es möglich ist, ihren Lebenszweck zu erreichen und zu erfüllen, so kann also eine Durchschnittsconsumtion nur wenig lohnen, es kommt bei der Messung des Volkswohlstandes vielmehr darauf an, die Consumtion der einzelnen Individuen zu kennen. Wirkliche Untersuchungen dieser Art sind zuerst von dem Belgier Ducpetiaux unternommen worden. Sie liegen vor in dem klassischen Werke „Budgets économiques des classes ouvrières en Belgique 1853“. Fast gleichzeitig mit Ducpetiaux stellte der französische Senator Leplay seine Untersuchungen an. Als Berg- und Hüttenmann hatte und nahm er Gelegenheit, in allen Welttheilen Beobachtungen über den Zustand der Arbeiter, insbesondere der Berg- und Hüttenleute zu machen. Er wählte dazu aber gewisse typische Familien aus und studirte ihre Verhältnisse, namentlich ihre Einnahmen und Ausgaben aufs genaueste. Aus diesen beiden Werken habe ich vor mehr als 20 Jahren das Gesetz der Normalconsumtion entwickelt und zwar für drei verschiedene Wohlhabenheitsgruppen. Meine Arbeit ist erschienen im Jahrgange 1857 in der von mir begründeten Zeitschrift des königlich sächsischen statistischen Bureau, das ich damals leitete. Sind die Untersuchungen der Consumtion, wie die von Ducpetiaux und Leplay in der That sehr geeignete Maße des Wohlstandes, so fragt es sich nun, wie man zu solchen speziellen Zahlen über die Einnahmen und Ausgaben derjenigen Bevölkerungsschichten gelangen kann, welche die große Mehrzahl eines Volkes bilden, das sind die, deren Jahreseinnahme die Summe von 3000 M. nicht übersteigt. Es handelt sich hierbei um wirkliche Haushaltungen, nicht um sogenannte Etats, denn nicht auf das „Soll“, sondern auf das „Ist“ kommt es an. Mit den sogenannten Arbeiterbudgets hat man seltsame Erfahrungen gemacht; sie weisen stets ein Defizit nach, nicht aber, wie es gedeckt wird.

„Bis jetzt sind freilich gute und zuverlässige Messungen der Consumtion noch sehr vereinzelt. Auf ihre allgemeine Einführung ist auch schwer zu rechnen, denn die wenigsten Menschen sind geneigt, sich bis auf den Magen sehen zu lassen. Weil sich nun der Consumtionsmessung so große Schwierigkeiten entgegenstellen, hat man die Produktion zu bemessen versucht; hier fällt nun sofort auf, daß alles, was consumirt wird, zwar vorher produzirt werden muß, daß jedoch nicht alles consumirt zu werden braucht, was produzirt ist. Gerade dieses Mehr der Produktion ist es aber, welches zu Zeiten große Krisen herbeiführt. Um zu erkennen, ob eine Mehrproduktion vorhanden, ist man also wieder auf die Consumtion, die das Minimalmaß der Produktion ist, angewiesen.

„Um die Produktion zu messen, giebt es verschiedene Wege. Ermittelung der Zahl der Produzenten mit Unterscheidung ihrer Berufsarten, das ist die Aufgabe der Berufsstatistik, die man häufig mit Volkszählungen zu verbinden sucht, ferner Ermittelung der Zahl der Betriebsstätten, ihres Verbrauches an Rohmaterial, ihrer Produktion und des Werthes ihrer Produkte.

Das ist die Aufgabe der Produktions- oder Gewerbestatistik. Tritt man der Sache näher, so findet man freilich, daß auch mit einer Produktionsstatistik das im Thema ausgesprochene Ziel nicht zu erreichen ist. Gleich der wichtigste Zweig derselben läßt uns schon im Stich. Die Ackerbaustatistik beruht fast überall nur auf Schätzungen des Anbauverhältnisses und des Ertrages des Bodens an den Cerealien ꝛc. Die Gewerbestatistik in Deutschland geht gar nicht auf den Verbrauch und die Erzeugung ein; sie mißt nur die produktiven lebenden und todten Kräfte. In andern Staaten ist dies zwar anders, allein in Betreff der Industriestatistik sind wir alle von den Amerikanern überholt worden. Die Amerikaner zeichnen sich durch eine großartige Auffassung in Stellung der Fragen aus, in Fragen, die hier gar nicht gestellt werden könnten, ohne den tiefsten Unwillen zu erregen.

„Ein anderes Mittel, den Volkswohlstand zu messen, glaubt man in der Statistik der Gütervertheilung oder des Handels und Verkehrs gefunden zu haben. Die sogenannte Handelsbilanz beruht ganz und gar hierauf. Wie trügerisch diese ist, das lehrt ein einfaches Beispiel. Gesetzt, ein reiches Land sei bei einer Menge industrieller und kommerzieller Unternehmungen in einem andern minder reichen Lande betheiligt, das seine Grenzen aber gegen das erste Land ziemlich verschlossen hält. Es findet deshalb dahin so gut wie kein Export statt. Dagegen werden die Dividenden aus den Unternehmungen im zweiten Lande, die zum großen Theil mit dem Kapital des erstern errichtet wurden, diesem in Form von Produkten gewährt; es findet also aus dem zweiten (dem ärmern) eine beträchtliche Einfuhr in das erstere (das reichere) statt. Das würde nun nach landläufiger Meinung eine ungünstige Handelsbilanz sein, ist es aber nicht entfernt. Den Volkswohlstand an der Handelsbilanz zu messen, ist daher ein vergebliches Beginnen.

„Wir sehen, daß es also mit der Statistik der Produktion nicht viel besser bestellt ist als mit der Statistik der Consumtion, daß es uns mithin zur Zeit an guten zuverlässigen Mitteln fehlt, den Volkswohlstand zu messen. Ja, und wenn diese Mittel auch besser wären, als sie sind, so fehlt ihnen eine überaus wichtige Eigenschaft: die Messung nimmt zu viel Zeit in Anspruch. Was uns hauptsächlich fehlt, das ist ein Maß, welches auf der Stelle lehrt, oder doch in möglichst kurzer Zeit angiebt, wie sich das Volk befindet. Ob diese Aufgabe der Statistik, in jedem Augenblicke zu wissen, wohin wir steuern, erreicht werden kann, das ist freilich eine andere Frage. Hier muß ich wieder auf Amerika zurückkommen. In Boston, der Hauptstadt des Staates Massachussets, ist vor acht Jahren behufs fortlaufender statistischer Erhebungen über die Verhältnisse derjenigen Bevölkerung, welche ihre Arbeitskraft gegen Gehalt oder Lohn zu vermiethen gezwungen ist und wirklich vermiethet, ein Bureau (Bureau of Statistic of labor) errichtet worden, welches so organisirt ist, daß es schon nach wenigen Monaten einen umfassenden Aufschluß über die jeweilige Gestaltung der Erwerbs- und Arbeitsverhältnisse zu geben vermag. Die von diesem Bureau gestellten Fragen bewegen sich indeß, trotz ihrer eindringlichen Art, vielfach nur im Allgemeinen. Man würde ohne Zweifel zu einem besseren Ergebnisse gelangen, wenn man das in Massachussets übliche Verfahren mit der Methode des von Ducpetiaux angewandten verquicken wollte. Noch besser wäre es, wenn man ähnlich den meteorologischen Beobachtungsstationen, ein Netz wirthschaftlicher Beobachtungsstationen über das Land ausspannen und diesen zur Pflicht machen würde, etwa vierteljährlich genaue Nachweise der Einnahmen ausgewählter Familien aller Klassen an eine Centralstelle zu senden; hier müßten diese Nachweise (selbstverständlich ohne Nennung von Namen) vierteljährlich zusammengestellt und in entsprechender Weise veröffentlicht werden. Geschehe das, ähnlich wie es jetzt in Massachussets geschieht, so würde man die Mittel besitzen, Zu- oder Abnahme des Wohlstandes zu beurtheilen, mit andern Worten, zu messen. Gleichzeitig würden die Veröffentlichungen in gewissem Sinne wenigstens auch als Warnungen in der einen oder andern Richtung dienen können. Wenn z. B. aus den Mittheilungen sich ergäbe, daß die Einnahmen aus Gehältern und Löhnen rasch wachsen, daß sie eine starke Tendenz zum Steigen haben, so ließe sich daraus schließen, daß eine Ueberproduktion entweder schon eingetreten oder doch im Anzuge sei. Würde man aus der Natur der Ausgaben ersehen, daß diejenigen für luxuriöse Zwecke, Prassereien ꝛc. ein starkes Atom bilden, daß nichts oder unverhältnißmäßig wenig von den reichlichen Einnahmen als Spar- und Nothpfennig zurückgelegt wird, so könnte daraus auf eine unausbleibliche Kalamität der auf Gehalt und Löhne angewiesenen Volksklassen geschlossen und dieser durch bessere Gelegenheit und größern Reiz zum Sparen vielleicht in Zeiten vorgebeugt werden. Gelänge der amtlichen Statistik dies, so hätte sie damit ihre wichtigste und größte Aufgabe erfüllt. Schnell zu messen, das namentlich ist wichtig; Messungsresultate, die erst nach einem längern Zeitraume publizirt werden, haben leider mehr einen historischen als Gegenwartswerth.

„Allerdings ergeben diese vierteljährlichen Zusammenstellungen kein genaues Bild des jeweiligen Volkswohlstandes; sie gleichen eben nur den Rohbilanzen eines kaufmännischen Geschäfts, die dessen Lage niemals genau darstellen, durch die monatlichen oder vierteljährlichen Vergleiche untereinander aber doch höchst lehrreich für den Geschäftsinhaber sind.

„Mit Hülfe jener Quartalsübersichten ist dann von Zeit zu Zeit der rohe Vermögensstatus der Nation aufzumachen. Freilich fehlt es gegenwärtig noch immer an genauen Bestimmungen darüber, welches die Aktiva und die Passiva der Nation sind und welche Posten auf der Seite der Einnahme, welche andern auf der Seite der Ausgaben zu buchen sind. Ueber diese Schwierigkeit wird indeß am ehesten hinwegzukommen sein. Giebt doch die Gesetzgebung und zwar das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch Anhaltepunkt hierin zur Genüge. Leider verbietet eine gewisse Prüderie, das wichtigste Aktivum, den Menschen selbst, in die Bilanz einzusetzen. Das Erziehungs- und Bildungskapital, welches in den lebenden Bewohnern eines Staates verkörpert ist, überragt alle andern Werthe im Staate in kolossalster Weise. Nun kann freilich nicht von dem Werthe jedes einzelnen, sondern nur von dem der Gesammtheit die Rede sein, obgleich die neuere Gesetzgebung bereits damit vorgegangen ist, sogar den individuellen Werth des einzelnen Menschen in einer Ziffer auszudrücken. Das Haftpflichtgesetz stellt bekanntlich die Werthschätzung eines tödtlich oder auch nicht tödtlich Verunglückten dem Ermessen des Richters anheim. Führt man wirklich das Erziehungs- und Bildungskapital der Menschen mit unter den Aktiven, stellt man den jährlichen Zugang an produktiven Jahren unter die Einnahmen, den Abgang unter die Ausgaben, dann wird man erst sehen, was die Nation in einzelnen Jahren gewonnen, was sie verloren hat."

Wir beschränken uns auf zwei Andeutungen. Der Satz, daß „nur der Staat sich wohl befindet, in welchem einer größtmöglichen Menge von Bewohnern es möglich ist, ihren Lebenszweck zu erreichen und zu erfüllen" ist entweder falsch oder er ist unrichtig ausgedrückt. Die „größtmögliche Menge von Bewohnern" erreicht und erfüllt ihren Lebenszweck in jedem Staat, auch in dem jetzigen — d. h., alle diejenigen Bewohner, denen es durch die herrschende ökonomische Ordnung der Dinge möglich gemacht wird. Das Schlimme ist nur, daß diese „größtmögliche Menge" bisher stets eine verhältnißmäßig sehr kleine war. Und der Staat hat sich dabei nie wohl befunden, und befindet sich nicht wohl. Das weiß Dr. Engel so gut wie wir, auch wahrscheinlich noch besser. Was er sagen wollte, war unzweifelhaft: „Das Wohlbefinden des Staats ist nach der Zahl der Bewohner zu messen, denen es möglich ist, ihren Lebenszweck zu erreichen und zu erfüllen. Je größer die Zahl dieser Bewohner, desto größer das Wohlbefinden des Staats" — das ist richtig. In dieser Fassung acceptiren wir den Satz und ziehen daraus die sozialistische Schlußfolgerung:

> Vollkommen wohl befindet sich nur der Staat, in welchem es **sämmtlichen** Bewohnern möglich ist, ihren Lebenszweck zu erreichen und zu erfüllen.

Nun zum zweiten Punkt.

Die Wichtigkeit einer umfassenden und verläßlichen Produktions- und Consumtionsstatistik unterschätzen wir sicherlich nicht. Um speziell die von Dr. Engel angestreifte Frage der „Ueberproduktion" und Krisen zu nehmen, so ist sozialistischer Seits bei tausend Gelegenheiten schon darauf hingewiesen worden, daß zur Verhütung von Ueberproduktion und Krisen, zur Herstellung der Harmonie von Produktion und Consumtion eine nationale und internationale Produktions- und Consumtionsstatistik absolut unerläßlich ist, indem sie die Grundlage bietet, auf welcher die Regelung von Consumtion und Produktion sich erst mit Sicherheit durchführen läßt. Aber die heutige Gesellschaft ist außer Stande, von dieser Grundlage Gebrauch zu machen, weil die wirksame Regelung von Produktion und Consumtion nicht innerhalb des Rahmens der privat-kapitalistischen Produktion, also nicht auf dem Boden der heutigen Gesellschaft erfolgen kann. Die amerikanische Statistik hat, wie Dr. Engel ja hervorhebt, in dieser Beziehung Ansehnliches geleistet — hat es die „Ueberproduktion" in Amerika, die tolle Konkurrenz und Spekulation der amerikanischen Bourgeois gehindert? Auch nur einen Hemmschuh angelegt? Die furchtbare Intensivität, mit der die Krisis in Amerika wüthet, giebt uns die Antwort. In andern Ländern wird die Statistik sich ebenso ohnmächtig erweisen. Die privat-kapitalistische Produktion läßt eben, ihrer ganzen Natur nach, keine Regulirung zu, spottet jedes Versuchs der Regulirung. Oder — sie hört auf privat-kapitalistische Produktion zu sein. Regulirte Produktion und Consumtion — Gleichgewicht zwischen beiden — das ist nicht mehr Bourgeoiswirthschaft, **das ist Sozialismus.**

Zur Unterrichtsfrage.

Bekanntlich wird der Sozialdemokratie von vielen Seiten der Vorwurf gemacht, daß sie nur Ideale im Auge habe, nur solche Ziele, deren Verwirklichung niemals in Aussicht stände. Diejenigen, die solches behaupten, wissen freilich nicht, oder wollen vielmehr nicht wissen, daß das sozialistische System allerdings nicht auf der Grundlage der heutigen Verhältnisse errichtet werden kann, sondern, daß es vor allen Dingen nothwendig ist, sich über jene engen Schranken hinwegzusetzen, die in Form „gesellschaftlicher Regeln" der individuellen Entwicklung einen mächtigen Damm entgegensetzen.

Betrachten wir einmal von diesem **Gesichtspunkte** aus die Unterrichtsfrage.

Schon zum Oefteren ist auch **außerhalb sozialistischer Kreise** von vorurtheilsfreien Männern die Frage angeregt worden, ob es nicht gut sei, die höheren Lehranstalten dem Volke in derselben Weise zugänglich zu machen wie die Elementarschulen. Hervorgehoben wurde dabei auch, daß jetzt dem Staate viele tüchtige Kräfte entzogen würden, daß es manchem begabten Kopfe nur an den nöthigen äußern Mitteln zur weiteren Ausbildung fehle.

So wurde wohl der Nutzen der freien unentgeldlichen Schulpflege auch für die höheren Bildungsanstalten eingesehen, doch es kam nicht zur Ausführung, wie man ja auch leicht voraussehen konnte. Denn einerseits braucht der Staat sein Geld zu andern „wichtigeren" Zwecken, andererseits kann man es doch den Herren Aristokraten und Bourgeois nicht verdenken, wenn sie sich sträuben, daß ihre lieben Söhnchen mit dem Proletarierjungen auf einer und derselben Schulbank sitzen sollen. Auch ist es ohnedies nicht gut, wenn das Volk allzusehr aufgeklärt wird, da es ja jetzt schon klüger ist, als den Herren eigentlich lieb sein kann. — Ein intelligentes Volk läßt sich freilich leichter leiten, aber ein dummes Volk läßt sich leichter beherrschen.

Nun sind die Sozialisten aber so „unverschämt", noch vielmehr zu verlangen. Mit dem freien Schulgelde ist die Sache noch nicht abgemacht; sämmtliche Bildungsmittel sollen unentgeldlich sein. Deshalb müssen die höheren Vorbildungsschulen auch derart vermehrt werden, daß der Schulbesuch den Unbemittelten auch ermöglicht wird. Daß dies in genügender Weise nur in einem sozialistischen Staate, wo die Staatsmittel lediglich zum Wohle der Staatsbürger und zur Bildung des Volkes verwandt werden, möglich ist, dürfte wohl einleuchten. Die Sozialdemokratie will jedem Einzelnen die Möglichkeit zur möglichst großen Ausbildung geben und zwar strebt sie dies in der heutigen Gesellschaft an und wird es in der Zukunft vollständig durchzuführen wissen. Denn es ist eine offenbare Ungerechtigkeit, daß so manchem reichen Dummkopfe die Quellen der Wissenschaft erschlossen werden, aus denen er doch nicht zu schöpfen versteht, während der intelligente Proletarier höchstens schreiben, lesen und rechnen lernt. —

Denkt man sich nun die Menschheit durch den freien Unterricht bis hoch hinauf zu den Universitäten aus den Banden der Finsterniß mehr und mehr erlöset, denkt man sich, daß die größere Bildung immer bessere Lehranstalten erzeugt, so wird leicht durch die geistige Collektivarbeit zur Wahrheit gemacht, was jetzt der einzelne Verständige selbst Utopien nennt, es wird leicht realisirt, was jetzt der Einzelne nur ein unerreichbares Ideal nennt. —

Begegnen wir nun bei dieser Gelegenheit noch einem Einwurf, der vielfach von gutmüthigen Gegnern uns gemacht wird.

Wenn Jedermann wissenschaftlich gebildet ist, lautet er, wer soll dann die niedrige Arbeit verrichten?

Antwort: Niedrige Arbeiten giebt es überhaupt nicht, jeder Arbeiter ist ein nützliches Mitglied der Gesellschaft, ein Glied der Kette, durch welche die Menschheit zu einem schönen, harmonischen Ganzen zu ihrem Glücke verbunden werden soll. Während heutzutage oft genug Dummköpfe und Faullenzer kraft ihres Geldes höhnisch auf den Klugen, Aermeren herabblicken können, so wird später nur derjenige geachtet sein, der seiner Pflicht gegen die Gesellschaft nachkommt, mag diese Pflicht nun in mehr körperlicher oder mehr geistiger Arbeit bestehen.

In keinem Falle können wir irgend einen Einwand gelten lassen, der einen hohen Bildungsgrad gefährlich für das Volk selbst und für die Entwicklung desselben in moralischer und materieller Hinsicht erachtet; bei näherer Betrachtung sehen wir immer das leitende Motiv bei solchen Einwänden in dem Umstande, daß derjenige, der denselben macht, bewußt oder unbewußt, in den Fesseln des Kapitalismus und der gegenwärtig herrschenden gesellschaftlichen Anschauungen sich befindet.

Verschiedenes.

— Die Statistik ist eine Wissenschaft, die allerdings noch wenig gepflegt wird, aber trotzdem schon dem Sozialismus Thür und Thor öffnet. Sie zwingt die Regierungen und die herrschenden Parteien zur Anerkennung des Nothstandes, sie zeigt aber auch, daß die Demoralisation des Menschen an Seele und Leib vielfach durch fortwährende Noth hervorgerufen wird. Sie fordert gebieterisch Abhilfe und in der Zeit, in welcher die Regierungen allerlei kindliche Projekte schmieden zur Abhilfe der herrschenden Kalamität, in welcher die herrschenden Klassen sich in's Fäustchen lachen über die Noth des Volkes, die ihnen Profit bringt, in derselben Zeit kommt das Volk zur Erkenntniß und eilt zur Fahne des Sozialismus, der allein die Noth, den großen Feind der Menschheit, bezwingen kann.

Die Statistik aber befördert solche Erkenntniß ungemein. Nach einem Nachweis des preußischen Cultusministeriums in Bezug auf das Blinden- und Taubstummenwesen befanden sich im Jahre 1875 (und das Verhältniß ist dasselbe geblieben) in Preußen, soweit sie angemeldet und vollständig erblindet oder taubstumm sind, 1050 blinde Kinder zwischen 8 und 16 Jahren, und 6521 Taubstumme in demselben Lebensalter. Davon wurden unterrichtet in den betreffenden Anstalten 2613; in Ortsschulen 1674; und ohne Unterricht blieben 3274.

Auf die Provinzen (geordnet nach dem Verhältniß zur Seelenzahl) vertheilten sich

1. Die blinden Kinder:

	Absolute Zahl	Es kommt eines auf Seelen
In Pommern	92	15559
Hohenzollern	4	16390
Schlesien	206	17995
Posen	88	17996
Hannover	106	18468
Schleswig-Holstein	46	21646
Brandenburg	117	24474
Preußen	122	25717
Hessen-Nassau	51	27453
Westfalen	56	31703
Sachsen	64	32869
Rheinprovinz	98	36520
Im ganzen Staat	1050	23469

2. Die taubstummen Kinder:

In Preußen	2076	1511
Posen	798	1984
Pommern	679	2108
Hohenzollern	20	3278
Hessen-Nassau	350	4000
Schlesien	619	5988
Hannover	323	6060
Brandenburg	472	6066
Rheinprovinz	532	6727
Sachsen	302	6956
Westfalen	246	7215
Schleswig-Holstein	104	9574
Im ganzen Staat	6521	3779

Der Einfluß der sozialen Verhältnisse tritt hier offenkundig zu Tage, besonders in Betreff der Taubstummen; in den wohlhabenden Provinzen befanden sich 6 bis 8 mal weniger, als in den ärmeren Provinzen.

Also auch das Fehlen der edelsten Sinne ist eine Folge des Nothstandes, eine Folge der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die armen Kinder müssen schon den Fluch unserer heutigen gesellschaftlichen Unordnung, unserer heutigen Produktionsweise in grauenvoller Weise tragen. Und doch werden diese Zustände von allen Seiten gepriesen, und doch thut man von Seiten der herrschenden Gesellschaft nichts, diesen Zuständen endgiltig zu steuern. — Blinden- und Taubstummenanstalten können ja niemals diese Krankheiten aus der Welt schaffen, sie lindern etwas, um manchmal den Schmerz in der Brust der Kinder durch Erkenntniß ihres Elends noch mehr aufflammen zu lassen.

— Die französische National-Bibliothek zu Paris in der Rue de Richelieu hat nach dem vorliegenden Berichte, welcher das vergangene Jahr (1876) behandelt, einen bedeutenden Aufschwung genommen. Im Jahre 1875 belief sich die jährlich zu verwendende Summe auf 114,000 Francs, durch den Zuschuß der Nationalversammlung ist dieselbe auf circa 160,000 Francs gesteigert worden, zu denen noch an 5000 Francs Zinsen kommen aus der Stiftung des Herzogs von Otranto. Diese Gesammtsumme von 170,000 Frcs. ist in dem abgelaufenen Jahre 1876 verwendet worden; wir führen nur die Tausende an und übergehen die Hunderte; für Druckwerke (Bücher) — 86,000 Francs; für geographische Karten, Pläne u. s. w. — 5000 Francs; für Manuscripte — 32,000 Francs; für das Medaillen-Cabinet — 32,000 Francs; für das Kupferstich-Cabinet — 25,000 Francs, und für die Departemental-Bibliotheken, als Zuschuß, 18,000 Francs. — Dieses gigantische Lehrmaterial, dessen Bauwerk fast ein ganzes Stadtviertel einnimmt — einen Hauptheil dieses Bauwerkes bildet das alte Palais des Cardinals Mazarin — besteht z. B. aus beinahe zwei und einer halben Million Bänden.

— Klassen- und Einkommensteuer. In Preußen wird an jährlicher Klassen- und Einkommensteuer pro Kopf gezahlt in dem Regierungsbezirke Gumbinnen 1,10 M., Bromberg 1,36, Königsberg 1,38, Marienwerder 1,42, Posen 1,42, Cöslin 1,52, Danzig 1,59, Oppeln 1,76, Trier 1,90, Frankfurt 2, Liegnitz 2, Koblenz 2,17, Aachen 2,20, Stettin 2,28, Minden 2,32, Münster 2,38, Kassel 2,44, Merseburg 2,46, Breslau 2,51, Lüneburg 2,57, Hannover 2,64, Potsdam 2,64, Osnabrück 2,66, Stralsund 2,70, Erfurt 2,70, Arnsberg 2,94, Schleswig 3,12, Düsseldorf 3,25, Magdeburg 3,47, Köln 3,93, Wiesbaden 3,95 M. Durchschnittlich fallen auf den Kopf der Bevölkerung ungefähr 22½ Sgr. Klassen- und Einkommensteuer, während die als Kopfsteuer gleichmäßig wirkende indirekte Salzsteuer auf den Kopf der Bevölkerung ungefähr 12½ Sgr. ausmacht. Nun rechne man noch die übrigen indirekten Steuern.

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne-ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heise, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 88. Sonntag, 29. Juli. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat August u. Septbr. zu 1,10 werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurienstr. 3, für **Hohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Zum Gesundheitszustand in den großen Städten.

Berlin, den 24. Juli.

Leben und Tod während des Hochsommers in der Reichshauptstadt und deren Umgegend.

Die Bewohner Berlins und der Umgegend befinden sich gegenwärtig in dem „Kampf um's Dasein" in einer noch übleren Lage wie die Bewohner des alten Pharaonen-Reiches — nachdem Moses durch den Zorn der Götter zehn Plagen über dieselben gebracht hatte — weil der Sensenmann im Hochsommer seine Ernte durch Hitze schneller reift und vergrößert, indem er selbst den Staub der Straße zu seinem Diener macht und in die Lunge der Residenzbewohner treibt, ihm die einer Fläche von 721 Morgen Kloaken, Rinnsteinen und Wasserläufen entsteigenden Miasmen der Hauptstadt behülflich sein müssen, um Menschen und Vieh Verderben, Krankheit und Tod zu bringen, indem sie Luft und Wasser der Umgegend der Residenz verpesten, so daß die Sterblichkeit der Umgegend um 3,69 Proz. größer ist als in Berlin selbst. Tausende von todten Fischen bedecken die Oberfläche der Seen, der Havel und Spree, der Milzbrand dezimirt das Wild des Waldes und 1721 Stück Damm- und Rothwild, 300 Pferde und Rindvieh werden weggerafft, wofür der Staat eine fünftel Million Mark zu bezahlen hat. So gießen von Hochsommer zu Hochsommer die Verderbenbringer immer neue Schalen ihres Zornes auf die Reichshauptstadt und deren Umgegend aus. Die Raupen weideten das Waldesgrün von circa 100 Morgen in der Nähe der Stadt ab, dann vernichteten Jahres darauf die Heuschrecken die Ernten von 1700 Bewohnern des Teltower Kreises, jetzt tauchen immer neue Gestalten, wie die Maulwurfsgrille (Erdkrebs), auf und zerstören die Früchte des Friedens, und der Todesengel in Gestalt eines Insekts, Fliege, Mücke, fordert von der Erstgeburt das Leben, oder in Form von Brechdurchfall und Infektionskrankheiten, besonders das flackernde Licht der Neugeborenen, er löscht die Lebensfackel der Wöchnerinnen und Lungenkranken aus, oder dezimirt durch epidemische Krankheiten, Typhus und Cholera die Bevölkerung der Hauptstadt.

Wenn trotz alledem nichts Ernstliches gegen solche Plagen unternommen wird und über Anträge auf sanitätliche Verbesserungen in der Stadtverordneten-Versammlung zur Tagesordnung übergegangen, dagegen durch Anlagen des Viehhofs-Kanals in die Panke diese geradezu zum Giftbache gemacht wird, wenn Wasservorräthe ferner durch Dampfkraft und Röhrenleitung in die Häuser eingeführt werden, denen eine zweckmäßige Vorrichtung zur Abführung des verdorbenen und schmutzigen Wassers fehlt und zugleich mit der Einführung solcher Wassermengen das System der Water-Klosets als ein Mittel zur Fortschaffung faulender Stoffe angewendet werden, wenn ferner bei dem Mangel geeigneter selbstspülender Abzugskanäle die fauligen Gewässer nicht allein nicht in das Erdreich dringen und sich mit dem Jahrelang nicht abgeführten Kloakenwasser vereinigen und die Kellerwohnungen verderblich machen, sowie die Brunnenwasser derartig vergiften, daß man mit einem Glase Wasser Ruhr, Durchfall und den Tod trinken kann, daß diese fauligen Gewässer auch die Luft schwängern und allen Sauerstoff daraus entziehen, so ist es ganz natürlich, daß der Gesundheitszustand Berlins grade im Hochsommer ein sehr trauriger sein muß.

In solcher Luft wächst die Gefahr der Entbindung der Mutter und die Erhaltung ihres Säuglings, bei einer Krankheit des Vaters sind die Chancen seiner Wiedergenesung um ein volles Drittel geringer, als in einer reinen Atmosphäre; hierdurch ist auch der Umfang und das Gebiet der vermeidlichen und der epidemischen Krankheiten in Berlin nicht allein in stetem Zunehmen, sondern die epidemischen Krankheiten stellen sich auch von Hochsommer zu Hochsommer früher ein, wie dies aus den amtlichen statistischen Nachrichten hervorgeht, nach denen die Zahl der an Durchfall dahingerafften Kinder unter 15 Jahren 1872 erste Juniwoche von 117 bis 1. August auf 249 stieg und im Oktober auf 33 fiel, 1873 erste Juniwoche von 63 bis 1. Juli auf 313 stieg und im November auf 33 fiel, 1874 4. Mai von 62 bis 20. Juli auf 475 stieg und bis letzten November auf 30 fiel; 1876 bezifferte sich in der 25. Jahreswoche die Zahl der an Darmkatarrh Gestorbenen auf 91 und an Brechdurchfall auf 172; in derselben Woche 1877 auf 110 und 293, und erreichte in der letzten Woche die exorbitante Höhe von 918.

Nachdem die schwächeren Kinder dahingestorben und die überlebenden herangereift sind, beträgt in Berlin das versicherungsfähige Lebensalter derjenigen, die ihr 20. Lebensjahr erreicht haben 47,48 Jahre, das heißt mehr als 10 Jahre weniger, als das in den größeren Städten Englands. Da ist es denn allerdings kein Wunder, daß die Todesfälle durch Krankheiten der Respirations-Organe und Infektion 41,6 und die Darmkrankheiten, die der Störungen der Entwickelung und Ernährung 35,14 Proz. betragen, der Typhus stationär geworden ist und Cholera und Flecken- resp. Hungertyphus an die Thore klopft, so daß Berlin für das ganze Land die Bedeutung eines Pestheerdes hat, auf welchem von Hochsommer zu Hochsommer seit den letzten 10 Jahren eine Viertel Million Menschen durch diese vermeidlichen Krankheiten geopfert worden sind.

Die größte Zahl der Opfer hat natürlich der „kleine Mann" zu bringen, er kann sich der Luft und den Einflüssen durch keine Badereise 2c. entziehen, er muß mit Frau und Kind in der durch Grundwasser affizirten Kellerwohnung oder unter den glühenden Dächern der Mansarden bleiben und ein Familienmitglied nach dem andern dem Sensenmann überliefern, was aus den amtlichen Sterblichkeits-Listen nur zu deutlich hervorgeht, denn es starben durchschnittlich seit 1871:

im 33.	Polizeirevier	18,79,
„ 38.	„	18,78,
„ 2.	„	19,63,
„ 8.	„	55,77,
„ 43.	„	57,35,
„ 10.	„	60,72.

Und dies Verhältniß hat sich bis dato nicht gebessert, ja in einzelnen Medizinalbezirken ist die Differenz sogar noch größer als 42 Proz., wie z. B. Oranienburger Vorstadt und Spandauer Revier (5. und 6. Reichstagswahlkreis).

Für die mit den Verhältnissen Berlins nicht betrauten Leser bemerken wir, daß die drei Polizeireviere (33, 38 und 2) mit der günstigen Sterblichkeit fast durchweg von wohlhabenden Leuten bewohnt sind, die drei Reviere mit der dreifach größeren Sterblichkeit aber zu den Quartieren der Armuth gehören.

Diese aus den vorstehenden Zahlen ersichtliche höhere Sterblichkeit der Armen wird übrigens durch die Statistik immerfort bestätigt.

So giebt eine Sterblichkeitstabelle, zusammengestellt für die Jahre 1863 1869 in der Stadt Danzig, folgendes Ergebniß Es starb, die Bevölkerung nach Klassen der Steuer getrennt, bei einem Communalsteuerbetrag

von	9 Gr.	einer von		25,67	Menschen,
„	21	„	„	29,56	„
„	48	„	„	30,95	„
„	105	„	„	42,92	„
von mehr als	106	„	„	52,60	„

Also auch hier doppelt große Sterblichkeit unter den Armen. Die Sterblichkeit in derselben Periode ist nach dem Verhältniß des mehr oder minder engen Zusammenpferchens folgende: Es starb bei einer Einwohnerzahl von

50 und mehr	auf ein Haus	einer von		27,46	Menschen,
50 bis 24	„ „	„	„	28,61	„
24 bis 18,50	„ „	„	„	32,10	„
18,50 und weniger	„ „	„	„	38,65	„

In Danzig also macht sich in vorstehender Weise das engere Zusammenwohnen durch erhöhte Sterblichkeit kenntlich; und wo finden wir denn in Berlin noch Häuser, in denen nur 24 Menschen wohnen?

Noch viel grellere Streiflichter wirft aber die Kindersterblichkeit auf diese Zustände! Allein an Krankheiten, die aus schlechter Ernährung und aus Diätfehlern entstehen, starben in dem oben angegebenen Zeitraum in Danzig bei der reichsten, höchst besteuerten Gruppe 48 Proz. unter, bei der ärmsten, niedrigstbesteuerten Gruppe 65 Proz. über dem Durchschnitt! Aber auch in Berlin ist die Kindersterblichkeit, soweit wir sie in Zahlen darstellen können, eine übermäßig starke; denn während auf 10,000 Lebende 1074 Kinder im ganzen Lande bis zum 5. und 6. Lebensjahre kommen, hatte Berlin deren 1871 nur 885 und seit den letzten Jahren nur 800.

Aus den von uns angeführten Zahlen geht nun zur Genüge hervor, daß die schlechten Lohn- und Lebensverhältnisse und die dadurch bedingte schlechte Wohnung nicht nur das Wohlergehen der arbeitenden Volksklasse untergraben, sondern direkt am Leben schädlich wirken. F. K.

Ein Arbeiteraufstand in den Vereinigten Staaten.

Als wir vor acht Tagen die Hinrichtung der zehn Arbeiter in Pennsylvanien meldeten, schien es uns allerdings sehr wahrscheinlich, daß dieser Akt der Klassenjustiz zu Repressalien führen würde, wir hatten aber keine Ahnung davon, daß wir uns vor dem unmittelbaren Ausbruch eines großartigen Arbeiter-Aufstandes befanden, der sich über mehrere Staaten der Union erstrecken und zu blutigen Kämpfen, förmlichen Schlachten von bis jetzt zweifelhaftem Ausgang führen sollte. Ob die Molly Maguires an der Sache betheiligt sind, darüber fehlt uns jeglicher feste Anhaltspunkt, wenn wir auch beinahe genöthigt sind es anzunehmen. Denn Thatsache ist, daß unmittelbar nach der Massenhinrichtung in Pennsylvanien (außer den zehn, von denen wir berichtet, wurden kurz darauf noch drei Arbeiter gehängt) an verschiedenen Werkzeugen der Klassenjustiz Akte der Gewaltthätigkeit geübt wurden, und daß die Aufregung in den Kohlenbezirken das Aeußerste erwarten ließ. Die Vermuthung wird dadurch bestärkt, daß der Aufstand mit besonderer Heftigkeit in Pennsylvanien auftritt. Aber — und darin liegt das bis jetzt räthselhafte — die Telegramme reden nur von einem Aufstand der Eisenbahnbeamten, denen sich allerdings, wie aus den Berichten erhellt, an verschiedenen Orten Volksmassen angeschlossen haben. Bei dem in den Vereinigten Staaten herrschenden Nothstand unter den Arbeitern ist dies allerdings sehr begreiflich, und würde eine weitere Ausdehnung der Unruhen durchaus nichts Ueberraschendes haben. Wir theilen nachstehend im Auszug mit, was der „Hamburger Correspondent", der am objektivsten berichtet, über die Vorgänge zusammengestellt hat:

Nachdem die allgemeine Geschäftsstille vorher schon die Entlassung einer großen Anzahl von Eisenbahnangestellten, namentlich solcher, welche beim Gütertransport beschäftigt waren, nothwendig gemacht hatte, wurden vom 1. Juni dieses Jahres ab die Löhne und Gehalte der Angestellten und Arbeiter bei mehreren größeren Bahncomplexen um 10 Proz. herabgesetzt. Anfänglich fügten die davon Betroffenen sich, wenn auch murrend, dieser Maßregel, da es bekannt war, daß mehr als genügend Leute vorhanden seien, die bereit gewesen wären, zu den herabgesetzten Löhnen an die Stelle derer zu treten, die sich etwa geweigert hätten, dazu weiter zu arbeiten. Wie sich später zeigte war dieses nur die Stille vor dem Sturm; in Wirklichkeit warteten die unzufriedenen Eisenbahnangestellten nur die Vollendung einer geheimen, über das ganze Land verbreiteten Organisation der Angestellten aller amerikanischen Eisenbahnlinien ab, um dann auf dem Wege eines Strikes den Versuch zur Wiederherstellung der früheren Löhne zu machen. Wie in solchen Fällen üblich wurde der Strike zuerst gegen eine einzelne Gesellschaft, und zwar die „Baltimore and Ohio" in Scene gesetzt. Vor etwa einer Woche verlangten die Angestellten dieser Bahn, daß der seit dem 1. Juni eingetretene Lohnabschlag rückgängig gemacht werde und legten, als ihre Forderung abgelehnt wurde, die Arbeit nieder. Bis dahin hatten sie sich völlig innerhalb der Schranken der Gesetzlichkeit gehalten, was sich jedoch sehr bald änderte, als es ersichtlich wurde, daß der Strike keinen Erfolg haben werde, da sich anderweitige Arbeitskräfte in völlig genügender Zahl bereit fanden, an die Stelle der Strikenden zu treten. Hieraus entstanden die ersten Ausschreitungen, die neuen Arbeiter wurden angegriffen und thätlich mißhandelt, die Civilbehörden, welche zu deren Gunsten einschreiten wollten, verhöhnt. Dann entwickelten die Dinge sich rasch weiter. Die Strikenden verjagten die höheren Eisenbahnbeamten, ergriffen Besitz von den Stationen, rissen an mehreren Stellen die Schienen auf, so daß auf der Strecke von Baltimore bis Martinsburg und bald darauf westwärts drüber hinaus bis Cumberland der Verkehr vollständig unterbrochen wurde. Die Empörer bedrohten Jeden mit dem Tode, der es wagen würde, an der Ablassung und Beförderung eines Zuges sich zu betheiligen, und führten diese Drohung aus, indem sie mehrere frühere und neu eingetretene Lokomotivführer, Heizer und Schaffner, welche ihren Dienst zu versehen suchten, erschossen. (Wozu wir vorläufig ein Fragezeichen machen. Red. d. V.) Die Civilbehörden erwiesen sich den Strikenden gegenüber, die sich der Mehrzahl nach bewaffnet hatten, völlig machtlos und es wurden deshalb Milizabtheilungen aufgeboten, um die Ordnung wieder herzustellen, den Verkehr wieder frei zu machen und Leben und Eigenthum der Bedrohten zu schützen. Die in den zunächst betheiligten Ortschaften aufgebotenen Milizen, zeigten sich jedoch unzuverlässig, da sie zum guten Theil aus den Strikenden selbst oder deren Freunden und Anverwandten bestanden; sie weigerten, sich den ihnen Zwecks Wiederherstellung der Ordnung ertheilten Befehlen zu gehorchen (d. h. auf ihre Brüder zu schießen. R. d. „V.") und gingen zum Theil auf eigene Faust wieder nach Hause oder mußten von den Behörden wieder entlassen werden. Viele von ihnen lieferten sogar ihre Waffen den Strikenden, die inzwischen völlig den Charakter von Empörern angenommen hatten, aus. Der Gouverneur des Staates Pennsylvanien wendete sich deshalb mit der Bitte um Sendung von Bundesmilitär an die Regierung nach Washington, welche, nachdem die stattgefundenen Mordthaten (?), die offene Empörung gegen das Gesetz und die Machtlosigkeit der Lokalbehörden in gesetzlicher Form konstatirt worden, dieser Anforderung entsprach. Am 19. d. M. trafen einige hundert Mann Bundes-Infanterie in Martinsburg, welche Stadt das Hauptcentrum der Strikenden geworden war, ein, besetzten die Bahnhöfe und Werkstätten und verhafteten den Anführer der Strikenden, einen gewissen Zebb, der jedoch nach stattgefundenem Verhör gegen Bürgschaft bis zur Verhandlung der gegen ihn erhobenen Anklage wieder auf freien Fuß gesetzt wurde (ein schlagender Beweis, daß von schweren Verbrechen — „Mordthaten" — nicht die Rede gewesen sein kann, da sonst die Freilassung ungesetzlich gewesen wäre. R. d. „V."). Die Sache schien damit zu Ende, da es mehreren, von Martinsburg ostwärts nach Baltimore abgelassenen Zügen gelang, unangefochten ihren Bestimmungsort zu erreichen. Dagegen wurde ein westwärts expedirter Zug bei Cumberland angehalten. Einem später von Martinsburg abgelassenen Zuge, der zwei Compagnien Infanterie mit sich führte, gelang es zwar, Cumberland zu passiren, nachdem die Truppen die Empörer vertrieben und den Bahnhof wieder frei gemacht hatten, doch kam auch dieser Zug nur bis zur nächsten Station, einem Orte Namens Kayser, wo mehrere hundert Mann von den Strikenden ihn angriffen und der kleinen im Zuge verbliebenen Militärabtheilung — der größte Theil hatte in Cumberland zur Besetzung des Bahnhofes zurück bleiben müssen — so hart zusetzten, daß telegraphisch von Martinsburg Hülfe verlangt werden mußte, die in Folge davon gesendeten 100 Mann konnten jedoch nichts mehr ausrichten; die Stationen von Cumberland, Kayser, Piedmont und Grafton waren vollständig in den Händen der Aufrührer, welche die Schienen aufrissen, die Telegraphen zerstörten und den Eisenbahnverkehr zwischen dem Westen und dem Osten vollständig unterbrachen. In Baltimore war das Geschäft durch das Ausbleiben der von Westen erwarteten Zufuhren, namentlich des zur Ausfuhr bestimmten Getreides und Petroleums lahm

gelegt, außerdem aber waren viele mit Schlachtvieh vom Westen nach den großen Städten des Ostens bestimmten Züge aufgehalten, das Vieh zum Theil ausgeladen, zum Theil wegen Mangel an Nahrung und Trinkwasser umgekommen.

Inzwischen hatte sich der Strike und damit der Aufruhr rasch weiter verbreitet. Die Central-Ohio-Abtheilung der Baltimore- und Ohio-Eisenbahn war gleichfalls vollständig in die Hände der Empörer gefallen und ebenso die Linie nach Chicago. In Newark und Columbus hatten ernste Ruhestörungen stattgefunden, gegen welche sich die Civil-Behörden machtlos erwiesen, so daß auch der Gouverneur von Ohio Milizen hatte aufbieten müssen. Auch auf die Pennsylvania-Eisenbahn dehnte sich schon am 19. der Strike aus und hatte sie am 20. vollständig in seiner Macht. Das an dieser Bahn liegende Pittsburg trat an die Spitze der Bewegung und hier kam es zu förmlichen Schlachten, in denen auf beiden Seiten viele Todte und Verwundete blieben und wo der Kampf fortdauerte. Berichte aus Cincinnati lassen befürchten, daß der Strike sich demnächst auf die Ohio- und Mississippi-Eisenbahn ausdehnen wird; die Angestellten der Union-Pacific-Eisenbahn haben die Rückgängigmachung einer vor einiger Zeit stattgefundenen Lohnherabsetzung verlangt und selbst aus Kanada kommen ominöse Berichte, indem die Angestellten der „Great-Western of Canada-Eisenbahn" Einspruch gegen eine ihnen angekündigte Lohnermäßigung erhoben haben. Die bis zum 20. d. Abends eingegangenen Berichte, die noch ziemlich lückenhaft waren, da die Striker überall die Telegraphen zerstört haben, ließen keinen Zweifel darüber, daß man es hier mit einer von längerer Hand vorbereiteten weit verzweigten und zur Anwendung der gewaltsamsten Mittel bereiten Organisation zu thun hatte.

Das bis dahin Erlebte war jedoch nur ein Vorspiel zu den späteren Schreckensscenen. Nachdem am 20. auch die Erie-Eisenbahn mit in die Bewegung gezogen war und letztere immer größere Dimensionen annahm, hatten die Gouverneure von Ohio, Pennsylvanien und Maryland sich entschlossen, die Miliz dagegen aufzubieten. Regimenter von Baltimore, Philadelphia, Rochester und Columbus waren zu den Waffen berufen, um zunächst die Bahnhöfe dieser Städte zu besetzen und dann den Schutz der anschließenden Linien zu übernehmen. Es zeigte sich aber, daß die Strikenden jetzt schon nicht mehr allein waren, sondern daß sich ihnen der städtische Pöbel überall anschloß. Als am 20. Abends ein in Baltimore aufgebotenes Milizbataillon sein Zeughaus verließ, um nach dem Bahnhofe zu marschiren, wurde es von einem Haufen von 5000 Mann mit Schüssen und Steinwürfen angegriffen. Nachdem mehrere Mann der Miliz verwundet worden, gab letztere ohne Befehl der Offiziere ihrerseits Feuer, wodurch 10 Personen getödtet und 30 verwundet wurden. (Also von der Miliz — im vorliegenden Fall bewaffneten Bourgeois wurde zuerst Feuer gegeben. Das ist zu constatiren! R. d. V.) Der Pöbel steckte den Bahnhof in Brand, zerstörte das Telegraphen-Bureau und riß die Schienen auf, so daß die Miliz in der Stadt bleiben mußte, um die Ruhe wieder herzustellen und zum Schutze der übrigen Stationen neue Regimenter aufgeboten wurden. Der Strike hat sich auf die „Atlantic and Great Western"-Linie ausgedehnt und bedrohte nach den letzten Nachrichten auch St. Louis. An mehreren Stellen war es den Aufrührern gelungen, sich der Miliz-Zeughäuser und der darin aufbewahrten Vorräthe von Geschützen, Flinten und Munition zu bemächtigen.

Dies die vorliegenden Nachrichten.

Daß dieselben vielfach verwirrt und übertrieben sind, zeigt ein oberflächlicher Blick. Wir müssen genauere Berichte abwarten, ehe wir eine Uebersicht gewinnen und ein Urtheil fällen können.

Aus Großbritannien.

Edinburgh, 13. Juli 1877.

Die vom Parlamente in der vergangenen Session ernannte Commission zur Untersuchung der Mängel des Haftpflichtgesetzes („Employers liability for workmen's injuries") hat ihre Zeugenvernehmungen und anderen Arbeiten beendigt und ihren Bericht in Druck gelegt. Die Hauptbeschwerde gegen das Gesetz war stets die Dehnbarkeit des Ausdrucks: Mitbediensteter." Wenn ein Arbeiter in einem durch die Unvorsichtigkeit oder Fahrlässigkeit eines „Mitbediensteten" herbeigeführten Unfall beschädigt wurde, so konnte er keinen Anspruch auf Schadenersatz seinem Arbeitgeber gegenüber erheben. Nun werden aber die Herren Agenten der Großkapitalisten, die Herren Betriebsdirektoren, Werkführer u. dgl. von Seite der Herren Unternehmer stets als „Mitbedienstete" der Arbeiter (in „Common employment") angesehen, und da das Gesetz in dieser Beziehung keinen exakten Ausdruck hat, werden verkrüppelte Arbeiter und die Hinterbliebenen Getödteter meist um ihre Ansprüche geprellt zu Gunsten der „Risikoprämie" des Kapitals. Diesem Uebelstande sucht nun die Majorität der Commission dadurch abzuhelfen, daß sie empfiehlt, Werkdirektoren, Betriebsleiter und Agenten der Unternehmer nicht mehr als „Mitbedienstete" der Arbeiter zu betrachten, sondern den Unternehmern für alle durch Fahrlässigkeit seiner Direktoren und Fabriksleiter veranlaßte Beschädigungen der Arbeiter haftbar zu machen. Die Minorität der Commission empfiehlt durch ihren Referenten, Herrn Lowe, die volle und unbeschränkte Haftpflicht des Unternehmers auszusprechen, auch in Fällen, wo ein Arbeiter durch Unvorsichtigkeit eines Mitarbeiters beschädigt werden sollte. Der parlamentarischen Behandlung dürften diese Vorschläge in dieser Session kaum mehr unterzogen werden, da in Folge der totalen Verschwätztheit der Parlamentsgeschäfte heuer bereits viel „wichtigere" Vorlagen werden zurückbleiben müssen. „The slaughtering of the innocent" (die Ermordung der Unschuldigen), wie die Beseitigung unerledigt gebliebener Vorlagen am Schlusse der Session in der Parlamentssprache genannt wird, wird diesmal außergewöhnlich blutig werden.

Die Agitation zu Gunsten der Verleihung des Stimmrechts an die Landbaudistrikte in demselben Maße, wie es die Städte besitzen, gewinnt an Ausdehnung und Nachdruck, so daß die Herren im Parlamente nach und nach klein beizugeben beginnen. Als Herr Trevelyan letzten Freitag wie alljährlich seine Resolution zu Gunsten des Agriculturbezirks-Stimmrechts und der gleichmäßigeren Vertheilung der Sitze im Unterhause einbrachte, konnte er zwar keine Majorität erlangen, allein die Stimmenzahl zu seinen Gunsten ist gewachsen, indem die Majorität blos um 56 Stimmen überwog (220 für, 276 gegen die Resolutionen). Selbst der Herr Marquis of Hartingdon (nomineller Führer der liberalen Partei) geruhte die Meinung auszusprechen, daß es ein „Prinzip" der Liberalen sei, das Haus der Gemeinen so viel wie möglich zu einer Vertretung des Volks zu machen. („Wer lacht da?") Der auchliberale Herr Goschen hatte allerdings den Muth, das Gegentheil offen auszusprechen und vor dem Radikalismus der „Million" („The million" = die große Masse des Volks) zu warnen. Unter den „anständigen Engländern sei der Republikanismus todt", sagte der City-Liberale; allein wer bürgt dafür, daß dasselbe unter der „Million" der Fall sei? Die Löhne seien in den Ruraldistrikten in „letzter Zeit" sehr niedrig gewesen, thatsächlich sei das gewöhnliche Loos des Arbeiters, im Armenhaus zu endigen. Seine Anerzogenheit und Abhängigkeit von den Armengesetzen mache den Landarbeiter untauglich zum Parlamentswähler u. s. f. Immer die alte Leier in allen Sprachen der civilisirten Welt. Wozu dem Volk der Arbeit eine Stimme geben über sein Geschick? Hat nicht das Volk der Diebe in christlicher Barmherzigkeit das Armenhaus geschaffen, damit der Zeuger des Nationalreichthums einen Strohsack finde, darauf er, wenn er zu Tode gehetzt, sich hinlegen und seine arme, betrogene Seele aushauchen kann? Wozu diese herrliche Welt, die für die Reichen so praktisch eingerichtet ist, noch verbessern?

Die Schiffbauhandwerker an der Clyde sind. 30,000 an der Zahl, nun die fünfte Woche ausgesperrt und es ist keine Aussicht auf eine Austragung des Streites. Vorläufig wird an Unterhandlungen auch nicht gedacht, bis die Glasgow Fair Holidays zu Ende sind. Diese Jahrmarktsfeiertage dauern etwa 8 bis 14 Tage, auch 3 Wochen, während welcher Zeit alle Geschäfte und Fabriken stillstehen. Wenn ein Arbeiter wirklich etwas Erspartes hat, in dieser Zeit geht es auf, und wenn er nichts Erspartes hat, was meistens der Fall sein soll, dann wandert das Entbehrlichste seiner Habseligkeiten nach der Pfandleihanstalt. Vor Ablauf dieser Feiertage nun ist eine Aenderung in der Lage der Dinge nicht zu erwarten. Die Zimmerer mit ihrer Mustergewerkschaft (was Stärke und Geldwirthschaft betrifft) stehen noch so fest wie am Beginn ihres Strikes vor etwa 12 Wochen; unter den Arbeitern der anderen Branchen (der Ausgesperrten) herrscht bereits große Noth; die Glasgower Vorstadt, Partik, clydeabwärts liegend und fast ausschließlich von Schiffbauhandwerkern bewohnt, bietet ein trauriges Bild von Elend und Mangel. Der Bürgermeister von Partik hat sich nun bewogen gefunden, in der letzten Gemeinderathssitzung auf etliche Fonds im Betrage von 500 Pfund Sterl. (10,000 Mark) hinzuweisen, welche, für wohlthätige Zwecke bestimmt, bis jetzt verwendungslos geblieben seien. Jedenfalls dürfe dieses Geld nun, zusammen mit an 300 in Glasgow gesammelten Pfunden, unter den Ausgesperrten zur Verwendung kommen. Bemerkenswerth ist, daß derselbe wohlthätige Herr Bürgermeister von Partik Mitglied einer der größten Schiffsbaufirmen an der Clyde ist und zu denen gehört, welche bis jetzt den Forderungen der Arbeiter sich am strikte sten widersetzten.

In den Sitzungen der Gewerkschaftsräthe von London, Manchester und Liverpool kam kürzlich die Lage der strikenden Kohlengräber von Lancashire zur Sprache und wurde, da die Herren Grubenbesitzer von einer schiedsgerichtlichen Schlichtung des Streites nichts hören wollen, sondern darauf bestehen, daß die Arbeiter die Lohnreduktion von 10 Prozent bedingungslos annehmen, thatkräftige Unterstützung der strikenden Arbeiter beschlossen. Da die Unionisten (Gewerkschaftler) gleichzeitig jedoch die ausgesperrten Arbeiter von Fife und Clackmannan, die noch Außenstehenden von Northumberland und ferner eine Anzahl Strikender in South-Wales zu unterstützen haben, so wird die beschlossene Hilfe sehr rasch kommen müssen, wenn sie eine bedingungslose Aufnahme der Arbeit verhindern soll. Mehr als die Hälfte der Strikenden, an 15,000 Männer, sind Non-Unionisten (Nichtgewerkschaftler), und da diese keine regelmäßige Unterstützung bekommen können, gerathen ihre Glieder bereits bedenklich in's Schwanken, so daß dort die Herren Grubenbesitzer jedenfalls bald einen Sieg zu verzeichnen haben werden.

Die Streitsache der Northumberland-Kohlengräber ist einem Schiedsgerichte überwiesen worden, und die Arbeit ist in der Zwischenzeit wieder aufgenommen.

Die Kohlengräber von Fife und Clackmannan sind noch immer ausgesperrt. Die Herren Grubenbesitzer hatten letzte Woche eine Zusammenkunft in Edinburgh, auf welcher sie sich mit den Grubenbesitzern von Mid- und East-Lothian zu einer Assoziation vereinigten und so ihre Position gefestigt zu haben glauben. Die Ausgesperrten erhalten ihre regelmäßige Unterstützung von der National Miner's Union.

In South-Wales scheint der Möglichkeit einer allgemeinen Krisis unter den Kohlengräbern vorgebeugt zu werden dadurch, daß die Arbeiter der Aberdare- und Plymouth-Kohlengruben-Compagnie gegen die ihnen zeitweilig aufgedrungene Lohnreduktion von 10 Prozent striken werden. Die beiden genannten Compagnien hatten nämlich den vor drei Jahren mit den Arbeitern und der South-Western-Grubenbesitzers-Assoziation geschlossenen Vertrag gebrochen und die besagte Lohnreduktion über ihre Arbeiter verhängt. Dadurch konnten sie zu billigeren Preisen Kohle liefern und den anderen Gliedern der Meister-Assoziation die Kunden entziehen. Eine Zeitlang schien es, als ob eine allgemeine Verletzung der vor drei Jahren schiedsgerichtlich vereinbarten beweglichen Lohnscala (entsprechend dem jeweiligen Marktpreise der Kohle) platzgreifen wollte. Nun aber haben die Arbeiter der Aberdare- und Plymouth-Gruben auf Anrathen ihrer Bezirksgenossen zu striken beschlossen. Die Unterstützung der Union ist ihnen zugesichert.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Mit der „Lokalisirung des Krieges" dürfte es nun bald vorbei sein. Wie wir bei früherer Gelegenheit ausführten, war eine Beschränkung des Krieges auf Rußland und die Türkei nur dann zu erwarten, wenn der Angreifer, also Rußland, gleich in der ersten Campagne so gründliche Niederlagen erlitt, daß ihm der Kampf verleidet wurde. In Asien ist das nun allerdings und zwar im vollsten Maße geschehen; in Europa aber hat der russische Rubel und die Unfähigkeit (wo nicht Verrath) der türkischen Oberleitung den Russen Vortheile verschafft, die eine baldige Beendigung der Feindseligkeiten zur nahezu absoluten Unmöglichkeit machen, und, aller Wahrscheinlichkeit nach schon in nächster Zeit England auf den Kampfplatz bringen werden. Das eigenthümliche in der Lage Rußlands ist nämlich, daß ihm in Europa, so lange nicht England und Oesterreich nebst der Türkei niedergeworfen sind, nur unfruchtbare Lorbeeren erblühen können, während ihm in Asien, innerhalb einer bestimmten, den englischen Einfluß begränzenden Linie carte blanche gegeben war. Von dem Kriegsgott, der bekanntlich „seine Launen hat" ist es boshafter Weise so gefügt worden, daß just auf dem Kriegsschauplatz, wo materielle Vortheile zu holen waren, der russische Feldzug total mißlungen ist, dagegen auf dem anderen Kriegsschauplatz, wo jeder Griff nach ernstlichen materiellen Vortheilen sofort mindestens eine, und nach einiger Zeit mindestens zwei europäische Großmächte auf Seiten der

Christliche Freiheit.

(Schluß.)

Weiter, nach dem auch etlich zeit gantz verfürlicher weiß in vil leut eingebildet worden ist, als sollten die menschlichen gesatz die seelen sälig machen oder verdammen mugen, welches doch Gott vnd seinem wort allain zu gebürt. Das also die not erfordert hat, sollchs ab zu leyne vnd die Cristlichen Freyheit widerum in den Hertzen d' glaubigen zu erwecken. Das aber etlich vngeschickt prediger yn zu zeiten nit gnugsam vnderschieden vnd erklärt haben, darauß der gemayne man ain solchen vnuerstandt genommen, als sollten die Christen iren Oberkaiten zeitlich gerechtigkeit zu thun nit schuldig, sondern daß Göttlichen gesetz dafür gefreyt seyn. Auß wellchem dann auch nit wenig auffrur geuolgt hat. So soll derhalber auch allen predigern in meiner gnädigen Herren der Marggrauen Fürstenthumb, Lande vnd gebieten mit ernst beuolhen werden vnd hiemit beuolhen seyn: Wann sy fürohin von Cristlicher freyheit predigen, das sy dem uolck yedesmal mit guten Teutschen worten erklären vnd im anzeigen, was rechte ware Cristliche freiheit sey.

Nämlich (nach ausweisung deß 8. Cap. der Epistel sant Pauls zum Romern) nicht anders dann das der glaubige durch den Geyst lebendtig macht in Christo Jesu frey gemacht werde von dem gesatz d' sünden vnd des tods, also das bede, sünde vnd tod, kain gerechtigkeit ob' gewalt mere über die rechtglaubigen haben, sy nit anklagen noch verdammen mogen. Vn das die liebe gottes in ire hertzen durch den heyligen geist dermassen ausgossen ist, das sy hinfüro nicht mere auß focht vnd vnwillen guts würcken, sonder (durch den heiligen geist vernewt) auß ainem freyen willige hertzen, vnd mit lust die gebott gottes halten vnd gutte werck thun vnd das also Cristliche freyheit ym geist vn nit ym fleisch, ym gewissen innerlich vnd nit äusserlich sten, auch ein freyheyt guts vnd nit böses zu thun sey. Darumb auch sant Pauls zu den Gallathern am 5. capitel spricht: Jr lieben brüder, Jr seyt zu der freyheit berufft, allein sehet das ir die freyheit nit last ein raum werden dem fleisch, sunder durch die lieb diene ainer dem andern, denn alle gesatz werden in einem wort erfüllet, nemlich in dem: Hab deinen nächsten lieb als dich selbs.

Vnd sant Peter 1. Petri 11: Seyt als die freyen vnd nit als hetten ir die freyheit zum deckel der boßheit, sunder als die knecht Gottes.

Darzu so werden alle vnderthanen durch Gott den allmächtigen, seinen ainigen sun, vnnsern Herren Jesum Christum vnd seine heilige Apostel an vil orten so ernstlich ermant vnd verpflicht der Oberkayt gehorsam zu seyen. Nämlich: Exodi am 20 vnd 22. Auch Matthei am 22 vnd 17.: da Christus, vnser lieber Herr, nit allein beuolhen, dem Kayser zu geben, was deß Kaysers ist, vnnd Gott was Gotts ist, sunder auch solliche seine leer selbst (vnangesehen, das er warer Gottessun vnd gegen menigklich frey ist) mit der that erzeigt vnnd bewisen hat.

So spricht sant Pauls zun Römern am 13.: yedermann sey vnderthänig der Oberkeit vnd gewalt, denn es ist kein gewalt on von Gott, die gewalt aber, die allenthalben, ist von Gott verordnet. Also der, wer sich wider die gewalt setzt, der widerstrebt Gottesordnung, die aber widerstreben, werden über sich vrtayl empfahen, denn die gewaltigen seynd nit den, so guts würcken, sondern den bösen zu fürchten. Wilt du dich aber nit fürchten vor der gewalt, so würst du lob von derselbigen haben. Thust du aber böses, so fürcht dich, denn sy trägt das schwert nit v'gebürlich, sie ist gottes dienerin, auch recherin zur straff über die bösen. So seynd nun auß not vnderthan nit allain vmb d' straff willen. Derhalbe müßt ir auch schoß geben, den sy seynd Gottes dynner, die solchen schutz sollen handthaben.

So gebt nun yedermann was ir schuldig seyt, den schoß (dabey alle zeitlich gerechtigkeiten verstanden werden) dem der schoß zu gebürt, den Zoll, dem d' Zoll zu gebürt. Seyt nyemant nichts schuldig (zu versteen außerhalb daß so der Oberkait zu gebürt) dann das ir euch vnder einander liebt. Denn wer den andern liebet, der hat das gesatz erfült. Du solt nit tödten, du solt nit stelen, du solt nit falsche zeugknuß geben, dich soll nichts gelusten vnd so ein anders gebott mer ist, das wirt in diesem wert verfaßt. Du solt lieben deinen nächsten als dich selbs. Die lieb thut dem nächsten nichts böses, so ist nun die liebe des gesatzes erfüllung.

Item zu Tito am 3. cap. Erinnre die leut, spricht er, daß sy dem Fürstenthumben vnd gewaltigen vnderthan seyn, der Oberkait gehorchen, zu allen gutten wercken berait seyn, niemant lestern, nit hadern, gelinde seyn, alle sanftmüttigkeit beweisen gegen allen menschen.

Deßgleichen vermanet auch Sant Peter in seiner Episteln vnd spricht: Seyt vnderthan aller menschlichen ordnung (zu versteen in allen zeitlichen sachen) vmb deß herren willen. Es sey dem Künig, als dem öbersten, vnd den Pflegern, als den gesandten von yme, zu rach der übeltheter vnd zu lob der wolthäter, dann das ist der will Gottes, das ir mit wolthun verstopfft die vnwissenheit der törichten Menschen — als die freyen vn nit als hettet ir die freyhait zum deckel d' boßhait, sunder als die knecht gots. Seyt eer erbietig gegen yedermann, habt lieb die brüderschafft, fürcht Gott vnd eeret den Küng, das ist alle Oberkait.

Aus solchen klaren gewaltigen sprüchen der heiligen Göttlichen geschrifft ye lauter gnug angezaigt wird, das die Christlich freyhayt nit in erledigung kendt, Zins, Gült, Zehent, Steuer, Dienst oder andere der gleichen eusserlichen bürden vnd beschwärden (wie es die vnderthanen nennen) stät, sunder allain, wie vor gemeldt, ein innerlich geistlich ding ist, vnd das alle vnderthan aller Obrigkeit in sollichen zeitlichen geschäfften sochen vnd gebotten zu gehorsamen schuldig seyn. Das sollen auch alle Prediger, so offt sy von Christlicher freyhait predigen oder reden, dem vol getreulich anzeigen vnd erklären, damit sy nit von rechter warer Christlicher freyhait des fleischs verfürt vnd dadurch umb seel, leib, leben, eer vnd gut bracht werden, als laider in diser auffrur vilfältig geschehen ist.

Ob aber ye zu zeiten die Prediger auß grund der geschrift sagen würde, das etlich als vnnütz person von der gemaynd nit billich ir narung nemen, wie dann bisher vil geschriben vnnd gesagt ist, damit dann auß denselben auch nit verstanden, als solten sich darumb die vnderthanen derselben her gebrachten zeitlichen nutzung mit gewalt vnd der that zu geben oder zu thun widersetzen, vnd darauß auch auffrur erfolgen möcht, so soll den selbige allwegen angehangen werden. Ob gleich ain Oberkait oder yemandts anders ir hergebrachte nutzung von den leuten vnbillich näme, so sollen sich die vnderthanen deß selbigen mit gewaltiger auffrürerischer that nit widersetzen, sundern die selben straff Gott beuelhen, nachdem ain yeder warer Christ vnrecht leiden aber nit vnrecht thun soll.

* * *

Die christliche Freiheit, das ist des Pudels Kern, besteht nicht in der Abschaffung ungerechter, unerträglicher Lasten, son-

Türkei treiben muß, sich der Sieg an die russischen Fahnen gehängt hat. Auf wie lange, das bleibt freilich dahin gestellt. Ein entscheidender Schlag ist bisher überhaupt in der europäischen Türkei nicht erfolgt, und das Triumphgeschrei der Knutenanbeter, welche das totale Scheitern des russischen Angriffs in Asien ganz vergessen und von der Tragweite dieser, die Machtstellung Rußlands gerade in ihrem Schwerpunkt erschütternden militärischen Fiaskos keine Ahnung zu haben scheinen, ist jedenfalls sehr verfrüht. Und sollte Rußland in einer Hauptschlacht siegen — gut, dann hat es zwei Feinde vor sich, statt eines — vielleicht drei. Die goldenen Aepfel, die dem nordischen Tantalus vor dem gierigen Mund herumtanzen, werden im Moment, wo er sie zu packen sucht, von fremder Hand weggerissen werden. Man spricht davon, der russische Czar wolle nach dem ersten Sieg, der halbwegs die asiatischen Niederlagen aufwiege, den Türken einen „ehrenvollen" Seperatfrieden anbieten. Die Nachricht klingt nicht so durchaus unglaublich. Wird aber der russische Czar die Geister, die er beschworen hat mit einem „Kusch"! wieder bannen können? Und wird die türkische Regierung, wenn bis dahin die Memmen und Verräther entfernt sind, in einen Frieden willigen, der, so „ehrenvoll" er auch sein möchte, ihr Prestige in Europa zerstören und den Samen eines neuen, schwerlich wieder unter gleich günstigen Bedingungen zu führenden Kriegs in sich tragen würde?

— „Größere Vorsicht". Ein katholischer Kaufmann in Altenberge (Westfalen) hatte am Piusfeste seinen Laden mit Bildnissen des Papstes und mit Blumen geschmückt. Die Polizeigewalt, der man sich bekanntlich, auch wenn man im Rechte ist, nicht widersetzen darf, verfügte die Fortnahme des Schmuckes aus dem Schauladen; der Kaufmann wich „der Obrigkeit, die Gewalt über uns hat." Doch beschwerte er sich bei dem Landrathsamt gegen den Polizeichef des Ortes, den Amtmann Hünenkohl. Der Landrath Rotermund antwortete, daß der Amtmann nicht befugt gewesen sei, der Ausschmückung des Schauladens hindernd in den Weg zu treten; für die Folge habe er dem p. p. Hünenkohl größere Vorsicht anempfohlen. Ja „größere Vorsicht" im Handhaben der Gesetze; der Bürger, welcher das Gesetz verletzt, der Bürger, welcher Widerstand leistet einem ungesetzlichen Eingreifen der Polizei gegenüber, wird bestraft, womöglich mit dem Säbel zusammengehauen, der Beamte, welcher das Gesetz offenkundig verletzt, erhält nicht einmal eine Rüge, es wird ihm nur etwas „größere Vorsicht" anempfohlen. Man möchte laut auflachen, wenn die Sache nicht so verteufelt ernst wäre, wenn sie nicht wiederum dokumentirte, daß unser gesegnetes Deutschland ein reaktionärer Polizeistaat sei.

— Ein neues Kapitel zur Lohnsclaverei. Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt:

„Im Unterschiede von den leider nur zu berechtigten Klagen, welche seit Jahren in der industriellen Welt über die Arbeiter geführt werden, sind es wahrhaft erfreuliche Erscheinungen, welche der Jahresbericht der Handelskammer von M.-Gladbach für 1876 in dieser Beziehung constatirt. Wir haben dabei nicht die mitgetheilte Thatsache im Auge, daß der frühere Mangel an Arbeitskräften jetzt vollständig gehoben ist; denn die starke Einwanderung von Arbeitern in den Bezirk erklärt sich aus der anhaltend traurigen Lage der Industrie in den Nachbardistrikten. Wohl aber meinen wir die gemachte Erfahrung, daß die harte Krisis für die Leistungsfähigkeit der Arbeiter von heilsamen Folgen gewesen ist. Es könne jetzt, so wird in dem Berichte versichert, von dem Arbeiter wieder die pflichtgemäße Erfüllung billiger Anforderungen verlangt und auch durchgesetzt werden. Damit und mit einer vernünftigern Gestaltung der Löhne wird die Grundbedingung für gegeben erachtet, daß fortan wieder gutgearbeitete Waare preiswürdig hergestellt werde. Nicht am wenigsten erfreulich ist auch die Beobachtung, daß von sozialistischen Bestrebungen sowie überhaupt von aufregenden Agitationen im dortigen Bezirke nichts mehr zu bemerken gewesen sei. Vielleicht darf man demnach hoffen, daß, wenn erst unsere gesammte Industrie zu gesunden Zuständen zurückgekehrt sein wird, die sozialistische Agitation von selbst ihren Boden verliert."

„Erfreuliche Erscheinungen" sind es: 1) das übergroße Angebot von Arbeitskraft, welches beweist, daß Tausende und aber Tausende Arbeiter keine Beschäftigung haben; 2) die pflichtgemäße Erfüllung billiger Anforderungen, das heißt: die Arbeiter müssen sich jetzt Alles von dem Herrn Fabrikanten bieten lassen, weil er die Hungerpeitsche schwingen kann; 3) die „vernünftigere Gestaltung" der Löhne — natürlich nur für den Fabrikanten, für den Arbeiter haben sich die Löhne geradezu „unvernünftig" gestaltet; 4) der Sozialismus hat in M.-Gladbach keinen Boden; wir machen die kluge „Nationalliberale Correspondenz" darauf aufmerksam, daß die Ultramontanen M.-Gladbach völlig besetzt halten — der Nationalliberalismus hat also keinerlei Schuld daran. — So triumphirt das Hauptblatt der nationalliberalen Partei darüber, daß in einem großen Distrikte unseres Vaterlandes Noth und Dummheit herrschen. Pfui Teufel!

— Ein sozialdemokratisches Bekenntniß. Die „Nationalliberale Correspondenz" ist vor Freude ganz außer sich, daß sie entdeckt hat, daß wir in dem Kampfe mit der „Frankfurter Zeitung" unsere gewöhnliche Vorsicht vergessen und ein offenes Bekenntniß gemacht hätten; nämlich das Bekenntniß: „Die politische Freiheit ist eine Lüge ohne die soziale Gleichheit." Dadurch hätten wir die Maske vom Gesicht genommen, die wir sonst wohl in Volksversammlungen ꝛc. ꝛc. aufsetzten und unser rothes, ächt communistisches Gesicht endlich einmal unverhüllt gezeigt. Endlich einmal! Die „Nationalliberale Correspondenz", an welcher alle die großen Geister der nationalliberalen Partei mitarbeiten, weiß nicht, daß schon im Communistischen Manifest dieser Gedanke ausgedrückt ist, sie weiß nicht, daß Lassalle denselben mehrfach fast in gleicher Weise verkündet hat, eben der Lassalle, den die Nationalliberalen uns gegenüber so oft jetzt herauszustreichen sich bemühen. Lassalle aber, wenn er noch lebte, würde sich diese eklen Zudringlichkeiten von dieser eklen, schweifwedelnden Gesellschaft verbitten, er würde hineinfahren in diese klägliche Bande, daß sie ferner nie mehr sich auf ihn zu beziehen den Muth hätte. Es ist aber auch allzu schnurrig, daß diese liberalen Feiglinge plötzlich Sympathie empfinden wollen für den großen Revolutionär Lassalle — nun, der Mann ist todt und da haben sie ihn nicht mehr zu fürchten.

— Von einigen Freunden, die ganz auf unserem Standpunkt stehen, dann auch von der „Wahrheit" und vom „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat", wird die Bemerkung gemacht, daß die prinzipielle Auseinandersetzung mit den Bourgeoisdemokraten zu einer anderen Zeit, aber nicht bei der Besprechung über die französischen Zustände, besser am Platze gewesen wäre. Nachdem unsere Freunde die Rede unseres französischen Parteigenossen Buffenoir in der Mittwochsnummer des „Vorwärts" gelesen haben, werden sie wohl von ihrer Ansicht zurückgekommen sein — der praktische Erfolg unseres Auftretens ist nicht ausgeblieben. Dann aber auch möge die geradezu großartige Erregung, die in unserem Lager und im Lager der „Volkspartei" wenigstens theilweise sich zeigt am besten beweisen, daß es die höchste Zeit war, in dieser Angelegenheit einmal wiederum „reinen Wein" einzuschenken.

— Von den vor einiger Zeit in Oesterreich verhafteten 22 Genossen befinden sich noch immer 9 in Haft und zwar: E. Reinthal, Joh. und Jos. Schwarzinger, Schwarz aus Reichenberg, Bonaventura aus Jägerndorf, Zapodotzky aus Prag, Gabriel aus Graz, Petzka aus Prag und Prager aus Steyr. Die andern mit diesen gleichzeitig verhafteten Genossen: Barth, Gehrke, Groiß, Körbler, Krebs, Leißner, Marschall, Schwab, Sigl, Smakal, Silberberg, Zich, Wagner aus Wien und Reininger aus Atzgersdorf befinden sich bereits wieder auf freiem Fuße.

— Wir erhalten aus London folgende Zuschrift:

„Zu den zahlreichen Strikes und Lockouts in England ist ein neuer Strike hinzugekommen: der der Bauschreiner und Zimmerleute in Manchester, denen die Meister, welche „in der schlechten Zeit" so pressirt waren, die Löhne zu beschneiden, jetzt wo das Bauhandwerk in England sehr gut geht, die Löhne wieder etwas zu erhöhen. Dieser Strike könnte bei dem Stand des Bauhandwerks in England sehr leicht eine größere Ausdehnnng annehmen, und wird jedenfalls, wenn die Meister nicht nachgeben, ein sehr hartnäckiger werden, weil die englischen Zimmerer und Bautischler vortrefflich organisirt sind. — Der Kampf am Clyde dauert fort, ohne Aussicht auf baldige Beendigung. Der dortige Schiffszimmerer-Strike tritt am Donnerstag (26. Juli) in die siebzehnte, die allgemeine Aussperrung in die zehnte Woche. Die Gelder fließen ziemlich reichlich für die Ausgesperrten, so daß auch diejenigen Arbeiter, welche in keiner Gewerkschaft sind, wenigstens einige Unterstützung erhalten können." — In den Vereinigten Staaten ist ein Arbeiteraufstand ausgebrochen. Die vorliegenden Telegramme sind so confus, daß wir absolut nicht klug daraus werden können. Ob der Aufstand mit den Molly-Maguires etwas zu thun hat, wie nach den Lokalitäten des Ausbruchs zu vermuthen wäre, dafür fehlt in den Telegrammen jeglicher Anhaltspunkt. Man muß erst noch weitere Nachrichten abwarten.

— Der Strike der Bahnbeamten in Nordamerika gewinnt an Ausdehnung. In San Franzisko und an anderen Orten herrscht große Besorgniß. Washington, Philadelphia und Baltimore sind durch Bundestruppen besetzt worden. Das Volk sympathisirt mit den Strikenden. In Newyork bewacht die Miliz das Arsenal. In einer Volksversammlung fanden bewegte Reden statt. Es wurde beschlossen, ein Monstremeeting abzuhalten und Sympathien für die Strikenden auszusprechen. — In Reading wurde die Menge von den Miliztruppen angegriffen, wobei 5 Bürger getödtet und 25 verwundet wurden. Das Volk bemächtigte sich des Zeughauses. Die Regierung hat befohlen, Panzerschiffe zu armiren. Die Concentration von Truppen dauert fort.

— Endlich! Die Türken haben am 20. Juli bei Plewna unter Osman Pascha einen ziemlich bedeutenden Sieg über die Russen erfochten. Der Verlust der Russen beträgt nach dem eigenen Geständnisse über 2000 Mann; auch wurden 14 Munitionswagen von den Türken, die geringe Verluste erlitten, erbeutet.

— Parteigenosse Hackenberger, der erst vor kurzem eine 14monatliche Haft verbüßt hat, ist in Malstatt bei Abhaltung einer Versammlung neuerdings verhaftet und in's Gefängniß nach Saarbrücken abgeführt worden. Der Grund zur Verhaftung ist nicht bekannt gegeben; wozu auch. Es genügt, daß wieder ein Sozialdemokrat hinter Schloß und Riegel unschädlich gemacht ist — das Andere wird die „Gerechtigkeit" schon besorgen.

Zwischen zwei Gewittern.

Wir erhalten folgende Zuschrift*):

Berlin, den 22. Juli.

Wahrhaftig ich hätte nicht gedacht, daß meine vorige (Erstlings-) Correspondenz mir ein, nein sogar zwei Gewitter (nebst mehreren Nebengewittern) an- und zugezogen haben würde, die sich auch richtig über meinem Schädel entladen haben, jedoch — zum Glück ohne ernstlichem Schaden zu thun. Sie sehen, ich bin noch lebendig, und — offen gestanden — ich habe mich nie in meinem Leben wohler gefühlt. Es dauerte etwas lang, bis die beiden Gewitter (von den Nebengewittern, die sich im „Briefkasten" austobten, schweige ich mit gewohnter Discretion) „mobil gemacht" waren — einem Ex-Einjährigen und leider nicht Ex-Landwehrmann müssen Sie den militärischen Ausdruck passiren lassen. Es dauerte etwas lang, sagte ich. Heute vor 8 Tagen erschien die sündhafte Correspondenz im „Vorwärts" und heut erst, also nach 7mal 24 Stunden hat das himmlische Strafgericht sich entladen. Die Verzögerung hatte natürlich ihre Gründe. Theils die kühle Witterung, und theils der Umstand, daß in Berlin keine Pariser Arbeiterblouse zu haben war. Bei allen Kleiderhändlern, neuen und alten wurde herumgesucht, der Mühlendamm bis in das hinterste Winkelchen durchstöbert — umsonst, keine Pariser Arbeiterblouse. Und Freund Lossau brauchte doch eine. So blieb nichts übrig, man telegraphirte vom Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a nach Paris, um das unentbehrliche Ausstaffirungsstück, das in Folge eines Eisenbahnunglücks erst gestern Vormittag eintraf, mit Sturmeseile von Freund Lossau übergeworfen wurde, und — nun gings los.**) Im Hauptblatt Freund Lossau

*) Schon bei der ersten Zuschrift aus Berlin trugen wir Bedenken der Veröffentlichung; da aber die „Frankfurter Zeitung" sich so triumphirend auf die „Berliner Freie Presse" berief, konnten wir die Veröffentlichung nicht unterlassen. Jetzt ist unser Correspondent in der „Berliner Freien Presse" — der Abdruck in der „Landwirthschaftlichen Zeitung" bezieht sich auf einen Passus in unserer früheren Berliner Correspondenz — von zwei Seiten, von Lossau und Most angegriffen, so daß wir ihn hier zu Worte kommen lassen müssen. R. d. „V."

**) Unser Correspondent konnte den „Vorwärts" Nr. 86 noch nicht gelesen haben, sonst hätte er aus der Versammlung, in welcher der sozialistische Pariser Republikaner Buffenoir sprach und in

---

dern sie ist ein „innerlich geistlich ding", das mit dem gesellschaftlichen Leben so viel zu thun hat, daß es den Gehorsam aller Unterthanen gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit begründet und selbst die allerschlimmsten und verruchtesten Blutsauger in ihrem Gewerbe schützt. Selbst bei der unerträglichsten Bedrückung giebt die christliche Freiheit nur das Recht, zu Gott zu beten und ihm die Bestrafung der Schuldigen anheim zu geben, da jeder wahre Christ „vnrecht leiden aber nit vnrecht thun soll".

Gehen wir heute in unsere Kirchen, hören wir uns die Predigten an, so werden wir zu unserer Ueberraschung finden, daß die heutige Geistlichkeit in Bezug auf christliche Freiheit genau auf demselben Standpunkte steht, der ihr durch die Markgrafen von Brandenburg und deren Oheime und Vettern vorgeschrieben war. Wie in früheren Tagen, so donnert man auch jetzt noch gegen die gerechten Forderungen der Unterdrückten und vertröstet sie mit dem Himmel.

Leider giebt es heute noch Menschen genug, welche diese fürstlich oder allergnädigst präparirte christliche Freiheit gläubigen Herzens als — göttliche Offenbarung aufnehmen und sich wirklich — Sand in die Augen streuen lassen.

Die heutige Naturwissenschaft kennt keinen Gott, der Reichthum keine Liebe, der Arme aber soll noch immer die Ketten der „christlichen Freiheit" tragen, gehorsam sein und sich ausbeuten lassen wie vor drei- oder vierhundert Jahren!

Hoffentlich findet die „christliche Freiheit" bei unseren Genossen keine Anhänger, die Priesterschaft keine — Gimpel mehr.

C. L.

— Iwan Turgenjeff, der große russische Nationaldichter, schildert die inneren Zustände seines Heimathslandes in folgendem ergreifenden Gedichte:

Der Schlaf.

Lange war ich fern der Heimath Boden,
Doch dieselbe ist sie, wie vor Jahren,
Und in ihren Adern stockt das Leben.
Hütten ohne Dach, gestürzte Wände,
Und darinnen Schmutz und Langeweile,
Sklavenblicke, frech zugleich und feige.
Ist das Volk doch frei! — Doch hängt die Hand wie ehmals
Kraftlos, wie die schlaffe Schnur der Peitsche.
Alles wie vordem! In Einem hat nur
Ueberholt sie alle Erdenvölker:
Keines ist so tief im Schlaf versunken,
Wie die Söhne heut des heil'gen Rußlands.
Alles schläft in Dörfern rings und Städten
Tag und Nacht in Schlitten und Teléga,
Auf dem kalten Schnee, im Brand der Sonne
Sitzend, stehend — — an dem Pult der Kaufherr,
Auf der Wacht der Wächter, der Beamte:
Alle schlafen, selbst der Angeklagte
Schläfet ein — und träumend nickt der Richter.
Vater, Mutter, alle Kinder schlafen,
Und im Schlafe pflügt und drischt der Bauer,
Wer die Hand zum Schlage hob, entschlummert,
Selbst der Schmerz nicht wecket den Geschlag'nen!
Wach erhält das Auge nur die Schenke;
Doch mit allen Fingern fest umkrallend
Seine Branntweinflasche, an des Nordpols
Ew'gen Eispalast gelehnt die Stirne,
An den Kaukasus gestützt die Ferse,
Schläft den Todesschlaf das heil'ge Rußland.

— Der „anständige" Max macht in der letzten Nummer seines „Gewerkvereins" zu einem Artikel, in welchem der von Sozialdemokraten errichteteten Hülfs-, Kranken- und Invalidenkassen ohne Gehässigkeit erwähnt wird, die redaktionelle Bemerkung:

„Freilich ist es sehr fraglich, ob besonders die letztgenannten Kassen von Sozialdemokraten mit der nöthigen Solidität und Ausdauer gehandhabt werden, um ihnen dauernde Sicherheit zu gewähren. D. Red."

Es sind wohl von Sozialdemokraten gegründete Gewerkvereine und sonstige Institute, in denen der „Krach" epidemisch ist, und sich so häufig ein Mangel an „der nöthigen Solidität" gezeigt hat, Herr Hirsch? Und wer außer Ihnen hat bei den Sozialdemokraten schon Mangel an „Ausdauer" entdeckt, Herr Hirsch? Und welche von Sozialdemokraten gegründete Kasse dieser Art ist je bankrott geworden, Herr Hirsch? Merken Sie denn nicht, wie unanständig Ihre Bemerkung ist? Wissen Sie nicht, daß das Strafgesetzbuch auf die boshafte oder leichtsinnige Schädigung des Credits strenge Strafen setzt, und mit vollem Recht? Versuchen Sie hier nicht, in Ihrem albernen Concurrenzneid, den Credit der von Sozialdemokraten gegründeten Kassen zu schädigen? Pfui, Herr Max! In derselben Nummer des „Gewerkvereins" wird der „Berliner Freien Presse" der Vorwurf gemacht, sie nehme Schmutz-Annoncen auf. Wer unser Berliner Parteiorgan kennt, weiß, daß dies eine infame Verleumdung ist. Ebenfalls jämmerlicher Concurrenzneid. Daß die „Berliner Freie Presse" die Hirsch-Duncker'sche „Volkszeitung" aus dem Felde geschlagen hat und dem Hirsch-Duncker'schen „Gewerkverein" und überhaupt der Hirsch-Dunckerei in ihrem Centrum unbarmherzig den Boden unter den Füßen wegnimmt, dafür muß der verdunckerte Hirsch sich rächen, und er thut es, in seiner Weise. Die Wahrheit ist traurig, was bleibt ihm da übrig, als — Wahrheit à la Max Hirsch?

— Herr Heuschrecken-Commissar! Wir glauben, selbst trotz aller Titelsucht, die eine National-Eigenschaft des Deutschen bildet, werden sich nicht allzu Viele finden, die sich um einen allerneuesten Titel bewerben würden. In offiziösen Blättern nämlich finden wir die folgende Notiz: „Der vom landwirthschaftlichen Ministerium eingesetzte Heuschrecken-Commissar, Amtmann Deutsch, hat sich nach Posen begeben, um die Vertilgung der Heuschrecken im Birnbaumer und Fraustädter Kreise persönlich zu leiten." ..... Wie denken unsere Leser über den Titel „Herr Heuschrecken-Commissar" oder gar „Frau Heuschrecken-Commissarin"??? Vorstehende Notiz ist einer „liberalen" Zeitung entnommen. Wir glauben, daß sich auch um den Titel eines „Heuschrecken-Commissars" die „geeigneten Personen" bewerben werden, vorausgesetzt, daß der Titel kein „Titel ohne Mittel" ist.

— Aus Frankfurt a. M. erhalten wir nachstehende Zuschrift: Im „Frankfurter Intelligenz-Blatt" ist folgende Annonce zu lesen: „100 Mark Belohnung Demjenigen, welcher einem verheiratheten Kaufmann in den vierziger Jahren, welcher 26 (sechsundzwanzig) Jahre in einem der ersten Häuser Frankfurt's theils als Buchhalter, Reisender u. s. w. conditionirte, mit den besten Referenzen versehen ist, eine für ihn passende Stelle als Verwalter, Kassirer u. s. w. nachweist." — Müssen nicht einem denkenden Menschen beim Lesen einer derartigen Annonce (und die hier angeführte ist weder die erste, noch wird sie die letzte sein) allerlei sonderbare Gedanken darüber aufsteigen, wie herrlich weit es schon gekommen ist? Man braucht wahrlich keine sozialdemokratischen Versammlungen zu besuchen und sozialistische „Brandschriften" zu lesen, sondern nur hineinzugreifen in's volle Menschenleben, um täglich sich zu überzeugen, wie — gut unsere gesellschaftlichen Zustände beschaffen sind und ob eine Aenderung nicht dringend nöthig im Interesse der Menschheit ist.

— Zum Arbeiterrisico. In einem Kohlenbergwerke bei Teplitz in Böhmen wurden am 23. Juli 6 Arbeiter verschüttet, von denen 3 starben und 2 schwer verletzt sind. Einer der Getödten hinterläßt 7 Kinder.

---

als Pariser Arbeiter, im Nebenblatt Freund Most als — doch das wird Niemand mir glauben — da muß ich weit ausholen. Die Leser des „Vorwärts“ haben gewiß schon den Namen Niendorf nennen hören — ein curioses Haus, an dem der curiose Vornahme: Markus Antonius noch das wenigst Curiose ist — hat Romane geschrieben, hat Bauernfängerei getrieben (bei einer „Weinachtswanderung“ wurde er einmal „eklig“ erwischt), hat einst den weiland Norddeutschen Reichstag unsicher gemacht und daselbst die klassische Rede gehalten (es giebt Leute, die behaupten, es sei die beste gewesen, die dort je gehalten worden) jene classische Rede, die mit den Worten begann: „Meine Herren, Ochsen, Esel, Schafe und so weiter“; und gegenwärtig widmet er sich ausschließlich der Bauernfängerei, die er in der „Deutschen Landwirthschaftlichen Zeitung“ mit der ihm angeborenen — Genialität ausübt. Diesem Markus Antonius nun gerieth durch einen Zufall meine letzte Correspondenz für Ihr Blatt in die Hände; und wie sie sich in seinem eigenthümlich construirten Kopf abspiegelt, das zeigt folgender Reflex in Gestalt eines Leitartikels der „Deutschen Landwirthschaftlichen Zeitung“:

„Der „Vorwärts“, das Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands, sagt in seiner Nr. 82 wörtlich Folgendes:

„Aber ich weiß auch, daß das, was gerade die Republik zur einzig vernünftigen Staatsform macht, das Prinzip der Gleichheit und Freiheit, in Staaten, welche sich Republik nennen, auf's Brutalste mit Füßen getreten worden ist und wird; und ich kenne ferner monarchische Staaten, in welchen das in weniger brutaler Weise geschieht, als in solchen sogenannten Republiken.“

„Es ist allerdings historisch richtig, daß eine Republik sich von einer Monarchie nur dadurch unterscheidet, daß auf dem Throne ein Geldsack sitzt, auf dem sonst ein König saß.

„Demokratische Republiken hat es niemals gegeben, wenigstens immer nur dem Namen nach; in Wirklichkeit waren alle Republiken, welche Bestand hatten, oligarchische Republiken, d. h. sie wurden von einer bevorzugten Kaste regiert, welche große Aehnlichkeit hat mit dem modernen Gründer-Consortium einer Aktiengesellschaft oder einer Stadtverordneten-Versammlung nebst ihren sich gegenseitig in der Herrschaft garantirenden Bezirksvereinen und Stimm-Maschinen. Diese Oligarchie strebt fortwährend nach Eroberung neuer Rechte auf Unkosten der Krone und des Gemein-Volkes, bis sie die Krone gänzlich beseitigt und die arbeitenden und ackerbauenden Klassen in den Sklavenstand hinabgetreten, oder wenigstens zu Heloten des mitleidslosen souveränen Geldsackes gemacht hat. Die Bienenkönigin ist beseitigt und an ihrer Stelle haben die Drohnen die Herrschaft angetreten — die Republik ist fertig.

„Da wir es nun auf jeder Seite der Geschichte der Staaten und Verfassungen des Alterthums und der Neuzeit bestätigt finden, daß die Oligarchie ihre Rechte auf Unkosten der Krone und der arbeitenden Klassen zu erweitern sucht, so sind die Krone einerseits nnd die arbeitenden Klassen andererseits in diesem Kampfe auf gegenseitige Unterstützung angewiesen. Will der lebendige König sich nicht durch den todten Geldsack von der Herrschaft verdrängen und schon bei Lebzeiten pensioniren lassen, so hat er es mit den arbeitenden und ackerbauenden Klassen zu halten, die in diesem Kampf ums Dasein seine natürliche Bundesgenossen sind.

„Wohl ist eine demokratische Monarchie denkbar, aber eine demokratische Republik ist ein Nonsens.

„Man sieht daraus wieder sehr deutlich, je mehr die historisch, politisch und wirthschaftlich Gebildeten — jemehr überhaupt die unabhängigen Elemente des Landes sich der sozialdemokratischen Partei anschließen, desto mehr vertieft sich dieselbe in ihrer Aufgabe, desto bildungs- und regierungsfähiger wird dieselbe.

„Es scheint, daß die sozialdemokratische Partei in Deutschland noch eine große Zukunft hat, wenn sie die Wege besonnen weiter geht, die ihr die gebildeten nnd unabhängigen Elemente der Partei in den letzten Jahren vorgezeichnet haben.

„Hierbei ist zu bemerken, daß der verstorbene Hr. v. Wedemeyer der Führer eines Zweiges der sozialdemokratischen Partei Deutschlands war und daß derselbe auch noch über seinen Tod hinaus einen grundlegenden Einfluß auf dieselbe übt. Man mag nun von Hrn. v. Wedemeyer denken wie man will; mag auch von ihm gelten: „Es irrt der Mensch, so lang er strebt“ — so wird doch selbst sein ärgster Feind nicht zu bestreiten wagen, daß er ein ehrlicher, unabhängiger, stets nur von den lautersten Beweggründen getragener Charakter war.“

Schnurrig, nicht wahr? Man greift unwillkürlich nach seinem Kopf.

Aber das Schnurrigste kommt noch — das Gewitter in der Beilage. In der Beilage der heutigen Nummer unserer „Berliner Freien Presse“ prangt ein mächtiges „Eingesandt“ mit dem Titel: „Republik oder Monarchie“. Und das mächtige „Eingesandt“ beginnt: „Unter diesem Titel („Republik oder Monarchie“) brachte die gestrige Nummer des bedeutendsten (gesperrt), gut redigirten (bescheidenerweise nicht gesperrt) Organs der ultrareaktionären (mitleidigerweise nicht gesperrt) Partei der „Deutschen Landwirthschaftlichen Zeitung“ folgenden Leitartikel“:

(Folgt das vorstehend mitgetheilte Produkt des Markus Antonius — beiläufig sind darin von dem Einsender des „Eingesandt“ aus purer Freundschaft für Ihren Correspondenten die Worte „monarchisch“ und „regierungsfähig“ gesperrt — und darunter):

„So weit das Junkerblatt. Seine Auffassung der Dinge ist jedenfalls in mehr als einer Beziehung lehrreich, weshalb ich den vorstehenden Artikel den Lesern der „Berl. Freien Presse“ mitgetheilt sehen möchte. Joh. Most.“

Als ich das las, griff ich mir zweimal nach dem Kopfe. Beim Durchlesen des Markus Antonius hatte ich es blos einmal nöthig gehabt.

„In mehr als einer Beziehung lehrreich“ — also noch in einer anderen Beziehung, als der, zu „lehren“, daß Markus Antonius Markus Antonius ist? In welcher anderen Beziehung? Ich stehe vor einem Bündel von Räthseln. — — — Wie? — Sollte — — ? Ei der Tausend, — nein, das ist einfach unmöglich. Unmöglich! Niendorf's Schädel ist ein Unicum; kein zweiter mehr in der Welt, darauf möchte ich meinen Kopf verwetten. Doch — sollte das Unmögliche dennoch möglich sein? Nein, dreimal nein. Es ist unmöglich. Hab' ich nicht schon manchen Abend, wenn ich mit Freund Most beim Glas Bier oder Selters-Wasser zusammensaß, phrenologische Beobachtungen angestellt — als „Arzneipfuscher“ ist man immer ein Bischen Phrenologe — nein, ich bin meiner Sache gewiß — völlig normale Bildung. Weg mit dem verwünschten Gedanken! Freund Most hat den Lesern der „Berliner Freien Presse“ blos eine psychologische, naturgeschichtliche Monstrosität vorführen wollen — wir sind in den Hundstagen, die Zeit der sauren Gurken, Seeschlangen, Riesenerdbeeren u. s. w. hat begonnen — er hat den Penny-a-liners Conkurrenz gemacht, um ihre durch die Hitze erschlaffte Phantasie anzustacheln. Und es ist auch ein famos fetter Bissen. um den ein kalifornischer Reporter ihn fast beneiden könnte. Wedemeyer als Führer der Sozialdemokraten und die Pariser Communards „regierungsfähig“, weil sie lieber im monarchischen England leben, als im republikanischen Caledonien auf der trockenen Guillotine „zollweise sterben“ würden — es lebt nur Ein Mensch, der das leisten konnte, und er heißt Markus Antonius. Und Dank meinem Freund Most, daß er diesen „Einzigen und sein Eigenthum“ in Spiritus gesteckt und in der „Berliner Freien Presse“, zu Nutz und Frommen der Sozialdemokraten, ausgestellt hat. — —

Aber — — „in mehr als einer Beziehung.“ Wir hätten ja erst eine Beziehung. „Mehr als eine!“ — — „Mehr — als — eine!“ Verwünscht! Welcher Dämon plagt mich! Freund Most sollte wirklich einen „Hieb“ auf meine arme Correspondenz und mich armes Individuum beabsichtigt haben? Sollte mir wirklich verargen, daß ich nicht für die „regierungsfähige“, ja sogar hoffähige Republik der Thiers und Gambetta d. h. der in's Französische übersetzten Duncker, Wehrenpfennig, Miquel schwärme? — Unsinn! Der bloße Verdacht wäre eine tödtliche Beleidigung. Nein — dreitausendmal nein!!!! Apage Satanas!!!! Fort mit dem versucherischen Gedanken!!!!! — Aber, da steht es, schwarz auf weiß, dämonisch mich anstierend, das vermaledeite: „in mehr als Einer Beziehung lehrreich!“ — —

— — Halt! Gefunden! Gerettet! Jetzt hab' ich's O ich E— (Verzeihung! Ich wäre fast unparlamentarisch gegen mich selbst geworden.) O ich Blinder! Steht denn nicht da, ebenfalls schwarz auf weiß, vor dem Markus Antonius-Produkt, daß die „Deutsche Landwirthschaftliche Zeitung“ das „bedeutendste“ Organ der ultrareaktionären Partei ist? Das ist ja klar wie die Sonne. Freund Most hat mit dem ihm eigenen Geschick, indem er die „Deutsche Landwirthschaftliche Zeitung“ als das bedeutendste Organ, und Markus Antonius als den bedeutendsten Publizisten der reaktionären Partei hinstellte, einen wuchtigen, wahrhaft vernichtenden, so echt Most'schen Schlag gegen die reaktionäre Partei geführt. Und das „in mehr als einer Beziehung lehrreich“, woran ich mir die Zähne fast ausgebissen, soll besagen: lehrreich in psychologisch-phrenologischer und in politischer Beziehung, indem das abgedruckte Schriftstück einerseits auf die Hirnformation des Markus Antonius, anderseits auf den intellektuellen Status der reaktionären Partei ein blitzhelles Licht wirft.

Und Freund Most hatte um so mehr Veranlassung, sich gerade den Markus Antonius „über's Brett zu legen“, weil dieser ihn — den Freund Most — genau in der nämlichen Nummer (87 vom 21. Juli) wegen seiner, in der Disputation mit Birnbaum gemachten Bemerkungen über die Grund- und Bodenfrage gelobt, ergo für „regierungsfähig“ und „ultrareaktionär“ erklärt hatte — was einen ehrlichen Sozialdemokraten schon etwas wurmen kann.

Genug — die Sache ist erledigt — mein Argwohn war unbegründet, das Gewitter galt nicht mir, sondern den „Ultrareaktionären“ und deren „bedeutendstem“ Wortführer; Most ist Most und nicht Markus Antonius, und ich bin ich.

Doch nun aus dem Hinter- und Nebenstübchen in die Haupt- und Vorderstube. Ein wunderliches Schauspiel erwartet mich da. Auf dem redaktionellen Tripeus (Dreifuß) thront in olympische Würde und die Pariser Arbeitetblouse gehüllt, Freund Lossau und schleudert „französische Arbeiter“-Donnerkeile gegen den Attentäter, der sich unterfangen, den Pariser Arbeitern zuzutrauen, sie könnten ihre republikanische Gesinnung so weit vergessen, daß sie, wenn es zum Klappen käme, nicht für die in's Französische übersetzten und in Berlin hoffähigen „Republikaner“ Duncker, Wehrenpfennig und Miquel sich schlagen würden, sondern gemein-eigennütziger Weise für sich selbst.

Das verzückte Auge des Blitzeschleuderers ruht zuweilen auf mir, aber er kennt mich nicht, obgleich ich einer seiner ältesten Freunde bin; ach! er ahnt nicht, wen er trifft, während er zürnend den namenlosen Frevler zermalmt, den die leitartikulatorische (Heiliger — aber „wir treiben ja keinen Personenkultus“ — Gnade für die ketzerische Wortbildung!), wollte sagen leitartikuläre Unfehlbarkeit des Vatikans vom Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a anzuzweifeln gewagt hat.

Nein — nicht zürnend. Der milde Ausdruck des Gesichts verbürgt mir, daß ich keine Freundschaftskündigung zu befürchten habe, wenn ich gelegentlich beim Glas Bier die Maske der Anonymität abstreife.

Ein noch nicht dagewesener „französischer Arbeiter“.

Die Pariser Blouse ist echt, ohne Zweifel; aber der gutmüthige Ostpreuße ist auch echt.

Coelum non animum mutat qui trans Rhenum currit*) — Freund Lossau wird mir die kleine Abänderung des lateinischen Verschens verzeihen, das wir in der Schule auswendig gelernt. Die Blouse macht nicht den Arbeiter. Pariser Blouse oder deutscher Schlafrock — Paul Lossau ist Paul Lossau, wie Most Most ist und nicht Markus Antonius.

Aber was hör' ich? Das Sprichwort hat doch Recht: Kleider machen Leute. Die Blouse hat ihre Wirkung gethan, sie hat den Paul Lossau „gemacht“; der ostpreußische Gefühlsmensch ist von der Pariser Blouse absorbirt worden, und der Blousenträger verkündet fest und gemessen den goldenen Satz:

„Die Arbeiter dürfen keine Gefühlspolitik treiben.“

Brav, alter Schwed'! Ich falle Dir um den Hals — in Gedanken. So ist's recht! Jetzt sind wir ein Herz und eine Seele. Fort mit dieser platonischen Liebe zur Republik — die platonische Liebe ist ja überhaupt eine schlechte Sorte, weißt Du. Fort mit diesem phantastischen Spuk der „Gefühlspolitik“! — Wie wär' es möglich gewesen? Paul Lossau und Johann Most in seidenen Strümpfen und Kniehosen, Arm in Arm mit den deutschen Thiers und Gambetta's: den Duncker, Wehrenpfennig, Miquel und Consorten — voran der Geist Wedemeyer's (wie der Geist des gehenkten John Brown weiland den amerikanischen Unionstruppen im Sühnekrieg voranschritt) und Markus Antonius Niendorf, der kein Geist ist — und die „gemischte Gesellschaft“ auf dem Weg in das königliche Palais oder in die Wilhelmsstraße, um dem Kaiser oder Bismarck ihre Aufwartung zu machen und gute Wünsche für die Republik der Communemörder in Empfang zu nehmen — — und als erbauliches Nachspiel Freund Most feierlichen Schritts zum Molkenmarkt wandelnd, um der, nach hoher obrigkeitlicher Vorschrift für die Musterrepublik Thiers-Gambetta begeisterten „Siebenten Deputation“ demüthig zu danken für die 18 Monate, die sie ihm wegen seiner unbedachten Schwärmelei für die „von Rechtswegen“ versailli-sirten Commune-Mordbrenner „von Rechtswegen“ applizirt — — Welcher Stoff für den „Kladderadatsch“! Gott sei Dank, es war nur eine wüste Vision.

„Die Arbeiter dürfen keine Gefühlspolitik treiben.“

Gleich nach dem Hahnenschrei hat dieses goldene Wort die tollen Nachtgespenster verjagt.

Wir sind einig.

„Die Arbeiter dürfen keine Gefühlspolitik treiben.“

Die französischen Arbeiter werden dem Rath Lossau's folgen. Wenigstens hofft das Ihr Berliner Correspondent X.

---

der wirkliche Pariser Arbeiter zuhörten, die Anschauungen unserer dortigen Pariser Parteigenossen, die ja auch mit den seinigen übereinstimmen, im Gegentheil zu dem fingirten Pariser Arbeiter, Lossau ersehen können. R. d. „V.“

*) Den Himmel, nicht die Gesinnung ändert, wer über den Rhein reiset. Eigentlich heißt's: Coelum non animum mutant qui trans mare currunt — den Himmel, nicht die Gesinnung ändert, wer über das Meer fährt.

Für Seiler und Reepschläger.

Montag, den 28. Mai, stellten wir in Folge Maßregelung in der Schiffstau-Fabrik zu Lauenbruch bei Harburg die Arbeit ein. Die Bedingungen, unter welchen wir die Arbeit wieder aufnehmen wollten, theilten wir den Fabrikanten Heinson mit, wurden jedoch von demselben abgewiesen. Bis jetzt ist es dem Fabrikanten nicht gelungen, andere Gesellen heranzuziehen, er läßt daher in allen Blättern, hauptsächlich im „Berliner Tageblatt“, annonciren: „dauernde Beschäftigung, Lohn 2 Mark 95 Pf.“ Hier am Orte sind Arbeitskräfte genug, der Fabrikant Heinson geht nur mit dem Plane um, den Strike, den er verschuldet hat, zu sprengen. Wir richten daher an alle Arbeitsgenossen die dringende Bitte, noch immer den Zuzug fern zu halten. Unterstützungen wolle man an Unterzeichneten senden.

Harburg, den 25. Juli.

Mit brüderlichem Gruß

Aug. Lüdemann, 2. Bergstr. 17.

Briefkasten

der Redaktion. J. A. in H.: Die „Deutsche Landwirthschaftliche Zeitung“ ist das Organ der Agrarier; diese sonderbare Partei rühmt sich immer ihrer sozialistischen Tendenzen. Der verstorbene Wedemeyer war eines der Häupter dieser Partei — daß nun der sonderbare Redakteur der „Deutschen Landwirthschaftlichen Zeitung“ Herrn Wedemeyer den Führer eines Zweiges der sozial-demokratischen Partei in Deutschland nennt, ist gottvoll, gottvoller aber ist, daß ein sozialistisches Organ diese Notiz ohne eine Bemerkung dabei zu machen, abdruckt.

der Expedition. G. Gladwy, Jgrhf: Wenden Sie sich doch mit Ihrer Anfrage direkt an die Post oder an die Redaktion des Blattes. Wir können es nicht liefern.

Quittung. Strm u. Kpp hier Ann. 6,00. Gzlr hier Ab. 7,50. Stcklbrg Paris Ab. 10,00. — Schuhmachergewerksch. hier Ann. 0,60. Lbg Aufstg Ab. 0,80. Zmrmnn Paris Ab. 1,75. Wlnd Kiel Ab. 6,40. Schrdr Cöln Ab. 3,00. Mns Altona Ann. 3,70. Mß hier Ann. 7,00. F. Hrmnghs St. Louis Schr. 200,49. Exped. des „Hamb.-Alt. Volksblatt“ Hamburg 200,00. M. Frnkl Pest Ab. 32,81. Erich Forste Schr. 6,00. Rnhld Albany Ab. 29,07. E. Erde Stötteritz Ab. 32,25. Thmr hier Ab. 3,75. Hß Sonneberg Ab. 15,00. Tbrst Ziegenhals Schr. 0,60. Clbl Merzdorf Schr. 13,55. Ntchnr hier Schr. 2,60. Mllr Langensalza Schr. 3,65. Thm Halle Schr. 0,40.

Für Schleswig-Holstein. Diejenigen Orte in der Provinz welche auf die zugegangenen Schreiben den Antheil an den Vorbereitungskosten des Blattunternehmens noch nicht eingesandt haben, werden ersucht, dies bald erledigen zu wollen, damit die Sache sich nicht in die Länge zieht.

Fonds für Gemaßregelte.

B. Arbeiterverein Connewitz 10,00. B. J. Brndt Oelsnitz 5,00. B. Arbeitern der Frstr'schen Tischlerei hier, gesammelt d. H. 1,46.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Leipzig. Gewerkschaft der Schumacher. Montag, den 30. Juli, Abends 8 Uhr, bei Hrn. Richter, Roßplatz Nr. 9: Versammlung. (F. 195) [60

Tagesordnung: 1. Besprechung über Abhaltung eines Sommerfestes. 2. Rundschau.

Gäste willkommen. Der Bevollmächtigte.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Sonntag, den 5. August, im Neuen Gasthof zu Gohlis:

Zweites Sommerfest

bestehend in Concert, Gesang, Spiele für Damen, Herren und Kinder und Ball von 6 Uhr an.

Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen. Programms sind zu haben im Vereinslokal Ritterstraße 43 II. Anfang Nachmittags 3 Uhr. Der Vorstand. [3,00

Als Redakteur

für ein kleines Parteiblatt wird sofort ein tüchtiger Parteigenosse, welcher auch agitatorisch thätig sein kann, gesucht. Offerten unter F. V. an die Expedition des „Vorwärts“ erbeten. [1,50

Hiermit bringe ich den auswärtigen sowie hiesigen Gesinnungsgenossen mein

Gast- und Logirhaus

in gütige Erinnnerung. Achtungsvoll C. Meins, Altona, Langestraße 88

1,50] (3a)

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk.

Abonnementspreis vierteljährlich M. 1,20.

In Heften (3 Wochen-Nummern enthaltend) à 30 Pf.

Die Expedition. Färberstr. 12 in Leipzig.

Inhalt der Nr. 30 (27. Juli 1877): Baters Liebling. Von F. Klinck. (Fortsetzung.) — Emil Adolf Roßmäßler (mit dessen Portrait). — Instinkt, Lebenskraft, Vererbung. Von Dr. A. Douai. — Aus der ältesten Geschichte der Botanik. Von Hugo Sturm. — Kirchendank. Humoreske von Em. Malten. — Kleinere Mittheilungen: Traumgesicht (Gedicht). Von Hans Hellmuth. — Bulgarische Rajahs (Illustration). — Eine Mittheilung aus der Eifel. — Semaphore. — Räthsel. — Briefkasten.

Vom Protokoll

des zu Gotha stattgehabten

Sozialisten-Congresses

ist noch eine kleine Partie vorräthig. Preis 25 Pfg., bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren 20 Pfg. Versendung nur gegen baar oder Nachnahme unter Beifügung von 10 Pf. Porto für je 5 Exemplare.

Bestellungen sind zu machen bei C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Hatz, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanftenmann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 89. Mittwoch, 1. August. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat August u. Septbr. zu 1,10 werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aureliusstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Zur gefälligen Beachtung für unsere Postabonnenten!

Um sämmtlichen Abonnenten des „Vorwärts" das Blatt am Erscheinungstage (also Sonntag, Mittwoch und Freitag) mit Bestimmtheit und regelmäßig aushändigen zu können, verlangt die hiesige Hauptzeitungsstelle, daß wir ihr den „Vorwärts" Montag, Mittwoch und Freitag bis Nachmittags 5 Uhr liefern, was uns deshalb nicht möglich ist, weil an diesen Tagen erst kurz vor Mittag mit dem Druck begonnen werden kann. Um nun übersehen zu können, ob gewissen Postabonnenten das Blatt regelmäßig verspätet zugeht — in welchem Falle wohl Abhülfe geschaffen werden könnte —, ersuchen wir Diejenigen, bei denen das der Fall ist, um sofortige Meldung. Diejenigen, welchen das Blatt nur dann und wann verspätet zugeht, wollen bedenken, daß hierfür nicht die Post verantwortlich zu machen ist, sondern daß dies lediglich an der Eisenbahnbeförderung liegt und an den mannigfachen Zufälligkeiten, die sich hieran knüpfen.

Wir ersuchen unsere geehrten Abonnenten, dies zu berücksichtigen, und im Falle verspäteten Empfangs ihrer Blätter nicht gleich Pflichtversäumniß Seitens der Postbeamten oder gar bösen Willen voraussetzen, was mannigfach geschieht.

Die hiesige Hauptzeitungsstelle befördert den „Vorwärts" ebenso regelmäßig weiter, wie sie denselben von uns empfängt, und kann nicht verantwortlich gemacht werden, wenn durch Zugverspätung auf irgend einer Strecke der Anschluß versäumt und damit die rechtzeitige Lieferung des Blattes unmöglich wird.

Leipzig, 28. Juli 1877.

Die Expedition des „Vorwärts".

Ein Arbeiteraufstand in den Vereinigten Staaten.

Die in den letzten Tagen eingelaufenen Telegramme haben uns wenig Material zur Beurtheilung der Vorgänge in den Vereinigten Staaten geliefert. Der „Strike" dehnt sich fortwährend aus, zu blutigen Zusammenstößen wie in Baltimore und Pittsburg ist es noch in Reading, Chicago und St. Francisco gekommen.

Erzählt wird, der „Strike" werde von der Gewerkschaft der Heizer und Bremser, der „Trammen-Union" — (Bund der Schienenleute) geleitet, was übrigens sehr wenig glaublich erscheint. Möglich indeß, daß diese Gewerkschaft den „Leitern" des „Strike's", insoweit solche vorhanden sind, als Crystallisationspunkt gedient hat. Zwischen einem „Strike", wie die englisch-amerikanischen Berichterstatter hartnäckig die Vorgänge betiteln, und einem Aufstand oder gar einer Revolution, welche die deutsche Reptilienpresse zu sehen glaubt, indem sie sich vergnügt die Hände reibt, ist ein himmelweiter Unterschied, und, wenn wir auch für den eigentlichen „Strike" der ja unfehlbar vorliegt, die Leitung durch eine Gewerkschaft annehmen können, so können wir dies unmöglich für die Ereignisse, welche sich theils aus diesem Strike entwickelt, theils an ihn angeschlossen haben, und theils bloß nebenher gelaufen sind. Daß ein Plan zu einer politischen Revolution bestehe, ist ein verrückter Gedanke, der nur im Schädel deutscher Reptilienschreiber ausgeheckt werden konnte. Revolution gegen wen? und was? Die Regierung der nordamerikanischen Republik — Centralregierung und Einzelstaaten-Regierungen — hat absolut keine Macht, dem Willen des Volkes Widerstand zu leisten — will das Volk die Verfassung ändern, so braucht es nur in aller Gemüthlichkeit die nöthigen verfassungsmäßigen Schritte zu thun, ohne sich der in einem freien Land ganz sinnlosen Emotion und Gefahr einer Straßenrevolution auszusetzen — denn von einer anderen Revolution hat das Reptilienvolk ja keinen Begriff. Ebenso einfältig ist es, von communistischen Bestrebungen zu reden, „die immer mehr hervortreten." Gerade so wie in den vierziger Jahren bei den schlesischen Unruhen. Nur daß es damals bloß Herr Stieber war, der den Aberwitz aufbrachte und colportirte. Heut thut's das Gros unserer „gutgesinnten" Presse, Wir sind eben auch in puncto des Intellekts auf den Stieber gekommen.

In Amerika hungern ein paar Millionen Arbeiter, und so ist es sehr natürlich, daß die Magenfrage sich in den Vordergrund gedrängt, und dem ursprünglichen Strike das Gepräge einer Arbeitererhebung aufgedrückt hat. Die Massendemonstrationen und ernsthaften Kämpfe, von denen das unterseeische Kabel uns meldet, sind selbstverständlich nicht auf die Eisenbahnbeamten zurückzuführen; sie sind nur aus der Thatsache zu erklären, daß der Conflikt der Eisenbahnbeamten mit ihren Arbeitgebern für die hungernden Arbeiter zum Anlaß geworden, aktiv zu werden und die Magenfrage energisch auf die Tagesordnung zu bringen.

Planmäßig ist dabei sicherlich nicht verfahren worden, wenn auch zu erwarten ist, daß sehr bald — bei längerem Andauern der Krise — Plan in das Handeln kommen wird. Daß speziell in Pennsylvanien die durch die „gesetzliche Ermordung" einer Anzahl der Ihrigen voraussichtlich furchtbar erbitterten Kohlengräber eine hervorragende Rolle spielen und, soweit ihr Einfluß reicht, Organisation in die Bewegung gebracht haben werden, läßt sich mit Bestimmtheit voraussetzen, obgleich bis jetzt nicht ein Wort darüber verlautet hat.

Ferner liegt es in der Natur der Dinge, daß das, in einigen Großstädten Amerikas colossal entwickelte Lumpenproletariat, der „Mob" nicht ruhiger Zuschauer geblieben, und in seiner Weise thätig gewesen ist — d. h. allerhand Excesse begangen, Spirituosenläden erbrochen und vielleicht sonst „geplündert" hat. Arbeiter, selbst in Zeiten der äußersten Noth, plündern nicht, — das ist ein so genügend festgestellter Erfahrungssatz, daß wir es, gelinde gesagt, für eine große Gedankenlosigkeit halten müssen, wenn bürgerlich-demokratische Blätter, von Plünderungen durch die aufständischen Arbeiter reden. Zum Kampf gezwungen, sich die Waffen holen, wo man sie findet, das heißt nicht „plündern" — das heißt einfach: von dem Recht der Nothwehr Gebrauch machen.

Es ist also dreierlei bei den Vorgängen in Amerika auseinanderzuhalten: 1) der ursprüngliche Strike (der Bahnbeamten); 2) die durch diesen Strike veranlaßte Aktion der durch die Krise zur Verzweiflung getriebenen Arbeiter und 3) die Ausnutzung der Vorgänge durch das Lumpenproletariat.

Und was thun die Behörden? Fertige Mittel der Repression, der gewaltsamen Unterdrückung in europäischem Sinn haben sie nicht; zum Bedauern unseres Reptiliengesindels können Arbeiter-Metzeleien im Großen, wie weiland in Lyon und Paris, nicht von Oben her inszenirt werden. Die Behörden haben nur solche Mittel der Repression, welche die Bürger ihnen freiwillig zur Verfügung stellen. Und da fehlt uns nun jeder Anhaltspunkt, um zu urtheilen, ob und in wie weit die Behörden auf die Unterstützung der Bürger, oder richtiger eines Theiles der Bürger zu rechnen haben. An verschiedenen Orten haben die Milizen sich geweigert, Dienste gegen die Rebellen zu thun. Der „stramme", wohlgedrillte Soldat, der auf's Commando, ohne mit der Wimper zu zucken, die eigene Mutter, den Vater, den Bruder todtschießt, ist in Amerika nicht vorhanden; ehe die Volkssoldaten — Milizen — schießen oder hauen, sehen sie erst, wohin? „Die Flinte schießt, der Säbel haut" nicht von selbst. Mit dem Eulenburg'schen Recept hat's „drüben" seine Haken. Es fragt sich, wie tief die Bewegung in das Volk gedrungen, welche Schichten sie erfaßt hat. Die republikanischen Herren Bourgeois in Amerika würden unzweifelhaft ebenso gern wie die monarchischen und republikanischen Herren Bourgeois in Europa die Arbeiter mit „blauen Bohnen" traktiren, und nach dem Beispiel ihrer republikanischen und sonach völlig gesinnungsverwandten Klassengenossen in Frankreich eine Bartholomäusnacht des Proletariats anordnen — eine „blutige Juliwoche", als neue und wo möglich verbesserte Auflage der „blutigen Maiwoche" — allein die Herren Bourgeois in den Vereinigten Staaten haben kein stehendes Heer zur Verfügung, das an blinden Gehorsam gewöhnt ist, und ein blindes Werkzeug abgiebt.

Freilich, sind die Bourgeoisanschauungen tief in's amerikanische Bürgerthum eingedrungen, dann kann es zu großartigen Massacres kommen. Doch im Moment, da wir dies schreiben, sprechen verschiedentliche Symptome dafür, daß sowohl Seitens der Behörden, als der „Strikenden" oder „Aufständischen" eingelenkt wird.

Der Strike der nordamerikanischen Eisenbahnarbeiter.

Breslau, 25. Juli.

Seit meinem dreiwöchentlichen Hiersein mit der Abfassung einer Broschüre beschäftigt, welche meine sechsjährigen Erfahrungen in den Vereinigten Staaten schildern soll, erfahre ich durch die telegraphischen Nachrichten die außerordentlichen Dimensionen eines Eisenbahnarbeiter-Strikes oder richtiger Ausschlusses, welcher mich nicht grade überraschte, aber etwas früher zum Vorschein kam, als ich es vermuthete.

Ich bemerke hierbei von vornherein, daß ich über drei Jahre in dem Herzen dieser Bewegung, in Pittsburg, lebte, und durch steten Verkehr mit den dortigen Arbeitern die Verhältnisse genau kenne.

Da die deutschen Arbeiter vorläufig auf das angewiesen sind, was sie durch die Kabeldepeschen, die ja auch von der herrschenden Partei ausgehen, erfahren, so mögen ihnen die folgenden Zeilen, die sich streng an Thatsachen halten, zur Aufklärung dienen.

Seit längerer Zeit äußerte sich der Klassenkampf in Amerika in prägnanterer Form als früher, was selbstverständlich einzig und allein den wahrhaft schrecklichen Folgen der seit 1873 hereingebrochenen und noch nicht beendeten enormen Handelskrise zuzuschreiben ist. Die Größe des Elendes kann nur Der ermessen, der wirklich an Ort und Stelle war, denn ein so plötzlicher Uebergang von sogenannten „guten" in „schlechte Zeiten" war unerhört.

Ich befand mich bei Ausbruch dieser Krisis in der Stadt Pittsburg und grade für diese (weil hauptsächlich Fabrik-) Stadt, waren die Folgen schwerwiegender als irgend wo anders. Tausende „fleißiger Hände" wurden plötzlich aufs Pflaster geworfen, die noch etwa rückstehenden Löhne in den seltensten Fällen ausgezahlt; die Stadt selbst, die der eng aneinanderstehenden Fabriken halber fast permanent von Rauch und Kohlenstaub geschwärzt ist, bekam ein freundlicheres Aussehen, da fast alle Werke still standen. Es vergingen Wochen, Monate, ja ein paar Jahre, ehe manche dieser Fabriken sich wieder öffneten, während andere vielleicht heute noch geschlossen sind. Von einer Erholung nach diesen Schlägen kann noch keine Rede sein, denn die Werke, die später wirklich wieder die Arbeit begannen, ließen bei stark verringerter Arbeiteranzahl auch nur bei „halber Zeit" arbeiten und eine bedeutende Reduktion der Löhne trat damals schon in fast allen Gebieten der Industrie ein, selbst in denen, die merkwürdigerweise von der Krisis fast gar nicht berührt wurden. Zu den letzteren gehören die Eisenbahnen.

Gleich nach Ausbruch der Krisis glaubte ein großer Theil der von ihr betroffenen Arbeiter, daß die Verhältnisse in andern Städten (namentlich denen des Westens) günstiger wären, als in den Plätzen, in welchen sie sich befanden, und die Folge davon war, daß der Personenverkehr auf fast allen Eisenbahnen des Nordostens größer wurde als je zuvor. Trotzdem also die Aktionäre und namentlich die hoch bezahlten Verwaltungsbeamten der Eisenbahnen mit ihrem „Entbehrungslohn" sehr zufrieden sein konnten, wurden dennoch die Löhne zu wiederholten Malen reduzirt, in welche Reduktionen die Lokomotivführer, Bremser u. s. w., die eine gut organisirte kleine Macht bilden, nur mit Widerstreben willigten. Sie wiesen damals nach, daß die Dividenden (trotz der wie gesagt fürstlichen Gehälter der Direktoren) höher waren als bisher, aber der Kapitalist benutzte eben derartige Zeiten allgemeiner Geschäftsstockung und selbst da, wo nicht die geringste Ursache dazu vorhanden war, wurde die Daumschraube angesetzt. Doch damit nicht genug! Ich sagte vorhin, die Eisenbahnarbeiter hätten nur mit „Widerstreben" in die Reduktionen gewilligt, diesen Trotzköpfen gegenüber mußte man also noch anders begegnen.

Die nordamerikanischen Fabrikarbeiter waren zum großen Theil gewerkschaftlich organisirt; manche dieser Gewerke bildeten auch geheime Logen wie z. B. die Schuhmacher mit ihrem „Crispiner"-Orden u. a. m. Diese „Unions" verloren jedoch ihre Macht immer mehr und mehr, und heute sind sie nur noch Ruinen vergangener Größe. Der Kapitalismus ist über sie zur Tagesordnung (d. h. zur unbeschränkten Ausbeutung) übergegangen.

Anders aber mit der „Brotherhood of the Locomotive Ingineers".*) Dieser Verein, welcher in stetem Zusammenhang mit dem der Bremser stand, bestand noch in seiner alten Blüthe und schüttelte trotzig seine Mähne, wenn man ihm zu nahe kam. Das mußte unter jeder Bedingung anders werden, die Vereinigung mußte zerstört werden, sollte der „Entbehrungslohn" von Direktoren und Aktionären höher (und in größerer Ruhe verzehrt) werden.

Man ging systematisch zu Werke.

Die „Pennsylvania-Eisenbahn", diese Dirigentin der Gesetzgebung des Staates Pennsylvania, eröffnete den Reigen, indem sie ihren Arbeitern Lohnreduktionen ankündigte. Die Letzteren behaupteten mit vollstem Rechte, daß dazu auf diesem Gebiete nicht die geringste Veranlassung vorhanden sei und verwies die Direktoren auf ihre eigenen Dividenden. In ganz kurzen Pausen wurde dieses Manöver von den kleineren Bahnen nachgemacht, und die letzteren fünf Jahre bildeten einen ununterbrochenen Kampf zwischen den Eisenbahn-Compagnieen und ihren Arbeitern.

Dieser Kampf, in welchem es sich hauptsächlich um Zerstörung resp. Erhaltung der Vereinigung handelte, hat nun nicht allein einen ernsteren Charakter, sondern auch größere Dimensionen angenommen.

Man bedenke, daß im Nordosten zweimalhundertfünfzigtausend Arbeiter ohne Beschäftigung sind (50,000 kommen auf die Stadt New-York allein) und man wird sich das Geschrei der Kapitalisten nach Militär wohl erklären können.

Die „zündende Natur" des Irländers (wie Marx sie nennt) ist drüben gekannt, und da die Eisenbahn- und Kohlenarbeiter zum weitaus größeren Theile aus Irländern bestehen, kann man sich ein Bild von der Gänsehaut der amerikanischen Bourgeois machen.

Wie dieses Vorpostengefecht enden wird, läßt sich bei der glücklicherweise geringen Militärmacht Amerika's nicht gut voraussehen, denn da können die Ordnungsbanditen keine Pariser Orgien feiern; aber hoffentlich wird das dortige Geldprotzenthum eine gehörige Lektion empfangen haben.

Dies sind die wahren Verhältnisse! Und nun höre man die hiesige Presse. Das Breslauer Organ der Fortschrittspartei, die „Breslauer Zeitung", schreibt wörtlich:

„In Folge des viel gerühmten Schutzzollsystems, welches den Vereinigten Staaten allerdings eine technisch unerreichte Industrie geschaffen, aber auch eine viel größere Ueberproduktion als in anderen Staaten gezeitigt hat, leidet die Union auch viel empfindlicher unter den Folgen der Krisis, welche seit 1873 Europa und Amerika verheert und u. A. haben dort wie überall die Eisenbahnen mit am meisten die furchtbaren Heimsuchungen des wirthschaftlichen Niederganges erfahren und zwar dort noch viel stärker, weil das Eisenbahnwesen in Amerika bekanntlich der Tummelplatz der schwindelhaftesten Unternehmungen gewesen ist. Eine rühmliche Ausnahme bildete indessen von jeher die Bahn, auf welcher der jetzige Strike zuerst ausgebrochen ist, die Baltimore-Ohio-Bahn, welche die bedeutende Seehandelsstadt Baltimore mit Ohio und dem Gebiet der großen Seen verbindet. Diese Eisenbahn, welche von Baltimore, dem erwähnten Seehafen Marylands nach Wheeling in Westvirginien und von da nach Pittsburg, dem Centrum der pennsylvanischen Industrie, geht, ist eine der wichtigsten Linien des Westens. Sie hat Verbindung

*) Brüderliche Vereinigung der Lokomotivführer.

mit Washington und New-York, zahlreiche Zweiglinien, und hat sogar in neuerer Zeit mit vielen Kosten eine Verbindung mit Chicago und demnach mit dem Gebiet der großen nordwestlichen Seen hergestellt. Sie ist eine der am besten und solidesten verwalteten amerikanischen Bahnen und hatte bis vor mehreren Monaten auch den großen Eisenbahnkrach glücklich überdauert, bis endlich die Panique auch ihre Werthe ergriff und sie zu Gegenmaßregeln zwang. Sie entschloß sich zu den größten Ersparungen und dekretirte endlich eine zehnprozentige Lohnreduktion für alle ihre Bediensteten, womit sie nur dem Beispiel der übrigen amerikanischen Bahnen folgte."

Ganz abgesehen davon, daß diese Zeilen voll von den gröbsten Irrthümern sind, strotzt der Artikel auch von offenbaren Lügen.

Die Baltimore- und Ohio-Eisenbahn (beiläufig bemerkt nur eine Zwergbahn im Vergleich zu andern) soll sich zu den „größten Ersparnissen" entschlossen haben, die sich in Gestalt von 10 Proz. Lohnabkürzung für alle (?) ihre Bediensteten äußerte. Ohne das Gehalt der hiesigen Zeitungsredakteure zu kennen, kann ich dem Herrn von der „Breslauer Zeitung" versichern, daß er mit noch 29 seiner Collegen zusammen nicht das Einkommen des Präsidenten der Baltimore- und Ohio-Eisenbahn hat, und ob diese 10 Proz., die seit 1873 sicher nicht die ersten sind, auch auf die höheren Beamten Anwendung finden, bleibt zum allermindesten noch sehr dahingestellt.

Die Herren Verwaltungsbeamten erhöhen in der Regel (gleich dem amerikanischen Congresse) ihre Gehälter, und von einer Reduktion nach dieser Richtung hin habe ich noch nichts gehört, wohl aber, daß diese Gehaltserhöhung sogar rückwirkend (d. h. für früher bereits geleistete Dienste) war.

Und damit vergleiche man nun das Märtyrerthum, das die hiesige Presse den dortigen Eisenbahnen gern anhängen möchte.

Interessant ist auch folgendes Geständniß desselben Blattes:

„Endlich scheinen uns diese, wie überhaupt die neueren Vorgänge in den Vereinigten Staaten lebhaft für eine ausreichende Präsenzstärke des Heeres im Frieden zu plaidiren."

Wüßten die Arbeiter noch nicht, wozu die Soldaten im Frieden da sind, die „Breslauer Zeitung" hätte es ihnen gesagt.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Aus der besten der Welten. In Nr. 74 des „Vorwärts" veröffentlichten wir einen Passus aus dem statistischen Wochenbericht der Stadt Berlin, betreffend die Sterblichkeit der unehelichen Kinder. Die Thatsache, daß verhältnißmäßig weit mehr uneheliche als eheliche Kinder sterben, ist bekannt und für Jeden, der nachdenkt, liegen auch die Gründe zu Tage. Trotzdem ist es nothwendig, die Thatsache wiederholt hervorzuheben, weil sie ganz besonders geeignet ist, denen, die in Bezug auf unsere gesellschaftlichen Zustände noch mit Blindheit geschlagen sind, die Augen zu öffnen. Wir drucken daher nachstehend ab, was das neueste (12.) Heft des Leipziger Statistischen Bureaus als Ergebniß der über die fünf Jahre 1871—1875 sich ausdehnenden amtlichen Ermittelungen mittheilt:

„Erschreckend groß ist der Einfluß der Legitimität der Geburt auf die Sterbenswahrscheinlichkeit im ersten Lebensjahre. Während von den ehelichen Kindern nur der fünfte Theil im ersten Lebensjahre stirbt, stirbt von den unehelichen Kindern mehr als die Hälfte im ersten Lebensjahre. Dabei wirkt bei den unehelichen Kindern die Sterblichkeit in den ersten Lebensmonaten auch relativ noch intensiver, als in den letzten des ersten Jahres. Diese Feststellungen haben ergeben, daß die Sterblichkeit der unehelichen Kinder in den ersten fünf Wochen fünfmal so groß ist, wie die der ehelichen Kinder. Schon in den letzten Zehnteln des ersten Jahres zeigt sich jedoch die Tendenz, den Unterschied auszugleichen. Im zweiten und dritten Lebensjahre ist der Unterschied höchst unbedeutend, im vierten scheint derselbe sogar zu einem Vortheil der unehelichen Kinder auszuschlagen, eine Wahrnehmung, welche, wenn sie nicht wegen der geringen Zahl der Beobachtungsfälle irrig ist, sich nach Analogie der geringern Sterblichkeit nach Epidemie-Jahren erklären ließe."

Das heißt durch das vorherige massenhafte „Wegsterben" aller nicht sehr kräftigen Kinder, so daß nur die kräftigsten übrig sind, die, nachdem die Gefahren der ersten Jahre überwunden, eine größere Chance am Leben zu bleiben haben, als eine gleiche Anzahl von ehelichen Kindern, unter denen sich viele von Geburt schwächliche und zarte befinden, die nur durch sorgfältige Pflege am Leben erhalten worden sind. Indeß ist auch dieser traurige „Vortheil" wie es ja in dem Bericht selbst heißt, noch nicht genügend festgestellt.

Daß die Massensterblichkeit der unehelichen Kinder in weitaus den meisten Fällen auf direkten oder indirekten Mord zurückzuführen und eine nothwendige Frucht der herrschenden ungesunden, unnatürlichen Gesellschaftsverhältnisse ist, brauchen wir hier nicht des Näheren auseinanderzusetzen.

Nur das sei, um irrigen Schlußfolgerungen vorzubeugen, noch ausdrücklich erwähnt, daß die Sterblichkeit unter den ehelichen Kindern, wenn schon im Vergleich mit der Sterblichkeit unter den unehelichen Kindern relativ niedrig, doch an sich ebenfalls erschreckend hoch ist, und daß die ehelichen Kinder des arbeitenden Volks in den ersten Lebensjahren ein verhältnißmäßig drei- bis viermal so großes Contingent für die Todtenlisten liefern, als die Kinder der wohlhabenden Klassen, daß also das Trauzeugniß der Eltern die Kinder keineswegs vor dem gesellschaftlichen Massenmord schützt. Es sind eben allgemein wirkende soziale Faktoren, mit denen wir es zu thun haben, und die in den Fällen unehelicher Geburten nur mit gesteigerter Intensivität auftreten.

— Der Haß des Fürsten Bismarck gegen den Grafen Arnim dokumentirt sich selbst bei den kleinsten Gelegenheiten. Der Letztere hat um die Erlaubniß nachgesucht, bei einer Reise nach Karlsbad, welchen Badeort ihm seine Aerzte dringend empfohlen, deutsches Gebiet berühren zu dürfen. Nach der Begutachtung des Fürsten Bismarck ist ihm diese Bitte abgeschlagen worden.

— Stephan und die Presse. Der Postsekretär Herr Trautmann in Brieg wurde laut Beschluß der Disziplinarkammer zu Breslau vom 18. v. M. auf die Anklage des kaiserlich deutschen General-Postamtes hin zu 100 Mark Geldbuße, Strafversetzung und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt, weil er für die „Deutsche Post" eine Reihe von Artikeln unter dem Titel: „Schlesische Briefe" geschrieben. Was den Inhalt derselben betrifft, läßt sich derselbe ermessen, da die gegen Herrn Dr. Stephan stets in Opposition begriffene „Deutsche Post" dazu sagt: „sie waren voll und ganz, ohne Uebertreibung und ohne Schminke aus dem vollen Leidesbecher der Beamtenmisère gegriffen." K.

— Kunst und Wissenschaft. Der Sozialdemokratie wird immer entgegengehalten, daß in einer sozialistischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft kein Raum sei, daß die Künstler nicht geehrt würden ꝛc. ꝛc. Auf diese Anklage wollen wir nun hier nicht näher eingehen, sondern einfach zeigen, wie es in der heutigen Gesellschaft mit Kunst und Wissenschaft aussieht. Die Dühring-Affaire möchte in Bezug auf die Wissenschaft ein arges Licht auf unsere heutigen Zustände geworfen haben, in Bezug auf die Kunst und wie man deutsche Dichter ehrt, mag die Ernennung des Herrn Julian Schmidt in die Schillercommission als Illustration dienen. Aber auch wie sonst die Kunst gepflegt wird in deutschen Landen, davon mögen folgende Notizen beredtes Zeugniß ablegen, die jetzt gleichzeitig durch die deutsche Presse wandern:

„Nortorf (Schleswig-Holstein), 18. Juli. Dem Senior der schleswig-holsteinischen Dichter, Franz Bockel, ist auf Verwendung und Fürsprache einiger seiner Freunde bei der deutschen Schillerstiftung in Dresden von dieser vorläufig auf drei Jahre eine jährliche Pension von 300 Mark zuerkannt worden. Der greise 79jährige Dichter, welcher hiervon keine Ahnung hatte und dem, um ihn vor einer der bittersten Lebenssorgen zu schützen, schon vor einigen Monaten das Armenhaus zu Nortorf gastfreie Aufnahme gewährt hatte, wurde heute von Seiten einiger Freunde, die sich zu dem Ende hierher begeben hatten, von diesem für ihn so wichtigen und erfreulichen Ereigniß in Kenntniß gesetzt, wobei ihm mehr als einmal die Augen von Freudenthränen überliefen."

Eine weitere Notiz lautet:

„Die trostlose und wirklich bedauernswerthe Lage des in Leipzig lebenden greisen Schriftstellers F. J. Egenter veranlaßt die unterfertigte Redaktion, an alle Menschenfreunde die dringendste Bitte zu richten, die letzten Lebenstage dieses unglücklichen, nahezu erblindeten Mannes durch eine wenn auch noch so geringe Unterstützung in etwas zu erleichtern. Wir sind zur Entgegennahme von Beiträgen gern bereit und bitten angelegentlichst unsere Leser und die Redaktionen anderer Blätter, diese Bitte auch in weitere Kreise wohlthätiger Menschen zu tragen.

Leipzig, 18. Juli 1877. Die Redaktion
der Literarischen Correspondenz."

Ferner lesen wir:

Leipzig, 25. Juli. Die zum Besten des plattdeutschen Volksdichters Wilhelm Schröder, der seinen 70jährigen Geburtstag feierte, am 23. d. M. veranstaltete Vorstellung im Thaliatheater war trotz der großen Hitze ziemlich gut besucht, auch fanden die scenischen Darbietungen, bei denen eine Tochter Schröder's mitwirkte, größtentheils beifällige Aufnahme."

So wird die Kunst in unserer heutigen Gesellschaft belohnt, daß die Träger derselben betteln müssen. — Natürlich die „Kunst" einer obscönen Chansonette oder einer Ballettänzerin, die Kunst einer Kunstreiterin — sie bildet eine rühmliche Ausnahme, sie wird genügend mit klingender Münze belohnt.

— Anonym, aber wahrscheilich von „hoher Stelle"! erhielt vor einiger Zeit unser Dresdner Parteiorgan folgenden Brief: „Vor Kurzem wurde ein Sergeant des königlichen Grenadier-Regiments wegen Mißhandlung Untergebener, bez. Mißbrauch der Dienstgewalt zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. Das Kriegsministerium beantragte hierauf an höchster Stelle sofort, daß dem Chargirten die Strafe erlassen, bez. erheblich gemindert werde. Der ausführlich motivirte Antrag fand indeß an höchster Stelle keine Genehmigung, sondern gelangte vielmehr mit einer abweisenden Bemerkung versehen wieder zurück. Die Bemerkung ging dahin, daß einmal ein Exempel statuirt werden müsse, um der immer mehr umsichgreifenden Brutalität Vorgesetzter, besonders solcher, welche aus preußischen Diensten übergetreten, endlich einmal zu steuern." — Der Dresdener Staatsanwalt hat sich nach dem Einsender auf der Redaktion der „Dresdener Volkszeitung" erkundigt, doch konnte die Redaktion keine Auskunft geben; auch eine Haussuchung hatte das gewünschte Resultat nicht. Mit der Bemerkung, die Sache weiter verfolgen zu wollen, verließ der Staatsanwalt das Redaktionslokal. Kurz darauf erhielt Genosse Vollmar eine Vorladung und wurde ihm eröffnet, daß er in der Angelegenheit einen Eid zu leisten habe — der Staatsanwalt sah aber, da er nur nach „höherer Vorschrift" handele, vorläufig von der Eidesleistung ab. Ob wir es also hier mit einer neuen Zeugnißzwang-Affaire zu thun haben werden, ist „vorläufig" noch ungewiß.

— Militärisches. Am 24. d. M. haben zwei sehr bezeichnende Vorfälle stattgefunden. Der amtlichen „Leipziger Zeitung" wird aus Cassel geschrieben: „In dem angelegenen Orte Wolfsanger fand eine blutige Schlägerei statt. Dieselbe bildete den traurigen Abschluß eines von den hiesigen Kriegervereinen veranstalteten Festes und hatte leider derartige Dimensionen angenommen, daß über ein halb Dutzend schwer Verwundeter die Wahlstatt bedeckten. An dem Aufkommen eines jungen Mannes wird sehr gezweifelt. Die Hauptschuld an dem rohen Exzeß sollen einige noch aktive Krieger tragen, welche einen sehr ungeeigneten Gebrauch von ihren Seitengewehren gemacht. Erst das mit geladenen Karabinern erfolgte Einschreiten der Gensdarmerie brachte die erhitzten jungen Leute so weit zur Besinnung, daß man den Kampf mit der blanken Waffe einstellte. — Drei Waffengattungen auf der „Wahlstatt" — Linientruppen, Landwehren und Gensdarmen — und zwar mitten im Frieden in dem „herrlichen deutschen Reiche". Man muß sich ja üben, wenn's bald einmal wieder losgeht!

Aus Babenhausen wird gemeldet: „Das Gewitter, das sich heute Morgen über unserer Gegend entladete, richtete großen Schaden an. Ein Blitzstrahl schlug in die auf dem Exerzierplatz manöverirende Schwadron der hiesigen Dragoner. Ein Mann und zwei Pferde waren auf der Stelle todt und über 20 Mann sind unfähig, sich zu bewegen und zu reden." — Schade um die beiden Pferde! wird wohl bei Manchem der erste Ausruf gelautet haben. Der Rittmeister, der das Manöver commandirte, war von seiner militärischen Pflicht so erfüllt, daß er das Gewitter gar nicht bemerkte, er dachte auch nicht daran, daß schnelle Bewegung den Blitzstrahl anzieht — der Mann ist also völlig unschuldig.

Demagogisches.

Berlin, 22. Juli.

In der hiesigen „Volkszeitung" wird wieder stark in „Sozialdemagogie" gemacht. Rabbi Bernstein — damit ja kein Parteigenosse jüdischer Abstammung meint, ich habe ihm auf den Fuß treten wollen, sei hier bemerkt, daß der „Rabbi" dem heuchlerischen Pfaffen gilt, der auf naturwissenschaftlichem wie auf sozialpolitischem Feld geschäftsmäßig und mit vollem Bewußtsein Falschmünzerei treibt — also Rabbi Bernstein, der sich vom Schreck über seine erfolgreiche „sozialdemagogische" Agitation zu unseren Gunsten bei der Nachwahl im 6. Berliner Wahlkreis nachgerade etwas erholt hat, glaubt jetzt in der Universitätsjugend empfänglichere und dankbarere Belehrungsobjekte gefunden zu haben, als in den hoffnungslos „vergifteten" Reichstagswählern des 6. Wahlkreises, und hält nun den Studenten Vorlesungen über das bekannte Thema. „Demokratie — und nicht Demagogie" soll ihr Losungswort sein.

„Je ernster sich unsere Zeit, orakelt der tiefsinnige Rabbi, der Aufgabe zuwenden muß, das politische Recht und das gesellschaftliche Dasein auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung aufzubauen, um so entschiedener muß sie das gefährlichste Geschwür der Demokratie, die so leicht um sich greifende Demagogie ausschneiden und von sich ausscheiden. Die wirkliche Demokratie darf der Demagogie am allerwenigsten Duldung gewähren."

Und nun geht's ans „Ausschneiden" und „Ausscheiden". Aber erst muß die Scheere gewetzt und das chemische Reagens präparirt werden.

„Welch' ein Unterschied zwischen Demokratie und Demagogie ist, das weiß man jetzt in Frankreich, durch bittere Erfahrung belehrt, ganz gut. Bei uns jedoch herrscht noch eine viel zu große Harmlosigkeit, um die gefährliche Verwechselung zu erkennen; und namentlich fehlt es unserer Jugend an der reifen Einsicht, welche sie warnt vor dem Abgrund (Waih geschrien!), in welchen sie durch die falsche Vorstellung hineingelockt wird, als ob das demokratische Ideal, dem sie nachstrebt, durch die landläufigen demagogischen Künste („des Buchbindergesellen Most und des biedern Cigarrenmachers Fritzsche") zum Siege gelangen könnte."

Damit „auch unerfahrene junge Männer nicht zu der Verwechselung von Demokratie und Demagogie verführt werden können," muß Rabbi Bernstein „auf theoretische Darlegungen vorerst verzichten", wozu er jedenfalls sehr gute Gründe hat, „und nur auf einige lehrreiche Thatsachen hinweisen.

Ganz Recht. Exempla docent. Beispiele belehren. Was sind nun die Rabbi Bernstein'schen „Thatsachen"?

„In dem großen Revolutionsjahre 1848 gelangte das Prinzip der Demokratie in Frankreich zum vollen Siege. Was hatte dies zur Folge? Zunächst nur die Einführung des gleichen geheimen allgemeinen Wahlrechts für Jeden im Volke, und auf Grund dieser Wahlen die Einberufung einer Nationalversammlung, welche die Grundprinzipien des demokratischen Staatswesens in einer Verfassung feststellte. — Das war Demokratie!

„Nun aber gab es gar Viele in Paris, die nicht zufrieden waren mit den Berathungen und Ergebnissen der gesetzlich einberufenen National-Versammlung. Sie hatten sich ein anderes Ideal unter der Freiheit und Gleichheit gedacht, als sie es in der National-Vertretung wahrnahmen. Da ließen sie sich denn durch einige Führer verleiten zu einer sogenannten Demonstration in Masse, in welcher sie, ein kleiner Bruchtheil der Nation, der versammelten National-Vertretung zeigen wollten, was die Nation von ihren Vertretern fordert. Diese Demonstrationen einer von keinem Gesetz einberufenen, von keinem allgemeinen Wahlrecht abgeordneten, nur durch ihre Einbildung und durch die Verführungskünste ihrer Leiter zusammengebrachte Volksmasse gegen die aus dem Wahlrecht hervorgegangene National-Vertretung — das war Demagogie.

„Als diese Masse auf friedliche Aufforderungen nicht zweichen, sondern von Leidenschaften aufgereizt, die National-Versammlung sprengen wollte, wurde sie mit Recht durch das einberufene Militär zurückgetrieben. Es entstand der Straßenkampf vom Juni 1848 in Paris, der mit der blutigsten Niederlage der Demagogie endete und für ziemlich lange Zeit die Franzosen von diesem Unwesen befreite."

Halt, Rabbi Bernstein! Geschichtliche Falschmünzerei ist unzweifelhaft ein Handwerk, das seinen „goldenen Boden" hat, aber gleich jedem Handwerk will es gelernt sein. Fragen Sie einmal Herrn Sybel, der versteht's. Zur geschichtlichen Falschmünzerei gehört vor allem Kenntniß der Geschichte, wie zum Lügen Kenntniß der Wahrheit. Mit dem guten Willen, der Ihnen ja nicht abzusprechen, ist's da nicht gethan. N'est pas menteur qui veut. (Nicht jeder beliebige Stümper kann Lügner werden.) Und auch nicht Falschmünzer.

„In dem großen Revolutionsjahre 1848" kam in Frankreich die Demokratie nicht „zum vollen Siege". Die National-Versammlung war ihrer Mehrheit nach undemokratisch, antidemokratisch. Und diese un- und antidemokratische Nationalversammlungs-Majorität, im Bund mit der un- und antidemokratischen Regierungs-Majorität provozirte durch ihr reaktionäres Gebahren die Demonstration des 15. Mai, die keineswegs im Plane der demokratischen Führer war. Sie schütteln den Kopf, Herr Bernstein? Da ich Ihnen nicht zumuthen kann, die französischen Quellen (das Prozeßmaterial, die Verhandlungen der Nationalversammlung u. s. w.) zu studiren, so verweise ich Sie auf das bekannte Stein'sche Buch, das heutzutag ja selbst in Karlchen Miesnick's Bibliothek nicht fehlen darf. Wenn Sie das betreffende Kapitel gelesen haben, werden Sie sich schon eine annähernde Idee machen können, wie es um Ihre Geschichtskenntnisse bestellt ist.

Und zum Henker, was soll denn die Junischlacht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Demonstration des 15. Mai? Sie Unglücklicher, wissen Sie denn nicht, daß der Junikampf mit dem 15. Mai absolut nichts zu thun, und nur das mit ihm gemein hat, daß er durch un- und antidemokratische Regierungs- und Nationalversammlungs-Majorität provozirt worden ist? Blos viel raffinirter und viel mehr „langer Hand". Wissen Sie nicht, daß die provisorische Regierung durch den Mund Ihres jetzigen Freunds Louis Blanc den Arbeitern gegenüber Verpflichtungen eingegangen war? Daß die Regierung ihr Wort schnöde brach, die Nationalwerkstätten blos organisirte, um das sozialistische Proletariat lahm zu legen? Daß sie von der Nationalversammlung in diesem infamen, echt sozialdemagogischen Spiel nach Kräften unterstützt wurde? Daß man die Arbeiter der Nationalwerkstätten, als sie sich zu der ihnen zugedachten sozialdemagogischen Rolle nicht hergeben wollten, einfach auf's Pflaster warf und systematisch auf die Barrikaden trieb?

Das wissen Sie nicht, lieber Herr Bernstein? Schlagen Sie Ihren Stein auf und Sie werden dann einen Dämmer-Begriff davon bekommen, was Demagogie im Allgemeinen und Sozialdemagogie im Besonderen ist.

(Schluß folgt.)

— Die „Faktoren" oder „Verleger", von denen unsere heutigen Weber ein Liedchen zu singen wissen, bildeten schon vor zweihundert Jahren in Sachsen den Gegenstand häufiger Beschwerden. In einem Artikel über „August den Starken" in der (nationalliberalen) Zeitschrift „Im Neuen Reich" (Nr. 25, 1877) heißt es über die wirthschaftliche Lage Sachsens zu Ende des 17. Jahrhunderts: „Die Wollen-

— Gensdarmen und Soldaten sind gewöhnlich sehr schlecht dazu geeignet, Unruhen zu verhüten; gewöhnlich brechen dieselben dann erst aus, wenn sich die Helmspitzen zeigen — es ist eben pures Mißgeschick, was die Leute haben, oder nenne man es Ungeschick, welches sich im Uebereifer zeigt. Wir lesen nun in den schlesischen Blättern „Aus Königshütte" folgende Notiz: „Die Betriebseinstellung des hiesigen Lorimalzwerkes ist angeordnet worden und werden nahezu 200 Arbeiter mit dem Tage der Einstellung des Betriebes entlassen. Da in Folge dessen Exzesse befürchtet werden, soll das Wachtcommando in Königshütte den Befehl erhalten haben, sich nach Antonienhütte zu begeben. Auch sind mehrere Gensdarmen aus dem Kreise Kattowitz zur Aufrechterhaltung der Ordnung dort eingetroffen. Hoffentlich fügen sich aber die auf Lorimalzwerk brodlos werdenden Arbeiter ruhig in ihr Schicksal und verschlimmern dasselbe nicht durch unüberlegte Schritte und gesetzwidrige Ausschreitung." — Die Arbeiter werden sich schon fügen — man möge nur nicht zur Noth und zum Elende die Brutalität hinzufügen. Ganz treffend aber bemerkt unser Frankfurter Parteiorgan zu obiger Nachricht: Recht bezeichnend ist's, wie der Staat gleich bei der Hand ist, um „Unruhen" vorzubeugen. Daß der Staat sich aber auch darum bekümmerte, was die 200 brodlosen Arbeiter nun anfangen sollen, davon verlautet Nichts. Es ist eben der Klassenstaat.

— Das Projekt einer Börsensteuer soll im preußischen Ministerium, welches dasselbe dem Bundesrath vorlegen wollte, wegen unüberwindlicher Hindernisse aufgegeben worden sein, dagegen die Erhöhung der Tabaksteuer wieder in Aussicht stehen. Durch die Börsensteuer würde die wohlhabende Gesellschaft ja auch allzusehr betroffen, die Tabakssteuer aber trifft das arme, arbeitende Volk hauptsächlich — und da wird es schon gehen.

— Von der Stadt Dortmund werden jährlich 51,000 Mark, für die höheren Bildungsanstalten, Gymnasium, Realschule, Gewerbeschutz und höhere Töchterschule ausgegeben, für die Volksschulen aber nur etwas über 2000 Mark. Das arbeitende Volk muß also für die Bildung seiner späteren Bedränger mit seinem Steuersäckel einstehen. Und in Dortmund wählt man immer fortschrittlich, ja man hatte sogar längere Zeit dort den „rothen Becker" als Oberbürgermeister.

— Eine merkwürdige Erscheinung. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" bringt ab und zu unter der Rubrik: „Rechtsgrundsätze des Reichsoberhandelsgerichts", die durch besondere Entscheidungen festgestellten neuen Rechtsgrundsätze dieses Gerichts und fügt die Bemerkung hinzu: „Nachdruck verboten". — Es handelt sich hier allerdings lediglich um eine buchhändlerische Spekulation, da Herr Brockhaus jedenfalls in Buchform nachträglich die „Rechtsgrundsätze" herausgeben wird. Aber fragen wir, ist nicht das weiteste Publikum dabei derart interessirt, daß das Reichsoberhandelsgericht seine neuen Grundsätze selbst und zwar sofort durch mehrere Blätter publiciren müßte? Jedermann will die „Deutsche Allgemeine Zeitung" nicht halten und lesen oder den Herrn Brockhaus bereichern. Auch ist es fraglich, ob der Gelehrte der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" seine Ausführungen und Zusammensetzungen nach den Anschauungen des Reichsoberhandelsgerichts gemäß gemacht hat. Deshalb müßte durch die Gerichte selbst die Interpretation stattfinden und veröffentlicht und nicht zu einer Privatspekulation gemacht werden.

— Aus Bagnères de Luchon, einem bekannten südfranzösischen Badeorte, erhalten wir von unserem Parteigenossen F. St., der schon längere Zeit sich in Frankreich aufhält und uns öfter Correspondenzen zugesandt hat, zuletzt aus Avignon, ein Schreiben, dem wir folgende Sätze entnehmen wollen: „Der jüngst im ‚Vorwärts' erschienene Artikel: ‚Nieder mit der Republik, mit der französischen Bourgeois-Republik', hat meine vollsten Sympathien und bedaure ich nur, daß wir hier in Frankreich kein einziges Blatt haben, welches im Namen der wahren Republik, der sozialistischen Republik, die schnöde Handlungsweise unserer „Radikalen" und „Republikaner" in's rechte Licht stellt. Erbärmliche Leute, die Louis Blanc, Ordinaire (Börsenjobber), Floquet, Barodet. Es ist auch kein Einziger unter diesen „in Sozialismus machenden" Radikalen gewesen, der gegen den schnöden Schacher protestirt hat. Diese Leute halten sich für sehr „politisch", wenn sie den Thiers an's Ruder bringen. Daß Naquet und seine Helfershelfer Verräther sind, würde mich ganz kalt lassen, wenn es diesen Gaunern nicht gelungen wäre, einen leider beträchtlichen Theil des französischen Proletariats in ihre Netze zu ziehen."

— Der Aufstand im Kaukasus ist in fortwährendem Steigen begriffen, so daß schon dadurch verhindert wird, daß das Kriegsglück in Asien sich wieder den Russen zuwenden kann. — Nachrichten vom Donau-Kriegsschauplatze ergeben, daß die Russen systematisch gegen nicht vertheidgite Ortschaften vorgehen. Sie schießen diese Dörfer zuerst mit Geschützen in Trümmer, massacriren dann die unbewaffneten Einwohner und entführen die Weiber, um sie zu schänden und dann ebenfalls umzubringen. Die Russen bedrohen solche christlichen Ortschaften, welche sich ihnen nicht unterwerfen oder deren männliche Bewohner sich nicht in die bulgarische Legion einreihen lassen wollen, mit demselben Schicksal. — Der Sieger von Plewna, Osman Pascha, hat seinen Sieg ausgenutzt und hat die zurückweichende Division bis dicht vor Sistowa verfolgt. — Midhat Pascha befindet sich auf dem Heimweg nach Constantinopel; seiner energischen Leitung wird es gelingen, wieder Ordnung in die türkische Regierungsmaschine zu bringen. Thut dann auch noch Mehemed Ali von Schumla aus seine Pflicht, so ist es leicht möglich, daß die Türkei allein mit seinem nordischen Nachbar fertig wird; doch hört man schon wieder von einem Verlust, den Suleiman Pascha südlich des Balkans erlitten haben soll. — Uebrigens rüstet England in bedeutendem Maße und fördert Truppen unaufhörlich in's Mittelmeer.

— Die neuesten Nachrichten über den Arbeiteraufstand in Nordamerika wollen wir hier kurz erwähnen. In Baltimore sind 200 und in Buffalo 30 Aufständische verhaftet worden; in San Franzisko und Chicago ist es zu harten Zusammenstößen gekommen. In Newyork hat eine Versammlung von 10,000 Menschen stattgefunden, welche sich in einer für die Strikenden günstigen Weise aussprach. In Pittsburg sind 300 Arbeiter getödtet oder verwundet worden; die Truppen haben den Platz noch nicht zurückerobert, General Sheridan soll nach Pittsburg gesandt werden. In einer Monstresitzung ist beschlossen worden, alles verfügbare Militär nach den aufständischen Gegenden zu senden. Die Miliz der Staaten Ohio, Westvirginien, Pennsylvanien und Maryland soll nicht zuverlässig sein und mit den Aufständischen vielfach fraternisiren.

— Der Redakteur des Leipziger Lokalblattes „Die Fackel", Künzel, ist wegen Beleidigung des Herrn Rüder in erster Instanz zu 80 Mark Geldstrafe verurtheilt. — Im Anschluß hieran sei gleich mitgetheilt, daß Herr Rüder — immer derselbe Herr Rüder, derselbe, der auf dem Congreß in Gotha die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkte — auch gegen den Mitredakteur des „Vorwärts", Seiffert, zwei Anklagen wegen Beleidigung angestrengt hat — in der Feuilletonnotiz: „Wenn Jemand eine Reise thut, so kann er was erzählen" und in dem aus dem Hamburg-Altonaer „Volksblatt" abgedruckten Gedichtchen: „Rüder in Gotha" sollen die Beleidigungen enthalten sein.

— Parteigenosse Ullrich zu Offenbach ist wegen Beleidigung des „schwarz-rothen Schlangentödters" Dernburg zu 1 Monat Gefängniß vom Darmstädter Gerichtshof verurtheilt worden.

Aus Rumänien.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Jassy, 23. Juli 1877.

Die kaiserlich russischen Siege in der Dobrudscha, und ganz besonders der unerwartet rasche Uebergang über den Balkan hat unter der hiesigen Bevölkerung großen Jubel hervorgerufen, und wenn man auch auffallender Weise bei diesen Siegen die eigentlichen militärischen Niederlagen des Gegners vermißt, und darum auch geneigt ist, diese Erfolge mehr den neugeprägten russischen goldenen Imperials zuzuschreiben, als der militärischen Tüchtigkeit, so bleiben es dennoch Erfolge, die der „greise" Reichskanzler Gortschakoff, der mittlerweile in der Hauptstadt Rumäniens, in Bukarest, flotte Tage in Gesellschaft von galanten Damen der Halb und Viertelswelt verlebt, diplomatisch wohl auszunützen wissen wird. Und so werden wir in nicht gar ferner Zeit Gelegenheit haben, uns über die Uneigennützigkeit und die Enthaltsamkeit der Russen, die von Hause aus nur Kulturzwecke zu verfolgen beabsichtigt haben sollen, ein Urtheil zu bilden. Vorläufig brennen und sengen sie wo sie hinkommen und gehen der hiesigen christlichen Bevölkerung mit gutem Beispiel voran, wie man Kultur verbreitet. Die Greuelscenen, die man ihnen hier nacherzählt, spotten jeder Schilderung.

Europa läßt sich indeß das Alles ruhig bieten, ohne zu befürchten, darum den guten Ruf der Humanität und Civilisation auf's Spiel zu setzen. Die Geschichtsschreiber sind ja dazu da, unser Jahrhundert zu verherrlichen. Der Krieg ist einmal eine Plage, deren man noch nicht entrathen kann, und da noch so manche Groß- und Kleinmacht so manches auszufechten hat und über kurz oder lang ebenfalls in der Lage sein kann, zum heiligen Krupp zu greifen, so geht man über jene unmenschlichen Greuel, die sich morgen auf einem anderen europäischen Terrain wiederholen könnten, mit einem Achselzucken hinweg und sagt das Sprüchlein: „C'est la guerre", womit die Sache abgethan ist.

Daß Rumänien noch keine Gelegenheit gehabt hat, bei dem gegenwärtigen Menschenmorden etwas Wesentliches mitzuthun und auch für sich Kriegslorbeeren zu erringen, bedauert man hier nicht, da das rumänische Volk Alles, nur nicht kriegslustig ist. Die Nachtheile, die das Land durch den Krieg erfahren hat, sind ohnehin schon sehr bedeutend. Kriegssteuern, Requisitionen, Einquartierungen lasten schwer genug auf dem Lande, dazu kommt noch, daß die Regierung dekretirt hat, daß der russische Silberrubel, der nach gegenwärtigem Kurse nicht mehr als etwa 3 Francs bis 3 Francs 10 Cent. Gold werth ist, mit 4 Francs angenommen werden müsse; man erleidet danach bei diesem Zwangskurs einen Verlust von etwa 25 Prozent, und flugs sind auch die russischen Bankiers daran gegangen, Rumänien mit Silberrubeln zu überschwemmen und dagegen den Werth mit 4 Fr., berechnet in Gold, von hier herauszuschleppen. Seit längerer Zeit langen hier massenhafte Transporte von Silberrubeln an und das Arbitragegeschäft auf Gold steht in voller Blüthe. Unsere Regierung sieht diesem von ihr provozirten Treiben geduldig zu, ohne zu denken, welche Wunden sie dem Lande in dieser Weise schlägt.

Ueber die hierländischen sozialen Zustände ein andermal.

Aus Großbritannien.

(Schluß.)

In der Eisenindustrie Nord-Englands steht ebenfalls eine Krise bevor. Die vereinigten Arbeitgeber beabsichtigen eine Lohnreduktion von 10 Prozent, welche die Arbeiter als ungerechtfertigt erklären. Die Sache ist dem Spruche des Herrn Dale, ehemaligen Vorsitzenden der ständigen Schiedsgerichtscommission, zur Entscheidung überwiesen. Die Eisenarbeiter-Gewerkschaft spricht davon, ihre Fonds für Auswanderungszwecke zu votiren, falls eine Lohnreduktion Platz greifen sollte.

Herr Bradlaugh und Frau Besang sind wegen Verbreitung des Buches: „Fruits of Philosophy" zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden; die Geschworenen hatten erkannt, daß das Buch, in welchem Winke für die Beschränkung der Kindererzeugung gegeben werden, unsittig und die öffentliche Moral gefährdend sei, ohne jedoch die schlechte Absicht der Angeklagten erwiesen zu finden. Dieses Erkenntniß macht unter den wenigen hier vorkommenden sonderbaren Schwärmern böses Blut, um so mehr, als die Regierung sich weigert, etwas gegen die Verfasser und Verbreiter des Buches: „The priest in Absolution" zu unternehmen. Dieses Buch ist hervorgegangen aus der „Gesellschaft des heiligen Kreuzes" und zum ausschließlichen Gebrauch der pfäfflichen Mitglieder zum Zwecke der eindringlichen Fragestellung an beichtende Schäflein bestimmt.

Ein Theil der Pfaffenschaft der englischen Hochkirche, die, wie Pitt gesagt haben soll, eine päpstliche Liturgie, ein calvinistisches Glaubensbekenntniß und armenische Pfaffen besitzt, beginnt seine Neigungen zur römischen Kirche offen auszusprechen und vor Allem den Lieblingssport der katholischen Pfaffen, die Ohrenbeichte, einzuführen. Einen praktischen Leiter zur ersprießlichen und kitzlichen Fragestellung, besonders an weibliche Beichtkinder, soll nun „The priest in absolution" abgeben. Das Buch wurde zuerst im Oberhause zur Sprache gebracht und hat im Unterhause seither zu mehreren Interpellationen an die Regierung Anlaß gegeben. Diese jedoch verschanzt sich hinter die Thatsache, daß das Buch blos für die Mitglieder einer Gesellschaft und nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt sei. Die Herren Bischöfe, welche gegen den Beichtunfug nichts gethan, so lange derselbe ein Geheimniß war, beeilen sich jetzt, wo derselbe ein öffentliches Aergerniß geworden, den Mantel nach dem Wind zu drehen und ihren Unwillen über die Sache zu betheuern.

Was die Herren Seelenhirten so an Nimbus zu verlieren Gefahr laufen, das suchen sie auf anderer Seite wieder hereinzubringen.

Wie ich in einem früheren Briefe erwähnt, haben sich nämlich einige Führer der Trades-Unions dazu hergegeben, mit den „heranwachsenden" Pfaffen Conferenzen abzuhalten, damit die Diener Gottes mit dem sozialen Befinden der Menschen besser bekannt gemacht werden. Es war dies augenscheinlich nur ein Kniff der Schwarzen, um ihre schwindende Popularität unter den Arbeitern aufzufrischen. Einige der Trades-Unionisten-Führer gingen, naiv, wie sie schon in religiösen und politischen Dingen sind, auf den Leim und verschafften den „Reverends" Gelegenheit, sich breit zu machen. Die „Industrial Review" sprach sich dagegen aus, aber blos, weil die Sache nicht von ihr ausgegangen war. Als sich die Conferenzen wiederholten, ohne von dem genannten Blatte Notiz zu nehmen, erließ Herr George Potter ein Cirkular an die englische Geistlichkeit, dieser ausgezeichneten Körperschaft sein Blatt als Rummelboden anbietend. In der letzten Nummer der „Industrial Review" erscheinen bereits die Folgen dieses Anerbietens in Gestalt von einem halben Dutzend „ausgewählten" (aus einer Masse ähnlichen Gesalbaders) Briefen aus den Reihen der Geistlichkeit über „Tradesunionism" (Gewerkschaftswesen). Die englischen Pfaffen sind nicht sehr beschäftigt, ihre Pflichten als Schafhirten sind nicht sehr aufreibend und sie werden daher öfters Gelegenheit nehmen, ihre „Gedanken" über die Armen- und Gewerkschaftsfrage in Briefen an die „Industrial Review" abzusetzen. Wenn nun auch Herr George Potter, dessen Privateigenthum das Blatt ist, durch seinen Cirkular-Geniestreich ein halbes Tausend mehr Abnehmer gewonnen hat, so steht doch außer Zweifel, daß er durch fortgesetzte Ablagerung dieser christlich scheinheiligen Arbeiterfreundlichkeitsseicherei so manchen Abonnenten aus den Arbeiterkreisen verlieren wird. Die englischen Gewerkschaften können dagegen kein Veto einlegen, auch wenn sie wollten, da, wie bemerkt, die „Industrial Review" Privateigenthum des Herrn Potter ist.

So unglaublich es scheint, so ist es doch Thatsache, daß die

---

manufaktur, welche früher 20,000 Meister beschäftigt hatte, war verfallen. Als Gründe dafür wurden neben den schwankenden, immer höher gesteigerten Wollpreisen der durch die neuen Kleidermoden begünstigte Consum holländischer, englischer und französischer Tücher und Zeuge genannt und ihre freie Einfuhr, die „denen alten Verfassungen zuwider" war, dazu der durch politische Gründe (d. h. die Verrätherei der deutschen Fürsten) verursachte Verlust der Absatzgebiete im Elsaß und in den Marken (es ist eine eigenthümliche „Ironie der Weltgeschichte", daß die ebenfalls durch „politische Gründe verursachte Wiedergewinnung des Elsaß" zwei Jahrhunderte später gleichfalls eine schwere Krisis in der deutschen, namentlich auch der sächsischen Weberei — Concurrenz mit Mülhausen — herbeigeführt hat. R. d. B.). Nicht besser stand es mit dem Garn- und Leinwandhandel, der seinen Sitz in Meißen und der Lausitz hatte, der sein Rohmaterial aus Mähren bezog und seine Produkte meist nach Holland und Hamburg vertrieb, von wo aus die Fabrikation mit reichen Kapitalien unterstützt wurde. Jetzt lag er ganz im Argen und der Export war um die Hälfte gesunken, kaum daß man die Kosten des Rohmaterials, den Betrag der Arbeitslöhne erschwingen konnte. Hier waren wieder andere Gründe maßgebend. Die Faktoren hatten den Handel monopolisirt, die Leinweber, denen sie Vorschüsse geleistet, durch Abzüge ruinirt, vor allem die Einfuhr des mährischen Flachses, den sie nun den ihnen verschuldeten Leinwebern um so theurer aufdrangen. Diese wiederum kamen ihren Verpflichtungen nicht nach, verschleuderten ihre schöne Arbeit an Hausirer und brachten so den Vertrieb in die Hand fremder Aufkäufer. (Aus nationalliberalem in richtiges Deutsch übersetzt, soll das heißen: die Leinweber wurden auf's Blut ausgesogen und fielen bei dem Versuch, sich von den einheimischen Blutsaugern zu befreien, fremden in die Hände. R. d. B.) Oder sie führen ihre Waaren in Compagnie mit den schlesischen Produzenten auf der Spree- und Oderstraße —" — Genug, wenn wir Unwesentliches außer Betracht lassen, genau so wie heute. Auch der Versuch, durch Compagniegeschäfte sich der Faktoren zu entledigen, ist neuerdings gemacht worden — mit demselben Nichterfolg wie damals. Um die Aehnlichkeit vollständig zu machen, erfahren wir eine Seite weiter, „daß durch die Militärverfassung (Miliz genannt, d. h. allgemeine Wehrpflicht, die damals in Sachsen so ziemlich in der Weise wie heute in Preußisch-Deutschland durchgeführt war), also: daß „durch die Milizverfassung, die dem Land mehr kostete, als wenn es eigene Kriege geführt hätte, die kräftige Mannschaft dem Land (d. h. der produktiven Arbeit) entzogen wurde", wie es in einem „Condolenzschreiben" aus dem Jahre 1694 hieß, welches an den neuen Landesherrn, besagten August den Starken, der gerade die Regierung angetreten hatte, die flehentliche Bitte richtete, „das ganz erschöpfte, nach Erleichterung seufzende Land väterlich und erbarmend anzuziehn." Natürlich nutzte die Bitte nichts, so wenig sie heute etwas nutzen würde. Daß aber ein nationalliberaler Strebert solches schreiben kann, ohne zu bemerken, daß er eine beißende Satire schreibt, ist uns ein psychologisches Räthsel.

— Zum Lobe des Herings. In einer Reklame, welche der Pariser „Figaro" für den Hering als Heilmittel in gewissen Leberkrankheiten vom Stapel läßt, ist zu lesen: „Wir wußten schon längst, daß die Universitätsstudenten in Deutschland den Hering als ein Reizmittel zur Vertilgung ungeheurer Bierquantitäten schätzen. Die alten Füchse (les vieux Fuchs) von Heidelberg tragen stets in der Tasche einen Heringskopf mit sich herum, an dem sie saugen, sowie sie Mangel an Durst verspüren."

— Menschenverluste bei der Kohlenbeförderung. Für die Jahre 1861 bis 1875 stellt sich das Verhältniß der tödtlichen Verunglückungen von Arbeitern zu dem Kohlenertrage in England folgendermaßen:

Jahr	Todesfälle	Zahl der Arbeiter	Kohlenertrag in Tons.
1861	943	282,473	86 039,218
1862	1133	—	81,638,333
1863	907	—	86,293,125
1864	867	307,542	95,112,919
1865	984	315,451	98,911,169
1866	1484	320,663	100,728,681
1867	1190	333,116	105,077,743
1868	1011	346,820	104,566,959
1869	1116	345,446	108,093,482
1870	991	350,894	112,875,725
1871	1075	370,881	117,439,251
1872	1060	418,088	123,393,873
1873	994	471,840	128,680,131
1874	991	503,032	126,590,103
1875	1161	525,843	133,306,486

Es sind also in 14 Jahren bei einer Kohlenproduktion von 1,608,576,293 Tons 15,908 Menschenleben verloren gegangen, und da sage man noch, daß der Arbeiter bei der heutigen Produktionsweise nichts riskirt!

— Zum Kapitel der „freien Liebe". In Bezug auf die Agitation für Dühring schreibt das Leipziger Organ der Duncker'schen Partei: „Wie schon konnte man sich jetzt nicht nur als Beschützer der freien Arbeit und der freien Liebe aufspielen, sondern dazu noch die „Freiheit der Wissenschaft" in Generalpacht nehmen!" Wir haben noch vor Kurzem ein herrliches Bild von der freien Liebe, welches auch hier in Leipzig besonders bei den besitzenden Klassen zu sehen ist, entrollt, wir haben auch oft genug der freien Liebe des bekannten Fortschrittführers, des Herrn Duncker Erwähnung gethan, wir wollen deshalb heute nur bemerken, daß auch die Redaktion des Leipziger Fortschrittblattes „in Aehnlichem macht". Hat doch der Redakteur desselben A. Peris eigens ein „Buch vom Russen" herausgegeben. Und das will den Sozialdemokraten Moral predigen!

englischen Gewerkschaftler trotz ihrer sonst tüchtigen Organisationen es noch zu keinem offiziellen Centralorgan gebracht haben. Man läßt Herrn Potter's Organ als solches gelten, weil man kein anderes hat. Die Ursache liegt wohl nur in dem Mangel einer Centralisation der Gewerkschaften. Die Versuche zur Herstellung einer solchen sind bis jetzt immer gescheitert, hauptsächlich wohl, weil die Vermögensverhältnisse der Trades-Unions zu ungleich sind und die reicheren sich nicht gern mit den ärmeren verbinden wollen. Besitz erzeugt eben Bourgeoisgesinnung im Einzelindividuum sowohl als im corporativen. Würden die englischen Trades-Unions nur den zehnten Theil ihres Vermögens auf soziale und politische Erziehung und Propagirung der arbeitenden Massen ausgeben, so wäre in kürzester Zeit für den Fortschritt der sozialen Revolution das Beste zu hoffen. So aber lassen sie geduldig ihr Schicksal in den Händen von Führern, die wieder nur Geführte sind und so viel wie möglich für sich selbst herauszuschlagen suchen. Es geht nicht an, zu sagen, daß die Führer den Sozialismus nicht kennen. Wenn nicht früher, so ist in den letzten zwei Jahren dieser Einwand völlig hinfällig geworden. Seit dieser Zeit erscheinen sozialistische Organe in englischer Sprache in Amerika, und die englischen „Arbeiterblätter" (wenn man diesen Ausdruck gebrauchen darf) schweigen sie systematisch todt.

Das Propagiren des Sozialismus ist eben nicht „anständig" und trägt daher nichts ein. Was aber nichts einträgt, findet hier keine Austräger. „Ohne Geld keine Intelligenz." Der letztere Artikel ist hier sehr rar und darum so gewinnbringend auf allen Wegen, welche die moderne Gesellschaftsmoral als „anständig" bezeichnet. Darum bringt das Blatt des Herrn Potter nicht blos alle Annoncen und Inserate, welche bezahlt werden, unterstützt nicht blos den sogenannten „Bilderprämien"-Schwindel und inserirt religiöse Subelliteratur, sondern geht sogar so weit, religiöse Traktate in der Bücherschau zu besprechen und zu empfehlen als Werke, die in „keiner Arbeiterbibliothek fehlen" dürften! — Kein Wunder, daß die englischen Arbeiter keinen Sinn für Sozialismus haben. Die Quellen, aus denen sie im guten Glauben Stärkung und Belehrung zu schöpfen meinen, sind alle vergiftet. Der Bourgeois, welcher dem englischen Arbeiter im Parlamente die Befähigung und das Recht zur Gesetzgebung abspricht; der Fabrikant und Unternehmer, der ihm seinen Lohn verkürzt, seine Arbeitszeit zu verlängern sucht und sein Leben gefährdet; der Richter, der ihn verurtheilt, weil er einen Kameraden gewarnt, in einem verrufenen Hause Arbeit anzunehmen: sie alle sind seine besten Feinde.

Wohl dem englischen Arbeiter an dem Tage, wo er das Mittel finden wird, sich gegen seine Freunde ebenso erfolgreich zu schützen, als er dies bisher gegen seine Feinde im Stande war.

Als vor einigen Wochen General Grant auf der Durchreise nach dem Continente sich in London aufhielt, ergriffen die Herren Gewerkschaftsführer (Guile, Howard, Brodhurst, Potter 2c.), die sich so gern öffentlich figuriren sehen, die Gelegenheit, ihm im Namen der englischen Trades-Unions eine Adresse zu überreichen in Anerkennung der Dienste, die der Tapfere der Sache der Freiheit gegen die Sklaverei erwiesen. Die Sklaverei, in der die weißen und schwarzen Arbeiter Amerikas heute noch schmachten, die Sklaverei, in der die Arbeiter Englands seufzen (von Englisch-Indien gar nicht zu sprechen), sehen die Herren Gewerkschaftler nicht. Nichtsdestoweniger war General Grant durch die unerwartete Aufmerksamkeit sehr gerührt. A. Sch.

Correspondenzen.

Brüssel, 15. Juli. (Etwas aus dem Lande der Scheinfreiheit.) Wenn je ein Land so bezeichnet zu werden verdient, so ist es der Muster-Bourgeoisstaat Belgien, und in der That, die belgische Staatsverfassung ist schlau und praktisch im Sinne der Herren Bourgeois eingerichtet. Der belgische Arbeiter z. B. zahlt keine direkten Steuern, daß er dagegen um so mehr indirekte Abgaben zu entrichten hat, bedarf wohl kaum der Erwähnung.

Ueber die hiesige Arbeiterbewegung ist mit Ausnahme von etlichen mehr oder weniger stürmisch verlaufenden und mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederkehrenden Strikes in den Kohlendistrikten wenig zu berichten. Daran tragen wohl zunächst die erwähnte „Scheinfreiheit", welche das Volk einschläfert, und der Mangel des allgemeinen Stimmrechts die Schuld. Ein weiteres großes Hemmniß ist der Umstand, daß hier drei verschiedene Sprachen die Bevölkerung in ebenso viele Theile zersplittern.

Um aber die Agitation einheitlich zu betreiben, ist man jetzt sehr ernst daran gegangen, eine einheitliche Organisation über ganz Belgien zu gründen. Bis jetzt haben sich verschiedene Parteien den Rang streitig gemacht. Die Vlämische Arbeiterpartei, die bis jetzt am besten organisirt war, befolgte wesentlich die nämliche Organisationsweise, der sich die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands bedient. Im Gegensatz zu den Abstentionisten, die namentlich in den wallonischen und französischen Theilen Belgiens dominiren und die Enthaltung von der Politik predigen, wird wahrscheinlich die neu zu gründende Partei sich an der Politik betheiligen.

Neulich hat sich die Regierung gedrungen gefühlt, den Belgiern zu zeigen, daß sie sich glücklich schätzen sollen, keine Ausländer zu sein. Herr François Jourde, der Finanzminister der Pariser Commune, hatte nämlich ein Buch geschrieben: „Erinnerungen eines Communarden", erschienen bei H. Kistemaekers, Boulevard du Nord 60, Brüssel. Herr Jourde, der hier seit seiner Flucht aus Neukaledonien wohnte, wurde ausgewiesen und ist nun nach England gegangen. Dagegen werden die großen Diebe beinahe auf den Händen getragen und begünstigt; Pfaffen, die aus christlicher Liebe die größten Verbrechen vollbracht haben, werden laufen gelassen, höchstens versetzt, und der ehrliche Finanzminister, der nicht das Beispiel seiner Collegen von der „Ordnungspartei" befolgt hat, mithin arm geblieben ist, wird von Land zu Land gehetzt.

Die erste Auflage des inkriminirten Buchs (1500 Exemplare) wurde in Zeit von drei Tagen bis auf 150 abgesetzt, so daß gleich eine neue Auflage folgen mußte. So hat die Regierung das Gegentheil von dem bewirkt, was sie wollte.

Herr Naquet, Mitglied der nach Hause geschickten französischen Nationalversammlung, hat hier einige Vorträge gehalten: den ersten über den 16. Mai, den zweiten über Darwinismus, den dritten über die Liebe.

Den deutschen Parteigenossen diene zur Nachricht, daß die Parteigenossen deutscher Zunge in Brüssel regelmäßige Zusammenkünfte veranstalten, um sich über die Bewegung auf dem Laufenden zu erhalten. — Hier ankommende Freunde unserer Sache mögen sich bei dem alten Veteran der Demokratie, F. Rothmayer, Rue de l'Empereur Nr. 24, melden.

Mit sozialdemokratischem Gruß A. Christen.

Stuttgart, 24. Juli. Am letzten Samstag, Sonntag und Montag hatten wir das Vergnügen, unsern Parteigenossen Grillenberger aus Nürnberg in unserer Mitte zu sehen. Derselbe referirte in einer am Samstag Abend in der Siegeshalle abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten Volksversammlung über die beiden Punkte: „Die württembergische Kammer und die indirekten Steuern" und „Die Entfernung Dr. Dühring's von der Berliner Universität". Sein vortrefflicher Vortrag fand ungeheuren Beifall. Selbst entschiedene Gegner unserer Bestrebungen konnten ihre Zustimmung nicht versagen. Einige „komische Intermezzo's", welche die Polizei während Grillenberger's Anwesenheit aufführte, werden wir gelegentlich mittheilen. — Unser am Sonntag in der Siegeshalle abgehaltenes Stiftungsfest verlief in schönster Harmonie. Am Festzug, der sich um 3 Uhr von Gruber's Lokal aus in Bewegung setzte, betheiligte sich eine sehr große Anzahl auswärtiger und hiesiger Parteigenossen. Auf dem Festplatze angelangt, waren bald sämmtliche Stühle des geräumigen Gartens besetzt, so daß noch viele Theilnehmer im anstoßenden Saale untergebracht werden mußten. Das sehr reichhaltige Programm bestand aus Musik, Gesang und Festrede, wobei die Leistungen der mitwirkenden Vereine „Union", „Lassallea", „Helvetia" und „Vorwärts" (Gaisburg) allgemeinen Beifall fanden. Die Festrede von Herrn Grillenberger wurde von der sich dicht um die Rednertribüne schaarenden Menge mit größter Begeisterung aufgenommen. Um 4 Uhr lief ein Telegramm von Tübinger Studenten ein. Dasselbe lautete:

„Tübingen, 22/7. 77.

Sozialistisches Festcomité Siegeshalle Stuttgart.

Den festlich versammelten Stuttgarter Arbeitern entbieten herzlichen Glückwunsch und brüderlichen Gruß im Kampfe für die Freiheit der körperlichen und geistigen Arbeit

Mehrere Studenten."

Die Freude über diese brüderlichen Sympathien der akademischen Jugend war eine unbeschreibliche.

Ein weiteres Telegramm von Freund Walz in Reutlingen fand gleichfalls begeisterte Aufnahme. Es lautete:

„Stiftungsfest Siegeshalle Stuttgart.

Persönlich getrennt, doch im Geiste bei Euch, wünsche besten Erfolg. Hoch die Arbeit! Walz."

Bei eintretender Dunkelheit wurde der ganze Garten prächtig beleuchtet, ein kolossaler aufsteigender Luftballon verkündete der Umgegend den Abschluß eines brüderlichen, durch nichts getrübten Arbeiterfestes, das unseren Gegnern als würdiges Beispiel dienen kann. P.

Gotha, 20. Juli. Auf die in Nr. 84 des „Vorwärts" enthaltene Correspondenz aus Leisnig erwidere ich, daß ich meine „Berichtigung" in Nr. 77 in allen Theilen aufrecht erhalte. Es ist nicht wahr, daß ich mich auf dem Congreß von 1876 zur Sozialdemokratie bekannt habe. Wenn dies wirklich der Fall wäre, so müßte ich doch in irgend einer Sitzung das Wort ergriffen haben, was aber nicht geschehen ist. Es ist ferner nicht wahr, daß ich dem Verein für geistigen Fortschritt in Leisnig Vorwürfe wegen seiner sozialistischen Tendenzen gemacht habe. — Die Gelder zu dem Grabdenkmal Würkert's sind größtentheils von den freireligiösen Gemeinden und Vereinen gespendet worden. Auch die einzelnen Personen, welche Beiträge eingesandt haben, haben sich als Abonnenten der „Freien Glocken" bekannt. Man braucht nur einen Blick auf die in den „Freien Glocken" veröffentlichten Quittungen zu werfen, um sich von der Wahrheit des Gesagten zu überzeugen. Ich habe übrigens, um Klarheit in die Sache zu bringen, die Geldspender in den „Freien Glocken" aufgefordert, ihre Willensmeinung darüber kund zu thun, wer die Gelder verwalten und für die Herstellung des Denkmals sorgen soll: der Verein für geistigen Fortschritt in Leisnig oder ich? Die bis jetzt eingegangenen Stimmen, welche die Majorität schon erreicht haben, sind, mit Ausnahme einer einzigen Stimme, alle für mich. Verschiedene Vereine und einzelne Personen, welche ansehnliche Beiträge geleistet haben, wollten dieselben sogar zurückziehen, falls die Majorität der Geber sich für Leisnig entschieden hätte. Kraft des mir in Folge dieser Abstimmung zustehenden Dispositionsrechtes übertrug ich die Leitung der Denkmals-Angelegenheit Herrn Rechtsanwalt Ficker und der Wittwe Würkert. Der angedrohten eventuellen gerichtlichen Klage seitens des Vereins für geistigen Fortschritt in Leisnig sehe ich also mit Ruhe entgegen.

A. Specht.

München. Noch sind die Trümmer von dem ersten Hauseinsturz in der Heßstraße, von dem ich Ihnen berichtete, kaum beseitigt, noch hat sich die Entrüstung über den frevelhaften Leichtsinn und Eigennutz, dem eine Anzahl Leben zum Opfer gefallen sind, nicht gelegt, und schon wieder liegen Arbeiter unter den Trümmern eines neuerlich eingestürzten Hauses begraben. Also zwei Häuservereinstürze innerhalb weniger Tage. Giebt das nicht zu denken? Und wird man nun endlich einsehn, daß den Bauhandwerkern der Schutz des Haftpflichtgesetzes, der zwar sonst nicht weit her ist, nicht länger vorenthalten werden darf? — Ueber den Einsturz berichte ich Ihnen nach dem „Zeitgeist", der gut informirt ist:

„Neben der Gastwirthschaft „Unterpollinger" stürzte soeben (24. Juli, 7 Uhr 45 Min.) die neben dem im Neubau begriffenen Vordergebäude freistehende Mittelmauer ein. Das Unglück wurde von vielen Arbeitern schon lange voraus gesehn, weil diese in der Mitte des Baues frei stehen gebliebene alte Mauer, die von oben bis unten theilweise durchlöchert war, nur nothdürftig gestützt wurde, um den Neubau für die betheiligten Nachbarn zu sparen, denn eigentlich sollte an beiden Seiten der alten Mauer ein halber Stein angemauert werden. Damit die Schwindler ein paar Tausend Mark sparen, werden Dutzende von Menschen geopfert! Mehrere Arbeiter sind verschüttet. Unter furchtbarem Jammergeschrei wurden Einige sofort bewußtlos und schwer beschädigt herausgeholt. Bei dem Zusammensturz des Gemäuers wurden 10 Arbeiter und Arbeiterinnen von den Mauersteinen mehr oder weniger schwer verletzt, ohne unter die Trümmer zu gerathen; sie wurden ins Krankenhaus geschafft. Die Unglücksstätte ist durch Gensdarmen abgesperrt. Freiwillige Arbeiter sind bei den Rettungsarbeiten thätig. Die Zahl der Verschütteten zur Stunde noch nicht feststehend.

Gegen 3/4 9 Uhr stürzte von den stehenden Ruinen etwas nach. Die Arbeiter mußten das Rettungswerk einstellen; einer derselben wurde schwer verletzt vom Platze getragen. Um 9 Uhr wurde durch Verlesung festgestellt, daß 1 Maurer todt, 2 lebensgefährlich verletzt, einer durch Abschlagen der Füße und Hände, einer durch schwere Kopfverletzung, 3 andere mehr oder weniger verwundet."

Soweit der „Zeitgeist". Wie gesagt, wenn hier das Haftpflichtgesetz nicht eingreift, so sind die Bauhandwerker nach wie vor solchen schrecklichen Eventualitäten ausgesetzt. Oder sollte es wirklich wahr sein, was man sich erzählt: daß nämlich die Bauhandwerker deshalb nicht unter das Haftpflichtgesetz gestellt sind, weil man befürchtet, die Baumeister allzusehr in ihrer Existenz zu schädigen, da die haftpflichtmäßigen Unglücksfälle zu zahlreich vorkommen würden? Ist schon möglich. Aber dann ist es auch die höchste Zeit, daß die Bauhandwerker alle Energie entwickeln, um diesem empörenden Zustande ein Ende zu machen. Und wenn die Baumeister Hunderttausende von Mark zahlen müssen — nicht ein Bauarbeiter sollte mehr dem Leichtsinn und Eigennutz der Baumeister umsonst Leben und Gesundheit opfern müssen.

Allenstein, 18. Juli. Die katholische Geistlichkeit hat sich nun auch in unserem Ostpreußen ein Wallfahrtsgeschäftchen eingerichtet, daß recht einträglich zu werden verspricht. In dem vom hiesigen Orte ca. 3 Meilen entfernten Dorfe Dietrichswalde ist nämlich vor einigen Tagen auf einem im Garten des dortigen Pfarrers befindlichen Ahornbaum die heilige Jungfrau mit dem Jesuskinde zweien unschuldigen Mädchen erschienen, denselben mittheilend, daß an diesem Orte ein Kreuz gebaut werden solle, wofür dann Wunder geschehen würden. Eine unglaublich große Menschenmenge wallfahrtet jetzt aus ganz Ostpreußen dahin. Die Verbindung dieser Pilger mit der Erscheinung wird nur durch die erwähnten 2 Mädchen besorgt, während die Menge selbst nichts wahrnehmen kann. Später, so heißt es, wenn das Kreuz ganz fertig sein wird, wird sich wohl auch die Mutter Gottes dem Volke zeigen. Selbstverständlich geschehen auch jetzt schon Wunder, in dem z. B. die Blätter des betreffenden Ahornbaumes bei Blinden das Sehvermögen wieder herstellen und das in der Nähe der Erscheinung befindliche Wasser viele Krankheiten heilt. Da die ganze Gegend hier herum durchweg katholisch und, wie man ja wohl weiß, nicht allzu aufgeklärt ist, so haben die Pfaffen mit dem Volke ein leichtes Spiel. Sollte ich nächstens in der Lage sein, nähere Mittheilungen über dieses Treiben machen zu können, so werde ich nicht verfehlen, dieses zu thun.

Berichtigung. In dem Artikel „Zwischen zwei Gewittern" in voriger Nr. muß es S. 4 in der Mitte der zweiten Spalte statt Tripeus heißen Tripous, und am Schluß: „Gleich dem Hahnenschrei" statt: „Gleich nach dem Hahnenschrei".

Briefkasten

der Redaktion. Sch. in Br.: Sie irren vollständig, wenn Sie glauben, in dem vorliegenden Fall „den Teufel bei seiner Großmutter verklagt" zu haben. Die „Großmutter" hat sich sehr lebhaft beim „Teufel" verwandt, wie letzterer gern bezeugen wird. Aber auch Teufel's „Großmutter" hat doch wohl das Recht, eine eigene Meinung über einen beliebigen Jemand zu haben, und diese dem betreffenden Jemand, wenn er sich an sie wendet, mitzutheilen. — Kurz, Sie sind auf dem Holzweg, und Ihre Vermuthung entbehrt jeder Grundlage. — Sch. in K.: Werde empfehlend nach H. schreiben. Gruß. —

Quittung. Eglr hier Ab. 6,60. Schlz hier Ab. 3,90. Brln Pegau Ab. 4,00. J. Frnz Zürich Ab. 10,80. W. Brcke Braunschweig Ab. 300,00. Expedition der „Fackel" hier Ab. 6,00. Schneidergew. hier Ann. 6,80. Flrmnn Lohn-Nienburg Ab. 20,00. Expedition des „Dresdener Volkszeitung" durch Schltr Ab. 129,00, Schr. 88,90. Arbeiterbildungs-Verein Linz Ab. 4,92. Grbn Berlin Schr. 2,45. Sbl Dortmund Ab. 9,60, Schr. 3,22.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Flensburg. **Arbeiter-Sängerbund.**
Sonntag, den 5. **August**:

Lusttour nach Kiel

mit dem Dampfschiff „Holsatia". Abfahrt von der Norderdampfschiffbrücke 5 Uhr früh. Abfahrt von Kiel 11 Uhr Abends. Preis 2 Mark 50 Pfg. Kinder unter 14 Jahren die Hälfte. Karten sind bis Freitag, den 3. August an den bekannten Stellen zu haben. [2,70

Um zahlreiche Betheiligung ersucht **Das Comité.**

Kiel. **Donnerstag**, den 2. **August**, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal zum **„Englischen Garten"**:

Versammlung

der Zeichner von Antheilscheinen zur Herausgabe der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung".

Tagesordnung: Statutenberathung und Wahl eines Delegirten zu der am 5. August in Itzehoe stattfindenden Generalversammlung behufs Gründung der Genossenschaft. (F. 180) 1,20]

Für die Commission:
Heinzel.

Leipzig. **Donnerstag**, den 2. August, Abends 1/2 9 Uhr, im Saale des Hrn. **Michael**, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die Kämpfe der unfreien Arbeiter im Alterthum. Ref.: J. Motteler.

Parteikarten sind vorzuzeigen. Der Agent. [70

Wahlkreis Calbe-Aschersleben. Am 12. August soll eine Conferenz stattfinden. Ich ersuche daher, mir aus jedem Orte dieses Kreises die Adresse eines Gesinnungsgenossen, der offen unsere Sache vertritt, zukommen zu lassen. (2a) (F. 210) [50

Leopoldshall b. Staßfurt. **C. Bönsch**, Karlsstr. 2.

Vom Protokoll

des zu Gotha stattgehabten

Sozialisten-Congresses

ist noch eine kleine Partie vorräthig. **Preis 25 Pfg.**, bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren 20 Pfg. Versendung nur gegen baar oder Nachnahme unter Beifügung von 10 Pf. Porto für je 5 Exemplare.

Bestellungen sind zu machen bei **C. Derossi**, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Wir empfehlen unsere Beilage zur „Neuen Welt" Nr. 20, enthaltend:

Karten vom russisch-türkischen Kriegsschauplatze.

Preis pro Stück 10 Pfg. In Partien billiger.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 112a Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enp, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 90. Freitag, 3. August. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat August u. Septbr. zu 1,10 werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Zur gefälligen Beachtung für unsere Postabonnenten!

Um sämmtlichen Abonnenten des „Vorwärts" das Blatt am Erscheinungstage (also Sonntag, Mittwoch und Freitag) mit Bestimmtheit und regelmäßig aushändigen zu können, verlangt die hiesige Hauptzeitungsstelle, daß wir ihr den „Vorwärts" Montag, Mittwoch und Freitag bis Nachmittags 5 Uhr liefern, was uns deshalb nicht möglich ist, weil an diesen Tagen erst kurz vor Mittag mit dem Druck begonnen werden kann. Um nun übersehen zu können, ob gewissen Postabonnenten das Blatt **regelmäßig** verspätet zugeht — in welchem Falle wohl Abhülfe geschaffen werden könnte —, ersuchen wir Diejenigen, bei denen das der Fall ist, um sofortige Meldung. Diejenigen, welchen das Blatt nur dann und wann verspätet zugeht, wollen bedenken, daß hierfür nicht die Post verantwortlich zu machen ist, sondern daß dies lediglich an der Eisenbahnbeförderung liegt und an den mannigfachen Zufälligkeiten, die sich hieran knüpfen.

Wir ersuchen unsere geehrten Abonnenten, dies zu berücksichtigen, und im Falle verspäteten Empfangs ihrer Blätter nicht gleich Pflichtversäumniß Seitens der Postbeamten oder gar bösen Willen voraussetzen, was mannigfach geschieht.

Die hiesige Hauptzeitungsstelle befördert den „Vorwärts" ebenso regelmäßig weiter, wie sie denselben von uns empfängt, und kann nicht verantwortlich gemacht werden, wenn durch Zugverspätung auf irgend einer Strecke der Anschluß versäumt und damit die rechtzeitige Lieferung des Blattes unmöglich wird.

Leipzig, 28. Juli 1877.

Die Expedition des „Vorwärts".

Zur Komödie in Frankreich.

In unserem Nachbarlande gewöhnt man sich immer mehr an den Gedanken, daß Mac Mahon seine Staatsstreichpolitik auch in dem Falle fortsetzt, wenn die neue Kammermajorität eine „republikanische" sein wird. Dem „alten Soldaten" imponirt der passive Widerstand der Bourgeoisrepublikaner nicht im Geringsten, er scheint das alte deutsche Sprüchwort zu kennen: „Viel Geschrei und wenig Wolle."

Uns kommen die Herren Bourgeoisrepublikaner gerade so vor, wie die Fortschrittsleute in den Jahren 1862 und 1863 in Preußen. Sie verweigerten das Militärbudget, sie wurden von Bismarck zu Hause geschickt, sie kamen in größerer Zahl wieder, hielten Gambetta'sche Reden, feierten Abgeordnetenfeste, Schulze-Delitzsch wollte Preußen den Großmachtkitzel — Rede in der damaligen Republik Frankfurt — austreiben, doch Bismarck regierte ohne Budget weiter und zwang nach und nach durch die Politik des Erfolges die früheren Fortschrittler zum Fußfall der Indemnität.

Lassalle machte sich wiederholt über ihren passiven Widerstand, über ihre Parole der „Wiederwahl" der „363" lustig, er bekämpfte die Partei, welche für sich die Freiheit, für das arbeitende Volk die weitere Abhängigkeit verlangte.

In demselben Sinne bekämpfen wir den schwächlichen Republikanismus in Frankreich.

Wenn die 363 nur das eine Wort Amnestie auf ihre Fahne geschrieben hätten, dann wollten wir vorläufig von allen anderen Forderungen abstehen, dann hätten wir der Vereinigung der Intransingenten mit der Linken zugestimmt, weil wenigstens ein Vortheil für das arbeitende Volk, für die Freiheit aus jener Vereinigung entsprungen wäre, weil die Intransigenten durch diese eine Forderung ihre Selbständigkeit gewahrt hätten. Jetzt aber befinden sich die Radikalen im Schlepptau Thiers und Gambetta's, welche die Amnestie nicht wollen. Im günstigsten Falle erhalten die Intransigenten die gleiche Zahl ihrer Sitze wieder, welche sie bisher hatten. Was verlieren sie aber? Sie können mit ihrem eigenen Programm bei den nächsten Wahlen nicht auftreten, sie sind durch die Parole: „Wiederwahl der 363" gebunden, sie dürfen nicht einmal die Amnestie empfehlen, weil das Volk sie fragen würde, weshalb es denn Gegner der Amnestie wählen solle. So gerathen die Herren bei ihrer Wahlagitation von Widerspruch zu Widerspruch, sie werden von Compromiß zu Compromiß sinken.

Und verloren denn die „Republikaner" überhaupt an Sitzen, wenn sie nicht sofort bei der ersten Wahl geschlossen auftraten?

Nein, sie brauchten nur den Beschluß zu fassen, bei engeren Wahlen auf den am meistbestimmten „Republikaner", auf den am meistbestimmten 363er ihre Stimmen zu vereinigen. Dabei hätten aber die Intransigenten ihre Selbstständigkeit nicht verloren, dann konnten sie für ein freiheitliches Programm und für die Amnestie agitiren. Thun sie dies aber jetzt, nachdem sie sich selbst die Hände gebunden haben, so muß sie jeder vernünftige Mensch auslachen.

Die Agitation des Sozialrepublikaners Buffenoir in Paris geht auch von solchem Gedanken aus, wenn er sagt:

„Angesichts der monarchistisch-bonapartistisch-klerikalen Coalition des 16. Mai muß die gesammte republikanische Partei dem Feind einen unüberwindlichen Widerstand entgegensetzen und ihre Anstrengungen vereinigen. Aber in diesem Widerstand dürfen die radikalen Republikaner ihr Wesen und ihre Unabhängigkeit nicht aufgeben. Es darf nicht sein, daß sie ihre Fahne, ihr Programm bei Seite legen; der überzeugungstreue Mann darf die Wahrheit nie mit einer täuschenden Maske bedecken und mit dem Irrthum der Unvernunft Compromisse eingehen."

Buffenoir spricht also nur von einer Vereinigung der republikanischen Parteien, insofern die Radikalen ihre Unabhängigkeit nicht aufgeben, und da kann sich dieser Ausspruch nur auf ein gemeinsames radikales Programm, oder auf einzelne radikale Forderungen, oder aber auf die engeren Wahlen beziehen.

Um so merkwürdiger ist es, daß einige liberale Blätter und auch ein sozialistisches deutsches Blatt den obigen Satz so auffassen, als wenn in demselben eine Billigung des Compromisses, eine Billigung des Verhaltens der Radikalen zu suchen sei. Ja, dies ist um so merkwürdiger, als Buffenoir ein Programm aufstellt, auf welches sich jeder wahrhaft republikanische Candidat bei den bevorstehenden Wahlen zu verpflichten hat. Und in diesem Programm lautet der zweite Satz:

„Unbedingte, vollständige und sofortige Amnestie für alle Verurtheilungen, welche im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen sich seit dem 4. September (1870) auf französischem Gebiet vollzogen haben, ausgesprochen worden sind; Gewährung der nöthigen Existenzmittel an die Amnestirten."

Zum Schlusse seiner Rede aber sagt Buffenoir:

„Es gilt, uns endlich dieser Bourgeois-Republikaner zu entledigen, welche Frankreich entehren und zu Grunde richten."

Und die Versammlung, die aus circa 150 Pariser Sozialisten bestand — es war eine Privatversammlung, da öffentliche Volksversammlungen nicht erlaubt werden — rief dem Redner donnernden Beifall zu.

Ob nun Herr Buffenoir bei den französischen Radikalen als eine Autorität gilt oder nicht (ein sozialistisches Blatt meint, er gelte bei den französischen Radikalen nicht als Autorität), das kann sich ganz gleich bleiben, wenn er nur vernünftige Dinge geredet und ein vernünftiges Programm aufgestellt hat. Für uns wäre es, offen gestanden, gar keine Empfehlung gewesen, wenn Herr Buffenoir bei den französischen Radikalen als Autorität gelten würde, er hätte ja dann den jämmerlichen Streich derselben gutheißen müssen.

Die conservativen Elemente in Frankreich sind bedeutend selbstständiger, als die liberalen. Sie werden sich erst bei den engeren Wahlen vereinigen; im ersten Wahlgange aber werden die Bonapartisten für Bonapartisten, die Orleanisten für Orleanisten, die Royalisten für Royalisten und die reinen Mac Mahonisten (Regierungsmänner) für Mac Mahonisten stimmen — so agitirt sich jedenfalls viel besser, man behält wenigstens sein Parteiprogramm bei. Bei den Nachwahlen stimmt die Reaktionsgesellschaft natürlich vereint.

Doch, wie wir schon zu Anfang des Artikels sagten, es wird sich bei den nächsten Wahlen nichts entscheiden — Mac Mahon bleibt Präsident bis 1880 und läßt bis zu jenem Jahre eifrig für Lulu weiter wühlen — der conservative Senat ist seine Stütze und öftere Kammerauflösungen können die Bourgeoisrepublikaner nicht vertragen.

Kaiserthum und Bourgeoisrepublik richten in gleichem Maße Frankreich zu Grunde — das erste offen, die zweite hinterlistig, so daß das Volk es nicht so leicht merkt. Beide taugen nichts, beide müssen bekämpft werden und gerade besonders energisch diejenige Gesellschaft, welche dem Volk Sand in die Augen streut und ihm den Blick zu trüben sucht, damit es nicht zur sozialistischen Republik hinstreben soll.

Der Arbeiteraufstand in Nordamerika.

Wir wollen hier zunächst die Anschauungen anderer Zeitungen über die Ursache des Aufstandes hören.

Die „Times" wittert, wenigstens in einzelnen Distrikten, wie in Chicago, St. Louis 2c. 2c., communistische Umtriebe und befürchtet deshalb auch, daß der Aufstand nicht so leicht gedämpft werde. Das große Weltblatt sagt ferner, daß die Eisenbahngesellschaften in Europa sich eines sehr schlechten Rufs erfreuten (Wie bei uns! R. d. „V.") und daß sie deshalb zur Zielscheibe des Zorns der arbeitenden Klassen besonders dienten, die durch die plötzliche Lohnherabsetzung so gewaltig zum Ausbruch gekommen sei. Die Eisenbahnarbeiter seien aber auch von dem „losen Geschwätz politischer Abenteurer" aufgewiegelt worden; man sagte ihnen, sie seien die „Sklaven des Kapitals", der Kapitalist sauge ihnen das Blut aus, die Eisenbahngesellschaften würden von verworfenen Abenteurern regiert, „worin halbe Wahrheit mit boshafter Lüge sich mische".

So die „Times"! Wenn das auch nur die halbe Wahrheit ist, so ist jener Arbeiteraufstand mehr als gerechtfertigt — wer dies nicht eingesteht, der ist entweder ein Heuchler oder selbst ein Ausbeuter.

In der „National-Zeitung" bemerkt ein deutsch-amerikanischer Schriftsteller, welcher sich zum Besuch in Deutschland aufhält, daß der gegenwärtige Aufstand von sehr großer Wichtigkeit sei, weil er „von einer Arbeiterklasse ausgeht, die nicht nur die durchschnittliche Bevölkerung des Landes genau repräsentirt und allgemeine Sympathien unter derselben hat, sondern die sich auch durch anerkannte Energie, Intelligenz und offenen Muth vortheilhaft auszeichnet". Dann heißt es weiter, daß die ganze Eisenbahnverwaltung sich in Händen von einem halben Dutzend „Eisenbahnkönigen" befinde und fast willkürlich geführt werde, und daß dieselben ihre Macht auf die schonungsloseste Weise ausbeuteten.

Unter den hohen Frachtpreisen haben die Bauern des Westens lange Jahre gelitten, bis die Regierung im Interesse des Landes in diesem Frühjahr zu Gunsten derselben einschritt und bestimmte, niedrigere Frachtpreise nominirte. Hierfür nun mußten die Eisenbahnbediensteten büßen.

Der Artikel fährt nun fort: „Die allgemeine Arbeitslosigkeit, die seit vier Jahren besteht, macht es den Eisenbahngesellschaften um so leichter, jede Stelle unter dem Grundsatze der „freien Conkurrenz" billig zu besetzen, als in Amerika bekanntlich dem Grundsatze der „allgemeinen Gleichheit aller Menschen" zufolge Jedermann alles versteht, und der hungernde Tagelöhner und bummelnde Eckensteher von heute nur angestellt zu werden braucht, um morgen Bremser, Heizer, Lokomotivführer und Bahnconducteur zu sein. Kann man mit solchen Sachverständigen auch auf die Länge der Zeit eine Bahn nicht vortheilhaft verwalten, so kann man sich doch, wenn man nur einige wirklich Sachverständige zur Aushilfe behält, mit ihnen so lange behelfen, bis die entlassenen Sachverständigen hungrig und kirre geworden und für denselben Lohn, den die Nichtsachverständigen annahmen, zu Kreuze zu kriechen willens sind. Nach diesem Grundsatz wurde nun seit vier Jahren eine Reduktion der Löhne nach der anderen in Scene gesetzt, so daß dieselben vielfach schon niedriger geworden, als sie es in Deutschland sind. Das Ende dieser Reduktionen ist aber nach demselben Prinzipe erst dann zu gewärtigen, wenn die Löhne einen Punkt erreicht haben, den selbst Hungrige und Landstreicher nicht mehr temporär annehmbar finden.

„Einer solchen Herabsetzung widersetzten sich natürlich die Eisenbahnangestellten auf das äußerste. Der vereinzelte Widerstand erwies sich als nutzlos, und auch ganz allgemeines Zusammenhalten, welches im Falle eines Conflikts nicht einen einzigen Sachverständigen zur Verfügung der Gesellschaften übrig ließ, erschien nicht durchzusetzen. Bei mehreren Arbeitseinstellungen der letzten Jahre suchten deshalb die Eisenbahnangestellten ihren Zweck dadurch zu erreichen, daß sie, ohne vorher von ihrem Plane etwas verlauten zu lassen, in einem bestimmten Momente (Mitternachts) auf der ganzen Linie der betreffenden Bahn die Arbeit einstellten, d. h. sämmtliche Züge, wo sie sich gerade befanden, stehen ließen. Hierauf aber antworteten im letzten Winter mehrere Gesetzgebungen, die des Staates New Jersey voran, mit einem Gesetze, welches das Prinzip der unbeschränkten Freiheit des Individuums insofern über Bord warf, als es Eisenbahnangestellten für ein Verlassen eines Zuges, ehe derselbe an seinem Bestimmungsorte angekommen, Kriminalstrafe auferlegte.

„Das vorläufige Resultat der sich hierdurch ergebenden Zuspitzung des Kampfes liegt in dem gegenwärtigen Aufruhre und der Zerstörung, die er bewerkstelligt, vor. Daß aber ein solcher Aufstand in wenigen Tagen, ja Stunden solche Dimensionen annehmen konnte, ist nur dadurch ermöglicht, daß Tausende und Zehntausende bis zur Desperation herabgekommener rüstiger Männer sogar in der besten Jahreszeit ohne Beschäftigung alle großen Städte füllen und das Land durchstreifen."

So steht es wörtlich in der „National-Zeitung" und ist von einem Deutsch-Amerikaner geschrieben! Eine furchtbare Anklage gegen die Bourgeoiswirthschaft überhaupt, eine furchtbare Anklage insbesondere gegen die amerikanischen Eisenbahngesellschaften, die furchtbarste Anklage aber gegen die voreiligen Verdammungsurtheile der europäischen Zeitungen, welche von der äußersten Rechten bis zur äußersten Bourgeois-Linken die „Aufrührer" mit allen Schimpfworten, die sich nur auftreiben ließen, traktirt haben.

Die ausführlichsten, bis jetzt vorliegenden Berichte bringt das Londoner Welt-Bourgeoisblatt die „Times". Natürlich wird da nur von „Pöbel" gesprochen, der sich wesentlich aus „Deutschen und Irländern" zusammensetze (in Deutschland würde es heißen: „Ausländer, Polen und Russen); indessen erhellt doch aus diesen den Aus- oder Aufständischen möglichst feindseligen Berichten, daß eigentliche Exzesse von den Arbeitern nicht begangen worden sind, daß aber, wie sich von selbst versteht, allerhand Gesindel sich die Gelegenheit zu Nutz gemacht hat. Ferner erhellt daraus, daß die Arbeiter sich strikte auf der Defensive hielten, daß, wo es zum Blutvergießen kam, sie der angegriffene Theil waren, und endlich, daß die Forderungen (auf Rücknahme der Lohnreduktion u. s. w.), deren Verwerfung ja seitens der Eisenbahndirektionen das Signal zum Strike gab, von dem amerikanischen Publikum im Allgemeinen für durchaus berechtigt gehalten werden, wie sie denn auch von mehreren, wo nicht den meisten Eisenbahndirektionen seitdem bewilligt worden sind — allerdings vorläufig zu spät.

In Pittsburg, wo die blutigsten Auftritte statthatten, herrscht jetzt vollständige Ruhe — wie es scheint, haben die Behörden ein Abkommen mit den „Rebellen" getroffen, was jedenfalls sehr vernünftig war. Ueber das „Plündern" dort wurden bekanntlich haarsträubende Einzelheiten erzählt. Nun finden wir in der „Times" selbst die Angabe: „Der Pöbel wurde schließlich des Plünderns müde." Wir hatten seither gedacht, mit dem Plündern wäre es wie mit dem Essen — die Plünderlust wachse mit dem Plündern. Das psychologische Räthsel wird sich unzweifelhaft in höchst einfacher Weise so erklären, daß überhaupt

nur in vereinzelten Fällen geplündert worden, und daß es den Behörden, unterstützt von den unbetheiligten Bürgern und den „aufständischen" Arbeitern, die ein Interesse dabei hatten, bald gelungen ist, dem raublustigen Gesindel das Handwerk zu legen. Auch in der „Times" nicht die leiseste Andeutung, daß es Arbeiter waren, welche sich am Privateigenthum vergriffen.

Der Strike — oder sagen wir besser die Arbeiterbewegung, denn überall treten auch andere als Eisenbahnarbeiter handelnd auf — hat sich weiter ausgedehnt, und zwar besonders nach Westen zu, und hat sogar am Stillen Ozean, in St. Franzisko, Widerhall gefunden. Namentlich in und für Chicago giebt sich die Bourgeoisie großen Besorgnissen hin, weil man die Betheiligung der sozialistischen Elemente fürchtet, welche in dieser Stadt stark vertreten sind.

Die gewaltsamen Conflikte werden schon seltener, so daß es fast aussieht, als habe die Bewegung ihren Höhepunkt erreicht, wo nicht überschritten, und als werde von beiden Seiten eingelenkt.

Sollte sich das bestätigen — und wir hoffen es — so wäre dieses günstige Resultat ausschließlich der von unseren Chauvinisten so verspotteten „Machtlosigkeit" der amerikanischen Regierung zu verdanken, die in Ermangelung eines stehenden Heeres die europäische „Flinte schießt, Säbel haut"-Staatsweisheit nicht in Anwendung bringen konnte und nothgedrungen dem Strom der öffentlichen Meinung, der Meinung der Volksmajorität folgen mußte.

In sämmtlichen uns vorliegenden Berichten, die den Arbeitern feindlichsten mit einbegriffen, finden sich aber Andeutungen dafür, daß die öffentliche Meinung den „Strikenden", nachdem das Publikum sich vom ersten Schrecken erholt hatte, sich immer mehr zugeneigt hat. Und der fromme Wunsch des fortschrittlichen Philisterblattes, der „Tante Voß", daß „das unerbittliche Kriegsgesetz leider (!) wieder seinen Lauf haben müßte", dürfte sonach, zur Ehre der amerikanischen Union und zur Beschämung der europäischen Gesellschaftsdoktoren vom Dr. Eisenbart-Schlag, nicht in Erfüllung gehen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Eine gewichtige Stimme aus einer Bourgeoisrepublik. Unser schweizerisches Parteiorgan, die „Tagwacht" schreibt:

„Der „Vorwärts" hat in der letzten Zeit mit der bürgerlich-demokratischen „Frankfurter Zeitung" eine Polemik geführt über die gegenwärtige Situation in Frankreich. Es ist wohl unnöthig zu bemerken, daß wir in dieser Sache durchaus den Standpunkt des „Vorwärts" einnehmen, haben wir doch in einem Leitartikel gleich nach dem Staatsstreich Mac Mahon's erklärt, es wäre schade um jeden Tropfen Proletarierblut, der im Dienste der reaktionären Phrasenhelden Thiers, Gambetta und Cie. fließen sollte, die „Republik" dieser Herren ist allerdings auch keinen Tropfen Proletarierblut werth. Damit sollte genug gesagt sein.

„Bei der erwähnten Polemik ist auch ein Passus aus dem Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zur Erörterung gekommen, der besagt, daß alle andern Parteien gegenüber der sozialdemokratischen nur eine „reaktionäre Masse" seien. In ihrer Replik sagt nun die „Frankfurter Zeitung", daß die Schweizer Sozialisten auf ihrem letzten Congreß „mit mitleidigem Lächeln" über besagten Passus hinweggegangen seien.

„Diese Bemerkung ist durchaus unrichtig. Der besagte Passus kam in einer Resolution vor, welche Genosse Wilhelm (Genf) in der Programmdebatte stellte und zwar in der Meinung, daß die mit der Ausarbeitung des Programms beauftragte Commission klar und ungeschminkt die sozialdemokratischen Grundsätze aussprechen sollte. Diese Resolution wurde allerdings verworfen, aber von einem „mitleidigen Lächeln" war auch nicht die Spur. Die durch die „Tagwacht", den „Grütlianer" und den „Précurseur" repräsentirten Sozialisten der Schweiz haben seit Jahren genugsam bewiesen, daß sie zur deutschen Sozialdemokratie im Verhältniß der vollsten Solidarität stehen. An diesem Verhältniß wird natürlich nicht im Mindesten gerüttelt, auch wenn Einzelne unter uns der Meinung sind, es dürfte der mehrerwähnte Passus vielleicht einen besseren Ausdruck finden."

In Bezug auf das von dem Pariser Sozialrepublikaner Buffenoir aufgestellte Wahlprogramm äußert die „Tagwacht" sich folgendermaßen:

„Dieses Programm, das mit großem Beifall begrüßt wurde, enthält freilich verschiedene Schwächen und Lücken, immerhin ist es erfreulich, zu vernehmen, daß die entschiedensten Elemente auf Grund dieses Programms in die Wahl treten und sich durch den Compromiß der allgemeinen „republikanischen" Coalition nicht von der Entfaltung des radikalen sozialrepublikanischen Banners abhalten lassen."

Wir haben genau so geurtheilt.

— Nicht allein die Arbeitskraft, auch die Gedanken der Arbeiter sollen den „Arbeitgebern" unterthan sein, so will es die Königl. Preuß. Bergwerksdirektion in Saarbrücken, die vor Kurzem folgende Verfügung erließ:

„Bergleute der königlichen Saarbrücker Gruben! Sozialdemokratische Agitatoren versuchen es in neuester Zeit wiederum, ihre Lehren im hiesigen Bezirke zu verbreiten. Unter dem Vorgeben, für Eure Rechte zu kämpfen und Eure Wohlfahrt zu fördern, suchen sie mit prahlerischen Worten und unerfüllbaren Versprechen trügerische Hoffnungen in Euch zu erwecken, Euch in ihre Netze zu ziehen und die Herrschaft über Euch zu gewinnen. Um ihr Spiel, den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Ordnung zu erreichen, scheuen sie sich nicht, mit Wort und Schrift die bewährtesten Grundlagen unseres Staatslebens zu untergraben, die segensreichsten, zu Eurem Wohle in hiesiger Gegend getroffenen Einrichtungen zu verhöhnen. Wir wissen wohl, daß die weitaus größere Mehrzahl von Euch sich von solchen Täuschungen nicht verblenden läßt, die statt der vermeintlichen Besserung Eurer Verhältnisse nur zu Eurem Unglück führen können. Gleichwohl halten wir es für unsere Pflicht, aufs eindringlichste vor der Betheiligung an den sozialistischen Versammlungen, vor dem Lesen der sozialistischen Blätter, vor dem Besuch derjenigen Wirthshäuser, wo solchen verwerflichen Bestrebungen Vorschub geleistet wird, zu warnen. Mit unnachsichtlicher Strenge werden wir gegen Diejenigen einschreiten, die unsere Warnung nicht hören. Wer sich an den verderblichen Bestrebnngen betheiligt, ist nicht würdig, ferner unserer Belegschaft anzugehören!"

Diese Verfügung bringen fast alle „liberalen" Blätter, voran die „National-Zeitung", ohne ein Wort des Tadels hinzuzufügen, als ob eine solche Verordnung den liberalen Grundsätzen völlig entspräche. Man sieht, die Achtung vor dem freien Wort ist den Liberalen ebenso abhanden gekommen, als der Königl. Bergwerksdirektion zu Saarbrücken, an welche wir hierbei die nebensächliche Frage uns erlauben, wer denn eigentlich der Verfasser des schwülstigen, unklaren, nichtssagenden Aufrufs ist, da wir der Betriebsdirektion, wenn sie wieder einmal eine Verfügung erlassen will, aus unserem gesammelten, schätzbaren Material eine viel bessere zuweisen wollen. Also bei Bedarf wende man sich an uns!

— Auch in Oesterreich sind am 26. Juli bei St. Pölten auf dem Marsche eine Anzahl Soldaten durch Ueberanstrengung und Sonnenstich verunglückt. Drei Mann blieben sofort todt, drei Mann starben in der nächsten Nacht und 17 liegen im Spital schwer erkrankt. An 100 blieben auf der Landstraße vor Ermattung zurück. Das österreichische Abgeordnetenhaus will bei seinem Zusammentritt über den Fall energisch interpelliren. — In Preußen-Deutschland kommt so etwas öfters vor; so soll nach der „Frankfurter Zeitung" gleichfalls am 26. Juli eine Abtheilung Soldaten auf dem Rückmarsche von der Feldbienstübung bei Potsdam „große Verluste" erlitten haben. 30 Mann sind vom Hitzschlag betroffen, einer todt, während mehrere noch in Lebensgefahr schweben. Auch ein Offizier soll bei der Rückkehr in die Kaserne bewußtlos niedergefallen sein. Der deutsche Reichstag kümmert sich um solche Lappalien nicht — der hat mehr zu thun, er hat für den Militarismus Geld zu bewilligen und schreit sozialistische Abgeordnete, wenn sie einmal, wie Hasselmann, über die manchmal unwürdige Behandlung, vulgo Soldatenschinderei im Reichstag reden wollen, energisch nieder.

— Das schweizerische Fabrikgesetz kommt vor die Volksabstimmung! Die Fabrikanten, denen das Gesetz zu arbeiterfreundlich ist, haben 56,000 Stimmen gesammelt, die übergenügend sind, um die Volksabstimmung herbeizuführen. Es handelt sich jetzt darum, daß das Volk selbst durch rege Agitation in die Schranken tritt und seinen Willen bekundet. Unser Schweizer Parteiorgan, die „Tagwacht" bemerkt zu dieser Angelegenheit:

„Das Herrenthum, im Besitze aller Mittel und einer Presse, die bis in die entlegenste Hütte dem Volke Sand in die Augen streut, wird natürlich diese Mittel anwenden, um das Volk zur Verwerfung anzuspornen. Alte Vorurtheile wird man benützen, an Lügen und Entstellungen wird man es nicht fehlen lassen, um den staatlichen Schutz für die ausgebeutete, unterdrückte Arbeiterklasse zum Falle zu bringen. Ein großer Theil des Volkes hat über die Nothwendigkeit des Fabrikgesetzes und über seine Wichtigkeit für die Hebung der Lage des arbeitenden Volkes noch kein selbständiges Urtheil, er muß erst darüber aufgeklärt werden. Auf der andern Seite aber wird das Votum des Schweizervolkes über das Fabrikgesetz von einer Wichtigkeit sein, die weit über die Grenzen des Schweizerlandes hinausgeht. Fällt die Abstimmung zu Ungunsten des Gesetzes aus, dann wird das Herrenthum nicht allein bei uns mit um so größerem Hochmuth die Volksausbeutung betreiben, sondern das Herrenthum aller Länder wird mit Schadenfreude darauf hinweisen, um die Forderungen unserer Brüder in andern Ländern zu unterdrücken. Und das wird seine üblen Folgen auch wieder für uns fühlbar machen. Wird aber das Gesetz angenommen, dann ist es ein bahnbrechendes Werk. In jedem Falle ist das Votum des Schweizervolkes von der größten Bedeutung für den sozialen Befreiungskampf dieser Tage."

In einem kräftigen Aufrufe werden dann die schweizerischen Arbeiter zu energischer Thätigkeit aufgefordert. — Auch wir hegen den Wunsch und haben aber auch die Ueberzeugung, daß das Schweizer Volk, vor allem aber die Sozialdemokratie in der Schweiz ihre Schuldigkeit thun werden.

— Dem Genfer Großen Rath ist von Forestier, einem der mit Hilfe der Sozialisten gewählten Mitgliede, der Entwurf eines Haftpflichtgesetzes vorgelegt worden. Der erste und Haupt-Paragraph lautet: „Die Eigenthümer jedes industriellen und commerciellen Etablissements, jeder Fabrik oder Werkstatt, die Unternehmer jedes Baues sind den von ihnen Beschäftigten und Dritten gegenüber für alle Unfälle verantwortlich, die während und gelegentlich des Betriebes vorkommen und Verletzungen, Krankheiten oder den Tod zur Folge haben; vorausgesetzt, daß nicht der Nachweis geliefert werden kann, daß der Unfall durch die Unvorsichtigkeit des Betroffenen oder eine nicht controllirbare Gewalt (force majeure) verursacht worden ist." Wenn der Entwurf, dem eine etwas präzisere Fassung zu wünschen wäre (Fabriken und Werkstätten sind doch unzweifelhaft industrielle Etablissements, wozu also noch besonders aufzählen?) zur Verhandlung gelangt, werden wir auf den Gegenstand zurückkommen. —

— Tod und Begräbniß eines Communemitglieds. Aus New-York schreibt man uns unterm 8. Juli: Gestern begruben wir François Parisel, Mitglied der Pariser Commune. Nachdem er während der Belagerung von Paris und später auf seinem Posten in der Commune seine Schuldigkeit gethan, entkam er glücklich den Versailler Blut- und Spürhunden und gründete sich hier eine Existenz als praktischer Arzt. Tüchtig in seinem Fach, von peinlichster Rechtschaffenheit, errang er sich die Achtung aller Derer, mit denen er verkehrte, und als er voriges Jahr von einer Schwindlerin unter einer ehrenrührigen Anklage vor Gericht gestellt wurde, zweifelte Niemand, daß Parisel Recht hatte und das Ganze nur ein mißglückter Erpressungsversuch war. Der Beweis hierfür wurde auch so überzeugend geführt, daß die Jury ein (in Amerika immer einstimmiges) freisprechendes Verdikt abgab. Indeß die Wirkungen, welche die infame Anklage auf den sensitiven, feinfühligen Mann hervorgebracht hatte, wurde durch den Wahrspruch der Geschwornen nicht aufgehoben. Er kränkelte von jener Zeit an, sein Befinden verschlechterte sich mehr und mehr und vor vier Tagen starb er in der Blüthe der Jahre, erst 36 Jahre alt. Natürlich wurde er ohne kirchlichen Firlefanz, den er sich ausdrücklich verbeten hatte, begraben. Die französische Flüchtlingscolonie, etwa 200 Mann, darunter ein College Parisel's, das Communemitglied Pottier, Elie May, Adjutant von Eudes ꝛc. nebst einer Anzahl deutscher und amerikanischer Sozialisten gaben dem Todten das letzte Geleite: Am Grab wurden kurze Ansprachen gehalten und unter dem Gelöbniß, nicht zu ruhen und zu rasten bis das Ziel erreicht, nach welchem der todte Com-

Demagogisches.

(Schluß.)

Bernstein fährt fort:

„Was die Demagogen eigentlich von der französischen Nationalversammlung wollten, das ist vollkommen gleichgiltig. Auch wenn wir annehmen wollten, daß die Nationalversammlung sehr dumm und die Herren von der Straßenversammlung äußerst gescheit waren, auch dann war es Pflicht, mit aller Energie die Demagogie abzuweisen und, da es sein mußte, mit voller Gewalt niederzuwerfen. In diesem Vorgang haben wir recht deutlich ein Bild des Kampfes zwischen Demokratie und Demagogie."

Prächtig. Also der „Demokratie" des Rabbi Bernstein ist „es vollkommen gleichgültig", was Diejenigen wollen, welche mit der Regierung unzufrieden sind. Die Forderungen der Krakehler sind „mit aller Energie abzuweisen", und, wenn es sein muß, „mit voller Gewalt niederzuwerfen!" Ei, wie sich Bismarck über dieses Geständniß der schönen fortschrittlichen Bernstein-Seele amüsiren wird. In der Confliktszeit war und hieß Rabbi Bernstein ein „Demagog" — Junker Bismarck hat das Bernstein'sche Rezept anticipando (vorgreifend) vortrefflich benutzt. Freilich — die „Demagogen" hatten damals die Majorität im Landtag. Allerdings; aber der Landtag ist nicht das Ergebniß des „allgemeinen Wahlrechts", für das Rabbi Bernstein ja als demokratische Basis platonisch schwärmt, und daß das allgemeine Stimmrecht nicht im Sinne der „Demagogen" von damals gesprochen, ihnen also nach Bernstein's eigener Argumentation (sit venia verba) das Brandmal der Demagogie (ohne Bernstein'sche Gänsefüßchen) aufgedruckt hat, das sollte Herrn Bernstein doch nicht so ganz unbekannt sein. Weiter:

„Alles, was Aehnliches in anderen Staaten spielte, war auch blos ein ärmliches, aber dennoch gleiches Nachbild des Herganges in Paris. Demagogische Zusammenrottungen fanden in Berlin und Wien ebenfalls gegen die auf der Basis des allgemeinen gleichen Wahlrechts gewählten Vertretungen statt. In Frankfurt am Main erhob sich im September 1848 die Demagogie mit ganz gleichem Anspruch über das auf Grund des gleichen Wahlrechts einberufene National-Parlament, das eine Manifestation der Demokratie war. Auch diese Straßen-Vertreter mußten mit Gewalt abgewiesen werden, wenngleich sie eine an sich gerechtfertigte Forderung zu ihrer Fahne gemacht hatten. Der Grund, worauf diese Abweisung als eine vollauf gerechtfertigte basirt, heißt mit kurzen Worten ausgedrückt: Allenthalben, wo ein Wahlgesetz existirt, welches dem ganzen Volke das Recht der Vertretung gewährt, da darf keine Partei im Namen des Volkes Demonstrationen gegen die Haltung der gesetzlichen Vertretung in's Leben rufen!"

Ei! Herrjeses! Nicht einmal „Demonstrationen" gegen eine aus allgemeinem Wahlrecht hervorgegangene Volksvertretung, wie z. B. den Reichstag? Das geht ja über den Bismarck und Tessendorf! Daß sie zu „Demagogen" von Bernstein's Gnaden avanciren würden, das hätten sich diese zwei Ehrenmänner sicherlich nicht träumen lassen.

Da ich keine Zeit habe, Herrn Bernstein ein Colleg in neuerer Geschichte zu lesen, so will ich ihm blos, sein Gedächtniß auffrischend, kurz andeuten, daß die „demagogischen Zusammenrottungen" in Berlin und Wien, von denen er redet, zum einzigen Zweck hatten, die Demokratie zu vertheidigen, welcher Herr Bernstein selbst zu jener Zeit huldigte und welche er gerade so feig verrathen hat wie seine Collegen von der Fortschrittspartei.

Der wahre Unterschied zwischen Demokrat und Demagog, müssen wir aus dieser Deduktion schlußfolgern, ist: ein Demokrat ist, wer das Wort Demokratie im Munde führt, und ein Demagog, wer für die Demokratie nicht blos Worte hat, sondern auch Thaten.

Und der Frankfurter Aufstand! Weiß Herr Bernstein nicht, daß dieser Aufstand — ähnlich wie der Junikampf — von oben her provozirt wurde, provozirt durch den schmachvollen Malmöer Waffenstillstand, welcher den Verrath an der Märzrevolution, an der Demokratie bloßlegte? Und Rabbi Bernstein hat eine „Geschichte der Märzrevolution" geschrieben! Doch weiter:

„Der Unterschied zwischen Demokratie und Demagogie trat auch seit jener Zeit immer deutlicher und deutlicher hervor. Frankreich hat diese Probe öfter durchgemacht, bis sich in der Wirthschaft der Commune und ihrem blutigen Ende nochmals zeigte, wie unversöhnlich die Demokratie und die Demagogie zu einander stehen. Ja, es zeigt sich, daß es gar kein anderes Mittel giebt, die Demagogie zu entwaffnen, als eben die Demokratie, wie denn auch in der That die strenge Gesetzesliebe die sicherste Schutzwehr ist wider die durch Leidenschaften aufgereizten zusammenlaufenden Volksmassen.

„Von so bitteren Erfahrungen, wie sie Frankreich hierin durchgemacht hat, sind wir glücklicherweise noch verschont geblieben. Aber darum werden auch bei uns junge Leute viel leichter in das Netz der Demagogie hineingelockt und, wie wir jüngst erlebt haben, lassen sich auch durch höhere Vorbildung zu einem besseren Beruf bestimmte junge Leute von wilden Weltverbesserern verleiten, an der Jagd nach demagogischen Idealen Theil zu nehmen. Es merkt die Jugend noch nicht den wahren Gegensatz zwischen Demokratie und Demagogie und wähnt auf der Bahn der Freiheit zu wandeln, wo sie bereits in der Schlinge einer Partei steckt, welche die einzige Bürgschaft der Freiheit, die gesetzliche Nationalvertretung, hervorgegangen aus dem allerdemokratischsten Wahlrechte, durch demagogische Umtriebe untergräbt.

„Nur durch die richtige Unterscheidung zwischen Demokratie und Demagogie sind wir im Stande, unsere Jugend vor dem Fallstrick der Verführung und unsere Zustände vor dem blutigen Zusammenstoß zu wahren, den die Demagogie heraufbeschwört."

Ei! Ei! Denunziant? Herr Bernstein. Bah, sintemalen Sie auch Bismarck und Tessendorf zu „Demagogen" gestempelt haben, wollen wir's Ihnen verzeihen.

Und der langen Rede kurzer Sinn, der Kern, herausgeschält aus den Phrasen?

„Wer Demokratie redet und Reaktion handelt, ist Demokrat. Wer Demokratie redet und Demokratie handelt, ist Demagog. Wer sich Mätressen hält, außereheliche Leitartikel schreibt, seine Arbeiter schindet, das Eigenthum Anderer annektirt — wie gewisse Leute — der ist ein Demokrat. Und wer den Mätressenhaltern, Verfassern außerehelicher Leitartikel, Arbeiterschindern, Annektirern fremden Eigenthums, Geschichts- und sonstigen Fälschern auf die Finger klopft, und alle diese Geschwüre der Demokratie ausschneiden und ausscheiden" will, ist ein Demagog."

Quod erat demonstrandum. Was zu beweisen war. Und wenn die Berliner Studenten jetzt noch dem Buchbindergesellen Most und dem biedern Cigarrenmacher Fritzsche in's Garn gehen, dann ist ihnen nicht zu helfen.

— Wie viel Flaschen Gose im Magen, und die Dünste von wie viel Flaschen Gose da wo bei Andern das Hirn zu sein pflegt, muß wohl ein gewisser Jemand gehabt haben, als er unter die fast verschämte Notiz eines bekannten Leipziger Lokalblatts, daß in einem gewissen, stark mit sozialistischem Gift getränkten Ort bei Leipzig der Heilige Sedan zu einer mordspatriotischen und mordsmäßigen Kneiperei benutzt werden solle, die wuthschnaubenden Worte (in Klammern) schrieb: „So wird es sich auch für einen Tag gehören, auf den das deutsche

munard gestrebt, wurde der Sarg in die Erde gesenkt. Man trennte sich mit dem Ruf: Es lebe die Commune! Es lebe die sozialdemokratische Republik!

— Besonders wichtige Nachrichten vom Kriegsschauplatze können wir unsern Lesern nicht mittheilen, dafür aber andere politische Ereignisse, die sich auf die orientalische Frage beziehen. In Pest fand eine großartige Volksversammlung zu Gunsten der Türkei statt, in welcher Klapka sprach und die sich in scharfer Weise gegen die russischen Greuelthaten und überhaupt gegen das russische Vorgehen aussprach. — Die weinerlichen Humanitätsphrasen der Herren Gladstone und Bright in England thun ihre Wirkung nicht mehr — das englische Volk wendet mehr und mehr seine Sympathien der Türkei zu, so daß die türkenfreundliche Regierung freie Hand erhält. — In Wien sagt man, daß Deutschland eine dauernde Besetzung Constantinopels durch die Russen nicht zulasse; in Petersburg ruft man: „Arm in Arm mit dir mein Deutschland fordere ich das Weltall in die Schranken!“ Wer sagt die Wahrheit? — Midhat Pascha ist in Wien vom Reichskanzler Andrassy empfangen worden; er soll geäußert haben, daß an einen Separatfrieden der Türkei mit Rußland nicht zu denken sei. Es ist noch nicht gewiß, ob Midhat nach Constantinopel geht, um das Großvezieramt zu übernehmen, oder ob er als außerordentlicher Botschafter in Wien und London thätig sein wird. — Der österreichische General Mallinori, welcher sehr slaven- und russenfreundlich ist, hat seinen Abschied genommen; ein Zeichen, daß Oesterreich der Aktion nicht mehr so fern steht. — Noch wollen wir bemerken, daß es den russischen Generalen ebenso geht wie den türkischen; Abdul Kerim wird vor ein Kriegsgericht gestellt, aber auch die Herren Krüderer, Sieger von Nicopolis, und Schilder-Schuldner, Geschlagener von Plewna. Es verlautet, daß der Verlust der Russen dort 4500 Mann stark gewesen sei. — Der Sohn des berühmten Tscherkessenhäuptlings Schamyl, bei dessen Namen schon die Moskowiter zitterten, der in russischen Diensten stand, ist mit 1000 Mann zu den Türken übergegangen. Die Desertionen lichten die russische Armee in Asien — der Aufstand im Kaukasus lodert hell auf.

— Wir erhalten folgende Zuschrift. Aus einem Artikel der „Times“*) sende ich Ihnen folgenden Passus:

„Die Angriffe auf die Eisenbahnen entsprangen nicht aus der tollen Wuth eines Hungeraufstandes, noch aus dem Versuche einer communistischen Bewegung. Sie waren die Frucht böser Lehren, die sich dem Geiste unwissender Menschen einprägten. Die große Masse der Eisenbahn-Insurgenten besteht, wie die „Molly Maguires“, auf den pennsilvanischen Kohlenfeldern, deren Schreckensherrschaft soeben erst ein Ende gemacht wurde, aus ungebildeten irischen und deutschen Einwanderern, welche die letzte Lohnherabsetzung als ein ihnen zugefügtes persönliches Unrecht ansehen. Sie haben sich seit lange gewöhnt, dem losen Geschwätz politischer Abenteurer zu lauschen. Man sagte ihnen, sie seien „die Sclaven des Kapitals“, der Kapitalist sauge ihnen das Blut aus, die Eisenbahngesellschaften werden von verworfenen Ausbeutern regiert und dergleichen mehr, worin halbe Wahrheit mit boshafter Lüge sich mischte. Was Wunder, daß sie die unbehaglichen Wirkungen der Krisis fühlten, die das amerikanische Geschäft drückt, und dachten, es sei leicht und gerecht, das erlittene Unrecht durch Beraubung derer gut zu machen, die sie als glückliche Räuber ansahen? Die mißleiteten Handlungen dieser Leute sammeln um sie die Verbrecherklassen, die Müßiggänger und die Lumpen, die nach Raub und Beute hungern. Der böse Ruf, den die Eisenbahngesellschaften auf sich geladen haben, macht sie zur besten Zielscheibe für den Zorn der arbeitenden Klassen, aber andere Kapitalisten würden nicht lange verschont bleiben, wenn dieser Angriff unbestraft gelassen und der offene Bruch von Gesetz und Ordnung durch die Gewährung der Forderungen der Aufrührer belohnt würde. Die Haltung der Regierung ist fest und kühn, aber viele Eisenbahngesellschaften sind geneigt, sich schrecken zu lassen und sich auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Wir nehmen den tiefsten Antheil an dem Erfolge der energischen Maßregeln, welche die Regierung von Washington zur Unterdrückung dieser schmählichen Unordnungen ergriffen hat. Nicht nur ist ein großer Betrag von englischem Kapital in amerikanischen Eisenbahnen angelegt, sondern die Fortdauer dieses Kampfes, die Beschädigung der großen Bahnlinien, welche den atlantischen Ocean mit dem Mississippi verbinden, und der schließliche Erfolg des Aufstandes würden die Zufuhren an Rohstoffen für unsere Hauptindustriezweige und an Nahrungsmitteln für unser Volk bedrohen.“

Dieser Artikel, der von deutschen Bourgeoisblättern begierig abgedruckt wird, ist ein Musterstückchen von Bourgeoisjesuitismus. Die „Times“ — das liest sich deutlich zwischen den Zeilen — kennt den Sachverhalt so gut als es jetzt nur möglich ist, sie glaubt nicht an das rothe Gespenst, sie glaubt nicht an das alberne Mährchen von den irischen und deutschen Einwanderern, obgleich sie es selbst auftischt, sie giebt zu, daß die Eisenbahngesellschaften corrupt sind, sie erklärt die Anklagen der Arbeiter gegen die Kapitalisten wenigstens für „halbe Wahrheit“, was ein enormes Zugeständniß ist — die „boshafte Lüge“ wollen wir ihr schenken —, und dennoch, statt zur Versöhnung zu rathen, hetzt sie die amerikanischen Behörden, hetzt sie die amerikanische und englische Bourgeoisie auf die Arbeiter. Warum? Wenn anerkannt werden müßte, daß die Arbeiter den spitzbübischen Eisenbahndirektoren gegenüber im Recht sind, dann würde sich bald herausstellen, daß die Arbeiter mit dem nämlichen Recht gegen „andere Kapitalisten“ vorgehn könnten. Kurz, sämmtliche Kapitalisten kämen in Gefahr, und das englische Kapital, das in den amerikanischen Eisenbahnen und den englischen Baumwollenfabriken steckt, würde möglicherweise weniger Prozentchen einbringen. Lieber 100,000 Arbeiter zu Schanden geschossen, als ¼ Proz. weniger in die Kapitalistentasche.

— Ueber den Arbeiteraufstand in Nordamerika bringen die deutschen Bourgeoiszeitungen, ob sie conservativ oder bürgerlich-demokratisch sind, nach der „Times“ ihre Berichte, sie reden von Emeute, Pöbel, Ruhestörer ꝛc. ꝛc., sagen, daß der Mob die Polizei verhöhnt und mit Steinwürfen empfangen habe und daß dann die arme Polizei oder die Miliztruppen erst von ihren Feuerwaffen Gebrauch machten — so lauten die Berichte aus allen Städten Nordamerika's gleichmäßig, so daß man wohl in Versuchung kommt, sämmtliche derartige telegraphischen Berichte der „Times“ für gefälscht zu erklären. In Chicago haben natürlich die Communisten die Ruhestörer angeführt, dann waren die meisten der Getödteten und Verwundeten Böhmen und Polen. Das Alles bringt auch die „Frankfurter Zeitung“, ohne eine Bemerkung, ohne nur ein Fragezeichen an den betreffenden Stellen zu machen. Weshalb nicht auch noch die Juden zu den Haupthetzern, wie dies früher geschah, gemacht werden, das kann die „Frankfurter Zeitung“ wohl selbst beantworten. — Im Osten der Vereinigten Staaten hat der Aufstand nachgelassen, dagegen lodert er im Westen und Südwesten noch hochauf. Ein klares Bild über die ganze Bewegung können wir noch immer nicht machen, da müssen wir erst die direkten Berichte unserer dortigen Parteigenossen und Mitarbeiter abwarten.

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

Bern, den 28. Juli 1877.

Ich erlaube mir hiermit, Ihnen von einem merkwürdigen Akte der deutschen resp. preußischen Behörden Kenntniß zu geben. Die in meinem Verlag soeben erschienene Schrift: „Das kleine Buch vom großen Bismarck“, ist, ohne daß ich davon vorher Kenntniß erhalten konnte und ohne daß vorher — wenigstens in Deutschland — Jemand hat Einsicht in die Broschüre nehmen können, dort plötzlich unterdrückt worden.

Mein Commissionär telegraphirt mir:

„Leipzig, 28. Juli, 2.40 M. Vorrath wurde confiscirt. Man fahndet auf den Ballen. Expedition unmöglich!“

„Leipzig, 28. Juli, 2.20 M. Senden Sie nichts mehr. Alle Packete und Ballen werden von der Polizei geöffnet und beschlagnahmt.“

Unter solchen Umständen ist es begreiflicherweise keinem Verleger des Auslandes mehr möglich, das deutsche Reich als Absatzgebiet für solche Werke zu cultiviren, welche nicht vorher die Censur der Berliner Criminalpolizei passirt haben.

In wie weit derartige Maßregeln in Einklang zu bringen sind mit dem Sinne der bestehenden Gesetze, der Gerechtigkeit und der politischen Würde eines Landes, muß ich allerdings der Beurtheilung des gebildeten Publikums überlassen.

Mit Ergebenheit

E. Magron, Verleger in Bern.

— Aus St. Johann-Saarbrücken meldet man uns unterm 28. Juli, daß nunmehr schon der dritte Redakteur der erst seit kurzem dort erscheinenden „Freien Volksstimme“ verhaftet und daß die Expedition des genannten Blattes unter Siegel gelegt worden sei.

*) Siehe Leitartikel in der heutigen Nummer. R. d. V.

Englische Depeschen über russische Greuel.

Am 17. Juli schreibt Lord Derby an Lord A. Loftus:

Ich habe Anlaß genommen, dem Grafen Schuwalow folgende Berichte zur Kenntniß zu bringen, die Ihrer Majestät Regierung aus verschiedenen Quellen über Gewaltthätigkeiten zugegangen sind, welche durch die russischen Truppen oder die unter deren Schutze handelnden Christen gegen die mohamedanische Bevölkerung der türkischen Provinzen in Asien und Europa begangen wurden. Diese Berichte wurden in der Reihenfolge gegeben, in der sie einliefen:

1) Es wird berichtet, daß nach der Einnahme von Arbahan die Einwohner der Stadt gegen die Russen sich empörten und daß 800 derselben durch die in russischen Diensten stehenden lesgischen Truppen hingeschlachtet wurden.

2) Ein Brief, welcher einem von Ihrer Majestät Viceconsuln (Biliotti in Trapezunt) aus privater Quelle (von einem englischen Wundarzte) von Suchum-Kale aus zuging, meldete, daß 1500 Familien in Ardler Hungers gestorben sind, da sie gezwungen waren, vor den Kosaken, die Alles vor sich her niederbrannten und plünderten, in die Wälder zu entfliehen.

3) Wie der Statthalter von Kesanlyk berichtet, ist eine Anzahl vor den Russen fliehender Muselmanen und Bulgaren in der Schlucht von Hainköi zwischen Tirnowa und Kesanlyk kalten Blutes ermordet worden. Unter den dergestalt Erschlagenen haben sich Weiber und Kinder befunden.

4) Herr Layard meldet, es sei der Pforte am 14. d. mitgetheilt worden, daß ungefähr 200 mohamedanische Männer, Weiber und Kinder, welche auf Karren gegen Varna flohen, durch russische Reiter eingeholt wurden, welche die Männer und Kinder erschlugen, die Weiber schändeten und sie nachher in der greulichsten Weise ermordeten.

5) Eine Anzahl mohamedanischer Dörfer wurde, wie berichtet wird, niedergebrannt und andere zwischen Tirnowa, Drenova und Balona wegen des Benehmens der feindlichen Truppen verlassen. Einige Dörfer in der Schlucht von Hainköi wurden niedergebrannt und ihre Bewohner angeblich niedergemetzelt. Ein britischer Consular-Agent berichtete unterm 14. d., daß die muselmanischen Bewohner jenes Landestheils sich in einem beklagenswerthen Zustande befänden, daß die Russen und auf deren Anstiften die bulgarischen Christen schreckliche Gewaltthaten gegen die Muselmanen verübten.

6) Ihrer Majestät Consul in Rustschuk, der am 16. von Varna aus in Konstantinopel anlangte, bestätigte die Nachrichten von der Erschlagung moslemischer Weiber und Kinder. Aus der durch ihn empfangenen Auskunft geht hervor, daß schreckliche Gewaltthaten hauptsächlich durch die bulgarischen Christen auf das Anstiften und unter dem Schutze der dabei gegenwärtigen russischen Kosaken verübt worden.

Ich fügte hinzu, es werde große Furcht gehegt, daß diese Thaten zu fürchterlicher Wiedervergeltung seitens der Muselmanen an den nicht von russischen Truppen besetzten Orten führen könnten, und daß Ihrer Majestät Consularbeamten Weisungen empfangen hätten, allen Einfluß, den sie besäßen, anzuwenden, um die Muselmanen von Gewaltthätigkeiten abzuhalten.

Derby.

Correspondenzen.

Berlin, 25. Juli. Wenn ich Ihnen heute einiges über das Verhalten der hiesigen gegnerischen Presse in den letzten Wochen mittheile, so müssen Sie nicht etwa glauben, daß ich mich aus Zuneigung mit ihr beschäftige. Nur der Umstand bewegt mich dazu, daß sich wieder einmal zur Evidenz herausgestellt hat, wie gänzlich verständnißlos besonders die liberalen Redakteure ihrer Zeit gegenüber stehen. Nun wissen wir freilich schon von Lassalle, daß die Unwissenheit das Vorrecht und besondere Kennzeichen eines liberalen Redakteurs ist, selbige Eigenschaft hat aber in den letzten Wochen so herrliche Blüthen getrieben, daß man ihnen wohl einige Zeit widmen darf.

Bekanntlich behaupten die Gegner immer, vom Sozialismus könne man nicht leben, und auch der große Eugen ist der unmaßgeblichen Ansicht, daß der Arbeiter im sozialistischen Staate unproduktiv sein würde, die gegnerische Presse selbst hat nun schlagend die Unrichtigkeit dieser Ansicht bewiesen, indem sie eine ganze Zeit schon großen Theils vom Sozialismus gelebt hat. Die beiden Ereignisse, über welche man hier gar nicht zur Ruhe kommen kann, sind die Versammlung von Interessenten für freie Pflege der Wissenschaft vom 12. Juli und die Vorträge Most's über soziale Bewegungen und Cäsarismus im alten Rom, in denen hauptsächlich Mommsen angegriffen wird. Schon bei dem ersten Vortrage Most's, der einige Tage vor jener Versammlung gehalten wurde, waren ungefähr 200 Studenten anwesend gewesen und hatten — man denke! — die Hiebe, die auf Mommsen's heiliges Haupt hagelten, nicht nur ohne Unwillen, sondern mit Beifall angehört.

Da eröffnete die „Post“ den Reigen der Klageweiber und jammerte über die Verderbtheit der Zeit und der Jugend, die solche „Verläumdungen“ ihres Lehrers ohne Protest angehört hatte. Zugleich erfolgte ein Leitartikel, betitelt „die Fortschritte der Sozialdemokratie“, worin es offen ausgesprochen wurde, daß der Sozialismus immer mehr in die „gebildeten“ Kreise Eingang fände und daß unter anderen mancher junge Referendar durchtränkt wäre vom Geiste des Sozialismus. Zum Schluß kaum noch eine zartverschämte Hindeutung auf die Zeit, wo der Säbel haut und die Flinte schießt.

Man muß es der conservativen „Post“ zugestehen, daß sie wenigstens wußte und offen zugab, daß die Sozialdemokratie immer mehr in alle Schichten des Volkes eindringe, während das liberale und fortschrittliche Zeitungsgeschwister hiervon bis dato noch keine Ahnung gehabt zu haben scheint.

Es folgte nun jene Versammlung in Sachen Dühring's, in in welcher Fritzsche als Deputirter der gleichfalls tagenden Volksversammlung auftrat und freudig begrüßt wurde. Jetzt war es klar, ein bedeutender Bruchtheil der Studentenschaft war durchtränkt vom Geiste des Sozialismus.

Entsetzlich begann es in den patriotismusduseligen Köpfen der liberalen Redakteure zu tagen! Leitartikel folgte auf Leitartikel, in denen die furchtbare Thatsache theils zugegeben, theils bemäntelt, theils abgeleugnet wurde. Die wenigen Blätter, die bisher noch theilweise für Dühring eingetreten waren, fielen jetzt natürlich auch ab, so besonders die „Volkszeitung“, die sich von „ihrem“ Bernstein jetzt einen Leitartikel gegen Dühring schreiben ließ. Wie konnte man auch einer fortschrittlichen Zeitung zumuthen, die Sache des Rechts noch weiter zu verfechten, nachdem die Sozialdemokraten auch offen für dieselbe eingetreten waren. Die Augen werden der „Volkszeitung“ und ähnlichen

---

Herr mit Stolz zurückblickt, dem (dem Stolz?) das deutsche Volk seine Auferstehung zu neuer Größe und Ehre verdankt. Vorwärts für Kaiser und Reich! Nieder mit der Sozialdemokratie, die unser theueres Vaterland mit Füßen zu treten wagt!“ ? Wie viel Gosenflaschen? Was aber den gegen uns geschleuderten entsetzlichen Vorwurf betrifft, so müssen wir uns leider schuldig bekennen. Ja, wir „treten unser theueres Vaterland mit Füßen“ und nicht mit den Fersen oder gar einem zum Treten noch ungeeigneteren Körpertheil, wie gewisse Leute, denen es mitunter passirt, strampelnd in der Gosse gefunden zu werden.

— Unser Stephan, der neben seinen zahlreichen sonstigen Talenten auch das der genialen Ueberraschungen besitzt, „bewilderte“, um Ida Hahn Hahnisch zu sprechen, am 23. v. M. den ehrsamen Leipziger Rath durch folgendes Telegramm:

„Vom Bord des Kabelschiffes bei Mainz sende ich auf der eben vollendeten unterirdischen Telegraphenlinie Leipzig-Frankfurt-Mainz der im Herzen Deutschlands gelegenen Metropole des Verkehrs Grüße und Segenswunsch. Generalpostmeister Stephan.“

Die Wirkung dieses Telegramms war eine eigenthümliche Die erstaunten Empfänger glaubten anfänglich an eine Mystifikation. Die zwei haarsträubenden Fremdwörter: „Telegraphenlinie“ und „Metropole“ flößten schon starken Verdacht ein, aber nun gar erst der Segenswunsch. Bekanntlich hat blos der Papst die Gewohnheit, „Segenswünsche“ zu ertheilen. Stephan war doch nicht über Nacht Papst geworden? Der Papst lag zwar an jenem Tage zum hundertundzwölften Mal im Sterben, und gleich anderen hervorragenden „Culturkämpfern“ hat Stephan unzweifelhaft beim Cardinalscollegium einen Stein im Brett — ähnlich wie Tessendorff, Rüder u. s. w. bei den Sozialdemokraten — indeß in solchen Dingen pflegt man in Rom doch keine Scherze zu machen. Die Annahme, daß Stephan über Nacht Papst geworden sei, mußte also fallen gelassen werden. Blieben nur noch zwei andere Annahmen übrig: Entweder: es ist eine Mystifikation; oder — doch die dritte Annahme möge in vorstehendem Gedankenstrich begraben bleiben, aus dem der Leser sie ja leicht wird ausgraben können. Was sollte der Leipziger Rath thun? Man war in Verzweiflung. Hier, die Pflichten der Höflichkeit, der gute Ruf des künftigen Reichsgerichtssitzes, der aber an sein künftiges Glück noch nicht recht glaubt und darum doppelt — aufmerksam ist gegen alle Bismarcke, den „Postbismarck“ natürlich eingeschlossen — dort, die Furcht, von irgend einem rothen oder schwarzen Reichsfeind — und in Mainz wimmelt's ja von Reichsfeinden beider Sorten — gefoppt zu werden, und sich sammt der großen „Seestadt“ unsterblich zu blamiren. Das war freilich ein kritischer Casus. Doch wenn der Rath Rath hält, giebt's zuletzt immer Rath. Ein Schlaukopf, der zufällig im Stadtrath sitzt — das Telegramm war gerade während einer regelmäßigen Rathssitzung eingelaufen — machte den Vorschlag, man solle den Mainzer Polizeidirektor (der dortige Bürgermeister ist neulich gestorben) telegraphisch um Auskunft bitten, ob die Kabellegung wirklich vollzogen sei, und der Herr Generalpostmeister sich auf dem Kabelschiff befinde. Gesagt gethan. Man telegraphirte und eine halbe Stunde später kam der Bescheid. Der Herr Generalpostmeister war auf dem Kabelschiff, und das Telegramm mit dem Segenswunsch keine Mystifikation. Ohne eine Sekunde zu verlieren — die Berathung und das Hin- und Hertelegraphiren hatte fast anderthalb Stunden gekostet — wurde ein Antwort-Telegramm an den Herrn Generalpostmeister aufgesetzt und abgeschickt — jedoch ohne Segenswunsch.

— Im Wupperthale, genannt Muckerthal, wurde zur Feier des 100jährigen Bestehens der evangelisch-lutherischen Gemeinde ein Festessen mit Toasten veranstaltet. Die „Bergische Volksstimme“, welche den Gegensatz zwischen dem hungernden Arbeiter und den schwelgenden „Frommen“ betont, bringt die Speise- und Weinkarte bei dem Festessen und den frommen Toasten:

„Speise-Karte. Suppe Julienne. 1. Toast. Roastbeef mit gerösteten Kartoffeln und Beilage. 2. Toast. Blumenkohl mit Kartoffeln. Fricandeau von Kalb und Schinken. 3. Toast. Schwarzwild in Gelee. 4. und 5. Toast. Rehbraten mit Compot und Salat. 6. und 7. Toast. Pudding. Eistorte. Dessert. Wein-Karte. Rhein-Weine: Niersteiner, Geisenheimer, Rüdesheimer, Hattenheimer. Mosel-Weine: Graacher, Brauneberger, Schwarzhofberger 1868er. Roth-Weine: Ahrbleichert, Bordeaux St. Julien, Bordeaux Margaux.“

Wie herrlich und erhebend mögen die frommen Toaste von den frommen, fettigen und trunkenen Lippen der Pfäfflein und der Laien erklungen sein?

— Europäischer Sklavenhandel. Um von Zeit zu Zeit die herrschende Gesellschaft daran zu erinnern, daß ein solcher noch wirklich existirt, bringen wir eine darauf bezügliche Annonce — so auch heute:

„Schwedische Dienstboten. So eben direkt von Schweden kommend: Land- und Meiereimädchen, Landjungen, Schmiede- und Bäckerlehrlinge, welche ich sofort bestens empfehle. Auch nehme ich sofort Bestellungen auf obige Dienstboten entgegen.

H. C. Schwartz, Trave 486 in Lübeck.“

Klingt's nicht gerade so als wenn Jemand zum Pferde-, Hammel- oder Kälberverkauf auffordert — Handel mit Menschenfleisch, europäischer Sklavenhandel. Ohne denselben kann ja unsere heutige Gesellschaft gar nicht bestehen — weshalb also dem einzelnen Händler zürnen?

— Zum Arbeiterrisico. Am 23. v. Mts. stürzte ein Gerüst bei dem Baue einer chemischen Fabrik in Elberfeld zusammen. Ein Arbeiter wurde getödtet und sechs andere zum Theil lebensgefährlich verletzt.

Blättern wohl dann erst aufgehen, wenn sie dem Onkel Spener auf dem Weg alles Fleisches nachgefolgt sind.

Daß die hiesigen Witzblätter hinter den Leistungen der anderen nicht zurückbleiben durften, ist natürlich. Sie haben denn auch ihre Arbeit im Schweiße ihres Angesichts verrichtet; geradezu gemein ist dabei der „Kladderadatsch" geworden. Wer einmal die Pfade des Servilismus betritt, sinkt allerdings schnell tiefer und tiefer, doch hat es den Schreiber dieses dennoch überrascht, daß der „Kladderadatsch" schon auf dieser Stufe angelangt war.

Man hat nun endlich nach langem Jammer einen Trost darin gefunden, daß es ja doch immerhin nur ein kleiner Theil der Studentenschaft ist, der dem Umsturz huldigt, und der gute Heinrich v. Treitschke hat es herausgefunden, daß die studirten Kreise niemals in ihrer Majorität sozialistisch gesinnt werden würden, weil ihre aristokratische (!) Gesinnung sie immer davor schützen werde. Was Herr v. Treitschke nicht alles entdeckt! Wie ich einmal gelesen habe, soll er aus einem dalmatinischen (slavischen) Adelsgeschlecht stammen: Da löst er als großer Historiker vielleicht auch noch die wichtige Frage, ob es ein räudiger oder bloß ein fetter Hund war, den einst die Dalmatiner zum Hohn dem Gesandten der Ungarn übergaben, als diese Tribut fordern wollten. Und vielleicht findet er sogar noch heraus, daß jener Hund seinen direkten Vorfahren angehörte, und daß sich von ihm die Räubigkeit so vieler heutigen Hunde herschreibt. Besagtem Hunde schnitten übrigens die Dalmatiner noch überdies Schwanz und Ohren ab. (Heinrich, Heinrich!)

Von diesem räudigen Hunde bis zu Most ist es allerdings sehr weit, doch muß ich diesen Sprung machen, und vom Lächerlichen zum Erhabenen ist es ja auch oft nur ein Schritt. Die Vorträge Most's gegen Mommsen kann man ohne Ueberhebung, um mit Platen zu reden, bezeichnen als „eine große That in Worten". Es ist unzweifelhaft nichts geringes, daß die Sozialdemokratie auch auf diesem Gebiete der heutigen Afterwissenschaft und ihren Vertretern immer energischer entgegentritt, und daß man im gegnerischen Lager die Bedeutung dieser Vorträge nicht unterschätzt, beweist die blasse Wuth und krasse Lüge, die in den Berichten zu finden ist. Was ist da nicht alles entstellt, verdreht und geradezu gelogen! So z. B. sollen nach dem zweiten Vortrage die anwesenden Studenten gelacht und gepfiffen haben. Natürlich ist das nicht wahr, aber es schadet nichts: die meisten, welche das lesen, waren nicht zugegen und glauben es doch.

Das Zeitungsgeschwister
Wie mag's sich gestalten,
Als um die Philister
Zum Narren zu halten.

So macht man heute öffentliche Meinung.

Es wurde übrigens neulich einmal die Frage aufgeworfen, wie man die öffentliche Meinung von Berlin am besten bildlich darstellen könne, und man einigte sich dahin, daß es am besten wäre, wenn sich die zwanzig und einige Capitalisten, welche Besitzer von Berliner Zeitungen seien, als Gruppe photographiren ließen, da diese doch die sogenannte öffentliche Meinung personifizirten. Der Gedanke ist jedenfalls nicht ganz übel, dem Schreiber dieses wäre es angenehm, wenn besagte Herren nebst ihren Redakteuren und Redakteurchen außerdem noch ausgehauen würden — natürlich in Marmor. — E. K.

Frankfurt a. M., 21. Juli. Der „Vorwärts" Nr. 84 bringt eine Correspondenz aus Frankfurt, welche sich eingehend über die Verhältnisse der Frankfurter Societätsdruckerei ausspricht, an deren Leitung ich seit ihrer Begründung im Jahre 1860 theilnehme. Ohne die allgemeinen Erörterungen des Einsenders berühren zu wollen, halte ich mich doch verpflichtet, einige von demselben vorgebrachte unwahre Thatsachen richtig zu stellen.

1) Allerdings ist in der Druckerei die Einrichtung getroffen, daß jährlich einigen Setzern oder Druckern Urlaub zu einer Erholungsreise gegeben wird, während welcher Zeit den Betreffenden der Lohn nach einem festgestellten Satze weiter gezahlt wird. Diese Einrichtung ist nicht, wie der Einsender behauptet, unausgeführt geblieben. Gegenwärtig haben zwei Arbeiter, die Setzer Sp. und F. von dieser Befugniß Gebrauch gemacht. Einer derselben gebraucht seit mehreren Wochen eine Badecur in Wiesbaden, der andere hat eine Reise angetreten. Sofort nach Rückkehr der Beurlaubten werden zwei Andere an die Reihe kommen.

2) Die in der Druckerei bestehende Spar- und Hilfskasse ist niemals als ein Versuch der Gewinnbetheiligung oder überhaupt als Lösung eines sozialen Problems bezeichnet worden. Die Kasse wurde nach der Unterdrückung des Blattes im Jahre 1866, welche einen sechsmonatlichen Stillstand der Druckerei herbeiführte (während deren die ohne unsere Verschuldung brodlos gewordenen Arbeiter ununterbrochen ein Minimum von festem Geld weiterbezahlt erhielten), von uns in's Leben gerufen, um den Arbeitern für alle Eventualitäten einen Nothpfennig zu sichern. Jeder Arbeiter zahlt wöchentlich 2 Mark ein, am Ende eines Jahres zahlt die Societätsdruckerei einen namhaften Zuschuß. Dieser Zuschuß wird auf Conto eines jeden Arbeiters nach Maßgabe seiner eigenen Einlagen vertheilt. Selbstverständlich ist es nicht möglich, diejenigen an dem Jahreszuschuß participiren zu lassen, welche vor Abschluß eines Jahres die Druckerei verlassen, da überhaupt nur einmal jährlich Rechnung gestellt wird. Der Einsender sucht jedoch die Sache so darzustellen, als halte die Kasse irgendwelche Einlagen der Arbeiter, welche im Laufe eines Jahres eingezahlt werden, zurück. Dies ist nach den Statuten der Anstalt nicht möglich und auch niemals vorgekommen. Jeder Ausscheidende erhält bei seinem Austritt seine sämmtlichen Einlagen nebst aufgelaufenen Zinsen sowie seinen Antheil am Zuschuß der Druckerei nach dem letzten Abschlusse baar ausgezahlt. Die Kasse hat den Zweck, zu dem sie errichtet wurde, bis jetzt vollständig erfüllt; sie hat einer großen Zahl ihrer Mitglieder bei außerordentlichen Vorkommnissen durch Darlehen unter die Arme gegriffen, sie hat es Vielen möglich gemacht, die Mittel zur Begründung eigener Geschäfte anzusammeln. So sind bereits zwei von Arbeitern begründete Gesellschafts-Druckereien aus der Societätsdruckerei hervorgegangen; einige Arbeiter haben andere Geschäfte angefangen; die Hinterbliebenen von zwei Verstorbenen haben namhafte Beträge ausgezahlt erhalten. Die Anstalt wurde im Jahr 1867 in's Leben gerufen. Obgleich alljährlich wie in jedem industriellen Etablissement ein gewisser Mitgliederwechsel stattfindet und einmal sogar ein Massenaustritt vorkam, schloß die Kasse doch Ende 1876 mit einem Bestande von 19384 Mk. 89 Pfg. ab. Die seit Anfang der Kasse angehörenden Mitglieder hatten ein Guthaben von Mark 1576, Mk. 1485, Mk. 1573, Mk. 1576, Mk. 1482, Mk. 1482 ꝛc. Es entspricht dies einer durchschnittlichen Jahresersparniß von 148 bis 157 Mark. Neben der Spar- und Hilfskasse besteht noch eine eigene Hauskrankenkasse, zu welcher die Societäts-Druckerei ebenfalls einen ansehnlichen Jahresbeitrag leistet. Daß die Einzahlung der Wochenbeträge in der Societäts-Druckerei den Arbeitern nicht übermäßig schwer fällt, wird sich aus einem der folgenden Absätze ergeben.

3) Ueber den in der Societätsdruckerei seit deren Begründung erfolgten einzigen Strike geht der Einsender kurz hinweg und führt lediglich an, die Druckerei sei wegen „Tarifverletzung" vom deutschen Buchdruckerband ausgeschlossen worden. Dieser Strike fand im Jahre 1873 statt, zu einer Zeit, als die Lohnbewegung jede gesunde Basis verlassen hatte. (Aha!) Eine „Tarifverletzung" hat übrigens niemals stattgefunden. Die Differenz betrug 80 Pfennig für die ganze Druckerei und war daraus entstanden, daß für ein schwer leserliches Manuscript eine Extravergütung von 80 Pfennig nachträglich verlangt wurde. Der deutsche Buchdruckerverband war von Anfang an zweifelhaft über die Berechtigung dieses Strikes (ganz abgesehen von der Opportunität) und er hat sein Urtheil nachträglich darüber abgegeben, indem er ohne irgend einen Schritt oder eine Erklärung unserseits die Druckerei wieder für Verbandsglieder öffnete. Daß ein Setzer seiner sozialdemokratischen Gesinnung wegen bei uns nicht Aufnahme gefunden habe, ist rein aus der Luft gegriffen. Es wundert mich nur, daß die Redaktion des „Vorwärts" etwas derartiges druckt, da sie sich über die Unwahrheit derartiger Verdächtigungen leicht bei den hervorragenden Leipziger Parteimitgliedern vergewissern konnte.*)

4) Was von der angeblichen Bevorzugung einzelner Setzer gesagt ist, beweist nur, daß es immer noch Arbeiter giebt, die ihren eigenen Arbeitsgenossen mit Mißgunst und gehässigen Anfeindungen entgegentreten, wenn dieselben in Folge größeren Fleißes oder höherer Befähigung wöchentlich einige Mark mehr verdienen. Die ganze Sache beschränkt sich darauf, daß einigen ausgezeichneten Setzern die Telegramme, Markt- und Coursberichte übertragen sind, was etwas mehr als anderer Satz einbringt. Es wurde gewünscht, daß an dieser Arbeit abwechselnd alle Setzer theilnehmen möchten. Dies ist jedoch im Interesse des Blattes nicht möglich, da die betreffenden Nachrichten größtentheils ganz kurz vor Schluß einlaufen, so daß eine Correctur nicht mehr möglich ist. Sie können daher nur Händen anvertraut werden, welche in Folge langjähriger Uebung mit der betreffenden Arbeit ganz vertraut sind. Ein früher gemachter Versuch, einen Turnus einzuführen, mißlang gänzlich. Es handelt sich hier einfach um qualifizirte Arbeit, für die ensprechend höhere Leistung gewährt wird.

5) Schließlich kommt der Haupttrumpf des Einsenders: Es sei den Arbeitern die durch den Tarif bedingte Entschädigung für Nachtarbeit verweigert worden. Ich will ganz davon absehen, daß die Societätsdruckerei eigentlich gar keinen Anlaß hätte, einen von einem Verbande festgestellten Tarif einzuhalten, nachdem sie von diesem Verbande selbst ausgeschlossen worden war und fast nur Nichtverbandssetzer beschäftigt. Dessenungeachtet ist aber der allgemeine Tarif von keiner Druckerei Deutschlands bis heute pünktlicher eingehalten worden als von der Societätsdruckerei. Es handelt sich bei uns um keine regelmäßige Nachtarbeit. Nur während der Reichstagssession hat jeder Setzer alle vier Wochen eine Woche Nachtdienst bis gegen 1 Uhr. In dieser Woche tritt er aber seine Arbeit erst um 1 Uhr Mittags an, hat also nicht mehr Arbeitsstunden als seine nicht am Nachtdienste betheiligten Collegen. Außer der Zeit der Reichstagssitzungen trifft die Reihe den Einzelnen noch weit seltener. Für diese Leistung eine Extravergütung zu gewähren (!) haben wir uns um so weniger veranlaßt gesehen, als gleichzeitig mit deren Einführung in Frankfurt in fast allen Druckereien der Lokalzuschlag von 20 auf 10 pCt. herabgesetzt wurde, während die Societätsdruckerei den in der Zeit des Hochgangs der Lohnbewegung eingeführten Zuschlag von 20 pCt. unverändert beibehielt und allein durch ihre Weigerung eine allgemeine und offizielle Herabsetzung des Zuschlags verhinderte. Dies verschweigt der Einsender, obwohl es ihm sehr genau bekannt ist. Daß unsere Arbeiter überhaupt einen auskömmlichen Verdienst haben, und daß ihnen auch die Zahlung der Kassenbeiträge nicht schwer fällt, ersehen Sie aus nachstehenden Ziffern. Laut der zu Ihrer Ansicht beigefügten Löhnungsliste, der Woche vom 8.—15. Juli erhielten die 40 Setzer und Drucker der Societätsdruckerei, welche regelmäßig in Arbeit waren, bei zehnstündiger Arbeitszeit 1597 Mk. 60 Pfg. Dies ergiebt einen Durchschnittslohn von 39 Mk. 94 Pfg. pro Mann und Woche (Die Löhnungsliste liegt uns vor und bestätigen wir hiermit die Richtigkeit der Angaben. Red. d. „Vorwärts".), wobei zu bemerken ist, daß 3—4 sehr junge Leute darunter sind, welche kaum ausgelernt haben und daher nicht viel über 20 Mark verdienten.

Ich verliere kein Wort darüber, ob die Ihnen hier geschilderten Einrichtungen der Societätsdruckerei den Namen von arbeiterfreundlichen verdienen oder nicht. Weder der Einsender noch ich selbst dürften in dieser Beziehung competente Richter sein. Die öffentliche Meinung wird sich nach Kenntniß der Thatsachen ihr Urtheil schon selbst bilden.

Leopold Sonnemann.

Chemnitz. Zu den bevorstehenden Landtagswahlen ist an Stelle unseres Genossen Bebel, der aus geschäftlichen Rücksichten die Candidatur ablehnte, Genosse Vahlteich als Candidat aufgestellt worden. Als Gegencandidat fungirt der bekannte nationalliberale Kaufmann Rothe, der hier ungefähr dieselbe Rolle spielt, wie der Kaufmann Sparig in Leipzig; es dürfte also in dem Wahlkampfe an erheiternden Intermezzos nicht fehlen.

Bludenz, 28. Juli. Sämmtliche Arbeiter-Bildungsvereine Vorarlbergs sind wegen Statutenübertretung, die die Delegirten in Lindau durch ein Begrüßungs-Telegramm an den Sozialisten-Congreß in Gotha begangen haben sollen, aufgelöst worden.

Brüssel. Die hiesigen deutschen Arbeiter haben sich, um ihre Interessen zu wahren, zu einem Verein zusammengeschaart. — Allen nach Brüssel reisenden Landsleuten diene dieses zur Nachricht, und bitten wir, sich an unterzeichnete Adresse zu wenden.

N. F. Rothmayer, Rue de l'Empereur 24.

Mit sozialdemokratischem Gruß Der Vorstand.

NB. Alle Parteiorgane werden um Abdruck gebeten.

*) Wir kennen keine „hervorragenden" und überhaupt keine Parteimitglieder, die uns über den fraglichen Punkt hätten Aufklärung geben können. Red. d. „V."

An die Partei- und Gesinnungsgenossen Oberschwabens in Württemberg.

Ueberall, wo keine Agitation betrieben werden kann, scheint der Boden für unsere Sache verloren zu sein, was zwar bei uns nicht ganz zutrifft, aber die Verbreitung unserer Ideen geht noch sehr langsam, und die Ansichten der Gesinnungsgenossen können nicht zur Geltung gelangen. Um nun diesem entgegen zu wirken, werden die Partei- und Gesinnungsgenossen, wie die Leser der Parteiblätter aufgefordert, mit Unterzeichnetem in Correspondenz zu treten, um die nöthigen Schritte zur Förderung unserer gerechten Sache zu thun; möge Jeder seine Meinung zur Geltung bringen.

Schussenried (Württemberg).

Mit sozialdemokratischem Gruß Mag. Kiene.

Druckfehlerberichtigung. In der Notiz über Dortmund in der sozialpolitischen Uebersicht muß es anstatt Gewerbeschutz Gewerbeschule — in der Notiz über den Arbeiteraufstand in Nordamerika anstatt Monstresitzung Ministersitzung heißen.

Briefkasten

der Redaktion. W. G. in Jessnitz: Wenden Sie sich an die Redaktion der „Chemnitzer Freien Presse".

der Expedition. Töpferverein Hamburg: Das Annoncendepositum ist bis auf 70 Pf. erschöpft. — A. Z. in Calbe a. S.: Senden Sie 5 Mk. per Posteinzahlung und Sie erhalten das Gewünschte frei zugesandt.

Quittung. Dtmnn Dieburg Ab. 1,00. Wsch hier Ab. 1,80. Bnsch Leopoldshall Ann. 1,00. Hzgl Kiel Ann. 1,20. F. Lnd b. Ob Hamburg Ab. 100,00. Grbnstn Lindenau Ab. 32,75. Brggmr Snesen Ab. 13,00. Rw Altona Ab. 40,55. Zhtmr Darmstadt Ab. 22,72. Mcknty Düsseldorf Ab. 4,40. F. Wß Christophsgrund Ab. 9,60. Wlprs Hannover Ann. 1,80. Zndr Brgl Ab. 7,60. Krftmr Wien Ab. 1,60. Tschlrbnd hier Ann. 0,90. Ullrch hier Ab. 50,00 u. 5,25. H. Lgs Hannover Ann. 3,00, Schr. 0,60. Krankenkasse der Kürschner ꝛc. hier Ann. 2,40. Schrmr Lübeck Ab. 10,20. W. Mlr Mannheim Ab. 40,00. H. Frbrgr b. Hgr Plauen Schr. 6,00. J. Hßnr Mainz Ab. 87,00. J. Frtz Offenbach Ab. 29,50. J. Oßmnn Erfurt Ab. 21,00. Stbrhrn Eßlingen Ab. 11,87. Albtz das. Ab. 12,20. Expedition der „Tagw." Zürich Ab. 321,24. Volksbuchhandlung Zürich Schr. 178,76.

Fonds für Gemaßregelte.

B. Arbeiterverein Plagwitz b. L. 2,05.

Bochum. Arbeiter-Wahlverein.

Sonntag, den 5. August, Nachmittag 4 Uhr, im Lokale des Hrn. Florian, Molkplatz:

Mitglieder-Versammlung.

Wegen wichtiger Besprechung ersucht recht zahlreich zu erscheinen 80] (F. 40) Der Vorstand.

Hannover. Sonntag, den 5. August, im „Parkhause" (Herrenhäuser Allee):

Sommerfest der vereinigten Gewerkschaften

bestehend in Concert und Ball. Anfang 4 Uhr. Um zahlreichen Besuch bittet (F 160) Das Comité. [180

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Sonnabend, den 4. August, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale Mittelstraße 11: (F. 163) [60

Geschlossene Versammlung.

Tagesord.: Abrechnung und Verschiedenes. Der Vorstand.

Hannover. Am Sonntag, den 19. August, findet in dem Saale des „Parkhauses" vor Herrenhausen das diesjährige

Sommerfest des sozialdem. Wahlvereins

statt, bestehend in Concert und Ball. Anfang Nachmittags 4 Uhr. Karten sind bei Rudolph und in allen Versammlungen zu haben. Es ist Pflicht der Parteigenossen, für die möglichste Verbreitung zu sorgen. (F 163) Die Fest-Commission. [240

Kiel. Lustfahrt des Flensburger Sängerbundes mit Dampfschiff „Holsatia" nach Kiel am Sonntag, den 5. August.

Gemüthliche Unterhaltung und Ball im „Elysium".

Entrée für Herren 50 Pfg., für Damen 20 Pfg. Die Flensburger Genossen legitimirt die Fahrkarte. Anfang Nachmittags 4 Uhr. [2,10

Um zahlreiche Betheiligung ersucht (F. 181)

Das Comité des Kieler Arbeiter-Sängerbund.

Leipzig. Bund der Tischler u. verwandter Berufsgenossen.

Sonnabend, den 4. August, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, Windmühlenstraße 7:

Oeffentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1) Vortrag; 2) Bundesangelegenheiten.

Allseitiges Erscheinen erwartet Der Vorstand. [70

Limmer. Sonntag, den 5. August, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Hrn. Oppenborn: (F. 210)

Wähler-Versammlung.

Tagesordnung: Die Neuwahl im 9. hannöverschen Wahlkreis. Referent Hr. Kaiser. [60

Im Verlage der Leipziger Genossenschafts-Buchdruckerei erscheint in den nächsten Tagen und ist durch die unterzeichnete Buchhandlung zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Inhalts-Verzeichniß.

Vorwort, mit gedrängter Statistik über die letzten Reichstagswahlen. — **Vollständiges Kalendarium** (protestantisches, katholisches, Sonnen- und Mondwechsel, Tages- und Nachtlängen ꝛc.). — **Umsonst geopfert.** Erzählung von Robert Schweichel. — **Glück und langes Leben.** Episode nach dem Leben von Carl Hillmann. — **Die Erziehung zur Ungleichheit und Unfreiheit.** Von K. H. S. — **Ludwig Börne** (Biographie). Mit Portrait. — **Die Wiener Arbeiter von 1848.** Von Wilhelm Blos. — **Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben.** Von F. W. Fritzsche. — **Die Werththeorie.** Kapitel aus der politischen Oekonomie von H. Oldenburg. — **Eine Epistel zur Kindererziehung.** Von Emil Roßbach. — **Die Wichtigkeit der Grund- und Bodenfrage.** Von Georg Vollmar. — **Der Himmel.** Naturwissenschaftliche Skizze von W. Bracke. — **Saint Simon** (Biographie). Mit Portrait. — **Die dümmste Frau.** Humoreske. — **Die Menschenaffen.** Mit Illustrationen. — **Die Pariser Commune.** Von K. K. — **Gedichte:** „An die Reichen" von Viktor Hugo; „Aus der Jugendzeit" und „Der alte Demokrat" von Aug. Geib. — **Anekdoten. Sinnsprüche. Räthsel. Sprüchwörter. Wichtige Entdeckungen und Erfindungen.** — **Marktverzeichnisse**, nach Provinzen eingetheilt. — **Ebbe- und Fluth-Tabelle.**

Die Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und geschnitten.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pf., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pf., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir brochirt 25 Pf. pro Stück, gebunden 40 „ „ „ } netto gegen baar.

Allg. deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft.)

80., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a, 2 Tr.

Besteller aus dem Norden wollen ihre Aufträge nach Berlin, diejenigen aus Süd- und Mitteldeutschland nach Leipzig adressiren.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Härtelstraße 12/II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 113 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Laufermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 91. Sonntag, 5. August. 1877.

Die Vorgänge in Amerika.

Den 1. August. Noch immer keine vollständige Klarheit — diese werden wir nicht vor Eintreffen der amerikanischen Zeitungsberichte, und namentlich der Berichte in unseren Parteiblättern erlangen — aber immerhin doch so viel Klarheit, daß wir sagen können, die Telegramme, mit welchen wir im Laufe der vorigen Woche überschwemmt wurden, haben, theils durch Entstellungen, theils durch Uebertreibungen ein vollkommen falsches Bild der Vorgänge in den Vereinigten Staaten gegeben. In wie weit hier die sprichwörtliche Gestaltenseherei der Furcht, das geschäftsmäßige Haschen nach „sensationellem" Neuigkeitsstoff und politische Berechnung thätig gewesen sind, läßt sich jetzt noch nicht beurtheilen und unterscheiden. Genug wir sind getäuscht worden. Kein Zweifel, es sind ernste Ereignisse, die sich seit 14 Tagen in den Vereinigten Staaten abspielen, aber ein Aufstand ist es nicht (wir haben deswegen auch unseren Titel verändert).

Unsere ursprüngliche Auffassung hat sich im wesentlichen als richtig erwiesen. Der Strike der Eisenbahnarbeiter bildete den Anlaß zu Demonstrationen der unbeschäftigten Arbeiter überhaupt, und die Conflikte, zu denen es leider an verschiedenen Orten kam, wurden vom Lumpenproletariat ausgenützt. Nirgends auch nur der leiseste Anhalt dafür, daß jene Conflikte im Plane der Arbeiter gelegen hätten. Nirgends auch nur der leiseste Anhalt dafür, daß Seitens der Arbeiter, welche den Strike und die Demonstrationen machten, ein Bruch der Landesgesetze und Gewaltthätigkeiten geplant waren. Kurz es fehlen alle zu einem „Aufstand" gehörigen Momente. Wie es kam, daß an verschiedenen Orten blutige Conflikte statt hatten, das läßt sich jetzt noch nicht mit genügender Sicherheit erkennen. Vollkommen gewiß aber ist, daß, wo Blut floß, die Arbeiter nicht die Angreifer gewesen sind. Der Umfang der Bewegung, ihre Ausbreitung über die meisten Staaten der Union kann Niemanden Wunder nehmen, der die Intensität und die allgemein verheerenden Wirkungen der Krisis bedenkt, die nun bereits in's fünfte Jahr Handel und Industrie in Amerika lähmen. Der Nothstand unter der gesammten Arbeiterbevölkerung ist entsetzlich, und wenn Bourgeoisblätter behaupten, trotz der Lohnreduktionen der letzten Zeit seien die Löhne noch immer ganz stattlich und hätten die Arbeiter keine Ursache zu klagen, so ist das entweder das alberne Geschwätz der Ignoranz oder eine perfide Tendenzlüge, denn nach amtlicher Statistik haben sich in den Jahren 1860 bis 1873 die Löhne zwar um 60 Prozent erhöht, sind dafür aber in der gleichen Zeit alle Lebensmittelpreise um durchschnittlich 92 Prozent gestiegen, so daß also der Arbeiter mit seinem erhöhten Lohn von 1873 nicht so viel Lebensmittel kaufen konnte wie mit dem niedrigen Lohn von 1860. Und das Jahr 1873 war das der höchsten Löhne und das letzte der Prosperitätsperiode, der Krach brach herein, und mit ihm die Lohnreduktionen, ohne Reduktion der Lebensmittelpreise. Man sieht ein, es war eine Lebensfrage, es war „Kampf um's Dasein", wenn sich die amerikanischen Arbeiter den Lohnreduktionen widersetzten. Allein Diejenigen, welche die reduzirten Löhne, die Hungerlöhne beziehen, sind noch relativ gut daran. Hunderttausende von Arbeitern in Amerika — die Zahl läßt sich augenblicklich nicht feststellen — haben absolut keine Arbeit. Unter solchen Umständen erscheint der Strike der Eisenbahnarbeiter ebenso natürlich, als die massenhafte Betheiligung der übrigen Arbeiter an den Hungerdemonstrationen, die sich an diesen Strike geknüpft haben.

Was anfangs von communistischen oder sozialistischen Hetzereien gesagt wurde, hat die Bourgeoispresse selbst zurücknehmen müssen. Sie wäre damit wohl nicht so flink gewesen, hätte sie nicht zu fürchten, daß von anderer Seite Alles, was sie den Sozialisten in die Schuhe zu schieben suchte, mit Leichtigkeit und obendrein mit tausendmal mehr Recht den Gewerkvereinen aufgehalst werden könnte. Woran wir beiläufig nicht denken, weil wir in den offen zu Tag liegenden Verhältnissen die genügende Erklärung des Geschehenen finden und überzeugt sind, daß auch ohne den Gewerkverein der „Schienenmänner" der Riesenconflict zwischen Arbeit und Kapital erfolgt wäre.

Nur ein Flachkopf oder Polizeispitzel sucht in solchen Fällen nach geheimnißvollen, von dunkeln Hinterstuben aus die Menschen und Dinge lenkenden Verschwörern.

Im Ganzen lauten die neuesten Nachrichten aus Amerika ziemlich „beruhigend". Außer der Metzelei in Chicago, wo die Behörden, offenbar aus kindischer Angst vor dem „Rothen Gespenst", wahre Bestialitäten verübt haben, wird kein ernsthafter Zusammenstoß gemeldet. Wohl aber sind zwischen den Eisenbahnarbeitern und den Eisenbahndirektionen Verhandlungen angeknüpft worden, die auf mehreren Bahnen schon zur Wiederaufnahme der Arbeit geführt haben. Dagegen erfahren wir, daß der Strike der Bergarbeiter in Pennsylvanien sich mehr und mehr ausdehnt.

Ein sozialistisches Arbeitermeeting in Newyork war nach Telegrammen von 10,000 Personen besucht, es muß sonach eine imposante Demonstration gewesen sein. Daß Newyork bei der Gelegenheit nicht à la Thomas in die Luft gesprengt, nicht einmal mit Petroleum gesalbt und angezündet wurde, will verschiedentlichen alten Weibern beiden Geschlechts gar nicht einleuchten.

2. August. Die Arbeiterbewegung nähert sich ihrem Ende. Ueber Zusammenstöße ist keine neuere Nachricht erfolgt; die Eisenbahnarbeiter haben auf den meisten Strecken ihre Arbeit wieder aufgenommen.

Wir haben übrigens den Bourgeoisblättern sehr unrecht gethan, wenn wir oben behaupteten, daß sie die Communisten für den „Aufruhr" nicht verantwortlich machen würden. Schon in der letzten Nummer in der sozial-politischen Uebersicht haben wir mitgetheilt, wie die Blätter der Bourgeoisie hetzen, heute müssen wir nachtragen, daß weder Klugheit, noch Vernunft diesen Blättern Einhalt gebieten, durch infame Lügen den Klassenhaß weiter zu schüren.

Nochmals aber verweisen wir unsere Leser auf direkte Nachrichten unserer Parteigenossen in Nordamerika, denen wir in kürzester Zeit entgegensehen.

Ueber den „Strike" in Nordamerika

geht uns von einem Parteigenossen, der jahrelang in der amerikanischen Arbeiterbewegung stand, folgendes Schreiben zu:

Dresden, den 31. Juli.

So weit man die neuesten Vorgänge in den Vereinigten Staaten schon jetzt beurtheilen kann, ist es klar, daß von einem planmäßigen Vorgehen, einer „geheimen Verschwörung", wie es die Reptilienpresse darzulegen sucht, nicht die Rede sein kann. Würde dieses der Fall sein, und die Verschwörer hatten eine solche Stärke, wie sie in den stattgehabten Kämpfen gezeigt haben, so würde in den Vereinigten Staaten keine Macht im Stande sein, das Vorgehen der Arbeiter aufzuhalten, vorausgesetzt, daß dieselben von einer Idee, wie etwa der sozialistischen, beseelt wären.

Den Anlaß zu den Unruhen gab, wie ja auch der „Vorwärts" bereits ausführte, der Strike oder richtiger Ausschluß der Eisenbahnarbeiter. Durch diesen Strike und die damit verbundene Einstellung von Arbeiten in verschiedenen Fabriken, die ihre Produkte nicht befördern konnten, wurde der Funke in's Pulverfaß geworfen; der Zündstoff war genügend vorhanden, und der Brand loderte hoch auf.

Es ist unzweifelhaft, daß besonders die Erbitterung, welche unter den Kohlenarbeitern in Pennsylvanien über die Ermordung ihrer Genossen (Molly Maguires) durch die Bourgeoisrichter herrscht, ein gutes Theil zu der großen Ausbreitung der Unruhen beigetragen hat. Nimmt man hierzu den Zustand, in welchem gerade die Kohlenarbeiter leben, welcher von der Sklaverei kaum zu unterscheiden ist, so kann es nicht wundern, wenn dieselben zu Gewaltthätigkeiten ihre Zuflucht nehmen.

Der pennsylvanische Kohlenarbeiter führt ein elendes Dasein; alle Arten der Ausbeutung, welche das auf die Spitze getriebene Bourgeoisregiment mit sich bringt, werden gegen ihn angewandt. Nicht genug, daß die Löhne herabgedrückt werden, wo nur immer möglich, nein, auf die perfideste Art wird er noch durch das Truckſystem, welches in den pennsylvanischen Bergwerken zur höchsten Ausbildung gelangt ist, besonders ausgebeutet. Das Cottagesystem, durch welches der Arbeiter an die Scholle gebunden wird, gleich dem Leibeigenen des Mittelalters, ist in den Kohlenregionen Pennsylvaniens allgemein. Die Eisenbahngesellschaften, welche zu gleicher Zeit Besitzer der Kohlenbergwerke sind (nebenbei auch ein Erklärungsgrund für die Betheiligung der Kohlenarbeiter an dem Strike der Eisenbahnarbeiter), haben den ganzen Grund und Boden der Kohlenregion für sich in Besitz genommen. Den Arbeitern werden Häuser (Cottages) gebaut, welche sie nach und nach abzubezahlen haben, und zwar so, daß ihnen von dem ohnehin kärglichen Lohne wöchentlich Abzüge gemacht werden. Im Besitz eines solchen Hauses ist der Arbeiter nicht im Stande, einen andern Arbeitgeber zu suchen, als gerade die Compagnie, welche dort, wo er sein Haus stehen hat, den Grund und Boden besitzt, der wohlweislich nicht mit verkauft wird.

Will nun der Arbeiter sein Haus, für das er jahrelang zahlte, nicht verlieren, so muß er seinen Arbeitgebern, den Kohlenbaronen, zu Willen sein, muß ihnen so billig arbeiten, wie diese es verlangen. Mit Thränen in den Augen sagte dem Schreiber dieses ein alter irländischer Kohlengräber, als ihm vorgestellt wurde, er solle doch, da er so sehr gedrückt würde, in die Stadt ziehen: „Ich kann nicht; jahrzehntelang habe ich mich um mein Haus geplagt, ich muß bleiben, und wenn ich hier verhungern sollte."

Kein zweites Land der Welt ist so sehr von der herrschenden Krise ergriffen worden, hat so sehr unter derselben zu leiden gehabt, wie die Vereinigten Staaten. In allen Städten sind Tausende schon seit Jahren arbeitslos; Tausende ziehen im Lande umher, hier etwas verdienend, dort etwas erbettelnd, um so ihr kümmerliches Dasein zu fristen. Die von Stadt zu Stadt Wandernden (tramps) waren so zahlreich, daß in Rhode Island ein besonderes Gesetz erlassen wurde, nach welchem alle tramps in Arbeitshäuser gesteckt werden und für den Staat arbeiten sollten. Die Bourgeois-Natur unseres modernen Staates verleugnete sich auch hier nicht. Es wurde die eingesperrte Arbeitskraft an Contraktoren vergeben, die natürlich ein gutes Geschäft machten, da sie den Arbeitern außer dem Essen einen Lohn von — man höre — 25 Cents pro Woche gaben.

Alle diese Tausende von Arbeitslosen hofften seit Jahren schon darauf, daß es „losgehe". Ohne sich klare Vorstellungen von dem „Wieder losgehen" zu machen, trugen sie sich mit dem Gedanken, daß durch eine gewaltsame Erhebung all ihr Elend und Unglück verschwinden werde. Dazu kommt noch, daß der amerikanische Arbeiter, besonders der in den großen Städten, glücklicherweise sich in seinen Bedürfnissen noch nicht so weit herunterdrücken ließ und auch niemals läßt, als seine Brüder in Deutschland. Er macht noch Ansprüche an's Leben; er verlangt täglich seine guten Mehlspeisen, sein Fleisch, überhaupt eine gute, kräftige Kost. Die arbeitslose Zeit, für welche er naturgemäß und mit vollem Recht seinen Arbeitgeber verantwortlich macht, wurde daher um so mehr von ihm gespürt.

Die Löhne betragen nur noch den dritten Theil dessen, was vor dem Jahre 1873 gezahlt wurde. Wer damals 15 Dollars verdiente, bekommt jetzt 5—6 Dollars. Die Unzufriedenheit war daher allgemein, und nur zu erklärlich ist es, daß sich größere Massen den Strikenden anschlossen, daß die Unruhen allgemeiner wurden, besonders als durch die Schuld der Bourgeoisie das erste Blut geflossen war.

Für die sozialistische Bewegung in den Vereinigten Staaten werden diese Unruhen insoweit von Interesse sein, als dieselben die bis jetzt nichtpolitischen Gewerkvereine (Trades-Unions) auf politisches Gebiet treiben und so dem Sozialismus resp. Communismus in die Arme führen werden.

Würden in Amerika die sozialistischen Ideen in solchem Maße verbreitet sein, als in Deutschland, so würde durch die gegenwärtige Bewegung der sozialistische Staat entstehen. Alle Vorbedingungen dazu sind in den Vereinigten Staaten vorhanden. Die kapitalistische Produktion ist so weit entwickelt, daß sich nur England noch mit Amerika gleichstellen kann. Ein Mittelstand existirt nicht, braucht also auch nicht erst zu Grunde zu gehen. Das Eigenthum ist stellenweise in ganz wenigen Händen concentrirt. Der Staat selbst besitzt noch ungeheure Länderstrecken. Mit der Enteignung der vielen Aktiengesellschaften, Eisenbahnen, Bergwerks-, Oel-Compagnien u. s. w. würde der weitaus größte Theil des Eigenthums in Händen des Staats sein. Die politischen Freiheiten sind vorhanden, die ökonomische Gleichheit würde bei einer so hohen Entwicklung der Produktion nicht lange auf sich warten lassen.

Einen sozialistischen Anstrich kann die Bewegung möglichenfalls annehmen in Chicago, St. Louis, Louisville und Cincinnati, theilweise auch in Newyork und San Franzisco. Besonders in ersterer Stadt ist durch jahrelanges Agitiren durch Rede und Presse ein gutes Theil, besonders des deutschen Elements, sozialistischen Lehren zugängig geworden. Wenn wir auch nicht hoffen, daß sich unsere Genossen an einem Kampfe betheiligt haben, der von vornherein aussichtslos war, so kann man manchmal mit dem besten Willen nicht zurückhalten, man wird gewissermaßen gewaltsam hineingezogen, ohne daß man den Willen dazu gehabt. — — —

Wir haben es hier mit einer Bewegung zu thun, die, der kapitalistischen Produktion ihre Entstehung verdankend, ein Vorpostengefecht eines größeren Kampfes ist, eines Kampfes, dessen Resultat die Vernichtung des modernen Staates, der modernen Produktionsweise sein wird. Entgegne man mir nicht, daß in den Vereinigten Staaten dieser Kampf nicht nöthig sei, daß, weil Amerika alle politischen Freiheiten habe, es durch allmählige Entwicklung in die sozialistische Gesellschaft übergeleitet werden könne. Die kapitalistische Produktion hat ein Element geschaffen, welches weder ein Klasseninteresse hat, noch sonst durch eine Idee zusammengehalten werden kann; es ist dieses das Lumpenproletariat. Dieses ist nirgends stärker ausgebildet, als in Amerika; und wir können überzeugt sein, daß die durch das Kabel gemeldeten Brandstiftungen und Morde, wenn überhaupt nicht erlogen, auf Rechnung dieses Elements zu setzen sind. Die amerikanische Bourgeoisie scheut nicht vor Blut zurück, und sie wird, wenn sie ihre Machtstellung, ihre Herrschaft gefährdet sieht, nicht davor zurückschrecken, dieses Lumpenproletariat zu kaufen und gegen die sozialistischen Arbeiter marschiren zu lassen. „Die Gewalt ist die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht." Auch in Amerika wird sich dieses bewahrheiten.

H. Schlüter.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Ursachen der Verwilderung. Ein Staatsanwalt und ein Gerichtsdirektor in Ostpreußen haben im Laufe der letzten Jahre constatirt, daß die Raufluft und die Rohheit vielfach aus den Kriegen herrühre — ihnen ist auch nicht widersprochen worden. Jetzt taucht auf einmal ein Gerichtsdirektor in Gera auf und hält einen Vortrag in einem Verein — — — doch lassen wir die liberalen Zeitungsberichte sprechen:

„In der letzten Sitzung des Gewerbevereins zu Gera hielt Kreisgerichtsdirektor Hirt einen bedeutsamen Vortrag über: „Die zunehmende Verwilderung unserer Jugend." Die Ursachen des Sinkens der Moralität im Allgemeinen fand er in der auf den gröbsten Materialismus gerichteten Zeitströmung, in den Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie, in der allgemeinen Genußsucht, in dem Unmuthe der minder Begünstigten gegen die besitzenden Klassen, in der Leugnung jeder göttlichen und menschlichen Ordnung."

Das hätte Victor Böhmert oder auch Franz Duncker oder auch Pastor Hengstenberg oder Hegel Alles ebensogut sagen können — das haben sie Alles schon gesagt, und der Herr Gerichtsdirektor hätte somit nur nachgeplaudert. Ueber die unbewiesenen Anklagen und Absurditäten deshalb kein Wort. Wir können auch nicht wissen, was auf Kosten des Gerichtsdirektors oder auf Kosten des liberalen Referenten kommt, denn hätte der Herr Gerichtsdirektor in Wirklichkeit derart deduzirt, so bedauern wir alle Angeklagten, die mit ihm zu thun haben, er würde jedes vernünftige Argument mit seiner verzweifelten Logik todtschlagen können. Nur Folgendes zum Beweise: Der Herr Gerichtsdirektor hält unzweifelhaft „die Leugnung jeder göttlichen und menschlichen Ordnung" für ein Zeichen großer Unmoralität, ja diese Leugnung selbst ist bei ihm Unmoralität und dennoch sagt er, sie sei die Ursache des Sinkens der Moralität; ebenso sind bei ihm ganz gewiß die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokraten unmoralisch, und nun sollen sie wieder die Ursachen der Unmoralität sein. So geht es wie Kraut und Rüben durcheinander: Ursachen, Wirkungen, Erscheinungen — Alles wird hübsch zusammengerührt und dann den „gebildeten" Zuhörern zum Genießen vorgesetzt. O, armer politischer „Verbrecher",

über den vielleicht [illegible] zu Gericht sitzt und wenn es gar ein Sozialdemokrat ist — dann wehe, wehe, wehe! Nicht allein für die Sozialdemokratie die Unmoralität selbst, sondern für alle auch noch für Mutter derselben — Tochter und Mutter zugleich, welch Scheusal!

— Zur Reichsjustizgesetznovelle wird die Fortschrittspartei in der nächsten Reichstagssession folgenden Antrag stellen: „Zum Referendar ernannt wird Derjenige, welcher das Abiturienten-Examen auf einem Gymnasium oder einer Realschule bestanden hat und in einer Prüfung darthut, daß er die für einen Referendar bestimmungsmäßig erforderlichen juristischen Kenntnisse hat."

Auf einem Gymnasium oder einer Realschule werden bekanntlich gar keine juristischen Kenntnisse erworben. Weshalb nun diese Beschränkung? Natürlich, um für die Bourgeoissöhnchen die juristische Carriere nach wie vor allein offen zu halten. Will man dies, so mag auch der dreijährige Besuch der Universitäten bleiben — entweder, oder! Entweder, das Referendariatsexamen wird nur an bestimmte Kenntnisse gebunden, damit jeder Fähige dasselbe machen kann, oder der Besuch der Universität bleibt beibehalten, damit von der Vergünstigung nur ein kleinerer Bruchtheil der Besitzenden getroffen wird. — Bei dieser Gelegenheit fällt uns ein, daß die Fortschrittspartei aus lauter „Demokrätzerei" die Befugniß zum Einjährig-Freiwilligendienste ausdehnen möchte auf diejenigen Wohlhabenden, die sich selbst equipiren und beköstigen können, und welche nur eine „geringere" Schule, als Gymnasium, Realschule erster Ordnung ꝛc., besucht haben. Auch hier sind wir anderer Meinung. Demokratisch (nicht „demagogisch"!) ist das Verlangen, daß alle Militärpflichtigen die gleiche Zeit unter den Waffen stehen; ist aber schon eine Ausnahme vorhanden, wie in Deutschland bei dem Einjährig-Freiwilligen-System, so ist es mindestens für einen Demokraten (nicht „Demagogen"!) taktvoll, wenn er derartige Ausnahmen einer möglichst geringen Anzahl Staatsbürger zuwendet, besonders da dieselbe auch bei möglichster Erweiterung immer nur einem kleinen Bruchtheil der Bevölkerung zu Gute kommt.

— Charakteristisches Zeichen der Zeit. Der liberalen „Bonner Zeitung" entnehmen wir Folgendes:

„Von der Sieg, 23. Juli. Die Geschäfte in unserem sonst so industriellen Siegthale beginnen auch nach und nach immer mehr bergab zu gehen. Einzig und allein flott gehen die Geschäfte auf der königl. Geschoßfabrik und einigen chemischen Fabriken. Der Geschäftsgang auf den Militärpulverfabriken ist ausgezeichnet und können die Fabrikanten auf den Mühlen in Schladern, Wissen, Hamm ꝛc. fast nicht alle die zahlreichen Bestellungen effektuiren. Das Pulver geht per Bahn nach dem Kriegsschauplatz. Per Achse kommen auf der Siegener Chaussee fast täglich Fuhren aus dem Dhünthale mit sogenanntem prismatischem Pulver, welches auf den oben bezeichneten Fabriken erst fertig gemacht wird. Da der Andrang von Leuten zur Pulverfabrikation wegen der Gefährlichkeit nicht sehr stark ist, so werden sehr hohe Löhne bezahlt."

Bedürfen diese Worte eines weitschweifigen Commentars? Während Handel und Wandel durch den Gründerschwindel und die heutige planlose Produktionsweise lahm gelegt sind, blüht nach wie vor die Industrie für den Massenmord. Und trotz solcher unnatürlicher, haarsträubender Erscheinungen ist man noch unverschämt genug, von „göttlicher Weltordnung", von „Reichsherrlichkeit" und von ähnlichen Wahnvorstellungen, die nur in dem müßigen Gehirn von Thoren existiren, zu sprechen? Sch.

— Ein kirchlicher Trost. In der vorigen Nummer haben wir die Notiz gebracht, daß auf einem Uebungsmarsche bei Potsdam am Hitzschlag verschiedene Mannschaften verunglückt sind; in ihren Tornistern mußten die Soldaten 16pfündige Sandsäcke schleppen. Ein Füsilier ist verstorben, ein Katholik Namens Bügler. Der katholische Pfarrer Beyer hielt die Leichenrede und suchte die umstehenden Soldaten dadurch zu trösten, indem er sagte, sie sollten nur geduldig bei einer Uebung schwer tragen, Christus hätte ja auch sein Kreuz nach Golgatha schwer tragen müssen. — Wir können wirklich nicht sagen, ob dies Ernst oder Spott sein sollte — doch es kam aus eines Priesters Mund und wird deshalb wohl bitterer Ernst gewesen sein.

— Todtmarschirt. Man schreibt uns unter'm 28. Juli aus Erfurt: „Auch wir in Erfurt haben Gelegenheit zu der Rubrik: „O, welche Lust u. s. w." einen Beitrag zu liefern. In den hiesigen Blättern stand am 26. ds. eine Todesanzeige, durch die der plötzliche Tod eines Soldaten Freigemuth angezeigt wurde. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Am vergangenen Dienstag fand bei der großen Hitze ein Uebungsmarsch des 71. Regiments statt, zu welchem Regiment besagter Freigemuth als Reserve-Unteroffizier eingezogen war, und ist derselbe in Folge der großen Hitze vom Schlage getroffen worden und sogleich gestorben. Seine alte Mutter hat die Leiche unter großem Jammer nach ihrem Heimathsorte abgeholt, um sie dort beerdigen zu lassen. Der Verstorbene war Referendar am hiesigen Kreisgericht. Außerdem sollen noch einige andere Soldaten in Folge dieser Anstrengung im Lazareth liegen." — So fordert der Militärismus alljährlich seine Opfer, und er wird sie so lange fordern und auch erhalten, so lange das Volk nicht einsieht, daß der Militärismus der bitterste Feind des Volkes ist.

— Harte Strafe! Wie unser Dresdener Parteiblatt erfährt, ist vom Kriegsgericht zu Dresden der Vicewachtmeister M . . . . . des Gardereiter-Regiments, welcher durch seine brutale Behandlung der Untergebenen den vor einigen Wochen erfolgten Selbstmord des Gardisten Müller herbeigeführt haben soll, zu — man höre! — acht Wochen gelindem Arrest verurtheilt worden! Genannter Vicewachtmeister, der schon zweimal wegen schlechter Behandlung, resp. Mißhandlung Untergebener, das letzte Mal mit zwei Wochen ebenfalls gelindem Arrest bestraft wurde, soll erst vor kurzem wieder eine Säbelklinge an einem Gardisten zerschlagen haben; auch habe er, wie uns versichert wird, den armen Gardisten Müller am Tage seines Selbstmordes eines kleinen am Steigbügel vorgefundenen Rostfleckens wegen derart mit einem Obergurt geschlagen, resp. von einem eigens dazu commandirten Gefreiten schlagen lassen, daß Müller blutete. Gerade dieser letzte Akt der Brutalität habe bei Müller das Maaß voll gemacht und ihn unmittelbar in den Tod getrieben. Und dafür acht Wochen gelinden Arrest! Ein „Gemeiner", der einen Vice-Wachtmeister nur „schief ansieht", erhält schärfere Bestrafung.

— Aus Freiberg bringt unser Chemnitzer Parteiblatt folgenden Bericht: „Nothstand und überall Nothstand schallt der Schrei von einem Ende Deutschlands zum andern, und wenn der „Freiberger Anzeiger und Tageblatt", resp. Amtsblatt, noch so dreist leugnet, so ist doch auch hier die Noth bis auf die äußerste Spitze gestiegen, das beweisen schon die vielen Selbstmorde. Wir hatten, bei einer so geringen Einwohnerzahl, fünf Selbstmorde in einer Woche. Davon drei an einem Tage, und alle kamen sie im Arbeiterstande vor, mit Ausnahme des einen, welcher noch eine Folge des „Darlehenskraches" war. Man möchte fast glauben, daß die Herren Bourgeois, da sie jetzt keine Freude an deutschem Kriegsgetümmel und an Bruderleichen auf dem Schlachtfelde haben, ihre Freude an den Erhängten und Ersäuften finden müßten, denn sonst wäre es ihnen unmöglich, diese colossale Noth, welche zu den Selbstmorden führt, so gänzlich hinwegzuleugnen. Man sollte sich überzeugen, in welcher Weise z. B. die Bergleute für ihr Nöthigstes sorgen. Des Nachts arbeiten sie auf der Grube und am Tage bieten sie ihre Kraft noch für ein Spottgeld aus, wobei sich die Angehörigen der besitzenden Klasse sehr wohl befinden."

— Abgeblitzt ist der östreichische Tessendorf, Graf Lamezan in Wien, bei seiner neuesten Razzia auf unsere dortigen Gesinnungsgenossen. Vorigen Freitag mußten sämmtliche Verhafteten wegen Mangels eines strafbaren Thatbestandes in Freiheit gesetzt werden und ist jedes weitere Verfahren eingestellt. — Erwähnt mag noch werden, daß die östreichischen Arbeiter trotz der gegenwärtigen Nothlage ihre Opferwilligkeit wieder glänzend bewiesen haben, indem sie in wenigen Tagen an 400 Mark zur Unterstützung der Familien der Inhaftirten aufbrachten und auch ihre Parteiorgane, die momentan aller Beamten beraubt waren, über Wasser zu halten wußten.

— Pane e lavozo! (Brod und Arbeit!) So erscholl auch in dem schönen Florenz vor einigen Tagen der Ruf der hungernden Masse des Volkes. Die liberalen Zeitungen schreiben mit Genugthuung darüber, daß die „Ruhestörung" sofort unterdrückt worden sei und daß 11 Verhaftungen vorgenommen wurden. „Ruhestörungen" — gewiß, wenn der Ruf des hungernden Volkes an das Ohr des behäbigen Bourgeois schlägt, so wird er aus seiner Ruhe gestört; sie unterdrücken die „Ruhestörung", der Bourgeois schwelgt weiter, das Volk hungert weiter. O, die beste der Welten!

— Der Gerant der „Lanterne" zu Paris ist am 27. Juli zu 5000 Francs Strafe verurtheilt worden, weil er unter dem Zeichen X...y Berichte von Henri Rochefort veröffentlicht habe.

— Aus Petersburg theilt man der „Berliner Fr. Presse" eine Abschrift folgenden Aktenstückes mit:

„Ministerium des Innern, Kanzlei des St. Petersburger Gouverneurs. Tisch 3, Nr. 20, 14. Juni 1877. Ganz geheim! An die Herren Ispravniks; (Kreishauptmann. Landrath). Der Herr Minister des Innern theilt mir zur geeigneten Verfügung mit, daß einer der Gemeinderäthe unseres Kreises, indem er sich zur Aufgabe machte, in der ländlichen Bevölkerung das Interesse für die gegenwärtigen politischen Ereignisse zu erwecken durch Verbreitung von Zeitungen in den Dörfern zu sehr billigen Preisen oder gar umsonst, in Verbindung getreten ist mit mehreren Personen in Petersburg, die es übernommen haben, den erwähnten Gemeinderath mit Zeitungsnummern, die in Redaktionen nach Verkauf übrig bleiben, zu versehen. Dabei ist zur Kenntniß gelangt, daß dieselben Personen sich auch an andere Gemeinderäthe mit der Bitte gewendet haben, sie für den angegebenen Zweck mit schon gelesenen Zeitungsnummern zu versehen. Dieser Fall bedarf daher einer genauen geheimen Erforschung, und es müssen Maßregeln getroffen werden, daß diejenigen Gemeinderäthe, bei denen dieser Gedanke einer Theilnahme begegnet hätte, nicht zugelassen werden, ein solches ihnen gar nicht zukommendes und durch die Gesetze nicht gewährtes Recht, sich um die politische Entwickelung des Volkes zu kümmern, sich anzueignen. Indem ich Mittheilung davon mache, verordne ich Euer Hochwohlgeboren sich zu bemühen, bei Auftauchen einer derartigen Absicht in dem Ihnen zugetheilten Regierungskreise, sich davon rechtzeitig und genau zu unterrichten, die Ausführung derselben zu hindern und von dem Vorfall mich in Kenntniß zu setzen. (Gez.) J. V. des Gouverneurs: der Vice-Gouverneur Wolkow. Kanzleidirektor: J. V.: Rajewsky."

Daß „Väterchen", wie so viele andere Väter, seine Kinderchen in Dummheit zu erhalten trachtet, ist allzunatürlich. Daß seine Helfershelfer aber nicht mehr „sicher" sind, da bis tief in die Beamtenkreise die Unzufriedenheit gedrungen ist, das ist sehr günstig für „die politische Entwicklung" im heiligen Rußland, und daß jenes Aktenstück einem sozialistischen Blatte mitgetheilt worden ist, dies ist bezeichnender für die „politische Entwicklung", als das Aktenstück selbst gegen dieselbe.

— Die englische Regierung hat eine Reihe von Aktenstücken veröffentlichen lassen, welche die russische Kriegführung als wahrhaft bestialisch hinstellen, und das Schlimmste bestätigen, was von den Türken behauptet worden war. Für uns, die wir das offizielle Rußland kennen, bedurfte es dieser Bestätigung freilich nicht. Und wenn wir der Sache hier erwähnen, so geschieht es wegen der hohen politischen Bedeutung, welche der Veröffentlichung beizulegen ist. Die Verstärkung der englischen Flotte und der englischen Besatzungen im Mittelmeer, die Flottendemonstration an der türkischen Küste — das waren blos Beweise dafür, daß die englische Regierung sich auf gewisse Eventualitäten vorbereitete, aber es waren keine Akte der Feindseligkeit. Die Veröffentlichung dieser Aktenstücke, durch welche Rußland dem Haß und der Verachtung jedes anständigen Menschen überliefert und mit dem Brandmal scheußlichster Barbarei versehen wird, ist ein Akt der Feindseligkeit. Es ist eine moralische Kriegserklärung — wann die politische Kriegserklärung nachfolgen wird, kann, falls die Russen nicht von den Türken allein über die Donau zurückgeworfen werden, nur eine Frage der Zeit, und nicht langer Zeit sein.

Auch in Oestreich nehmen die Mobilisirungsgerüchte eine immer festere Gestalt an. Wir sind an einen Wendepunkt angelangt; schon die nächsten Tage können uns militärische und politische Entscheidungen bringen.

Da die Niederlage der Russen bei Plewna nicht wegzuleugnen ist, so soll sie von der Rubelpresse wenigstens zu einer Großthat der russischen Armee aufgebauscht werden. Kein Zweifel, die russischen Soldaten gingen tüchtig ins Feuer, aber kein Zweifel auch, daß sie sich den Türken, die in der Minderzahl waren, nicht gewachsen zeigten. Die „Vossische Zeitung" hat ganz recht, wenn sie, als Resultat der bisher gemachten Erfahrungen, sagt: „Wo die Kräfte gleich sind, werden die Russen regelmäßig geschlagen; sie siegen nur, wo sie mit doppelter oder dreifacher Uebermacht auftreten." Die militärische Tüchtigkeit der Türken ist, außer von unwissenden und unehrlichen Zeitungsschreibern, niemals bestritten worden, während die der Russen von jeher sehr großen Zweifeln ausgesetzt war. Die englischen Soldaten, die, 8000 Mann stark, in der Schlacht bei Inkermann (1854) von 40,000 angreifenden Russen fast 8000 tödteten (also

---

Das Alter der Ehemündigkeit

und das Verbot der Eheschließung ohne Erlaubniß der militärischen Vorgesetzten.

Ein praktischer Fall und verwandte Studien führten mich darauf, obige Punkte — von welchen die durch das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 eingeführte Festsetzung der Ehemündigkeit auf die Vollendung des 20. Lebensjahres für Männer und des 16. Lebensjahres für Frauen dem Volke wohl kaum noch recht zum Bewußtsein gekommen ist — einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

Dabei suchte ich die in dem Werke von Stölzel: Deutsches Eheschließungsrecht, mitgetheilten Angaben über das Alter der Ehemündigkeit in den europäischen Staaten nach Klassen zu ordnen, und ergab sich daraus die nachfolgende — für vergleichende Rechtswissenschaft, Nationalcharakter, freiheitlichen Zustand u. s. w. gewiß höchst interessante — Uebersicht.

I. Niedriges Alter — ohne Dispens.

a. Körperliche oder geistige Reife. Es entscheidet nämlich:
   die Geschlechtsreife in der Türkei,
   die Confirmation (constatirt religiöse Reife) in Norwegens außerdänischem Rechtsgebiet.
   Auch für die Juden in Ungarn ist keine Altersgrenze anerkannt.

b. Das niedrigste fixirte Alter (14 Jahre für Männer, 12 Jahre für Frauen) besteht für
   Griechenland,
   Portugal,
   Spanien (welches zugleich, wie nach canonischem Rechte, Zeugungsfähigkeit erfordert),
   Großbrittanien,
   Ungarn für die (römischen und griechischen) Katholiken.
   Hieran schließt sich Oesterreich an, welches für Mann und Frau 14 Jahre erfordert.

c. Ein etwas höheres Alter besteht für:
   Kaukasien, nämlich 15 resp. 13 Jahre,
   die Jonischen Inseln, 16 resp. 14 Jahre,
   Lappland (russisches und schwedisches), 17 resp. 15 Jahre.
   Ohne Dispens?

II. Hohes Alter — mit Dispens.

d. Viele Länder erfordern für die Ehemündigkeit ein Alter von 18 resp. 15 Jahren:
   Frankreich,
   Belgien,
   Italien,
   Rumänien,
   Ungarn für Protestanten. — Mit Dispens?
   Russisch-Finnland (mit Ausnahme von Lappland): für Landleute in der Armee oder mit fester Beschäftigung. — Mit Dispens?
   oder ein Alter von 18 resp. 16 Jahren:
   die Niederlande,
   Schweiz,
   Rußland (ohne Kaukasien und Finnland).

e. Das höchste Alter (20 resp. 16 Jahre) erfordern:
   Norwegen im dänischen Rechtsgebiet,
   Dänemark,
   das deutsche Reich.
   Hieran schließen sich Schweden (außer Lappland) und (Mit Dispens?) Russisch-Finnland (außer Lappland) für die oben nicht genannten Personen an, mit der Abweichung: daß bei Männern 1 Jahr mehr, bei Frauen 1 Jahr weniger (also 21 resp. 15 Jahren) erfordert werden.

Bezüglich der Dispens ist Folgendes hervorzuheben: Ob in den oben näher (Ohne Dispens? Mit Dispens?) bezeichneten Ländern Dispens ertheilt wird oder nicht, ist nicht bekannt.

In den übrigen Ländern der hohen Altersstufe (d und e) findet Dispens durch das Landesoberhaupt statt, — mit folgenden Maßgaben:

1. in Italien nur bei Männern über 14 und bei Frauen über 12 Jahre;
2. in Rußland (ohne Kaukasien und Finnland) nur innerhalb der letzten 6 Monate, und zwar durch den Bischof;
3. in Dänemark durch den Justizminister;
4. im deutschen Reiche durch das von der Landesregierung bestimmte Organ. Dies ist (Vergl. Hinschius, Reichsgesetz vom 6. Februar 1875, 2. Auflage, S. 102):
   a. der Landesherr in Baiern, Württemberg, Hessen, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt, Reuß ältere und jüngere Linie;
   b. der Reichskanzler in Elsaß-Lothringen;
   c. das Justizministerium in Preußen (auch im ehemaligen Herzogthum Lauenburg), Baden, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sonderhausen, Waldeck;
   d. der Minister des Innern im Königreich Sachsen;
   e. das Ministerium in Lippe;
   f. die Landesregierung in Mecklenburg-Strelitz;
   g. die Regierung in Schaumburg-Lippe;
   h. der Senat in Lübeck, Bremen, Hamburg.

Wir sehen also, daß Preußen und die übrigen Staaten des deutschen Reiches zu den wenigen Ländern Europas gehören, welche für die Ehemündigkeit das höchste Alter verlangen.

Während das Reichsehegesetz vom 6. Februar 1875 durch Festsetzung der Ehemündigkeit auf das vollendete 20. resp. 16. Lebensjahr für einige Gebiete des deutschen Reiches (Mecklenburg, Königreich Sachsen, Hamburg, Anhalt) ein geringeres Alter gegen früher erfordert, ist dasselbe für den größten Theil des Reiches erheblich erhöht worden.

Hierzu kommt aber noch folgender Umstand.

Im deutschen Reiche beginnt die Militärpflicht mit dem ersten Januar des Kalenderjahres, in welchem der Wehrpflichtige das zwanzigste Lebensjahr vollendet, — also bevor er die Ehemündigkeit erreicht.

Nun bedürfen aber die Militärpersonen des Friedensstandes nach § 40 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 zu ihrer Verheirathung der Genehmigung ihrer Vorgesetzten insbesondere (nach § 38 Art. 3) die Freiwilligen und die ausgehobenen Rekruten von dem Tage, mit welchem ihre Verpflegung durch die Militärverwaltung beginnt, Einjährig-Freiwillige von dem Zeitpunkte ihrer definitiven Einstellung in einen Truppentheil an, sämmtlich bis zum Ablauf des Tages ihrer Entlassung aus dem activen Dienste. Nach § 60 Nr. 4 bedürfen auch die in die Heimath beurlaubten Rekruten und Freiwilligen zur Verheirathung der Genehmigung der Militärbehörde.

Die active Dienstzeit beträgt aber drei Jahre, wenn nicht etwa — was vielfach von dem Gutachten des Unteroffiziers oder Feldwebels abhängen wird — das dritte Jahr erlassen wird.

ungefähr jeder Engländer tödtete einen Russen), pflegten zu sagen: „Die Russen ließen sich abstechen wie die Schweine.“ Der russische Soldat gehorcht blind, maschinenmäßig, marschirt auf Commando in den Tod, „steht wie eine Mauer“. Letzteres thut der Türke aber auch; und weil er (was freilich gegen die landläufige Vorstellung, allein nichtsdestoweniger die Wahrheit ist) den russischen Soldaten durchschnittlich an Körperkraft und Selbstständigkeit weit übertrifft, findet er sich stets im Vortheil, wenn es zum Handgemenge, zum Kampf Mann gegen Mann kommt. Wie bei Plewna, so hat diese Ueberlegenheit der Türken sich bei allen Schlachten im jüngsten armenischen Feldzug gezeigt. Ueberall tritt die größere Kriegstüchtigkeit der türkischen Soldaten zu Tag. Wenn die Russen, um ihre dortigen Niederlagen zu beschönigen, von einer Uebermacht der Türken reden, so ist das eine Lüge, denn nach den amtlichen Angaben der Russen selbst, nicht ihrer eigenen ordre de bataille verfügten sie in diesem Feldzug über eine, um mindestens ein Drittel größere Armee als die Türken. Auf dem europäischen Kriegsschauplatz ist die Schlacht bei Plewna die erste große Aktion. Aus den vorliegenden, noch sehr unvollständigen Berichten erhellt, daß der Kampf zum Theil mit dem Bajonnett geführt wurde. Es liegt in der Natur der türkischen und russischen Soldaten, daß bei ihren Kämpfen das Bajonnett eine große Rolle spielt. Ein russischer Stabsarzt, der auch den deutsch-französischen Krieg mitgemacht hat, schrieb neulich, beim Donauübergang in den Kämpfen vor Sistowa seien mehr Bajonnettwunden vorgekommen, als während des ganzen Krieges von 1870/71. Der betreffende Arzt hatte damals die russischen Ambulanzen unter sich, schrieb also nicht nach Hörensagen. Wenn man bedenkt, daß das, was in Bulgarien bisher geschehn, blos Vorspiel war, kann man sich einen annähernden Begriff davon machen, welches entsetzliche Blutvergießen auf dem Schlachtfeld uns noch bevorsteht — gleich der Massenniedermetzelung der friedlichen Einwohner — alles im Namen der Humanität und Civilisation.

— Die Türken haben in den letzten Tagen Siege über Siege erfochten — dies steht jetzt unzweifelhaft fest. Die Montenegriner sind am 30. Juli bei einem Angriffe auf Nikšic derart zurückgeschlagen worden, daß die Türkei, nachdem auch eine bosnische aufständische Truppe zerstreut worden ist, jetzt fast sämmtliche Truppen von der Grenze Montenegro's zurückzieht und nach Bulgarien sendet. — Am 25. Juli griffen einige russische Regimenter in Kleinasien die Türken bei Wisnikw an, erlitten aber bedeutenden Verlust und zogen sich zurück.

Der Sieg Gurko's über Suleiman Pascha, der vor acht Tagen gemeldet wurde und der den Türken 2000 Gefangene und 10 Kanonen gekostet haben soll, entpuppt sich nicht allein als eine rumänische Ente, sondern das gerade Gegentheil ist der Fall gewesen. Die Russen haben bei Eskisaghra am 30. Juli ein entscheidendes Gefecht gegen Suleiman verloren, so daß ihre ganze Armee, welche südlich des Balkans stand und Adrianopel bedrohte, sich in den Balkan zurückgezogen hat und die Balkanpässe befestigt — dort steht es aber mit dem Fouragiren sehr schlecht und nachdem am 31. Juli Tirnowa von den Türken wiedergewonnen worden, ist jede Verbindung der russischen Balkanarmee mit der Hauptarmee abgeschnitten — Gurko sitzt in den Balkanpässen wie ein Bär im Zwinger.

Osman Pascha hat die Russen, welche die Scharte bei Plewna wieder auswetzen wollten und ihn mit Energie angriffen, in zwei bedeutenden Gefechten zurückgeworfen; gelingt es ihm, sich bei Plewna gegen den überlegenen Feind zu halten, so wird dadurch den Angriffen Mehemed Ali's auf die russische Hauptarmee bedeutender Vorschub geleistet, wie ja die Einnahme von Tirnowa schon beweist. — Die Russen hatten einen Sieg über Ejub Pascha am Lomflusse gemeldet — gleichfalls eine Ente, denn die Verbindung zwischen Schumla und Rustschuk ist seit einigen Tagen wieder frei, ein Beweis, wie schlecht es mit den Russen steht. Zum Ueberflusse wird noch gemeldet, daß Osman Pascha, nachdem er, wie oben erwähnt, zweimal die Russen zurückgeschlagen habe, selbst zum Angriff übergegangen sei und zwischen Plewna und Bulgarena den rechten Flügel der Russen zu entscheidender Schlacht bis zur Vernichtung geschlagen habe — 6000 Todte und 15,000 Verwundete sollen die Russen verloren haben.

— Geschichte der sozialen Bewegung und des Sozialismus in Frankreich.*) Wir erfüllen hiermit endlich, aber obendrein nur vorläufig — eine Pflicht, die wir schon eher hätten erfüllen sollen. Dr. Jäger, durch seine Schrift: „Der moderne Sozialismus“ der Mehrzahl unserer Leser bekannt, nennt sich selbst einen Conservativen und seine Anschauung läßt sich als christlich-soziale bezeichnen. Aber der Mann ist durch und durch ehrlich und von echt wissenschaftlichem Geist beseelt. Seine Forschungen durchbrechen jeden Moment den Ring seiner Anschauungen, und nie verleugnete er die Wahrheit. Amica ecclesia, magis amica veritas. Die Kirche mit dem daran hängenden conservativen Staat steht ihm hoch, aber höher steht ihm die Wahrheit. Schon sein Buch über den Sozialismus gab Gelegenheit, uns hiervon zu überzeugen. Bei wesentlich gleichen Anschauungen ist Jäger weit bedeutender als Todt, dessen Opus: „Der radikale deutsche Sozialismus“*) so viel besprochen wird, während die Jäger'schen Schriften planmäßig todtgeschwiegen werden. Nun, was an uns liegt, soll, wenn auch verspätet, geschehen, um diesen Plan zu nichte zu machen.

Der erste Band der „Geschichte der sozialen Bewegung und des Sozialismus in Frankreich“ reicht bis zur französischen Revolution und enthält eine überraschende Fülle von Material, vieles davon dem, der nicht in die französischen Quellen hinabsteigen konnte, ganz neu, alles wohl geordnet, nirgends durch die „Tendenz“ entstellt. Die Parteistellung des Verfassers drängt sich uns nirgends auf; als Mann der Wissenschaft und Geschichtsschreiber steht er „auf einer höheren Warte, als auf der Zinne der Partei“, und der Parteimann wird eigentlich nur aus sehr vereinzelten Bemerkungen kund, welche den Inhalt indeß niemals alteriren, geschweige denn fälschen.

Wir werden uns mit dem gediegenen Werk, welches zugleich eine sehr gute, wohl die beste vorhandene Einleitung zur Geschichte der französischen Revolution bildet, sobald unsere Zeit es erlaubt, eingehend beschäftigen. Nach dem Gesagten haben wir nicht mehr nöthig, es zu empfehlen. Höchstens dem Schreier Treitschke und dessen „liberalen“ Mitschreiern, die daraus lernen mögen, wie man von gegnerischem Standpunkt über eine, der Neuzeit ihr Charakterzeichen aufdrückende Kulturbewegung schreibt, wenn man den Geist der Wahrheit und der Wissenschaftlichkeit hat, und nicht ein ignoranter Flachkopf und literarischer Klopffechter im Dienst einer Clique ist, die vor allem das sacrificium intellectus — das Opfer des Intellekts von ihren Werkzeugen erheischt.

— Dr. Rüder. Wie wir hören, soll die seinerzeit an das sächsische Ministerium des Innern eingereichte Beschwerde gegen das Verbot der freiwilligen Geldsammlungen in Volksversammlungen durch Dr. Rüder in Leipzig für begründet erachtet und das Verbot aufgehoben worden sein. Herr Rüder hat es aber bis jetzt noch nicht über sich gewinnen können, den Beschwerdeführer von dem Entscheide in Kenntniß zu setzen — weil die Angelegenheit noch einmal in einer Plenarsitzung des Rathes verhandelt werden würde. Wenn sich die Sache wirklich so verhält, dann dürfte sich zu dem Geldsammlungsfiasko noch ein gehöriger Rüffel gesellen, denn eine ministerielle Verfügung bleibt eine ministerielle Verfügung und duldet keinen Widerspruch, am wenigsten von einem Rüder.

— Eine Berichtigung. Der Leitartikel in Nr. 88 des „Vorwärts“ enthielt in seinem letzten Theile mehrere falsche Angaben und eine statistische Ungeheuerlichkeit, zu deren Richtigstellung ich mich um so mehr berechtigt halte, als dieser Theil der Correspondenz nichts weiter ist, als die noch dazu ungenaue und fehlerhafte Abschrift eines von mir in Nr. 23 der „Demokratischen Zeitung“ vom 28. Januar 1872 veröffentlichten Artikels über die Armuth in Berlin.

Die richtigen Angaben lauten bei mir: Es starben 1870 von 1000 Einwohnern

im 33.	Polizei-Revier	18,79	Personen
„ 38.	„	18,78	„
„ 2.	„	19,63	„
„ 8.	„	55,77	„
„ 43.	„	57,35	„
„ 10.	„	60,72	„

Ihr Correspondent, der von Statistik nichts zu verstehen scheint, läßt die gesperrt gedruckten Worte weg, schreibt statt 1870 „seit 1871“ und fügt dann den Satz hinzu: „Und dies Verhältniß hat sich bis dato nicht gebessert, ja in einzelnen Medizinal-Bezirken ist die Differenz noch größer als 42 Prozent!“ Der Herr glaubt also, daß jährlich von hundert Personen mehr als sechszig sterben können, während doch jedes Kind einsehen muß, daß bei einer derartigen Sterblichkeit schon im 2. oder 3. Jahre kaum noch ein Mensch übrig sein könnte!

Auch die Tabelle über die vermehrte Sterblichkeit in Folge übervölkerter Wohnungen ist falsch abgeschrieben; sie lautet richtig:

Es starb bei einer Einwohnerzahl von

24,1 und mehr	auf ein Haus	Einer	von 27,46	Menschen
18,51 bis 24	„ „	„	Einer von 28,61	„
15,1 bis 18,50	„ „	„	Einer von 32,10	„
von 15 und weniger	„ „	„	Einer von 38,65	„

Ihr mir gänzlich unbekannter Correspondent wird bei seinen Zusammenstoppelungen gut thun, sich auf genaue Abschrift des Originals zu beschränken, da falsche Zahlenangaben in statistischen Mittheilungen die Statistik selbst in Mißkredit bringen müssen.

Berlin, den 31. Juli 1877. C. A. Schramm.

(Anmerkung der Redaktion: Wir bringen die Berichtigung unseres Parteigenossen Schramm um so lieber, da uns der betreffende Berliner Correspondent nicht näher bekannt ist — auf die Prüfung der Zahlen haben wir uns bei Aufnahme des Artikels nicht eingelassen, da die Tendenz des Artikels eine gute war. Wir konnten ferner nicht wissen, daß wir es mit einer theilweisen Abschrift aus der früheren „Demokratischen Zeitung“ zu thun hatten.)

— Sozialistenprozeß in München. Sonnabend, den 28. Juli wurde das Urtheil des Appellationsgerichts gegen 43 Münchener Genossen verkündet, die sich gegen das Vereinsgesetz vergangen haben sollen dadurch, daß sie einen geschlossenen Verein fortgesetzt hätten. Nur drei der Angeklagten wurden freigesprochen. Verurtheilt wurden: 1) Pröbstl F., 2) Strauch R., 3) Gerstmaier N., 4) Gerstacker, 5) Ernst Franz je 3 Monate 15 Tage; 6) Ernst Max, 9 Monat mit Einrechnung der sechsmonatlichen Haft, 7) Rottmanner, E. 2 Jahr 3 Monat. 8) Eichensehr, 9) Englert, 10) Ellwanger, 11) Fuhr, 12) Gasseldinger, 13) Heindl, 14) Hutterer, 15) Hofmann, 16) Huber, 17) Huber Jakob, 18) Jäger, 19) Jäger Conrad, 20) Kraus, 21) Kastenmüller, 22) Carl Johann, 23) Leinfelder, 24) Penzkofer, 25) Ruprecht, 26) Schlosser, 27) Steinberger, 28) Stirner je 2 Monat; 29) Jung, 30) Kiefer A., 31) Oehme H., je 1 Monat 15 Tage; 32) Gröner, 33) Grüneberg, 34) Huttler, 35) Lippl, 36) Münch, 37) Schmid, 38) Weindl je 1 Monat; 39) Poth Joh., 2 Monat, 40) Weigl 2 Monat. Zusammen wurde also auf 101 Monat Gefängniß erkannt!

Was nun weiter? Eine Anzahl Sozialdemokraten ist zwar verurtheilt und wird auch ins Gefängniß wandern, aber die Sozialdemokratie ist geblieben und sie wird sein und bleiben, selbst wenn die Münchener Staatsanwaltschaft die Parforcejagd auf die Sozialdemokratie noch leidenschaftlicher fortsetzen sollte als es gegenwärtig geschieht.

*) Geschichte der ꝛc von Dr. Eugen Jäger. Erster Band. Frankreich bis zur großen Revolution. Berlin, Verlag von G. van Muyden 1876. 510 Seiten.

*) Wir werden in nächster Zeit eine Besprechung bringen. R. d. V.

Correspondenzen.

Nürnberg, 22. Juli. Die prinzipiellen Auseinandersetzungen des „Vorwärts“ mit der „Frankfurter Zeitung“ über den Werth der Bourgeoisrepublik haben zur Folge gehabt, daß nun auch die sogenannte Volkspartei, auf deren linkem Flügel die „Frankfurter Zeitung“ bekanntlich steht, sich der Frage bemächtigt hat. Es ist selbstredend, daß die „Volkspartei“ den Standpunkt des „Vorwärts“ nicht theilt. Sie ist republikanisch, soweit die Republik die Interessen der Bourgeois verficht und unterstützt bis zu einem gewissen Grade auch die Forderungen der Sozialdemokratie; man muthe ihr aber bei Leibe nicht zu, sich für eine Republik zu erwärmen, in welcher nach sozialistischen Grundsätzen regiert wird. Die Staatsform mag noch so radikal zugestutzt sein, an dem Wesen des heutigen Staates, an der ökonomischen Interessenzersplitterung, an der Ausbeutung des einen Theiles des Volkes durch den andern darf nicht gerüttelt werden, sonst hört die Gemüthlichkeit auf. Und die Gemüthlichkeit hat jetzt wirklich aufgehört — und das ist gut. Denn offen gestanden, die Rücksichtnahme, welche unsre Presse gegen die „Volkspartei“ seither beobachtete, fing nachgerade an unheimlich zu werden, und auch unsre Agitation wurde nicht unwesentlich gehemmt — nur um des „lieben Friedens“ willen. Jetzt ist das plötzlich anders geworden — dem „Vorwärts“ unsern Dank dafür.

Was die „Volkspartei“ ferner thun wird, um sich über Wasser zu erhalten, weiß ich nicht und interessirt mich auch vorläufig nicht. Zur Stunde jedoch giebt sie sich die erdenklichste Mühe, um den Folgen vorzubeugen, welche eine rücksichtslose Aufklärung des Volks über ihren wahren Werth etwa haben könnte. So war zu Sonntag den 15. Juli nach Erlangen ein Delegirtentag

---

Daraus ergibt sich nun das Resultat: daß die jungen Männer des deutschen Reiches regelmäßig vor fast vollendetem 23. Lebensjahr ohne staatliche Genehmigung nicht heirathen dürfen, trotz der Einwilligung der Eltern oder Vormundschaft.

Diese Genehmigung wird bis zum Eintritt in den Militärdienst vom Landesherrn oder von den höchsten Behörden ertheilt, meist aber auf das Gutachten der untersten Gerichte, die sich dabei wohl in der Regel auch auf die Ansicht der Polizeibeamten stützen werden. Nach dem Eintritt in den Militärdienst entscheidet der militärische Vorgesetzte, bei welcher Entscheidung die Ansicht des Unteroffiziers oder des Feldwebels wohl auch nicht ohne Bedeutung erscheinen wird.

Begründen diese Schranken einen angemessenen Zustand für das deutsche Volk? Wohl kein Einsichtiger wird dies bejahen können. Auf die Folgen hier einzugehen, würde zu weit führen. Es müßte insbesondere die Statistik nicht nur der unehelichen Geburten, sondern auch der kaum minder verderblichen unehelichen Erzeugungen herangezogen werden.

Wodurch sind diese Schranken in die deutsche Gesetzgebung hineingekommen?

Im Gebiete des Allgemeinen Landrechts galten früher 18 resp. 14 Jahre, unter der Herrschaft des französischen Rechts 18 resp. 15 Jahre, überall noch mit Dispensationsrecht.

Für ganz Preußen stellte das Gesetz vom 21. Dezember 1872 die Vollendung des 18. resp. 14. Jahres auf, ohne Gestattung von Dispens. Diese Normirung hatte auch die Reichsregierung in dem Entwurfe des Reichsehegesetzes festgehalten.

Wäre dieser Entwurf durchgegangen, so hätte der junge Mann doch wenigstens vom Beginne des 19. Lebensjahres an bis zum Eintritt in den Militärdienst heirathen können ohne behördliche Genehmigung.

Diese Entwurfsbestimmung der Reichsregierung war aber den sogenannten Liberalen zu liberal. Der altkatholische Professor v. Schulte und Genossen brachten einen Antrag ein, wonach die jetzigen Normen angenommen wurden, und es war somit für die erwähnte Zwischenzeit vom vollendeten 18. Lebensjahr bis zum Eintritt in den Militärdienst die Freiheit vom behördlichen Ermessen glücklich beseitigt.

Seltsamer Umstand, daß ein altkatholischer Professor — der für die Geistlichen seiner Confession das freiwillige Joch und Opfer der Ehelosigkeit abschütteln will — allen jungen Männern des deutschen Reiches bis zur Vollendung des 20. Jahres und, wenn sie militärpflichtig sind, in der Regel bis fast zur Vollendung des 23. Jahres die Ehelosigkeit ohne staatliche Erlaubniß als gesetzliche Zwangspflicht aufzuerlegen beantragte und diesen Antrag in dem sogenannten liberalen Reichstag und bei dem Bundesrath durchsetzte!

Mögen die Männer, welchen die hohe Aufgabe zu Theil geworden ist, den Entwurf für ein deutsches Civilgesetzbuch auszuarbeiten, diesen Punkten eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden und den Uebelstand zu beseitigen versuchen. M.

— Zum Kapitel der „freien Liebe“ und der Heiligkeit der Ehe in der heutigen Gesellschaft. Das „Altonaer Tageblatt“ enthält in seiner Nr. 144 vom 22. Juni mit fettgedruckten Lettern wörtlich folgendes Inserat: (Warnung.) „Ich warne hiermit das Dienstmädchen Christiana Rave aus Aale in Jütland, geboren den 17. Aug. 1857, sich nicht zu unterstehen, den Verlobungsring meines Mannes zu tragen, noch mit meinem Manne länger Arm in Arm auf der Straße zu gehen, überhaupt binnen acht Tagen unseren Fabriksboden zu verlassen, da ich sonst andere Maßregeln zu ihrer Fortbringung ergreifen werde. Ich bin weder von meinem Manne geschieden, noch lasse ich mich von ihm scheiden. Ueberhaupt nimmt es sich doch komisch aus, daß mein Mann öffentlich mit einem 20jährigen Mädchen ausgeht, während unsere Tochter bereits 17 Jahre alt ist. Frau Claussen, Ehefrau des Viktor Claussen, Dampfsägereibesitzer, Bergstr. 166.“ — Ein Dampfsägereibesitzer gehört doch wohl zur Bourgeoisie; außerdem hat bei den letzten Wahlen sich Herr Viktor Claussen im Interesse der Fortschrittspartei für die Wahl des Herrn Karsten sehr hervorgethan. Wir sagen: sehr bezeichnend — dunckerisch! — Die „Leipziger Volkszeitung“, welche obige Nachricht auch bringt, leitet dieselbe mit dem Ausruf: „Auch nicht übel!“ ein — muß ihr also wohl sehr gefallen, das Späßchen von der „freien Liebe“.

— Das Blättchen der Leipziger Fortschrittspartei ist ärgerlich darüber, daß es die Sozialdemokraten zu Beschützern der „freien Liebe“ letzthin wieder zu stempeln versuchte, weil solches Beginnen von uns bestraft wurde. Der Fall Duncker ist noch nicht vergessen, die Statistik ist den Bourgeoisparteien in Bezug auf die „freie Liebe“ auch nicht günstig — und wenn die „Leipziger Volkszeitung“ immer noch den Fall Duncker „todtschweigt“, wenn ferner einer der Herren Redakteure ein „Buch vom Küssen“ für die Bourgeoistöchter liefert — im Falle dasselbe auch anständig ist, es fördern derartige Tändeleien immerhin die „freie Liebe“ — so ist solches Beginnen „ähnlicher“ dem Beschützen der „freien Liebe“, als das ernste Auftreten der Sozialdemokratie. Weiter haben wir nichts in unserer Notiz gesagt und sagen wollen; fühlt sich das Leipziger Dunckerblättchen noch tiefer verletzt, so ist das seine Sache.

— Ueber den von uns immer vorausgesagten Rückgang des Altkatholizismus bringt die „Frankfurter Zeitung“ folgende Zusammenstellung:

„Aus Baden kommen jetzt für den Altkatholicismus keine erfreulichen Nachrichten mehr. So hat dieser Tage der altkatholische Pfarrer Krieger von Epfenhofen ihm Valet gesagt, und die Katholiken wegen des ihnen gegebenen Aergernisses um Verzeihung gebeten. Ferner wird aus Freiburg berichtet, daß Professor Michelis wegen seiner Streitigkeiten mit dem altkatholischen Pfarrer Riels von Heidelberg, der dort den „Altkatholischen Boten“ herausgiebt, Baden wiederum verlassen will. Die neueste Nummer des „Deutschen Merkur“ enthält einen mit Namensunterschrift versehenen Brief von Michelis, in dem er sich bitter beklagt über das Verhalten des „Altkatholischen Boten“, insbesondere über die Art und Weise, wie von Seite desselben „die Agitation für unzeitige und unreife Reformen auch nach der Synode getrieben wird.“ Gegen den altkatholischen Pfarrer von Stühlingen ist auf Antrag seiner Gemeinde durch Bischof Reinkens Untersuchung eingeleitet worden. Auch anderwärts steht es nicht grün. So wird der „Köln. Volkszeitung“ aus Düsseldorf geschrieben: „Wie bekannt, hatte der hiesige Divisionspfarrer Dr. Kaiser vor längerer Zeit durch Beziehungen zu Herrn Dr. Reinkens und den „Altkatholiken“ mannichfach Anstoß erregt. Wir sind in der Lage, zuverlässig mittheilen zu können, daß Herr Dr. Kaiser das gegebene Aergerniß lebhaft bedauert und den Beschlüssen des Vaticanischen Concils sich vollständig unterworfen hat.“ — Ferner wird aus Wiesbaden gemeldet: Nach dem „Nassauer Boten“ erklärte Herr Pauly von hier vor einigen Tagen, daß er seine Namensunterschrift aus der Liste der Altkatholiken zurückgezogen hat und der römisch-katholischen Kirche angehört. Inzwischen sind wiederum drei andere Mitglieder der hiesigen altkatholischen Gemeinde zur katholischen Kirche zurückgekehrt. — Endlich aus Köln: In der neuesten Nummer des „Deutschen Merkur“ wird offiziell mitgetheilt, daß Herr Pfaffrath seine Stelle als Kaplan der altkatholischen Gemeinde niedergelegt habe. Hier gehen sonderbare Gerüchte um. Nach dem einen soll Herr Tangermann sich auf einer Reise nach Rom befinden; nach einem anderen Gerüchte soll Herr Ritter von Schulte über den Anschluß der Altkatholiken an die Union in Berlin Unterhandlungen führen.“

der „Volkspartei" berufen, an welchem aus verschiedenen Ortschaften 60 Delegirte theilnahmen. Unserm hiesigen Parteiorgan, dem „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat", ist über diesen Delegirtentag ein Bericht zugegaagen, aus welchem ersichtlich ist, daß dort nicht alles so glatt abgegangen ist, als es die „Macher" der „Volkspartei" gern gewünscht hätten. Ja ein gewisser Häberlein erklärte sogar rundheraus, er für seine Person stehe voll und ganz auf dem Standpunkte der Sozialdemokratie, und es würde ihm die größte Freude bereiten, wenn sobald wie möglich eine Vereinigung der beiden Parteien stattfände. Das war deutlich gesprochen, fand aber die Zustimmung verschiedener anderer Redner nicht, die von einem Zusammengehn mit der Sozialdemokratie gar nichts wissen wollten, und nur im äußersten Nothfalle und wenn es absolut sein müßte, höchstens einen Compromiß zulassen wollten. Schließlich einigte man sich und nahm folgende Resolution an:

„Die heute tagende Versammlung erklärt, an dem Programm der Volkspartei festzuhalten, und sich solange gegenüber allen anderen Parteien nach Erforderniß consequent zu verhalten, bis von Seite des Landesausschusses, dem das Programm zur Revision unterbreitet werden soll, Erweiterungen und Ergänzungen des Programms festgestellt sind."

Ueber den Verlauf der Versammlung läßt sich der Berichterstatter des „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat" folgendermaßen aus: „Es zeigte sich, daß hauptsächlich die Führer der Volkspartei diejenigen sind, welche sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine Vereinigung der beiden Parteien stemmen." — Das wird dem Berichterstatter Jeder auf's Wort glauben, denn ein Bourgeois — und das sind die Führer der „Volkspartei" alle — kann nie unter dem Banner der Sozialdemokratie marschiren. Darauf kommt es aber auch gar nicht an. Worauf es uns ankommen muß ist, daß die hinter diesen Führern einherlaufenden Arbeiter, Bauern und Kleinbürger überzeugt werden, daß es nur eine wahre Volkspartei giebt — die Sozialdemokratie. Und hierzu haben die Artikel des „Vorwärts": „Nieder mit der Republik" und „Die Rothen wider die Blauen" nicht wenig beigetragen.

München. Der Kampf zwischen dem „Vorwärts" und der „Frankfurterin" hat auch dem „Nürnberger Anzeiger" Muth gemacht, seinem langgenährten Groll gegen die Sozialdemokratie, speziell gegen den „Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat", Luft zu machen. Der „Nürnb. Anz.", dieser echte Ritter von der Mancha, hat seine edle Rosinante gesattelt und gezäumt, seine alten verrosteten und stumpf gewordenen Sporen an die Füße geschnallt und stürmt mit eingelegter Lanze muthig gegen seinen Gegner los, der ihm die Ehre schenkt, ihn zu beachten. Armer Teufel, was wird dein Loos sein? Höchstens wird es dir gehen genau wie deiner Vorgängerin.

Bekanntlich — oder besser gesagt, höchst unbekanntlich, denn wer weiß auswärts etwas davon — existirt hier seit einer Reihe von Jahren ein harmloser Klub, der sich einst bei momentaner Geistesabwesenheit in einer unbewachten Stunde den pomphaften Namen „Volksverein" beilegte nnd sich von da an für einen Theil der „deutschen Volkspartei" hält. In wahrhaft idyllische Zustände versunken, wußte dieser Klub zu allen Zeiten sich fern zu halten von jeder radikalen politischen Anstrengung. Nach circa 10 Jahre langer, höchst intensiver und thätiger Agitation war es ihm gelungen, bei seinen Sitzungen die imposante Zahl von 12 zu erreichen, und in freudiger Aufregung über so riesigen Erfolg nannte man sich von Stund an: die 12 Apostel. Die neidischen Sozialdemokraten waren zwar der Ansicht, daß diese riesige Ausbreitung nur herzuleiten sei von den vielen versuchten Coalitionen mit allen möglichen Elementen: mit Conservativen, Reaktionären und Ultramontanen, doch war diese Ansicht nicht zu beweisen, da die verschiedenen Coalitionen des Nürnberger Volksvereins immer nur zu speziellen Zwecken gemacht wurden. Ad hoc nannten sie's. Die Lorbeern, die die blaue Frankfurterin sich in ihrem Kampfe gegen die „Rothen" erwarb, ließen die Nürnberger blauen 12 Apostel nicht mehr schlafen. Auch wir müssen vorgehen gegen die „Rothen", verständigten sie sich untereinander, und ad hoc schloß sich ihnen der berühmte Dr. Landmann in Fürth, „das größte lebende parlamentarische Genie", wie er von einem gewissen Jemand gern bezeichnet wird, an. Ad hoc arrangirte man eine Parteibesprechung nach Erlangen, um Stellung gegen die „Rothen" zu nehmen. Der günstige Augenblick, auch auswärtige Volksparteiler im Kampf gegen Sozialisten zu finden, durfte ja nicht verpaßt werden. Der Redakteur des „Nürnb. Anz." hatte das Referat übernommen und war in kleinlicher Weise gegen die Sozialisten Löwenstein und Grillenberger persönlich geworden. Schließliches Resultat der Besprechung war der Beschluß, ein Strohfeuer anzuzünden und dasselbe so lange brennen zu lassen, bis der jeweilige Vorrath von Stroh verbrannt sei. Das heißt, in's Volksparteiliche übersetzt, in Zukunft energisch und selbstständig in die Wahlagitation als selbstständige Partei mit eigenen Candidaten einzutreten. Kampf! Kampf! Kampf! war der endgiltige Beschluß. — Kampf! dazu sollte sofort Rath werden. Unter den Mitgliedern des Volksvereins ist auch ein Nürnberger Spezereihändler Namens Pröbster, zugleich Magistratsrath hiesiger Stadt. In politischer Beziehung Reaktionär vom reinsten Wasser und inconsequent, haßt dieser Rückschrittler Alles, was wahrhaft demokratisch und freisinnig ist. Trotzdem liebt er es doch, dann und wann demokratische Gesinnung zur Schau zu tragen. Wie weit indeß diese demokratische Gesinnung dieses Mitglieds des Nürnberger Volksvereins her ist, beweist die Thatsache, daß Herr Pröbster Gelder für den Sedanstrubel mitbewilligte, überhaupt im Magistrat bei allen reaktionären Maßregeln mithilft. Ferner hat Herr Pröbster bei der Stichwahl zum Reichstag ein Pamphlet gegen die Sozialdemokratie mit unterschrieben, worin dieses die bekannten, zu hundert Malen widerlegten Vorwürfe betreffs der Ehe, Sittlichkeit, Moral, Eigenthum u. s. f. wieder aufwärmte. Aus der Mitte des Volksvereins heraus wurde nun vor Kurzem der Antrag gestellt, Herrn Pröbster wegen seiner undemokratischen Gesinnung auszuschließen, dieser Antrag wurde jedoch wieder zurückgezogen, da, wie der „Nürnb. Anz." angiebt, die Statuten des Volksvereins keinen Paragraph enthalten, wonach ein Mitglied wegen solcher „schwerer Fehler", in „schwacher Stunde" begangen, ausgeschlossen werden könnte! Der „Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat", dem davon Mittheilnng gemacht war, hatte den nicht vollzogenen Ausschluß des genannten Reaktionärs aus dem demokratisch sein wollenden Volksverein mit vollkommener Berechtigung einen Spektakel genannt. Dies und verschiedene Bemerkungen des „Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat" über die Einladung zur obenerwähnten Erlanger Versammlung und über diese selbst brachten den „Nürnb. Anz." dermaßen in Harnisch, daß er eine sehr heftige Polemik gegen die Ausdrücke des „Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat" begann, welche nur die Folge hatte, die undemokratische Gesinnung derer, die vorgeben, in Nürnberg die „reine" Demokratie zu repräsentiren, klarzulegen. Mehr hätte sich der „Nürnb. Anz." nicht blamiren können, als er dies durch den Kampf, den er gegen die „Rothen" in einigen Artikeln, betitelt: Die Blauen und die Rothen (Referat über die Erlanger Versammlung) sowie durch die eingeleitete Polemik gegen das sozialistische Nürnberger Blatt gethan. Es dürfte zu weit führen, Ihnen des Ausführlichern über die Inkonsequenzen, falschen Angaben und verleumderischen Beschuldigungen, sowie die gemeine Kampfweise des „Nürnb. Anz." mittheilen zu wollen. So viel hat jeder unparteiisch Urtheilende hier selbst gefunden, daß es kein Schade für die „demokratische Bewegung" ist, wenn mit solch verkommener Demokratie gründlich aufgeräumt wird. Diese Leute möchten sich gern Demokraten heißen, haben jedoch kein demokratisches Prinzip. Unsere Partei kann nur gewinnen, wenn diese Clique sammt und sonders dahin geht, wohin sie gehört: zu den vereinigten Reaktionären.

Wir sind hier der Ansicht, daß es gut sein dürfte, dem „Vorwärts" über diese Vorkommnisse zu referiren. Was hier als „Volksverein" sich Demokratie nennt, ist es keineswegs. Diese Sorte Demokraten ist nicht einmal berechtigt mitzureden, viel weniger angreifend aufzutreten gegen eine große, thatkräftige Partei, die sich seit ihrem kurzen Bestehen durch unerhörte Verfolgungen und Erfolge das politische Bürgerrecht erworben hat. — Wir danken für eine Republik, wie sie etwa diese Herren anstreben; ein solches Ding ist nicht werth, daß ein freigesinnter Mann die Finger darum rührt.

Leipzig, 29. Juli. (Zum Kapitel: Freiheit der Wissenschaft.) Das „Leipziger Tageblatt" bringt in Nr. 209 einen Artikel betreffend die Adresse, welche den Ausschluß von den Vorlesungen der an hiesiger Universität sich dem medizinischen Studium widmenden Damen bewirken soll. Damit nun auch in weiteren Kreisen die Wahrheit in dieser Angelegenheit bekannt werde und das Publikum nicht durch Entstellungen, wie sie das „Tageblatt" bringt, getäuscht werde, so gestatten Sie mir Folgendes zu bemerken. Zunächst ist zu constatiren, daß eine solche Adresse leider wirklich verfaßt und unterzeichnet wurde, welche die Vertreibung der weiblichen Studirenden der Medizin verlangt; jedoch ist zu bemerken, daß diese Adresse von einem Studenten in's Werk gesetzt wurde, der überhaupt gar nicht Mediziner ist, und außerdem unter den nach mehreren Hunderten zählenden Medizinern nur etwa 30 Unterschriften erlangte, die ebenfalls nur von solchen Studenten herrührten, welche noch mit dem eigentlichen medizinischen Studium so gut wie nichts zu thun haben, d. h. nur Anatomie und Naturwissenschaften studiren; bei den Studirenden, welche die Kliniken besuchen, also die Bezeichnung „Mediziner" mit Recht beanspruchen können, fand die Adresse keine einzige Unterschrift, wohl aber in Schrift und Wort nur Aeußerungen der verdienten Verachtung und Verspottung. Wenn in dem betreffenden Artikel des „Tageblattes" behauptet wird, daß den Damen die „nöthigen Vorkenntnisse, die das Studium der Medizin erfordert, abgehen", so erinnere ich nur an die von Studirenden und Professoren der Medizin allgemein beklagte Thatsache, daß die Vorkenntnisse, welche sich die Studirenden der Medizin zu ihrem Lebensberufe auf unseren deutschen Gymnasien erwerben können, fast gleich Null sind; dies gilt insbesondere von den Naturwissenschaften, noch mehr von der Medizin selbst; somit haben die Unterzeichner der famosen Adresse gewiß sehr wenig Ursache, sich jenen Damen gegenüber auf ihre „medizinischen Vorkenntnisse" zu steifen: dies muß in der That Jedem, der die Verhältnisse genauer kennt, mehr als lächerlich erscheinen. Wenn außerdem noch die sozialdemokratische Gesinnung einer Dame, sowie deren Unterschrift unter die Dühring'sche Adresse im „Tageblatt" hervorgehoben wird, so muß es jedem anständigen und gebildeten Menschen nur verächtlich vorkommen, daß Dinge besprochen werden, die durchaus in keinem Zusammenhange mit der betreffenden Angelegenheit stehen, und daß sich dabei eine Gesinnung zeigt, die bestrebt ist, persönliche Denunziationen zu veröffentlichen, um zu ihrem Ziel zu gelangen. — Zur näheren Beleuchtung der ganzen Sache noch einige Worte: Es ist noch nie das Geringste beobachtet worden, was auf die Persönlichkeiten der weiblichen Studirenden ein ungünstiges Licht werfen könnte; jeder Mediziner, der, wie der Schreiber dieser Zeilen, Collegien mit denselben besucht, kann dies bezeugen; wohl aber haben sich „Studenten der Medizin" den genannten Damen gegenüber in einer Weise betragen, die man anstandshalber nicht gut beschreiben kann. — Die Adresse selbst, die fast nur Unwahrheiten und Entstellungen statt stichhaltiger Gründe enthält, macht dem Verfasser keine große Ehre; denn dieselbe ist in einem Style abgefaßt, der jedem Quintaner eines Gymnasiums die Note „ungenügend" eingetragen hätte. Wenn es um alle „Vorkenntnisse für sein Studium", welche der Verfasser besitzt, so bestellt ist, wie mit seinen stylistischen, so brauchen sich die weiblichen Studirenden vor einer solchen Concurrenz nicht zu fürchten. Es soll und kann Niemandem benommen werden, über das medizinische Studium der Frauen zu denken, wie er will, nur soll man persönliche und politische Verhältnisse und Ansichten nicht geltend machen, wo dieselben absolut nicht am Platze sind. — Zum Schlusse möchte ich noch hervorheben, daß vor wenigen Tagen erst der Senat der Universität London mit großer Stimmenmehrheit beschlossen hat, die Frauen zum Besuch der Vorlesungen aller Fakultäten zuzulassen, nachdem die medizinische schon seit mehreren Jahren mit diesem Beispiel vorausgegangen war; in der Schweiz und in Nordamerika ist den Frauen ebenfalls schon seit Jahren das medizinische Studium ermöglicht und selbst in Rußland ist in neuester Zeit eine besondere Fakultät für die Ausbildung weiblicher Aerzte gegründet worden.

Ein Mediziner.

Oeffentliche Quittung.

Seit dem 15. Juli habe ich erhalten:

a) Agitationsfonds.

Kellinghusen d. F. Oertel 5,00; Neumünster d. D. Rix 8,00; Goldap v. Szymmat 0,70; Rendsburg d. A. C. Loßmann 10,00; Elmshorn d. D. Popp 6,00; Kiel d. H. Walther 24,00; Gaarden do. 2,50; Pinneberg d. Schmalfeldt 4,00; M. von „Traubenblüthe" 10,00; Leipzig von mehreren d. Hablich 4,30; Rothenburgsort v. W. B. d. Grabbert 3,00; Schleswig d. J. Baustian 3,00.

b) Unterstützungsfonds.

Hamburg v. Thieß' Werkstelle d. Blume 1,70; do. v. E. Prey 1,80; do. Lusttour der Tischler d. Döscher 22,52; do. Lusttour der Arbeitsleute d. Schmidt 9,12; do. Lusttour der Küper d. Rath 24,73; do. Lusttour der Töpfer d. Klaus 16,00; do. von K. 6,20; do. d. F. Löding 13,10; do. d. Nagel Lusttour nach Elmshorn 56,82; Mittweida d. Ed. Eims 3,60; Lübeck d. Hartmann vom Fest 34,50; Reutlingen d. Carl Starck 6,41; Striegau d. O. Richter von einer Gesellschaft auf der Kynsburg 1,50; Mannheim Stiftungsfest der Schuhmacher durch Tümkas 3,00; Ottensen v. Nölting's Cig.-F. d. Hohnsen 3,12; do. d. Herold vom Fest im Schützenhof 8,00; Elberfeld d. P. Hüttenberger 3,80; Achim d. Gottlieb Schwarze 13,80; Barmen d. W. B. 13,00; Glauchau Liste 2436 d. Schwerdtner 0,75; do. Liste 2438 0,85; Stuttgart v. F. Frey 6,00; Altenburg i. S.-A. von Buchdruckern d. Albin M. Watz 16,06; Bothmang d. Roggenbauch 0,40; Leipzig d. Hablich von mehreren 98,74; Baden-Baden d. J. Kusters 1,30; Braunschweig d. Richard Schulze 3,00; Oberlungwitz von einem Gesinnungsfreund 0,50; do. vom Spaziergang nach Ursprung 3,10; Tutzing v. Werno 0,50; Harburg d. D. Steffens vom Volksfest 18,52.

c) Wahlfonds.

Hamburg von Schimmel's Cig.-Fab. f. d. Hoffmann 2,52.

Hamburg, 1. August 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. Sch. in Linz: Der Artikel behandelt ein Thema, welches in längeren oder kürzeren Ausführungen fast in jeder Nummer des „Vorwärts" erörtert wird; er ist außerdem auch viel zu lang gehalten. — Y. in Berlin: Au! Der rothe Aujust.

der Expedition. C. Henze London: Wenden Sie sich an die Redaktion der „Pipe" direkt nach Stockholm. Sie wird der Post daselbst schon bekannt sein.

Quittung. Arbeitersängerbund Kiel Ann. 2,00. Arbeiterwahlverein Bochum Ann. 0,80. Sievers Limmer Ann. 0,60. Schtt Düsseldorf Ann. 1,50. Hrhld Ottensen Ann. 20,00. Stffns Harburg Ann. 2,40. J. Bst Mainz Ab. 58,05, Schr. 0,86. Schlbch Liege Ab. 6,05. Sbrt Cassel Ab. 12,00. Frnk Frankenthal Ab. 7,70. Ottrbch Stuttgart Ab. 5,40. Lls hier Ab. 1,20. Bsch hier Ab. 6.30. J. Frnz Jägerndorf Schr. 5,00. J. Mrtn Schmölln Ab. 3,50. H. Schltr Dresden Schr. 3,80. H. Nzsch Newyork Ab. 79,99. Arld Erfurt Schr. 0,80.

Herr Wückert in Dresden wird ersucht, mir freundlichst nochmals seine Adresse zukommen zu lassen.

Adorf. M. Böllner.

Düsseldorf. Sonntag, den 12. Aug., Nachmittags 4 Uhr: **Großes Arbeiter-Volksfest** im Tivoli. Concert, Festrede, Vorträge ꝛc. u. Ball. — Entrée 25 Pf., Damen frei, Herren, die am Ball theilnehmen, zahlen 50 Pf. extra. (F 80) Das Festcomité. [180

Frankfurt a. M. u. Umgegend. Allen Genossen zur Nachricht, daß Wochen- und Monats-Abonnements auf alle sozialistischen Zeitungen: „Vorwärts", „Neue Welt", „Rundschau", „Rothe Fahne", „Berliner Freie Presse", „Hamburg-Altonaer Volksblatt", „Volksfreund" u. s. w. zu jeder Tageszeit angenommen und pünktlich besorgt werden. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß bei mir Aufträge auf Drucksachen aller Arten, z. B. Adreßkarten, Visitenkarten, Rechnungen, Circuläre u. s. w. angenommen werden. Alle Drucksachen werden billig und nach Wunsch schnell und bestens besorgt.

W. Knoke, Kl. Eichenheimerstraße 45.

NB. Den geehrten Abonnenten des „Vorwärts" zur Nachricht, daß das Abonnementsgeld Montag, den 6. August, erhoben wird. [130

Halle. Sozialdemokratischer Arbeiter-Verein. Dienstag, 7. August, Abends 8 Uhr, gr. Wallstraße 24: **Oeffentliche Versammlung.**

Tagesordnung: Kapital und Arbeit. Referent H. Rödiger. Neue Mitglieder werden aufgenommen. (F.166) 70] Der Vorstand.

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein. Dienstag, den 7. August, Abends 8½ Uhr, bei Hrn. Hübner, gr. Rosenstraße 37: **Große öffentliche Versammlung.**

Tagesordnung: Vortrag über das Kleinhandwerk und die Großindustrie. G. Klaws. [70

Leipzig u. Umgegend. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, Versammlung bei J. Menzel, Täubchenweg und Kurzestraßen-Ecke. [5

Jeden Sonnabend Aufnahme neuer Mitglieder.

Wahlkreis Calbe-Aschersleben. Am 12. August soll eine Conferenz stattfinden. Ich ersuche daher, mir aus jedem Orte dieses Kreises die Adresse eines Gesinnungsgenossen, der offen unsere Sache vertritt, zukommen zu lassen. (2b) (F. 210)

Leopoldshall b. Staßfurt. C. Bönsch, Karlsstr. 2.

Hiermit bringe ich den auswärtigen sowie hiesigen Gesinnungsgenossen mein **Gast- und Logirhaus** in gütige Erinnerung. Achtungsvoll C. Meins, Altona, Langestraße 88 1,50] (3b)

Ein durch politische Maßregelungen ruinirter, kaufmän. gebildeter Geschäftsmann, mit technischen Kenntnissen und einigem Vermögen, sucht mit in gleicher Lage befindl. Partgenossen bez. Errichtung einer Produktiv-Genossenschaft in Verbindung zu treten, resp. sonstige Unterkunft. Gefl. Offerten an die Expedition des „Vorwärts". (2a) [1,50

Durch uns ist zu beziehen:

Auszug aus den gesetzlichen Bestimmungen über die Landtagswahl. Preis pr. Expl. 10 Pf.

Schleßinger, Max, Eine Reise nach Utopien. Preis pr. Expl. 10 Pf.

Expedition des „Vorwärts".

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk.

Abonnementspreis vierteljährlich M. 1,20.

In Heften (3 Wochen-Nummern enthaltend) à 30 Pf.

Inhalt der Nr. 31 (3. August 1877): Vaters Liebling. Von F. Klinck. (Schluß.) — Ueber Lungenkrankheiten. Von H. Schm. (Mit Illustrationen.) — Emil Adolf Roßmäßler. (Schluß.) — Ein neuer Feind. Von Hugo Sturm. (Mit Illustration.) — Instinkt, Lebenskraft und Vererbung. Von Dr. A. Douai. — Kleinere Mittheilungen: „Erlauben Sie gütigst!" (Illustration.) — Eine Vorahnung des Telegraphenverkehrs und ein Vorläufer des elektrischen Telegraphen. — Räthsel. — Briefkasten.

Die Expedition. Färberstr. 12 in Leipzig.

Bekanntmachung.

Der vormalige Redakteur des „Volksstaats" Herr Hermann Rindt und der Schuhmacher Herr Johann Friedrich Wilhelm Leuschke gen. Adam sind wegen der in Nr. 109 des „Volksstaats" vom Jahre 1875, und zwar in dem „Zur Behandlung politischer Verbrecher" überschriebenen Artikel enthaltenen Beleidigungen von Aufsichts- und Verwaltungsbeamten des Königlichen Kreisgerichts Naumburg auf Grund der §§ 185, 186 und 73 des Reichsstrafgesetzbuches, sowie § 20 des Reichspreßgesetzes ein Jeder zu sechs Wochen Gefängniß und Tragung der Hälfte der Untersuchungskosten rechtskräftig verurtheilt worden, was in Gemäßheit des § 200, Abs. 2 des Reichsstrafgesetzbuches hiermit bekannt gemacht wird.

Leipzig, den 31. Juli 1877.

Königliches Gerichtsamt im Bezirksgericht, Abtheilung für Strafsachen.

Bieler.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 92. Mittwoch, 8. August. 1877.

Offen und ehrlich!

Wenn eine Zeitung, die im Allgemeinen die Grundsätze der herrschenden Gesellschaft vertritt, in Bezug auf einzelne Punkte, welche die soziale Frage berühren, einmal offen und ehrlich auftritt, so sind wir gewöhnt, die betreffenden Sätze mehreremal hintereinander zu lesen, um uns zu überzeugen, daß wir es nicht mit einer optischen Täuschung zu thun haben, weil ein solcher Fall zu den äußersten Seltenheiten gehört.

Wir haben es aber hier mit einem solchen Falle zu thun; die „Allgemeine Lauenburgische Landeszeitung", das Hauptorgan im Herzogthum Lauenburg, dieser Bismarckischen Domäne, bringt in ihrer Nummer 172 einen Leitartikel mit der Ueberschrift: „Eine kühne Behauptung". In demselben reproduzirt sie zunächst einen Satz aus der Dresdener „Sozial-Correspondenz" des Herrn Böhmert, der folgendermaßen lautet:

„Eine chemische Analyse zu geben, wieviel Prozent Schuld an dem gegenwärtigen Nothstande auf den Geschäftstaumel der Gründerzeit kommen und wieviel auf andere Dinge und Menschen, maßen wir uns nicht an, halten aber mit voller Zuversicht die Behauptung aufrecht, daß die anhaltende Stockung von Gewerbe und Handel zum Theil, und zwar zum großen Theil hervorgegangen sein muß aus der sozialdemokratischen Aufwiegelung. Denn bekannt genug ist es doch, daß viele, die ehedem für eigene Rechnung großen Unternehmungen vorstanden, diese nur darum in Aktiengesellschaften umgestalteten, weil sie es müde waren, Tag für Tag mit Arbeitern zu verkehren, von denen sie für „Aneigner fremden Verdienstes, Preller, Blutsauger, Plusmacher, Leuteschinder, Umsonstfresser ꝛc." gehalten wurden. Viele Industrielle scheuen ausgedehnte Geschäfte und beschränken sich auf das nothwendigste, weil, je mehr Arbeiter sie anstellen, desto mehr Aussicht ist auf Hader und Verdruß."

Die „Allgemeine Lauenburgische Landeszeitung", welche sich zum Schlusse des Artikels als Gegnerin der Sozialdemokratie zeigt und von dem sinn- und anstandslosen Auftreten vieler der „Führer", von den mißverstandenen Phrasen und Forderungen einer Anzahl von „Anhängern" spricht — dies sei ihr aber völlig vergeben — bemerkt nun zu obigem Citat aus der „Social-Correspondenz" sehr treffend:

„Schon die so apodiktisch aufgestellte Behauptung, daß die unhaltende Stockung von Gewerbe und Handel zum großen Theil hervorgegangen aus der sozialdemokratischen Aufwiegelung, scheint uns gewagt. Wir halten sie für ebenso falsch, wie die, die Gewerbefreiheit habe all das Unheil verschuldet; denn wie hier, so liegen wir in unserm Falle die „anhaltende Stockung" auch in denjenigen Ländern, wo die Sozialdemokratie nicht so an der Tagesordnung ist, wie bei uns. Wir glauben im Gegentheil, daß die fast einzige und Hauptschuld an all der Noth und dem Elend, das wir in wirthschaftlicher Beziehung jetzt erleiden, die gewissenlose Spekulation trifft, welche lediglich sich zu bereichern und dazu den Augenblick auszubeuten bestrebt war. Mit welchem Rechte will man denn heute, nach der durchlebten Gründerperiode, die Arbeiter anklagen, daß sie für ihre Arbeit einen möglichst hohen Lohn forderten und erlangten, wenn man gesehn, wie um sie herum die Unternehmer in wildem Hochantischen Taumel sich Gewinne schufen, die nicht etwa ein Ertrag ihrer Arbeit, sondern nur ein Produkt ihres Schwindelns waren. Wir halten es zum mindesten für gewagt, es dem Arbeiter zum Vorwurfe zu machen, daß er den Tag 1, 2 oder 3 Mark mehr erhalten, daß er etwas mehr freie Zeit zur Erholung haben, daß er nicht wie ein Droschkengaul leben wollte, und das alles doch nur als ein Aequivalent für die von ihm geleistete Arbeit erstrebte, während von einer Unmasse von Unternehmern die Nation um Hunderttausende durch fingirte und künstliche Werthe geradezu bestohlen und betrogen worden ist, während sich glückliche Spekulanten durch ihre Arbeiter in „schwindelnd" kurzer Zeit zu Millionären und Rentiers umarbeiten ließen."

Nun, das läßt sich von einer gegnerischen Zeitung schon hören — auch Herr von Bismarck, welcher seiner Zeit im Reichstag gleichfalls die „Führer" der Sozialdemokratie für den Rückgang der deutschen Industrie verantwortlich zu machen suchte und vom Reichstage nur durch den Schluß der Debatte vor einem traurigen Fiasko bewahrt wurde, auch Herr v. Bismarck kann aus obigem Satze etwas lernen und sich noch besonders freuen, daß ihm diese Lehre gerade aus seinem Lauenburger Ländchen angedeiht.

Die „Lauenburgische Zeitung" fährt nun fort:

„Noch schlimmer aber scheint es uns mit der Behauptung zu stehen, daß viele Inhaber großer Unternehmungen ihre Etablissements nur darum in Aktienunternehmungen umgewandelt hätten, weil sie es müde waren, Tag für Tag mit den Arbeitern zu verkehren. Dem steht allein schon gegenüber, daß wirklich viele förmlich an den Haaren sind dazu herangezogen worden, sich gründen zu lassen. Diese haben doch wohl auch mit Arbeitern zu thun gehabt. Ferner braucht man nur die colossalen, den wirklichen Werth oft um viel mehr als das Doppelte übersteigenden Summen anzusehen, die bei solcher Umgründung gezahlt wurden, um sich die Frage, was denn wohl der Grund derselben gewesen sei, zu beantworten. Die Erinnerung an alle die betrügerischen Manipulationen, die gerade bei derartigen Umwandlungen privater Geschäfte vorgenommen worden, haftet, dächten wir, noch so frisch in aller Gedächtniß, daß man billig sich scheuen sollte, schon jetzt auf diese Weise einen künstlichen Sündenbock dem Schwindel- und Bereicherungsfieber unterzuschieben. Dazu stehen doch wohl die eigentlichen Sünder und ihre Namen noch zu gebrandmarkt vor uns."

Wenn wir diese Sätze ihres allzu persönlichen Beiwerks entkleiden, wenn wir uns nicht an die „eigentlichen Sünder", sondern an das ganze Sündersystem, an die heutige herrschende Gesellschaft und die allgemein gehegte und gepflegte Ausbeutung der körperlichen und geistigen Arbeitskraft halten, dann treffen dieselben den Nagel auf den Kopf; in ähnlicher Weise haben auch wir uns schon öfters ausgelassen.

Zum Schlusse wendet sich das Lauenburgische Blatt noch im Allgemeinen gegen die „Social-Correspondenz", indem es schreibt:

„Wenn wir es hier unternahmen, für die Sozialdemokraten einzutreten, so geschieht das gerechtigkeitshalber. Das erwähnte Blatt ist lediglich dazu ins Leben gerufen, die Sozialdemokraten zu bekämpfen. Seine Artikel werden von sehr vielen anderen Blättern nachgedruckt und im Vertrauen auf den berühmten und gewichtigen Namen, der an seiner Spitze steht, werden sie oft von denselben kaum erst auf ihre Haltbarkeit hin geprüft. Wir sind aber überzeugt, daß man gerade durch solche Kampfesart der Lösung der sozialen Frage nur entgegenarbeitet. Es kann ja für jeden, der mit in den sozialen Kampf eintritt, nicht darauf ankommen, die Sozialdemokratie todt zu machen, sondern die soziale Frage in Wahrheit zu lösen."

Selbst die Schmeichelei mit dem „berühmten und gewichtigen Namen" — ganz abgesehen davon, daß diese Bemerkung lediglich auf Ironie beruhen dürfte — kann Herrn Böhmert und seine Collegen nicht trösten gegenüber dem treffenden Verdammungsurtheil der albernen und niederträchtigen Kampfesweise der „Social-Correspondenz".

Daß die vielen kleinen Provinzialblätter den Unsinn Böhmert's, ohne ihn einmal vorher gelesen zu haben, nachdrucken, ist bekannt, denn lasen die Herrn Redakteure die Artikel der „Social-Correspondenz vorher, so würden sie trotz ihrer geringen Bildung sich schämen, von derlei traurigem Geschwätz Notiz zu nehmen.

Daß die „Social-Correspondenz" für uns, ohne es zu wollen, agitirt, das ist eine längst bekannte Thatsache; für unsere Partei wäre also eine lange Existenz jenes Blattes von Nutzen, aber für das Volk im Allgemeinen, welches die Provinzial- und Kreisblätter liest, ist es zu bedauern, daß man ihm solche Kost zu reichen wagt.

Und diese Ansicht leuchtet auch aus dem Artikel der „Lauenburgischen Landeszeitung" hervor, die den Muth hat, offen und ehrlich dem unwürdigen Treiben ihrer eigenen Parteigenossen entgegenzutreten, welche es sich zur Lebensaufgabe gemacht haben, die Sozialdemokratie zu verdächtigen und zu verleumden.

Aus Nordamerika.

New-York, 13. Juli.

Wenn der Telegraph es Ihnen nicht schon gemeldet hat, so kommt hier die Mittheilung noch immer recht, daß man die zwölf pennsylvanischen Kohlengräber, von deren bevorstehender Hinrichtung ich Ihnen schrieb, wirklich an einem Tage gehängt hat, bis auf Einen, welcher demnächst davon kommen soll. Sie haben sich alle am Galgen für unschuldig des ihnen zur Last gelegten Verbrechens erklärt, und es liegen schwer zu beseitigende Verdachtsgründe vor, daß es sich hier um einen Justizmord handelt, an welchem dann der Erzbischof Wood von Philadelphia mitschuldig sein würde. Die elf waren — bis auf einen — alle gläubige Katholiken; sie haben natürlich dem Erzbischof, welcher lange mit ihnen im Gefängnisse verhandelt hat, entweder selbst, oder durch ihre Beichtiger reinen Wein einschenken müssen. Sie scheinen also gemordet worden zu sein als Mitwisser, welche aber ihre Kameraden und eigentlichen Thäter nicht haben verrathen wollen, und der Erzbischof hat sie deshalb ihrem Schicksale überlassen. Sie sind mit großer Fassung gestorben. Warum auch nicht? Ihr Leben war ja weniger wünschenswerth als der Tod. Bemerkenswerth ist, daß die meisten Berichterstatter für die große Tagespresse, welche am Orte der Hinrichtung und bei den Schlachtopfern im Gefängnisse waren, zwar — wie natürlich — in den verurtheilenden Ton dieser Blätter einstimmen, aber scharfe Schlaglichter auf die Zustände in den Kohlenbezirken, die allgemeine Verschworenheit der besitzenden Klassen daselbst gegen die Arbeiter, das Benehmen der Behörden und die Verzweiflung der Kohlengräber fallen lassen. Sie verrathen unwillkürlich ihre Ueberzeugung, daß dieser Massenmord ein Schreckschuß für die Geheimbünde der Arbeiter und ein Mittel sein sollte, die armen Lohnsklaven noch unterwürfiger zu machen. Zahlreiche Arbeiterversammlungen im Lande haben durch Massenversammlungen die beabsichtigte Hinrichtung zu verhindern gesucht, aber der argen Corruption der pennsylvanischen Behörden gegenüber und angesichts des arbeiterfeindlichen Tones der gesammten Tagespresse vergebens. Wenn dieser Justizmord den Kohlengräbern die Ueberzeugung beibringen sollte, daß nicht Geheimbünde, sondern nur offene Agitation im Anschlusse an die Arbeiterpartei ihrem Elend steuern könne, so wären die Zwölf nicht ganz umsonst gestorben.

Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten hat im verflossenen Finanzjahr (1. Juli 1876 bis dahin 77) nahezu 600 Millionen Dollars, die Einfuhr dagegen nicht viel über 400 Millionen betragen. Man würde aber sehr irren, wenn man diese bedeutende Gunst der Handels-Bilanz für ein Zeichen unseres Wohlstandes und Gedeihens ansehn; gerade das Gegentheil wird dadurch bewiesen. Wir führen noch immer weit überwiegend Lebensmittel und Rohstoffe (Baumwolle, Heu ꝛc.) aus, und Luxuswaaren ein. Wir exportiren die Fruchtbarkeit unseres Bodens und die Erzeugnisse schlecht bezahlter Arbeitskraft, und importiren Tand und Flitter für die Wohlhabenden. Die stete Abnahme unserer Einfuhr, welche ohnehin die Abnahme unserer Kaufkraft anzeigt, wird außerdem dadurch aufgewogen, daß so viele unserer Wohlhabenden ihre Einnahmen in Europa verzehren — im letzten Jahre, zufolge Nachweisen der Wechselhäuser, volle 100 Millionen Dollars. Die ungemein starke Ausfuhr unserer Lebensmittel, mit deren Erlös wir diese Abwesenden in Europa unterhalten, und welche nur durch die arge Spekulation auf einen allgemeinen europäischen Krieg so hoch ansteigen konnte, hat unsern einheimischen Arbeitern die Lebensmittel vertheuert. Mit den übrigen 100 Millionen haben wir theils die Zinsen unserer Schulden an europäische Gläubiger bezahlt, theils unsere Schuldscheine zurückkaufen müssen, weil den Gläubigern gerade jetzt das Baargeld sicherer vorkommt — und diese Schuldsumme hat also nur die Hände gewechselt, ist nicht getilgt. Unsere Fabrikanten hatten auf große Bestellungen von Europa gerechnet, weil die Weltausstellung in Philadelphia unsere Ueberlegenheit im gewerblichen Großbetriebe an's Licht gebracht hat. Die allgemeine Lohnherabsetzungswuth kam theilweise daher, daß man bei billigern Löhnen in Hunderten von Fabrikwaaren Europa auf allen seinen Märkten unterbieten zu können dachte. Und die Erwartung wäre gewiß gerechtfertigt worden — aber die Kriegsfurcht draußen lähmt glücklicherweise den Absatz. Wir sagen glücklicherweise; denn es unterliegt keinem Zweifel, daß der amerikanische Erfindungsgeist bei größerer Kapital-Anlage (und dazu würde wohl Europa ihm verhelfen) sehr bald mit fast jedem Artikel jeden Weltmarkt erobern könnte. Wir werden gelegentlich eine Zusammenstellung liefern, welche beweist, wie ungleich rascher hier die Concentration des Kapitals, die abgefeimteste Theilung der Arbeit und die Anwendung der sinnreichsten Maschinerie zunimmt, verglichen mit drüben. England ist nicht länger, wie Karl Marx es genannt hat, das „klassische Land" der Großproduktion, des Kapitalismus und der Bourgeoisie, Amerika ist es jetzt und wird es mehr und mehr.

Die Zeiten werden vorläufig etwas besser, wenn auch sehr wenig. Zunächst haben wir eine Ernte eingeheimst, oder noch zu erwarten, welche durch ihren überschwenglichen Ertrag alle Spekulation bankrott machen und umsomehr die Lebensmittel im Preise herunterdrücken wird, als der allgemeine europäische Krieg in der nächsten Zeit ausbleiben dürfte, (?) die Lebensmittelausfuhr also abnehmen muß. Sodann haben zahlreiche müßige städtische Arbeitskräfte auf dem Lande Unterkommen gefunden, wo die hohen Lebensmittelpreise zu einer ungewöhnlich ausgedehnten Bodenbestellung verlockt haben. Endlich haben die Arbeitshäuser und Gefängnisse einen Theil der brodlosen Arbeiter festgesetzt. Freilich ist die Zahl der noch frei nach Arbeit und Brod Herumsuchenden noch immer größer als je vorher in gewöhnlichen Zeiten.

Das Gefängniß-Contraktwesen, welches fast allerwärts in den Vereinigten Staaten in voller Blüthe steht, hat neuerdings einen Stoß erhalten. Im Staate Ohio ist ein Bericht eines Comités der Legislatur erstattet worden, welcher nicht schlagender die Verderblichkeit der Verpachtung von Gefangenarbeit an Unternehmer nachweisen könnte, als er's thut, und wenn dieser Bericht auch nicht sofort Früchte getragen hat, so wird er's noch. Man sieht dies schon daraus, daß auch in zwei oder drei andern Legislaturen Anträge auf Abschaffung dieses Unwesens eingebracht worden sind. Man kann nicht beweisen, daß die Arbeiter auf diese Bewegung viel Einfluß gehabt hätten, da vielmehr hauptsächlich das Interesse mitbewerbender Arbeitgeber zur Sprache kam; allein man würde auch soviel nicht erlebt haben, gäbe es keine Arbeiterpartei, die von sich reden macht.

Innerhalb unserer Partei ist — wenn auch nicht Einigkeit — doch mehr Frieden eingekehrt, und der in den Parteiblättern und Sektionen herrschende Zwiespalt darüber, ob mehr politisch, oder mehr ökonomisch vorgegangen werden soll, wird ruhiger, ohne die früheren Verdächtigungen und Gehässigkeiten verhandelt. Leider liegen die beiden obersten Parteibehörden im Streite, der Vollziehungsausschuß in Chicago und die Aufsichtsbehörde in New-Haven erklären gegenseitig ihre Beschlüsse für nichtig, und verhindern dadurch die baldige Ausgleichung aller streitigen Punkte, während die Sektionen sich um die eine und die andre Behörde schaaren, ohne daß noch ein Vorschlag zur Beilegung alles Streites gemacht wäre. Hoffen wir auf baldige Beilegung.

In der republikanischen Partei dagegen ist eine Spaltung am Ausbruch, welche die durch Mr. Hayes Hineinschmuggelung in's Präsidentenamt beendigten Wirren wieder eröffnet. Die alten Gewerbspolitiker in dieser Partei sind unzufrieden mit Hayes, weil er in Louisiana und Südcarolina die Bundestruppen zurückgezogen und dadurch diese Staaten unwiderruflich den demokratischen Weißen in die Hände gespielt hat; sowie weil er unter dem Vorwande einer „Reform in der Aemterbesetzungsweise" Tausende von — natürlich republikanischen — Bundesbeamten abgesetzt, die Zahl der Aemter vermindert und eine Neubesetzung mit seinen und seiner Anhänger Günstlingen begonnen hat — also ganz was wir vorhergesagt. Die Unzufriedenen, zu denen einige sehr einflußreiche Politiker gehören, scheinen entschlossen, im Congreß eine Steuerverweigerung durchzusetzen, was gar nicht unmöglich ist. Da nun Herr Hayes mit den Nationalbanken, der Südlichen Stille-Meer-Eisenbahn Gesellschaft und der hohen Finanzwelt insgesammt sich eingelassen hat, nach dem bekannten Satze „Eine Hand wäscht die andere", so wird es diesmal ungeheure Summen kosten, um die widerspenstigen Parteianhänger zurückzukaufen; ja, die Bestechung mag mißlingen und die Absetzung des Präsidenten zur Folge haben. In Louisiana hat nämlich das neue Obergericht des Staates die Stimmenzählungsbehörde unter Anklage gestellt, daß sie den Wahlbericht gefälscht und Hayes statt Tilden in's Präsidentenamt gezählt habe. Diesmal ist es mit der Untersuchung bitterer Ernst, und eine Verurtheilung der Fälscher (Republikaner) sehr wahrscheinlich. Wozu dieser Skandal noch führen kann, das wagen wir nicht vorherzusagen. Gewiß scheint nur, daß die

herrschende Partei eine Menge unabhängiger, ehrlicher Stimmgeber verlieren wird, daß eine andere Parteibildung immer näher rückt. Wie prächtig könnte unsere Partei bei gehöriger Einigkeit dies ausbeuten! Dem Zusammentritt des Congresses am 1. Oktober wird mit Spannung entgegengesehen.

Der Ausstände in den Fabriken sind noch immer sehr viele, von denen selten einer erfolgreich ist, theils aus Mangel an Organisation, theils der Geschäftsstille wegen. Viel häufiger ist der Fall von Lohnabzügen, welche die Arbeiter sich ruhig gefallen lassen. In vielen Gemeinden des Landes sind auch den Lehrern Lohnabzüge gemacht worden, ohne daß die Betroffenen im mindesten an Organisation und Widerstand dächten — freilich sind über drei Viertel aller Lehrer niedrig besoldete Frauen, weshalb auch alle Personen von Willenskraft und Fähigkeiten den Beruf meiden, und die Leistungen der Volksschule — mit seltenen Ausnahmen — stetig herabgehen. Es ist schon soweit damit gekommen, daß man statistisch nachweisen will, daß ein überwältigend großer Prozentsatz unserer Verbrecher eine Volksschul-Erziehung genossen habe. Natürlich ist der Beweis erschlichen; aber der Versuch ihn zu erbringen beweist die wachsende Feindschaft der herrschenden Klasse gegen die Volksschule und spricht nicht eben sehr zu Gunsten der Leistungen derselben. Andere Pröbchen der entschiedenen Feindschaft der Bourgeoisie gegen die Volksschule giebt es sehr viele; es ist immer gut, daß sie dieselbe noch zu verhüllen suchen muß, weil sie noch zu viel Widerstand wittert. Daß die katholische Klerisei hier Ordre hat, die Volksschule durch den Antrag auf Theilung des Schul-Fonds nach der Kopfzahl der Glaubensbekenntnisse zu Grunde zu richten, bekennen einige ihrer Bischöfe ziemlich unverhohlen; daß dies nur eine Minderzahl zu thun wagt, während einzelne aus der Mehrzahl sich offen für die Volksfreischulen erklären, mag ebensowohl Furcht vor der kirchlichen Lauheit der katholischen Volksmehrheit bedeuten, als kluge Politik, gemäß welcher immer zuerst blos Einzelne Sturm laufen und die Bresche ersteigen müssen. Dank der Offenheit jener Sturmläufer sammeln sich die vorher flauen Nichtkatholiken wieder mit ziemlichem Eifer um die bedrohte Volksschule; leider aber müssen die deutschen und andre Ungläubigen das verhaßte Bibellesen und Beten darin mit in den Kauf nehmen, wenn sie mit Hülfe der kirchentreuen Protestanten den Angriff der Katholikenpartei abwehren wollen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Wir sind oft und eindringlich dafür eingetreten, daß die Haftpflicht bei Unglücksfällen auch auf die Baugewerke ausgedehnt werden müsse; diese Ansicht wird durch die wiederholten Unglücksfälle, die in München in den letzten Tagen stattfanden, in sehr eindringlicher Weise unterstützt. Auch hat sich eine dort abgehaltene, zahlreich besuchte Volksversammlung dieser Ansicht angeschlossen und folgende Resolution an den Reichstag angenommen: „Die Volksversammlung erklärt, daß der deutsche Reichstag dadurch, daß er die ihm zu wiederholten Malen eingereichten und mit Tausenden von Unterschriften versehenen Petitionen, die Erweiterung des Haftpflichtgesetzes auf das Baugewerbe betreffend, niemals in Berathung gezogen hat, das Interesse eines bedeutenden Bruchtheils des arbeitenden Volkes, der Bauarbeiter, nicht wahrgenommen hat. — Von den Vertretern Münchens im deutschen Reichstage, Freiherr v. Stauffenberg und geistlicher Rath Dr. Westermayer, fordert die Volksversammlung nunmehr jedoch, daß dieselben angesichts der in Folge leichtsinniger Bauführung in München jüngst stattgehabten schweren Unglücksfälle in der nächsten Session des Reichstages einen Antrag, dahin gehend, stellen, resp. unterstützen, daß die Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Juli 1871 auf die Baugewerbe ausgedehnt, mit entsprechender Abänderung des Titels, also im § 2 des angeführten Gesetzes statt der Worte „oder eine Fabrik" die Worte „eine Fabrik oder ein Baugewerbe" gesetzt werden. Diese Resolution soll mit ihren Unterschriften den Reichstagsabgeordneten für München und dem Bureau des deutschen Reichstags abschriftlich mitgetheilt werden." — Daß die sozialistischen Reichstagsabgeordneten diesen Antrag unterstützen werden., ist selbstverständlich.

— Der Bericht der München-Gladbacher Handelskammer, dessen charakteristische Besprechung durch die „Nationalliberale Correspondenz" wir früher schon erwähnten, ist so bezeichnend für die heutige Mißwirthschaft und deren Trägerin: die Bourgeoisie, daß wir den Hauptinhalt nach dem Resumé der Berliner „Nationalzeitung" mittheilen müssen.

„Gladbach, 17. Juli. Der Jahresbericht der Handelskammer zu München-Gladbach pro 1876 bemerkt über die hiesigen Arbeiterverhältnisse während des verflossenen Jahres, daß die Geschäftslage in den Nachbardistrikten durchgängig eine noch schlimmere gewesen sei, die Einwanderung von Arbeitern aus denselben dauernden Fortgang genommen habe und, wenn auch keine wesentliche (?) Ermäßigung der Löhne, doch zur Folge hatte, daß der frühere Mangel an Arbeitskräften aufhörte; höchstens fehlte es noch einigermaßen an gutgelernten Leuten, während im Ganzen kein Mangel an Arbeitern war. Diese Aenderung der Verhältnisse habe für die Leistungsfähigkeit der Industrie das Gute gehabt, daß von dem Arbeiter wieder die pflichtgemäße Erfüllung billiger Anforderungen in den Leistungen verlangt und durchgesetzt werden kann. Es trete jetzt immer deutlicher hervor, wie nachtheilig die durch die früher starke Nachfrage nach Arbeitskräften gelockerte Disziplin für beide Theile, Arbeiter und Arbeitgeber, gewirkt habe durch die stets zunehmende Schwierigkeit, eine gutgearbeitete Waare preiswürdig herzustellen. Denn nichts sei mehr geeignet, den Consum zu verringern, als mangelhafte und dabei theure Waare; am meisten müsse dabei aber die Ausfuhr leiden, wenn derartige Zustände im concurrirenden Auslande weniger vorherrschen und die inländische Industrie in der Concurrenzfähigkeit dann sichtlich zurückbleibe. Bei dem bleibenden Zuzug von Arbeitern in den hiesigen Bezirk und dem schlechten Geschäftsgange seien die Löhne nicht weiter gestiegen (sehr merkwürdig!), aber auch mit Ausnahme für einige wenige (?) Manipulationen und dann nur in einzelnen (?) Etablissements nicht gefallen, so daß sie heute noch durchschnittlich um 25 Proz. höher sind als im Jahre 1872, 30 Proz. höher als 1871 und 35 Proz. höher als 1869/70. Es sei indeß nicht zu erwarten, daß sie sich auf dieser Höhe erhalten werden."

Genug. In wie weit die Angaben der Handelskammer über die Lohnverhältnisse auf Wahrheit beruhen, das können wir nicht entscheiden. Der eine oder andere unserer dortigen Parteigenossen wird wohl so gut sein, diesen Theil des Handelskammerberichts einer Beleuchtung zu unterziehen.

Desto sicherer über jeden Zweifel erhaben ist die Schlußandeutung, daß eine weitere und zwar allgemeine Reduktion der Löhne zu erwarten sei. Die Lohnsklaven werden diesen Wink mit der Peitsche nach dem Brodkorb hoffentlich verstehn und das Kapital ihrer Kräfte möglichst bald im Dienst und zur Bereicherung ihrer Herren von Geldsacks-Gnaden aufbrauchen. Dann wird nicht blos diesen geholfen — an der eigenen Bereicherung liegt den wackeren Patrioten ja bekanntermaßen sehr wenig — sondern auch der nationalen Industrie. Deutschland wird die Scharte von Philadelphia wieder auswetzen und die zerknirschten Sünder von Arbeiter, die durch ihre gotteslästerliche Ueppigkeit in den „fetten Jahren" die Geschäftskrisis und durch die Anfertigung „mangelhafter und doch theurer Waare" (der einfältige Ignorant Reuleaux nannte die Waare „billig und schlecht" — aber wie konnte die Waare denn „billig" geliefert werden, sintemalen die Löhne doch notorisch zu hoch waren?) den Rückgang der deutschen Industrie verschuldet haben — sie werden bei hochgehängtem Brodkorb Buße thun in Sack und Asche, und anbetend niedersinken vor dem goldenen Kalb. — Doch genug. Auf eine nähere Kritik des Machwerks uns einzulassen, fällt uns nicht ein. Jeder unserer Leser ist in der Lage, dasselbe richtig zu beurtheilen. Unser Zweck war, die colossale Unwissenheit und geistige Verrohung (die Freude über das Elend unter den Arbeitern) der Menschen, die diesen Bericht verfaßt, und der Menschen, in deren Auftrag er verfaßt worden, an den Pranger zu stellen, und dieser Zweck ist durch die einfache Wiedergabe des Hauptinhalts, der sich selbst richtet, vollständig erfüllt.

— Zum Kapitel der Beeinflussung. Der Bergisch-Märkische Anzeiger", welcher zu Barmen erscheint, hat vor einigen Tagen ein interessantes Schreiben des Elberfelder Ober-Prokurators, Lützeler heißt die Persönlichkeit, womit derselbe sämmtliche Gerichtsvollzieher seines Sprengels bedacht hat, veröffentlicht. Dasselbe lautet:

„Nach einer mir gewordenen Mittheilung sollen die Gerichtsvollzieher häufig Blätter von staats- und regierungsfeindlicher Tendenz zu amtlichen Bekanntmachungen benutzen. Es ist dies nach einem Justiz-Ministerial-Reskript vom 2. Januar 1875 prinzipiell zu vermeiden, wenn es nicht ausnahmsweise im Interesse einer Partei geboten erscheint, oder von dieser berechtigter Weise verlangt wird. Ich spreche die Erwartung aus, daß Sie, meine Herren, dies künftig beachten werden, würde aber genöthigt sein, disziplinarisch einzuschreiten, wenn durch regelmäßige und vorzugsweise Benutzung derartiger Blätter die oppositionelle und staatsfeindliche Presse unterstützt werden sollte. Als Blätter der fraglichen Tendenz müssen von den dort erscheinenden der „General-Anzeiger", die „Bergische Volksstimme", die „Wupperthaler Volksblätter" und in neuerer Zeit auch die „Barmer Zeitung" bezeichnet werden. Diesen Blättern gegenüber empfehle ich Ihnen namentlich den „Barmer Anzeiger", welcher zugleich amtliches Kreisblatt ist und auch von mir zu meinen Bekanntmachungen benutzt wird. Das Fortbestehen des fraglichen Blattes ist aber nur dadurch möglich, das recht viele Bekanntmachungen, für welche Zahlung geleistet wird, ihm zugewandt werden und wäre es mir daher sehr erwünscht, wenn vorzugsweise der „Barmer Anzeiger" zu Verkaufsanzeigen von Ihnen benutzt würde.

Elberfeld, den 13. Januar 1877.

Der Ober-Prokurator Lützeler."

Von den angeführten Blättern gehören eines der Sozialdemokratie und zwei der Fortschrittspartei an. Herr Lützeler hat sich vermittelst einer Haussuchung in den Besitz des fraglichen Manuscriptes gesetzt, dann aber, da er hieraus nicht die gehoffte Information zu schöpfen vermochte, den Redakteur des „Bergisch-Märkischen Anzeigers" über den Einsender vernehmen lassen. Der Redakteur hat nun einstweilen seine Aussage verweigert und zwar so lange, bis er wisse, gegen wen das Verfahren gerichtet sei; er will also durchaus correct nur Zeugniß in einer Untersuchung ablegen, nicht aber durch eine Denunciation das Material dazu liefern. Ob die Angelegenheit mit dem so beliebten Zeugnißzwang enden wird, bleibt abzuwarten.

— Das „heilige" Rußland führt den Kampf für die „Humanität" nicht nur in Bulgarien, sondern auch im eigenen Lande in bezeichnender Weise. Ein großer politischer Prozeß wird einmal wieder in Scene gesetzt. 198 Personen sind angeklagt, sich an „revolutionären Umtrieben" betheiligt zu haben; 40 befinden sich in der Peter-Pauls-Festung zu Petersburg, 90 in verschiedenen Civilgefängnissen, die übrigen sind noch auf freiem Fuße. 472 Zeugen sollen in den Verhandlungen, die im Oktober stattfinden, vernommen werden — wie viele rubilisirte Zeugen darunter sind, weiß man noch nicht. — „Väterchen", welches sich in Biela in Bulgarien befindet, ist „in tiefe Melancholie versunken, die durch nichts zu verscheuchen ist" — so melden selbst russische Zeitungen. Uns scheint die Melancholie ein gelinder „Katzenjammer" zu sein, der auf den Sieges- und Champagnerrausch der letzten Zeit gefolgt sein dürfte. Man spricht auch davon, daß die Nervenaffektion des Czaren so stark sei (Delirium?), daß er fortwährend von seinen „wirklich gutmüthigen Kosaken" gemordete und geschändete türkische Kinder und Frauen als Spuk vor seinen Augen tanzen sähe. — Daß die kosakischen Greuelthaten von dem Czaren selbst gebilligt worden sind, das geht aus den für diesen Krieg besonders verfaßten und amtlich vertheilten Kriegsliedern hervor, worin es unter anderm heißt: „Ohne Zaudern vorwärts und gestürmt! Und keine Gefangenen gemacht von dem ganzen verdammten Türkenstamm! Sie haben geschunden, gepfählt und lebendig verbrannt, sie verdienen keinen Pardon!" Ein Correspondent der „Kölnischen Zeitung" versichert, daß dieses Kriegslied ausdrücklich die Genehmigung des Großfürsten-Oberbefehlshabers erhalten hat, und führt zur Bekräftigung an, daß diese Kriegslieder im amtlichen „Wilnaer Boten" erschienen sind.

Das „Wiener Tageblatt" meldet wieder neue Türkenmetzeleien, welche die Russen in Bulgarien verübt haben. Ein russischer Oberst soll ausdrücklich zu den Greuelthaten aufgefordert haben. In Tirnowa sind die Kosaken mit Frauen- und Kinderköpfen, an ihre Lanzen gespießt, durch die Stadt geritten. Weitere Greuel wurden bei Naldzikor verübt, wo eine Karavan Emigranten, welche von Sistowo flüchteten und im dortigen Walde Nachtrast gehalten hatten, ohne daß ein Flintenschuß abgefeuert wurde, niedergemetzelt wurden. Frauen und Mädchen wurden, ehe man sie mit Lanzenstichen oder Säbelhieben tödtete entehrt, selbst Kinder von 7 bis 8 Jahren wurden von diesen Bestien in Menschengestalt geschändet; fünf Personen entkamen von der über 200 Personen zählenden Karavane und brachten die Schreckenskunde in's türkische Lager. In Anudlar wurden elf Frauen und zehn Kinder von den Kosaken ermordet — das alles bekundet so recht die „gütige Natur" der russischen Soldaten, von welcher jetzt, nachdem der Czar und der Großfürst ihm schmeicheln, der englische Oberst Wellesley faselt, der früher aus dem russischen Hauptquartier ganz andere Dinge berichtete.

Zur Naturgeschichte der nationalliberalen Journalisten und Reichstagsabgeordneten.

Der Prozeß des Vaters der „schwarz-rothen Schlange", des Redakteurs der Berliner „Nationalzeitung" und Reichstagsabgeordneten Fritz Dernburg gegen unseren Parteigenossen Ulrich bietet so interessante Momente, und wirft auf die herrschende politische Moral ein so helles Licht, daß wir uns nicht versagen können, die Hauptpunkte hervorzuheben. Im Sommer vorigen Jahres (am 11. Juli 1876) brachte die von Ulrich redigirte „Neue Offenbacher Zeitung" unter dem Titel: „Die deutsche Industrie und ihr Verfall" einen Artikel, in welchem auf die notorische Bestechlichkeit der „Nationalzeitung" hingewiesen und Herr Dernburg als Redakteur dieses Blattes verdientermaßen nicht sehr glimpflich behandelt wurde. Nun hieß es aber in dem betreffenden Satz: „der Redakteur dieses Blattes, welcher notorisch bestochen worden ist", und da es Hrn. Dernburg persönlich nicht nachgewiesen werden kann, daß er sich hat bestechen lassen, so lag in diesem „welcher" eine ungerechtfertigte Beschuldigung gegen die Person Dernburg's. Dernburg klagte, wozu er ein vollkommenes Recht hatte, Ulrich wird vorgeladen, und, als die inkriminirte Stelle ihm vorgelegt worden, erkennt er sofort, daß die Klage auf einem Druckfehler beruht, indem ein r an die Stelle eines s gekommen, Herr Dernburg, welcher nicht nachweisbar bestochen, an Stelle des nationalliberalen Hauptorgans, welches nachweisbar bestochen. Ulrich sprach den Argwohn aus, daß ein bestimmtes, von den Nationalliberalen notorisch beeinflußtes Subjekt den Druckfehler absichtlich veranstaltet habe, um Ulrich in eine Falle zu bringen, und erklärte sich sofort bereit, den Druckfehler zu berichtigen und die unabsichtliche Anklage gegen die Person Dernburgs formell zu widerrufen, was er auch in der nächsten Nummer der „Neuen Offenbacher Zeitung" that. Dagegen hielt er vor Gericht und im Blatt die Anklage gegen die „Nationalzeitung" ihrem ganzen Umfange nach aufrecht, und erklärte sich bereit, den Beweis der Wahrheit anzutreten, zu welchem Behuf er die Herren v. Dieskau-Daber, Prinz Handjery und Gehlsen als Zeugen vorschlug.

Nach gewöhnlichen Begriffen war Hrn. Fritz Dernburg jetzt sein Weg sehr deutlich vorgezeichnet. Die vermeintliche Beleidigung seiner Person hatte sich in nichts aufgelöst, aber wenn auch seine Person direkt nicht mehr engagirt war, so war sie es doch indirekt. Gegen die „Nationalzeitung" war die denkbar schwerste Beschuldigung erhoben; der Ankläger hatte sich bereit erklärt, die Beschuldigung zu substantiiren — der Redakteur der „Nationalzeitung" war verpflichtet, die Ehre des von ihm vertretenen Blattes und damit seine eigene zu vertheidigen, und — das konnte nur durch Ermittelung und Veröffentlichung der Wahrheit geschehen. Stellte es sich heraus, daß die Anklage unbegründet war, gut, dann hatte er die Ehre seiner Zeitung, und damit die eigene gerettet, und für seine Partei einen moralischen Sieg erkämpft. Stellte es sich heraus, daß die Anklage begründet war, so war das Hauptorgan der nationalliberalen Partei allerdings moralisch todt, die nationalliberale Partei hatte einen wuchtigen Schlag empfangen, aber Fritz Dernburg hatte seine Pflicht gethan, — er konnte sich voller Verachtung von dem Blatt abwenden, dessen Corruption er selbst im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit hatte an's Licht ziehen helfen.

Fritz Dernburg betrat diesen so deutlich vorgezeichneten Weg nicht. Er klammerte sich krampfhaft an den Buchstaben r; ein Druckfehler würde stets in der nächsten Nummer berichtigt (!! aus unserer vieljährigen Redaktionspraxis können wir versichern, daß Druckfehler, die nicht bei der Revision entdeckt werden, mitunter Jahre lang unentdeckt bleiben, bis irgend ein Zufall sie verräth. Herr Fritz Dernburg scheint den Unfehlbarkeitsbegriff sehr weit ausgedehnt zu haben), er glaube, daß Ulrich ihn habe beleidigen wollen, und besteht darum auf der Beleidigungsklage.

Umsonst macht Ulrich geltend, daß eine Beleidigungsklage ja gar keinen Sinn habe; ob Druckfehler oder nicht, in dem inkriminirten Passus sei eine schwere Anklage erhoben, und von dieser Anklage könne Herr Fritz Dernburg sich nur durch einen Verläumdungsprozeß, der den Wahrheitsbeweis bedinge, reinigen, nicht aber durch einen Beleidigungsprozeß, der den Wahrheitsbeweis ausschließe, und die ganze Sache, um die es sich handele und durch welche Fritz Dernburg angeblich seine Ehre geschädigt hatte, vollständig unberührt lasse. Umsonst. Ulrich wiederholt in den schärfsten Ausdrücken die Anklagen gegen die „Nationalzeitung", sucht durch moralische Peitschenhiebe die Verläumdungsklage zu erzwingen — umsonst. Fritz Dernburg zuckt keine Wimper, er bleibt bei der Beleidigungsklage; das Gericht ist genöthigt, den Wahrheitsbeweis, als die Thatsache der formellen Beleidigung nicht alterirend, zurückzuweisen, und Ulrich wurde, da unzweifelhaft eine formelle Beleidigung Dernburg's vorliegt, auch „von rechtswegen" verurtheilt.

Die öffentliche Gerichtsverhandlung, welche am 21. Juli zu Darmstadt statthatte, war für Hrn. Fritz Dernburg, der sich persönlich eingefunden hatte, sicherlich kein Vergnügen.

Wir geben einige Auszüge aus dem Bericht der „Neuen Offenbacher Zeitung": „Ulrich hält seine Behauptung, nicht vor der Untersuchung von diesem Druckfehler unterrichtet gewesen zu sein, aufrecht, und erklärt auf die Aeußerung des Gerichtspräsidenten, daß er doch anderen Tages auf den Fehler aufmerksam hätte werden müssen, er habe den Fehler nicht bemerkt, indeß sei seine Berichtigung noch kurz vor der Wahl erschienen, wodurch schon von vornherein die absichtliche Entstellung der Wahrheit undenkbar sei. Uebrigens sei es traurig, daß ein Journalist, statt das direkt für Journalisten geltende Preßgesetz und den eigens auf vorliegenden Fall anzuwendenden § 11 desselben zu benützen, sich hinter die Gerichte flüchte. Wenn er, Angeklagter, in der Lage des Herrn Chefredakteur der „Nationalzeitung" gewesen wäre, so würde er unzweifelhaft den § 11 des Preßgesetzes zu Hilfe gerufen haben, nicht aber die Gerichte, denn er betrachte seine Ehre nicht wie ein Kleid, das man ihm rauben könne, und halte es zum mindesten zweifelhaft, ob durch seine Verurtheilung wegen Beleidigung des Anklägers dessen Ehre reingewaschen werde, denn Thatsache sei ein- für allemal, daß die „National-Zeitung" für faule Gründungen Reklame gemacht habe, wodurch dem Volke das Geld aus der Tasche gestohlen wurde. Anläßlich der Möglichkeit des fraglichen Druckfehlers ließ der Angeklagte durch den Vorsitzenden des Gerichts den Herrn Dernburg fragen, ob er die Thatsache anerkenne, daß in seiner Zeitung im vorigen Jahr durch einen Druckfehler eine gravirende Majestätsbeleidigung verübt wurde. Herr Dernburg mußte diese Thatsache zugeben, ebenso, daß er von Anderen auf diesen Fehler aufmerksam gemacht wurde und ihn dann berichtigte.

Ulrich wiederholt, daß die „National-Zeitung" bestochen wurde und fügt hinzu, daß sogar der Redakteur des Handelsblattes der „National-Zeitung" durch die Zeitungen der mehrfachen Fälschung seines Namens in einem Berichte über eine Generalversammlung einer Aktiengesellschaft beschuldigt sei, ohne

— Die schweren, und aller Wahrscheinlichkeit nach entscheidenden Niederlagen, welche die Russen Mitte voriger Woche in Bulgarien erlitten haben, sind in ihren politischen Folgen für die Czarenpolitik vielleicht noch verderblicher als in ihren militärischen. Der „Zauber" des russischen Namens ist, wie drüben in Asien, nun auch in Europa gebrochen, die südslavischen Völker, die in dem Glauben an die russische Allmacht und die türkische Ohnmacht sich bisher zu blinden Werkzeugen der russischen Eroberungspolitik herabwürdigten, sind plötzlich durch die denkbar schlagendsten Gründe von ihrem Irrthum überzeugt worden — die russische Allmacht war eine große Lüge, die türkische Ohnmacht war eine große Lüge. Mit dem russischen Prestige ist auch der russische Einfluß bei den slavenrumänischen Donauvölkern dahin. Das Schlimmste aber für die Russen ist der Umschwung der öffentlichen Meinung in allen Kulturstaaten. Dank der colossalen Geldsummen, die das Petersburger Kabinet echt russisch an feile Zeitungsschreiber verschwendete, während es die eigne Armee hungern ließ und läßt, hat ein großer Theil der europäischen Presse seit Beginn der jetzigen Krise die russische Politik verherrlicht, der gemeinsten Raub- und Mordlust den Mantel des Christenthums und der Humanität umgehängt, die Türken systematisch angeschwärzt: als verlotterte, grausame Barbaren. Mit welcher Gewissenlosigkeit man dabei zu Werke gegangen, das ist jetzt in den letzten Monaten an den Tag gekommen, wo Rußland genöthigt war, unter den Augen des civilisirten Europa, unter Controle englischer Offiziere und Beamten, und unter der Aufsicht der europäischen und amerikanischen Kriegscorrespondenten seine „heilige Mission" zu erfüllen. Und bei dieser Gelegenheit ist denn an den Tag gekommen, daß die Russen, während sie „Türkengreuel" planmäßig erfinden, wie sie weiland die „Bulgarengreuel" theils selbst gemacht, theils erfunden haben, Russengreuel wirklich verüben, verglichen mit denen die von ihnen erfundenen „Türkengreuel" reines Kinderspiel sind. Die Wahrheit bohrt sich zuletzt immer durch. So auch hier. Da half kein Widerstreben. Der reptiliengläubigste Philister, der fanatischste Russenanbeter und Türkenfresser konnte sich der Wucht der Thatsachen nicht verschließen: das Beweismaterial war zu überwältigend, die Zeugen zu zahlreich und zu hoch über jeden Verdacht erhaben. Festgestellt, bis zum Ausschluß jedes Zweifels festgestellt ist, daß die Russen in Bulgarien entsetzliche Greuel begangen haben und haben begehen lassen. Daß auch von türkischer Seite Bestialitäten verübt worden sind und werden — wer wollte es leugnen? Das liegt eben in dem Wesen des Massenmords, genannt Krieg. Abgesehen davon, daß das Beweismaterial gegen die Russen an Mäßigkeit weitaus das gegen die Türken übertrifft, sind hier zwei Momente in's Auge zu fassen, welche zur Beurtheilung den Ausschlag geben. Für die sozusagen zum Krieg gehörigen Greuel ist Derjenige verantwortlich, welcher den Krieg begonnen. Der Krieg ist aber von den Russen begonnen, ohne irgend „mildernde Umstände" aus niedrigster Eroberungslust begonnen worden. Das werden selbst die sonderbaren Schwärmler nicht abstreiten, die es der Türkei und dem übrigen Europa verargen, daß man die „unabhängigkeitsdürstigen, unter dem Türkenjoch seufzenden" Südslaven nicht aus Begeisterung für das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Völker — den Russen auf dem Präsentirteller überliefert. Und das zweite ausschlaggebende Moment ist: was auch immer die Soldaten in der Raserei des Kampfes gethan haben mögen, die türkischen Behörden haben abgewiegelt, die russischen aufgewiegelt. Der muhamedanische Oberpriester, der brüderliche Gesinnung gegen die christliche Bevölkerung predigt, während er zum Kampf gegen die Russen anfeuert; und der christliche Czar, der den Glaubenskrieg und damit den Bürgerkrieg mit all seinen Schrecknissen entfacht — das ist ein Bild, welches jeden Commentar überflüssig macht, vor dem die Rubellüge und die Knutenheuchelei zu Schanden werden.

Die Versuche der Russen, das Odium von sich abzuwälzen, sind höchst unglücklich. Was will es heißen, wenn ein englischer Militärattaché im russischen Hauptquartier sagt, er habe keine Greuel gesehen? Die Russen sind doch keine Idioten, die Herrn Wellesley dahin führen werden, wo er Anklagematerial gegen sie findet. Solche Widerlegungen sind schlechte Späße, sehr schlechte Späße. Und die 16 gefangenen Türken-Offiziere, die dem russischen Thronfolger sagen, die türkischen Soldaten verstümmelten die verwundeten Feinde — das sei ihnen früher befohlen, und der Befehl noch nicht zurückgenommen worden! Wenn man lügt, sollte man doch nicht so dumm lügen; wir dächten, für das russische Geld müßten bessere russische Lügen zu fabriziren sein.

Und nun der Mythus von der kolossalen militärischen Leistungsfähigkeit der Russen und der absoluten Impotenz und hoffnungslosen Lottrigkeit der Türken! Selbst wenn das Kriegsglück sich plötzlich wieder wenden sollte, so hat die Türkei eine, Freund und Feind in Erstaunen versetzende militärische Leistungsfähigkeit bewiesen, wohingegen das russische Kriegswesen sich nach allen Richtungen hin höchst mangelhaft gezeigt hat: miserable Militärorganisation (Fiasko der Mobilmachung), miserable Armeeführung, miserable Armeeverpflegung — kurz eine so verlotterte Wirthschaft, als man sich nur denken kann. Daß dies an den Tag gekommen, bedeutet für Rußland mehr als zehn verlorene Schlachten.

Das heißt für das offizielle Rußland.

Wenn es ein Volk giebt in Rußland, dann wird die Regierung zur Rechenschaft gezogen werden für das so frevelhaft vergossene Blut, für die Tausende und Zehntausende von frischen Menschenleben, die dem Landhunger eines Mannes zum Opfer gebracht werden; und die Niederlage des Absolutismus wird zu einem Triumph der Demokratie werden.

— Die „Leipziger Volkszeitung", natürlich wieder abgeklatschtes Richter'sches Fabrikat, macht unterm 28. Juli einen kleinen „fortgeschrittenen" Ausfall für das Unbegreifliche und wider das „Hauptstück aus der sozialdemokratischen Philosophie" in Nr. 1 und 2 der wissenschaftlichen Beilage des „Vorwärts". Dieser Artikel hat derart ihre Entrüstung erregt, daß wir uns „schämen" sollen, unsern Lesern „solch oberflächliches und abgeschmacktes Gewäsch vorzusetzen"; sie aber — wenn wir das Beste voraussetzen — merkt nicht, daß sie selbst diejenige ist, die das Thema „abgeschmackt" zurechtgewaschen. Anstatt daß der Artikel klar sagt, das Unbegreifliche sei gleich dem Unverständigen, und daß ein unverständiges Verständniß vom Intellekt so wenig zu verlangen sei, wie vom Auge verlangt werden könne, es solle Musiktöne oder Wohlgerüche, kurz das Unsichtbare sehen — statt dessen läßt die „Ungewaschene" sagen, das Unsichtbare und Unhörbare gehöre nicht in das Gebiet des Verstandes, und wir brauchten „das" nicht zu verstehen. Wenn die „Leipziger Richter'sche Volkszeitung" nicht besser lesen, oder das Gelesene nicht richtig wiedergeben kann, so dürfen wir uns in einen philosophischen Disput nicht mit ihr einlassen. Jedoch für den unbefangenen Leser noch einige Erläuterungen.

Die „Volkszeitung" ist starr vor Erstaunen, daß der Intellekt nichts weiter vermögen soll, als die manichfaltigen Erscheinungen der Natur und des Lebens klassificiren, also das, was zueinander gehört und nacheinander folgt, in ein „wissenschaftliches" Schema zu bringen. Sie führt die Pflanzenchemie und Pflanzenphysiologie dagegen an. Warum gerade Pflanzen die Ausnahme machen, ist uns zunächst unerfindlich. Die angezogenen Disciplinen gehören bekanntlich zu den Naturwissenschaften, und wer da an den Citaten von Schopenhauer, Hobbes und Kalischer wie sie unser „unbegreiflicher" Artikel aufführte, noch nicht genug hat, beliebe nur die Einleitung aufzuschlagen, welche A. von Humboldt seinem „Kosmos" vorausschickt. Dort wird er über das formale Wesen unseres „Naturerkennens" Aufschluß finden. Und damit sich unsere ungewaschene Freundin nicht so gar sehr an den „mechanischen" Intellekt stoße, sei David Strauß, „Alter und neuer Glaube" citirt: „Alle mechanische Naturerklärung erstreckt sich nur auf die an diesem räthselhaften Substrate wahrzunehmenden Veränderungen und läßt unser Causalitätsbedürfniß im letzten Grunde unbefriedigt."

Was nun schließlich unsere Auffassung von der Strauß'schen, Humboldt'schen, Schopenhauer'schen ꝛc. unterscheidet ist, daß diese Herren neben dem Bedürfniß nach „mechanischer Naturerklärung", neben dem natürlichen Causalitätsbedürfniß, auch noch ein Bedürfniß nach unnatürlicher, metaphysischer Erklärung, ein „unbegreifliches" Causalitätsbedürfniß haben, welches letztere dann bei der „Leipziger Volkszeitung" zu einer ungewaschenen Ausdehnung herangewachsen ist.

— Der Parteikalender für das Jahr 1878, „Der arme Conrad", ist in der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig soeben erschienen. — Eine kurze Besprechung des Inhalts lassen wir in einer der nächsten Nummern folgen.

Betrachtungen aus und über Holland.

II.

In meinem neulichen Schreiben versprach ich Ihnen, meine Mittheilungen über Holland in einer zweiten Einsendung zu ergänzen.

Lassen Sie mich vorerst noch etwas über Arbeitsverhältnisse sagen.

Amsterdam hat eine Spezialität aufzuweisen, die man, glaube ich, wohl in der ganzen Welt weiter vergeblich suchen würde: Fabriken nämlich, in welchen die große Mehrzahl der Arbeiter aus — Juden besteht! Sie, die sonst vor aller manuellen Arbeit eine Scheu haben, als ob sie ihnen in ihrer Thora verboten wäre, strenger selbst wie das Schweinefleischessen — sie findet man hier, Mann an Mann, im lärmenden Getriebe der Fabriksäle sitzen und — arbeiten! d. h. arbeiten, nicht nach der Schulze-Ujest'schen Definition dieses Wortes, der sich die Kinder Israel sonst mit besonderer Vorliebe zuneigen, nämlich gründen, schwindeln, wuchern, schachern, — nein, wirkliche, veritable, ehrliche Arbeit verrichten! Unglaublich aber wahr!

Im Grunde könnte man einen solchen Anblick einen nicht ganz unerfreulichen nennen. In so weit nämlich, als er zeigt, daß die Herren Juden, wenn sie nur erst einmal sehen werden, daß es Ernst ist, sich doch wohl dazu herbeilassen und auch ganz gut im Stande sein werden, redlich zu arbeiten und so am Ende noch einmal ganz gute und brauchbare Bürger des kommenden Arbeiterstaates zu werden. Es wird dann jenes erbarmungslose Todesurtheil, richtiger jener Ausrottungsbefehl, den ein in diesen Tagen vielgenannter, von mir seit ungefähr 10 Jahren als Mensch wie als Wahrheitsforscher hochgeschätzter Gelehrter, hierin jedoch einer seiner sonderbaren Schrullen folgend, einem zweiten Pharao gleich über die Juden verhängt hat, vielleicht doch noch umgangen werden können.

Zugestehen muß man es jenen Auserwählten Jehova's übrigens — sie haben sich ihrerseits ihr Arbeitsfeld auch gar nicht schlecht auszuwählen verstanden. Es ist die Diamantschleiferei nämlich, welche, in neuester Zeit in Amsterdam zu ganz kolossalem Aufschwung gekommen, zu einer wahren Goldquelle für diese Stadt geworden ist, und welcher sich die Amsterdamer Judenschaft, bekanntlich eine der größten Judengemeinden, mit dem diesem Volk eigenen Spürsinne für Alles, was nach „Reback" aussieht, fast ausschließlich zu bemächtigen gewußt hat.

Die Löhne, die da gezahlt und empfangen werden, müssen in der That als verhältnißmäßig recht anständige bezeichnet werden. 2—300 Gulden (1 Gulden = ca. 1 M. 70 Pf.) sind heute das gewöhnliche Einkommen eines Diamantschleifers. Du lieber schlesischer Leinweber oder auch Du, mir nicht minder lieber sächsischer Strumpfwirker, der Du meinen Brief noch bis hierher zu lesen etwa Selbstverleugnung genug besaßest, wirst hier wohl mit verzeihlichem Neid ausrufen: „Ach, könnte ich es doch auch nur auf ein so schönes Jahreseinkommen bringen!" Da hast Du mich aber gehörig mißverstanden! Unter diesen 2—300 Gulden ist keineswegs das jährliche, auch nicht das monatliche, nein, das wöchentliche Einkommen eines Diamantschleifers zu verstehen!

Und dabei sind noch die Löhne durch den augenblicklichen flauen Geschäftsgang ziemlich „gedrückt"; in der weltbekannten „guten Zeit" waren sie um ein gut Theil höher. Ja ich selbst sprach einen Diamantschleifer, der mir versicherte, einmal, bei der Bearbeitung eines werthvollen Solitärs, innerhalb 14 Tagen das runde Sümmchen von 3400 Gulden als Lohn nach Hause getragen zu haben!

Armer Baruch! Was Du wohl sagen würdest, wenn Du Deine Landsleute von heute sehen könntest! Auch Du hast einst das Schleiferhandwerk betrieben, bist aber dabei gar elendiglich verkommen. Deine heutigen Gemeindegenossen verstehen sich offenbar viel besser auf's Geschäft. Sie verkommen nicht dabei! Geschieht Dir aber übrigens ganz recht: Warum warst Du auch ein Genie.

Nach den oben gegebenen Daten wird Ihnen auch die Mittheilung nicht mehr unglaublich erscheinen, daß ich einen anderen dieser Arbeiter-Crösusse kennen lernte, der sich schon nach dreijähriger Handtirung an der Polirscheibe acht hübsche Amsterdamer Einzelwohnhäuser zusammengespart hat.

Wenn das Onkel Schulze in Potsdam wüßte, „der in goldenem Ruhmesglanze strahlende Kreisrichter aus Delitzsch", wie ihn Herr Schuldirektor und Literarhistoriker Kreißig in Frankfurt in einem neulichen Vortrage ebenso geschmackvoll wie zutreffend nannte (wobei ich nur befürchte, daß der „Glanz", den der Herr Schuldirektor an seinem angebeteten Schulze bemerkte, von einem ganz andern Punkte aus „gestrahlt" sein könnte, als von seinem „Ruhme") — wenn das Onkel Schulze in Potsdam wüßte, sage ich also, dann würde er, ungeachtet seines unberufen recht gesegneten Leibesumfangs, vor Freude

---

daß hiergegen eine Verläumdungklage seitens des Dr. Schweitzer erhoben wurde.

Dernburg suchte die Behauptung Ulrich's als unwahr hinzustellen, indem er ausführt, er habe sich, als der „National-Zeitung" der Vorwurf gemacht worden sei, sie habe 6000 Thlr. von der Berlin-Dresdener Bahn erhalten, an die Direktion gewandt und diese habe ihm erklärt, daß die „National-Zeitung" nichts erhalten habe. Die Angelgenheit seines Handelsredakteurs sei zu dessen Gunsten dieser Tage entschieden (Falsch! Herr Dernburg!), indem der Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung" wegen Beleidigung des Dr. Schweitzer verurtheilt worden sei.

Dies war dem Angeklagten denn doch zu stark, er beantragte sofortige Aussetzung der Verhandlung und Vorladung des Herrn v. Diest-Daber und des Prinzen Handjery, sowie, daß man ihm dann nicht auf Grund der §§ 185 und 186 den Prozeß mache, sondern daß man dann gegen ihn die §§ 186 und 187 betreffend Verläumdung in Anwendung bringe. Der Präsident sucht der Vorladung der Zeugen dadurch entgegen zu treten, daß er meint, dieselben hätten wegen ähnlicher Verläumdung flüchtig gehen müssen, welche Annahme offenbar unrichtig ist, denn weder der Prinz Handjery noch Herr v. Diest-Daber, auf welche sich der Angeklagte noch allein stützt, sind flüchtig gegangen, und auf den flüchtig gegangenen Gehlsen, Redakteur der „Eisenbahn-Zeitung" berief sich der Angeklagte nur beim ersten Verhör in Ermangelung der Freiheit, um andere Zeugen zu ermitteln. Der Staatsanwalt sträubt sich gegen die Vorladung der Zeugen, worauf sich der Gerichtshof zur Berathung des Antrages des Angeklagten zurückzog und nach 25 Minuten erklärte, denselben nicht Folge zu geben, indem der Wahrheitsbeweis unerheblich sei und der fragliche Artikel so wie so eine Beleidigung nach § 185 enthalte.

Die Verhandlung wird nun wieder aufgenommen und tritt zunächst Herr Dernburg vor, um zu erklären, daß, da sich der Angeklagte hauptsächlich auf die Bestechung der „National-Zeitung" durch den Berliner Bankverein berufen und er vorhin darauf nicht geantwortet habe, er nunmehr erklären müsse, daß er jetzt zum ersten Mal diesen Vorwurf vernehme. Ulrich erklärte, dies „Geständniß" des Hrn. Dernburg sei höchst interessant; die in Berlin, also am Wohnsitze des Hrn. Dernburg erscheinene „Deutsche Eisenbahn-Zeitung" wirft der „National-Zeitung", also dem Blatte des Hrn Dernburg, in ihrer Nr. 18 vom 30. April 1876 direkt und ganz entschieden vor, von dem Berliner Bankverein bestochen zu sein, das Blatt wiederholt diesen schweren Vorwurf in seiner Nr. 19 vom 7. Mai 1876 und kommt darauf selbst am 14. Mai 1876 nochmals zurück, und doch will Herr Dernburg heute erst den Vorwurf kennen lernen. Dies scheint dem Angeklagten zum Mindesten nicht gut glaubhaft.

„Dernburg, der ohnehin keinen ermunternden Eindruck machte, fühlte sich in die Enge getrieben und gab die ebenfalls höchst bezeichnende Erklärung ab, er habe die „Deutsche Eisenbahn-Zeitung" nicht gelesen, was den Angeklagten veranlaßte hinzuwerfen, daß das Nichtlesen in diesem Falle doch seinen Haken habe und von ihm stark bezweifelt würde.

Nun begann der Staatsanwalt, der sich stark für Dernburg ins Zeug legte. Er wolle jedoch als Milderungsgrund die Aufregung der Wahlzeit gelten lassen, weshalb er nur 2 Monat Gefängniß beantrage.

Schluß folgt.

— Zum Risico der Arbeit. Ein gräßliches Unglück passirte vor einiger Zeit in der Maschinenbau-Anstalt „Cyclop" in Berlin. 20 Ctnr. flüssiges Eisen befanden sich in einer Gießpfanne, welche in Ketten an einem Krahn hing, und die Former schickten sich an zu gießen, als eine Kette riß und die glühende Masse sich prasselnd zur Erde ergoß. Dem Former Wolf spritzte ein Theil des kochenden Erzes in die offene Blouse, setzte sich oberhalb des Gürtels fest und brannte daselbst tiefe Löcher in den Leib. Rasend vor Schmerz rannte der Mann mit brennenden Kleidern zur Thüre hinaus und wollte sich in einen Wasserbehälter stürzen, jedoch erfaßten ihn seine nacheilenden Collegen noch rechtzeitig und rissen ihm die Kleider vom Leibe. Der Verunglückte bot einen entsetzlichen Anblick dar. Seine Brust, sein Unterleib und seine Füße waren mit Brandwunden bedeckt, der Mann selbst seiner Sinne kaum noch mächtig. Nachdem aus der Nachbarschaft andere Kleider herbeigeschafft waren, beförderte man den Verwundeten per Droschke in's Augusta-Hospital.

— Eine sonderbare Verhaftung. Auf Verlangen des Gerichtshofes von Palermo wurde der Commandant des Lehrbataillons der hiesigen Polizeimannschaft, David Nossa, verhaftet und nach Sizilien abgeliefert. Der Verhaftung liegt folgender Grund vor: Nossa beging nach 1860 in seiner Heimath Sizilien einen „politischen Mord" und verwirkte 20 Jahre Galeere, eine Strafe, welcher er sich zu entziehen wußte. Seit der Zeit hat der Mann unter anderm Namen im Heere als Soldat gedient und ist wahrscheinlich, um sich Nachforschungen zu entziehen, selbst in die Polizeimannschaft eingetreten, in welcher er es angeblich durch musterhaften Dienst bis zum Bataillonschef in der Hauptstadt brachte. Nach 18 Dienstjahren wurde der Mann plötzlich eingezogen.

— Unfall-Statistik. Im Monat Juli d. J. wurden bei der Allgemeinen Unfall Versicherungs-Bank in Leipzig 20 Todesfälle, 14 Unfälle, die den Betreffenden Lebensgefahr bereiteten, 7 Unfälle, die ihrer Natur nach eine totale oder theilweise Invalidität der Verletzten erwarten lassen und 509 Unfälle, aus welchen sich für die Beschädigten nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit prognosticiren läßt, zusammen 550 Unfälle angemeldet Von den 20 Todesfällen ereigneten sich 5 beim Eisenbahnbau, je 3 in Steinkohlenwerken und Maschinenfabriken, je 2 in Spinnereien und Papierfabriken und je 1 in einem Steinbruch, einem Baugeschäft, einer Brauerei, einer Dachschiefergrube und beim Schiffsbau. Von den 14 lebensgefährlichen Beschädigungen entfallen 3 auf Maschinenfabriken, 2 auf Brauereien und je eine auf ein Baugeschäft, eine Cementfabrik, eine Dachschiefergrube, eine Strohpapierfabrik, eine Dampfmahlmühle, eine Färberei, eine Fabrik ätherischer Oele und Essenzen, ein Braunkohlenwerk und Tunnelbau, während von den 7 Invaliden je 1 auf eine Maschinenfabrik, eine Spinnerei, ein Baugeschäft, ein Eisenwerk, einen Steinbruch, eine Färberei und Eisenbahnbau kommen.

— Humanität der Arbeitgeber. Ein 66jähriger Seidenweber, welcher 37 Jahre für eine und dieselbe Firma in Elberfeld gearbeitet hatte, ohne daß ihm je ein Wort des Tadels hätte gesagt werden können, lieferte neulich ab. Seine Arbeit wurde wie immer für gut befunden, bezahlt und dem alten Manne gesagt, da er so lange, so treu und so gut für die Firma gearbeitet, so habe man jetzt einen andern Plan mit ihm, er möge nur morgen wiederkommen, zu weben brauche er nicht mehr. Gerührt ob solcher Liebe der theueren Firma geht er heim und freut sich auf das Pöstchen, das man ihm als Altersversorgung zugedacht. Als er andern Tags mit erwartungsvollem Herzen sich auf dem Comptoir meldet, sieht man ihn befremdet an und sagt: „Was wollen Sie denn hier? Arbeit giebt's nicht mehr. Sie sind zu alt und haben ihr Lebtag genug gewebt — wir sind Ihnen nichts mehr schuldig." — Das klingt unglaublich, aber es ist wahr. Man weiß nicht, was man sagen soll zu solchem „Fabrikantendank".

---

deckenhoch springen. Er hat es ja immer gesagt, jeder Arbeiter kann so reich werden, als es ihm gerade paßt, wenn er nur so sparsam, besonders aber so nüchtern sein will — wie Schulze. Nun müssen sogar schon in einem sozialdemagogischen Blatte Fälle aus der Wirklichkeit berichtet werden, die das auf's Glänzendste bestätigen.

Mit einer Art von Beschämung muß ich es aber constatiren: Ich erinnere mich nicht, in Deutschland auch nur einem einzigen Arbeiter begegnet zu sein, der mir hätte anvertrauen können, er habe sich schon nach drei Jahren Arbeit acht Häuser angeschafft gehabt. Entsinnen Sie sich vielleicht eines solchen Falles, Herr Redakteur? Wie, auch nicht? Nun, dann liegt das ganz offenbar daran, daß sich unter all den Millionen deutscher Arbeiter kein einziger findet, der so sparsam, besonders aber so nüchtern wäre — wie Schulze. — Doch sprechen wir wieder im Ernst, also nicht mehr von Schulze.

Es lohnt sich wohl, einmal der Ursache dieser in unseren Tagen der Kartoffelschalen-Suppen und des Hungertyphus immerhin etwas ungewöhnlichen Löhne nachzufragen. Keineswegs kann die Arbeit des Diamantschleifers eine so hoch „qualifizirte" genannt werden, als daß sie eine so extravagante Bezahlung rechtfertigte. Sie erfordert keinerlei besondere Anlagen, keinerlei besondere „Intelligenz" oder „Bildung", nach der sich, den Dogmen der Manchesterei zufolge, die Höhe der Entlohnung einer jeglichen Arbeit ja vor Allem richten soll. Hier lassen uns diese Dogmen wieder einmal gehörig im Stich.

Das Hauptrequisit besteht in einem guten Auge, um die oft verschwindend kleinen Facetten (Flächen), die an den Steinen, besonders an den „Rosetten", anzubringen sind, gehörig bemessen und erkennen zu können.

Meiner Ansicht nach haben wir die Ursache dieser höchst auffallenden Ausnahme von der Regel des „ehernen Lohngesetzes" einfach in der oft vorkommenden Erscheinung zu erblicken, daß bei neu aufkommenden oder doch zu raschem Aufschwung gelangenden Industrien (besonders Luxusindustrien) die vorhandenen geschulten Arbeitskräfte dem großen Bedarfe nicht genügen und deshalb weit über den gewöhnlichen „Tauschwerth" bezahlt werden müssen.

Die Amsterdamer Diamantschleifer verstehen sich aber auch ganz vorzüglich darauf, das geringe Angebot von Arbeitskräften künstlich aufrecht zu erhalten. Sie haben eine Gewerkschaft gebildet, welcher sämmtliche Schleifer angehören, und welche es sich nicht nur, wie andere Gewerkschaften, zur Aufgabe gestellt hat, sich jeder Herabsetzung der Löhne zu widersetzen, sondern deren Mitglieder auch die Verpflichtung eingegangen sind, ohne Einwilligung des Bundes Niemanden die Diamantschleiferei zu lehren! Und in der That sind diese Juden schlau genug, so fest zusammenzuhalten, daß es, wie man mir sagt, den Arbeitgebern trotz ihrer begreiflicherweise sehr lebhaften Bemühungen nicht gelingen will, irgend Einen den Verabredungen des Bundes abtrünnig zu machen.

Dank diesem geschlossenen Zusammenstehen haben die Diamantschleifer nicht nur jedes Herabgehen der Löhne zu verhindern gewußt, sondern sie eigentlich erst recht auf die jetzige exorbitante Höhe hinaufgetrieben.

Ich glaube, in diesem Bunde der Diamantschleifer von Amsterdam ist das Ideal einer Gewerkschaft verwirklicht, wie es unseren Gewerkschaften in ihren kühnsten Träumen vorschweben mag. Daß alle Kassen des Bundes auf's glänzendste dotirt sind, kann man sich leicht denken. Aber gerade hier, wo die Gewerkschaft so zu sagen in ihrer höchsten Vollendung dasteht, tritt auch das Zünftlerisch-Engherzige, das meiner Ansicht nach der Gewerkschaftsbewegung anhängt, am krassesten zu Tage, gerade hier zeigt es sich am deutlichsten, wie sie sich zwar gegen den Arbeitgeber richtet, zugleich aber auch den Arbeiter dem Arbeiter feindlich gegenüberstellt. Nur durch ganz besondere Protektion und mit ansehnlichen Geldopfern ist es den Außenstehenden heute möglich, in die Zunft der Diamantschleifer hineinzugelangen, und ich weiß Fälle, wo selbst Glaubensgenossen, die sich im tiefsten Elend befanden und denen durch die Erlernung der Diamantschleiferei natürlich für alle Zeit geholfen gewesen wäre, vom Bunde erbarmungslos zurückgeworfen wurden.

Nun kann ich aber wirklich nicht einsehen, warum gerade diese Handvoll Leute allein solche riesige Gewinne einstecken soll und ich würde es deshalb für sehr vernünftig halten, wenn deutsche Arbeiter, die sich zu diesem Handwerk für geeignet erachten, also vor allem solche aus demselben Fache oder doch aus ähnlichen Berufsarten, statt zu Hause zu verhungern, nach Amsterdam gingen, die Phalanx der Diamantschleiferei zu durchbrechen suchten, was ihnen bei energischem Zusammenwirken schließlich doch gelingen muß, und dann den Herren Juden beim Einheimsen ihrer Schätze ein wenig behilflich sein wollten.

Wer übrigens glaubt, die armen Fabrikanten (auch meist Juden), die es mit einer so widerhaarigen Arbeiterschaft zu thun haben und denen so schwere Löhne abgepreßt werden, bemitleiden zu müssen (und es giebt ja jetzt so viele von echter Humanität erfüllte und deshalb die Leiden der armen, unterdrückten Fabrikanten tief mitempfindende Seelen), den bitte ich, mit seinen Thränen vorläufig noch zurückzuhalten. Ich kann versichern, daß die Amsterdamer Diamantschleifereibesitzer trotz alledem doch ganz leiblich ihr Auskommen finden. So weiß ich z. B. Einen, der sich in diesem Geschäfte sogar ein kleines Vermögen beiseite zu legen gewußt hat. Dasselbe wird von Eingeweihten heute auf circa 80 Millionen Gulden geschätzt. Man wird mir zugeben, der Mann ist wenigstens vor der ärgsten Noth geschützt. Wie das der Mann fertig gebracht hat, das wird man zu begreifen anfangen, wenn ich hinzufüge, daß in seiner Fabrik vor nicht zu langer Zeit ein Diamant bearbeitet wurde, den er im rohen Zustande für eine Million gekauft hatte und den er nachher an den Khedive von Egypten für 7 Millionen weiter verkaufte. Sechs Millionen Gulden Gewinn an einem einzigen Steinchen!

Und da fragen diese Völker noch, wo ihnen ihr Geld, ihre Steuern hinkommen! Da habt Ihr's ja! Millionen des Euch abgepreßten, so schwer verdienten Geldes werden vergeudet, Herrn C. in Amsterdam in die riesige Tasche gesteckt, blos damit so ein — Herrscher auf seinem Kopfdeckel oder an seinem Sabul ein glänzendes Steinchen mehr herumtragen könne!

Um unliebsamen Mißverständnissen vorzubeugen, bemerke ich gleich hier, daß obige Worte eben nur an die Unterthanen des Khedive und dann etwa noch an die Nubier, die Dahomeer, die Zulukaffern und ähnliche ungebildete Völkerschaften gerichtet waren, die eben noch in gar so schändlicher Weise geknechtet werden und dabei noch gar so kolossale Ochsen sind, daß sie sich für die Tollheiten ihrer Despoten willig den letzten Bissen vom Munde wegreißen lassen. Bei uns ist das Alles natürlich ganz anders.!

Apropos — ein Rechenexempel! Wer kann mir ausrechnen, wie viel Schweiß und Blut und Thränen wohl in so einem einzigen kleinen Krystall versteinert sein mögen? Der glückliche Löser dieser Aufgabe erhält einen Berechtigungsschein für Plötzensee oder einen ähnlichen angenehmen Landaufenthalt.

Da wären wir nun auf einmal in die Politisirerei hineingerathen. Und das erinnert mich noch zur rechten Zeit, daß sie ja der eigentliche Gegenstand meines heutigen Briefes sein sollte. Ich wollte Ihnen Einiges über die politische Stimmung, die politischen Anschauungen in Holland mittheilen. Hierbei interessiren uns Deutsche natürlich vor allem diejenigen über unser theures, glorreich geeinigtes Vaterland.

(Schluß folgt.)

Correspondenzen.

Constantinopel, 27. Juli. Mehr und mehr gewinnt es den Anschein, als wenn die Türkei das Vorrücken der Russen an der europäischen Seite nicht aufhalten könnte; der Balkan ist überschritten und bald dürften wir die Russen vor unserer Stadt erscheinen sehen.*) Die Türken blicken düster in die Zukunft, die sich mit jedem Tage mehr umwölkt; sie sehen sich verlassen, in einer verzweifelten Lage und ohne Finanzen; England parlamentirt hin und her in heftigen Reden im Ober- und Unterhaus, thut aber natürlich nichts; Oesterreich bewegt sich von Fall zu Fall, sperrt bald den Hafen von Kleck auf und schließt ihn wieder, befriedigt die Slaven, schmeichelt den Ungarn und richtet das Auge der Deutschösterreicher auf die Nothwendigkeit der Erhaltung der Türkei; Italien, von einem langen Schlummer erwacht, guckt verstohlen auf den Orient und Albanien, denkt sich: Lasse mich klug sein, wo die Anderen zanken und streiten, ist für mich reiche Ernte und die Lombardei kostete wenig, Rom einen Grenadier und die Erfüllung meiner letzten Wünsche vielleicht gar nichts. Frankreich hat gegenwärtig gar zu viel mit Lulu zu thun, als daß es an den Orient denken könnte. Deutschland endlich bewundert die Christenbefreiung, die Rußland unter Kanonendonner in's Werk gesetzt. Da habt Ihr das Bild der Völker, wenn sie unter dem Regime stehen, dessen wir heute in Europa genießen; ein Krieg, der vermieden werden konnte, wenn gegenseitiges Vertrauen zwischen den europäischen Diplomaten existiren würde, wüthet nun in barbarischster Form seit Monaten, ohne Zweck, ein Krieg, dessen Ende noch nicht abzusehen und der ohne Nutzen für die Christen des Orients ist, weil deren Befreiung nur dann wirklich einen Sinn hätte, wenn dies durch die vereinten vorgeschrittenen civilisatorischen Kräfte, nicht im Namen der Religion, sondern im Namen der Menschheit, der hilfebedürftigen Menschheit geschehen wäre. In dem Falle wäre kein Widerstand von der Türkei gemacht worden, denn die vereinte Kraft hätte schon jeden Widerstand von vornherein unmöglich gemacht. Jetzt ist es anders, und die Völker ernten die Folgen ihrer heimischen Mißstände, die sich im europäischen Diplomatenspiegel in vorstehend bezeichneten Farben abbilden!

Die Türken bieten Alles auf, oder geben sich wenigstens den Anschein, als wollten sie sich bis auf's Messer vertheidigen. Der Obercommandant der Donauarmee, Abdul-Kerim Pascha, und der Kriegsminister, Redif Pascha, sind abgesetzt worden; Beide werden des Verraths durch die Volksstimme beschuldigt; Einige wissen sogar die Summe anzugeben, wofür sie ihr Land verkauft haben, die Wenigsten jedoch suchen die Mißerfolge dort, von wo sie wirklich kommen. Die Anführer werden in jedem Lande des Verraths bezichtigt, wenn der Sieg nicht auf deren Seite steht. Solche Fälle stehen massenhaft in der Geschichte und verdienen keine Beachtung, wenn sie nicht bewiesen werden können.

Dem sei aber wie ihm wolle, Thatsache ist, daß die Russen beinahe ohne Anstrengung über eine oder mehrere Straßen des Balkans gelangt sind, wo sie von den Türken gar nicht erwartet waren, und die daselbst keine Vorkehrung zur Vertheidigung getroffen hatten. Wer aber die Leichtsinnigkeit und Nachlässigkeit der Türken kennt, wird solche Umstände erklärlich finden, ohne Verrath zu wittern. Vor kurzem hatte ich erst Gelegenheit, von diesen mißlichen Zuständen mich augenscheinlich zu überzeugen, und wohl ohne Uebertreibung kann behauptet werden, daß unter solcher Administration und Leitung die beste Armee nur einen sehr relativen Werth haben könne!

Diese Mißwirthschaft wird auch hier von einigen Patrioten erkannt; die Regierung entbehrte seit einigen Tagen mehr und mehr des Vertrauens der Masse, die wahrscheinlich bei wiederholten Schlappen die Gelegenheit benutzen wird, wieder ein changement de décoration in Scene zu setzen, wie wir es seit neuerer Zeit bereits öfters gesehen haben.

Gerüchtweise verlautet hier, daß der Sultan den Sitz der Regierung nach Brussa verlegen wird, falls die Hauptstadt durch die Russen wirklich bedroht werden sollte. Constantinopel würde in dem Falle bis auf's Aeußerste vertheidigt werden, jedoch ohne große Schwierigkeiten zu nehmen sein, denn die Vertheidigungsarbeiten schreiten erbärmlich langsam voran, da es an wirklicher Energie gebricht, die gewöhnlich hier zu Lande dann erst entwickelt wird, wenn es bereits zu spät ist

Die weiteren politischen Vorfälle lasse ich für heute ohne Erwähnung, da Ihnen dieselben ohnehin schon bekannt sind; nur sei noch gesagt, daß hier Alles den gewöhnlichen Gang geht und die Ruhe und Ordnung vollständig ist. Dies zur Beruhigung der dortigen Gemüther, da es einige Blätter giebt, die sich damit amüsiren, Sensationsnachrichten über allerhand hier geschehene Unmöglichkeiten zu bringen, wovon gewöhnlich nirgend anderswo etwas zu entdecken ist, als im Hirn einiger hiesigen, vielleicht dafür bezahlten, resp. rubilisirten Correspondenten.

*) Das Blatt hat sich seitdem bekanntlich zu Gunsten der Türkei erheblich gewendet.

Aufforderung.

Sonntag, den 12. August, Nachmittags 3 Uhr, findet im Hecht'schen Lokale, an der Bode zu Staßfurth, eine Conferenz der Parteigenossen aus dem Wahlkreise Calbe-Aschersleben statt zur Besprechung örtlicher Organisation in den verschiedenen Orten und Städten, damit die Agitation regelrecht und fruchtbringend betrieben werden kann. Die Parteigenossen, welchen daran liegt, daß wir bei der nächsten Wahl einen bedeutenden Fortschritt, wenn nicht Sieg verzeichnen können, fordern wir auf, aus folgenden Städten Vertrauensmänner zu dieser Conferenz zu schicken, um Antheil an den Berathungen zu nehmen, a so aus Calbe a. d. S., Schönebeck, Frose, Salze, Aken a. d. E., Kochstedt, Aschersleben, Königsau, Thale, Quedlinburg, überhaupt aus allen größeren Orten, welche zum Wahlkreise gehören und hier nicht aufgeführt sind. Parteigenossen, wir erwarten, daß Ihr Eure Schuldigkeit thut, denn so ist es uns nur möglich, vorwärts zu kommen. Herr Hurlemann wird auch anwesend sein und an den Berathungen Theil nehmen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A. der Staßfurther Parteigenossen.

C. Boensch, Leopoldshall, Carlstraße 2.

NB. Für das Unterkommen der auswärtigen Parteigenossen wird bestens gesorgt werden, falls ihnen die Rückreise am Tage der Conferenz nicht möglich sein sollte.

Druckfehlerberichtigung. In einem Theile der Exemplare der vorigen Nummer des „Vorwärts" heißt es in der sozialpolitischen Uebersicht: Pane et lavozo — es muß aber selbstverständlich heißen: lavora.

Briefkasten

der Redaktion. J. H. in Coburg: Behalten Sie den „Parteigenossen" im Auge. Sollte er sich direkt und absichtlich gegen die Interessen der Partei vergehen, so wissen Sie ja, an wen Sie sich zu wenden haben. Das Urtheil desselben „Parteigenossen" über „unsere Parteipresse" ist mehr albern als infam — uns deshalb gleichgültig. — C. W. in Halle: Ein zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurtheilter ist zu der von Ihnen angeführten Handlung nicht berechtigt, da ihm die bürgerlichen Ehrenrechte abgehen. § 34 des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich sagt ausdrücklich: „Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bewirkt ferner die Unfähigkeit, während der im Urtheile bestimmten Zeit: 5) Zeuge bei Aufnahme von Urkunden zu sein." Da nun ohne Urkunde die testamentarische Vermachung eines Vermögens unmöglich ist, so folgt daraus, daß ein zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurtheilter das Verfügungsrecht über sein Vermögen eingebüßt hat. — W. B. in Ellerbeck: Wir kennen das preußische Dissidentengesetz nicht. Nach sächsischem Gesetz hätten Sie zunächst dem Ortsgeistlichen die Absicht des Austritts aus der Landeskirche mündlich anzuzeigen; nach Verfluß von 4 Wochen wäre demselben Geistlichen schriftlich mitzutheilen, daß Sie bei dem Entschluß, aus der Landeskirche auszutreten, beharren. Den Schlußakt würde dann Ihre Eintragung in's Civilstandsregister seitens des Bezirks-(Kreis-)Gerichts bilden. Von der Kirchensteuer sind die sächsischen Dissidenten nach Vorzeigung einer Bescheinigung über ihren Austritt aus der Landeskirche befreit.

der Expedition. C. Hesse in Mühlhausen i. Th.: Senden Sie 2,40 Mk. per Postanweisung oder Briefmarken ein und Sie erhalten das Gewünschte dann frei zugesandt.

Quittung. Pnngr Bremen Ab. 47,00. Rdl Halle Ann. 0,70. Schrfttr Salzburg Ab. 1,64. Zchrds Hermannstadt Ab. 4,00. Exped. der „Wahrheit" Breslau Ab. 1000,00. Jng Kragojevatz Ab. u. Schr. 19,00. Mtg Altona Ab. 20,00. Lpp Halberstadt Ab. 1,00, Schr. 4 20. Exped. der „Freien Zeitung" Duisburg Ab. 3,00.

Parteigenossen, welche mir Arbeit als Schlosser nachweisen können, werden ersucht, mich umgehend benachrichtigen zu wollen, ich würde zu gleicher Zeit die Agitation dortselbst übernehmen. Offerten ersuche ich an die Expedition des „Hessischen Volksblatts", Cassel, zu richten.

Fonds für Gemaßregelte.

Durch E. Fischer Thonberg 4,10.

Anzeigen 2c.

Leipzig. **Donnerstag**, den 9. August, Abends 1/2 9 Uhr, im Saale des Hrn. **Michael**, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die bevorstehende Landtagswahl und die Communalwahlen. Referent H. Ramm.

70] **Der Agent.**

Ottensen. **Donnerstag**, den 9. August, Abends 9 Uhr, in **Burmeister's Salon:**

Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Rechenschaftsbericht des Arbeiter-Wahlcomités. [60

F. Heerhold.

Die Rundschau.

Organ für sozialistische Propaganda.

No. 2

ist erschienen und an diejenigen Filial-Expeditionen zur Versendung gelangt, welche über Nr. 1 abgerechnet haben.

Druckfehlerberichtigung. Im Leitartikel, zweite Seite des Blattes, Zeile 11 von unten, muß es heißen: Werkzeug, statt Werk.

☛ Diejenigen **Filial-Expedienten**, welche mehr wie 10 Expl. der Nr. 1 übrig behalten haben, werden ersucht, den darüber hinausgehenden Rest retour zu senden.

Im Verlage der Leipziger Genossenschafts-Buchdruckerei erscheint in den nächsten Tagen und ist durch die Unterzeichneten zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Inhalts-Verzeichniß.

Vorwort, mit gedrängter Statistik über die letzten Reichstagswahlen. — **Vollständiges Kalendarium** (protestantisches, katholisches, Sonnen- und Mondwechsel, Tages- und Nachtlängen 2c.). — **Umsonst geopfert.** Erzählung von Robert Schweichel. **Glück und langes Leben.** Episode nach dem Leben von Carl Hillmann. — **Die Erziehung zur Ungleichheit und Unfreiheit.** Von X. Y. Z. — **Ludwig Börne** (Biographie). Mit Portrait. — **Die Wiener Arbeiter von 1848.** Von Wilhelm Blos. — **Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben.** Von F. W. Fritzsche. — **Die Werththeorie.** Kapitel aus der politischen Oekonomie von H. Oldenburg. — **Eine Epistel zur Kindererziehung.** Von Emil Roßbach. — **Die Wichtigkeit der Grund- und Bodenfrage.** Von Georg Vollmar. — **Der Himmel.** Naturwissenschaftliche Skizze von W. Bracke. — **Saint Simon** (Biographie). Mit Portrait. — **Die dümmste Frau.** Humoreske. — **Die Menschenaffen.** Mit Illustrationen. — **Die Pariser Commune.** Von X. X. — **Gedichte:** „An die Reichen" von Viktor Hugo; „Aus der Jugendzeit" und „Der alte Demokrat" von Aug. Geib. — **Anekdoten. Sinnsprüche. Räthsel. Sprüchwörter. Wichtige Entdeckungen und Erfindungen.** — **Marktverzeichnisse**, nach Provinzen eingetheilt. — **Ebbe- und Fluth-Tabelle.**

Die Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und geschnitten.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pf.**, gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen **60 Pf.**, gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.**, einzusenden, wofür wir es **franco per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von **1 Dutzend aufwärts** berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 " " " } **netto gegen baar.**

Expedition des Vorwärts, Leipzig, Färberstr. 12/II.

Allg. deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin.
SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a, 2 Tr.

☛ **Besteller aus dem Norden wollen ihre Aufträge nach Berlin, diejenigen aus Süd- und Mitteldeutschland nach Leipzig adressiren.**

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: W. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boß, 1139 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Bankermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 93. Freitag, 10. August. 1877.

Der „Arme Conrad"

für das Jahr 1878 ist soeben erschienen, und wie der Leser aus der Anzeige im Annoncentheil ersieht, dem Wachsthum der Partei entsprechend, in größerem Umfang und mit größerer Mannichfaltigkeit des Inhalts als für das laufende Jahr. Auch in der Ausstattung läßt sich, so gut sie bisher war, ein Fortschritt erkennen. Wenn wir das stattliche Buch — denn ein solches ist's mit seinen 128 Seiten Lexikon-Oktav — in dem wohlbekannten geschmackvollen Umschlag, das bedeutungsvolle, künstlerisch wohlgelungene Titelbild an der Spitze, die vorzüglichen Holzschnitte, das weiße Papier, den sauberen, großen Druck betrachten und die anderen Kalender daneben halten, dann können wir getrost aussprechen: unser Kalender ist, was die äußere Ausstattung betrifft, den besten, zum Theil viel theureren Kalendern zum mindesten ebenbürtig, welche von Privatspekulanten oder feindlichen Parteien in Umlauf gesetzt werden — von dem löschpapiernen Schund gar nicht zu reden, der unter dem Namen Kalender in Millionen von Exemplaren dem leichtgläubigen Publikum aufgeschwindelt wird. Was aber die innere Ausstattung anlangt, so ist er ihnen nicht blos ebenbürtig, nein — ist er ihnen weitaus überlegen. Ein Blick auf das Inhaltsverzeichniß zeigt die Mannichfaltigkeit des gebotenen Stoffs, die Tüchtigkeit der behandelten Fragen. Außer der Novelle, von der wir blos zu sagen haben, daß sie von Schweichel ist und eins der interessantesten Vorspiele der deutschen Arbeiterbewegung zur historischen Unterlage hat, finden wir lebendige Skizzen, humoristisch — ernst, je nach dem —, Schnurren, wissenschaftliche Ausführungen, pädagogische Aufsätze, historische Skizzen, Biographien, statistische Notizen, Gedichte, Anekdoten — kurz in bunter Abwechselung Unterhaltendes und Belehrendes, und die Wissenschaft nie in den steifen Vatermördern und dem geschmacklosen Professorenfrack der Doktrin, sondern das Belehrende stets unterhaltend und dem entsprechend das Unterhaltende auch stets belehrend.

Kein Zweifel, der „Arme Conrad" ist ein Sozialdemokrat vom Haupt bis zur Zehe, jeder Zoll, oder richtiger jede Zeile ein Sozialdemokrat, vom ersten Buchstaben bis zum letzten aus einem Guß, aber so wenig wie die tödtliche Langweile des Philisterismus braucht der Leser die Zu- und Aufdringlichkeit der Tendenz zu fürchten. Tendenz hat der „Arme Conrad", sie zieht sich wie ein rother Faden durch den gesammten Inhalt, allein sie belästigt uns nicht durch trockenes Moralisiren und schulmeisterliches Doziren: sie hat Fleisch und Blut angenommen und spricht aus dem Gegenstande selbst, aus den Thatsachen und Personen.

Der „Arme Conrad" für das Jahr 1876 ist in 41,000 Exemplaren verbreitet worden, der diesjährige in 50,000, der für 1878 muß sich und der Partei einen noch ausgedehnteren Leserkreis erobern. Ja: sich und der Partei. Wohin der „Arme Conrad" dringt, da bereitet er den Boden und streut den Samen des Sozialismus aus. Und weil er den Boden bereitet, an den Verstand, an das Herz sich wendet, statt mit gedankenlosem Phrasengeklingel blos an die Ohren, darum fällt auch der Same auf fruchtbaren Boden, schlägt Wurzeln und reift zur Saat.

Möge ein jeder Parteigenosse es als Ehrensache, als Pflicht betrachten, dem „Armen Conrad" Eingang in möglichst viele Wohn- und Werkstätten zu verschaffen — nur bei Massenverbreitung kann der „Arme Conrad" seine „Mission" erfüllen und ganz das sein, was zu sein er berufen ist: ein Bahnbrecher für unsere Ideen, ein Pionier des Sozialismus.

Die Vorgänge in den Vereinigten Staaten

haben der herrschenden Presse wieder einmal Gelegenheit gegeben, sich in ihrer ganzen Erbärmlichkeit zu zeigen. Daß sie, mit wenigen lobenswerthen Ausnahmen, berserkerwüthig über die amerikanischen Arbeiter hergefallen, und, ohne den Sachverhalt zu kennen, einfach aus Klassenhaß und blinder Parteisucht dem Vorgehen der Arbeiter jede Berechtigung abgesprochen, den Füsiladen Beifall geklatscht und an den Behörden nichts anderes zu tadeln gehabt hat, als daß dieselben keine Massenmetzeleien im Versailler Maßstab inszenirt haben — das war von vornherein selbstverständlich und kann uns kein Wort der Kritik entlocken.

Ebenso selbstverständlich war es, daß ein Theil der Presse einen geheimen Zusammenhang der amerikanischen Ereignisse mit dem „Treiben der Sozialisten, der Internationalen" herauswittern, die zu einer Insurrektion aufgepufften Vorgänge als das Werk einer sozialistisch-communistischen Verschwörung hinstellen würde, obgleich die nämlichen Blätter früher bei Hundert verschiedenen Gelegenheiten triumphirend auf die leider nicht zu bestreitende Thatsache hingewiesen hatten, daß der Sozialismus unter der amerikanischen Arbeiterbevölkerung im Ganzen noch sehr wenig Wurzeln geschlagen hat. Für unsere Reptilienpresse bestehen derartige Widersprüche nicht; sie selbst steht auf einem so tiefen geistigen Niveau, und hat von dem geistigen Niveau ihrer Leser eine so niedrige Meinung, daß sie die flagrantesten Widersprüche theils nicht bemerkt, theils ihrem Publikum bieten zu dürfen glaubt.

Nicht minder selbstverständlich war es, daß das Reptiliengesindel die Gelegenheit benutzen mußte, um Schmutz auf die freien Institutionen der Vereinigten Staaten zu werfen und dem deutschen Reichsphilister ad oculos zu demonstriren, wie glücklich er doch ist, daß er das hübsche stehende Heer hat, vermittelst dessen man jeden Moment etwaige Ruhestörer bequem niederschießen kann; und wie thöricht und undankbar es von ihm ist, über Militärlasten, hohe Besteuerung, Darniederliegen der Geschäfte in Folge des Militarismus zu klagen.

Wie gesagt, Alles das war selbstverständlich, und hat uns daher nicht überrascht. Einigermaßen überrascht aber hat uns die Gedankenlosigkeit, mit der verschiedene Blätter, bei denen wir sonst, trotz aller Gegnerschaft, eine gewisse Objektivität, ein gewisses ehrliches Bestreben, den Dingen auf den Grund zu gehn, zu bemerken geglaubt hatten, über die Vorgänge in den Vereinigten Staaten urtheilen und schreiben. So finden wir z. B. in dem „Hamburgischen Correspondenten" (Nr. 177 vom 28. Juli) einen Artikel, betitelt: „Die Emeute der Nordamerikanischen Eisenbahnbediensteten", der uns in der Berliner „National-Zeitung", „Magdeburger Zeitung" und ähnlichen Reptilienorganen nicht aufgefallen und keiner Bemerkung werth gewesen wäre; wegen der Achtung, die dieses Blatt genießt und die wir selbst wiederholt ihm gezollt, aber von uns nicht unbeachtet gelassen werden kann.

Der Artikel beginnt:

„Für den Umfang und die Verbreitung sozialistischer Ideen innerhalb der modernen Gesellschaft und für die Bereitschaft der Massen, sich den Wortführern dieser Ideen bei passender Gelegenheit anzuschließen, haben die neuesten amerikanischen Ereignisse Belege geliefert, wie sie schlagender kaum gedacht werden können. Was wollen gelegentliche Tumulte bedrängter und in ihrer Existenz bedrohter Arbeiter, was Arbeitseinstellungen innerhalb einzelner Gewerbe oder Ortschaften im Vergleich zu einer Beamten-Verschwörung bedeuten, deren Theilnehmer nach Zehntausenden zählen, das Dienstpersonal der wichtigsten Verkehrsanstalt eines der ausgedehntesten Staaten der Welt umfassen und innerhalb dieses Staates fast allenthalben von der Bevölkerung der großen Städte unterstützt werden? Als Aristoteles die Behauptung aufstellte, daß der denkbar gefährlichste öffentliche Zustand der der Herrschaft eines schlecht bezahlten Beamtenthums sei, hatte er lediglich das kleine, auch zur Zeit Philipp des Macedoniers noch immer halbaristokratische Athen im Auge; was würde dieser als Politiker und Gelehrter gleich große Grieche in unseren Tagen gesagt haben, wo es Staaten giebt, die halbe Welttheile umfassen und wo das Subaltern-Personal einzelner Zweige des öffentlichen Dienstes — z. B. der Angestellten des Post- und Eisenbahnwesens — zahlreicher ist, als die stärkste Armee, welche der Lehrer des großen Alexander jemals zu sehen bekommen!"

Wir trauten unseren Augen nicht. „Für den Umfang und die Verbreitung sozialistischer Ideen" sollen die neuesten amerikanischen Ereignisse Belege geliefert haben, wie sie schlagender kaum gedacht werden können. Aber wo? wann? Wir haben alle Berichte, so weit sie bis jetzt vorliegen, genau durchmustert, allein nirgends die leiseste Andeutung, daß der Einfluß sozialistischer Ideen auch nur ernstlich vermuthet, geschweige denn nachgewiesen worden sei. Bei den Tumulten in Chicago und der New-Yorker Massenversammlung war allerdings die Rede von sozialistischen Einflüssen, aber die Chicagoer Tumulte waren nur ein Nachspiel der eigentlichen Bewegung, und die New-Yorker Versammlung hatte blos den Zweck, Klarheit zu gewinnen und Stellung zu nehmen, und steht mit dem, was der „Hamburgische Correspondent" eine „Emeute" zu nennen beliebt, außer allem und jeglichem Zusammenhang. Wie, fragen wir, konnte ein Blatt, das nicht ohne Grund bisher in dem Ruf stand, die Wahrheit zu respektiren, sich zu einer so wahrheitswidrigen, durch nichts gerechtfertigten Behauptung zu versteigen, und auf diese wahrheitswidrige Behauptung einen ganzen Leitartikel zu gründen? Wir können uns dies blos durch die Annahme erklären, daß jedesmal, wenn die ökonomischen Mißverhältnisse zu einem bedeutsamen Protest — in welcher Form es auch sei — seitens der unterdrückten Klassen führen, zu einem Protest, der die Wurmstichigkeit, die Hohlheit des heutigen Gesellschaftsbaus zur Erscheinung bringt, daß dann jedesmal sich der herrschenden Klassen eine Art panischen Schreckens bemächtigt, der auch die vernünftigsten Glieder erfaßt und für den Moment der Verfügung über ihre Vernunft beraubt.

Und wie kommt das Blatt dazu, von einer „Beamten-Verschwörung" zu reden? Die Eisenbahn-Beamten und -Arbeiter sind mit ihren Forderungen öffentlich hervorgetreten, sie haben den Strike erst begonnen, nachdem ihre öffentlich gestellten Forderungen abgelehnt waren, und der Strike ist ein allgemeiner geworden. Wo steckt da die „Verschwörung"? Die Eisenbahn-Beamten und -Arbeiter haben nichts gethan, wozu sie nicht das verfassungsmäßige Recht hatten. Sie hatten und haben das Recht, Forderungen an ihre Arbeitgeber zu stellen, gerade wie diese das Recht, Forderungen an ihre Arbeiter zu stellen. Sie hatten und haben das Recht, den Arbeitsvertrag aufzuheben, wenn dessen Bedingungen ihnen nicht mehr behagen — gerade so wie die Arbeitgeber. Und daß sie schließlich alle zusammenhielten — was ist da Wunderbares? Freilich für Aristoteles, den der „Hamburgische Correspondent" sehr überflüssiger Weise hereingezogen hat, wären die amerikanischen Vorgänge sehr „wunderbar", aber wir leben im 19. Jahrhundert nach, und nicht im 4. vor Christi Geburt, und die Redaktion des „Hamburger Correspondent" befindet sich in der commerziellen Hauptstadt Deutschlands. Wenn die deutschen Postbeamten der Freiheit genössen, nach der sie sich sehnen, und die jeder vernünftige Mensch ihnen wünscht, würden sie etwa weniger einmüthig gegen Herrn Stephan stehn, als die amerikanischen Eisenbahnarbeiter gegen ihre tyrannischen „Vorgesetzten"? Wo das Interesse sich lebhaft geltend macht und gemeinsame Interessen existiren, da herrscht immer fester Zusammenhalt. Und daß es sich im vorliegenden Fall um solche Interessen, um Interessen, die sich bei jedem Individuum auf's Lebhafteste geltend machen müssen, ja um Lebensinteressen in des Worts kräftigster Bedeutung handelte, das haben wir bereits hervorgehoben, als wir die Lohnpreise und Lebensmittelpreise in den Vereinigten Staaten mit einander verglichen.

Kurz, die Vorgänge in den Vereinigten Staaten bieten Dem, der die amerikanischen und überhaupt die modernen ökonomischen Verhältnisse nur einigermaßen kennt und Schlüsse zu ziehen vermag, absolut nichts Ueberraschendes.

Apropos, man hat Hamburg schon eine suburb (Vorstadt) von London genannt, und die Redakteure des „Hamburgischen Correspondenten" sollen in London ziemlich zu Haus sein — wissen sie nicht, daß vor mehreren Jahren in London ein Constabler-Strike drohte, und eines schönen Tags London nicht einen einzigen Constabler zu seiner Bewachung gehabt hätte, wenn nicht die Behörden rechtzeitig so vernünftig gewesen wären, nachzugeben? Wären die Londoner Behörden solche scham- und rücksichtslose Aussauger gewesen, wie die Direktoren der amerikanischen Eisenbahnen es notorisch sind, dann hätten wir das merkwürdige Schauspiel haben können, daß das Militär „zum Schutz der Ordnung" gegen die ordnungsstörende Polizei aufgeboten, und aller Wahrscheinlichkeit nach Blut vergossen worden wäre. Und die Gelehrten des „Hamburgischen Correspondent" werden doch nicht behaupten, die Londoner Constabler seien Sozialdemokraten, ständen unter der geheimen Leitung von Carl Marx?

Die weiteren Auslassungen des „Hamburger Correspondent" können wir füglich übergehn. Genug: Mitte und Ende des Artikels entsprechen dem Anfang. Blos der Schlußpassus sei angeführt, die „Moral" für Deutschland:

„Außer der bewaffneten Armee besitzen wir mehrere unbewaffnete Armeen, deren Glieder nach Zehntausenden zählen und der conservativen Elemente und festen Traditionen des Soldatenstandes vielfach entbehren. Daß auf diese Heere sogenannter Beamteter, denen die eigentliche Beamtenqualität durchschnittlich fehlt, die sozialdemokratische Partei hochgespannte Erwartungen setzt, sagen ihre Organe uns täglich. Bis jetzt sind diese Erwartungen getäuscht worden, zu dauernder Beseitigung der von dieser Seite lauernden sozialen Gefahr werden die Hilfsmittel der bloßen Subordination und Disziplin aber schwerlich ausreichen."

Wenn es nicht Altweibergewinsel über eine Denunziation ist, so kann es nur der verschämte Vorschlag sein, den in Frage stehenden „unbewaffneten Armeen" die „festen Traditionen des Militärstands", mit andern Worten eine stramme militärische Organisation zu geben. Warum nicht jedem Reichsbürger diese Segnungen der Wachtstuben- und Pferdestall-Civilisation zukommen lassen? Warum nicht jeden Reichsbürger gleich nach der Geburt in sein Regiment, Bataillon und Compagnie einreihen und ihm die betr. Buchstaben und Zahlen auf die Stirn einbrennen, damit die übrigen Reichsbürger gleich sehen, wohin er gehört, und er selbst durch jeden Blick in den Spiegel an die Ehre, deutscher Reichs- und Kasernenbürger zu sein, erinnert wird?

Und solcher, den Fundamentalsätzen des Liberalismus und dem gesunden Menschenverstand in's Gesicht schlagender Unsinn in dem intelligentesten Organ des deutschen Bourgeois-Liberalismus! Darnach messe man die Intelligenz unserer Bourgeoisie.

Auch die „Provinzial-Correspondenz" liefert ihren „Senf" zu den amerikanischen Vorgängen. Der Senf ist natürlich „Kohl", und natürlich müssen „die sozialdemokratischen Utopien" herhalten, obgleich gnädigerweise zugegeben wird, daß die Sozialdemokraten dieses Verbrechen zufällig nicht auf dem Gewissen haben. Die „Provinzial-Correspondenz" ist bekanntermaßen der Moniteur des „Flinte schießt Säbel haut"-Staatsmanns, und zur Charakteristik des „Provinzial-Correspondenz"-Kohls, der sich höchstens zur Besprechung im Feuilleton eignet, brauchen wir blos zu bemerken, daß Graf Eulenburg noch derselbe ist, wie an dem Tag, wo er in jener denkwürdigen Rede den moralischen Bankrott des herrschenden Systems proklamirte.

Nachschrift. Soeben geht uns die neueste Nummer des sozialistischen Gewerkschaftsorgans in Amerika, des „Labour Standard" zu, und diese, das Datum des 21. Juli tragende Nummer bringt noch kein Wort von dem Sturm, der um jene Zeit loszubrechen begann. Offenbar wurde der „Labour Standard" von den Ereignissen gerade so überrascht, wie das übrige Publikum der „Vereinigten Staaten".

Unsere gewerkschaftliche Presse.

Seit zwei, drei Jahren ist die Arbeiterbewegung in Deutschland nicht nur in Bezug auf ihre äußeren Organisationsformen, sondern auch in Bezug auf den Charakter ihrer Agitation in ein neues Stadium getreten. Wie sehr diese Behauptung für die ausschließlich politische Seite der Bewegung zutrifft, haben die beiden letzten Congresse der sozialistischen Partei bewiesen. Und dieser Beweis gipfelt in nichts mehr als in unserm Zeitungswesen. Niemals wurde in früherer Zeit der sozialistischen Presse so viel Aufmerksamkeit gewidmet, als auf den Congressen 1876 und 1877. Nicht aus Liebhaberei oder durch Zufall ist dies geschehen, sondern die Verhältnisse, in welchen die Partei zu leben und zu athmen gezwungen ist, drängten dazu. Je mehr die Partei sich ausbreitete, je mehr Berührungspunkte sie mit den Gegnern fand, desto verschiedenartiger mußten die Waffen sein, mit welchen für die Sache des arbeitenden Volkes gekämpft wurde. Als eine der wichtigsten und tüchtigsten Waffen erkannte man sehr bald die Presse, kein Wunder, daß überall nach einem Preßorgan lebhafte Sehnsucht erwachte. Mit dem Centralorgan der Partei, so sehr dessen Förderung und Verbreitung auch allen Genossen am Herzen liegen sollte, wollte man sich nicht bescheiden — auch solche Leser sollten aufgesucht werden, welche nur für ein Lokalblatt Sinn und Verständniß haben. Daß es solche Leser giebt, Leser, welche nur an der Hand lokaler Interessenfragen und deren Besprechung zur Prüfung und Wür-

digung allgemeiner Interessen geführt werden können, unterliegt keinem Zweifel. Bis zu diesem Punkte befand sich unsere Presse auf dem rechten Wege, was übrigens nicht ausschließt, daß bei Erwägung der Bedarfsfrage häufig sehr voreilige, rosenroth gefärbte Antworten ertheilt wurden. Dieser Schönfärberei ist es geschuldet, daß einzelne unserer Organe nach kurzem Dasein, weil nicht lebensfähig, eingehen, andere bis auf diesen Tag mit schweren materiellen Sorgen kämpfen mußten.

War nun im allgemeinen die Richtung, welche unser Zeitungswesen auf politischem Gebiet einschlug, eine vernunftgemäße und nothwendige, so kann dies von unseren gewerkschaftlichen Organen nur zum geringen Theil gesagt werden. Die einzelne Gewerkschaft ist durchaus nicht zu vergleichen mit der einzelnen Provinz. Die Mitglieder einer Gewerkschaft wohnen nicht an einem Orte oder in einer engbegrenzten Gegend, sie finden sich so ziemlich überall vor. Nicht lokale, sondern allgemeine gewerkschaftliche Interessen sind die Triebfeder ihres Wollens und Wirkens. Der Kampf um die bessere Lebenshaltung, der Kampf für den Normalarbeitstag stößt bei den Unternehmern und Kapitalisten in allen Arbeitszweigen auf denselben Widerstand, einfach weil der Angriff oder die Abwehr seitens der Arbeiter auf der ganzen Linie derselben Taktik unterstellt ist. Diese einheitliche Taktik ist keineswegs eine freiwillige, willkürliche — sie entstammt dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise, hat einen rein sozialen Charakter, kennt für alle Gewerke nur ein Commandowort und wird ebensogut vom Schneider wie vom Zimmerer, vom Schlosser wie vom Tischler verstanden.

Trotz dieser Thatsachen glaubten die einzelnen Gewerkschaften bis jetzt ebenso vorgehen zu müssen, wie die Genossen in den einzelnen Provinzen. Sie vergaßen das weise Wort: „Eines schickt sich nicht für Alle!“ Warnungen blieben unbeachtet, Versuche, eine andere Strömung in das Zeitungswesen der Gewerkschaften zu bringen, scheiterten entweder sofort, oder brachten es nur zu kleinen Anfängen. Der Sondergeist hatte die Herrschaft angetreten. Jede Gewerkschaft spekulirte auf ein eigenes, für sie allein bestimmtes Blatt. Wenige nur dachten daran, daß die ganze Gewerkschaftsbewegung aus kleinlichen Anfängen nicht herauskommen könne, so lange man auf eigene Faust seiner Wege gehe, statt sich um das Ganze zu bekümmern. Es war nicht mehr gesunde Decentralisation, Föderation, was den Ton angab, nein, es war Reaktion, welche auf die Selbständigkeit pochte, um das Unselbständigmachen der betreffenden Gewerkschaften zu verdecken, um das Hintreiben zum Ufer des Kastengeistes zu beschönigen. Wurde dagegen opponirt, so kamen Einwürfe, darunter der, daß die Gewerkschaften ohne Gefahr für ihre Einzelexistenz in ein Bündniß untereinander nicht eintreten dürften. Dieser Einwurf jedoch ist durchaus hinfällig, da im Schaffen eines Centralorgans noch keineswegs das Verzichtleisten auf die Einzelexistenz begründet liegt. Im Gegentheil, durch solches Centralorgan wird den einzelnen Gewerkschaften eine Sorge abgenommen, welcher sie bis auf wenige Ausnahmen nicht entfernt gewachsen sind. Sind sie von dieser Sorge befreit, dann können sie sich mehr und mehr ihren innern Angelegenheiten zuwenden, können durch erhöhte Agitation nach außen die Zahl ihrer Genossen vermehren. Erhöhte Agitation setzt natürlich erhöhte Kosten voraus. Aber gerade die Kassen der Gewerkschaften werden sich bei einem Centralorgan gut stehen. Denn nicht allein die geringen geistigen Leistungen in kleinen Gewerkschaftsblättern, sondern auch die verhältnißmäßig großen Kosten, welche solche Separatorgane im Gegensatz zu einem leistungsfähigen Centralorgan verschlingen, mahnen eindringlich zur Wandlung auf den bisherigen Wegen.

Wie es mit den geistigen Leistungen mancher Gewerkschaftsblätter steht, ist mit wenigen Worten zu sagen. Nicht Blatt, nicht Circulair, nicht Fisch, nicht Fleisch, appelliren diese Preßerzeugnisse an die beschränkten Anschauungen derjenigen Leser, die sich lieber mit dürftiger als mit guter Lektüre begnügen, weil das dürftige mehr ihrer Gewohnheit entspricht. Statt dieser Gewohnheit den Garaus zu machen, wird sie noch gehätschelt, werden ihrem üppigsten Sprößling, dem Vorurtheil, die Backen gestreichelt. Ein Centralorgan wird in diesen Fehler nur selten verfallen können, seine Existenz schon würde bedeuten: Durchbrechung der Gewohnheit, Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Bestrebungen in einem geistigen Mittelpunkt, Erziehung aller Gewerkschaftsmitglieder zu der Ueberzeugung, daß die Arbeiterfrage nur dann ihrer Lösung entgegeneilt, wenn die Angehörigen der verschiedenen Arbeitergruppen sich einen Einblick in die gesammte Bewegung verschaffen, wenn der einzelne Gewerkschaftler es verlernt hat, vor lauter fachgewerkschaftlichen Bäumen den Wald der allgemeinen Bewegung nicht zu sehen.

Vielleicht kommt der Einwand, daß die Leitung mancher Gewerkschaften erst dann eine emancipirte und gute sein könne, wenn sie mit der Redaktion eines gewerkschaftlichen Organs vereinigt werde. Das ist aber nicht wahr. Ein guter Verwaltungsbeamter und Agitator wird nicht immer ein befähigter Redakteur sein und umgekehrt. Gerade weil auf diesem Gebiete heute noch so viel gesündigt wird, gerade deshalb klebt den meisten gewerkschaftlichen Blättern die redaktionelle Eierschale noch auf allen Seiten fest. Hat eine Gewerkschaft nicht Mittel genug, um ihren Leiter ganz zu besolden, und will sie diese Mittel durch ein Blatt, das sie den Mitgliedern in die Hände drückt, auftreiben, so ist das eine keineswegs löbliche Handlung. Denn es wird den Mitgliedern eine geringe Waare, hier ein unbedeutendes Blatt, unter eigener Firma geliefert, während unter gemeinsamer gewerkschaftlicher Firma für denselben Preis eine gute Waare, ein Centralorgan, zu beschaffen wäre. Wer wagt dies zu leugnen? Aber, heißt es, die Gewerkschaft braucht eine Leitung und braucht ein Blatt; das Centralorgan kostet uns Geld, ohne alles von uns in seinen Spalten aufnehmen zu können. Gut. Eine Leitung mittler und großer Gewerkschaften muß und kann voll besoldet werden, die Brücke hierzu baut die Agitation. Kleine Gewerkschaften können sich leicht mit unbesoldeter oder theilweise entschädigter Leitung behelfen, sind doch fast alle Gewerkschaften in ihren ersten Tagen nach diesem Grundsatze aus dem Gröbsten herausgearbeitet worden. Und was nun die Frage betrifft, ob ein Centralorgan der Gewerkschaften allen Anforderungen genügen könne, so kam über die Antwort mit Hinweis auf den allgemeinen sozialen Theil dieses Blattes kein Zweifel sein. Sie lautet ja. Im besonderen Theil, den Rubriken für die einzelnen Gewerkschaften, würde allerdings manche Einschränkung erforderlich sein, aber sicherlich zum besten aller. Das Unwichtige würde endlich auf Kosten des Wichtigen, Lehrreichen und Interessanten positiv in den Hintergrund treten. Sollte eine einzelne Verwaltung einen besonderen Alp auf dem Herzen haben, so kann sie sich davon in Circulairen befreien. Er wird dann doch nur vor die Füße derjenigen gewälzt, welche ihn zu würdigen wissen.

Wie auch unsere gewerkschaftliche Presse betrachtet werden mag, immer zeigt es sich, daß sie heute nicht auf der Höhe der ihr gestellten Aufgabe steht; sie kann nicht darauf stehen, da sie in der Zersplitterung der nöthigen Kraft entbehrt, um sich zu dieser Höhe emporschwingen zu können. Aber noch mehr. Ohne Centralorgan wird sie schwerlich jemals diese Höhe erreichen können. Besonders trifft dies für die kleinen und mittleren Gewerkschaften zu. Was bleibt da zu thun? Nun nichts anderes, als sich endlich aufzuraffen zum gemeinsamen Handeln. Ein gutes Vorbild ist vorhanden; erst neuerdings wurde es von dem deutschen Zimmerergewerk, dem Bund der Tischler und dem Bund der Böttcher (Küper) gegeben. Das Gewerkschaftsorgan „Der Bund“ wurde mit dem „Pionier“ verschmolzen und letzterer vom 1. August an als „Centralorgan der Gewerkschaften Deutschlands und der eingeschriebenen Hilfs- (Kranken- und Sterbe-) Kassen“ bezeichnet. Dieses Organ erscheint wöchentlich einmal in ansehnlichem Format. Es kann ohne Ueberhebung als schätzenswerther Anfang in der Centralisation der gewerkschaftlichen Blätter, als längstersehnte Neuerung begrüßt und besonders jenen Gewerkschaften und ihren Hilfskassen empfohlen werden, welche es nie zu einem nennenswerthen Spezialorgan zu bringen vermögen, oder welche unter der Last eines unfertigen Spezialorgans seufzen. Schon zählt der „Pionier“ über 8000 Abonnenten — schließen sich ihm noch einige Gewerkschaften an, dann kann er mit Stolz und zum Besten der deutschen Gewerkschaftsbewegung sich das nennen, was er heute nur in Bescheidenheit, getreu seinem Namen, als Pionier thut: Centralorgan! —

Ich bin zu Ende. Mögen diese Worte nicht in den Wind gesprochen sein. Nicht inneren Zwiespalt will ich erregen, sondern wecken helfen die Macht, welche in den Gewerkschaften schlummert und gegen die Nadelstiche geringfügiger Kräfte unempfindlich ist. Den kürzesten Weg zum Bessern sehe ich heute nur in der strikten Befolgung des Losungswortes: Reform, Centralisation unserer gewerkschaftlichen Presse! A. G.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Deutschland nimmt unter den Kulturstaaten in Bezug auf die Weltausstellung in Paris, die im nächsten Jahre stattfinden soll, eine höchst merkwürdige und bedauerliche Stellung ein. Wir haben es schon für den schwersten Fehler, ja für eine grobe Schädigung der deutschen Industrie erklärt, daß das deutsche Reich die Weltausstellung nicht beschicken will; jetzt hören wir noch, daß außer Deutschland nur die Groß- und Kulturstaaten: Marokko, Chili, Griechenland und Brasilien fern bleiben werden, daß aber die Zahl der Aussteller, und die Zahl und Bedeutung der ausgestellten Gegenstände viel größer sein wird, als jemals zuvor auf einer Ausstellung. Man sieht, daß Deutschland es versteht, sich Sympathien bei den anderen Nationen zu erwerben — das Kriegshandwerk wird gepflegt, das Friedenshandwerk aber vernachlässigt.

— Der Präsident des Reichstags, der nationalliberale Herr von Forckenbeck, soll eine höchst merkwürdige Tischrede in Breslau während der Generalversammlung des Vereins für Volksbildung gehalten haben. Ein Correspondent meint, es wäre manchmal schwer, in den ernsten Sitzungen das rechte Wort zu finden, dies gelänge besser bei dem zwangslosen Verkehr, hier also beim Festessen — nun, das läßt sich hören, der Wein ist ja bekanntlich der Zungenlöser und so kann man wohl einen Theil jener Rede auf Rechnung des Weines schreiben. Forckenbeck erzählte nämlich, daß er früher immer nach links gestürmt sei — das früher muß aber schon sehr lange her sein, da er schon 1863 für den Militärcompromiß war — jetzt aber strebe er mehr nach rechts. Dies letzte dürfte Herr von F. eigentlich als bekannt voraussetzen. Er meint nun, daß die Gesetzgebungsmaschine allzurasch gearbeitet hätte; es müsse viel corrigirt und verändert werden. Das ist nun ein sehr hübsches Eingeständniß — gerade Herr v. F. als Reichstagspräsident hat immer mit Hochdruck gearbeitet und arbeiten lassen; Valentin ist eine höchsteigene Erfindung des „allverehrten“ Reichstagspräsidenten. — Zum Schlusse forderte der tapfere Herr v. F. die Nationalliberalen auf, muthig zurückzuweichen; er sagte nämlich wörtlich: „Keine Thorheiten, keine Unüberlegenheiten! Zurück auf die Schanzen zur mannhaften Vertheidigung des bisher Errungenen! Alles Uebrige wird von selbst nachfolgen!“ — Welche nationalliberale Heißsporne mögen den „verehrten“ Herrn Präsidenten wohl zu dieser „mannhaften“ Rede veranlaßt haben? Sollte es gar unser Eduardchen, die tapfere Mannesseele sein, der die sicheren Schanzen verlassen und gegen den grünen Bundesrathstisch Sturm laufen möchte? Nun, zerbrechen wir uns darüber nicht den Kopf; Herr v. F. dachte gewiß selbst an keinen Heißsporn seiner Partei, er mußte etwas reden, er hat etwas geredet und der Wein scheint ihm redlich dabei geholfen zu haben — die mannhafte Schanzenvertheidigung und der muthvolle Rückzug deuten wenigstens darauf hin.

— Ein Compliment. Die „Vossische Zeitung“, welche den Reptilienblättern ein Dorn im Auge ist, weil sie nicht in ihr Horn bläst und sich eine ehrenhafte Unabhängigkeit bewahrt hat, brachte vorige Woche einen sehr vernünftigen Artikel über die Vorgänge in Amerika. Daß sie nicht auf die Arbeiter schimpfte, nicht die Nothwendigkeit stehender Heere und starker Regierungen als „Moral“ entdeckte, nicht die Vereinigten Staaten in Koth zog, weil sie von diesen Pfeilern der Civilisation nichts hat wissen wollen — das waren natürlich große Verbrechen, und das Robolski-Organ, die „Weser-Zeitung“ übernahm es, die Sünderin abzustrafen. „Die „Vossische Zeitung“, so schreibt Robolski (1, 2, 3 oder irgend eine andere Nummer — der Original-Robolski sitzt, glauben wir, augenblicklich im Zuchthaus, wegen allzugroßer Begeisterung für Eigenthum und Sittlichkeit) also: „Die „Vossische Zeitung“ enthält einen Leitartikel, der offenbar für das Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands, für den „Vorwärts“ berechnet war und nur durch einen ärgerlichen Zufall in die Spalten des Berliner Annoncenmoniteurs gerathen sein kann.“ Bravo! Sehr witzig! Und herzlichen Dank! Ein Bourgeoisblatt bringt einen anständigen Artikel, — das kann nur ein Mißverständniß sein — der Artikel gehört in den „Vorwärts“. Die Reptilienlogik ist köstlich. Uebrigens acceptiren wir die Kritik der Bourgeoispresse, ebenso wie das ausgemachte Compliment, welches zwar unfreiwillig ist, aber gerade durch seine Unfreiwilligkeit gleich jener vernichtenden Kritik, erst seinen eigentlichen Werth erlangt.

— Ein frivoler Mord. Dem „Graudenzer Geselligen“ wird aus Strasburg in Ostpreußen vom 25. Juli Folgendes berichtet:

„Auf einem in unserem Kreise gelegenen Gute befand sich ein aus Polen gebürtiger Gärtner in Diensten. Dieser beklagte

Zur Naturgeschichte der nationalliberalen Journalisten und Reichstagsabgeordneten.

(Schluß.)

Ulrich begann seine Vertheidigung und sprach etwa Folgendes: Dieser Prozeß hat an sich eine höchst eigenthümliche Vorgeschichte, er wurde in der unverantwortlichsten Weise von dem Herrn Dernburg selbst und auch von dessen Partei ausgebeutet. Herr Dernburg selbst genirte sich, wie mir von glaubwürdiger Seite versichert wurde, keineswegs, in Rumpenheim in einer Versammlung zu erklären: Ulrich sei zu Kreuz gekrochen und habe ihn, den Herrn Dernburg, um Verzeihung gebeten. Diese Behauptung ist eine völlig unwahre und kennzeichnet die unwürdige Benützung des Prozesses zu Wahlzwecken seitens des Herrn Dernburg selbst. Ich habe den Herrn Dernburg nicht einmal gesehen, geschweige denn ihn um Verzeihung gebeten; ich habe noch nie um Verzeihung gebeten, thue es auch heute nicht, ja ich werde es so lange nicht thun, als ich einen Athemzug in mir fühle. Dies möge sich der „verehrte“ Herr Chefredakteur der bestochenen „National-Zeitung“ merken und nicht wieder wie in Rumpenheim offenbare Unwahrheiten behaupten. Dies unanständige Verfahren des Herrn Dernburg wurde noch übertroffen durch das seiner Parteigenossen. Diese Herren fälschten zunächst die von mir in diesem Prozesse unterschriebenen Protokolle in der verachtungswürdigsten Weise und als sie darauf von mir zurechtgewiesen wurden, erschien ein Flugblatt, in welchem meine Protokolle nur theilweis wiedergegeben wurden, unter der lügnerischen Behauptung, daß es die ganzen seien, selbst an den Mauern wurden dieselben angeschlagen und somit gewiß in einer höchst unanständigen Weise gefälscht und gelogen. Zur Sache selbst habe ich nicht nöthig ein Wort zurückzunehmen, denn selbst wenn die Ausdrücke dem § 185 verfallen sind, so habe ich doch lediglich das Kind beim rechten Namen genannt, als ich die berechtigten Interessen meiner Partei, die die „National-Zeitung“ in empörendster Weise angegriffen hatte, zu wahren suchte. Es steht mir demzufolge unzweifelhaft der § 193 des R.-Str.-G.-B. zur Seite. Und was nun die Annahme des Herrn Staatsanwalts anlangt, daß der fragliche Artikel in der Aufregung der Wahlzeit geschrieben worden sei, so habe ich zu erwidern, daß ich denselben mit der größten Kaltblütigkeit schrieb, selbstverständlich jedoch ohne den „verhängnißvollen“ Druckfehler, durch welchen sich Herr Dernburg so empfindlich beleidigt fühlt. Schließlich will ich zu der Bemerkung des Herrn Staatsanwalts, betreffend der Glaubwürdigkeit hinsichtlich der von mir gemachten Angaben über den Druckfehler bemerken, daß ich die diesbezügliche Erwägung wohl dem hohen Gerichtshof überlassen muß, der, da ich schon vielfältig vor ihm stand, gewiß zugeben wird, daß ich nicht aus Furcht vor einiger Zeit Gefängniß mich hinter einem Druckfehler verkriche, das überlasse ich anderen Leuten. Zwei Monat Gefängniß beantragt der Herr Staatsanwalt, nun gut, abgesehen davon, daß ich mich nicht davor fürchte, meine ich jedoch, daß das für die Beleidigung des Herrn Chefredakteur der „National-Zeitung“ doch ein bischen starker Tabak sei, weshalb ich es dem Gerichtshof überlasse zu urtheilen. Uebrigens bin ich mit dem Resultat dieser Verhandlung zufrieden, denn für die von mir behauptete Thatsache glaubte ich genügende Beweismomente angeführt zu haben. Der Staatsanwalt bestreitet, daß für den Angeklagten der § 193 spreche und meint, wenn er gewußt hätte, daß der Angeklagte den Artikel mit Kaltblütigkeit geschrieben habe, so würde er zwei Monat für ein zu geringes Strafmaß angesehen und mehr beantragt haben. Er verwahrt sich dagegen, daß die Ansicht Raum gewinne, daß der Angeklagte den Beweis der Wahrheit angetreten habe. Ulrich replizirt demgegenüber seine bereits angeführten Aussagen und wendet sich dann nochmals gegen den Ankläger Dernburg. Ich bin überzeugt, führte der Angeklagte aus, daß der Herr Friedrich Dernburg, Chefredakteur der „National-Zeitung“, nicht geklagt haben würde, wenn der Druckfehler in dem Artikel nicht enthalten gewesen wäre, denn derselbe hat nicht einmal geklagt, als die „Deutsche Eisenbahnzeitung“ vom 14. Mai v. J. schrieb:

„Die bestochene „National-Zeitung“ schweigt noch immer über unsere Vorwürfe, und Herr Dernburg genirt sich nicht als Abgeordneter und Chefredakteur dieses nationalliberalen Reptils unter seinen Collegen zu verkehren.“

„Ich meine, dieser Angriff ist weit schärfer, er bezeichnet den Herrn Dernburg als Chefredakteur eines nationalliberalen Reptils! Warum klagte der Herr Dernburg nun hier nicht, wo es doch weit eher nöthig gewesen wäre, sowohl seine persönliche Ehre als die Ehre seiner Partei zu wahren? Gegen die „Eisenbahn-Zeitung“ hätte sich Herr Dernburg wenden sollen, wenn er glaubt, daß er nicht der Chefredakteur eines nationalliberalen Reptils sei. Die „National-Zeitung“ ist und bleibt jenes Blatt, welches für faule Gründungen Reklame machte, dem Volke das Geld aus der Tasche stahl, dessen Handelsredakteur seinen Namen unter einem Bericht einer Aktiengesellschaft fälschte, und Herr Dernburg ist Chefredakteur dieser „National-Zeitung“. Da der Staatsanwalt nichts mehr zu bemerken hatte, so erklärte der Gerichts-Präsident, daß das Urtheil am 27. Juli Morgens 8 Uhr verkündet würde.“

Das Urtheil lautete bekanntlich auf einmonatliches Gefängniß.

Herr Dernburg hat diese Verurtheilung in alle Winde telegraphiren lassen. Und das von dem Sachverhalt nicht unterrichtete Publikum wird zu dem Glauben verleitet, Herr Dernburg habe seine und der „National-Zeitung“ Ehre gegenüber der Anklage der Bestechlichkeit siegreich vertheidigt. Wie wir gesehen, ist das nicht der Fall, und hat Herr Fritz Dernburg umgekehrt es verhindert, daß die Anklage der Bestechlichkeit untersucht wurde. Ob diese Taktik des Herrn Fritz Dernburg geeignet ist, die Anklage zu entkräften, das wird Jeder sich selbst sagen können.

Und noch Eins. Nach dem Bericht der „Neuen Offenbacher Zeitung“ hat Herr Fritz Dernburg gesagt, „die Angelegenheit seines Handels-Redakteurs (des berüchtigten „Schweitzer-Schweiger“) sei dieser Tage zu dessen Gunsten entschieden worden. Wenn Herr Fritz Dernburg dies gesagt hat, hat er die Unwahrheit gesagt oder doch etwas, was auf eine Unwahrheit hinausläuft. Allerdings ist Herr Dedo Müller, welcher den Schweitzer der Bestechlichkeit anklagte und verschiedene Fälle anführte, vom Gericht in Berlin verurtheilt worden, aber gerade so wie Ulrich in Darmstadt verurtheilt worden ist, nämlich weil der Kläger den Beweis der Wahrheit verhindert hat.

Herr Fritz Dernburg steht also genau auf gleicher Stufe mit „seinem Handelsredakteur“ und hätte denselben nicht wegzujagen brauchen. Bei Beiden die gleiche räthselhafte Scheu vor dem Wahrheitsbeweis. Ein Herz und eine Seele, eine Angst und eine Ehre.

Und die Moral von der Geschicht'? — Der Leser wird sie auch ohne uns finden.

— Verdunckert. Die Berliner „Volkszeitung“ bringt in einer der letzten Nummern einen Feuilleton-Artikel des Rabbi-Bernstein „über fleischfressende Pflanzen“. Der Artikel selbst bietet nichts Interessantes;

sich eines Tages über zu magere Kost und schlechte Behandlung und drohte den Dienst zu verlassen, wenn dies nicht anders würde. Darauf ließ der Pächter des Gutes, Herr v. Z., den Gärtner sofort festnehmen und behufs Auslieferung an die russische Behörde über die Grenze bringen. Da aber die russische Behörde die Annahme des Mannes verweigerte, wurde derselbe zu seinem früheren Brodherrn zurückgeführt. Nun ließ dieser in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher den Gärtner ins Amtsgefängniß stecken, aus welchem der Verhaftete nach kurzer Zeit ausbrach, um nach der nahe gelegenen Grenze zu fliehen. Der Pächter eilte ihm mit mehreren Leuten nach und forderte ihn zum Stehenbleiben auf, widrigenfalls er auf ihn schießen würde. Der Entsprungene, der sich schon jenseits der Grenze befand und sich dort sicher glaubte, soll diese Aufforderung höhnisch zurückgewiesen haben. Herr v. Z. schoß und traf so unglücklich, daß der Entsprungene todt niederstürzte."

Die Berliner „Volkszeitung", die das Vorkommniß „ein beklagenswerthes Ereigniß" nennt, fügt obiger Erzählung folgende Sätze hinzu: „Wir finden in der Handlungsweise des Gutsbesitzers von Anfang bis zu Ende die nackteste Willkür und Mißbrauch der Amtsgewalt. Hoffentlich wird die Staatsanwaltschaft sich der Sache mit Eifer annehmen." — So! Das nennt man „Willkür und Mißbrauch der Amtsgewalt" — wir nennen es mit dem allein richtigen Ausdruck Mord. Es ist ein Mord, den der Arbeitgeber an seinen Arbeiter ausgeübt hat, ein feiger, heimtückischer Mord, der in keiner Weise beschönigt werden darf, wie dies die Bourgeoisblättchen schon thun. Hätte der Gärtner den Pächter erschossen, wie würde dann die „Volkszeitung" von Mord und Sittenverderbniß reden, welche nur die Sozialdemokratie verschuldet habe — aber jetzt: Willkür, Mißbrauch der Amtsgewalt, die der Staatsanwalt zur Bestrafung bringen muß. Sechs Wochen Gefängniß für den Mörder — dann ist das Gewissen der „Volkszeitung" beruhigt.

— Das Recht der publizistischen Kritik. Unter diesem Titel schreibt die „Dresdener Zeitung":

„Gegen den Redakteur des „Dresdener Anzeiger", Herrn Ferd. Springer, war von dem Diener Heinrich Rudolph Klage erhoben worden, weil Ersterer den Verüber eines Hausskandals, der eine Bestrafung des Schuldigen (des besagten Rudolph) zu 4 Wochen Gefängniß nach sich zog, als „rüden Burschen" bezeichnet hatte. Das gekränkte „Ehrgefühl" des Rudolph wollte sich nun durch 3 Monate Gefängniß, für seinen Gegner nämlich, beschwichtigen lassen. Das Gericht war jedoch anderer Ansicht; es erkannte in der Ausdrucksweise des „Dresdener Anzeiger" eine scharfe, aber gerechte Kritik (die selbstverständlich der Presse erlaubt sein muß) und sprach den Angeklagten frei, während der Kläger zur Zahlung der Kosten verurtheilt wurde."

Das Urtheil des Dresdener Gerichts steht sehr vereinzelt da, und wir möchten Niemanden rathen, auf dieses Erkenntniß gestützt einen Spitzbuben einen Spitzbuben, und jedes Ding bei seinem richtigen Namen zu nennen. Es ist uns in frischem Gedächtniß, daß wir trotz erbrachten Wahrheitsbeweises der Beleidigung schuldig befunden wurden, weil wir bei einem Fall von ungewöhnlich brutaler Soldatenmißhandlung das Wort „barbarisch" gebraucht hatten. Und ähnliche Beispiele ließen sich viele aufführen.

— Unser Berliner Parteiorgan, die „Berliner Freie Presse", erhält aus Paris von einem deutschen Parteigenossen folgenden Brief:

„Paris ist ruhig. . . . Weder die Schließung und Auflösung der Kammer, noch die polizeiliche Verhaftung eines Mitgliedes des Munizipalrathes, auch nicht einmal die systematischen Verfolgungen und Unterdrückungen der republikanischen Blätter haben irgendwelche Aufregung unter die Bevölkerung gebracht. Nicht einmal eine Gährung ist zu bemerken; von demonstrativen Manifestationen oder gar gewaltsamen Ausschreitungen keine Spur. Das arbeitende Volk ist wie erstarrt, es ist taub und blind für Alles, was sich in der Politik vollzieht. Dem Apollo von Belvedere gleich bildet es den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit aller politischen Abenteurer, Quacksalber, Pfuscher und Schwindler; die Legitimisten, Bonapartisten, Orleanisten und sonstigen —isten buhlen alle um dessen Gunst. Nur es allein ist und bleibt unbegreiflich stumm und regungslos. Und ist denn wirklich dieses ewig lebendige, stets dem ersten Ruf zum Kampfe für die Freiheit folgende Volk jetzt todt? Haben in der That die letzten Schläge die Bewegungsnerven des Volksorganismus so tief verletzt, daß er jetzt noch paralysirt ist? Viele meiner Landsleute hier denken so. Ich kann diese Meinung nicht theilen. Der Pariser Arbeiter hat, meiner Ansicht nach, recht wohl begriffen, wer da die Leute sind, die jetzt „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" im Munde führen. Noch die letzte Vergangenheit hat ihm ad oculos demonstrirt, daß es für ihn ganz gleichgiltig ist, wer am Regierungsruder sich befindet, ob Mac Mahon, ob Gambetta oder sonst ein „Radikaler". Alle die Herren werden sämmtlich auf seinem Halse sitzen und ihm das Mark aus den Knochen aussaugen. Zwischen ihm und dieser modernisirten Art von „Väterchens" giebt es keinen Pakt, hat sich eine tiefe Kluft gebildet. — Diese meine Ansicht wird nicht nur von der schon oben erwähnten Apathie der arbeitenden Klasse für alle politischen Ereignisse, sondern auch durch unzählige in die Augen springende kleinere Merkmale, sowie noch durch folgendes Faktum bestätigt. In einer Arbeiterversammlung, in der die Herausgabe eines Blattes durch eine Arbeiter-Genossenschaft diskutirt wurde, tauchte die Frage auf: „Können Kleinhändler und Geschäftscommis Mitglieder der Genossenschaft werden?" Die Debatte darüber war eine sehr erregte. Ungeachtet dessen, daß die Commis darauf hinwiesen, daß viele ihrer Branche unter dem Banner der Commune starben und die Redner selbst zu den Vertheidigern der Commune gehörten, dessenungeachtet, sage ich, haben die Arbeiter beschlossen, daß sie mit Ausbeutern nichts gemein haben wollen und sie nicht in ihre Mitte aufnehmen. Daraus ist zu ersehen, wie groß die existirende Kluft ist. Unter solchen Verhältnissen ist es kaum zu erwarten, daß die Arbeiter einem republikanischen Rufe folgen werden .... Die französische Emigration entwickelt auch eine kaum nennenswerthe Thätigkeit für Frankreich selbst. Im Auslande Blätter für die Pariser Arbeiter herauszugeben, ist kein großes und wichtiges Kunststück."

Wir wollen zu dem Beschlusse der Pariser Arbeiter, keine Kleinhändler und Commis in ihrer Organisation zu dulden, nur bemerken, daß das große Mißtrauen, welches die Pariser Arbeiter an den Tag legen, zum Theil gerechtfertigt ist, weil gerade in Paris die Arbeiter sehr oft als Experimentir-Objekte benutzt worden sind. Es scheint so, als wollten die Pariser Arbeiter anfangen, die ökonomische Seite der sozialistischen Bewegung mehr in den Vordergrund zu bringen, um dann leichter, nachdem ein fester Kern geschaffen, mit den anderen sozialistischen Elementen die sozialistische Republik erkämpfen zu können.

— Die französischen Classen-Kappelmänner. Manchem unserer Leser ist wohl noch das preußische Abgeordnetenfest, welches im Sommer 1865 am Rhein in so pompöser Weise gefeiert wurde, in Erinnerung; auf demselben führte der „Demokrat" und jetzige Nationalliberale Herr Classen-Kappelmann den Vorsitz. Schmauserei und Kneiperei, Toaste und prunkende Freiheitsreden — „Diesem Ministerium keinen Heller", „Nieder mit Bismarck", Brillantfeuerwerk und — des andern Tages furchtbarer Katzenjammer, ein Katzenjammer so endlos lang, daß unsere Freiheitshelden noch immer sich von demselben nicht erholt haben — das „graue Elend" hält sie wohl noch für lange Zeit fest umklammert. — Auch in Frankreich macht man solche Spielchen; sämmtliche „363" sind am 5. August auf dem Schlosse Stors auf der Insel „Adam" erschienen und haben dort ein großes politisches Meeting und nachher eine noch viel größere Schmauserei gehalten — der alte Thiers natürlich an der Spitze. Betheurungen, ewiges, unverbrüchliches Zusammenhalten, Champagner, Austern und Vive la république — alles das konnte man dort hören und sehen. Der Katzenjammer wird gleichfalls nicht ausbleiben, leider, daß das französische arbeitende Volk unschuldig davon mit betroffen wird.

— Moralische Ordnung. In einem der skandalösesten Skandalprozesse der Neuzeit, welcher sich vor kurzem in Paris abspielte, sind zwei Hauptvertreter der „moralischen Ordnung" der heutigen Gesellschaft, der bonapartistische Exminister Pinard und der fromme Legitimist de la Büffetière, als Zuhälter einer gemeinen raffinirten Freudendirne — der „Wittwe" Gras, die einem reichen jungen Mann Schwefelsäure in's Gesicht gießen ließ, um den hilflos Erblindeten ganz von sich abhängig zu machen und vollends aussaugen zu können — entlarvt worden. Natürlich sind beide Ehrenmänner begeisterte Vertheidiger der Ehe, und haben in der blutigen Maiwoche frenetisch Beifall geklatscht, als die „Vernichter der Sittlichkeit" tausendweise abgeschlachtet wurden im Namen der „bedrohten Moral".

— John Frost (spr. Dschonn Frost), einer der Häupter der englischen Chartisten, der Führer der physical force-men (Männer der physischen Gewalt — im Gegensatz zu den Männern der moral force — moralischen Gewalt) ist vorige Woche hochbetagt in Bristol gestorben. Wegen des Aufruhrs in Wales in den 40er Jahren zum Tode verurtheilt, wurde er nebst seinen Genossen Williams und Jones zur Deportation nach den unwirthschaftlichen Falklandinseln „begnadigt". Nach zwanzigjährigem Aufenthalt dort erhielt er zu Anfang der 60er Jahre die Erlaubniß, nach England zurückzukehren. Seitdem hat Frost bis zu seinem Tode ein zurückgezogenes Leben geführt. Eine ausführliche biographische Skizze behalten wir uns vor.

— Ueber die Vorgänge in den Vereinigten Staaten haben wir absolut keine neueren Nachrichten. Charakterstischer Weise erwähnt keines unserer amerikanischen Parteiblätter, von denen wir die Nummern bis zum 21. Juli erhalten haben, des Strikes der Eisenbahnarbeiter und der daran sich knüpfenden Ereignisse, auch nur mit einem Wort. Das Centralorgan der englischen Gewerkschaften die „Industrial Review" beginnt seinen in der Nr. vom 4. ds. befindlichen Leitartikel, über „die amerikanischen Arbeiterkrawalle" (Labour Riots) wie folgt: Die amerikanischen Arbeiterkrawalle, welche in einem Versuch, die Löhne der Eisenbahnbediensteten zu kürzen, ihren Ursprung hatten, neigen glücklicherweise dem Ende zu. Natürlich werden diese Krawalle den Gewerkvereinen in die Schuhe geschoben, und in gewissem Grade ja mit Recht. — Dann kommt eine pflichtschuldige Reinwaschung. Die unterstrichenen Worte empfehlen wir Hrn. Max Hirsch. „Natürlich" wird in England, wo die Bourgeoisie die Gewerkvereine fürchtet, die Schuld der Vorgänge von der Bourgeoispresse den Gewerkvereinen in die Schuhe geschoben; und in Deutschland, wo die Bourgeoisie die Sozialdemokraten fürchtet, „natürlich" den Sozialdemokraten. —

— Die Flucht des russischen Hauptquartiers von Tirnowa nach Biela ähnelt derjenigen des Marschalls Soubise bei Roßbach; es wird erzählt, daß im ersten Schrecken die Champagnerflaschen und die Toilettegegenstände zurückgelassen wurden, die später den hohen und höchsten Herrschaften nachgesandt worden sind. Zwölf bis fünfzehn Meilen vom Hauptquartier wurde der rechte Flügel der Russen bei Plewna geschlagen, sofort retirirt der oberste Befehlshaber der russischen Armee mitsammt dem Stabe zehn Meilen zurück und in einer Eile, als wenn ihnen die Baschi-Bozuks schon auf den Fersen säßen. Infolge dieser Retirade ist der Czar ernstlich erkrankt. — In Rußland werden Proklamationen geheimer Gesellschaften verbreitet, worin alles Unglück der herrschenden Dynastie, die ja eine ausländische, eine deutsche sei, zugeschrieben wird. — Bei Jeni-Saghra hat Suleiman die Russen am 3. August wiederum geschlagen und einige Kanonen erbeutet; wahrscheinlich ist die Abtheilung Radetzky-Gurko schon abgeschnitten und wird sich wohl den Türken ergeben müssen. — In seiner Angst fleht der Czar den Kaiser von Oesterreich an, ihm den Durchzug durch Serbien zu gestatten; dieses Ersuchen soll in Berlin auf das Nachdrücklichste unterstützt werden! Hoffentlich läßt Oesterreich sich nicht auf den Leim führen. Daß aber die russischen Barbareien in Berlin begünstigt werden sollen — nun, Deutschland macht seinem Namen, daß es an der Spitze der Culturländer marschire, immer mehr Ehre. Wahrscheinlich aber wird der türkische Säbel all' die diplomatischen Unterstützungen rasch zerschneiden.

Betrachtungen aus und über Holland.

II.

(Schluß.)

Sie werden wohl kaum vor Verwunderung die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen, wenn ich Ihnen sage, daß sich hier überall die unzweideutigste Antipathie gegen Deutschland kundgiebt. Gott sei Dank — in der Hinsicht haben wir es herrlich weit gebracht: Der Preußen-Deutsche mag heute die Grenzen seines Vaterlandes überschreiten, wo immer er will, im Norden wie im Süden, im Osten wie im Westen — überall begegnet er sofort dem tiefsten Widerwillen, dem gründlichsten Hasse gegen sein so glorreich wiedererstandenes Reich und dessen ruhmvolle Lenker.

Ja, der Stockpreuße, vorzüglich der Berliner, braucht gar nicht einmal so weit zu gehen. Er braucht nur in irgend einen nicht stockpreußischen Theil des glücklich geeinigten deutschen Vaterlandes zu kommen, und er wird seine blauen Wunder hören (denn weder in der „National-Zeitung" noch in der Tante Voß steht davon was zu lesen), wie es mit dieser „Einigung" bestellt ist und wie man dort, besonders im Volke, über die Anstifter derselben denkt.

Wenn ich z. B. nach Süddeutschland komme, dann genire ich mich ordentlich schon, zu sagen, daß ich aus Berlin bin. Mit mathematischer Gewißheit kann ich dann auf eine gehörige Portion Schimpfereien über die „verflixten Braißen" und über einige ungenannt sein wollende Persönlichkeiten rechnen, Schimpfereien, die um so lästiger sind, als sich — nichts dagegen sagen läßt. „Entschuldigen Sie, daß ich aus Berlin bin", möchte ich, wenn man mich nach meiner Herkunft fragt, fast jedesmal sagen; „aber ich kann nichts dafür, es ist ein Geburtsfehler bei mir."

Ich behaupte immer, es gäbe ein sicheres Mittel, unsere Reichsherrlichkeits-Deliranten von ihrem furor teutonicus zu heilen: Man schicke sie Alle auf Reisen! Wenn sie da noch nicht kurirt werden, dann sind sie eben schon total unheilbar.

Unser so höchst genialer Schlachtenmeister (ich bitte Ihren Herrn Setzer, daß er um Gotteswillen hier nicht etwa Schlächtermeister setzt) — also unser so höchst genialer Schlachtenmeister, sage ich, sprach jüngsthin das geflügelte Wort: „Wir haben an Achtung überall, an Liebe nirgend gewonnen." Nun — das mit der Liebe, das wird wohl schon stimmen; aber was die Achtung betrifft? — Es kommt da eben ganz darauf an, was man unter Achtung versteht. Man kann z. B. auch das Gefühl, das der Ueberfallene vor dem Wegelagerer empfindet, „Achtung" nennen. Das ist eben mehr Ansichtssache.

Zu dem allgemein-europäischen Hasse gegen das neue Kasernen- und Gründer-Deutschland (ich glaube, das ist der einzige Punkt, in dem Europa wirklich einig ist) kommt aber für Holland noch ein spezielles Motiv hinzu: Es besteht hier die ernstlichste Furcht vor den Annexionsgelüsten Preußen-Deutschlands.

Ich muß aufrichtig sagen, daß ich durch diese Thatsache überrascht wurde. Ich habe von den preußischen Attraktionsbestrebungen wahrhaftig keine geringe Meinung. So kann ich mich z. B. nicht genug über die Gläubigkeit mancher Parteigenossen wundern, die meinen, Preußen sei wirklich durch „das Bischen Herzegowina" überrascht worden und befinde sich nun gegen seinen Willen im Schlepptau Rußlands, während es doch so klar wie der Tag ist, daß all das, was sich jetzt vor unseren entsetzten Blicken abspielt, seit langer, langer Zeit von den beiden „Erbfreunden" — vorausgeahnt wurde und daß der diesmalige Gewinnantheil Preußens der deutsche Theil des lendenlahmen Oesterreichs werden dürfte, das, im rechten Moment

---

interessant aber ist ohne Zweifel, daß der Artikel des Rabbi-Bernstein, wie auch in einer redaktionellen Note bemerkt wird, aus der „Neuen Freien Presse" abgedruckt ist. Rabbi-Bernstein giebt also seine wissenschaftlichen Geistesprodukte lieber dem fremden Blatt, als dem eigenen. „Und die Moral von die Geschicht?" Auch Rabbi-Bernstein's Kunst geht nach Brod. Und die Wiener „Neue Freie" kann zahlen, das „Mädchen für Alles" aber nicht. Für das verdunckerte Verdunckerungsorgan fällt höchstens dann und wann ein „sozialdemagogischer" Brocken ab, für den nirgends ein Pfennig gezahlt wurde.

— „Wenn ich nur wüßte, welche Gründe der — gehabt hat, krank zu werden," bemerkte einst Talleyrand, als ihm die plötzliche schwere Erkrankung eines diplomatischen Collegen mitgetheilt worden war. Lebte er noch, und bekäme nachfolgende Post festum-Krankheits-Anzeige zu Gesicht, er würde sich wohl schwerlich den Kopf zerbrechen:

„Der Unterzeichnete, seit dem 21. April d. J. an Gelenkrheumatismus schwer erkrankt, hat im Mai und Juni d. J. die Redaktion der „Grenzboten" durch einen Vertreter führen lassen und erklärt sich daher für die in jenen Monaten erschienenen Hefte lediglich nach dem Preßgesetz verantwortlich.

Leipzig, den 19. Juli 1877. Dr. Hans Blum."

Also zu lesen im vorletzten Heft (Nr 31) der „Grenzboten". Am 21. April begann der Gelenkrheumatismus — am 26. April die Veröffentlichung der famosen Skandalbriefe gegen die deutsche Kaiserin, die an Taktlosigkeit und Gemeinheit Alles übertreffen, was je aus der Guanofabrik unserer Reptilienpresse hervorgegangen, und die beinahe den Staatsanwalt in Bewegung gesetzt. Welch' andere Körpertheile, außer den „Gelenken" den „schwer Erkrankten" geschmerzt haben und noch schmerzen mögen, verschweigt der „Studiosus der Menschenrechte" — und des politischen Anstands.

— Liberale Ehrlichkeit und Intelligenz. Die „Barmer Zeitung" und ihr nach so ziemlich die ganze Reptilienpresse druckt, als wunderbare Entdeckung und niederschmetternden corpus delicti, einen in unserem letzten Congreßprotokoll veröffentlichten Brief unseres Genossen Hasselmann an Geib ab, worin die Stelle vorkommt: „Die (von H. zu veröffentlichenden) Flugblätter sollen in Barmen gedruckt und zunächst der dortigen Gegend angepaßt werden (schroffer Klassengegensatz). —" Zu den unterstrichenen zwei Worten bemerkt nun die „Barmer Zeitung" und die liberalen Blätter drucken es meist nach: „Der Brief erklärt sich selbst. Was bisher immer von der sozialdemokratischen Partei und auch von Hasselmann öffentlich in Abrede gestellt wurde, nämlich daß sie (wer? liebe Barmerin; deutsch lernen!) den Klassengegensatz schüren, hier wird es förmlich und unwiderleglich zugestanden."

„Zugestanden" wird hier nichts, wohl aber „förmlich und unwiderleglich" bewiesen, daß die Zeitungen, welche dieses Gewäsch bringen, voran die „Barmer Zeitung", von dem Sinn der Wörter, welche sie gebrauchen, keinen Begriff haben. Der „Klassengegensatz" ist eine Thatsache, ein Zustand; in Barmen-Elberfeld ist der „Klassengegensatz" ein „schroffer", wie Hasselmann richtig bemerkt, und wie die Barmer Handelskammer selbst zugeben muß; und, wie Hasselmann ebenso richtig bemerkt, dem „schroffen Klassengegensatz", welcher in Barmen-Elberfeld existirt, das heißt den dort herrschenden ökonomischen Zuständen muß die Schreibweise der Flugblätter angepaßt werden. Das ist so natürlich und vernünftig, daß kein Mensch mit gesundem Menschenverstand etwas daran aussetzen kann. Und aus der Bedeutung des Worts: „Klassengegensatz" ergiebt sich ferner, daß von einem „Schüren" des Klassengesetzes nicht die Rede sein; was allenfalls geschürt werden kann, das ist der Zorn, die Erbitterung über den Klassengegensatz, der auf dem Bewußtsein des Klassengegensatzes beruhende Klassenhaß. Die „Barmer Zeitung" und ihre liberalen Nachschreiber haben einfach die Wörter und Begriffe: „Klassengegensatz" und „Klassenhaß" verwechselt, ob geflissentlich, indem sie auf die Gedankenlosigkeit ihrer Leser vertrauen, oder aus Unwissenheit und aus Unkenntniß der deutschen Sprache, das bleibe dahin gestellt — und, statt Hasselmann einen „Treff" zu versetzen, sich selbst plump „in den Finger geschnitten".

Für uns hier in Leipzig hat die Sache noch insofern Interesse, als sie zu einem Wunder Veranlassung gegeben hat. Nämlich unser „Tageblatt"-Homer hat nicht geschlafen, den Bock, welchen seine Collegen geschossen, mit phänomenaler Schlauheit entdeckt, und schlankweg: Klassenhaß gesetzt, statt „Klassengegensatz". So ist denn das Wunder geschehen. Der Würgengel der Sozialdemokraten und der Gose hat einmal keine Dummheit gesagt, er hat blos — gefälscht.

— Marcus Antonius ist sehr ergrimmt über unseren Berliner Correspondenten; in seinem Blatt (Nr. vom 1. August) nennt er ihn, genau gezählt, zehnmal einen Esel. Es ist noch immer der alte: „Meine Herren, Ochsen, Esel" = Niendorf.

— Unser Stephan. Das „Leipziger Tageblatt" bringt ein feierliches und entrüstetes Dementi unseres Berichts über die Geschichte des päpstlichen Segens Seiner Post-Bismarcklichen Herrlichkeit. Es sei an jenem verhängnißvollen Tag gar keine Rathssitzung gewesen. Ei, ei! Lesen lernen, lieber Hüttner! Lesen lernen, lieber Podeck! Lesen lernen, lieber Leonhardt!

— 500 Personen im Alter von 12 bis 18 Jahren bevölkern gegenwärtig als Verbrecher das Zellengefängniß und die Anstalt am Plötzensee. Darunter befinden sich 60, welche vier-, fünf-, sechsmal und öfter rückfällig geworden sind; 35 haben Strafen von 2 bis 10 Jahren zu verbüßen. — 500 jugendliche Verbrecher, das will heißen: 500 schwere Anklagen gegen die heutige Gesellschaft!

in den orientalischen Conflikt verwickelt, dann hinterrücks — und wahrscheinlich wieder mit Italien als Drittem im Bunde — um so bequemer „glorreich besiegt“ werden kann.

All das stand und steht für mich fest, seitdem ich überhaupt eine politische Meinung habe. Es ist dies der Schlüssel zur politischen Situation Europas seit — seit — nun seit fünfzehn Jahren.

Was aber Holland betrifft — nein, daran habe ich denn doch nicht gedacht. Und doch hört man hier die ernsthaftesten Leute mit der selbstverständlichsten Miene von der Welt die Eventualität eines deutschen Angriffs auf Holland erwägen.

Sie werden ordentlich warm, diese Holländer, wenn sie auf diesen Gegenstand zu sprechen kommen. Sie verlassen sich auf ihren dreifachen Wassergürtel, meinen sie, der sie, wenn nöthig, von Deutschland vollständig absperre, und lieber wollen sie in hingebender Aufopferung für ihre Einheit und Unabhängigkeit das Land von Neuem dem Ozean zur Beute werden lassen (durch die Zerstörung der berühmten Deiche und Dämme nämlich), als daß sie sich dem verhaßten Fremdenjoche beugen.

Ich habe gut ihnen darauf entgegnen, sie mögen sich doch nicht unnützer Weise so sehr aufregen, ich halte zwar selbst das Deutschland neuester Mache für äußerst — aneignungsfähig, ich könne mir aber denn doch nicht gut denken, man werde ein fremdes Volk, das so eifersüchtig auf seine Selbstständigkeit sei, und nicht nur von uns nichts wissen wolle, sondern uns schon jetzt so gründlich hasse, gewaltsam an sich reißen, uns so den Todfeind so zu sagen in's eigene Haus setzend.

„Aber Elsaß-Lothringen?!“ lautet dann die stereotype Antwort.

Solchen Argumenten gegenüber bleibt mir selbstverständlich nichts Anderes übrig als — stillzuschweigen. Es ist ja nur zu natürlich, daß Jemandem gegenüber, der so ausgiebige Beweise von — Erwerbssinn gegeben hat, alle Welt mißtrauisch wird und sich beständig von vorn und hinten ängstlich umsieht. Ich nehm's Keinem übel.

Trotzdem glaube ich aber doch, die Niederländer sorgen sich da umsonst. Nicht als ob ich so sicher wäre, es würde an dem guten Willen fehlen, wenn sich nur die günstige Gelegenheit böte — denn wo hätte Ländergier jemals noch gesagt: „Ich habe genug“? — aber — es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen und — Seifenblasen haben das Eigenthümliche, daß sie wohl eine kurze Weile recht bunt schillern, dann aber rasch wieder zerplatzen und in nichts aufgehen. Ja, ja!

Nun noch Einiges über die inneren politischen Verhältnisse Hollands.

In meinem ersten Briefe sagte ich Ihnen bereits, daß hier von der Loyalitätsbrechruhr, wie sie bei uns jetzt so schrecklich haust, durchaus nichts zu spüren ist. Obwohl die Presse hier nirgend über einen demokratisirenden Liberalismus — vom Schlage unserer Frankfurter Päpierches-Demokratie — hinauskommt, so kann man darin doch — ich selbst sah es jüngsthin — zu lesen bekommen, wie es ja ganz unzweifelhaft sei, daß die Tage des Hauses Oranje in Holland gezählt sind und die Republik schon so zu sagen vor der Thür stehe. Nun bitte ich Sie! Denken Sie sich, es wollte bei uns Einer dasselbe in Bezug auf Deutschland sagen, es fiele Jemandem ein, zu schreiben: „Es ist ja ganz unzweifelhaft, daß die Tage des —“ guten Morgen, Herr Tessendorff!

Die Niederländer behaupten, die königliche Mischpoche (wie der Lateiner sagt) thue aber auch das Menschenmögliche, das „monarchische Prinzip“ in Holland auf den Hund zu bringen. Dem beim ganzen Volke gründlichst verhaßten Prints van Oranje (Kronprinz) werfen sie z. B. vor, daß er, ein Mann von circa 40 Jahren, auch, irre ich nicht ganz, verheirathet, sein ganzes Leben mit nichts als den niedrigsten Ausschweifungen zubringe und in Paris, wo er den größten Theil des Jahres lebt, mit seinen Courtisanen den Schweiß des Volkes verprasse. Ich selbst sprach Leute, die mir versicherten, mit eigenen Augen Seine künftige Majestät in unbeschreiblichem Zustand aus einem der gemeinsten Lupanare des berüchtigten Neß zu Amsterdam herauskommen gesehen zu haben.

Ich verstehe aber diese Völker nicht: Auf der einen Seite raisonniren sie über den Hochmuth der Könige, weil sie sich hinter ihren Hofschranzen dem Volke unzugänglich machen, vor jeder Berührung mit demselben zurückscheuen. Geht aber ein König oder ein Königssohn unter das ordinäre Volk, tritt er mit Personen aus den niedrigsten Ständen in möglichst intime Berührung, kurz sucht er sich nach Kräften gemein zu machen, dann soll es wieder nicht in Ordnung sein. Ach gehen Sie, man kann es dem „Pöbel“ niemals recht thun.

Wie ich dazu komme, die Partei der Könige zu nehmen, fragen Sie? Ich will es Ihnen unter dem Siegel der Verschwiegenheit mittheilen, Sie dürfen es aber nicht weiter sagen: Es geschieht aus Standesinteresse bei mir — auch ich habe nämlich einmal auf dem Throne gesessen! Wie, Sie lachen ungläubig? Bitte — hören und glauben Sie.

Wenn man in eine fremde Stadt kommt, dann muß man sich mitredenshalber nolens volens die sogenannten „Sehenswürdigkeiten“ von Bädecker's Gnaden mit ansehen. Das geht nun einmal nicht anders. Hierzu gehört in Amsterdam vor Allem das „Koningklijk Paleis“ auf dem Dam. Auch ich ging jüngstens, es in Augenschein zu nehmen. Der Castellan führte mich dahin — dorthin, bald kamen wir auch in den Thronsaal, nebenbei gesagt, den schönsten Europas. Da stand er nun vor mir, einer jener rothen Stühle, die der armen, gequälten, dummen Menschheit schon so viele, viele Schmerzen verursacht haben — weit mehr sogar noch, als eine gewisse andere Gattung von Stühlen, die man weniger in großen Prunksälen, als in abgelegenen Winkeln aufzustellen pflegt.

Ich habe mich schon immer gefragt, was es wohl zu bedeuten haben mag, daß man für die Throne meist gerade die rothe Farbe wählt? Das Roth der Freiheit wird es wohl nicht sein sollen. Vielleicht das Roth des Blutes? — Na, lassen wir das.

Wie ich nun so dem Throne gegenüberstand, da gelüstete es mich, einmal zu erproben, wie es sich wohl auf einem solchen Sessel sitze. Ich frage meinen Führer, ob er es gestatte.

„Als U belieft, Mijnheer“ war die freundliche Antwort.

Ich steige die Stufen hinan und — da sitze ich nun auf dem Königsthron von Holland! Ah! welch ein neues, ungekanntes Gefühl durchströmt mich! Ich merke plötzlich, daß ich ein viel höheres Wesen bin, als alle übrigen Menschenkinder, die mir von Gottes Gnaden zum unbeschränkten Eigenthum gegeben sind und die keinen andern Zweck auf der Welt haben, als mir zu dienen und sich von mir nach Herzenslust malträtiren zu lassen. Da fällt mir ein, daß es unter ihnen auch gewisse vaterlandslose Subjekte giebt (ich glaube, sie nennen sich Sozialdemokraten), die sich zu behaupten erfrechen, das sei alles lauter Schwindel und ich sei ein Mensch wie jeder andere eben auch. Zornentbrannt will ich gerade an alle meine Schergen und Henkersknechte einen Befehl erlassen, wonach Jeder, dem irgendwie anzusehen sein möchte, daß er ähnliche culturzerstörende Gedanken möglicherweise früher oder später einmal fassen könnte, ohne Weiteres sofort zu ergreifen sei, hierauf zuvörderst in siedendem Oel gut abgekocht, dann fein säuberlich in kleine Stücke geschnitten und so den Raben zum Fraß vorgeworfen werden solle (und ich bin überzeugt, daß viele meiner Schergen und Henkersknechte sich mit wahrer Begeisterung dieser gesellschaftsrettenden Aufgabe gewidmet hätten) — da —

„Bitte, kommen Sie 'runter!“ tönt es plötzlich an meine allerhöchsten Ohren.

Empört ob solcher Dreistigkeit lasse ich meinen königlichen Blick ringsum schweifen — es war der Portier, der, offenbar durch mein langes Sitzenbleiben gelangweilt, mich höflich aber entschieden zum Weitergehen aufforderte.

Was blieb mir übrig — der frechen Revolte gegenüber mußte ich auf die mir von Gott verliehene Gewalt verzichten. Schweren Herzens schritt ich die Stufen des Thrones hinab — schweren Herzens, sage ich — denn ich fühle es jetzt erst so recht (und nach dem oben gelieferten glänzenden Beweise meiner Herrschertalente werden Sie es wohl selbst nicht mehr bezweifeln wollen): Ich habe viel Anlage zu dem Geschäft! Ich bin überzeugt, spätere Geschlechter hätten mich auch „den Großen“ genannt, „Lehmann den Großen“ (ich heiße nämlich auch Lehmann, warum soll ich nicht auch Lehmann heißen können?), die Berliner Professoren hätten mich unter die von ihnen angebeteten Säbelheiligen versetzt und allen dummen Schuljungen, von den Protestlern gegen die Dühring-Adresse bis hinauf zum jüngsten ABC-Schützen, wäre die höchste Begeisterung für mich auf der Schulbank obligatorisch eingebläut worden. Schade, wirklich Jammerschade um mich!

Trotzdem muß ich aber aufrichtig sagen — als ich dann später über den Dam wieder in meine Schlafstelle nach Hause ging, überkam mich ein gewaltiger Respekt vor jenem Manne, der mit meiner ganzen Herrlichkeit so kurzen Prozeß gemacht hatte. Warum sind die Völker nicht auch so schlau, sprach ich zu mir, warum sagen sie nicht auch zu Jedem, der sich auf so einem Großvaterstuhl spreizt und sich daraufhin einbildet, die ganze übrige Menschheit en canaille behandeln zu können, wie jener weise Thürhüter zu mir sagte:

„Bitte, kommen Sie 'runter!“

Nun, da ich ja doch nicht mehr König bin, würde ich nicht einmal was dagegen einzuwenden haben. Im Gegentheil!!

Correspondenzen.

c-e. **Rostock**, 15. Juli. Wir hatten uns bereits der Hoffnung hingegeben, in Mecklenburg könne es gar keine Preßprozesse geben, wir sollten aber arg enttäuscht werden — heute können wir deren schon vier verzeichnen; zwei — wovon der eine in erster Instanz beendet und zwei Monate Gefängniß eingebracht hat — ruhen auf Herrn Buchhage, dem früheren Redakteur des „Mecklenb. Arbeiterfreundes“; der jetzige Redakteur, E. Wettengel, hat seit seiner kurzen Thätigkeit auch zwei, wovon der eine spruchreif ist. Zwei der Anklagen stützen sich auf Beleidigung der Obrigkeit, die dritte rührt von einer Beleidigung eines Privatmann her, ist also eine Privatanklage, und trotzdem confiszirte die hiesige Polizei sämmtliche vorräthigen Exemplare der betreffenden Nummer. Ueber die vierte ist nicht viel zu erfahren, man scheint sie unterdrücken zu wollen, weil nichts Gutes dabei herauskommen dürfte. An dem ganzen Prozessiren merkt man übrigens, daß unsere wohllöbliche Justiz sich die Sporen erst noch verdienen muß, ebenso fehlt noch die nöthige Routine, wie sie Tessendorf besitzt. Die ganze Stellung, die die Regierung dem „Mecklenb. Arbeiterfreund“ gegenüber einnimmt, beweist aber, daß man dem „Arbeiterfreund“ jetzt in weiteren Kreisen Beachtung schenkt. Was die hiesige Arbeiterbewegung im Allgemeinen betrifft, so leisten die größeren Städte, wie Schwerin, Güstrow, und besonders Schwerin anerkennenswerthes, obgleich mehr gethan werden könnte. Jede kleinere Stadt, ja sogar Dörfer haben Abonnements zu verzeichnen, nur ist deren Zahl nicht groß, es mögen die jetzigen Arbeitsverhältnisse daran schuld sein. Nur Mecklenburg-Strelitz zeichnet sich in trauriger Weise aus, wir haben dort gar keine Leser. Es ist möglich, daß es nur dieses Anstoßes bedarf, die dortigen Arbeiter zum Abonniren auf den „Arbeiterfreund“ zu bewegen.

An die sämmtlichen Gewerkschafts-Ausschüsse und Vorstände in Deutschland.

Endesunterzeichneter erlaubt sich an obige Ausschüsse und Vorstände folgende Anfrage: Welche Gewerkschaft ist gesonnen, denjenigen Mitgliedern des Gewerkvereins der Metallarbeiter in Leipzig und Umgegend, die Leipzig verlassen, Reisegeld auszuzahlen nach einer bestimmten Form? Obiger Verein ist gesonnen, Kaution zu stellen. Gründe: Die Leipziger Mitglieder der Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft haben am 9. Juli d. J. ihren Austritt aus der Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft erklärt wegen eines Antrages, der auf der Gothaer Generalversammlung der Metallarbeiter Gewerksgenossenschaft angenommen worden ist, den Gewerkschaftsstatuten jedoch zuwider läuft. Ein Ausgleich ist am 28. Juli, als Herr Söhler aus Braunschweig, Vertreter des Ausschusses, zu diesem Behufe in Leipzig war, um diese Sache endgültig zu regeln, nicht zu wege gebracht. Auch verweigert der Ausschuß unseren Mitgliedern das Reisegeld selbst gegen Zurückerstattung von Leipzig aus. Sollten nun Gewerkschaften gewillt sein, unseren Mitgliedern Reisegeld theilhaftig werden zu lassen so werden sie gebeten, sich direkt an Unterzeichneten zu wenden.

Mit Gruß
Richard Ludwig, Vorsteher obigen Vereins.
Leipzig, Bayersche Str. 9c. IV.

Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.

Quittung. L. Mannheim 2,00. A.-S.-B. Rendsburg 2,00 A.-S.-B. Frankenthal 19,50. A.-V. Meerane 4.45. A.-S.-B. Minden 2,00. S. C. Greiz 2,00. A.-S.-B. Frankenthal 2,00. U. Zeitz 2,00. A.-S.-B. Kiel 10,40. B. Bockenheim 2.00. L. Stuttgart 32,50. A. L. Stollberg 2,00. A. S. Itzehoe 2,00. U. Zeitz 0,65. L. Mannheim 0,65. L. Hall 2,00. Wandsbeck 2,00. L. Halle a. S. 14,30.

Gotha, 2. August 1877.

Emil Rüger, Kassirer, Heinoldsgasse 26.

Bekanntmachung.

Die in Nr. 92 des „Vorwärts“ angezeigte Conferenz der Parteigenossen aus dem Wahlkreise Calbe-Aschersleben findet nicht am 12. sondern am 19. August im Hecht'schen Lokale an der Bode zu Staßfurth statt.

C. Boensche,
Leopoldshall, Karlsstraße 2.

Briefkasten

der Redaktion. C. L. F. und Genossen in Hamburg: Sie können nicht klar darüber werden, was Gose ist, und bitten uns um Aufschluß. Da sind Sie nun eigentlich an die unrechte Schmiede gekommen. Unser Redaktionspersonal, verstärkt durch das der „Neuen Welt“, zählt vier Mann — von diesen Vieren haben drei niemals einen Tropfen Gose über die Lippen gebracht — wahrscheinlich weil der Vierte ihnen als abschreckendes Beispiel gedient hat. Als internationaler Bierstudent machte derselbe nämlich sofort am Tag seiner Ankunft in Leipzig gleich in den ersten Stunden einen energischen Angriff auf den, mit dem Namen Gose bezeichneten Inhalt einer unheimlich aussehenden, langhalsigen, weitausgebauchten, plattgedrückten, bräunlichgrünlichen Flasche. Wie gesagt, der Angriff war energisch, und wurde ebenso oft wiederholt als derjenige der Russen auf Plewna, die bekanntlich viermal stürmten, und zuletzt das mühsam eroberte Terrain wieder vollständig herausgeben mußten — und ach! mit dem nämlichen verhängnißvollen Erfolg. Das war vor dreizehn Jahren; der Unglückliche, gleich Göthe's König in Thule, „trank nie einen Tropfen mehr“, d. h. keinen Tropfen Gose; und noch heut pflegt er schaudernd zur Warnung unvorsichtiger Fremdlinge seine Erfahrungen mit dem sehr „besonderen“ gelb-grünlichen Saft, genannt „Gose“, zu erzählen, der zuverlässigen Nachrichten zufolge aus Süßholz, Sauerampfer und Schnupftabak zusammengebraut wird, und der von den „Liebhabern“ im Zustande fauliger Gährung genossen zu werden pflegt. Denn, so unglaublich es klingt, es giebt Liebhaber, fanatische Liebhaber dieses Decocts; aber wie man, um den schlesischen Siebenmänner-Wein zu trinken, „ein geborener Schlesier“ sein muß, so, um Gose zu trinken, ein „geborener Leipziger“. Es ließen sich da Darwin'sche Studien über vererbte und ererbte Anlagen machen. Doch wir haben jetzt keine Zeit. Also blos geborene Leipziger. Jede Regel hat ihre Ausnahmen, meist zahlreiche Ausnahmen, allein von dieser Regel kennen wir nur eine einzige Ausnahme, freilich eine, die sich gewaschen hat: hena alla leonta, „nur Einen, aber einen Löwen.“ Dieser Löwe wiegt 350 Pfd., soll gebürtig sein aus Magdeburg, heißt Hüttner, und ist seines Zeichens Redakteur des „Leipziger Tageblatts“, Organs für Schweinsknöchel, Klöse und — Gose. Ob der Mann, wenn auch nicht in Leipzig geboren, etwa doch Leipziger Blut, wenigstens einige „Tröpflein“, in seinen Adern hat, oder ob es das allmähliche organische Verwachsen mit dem Organ für Schweinsknöchel, Klöse und Gose gethan hat — wir unterlassen es, in die Tiefen dieses physiologisch-psychologischen Räthsels herabzusteigen — genug, Hüttner trinkt Gose; er trinkt nicht blos Gose, er denkt Gose, er schreibt Gose. Ja, er trinkt Gose, und, da er sich, als einziger Gose trinkender „Ausländer“ für verpflichtet hält, dem Schwarm der Gose trinkenden Leipziger das Gleichgewicht zu halten, so hat er sich eine Last von Verpflichtungen aufgeladen, unter der auch der Stärkste der Starken, ein Goliath, ja ein Atlas mitunter das Gleichgewicht verlieren würde. Aber honneur au courage malheureux! Ehre dem Tapferen, auch wenn sein Säbel zerbrochen. Und es ist ein tückisches Getränk, die Gose. Sie hat Manchem ihrer Verehrer schon einen Possen gespielt, und wie in dem alten Rom der tarpejische Felsen nahe beim Capitol, so liegt in dem neuen Pleiße-Athen nur zu oft die Gosse neben der Gose. Nomen est omen. Die verhängnißvolle Namensähnlichkeit — bloß ein Buchstaben-Unterschied! — ist „nicht ganz ohne“. Gewisse Leutchen können ein Liedchen davon singen — lassen's jedoch wohlweislich bleiben. Nicht wahr, liebe C. L. F. und Genossen, Sie haben nun hinlänglichen „Aufschluß“, und für den Fall, daß Sie nach Leipzig kommen, wissen Sie, was Sie zu thun haben? Phil. N. C.: Erwarten Sie Antwort von Hamburg. — B. B.: Der „Arme Conrad“ ist bereits erschienen. — L. in Berlin: Das Gedicht ist für den „Vorwärts“ nicht verwendbar. — W. A. in Leikersdorf: Gegen Vorzeigung einer gerichtlichen Bescheinigung über Ihren Austritt aus der Landeskirche sind Sie von der Kirchenabgabe befreit. Das sächsische Dissidentengesetz bestimmt hierüber zwar nichts, es existirt aber höchst wahrscheinlich eine ministerielle Verordnung, die die Dissidenten von der Kirchensteuer befreit. —

der Expedition. Reimer, Altona: Die Annonce für Altona kam für die Mittwochs-Nummer zu spät. — W. Schndr., Spandau: Nr. 9 ist von uns an die Post gegangen. Reklamiren Sie also. — H. Dke Sprottau: Eine Marseillaise des Christenthums ist uns nicht bekannt.

Quittung. W. Ufrt Weimar Schr. 2,15. Rckzgl Teplitz Af 1,60. Gew. der Metallarbeiter hier Ann. 2,60. Kl. hier Schr. 0,50. F. Amz Wien Ab. 10,00. Expedition der „Fr. Pr.“ Magdeburg Ab. 120,60. Dttmnn Schr. 1,30. Eglr hier Ab. 3,75. Wßmr Anime Ab. 11,64. Str St. Johann Ann. 4,00. Uhlmann Kainsdorf Ab. 6,40. Gthl Schweidnitz Ab. 7,00. Hch Frankfurt Ab. 17,00. Brnng Delitzsch Ab. 11,20. Ibsn Frankfurt Ann. 1,60. Brbm Gotha Ab. 8,40. Schlr Frohnau Ab. 5,40. Hllngl Nordhausen Ab. 10,40. Khn Langenbielau Schr. 4,20. Dßbch Hanau Ab. 1,60. Arndt Naumburg Schr. 27,85. Kbrgr Bamberg Schr. u. Porto 13,45. Tbrsky Z egenhals Schr. 0,60.

Frankfurt a. M. Sozialdemokratischer Wahlverein. Samstag, den 18. August, Abends 9 Uhr, bei Pfuhl, Zeil 47: (2a) (F. 122) [80

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes 3. Verschiedenes. J. A.: K. Ibsen.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 11. August, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11: [70

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag von Meister über das 4. Gebot.

Der Vorstand.

Hannover. Sonntag, den 12. August, bei Georg Loges-Ihmebrückstraße 3: [1,20

Abend-Unterhaltung

zum Besten der Wahl-Agitation für Limmer. Entrée frei.

Hannover. Sonntag, den 19. August, findet im Parkhause (Herrenhauser-Allee) das [2,40

Sommerfest

des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt. — Anfang Nachmittags 4 Uhr. Karten zum Ball à 75 Pfg, zum Concert à 25 Pfg. sind bei Rudolph und in allen Versammlungen und an der Kasse zu haben. Die Fest-Commission.

Osnabrück. Sonntag, den 12. August, auf der Blumenhalle: [3,00

Großes allgemeines

Gewerkschafts-Fest

bestehend in: Festzug durch die Stadt, Concert, Gesangsvorträge, Festrede und Ball. Entrée zum Concert 30 Pfg., zum Ball 80 Pfg. Um recht zahlreiche Betheiligung ersucht Das Fest-Comité.

Ein durch politische Maßregelungen ruinirter, kaufmän. gebildeter Geschäftsmann, mit technischen Kenntnissen und einigem Vermögen, sucht mit in gleicher Lage befindl. Parteigenossen bez. Errichtung einer Produktiv-Genossenschaft in Verbindung zu treten, resp. sonstige Unterkunft. Gefl. Offerten an die Expedition des „Vorwärts“. (25) [1,50

Eine Dame, welche sich zur schriftstellerischen Thätigkeit ausbildet, sucht ähnliche Damenbekanntschaft. Adr. unter der Chiffre C. P. erbeten in der Expedition dieses Blattes. [90

Wir empfehlen unsere Beilage zur „Neuen Welt“ Nr. 20, enthaltend:

Karten vom russisch-türkischen Kriegsschauplatze.

Preis pro Stück 10 Pfg. In Partien billiger.

Leipzig. Die Expedition der „Neuen Welt“. Farberstr. 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heßig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu die „Wissenschaftliche Beilage“ Nr. 3.

Wissenschaftliche Beilage des „Vorwärts“.

Nr. 3. Freitag, 10. August. 1877.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der politischen Oekonomie.

Von Friedrich Engels.

II.

„Das Verhältniß der allgemeinen Politik zu den Gestaltungen des wirthschaftlichen Rechts ist in meinem System so entschieden und zugleich so eigenthümlich bestimmt, daß eine besondere Hinweisung hierauf zur Erleichterung des Studiums nicht überflüssig sein dürfte. Die Gestaltung der politischen Beziehungen ist das geschichtlich Fundamentale, und die wirthschaftlichen Abhängigkeiten sind nur eine Wirkung oder ein Specialfall, und daher stets Thatsachen zweiter Ordnung. Einige der neueren sozialistischen Systeme machen den in die Augen fallenden Schein eines völlig umgekehrten Verhältnisses zum leitenden Prinzip, indem sie aus den wirthschaftlichen Zuständen die politischen Unterordnungen gleichsam herauswachsen lassen. Nun sind diese Wirkungen der zweiten Ordnung als solche allerdings vorhanden, und in der Gegenwart am meisten fühlbar; aber das Primitive muß in der unmittelbaren politischen Gewalt und nicht erst in einer indirekten ökonomischen Macht gesucht werden.“ Ebenso an einer andern Stelle, wo Herr Dühring „von dem Satz ausgeht, daß die politischen Zustände die entscheidende Ursache der Wirthschaftslage sind, und daß die umgekehrte Beziehung nur eine Rückwirkung zweiter Ordnung darstellt . . . so lange man die politische Gruppirung nicht um ihrer selbst willen zum Ausgangspunkt macht, sondern sie ausschließlich als Mittel für Futterzwecke behandelt, wird man, so radikal sozialistisch und revolutionär man auch erscheinen möge, dennoch ein verstecktes Stück Reaktion in sich bergen.“

Das ist die Theorie des Herrn Dühring. Sie wird hier und an vielen andern Stellen einfach aufgestellt, so zu sagen dekretirt. Von auch nur dem geringsten Versuch des Beweises, oder der Widerlegung der entgegenstehenden Ansicht, ist nirgendwo in den drei dicken Büchern die Rede. Und wenn die Beweisgründe so wohlfeil wären wie die Brombeeren, Herr Dühring gäbe uns keine Beweisgründe. Die Sache ist ja schon bewiesen durch den berühmten Sündenfall, wo Robinson den Freitag geknechtet hat. Das war eine Gewaltthat, also eine politische That. Und da diese Knechtung den Ausgangspunkt und die Grundthatsache der ganzen bisherigen Geschichte bildet, und ihr die Erbsünde der Ungerechtigkeit einimpft, so zwar, daß sie in den späteren Perioden nur gemildert und „in die mehr indirekten ökonomischen Abhängigkeitsformen verwandelt“ worden ist; da ebenfalls auf dieser Urknechtung das ganze bisher geltend gebliebene „Gewalteigenthum“ beruht, so ist klar, daß alle ökonomischen Erscheinungen aus politischen Ursachen zu erklären sind, nämlich aus der Gewalt. Und wem das nicht genügt, der ist ein versteckter Reaktionär.

Bemerken wir zuerst, daß man nicht weniger in sich selbst verliebt sein muß als Herr Dühring, um diese Ansicht für „so eigenthümlich“ zu halten, wie sie keineswegs ist. Die Vorstellung als wären die politischen Haupt- und Staatsaktionen das Entscheidende in der Geschichte, ist so alt wie die Geschichtschreibung selbst, und ist die Hauptursache davon, daß uns so wenig aufbewahrt worden ist über die sich im Hintergrund dieser lärmenden Auftritte still vollziehende und wirklich vorantreibende Entwicklung der Völker. Diese Vorstellung hat die ganze vergangene Geschichtsauffassung beherrscht und einen Stoß erhalten erst durch die französischen bürgerlichen Geschichtsschreiber der Restaurationszeit; „eigenthümlich“ ist dabei nur, daß Herr Dühring von alle dem wieder Nichts weiß.

Ferner: nehmen wir für einen Augenblick an, Herr Dühring habe darin Recht, daß alle bisherige Geschichte sich auf die Knechtung des Menschen durch den Menschen zurückführen lasse, so sind wir damit noch lange nicht der Sache auf den Grund gekommen. Sondern es fragt sich zunächst: wie kam der Robinson dazu, den Freitag zu knechten? Des bloßen Vergnügens halber? Durchaus nicht. Wir sehen im Gegentheil, daß Freitag „als Sklave oder bloßes Werkzeug zum wirthschaftlichen Dienst gepreßt und eben auch nur als Werkzeug unterhalten wird.“ Robinson hat Freitag nur geknechtet, damit Freitag zum Nutzen Robinsons arbeite. Und wie kann Robinson aus Freitags Arbeit Nutzen für sich ziehen? Nur dadurch, daß Freitag mehr Lebensmittel durch seine Arbeit erzeugt, als Robinson ihm geben muß, damit er arbeitsfähig bleibe. Robinson hat also, gegen Herrn Dührings ausdrückliche Vorschrift, die durch die Knechtung Freitags hergestellte „politische Gruppirung nicht um ihrer selbst willen zum Ausgangspunkt gemacht, sondern sie ausschließlich als Mittel für Futterzwecke behandelt“, und möge nun selber zusehen, wie er mit seinem Herrn und Meister Dühring fertig wird.

Das kindliche Exempel also, das Herr Dühring eigens erfunden hat, um die Gewalt als das „geschichtlich Fundamentale“ nachzuweisen, es beweist, daß die Gewalt nur das Mittel, der ökonomische Vortheil dagegen der Zweck ist. Um so viel „fundamentaler“ der Zweck ist als das seinetwegen angewandte Mittel, um ebensoviel fundamentaler ist in der Geschichte die ökonomische Seite des Verhältnisses gegenüber der politischen. Das Beispiel beweist also gerade das Gegentheil von dem was es beweisen soll. Und wie bei Robinson und Freitag, so in allen bisherigen Fällen von Herrschaft und Knechtschaft. Die Unterjochung war stets, um Herrn Dührings elegante Ausdrucksweise zu gebrauchen, „Mittel für Futterzwecke“ (diese Futterzwecke im weitesten Sinn genommen), nie und nirgends aber eine „um ihrer selbst willen“ eingeführte politische Gruppirung. Man muß Herr Dühring sein um sich einbilden zu können, die Steuern seien im Staate nur „Wirkungen zweiter Ordnung“, oder die heutige politische Gruppirung von herrschender Bourgeoisie und beherrschtem Proletariat sei „um ihrer selbst willen“ da, und nicht um der „Futterzwecke“ der herrschenden Bourgeois willen, nämlich der Profitmacherei und Kapitalaufhäufung.

Kehren wir indeß wieder zurück zu unsern beiden Männern. Robinson, „mit dem Degen in der Hand“, macht Freitag zu seinem Sklaven. Aber um dies fertig zu bringen, braucht Robinson noch etwas anderes als den Degen. Nicht einem Jeden ist mit einem Sklaven gedient. Um einen solchen brauchen zu können, muß man über zweierlei verfügen: erstens über die Werkzeuge und Gegenstände für die Arbeit des Sklaven, und zweitens über die Mittel für seinen nothdürftigen Unterhalt. Ehe also Sklaverei möglich wird, muß schon eine gewisse Stufe in der Produktion erreicht und ein gewisser Grad von Ungleichheit in der Vertheilung eingetreten sein. Und damit die Sklavenarbeit die herrschende Produktionsweise einer ganzen Gesellschaft werde, braucht es eine noch weit höhere Steigerung der Produktion, des Handels und der Reichthumsansammlung. In den alten naturwüchsigen Gemeinwesen mit Gesammteigenthum am Boden kommt Sklaverei entweder gar nicht vor oder spielt nur eine sehr untergeordnete Rolle. Ebenso in der ursprünglichen Bauernstadt Rom; als dagegen Rom „Weltstadt“ wurde, und der italische Grundbesitz mehr und mehr in die Hände einer wenig zahlreichen Klasse enorm reicher Eigenthümer kam, da wurde die Bauernbevölkerung verdrängt durch eine Bevölkerung von Sklaven. Wenn zur Zeit der Perserkriege die Zahl der Sklaven in Korinth 460,000, in Aegina auf 470,000 stieg und auf jeden Kopf der freien Bevölkerung zehn Sklaven kamen, so gehörte dazu noch etwas mehr als „Gewalt“, nämlich eine hochentwickelte Kunst- und Handwerksindustrie und ein ausgebreiteter Handel. Die Sklaverei in den amerikanischen Vereinigten Staaten beruhte weit weniger auf der Gewalt, als auf der englischen Baumwollindustrie; in den Gegenden, wo keine Baumwolle wuchs, oder die nicht, wie die Gränzstaaten, Sklavenzüchtung für die Baumwollstaaten trieben, starb sie von selbst aus, ohne Anwendung von Gewalt, einfach weil sie sich nicht bezahlte.

Wenn also Herr Dühring das heutige Eigenthum ein Gewalteigenthum nennt und es bezeichnet als „diejenige Herrschaftsform, welche nicht etwa blos eine Ausschließung des Nebenmenschen von dem Gebrauch der Naturmittel zur Existenz, sondern auch, was noch weit mehr bedeutet, die Unterjochung des Menschen zum Knechtsdienst zu Grunde liegen hat“ — so stellt er das ganze Verhältniß auf den Kopf. Die Unterjochung des Menschen zum Knechtsdienst, in allen ihren Formen, setzt beim Unterjocher die Verfügung voraus über die Arbeitsmittel, vermittelst deren allein er den Geknechteten verwenden, und bei der Sklaverei außerdem noch die Verfügung über die Lebensmittel, womit allein er den Sklaven am Leben erhalten kann. In allen Fällen also schon einen gewissen, den Durchschnitt überschreitenden Vermögensbesitz. Wie ist dieser entstanden? Jedenfalls ist es klar, daß er zwar geraubt sein, also auf der Gewalt beruhen kann, aber daß dies keineswegs nöthig ist. Er kann erarbeitet, erstohlen, erhandelt, erschwindelt sein. Er muß sogar erarbeitet sein, ehe er überhaupt geraubt werden kann.

Das Privateigenthum tritt überhaupt in der Geschichte keineswegs auf als Ergebniß des Raubs und der Gewalt. Im Gegentheil. Es besteht schon, wenn auch unter Beschränkung auf gewisse Gegenstände, in der uralten naturwüchsigen Gemeinde aller Kulturvölker. Es entwickelt sich bereits innerhalb dieser Gemeinden, zunächst im Austausch mit Fremden, zur Form der Waare. Je mehr die Erzeugnisse der Gemeinde Waarenform annehmen, d. h. je weniger von ihnen zum eignen Gebrauch des Produzenten, und je mehr sie zum Zweck des Austausches produzirt werden, je mehr der Austausch auch im Innern der Gemeinde die ursprüngliche naturwüchsige Arbeitstheilung verdrängt desto ungleicher wird der Vermögensstand der einzelnen Gemeindeglieder, desto tiefer wird die alte Gemeinschaft des Bodenbesitzes untergraben, desto rascher treibt das Gemeinwesen seiner Auflösung in ein Dorf von Parzellenbauern entgegen. Der orientalische Despotismus und die wechselnde Herrschaft erobernder Nomadenvölker konnten diesen alten Gemeinwesen Jahrtausende hindurch nichts anhaben; die allmählige Zerstörung ihrer naturwüchsigen Handindustrie durch die Konkurrenz der Erzeugnisse der großen Industrie bringt sie mehr und mehr in Auflösung. Von Gewalt ist da ebensowenig die Rede, wie bei der noch jetzt stattfindenden Auftheilung des gemeinsamen Ackerbesitzes der „Gehöferschaften“ an der Mosel und im Hochwald; die Bauern finden es eben in ihrem Interesse, daß das Privateigenthum am Acker an die Stelle des Gemeineigenthums trete. Selbst die Bildung einer naturwüchsigen Aristokratie, wie sie bei Celten, Germanen und im indischen Fünfstromland auf Grund des gemeinsamen Bodeneigenthums erfolgt, beruht zunächst keineswegs auf Gewalt, sondern auf Freiwilligkeit und Gewohnheit. Ueberall wo das Privateigenthum sich herausbildet, geschieht dies in Folge veränderter Produktions- und Austauschverhältnisse, im Interesse der Steigerung der Produktion und der Förderung des Verkehrs — also aus ökonomischen Ursachen. Die Gewalt spielt dabei gar keine Rolle. Es ist doch klar, daß die Einrichtung des Privateigenthums schon bestehen muß, ehe der Räuber sich fremdes Gut aneignen kann; daß also die Gewalt zwar den Besitzstand verändern, aber nicht das Privateigenthum als solches erzeugen kann.

Aber auch um „die Unterjochung des Menschen zum Knechtsdienst“ in ihrer modernsten Form, in der Lohnarbeit zu erklären, können wir weder die Gewalt noch das Gewalteigenthum brauchen. Wir haben schon erwähnt, welche Rolle bei der Auflösung der alten Gemeinwesen, also bei der direkten oder indirekten Verallgemeinerung des Privateigenthums die Verwandlung der Arbeitsprodukte in Waaren, ihre Erzeugung nicht für den eignen Verzehr, sondern für den Austausch spielt. Nun aber hat Marx im „Kapital“ sonnenklar nachgewiesen — und Herr Dühring hütet sich auch nur mit einer Silbe darauf einzugehen — daß auf einem gewissen Entwicklungsgrad die Waarenproduktion sich in kapitalistische Produktion verwandelt, und daß auf dieser Stufe „das auf Waarenproduktion und Waarencirkulation beruhende Gesetz der Aneignung oder Gesetz des Privateigenthums durch seine eigne, innere, unvermeidliche Dialektik in sein Gegentheil umschlägt: der Austausch von Aequivalenten, der als die ursprüngliche Operation erschien, hat sich so gedreht, daß nur zum Schein ausgetauscht wird, indem erstens der gegen Arbeitskraft ausgetauschte Kapitaltheil selbst nur ein Theil des ohne Aequivalent angeeigneten fremden Arbeitsprodukts ist, und zweitens von seinem Produzenten, dem Arbeiter, nicht nur ersetzt, sondern mit neuem Surplus (Ueberschuß) ersetzt werden muß. . . Ursprünglich erschien uns das Eigenthum gegründet auf eigne Arbeit. . . Eigenthum erscheint jetzt (am Schluß der Marxschen Entwicklung), auf Seite des Kapitalisten, als das Recht fremde unbezahlte Arbeit; auf Seite des Arbeiters, als Unmöglichkeit sein eignes Produkt anzueignen. Die Scheidung zwischen Eigenthum und Arbeit wird zur nothwendigen Konsequenz eines Gesetzes, das scheinbar von ihrer Identität ausging.“ Mit andern Worten: selbst wenn wir die Möglichkeit alles Raubs, aller Gewaltthat und aller Prellerei ausschließen, wenn wir annehmen, daß alles Privateigenthum ursprünglich auf eigner Arbeit des Besitzers beruhe, und daß im ganzen ferneren Verlauf nur gleiche Werthe gegen gleiche Werthe ausgetauscht werden, so kommen wir dennoch bei der Fortentwicklung der Produktion und des Austausches mit Nothwendigkeit auf die gegenwärtige kapitalistische Produktionsweise, auf die Monopolisirung der Produktions- und Lebensmittel in den Händen der einen, wenig zahlreichen Klasse, auf die Herabdrückung der andern, die ungeheure Mehrzahl bildenden Klasse zu besitzlosen Proletariern, auf den periodischen Wechsel von Schwindelproduktion und Handelskrise und auf die ganze gegenwärtige Anarchie in der Produktion. Der ganze Hergang ist aus rein ökonomischen Ursachen erklärt, ohne daß auch nur ein einziges Mal der Raub, die Gewalt, der Staat oder irgend welche politische Einmischung nöthig gewesen wäre. Das „Gewalteigenthum“ erweist sich auch hier bloß als eine renommistische Phrase, die den Mangel an Verständniß des wirklichen Verlaufs der Dinge verdecken soll.

Dieser Verlauf, historisch ausgedrückt, ist die Entwicklungsgeschichte der Bourgeoisie. Wenn „die politischen Zustände die entscheidende Ursache der Wirthschaftslage sind“, so muß die moderne Bourgeoisie nicht im Kampf mit dem Feudalismus sich entwickelt haben, sondern sein freiwillig erzeugtes Schooßkind sein. Jedermann weiß, daß das Gegentheil stattgefunden hat. Ursprünglich dem herrschenden Feudaladel zinspflichtiger, aus Hörigen und Leibeignen aller Art sich rekrutirender, unterdrückter Stand, hat das Bürgerthum in fortwährendem Kampf mit dem Adel einen Machtposten nach dem andern erobert, und schließlich in den entwickeltsten Ländern an seiner Stelle die Herrschaft in Besitz genommen; in Frankreich, indem es den Adel direkt stürzte, in England, indem es ihn mehr und mehr verbürgerlichte und ihn sich als seine eigene ornamentale Spitze einverleibte. Und wie brachte es dies fertig? Lediglich durch Veränderung der „Wirthschaftslage“, der eine Veränderung der politischen Zustände früher oder später, freiwillig oder erkämpft, nachfolgte. Der Kampf der Bourgeoisie gegen den Feudaladel ist der Kampf der Stadt gegen das Land, der Industrie gegen den Grundbesitz, der Geldwirthschaft gegen die Naturalwirthschaft, und die entscheidenden Waffen der Bürger in diesem Kampf waren ihre, durch die Entwicklung der erst handwerksmäßigen, später zur Manufaktur vorschreitenden Industrie und durch die Ausbreitung des Handels sich fortwährend steigernden ökonomischen Machtmittel. Während dieses ganzen Kampfs stand die politische Gewalt auf Seite des Adels, mit Ausnahme einer Periode, wo die königliche Macht das Bürgerthum gegen den Adel benutzte, um den einen Stand durch den andern im Schach zu halten; aber von dem Augenblick, wo das noch immer politisch ohnmächtige Bürgerthum, vermöge seiner wachsenden ökonomischen Macht, gefährlich zu werden anfing, verbündete sich das Königthum wieder mit dem Adel, und rief dadurch zuerst in England, dann in Frankreich, die Revolution des Bürgerthums hervor. Die „politischen Zustände“ in Frankreich waren unverändert geblieben, während die „Wirthschaftslage“ ihnen entwachsen war. Dem politischen Stand nach war der Adel Alles, der Bürger Nichts; der sozialen Lage nach war der Bürger jetzt die wichtigste Klasse im Staat, während dem Adel alle seine sozialen Funktionen abhanden gekommen waren und er nur noch in seinen Revenüen die Bezahlung dieser verschwundenen Funktionen einstrich. Damit nicht genug: das Bürgerthum war in seiner ganzen Produktion eingezwängt geblieben in die feudalen politischen Formen des Mittelalters, denen diese Produktion — nicht nur die Manufaktur, sondern selbst das Handwerk — längst entwachsen war: in alle die, zu bloßen Chikanen und Fesseln der Produktion gewordenen, tausendfachen Zunftprivilegien und lokalen und provinzialen Zollschranken. Die Revolution des Bürgerthums machte dem ein Ende. Nicht aber indem sie, nach Herrn Dührings Grundsatz, die Wirthschaftslage den politischen Zuständen anpaßte — das hatte ja grade Adel und Königthum Jahrelang umsonst versucht — sondern indem sie umgekehrt den alten modrigen politischen Plunder bei Seite warf und politische Zustände schuf, in denen die neue „Wirthschaftslage“ bestehen und sich entwickeln konnte. Und sie hat sich in dieser ihr angemessenen politischen und rechtlichen Atmosphäre glänzend entwickelt, so glänzend, daß die Bourgeoisie schon nicht mehr weit von der Stellung ist, die der Adel 1789 einnahm: sie wird mehr und mehr, nicht nur sozial überflüssig, sondern soziales Hinderniß; sie scheidet mehr und mehr aus der Produktionsthätigkeit aus und wird mehr und mehr, wie seiner Zeit der Adel, eine bloß Revenüen einstreichende Klasse; und sie hat diese Umwälzung in ihrer eigenen Stellung und die Erzeugung einer neuen Klasse, des Proletariats, fertig gebracht ohne irgend welchen Gewaltshokuspokus, auf rein ökonomischem Wege. Noch mehr. Sie hat dies Resultat ihres eignen Thun und Treibens keineswegs gewollt — im Gegentheil, es hat sich mit unwiderstehlicher Gewalt gegen ihren Willen und gegen ihre Absicht durchgesetzt; ihre eignen Produktionskräfte sind ihrer Leitung entwachsen, und treiben, wie mit Naturnothwendigkeit, die ganze bürgerliche Gesellschaft dem Untergange oder der Umwälzung entgegen. Und wenn die Bourgeois jetzt an die Gewalt appelliren, um die zusammenbrechende „Wirthschaftslage“ vor dem Einsturz zu bewahren, so beweisen sie damit nur, daß sie in derselben Täuschung befangen sind wie Herr Dühring, als seien „die politischen Zustände die entscheidende Ursache der Wirthschaftslage“; daß sie sich einbilden, ganz wie Herr Dühring, sie könnten mit dem „Primitiven“, mit „der unmittelbar politischen Gewalt“ jene „Thatsachen zweiter Ordnung“, die Wirthschaftslage und ihre unabwendbare Entwicklung umschaffen und also die ökonomischen Wirkungen der Dampfmaschine und der von ihr getriebenen modernen Maschinerie, des Welthandels und der heutigen Bank- und Kreditentwicklung mit Kruppkanonen und Mausergewehren wieder aus der Welt schießen.

Herr Adolf Samter.

Von J. Dietzgen.

I.

Die Sozialdemokratie hat viele Widersacher; darunter neuzeitlich auch solche, welche uns so wohlwollend, freundlich und verständig entgegenkommen, daß man zweifelhaft werden kann, ob sie als Freunde oder Feinde aufzunehmen sind. So jüngst die „Quintessenz des Sozialismus“, und nun auch Herr Samter mit „Sozialistische Irrthümer, soziale Wahrheiten“, die Irr-

thümer will er von der Wahrheit trennen. Das Vorhaben ist durchaus löblich und das Streben des Herrn achtbar und ehrenwerth. Er ist unserer Partei entschieden förderlich; aber das ist auch der Staatsanwalt Tessendorff und der Bürgermeister von Siegburg. Eben das ist das Glorreiche unserer Sache: Freund und Feind arbeitet an ihrem Erfolge. Ob man sie lobt, ob man sie tadelt, sie protegirt oder sie verfolgt, man kann sie nicht todtschweigen, man muß sie ständig berühren und dadurch funkelt und glänzet ihre Wahrheit immerfort.

Den Standpunkt unseres heutigen feindlichen Freundes spricht er kurz und präcis in dem Vorwort eines andern Werkchens aus, welches unter dem Titel „Gesellschaftliches und Privat-Eigenthum" jüngst bei Duncker & Humblot in Leipzig erschienen. „Was ich für mich beanspruche," sagt Samter, „ist, daß ich, wie für Aufhebung des privaten Grundeigenthums, ebenso für Aufrechterhaltung des sonstigen Privateigenthums eintrete." „Viele, wohl die gesammte sozialdemokratische Partei werden meine Forderung als nicht ausreichend genug bezeichnen .... und die Anhänger der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation werden, trotzdem ich für das Privateigenthum plaidire, weil ich das private Grundeigenthum antaste, mich als Feind der Gesellschaft und zur Umsturzpartei gehörig verlästern."

Der Herr also vertritt die Halbheit, sieht den Vorwurf vorher und erklärt, sich „nicht schuldig zu fühlen." Sehen wir zu.

„Mein Programm," versichert er, „ist viel weniger eine Halbheit, als es der Standpunkt ist, sich ausschließlich mit Privateigenthum zu begnügen, oder ausschließlich gesellschaftliches Eigenthum zu verlangen." Samter nennt seine Stellung eine höhere, „weil sie Einseitigkeiten von sich weist."

Nun ist der liebe Mann aber im Irrthum, wenn er glaubt, die sozialdemokratische Partei mache nicht denselben Anspruch auf eine Stellung, welche die Einseitigkeit ausschließt. Er weiß und sagt wiederholt, daß die Sozialisten verleumdet werden, wenn man ihnen nachsagt, sie wollten das Eigenthum aufheben. Wir wollen „neben dem gesellschaftlichen das Privateigenthum." Das gesellschaftliche Eigenthum soll uns nur als Instrument dienen, um den Privaten Produkte, d. h. Privateigenthum zu erzeugen. „Das Privateigenthum," sagt Samter, „halten sie (die Sozialdemokraten) unbedingt aufrecht."

Der Kathedersozialist will, wie die Sozialdemokraten: daß neben dem Privateigenthum das gesellschaftliche Eigenthum eingeführt werden soll; aber nun kommt die Halbheit: er sagt „als ebenbürtige Macht." Während wir die Ausbeutung der Gesellschaft durch einzelne Private radikal unmöglich machen wollen, glaubt er einen Fortschritt insinuirt zu haben, wenn er die Angst der Kapitalisten mit einem moderirten Plane beschwichtigt. Neben der gesellschaftlichen Produktion soll ihnen ein ebenbürtiges Feld zur Privatspekulation erhalten bleiben. Dieser Plan der Moderation, der süßen Vermittlung zwischen kapitalistisch und sozialistisch ist dem werthen Freunde zur Herzensangelegenheit geworden, und hindert ihn das, den Stand der Dinge mit vorurtheilsfreiem Auge zu sehen.

„Die sozialdemokratische Partei will also die Eigenthumsforderung dahin erledigen, daß sie das Nutzeigenthum den Privaten belassen, das Produktiveigenthum der Gesellschaft überlassen will." Mit diesen Worten zeichnet Samter ganz treffend unser Ziel. Auch erkennt er an, daß „die Unterscheidung von Gebrauchsvermögen und Produktivmittel das wichtigste Eintheilungsprinzip des Eigenthums, aber thatsächlich nicht durchführbar ist." „Die weitaus größte Mehrzahl der Eigenthumsgegenstände ist sowohl als Nutzeigenthum wie als Produktiveigenthum verwendbar und es erscheint ganz undurchführbar, wenn man dem Einzelnen Eigenthumsgegenstände zum Gebrauch überläßt, ihm zu verwehren, solche produktiv zu verwenden, ihm zu verbieten, das ihm zugestandene Nutzobjekt als Produktivmittel zu verwerthen. Es muß als ein Irrthum der sozialdemokratischen Partei bezeichnet werden .... daß es möglich ist, das Eigenthum aufrecht zu erhalten und ihm seine werbende Kraft zu nehmen. Auch das Nutzeigenthum wird in sehr großem Umfange verborgt ... und solange es Reiche und Bedürftige giebt, was sich nie beseitigen lassen wird, wird dieses Verborgen, der privatwirthschaftliche Erwerb aus dem Eigenthum, auch aus dem privaten Nutzeigenthum, nicht aufhören."

Nun wollen wir vorübergehend einmal auf das Projekt des Herrn Samter eingehn, und für Aufhebung des privaten Grundeigenthums ebenso eintreten, wie für Aufrechterhaltung des sonstigen Privateigenthums. Aber dabei können wir ihm nicht den Gefallen thun, dem Bourgeois-Staat die Verwaltung zu belassen. Die Sozialisten, besonders wenn sie die Mehrheit im Staate, und den Grund und Boden haben, werden stolze Leute sein, die ihre Sache selbst verwalten wollen. Also werden sie sagen: das Vaterland ist von jetzt ab Eigenthum der sozialistischen Gesellschaft; wer nicht dazu gehören will, mag auswandern, Neu-Caledonien und Sibirien sei dazu offen gehalten. Diejenigen alle, die bleiben, sollen im arbeitsfähigen Alter täglich drei Stunden ackern. Widerspruch ist nicht. Die Gewalt ist unser, und wir dekretiren: Von Rechtswegen! In Erwägung, daß das Ackerbauprodukt der Stoff ist, der Leib und Seele zusammenhält, die Grundlage oder erste Nothwendigkeit alles menschlichen Daseins, in Erwägung, daß diese erste und unbedingteste Nothwendigkeit ohne Arbeit nicht ehrlich zu erreichen ist, sind ohne Ausnahme alle Gesunden und Starken verpflichtet, der Gesellschaft Dienste zu leisten und also sie in Stand zu setzen, dem Gemeinwohl die unentbehrliche Unterlage zu schaffen u. s. w. u. s. w. Bei den Spezialitäten der Einrichtungen, wie viele pflügen und wie viele säen, wer die Pferde und wer die Rinder, wer die Eier, die Butter und die Buchführung besorgt, dabei wollen wir uns noch nicht aufhalten und durch unzeitige Sorgen nicht das Problem verwirren. Wohl aber ist zu beachten, daß wir jetzt unmöglich können, was wir anfangs gutmüthig wollten: das „private Grundeigenthum" läßt sich nicht sozialistisch bewirthschaften, ohne „sonstiges Privateigenthum" zuzuziehen. Samter's Idee erweist sich durch ihre Unausführbarkeit als Halbheit. Mit dem Grund und Boden ist es nicht genug, er will auch benutzt sein. Dazu gehören Vorräthe an Samen, Proviante, Maschinen, Geräthe, Vieh ꝛc. Das Immobilar kann nicht dienen ohne Mobilar. Wenn sich die Sozialisten des Grund und Bodens bemächtigen wollten, ohne die Mittel der Bewirthschaftung, dann wäre die „Befreiung der Arbeit", ihre „Auseinandersetzung mit dem Besitzthum" nur ein frommer Wunsch des Herrn Samter.

Darum gebietet die Vernunft der Dinge den Sozialisten, sich auf keine Halbheit einzulassen, und nicht nur das private Grundeigenthum, sondern überhaupt die Produktivmittel in gesellschaftliches Eigenthum zu verwandeln. Diese Forderung läßt sich immerhin moderiren, und darf gar nicht so haarsträubend aufgefaßt werden, wie unsere feindlichen Freunde und freundlichen Feinde das belieben. Wir dürfen nicht gleich allen kleinen Bauern und Landtagelöhnern ihre Hüttchen und Parzellchen konfisziren. Die Sache ist schrittweise einzuleiten und die größten Güter und Vermögen sind zunächst im Auge zu behalten. Viele davon werden sich in Händen befinden, die sich dem Bedürfniß der Gesellschaft verbrecherisch widersetzen, und sind deshalb entschädigungslos in Beschlag zu nehmen. Andere werden von höchst ehrbaren Leuten besessen, die privatim nicht zu verantworten haben, daß ihre Klasse der Gesellschaft das natürliche Eigenthum unmenschlich hat vorenthalten wollen. Diesen gegenüber dürfen wir sehr rücksichtsvoll sein, und für das, was sie an die Gemeinschaft abtreten, eine honorige Entschädigung bewilligen. Moderation in Nebendingen ist stets zulässig, aber keine Halbheit in der Tendenz, keine Nachgiebigkeit, die den Zweck vereitelt.

Samter möchte das Eigenthum an Grund und Boden der Gesellschaft übermacht wissen, und dem Staate, d. h. den preußischen und österreichischen Junkern die Verwaltung belassen. Die sollen das „sonstige Privateigenthum" aufrecht erhalten und an vermögende Unternehmer die Aecker verpachten. Natürlich würde ein Theil des Produkts zur Pachtzahlung, und von den Betreßten zu bekannten Militairzwecken verwandt werden. Auch wollen die Unternehmer oder Pächter ein Scherflein vom Produkt, und zwar ein möglichst großes. Dem Arbeiter aber, dem letzten Manne, gehörte der gottlose Rest. Das wäre die kathedersozialistische „Fortentwicklung".

(Schluß folgt.)

Energie und Lebenshaltung.

II.

Wenn die Willenskraft entfesselt werden soll, muß man doch wohl vorher wissen, wodurch sie gefesselt wird? Und es kann darauf keine andre Antwort geben: als durch ungenügende Leibes- und Geistesnahrung, oder durch eines von beiden. Am schlimmsten steht es um diejenigen, denen beides in erforderlichem Maße fehlt, deren Lebenshaltung und Erziehung zugleich dem zeitgenössischen Erforderniß nicht entspricht, also um die ausgebeuteten Klassen. Unter denen, welchen blos eines von beiden fehlt, haben erfahrungsgemäß die Wohlhabenden weniger Energie als die Aermeren, wenn jenen gleichviel wahre Erziehung zu Theil wird als diesen. Unter wahrer Erziehung verstehen wir hier eine solche, welche — wie beschränkt auch immer an Umfang, doch zum Selbstdenken und Selbstthun anleitet. Ein mäßiger Grad einer solchen ist glücklicherweise durch die niedrigere Lebenshaltung der ausgebeuteten Klassen und die unverhältnißmäßig zu starken Anforderungen der Gesellschaft an sie mitgesetzt. „Noth lehrt beten" ist ein weniger richtiger Ausdruck als „Noth lehrt denken"; freilich nur, wenn die Noth nicht zu groß ist. In diesem Falle ist bei allen Völkern der weißen Rasse, und bei einigen der gelben, unter welchen eine bedeutendere Gehirnentwicklung vererbt wird, die Selbsterziehung immer in nothdürftigem Maße vorhanden und wird durch selbst spärliche von außen kommende erzieherische Einflüsse ziemlich viel Nahrung empfangen, während selbst reichliche solche Einflüsse bei den leiblich Wohlgenährten wirkungslos bleiben.

Dies ist keine weise, zweckmäßige Veranstaltung; es ist eine zwingende Folge des Gesetzes von der Erhaltung der Kraft — es liegt aber darin eine nicht weniger wohlthätige Ausgleichung (Kompensation) der geistigen und leiblichen Natur. Jede von beiden lebt solange auf Kosten der anderen, bis eine vernünftige Erziehung sie in unablässige Wechselwirkung mit einander setzt und dadurch beide gleich sehr fördert.

Vergegenwärtigen wir uns die ganze weittragende Bedeutung dieser Erkenntniß. Wir können an ihrer Hand erklären, warum alle herrschenden Klassen zum Untergange vorausbestimmt sind, während alle an strenge Arbeit gewöhnten Klassen eine große Zukunft haben. Bei den Ersteren nährt sich der Körper auf Kosten des Geistes, des Selbstdenkens; bei den Letzteren, so lange nicht die Nahrung zur Fristung des Lebens unzureichend ist, wird die vererbte Lebenskraft, welche sich nicht in der Leibesnahrung erschöpft, das Selbstdenken in Thätigkeit erhalten — das Gehirn wird sein Stoffgemisch und seine Organausbildung lange Geschlechterfolgen hindurch bewahren. Es ist auffällig, wieweit diese Selbsterhaltungskraft des Geistes bei dürftigster Leibesnahrung reichen kann — nur muß man dabei keine geistigen Fortschrittsleistungen erwarten. Die altegyptische Arbeiterbevölkerung ist noch heute dieselbe wie vor 4000 oder mehr Jahren; sie hat sechs Eroberer-Rassen überlebt, welche sie der Reihe nach geknechtet haben, und alle genauen Beobachter erklären sie für sehr lernfähig; schon ihre Gesichtszüge und Schädelbildung drücken gesunden Verstand, leichte Auffassungsgabe und Selbstdenken aus. Die chinesische Arbeiterwelt, obwohl aus eigner Kraft zu geistigen Fortschritten ganz unfähig, so lange sie innerhalb ihrer versteinernden Bildungszustände bleibt, entwickelt überall sonst, wohin sie versetzt wird, eine außerordentliche Energie, lernt rasch Neues und ist ihrer unglaublich geringen leiblichen Bedürfnisse wegen die gefährlichste Mitbewerberin mit der Arbeit Weißer, wo ihr, wie in Ostindien, den Vereinigten Staaten, auf Mauritius ꝛc. freier Mitbewerb gestattet ist. Selbst zu Revolutionen im eignen Lande ist sie fähig, und wo, wie an den Grenzen der Mongolei, das Beamtenthum zu ohnmächtig ist, um sie zu knechten, macht sie Wüsten, oder gänzlich durch den Krieg verödete Provinzen in kürzester Zeit zu blühenden Gefilden und schafft eine Art Selbstregierung. Aehnliches gilt von den Japanern und Koreanern. Die Mäßigkeit der Juden in leiblichen Genüssen ist eine bekannte Thatsache; sie ist weniger eine Folge angeerbter Rassen-Eigenthümlichkeit als angepaßter. In zwei Jahrtausenden ärgster Bedrückung, wo immer sie wohnen mochten, wurde sie zur Nothwendigkeit. Die Folge ist eine, allerdings durch stets andauernden Schulunterricht beförderte, geistige Regsamkeit, welche so allgemein vertheilt keine andere Nationalität aufweisen kann, und eine beispiellose Willenskraft insbesondere. Wir können auf mehrere andere beweisende Beispiele verzichten. Der Beispiele dagegen von herrschenden, der Arbeit und des Selbstdenkens entwöhnten Klassen und Rassen, welche ganz ausgestorben, oder sonst spurlos verschwunden sind, giebt es zu viele, um sie anführen zu sollen.

Es darf aber in diesem Zusammenhange nicht verschwiegen werden, daß eine zu vorwiegende Gehirnthätigkeit ebenfalls die menschlich gesunde Entwicklung schädigt. Die Juden sind hier wieder das schlagendste Beispiel. Von genügender Muskelarbeit durch tausendjährige Bedrückung ferngehalten, aber gewohnt, auf geistige Thätigkeit einen hohen Werth zu setzen, haben sie seit lange die unselige Gewohnheit angenommen, ihre Kinder so früh als möglich zu schulen und dabei mit unpädagogischem Hochdampfdruck zu arbeiten. Die Folge davon ist ein sehr hoher Prozentsatz geisteskranker und geistesschwacher Volksgenossen — in der Regel alle, welche in der Nahrung unmäßig sind, was eine Folge, nicht eine Ursache der Geistesschwäche ist. Die Ueberspannung des Geisteslebens rächt sich an den gebornen Generationen, und da dies eine noch von Wenigen gemachte Beobachtung ist, obwohl eine ungemein wichtige, so sind wir bereit, an andrer Stelle auf diesen Satz zurückzukommen, wenn er angezweifelt werden sollte.

In regierenden Häusern sind die Fälle von Wahnsinn und Geistesschwäche noch ungleich häufiger. Man hat dies dadurch zu erklären versucht, daß die Gattenwahl in diesen Häusern nur unter Familien gleichen Ranges — welche fast alle nahe verwandt sind — platzgreife, also aus einem Widerwillen der Natur gegen Gattenwahl unter nahen Verwandten. Auch diesem alten Vorurtheil haben Darwin und sein Sohn durch statistische Untersuchungen den Garaus gemacht. Die Sache ist auch ohnehin erklärlich. Zu dem hohen pädagogischen Dampfdruck, welcher bei diesen Leuten angewendet wird, um sie zur „Beglückung" ihrer Unterthanen zu befähigen, kommen hier noch die Enthebung von aller wirklichen Arbeit und ein sehr gesteigerter leiblicher Lebensgenuß, um das kräftigste Herrschergeschlecht nach wenigen Generationen geistig zu entmannen.

Die richtige, ehrliche Entfesselung der Energie bei Allen ist schon in dem alten Wahrspruche mens sana in corpore sano (ein gesunder Geist in einem gesunden Leibe) ausgedrückt; nur muß der letztere recht verstanden, auf alle Menschen ausgedehnt, und unter Gesundheit allseitige Leistungsfähigkeit aller leiblichen und geistigen Anlagen inbegriffen werden. Jede engere Auffassung des Wahrspruchs paßt nicht länger auf unsere Zeit, deren schwerwiegender Unterschied von aller Vorzeit in einer überaus großen und sich steigernden Theilung der Arbeit besteht. Jeder Arbeitende arbeitet je länger desto mehr mit einem kleinen Bruchtheile seiner leiblich-geistigen Anlage und bildet diese übermäßig zum Nachtheile aller andern aus. Und je geringere Geistesthätigkeit dabei erforderlich, je „geisttödtender" — wie es mit Recht genannt wird — die Berufsthätigkeit ist, desto schädlicher für die leibliche Gesundheit und Lebensdauer muß sie sein, was schon durch die Statistik bewiesen ist. Aber auch die überwiegend geistige Beschäftigung wird durch die wachsende Theilung der Arbeit großentheils mechanisch, gesundheitswidrig. Und so erfordern denn beide Arten Berufsthätigkeit ein Gegengewicht durch ergänzende Beschäftigung vernachlässigter Anlagen, wenn völlige Gesundheit, also die größte Entfesselung der Energie vorhanden sein soll.

Da nun die großartige Arbeitstheilung für ihr Gift das Gegengift mit sich bringt, indem sie jede Art Arbeit erstaunlich viel produktiver macht, so giebt es durchaus keine Zuflucht mehr für die heuchlerischen Schönfärber, welche die Knechtschaft der Einen (Vielen) zur Förderung der Wissenschaft, Kunst, Sittlichkeit und des gesellschaftlichen Fortschrittes verlangen, welches Alles aber nur den Andern (Wenigen) recht zugute kommt. Seitdem die handgreifliche Ueberproduktion in allen kapitalistischen Ländern — Ueberproduktion in einigen, verbunden mit Unterproduktion in andern Waaren — beweist, daß wenige Arbeitsstunden des Tages bei Jedem zur Versorgung Aller mit dem Nothwendigen und Nützlichen genügen, seitdem ist auch der letzte scheinbar berechtigte Vorwand entlarvt, auf welchen hin die Vielen zu Mittein für die Zwecke der Wenigen gemacht werden. Und sobald die Vielen sich ernstlich und energisch vereinigen, um dieser Menschenentwürdigung ein Ende zu machen, beweisen sie durch eben diese That ihr gutes Recht dazu.

Hunger und herbe Noth sind schlechte Mittel, um die Energie zu entfesseln. Sie führen entweder zur Verzweiflung der Ohnmacht, oder zur Verzweiflung des Verbrechens. Was hilft alle Beseitigung der Zoll- und Handelsschranken, der Kasten und Zünfte, der Ortsangehörigkeit und andrer theilweiser Fesseln, wenn die beiden Hauptfesseln nicht beseitigt werden, die des Privateigenthums an den Arbeitsmitteln und die der verschiednen und nicht auf Selbstdenken abzielenden Erziehung? Was helfen Staatsbürgerrechte denen, welche nicht am Beutel und im Gehirne gesund genug sind, um sie zu vertheidigen? Was hilft das vielgepriesene Stimmrecht, wenn man nur Ja sagen darf, und auf dem Neinsagen der langsame Hungertod steht? — Und was hilft alle wundervolle Entwicklung der Kunst und Wissenschaft, wenn sie zum Mittel wird, der Mehrheit die Menschwerdung zu erschweren? Was hilft aller Nationalreichthum, wenn seine Produktion massenhaft Menschenleben, Menschengesundheit und Menschenwürde konsumirt?

Aber die Welt ist soweit fortgeschritten, daß unsere Gegner das alles recht wohl wissen können und für ihre Unwissenheit keine Entschuldigung mehr haben. Wir setzen es auch gar nicht auseinander, um unsere Gegner zu belehren und bekehren, sondern nur, um ihnen zu zeigen, daß wir Arbeiter es wissen und beweisen können, und daß bei uns keine Scheinheiligkeit mehr verfängt. Wir setzen es auseinander, damit jeder Arbeitende es durchdenke und beherzige, und damit der gerechte Zorn der sittlichen Menschennatur gegen die bestehenden heuchlerischen Zustände und Lehren entbrenne, überall entbrenne, wo noch ein gesundes Gehirn denkt, und ein Unterdrückter schmachtet.

Entfesselung der Energie! Ist das euers Systemes Zweck? — Wenn das keine Lüge sein soll, so müßtet ihr euch von Herzen freuen, daß die Arbeiterpartei jeden gewünschten Grad von Energie entwickelt, selbst denkt und selbst handelt und auch entbehren zu können lernt. Daran aber seid nicht Ihr schuld. Denn ihr meint das Gegentheil von dem, was ihr sprecht, und da es so Viele giebt, welche euch durchschauen, weil sie blind sein müßten, um nicht den Widerspruch zwischen euren Thaten und Worten zu sehen, so sind eurer Herrschaft Tage gezählt. Die Weltgeschichte hat euch schon bei Lebenszeit verurtheilt.

Vermischtes.

— Die älteste deutsche Zeitung. In der Heidelberger Universitäts-Bibliothek wurde in letzter Zeit ein Exemplar einer Zeituug aufgefunden, die sich als die älteste herausstellte, von der man bis jetzt weiß. Es ist ein Quartband mit der Jahreszahl 1609; als Ort der Herausgabe ist Straßburg genannt. Die Zeitung erschien wöchentlich und bestand aus zwei Blättern. Sie enthielt meistens Mittheilungen von Correspondenten aus den angrenzenden Staaten, welche regelmäßige Beiträge lieferten. Es ist interessant zu erfahren, daß Briefe von Wien ungefähr 8 Tage auf dem Wege waren, von Venedig 14—17 und von Rom 21 Tage. Wenn der Inhalt der Briefe mit den anderen Neuigkeiten aus zweiter Hand das Blatt nicht ganz ausfüllte, wurde der übrig bleibende Raum leer gelassen. Mittheilungen aller Art fanden einen Platz in dieser Zeitung. Unter den interessantesten Vorfällen zählt die Erfindung des Teleskops durch Galileo Galilei. Der Correspondent aus Florenz schreibt in dieser Beziehung unterm 4. September, „daß die Regierung von Venedig dem Herrn Galileo aus Florenz, Professor der Mathematik in Padua, ein bedeutendes Geschenk gemacht und seinen Jahresgehalt um 100 Kronen vermehrt habe, weil er durch fleißiges Studium eine Regel und ein Maß gefunden, wodurch es möglich gemacht wird, dreißig Meilen entfernte Orte ganz nahe und wieder andererseits nahe Objekte viel weiter entfernt zu sehen, als sie wirklich vor unserem Auge sind."

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 94. Sonntag, 12. August. 1877.

Das Bündniß der drei Großmächte

Oesterreich, Deutschland und Rußland hat allein die menschenschänderische Tragödie auf dem Gewissen, welche sich gegenwärtig in Bulgarien und Rumelien abspielt.

Nur unter dem Schutze dieses Bündnisses konnte Rußland es wagen, die Fahne seiner „Humanität", die Fahne seiner „Menschenliebe" im südöstlichen Europa zu entfalten. — Daß auch die türkischen Soldaten morden und masacriren, ist bekannt; aber Rußland, das scheinheilige Rußland, hat den Anstoß durch sein barbarisches Auftreten dazu gegeben, so daß die türkischen Gräuelthaten uns nur als eine, wenn auch durchaus nicht gerechtfertigte, aber immerhin nur sehr mäßige Revanche erscheinen. Außerdem lassen die türkischen Befehlshaber die Uebelthäter energisch bestrafen, die türkische Regierung ermahnt ihre Untergebenen, daß sie Rücksicht und Milde üben sollen, während die russischen Obersten und Generale selbst hetzen, während die russische Regierung Kriegslieder offiziell vertheilen läßt, die zu Raub und Mord geradezu anfeuern.

Zu Raub und Mord und Bestialität — wir übertreiben wahrlich nicht, man lese nur nachfolgende offizielle Depesche:

„In Herste haben die Russen und Bulgaren die dortigen muselmanischen Bewohner aus dem Dorfe gejagt und sie dann lebendig verbrannt. Die Ueberreste derselben wurden in Kisten geworfen und dann vergraben. Viele Weiber wurden von den Bulgaren fortgeschleppt, und nur einer einzigen Frau gelang es, zu entfliehen. Siebzig Muselmanen und der Iman von Yuklene (Dalioka) wurden durch Bulgaren in eine Scheune gesperrt und diese in Gegenwart von Kosaken angezündet. Vierundvierzig andere Muselmanen derselben Orschaft wurden massacrirt und alle muselmanischen Weiber der äußersten Mißhandlung unterzogen. Acht Mädchen, welche sich widersetzten, wurden getödtet. Die Mehrzahl der anderen Weiber und deren Kinder wurden vor das Dorf geführt, in eine Reihe gestellt und dann ermordert. Zwanzig Weiber und Kinder, die dem Massacre entgehen konnten, wurden von den ottomanischen Truppen gerettet. Der englische Militär-Attaché hat diese Gräuel selbst constatirt. Allsogleich nach Occupirung des Gebietes südlich des Balkans haben die Russen die muselmanischen Einwohner von Eski-Saghra, Kazanlik und der umliegenden Ortschaften entwaffnet und deren Waffen unter die Bulgaren vertheilt, welche 400 Muselmanen nach Mughlis an das Tundscha-Ufer führten und sie dort niedermachten."

So hat unser „Erbfreund" in den eroberten türkischen Distrikten gehauset, bis endlich die Tapferkeit der türkischen Truppen dem elenden Treiben der russischen Mörder wenigstens für eine Zeitlang ein Ende machte.

Und der milde Czar, das edle „Väterchen" hat solcher Bestialität ruhig zugesehen.

Hervor aber auch mit den Mitschuldigen!

Wie wir schon oben bemerkten, hätte Rußland den Krieg gar nicht beginnen können, wenn es nicht der strikten Neutralität und eventuellen Falls der Hilfe von Deutschland und Oesterreich sicher gewesen wäre. Und daß ein solches Bündniß besteht, dies geht nicht allein aus der fortwährenden Behauptung der Offiziösen hervor, die demselben allerdings einen andern Namen beilegen, den wir aus „indirekten" Gründen nicht gebrauchen wollen, sondern es macht sich auch in den letzten Tagen in der Presse und in dem englischen Parlament das Gerücht von einer verabredeten Theilung der Türkei mit einer Entschiedenheit geltend, daß wir am allerwenigsten Grund haben, an demselben und an einem zu diesem Zwecke geschlossenen Bündnisse der drei nordöstlichen Großmächte zu zweifeln.

Und selbst die liberale Berliner „Volkszeitung" deutet darauf hin, wenn sie schreibt:

„Die Tendenz des 1856 zu Paris geschlossenen Friedens war vernünftig. Es wurde in den Donaufürstenthümern eine Scheidewand errichtet zwischen dem beutegierigen Rußland und der für eine europäische Staatenbildung noch nicht reifen Türkei. Diese Scheidewand hat auch so lange vorgehalten, als man voraussetzen konnte, daß Europa den Respekt vor derselben ernstlich fordert. Erst mit dem Sturz Frankreichs und der Isolirung Englands, erst mit der Beseitigung des Einflusses dieser beiden Mächte, welche als Sieger in der Krim den Frieden von Paris diktirt haben, begann die Intrigue ihr Spiel, welche auf einen Umsturz dieser Scheidewand spekulirte. Oesterreich war zu schwach, um sich der Umarmung seiner guten Freunde zu entziehen und der Zusammenbruch der Scheidewand wurde mit dem Einmarsch der Russen in Rumänien zur vollendeten Thatsache, gegen welche einzig und allein England und die Türkei einen Protest erhoben haben."

Auch hier wird das russisch-deutsche Bündniß betont, dem sich das schwache Oesterreich nicht entziehen kann.

Sehr rührend aber ist das Eingeständniß des liberalen Blattes, daß der Sturz Frankreichs (doch durch Deutschland!) und die Isolirung Englands (doch durch diesen Sturz und also wiederum durch Deutschland!) Rußland die Macht gegeben haben, die Scheidewand des Pariser Friedens niederzuwerfen. Demnach trägt ja das herrliche neue deutsche Reich die eigentliche Schuld an dem schrecklichen Brande im Südosten unseres Erdtheils; demnach ist ja der jetzige Krieg eine natürliche Folge des Krieges von 1870/71, ebenso wie dieser Krieg eine natürliche Folge des Krieges von 1866 war.

Kriege gebären Kriege — dies ist gewiß ein viel richtigeres Sprüchwort, als das altrömische, welches von den deutschen Liberalen immer zu ihrer Rechtfertigung citirt wird: Si vis pacem, para bellum (Wenn du den Frieden wunschest, so sei immer kriegsbereit!), da die Kriegsbereitschaft schon der Anfang des Krieges ist. Doch dies nur so nebenbei!

Von Deutschland konnte man nicht anderes erwarten, als daß es dem „Erbfreund" kräftig zur Seite stehen würde. Tradition und die herrschende Strömung in den leitenden politischen Kreisen haben ihm eine solche Stellung angewiesen; auch kann in derselben der deutsche Annexionsdurst am Besten befriedigt werden, wenngleich durch die russischen Niederlagen dieser auch schon etwas geschwunden sein dürfte. Nach dem Willen des deutschen Volkes, welches den „Erbfreund" haßt, welches die russische „Kultur", die russische „Humanität" verabscheut, fragt man in den leitenden Kreisen des deutschen Reichs wenig, und so ist das Bündniß entstanden.

Aber Oesterreich — dies tölpelhaft regierte Land, muß wahrscheinlich die Haut bei dem Bündniß zu Markt tragen. Gegen seine Interessen, gegen die Interessen der Magyaren und Polen ist es von der zuerst wohl geplanten Intervention zu Gunsten der Türkei und zwar an der Seite Englands zurückgekommen und hat sich in die Arme seiner nordischen Nachbarn geworfen — der nordische Bär und der einköpfige Adler werden Oesterreich den Beuteantheil schon zurechtlegen, an welchem natürlich auch Italien participirt.

Wie sich aber das deutsche Reich entschädigen wird bei der Theilung der europäischen Türkei, von welcher es direkt kein Stück brauchen kann?

„Oesterreich muß den Schwerpunkt nach Ofen verlegen!" so sprach einstmals Fürst Bismarck. — — —

Doch wir wollen weiter keine Conjekturalpolitik treiben.

Eins aber steht fest! Deutschland und Oesterreich sind mitschuldig an den Greueln des gegenwärtigen Krieges, ihr Bündniß mit dem kulturfeindlichen Rußland hat diesem allein die Möglichkeit gegeben, seine mordbegierigen Schaaren nach dem Süden zu senden; Deutschland und Oesterreich allein konnten den räuberischen Ueberfall, das skandalöseste Unrecht der neuesten Geschichte, verhindern, Deutschland und Oesterreich können aber auch allein dem grauenvollen Kriege ein Ende gebieten — thun sie es nicht, thun sie es nicht bald, so wird sicherlich das Gerücht von der Theilung der Türkei auf voller Wahrheit beruhen.

Und Deutschland wird dann wohl dem jetzigen Kriege kein Ende gebieten aus Beutegier und Oesterreich wird es nicht thun aus — Dummheit.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Gleichviel ob noch ein Wechsel des Kriegsglücks in dem Orientkrieg bevorsteht, oder nicht — eine dauernde Wirkung haben die russischen Niederlagen in Armenien und in Bulgarien gehabt: die hohe Meinung von der russischen Militärmacht ist zerstört worden und kann durch keine späteren Waffenerfolge, deren Möglichkeit ja unleugbar vorhanden ist, wiederhergestellt werden. Auf diese hohe Meinung haben sich aber ganz wesentlich jene politischen Combinationen gestützt, welche einen europäischen Krieg erwarten ließen. Wenn Oesterreich zur Vertheidigung seiner „Interessensphäre" in den Kampf eintritt, so ist das kein europäischer Krieg, wenn auch das Ende des „lokalisirten Kriegs". Dasselbe gilt von einem Eintreten Englands. Erst das Eintreten Deutschlands — wir meinen des deutschen Reichs — denn Frankreich denkt an keine freiwillige Betheiligung — würde den Krieg zum europäischen Kriege machen. Bisher stand die deutsche Politik, wie wir zu verschiedenen Malen des Näheren ausgeführt, unter dem allmächtigen Einfluß der durch das Bismarck'sche „Blut und Eisen", durch die Kriege von 1866 und 1870—71 begründeten Suprematie Rußlands, und wurde seit 1870—71 speziell durch die Furcht einer russisch-französischen Allianz beherrscht. Von dem Tag an, wo Furst Bismarck das „Bischen Herzegowina" entdeckte und den Oxenstierna'schen Erfahrungssatz so glänzend bestätigte, bis zur russischen Kriegserklärung an die Pforte wandelt die deutsche Reichspolitik „auf gebundener Marschroute" die Pfade Rußlands, und hilft ihm, auch Oesterreich die „gebundene Marschroute" vorschreiben. Dem „Erbfreund", der uns 1870—71 so „gute Dienste" geleistet, den Rücken decken, das übrige Europa lahmlegen, das war die Mission; und um die Zeit der aktiven Neutralität zu Gunsten „Väterchens" auch für den eigenen Bedarf nicht ganz ungenützt verstreichen zu lassen, bereitete „diese abscheuliche Kriegspartei" in aller Gemüthsruhe einen Spaziergang nach Paris vor. „Einmal müssen wir es doch mit den Franzosen ausfechten — der Krieg ist unvermeidlich. Statt zu warten, bis es den Franzosen paßt, uns anzugreifen, greifen wir lieber die Franzosen an, wenn es uns paßt." Es ist Logik darin, das kann Niemand leugnen. Freilich blos Unteroffizierslogik, allein die regiert ja heutzutage. Das Kriegsgehetze gegen Frankreich ging los. — Seit einigen Wochen ist es still geworden. Dieser Umschwung im friedlichen Sinne fällt ganz genau mit dem Zeitpunkt überein, wo man sich in Berlin durch die Berichte der preußischen Offiziere im russischen Hauptquartier und Heer von der militärischen Untüchtigkeit Rußlands zu überzeugen begann. Ohne den Rückhalt eines starken Rußland kann das deutsche Reich unmöglich einen Krieg gegen Frankreich beginnen, der unter allen Umstanden bei jetziger Sachlage Oesterreich und England in die Aktion hinein- und auf Seiten Frankreichs treiben würde, so daß die, lange vorhergesagte Schachpartie: Preußisch-Deutschland und Rußland gegen Oesterreich, Frankreich, England und die Türkei, zum Ausspielen käme. Mit einem über 2 Millionen Soldaten verfügenden Rußland, das mit dem kleinen Finger die „morsche" Türkei umwirft, ließ sich diese Partie allenfalls unternehmen; wo ist aber dieses Zwei-Millionen Soldaten-Rußland? Es war eine Luge des russischen Rubels. Die ungünstigen Berichte der preußischen Offiziere sind durch die Niederlagen der Russen auf dem asiatischen und europäischen Kriegsschauplatz als noch weit hinter der Wahrheit zurückstehend erwiesen worden — genug, mit dem wirklichen Rußland, das selbst Bundesgenossen braucht, die rumänischen Jämmerlinge zu Hilfe rufen muß, um mit den verachteten Türken fertig zu werden — mit diesem Rußland als Bundesgenosse kann auch der „genialste" deutsche Staatsmann und das tollköpfigste Mitglied der „abscheulichen Kriegspartei" keinen Krieg gegen das übrige Europa riskiren. Und das für uns Deutsche der Vortheil des militärischen Fiaskos der Russen. — Die neueste Nachricht, daß das Dreikaiserbündniß noch im Ernst bestehe und mit Italien im Bunde eine Theilung der Türkei beabsichtige, verändert allerdings die Sachlage, doch ist wohl noch anzunehmen, daß wir es mit einem Sensationsgespenst zu thun haben.

— Zum Bildungstrieb und Egoismus der „höheren" Klassen. Auf dem Kickelhahn bei Ilmenau hat kürzlich ein fein gekleideter Tourist die unter Glas befindliche, stark befestigte Photographie von Goethe's eigenhändig geschriebenem Nachtliede „Ueber allen Wipfeln ist Ruh'" gestohlen, wozu er die Zeit benutzte, in welcher der Schließer eine Gesellschaft auf den Thurm führte. — Wir finden sehr häufig, daß Kunstenthusiasten oder Sammler von Antiken ꝛc. ꝛc. aus öffentlichen Anstalten einzelne Gegenstände stehlen; von den seltenen Fällen, wo sie die gestohlenen Gegenstände auch noch verkaufen, wollen wir absehen, sondern nur den Fall im Auge behalten, wo solche Diebstähle bezwecken, den betreffenden Gegenstand aus dem allgemeinen in den eigenen Besitz zu bringen. Die liberale Oekonomie muß sich über solche individuelle Richtung gewiß freuen, wie ihr eigentlich auch der Diebstahl überhaupt, da er eine sehr individuelle Thätigkeit und ein individuelles Streben zum Fortkommen zeigt, im Grunde genommen nicht nur erklärlich, sondern auch lobenswerth erscheinen muß. — Wir Eigenthumsverächter sind doch ganz andere Leute; wir meinen, daß eine solche Aneignung eines Gegenstandes, der, wie die Handschrift Goethe's, der Gesammtheit gehört, ein äußerst fluchwürdiges Verbrechen sei, viel fluchwürdiger, als wenn der Tourist irgend einen Privatmann bestohlen hätte. Daß aber werden unsere Gegner nimmermehr eingestehen — sie werden solchen Diebstahl viel eher entschuldigen,*) als einen Einbruch in ein Privathaus. Das kommt daher, weil sie nur den Einzelbesitz achten, weil sie selbst Egoisten sind und das Privateigenthum heilig erklären — die Gesammtheit, das Gesammteigenthum, das Staatseigenthum, selbst des von ihnen gutgeheißenen Staates, ist ihnen nicht heilig. — Steuerdefraudationen begehen gerade an ihrem Staate die liberalen Herren, und so achten sie auch das Bildungsmaterial der Gesammtheit nicht, es erscheint ihnen nur dann von Werth, wenn sie es in den Einzelbesitz bringen können.

— Eine Reminiscenz. Von einem Parteigenossen erhalten wir nachstehendes Schriftstück zur Veröffentlichung:

„Nürnberg, im Mai 1866.

Angesichts der neuesten politischen Ereignisse und der ganzen traurigen politischen Lage unseres Vaterlandes drängt sich wohl Jedem von selbst die Ueberzeugung auf, daß unser ganzes Staatswesen sowohl, als unser Parteileben in ihrer unläugbaren Zerrissenheit unfähig sind, die großen Fragen der Gegenwart einer befriedigenden Lösung im Sinne der Volksfreiheit zuzuführen.

Im Volke fühlt man wohl, daß die vorhandene Parteispaltung den Sieg der Gegner erleichtern muß. So erklärlich nun auch der Ruf nach Einigkeit der Parteien ist, in der Hoffnung, daß daraus die Einheit des Vaterlandes hervorwachse, so vergißt man doch auch wieder zu leicht, daß eine vollständige Uebereinstimmung eine Unmöglichkeit ist, weil die heißersehnte, dem deutschen Volksgeiste entsprechende Einheit niemals kommen wird, es sei denn vorher die Freiheit errungen, und zwar nicht nur Fetzen von scheinbaren Freiheiten, sondern die ganze volle Freiheit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Geleitet von diesen Gedanken hat die demokratische Partei die Sammlung ihrer Genossen begonnen und wir wenden uns an unsere Freunde im engeren Vaterlande mit der Mahnung, aus ihrer Zurückgezogenheit und sich offen und frei als Mitglieder der deutschen Volkspartei zu bekennen und sich gleich uns mit den Gleichgesinnten zu vereinen. Es ist dies bereits in einer großen Anzahl von Städten und Bezirken im deutschen Vaterlande geschehen und auch bei uns in Bayern mehren sich die Beitrittserklärungen täglich.

Ohne ängstlich präcisirtes Programm, unter dem Wahlspruche: „durch die Freiheit zur Einheit!" als Demokraten finden wir uns zusammen und unterscheiden uns von anderen freisinnigen Parteien hauptsächlich dadurch, daß wir Alles aus dem Volke, aus seinem innersten Wesen herausschaffen wollen; daß wir unbekümmert um die Künste der Diplomaten, unbeirrt durch ihre Kreuz- und Querzüge, durch ihren Trotz und ihre Angst, keinerlei Bündniß mit ihnen eingehen, kein Heil von ihnen erwarten, kein Geschenk von ihrer Hand wollen, überzeugt daß wir unser Recht uns erkämpfen müssen, wenn es bleibenden Werth haben soll.

Sind Sie mit den hier dargelegten Grundsätzen einverstanden und entschlossen, der deutschen Volkspartei sich anzuschließen, so bitten wir uns dies bekannt zu geben und gleichgesinnte Männer aus dem Kreise ihrer Bekannten gleichfalls zum Beitritt zu veranlassen.

*) Als wir dies geschrieben hatten, kam uns die Nachricht zu Gesicht, daß der Dieb ein Irrsinniger sei — die Entschuldigung ist also da. R. d. V.

Nach Eingang Ihrer Erklärung werden wir nicht versäumen, Ihnen sofort weitere Mittheilung über Organisation u. s. w. zukommen zu lassen.

Die Mitglieder der deutschen Volkspartei in Nürnberg.

Zuschriften bitten wir an Herrn Carl Crämer in Doos an der Fürther-Kreutzung zu richten." So das Schriftstück.

Uns interessirt bei demselben zunächst die stolze Sprache der damaligen Volkspartei, welche die ganze volle Freiheit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und somit auch wohl auf dem Gebiete der Arbeit anzustreben vorgiebt, dann daß sie solches aus dem Volke selbst, aus seinem innersten Wesen herausschaffen will. Das klingt genau so, als wenn ein Sozialdemokrat sich äußert, nur etwas verblümter. Dann freut es uns, daß die damalige Volkspartei keinerlei Bündniß mit den „Diplomaten" eingehen, daß sie ihr Recht erkämpfen wollte — das ist eine mannhafte Sprache, die jetzt längst zu den Todten geworfen ist, ebenso wie jener Mann, der gefeierte Volksparteiler Crämer aus Doos, der bald schon ein Schleppenträger der Macht wurde. Es wird noch eine Zeit lang so fort gehen — die vernünftigen und energischen Elemente der Volkspartei kommen dann zu uns, die „Crämer-Seelen" wandern zum Liberalismus.

— Was war das für ein Geschrei, als die Herren Liberalen entdeckt haben wollten, daß die Altonaer Sozialisten vor der Reichstagswahl den Krämern, die nicht mit ihnen gehen wollten, die Kundschaft zu entziehen drohten. Daß diese Behauptung des Oberwindbeutels Eugen Richter nur zum ganz geringen Theil auf Wahrheit beruhte, ist längst nachgewiesen, vor der Wahl noch wurde ein Widerruf des sozialistischen Wahlcomités bekanntlich veröffentlicht. Jetzt aber melden die liberalen Hamburger Blätter: „Der Bäckermeister Carl Ludwig Siebel zu Allermöhe war früher ein wohlhabender Mann. Zur Zeit der letzten Reichstagswahlen wollte Niemand dort den Lassalleanern ein Lokal einräumern, da kam Siebel auf den für ihn folgenschweren Entschluß, sie bei sich aufzunehmen. Dies wurde jedoch sehr übel vermerkt und man überließ es ihm von da ab, das von ihm gebackene Brod selbst zu verzehren. Vor Kurzem mußte er sich insolvent erklären und dieser Tage wurden seine sämmtlichen Effekten in öffentlicher Auktion verkauft." — Also blos weil der Bäckermeister Siebel den Sozialdemokraten ein Lokal zu öffentlichen erlaubten Versammlungen gegeben hat, deshalb entzogen die freiheitlich gesinnten „Liberalen" demselben ihre Kundschaft. — Wir werden dem Herrn Eugen Richter diesen Schurkenstreich seiner Gesinnungsgenossen bei erster bester Gelegenheit, die sich im Reichstage bietet, eintränken und zeigen, welche widerwärtige „Sumpfpflanze" der Liberalismus und Richter'sche Fortschreiterthum ist.

— Eine Sumpfpflanze. Als der große Eugen die Sozialdemokratie im deutschen Reichstage eine Sumpfpflanze nannte, bemerkte er dazu, daß eine solche Pflanze in der Luft eines freien Staates nicht gedeihe und daß deshalb Staaten, wie die Schweiz, England und Nordamerika von dem Sozialismus verschont blieben. Allgemeiner Jubel auf den Bänken der Nationalliberalen und der Fortschrittler. Und doch waren es liberale Blätter, welche den Eisenbahnstrike in den Vereinigten Staaten als eine Ausgeburt des Sozialismus bezeichneten. Diese Behauptung aber wäre weiter colportirt worden, wenn die „Provinzial-Correspondenz" sich nicht in's Mittel gelegt und die allgemeinen Verhältnisse Amerikas vorgeschoben hätte. Darauf hatten natürlich, um die Zustände in Nordamerika im Allgemeinen zu mißkreditiren und in Deutschland die Sehnsucht danach völlig zu vernichten, die liberalen Preßkosaken von ihrer Eselei zurück, und so klagen sie nicht mehr die Sozialdemokratie, sondern auf Commando der „Provinzial-Correspondenz" die allgemeinen Zustände Nordamerikas an, daß sie den großartigen Strike verschuldet hätten. Nicht wahr, Herr Eugen, das Institut der Preßkosaken ist doch wohl die schönste Sumpfpflanze und Sie sind ihr erster Wärter und Heger?

— Russischer als russisch, das sagten wir wiederholt, ist zur Schande Deutschlands ein großer Theil unserer Zeitungen, namentlich die nationalliberale Presse. Und zwar bezieht sich das nicht blos auf die Haltung gegenüber dem orientalischen Krieg, sondern auch auf die Haltung anderen Fragen gegenüber, z. B. den jüngsten Vorgängen in den Vereinigten Staaten. Während die meisten unserer „liberalen" Blätter aus jenen Vorgängen keine andere „Moral" zu ziehen wissen, als die der Kaserne und Wachtstube, und in mopsartiger Anbellung der amerikanischen Institutionen ihr Mögliches leisten, schreibt ein russisches Blatt, der in der Hauptstadt des Czarenreichs erscheinende „St. Petersburger Herold", in einem Artikel über die günstige Finanzlage der Vereinigten Staaten: „Eine andere und Hauptursache jenes Finanzwohlstandes liegt in der wohlfeilen Regierung der Vereinigten Staaten, die hier und da selbst einmal bei den Staatsmännern Europas ein warmes Lob fand. bis, als diese gewahrten, daß sie durch dieses Lob dem Streben der Völker nach dem Uebergange zu republikanischen Einrichtungen Vorschub leisteten, die wohlfeile Regierung bei den Gegnern der republikanischen Institutionen plötzlich in Mißkredit fiel, so wie im Jahre 1857. — In den Vereinigten Staaten wird der Beamte nach seinen Verdiensten bezahlt. In Europa aber giebt es, außer den Staatsbeamten, noch andere, welche nicht bezahlt werden für das, was sie wirklich leisten, sondern für das, was ihre Repräsentation und die Würde ihres Ranges kostet. Diese Klasse von Staatsbeamten kennt man in Nordamerika nicht, wenn man nicht etwa die dem Präsidenten bewilligten 50,000 Dollars dahin rechnen will. Vor dem Antritt des Präsidenten Rutherford Hayes im Jahre 1876 erhielten seine Vorgänger nur 25,000 Dollars." — Man vergleiche dieses Lob der amerikanischen Republik in einem russischen Blatte mit den reaktionären Verleumdungen und Anschwärzungen der amerikanischen Republik in unseren „liberalen" Blättern, und man wird uns zugeben, daß der deutsche Liberalismus noch nicht einmal das Niveau des von der russischen Polizei conzessionirten Liberalismus erreicht hat. Nicht „russisch" — nein, unterrussisch sind unsere Nationalliberalen.

— Wir erhalten folgende Zuschrift: In einer der letzten Nummern der „Sozial-Correspondenz" ist eine Notiz, welche bereits eine theilweise gebührende Abfertigung durch die „Allgemeine Lauenburgische Landeszeitung" gefunden. Wir sagen theilweise, denn diejenige Behauptung der „Sozial-Correspondenz", daß „Viele ihre Geschäfte deshalb in Aktiengesellschaften umwandelten, weil sie müde waren, Tag für Tag mit Arbeitern zu verkehren, von denen sie für Aneigner fremden Verdienstes, Preller, Blutsauger, Plusmacher 2c. gehalten wurden", dürfte insofern noch eine Illustrirung finden, als notorisch eine ziemliche Anzahl der früheren Besitzer in den von Aktiengesellschaften übernommenen Geschäften als Direktoren 2c. verblieben, es sich also bei der Umwandlung nicht um das „Verkehren mit den Arbeitern", sondern lediglich um „Plusmacherei en gros" gehandelt hat.

— Zum Kapitel der Güter- und Weibergemeinschaft. „Der Präsident des Kriegervereins Steiger Sch. zu Kl. Oesede, Gatte und Vater mehrerer Kinder, ist mit der Tochter eines dortigen Bauern S. durchgebrannt; als Reisegeld nahm das nette Mädchen 4300 Thlrn. mit, um die selbstverständlich der Vater erleichtert ward." — Vorstehende Correspondenz aus Osnabrück entnehmen wir einem ultramontanen Blatte, da „liberale" Blätter solche Vorfälle selbstverständlich todtschweigen. — Präsident eines Kriegervereins und Steiger! also ein in der Wolle gefärbter schwarz-weiß-rother „Liberaler" und kein Sozialdemokrat, wie man doch von einem Menschen annehmen sollte, der die (uns fälschlich untergeschobene) Theorie von der Güter- und Weibergemeinschaft so gut in die Praxis zu übersetzen versteht.

— In Großbritannien überall der Klassenkampf, sei es in der Gestalt von Lockouts und Strikes, oder von Lohnstreitigkeiten — und wo der Klassenkampf nicht in dieser oder jener Form zu Tage tritt, da herrscht ein „fauler Friede", diktirt durch die Noth und gebrochen bei der ersten sich bietenden Gelegenheit. Das ist der Normalzustand der heutigen anormalen Gesellschaftsordnung in dem Lande ihrer vollständigsten, so zu sagen klassischen Entwicklung. Der Lockout am Clyde dauert fort, „keine Aussicht auf Beilegung"; die Herren Schiffsbaumeister haben durch die Arbeitsstockung zwar namhafte Verluste, allein sie denken, wenn es ihnen gelingt, ihre „Hände" auszuhungern und den Nacken der Widerspenstigen wieder unter das Joch des Kapitals zu beugen, dann werde das Versäumte sich doppelt und dreifach nachholen lassen. Die Vorschläge schiedsrichterlicher Schlichtung verlachen sie einfach. Schade, daß die schottischen Schiffszimmerleute sich nicht Herrn Hirsch verschrieben haben, der würde den hartherzigen, „ihre wahren Interessen so traurig verkennenden" Meistern die allheilende Harmonielehre und die harmoniewirkende Wunderkraft der Schiedsgerichte flugs klar machen. Die Kassen der Schiffszimmerer sind übrigens in guter Ordnung, und so kann der Lockout sich noch weit in die Länge ziehen. — In Nordengland droht ein mächtiger Strike im Eisengewerk. Die „Meister" wollen die Löhne herabsetzen, die Arbeiter sträuben sich. Auch hier ist von Seiten der Arbeiter ein Schiedsgericht vorgeschlagen, bis jetzt aber von den Kapitalisten zurückgewiesen worden. Immer die alte Geschichte. Zur Regelung untergeordneter Differenzen sind Schiedsgerichte ganz gut, sobald es sich aber um eine ernsthafte Lohnfrage handelt und die Interessen sich feindlich gegenüberstehen, ist das Schiedsgericht blos ein frommer Wunsch, eine Illusion; der schwächere Theil bietet es an und der stärkere weist es zurück. Das liegt eben in der Natur des Klassenkampfs, und kann nur von dem geleugnet werden, der von der Natur dieses Kampfes keinen Begriff hat. — In Südwales spitzen sich die Dinge rasch zum Conflikt zu. Die Arbeiter haben erklärt, sich den von den Gruben- und Eisenwerkbesitzern angekündigten Lohnreduktionen nicht fügen zu wollen — in dem Merthyr- und Aberdale-Thal, sowie in den großartigen Dowlais-Werken läuft die Kündigungsfrist dieser Tage ab. Giebt nicht der eine oder andere Theil in letzter Stunde nach, so ist eine neue Auflage des Riesenstrikes unvermeidlich.

— Vom Kriegsschauplatze kommt die Nachricht, daß die Armee des russischen Generals Gurko Rumelien gänzlich geräumt hat und sich über den Balkan wieder zurückzieht; über das endgültige Schicksal dieser Armee, ob sie gefangen genommen oder niedergemacht wird, ist noch nicht entschieden — zwei kaiserliche Prinzen befinden sich bei derselben. — Heuchlerisch bedauert die „National-Zeitung" die armen Bulgaren, die zurückbleiben und nun die Faust der Türken zu fühlen bekommen — diese armen Bulgaren, welche während der russischen Siege und unterstützt von den Kosacken, geraubt, gemordet und geschändet haben. — Die Landwehr ersten Aufgebots hat der Czar einberufen, an 180,000 Mann. Die deutschen Rubelblätter melden natürlich, daß diese Nachricht in Rußland mit Begeisterung aufgenommen worden sei. Wir haben aus Petersburg eine direkte Nachricht erhalten, welche das Gegentheil behauptet; gerade die Einberufung der Landwehr, weil dadurch vorzüglich der mittlere Bürger- und Kaufmannsstand betroffen wird, der sich theilweise vom Liniendienst loskauft, hat ungemeine Aufregung und sehr viel böses Blut in der Bevölkerung gemacht. Man glaubt auch in russischen Regierungskreisen nicht daran, daß man die Landwehr nur annähernd vollzählig nach dem Kriegsschauplatz entsenden könne. — Das deutsche Reich leistet Rußland jetzt schon die schönsten Bundesgenossendienste. Rußland armirt nämlich gegen England die Ostseehäfen und hat deshalb größere Bestellungen auf Kanonen bei Krupp gemacht. Diese Bestellungen deckten den Bedarf nicht und es verunglückte auch kürzlich eine Kanonenladung auf der See. In dieser Verlegenheit kommt die deutsche Regierung dem befreundeten Rußland zu Hilfe, indem sie auf die Ausführung ihrer eigenen mit Krupp abgeschlossenen Contrakte zunächst verzichtet und Krupp gestattet, die lieferbaren Stücke „anderweitig" zu verwenden. Die Russen haben sich über den bewährten Freund also nicht zu beklagen; denn „wohlwollender" kann eine Neutralität schon gar nicht sein. — Und England? Es wird niemals diese Neutralität vergessen und die Gelegenheit zur Rache schon finden.

— Vor vierzehn Tagen (in Nr. 86) zeigten wir das Erscheinen der ersten Nummer eines „Socialist" betitelten englischen Blattes an. Wir fügten die reservirte Bemerkung bei: „wenn sich das Blatt seines Titels würdig erweist und nicht etwa blos ein (in diesem Fall völlig aussichtsloses) Privatunternehmen oder gar Privatspekulation ist, dann müßten wir uns Glück wünschen, daß endlich wieder nach fast 25jähriger Pause in England das sozialistische Banner aufgepflanzt ist." Ueber den Inhalt der Probenummer sprachen wir uns nicht aus, weil der Einsender — ein englischer Arbeiter — uns gebeten hatte, „to give it a fair trial", d. h. nicht nach der ersten Nummer ein abschließendes Urtheil zu geben. Diesem Wunsch haben wir entsprochen. Unser Hamburg-Altonaer Parteiorgan bezeichnet nun (in seiner Nummer vom 5. d.) das Blatt als „eine freche von den Pfaffen in Scene gesetzte Bauernfängerei. Durch radikale Phrasen sollten die Arbeiter getäuscht werden." Das ist nun entschieden unrichtig. Ein Pfaffenunternehmen würde ganz anders ausgestattet sein, und außerdem richtet das Blatt sich ja gegen die Pfaffen. Der biblische Jargon, welcher sich in einem Artikel findet, muß von englischem Standpunkt aus betrachtet werden; das herrschende Christenthum wird als direkt antichristlich bezeichnet, und Christus als Träger der kommunistischen Idee hingestellt. In anderen Artikeln wird die Rückgabe des Landes an das Volk, die Gründung von Communen im Sinne der Owen'schen „Heimkolonien" und direkte Gesetzgebung durch das Volk gefordert. In dem Artikel, der von letzterer Forderung handelt, wird, nachdem das constitutionelle Regiment und der Bourgeois-Parlamentarismus auf's Nachdrücklichste verdammt worden, für ein Volk, das noch nicht fähig ist, die Gesetzgebung direkt auszuüben, ein „strictly Imperial government", ein streng

---

Vom Schlachtfelde der Arbeit.

Nach einer wahren Begebenheit, welche sich vor einiger Zeit in England auf der großen Westbahn, zwischen Keynsham und Bristol, nahe dem Brislington-Tunnel zugetragen.

Kaum will das erste, matte Tageslicht
Mit seinem Strahl die Gegend matt erhellen,
Da steh'n sie schon bereit zu ihrer Pflicht,
Der harten Arbeit rüstige Gesellen;
Es gilt in Reih', geordnet Schicht auf Schicht
Heut' schwere Felsenquadern aufzustellen
Am hohen Damm, wo unten auf den Schienen
Die Dampfkraft keucht, dem Menschengeist zu dienen.

Das sind die Männer, die das Kapital
Bezeichnet mit dem kalten Namen „Hände",
Sie, die vom ersten frühen Sonnenstrahl
Bis daß der Tag sich wieder neigt zu Ende,
Von Jugend auf bis zu des Alters Qual,
Wenn matt der Arm und zitternd schon die Lende,
Dem Reichthum schaffen all die schönsten Gaben,
Für Weib und Kind oft trocknes Brod nur haben. —

Hört Ihr, wie grollend zu dem fernen Ziel
Der Zug heranbraust auf metallnem Strange?
Dort wiegt der reiche Mann auf weichem Pfühl
Den feisten Leib und seine volle Wange;
Er träumt von Geldgewinn, vom Börsenspiel,
Vom Agio, vom Gold- und Silberklange,
Ihm träumt, er läg' auf vollgehäuften Truhen,
Und nirgend wär' es herrlicher zu ruhen. —

Schon sieht man an des steilen Abhangs Rand
Die schweren Quadern dicht an dicht geschlossen,
Und immer mehr mit frisch' geschäft'ger Hand
Thürmt man auf sie noch andre unverdrossen.
Da plötzlich weicht der trügerische Sand
Und einer von den mächtigsten Kolossen
Rollt überstürzend sich im tollen Kreise
Hinab zur Bahn und mitten ins Geleise. —

Schon schnaubt im Tunnel wild der Zug heran,
Wer hemmt sein unaufhaltsam Vorwärtsstreben?
Da eilt herab ein braver Arbeitsmann,
Das Eisen stemmt er ein, den Stein zu heben,
Ob er auch schmalen Lohn heut' nur gewann,
Er denkt voll Schreck an all' die Menschenleben, —
Es weicht der Stein — der Zug, er ist gerettet!
Der Retter — liegt zermalmt im Blut gebettet!

Gefühllos rast der Schnellzug jäh dahin,
Es heult der Schlot, es dampfen Rad und Schienen,
Und im Coupee träumt weiter von Gewinn
Der reiche Mann mit selbstzufried'nen Mienen,
Hat denn nur Selbstsucht Raum in seinem Sinn?
O nein! Er zahlt ja gut, die treu ihm dienen,
Seht, als er hört, was auf der Bahn geschehen,
Giebt mitleidsvoll er auch ein Paar Guineen!

Für sie, die sich das blut'ge Lorbeerreis
Im mörderischen Schlachtentaumel pflücken,
Errichten jubelnd Jüngling, Mann und Greis
Die höchsten Monumente voll Entzücken;
Doch ihm, der selbstlos gab sein Leben preis,
Wollt' keine Hand den Sarg mit Lorbeer schmücken,
Kein Denkmal wird des Helden je erwähnen.
Sein Grab schmückt still sein blasses Kind mit Thränen.

Jac. Audorf.

— Eine schülerhafte Adresse. Etliche dreißig junge Leute, welche sich mit medizinischen Studien beschäftigen sollen, leisten folgendes stilistische Exerzitium an die medizinische Facultät in Leipzig:

„Die hochgeehrte med. Facultät der Universität zu Leipzig erlauben sich die gehorsamst unterzeichneten Candidaten und Studenten der Medizin um Ausschluß der weiblichen Personen vom Studium der Medizin an hiesiger Universität zu bitten. Zur Begründung dieser Bitte diene Folgendes: Es scheint mit den Gesetzen und Regeln des Anstandes und der Sittlichkeit unvereinbar, daß die wenigen Damen unter der großen Anzahl der männlichen Studirenden an den Präparirübungen theilnehmen. Es hat für Viele der Unterzeichneten einen störenden, ja oft peinlichen Eindruck gemacht, mit den betreffenden Damen an denselben Präparaten oder wenigstens in der Nähe arbeiten zu müssen, zumal man gesehen hat, in welcher ungenirten, oftmals zu ungenirten (ah! so!) Weise von den Damen mit Präparaten umgegangen worden ist. Die Unterzeichneten können den Aufenthalt dieser Damen an Orten, die den ursprünglichen Bestimmungen gemäß dem weiblichen Geschlechte fern liegen und ihren Augen lieber verborgen bleiben sollten (Freiheit der Wissenschaft!), mit ihrer Ansicht von der Bestimmung des weiblichen Geschlechts schlechterdings nicht im Einklang bringen. Von Vielen der Unterzeichneten ist oft ein ihnen durch das Studium der Frauen zugefügter positiver Schaden bemerkt worden. (Sehr naiv und zweideutig!) Da die Zeit der Herren Docenten durch die ungemein große Zahl der an den Präparirübungen Theilnehmenden schon an und für sich sehr in Anspruch genommen ist, so haben Viele derselben, da ihre Zeit durch die im Wintersemester zuhörenden Collegien sehr gekürzt ist, oft, da die Damen, welche das Colleg des Geh. Hofrath Prof. Hankel nicht besuchen können, gerade zu dieser Zeit längere Unterweisung nöthig hatten, den Saal ohne die gewünschte Aufklärung verlassen müssen. (Nur drei Studentinnen der Medizin sind in Leipzig anwesend.) Obwohl wir Petenten selbst betonen wollen, daß bestehende Fragen nur auf Prinzipien gegründet sein dürfen, da es hier um in ferner Zeit und auf allen Gebieten zu entscheidenden Fragen sich handelt, so sei es doch erlaubt, zu bemerken, daß Unterzeichnete die Würde des medizinischen Studiums und den Ernst desselben durch das Auftreten gewisser weiblicher, Medizin studirender Elemente für ernstlich gefährdet halten. (Die Würde des medizinischen Studiums wird durch Kinder mehr gefährdet, als durch Frauen.) Einzelheiten anzuführen ist hier nicht der Ort, jedoch sei nur vorläufig das Eine bemerkt, daß Petenten durch die oktroyrte Commilitonenschaft sozialistisch gesinnter weiblicher Elemente (Das ist doch wenigstens ein ehrlich gemeinter Grund.) durchaus nicht für das Studium der Frauen gewonnen werden können, da hierdurch zur

kaiserliches Regiment (nicht „ein einziges straffes Kaiserreich"), unverfälscht durch die giftigen Bestandtheile des Constitutionalismus. Es fällt uns nicht ein, für diese Auffassung eintreten zu wollen, aber es ist hier zu bedenken, daß der Ausdruck imperial und emperor durchaus nicht die gleiche Bedeutung hat wie „kaiserlich" und „Kaiser", und namentlich nicht den Begriff der Erblichkeit nothwendig einschließt, und daß ferner der Verfasser des fraglichen Artikels von dem Gedanken geleitet ist: wenn ein Volk sich nicht direkt selbst regieren kann, dann ist es besser, es hat einen Mann an der Spitze, der persönlich verantwortlich ist, als einen Haufen Gesetzgeber, die nicht verantwortlich sind. Ein Emperor, sagt der Schreiber des Artikels unmittelbar nach dem oben citirten Satz und zu dessen Erläuterung: „Ein Emperor ist verantwortlich, und findet das Volk dessen Regierung unerträglich, dann weiß es, wen es zu köpfen oder zu erschießen hat." Also ein Mann, der mit seinem Kopfe für gute Regierung haftbar ist.

Der „Socialist" ist, allem Vermuthen nach, von einigen alten Oweniten, die etwas „Carlyle" studirt haben, in's Leben gerufen. Eines Urtheils über das Unternehmen enthalten wir uns auch heute noch. Wir wollen die zweite Nummer abwarten, falls dieselbe überhaupt erscheint, denn der oder die Gründer verfügen offenbar nicht über große Fonds.

— Aus St. Johann-Saarbrücken wird uns über weitere Maßregelungen berichtet, mit denen die dortige Polizei im Bunde mit der Staatsanwaltschaft die frisch und kräftig auftrebende Sozialdemokratie einzudämmen versucht. Haussuchungen, Verhaftungen, Anklagen und weiß Gott was sonst noch für abgebrauchte Staatsretlermittelchen hagelt es nur so auf die Häupter der dortigen Sozialisten nieder — natürlich in St. Johann-Saarbrücken mit demselben Mißerfolg wie sonst überall. Hauptsächlich ist es auf die dort erscheinende „Freie Volksstimme" abgesehen, die man gar zu gern beseitigen möchte; und da das Blatt nicht direkt unterdrückt werden kann, so muß das „Gesetz" herhalten, um dem unbequemen Eindringling den Garaus zu machen. Man bedenke: vier Nummern des genannten Parteiorgans waren erst erschienen und drei Redakteure hatte man bereits eingesteckt. Genosse Kaulitz allein soll 22 Anklagen — auch ein grausiger Hochverrathsprozeß ist darunter — eingeheimst haben. Es ist offenbar die Hundstagshitze, welcher diese wahnsinnige Hatz zur Last zu legen ist. Wir hoffen indeß das Beste von dem Eintritt gelinderer Temperatur, und möchten den Staatsrettern in St. Johann-Saarbrücken bis dahin nur den wohlgemeinten Rath ertheilen, sich nicht allzusehr zu echauffiren — ihr Bemühen ist doch vergeblich.

— Bitte. Aus einer Zeitungsnotiz scheint zu erhellen, daß der verunglückte Dr. und Oekonomierath Löll, dessen Talente wir in dem Artikel: „Die Sozialdemokraten und der Bauernstand" (Nr. 75 d. V.) beleuchteten, einen neuen Versuch gemacht hat, das negative Licht seines negativen Wissens und seiner negativen Wahrheitsliebe leuchten zu lassen. Sollte einer der Parteigenossen uns Näheres über diesen Versuch mittheilen können, so würden wir dafür sehr verbunden sein. Obgleich wir nach den bisherigen Leistungen des besagten Dr. und Oekonomieraths sehr wohl wissen, daß es ein hoffnungsloses Beginnen wäre, ihn belehren zu wollen, so ließe sich der genannte Herr doch vielleicht als Belehrungsobjekt für Andere ausnützen.

Red. d. „Vorwärts".

Correspondenzen

sda. **Wien,** 1. August. Es kreißten die Berge und gebaren ein Mäuslein. Die große Staatsretterei unserer hochweisen k. k. Wiener Polizei hat sich zu einer neuen unsterblichen Blamage gestaltet: alle die furchtbaren „Hochverräther", „Geheimbündler" und sonstigen „Verbrecher" mit Ausnahme von Reinthal, welcher seine sechsmonatliche „Strafe" absitzen muß, sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Mit der frischen, fröhlichen Sozialistenhatz ist's also wiederum nichts und Herr Graf Lamezan kann mit „seinen Sozialdemokraten" doch nicht thun, was er will. Wir freilich haben die Blamage vorausgesehen, da ja jeder nach den österreichischen Gesetzen strafbare Thatbestand von vornherein mangelte, und auch das immer gemüthlicher werdende Untersuchungs-„Resultat" bestärkt uns in dieser frohen Zuversicht. Waren in den ersten Tagen noch einige der auf freien Fuß belassenen „Geheimbündler" als Angeklagte verhört worden, so war man 14 Tage darauf bereits genügsamer und verhörte zwei weitere der in Atzgersdorf gefaßten Sozialdemokraten nur noch als Zeugen; die Haussuchungs-„Ergebnisse" (bei Wagner wurden z. B. auch das Kassen- und Abonnentenbuch des „Gewerkschafter" mitgenommen) waren schon einige Tage vorher unangetastet den Eigenthümern wieder zurückgestellt worden. Zehn der ertappten „Geheimbündler" waren gar nicht zum Verhör gerufen worden und nun wurden auch die nicht in Wien Wohnhaften, nachdem man sie vier Wochen in Untersuchungshaft gehalten, wieder entlassen. Ob die Untersuchung auch gegen Reinthal eingestellt wurde oder ob dieser vielleicht doch noch als „Stifter des Geheimbundes" angeklagt werden wird, weiß ich vorderhand noch nicht, jedenfalls können wir im letzteren Falle nur die Vervollständigung der Blamage unserer löblichen Ordnungswächterin erwarten.

Unsere journalistischen Waschweiber, die schon so viel schöne Dinge über die „staatsgefährlichen" Beschlüsse, die wir gefaßt haben sollten, zu schreiben wußten, werden nun wohl einsehen, daß auch sie sich blamirt haben, vorausgesetzt, daß sie Anstandsgefühl genug besitzen, zu wissen was eine Blamage zu bedeuten hat. Das aber ist bei dieser Sorte bekanntlich nicht allzustark vertreten. Namentlich das „Illustrirte Wiener Extrablatt", jenes Wiener Blatt, in welchem sich die tiefste Gemeinheit und die unfläthigste Schamlosigkeit ein Rendezvous gegeben haben, brachte in der letzten Zeit mit einer gewissen Vorliebe Mittheilungen „aus Arbeiterkreisen", die ihm den Schein genauer Kenntniß aller Vorgänge in unserer Partei geben sollten, thatsächlich aber mit manchem Wahren auch einen ganzen Wust von erlogenem und entstelltem Zeug enthielten. Man schreibt diese Berichte dem verflossenen „Arbeiterführer" Tauschinski zu und diese Vermuthung hat um so größere Berechtigung, als es Thatsache ist, daß dieser Herr auch den Berliner „Gewerkverein" mit „Sozialen Briefen aus Oesterreich" versorgt, von denen namentlich der letzte ein großartiges Gemisch von Entstellung und Unwissenheit ist, so daß man in Verlegenheit ist, ob man sich über die Frechheit des Schreibers ärgern oder darüber lachen soll, wie „gut unterrichtet" seine Zuträger mitunter sind. Es ist nur bedauerlich, daß es in der Partei noch immer Leute gibt, die durch derart unüberlegte (wenn es nicht mehr ist) Klatschereien unseren Gegnern Anlaß zu Verleumdungen und Verdächtigungen unserer Partei geben.

Das „Extrabatt" triumphirte auch bereits, daß die „Gleichheit" zu erscheinen aufgehört habe. Möglich, daß auch unsere hochweise Behörde dies beabsichtigt hatte, indem sie nicht nur sämmtliche Herausgeber, den Redakteur und Administrator, sondern sogar den Setzer unseres Parteiorgans in Haft nehmen ließ — wir trauen dem Unternehmungsgeiste des Hrn. Lamezan sehr viel und auch dies zu. Gewiß ist aber auch, daß, wenn diese Absicht vorhanden war, sie jämmerlich zu Schanden wurde. Die Wahrheit, daß Verfolgungen eine Partei nur stärken und neue Kräfte für ihre Zwecke heranziehen, bewährte sich auch diesmal auf's glänzendste: die „Gleichheit" erscheint regelmäßig fort und ihr Inhalt hat jedenfalls durch die Verhaftung ihres Redakteurs nichts verloren, da zahlreiche Genossen, deren Zeit in normalen Verhältnissen ein arbeiten für das Parteiblatt nicht gestattete, es nun als Ehrensache ansahen, dasselbe aufrecht zu erhalten. Daß auch die Confiscirungen des Blattes regelmäßig fortdauern, ist wohl selbstverständlich; um Gründe ist die Neustädter Staatsanwaltschaft nicht verlegen; sie sind bekantlich billig wie Brombeeren; „der Bien' muß" heißt es einfach und wenn Herr Chamrath, der Neustädter Lamezan, im ganzen sonstigen Inhalte des Blattes nichts Confiscirbares findet, so sind gewiß noch hinten im Ausweise der Inhaftirten-Unterstützungen einige Motti, die ganz sicher den Staat aus seinen Fugen bringen würden, wenn sie unter die Arbeiter kämen. Man sieht, vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt!

Daß sich die Partei übrigens auch sonst nicht entmuthigen ließ, bewies die Einberufung einer Volksversammlung für den 30. Juli. Die Versammlung wurde zwar verboten, trotzdem die Tagesordnung: „Gewerbeordnung" und „Presse" schon in hundert anderen Versammlungen behandelt worden war, ohne den „Staat in Gefahr" gebracht zu haben; aber was thut's? das Volk wird dadurch gewiß nicht überzeugt, daß es nichts mehr zu verlangen habe, daß unsere heutige Gewerbeordnung nichts zu wünschen übrig lasse oder gar, daß die Presse wahrhaft die Interessen des Volkes vertrete. Die Ueberzeugungen, welche das arbeitende Volk in Oesterreich aus diesen fortwährenden Versammlungsverboten, aus den Maßregelungen unserer Vereine und unserer Blätter, wie aus den sonstigen Verfolgungen unserer Partei ziehen wird, dürften für die östreichischen Staatslenker weniger schmeichelhaft ausfallen. Und so ist es gewiß auch mehr als fraglich, ob durch die Auflösung sämmtlicher vorarlbergischer Arbeiterbildungsvereine, die jüngst zur Strafe für deren „hochrothes" Auftreten auf dem Bodensee-Verbandstage zu Lindau vollzogen wurde, deren sozialdemokratische Mitglieder zu den alleinseligmachenden Ansichten der Tiroler Statthalterei bekehrt worden sind. Aber die Blindheit unserer Regierungsmänner scheint unheilbar zu sein — unsere Schuld ist es dann nicht, wenn sie sich dabei anstoßen!

Hamburg. (Zur Agitation.) Auf einer Reise nach der Provinz Pommern begriffen, unternahm ich es, am Donnerstag den 12. Juli in Frankfurt a. O. eine Volksversammlung abzuhalten. Dieselbe fand in den Räumen des „Volksgarten" statt und war gut besucht. Ich sprach über das Thema: „Die sozialen und politischen Ziele der deutschen Arbeiter" und wurden meine Ausführungen über dieses Thema von der Versammlung beifällig aufgenommen. Als Gegner meldete sich ein Böttchermeister, der den Kampf gegen die Sozialdemokraten in Frankfurt a. O. zu führen sich berufen fühlt. Ich muß gestehen, daß das Agitatorenwesen, welches mit so vielen Mühseligkeiten verknüpft ist, durch solche Zwischenfälle recht „erholend" wird. Der Meister vom Faßbau empfahl zum Schluß seiner Rede, man solle nicht den sozialistischen „Irrlehren" folgen, denn durch das Arbeiterschutzgesetz hätten die Sozialdemokraten im Reichstage bewiesen, daß sie unfähig seien, Gesetze für die Wohlfahrt des Volkes zu machen, denn in diesem Gesetzentwurf solle ja die Sonntagsarbeit verboten und ein „Zwangs"-Normalarbeitstag eingeführt werden. — Daß hier der Raum mangelt, um wiederzugeben, was ich dem Sozialistentödter erwiderte, braucht kaum gesagt zu werden. Am andern Tag, den 13. Juli, gings nach Zielenzig. Zielenzig ist ein kleines Städtchen mit 6000 Einwohnern und liegt in der Neumark, drei Meilen von der Eisenbahn entfernt. Etliche Genossen hatten in der „Turnhalle" eine öffentliche Versammlung einberufen und durch Plakate angezeigt, daß am Freitag den 13. d. M. der Reichstagsabgeordnete A. Kapell einen öffentlichen Vortrag halten würde, Jedermann war eingeladen. Aber die Polizei lenkt ja in der Regel anders als wir denken — und richtig, noch in letzter Stunde weigerte sich der Wirth der Turnhalle, sein Lokal herzugeben, wenn wir nicht 150 Mark Kaution stellen würden für die etwaige Zertrümmerung von Geräthschaften. Das konnten wir nun freilich nicht und so wurde denn die Versammlung schleunigst „abgeklingelt". Trotzdem aber war die „Turnhalle" zur Zeit der Versammlung zum Brechen voll und der Wirth soll ob seiner kindischen Aengstlichkeit nicht die schmeichelhaftesten Complimente zu hören bekommen haben. Da die Versammlung in der „Turnhalle" nicht abgehalten werden durfte, ging ich mit meinen Bekannten nach einem anderen Lokal, woselbst sich denn auch alsbald die gesammte Polizeimacht — der Bürgermeister nebst zwei Mann — in Uniform einfand. Das Lokal, welches am Markt lag, war in kurzer Zeit gefüllt, und auch auf dem Marktplatz sammelte sich eine starke neugierige Menge. Der Bürgermeister, dem die Sache doch nicht ganz zu behagen schien, unterbrach endlich das Schweigen und erklärte in einer Ansprache an die Versammelten, daß die Polizei die Versammlung in der „Turnhalle" nicht hintertrieben hätte, wie man anzunehmen scheine. Die „freien Bürger" und Arbeiter von Zielenzig würde er als Vorsteher der Polizei niemals hindern, sich dem Gesetze gemäß zu versammeln. Ich benutzte diese günstige Gelegenheit, um in einer kurzen Ansprache die Anwesenden auf die Sozialdemokratie aufmerksam zu machen und ich bin überzeugt, daß in Zielenzig der Boden für unsre Ideen empfänglich gemacht ist. Mögen die Genossen in Frankfurt a. O. diesen Ort im Auge behalten, auch ich werde, sobald sich die Gelegenheit hierzu bietet, einen weiteren Versuch machen, Zielenzig endgültig für die Sozialdemokratie zu gewinnen.

Aug. Kapell.

Hamburg, 6. August. Der Aufsichtsrath der hiesigen Genossenschaftsbuchdruckerei (E. G.) hat den revidirten und für richtig befundenen Geschäftsbericht über das fünfte Betriebsjahr des genannten Geschäftes dieser Tage veröffentlicht. Der Stand des Geschäftes ist ein äußerst günstiger; der Reingewinn des zu dem Geschäft gehörigen „Hamburg-Altonaer Volksblatt" allein ergab für das verflossene Verwaltungsjahr 25,873 Mark 27 Pf., wozu ein Reingewinn von 16,022 Mark 55 Pf. kommt, den die Druckerei an anderweitigen Arbeiten erzielte. Insgesammt also beträgt der Ueberschuß 41,895 Mark 82 Pf. — Am 3. August hat Parteigenosse Otto Kapell eine vierwöchentliche Gefängnißstrafe in dem hiesigen „Winserbaum" angetreten. Mit dieser „Strafe" soll eine Beleidigung gesühnt werden, die sich Kapell gegen das Berliner Stadtgericht und das Polizeipräsidium soll haben zu Schulden kommen lassen. Außerdem harrt noch eine Anzahl anderer Prozesse, die gegen Kapell schweben, ihrer Erledigung.

Leipzig, 1. August. Seit zwei Wochen wird hier von einigen Studenten zu einer Erklärung des Inhalts aufgefordert, daß Unterzeichner weder der Adresse an Dr. Dühring sich anschließen konnten, noch an der Absendung einer Deputation nach Berlin Antheil gehabt hätten. Erwähnung von Motiven haben sich die Herren erspart. Abgesehen von der Lächerlichkeit einer Erklärung, die eigentlich nur sagt, daß außer den übrigen Nicht-

---

Evidenz erhellt, welch' unangenehme Consequenzen daraus erwachsen. Schließlich erklären Unterzeichnete, daß sie durch die öffentliche Mejnung, die sich überall (??) in nachdrücklichster Weise gegen das Studium der Frauen geltend macht, fast gezwungen, als zunächst Betheiligte, Stellung nehmen, und zwar thun sie dies aus fester Ueberzeugung in der Weise, die vorstehende Petition darthut, ohne daß sie Autoritäten, die sich gegen das medizinische Studium der Frauen erklärt haben, anführen wollen."

Die Namen der edlen Jünglinge, 37 an der Zahl (ein Zehntel der Leipziger Mediziner), wollen wir hier in ihrem Interesse verschweigen; die große Zahl der Leipziger Mediziner, denen ihr Studium ernst ist, hat natürlich mit der Kinderei und deshalb auch nichts mit der „Blamirung" zu thun, welche die 37 sich selbst in Aussicht stellten, wenn ihre Zahl eine so verschwindend kleine bliebe.

— „Sich selbst im Wege". Ein Stimmungsbild von Maximilian Bern. 2. Auflage. Berlin 1877. E. Bichteler u. Co. Der Verfasser, eine jugendliche Kraft, die schon durch die Novelle: „Auf schwankem Grunde" sich einen guten Namen gemacht hat, bietet uns unter obigem Titel eine kleine Erzählung aus dem Schauspielerleben, welche durch ihre ideale Auffassung fesselt. Der düstere soziale Hintergrund wirkt ergreifend, und die dem Leben entnommenen Bilder zeigen von bedeutender dichterischer Begabung. Es ist sonst nicht die Aufgabe des „Vorwärts", neuer Novellen und Erzählungen Erwähnung zu thun, doch machen wir in diesem Falle gern eine Ausnahme, da der Verfasser in vorstehendem Stimmungsbilde zeigt, daß er sich in die sozialen Verhältnisse der Gegenwart zu vertiefen weiß. Daß das Werkchen schon eine zweite Auflage erlebt hat, ist gewiß ein gutes Zeugniß für dasselbe, welches überdies sehr gut ausgestattet ist.

— Preußische Beamtenhumanität. Die „Schlesische Zeitung" erzählt uns folgende haarsträubende Geschichte: „Ein in einem Gasthause zu Slawentzitz in Oberschlesien eingekehrter Bäckergeselle bot dem zufällig ebenda eintretenden Amtsexecutor H. (weshalb nennt die „Schlesische Zeitung" den Namen nicht?) ein Glas Bier an. Darüber gerieth der Beamte, welcher dieses Anerbieten verdächtig fand und in dem freigebigen Spender wahrscheinlich einen Verbrecher witterte, in Entrüstung. Er fragte den Fremden sofort nach seinem Stande, worauf ihm von jenem geantwortet wurde, er sei Commis. Aufgefordert, die Legitimationspapiere vorzuzeigen, verweigerte der Unbekannte die Herausgabe derselben. Sie geriethen aber dennoch in die Hände des Executors, und nun erwies sich aus denselben, daß die Angaben des Fremden insofern falsch seien, als er in diesen Papieren als Bäckergeselle bezeichnet war. Der Amtsexecutor schritt nunmehr zur Verhaftung des Bäckers, der auf dem Wege zu dem Amtsvorsteher so argen Mißhandlungen ausgesetzt war, daß er sich zur Wehr setzen mußte. Nun suchte der Executor Hilfe, und er fand dieselbe auch bei einigen Personen. Mit diesen verfolgte er den im Park ruhigen Schrittes weiter wandelnden Bäcker und holte ihn auch ein. Der Mann wurde gebunden, mit Schlägen und Stößen gemißhandelt und in das Amtsgefängniß gebracht, wo dem Unglücklichen noch eine weitere üble Behandlung zu Theil geworden sein soll. In Folge des Jammerns desselben sammelte sich eine große Menge Menschen daselbst, und es sollte auch ein Arzt Hilfe leisten, dieser wurde jedoch nicht zugelassen. Erst am anderen Tage gelangte der königliche Kreisphysikus Sanitätsrath Dr. Reche von hier, von der Ortsbehörde aufgefordert, zu dem Fremden; er fand ihn aber bereits im Verscheiden. Der Staatsanwaltschaft wurde sofort von dem Vorfalle Anzeige gemacht und jetzt wurde von dieser die Sektion der Leiche angeordnet, welche am Freitag stattfand. Das Resultat derselben war, daß der Tod des Verhafteten durch die vielen Schläge und Stöße in den Unterleib herbeigeführt worden. Der Amtsexecutor wurde verhaftet und gestern in das hiesige Gerichtsgefängniß eingeliefert. Die Erbitterung gegen den Mann ist groß."

— Zum Personencultus. Nach der zu Metz erscheinenden „Zeitung für Lothringen" beabsichtigt der durch seine steinernen Bierkrüge, durch Riesenleberknödel, Leberwürste mit Sauerkraut und andere bayerische National-Liebhabereien, so auch durch seine „göttliche" Grobheit in Metz allbekannte Münchener Bierwirth G. Huber zum Andenken an den Tag, an welchem er dem deutschen Kaiser, dem Kronprinzen und dem Feldmarschall Moltke einen Trunk seines Bieres verabreichte, an seinem Hause in der Rue des Allemands eine Gedenktafel anzubringen, auf welcher folgende für den ächt-freien Mannesmuth des Münchener Bierzapfers charakteristische Inschrift prangen wird:

„Vor diesem Hause hielten am 7. Mai 1877, Nachmittags 5½ Uhr, der deutsche Kaiser Wilhelm I., der Kronprinz Friedrich Wilhelm und Feldmarschall Moltke und geruhten allergnädigst den ihnen von dem Münchener Wirth G. Huber angebotenen Erfrischungstrunk anzunehmen."

Der Leser wird zugeben müssen, daß es ein Moment von weltgeschichtlicher Bedeutung ist, wenn die genannten hohen und höchsten Herrschaften geruhten, einen Erfrischungstrunk zu sich zu nehmen.

— Zur Verfälschung der Lebensmittel. In der letzten Zeit sind beim Berliner Polizeipräsidium wiederholte Denunciationen eingelaufen über Anwendung von schädlichen Chemikalien zur frischgrünen Färbung eingemachter Gemüse, als Bohnen, Schoten, Gurken ꝛc. Diese geradezu lebensgefährliche Vergiftung geschieht durch eine Auflösung von Kupfervitriol (schwefelsaures Kupferoxyd). Die am meisten dieser Vergiftung unterworfenen Früchte sind die sogenannten Pfeffergurken, bei denen eine ziemlich concentrirte Lösung in Anwendung kommt. Um vor solchen gewissenlosen Vergiftungen sich zu schützen, vermag der einzelne nichts; sind doch Apotheker denselben Gefahren unterworfen, wie folgender Fall zeigt. Ein Apotheker aß eines Abends in einem Berliner Restaurant ein Wiener Schnitzel, das mit drei Scheiben einer Pfeffergurke belegt war. In der Nacht traten heftige Krankheitserscheinungen ein, und als der Apotheker am nächsten Morgen dem Arzte seinen Zustand schilderte, diagnosticirte dieser sofort den Genuß von Kupfervitriol und erwähnte bei dieser Gelegenheit, daß er ein schwer erkranktes fünfjähriges Kind in Behandlung habe, welches ohne Wissen der Eltern dreiviertel einer Pfeffergurke verzehrt habe. — Seit einiger Zeit kommt unter der Benennung Himbeer-Limonaden-Extrakt vielfach ein Fabrikat zum Verkauf, welches nach der stattgehabten chemischen Untersuchung nur sehr wenig Fruchtsäure enthält, mit etwas Himbeer-Aroma gefärbt ist, im Uebrigen aber seine intensive Farbe durch Verwendung von Anilin und Fuchsin erhalten hat. Das Publikum ist deshalb vor dem Gebrauch dieses bedenklichen Fabrikats zu warnen.

— Etwas vom Ketteler. Von einem Ohrenzeugen wird dem ultramontanen „Schwarzen Blatt" eine charakteristische Aeußerung des verstorbenen Bischofs von Mainz mitgetheilt. Der Bischof, welcher bekanntlich selber mit Vorliebe und Erfolg publicistisch thätig war, sprach eines Tages über die Bedeutung der Presse in unseren Tagen und schloß mit den Worten: „Ich glaube, wenn der Apostel Paulus jetzt lebte, er würde ein Blatt redigiren."

unterzeichnern auch die hier Unterzeichneten die Adresse an Dr. Dühring nicht unterschrieben, zeugt das ganze Opus von einer solchen Gedankenlosigkeit, daß man billigerweise sich über die Dreistigkeit wundern muß, mit der man ein solches Schriftstück denkenden Studenten zur Unterzeichnung zu unterbreiten wagen kann. Bezeichnend für das ganze Machwerk ist der Ausspruch eines seiner Urheber: „er kenne von Dühring und seinen Schriften absolut nichts." — Was die Zahl der Gegner Dühring's an hiesiger Universität anbetrifft, so kann nach aller Berechnung dieselbe keine geringe sein. Da ist erstens die Heerde der getreuen Schafe, die schon bei dem bloßen Gerüchte von Angriffen Dühring's auf die Professoren sich bekreuzigend in den Staub werfen, und so das harte Urtheil Dühring's über gewisse studentische Kreise treffend illustriren. An sie reiht sich die Zahl der „Gottesgelahrten" an, deren Unwillen Dr. Dühring durch das kühne Unterfangen erregt hat, die Theologie aus der Reihe der Wissenschaften zu streichen und sie auf das bescheidene Niveau der Glaubenschaft herabzudrücken. Solch frevles Beginnen erforderte natürlich Rache, und diese ließ sich hier durch Unterzeichnung obiger Erklärung auf eine ebenso billige wie gefahrlose Weise nehmen. Noch könnte man alle die anführen, denen das hiesige Tageblatt die trübe Quelle ihres kritiklosen Urtheils ist. Vielleicht eine große Quantität — aber welche Qualität!

Ein Student der Rechtswissenschaft.

Reichenbach i. V. Recht eigenthümlich gestaltet sich unsre vielgepriesene politische Freiheit für einen großen Theil der gutmüthigen Voigtländer durch das Regime des kürzlich neu angekommenen Amtshauptmanns v. Polenz in Auerbach. Seit einigen Jahren haben die sozialistisch gesinnten Arbeiter verschiedener Stadt- und Landorte ein Volksfest als Sommervergnügen in dem im Walde liegenden „Gasthof zu Buchwald" begangen und sich dabei in der gemüthlichsten Weise mit ihren Familien und Freunden eine vergnügte Lebensstunde bereitet, wobei den dabei aufsichtführenden Gensdarmen niemals Gelegenheit zum Einschreiten geboten worden ist. Auch für dieses Jahr sollte am 8. Juli ein solches Fest gefeiert werden und zwar arrangirt von Sozialisten aus Reichenbach, Mylau, Netzschkau und Treuen. Doch der Mensch denkt und die Polizei lenkt. Trotzdem der Amtshauptmannschaft in Auerbach drei Wochen vorher in der offensten Weise das Programm bekannt gegeben wurde, nach welchem ein gemeinsamer Einzug, Ansprache, Concert mit Gesang- und Deklamations-Vorträgen und einem darauffolgenden Tänzchen stattfinden, wofür à Person 10 Pf. Entree und 30 Pf. für Tanz zahlen sollte, konnte dieselbe sich nicht veranlaßt sehen, ihre Genehmigung zu ertheilen, denn 1) fehle jenen Vereinen die Legitimation dazu, daß sie sich unter einander in Verbindung setzen; 2) liege kein ausreichender Grund vor, uns die Straßen und Plätze zu öffentlichen Auf- und Umzügen zu überlassen. Ferner sei der 8. Juli kein regulativmäßiger Tanztag und endlich würde durch eine Ansprache die Festversammlung zu einer öffentlichen Versammlung, welche wegen Mangel der Bescheinigung über ordnungswidrige Einberufung aufgelöst würde. So etwas erwarteten wir nicht. Sofort wurde Beschwerde beim Ministerium eingereicht, und weil zu erwarten war, daß die Antwort nicht vor dem 8. Juli eingehen werde, wurde ein einfaches Concert mit Gesang der Amtshauptmannschaft angezeigt, welche selbiges auch sofort erlaubte mit der Bedingung, daß das Concert selbst erst nach beendigtem Nachmittagsgottesdienste beginnen und spätestens um 10 Uhr Abends beendet sein müßte, auch dürften hierbei Lieder politischen Inhalts nicht gesungen werden. — Den 16. Juli kam die Antwort auf unsere Beschwerde von Seiten der Kreishauptmannschaft als der zustehenden Verwaltungsbehörde, welche lautet: „Die Kgl. Kreishauptmannschaft hat keine Veranlassung gefunden, auf die von Ihnen eingereichte Beschwerde von Aufsichtswegen etwas zu verfügen, da den von der Amtshauptmannschaft Auerbach zur Aufrechthaltung der verweigerten Genehmigung in verkehrs- und sicherheitspolizeilicher Beziehung geltend gemachten Gründen Beachtung nicht zu versagen gewesen, im Uebrigen aber gegen das eingeschlagene Verfahren ein begründeter Einwand der Illegialität nicht erhoben worden sei und daher kein Grund vorgelegen habe, der Ihnen gewordenen Bescheidung entgegenzutreten." — Herr v. Polenz hat also das Recht und die Macht, aus verkehrs- und sicherheitspolizeilichen Gründen ein Zusammenkommen von Männern zu verhindern, die alle selbst für freien Verkehr und gute Sicherheit einstehen. Da werden wir in Zukunft noch manches erleben. — Unser Fest haben wir am 8. Juli aber doch abgehalten, trotz des Verbotes, und das ging so zu. Nachdem uns der Wirth in Buchwald vor lauter Angst das Lokal kündigte, bezogen wir das ¼ Stunde vor Buchwald liegende Mühlwand, welches, in einem herrlichen Thale liegend, beinahe mehr Gastlokale hat als Wohnhäuser. Das muntere Flüßchen Göltzsch besitzt hier die lobenswerthe Eigenschaft, die beiden Amtshauptmannschaften Auerbach und Plauen zu trennen. Rechts Plauen, links Auerbach, Gasthöfe hüben und drüben. Dieserhalb ersuchten wir auch die Amtshauptmannschaft Plauen um Gestattung eines Volksfestes mit Tanz, was sofort erlaubt wurde, so daß in beiden Amtsbezirken mit Concert begonnen wurde. Gegen 400 Männer und Frauen fanden sich baldigst auf der „Wilhelmshöhe" (Auerbacher Bezirk) ein und verfügten sich allmählig in das Alaunwerk (Plauener Bezirk) zur Feier des Volksfestes, welches in wahrhaft schöner Weise verlief. Die von Auerbach anwesenden Gensdarmen waren alsbald ihres Dienstes enthoben und reisten zurück. So lange man uns zu solchen Zusammenkünften eine gesetzliche Form läßt, werden wir selbige stets beachten, sollten aber allerlei Gründe aufgesucht werden, dies zu verhindern, werden wir trotzdem nicht unterlassen, mit unseren Gesinnungsgenossen zu verkehren und mit ihnen über die „göttliche Weltordnung" zu sprechen.

Mainz, 24. Juli. Gestern Abend fand hier eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: 1) das Verhalten der Liberalen in der letzten Stadtrathssitzung. 2) Republik oder Monarchie. Die Versammlung war von allen Schichten der Bevölkerung überaus zahlreich besucht. Herr Leyendecker referirte über den ersten Punkt und geißelte in scharfen Worten das Verhalten der Liberalen von Mainz. Besonders betonte er, daß ein Demokrat (Dr. Dumot), der durch die Ultramontanen in den Stadtrath gewählt wurde, jetzt aber im Schlepptau der Liberalen sei, bei der Berathung darüber, ob nach Bezirken oder im Plenum gewählt werden solle, unter anderem die Aeußerung gethan habe, man solle doch für das Plenum stimmen, sonst könnten hier auf die Stadtrathsstühle sehr unliebsame Personen kommen. Daß die Wahlen jetzt im Plenum stattfinden, äußerte der Redner, erschwere den Sieg der Sozialdemokraten, er hoffe aber doch, daß zwei Sitze für die „Unliebsamen" erobert werden, weil die Kleinbürger und die Arbeiter ein so großes Interesse an der Wahl nehmen und die liberale Wirthschaft satt haben. — Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Republik oder Monarchie" sprach Herr Jöst. In klaren und wohl überlegten Worten setzte er der Versammlung den Standpunkt der Sozialdemokraten in dieser wichtigen Frage auseinander. Man solle sich nicht durch das Wort „Republik" täuschen lassen, wir geben auf den Namen der Staatsform nichts, sondern bekämpfen die Lüge und Corruption wo wir sie finden, deshalb sagen wir auch: Nieder mit der französischen Bourgeois-Republik. Auch Herr Leyendecker sprach noch über dasselbe Thema. Beide Redner ernteten lebhaften Beifall. Der Vorsitzende Lohmeier forderte die Gegner mehrmals auf, das Wort zu verlangen über diese wichtigen Fragen, aber Niemand wollte sich mit den „Unliebsamen" messen. Der Vorsitzende machte darauf noch bekannt, daß in nächster Zeit noch mehrere Versammlungen abgehalten werden würden.

Rödelheim. Ueber eine hier am 29. Juli stattgehabte Volksversammlung wird dem „Frankfurter Volksfreund" Folgendes berichtet: Die Versammlung war rechtzeitig angezeigt. Es wurde 4 Uhr und man wollte beginnen, aber immer noch hatte der stellvertretende Bürgermeister die Bescheinigung der erfolgten Anzeige nicht geschickt. Der Einberufer begab sich nun selbst zum Bürgermeister, der ihm erklärte: „Ich komme schon, aber „Ihr" dürft nicht eher anfangen, als bis ich da bin." — Endlich erschien er denn auch; der Einberufer verlangte die Bescheinigung, aber der Bürgermeister, ohne Zweifel ein wahrer Ausbund von Gesetzeskenntniß, erklärte: „Die behalte ich in der Tasche." (!) So begann denn Genosse Schäfer mit seinem Referat über „Kleingewerbe und Bauernstand". Er erklärte da u. A., daß die Institutionen des heutigen Staates nicht im Stande seien, vor Ausbeutung zu schützen. Auf diese Aeußerung hin erklärte der Vice-Bürgermeister die Versammlung für geschlossen; es sei der Staat angegriffen und das dulde er nicht!!! Selbstverständlich protestirte der Vorsitzende sowie die Versammlung gegen solch eine unerhörte Vergewaltigung des Rechtes und so besann sich der Bürgermeister denn eines Besseren, er „gestattete", daß die Versammlung weiter tagen dürfe. „Aber," sagte er zum Referenten gewendet, „den Staat müssen Sie in Ruhe lassen." Genosse Schäfer führte nun unter dem Beifall der Versammlung sein Referat zu Ende. Darauf nahm der Einberufer und Vorsitzende das Wort, um den Bürgermeister zu fragen, ob er denn ein Recht dazu habe, die Versammlungsbescheinigung ihm vorzuenthalten und dieselbe nicht aus seiner Tasche zu geben? „Ja, das Recht habe ich," war die lakonische, mit einem derben Faustschlag auf den Tisch bekräftigte Antwort. — Als nun Schäfer dem Herrn das Vereins- und Versammlungsgesetz zur Kenntniß bringen wollte und u. A. bemerkte, es komme so oft vor, daß Beamte, die berufen seien zum Schutze des Gesetzes, dasselbe nicht kennen, ertönte es aus dem bürgermeisterlichen Munde: „Die Versammlung ist aufgelöst im Namen des Gesetzes." — Das ist denn doch wohl ein Muster von einem gesetzeskundigen Gesetzeswächter, dieser Vice-Bürgermeister von Rödelheim.

Hannover. Da die hiesigen Schmiedegesellen auf einige unbillige Forderungen, welche die Meister an sie stellten, nicht eingehen wollten, sind sie von der Arbeit ausgeschlossen. Es wird daher bis auf Weiteres gebeten, den Zuzug fern zu halten. Briefe und Gelder sind zu adressiren an den Schmiedegesellen L. Schädlich, Bockstr. 11.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

C. Kluth.

Briefkasten

der Redaktion. Ein Parteigenosse in Glückstadt: Die uns übersandten Artikel des „Kreis- und Anzeigeblatts für den Kreis Steinburg" sind aus der Böhmert'schen „Sozial-Correspondenz", die ja kürzlich von einem dortigen liberalen Blatte, von der „Lauenburgischen Landeszeitung" gründlich abgefertigt wurde. Weshalb sollen wir uns nochmals der Mühe unterziehen? — E. R. in Kl.-Gr.: Es ist allerdings vorgekommen, daß Taufen ohne Wissen und Willen des Vaters vorgenommen sind. Wenn der Vater z. B. die Taufe nicht zulassen will, suchen die „frommen Seelenhirten" sich das Jawort der Mutter zu erschleichen, haben sie dieses, dann fragen sie nach dem Vater nicht mehr, und taufen frisch darauf los. — A. Z. in B.: Erwarten Sie Antwort aus Hamburg.

Quittung. F. Trst Kl.-Zschocher Ab. 5,40. Glg hier Ab. 2,10. Lgs Hannover Ann. 4,80. A. Lnfrmnn Chicago Ab. 400,06. H Krs München Ab. 56,00. Hrbg Würzburg Ab. 20,00. E. Hannover Ab. 6,00. Arbeiterbild.-Verein hier Ann. 3,80, Ab. 4,80. Bikmr hier Schr. 3,50. Mß Osnabrück Ann. 4,95. Rttmnnr München Ab. 30,00. E. Wntr Wien Ab. 15,00. Gr. Osnabrück Ab. 9,70. Ktl Apolda Ab. 30,00.

Crimmitschau. Sonntag, den 19. August, im Gasthof zur „Weintraube": Volksfest.

Von früh 6 Uhr an Empfang der Gäste; Nachmittags 2 Uhr Festzug durch die Stadt. Um 4 Uhr Festrede, nach derselben Concert und allerhand Belustigungen auf dem Festplatz. Im Saal bis 2 Uhr Ball. Karten à 20 Pfg. sind von Unterzeichneten zu beziehen. An der Kasse à Person 25 Pfg. — Montag, 20. August, Stiftungsfest, wozu Festkarten-Inhaber freien Zutritt haben. Alle Freunde von Nah und Fern sind freundlichst eingeladen. Das Fest-Comité des Vereins. J. A.: Robert Walther, Restauration „Garküche" 17. [3,00

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. 50

Alle Diejenigen, welche mit den Beschlüssen der letzten Generalversammlung nicht einverstanden sind und an der Gewerkschaft festhalten wollen, werden ersucht, sich Dienstag, 14. ds., Ab. 8 Uhr, im Lokal des Arb.-Bild.-Ver., Ritterstr. 43/II. einzufinden. Mehrere Mitglieder.

Central-Arbeiter-Fest
für den 13. sächsischen Wahlkreis.

Sonntag, den 19. August, im Mothes'schen Kirschgarten zu Stötteritz. — Anfang Nachmittag 3 Uhr.

Ansprachen, Festrede, Vocal- und Instrumental-Concert.

Freunde und Gönner werden hierzu freundlichst eingeladen.

Das Fest-Comité.

Programms à 15 Pfg. sind zu haben in Leipzig: Expedition der „Fackel", kl. Fleischergasse 15; Arbeiterbildungsverein, Ritterstraße 43, 2 Tr., und bei Herrn Peter Krebs, Ulrichsgasse 60. — Die Arbeitervereine in der Umgegend von Leipzig werden ersucht, geeignete Programm-Verkaufsstellen in der „Fackel" zu veröffentlichen. [4,80

Höhere Fachschule der Residenzstadt Sondershausen

für Maschinentechniker und Bautechniker. Vorbereitung zum Einj.-Freiw.-Examen. Beginn des Semesters am 10. October. Programm gratis und franco durch den Oberbürgermeister Rath Laue (4a) [2,10 oder den Direktor Rathke.

Hiermit bringe ich den auswärtigen sowie hiesigen Gesinnungsgenossen mein

Gast- und Logirhaus

in gütige Erinnerung. Achtungsvoll Carl Meins, Langestr. 88, Altona. 1,50] (3c)

1,20 Ein gewandter Schriftsetzer (2a)

der längere Zeit an einem Parteiblatte als Metteur und Corrector (gelegentlich auch redaktionell) thätig war, sucht Stellung. — Gefl. Off. unter C. D. an die Exped. d. Bl.

Aufforderung.

Die Maurergesellen Bernard Christiani, geb. aus Herdringen bei Arnsberg, und Nicolaus Müller, geb. aus Königswinter, werden hiermit aufgefordert, mir ihren Aufenthaltsort anzugeben. (F. 220) 1,50] (R. 2011) Aug. Hart in Münster i. W.

Susanna Thon.
Hermann Nebel.
Verlobte.

Leipzig, den 10. August 1877.

Im Verlage der Leipziger Genossenschafts-Buchdruckerei erscheint in den nächsten Tagen und ist durch die Unterzeichneten zu beziehen:

Der arme Conrad.
Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Inhalts-Verzeichniß.

Vorwort, mit gedrängter Statistik über die letzten Reichstagswahlen. — Vollständiges Kalendarium (protestantisches, katholisches, Sonnen- und Mondwechsel, Tages- und Nachtlängen 2c.). — Umsonst geopfert. Erzählung von Robert Schweichel. — Glück und langes Leben. Episode nach dem Leben von Carl Hillmann. — Die Erziehung zur Ungleichheit und Unfreiheit. Von X. Y. Z. — Ludwig Börne (Biographie). Mit Portrait. — Die Wiener Arbeiter von 1848. Von Wilhelm Blos. — Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben. Von F. W. Fritzsche. — Die Werththeorie. Kapitel aus der politischen Oekonomie von H. Oldenburg — Eine Epistel zur Kindererziehung. Von Emil Roßbach. — Die Wichtigkeit der Grund- und Bodenfrage. Von Georg Vollmar. — Der Himmel. Naturwissenschaftliche Skizze von W. Bracke. — Saint Simon (Biographie). Mit Portrait. — Die dümmste Frau. Humoreske. — Die Menschenaffen. Mit Illustrationen. — Die Pariser Commune. Von X. X. — Gedichte: „An die Reichen" von Viktor Hugo; „Aus der Jugendzeit" und „Der alte Demokrat" von Aug. Geib. — Anekdoten. Sinnsprüche. Räthsel. Sprüchwörter. Wichtige Entdeckungen und Erfindungen. — Marktverzeichnisse, nach Provinzen eingetheilt. — Ebbe- und Fluth-Tabelle. Eisenbahntabelle. Postportotarif.

Die Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und geschnitten.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pf., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pf., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es francs per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 " " " } netto gegen baar.

Expedition des Vorwärts, Leipzig, Färberstr. 12/II.
Allg. deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin.
80., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a, 2 Tr.

Besteller aus dem Norden wollen ihre Aufträge nach Berlin, diejenigen aus Süd- und Mitteldeutschland nach Leipzig adressiren.

Es erschien und ist sowohl direkt wie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Volkskalender für 1878.

13 Bogen gr. 4. Schön illustrirt.

Preis: geheftet 50 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 75 Pf. 10 Stück geheftet 4,00, 100 Stück 30,00, bei direktem Bezuge gegen Baar oder Postvorschuß.

Inhalt:

1878 (Gedicht). Neuer Kalender und Erklärung desselben. Chronol. Charakteristik des Jahres 1878 und Festrechnung. Die Jahreszeiten von 1878. Die Finsternisse und der Merkur-Durchgang von 1878. Jüdische Feste. Buß- und Bettage. Wetterprophezeihungen. Kalenderzeichen. Kalendarium, mit Messen und Märkten, Schreibkalender, Planetenerscheinungen, Wetterprophezeihungen, Aneldoten. Unser Planetensystem. Kernsprüche aus „Der freie Mensch" von Joh. Jacoby. Sinngedichte von Lessing. Die Stiefelchen, eine Geschichte aus dem Kleinmeisterleben von A. Otto-Walster. Schutz den Vögeln! Kanon, von Chamisso. Weit über's Meer, von Wilh. Blos. Kuckuck, von Glaßbrenner. Was ein guter Lehrer kann und was ein schlechter Lehrer nicht zu verantworten hat, von Ed. Sack. Der Gang um Mitternacht, von Herwegh. Die Sklaven-Emanzipation, von Glaßbrenner. Eine seltsame Geschichte. Vom Bau der Pflanzen. Die seltsamen Menschen, von Lichtwer. Nachts, von Prutz. „Heil Dir im Siegerkranz", ein Beitrag zur Geschichte der Volkshymnen, von Ed. Sack. Die Entstehungsursache des Keuchhustens. Abenteuer eines Grafen mit seiner Milchschwester, von B. Becker. Der Stein der Mutter oder die Guahiba-Indianerin, von Chamisso. Das große Loos, von Langbein. Die Diebe, von Glaßbrenner. Insekten-Geschichten. Lied von dem deutschen Philister — Flora Germanica — Persönliche Sicherheit, von Hoffmann von Fallersleben. Die abgestellte Hungersnoth, von Rückert. Nieder mit den Fälschern! „Hütekinder", von Ed. Sack. Blumen von Eis. Der Krieg im Orient. Testament Peter's des Großen. Drei helle Köpfe: Lessing, von W. Bracke; Joh. Jacoby, von S. K.; Karl Marx, von F. Engels. Der deutsche Reichstag, von einem sozialistischen Abgeordneten. Die Städtebevölkerung des deutschen Reichs. Tabellen: Portotabelle, Banknotenverzeichniß, Depeschen- und Wechselstempel-Tarif, Korn- und Fruchtrechnung, Trächtigkeitstabelle. Am Schlusse befindet sich ein vollständiges Verzeichniß der Messen und Märkte für die betreffende Ausgabe. Den nach der Nordseeküste gehenden Exemplaren wird die Ebbe- und Fluthtabelle der Nordsee beigelegt.

Illustrationen:

Titelbild. Monatsbilder. Erde und Mond. Die Planeten. Die Sonne und die Planeten. Durchgang des Merkur 1710, der Venus 1761. Nistkästen. Pflanzenzellen, Markzellen, Holzzellen mit Verdickungsschichten, Zellen der Nadelhölzer, Längsschnitt eines Gefäßbündels. Baumwolle, Flachsfaser, Wollenhaar, Seidenfaden. Palmengruppe. Landschaft in Sibirien. Der Upasbaum. Die drei Grazien, kalifornische Mammouthbäume. Tropischer Palmenwald. Mangrove-Wald im Tieflande von Ecuador. Ameisen, von einem Raubzug zurückkehrend. Ameisen, im Bau eines gedeckten Weges gestört. Schneekristalle. Lessing's Denkmal zu Braunschweig. Portraits: Gotth. Ephr. Lessing; Johann Jacoby; Karl Marx. Sitzungssaal des deutschen Reichstages.

Der Kalender dient der Aufklärung und der Sache des Volks.

Bestellungen werden erbeten von

Braunschweig, 1. August 1877. W. Bracke jr.

Die Rundschau.
Organ für sozialistische Propaganda.
No. 2

ist erschienen und an diejenigen Filial-Expeditionen zur Versendung gelangt, welche über Nr. 1 abgerechnet haben.

Diejenigen Filial-Expedienten, welche mehr wie 10 Expl. der Nr. 1 übrig behalten haben, werden ersucht, den darüber hinausgehenden Rest retour zu senden.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Insérate
petit. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., berr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 915 Washington Str.
Chicago: A. Lauermann, 74 Cityhouse ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 95. Mittwoch, 15. August. 1877.

Die Vorgänge in den Vereinigten Staaten.

Die uns jetzt vorliegenden amerikanischen Zeitungen reichen bis zum 23. Juli. Bemerkenswerth ist die Einmüthigkeit, mit welcher dieselben nur von einem „Strike", einem „Ausstand" reden. Das Bourgeoisorgan „Philadelphia Demokrat" füllt seine Riesenspalten mit Berichten über den „großen Ausstand" und der sozialistische „Arbeiter vom Ohio" (in Cincinnati erscheinend) spricht ebenfalls nur von einem „Ausstand" von „Strikern" und „gewaltthätigen Strikern", von deren Kampf es voraussagt, daß er „mit der alten Niederlage endigen werde". Nirgends auch nur die leiseste Andeutung, daß ein politischer oder gar sozialpolitischer Umwälzungsversuch vorliege. Dies zur Klarstellung.

Zur weiteren Klarstellung müssen wir einen Satz, der sich in unserer Dresdener Correspondenz über den Strike in Nordamerika findet (Nr. 91) richtig stellen. Es heißt da: „alle Vorbedingungen des sozialistischen Staates sind in den Vereinigten Staaten vorhanden. Die kapitalistische Produktion ist so weit entwickelt, daß sich nur England noch mit Amerika gleichstellen kann. Ein Mittelstand existirt nicht, braucht also auch nicht erst zu Grunde zu gehen." Das ist entschieden falsch. Der Mittelstand in den Vereinigten Staaten, namentlich der ländliche — die selbstständigen Farmers — ist sehr zahlreich und befindet sich durchschnittlich in einer weit besseren ökonomischen Lage als das deutsche und französische Bauernthum. Der Kapitalismus hat sich colossal entwickelt, jedoch nur in den Oststaaten, und nur auf dem Gebiete des Handels und der Industrie, nicht aber in der Landwirthschaft die absolute Herrschaft erlangt, während er in England Alles beherrscht: Handel, Industrie, Landwirthschaft. Einen untrüglichen Beweis dafür, daß „die Vorbedingungen des sozialistischen Staats" in den Vereinigten Staaten noch nicht vorhanden sind, liefert die notorisch geringe Verbreitung — nicht sozialistischer Ideen, denn in England, wo unzweifelhaft alle Vorbedingungen des sozialistischen Staats im vollsten Maße vorhanden sind, haben wir trotzdem momentan keine eigentlich sozialistische Bewegung, — des Klassenbewußtseins, welches in England allgemeiner ist und in Amerika gerade in Folge der Eigenthümlichkeiten seiner ökonomischen Entwicklung, außer bei den Bourgeois, noch fast vollständig fehlt. Es ist dies ein Thema, mit welchem wir uns wohl noch eingehender beschäftigen werden.

Ein zweiter, ebenso schlagender und noch augenfälligerer Beweis liegt in dem Verlauf der gegenwärtigen Krise. Wäre die Auffassung unseres Dresdener Correspondenten zutreffend, so würden die Vereinigten Staaten in diesem Moment eine sozialistische Republik sein. Wer hätte es denn verhindern sollen, wenn „alle Vorbedingungen vorhanden", d. h. der Mittelstand verschwunden wäre, und der Handvoll von Großkapitalisten die ungeheure Ueberzahl des seiner Klassenstellung sich bewußten Proletariats — und das gehört doch zu „allen Vorbedingungen" — gegenübergestanden hätte?

Wir lassen nun einen sehr lehrreichen Artikel über die Vorgänge in Amerika folgen, den wir gefunden haben, wo wir ihn am Wenigsten vermuthet hätten, nämlich in der Berliner „National-Zeitung". Ein „Deutschamerikaner", den wir zu kennen glauben, und der gleich nach Bekanntwerden der ersten Nachrichten einen recht vernünftigen Brief an die „Nationalzeitung" schrieb, in welchem er die einlaufenden Schreckensgerüchte widerlegte, spricht sich jetzt in einem längeren Aufsatze (Nr. vom 7. August) wie folgt aus:

„Die an dieser Stelle bereits vor einer Woche ausgesprochene Meinung, daß „die Ueberwältigung des Aufruhrs keinem Zweifel unterliege", ist inzwischen zur Wahrheit geworden. Damit ist die Befürchtung jener als grundlos hingestellt, die, aus dem Extrem der („Reform"-)Hoffnungsseligkeit in das andere verfallend, untergeordnete Krawalle als den Beginn eines neuen Bürgerkrieges ansahen. Die nunmehr einlaufenden Postberichte geben keinen Anhalt für die Behauptung, daß der Aufruhr eines auf langer Hand wohl vorbereiteten allgemeinen Planes gewesen; es entspricht diese Unterstellung auch nicht den sozialen Zuständen der großen Republik. Einmal deshalb, weil bei dem Charakter der amerikanischen Bevölkerung eine derartige geheime Verschwörung wohl wie die Molly Maguyre in einer bestimmten Lokalität unter einem einzigen, und zwar dem keltischtrischen Volkselemente, aber nie von Newyork bis San Francisco durch das ganze Land unter den verschiedenartigsten Elementen auch nur ein paar Tage lang bestehen könnte, ohne Gegenstand der öffentlichen Zeitungs-Unterhaltung geworden zu sein.

„Zum Andern aber entspringt diese Meinung einer Unterschätzung des durch die seit vier Jahren bestehende Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Elends und der sich ergebenden Desperation, die bei einer Arbeiterbevölkerung, begabt mit der Energie, dem Muthe, der Intelligenz und dem Charakter der amerikanischen überhaupt, nicht verfehlen konnte, sich anstatt in dumpfer passiver Resignation, in aktiver Feindschaft und im Hasse gegen die vermeintlichen Ursachen und Urheber der schlechten Zeiten zu äußern. Es scheint vielen Leuten gerade so zu gehen, als dem gelehrten Diplomaten, der noch vor einem Jahre die Thatsache, daß man im Westen das Welschkorn häufig als Brennmaterial benutzt, als Beweis geltend zu machen suchte, daß von einer schlechten Lage der Arbeiterbevölkerung nicht die Rede sein könne, d. h. er war nicht zu begreifen im Stande, daß gerade in der Thatsache des gleichzeitigen Nebeneinanderbestehens eines Ueberflusses an Nahrungsmitteln in den Ackerbaudistrikten an einem Ende der Eisenbahnen und des — im buchstäblichen Sinne des Wortes bis zum Verhungern gesteigerten Elendes der Arbeiterbevölkerungen in den großen Städten am andern Ende derselben Bahnen, der schlimmste Beweis für die ganz verschrobenen wirthschaftlichen Verhältnisse liegt.

„Schönfärberische Berichte und tendenzöse Berichterstatter suchen das Vorhandensein dieses Elends zu verhüllen. Nichtsdestoweniger ist und bleibt es Thatsache, daß während des ganzen letzten Winters in Newyork und Umgegend fast keine Woche verging, in der die Polizeiberichte nicht Fälle des absoluten Verhungern nicht nur einzelner Individuen, sondern ganzer Familien constatirten. Allabendlich waren die Polizeistationen nicht mit Vagabunden von Profession und aufgehobenen Verbrechern, sondern mit arbeits-, nahrungs- und obdachlosen Arbeitern und Handwerkern von anerkannt gutem Charakter angefüllt, die am nächsten Morgen auf ihr Verlangen vor die Polizeigerichte geführt, ihre Ueberführung in die städtischen Gefängnisse (als „Vagabunden") erbaten, so daß diese Bitten, ehe der Winter weit vorgeschritten war, der Ueberfüllung aller vorhandenen Gefängnißräume halber, abgeschlagen werden mußten. Bettelei, früher in Amerika ganz unbekannt, hat in den letzten Jahren eine Ausdehnung gewonnen, wie sie kaum in dem klassischen Lande der Lazzaronis besteht; unterscheidet sich aber insofern von aller andern Bettelei, als die amerikanischen Bettler nicht wie anderwärts Krüppel, Kinder, Weiber und Greise, sondern in ihrer überwiegenden Mehrzahl Männer im rüstigsten Alter sind.

„Im Sommer überlaufen diese Bettler das Land, und daß sie, wenn sie in kleinen Trupps die einzelnen Bauernhöfe heimsuchen, gefährlich werden können, und wenn dieser Zustand noch längere Zeit währen sollte, sich sammt und sonders in desperate Landstreicher, Strolche, Aufrührer und Räuber verwandeln müssen, ist für jeden Kenner sozialgeschichtlicher Entwickelung von vornherein klar, und übrigens durch den eben stattgehabten Aufruhr abermals aufs bündigste bewiesen worden. Der „sozialwissenschaftliche Verein" des Staates New-York schätzt (in einer vor etwa vier Wochen erlassenen Aufforderung zur Einsendung von Preisabhandlungen betreffend die Mittel zur Abhülfe dieses Uebelstands) die Anzahl der in den ganzen Vereinigten Staaten beschäftigungslosen Arbeiter auf nicht weniger als drei Millionen, die mit ihren Familien mindestens zehn Millionen, also fast 25 Proz. der Gesammtbevölkerung repräsentiren würden. Erscheint diese Schätzung auch — für die Sommermonate — zu hoch, so ist doch sicher — und der eben vorgekommene Aufruhr hat es bewiesen — daß in jeder Großstadt die Anzahl der durch Arbeitslosigkeit desperat gewordenen kampffähigen Männer sich nach Zehntausenden und aber Zehntausenden beziffert.

„Diese und eine ebenso zahlreiche Menge, die als Kleinkrämer, Handwerker u. s. w. noch in wenig besseren Umständen sich zu behaupten im Stande gewesen, wurde bis zum Ausgange der Präsidentenwahl von der Hoffnung aufrecht erhalten, die seit dem Bestehen der Republik dem Volke eingeimpft worden, daß das „Wahlrecht in der Hand der freien Bürger" ein unfehlbares Heilmittel aller sozialen Schäden sei. Durch den sattsam bekannten, in der Annullirung des Willens der Volksmehrheit gipfelnden Ausgang der Wahl wurde dieser Illusion der Garaus gemacht. Desto desperater klammerte man sich an die Hoffnung, daß die Uebernahme der Regierungsgewalt durch die neue, reformversprechende Administration die nöthige Aenderung herbeiführen werde. Auch diese Hoffnung ging nicht in Erfüllung, denn die Geschäfte, anstatt besser zu werden, gehen eher noch schlechter, und das brachliegende Kapital zieht es, anstatt sich zu aktiven Unternehmungen herzugeben, vor, sich nur zu vier Prozent der neuen Convertirungsanleihe der Regierung zuzuwenden.

„Auch die Gewinne der Eisenbahnen verringern sich, im Westen in Folge der Regulirung der Tarife durch die Granger Legislaturen; im Osten — anscheinend seltsam, aber sehr natürlich! — in Folge der berühmten Tilden'schen Reform der Kanalverwaltung des Staates New-York. Diese hat nämlich die kostspieligen Contrakte und desgl. Verwaltung — wenigstens theilweise und vorläufig — beseitigt, und bedeutend billigere Frachtpreise eröffneten den Produkten des Westens endlich wieder einmal die Möglichkeit, auf dem Erie-Kanal nach New-York zu gelangen. Diese Concurrenz des Kanals zwang die vier großen Bahnen, die den Verkehr des Westens mit der Seeküste vermitteln, zu einer entsprechenden Preisherabsetzung. Ehe diese festgesetzt wurde, kam es aber zu einem sogenannten „Eisenbahnkriege" zwischen den „Königen" Vanderbilt von der New-York Central, Scott von der Pennsylvania-Central und Garrett von der Baltimore und Ohio Bahn, indem diese sich gegenseitig den Löwenantheil des Verkehrs streitig machten und zu diesem Zwecke durch ihre Inland-Agenten nicht nur überaus billige Frachtcontrakte auf Monate im Voraus abschlossen, sondern sogar die Passagierpreise, die an und für sich von der Conrurrenz des Erie-Kanals gar nicht betroffen waren, so herabsetzten, daß Schreiber dieses im letzten Jahre von New-York bis Chicago und zurück (1824 englische Meilen) für 26 Dollars reiste. Was die Aktionäre durch diesen fast sechs Monate währenden und lediglich gegenseitiger Eifersucht ihrer „Könige" entspringenden „Krieg" einbüßten, hätte wahrscheinlich mehr als ausgereicht, die gegenwärtig versuchte, im Interesse der Dividenden angeblich nothwendige Herabsetzung des Lohnes der Eisenbahnbeamten entbehrlich zu machen.

„Das deutsche Publikum ist übrigens gewöhnt, sich unter einem „Beamten" einen Menschen vorzustellen, der mit einer gewissen Sicherung der Existenz oder wenigstens gegen launische Wechselfälle, z. B. beliebige Entlassung seitens der Vorgesetzten 2c. geschützt angestellt ist und der natürlich auch seinerseits sich seinem Amte nicht ohne Beobachtung der gehörigen Formalitäten willkürlich entziehen kann. Ein solches Verhältniß ist den amerikanischen „Eisenbahnbeamten" ganz unbekannt. Diese sind vielmehr, der sofortigen Entlassung unterworfen, zum Theil bloße Tagelöhner, zum anderen Theile werden sie nach der Anzahl der von ihnen auf ihren Fahrten zurückgelegten Meilen von Zeit zu Zeit — und zwar auf vielen Bahnen sehr unregelmäßig und verspätet — bezahlt. Da die Meilenzahl jedes einzelnen Zug- und Lokomotivführers, Heizers, Bremsers u. s. w. eine andere und auch von Zeit zu Zeit variirt, sind bestimmte Angaben betreffs der Bezahlung dieser Leute sehr wenig werth. Es kann nur constatirt werden, daß ihre durchschnittliche Bezahlung die in entsprechenden Geschäften gebräuchliche nicht übersteigt. Im vorigen Jahre belief sich z. B. der Durchschnittsverdienst der Bremser in Pennsylvanien auf ungefähr 30 Dollar pro Monat, während die in den Bahnhöfen angestellten Arbeiter nur selten mehr als 80 Cents Tagelohn erhielten. Dies bei sehr viel härterer Arbeit als in Deutschland, wo zwei, drei oder gar vier Beamte den Posten ausfüllen, der in Amerika mit einem einzigen Arbeiter besetzt wird.

„Ob dennoch in Wirklichkeit eine weitere Herabsetzung der Löhne nothwendig war, wollen wir um so weniger entscheiden, als der Standpunkt des Beurtheilers dabei ein entscheidendes Wort mitspreche. Uns genügt die Constatirung der Thatsache dieses Conflikts der Interessen vollkommen, um den am 16. Juli, an welchem Tage die diesmalige Lohnreduktion der Baltimore- und Ohio-Bahn eintreten sollte, ausgebrochenen Strike zu erklären. Nichts aber ist sicherer, als daß dieser Strike, wenn er unter gewöhnlichen, gesunden Verhältnissen vorgekommen wäre, fast unbeachtet geblieben sein würde. Er wirkte nur deshalb wie ein Funken, der in die Pulvertonne, oder wie der einzelne Wassertropfen, der in ein übervolles Glas fallend, den ganzen „Haufen" in Bewegung setzt, weil die wirthschaftliche, soziale und politische Lage des Landes der Haltbarkeit entbehrt. So lange Bewegungen, wie die gegenwärtige, ohne jedweden Plan und rationellen Zusammenhang vor sich gehen, können sie eben nur Verluste und Zerstörung verursachen, werden aber regelmäßig überwältigt werden, oder von selbst verpuffen. Die größere Gefahr einer die Existenz des ganzen Staatswesens bedrohenden Bewegung entwächst nur der Gewißheit, daß die jetzt bestehenden oder sich neu bildenden politischen Parteien die sprengenden sowohl als zurückhaltenden Kräfte, die sich soeben geäußert, zur Erreichung ihrer Ziele zu organisiren suchen, und daß dann den Staatsmännern diese organisirten Kräfte über den Kopf wachsen werden, wie Göthe's Besen dem Zauberlehrlinge."

Dies der Artikel der „Nationalzeitung". Wenn an der Auffassung des Schreibers sich auch mancherlei aussetzen läßt, so thut das seinen thatsächlichen Ausführungen doch keinen Abbruch. Das Vorgehen der Arbeiter ist durch diese Darlegung vollständig gerechtfertigt; und die vernichtende Kritik, welche sich zunächst gegen die „ganz verschrobenen wirthschaftlichen Verhältnisse" in den Vereinigten Staaten wendet, trifft die gesammte bürgerliche Gesellschaftsordnung, die überall, im „civilisirten" Europa so gut wie in dem noch etwas urwüchsigeren Amerika, im wesentlichen die gleichen „verschrobenen wirthschaftlichen Verhältnisse" aufzuweisen hat.

Aus Rumänien.

— — 8. August 1877.

Die Niederlage der Russen, die man, so lange es nur anging, zu verheimlichen bemüht war, ist endlich in ihrer vollen Ausdehnung bekannt geworden und hat auch unter demjenigen Theil der rumänischen Bevölkerung, der sich nach und nach in eine Kriegsbegeisterung hineingearbeitet hatte, einen wesentlichen Umschwung hervorgebracht; die kriegslustige Stimmung hat einer ruhigeren und gemäßigteren Anschauung Platz gemacht. Die aktive Kriegspolitik der Regierung beginnt man scharf zu kritisiren. Die etwas voreilige Unabhängigkeitserklärung sei zu riskant, und in der That dürfte, wenn die Türken noch weitere Fortschritte machen und die Russen über die Donau zurückgedrängt werden sollten, diese „Unabhängigkeit" der Regierung noch so manche arge Verlegenheiten bereiten.

An den hiesigen Bahnhöfen herrscht jetzt schon wieder ein recht reges Leben, eine Anzahl Militärzüge werden täglich abgefertigt und scheint es, daß man sich bald wieder auf eine Hauptschlacht einrichtet; wir werden ohne Zweifel schon in wenigen Tagen von einem erneuerten mörderischen Kampfe zu hören bekommen.

Gar so gewaltig scheint aber der russische Koloß doch nicht zu sein. Die Truppen, die jetzt hier durchpassiren, lassen darauf schließen, daß man schon mit dem vorhandenen europäisch-russischen Menschenmaterial ziemlich aufgeräumt und aus dem weiten russischen Reiche die mongolischen Volksstämme heranziehen muß. Echte Kalmücken sind es, die jetzt nach der Donau befördert werden; die kleinen geschlitzten Augen, die plattgedrückten Nasen, hervorstehenden Backenknochen belehren uns darüber; man hört jetzt nicht mehr wie früher das Singen und Gejohle in den Straßen, das die früheren Truppenmärsche so eigenthümlich charakterisirt hat; still und ruhig bewegen sich die Colonnen, die man zur Schlachtbank treibt, und ich muß, wenn ich derselben ansichtig werde, immer an die alte Anekdote vom alten Fritz und dem Juden denken, der bei einer Parade in Potsdam beständig den Kopf bedenklich schüttelte, und, vom alten Fritz um die Erklärung dieses Kopfschüttelns gefragt, sich endlich entschloß, zu gestehen, daß er sich des Gedankens nicht erwehren könne, wie es einmal werden würde, „wenn" — auf die Truppenmassen zeigend — „die einmal nicht wollen!" — — — Vorläufig haben wir solche gefährliche Gedanken von den — Kalmücken, die hier durchpassiren, nicht zu erwarten, so weit hat

es die mongolische Race noch nicht gebracht, nicht einmal die weit gedankenreichere kaukasische. — — — —

Auch die kaiserliche Garde erwartet man hier durchziehen zu sehen. Damit gewinnt es den Anschein, daß man schon das Aeußerste aufbietet, um diesen so muthwillig heraufbeschworenen Kampf wenigstens noch mit Ehren durchzuführen; von Erfolgen wagt man nicht mehr zu sprechen. So zeigt es sich abermals, daß der Koloß auf thönernen Füßen steht. — — — —

Hier spricht man schon von einer Constitution, die die Russen nach Beendigung des Krieges erhalten sollen. Mit solchen Spielereien versucht man jedesmal das unverdienter Weise gezüchtigte Volk zu besänftigen; das Mittel ist probat. Man ruft Vivat und sendet Dankgebete zum Himmel für solche Gnade aus allerhöchster Czarenhand! — — —

Daß Karl der Kleine von Rumänien noch keine Gelegenheit hatte, an der Spitze seiner Truppen sich zum Carol dem Großen heraufzuschwingen, ist Ihren Lesern doch wohl bekannt; bis jetzt konnte er von seinem erhabenen Beschützer, dem Kaiser aller Reußen, die Erlaubniß zum Mitthun noch nicht erhalten; und jetzt, wo ihm eine solche gnädigst gestattet werden dürfte, wäre es wohl möglich, daß er sich regelrecht bedanke, denn in der That — man kann nicht wissen — und mit den Türken zu spaßen ist auch für einen „Unabhängigen" riskant. — — —

Jedenfalls steht sich Se. Hoheit Fürst Karl von Hohenzollern hier nicht schlecht. Er hat schon eine hübsche Anzahl von Gütern zusammengekauft und jüngst erst wieder das Gut Broschteri vom Fürsten Balsch um den Preis von 2 Millionen Francs. Das Regieren scheint demnach auch nebst sonstigen Annehmlichkeiten noch den Vortheil zu haben, daß man dabei auch für künftige Tage und unvorhergesehene Fälle etwas bei Seite zu bringen vermag.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Eine sehr bezeichnende Anerkennung ist dem „Vorwärts" geworden. Die „Neue Wormser Zeitung", ein bürgerlich-demokratisches, im Allgemeinen recht brav redigirtes Blatt, schreibt einige Artikel über die Lage in Frankreich und nimmt natürlich, wie es von einem bürgerlich-demokratischen Blatte recht und billig ist, Stellung gegen uns in Bezug auf unsere Auseinandersetzungen mit der „Frankfurter Zeitung". Vom „rein communistischen" Standpunkte aus, meint das Blatt, sei der Standpunkt des „Vorwärts" wohl zu vertheidigen, aber nicht von sozialdemokratischem. Wir kennen nun keinen Unterschied zwischen communistisch und sozialdemokratisch, und die „Neue Wormser Zeitung" hat uns denselben auch nur insoweit klar zu machen gesucht, daß sie behauptet, die rein communistischen Elemente strebten bekanntlich die Anarchie an, die sozialdemokratischen nicht. In unserer sozialdemokratisch-communistischen Partei befinden sich nun eine große Zahl rein communistischer Elemente und merkwürdiger Weise bekämpfen diese gerade die Anarchisten am entschiedensten, während weniger vorgeschrittene Elemente hin und wieder durch die anarchistischen Phrasen sich blenden lassen und mit den Anarchisten, natürlich immer nur für kurze Dauer, liebäugeln. Die „Neue Wormser Zeitung" verwechselt augenscheinlich die Communisten mit den Bakunisten — es „nistet" sich am Ende eben so und dann kommt es so genau nicht bei den vielbeschäftigten Herren von der Presse darauf an, wie die ersten Silben lauten. Eine Anerkennung des demokratischen Blattes liegt also schon darin, daß die Stellung des „Vorwärts" in der französischen Frage von rein communistischem Standpunkte zu vertheidigen sei; aber es kommt noch besser. Das demokratische Blatt sagt nämlich zum Schlusse seiner Betrachtungen:

„Vom Standpunkte idealer Politik aus ist der „Vorwärts", um einen kaufmännischen Ausdruck zu gebrauchen, recht „leistungsfähig", von dem der praktischen jedoch keinen Pfifferling werth."

Wir geben gern und freudig zu, daß wir in der praktischen Politik keinen Pfifferling werth sind und auch nicht werth sein können, da uns bis jetzt die Macht fehlt, praktische Politik mit Erfolg zu betreiben. Praktische Politik betreibt Fürst Bismarck, auch die Nationalliberalen betreiben dieselbe, indem sie auf die Freiheit verzichten und der Regierung zu Füßen sich schmiegen. Praktische Politik können auch nur diejenigen treiben, welche augenblicklich die Macht haben oder welche mit dieser Macht im Bunde arbeiten. — Was uns die demokratische „Neue Wormser Zeitung" zum Vorwurf machen will, das ist für uns demnach eine große Anerkennung. Weiß aber das bürgerlich-demokratische Blatt nicht, daß der „Vorwurf", ideale Politik zu treiben, immer den fortgeschritteneren Elementen gemacht wird? Sagen die Conservativen nicht, Lasker laufe Idealen nach; ruft dieser der Fortschrittspartei solches nicht auch zu? Und gerade der bürgerlichen Demokratie, die eine Zeit lang den edlen Idealisten Johann Jacoby als ihren Führer anerkannte, wird der Vorwurf gemacht, daß sie Idealen nachlaufe, nur ideale Politik treibe. Mit der idealen Politik der bürgerlichen Demokratie ist es allerdings jetzt so wie mit ihr selbst vorbei; das beweist noch besonders der obige „Vorwurf", den wir als hohe Anerkennung auffassen, welchen die bürgerlich-demokratische „Neue Wormser Zeitung" dem „Vorwärts" macht.

— Wegen dieses Gesindels! Die „Wahrheit" meldet folgenden in Breslau stattgehabten Vorfall:

„Am Sonnabend Abend befanden sich mehrere Sozialisten in der Haase'schen Brauerei und hörten, wie an einem Tische sich mehrere Herren über das Verbot des Volksfestes unterhielten. Der eine derselben wurde befragt, warum die Polizei das Fest verboten habe, und gab als Grund dafür den Umstand an, daß von den Veranstaltern beabsichtigt sei, zwei Luftballons, mit den Namen „Freiheit" und „Menschenrechte", steigen zu lassen. Des Weiteren erklärte der Herr wörtlich: „Denken Sie sich, meine Herren, nun muß morgen die ganze Breslauer Polizei wegen dieses Gesindels auf den Beinen sein." Einer der anwesenden Sozialisten stellte den Sprecher natürlich sofort zur Rede darüber, wie er anständige Arbeiter mit dem Beinamen „Gesindel" belegen könne, worauf der Herr sich nach kurzer Gegenrede aus dem Lokal entfernte. Man hat versucht, der Aeußerung später eine harmlosere Deutung zu geben, da uns jedoch die Richtigkeit des hier mitgetheilten Vorganges verbürgt wird, so tragen wir keine Bedenken, die Namen der betheiligten Personen zu nennen. Unser Parteigenosse, der dem „gebildeten" Herrn entgegentrat, war Rudolph Schuhmacher; der Mann, der die Breslauer Sozialisten für „Gesindel" erklärte, war der hiesige Polizeianwalt, Herr Polizeirath Friedmann."

Also ein Polizeirath! Und dieser Herr, der die „Ordnung" so sträflich verletzt haben soll, er soll „Ordnung" halten? Da muß allerdings auch in Breslau schöne „Ordnung" herrschen!

Als obige Notiz schon gesetzt war, kam uns in der „Wahrheit" eine Berichtigung des Herrn Friedmann zu Gesicht, die von „Unzurechnungsfähigkeit" und „bodenlosester Niederträchtigkeit" spricht — wir hätten eine solche Berichtigung nicht aufgenommen. Parteigenosse Schuhmacher, auf den derartige Ausdrücke gemünzt sind, wird wohl hoffentlich nicht gegen die Redaktion der „Wahrheit" Anklage erheben. — Herr Friedmann hat alle ihm zur Last gelegten Ausdrücke, wie er selbst in seiner Berichtigung zugiebt, gebraucht, nur in einem andern, die Arbeiter nicht beleidigenden Sinne und Zusammenhange — die Redaktion der „Wahrheit" erhält demgegenüber ihre Angaben aufrecht. Wir sind auf den endgültigen Ausgang gespannt.

— Zur Lohnfrage. Aus Saarbrücken bringt die „Sozial-Correspondenz" mit einer gewissen Befriedigung folgende Lohntabelle:

Maurergeselle	Mark	3,50
Steinmetzgeselle	„	3,75
Glasergeselle	„	3,75
Schreinergeselle	„	3,75
Anstreichergeselle	„	3,75
Gypsergeselle	„	4,00—6,00!
Handlanger	„	2,0—2,4
Tagelöhner (Erdarbeiter)	„	1,8—2,2
Maschinenbaugeselle	„	2,5—2,8
Werkstättenarbeiter (Eisenbahn)	„	2,2—2,5

Wir wollen zu diesen „Hungerlöhnen" bemerken, daß außer den Arbeitern der beiden letztgenannten Berufsarten die übrigen mindestens 1/4 die meisten aber 1/3 Jahr der Witterung halber „feiern" müssen. Bringen wir dies in Anrechnung und nehmen außerdem die Sonntage noch hinzu, an welchen die Arbeiter auch essen wollen; finden wir dann ferner, daß die Arbeitsbranchen, welche die zahlreichsten Arbeiter beschäftigen, den geringsten Lohn gewähren, so können wir als den täglichen Durchschnittslohn des Arbeiters in Saarbrücken 17—20 Sgr. annehmen. Rechnen wir die Arbeiterfamilie im Durchschnitt nur auf 4 Personen, so hat das einzelne Glied der Familie für Wohnung, Kleidung, Essen u. s. w., die Summe von 4—5 Sgr. täglich zu verausgaben. Und in Saarbrücken stehen die Löhne noch lange nicht am tiefsten, obwohl zu bedenken ist, daß dort der Preis der nothwendigsten Bedürfnisse ein sehr hoher ist.

— Zur Selbstmordmisere. Groß ist die Zahl der Selbstmörder und Selbstmordversuche in den sechs ersten Monaten dieses Jahres in Berlin, die nach den angestellten Ermittelungen in den meisten Fällen aus Noth oder unglücklicher Liebe resultirten. Erhängen und Erschießen waren die gebräuchlichsten Mittel, aber auch Gift in allen Arten und Formen, der Sprung durch's Fenster, das Oeffnen der Pulsader, das Schließen der Ofenklappe u. s. w. wurden angewendet, um den verzweifelten Entschluß auszuführen. Nicht weniger als 106 Selbstmörder erreichten ihre Absicht, während in 48 Fällen die erhoffte Wirkung nicht eintrat. Auch eheliche Mißverhältnisse gaben in einzelnen Fällen den Grund zum gewaltsamen Tode. — Schöne Zustände das in der heutigen „Gesellschaft der Ordnung!"

— Ein Polizeistückchen in der Schweizer Republik. Der „Tagwacht" wird aus Bern geschrieben: „Der Frau unseres Genossen Bächtold passirte vor Kurzem, als sie in einem Laden etwas bestellte und dabei einen mitgebrachten Gegenstand zum Tausch anhingeben wollte, von der Polizei verhaftet und durch die Straßen geführt zu werden auf Veranlassung des Geschäftsmannes, der vorgab, der betreffende Gegenstand sei ihm gestohlen worden. Trotzdem daß Bächtold seit längerer Zeit niedergelassen und ein durchaus unbescholtener Mann ist, wurde seine Frau sofort in den Thurm gesperrt und dort den Tag über belassen. Inzwischen waren die kleinen Kinder allein zu Hause ohne Nahrung, ohne Pflege und Aufsicht den ganzen Tag hindurch. Der Mann fand Mittags weder Frau noch Mittagessen daheim vor und mußte doch sofort wieder auf die Arbeit, wollte er dieselbe nicht verlieren, ohne nach seiner Frau sehen zu können. Endlich wurde dieselbe als völlig schuldlos gegen Abend wieder entlassen. Wer entschädigt die Familie für materielle und moralische Einbuße? Hier, ihr Heuchler, statt beim Fabrikgesetz könnt ihr heulen über „rohen Eingriff in die individuelle Freiheit". Solche Polizeimißstände wären in dem aristokratischen Geldsacks- und Baumwollen-(Engel)Heuchelland nicht möglich."

— In Italien soll die bekannte Affaire von Benevent nächstens vor dem Schwurgericht abgehandelt werden. Unser Urtheil über die Sache selbst brauchen wir nicht zu wiederholen. Ueber die leidenden Personen und den Stand des Prozesses schreibt man der „Vossischen Zeitung" aus Rom unterm 4. d. M.:

„Die Verhafteten belaufen sich nur auf 36, alle übrigen entkamen. Die Untersuchung bestätigte die vom Minister der Kammer s. Z. gemachten Mittheilungen nur in sehr verschwindendem Maße. Nicotera bezeichnete die Linke als den „Auswurf der Gesellschaft", bei der von politischem Charakter u. s. w. auch nicht im Entferntesten die Rede sein könne. Die Prozeßakten ergaben großen Theils ein dieser Behauptung entgegenlaufendes Resultat. Ich bin im Stande, heute einige durchaus verbürgte Personalien über einzelne Angeklagte mitzutheilen. Der Name des Anführers wurde schon früher häufiger genannt. Carlo Cafiero ist aus Barletta gebürtig, genoß eine sehr gute Erziehung und verwendet schon seit Jahren sein bedeutendes Vermögen dazu, um die sozialistische Bewegung in Italien wach zu erhalten. Eine nicht mindere gesellschaftliche Stellung nimmt der junge Graf Caspegna aus Rimini ein, obgleich er sich seines Grafentitels freiwillig begeben hat. Von den beiden Brüdern Ceccarelli aus Imola war einer früher italienischer Offizier. Er verließ den Dienst, um Mechaniker zu werden. Enrico Malatesta aus Capua ist ein junger Schriftsteller, der unlängst ein Buch über den sozialen Staat herausgab. Ueber einen Herrn Papini aus Rimini erfuhr ich nichts näheres. Ebenso ist weder der Name eines reichen jungen Russen, der ebenfalls an dem Putsch betheiligt war, noch sein Stand u. s. w. in die Oeffentlichkeit gedrungen. Der Staatsanwalt hat die Anklage wegen Attentats auf die Staatseinrichtungen erhoben. Die Vertheidigung wurde von den Advokaten Spirito, Sarno, Manfredi, Rosano, Conforti, Panfini, Napodano und Pierantoni übernommen. Die beiden letzten werden die zwei einzigen „reuigen" Casteldi und Bianchini vertreten."

— Zum Eisenbahnstrike in Nordamerika. Die uns vorliegenden amerikanischen Zeitungen, die jetzt bis zum 27. Juli reichen, also die ganze entscheidende Zeit des großen Ausstands und der daran sich knüpfenden Bewegung umfassen, geben uns nur neue Details, aber keine neuen Gesichtspunkte. Sie bestätigen blos die Richtigkeit unserer ursprünglichen Auffassung. Bemerkenswerth ist, daß selbst amerikanische Bourgeoiszeitungen sich über die übertriebene Bedeutung wundern, welche in Europa den Vorgängen beigelegt worden ist. In der That athmen die amerikanischen Blätter selbst an den kritischsten Tagen eine Ruhe, die von den Sensationstelegrammen, mit denen wir damals überschüttet wurden, aufs lebhafteste absticht. Es scheinen jene Alarmdepeschen unsauberen Börsenmanövern gedient zu haben. Der geniale Gedanke deutscher Reptilien, aus Furcht vor dem „rothen Gespenst" würden die Vereinigten Staaten sich jetzt plötzlich in einen Militärstaat umwandeln, wird von der amerikanischen Presse einfach todtgelacht.

Menschenopfer und Heldenmuth.

Am 26. Juli ereignete sich in Göttingen bei Reinigung der Kloaken des dortigen Irrenhauses eine Reihe von Unglücksfällen, die vier Männern in der Blüthe der Kraft das Leben gekostet, einen fünften in noch immer fortdauernde Lebensgefahr gebracht haben. Der Vorgang ist in kultureller und in psychologischer Beziehung so interessant, enthüllt auf der einen Seite so drastisch das leichtsinnige Spielen mit Menschenleben, wie es jetzt Mode, und zeigt auf der anderen Seite die Menschennatur, an der wir in dieser Zeit der Massenmorde mitunter schier verzweifeln könnten, in einem so schönen Licht, daß wir ihn in all seinen Einzelnheiten nach dem Berichte der „Göttinger Zeitung" vom 21. Juli den Lesern vorführen wollen:

„Beim Baue der Anstalt wurde das sogenanute d'Arcet'sche System adoptirt, welches im Laufe der Zeit als in seiner ganzen Ausdehnung unpraktisch, ja schädlich, einzelne Veränderungen erfuhr, um die Hauptmißstände zu beseitigen. In Kürze wollen wir hier erwähnen, daß in der Theorie dieses Systems eine Trennung der festen von den flüssigen Fäcalstoffen in verschiedenen Gruben, welche durch gitterartige Vorkehrungen getrennt sind, stattfinden soll; diese dazu bestimmten Einrichtungen funktioniren aber mangelhaft und müssen oftmals, besonders die dickeren Bodensätze, durch Menschenhand entfernt werden. Es ist der Direktion bisher nicht gelungen, die völlige Entleerung des Grubeninhalts durch Pumpwerke zu bewerkstelligen.

„Es befinden sich also zwei Gruben neben einander; diejenige für die flüssigen Fäcalstoffe, die zweite von der Hausmauer gerechnet, war den 25. d. M. entleert und dabei zeigte sich, daß die Oeffnungen zur Nebengrube in der trennenden Wand verstopft seien. Den 26. d. Nachmittags waren nun die mit solchen Arbeiten seit vielen Jahren vertrauten Leute beschäftigt, die gitterartigen Oeffnungen wieder wegbar zu machen. Der Maurer Becker mit seinem Gehilfen Seebode hatten zum Theil die Arbeit gethan, sie waren wieder aus der Grube herausgestiegen, um sich zunächst etwas zu reinigen, alsdann stieg Seebode nochmal hinunter, um mit einem langen Meißel die einzelnen Oeffnungen zu durchstoßen. Bis dahin war auch nicht die geringste Spur von einer schädlichen Luft zu vermerken; sobald nun Seebode mit dem Meißel in das nebengelegene Bassin kam und eine Communikation dadurch mit der Grube — für die festeren Exkremente bestimmt — hergestellt hatte, entströmten wahrscheinlich unter hohem Druck daselbst angesammelte Kloakengase, welche den Seebode sofort besinnungslos zusammenbrechen ließen. Der Maurer Becker, welcher dies sah, stieg, obwohl ihm die Gefahr für sein Leben nach früheren Belehrungen wohl bekannt war, sofort die Leiter hinunter, um seinen Gehilfen zu retten; doch von dem die leere Grube mehr und mehr füllenden irrespirablen Gase getroffen, fiel auch er besinnungslos neben das erste Opfer nieder. Nun eilten zunächst der Maschinist Fincke und der Assistenzarzt Dr. Kayser herbei; Ersterer stürzte in die Grube, nachdem er mehrere vergebliche Rettungsversuche angestellt hatte. Dr. Kayser, vergeblich von den Umstehenden gebeten, die Zahl der Opfer nicht zu vermehren, sondern erst durch Strohfeuer die Gase zu entfernen, folgte nur dem einen Antriebe, ohne Rücksicht für seine Person, so schnell als möglich die unten Liegenden heraufbefördern zu helfen, er stieg auf die Leiter, die ihn Zurückhaltenden fortstoßend, und kaum hatte er den Kopf unter der Oberfläche, als auch er wie vom Schlage getroffen hinabstürzte.

„Es ist wohl nicht nöthig, die wachsende Aufregung weiter zu schildern, dieser ganze Vorgang hatte nur wenige Minuten zu seinem Ablauf in Anspruch genommen; es erschien sofort der Direktor, Herr Professor Meyer, aber noch ehe er zur Stelle war, hatte sich ein junger Zimmermann, Koch, welcher zufällig auf der Anstalt arbeitete, auch noch in diesen unersättlichen Schlund begeben, doch nur mit dem selbstvernichtenden Erfolg, wie seine Vorgänger.

„Mit Gewalt wurden jetzt die Anderen, welche sich nach und nach eingefunden, zurückgehalten; es wurde Stroh angesteckt, um durch die flackernde Flamme eine das Gas entfernende Zugluft hervorzubringen, mit möglichster Energie wurde der Zugang erweitert, um die Betäubten heraufzubefördern. Als dies gelungen war, zeigten nur noch zwei Lebenszeichen, der Zimmermann Koch und Dr. Kayser; es wurden natürlich bei allen die ausgedehntesten Wiederbelebungsversuche angestellt, leider vergeblich, den Dr. Kayser ausgenommen, der sich zwar noch am Leben befindet, dessen Zustand aber immerhin zu den größten Besorgnissen Veranlassung giebt."

Das der uns vorliegende Bericht. Ehre den Männern, die sich einer nach dem andern dem fast sicheren Tod entgegenstürzten, um das Leben der Mitmenschen zu retten. Achtung vor solchem Heldenmuth! Neben dem „Ruhm", der diesen Helden der Humanität gebührt, muß der Ruhm aller dotirten und undotirten Helden des Schlachtfeldes als unecht verblassen.

Aber waren diese Opfer denn nöthig? Die „Göttinger Zeitung" meint zwar, „die Direktion der Irrenanstalt treffe nicht die geringste Schuld"; Dem können wir aber unmöglich beipflichten. Die Direktion wußte, wie aus dem Bericht selbst hervorgeht, daß der Entleerungsapparat nicht richtig arbeitete; sie mußte wissen — jedes Schulkind weiß es — daß sich in unventilirten Gruben tödtliche Gase bilden und ansammeln, die erst entfernt werden müssen, ehe ein athmendes Wesen ohne Gefahr sofortiger Erstickung hinabsteigen kann. Die Direktion war also verpflichtet, die durch Erfahrung und Wissenschaft gebotenen Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen. Sie hat es nicht gethan. Und die Folge dieser Unterlassungssünde ist der Verlust von vier Menschenleben, die Gefährdung eines fünften. Es liegt hier also nicht Verunglückung durch einen Zufall vor, sondern zum mindesten Tödtung durch grobe Fahrlässigkeit. Was die Behörden unter diesen Umständen zu thun haben, ist klar vorgezeichnet. Was sie thun werden?

— Die Lüge ist bekanntlich eine europäische — und auch amerikanische Großmacht. Das herrschende System bedarf der Lüge, und darum wird gelogen. Ueberall. Aber im Lügen giebt es Grade, die sich nach der Beimischung von Wahrheit, ohne die eine Lüge ja nicht denkbar ist, richtet; und diese Grade sind in den verschiedenen Ländern verschieden. In Westeuropa hat man noch etliche althergebrachte Vorurtheile zu Gunsten der Wahrheit, und gießt demgemäß zu jeder nöthigen Lüge einen gewissen Prozentsatz von Wahrheit, unter den man nicht leicht herunter-

— Vom Kriegsschauplatze hört man, daß die Russen bei Lowac am 7. August abermals eine Niederlage erlitten haben; Osman Pascha giebt den russischen Verlust auf 300 Todte und 700 Verwundete an. — Am 9. August haben die Russen Plewna nochmals angegriffen, doch sollen sie wiederum mit großen Verlusten zurückgeschlagen sein. — Suleiman Pascha dringt schon durch die Balkanpässe vor; er soll das Centrum der Armee bilden, wenn er bis nördlich des Balkans vorgedrungen sein wird.

— Von der „Rundschau", dem Organ für sozialistische Propaganda, ist die zweite Nummer erschienen. Das billige Blatt dient dazu, dem Leser eine Uebersicht über die Agitation der deutschen Sozialisten, über die Verfolgungen, denen sie ausgesetzt sind, zu geben. Wer sich also genau über die deutsche Arbeiterbewegung unterrichten will, muß außer dem „Vorwärts" noch die „Rundschau" lesen. Das Blatt erscheint in Hamburg; es nehmen sämmtliche Postanstalten Bestellungen auf dasselbe an.

— Die „Zukunft", eine sozialistische wissenschaftliche Revue, wird vom 1. Oktober an in Berlin herausgegeben. Diese Zeitschrift ist gerade so wie der „Vorwärts" ein Unternehmen der sozialistischen Gesammtpartei Deutschlands. Wir machen deshalb noch besonders auf dasselbe unsere Leser aufmerksam.

Die Rothen und die Blauen.

Wir erhalten folgende Zuschrift zur Veröffentlichung:

Iserlohn, den 7. August.

Bei der höchst interessanten Auseinandersetzung zwischen dem „Vorwärts" und der „Frankfurter Zeitung" über die Berechtigung der Intransigenten, der äußersten Linken der französischen Deputirtenkammer, mit den gemäßigteren „Republikanern" in Betreff der bevorstehenden Neuwahlen einen Compromiß einzugehen, — hat die „Frankfurter Zeitung" gleichsam an das Urtheil der sozialdemokratischen Partei appellirt, indem sie schrieb: „Wahrscheinlich würden wir die sozialdemokratische Partei in Deutschland verletzen, wenn wir sagen wollten, daß sie insgesammt von der gleichen Meinung wie der Verfasser des besprochenen Leitartikels („Nieder mit der — französischen — Republik!") erfüllt sei." Eine solche Provokation macht es den deutschen Sozialdemokraten zur Pflicht, in der Streitfrage zwischen ihrem Centralorgan und dem Hauptorgane der bürgerlichen Demokratie Deutschlands offen „Farbe zu bekennen". Mit wenigen Ausnahmen haben sich sämmtliche Parteiorgane, die sich mit der Angelegenheit überhaupt beschäftigen, zu Gunsten des „Vorwärts" ausgesprochen. Auch die Parteigenossen selbst, mit denen ich in jüngster Zeit in Berührung gekommen bin, namentlich in Rheinland und Westphalen, sind mit dem „Vorwärts" vollständig einverstanden.

Es kann ja auch nicht anders sein.

Wir Sozialdemokraten verstehen unter „Republik" eine Staatsform, in welcher die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt ausschließlich vom Volke ausgeübt wird. Wir erkennen demnach nur eine solche Staatsform als „Republik" an, welche in politischer Beziehung eine demokratische ist; weil aber die politische Freiheit ohne die soziale Gleichheit eine Lüge ist, deshalb halten wir die sozialdemokratische Republik mit Recht für die beste Staatsform.

Wie himmelweit die jetzt in Frankreich bestehende Staatsform von einer „Republik", auch nur von einer „demokratischen" und wie viel mehr noch von einer sozialdemokratischen, entfernt ist, das sollten wir der demokratischen „Frankfurter Zeitung" nicht erst noch beweisen müssen.

Unmöglich kann dieses Hauptorgan der sogenannten „Demokratie" Deutschlands ernstlich einen Staatsorganismus als „Republik" bezeichnen wollen, in welchem, wie in Frankreich, die gesetzgebende Gewalt zwischen einer Deputirtenkammer und einem nicht aus allgemeinen Volkswahlen hervorgehenden Senate getheilt ist, während die vollziehende Gewalt einem ebenfalls nicht aus allgemeinen Volkswahlen hervorgehenden „Präsidenten" und den von diesem ernannten Ministern und Beamten zusteht, — in welchem jede freie Meinungsäußerung durch eine unerhörte, selbst in monarchischen Staaten, mit Ausnahme Rußlands, nicht übertroffene Knebelung der Presse, — durch Unterdrückung des Vereins- und Versammlungsrechts, unmöglich gemacht wird — in welchem der reaktionäre Belagerungszustand, namentlich in den großen Städten, permanent ist, — kurzum in welchem alle „demokratischen" Grundsätze geradezu verhöhnt und förmlich mit Füßen getreten.

Eine Staatsform ist keine „Republik", in welcher es, wie in Frankreich, möglich war, daß eine nur zum Abschluß des Friedens mit Deutschland gewählte Nationalversammlung ohne Mandat weiter tagte, um dem Lande eine reaktionäre, keineswegs „demokratische" Verfassung zu octroyiren und das Volk von Paris, welches sich in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts eine Communalverfassung gegeben hatte, zu Hunderttausenden durch die in der Gefangenschaft verwilderte „kaiserliche Armee" zusammenkartätschen und durch illegale Kriegsgerichte zum Tode oder zur „trockenen Guillotine" verurtheilen zu lassen.

Eine Staatsform, in welcher ein „Septenat" möglich ist, und in welcher die Amnestie verweigert wird, ist ebensowenig eine „Republik", wie die Deputirten „Republikaner" sind, welche für das Septenat und gegen den bekannten Amnestieantrag der Intransigenten gestimmt haben. —

Mit einem Worte: die jetzige „Republik" in Frankreich, welche sich durch Nichts von der Wahl-Monarchie unter dem „Bürger-Könige" Louis Philipp und von dem Kaiserreich unter dem meineidigen Bonaparte unterscheidet, als durch die Wahl eines sogenannten „Präsidenten" auf eine Reihe von Jahren, — diese „Republik" ist eine einzige große Lüge zum Zweck der Täuschung der Nation, — sie ist zugleich die verabscheuungswürdige Mörderin von Hunderttausenden braver Männer, welche für die wahre Freiheit und gleichzeitig für die soziale Gleichheit ihr Herzblut geopfert haben.

Der „Vorwärts" hat sich ein großes Verdienst um die Parteisache erworben dadurch, daß er das „Tischtuch" zwischen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Demokratie Deutschlands radikal zerschnitten und das Hauptorgan der Letztern veranlaßt hat, auch seinerseits „Farbe zu bekennen".

Durch ihre Sympathie für die jetzige französische „Republik" hat die „Frankfurter Zeitung" sonnenklar bewiesen, daß ihre Partei keine demokratische ist, daß dieselbe vielmehr durch die Maske der Demokratie ebenso das deutsche Volk zu täuschen sucht, wie die sogenannten „Republikaner" in Frankreich das französische mit ihrer volksverrätherischen „Republik".

Der „Vorwärts" hat Recht: „Nieder mit dieser „Republik", je eher, desto besser!"

Nieder aber auch mit aller politischen Heuchelei!

C. W. Tölcke.

Aus Ungarn.

Unser Pesther Parteiorgan, die „Arbeiter-Wochenchronik", bringt folgende interessante Schilderung!

Heiß strahlt die Sonne nieder, üppig blühen Felder und Wiesen und schweißtriefend keucht der Landmann hinter seinen Gäulen einher, sich ob des Fruchtreichthums freuend; wird er ja doch nun wieder einmal volle Scheunen haben und ein gut Stück Geld der Mühepreis sein — da kommt der Teufel in Gestalt des Wucherers, dem er sich während des Winters verschrieben, und blutenden Herzens muß er tief in den Sack greifen und einen großen, gewöhnlich den größern Theil des Ertrages seines Schweißes dem gierigen Blutsauger in den Rachen werfen; kaum hat er sich dieses Feindes entledigt, so kommt der Fiskus und nimmt ihm den Rest dessen, was ihm der Wucherer gelassen. —

Das ist in wenigen Worten die Lage des Bauers; und was vom Landmanne zu sagen ist, das läßt sich auf den Kleingewerbetreibenden ebenfalls anwenden; beide verbluten trotz Wuchergesetzes unter Wuchererhänden und der Staat mit seinen unerschwinglichen Steuern versetzt ihnen den Gnadenstoß.

Damit haben wir aber auch die Ursachen der beispiellosen Verarmung und des grauenhaften Elends der Landleute dargelegt. Unter solchen Prämissen dürfen Nachrichten, wie die vom Banat zum Beispiel, wo während des vorigen Winters ganze Dorfgemeinden im buchstäblichen Sinne des Wortes nahezu verhungerten, wo Kleienbrod als beneidenswerthes Nahrungs- und Genußmittel geschätzt wurde, Niemanden verwundern. Wem sich von selbst die Frage aufdrängt, ob sich denn die oben bezeichneten Uebel nicht beseitigen oder wenigstens theilweise lindern lassen, dem müssen wir mit einem entschiedenen Nein! antworten.

Denn weder kann der mit einem klaffenden Defizit vegetirende und deshalb hart am Rande des Bankerotts stehende Staat die Steuern reduziren, noch kann der durch die kapitalistische und Regierungswirthschaft hervorgerufene beispiellose Geldmangel und der von demselben sich nährende Wucher durch einige von der „Volksvertretung" dekretirte Wuchergesetz-Paragraphen beseitigt werden. Im Gegentheil, der Wucher wird noch mehr Orgien feiern und dem armen Volke das Hemd ausziehen.

Ist es somit erwiesen, daß diese Zustände nicht beseitigt werden können, weil dieselben eine natürliche Folge der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung sind, und daß bei Andauern derselben aus dem ganzen Lande, mit Ausnahme der Magnaten, Pfaffen und Kapitalisten, ein einziger Bettlerhaufe werden muß, so muß man zu dem natürlichen Schlusse gelangen, vor allem Anderen dem Lande sein Selbstbestimmungsrecht in Form des allgemeinen Wahlrechtes zu geben; denn so lange unsere bisherigen „Volksvertreter" die Wort- und Stimmführer der besitzenden Minorität sind, so lange wird der „Reichstag" alle Lasten auf das arme arbeitende Volk werfen.

Es wäre endlich an der Zeit, die alten Vorurtheile auszurotten, sich von dem Einflusse der herrschenden Klasse zu emanzipiren und zu dem Bewußtsein des eigenen Werthes, der eigenen Macht zu gelangen.

Es ist Zeit, daß das werkthätige Volk erwache aus seiner Lethargie und einsehen lerne, daß es von allen Seiten ausgebeutet wird, daß es nur eine Melkkuh ist, während es in Folge seiner schöpferischen und arbeitsamen Thätigkeit berufen ist, in jedem auf gerechter Grundlage gegründeten Staatswesen die hervorragendste Beachtung zu finden.

Correspondenzen.

Mainz, 23. Juli. In die Nr. 84 des „Vorwärts" vom 20. Juli hat sich eine Correspondenz verirrt, d. d. Mainz, 8. Juli, die sicher an eine Mainzer Adresse, Tagblatt, Anzeiger oder Zeitung, gerichtet war, und die am Eingang lautet: „Heute haben wir hier unsern (mit Verlaub, Herr Correspondent, daß ich unterstreiche) Oberbürgermeister Karl Wallau zu Grabe getragen, 2c." Lächerlich! Wer sind die „wir", „wessen" Oberbürgermeister haben die „wir" zu Grabe getragen? In einem sozialistischen Blatt muß man sich deutlich ausdrücken, Herr Correspondent, damit man keine Verwirrung anrichtet. Auf keinen Fall zählen wir die „wir", von denen Sie reden, zu uns. — Lassen nun auch wir, die wir Herrn Wallau nicht zu Grabe getragen, dessen Leichenzug an uns vorüberziehen. Als unfreiwilliger Oberchef der Feuerwehr wurde der Oberbürgermeister Karl Wallau mit allen kameradschaftlichen Ehren von der Feuerwehr zu Grabe getragen und geleitet. Es folgten der Leiche, außer den Angehörigen, die Spitzen der Civil- und Militärbehörden, der übrige Troß der Bureaukratie, die Schützengesellschaft, mehrere Gesangvereine und — der Kriegerverein „Siegeskranz", der auch kürzlich den Kaiser zur Kaiserparade von der Bahn abgeholt hat. Aber wo waren die „wir" des Herrn Correspondenten, die große Mehrzahl der Bürger, wo war das Volk? Sie rannten hinaus vor die Thore und sahen sich den Zug, weil nicht jeden Tag ein Oberbürgermeister stirbt, mit Gemüthlichkeit an. Aber von einer nur nennenswerthen Betheiligung der Bürger war keine Rede. Kein Lob, kein Beileid aus dem Volksmunde konnte man vernehmen für den dahingeschiedenen „ersten Bürger" der Stadt. Lassen wir nun die Hauptzüge aus Wallau's Biographie folgen, und es wird sich dies alles erklären. Karl Wallau wurde zu Mainz geboren, er war 14 Jahre alt, als er die Buchdruckerkunst erlernte, und ging als Buchdrucker in die Fremde, wie so viel Tausende seiner Collegen und andere Handwerksburschen vor ihm. Er kam zurück und konnte schön reden, schön singen und schön trinken, drei Eigenschaften, die einen Mann schnell populär machen. In Mainz fand er hinreichend Gelegenheit, diese Talente zu verwerthen. Die 48er politische Bewegung war für manchen Maulhelden und Schönredner wie geschaffen, aber die Herren waren für die Bewegung nicht geschaffen, was viele, so auch unser Held Wallau, bewiesen haben. Auch Gesangvereine giebt es in dem lustigen Mainz genug, in denen man sich produziren kann, und zur Ausbildung der letzteren der drei männlichen Eigenschaften ist hinreichend gesorgt. So führte sich ein Mann, der später Oberbürgermeister wurde, in die Welt ein. Zum Ueberfluß gewann er auf ein Lotterieloos, welches ihm als Erbtheil zufiel, 40,000 Gulden, und der Bourgeois war fertig. Nun war er aber auch rathhaussalonfähig, denn mit dem Geld im Kasten und den Ochsen im Stall wächst auch der Verstand. Ohne diese Glücksfälle wäre Wallau nicht als Oberbürgermeister gestorben, aber er würde vielleicht noch als einfacher Bürger leben, und sogar in Achtung leben, wenn er die demokratischen Prinzipien, denen er eine Zeitlang scheinshalber huldigte, aufrichtig erfaßt und ihnen treu ergeben geblieben wäre. Also, Karl Wallau wurde in den Stadtrath gewählt, wurde Adjunkt, lernte civiltrauen und wurde später durch die Gunst und Hilfe seiner persönlichen Freunde Bürgermeister. Daß dieselben später bereuten, was sie gethan, ändert an der Sache nichts. Von seiner ursprünglichen politischen Farbe, die, wie gesagt, demokratisch gewesen sein soll, war längst nichts mehr zu erkennen. Mit seinem Freund Oechsner Arm in Arm, der ihm bis zum Adjunkt assistirte, forderte er den Rest der Mainzer Demokraten in die reaktionären Schranken. Wallau hatte nun unter Anderem Gelegenheit, aus den Häuten der Steuerzahler städtische Riemen zu schneiden, rannte mit Hilfe seiner nationalliberalen Freunde die Stadt in ewig unbezahlbare Schulden, und entschuldigte sich dafür mit den Sünden seiner Vorfahren. Hierfür wurden ihm mehrere Orden und der Titel eines „Oberbürgermeisters" zu Theil. — Nachdem er im Leben schon politisch todt, konnte sein physischer Tod Niemanden mehr schmerzlich berühren. Die Stadt Mainz hat durch den Tod Karl Wallau's nichts verloren, ebenso wenig wird sie aber an ihrem zukünftigen Bürgermeister gewinnen, dafür wird der „liberale" Theil des Stadtraths sorgen. — Noch eines edlen Zuges des 48er so sehr „verkannten" Arbeiterfreundes wollen wir gedenken. Zur Zeit des letzten Mainzer Buchdruckerstrikes soll der Prinzipal Wallau sich geäußert haben: „Zu unseren Füßen sollen sie, die Arbeiter, kriechen wie die Würmer." Aber die Arbeiter krochen nicht, wohl aber die Prinzipale auseinander, indem sie ihren Verband auflösten. — Man soll von den Todten nur Gutes reden, das Beste aber ist die Wahrheit. Die größte Ehre erzeigt man einem todten Renegaten, wenn man stillschweigend über sein Grab hinwegschreitet, damit man nicht versucht wird, den Maßstab der Kritik an seine Thaten zu legen. Auch wir hätten geschwiegen; daß wir es nicht konnten, dafür mögen sich die Freunde Wallau's bei dem Correspondenten in Nr. 84 des „Vorwärts" bedanken. — Zwei Reden, eine religiöse und eine politische, wurden an Wallau's Grabe gehalten. Der erstere Sprecher war der Bourgeoispfaffe Hieronymi, der kleine geistige Zwerg, der 1864 sich anmaßte, einen Kampf mit dem geistigen Riesen Lassalle aufzunehmen, dem es aber ging wie dem Hunde, der den Mond anbellt, und der sich dadurch unsterblich blamirte; der zweite war Hr. Oechsner, der geistige Verwandte Wallau's. Jedenfalls wird Wallau von Seiten seiner nationalliberalen Freunde ein Monument erhalten, schon um dieser Freunde willen muß das geschehen, denn da sie alle bedeutende „Größen" sind, und alle einmal sterben, so gehört auch folglich jedem ein Denkmal. Nun, „wir" haben nichts dagegen (Herr Correspondent), Karl Wallau geschieht es sogar recht; nur verschone man diesmal den städtischen Säckel, denn „unser" Herr Oberbürgermeister kam uns bei Lebzeiten theuer genug zu stehen.

A.

---

geht. Dabei hat natürlich die Individualität der „Macher" einigen Spielraum, allein, wer seine Pappenheimer kennt, kann immer so ziemlich genau im voraus berechnen, wie viel Prozent Wahrheits-Alkohol dem Lügenfusel beigesetzt sind, und darnach die Entfuselung vornehmen. Nur Einer Menschenart gegenüber hört jede Möglichkeit der Berechnung auf: nämlich den Rubellügnern. Der Rubellügner verachtet die Wahrheits-Prozente, und „arbeitet" nur mit homöopathischen Millionstel- und Billionstel-Dosen. Wenn ein deutscher, französischer oder englischer Reporter eine grauenhafte Metzelei berichtet, kann man — von „Enten" abgesehen —, wenigstens — — sicher sein, daß Jemand verletzt worden ist; wenn russische Reporter die Abschlachtung einer ganzen Stadteinwohnerschaft mit allen Einzelnheiten melden, kann man nicht einmal sicher sein, ob Jemand die Nase geblutet hat.

Wir machen auf diese „russische Eigenthümlichkeit" aufmerksam, weil der Zeitungsleser ohne Kenntniß derselben, trotz kritischsten Geistes, jeden Augenblick in Gefahr ist, eine Mücke, wenn auch nicht für einen Elephanten, doch für einen Hammel zu nehmen. Der Hammel führt naturgemäß zu den Montenegrinern, welche für die Hammel — ihrer Nachbarn ebenso schwärmen, wie unsere Bourgeois für das Eigenthum — anderer Leute. Wer hat nicht in den letzten Tagen von furchtbaren Angriffen der Hammeldiebe auf die „Festung" Nikšic gelesen? Wie sie „Batterien" placirt, mit übermenschlicher Tapferkeit ein halb Dutzend Außenforts erstürmt, die Besatzung gefangen genommen — aber, was sehr nöthig war hinzuzufügen, mit ritterlicher Humanität behandelt haben? Nun, wunderbarerweise ist an dieser ganzen Epopöe nichts mehr wahr als die letzten Worte. Ja, die Hammeldiebe haben ihren Gefangenen die Nasen nicht abgeschnitten, und auch nicht die Ohren, — es waren nämlich ein paar Hunde, die in den ausgeraubten Gartenhäuserln (den „Außenforts") von den kühnen „Siegern" gefangen genommen wurden. Die „Festung" Nikšic ist bekanntlich ein kleines Landstädtchen mit höchstens 3000 Einwohnern, und die ganze Befestigung reduzirt sich auf eine einfache Stadtmauer von 1½ Fuß Dicke, die von den Einwohnern und einem Bataillon türkischer Landwehr vertheidigt wird, flößt aber trotz ihrer Schwäche den von unseren Rubelstribenten zu antiken Helden aufgeschwindelten Hammeldieben der „Schwarzen Berge" solche Angst ein, daß sie sich höchstens bei dunkler Nacht heranzuschleichen wagen, was ihnen freilich meist sehr schlecht bekommt. — Aehnlich wird in Bezug auf die „Aufstände" in der Herzegowina und Bosnien gelogen. Irgend ein russischer Agent sammelt einige Spießgesellen, nennt sie ein „Insurgentenheer", plündert eine abgelegene Türkenhütte, nennt das „eine Festung erstürmen", und treibt dieses interessante Handwerk, bis ihn sein Unstern auf eine Streifkompagnie türkischer Soldaten stoßen läßt, und dann heißt's: Fersengeld geben, wenn's geht. Die Abfassung des „südslawischen Garibaldi", des „großen Despotowitsch", hat uns von diesem Humbug, wenigstens für die nächste Zeit, erlöst.

— Die Sozialisten-Stampfmühle vulgo „Sozial-Correspondenz" des Herrn Viktor Böhmert, der obigen Ausdruck für sein Blatt selbst erfunden hat, also die Sozialisten-Stampfmühle leistet folgenden Ulk: „Bälle und Steine. Vor einigen Tagen spielten in Dresden mehrere Knaben in einer Straße der Neustadt und warfen dabei einen Gummiball auf einen Balkon unter die auf demselben befindlichen Blumenstöcke. Einer der Knaben rief darauf einem auf dem Balkon stehenden Herrn zu, ihm den Ball doch wieder herunterzuwerfen, erhielt aber zur Antwort, daß Derjenige, welcher den Ball hinaufgeworfen habe, ihn nur oben wieder abholen solle. In Folge dessen rief nun der Knabe zu dem Balkon hinauf: „„Ja, die Reichen mausen Alles weg, und wenn der Ball nicht gleich herunterkommt, so kommen Steine hinauf.““ Diesen Worten folgte alsbald auch die That und das Haus wurde von den Rangen mit Steinen bombardirt. Die Phrase vom Diebstahl der Reichen hat bereits in den Gemüthern vieler Kinder Wurzel gefaßt und treibt schon neue Keime! Welch' herrliche Saat muß hieraus aufgehen! Und gilt nicht auch von den Sozialdemokraten: An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen?" — Der kleine Knabe, der nicht zum Balkon hinaufgehen wollte, war jedenfalls sehr klug; er wußte, daß der „Herr" ihn prügeln würde, wenn er sich zu demselben begeben hätte. Daß der „Herr" übrigens einer solchen Roheit fähig war, konnte der Knabe daraus ersehen, weil derselbe den Ball nicht zurückwarf — und Ungefälligkeit und Roheit erzeugen Roheit. „An den Früchten sollt ihr die „Herren" erkennen" — das heißt, wenn das ganze Geschichten nicht erlogen ist.

Stuttgart, 23. Juli. Gestern, Sonntag, feierte die sozialistische Arbeiterpartei in Stuttgart unter sehr starker Betheiligung von Gesinnungsgenossen ihr Stiftungsfest. Die Räume des großen Gartens der „Siegeshalle" waren bis auf den äußersten Winkel gefüllt und boten das Bild eines munteren, geselligen Treibens. Das Fest hatte um 3 Uhr begonnen mit einem Festzug vom gewöhnlichen Versammlungslokal der Partei aus in den erwähnten Garten. Voran wurde die prachtvolle rothe Fahne des hiesigen sozialistischen Sängervereins „Lassallia" getragen mit der Devise der französischen Revolution: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit." Ihr folgte eine große Zahl Anhänger unserer Sache. Nicht zu erwähnen brauche ich, daß die Schutzmannschaft in verstärktem Aufgebot an den Straßenecken postirt war, kann man sich „oben" doch noch nicht von der Wahnvorstellung frei machen, als habe man von einem solchen Zuge von Staatsbürgern weiß der Himmel was für Angriffe auf das öffentliche Wohl und die allgemeine Sicherheit zu befürchten. Dem Zuge hatte sich ebenfalls mit eigener Fahne der schweizerische Sängerbund „Helvetia" angeschlossen. Sein Fahne trug den für jeden Verein so beherzigenswerthen Wahrspruch: „Einheit macht stark". Von einem den Zug der „Rothen" betrachteten Bürger hörte ich die Aeußerung: „Die Leute sehen gar nicht so schlimm aus, man mache sich da falsche Begriffe." Natürlich in der öffentlichen Meinung sind die Sozialisten ja lauter Lumpen und Verbrecher. So ein Fest ist da wohl im Stande, solche Köpfe etwas aufzuklären. Ein Anderer, den ich zur Betheiligung an der Feier einlud, wollte sich vorher mit einem dicken Stock bewaffnen. Kuriose Leute das! Der Garten, das Ziel des Zuges, war reich verziert mit Fahnen und Lampions für die bevorstehende Illumination. Im Hintergrund der Rednertribüne war eine Büste Lassalle's angebracht. Ein reiches gut gewähltes Programm sollte den Festgenossen den Nachmittag und Abend zu einem möglichst angenehmen machen. Militärmusik freilich konnte man nicht beziehen, denn das württemb. Kriegsministerium soll, wie ich gehört habe, gegen eine Betheiligung von Militärmusik an sozialistischen Festen ein Veto eingelegt haben. Trotzdem bot das Programm, von einer Civilkapelle ausgeführt, reiche Abwechselung, und rechnete es sich auch eine Anzahl von Stuttgarter und auswärtigen Sängervereinen zur Ehre, sich vor einer solchen Menge von Parteigenossen hören zu lassen. — Den Glanzpunkt des Festes bildete jedoch eine gediegene, ansprechende Festrede des Parteigenossen Herrn Grillenberger aus Nürnberg, der auf Einladung der Stuttgarter Genossen es freundlichst übernommen hatte, hierher zu kommen und zu sprechen. Er hob die Bedeutung sozialistischer Feste als Mittel der Verbrüderung und der Einigung hervor, welche in jedem Einzelnen den Muth zum Kampfe um seine Prinzipien und das Feuer der Begeisterung wieder hell anfache und so auch der Agitation zum kräftigen Vorschub diene. Der rauschende Beifall, den der Redner fand, bewies, welchen kräften Wiederhall seine Worte in den Herzen der Anwesenden gefunden. In heiterer Stimmung blieben die Parteigenossen bis in die Nacht hinein zusammen und erfreuten sich des wohlgelungenen Festes. Auch Herr Grillenberger, der ja von einem der bedeutendsten Plätze der Sozialdemokratie Deutschlands kam, sprach sich sehr anerkennend über diese Feier aus.

Großenhain. Trotz momentan ungünstigen örtlichen Verhältnissen war das Sommerfest des hiesigen Arbeiterbildungsvereins in sehr zufriedenstellender Weise, es mochten ca. 350 Personen anwesend sein, besucht. Das Fest, abgehalten in dem geschmackvoll dekorirten Saale des „Gesellschaftshauses" verlief in würdiger Weise und wies das Programm manch interessante Piece auf. Hervorzuheben sind der schön gesprochene Prolog, die Gesänge, welche sehr präzis von den Sängern des Vereins ausgeführt, sowie die Festrede, welche von Herrn Fr. Nauert aus Leipzig gehalten wurde. Nauert hob in trefflichen Worten den Zweck der Arbeiterfeste hervor, dabei Vergleiche anstellend zwischen diesen und den Festen des Alterthums, sowie den in gegenwärtiger Periode abgehaltenen Festen der Reaktion. Besonders aber verstand es der Festredner, die jetzige entwürdigende Stellung des Weibes in zum Herzen dringenden Worten zu kennzeichnen, er betonte namentlich, wie sehr die arbeitende Klasse, die für ihre Emancipation kämpft, dafür sorgen müsse, die Bevormundung der Frau durch den Mann zu beseitigen und dafür die Gleichberechtigung in jeder Beziehung herbeizuführen. Von der herrschenden Klasse sei dies nach bisherigen Erfahrungen nie und nimmer zu erwarten und wenngleich der Werth des Weibes durch Volksdichter in schwungvollen Versen besungen werde, so habe man im praktischen Leben doch nichts zur Freiwerdung des Weibes gethan. Welchen Einfluß das freie Weib auf unsere Verhältnisse auszuüben im Stande sei und welche Vortheile daraus für die Weiterentwicklung der Menschheit entspringen können, sei heute nicht abwägbar. Besonders aber möge der Verein in seinen Bestrebungen, Bildung zu verbreiten, stets das Weib mit berücksichtigen. — Rauschender Beifall lohnte den Redner. Möge der Wiederhall, den des Redners Worte in den Herzen der Zuhörer fanden, ein dauernder sein. Den Schluß des Festes bildete ein Ball, der die Festbesucher in fröhlicher Stimmung noch bis 2 Uhr Nachts beisammen hielt.

Am darauf folgenden Tage, den 16. Juli, wurde im selben Lokale eine Volksversammlung abgehalten mit der Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie im Reichstage", Referent Nauert. In ziemlich 2½stündiger Rede führte Redner die Thätigkeit der sozialistischen Reichstagsabgeordneten in der Hauptsache an, besonders aber behandelte er den Arbeiterschutzgesetzentwurf, nachweisend, daß derselbe nicht in einem einzigen Punkte Utopistereien enthalte, für die Gegner aber ausgesprochenermaßen unannehmbar sei, weil er von Sozialisten eingebracht wurde. Der Raum verbietet es, weiter auf die von Beifall unterbrochenen Ausführungen einzugehen. Eine neue polizeiliche Verfügung, die in der Bescheinigung der Versammlungsanmeldung enthalten war und die besagt, daß die Versammlung spätestens ¼ Stunde nach der Einberufung eröffnet werden müßte, veranlaßte den Vorsitzenden der Versammlung den Vorschlag zu machen, daß es geboten erscheine, auf diese Verfügung hin eine Interpellation an den Stadtrath, dessen Chef der Bürgermeister Ludwig-Wolf, zu richten. Dieser Vorschlag fand beifällige Aufnahme und werden wir seinerzeit auf das Resultat der Interpellation zu sprechen kommen. Das Bureau befand sich selbstverständlich in unsern Händen. Apropos! Ueber uns Sozialisten droht ein schwerer Verlust hereinzubrechen. Nach Zeitungsnachrichten soll sich unser verehrter Gönner, Herr Bürgermeister Ludwig-Wolf, um eine neu zu errichtende besoldete Stadtrathsstelle in Leipzig mitbeworben haben. Wir haben in Bezug hierauf nur den einen Wunsch, der allerdings wenig von „christlicher Nächstenliebe" zeugt und egoistisch sein mag und das ist der: Möge uns Herr Ludwig-Wolf für den 7. Reichstagswahlkreis erhalten bleiben, denn was wir haben wissen wir, was wir bekommen, wissen wir nicht. Wir müßten von Neuem die Weise und den Text studiren, was uns durch sein Verbleiben erspart bliebe. — Nun kurz noch zu gedenken, daß unsere Gewerkvereinler in aller Stille die große Brandrede, die der grrroße „Oppositionsmann" Eugen Richter in Berlin gelegentlich der Reichstagswahl gegen den Sozialismus geschleudert, verbreiten, um Anhänger zu gewinnen. Mehrere derjenigen jedoch, welche diese Rede zum Lesen geliehen erhalten und davon Gebrauch gemacht hatten, fragten uns, warum wir nicht selbst diese Rede hier verbreiten ließen, da sie ja nur Aufschluß gebe, wer volksfreundlich sei. Uns erfüllte diese Frage mit hoher Befriedigung, da wir daraus ersehen, daß wir auf dem rechten Wege sind und das arbeitende Volk in immer größerer Anzahl seine wahren Freunde von den Phrasenhelden à la Richter unterscheiden lehren.

Großenhain, 5. August. (Zum Kapitel: O welche Lust, Soldat zu sein.) Vorige Woche mußte ein Husar des sich hier in Garnison befindenden Husarenregiments vom Wachtposten abgelöst werden, da sich an ihm die Folgen der allzugroßen Hitze bemerkbar machten. Weiter wurde ein andrer vom selbigen Regiment vom Pferde geschlagen; der ihn behandelnde Assistenzarzt dispensirte ihn nur einen Tag vom Dienst; am folgenden Tage verstarb derselbe plötzlich auf der Treppe des Hauses. Die öffentliche Meinung am Orte ist hierüber stark erregt. Wahrscheinlich ist dieselbe etwas beschwichtigt durch die heute Vormittag auf hiesigem Marktplatz abgehaltene Parade zu Ehren des Geburtstages irgend eines „hohen" Herrn. Fr. Geier.

Schwabach, 30. Juli. Um den „großen Sieg" der Fortschrittspartei, welchen dieselbe nach den Zeitungsberichten dieser Partei in einer vor wenigen Wochen von uns einberufenen Volksversammlung dahier, über welche ich Ihnen schon in Kürze berichtete, erfochten haben will, auszubeuten, wurde gestern wiederholt von unserer Seite im Saale des „Rothen Ochsen" hier eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „1) Der Sozialismus, wie er ist, und wie er von seinen Gegnern dargestellt wird; 2) Fortschrittliche Agitation und Berichterstattungsweise." einberufen. Trotz einer im „Schwab. Intelligenzblatt" erlassenen Aufforderung „mehrerer Bürger", an der Versammlung nicht theilzunehmen, war dieselbe dennoch sehr zahlreich besucht, allerdings, wie sich der „wahrheitsliebende" Berichterstatter des vorgenannten Blattes ausdrückt, meist von Auswärtigen und vielen Solchen, die ihre „Neugierde" noch nicht befriedigt hatten. Referent Carl Grillenberger aus Nürnberg erledigte, wie nicht anders zu erwarten war, durch vielfache zustimmende Rufe unterbrochen, die Tagesordnung in ausgezeichneter Weise.

Hirschberg i. Schl., 2. August. Vergangenen Sonntag fand im Saale des „Kronprinzen" eine ziemlich stark besuchte Volksversammlung statt, in welcher als Referent Herr Alex. Schlesinger aus Breslau „über den Entwickelungsgang der menschlichen Gesellschaft" sprach. Auf den Vortrag näher einzugehen, gestattet wohl der Raum dieses Blattes nicht; es sei nur erwähnt, daß derselbe von der übergroßen Majorität der Versammlung mit allgemeinem Beifall aufgenommen wurde. Zwar hatte sich auch ein Opponent Namens Kluge zum Wort gemeldet, demselben gelang es aber nicht, den Eindruck der Rede Schlesinger's abzuschwächen. Daß die hiesige Presse ein abfälliges Urtheil über den Vortrag abgiebt, darf nicht Wunder nehmen, sie ist ja antisozialistisch, nimmt es mit der Wahrheit also nicht so genau. Den Arbeitern hierorts sei noch an's Herz gelegt, für unsere gerechte Sache mannhaft einzustehen. W—n.

Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.

Den Mitgliedern ist bekannt zu machen, daß der Bund in letzter Zeit erfreulich zugenommen hat. Ferner findet am 26. August früh 9 Uhr der erste Sängertag des Maingaubundes in Frankfurt a. M. statt, wozu die umliegenden Arbeiter-Gesangvereine hiermit eingeladen werden, das Näherr erfahren dieselben bei Herrn C. Flemming in Frankfurt a. M., Niederau 12.

Wegen einer für den Bund erscheinenden Liedersammlung wird den Vereinen in kürzester Zeit ein Circular zugehen, welches wir recht bald zu beantworten bitten.

Es wird ferner noch bekannt gemacht, daß die Adresse des Kassirers jetzt ist: Emil Rüger, Gotha, Heinoldsgasse 26.

Gotha, den 10. August 1877.

Der Ausschuß:
Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Aufruf an alle Parteigenossen der Provinz Preußen!

Die Unterzeichneten sind im Auftrage der hiesigen Parteigenossen zusammengetreten, um eine Zeitung: die „Königsberger Freie Presse" zur Vertretung und Verbreitung unserer Parteigrundsätze zu schaffen. Daß ein Preßorgan namentlich für die Provinz Preußen von der größten Nothwendigkeit ist, dürfte für die Parteigenossen einer längeren Begründung nicht erfordern. Wir glauben vielmehr, daß die Parteigenossen der ganzen Provinz die Wichtigkeit einer Zeitung einsehen und hoffen wir deshalb auf rege und thatkräftige Unterstützung. Diese Unterstützung muß zunächst in der Aufbringung von Geldmitteln bestehen, damit die Ausgaben für die Vorarbeiten bestritten werden können. Aber auch für Gewinnung von Abonnenten müssen die Parteigenossen unaufhörlich wirken. Unsere Partei soll und darf in der Provinz Preußen nicht länger unvertreten in der Presse sein! Die Presse ist das beste und praktischste Mittel zur Verbreitung unserer Prinzipien; das vergesse Niemand! Es gilt einen geistigen Mittelpunkt für unsere Partei in unserer Provinz zu schaffen. Es darf nicht länger so bleiben, daß die Parteigenossen nur alle drei Jahre, wenn es zur Reichstagswahl geht, einmal besondere Anstrengungen machen, um Anhänger zu gewinnen. Parteigenossen, vergesset nicht, daß Alles, was jetzt zur Verbreitung der nun erstehenden Zeitung gethan wird, am Tage der Wahl tausendfache Früchte bringt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß überall, wo die Partei ein Preßorgan besitzt, die Stimmenzahl für unsere Candidaten bedeutend gewachsen ist, ja, daß sie nicht nur gewachsen ist, sondern daß gerade durch die Wirkung der Presse die Wahlsiege erfochten sind. Beispiele, welch' großartige Wirkung durch den Besitz eines Parteiblattes in den verschiedenen Provinzen Deutschlands erzielt wurde, sind gerade in unserem Centralorgan, dem „Vorwärts", so oft hervorgehoben worden, daß es, wie wir glauben, nur dieses Hinweises bedarf, um auch hier die gesammten Parteifreunde zu energischer Thätigkeit zu veranlassen.

Die „Königsberger Freie Presse" soll vom 1. Oktober an, und vorläufig nur einmal wöchentlich inclusive der „Neuen Welt" als Gratisbeilage für den Preis von 15 Pfennig frei in's Haus geliefert, erscheinen. Die Parteigenossen in der Provinz werden gut thun, sobald mehrere Abonnenten an einem Orte sich finden, das Blatt von hier aus per Kreuzband oder per Packet zu beziehen. Der Preis, durch die Post bezogen, beträgt vierteljährlich 1 Mark 50 Pf. Die Parteifreunde in der Provinz, namentlich in den Städten Memel, Danzig, Elbing, Bartenstein, Labiau, Wehlau, Tilsit, Insterburg, Gumbinnen, Thorn, Braunsberg u. s. w., welche für Verbreitung des Blattes thätig sein wollen, ersuchen wir, uns ihre Adressen baldmöglichst zugehen zu lassen. Alle Zuschriften in dieser Angelegenheit sind an Hrn. J. Kräcker, Königsberg (Preußen), Niederrollberg 17/I, zu richten. Parteigenosse Kräcker aus Breslau, der seit dem Bestehen der „Wahrheit", eines unserer besten Parteiblätter Deutschlands, als Mitarbeiter in der Redaktion daselbst beschäftigt ist, ist hier, um die Vorarbeiten für unser Blatt zu leiten.

Parteigenossen, Ihr sehet, daß es uns Ernst ist mit der Gründung eines Blattes und daß wir Alles gethan haben und noch thun werden, daß das schwierige Werk zu Stande kommt. Thut auch Ihr Eure Schuldigkeit!

Königsberg i. Pr., den 9. August.

John Reitenbach-Plicken. O. Prager-Samehlen. Pinner. Rokitzki. Krause. Wichmann. Grundmann. Borchardt.

Berichtigung. In der sozialpolitischen Uebersicht der vorletzten Nummer muß es am Schluß der Notiz: „Ein Compliment" heißen: das uns gemachte Compliment, statt das ausgemachte Compliment.

Briefkasten

der Redaktion. F. B. in Reichenbach: Der Apotheker oder Kreisphysikus wird Ihnen Antwort geben können. — Ch. A. in Ebderitz: Der bekannte Herr ist nicht vom Adel, er heißt einfach Tessendorff; auch ist er nicht Oberstaatsanwalt, sondern erster Staatsanwalt am Stadtgericht zu Berlin. Die Oberstaatsanwälte sind die Vertreter der Oberstaatsanwaltschaften (Oberstaatsanwalt, Staatsanwälte, Staatsanwaltschaftsgehilfen) der Appellationsgerichte, in Berlin des Kammergerichts; die ersten Staatsanwälte sind die Vertreter der Staatsanwaltschaften (Staatsanwälte und Staatsanwaltsgehilfen) der Kreisgerichte, in Berlin des Stadtgerichts. Uebrigens könnte Herr Tessendorff schon Oberstaatsanwalt sein. Wie wir aus sicherer Quelle wissen, wurde ihm im Laufe des vorigen Winters eine Stelle als Oberstaatsanwalt bei einem Appellationsgericht in Pommern angeboten, er hat dieselbe ausgeschlagen, und wie gleichfalls gesagt wurde, weil er sich in Berlin im Interesse der Gesellschaft für unersetzbar hält. Ein sonderbarer Schwärmer, dieser Herr! — H. St. in Ellerbeck: Zwei Orang-Utangs befinden sich im Zoologischen Garten zu Berlin; das Pärchen soll sogar vor Kurzem Nachkommenschaft erhalten haben. — O. H. in Berlin: Sie erhalten die Broschüre „Julian Schmidt, der Literarhistoriker", in der Buchhandlung des „Vorwärts" hier. Ihre Correspondenz konnten wir, und — wenn Sie die heutige Nummer lesen — aus naheliegenden Gründen nicht aufnehmen. Senden Sie aber sonstige Berichte ein, die wir gern aufnehmen. — D. in Berlin: Sie lassen ja nichts mehr von sich hören?

der Expedition. ?? Graz. C. Heinzen soll in Cleveland, Ohio, Amerika leben und Redakteur von „Pionier des Westens" sein. Warum schreiben Sie anonym? — W. Rthl Hlle: Kalender sind ohne Ausnahme nur gegen Vorausbezahlung lieferbar. Adr. der Wiener „Gleichheit" Pognergasse 8, Wiener-Neustadt.

Quittung. H. Rbl hier Ann. 1,20. F. Lnd d. Gb Hamburg Ab. 100,00. J. Ößmn Erfurt Ab. 26,00. A. Schmdt Hannover Ab. 270,20, Schr. 100,00. J. Drp Verden Ab. 15,80. F. Schlgl Graz Ab. 6,63. Kppl Schwarzenbach Ab. 6,00. Sglr hier Ab. 6,00. Bnd der Tischler Plagwitz Ann. 0,50. W. Knk Frankfurt Ab. 52,00. Rthmr Brüssel Schr. 6,00. Zswsk Forste Schr. 13,00. Stmmlr Hanau Schr. 3,90.

Die Genossen in Kärtingen, Bacha, Zöblitz und Kirchheim werden ersucht, Adressen an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Hamburg, den 9. August 1877.

J. Auer.

Fonds für Gemaßregelte.

Arbeiterverein Plagwitz 0,58.

Anzeigen 2c.

Groitzsch. Sonntag, den 26. August, in den Lokalitäten „Zur grünen Aue":

Großes Arbeiterfest

bestehend in Festzug vom Schießhaus punkt ½3 Uhr, Concert, Festrede gehalten von Bruno Geiser aus Leipzig und Ball, wozu wir Partei- und Gesinnungsgenossen von nah und fern freundlichst einladen. (2a) [2,70

Das Comité. J. A.: Arnold Schubert.

Plagwitz bei Leipzig. Sonnabend, den 18. Aug., Abends 8 Uhr, im Saale der „Insel Helgoland":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Thätigkeit des deutschen Reichstags. Referent Aug. Bebel. [70

1,20 **Ein gewandter Schriftsetzer** (26)
der längere Zeit an einem Parteiblatte als Metteur und Corrector (gelegentlich auch redaktionell) thätig war, sucht Stellung. — Gefl. Off. unter C. D. an die Exped. d. Bl.

Ein Parteigenosse, (gelernter Schriftsetzer), welcher bereits längere Zeit als selbständiger Redakteur eines Parteiblattes thätig war, sucht besonderer Verhältnisse halber passende Stellung. Gefl. Offerten mit Angaben der Bedingungen werden unter C. A. S. an die Expedition des „Vorwärts" erbeten. [150

Bekanntmachung.

Eintragung der Genossenschafts-Buchdruckerei Augsburg in das Genossenschafts-Register betr.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei Augsburg, eingetragene Genossenschaft, hat in der Generalversammlung vom 21. Juli 1877 ihre Auflösung beschlossen und die nachbenannten Liquidatoren bestellt.

1) Leonhard Tauscher, Schriftsetzer in Augsburg.
2) Markus Lebherz, Schriftsetzer daselbst.
3) Albert Lichtensteiger, Metallschläger in Lechhausen.
4) Sigmund Ulrich, Commis in Augsburg.
5) Nepomuk Eisenlohr, Schneidermeister daselbst.

Die Liquidatoren können die zur Liquidation gehörenden Handlungen mit rechtlicher Wirkung nur in Gemeinschaft vornehmen.

Augsburg, den 25. Juli 1877. [1,90

Königliches Handelsgericht.
Der königl. Vorstand
Köhler.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk.

Abonnementspreis vierteljährlich M. 1,20.
In Heften (3 Wochen-Nummern enthaltend) à 30 Pf.

Inhalt der Nr. 32 (10. August 1877): Ein sonnenloses Leben. Federzeichnung nach der Natur von Ernst von Waldow. — Die Schutzpockenimpfung. Von Dr. Carl Nesau. — Instinkt, Lebenskraft und Vererbung. Von Dr. A. Douai. — Ein großer Gegner des Christenthums und ein großer Mensch. Von Eduard Bertz. — Der Dank des Königs. Historiette von Emanuel Malten. — Kleinere Mittheilungen: Die Zerstörung Korinths (Illustration). — Briefkasten.

Die Expedition. Färberstr. 12 in Leipzig.

Durch uns ist zu beziehen:

Zur
Grund- und Bodenfrage
von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.
Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Que Faire?
Französischer Roman von Tschernyschewsky.
33 Bogen stark. Preis 4 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Hat, 830 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Zastermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 9 New Str. Golden Square.

Nr. 96. Freitag, 17. August. 1877.

Der große Ausstand in der Union.

New-York, 26. Juli.

Der Telegraph wird Ihnen schon über den großen, jetzt achttägigen Ausstand auf unseren Eisenbahnen berichtet haben, sowie daß derselbe an mehreren Orten zu blutigen Auftritten und Brandstiftungen geführt hat. Wenn es mir gelingen soll, Ihnen die verschiedenen Berichte der Tagesblätter, welche zusammen einen sehr dicken Band füllen würden, zusammen mit dem, was ich selbst gesehen und gehört, auf wenige Spalten zu verdichten und doch dabei ein klares Bild der Sache zu entwerfen, so muß ich von Erzählung und Schilderung absehen und mich auf Urtheile beschränken.

Die fünf großen Eisenbahnlinien, welche von New-York und den großen Küstenstädten nach den westlichen Staaten führen und eine Menge der dortigen Bahnen gepachtet haben, um jede mit allen Hauptorten des Westens in Verbindung zu sein, haben einander seit Jahren einen verderblichen Mitbewerb gemacht, welcher auf Alleinherrschaft einer einzigen abzielte. Seit kurzem aber haben sie diesen Mitbewerb aufgegeben und sind als ein einziges Monopol zu betrachten, welches die Fracht- und Fahrpreise festsetzt und den Erlös nach einem vereinbarten Maßstabe unter die fünf Linien vertheilt. Jede dieser Linien hat durch Schwindel und Mißverwaltung sehr gelitten, und ihre Aktien sind seit dem großen Krache durchschnittlich auf ein Viertel des Nennwerths gesunken; dabei aber haben die Schwindler von Verwaltern ungeheure Privatvermögen gemacht, und mit einem Theile des den Aktionären und Pfandgläubigern abgestohlenen Reichthums haben sie die Gerichte, die Gesetzgebungen und die öffentlichen Beamten bestochen, um ungestraft weiter schwindeln zu können.

Da dies nicht immer so fortgehen konnte, so entstand der erwähnte Vertrag der fünf Linien, welcher die Einnahmen zu erhöhen berechnet war, und gleichzeitig wurden alle Arbeitslöhne herabgesetzt, und zwar nach und nach bis auf etwa zwei Drittel von früher. Von jetzt an sollte im ganzen Bereiche der fünf Linien abermals ein zehnprozentiger Lohnabzug platzgreifen, welcher die Feuerleute und Bremser bis auf 70 Cents Tagelohn (nach Abzug ihrer auf der Reise nothwendigen Ausgaben) herabgebracht haben würde, die Lokomotivführer auf wenig mehr als einen Dollar. Die Arbeiter also sollten die Sündenböcke für das neue Sparsystem werden, welches durch den Schwindel der Verwalter nöthig geworden war. Man glaubte des Gelingens dieses Plänchens ganz sicher zu sein, da der Ausstand der Lokomotivführer auf der Boston-Mainebahn und auf der Philadelphia-Readingbahn mißlungen war, und man für Feuerleute und Bremser noch viel leichter Ersatz unter den Hunderttausenden brodloser Arbeiter bereit halten konnte.

Allein man hatte die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Das gesammte arbeitende Volk den großen Bahnlinien entlang nahm Partei für die Bremser und Feuerleute, wo immer sie ausstanden. Das Verfahren bestand überall, wo es zur Gewaltanwendung kam, darin, daß die Frachtzüge dort festgehalten wurden, wo sie sich gerade befanden, während man die Passagierzüge und die Post weiter gehen ließ. Alle Berichte ohne Ausnahme von wohl hundert verschiedenen Orten stimmen darin überein, daß es zu keinen weiteren Ruhestörungen kam, wo man kein Bürgermilitär gegen die Ausständigen schickte. Die Polizei hatte überall geringe Mühe, die Volkshaufen zu zerstreuen, und keine ernstliche Verwundung fiel dabei vor; das reguläre Vereinigte Staaten-Militär, wo immer es erschien, wurde respektirt. Allein das Bürgermilitär, aus den Söhnchen der Bourgeois und deren Helfershelfern zusammengesetzt (wenigstens in allen Großstädten) ist verhaßt, theils weil es die Schutzwehr kapitalistischer Willkür bildet, theils weil man es in Pennsylvanien zur Niederhetzung der schauderhaft ausgesogenen Kohlengräber mißbraucht hat, theils weil man sein feiges unterschiedloses Schießen auf Weiber, Kinder und Zuschauer bei manchen Gelegenheiten kennen gelernt hat. Die Bürgermilitär-Compagnien in allen kleineren Orten sympathisirten so sehr mit den Arbeitern, daß sie nirgends vollzählig erschienen, nirgends sich gegen die Letzteren brauchen ließen. Es kam deshalb zu Blutvergießen blos in folgenden Städten: in Pittsburgh (Pennsylvanien), in Baltimore (Maryland), in Buffalo (New-York) und — in sehr geringem Maße — in noch drei oder vier Orten, und zu Brandstiftungen in Pittsburgh und Buffalo, sowie in Westphiladelphia und bei Reading (Penns.).

In Pittsburgh schritten etwa 1000 Mann Philadelphier Bürgermiliz ein. In Abwesenheit des Gouverneurs Hartranft, der eben nach Kalifornien verreist war, und welcher allein das Recht hat, die Miliz aufzubieten, scheint der allmächtige Eisenbahnfürst Thomas Scott sie auf eigene Faust aufgeboten und in aller Hast nach Pittsburgh befördert zu haben. Sie wurden dort auf ihrem Marsche nach dem großen Verbindungsbahnhofe in der inneren Stadt von einer unermeßlichen Volksmenge verhöhnt, wobei der bekannte eine Schuß fiel, den Niemand abgefeuert haben will. Sofort feuerten sie — es war keine gesetzliche Aufforderung an die Menge ergangen, sich zu zerstreuen — blindlings auf das Volk und trafen lauter Weiber, Kinder und Zuschauer, aber keinen einzigen Bewaffneten. Die Folge davon war, daß sie vor dem anstürmenden Volke an drei (englische) Meilen weit zurückweichen und sich in ein Rundhaus der Eisenbahn retten mußten. Jetzt erst erbrachen die Arbeiter alle Arsenale und Waffenläden und schwuren den muthwilligen Angreifern den Tod und Rache an der Bahncompagnie, welche in der Stadt wegen ihrer Willkürmaßregeln allgemein verhaßt ist. Das Rundhaus wurde bestürmt, der erste Angriff zwar abgeschlagen, aber dann (Nacht vom Freitag auf Sonnabend den 21. Juli) durch einen mit Petroleum und Kohlen beladenen und angezündeten Fracht-Car in Brand gesteckt und die Philadelphier herausgetrieben, weit über die Stadt hinaus verfolgt und schließlich alle entwaffnet, worauf man die sich freiwillig Ergebenden und vor Hunger und Strapazen Halbtodten mit Speis und Trank stärkte. Gleichzeitig wurden alle der Bahncompagnie gehörenden Wägen und Gebäude, meist gefüllt mit werthvoller Fracht, vollständig niedergebrannt. Die Feuerwehr durfte blos Privatgebäude löschen, welche dabei mit von den Flammen ergriffen wurden. Hierauf legte sich die Wuth des Volkes, und die Arbeiter selbst bildeten eine Bürger- und Sicherheitswache. Aus den brennenden Cars soll ziemlich viel gestohlen worden sein, meistens Lebensmittel, an welchen fast Jedermann Mangel litt.

In Baltimore zeigte sich die durch ein böses Gewissen erzeugte Stupidität der Behörden noch auffälliger. Die Zahl der Ausständigen war allerdings und durch von außen her Zugelaufene verstärkt. Es war aber außer dem Festhalten der Fracht-Cars noch keinerlei Gewaltthat erfolgt, und weder die Polizei, welche schließlich die Straßenschlacht blos mit ihren Knüppeln beendigen konnte, noch das in größter Nähe liegende Bundesmilitär war zur Säuberung der Straßen beordert worden. Da fiel es, trotz allen Warnungen Vernünftiger, den Behörden ein, das große Feuersignal geben zu lassen, auf welches alle Miliz-Compagnien unter Waffen zu treten haben. Es war um die Abendstunde, da die Arbeiter aus ihren Werkstätten nach Hause strömen. Sofort wurden von diesen alle einzelnen Milizmänner, welche nach ihren Arsenalen eilten, und diese selbst umringt, die bereits aufmarschirten Compagnien überwältigt und entwaffnet, und nun erst, nachdem manches unschuldige Blut vergossen war, schritt die unbewaffnete Polizei ein und stellte rasch die Ruhe wieder her.

Es lohnt nicht der Mühe, die übrigen blutigen Zusammenstöße, bei welchen überall die Bürgermiliz den Kürzeren zog und entwaffnet wurde, zu erwähnen. Bei der blitzschnell durch's ganze Land verbreiteten Nachricht von diesen Arbeitersiegen, von der fast allgemeinen Sympathie des Volkes mit den Ausständigen und von der allgemeinen Ausbreitung einer drohenden Stimmung gaben fast alle Bahncompagnien im fernen Westen nach und nahmen die Lohnabschneidung zurück, so daß es westlich von Buffalo und Pittsburgh nicht zu Kämpfen und Brandlegungen gekommen, überhaupt die Ruhe nicht gestört worden ist. Nur die fünf verbündeten großen Monopole haben bisher nicht nachgegeben, vielmehr alle Milizen der Staaten New-York, New-Jersey, der Neuenglandsstaaten 2c. zur Bewachung ihres Eigenthums, an welcher auch einige Tausend Unionstruppen theilnehmen, aufgeboten. So lange sie sich darauf beschränken, dürfte es zu keinen ernsten Kämpfen mehr kommen. Ebenso wenig aber scheint der große Frachtverkehr wieder hergestellt werden zu können, welcher nun schon über eine Woche fast gänzlich unterbrochen ist. Es scheint, daß auch diese großen Monopole durch den Druck der öffentlichen Meinung werden zum Nachgeben bewogen werden.

Bezeichnend in dieser Hinsicht ist, daß die Eisenbahnaktien aller unnachgiebigen Bahnen im Werthe um 2 oder mehr Prozente gefallen sind, während die aller nachgiebigen wieder auf die vorherige Höhe gestiegen sind. Die Tagespresse, welche stets bitter arbeiterfeindlich gewesen war, hat ihren Ton bedeutend herabgestimmt und verficht nur noch die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung auf den scheinheiligen Grund hin, daß die Arbeiter selbst bei Verkehrsstörungen am schwersten leiden müssen, „weil sie es ja allein sind, welche alle Werthe schaffen und alle durch Aufruhr angerichteten Schäden als einzige wirkliche Steuerzahler decken müssen." Nebenbei schimpft sie freilich über die „Sozialdemokratie, Communisten" 2c., welche das ganze Unglück angestiftet hätten.

Unsere Partei aber läßt sich dadurch nicht einschüchtern, sondern hält überall, wo sie vertreten ist, Massenversammlungen ab, ebenso wie die meisten Gewerksgenossenschaften. In diesen Versammlungen wird die Schuld an diesen verderblichen Kämpfen den kapitalistischen Uebergriffen nachgewiesen, den Arbeitern Sympathie mit ihren Leiden gezeigt, bewiesen, daß eben der Mangel an Organisation unserer Partei und der Gewerkschaften verhindert, daß solche gewaltsame Kämpfe vermieden werden, und zum Anschluß an beide Organisationen ermahnt, damit der Kampf gegen das Kapital friedlich und erfolgreich verlaufen möge.

Der in Pittsburgh durch Feuer angerichtete Schaden wird auf 3—4 Millionen Dollars und der Lebensverlust auf etwa 100 Menschen geschätzt. Es wirkte zu diesem Erweis der Volksaufregung der tiefe Stachel nicht wenig mit, welchen die neuliche Hinrichtung der Kohlengräber (12 Mann) allen Arbeitern Pennsylvaniens in die Seele gedrückt hat. Die mehreren Hunderttausende rüstiger Arbeiter in den Eisenwerken, Kohlen- und Oel-Minen, im Fluß- und Eisenbahn-Frachtgeschäft, im Holzfällen und vielen anderen Industrien Pennsylvaniens sind nicht die Leute, um sich die gehäufte Beschimpfung der gesammten bezahlten Tagespresse, die maßlosen Uebergriffe der bestochenen Staatsbeamten und Gewerbspolitiker und die übermüthige Gewaltherrschaft des schrankenlosen Kapitals gefallen zu lassen. Leider hat gerade unter diese Leute unsere Propaganda noch fast nirgends eindringen können. Versuche dazu sind viele gemacht worden, sind aber an den geheimen Arbeiter-Organisationen gescheitert und dieses Geheimniß beweist am besten, wie frech rücksichtslos und niederträchtig die pennsylvanische Kapitalherrschaft ist.

So ist denn erfolgt, was unausbleiblich war — der Vulkan der lange unterdrückten Volkswuth hat seinen Ausbruch erlebt, und die alte Geheimnißkrämerei dürfte ihre Endschaft erreicht haben. Die kapitalistische Sippschaft zittert, während sie soeben noch alle Gesetze mit Füßen trat. Zugleich hat es sich auf das Glänzendste gezeigt, wie friedliebend ein auch noch so schwer gereiztes Volk von Arbeitern ist, wenn es seinen Feind unschädlich gemacht hat.

In unserer nächsten Mittheilung können wir neben den Folgen des großen Ausstandes wohl auch noch eine Menge Züge eigenthümlicher und bedeutsamer Art auftischen, von denen die Zeitungen wimmeln.

Offene Geständnisse.

„Die Blätter der republikanischen Partei in Nordamerika erörtern die Frage, „ob das gegenwärtige amerikanische Militärsystem im Stande sei, bei irgend nennenswerthen Aufständen wirksam für die Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung einzutreten." Diese Frage wird von der „New-York-Times" mit aller Entschiedenheit verneint. Man verlangt eine durchgreifende Reform des Milizsystems. Auch wir erblicken in dieser Forderung den Schlüssel zur Lösung einer der wichtigsten Fragen, welche die blutigen Tage von Pittsburg, Baltimore in den Vordergrund treten ließen. Die amerikanischen Milizen bestehen wie die englischen „Volounteers" ausschließlich aus Freiwilligen. Sie haben theilweise in gewissem Sinne eine staatliche Organisation, indem der Gouverneur des Staates den Oberbefehl hat, und indem die Staaten einen Theil der Ausrüstungskosten übernehmen, bei einer Mobilisation auch Löhnung, Munition 2c. bezahlen. Zu einer tüchtigen militärischen Leistung fehlt diesen Milizen jedoch so ziemlich Alles. Erstens bestehen dieselben nur in größeren Städten und rekrutiren sich auch da meist nur aus dem wohlhabenden Theile der Bevölkerung, der viel freie Zeit hat und gerne einem militärischen „Sport" huldigt. Der kräftige Farmer, die städtische arbeitende Bevölkerung ist so gut wie gar nicht in der Miliz vertreten. Dann beschränken sich die Uebungen auf wenige Tage des Jahres, von einer tüchtigen militärischen Disziplin ist keine Rede. Kein Wunder, daß solche Parade-Milizen mit einzelnen Ausnahmen den Dienst gerade da versagen, wo man ihrer Dienste bedarf. Theils weigerten sie sich, gegen die Aufwiegler einzuschreiten, theils fraterten sie ohne Commando oder ohne Noth. Bei dem Ausbruch der großen Rebellion hat sich die damals schon bestehende Miliz als absolut werthlos gezeigt. Uns wundert nur, daß man nicht sofort nach dem Kriege Hand angelegt hat an eine gründliche Reform des ganzen Systems. Voraussichtlich werden jedoch die letzten Ereignisse den Anstoß zu einer durchgreifenden Reform des Milizwesens geben. Diese kann nach unserer Meinung nur in der Weise erfolgen, daß die Miliz zur Bundesinstitution erhoben, daß der Dienst in derselben obligatorisch gemacht und daß derselbe in wirklich militärischer Weise organisirt wird. Mit einem Worte, daß man sich die segensreichen Einrichtungen, welche die Schweiz in Bezug auf das Heerwesen geschaffen hat, in Amerika zum Vorbild nimmt, selbstverständlich mit denjenigen Modifikationen, welche die theilweise anderen Verhältnisse nothwendig machen. Die schweizerische Miliz ist nicht viel kostspieliger, als die amerikanische und erfüllt doch alle Zwecke, welche man von einer solchen Einrichtung erwarten kann. Bei dem Genfer Putsch im Jahre 1863 genügten 48 Stunden, um einige Bataillone aus dem Waadtlande mobil zu machen; ihr Erscheinen reichte hin, um dem Aufstande ein unblutiges Ende zu bereiten. Ein Mangel an Muth oder an Disziplin, wie er in Amerika in den letzten Wochen sich fast überall zeigte, würde bei der schweizerischen Miliz niemals vorkommen. Ja wir behaupten, daß der Aufstand der Südstaaten im Herbste 1860 niemals die riesigen Dimensionen hätte annehmen können, welche der großen transatlantischen Republik so schwere Opfer auferlegten, wenn die Union ein halbwegs organisirtes schweizerisches Milizsystem besessen hätte. Nicht in der Vermehrung der stehenden Heere sondern in einer verständigen Reform des Milizsystems mögen daher die amerikanischen Staatsmänner das richtige Mittel erblicken, um einer Wiederkehr von Aufständen und Krawallen vorzubeugen. Die Nachrichten, welche bis jetzt vorliegen, lassen erkennen, daß in der öffentlichen Meinung dieser Gedanke sich bereits Bahn bricht."

Wer mag die obigen Sätze, die in Gänsefüßchen sich befinden, wohl geschrieben haben, so werden unsere Leser fragen? Gewiß ein fortschrittliches Blatt, welches etwas in „Miliz-Demokratie" macht und unter dem Mäntelchen der Freisinnigkeit die Faust des Bourgeoisstaates um so gewaltiger auf den Nacken des arbeitenden Volkes legen will?

Wie kann man die Rebellion der Südstaaten, die sich gänzlich losreißen wollten von der Union, welche für die Aufrechthaltung der Sclaverei kämpften, wie kann man sie in Parallele bringen mit den ausgeschlossenen und strikenden Arbeitern, die gezwungen wurden, ihr Recht mit den Waffen in der Hand zu vertheidigen, da sie dasselbe auf friedliche Weise nicht erlangen konnten? Nein, das kann nicht einmal ein fortschrittliches Blatt sein, welches einen derartigen Vergleich macht und eine tüchtige, militärisch ausgebildete Miliz für die reaktionären Rebellen und für strikende Arbeiter zugleich haben will? — Die Aufstände sollen ja nur verhindert werden durch eine zahlreiche und entschiedene Miliz, so meint es der Verfasser obigen Artikels gewiß. Gensdarmen und Polizisten sollen auch überall den Krawall verhindern und merkwürdigerweise entsteht dort zunächst Krawall, wo sie sich zeigen. Die amerikanischen Milizen haben auch das Blut bei den letzten Vorgängen auf dem Gewissen und wenn sie noch besser militärisch disziplinirt gewesen wären, so würden sie noch schlimmer gehaust haben.

Aber immerhin bleibt das Interessanteste bei der ganzen Sache, daß man ein Milizheer wünscht, eine Volkswehr haben will, um sie gelegentlich gegen das Volk, gegen das arbeitende

Volk zu gebrauchen, und daß man dieser Miliz eine tüchtige militärische Disziplin beibringen will.

Dem neugierigen Leser wollen wir jetzt sagen, wer obigen Artikel gebracht hat — die „Frankfurter Zeitung".

Hier haben wir eine andere Notiz über die amerikanischen Vorgänge:

„Die Nicht-Strikers, diese von den Arbeitern durchweg gemiedenen Desperados, die Landstreicher und die Müßiggänger von Profession waren es, welche die blutigen Conflikte in Pittsburg und Chicago herbeiführten. Wie wenig dieser Abschaum der Gesellschaft mit den Arbeitern und Arbeitswilligen etwas gemein hat, geht daraus hervor, daß eine von den Communisten zusammenberufene Massenversammlung in New-York, welche sich als angebliche Massenversammlung der vereinigten Arbeiter ankündigte, von höchstens 7000 Personen besucht war, trotzdem die Stadt allein ein Arbeitercontingent von 80,000 Mann stellen kann, und obgleich mindestens 20,000 unbeschäftigte, ehrenwerthe Arbeiter sich dort befinden. Aber weder ein beschäftigter, noch ein unbeschäftigter Arbeiter betheiligte sich an der Tompkins Square Massenversammlung. Dort wurde u. A. der Beschluß gefaßt; daß man auf gesetzlichem Wege das Eigenthum der großen Corporationen confisziren solle. Dieser einzige Beschluß kennzeichnet die hiesige, von vollständigem Fiasko begleitete Massenversammlung zur Genüge. Man wollte also, durch den Arbeiteraufstand ermuthigt, eine Revolution im großartigsten Maßstabe in Scene setzen, hier sowohl, als in Chicago und St. Louis."

Also in der von den Communisten New-Yorks, von unseren dortigen Parteigenossen veranstalteten Versammlung, welche nach Angabe unserer amerikanischen Parteipresse von 10—12,000 Personen besucht war, ist kein einziger Arbeiter anwesend gewesen, sondern dieselbe bestand nur aus Landstreichern, Müßiggängern von Profession, diesem Abschaum der Gesellschaft — aus Bourgeois hat sie doch nicht bestanden, weil sonst der Beschluß nicht gefaßt worden wäre, das Eigenthum der großen Corporationen zu confisziren. — Was nun diesen Beschluß anbelangt, so läuft er darauf hinaus, die Eisenbahnen in den Staatsbesitz zu bringen, damit die Eisenbahnarbeiter nicht von den Gaunern, Dieben und Schwindlern, die in „den großen Corporationen" (Eisenbahngesellschaften) die Macht haben, von „diesem Abschaum der Gesellschaft" abhängig bleiben sollen. Weiter aber können wir constatiren, daß jene Versammlung, in welcher unter anderm auch die Genossen Otto-Walster und Georg Winter aus Ottensen gesprochen haben, von zahlreichen braven Arbeitern, und zwar einer großen Anzahl deutschen Arbeitern besucht war und somit jene niederträchtige Schilderung also auf Lüge beruht.

Aber auch der „Philadelphia Demokrat", der ein communistenfeindliches Blatt ist, schreibt in seiner Nummer vom 28. Juli Folgendes: „In New-York besprachen große Arbeiter-Versammlungen die Lage der Dinge. Offenbar sind es friedliche, tüchtige, gesetzliebende Leute, welche dabei zusammenkamen." — Also kein Abschaum der Gesellschaft!

Aber wir wissen noch immer nicht, wer die Schmähnotiz gegen unsere amerikanischen Brüder, gegen die dortigen Communisten gebracht hat, doch nicht auch die „Frankfurter Zeitung" — das ist ja ganz unmöglich.

Und dennoch! In Nr. 225 (Morgenblatt) bringt die „Frankfurter Zeitung" einen Leitartikel: „Eine Doppelrevolution", dem wir obige Stelle entnehmen; derselbe ist zwar von New-York datirt, die Redaktion der „Frankfurter Zeitung" bringt ihn aber an der Spitze des Blattes und macht keinerlei Bemerkungen dazu, sie acceptirt ihn also völlig.

Das weitere Urtheil überlassen wir unseren Lesern.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Klassenjustiz. Je ernstlicher die Bourgeoisie sich in ihrer Existenz bedroht fühlt und an der Berechtigung ihrer Existenz zu zweifeln beginnt, desto rücksichtsloser tritt sie alle, bei ihrem Ringen um die Herrschaft von ihr selbst proklamirten Grundsätze der Freiheit mit Füßen, und sieht in gewaltsamer Unterdrückung der prinzipiellen Gegner, die sie nicht zu widerlegen vermag, ihr einziges Heil. In Frankreich, wo die Bourgeoisie sich am meisten bedroht glaubt, wüthet die Bourgeoisie auch am Tollsten gegen alles, was die Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung zu untergraben geeignet scheint. Die Raceorgien der französischen Bourgeoisie in und nach der Junischlacht von 1848 und während des Todeskampfs und nach dem Fall der Commune von 1871 sind in frischem Gedächtniß. Die gebildetste, eleganteste, im Privatumgang liebenswürdigste Bourgeoisie der Welt verwandelte sich unter dem Einfluß des „rothen Schreckens" in eine Horde bestialischer Mörder und setzte Greuel in Scene, verglichen mit denen die Russen- und Bulgarengreuel Kinderspiel sind. Nun, man kann nicht immer morden. Die Mitrailleuse, der Chassepot und das Bajonnett lassen in ruhigen Zeiten sich nicht gegen politisch-soziale Gegner anwenden — da muß die Justiz jene gesellschaftsrettenden Instrumente ablösen. Wie die Justiz in Frankreich „arbeitet", das haben wir während der letzten Jahre bei Tausend Gelegenheiten gesehn. Mißfällt der Ton einer Zeitung — so wird ihr der Prozeß gemacht, und Anklage heißt Verurtheilung; schwere Gefängnißstrafen, schwere Geldstrafen sind die unvermeidliche Folge, und wird das Blatt durch dieses Regime nicht mürbe, so wird es „suspendirt" oder unterdrückt.

Von allen Preßprozessen, welche die Versailler Ordnungspartei angestrengt hat, der skandalöseste und zu gleicher Zeit charakteristischste spielte sich am 6. d. vor dem Schwurgerichtshof in Paris ab. Unsere Leser erinnern sich der cause célebre der Wittwe Gras, einer Portierstochter, die zur Demimonde-Dame wurde und das Geschäft, den Ausbeutern der Arbeiter einen Theil der Beute wieder abzunehmen, mit großem Raffinement, und zuletzt mit solcher brutalen Ungenirtheit trieb, welche sie in die Maschen des Gesetzes verwickelte. Ueber diesen, die Moral der „moralischen Ordnung" und Gesellschaft klassisch kennzeichnenden Prozeß brachte das republikanische Journal „Mot d'Ordre" einen Leitartikel, der es auf die Anklagebank führte.

In dem inkriminirten Artikel kamen folgende Stellen vor:

„Der Verfasser der Anklageschrift wundert sich, daß die Angeklagte, welcher das Schicksal auf der einen Seite das Schauspiel der Arbeit mit Armuth und Noth, mit Kummer und Verzweiflung und auf der anderen das Bild des leichten, freudenreichen und verschwenderischen Lebens der Nichtsthuer bot, das letztere wählte. Er wunderte sich, daß sie lieber behagliche Möbel, Putz- und Ballkleider besitzen, von einer Kammerfrau bedient sein, Champagner durch die Gurgel jagen und als Huldigung eine Rente von dreitausend Francs empfangen, als eine Mansarde im sechsten Stock oder die Hausmeisterloge ihrer Mutter bewohnen, das ganze Jahr, Sommer und Winter, dasselbe Kleid für 3 Francs den Meter tragen und 25 Sous täglich verdienen wollte. Man kann der Wittwe Gras die Hinterlist vorwerfen, mit der sie darauf ausging, sich auch eine vortheilhafte Heirath, eine gut bürgerliche Zukunft zu sichern; aber man kann ihr gewiß keinen Vorwurf daraus machen, daß sie den Luxus dem Elend, glücklichen Müßiggang mühseliger und schlecht bezahlter Arbeit, weltlichen Glanz der sozialen Hölle vorgezogen hat. Diese Hausknechtstochter hatte kein anderes Kapital als ihr Geschlecht, ihre weiblichen Instinkte und Schlauheit. Das war alles, was sie ausbeuten konnte. Wenn irgend Jemand angeklagt werden muß, so ist es nicht diese Frau, selbst wenn sie schuldig ist, sondern die Gesellschaft, die solche Verhältnisse schafft und den Kindern aus dem Volk solche Lehren giebt, die dem armen Mädchen keine andere Wahl läßt, als arbeitend Hungers zu sterben oder als Lustdirne zu leben."

In diesem Passus erblickte die Anklage das doppelte Verbrechen der Aufhetzung der Bürger zu gegenseitigem Haß und Verachtung, und der Beschimpfung der öffentlichen und religiösen Moral! — Der Angeklagte, der Gerant des Blatts, Hamon war nicht erschienen; der Gerichtshof konnte so ganz maschinenmäßig sein Amt verrichten:

Zwei Jahre Gefängniß und 4000 Frcs. Geldstrafe!

Die Höhe der Strafe für das Aussprechen einer von jedem vernünftigen Menschen erkannten und anerkannten Wahrheit beweist, wie wenig Selbstvertrauen die heutige Gesellschaft hat. Selbst mitten im Frieden bedarf sie der Schreckensherrschaft, um fortwirthschaften zu können.

Wer so wirthschaftet, hat bald abgewirthschaftet.

Und wie albern ist nicht dieses Wüthen gegen Jeden, der die Grundlagen der heutigen Gesellschaft kritisch untersucht und angreift! Es bedeutet den geistigen Bankrout, den politischen, wirthschaftlichen und moralischen Bankrout der herrschenden Klasse. Von der Kinderei, Ideen, Prinzipien durch strenge Strafen aus der Welt schaffen zu wollen, ganz zu schweigen, ist dieser Versuch der sogenannten Abschreckungstheorie entflossen, die in früheren Zeiten unter Juristen und Gesetzgebern spukte, die aber seit Jahrzehnten von der Wissenschaft und dem gesunden Menschenverstand über Bord geworfen worden ist. Die Erfahrung hat gelehrt, daß das sogenannte Abschrecken seinen Zweck vollkommen verfehlt, und daß die einzige Wirkung drakonischer Strafen darin besteht, den Sinn der Furcht abzustumpfen, und der mit solchen Strafen belegten Handlung einen Nimbus des Heroenhaften zu verleihen, der, statt abzuschrecken, geradezu anreizt. In England ist nie so viel gestohlen, nie so viel gefälscht worden, als zu der Zeit, wo auf den geringsten Diebstahl, auf jeder Fälschung ohne Gnade der Tod stand. Seit das Parlament so gescheidt war, die Todesstrafe für Diebstahl und Fälschung abzuschaffen, wird verhältnißmäßig weniger gefälscht und gestohlen, und, mit Ausnahme der ganz großen, genießen die Spitzbuben weit weniger Achtung. Und nun gar, wenn die drakonischen Strafen sich gegen Handlungen richten, von denen die Strafenden selbst wissen, daß sie durchaus ehrenhaften Motiven entsprungen sind!

Genug, die Bourgeoisie ist am Ende ihres Lateins angelangt, sie weiß, daß die Tage ihrer Herrschaft gezählt sind, und dieses lähmende Bewußtsein raubt ihr die Fähigkeit ruhigen Ueberlegens, klaren Denkens und Handelns. Sie schlägt blind um sich, zermalmt den aufs Schiffsdeck gezogenen Haifisch gleich allem was ihr in den Weg kommt, aber verausgabt durch dieses tolle Gebahren nur um so schneller den Rest ihrer Lebenskraft. Es erfüllt sich da wieder das alte Wort: Quos deus perdere vult dementat. Klassen, Regierungssysteme, Gesellschaftsordnungen, die ihre Existenzberechtigung verloren haben, suchen, sobald sie die Gefahr ahnen, sich durch die unsinnigsten Maßregeln zu retten, und beschleunigen durch diese Rettungsversuche ihren Untergang.

— St. Sedan. In verschiedenen Blättern befindet sich folgende Notiz: „In Bezug auf das diesjährige Sedanfest ist vor Kurzem eine Verfügung ergangen, die ein allgemeines Interesse beanspruchen dürfte. Da nämlich in diesem Jahre der Sedantag, der 2. September, auf einen Sonntag fällt, so ist seitens des Cultusministers bestimmt worden, daß die Feierlichkeiten der gesammten höheren und niederen Schulen am Tage vorher, am Sonnabend, den 1. September abzuhalten sind. Es wird in der Verfügung dabei als wünschenswerth vorausgesetzt, daß auch die von den städtischen Behörden 2c. veranstalteten Festlichkeiten auf diesen Tag verlegt werden." — Wir haben hierzu wohl kaum etwas zu bemerken, wollen jedoch darauf aufmerksam machen, daß es gerade Sr. Excellenz der Cultusminister ist, welcher sich für die Sedanfeier am meisten interessirt. Ein neuer Beleg für unsere schon so oft ausgesprochene Behauptung, daß die heutige staatliche Kindererziehung in erster Linie kriegspatriotische Zwecke verfolgt, daß also die Schule im Dienste der Macht gegen die Freiheit zu arbeiten verdammt ist.

— Aus den besten der Welten. In einer „Lokalnotiz" des „Frankfurter Beobachter" findet sich folgende Tragödie in Petitschrift:

„-s. Es wird gemeldet, daß sich ein 67jähriger Tagelöhner in Niederrad erhängte. Wie man näher erfährt, war derselbe auf der Eisenbahn beschäftigt gewesen und von da, wahrscheinlich da er nicht mehr arbeiten konnte, entlassen worden. Gleichwohl hoffte er, obschon zu keinen Ansprüchen berechtigt, auf einen Gnadensold, der ihm aber abgeschlagen wurde. (!) Am Spätabend seines Lebens von allen Mitteln entblößt und der Gemeinde Niederrad zur Last fallend, beschloß er, seinem Dasein ein Ende zu machen, nachdem er von seiner Frau, die auf Gemeindekosten in einer andern Familie als er untergebracht werden sollte, sich trennen mußte."

Das Ausrufungszeichen in obiger Notiz gehört der Redaktion des „Beobachter" und macht ihrem Herzen Ehre. Die betreffende Eisenbahngesellschaft wird sich darüber keinen Kummer machen. Was sie gethan, war ja ganz in der Ordnung. Sie hat die Arbeitskraft des Mannes gekauft und als diese verbraucht war, ihn wie eine ausgepreßte Citrone weggeworfen. Das war, vom Standpunkt der heutigen Gesellschaft aus, ganz correct gehandelt. Und daß die Vertheidiger der „Familie" gegen die bösen Sozialdemokraten von dem Invaliden der Arbeit die treue Gefährtin seines Lebens, seines Ringens um die Existenz wegrissen, das war ebenfalls ganz correct, denn die „Familie" ist, gleich dem Eigenthum, ja nur das Privileg der besitzenden Klassen, an das der Wegwurf der Gesellschaft kein Anrecht hat. Kurz nach dem Codex der Bourgeoisgesellschaft ist Alles ganz normal verlaufen, kann Niemanden der leiseste Vorwurf treffen, der arme unnütz gewordene Teufel war so vernünftig, sich freiwillig von der Gesellschaftstafel zu entfernen, auf der kein Gedecke mehr für ihn stand, er hat, statt langsam zu verhungern, durch eine kühne That das Todesurtheil rasch an sich vollstreckt, das die Gesellschaft über ihn verhängt hatte —

Der russische Feldzug in Asien.

Das Facit desselben wird von dem militärischen Correspondenten der „Neuen Freien Presse" — wenn wir nicht irren, dem einzigen europäischen Correspondenten auf dem armenischen Kriegsschauplatz — wie folgt gezogen:

„Wenn man die Ergebnisse des 7stägigen Feldzuges der Russen in Kleinasien aufmerksam verfolgt und den dermaligen Stand der Dinge richtig zu beurtheilen versteht, so muß man zu der festen Ueberzeugung kommen, daß die ganze Campagne des heurigen Jahres jetzt schon zu Gunsten der Türkei entschieden ist und daß die Russen keine Aussicht mehr haben, ihr eigenes Gebiet vor der feindlichen Invasion zu beschützen, geschweige denn, selbst bleibende Gebietseroberungen zu machen. Die Russen überschritten die türkische Grenze mit Kräften, welche anfangs den türkischen Truppen in jeder Hinsicht überlegen waren. Sie zwangen den tükischen Armeekommandanten, einen bedeutenden Theil des seinem Schutze anvertrauten Landes anfangs aufzugeben; es gelang ihnen, sich einer schlecht angelegten und noch schlechter vertheidigten türkischen Festung zu bemächtigen — sie mußten jedoch bald die Erfahrung machen, daß ihre Truppenmittel unzureichend seien, die starke, mit tüchtiger Garnison und hinreichender Armirung versehene, gut verproviantirte Festung Kars auch nur vorübergehend zu cerniren, wenn sie nebenbei noch Kräfte zu einer ausgiebigen Offensiv-Operation auf Erzerum übrig behalten wollten. Während nun der spielende Widerstand der Festung Kars ihre Kräfte lähmte und ihr Vorrücken aufhielt, konnten die Türken sich sammeln, verstärken, organisiren, einüben; die Folge davon waren die Schläge von Chaly-Jazy und Zewin, die unaufhaltsame Vernichtung des linken Flügels der Russen bei Bajazid und der Verlust dieses Platzes, die Schwächung und Demoralisation des russischen Centrums, das Aufgeben der Belagerung, Cernirung, ja sogar der Beobachtung von Kars, das Auftauchen der Empörung im Kaukasus ohne Aussicht auf Bewältigung — kurz, der vollständige strategische und moralische Sieg der Türken.

„Die Russen haben in diesem Feldzuge bewiesen, daß ihre Generale vom Großfürsten Michael abwärts unwissend und ungeschickt, daß ihre Truppen schlecht organisirt, verpflegt und gekleidet, in ihrem Gesundheitszustande herabgekommen und operationsunfähig in den Krieg gezogen sind, daß ihre Kavallerie schwerfällig, ungeschickt und nicht im geringsten imponirend sei, daß sie ihre schlecht eingeübte Artillerie trotz deren großer Zahl nicht zu verwenden wissen, daß es ihnen an gut organisirtem Train- und Sanitäts-Materiale gebricht — mit Einem Worte, daß der gewaltige russische Koloß eben nur ein Popanz ist, vor dem ein patriotisches Volk nicht zu erschrecken braucht, wenn es gesonnen ist, sein Vaterland ernst und kraftvoll zu vetheidigen. Das Einzige, worin die Russen in Asien wirklich Bedeutendes geleistet haben, war die Plünderung und Brandlegung friedlicher Dörfer, die Massacrirung von Weibern und Kindern, die Hinrichtung von türkischen Unterthanen, die ihres Kaisers Heeren Dienste leisteten, die Erschießung von Parlamentären u. s. f.

„Fürwahr, Europas Völkern konnte keine drastischere Belehrung zu Theil werden, als ihnen jetzt durch den asiatischen Krieg demonstrirt wird."

So der Correspondent der „Neuen Freien Presse". Das Urtheil ist hart, aber im Ganzen gewiß richtig und wohlverdient. Nur möchten wir vor der Unterschätzung Rußlands warnen, welche sich in demselben geltend macht. Daß Rußland bisher im Allgemeinen überschätzt wurde, unterliegt keinem Zweifel, aber sehr thöricht wäre es, nun mit Einemmal in's entgegengesetzte Extrem zu verfallen. Sehr thöricht, und — sehr nützlich für Rußland.

— Zur Unmoralität der „besseren Stände". Ein Feuilletonist der „Schles. Zeitung" schreibt aus Paris über die dortige Residenz des Baron von Rothschild:

„Rothschild hält einen ordentlichen Hof, wie es einem Geldkönig gebührt. Die Etikette ist so streng als irgendwo. An der gemeinschaftlichen Familientafel dürfen die Damen nur in höchster Toilette, ausgeschnittenen Kleidern, erscheinen. Deshalb mußte eine der Schwiegertöchter von der alten Frau von Rothschild während eines ganzen Jahres auf das Erscheinen an der Tafel verzichten, als eine Brustkrankheit ihre solche Kleidung — oder ihre Entblößung — unmöglich machte."

Soweit wortwörtlich der Feuilletonist der „Schles. Zeitung". Jetzt wissen wir doch auch endlich einmal, was wir unter der „Etikette" zu verstehen haben, die in den „höheren" Ständen so sorgfältig beobachtet wird, und auf deren Beobachtung auch bei vielen Höfen strengstens gehalten wird. Nach dem uns in Vorstehendem von den Forderungen der Etikette Berichteten durfte dieselbe gerade nicht auf allzugroße Moralität und Zuchtigkeit hindeuten.

— Es ist ein schweres und sorgenvolles Dasein, Kapitalist zu sein! So steht es wörtlich geschrieben in dem „Stuttgarter Börsenblatt", in dem „Süddeutschen Bank- und Handelsblatt". Und die Gründe für den köstlichen Ausspruch sind auch angegeben, weil „der Kapitalist nicht weiß, wie und wo er sein Geld gegen gute Zinsen unterbringen soll". — Ihr armen Kapitalisten wäret Ihr doch Eurer Sorge los? Doch halt! Wir wissen ein Mittel. Die Sozialisten werden Euch von der Sorge des Privatkapitals befreien, her damit für die Gesellschaft; die Sorge, daß das Gesellschaftskapital, daß das Gemeingut gut untergebracht wird, wird dann eine allgemeine sein und Ihr bekommt dann nur ein ganz kleines Theil davon zu tragen. Also schüttelt Eure Bürde, Eure Sorge ab, befreiet Euch, wie Ihr dann noch andere befreiet! — Der Kapitalist aber, und wäre er auch ein ächter in der Wolle gefärbter bürgerlicher Demokrat, schüttelt das Haupt, blickt liebevoll auf das Kapitälchen und auf die Sorge, welche es ihm macht, und lacht die dummen Sozialisten aus, welche solche Sorge der Gemeinsamkeit aufbürden wollen und außerdem lacht er herzlich über den „hübschen Witz", den das „Süddeutsche Bank- und Handelsblatt" gerissen hat.

— „Rabbi" Bernstein, der „große" Volkszeitungs-Leitartikelschreiber, ist Doktor geworden, Doctor philosophiae honoris causa. Weswegen hat die Tübinger Universität ihn dazu ernannt? Einige sagen, weil er in den Naturwissenschaften so bewandert sei, daß er „lebendige" Leitartikel schreiben könne, sieben lebendige Leitartikel und so schön geheim, daß lange Jahre hindurch Niemand solche natürlichen, wollten sagen naturphilosophischen Kenntnisse bei dem ehrenwerthen Rabbi vermuthete. Andere sagen, daß er den „Doktor" wegen seiner nicht lebendigen in der „Volkszeitung" abgelagerten Leitartikel bekommen habe, besonders der schönen Sprache halber, die in denselben waltet und welche Lassalle schon mit dem Epitheton: Jüdisch-deutsch belegt hat. — „Doch was will das sagen," ruft Dr. Max Hirsch, der Freund Bernsteins, dazwischen, „Lassalle war ein Dummkopf, deshalb wurde er auch niemals Doktor; aber Bernstein und Schulze-Delitzsch sind beide Doktoren geworden, ich bin's natürlich auch — daran schon kann man sehen, daß wir die Männer der Wissenschaft, daß unsere Anschauungen die richtigen sind den ungebildeten Sozialdemokraten gegenüber?" Und sämmtliche Doktoren der Fortschrittspartei schreien zu diesem triumphirenden Ausspruch des edlen Mäzchens J—a, J—a, J—a!

— In Rhein (Ostpreußen) ereignete sich vor einigen Tagen der sonderbare Fall, daß ein wegen eines Vergehens angeklagter und dem Transporte übergebener Mensch auf der Gerichtsstätte allein erschien. Auf Befragen theilte derselbe mit, daß sein Führer in betrunkenem Zustande an der Straße liegen geblieben sei.

Wissenschaftliche Beilage des „Vorwärts“.

Nr. 4. Freitag, 17. August. 1877.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der politischen Oekonomie.

Von Friedrichs Engels.

III.

Betrachten wir indeß diese allmächtige „Gewalt“ des Herrn Dühring etwas näher. Robinson knechtet den Freitag „mit dem Degen in der Hand“. Woher hat er den Degen? Auch auf den Phantasie-Inseln der Robinsonaden wachsen bis jetzt die Degen nicht auf den Bäumen, und Herr Dühring bleibt jede Antwort auf diese Frage schuldig. Ebensogut wie Robinson sich einen Degen verschaffen konnte, ebensogut dürfen wir annehmen, daß Freitag eines schönen Morgens erscheint mit einem geladenen Revolver in der Hand, und dann kehrt sich das ganze „Gewalt“-Verhältniß um: Freitag kommandirt und Robinson muß schanzen. Wir bitten die Leser um Verzeihung, daß wir so konsequent auf die, eigentlich in die Kinderstube und nicht in die Wissenschaft gehörige Geschichte von Robinson und Freitag zurückkommen, aber was können wir dafür? Wir sind genöthigt, Herrn Dührings axiomatische Methode gewissenhaft anzuwenden, und es ist nicht unsre Schuld, wenn wir uns dabei stets auf dem Gebiete der reinen Kindlichkeit bewegen. Also der Revolver siegt über den Degen, und damit wird es doch auch wohl dem kindlichsten Axiomatiker begreiflich sein, daß die Gewalt kein bloßer Willensakt ist, sondern sehr reale Vorbedingungen zu ihrer Bethätigung erfordert, namentlich Werkzeuge, von denen das vollkommnere das unvollkommnere überwindet; daß ferner diese Werkzeuge produzirt sein müssen, womit zugleich gesagt ist, daß der Produzent vollkommnerer Gewaltswerkzeuge, vulgo Waffen, den Produzenten der unvollkommneren besiegt, und daß, mit Einem Wort, der Sieg der Gewalt beruht auf der Produktion von Waffen, und diese wieder auf der Produktion überhaupt, also — auf der „ökonomischen Macht“, auf der „Wirthschaftslage“, auf den der Gewalt zur Verfügung stehenden materiellen Mitteln.

Die Gewalt, das ist heutzutage die Armee und die Kriegsflotte, und beide kosten, wie wir Alle zu unserm Schaden wissen, „heidenmäßig viel Geld“. Die Gewalt aber kann kein Geld machen, sondern höchstens schon Gemachtes wegnehmen, und das nützt auch nicht viel, wie wir ebenfalls zu unserm Schaden mit den französischen Milliarden erfahren haben. Das Geld muß also schließlich doch geliefert werden vermittelst der ökonomischen Produktion; die Gewalt wird also wieder durch die Wirthschaftslage bestimmt, die ihr die Mittel zur Ausrüstung und Erhaltung ihrer Werkzeuge verschafft. Aber damit nicht genug. Nichts ist abhängiger von ökonomischen Vorbedingungen als grade Armee und Flotte. Bewaffnung, Zusammensetzung, Organisation, Taktik und Strategie hängen ab vor Allem von der jedesmaligen Produktionsstufe und den Kommunikationen. Nicht die „freien Schöpfungen des Verstandes“ genialer Feldherren haben hier umwälzend gewirkt, sondern die Erfindung besserer Waffen und die Veränderung des Soldatenmaterials; der Einfluß der genialen Feldherrn beschränkt sich im besten Fall darauf, die Kampfweise den neuen Waffen und Kämpfern anzupassen.

Im Anfang des vierzehnten Jahrhunderts kam das Schießpulver von den Arabern zu den Westeuropäern, und wälzte, wie jedes Schulkind weiß, die ganze Kriegführung um. Die Einführung des Schießpulvers und der Feuerwaffen war aber keineswegs eine Gewaltthat, sondern ein industrieller, also wirthschaftlicher Fortschritt. Industrie bleibt Industrie, ob sie auf die Erzeugung oder die Zerstörung von Gegenständen sich richtet. Und die Einführung der Feuerwaffen wirkte umwälzend nicht nur auf die Kriegführung selbst, sondern auch auf die politischen Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse. Zur Erlangung von Pulver und Feuerwaffen gehörte Industrie und Geld, und beides besaßen die Städtebürger. Die Feuerwaffen waren daher von Anfang an Waffen der Städte und der auf die Städte gestützten, emporkommenden Monarchie gegen den Feudaladel. Die bisher unnahbaren Steinmauern der Adelsburgen erlagen den Kanonen der Bürger, die Kugeln der bürgerlichen Handbüchsen schlugen durch die ritterlichen Panzer. Mit der geharnischten Kavallerie des Adels brach auch die Adelsherrschaft zusammen; mit der Entwicklung des Bürgerthums wurden Fußvolk und Geschütz mehr und mehr die entscheidenden Waffengattungen; durch das Geschütz gezwungen, mußte das Kriegshandwerk sich eine neue, ganz industrielle Unterabtheilung zulegen: das Ingenieurwesen.

Die Ausbildung der Feuerwaffen ging sehr langsam vor sich. Das Geschütz blieb schwerfällig, die Handrohre trotz vieler Einzelerfindungen roh. Es dauerte über dreihundert Jahre, bis ein Gewehr zu Stande kam, das zur Bewaffnung der gesammten Infanterie taugte. Erst Anfangs des 18. Jahrhunderts verdrängte das Steinschloßgewehr mit Bajonnet die Pike endgültig aus der Bewaffnung des Fußvolks. Das damalige Fußvolk bestand aus den stramm exercirenden, aber ganz unzuverlässigen, nur mit dem Stock zusammengehaltenen, aus den verkommensten Elementen der Gesellschaft, oft aus gepreßten feindlichen Kriegsgefangenen, sich zusammensetzenden fürstlichen Werbesoldaten, und die einzige Kampfform, in der diese Soldaten das neue Gewehr zur Verwendung bringen konnten, war die Lineartaktik, die unter Friedrich II. ihre höchste Vollendung erreichte. Das ganze Fußvolk eines Heeres wurde in einem dreigliedrigen, sehr langen, hohlen Viereck aufgestellt und bewegte sich in Schlachtordnung nur als Ganzes; höchstens wurde einem der beiden Flügel gestattet, sich etwas vorzuschieben oder zurückzuhalten. Diese unbehülfliche Masse war in Ordnung zu bewegen nur auf einem ganz ebnen Gelände, und auch da nur im langsamen Tempo (75 Schritt auf die Minute); eine Aenderung der Schlachtordnung während des Gefechts war unmöglich, und Sieg oder Niederlage wurden, sobald die Infanterie einmal im Feuer war, in kurzer Zeit mit Einem Schlag entschieden.

Diesen unbehülflichen Linien traten im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg Rebellenhaufen entgegen, die zwar nicht exerciren, aber desto besser aus ihren gezogenen Büchsen schießen konnten, die für ihre eigensten Interessen fochten, also nicht desertirten wie die Werbetruppen, und die den Engländern nicht den Gefallen thaten, ihnen ebenfalls in Linie und auf freier Ebene gegenüber zu treten, sondern in aufgelösten, rasch beweglichen Schützenschwärmen und in den deckenden Wäldern. Die Linie war hier machtlos und erlag den unsichtbaren und unerreichbaren Gegnern. Das Tirailliren war wieder erfunden — eine neue Kampfweise in Folge eines veränderten Soldatenmaterials.

Was die amerikanische Revolution begonnen, das vollendete die französische, auch auf militärischem Gebiet. Den geübten Werbeheeren der Koalition hatte sie ebenfalls nur schlecht geübte, aber zahlreiche Massen entgegen zu stellen, das Aufgebot der ganzen Nation. Mit diesen Massen aber galt es Paris zu schützen, also ein bestimmtes Gebiet zu decken, und das konnte nicht ohne Sieg in offner Massenschlacht geschehen. Das bloße Schützengefecht reichte nicht aus; es mußte eine Form auch für die Massenverwendung gefunden werden, und sie fand sich in der Kolonne. Die Kolonnenstellung erlaubte auch wenig geübten Truppen, sich mit ziemlicher Ordnung zu bewegen, und das selbst mit einer größeren Marschgeschwindigkeit (100 Schritt und darüber in der Minute), sie erlaubte die steifen Formen der alten Linienordnung zu durchbrechen, in jedem, also auch in dem der Linie ungünstigsten, Terrain zu fechten, die Truppen in jeder irgendwie angemessenen Art zu gruppiren und, in Verbindung mit dem Gefecht zerstreuter Schützen, die feindlichen Linien aufzuhalten, zu beschäftigen, zu ermatten, bis der Moment gekommen, wo man sie am entscheidenden Punkt der Stellung mit in Reserve gehaltenen Massen durchbrach. Diese neue, auf der Verbindung von Tirailleurs und Kolonnen, und auf der Eintheilung der Armee in selbstständige, aus allen Waffen zusammengesetzte Divisionen oder Armeekorps beruhende, von Napoleon nach ihrer taktischen wie strategischen Seite vollständig ausgebildete Kampfweise war demnach nothwendig geworden vor Allem durch das veränderte Soldatenmaterial der französischen Revolution. Sie hatte aber auch noch zwei sehr wichtige technische Vorbedingungen: erstens die von Gribeauval konstruirte leichtere Laffetirung der Feldgeschütze, wodurch allein diesen die von ihnen jetzt verlangte raschere Bewegung möglich wurde, und zweitens die in Frankreich 1777 eingeführte, dem Jagdgewehr entlehnte, Schweifung des bisher ganz gerade in der Verlängerung des Laufs sich fortsetzenden Flintenkolbens, die es möglich machte, auf einen einzelnen Mann zu zielen ohne nothwendig vorbeizuschießen. Ohne diesen Fortschritt aber hätte man mit dem alten Gewehr nicht tirailliren können.

Das revolutionäre System der Bewaffnung des ganzen Volks wurde bald auf eine Zwangsaushebung (mit Stellvertretung durch Loskauf für die Begüterten) beschränkt und in dieser Form von den meisten großen Staaten des Festlands angenommen. Nur Preußen versuchte in seinem Landwehrsystem die Wehrkraft des Volks in größerem Maß heranzuziehn. Preußen war zudem der erste Staat, der sein ganzes Fußvolk — nachdem der zwischen 1830 und 1860 ausgebildete, kriegsbrauchbare gezogene Vorderlader eine kurze Rolle gespielt — mit der neuesten Waffe versah, dem gezogenen Hinterlader. Beiden Einrichtungen verdankte es seine Erfolge von 1866.

Im deutsch-französischen Krieg traten zuerst zwei Heere einander gegenüber, die beide gezogene Hinterlader führten, und zwar beide mit wesentlich denselben taktischen Formationen wie zur Zeit des alten glattläufigen Steinschloßgewehrs. Nur daß die Preußen in der Einführung der Kompagniekolonne den Versuch gemacht hatten, eine der neuen Bewaffnung angemessenere Kampfform zu finden. Als aber am 18. August bei St. Privat die preußische Garde mit der Kompagniekolonne Ernst zu machen versuchte, verloren die am meisten betheiligten fünf Regimenter in höchstens zwei Stunden über ein Drittel ihrer Stärke (176 Offiziere und 5114 Mann), und von da an war auch die Kompagniekolonne als Kampfform gerichtet, nicht minder als die Bataillonskolonne und die Linie; jeder Versuch wurde aufgegeben, fernerhin irgend welche geschlossene Trupps dem feindlichen Gewehrfeuer auszusetzen, und der Kampf wurde deutscher Seits nur noch in jenen dichten Schützenschwärmen geführt, in die sich die Kolonne bisher schon regelmäßig von selbst unter dem einschlagenden Kugelhagel aufgelöst, die man aber von oben herab als ordnungswidrig bekämpft hatte, und ebenso wurde nun im Bereich des feindlichen Gewehrfeuers der Laufschritt die einzige Bewegungsart. Der Soldat war wieder einmal gescheuter gewesen als der Offizier; die einzige Gefechtsform, die bisher im Feuer des Hinterladers sich bewährt, hatte er instinktmäßig gefunden und setzte sie trotz des Sträubens der Führung erfolgreich durch.

Mit dem deutsch-französischen Krieg ist ein Wendepunkt eingetreten von ganz andrer Bedeutung als alle früheren. Erstens sind die Waffen so vervollkommnet, daß ein neuer Fortschritt von irgend welchem umwälzendem Einfluß nicht mehr möglich ist. Wenn man Kanonen hat, mit denen man ein Bataillon treffen kann soweit das Auge es unterscheidet, und Gewehre, die für einen einzelnen Mann als Zielpunkt dasselbe leisten und bei denen das Laden weniger Zeit raubt als das Zielen, so sind alle weiteren Fortschritte für den Feldkrieg mehr oder weniger gleichgültig. Die Aera der Entwicklung ist nach dieser Seite hin also im Wesentlichen abgeschlossen. Zweitens aber hat dieser Krieg alle kontinentalen Großstaaten gezwungen, das verschärfte preußische Landwehrsystem bei sich einzuführen, und damit eine Militärlast, bei der sie in wenigen Jahren zu Grunde gehn müssen. Die Armee ist Hauptzweck des Staats, ist Selbstzweck geworden; die Völker sind nur noch dazu da, die Soldaten zu liefern und zu ernähren. Der Militarismus beherrscht und verschlingt Europa. Aber dieser Militarismus trägt auch den Keim seines eignen Untergangs in sich. Die Konkurrenz der einzelnen Staaten unter einander zwingt sie einerseits, jedes Jahr mehr Gelder auf Armee, Flotte, Geschütze ꝛc. zu verwenden, also den finanziellen Zusammenbruch mehr und mehr zu beschleunigen; andrerseits mit der allgemeinen Dienstpflicht mehr und mehr Ernst und damit schließlich das ganze Volk mit dem Waffengebrauch vertraut zu machen; es also zu befähigen, in einem gewissen Moment seinen Willen gegenüber der kommandirenden Militärherrlichkeit durchzusetzen. Und dieser Moment tritt ein, sobald die Masse des Volks — ländliche und städtische Arbeiter und Bauern — einen Willen hat. Auf diesem Punkt schlägt das Fürstenheer um in ein Volksheer; — die Maschine versagt den Dienst, der Militarismus geht unter an der Dialektik seiner eignen Entwicklung. Was die bürgerliche Demokratie von 1848 nicht fertig bringen konnte, eben weil sie bürgerlich war und nicht proletarisch, nämlich den arbeitenden Massen einen Willen geben, dessen Inhalt ihrer Klassenlage entspricht — das wird der Sozialismus unfehlbar erwirken. Und das bedeutet die Sprengung des Militarismus und mit ihm aller stehenden Armeen von innen heraus.

Das ist die eine Moral unsrer Geschichte der modernen Infanterie. Die zweite Moral, die uns nieder zu Herrn Dühring zurückführt, ist, daß sich die ganze Organisation und Kampfweise der Armeen, und damit Sieg und Niederlage, abhängig erweist von materiellen d. h. ökonomischen Bedingungen: vom Menschen- und vom Waffenmaterial, also von der Qualität und Quantität der Bevölkerung und von der Technik. Nur ein Jägervolk wie die Amerikaner konnte das Tirailliren wieder erfinden — und sie waren Jäger aus rein ökonomischen Ursachen, eben wie jetzt aus rein ökonomischen Ursachen dieselben Yankees der alten Staaten sich in Bauern, Industrielle, Seefahrer und Kaufleute verwandelt haben, die nicht mehr in den Urwäldern tirailliren, dafür aber um so besser auf dem Felde der Spekulation, wo sie es auch in der Massenverwendung weit gebracht haben. — Nur eine Revolution wie die französische, die den Bürger und namentlich den Bauer ökonomisch emanzipirte, konnte die Massenheere und zugleich die freien Bewegungsformen finden, an denen die alten steifen Linien zerschellten — die militärischen Abbilder des Absolutismus, den sie verfochten. Und wie die Fortschritte der Technik, sobald sie militärisch verwendbar und auch verwendet wurden, sofort Aenderungen, ja Umwälzungen der Kampfweise fast gewaltsam erzwangen, oft noch dazu gegen den Willen der Heeresleitung, das haben wir Fall für Fall gesehen. Wie sehr außerdem die Kriegführung von der Produktivität und den Kommunikationsmitteln des eignen Hinterlandes wie des Kriegsschauplatzes abhängt, darüber kann heutzutage schon ein strebsamer Unteroffizier Herrn Dühring aufklären. Kurz, überall und immer sind es ökonomische Bedingungen und Machtmittel, die der „Gewalt“ zum Siege verhelfen, ohne den sie aufhört Gewalt zu sein, und wer nach Dühringschen Grundsätzen das Kriegswesen vom entgegengesetzten Standpunkte aus reformiren wollte, der könnte nichts ärnten als Prügel.*)

Gehen wir nun vom Lande aufs Wasser, so bietet sich uns allein in den letzten zwanzig Jahren eine noch ganz anders durchgreifende Umwälzung. Das Schlachtschiff des Krimkriegs war der hölzerne Zwei- und Dreidecker von 60—100 Kanonen, der vorzugsweise noch durch Segel bewegt wurde und nur zur Aushülfe eine schwache Dampfmaschine hatte. Er führte hauptsächlich 32Pfünder von etwa 50 Centner Rohrgewicht, daneben nur wenige 68Pfünder von 95 Centner. Gegen Ende des Kriegs traten eisengepanzerte schwimmende Batterien auf, schwerfällige, fast unbewegliche, aber dem damaligen Geschütz gegenüber unverletzliche Ungeheuer. Bald wurde die Eisenpanzerung auch auf die Schlachtschiffe übertragen; anfangs noch dünn, vier Zoll Eisenstärke galt schon für einen äußerst schweren Panzer. Aber der artilleristische Fortschritt überholte bald die Panzerung; für jede Panzerstärke, die nach der Reihe angewandt wurde, fand sich ein neues, schwereres Geschütz, das sie mit Leichtigkeit durchschlug. So sind wir jetzt bereits bei zehn-, zwölf-, vierzehn-, vierundzwanzigzölliger Panzerstärke (Italien will ein Schiff mit drei Fuß dickem Panzer bauen lassen) auf der einen Seite angekommen; auf der andern bei gezogenen Geschützen von 25, 35, 80, ja 100 Tons (à 20 Centner) Rohrgewicht, die Geschosse von 300, 400, 1700 bis 2000 Pfund auf früher unerhörte Entfernungen schleudern. Das heutige Schlachtschiff ist ein riesiger gepanzerter Schraubendampfer von 8—9000 Tonnen Gehalt und 6—8000 Pferdekraft, mit Drehthürmen und 4, höchstens 6 sehr schweren Geschützen und mit einem, unter der Wasserlinie in einer Ramme zum Niederrennen feindlicher Schiffe auslaufenden Bug; es ist eine einzige kolossale Maschine, auf der der Dampf nicht nur die schnelle Fortbewegung bewirkt, sondern auch die Steuerung, das Ankerwinden, die Drehung der Thürme, die Richtung und Ladung der Geschütze, das Auspumpen des Wassers, das Einnehmen und Herablassen der Boote — die selbst theilweise wieder Dampfkraft führen — u. s. w. Und so wenig ist der Wettkampf zwischen Panzerung und Geschützwirkung zum Abschluß gekommen, daß im Gegentheil ein Schiff heutzutage fast regelmäßig schon nicht mehr den Ansprüchen genügt, schon veraltet ist, ehe es vom Stapel gelassen wird. Das moderne Schlachtschiff ist nicht nur ein Produkt, sondern zugleich ein Probestück der modernen großen Industrie, eine schwimmende Fabrik — vornehmlich allerdings zur Erzeugung von Geldverschwendung. Das Land, wo die große Industrie am meisten entwickelt ist, hat beinahe das Monopol des Bau's dieser Schiffe. Alle türkischen, fast alle russischen, die meisten deutschen Panzerschiffe sind in England gebaut; Panzerplatten von irgend welcher Brauchbarkeit werden fast nur in Sheffield gemacht; von den drei Eisenwerken Europas, die allein im Stande sind, die schwersten Geschütze zu liefern, kommen zwei (Woolwich und Elswick) auf England, das dritte (Krupp) auf Deutschland. Hier zeigt sich aufs Handgreiflichste, wie „die unmittelbare politische Gewalt“, die nach Herrn Dühring „die entscheidende Ursache der Wirthschaftslage“ ist, im Gegentheile vollständig von der Wirthschaftslage unterjocht ist; wie nicht nur die Herstellung, sondern auch die Behandlung des Gewaltswerkzeugs zur See, des Schlachtschiffs, selbst ein Zweig der modernen großen Industrie geworden ist. Und daß dies so geworden, geht Niemanden mehr wider die Haare als grade der Gewalt, dem Staat, dem jetzt ein Schiff so viel kostet wie früher eine ganze kleine Flotte; der es mit ansehn muß, daß diese theuren Schiffe, noch ehe sie ins Wasser kommen, schon veraltet, also entwerthet sind; und der sicher ebensoviel Verdruß darüber empfindet wie Herr Dühring, daß der Mann der „Wirthschaftslage“, der Ingenieur, jetzt an Bord viel wichtiger ist als der Mann der „unmittelbaren Gewalt“, der Kapitän. Wir dagegen haben durchaus keinen Grund uns zu ärgern, wenn wir sehn wie in diesem Wettkampf zwischen Panzer und Geschütz das Schlachtschiff bis zu der Spitze der Künstlichkeit ausgebildet wird, die es ebenso unerschwinglich wie kriegsunbrauchbar macht**), und wie dieser Kampf damit auch auf dem Gebiet des Seekriegs jene innern dialektischen Bewegungsgesetze offenbart, nach denen der Militarismus, wie jede andre geschichtliche Erscheinung, an den Konsequenzen seiner eignen Entwicklung zu Grunde geht.

Auch hier also sehen wir sonnenklar, daß keineswegs „das Primitive in der unmittelbaren politischen Gewalt und nicht erst in einer indirekten ökonomischen Macht gesucht werden“ muß. Im Gegentheil. Was zeigt sich grade als „das Primitive“ der Gewalt selbst? Die ökonomische Macht, die Verfügung über die Machtmittel der großen Industrie. Die politische Gewalt zur See, die auf den modernen Schlachtschiffen beruht, erweist sich als durchaus nicht „unmittelbar“, sondern grade als vermittelt durch die ökonomische Macht, die hohe Ausbildung der Metallurgie, das Kommando über geschickte Techniker und ergiebige Kohlengruben.

Indeß, wozu das Alles? Man gebe im nächsten Seekriege Herrn Dühring den Oberbefehl, und er vernichtet alle die von der Wirthschaftslage geknechteten Panzerflotten ohne Torpedos und andere Kunststücke, einfach vermittelst seiner „unmittelbaren Gewalt“.

*) Im preußischen Generalstab weiß man dies auch schon ganz gut. „Die Grundlage des Kriegswesens ist in erster Reihe die wirthschaftliche Lebensgestaltung der Völker überhaupt,“ sagt Herr Max Jahns, Hauptmann im Generalstab, in einem wissenschaftlichen Vortrag (Köln. Ztg., 20. April 1876, drittes Blatt).

**) Die Vervollkommnung des letzten Erzeugnisses der großen Industrie für den Seekrieg, des sich selbst fortbewegenden Torpedos, scheint dies verwirklichen zu sollen: das kleinste Torpedoboot wäre damit dem gewaltigsten Panzerschiff überlegen.

Herr Adolf Samter.

Von J. Dietzgen.

(Schluß des Artikels I.)

Die Sozialdemokraten wollen nicht nur den Grund und Boden in gesellschaftliches Eigenthum verwandeln; sondern, was die Hauptsache, ihn gesellschaftlich bewirthschaften, und das Produkt der Arbeit nicht einzelnen Spekulanten, sondern dem gesammten Volke überantworten. Nehmen wir zur Erläuterung an, die sozialistische Ackerbaugesellschaft errichtete öffentliche Speisehäuser zur Beköstigung ihrer Arbeiter. Jedes Mitglied erhielte die Berechtigung zu täglichem freien Mittagstisch. Ob da nur spartanische Suppe oder eine unerschöpfliche Speisekarte verabreicht würde, ob da immer nur der effektive Arbeiter, oder coulanterweise je eine ganze Familie ungezählt zu Gast sitzen dürfte, würde weniger von der Humanität, als vom Ertrag der Arbeit abhängen. Nach meinem subjektiven Dafürhalten ist im Laufe der bisherigen Geschichtsentwicklung die Produktivkraft so groß geworden, daß die Gesellschaft für eine dreistündige Anstrengung nicht nur ein gutes Arbeiterdiner, sondern auch noch ein hausbackenes Morgen- und Abendbrot verabreichen könnte. Wenn neben solcher kommunistischen Wirthschaft noch 10,000 Privatbauern existirten, die in das Privateigenthum und in ihre barbarische Wirthschaftsfreiheit verliebt sind, so steht ja der Toleranz nichts im Wege, den Krimskrams zu dulden, bis die Leute der Sorgen, Last und Kartoffelsuppe genug haben, um unsere Einladung zur gemeinschaftlichen Tafel anzunehmen.

Doch vergessen wir über den Fragen, die drum und dran hängen, über Nebendingen, die Hauptsache nicht. Wir wollen keine Zukunftsbilder fertigen, sondern dem Herrn S. beweisen, daß er den Sozialismus mißversteht, wenn er sagt: „es läßt sich nicht verbieten, das zugestandene Nutzobjekt als Produktivmittel zu verwerthen." „Die Unterscheidung zwischen Gebrauchsvermögen und Produktivmittel ist mehr eine begriffliche, als thatsächlich durchführbar." „Die weitaus größte Mehrzahl der Dinge ist sowohl als Nutzeigenthum, wie als Produktiveigenthum verwendbar." Ja wohl, Samter hat Recht: Auch wenn das Produkt des Ackerbaues Gebrauchseigenthum oder Nutzvermögen des Volkes wäre, würde Niemand verbieten wollen noch können, daß die heutige Nahrung als Mittel diente um morgen wieder frisch produziren zu können. Also das Nutzeigenthum ist auch zugleich Produktivmittel, und umgekehrt. Dieser Fluß der Dinge, das Umschlagen eines Begriffs in den andern ist uns ein geläufiges Thema. Aber wenn nun auch das Kleine zugleich groß und das Große klein ist, wenn Nutz- und Produktivmittel relative Begriffe sind, so bleibt es doch vollkommen gerechtfertigt, wie vom Großen und Kleinen, so auch davon zu sprechen, daß wir die wesentlichen Produktionsinstrumente in gesellschaftliches Eigenthum verwandeln und die Produkte dem Privatgebrauch überlassen wollen. Nur der Wortklauber kann darin einen „inneren Widerspruch" finden.

Unser Freund ist übel berathen. Weil dem Nutzobjekt — so schließt er — der produktive Charakter niemals zu nehmen, sei auch seine kapitalistische „Verwerthung" eine ewige Wahrheit. „Und weil jedes Eigenthum Werth hat, kann es auch verwerthet werden, unabhängig von jeder Gesellschaftseinrichtung." „Man kann das Eigenthum Privaten entziehen und es der Gesellschaft überlassen, dann wird die Gesellschaft Eigenthümerin, und sie ist es, welche es verwerthet." — Recht so, aber der Unterschied zwischen Verwerthung und „Verwerthung" ist leicht zu merken, und wunderbarerweise doch unserm Kathedersozialisten entgangen. Die sozialdemokratische Gesellschaft wird das Grundeigenthum im Interesse ihrer Mitglieder verwerthen, während die kapitalistische „Verwerthung" den Prinzipal fett macht. Daß man sich vom Gleichklang der Worte nicht dupiren läßt, sondern die Verschiedenheit der Sache dabei zu merken weiß, ist die erste Bedingung aller Kritik. Wenn das Volk in wenigen Arbeitsstunden sich eine anständige Menage zu verdienen weiß, dann soll es dem Grund- und Bodenkapital bald unmöglich sein, sich zu „verwerthen". Der Rest kleiner Bauern würde schon seine schönste Schwierigkeit haben, Lohnarbeiter zu finden: denn wer wird, so er zu leben hat, seine Kraft für elenden Lohn verkaufen. Bekanntlich besteht die kapitalistische „Verwerthung" einfach darin, die Arbeitskräfte billiger zu kaufen, als sie werth sind, oder vielmehr den Preis der Arbeit durch die Noth des Arbeiters herabzudrücken und ihm Mehrwerth auszupumpen.

Ich weiß wohl, daß die Kapitalisten denken, sie zahlten die Arbeitskräfte, wie ihre Maschinen und andere Objekte, nach vollem Werth, wenn sie die Herstellungskosten decken, wenn also sie den Arbeiter sofern erhalten, daß er leben, arbeiten und den nöthigen Nachwuchs erzeugen kann. Die Sozialisten aber denken anders: sie werthschätzen die menschliche Arbeitskraft nach dem Produkt das sie liefert, und wovon sie nicht nur zu erhalten ist, sondern das ihr ganz und gar zum vollen Genusse rechtmäßig zugehört.

Aus der Thatsache, daß die Nutzobjekte zugleich auch Produktivmittel, will die „soziale Wahrheit" des Herrn Samter schließen, daß eine „erwerbende Kraft", eine gewisse Plusmacherei, den Dingen eingeboren sei, während doch jeder Gutgesinnte es mit Händen greifen kann, daß diese böse Institution, daß die werbende Kraft des Eigenthums nur durch die Pflege der Schelme und Narren aufrecht erhalten wird. Wir nennen das Grundeigenthum wohl mit Recht ein Produktionsinstrument, und es soll deshalb nicht den Privaten, sondern der Gesellschaft gehören. Das kann aber nicht hindern, daß man jedem Arbeiter ein kleines Hausgärtchen als Nutzobjekt überläßt. „Weil das Eigenthum Eigenschaften besitzt, welche es Werth bildend und zwar in jeder Gesellschaft machen, so ist das Eigenthum nicht nur Genußmittel und nicht nur Arbeitsmittel, sondern kann auch Erwerbsmittel werden, indem es verborgt wird." Nun frage ich den Herrn: wer wird einerseits seinen eigenen Hausgarten verborgen, wer anderseits sich unmäßig für den Garten des Andern anstrengen, wenn er nicht nur einen eigenen hat, sondern auch noch täglich table d'hôte speisen darf? Wenn die Sozialdemokraten dem Menschen durch die Befriedigung seiner wesentlichsten Bedürfnisse nur einmal die Freiheit gegeben haben, dann wird sich von der „werbenden Kraft" der Nebendinge Niemand mehr versklaven lassen.

Das Gesetz der Erhaltung der Kraft in der Kulturgeschichte.

I.

Die ächte Kulturgeschichte ist eine Abzweigung der Naturgeschichte und Naturlehre, und alle Zweckbegriffe sind bei der Erklärung ihrer Erscheinungen fernzuhalten. Der Mensch und die menschliche Gesellschaft, obschon sie ein ganz neues Reich der Natur darstellen, und Zwecke verfolgen bei fast Allem, was sie thun, sind nicht als Geschöpfe eines zwecksetzenden Vernunftwesens zu begreifen; denn auf diese Art wird gar nichts erklärt. Dagegen gelingt es, wie wir mehrfach gesehn haben, die Entwicklung des Menschen und seiner Art schrittweise wirklich zu begreifen, wenn wir sie aus denselben blindwirkenden Naturgesetzen herleiten, welche in der gesammten unbelebten Natur unwiderleglich nachgewiesen sind und immer mehr werden.

Das allgemeinste Naturgesetz ist das von der Erhaltung der Kraft. Es steht heute so fest, wie irgend etwas Feststehendes, daß alle in der Natur wirkenden verschiedenen Kräfte — Spannkräfte wie lebendige, Arbeit verrichtende Kräfte — nur Abarten einer einzigen Urkraft sind, welche sich in einander verwandeln, ohne daß dabei etwas verloren geht, oder daß das Maß der Kraft vermehrt würde. Ueberall demnach, wo wir ein Wachsthum vorhandener Kraft beobachten, muß ein Schein vorliegen: es wirken entweder neben der beobachteten Kraft noch andre unbeachtete mit, welche allmälig hinzutreten, oder es bleibt sich das ursprüngliche Kraftmaß immer gleich, und nur seine Wirkungen täuschen uns betreffs seiner Größe. Und umgekehrt ebenso, wo immer wir eine Abnahme vorhandner Kraft beobachten.

Machen wir uns dies an dem Beispiele des wachsenden Menschen klar. Es stehe uns von vorn herein fest, daß, während aus dem winzigen Menschenkeime im Mutterschoße ein Säugling, aus diesem ein Kind und Mann wird, und während sich dabei sein Umfang, Gewicht, seine Arbeitskraft u. s. w. vieltausendfach vermehren, daß währenddem das ursprüngliche Kraftmaß dieses einzelnen Menschen nicht vermehrt wird. Aber wie erklären wir uns dann diesen handgreiflichen Widerspruch? — Nun, die im Keime vorhandne Lebenskraft ist anfänglich blos mit einem einzigen Geschäft, einer einzigen Arbeitsleistung beschäftigt, mit der Anähnlichung (Assimilation) der ihr zugeführten Nahrung, wodurch sie sich immer mehr Stoff und mannigfacheres Stoffgemisch und mit ihm zugleich neue Organe in erstaunlicher Größe anzubilden vermag. Im ersten Jahre nach der Geburt ist dieses leibliche Wachsthum noch immer sehr bedeutend — das Gewicht des Kindes pflegt sich zu verdoppeln; aber das Wachsthum vor der Geburt war ungemein viel größer gewesen. Im zweiten Lebensjahre ist die Zunahme etwa halb so groß als im ersten, und sie nimmt in jedem folgenden ab, ausgenommen um die Zeit des Erwachsens. Von der Geburt an bekam die Lebenskraft ein zweites und bald ein drittes Geschäft — zuerst Muskelthätigkeit und dann die erwachende Nerventhätigkeit des Gehirns; bei gleichbleibendem Maße vertheilte sie sich also mehr und vertheilt sich mit jedem folgenden Jahr mehr, weil die leibliche und geistige Arbeitsleistung an Menge und Werth wächst. Wenn dagegen beim Eintritt des erwachsenen Alters das Leibesleben wieder zunimmt, um die Spannkraft der Zeugung aufzuspeichern, tritt eine Zeit lang geistige Erschlaffung ein, und auch die leibliche Arbeitsleistung erschlafft verhältnismäßig. Nach Eintritt der Lebenshöhe um das 28ste Jahr beginnt ein sehr allmäliger körperlicher Rückgang, während die geistige Arbeitskraft noch zuzunehmen vermag. Beim Weibe bildet sich bald nach dem 40sten Jahre, wann die Zeugungskraft erlischt, entweder eine stärkere körperliche Ernährung aus, oder eine lebhaftere Geistesthätigkeit.

Wir sehn also, daß die verschiedenen Thätigkeiten einander ausgleichen (compensiren), daß jede einzelne um soviel zunimmt, als die andere abnahm, und umgekehrt, daß also das Kraftmaß stets dasselbe bleibt. Daran ist nichts Auffälliges — wir sind an diese Ausgleichung vielfach gewöhnt. Wir wissen, daß ein Fresser niemals ein Denker, oder ein kräftiger Muskelarbeiter ist, noch umgekehrt; wir wissen, daß ein Uebermaß von Muskelarbeit das Denken ertödtet oder erschlafft, und umgekehrt. Wir wissen Aehnliches von der Zeugungskraft gegenüber der Muskel- und Denkkraft. Auffällig bleibt hier blos, daß wir uns schon im Menschenkeim das ganze Kraftmaß verkörpert denken sollen, welches im Erwachsenen seine volle Thätigkeit entfaltet. Allein alles Auffällige verschwindet, wenn wir bedenken, daß dieses volle Kraftmaß vom Augenblicke der Empfängniß an vorhanden sein muß, wenn der Menschenkeim — und noch dazu binnen 40 Wochen — eine lange Stufenfolge von Entwicklungen durchlaufen soll (vom Krystallisationsleben durch das der Urlebewesen, Würmer, Lurche, Säugethiere zum Menschenwesen) und dabei wohl das Hunderttausendfache seines eignen Gewichts an fremdem Stoffe sich anähnlichen soll — wobei ihm allerdings der mütterliche Stoffumsatz vorarbeitet. Vielmehr scheint es uns, daß alles Auffällige an diesem so lange angestaunten Vorgange verschwindet, wenn das ganze hernachmals im Leben zu entwickelnde Kraftmaß schon im Keime gegeben ist. Selbst der Zeugungsvorgang verliert alles Wunderbare, welches man von je in demselben hat finden wollen. Die Urkraft hat bei ihren ungemein mannichfachen Wandlungen und deren Verschlingung in der Lebewelt eine lange Stufenfolge von Arten der Lebewesen aus einander hervorgebildet, welche sich auf Kosten der unorganischen und der organischen Einzeldinge selbst erhalten, ihre besondern Stoffgemische und Organverhältnisse fortpflanzen können. Das Maß der Kraft, welche sich innerhalb einer Art und Familie fortpflanzt und bei erreichter Lebenshöhe voll entwickelt hat, ist theilweis vererbt, theilweis von äußern Daseinsbedingungen abhängig und wechselt bei jeder Art innerhalb ziemlich engen Grenzen; nur beim Menschen werden die Daseinsbedingungen im Ganzen immer günstiger, und es wächst das Kraftmaß der Art und überträgt sich voll in jedem Zeugungsakte. Die Fruchtbarkeit dieses Gedankens wird sich noch mehrfach zu erweisen haben.

Wir begegnen hier zunächst dem Einwande, daß dennoch die vorhandne Urkraft vermehrt werde, wenn sie durch Zeugung sich im Menschen (und in allen empfindenden Einzelwesen) vervielfältigen könne. — Dies aber ist ein bloßes Misverständniß. Was sich hier vervielfältigt, ist vergeistigter Stoff (wenn wir so sagen dürfen) gegenüber dem unvergeistigten, welcher an Masse um ebensoviel vermindert wird. Es ist eine nothwendige Folgerung aller wissenschaftlichen Naturerklärung, daß aller Stoff unter gehörigen Daseinsbedingungen der Empfindung und stufenweisen Vergeistigung fähig sei.

Hier müssen wir kurz der Urzeugung (elternlosen Zeugung, generatio aequivoca) gedenken. Daß bisher alle Versuche mislungen sind, ein Entstehen von Lebewesen aus unbelebtem Stoffe nachzuweisen, ist kein Beweis gegen die Möglichkeit, daß es uns noch gelinge. Und die Voraussetzung dazu ist, daß wir vorher lernen, eiweißartige Stoffe auf künstlichem Wege zu erzeugen. Wenn die Lebenskraft eines verschwindend kleinen Keims genügt, um nach und nach das Millionfache seines Gewichtes an leblosem Stoffe in belebten anzuähnlichen, so kann das dem Keime doch wohl nur deshalb gelingen, weil der lebloße Stoff unter günstigen Bedingungen leicht in organische Verbindungen eingeht. Gilt dies nun im Bereiche der höchstentwickelten Lebewesen — warum sollte zum Entstehen der allererstn unentwickeltsten überhaupt ein Keim nöthig sein? Aus diesem Grunde, wie aus früher angeführten, dürfen die Versuche nicht aufgegeben werden, eine Urzeugung nachzuweisen; denn irgendwo und irgendwie ist die Lebewelt aus der unorganischen mittels günstiger Daseinsbedingungen entstanden, und — wie wir schon wissen — stufenweise, nicht sprungweise. Ist es ja doch der Chemie gelungen, über 300 organische Stoffe künstlich zu erzeugen, was noch vor wenigen Jahrzehnden für unmöglich galt.

Wenn es uns nun gelingt, aus dem Obigen eine genügende Erklärung beizubringen, daß der Begriff des Zieles, welchem alle Lebewesen entgegenstreben, auch ohne alle in der Natur wirkenden Zwecke und weise angewandten Mittel denkbar ist, so bewährt sich unser Satz von der Erhaltung der Kraft auch in der organischen Natur. Wir versuchen diese Erklärung wie folgt.

Lebewesen sind in anderem Sinne endlich oder vergänglich als unbelebte. Letztere entstehen und vergehen auf Anstoß von außen; erstere aber — falls sie sich ganz erhalten können

tragen die Ursache ihres Entstehens und Vergehens in sich selbst. Diese Ursache ist eben die Kraft, welche an ihren Stoffgemischen und deren Organgebilden haftet. Diese — von uns Lebenskraft genannte — Kraft ist ein Gleichgewicht aller bekannten Kräfte, welche durch allseitige Wechselwirkung sich ebensosehr steigern als hemmen. Die Schwere (Gravitation nach der Erdmitte) wird zeitweilig aufgehoben durch das Wachsthum des Körpers vom Anziehungspunkte hinweg, bleibt aber so übermächtig, daß oft ein Ausruhen in sitzender oder liegender Stellung nöthig ist. Die selbsterzeugte Lebenswärme erschöpft sich öfter und am Ende völlig durch die Arbeit und allerlei Bewegung, sowie zusammen mit der Elektrizität durch Abgabe an die Umgebung. Der Cohäsion wirkt die unablässige Erneuerung aller Körpertheile durch Erweichung der abgenutzten alten und Verhärtung der zugeführten neuen entgegen, aber auf die Dauer erfolglos. Den Lebewesen gelingt es also weit mehr als den unbelebten, sich innerhalb gewisser Schranken von den allmächtigen Fesseln der Gravitation, Cohäsion und Leidenheit freizumachen; allein in diesem gewaltigen Kampfe werden sie kurzlebig. Sie entwickeln weit mehr Kraft, als jede gleich große Stoffmenge in unbelebten Körpern, eben weil alle Kräfte in ihnen wechselwirken. Ein Pfund kohlenwasserstoffige Nahrung entwickelt in ihnen achtmal mehr Arbeitskraft der Wärme als in einer Dampfmaschine vollkommensten Baues — nicht sowohl, wie die Physiker annehmen, weil in der Dampfmaschine soviel Wärme ungenutzt verloren geht, als weil sie im lebenden Körper, um zu entweichen, großentheils vorher Arbeit verrichtet haben muß. Auch die Cohäsion (Zusammenhangskraft) lebender Körper ist größer als diejenige gleichschwerer und gleichgeformter unbelebter Körper. Kein unorganisches Tonwerkzeug, durch äußere Kraft zum Tönen gebracht, gibt soviele Tonfülle als ein tonfähiges Thier oder ein Sänger von gleicher Masse und Bewegungskraft. Allein diese und andere überwiegenden Kraftleistuugen der Lebewesen können nicht von gleich langer Dauer sein als die der unbelebten — sie erschöpfen sich rascher. Es ist nun zwar hochwahrscheinlich, daß die Lebensdauer der Lebewesen, welche günstige Lebensbedingungen genießen, stets zunimmt, beim Menschen besonders — trotz aller Methusalem-Fabeln; allein sie kommt nicht entfernt der der meisten Erze, Gesteine und vollends der Himmelskörper gleich. Und sie kann das nicht, weil das Leben eine unablässige Kraftabnutzung im Bewegungskampfe ist, obwohl die abgenutzte Kraft solange sich nicht nur wieder ersetzt, sondern in der Bewegung steigert, bis die ererbte Kraftquelle voll ausgebildet ist. Und diese Grenze — die Lebenshöhe und später der Tod — ist in der Form der Organe und ihrer Zellen gesetzt; diese Form aber wieder vom besonderen Stoffgemisch abhängig. Einige von diesen Folgerungen können noch nicht durch Versuche oder Durchschnittsrechnungen bewiesen werden; andere aber können es, und dies ermuthigt zu Forschungen auf Grund unserer Annahme hin. Einige Beispiele müssen hier genügen.

Daß der Mensch hülfloser geboren wird als jedes Thier und länger hülflos bleibt, ist also nicht weise schöpferische Veranstaltung, um die Elternliebe und Kindesdankbarkeit zu befördern; es ist ebensowenig ein Beweis dafür, daß die Natur mit ihm größere Dinge vorhat, als mit allen Thieren, und ihn zwingen will, sich seine Entwicklung in höherem Grade selbst zu verdanken. Es ist dies vielmehr eine Erbschaft uralter Geschichte, während welcher sich ein vielfach größerer Reichthum an Gehirnorganen und Nervenknoten überhaupt in ihm gebildet hat, deren Wachsthum sein übriges körperliches Wachsthum verzögert. — Das des Menschen Lebenshöhe (28 Jahre) blos zwei Fünftel von seiner durchschnittlichen Lebenslänge (70 Jahre) beträgt, während sie beim Thiere meist sehr nahe am Lebensende liegt, ist keiner wohlwollenden Fürsorge für eine lange Frist zu seiner Vervollkommnung zu danken, sondern einfach die Folge davon, daß er während zwei Fünfteln seiner Lebenszeit lernen kann, was zur Verlängerung seines Lebens heilsam ist, und sich gewöhnen kann, Lebensregeln bewußt auszuführen; zugleich ist es die Frucht verbesserter gesellschaftlicher Gesundheitspflege, zunehmender Kindesliebe und Achtung für das Alter und das Menschenleben. Die Lebenslänge der Thiere steigt in der Regel mit dem Gewichte der Masse, welcher ihr Organismus gewachsen ist, und keine Affenart scheint nur entfernt die Lebenslänge des Menschen zu erreichen. Es ist also wahrscheinlich, daß der Mensch seine unverhältnißmäßige Lebensdauer seinen im langen Verlaufe der Geschichte herausentwickelten Geisteskräften verdankt, also, wie gesagt, der Vermeidnng von Schädlichkeiten und der Erfindung lebenverlängernder Mittel. Es ist wahrscheinlich, daß die durchschnittliche Lebenslänge unserer Lohnarbeiter, welche blos 30—33 Jahre beträgt, ursprünglich die Lebensdauer der Menschen war, welche seitdem sich so bedeutend verlängert hat, daß der Durchschnitt jetzt mehr als das Doppelte betragen kann.

Die allbekannte Thatsache, daß, was Hänschen nicht lernt, Hans nimmermehr lernt, d. h. daß die Geisteskraft vom Säuglingsalter an allmälig abnimmt, wäre ganz unerklärlich, wenn nicht nach unserer Annahme der Vorrath an Spannkraft beim Beginn des Einzellebens am größten wäre und Jahr für Jahr durch Auslösung bis auf den Nullpunkt abgeschwächt würde. In dieser Hinsicht ist kein Gegensatz des Leibes zum Geiste vorhanden. Sie sind blos verschieden als verschiedene Leistungen derselben Lebenskraft, welche deshalb auch eine auf Kosten der andern sich ausbilden können. Die Ausbildung besteht bei beiden darin, daß von der ererbten Spannkraft ein Theil nach dem andern ausgelöst und durch Arbeit in vermehrte, vergrößerte oder verstärkte Organe und Stoffmasse umgesetzt wird. In diesen vertheilt sich die ererbte und hinzu angeeignete Spannkraft bis zu gänzlicher Erschöpfung (Lebensende). Wenn alle diejenigen Organe angebildet sind, welche die mechanische Kraft des Organismus tragen und erhalten kann, ist die Lebenshöhe erreicht, beginnt der Verfall, die Rückbildung. Je erwachsener, massiger das Lebewesen, desto mehr hat sich seine Urkraft vertheilt, desto weniger weiteres Wachsthum. Vermöge der im Leben hinzu erworbnen Kraft mag zwischen Lebenshöhe und Lebensende, wie beim Kulturmenschen, noch ein langer Zeitraum bis zur Erschöpfung der Lebenskraft vergehen, und dieser kann dem Geistesleben zugute kommen. Die vorhandne Urkraft, sammt der im Leben erworbnen, muß sich erschöpfen — das ist ihr Ziel; sie bleibt sich immer gleich, obwohl sie zu verschiednen Altern verschiedne Stoffmengen belebt und aneignet.

Der Schein der Kraftvermehrung liegt also beim Menschen und höheren Lebewesen in der Anähnlichung von Stoff, der im leblosen Zustande, oder aber in dem einer niederen Organisation seine ganze Urkraft nicht entwickeln konnte, welche gebunden blieb, bis sie in das Nervenleben eines hochorganisirten Lebewesens einging und ausgelöst oder aber neue Spannkraft auf höherer Stufe wurde. Wir haben also hier wieder die Folgen einer Wechselwirkung vor uns. Der Keim und seine Nahrung, jedes von beiden bewahrt sein ursprüngliches Kraftmaß; zusammenwirkend aber erzeugen sie stets sich steigernde Leistung; weil in allem Stoffe ein Antheil an der unendlichen Kraft ist. Diese Unendlichkeit der Kraft kann sich, unter lauter Einzelwesen vertheilt, nur als Steigerung wechselwirkender Kräfte äußern.

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

verhängt hatte „von Rechtswegen"! Oder nicht, Herr Böhmert? —

— Ueber die Arbeitsverhältnisse in Berlin schreibt die „National-Liberale Correspondenz" einen Artikel, in welchem gesagt wird, daß sämmtliche Fabriken Berlins seit drei Jahren nur eine Verminderung von 9000 Arbeitern erlitten hätten; ganz abgesehen davon, daß im Jahre 1874 schon ein „Rückgang" in der Fabrikation zu merken war und man das Jahr 1873 als Höhepunkt annehmen muß, ist jene Ziffer augenscheinlich zu niedrig gegriffen und wohl deshalb, weil der Statistiker der „National-Liberalen Correspondenz" den Begriff: Fabrik, sehr enge gezogen hat; er hat ja den Bericht des Fabrikinspektors zur Grundlage genommen. Wenn nun aber dadurch das „Arbeiterelend", wie es in den Organen der Sozialdemokratie geschildert wird, weggeleugnet werden soll, so übersieht man, wie selbst die „Kölnische Zeitung" zugiebt, daß es bei Feststellung des Elends in Berlin nicht allein auf die Zahl der entlassenen Arbeiter, die ja theilweise fortgezogen sind, sondern vielmehr auf die Verminderung des Arbeitslohnes, die durch theilweise Arbeitslosigkeit eingetreten ist, ankommt. So wissen wir, daß bei Borsig allein von den zurückgebliebenen Arbeitern $^4/_5$ nur die Woche 3 Tage beschäftigt werden und daß sie während dieser drei Tage — besonders die Accordarbeiter — nicht einmal vollauf zu thun haben. Diejenigen Borsig'schen Arbeiter, welche in den Jahren 71—72—73 und theilweise noch 74 einen Durchschnittslohn von 8—10 Thalern wöchentlich bekamen, erhalten jetzt einen Durchschnittslohn von 3—4 Thalern und in demselben Verhältniß geht es noch nach unten herab. Dies ist aber auch das Verhältniß der Fabrikarbeiter überhaupt und da der Bericht des Fabrikinspektors von Berlin sich mit der genauen Untersuchung der theilweisen Arbeitszeit und des verminderten Arbeitslohns nicht beschäftigt hat und vielleicht auch nicht bei der gegenwärtigen Mangelhaftigkeit der Fabrikinspektorate sich damit beschäftigen konnte, so ist der Bericht auch von keinerlei Belang in Bezug auf die Beurtheilung des Arbeiterelends in Berlin. Dasselbe ist vorhanden und in viel höherem Maße als es zu Tage tritt, weil die meisten Arbeiterfamilien sich ihres unverschuldeten Mangels noch schämen und sich anstrengen, daß die Mitmenschen denselben nicht merken. Diese Scham ist falsch — aber erst recht falsch ist es, daß sich die andern Gesellschaftsklassen, welche das Elend verschuldet haben, nicht schämen.

— Die brutalen Mittel, welche die französische Regierung gebraucht, um bei den Wahlen die Majorität zu erlangen, dürften wohl das Gegentheil bewirken. Wenn die Landbevölkerung nicht allzusehr in den Banden des Pfaffenthums sich befindet, so muß sie angesichts der Wahlbeeinflussungen der Mac-Mahon'schen Regierung gambettistisch stimmen. Es wird allerdings nicht helfen, da der Staatsstreich doch eine beschlossene Sache zu sein scheint und die Herren Bourgeoisrepublikaner die einzigen Männer, welche dem Staatsstreich auch mit der Waffe in der Hand entgegengetreten wären, die Pariser Communards, ermordet haben. Jetzt selbst heran, ihr Herren Gambetta, Jules Simon 2c. 2c., selbst auf die Barrikaden, den Heldengreis Thiers an der Spitze! Erkämpft eure Republik, so ist sie doch etwas werth, es werden ihr dann wenigstens einige Schurken zum Opfer gefallen sein; aber wir sehen Euch schon höhnisch lächeln: „Wir sollen kämpfen, wozu wären denn die dummen Arbeiter da, die können das viel besser besorgen, während wir berathen müssen, wie wir das Volk am Besten (für uns!) regieren sollen!" — Und das arbeitende Volk? Es wird für diese Republik sich nicht erwärmen, es wird nicht kämpfen! — Noch verlautet, daß Mac-Mahon kurz vor den Wahlen über ganz Frankreich den Belagerungszustand verhängen wolle — dadurch schon allein würde er die Bourgeoisrepublikaner zwingen, entweder mit dem Waffen zu kämpfen oder nachzugeben. Daß sie sich dann zu dem letzteren entschließen werden, ist sicher. — Der „republikanisch" gesinnte General Chanzy, Generalgouverneur von Algier, weilt auf Urlaub in Paris, um als früheres Mitglied des linken Centrums, die Anhänger desselben wieder für die Regierung zu gewinnen. Er wird schon verschiedene dieser französischen Nationalliberalen gewinnen, schwankend sind sie ja immer. — Doch, mag bei den Wahlen siegen wer immer will, große Bedeutung haben dieselben nicht, da das jetzige Regiment durch die Wahlen nimmermehr gestürzt wird — wird es aber durch die Volkskraft gestürzt, so kommen die Thiers und Gambettas wohl schwerlich an's Ruder. — In Beantwortung der Frage, was das dritte Kaiserreich sein würde, hat Rouher im Namen Lulu's geantwortet: „Die organisirte Demokratie!" Es ist zum Lachen! Fragt Thiers, was seine Republik sein wird, so antwortet auch er: Die organisirte Volksherrschaft! Ebenso Gambetta. — Und allen dreien zur Antwort: Euer Kaiserreich, Eure Republik wird der organisirte Volksbetrug sein!

— Die Arbeitslosigkeit in Kopenhagen wird in dänischen Blättern als eine nahezu beispiellose hingestellt. Namentlich ist dies im Maschinen- und Baufach der Fall. In fast allen Fabriken wird nur mit halbem Personal und von letzterem mit beschränkter Arbeitszeit gearbeitet. Angeblich sollen in Folge dessen wöchentlich 40 bis 50 Menschen dem Armenwesen anheimfallen und der Geldmangel im Allgemeinen so groß sein, daß die Leihhäuser auf Pfandsachen nur sehr unbedeutende Anleihen gewähren, weil verfallene Gegenstände auf Auktionen fast unverkäuflich sind.

— Der „Berliner Freien Presse" geht aus Amerika nachstehendes, mit zahlreichen Unterschriften versehene Schreiben mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu: „Da wir durch die hier erscheinende Presse den großen Sieg der Sozialdemokraten bei der am 14. Juni d. J. im 6. Berliner Wahlkreise stattgefundenen Wahl erfahren haben, so können wir nicht umhin, den 12,752 sozialistischen Wählern unsern tiefgefühlten Dank für ihre wackere Haltung hiermit auszusprechen. Mit der Bitte, daß alle Arbeiter Deutschlands sich diese Männer der Wahrheit und des Rechts zum Vorbilde nehmen möchten, damit Deutschland endlich frei wird, entsenden wir unsere brüderlichen Grüße.

Troy, den 21. Juli 1877."

— Zur Sozialistenverfolgung erhalten wir aus St. Johann-Saarbrücken unter'm 10. August folgende Zuschrift:

„Der Unterzeichnete wurde heute, 10. August, vor den Hrn. Untersuchungsrichter in Saarbrücken berufen, um über die, bei den beiden letzten bei ihm vorgenommenen Haussuchungen vorgefundenen Papiere und über das Wesen der hiesigen Preßcontroll-Commission der „Freien Volksstimme" vernommen zu werden. Unter den confiscirten Papieren befanden sich größtentheils nur harmlose Gegenstände, wie Geschäfts-, Privatbriefe und einige Broschüren und waren alle Bemühungen, hier einen sozialdemokratischen Verein zu entdecken, vergeblich. Wegen Zurückweisung persönlicher Angriffe, die ich zu erdulden hatte, wurde nach einem Gensdarm geschickt, um mich abführen zu lassen. Der Aufforderung zu weiteren Vernehmungen zum Protokoll erklärte ich nur dann nachzukommen, wenn ich nicht mehr persönlich angegriffen resp. beleidigt würde; trotzdem mußte ich mir wieder, nebst vielen ironischen Bemerkungen auch die Bezeichnungen „Lügner" und „gemeiner Kerl" ruhig gefallen lassen, wogegen ich Klage erheben werde. Dem Protokoll verweigerte ich, als unrichtig abgefaßt, meine Unterschrift, und dictirte der Herr Untersuchungsrichter die Worte: „Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben, mit Ausnahme des pp. Sator, welcher sich weigerte, das Protokoll zu unterschreiben." Mit der Drohung „jetzt werde ich schärfere Maßregeln gegen Sie ergreifen" wurde ich nach zweistündiger Verhandlung entlassen. Schließlich muß ich noch auf einen besonderen Umstand aufmerksam machen. Bei meinen confiscirten Papieren befand sich auch das Manuscript eines Telegramms, durch welches die Versiegelung der Redaktion der „Freien Volksstimme" der Redaktion des „Vorwärts" mitgetheilt wurde. Dieses Manuskript hat sonderbarer Weise, „man weiß nicht wie", den Weg zum Untersuchungsrichter gefunden. Vielleicht könnte noch über diesen unbekannten Vermittler Auskunft gegeben werden, da mir unbekannt ist, daß ein Telegraphenbureau zu polizeilichen Hilfsleistungen ein Recht hat. Ueber alle weiteren Maßregeln, welche etwa noch gegen mich ergriffen werden sollten, werde ich Sie unterrichten.

Franz Sator,
Pianofortefabrikant in St. Johann."

— Die Nr. 15 des „Reichenberger Arbeiterfreundes" erscheint zur Hälfte wieder weiß. Ein Artikel: „Die Lohnweberei", ein zweiter: „Ueber den Strike der Eisenbahnarbeiter in Nordamerika", ein dritter: „Ist das Volksvertretung?" und ein vierter: „Paradoxa" — sind dem polizeilichen Rothstift zum Opfer gefallen. — Wir glauben, daß die Ueberschrift des letzten Artikels die Polizei gereizt hat, weil sie dieselbe wahrscheinlich auf sich und ihr Treiben bezogen hat.

— Wie schon erwähnt, wird vom 1. Oktober an die wissenschaftliche Zeitschrift, deren Gründung auf dem Gothaer Congreß beschlossen wurde, unter dem Titel „Zukunft" in Berlin erscheinen. Wir können den Lesern die erfreuliche Mittheilung machen, daß die tüchtigsten Vertreter der sozialdemokratischen Weltanschauung für das neue Parteiunternehmen gewonnen sind, und daß, dem international-kosmopolitischen Charakter unserer Bestrebungen entsprechend, auch Franzosen, Belgier, Engländer, Amerikaner u. s. w. mitwirken werden. Unter solchen Umständen wird es der „Zukunft" unzweifelhaft gelingen, ihre Aufgabe, deren Schwierigkeiten wir am wenigsten uns verhehlen, in vollem Maß zu erfüllen.

Gleichzeitig — ebenfalls am 1. Oktober — soll in Zürich ein ähnliches Unternehmen ins Leben treten: „Die Neue Gesellschaft". Monatsschrift für Sozialwissenschaft, herausgegeben von dem Genossen Dr. F. Wiede, dessen Schrift gegen den Militarismus vielen unserer Leser bekannt ist. Auch dieses Unternehmen, das unzweifelhaft zur Verbreitung unserer Ideen beitragen wird, begrüßen wir als einen Beweis der geistigen Reg- und Strebsamkeit innerhalb der sozialdemokratischen Partei, und wünschen besten Erfolg.*)

— „Eine Reise nach Utopien".**) Der Leser braucht nicht zu erschrecken. Max Schlesinger ist ein zu durchgebildeter Sozialist, um uns Phantastereien à la Cabet aufzutischen. Was er mit diesem Schriftchen — das zuerst in der „Wahrheit" erschien — bezweckt und erreicht, ist der Nachweis, daß die Verwirklichung der sozialistischen Ideen auf wirthschaftlichem Gebiet, mit Ausnahme der sich bedroht fühlenden Sonderinteressen der herrschenden Klassen, keine erheblichen praktischen Schwierigkeiten bietet; daß die Bourgeoisgesellschaft selbst der sozialistischen Gesellschaftsorganisation vorarbeitet, sie vorbereitet, und daß jene Pfiffikusse, die, wie z. B. Herr Viktor Böhmert, die nationalökonomische Unmöglichkeit des Sozialismus behaupten, weder von Nationalökonomie, noch vom Sozialismus etwas verstehen. Veranlaßt wurde die Broschüre durch einen Artikel des Hrn. Viktor Böhmert in seiner „Sozial-Correspondenz" und der arme Viktor muß demgemäß selbstverständlich ein Bischen herhalten. Er ist ja d'ran gewöhnt! Wer die Franz'sche Bearbeitung durchgemacht hat, erfreut sich einer gegerbten Haut und kann Alles überstehn. Und Schlesinger meint's gut mit seinem Haselstöckchen! Nützen wird's natürlich nichts. Was Viktorchen in der Schweiz nicht gelernt hat, das lernt Viktor in Dresden nimmermehr. Aber andere können aus der ihm ertheilten Lektion lernen, und die Lernlustigen mögen ja nicht verfehlen, sich das, durch seinen billigen Preis (10 Pfg.) ja Jedem zugängliche Schriftchen anzuschaffen.

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

Siegburg, 13. August 1877.

Aus einer von Freundeshand so eben erhaltenen Zusendung in Sachen des Unbegreiflichen ersehe ich, daß die „Leipziger Volkszeitung" auch noch am 9. d. M. das Unbegriffene einerseits vom Unbegreiflichen andererseits nicht auseinanderzuhalten weiß. Da ich in dieser Angelegenheit betheiligt bin, werden Sie mir gestatten, ein Wörtchen mit einlegen zu dürfen. Die verehrte Gegnerin sagt zwar: „Das Unbegriffene und Unerkannte ist noch lange nicht das Unbegreifliche." Aus diesem Worte sollte man vermuthen, daß sie den Unterschied der beiden Dinge kennt. Aber dann heißt es auch wieder: „Ohne den Trieb das oder die Welträthsel zu lösen, ohne den Trieb, das noch „Unbegreifliche" zu verstehen und hinter dasselbe zu kommen, gäbe es eben keine Philosophie, keine Wissenschaft überhaupt." Nun wird doch jeder Schildbürger erkennen müssen, daß nur das Unbegriffene dazu treiben kann, nach Verständniß zu suchen, während das Unbegreifliche eine absolute Grenze unseres Begriffsvermögens sein würde, und ganz gewiß eine Nuß, die keinen Menschen zum Knacken einladet. Oder würde vielleicht Till Eulenspiegel sich die Zähne daran ausbeißen wollen?

Es ist ein Compliment für die Intelligenz meines Widersachers, wenn ich an seiner Aufrichtigkeit zweifle und der wissentlichen, böswilligen Trübung des Problems ihn beschuldige. Schon das kleine Wörtchen „noch", das er seinem Unbegreiflichen vorgesetzt hat, läßt auf tückische Hintergedanken schließen. Aus einem „noch Unbegreiflichen" kann jeder Spiegelfechter nach Bedarf Unbegriffenes und Unbegreifliches machen. — Sollte ich damit dem Gegner Unrecht thun, dann Pardon! Für diesen Fall will ich nochmals den Knoten mit der unverkennbarsten Deutlichkeit auseinanderlegen.

Achtung! Das Unbegriffene ist ein Objekt der Wissenschaft und sie verwandelt es im Laufe der Zeit und mit Hilfe genauerer Beobachtungen in Begriffenes. Das Unbegreifliche aber ist der Quadratur des Zirkels gleich, und behauptet der heilige Augustinus, daß sich mit flacher Hand leichter das Meer erschöpfen lasse, als mit unserem Verstande die heilige Dreifaltigkeit ergrübeln. Folge dessen gebe ich der „Leipziger Volkszeitung" den wohlgemeinten Rath, solche Dinge, die vom menschlichen Verstande nicht zu begreifen sind, also „das Unbegreifliche", einem höhern Monstre-Verstande zu überlassen.

Das nun ist der Punkt, um den es sich handelt.

Nicht um Plato, Schopenhauer, Kalischer, Humboldt, Strauß, Lange oder Spir, nicht wann die Philosophie-Professoren den Laufpaß erhalten, sondern darum: ob es zweierlei Verstand, zweierlei Erkenntniß giebt; ob das Ding, was die Deutschen Verstand nennen, ein menschliches oder ein unmenschliches Instrument ist; ob es von unserer „sensualistischen" Naturalwissenschaft richtig praktizirt wird, oder ob das „Naturerkennen" nur eine irdische Pfuscherei ist, während der wahre Verstandskasten mit unbegrenzten „Gehirnsekretionen" die Welt über den Wolken unsicher macht.

Wenn der philosophische Herr von der „Leipziger Volkszeitung" auf diesen entscheidenden Punkt — aber sachlich und ohne jedes „Gewäsch" — näher eingehen will, so steht ihm der „Hof- und Leibphilosoph" des „Vorwärts" gern zu Diensten.

J. Dietzgen.

— Am 4. August starb in St. Louis in den Vereinigten Staaten Ferdinand Lingenau. Als der, trotz seiner 63 Jahre noch so rüstige Freiheitskämpe im vorigen Jahre Deutschland besuchte, hätten wir nicht erwartet, daß der Tod ihn so bald fällen würde. Zur Charakteristik des Mannes setzen wir die Worte her, mit denen er am 18. März 1876 sein Vermächtniß an die Sozialdemokratie aller Länder schloß:

„Die Erde ist mein Vaterland, die Menschheit meine Familie, Allen wohlthun meine Religion."

Wir hoffen bald im Stande zu sein, eine ausführliche Lebensskizze des todten Freundes und Genossen zu geben.

Correspondenzen.

Königsberg i. Pr. Am Sonntag den 22. Juli feierten die hiesigen Arbeiter das alljährlich von ihnen begangene „Arbeiterfest". Die Witterung war wenig einladend, der Himmel mit grauem Gewölk bedeckt, und dennoch war der Besuch im Garten der „neuen Bleiche", wo das Fest gefeiert wurde, recht stark und wäre trotz der ungünstigen Witterung noch stärker besucht gewesen, wenn nicht so mancher Arbeiter durch den Wortlaut der Annonce „Bei ungünstiger Witterung findet das Fest am nächsten Sonntag statt", zu der Annahme verleitet worden wäre, daß dasselbe am 22. nicht stattfinde. Ungefähr um 6 Uhr ergriff Herr Arnold das Wort, begrüßte die Festgenossen, wies auf die Bedeutung des Festes hin und ermunterte die Arbeiter zu fernerer Theilnahme an der allgemeinen Arbeiterbewegung. Die Anwesenden gaben ihre Zufriedenheit mit dem Vortrage durch lautes Bravorufen kund. Darauf spielte die Musik und die Anwesenden sangen das Herwegh'sche Lied „Bete und arbeite". Nach Schluß der ersten sechs Strophen ergriff Herr Herbig das Wort. Er schilderte in längerer Rede den Zweck des Festes, wies auf die Errungenschaften der Arbeiter im übrigen Deutschland hin, auf das Streben derselben, der Menschheit die ihr von den Machthabern entzogene Freiheit zurückzugeben, gedachte der gemeinschaftlichen Thätigkeit der Arbeiter und Studenten zu Gunsten Dühring's, und forderte die Anwesenden auf, recht zahlreich auf die vom Oktober ab hier erscheinende „Königsberger Freie Presse" zu abonniren. Auch diesem Redner zollten die Anwesenden ihren Beifall. Darauf wurden die letzten Strophen des Liedes gesungen. Zum Schlusse ergriff Herr König aus Berlin das Wort. Er wies auf den Inhalt des gesungenen Liedes hin, rieth den Anwesenden, die Worte desselben zu beherzigen, damit sie sich endlich klar machen, wie ihre Lage ist und wie sie sein soll. Er wendete sich speziell an die Frauen und zeigte ihnen, wie ihre Arbeitskraft durch das Kapital ausgebeutet wird. Der Redner brachte zum Schluß ein dreimaliges Hoch auf die Arbeiterbewegung aller Länder aus, in welches das Volk mit Jubel einstimmte. R.z.

Linz a. Rh. (Mordspatriotisches.) In einer liberalen Zeitung lese ich eine Correspondenz aus Wiesbaden, deren Inhalt ich den Lesern des „Vorwärts" nicht vorenthalten darf, weil dieselbe das, was unsere Mordspatrioten thun und denken, so recht klar zur Anschauung bringt. In der gedachten Correspondenz wird berichtet, daß an dem zu 750,000 Mark veranschlagten Kostenbetrag des auf dem Niederwalde zu errichtenden Nationaldenkmals noch etwas mehr als 300,000 Mark fehlen. Ich habe in den Spalten dieses Blattes schon darauf hingewiesen, daß die Arbeiter die paar Groschen, welche sie noch verdienen, zu etwas Besserm verwenden können, als zur Verherrlichung des Massenmords, und wundert es mich — da ja bekanntlich der „Patriotismus" der Herren Bourgeois beim Geldsack aufhört — durchaus nicht, daß trotz aller Bettelei die Hälfte der veranschlagten Kosten erst beigebracht ist. Unsere Herrn Mordspatrioten, denen die Sache doch auch etwas zu denken giebt, fangen an, die Möglichkeit einer Blamage zu befürchten, wenn nicht bald das Geld zu dem bewußten Nationaldenkmal auf die eine oder andere Weise aufgebracht wird; deshalb haben sie denn auch ein letztes verzweifeltes Mittel beschlossen, um der Opferwilligkeit des deutschen Michel zu andern unnöthigen Ausgaben auch noch die zur Herstellung des Nationaldenkmals nothwendigen Gelder abzuluchsen. Der deutsche Kriegerverein zu Bremen ist es, welcher sich rühmen darf, den Stein der Weisen gefunden zu haben, indem er einen Vorschlag macht, von dem sich mein liberaler Gewährsmann die Lösung der Nationaldenkmalsfrage verspricht. Dieser Vorschlag ist folgender:

„Die deutschen Kriegervereine oder alle derartigen Vereine, welchen Namen sie auch führen mögen, veranstalten und übernehmen an einem noch näher zu bestimmenden Tage, vielleicht bei der diesjährigen Sedanfeier, Haussammlungen zu dem genannten Zweck, und zwar nicht nur bei Mitgliedern der Vereine, sondern bei der ganzen Bevölkerung."

Daß zu solchen Haussammlungen die polizeiliche Erlaubniß bereitwilligst gegeben wird, möglicherweise gar nicht einmal nachgesucht zu werden braucht, ist selbstverständlich — gilt es doch einem „echt patriotischen" Zwecke, während es für einen richtigen

---

*) Aus verschiedenen an uns gerichteten Briefen geht hervor, daß sich hier und da die Meinung verbreitet hat, die „Neue Gesellschaft" sei das von dem Gothaer Congreß beschlossene Unternehmen, dessen Erscheinen in Berlin auf unerwartete Hindernisse gestoßen sei. Wie aus obiger Notiz erhellt, ist dies vollkommen irrig.

**) Eine Reise nach Utopien von Maximilian Schlesinger. Separatabdruck aus der zu Breslau erscheinenden Zeitung „Die Wahrheit". Preis 10 Pfg. Breslau 1877. Verlag der Schlesischen Volksbuchhandlung (H. Zimmer u. Co.). Zu beziehen von der Expedition des „Vorwärts". (Einen Druckfehler auf S. 14, wo 10,000 Millionen steht, statt 10 Millionen, erlauben wir uns hier zu berichtigen. Redaktion des „Vorwärts".)

„Kulturkämpfer" ebenso selbstverständlich ist, daß die wohllöbliche Polizei einen reisenden Handwerksburschen, der ebenfalls eine Haussammlung abhält, um sich etwas Brod oder das nöthige Schlafgeld zu fechten, arretirt und einsperrt. Ist doch jeder Preuße vor dem Gesetze gleich, und was dem Einen recht ist, ist dem andern billig. Hören wir nun die hochpatriotischen Bemerkungen, die der liberale Correspondent an seine Mittheilungen knüpft: „Hat doch die ganze Bevölkerung Deutschlands (oho!) an der Errichtung des Denkmals ein großes Interesse und kann sie bei dieser Gelegenheit dasselbe auf das Glänzendste bethätigen," faselt unser liberaler reichstreuer Gewährsmann. Und dann: „Unserer Ansicht nach kann die augenblickliche geschäftslose Zeit kein Hinderniß zu einer Sammlung für einen so patriotischen Zweck sein." — Wem fallen da nicht die Heine'schen Worte ein:

„Fatal ist mir das Lumpenpack,
Das, um die Herzen (den Geldbeutel) zu rühren,
Den Patriotismus trägt zur Schau
Mit allen seinen Geschwüren!"

Was werden wohl die Arbeiter Denen zur Antwort geben, die ihnen zumuthen, von ihrem sauer verdienten Geld, welches kaum zur Beschaffung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse hinreicht, eine patriotische Gabe auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen? — Und dann, was sollen wir dazu sagen, daß der gedachte Herr Artikelschreiber von einer augenblicklichen geschäftslosen Zeit spricht? Spiegelt sich in dieser Aeußerung nicht so recht treffend die Anschauung der „Liberalen" über die wirthschaftliche Nothlage ab, zeigt sich nicht die Unkenntniß der Herren Liberalen in volkswirthschaftlichen Dingen? Bis wann glaubt der Herr Correspondent denn das Vorübergehen dieser Krisis erwarten zu dürfen? Soll dieselbe gar am Ende durch einen neuen frisch-froh-fröhlichen Krieg verdrängt werden, und beabsichtigen unsere Kulturkämpfer vielleicht durch die Errichtung eines Nationaldenkmals, durch die Sedanfeier ꝛc. den zu jenem Krieg nothwendigen Grad von patriotischer Begeisterung und Opferwilligkeit im Volke anzufachen und bereit zu halten — wer weiß es? Sch.

Chemnitz, den 11. August. Unser hiesiges Parteiblatt schreibt: Auf Antrag der Königlichen Staatsanwaltschaft wurde heute früh der stellvertretende Vorstand des hiesigen Gerichtsamtes im Bezirksgericht und Schriftführer des Stadtverordnetencollegiums, Herr Assessor Böhmer, verhaftet. Aus dem strengen Verfahren des Staatsanwalts gegen diesen bisher in so hervorragender Stellung befindlichen Mann ist zu schließen, daß Letzterer ganz bedeutende Vergehungen verübt haben muß. Assessor Böhmer ist derselbe, welcher alle die bekannten „Beleidigungs"-Prozesse gegen uns geführt und die regelmäßigen Verurtheilungen in denselben ausgefertigt hat. Er war ein Streber schlimmster Sorte und zeichnete sich gegen angeklagte Sozialdemokraten besonders durch sein brutales, oft sogar rohes Gebahren aus. Wir konnten hierüber bisher nichts veröffentlichen, weil wir für jeden Angriff auf diesen Menschen auf Antrag des Justizministeriums zu schweren Gefängnißstrafen wegen Richterbeleidigung verurtheilt worden wären.

Wie man sich allgemein erzählt, erfolgte die Verhaftung des Assessor Böhmer wegen Aktenfälschungen, die er in gewinnsüchtiger Absicht begangen hat. Sein Vergehen ist also gemeiner Betrug unter erschwerenden Umständen; letzteres deshalb, weil er ihn unter Mißbrauch seines Amtes und mit Hilfe der Rechte, welche ihm dieses Amt gab, verübte.

Ins Gefängniß wanderten heute unser Redakteur Petzold und unser Genosse Göhe, Ersterer vorläufig auf 10 Tage wegen Preßsünden, Letzterer auf 4 Monate wegen einer Rede gegen den Militärismus. Die Urtheile Beider sind in erster Instanz vom Assessor Böhmer ausgefertigt worden.

— Wir erhalten folgendes Schreiben zum Abdruck:

Opperdorf, im Juli.

Geehrte Redaktion!

Ich gehöre eigentlich nicht zu Ihrer Partei, denn ich bin römisch-katholisch, aber Sie kämpfen ja für Menschenrechte und falls dieser Artikel Ihr Interesse erregt, so bitte ich, nehmen Sie denselben in Ihr Blatt auf. Ich bin Thierarzt, und wie mein Kranken-Journal nachweist habe ich im letzten Jahre mehrere Hundert Pferde allein zur Behandlung erhalten. Dies erweckte Eifersucht — kurz ich wurde denunzirt, daß ich mir die Benennung Thierarzt beigelegt und wurde trotz aller Einreden und Gerechtsame bestraft.

Ich war nämlich früher Cavallerie-Offizier, wurde Invalide und da ich kein Vermögen besaß, auch keine Pension erhielt trotz 12jähriger Dienstzeit, folgte ich meiner Neigung und wurde Thierarzt. Ich ging nämlich, um mich für diesen Beruf wirklich wissenschaftlich auszubilden, auf die Thierarzneischule und durchlief in den Jahren 1856—59 alle Semester, ohne mich jedoch zur Abgangs-Prüfung zu melden. Es war dieses zu damaliger Zeit nicht nothwendig, dafür spricht folgendes Gesetz, in allen Amtsblättern bekannt gemacht:

Amtliche Verfügung des Namens Thierarzt, die sich Leute ohne Approbation beilegen dürfen.

Der Königl. Regierung erwidre ich, daß auf Grund des Allerhöchst genehmigten Reglements über die Eintheilung des thierärztlichen Personals vom 25. Mai 1839 Personen, welche ohne als Thierarzt geprüft und approbirt zu sein thierärztliche Praxis treiben, nicht verboten werden kann, die Benennung Thierarzt sich beizulegen. Auch kann ich mich nicht veranlaßt finden, ein solches Verbot bei des Königs Majestät in Antrag zu bringen, da nach Lage der Gesetzgebung den approbirten Thierärzten keine ausschließliche Berechtigung zur Ausübung der Thierheilkunde zusteht, die Benennung Thierarzt nicht als ein amtlicher Titel zu betrachten ist und die Beschäftigung derjenigen richtig bezeichnet, welche ohne als Thierarzt approbirt zu sein die Thierheilkunde gegen Endgeld ausüben. Dagegen bleibt es approbirten Thierärzten überlassen, sich zur sicheren Unterscheidung approbirte oder geprüfte Thierärzte zu benennen.

Berlin, 31. März 1847.

Der Minister für geistl. Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
v. Eichhorn.

Auf Grund dessen etablirte ich mich damals als Thierarzt, wurde von der Kgl. Regierung und den Behörden als solcher anerkannt, wurde als solcher getraut, alle meine Kinder sind auf diesen Stand des Vaters im Kirchenbuche eingetragen und alle meine Urkunden auf diesen Charakter ausgestellt.

Da kam das Jahr 1869 mit seiner Gewerbefreiheit, „aber nach § 29 d. G. darf sich Niemand Arzt, Thierarzt, Wundarzt oder Zahnarzt nennen, der nicht als solcher approbirt ist."

Ich habe nun geglaubt, daß dies neue Gesetz auf mich keine rückwirkende Kraft mehr haben könne, täuschte mich aber, muß nicht nur empfindliche Strafe bezahlen, sondern sehe mich auch in Ausübung meines nun schon 20 Jahr treibenden Gewerbes gestört. Dieserhalb schreibe ich nun an alle Thierarzneischul-Direktionen herum mit der Bitte, mich zu prüfen. Trotzdem daß ich den Herren Professoren mitgetheilt, daß ich früher Rittmeister gewesen, verlangt man von mir das Secundaner-Zeugniß eines Gymnasiums und den Nachweis eines 4jährigen Besuchs einer Thierarzneischule. Was aber in aller Welt hat das Secundaner-Zeugniß einem ehemaligen Offizier für einen Werth und der Besuch einer Thierarzneischule einer 20jährigen Praxis gegenüber?

Ich habe mich bisher vergeblich nach einem Direktor einer Thierarzneischule umgesehen, der da geantwortet hätte, gut, wir wollen Sie prüfen und uns überzeugen, ob Sie ein wissenschaftlich gebildeter und praktisch erfahrener Thierarzt sind und als Medizinalperson gelten können, oder ob Sie ein solcher sind, der da Leute betrügt und ihnen das Geld aus der Tasche lockt, denn nur in diesem Sinne kann doch nur das Gesetz, nachdem ich durch Erfahrung und Thatsachen erprobt bin, angewandt werden, und doch nicht etwa mit dem Verlangen die Ansichten der theilweise in Theorien versunkenen oder ganz jungen niemals in der Praxis gewesenen Lehrer zu theilen! Es ist nämlich ein großer Unterschied zwischen einem Stubengelehrten und einem praktischen Thierarzt, und einem heutigen Amtsthierarzt und einem gewöhnlichen anderen. Während der Amtsthierarzt sich hinter seine Stellung versteckt, darf dem anderen nichts krepiren oder fehlgehen, sonst ist's mit der Praxis aus, und auf einer Königl. Anstalt und Spitale kann man anders kuriren als im Krankenstalle eines Privat-Thierarztes, dort kann ein Virchow mitreden, hier heißt's, was immer geholfen wird, wieder helfen und theuer darf's auch nicht sein. Im Gegentheil, die alten Lehrbücher besitzen viel mehr praktisches Wissen, wenn sie auch ein Greuel der heutigen Wissenschaft sind — was gut ist wird aber nie alt. Möchte man nur die vielen mißlungenen Resultate und Sterbefälle auf einer Thierarzneischule näher beleuchten, ich wenigstens erblicke hierin keinen Fortschritt und Thatsache ist, wie Vogel in Stuttgart sagt, daß im Verhältniß vor Einführung der Thierarzneischulen ebenso viel Thiere hergestellt wurden, als mit Einführung derselben.

Ob nun die Denunziation, nachher die Strafe und endlich die Maßnahmen der Thierarzneischulen gegen mich als 20jährigen Praktiker Billigung finden, überlasse ich dem Urtheil aller ehrlichen Leute aller Parteien.

A. Rabenau,
ehemalig. Landwirth u. Thierarzt;
Rittmeister a. D.

Oeffentliche Quittung

über eingegangene Gelder zur Deckung der Wahlschulden im sechsten schleswig-holsteinischen Wahlkreise.

Von den Arbeitern der Wulf'schen Fabrik Mark 8,60; von Reichel's Fabrik 4,30; durch Heyden vom Bau bei Timmermann 12,50; von Lange, Schnorrbusch und Schmidt 12,00; durch Landahl von C. Bos Fabrik 13,50; durch Schmalfeldt aus Pinneberg 20,00; aus Erdmann's Büchse 2,20; aus Steen's Büchse 6,00; Lange's Fab. 15,00; aus Schlottmann's Büchse 0,85; von Schlottmann 1,00; Stegen's Fabrik 4,00; Lauenburg's Fabrik 3,00; Kauschra's Fabrik 34,85; Gerloff's Fabrik 1,45; Hansen's Fabrik 30,00; Bier's Fabrik 5,65; Anthony's Fabrik 25,50; Loges' Fabrik 45,00; Barth's Fabrik 5,00; D. Köster's Fabrik 10,90; durch Palan von den Maurern 12,60; von Quast's Fabrik 15,00; Thomsen's Fabrik 9,00; aus Lindemann's Büchse 1,90; von Heuer's Fabrik 4,50; Beer's Fabrik 4,73; aus Pannenbecker's Büchse 2,20; von Strube's Fabrik 10,00; Burghardt's Fabrik 6,80; Schiwan's Fabr. 12,00; Methe's Fabrik 18,82; Eichhoff's Fabrik 1,50; A. Schmidt's Fabrik 6,00; Stein's Fabrik 21,60; Löhndorf's Fabrik 5,40; aus R. Barthel's Büchse 7,00.

Ottensen, den 9. August 1877.

F. Kühl. F. Heerhold.

An die sämmtlichen Gewerkschafts-Ausschüsse und Vorstände in Deutschland.

Unter dieser Ueberschrift wurde in Nr. 93 dieses Blattes von Hrn. Ludwig, dem „Vorsteher" des sich „Gewerkverein der Metallarbeiter für Leipzig und Umgebung" nennenden Vereins, eine Anfrage betreffs Kartellvertrags an alle deutschen Ausschüsse u. s. w. gerichtet. Um nun alle solche, welche gewillt sind, dem Herrn Ludwig und Genossen in Leipzig entgegen zu kommen, zu warnen, erlauben wir uns kurz mitzutheilen, welche Gründe obigen Antrag veranlaßt haben. Leipzig, welches mit seinen Mitgliedern eine Filiale unserer Vorortsverwaltung der centralisirten Krankenkasse in Stuttgart und der Braunschweiger Vorortsverwaltung unserer Gewerkschaft bildet, fühlte sich durchaus berufen, eigenmächtig verfahren zu dürfen, und hoffte auch, durch Beschluß unserer Delegirten-Versammlung, welche bekanntlich Pfingsten in Gotha tagte, zur Vorortsverwaltung unserer Krankenkasse ernannt zu werden. Man täuschte sich aber. Der Delegirtentag ließ vielmehr die Vorortsverwaltung unserer centralisirten Krankenkasse noch auf 2 Jahre in Stuttgart.

Unsere Berliner Genossen hatten auf der Delegirten-Versammlung in Gotha den Antrag gestellt, daß keine Lokalkrankenkasse, welche von Mitgliedern der Metallarbeiter-Gewerkschaft gegründet wurde, länger bestehen dürfe, als bis unsere Vorortsverwaltung die Genehmigung von der Behörde erwirkt habe. Dies bezogen die Leipziger Genossen auf sich; trotzdem wir heute noch nicht eingeschrieben sind, behaupten sie, man wolle sie nur aus der centralisirten Kasse hinaushaben und Leipzig trat, Ludwig voran, aus. Anstatt sich aber nun mit unserer Vorortsverwaltung abzufinden und die Beiträge statutenmäßig bis zum Tage des Austritts an uns abzuschicken, enthält man uns für 13 Wochen die Beiträge und sämmtliche Utensilien vor; letztere sollen wir erst dann haben, wenn wir einen Karteivertrag mit ihnen abgeschlossen haben. Auf einen Vertrag behufs gegenseitiger Auszahlung von Reiseunterstützung können wir schon darum nicht eingehen, weil wir nicht hilfreiche Hand leisten wollen, daß einige Mitglieder ihrer Rechte beraubt werden. Dies ist der ganze Sachverhalt. Alle Vorortsverwaltungen also, welche Neigung haben sollten, sich mit dem „Metallarbeiter-Gewerkverein" in Leipzig einzulassen, werden gut thun, sich diesen Schritt erst gründlich zu überlegen.

Für die Vorortsverwaltung der Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft:
Louis Söhler.

Briefkasten

der Expedition. Heerhold in Ottensen: Die Annonce kam für die Mittwochsnummer zu spät.

Quittung. F. Wgnd Worms Ab. 1,80. Schlz Braunschweig Ann. 2,10. H. Strbl Zwickau Ab. 145,76. J. Brn Graz Ab. 5 81. G. Brn Heidenheim Ab. 5,00. Sbl Dortmund Ab. 6,60. Lbg Auffig Ab. 1,60. Dckmann Kiel Ann. 2,80. Fchr Mylau Schr. 7,16. Hlbn Frankenhausen Schr. 4,95. Schld Straßburg Ab. 11,63. Mlr Mannheim Ab. 20,00. Spz Halle Ab. 1,20. Mlr Buchhm Schr. 0,50. Blm Höhr Schr. 0,70. Brn Speier Schr. 0,50. Zimmrmann Hensfeld Schr. 2,60. Hnnngsn Bookum Schr. 1,40. Ntr Nowawes Schr. 1,00. Gnthr Hannover Schr. 6,50. Dtmnn Dieburg Schr. 1,70. Arb.-Bild.-Verein Dresden Schr. 9,40. Mr Ifstein Ab. 1,60. Wrkrt Dresden Schr. 3,00. Knr Wertheim Schr. 1,60. Brrtz Dinslaken Schr. 2,70. Bgnr Reichenhall Schr. 3,00. Hse Mühlhausen Schr. 2,40. Dltzsch Reudnitz Schr. 6,00. Kln Ludwigshafen Schr. 13,25. Wtzl Altenburg Schr. 14,00. Hüngl Nordhausen Schr. 12,50. Hfflchr Saarbrücken Schr. 0,50.

Ein Bildhauer sucht Stelle als Modelleur od. Zeichner gleichviel in welcher Branche. Parteigenoss. werden zur Vermittlung dring. ersucht. Off. an d. Exped. d. Bl. einzusenden. (2a) (F. 40) [90

Frankfurt a. M. Sozialdemokratischer Wahlverein. Samstag, den 18. August, Abends 9 Uhr, bei Pfuhl, Zeil 47: (2b) (F. 122) [80

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes 3. Verschiedenes.

J. A.: K. Ibsen.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 18. August, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11: [70

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Vorträge von H. Meister. (F. 163)

Der Vorstand.

Leipzig. Donnerstag, den 16. August, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau. Referent R. Seiffert.

Der Agent. [60

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 18. August, Abends 8 Uhr, in Menzels Restauration am Täubchenweg:

Versammlung.

Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht der Kranken- und Gewerkschaftskasse. 2. Die Agitation in und um Leipzig.

Alle Mitglieder müssen erscheinen. Aufnahme neuer Mitglieder. [90

NB. Sonntag, den 19., alle Mann zum Arbeiterfest nach Stötteritz.

Genossenschafts-Buchdruckerei zu Kiel.

(Eingetragene Genossenschaft.)

In der am 5. August d. J. in Itzehoe tagenden, die Genossenschaft constituirenden Versammlung sind Unterzeichnete in den Vorstand gewählt. (F 180) [80

J. Heinzel, H. Dieckmann, Disponenten.
H. Walther, Kassirer.

Bekanntmachung.

Der Aufsichtsrath der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Kiel (Eingetragene Genossenschaft), gewählt in der dieselbe constituirenden Versammlung am 5. August in Itzehoe, hat seine Constituirung vollzogen.

1. Vorsitzender C. Krenzberg, Itzehoe, Sieversstraße;
2. „ H. Meier, Beidenfleth bei Itzehoe;
1. Sekretär J. Hüls, Itzehoe, Sieversstraße;
2. „ A. Oelkers, Lägerdorf bei Itzehoe;
Beisitzer J. Klasen, Itzehoe, Hintern Sandberg 120;
1. Ersatzmann F. Rodewoldt, Itzehoe, Hermannstr. 226;
2. „ Robert Schreck, Itzehoe, Ritterstr. 100;
3. „ C. Marquardt, Itzehoe, Feldschmiede b. Stuvenborg.

Itzehoe, den 10. August 1877. (F 180) [150

J. Hüls, Sekretär.
C. Krenzberg, Vorsitzender.

Nachbezeichnete

Annoncen-Restanten

werden aufgefordert, den schuldigen Betrag sofort einzusenden. (3a

Altona: Bau-, Land- und Erdarbeiter 0,90; Metallarb.-Gew. 0,60 Cöln a. Rh.: Wahlverein 1,80; Hamburg: Tabakarb.-Ver. 1,60 Mülheim a. Rh.: Wahlver. 0,60; Neuschönefeld: Arb.-Ver. 1,20 Schwerin: Moje 1,50; Thonberg: Wahlfest-Comité 1,20.

Leipzig, 14. August 1877.

Die Expedition des „Vorwärts".

Im Verlage der Leipziger Genossenschafts-Buchdruckerei ist erschienen und durch die Unterzeichneten zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Inhalts-Verzeichniß.

Vorwort, mit gedrängter Statistik über die letzten Reichstagswahlen. — Vollständiges Kalendarium (protestantisches, katholisches, Sonnen- und Mondwechsel, Tages- und Nachtlängen ꝛc.). — Umsonst geopfert. Erzählung von Robert Schweichel. — Glück und langes Leben. Episode nach dem Leben von Carl Hillmann. — Die Erziehung zur Ungleichheit und Unfreiheit. Von L. Y. S. — Ludwig Börne (Biographie). Mit Portrait. — Die Wiener Arbeiter von 1848. Von Wilhelm Blos. — Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben. Von F. W. Fritzsche. — Die Werththeorie. Kapitel aus der politischen Oekonomie von H. Oldenburg. — Eine Epistel zur Kindererziehung. Von Emil Roßbach. — Die Wichtigkeit der Grund- und Bodenfrage. Von Georg Vollmar. — Der Himmel. Naturwissenschaftliche Skizze von W. Brade. — Saint Simon (Biographie). Mit Portrait. — Die dümmste Frau. Humoreske. — Die Menschenaffen. Mit Illustrationen. — Die Pariser Commune. Von L. L. — Gedichte: „An die Reichen" von Victor Hugo; „Aus der Jugendzeit" und „Der alte Demokrat" von Aug. Geib. — Anekdoten. Sinnsprüche. Räthsel. Sprüchwörter. Wichtige Entdeckungen und Erfindungen. — Marktverzeichnisse, nach Provinzen eingetheilt. — Ebbe- und Fluth-Tabelle. Eisenbahntabelle. Postportotarif.

Die Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und geschnitten.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pf., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pf., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück } netto gegen baar.
gebunden 40 „ „ „ }

Expedition des Vorwärts, Leipzig, Färberstr. 12/II.

Allg. deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin.
SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a, 2 Tr.

Besteller aus dem Norden wollen ihre Aufträge nach Berlin, diejenigen aus Süd- und Mitteldeutschland nach Leipzig adressiren.

Durch uns ist zu beziehen:

Que Faire?

Französischer Roman von Tchernyschewsky.

33 Bogen stark. Preis 4 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Hierzu die „Wissenschaftliche Beilage" Nr. 4.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: V. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Bolt, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lautermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 97. Sonntag, 19. August. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat September zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** ꝛc. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch „Hospitalstr. 39/II, Leipzig-**Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Mit vierzig Jahren

wird der preußische Soldat arbeitsunfähig — so erklären die königlich preußischen Behörden selbst, wenn auch in indirekter, so doch sehr verständlicher Weise.

Die Sache ist so! Nach 12- resp. 15jähriger oder längerer Dienstzeit erhält der preußische Unteroffizier oder Feldwebel einen Civilversorgungsschein, durch welchen er allen Königlichen- und Communal-Civilbehörden zur Anstellung empfohlen wird; ist nun der Civilversorgungsberechtigte im Eifer, „seinem Könige und seinem Vaterlande zu dienen", so lange bei dem Militär geblieben, daß er das 40. Lebensjahr überschritten hat, so erhält er von den Civil- und Communalbehörden, an welche er sich um Anstellung gewandt hat, seinen Berechtigungsschein meistens mit der Bemerkung zurück, daß der Anstellungsuchende zu alt sei.

Ist der Civilversorgungsberechtigte aber noch rechtzeitig vom Militär abgegangen, findet er dann Anstellung bei irgend einer Behörde, wird aber aus irgend einem Grunde z. B., daß er zu der erhaltenen Stelle sich nicht qualifizire und mit dem Bescheide entlassen, daß er zu anderen Stellungen tauglich sei und sich zu solchen melden möge, und hat er dann inzwischen das 40. Lebensjahr überschritten, so erhält er wieder von den Behörden, bei denen er sich meldet, den lakonischen Bescheid: zu alt!

Wir wollen hier zwei Fälle erwähnen:

Der Feldwebel Stoltefuß vom 3. Garderegiment zu Fuß (Hannover) trat mit seinem 20. Lebensjahre in den Militärdienst. Nach 21jähriger Dienstzeit, also 41 Jahre alt, trat er als vollständiger Invalide aus und erhielt eine Pension von 15 Thlr. monatlich, da ihm sein Gesundheitszustand nicht erlaubte, in irgend welchem Dienste thätig zu sein. Nach etwa zwei Jahren stellte man denselben wieder vor eine ärztliche Commission, fand, daß sein Zustand sich soweit gebessert habe, daß er eine Stelle annehmen könne, reduzirte in Folge dessen seine Pension von 15 auf 7 Thaler und gab ihm als Ersatz für den Ausfall den Civilversorgungsschein. Alle Bemühungen, darauf hin eine Anstellung im Civil-Staatsdienst zu erhalten, sind vergeblich geblieben, denn überall, allüberall tönte es ihm zurück: Du bist zu alt!

Anstatt monatlich 8 Thaler erhielt der Mann, der seine beste Lebenszeit dem Staat geopfert hatte, ein völlig werthloses Stück Papier!

Ein anderer Fall:

Vor einigen Tagen besuchte uns der Feldwebel a. D. Didem aus Köln; der Mann hat 15 Jahre lang „dem Könige und dem Vaterlande gedient", er trat als Halbinvalide mit 5 Thalern monatlicher Pension und dem Civilversorgungsscheine in der Tasche aus der Armee. Didem ist verheirathet und hat sieben Kinder.

Derselbe leistete seine Probezeit bei einer Rheinischen Eisenbahngesellschaft; durch sein gerades Wesen kam er aber bald bei seinen bureaukratischen Vorgesetzten in eine schiefe Stellung. Didem bestand nämlich ohne Rücksicht auf den Umstand, daß er noch nicht fest angestellt war, in einer Streitsache gegen einen Vorgesetzten auf seinem Rechte und wurde nunmehr nicht angestellt. In dienstlicher Beziehung konnte man dem Manne nicht das Geringste nachsagen; „er hatte sich nur zu oft bei den Vorgesetzten beschwert." Hätte er sich geduckt, hätte er geschmeichelt, so würde er wohl definitiv angestellt worden sein.

Inzwischen aber hat Didem das 40. Lebensjahr überschritten, und alle seine Anstrengungen, irgendwo im Civildienst angestellt zu werden, sind fruchtlos geblieben — immer erschallt der Ruf: zu alt! Nur einmal lächelte dem Aermsten das Glück. Die Exekutorenstelle in Balve (Westfalen) wurde ihm angeboten, aber gleichzeitig dabei bemerkt, daß dieselbe im Jahre höchstenfalls 70—75 Thaler einbringe.

Weiter und immer weiter meldete sich der Mann, welcher 15 Jahre lang dem Staate als Soldat gedient hat, die besten Jahre seines Lebens!

Wohl 50 Antworten von Behörden haben wir gelesen — immer mit dem fatalen Worte: zu alt!

Die Noth der Familie wurde geradezu unerträglich; Petitionen bis an den Kaiser, ein Fußfall auf offener Straße zu Ems, zu welchem der Soldat durch die Verzweiflung getrieben war — Alles hat nichts gefruchtet; Weib und Kinder aber hungern.

Doch vielleicht nimmt man dich bei dem Regiment wieder an, dachte Didem. Er meldete sich bei dem Corpscommandeur. Halbinvalide, zu alt — nicht angenommen.

Nun kommt Didem zu uns; wir können ihm natürlich nicht helfen — unsere Partei hat Unterstützungsbedürftige in Hülle und Fülle hinter den Kerkerriegeln — doch der königl. preuß. Feldwebel a. D. wünscht auch keine direkte Unterstützung, er will aber die Veröffentlichung solcher traurigen Zustände durch den „Vorwärts".

Gern willfahren wir diesem Wunsche und werden in der nächsten Nummer über denselben Gegenstand einen von Didem selbst geschriebenen weiteren Beitrag zu der Civilversorgungsmisère altgedienter Soldaten bringen. Man wird auch aus der Abhandlung ersehen, daß Didem wohl befähigt ist, im Civildienst auf irgend einem Bureau die schriftlichen Arbeiten zu verrichten. —

Uns thun nur die braven Männer leid, welche vertrauensvoll die Kraft ihres Lebens dem Militärstaate opfern, um nachher eine bescheidene Anstellung zu erlangen, sie thun uns leid, wenn sie sich in solcher Erwartung getäuscht sehen; wir freuen uns aber darüber, daß der Militärstaat selbst durch solche Vorkommnisse sich das eigene Grab schaufelt, daß er seine besten Stützen fortstößt, so daß er bald schon zusammenbrechen wird.

Die Vorgänge in den Vereinigten Staaten.

Wir sind nun im Besitz des Gesammtmaterials über die Ereignisse, welche sich „in der großen Strikewoche" in Amerika abgespielt haben. Indem wir es unseren amerikanischen Correspondenten überlassen, soweit es ihnen gut scheint, Einzelheiten mitzutheilen, beschränken wir uns darauf, einige Punkte hervorzuheben, die zur Vervollständigung des Bildes noch nöthig sind. Es ist Thatsache, daß die Miliz fast überall mit den Strikenden sympathisirt hat und sich nicht gegen sie verwenden lassen wollte.

Es ist Thatsache, daß die öffentliche Meinung den Strikenden im Ganzen sehr günstig war und ihnen, den Eisenbahngesellschaften gegenüber, Recht gab. Ein Bourgeoisblatt, der „Philadelphia Demokrat" vom 25. Juli schreibt z. B.:

„In Pittsburg, in Harrisburg, in Reading, in Buffalo, in Baltimore, in Philadelphia, kurz überall, wo der Ausstand der Eisenbahnleute mehr oder weniger gewaltthätige Folgen hatte, sympathisirte und sympathisirt noch die große Mehrzahl der Bevölkerung mit diesen von Noth und Armuth Heimgesuchten. Und sehr Viele sympathisiren mit ihnen nicht blos aus Mitgefühl und Gerechtigkeitsliebe, sondern weil sie in ganz ähnlicher oder noch schlimmerer Lage sind, und die Zeit für gekommen erachten, um dem armen Arbeiter sein Recht auf einen ausreichenden Lebensunterhalt zu sichern."

Wir könnten dieses Zeugniß verhundertfachen.

Es ist Thatsache, daß die Strikenden sich jeder Gewaltthätigkeiten enthalten, und daß sie den Excessen und Eigenthumszerstörungen vollkommen fern gestanden, ja, so weit es ihnen möglich, Gewaltthätigkeiten verhütet haben. Das gemäßigte, anständige Vorgehen der Eisenbahnarbeiter erwarb ihnen namentlich auch die Sympathien des reisenden Publikums, obgleich dies unter der Verkehrsstockung am meisten zu leiden hatte. Charakteristisch ist folgender Protest, den die in Erie (Pennsylvanien) „festliegenden" Passagiere am 25. Juli erließen:

„Wir, die unterzeichneten Passagiere, die wir hier seit 24 Stunden festliegen, geben hiermit unserer Entrüstung Ausdruck über die durchaus ungerechtfertigte und unnöthige Einstellung der Beförderung von Passagierzügen seitens der Bahn. Die Strikers hier haben sich höchst friedfertig erwiesen und den Passagieren gegenüber nicht allein die möglichste Zuvorkommenheit, sondern auch den besten Willen gezeigt, die Post- und Passagierzüge zu befördern. Sie sind indeß von der Eisenbahngesellschaft hieran verhindert worden. Als einen Beweis der Gutmüthigkeit und Willigkeit der Striker führen wir die Thatsache an, daß die Striker in einer Versammlung gestern Abend eine Sammlung veranstalteten, um die Hotelunkosten aller unbemittelten Passagiere zu bestreiten, und daß sie sich der Frauen und Kinder auf das Sorgvollste annahmen, sowie Alles thaten, was in ihren Kräften stand, um den Passagieren Bequemlichkeit und Unterkommen zu verschaffen."

Der Protest ist von 71 Passagieren unterzeichnet.

Und diese Männer hat ein Theil unserer deutschen Presse sich erfrecht, als raubgieriges, rohes, blutdürstiges Gesindel hinzustellen!

Es ist Thatsache, daß nicht ein Tropfen Blut wäre vergossen worden, wenn die Behörden nicht theilweise den Kopf verloren und unter dem Einfluß der ja sehr einflußreichen Eisenbahn-Gesellschaften gehandelt hätten.

Um zu zeigen, wie unsere Parteigenossen „drüben" die Vorgänge auffaßten und beurtheilen, theilen wir nachstehend einen Leitartikel des „Milwaukee Sozialist" vom 24. ds. (also mitten in der schärfsten Krisis geschrieben) mit; er ist betitelt: „Die Zeit des Kampfes" und lautet:

„Wir Sozialisten nähern uns jetzt einer Zeit, in welcher wir beweisen müssen, was wir thun können, um die von uns vertretenen Prinzipien zur Geltung zu bringen. Das was wir seit Jahren voraus gesagt haben, die Auflösung der jetzigen Gesellschaft und der damit verbundene Kampf fängt an, sich zu verwirklichen und mit Entsetzen heimsen die verblendeten Bewunderer der alten Ordnung, des Reiches der Ausbeutung, die von ihnen gesäeten und gehegten Früchte ein. Wie herrlich und anlockend erschienen sie, so lange diese Früchte am Baume hingen und von der Sonne beschienen waren; jetzt, da sie reif und überreif geworden und von selbst herabfallen, zeigen sie, daß sie aus einer Drachensaat hervorgegangen sind und Tod und Verderben in die Welt bringen müssen. Wie immer, werden natürlich die Urheber dieses Unglücks, die Schuldigen, die Verantwortung für ihre Thaten von ihren Schultern abzuwälzen suchen. Sie werden sich hüten, die Consequenzen auf sich zu nehmen und behaupten, daß wir Sozialisten es sind, welche diese traurigen Resultat herbeigeführt haben.

„Aber im Namen der Wahrheit und im Namen der Thatsachen protestiren wir hiergegen. Uns und unseren Prinzipien stehen die Strikers im großen Ganzen so fern wie die Eisenbahnmonopolisten und die fluchwürdige Sippe, welche deren freiheitsfeindlichen und ausbeuterischen Handlungen mit den Waffen in der Hand unterstützt, denn beide Theile sind nur ein Ausdruck der von uns bekämpften Zustände und beide haben die von uns befürworteten Besserungsmaßregeln bisher gleich wenig verstanden und unterstützt. Mit blinder Leidenschaft und abhängig von den äußeren materiellen Einflüssen, nicht inspirirt und geläutert durch ein höheres Princip, bekämpfen sie sich gegenseitig und appelliren an die rohe Gewalt, als entscheidende Macht.

„Unter deren Aegide aber muß zuletzt die alte Gesellschaft, die Reaktion siegen, denn sie ist ihre alte Verbündete, kennt alle ihre Schliche und Hilfsmittel, und ist mit Rücksicht darauf auf's sorgfältigste organisirt.

„Schwach sind die Unterdrücker des Volkes nur dann, wenn neue Ideen die Massen durchdringen, wenn dieselben von höheren Zielen begeistert werden und bereit sind für den Fortschritt mit ihrem Blut einzustehen. Dann mögen Diejenigen, welche den geistigen Kampf beginnen, anfangs noch so Wenige sein, und über noch so geringe materielle Mittel verfügen: ihre Macht ist unüberwindlich und zuletzt, wenn es darauf ankommt, werden sie sogar im Stande sein, die rohe Gewalt mit ihren eigenen Waffen zu überwinden. Sämmtliche Revolutionen, die je stattgefunden haben, und hier in Amerika speziell der Unabhängigkeitskrieg und der Krieg gegen die Sklavenhalter, haben dies auf's unwiederleglichste bewiesen, und wie es in der Vergangenheit war, so wird es auch in der Zukunft sein.

„Wir Sozialisten werden uns deshalb nicht durch die schwierigen Umstände verwirren und von unserem Wege abbringen lassen, sondern wie immer den idealen Inhalt unseres Bestrebens, unsere Prinzipien, zur Geltung bringen.

„Unsere Sympathie ist natürlich auf Seiten der Bedrückten, welche nur durch die Verzweiflung getrieben, Ausschreitungen begehen, aber wir werden sie nicht ermuntern, auf die Weise weiter zu kämpfen, sondern versuchen, sie über ihre wahren Interessen aufzuklären. Natürlich werden wir bei diesem Bemühen kein Mittel unversucht, und uns von Niemanden daran hindern lassen.

„Wenn wir energisch weiterschreiten und die Umstände richtig benutzen, ist es möglich, daß die Krisis große Verbesserungen zur Folge hat: jedenfalls soll es nicht an uns liegen, wenn solches nicht der Fall."

So unser Parteiorgan. Es hat recht: „die Auflösung der jetzigen Gesellschaft fängt an sich zu verwirklichen." Die Bourgeoisgesellschaft arbeitet — und das ist ihr tragisches Verhängniß — mit all ihrer Macht an der eigenen Vernichtung.

Die jüngsten Vorgänge in den Vereinigten Staaten haben in schlagender Weise die Gemeinschädlichkeit des Privateigenthums an den Arbeits- und Verkehrsmitteln — die von einander untrennbar sind — zu Tag gebracht. In so schlagender Weise, daß selbst in den Vereinigten Staaten, wo der Gedanke der Uebertragung des Eisenbahnwesens an den Staat bisher verlacht worden war, jetzt gewichtige Stimmen der Erwerbung sämmtlicher Eisenbahnen durch den Staat das Wort reden.

Das es dazu kommen wird, unterliegt keinem Zweifel. Es ist blos eine Frage der Zeit. Wie beim Postwesen, wo dies schon allgemein anerkannt ist, treten beim Verkehrswesen überhaupt die Nachtheile des Privatbetriebs für die Allgemeinheit so scharf hervor, daß die Allgemeinheit d. h. die Gesellschaft, über kurz oder lang zu ihrer Selbstvertheidigung die Herrschaft des Sonderinteresses brechen muß.

Und alle Gründe, die für die Verwandlung der Eisenbahnen in Staats- oder Gesellschaftseigenthum sprechen, sie sprechen auch für die Verwandlung der übrigen Arbeits- und Verkehrsmittel in Staats- (oder Gesellschafts-) Eigenthum, nur daß sich in Bezug auf diese die Nachtheile noch nicht so allgemein fühlbar gemacht haben. Nicht so allgemein — aber darum nicht minder empfindlich. Im Gegentheil noch weit empfindlicher, noch weit verderblicher. Was sind die Uebel, welche das Eisenbahn-Monopol über die Vereinigten Staaten gebracht hat, verglichen mit den Wirkungen der Handels- und Industriekrisis? Und diese Krisis ist gerade so die Frucht der heutigen Gesellschafts-Verhältnisse, wie das Eisenbahnmonopol. Aber das Eisenbahnmonopol gereicht nur einem Theil der Bourgeoisie zum Nutzen, und dem anderen, dem größeren Theil zum Schaden, während die ökonomische Mißwirthschaft, der wir die Krisen verdanken, der Bourgeoisie als Ganzem zum Nutzen gereicht. Daraus erklärt es sich, daß ein Theil der Bourgeoisie für die Verwandlung der Eisenbahnen in Staatseigenthum eintritt, während die gesammte Bourgeoisie einig ist, die im Interesse der Allgemeinheit, das heißt aller Menschen mit Ausnahme der Bourgeois, nothwendige Verwandlung der Arbeitsmittel in Staatseigenthum als eine Monstrosität, als einen Eingriff in die heiligsten Rechte, als einen Verrath an der Civilisation zu bekämpfen.

Nun, die Logik des Gemeininteresses wird über die Logik des Sonderinteresses den Sieg davon tragen, und ist, durch Erklärung der Eisenbahnen zu Staatseigenthum einmal Bresche geschossen in die Mauern des Kapitalismus, so — wird das Weitere sich schon finden.

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Wenigstens im Ausland sind wir geachtet", ist der letzte Trumpf, welchen der deutsche Reichsphilister ausspielt, wenn er an seine jämmerliche Rechtslage im Vaterland erinnert wird. Ein schlechter Trost freilich, der richtige feige Trost des dressirten Sklaven, der seine eigene Schmach über dem „Respekt", den er gedankenlosen Menschen einflößt, die durch seine, auf Commando verübten „Heldenthaten" geblendet sind und sein „glänzendes Elend" nicht kennen. Und auch dieser erbärmliche Trost beruht auf einer Einbildung des Reichsphilisters. Daß das „neue Deutschland" im Ausland nichts weniger als geachtet ist, daß man die Bismarck'sche Schöpfung hier und da wohl fürchtet, nirgends aber liebt — das haben wir wiederholt zu erwähnen Gelegenheit gehabt. Einen neuen Beweis dafür liefert eine Jeremiade in der „Kölnischen Zeitung" über die verschlechterte Stellung der Deutschen in der Türkei. Seit Ausbruch des Kriegs sei die Lage unserer dort lebenden Landsleute eine sehr unangenehme.

„In allen Rechtshändeln", so wird dem rheinischen Blatt aus Konstantinopel geschrieben, „bei welchen türkische Behörden zur Mitwirkung gezogen werden, zeigt sich eine geradezu verletzende Parteinahme gegen die Deutschen, bei allen Lieferungen werden die deutschen Kaufleute zurückgesetzt, kurz, es macht sich in jeder Beziehung ein feindseliger Geist gegen das deutsche Element auf der hohen Pforte geltend. Dieses Verhältniß wirkt besonders ungünstig auf die Interessen der deutschen Kaufleute, Gewerbtreibenden und Handwerker, welche schließlich die überwiegende Mehrzahl der deutschen Kolonie bilden. Im Großen und Ganzen entspricht dieser Umschwung in der Türkei dem Umstande, daß die in Konstantinopel zurückgebliebenen russischen Unterthanen bei der Abreise der russischen Behörden unter deutschen Schutz gestellt worden sind. die deutsche Regierung hat sich durch diese Protektion der Russen in den Augen der Osmanen gewissermaßen mit den verhaßten Moskows identifizirt, und seither benutzt die hohe Pforte jede sich darbietende Gelegenheit, um den Deutschen in allen Fällen, wo es straflos geschehen kann, einen Hieb zu versetzen. Der zweite Umstand, welcher hierbei in Betracht kommt, liegt in der Ernennung des Prinzen Reuß zum deutschen Botschafter in Konstantinopel. Man wußte auf der hohen Pforte sehr wohl, daß der Prinz Reuß in Petersburg in jeder Beziehung eine persona grata (Hahn im Korb) gewesen war und das Vertrauen des Czaren in vollem Umfange besessen hatte; man wußte auch, daß der Prinz, wie dies unter Berücksichtigung der Vergangenheit ja auch kaum anders hätte sein können, Russophile war und mit zum mindesten nicht günstigen Ansichten für die Türkei an's Goldene Horn kam. Die Ernennung des Prinzen Reuß verstimmte daher das türkische Kabinet ganz außerordentlich, und da man dem Botschafter gegenüber es nicht wagte, unartig zu werden, so läßt man den verhaltenen Groll jetzt an den Angehörigen des Staates aus, deren Interessen der Prinz hier zu vertreten berufen ist. Wohlverstanden, offenbare Rechtsverletzungen oder sträfliche Benachtheiligungen lassen die Türken sich natürlich bei Leibe nicht zu Schulden kommen; dazu sind sie viel zu schlau! Sie beschränken sich darauf, bei jeder Gelegenheit deutlich an den Tag zu legen, daß sie keine Lust haben, den Interessen der Deutschen am Bosporus förderlich zu sein, und das wird schon schwer genug empfunden."

So weit der Correspondent der „Kölnischen Zeitung". Wir dächten, die Türken müßten Esel sein, wenn sie unter solchen Umständen „den Interessen der Deutschen" dienen wollten. Daß man in Konstantinopel sich über die deutsche Politik nicht täuscht, kann man den Türken wahrhaftig nicht übel nehmen, und daß diese deutsche Politik den Türken freundlich sei, wird doch selbst kein Reptil zu behaupten die Stirn haben. Und dafür, daß Preußisch-Deutschland dem Feinde der Türkei alle Dienste leistet, die es ihm überhaupt leisten kann, ohne direkt den Krieg an die Türkei zu erklären: daß es neuerdings z. B. den Russen Krupp'sche Gußstahlkanonen abgetreten hat, Offiziere in der russischen Armee fechten läßt, — dafür sollen die Türken doch nicht etwa den Deutschen die Hände küssen? Die Deutschen in Konstantinopel, welche sich in der oben geschilderten Weise in ihren Interessen geschädigt finden, mögen sich bei dem Fürsten Bismarck bedanken. Warum marschirt Deutschland „an der Spitze der Civilisation" — hinter der Knute?

— Taktik unserer Gegner. Kaum hat man davon gehört, daß die Sozialdemokraten im nächsten deutschen Reichstage einen Antrag einbringen wollen, um der Verfälschung der Lebensmittel so viel als möglich entgegenzutreten, als auch schon in den liberalen Blättern ausposaunt wird, daß die Regierung selbst eine diesbezügliche Vorlage machen wolle; und im Falle dies nicht geschehe, so würde die liberale Partei einen betreffenden Antrag einbringen. — Den Sozialdemokraten soll die „Ehre" nicht werden, derlei Anträge, welche im Volke Anklang finden, auf die Tagesordnung gebracht zu haben. Auf die „Ehre" pfeifen wir übrigens, wenn nur das Gesetz zum Wohle des Volkes zu Stande kommt. Das Volk selbst aber weiß, daß ohne die Anregung der Sozialdemokraten weder die Regierung noch die liberale Partei der angeregten Frage näher getreten wäre.

— Soldatentod im Frieden. Im Monat Juni starben in der deutschen Armee 169 Mann; von diesen 169 Mann starben 40 durch Verunglückung (Hitzschlag bei den sogen. Todtenmärschen ꝛc. ꝛc.) und 27 durch Selbstmord, über ein ganzes Drittheil auf unnatürliche Weise! Die 27 Selbstmörder haben ihrem Leben natürlich sämmtlich aus unglücklicher Liebe ein Ende gemacht; die militärische Behandlung ist ja so überaus human, milde und zuträglich, daß alle deutschen Soldaten glühend wünschen, ihr Leben lang den bunten Rock zu tragen, deshalb sieht man auch immer eine so große Trauer bei den Entlassungen zur Reserve.

— „Fortbildung" der Arbeiter ist angeblich die Tendenz eines jüngst in Greiz von der libcralen Partei gegründeten Vereins. Wie diese „Fortbildung" betrieben wird, darüber erhalte ich heute Mittheilungen, die an die Oeffentlichkeit zu bringen ich mich für verpflichtet halte. In der „constituirenden Versammlung" des sogenannten Arbeiter-Fortbildungsvereins waren einige Sozialisten anwesend. Der Redakteur der „Greizer Zeitung", welcher, wie mir mitgetheilt wird, der Versammlung präsidirte, verlangte, die Sozialisten sollten das Lokal verlassen. Daraufhin meldete sich Herr Scholz zum Worte. Die Antwort des Vorsitzenden war, er werde Scholz wegen Hausfriedensbruches denunziren. Auf dieses lächerliche Gebahren hin verließ Scholz, den das unaufhörliche Schimpfen auf die Sozialdemokratie anwiderte, das Lokal. Damit war die Sache aber nicht erledigt. Die „Greizer Zeitung" brachte einen Artikel, in welchem die Sache in der gewohnten „liberalen" Weise geschildert war, in der unverkennbaren Absicht, unsern Parteigenossen Scholz seinem Arbeitgeber zu denunziren und brodlos zu machen. In diesem Artikel war irrthümlicher Weise statt Scholz der Name „Schulz" genannt. Da die Denunziation deshalb nicht wirkte, so erschien noch ein Artikel, in welchem der Name richtig geschrieben und ein förmliches curriculum vitae des Denunzirten enthalten war. Diesmal blieb die Wirkung nicht aus; Scholz wurde von seinem Arbeitgeber entlassen uud so ist wieder ein armer Weber mit Weib und Kind brodlos. So weit treibt die liberale „Greizer Zeitung" den Partei- und Klassenhaß; zu solchen Handlungen lassen sich Leute hinreißen, die bei anderen Gelegenheiten die Stirne haben, sich vor die Arbeiter hinzustellen und ihnen vorzulügen, sie wollten für deren „Fortbildung" sorgen. Pfui! — Die Sozialdemokratie hat den Liberalismus noch nie für etwas Anderes als für Heuchelei gehalten. Daß die liberale Presse von ihrem Klassenhaß sich so weit fortreißen lasse, hat mancher Arbeiter in Greiz wohl nicht geglaubt. Für diese Art von „Fortbildung" wird sich aber auch weitaus die Mehrzahl der ganzen Greizer Einwohnerschaft bedanken. Die Greizer Parteigenossen werden dem Opfer „liberalen" Klassenhasses in seiner Noth beistehen. Wer aber noch nicht daran gedacht hat, den bitte ich, es zu thun. Meinerseits ist in dieser Sache geschehen, was geschehen konnte. — Es ist wohl überflüssig, den Greizer Arbeitern die Frage vorzulegen, ob sie nun wissen, was sie von den sogenannten Liberalen zu erwarten haben. Hamburg, 10. August 1877. Wilhelm Blos, Reichstagsabgeordneter für Reuß ä. L.

— Fünfzehn Wochen Untersuchungshaft hatte ein junges Mädchen, welches noch niemals vorher bestraft war, erlitten, als es in Berlin vor die Ferien-Kriminal-Deputation vor Kurzem gebracht wurde; diese Deputation verhandelt nur äußerst geringe Vergehen, die mit Haft bestraft werden. Es handelte sich um den Fall, daß das Mädchen bei ihrem Abgange 140 M. von ihrer Herrschaft und eine Jacke von einem zweiten Dienstmädchen sich angeeignet habe. Die Angeklagte betheuerte in dem ersten Falle ihre Unschuld und erklärte, die Jacke aus Versehen mitgenommen, dieselbe aber sofort, als sie den Irrthum gewahr geworden sei, zurückgesandt zu haben. Die letztere Angabe wird bestätigt; die andern Zeugenaussagen beweisen nichts und widersprechen sich, so daß der Staatsanwalt selbst für Freisprechung in beiden Fällen plaidirt. Der Gerichtshof erkennt in dem ersten Falle auch auf Freisprechung, während er das Mädchen des Diebstahls an der Jacke für schuldig erklärt und zu einer Woche Haft verurtheilt, die durch die Untersuchungshaft für gebüßt zu erachten sei. — Ganz abgesehen davon, daß dies Urtheil, sollte das Mädchen appelliren, von dem Kammergericht kassirt werden dürfte, drängt sich immer und immer wieder die Frage auf: Wer entschädigt das Mädchen für die Untersuchungshaft und war es nöthig, wegen eines solchen Verbrechens die Untersuchungshaft überhaupt zu verhängen und im Falle, daß es nöthig war: war es gerechtfertigt, eine solche einfache Sache so lange hinzuziehen — fünfzehn Wochen? „Ja, es giebt noch Richter in Berlin" — aber was für welche!

— Vergessen! Unser Nürnberger Parteiorgan erzählt folgendes Geschichtchen: „Ein Nürnberger Commissionär ꝛc. wurde in eine Gefängnißstrafe von 4 Monaten verurtheilt und am 20. April nach Amberg abgeliefert. In der dortigen Strafanstalt wurde er von seiner Frau mehrere Male besucht, auch schrieb letztere im Monat Juli noch drei Briefe an ihn, auf welche sie eine Antwort nicht erhielt. Am 5. August nun erfuhr die Frau in Erlangen ganz zufällig, ihr Mann sei im Amberger Strafhaus seit geraumer Zeit — gestorben. Die Frau, wie vom Schlage getroffen, fährt stracks nach Amberg, meldet sich zum Besuch, wird vor den Direktor geführt, dem sie direkt mittheilt, was sie gehört, worauf derselbe in sichtlicher Verlegenheit in die Kanzlei läuft und von dort mit der Nachricht zurückkommt, der Mann sei allerdings unterm 23. Juni verstorben! Und am 5. August hatte die Frau noch keine Nachricht davon! Als einzige Entschuldigung wurde geltend gemacht, daß man — die Sache vergessen habe!" — Diese an den Tag gelegte Rücksichtslosigkeit und Vergeßlichkeit gegenüber der Frau des Verstorbenen zeugt von großer „Verwilderung der Sitten", welche sich in verschiedenen Schichten der Gesellschaft eingebürgert hat; wahrscheinlich besteht die ganze Amberger Gefängnißverwaltung aus „gedienten" Soldaten, die in Ausübung ihres Handwerk auch Sitte und Humanität vergessen lernen.

— Es klärt sich überall! Vor einiger Zeit wurde aus Kopenhagen gemeldet, daß die dänischen Sozialisten sich mit den Bourgeoisdemokraten vereinigt und einen „Grundgesetz-Schutzverein" gebildet hätten. Lange hat diese unnatürliche Vereinigung nicht gedauert. Der „Frankfurter Zeitung" wird nämlich aus Kopenhagen vom 9. August geschrieben, daß auf Beschluß der Führer der vereinigten Linken diese sich von dem Bunde mit den Sozialdemokraten wieder losgesagt hat. Sämmtliche Linkenmänner sind aus dem „Grundgesetz-Schutzverein" ausgetreten, so daß derselbe nur noch aus Sozialisten besteht. Die ausgetretenen Bourgeois-Demokraten erklären nun diesen Verein nicht für gleichberechtigt mit den überall im Lande schon seit Jahren bestehenden Vereinen gleichen Namens. Wir freuen uns natürlich darüber, daß unsere dänischen Parteigenossen eine so eindringliche Lehre durch dieses schnöde Betragen ihrer Verbündeten empfangen haben.

— Die Aussperrung der Schiffszimmerer am Clyde dauert fort. Auf den Wunsch einiger angesehenen Bürger, welche den das Geschäft so schwer schädigenden Conflikt rasch beendigt sehen möchten, haben sie den Arbeitgebern formell den Vorschlag eines schiedsrichterlichen Austrags gemacht. Die Antwort der Arbeitgeber ist noch nicht bekannt; sie wissen, daß unter den obwaltenden Umständen der schiedsrichterliche Entscheid den Arbeitern nicht ungünstig ausfallen kann, da sie — die Arbeitgeber — selbst nach dem allgemeinen Urtheil, auch in unparteiischen bürgerlichen Kreisen, sich im Unrecht befinden, und die Einwilligung in das Schiedsgericht würde also einen Rückzug bedeuten. — Der Lohnstreit zwischen den Eisenarbeitern Nordenglands und deren Arbeitgebern ist schiedsrichterlich beigelegt worden, und zwar hat — ein Wunder! — der Schiedsrichter David Dale ganz zu Gunsten der Arbeiter entschieden, und die von den Meistern geplante 10 Prozent-Lohnreduktion für durchaus ungerechtfertigt erklärt. — Der Strike der Zimmerleute in Manchester scheint sich in die Länge ziehen zu wollen. Auf beiden Seiten will man von Nachgiebigkeit und einem Compromiß nichts wissen. So viel steht fest, durch Hunger werden die Arbeiter nicht zur Unterwerfung gebracht. Ende Juni hatte die „Vereinigte Gesellschaft der Zimmerleute und Tischler" (Amalgamated Society of Carpenters and Joiners) 72,013 Pfund Sterling (1,444,000 Mark) in der Kasse, trotz der zahlreichen Strikes und Lockouts der letzten Monate blos 1800 Pfd. Sterl. weniger als Ende März. — In Südstaffordshire sind die Kapsel- und Riegelmacher (Nut

Schimpfereien eines Professors.

Xstadt, 11. August.

Geehrter Herr Redakteur!

Als Parteigenossen hat es mich einigermaßen verwundert, daß Ihr Blatt die drei jüngsten Selbstmorde von Gymnasiasten (zwei in Freiburg und einer in Speyer) bisher noch mit keiner Silbe erwähnt hat. Dieselben Motive, von welchen Sie bei der regelmäßigen Registrirung der Soldatenselbstmorde geleitet werden, könnten Sie wohl veranlassen, auch derartige Schäden des heutigen Schulwesens zu brandmarken.

Das Interesse solcher Vorkommnisse für die Sozialisten liegt ja klar zu Tage: während die Soldatenselbstmorde den Widerspruch des Militarismus mit der ganzen menschlichen Natur und somit dessen Herrschunfähigkeit, Haltlosigkeit und nahen Bankerott veranschaulichen, zeigen uns die Gymnasiastenselbstmorde — wenigstens wenn die Motive derartige sind, wie in den vorliegenden Fällen — den Bankerott der herrschenden Erziehungs-„Weisheit", die, statt den Menschen zu veredeln und ihm eine sichere Stütze und Leuchte für das Leben zu gewähren, ihm im günstigsten Falle eine einseitige Afterbildung und sittliche Verrohung beibringt, im ungünstigen aber ihn durch chikanöse Behandlung und entmuthigende Beschimpfung an sich selbst verzweifeln läßt und so dem Selbstmord in die Arme treibt.

So geben denn solche Vorfälle dem Sozialismus eine wichtige Waffe in die Hand und verdienen schon deswegen, von der sozialistischen Presse beachtet zu werden. Ueberzeugt hiervon, wollte ich bei Ihnen anfragen, warum Sie bisher diese Selbstmorde verschwiegen haben, und ich bitte Sie, mir im Briefkasten der Redaktion hierüber Aufschluß zu geben.*)

Ueber das beiliegende Schimpfwörterverzeichniß seien mir noch wenige Worte gestattet. Bekanntlich wird als indirekter Grund von zweien der genannten Morde die häufige Anwendung entehrender Schimpfwörter bezeichnet. Nun wohl, das beifolgende Verzeichniß enthält zum Theil Ausdrücke, wie sie an den von obigen Vorfällen betroffenen Anstalten nicht schlimmer und gemeiner vorkommen können. Ich hielt es daher für zeitgemäß, gerade jetzt dieser Sammlung eine weitere Verbreitung zu geben, und übersende sie Ihnen hiermit zur beliebigen Benutzung und nebenbei auch zur Erheiterung. — Vor direkter „Rache" des Herrn B..... bin ich ziemlich sicher, da derselbe seit Kurzem nach X-stadt versetzt ist. Auch bin ich nicht der Einzige von B.'s Schülern, der sich eine solche Sammlung angelegt hat, obwohl die meinige bis jetzt die vollständigste und allein lexikographisch geordnet ist. Gleichwohl aber bitte ich Sie, falls Sie die Sammlung verwenden, meinen Namen aus dem Spiel zu lassen und vom Ortsnamen des Gymnasiums höchstens den ersten und letzten Buchstaben zu benutzen. Denn man könnte mir natürlich — wenn auch in umständlicher Weise — immer noch beikommen.

Schließlich noch eine Bemerkung! Glauben Sie nicht etwa, daß ich als Gymnasiast in dieser Sache „pro domo" spreche und handle. Wenn es mir darum zu thun gewesen wäre, so hätte ich mich nicht an unser Centralorgan gewandt, sondern an irgend ein anderes Blatt, das in den betreffenden Kreisen verbreitet ist und daher viel empfindlicher hätte wirken, mindestens mehr hätte ärgern können. Daß ich aber gerade zu Ihnen komme, mag Ihnen ein Beweis sein, daß es mir nur um die Sache zu thun ist, und ich an solchen Vorkommnissen nur soweit theilnehme, als jeder Sozialist als solcher an ihnen theilnehmen muß.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Ihr (folgt der Name).

So der Brief unseres jungen Parteigenossen. Wir lassen nunmehr das Schimpfwörter-Verzeichniß folgen und bemerken nur, daß uns allerdings aus unsrer Schülerzeit auch noch manches haarsträubende Schimpfwort im Gedächtniß ist, daß aber der Mathematikprofessor B. doch alle seine Concurrenten zu besiegen scheint.

Nun zur Sache; uns wird's allerdings schwer, die Masse Schimpfwörter hier zu reproduziren — doch um der Sache willen sei es.

*) Uns leitete kein prinzipieller Grund, jene Gymnasiastenselbstmorde nicht zu besprechen; doch glaubten wir, daß derlei Besprechungen nicht die Beachtung in den zunächst betroffenen Kreisen haben würden — deshalb schwiegen wir. Wir freuen uns aber über unsern Irrthum in dieser Hinsicht und bringen deshalb gern Ihren Brief und ihr „Schimpfwörter-Verzeichniß" — natürlich mit genügender Vorsicht zum Abdruck.
D. Red. d. V.

Des Herrn B. — — —

Professors der Mathematik und Physik am Gymnasium zu Xstadt gebräuchlichste Schimpfwörter und beschimpfende Redensarten.

(Gesammelt und lexikographisch geordnet.)

Aeffchen; Altes Kameel; Altes Weib; Ausbund von Frechheit; Ausbund — Strick. Banaus; Bengel; Blechkopf; Blechkopf — Schädel; Bornenser; Botokude. Cretin; Cretinenhaftes Kameel. Da dank' ich für Obst und Südfrüchte; Da sind wieder einmal Aepfel gefressen worden, ich bitt' mir's aus, ihr könnt eure Aepfel draus fressen;*) Da sitzen die Kerle und hängen die Köpfe wie ein Droschkengaul auf dem Museumsplatz zu Heidelberg; Da sitzt wieder die stupide Gesellschaft und sperrt das Maul auf; Da stehen Kerle wie die Grenadiere und Kürassiere und sind so dumm wie Wurstbrüh'; Da steht der Kerl wie's Kind beim Dreck; Da stinkt es ja schon wieder nach Aepfeln; Da wasch' ich meine Hände in Unschuld und Seifenwasser; Da wird wieder gebüffelt; Das geht noch über meine eigene Schafsköpfigkeit; Das ist die Affenschande; Das ist die Dummheit auf dem Pferde der sieben (!) Heimonskinder; Das ist die Faulheit zu Pferd; Das ist doch die Faulheit, die zum Himmel stinkt; Das ist doch die personificirte Stupidität; Das ist ein gräßlicher Kerl; Das ist ein verzwickter Bursche; Das ist eine Gemeinheit; Das ist eine kolossal stinkige Faulheit; Das ist grad' wie wenn man 'nen Ochsen in's Horn pfetzt; Das kann das alte Vieh nicht kapiren; Das Klassenzimmer ist wieder einmal verstänkert; Der ist so faul, daß er stinkt; Der Kerl ist wirklich faul bis zum Exceß; Der Kerl stinkt bildlich und wirklich; Der Mensch ist so dumm, daß sich die Balken biegen; Dich mein' ich, du mit deiner Schnauze; Die Kerle haben eine Hartköpfigkeit, mit der man Riegelwände einrennen könnte; Diese erbärmliche Stupidität übersteigt doch weit alle Begriffe; Dir gehört mit einem alten Schuhschlappen auf die Schnude geschlagen; Du bist ein blödsinniger Mensch; Du bist ein Bursche, dem etwas hinten heraushängt; Du bist ein Lausbub', wo dich das Hemd anrührt; Du bist ein schauderhaft dummer Kerl; Du bist ein Schöps und bleibst ein Schöps bis an dein selig' Ende; Du bist faul, wo dich das Hemd anrührt; Du mit deiner Raffel; Dumme Kuh; Dummer Schafskopf; Dummerian. Erbärmlicher Mensch; Erbärmliches Tröpfle; Erzfauler und ganz liederlicher Mensch; Erzesel; Erzgassenbub; Esel; Es fehlt euch nur noch ein Bündel Heu vorn; Excessiv fauler Bursche. Fauler Bursche und ganz unaufmerksamer Strick; Fauler Esel; Fauler Geselle; Fauler Lausbub;

*) Vorstehendes bezieht sich nicht auf Aepfelessen während des Unterrichts.

and bolt makers) seit einiger Zeit ausgesperrt; von beiden Seiten hat man sich bereit erklärt, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen, allein man hat sich noch über keine Verhandlungs-Grundlage einigen können, weil die Meister einen von den Arbeitern verworfenen Lohntarif zur Basis nehmen wollen, mit anderen Worten, von den Arbeitern Unterwerfung in Bezug auf den Hauptpunkt verlangt, in unwesentlichen Nebenpunkten würden sie dann wohl so großmüthig sein nachzugeben. — Die Kohlengräber von Südwales haben begriffen, daß sie mit ihrer alten, durch den Riesenstrike des Jahres 1874 stark erschütterten Organisation nicht in einen neuen Kampf auf größtem Fuß eintreten können, und haben daher die Schaffung einer neuen Organisation beschlossen, die den Namen: „Vereinigte Genossenschaft der Grubenarbeiter" (Amalgamated Association of Miners) führen wird und die Mitglieder sämmtlicher bisherigen Gewerkschaften in sich aufnehmen soll. Bei dem Strike des Jahres 1874 erwies es sich bekanntlich als ein großer Nachtheil für die Arbeiter von Südwales, daß sie verschiedenen Gewerkschaften angehörten, wodurch vielfach Einheitlichkeit des Handelns verhindert wurde.

Nachschrift. Nachdem Obiges geschrieben worden, erfahren wir, daß nur ein Theil der Ausgesperrten am Clyde für die Verweisung der Streitfrage an ein Schiedsgericht ist. Und die Schiffszimmerer, welche am besten organisirt sind und ihres Sieges sicher zu sein glauben, wollen nur auf einer Grundlage, welche sie gegen jede Ueberrumpelung und Uebervortheilung sichert, in eine schiedsrichterliche Entscheidung willigen.

— Brutus schläfst du? Unser Münchener Parteiorgan, der „Zeitgeist", bespricht die Lage der Dinge in Rußland, meint, dort herrsche nicht mehr der Czar, sondern die Panslavisten, es sei Alles außer Rand und Band, und fragt zum Schluß: „Wo sind die Bakunisten? Wo ist das sozialistische Proletariat? Jetzt ist es an der Zeit, jetzt müssen die Bakunisten zeigen, daß es ein revolutionäres Rußland giebt." Nun — die Bakunisten werden zeigen, was sie sind. Ja, hätte man nicht Hunderte der tüchtigsten Leute, die jetzt etwas wirklich „revolutionäres" leisten könnten, durch unsinnige Streiche gerade vor Ausbruch des Krieges, d. h. gerade vor der Zeit, wo sie gebraucht werden konnten, der „dritten Abtheilung" in die Hände geliefert! Wir werden darauf zurückkommen, wenn's an der Zeit ist. — Kein Zweifel, in Rußland haben die Niederlagen auf beiden Kriegsschauplätzen Aufregung hervorgebracht, und es wäre nicht unmöglich, daß die Regierung es für gut fände, ihren politischen und militärischen Bankrout durch ein paar politische Scheinreformen zu verhüllen — aber zu behaupten, die Panslavisten regierten in Rußland und nicht der Kaiser, das heißt die russischen Verhältnisse stark verkennen. Die Panslavisten sind für Rußland ungefähr was die Nationalliberalen für Deutschland sind, nur mit dem Unterschied, daß sie, in Folge des vollkommen unentwickelten bürgerlichen und politischen Lebens, noch hundertmal weniger zu bedeuten haben, und daß sie von jeher nichts anderes waren als eine Regierungspartei, während die Nationalliberalen es erst allmählig geworden sind. Der Panslavismus ist russisches Regierungsfabrikat: ein russisches Regierungsmittel, das dem doppelten Zweck dient, Polen in den slavischen Urbrei aufzulösen und die slavischen Stämme in Oestreich und der Türkei für die russische Eroberungspolitik auszunützen. Eine selbstständige panslavistische Partei hat es nie gegeben, die Aksakow's und Consorten sind einfache Reptilien, „Sauhirten" würde Fürst Bismarck in seiner eleganten Ausdrucksweise sagen; und wenn mit der Knute gewinkt wird „pariren sie Ordre", noch hündischer als unsere heimische Sorte. Also von der Seite droht dem „Väterchen" keine Gefahr.

— Eine Bekehrung. Das Blatt, welches der russischen Regierung den Gefallen that, die „bulgarischen Greuel", verübt von den Türken, en gros auf den europäischen Markt zu bringen, und namentlich in England für die Kulturmission der Mörder Polens Propaganda zu machen, war bekanntlich die Londoner „Daily News", die auch seitdem aus Leibeskräften ihrem Patron Gladstone sekundirt und am russischen Karren gezogen hat. Nun — dieser Moniteur der weltbeglückenden Knute hat plötzlich entdeckt, daß es mit den „bulgarischen Greueln" eitel Humbug gewesen ist, und daß die Bulgaren, weit entfernt eine unterdrückte und ausgesogene Race zu sein, sich im Ganzen recht wohl befinden. Der Kriegs-Correspondent der „Daily News", der bekannte Mr. Forbes schreibt, hochgestellte russische Offiziere legten offen das Bekenntniß ab, daß von einem Kreuzzug zur Erlösung der geknechteten, in Elend versenkten Bulgaren nicht die Rede sein könne. Sie wären ganz falsch unterrichtet gewesen über die Zustände in der Türkei. Man hätte ihnen gesagt, die bulgarischen Christen seien unterdrückt, durch übermäßige Steuern an den Bettelstab gebracht, an der Ausübung ihrer Religion gehindert. Statt dessen finden sie, daß die Bulgaren in Comfort leben und sich weit größeren Wohlstands und einer weit behaglicheren Existenz erfreuen als die russischen Bauern. Die Getreidefelder der Dörfer sind gut bebaut, jedes Dorf besitzt eine zahlreiche Viehheerde, Racepferde mit Füllen, Ziegen und Schafe, das Stroh vom letzten Jahre steht noch aufgehäuft da. In jedem Hause kann man Milch kaufen und auf je eine Moschee findet man ein halbes Dutzend christliche Kirchen, Niemand findet die geringste Schwierigkeit, sich überall Silber für einen Napoleon wechseln zu lassen." Und so weiter. Der Correspondent der „Daily News" hätte hinzufügen können, daß auch der englische Bauer, d. h. Landarbeiter viel schlechter dran ist als die „unterdrückten" Bulgaren; und die Redaktion des Blattes scheint völlig vergessen zu haben, daß sie ihre eigenen Lügen widerlegt, sich selbst der Fälschung überführt. All das Geheul über türkische Grausamkeit und Unterdrückungswuth, welches ein volles Jahr lang vor Eröffnung des Kriegs Europa erfüllte, ist auf die Lügen der „Daily News" zurückzuführen, die für eine Autorität galt, während den russischen Originallügen kein Glaube geschenkt wurde. Wie viel des in zwei Welttheilen jetzt strömenden Bluts mag wohl auf Rechnung der Erfinder und Verbreiter dieser niederträchtigen Lügen kommen? Zum Glück hat das Gold die Eigenschaft, daß sich Blutflecken von ihm abwaschen lassen, und es nachchher wieder so hell glänzt wie zuvor.

— Das offizielle Rußland rechnet mit Zuversicht darauf, daß Preußisch-Deutschland mit seiner freundnachbarlichen Rückendeckung fortfährt, und namentlich Oesterreich lahmlegt. Der russische Agent und serbische Minister Ristic plauderte neulich ganz ungenirt aus, in Serbien kümmere man sich nicht um österreichische Drohungen; „(preußisch-)Deutschland werde unter allen Umständen Oesterreich von einem Kriege mit Rußland zurückzuhalten wissen." Bis vor Kurzem hat Preußisch-Deutschland dies wirklich zu thun „gewußt" und damit genau die Rolle gespielt, die wir ihm — als nothwendige Consequenz der „genialen" Bismarck'schen Politik — schon Monate vor Ausbruch des Krieges zugeschrieben haben. Ob aber jetzt, nach Plewna, dem russischen Jena, diese Rolle fortgespielt werden kann, ist freilich eine andere Frage. Jedenfalls hat Oesterreich jetzt keinen Grund mehr, zu befürchten, das Preußisch-Deutschland das Schwert für Rußland ergreift. Das wäre denn doch etwas zu — riskant. — Auf dem Kriegsschauplatz vollenden die Türken ihren Aufmarsch. Ehe Suleiman Pascha den Balkan überschritten, und die Verbindung zwischen dem rechten und linken Flügel der Türken hergestellt hat, ist, da die Russen zum Angriff zu schwach und demoralisirt scheinen, kaum eine größere Aktion zu erwarten. —

Aus Frankreich.

Die Dühring-Angelegenheit sowie die wackere Protestation eines Theiles der deutschen Studentenschaft führt meinen Gedankengang unwillkürlich auf die universitären Zustände Frankreichs. Es herrscht in dieser Beziehung meiner Ansicht nach unter den deutschen Sozialisten der weitverbreitete (?) Irrthum (?), als seien die französischen Studenten durchweg radikal. (Das glaubt wohl Niemand; wohl aber, daß unter den französischen Studenten weit mehr politische Regsamkeit herrscht als unter den deutschen — und dies wird ja durch unseren Correspondenten nachstehend bestätigt. R. d. „V.") Dem ist leider nicht so. Die schmachvolle Zweckmäßigkeitspolitik Gambetta's hat auf dieselben geradezu verheerend gewirkt, und ich glaube der Wahrheit treu zu bleiben, wenn ich behaupte, daß die übergroße Mehrzahl der Politik treibenden französischen Studenten auf ähnlichem Boden steht, wie die deutsche Volkspartei und der linke Flügel der deutschen Fortschrittspartei. Die entschieden sozialistisch gesinnten Studenten sind leider auch in Frankreich in der Minorität. Diese Minorität ist in den Provinzial-Universitätsstädten verschwindend klein, in Paris hingegen beträchtlich. Ja ich möchte fast behaupten, daß in Paris nahezu ein Drittheil der denkfähigen studirenden Jugend mehr oder weniger sozialistisch gesinnt ist. (Das wäre ja über Erwarten günstig. R. d. „V.")

Was Buffenoir anbetrifft, dessen Rede Sie neulich veröffentlichten, so kann ich Sie versichern, daß er nicht nur nicht als Autorität bei den französischen Radikalen gilt, sondern daß er wegen seiner entschieden sozialistischen Gesinnung von denselben aufrichtig gehaßt wird. Als im vergangenen Herbste Gambetta in Belleville zu „seinen Wählern" zu sprechen „geruhte", und Buffenoir bei dieser Gelegenheit sich zum Worte meldete, um die von Herrn Gambetta auf's infamste verleumdete Commune zu vertheidigen, schnauzte der Exdiktator von Bordeaux den Bürger Buffenoir auf's gröbste an und warf ihm vor, ehemals ultramontan gewesen zu sein. Dieses kleine Divertissement konnte der — meines Wissens als Knabe — in einem Priesterseminar erzogene Sozialist Buffenoir um so mehr dem Auch-Republikaner Gambetta gönnen, da Letzterer trotz seines „Pfaffenhasses" für die Beibehaltung der päpstlichen Gesandtschaft und gegen die Unterdrückung des Cultusbudgets gestimmt hatte. — Buffenoir's jüngste Rede sowie sein entschieden sozialrepublikanisches Programm wird wohl die Sympathien aller französischen Sozialisten haben. Ich bedauere blos, daß er in derselben das Gebahren der äußersten Versailler Linken nicht energischer gegeißelt hat.

Doch kommen wir jetzt zum „genialen Streich" der französischen „Radikalen". Es ist mir in der That unbegreiflich, wie ehrliche Demokraten, ja einfach: ehrliche Männer, auch nur die geringsten Sympathien für Leute vom Schlag eines Favre, Gambetta und Thiers an den Tag legen können. Diese „großen Fahnenflüchtigen" sind ja auch, abgesehen von ihrer politischen Erbärmlichkeit, erbärmliche, schofle Privatleute. Jules Favre, der so oft von der „vereinigten Linken" zum Wortführer erkorene Jules Favre ist, wie allbekannt, ein „staatsmännisches Genie" — doch dürfte sein Genie im Erbschleichen und Fälschen ungleich größer sein.

Es sind kaum sechs Jahre vergangen (es war am 6. September 1871), als Jules Favre, Dank den Enthüllungen Millière's und Laluyé's, zum offenen Geständniß seiner Erbschleichereien und Fälschungen gezwungen wurde. Trotzdem (oder vielleicht gerade deswegen!) sprach die französische Klassenjustiz Favre frei und verurtheilte dessen Ankläger Laluyé zu einem Jahre Gefängniß. Millière hatte bereits seine Liebe zur Wahrheit mit dem Tode gebüßt. Er wurde nämlich, wie allbekannt, in der blutigen Maiwoche auf expressen Befehl von Jules Favre summarisch erschossen! — Thiers, dieser Abgott der prostituirten Bourgeoisie, konnte, als ihm 1840 in der Deputirtenkammer der Vorwurf gemacht wurde, auf öffentliche Staatspapiere spekulirt zu haben, nur mit Krokodilsthränen à la Favre antworten.

Die französische Linke, die französischen Bourgeois-Republikaner, für die unsere deutschen bürgerlichen Republikaner so warm plädiren, haben eigentlich doch schon längst das Prinzip der bürgerlichen Republik über Bord geworfen. Oder halten unsere bürgerlichen Republikaner etwa den Senat, dessen Creirung wesentlich Gambetta'sches Machwerk ist, halten sie die abgeschmackten Huldigungen, die sämmtliche „Republikaner" dem feigen Meuchelmörder der Commune — Thiers — brachten und immer noch bringen, halten sie die von Gambetta so oft empfohlene Heranziehung der „alten Familien" zur „Republik", sowie dessen geistreich sein sollende Ermahnungen an die „Republikaner", sich die englischen Tories und Whigs zum Muster zu nehmen, — halten unsere bürgerlichen Republikaner mit einem Wort die ganze Narren- und Kastratenpolitik der französischen Linken für „bürgerlich-demokratisch"???

Nun, als Sozialist habe ich überhaupt nicht allzuglühende Sympathien für die bürgerliche Republik, und es kann mich nur freuen, daß deren Anhänger sich so gänzlich diskreditirt haben. Ich glaube aber, daß die bürgerlichen Demokraten Danton und Robespierre sich im Grabe umdrehen würden, wenn sie wüßten, wie ihre Nachfolger mit den Prinzipien hantiren, für die sie gestorben.

Trotz des Heidenlärms, den die „Linke" gegen den Staatsstreich Mac Mahon's erhob, existirt prinzipiell fast gar kein Unterschied zwischen der Versailler „Rechten" und der Versailler „Linken", zwischen Broglie und Leon Gambetta. Die Parteien der „Rechten" sowohl als die der „Linken" sind für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung, — die Ersteren sowohl als die Letzteren sind glühende Verehrer der Omnipotenz des autoritären Staates. Monarchisten und Bourgeois-Republikaner waren stets einig und werden es auch fürder sein, sobald es gilt, gegen das Proletariat Front zu machen! Der einzige Unterschied, der z. B. zwischen dem Herzog von Broglie und dessen Gegner Gambetta existirt, ist rein taktischer Natur. Ersterer will die wackelig gewordene französische Bourgeoisgesellschaft durch offene und energische Repressivmaßregeln, Letzterer durch heuchlerische Scheinfreiheiten aufrecht erhalten.

Um den „innern Werth" der Parteien innerhalb der französischen Linken auf deutsche Verhältnisse anzupassen, könnte man das französische „Linke Centrum" nur mit den Nationalliberalen, die „Linke" mit der Fortschrittspartei und die sogenannte „Union républicaine" mit der „Volkspartei" vergleichen.

Die Versailler äußerste Linke, diese „wackere Repräsentantin radikaler Grundsätze", gehört einer politischen Richtung an, die, wenn sie auch um ein Bedeutendes demokratischer sein mag, als die der deutschen Volkspartei, so doch bei weitem nicht so consequent radikal auftritt, wie die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Unsere französische „radikale" Partei ist eben „un parti mort né" (eine todtgeborene Partei), weil sie Interessen vertritt, die bei der fortgesetzten Entwickelung der ökonomischen Verhältnisse schlechterdings lebensunfähig sind. Ich will hiermit gesagt haben, daß das Gros der „Radikalen" auf dem Boden des Kleinbürgerthums steht — einer Klasse, deren Angehörige fortwährend entweder vom großen Kapital in's Proletariat herabgedrängt werden, oder Dank besonderer Umstände sich zur „Bourgeois-Position" emporschwingen. Diese, meiner Ansicht nach unbestreitbare Thatsache, erklärt nun hinlänglich die wankelmüthige und unzuverlässige Politik der „Radikalen".

Von Louis Blanc brauche ich gar nicht zu reden — sein feiges und erbärmliches Verhalten während des Communeaufstandes ist von sämmtlichen denkenden Arbeitern schon längst gerichtet. Selbst Madier de Montjau kann sich trotz seiner anerkennenswerthen Haltung am 2. Dezember 1851 nicht vollständig des Vorwurfs der Gesinnungsuntreue erwehren. Er, der radikale Politiker, hätte doch 1871, wenn auch nicht Förderer der proletarischen Bewegung, so doch wenigstens in Paris am Platze sein sollen. Statt dessen hielt sich Madier wohlweislich während der ganzen Dauer des Kampfes in London auf und erschien erst 1872 wieder auf der politischen Scene. (Dieser Vorwurf ist unbegründet. Madier de Montjau, uns als Ehrenmann im höchsten Sinne des Wortes bekannt, war aus Frankreich verbannt und daran verhindert, in die sich überstürzenden Ereignisse in seinem Vaterland einzugreifen. R. d. „V.")

Was nun das Verhalten des linken Flügels der „Intransigenten" anbetrifft, so muß ich es noch entschiedener verurtheilen, als das der Louis Blanc, Lockroy und Consorten. Er hätte unter keinen Umständen ein Bündniß mit den die Amnestie verweigernden Deputirten schließen sollen. Dieser Compromiß bedeutet meiner Ansicht nach ein Abweichen von dem Programm, auf Grund dessen die Mitglieder des rechten Flügels der äußersten Linken gewählt worden sind.

Fauler, niederträchtiger Strick; Feigling; Frecher Geselle; Frecher Kerl; Frecher Lausbub; Frecher und ganz fauler Schlingel. Galgenstrick; Gamin; Ganz stinkfauler und unverschämter Geselle; Gassenbub; Gassenlottel; Geb' 'mal Acht, ich treibe dir die Stinkerei aus dem Kopf; Geb' 'mal Acht, Kerl, ich treibe dir die Narrenpossen aus dem Kapf; Geschmierte Eitelkeit; Grenzenlose Eselhaftigkeit und Faulheit; Großer Simpel; Guck Kerl, wenn ich deine verfressenen Hängebacken ansehe, wird mir's ganz schlecht, obgleich ich dir immer Eins drauf geben möchte. Halt' dein Mongolenmaul; Hartköpfiger, verfluchter Bursche; Heulmaier; Herrgott, ist das ein altes Vieh; Hornvieh. Ja, da muß man nur seine verwässerten Augen ansehen; Ja, da sollten immer unsichtbare Hundspeitschen in der Luft herumfliegen; Ja, ja, ich geb' dir Eins auf's Löckle; Ich geb' dir eine Ohrfeige, daß deine Brille über den Main fliegt und du dazu; Ich hab's dem Kerl wieder angesehen, daß er in süßer Träumerei dahinstinkt; Ich treib' dir dein Mopsgesicht aus dem Kopf; Ich will euch, Lausbuben, die Stinkerei aus dem Kopf treiben; Jetzt wird bald ein Zauberstäbchen in Form eines Kartoffelschnitzes zur Hosentasche herausspaziren; Jetzt wollen wir den Kerl einspunden; Ignorant; Impertinenter Kerl; Impertinenter Lausbube; Impertinenter Schlingel; Infame Perfidie; Infamer Bursche, nehm' dich nur in Acht, wirst gleich Eins auf den Backen sitzen haben; Infamer Lausbub; Infamer Schlingel; Infamer Strick; Infamer Tropf; Infames Subjekt. Kaffer; Karrengaul; Komm' 'mal an die Tafel heraus, Stinker,*) damit ich dir ein Paar hinter die Ohren geben kann; Komödiant; Komödienspieler; Kröte, läßt du den Ellenbogen weg, wenn ich dir Eins auf den Backen geben will; Kurzer, stumpfsinniger Schwachkopf. Langer Mensch; Lapin; Lausbub; Lausbubengesicht; Lotterbube; Lüderlicher Bursche; Lüderlicher Geselle; Lüderlicher Schlingel; Lüderliches Subjekt; Lump. Mädchenhafter Kerl; Mädel; Man meint, man sei in einem Pferdestall; Marzipanmädel; Maulaufsperrendes Individuum; Meint ihr denn, ihr Lausbuben, ich predige für die Wände? Aber wartet nur, ihr sollt schreiben, bis ihr schwarz werdet; Miserabler Tropf; ganz unverschämter Lausbub; Mopsgesicht. Näßler; Nasenbeleidigende Faulheit; Nein, das geht wirklich in's Aschgraue, — in's Bodenlose, — über's Bohnenlied; Nein, das ist doch eine Frechheit, wenn so Kerle da'rein laufen, ohne ein Halbdutzend Arrestzettel mitzubringen; Nein, solche stupide Gesichter hab' ich noch nicht gesehen; Nicht einmal so viel Schamhaftigkeit hat der Kerl, als auf einer Nadelspitze balanciren könnte. Ohrfeigengesicht; O Sumatra, Java, Borneo, Celebes. Perfidie; Periodischer Lausbub; Personificirte Erbärmlichkeit; Personificirte Widerwärtigkeit; Personificirter Eckel; Pomadehengst. Rindvieh; Rhinozeros. Schaaaf; Schaaafskerl; Schamlose Perfidie; Schamloser Bursche; Schaudermensch; Schauerlicher Ignorant; Schlafmütze; Schlappmaul; Schlingel; Schöps; Schöpsenschädel; Schofeler Geselle; Simpel; Simplex; Simplex-Meerrettig; Sitzenbleiber; Südseeinsulaner; Steineisel; Stinker; Strick; Stinkfauler Mensch; Stinkfauler Tropf; Stupides Subjekt. Tropf. Unaufmerksamer Geselle; Ungezogener Lausbub; Ungezogener Schlingel; Ungezogener Strick; Unverschämter Bursche; Unverschämter, impertinenter, ganz stinkfauler Strick; Unverschämter Kerl; Urmiserabler Koth. Verdammte Canaille; Verdammte Bestie; Verdammter Geselle; Verdammte Kröte; Verdammter Lausbub; Verdammter Schlingel; Verdammter Strick; Verfressenes Backengesicht; Verkommener Mensch; Verkriech' dich nur, Kaninchen; Verstimpelter Kerl Verzweifelter Mensch; Verzwickter Komödiant; Vieh; Viehkerl. Wart' Kerl, ich will dir die Possen aus dem Kopf treiben; Warte Hallunke, ich will dir die Lausbübereien aus dem Kopf treiben; Wartet nur, ich laß euch Kerls sitzen bis in's Infinitum; Weibischer Kerl; Wenn du's Maul aufmachst, kommt ein Unsinn; Wenn ich dein stupides Gesicht ansehe, vergeht mir der Appetit schon von vornherein; Widerwärtige Fratze. Zimperliches Mädele; zweijähriges Kameel.

Summa: 205! Stündlicher Verbrauch: 30—40!

*) Diese Bezeichnung braucht Herr B. — — — regelmäßig gegen die israelitischen Schüler!

Schlußbemerkungen des Einsenders.

Bei Sammlung vorstehender Liebenswürdigkeiten war ich bestrebt, dieselben — soweit dies eben anging — geradeso aufzuzeichnen, wie sie gesprochen wurden. Orthographische „Böcke" und sonstige Eigenthümlichkeiten, die sich mitunter in dieser Sammlung finden, kommen daher nicht auf mein Conto, sondern auf dasjenige des ehrenwerthen Schulpascha's.

Insbesondere fand ich es für gut, an einigen dieser Schmeichelwörter die Vokale zu vervielfachen, da man sich von der originell drastischen Färbung dieser Wörter erst einen richtigen Begriff machen kann, wenn man dieselben SEINEM höchsteigenen Munde entfahren hört, und ich dem Leser von diesem bizarren Colorit wenigstens eine annähernde Vorstellung geben wollte.

So gehe denn hin, du Unflathsregister, und lehre dem Plebs, was die „feine Bildung" jener Herren taugt, die ihn so gerne meistern nnd über Diejenigen, die aus seiner Mitte erstanden sind, die Nase rümpfen! —k.

Correspondenzen.

Würzburg. Ein jüngst im „Vorwärts“ veröffentlichter und A. G. unterzeichneter Artikel veranlaßt mich, die Feder zur Hand zu nehmen, um ein Wort über: „Unsere gewerkschaftliche Presse“ mitzusprechen.

Der Artikel im „Vorwärts“ wendet sich ganz entschieden gegen die vielen Gewerkschaftsorgane, die „nicht Blatt, nicht Cirkulair, nicht Fisch und nicht Fleisch“ sind und glaubt ein Heil für die Gewerkschaften und deren Presse nur in der Centralisation der Letzteren zu finden. Unleugbar hat diese Ansicht sehr viel für sich, wie ja auch seinerzeit das Yorck'sche Projekt einer allgemeinen Gewerkschaftsunion seine sehr vortheilhaften Gesichtspunkte hatte. Wie die „Gewerkschaftsunion“ aber, nachdem der Congreß in Erfurt im Jahre 1872 mehrere Tage über dieselbe berathen hatte, trotz aller Mühe ein todtes Kind blieb, so fürchte ich, daß auch einem schon jetzt für alle Gewerkschaften ins Leben zu rufenden Centralorgane ein frühes Ende bevorstehen dürfte. Wir werden in der Folge unsere Gründe, die wir aus dem wirklichen Gewerkschaftsleben schöpften, noch genauer auseinandersetzen, weisen aber in erster Linie auf den Versuch hin, die beiden Gewerkschaften der Holz- und Metallarbeiter durch ein einziges Organ, die „Union“, zu leiten. Niemand kann behaupten, daß die damalige Redaktion der „Union“ nicht mit allem Eifer sich der gemeinsamen Aufgabe gewidmet habe, und doch brachen Streitigkeiten um Streitigkeiten zwischen den Verwaltungen der beiden Gewerkschaften und der Redaktion aus, und wir glauben bestimmt, daß weder Genosse Moje noch Genosse Söhler diese Zeit zurückwünschen.

Wenn nun schon zwei der am weitest vorgeschrittenen Gewerkschaften, die, wie beispielsweise die Gewerkschaft der Holzarbeiter, längere Zeit unter einer so tüchtigen Leitung, wie die Yorck's unbestreitbar war, standen, trotzdem den Corpsgeist noch so wenig zu Gunsten des Klassenbewußtseins überwunden hatten, daß ihre Vereinigung schon nach einem Jahre wieder getrennt werden mußte, um wie viel weniger würde ein Centralorgan, welches allen, auch den jüngeren Gewerkschaften gerecht werden soll, zur Zufriedenheit all dieser verschiedenen Elemente redigirt werden können. Wenn aber das nicht der Fall wäre, dann möchte es doch schwer halten, Redakteure genug zu finden, die sich für ihre Bemühungen mit Vorwürfen überhäufen ließen, weil sie als Zimmerer oder Metallarbeiter nicht das nöthige Verständniß für irgend einen von einem Schuhmacher oder Schneider eingesandten Artikel hatten und denselben in den Papierkorb wandern ließen. Wenn wir nicht irren, war gerade eine derartige Angelegenheit die Ursache zur Trennung der Gewerkschaften der Metall- und Holzarbeiter. Möge man nun ja nicht glauben, durch ein strammeres Zusammenziehen der verschiedenen Gewerkschaften könnten die noch vorhandenen, allerdings lächerlichen Unterschiedlichkeiten, um nicht Ueberhebungen zu sagen, zwischen den verschiedenen Branchen der Arbeiter schneller beseitigt werden. Dies würde zu allerletzt der Fall sein. Die Ursache, warum leider solche Ungereimtheiten wie das Besserdünken einer Arbeiterbranche gegenüber der anderen selbst unter den organisirten Arbeitern noch existiren, liegt einfach an dem, was man bis jetzt Bildung oder Erziehung nannte und im Weiteren daran, daß gerade hier die gewerkschaftliche Agitation und namentlich die gewerkschaftliche Presse, vor allem aber die verschiedenen Ortsverwaltungen ihrer Aufgabe nicht gerecht wurden. Wir meinen, daß von den vorgenannten Faktoren, statt daß dahin getrachtet wurde, die verschiedenen Branchen zusammenzuführen, — was namentlich durch die örtlichen Arbeiter- oder Gewerkschaftscomités, welche die gemeinsamen Angelegenheiten gemeinsam regeln sollten, am Leichtesten vollbracht werden konnte — daß diese sehr oft versäumt wurde. Und deshalb, weil die Arbeiter der einzelnen Orte noch nicht den nöthigen Begriff von ihrer Zusammengehörigkeit haben, dürfte die Idee eines gemeinsamen Centralorgans für sämmtliche Gewerkschaften eine verfrühte sein. Wer sich die Mühe giebt, der Reihe nach Versammlungen verschiedener Gewerkschaften an ein und demselben Orte zu besuchen, der wird sich bald überzeugen, daß eine Versammlung von Holzarbeitern äußerst selten von irgend einem Metallarbeiter oder Schneider oder Schuhmacher besucht ist, selbst wenn die Tagesordnung eine für alle Arbeiter gleich brennende ist. Lieber halten die verschiedenen Gewerkschaften eigene Versammlungen ab und debattiren gesondert über denselben Punkt, als daß sie sich zu einem gemeinsamen Vorgehen entschlössen. Selbst aber an einem Orte, wo es, wie beispielsweise am hiesigen Platze, der Fall ist, daß in kürzeren Zeiträumen gemeinsame Versammlungen aller Gewerkschaften abgehalten werden, ist es durchaus nicht die Masse der Mitglieder, welche sich an solchen Versammlungen betheiligt, sondern es sind eben immer nur die kleineren Bruchtheile, welche erscheinen. Und wenn wir selbst unter diesen Bruchtheilen als den sogenannten Intelligenzen Umfrage halten, ob sie zu Gunsten eines Centralorgans auf ihre speziellen Fachorgane verzichten wollten, so dürfte man selbst da auf nicht geringen Widerstand stoßen. Eine einfache Thatsache kann als Beweis dafür dienen, daß bis jetzt das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder in ein Centralorgan ein sehr geringes war und noch ist. Der „Volksstaat“ war mehrere Jahre zu gleicher Zeit Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der deutschen Gewerkschaften. Niemand wird nun behaupten können, daß einerseits die Redaktion des „Volksstaat“ eine nicht genügende gewesen, oder daß den Gewerkschaften nicht der entsprechende Raum gewährt worden wäre. Und doch hat eine Gewerkschaft nach der andern sich ihr eigenes Organ gegründet und sich der Centralisation entzogen. Wir haben eben innerhalb der Gewerkschaften eine sehr große Menge von Mitgliedern, die nur dadurch gewonnen und gefesselt werden konnten, daß man sie bei den ihnen zunächst liegenden Dingen, z. B. bei den innerhalb ihrer Branche am meisten vorkommenden Uebergriffen der Arbeitgeber, oder sonstigen technischen Vorkommnissen, die sie am nächsten berühren, packt. Allerdings ist es zu bedauern, daß wir bis jetzt noch nicht weiter sind, aber thatsächlich sind wir eben noch in dieser traurigen Lage, und wir würden daher mit einer Centralisation der gewerkschaftlichen Presse — vorausgesetzt daß die einzelnen Gewerkschaften sich hierzu verständen — nichts nützen, sondern diejenigen, die heute wenigstens noch durch ihre speziellen Gewerkschaftsorgane belehrt werden können, abschrecken. Es dürfte sich daher empfehlen, die jetzt bestehenden Gewerkschaftsorgane so lange bestehen zu lassen, als nicht aus der Mitte der Mitglieder selbst energische Rufe nach Centralisation ertönen. Dagegen aber wäre es allerdings sehr zu wünschen, daß die verschiedenen Organe das Thema der Centralisation öfter und gründlicher diskutirten, und überhaupt immer mehr das Klassenbewußtsein an Stelle des Corpsgeistes pflegten. — Kurz, so lange sich der Buchdrucker, Lithograph oder Zimmermaler besser dünkt als der Tischler, Schneider oder Cigarrenarbeiter, und so lange diese wieder glauben, sie seien besser als die Erd- oder Bauarbeiter oder Tagelöhner, so lange der lächerliche Dünkel, kraft dessen der Proletarier, der pro Tag 3—4 Mrk. verdient, glaubt, er stehe über dem andern Proletarier, der nur 1 Mrk. 50 Pf. von dem erhält, was er pro Tag an Werth erzeugt hat, sobald die Absonderungsgelüste nicht beseitigt sind, so lange wird der Vorzug eines Central-Gewerkschaftsorgans immer ein sehr problematischer sein. Beseitigt kann aber dieses Grundübel nur werden, wenn sich die Agitatoren in den Gewerkschaften, und in ihrer Ermangelung die verschiedenen Gewerkschaftsorgane und die Lokalbeamten mehr als das bisher geschehen um die Zusammenführung der einander bis jetzt noch fernstehenden Elemente kümmern. Ist es erst gelungen, diese praktische Aufgabe zu lösen, sind die Arbeiter der verschiedenen Erwerbszweige zu dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit gebracht, dann wird das aus sich selbst herauswachsene Gebäude einer zeitgemäßen Gewerkschafts-Union auch unter das Dach eines Centralorgans gebracht werden können. Für jetzt aber könnte leicht die prächtige Kuppel die schwachen Mauern zusammendrücken. C. F. Rick.

Linz, 8. August. Einem ultramontanen Blatte entnehme ich folgende Correspondenz:

„**Bochum,** 4. August. [Noth und kein Ende.] Die große Masse arbeitsloser und hungernder Arbeiter ist wieder um 100 Mann vermehrt worden. Auf der hiesigen Gußstahlfabrik wurden 100 Arbeiter entlassen. Arbeitslos und brodlos ist aber bei der Mehrzahl der Fabrikarbeiter eins und dasselbe. Denn die unbändige Genußsucht, welcher die Arbeiter in besseren Zeiten ergeben waren, verzehrte alles Verdienst; an Sparen dachte man nicht. Woher nehmen nun aber diese Hunderte brodloser Menschen das Brod her? Auf ehrliche Weise bekommen sie mit dem besten Willen kein Brod, hungern wollen sie nicht! Kein Wunder, wenn Diebstahl, Raub und Betrug ꝛc. an der Tagesordnung sind und man kaum noch Notiz davon nimmt. Wir gehen einer trostlosen Zukunft entgegen.“

An den ultramontanen Correspondenten, der von selbst zu der Einsicht gekommen, daß es keineswegs zu verwundern, sondern ganz natürlich ist, wenn unter solchen Umständen die armen hungernden Arbeiter dem Verbrechen in die Arme gedrängt werden, erlaube ich mir die Frage zu richten, mit welcher der vielgepriesenen christlichen Tugenden in vorliegendem Falle den Arbeitern geholfen werden kann — ob durch die Demuth und Unterwürfigkeit oder durch christliche Nächstenliebe? Und ferner: Was ist von einer Presse (der ultramontanen) zu halten, die all das sich über die Menschheit ausdehnende entsetzliche Elend mit dem Abhandenkommen der „Religion“ in Verbindung bringt? Was nützt alle „Religion“, wenn die Verhältnisse den Menschen mit zwingender Nothwendigkeit zum Verbrechen treiben? Ist es nicht eine (täglich durch unzählige Beispiele beweisbare) Thatsache, daß das Elend, die Wollust und eine verkehrte mangelhafte Erziehung die Hauptquellen des „Verbrechens“ sind? und die heutigen Verhältnisse sind es, die bei ungezähltem Ueberfluß auf der einen Seite das größte Elend auf der andern bedingen und die Grundlage einer odentlichen gedeihlichen Erziehung nicht aufkommen lassen. Freilich das nennt man „göttliche Weltordnung“, an deren Aufrechthaltung die Ultramontanen so gut wie die „Liberalen“ — wenn auch sonst ihre Wünsche sich in manchen Punkten zuwiderlaufen — ihr eigenstes Interesse haben. Wir wiederholen deshalb auch hier wieder unsere schon so oft ausgegebene Parole: „Nieder mit der göttlichen Weltordnung!“ aber auch nieder mit allen sozialpolitischen Quacksalbern! und unter diesen auch mit denen, die durch Fasten und Beten, durch Ablässe und Wallfahrten die hungernde Menschheit vor dem Verbrechen bewahren wollen! Sch.

Schildberg, 10. August. Aus der Provinz Posen sendet uns ein Parteigenosse (Arzt) folgende interessante Schilderung dortiger Zustände: Unsere Ideen sind hier zu Lande ganz unbekannt. „Sozialdemokrat ist jeder, sagte mir ein Kreisrichter, der von einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse eine Verbesserung für sich erwartet.“ So wahr dieser Ausspruch im großen Ganzen ist, so spitzfindig ist seine Auseinandersetzung. Während er, der Kreisrichter, noch eben den Idealismus in der Sozialdemokratie betonte, ist er naiv genug zu sagen, daß jeder Spitzbube eo ipso Sozialdemokrat wäre. — Die Geistlichen und die Polen stehen unsrer Bewegung neutral gegenüber, so lange sie ihnen nicht gefährlich zu werden droht. Es sind seit Beginn des Kulturkampfs hier öfters Volksversammlungen abgehalten worden. Das fast ganz indifferente Landvolk wird allmählig zum öffentlichen Leben herangezogen und wenn der „Kulturkampf“ beendet ist, werden sie leicht unserer Fahne gewonnen werden. Freilich, volle Aufklärung ins Volk zu bringen, wird besonders in religiösen Dingen sehr schwer sein. — Das Elend und die Armuth sind hier entsetzlich. Mein ärztlicher Bezirk ist ungefähr 4 Quadratmeilen groß. Der Arzt bekommt die Kranken sehr oft erst wenn sie im Sterben liegen zu sehen. Da werden sie zu ihm gefahren, weil das billiger ist. Das gewöhnliche Hausmittel für Schwerkranke ist Schweinefleisch mit Sauerkraut, das halten die Leute für's beste Gericht, und wenn der Kranke das nicht essen will, so kommen sie zu dem Schluß: O, der muß doch sehr krank sein, der will nicht mehr das Beste essen, der wird gewiß sterben und braucht keinen Arzt. Von den Leuten, die hier sterben, war nicht ein Fünftel in ärztlicher Behandlung. Mehr als einmal bekommt man den Kranken gar nie zu Gesicht. Das Volk hungert leiblich und entartet geistig, und das nennen die Menschen Kultur. — Wer lacht da? — Mein erstes Debüt in der guten Gesellschaft hier ist für einen Sozialdemokraten nicht so übel. Ich hatte nämlich in einer Gesellschaft von vier Personen in einem Gasthaus behauptet, daß der König Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1848 nicht recht gehandelt habe, als er die feierlich beschworene Verfassung einseitig aufhob und am 5. Dezember eine andre noch heut zu Unrecht bestehende oktroyirte. Ein Referendar soll sich darob so sehr in seinem Gewissen und in seiner preußischen Ehre beschwert fühlen, daß er mich denunzirt haben soll. Ich kann zwar im Str.-G.-B. keinen Paragraphen finden, gegen den ich gesündigt haben soll, aber der Ruf meiner Denkart ist schon über die Grenzen des Kreises gedrungen und mir wird es wahrscheinlich für meine Praxis in den „höheren Kreisen“ dadurch weniger an Zeit fehlen, als ich brauchen werde, um mich darüber hinwegzusetzen, daß mich der biedere Preuße denunziren will. Um so mehr werde ich mir angelegen sein lassen, im Volke zu wirken, und soll es da an sozialistischen Rezepten zum Genesen der Kranken niemals fehlen. Ich werde mir angelegen sein lassen, die Verhältnisse hier in jeder Hinsicht genauestens zu absolviren und wenn es Ihnen recht ist, gelegentlich weiterberichten. (Wir bitten darum. Red. d. V.)

Waldenburg in Sachsen, 8. August. Am 6. d. M. fand im Gasthof zur Weintraube in Altstadt-Waldenburg eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Nauert aus Leipzig referirte. Genannte Versammlung sollte eigentlich in Waldenburg tagen, wir hatten den Saal des Schießhauses, eines der nobelsten Restaurants, zugesprochen bekommen. Da plötzlich erklärte der Herr Bürgermeister, er könne die Versammlung nicht tagen lassen, da sich deren Ueberwachung durch die zu große Entfernung des Versammlungslokals von der Stadt nicht gut durchführen lasse. Nun ist aber das Lokal höchstens zehn Minuten von der Stadt entfernt, gehört also eigentlich noch zur Stadt; was da von dem Verbot zu halten ist, kann Jeder leicht errathen. Wir waren daher genöthigt, in Altstadt-Waldenburg eine Versammlung abzuhalten, und wir können mit deren Erfolge nur zufrieden sein, da die Rede Nauert's allgemeinen Beifall fand, was die völlige Uebereinstimmung mit den sozialistischen Grundsätzen bekundete.

Briefkasten

der Redaktion. A. Wiesner in Berlin: Wenden Sie sich mit Ihrer Anfrage an den Vorstand der Bremer Genossenschaft. Die Angabe des betreffenden Blattes ist erlogen. — H. N. in Zürich-Unterstraß: Wir kennen eine derartige Jugendschrift nicht, vielleicht kann Ihnen Herr Dr. Specht in Gotha Auskunft geben.

der Expedition. J. C. Bopp in Neustadt a/H.: Ihre Annonce kam für die Freitags-Nummer um 24 Stunden zu spät. Wollen Sie doch unsere Notiz am Kopfe der Annoncen beachten. — Bnndrf in Paris: Die Annonce kam leider zu spät, um in die Nummer vom 17. d. Mts. aufgenommen werden zu können. — F. K. Forst in L.: Ja. Senden Sie 70 Pfg. und genaue Adresse. — N. N. Augsburg: Ihr Brief ist nach Hannover abgesandt, von wo Antwort gegeben wird.

Quittung. H. Lgs Hannover Ann. 0,70, Schr. 1,50. H. Rdgr Halle Ab. 18,00. Pffr Gießen Ab. 10,00. Metallarb.-Gewerkschaft hier Ann. 0,50. Wrgs Wien Schr. 9,98. J. Bst Mainz Schr. 44,60. Expedition der „Volkszeitung“ Dresden Schr. 25,00. M. Mhrs Hanau Schr. 27,60. Sbrt Cassel Ab. 15,08. Schrmr Lübeck Ab. 8,10. Hrsch Stuttgart Ab. 10,75. Wf Christophsgrund Ab. 11,20. Wlthr Altona Ann. 12,00. Gb Hamburg Schr. 124,69. Knf Frankfurt Ab. 42,00. Wnk Niemes Ab. 4,21. Klws Hamburg Ann. 12,00. Mf Framersbach Schr. 0,50. Ullrich hier Schr. 3,00. Bsch hier Schr. 6,00. Grßlr Reichenau Schr. 1,50. Lttrs Schwelm Schr. 3,00. Schlz hier Ab. 3,00. Lhnhrdt Christianshütte Schr. 8,00.

Alle Parteigenossen des In- und Auslandes werden ersucht, wenn sie den Aufenthaltsort des Cigarrenmachers Friedr. Wilh. Seifert, geb. zu Weißenfels in Thüringen, wissen, davon an C. Blandow, Frankfurt a/O., Richtstr. 77, Mittheilung zu machen.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß Briefe für Husum nicht mehr an mich zu senden sind, da ich von hier abreise.

J. Koopmann.

D. Ullrich, Spengler aus Landstuhl, wird durch seinen Bruder A. Ullrich um seine Adresse gebeten. Adresse: Halbes Dach, Speyer.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein.
Dienstag, den 21. August, Abends 8½ Uhr, bei Herrn Hübner, Gr. Rosenstr. 37:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Abrechnung und Verschiedenes. Alle Mitglieder müssen anwesend sein. G. Klaws. [70

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Mittwoch, den 22. **August,** Abends ½9 Uhr und im Lokale des Arbeiterbildungsvereins, Ritterstr. 43/II.: **Versammlung.** T.-O.: Wahl eines Bevollmächtigten, Kassirers ꝛc. — Recht zahlreiche Betheiligung erwarten (F. 189) **Die Einberufer.** [50

London. Der Communistische Arbeiterbildungsverein hält seine regelmäßigen Versammlungen jeden Sonnabend und Montag Abends 9 Uhr, 38 Marshal St., Golden Sq. W.

Dieses allen Parteigenossen, welche nach London zu reisen gedenken zur besonderen Beachtung.

Ueber etwaige Erkundigungen ertheilt Auskunft [70
J. H. Voß, 79 Charlotte St. Fitzroy Sq. W.

Osnabrück. Arbeiter-Wahlverein.
Donnerstag, den 23. August, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemünze 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Fragekasten. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. [80

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Wir gratuliren unserem Collegen Julius Jäckel zu seinem 27. Geburtstage.

Paris. (F 250) **B. W., L. C.** [90

Ein Bildhauer sucht Stelle als Modelleur od. Zeichner gleichviel in welcher Branche. Parteigenoss. werden zur Vermittlung dring. ersucht. Off. an d. Exped. d. Bl. einzusenden. (25) (F. 40) [90

Nachbezeichnete

Annoncen-Restanten

werden aufgefordert, den schuldigen Betrag sofort einzusenden. (80)

Altona: Bau-, Land- und Erdarbeiter 0,90; Metallarb.-Gew. 0,60; Cöln a. Rh.: Wahlverein 1,80; Hamburg: Tabakarb.-Ver. 1,60; Mülheim a. Rh.: Wahlver. 0,60; Neuschönefeld: Arb.-Ver. 1,20; Schwerin: Moje 1,50; Thonberg: Wahlfest-Comité 1,20.

Leipzig, 14. August 1877.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Unterzeichnete offerirt in neuen, tadellosen Exemplaren:

Wuttke, Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung, 3. Aufl., statt 4 Mk. nur 2,50 Mk. **Wirth, Geschichte der Deutschen,** 4 Bde (2136 S.), 1865; statt 12 Mk. nur 4,50 Mk., eleg. geb. 7,50 Mk. **Griesinger, Illustrirte Geschichte** der Deutschen von ihrem Beginn bis auf unsere Tage, 1874, 4 Bde; statt 15 Mk. nur 9 Mk., eleg. geb. in 4 Bdn 13,50 Mk. **Griesinger, Illustrirte Geschichte** der Neuzeit. Mit vielen Illustrationen, statt 4 Mk. nur 2 Mk. **Faber's Weltgeschichte,** 3 starke Bde, statt 11 Mk. nur 4 Mk. **Banzhof, Blätter für Bauhandwerker.** Eine Sammlung von Gartenhäusern, Pavillons ꝛc. 12 Hefte mit 96 Tafeln gr. Format statt 15 Mk. nur 7,50 Mk. — **Blätter für Bauhandwerker** (Hölzerne und steinerne Brunnen und Brunnengehäuse ꝛc.), 12 Hefte m. 48 Tafeln gr. Format, statt 9 Mk. nur 4,50 Mark. — **Blätter für Bau- und Möbeltischler,** 12 Hefte mit 48 Tafeln gr. Format, statt 10 Mk. nur 5 Mk.

Billige Roman-Lektüre:

Köberle, Jesuiten-Enthüllungen, statt 1,50 Mk. nur 75 Pfg. **Sölti, Fürsten-Ideal der Jesuiten,** statt 2 Mk. nur 75 Pfg. **Wittig, Illustrirte Geschichte der Commune** von Paris. Mit vielen Illustrationen, statt 5 Mk. nur 2 Mk. ☞ **Eine Sammlung neuester Romane von Bibra, Brachvogel, Gerstäcker, Möllhausen u. A.,** 20 Bde, statt 80 M. 50 Pf. nur 20 M. **Spezial-Verzeichnisse** gratis. Bestellungen werden direkt erbeten.

Berlin, Hagelsbergerstraße. [7,80

Wortmann'sche Buchhandlung.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lantermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuer, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 98. Mittwoch, 22. August. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat September zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** ꝛc. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Der Sozialismus in der „Kölnischen Zeitung".

I.

Da ist es aber schon weit gekommen, wenn in dem größten deutschen Bourgeoisblatte der Sozialismus gelehrt wird, so wird mancher Leser rufen, wenn er die Ueberschrift dieses Artikels liest; das kann man nicht glauben!

Und doch ist es so. Unwillkürlich werden alle denkenden Elemente, wenn sie volks- und staatswirthschaftliche Angelegenheiten besprechen, auf den Boden des Sozialismus, auf die Grundlage der Entwicklung des ganzen Volks- und Staatslebens gedrängt.

Wir finden in der „Kölnischen Zeitung" nämlich einen Artikel über Waldverwüstung und Holzverschwendung, dem wir verschiedene Stellen entnehmen wollen. Zuerst heißt es darin:

„Daß der Holzvorrath in den meisten Ländern stetig abgenommen hat, ist wohl nicht zu bezweifeln, und ebenso wenig kann es zweifelhaft sein, daß dieselben Bedingungen, welche dies bisher verursacht haben, noch fortbestehen, daß also auch in nächster Zeit der Verbrauch an Holz den Zuwachs übersteigen wird. Man tröstet sich zwar gern damit, daß man sagt, der Preis ist der beste und sicherste Regulator, denn übersteigt z. B. der Consum an Korn dessen Produktion, so ist eine Preissteigerung desselben die natürliche Folge, die wiederum verursacht, daß einestheils der Consum beschränkt, anderntheils die Produktion gesteigert wird, wodurch das Gleichgewicht sich von selbst wieder herstellt. Doch ist dies nicht in derselben Weise auf das Holz anwendbar, da erstens zur Herstellung eines gebrauchsfähigen Holzes ein sehr langer Zeitraum nöthig ist und zweitens einmal vom Wald entblößte Flächen oftmals nur unter den größten Schwierigkeiten, Geld- und Zeitopfern wieder ertragsfähig gemacht werden können; wie dies das Beispiel von ganz Südeuropa zur Genüge beweist."

Alles das ist richtig. Nebenbei gesagt mögen die Gegner der Marx'schen Werththeorie (Schäffle, Calberla ꝛc. ꝛc.) obige Ausführungen beachten, da sie den Unterschied zwischen denjenigen Gütern, die sich beliebig vermehren, und denjenigen, die sich nicht beliebig vermehren lassen, besonders hervorheben.

Die „Kölnische Zeitung" fährt nun fort:

„Doch läßt sich der Verbrauch an Holz weder durch Gesetze noch Verordnungen beschränken, ein Versuch dazu würde uns auf den Standpunkt der mittelalterlichen Luxusgesetze in den Kleidermoden zurückbringen. So lange an einem Orte Holz das billigste oder bequemste Material für irgendwelchen Bau ist, wird es dazu benutzt werden, und es wird in dieser Hinsicht nur die natürliche Preissteigerung desselben der Verschwendung Einhalt gebieten. Daß dies richtig ist, wird schon dadurch bewiesen, daß man jetzt eine ungeheure Menge Kiefern zu Schwellen verarbeitet, statt der theuer gewordenen Eichen, und man kann voraussehen, daß auch andere noch schneller wachsende Holzarten dazu Verwendung finden werden, sobald die Imprägnationsmethoden (Durchtränkung gegen Fäulniß) nur noch mehr vervollkommnet sein werden." —

In dem heutigen Staate allerdings läßt sich eine Beschränkung des Verbrauchs an Holz nicht durch die Gesetzgebung durchführen; in einer besser organisirten, in einer sozialistischen Gesellschaft aber würde die Organisation des Holzverbrauchs auf keinerlei Schwierigkeiten stoßen, und wenn auch der vernünftige Gebrauch dadurch nicht beschränkt würde, so würde man doch aller Holzvergeudung einen Riegel vorschieben im Interesse der Gemeinsamkeit.

Die „Kölnische Zeitung" will aber, da man mit Gesetzen den Holzverschwendungen jetzt nicht entgegentreten kann, durch Belehrung einwirken, und warnt die Landwirthe vor den vernichtenden Feinden der Holzproduktion, vor der Waldweide und der Streunutzung; auch hält sie und mit Recht die Ausrodung des ärmern Waldbodens für einen schweren Fehler, da in den meisten Fällen der Ackerbau auf solchen Flächen nicht so einträglich ist, als die Holzproduktion, und nach und nach solche ausgerodeten Flächen bei dem Mangel an Dünger völlig werthlos gemacht werden. Auch müsse der Landwirth jedes Fleckchen benutzen, um dort, wo dem Acker kein Schaden zugefügt werde, einen Baum zu pflanzen.

In der Vermehrung der Produktion, viel sicherer als durch Beschränkung des Consums, sieht die „Kölnische Zeitung", und wieder mit vollem Recht, das beste Mittel, um einer zukünftigen Holzarmuth, welche schon den ganzen Süden Europas auf das Schwerste bedrückt, in Deutschland vorzubeugen.

Wir setzen voraus, daß die meisten unserer Leser wissen, daß ein holzarmes Land auch schon bald ein fruchtarmes Land wird; auf der einen Seite wirken plötzliche Ueberschwemmungen, vernichtende Regen- und Hagelschauer, auf der anderen Seite anhaltende Dürre in der ungünstigsten Weise auf ein holzarmes Land ein. Aber auch der Gesundheitszustand des Volkes leidet in dem bedenklichsten Maße.

Die „Kölnische Zeitung" wünscht nun, daß der Staat eingreife; sie sagt:

„Selbst in Deutschland, dem in dieser Hinsicht glücklichsten Lande, finden sich noch immer Oedländereien genug, deren Anbau unbedingt nothwendig ist, sollte er auch anfangs mit großen finanziellen Opfern verknüpft sein; Pflicht der Landesvertretungen aber ist es, die dazu nöthigen Mittel zu bewilligen, und wahrlich nur wenige Gelder werden besser angelegt sein; als Beispiele nenne ich hier nur die verschiedenen Haiden und Torfmoore."

Der Staat also soll die großen unwirthlichen Haide- und Torfstrecken mit Bäumen bepflanzen — wir haben gewiß nichts dagegen, doch muß er dann die betreffenden Oedländereien auch zu Staatseigenthum machen. Auch da weiß die „Kölnische Zeitung" Rath:

„Ein wunder Punkt in Deutschland ist ferner die schlechte Bewirthschaftung vieler Privatwälder, die durch eine ganz unvernünftige Ausnutzung vieler Orte nahezu unproduktiv geworden sind. Nichtsdestoweniger ist es sicher falsch, dem Staate das Oberaufsichtsrecht über die Bewirthschaftung derselben oder gar das Einmischungsrecht in diese zu gewähren; so weit es nur irgend mit der allgemeinen Wohlfahrt verträglich ist, muß die Freiheit des Privatbesitzes bewahrt bleiben, dafür aber schaffe man ein Expropriationsgesetz, welches dem Staate ermöglicht, unter Controle der Landesvertretung allen für das allgemeine Wohl nöthigen Wald ankaufen; dies wird und muß der Schwerpunkt jeder künftigen Gesetzgebung auf diesem Felde sein."

Bravo! dreimal Bravo!

Auch uns fällt es nicht ein, dem Staate ein Einmischungsrecht in das Privateigenthum, in das Privatkapital zu gewähren, aber wir wollen, daß der Staat den Grund und Boden zu Staatseigenthum mache, und dafür tritt ja auch die „Kölnische Zeitung", wenn auch in etwas beschränkender Weise, ein.

Besonders sind wir mit der „Kölnischen Zeitung" einverstanden, wenn sie sagt, daß der Wald in solcher Ausdehnung vom Staate angekauft werden soll, wie es für das allgemeine Wohl nöthig sei.

Räumt man dem Staate ein solches Recht ein, nun so kann kein vernünftiger Mensch einsehen, weshalb derselbe nicht auch den übrigen Grund und Boden, nicht auch die Fabriken, nicht auch alle anderen Produktionsinstrumente durch ein Expropriationsgesetz insoweit übernehmen soll, wie es das allgemeine Wohl erheischt.

Darüber in einem folgenden Artikel.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die furchtbaren Folgen unserer gesellschaftlichen Zustände treten ab und zu in erschreckender Offenheit zu Tage. Die „Deutsche Reichscorrespondenz" schreibt nämlich:

„Es ist als eine leider ebenso unbezweifelte wie traurige Wahrnehmung zu constatiren, daß in der allerneuesten Zeit die Zahl der Geisteskranken in schreckenerregender Weise zugenommen hat. Die Privat-Irrenanstalten für „Geistes- und Nervenkranke" sind noch niemals in so bedeutendem Maße von solchen unglücklichen Patienten besetzt gewesen, wie gegenwärtig, und man überschätzt das Unglück nicht, wenn man mittheilt, daß die Zahl der in diesen Anstalten befindlichen Patienten seit einem Jahre auf das Dreifache gestiegen ist. Da für diese Patienten durchweg ein nicht geringes Kur- und Pflegegeld gezahlt werden muß, so ergiebt sich daraus, daß alle diese Kranken den besseren Ständen, den besitzenden Klassen angehören. Auch die Zahl der in unserer (der Berliner) städtischen Irrenanstalt untergebrachten — in der Regel den weniger bemittelten Klassen angehörigen — Personen hat sich in der letzten Zeit vermehrt, jedoch nicht in der schreckenerregenden Weise, wie diejenige der oben erwähnten Privatanstalten. — Wenn man dem Grunde und der Veranlassung zu diesen unglücklichen Krankheitserscheinungen nachforscht, so stellt sich leider die Thatsache heraus, daß die Mehrzahl der in Rede stehenden Personen in Folge des großen Krachs und der Geschäftskrisis in diesen traurigen Zustand versetzt worden ist. Weniger ist es der Handelsstand, der das Contingent für die Bevölkerung dieser Privat-Irrenanstalten liefert, als vielmehr der sogenannte Mittel-, der besser situirte Bürgerstand, welcher sein Vermögen in Spekulationspapieren angelegt und nun nach deren rapidem Fall den bei weitem größten Theil desselben eingebüßt hat. Von wohlunterrichteter Seite wird uns mitgetheilt, daß mehr als 70 Prozent der augenblicklichen Bewohner dieser Unglücksstätten die Verluste, welche sie an der Börse erlitten, sich dermaßen zu Gemüth gezogen, daß ihr Geist jetzt vollkommen umnachtet ist."

Was soll man da noch hinzusetzen — solche Zustände reden eine Sprache, deutlicher als der laute Nothschrei der Armen und Elenden, der so oft an das Ohr des Reichen schallt; eine furchtbare, erschreckliche Sprache! Die Anklage der Irrsinnigen gegen die heutigen Gesellschaftseinrichtungen — sie ist so vernichtend, sie ist das Verdammungsurtheil der gegenwärtigen „Ordnung". Verbrechen, Hunger, Wahnsinn — sie lauern in den Räumen der heutigen Gesellschaft, um bei erster bester Gelegenheit auf der Straße zu erscheinen und das herrschende Ausraubungssystem in seiner vollen Nacktheit zu zeigen; aber auch um bei allen vernünftigen und humanen Menschen den glühendsten Wunsch zu erwecken, dieses menschenschänderische System baldigst verschwinden zu sehen.

— Falsche Taktik. Unter dieser Ueberschrift bringt die Böhmert'sche „Sozial-Correspondenz" den ersten ziemlich vernünftigen Artikel seit ihrem Bestehen. Deshalb wollen wir auch denselben, soweit er vernünftig ist, reproduziren, umsomehr, da die „Sozial-Correspondenz" die weiteste Verbreitung desselben ganz besonders wünscht. Aus einer Industriestadt der Rheinprovinz (Saarbrücken ist gemeint) bringt das Böhmert'sche Blatt folgenden Brief von einem Beamten:

„Es sind hier auf einmal 2 Sozialdemokraten aufgetaucht, welche eine ganz ansehnliche Partei gegründet haben. Daß jenen dies gelingen würde, war nicht anders zu erwarten, denn sowohl unsere Industriellen, als unsere Behörden und Zeitungen waren ihre beständigen — wenn auch unfreiwilligen — Bundesgenossen. Die erstgenannten erließen Verbote gegen den Besuch der von den beiden Umsturzmännern ausgeschriebenen Versammlungen, Uebertretung hatte sofortige Entlassung zur Folge. Sogar der Besuch von Wirthshäusern, in denen sozialdemokratische Schriften aufliegen, ist untersagt und mit der obigen Strafe belegt worden. Mehrere Behörden aber sahen sich veranlaßt, diese Verbote auf ihre Beamten auszudehnen, und ich stehe gewissermaßen, nein ganz ohne Zweifel, schon auf der Schwelle meiner Stellung, weil ich das neu gegründete sozialdemokratische Blatt hier lese, um meinem Humor einige Nahrung zu verschaffen. Diese Verbote sind zwar gedruckt, aber nur unter uns vertheilt worden. Natürlich habe ich mich im Zorn, nein weniger im Zorn als in Trauer über diese Verkehrtheiten, hinter meinen Tisch gesetzt und lange Artikel beim nächtlichen Lampenschein darüber geschrieben. Glauben Sie aber, daß auch nur einer unserer culturkämpfenden Federhelden es wagt, diese Artikel abzudrucken? ..... Es steht schlimm hier um die Arbeiter nnd um uns; ich sehe es deutlich voraus, wenn es nicht bald, nicht sofort anders wird, wählen wir das nächste Mal sozialdemokratisch, obgleich es noch vor wenigen Wochen hier nur zwei Umstürzler gab! Schuld daran tragen unsere industriellen Behörden und farblosen Blätter."

Zu diesem Briefe bemerkt nun die „Sozial-Correspondenz" folgendes:

„Möchte doch dieser Brief rechte Verbreitung finden und denen die Augen öffnen helfen, welche nicht einsehen, daß solches Verfahren: die sozialdemokratische Bewegung unmöglich ersticken kann, sondern zu hellen Flammen auflodern machen muß. Und sind denn Arbeiter und Beamte unmündig, daß man es ihrer eigenen Entscheidung nicht überlassen will, ob sie sich für oder wider die Sache des Brodherrn, des Vorgesetzten erklären wollen? Haben denn wirklich die Sozialdemokraten solche Sirenenstimmen, daß die meisten derer, welche sie hören, von ihnen gebannt werden? Und was taugen Arbeiter und Beamte, welche nur darum nicht auf die Sozialdemokraten schwören, weil ihnen die Gelegenheit genommen wurde, den von Alters her überkommenen Grundsätzen der Treue gegen den Arbeitgeber und den Staat abtrünnig zu werden? Sind nicht gerade die verbotenen Früchte die süßesten? Gibt es eine bessere Reklame für ein Buch oder eine Zeitung, als wenn deren Lektüre verboten wird?

„— — — — Möge doch endlich dem deutschen Volke die Wahrheit zum Bewußtsein kommen, daß sich die Sozialdemokratie nicht durch Gewaltmittel unterdrücken läßt."

So die Böhmert'sche Correspondenz. Das übrige Gewäsch von den „Waffen des edelsten Stahls, nämlich: geistige Kräfte", mit welchen die Sozialdemokratie bekämpft werden soll, zeigt uns eben die alte Unvernunft der „Sozial-Correspondenz", die wir ja heute nicht berühren wollen.

— Vaterlandsdank. In der „Königsberger Hartungschen Zeitung" finden wir folgende Notiz: „Der einzige noch lebende sehr alte Schill'sche Volontair-Offizier, Herr Meske, der in Allenburg lebt, in Folge seines hohen Alters ganz erblindet ist und ein sehr dürftiges armseliges Leben führt, wird den 12. August c. seinen 91. Geburtstag als unglücklicher Blinder armselig feiern. Möchten doch recht viele wohlwollend mitleidige Herzen an seinen Geburtstag wohlwollend denken, sein Alter und seine Verdienste, die er sich beim Schill'schen Corps mit seltener Bravour erworben hat, ehren und achten. — Den resp. Herren Offizieren in der Provinz dürfte es zur Ehre gereichen, dem alten unglücklichen blinden Kameraden an seinem Geburtstage aus mitleidigem Herzen eine kleine Unterstützung zu Theil werden zu lassen, um während der wenigen Tage seines unglücklichen kummervollen Lebens, die schon gezählt werden können, seine Sorgen und Noth zu mildern." — Von Bettelpfennigen muß ein alter Mann leben, der in seiner Jugend, als „das Vaterland in Gefahr war" in hoher Begeisterung zu den Waffen griff, um das Vaterland zu retten. Der Dank des Vaterlandes aber ist das Hungertuch.

— Die Liberalen, die Clerikalen, die bürgerlichen Demokraten und die preußische Regierug durch den Mund der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", alle vier streiten sich darum, wer zuerst die Aufnahme des Maurer- und Zimmergewerks in das Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 von ihnen verlangt und somit sich das größte Verdienst um das arbeitende Volk erworben habe. Die „Frankfurter Zeitung" er-

klärt, daß der Volkspartei vor allem der Ruhm gebühre, da sie schon im Jahre 1873 die Revision und Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes in ihr Programm aufgenommen habe. Wir verweisen in diesem Falle alle vier Conkurrenten um die Förderung des Arbeiterwohls an unsere Parteigenossen Maurer Grottkau und Zimmerer Kapell — diese Männer können ihnen sagen, wer es zuerst war, der die Aufnahme des Maurer- und Zimmerergewerks unter das Haftpflichtgesetz verlangt hat!

— Des edlen Märchens „Gewerkverein" bringt einen Artikel: „Die Rothen und die Blauen", in welchem er die „Frankfurter Zeitung" beglückwünscht, den Herren Sozialdemokraten eine harte, aber wohlverdiente Lektion ertheilt zu haben. Möge diese neue Bundesgenossenschaft der „Frankfurter Zeitung" wohl bekommen.

— Zum traurigen Kapitel der Untersuchungshaft. Am 18. Juli d. J. saß die Wittwe Hennig, die bisher noch niemals mit dem Strafgesetz in Collision gerathen war, auf einer Bank Unter den Linden zu Berlin und schnitzte mit dem geöffneten Federmesser, ohne überhaupt an irgend etwas zu denken, zwei kleine Spähnchen von der Bank los. Ein Schutzmann kam herzu, fistirte die Wittwe Hennig nach der Wache, von wo sie wegen dieses Vergehens nach dem Gewahrsam überführt worden ist. Da in der Handlung der Verhafteten eine vorsätzliche Beschädigung von zum öffentlichen Nutzen dienenden Gegenständen gefunden wurde, erfolgte unter Beschließung der Untersuchungshaft die Anklage-Erhebung gegen die Hennig. Am Freitag wurde die Sache vor der Ferien-Criminal-Deputation des Stadtgerichts verhandelt und die Angeklagte zu einer Woche Gefängniß verurtheilt, welche durch die erlittene dreiwöchentliche Untersuchungshaft als verbüßt erachtet worden ist. Untersuchungshaft wegen Abschnitzens von zwei Spähnchen! Und drei Wochen lang! Warum ist die Wittwe Hennig nicht ieber unter die Gründer gegangen!

— Zu den Wahlmanövern der französischen Regierung leistet die ultramontane „Germania" folgende Dummheit und Unwahrheit:

„In Frankreich bereiten sich mit Eifer Regierung und Parteien auf die im Oktober stattfindenden Wahlen vor, wobei die erstere der Opposition eine durchaus zu billigende Freiheit der Agitation gewährt. Es ist dies nicht nur eine Sache der Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit, weil ohne diese Freiheit das allgemeine Stimmrecht die größte Lüge wäre, sondern auch der Weisheit, denn jede Bedrückung der Opposition dient erfahrungsmäßig zu ihrer Stärkung. Dagegen erfüllt die Regierung eine andere nicht minder heilige obrigkeitliche Pflicht in nicht genügendem Umfange, nämlich diejenige der Verhinderung, bezw. Bestrafung von Aufreizungen zu Ungesetzlichkeiten, Auflehnungen und Verachtung der obrigkeitlichen Gewalt, wie sie in der radikalen Tagespresse täglich vorkommen und das Volk vergiften. Zwar sind einige kleine, unbedeutende und einflußlose Blättchen vor Gericht gezogen worden, aber gegen die eigentlichen Giftküchen, gegen die Organe der Thiers und Gambetta, hat man einzuschreiten nicht für angemessen erachtet oder nicht gewagt. Die kleinen Diebe zu hängen und die großen laufen zu lassen ist aber, zumal in der Politik, ein falscher Grundsatz. Die Herren Broglie und Genossen stärken durch ihre Zurückhaltung die Zuversicht ihrer Gegner, lassen in den Augen der urtheilsunfähigen Masse die Sache der Opposition als unangreifbar erscheinen und geben der Regierung das Ansehen, als ob sie sich im Unrecht befinde."

So die „Germania". In Deutschland haben wir auch bei den Wahlbewegungen große und eigenthümliche Wahlbeeinflussungen der Behörden zu verzeichnen, wie dies aus den zahlreichen Protesten und Untersuchungen nach jeder Reichstagswahl hevorgeht; aber so weit in der Unterdrückung von Blättern, in dem Verbot von Versammlungen und Festlichkeiten, in dem Schließen von öffentlichen Wirthshäusern haben es allerdings die deutschen Behörden noch nicht gebracht, wie die gegenwärtige französische Verwaltung. Offenkundig ist derlei Bedrückung gegenwärtig in Frankreich; dies wird die „Germania" nicht fortlügen können. Wir begeistern uns wenig, wie Jedermann weiß, für die französische Oppositionsgesellschaft; wir wissen, daß wenn die Thiers und Gambettas am Ruder wären, das Volk noch mehr, oder doch mindestens ebenso sehr bedrückt würde, als unter dem heutigen Regime, aber deshalb kann es uns nicht einfallen, das unfläthige Beginnen der französischen Regierung zu beschönigen oder gar in Schutz zu nehmen. — Die „Germania" schwärmt natürlich für Mac-Mahon, für den Pfaffenknecht, und in dieser Schwärmerei kommt es ihr auf Recht und Unrecht nicht an.

Neu-Caledonien, der bekannte Aufenthalt der deportirten Communarden, ist noch um eine Marter reicher geworden. Die ganze Colonie ist von Schwärmen giftiger Fliegen heimgesucht, unter denen natürlich die Deportirten, welche in ihrer Armuth und Hilflosigkeit sich nicht schützen können, zu leiden haben. Bereits sind 27 Communards und 33 weitere Colonisten an den giftigen Stichen verstorben. Besonders auf der Il de Pin hausen die Insekten massenhaft und sind ihnen auch bereits fast alle Heerden zum Opfer gefallen, wodurch sich die Lage der armen Deportirten abermals wesentlich verschlechtert. Aber nicht allein mit Trauer, mit innigem Mitgefühl für die Gemarterten muß uns die Nachricht erfüllen, sondern auch mit neuem Haß gegen jene Schandbuben, welche die edlen Kämpfer für Freiheit und Gleichheit in eine solche Hölle versetzt haben. Schmach den Elenden und — möge das Volk nie vergessen, was sie an seinen Vorkämpfern verbrochen!

Von welcher Energie die „Republikaner" erfüllt sind, davon erzählt uns die „Frankfurter Zeitung", welche so gern gegen die „Rohheit" zu Felde zieht, mit vielem Behagen folgendes Geschichtchen:

„In der Provinz treten die Republikaner energischer gegen die Feinde der bestehenden Institutionen auf, wie folgende Scene beweist, die sich am vergangenen Sonntag in Chinon (bei Tours) auf dem Festmahl der landwirthschaftlichen Ausstellung zugetragen hat. Der Maire hatte die Gesundheit des Marschalls ausgebracht. Der Präfekt hatte eine Rede gehalten, in welcher von nichts als dem Ackerbau die Rede war; plötzlich erschallte der Ruf: „Es lebe die Republik . . . sie wollen sie (die Republik) niederwerfen!" Ein Herr Herpin erwiderte mit dem Rufe: „Vive le Roi!" worauf ein Herr Joubert (Bruder des gleichnamigen Exdeputirten) Herrn Herpin frug, ob er den Ruf ausgestoßen habe? Auf dessen bejahende Antwort gab ihm Herr Joubert eine Ohrfeige. Die ganze Versammlung gerieth in so tumultuarische Aufregung, daß der Präsident sie sofort auflösen mußte."

Echt „republikanische" Bildung und Energie das! — Wir wetten, daß besagter Herr Joubert, der inmitten einer republikanischen Majorität einem politischen Gegner gegenüber eine solche „Heldenthat" verrichtete, sofort ausgerissen wäre, wenn sich nur ein Polizisten-Käppi hätte blicken lassen.

Unser Hamburger Parteiorgan schreibt: „So ist's recht! Die Nemesis kommt gewöhnlich sehr bald bei den Leuten, welche sich der Unterdrückung und des Betrugs an ihren Mitmenschen schuldig gemacht haben. So finden wir in der „Republique française", dem Organ Gambetta's, einen polizeilichen Rapport abgedruckt, der lautet wie folgt:

„Städtische Polizei. IX. Arrondissement. Saint-Georges-Viertel. Littera A. Ich habe die Ehre, zu berichten, daß heute zwischen 9 und 12 Uhr Abends vier Personen zu Herrn Thiers gekommen sind: Herr G..., Vicepräsident am . . . Hofe und drei Unbekannte. Sonst nichts zu melden. P."

Also Mac Mahon läßt den alten „Meister der Staatsschusterei", Herrn Thiers, überwachen! Die republikanischen Blätter jammern darüber. Wir erinnern daran, daß, als Thiers Präsident war, die Denunziation und Spionage gegen die Insurgenten der Commune im großartigsten Maßstabe betrieben wurde, und daß damals in einigen Wochen 400,000 Denunziationen einliefen. Nun wird der alte Spion einmal selbst ausspionirt."

Der neulich zu zwei Jahren Gefängniß und 4000 Fr. Strafe verurtheilte Gerant des „Mot d'Ordre", Herr Hamon, erschien den 14. d. Mts. vor dem Schwurgerichte zum contradiktorischen Verfahren über die Sache. Die Geschworenen ließen mildernde Umstände zu und der Gerichtshof setzte die Strafe auf drei Monate Gefängniß und 2000 Fr. Geldbuße herab.

— Grobes Geschütz. Da die gewöhnlichen Reptilien und Rubel-Sauhirten selbst bei dem deutschen Philister keinen Glauben mehr finden, wenn sie von russischer Humanität und russischen Heldenthaten reden, so hat man es für nöthig befunden. Niemand geringeren, als den Großfürst Nikolay, „Väterchens" Bruder und der bulgarischen Armee Oberfeldherrn, die russische Pauke schlagen zu lassen. Besagter Nikolay, dem größeren Publikum bekannt durch die „Genialität", mit der er die Schlacht bei Plewna verloren — die Krüdener und Consorten waren bloß die Prügeljungen — hat nachstehendes Telegramm verfertigt und nach Petersburg geschickt, wo es pflichtschuldigst veröffentlicht worden ist:

„Telegramm Sr. K. H. des Obercommandirenden der activen Armee aus Gornyj-Studen vom 30. Juli (11. Auguft). In ausländischen Blättern ist vielfach die Rede von einer Flucht unserer Truppen nach dem Plewnaer Mißerfolge vom 18. (30.) Juli, einer Verfolgung unserer Truppen durch die Türken bis nach Sistowo, einem mißglückten Versuche, Rustschuk und Silistria zu blokiren, sowie von Siegen der Türken bei Rustschuk, Rasgrad und anderen Orten. Dies alles ist eine ebenso freche Lüge, als die durch die uns feindliche Presse im vorigen Monat verbreitete Ente über ein nie erfolgtes Mißglücken unseres Donau-Ueberganges bei Nikopolis und einen Sieg der Türken bei Bjela. Ein für alle Mal bitte Ich, die systematischen Lügen, die durch türkische Blätter und uns feindliche Organe der europäischen Presse verbreitet werden, nicht zu beachten. Wenn von Mir keine Nachrichten einlaufen, so bedeutet das nur, daß Alles günstig steht, und nichts Neues zu melden sei. Als wir Mißerfolge zu verzeichnen hatten, da hatte ich selbst hierüber unverzüglich telegraphirt."

Allerdings — wenn's ihm nämlich gefiel, oder richtiger, wenn die Nachrichten ihm gefielen. Die Hiebe von Plewna steckte er 8 Tage lang ein, ehe er sie „unverzüglich telegraphirte". Und wann die Hiebe, welche es im Balkan gesetzt hat, von dem wahrheitsliebenden Großfürst „unverzüglich telegraphirt" werden, läßt sich noch gar nicht absehen. Und was die „Flucht" der russischen Armee nach Plewna anbelangt, so ist allerdings nicht die ganze Armee geflohen, aber doch ein Theil, und zwar die heroischen Kosaken, die bis über die Donau ausrissen — und noch ein anderer Theil; und zwar ein sehr wesentlicher: das Hauptquartier, Großfürst Nikolay an der Spitze! Er versteht es, die Pauke zu schlagen. Aber die Pauke hat halt ein Loch!"

In einem zweiten Telegramm hat derselbe Großfürst die türkischen Depeschen über russische Grausamkeiten für Lügen erklärt. Gerade solche „Lügen", wie die „Flucht" der Kosaken und des Großfürst Nikolay nach Plewna! Noch einmal: Er paukt gut, aber die Pauke hat ein Loch. —

— Die Russen an der Culturarbeit. Da neuerdings sogar preußische Offiziere und der „Deutsche Reichs- und Staatsanzeiger" in Contribution gesetzt werden, um russische Stimmung zu machen, so sei hier folgender Ausschnitt aus einem aus Rasgrad vom 17. Juli datirten Briefe des Kriegscorrespondenten der „Kölnischen Zeitung" im türkischen Lager mitgetheilt:

„Gestern (den 16. Juli) besuchten wir die in Privathäusern untergebrachten und von den Russen überfallenen und verwundeten türkischen Familien. Ich kann Ihnen versichern, die Haare stehen einem zu Berge, wenn man die Opfer dieser Greuelthaten betrachten muß! Da ist nichts geschont worden! Nicht der Säugling an der Mutter Brust, nicht der Greis mit weißem Haupte! Kinder mit drei, vier Lanzenstichen, Schuß- und Säbelwunden wälzen sich wimmernd am Boden herum. Frauen mit zerhackten Händen und Brüsten legen Zeugniß ab von der unerhörten Bestialität, welche der Einmarsch der Befreier des Orients im Gefolge gehabt hat. Der blutgierigste Tiger ist ein Lamm gegen jene erbärmlichen und schurkischen Mörder, die einjährigen Kindern das Messer in die weiche Hirnschale stoßen konnten. Im serbisch-türkischen Kriege wollte man den türkischen Truppen unzählige Grausamkeiten in die Schuhe schieben. Wo aber blieben die Beweise? Man hat gehässig berichtet und die Ausschreitungen der Baschibozuks und Tscherkessen bis ins Lächerlichste übertrieben. Hätte es damals nur eine einzige durch die blanke Waffe verwundete serbische Frau oder ein verletztes Kind gegeben, man würde gewiß nicht verfehlt haben, das corpus delicti nach Belgrad zu schaffen, um es von hier aus dem entrüsteten Europa zu zeigen. Ich war während des ganzen Kriegs in Belgrad und Niemand hat auch nur einen annähernd ähnlichen Fall mit eigenen Augen gesehen. Bei der Unterdrückung des bulgarischen Aufstandes im vorigen Jahre waren gewiß schreckliche Vorgänge zu beklagen, doch das war ein Bürgerkrieg und seine Bekämpfer waren eben Baschibozuks; jetzt aber kämpfen zwei Kaiserreiche gegeneinander, von denen das eine das andere zur Civilisation zwingen will. Und zur regulären Armee Rußlands gehören jetzt auch die Kosaken, die an den Unthaten vielfachen Antheil genommen haben. Man denke an Sibirien, Polen, Khiwa, den jetzigen Krieg, die Tausende von ermordeten friedlichen Bürgern, Weibern und Kindern, die verbrannten tür-

Für Civilversorgungsberechtigte und welche es noch werden wollen.

Wenn man durch 12- resp. 15jährige Militärdienstzeit den Civilversorgungsschein erworben hat, so liegt es wohl im eigenen Interesse, denselben zu verwerthen und eine Stelle im Staatsdienste nachzusuchen. Man reicht daher Gesuche an die königlichen Behörden ein, bei welchen man angestellt zu sein wünscht, giebt auch die Stellen an, für welche man sich geeignet findet, sich stark fühlt, oder aber die nöthige Qualifikation besitzt. Auf diese Eingaben erfolgt dann gewöhnlich ein Bescheid mit dem Bemerken, die dem Schreiben beigefügten Fragebogen zu beantworten, ein Gesundheits- und ein Leumundsatteft ausstellen zu lassen und an die betreffende Behörde einzusenden.

Nicht allein, daß man hierbei die doppelten Portokosten zu tragen hat, es entstehen auch für die Erlangung der genannten Atteste bedeutende Kosten. Hat man sich diesen Kosten unterzogen und die gewünschten Papiere eingesandt, erhält man nach einigen Wochen den Bescheid, daß weder eine Vakanz noch eine Aussicht auf baldige Einberufung vorhanden. Sollte man indessen dennoch Berücksichtigung gefunden haben, so erhält man vielfach eine Stelle angeboten, auf welche man gar nicht reflektirt hat, auch solche Stellen, wobei es einer 12- resp. 15jährigen Dienstzeit nicht bedurft hätte, um selbige zu erhalten. Hat man aber das 40. Lebensjahr erreicht oder gar zurückgelegt, so werden mit diesem Lebensabschnitt nunmehr alle ferneren Gesuche mit dem Bemerken abgelehnt, „daß man das 40. Lebensjahr überschritten habe" und eine Berücksichtigung derselben außer dem Bereiche der Möglichkeit läge.

Auf diese Weise sammelt man Material und wird zu einem Kostenaufwand gezwungen, der nach Jahren eine nicht unerhebliche Summe erreicht.

Da nun der Civilversorgungsschein eine solche Klausel nicht enthält, welche dem Besitzer desselben das Recht abspricht, nach zurückgelegtem 40. Lebensjahre seine Ansprüche geltend zu machen, so erfolgen Anzeigen über Anzeigen an die königlichen Bezirkscommandos oder direkt an das königliche Kriegsministerium. Die von letzterer Behörde auf derartige Beschwerden eingehenden Bescheide sind schablonenmäßig bearbeitet. Statt daß das königliche Kriegsministerium sich der betreffenden Gesuchsteller annimmt und Sorge tragen würde, diese unterzubringen, werden dieselben sämmtlich an die königlichen Bezirkscommandos verwiesen. Diese legen nun, um dem höhern Befehle nachzukommen, den Gesuchstellern die Stellen-Vakanzenliste vor und überlassen dann einen Jeden seinem Schicksal.

Hier tritt der ersterwähnte Fall wieder ein. Die Ausgaben an Kosten und dieselben Bescheide sind die Früchte aller Bemühungen.

Auf diese Weise läuft ein Militär-Invalide Jahre lang ohne Existenz in der Welt umher. Sind nun dessen Bemühungen nach Jahr und Tag ohne Erfolg geblieben, so steht ihm kein anderer Weg offen, um den bestehenden Bestimmungen zu genügen, als am 30. Dezember eines jeden Jahres dem betreffenden königlichen Bezirkscommando, in dessen Bezirk derselbe wohnt, davon Anzeige zu machen. Eine Zusammenstellung dieser eingegangenen Anzeigen geht an das königliche Generalcommando und von dort an das königliche Kriegsministerium.

Ist nun ein Militär-Invalide den bestehenden Bestimmungen insoweit nachgekommen, so dürfte es auch nunmehr Pflicht des königlichen Kriegsministeriums sein, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sich der in Rede stehenden Invaliden anzunehmen und Sorge zu tragen, diese unterzubringen. Denn warum wird jedes Jahr eine derartige Eingabe gemacht? Das königliche Kriegsministerium aber scheint zu glauben, wenn ein langgedienter Soldat den Civilversorgungsschein erhalten hat, allen weiteren Verpflichtungen demselben gegenüber enthoben zu sein. Ob ein Invalide Stelle hat oder nicht, ob er dadurch, daß er keine erhalten kann, selbst wenn er Familienvater ist, in Noth und Elend geräth, das scheint das Kriegsministerium wenig zu kümmern.

Sollte es dennoch einem Militär-Invaliden einfallen, sich persönlich nach Berlin zu begeben, um dort an Ort und Stelle seine gerechten Ansprüche geltend machen zu wollen, so steht demselben bevor, mit folgender Antwort beschieden zu werden: „Herr! wenn Sie glauben, mit Oppositionen nach Berlin gekommen zu sein, so machen Sie, daß Sie Berlin so schleunigst wie möglich verlassen, denn die Behörden haben mehr Geld wie Sie." — Auf die Antwort des betreffenden Invaliden, daß er nicht „mit Oppositionen", sondern mit gerechten Ansprüchen nach Berlin gekommen sei, wenn diese aber mit vorgedachten Aeußerungen beschieden würden, so sei dies mehr als traurig, erhielt er die Antwort: „Traurig aber wahr."

Diese einzige Aeußerung, deren Wahrheit ich mit meiner Unterschrift verbürge, dürfte genügen, einen Beweis zu liefern wie ein königliches Kriegsministerium über Militär-Invaliden denkt. Auf deutsch heißt dies: Da Du kein Geld hast, Deine gesetzlichen Rechte, welche Dir vom Standpunkte des Rechts verweigert werden, auf dem gerichtlichen Wege zu erlangen, so hast Du zu schweigen und jedes Unrecht mit Geduld zu ertragen.

Aus den dem Unterzeichneten zugegangenen Bescheiden der königlichen Behörden geht mit Bestimmtheit hervor, daß eine Verfügung existirt, wonach Militär-Invaliden nach zurückgelegtem 40. Lebenjahre bei Anstellungsgesuchen nicht zu berücksichtigen sind, es vielmehr dem Ermessen der Behörden anheimgestellt bleibt, solche Invaliden zu nehmen oder nicht. Der Civilversorgungsschein, welcher im Königlichen Auftrage unterzeichnet wird, enthält von den hier vorerwähnten Bestimmungen nichts. Es ist überhaupt den meisten Invaliden gänzlich unbekannt, daß solche Bestimmungen existiren. Wenn aber solche Bestimmungen, welche doch höhern resp. höchsten Orts erlassen worden sind, bestehen, so dürfte mit Recht die Frage aufgeworfen werden, warum derartige Bestimmungen nicht in den Civilversorgungsscheinen enthalten sind. Es dürfte nicht genügen, daß man blos den königlichen Behörden von dem Bestehen solcher Bestimmungen Kenntniß gäbe, sondern gerade den betroffenen Invaliden müßten sie mitgetheilt werden.

Liegt es denn überhaupt in der Möglichkeit, daß eine derartige Verfügung existiren kann? Mit der einen Hand giebt man den Civilversorgungsschein, den zu erlangen viele Soldaten ihre Jugend geopfert haben, mit dem Versprechen, sich bei jeder Behörde um Anstellung bewerben zu können, während man mit der andern Hand eine Verfügung erläßt, welche dem Besitzer des Civilversorgungsscheins die Rechte entzieht, weil er das 40. Lebensjahr erreicht oder überschritten hat. Der Staat macht daher seinen Invaliden Versprechungen, welche zu halten er sich nicht zur Pflicht macht.

Wenn das königliche Kriegsministerium ein weiteres Interesse an den Militär-Invaliden nicht nimmt, als denselben blos den Civilversorgungsschein zu geben, und dann nicht darauf hält, daß die königlichen Behörden veranlaßt werden, denselben auch immer zu berücksichtigen, sondern jeden Civilversorgungsberechtigten seinem Schicksal überläßt, so steht nicht allein den Besitzern, sondern auch denjenigen, welche denselben noch erwerben wollen, ein recht trauriges Loos bevor, weil Keiner weiß, was ihm die Zukunft bringt.

Die sämmtlichen Königlichen Behörden sind angewiesen, die

tischen Dörfer und an sonst noch alle die Greuel, die die Scham verbietet hier niederzuschreiben, und dann wage man noch zu sagen, Rußland sei berufen, als Befreier der unterdrückten Christen des Orients aufzutreten! Die Zahl der Opfer und die Art der Verwundungen hier in Rasgrad (doch das ist ein kleiner Theil) habe ich Ihnen ausführlich telegraphisch mitgetheilt. Wir wollen sehen, ob man uns gegenüber das abzuleugnen versuchen wird, was die Vertreter von elf Zeitungen hier mit eigenen Augen angesehen haben."

Der Brief, welcher fast vier Wochen gebraucht hat, um nach Köln zu gelangen, hat um so mehr Beweiskraft, als der Schreiber im Anfange desselben seinen lebhaften Unwillen über die türkische Armeeleitung ausspricht, die, in Anbetracht der bevorstehenden Aktion, so rücksichts—voll gewesen ist, die Herren Correspondenten außer Schußweite zu schicken.

Wir erwähnten oben des „Reichs- und Staatsanzeigers". Dieses einzige amtliche Blatt des Reichs brachte nämlich vor einigen Tagen einen angeblichen Protest des Times-Correspondenten gegen die Echtheit seiner Namensunterschrift unter dem bekannten Dokument der Zeitungscorrespondenten über die von ihnen als Augenzeugen bekundeten Russengreuel. Und hintennach stellt sich heraus, daß der Protest unecht, die Unterschrift aber echt war! Man sieht, das Pech der russischen Russen hat unsere deutschen Russen angesteckt.

— Die Vereinignng Suleiman Pascha's mit der türkischen Hauptarmee unter Mehemed Ali Pascha ist vollzogen, und jeden Augenblick kann es nun zu einer Hauptschlacht kommen. In unterrichteten Kreisen gilt das Schicksal des diesjährigen Feldzugs der Russen übrigens schon für besiegelt, und wird der Rückzug in die rumänischen „Winterquartiere" als sicher betrachtet. Ob „Väterchen" aus den „Winterquartieren" wieder herauskommen wird — wenigstens als Czar — dürfte sich einigermaßen fragen.

— Ueber die Volksversammlung der „Internationalen" zu New-York, welche von dem amerikanischen Correspondenten der „Frankfurter Zeitung" so schmählich verlästert worden ist, schreibt der Berichterstatter eines Blattes, das niemals Symvathien für die Sozialdemokratie ausgesprochen, sich aber, trotz aller Gegnerschaft, Unabhängigkeit des Urtheils zu bewahren gewußt hat: der „Vossischen Zeitung", wie folgt:

„Auf dem Tompkins Square in Newyork hat am 25. Juni Abends das Meeting von den dortigen „Internationalen" und einigen anderen Arbeitergenossenschaften zu Gunsten der strikenden Eisenbahnarbeiter stattgefunden; zwei Rednerbühnen waren errichtet, auf der einen sprachen die Redner in englischer, auf der anderen in deutscher Zunge. Der Platz war durch Calciumlichter erleuchtet und nur die Stelle, wo eine beträchtliche Menge Polizisten aufgestellt war, blieb dunkel. Im Ganzen mögen wohl 5—6000 Menschen anwesend gewesen sein, doch kam mit einer einzigen unbedeutenden Ausnahme keine Ruhestörung vor, Jeder beobachtete ein anständiges Betragen und alle Besorgnisse, welche man betreffs der Versammlung gehegt, erwiesen sich als grundlos. Der Redakteur der „Arbeiterstimme", Walster, ergriff zunächst das Wort und erklärte, Amerika sei noch bis vor wenigen Jahren als das Paradies der Arbeiter gepriesen worden, jetzt sei das anders. Heute hätten die Arbeiter aufgehört zu arbeiten, weil die Monopolisten ihnen nicht mehr das Recht zugestanden, soviel zu verdienen, wie sie zum Unterhalte ihrer Familien nöthig haben. Der Arbeiter müsse ein menschenwürdiges Dasein führen können, sonst solle er lieber aufhören zu arbeiten. Der nächste Redner war ein Herr Alexander Jonas, der daran erinnerte, daß vor etwa einem Jahre ein hervorragender Politiker das große Wort ausgesprochen, daß es in Amerika keine soziale Frage gebe. Das heiße also: In den Vereinigten Staaten sind die gesellschaftlichen Zustände und ist der Gang der industriellen Entwicklung der Art, daß Jeder, wenn er nur arbeiten will, eines menschenwürdigen Daseins sicher sein könne, soweit der Ausschluß materieller Noth dasselbe verbürgen kann. Dieses große Wort sei vor einem Jahre ausgesprochen, als Elend und Noth schon ganz ungeheure Kreise ergriffen hatten, und zwar durch Carl Schurz, den heutigen Minister des Innern im Kabinet der Vereinigten Staaten. Um denken, um ihre Angelegenheiten, die doch schließlich die der ganzen Gesellschaft seien, vernünftig ordnen, um die Familie aufrecht erhalten zu können, dürften die Arbeiter sich nicht herabdrücken lassen zum Standpunkte des Lumpenproletarials und der Tramps, zum Standpunkte der Leute, welche auch ein Produkt der heutigen Gesellschaftsverhältnisse, auch ein Opfer der industriellen Entwickelung, erst ausgebeutet und dann auf's Straßenpflaster geworfen seien und die heute morden und brennen und plündern. Der Redner schloß mit der Bemerkung, daß er auf die vielen Bravos und Cheers gar nichts gebe, weil denselben doch die That, nicht die des Aufruhrs, sondern die viel mehr Verständniß, Muth und Ausdauer fordernde der Organisation nicht folge. — Ein Cigarrenmacher Winter legte in seiner Rede das Hauptgewicht darauf, daß die Abänderung des gegenwärtigen Produktionssystems nothwendig sei und daß der Arbeiter, so lange der alte Zustand bleibe, immer vom Kapital abhänge. Er schloß mit einer donnernden Philippika gegen die dem Communismus feindlich gesinnten Blätter. Aehnlich sprachen sich auch die englischen Redner aus. Während der Versammlung war alles ruhig, nach der Vertagung derselben kam es aber doch noch, als der Platz geräumt werden sollte, zu einem Conflikte, bei welchem auf beiden Seiten mehrfache Verwundungen vorfielen, indessen gelang es der Polizei bald, die Squares von den Menschenmengen zu säubern."

Dieser Bericht zeigt, daß unsere Parteigenossen bei dieser Gelegenheit durchaus die Haltung eingenommen haben, die ihnen als Sozialdemokraten geziemt. Daß die Ruhestörungen nach der Versammlung nicht unseren Genossen, sondern wahrscheinlich der, andernorts ja auch im Unordnungmachen sehr starken, Polizei Schuld zu geben sind, erhellt sogar aus obigem Bericht.

— Die „Berliner Freie Presse" erfreut sich nach wie vor der zuvorkommendsten Aufmerksamkeit seitens Tessendorfs. Obenan steht als besonderes Merkmal dieser Aufmerksamkeit eine indirekte Majestätsbeleidigung, mit der unser Berliner Parteiorgan beehrt worden ist. Selbstredend spielt auch der § 130, der nur der Sozialdemokratie wegen fabrizirt worden ist, in den prozessualischen Renconters Tessendorf's mit der „Berliner Freien Presse" eine Rolle. Es kommen hierzu wohl ein Dutzend Polizeibeleidigungen, eine Religionsschmähung und, um das Sündenregister voll zu machen, figuriren auch etliche Privatbeleidigungen in dem Prozeßconto der „Berliner Freien Presse". Allen Respekt vor diesem „Kampf mit geistigen Waffen".

— Verurtheilt. Soeben geht uns die Mittheilung zu, daß die Genossen Kaulitz und R. Hackenberger von dem Gericht in St. Johann jeder zu 2½ Jahren Gefängniß verurtheilt worden sind.

I. An die Redaktion der „Frankfurter Zeitung".

Hamburg, den 7. August.

In der Beilage Nr. 215 Ihres geschätzten Blattes vom 3. August d. J. bringen Sie unter „Zum Abschluß" eine längere Auseinandersetzung über die vom „Vorwärts" gegen Ihre Zeitung veröffentlichten Artikel in Sachen der französischen Republik.

In dieser Ihrer Auseinandersetzung kommen Sie nun auch auf eine früher in Ihrem Blatte enthaltene Aeußerung zurück, wonach Sie unseren Blättern anrathen, weniger die Spalten der „Frankfurter Zeitung" zu plündern, und den „Führern" der sozialistischen Arbeiterpartei nahe legen, Hilfe von Ihnen, den eigennützigen Bourgeois, weniger in Anspruch zu nehmen.

Auf den im „Vorwärts" aufgetauchten Zweifel, daß Sie unter der „Hilfe" noch etwas anderes als das „Plündern" Ihrer Spalten verstehen, antworten Sie nun in der oben citirten Beilage, die Vermuthung des „Vorwärts" sei richtig, Sie hätten damit zu verstehen geben wollen, daß es ungemein unschicklich sei, diejenigen zu schmähen und zu höhnen, welche es, natürlich um der Sache willen, an Gefälligkeiten für die sozialistische Partei bei Gründung und Verbreitung ihrer Blätter und in der Wahlagitation nicht haben fehlen lassen. Sie fügen dieser Ihrer Behauptung noch die Bemerkung bei, daß bei einer Umfrage in der Partei der Verfasser des Artikels „Nieder mit der Republik" mancherlei Aufschlüsse über solche „nachbarliche Dienste" erhalten würde und fragen dann: „Eine Spezifikation ist wohl nicht nöthig?"

Sie werden es begreiflich finden, daß wir durch diese Ihre Ausführungen auf's Höchste überrascht wurden.

Als auf dem vorjährigen Sozialistencongreß in Gotha von Seite eines Delegirten aus Frankfurt ebenfalls die Behauptung aufgestellt wurde, daß eine Reihe unserer Blätter wie auch bekannter Parteigenossen Subventionen von Herrn L. Sonnemann erhielten, wiesen sowohl die Vertreter der genannten Blätter wie auch die betreffenden Parteigenossen diese Behauptung zurück und täuschen wir uns nicht, so erklärte damals Herr Sonnemann in der „Frankfurter Zeitung", daß die Angaben des Frankfurter Delegirten falsch seien, und daß es sich so verhalte, wie die angegriffenen Personen auf dem Congreß erklärt hatten.

Zur Zeit des vorjährigen Sozialisten-Congresses waren also die von Herrn L. Sonnemann resp. der „Frankfurter Zeitung" der sozialistischen Partei oder deren einzelnen Führern erwiesenen „Gefälligkeiten" nicht derart, daß sie über den Rahmen der zwischen allen in gewissen Fragen sich näher stehenden Parteien üblichen Beziehungen hinausgingen. Die „Gefälligkeiten", auf die Sie sich beziehen, müssen also im Laufe dieses Jahres erwiesen worden sein und überrascht uns dies um so mehr, als auf dem vorjährigen Congreß von allen Seiten darauf hingewiesen wurde, daß derartige Gefälligkeiten unter allen Umständen der sozialistischen Partei zum Schaden gereichen.

Da Sie nun in Ihrem Artikel „Zum Abschluß" fragen, ob Spezialitäten gewünscht werden, so sieht sich das unterzeichnete Central-Wahlcomité der sozialistischen Arbeiterpartei veranlaßt, Namens der Partei diese Frage zu bejahen. —

Ob Angehörige unserer Partei, uneingedenk der vorjährigen Congreßverhandlungen, „Gefälligkeiten" seitens der „Frankfurter Zeitung" erbeten und dieselben erhalten haben, oder auf was sonst sich Ihre Behauptungen stützen, auf alle Fälle kann ein offenes Darlegen des Sachverhalts der Ehre unserer Partei nur zuträglicher sein, als Ihre versteckten Behauptungen und Andeutungen.

Wir bedauern, daß um eines, unserer Meinung nach, sehr unwesentlichen Anlasses willen, das bisherige gute Verhältniß zwischen der „Frankfurter Zeitung" und dem „Vorwärts" so unliebsam gestört wurde, aber nachdem die Sache einmal so weit gediehen ist, halten wir es für das beste, wenn über alle Beziehungen zwischen Ihnen und unserer Partei völlige Klarheit waltet.

Daß Ihre Andeutungen der ganzen Meute der uns feindlichen Presse gewünschte Gelegenheit bietet, über die Sozialdemokraten herzufallen, ist wohl selbstverständlich, und da auch in den Reihen unserer Genossen Zweifel entstehen werden, so ist es schon um des letzteren Grundes willen unsere Pflicht, Sie zu ersuchen, die angedeutete Spezifikation eintreten zu lassen.

In der Hoffnung, daß Sie unserem Ersuchen baldigst nachkommen, verbleibt

Hochachtungsvoll
das Central-Wahlcomité der sozialistischen Arbeiterpartei:
G. W. Hartmann. H. Braasch. Aug. Geib. C. Derossi. J. Auer.

II. An das Central-Wahlcomité der sozialistischen Arbeiterpartei.

Frankfurt a. M., 17. August 1857.

Sehr geehrter Herr!

Auf die Zuschrift des Central-Wahlcomités der sozialistischen Arbeiterpartei vom 7. d. Mts. haben wir Ihnen zu erwidern, daß wir selbstverständlich in der Lage sind, unsere Behauptungen aufrecht zu erhalten und zu beweisen. Da dieselben jedoch in der „Frankfurter Zeitung" erschienen sind, so sehen wir uns zu unserm Bedauern außer Stand, Ihrem Ersuchen auf privatem Wege zu willfahren. Die Redaktion der „Frankfurter Zeitung" kennt nur den Weg der Oeffentlichkeit und kann darum als solche auch nur einem auf dem Wege der Oeffentlichkeit an sie gelangten Reklamations-Verfahren eine entsprechend Berücksichtigung zu Theil werden lassen.

Hochachtungsvoll
Die Redaktion der „Frankfurter Zeitung".
Otto Hörth.

Wir erwarten nun seitens der „Frankfurter Zeitung" Weiteres.

Correspondenzen.

Schleswig, 2. August. Wie wir aus der Parteipresse ersehen, wird die Verfolgungswuth gegen unsere Partei immer stärker und die Verurtheilungen und Maßregelungen folgen immer schneller aufeinander, so daß man beinahe versucht wird, zu glauben, daß in dieser Beziehung die „geheimen Instruktionen" neben den Gesetzesparagraphen eine wichtige Rolle spielen. Daß man bei den Verurtheilungen gegenüber unserer Partei stets daß höchste Strafmaß in Anwendung bringt, ist

---

Militär-Invaliden zu beschäftigen resp. anzustellen. Auch den Communal-Behörden, Eisenbahn Verwaltungen 2c. sind die Militär-Invaliden zur Berücksichtigung empfohlen. Alles dessen ungeachtet kommen speziell die Königlichen und Communal-Behörden diesen Weisungen am wenigsten nach. Es kann nachgewiesen werden, daß speziell die Königlichen Eisenbahn-Direktionen oder Direktionen der Staatsbahnen fast ⅓ nicht anstellungsberechtigter Personen beschäftigen. Der Unterzeichnete suchte auch um Beschäftigung bei der Königlich Saarbrücker Eisenbahn nach, wurde aber ablehnend beschieden; als hierauf der Gesuchsteller sich persönlich zu dem Vorsitzenden begab und ihm gegenüber erklärte, daß doch soviel Nichtanstellungsberechtigte beschäftigt seien, es daher wohl nicht allein Pflicht, sondern auch Bestimmung sei, Militär-Invaliden vorerst zu berücksichtigen, erhielt er zur Antwort: „Wenn Ihnen das nicht paßt, so können Sie sich beschweren." Diese Herren wissen aber schon im Voraus, daß sie ein Vorwurf dieserhalb nicht treffen wird, da die mannichfachen Hinterthüren zu den Bestimmungen zur Genüge Gelegenheit bieten, eine derselben zur Flucht zu benutzen. In einem Schreiben, welches der Unterzeichnete erhielt, vom Königl. Kriegs- und Handels-Ministerium unterschrieben, wie ein ferneres Schreiben an denselben vom Königlichen Justiz- und Ministerium des Innern unterschrieben, wird die Berücksichtigung seiner Gesuche um Anstellung im Ressort des Handels- und Ministerium des Innern vollständig abgelehnt.

Wenn daher die Befugnisse der Ministerien soweit gehen, einem Militär-Invaliden seine gerechten Ansprüche in dem ganzen Ressort zu entziehen, wo soll der Besitzer des Civilversorgungsscheins Anstellung resp. Beschäftignng finden? Der Civilversorgungsschein ist demnach vielfach ein werthloses Stück Papier. Besser wäre es gewesen, man hätte den Soldatenberuf nie gewählt, das Vertrauen würde dann wenigstens nicht erschüttert worden sein.

Wie gestalten sich aber im nachstehenden Falle die Verhältnisse? Der Feldwebel a. D. Hanöver zu Coblenz, welcher sich mit Behörden resp. mit dem Ministerium überworfen, erhält in allen seinen Antwortschreiben auf Anstellungsgesuche die Bemerkung, daß er die eine oder andere Behörde verklagt habe und infolge dessen keine Berücksichtigung finden könne?

Wie rechtfertigt sich in den nachstehenden beiden Fällen der Aussteller des Civilversorgungsscheins resp. die Königlichen Behörden?

1) Der Sergeant Puhl der 9. Compagnie des Kaiser-Franz-Grenadier-Regiments, welcher noch in Activität, ist ebenfalls Besitzer des Civilversorgungsscheins. Derselbe bewarb sich in Berlin um verschiedene Stellen. Selbst sein Regiments-Commandeur empfahl diesen Mann auf das Wärmste, nichts desto weniger erhielt derselbe von den Behörden die Antwort, daß er infolge seines Alters nicht berücksichtigt werden könnte. Dieser Mann ist aber erst 36 Jahre alt.

2) Der Feldwebel a. D. Stoltefuß des 3. Garde-Regiments zu Fuß zu Hannover trat mit dem 20. Lebensjahre in den Militärdienst, nachdem er die Feldzüge 1864/66 mitgemacht, diente er mit den Kriegsjahren 21 Jahre, als er aus dem Militärdienste trat, war er 41 Jahre alt. Derselbe erhielt bei seinem Austritt 15 Thlr. Pension, weil sein Gesundheitszustand ihm nicht erlaubte von dem Civilversorgungsschein Gebrauch zu machen. Nach 1½—2 Jahren stellte man den p. Stoltefuß wieder vor eine ärztliche Commission. Hier entschied dieselbe daß der p. Stoltefuß wieder soweit hergestellt sei, um eine Stelle bekleiden zu können. Man reduzirte daher seine Pension auf 7 Thlr. und gab ihm in seinem 43. Lebensjahre noch den Civilversorgungsschein. Derselbe reichte nun seine Gesuche ein, erhielt jedoch allseitig den Bescheid, daß er zu alt sei.

Was soll dieser p. Stoltefuß nun mit dem Papier machen, wenn er dasselbe nicht verwerthen kann? Jedenfalls sollte doch der Besitz des Civilversorgungsscheins die entzogenen 8 Thlr. ersetzen. Solche Handlungen sind nicht dazu angethan, Vorliebe für den soviel gepriesenen Unteroffiziersstand hervorzurufen. Alle Vor- und Unteroffiziersschulen können nichts dazu beitragen und dürfte lediglich der Grund des Mangels an Unteroffizieren nur in den vorgedachten Mißständen zu suchen sein.

Didem, Feldwebel a. D.

— Vor wenigen Tagen ist in Berlin, so erzählt die „Vossische Zeitung", ein Mann in der Blüthe der Jahre gestorben, der in gewissem Sinne ein Original gewesen und besonders den Bewohnern im östlichen Stadttheil sehr gut bekannt war. In eleganter Kleidung und Wäsche, bewaffnet mit einem riesigen Knotenstock und zeitweile in hohen Kanonenstiefeln, durchwanderte der „Baron" — unter dieser Bezeichnung ist er Vielen bekannt — rastlos von früh bis spät die Straßen, stets rauchend und in Destillationen ausruhend. Der Mann hatte etwas Besonderes an sich, und seine Lebensgeschichte ist ebenso absonderlich. Aus einer vornehmen und hochangesehenen Familie am Rhein stammend, Erbe eines Vermögens von 300,000 Mark, war der gebildete Cavalier vor etwa 15 Jahren in die Armee getreten. Eine unbezwingliche Liebe zum „Schnaps" brachte den jungen talentvollen Offizier bald zu Falle, er mußte seinen Abschied nehmen und seine Verwandten sahen sich schließlich genöthigt, den Bedauernswerthen unter Curatel stellen zu lassen, um so mehr, als er eine unbegrenzte Gutmüthigkeit gegen seine Mitmenschen an den Tag legte und jedem Hilfsbedürftigen mit vollen Händen beisprang. Da der Trunk den Mann immer mehr beherrschte, so hielten die Verwandten aus Rücksichten auf die Familie es für wünschenswerth, ihn aus seiner Heimath zu entfernen. Vor Jahren kam er nach Berlin. Hier ward nun, was ja die Zinsen seines großen Vermögens gestatteten, in der nobelsten Weise für ihn gesorgt. Er erhielt freie Wohnung, Station, Wäsche, Kleidung, selbst Cigarren und holte sich täglich an einer bestimmten Stelle 2 Mark 50 Pfennig zur Befriedigung seines Durstes. Der Vermittler war streng angewiesen, niemals mehr — etwa vorschußweise — an den „Baron" zu zahlen. Diese Emolumente waren immer noch so anständige, daß der Mann seine Neigung zum Trunke in Bier, selbst in Wein hätte befriedigen können. Er zog es aber vor, mit Dienstleuten, armen Gesellen und Arbeitern sein baares Einkommen zu theilen und Liqueur zu trinken. War seine Kasse erschöpft, so ging er, mit seinem Stock Kreise in der Luft beschreibend, spazieren, erhob am nächsten Morgen seinen Decem wieder, um ihn wieder mit Armen zu vertrinken, und so ging es jeden Tag. Niemals hat Jemand gehört, daß der Bedauernswerthe auch nur entfernt excedirt hätte, immer blieb er der „Cavalier". Seine Erscheinung auf der Straße war immer noch eine sehr stattliche. Vor wenigen Tagen ist er in einem hiesigen Krankenhause im Alter von etwa 37 Jahren verstorben. Seine Leiche ist von den Verwandten und Erben nach der Heimath übergeführt worden.

— Einen Beleg für die vielseitige Verwendbarkeit der Polizei liefert folgendes Faktum. Die in der „Walhalla" zu Berlin gastirende Sängerin Frau Ravené hatte vor Kurzem den Wunsch, ihr 7jähriges, höchst schüchternes Söhnchen, welches in Coblenz in Pension war, zu sich zu nehmen; sie vermochte aber aus ihrem Gastspiel-Engagement nicht abzukommen, und wandte sich dieselbe an die königliche Polizei-Direktion in Coblenz mit dem Ansuchen, ihr den Sohn durch einen Beamten in Civil auf ihre Kosten nach Berlin zu senden. Umgehend erfolgte auch die Antwort des dortigen Polizei-Inspektors Brockhaus, wonach auf Frau Ravené's Wunsch ein Schutzmann in Civil ihren Sohn begleiten sollte. Da die angesetzten Kosten äußerst gering waren, so ging Frau Ravené erfreut auf dieses freundliche Anerbieten ein und empfing vor einigen Tagen ihr wohlbehalten angekommenes schüchternes Kind. Daß Polizeibeamten so gefällig sind, Kinder von Sozialisten zu transportiren, haben wir noch nicht gehört, dagegen haben wir uns sagen lassen, daß sie schon manchmal deren Eltern auf den Weg gebracht haben.

uns längst nicht mehr auffallend, müssen uns aber darüber wundern, daß man noch nicht zu der Einsicht gelangt ist, daß hierdurch gerade das Gegentheil von dem erreicht wird, was man anstrebt. Vor einiger Zeit fand auch hierorts eine Verurtheilung statt, dieselbe war nun zwar nicht direkt gegen uns gerichtet, aber an der Höhe des Strafmaßes, welches bei derselben angewandt wurde, schien es uns doch, als ob man uns einen Stein in den Weg legen wollte. Der Vorgang ist folgender: Am letzten Neujahrstage hielten wir in Haholm, einem in der Umgegend Schleswigs belegenen Dorfe eine Volksversammlung ab, welche sehr gut besucht war und woselbst unser Reichstagscandidat S. Heinzel referirte. Da wir nun in dieser Gegend trotz aller Mühe kein Lokal auftreiben konnten, indem die Gastwirthe von unseren liberalen „Freunden" beeinflußt, und aus Furcht vor polizeilicher Maßregelung uns dieselben verweigerten, so erbot sich ein Mann in obengenanntem Dorfe, uns zu diesem Zwecke sein Haus einräumen zu wollen, welches Anerbieten wir auch mit Freuden annahmen. Aber die Verfolgungen sollten nicht ausbleiben. Der freundliche Mann war nämlich denuncirt worden, daß er bei der in seinem Hause abgehaltenen Versammlung Getränke gegen Zahlung ausgeschenkt haben sollte, die Anklage wurde gegen ihn eingeleitet und seine Verurtheilung zu 48 Mark Strafe und 18 Mark Unkosten erfolgte bald darauf. Unsere Gegner freuen sich sehr über diese Verurtheilung, sie glauben, dieselbe würde unsere Agitation in diesem Bezirke für immer lahm legen, daß sie aber gewaltig im Irrthum sind, werden sie später erfahren. Was nun die öffentliche Agitation hier am Orte betrifft, so ist dieselbe ganz unmöglich, indem uns schon seit drei Jahren kein Lokal zur Verfügung steht. Die Wirthe sind noch immer dermaßen beeinflußt, daß sie uns ihre Lokale selbst gegen eine ihnen von uns gebotene Miethe von 12 Thlrn. pro Abend verweigerten. Wir sind also somit nur auf die private Agitation angewiesen, und obwohl dieselbe auch sehr erschwert wird durch die Beeinflussung von Oben, so dürfen und wollen wir nicht nachlassen in der „Wühlerei" und sollten auch unsere Gegner, besonders die Nationalliberalen, hierüber aus der Haut fahren wollen und ihr Leiborgan, die „Schleswiger Nachrichten", die Sozialisten noch so sehr verläumden, daß soll uns wenig kümmern. J. B.

Königsberg i. Pr., 14. August. Gestern Abend hatte hier eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher über die Begründung einer sozialdemokratischen Zeitung am hiesigen Orte gesprochen wurde. — Herr Julius Kräcker aus Breslau referirte über die Angelegenheit, indem er in längerer, sehr klarer und die Aufmerksamkeit der Zuhörer in hohem Grade fesselnder Rede zuerst die Nothwendigkeit eines sozialdemokratischen Preßorgans für Königsberg und die Provinz Preußen nachwies und dann den Plan des Unternehmens darlegte. Hiernach wird vom 1. Oktober d. J. ab in unserer Stadt die „Königsberger Freie Presse" herausgegeben werden. Das Blatt erscheint wöchentlich einmal, erhält als Beilage die „Neue Welt" und kostet mit dieser, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mark 50 Pfg. — Die Versammelten nahmen Herrn Kräcker's Auseinandersetzungen und Mittheilungen mit Enthusiasmus auf, am Schluß meldeten sich verhältnißmäßig Viele zum Vertheilen des Prospektes und die ganze Haltung der Versammlung läßt das Beste für das Unternehmen hoffen. Möchte das bei dieser Gelegenheit hoch anzuerkennende Entgegenkommen der Breslauer Parteigenossen bei den Sozialdemokraten Königsbergs und der Provinz Preußen einen lauten, durch Opferfreudigkeit und Energie getragenen Wiederhall finden.

Schweidnitz, 30. Juli. Am 21. d. Mts. fand hier die erste von 4 bis 500 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Kühn über die Lage des Arbeiterstandes und über die Bestrebungen der Sozialdemokratie in längerer Rede referirte. Die Versammlung verlief gut. Am 28. d. hielten wir eine zweite Versammlung ab, um die Verdrehungen des hiesigen Stadtblattes über den Verlauf der ersten Versammlung zu widerlegen. Die Tagesordnung lautet: 1) „Diskussion über den Kühn'schen Vortrag vom 21. d.; 2) Bericht des „Schweidn. Stadtbl." über die letzte Versammlung; 3) die verschiedenen politischen Parteien der Gegenwart und die Stellung des Kleinbürgerstandes." Gegner und insbesondere den Redakteur des „Schweidn. Stadtbl." hatten wir auf den Plakaten besonders eingeladen, worauf auf Veranlassung des Redakteurs gedruckte Circulärs an die Fabrikanten in Schweidnitz und der Umgegend gesandt wurden, in welchen dieselben gebeten wurden, mit ihren Buchhaltern, Comptoiristen, Werkführern und jedenfalls auch mit Arbeitern zu erscheinen, um das Bureau in ihre Hände zu bekommen und die Redezeit auf 20 Minuten zu beschränken, was ihnen auch gelungen ist. Kühn mußte sich infolge dessen mit beschränkter Redezeit achtmal gegen acht gegnerische Redner wenden und er that es nicht ohne Erfolg. Die Versammlung war von 1200 bis 1500 Personen besucht. M. G.

Ohlau, 14. August. Die am hiesigen Orte zahlreich vertretenen Cigarrenarbeiter sind von einer Arbeitsaussperrung bedroht, und namentlich ist es der Cigarrenfabrikant Deter, der sich mit dem Plane trägt, seine Arbeiter auf das Pflaster zu werfen, wenigstens ließ er am 4. August durch Anschlag in den Arbeitssälen bekannt machen, daß seine Fabrik am 18. d. M. geschlossen werden würde. Und welches ist der Grund zu dieser Maßregel? — weil die hiesigen Cigarrenarbeiter sich erdreistet haben, in größerer Anzahl dem Allgemeinen deutschen Tabakarbeiterverein beizutreten. Es handelt sich also um die Hintertreibung einer Organisation der Arbeiter. Die Fabrikanten wissen eben, daß sich mit unorganisirten Arbeitern leichter umspringen läßt als mit organisirten. Die Arbeiter dagegen haben es satt, ferner das willenlose Werkzeug ihrer Arbeitgeber abzugeben; es dürfte sich daher ein harter Kampf entspinnen, wenn die Fabrikanten bei ihren Sprengungsgelüsten beharren sollten. Die Arbeiter haben an dem Allgemeinen Tabakarbeiterverein einen starken Rückhalt, es ist daher bei einigem Ausharren der Arbeiter leicht möglich, daß die Fabrikanten zum Nachgeben gezwungen werden könnten. Für den Fall der Aussperrung, worüber noch Kenntniß gegeben wird, sind Unterstützungen an Herrn Paul Zimmermann, Briegerstraße bei Kristen zu senden.

Halberstadt, 13. Juli. Zum Kapitel vom „Entbehrungslohn" kann ich einen kleinen, aber doch sehr sprechenden Beitrag liefern. Mein Gewährsmann ist das hiesige Intelligenzblatt, welches sich aus Wasserleben über den Betrieb der dortigen Aktienzuckerfabrik, eine der bedeutendsten in der Provinz Sachsen, mittheilen läßt, daß den Aktionären genannter Fabrik wiederum eine bedeutende Dividende von 51,5 Proz. gezahlt wird. Die auf 1000 Thaler lautenden Aktien erhalten somit außer den 5 Proz. Zinsen = 50 Thaler noch 515 Thaler Dividende, in Summa also 565 Thaler. Nicht wahr, bei diesem „Entbehrungslohn" läßt sich's schon auskommen? Aber wie steht es denn mit den Arbeitern? Die werden bei dem brillanten Stande des Geschäfts hoffentlich doch auch einen Lohn empfangen, der ihnen das „Entbehren" begehrlich erscheinen läßt? Man staune — die Arbeiter werden abgespeist mit Mrk. 1,40—1,80 täglich. Für die Herren Aktionäre den „Entbehrungslohn" — für die Arbeiter den Hungerlohn. Eine nette Gesellschaftsordnung das, diese Bourgeoisgesellschaftsordnung! Nicht wahr?

Erfurt, 3. August. Am 21. vor. Mts. hielt Genosse Klute in einer zu diesem Zweck einberufenen Versammlung eine Abschiedsrede vor seiner Uebersiedelung nach der Niederlausitz. Die Versammlung war stark besucht. Klute gab ein Bild von seiner agitatorischen Thätigkeit in Sachsen und Thüringen und meinte, daß der Sozialismus in Thüringen 125 Prozent und in der Stadt Erfurt nahezu 100 Prozent an Anhängern gewonnen habe. Nachdem Klute seine Rede geschlossen, forderte der Vorsitzende Arnold die Anwesenden auf, durch Erheben von ihren Sitzen dem scheidenden Genossen ihre Anerkennung für dessen Thätigkeit auszudrücken. Klute lehnt diese Ehrenbezeigung mit dem Bemerken ab, daß ihm am besten durch festes Zusammenhalten der Sozialisten Thüringens gedankt sei. Klute hat hier ein gutes Andenken hinterlassen, und wir sind überzeugt, daß er auch in der Niederlausitz bald ein gern gehörter Redner sein wird. E. J.

Würzburg, 10. August. Vor dem hiesigen Militärgerichte hatte sich vor einigen Tagen neuerdings ein aus Preußen bezogener Muster-Unteroffizier, der Vice-Feldwebel Wilhelm Steinmetz des 5. Infanterie-Regiments, wegen einer stattlichen Reihe von Soldaten-Mißhandlungen zu verantworten. Die Verhandlung brachte recht bezeichnende Vorfälle ans Tageslicht, und drängte sich dem Zuhörer die Ueberzeugung auf, daß manches Vorkommniß in der Wirklichkeit krasser gewesen, als es sich hier in den Aussagen der mißhandelten Soldaten, von denen sämmtlich der militärische Leumund verlesen wurde, widerspiegelte. Die zur Genüge bekannten und nicht allein in der preußischen Armee üblichen Ausdrücke, welche der Angeklagte gebraucht hatte, wie: „Schweinehund", „Sie Saukerl, machen's die Knochen zusammen", „Sie Sauknochen" ꝛc., mußten diesmal unbedingt in den Hintergrund treten vor der höhnischen, ironischen und grausamen Behandlungsweise, welche der Angeklagte den elf vernommenen Soldaten hatte zu Theil werden lassen. Einer derselben, der bei der Einübung von Ehrenbezeigungen nicht rasch genug begriffen hatte, war von ihm mit einem kräftigen Faustschlage ans Ohr, der eine Blutung und achttägige Schmerzen herbeiführte, sowie mit Würgen am Halse bedacht worden. Beim Turnen trieb es der Angeklagte noch ärger. Aehnlich wie man Pferden, Hunden und Affen Kunststücke beibringt, stand der Vice-Feldwebel mit dem Stock in der Hand am Springbrett, den voltigirenden Soldaten Stockstreiche ertheilend. Einen derselben, der die Hand nicht recht auf den Sprungkasten gelegt hatte, schlug er mit dem Säbel auf die Hand und das Handgelenk, so daß der Mißhandelte aus Schmerz zu weinen anfing und die Hand hoch anschwoll. Als der Soldat kaltes Wasser überschlagen wollte, schlug er ihn von neuem darauf mit der Frage: „Soll ich noch mehr Ueberschläge machen?" Einmal meldete ihm ein Soldat, welcher den Sprung mit der größten Anstrengung gemacht, daß er sich wehegethan, mußte indeß ohne Erbarmen abermals springen. Auf Simulation konnte indeß die Angabe des Soldaten nicht zurückgeführt werden, denn es wurde von ärztlicher Seite ein Leistenbruch constatirt und der also Beschädigte als dienstuntauglich mit 6 Mark Pension per Monat aus dem Heere entlassen. Auch der blanke Säbel wurde von dem Angeklagten bei diesen Turnübungen öfters in Berührung mit dem Hintertheile der Soldaten gebracht, natürlich stets nur aus übergroßem Diensteifer und ohne jede böse Absicht. Einmal befand sich der Angeklagte auf der Wache, als er einen Hornisten, der auf einer Bank schlief, nach Mitternacht aufweckte und demselben — nachdem dieser sich in Achtung hingestellt hatte — einige Ohrfeigen versetzte, und zwar zu dem Zwecke, „um zu untersuchen, ob der Hornist nicht Tabak kaue." Das gefährlichste, wenn auch in der Folge für ihn unschädliche Manöver führte er indeß einem Wachposten gegenüber aus, dem er das Gewehr abnehmen wollte. Der Angeklagte war nämlich auf Wache gewesen, hatte aber das Commando abgegeben und die halbe Nacht in einem Wirthshause verbracht. Als er heimging wollte er den Posten visitiren und verlangte von demselben, daß er ihm das Gewehr überreichen sollte, was dieser jedoch mit Recht ablehnen zu müssen glaubte. Nun zog der Angeklagte seinen Säbel, stieß ihn dem Posten sechs- bis siebenmal auf die Brust, was dem Manne große Schmerzen verursachte, wollte ihm das Gewehr entreißen und schüttelte den Soldaten derart, daß ihm der Helm vom Kopfe fiel — alles dies nur, um zu sehen, „ob der Posten seiner Aufgabe gewachsen war." Alle übrigen Mißhandlungen führte der Angeklagte auf seinen „übergroßen Diensteifer" zurück. Das Urtheil lautet, gelinde genug, auf 4 Monate und 8 Tage Gefängniß, wovon überdies die Untersuchungshaft abzurechnen ist.

Johanngeorgenstadt, 14. August. Am letzten Sonntag referirte Genosse Wiemer aus Chemnitz in einer zahlreich besuchten Volksversammlung hierselbst. Die Versammlung wurde dadurch höchst interessant, indem der Reichstagsabgeordnete Holzmann dem Referenten entgegentrat. Unser Reichsbote vom 21. sächs. Wahlkreise machte jedoch gewaltiges Fiasko, da seine ganze Rede zum großen Theil aus den Broschüren Unruh's und Schuster's abgelesen worden war. Wiemer geißelte ein solches Verfahren auf's schärfste und vertheidigte unter stürmischem Beifall der Anwesenden die Ziele der Sozialdemokratie, die der Abgeordnete Holzmann zu verunglimpfen versucht hatte. Als Wiemer in Folge heftigen Unwohlseins — er kam an diesem Tage von Ansprung bei Zöblitz und mußte den 2¾ Postmeilen vom Bahnhof zu Eibenstock bis Johanngeorgenstadt betragenden Weg in 2¾ Stunden zurücklegen, um noch rechtzeitig zu kommen — den Saal verlassen mußte und Herr Holzmann eine weitere Rede begonnen hatte, entfernte sich der größte Theil der Anwesenden. Herr Holzmann soll in seiner letzten Rede, die in Folge entstandenen Geräusches nicht verstanden wurde, erklärt haben, in einer späteren Versammlung mit Wiemer weiter debattiren zu wollen, was uns sehr angenehm sein soll, da die Richtigkeit der liberalen Grundsätze durch nichts besser dokumentirt werden kann, als durch Holzmann'sche Reden. Wiemer, der so manchen Ort im sächsischen Erzgebirge für die Partei gewonnen hat, wird nicht verfehlen, dem Herrn Holzmann die Lust zu benehmen, sich noch öfter in Versammlungen zu zeigen.

Chemnitz, 18. August. Gestern Nachmittag wurde Assessor Böhmer zu zwei Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und dreijährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und in die Kosten verurtheilt. Das Vergehen, welches dieser Erzfeind der Sozialdemokratie sich hat zu Schulden kommen lassen, besteht in ungesetzlicher Aneignung fremden (Staats-) Eigenthums. Böhmer hat sich nämlich von der Sportelkasse Diäten und Reisekosten auszahlen lassen für Dienstreisen, die er gar nicht gemacht hat.

Schwarzenberg (21. sächsischer Wahlkreis), 13. August. Gestern fand hier eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Kleinbürgerthum und Sozialdemokratie." Als Referent war Herr W. Mehlhorn aus Glauchau erschienen. Der Referent erledigte seine Aufgabe in 1¼stündiger Rede zur Zufriedenheit aller Anwesenden. — Schon vor 5 Wochen hatten wir hier eine Versammlung und vor 7 Wochen in Bockau. Man sieht, daß der hiesige Wahlkreis anfängt für die Sozialdemokratie reif zu werden, und wir werden fortfahren, unsere Bestrebungen mehr und mehr dem Volke gang und gäbe zu machen.

G. M.

Berichtigung.

Der in Nr. 95 an die Parteigenossen der Provinz Preußen gerichtete Aufruf enthält in Bezug der Wohnung des Hrn. Kräcker eine Unrichtigkeit. Dessen Adresse ist nicht wie irrthümlich angegeben: „Niederrollberg 17 I." sondern „Unterrollberg 17 1 Treppe" und sind alle Briefe und Gelder in Angelegenheit der „Königsberger Freie Presse" nur an diese Adresse zu richten.

Königsberg, 17. August 1877.

Die Zeitungscommission.

Briefkasten

der Redaktion. Correspondent in Limbach: Der Bericht ist wörtlich bereits in der „Chemnitzer Freie Presse" erschienen. — W. in St. Johann: Schreiben vom 18. d. ist mit abgesprungenem Siegel eingetroffen.

Quittung. Erstmr München Ab. 50,00. Frnkl Pest Ab. 45,53. Kmrk Luze Ab. 5,67. Thm hier Ab. 1,50. Grünbrgr Nürnberg Ab. 200,00. Mckns Düsseldorf Ab. 8,00. Br Bockenheim Ab. 7,40. Strm Kirchheimbolanden Schr. 0,85. Hd Aschersleben Schr. 0,50. Fchr Langendiebach Schr. 25,00. Gnthr Worms Schr. 6,00. Spring Eisenburg Schr. 1,80. Rpckr Altenberg Schr. 5,00. Wßmr Kinzigmühle Schr. 0,70. Ullrch Ulm Schr. 7,50. Stmlr Hanau Schr. 28,30. Grßr Reichenau Schr. 2,00.

Frankfurt. Sonntag, den 26. August, Nachmittags 3 Uhr, in den Lokalitäten des „Schützenhofes" zu Bornheim:

Erstes Sängerfest
des Maingau Arbeiter-Sängerbundes.

Alle Arbeiter-Gesangvereine des Mainganes sind hierzu freundlichst eingeladen. Das Comité. [3,30

Groitzsch. Sonntag, den 26. August, in den Lokalitäten „Zur grünen Aue":

Großes Arbeiterfest

bestehend in Festzug vom Schießhaus punkt ½3 Uhr, Concert, Festrede gehalten von Bruno Geiser aus Leipzig und Ball, wozu wir Partei- und Gesinnungsgenossen von nah und fern freundlichst einladen. (2b) [2,70

Das Comité. J. A.: Arnold Schubert.

Ottensen. Arbeiter-Verein.
Donnerstag, den 23. August, Abends 8½ Uhr, in Burmeister's Salon:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Max Stöhr.
Aufnahme von Mitgliedern in jeder Versammlung. [80

F. Heerhold.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk.

Abonnementspreis vierteljährlich M. 1,20.
In Heften (3 Wochen-Nummern enthaltend) à 30 Pf.

Inhalt der Nr. 33 (17. August 1877): Ein sonnenloses Leben. Federzeichnung nach der Natur von Ernst von Waldow. (Fortsetzung.) — Die Schutzpockenimpfung. Von Dr. Carl Refau. (Fortsetzung.) — Zum Kapitel von der Freiheit der Wissenschaft. Von Dr. M. N. — Moderne Mütter und Töchter. Originalskizze von M. Kautsky. — Kleinere Mittheilungen: Fortschritt. Gedicht von Eduard Bertz. — Thucydides (Illustration). — Blicke in's früheste Kindesleben. — Der Dom zu Meißen (Illustration). — Emil Adolf Roßmäßler. — Der „arme Conrad" für 1878. — Rebus. — Briefkasten.

Die Expedition. Färberstr. 12 in Leipzig.

Im Verlage der Leipziger Genossenschafts-Buchdruckerei ist erschienen und durch die Unterzeichneten zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Inhalts-Verzeichniß.

Vorwort, mit gedrängter Statistik über die letzten Reichstagswahlen. — Vollständiges Kalendarium (protestantisches, katholisches, Sonnen- und Mondwechsel, Tages- und Nachtlängen ꝛc.). — Umsonst geopfert. Erzählung von Robert Schweichel. — Glück und langes Leben. Episode nach dem Leben von Carl Hillmann. — Die Erziehung zur Ungleichheit und Unfreiheit. Von X. Y. Z. — Ludwig Börne (Biographie). Mit Portrait. — Die Wiener Arbeiter von 1848. Von Wilhelm Blos. — Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben. Von F. W. Fritzsche. — Die Werththeorie. Kapitel aus der politischen Oekonomie von H. Oldenburg. — Eine Epistel zur Kindererziehung. Von Emil Roßbach. — Die Wichtigkeit der Grund- und Bodenfrage. Von Georg Vollmar. — Der Himmel. Naturwissenschaftliche Stizze von W. Bracke. — Saint Simon (Biographie). Mit Portrait. — Die dümmste Frau. Humoreske. — Die Menschenaffen. Mit Illustrationen. — Die Pariser Commune. Von X. X. — Gedichte: „An die Reichen" von Viktor Hugo; „Aus der Jugendzeit" und „Der alte Demokrat" von Aug. Geib. — Anekdoten. Sinnsprüche. Räthsel. Sprüchwörter. Wichtige Entdeckungen und Erfindungen. — Marktverzeichnisse, nach Provinzen eingetheilt. — Ebbe- und Fluth-Tabelle. Eisenbahntabelle. Postportotarif.

Die Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und geschnitten.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pf., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pf., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück } netto gegen baar.
gebunden 40 „ „ „ }

Expedition des Vorwärts, Leipzig, Färberstr. 12/II.
Allg. deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin.
SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a, 2 Tr.

☞ Besteller aus dem Norden wollen ihre Aufträge nach Berlin, diejenigen aus Süd- und Mitteldeutschland nach Leipzig adressiren.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Reste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: V. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heine, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 99. Freitag, 24. August. 1877.

Der Sozialismus in der „Kölnischen Zeitung".

II.

Das Zugeständniß, welches die „Kölnische Zeitung", dieses bedeutendste Bourgeoisorgan Deutschlands, dem Sozialismus macht, indem es ausführt, daß ein Expropriationsgesetz geschaffen werden soll, welches dem Staate ermöglicht, „allen für das allgemeine Wohl nöthigen Wald anzukaufen", dies Zugeständniß ist seiner Consequenzen wegen von so großer Bedeutung, daß wir zu Ende unseres Artikels in voriger Nummer des „Vorwärts" gewiß berechtigt waren zu rufen: „Bravo! dreimal Bravo!"

Niemand wird leugnen, daß die schlechte Verwaltung des Waldes ein Land in unabsehbares Elend stürzen kann; das einst so blühende Spanien kann beredtes Zeugniß davon ablegen. Die beste Regierung bringt jenes Land nicht wieder auf die Beine, wenigstens nicht eher, bis Jahrhunderte die Sünden des Waldfrevels wieder gut gemacht haben. Aber auch Südfrankreich steht an der Grenze — noch einige Schritte in der Waldverwüstung weiter und es tritt Unfruchtbarkeit dort ein, wo jetzt noch der Erndtesegen ein so großer ist. Außerdem aber leidet das Volk in sanitärer Hinsicht allüberall da, wo der Wald mit seinem erfrischenden Hauche fehlt.

Jede Staatsverwaltung ist deshalb berechtigt, ja verpflichtet im Interesse der Gesammtheit „für das allgemeine Wohl" — um uns mit den Worten der „Kölnischen Zeitung" auszudrücken — den Wald zu hegen und zu pflegen, sie ist berechtigt, da dieses hegen und pflegen in der Gesellschaft der freien Concurrenz bei den Privatwäldern nicht geschieht, den Privatbesitz an Wald aufzuheben, und den Wald, soweit es zum Wohle der Gesammtheit ist, in Staatsbesitz umzuwandeln.

Das Postwesen beispielsweise ist schon Staatseigenthum, weil das Wohl der Gesammtheit durch den Privatbetrieb der Post nicht gefördert werden kann. Das Eisenbahnwesen soll Staatseigenthum werden und zwar aus denselben Gründen, da unzweifelhaft Herr v. Bismarck eine rasche und geregelte Beförderung von Truppen im Kriege und eine große Einnahme des Reichs durch die Eisenbahnen für das Gesammtwohl förderlich erachtet. Wenn wir nun auch diese Gründe nicht billigen, so sind wir doch im Prinzip selbstverständlich für die Uebernahme aller Privatbahnen durch den Staat, weil dann dem Interesse der Gesammtheit durch gleiche Tarife, durch billigere Personenbeförderung, durch schnellere und geregeltere Fracht- und Personenbeförderung wenigstens gedient werden könnte.

Doch man kann unmöglich auf halbem Wege stehen bleiben.

Sehen wir die unendlich großen wogenden Aehrengefilde an, gedenken wir der Hülle und Fülle von Brod, welche die Mutter Erde, ein Jahr weniger, ein Jahr mehr, bietet und erblicken wir neben diesem großen Segen die ebenso große Armuth und die furchtbare Noth, hören wir den Jammerruf nach Brod trotz der gewaltigen Fülle an diesem Nahrungsmittel, so können wir nicht begreifen, daß dem Staate verwehrt sein soll, auch den Grund und Boden aus dem Privatbesitz in den Staatsbesitz überzuführen, die Bodenrente und den Kornwucher aufzuheben, soweit es dem allgemeinen Wohle dient.

Wer A gesagt hat, muß auch B sagen.

Und wenn man sieht, wie viele Paläste und Herrengebäude leer stehen, wie aber in elenden Lehmhütten auf dem Lande, in Kellern und unter den Dächern in den Städten die Volkskraft dahinsiecht, wenn man weiß, daß die ansteckenden Krankheiten, welche doch der Allgemeinheit bestimmt schädlich sind, gerade in den schlechten Wohnungen der großen Mehrzahl des Volkes ihre Brutstätten finden, wer wagt es dann zu bestreiten, daß der Staat nicht die Pflicht habe, den Boden zu expropriiren, auf welchem Wohnungen stehen, und diese mit, auf daß „für das allgemeine Wohl" dem Wohnungselende ein Ende gemacht werde?

Wer aber B gesagt hat, muß auch C sagen.

Erblickt man das Proletariat in den Fabriken, sieht man die bleichen, hohläugigen Weber im Erzgebirge, lieset man, daß der Hungertyphus unter ihnen wüthet, weil sie keine Arbeit, oder doch keine lohnende Arbeit haben, erblickt man aber als Gegensatz den Gründungsschwindel, den Wucher, die Ueppigkeit und den Uebermuth einiger weniger reicher Menschen, wer wird zu läugnen wagen, daß des Staates Pflicht ist, auch die Fabriken, die Arbeitsinstrumente aus dem Privatbesitz, in welchem sie so viel Unfug anrichten, in den Staatsbesitz zu bringen?

Daß aber der Staat dann auch die genügende Organisation zur Erfüllung neuer und so hoher Aufgaben einrichten müßte, ist selbstverständlich.

Und dazu brauchte der heutige Staat in erster Linie selbst eine andere, bessere Organisation. Er müßte sein militärisches und bureaukratisches Gewand ausziehen und im ächten schlichten Volkskleide einhergehen.

Die Erziehung der Staatsangehörigen müßte darauf gerichtet werden, daß alle Bevormundung, aber auch aller Egoismus aufhöre.

Militarismus, Bevormundung, Ausbeutung — Säbel, Tiara und Geldsack — diese drei bösen Elemente hätte der Staat zu bekämpfen und zwar durch das Volk selbst, durch die Aufklärung des Volkes.

Da der heutige Staat aber allzufest in den Banden obiger volksfeindlicher Elemente sich befindet und sie nicht abzuschütteln vermag, so wollen wir, so wird der Sozialismus die Erkenntniß unter das Volk schleudern, auf daß dieses selbst das Erlösungswerk beginne. —

Derartige Erkenntniß aber hilft selbst die „Kölnische Zeitung" verbreiten, wie der von uns besprochene Artikel beweiset. Erhalten wir auf solche Weise von allen Seiten, wenn auch manchmal nur unfreiwillige Hilfe, so kann der endgültige Sieg unserer Sache, der Sache der Menschheit nicht mehr fern sein.

Nachschrift zum Newyorker Bericht vom großen Strike.

Newyork, 3. August 1877.

Der große Strike und was damit zusammenhängt, ist beendet, aber nicht ohne hier und da nochmals aufzulodern. In Chicago war es den Bemühungen der Arbeiterpartei bereits gelungen, die Bewegung von Gewaltthaten ab- und in ein ruhiges Bett zu lenken. Eine Versammlung von wohl 15000 Arbeitern, bei welcher kein einziger Polizist sich sehen ließ, weil die Executive der Arbeiterpartei in diesem Falle sich für die Ruhe verbürgt hatte, war das Mittel dazu; sie verlief erfolgreich, indem sie vor Gewaltthaten warnte und zur Partei- und Gewerksorganisation mahnte. Dabei mochte sich die dort herrschende Gaunerbande unheimlich fühlen, sie brauchte einen blutigen Aufstand, um ihre Macht in der Unterdrückung desselben zu zeigen, weil sie mittlerweile einige Bundestruppen zur Verfügung erhalten hatte. Am nächsten Tage knüppelte die Polizei muthwillig jede Ansammlung von Menschen in der Straße nieder, darunter auch eine schwache Versammlung, welche von dem Sekretär der Executive der Arbeiterpartei, von Patten, angeredet wurde, beschwor künstlich Straßenkämpfe herauf und telegraphirte darüber haarsträubende Berichte in die Welt hinaus, welche ungemein übertrieben waren und Tags darauf widerrufen werden mußten. Wieder einen Tag später verhängte sie eine Art Kriegszustand und verbot alle Versammlungen, und in der Vorwärts-Turnhalle, wo eine Versammlung der Gewerkschafts-Delegaten sich eben zerstreut hatte, und nur noch etwa 200 Mitglieder der Tischler-Gewerkschaft (meist Deutsche) beisammen und im Begriff waren, sich zu zerstreuen, drang eine Rotte Polizei mit Pistolenschüssen ein, welche sofort ein Mitglied, Teßmann, tödteten, andere schwer, viele leicht verwundeten, und trieben die Anwesenden, welche sich nicht widersetzten, mit Knüppelhieben davon.

In St. Louis verfuhr die Polizei in dem Maße, wie die Arbeiterbewegung in ein ruhiges Geleis lenkte, um so übermüthiger und verhaftete eine berathende Delegatenversammlung der Partei und der Gewerkschaften. In Cincinnati und Milwaukee war der Ausstand der Bahnbediensteten von vornherein erfolgreich, theils weil die Bahnverwalter ihren Beschwerden Abhilfe versprachen, theils weil die Arbeiterpartei schon zahlreich genug ist, um durch sofortiges Einschreiten die Vermittler zwischen Arbeitgebern und Arbeitern spielen zu können; hier kam es nirgends zu eigentlichen Ruhestörungen. In Pittsburgh, wo unsere Partei noch schwach und einflußlos ist, und wo im engen Umkreise an hunderttausend der rüstigsten Eisen- und Kohlenarbeiter, theils unter geheimer, theils unter gar keiner Organisation eine stehende Verschwörung gegen die Monopole bilden, scheint die Arbeiterpartei gar keine Rolle gespielt zu haben, weshalb hier auch das Unheil am größten ausfiel. In Philadelphia, wo unsere Partei ebenfalls keine Rolle gespielt hat, obwohl sie es etwas spät versuchte, kamen die unnöthigen, bei den Haaren herbeigezogenen Uebergriffe der Polizei erst vor, als aller Ausstand längst zu Ende war, und scheinen künstlich veranlaßt worden zu sein. In Baltimore herrscht Kriegsrecht und es sind alle Versammlungen untersagt. Newyork, das Hauptquartier der Bourgeoisie, ist natürlich zu stark von Miliz, Polizei und Bundestruppen überwacht, um einen größeren Strike zu gestatten; die sehr ansehnliche Sympathie-Versammlung vom 25. Juli verlief zwar ungestört, beim Nachhausegehen aber wurde ein dichtes Menschengewühl von der Polizei für eine (verbotene) Prozession angesehn und mit gewohnter Brutalität zusammengeknüppelt. Die noch andauernde Spaltung unserer Partei in der Stadt Newyork verhinderte fast jedes Eingreifen derselben und jede Benutzung der Volksstimmung zu Zwecken der Organisatinn und Agitation.

Im Uebrigen mögen noch Wochen vergehen, bis eine richtige geschichtliche Darstellung dieser neuesten Volksbewegung geschrieben werden kann, ja vielleicht kann das bei der großen Ausdehnung derselben überhaupt nicht vollständig geschehen. Es kommt auch wenig darauf an, daß dies geschieht. Die Hauptsache ist, daß das gesammte amerikanische Volk eine zwar sehr theuer, aber doch noch billig genug erkaufte Lehre erhalten hat, diese nämlich, daß es auch hierzulande „eine soziale Frage gibt", und zwar eine weniger der Ausdehnung als ihrer verzweifelten Zustände willen in gewohnter Weise nicht lösbare; daß diese soziale Frage jedem Menschen im Lande auf den Leib rücken kann, wenn „der Mann der Arbeit alle Räder zum Stillstehn bringt", und die Lebensmittel ausgehen, aller Verkehr stockt und hier und da „der Tiger entfesselt wird"; daß diese soziale Frage, welche so geflissentlich todtgeschwiegen worden ist, jetzt auf der Tagesordnung bleiben muß, bis sie endgültig gelöst ist, und daß unsere Partei und ihre Ziele auf einmal überall besprochen werden — wenn auch um so stümperhafter von allen Gegnern, je mehr die Volksaufregung sich wieder legt.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Affaire Böhmer in Chemnitz. In voriger Nummer berichteten wir, daß Herr Gerichtsassessor Böhmer, der große Sozialistenfeind in Chemnitz, der mit wahrhaft erschreckender Energie gegen die „Verbrecher am Eigenthum" vorgegangen ist, wegen Unterschlagung, wegen wirklichen Verbrechens am Eigenthum, wegen Eigenthumsverbrechen ohne Gänsefüßchen zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt worden ist. Unsere politischen Gegner, die immer einen Luftsprung vor Freude machen, wenn ein Sozialdemokrat eingesperrt wird, oder die, wenn sie etwas klüger sind, die Einsperrung zu bedauern vorgeben, aber nur deshalb, weil dadurch ein Märtyrerthum und Propaganda für die Sozialdemokratie geschaffen wird, alle diese Gegner glauben wohl, daß wir uns über die Verurtheilung unseres Gegners, des p. p. Böhmer freuen. Mit nichten! Wir wollen auch nicht einmal den Witz machen, daß wir in Böhmer einen unfreiwilligen, tüchtigen Agitator verloren haben, nein, wir bedauern aufrichtig den Mann. Wir wissen nämlich, daß derselbe aus Noth, aus purer Noth Sozialistenverfolger gewesen ist! Da lesen wir folgende Notiz, welche durch verschiedene sächsische Blätter verschiedener Parteien geht:

„Die Vergehungen des Assessors Böhmer in Chemnitz bestehen darin, daß er von der Sportelkasse sich Diäten und Reisekosten auszahlen ließ, ohne daß er wirklich amtliche Reisen gemacht hatte. Die Schädigung ist keine große und betrifft glücklicherweise keine Privatpersonen. Böhmer besitzt kein Vermögen und hatte schon bei Ablegung seines Examens Frau und Kinder. Bei den Gehältern für unsere Justizbeamten ist aber leider die Nothwendigkeit, Geld zuzusetzen, in hohem Grade vorhanden."

Also Noth: Nahrungs- und Erziehungssorgen! — Böhmer wußte nun, daß diejenigen Beamten bei ihren Vorgesetzten gut angeschrieben sind, welche sich in hervorragender Weise gegen die Sozialdemokraten hervorthun, er wurde ein „Streber", um rasch befördert zu werden und so aus der Noth herauszukommen. Auch glaubte er, daß die Controle desto geringer sein werde, je eifriger er als Beamter, besonders dem „Sozialistengesindel" gegenüber seine „Schuldigkeit" thue, deshalb wagte er die Unterschlagung — doch Alles hat ihm nichts genützt — die Noth, der Bedarf wurde immer größer und einmal auf der schiefen Ebene — ist er ins Zuchthaus gekommen, er, der so viele unserer Genossen zu Gefängniß verurtheilen ließ. Ein merkwürdiges Verhängniß! Aus Noth verfolgte der Aermste diejenigen, welche die Noth aus der Welt schaffen wollten, seine besten uneigennützigsten Freunde. Assessor Böhmer ist ganz abgesehen von seiner Charakterschwäche — den traurigen gesellschaftlichen Zuständen, unter denen besonders die Beamtenwelt leidet, zum Opfer gefallen.

Der Sozialistenfresser Professor Böhmert kann an dem Sozialistenfresser Assessor Böhmer viel lernen, nämlich: die gesellschaftlichen Verhältnisse richtig beurtheilen.

— Aus Straßburg vom 18. August erhalten wir folgende interessante Zuschrift:

„Vor einigen Wochen wurde hier ein Hauptmann des 25. Regiments zu zwei Monaten Festungsstrafe verurtheilt, weil er seine Soldaten gewohnheitsgemäß in gröbster Weise geschimpft und geschlagen hatte. Ein Lieutenant seiner eigenen Compagnie, der wahrscheinlich noch nicht genug abgehärtet war, dies mit ansehen zu können, hat den Hauptmann nicht etwa heimlich denunzirt, sondern vorschriftsmäßig auf dem Dienstwege gemeldet. Jedermann wird zugestehen müssen, daß dies nicht nur ehrlich, sondern sogar muthig gehandelt war, denn es gehört wahrhaftig Muth dazu, wenn ein Offizier es wagt, seinen Vorgesetzten anzuzeigen wegen eines Vergehens, das ja mehr oder weniger von einer großen Zahl seiner Kameraden verübt wird. Der betreffende Lieutenant fühlt auch bereits die Folgen seines „unerhörten" Schrittes. Er ist sozusagen moralisch aus dem Offiziersverbande ausgestoßen. Die Kameraden meiden ihn, wo er erscheint verstummt das Gespräch und einer nach dem andern verläßt das Lokal. Daß dieser Offizier nicht mehr lange dem Militärverbande angehören wird, gilt allgemein als selbstverständlich, obwohl er sonst als durchaus tüchtiger und sehr gebildeter Offizier bekannt ist. Welcher Offizier würde es nach solchem Beispiele jemals wieder wagen, rohe Ausschreitungen Vorgesetzter gegen Untergebene zur Anzeige zu bringen? Oder wie würde es gar einem Soldaten oder Unteroffizier ergehen, der sich zu Schulden kommen ließe, gegen barbarische Behandlung den Dienstweg zu betreten? — Hunderte von Thatsachen der empörendsten Mißhandlungen sind zu berichten, doch wozu würde es nützen? Man würde nur immer sich auf das Gesetz berufen, welches Mißhandlung der Soldaten verbietet und, wo sie zur Anzeige kommt, sie bestrafen. Aber die Angst vor den Folgen einer Anzeige ist so groß, daß nur in ganz seltenen Fällen von diesem Gesetze Gebrauch gemacht wird und den Herren Offizieren das sublime Vorrecht, ihre wehrlosen Nebenmenschen körperlich zu züchtigen, ungeschmälert verbleibt."

Wir wollen diesem Schreiben nur hinzufügen, daß es bezeichnend für die betreffenden Herren Offiziere ist, daß sie einer edlen That mit „Verachtung" begegnen. Danach ist anzunehmen, daß der Hauptmann, welcher gewohnheitsmäßig seine Untergebenen gequält hat, nach verbüßter Strafe mit Jubel und Achtung von seinen Kameraden empfangen werden wird. Ein bedenkliches Zeichen für den Bildungsgrad der betreffenden Offiziere.

— Eine höchst bezeichnende Nachricht bringt die „Kölnische Zeitung"; dieselbe läßt sich nämlich aus Constantinopel vom 16. August folgendes telegraphiren:

„Man erzählt sich hier in diplomatischen Kreisen, Sadullah Bey habe aus Berlin an die Pforte telegraphirt, daß seine Vorstellungen über die russischen Greuel von dem Berliner Kabinet höchst ungünstig aufgenommen worden seien, ferner daß auf der Kaiserzusammenkunft in Ischl Kaiser Wilhelm das Drei-Kaiser-Bündniß betont und auf Oesterreichs Eintritt in die Aktion gegen die Türkei gedrungen habe, weil die Pforte selbst den Fanatismus der Baschibozuks

schüre und beiderseits unabsehbare Greuel bevorständen. Ich möchte freilich keine Gewähr für die Richtigkeit der Bemerkungen Sadullah's übernehmen. Die Diplomaten in Constantinopel rathen den Colonisten zur Abreise, weil die hier ankernden fremden Stationsschiffe nur für die Botschaften ausreichen."

Danach sind unsere in dem Leitartikel: „Das Bündniß der drei Großmächte" in Nr. 94 des „Vorwärts" ausgesprochenen Ansichten gewiß zu beachten. Aus „indirekten" Gründen wollen wir an obige Depesche keine weiteren Ausführungen knüpfen.

— Ueber die Wirkungen der wirthschaftlichen Krisis äußert sich die niederbayrische Gewerbe- und Handelskammer in ihrer Vorrede zu dem Bericht für das Jahr 1876 folgendermaßen:

„Wir sprechen es unverhohlen aus, daß wir nunmehr der Ueberzeugung sind, den Kulminationspunkt der Krisis überschritten zu haben und einer gesunden Neugestaltung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse entgegengehen. Vorerst ist freilich der Umschwung in den Geschäftsverhältnissen kaum noch merklich; aber einzelne Symptome sprechen doch unzweifelhaft dafür, daß nunmehr nach den furchtbaren Prüfungen, welche der Ueberspekulationsperiode folgten, geordnete Zustände wiederkehren. Die fetten Jahre, die der wirthschaftlichen Krisis unmittelbar vorangingen, werden zwar sobald nicht wiederkommen, aber dies ist im Interesse der ruhigen Entwickelung kaum zu beklagen. Vergleicht man die Leichtlebigkeit, die bis noch vor Kurzem herrschte, mit der allmählig sich geltend machenden Sparsamkeit, die allein nur als Basis des wirthschaftlichen Aufschwungs betrachtet werden kann, so kann man es nur mit Befriedigung begrüßen, wenn eine ernste Auffassung aller Consumtionsverhältnisse Platz greift. In dieser Beziehung hat die wirthschaftliche Krisis ohne Zweifel sehr viel gethan. Man hat in ihr gelernt, daß vorübergehend hohe Gewinne nicht ungestraft als Basis einer dauernden Erhöhung des Consums angesehen werden dürfen. Es dürfte denn auch der geringere Absatz in so manchem Geschäftszweige nicht blos auf die Noth des Augenblickes, sondern auf eine, und wir wollen hoffen, dauernde Umwälzung in den Lebensgewohnheiten der Bevölkerung zurückzuführen sein. Ist aber dies der Fall, dann liegt darin auch die Gewähr dafür, daß die einmal hervorgetretene Erholung, der beginnende Aufschwung der Geschäfte für die Zukunft auf sichererer Grundlage ruhen wird, als dies bisher der Fall war."

Wir denken nun nicht so optimistisch, wie die niederbayrische Handelskammer, und vor allen Dingen glauben wir an keinen ernstlichen Aufschwung, bevor die Kriegswolken nicht völlig verzogen sind. — Wenn die niederbairische Handelskammer die frühere Leichtlebigkeit und die jetzige Sparsamkeit auf die herrschenden Klassen anwendet und hofft, daß diese Sparsamkeit und die daraus resultirende größere Thätigkeit und Umsicht von günstiger Einwirkung auf die Produktions- und Consumtionsverhältnisse sein würde, so haben wir nichts dagegen zu erinnern. Dehnt aber die p. p. Handelskammer diese ihre Ansicht auch auf die arbeitenden Klassen, auf die große Masse des Volks aus, was aus dem Artikel nicht genau zu ersehen ist, so müssen wir doch entschieden dagegen protestiren, weil nicht größere Sparsamkeit, sondern nackte Noth eingetreten ist und weil die Verlängerung solcher „Sparsamkeit" nicht allein das Volk verderbt, sondern die Produktion immer und immer mehr lahmlegt. Daß aber ohne Umänderung der Produktionsweise die Produktion niemals dauernd auf sicherer Grundlage ruhen wird, dafür sorgt der individuelle Trieb des Menschen, der allzu stark auf Annexion gerichtet ist.

— O welches Glück — Postbeamter zu sein! Herr Stephan sorgt bekanntlich auf's Eifrigste für das Wohl „seiner 60 (oder 40)000." Wie warm sein Herz für dieselben schlägt, das beweisen seine Reichstagsreden und nachstehender Bericht des „Neuen Berliner Tageblatts":

„Einem Berliner Postsekretär wird auf das Zeugniß eines der geachtetsten Aerzte Berlins, dahingehend, daß ersterem ein sechswöchentlicher Urlaub zum Besuch Lippspringe's, und ein achtwöchentlicher darauf folgender zu einem Aufenthalt in Friedrichsrode gegeben werde, seitens des kaiserlichen Generalpostamts nur ein achtwöchentlicher Urlaub bewilligt, welcher vorerst als ausreichend zu erachten sei. Der Arzt in Lippspringe, einer der bewährtesten Spezialisten auf dem Gebiete der Brustkrankheiten, findet nach fünfwöchentlicher Kur, daß der Kranke in seinem Befinden noch keine Garantie für die Wiedererlangung einer dauernden Dienstfähigkeit bietet und bezeichnet deshalb die Verlängerung des achtwöchentlichen Urlaubs um sechs Wochen als notwendig. Darauf erfolgte nachstehender Bescheid:

Berlin, 19. Juli 1876. Die kaiserliche Oberpostdirektion hat bisher nicht die Ueberzeugung zu gewinnen vermocht, daß Sie zur Wiederherstellung Ihrer Gesundheit neben einem achtwöchentlichen Urlaub eines sechswöchentlichen Nachurlaubs unbedingt bedürfen. Ihrem Gesuche vom 14. d. Mts. ist seitens der Oberpostdirektion keine Folge gegeben worden. Sie werden daher angewiesen, nach Ablauf des Ihnen bewilligten achtwöchentlichen Urlaubs sich zum Dienstantritt hier zu melden. Kaiserliches Hofpostamt. Griesbach.

Der Lippspringer Arzt fragt mit Recht: Welche Garantien sind nun noch der Post-Behörde zu leisten, wenn ein musterhaftes Zeugniß des behandelnden Arztes, von einem Sanitätsbeamten unterstützt und von einem dritten Arzte wiederholt, nicht ausreichend ist, ihr die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer therapeutischen Maßregel beizubringen? Ein derartiges Verfahren kann sich der Beamte und das Publikum nur gefallen lassen, so lange es gesunde Menschen betrifft, an Kranken ausgeübt, ist es absolut unzulässig. Wenn die Postbehörde ihre Beamten so rasch und intensiv abnutzt, daß Urlaubsgesuche in Masse einlaufen, wie thöricht ist es dann, die Urlaubsgesuche aus der Welt schaffen zu wollen, statt an die Ursachen derselben Hand anzulegen! Wir sind auch mit einem geringeren Ueberschusse des Postbudgets zufrieden, wenn wir uns vorstellen, daß ein größerer nur unter solchen Umständen zu erschwingen ist. — Ich weiß, was aus diesem Postsekretär geworden ist: **er ist vor etwa vier Wochen an der Schwindsucht gestorben.**"

— Midhat Pascha hat sich in Paris über die gegenwärtige Lage der Türkei folgendermaßen geäußert: „Die Türken haben treffliche Stellungen inne, die sie gut zu vertheidigen wissen. Die jüngsten Siege haben ihren Muth, ihre Widerstandskraft verdoppelt. Suleiman und Osman scheinen so manövrirt zu haben, daß man ihre Vereinigung in der Nähe von Tirnowa sehr bald erwarten kann. Nach dieser Vereinigung werden die Russen in ein Dreieck, zwischen den Armeen dieser beiden Generale und der von Mehemed Ali mit der Donau im Rücken, eingeschlossen sein. Wenn die türkischen Truppen fortfahren, sie festen Fußes zu erwarten, und wenn die Russen, in der Ungeduld, aus dem Dreieck herauszukommen, jene auf der rechten und linken Seite angreifen, so müßten die Russen, um ernstliche Aussichten auf einen Erfolg zu haben, eine Alles niederschmetternde Uebermacht besitzen, die sich zu verschaffen und besonders zu ernähren ihnen aber schwer fallen wird. Wenn die türkischen Generale sich zu keinem kühnen Wagniß hinreißen lassen, wenn sie einfach Vortheile aus ihrer Stellung ziehen, so kann und muß der Krieg lange dauern. Die Russen zählten anfangs auf die Empörung der Bulgaren, dieselben waren aber elende Verbündete, wohl bereit, sich in Aufstand zu versetzen, aber so schwach und feige, daß ihre Unterstützung nichts werth war. Heute können unsere entmuthigten Feinde, wenn sie Erfolg haben sollen, nur nach langen Kraftanstrengungen den Sieg davon tragen. Es ist also wahrscheinlich, daß der Feldzug nicht vor dem Winter beendet sein wird und alsdann bis zum Frühjahr eingestellt werden muß. Kann dieses aber von den Großmächten geduldet werden? Ganz Europa leidet durch diesen Krieg; die Geschäfte liegen darnieder; der Kampf, der schon ein schrecklicher, wird noch furchtbarer werden und seine Verlängerung muß aller Welt Abscheu einflößen, Rußland selbst würde durch seine Verlängerung zu viel auf das Spiel setzen; dieses kann man behaupten, ohne selbst auf gewisse, sehr wohl bekannte finanzielle Schwierigkeiten anzuspielen. Spricht man nicht schon von Aufregung in Polen? ... Alle Mächte, die kriegführenden mit einbegriffen, haben also augenscheinliches Interesse, eine diplomatische Aktion zu unterstützen, wenn der Krieg fortdauern sollte, wie die Ereignisse zwischen der Donau und dem Balkan voraussehen lassen."

— Des „Armen Conrad", des Kalenders der sozialistischen Arbeiterpartei für das Jahr 1878, haben wir schon Erwähnung gethan; derselbe ist jedenfalls die bedeutendste Kalendererscheinung in ganz Deutschland. Aber auch ein zweiter Kalender, der von sozialistischer Seite, von W. Bracke in Braunschweig, herausgegeben wird — der „Volkskalender" — verdient ehrender Erwähnung. Während der „Arme Conrad" sich mehr für die fortgeschrittenen Parteigenossen und Arbeiter eignet, dürfte der Bracke'sche „Volkskalender" besonders für die Landbevölkerung von großem Interesse sein. Der Inhalt ist äußerst reichhaltig, die zahlreichen Illustrationen sind gut ausgeführt und der Preis ist gering, Alles Eigenschaften, welche den Kalender begehrungswürdig machen.

— „Die rothe Fahne ist die Fahne des Aufruhrs" — so erklärte vor Kurzem der Offenbacher Bürgermeister unserem Parteigenossen Ulrich, der die Erlaubniß um einen Festzug durch die Stadt nachsuchte und dem die Genehmigung mit obigen Worten versagt wurde. Unsere dortigen Parteigenossen werden sich zu trösten wissen; sie werden die rothe Idee im Herzen tragen und dieselbe immer weiter verbreiten. Dadurch wird allerdings der Aufruhr nicht in's Volk getragen, aber wohl die Revolution, das mag sich der Herr Bürgermeister merken. Die rothe Fahne ist nicht die Fahne des Aufruhrs, aber sie ist das Symbol der weltbefreienden Revolution des vierten Standes. Ob der Bürgermeister von Offenbach den Unterschied zwischen Aufruhr und Revolution kennt — wir wissen es nicht; das ist aber auch seine Sache, wie es bei den heutigen Verhältnissen eines Jeden Sache allein ist, sich mindestens einen gewissen Grad von Bildung anzueignne.

— Kein Arbeiter! Höchst bezeichnend sind folgende Worte, welche dem Gerichtspräsident des Saarbrückener Zuchtpolizeigerichts bei der Verhandlung gegen die Genossen Kaulitz und Hackenberger entfallen sind. Als nämlich Kaulitz seinen Umgang mit den dortigen Arbeitern, den man ihm gewissermaßen vorhielt, erklären wollte und mit „wir" fortfahren wollte, sagte der Präsident: „Sprechen Sie von Sich; Sie sind Sohn eines Beamten und sind Kaufmann, also kein Arbeiter!" Wir citiren nach der liberalen „Saarbrücker Zeitung". — Also kein Arbeiter! Dann ist natürlich der Präsident des Gerichtshofes auch kein Arbeiter — dadurch werden die Arbeiter aber als ein besonderer Stand, als eine besondere Klasse hingestellt. Wir danken dem Gerichtspräsidenten für seine offene Erklärung; auch die Arbeiter danken ihm, daß er einen Beamten (den Sohn desselben, also auch den Vater), daß er einen Kaufmann als etwas Anderes, etwas Besseres hinstellt, als einen Arbeiter. — Wer predigt denn nun Klassengegensätze, Herr Gerichtspräsident, wir Sozialdemokraten oder Sie, Herr Beamter?

Aus Rumänien.

17. August 1877.

Es herrscht jetzt hier eine rege Geschäftigkeit, in einem fort kommen und gehen Truppen aller Waffengattungen nach dem Kriegsschauplatz, 8—10 Züge mit Truppen und Munition werden täglich expedirt und das schon seit Anfang dieses Monats; nun werden noch die kaiserlichen Garden erwartet und es kann da von neuem losgehen.

Die Zuversicht, die man Anfangs gehabt, hat jetzt einer sehr ängstlichen Vorsicht Platz gemacht, man bringt den Türken einen großen Respekt entgegen seit man gesehen, daß sie mit sich nicht spaßen lassen und so wird es uns gar nicht wundern, wenn wir bei dem beständigen Rückwärtsverlegen des Hauptquartiers eines Tages zu hören bekommen, daß sich auch die Armee über die Donau hinüber concentrirt.

Die Rumänen beobachten schon jetzt die Vorsicht, nicht über die Donau zu marschiren, wenigstens sich nicht zu weit vor zu wagen, um nicht dann genöthigt zu werden, sich rückwärts nach daheim zu concentriren. —

Verwundetentransporte kommen hier noch beständig durch, verschiedenartige Krankheiten herrschen in der Armee und auch die Civilbevölkerung bleibt davon nicht verschont, hier haben die Aerzte bereits constatirt, daß die Cholerine in bedeutendem Maße ihre Opfer fordert. — Die Ernte ist namentlich in Weizen und Roggen sehr gut ausgefallen, es mangelt aber an Leuten, sie vollständig hereinzubringen, sind doch die besten Kräfte unter die Fahnen gerufen, um „wichtigere" Arbeiten zu verrichten. Zwar giebt es für ein Ackerbau treibendes Land wie Rumänien es ausschließlich ist, ein Land, das gar keine Industrie hat und einzig und allein nur auf den Export seiner Naturprodukte angewiesen ist, nichts Wichtigeres als die Pflege des Landes und die Verwerthung seiner Erzeugnisse, aber wenn man Großmacht spielen muß, dann freilich bedarf man der jungen Leute zu andern Dingen, zur Soldatenspielerei. —

Auch sonst will es mit dem Export von Getreide, das reichlich vorhanden ist, nicht recht vorwärts gehen, das ganze Bahnmaterial ist von den russischen Culturkämpfern zu ihren Culturzwecken in Anspruch genommen und die Gutsbesitzer und Pächter, die schon seit langem auf dem Trockenen sitzen und ungeduldig die Exportzeit herbeigewünscht haben, müssen mit ihrer Waare sitzen bleiben, da sie sie nicht oder mit nur schwerer Mühe aus dem Lande bringen können.

Die Donauhäfen, wo der Hauptexport besorgt zu werden pflegt, sind gesperrt, die Bahn für den Handel nur in sehr be-

---

Was der große amerikanische Strike lehrt.

Das Erste, was der große Strike, und was damit zusammenhängt, lehren, ist die Bestätigung des alten Satzes: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie vorher mit Blindheit."

In moderner Sprache wird dieser Satz lauten müssen: Jedes herrschende Unrecht muß sich hauptsächlich selbst abschaffen, und zwar indem seine Vertheidiger es blind auf die Spitze treiben, wo es allen Halt verliert, indem die Gemüther der Mehrheit sich gegen seine unnatürlichen Folgen empören.

Unsere Leser wissen, wie oft wir unsere Verwunderung über die unmenschliche Geduld der amerikanischen Arbeiterwelt ausgesprochen haben, mit welcher sie den Uebergriffen des Kapitals sich fügen. Diese Geduld zeigt sich auf einmal erschöpft. Wie mit einem Zauberschlag erwacht über das ganze Land hin das arbeitende Volk und ruft: Bis hierher, Mister Kapital, und nicht weiter! Wir Arbeiter haben auch noch ein Wörtchen mitzureden! Und von der Brust jedes Dulders fällt der schwere Stein der Entmuthigung; das Bewußtsein des Menschenthums, das Gesetz der Selbsterhaltung, der Entschluß zur Umkehr von einem Wege, der zum Abgrund führt, machen sich geltend. Es ist der Beginn einer wirklichen Revolution, den wir erleben — denn Revolution ist Alles, was eine große Sinnesänderung der Volksmassen zuwege bringt. Und obwohl wir Sozialdemokraten einigen Antheil an dieser Sinnesänderung haben, so mußte doch der eigentliche Anstoß dazu — wie noch immer in der bisherigen Weltgeschichte — von unseren übermächtigen Gegnern kommen. Sie müssen es sein, welche unserer bisherr so schwachen Propaganda und Organisation den Nachdruck geben und sie ausbreiten helfen.

Es ist lächerlich, wenn die gegnerischen Zeitungen die Schuld an all der großen Bewegung des Augenblicks den Sozialdemokraten, den Gewerkvereinen und insonderheit dem Mr. Arthur, dem Vorsitzenden der Lokomotivführer-Union, aufbürden. Jeder unter uns ist vielmehr erstaunt, aus kleinen Ursachen so große Wirkungen hervorgehen zu sehen. Jeder unter uns weiß, daß unsere Aufklärungen und Ermahnungen zwar viel mehr Eindruck auf die Arbeiter verdient hätten, aber doch sehr wenig gemacht haben, so wenig, daß wir uns nicht entfernt das Verdienst dieser großen Volksaufregung zuschreiben können. Auch würden die Sachen viel ruhiger und weniger gewaltsam abgelaufen sein, wären wir die Urheber der Bewegung.

Nein, es war der Uebermuth des Kapitals, die rücksichtslose Herrschsucht seiner Vertreter, welche in den letzten Jahren so viele leichte Siege über die Arbeit davongetragen haben, es war der Versuch eines Ringes unserer größten Kapitalisten in Verbindung mit ihren erkauften Politikern, der Versuch, das arbeitende Volk vollends wehrlos und unterwürfig zu machen, welche an dieser großen Bewegung schuld sind. Der Ring der fünf großen Eisenbahn-Monopole, welche sich neuerdings zu einem eng verbundenen einzigen Monopole verschworen haben, hatte beschlossen, ihre Einnahmen durch Erhöhung aller Fracht- und Fahrpreise riesig zu steigern und noch mehr den Reingewinn durch Herabdrückung aller ihrer Lohnarbeiter zu Hungerlöhnen.

Die Volksmassen waren nicht so völlig in Vereinzelung und Selbstsucht befangen, um die Gefahr daraus für jeden Arbeiter und Kleinbürger zu übersehen. Vertheurung aller Lebensmittel, sinkende Kaufkraft aller Arbeiter, Vermehrung der Brodlosen durch Stockung aller Geschäfte — diese Folgen mußten den Massen einleuchten. Das Kapital hatte allen Nichtkapitalisten und dem ganzen Mittelstande den Handschuh hingeworfen, und auf einmal war der Alpdruck der Rathlosigkeit abgeworfen. Widerstand gegen den frechen Uebergriff zunächst durch Unterstützung der zuerst bedrohten Eisenbahnarbeiter, dann aber auch gegen Alles, was dem Angreifer Kapital zu Hilfe kommen wollte — das war die natürliche Kampfesweise, welche überall ohne lange Verabredung sich fast von selbst ergab.

Dieser Widerstand war allerdings ungesetzlich. Nach der kapitalistischen Gesetzgebung und Anschauungsweise hat der Lohnarbeiter nur das Recht, einen zu niedrigen Lohn auszuschlagen — was unter heutigen Umständen so viel ist als verhungern — er handelt schon ungesetzlich, wenn er Andere, die um den ausgeschlagenen Hungerlohn arbeiten wollen, mit mehr als Bitten davon abzuhalten sucht, geschweige denn, wenn er das Geschäft der Kapitalisten zum Stocken bringt. Die heutigen Gesetze sind im Interesse des Kapitals gemacht, und es wäre wunderbar, wenn der mit dem Hungertod bedrohte Arbeiter noch ein anderes Recht behielte, als das Armenhaus, Zuchthaus und den Selbstmord. Das Gesetz der Selbsterhaltung aber, welches jedem Menschen in die Brust gepflanzt ist, erweist sich vernünftiger, billiger, gerechter; und überall, wo es durch die in ihrem Rechte bedrohten Volksmassen spricht, handelt es auch mit Mäßigung und Billigkeit, so lange das willkürliche Gesetz ihm nicht seine rohe Gewalt entgegenstellt. Und selbst dann begnügt sich die entfesselte und siegreiche Leidenschaft der Selbsterhaltung mit den Gewaltthaten des Augenblicks und kehrt bald zur Besinnung zurück.

Wenn die herrschenden Mächte sich's doch mit Flammenschrift in die Seele schreiben wollten, daß sie dem enterbten Arbeitervolke nicht ungestraft jede gesetzliche Bekämpfung ihrer „gesetzlichen" Gewalt verwehren; daß das heilige Gesetz der Selbsterhaltung zuletzt immer des „gesetzlichen" Unrechts Herr wird selbst in dieser scheinheiligen Republik, und daß der einzige Weg, altes Unrecht der Gesellschaft in neue Ordnung friedlich überzuleiten, der von der Sozialdemokratie angebahnte wissenschaftliche Weg ist!

Es ist bisher noch nicht aufgeklärt, wer der eigentliche Urheber der wahnsinnigen Maßregel gewesen ist, Philadelphiaer Bürgermilizen fast 400 Meilen weit nach Pittsburgh zu schicken. Wir glauben, daß es der Eisenbahnkönig Thomas Scott gewesen ist. Gouverneur Hartranft war auf dem Wege nach Kalifornien über Utah hinausgekommen, und ehe er, der einzige Mensch im Staate Pennsylvanien, welcher das Recht der Einberufung von Milizen hat, die Maßregel telegraphisch verfügen konnte, waren die Philadelphiaer Bourgeois-Söhnchen und Paradepuppen bereits in Pittsburgh angelangt, hatten glücklich einige Dutzend Unbewaffnete, Weiber, Kinder und Zuschauer getödtet und verwundet, ohne noch angegriffen zu sein, waren vom Volksaufstand besiegt, entwaffnet und heimgeleuchtet worden, kurz, hatten die Revolution in's Leben gerufen. In Baltimore sucht sich ebenfalls Jedermann von der Verfügung der wahnsinnigen Maßregel reinzuwaschen, das große Feuersignal zur Versammlung aller Milizen gegeben zu haben. Sagen wir: Der kapitalistische Geist hat in beiden Fällen das Wunder vollbracht, ein übermäßig gesetz- und friedliebendes Volk zur Revolution zu treiben.

Wir nennen diese Maßregel wahnsinnig. Mit Recht, denn die gesammte bewaffnete Macht des Landes wäre nicht im Stande, eine wirkliche Volksbewegung zu unterdrücken, was ohne weitern Beweis einleuchtet. Von dem Augenblicke an, da die Arbeiter

schränktem Maße benutzbar und da soll sich das Land, das schon so viele Prüfungen durchzumachen hatte, erholen? —

Man muß über die Verblendung der Menschen staunen, die doch mit offenen Augen ganz klar ihre Situation übersehen und zu beurtheilen wissen und doch mit solchem Gleichmuth sich es bieten lassen — „es ist ein Verhängniß, es ist ein Malheur, es ist dies und jenes, was der Himmel uns bescheert und woran wir so schwer zu tragen haben" so argumentirt man die „Schicksalsschläge" hinweg, ohne zu bedenken, daß „der Himmel" vielleicht über diese selbstverschuldeten Dummheiten lacht und sich denkt, ihr verdient's nicht besser, ihr wollts selbst nicht anders, denn wer sonst als ihr selbst könnt' dem Unfug steuern? — — — So ist es hier, so überall und wird so lange bleiben, so lange einige Ehrgeizige, ein Häuflein hochnasiger Herrchen mit der blöden Menge thun können, was ihnen beliebt.

Die türkischen Gefangenen, die hier vorbeipassiren, sind meist Civilisten, Kinder und Greise, die die Russen in den Dörfern bei ihren friedlichen Beschäftigungen überrascht und davon geschleppt haben, um sie zu Hause im Triumph herumzuführen und so ihre Heldenthaten zu dokumentiren.

Sehr würdig benimmt sich das rumänische Publikum nicht bei Anblick dieser armen Gefangenen, ganz anständig gekleidete Leute, also Leute aus der „besseren" Klasse, strecken ihre Zunge heraus, der und jener macht sich den Spaß, den Türken beim Aussteigen aus den Waggons ein Bein zu stellen, damit sie darüber stolpern und dergleichen Roheiten mehr kann man fast jedesmal bemerken, wenn ein Gefangenenzug zum Bahnhof einfährt. —

Correspondenzen.

Gebweiler (Elsaß-Lothringen), 7. August. Erst jetzt kommt mir die Entgegnung des Herrn Leopold Sonnemann zu Gesicht. Zu meinen Ausführungen „Die Demokratie wie sie scheint und wie sie ist" gab mir die Polemik zwischen dem „Vorwärts" und der „Frankfurter Zeitung" Veranlassung. In meiner Absicht lag es nicht, eine rein geschäftliche Sache zum Gegenstand weiterer Ausführungen zu machen. Hätte ich dieses beabsichtigt, würde ich unser Gewerkschaftsorgan, den „Correspondent", in Anspruch genommen haben; da aber nun Herr Sonnemann seine Entgegnung lediglich auf den geschäftlichen Theil meiner Correspondenz richtet, sei es auch mir gestattet, detaillirter auf die Sache einzugehen. Zunächst bemerke ich, daß die Erwiderung des Herrn S. mir auf's Neue den Beweis liefert, daß derselbe im großen Ganzen, was Geschäftsführung anbelangt, gar nicht weiß, welche Vorkommnisse sich in der Societätsdruckerei abwickeln. Mit einer aus langjähriger Praxis resultirenden polemischen Meisterschaft sucht Herr Leopold Sonnemann meine angeblichen „unwahren Thatsachen" richtig zu stellen. Legen wir nun einmal an diese „Richtigstellung" die Sonde an. 1) giebt Herr S. zu, die Einrichtung betr. Urlaubs zu einer Bade- resp. Erholungsreise getroffen zu haben und sei diese Einrichtung nicht, wie ich behauptet hätte, unausgeführt geblieben. Gegenwärtig hätten zwei Setzer ꝛc. von dieser Befugniß Gebrauch gemacht! Famos! Vor drei Jahren wurde diese Einrichtung getroffen (d. h. verkündet), dann erfolgte jahrelange Grabesstille hierüber, einige Witzbolde sorgten im Geschäfte dafür, indem sie diese Proklamation zum Gegenstand ihres Spottes machten, daß die ganze Geschichte nicht in Vergessenheit gerieth; da erscheint auf einmal eine Correspondenz im „Vorwärts", welche die Sache auch wieder in das demokratische Gedächtniß des Herrn S. zurückruft. Flugs werden zwei Setzer fortgeschickt! Dann wagt Herr S. meine Worte, daß bis jetzt Niemand (d. h. Arbeiter) von einer solchen Reise etwas zu erzählen wüßte, als eine „unwahre Thatsache" hinzustellen? 2) widerspricht Herr S. der Meinung, die Spar- und Hilfskasse als Lösung eines sozialen Problems angesehen zu haben, und doch kann er es nicht unterlassen, am Schlusse dieses Absatzes die Wunderkraft dieses Instituts zu preisen. Schulze-Delitzsch hat es gewiß noch nicht besser fertig gebracht, in so überzeugender Weise klarzulegen, wie man aus armen Arbeitern durch solche Spar- und Hilfskassen Buchdruckereibesitzer macht. Ich könnte übrigens, da Herr S. hierbei in Zeiten zurückgreift, von welchen ich keine Kenntniß habe, hier eine diesbez. Stelle aus einer Zuschrift von zwei Collegen citiren, welche zu dieser Zeit in S.'s Geschäft standen, ich unterlasse das aber, um den Raum des „Vorwärts" nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Doch nun zu dem köstlichen 3. Punkt. Also die Schließung der Societät erfolgte zu einer Zeit, als die Lohnbewegung jede gesunde Basis verlassen hatte! Wirklich köstlich, herrlich! Hier spricht der Bourgeois Sonnemann; der Demokrat — nun ja Demokrat bis an den Geldbeutel! Mit Verlaub die Frage Herr S., ist das Ihre „gesunde Basis", wenn Sie ohne jede Veranlassung, ohne Steigerung der Arbeitspreise Ihre Annoncen an der Zeitung anstatt früher 7spaltig, 8spaltig machen lassen, und so einen jährlichen Gewinn von verschiedenen Tausend Mark herausschlagen? Doch betrachten wir uns die Sache einmal bei Lichte. Dem Gehilfenverbande gelang es nach hartnäckigem Kampfe, einen Normaltarif in Deutschland einzuführen. Ich nehme keinen Augenblick Anstand, zu erklären, daß Herr S. bei allen Tarifbewegungen einer der ersten war, welche die Forderungen der Gehilfen acceptirten; so war es auch beim Normaltarif der Fall. Nun enthielt aber der Tarif Bestimmungen, welcher eine Entschädigung für schwer leserliches Manuskript, sowie eine gerechte Vertheilung des „Specks" (Vortheils) forderte. Dies wurde von S. verweigert. Daß also die Angelegenheit nicht so geringfügiger Natur gewesen, wie sie Herr S. versucht darzustellen, beweist das Ausstehen fast des ganzen Personals (mit Ausnahme 3 bis 4), die meisten Setzer standen schon sehr lange, bis zu 15 Jahre im Geschäft. Es ist also einfach unwahr, wenn Herr S. erklärt, eine „Tarifverletzung" habe bei ihm niemals stattgefunden. Wenn ich auch annehmen wollte, Herr S. hätte von den flagranten Tarifverletzungen, welche fast allwöchentlich im Geschäfte vorkommen, keine Kenntniß und wollte sie auf das Conto des Faktors setzen, so ist das für Herrn S. keine Entschuldigung, da man doch wenigstens verlangen kann, daß er sich, ehe er Thatsachen als „unwahr" erklärt, erst hätte informiren müssen. Ebenso verhält es sich mit der Erklärung, meine Angabe, daß ein Setzer wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung nicht angenommen worden, sei unwahr; die Annahme der Setzer liege dem Faktor ob. Der Setzer H. Sch. fragte um Condition nach; Abends wurde vom Faktor und seinem Freunde ꝛc. der Stab über ihn gebrochen: „den könne man nicht brauchen, daß sei ein Sozialdemokrat." Leider ist es mir nicht möglich, hier öffentlich den Zeugen zu nennen, da ich nicht die Condition eines Familienvaters auf's Spiel setzen will. Es ist ja sehr leicht, sich eines „Unliebsamen" direkt oder indirekt zu entledigen. Ueber Punkt 4 gehe ich hinweg, da sich mit einem Nichtbuchdrucker über denselben nicht rechten läßt. Doch nun zum letzten Punkt. Wenn der Herr S. bemerkt, er hätte eigentlich gar keinen Anlaß, den vom Verbande festgestellten Tarif einzuhalten, so beweist er nur seine Unkenntniß in der Sache. Der Tarif gilt sowohl für Verbands- als auch Nichtverbandsmitglieder und wurde von den beiden Organisationen (Prinzipal- und Gehilfenverband) festgesetzt! Die Einschränkung der Nachtarbeit ist die Grundbedingung jeder wahren Humanität, da jede Nachtarbeit nachtheilig auf die Gesundheit des Arbeiters einwirkt; ist aber eine solche unumgänglich erforderlich, so ist es nicht mehr als billig, daß hierfür auch eine erhöhte Zahlungsleistung eintritt. Der Tarif hat hierfür seine bestimmte Normen. Wie aber Herr S. dazu kommt, nachdem er selbst zugiebt, daß, sobald Reichstagssitzungen 6, andernfalls 3 Arbeiter Nachtjour haben, dies für keine regelmäßige Nachtarbeit zu halten, das begreife wer Lust hat. Es ist nun eine „wissentliche Unwahrheit", wenn Herr S. seine Weigerung der tarifmäßigen Bezahlung für Nachtarbeit darunter zu verstecken sucht, daß in fast allen Druckereien der Lokalzuschlag von 20 auf 10 Proz. herabgesetzt worden wäre. In ganz Frankfurt existirt eine Druckerei (Kumpf u. Reis), wo eine gänzliche, und zwei andere, wo eine nur theilweise 10 Proz. Lohnreduzirung durch eine Aussperrung erzielt wurde. Alles übertrifft aber die Dreistigkeit des Herrn S., den Lesern des „Vorwärts" glauben zu machen, daß bei 10stündiger Arbeitszeit die Setzer einen durchschnittlichen Verdienst von 39 M. 94 Pf. erzielten. Das ist eine Unwahrheit, mit welcher zu jeder Zeit die Prinzipale es trefflich verstanden, das Publikum zu traktiren, wenn die Arbeiter es sich unterstanden, die Arbeitslöhne in Einklang mit den gestiegenen Lebensmitteln und Wohnungen zu bringen. Ein jeder Setzerlehrling weiß, daß es eine absolute Unmöglichkeit ist, im glatten Zeitungssatze bei 10 Stunden 39 Mrk. 94 Pf. zu verdienen. Ja, es wird verdient, aber in welcher Zeit? Von einer 10stündigen Arbeitszeit ist in den meisten Zeitungen keine Rede, am allerwenigsten in der „Frankfurter Zeitung". Die durchschnittliche Arbeitszeit ist eine mindestens 12stündige. Mag sich Herr S. einmal das Vergnügen machen, die Arbeitszeit der Setzer Bck., Bm., Hmp. ꝛc. zu controliren, er wird dann eine durchschnittliche 15stündige Arbeitszeit herausbekommen. Ueber die verschiedenen unrichtigen Behauptungen, z. B. daß die Arbeitszeit der fourhabenden Setzer von 1 Uhr Mittags bis 1 Uhr Nachts daure, bemerke ich, daß dies allerdings „verkündet" worden ist, einestheils aber durch die Schuld der Setzer selbst, anderntheils aber durch Maßregeln des Faktors wieder vergessen worden ist, so daß jetzt keine Rede mehr davon ist, mit der Arbeit um 1 Uhr Mittags anzufangen. Durchschnittlich dauert die Nachtarbeit bis 2 Uhr, öfter aber später. Zum Schlusse bemerke ich noch, daß zwei Parteigenossen, welche als Correktoren in der „Frankfurter Zeitung" fungirten, die Herren Rohleder (jetzt Redakteur des „Zeitgeist") und Schaumann damals gekündigt wurden, weil sie sich weigerten, ohne Entschädigung Nachtdienst zu leisten. In diesen Verhandlungen zwischen gen. Herren und Herrn S. hat letzterer so Manches, was ein scharfes Streiflicht auf seine Arbeiterfreundlichkeit wirft, zu Tage gefördert. Rudolf Döll.

St. Johann, 15. August. Vor dem Zuchtpolizei-Gericht zu Saarbrücken begann heute früh der Prozeß unserer Parteigenossen und Redakteure der „Freien Volksstimme": Harry Kaulitz und Rudolph Hackenberger. Dieselben hielten vom 8. Juni bis Ende Juli verschiedene Volksversammlungen in den benachbarten Ortschaften Malstatt, Dudweiler, Quierschied, Sulzbach u. s. w. ab, welche alle sehr gut besucht waren. Das verdroß die Gegner zwar sehr, aber die eigentlichen Machinationen begannen doch erst mit dem Erscheinen der „Freien Volksstimme". Das brachte unsre Gegner aus Rand und Band, und sämmtliche sonst gegenseitig sich anfeindenden Parteien verschworen sich, dem frechen Eindringling jedes Terrain streitig zu machen. Doch waren alle ihre Anstrengungen vergeblich, denn die „Freie Volksstimme" hatte schon bei der zweiten Nummer eine Auflage von 1000 Exemplaren und versprach riesig zu wachsen. Hier half kein anderes Mittel, um sich des sehr unbequemen Gegners zu entledigen, als die Verhaftung der beiden Redakteure. Kaulitz wurde am 11. Juli Vormittags 10 Uhr auf Grund eines Verhaftsbefehl wegen Vergehens gegen die §§ 110, 130, 131, 185 und 187 d. R.-S.-G.-B. in der Expedition der „Freien Volksstimme" verhaftet und in das Kantonal-Gefängniß zu Saarbrücken als Untersuchungs-Gefangener abgeführt. Hackenberger wurde bei Abhaltung einer Volksversammlung in Malstatt wegen Aufreizung gegen die Staatsgesetze ebenfalls verhaftet und in dasselbe Gefängniß abgeführt. — Die des Genossen Kaulitz zur Last gelegten Vergehen bestanden in Folgendem: Aufreizung zum Widerstande gegen die Staatsgewalt, Gefährdung des öffentlichen Friedens, Verspottungen resp. Verhöhnungen der Anordnungen der Obrigkeit und Beleidigungen von Beamten und Privatpersonen (Fabrikanten); der Staatsanwalt hatte 27 Zeugen, fast nur Beamte, wie der Landrath, Bürgermeister, Secretäre, Gensdarmen, Polizisten u. s. w. laden lassen; die beiden Angeklagten leisteten auf den Beistand eines Advokaten sowie Ladung der Schutzzeugen aus einer mir unerklärlichen Ursache Verzicht. In der heutigen Sitzung kamen zuerst die Zeugen, welche bei den beiden Versammlungen, den 16. und 23. Juni, in Malstatt zugegen waren, zur Vernehmung. Beide, Kaulitz und Hackenberger, hatten dort gesprochen, und zwar über das eherne Lohngesetz, die hohen Steuern, sowie die schon längst verpulverten Milliarden, gewiß ein sehr mißliebiges Thema für die Staatsbehörde; sodann folgte der Bericht des Bergassessor Haßlacker, Redakteur des „Bergmanns Freund", über eine zu Quierschied am 6. Juli von Kaulitz abgehaltene und von Parteigenossen Edrich von hier geleitete Versammlung. — Gleich am Eingange seiner Rede soll Genosse Kaulitz folgende Worte an die Versammlung gerichtet haben: „Freunde, Arbeiter! Tretet in die Bataillone der Revolution! Schaart euch mit mir unter die rothe Fahne!" Ferner: „Der Krieg von 1870 wäre dadurch heraufbeschworen worden, daß man dem deutschen Volke die Beleidigung des Königs in Ems vorgeschwindelt habe." Auch schien die Aeußerung: „Nieder mit den Palästen!" den Fabrikanten und Geldwänsten, sowie auch den höheren Berg- und Eisenbahn-Beamten eine unsägliche Angst eingeflößt zu haben. Natürlich wurden alle die Aeußerungen auf's schärfste aufgefaßt; hatte doch der Commissar von Sulzbach erwähnt, das Volk wäre nach der Versammlung so erbittert und aufgeregt gewesen, daß an eine Verhaftung des betr. Kaulitz nicht gedacht werden konnte, sonst hätte es blutige Köpfe gegeben. Nachdem noch drei Beamte den aufreizenden Charakter der Quierschieder Reden bezeugt, folgte noch die Verlesung eines Berichts des liberalen Leibstenographen Mönch über eine in St. Johann am 8. Juli abgehaltene Volksversammlung. Hackenberger und Kaulitz als Einberufer sprachen u. A. von Personen, welche mit den Aermeln das Zuchthaus gestreift hätten, sowie auch über die Ausbeutung der Arbeiter durch den Fiskus und die Fabrikanten. Das Stenogramm, welches Genosse Hackenberger und Kaulitz als fehler- und lückenhaft bezeichneten, wurde von dem Stenographen Mönch aufrecht erhalten. — Mit diesen Zeugenvernehmungen wurden die Verhandlungen Nachmittags halb 2 Uhr geschlossen. Fortsetzung morgen.

16. August. Den Anfang der heutigen Verhandlung bildete die weitere Verlesung des stenographischen Berichts der am

---

der Nation in dem Vorsatze geeinigt sind, die bestehenden und bedrückenden gesetzlichen Einrichtungen abzuändern, sind sie allmächtig. Soviel also sollten doch die Herren wissen, daß das Volk hierzulande sein eigener Hemmschuh ist, und daß sie nicht auf europäische Weise Gewalt gegen Volksrecht ausspielen können; daß sie vielmehr, indem sie den Hemmschuh durch bewaffnete Einschüchterungsversuche gegenüber großen Volksmassen entfernen, unabsehbare revolutionäre Ereignisse heraufbeschwören. Dieser kapitalistischen Sippschaft hat es gar zu gut gefallen, wie die Volksbewegung der Commune von Paris mit blutiger Gewalt unterdrückt wurde; sie hat sich offenbar den Augenblick herbeigesehnt, da man hierzulande die Allmacht des Kapitals mit Blut taufen könne; und darüber hat sie in ihrer Verblendung ganz übersehen, daß die französische Bourgesisie mit der Volksbewegung in Paris nur unter mächtiger Beihilfe der deutschen Heere fertig werden konnte. Obwohl der Ton der großen kapitalistischen Tagespresse sehr herabgestimmt ist, so wagen es doch immer noch einzelne Blätter, auf die gegen die Pariser Commune beliebten Maßregeln als Muster hinzuweisen und einander „durch Pfeifen Muth einzusprechen". Wir sind den Herren sehr erkenntlich dafür, daß sie zu früh das arbeitende Volk haben in ihre Karten blicken lassen. Die amerikanische Arbeiterwelt wird sich den Versuch des Kapitals, europäische Klassenherrschaft einzuführen, wohl merken!

Sie wird auch aus ihrem theilweisen Erfolge die Herweghschen Worte beherzigen lernen: „Volk der Arbeit, aufgewacht und erkenne Deine Macht! Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!" Auch die Arbeiter Europas werden sich durch die Nachricht von unserer Volksbewegung ermuthigt fühlen. Sie wird ihnen ein weiterer Lenzbote sein, der den baldigen großen Völkerfrühling ankündigt.

Allein der große Strike lehrt uns, daß jetzt unsere Zeit zur allerthätigsten Ausbreitung unserer Organisation gekommen ist und auf das Nachdrücklichste benutzt werden sollte. Es wäre doch blutwenig Gewinn aus einer so überaus weithin erweckten Sympathie für die Sache der Arbeit, aus so vielen Opfern Zehntausender von Ausständigen und aus all dem geflossenen unschuldigen Blut und zerstörtem Gute, wenn es bei der Zurücknahme der zehnprozentigen Lohnkürzung der Bahnarbeiter und dergleichen kleinen, vielleicht hinfälligen Errungenschaften sein Bewenden haben sollte. Nie vorher war die Gelegenheit so günstig, die arbeitenden Massen zu organisiren. Geschieht dies in größerer Ausdehnung, so ist der große Strike der Beginn einer wirklichen, nie mehr zu besiegenden, großen letzten Arbeiter-Revolution. Um dieses um so sicherer zu machen, müssen wir von aller Gewaltanwendung abrathen, welche mehr ist als Nothwehr, müssen wir vielmehr zu möglichst friedlichem Vorgehen einladen.

Glücklicherweise hat die amerikanische Arbeiterwelt auf diesen unsern Rath nicht gewartet, sondern fast überall von selbst in seinem Sinne gehandelt. Indessen sind doch an einigen wenigen Stellen Unordnungen vorgekommen, welche überall hätten vermieden werden können, wo es eine wohlgebildete Sektion der Partei oder eine mit ihr verbundene Gewerkschaft gegeben hätte. Alle lärmenden, die öffentliche Ruhe störenden Vorgänge sind mit der Sache der großen internationalen Arbeiterpartei unvereinbar, ausgenommen im Falle der äußersten Nothwehr, und führen zunächst zu nichts, das von allgemeinem und dauerndem Nutzen sein könnte, wohl aber mögen sie dieser Sache großen Schaden thun, indem sie falsche Vorurtheile gegen dieselbe erwecken. Selbst die wärmste Sympathie, welche unsere Partei mit allen um Dasein und Gleichberechtigung ringenden Arbeitern nährt, darf uns nicht verführen, anders als im Wege gemeinsamen Berathens, Beschließens und Handelns am hellen Tageslicht vorzugehen und uns von unserer Noth und Leidenschaft zu verzettelten Aufständen oder nur lärmenden Aufläufen fortreißen zu lassen. (Aus dem „Chic. Vorboten".)

— Seminaristensprache. Während der Revision eines Lehrerseminars bemerkte der Revisor, daß eine von den an den Wänden des Speisesaales angeschriebenen Bibelstellen ganz frisch überklebt war und augenscheinlich eine andere Stelle citirte, als vordem. Erstaunt machte er den Seminardirektor darauf aufmerksam, und dieser gerieth in nicht geringe Bestürzung, denn die Bibelstelle, die wahrscheinlich ein Seminarist heimlich angeklebt haben mußte, war sehr bedeutungsvoll; sie steht Jesus Sirach 31, 13 und lautet: „Und denke nicht, hier ist viel zu fressen."

— Zu leichtes Brod. Um wie viel besser der Eifer der Polizei angewendet ist, wenn er sich gegen die Betrüger wendet, statt zum vergeblichen Culturkampf gegen die Sozialdemokratie, hat sich dieser Tage in Kaufbeuren gezeigt. Bei einer dort vorgenommenen polizeilichen Visitation des Brodes wurde eine große Anzahl Bäcker zur Anzeige gebracht, welche durch Verkauf mindergewichtiger Waare das Publikum beschummelten. Die betreffenden spießbürgerlichen Herren vom Backtroge sind selbstverständlich lauter liberale und ultramontane Culturkämpfer, die das „Eigenthum" gegen die Sozialisten vertheidigen.

An unsere Brüder in der alten Heimath.

Melodie: Zieht im Herbst die Lerche fort.

Zieht nicht aus der Heimath fort,
Drückt die Noth auch schwer,
Seid ihr hier am fremden Ort,
Drückt sie noch viel mehr!
Lug und Trug ist, was man hier
Noch von Freiheit spricht,
:,: Rohe Büttel hat man wohl,
Freiheit hat man nicht! :,:

Nur der Geldsack ist geschützt
Hier auf seinem Thron,
Seine Macht er täglich nützt,
Allem Recht zum Hohn.
Hast du Hunger, lacht er dir
Höhnisch in's Gesicht:
:,: „Blaue Bohnen geb' ich wohl,
Brod doch geb' ich nicht! :,:

Bruder traut dem Bruder kaum,
Alles ist sich feind
Und es ist für Keinen Raum,
Der es ehrlich meint. —
Selbst die Presse hat verkannt
Immer ihre Pflicht,
:,: Menschenschindern dient sie wohl,
Wahrheit liebt sie nicht! :,:

Regt es in der Heimath sich,
Kehren wir zurück,
Kämpfen mit euch brüderlich
Für des Volkes Glück;
Denn vergeblich ist hier doch
Was man schreibt und spricht, —
:,: Götzendiener giebt's hier wohl,
Freiheitskämpfer nicht :,:

Gustav Lyser.

(Aus dem „Chic. Vorboten")

8. Juli zu St. Johann gewesenen Volksversammlung. In dieser Versammlung soll Hackenberger den geringen Lohn der Fabrikarbeiterinnen erwähnt haben, wodurch dieselben, da der besagte Lohn zum nothdürftigen Lebensunterhalt nicht hinreichend wäre, dem Laster in die Arme fallen müssen. Der Präsident bemerkte hierbei, daß die meisten Fabrikmädchen noch ihre Eltern haben und dieselben einen Verdienst von auch nur 1 Mark als eine nicht zu verachtende Unterstützung betrachteten. Nachdem einige Zeugen (Beamten) den „aufreizenden" Charakter der Rede nochmals bestätigt hatten, entwickelte sich eine kleine, aber lebhafte Debatte zwischen Genosse Hackenberger, Staatsanwalt und Maschinenmeister Nepilly, die wir aber übergehen wollen. Nachdem die Verlesung des stenographischen Berichtes über die letzte in Malstatt stattgefundene Volksversammlung, in welcher Hackenberger durch den Landrath verhaftet wurde, beendet war, kamen noch verschiedene Artikel der „Freien Volksstimme" zum Vortrag, in welchen theils Verstöße gegen das Gesetz, theils Beamtenbeleidigungen enthalten sein sollten. Hierauf eine einviertelstündige Pause, nach deren Verfluß der Vertreter des öffentlichen Ministeriums (Staatsanwalt) das Wort ergriff. Derselbe hält mit Uebergehung aller Details sämmtliche Anklagen aufrecht und beantragt für jeden der Angeklagten 3 Jahre Gefängniß. — Hackenberger und Kaulitz haben in ihrer Vertheidigungsrede auf das Auditorium einen sehr günstigen Eindruck gemacht, sie widerlegten sämmtliche Anklagepunkte und verlangten beide, hauptsächlich Kaulitz, welcher voraus wußte, daß er nicht freigesprochen werden würde, unparteiische Gerechtigkeit. Hackenberger verlangte in einer längeren Rede ebenfalls nur Gerechtigkeit, beantragte aber Freisprechung. Die Publikation des Urtheils wurde auf morgen vertagt und lautete, wie den Lesern des „Vorwärts" bekannt ist, gegen beide Parteigenossen auf 2½ Jahr Gefängniß, Tragung der sämmtlichen Kosten und Einrückung des Urtheils in die „Freie Volksstimme". —r.

Hanau. Seit langer Zeit ist von hier kein Bericht an den „Vorwärts" eingegangen, doch die letzten Vorgänge nöthigen mich, mit wenigen Worten derselben zu gedenken. Die Gewerkschaft der Schneider hielt vom 12.—16. August ihre Generalversammlung hier ab. Ziemlich alle Delegirte trafen am 11. bereits ein, und war von den hiesigen Genossen die Begrüßung verknüpft mit einer Abendunterhaltung in der „Reichskrone" veranstaltet, wozu sich die Arbeiter Hanau's gleichfalls zahlreich eingefunden hatten. Der Gesangverein „Sängerkreis" sowie mehrere Genossen boten Alles auf, daß der Abend in höchst unterhaltender und gemüthlicher Weise verlief. Am 12. um 11 Uhr wurde die Generalversammlung durch den Vorsitzenden des Comités eröffnet, nachdem Herr Klerx (Gießen) eine kurze Ansprache gehalten, ward die vorläufige Leitung dem Alterspräsidenten Herrn Raasch (Berlin) übertragen. Nach Erledigung der nöthigen Vorfragen erstattet die Commission zur Prüfung der Mandate Bericht: Es sind 33 Delegirte anwesend, die 53 Orte mit 2025 Mitglieder vertreten, die Krankenkasse ist mit 1029 Mitglieder vertreten, welch letztere Zahlen sich noch um etwas vermehrten, da noch einige Mandate später eintrafen. Hierauf findet die Wahl des Bureaus statt. Stuhr (Dresden) wurde als Vorsitzender gewählt. Um jedoch den Raum nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, will ich nicht alle Einzelheiten erwähnen, sondern mich auf das Nothwendigste beschränken. Die Hauptpunkte der Tagesordnung sind die Agitation, das Fachorgan, welches vom 1. Oktober d. J. in vergrößertem Format erscheint, und das Unterstützungswesen. Der Kassenbericht ergiebt als Gesammteinnahme Mrk. 7046,18; Ausgabe Mrk. 4410,59; Bestand Mrk. 2635,19. Sterbegeld wurden Mrk. 828, Reiseunterstützung Mrk. 454,86 ausgezahlt. Gleich günstig stellte sich der Bericht der Krankenkasse, wo aus der Hauptkasse allein über 2500 Mrk. als Zuschüsse nach den verschiedenen Orten ausgezahlt wurden. Die Generalversammlung verlief in sehr würdiger Weise und lag den Verhandlungen eine Einheit und Klarheit in allen prinzipiellen Fragen zu Grunde, die mit Eifer betrieben, einen sehr günstigen Eindruck machten und zu den besten Hoffnungen berechtigen. Sicherlich wird diese Versammlung allen hiesigen Genossen, sowie sämmtlichen Delegirten noch lange eine schöne Erinnerung und ein Sporn zur erneuten Thätigkeit sein. Allen Schneidergehülfen und Kleinmeistern rufe ich hierauf zu: Tretet dem Vereine bei.

Kurz erwähnen will ich noch, daß am Sonntag Nachmittag 5 Uhr ein Ausflug mit Musik und Fahne durch die Stadt nach der „Rosenau", und am Montag Abend eine Volksversammlung stattfand. Die Betheiligung war massenhaft. In der Volksversammlung sprach Herr Klerx aus Gießen über „Die menschliche Gesellschaft" und erledigte sein Thema in einem einstündigen Vortrage zu aller Zufriedenheit. Mehrere Delegirte betheiligten sich an der Debatte. —t.

Hannover. (Aus dem Leben eines Bahnwärters.) Vor einiger Zeit stand im „Vorwärts" ein Artikel, enthaltend eine Rede des Herrn Abgeordneten Meyer-Arnswalde, gehalten am 11. Januar 1877. In diesem Artikel nun ist die Behauptung des Herrn Abgeordneten angeführt, ein invalider Beamter käme mit einer Pension von 27 Mark monatlich recht gut aus. Es widerlegt sich diese Behauptung zwar schon von selbst, ihre Abgeschmacktheit aber wird erst recht erwiesen durch folgende wahrheitgetreue Schilderung des Looses eines Bahnwärters. Also ein Bahnwärter in Bückeburg, Vater von drei Kindern, wovon das jüngste circa 5 Jahre alt, war durch die großen Anstrengungen des Dienstes kurzsichtig geworden und beantragte deshalb seine Pensionirung. Diese wurde ihm endlich auch gewährt und zwar im Betrage von 80 Thalern jährlich. Als ich die Wohnung dieses Mannes betrat, glaubte ich mich eher in der Hütte eines Indianers als in der Behausung eines Beamten zu befinden. Die älteste Tochter des Bahnwärters, die früher bei mir in Dienst stand, war nicht anwesend, auch seine zweite Tochter nicht, nur das kleinste Kind kauerte in einem Winkel des Loches, starrend von Schmutz, die Augen ganz entzündet, jedenfalls von dem fortwährenden Rauche der Lokomotiven herrührend. Das Möblement bestand aus zwei Schemeln und einem Fragment von Sopha, auf dem das Kind saß. Ohne zu übertreiben, bestand das Sopha nur aus dem Gestell, mit einigen Stücken Gurten überspannt, und darüber ein zerrissenes Laken gebreitet. Weitere Möbel waren nicht vorhanden, auch war von Kammer und Küche nicht die Rede. Diese elende Hütte stellte eben die ganze Wohnung der Familie vor. Endlich erschien auch die Frau, eine große hagere Gestalt, die einer lebenden Leiche glich, so hatte die Sorge und die Entbehrung die Aermste abgezehrt! Auf meine Frage, wo ihr Mann sei, antwortete sie, derselbe stehe beim Fürsten im Tagelohn, um dessen Garten umzugraben gegen einen Gehalt von 75 Pfg. pro Tag! Wirklich ein Heidengeld! Mit dieser lächerlichen Summe auszukommen ist geradezu unmöglich. Die elende Hütte allein kostet jährlich zwölf Thaler.

Was hat nun gegenüber solchen schreienden Thatsachen die Behauptung des Herrn Meyer-Arnswalde für einen Werth? Und was hat das Volk überhaupt von einem Abgeordneten zu erwarten, der dreist genug ist, es auszusprechen, daß ein invalider Beamter mit 27 Mark monatlich recht gut auskommen könne?

Graz (Steiermark), 6. August. Noch nie habe ich etwas von der „ersten österreichischen Pensionisten-Residenz" Graz im „Vorwärts" gelesen, und so will ich denn das Versäumte nachholen. In erster Linie muß ich auf die Sozialistenhetze, welche in Oesterreich in der tollsten und unverschämtesten Weise betrieben wird, hinweisen. Nicht genug, daß die Arbeiterblätter fast regelmäßig confiszirt werden, confiszirt man häufig auch deren Redakteure, und es wird wohl nicht lange dauern, so wird man auch die Leser der Parteiblätter wegen „sozialistischer Umtriebe" sechs Monate in Untersuchungshaft nehmen. Ja selbst Aufsätze, welche man vor 5—10 Jahren ganz unbeanstandet drucken konnte, werden heute für „staatsgefährlich" erklärt. Wahrhaftig ein trauriger Zustand, der dringend der Abhilfe bedarf. Einen Beweis, in welch gemeiner Weise österreichische Sozialisten verfolgt werden, liefert z. B. folgender Vorfall. Ein hiesiger Parteigenosse bezog direkt von Leipzig öfter Broschüren, ließ auch, wenn ihn Jemand darum ersuchte, für andere Parteigenossen welche mitkommen, was nach unserem sehr reaktionären Preßgesetze nichts „Staatsgefährliches" einschließt. Nun wollte aber das Schicksal, daß in der Expedition des „Volksstaat" die Adresse des betreffenden Parteigenossen mit einer solchen in Deutschland verwechselt wurde, und ein an den Parteigenossen in Deutschland abzusendendes Packet nach Graz gesandt wurde. In demselben befanden sich 200 Exemplare der „Agitationsnummer" des „Volksstaat" und andere Schriften. Unser Parteigenosse, überrascht durch eine Sendung, welche er nicht zu erwarten hatte, sandte sofort auf das Zollamt, um das ihm zugesandte Packet abzuholen. Doch was mußte er erfahren? Er bekam das Packet nicht ausgefolgt, sondern man sagte ihm, daß dasselbe vorerst der Statthalterei vorgelegt werden müsse. Unser Parteigenosse, wohl wissend, daß von dort nichts Gutes kommt, zog es jedoch vor, auf die ihm zugedachte Sendung Verzicht zu leisten und dieselbe der Statthalterei zu überlassen. Doch diese wollte von einem Sozialdemokraten kein Geschenk annehmen und wollte es durchaus an unseren Parteigenossen wieder abtreten. Da derselbe nichts bestellt hatte, da ihn ferner ein Schreiben der Expedition in Kenntniß setzte, daß diese Sendung nicht sein Eigenthum, er sie vielmehr an den Aufgeber retour zu senden habe, so konnte derselbe diese Sendung selbstverständlich nicht als sein Eigenthum erklären. Die Statthalterei wollte das aber dennoch, und als unser Parteigenosse hartnäckig das Eigenthumsrecht ablehnte, wurde er wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes (unbefugte Colportage) zwar angeklagt, aber nach Lage der Sache freigesprochen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft war jedoch mit diesem Urtheile nicht zufrieden und meldete die Berufung an. Es fanden darüber zwei weitere Verhandlungen statt, welche jedoch vertagt wurden, da der Parteigenosse, welcher in dem erwähnten Briefe genannt war, nicht gefunden werden konnte. Endlich bei der dritten Appellverhandlung stellte es sich heraus, daß diese verhängnißvolle Sendung nicht Eigenthum unseres Parteigenossen sei, daß sie vielmehr das Eigenthum eines Parteigenossen in Crimmitschau ist, und mußte das Richtercollegium abermals auf Freisprechung erkennen. Zu erwähnen ist noch, daß die genannte Sendung im Juli vorigen Jahres anlangte; die erste Verhandlung fand im November v. J., die zweite im Januar, die dritte im März und die vierte im Juli l. J. statt. Also befand sich diese Sendung ein volles Jahr in den Händen der österreichischen Behörden. Hoffentlich werden diese die dem österreichischen Staate so „gefährlichen" Schriften als „Portofreie Dienstsache" dem Aufgeber übermittelt haben.

Halle. Diejenigen Genossen, welche Beträge zur Litteraria gezeichnet, aber noch im Rückstande sind, fordere ich auf, dieselben nunmehr einzuzahlen. Ferner befinden sich in Händen der Genossen Oberhäuser, Kapser, Gröger, Blopfeld und Biehl noch Sammellisten. Dieselben müssen zurückgegeben werden, da in nächsten Tagen neue herumgehen sollen. Rödiger.

Zur Beachtung

für die Antheilschein-Zeichner der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Kiel (eigetragene Genossenschaft.)

In den letzten Tagen sind mehrere Anfragen an mich gerichtet, warum ich nicht Statuten und Interimsscheine an Diejenigen, die gezeichnet haben, sende.

Hierzu bemerke ich: Statuten für alle Mitglieder können nicht eher gedruckt und versandt werden, ehe nicht das Handelsgericht zu Kiel die daselbst eingereichte Vorlage genehmigt hat. — Würden wir jetzt schon tausende von den Statuten drucken lassen und das Handelsgericht machte einige Aenderungen, was nicht zu den Unmöglichkeiten gehört, so wäre die so bedeutende Geldausgabe umsonst gemacht; es müßten neue gemacht werden. — Ferner können Interimsscheine erst dann an die Mitglieder gesandt werden, wenn dieselben Voll- oder Ratenzahlungen gemacht haben, weil die betreffende Summe auf dem Interimsschein, sowie der Name des Mitgliedes und die Nummer verzeichnet werden muß, es ist also nicht möglich, den Interimsschein unausgefüllt zu versenden. Dazu kommt noch, daß dann auch die Bücher nicht geordnet werden können. Ich ersuche nun die Mitglieder der Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G.), an allen Orten Schleswig-Holsteins einen Vertrauensmann aus ihrer Mitte zu ernennen, dem sie das Geld für die Antheilscheine anvertrauen; dieser führt eine doppelte Liste über Diejenigen, die bezahlt haben und darüber, wie viel Jeder entrichtet hat, und ob es für einen oder mehrere Antheile bestimmt ist. Eine von den Listen sendet mir der Vertrauensmann nebst der Gesammtsumme ein; ich trage dies in's Buch ein, schreibe Interimsscheine aus und sende dieselben zurück. Die Interimsscheine werden später gegen Antheilscheine, die, beiläufig bemerkt, auch schon im Druck sich befinden, umgetauscht; aber nur auf voll eingezahlte Antheile werden später Antheilscheine ausgefertigt; so lange Mitglieder Ratenzahlungen leisten, werden Interimsscheine für sie ausgegeben. — Ich bitte dies zu beherzigen und in nächster Zeit nur so vorgehen zu wollen, wie ich es oben angedeutet habe, damit vom 5. September ab die Gelder aus allen noch fehlenden Ortrn **nach Kiel an H. Walther, Holstenstraße 14,** gesandt werden können.

Am 5. September nämlich übersiedle ich nach Kiel, um alsdann dort die Geschäfte der Genossenschaft zu leiten.

Nach Altona bitte ich keine Geldsendungen mehr zu richten, da ich vom 20. August bis 2. September auf Agitation bin.

Mit Gruß H. Walther.

Aufruf

an die Parteigenossen des 9. hannoverschen Wahlkreises (Hameln).

Vor einiger Zeit haben die Parteigenossen resp. der Sozialdemokratische Wahlverein hierselbst den Parteigenossen Cigarrenarbeiter Ernst August Heinrich Meister aus Hannover als Arbeitercandidaten zur Neuwahl für den 9. hannoverschen Wahlkreis zum deutschen Reichstag aufgestellt, und ist derselbe in allen nach der Zeit stattgefundenen Volksversammlungen als solcher fast einstimmig anerkannt worden. Wir haben nun deshalb, um auf denselben eine größere Stimmenzahl zu vereinigen als am 10. Januar, Alles gethan, was wir vermochten. Der sozialdemokratische Wahlverein hier, welcher erst in diesem Jahre entstanden ist, vermag die Kosten, welche bei einem solchen Wahlkampfe aufgebracht werden müssen, nicht herbeizuschaffen. Wir fordern deshalb alle Parteigenossen dringend auf, ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu thun und nicht zu vergessen, daß wir den Liberalismus und Partikularismus zu unseren Gegnern haben. Tretet Alle muthig ein in den Wahlkampf und fehle am 12. September keiner an der Wahlurne!

Mit sozialdemokratischem Gruß

Das Arbeiter-Wahlcomité.

NB. Briefe und Gelder sind zu senden an H. Reichenbach zu Limmer bei Hannover. Diejenigen Parteigenossen von Hannover und Linden, welche bei der Vertheilung von Stimmzetteln behilflich sein wollen, werden gebeten, sich Freitag, den 24. August, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei Hrn. Hengstmann in Limmer einzufinden.

An die Parteigenossen in Thüringen.

Genossen! Um Plan und Regelmäßigkeit in die Agitation zu bringen, ist es nothwendig, daß seitens der Genossen verschiedener Städte in Thüringen eine Besprechung stattfinde. Im Einverständniß mit den Genossen in Weimar und Apolda berufe ich zu diesem Zweck für Sonntag, den 26. August, Mittags 1 Uhr, in Klein's Lokal, am Bahnhof in Weimar, eine Conferenz ein und bitte die Genossen Thüringens, recht zahlreich auf derselben zu erscheinen.

Leipzig, den 21. August 1877.

Mit Gruß und Handschlag

Fr. Nauert, Frankfurter Str. 31.

Briefkasten

der Redaktion. H. B. in Greiz: Sie thun gut, die Kasse schon jetzt dem Hilfskassengesetz anzupassen, da vom Jahre 1884 an jeder Arbeiter verpflichtet ist, einer eingeschriebenen Hilfskasse anzugehören, gleichviel ob er schon Mitglied einer anderen Kasse ist oder nicht. Thun Sie das nicht, so ist an ein Fortbestehen Ihrer Kasse nach 1884 gar nicht zu denken, da man dem Arbeiter im Allgemeinen nicht zumuthen kann, Mitglied zweier Kassen zu sein.

Fr. Stöcker, früher in Altona, wird ersucht, seine Adresse einzusenden an W. Paschburg, Ungerstraße 74 2. Etage, Altona.

Fonds für Gemaßregelte.

Ueberschuß der Volksvers. in Plagwitz durch Quenzel 44,67. Arb.-Ver. Reudnitz 10,00. Arb.-Ver. Plagwitz 1,45.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Hannover. Sonntag, den 26. August, im „Parkhause" vor Herrenhausen:

Stiftungsfest der vereinigten Schuhmacher

bestehend in Concert und Ball. Festkarten à 80 Pf., Concert 30 Pf. sind bei Herrn Wietgrefe, Mittelstrasse 11, zu haben.

Freunde und Gönner ladet freundlichst ein (F 160) [240

Anfang 4 Uhr. **Das Fest-Comité.**

Hannover. Sonnabend, den 25. August, Abends 8½ Uhr: (F. 168)

Große

Volksversammlung

in den Sälen des Hrn. Narten.

Tagesordnung: Der 2. September und dessen Bedeutung für das deutsche Volk vom Standpunkte der Sozialdemokratie. Referent Herr Praast aus Hamburg. [1,20

H. Rudolph.

Kreis Offenbach-Dieburg. Sonntag, 26. Aug., auf dem Bieberer Berg bei Offenbach: **Großes Wahlfest.** Concert und Festrede. Die Festrede hält der Reichstagsabgeordnete Wilh. Liebknecht. [2,10

Freunde u. Gönner sind höflichst eingeladen. Beginn der Aufstellung des Festzuges um 1 Uhr Mittags, Abmarsch ½2 Uhr. (F.240

Entrée 20 Pfg. Damen frei. **Das Comité.**

Leipzig u. Umgegend. Gewerkschafts-Krankenkasse der Metallarbeiter.

Sonnabend, den 25. August, Abends 8 Uhr: **Versammlung** bei Menzel, Täubchenweg- und Kurze Straße-Ecke. Tagesordnung: Die Wahrheitsliebe des Herrn Söhler, Geschäftsführer der Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft, und der Artikel in Nr. 96 des „Vorwärts". Zahlreiches Erscheinen wird erwartet, Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. [80

Handelsrichterliche Bekanntmachung.

Nachstehende Firma:

Fol. 5 des Genossenschaftsregisters.

Allgemeine Anhaltische Associations-Buchdruckerei, eingetragene Genossenschaft, hat ihren Sitz in Bernburg. Gegründet auf Grund des Gesellschaftsvertrages vom 20., 26. resp. 28. Juli 1877 und als solche unterm heutigen Tage eingetragen.

Eine bestimmte Zeitdauer der Genossenschaft ist im Gesellschaftsvertrage nicht enthalten, dieselbe soll vielmehr abgesehen von den Fällen des Concurses oder den sonstigen gesetzlichen Auflösungsgründe für aufgelöst gelten, wenn in einer zu diesem Zwecke berufenen Generalversammlung drei Viertel aller in derselben vorhandenen gültigen Stimmen für die Auflösung abgegeben werden.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Preßgewerbes, namentlich Zeitungsverlag verbunden mit Buchhandel.

Derzeitiger auf die Dauer eines Jahres gewählter Vorstand:

1) Schriftsetzer **Wilhelm Richter** in Bernburg, erster Disponent;
2) Arbeiter **Carl Polit** in Bernburg, zweiter Disponent;
3) Glaser **Rudolph Hutz** in Bernburg, Kassirer.

Zur rechtsverbindlichen Zeichnung ist die Unterschrift des Kassirers und wenigstens eines Disponenten erforderlich, welche ihre Namensunterschrift der Firma hinzuzufügen haben.

Form der Bekanntmachung.

Alle nach dem Gesellschaftsvertrage erforderlichen Aufforderungen, Einladungen, Bekanntmachungen erfolgen in der zu Bernburg erscheinenden Zeitung „Anhaltischer Volksfreund" und in der zu Leipzig erscheinenden Zeitung „Vorwärts" und sind damit für alle Theile rechtsverbindlich.

Das Verzeichniß der Genossenschafter kann jederzeit beim unterzeichneten Handelsrichter eingesehen werden.

ist laut Verfügung vom heutigen Tage in das hiesige Genossenschaftsregister eingetragen worden.

Bernburg, den 18. August 1877. [11,10

Herzogl. Anhalt. Kreisgericht.

Der Handelsrichter.

Mayländer. Hoffmann.

Wir empfehlen unsere Beilage zur „Neuen Welt" Nr. 20, enthaltend:

Karten vom russisch-türkischen Kriegsschauplatze.

Preis pro Stück 10 Pfg. In Partien billiger.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt".

Färberstr. 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 4. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3d Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuer, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 100. Sonntag, 26. August. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat September zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Eigenthum und Erbrecht.

Immer und immer ertönt in der gegnerischen Presse das Geschrei, die Sozialdemokraten wollen das Eigenthum, sie wollen das Erbrecht abschaffen, und Hoch und Niedrig, ja vielfach selbst die ärmsten Handwerker und Arbeiter stimmen ein in dasselbe, sie rufen den Herrgott und die Polizei zugleich an ob solcher Verruchtheiten.

Wir haben nun allerdings schon oft genug nachgewiesen, daß es gar nicht in der Absicht des Sozialismus liege, das Privateigenthum schlechtweg abzuschaffen.

Es handelt sich einfach darum, daß alle Produktionsinstrumente, alles Kapital, welches zur Herstellung von Werthgegenständen dient, und sämmtlicher Grund und Boden aus dem Einzelbesitz in den Gesammtbesitz übergehe, daß aber immerhin auch in einer sozialistischen Gesellschaft Einzelbesitz an Genußmitteln, an Gebrauchswerthen vorhanden sein kann.

Das Erbrecht an Grund und Boden, an Produktionsinstrumenten hört demgemaß von selbst auf, während dasselbe an Gebrauchswerthen (Möbeln, Bildern, Büchern 2c. 2c.) wohl bestehen bleiben kann.

Aber darüber wollten wir heute nicht reden; wir wollten vielmehr an all' die Schreier einmal die Frage stellen, ob es denn wirklich so schlimm wäre, wenn Eigenthum und Erbrecht sogar völlig abgeschafft würden?

Wie viele Menschen haben denn nennenswerthes Eigenthum? Wie viele Menschen können denn ihren Kindern etwas hinterlassen? Können es die Handwerker, die kleinen Bauern, die niederen Beamten, die zahlreichen Lohnarbeiter in Stadt und Land?

Gewiß nicht! Weshalb denn plötzlich solches Interesse an dem Eigenthum der wenigen Bevorzugten, weshalb solches Geschrei für das Erbrecht der Wenigen? Die verkehrte Erziehung, die unrichtige Bildung, die niederträchtige „geistige" Speise, welche die Mehrzahl der heutigen Zeitungen und Schriften dem Volke bietet, sie haben den gesunden Menschenverstand demoralisirt und die Begriffe verwirrt.

Und übt denn das Eigenthum in der heutigen Gesellschaft einen wohlthätigen Einfluß aus?

Nein! Es schlägt die Mehrzahl der Menschen in Banden, es hält die Lohnsklaverei aufrecht, es bewirkt, daß Noth und Elend bei der großen Masse des Volkes tägliche Gäste sind.

Aber die Besitzer sind glücklich? Wenn man es glücklich sein nennt, wenn Jemand in Glanz, Fülle und Ueberfluß dahinleben kann — dann ja. Aber wir nennen es kein glückliches Dasein, wenn das Eigenthum eine Erziehung bewirkt, daß der Besitzer mit Hochmuth von oben herab auf die ärmeren Mitmenschen blickt; wir nennen es kein glückliches Dasein, wenn durch den Besitz das Herz verhärtet wird und das Gemüth verdorrt, und erst recht nennen wir es kein Glück, wenn der Besitzer in der heutigen Zeit der wilden Konkurrenz nicht weiß, wie lange ihm der Besitz noch gelassen wird, wie lange sein äußerliches „Glück" noch dauert.

Betrachten wir nun das Erbrecht. Wie mancher Bursche aus den „besseren" Ständen bleibt dumm und thöricht, weil er und seine Eltern meinen, daß er das Lernen doch nicht nöthig habe; wie mancher Neffe denkt täglich und stündlich daran, daß es doch endlich seinem Herrn Onkel gefallen möge, sich zum Sterben niederzulegen. Und oft genug wird auch bei den Kindern selbst der Gedanke einkehren, es sei doch bald an der Zeit, daß die Eltern ihnen nicht mehr im Wege ständen.

So lesen wir in den „Itzehoer Nachrichten" folgende bezeichnende Annonce:

„Heirathsgesuch. Eine Dame, 29 Jahre, welche von ihrem sehr alten Vater mehrere tausend Mark erbt, wünscht sich wieder zu verheirathen. Adressen unter H. c. 02863 an Haasenstein & Vogler in Hamburg."

Der „sehr alte Vater" ist sehr bezeichnend, und unwillkürlich muß Jedermann an die sittliche Macht des Eigenthums und des Erbrechts denken.

Eine trefflichere Veranschaulichung, wie sie in jener Annonce enthalten, ist wohl kaum zu denken.

Und hunderte und aber hunderte ähnlicher, wenn auch nicht gleich drastischer Beispiele könnten wir anführen, doch sind wir überzeugt, daß solche jedem unserer Leser in seiner nächsten Umgebung reichlich zu Gebote stehen.

Die meisten Verbrechen sind Eigenthumsverbrechen, Diebstahl und Raub, die raffinirtesten Morde hängen mit dem Erbrecht zusammen — der Fall Tourville liefert wieder davon ein beredtes Zeugniß.

Wenn man nun aber die geistige und körperliche Arbeit zusammenfaßt, den Muth und die Geschicklichkeit, welche all die Eigenthumsfrevel erfordern, wenn man dann wieder die zur Behütung des Eigenthums gemachten Anstrengungen betrachtet, dann die in den Zuchthäusern und Irrenhäusern eingesperrten Sünder wider das „heilige Eigenthum", die Diebe und die Bestohlenen, die Mörder und die Gemordeten, ja, wenn man alles Elend und die niederen Leidenschaften zusammennimmt, alles das, was das „heilige Eigenthum" und das „heilige Erbrecht" über die Welt gebracht, so muß jeder verständige und humane Mensch die Ueberzeugung gewinnen, daß die Aufhebung des heutigen Eigenthums und des Erbrechts die größte Wohlthat für die Menschheit sein würde.

Vergegenwärtigt man sich dabei noch, daß in einer sozialistischen Gesellschaft weder Eigenthum noch Erbrecht völlig aufzuhören brauchen, daß sie nur ihre ausbeutenden und demoralisirenden Eigenschaften verlieren; ja, daß sie auf alle Menschen ausgedehnt werden, daß Jeder Eigenthum wenn auch nur in mäßiger und beschränkter Weise, auch sogar zum Vererben besitzen kann, dann sollte man eine solche Gesellschaft schon allein deshalb herbeisehnen.

Warum nicht?

I.

Es läßt sich kaum ein Werthgegenstand nennen, der nicht irgendwo und irgendwann einmal besteuert worden wäre. In nichts ist der Erfindungsgeist der Staatsleute geschäftiger und fruchtbarer gewesen als in der Erdenkung neuer und möglichst ergiebiger Steuergegenstände. Wir könnten ganze Seiten ausfüllen mit Aufzählung der verschiedenartigen Steuern, welche schon einmal auf jeden möglichen Verbrauchsartikel, jedes mögliche Arbeitsmittel, jede denkbare Berufsart, jede Einwohnerklasse auferlegt worden sind. Nur einen Gegenstand giebt es, der noch nie besteuert worden ist, die Lohnarbeit, oder vielmehr der Mehrwerth, welchen sie in den Händen der Arbeitgeber läßt, und welcher wohl selten im Durchschnitt weniger als das Doppelte des Lohnes selbst beträgt.

Wir fragen also billig: Wie kommt es, daß die Arbeitgeber noch nirgends eine Steuer auf den Mehrwerth, welchen ihre Lohnarbeiter in ihren Händen lassen müssen, zu entrichten gehabt haben? — Ist der Grund vielleicht der, daß überhaupt noch Niemand auf den Gedanken verfallen ist, die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zu besteuern? — Allein dieser Gedanke besteht und ist in voller Anwendung in allen Gefängnissen und Strafanstalten, wo die Arbeitskraft der Sträflinge vertragsmäßig an Privat-Unternehmer von Gewerbszweigen verpachtet wird. Er besteht überall, wo die Heeresverwaltung das Recht hat und übt, Soldaten zur Arbeit in Privatanstalten, wenn auch nur aushülflich, herzuleihen und neben deren Lohne für sich einen Gewinn herauszuschlagen. Er besteht und wird weithin ausgeübt in der Lizensirung von Prostitutionshäusern. Er bestand schon zur Zeit der Sklaverei und der Frohnarbeit, indem die Arbeit der dem Staate Dienstpflichtigen an Privat-Arbeitgeber verpachtet wurde. Er bestand in den englischen Arbeitshäusern, in welchen Erwachsene und Kinder so behandelt wurden.

Oder ist dieser Gedanke blos deshalb nicht auf alle Arbeitsausbeutung angewendet worden, weil eine Scheu und Scham davor, die freie Arbeit und den freien Arbeiter als Eigenthum des Staates zu betrachten, daran verhinderte? — Allein wir bemerken in ganz verwandten Fällen keine solche Scheu und Scham. Wenn der Staat Soldaten braucht, so nimmt er den freien Arbeiter, wo er ihn findet, und macht ihn zu seinem zeitweiligen Eigenthume; er beutet selbst seine Arbeitskraft aus, ohne ihm dafür nur entfernt einen Gleichwerth zu geben, während er andernfalls Soldaten oder ihre Dienste um den vollen Marktpreis kaufen müßte; ja, er nimmt ihm zeitweilig seine Bürgerrechte und durch den Krieg und was damit zusammenhängt wohl gar Gesundheit, Leben, Familie 2c. ohne volle Entschädigung.

Oder geschieht es im Interesse des Volkswohlstandes, daß er dem Lohnherrn die Ausbeutungssteuer erläßt? — Aber dann müßte er auch folgerechterweise alle Pachten auf Privatausbeutung von Staats- (Gemein-) Eigenthum unterlassen. Er dürfte Staats-Landgüter, Bergwerke, Salzquellen, Fischereien, Wälder und die Obstbäume an seinen Landstraßen nicht verpachten, sondern nur unentgeltlich an Privat-Ausbeuter auslassen. Wenn es für den Volkswohlstand besser wäre, daß weder er selbst, noch die Lohnarbeiter ihre Mehrarbeit vergütet erhalten, so ist es auch ein Gewinn für alle Theile, wenn er seine Domänen von dem ersten besten Privatunternehmer ausbeuten läßt ohne allen Entgelt. Da dies in dem einen Falle nicht geschieht, so ist es auch im unsrigen kein Volkswohlstand, der maßgebend wäre.

Denn wenn man etwa geltend machen wollte, daß durch die unbesteuerte Arbeitsausbeutung seitens der Privatunternehmer der Großbetrieb mächtig gehoben werde, welcher eine Quelle alles Segens für ein Volk sei, so müßte entgegnet werden, daß der Großbetrieb viel mächtiger durch Staatsunternehmung befördert werden könne, weil der Staat seinen ganzen Reingewinn zur Erweiterung des Großbetriebs verwenden kann, während die Privatunternehmer desselben durch luxuriöses Leben doch einen ansehnlichen Theil ihres Reingewinns wieder in's Geschäft zu stecken verhindert werden. Außerdem muß doch der Staat im Stande sein, wirthschaftlicher zu wirthschaften, weil er alle Wissenschaft und Kunst im Lande aufbieten könnte, die Verschwendung derjenigen Güter verhindern könnte, welche der rasende Mitbewerb unter den Unternehmern verdirbt oder im Werthe verringert, und endlich, weil er am besten es vermag, sich Arbeiter heranzuerziehen, welche zum allgemeinen Besten nicht minder als zum eignen arbeiten.

Bedenkt man nun vollends die ganz ungeheuren Steuersummen, welche aus einer Steuer auf die Ausbeuter des Mehrwerths der Lohnarbeit erzielt werden könnte, während jetzt alle Staaten in steter Geldnoth sind, und die wichtigsten Staatszwecke im größten Nothstande schmachten, so begreift man die Großmuth nicht, mit welcher alle Staaten ihre reichste Domäne — die Ausbeutung der Lohnarbeit — wegschenken. Es giebt keinen modernen Staat, in welchem der Ertrag der Mehrarbeit nicht die gesammte Staatseinnahme vielfach überstiege. Während der Staat die Seele der Bevölkerung um 10 Mark besteuert, erhebt das Privatkapital von der Seele der Lohnarbeiter mindestens einige Hundert Mark.

Gesetzt er nähme eine Hälfte, oder auch blos ein Drittel, ja selbst nur ein Viertel des der Lohnarbeit erpreßten unbezahlten Mehrwerths dem Arbeitgeber als Steuer ab, so ergäbe das eine Summe, mit welcher nicht nur alle jetzigen öffentlichen Ausgaben bestritten werden könnten, sondern auch eine reichliche Lebensversicherung aller Lohnarbeiter, ein Ruhegehalt für jeden alten und arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter, und dann bliebe noch immer genug übrig, um die allgemeine Volkserziehung und alle edleren Staatszwecke zehnfach besser als jetzt auszustatten.

Unser Erstaunen über die ganz unbegreifliche Großmuth des Staates, welcher solche Riesensummen wegschenkt und dann wieder bei allgemeinen Nothfällen (wie die ostpreußische Hungersnoth, die Ostsee-Ueberschwemmungen 2c. 2c.) beim Publikum betteln geht, unser Erstaunen wird fast sprachlos. Was in aller Welt kann es sein, das ihn verhindert, seine beste Einnahme einzustreichen?

Wäre etwa solch' eine Ausbeuter-Besteuerung schwer durchzuführen? — Aber wieso? — Es kann doch nicht leicht verheimlicht werden, daß und wieviel ein Ausbeuter Lohnarbeiter beschäftigt? Und der Betrag der Ausbeutung in jeder Art Geschäft ist doch mindestens eben so leicht festzustellen, als der Gesammtbetrag aller Ausbeutung im Lande, welchen z. B. Geheimrath Engel auf das Doppelte der gezahlten Löhne für das neue Reich berechnet? Die Steuerbeamten aller Länder sind doch so geschickt darin, Steuerpflichtiges zu entdecken, wo andere blöde Augen gar nichts sehn können! — In unserem Falle würde es obenein ganz im Interesse jedes Arbeiters liegen, seinem Arbeitgeber die unbezahlte Mehrarbeit nachzurechnen und den Steuerbeamten richtige Aufschlüsse oder Winke zu geben! — Gewiß, diese Art Steuer könnte nicht hinterzogen werden, oder doch weniger als jede andre, und wäre in der Erhebung am mindesten kostspielig. Man könnte sie recht wohl zur einzigen Steuer erheben — an Stelle der in unserm Programm empfohlenen direkten progressiven Einkommensteuer als einziger Steuer.

Also wer löst uns dieses quälende Räthsel? — Niemand? Doch ja, die Herren Nationalökonomen werden uns einwenden, daß jeder Staat, welcher diese Art von Steuer einführte, dadurch andern mitbewerbenden Ländern einen großen Vortheil auf dem Weltmarkte einräumen würde, wenn, oder weil diese nicht dieselbe Art Besteuerung einführen würden. Der Kapitalprofit sei ja die einzige Belohnung für den Unternehmungsgeist, welcher die Industrie hebe und das Land bereichere; diesen Profit in einem Lande durch die Steuerschraube stark vermindern, ohne daß es in allen ebenfalls geschieht, heiße die Industrie dort ersticken.

Zugegeben! Allein vielleicht ließe sich durch Staatsverträge dahin wirken, daß überall dieselbe Besteuerungsart eingeführt würde, welche erst dem Staate seine volle Souveränität sichern und die Quelle aller zukünftigen Revolutionen verstopfen würde. Und wenn nur drei der vorzüglichsten Großbetriebstaaten die Maßregel übereinstimmend einführten, müßten alle anderen folgen. Denn jeder solche Staat hätte es in seiner Macht, wenn andere Staaten seinen Industrien zuviel Mitbewerb machten, den Großbetrieb selbst zu übernehmen, also allen Mitbewerb auszustechen.

Also wer beantwortet uns diese Frage? wer erklärt uns die beispiellose Großmuth aller unsrer Kapitalstaaten? — Wenn es Niemand auf andre Weise kann, so können wir nicht umhin zu schließen, daß eben das Kapital nicht besteuert werden soll, sondern die Arbeit; daß eben der Staat zu seinem Hauptzwecke den hat, das Kapital zu ermächtigen und beschützen, um die Arbeit auszubeuten durch riesige Privatbesteuerung, und daß alle seine andern Zwecke mehr Vorwände sind. Wir fordern alle Nationalökonomen auf, uns eines Besseren zu belehren! Wir möchten doch nicht gern Jemand Unrecht thun, am wenigsten der geheiligten Staatsgewalt. Vielleicht kann man unsere Schlußfolgerungen als irrig nachweisen und uns dadurch wieder zu loyalen Unterthanen und gehorsamen Gläubigen machen. Unsern Staatsanwälten muß es doch viel lieber sein, uns durch einen klaren Nachweis der Grundlosigkeit unserer obigen Ansichten zu Patrioten zu machen, als sich selbst den Schmerz zu bereiten und die grausame Pflicht üben zu müssen, welche die gerichtliche Verurtheilung unserer falschen Gedanken ihnen auferlegt!

Da wir jedoch auf eine Widerlegung etwas lange werden warten müssen, so wollen wir in einem zweiten Artikel auseinandersetzen, warum wir selbst die Ausbeuterbesteuerung nur bedingungsweise vorschlagen.

Sozialpolitische Uebersicht.

– Warnung. Wir erhalten vom Cap der guten Hoffnung (Afrika) folgenden Brief eines Arbeiters durch Vermittelung eines Parteigenossen zur Veröffentlichung:

„Blanko, den 17. Juli 1877.

Geehrter Freund und Gesinnungsgenosse!

Ich ergreife die Feder, um Dir mitzutheilen, wie es mir in

Afrika gefällt und was ich bis jetzt erfahren habe; allerdings zu meinem größten Leidwesen nichts Erfreuliches. Du wirst mir deshalb auch verzeihen, daß ich Dich so lange habe warten lassen, doch ehe man etwas schreibt, muß man sich erst umsehen, wie es im Geschäft und im Lande steht. Was die Reise anbetrifft, so kann ich Dir mittheilen, daß diese wohl das beste war was ich bis jetzt erlebt habe. Nach dreißig Tagen sind wir glücklich hier angelangt. Im Geschäft sieht es hier aber eben so schlecht aus, wie in Deutschland, was für uns um so peinlicher ist, da wir durch die Arbeitsstille in Deutschland veranlaßt, unsere Heimath verlassen haben. Nun finden wir hier eine wüste und wilde Gegend, wo es wenig regnet, die auch nicht von Flüssen durchzogen wird, die das Land bewässern und fruchtbar machen. Das peinlichste ist wohl der Holzmangel. Das Holz ist hier sechsmal so theuer wie in Deutschland, die Lebensmittel und Kleidung sind hier drei bis viermal so theuer, überhaupt ein Leben nach deutscher Art ist hier nicht für Geld zu bekommen. Nun wirst Du Dir auch erklären können, wo die 8 Pfund Sterling hinkommen, die hier den niedrigsten Monatslohn bilden, womit aber eine Familie gar nicht auskommen kann oder sie müßten den Mund in Deutschland lassen was hier so recht zu der Gesetzesordnung passen würde. Wer hier einen Contrakt in englischer Schrift und mit englischem Stempel abgeschlossen hat, der ist hier gerade so viel wie in Deutschland ein Zuchthaussträfling und wird bei der kleinsten Zuwiderhandlung mit 1 Pfund Sterling oder 1 Monat Gefängniß bestraft, ob er im Recht oder Unrecht ist, das bleibt sich gleich. Von den Herren Morilla kann ich Dir mittheilen, daß sie hier in der Cap-Colonie keine Arbeiter mehr bekommen können, obgleich die Arbeiter auch hier im Ueberfluß vorhanden sind, weshalb sie ihre Sclaven aus Deutschlad beziehen, wo sie von H. E. Rosenhahn eingeschläfert werden und erst wieder erwachen, wenn sie in Afrika sind, wo es dann leider zu spät ist. Ueber die Fabrikpreise für Schuhmacher kann ich Dir folgendes mittheilen. Für Herrenstiefeln zum Aufzwicken gibt es 10 Mark per Dutzend, für Frauenstiefeln 8 Mark, fürs Ausputzen per Dutzend 6 Mark für Frauen- und 7 Mark für Herrenstiefeln. Du wirst jetzt selbst urtheilen können, was ein Mann die Woche verdient. Für solche Preise müssen die Leute arbeiten, ob sie wollen oder nicht. Ich glaube, so lange wir hier sind, sind noch keine zehn Tage vergangen, wo kein Streit und Spektakel gewesen ist, welcher gewöhnlich erst vor dem Magistrat endigt; aber das hilft alles nichts, die Arbeiter müssen für den Preis, den ihnen die Herren Morilla bezahlen wollen, arbeiten. Wer wieder zurück nach Deutschland will, dem kostet es 33 Pfd. St., die er nicht erschwingen kann. Die Gebrüder Morilla haben in Afrika einen solchen schlechten Namen, daß ich es unter meiner Würde halte, Dir noch mehr von diesen Blutsaugern mitzutheilen. Doch erfülle Deine Pflicht, sobald Du diesen Brief erhälst; theile nämlich die Zustände hierorts der deutschen Schuhmachergewerkschaft mit, und sorge für die Veröffentlichung resp. Warnung im „Vorwärts“ und in der „Berliner Freie Presse“ (NB. sorge dafür, daß alle Arbeiterblätter Obiges aufnehmen, damit nicht noch mehr Leute ins Unglück gestürzt werden).

Im Fall, daß mein Name zur Wahrung der Wahrheit nothwendig ist, bin ich gern bereit, ihn zu geben, ich will alle Verantwortung übernehmen.

In der Hoffnung, daß Dich diese Zeilen überzeugen werden, wie schlecht es den Auswanderern in Afrika geht, schließt mit Gruß und Handschlag an alle Freunde und Gesinnungsgenossen

Gustav Heisman M.“

Der Schreiber dieses Briefes ist von dem in dem Briefe genannten Herrn Rosenhahn angeworben worden. Folgende Annonce stand am 18. August in dem „Mainzer Anzeiger“:

„Stellenanträge. Eine Schuhfabrik am Cap der guten Hoffnung (Süd-Afrika), mit Maschinen- und Wasserkraft-Betrieb, sucht zum sofortigen Eintritt 6 Zwicker, 6 Ausputzer, 2 Zuschneider, militärfrei. Freie Reise, 50 Mark Handgeld, Accordarbeit mit 30—40 Mark Wochenlohn, Jahresprämie, freie Wohnung und 4 Morgen Gartenland. Besitzer und Leiter, sowie die meisten Arbeiter sind Deutsche, — schöne und gesunde Lage, billige Lebensweise. Nur fleißige und in ihrem Fache durchaus erfahrene, nüchterne Arbeiter, welche bereits in einer größeren mechanischen Schuh-Fabrik mit Erfolg thätig waren, wollen ihre Offerten unter Mittheilung ihrer persönlichen Verhältnisse und bisheriger Thätigkeit mit der Aufschrift S. F. 8693 Blanco bei der Expedition dieses Blattes niederlegen.“

Diese Annonce, die in gleicher oder ähnlicher Weise auch in anderen Blättern stand, beruht obigem Briefe nach auf Schwindel. Wir warnen deshalb die deutschen Arbeiter vor Auswanderung nach dem Caplande und bitten die befreundeten Blätter Notiz von unserer Warnung zu nehmen.

— Zuweilen erhellt ein Licht die reaktionären Finsterlinge in der gegnerischen Presse. So besprach die „National-Zeitung“ vor Kurzem in einem längeren Artikel unser Steuersystem und kam zu dem Resultat, daß durch Erweiterung der Erbschaftssteuer, indem dieselbe auch auf die direkten Erbschaften übertragen und dann im Allgemeinen erhöht werden soll, eine gerechtere Steuervertheilung zu Gunsten des arbeitenden Volkes entstehe. In Preußen beträgt die Erbschaftssteuer nur etwas mehr als 4 Millionen Mark, während dieselbe in England 115 Millionen Mark ausmacht. Dort werden auch die direkten Erbschaften besteuert. Wenn in ganz Deutschland solche Erbschaftssteuern eingeführt, wenn daraus eine deutsche Reichssteuer entstände, so brauchte man nicht immer an die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer zu denken, die ja besonders das arbeitende Volk drücken würden. Wir sind mit der „National-Zeitung“ also endlich einmal einverstanden und es werden sogar die sozialistischen Reichstagsabgeordneten wahrscheinlich für diese Reichssteuer stimmen, selbstverständlich vorausgesetzt, daß eine gleich hohe Summe von der Salzsteuer u. s. w. gestrichen würde.

— Das Drängen der sozialistischen Reichstagsabgeordneten hilft doch manchmal. Wie man nämlich der „Kölnischen Zeitung“ mittheilt, hat der Reichskanzler den Direktor des Reichs-Gesundheitsamtes, Geheimrath Dr. Struck, beauftragt, unter Mitwirkung des Reichs-Justizamtes, Staatssekretär Dr. Friedberg, einen Gesetzentwurf zur Abhilfe gegen die Verfälschung und gesundheitswidrige Anfertigung von Nahrungs- und anderweitigen Gebrauchsmitteln auszuarbeiten. Es darf mit Bestimmtheit erwartet werden, daß der Entwurf den Bundesrath und den Reichstag in der bevorstehenden Session beschäftigen wird.

— Eine Seeschlange. Jedes Jahr geht die Notiz durch die Zeitungen, daß die Kaiser von Deutschland und von Oesterreich bei ihrer Zusammenkunft, im Bade Ischl sich die Hand darauf gegeben hätten, gemeinsam die Sozialdemokratie zu vernichten. So meldet auch jetzt wieder das Berliner „Montagsblatt“, daß die beiden Kaiser in Ischl ihre frühere Verabredung zur gemeinsamen Einschränkung und Unterdrückung des Sozialismus erneuert hätten. — Aus dieser sich immer wiederholenden Notiz, mag die darin enthaltene Thatsache auf Wahrheit beruhen oder nicht, geht nur das Eine zur Genüge hervor, daß der Bourgeoisie mit sammt ihrer Böhmert'schen „Wissenschaft“ schon längst das Latein ausgegangen ist und daß sie sich nach Hilfe umsieht bei den Gebietern über Kanonen und Bajonette. Daß sie sich auch hier verrechnet, ist ja selbstverständlich.

— Eine schöne Culturkampfsblüthe. In einem kleinen Oertchen in Westfalen verlobte sich kürzlich ein evangelischer Kaufmann mit einer Katholikin. Bald darauf erließen in dem dortigen Kreisblatte die Eltern und Geschwister des Bräutigams folgende Annonce:

„Wir sind entschieden gegen die jüngst publizirte, hinter unserem Rücken und ohne unser entferntestes Wissen stattgefundene Convenienz-Verlobung unseres bis dahin friedlich bei uns lebenden Bruders resp. Sohnes ... mit einer Katholikin, verbitten uns daher etwaige Gratulationen sowohl, als auch irgend welchen Besuch der Braut nebst deren Angehörigen.“

Der Spieß hat sich umgedreht. Früher kam es wohl vor, daß Katholiken sich sträubten, die Verwandtschaft eines Protestanten anzuerkennen, weil die katholische Religion ohne besondere Erlaubniß die Verlobung, resp. Verheirathung mit Andersgläubigen nicht zuläßt; die Protestanten spotteten über solche Orthodoxie. Jetzt hat es der Culturkampf, jetzt haben es die Herren Falck, Bismarck und ihr liberaler Anhang glücklich soweit gebracht, daß der confessionelle Hader auch in den protestantischen Familien hochauflodert.

— Der zwölfte deutsche Journalistentag war am 19. und 20. d. M. in Dresden versammelt; die Theilnahme war nur eine sehr geringe. Man faßte in Bezug auf die Behandlung der wegen politischen und Preßvergehen Verurtheilten folgende Resolution:

„Es ist Pflicht der gesetzgebenden Faktoren des deutschen Reiches, bei der bevorstehenden gesetzlichen Regelung des Gefängnißwesens dahin zu wirken, daß die Behandlung der wegen politischer und Preßvergehen Verurtheilten im Gefängniß eine gleichmäßige, den Anschauungen unserer Zeit über politische und Preßvergehen entsprechende, wie des Berufs der Inhaftirten würdige sei.“

Alles Uebrige, was die Herren dort beriethen, war ziemlich gleichgültig. Bezeichnend nur war eine Aeußerung des Vertreters der „Gartenlaube“, des fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Träger bei Berathung über Abänderung des deutschen Preßgesetzes. Er sprach nämlich die Ueberzeugung aus, daß eine Revision der Preßgesetzgebungen im freiheitlichen Sinne nicht so bald zu erhoffen sei. Durch den Culturkampf und den Kampf mit der Sozialdemokratie sei in der öffentlichen Meinung eine ungünstige Stimmung gegen eine vergrößerte Freiheit der Presse entstanden; ein Umschlag könne nur nach Entscheidung dieser beiden Kämpfe erwartet werden. — Dann kann Herr Träger aber lange warten! — Wir wollen zugeben, daß der Culturkampf seinem Ende naht, weil nach dem bekannten Ausspruch: „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich“ — die Liberalen und die Clericalen bald schon Handschlag und Küsse austauschen werden. Aber der Kampf der heutigen Gesellschaft gegen die Sozialdemokraten dauert so lange, bis der Sieg für letztere erfochten sein wird, und so lange dauert auch Preßknebelung und allerlei Unterdrückung des Geistes, weil man glaubt, dadurch die gerechten aber unbequemen Forderungen des Sozialismus eine Zeitlang noch hinhalten zu können.

— Der Emporkömmling Gambetta hat sich in eine sehr unangenehme Lage gebracht. Bekanntlich wurde der Exdeputirte Ordinaire (Radikaler) wegen unlauterer Spekulationen aus der Liste der 363 gestrichen und „République française“ ging am schärfsten mit ihm zu Gericht. Dafür hat er jetzt Rache genommen und in einer Vertheidigungsbroschüre Gambetta in der schärfsten Weise angegriffen. Ordinaire behauptet, Gambetta habe sich während seiner Diktatur die Taschen gefüllt. In der Broschüre heißt es: „Gambetta war ein armer Student des Quartier latin, ohne Geld, ohne jeden Besitz, der nur den Zutritt zum Ministerium der Justiz suchte. Von Zeit zu Zeit erhielt er von Laurier Geld zu seinen Reisen, und auf einer dieser Fahrten war der starre und unfehlbare Republikaner, der Gast der Familie Orleans. Jetzt ist er reich, hat ein Hotel, eine Equipage und setzt mit Lächeln auf eine Karte 25 Louis. Er scheint jährlich 100,000 Franken auszugeben.“ — Ob man Gambetta auch wohl wegen unlauterer Spekulationen von der Liste der „berühmten“ 363 streichen wird? Ganz bestimmt nicht — man haut sich nämlich nicht gern selbst auf den Mund.

— Auf dem europäischen Kriegsschauplatze herrscht Ruhe; dieselbe wird nur von kleineren Scharmützeln unterbrochen, welche meist zu Gunsten der Türken ausfallen. Besonders bewähren sich die Tscherkessen als bedeutend bessere Kavalleristen wie die Kosacken. — In Armenien gewannen die Türken unter Mukthar Pascha eine bedeutende Schlacht am 17. August, in welcher die Russen gegen 1200 Mann Verluste hatten. In dieser Schlacht zeichnete sich der Sohn des berühmten Tscherkessenhäuptlings Schamyl, der Pascha Ghazi Mehemed rühmlich aus. — Die erneute Aushebung in Polen erregt dort die Gemüther; hundertweise desertiren die Polen über die preußische oder österreichische Grenze; die Erbitterung hat eine solche Höhe erreicht, daß in russischen Kreisen ein Aufstand befürchtet wird. — Die deutsche Regierung hat Veranlassung genommen, auf Grund der ihr vorliegenden amtlichen Berichte über die gegen russische verwundete und gefangene Soldaten von türkischen Truppen verübten Grausamkeiten, bei der Pforte die Bestimmungen der Genfer Convention vom 22. August 1864, welcher die Türkei bekanntlich im Jahre 1865 beigetreten ist, in Erinnerung zu bringen, und gleichzeitig bei den übrigen europäischen Mächten angeregt, ob dieselben ähnliche Schritte in Constantinopel thun wollen. Und welche Schritte hat die kaiserliche Regierung, so fragt die „Vossische Zeitung“ recht naiv, bei der russischen Regierung gethan bezüglich der ebenso sicher constatirten russischen Grausamkeiten? — Wir wollen anstatt der kaiserlichen Regierung die Antwort geben: „Ja Bauer das ist ganz etwas Anderes!“

— Aus Nordamerika. Der „Times“ wird aus Philadelphia vom 12. August berichtet: „In verschiedenen Theilen des Landes sind Versuche gemacht, eine politische Arbeiterpartei

An die Herrschenden!

Am 24. Juli d. J. fand in Antwerpen eine große Arbeiterversammlung statt, in welcher nachstehende Anschauung zum beredten Ausdruck kam. Wir freuen uns noch besonders über solche Anschauung, weil sie derjenigen der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands nahe steht und alle anarchischen Bestrebungen verurtheilt. Die Rede, welche wir nach dem „Mirabeau“ geben, lautet:

„Ihr Großen der Erde erklärt uns doch die greifbaren Fehler und Widersprüche unserer heutigen Gesellschaft! Wo ist heute die Gerechtigkeit, wo die von der Natur geschaffene Gleichheit alles dessen, was Menschenangesicht trägt?

Verdammt nicht die Gesellschaft den Producirenden zum Elend? Stürzt Ihr nicht ihn, den Anfang, die Gegenwart und die Zukunft der Menschheit ins Elend, um auf seine Kosten zu leben? Seht Ihr ihn nicht von Eurer Höhe herab mit Verachtung an und gesteht ihm nicht einmal das Recht zu, sich selbst vertheidigen zu dürfen?

Wenn er Euren Beistand fordert, Brod für sich und seine Kinder verlangt, von der Gesellschaft verlangt, für die er sich opfert, setzt Ihr ihm dann nicht bewaffnete Macht, rohe Gewalt entgegen? Oeffnet Ihr nicht das Gefängniß, die Kerker, um jene muthigen und intelligenten Arbeiter hineinzuwerfen, welche wagen, die abscheuerregenden Wunden der Gesellschaft bloszulegen; welche sich erkühnen, den Vorhang zu lüften, um ihren Arbeitsgenossen zu zeigen, wo die Ursache ihrer Leiden zu suchen ist; welche wagen, die Einigkeit und Brüderlichkeit anzurathen, um den zahllosen Ausbeutungen eine Grenze zu stecken; welche sich gegenseitig unterrichten über die Bestimmung des Menschen, seine Pflichten und seine Rechte; welche sich darüber klar zu werden suchen, was sie als Arbeiter und Producirende von der Gesellschaft verlangen können, um sich und ihre Familien vor dem Elende zu bewahren; welche endlich darüber berathen, wie man sich gegenseitig helfen müsse bei Arbeitsmangel und über die Möglichkeit, die Arbeit einzustellen, sobald den Rechten der Arbeiter zu nahe gekommen werde?!

Was würdet Ihr von einer Gesellschaft sagen, welche, wenn Ihr Eure unantastbaren Rechte beanspruchtet, Euch Bewaffnete entgegenschickte, um Euch in's Gefängniß zu schleppen, von derselben Gesellschaft, zu deren Nutzen Ihr 30—40 Jahre nur um Brod gearbeitet hättet? Hier giebt es keinen Ausweg, hier heißt's entweder — oder!

Entweder beweise man uns, daß die Arbeit an und für sich unnütz ist oder daß die Kapitalisten von Haus aus den Arbeitern überlegen sind und daß somit die Gleichheit der Menschheit eine Fabel ist!

Ihr Ausbeuter, Ihr bietet uns als einzige Erleichterung die Entsagung, die Geduld, die Sparsamkeit. Es ist Euch leicht, den Andern Entsagung zu predigen, während Ihr selbst auf Kosten des armen Arbeiters lebt. Gebt der Arbeit, was ihr zukommt; gebt Jedem, der zum Wohlbefinden der Gesellschaft beiträgt, seinen Bedürfnissen, seiner Noth gemäß und den heilsamen menschlichen Principien entsprechend. Sprecht nicht von Eurer „Wohlthätigkeit“! Denn, liegt ihr nicht ein entehrendes und eitles Prinzip zu grunde? Zu geben, um den zu ehren der giebt, heißt denjenigen demüthigen, welcher empfängt, heißt einen Unterschied zwischen den Menschen machen, heißt sie die Arbeit verachten lehren. In der That ist das, was Ihr gebt, ein Staubkörnchen im Vergleiche zu dem, was die Arbeiter für Euch producirt haben, und Ihr heißt es Wohlthätigkeit; die beste und einfachste Wohlthat aber wäre, der Arbeit ihren Lohn zu geben und die „Wohlthat“ durch Gerechtigkeit zu ersetzen.

Was die Sparsamkeit betrifft, so wißt Ihr recht gut, daß dieselbe nur für eine sehr kleine Zahl ausführbar ist. Wie könnten die großen Massen Sparsamkeit üben? Das Elend drückt sie Alle darnieder; ihr Einkommen ist unzureichend. Wie wollt Ihr den Menschen lehren, mit 50 Centimes auszukommen, wenn er thatsächlich eines Francs bedarf?

Was den Lasterhaften betrifft, so lehrt ihm gute Sitten, verschafft ihm das leibliche Wohlsein und das Laster wird machtlos.

Nein, ihr Großen der Erde, suchet nicht die soziale Frage von Euch fortzuschieben; sie drängt sich von selbst auf. Denket nach und blickt rings um Euch her. Sucht nicht so sehr nach Theorien, durchstöbert nicht die großen Bücher, die Bibeln, die Korane. Geht heraus aus Euren großen Salons, aus Euren Boudoirs; kommt inmitten unserer Hütten, in unsere unglücklichen Wohnungen, kommt mit uns zur Arbeit 12, 14, 16 und 18 Stunden des Tags; steigt mit uns in das Innere der Erde, durchlauft die Welten und die Meere, kommt mit uns, all den ermüdenden, erschöpfenden Arbeiten beizuwohnen und vergleichet das Resultat Eurer Arbeit mit der unsrigen; kommet mit uns in die verpesteten Löcher und Ihr werdet dort Mütter, Kinder und Arbeiter auf einer handvoll Stroh ausgestreckt und mit Lumpen bedeckt finden! Ihr werdet dort Mütter finden, von unschuldigen Geschöpfen umringt, Mütter, welche statt aller Antwort Thränen des Kummers vergießen. Ihr werdet dort Opfer der Arbeit finden, welche genöthigt sind, die Hand auszustrecken, um sogenannte Almosen zu empfangen; Ihr werdet dort Arbeiter finden, welche aus Ehrlichkeit, im Gefühle nichts zu beanspruchen, was sie sich nicht verdient haben ein Märtyrerthum erleiden, ihr Elend auf jede mögliche Weise zu verbergen suchen und eher dem Tode zu lächeln, als sich zum Betteln entschließen. Ihr Aussehen jedoch wird Euch die Wahrheit sagen. Ihr werdet dort alles Elend des Unglücklichen finden, ein wahrhaftiges Bild, welches Euer Herz bluten machen muß, wenn Ihr es am rechten Flecke habt.

Einige Monate in dieser Schule werden Euch Vieles lehren, werden Euch klar und deutlich die Unvollkommenheiten des gegenwärtigen sozialen Zustandes kennen lernen. Kehrt in Eure Salons, in Eure Boudoirs zurück und wenn edlere Gefühle Euch bewegen, werdet Ihr Euren Glücksgenossen sagen, was Ihr gesehen und gehört habt. Ihr werdet sie die Gesellschaft in ihrer wirklichen Gestalt kennen lehren und beifügen, daß wir nicht wollen, daß Ihr mehr Sklaven werdet, als wir, aber daß wir uns unsre Rechte erkaufen, indem wir unsre Pflichten erfüllen. Unser Ziel ist der Triumph der Arbeit, und haben wir erst diesen Triumph errungen, so werden wir schnell einer besseren Zukunft entgegengehen. Die Trägheit, das Laster, der Pauperismus, die übertriebene Opulenz, die ungerechte Ausbeutung seines Nebenmenschen werden nach und nach verschwinden. Die Gesellschaft wird dann nicht nur den oberflächlichen Schliff der Civilisation zur Schau tragen, sondern die wirkliche Civilisation besitzen!

Fürchten wir uns nicht vor der Macht und dem Einfluß unserer Gegner; unser Zusammenhalten wird sie ohnmächtig machen. Unnöthig, nutzlos ist's, sich der Waffen zu bedienen; die Einigkeit, die Brüderlichkeit können das Problem lösen. Wir müssen uns eng verbinden, uns gegenseitig belehren, uns nicht in thörichte Unternehmungen einlassen, welche oft durch unrichtige Mittel angeregt werden; wenn wir während unseres Daseins

unabhängig von jeder andern regulären Partei zu bilden. Die Arbeiter errangen in Louisville vergangene Woche mit großer Mehrheit einen Wahlsieg. Sie stellten einen Candidaten für den Gouverneurposten in Ohio mit einer ganzen Liste von Staatsbeamten auf. Vorbereitende Versammlungen behufs Bildung der Partei wurden in Cincinnati, Columbus, Baltimore, Philadelphia und New-York abgehalten. Die Bewegung erregte Aufmerksamkeit; man glaubt, daß die Partei infolge des durch die jüngsten Eisenbahnunruhen gegebenen Anstoßes furchtbar sein werde. Die Versammlungen haben sich für unmittelbare Vertretung der Arbeiter im Congreß, in den Staats- und Stadtlegislaturen, für den Widerruf aller Arbeiterbedrückungsgesetze und die Fassung von arbeitschützenden Gesetzen ausgesprochen." — Wir enthalten uns vorläufig noch jedes Urtheils über diese Nachricht.

— Der Kampf gegen die Sozialdemokratie wird in Saarbrücken mit wahrer Wuth fortgeführt. So wurde Sonntag den 19. d. M., Nachmittags 1 Uhr, der vierte Redakteur der dortigen „Freien Volksstimme" verhaftet und als Untersuchungsgefangener in das Kantonalgefängniß abgeführt. Die Verhaftung erfolgte angeblich wegen Vergehen gegen die §§ 110, 130 und 131 des R.-Str.-G.-B., die in den Nrn. 6 und 7 der „Freien Volksstimme" begangen sein sollen; in Wahrheit aber verbirgt sich hinter den Gesetzesparagraphen die brutale Gewalt, welche unter dem Deckmantel der Gesetzlichkeit den Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie führt.

Ludwig Kossuth

hat sich jetzt auch in einem Briefe an seinen Freund, den ungarischen Abgeordneten Molnar, über die orientalische Frage ausgesprochen. Wir bringen nachstehende bezeichnende Stelle:

Man sagt: der Czar hat sein Wort gegeben, daß er nicht erobern wolle. Und der Czar ist ein wackerer Mann (Brutus is an honorable man), lassen wir ihn also wirthschaften, dort im Osten; die österreichisch-ungarische Monarchie hat jetzt nur die Aufgabe, sich in „Bereitschaft" zu setzen, (freilich auch das nur dort nach Süden, wo wir dem Türken wohl schaden können, dem Russen aber in keiner erdenklichen Weise); in Aktion zu treten, wird dann erst an der Zeit sein, wenn bei den Friedensverhandlungen sich zeigen sollte, daß der Czar sein Wort nicht hält und erobern will. Oh! dann werden wir auf unsern Säbel schlagen und Europa wird mit uns sein und es wird Das und Jenes geschehen. Möge sich die Nation vor diesem Netz hüten. Es ist ein gar gefährliches Netz. Denn erstlich sage ich: Wenn der Czar aus diesem Kriege siegreich hervorgeht, dann wird das Wiener Kabinet nicht mehr zu dem Zweck auf den Säbel schlagen, um den Czar an der Eroberung zu hindern, sondern nur um sich an der Beute zu betheiligen. — Zweitens sage ich: Wenn auch das Wiener Kabinet den Willen haben wird, dann die russischen Eroberungen zu verhindern, dann wird es nicht einen einzigen Bundesgenossen mehr in Aussicht haben bei der schwierigeren Aufgabe des Umsturzes der vollendeten Thatsache, als es sich jetzt sichern könnte — wenn es wollte —, zu der leichtern Aufgabe, daß die Dinge nicht zu vollendeten Thatsachen werden. Der Preuße würde aus dem einen, der Franzose aus dem zweiten, der Italiener aus einem dritten Grunde gegen den Russen auch dann nicht vom Leder ziehen; das ist gewiß. Das Wiener Kabinet würde also nicht mehr Bundesgenossen haben, sondern es würde nur einen mächtigen Bundesgenossen weniger haben, welcher unter den gegebenen Verhältnissen mehr werth ist, als jeder erdenkliche Bundesgenosse: und das ist der Türke, diesen würden wir mit jener umgarnenden Politik jedenfalls verlieren, ohne statt seiner einen anderen zu gewinnen. Wir würden ihn verlieren, weil die Einlösung oder Nichteinlösung des Czarenwortes nur mit dem Eintreten eines von zwei Fällen constatirt werden könnte. Entweder wenn er, Heer auf Heer gegen den von Allen verlassenen Türken führend, diesen schließlich vernichten würde; dann würde die Möglichkeit eines Bündnisses mit der Türkei natürlich wegfallen; oder wenn der Türke, des häßlichen Spieles überdrüssig, welches Europa und insbesondere das Wiener Kabinet mit ihm treibt, sich entschließt zu sagen: Wenn Europa und insbesondere das Wiener Kabinet sich um mich nicht kümmert, dann kümmere ich mich auch nicht um sie — und mit dem Russen einen Separatfrieden abschließt. Diese Politik also, welche auf die Einhaltung des Czarenwortes lauert, ist entweder böse Berechnung oder Verrechnung; ein Verbrechen, oder eine Ungeschicklichkeit, wie es beliebt. Allein für uns giebt es eine noch entscheidendere Rücksicht als diese. Und diese ist: daß die die österreichisch-ungarische Monarchie bedrohende Gefahr damit keineswegs beseitigt wäre, wenn der Czar sein gegebenes Wort einlösen, und nicht erobern würde; denn wenn er auch nicht erobern, sondern nur den Krieg siegreich beenden würde, so würde ihm letzterer Umstand allein jene Führermacht, jenen diktatorischen Einfluß sichern, welchen er sich bei Entfaltung des Banners der „slavischen Sache" zum Ziele ausgesteckt hat. Für die österreichisch-ungarische Monarchie ist es aber keine größere Gefahr, wenn der Czar im Orient durch Eroberung sich ausbreitet, als wenn er mit seinem Siege beweist, daß er der „slavischen Sache" eine feste Burg sein kann und seine Macht, seinen Einfluß solcherweise ausbreitend, über die Ostslaven und die sich mit ihnen verbinden, — sei es in unserer Nachbarschaft zur Rechten, oder in unserer Nachbarschaft zur Linken, oder endlich in unserem eigenen Vaterlande — als Führer, als Herr, als Beschützer verfügen kann. Die moskowitischen Blätter machen gar kein Geheimniß mehr daraus, daß, nachdem die Fahne der „slavischen Sache" entfaltet ist, nach der „slavischen Sache" der Türkei die „slavische Sache der österreichisch-ungarischen Monarchie" folge — und das ist kein leeres Wort. Es ist Logik. In der That ist für uns und Oesterreich die letztere Art der russischen Expansion noch gefährlicher, als die Länder-Eroberung. Diese letztere gewinnt nicht, sondern entfremdet vielmehr Denjenigen, den sie erobert. Russischer Unterthan zu sein ist kein wünschenswerther Zustand und die Eroberung ist im schlimmsten Falle eine Boa constrictor, mit der man schließlich kämpfen kann, aber die andere, das ist der Polyp; hat sich der einmal an unsern Körper geheftet, so ist aus seinen Fangarmen mit heiler Haut keine Rettung mehr möglich. Die erfolgreiche Art der Abwendung der von den russischen Aspirationen unserem Vaterlande und Oesterreich drohenden Gefahr ist also nicht in dem thatlosen Abwarten, daß der Czar sein Wort halte, nicht bei dem geräuschvollen Finale der Friedensverhandlungen zu suchen, sondern nur darin und einzig nur darin, daß wir, so lange es nicht zu spät ist, mit den Türken Hand in Hand gehen, damit durch die siegreiche Abwendung des russischen Angriffes die Integrität und Unabhängigkeit des ottomanischen Reiches bewahrt, und die russische Machtverbreitung in jeder Form verhindert werde.

Correspondenzen.

Winterthur, den 18. August. Der „Tagwacht" entnehmen wir folgende Correspondenz: „Plötzlich und oft unerwartet fordert der Tod seine Opfer. Vor circa 8 Tagen begab sich unser Freund und Bundesgenosse Heinrich Meyer, Lehrer in Veltheim, in seine Heimathsgemeinde Regensdorf, ohne zu ahnen, daß keiner seiner Freunde ihn wieder sehen sollte. Er fand bei einem Ausflug nach Baden den Tod in der Limmat, ob durch einen räuberischen Anfall oder durch Zufall, ist bis heute noch nicht aufgeklärt. Von seinen Schülern wurde er geehrt und geachtet und sie bewiesen ihm die letzte Ehre dadurch, daß sie ihm noch einen prächtigen Kranz zu seinem Begräbniß schickten. Von seinen Freunden von Veltheim und Umgebung hatten sich gleichfalls eine ziemliche Anzahl zum Begräbniß eingefunden und hat überhaupt Regensdorf jedenfalls lange kein so großes Leichenbegängniß gesehen. Meyer war im letzten Jahr Mitglied des Bundescomités. Suchen wir Alle durch verdoppelte Anstrengung für Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen diese Lücke wieder auszufüllen; dadurch werden wir unseres Freundes am besten gedenken."

Stötteritz, 21. August. Sonntag den 19. d. M. begingen wir hier ein Arbeiterfest, wie es in solcher Weise wohl kaum je im 13. sächsischen Wahlkreise gefeiert worden sein dürfte. Aus allen Theilen des 13. Wahlkreises, aus Leipzig und auch aus verschiedenen entfernter liegenden Orten, waren Festtheilnehmer erschienen — nach oberflächlicher Schätzung etwa 10,000. Stötteritz selbst bot einen überraschenden Anblick dar; in wahrem Wetteifer hatte Jedermann, der es mit der Sozialdemokratie hält — und das ist in unserem Orte die übergroße Mehrzahl — Alles daran gewendet, um dem Orte ein festliches Gewand anzulegen. Fahnen, Guirlanden, Kränze, Inschriften, Transparents, Ehrenpforten mit bezüglichen Sinnsprüchen, Bilder Lassalle's, Marx' und Gruppenbilder wechselten in bunter Mannigfaltigkeit ab und trugen mit dazu bei, die Festesstimmung zu erhöhen. Auch der Himmel hatte Einsicht genommen und seine sonst jeden Tag geöffneten Schleusen für diesen Tag wie auf Commando geschlossen. Kurz, alle Umstände waren gegeben, um das Fest zu einem recht gelungenen zu machen. Zum Festplatz war der Mothes'sche Kirschgarten erkoren, in dem ein Musikchor und vier Gesangvereine abwechselnd sich produzirten. Die Festrede hielt Genosse Liebknecht, der sich nach der „Fackel" folgendermaßen äußerte:

Festgenossen!

Wenn es mir heute an Stoff zu einer Festrede gefehlt hätte, ich würde ihn auf dem Wege hierher gefunden haben. Schon von der Ferne sah ich die Flaggen in Stötteritz wehen; ich fragte den Genossen, der mit mir ging: Ist das ein Siegesfest, was hier gefeiert wird? Es sieht so aus, wie ein Fest, das unsere Gegner feiern — wie das Sedanfest. Doch, wie wir näher kamen, da sah ich, daß zwischen dieser Feier und der des Sedantages denn doch ein großer Unterschied ist. Da standen nicht Inschriften, mit denen die blutigen Tage eines Schlachtfeldes gefeiert werden, da standen Wahrsprüche, in denen die Arbeit und die Freiheit verherrlicht wurde.

Wohlan, das Fest, das wir feiern, ist ein Siegesfest, aber es ist nicht die Feier eines Sieges, der erfochten ist mit den brutalen Waffen von Eisen auf blutigen Schlachtfeldern zu Gunsten dynastischer Interessen, sondern es ist die Feier eines Sieges, erfochten mit den Waffen des Geistes, erfochten für eine große Sache. Am 10. Januar ist dieser Sieg erfochten. Auf der einen Seite standen die Kämpfer für Freiheit, auf der andern die Kämpfer für Volksunterdrückung. Hier in Stötteritz und in diesem Wahlkreise hat der Kampf der Geister ärger getobt als irgendwo in Deutschland — die Männer der Arbeit haben den Sieg davon getragen.

Festgenossen! Bei diesem Kampf haben wir so recht sehen können, worin eigentlich die Kraft der Arbeiterpartei liegt. Gegen uns Alles; die Gegner, ausgerüstet mit allen Machtmitteln der Erde — die Männer der Arbeit allein mit ihren nackten Armen, aber bewaffnet mit den Waffen des Geistes traten sie in den Kampf und sie haben gesiegt (Beifall.) Wie war es aber möglich, daß die Söhne der Arbeit den übermächtigen Gegner haben werfen konnen? Wir, lieben Freunde, wir wissen es, aber für unsere Gegner ist es noch ein unlösbares Räthsel. Jeder Sozialdemokrat ist auch ein muthiger und begeisterter Kämpfer für die große und gerechte Sache, er tritt für sie mit ganzer Kraft ein, die Gegner sind blos einzeln auf dem Platze und kämpfen mit Geld, wo nur die Begeisterung zum Siege führen kann. — Woher aber kommen die Schaaren der Sozialdemokratie? — Seit vier Jahren lastet die Krisis auf Deutschland. Da muß Jeder fragen, wenn er die hungernden Menschen, das zerstörte Familienglück schaut, woher dies Unglück? Muß das sein? Sind die Menschen zum Elend geboren? Zu sagen, die Menschheit sei zum Elend geboren, ist eine elende Blasphemie! Die Menschheit hat sich durch Arbeit emporgerungen, sie hat der Natur mehr und mehr Schätze abgewonnen, — aber die Vertheilung der Erträgnisse ist eine ungerechte. Mit den Fortschritten der Cultur haben leider die gesellschaftlichen Einrichtungen nicht Schritt gehalten. Daher schwelgt ein kleiner Theil der Menschen in Wohlergehen; die große Masse des arbeitenden Volkes liegt im Elend! Müssen wir da nicht eine andere Ordnung der Dinge schaffen, die solche Zustände unmöglich macht?

Ein anderes Bild, meine Freunde! Jeder von Ihnen liest täglich von Thaten, die ihn mit Grauen erfüllen müssen. Dort in der Türkei werden im Namen der Humanität, im Namen des Christenthums, im Namen der Civilisation, alltäglich Tausende von Menschen geopfert — das gebildete Europa, es steht thatenlos da und gebietet dem Morden nicht Halt!

Genossen! Eine solche Civilisation hat sich gerichtet; das alte Europa, es hat sich das Todesurtheil gesprochen durch die Vorgänge auf dem asiatischen und europäischen Kriegsschauplatze, gerade so, wie die ökonomische Ordnung der Dinge verurtheilt worden ist durch die Krisis und das Elend der Massen.

Freunde, es gilt zu kämpfen, um diese Zustände zu beseitigen. Der Tag, den wir heute feiern, hat gezeigt, was geleistet werden kann, wenn das Volk auftritt im Massenaufgebot. Es gilt, das eroberte Land frisch zu bebauen, nicht die Früchte des Sieges wieder preiszugeben.

Jeder neu eroberte Punkt muß zu einer Festung der Sozialdemokratie ausgebaut werden, die uneinnehmbar ist. Von diesen Festungen aus müssen die Züge in's Land ausrücken, um neuen Boden zu gewinnen. Stötteritz ist eine Festung; es ist eine Burg des Sozialismus im 13. Kreise. Nie soll sie uns genommen werden! Hier müssen neue Kräfte gesammelt werden, den Kampf und die Arbeit in den Wahlbezirken auf's Neue wieder aufzunehmen. Zu solchem Kampf muß das Fest, das wir heute feiern, Sie alle ermuthigen. Unser Fest ist gleichsam eine Heerschau der Sozialdemokratie, und wahrlich, Jeder kann stolz darauf sein. Da sind Männer, Frauen und Kinder, da sind die Familien versammelt, da steckt die Sozialdemokratie nicht blos in einzelnen Köpfen, sie steckt in Volke!

So laßt uns denn fortringen und weiter kämpfen, neuen Siegen entgegen! Die Sozialdemokratie — das müssen unsere Gegner lernen — wird erst aufhören zu kämpfen an dem Tage, an welchem alle ihre Forderungen durchgesetzt sind. Darum hat Jeder die Pflicht, bis zum letzten Athemzug zu ringen. Und so schließe ich: Thue Jeder seine Schuldigkeit! (Stürmischer, langandauernder Beifall.)

Nach einer kurzen Pause ergriff Bebel das Wort. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß neben den Tausenden von Männern, die gekommen wären, um hier ein Volksfest zu feiern, sich auch Tausende von Frauen und Jungfrauen eingefunden hätten. Es berechtige diese Thatsache zu der angenehmen Hoffnung, daß auch in Frauenkreisen die Erkenntniß immer mehr Platz greife, den Freiheitsbestrebungen der Männerwelt nicht indifferent gegenüberzustehen, sondern mit theilzunehmen am Kampfe zur Befreiung des ganzen Menschengeschlechts.

Redner fährt fort: „Das heutige Fest hat auch insofern eine hohe Bedeutung, als es uns allesammt auf's Neue ermahnt und begeistert, auf dem einmal betretenen Wege fortzuwandeln. Möge man uns auch verfolgen, wie man will, möge man uns in's Gefängniß werfen, so lange man will ...." (Minutenlang anhaltender Beifall.)

Bebel fortfahrend: „Verehrte Festgenossen! Noch hat man keine Idee mit Gewaltmitteln zu unterdrücken vermocht, noch keine mit kleinlichen Polizeichikanen todt gemacht — über alle diese gehen wir zur Tagesordnung hinweg, wir nehmen sie hin als kleine Mückenstiche, über die wir uns wohl momentan ...." (Donnernder Beifall.)

Polizeikommissar Winkler: Ich rufe hiermit den Redner zur Ordnung und veranlasse ihn ... ich entziehe ihm das Wort! Ich erkläre die Versammlung für aufgelöst!

Mehrere Stimmen: Das ist ja gar keine Versammlung!

Polizeikommissar: Das Weitersprechen verbiete ich aber. (Zum Vorsitzenden des Festcomités gewendet): Daß ich die Versammlung für aufgelöst erklärt habe, wollte ich Ihnen blos sagen.

Auf die Einwendung des Vorsitzenden, daß hier keine Ver-

---

nicht Nutzen daraus ziehen, so haben wir wenigstens unsre Pflicht erfüllt.

Beachten wir keine anderen Parteien mehr; wenn wir uns selbst nicht zu vertheidigen vermögen, so bleiben wir ihre Sklaven. Laßt ernsthaften und aufgeklärten Menschen uns die Hand reichen und arbeiten wir mit Vernunft und Energie. Beweisen wir der Welt, daß wir, weit davon entfernt eine beschränkte, ungebildete Masse zu bilden, intelligente und aufgeklärte Menschen sind, daß unsre Grundsätze wahr und unbeugsam und unsre Gefühle die edelmüthigsten sind.

Beschäftigen wir uns nicht viel mit Personen. Die Personen, die Menschen sind nichts — die Prinzipien Alles! Vermeiden wir Uneinigkeiten und kleine Zwistigkeiten und beaufsichtigen wir die Feigen und Heuchler. Laßt unsre Herzen im Eifer für den gegenwärtigen Kampf erglühen und einer Zukunft zusteuern, deren Grundlagen die Wissenschaft, die Wahrheit und die Gerechtigkeit sind!

— Zum Arbeiterrisico. Am 22. August brach in dem Kohlenbergwerke Borussia bei Dortmund ein Grubenbrand aus, dem 15 Arbeiter zum Opfer fielen.

— Kartoffel-Einlage und Zuckerrüben-Deckblatt. Mit diesem Beiwort pflegt man eine Cigarre von mehr kräftigem als angenehmem Geruch zu bezeichnen, wie jedem Raucher wohl bekannt ist. Daß aber der erstere Artikel in Massen in Frankreich zu dem angegebenen Zwecke gebraucht und der Bedarf aus Deutschland eingeführt wird, hat sicher Mancher nicht gewußt. Eine Verordnung des Präsidenten Mac Mahon läßt uns darüber nicht im Unklaren. Derselbe erläßt soeben ein Einfuhrverbot auf Kartoffeln aus Deutschland, welches sich auch „auf die dürren Blätter" der Kartoffel erstreckt. Die Herren Franzosen werden ihm dankbar sein, wenn er ihnen das Material zu den Liebescigarren damit vom Leibe hält.

— Kreuzzeitungs-Kindisches. Die „Kreuzzeitung" schreibt: „Einer unserer Leser sendet uns Nachklänge vom Tubinger Jubiläum. Wir mögen es uns nicht versagen, aus der Schilderung des Königsfestes in Bebenhausen die Mittheilung hier vorwegzunehmen, daß der König Carl, welcher sich in leutseliger Freundlichkeit mitten unter den von ihm bewirtheten Studenten bewegte, zu einem anwesenden Theologen die Aeußerung that: „Es sind ernste Zeiten; das Beste ist, den kindlichen Glauben festzuhalten." — Aus „indirekten" Gründen wollen wir die gebührenden Bemerkungen für uns behalten.

— Ein Delinquent, der sich selber hinrichtet. In Amerika wird das „Hängen" in der Regel so ungeschickt gehandhabt, daß die Delinquenten oft eines langsamen und qualvollen Todes sterben. Ein Mörder, Namens Guidry, der in Neworleans am 25. Juli gehängt wurde, war indeß glücklich genug, augenblicklich zu sterben, infolge des Umstandes, daß er die Anordnungen für seine Hinrichtung persönlich beaufsichtigte. Als Guidry, der ein merkwürdig intelligenter Mörder war, das Schaffot bestieg, besichtigte er sofort den Strick, mit welchem er gehängt werden sollte, und fand, daß derselbe nicht lang genug sei. „Der Fall" — sagt er zu dem Sheriff — „wird nicht genügen. Ich wünsche einen gehörigen halsbrechenden Fall von etwa zehn Fuß Tiefe." Der Sheriff traf sofort die nöthigen Schritte, um diesem Gesuche zu willfahren, und der Strick wurde demgemäß verlängert und dem Delinquenten um den Hals gelegt. Guidry machte sodann nach einigen spöttischen Bemerkungen darüber, daß man in Amerika nicht einmal zu hängen verstehe, den Sheriff darauf aufmerksam, daß der Strick zu dicht zusammengezogen und der Knoten an der unrechten Stelle sei. Der Sheriff traf die nöthigen Abänderungen und zog dem Delinquenten die Kappe über das Gesicht. Guidry brach hierauf in ein unbändiges Gelächter aus, weil, wie er sagte, die Kappe so dünn sei, daß er durch dieselbe sehen könnte. Als endlich die Klappe fiel, starb der Delinquent augenscheinlich ohne Schmerz oder Todeskampf, weil er sich, wie der „Newyork Herald" bemerkt, das Geschäft selber besorgt und dadurch die erste gründlich erfolgreiche Hinrichtung, die seit langer Zeit in den Vereinigten Staaten stattgefunden, gesichert hatte. — Wir haben obiges Geschichtchen nur nacherzählt, um zu zeigen, welche Roheit und Entsittlichung in der Todesstrafe liegt.

— Ein offenes Eingeständniß. Ein evangelischer Pfarrer in Kischenew, Namens Faltin, erzählt im „Evangelischen Kirchenblatt" über den Verräther Hassan Pascha, der Nicopolis den Russen überantwortet hat und sich nun in einer rubelisirten Gefangenschaft befindet. Wir bringen unseren Lesern den interessanten Schlußsatz: „Mit sichtlicher Freude nahm er das Evangelium in türkischer Sprache an, und liest sehr fleißig in demselben. Die Hälfte hat er bereits durchgelesen. Möge dasselbe ihm zum Segen sein. Ich fürchte aber, daß es ihm so gehen könne wie dem Tscherkessenhäuptling Schamyl, der, als er in seiner fürstlichen Gefangenschaft in einem Prachteinbande das Neue Testament in seiner Sprache erhielt und es mit großer Aufmerksamkeit durchgelesen hatte, antwortete: „Ich habe euer Religionsbuch durchgelesen und finde, daß euere Religion eine großartige und schöne ist, aber das eine ist mir aufgefallen, daß ihr eben gar nicht nach diesem Buche lebt. Wenn ihr danach leben werdet, werden auch andere sich zu dieser Religion bekehren." — Das klingt gerade so wie der bekannte Spruch: „Thuet nach meinen Worten, nicht nach meinen Werken."

sammlung stattfinde, erklärte der Polizeikommissar wiederholt: „Das Weitersprechen verbiete ich aber!“ und verließ unter nicht endenwollendem „Hurrah“ den Festplatz.

Mit Ausnahme dieses durch das unqualifizirbare Benehmen des Herrn Polizeikommissars veranlaßten Zwischenfalls verlief das Fest in der würdigsten Weise, wie das übrigens auch nicht anders zu erwarten war.

Das „Leipziger Tageblatt“ will erfahren haben, daß die „Ausschreitungen“ für deren Urheber noch ernste Folgen haben würden. Mag sein. Aber es muß hier von vornherein gegen die etwaige Annahme Verwahrung eingelegt werden, als ob „die Urheber“ der „Ausschreitungen“ auf Seite der Festtheilnehmer zu suchen wären. Zur Beruhigung des obengenannten würdigen Blattes bin ich dagegen in der Lage, mitzutheilen, daß gegen den Polizeikommissar Winkler Beschwerde erhoben worden ist. Warten wir also das Weitere ab.

Erwähnt sei noch, daß der greise Vertreter des 13. sächsischen Wahlkreises im Reichstage, Demmler, ein Begrüßungstelegramm gesandt hatte, welches, mit donnernden Hochrufen aufgenommen, sofort telegraphisch beantwortet wurde.

Potsdam, 20. August. Als köstlichen Gegensatz zu dem Bericht aus Stötteritz, der ein Fest unserer Partei schildert, bringen wir hier nach der reichstreuen Berliner „Volkszeitung“ einen Bericht über ein Fest des reichstreuen Kriegervereins: „Gestern bot unsere Stadt das Bild eines recht lebhaften Verkehrs, in dem aber leider die lächerliche Seite die vorherrschende war. Der 4. Brandenburgische Provinzial-Kriegertag tagte nämlich hierorts und es begann schon am frühen Morgen das Trommelgewirbel und Trompetengeschmetter der vom Bahnhofe ankommenden auswärtigen Vereine. Die „Kreuzzeitung“, welche sich bekanntlich darüber aufhielt, daß der deutsche Journalistentag in Dresden durch die Anberaumung einer Sitzung während der Gottesdienststunden die Sonntagsweihe verletze, würde in Potsdam sicher aus der Haut gefahren sein, wenn sie den fortwährenden Skandal, den die Kriegervereine, die bekanntlich gut patriotisch sind, während des Gottesdienstes verursachten, mit angehört hätte. Der hiesige Magistrat hatte schon vor einigen Tagen die Einwohner aufgefordert, zu Ehren des Tages die Häuser zu schmücken, doch scheint dieses, sowie ein Artikel im Intelligenzblatt, der die Kriegervereine als bestes Gegenmittel gegen die Sozialdemokratie hinstellt, nicht recht gezogen zu haben, denn nur hier und da wehte ein bescheidenes Fähnlein, worunter, ob aus Ironie, mag dahingestellt bleiben, auch ein schwarz-roth-goldenes, von den Häusern hernieder. Um halb 12 Uhr sollte der Festzug beginnen, doch scheint die militärische Pünktlichkeit den Herren vollständig abhanden gekommen zu sein, denn ziemlich eine Stunde später konnte sich der Zug erst in Bewegung setzen. Voran marschirte der hiesige Verein ehemaliger Waffengefährten, dann folgten die auswärtigen Vereine, zuerst die uniformirten Berliner und Charlottenburger, dann biedere ländliche Vereine, deren Mitglieder in langen Röcken und Cylinderhüten. Im Ganzen gewährte es einen drastischen Anblick, der sogar auf die Offiziere hiesiger Garnison seinen Eindruck nicht verfehlte. Der Kaiser war von Schloß Babelsberg nach dem Stadtschloß, wo er den Zug vorbeipassiren lassen wollte, gefahren, doch kehrte er, ohne dieses gethan zu haben, wieder nach Schloß Babelsberg zurück, weil die Herren Krieger zu lange auf sich warten ließen, trotzdem ein Unteroffizier, mit Aufforderung sich zu beeilen, abgesendet war, nicht zur Zeit erschienen. Mir zählten circa 300 Theilnehmer, die bei dem Festmarsch bereits mehr oder weniger angeheitert waren, woher es möglich, daß die Ordnung eine sehr mangelhafte und der Eindruck, den das Publikum empfing, ein höchst lächerlicher gewesen.“

So der Bericht der „Volkszeitung“. Wenn man mit den bezechten Mitgliedern der Kriegervereine die begeisterten Mitglieder der Sozialdemokratie bekämpfen will, so — so — geht das noch über den Böhmert!

Hagen. Unser hiesiges Parteiorgan, „Hagener Volksfreund“, findet mehr und mehr Eingang in die Arbeiterkreise; aber auch die Kleinbürger fangen an, sich mit unseren Bestrebungen zu befreunden, was namentlich die uns bekämpfenden gegnerischen Blätter am bittersten empfinden dürften, da sicherem Vernehmen nach deren Abonnentenzahl in rapidem Rückgang begriffen ist. Die Wuth dieser Blättchen kennt daher auch keine Grenzen, und wahrhaft komisch nehmen sich deren Versuche aus, die Sozialdemokratie aus dem eroberten Terrain zu verdrängen. Hier nur ein Beispiel von vielen aus der „Ennepthal-Zeitung“. Dieselbe läßt sich folgendermaßen berichten:

„Gevelsberg, 30. Juli. Gestern Nachmittag fand im Hackenberg'schen Saale eine Arbeiterversammlung statt, zum Zwecke der Errichtung einer Arbeiter-Krankenkasse. Die Veranstalter hatten zu ihrer Unterstützung den bekannten Sozialdemokraten Klein kommen lassen, und dieser benutzte die günstige Gelegenheit, um in der bekannten Weise für seine Partei zu agitiren. Wir erinnern uns ähnlicher Versammlungen, die vor zehn Jahren stattfanden. Damals sagten unsere Arbeiter: „Was will der fremde Mann hier? Wir wissen selber was uns fehlt!“ — Heute ist es anders. Als der Agitator die Arbeiter mit ausgequetschten Citronen verglich, wurde er nicht, wie es sich gebührt, an die Luft gesetzt, sondern noch beklatscht — ein Zeichen, daß die zustimmenden Arbeiter die darin liegende große Beleidigung nicht begriffen haben und ihrerseits nicht mehr zu dem alten Ennepsträßer-Stamm gezählt werden können.“

Ja, ja — der Stamm fängt bedenklich an zu wanken, und die „Ennepthal-Ztg.“ mag sich hüten, daß sie als dürres Aestchen an diesem Stamm nicht zu Boden fällt.

Daß die „Hagener Zeitung“ in der Sozialistenbekämpfung nicht zurückbleibt, braucht wohl kaum erst erwähnt zu werden.

Crefeld. Die Nummer 17 des hier erscheinenden Parteiorgans „Freie Niederrheinische Zeitung“ ist confiscirt worden. Anlaß zu der Confiscation hat eine Crefelder Correspondenz gegeben, in welcher die hierorts projektirte Denkmalsetzung für den Componisten der „Wacht am Rhein“ besprochen wurde. In scharfen Worten verurtheilt der Correspondent alle Kriege, welche zu dynastischen Zwecken auf den Befehl Einzelner unternommen werden, und namentlich führt er den Nachweis, daß der Krieg von 1870—71 dem deutschen Volke trotz des Sieges nur neue Lasten aufgebürdet und die freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich auf lange Jahre hin in bittere Feindschaft verwandelt habe. Anstatt daher, heißt es in der Correspondenz, dem Sänger der „Wacht am Rhein“ in den Anlagen der Ostallee ein kostbares Denkmal zu setzen, sollte man die Summe zu einem anderen, besseren Zweck verwenden. Crefeld's Wohlstand wird nicht durch Errichtung eines Denkmals gehoben, wohl aber durch baldige Anlage einer Wasserstraße, welche den Rhein mit der Maas verbindet! — Wenn Carl Wilhelm, der Componist der „Wacht am Rhein“, den militärischen Nationalstolz Deutschlands entfacht hat durch die musikalische Ausschmückung der Strophe:

„Wir Alle wollen Hüter sein“,

so gehört dies der Vergangenheit an, die Gegenwart aber soll realeren Grundsätzen praktischen Ausdruck geben. Aber diesen Fehler des irrenden Componisten kann die Nachwelt gut machen, wenn sie sein Denkmal an dem Crefelder Hafenplatz des projektirten Rhein-Maas-Canals aufstellt, mit dem Gesicht nach Frankreich hingewendet, und im Postament die corrigirten Worte eingemeißelt:

„Wir Alle wollen Brüder sein!“

Osnabrück. Sonntag den 12. August fand hier ein Arbeiterfest statt, welches durch seinen großartigen Verlauf sowie die es begleitenden Umstände eine Erwähnung im „Vorwärts“ verdient. Das Fest, ein Einigungsfest im eminentesten Sinne des Worts, war von den verschiedenen Gewerkschaften und Krankenkassen veranstaltet, und wünschten die Theilnehmer einen Festzug durch die Stadt abzuhalten, um dem Publikum zu zeigen, daß die Arbeiter anständige Menschen sind und nicht Rauf- und Trunkenbolde u. s. w., als welche sie immer darzustellen die liberale „Osnabrücker Zeitung“ die Liebenswürdigkeit besitzt. Genannte Zeitung hatte sich vorher auch genug bemüht, einen starken Petroleumduft um das Fest zu verbreiten, und dasselbe indirekt der Polizei zu denunziren; die Gute hätte so gern ein Verbot desselben herbeigeführt. Die Polizeidirektion, welche schon seit Jahr und Tag wohl bei Turnerfeuerwehrfesten, Sedanfeier u. dergl. Festzüge erlaubt, nicht aber bei Arbeiterfesten, hatte auch den unsrigen verboten, mit der klassischen Motivirung: „weil ein Bedürfniß für denselben nicht vorliege“!!! Wir ließen uns indeß nicht so leicht abschrecken, sondern richteten eine so wohlangebrachte Beschwerde an die königliche Landdrostei, daß man uns schon am dritten Tage den Zug freigeben mußte. Wie immer, hatten alle diese Chikanen kräftig für uns agitirt, und hatten wir die Genugthuung, den Zug aus mindestens 1500 Personen, nebst 9 Fahnen und 5 Emblemen bestehen zu sehen. Der Zudrang zum Festlokale war ein so enormer, daß trotz der Größe desselben Hunderte keinen Platz bekommen konnten. Trotz dieser ungeheuren Menschenzahl verlief das ganze Fest ohne den kleinsten Zwischenfall in der friedlichsten und brüderlichsten Weise. Der Gesammteindruck des Festes war der, daß es ein für unsere Stadt noch nie dagewesenes, schönes war. Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie einig sein können, wenn sie wollen; mögen sie diese beherzigenswerthe Lehre nie vergessen, und es wird besser werden für uns Alle! Carl Kühn.

Ohlau. In dem Kampf der hiesigen Cigarrenarbeiter gegen die Fabrikanten ist die Entscheidung noch nicht gefallen; um aber zu zeigen, daß die Arbeiter die Schuld nicht treffen kann, sollte der Konflikt ausbrechen, braucht wohl nur das nachstehende Schreiben, welches die Arbeiter an den Fabrikanten Deter gerichtet haben, veröffentlicht zu werden. Das Schreiben lautet:

„Herren Cigarrenfabrikanten Gebr. Deter.

Wir erlauben uns Ihnen hiermit folgendes Schreiben zu unterbreiten:

Die von Ihnen in Aussicht gestellte Schließung ihrer Fabrik den 18. d. M., veranlaßt uns folgendes Gesuch an Sie zu richten, in der Hoffnung, das dasselbe Berücksichtigung finden möge:

Die Unterzeichneten sind beauftragt, von den Mitgliedern des Deutschen Tabakarbeiter-Vereins, welche auf Ihrer Fabrik arbeiten, Ihnen die Folgen vor Augen zu führen, welche, wenn Sie Ihr Projekt ausführen, für die Betheiligten sich entwickeln, und Sie daher ergebenst zu ersuchen, von der Schließung Ihrer Fabrik Abstand zu nehmen. Wir brauchen Sie wohl nicht in längeren Ausführungen erst darauf aufmerksam zu machen, in welche Noth und Elend die Betreffenden versetzt werden, wenn sie ohne Beschäftigung sich befinden, aber das Motiv, welches Sie zur Schließung Ihrer Fabrik veranlaßt, zwingt uns, dasselbe — weil eine Interessenfrage in Betracht kommt — einer kurzen Betrachtung zu unterziehen.

Der größte Theil der auf Ihrer Fabrik Beschäftigten hat sich vor kurzer Zeit veranlaßt gesehen, sein persönliches Interesse in einer vom Staate erlaubten Vereinigung zu versichern, um sich gegen besondere Arbeitslosigkeit, sowie Krankheits- und Sterbefälle zu schützen. Wir glauben, daß Sie Ihre Härte doch wohl nicht soweit treiben wird, die Arbeiter Ihrer Fabrik in ihrer persönlichen Freiheit soweit zu schädigen, daß sie plötzlich arbeitslos werden sollen, weil dieselben ihr Interesse versichern wollten.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß Sie Ihre Humanität bestimmen wird, von der Schließung Ihrer Fabrik Abstand zu nehmen, damit solch eine schreckliche Katastrophe vermieden werde und glauben, daß die Unterzeichneten in letzter Stunde bemüht gewesen sind, eine friedliche Lösung dieser Angelegenheit anzubahnen.

Wir bitten, wenn Sie unser ergebenes Gesuch berücksichtigen, einen Bescheid bis 15. d. M. und erklären uns gern bereit, in weitere Unterhandlungen mit Ihnen einzutreten.

Mit Ergebenheit

Ohlau, 13. August 1877.

J. A.: O. Zimmermann, Vorsitzender,
Briegerstraße bei Kristen.“

Eine Antwort auf dieses Schreiben haben die Arbeiter nicht erhalten; aber am 14. wurde durch den Werkführer Klose den Arbeitern verkündet, daß sofort alle aufhören müßten. Am andern Morgen beim Lohnholen wurde ihnen jedoch bedeutet, sie sollten bis zum Sonnabend, den 18., noch arbeiten.

Eine solche unverschämte Handlungsweise verdient die gebührende Züchtigung, und diese besteht darin, daß die Arbeiter bis aufs Aeußerste ausharren. Das können sie aber nur, wenn sie sich auf die Arbeitsgenossen allüberall verlassen können. Man vergesse also die Ohlauer Cigarrenarbeiter nicht. Briefe und Geldsendungen sind zu richten an Paul Zimmermann, Briegerstraße bei Kristen.

Crimmitschau, 20. August. Begünstigt vom prächtigsten „Kaiserwetter“, durch keinen Mißton gestört, ist das gestrige Volksfest von Statten gegangen. Schon im Laufe des Vormittags waren die „Reichsfeinde“ in hellen Haufen von Nah und Fern herbeigeeilt, so daß den reichsfeindlichen Spießern unserer guten Stadt Crimmitschau Himmelangst geworden sein mag. Der imposante Festzug, an dem ca. 4000 Genossen theilnahmen, bewegte sich, überall von der freudigen Menschenmenge begrüßt, vom Meister'schen Theaterlokale resp. Schützenanger aus durch die Schützenstraße, Leipzigerstraße, über den Markt 2c. 2c. nach dem Festplatze. Vertreten waren Meerane (massenhaft), Glauchau, Zwickau, Werdau, Chemnitz, Treuen, Lichtenstein-Callnberg, St. Micheln, Wildenfels, Reichenbach, Netzschkau, Mylau, Auerbach, Elsterberg, Schneeberg, Gomla, Zeulenroda, Greiz, Gößnitz, Kirchberg, Neudörfel, Vielau, Zschorlau, Gera, Altenburg, Ronneburg, Großenstein, Schmölln, Steinpleis, Fraureuth, Cainsdorf, Haßlau, Planitz, Schedewitz, Trünzig, Stöcken, Langenbernsdorf, Mannichswalde, Gablenz, Rudelswalde, Lauenhain, Grünberg, Hoyersdorf und noch viele kleinere Orte. — Auf dem Festplatze entwickelte sich bald ein reges Leben und Treiben. Der geistigen und leiblichen Genüsse gab es in Hülle und Fülle, wenn nur das nöthige Geld nicht gefehlt hätte. Sehenswürdigkeiten, Glücks- und Schießbuden 2c. 2c. boten den Festtheilnehmern (deren Zahl auf mindestens 6000 geschätzt wurde) Abwechslung aller Art, namentlich der große „Reichsbär“ erregte ungeheure Heiterkeit, als er aus der Reichsmenagerie auf den Festplatz gebracht, seine tollen Sprünge ausführte. Selbstverständlich fehlte der unvermeidliche Ball nicht, der namentlich von der jüngeren Generation stark frequentirt war. — Den Glanzpunkt des Festes bildete aber die schwungvolle Festrede unseres Genossen Bahlteich aus Chemnitz, dessen zündenden Worte lauten Wiederhall fanden in den Herzen der ungeheuren Volksmenge. Bahlteich wurde einer freimüthigen Rede wegen bekanntlich zu 18 Monaten Gefängniß verurtheilt. Liberale Zeitungen freuen sich darüber, daß der beliebte, aber „gefährliche“ Volksredner auf lange Zeit unschädlich gemacht worden ist. Unsere Gegner hätten nur sehen und hören sollen, wie ihm zugejubelt wurde, dem „gefährlichen“ Agitator. —

Lörrach i. B. Vergangenen Freitag fand im Gasthaus „Zum Schwan“ eine ziemlich stark besuchte Volksversammlung statt, in welcher die Herren A. Dreesbach und F. Wiedemann aus Mannheim über die Tagesordnung: „Die heutige Krisis, ihre Ursachen und Wirkungen“ sprachen. Auf den Vortrag näher einzugehen, gestattet wohl der Raum dieses Blattes nicht, es sei deshalb nur erwähnt, daß derselbe von der übergroßen Majorität der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde. Am Schluß der Versammlung traten noch 29 Arbeiter der Partei bei. Der provisorische Agent:

J. G. B....

An die Parteigenossen in Rheinland und Westfalen.

Im Auftrage der Parteigenossen der Wahlkreise Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen und Altena-Iserlohn lade ich die Parteigenossen Rheinlands und Westfalens zu einer

Conferenz in Duisburg

ein, welche am Sonntag, den 2. September, von Vormittags 11 Uhr ab, im Lokale des Herrn Otto Werth, Beekstraße, stattfinden wird.

Tagesordnung: 1. Parteipresse; 2. Agitation.

Zahlreiche Betheiligung in Person oder durch Delegirte ist nothwendig. Bei Ankunft der Vormittagszüge sind Führer mit rothen Schleifen am Bahnhof.

Iserlohn, 18. August 1877.

C. W. Tölcke.

NB. Die rheinisch-westfälischen Parteiblätter werden um Veröffentlichung dieser Einladung ersucht.

An die Parteigenossen der Provinz Preußen.

Zur Verbreitung der „Königsberger Freien Presse“ ist es nothwendig, daß in den im vorigen Aufruf genannten Orten Versammlungen abgehalten werden. Die Parteigenossen werden daher ersucht, Versammlungen zu bewerkstelligen und sich dieserhalb mit dem Parteigenossen Krücker in Königsberg, Unterrollberg 17, in Verbindung setzen zu wollen, derselbe wird überall, wo es verlangt wird, in den Versammlungen erscheinen und sprechen. Die Gelegenheit, einen Redner unserer Partei in der Provinz zu haben, ist da, nun vorwärts, ohne Kampf kein Sieg!

Königsberg i. Pr., 21. August.

Die Zeitungs-Commission.

Briefkasten

der Redaktion. H. Kröplien: Gedicht nicht verwendbar. —

der Expedition. Rudolf, Hannover: So viel wir wissen ist Bahlteich in letzter Zeit nicht in Hannover gewesen. — Tappendorf, Hamburg: Soeben erhalten wir Mittheilung von der Expedition des „Hamb.-Alt. Volksblattes“ über die von Ihnen für Annonce der Cigarrenarbeiter-Commission an die Expedition bezahlten M. 1,60 und haben das Annoncenconto nunmehr beglichen.

Quittung. Bck Gotha Schr. 6,00. Krsch Frohburg Schr. 2,30. Mhrhnn Barmen Ab. 150,00. Kchnrtr Hof Ab. 15,50. Stzl Leipzig Ab. 1,68. Ehrhrdt Wiesbaden Schr. 9,00. Wbkr Darmstadt Schr. 5,00. Byr Ulm Schr. 1,85. Lpp Halberstadt Schr. 4,15. Lhmm Pforzheim Schr. 26,18. Frck Preetz Schr. 2,55. Ottrbch Stuttgart Ab. 4 00. Schlr Frohnau Ab. 4,20. Schr Schumburg Schr. 0,96. Ethl Schweidnitz Schr. 4,00. Hßnr Mainz Ab. 38,00. Wlnd Kiel Ab. 9,10. Metallarbeiter-Gewerkschaft hier Ann. 0,50. C. Lrpp Friedberg Schr. 1,20. F. Onth Lautlingen 0,50. Mrtg Coldiz Schr. 3,25. C. Brggmr Seesen Ab. 11,10. J. Endrs Augsburg Schr. 80,00. C. Schndt Linz Schr. 0,15. Qunzl Plagwitz 0,70. L. Schnfr Rümingen Schr. 0,80. J. Mrtz Speier Schr. 0,33. Schuhmacher-Gewerkschaft Hannover Ann. 2,40. Erbstn Lindenau Schr. 10,00. Hnnr Niederbronn Sch 2,00. Schnzr Karlsruhe Schr. 11,78. Schlr Frohnau Schr. 2,36. Exped. d. „Volksfreund“ Frankfurt Schr. 25,00. Lngr Baden-Baden Schr. 9,18. Exped. d. „Freien Zeitung“ Duisburg Ab. 5,00. K. Mlr Graz Schr. 11,21. H. Bringr Stuttgart Schr. 91,00. F. A. Schrschmdt Meerane Schr. 19,15. R. Hß Sonneberg Schr. 15,00. F. Zhtmr Darmstadt Ab. 27,80. W. Albrt Eßlingen Ab. 11,50. Zglr Schöllkrippen Schr. 1,00. H. Lgs Hannover Ann. 1,20, Schr. 0,70. C. Ulrch Offenbach Ann. 2,00. H. Rdlph Hannover Ann. 5,00.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

---

†

Am Juli 80. verstarb hierselbst

Carl Schorr, Schneider,

im Alter von 27 Jahren. Gebürtig zu Edenkoben in der Pfalz.

Desgleichen am 13. August

Johann Wrbik, Schneider,

im Alter von 33 Jahren. Gebürtig zu Ungarisch-Brod in Mähren.

Beide waren eifrige Sozialisten und fand daher deren Begräbniß unter zahlreicher Betheiligung von Parteigenossen statt. Dieses allen Bekannten und Freunden derselben zur Nachricht.

London, im August 1877. 5,70

Im Auftrag des Communistischen Arbeiter-Bildungs-Vereins:

J. Boß.

Höhere Fachschule der Residenzstadt Sondershausen

für **Maschinentechniker** und **Bautechniker.** Vorbereitung zum Einj.-Freiw.-Examen. Beginn des Semesters am 10. October. Programm gratis und franco durch den Oberbürgermeister Rath Laue oder den Direktor Rathke. (4b) [2,10

Annoncen-Restanten

werden aufgefordert, den schuldigen Betrag sofort einzusenden. (3c)

Altona: Bau-, Land- und Erdarbeiter 0,90; Metallarb.-Gew. 0,60; Cöln a. Rh.: Wahlverein 1,80; Mülheim a. Rh.: Wahlver. 0,60; Neuschönefeld: Arb.-Ver. 1,20; Thonberg: Wahlfest-Comité 1,20.

Leipzig, 14. August 1877.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Sozialdemokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lauffermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 101. Mittwoch, 29. August. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat September zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Warum nicht?

II.

Die sozialdemokratische Kritik des heutigen Staates findet also eine ganze Reihe von Gründen, auf welche hin eine Ausbeuter-Besteuerung sich rechtfertigen läßt. Von diesen Gründen sind noch zwei zu nennen: der Grund der Gleichwerthigkeit und der Grund der Selbsterhaltung.

Erstens nämlich ist alle Steuer als ein Werth oder Preis zu betrachten, welchen der Besteuerte der Gesellschaft für eine Dienstleistung zahlt und welcher ganz im Verhältniß zu dieser stehen sollte, wenn von Gerechtigkeit die Rede sein soll. Diese Dienstleistung der Gesellschaft ist unvergleichlich viel wichtiger, mächtiger und kostspieliger dem Kapital gegenüber als der Arbeit gegenüber. Die Gesetze, welche der Staat betreffs des Privateigenthums an Boden, betreffs des Geldes und Zinsfußes, der Zölle und Steuern und der Dienste, welche ihm von den Bürgern geleistet werden müssen, und betreffs der Erziehung giebt, machen den Privat-Kapitalbesitz der Einen und die Enterbtheit der Anderen erst möglich.

Diese Gesetze schaffen die wachsende Ungleichheit. Ohne sie wäre zwar auch keine vollkommene Gleichheit vorhanden, weil von Natur die Menschen nicht gleich erwerbsfähig sind; allein so wenig jemals ein Löwe eine Million Mal stärker sein kann als jeder andere Löwe, so wenig könnte je ohne künstliche Gesetzgebung ein Arbeiter ein Millionär werden, oder irgend ein Mensch millionenmal mehr als ein anderer sich aneignen. Ja, selbst wenn die Millionäre zu ihrer Herausentwickelung drei, vier oder mehr Generationen brauchten — was nicht immer der Fall — so verdanken sie das Wachsthum dem Erbrecht, also wieder einer gesetzlichen Veranstaltung.

Es ist also eine unumstößliche Wahrheit, daß der Gesetzesschutz die wachsende Ungleichheit des Güterbesitzes ganz allein verschuldet. Wer aber liefert den Gesetzesschutz? — Nun, da die Besitzenden überall (die Vereinigten Staaten ausgenommen) eine Minderzahl sind, welche sich vor der besitzlosen Mehrzahl nicht lange mit Erfolg schützen könnte, so liefert ihn die Mehrzahl selbst, d. h. sie wird durch Gesetz und Erziehung genöthigt, ihn zu liefern, fremdes Eigenthum heilig zu halten, von ihrem einzigen Eigenthum, der Arbeitskraft, den besten Theil als Steuer für die Privateigenthümer und den Staat herzugeben, ja selbst mit Gut und Blut die Ausbeuter in ihrer Ausbeutung zu schützen. Und der Schutz, welchen sie selbst für alle diese Opfer genießt, ist höchst gering. Es wäre also ein, wenn auch nur theilweiser, doch ein gerechter Ersatz für ihre Opfer, wenn die Steuer die Hälfte etwa des Mehrwerthes der Lohnarbeit zum Gemeingute machte, um die gesetzlich Uebervortheilten möglichst zu entschädigen durch bessere Erziehung, Lebens-, Alters- und Unfallversicherung.

Zweitens aber ist der Staat sich dies selbst schuldig, seine Selbsterhaltung verlangt dies gebieterisch. Es sind noch alle Staaten und ihre Culturen völlig untergegangen, wenn sie wachsende Ungleichheit einreißen ließen; und wer Augen hat zu sehen, der sieht, daß allen heutigen Staaten dasselbe Schicksal in großer Nähe droht, weil sie die wachsende Ungleichheit in nie erlebter Weise sich haben ausbilden lassen.

Jetzt entsteht die Frage: Sollen wir Sozialdemokraten eine so augenscheinlich gerechte Maßregel, wie die Ausbeutungssteuer verbunden mit staatlicher Versicherung der Lohnarbeiter ist, in unser Programm aufnehmen?

Es kann zunächst eingewendet werden, daß wir in unserem Programm schon eine Maßregel desselben Sinnes haben, nämlich die der Progressiv-Besteuerung. Der Unterschied zwischen beiden wäre gering, so daß eine die andere ausschließen würde. Die Ausbeutersteuer würde allerdings diejenigen Kapitalisten nicht unmittelbar treffen, welche nicht selbst Arbeiter beschäftigen, sondern vom Coupon-Abschneiden, Pacht- und Miethzins-Einstreichen, kurz vom Zins auf Scheinwerthe leben; aber wir müssen später zeigen, daß diese davon mittelbar ebenso stark betroffen werden würden, als von der Progressiv-Einkommensteuer. Dagegen hat die letztere zwei große Nachtheile im Gefolge, welche jene nicht hat: sie kann leicht umgangen werden und wirkt dann immer zum Schaden der ehrlichen und zum Nutzen der unehrlichen Steuerzahler; auch kann sie nie folgerecht durchgeführt werden.

Lassen wir z. B. die Steueransätze folgerecht so ansteigen, daß 1000 Thaler Jahreseinkommen 1 Prozent, 2000 Thaler — 1¼ Prozent und jedes Tausend mehr ein Viertelprozent mehr Steuer zu entrichten hat, so beträgt schon bei 400,000 Thalern Einkommen die Steuer mehr als das ganze Einkommen. Lassen wir die Steueransätze noch mäßiger ansteigen, also z. B. so, daß Einkommen unter 1000 etwa 1 Prozent, die von 1000 ein und ein Zehntel Prozent, und jedes folgende Tausend ein Zehntel Prozent mehr Steuern zahlt, so beträgt schon bei einer Million Einkommen die Steuer mehr als das Einkommen. Da dies nun einer Einziehung des ganzen Vermögens gleichkommen würde, so müßte man bei höheren Einkommen, von irgend einem Satze an, die Progression langsamer steigen lassen, was ungerecht wäre und der Betrügerei Thür und Thor öffnen würde, außerdem aber den Zweck verfehlen würde, gerade die größten Vermögen zum Gesammtwohl verhältnißmäßig am stärksten beitragen zu lassen.

Schließlich aber würde doch alle Steigerung aufhören müssen, wenn nicht solche Rieseneinkommen, wie das Rothschild'sche und andere, reinweg confiszirt werden sollen. Außerdem ist gar kein vernünftiger Grund vorhanden, warum z. B. 1900 Thaler Einkommen blos ein und ein Zehntel, 2000 Thaler Einkommen aber zwei Prozent zahlen sollen. Und so mag man die Steigerungsansätze annehmen, wie man immer will, sie werden willkürlich und ungerecht bleiben — was ein sozialdemokratischer oder der Sozialdemokratie zustrebender Staat vermeiden muß.

Aber man muß bedenken, daß schon eine Steuer, welche ein Fünftel, ein Viertel, ein Drittel, oder gar eine Hälfte des Jahreseinkommens verschlingt, einer Confiskation gleichkommt. Da der Zinsfuß den Kapitalwerth bestimmt, so ist mein Vermögen von einer Million, welches mir vielleicht Hunderttausend Einnahme bringt, bei einer Steuer, welche die Hälfte davon verschlingt, blos noch eine halbe Million werth, und für mehr könnte ich es nicht verkaufen. Im nächsten Jahre würde ich, wenn ich alsdann noch immer 10 Prozent Reingewinn herausschlagen könnte, was bei dem allgemeinen Sinken des Zinsfußes unmöglich wäre, von 50,000 Thalern Einnahme vielleicht nur ein Viertel an Steuer zu entrichten haben; der Werth meines Kapitals wäre also wieder um ein Viertel gesunken — und so fort, bis ich nach wenigen Jahren kein Kapital, oder aber keinen Zinsgenuß ohne eigne Arbeit mehr übrig hätte. Was ist diese Art Besteuerung anders als allmählige Confiskation? — Ganz dasselbe allerdings der Wirkung nach gilt von der Ausbeutungssteuer, nur daß sie nicht progressiv ist, also weniger geschwind den Werth alles Privatkapitals vermindert.

Dagegen äußern beide Arten Steuer wieder insofern, dieselbe Wirkung, als das Kapital nicht mehr durch Zinszuschlag so rasch wachsen kann. Da nun ein Großbetrieb ohne wachsendes Kapital nicht gedeihen kann, so haben sie beide zur Folge, daß der Großbetrieb allmählig entmuthigt wird und schließlich eingehen müßte, falls nicht der Staat ihn übernimmt, bei der Progressiv-Einkommensteuer aber schneller und plötzlicher. Für uns Sozialdemokraten aber, welche einen stets wachsenden Großbetrieb als eine unbedingte Forderung der Wissenschaft anerkennen, kann es nicht geboten sein, ihn erst zu entmuthigen, damit sein Uebergang in den Staatsbetrieb erleichtert werde. Wir sind keine Pessimisten. Wenn der naturwüchsige Fortschritt des kapitalistischen Großbetriebs — wie wir das schon jetzt eintreten sehen — ihn scheitern und den Staat zu seiner Uebernahme geneigt machen muß, so ist diese geschichtliche Nothwendigkeit uns willkommen. Wenn wir selbst aber durch ein Steuersystem darauf hinarbeiten wollten, den uns unentbehrlichen Großbetrieb vorher zugrunde zu richten, so entzögen wir uns den Boden der sittlichen und geschichtlichen Berechtigung. Bevor wir im Stande wären, den Großbetrieb durch einen Staat in unserm Sinne zu übernehmen, wäre er vielleicht schon zu sehr abgeschwächt.

Wir müssen uns in den Fall hineindenken — der doch nicht unmöglich ist —, daß wir eine ungefähre Mehrzahl der Erwachsenen in unsrer Partei zählten, oder nahe daran wären, sie zu bekommen, und daß die herrschenden Gewalten, an ihrer Machtdauer zweifelnd, auf einen Vergleich mit uns einzugehn bereit wären. Wir müssen im Voraus genau wissen, was wir in diesem Falle zur Bedingung unsrerseits machen müssen, und unsere jetzigen Forderungen schon so fassen, daß wir sie künftig ehrlich selbst einführen können. Unsere Gegner sollten schon jetzt sehen, aus der Ehrlichkeit und Durchführbarkeit unserer Forderungen an den jetzigen Staat ersehen, daß sie in dem vorausgesetzten Falle es mit uns wagen können.

Der Verfasser dieses behauptet nun, daß in unserem Programme an Stelle der Progressiv-Einkommensteuer eine Ausbeutungssteuer treten sollte, und zwar ebenfalls als einzige Steuer, und daß diese eine Hälfte des ermittelten Mehrwerths der Lohnarbeit betragen sollte, der Ertrag aber in erster Linie zu einer bedeutenden Verbesserung der Volkserziehung und zur Lebens-, Invaliden- und Unfallversicherung der Arbeiter dienen müsse, und der Rest zu allen übrigen Staatszwecken. Sollte die Partei aber diesen Vorschlag verwerfen, so wäre zu beantragen, daß auch die Progressiv-Einkommensteuer aus dem Programme gestrichen werde.

Die Gründe für diesen Antrag sind, daß hinter letzterer Maßregel ein Versuch der Confiskation alles Kapitals gesucht werden könnte, daß sie also mehr Mißtrauen erregen muß, als die Ausbeuter-Besteuerung. Letztere brauchte nicht nothwendig den Großbetrieb zu ruiniren, sondern dürfte ebensogut dahin führen, daß die Arbeitgeber, um der Steuer großentheils zu entgehn, mit ihren Arbeitern zusammen Genossenschaftsbetrieb unter Vertrag mit dem Staate vereinbarten; erstere aber scheint den Großbetrieb ruiniren zu müssen. Letztere würde den Werth aller Arbeit und Arbeitserzeugnisse steigern, mittelbar also den Zinsfuß und die Scheinwerthe bedeutend herabdrücken, weil die Zahl der Kapitalborger abnehmen, die Genossenschaften sich gegenseitig Kredit geben und weniger Baarsummen brauchen würden. Dies Alles würde aber allmähliger verlaufen, als unter einer Progressivbesteuerung und weniger Besorgniß vor gewaltsamen Lösungen übrig lassen. Endlich würde unter einer Ausbeutungssteuer das Lohnsystem noch so lange in abnehmender Ausdehnung fortbestehen können, als es in irgend einem Erwerbszweige vorübergehend noch unentbehrlich ist, während unter einer Progressivbesteuerung des Einkommens der Staat sich mit Maßregeln zur Beschäftigung überflüssig gewordener Lohnarbeiter überstürzen könnte.

Natürlich wird das Großkapital beiderlei Maßregeln so lange als möglich und mit jedem Mittel bekämpfen; und für die alsdann eintretenden Folgen ist unsere Partei nicht verantwortlich. Sie sollte aber den Gegnern keine Entschuldigung lassen, dahin gehend, daß unsere Uebergangsmaßregeln nothwendig gewaltsam und überstürzend ausfallen müßten, sobald sie auf die Probe der Ausführung gestellt würden.

Eine Verhandlung dieser Frage in den Parteiblättern scheint sich zu empfehlen.

A. D.

Aus Großbritannien.

Edinburgh, 22. August 1877.

Die Parlamentsbude ist also doch wieder geschlossen worden, ohne daß die Regierung den Versuch gemacht hätte, die auf die Fabriks-Gesetzgebung bezüglichen Vorlagen zur Verhandlung zu bringen. Dafür aber sollen sie in der nächsten Session frühzeitig auf die Tagesordnung kommen — wie Herr Croß versichert. Doch gehen die Reden und Resolutionen über die orientalische Frage selbstverständlich voraus und es wird daher von dem Stadium, in dem sich diese Frage befindet, abhängen, wenn die Revision der Fabriks-Gesetzgebung zur parlamentarischen Verwässernng gelangt. Wenn die Liberalen die außergewöhnliche Fruchtlosigkeit der abgeschlossenen Parlamentssession, der Regierung und insbesondere dem Geschäftsleiter des Unterhauses, Sir Stafford Northcote zum Vorwurf machen, vergessen sie gar zu gerne die von ihren Parteigenossen verbrochenen oratorischen Bandwürmer, welche die Herren von St. Stephan nicht zur Gesetzflickerei kommen ließen. Dazu kommt noch das neueste Stärkungselement dieser Session: die „irischen Obstruktionisten". — Etliche Vertreter Irlands haben es sich nämlich zur Aufgabe gemacht, die parlamentarische Maschine Großbritanniens so lange am Arbeiten zu verhindern, bis England an Irland ein eigenes Parlament mit verantwortlichem Ministerium gewährt hat. Das geben sie wenigstens als ihre Absicht an (der jüngste Champion dieser Fraktion sagte gestern auf einer Versammlung von Irländern in Glasgow: So lange der Engländer uns keine Home rule gewährt, werden wir seine Nase an den irischen Schleifstein halten.") und Energie sowohl als Geschicklichkeit in der Verfolgung ihres Zweckes kann ihnen nicht abgesprochen werden.

So haben sie mit fortwährenden Schlußanträgen und endlosen Reden über von ihnen beantragte Amendements das Haus einmal 15 Stunden und ein zweites Mal gar 26 Stunden lang „sitzen" lassen. Besser gesagt „spazieren gehen lassen", da diese Anträge alle durch Aus- und Einmarschiren der Gesetzgeber (eine Art „Hammelsprung") zur Abstimmung gebracht werden. Bei der 26stündigen Sitzung war das Haus natürlich nicht immer vollzählig, sondern man hielt die „Ruhestörer" durch Partien in Schach, die einander ablösten und niemals unter 40 herabsinken durften, weil sonst das Haus sofort ausgezählt worden wäre. Die sieben Irländer aber befolgten dieselbe Taktik; während die Einen sprachen, schliefen sich die Andern aus und erfrischten sich zu neuen Angriffen. Sir Stafford Northcote hat freilich Aenderungen in der Geschäftsordnung beantragt, um derlei Taktiken für die Zukunft unmöglich zu machen. Allein trotz der Ergebenheit in die Regierung ist die Majorität des Unterhauses doch nicht servil genug, um ihre parlamentarischen Privilegien aufs Spiel zu setzen, weil sie von einigen „mißbraucht" werden, und die angewendeten Maßregeln haben sich daher völlig ungenügend erwiesen. Das Parlament wird voraussichtlich noch manche solche „unwürdige" Scene erleben und seinen Nimbus in Gefahr bringen.

Mittlerweile sind die Liberalen in großer Besorgniß darüber, daß sich die Regierung während der Vertagung des Parlaments durch die thatenlustige Politik des Premier-Lords Beaconsfield zur Einmischung in den orientalischen Krieg verleiten lassen könne. Noch in der letzten Parlamentssitzung hatte es Sir Stafford Northcote abgelehnt, die Frage des Herrn Fawcett, ob die Regierung eine auch nur zeitweilige Besetzung Constantinopels durch die Russen als eine Verletzung britischer Interessen betrachten würde, zu beantworten. Die Politik der Regierung ist nach Lord Beaconsfield die „einer strengen aber bedingten Neutralität" („of a strict but conditional neutrality") und er spricht die Ueberzeugung aus, daß Rußland die Bedingungen, die es in seiner Antwort auf die Depesche Lord Derby's über „Britische Interessen" sich selbst gesetzt, „auch ehrenhaft halten werde." Da die Lage der Russen nicht so glänzend ist, um eine Besetzung Constantinopels durch sie so bald erwarten zu lassen; da ferner England ohne Bundesgenossen keine Feindseligkeit beginnen wird, Oesterreich aber durch Deutschland und Italien in Schach gehalten ist, so dürften sich die Liberalen wohl beruhigen. Eine andere orientalische Frage wird ihnen bald heißer auf die Nägel brennen. Es ist die Hungersnoth in Indien, welche geradezu haarsträubende Dimensionen annimmt. Dort sind ganze Distrikte von der Größe Großbritanniens völlig ausgetrocknet und meilenweit kein grünes Blatt oder Grashalm zu erblicken. In den Dörfern dieser bejammernswerthen Regionen existiren noch kleine Nahrungsvorräthe, allein sie sind nahezu erschöpft, und es sind bereits 18 Millionen Menschen auf die Nahrung angewiesen, die für sie eingeführt wird. Eine halbe Million ist dem

Hunger und der Pestilenz bereits zum Opfer gefallen und viele Tausende werden noch sterben ungeachtet der „Anstrengungen", welche die Regierung macht, Hilfe zu bringen. In einem Bezirke mit 180,000 Einwohnern sind nicht weniger als 150,000 an den Nothstandsarbeiten beschäftigt, d. h. auf Kosten der Regierung „ernährt". Diese Ernährung erfolgt auf Grund ärztlicher Berechnung. Leider aber scheint das Minimum des nothwendigen Nahrungsstoffes zur Erhaltung eines nothstandsarbeitenden Hindulebens von den Männern der Wissenschaft zu niedrig gegriffen worden zu sein (wahrscheinlich haben sie das Maß nicht bei sich selbst genommen), wenn man so schließen darf nach der ergreifenden Schilderung des Bellary-Correspondenten der „Times", der von dem massenhaften Zusammenstürzen und Versterben der an den Nothstandsarbeiten beschäftigten Hindu's spricht. Diese Menschen sind nicht blos zu Skeletten abgemagert, sondern zeigen an ihrer Haut „fast ausnahmslos" die „Hungerflecken", welche Dr. Donovan in seinem Berichte über die irische Hungersnoth vor 30 Jahren beschrieben hat. — Nun kann man wohl billigerweise an den modernen Staat nicht die Anforderung stellen, einer Hungersnoth vorzubeugen oder alle Bedürftigen mit Nahrung zu versehen, allein die Nothleidenden zu Arbeiten heranziehen und sie mit Anweisungen auf — den Hungertod zu bezahlen, das geht denn doch selbst der „Times" über die Bourgeois-Hutschnur und veranlaßt sie zu der weisen Folgerung: „Wenn Menschen mit den ihnen zugetheilten Rationen sich nicht am Leben halten können, so mag man daraus wohl folgern, daß diese Rationen nicht ausreichend sind." — Ich dächte, daß das auch der „Mindergebildete" einsehen müßte und Dr. Stockfisch mag darnach seine Nahrungsstoff-Kalkulation corrigiren. Die englische Bourgeoisie, welche Millionen von Millionen aus Indien geholt, schickt sich dann auch an, in den Hauptstädten Geldsammlungen zu veranstalten, allerdings nicht mit der Eile und der Gefühlswärme, die sie auf Geheiß ihrer Pfaffen gelegentlich der bulgarischen Grausamkeiten an den Tag gelegt. Die Königin und der Prinz von Wales haben je 500 Pfd. (!) gezeichnet.

Die vereinigten Eisenwerksbesitzer Schottlands haben beschlossen, etliche und dreißig (etwa ein Drittel der Gesammtzahl) Hochöfen auszublasen und diesen Entschluß auch bereits ausgeführt. Herr Macdonald, der Präsident der „National Miners Union" ist in Folge dessen nach Schottland gekommen und hat auf mehreren Meetings den Kohlengräbern empfohlen, ihre Arbeitsleistung einzuschränken, um ein Sinken der Löhne zu verhindern. Daß die Ausbeuterpresse darüber Allarm schlägt und ergötzliche Grimassen schneidet, ist natürlich. Was man in ihrem Lager will, ist nicht weniger Arbeitsleistung, sondern Arbeitsentwerthung. Aber obgleich die Mehrheit der englischen Arbeiter noch nicht daran zweifeln gelernt hat, daß ihre „Haut zu Markte tragen" zur göttlichen Weltordnung gehört, so sind sie doch fest entschlossen, für ihre Haut und was dahinter steckt den möglich höchsten Preis herauszuschlagen. Und darum wird es zwischen ihnen und ihren Herrn „Verwendern" schwerlich je zur Harmonie kommen.

Die Aussperrung am Clyde hat thatsächlich ihr Ende erreicht. Die Herren Arbeitgeber hatten gestern eine Versammlung, in welcher eine Resolution angenommen wurde des Inhalts, daß, da die Arbeiter sich willig zeigten, die Streitfrage einem Schiedsgerichte zur Schlichtung zu überlassen, die Arbeitsplätze bis zur definitiven Regelung der Sache in diesem Sinne für so viele Arbeiter als eben gebraucht würden, zu den alten Löhnen wieder geöffnet seien. Da die Arbeiter von vornherein eine schiedsgerichtliche Entscheidung verlangten, ist diese Resolution der Herren Kapitalisten ein Geständniß ihrer Niederlage. Die nöthigen Schritte zur Zusammenberufung eines Schiedsgerichts werden sofort gethan werden.

Die Aussperrung der Kohlengräber in Five und Clackmannan ist in ein neues Stadium getreten, da die Herren gerichtliche Schritte gegen ihre Arbeiter wegen Zahlung rückständigen Miethzinses eingeleitet haben. Die Arbeiter bestreiten das Recht der Herren zu solchem Vorgehen und haben Gegenklage anhängig gemacht, welche von der National-Miners-Union und auf deren Kosten geführt wird.

In Dundee (Norden Schottlands) haben 300 Baumwollspinner, meistens weibliche, gegen eine Lohnreduktion von 10 Prozent gestrikt. Es ist dies ein Fühler, den die Herren Fabrikbesitzer ausgesteckt, und man ist sehr überrascht, unter den „Händen" in so schwerer Zeit auf Widerspenstigkeit zu stoßen.

Die Zimmerermeister in Manchester haben es mit ausländischer Arbeitskraft gegen die Strikenden versucht. Die Helfer in der Noth sind diesmal theils Amerikaner, theils Deutsche. Besonders die Letzteren haben viele Anfeindungen zu erleiden, und es kann den Genossen in Deutschland nicht genug zu Gemüthe geführt werden, daß sie durch eine Einmischung in solche Streitfälle sich durchaus nicht auf Rosen betten.

Verflossene Woche starb William Lovett, der Chartistenführer der „moral-force"-Partei, in einem Alter von 78 Jahren. Man schreibt ihm die Verfasserschaft der „People's Charte" zu. In den letzten 25 Jahren seines Lebens hatte er sich von jeder öffentlichen Thätigkeit zurückgezogen. Viele Punkte seines Programms fand er noch in den gegenwärtigen Zuständen verwirklicht, und es soll ihm die Einführung des Unterrichts in National-Oekonomie in den Volksschulen sehr am Herzen gelegen haben.

Wenn so die Theorien von den Rechten des Kapitals und der Arbeit, von Profit und Arbeitslohn durch fähige Lehrer den kindlichen Gemüthern frühzeitig eingeträufelt würden, welch ein Segen und Fortschritt! Ließe sich die politische Oekonomie nicht mit Erfolg in die Bibel einschalten und könnten die Pfaffen, die sich doch so sehr für die Trades-Unions interessiren, nicht zugleich das Lehramt dieser Wissenschaft übernehmen? — „Gebet Gott, was Gottes, dem Kaiser, was des Kaisers, und dem Kapital, was des Kapitals ist" — keine üble Dreifaltigkeit; schade, daß das Kapital keine Götter neben sich duldet.

Dr. Baxter Langley, Präsident, Will. Swindlehurst, Sekretär der „Artisans' Dwelling Company" („Arbeiterwohnungsbaugesellschaft", eine Gründung liberaler Parlamentler) und Conrad Saffrey, Grundbesitz-Agent, sind dem Kriminalgerichte überliefert worden unter der Anklage, die Gesellschaft um 30,000 Pfung Sterling betrogen zu haben.

A. Sch.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Militarismus in Deutschland hat wieder großen Hunger. Der Casernirungsplan der deutschen Truppen soll dem nächsten Reichstage vorgelegt werden; die veranschlagte Summe beträgt bekanntlich 168,200,000 Mark, welche, wie die „Kreuzzeitung" erklärt, durch eine Reichsanleihe gedeckt werden müßte, da die Casernenbauten nächstes Jahr schon überall gleichzeitig in Angriff genommen werden sollen. Der Liberalismus wird natürlich sich nicht sträuben, vor dem Kriegsgotte wieder auf die Knie zu fallen.

— Das deutsche Reichs-Gesundheits-Amt erläßt folgende Aufforderung:

„Berlin, den 21. August 1877.

Die Frage einer gesetzlichen Abhilfe gegen die Verfälschung der Nahrungs- und Genußmittel, wie gegen die gesundheitswidrige Beschaffenheit anderweitiger Gebrauchsgegenstände ist schon lange zum Ausgangspunkte eingehender Untersuchungen und Orientirungsarbeiten im kaiserlichen Gesundheits-Amte gemacht worden und neuerdings hat der Herr Reichskanzler dem Unterzeichneten den Befehl ertheilt, unter Mitwirkung des Vorsitzenden des Reichs-Justiz-Amtes, Herrn Staatssekretärs Dr. Friedberg, eine dem entsprechende Gesetzesvorlage auszuarbeiten. Da es nun für eine erschöpfende Bearbeitung dieses Gegenstandes dem kaiserlichen Gesundheits-Amte daran gelegen sein muß, möglichst viele und ausgedehnte Gesichtspunkte zu gewinnen und ein reichliches Erfahrungsmaterial zur Verfügung zu haben, so richte ich, im Hinweise auf das dabei zur Sprache kommende allgemeine Interesse, an alle öffentlichen und privaten Institute, sowie an Aerzte, Chemiker und Fachgelehrte anderer Art im Deutschen Reiche, welche sich mit der vorliegenden Frage schon beschäftigt haben und denen ein entsprechendes Erfahrungsmaterial zur Verfügung steht, die ergebenste Bitte, dasselbe neben etwaigen daran zu knüpfenden Reflexionen und Vorschlägen gefälligst bis zum 1. Oktober d. J. an mich gelangen lassen zu wollen.

Der Direktor des kaiserlichen Gesundheits-Amtes.
Dr. Struck."

— Ein Akt militärischer Barbarei. Am 22. August mußten 8 Soldaten des in Hanau garnisonirenden hessischen Füsilierregiments Nr. 80 auf Befehl des Premierlieutenants v. Brause sofort, nachdem dieselben von einem mehr denn vierstündigen Uebungsmarsche zurückgekehrt, eine Stunde lang nachexerziren. Zu diesem Zwecke war der Unteroffizier Röhm von der 5. Compagnie commandirt. Derselbe ließ die Soldaten die ganze Stunde lang „Laufschritt" üben. Um diese Zeit zeigte das Thermometer im Schatten 24 Grad Reaumur! Ein einjährig Freiwilliger und ein Füsilier sind die Opfer dieser Tortur geworden. Beide stürzten zusammen und sind, namentlich der Letztere, in bedenklichster Weise erkrankt. — O, welche Lust ꝛc. ꝛc.!

— Zur Statistik der Arbeitslöhne. Das badische Ministerium hat ein Heft veröffentlicht, welches die wirthschaftlichen Verhältnisse Badens im Jahre 1875 behandelt. Daraus ersieht man, daß der Durchschnittslohn für die Landarbeiter an den Arbeitstagen 1 Mark 94 Pfg. beträgt. Rechnet man die circa 60 Sonn- und Feiertage, dann circa 60 Tage, an denen die Arbeiter durch Regen oder sonstige Verhältnisse verhindert, nicht arbeiten, so erhalten wir einen Durchschnittslohn für den Tag von 1 Mark 25 Pfg. — und davon soll ein Arbeiter, geschweige denn eine Familie essen und sich kleiden, Miethe und Steuern zahlen!

— Der polnische Arbeiterverein „Sila" in Wien, der allwöchentlich gesellige Zusammenkünfte abzuhalten pflegt, ist aufgelöst worden. Grund zu der Auflösung gab eine politische Conversation, die sich zwischen dem Grafen Plater, der unvermuthet in einer der Vereinsversammlungen erschienen war, und einigen Mitgliedern des Vereins entspann. Die Unterhaltung war rein privater Natur und drehte sich um den russisch türkischen Krieg und die Stellung der Polen zu demselben. Die Polizei erblickte in diesem harmlosen Meinungsaustausch eine Statutenverletzung und dekretirte die Auflösung des Vereins mit dem überflüssigen Bedeuten, daß es dem Vorstande des Vereins freistehe, binnen zwei Wochen die Berufung anzumelden. Das Letztere geschah unverzüglich, denn hoffentlich ist es in Oesterreich, wo sich die Polizei den Arbeitern gegenüber so ziemlich jeden Gewaltakt erlauben darf, noch nicht dahin gekommen, daß Privatunterhaltungen verboten werden könnten.

— Der Berner Crawall, über welchen wir seinerzeit berichteten und welcher zum Zweck hatte, den dortigen Bakunisten das Recht eines öffentlichen Umzuges streitig zu machen, hat jetzt sein Nachspiel vor dem Strafrichter erfahren. Die „Kölnische Zeitung" weiß darüber folgendes zu berichten:

„Gestern (19. August) Nachmittags wurde das Urtheil gesprochen über die wegen des am 18. März in Bern stattgefundenen Massencrawalls angeklagten Internationalen. Dasselbe ist ziemlich streng ausgefallen; 2 wurden zu 60, 18 zu 40, 5 zu 30 und 7 zu 10 Tagen Gefängniß verurtheilt. Außerdem sind ihnen solidarisch die Prozeßkosten auferlegt und die Verurtheilten der beiden ersten Kategorien sind solidarisch zur Zahlung einer Entschädigung von 500 Frcs., von 300, von 50 und von je 80 Frcs. verpflichtet, welche den bei jener Gelegenheit verwundeten 5 Landjägern zukommen. Endlich sind die 5 betheiligten Ausländer auf 3 Jahre aus dem Canton Bern verwiesen."

Man wird sich erinnern, daß der Bourgeoispöbel in Gemeinschaft mit der Polizei den Umzug der Bakunisten gewaltsam zu hindern suchte. Dafür nun, daß die Angegriffenen sich zur Wehre setzten und den Bourgeoisraufbolden mit gleicher Münze heimzahlten, dafür allein werden sie bestraft. Und das nennt sich Gerechtigkeit!

— Ein neues Opfer. Doktor Pillot, der als Erwählter des 1. Arrondissements in der Pariser Commune saß, ist, wie das „Bulletin de la Fédération jurassienne" erfährt, im Centralgefängniß zu Melun gestorben, wo er internirt und vergessen war. Er ist gestorben unter den Schlägen der Gefängnißwärter, im Alter von nahezu 70 Jahren. — Das ist wieder ein feiger Mord, der auf den Schultern der Henker der Commune, der Amnestieverweigerer, der Clique Thiers-Gambetta lastet. Wann naht die Vergeltung für diese Mordgesellen?

— In Nordamerika fangen die Sozialisten an, sich immer mehr unserer Auffassung zu nähern, für die Arbeiterklasse politische Macht zu erkämpfen, um die soziale Lage zu bessern. Die internationale Sektion Buffalo erläßt eine Erklärung in der „Buffalo Tribune", die folgendermaßen schließt:

„Die „Sektion Buffalo" der A. P. der V. St. strebt dahin, ihre Mitglieder politisch aufzuklären und zu organisiren, damit dieselben am Stimmkasten ihre Forderungen geltend machen können, denn die Arbeiter sind nicht länger gesonnen, geduldige Opfer ihrer ausbeuterischen Unterdrücker zu sein. Wir hoffen, daß die Ereignisse der letzten Woche alle Arbeiter und ihre Freunde zur Einsicht gebracht haben, daß der allein richtige Weg, den wir betreten müssen, ist: Die Geltendmachung

Auf dem Schützenfeste.

Schwindler und Gaunervolk! Fast auf allen Jahrmärkten, Kirmessen, Schützenfesten ꝛc. findet man eine größere oder kleinere Zahl sogenannter dunkler Existenzen.

Hier eine Wahrsagerin, dort ein Guckkasten, wo das Bauernmädchen seinen zukünftigen Geliebten oder der Bursche die Geliebte sehen kann, wo anders wieder eine Würfelbude oder Tisch, deren schaustellenden Gegenstände kaum 10 Mark Werth repräsentiren und die höchstwahrscheinlich von mit anwesenden größeren Dreh- oder Radsbudeninhabern, wie man sie hierzulande ausspricht, geliehen sind.

Sie alle leben vom Schwindel und nennen sich in einem Intelligenzstaat „Geschäftsleute". Von diesen Leuten ist anzunehmen, daß sie in diesem Fache zu allem fähig und geübt sind und daß sie auch von ihrer Kunst umfassenden Gebrauch machen. Doch das ist der Schwindel im Kleinen!

Da stehe ich wieder vor einer Würfelbude. Dieselbe ist elegant herausgeputzt. Frei in der Mitte der Bude bewegt sich sogar mittelst angebrachter, aber nicht sichtbarer Mechanik eine Art Pyramide, zwei Uhren, mehrere Uhrketten, Pistolen, gestickte Cigarren-Etuis und noch mehrere andere Raritäten drehen sich fortwährend im Kreise, in den seitwärts angebrachten Spiegeln einen Wiederschein hervorbringend, um auch dadurch das Auge zu fesseln. Dann haben für das Auge einige gutangebrachte Schwarzwälder Wanduhren und ein paar Oeldruckgemälde noch besondere Anziehungskraft, im Uebrigen bestehen die terrassenförmig ausgestellten Gegenstände zu dreiviertel aus Glaswaaren. Da diese Glaswaaren nach von mir angestellter Erkundigung bei einem Fachmann spottbillig sein sollen, so kann der ganze Glanz und Flimmer der Bude aus höchstens 5—600 Mark bestehen, und um diese lumpigen paar Mark stehen dicht gedrängt eine große Masse Leute, meist dem Arbeiterstand und der ärmeren Klasse angehörig, stundenlang unbeweglich.

Die ganze Bude besteht überhaupt aus Luxusgegenständen, die für den Arbeiterstand berechnet sind.

In der Bude stehen etwas höher als das Publikum vor derselben zwei Personen; sie können das vorstehende Publikum übersehen.

Es ist wieder ein Spiel vorbei, da geberdet sich auf einmal der Eine von den Zweien in der Bude — der ganz besonders Meister in seinem Fache zu sein scheint — wie rasend. Er spreizt beide Arme über dem Kopf in die Höhe, legt den Hinterkopf auf den Nacken und kreischt unter grinsendem Lächeln dem Publikum einen fremdartigen Ausdruck in die Ohren, spricht von einer „silbernen Cylinderuhr" und einem „Schlag in Rothschild's Contor" und dergleichen.

Ich erkundige mich nach dem eben ausgespielten Gewinn ganz genau und erfahre, daß derselbe 50 Pf. betrug, gegen 100 Pf. Einsatz.

Als ich mich so ziemlich bis an den Tisch der Würfelbude vorgedrängt, fällt mir zu allererst auf, daß längst dem Budentische Schulkinder und solche, die kaum aus der Schule entlassen sind, wie eingekeilt und unbeweglich stehen. Ab und zu kommt aus „Rothschild's Contor" eine Flasche Wein (?), Fortuna's Meister zieht den Stöpsel und giebt den Wein den Kindern gratis, macht dabei allerhand Späßchen, um auch hierbei sein Publikum zu amüsiren. Ich frage mich nun: Warum duldet der Mann diese Kinder, die gar nicht einsetzen und giebt denselben noch obendrein eine Flasche Wein um die andere? Ist der Mann wirklich ein so großer Kinderfreund, daß er in seiner Liebe zu denselben vergißt, wie corrumpirend er auf deren geistiges Leben einwirkt? Mein Urtheil geht dahin, der Mann hat einzig nur sein Geschäft dabei im Auge. Doch weiter.

Da gewinnt wieder eine Dame gegen 10 Pf. Einsatz 6 Mrk., dieselbe hat viel „Glück", sie hat erst vorhin 4 Mrk., 2 Mrk. 50 Pf., verschiedene Mal 50 und 100 Pf. gewonnen. Ich dränge mich von meinem eben eingenommen Standort weg, der gewinnenden Dame zu. Wer ist dieselbe? Sie ist mit bei den fremden Sängern, sie hat gestern auch soviel gewonnen, sie stellt sich allemal in die Ecke, bekomme ich von befreundeter Seite zur Antwort.

Ich behalte die fremde Dame im Auge und Andere thun dasselbe. Sie weiß nichts davon, scheint aber des Spielens müde und geht von der Bude weg. In mir steigen allerhand arge Gedanken auf und eiligst gehe ich ebenfalls von dieser Bude weg, den entgegengesetzten Weg einschlagend, welchen die Dame genommen, nach einer anderen eben solchen Würfelbude. Da finde ich die junge Dame wieder; sie hat sich ganz an den Budentisch an einer Ecke postirt; sie bekommt endlich eine Karte und spielt auch da.

Wie gesagt, die Dame hat „Glück", denn gleich beim ersten Einsatz (10 Pfg.) gewinnt sie wieder 6 Mark. Mir scheint das „Glück" aber Scheinglück zu sein und nun dränge ich mich so an den Tisch, daß ich die gewürfelten Augen nachzählen konnte, was jedoch nicht ohne die Aufforderung, die Würfel liegen zu lassen, vor sich gehen konnte, denn die Würfelbuden-Inhaber haben eine außerordentliche Fertigkeit im Zählen.

Zwei, auch drei Würfel zählen sie auf einmal und dann nehmen sie die Würfel schnellstens zusammen und legen dieselben in ein dazu auf einem zinnernen Teller stehendes blechernes obertassenförmiges Gefäß und rufen von neuem: „Auf ein Neues!"

Gleich beim ersten Mal ertappte ich im Beisein von Zeugen den Mann beim falschen Zählen. Aeußerst verlegen, wußte er nicht, was er sagen sollte; er nahm andere Würfel hervor, als wenn die schuld daran gewesen wären, daß er falsch gezählt hatte. Das Würfeln schien gestört zu sein, und die junge Dame war verschwunden.

Ich wiederhole mein Nachzählen auch an der anderen Bude — und zwar ebenfalls im Beisein von Zeugen — und finde hier dasselbe Spiel: falsches Zählen.

Daß diese Leute einen so hohen Geldwerth, statt der Glas- u. s. w. Waaren auszahlen, indem sie, wenn sie nur Waaren verabfolgten, vermeintlich doch noch bessere Geschäfte machen könnten, hat nur den Zweck, das Geschäft flotter zu machen.

Gewinnt da eine Dame ein Cigarrenetuis oder ein Paar Hosenträger, ein Herr dagegen eine Damentasche u. dgl., so haben diese Gegenstände für beide Theile ungleichen Werth, Gold dagegen gleichen Werth. Das ganze Spiel bekommt mehr Reiz und daher ist die Bude so frequentirt.

Man steht eben vor einem Hazardspiel; aber Hazardspiele sind verboten und wir leben doch in einem Polizeistaate!

Nun, der Budenbesitzer ist keinen Augenblick verlegen, er weiß sich nach jeder Richtung hin seinen Mann zu „kaufen".

Kurz zusammengefaßt besteht das ganze Spiel und betrügerische Treiben aus folgender Combination: Von 10 Karten von Pappe oder Holz (linealförmig) enthalten 9 je 4, die zehnte aber 5 Nummern (41 Nummern von 8 bis 48), 8 Würfel à 1 bis 6 Augen, woraus ersichtlich, daß die Nummern 1 bis 7 fehlen müssen. Z. B. die erste Karte enthält die Nummern: 8, 18, 28, 38, 48, die zweite Karte: 9, 19, 29, 39, die dritte Karte: 10, 20, 30, 40 u. s. f. Auf den linealförmigen Holzkarten habe

unserer Rechte am Stimmkasten zu erkämpfen. Kommt deshalb zahlreich in unsere Versammlungen, die jeden Montag Abend in Miller's Halle stattfinden.

Das Comité der „Sektion Buffalo".

Die von uns in der vorigen Nummer nach der „Times" gebrachte neue Parteibildung dürfte sich gewiß auf derartige Aeußerungen unserer Parteigenossen, die auch in anderen Städten ähnlich gemacht sind, zurückführen lassen.

— Vom europäischen Kriegsschauplatze ist zu berichten, daß um den Schipkapaß heiß und blutig seit mehreren Tagen gekämpft wurde. An einem Tage, dem 23. August, stürmten die Türken zehnmal mit außerordentlicher Bravour, zehnmal wurden sie von den wohlverschanzten Russen zurückgewiesen. Allgemein aber glaubt man, daß bei den großen Verlusten, welche die Russen erlitten haben, Suleiman Pascha den Schipkapaß in kurzer Zeit erstürmen werde. Diese Voraussetzung wird wesentlich dadurch unterstützt, daß die Russen bei Eski-Dschuma durch Mehemed Ali Pascha eine empfindliche Niederlage erlitten haben, bei welcher 4 Kanonen in die Hände der Sieger fielen und dadurch, daß der linke Flügel Osman Pascha's am Vidflusse die Russen höchst empfindlich klopften und sie bis vor die Thore von Nicopolis verfolgte. — In der russischen Armee steht es mit der Verpflegung sehr schlecht; in Sistowa hat am 22. August eine Truppenrevolte stattgefunden, weil man den Soldaten nur verschimmeltes Brod reichte. Die Revolte endete erst, als man 100,000 Stück Brode in die Donau geworfen hatte. — Nun noch ein Schandstückchen russischer Brutalität in dem befreundeten verbündeten Rumänien: „Wie Reisende aus Jassy erzählen, überfielen Samstag Nachts bonische Kosaken einen jüdischen Schankbesitzer in einer dortigen Vorstadt, raubten demselben 20 Dukaten, verwüsteten was sie konnten, mißhandelten ihn fürchterlich und schändeten dessen Frau, die in Folge dessen hoffnungslos darniederliegt. Man sucht den Juden durch Geldentschädigung zum Schweigen zu bringen." — Das nennt man russische Freundschaft und Bundesgenossenschaft. Mögen wir davon für alle Zeiten bewahrt bleiben — trotz Bismarck.

— Der frühere der Redakteur der „Berliner Freien Presse", Parteigenosse Milke, hat am 25. August die Strafanstalt am Plötzensee verlassen, nachdem er daselbst wegen verschiedener Preßvergehen die Kleinigkeit von 9 Monaten Gefängnißhaft verbüßt hatte.

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Die Philosophie der „Leipziger Volkszeitung" giebt jetzt zu (Nr. 192) daß ich ihr klar gemacht, wie der Glaube an etwas Unbegreifliches der Quadratur des Cirkels d. h. dem vollkommensten Unverstand gleich sei. Anstatt nun ferner auch zuzugeben, daß ihre ganze betr. Polemik ein dummer Köter ist, der den Mond anbellt, verlegt sie sich aufs lügen und sagt:

„Wenn das der Punkt ist um den es sich handelt, so ist das aber nicht der Punkt, von dem Herr Dietzgen ausging und mit ihm unsere Polemik. Herr Dietzgen hat in seinem von uns besprochenen Artikel das Unbegreifliche nicht umschrieben und begrenzt, z. B. etwa mit dem Wunder und dem Metaphysiker, sondern er hat das zur Zeit Unbegriffene kurzer Hand dem Unbegreiflichen gleich gesetzt . . ."

Meinem Gegner ist nicht zu helfen. Er hat kein aufrichtiges Gemüth und keinen wahrheitsliebenden Sinn; darum auch kein Wort mehr mit ihm. Aber vielleicht ist der Sache gedient, wenn ich den Leser an das erinnere, was ich an beregter Stelle wörtlich gesagt habe:

„Es ist viel Unbegriffenes vorhanden — wer will es bestreiten? Und vorkommenden Falles ruft man im Erstaunen aus: wunderbar! unerklärlich! unbegreiflich! — wer will das unnatürlich finden? Daß aber in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts die Gelehrten noch allen Ernstes von den Grenzen des menschlichen Erkenntnißvermögens sprechen, und an das effektive Dasein von wunderbaren Dingen oder Wunder glauben, die nicht mir oder dir, sondern dem Menschengeschlechte über den Horizont gehen, das darf wohl auch ein Ungläubiger wunderbar, unbegreiflich und unerklärlich finden."

Das heißt also doch: wenn es etwas Unbegreifliches giebt, dann ist der menschliche Intellekt zu klein. Und wer das glaubt, der glaubt auch an zweierlei Verstand, an einen menschlichen und an einen unmenschlichen; der sucht auch, genau wie der Herr Philosoph von der „Leipziger Volkszeitung" „am richtigen Wege zur Wahrheit" und stimmt mit Du Bois-Reymond und F. A. Lange überein, welche beide wörtlich sagen, daß „unser ganzes Naturerkennen in Wahrheit noch kein Erkennen, sondern ein Surrogat ist." Warum soll denn nicht auch das Naturblech nur scheinbares, in Wahrheit aber die Metaphysik Blech sein?

J. Dietzgen."

— In Kopenhagen ist ein neues sozialistisches Blatt: „Der Radicale", erschienen. Dasselbe erscheint wöchentlich einmal. Das Blatt wird sehr gut redigirt.

Zur christlichen „Nächstenliebe".

Berlin, den 15. August.

Die Errichtung von Tages-Asylen für die Arbeiter in den Großstädten und besonders in Berlin gehört zu den dringendsten Forderungen der Jetztzeit, da die Arbeiter bei der nun schon seit Jahren anhaltenden Geschäftsstockung Wochen und Monate lange gezwungen sind, von Stadt zu Stadt zu wandern um Arbeit zu suchen und da die unter dem Deckmantel der christlichen Nächstenliebe errichteten „Herbergen zur Heimath" ihren Zweck durchaus nicht erfüllen und namentlich in Berlin nicht. Da die „Herbergen zur Heimath" namentlich von den Handwerksburschen in dem guten Glauben aufgesucht werden, daß sie hier wirklich eine „Heimath" finden, in der sie liebevolle und billige Aufnahme erwartet, so sind dieselben sehr frequentirt. Diese große Frequenz hat aber nicht allein den ursprünglichen Charakter der „Herbergen zur Heimath" verwischt und den ganzen Geschäftsbetrieb wie jeden anderen zur Erwerbsquelle gemacht, sondern die Absicht „zu verdienen", hat eben dahin geführt, daß man recht billige Arbeitskräfte angestellt hat, die gewöhnlich aus den halbverhungerten an die niederen Löhne ihrer heimatlichen Fluren gewöhnten Arbeitern rekrutirt werden. Die Behandlung ist diesem Personal entsprechend in den meisten Fällen brutal verlezend. Wer nicht (in der Oranienstraße 106 sowohl, als in der Auguststraße 81 in Berlin) mit schroffen Worten abgewiesen wird — hat sich in den Saal zu begeben. Da dem Saal (Auguststraße 81) aber jede Ventilation fehlt, so strömt dem „müden Wanderer" als erste Erquickung ein Pestgeruch entgegen, erzeugt aus dem sich neben dem „Saal" befindenden gemeinschaftlichen Abort. Unerträglich wird dieser Zustand bei starker Hitze. Das Abnormste besteht jedoch darin, daß sich dicht über diesem Abort, durch keine Thür oder sonstige Vorrichtung getrennt, in den 3 Etagen die Schlafsäle befinden — so daß die von genanntem Raume ausgehenden Düfte ungehindert in diese Eingang finden. Zu den Annehmlichkeiten gehört es auch mit, daß für den Gebrauch eines Messers, einer Gabel Pfand zu geben ist, dabei sind die Preise fast höher wie beim Produktenhändler. Gegen zehn Uhr erst, nachdem von einem ehemaligen Hausknechte dieser Anstalt, in den seltensten Fällen von dem Hausvater selbst, oder von einem im Vorderhause wohnenden, häufig abwesenden Missionsprediger eine Abendandacht abgehalten ist, kann der müde, vielleicht schon wochenlang auf der Wanderschaft befindliche Wanderer, der „Fremde" sein Nachtlager aufsuchen — wenn nicht inzwischen die Polizei eine Musterung abhält! Ueber Nacht kann aber nur der bleiben, der mit Geld versehen und durch genügende Papiere legitimirt ist. Obgleich die Bezahlung von 25 und 30 Reichspfennigen (es gibt auch einige Betten zu 50, 60, 75 und 100 Pfg.) pro Bett keineswegs zu wenig ist und bei der Frequenz dieser Herbergen mehr wie ein „Hotel" abwirft, so sind die Betten größtentheils schmutzig, da nur selten Bettwäsche gewechselt wird; die Ueberzüge sind zerrissen und bestehen aus einer, im seltensten Falle aufgeschüttelten Grasmatratze, einem Laken, einer überzogenen Decke und einem überzogenen Graskopfkissen. Die Matratzen sind sehr häufig in so abgebrauchtem Zustande, daß der darauf Ruhende oft nur auf dem bloßen Eisen der Bettstelle liegt. Für ca. 60 Menschen existiren nur einige Waschbecken und einige Handtücher, welche letztere häufig ganz zerrissen und für die sich zuletzt Waschenden nicht mehr brauchbar sind.

Nach glücklich überstandener Nacht kann jeder die „Predigt" mit anhören und sich die colorirte Wandtafel besehen, welche warnend die Zerstörungsstadien des menschlichen Magens durch Alkohol vom ersten Genusse an bis zum Tode am Delirium tremens darstellt, worauf ihm dann überlassen bleibt, den Tag über in des Winters strenger Kälte, oder in der Hitze des Sommers Arbeit zu suchen. Hat er, wie das jetzt ja in der Regel der Fall ist, keine Arbeit gefunden, so sieht er sich gezwungen, eine Stufe niedriger zu steigen und das Asyl in der Büschingstraße zu betreten. Erschöpft, muthlos, ärmer denn je, nimmt er Quartier in dieser zweiten „Herberge zur Heimath". Er tritt in ein prächtiges Haus von drei Etagen, zu denen breite elegante Treppen führen, ein, in den schönen hochfensterigen Schlafsälen ist für jeden Besucher ein eisernes Bett und zwei Decken — Bade- und Waschanstalten sind eines Hotels würdig; Abends gibt es warme Suppe und Brod, Morgens Kaffee und eine Schrippe. Der von des Tages Stürmen Gepeitschte, dem kein Name, keine Legitimation, nicht die geringste Bezahlung abverlangt wird, glaubt sich im Himmel, schöpft Athem und faßt neue Hoffnung. Aber um 8 Uhr muß er das gastliche Haus verlassen; bis zum 35. Lebensjahre darf er es nur zweimal per Monat aufsuchen — also diesmal nur noch eine Nacht! Nun benutzt er den ihm gegebenen Tag, ohne Heller, deprimirt wie er ist, Arbeit zu suchen. — Aber wo bleibt er den Tag über, um seine müden Glieder eine Stunde lang auszuruhen. Da er keine Arbeit gefunden hat, tritt er zum zweiten Male seine Wanderung nach der Büschingstraße an, hungrig und matt, um die letzte Nacht — zu schlafen und dann von Neuem auf die Arbeitssuche zu gehen. Was nützen ihm aber die zwei Nächte? Gebt ihm acht, gebt ihm vierzehn Tage und Nächte! Man erschrickt vor dieser Begünstigung des Bummlerthums. Man hält die Kosten dieser Einrichtungen, die Masse von Beamten vor — welche nöthig sein würden, die Hunderte von halbverzweifelten Menschen unter Aufsicht zu halten. Wenn nun aber durch die Errichtung solcher Asyle ein großer Theil der übrigen Anstalten erspart würde, in welchen der Verstoßene nach und nach geräth, Krankenhäuser, Arbeitshäuser, Irrenhäuser, Gefängnisse u. s. w. u. s. w., wenn damit den Armen der Leidenslauf abgekürzt würde und die pekuniären Verluste des Staates wie ein großer Procentsatz des Verlustes an Menschenkraft damit wegfielen, würde dann ein solches Tages-Asyl sich nicht verzinsen? Würden damit nicht seine zahlreichen Unannehmlichkeiten und Nachtheile mehr als aufgewogen sein? Und was geben nicht alle die Arbeitsuchenden für die Erlangung eines Platzes, der nur einigermaßen ein „Heim" genannt werden könnte? Jenes entsetzliche, unstäte Umherirren in den Straßen ist es, daß sie immer wieder in die Destillationen — diese Tages-Asyle der Arbeitslosen — treibt, in denen in der Hauptstadt, der stolzen Kaiserstadt, mindestens 40,000 Menschen aus allen Ständen aufgezogen werden, von denen die eine Hälfte als Verbrecher, die andere Hälfte auf die elendeste Art aus der Welt geht.

Correspondenzen.

Hamburg, 22. August. „Und der Zopf, der hängt nach hinten!" So möchte man ausrufen, wenn man folgende Thatsache hört. Ein hiesiger Schuhwaarenfabrikant, der in mehreren Straßen der Stadt große Läden mit Schuhwaaren hat, machte sich den Spaß, an einem seiner Läden zwei Bilder anbringen zu lassen, von denen das eine einen Schuhmacher nach alter Manier auf dem Stuhl sitzend und den Pechdraht ziehend darstellt, während das andere den modernen fabrikationsmäßig arbeitenden Schuhmacher zeigt wie er, vor der Maschine stehend, mit spielender Leichtigkeit das Zehnfache des Schusters nach alter Manier leistet und dabei seinen Körper auch nicht entfernt derselben Anstrengung zu unterziehen braucht.

Jeder Vorübergehende wird in diesen Bildern nichts anderes sehen, als die Versinnbildlichung des Sieges der modernen Industrie über die alte handwerkmäßige Arbeitsweise.

Anders denkt darüber unsere ehrenwerthe Corporation der zünftigen Schuhmachermeister. Diese wackeren Anhänger der Zunftzöpfe erblickten in den Bildern eine Verhöhnung des ehrsamen Schuhmacher-Handwerks und man höre und staune! — sie wandten sich an die Polizei mit der Bitte, den Besitzer des Schuhwaarenladens zu zwingen, die der ehrsamen Schusterzunft Aergerniß erregenden Bilder zu entfernen. — Selbstverständlich war die Polizei nicht zu bewegen, den Herzenswunsch der Zunft-Brüder zu erfüllen, und so hängen die Bilder noch da, allen vernünftigen Menschen ein Sinnbild für den Fortschritt der Zeit, unseren Zünftlern aber ein Greuel und Abscheu.

Bedenkt man, daß diese Zunftbrüder die Haupttruppe der Wähler des Reichstagsabgeordneten für den zweiten Hamburger Wahlkreis, Herrn Bauer, waren, so wird man ermessen können, wie viel Ursache unsere Gegner hatten, nach dem Ausfall der Wahlen vom 10. Januar von dem „Siege der Vernunft, des Fortschritts und der geistigen Entwicklung" gegenüber der Barbarei des Sozialismus zu reden.

Hof, 20. August. (Zum Arbeiterelend im Voigtland.) Unser Münchener Parteiorgan, der „Zeitgeist", bringt nachstehende Notiz:

„Ich habe schon beobachtet, daß auch auf der Rückseite jede Karte eine Nummer enthält. Die Nummern auf der Rückseite 1, 2, 3, 4 bis 10. Die Karte, welche auf der Rückseite 1 enthält, hat auf ihrer Vorderseite 11, 21, 31, 41, die, welche die 2 enthält, 12, 22, 32, 42 u. s. f.

Da nun wohl jeder Spieler, welcher nicht direkt am Budentisch steht und seine Karte auf denselben legen kann, dieselbe so hält, daß die darauf befindlichen 4 Nummern ihm stets vor Augen sind, so weiß der Spielmeister, besonders wenn es sich um einen Scheingewinn handelt, ganz genau, welche Nummern der fernstehende Scheinspieler auf seiner Karte hat; und nun beginnt die Hexerei.

Längs des Budentisches stehen Kinder, die das Würfeln besorgen; dadurch entzieht sich unser Spielmeister der Controle im Nachzählen; man kann einfach nicht an den Budentisch heran, und nur deshalb duldet er die Kinder.

Es werden da beispielsweise 22 Augen geworfen; der Scheinspieler hält seine Karte hoch; er hat auf der Rückseite derselben die 8 stehen; der Hexenmeister zählt dreist 18 oder 28. Nachdem er ausgezählt, nimmt er die Würfel und legt dieselben wieder in sein Blechgefäß. Nun geht er nach der entgegengesetzten Seite vom Scheinspieler und ruft aus: Die 18, oder 28 hat gewonnen! wer hat sie? trotzdem er es schon weiß, wer sie hat.

Noch eine andere Methode.

Vor der Bude stehen nicht viel erwachsene Leute, auch ganz wenig Kinder, sämmtliche Spieler, 10 an Zahl, stehen dicht am Budentisch; die Karten haben aber auf der Rückseite keine Nummer; der Scheinspieler stellt sich in die eine oder andere Ecke am Budentisch; er spielt nicht eher als bis diejenige Karte frei ist, welche die Nummern enthält, worauf ein höherer Gewinn fällt, jetzt bekommt er dieselbe und nun beginnt die Gaukelei.

Es fällt ein kleiner Gewinn (größtentheils 50 Pf. gegen 100 Pf. Einsatz). Der Spielmeister zählt grundehrlich; der Scheinspieler hat nicht gewonnen, und das geht noch ein, zwei Mal so. Da auf einmal nimmt der Gaukler oder Budeninhaber den Teller mit den Würfeln und läßt auf einer anderen Seite die Würfel ausspielen; er ist ein Virtuos im Zählen, — er zählt, und nachdem er gezählt und die gewinnende Nummer ausgeschrieen, schlägt er gleichzeitig mit geballter Faust auf den Budentisch, daß der Teller in die Höhe springt und die Würfel erst recht mit. Schnell faßt er die Würfel zusammen, wirft sie in's Blechgefäß und fragt wer die eben ausgespielte Nummer hat. Der Scheinspieler in der Ecke hat sie und erhält 40 Mark. Wäre nun die betreffende Nummer, worauf 40 Mark gewonnen werden sollen (man kann für 10 Pf. 75 M. gewinnen, d. h. wenn 10 Mann spielen, jedes Spiel 1 Mark Einsatz.) wirklich aufgeworfen worden, und es wäre kein Scheinspieler vorhanden gewesen, so wäre es unserm Spielmeister doch ein leichtes, eine Nummer herauszuzählen, worauf vielleicht 0,75 Gewinne gefallen wären. Der Faustschlag auf den Budentisch war dann ebenfalls der Zauberstab für seine Kunststückchen.

Gegen 20 Zeugen stehen mir zu Gebote, die bestätigen können, daß die Geschäftspraxis dieser Gauner die ist, daß sie mit nur seltenen Ausnahmen Geld statt Waare dem Gewinnenden verabfolgen, daß sie absichtlich falsch zählen und die Würfel nicht von einem Spiel zum anderen liegen lassen. Mit dem Gewinnverzeichniß hat es noch obendrein seine eigene Bewandtniß. Ich habe bei meinem Rundgang 11 solcher Buden gezählt, die alle mehr oder weniger auf die Plünderung der Taschen des „hochgeehrten Publikums" berechnet waren. Was ich sonst noch auf dem „Schützenfeste" gesehen habe, will ich unerwähnt lassen, es würden ja ohnedies den meisten Lesern des „Vorwärts" keine unbekannten Dinge sein. Aber erwähnt muß werden, daß die „Schützenfeste", „Vogelwiesen" und wie sonst noch all' die öffentlichen Schaustellungen benannt sein mögen, sehr Vieles zur Corruption des Volksgeistes beitragen. Die Zeit soll eben erst noch kommen, wo in Wahrheit Volksfeste gefeiert werden — Feste, welche geistig anregend und veredelnd auf das Volk wirken.

Stollberg. Fr.

Leipziger Tageskalender.

28. Mai. Polizeidirektor Rüder reist zum Sozialisten-Congreß nach Gotha.

2. Juni. Polizeidirektor Rüder erläßt im „Tageblatt" folgende „Bekanntmachung":

„Aus den öffentlich gepflogenen Verhandlungen des jüngst in Gotha abgehaltenen, auch von hier aus beschickten Sozialisten-Congresses ist zu entnehmen gewesen, daß in öffentlichen Versammlungen, welche von Anhängern der sozialdemokratischen Richtung einberufen sind, Geldsammlungen vorgenommen werden, deren Ertrag zur Bezahlung und zum Theil auch festen Besoldung sozialdemokratischer Agitatoren eines Vereins verwendet werden. Da ein solcher Verein seit der am 16. September 1868 erfolgten Auflösung des hiesigen allgemeinen deutschen Arbeitervereins hier nicht mehr besteht, so sehen wir uns veranlaßt, das weitere Veranstalten von Sammlungen in hier berufenen Versammlungen oder vor den Eingängen zu den Versammlungslokalen, falls sie ohne speziell ertheilte polizeiliche Genehmigung geschehen, bei Geldstrafe bis zu 100 Mark — oder Haftstrafe bis zu 4 Wochen zu verbieten. Diese Strafe trifft zunächst denjenigen, welcher die Versammlung angemeldet hat, kann aber auch gegen diejenigen, welche die Leitung der Sammlung vorgenommen oder zur Leistung von Beiträgen für dieselbe aufgefordert haben, sowie gegen Spender zur Sammlung erkannt werden. Leipzig, am 2. Juni 1877. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig. Dr. Rüder."

26. August. Polizeidirektor Rüder wird vom Ministerium veranlaßt, im „Tageblatt" folgende „Bekanntmachung" zu erlassen:

„Die unter dem 2. Juni dieses Jahres von uns erlassene Bekanntmachung, das Verbot von Geldsammlungen in Versammlungen betreffend, setzen wir hiermit außer Kraft. Leipzig, am 26. August 1877. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig. Dr. Rüder."

— Herr Rudolph Wortschwall, genannt Gottschall, ist vom deutschen Kaiser in den Adelstand erhoben worden. Klüger und besser soll der Mann dadurch nicht geworden sein.

— Die Hungersnoth in Bengalen. Der „Times" geht ein Bericht aus Bengalen zu, in welchem es heißt: „Diese Hungersnoth ist ein fürchterliches Unglück und im Süden Indiens wundern sich alle darüber, warum die Bevölkerung Englands nicht irgend welche Hilfe sendet. Man kann sich keinen Begriff davon machen, was ein Regenmangel in drei Saisons für Indien bedeutet. Es bedeutet einfach Tod für viele Tausende. Die gegenwärtige Hungersnoth ist eine zehnmal schlimmere als eine der bis jetzt dagewesenen. Tausende sind bereits verhungert, und wenn der Regen ausbleibt, wie dies leider zu befürchten ist, werden Millionen sterben. Ich glaube nicht, daß die Regierung den Druck, der auf ihre Hilfsquellen ausgeübt wird, ertragen kann. Es scheint ein grausamer Spott zu sein, daß England für die Bulgaren und Andere Geld sammelt, während seine eigenen Unterthanen zu Tausenden Hungers sterben. Ein Flächenraum, größer als ganz Frankreich, ist mit Entvölkerung bedroht."

---

stehenden Bericht von hier: Sie brachten wohl kürzlich wieder einen Bericht über den Hofer Nothstand in Ihrem Blatt, aber die eigentliche Ursache dieses Nothstandes haben Sie nicht besprochen. Gestatten Sie mir deshalb, Ihnen einige Thatsachen zu liefern. Die Veröffentlichung dieser Mittheilung wird ans Hofer Webern um so lieber sein, da der „Hofer Anzeiger" mit der Wahrheit es nicht so genau nimmt und besonders bestrebt ist, es mit den „höheren Klassen" nicht zu verderben. Thatsache ist, daß es in der neuen Baumwollenspinnerei sehr schlecht geht. Die Arbeiter haben sich behufs Abhilfe und Arbeitsvermittlung zuerst an den Magistrat gewendet. Aber hier erhielten sie schöne Worte und die Misere blieb die alte. Seit Weihnachten geht hier die Arbeit immer schlechter. Es wird pro Woche nur vier Tage gearbeitet. Der Taglohn beträgt 51—57 kr., der höchste Lohn 1 Gulden. Das ist der Lohnsatz seit 4—5 Jahren, aber seit dieser Zeit ist die tägliche Arbeitszeit bis ins Unnatürliche vergrößert worden. Die Frauen arbeiten für 40—42 kr. täglich. Wie bemerkt, entfallen wöchentlich nur vier Taglöhne für Jeden, da an drei Tagen ausgesetzt wird. Nun bedenken Sie, daß der Miethzins und die Preise der Lebensmittel seit vier Jahren rapid angewachsen sind und noch immer wachsen. Wie soll da ein Familienvater mit 5—6 Kindern, und das ist die Durchschnittszahl in den Weberfamilien, auskommen. Wie soll er da die monatlich zu entrichtenden 60 Pf. Schulgeld für jedes Kind entrichten können? Von den Büchern, die unsere Kinder haben müssen, von den Steuern, von den Gemeindeumlagen ꝛc. . . . will ich gar nicht reden. Daß da hübsch viel zusammenkommt, und daß alle diese Abgaben zusammen centnerschwer auf uns lasten, wird jeder Unbefangene einsehen. Es ist unmöglich zum Auskommen. Wir haben uns schon an die Direktion gewendet. Wir Weber haben nämlich eine Fabrik-Krankenkasse mit einem Kapital von Siebenunddreißigtausend Mark, welcher Fond aus unsern wenigen Groschen zusammengesteuert worden ist. Wir baten die Fabriks-Direktion, sie möge unserem Stammkapitale einige Hundert Mark entnehmen und jedem Weber ein Darlehn im Betrag von 12 Taglöhnen überreichen, damit wir unseren Hauszins bezahlen könnten. Die Direktion ertheilte uns eine schroffe Zurückweisung. Wir haben noch einen Obermeister, der faktisch eine Paschawirthschaft führt. Wir wollten die Erlaubniß dazu haben, daß wir zwei Tage in der Woche, an welchen wir ohnedies nichts zu thun haben, auswärts bei den Bauern Feldarbeiterdienst verrichten dürften, um außer dem kärglichen Fabrikslohn noch etwas zu verdienen. Es ist eben jetzt die Zeit der Ernte und ein kleiner Nebenverdienst käme uns sehr zu statten. Der Direktor erlaubte es uns, aber der Obermeister hat die Sache aus reiner Lust zur Chikane hintertrieben. Wie roh uns der Obermeister behandelt, davon können Sie sich keinen Begriff machen. „Lump" und ähnliche Ausdrücke sind nichts Seltenes. Der würdige Herr nennt Hof ein Lumpennest, und dennoch fühlt er sich wohl im „Lumpennest" und in der Fabrik unter den „Lumpen". Seine drei Buben sind wohl aus der Fabrik fort, warum? darüber schweigt der Papa und er weiß, weshalb er schweigt. Noch muß ich Ihnen mittheilen, daß uns keine Vesper- oder Frühstückszeit gestattet ist. Wir müssen unsern Morgenkaffee während der Arbeit schlucken, und da schlucken wir Wollenstaub mit Cichorie. Daher rühren auch die vielen Krankheiten. Wie viele brave Familienväter mußten, durch Krankheit und Entbehrung ganz arbeitsunfähig gemacht, alles ins Leihhaus tragen, und liegen jetzt auf nacktem Boden, unter dem Kopfe einige Handvoll Hobelspäne. Gewiß ein Lager, wie man es nur den Leichen im Sarge bereitet. Noch Vieles, Vieles könnte ich Ihnen mittheilen, aber für diesmal fehlt es mir an Raum, auch bin ich schon zu erschöpft. Veröffentlichen Sie diese Zeilen, denn dem „Hofer Anzeiger" ist das Maul verbunden, dieses Blatt dient nur den „Herren". Ein Weber.

Karlsruhe, 19. August. (Wer macht Krawall?) Vor einiger Zeit begegnete mitten in der Stadt eine Eskadron des hiesigen Dragonerregiments einem Wagen der hiesigen Pferdebahn. Beim Zusammentreffen befahl der kommandirende Offizier dem Kutscher der Pferdebahn, zu halten. Der Kutscher erwiderte, daß Platz genug zum Ausweichen wäre (der Vorfall ereignete sich in einer der breitesten Straßen). Ueber solche Antwort wahrscheinlich ergrimmt, befahl der Offizier zwei Mann zum Absitzen, um den Kutscher zu arretiren, was schleunigst befolgt wurde. Die zwei Soldaten drangen mit gezogenem Säbel auf den Kutscher ein, aber sie kamen an den Unrechten, denn der Kutscher erklärte, daß er sich nicht von Soldaten arretiren lasse. Nun gab es ein Reißen und Zerren, um den Kutscher vom Bocke herunterzubringen, derselbe jedoch vertheidigte seinen Standpunkt mit dem Peitschenstiel ganz nachdrücklich. Als der Offizier sah, daß sich der Kutscher nicht gutwillig fügte, gab er ein leises Commando und im Trab ging's zum Kasernenthore hinein. Wahrscheinlich steht den Soldaten noch eine Strafe bevor, denn sie haben den Befehl ihres Offiziers nicht regelrecht ausgeführt und den Kutscher nicht verhaftet. Die hiesigen Zeitungen bedauern diesen Vorfall. Die „Badische Landeszeitung" meint, durch solche Vorkommnisse könne das bisherige gute Einvernehmen zwischen Einwohnern und Militär gestört werden; sie vergißt aber hinzuzufügen, wer an der Störung des guten Einvernehmens die Schuld trägt.

Karlsruhe, 19. August. (Zur Agitation.) Seit der Reichstagswahl haben wir mehrere Volksversammlungen und Arbeiterversammlungen abgehalten. Es wurde eine Metallarbeitergewerkschaft ins Leben gerufen und in letzter Zeit haben wir Versammlungen über Versammlungen abgehalten und ist auch bereits ein Bund der Schreiner constituirt. Die letzte große Volksversammlung, welche am Dienstag, den 7. ds., stattfand, war ziemlich gut besucht. Auf der Tagesordnung stand: „Die bevorstehenden Landtagswahlen" und die „Culturmission Rußlands". Referent war Genosse Dreesbach aus Mannheim, dessen Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen wurden. Auch ein Gegner, Namens Schwindemann, meldete sich zum Wort, dessen Versuch, Dreesbach zu widerlegen, aber kläglich mißlang. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung sprach ebenfalls Dreesbach und zwar wiederum unter allgemeinen Beifall der Versammlung. R.

Pforzheim, 19. August. Es ist schon lange her, daß ich etwas im „Vorwärts" aus Pforzheim gelesen habe, und fast könnte man glauben, es schliefe hier alles und doch läßt sich über so manches ein Urtheil abgeben. Nimmt man z. B. gegenwärtig ein Lokalblatt zur Hand, so kann man deutlich daraus ersehen, wie es um die gegenwärtigen Zustände steht, da findet man nichts wie Zwangsversteigerungen, welche vorzugsweise die Kleingewerbtreibenden betreffen. Wie viele von den Kleingewerbtreibenden um ihre Habe gekommen sind und noch kommen werden, das ist nicht zu erfahren, aber ihre Zahl ist nicht klein, und woran die Kleinhandwerker sonst noch zu leiden haben, läßt sich kaum aufzählen. Die gegnerischen Blätter sind sehr eifrig in der Auffindung von Mitteln, wie dem Kleinhandwerkerstand zu helfen sei. In der Regel verlangt man als Hilfsmittel kürzere Borgfrist oder Baarzahlung, bessere Ausbildung der Lehrlinge und größere Theilung der Arbeit, um so eine vermehrte Produktion zu erzielen und den Grossisten Concurrenz bieten zu können. Wer aber die vermehrten Erzeugnisse kaufen soll, darüber schweigen die Propheten. Daß der Mittelstand mit Riesenschritten seinem Untergang entgegengeht, das wird nun auch von Leuten geglaubt, welche früher darüber spotteten. Was für einen Einfluß diese Zustände auf das öffentliche und Familienleben haben davon nur einige Proben. Es kamen hier in einem Zeitraum von 6 bis 8 Wochen 3 Selbstmorde und 1 Selbstmordversuch vor; 2 Kindesmorde an Neugeborenen, ein dreifacher Kindesmord von einer Mutter ausgeführt. Da und dort verläßt ein Mann Frau und Kinder und sucht mit dem Rest seines Vermögens das Weite. Das sind die Früchte der Bourgeoiswirthschaft, deren Beseitigung zur gedeihlichen Entwicklung der Menschheit das erste Erforderniß ist.

Jorke, 20. August. Am 18. d. M. fand hier im Saale des Herrn Barth eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: „1) Die Sonntags- und Nachtarbeit. 2) Die Arbeitslosigkeit. 3) Die Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken. 4) Die Lohnabzüge mehrer hiesiger Fabrikanten." Als Referenten fungirten die Genossen Klute und Schmidt. Der lebhafte Beifall, welcher beiden Referenten gezollt wurde, bewies deutlich, daß die hiesigen Arbeiter vom Sozialismus durchdrungen und gewillt sind, zur Durchführung desselben die erforderlichen Opfer zu bringen. Die in obiger Versammlung anwesenden Gegner verspürten keine „Lust", Interpellationen ꝛc. loszulassen; dahingegen machten sie „unter sich" — wo kein Sozialist sie störte — ihren gepreßten Herzen Luft; da fehlte es denn an Verurtheilungen der „scheußlichen Kerle des Sozialismus" nicht. Auf die Referate näher einzugehen, hieße unseren Raum zu sehr in Anspruch nehmen. Am Schluß wurde die nachstehende, von Klute empfohlene Resolution fast von sämmtlichen Anwesenden angenommen:

„Die heutige Versammlung beschließt nach stattgehabter Berathung über die anstehende Tagesordnung:

In Erwägung, daß die Sonntagsarbeit überhaupt und speziell aber die für die in den hiesigen Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eingeführte, eine Ueberbürdung ist, welche große körperliche und geistige Nachtheile für die Betreffenden unzweifelhaft in sich schließt, verspricht die Versammlung mit allen ihr gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln ein Verbot der Sonntagsarbeit zu erstreben.

In fernerer Erwägung, daß zwar nach der heutigen Produktionsweise eine gänzliche Aufhebung der Nachtarbeit nicht wohl durchführbar ist, aber die in hiesigen Fabriken stattgehabte und noch zur Zeit bestehende Nachtarbeit nicht erforderlich erscheint, indem gegenwärtig ein Massenangebot von Arbeitskräften vorherrschend ist, und da die Nachtarbeit gleichzeitig große Nachtheile für die Betreffenden, namentlich für die Augen derselben herbeiführt, und da endlich die Nachtarbeit in den hiesigen Fabriken nicht eingeführt ist zu Erfüllung eines unerläßlichen Zweckes, sondern zur Erreichunh pekuniärer Vortheile für die Fabrikanten, verurtheilt die Versammlung diese Ausbeutungsweise auf das Entschiedenste und verpflichtet sich, auch in dieser Hinsicht auf Abhilfe zu dringen.

In Erwägung ferner, daß die Frauenarbeit in den Fabriken der männlichen Arbeitskraft Concurrenz macht und dieserhalb auch den Vorzug erhält, weil sie billiger ist; daß aber die Frauenarbeit in den Fabriken demoralisirend, wie auch im höchsten Grade gesundheitsnachtheilig wirkt; so daß die Kinder der meisten Arbeiterinnen von Jugend auf dem Siechthum preisgegeben sind, selbst jede die Gesundheit und Sittlichkeit schädigende Frauenarbeit zu verbieten. Die Kinderarbeit ist mit Rücksicht auf Sittlichkeit, Gesundheit und die Ausbildung der Jugend gänzlich aufzuheben.

Die Versammelten versprechen für Durchführung dieser Forderungen thätig zu sein.

In weiterer Erwägung, daß die unerhörten Lohnabzüge mehrerer hiesigen Fabrikanten schon deshalb nicht zu rechtfertigen sind, weil erstens: Die hier produzirte Waare einer erheblichen Concurrenz nicht unterworfen ist; zweitens eine Ueberhäufung resp. Anhäufung von Waaren nicht stattgefunden hat, weil sonst die Sonntags- und Nachtarbeit unerklärlich wäre und weil der Gewinn der Fabrikanten durch die Thätigkeit ihrer Arbeiter nicht geschmälert wurde, gelangt die Versammlung zu der Annahme, daß die betreffenden Fabrikanten nur deshalb die Gegenwart zur Lohnreduzirung benutzen, weil das Angebot von Arbeitskräften dies ermöglicht. Die Versammlung mißbilligt diese Taktik entschieden und gelobt sich, einer solchen Handlungsweise auf's Nachdrücklichste entgegen zu treten.

In Erwägung endlich, daß die zur Zeit so sehr um sich greifende Arbeitslosigkeit eine Folge der gegenwärtig mangelhaft organisirten Produktionsweise ist und diese Desorganisation nur durch den endgültigen Sieg des Sozialismus aufgehoben werden kann, macht es sich die Versammlung zur Aufgabe, sich dem Streben der Sozialisten voll und ganz anzuschließen.

Lübeck, 3. August. (Situations-Bericht.) Seit wir Herrn Heyer hier am Orte haben, hat sich die Mitgliederzahl der meisten Gewerkschaften, wie auch die unsrer Partei verdoppelt. Die Versammlungen werden regelmäßig abgehalten. In der letzten Zeit haben die meisten Gewerkschaften öffentliche Versammlungen abgehalten in Sachen der Zuchthausarbeit, bei welchen die bekannte Petition an den Reichstag mit besprochen wurde. Referent war immer Heyer. — Am 15. vor. Monats begingen wir hier eine Fahnenweihe, wobei weit über 2000 Menschen sich eingefunden hatten, um ihre Sympathie für den Sozialismus kund zu geben. Die Fahne ist ein Prachtwerk, natürlich roth, und trägt die Inschrift: „Den Sozialisten Lübecks gewidmet von Arbeiter-Frauen und Mädchen am 15. Juli 1877." auf der andern Seite befinden sich ein Paar verschlungene Hände mit der Inschrift: „Einigkeit macht stark". Nachdem Herr Steffen den Geberinnen im Namen der Sozialisten seinen Dank ausgesprochen und aufgefordert hatte, treu und fest zur Fahne zu halten, hielt Herr Hartmann die Festrede unter großem Beifall der Festgenossen. — Sobald die Ernte beendet ist, werden wir die Landagitation in die Hand nehmen; unsre alten Orte Mäsling und Travemünde werden sicher noch in diesem Sommer als Mitgliedschaften betrachtet werden können. Euch Parteigenossen rufe ich aber zu, thut voll und ganz Eure Schuldigkeit, damit wir unserm Ziele immer näher kommen; die letzte Wahl muß es Euch doch gezeigt haben, daß der, welcher sich als Sozialist bekennt, auch mit einzutreten hat in die Bewegung, Jeder muß Agitator sein, denn wollen wir was erringen, dann müssen wir auch auf dem Posten sein; vor allen Dingen tretet mit ganzer Kraft ein für die Verbreitung des Centralorgan „Vorwärts", der Preis ist ja nur ein geringer, und ist es Einem zu viel, dann lese er noch mit ein oder zwei Mann das Blatt zusammen. Bestellungen nimmt Schirmer, Leichte Dwasstraße und Unterzeichneter entgegen.

Rud. Schröder, Lederstraße 146a.

Berichtigung.

Die Nr. 98 des „Vorwärts" bringt eine Correspondenz aus Erfurt, die in zwei Punkten eine Berichtigung erfordert. Erstens: In Sachen war ich niemals agitatorisch thätig. (Es ist die Provinz Sachsen gemeint. R. d. „V.") Zweitens: Dem Bericht ist zu entnehmen, als habe ich das Wachsthum des Sozialismus in Thüringen speziell auf Rechnung meiner Thätigkeit gesetzt. Eine solche Anmaßung wäre lächerlich! Ich habe gesagt: der gemeinsamen Kraftanwendung aller Genossen Thüringens ist das erfreuliche Resultat, welches wir bei der letzten Reichstagswahl erzielt haben, zu verdanken.

Forst, den 23. August 1877.

F. H. Klute.

Briefkasten

Quittung. W. Bck Gotha Schr. 6,00. Krsch Frohburg Schr. 2,80. Mhrhnn Barmen Ab. 150,00. Kchmthr Hof Ab. 15,50. Stigl. Teplitz Ab. 1,68. Ebrhrdt Wiesbaden Schr. 9,00. Frck Prehtz Schr. 2,55. Schr Schumburg Schr. 0,96. Gthl Schweidnitz Schr. 4,00. Hßnr Mainz Ab. 38,00. Wlnd Kiel Ab. 9,10. Mrchnr hier Ann. 0,50. Lnk Pieschen Schr. 15,00. Urtiff hier Ab. 1,20. Mrtn Schmölln Ab. 4,40. Ullrch hier Ab. 60,00. Engl Reudnitz Schr. 19,50. Sidlbrg Paris Schr. 5,00. Mj Bremen Ann. 1,50. Mtig Altona Ab. 21,00. Hlnd Berlin 4,80. Nmz Wien Ab. 5,00. J. Tlzk Wien Ab. 8,45. Kls Frankfurt Schr. 0,60. Hchbrg Berlin Schr. 0,20. Wß Neu-Ulm Schr. 0,85. Gmbl Frankfurt Schr. 24,50. Esnhr Mannheim Schr. 7,50. Trst Kl.-Zschocher Schr. 1,00. Mr Istein Schr. 0,50.

Fonds für Gemaßregelte.

Durch Baßler Stuttgart Mk. 1,60.

Cöln. **Aufforderung.** Die Abonnenten des „Volksstaat", „Vorwärts" und der „Neuen Welt" vom vorigen Jahr fordere ich hiermit auf, mir die rückständigen Abonnementsgelder zu bezahlen, besonders aber diejenigen, welche mir nichts dir nichts abgereist sind, widrigenfalls ich Namen nennen werde.

Joh. Bismann, Ehrenstraße 58.

Hannover. Wir haben für hier und Umgegend den Vertrieb des Partei-Kalenders „Der Arme Conrad" übernommen und machen daher die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß die von uns mit dem Verkauf betrauten Personen nur von uns gestempelte Kalender abgegeben.

Die Zeitungscommission. [60

Leipzig. Donnerstag, den 30. August, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die Gewerkschaftsorgane. Referenten Werner und Willecke.

Der Agent.

Das Bier kostet wieder 13 Pfg.

(Siehe die Bekanntmachung des Hrn. Polizeidirektor Rüder, „Tageblatt" vom 26. August c.) [90

Ottensen. Arbeiter-Verein. Donnerstag, den 30. August, Abends 8½ Uhr, in Burmeister's Salon:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag und Fragekasten. [70

F. Heerhold.

Provinzialversammlung.

Am 9. September d. J. findet in Königsberg eine Versammlung der Gesinnungsgenossen der Provinz Preußen statt. Zweck derselben ist: **Berathung über die wirksame Verbreitung der am 1. Oktober erscheinenden „Königsberger Freie Presse".**

Beginn der Versammlung Nachmittag 4 Uhr im Kneiphöf'schen Gemeindegarten, Magisterstraße 55.

Diejenigen Gesinnungsgenossen aus der Provinz, welche dieser Versammlung beiwohnen, werden ersucht dies bis zum 8. September an **J. Kräcker, Unterroßberg 17**, zu berichten.

Für Frei-Quartier wird gesorgt werden. Zahlreiches Erscheinen Ehrensache. [1,49

Königsberg in Preußen. (2a) J. Kräcker.

Zahlungs-Aufforderung.

Wir fordern folgende Bürger zur Erfüllung ihrer aus den Jahren 1875 und 1876 herrührenden Verbindlichkeiten gegen Unterzeichnete auf: Alois Treibenreif, s. Z. in Zürich, d. Z. in Augsburg Frcs. 10,10 = Mk. 8,10; Arbeiterbildungsverein Wien Fl. 16 = Mk. 32,00; C. Kettel, Apolda, Mk. 24,06; Valentin Schröder, Sebanstraße in Stuttgart, ehemaliger Expedient der „Stuttgarter Volkszeitung", 16,70; J. Heinze, Düsseldorf, 6,00; R. Gensberg, Berlin, 2,00; G. Resselbosch, Baden-Baden, 3,00; Michel Schwab, Gießen, 0,45; L. Schröder, Dortmund, 26,26; Wasmer u. Leuders, Constanz, 23,65; O. Schütte, früher Offenbach, jetzt Hamburg, 7,50; August Reinsdorf, Schriftsetzer, früher in Zürich, zuletzt in Bern, Fr. 6,0 = M. 4,80; Uger, Stud., früher in Zürich, jetzt auf einer deutschen Universität Fr. 28,70 = Mk. 23,00; Mohrhenn, Barmen, 0,65; Bönsch, Schottengasse in Wien, 1,50; K. Manz, Offenbach, 3,00; Hackenberger, Pforzheim, 1,40; O. Kühne, Freibergerstraße in Dresden, 0,60; H. Kühne, Palmstraße in Dresden, 1,20; W. Boge, Bromberg, 1,10; Jeckert, Kleidermacher, Heidelberg, 2,20.

Die Parteigenossen, welche mit obigen Bürgern in Berührung kommen, bitten wir, dieselben an ihre Verbindlichkeit zu erinnern, sowie uns deren Adressen mitzutheilen.

Zürich, August 1877.

Volksbuchhandlung Zürich.
Eigenthum des Schweizerischen Arbeiterbundes.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk.

Abonnementspreis vierteljährlich M. 1,20.
In Heften (3 Wochen-Nummern enthaltend) à 30 Pf.

Inhalt der Nr. 34 (25. August 1877): Ein sonnenloses Leben. Federzeichnung nach der Natur von Ernst von Waldow. (Schluß.) — Die Schutzpockenimpfung. Von Dr. Carl Resau. (Schluß.) - Diesseits des Bosporus. Reisebilder von Carl Hannemann. — Moderne Mütter und Töchter. Originalskizze von M. Kautsky. (Fortsetzung.) — Kleinere Mittheilungen: Der Gaisbub (Illustration). — Korallenfischer (Illustration). — Die zunehmende Theuerung der Lebensmittel. — Zum Artikel Trinkwasser und Epidemien in Nummer 17 unseres Blattes. — Türkische Herrlichkeit in vergangenen Tagen. — Tronve's Militärtelegraph. — Der „Arme Conrad". — Volkskalender für 1878. — Woraus unser Gehirn besteht. — Lieder der Liebe. Von M. Rosenstein. — Briefkasten.

Die Expedition. Färberstr. 12 in Leipzig.

Durch uns ist zu beziehen:

Que Faire?

Französischer Roman von Tschernyschewsky.

33 Bogen stark. Preis 4 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hense, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 102. Freitag, 31. August. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat September zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** ꝛc. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Lindenau** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Zur Todtenfeier.

Es ist ein alter Spruch, tief in die Herzen der Menschen eingegraben: „Die Todten soll man ehren!"

Und wenn dieser Spruch schon im Allgemeinen Giltigkeit hat, so ist er um so zutreffender, wenn man diejenigen Todten vorzugsweise in's Auge faßt, welche der Menschheit Dienste, große Dienste geleistet haben.

Deshalb ist es auch Pflicht des Proletariats, aller der hingestorbenen Vorkämpfer seiner großen Sache, aller der edlen Männer zu gedenken, welche in rastloser Mühe ihre ganze Arbeit, ihr ganzes Sein, ihr Leben selbst geopfert haben für die Idee der Erlösung der Menschheit.

Deshalb ist es Pflicht aller Sozialisten, der todten Kämpfer zu gedenken, welche die Wege bahnten und erleuchteten, die zu dem Ziele der Menschenverbrüderung führen.

Da sehen wir vor unseren Blicken die Leichen der in Frankreich gefallenen Helden, die im Jahre 1848 und 1871 ihr Blut für die Freiheit und die Brüderlichkeit verspritzten; wir erblicken die glühenden Felsen und pesthauchenden Sümpfe von Cayenne und Neu-Caledonien, in denen die Gebeine unserer tapferen Brüder modern, welche von ihren kaiserlichen und „republikanischen" Schergen ihrer Liebe zur Gleichheit und zum Rechte halber langsam dahingemordet wurden.

Da ragen empor vor unserm Geiste Babeuf, der erste moderne Sozialist, und Owen, der stille Denker, und Fourier; dann sehen wir die Heldengestalten, Delescluze und Flourens, die mit ihrem Blute ihre Treue zur Sache besiegelten.

Doch wer kann sie alle zählen, die Denker und Kämpfer, die im stolzen Frankreich und in den grünen Gefilden Englands ruhen, oder deren Gebeine in der Verbannung bleichen.

Robert Blum — erschossen in der Brigittenau bei Wien —, ein Kämpfer für das Recht, den zwar die Bourgeoisie für den ihrigen hält, der sich aber mit Abscheu von ihr abwenden würde, wenn er ihr schmähliches Treiben sähe. Er wirkte mit bestem Willen für das Volk, und wenn ihm auch die zu erringenden Ziele nicht völlig klar vor Augen standen, so war doch sein Streben lauter und rein und er besiegelte seine Liebe zum Volke mit dem Tode — deshalb ist auch er einer der Unseren.

Der große deutsche Dichter Georg Herwegh, der alte treue Heß und der edle, selbstlose Königsberger Philosoph Johann Jacoby — sie haben wir erst kürzlich verloren und betrauert; doch auch heute wollen wir ihrer, wie aller anderen gestorbenen Vorkämpfer, in hoher Liebe gedenken.

Weshalb aber wählen wir zu dem allgemeinen Gedenktag den heutigen Tag, weshalb wählen wir zu solchem Zweck den 31. August?

Jede Partei, die ihrer Todten gedenkt, bestimmt einen Tag im Jahre zu solcher Feier, da sie nicht den Todestag jedes einzelnen Vorkämpfers zu einem Gedenktage machen kann.

Den 31. August aber haben wir Sozialisten Deutschlands zu solchem Gedenktage auserkoren, weil wir an ihm einen der größesten Kämpfer, für die deutsche Arbeiterbewegung aber den größesten verloren haben — Ferdinand Lassalle.

Ihm gebührt die That, die kühne That, die rothe Fahne, nachdem sie Jahre lang zertreten und zerfetzt auf der Erde lag, mit fester Hand wieder aufgerichtet zu haben, unbekümmert um die grenzenlosen Schmähungen und Anfeindungen, welche ihm darob zu Theil wurden.

Wir wollen hier kein Lebensbild des genialen Todten entrollen; wir wissen, daß dasselbe mit leuchtenden Buchstaben eingeschrieben ist in den Herzen der Proletarier aller Länder. Sein Wirken, sein Schaffen steht lebensvoll und groß vor uns — es ist die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands hat die Führerschaft der sozialistischen Propaganda in allen Culturländern übernommen. Außer einigen Wirrköpfen, welche durch ihre anarchischen Bestrebungen die Welt auf den Kopf stellen möchten, kommen die Proletarier aller Länder immer mehr zu der Ueberzeugung, daß sie in dem festen Zusammenschließen zu einer politischen Partei das einzige Mittel haben, die Prinzipien des Sozialismus zur Wahrheit zu machen.

In Frankreich, England und Italien, in Dänemark, Belgien und der Schweiz und neuerdings in den Vereinigten Staaten von Nordamerika sehen wir die Arbeiter geschlossen als Partei auftreten und selbstständig in der politischen Arena, namentlich bei den Wahlen, den Kampf mit großem Geschick und Opfermuth führen.

Das ist der Lassalle'sche Gedanke, das ist der Lassalle'sche Feuerbrand, den er unter die Massen geschleudert und der jetzt hochauflodert, daß er zur Leuchte geworden allen Völkern der Erde.

Ja, das Verdienst, daß die deutsche Arbeiterpartei so von den Feinden gehaßt und gefürchtet, von den Arbeitern aller Culturländer als nachahmenswerthes Vorbild betrachtet wird, und daß sie an der Spitze der sozialistischen Bewegung marschirt, gebührt im Wesentlichen Ferdinand Lassalle. Er war es, der von sich sagen konnte, daß er sein ganzes Leben dem Wahlspruch: „Die Wissenschaft und die Arbeiter!" gewidmet, und der denn auch mit den in der Stille seiner Studirstube geschmiedeten geistigen Waffen den Arbeiterstand ausgerüstet und ihn zum Kampf gegen das herrschende Ausbeutungssystem aufgerufen hat. Und fort und fort wirkt sein Wort, mit Begeisterung erfüllt es die Herzen der Arbeiter und treibt sie an, allen Widerwärtigkeiten zum Trotz, muthig auszuharren und unentwegt dem Ziele zuzustreben. — — —

Es war eine traurige Kunde, heute vor dreizehn Jahren, die blitzschnell durch die deutschen Gauen lief, die wenigen inhaltschweren Worte: Lassalle ist todt.

Hochauf athmeten die Feinde, die da glaubten, daß mit dem einen Manne auch die proletarische Bewegung zu Grabe getragen werde — so sehr fürchteten sie den einen Mann.

Das Volk aber trauerte tief und innig, es war ihm der beste Freund geraubt; doch es wußte dieser Trauer den richtigen Ausdruck zu geben. Es schwur bei dem Andenken des großen Todten, der Sache und sich selbst treu zu bleiben — und diesen Schwur hat das Volk gehalten und dadurch dem großen Vorkämpfer, Ferdinand Lassalle, das schönste Denkmal gesetzt, ein Denkmal, welches dann noch in herrlicher Schöne leuchten wird, wenn längst die Siegessäule in des deutschen Reiches Hauptstadt, wenn längst alle marmornen und erzenen Statuen von Schlachtenmeistern und Völkerbedrängern dem nagenden Zahne der Zeit zum Opfer geworden sind.

Ja, der beste Freund war dem Volke geraubt, aber sein Erbtheil, das lebendige Wort in seinen Schriften und die Erinnerung an seine Thaten, ist dem Volke geblieben, und so kämpft Lassalle noch immer in der großen Volksbewegung, er trägt die Fahne voran und freudig folgen ihm die Mannen der Arbeit.

So lebt er noch immer, der Denker, so streitet er noch immer in erster Reihe, der Kämpfer.

Trauern wir um den Todten, freuen wir uns aber über den Erfolg, den das deutsche Volk schon bis jetzt errungen und den es zum großen Theile Lassalle dankt.

Und war sein Verlust auch ein noch so schmerzlicher, ein allzufrüher, so wollen wir an diesem Tage, am Tage der allgemeinen sozialistischen Todtenfeier in Deutschland, in Bezug auf Lassalle doch das Eine nicht vergessen, daß ein früher Tod meist auch ein schöner Tod ist — damit tröstete auch unser geistvoller Parteigenosse Carl Marx die Freundin Lassalle's, indem er ihr kurz nach dem Tode desselben schrieb:

„Er starb jung — im Triumphe — als Achilles!"

Zum Haftpflichtgesetz

hat das Reichs-Oberhandelsgericht folgende für die Arbeiter besonders wichtige Entscheidung gefällt:

Die erwerbsunfähige Mutter oder sonstige erwerbsunfähige Verwandte einer beim Eisenbahnbetrieb verunglückten Person, welche beim Leben die Mutter resp. sonstige Verwandte zu unterstützen verpflichtet war und auch wirklich entsprechend unterstützt hat, haben einen Anspruch gegen die Eisenbahn-Gesellschaft auf Gewährung jener fortlaufenden Unterstützung an Stelle des Verunglückten. Dieser Entscheidung liegt folgender interessanter Fall zu Grunde. — Die Wittwe O. in Berl n, eine kranke und arbeitsunfähige Person, hatte 5 Söhne und eine kleine Tochter. Von diesen ernährten sich die drei ältesten als Handwerker und unterstützten die Mutter, so weit ihre Verhältnisse dies gestatteten. Einer dieser Söhne, ein Eisenbahnarbeiter, welcher von seinem Arbeitslohn, im Betrage von 27 Sgr. täglich, der Mutter monatlich 8 Thaler abgab, verunglückte eines Tages beim Betriebe der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, und der alten Frau war durch den Tod des Sohnes zum Theil die ihr bisher gewährte Unterstützung entzogen. Dieselbe beanspruchte von dem preußischen Eisenbahnfiscus die Bewilligung einer fortlaufenden Rente an Stelle des verunglückten Sohnes und machte, da ihr die Unterstützung mit dem Hinweis auf die beiden andern erwerbstüchtigen Söhne, welche die Mutter weiter zu unterstützen hätten, verweigert wurde, ihren Anspruch gerichtlich geltend. Das Kammergericht verurtheilte auch den Eisenbahnfiscus zur Gewährung der beanspruchten Unterstützung und die dagegen eingelegte Revisionsbeschwerde wurde vom Reichsoberhandelsgericht zurückgewiesen, indem dasselbe unter Hinweisung auf die gesetzliche Verpflichtung der Kinder, ihre mittellosen Eltern zu ernähren, betonte, daß die Eltern die Klage auf ihre Ernährung nicht gegen alle gemeinschaftlich verpflichteten Kinder richten müssen, sondern auch allein gegen eines der Kinder richten können, und somit auch im vorliegenden Falle die Mutter gegen den an Stelle des verunglückten Sohnes getretenen Eisenbahnfiscus ihr Recht auf Alimentation geltend machen kann. „Wird erwogen", bemerkt weiter das Reichsoberhandelsgericht, „daß der Unterhalt der Klägerin in Berlin zweifellos jährlich gegen 300 Thaler kostet und daß deren zweiter, jetzt als Gemeiner beim Militär stehender Sohn, sowie die beiden jüngsten Kinder, der 15jährige Lehrling Otto und das 12jährige Schulmädchen Anna, selbstredend zum Unterhalt ihrer Mutter nichts beitragen können, so bleiben außer dem Verklagten nur noch der älteste Sohn, der Sattlergeselle, verheirathet und Vater zweier Kinder ist, und der dritte Sohn, der 19jährige Arbeiter O. übrig. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die beiden letzteren Söhne in gleichem Maße wie der Getödtete zum Unterhalte der Klägerin beitragen könnten, so würde Jeder von ihnen jedenfalls monatlich 8 Thlr. beitragen müssen, um die erforderlichen Unterhaltungskosten von monatlich 24 Thaler zusammen zu bringen. Diese Berechnung ist aber jedenfalls nicht einmal zutreffend; denn nach den notorischen Verhältnissen eines verheiratheten, mit zwei Kindern gesegneten Sattlergesellen und eines unverheiratheten 19jährigen — selbst gesunden — einfachen Arbeiters in Berlin wird kaum anzunehmen sein, daß diese einen monatlichen Beitrag von zusammen 16 Thalern zum Unterhalte ihrer Mutter gewähren können . . . Daß der Arbeitslohn für die Arbeit, mit welcher sich der Verunglückte befaßt hatte, von 27 Sgr. auf 25 Sgr. täglich jetzt gesunken sein soll, ist ohne Gewicht. Vorerst ist der Zeitpunkt des Todes, wo der Lohn unstreitig 27 Sgr. betrug, entscheidend. Geringe Lohnschwankungen nach oben oder unten gleichen sich in der Zeit aus, verdienen also auch nicht augenblickliche Berücksichtigung. Erst eine dauernde Herabsetzung der Löhne, sowie eine etwa später vergrößerte Leistungsfähigkeit der lebenden Kinder der Klägerin betreffs des Unterhaltes derselben würden dem Verklagten gemäß § 7 des Reichs-Haftpflichtgesetzes das Recht geben, eine Minderung der Rente zu fordern.

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Der krankhafte Eifer, mit dem neuerdings nach allem gehascht wird, was die Sozialdemokratie in ein milderes Licht setzen oder sie als weniger gefährlich erscheinen lassen kann" — dieser krankhafte Eifer gefällt dem für Knutenhiebe schwärmenden Professor Böhmert ganz und gar nicht und er begrüßt in seiner „Sozialistenstampfmühle" mit großer Freude, daß ein Correspondent der „Augsb. Allg Ztg." vom Mittelrhein (Saarbrücken?) sich gegen solche „Krankheitserscheinung" wendet. Wir können von solchem krankhaften Eifer nichts spüren, wir sehen vielmehr einen krankhaften Eifer, die Sozialdemokratie zu verfolgen — die jüngsten Verurtheilungen von Bebel. Bahlteich, Hackenberger und Kaulitz, dann die Fest- und Versammlungsverbote, die Rüpeleien in den liberalen und konservativen Zeitungen und auch das Böhmert'sche Schmutzblättchen selbst, geben davon reichliches Zeugniß. — Doch alle diese krankhaften Verfolger erhalten ihren Lohn. Der Chemnitzer Assessor Böhmer ist von der Nemesis erreicht; Professor Böhmert leidet an übergroßer Wissenschaftlichkeit; Tessendorff sieht sich immer von Sozialdemokraten verfolgt, im Wirthshause, auf der Straße und gar im Traume; der Gerichtspräsident in Saarbrücken leidet an „Humanität" und wollte Genossen Kaulitz zur Arbeitsscheu verführen, indem er behauptete Kaulitz sei kein Arbeiter; Dr. Rüder zu Leipzig aber leidet an Bismarckomanie — er stellt bei den geringsten Vorkommnissen gegen den „Vorwärts" und gegen die „Fackel" Strafanträge. So werden noch alle hervorragenden Verfolger der Sozialdemokratie an ihrem krankhaften Eifer zu Grunde gehen. Wirklich „weit gebracht" hat es nämlich von den Strebern noch Keiner — benutzt werden sie und dann zur Seite geworfen. Man liebt wohl die Streberei, doch niemals den Streber!

— Der fortescamotirte Nothstand. Der „berühmte" Volkswirth Lammers zu Bremen, der Redakteur des dort erscheinenden Handelsblattes, veröffentlicht nämlich in der „Gegenwart" einen Artikel, der von A bis Z das Thema variirt: „der Nothstand besteht nur in der Einbildung". Die in Berlin erscheinende „Deutsche Volkswirthschaftliche Correspondenz" macht dazu folgende Bemerkungen:

„Herr A. Lammers aus Bremen vollbringt in der neuesten Nummer der „Gegenwart" soeben die größte Boscoleistung der manchesterlichen Laisser-faire-Logik. In einem langen Artikel, „Unfindbare Noth", läßt er den Nothstand verschwinden. Das ganze volkswirthschaftliche Elend ist ihm eine Einbildungskrankheit. — Wir rathen dem Berliner Vereine gegen Verarmung, seine geleerte Kasse mit Abdrücken der Lammers'schen Abhandlungen zu füllen und allen Hilfesuchenden ein Exemplar davon zu geben, damit der eingebildete Hunger sie verläßt. Dasselbe Amulet sei dem Pastor Witte in der Golgatha-Gemeinde empfohlen; der Nothstand in der Oranienburger-Vorstadt wird nach Vertheilung dieses Artikels sofort verschwinden. Ebenso werden die überall noch stattfindenden Steuer-Exekutionen, Wechselklagen, Subhastationen, Concurserklärungen durch Abdrücke der Lammers'schen Abhandlung wirksam zu beschwören sein. Namentlich die Stadt Cöln, aus welcher kürzlich eine schreckliche Concursstatistik gemeldet wurde, mag sich durch Hrn. Lammers belehren lassen, daß diese wirthschaftlichen Halsbrüche nur Einbildungskrankheiten sind; desgleichen die alte Reichsstadt Franfurt a. M. hinsichtlich ihrer überhand nehmenden Subhastationen. Wie thöricht erscheinen die Legionen Selbstmorde aus geschäftlicher Verzweiflung, welche die Zeitungen allwöchentlich melden! In welche Lebenslust und Freudenfülle würde sich die Desparation dieser „Einbildungskranken" verwandeln, wenn man ihnen den Lammers'schen Aufsatz noch in dem verhängnißvollen Augenblicke nahe bringen könnte! Und wie grundlos erscheinen uns fernerhin die Klagen sentimentaler Schwachköpfe über die reducirten Löhne, wie uns solche soeben in einem Nothstandsberichte aus dem Voigtlande entgegentreten. Mögen die Gardinenweber ihren Wochenverdienst von circa 5 Mark doch durch einige Exemplare des Lammers'schen Bosco-Aufsatzes completiren und ihrer Noth ein jubilirendes Ende machen, indem sie in den geistigen Genüssen dieser unsterblichen Laisser-faire Leistung aus der See- und Handelsstadt Bremen schwelgen."

Die „Dresdener Correspondenz" fügt hinzu: „Wie wäre es

mit einem Denkmal für Herrn Lammers — vielleicht auf dem Blocksberge?

Wir sind damit einverstanden, doch müßte Herr Lammers noch eine sehr große Begleitung haben — für die betreffenden Besenstiele würden wir gerne Sorge tragen.

— Demoralisation in der Verwaltung der deutschen Marine. Der „Westfälische Merkur" berichtet aus Kiel: „Eine Untersuchung gegen eine Anzahl Zahlmeister der kaiserlichen Marine wegen Unterschlagung resp. strafbaren Eigennutzes in der Verwaltung scheint weitere Dimensionen anzunehmen. Es sind bis jetzt sieben Beamte dieser Kategorie in Untersuchungshaft genommen, wovon fünf in strengem Gewahrsam sich befinden, den anderen gegen Caution freiere Bewegung gestattet ist. Dem Vernehmen nach handelt es sich um große Summen, in einem Falle nämlich um etwa 180,000 Mark. Zunächst kommen die Expeditionen der letzten fünf Jahre in Betracht; ob man noch weiter zurückgehen wird, steht noch in Frage. Für die Marineverwaltung ist diese Untersuchung sehr drückend und für die Collegen furchtbar peinlich. Die Sache wird so offen in Kiel besprochen, daß von einem Todtschweigen absolut nicht mehr die Rede sein kann." — In jedem Militärstaate tritt früher oder später die Corruption ein. Wir sehen es an Rußland; wir sahen es an dem Napoleonischen Frankreich, und nun will das cäsaristische deutsche Reich, wie es scheint, auf solchem Culturpfade auch nicht zurückbleiben. Glückliches Deutschland! —

— Ueber die letzten Rekrutenaushebungen entnehmen wir einem Artikel der „Posener Zeitung" folgende interessante Mittheilungen:

„Zunächst muß die Thatsache überraschen, daß das deutsche Rekruten-Contingent abnimmt. Es wurden nämlich ausgehoben 1874 136,975, 1875 135,091, 1876 134,111 Mann. Diese Abnahme im Ganzen ist erfolgt, obwohl das von Elsaß-Lothringen gestellte Rekruten-Contingent von 3586 auf 4337 gewachsen ist. Man ersieht daraus deutlich, wie die 1874 im Anschluß an das Reichsmilitärgesetz stattgehabte Erhöhung des thatsächlichen Präsenzstandes der Armee von 355,000 auf 385,000 Mann nicht eine vollständigere Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht durch verstärkte Aushebung und somit eine Verstärkung der deutschen Kriegsarmee, sondern lediglich die Verlängerung der Dienstzeit des einzelnen Mannes bei der Fahne bezweckt hat. Die französischen Aushebungen in diesen Jahren halten mit den deutschen gleichen Schritt, nur mit dem Unterschied, daß von den 136,000 alljährlich in Frankreich Ausgehobenen über 42,000 Mann nur ein halbes Jahr bei der Fahne zu dienen brauchen, während unsere Rekruten bis auf wenige Trainfahrer und Schullehrer drei Jahre dienen müssen. Die deutsche Aushebung wird in Europa gegenwärtig nur überholt von der russischen. Rußland hob 1875 150,000 Mann, 1876, wohl in Vorbereitung des orientalischen Krieges, 172,000 Mann aus. Die wie bemerkt geringer werdende Aushebung in Deutschland wird nicht ausgeglichen durch eine Zunahme an Freiwilligen. Freiwillige traten ein 1875 16,069, 1876 15,963. Es folgt aus der geringeren Aushebungsquote auch nicht eine Zunahme der bei der Aushebung disponibel bleibenden Mannschaft. Im Gegentheil hat die Zahl dieser Mannschaften von 1874—1876 wie folgt abgenommen: 28,377, 22,094, 21,009. Am Unklarsten ist der Bericht in Betreff der Entziehungen von der Militärpflicht. Mit der Abnahme der Auswanderung überhaupt hat auch die Bestrafung Militärpflichtiger wegen unerlaubter Auswanderung abgenommen. 1875 wurden 17,451 desfallsige Urtheile, 1876 15,393 gefällt. Die Zahl der noch schwebenden Untersuchungen dieserhalb verminderte sich von 17,698 auf 14,934. Aber groß sind diese Ziffern immer noch, wenn man bedenkt, daß schon auf 9 eingestellte Rekruten ein wegen unerlaubter Auswanderung Bestrafter kommt. Daneben erheischt der Umstand Aufklärung, daß die Zahl der bei der Gestellung vor den Ersatzcommissionen unermittelten oder unentschuldigt Ausgebliebenen erheblich wächst. Die Gesammtziffern von 1874—1876 sind: 135,734, 139,383, 145,221. Es kommt freilich in Betracht, daß diese Summen nicht vollständig der Wehrkraft verloren gehen. Mancher im ersten Jahr in dieser Summe steckende Wehrpflichtige gelangt im 2. oder in einem späteren Concurrenzjahr zur Gestellung. Geschieht dies nicht, so wird er in der Ziffer der Unermittelten oder Unentschuldigten der folgenden Jahre, so lange überhaupt seine Einstellung noch zulässig ist, wieder mit aufgeführt." — Man sieht aus diesen Mittheilungen, daß es mit dem Militarismus in Deutschland stark abwärts geht nach dem alten Sprichwort: „Wenn man den Bogen zu stark anspannt, bricht er."

— Eitle Mühe. Wie aus der Provinz Preußen mitgetheilt wird, wollen die dortigen Kaufleute eine Massenpetition an die Reichsregierung und den Reichstag richten, welche Abhilfe gegen das Auftreten der russischen Zollbeamten und den Wegfall der Grenzsperre verlangen. Wenn das bedrängte „Väterchen" aus eigenem Antriebe eine Aenderung nicht eintreten läßt, so wird die Grenzsperre wohl ewig bleiben — von dem „Erbfreunde" läßt man sich allerlei Drangsale schon gefallen.

— Nette Pädagogen, die durch Rohheit die Rohheit bekämpfen wollen. Es wird nämlich gegenwärtig in badischen Lehrerkreisen eine Agitation zur Sammlung von Unterschriften für eine Petition an den Reichstag betrieben, welche gegen die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches bezüglich der Ahndung wegen körperlicher Züchtigung von Schülern gerichtet ist. Die Lehrer glauben in der Beschränkung des Rechts der körperlichen Züchtigung und bei Ausschreitungen in der Anwendung desselben durch die gerichtlichen Verfolgungen und Bestrafungen die Autorität in der Schule beschränkt und begründen damit die Zunahme der Rohheiten bei dem heranwachsenden Geschlechte. Die Petition wünscht deshalb, daß den betreffenden Strafbestimmungen eine andere und mildere Fassung gegeben werde. — Noch vor circa 2 Jahren sind im deutschen Reichstag die Strafbestimmungen in Bezug auf Schlägereien und Körperverletzungen im Allgemeinen verschärft worden, nun soll der deutsche Reichstag die Strafbestimmungen in Bezug auf die Lehrerrohheiten und Körperverletzungen mildern — eine merkwürdige Forderung. Uebrigens sind wir der Meinung, daß wo der Baculus in der Schule regiert, gerade dem heranwachsenden Geschlechte die Rohheit eingeimpft wird, Wenn ein Kind in der Schule schon immerwährend Prügel erhält, wird es als Erwachsener seine Nebenmenschen auch mit Prügeln züchtigen und seine Kinder mit Prügeln erziehen wollen. — Es lebe die Prügelei auf Erden!

— Richtige Selbsthülfe. Unter dieser Ueberschrift rekapitulirt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" einen Artikel der „Social-Correspondenz", welcher die roheste Barbarei empfiehlt. Es wird nämlich erzählt, daß im Jahre 1856 in einem Kreise am Riesengebirge, dem der wahre Menschenfreund Graf Eberhard von Stollberg-Wernigerode als Landrath vorgestanden habe, folgendes Geschichtchen vorgekommen sei:

„Das ganze von Schmutz und Ungeziefer starrende Gesindel, circa 80 Mann stark, wurde in der Kreisstadt zusammengetrieben, wo man den Leuten kundgab, daß sie eine freie Arbeitergenossenschaft bilden sollen, welche unter einem Aufseher täglich 10 Stunden für einen bestimmten Lohn arbeiten wollen. Der Aufseher (welcher ein allgemein geachteter Bürger des Ortes war) sei ihr bevollmächtigter Vorstand, welcher den Lohn für sie einzunehmen habe, sie speisen, reinigen und kleiden ließ, er sei sozusagen ihr Vormund. Nachdem sich diese Genossenschaft unter Aufsicht des Grafen Stollberg in einem Walde gegenseitig gewaschen, die Haare geschnitten und überhaupt radikal gereinigt und neu bekleidet hatte, wurde sie in unmittelbarer Nähe meiner Wohnung in einem großen Hause einquartiert. Es war vorauszusehen, daß einer oder der andere dieser Burschen von der Arbeit oder aus dem gemeinschaftlichen Wohnhause fortlaufen würde. Daher wurden die einzelnen Glieder der Genossenschaft veranlaßt, ein Protokoll zu unterschreiben, in welchem unter anderm ein Paragraph enthalten war, welcher Strafen festsetzte, die sie gegenseitig an sich zu vollziehen hatten. Es handelte sich hier um ein Pensum von Knutenhieben, und zwar für das erste Vergehen 5, für das zweite 10 Schläge 2c. Da die Sicherheitspolizei sehr gut war, so konnte ein Entlaufener schon in wenigen Tagen wieder zur Arbeit eingeliefert werden, worauf der Delinquent im Kreise der Genossenschaft von Seiten eines Mitgliedes seinen verdienten Lohn ausgezahlt erhielt. Ich füge nur noch bei, daß von sämmtlichen Mitgliedern dieser auf nicht ganz gewöhnlichem Wege zusammengetretenen Genossenschaft nur sehr wenige die Arbeit verlassen haben. Ehe ein halbes Jahr verging, hatten die Leute sich an Arbeit und Ordnung gewöhnt, daß der Aufseher entlassen und die beregte „Genossenschaft" aufgelöst werden konnte."

Richtige Selbsthülfe! Heiliger Schulze aus Delitzsch — was sagst Du dazu? „Zusammengetriebenes Gesindel — „freie Arbeitergenossenschaft" — „Knutenhiebe"! — Die Sache hat übrigens ihre zwei Seiten — entweder ist die Sache erfunden, so muß der Graf von Stollberg, wofern er Ehre besitzt, den p. p. Böhmert wegen verleumderischer Beleidigung verklagen, da die ihm angedichteten Rohheiten ihn in der Achtung aller anständigen Menschen herabzusetzen geeignet sind; ist die Geschichte aber wahr, so schützt den Grafen nur die Verjährung vor dem Strafrichter. Möglich auch, daß der gereifte Mann diese jugendlichen echt junkerlichen Rohheiten, welche zwei deutsche Professoren, Böhmert und Biedermann, bewundern, tief bedauert. Ein „wahrer Menschenfreund" und Knutenhiebe — das erinnert allzusehr an die russische „Humanität" in der Bulgarei.

— Im heiligen Rußland gestalten sich die Dinge nicht so rosig, wie sie von der rubilisirten deutschen Presse gemalt werden. Der nicht rubilisirte russenfreundliche „Hamburgische Correspondent" bringt nämlich aus Petersburg über die dortige Aushebung einen Bericht, der sonst auch rosig gefärbt ist, aus dem aber folgende bezeichnende Klage ertönt: „Zu begründeten Klagen haben nur das städtische Proletariat und die Söhne der reich gewordenen und ungebildet gebliebenen Kaufleute und Industriellen Veranlassung gegeben. Aus den vorwiegend von Arbeitern bewohnten Stadttheilen „Ochta", „Petersburger" und „Wyborger" Seite hatte sich am Gestellungstage kaum die Hälfte der Verflichteten gestellt, so daß vielfach zur Aushebung von Familienvätern, einzigen Söhnen und anderen sog. Privilegirten geschritten werden mußte." — Wir hatten schon früher mitgetheilt, daß die neue Aushebung und die Einberufung der Landwehr deshalb so unangenehm in Rußland berühre, weil die Privilegirten auch davon betroffen werden, und diese unsere Mittheilung wird durch das Hamburger Blatt bestätigt. — Aus Petersburg erhalten wir von einem Russen direkt folgende Mittheilungen: Die in Moskau zurückgebliebenen Kosaken sind von der Kriegsfurie dermaßen entbrannt, daß sie den größten Unfug, „Beute machen" (Diebstahl), „russische Humanität" (Nothzucht) bei ihren eigenen Landsleuten trieben, in Folge dessen sie aus der Stadt ausquartiert und durch Gensdarmerie ersetzt wurden. — Die Familien der im Kaukasus Aufständischen, welche die Russen anstatt der bewaffneten Männer muthvoll gefangen genommen haben, 6000 an der Zahl, sind nach den nördlichsten Gouvernements Nowgorod 2c. 2c. verbannt worden, um sie durch das kalte ungewohnte Klima dem Tode zu überantworten. — Die Gardeoffiziere in Petersburg waren an dem Tage, als die Mobilmachungsordre erfolgte, sämmtlich so besoffen (wir können uns keines gelinderen Wortes bedienen), daß sie sich die gröbsten Flegeleien und Unzüchtigkeiten gegen die Einwohner, besonders gegen die Frauen erlaubten. — Der Ortsclub in Wladikawkos hat die Offiziere von einem öffentlichen Aufzuge wegen allerlei Unanständigkeiten ausgeschlossen. — — Alle diese Nachrichten bekräftigen uns in unserer Meinung, daß wir Alles thun müssen, uns die russische Kultur und Humanität vom Leibe zu halten.

— Der Schipkapaß ist von den Truppen Suleiman's erstürmt worden; 50 Kanonen sollen ihnen in die Hände gefallen sein. Die Russen eilen ihrem düstern, wohlverdienten Geschicke schnell entgegen. — In Asien hat Mukthar Pascha wiederum einen entscheidenden Sieg erfochten. Der russische Oberbefehlshaber Loris Melikof ist abgesetzt und durch den Fürsten v. Mirski ersetzt worden.

— Auf dem letzten Sozialisten-Kongreß in Gotha ward beschlossen, wie im „Vorwärts" bekannt gemacht und auch in den übrigen Parteiblättern mitgetheilt wurde, ein monatlich einmal erscheinendes Blatt, die „Rundschau" herauszugeben. Dasselbe ist denn auch am 1. Juli unter Verlag und Redaktion von H. Oldenburg in Hamburg erschienen und kommt Anfang September seine dritte Nummer zur Versendung.

Das Blatt ist im Interesse der sozialistischen Sache gegründet, und wäre es daher Pflicht jedes Parteigenossen, dasselbe zu halten und für die Weiterverbreitung zu wirken.

Leider ist aber die Betheiligung bis jetzt nicht eine solche, wie sie sein sollte und könnte, wenn die Genossen der Wichtigkeit des Unternehmens angemessen, dafür eintreten würden.

Wenn die „Rundschau" ihren Zweck erfüllen soll, so ist eine regere Theilnahme für ihre Verbreitung geboten; diejenigen Leute, welche die Uebermittlung des Blattes an die Abonnenten übernommen haben, sind nicht überall in der Lage, allein diese

---

Am Grabe Lassalle's.

In Schlesiens Hauptstadt liegt ein Grab
Verborgen unter Laubgewinden,
Ein Hartverfolgter sank hinab,
Vor all' den Feinden Ruh zu finden.

Aus seinem Staub sproßt ungepflegt
Ein Rosenbusch in süßer Wonne.
Mit zarten Rosen, die er trägt
Empor zum gold'nen Licht der Sonne.

Ein Stein, vom Proletariat
Gesetzt, gar fest in Sturm und Wettern,
Bezeichnet diese Ruhestatt
Mit gold'nen, inhaltreichen Lettern.

Alljährlich, pilgert nun hinaus
Der Mann der Arbeit zu der Stätte,
Er flieht die Werkstatt, läßt das Haus,
Als wenn er ernst're Pflichten hätte;

So ist's! Denn heute ging sein Hort
Vor Jahren ein in's Reich der Geister,
Als Erbe ließ das mächt'ge Wort
Den Jüngern er, ein Hauch vom Meister.

Und dieser Hauch durchzog die Welt —
Ein warmer Odem für die Saaten,
Die er gesä't — er starb als Held,
Doch nimmer starben seine Thaten. — —

Lassall' ist's, den im Tod man ehrt,
Er war's, der die Partei geschaffen
Die dankbar pflegt, was er gelehrt,
Des Volkes blitzend-scharfe Waffen.

D'rum lass't der Arbeit Fahne weh'n
Lass't hoch sie in den Lüften prangen:
Der Müssiggang muß untergeh'n,
Die Arbeit muß zum Recht gelangen!

Arthur Leißring.

Was der große amerikanische Strike lehrt.

Unser Chicagoer Parteiorgan der „Vorbote" bringt unter dieser Ueberschrift folgende Schlußbetrachtungen:

Ganz abgesehen davon, ob der große Strike den Strikenden Nutzen gebracht hat, und ob dieser Nutzen im rechten Verhältniß zu den dabei gebrachten Opfern steht, ist daraus ein großer Gewinn für unsere Partei entstanden, daß er eine so weitreichende Sympathie des Volkes erregt hat; daß er das ganze Volk wachgerufen hat, um sich für oder wider die Ausständigen zu erklären; daß er das Nachdenken über unsere ökonomischen Fragen mehr oder weniger bei jedem erwachsenen Einwohner des Landes in Anspruch genommen — sagen wir recht ökonomisch: daß er uns für eine oder ein paar Millionen Dollars Agitationskosten erspart hat. — Wir sind versucht zu fragen: war es eine ökonomische oder eine politische Organisation, welche diesen Ausstand, seine Folgen und besonders diese Agitation unsrer Sache auf die Tagesordnung gebracht hat? — Antwort: eine ökonomische. Weitere Frage: hätte — unter übrigens denselben Umständen — eine rein politische Organisation denselben Erfolg haben können?

Wir müssen uns recht klar machen, was diese Frage bedeutet. Eine lokale oder selbst eine Staatswahl, welche das Programm und die Aemterbewerber unserer Partei siegreich gemacht hätte, konnte viel Aufsehen im Lande erregen, ohne deshalb gerade bei der Mehrheit der Arbeiter einen mehr als oberflächlichen Eindruck zu machen; sie konnte unsern Gegnern einige Besorgniß gegenüber der neuaufstrebenden Partei einflößen, ohne sie deswegen mit wirklicher Furcht zu erfüllen; sie konnte unsere Parteigenossen mit größerer Zuversicht auf weitere Siege anstecken, ohne ihnen die viel stolzere Gewißheit, die sie jetzt haben, zu verleihen, daß das arbeitende amerikanische Volk der Gesinnung und dem guten Willen nach bereits auf unserer Seite stehen; sie blieb immer blos ein Rechenexempel, welches die Frage nach der jetzigen Ausbreitung unserer Gedanken und Bestrebungen beantwortete, ohne zugleich zu verrathen, ob das ganze arbeitende Volk dafür empfänglich sei.

Wäre nicht zugleich die ökonomische Organisation der Eisenbahn-Arbeiter vorhanden gewesen und geeinigt in dem Vorsatze, bei erster Gelegenheit sich gegen die Höherhängung des Brodkorbes zu wehren, so wären nicht nur sie selbst durch Lohnherabsetzung noch wehrloser gemacht worden, sondern die Aufregung des gesammten Volkes, welches durch diese Lohnverminderung mitbetroffen und durch den Stillstand des Großverkehrs an den Zusammenhang aller Volksinteressen tief erinnert worden ist, hätte eintreten können. Es hätte nicht an den Tag kommen können, daß die bewaffnete Macht einem hungernden Volke gegenüber unverwendbar ist; es wäre nicht jedem Auge klar geworden, daß der anerzogene gesetzliche Sinn der Amerikaner vor dem obersten Gesetze, „daß Noth kein Gebot kennt", schachmatt wird; es wäre nicht an's Licht getreten, daß unser Großkapital ebenso sehr des Blutdurstes und der rücksichtslosesten Herrschsucht fähig ist, als es die Pariser Bourgeoisie ist; es wäre nicht der Einfluß, welchen unsere Agitation immerhin schon erlangt hat, durch die hündische Presse vergrößert, und die Aufmerksamkeit der Millionen wäre nicht auf uns hingelenkt worden; die Gegnerschaft wäre nicht zu dem Versuche von Unterdrückungsmaßregeln verlockt worden, an welchen sie jetzt zweifelsohne denken wird, und sie hätte uns dadurch nicht neuen Grund zu kräftigem Widerstande geboten; es wäre nicht in einer Woche mehr von unseren Bedürfnissen und von der gegnerischen Büberei gesprochen worden, als im Wege der Wahlagitation in mehreren Jahren möglich wäre.

Eine politische Wahlagitation ist eben etwas hierzulande so Gewöhnliches, daß sie nur ausnahmsweise und vorübergehend einige Aufregung schafft. Der Strike, den wir eben erlebt, muß lange und tiefe Aufregung hinterlassen, hat bereits den Philisterinn im ganzen Volke erschüttert und wird unfehlbar immer sich steigernde Folgen hervorrufen. Politische Wahlagitationen sind leider zu Schauspielen herabgewürdigt, bei welchen das Volk Zuschauer- und höchstens Statistenrollen spielt; bei einem entschlossenen Widerstande einer großen ökonomischen Organisation spielt jeder zunächst Betheiligte eine thätige Rolle mit, macht einen hohen Einsatz, der bis an Leben und Tod reichen kann, und setzt alle seine Kräfte in Bewegung; selbst eine ganze oder theilweise Niederlage bringt wenigstens seiner Sache Vorschub und macht ihn selbst ideell kampfeifriger; das ganze Volk aber wird am Ende mit in die Theilnahme am entschiedenen Kampfe gezogen.

In allen hier erwähnten Rücksichten erweist sich die ökonomische Organisation als eine höchst politische, schnellst wirkende, ganz unerläßliche. Sie hat nur eine Schwäche: sie allein führt nicht

Arbeit besorgen zu können, und müssen deshalb die übrigen Genossen dieselben unterstützen.

Wir hoffen, daß nunmehr die Genossen mit ganzer Kraft dafür eintreten, daß die „Rundschau" einen großen Abonnentenstand erhalte!

— Parteigenosse Baumann zu Nürnberg ist am Montag den 20. d. M. aus dem dortigen Zellengefängnisse nach einer Haft von 21 Wochen entlassen worden.

Russengreuel.

Aus Adrianopel vom 18. August berichtet der Correspondent des „Daily Telegraph": „Ihren Instruktionen gemäß begab ich mich hierher, um die Lage der Tausende von türkischen Frauen und Kindern zu untersuchen, welche hier Zuflucht gesucht haben. Die Tragödien im Balkan stehen beispiellos da; noch nie war ein Krieg von solchen Schrecknissen begleitet. Vorbedachte, kaltblütige Grausamkeit hat hier ein Volk vom Erdboden weggefegt.

Daß die Hospitäler hier von verstümmelten Männern voll sind, ist wohl keine Neuigkeit mehr; aber ein Spital voll von verwundeten Frauen, jungen Mädchen und kleinen Kindern, welche mit Schußwunden, Lanzenstichen und Säbelhieben bedeckt sind, hatte ich noch nie zu sehen Gelegenheit. All diese Greuelthaten sind das Werk der Kosaken; die Bulgaren hatten wohl auch ihren Antheil daran, aber die fürchterlichsten müssen den russischen Soldaten zugeschrieben werden.

Ich sah z. B. ein hübsches junges Weib — diese unglücklichen Geschöpfe verhüllen ihre Gesichtszüge nicht mehr —, das durch beide Arme geschossen wurde, als es sein Kind vertheidigen wollte, das kaum einen Monat alt war. Das Kind wurde getödtet, die Mutter von drei Kosaken geschändet. Ich habe noch einige andere Frauen über ihr Schicksal befragt und wurde hierbei — dies zur Bekräftigung meiner Angaben — von Mr. Black, dem Leiter der Ottoman Bank, und dem britischen Consul Mr. Blunt unterstützt. Ein armes Weib, Namens Rabia, deren beide Söhne in Buk-el-Nuk verbrannt wurden, gab an: Als die Russen ankamen, wurden den Einwohnern die Waffen abgenommen, die Männer wurden in eine Moschee, die Frauen in einen Pachthof gesperrt. Später wurden die Männer abgeholt und auf einen von großen Strohhaufen umgebenen Platz geführt. Hierauf wurde das Stroh angezündet, so daß die meisten Männer verbrannten. Die wenigen, denen es gelang, aus den Flammen zu entkommen, wurden erschossen oder erstochen. Dann machten sich Kosaken und Bulgaren über die Weiber, welche nach vielen Mißhandlungen buchstäblich vor den Spitzen der Bajonnette aus dem Orte getrieben wurden.

Das nächste Weib, mit dem ich sprach, hieß Lelahar aus Tisarluch. Ihr Gatte und ihre beiden Söhne wurden vor ihren Augen in Stücke gehauen. Eine in Haiderbay wohnende Wittwe, Namens Gimmi, verlor ihre beiden Söhne. Als die Kosaken und Bulgaren sich diesem Orte näherten, begann ein förmliches Gemetzel, bei welchem von 500 bis 600 Einwohnern höchstens 100 entkamen. Mehrere junge Frauen wurden öffentlich geschändet, und zwar von in der Nachbarschaft wohnenden Bulgaren. In Adrianopel selbst ist das Elend ein schreckliches. All' die Tausende Flüchtlinge sind obdachlos, ohne Nahrung und Kleidung. Hier wäre der Humanität ein weites Feld geboten, aber die Humanität müßte sich beeilen, falls sie noch Wirkung zu erzielen hoffen wollte."

Ein anderer Correspondent desselben Blattes schreibt aus Jeni-Saghra, 18. August: „Vorgestern begab ich mich in Begleitung des Kapitäns Fife, des englischen Militärattachés und zweier Spezial-Correspondenten englischer Journale nach dem Städtchen Tanti. Dort sahen wir mehr als 120 Frauenleichen, welche schon größtentheils von Hunden angefressen waren. In einem Hause fanden wir die Leichen von zehn jungen Mädchen, von denen eines sehr hübsch gewesen sein mußte. Ihr Körper war völlig nackt; sie trug am Halse eine tiefe Säbelwunde. Nach den Mittheilungen, welche man uns hier machte, wurde dieses fürchterliche Gemetzel von Bulgaren und Kosaken ausgeführt, welche die Mädchen erst schändeten und dann förmlich abschlachteten. Es ist zu befürchten, daß die ganze türkische Bevölkerung hier von den Kosaken und Bulgaren ermordet worden ist. Die völlig glaubwürdigen Aussagen, welche wir hier sammelten, lassen keinen Zweifel darüber, daß diese Unthaten auf Anstiften der Russen begangen wurden."

Die „Kölnische Zeitung" läßt sich von Tirnowa-Semeline einen Fall schreiben, den wir hier noch mittheilen wollen:

Nicht allein die Aussagen der Flüchtlinge, das Selbstgesehene genügt, die Schandthaten der Moskowiter und ihrer würdigen Protegirten, welche Kinder und Frauen erwürgen, zu constatiren. In den Armen eines jüdischen Greises und über den Schooß einer neben ihm kauernden alten Jüdin ausgestreckt, liegt ein bildschönes jüdisches Mädchen, 16 oder 17 Jahre alt; der Körper zuckt convulsivisch und der Mund ist krankhaft bewegt; die weiten türkischen Beinkleider sind über und über blutgetränkt. Ein junger Engländer mit der Binde der Stafford-House-Ambulanz um den Arm — denn eine solche ist glücklicherweise im Lager aufgestellt — ist eben damit beschäftigt, dem unglücklichen Geschöpf eine calmirende Morphium-Injektion unter die Haut des Unterarmes zu machen; türkische Offiziere bilden eine theilnahmsvolle Gruppe um das Mädchen, und unter ihnen befindet sich Tahir-Bey, des Sultans Adjutant. „Ecrivez le à Mr. Gladstone" ruft er mir im besten Französisch zu. „Vous l'avez vu!" „Dieses Geschöpf ist wahnsinnig, an 20 Kosaken und bulgarische Legionäre haben ihm Gewalt angethan!"

Wo bleibt da die deutsche Reichsregierung, um Rußland an die Genfer Convention zu erinnern?

Correspondenzen

Düsseldorf. Anläßlich der bevorstehenden Anwesenheit des deutschen Kaisers ist unsere „Kunststadt" in eine nicht geringe Aufregung versetzt, und es haben die Liberalen jetzt die schönste Gelegenheit, ihren Patriotismus durch Feuerwerk, Illumination, Triumphbogen, Paraden und Hochrufen vollständig freien Lauf zu lassen. Nun, wir gönnen's den Herren, und sollte einer oder der andere derselben sich bei dem unausbleiblichen Ordensregen übergangen sehen, so wird er sich auf eine andere Gelegenheit, an denen ja kein Mangel ist, trösten müssen, vielleicht gelingt es dann, durch eine schwulstige Rede 2c. die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und das einsame Knopfloch durch irgend welches Bändchen zu schmücken. Unsere Ultramontanen werden freilich in den sauren Apfel beißen müssen, und illuminiren und fackeln tüchtig mit, wollen sie doch auch „getreue und gute Unterthanen" sein. Die hiesige Künstlerschaft, speziell der Verein „Malkasten", wird dem „hohen Gaste" historische Aufzüge und Elfentänze aufführen; dann hat die Stadt, außer den vom Provinziallandtag zum Feste bewilligten 15,000 Mark, auch ihren „milden Beutel" aufgethan und 5000 Mark bewilligt, kurzum die Sache verspricht glänzend zu werden, und der Kaiser wird, wie auch das hiesige ultramontane „Düsseldorfer Volksblatt" bemerkt, wieder eine große Anzahl befrackter, hochrufender, festessender und trinkender Unterthanen zu sehen bekommen. Besehen wir uns hingegen einmal den Revers der Medaille und lassen einige Stellen aus dem eben veröffentlichten Bericht der Düsseldorfer Handelskammer, betr. Ermittelungen über Gang der Geschäfte und Arbeiterentlassungen folgen:

„Das Ergebniß war, daß sich in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Oktober 1876 die Zahl der Arbeiter, sowie die Arbeitszeit in Arbeitern ausgedrückt, wie folgt vermindert haben:

In der	Eisenindustrie	27⅔ Prozent
„ „	Seidenindustrie	54⁹/₁₀ „
„ „	Kammgarnspinnerei	3⅓ „
„ „	Baumwollindustrie	27½ „
„ „	Bleiweißindustrie	17¹²/₁₀ „
„ „	Industrie feuerfester Produkte	20 „
„ „	Brauerindustrie	15 „ „

Das sind beredte Zahlen, und seit dem 1. Oktober 1876 ist's wahrhaftig nicht besser geworden. Ferner enthält derselbe Bericht:

„Die Concurse und Subhastationen, eine Folge des gesunkenen Wohlstandes, mehren sich immer mehr und mehr. Während hierdurch die Steuerkraft des Bezirks geschwächt worden, sind leider die Ansprüche an dieselbe gestiegen. So hat die finanzielle Lage der Stadt einen Communalzuschlag von 215 Proz. zur Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer und von 100 Proz. zur Grund- und Gebäudesteuer nothwendig gemacht."

Es ist eine traurige Thatsache, daß es hier nicht mehr außergewöhnlich ist, wenn in einer Woche 20—25 gerichtliche Zwangsverkäufe stattfinden; die gänzliche Verarmung des Mittelstandes und kleineren Handwerkerthums macht reißende Fortschritte und es beginnt auch in diesen Kreisen, obschon dieselben leider noch viel zu sehr ultramontanerseits aufs „bessere Jenseits" sich vertrösten lassen, das Gefühl der Interessengemeinschaft mit den Lohnarbeitern sich immer mehr Bahn zu brechen. Beweis hierfür liefert uns das letzte vom sozialdemokratischen Wahlverein arrangirte Volksfest; dasselbe war von circa 4—500 Personen besucht, die zu einem verhältnißmäßig großen Theil diesen Kreisen angehörten, und wurde die von echt sozialistischem Geiste durchwehte Festrede Strumpen's mit stürmischem Beifall aufgenommen. Bis spät in die Nacht hielt das durch keine Dissonanz gestörte Fest die Theilnehmer in gemüthlicher Unterhaltung vereinigt, und können speziell die Düsseldorfer Genossen mit dem Erfolg auch in agitatorischer Hinsicht zufrieden sein. —tt.

Reichenbach (Schlesien). Unser Parteigenosse, Reichstagsabgeordneter August Kapell, schreibt an die Gesinnungsgenossen im Wahlkreise Reichenbach-Neurode Folgendes:

Da ich mich in weiter Entfernung von eurer Heimath befinde, ist es mir leider nicht vergönnt, mich des Oeftern über die sozialen und politischen Verhältnisse eurer Gegend zu unterrichten, wie ich es so gerne möchte. Obgleich ich im steten Verkehr mit euch bekannten Personen stehe, von welchen ich die nothwendigsten Nachrichten über eure Lage erhalte, ist es gerade die Böhmert'sche „Sozial-Correspondenz" — ein Mädchen für Alles — in welcher ich recht nette Enthüllungen über die Verhältnisse der mir so lieb gewordenen treuen Arbeiter und Handwerker von Reichenbach-Neurode und Waldenburg finde. Die „Sozial-Correspondenz" schreibt nämlich:

„In Schlesien liegen die Arbeiterverhältnisse zur Zeit noch sehr ungünstig. Die Hauptzweige unserer heimischen Industrie, die Kohlen- und Eisenproduktion (Oberschlesien und Waldenburg) und die Weberei (Mittel- und Niederschlesien) liegen fast ganz darnieder. Zum Glück sind die Ernteaussichten in den meisten ackerbautreibenden letztgenannten Bezirken sehr günstig, theilweise, z. B. in der Grafschaft Glatz, sogar vorzügliche. In den Arbeitslöhnen steht aber die Grafschaft Glatz weit hinter den anderen Gegenden Schlesiens zurück. Die meist Weberei treibende Bevölkerung darbt und hungert. Für ein Stück Leinwand, das für Langenbielau gearbeitet wird, gab es in regulären Zeiten 6 Mark und darüber Lohn, heute erhalten die Weber, die oft 3—4 Meilen zur Ablieferungsstelle wandern müssen, 2—2½ Mark pro Stück, und dabei wird ihnen noch eine Ablieferungsfrist vorgeschrieben, so daß sie jetzt nur 2 Stück per Woche liefern dürfen gegen 3 bis 4 Stück in früherer Zeit. Eine größere Fabrik bei Neurode, die 200 Handwebe- und eine Anzahl Maschinenwebstühle enthält, hat längst den Betrieb auf ¹/₁₀ reduzirt und beabsichtigt, im August ganz aufzuhören. Die Fabrikation von Berliner Double's ist in der Grafschaft mangels genügenden Absatzes fast ganz eingestellt worden, die Preise sind sehr gesunken und der Verdienst deshalb sehr gering. Auch die Glasfabrikation und die Glasschleiferei, die in der Gegend von Schlegel und Reinerz Tausende ernährte, stockt, letztere besonders wegen der durch den Krieg verhinderten Ausfuhr nach Rußland. Dagegen beginnt ein neuer Industriezweig, die Fabrikation von Heiligenbildern, in Neurode zu blühen; die dortige Fabrik beschäftigt bereits circa 200 Personen und exportirt vorzugsweise nach Belgien, Frankreich und Rumänien. — Großer Geldmangel macht sich überall fühlbar und zwingt fortwährend Geschäfte, die ihre Gelder augenblicklich nicht flüssig machen können, die Zahlungen einzustellen. — Aus Waldenburg schreibt man uns: Die Porzellan-Industrie liegt hier immer noch darnieder und der Betrieb der beiden Fabriken ist auf ein Drittheil beschränkt. Der Kohlenversandt ist lebhafter, die Halden sind theilweise versendet, doch zu Preisen, daß entschieden an der Förderung eher zugesetzt, als verdient wird." (?? College Fürst von Pleß, ist das wahr?)

Hier wird also das schlesische Elend in grellen Farben von einer Correspondenz geschildert, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, der Sozialdemokratie auf „wissenschaftlichem Wege" den Garaus zu machen. Und welche Vorschläge macht denn das Central-Reptilienblatt zur Abwendung dieser bittern Noth? Keine! Sie tröstet euch mit der Aussicht auf eine „gute Ernte", wovon aber die arbeitslosen Handwerker und Arbeiter auch nicht satt werden können. Die Bauern und Gutsbesitzer werden bestimmt, nicht eine Metze Korn zur Abhilfe der Noth von der „guten Ernte" abzugeben, wenn diese nicht in klingender Münze bezahlt werden kann.

Ein Mittel freilich ist es, welches die „Sozial-Correspondenz" als Linderungspflaster vorschlägt, nämlich: Umkehr von dem zum Verderben führenden Wege der Sozialdemokratie und Anschluß an die Partei der „Reichsfreunde. — Wer also wieder ein rechtschaffener Patriot geworden ist und dreimal des Tages singt: „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben?" oder: „Deutschland, Deutschland über Alles" — oder gar: „Wenn die

---

zum Ziel und weist nicht die wissenschaftlich erprobten Wege dazu; dazu bedarf sie der Ergänzung durch eine politische Organisation, welche gründlich belehrt, die getrennten ökonomischen Organisationen verbindet und zur gemeinsamen Berathung und Beschließung aller zur Emanzipation führenden Schritte fähig macht.

Gewaltanwendung, blutige Kämpfe, Putsche, blinde Ausbrüche der Volkswuth sind nicht das Mittel, das arbeitende Volk auf dem Wege der Emanzipation an's Ziel zu bringen. „Wo rohe Kräfte sinnlos walten, da kann sich kein Gebild gestalten." Sie führen viel eher zu zeitweiligen Rückschritten, und aus diesem Grunde werden sie von unserer Partei verschmäht. Und es ist unleugbar, daß ökonomische Organisationen mehr Hang zur Gewaltanwendung haben als politische, so daß wir aus diesem Grunde beiderlei Organisationen eng verbunden wünschen müssen.

Es gilt aber bei dieser Befürwortung der politischen Thätigkeit sehr scharf zu unterscheiden. Wahlagitation ist nicht die einzige, ist selbst nicht einmal die beste Art politischer Thätigkeit. Man kann, wie allbekannt, sehr wirksam politisch agitiren durch Massenversammlungen, zumal wenn für getreuen Bericht über die dabei gefallenen Reden gesorgt ist; man kann es nicht minder wirksam durch allerlei großartige Demonstrationen, wie z. B. Aufzüge, Volksfeste, Tragen von Abzeichen, welche eine bekannte Bedeutung haben, Geldsammlungen für unglückliche Parteigenossen, Massenbittschriften an Legislaturen (?) und Behörden; man kann es endlich am allerbesten durch die Parteipresse und Flugschriften, sowie durch Congresse der Abgeordneten der Partei und weiteste Veröffentlichung ihrer Beschlüsse. Und alle diese Agitationsmittel kosten weniger Geld als eine Wahlagitation, während sie weiter reichen. Ist nun die Organisation einer dergestalt zusammengebrachten Partei zweckmäßig und kräftig: sind also alle Parteimitglieder auf Listen eingetragen, hat jede Abtheilung der Partei ihre regelmäßigen und interessanten Versammlungen, thätige Beamte und Gesammtbehörden, so ist die politische Thätigkeit in hohem Grade dankbar, selbst ohne alle Wahlbetheiligung. Hat sie vollens eine große Zahl Redner und Schreiber, welche die Organisation rasch ausbreiten und überall ökonomische und politische Aufklärrng reifen, so heißt das im höchsten Grade politisch handeln, auch ohne daß man vorläufig an einer öffentlichen Wahl als Partei sich betheiligt. Sobald die Betheiligung räthlich sein soll, muß man gewiß voraussehen können, daß ein großer, schlagender, eindrucksvoller Erfolg erreicht werden wird; andernfalls ist es am besten, damit zu warten. So wenigstens in Amerika.

In Deutschland, Frankreich und Belgien steht es damit ganz anders. Dort sind alle von uns angegebenen politischen Massenversammlungen, Demonstrationen und die strenge Parteiorganisation gesetzlich erschwert und theilweise verboten; die Presse und das öffentliche Wort sind in ihrer Wirksamkeit beschränkt; die Wahlagitation bleibt somit das Hauptmittel der Agitation und der Organisation überhaupt, und für diese müssen deshalb alle denkbaren Opfer gebracht werden. Wenn der „Milw. Sozialist" in diesem Sinne seine Behauptung, daß die Lokalagitation möglichst freigelassen werden müsse, verstanden wissen will, nämlich daß sie in Amerika anders ausfallen müsse als in Deutschland 2c. so können wir ihm beistimmen. Aber wir können ihm darin nicht beistimmen, daß sie in Ohio und Wisconsin anders soll betrieben werden dürfen, als in New-York oder Massachusetts, und daß die Partei des ganzen Landes dahinein nicht zu reden haben soll. Denn die politischen und ökonomischen Verhältnisse sind innerhalb der Vereinigten Staaten nicht entfernt so verschieden nach Oertlichkeiten, daß die ganze Partei die Bedürfnisse der örtlichen Organisation nicht sollte verstehen und würdigen können.

Wir hoffen hiermit klar gemacht zu haben, was die streng am Parteiprogramm haltende Fraktion unserer Partei von politischer Thätigkeit hält, daß sie derselben durchaus nicht abgeneigt ist, sie der raschen Ausdehnung der politischen Organisation sogar sehr zugeneigt ist und eine solche voraussetzt, bevor sie irgendwo zu Wahlbetrieb zu schreiten anrathen möchte, kurz, daß man aufhören sollte, ihre Absichten mißzuverstehen. Wenn die Partei einig ist, so wird sie sich seit dem Strike in zehnfach schnellerer Weise verbreiten und viel erfolgreicher wirken, als der Kühnste unter uns noch vor Kurzem zu hoffen gewagt hätte. Es kann alsdann sein, daß sehr bald die ganze Partei einstimmig eine allgemeine Wahlbewegung für nöthig findet.

Wenn aber die Einigkeit fehlt, wenn die Parteidisziplin nicht das oberste Gesetz für jedes Mitglied ist, so wird kein — auch noch so großer — lokaler Parteierfolg den unberechenbaren Schaden wieder gutmachen können, welche die Uneinigkeit anrichtet. Denn wer soll genügendes Vertrauen zu einer neuen Partei gewinnen, um sich ihr mit Leib und Seele anzuschließen, wenn er dieselbe innerlich zwiespältig erblickt? Ein ungeheures Saat- und Erntefeld ist uns plötzlich eröffnet worden — wehe Denen, welche zwischen den Ackerbauern Streit erregen und erhalten, wo einige Thätigkeit Wunder thun könnte!

— **Warnung.** Am 3. September sollen die Kriegervereine von Düsseldorf und Umgegend eine Paradeaufstellung vor dem deutschen Kaiser nehmen. In Hinblick auf den Potsdamer Vorfall, wo die Kriegervereine wegen übergroßer Animirtheit die Parade vor dem Kaiser nicht ableisten konnten, werden die Düsseldorfer Wirthe gewarnt, den Kriegern Bier und Branntwein vorher zu verabreichen, damit die culturhistorische Mission dieser Vereine, nämlich die Sozialdemokratie zu bekämpfen, auch richtig und in Ordnung von Statten gehen kann.

— Cholera. Vom 22. August wird gemeldet: Auf dem französischen Kriegsschiffe „Corrèze" brach auf der Fahrt von Saigun nach Suez, nachdem Aden passirt war, die Cholera aus. Von der Mannschaft sind fünfzig gestorben und befinden sich 130 Kranke an Bord.

— Fälschers Tagewerk. Unter dieser Ueberschrift bringt der Berliner „Ulk" folgende niedliche Verse:

Wenn früh die blauen Wölkchen ziehn,
Färb' ich die Weine mit Fuchsin.

Lacht Mittags hell der Sonnenschein,
Thu' Schwerspath ich in's Mehl hinein.

Wenn dann das Abendroth erglimmt,
Schütt' Ziegelstaub ich in den Zimmt.

So leb' ich, jeder Sorge fern,
Und preise brünstig Gott den Herrn!

— Nächstenliebe eines Geistlichen. In einer bekannten Stadt, so wird der „Hessischen Landeszeitung" in Darmstadt berichtet, legte ein unglücklicher Mensch Hand an sein Leben; die arme Wittwe bedurfte eines Nachweises, auf Grund dessen ihr und ihren Kindern von der Armen-Commission eine Unterstützung werden sollte. Der Geistliche, den sie zu diesem Zwecke um eine Urkunde bat, nahm nur eine Mark und sicherte ihr zu, daß sie zu jeder Zeit (!) von ihm einen geistlichen Rath erhalten solle, so oft sie sich an ihn wende. Die Armen-Commission war humaner als der geistliche Trostspender, sie gewährt: der Frau, welche keine 16 Zimmer bewohnt, eine Spende zur Erziehung ihrer Kinder und erstattete ihr obendrein die Mark für den Pfaffen zurück.

Kanone blitzt und kracht, das Herz im Leibe lacht" — der wird selig werden — in den Armen des Hungertyphus à la 1844. Welche Weisheit gehört nun nach der „Sozial-Correspondenz" dazu, um den Sozialdemokraten den Garaus zu machen? Der Artikel, welchen ich hier wiedergebe, ist gewiß nicht dazu angethan, euch über die Bestrebungen der Sozialdemokratie ein ungünstiges Urtheil einzuflüstern und den Sieg bei der letzten Reichstagswahl zu Nichte zu machen; im Gegentheil befestigt er ihn erst recht und zeigt deutlich, wie nöthig es war, daß die Arbeiter ihrerseits energisch für ihre Interessen eintraten. Arbeitet weiter so fort auf dem bisher betretenen Wege. Ihr seht aus dem Artikel der „Sozial-Correspondenz", daß alle Versuche, die gemacht worden sind, um eure Lage in einem günstigeren Licht erscheinen zu lassen, angesichts der wahren Verhältnisse selbst aufgegeben werden. Euer Anspruch auf eine Besserung der Verhältnisse, auf Herbeiführung menschenwürdiger Zustände ist so vollberechtigt, daß selbst die erbittertsten Gegner der Sozialdemokratie wider Willen durch Anerkennung der Berechtigung unseres Tadels unserer Partei in die Hände arbeiten.

Daß ihr von der „Sozial-Correspondenz" und ihren Freunden keine Hilfe zu erwarten habt, muß euch allen klar geworden sein. Die Zukunft liegt in eurer Hand und gestaltet sich um so besser, je mehr ihr die Bestrebungen der wahren Volksfreunde unterstützt.

Sorau, 19. August. Am 16. d. M. tagte in der Geißler'schen Schankwirthschaft eine zahlreich besuchte Volksversammlung, in der Genosse Klute über „Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit" sprach. Die Versammlung folgte dem Redner mit der größten Aufmerksamkeit und bekundete ihre Uebereinstimmung mit dem Gehörten durch allgemeinen Beifall. Das „Sorauer Wochenblatt", das in seiner Nr. 97 über die Versammlung berichtet, meint, „daß gerade die Ausführungen des Referenten in Bezug auf Religion den lauten Beifall eines Theiles der Versammlung ernteten, einen Beifall, welcher, wenn derselbe mit so augenscheinlicher Lust von jungen Burschen, fast möchte man sagen Knaben, die in ernster Lebenslage sich erst noch zu bewähren haben, gespendet wird, mit Widerwillen erfüllt." — Mir erscheint der „Widerwille" des „Sorauer Wochenblattes" unverständlich. Ich meine, daß die „jungen Burschen", welche durch ihren Beifall bekundeten, wie wenig sie von der Religion halten, sich erst recht in „ernster Lebenslage" bewähren werden. — Neben dem „Sorauer Wochenblatt" hat auch ein Pastor oder sonst irgend ein Thor seine Stimme in Nr. 99 desselben Blattes erhoben, um sein Wehe über die verrottete Welt zu schreien. „Seit 7 Jahren", jammert die fromme Seele, „geht der Geist der Sozialdemokratie in deutschen Landen mehr denn zuvor auf Jagd — mnnchmal steht er nur auf dem Anstande, manchmal hält er aber auch Treibjagden ab — wer will behaupten, daß die Versammlung vom 16. August in Sorau nicht den Erfolg einer Treibjagd gehabt habe? Seit 7 Jahren reisen die Führer der sozialdemokratischen Partei in Norddeutschland mehr denn zuvor umher, — für diese Partei sind es sicher schon 7 fette Jahre gewesen; gebe Gott der Herr, daß für unser Land und unseren Kreis nicht jetzt auch schon die 7 dürren Jahre folgen! Wer sich aber einbildet, daß dieser Geist, der sich so unmerklich in unserer Mitte einen so festen Platz geschaffen hat, ohne Kampf wieder von selbst abziehen werde, der irrt gewaltig. Hier heißt es die Waffen in die Hand nehmen und kämpfen, bis daß er besiegt und todt zu Boden gesunken ist; und daß diese Waffen nicht länger unbenutzt liegen bleiben möchten, das ist die eigentliche Absicht dieses Hephata (d. i. thue dich auf!), das zwar stark, aber in der guten Hoffnung auf Einlaß an alle Thüren der Stadt Sorau pochen möchte." — Nun, die „Thüren der Stadt Sorau" haben sich aufgethan, und der Sozialismus hat seinen Einzug in dieselbe gehalten. Und daß der Sozialismus eine bleibende Stätte in unserer Stadt finde, dafür wird gesorgt werden.

Mannheim, 15. August. Gestern Abend fand im „Grünen Haus" dahier eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Die französische Revolution von 1789—93 mit besonderer Berücksichtigung der sogenannten Schreckensherrschaft." Referent war Herr Oppenheimer, Kaufmann von hier. Trotz blos einmaliger Annoncirung der Versammlung war der Saal vollständig überfüllt. Besonders hatte sich eine nicht geringe Zahl Bourgeois eingefunden. Um den Raum des „Vorwärts" nicht groß in Anspruch zu nehmen, will ich auf den Vortrag nicht näher eingehen und nur erwähnen, daß sich Herr Oppenheimer seines über 1½ Stunden andauernden Vortrags in gediegenster Weise entledigte, welcher von der großen Majorität der Versammlung mit nicht enden wollendem Beifall aufgenommen wurde. Gegner meldeten sich trotz der Aufforderung nicht zum Wort. — Genosse Mai charakterisirte noch in kurzen Worten die heutige Presse und forderte alle Arbeiter auf, für unser neues Blatt, welches am 1. Oktober erscheinen soll, kräftig zu agitiren. — Sonntag den 29. Juli hielten wir im Käferthäler Wald unser Waldfest ab, welches sich, trotz der geringen Aussicht auf gute Witterung, einer sehr starken Betheiligung erfreute. Das Fest verlief in schönster und fröhlichster Weise. — Zum Schluß will ich noch bemerken, daß Genosse Erhart am 14. d. M. nach London abgereist ist, und sagt derselbe allen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl. Briefe betreffs des Preßfonds wolle man an Filip Mai, T 5. 4, richten.

Friedr. Ottenthal.

Meerane, 22. August. Die Arbeiterentlassungen in den mechanischen Webereien mehren sich täglich. Ganze Fabriken stehen bereits still. Aber wenn die massenweise feiernden Arbeiter also gezwungen ihre Bündel schnüren und auf Ferien gehen, werden sie wiederum von der liberalen Presse verhöhnt und als Landstreicher verschrieen. Da haben es die Herren Beamten doch etwas besser, wenn sich dieselben auf Ferienreisen begeben. — Am 18. d. M. wurde hier nach langer Pause wieder eine große Volksversammlung im „Bairischen Hof" abgehalten, die von circa 1000 Personen besucht war. Genosse Vahlteich referirte über den Sozialismus im Allgemeinen, legte die gesellschaftlichen Zustände, die sklavereiähnlichen Arbeitsverhältnisse und die Mißwirthschaft der herrschenden Parteien im derzeitigen Klassenstaate blos, beleuchtete klar und verständlich die Ziele der Sozialdemokratie und erntete von der aufmerksamen Versammlung allgemeinen lebhaften Beifall.

Aus Württemberg, 21. August, schreibt man der „Vossischen Zeitung": Wenn unsere offiziellen und offiziösen Kreise seit Beginn des orientalischen Krieges einen gewaltigen Türkenhaß und eine entsprechende Russenfreundlichkeit zur Schau trugen, so konnte das Niemanden Wunder nehmen, denn der Stolz, eine russische Fürstin zur Königin zu haben, ist groß und der Einfluß dieser bekanntlich auch politisirenden Königin reicht weit. Wird ein Fest gefeiert im Schwabenland, so dürfen auch russische Fahnen niemals fehlen, wie jüngst noch in Tübingen, wo dagegen das ehedem hoffähige Schwarzrothgold verpönt war; und handelt es sich darum, den Verwundeten im Orient Beihilfe zu spenden, so ist von den Türken niemals die Rede. Das wäre, wie gesagt, noch zu ertragen, wäre nicht zu verwundern; allein wahrhaft kläglich und unbegreiflich bleibt es, daß keines der größeren, angeblich unabhängigen Blätter des Landes es wagt, angesichts des orientalischen Krieges eine andere Haltung anzunehmen, als welche bei Hofe gefällt, ja, daß die meisten Blätter in ihrer allerunterthänigsten Dienstergebenheit die Freundschaft für die Russen bei Hofe ihrerseits durch einen plötzlich angenommenen Russen-Enthusiasmus noch überbieten zu sollen glauben. Ganz besonders widerlich ist in dieser Hinsicht das Gebahren des „Schwäbischen Merkur". Für ihn sind Diejenigen, welche nicht für Rußland schwärmen, nichts als Besitzer von Türkenloosen, für ihn ist bei den Deutschen Türkenfreundschaft gleichbedeutend mit Vaterlandslosigkeit.

Kopenhagen, 24. August. Auch hier macht sich die Arbeitslosigkeit immer fühlbarer, und vor allem im Baufach finden Viele diesen Sommer keine Beschäftigung, wie sie im Winter gehofft hatten, wo sie schon feiern mußten. In den Fabriken größtentheils Stillstand, in den Handwerken keine bedeutenden Aufträge, im Kleinhandel massenhafte Ausverkäufe und Fallite und im Großhandel und der Schifffahrt kein Leben. So ist mit kurzen Worten die gegenwärtige Lage zu schildern. Nur eine Ausnahme findet statt und das sind die königlichen Marinewerkstätten, wo Tag und Nacht und Sonntags bis 4 Uhr gearbeitet wird, um die neuen Panzerschiffe fertig zu stellen.

Diese Zustände äußern sich auch auf die soziale Bewegung, aber in negativer Weise, da bisher die Betheiligung von Vielen als ein Vergnügen angesehen wurde, welche nun vor dem Ernste der Sache und ihren Forderungen zurückschrecken. Der Kern der Partei steht fest zur Fahne und bewundernswerth ist es, wie er strebt die schweren Schläge wieder wett zu machen, die die ehemaligen „Führer" der Partei der Sache des arbeitenden Volks zugefügt haben.

Am 1., 2., 3. und 4. Juli fand hier der zweite Congreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt. Das Resultat war Spaltung. Zunächst trennten sich die Jütländer, welche sich von den Kopenhagenern nicht mehr majorisiren lassen wollten, und verweigerten die Zahlung der Beiträge zur Centralkasse. Die gegenwärtigen Leiter der Bewegung sind der Bewegung in keiner Weise gewachsen, und so schied hier am Orte abermals ein Theil aus, so daß nun drei Fraktionen bestehen.

So unerfreulich nun auch diese Thatsachen sind, so bin ich doch jetzt in der Lage, von neuem der Hoffnung Raum zu geben, daß trotz allem Mißgeschick und Ungeschick die ganze Bewegung in die rechte Bahn einlenkt und auch Dänemarks Arbeiter klar und bewußt dem großen Ziele zustreben werden.

In den letzten Tagen hielt Herr Förster, welcher früher hier gearbeitet hatte, zwei Vorträge in öffentlichen Versammlungen, bei welcher Gelegenheit einige jüngere Parteimitglieder den Wunsch aussprachen, daß sich die dänischen Arbeiter die Organisation und Agitation der deutschen Arbeiter zum Vorbilde nehmen möchten. Der Vorschlag fand Zustimmung.

In der Hoffnung, später über einen günstigen Fortgang des eingetretenen Umschwungs berichten zu können, muß ich noch hinzufügen, daß die „Fachvereinigung der Bautischler" den Strike beschlossen und in einigen Werkstellen schon zur Ausführung gebracht hat. Im Interesse der Solidarität aller Arbeiter möge Jeder bestrebt sein, Zuzug fern zu halten.

Auch hier fordert der Militarismus seine Opfer, so bescheiden er auch auftreten muß, ob groß oder klein dieser moderne Moloch ist, er muß Menschenleben haben. Zwei Drittheile der Rekruten werden nach ihrer Ausbildung beurlaubt, was nach 6 Monaten geschieht, während das andere Drittheil den Winter hindurch die Wachen bezieht. Mitte Juni treffen die Beurlaubten wieder ein und beziehen dann die alten Mannschaften, da die neuen schon ausexerzirt sind, das Uebungslager in Jütland, wo die Manöver stattfinden. Auf dem Wege dahin sind nun Einige bei der großen Hitze todtmarschirt worden, und Einer gar nach deutschem Muster, denn es wurde angenommen, er simulire seine Schwäche nur, weshalb zwei Mann ihm unter die Arme greifen und ihn nachschleppen mußten, bis es unmöglich wurde, worauf er starb. — Heute las ich einen Brief aus dem Lager, worin es hieß, daß die Soldaten der Kälte wegen die Mäntel brauchen. Da kann man sich denken, daß dieselben des Nachts in ihren Leinwandzelten nicht schwitzen.

Vor einigen Tagen ereilte das Schicksal auch einen „Volksmann", den Schuhmachermeister, Folkethingsmann und Bankier J. A. Hansen. Sein Haus, ein „Folketak" oder Volksdank à la Schultze-Delitzsch im Werthe von ungefähr 30,000 Thlrn., war überschuldet und in der Brandkasse ein Defizit von 200,000 Kronen. Im Theater trifft ihn ein Schlaganfall, so daß er krank nach Hause gebracht wird, dadurch kommt die Unordnung in den Geschäftsbüchern und die Leere in den Kassen zur Kenntniß der Behörden, die nun eingreifen, und die dadurch verursachte Aufregung beschleunigte seinen Tod. Er war stets für das „allgemeine Beste" thätig und im ganzen Lande bekannt, weshalb sein Fall großes Aufsehen hervorrief. Am empfindlichsten traf es aber seine politischen Freunde, die „Venstermünden", auf deutsch die Linke, die denn auch bestrebt waren, den Schaden wieder gut zu machen, und zwar auf sehr pfiffige Art. Sie hatten nämlich die kühne Idee, den Geschädigten zuzumuthen, das Defizit zu decken!

Und nun noch eine Humoreske in dieser traurigen Zeit aus Karlsbad, welche den lächerlichen Eifer der österreichischen Polizei gegen den Sozialismus bis nach Franz-Josefsland am Nordpol trägt. In den hiesigen Blättern liest man Folgendes: „Ein dänischer Fabrikant im Ausland als Demagog verdächtig. Ein dänischer Fabrikant, welcher vor einiger Zeit aus Karlsbad zurückkehrte, wo er sich 5 Wochen zur Wiederherstellung seiner Gesundheit aufhielt, sah sich dem Verdacht ausgesetzt, ein Demagog und Rädelsführer zu sein. Er hatte vor seiner Abreise von hier einem Kreise von Freunden und Bekannten versprochen, ihnen ein Fäßchen von dem bekannten Pilsener Bier zu senden; doch da dieses Bier, wie er in Böhmen erfuhr, eine so weite Versendung nicht verträgt, so löste er sein Versprechen auf eine andere Art ein. Bei einer Zusammenkunft, welche seine Bekannten aus diesem Anlaß hatten, wurde ihm ein Danktelegramm gesandt, welches dänisch und in Versen geschrieben war. Unter den Händen der deutschen Telegraphisten erhielt dasselbe indessen eine sehr verunstaltete Form und namentlich das Wort „Öl" wurde verändert in „Oel". Da nun Tags zuvor Arbeiternnruhen in Asch an der bayerischen Grenze stattgefunden hatten, bei welcher Gelegenheit auf einige aufrührische Arbeiter scharf geschossen worden war, theilte die Telegraphenstation augenblicklich der Ortspolizei mit, daß ein verdächtiges Telegramm an einen Badegast eingelaufen sei, in welchem die Rede von Petroleum wäre. Kurz darauf kam ein Polizeibeamter zu dem Betreffenden, welcher ihn aufforderte, sich sofort beim Bezirksrichter einzufinden. Dieser, welcher bereits eine Abschrift des Telegramms erhalten hatte, stellte ein Verhör mit ihm an; er fand es noch verdächtiger, daß denselben Tag ein Bruder des Fabrikanten mit dem Eilzuge von Berlin angekommen war. Glücklicherweise hatte sich der Fabrikant mit einem Passe versehen und erreichte damit dem Anschein nach, daß er den Polizeibeamten beruhigte und davon überzeugte, daß er ein friedlicher Badegast sei und Nichts mit dem Sozialismus zu thun habe, am allerwenigsten aber bei den Unruhen in Asch. Indessen erhielten beide Brüder doch die Weisung, bei ihrer Abreise von Karlsbad den Weg nicht über Asch zu nehmen.

Jörgen Gaardmand.

Briefkasten

der Redaktion. R. in Husum: Weitere Berichte erwünscht. — T. Th. in Meißen: Wenn Sie den Brief meinen, der die Verhaftung eines Russen mittheilte, so ist derselbe allerdings in unsere Hände gelangt; Gebrauch konnten wir von der Mittheilung aber um deswillen nicht machen, da keinerlei Details angegeben waren. — K. K. in W.: Nichtsachsen sind zu der betreffenden Wahl nicht berechtigt. Um sächsischer Unterthan werden zu können, haben Sie bei der Amtshauptmannschaft diesbezüglichen mündlichen Antrag zu stellen. Militär- und sonstige Legitimationspapiere sind hierzu erforderlich.

Quittung. Hlwg Flensburg Ann. 4,80. Zswl Forste Ann. 0,70. Festcomité Groitzsch Ann. 5,40, Schr. 0,50. G. Bßlr Stuttgart Ab. 75,15. H. Krtzschmr Dortmund Ab. 3,00, Schr. 3,25. F. Krstnr Wien Ab. 4,80. R. Wlck hier Ab. 3,20. R. Wßmr Anina Ab. 11,84. F. Hlzngr Wien Ab. 1,85. G. Gr Osnabrück Ab. 8,90. A. Schmdt Hannover Ab. 100,00. Mllr Mannheim Ab. 25,00. R. Grmm Solothurn Ab. 1,85. A. Gnthr Hannover Schr. 10,00. Ockt Heilbronn Schr. 27,00. Ullrch Görlitz Schr. 6,60. Stschng Bernburg Schr. 12,90. Jhn Görlitz Schr. 1,00. Lchtnbrg Solingen Schr. 1,00. Prsn Sonderburg Schr. 1,60. Bck Ulm Schr. 0,50. Grbg Zbl bei Penzig Schr. 9,75. Pschl Zweibrücken Schr. 4,40.

Fonds für Gemaßregelte.

Vom Zwenkauer Arbeiterverein ges. am Centralarbeiterfest d. Rudolph 1,80.

Für die ausgeschlossenen Cigarrenarbeiter in Ohlau.

In der öffentlichen Schneider-Versammlung im „Eldorado" ges. 4,80.

Krebs.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Forst i. L. Sonnabend, den 1. September, Abds. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Th. Barth: Große

(F 122) **Volksversammlung.**

Tagesordnung: Das Leben und Wirken Ferd. Lassalle's. Referent: F. Klute. Um die weiteste Verbreitung ersucht. A. Zisowsky. [70

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, 1. September, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11: [70

Geschlossene Versammlung.

Tagesordnung: Abrechnung und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Hannover. Den Freunden und Parteigenossen empfehle ich mich auf den diesjährigen Markt mit guten Speisen und Getränken und bitte freundlich mich recht zahlreich besuchen zu wollen. Münz. [1,20

Leipzig. Mittwoch, den 5. September, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Thätigkeit des Reichstages und die Sozialdemokratie. Referent August Bebel. 90] Der Einberufer.

Leipzig. Gewerkschaftskrankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend.

Sonnabend, den 1. September, Abends 8 Uhr, bei Menzel, Kurzestraße:

Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag. Aufnahme neuer Mitglieder. [70

Zwickau. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Das Versammlungslokal befindet sich von jetzt an bei Herrn Restaurateur Winter, Ecke der Nikolaistr., vis-à-vis der Kath. Kirche. Die Versammlungen finden wie bisher Donnerstags statt.

D. C. [50

Provinzialversammlung.

Am 9. September d. J. findet in Königsberg eine Versammlung der Gesinnungsgenossen der Provinz Preußen statt. Zweck derselben ist: Berathung über die wirksame Verbreitung der am 1. Oktober erscheinenden „Königsberger Freie Presse".

Beginn der Versammlung Nachmittag 4 Uhr im Kneiphöfschen Gemeindegarten, Magisterstraße 55.

Diejenigen Gesinnungsgenossen aus der Provinz, welche dieser Versammlung beiwohnen, werden ersucht dies bis zum 8. September an J. Kräcker, Unterrollberg 17, zu berichten.

Für Frei-Quartier wird gesorgt werden. Zahlreiches Erscheinen Ehrensache. [1,40

Königsberg in Preußen. (25) J. Kräcker.

Durch uns ist zu beziehen:

Zur

Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Que Faire?

Französischer Roman von Tschernyschewsky.

33 Bogen stark. **Preis 4 Mark.**

Erinnerung an Börne.

Einzelpreis 20 Pfg.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heßig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 103. Sonntag, 2. September. 1877.

Zur Sedanfeier.

Aus blut'gen Wolken wiederum stieg empor
Des Tages Sonne, der dazu ausersehn,
Uns fort und fort zurückzurufen
Graunvollen Krieges Gewirr und Elend.

Verblendet wallen wiederum Tausende
In feierlichem Zuge zum Festesplatz
Und beten an die Tagesgötzen:
Macht und Erfolg und blut'gen Kriegesruhm.

Mit Scham und Grauen wenden das Auge wir
Von solcher Feier, die uns entsetzlich däucht,
Und mit dem Schmerz, der uns erfüllet,
Rufen wir zu Euch ein dreifach Wehe:

Weh' Euch, Ihr Blinden, daß Ihr durch solches Thun
Die Liebe tödtet, — die Euer Christenthum
So laut gebietet, — und zum Haß reizt,
Der doch nur wieder muß Haß erzeugen!

Und aber Weh' Euch, die Ihr nicht sehen wollt,
Daß solche Feste Stolz nur und Prahlerei
Und alle schlimmen Triebe fördern,
Die die Erlösung der Menschheit hindern!

Und nochmals Wehe, daß Ihr auf solche Art
Denselben Weg uns führet, den Frankreich einst
Gewandelt und auf dem es furchtbar
Von der geträumten Höhe stürzte!

Wann endlich kommst du, glühend ersehnte Zeit,
Wo nur der Greis dem schaudernden Enkel noch
Von Festen kündet, welche wahrlich
Nimmer der Vorwelt zur Ehre dienten?

O komme bald! Sonst zaget der Genius
Der Menschheit, — der schon bange das Haupt verhüllt
Ob solcher Feier, — und verzweifelt
Gänzlich an unseres Volkes Zukunft. E. K.

Vor sieben Jahren

tobte um Sedan eine blutige Schlacht. Zwei Armeen, vertretend zwei Culturvölker, die zwei vornehmsten Culturvölker des europäischen Festlandes zerfleischten einander mit entsetzlicher Wuth, bis endlich die Schale des Sieges sich zu Gunsten der größeren Zahl neigte. Der Sieg der Deutschen war vollständig. Was übrig war von der feindlichen Armee wurde gefangen, und mit den Trümmern seiner Armee der Kaiser von Frankreich, der an Deutschland den Krieg erklärt, und von dem die Proklamation unseres obersten Kriegsherrn es ausgesprochen hatte, daß nur er, der französische Kaiser, nicht das französische Volk unser Feind sei.

Dieser Kaiser war gefangen. Das deutsche Volk jubelte, und die deutschen Krieger, deren Heldenmuth der großartige Erfolg zu verdanken, auch sie jubelten. Die Opfer des Kampfes, die Gräuel des Krieges waren vergessen. Das deutsche Volk und die deutschen Krieger, sie waren von Einem Gedanken erfüllt, und dieser Gedanke ließ sie auffauchzen vor Lust: „der Urheber, die Ursache des Krieges ist von der Nemesis ereilt, er befindet sich, unschädlich in unserer Gewalt, der Friede, den er freventlich gebrochen, ist wieder hergestellt, die zwei Völker, die er zu schnöden Eroberungszwecken, aus verruchtem Landhunger an einander gehetzt, reichen sich wieder brüderlich die Hand und marschiren wetteifernd in den Künsten des Friedens, vereint an der Spitze der Civilisation!" —

Es kam anders.

Der geschlagene Urheber des Krieges fuhr in goldener Karosse, von einem Schwarm seiner Höflinge und Adjutanten begleitet, nach dem Schloß Wilhelmshöhe und lebte dort in Saus und Braus als der Gast seines „lieben Bruders", des Königs Wilhelm von Preußen, des obersten Kriegsherrn der siegreichen Deutschen. Und die deutsche Armee, statt zurück in die Heimath, marschirte gegen Paris.

Der Krieg war beendigt.

Ein neuer Krieg begann.

Der Vertheidigungskrieg hatte seinen Zweck erreicht — gründlicher und schneller als der Hoffnungsvollste zu hoffen gewagt hatte. Der Angriff war abgewehrt, kein neuer Angriff zu befürchten, von dem Besiegten jede Bürgschaft des Friedens zu erlangen.

Allein plötzlich schob sich ein neuer Zweck an die Stelle des ursprünglichen. Elsaß-Lothringen sollte den Franzosen abgenommen werden.

Dem Vertheidigungskrieg folgte der Eroberungskrieg. Der französische Kaiser, mit dem wir nach der Proklamation unseres obersten Kriegsherrn Krieg führten, hatte aufgehört, Krieg führen zu können, hatte zwei Tage nach Sedan aufgehört, Kaiser zu sein — dem französischen Volk galt nun der Krieg, dem französischen Volk, das natürlich nicht gutwillig Theile des französischen Staates konnte losreißen lassen.

Anderthalb Monate hatte der gerechte Vertheidigungskrieg gedauert.

Fünf Monate lang raste der Eroberungskrieg — hunderte von Städten und Dörfern wurden zerstört, zehntausende von Jünglingen und Männern in der Blüthe des Lebens vom feindlichen Eisen und Blei weggerafft, Hunderttausende zu Krüppeln geschossen, dem Siechthum überliefert, Millionen von Familien ins Elend, an den Bettelstab gebracht, die Furiensaat des Hasses über zwei gewaltige Reiche gestreut . . .

Umsonst erhob die Partei der Humanität und des Friedens: die Sozialdemokratie ihre Stimme. Umsonst warnte sie, die Eroberung von Elsaß-Lothringen sei nicht bloß eine Versündigung an dem Selbstbestimmungsrecht der Menschen, sondern auch ein politischer Fehler, wie er schwerer nicht gedacht werden könnte, und der sich schwer rächen werde. Umsonst machte sie darauf aufmerksam, daß die Annexion Elsaß-Lothringens uns Frankreich zum unversöhnlichen Feind machen, es in die Arme jeder anderen uns feindlichen Macht treiben, und thatsächlich nur Rußland, unserem gefährlichen Nachbar im Osten, zu Gut kommen würde. Umsonst hob sie hervor, daß Rußland sich schon anschickte, die orientalische Frage zu „öffnen"; daß der Friede, der die Annexion zur Voraussetzung habe, der Krieg und die Kriegsgefahr in Permanenz sei; — aus einer Kriegspanik würden wir in die andere, aus einem Krieg in den anderen geschleudert, ganz Europa, und insbesondere Deutschland in ein waffenstarrendes Kriegslager verwandelt, der Wohlstand der Völker durch die Unsicherheit und den Steuerdruck vernichtet, die Freiheit erstickt, die Sitten verwildert werden.

Die Stimme der Sozialdemokratie verhallte ungehört; die Sozialdemokraten wurden von den Staatsmännern und deren Trabanten verlacht, verfolgt, eingekerkert.

Die Annexion wurde durchgesetzt.

Und Alles, was die Sozialdemokratie vorausgesagt, hat sich erfüllt.

Vor sieben Jahren raste der Krieg in Frankreich — heut rastet der Krieg in zwei Welttheilen, und von den einst so blühenden Gefilden Armeniens, von den im Duft der Poesie prangenden Rosengärten des Balkan dringt Blut- und Brandgeruch herüber — der Blutgeruch von Myriaden Erschlagener und Verwundeter — der Brandgeruch von zahllosen eingeäscherten Dörfern und Städten. „Die Flinte schießt, der Säbel haut", die Granate zerfetzt, — die Saaten werden niedergestampft, und der Wehruf geschändeter Weiber dringt zum Himmel — Alles im Namen der Civilisation und Humanität.

Der Civilisation und Humanität, die aus dem Schlachtfeld von Sedan hervorgewachsen ist, und die der Mordspatriotismus uns jetzt zu feiern anstachelt.

Vor sieben Jahren Massenmord.

Heute Massenmord.

Und was dazwischen?

Der „liebe Bruder" von Deutschland ist deutscher Kaiser geworden.

Der „liebe Bruder" von Frankreich ist in der Verbannung gestorben.

In Frankreich die Communetragödie; die blutige Maiwoche, die Saturnalien der Versailler Ordnungsbanditen.

In Deutschland der Milliardenschwindel; die Gründungsepidemie; der „große Krach"; die ökonomische Krisis; das „industrielle Sedan" von Philadelphia; „Krieg in Sicht" und wiederum „Krieg in Sicht"; vermehrter Steuerdruck; der Militarismus auf die wahnsinnigste Spitze getrieben.

In tollster „Concurrenz" des Mordscultur-Fanatismus ein Staat den anderen zu Grunde richtend. — —

Und als der russische Einbrecher im Angesichte Europas seine Räubermission proklamirte, und im Angesichte Europas seine Räubermission zu erfüllen sich anschickte — da hielt Europa die Hand vor die Augen und sah den Räuber nicht.

Und Deutschland, das bei Sedan und nach Sedan so erfolgreich „für den Czaren" gearbeitet hatte, es mußte dem Räuber Hand- und Spanndienste leisten. Die „Wacht am Rhein" steht jetzt am Rhein als Wacht für Rußland, an der Donau als Wacht für Rußland, an der Weichsel als Wacht für Rußland.

Für Rußland!

Für Rußland haben unsere tapferen Soldaten 1870/1871 ihre Haut zu Markte getragen; und die Frucht des Sieges von Sedan ist, daß unser nationaler Wohlstand zerstört, unsere Freiheit eine Legende, unser „bewaffnetes Volk" der Wachtposten des russischen Räubers geworden ist, der ihm Frankreich, Oesterreich, England, Polen vom Halse zu halten hat. —

Vor sieben Jahren wurden die blutigen Körner gestreut, deren Giftfrüchte wir heute genießen.

Und jenen Tag, der aus einem Tag des Segens zu einem Tag des Fluchs für unser Vaterland, für Europa, für die Welt gemacht worden ist, soll das deutsche Volk als einen „Nationalfesttag" feiern?

Warum nicht den Jahrestag der That des Thomas?

Wir kennen nur einen Nationalfesttag, und er wird einst kommen: die Feier des Tages, an welchem der Cultus des Massenmords abgeschafft und die Menschenliebe auf den Thron erhoben worden ist.

Die Wirkungen der Sedanspolitik zeigen sich überall und überall gleich nachtheilig, gleich fühlbar. Die Tage der Sedanspolitik sind gezählt. Kein Zweifel: die Sedanspolitik findet bald ihr Sedan!

Tröpfe von Republikanern.

Unser Schweizer Parteiorgan, die „Tagwacht" bringt über die Herren Gambetta und Consorten aus der Feder unseres Genossen H. Greulich zu Zürich folgenden beherzigenswerthen Artikel:

Herr Gambetta hat eine Rede gehalten! Das „Ereigniß" hat sich am 15. August in Lille abgespielt. Reden sind ja bei den Maulhelden vom Schlage Gambetta's stets „Ereignisse"! Die Rede füllt sieben ganze Spalten der „Republique française" — ihre Lektüre wäre also als Mittel gegen schlaflose Nächte zu empfehlen — würde von uns demnach nicht weiter beachtet werden, wenn nicht einige Sachen darin vorkämen, die zur Erkenntniß der Zeitlage in Frankreich betrachtet werden müssen.

Der Republikaner comme il faut wirft sich in eine wahrhaft possirliche Entrüstung gegen die Reaktionäre, „welche wenig genug Achtung vor sich selbst und dem Vaterlande haben, um der Armee diese Beleidigung (!!) anthun zu dürfen, zu glauben, daß dieselbe je sich zu einer Ungesetzlichkeit gegen das Recht hergeben würde."

Die Zuhörer brachen ob dieser Hanswurstiade in „langen Beifall" aus, was Herrn Gambetta bewog, ernst zu werden und „in der absolutesten Ueberzeugung seines Gewissens" auszusprechen:

„Wenn es in Frankreich eine Gruppe von Männern gibt, wo das Gefühl und das Bedürfniß von Ehre, wo die Achtung vor dem Gesetze am nothwendigsten sind und wo man mit der meisten Energie fühlt, daß es kein Frankreich mehr geben würde, wenn ein Versuch gegen das Gesetz sich noch produziren könnte — diese Gruppe, dieses Bild des Landes, meine Herren, ist die Armee."

Und was sagte die „republikanische" Versammlung zu dieser Aufschneiderei? Das wird ebenfalls der Nachwelt berichtet:

(Ja! ja! Enthusiastischer Beifall. — Wiederholte Rufe von: „Es lebe die Armee!")

Wir schlagen uns vor die Stirn! Lesen wir von einer Rede Ludwigs XVI. an seinen getreuen Adel gelegentlich einer royalistischen Bachanalie in Versailles? Nein, lieber Leser, das Stück spielt 90 Jahre später und die Worte, die zu andern Zeiten ein Bourbon, ein Napoleon oder ein Orleans sprach, die sprach vor 10 Tagen der „Republikaner" Gambetta an einem Bankett, das „ihm zu Ehren" von dem „republikanischen" Senator Testelin veranstaltet wurde in der guten alten flandrischen Stadt Ryssel, die auf französisch Lille heißt. Man hat auch seitdem noch nicht gehört, daß Herr Gambetta an seiner — Rede erstickt sei.

Himmeltraurig aber muß es genannt werden, wenn ein Republikaner nach den Erfahrungen des letzten Jahrhunderts ein Loblied auf — das stehende Heer singt. Eine Republik und ein stehendes Heer von einer halben Million gedrillter und des Bürgerbewußtseins beraubter Menschenmaschinen, die auf Commando rechts oder links gehen, um es einem größeren, verschiedeneren Widerspruch geben? Ist nicht eine Republik — sobald nicht ihre erste That darin besteht, das stehende Heer aufzulösen, die Bürger ihrer Heimat wiederzugeben und das ganze wehrfähige Volk zu bewaffnen — ist so eine Republik nicht von vornherein eine Sklavin der Säbelrassler und muß sie nicht immer wieder schließlich dem „Gesellschaftsretter" anheimfallen, der den Säbelrasslern die lockendsten Aussichten darbietet? Hat das vergangene Jahrhundert diese Lehre mit noch nicht genug Blutschrift niedergeschrieben?

Freilich, die Bourgeoisrepublikaner haben Nichts gelernt — aber Alles vergessen, seitdem ihnen der Staat nur noch eine Assekuranz für den Geldsack ist. Sie kleiden freilich ihre widerrepublikanische Anbetung des stehenden Heeres in einen patriotischen Mantel und weisen auf die andern Militärstaaten, hauptsächlich auf das Reich der Mitte hin. Es ist freilich richtig, daß die Bismarck'sche Politik ein Hauptgrund für die Carricatur ist, in der sich die französische Republik präsentirt — aber Bismarck kannte wohl auch seine Pappenheimer, die Herren Thiers, Gambetta und Cie., und berechnete sehr gut, daß diese Herren aus der Republik ein Zerrbild machen würden, das nur geeignet ist, den Abscheu vor der Republik unter dem europäischen Philisterthum zu erregen.

Denn der patriotische Mantel, der um das stehende Heer gehängt wird, ist seit 1814 und 1870 zerrissen. Und wie kann Frankreich besser geschützt werden vor feindlichen Einfällen: Durch ein stehendes Heer von einer halben Million, das im Kriegsfall etwa auf eine Million gebracht werden kann, oder durch eine Volkswehr von mindestens drei Millionen, wenn man nur nach schweizerischen Verhältnissen rechnet?! Oder was für eine Armee ist geeignet, ein Land besser zu vertheidigen: Eine solche, deren Glieder dem Volksbewußtsein systematisch entfremdet und zu blinder Unterwürfigkeit gedrillt sind — oder eine solche, deren Glieder mitten aus dem Volke heraus von Haus und Herd kommen und die Unabhängigkeit und Freiheit ihres Vaterlandes vertheidigen?!

Hat man die todesmuthigen Landsturmkolonnen von 1792 vergessen, deren patriotische Hingebung die bestgedrillten stehenden Heere ihrer Zeit in Schrecken setzte? Und waren es nicht dieselben Revolutionsheere, an deren Spitze ein mit Feldherrntalent begabter Abenteurer das feudale Europa auf den Kopf stellte? Waren es nicht dieselben Schaaren, die in Holzschuhen und Blousen an die Grenzen zogen?

Aux armes citoyens!
Formez vos bataillons!
— — — — — —
La République nous appelle
Sachons vaincre ou sachons périr!

Freilich, die Schaaren und ihre Führer wurden durch die Eroberungskriege zum stehenden Heere demoralisirt und unterlagen dann wieder den deutschen Volksheeren, die man in der Stunde der Noth organisirt hatte. Und heute singt Herr Gambetta, der Republikaner, ein Loblied der stehenden Armee, die noch nie etwas Anderes bedeutet hat, als schmachvollen Frieden, vom Feinde diktirt, und schmachvolle Knechtung des Volkes, den 18. Brumaire und Waterloo, den 2. Dezember und Sedan — dem stehenden Heere, das mit der Republik unversöhnlich ist. —

Aber Herr Gambetta verübte an jenem Bankett in Lille noch andere Possirlichkeiten. Hören wir noch einen andern Punkt seiner Rede:

„Einer der demonstrativen Charaktere der nächsten Wahlen

wird die Verschmelzung zwischen der Bourgeoisie und den Arbeitern, zwischen dem Kapital und der Arbeit sein, die sich gegenseitig unterstützen, weil Diejenigen, welche in der hohen Bourgeoisie sich bei Seite gehalten hatten, aus Furcht vor der Republik, durch die Weisheit, Klugheit und Eintracht der republikanischen Partei gewonnen worden sind. Heute nach dem 16. Mai — wie nach 1830 — wohnen wir einer wahren Verschmelzung des Volkes mit dem Bürgerthum bei."

Die Bourgeois haben dieser Redensart zugejubelt, vielleicht waren auch einige flandrische Arbeiter da — „Arbeiter", wie man sie bei solchen Komödien auch auf die Bühne bringt — vielleicht haben die Arbeiter diesem klingenden Blech auch zugeklatscht und Herr Gambetta wird darüber sehr „gerührt" gewesen sein. Aber das Wehen der Zeit ruft dem Schönschwätzer ein „Zu spät" zu: „Trop tard!"

Und ständen auch nicht die blutigen Schatten der gemordeten Communekämpfer im Wege, und könnte das überlebende Proletariat auch nicht die Finger in die immer noch frischen Todeswunden legen, die die Rachewuth der Bourgeoisie geschlagen hat — und wäre auch nicht die abgrundtiefe ökonomische Spalte da, welche die Interessen des arbeitenden Volkes von denen der ausbeutenden Bourgeoisie scheidet — — ja bedeckte eine Schneedecke des Vergessens die Leichen der Commune und die Interessenspalte — — Eins, Herr Gambetta, macht heute die „Verschmelzung zwischen der Bourgeoisie und den Arbeitern" unmöglich, und das ist die reaktionäre Richtung der Bourgeoisie, die sich in Ihrer Rede, Herr Gambetta, selbst kundgiebt. Das revolutionäre Proletariat von 1877 kann nicht hinter die revolutionäre Bourgeoisie von 1789 zurückgehen und wenn alle Schönschwätzer der Welt es überreden möchten.

Im Anfang der großen Revolution war die Bourgeoisie die Vertreterin des ganzen von Königthum, Adel nnd Pfaffenthum unterdrückten und ausgesogenen Volkes — ihr Blick war weit und hell und ihre revolutionären Maßregeln waren kühn, sie schritt dem Volksbewußtsein voraus und erschütterte dadurch ganz Europa.

Die Bourgeoisie von heute ist eine herrschende Klasse, die selbst das Vblk ausbeutet und unterdrückt, ihr Blick ist ängstlich und durch das Klasseninteresse getrübt, ihre Maßregeln sind reaktionär und nur noch auf Erhaltung ihrer Klassenherrschaft gerichtet; die Bourgeoisie von heute ist hinter dem vorgeschrittenen Volksbewußtsein zurückgeblieben. — sie kann nicht mehr die Vertreterin des Volkes sein, sie ist von dieser geschichtlichen Ehrenstelle längst zurückgetreten. Trop tard! Herr Gambetta, zu spät!

Und wie unglücklich ist das Beispiel in oben citirter Stelle gewählt! „Nach 1830" illustrirte sich die „Verschmelzung des Volkes mit dem Bürgerthume" sehr scharf durch verschiedene Aufstände des bei der Bourgeois-Herrlichkeit vergessenen Proletariats. Mit Entsetzen las die Welt auf der schwarzen Hungerfahne der Seidenweber von Lyon die Worte: „Vivre en travaillant ou mourir en combattant!" (Arbeitend leben oder kämpfend den Tod!) und es durchzuckte sie eine Ahnung, daß mit dem herangebrochenen tausendjährigen Reich, dem „Bürger-Königthum", die Weltgeschichte noch nicht zu Ende sei. Das „Bürger-Königthum" stillte den Hunger der Lyoner Weber, indem es den Marschall Soult mit einer Division schickte und auf den Höhen über den Hütten der Weber Kanonen auffahren ließ. Von da an lernte die Bourgeoisie den Nutzen eines stehenden Heeres schätzen. —

Wenn an dem Bankett in Lille ein Sozialdemokrat den Herrn Gambetta nach seiner Rede interpellirt hätte, zu was die Republik ein stehendes Heer nöthig habe, da sie sich gegen äußere Feinde weit besser mit einer Miliz schützen könne, so hätte wohl oder übel Herr Gambetta beichten müssen, daß man das stehende Heer zur „Aufrechterhaltung der Ordnung" brauche, das heißt natürlich zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft, wie dies ja auch bei dem „Verbrechen vom 18. März" (damit bezeichnete Gambetta vor einiger Zeit den Commune-Aufstand) nöthig gewesen sei. Und damit wäre denn wieder die besungene Verschmelzung zwischen der Bourgeoisie und den Arbeitern recht schön als eine Verschmelzung zwischen dem Wolf und dem Lamm illustrirt worden.

Ob man ein Staatswesen, in dem man so kostspielige und brutale Mittel, wie ein stehendes Heer, zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft nicht entbehren kann, ob man ein solches Staatswesen noch mit dem Ehrennamen Republik bezeichnen darf — darüber kann unter wirklichen Republikanern kein Zweifel herrschen. Die Hauptsache aber ist die geschichtliche Thatsache, daß die Lebensdauer einer solchen Gattung von „Republik" nur von dem Belieben der Säbelrassler abhängt. Den Säbelrasslern werden denn auch die Reden des Herrn Gambetta etwas langweilig, sie drängen den Popanz Mac-Mahon bereits zum Staatsstreich, und der Schlußgesang des Redners von Lille auf die herrliche Armee dürfte zur Elegie (zum Klagelied) werden, noch ehe die angekündigte „Verschmelzung" arrangirt werden kann.

Die französischen Arbeiter, die über Republik etwas mehr nachgedacht haben, werden daher ihre Ohren der Zauberflöte von Lille verschließen, und wenn die Kartätschen des Staatsstreichs über den Makadam der Pariser Straßen rollen, dann werden sie zu Hause bleiben und denken, ob die Kartätschen im Namen des Kaisers Lulu, oder des Regenten Mac Mahon, oder der „Republik" Thiers-Gambetta daherrollen, kann dem, der davon getroffen wird, gleich bleiben — das Blut des Proletariats soll nur noch für seine eigene Sache fließen, für die wahre Republik, die kein stehendes Heer, sondern die Volksbewaffnung hat, die keine Schmarotzer mehr ernährt, sondern dem Volke Arbeit und Brod giebt.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die traurige Rolle, zu welcher Deutschland in der orientalischen Frage durch die „geniale" Politik seiner Staatsmänner verurtheilt worden ist, hat sich seit einigen Tagen recht deutlich enthüllt. Nicht genug damit, daß das preußisch-deutsche Reich durch den einseitigen Protest gegen die angeblichen Grausamkeiten der Türken in auffälligster und obendrein wirkungslosester, für Deutschland blos compromittirender Weise für das barbarische, räuberische, an allen Greueln des gegenwärtigen Kriegs allein schuldige Rußland eingetreten ist und damit die Solidarität für die russische Barbarei übernommen hat, ist jetzt dem deutschen Reich offiziös das Amt zugewiesen worden, die polnischen „Unterthanen" Rußlands gewaltsam im Zaum zu halten. Es sollen an der preußisch-polnischen Grenze zwei Armeekorps aufgestellt werden, um einer Erhebung in Russisch-Polen vorzubeugen. Nutzen wird das freilich nichts. Es zeigt nur zweierlei: einmal die verzweifelte Lage des russischen Kaiserreichs, das ohne fremde Hilfe nicht die Ruhe im eigenen Lande bewahren kann; und zweitens die gut russische Gesinnung unserer nationalen „deutschen" Reichsregierung.

— O welche Luft ꝛc. Der „Westfälischen Volkszeitung" entnehmen wir Folgendes: „In der Nähe Alpens ist einem Soldaten der 1. Compagnie des 57. Infanterie-Regiments, aus Essen gebürtig, „ein beklagenswerthes Unglück" zugestoßen. Wie man hier erzählt, wurde der Unglückliche beim Wassertrinken, welches untersagt worden, von einem Offizier ertappt und erhielt dann von ihm einen Degenstoß in die linke Seite, welche so gefährlich traf, daß das Schlimmste zu befürchten ist. Der Kranke liegt gegenwärtig im Militärlazareth zu Wesel."

Nach unsern Begriffen ist die in Vorstehendem berichtete Handlung eines Offiziers kein „beklagenswerthes Unglück" des Soldaten, sondern ein gemeines, rohes Verbrechen der Offiziere, das wollen wir vor allen Dingen hier constatiren. Nun erlauben wir uns im Anschluß hieran noch einige Fragen an unsere Leser zu richten:

1) Was ist von einem Blatte zu halten, welches sich „Volkszeitung" nennt und da, wo es sich um ein Verbrechen, begangen von einem den „höheren Klassen" Angehörigen handelt, von einem beklagenswerthen Unglück spricht?

2) Was wäre dem Soldaten geschehen, der seinen Offizier beim Wasser- oder besser gesagt beim Weintrinken angetroffen und nur schief angesehen hätte?

3) Wird auch hier „der Schuldige hoffentlich der gerechten Strafe nicht entgehen" und

4) Worin wird diese Strafe bestehen: in verhältnißmäßig kurzer Festungshaft, in Zurücksetzung im Avancement, oder aber in einigen Tagen Stubenarrest?

Zum Schlusse fordern wir dann unsere Leser auf, über den Werth eines Proletarierlebens in der heutigen Gesellschaft und über die vielgepriesene „Gleichheit vor dem Gesetze" ein klein wenig nachzudenken.

— Wir brachten vor einigen Tagen eine Notiz über eine von der „National-Zeitung" empfohlene Erbschaftssteuer für das deutsche Reich. Um nun jedes Mißverständniß zu vermeiden, wollen wir hier nachträglich noch bemerken, daß wir selbstverständlich unsere Zustimmung zu solcher Steuer nur unter der Bedingung geben können, daß dieselbe eine progressive, oder mindestens durch verschiedene Stufen (geringe Erbschaft, mittlere Erbschaft, große Erbschaft) bestimmte wäre, wonach der Prozentsatz bei der „mittleren" und „hohen" Stufe ein größerer sein müßte. Diese durch die „National-Zeitung" angeregte Steuerangelegenheit ist übrigens werth, einer näheren Erwägung von allen Parteien und auch besonders von der unserigen unterzogen zu werden.

— Das Grubenunglück auf der Zeche „Borussia" bei Marten (Kreis Dortmund), über welches wir schon kurz berichteten, hat 15 Arbeitern das Leben gekostet. Wie gewöhnlich bemühen sich die Bourgeoiszeitungen, voran die „Westfälische Zeitung", die Grubenverwaltung von der Schuld an dem Unglück reinzuwaschen, und es ist dabei nur zu verwundern, daß die Arbeiter nicht von vornherein als die Opfer ihrer eigenen Unvorsichtigkeit hingestellt werden. So schreibt z. B. die „Westfälische Zeitung":

„So schrecklich dies Ereigniß ist, nach dessen Ursache man bis jetzt vergebens forscht, eine Genugthuung verbleibt den Hinterbliebenen, nämlich die, daß man zur Rettung der Opfer auch das Aeußerste versucht, daß Beamte und Arbeiter mit Ausdauer und Energie wetteiferten, das Leben ihrer Kameraden zu retten. Möge den Hinterbliebenen dies Bewußtsein eine Linderung ihres Schmerzes sein und möge andererseits den ihrer Ernährer beraubten Familien durch schnelle Hülfe einige Erleichterung verschafft werden.

„Schließlich müssen wir ausdrücklich hervorheben, daß auch nicht der leiseste Schatten eines Vorwurfs die Grubenverwaltung der Zeche „Borussia" an diesem Unglücksfalle treffen kann, denn Alles, was die Sicherheit des Betriebes betrifft, befand sich zur Zeit des Unglücks in der besten Ordnung. Die Grube arbeitet gegenwärtig mit einer Belegschaft von 450 Mann, welche den Verlust so lieber Kameraden aufrichtig betrauert.

„Uebrigens scheint das diesseitige Revier von Unglücksfällen in neuester Zeit schwer heimgesucht zu werden, denn während dieselben sich im ersten Semester auf 18 beliefen, sind seit dem 1. Juli nun schon leider 25 Unglücksfälle zu verzeichnen!!"

Soweit die „Westfälische Zeitung". Und nun höre man, was unser Parteiorgan, die „Westfälische Freie Presse", über die Vertuschungsversuche der „Westf. Zeitung" zu sagen weiß: „Mit der Behauptung, daß „auch nicht der leiseste Schatten eines Vorwurf die Grubenverwaltung treffen könne", scheint es aber nach dem, was uns schon jetzt mitgetheilt wird, sehr zweifelhaft zu stehen. Es wird nämlich von mehreren Bergleuten der Zeche „Borussia" behauptet, die meisten der Verunglückten hätten sich ohne Zweifel retten können, wenn der auf Flötz 24 befindliche Luftschacht, welcher vor zwei Monaten noch fahrbar war, auch jetzt noch fahrbar gewesen wäre. Daß Letzteres jetzt nicht mehr der Fall, soll dem Herrn Direktor Grau zuzuschreiben sein, indem derselbe nicht leiden konnte, daß die Leute 5 oder 10 Minuten eher ans Tageslicht kamen. In der That sind auch einige der Opfer unten am Luftschacht gefunden worden, welche aber, da sie nicht herauskonnten, ersticken mußten."

Das klingt schon etwas anders und entspricht der Wahrheit jedenfalls vollkommen. Wie sollte aber auch die „Westfälische Zeitung" dazu kommen, der Wahrheit die Ehre zu geben, handelt es sich doch um die durch das Haftpflichtgesetz gefährdeten Interessen der Grubenbesitzer. Der Versuch jedoch, die Hinterbliebenen der Verunglückten mit der „Genugthuung" abzuspeisen, daß für die Rettung der Opfer „das Aeußerste" geschehen sei, wird hoffentlich nicht gelingen, und statt der von Bourgeoisgnaden in Aussicht gestellten Hilfe werden die Hinterbliebenen sich die Hilfe vorziehen, die ihnen das Haftpflichtgesetz gewährt. Bei dieser Gelegenheit sei gleich darauf hingewiesen, daß jetzt allgemein die Rede davon ist, die Mängel des Haftpflichtgesetzes durch eine Revision zu beseitigen, und zwar um „dadurch der Sozialdemokratie ein beliebtes und gefährliches Agitationsmittel" zu entziehen. Gut, wir sind's zufrieden, wenn man uns auf diese Weise die beliebten und gefährlichen Agitationsmittel entzieht. Die Arbeiter kommen dabei nicht zu kurz, die Sozialdemokratie aber auch nicht, das mögen sich unsre Herren Gegner gesagt sein lassen.

— Zur Sittlichkeit in den „besseren Ständen". Der „Fackel" wird aus Gohlis, einem Nachbarstädtchen von Leipzig, geschrieben: Einer der reichsten Bewohner unseres Ortes, der Frau und Kind hat, unterhält dessen ungeachtet ein intimes Verhältniß mit einer Dame, die ebenfalls den „besseren Ständen"

Das türkische Parlament.

Der Vertreter Englands bei der Pforte entwirft folgende Schilderung:

Kürzlich war ich in einer Sitzung der türkischen Deputirtenkammer anwesend. Da ein Versuch gemacht worden ist, dieses neugeborene Parlament niederzuschreiben („to write down"), und da mit Verachtung und Lächeln von ihm gesprochen worden ist, so darf ich vielleicht einiges über dasselbe sagen. Zur Zeit meines Besuches behandelte die Kammer eine Bill über municipale Steuern. Ich darf zuversichttich und mit einiger Erfahrnng vom Hause der Gemeinen erklären, daß ich niemals eine Verhandlung mit mehr Ordnung und Gebühr geführt werden sah. Die Mitglieder dürfen entweder vom Sitz oder von der Tribüne aus reden, nach der französischen Weise. Mit Ausnahme einer Persönlichkeit, eines Griechen, redeten sie den Sprecher oder Präsidenten von ihren Sitzen aus an. Ihre Reden waren kurz und zur Sache eilend. Jeder Artikel des ihnen vorliegenden Gesetzesvorschlags ward erwogen, Erklärungen wurden den Vertretern derjenigen Regierungsabtheilung abverlangt, die das Gesetz dem Parlament vorgelegt hatten, und diese Erklärungen wurden sofort gegeben. Es ward dann zur Abstimmung gebracht und ohne Widerspruch angenommen. Jeder Deputirte hatte eine Abschrift der Vorlage und folgte der Verhandlung mit dem größten Interesse und mit Aufmerksamkeit. Ich bemerkte nicht eine Ausnahme. Einmal gab sich während meiner Anwesenheit dort ein kleiner Ausdruck von Unzufriedenheit kund. Der erwähnte oben ausgenommene Grieche ging mit einem Bündel Papiere auf die Tribüne und begann eine Rede vorzulesen, die eine unendliche Zeit zu dauern drohte. Sie bezog sich auf die Geschichte der Türkei im allgemeinen und insbesondere auf Beschwerden der Christen. Der Präsident stellte ihm ein- oder zweimal vor, seine Rede könne zwar bei passender Gelegenheit vorgebracht werden, habe aber mit der behandelten Frage, die sich auf einen geringen Punkt der Lokalverwaltung bezog, nichts zu thun. Der Abgeordnete jedoch blieb dabei, zuletzt ward das Haus ungeduldig, forderte ihn auf, der Geschäftsordnung nachzukommen, dem Präsidenten zu gehorchen und herunterzusteigen. Das mußte er zuletzt thun. In dem englischen Hause der Gemeinen würde der Sprecher ihm gewiß nicht erlaubt haben, soweit zu gehen, wie er gethan. Keine öffentliche Versammlung dieser Art in Europa könnte vielleicht eine achtbarere, einsichtigere und würdigere Körperschaft aufweisen, als das jetzige türkische Parlament ist. Christen und Moslims aus allen Theilen des Reiches, selbst ein Araber mit seinem halbbeduinenmäßigen Kleide, sitzen ohne Unterschied beisammen. Unter den Mohamedanern sind viele Mollahs oder Lehrer des Koran in ihren weißen Turbanen. Die christlichen Redner, die am Tage meines Dortseins vorherrschten, wurden ohne ein Zeichen von Ungeduld angehört. Der Präsident mischte sich selten ein, es sei denn um einem Abgeordneten darzulegen, daß er sich von dem vorliegenden Gegenstand entferne. Die Anordnung der Kammer, was Sekretäre, Berichterstatter u. s. w. betrifft, ist mehr nach der festländischen als nach der englischen Art. Es ist, glaube ich, zu bedauern, daß das türkische Parlament zum größten Theil die französischen Regeln angenommen hat. Meine sonstige Erfahrung hat mir gezeigt, wie wenig diese dazu geeignet sind, eine schnelle Geschäftserledigung und die wahren Ziele einer Nationalversammlung zu fördern. Der Präsident der türkischen Deputirtenkammer, Ahmet Vefyk Pascha, ist in der englischen Presse heftig angegriffen worden, weil er die freie Discussion hemme und mit den Rednern willkürlich und roh umgehe. Nach allem, was ich von den Deputirten selbst erfahren habe, glaube ich, daß diese Anklage eine ungerechte und auf Antrieb derer erhoben ist, welche nicht wünschen, daß das Parlament gedeihe. Man muß im Sinne behalten, daß dies der erste Versuch war, zu einer Volksvertretung aus allen Theilen des Reiches Moslims und Christen zusammenzubringen, die gänzlich unerfahren waren in den zu leistenden Arbeiten und die Art der Behandlung gar nicht kannten. Wären sie nicht zuerst durch eine starke Hand geleitet und gezügelt worden, so würde allgemeine Verwirrung gewesen sein und der Versuch wahrscheinlich fehlgeschlagen haben. Ich weiß in der Türkei keinen Mann, der so fähig wäre ihr Präsident zu sein, wie es Ahmet Vefyk Pascha ist, wegen seiner Kenntniß, seiner Rechtschaffenheit, seiner Entschlossenheit und seiner Charakterstärke. In Anbetracht des Stoffes, den er zu handhaben hatte, überrascht es, daß er es so bald dahin gebracht hat, das Haus zu einer geschäftsmäßigen Versammlung zu gestalten. Seit einigen Monaten sind keine Klagen gekommen, auch nicht seitens derer, die ihr Bestes gethan haben das türkische Parlament in Mißruf zu bringen, daß der Präsident sich unnöthigerweise in die Verhandlungen gemengt oder irgendwie die vollkommene Freiheit der Besprechung gehemmt habe. Wenn irgend eine Ursache der Klage ist, so ist es vielleicht in gegentheiliger Beziehung. Daß die türkischen Deputirten in ihren Debatten merkwürdige Unabhängigkeit und Kühnheit gezeigt haben, Mißverwaltung getadelt und Abstellung der Beschwerden verlangt haben, wird jetzt allgemein zugegeben. Sie haben nicht gezaudert mächtige Minister anzugreifen, und es sind sogar Kritiken gemacht worden, die indirekt den Sultan selbst angehen. Sie haben darauf bestanden: ein vollständiges und ehrliches Budget der nationalen Finanzen solle ihnen vorgelegt werden, und der Controle-Ausschuß für öffentliche Ausgaben verlangte vor einigen Tagen von dem Kriegs- und dem Marineministerium eine volle Darlegung und Begründung der von ihrem Ressort aus abgeschlossenen Contracte. Theilweise ward daher der in meiner Depesche vom 28. v. Mts. angeführte Militärausschuß ernannt. Die Sendung Hubdi Bey's in Finanzsachen nach London und Paris gab Anlaß zu einer Debatte über die uncontrolirte Ausgabe von Anleihen seitens der Regierung und die Debatte endete mit einem Votum, das die Rückberufung ihres Bevollmächtigten forderte. Da das türkische Parlament diese und ähnliche Beweise von Unabhängigkeit und Nationalgefühl, das in anderen Ländern Patriotismus genannt werden könnte, gezeigt hat, so kann man von ihm vernünftiger Weise später viel hoffen. Es liefert einen jener seltenen Fälle, daß eine neue Institution besser geht, als selbst ihre meist sanguinischen Fürsprecher erwartet haben konnten. Ich sehe dies auf allen Seiten zugegeben. Ob das Parlament fortfahren wird, gleich gut zu arbeiten und ob es bestimmt ist, ein wahrhaft wirksamer Aufseher über Willkürherrschaft und über die bisher im türkischen Reiche bestandene schlechte corrupte Regierung zu werden, das muß von den Umständen abhängen. Mir erscheint es von großer Wichtigkeit, daß die Kammer so lange wie möglich beisammen bleibe. Wenn die Friedensbedingungen zwischen der Türkei und Rußland zur Verhandlung kommen sollten, so kann sich eine populäre Versammlung, die, wie man füglich sagen darf, das Land vertritt, von großem Nutzen und Werth erweisen. Es ist dies eine Sache, die, glaube ich, sowohl im Interesse des Sultans als in dem Europas in Sicht behalten werden sollte. In dem gegenwärtigen schwachen und aufgelösten Zustande der türkischen Regierung und Verwaltung könnten die Mächte sich das Dasein einer solchen Körperschaft zunutze machen.

angehört. In der Stadt hat sich das Pärchen ein eignes Absteigequartier für ihre têtes-à-têtes eingerichtet. Diesen Sommer war die Dame auch ins „Bad“ gereist und es erregte nicht wenig Aufsehen, als dieselbe zurückgekehrt war und die Frau des betr. Herrn jammernd zu dessen Eltern ging, um sich über die saubere Wirthschaft ihres Gemahls bei denselben zu beklagen. Man colportirt im Orte, daß die Frau gesagt habe: „Scheiden lasse ich mich doch nicht, ich bleibe seine Frau und die Andere ist nur seine —!“

— **Sauersüße Schmeichelei.** Die conservative „Deutsche Landwirthschaftliche Zeitung“ schreibt: „Ein Sozialdemokrat als Schulze. In Hennigsdorf ist dieser Tage ein Sozialist, Barbier Knak, zum Ortsschulzen gewählt worden. Die Bauern sollen der Meinung sein, daß sie nun lange genug von den Geldliberalen über den Löffel barbiert worden seien; sie wollen es auch einmal umgekehrt versuchen. Wir aber fragen, wer hätte das vor sieben Jahren auch nur für möglich gehalten? Eine so schnelle Bekehrung des conservativsten aller Stände, des preußischen Bauernstandes konnte nur die regierende Majorität des Land- und Reichstags durch den Mißbrauch ihrer Macht zu Stande bringen. Wir gratuliren der herrschenden Partei zu diesen ihren Erfolgen und können ihr die Versicherung geben, daß wir — was uns anbetrifft — den sozialdemokratischen Ortsschulzen von Hennigsdorf mindestens eben so hoch respektiren werden, wie den allverehrten Herrn Schulze von Delitzsch.“ — Nur der Vergleich mit Schulze-Delitzsch ist nicht schmeichelhaft.

— **Das bernische Volk** hat am letzten Sonntag Gericht gehalten und durch Verwerfung der Budget-Vorlage und Verweigerung der Indemnität für die unverfassungsmäßig an die Bern-Luzernbahn gezahlten 935,000 Fr. dem bisherigen Regiment ein eklatantes Mißtrauensvotum ertheilt. Die Verwerfung erfolgte mit Zweidrittel-Mehrheit.

— In Bezug auf das **Gemetzel im südöstlichen Europa** trifft die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ das Richtige, indem sie schreibt: „Ein Krieg, der mit der schwersten Verletzung des Völkerrechts begonnen, konnte in seinem Verlaufe alles andere, nur nicht die Grundsätze des Völker- und Kriegsrechts zur Geltung und Anwendung bringen. Das ist eben der große Irrthum des Kaisers Alexander, daß er geglaubt hat, das mohamedanische Volk in Europa werde sich ohne Wehr den Todesstoß versetzen und dieser sich so vollziehen lassen, daß ihm dabei noch die Gloriole der Menschlichkeit und Rußland das völkerrechtliche Ansehen verbleibe. Die Berichte Ignatiew's in der Politik und die der Militär-Attachés in Konstantinopel über die moralische und militärische Schwäche der Türkei haben ihn betrogen, der militärische Spaziergang nach Konstantinopel ist schon jetzt durch Verluste bezeichnet, nicht bloß an Menschenleben, sondern durch Einbuße an jeder Art von Ansehen, ganz besonders aber durch den Verlust jedes öffentlichen Glaubens, wenn Rußland noch Anspruch darauf erheben will, im Namen der Menschlichkeit zu sprechen und zu handeln; so oft dieser Titel noch von ihm reklamirt wird, begegnet ihm schon jetzt überall nur noch Entrüstung. Die Natur des Kampfes bringt es mit sich, daß jeder Tag längerer Dauer dieses Krieges diese Entrüstung steigern wird, und wenn zuletzt, was wir noch bezweifeln, die Fahne des heiligen Andreas auf der St. Sophia in Konstantinopel wehen und der siegreiche Czar sich fragen wird: was habe ich, was hat mein Volk, was hat das Christenthum, was die Menschlichkeit gewonnen, so wird er schon jetzt über die Antwort, die ihn erwartet, nicht zweifelhaft sein können. Rußland hat diesen Verzweiflungskampf hervorgerufen, in dieser Wahrheit concentrirt sich die Anschauung ganz Europas; es hat ihn hervorgerufen durch die Aufstachelung der türkischen Unterthanen orthodoxen Glaubens und durch verwerfliche Mittel, und was es an eigener Barbarei verübt und an Barbarei des Gegners provocirt hat, das wird von dem civilisirten Europa gleichmäßig verabscheut. Im Wettlauf um die günstige Meinung Europas hat Rußland der Türkei den Rang nicht abgelaufen.“ — Diese Bemerkung mag sich auch die deutsche Reichsregierung ad notam nehmen, die sich in durchaus einseitiger Weise gegen die Türkengräuel wendet. Der Urheber ist der „Erbfreund“ und nach dem einfachsten Rechtsbegriff müßte man diesen für alle Gräuelthaten verantwortlich machen — doch die Rechtsbegriffe sind an vielen Orten völlig verloren gegangen.

Nach dem bei Berufung des Parlaments Beschlossenen würde seine Session sehr bald zu Ende gebracht werden. Das nächste Parlament soll nach einem von der Regierung bestimmten Modus gewählt werden. Dieses Gesetz ist noch nicht durchgegangen. Die Mitglieder des jetzigen Hauses werden für bloße Regierungserwählte erklärt. Obwohl das sein mag und wahrscheinlich so ist, haben sie doch eine Unabhängigkeit und Einsicht gezeigt, die beweisen, daß die Wahl im Ganzen keine schlechte war, und manche Leute zu dem Glauben bringen: ein so gutes Parlament würde nicht zu Stande kommen, wenn allgemeines oder irgendein sehr niedriges Stimmrecht es zu wählen hätte. Schließlich wage ich meine Ansicht auszudrücken, daß, wenn das türkische Reich zusammengehalten werden soll und wirklich das Interesse und die gute Verwaltung seiner verschiedenen Völker ohne Unterschied des Glaubens erzielt wird, es die Politik Englands sein sollte, allen seinen Einfluß auf die Pforte anzuwenden, diesen Versuch einer nationalen Vertretung zu stützen und zu ermuntern.

— **Moderne Humanität.** Man schreibt der „Tagwacht“ aus Außerstihl (Zürich): Vorige Woche ereignete sich in der Nachbargemeinde Schlieren folgender bedauernswerther Vorfall. Ein dortiger Bürger, Namens Haupt, welcher früher die Bäckerei erlernt und betrieben hatte, mußte Krankheits halber den Beruf aufgeben und sich anderweitige Beschäftigung aufsuchen. Er arbeitete mehrere Jahre hier in Zürich und wurde ihm von seinen Dienstherren allenthalben das Zeugniß eines treuen und fleißigen Arbeiters ausgestellt. Durch Krankheit kam derselbe um seine Stelle und war, als er wieder genas, wie momentan sehr Viele ohne Arbeit und mithin auch ohne Existenzmittel. Beim „Umschauen“ wurde derselbe von der Polizei aufgegriffen und wegen Bettelns in seine Heimathsgemeinde transportirt. Statt nun dem Armen in der Gemeinde Arbeit anzuweisen, oder ihn mit Mitteln zu unterstützen, wußte der dortige Gemeindepräsident nichts Besseres zu thun, als denselben in's Spritzenhaus zu werfen. Der junge Mann verlangt noch beim Brunnen Wasser zu trinken, es wurde ihm jedoch bemerkt, daß man es ihm in's Spritzenhaus bringen werde. Als der Gefangenwärter Mittags 12 Uhr, also nach Verfluß von zwei Stunden, ihm das Verlangte bringen wollte, war der Arbeiter eine Leiche. Aus Schamgefühl und in der Verzweiflung hatte derselbe durch Erhängen (in knieender Stellung) seinem noch jungen Leben ein Ende gemacht. Nicht genug, daß durch die traurigen Gesellschaftszustände wieder ein Menschenleben hingemordet war, es fand auch nicht einmal ein öffentliches Begräbniß statt, sondern es wurde der eigene Gemeindsbürger Abends beim Betzeitläuten wie ein Hund verscharrt. So geschehen eine Stunde von Zürich, wo in den meisten Gemeinden unentgeltliche Beerdigung besteht. Diese traurige Geschichte bedarf keines weiteren Commentars, sie spricht für sich selbst. Eins aber ist noch zu bemerken, daß Schlieren nicht etwa eine arme Gemeinde ist, die in dieser Beziehung stark heimgesucht wird, sondern es sind eigentlich noch gar keine Armensteuern dort bezogen worden und es fällt auf jeden Bürger noch ein schöner Theil aus dem dortigen Bürgergute, mithin konnte auch der arme Unglückliche hierauf Anspruch machen.

— **Ein Unglück grauenvollster Art** setzt die Gemüther der Einwohnerschaft Merseburgs in Bewegung. In der Eisenschmelzerei von O. Gieseke sollte am 18. d. in der neunten Stunde noch der Inhalt einer Siedepfanne geleert werden, in welcher sich nicht weniger als etwa 8000 Pfund flüssigen Eisens befanden. Nachdem die Hälfte der Masse bereits glücklich in die bestimmte Form eingelassen worden war, neigte sich die Siedepfanne, die von 12 Maschinenarbeitern gehalten wurde, plötzlich nach deren Seite hin. Die grauenvolle Gefahr vor Augen, beim völligen Umschlagen der Siedepfanne in den ehernen Feuerstrom zu gerathen, machten die Arbeiter die verzweifeltsten Anstrengungen, die Pfanne wieder in wagerechte Lage zu bringen. Bei der angstvollen Hast kommen 5 Arbeiter zum Falle, der verderbenbringende Feuerbehälter schlägt um und ergießt seine Lava über diese 5 Männer. Diese sind zwar noch lebend weggebracht, doch so entsetzlich verbrannt worden, daß für sie wohl nur zu fürchten und nichts zu hoffen ist. Vier der Verunglückten sind Familienväter. Diese sind der Modelleur Heinrich Wille, der Werkmeister Jonas, die Maschinenarbeiter Hühner und Naumann. Unverheirathet ist nur der Former Graul aus Roßlau im Anhaltischen. Ob, wie Viele glauben, das Unglück durch den Mangel hinreichend genügender Sicherheitsvorrichtungen herbeigeführt ist, dies wird das Ergebniß der Untersuchung feststellen.

— **Zur Schullehrermisere.** In der neuesten Nummer der „Gartenlaube“ ist folgendes zu lesen: „Eine Mutter von 5 Kindern, die Frau eines armen deutschen Lehrers, welcher bei einem sehr geringen Einkommen seine zahlreiche Familie kaum ernähren kann, bittet um eine abgelegte Nähmaschine; die Redaktion der „Gartenlaube“ wird etwaige Anerbieten gern annehmen.“ — Wenn der Minister Falk diese „Bitte“ zu Gesicht bekommt, wird er laut aufjubeln; hier ist ja sofort das Mittel gefunden, der Lehrernoth ein Ende zu machen, und wie würde sich College Stephan freuen, wenn nun auch, wie die Frauen der niederen Postbeamten, die Schullehrerfrauen mit Nähmaschinen beglückt werden — Wohlstand, Glück, „Zufriedenheit“ wird, wie bei den Postbeamten auch bei den Lehrerfamilien einziehen.

— Unserm Parteigenossen M. **Schlesinger**, der sich gegenwärtig in **Breslau** in Haft befindet, ist angeblich auf Anordnung des Gefängnißarztes die Selbstbeköstigung, die ihm während dreier Tage gewährt war, wieder entzogen worden. Wir würden diese Maßregel von Seiten eines Arztes für unmöglich halten, wenn es nicht die „Wahrheit“ wäre, die von ihr Mittheilung macht.

Ueber den Strike in Nordamerika

wurde in Nr. 91 dieses Blattes eine Correspondenz aus Dresden veröffentlicht, in welcher eine Besprechung der Sachlage in den Vereinigten Staaaten enthalten war. Die Auffassung, welche jener Correspondenz zu Grunde lag, fand in dem Artikel „Die Vorgänge in den Vereinigten Staaten“ in Nr. 95 d. Bl. Widerspruch, was mich veranlaßt, noch einmal auf die Sache zurückzukommen.

Der Artikel in Nr. 95 des „Vorwärts“ wendet sich hauptsächlich gegen die Behauptung, daß in der Union alle Vorbedingungen des sozialistischen Staates vorhanden seien, und der „Vorwärts“ glaubt, daß, weil ein „ländlicher Mittelstand“, „das selbstständige Farmerthum“, vorhanden sei, die Vorbedingungen fehlen.

Nun ist aber nicht zu leugnen, daß die Vorbedingungen zu einem Staate in unserm Sinne überall dort vorhanden sind, wo die kapitalistische Produktion theilweise oder vollständig zur Entwicklung gelangte, und dieses ist in den Vereinigten Staaten ganz entschieden der Fall. Schon im Jahre 1870 übertraf der Werth der Industrieerzeugnisse den Ertrag der Agrikultur um 290 Millionen Dollars. Nach Berichten des Censusbureaus vom 1. Juli 1872 war die in Industrie, Handel und Verkehr beschäftigte Bevölkerung eine anderthalb Millionen größere als die landbauende. Die Zahl der Fabriken betrug 1870 schon 252,148.

Bei einem Uebergang in eine neue Ordnung kann unmöglich darauf gewartet werden, bis alle Zweige des Erwerbslebens sich bis ins Extrem entwickelt haben. Bei der Einführung der bürgerlichen Gesellschaft hafteten dieser noch eine ganze Anzahl feudaler Einrichtungen an, die erst im Laufe der größeren Entwicklung des Bourgeoisstaat verschwanden, ja theilweise noch heute, wo wir bereits im Greisenalter der bürgerlichen Gesellschaft angelangt sind, finden wir Ueberbleibsel der Feudalität, so z. B. in den Gemeindeordnungen.

Ueberall, wo die Großproduktion sich entwickelt hat, wo die Maschine an Stelle der Menschenkraft zur Erzeugung von Produkten getreten ist, ist Boden für die Sozialdemokratie.

In keinem zweiten Lande der Welt, England nicht ausgenommen, ist aber die Anwendung von Maschinen in solchem Maße vorhanden, wie in den Vereinigten Staaten. Die Ausstellung in Philadelphia hat dieses bewiesen. Selbst die kleineren Farmer des Westens bearbeiten ihr Feld mit Maschinen, welche sie sich gemeinschaftlich beschaffen. Eine conzentrirte Anwendung der Mechanik bei Bebauung des Grund und Bodens könnte eine brillante Ernährung der Bevölkerung schaffen. Diesem steht aber entgegen, daß der Farmer des Westens abhängig ist von den Eisenbahnen, es ist ihm nicht möglich, für seine Produkte die Produkte der Industrie einzutauschen, weil durch die Höhe der Frachttarife die Absetzbarkeit, der Verkauf seiner Erzeugnisse theilweise gehemmt, theilweise sogar unmöglich gemacht wird. Sehr häufig gebraucht der Farmer des Westens sein Korn als Brennmaterial, während in den Städten die Kornpreise künstlich hoch gehalten werden, wie dieses ja auch in dem Artikel der „Nationalzeitung“, welchen der „Vorwärts“ in Nr. 95 ebenfalls reproduzirt, geschildert wird.

Der amerikanische Farmer hat keine Hypothekar-, keine Schuldsklaverei, wie der deutsche Bauer; dafür hat er aber eine Tarifsklaverei, welche ihn nicht weniger abhängig macht, wie den Bauer der „alten Welt“; auch der amerikanische Farmer wird durch das Großkapital, den Monopolbesitz auf's empfindlichste gedrückt, und die Granzerbewegung, die Vereinigung der Farmer gegen die Eisenbahncompagnien, zeigt, daß diese Klasse der amerikanischen Bevölkerung nicht für, sondern gegen die Ausbeutung des Großkapitals sich wenden wird, wenn wir auch vorläufig von dieser Bewegung nichts zu hoffen haben.

Der Farmer bebaut meistens mit seiner Familie sein Stück Boden, ohne viel fremde Hülfe zu gebrauchen; nur, wie schon oben erwähnt, wird mit Maschinen, die gemeinschaftlich angeschafft, auch gemeinschaftlich gewirthschaftet, im Uebrigen ist so ein Farmer des Westens seiner gesellschaftlichen Stellung nach eher zum Proletariat, als zu den Besitzenden zu zählen.

Würden wir der Auffassung, welche in der „Richtigstellung“ des „Vorwärts“ liegt, beistimmen, so würden wir überhaupt keine Propaganda für unsere Ideen zu entfalten brauchen, wir müßten darnach abwarten, bis uns der sozialistische Staat so von selbst wird; weshalb agitiren wir denn, wenn wir annehmen, daß, wenn „die Vorbedingungen“ vorhanden sind, unser Staatsideal sich aus sich selbst verwirklichen wird? Es ist doch selbst bei einem Staate, der schon weiter entwickelt ist, nöthig, daß die verschiedensten Vorurtheile bekämpft werden, wie z. B. die beschränkte Auffassung der kleinen, abhängigen Privatbesitzer, welche bekanntlich mit großer Hartnäckigkeit an ihrem „Eigenthum“ hängen, ohne dabei ihre Abhängigkeit zu bedenken. Diese Vorurtheile zu heben, den der Entwicklung entgegenstrebenden Elementen unsern Standpunkt zu den verschiedensten Fragen klar zu legen, dazu ist Agitation nöthig.

Der amerikanische Farmer, der, wie erwähnt, in eben solcher Sklaverei lebt wie der europäische Bauer, und der wirthschaftlich durchaus nicht so glänzend dasteht, wie man nach den Ausführungen des „Vorwärts“ glauben könnte, würde sich um so weniger der Einführung des sozialistischen Staates widersetzen, als hierbei in Betracht kommt, daß der größte Theil derselben ihr Land direkt vom Staate erhalten hat, und so um so eher geneigt sein dürfte, dasselbe an den ursprünglichen Besitzer zurückzustellen, da die historische Entwicklung ihn noch nicht so fest von seinem „erworbenen Rechte“ überzeugt haben dürfte.

Wie oben ausgeführt, war schon 1872 die Industriebevölkerung eine größere als die Landbevölkerung. Nicht nur der Osten, sondern auch ein großer Theil der nördlichen Mittelstaaten ist industriell sehr entwickelt. Aber dieses ist noch nicht alles. In den früheren Sklavenstaaten ist nicht der kleine Farmer, sondern der Großgrundbesitz vorherrschend. Durch die Aufhebung der Sklaverei sind die circa 3 Millionen Schwarzen in größte ökonomische Abhängigkeit gerathen. Auf den Baumwollenplantagen wird nicht mehr, wie früher, alle Baumwolle in Ballen verpackt und fortgeschickt, sondern auf denselben findet man jetzt zahlreiche Spinnereien und Webereien, in welchen die Baumwolle sofort zu Zeugen ꝛc. verarbeitet wird. Wenn auch das dort vorhandene Arbeiterelement sehr verschwommen sein, und das, was „Klassenbewußtsein“ genannt wird, nicht besitzen mag, so hat dasselbe doch ebensowenig Ursache, sich einer neuen Eigenthumsordnung zu widersetzen.

Die Republik hat das Gute, daß innerhalb derselben auf diese oder jene Art der Mehrheitswille zur Geltung zu bringen ist. Die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung ist entweder Industriebevölkerung oder mit derselben durch ihre Lebensstellung verknüpft, und wenn, und dieses ist in meiner Correspondenz ausdrücklich hervorgehoben, die sozialistische Idee so verbreitet wäre, wie in Deutschland, so würde durch die gegenwärtige Bewegung der sozialistische Staat entstehen.

Wäre die Auffassung des „Vorwärts“, daß die Vorbedingungen zu einem sozialistischen Staat nur dort vorhanden wären, wo die kapitalistische Produktion sich aller Gebiete, auch der Landwirthschaft bemächtigt hätte, richtig, so fehlten in Frankreich z. B. diese Vorbedingungen gänzlich. In Frankreich hat sich nur die Industrie, und in Verbindung mit dieser der Handel, kapitalistisch entwickelt. In Frankreich giebt es ein zahlreiches Bauernthum (Parzellensystem). In Frankreich fehlt dem Arbeiter das Klassenbewußtsein, und doch ist es nicht zurück gegen andere Länder. Der französische Arbeiter schließt sich leicht ideellen Bestrebungen an und ersetzt so das „Klassenbewußtsein“, welches in andern Ländern treibender Faktor der Bewegung ist.

Es kommt darauf an, ob der Einfluß der Großproduktion stark genug ist, die entgegenstrebenden Einflüsse des Kleingewerks, des kleinen Bauernthums ꝛc. zu paralysiren, resp. zu überflügeln.

Eine eigenthümliche Auffassung des „Vorwärts“ ist die, daß, wenn „alle Vorbedingungen“ vorhanden wären, in Amerika jetzt eine sozialistische Republik sein müsse. Aus meinem ganzen Schreiben in Nr. 91 geht hervor, daß unter „alle Vorbedingungen“ nur alle sozialen Vorbedingungen gemeint sein konnten. Bei der Einführung des von uns angestrebten Staates in Amerika kommen doch noch ganz andere Dinge in Betracht, als da sind: Nationalitäts-, Rassen- und Sprachverschiedenheiten, welche ein compaktes einheitliches Massenauftreten verhindern; ferner religiöse Bornirtheit, besonders bei dem Yankee und dem Irländer, durch welche noch, ähnlich wie in England, der Autoritätsglaube aufrecht erhalten wird. Der Intellekt, die Einsicht fehlt dem amerikanischen Volke, die sozialen Vorbedingungen zur Einführung des sozialistischen Staates sind vorhanden. — Darum ist Agitation, Propaganda nöthig, um die Köpfe zu klären, um unsere Ideen zu verbreiten; aus sich selbst wird der soziale Staat trotz „allen Vorbedingungen“ nicht entstehen.

W. Schlüter.

(Ohne uns auf eine Detailkritik der obigen Ausführungen einzulassen, constatiren wir nur, daß die Behauptung des Verfassers, die kapitalistische Großproduktion sei in den Vereinigten Staaten zu einer solchen Entwicklung gelangt, daß man sagen könne, die Vorbedingungen der sozialistischen Gesellschaftsorganisation seien daselbst in höherem Maße vorhanden, als in irgend einem anderen Lande, höchstens England ausgenommen, durch dessen Angaben und Ausführungen keineswegs bewiesen, und durch die letzten Vorgänge auf das Schlagendste widerlegt worden ist. Wären die Annahmen des Verfassers richtig, dann hätte der große Arbeiteraufstand einen anderen Charakter und Verlauf haben müssen. Wir werden in den Schlußartikeln über jene Vorgänge Gelegenheit haben, unsere Ansicht des Näheren zu begründen. Red. d. V.)

Correspondenzen.

Husum, 25. August. Gestern Abend fand hierselbst eine allgemeine Volksversammlung statt, welche fast nur von Arbeitern besucht war. Die Herren Philister — soll heißen die Herren Bourgeois — hatten sich, eingedenk der früheren Blamage, wohlweislich fern gehalten. Mit Geschick sprach Genosse Brückmann aus Altona über „die Bewegung des arbeitenden Volks“, und die Versammlung schenkte seinem Vortrage ungetheilten Beifall. Auf das Einzelne wollen wir nicht näher eingehen; es sei nur noch erwähnt, daß Herr Brückmann nach Beendigung des eigentlichen Themas noch einmal das Wort ergriff, um die hiesigen Preßzustände einer kurzen Betrachtung zu unterwerfen. Mit drastischen Worten deckte der Redner die ganze Erbärmlichkeit der hiesigen Zeitungen auf, die sich nicht geniren, ihre Leser mit „Originalartikeln“ aus der „Sozial-Correspondenz“ zu füttern, und daher eher den Namen „Käseeinwicklungspapier“ verdienen, als daß sie von denkenden Menschen gelesen werden. Zum Schluß forderte der Redner auf, recht zahlreich auf die neu zu gründende „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ zu abonniren. Und wahrlich, es ist durchaus nothwendig, daß das neue Parteiorgan mit aller Macht verbreitet wird, denn ein schwerer Kampf steht uns bevor, einerseits mit dem liberalen Zeitungsgelichter, andererseits aber auch mit den Pfaffen!

Schlimmer als hier können die Pfaffen auch in den arg verschrieenen katholischen Ländern nicht sein. Bei der Reichstagswahl stellten sie, an der Spitze Pastor Jensen aus Bredlum, einen „christlich-conservativen" Candidaten auf. Durch ihre Organe halten sie die Masse der Bevölkerung in der Dummheit hin, ja, was schlimmer ist, sie wissen dem Volke das Geld aus der Tasche zu locken, natürlich zu „frommen Werken". Wöchentlich kann man ein ellenlanges Verzeichniß dieser „Liebesgaben" im „Sonntagsblatt für's Haus" lesen. Und wie verhält sich das Volk diesem Treiben gegenüber? Mit Gier verschlingt man, namentlich unter den niederen Klassen der Landbevölkerung, was Pastor Jensen, der „Hirte der Völker", auftischt. Vielleicht wird man ihn bald für „unfehlbar" halten! Dann könnte der Papst doch das Vergnügen haben, einen „Collegen" zu begrüßen. R.

Helmenhorst, 15. August. (Agitationsbericht.) Am 14. Juli hielten wir eine gutbesuchte Arbeiterversammlung ab, in welcher Herr W. Frick über die russischen Culturzustände gegenüber den türkischen referirte. Dann hielten wir am 4. August eine weitere Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Zuchthausarbeit", Referent wiederum W. Frick, dieselbe war ebenfalls gut besucht. In dieser Versammlung gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Da die Versammlung mit den Ausführungen des Herrn W. Frick einverstanden ist und die verderblichen Folgen der industriellen Zuchthausarbeit einsieht, erklärt sie sich entschieden gegen dieselbe; eine Petition soll dieserhalb an den Reichstag gesandt werden." Alsdann wurde eine Commission gewählt, welche sich mit dem Sammeln der Unterschriften befassen wird. In beiden Versammlungen herrschte die größte Aufmerksamkeit und erntete der Redner lebhaften Beifall.

Linz a. Rh. Die „Besserungsanstalt" zu Brauweiler bei Cöln hat zu keiner Zeit so viele Detinirte aufzuweisen gehabt, wie momentan. Während früher die Durchschnittsziffer bis höchstens 700 reichte, sind jetzt nahezu 1100 Insassen zu verzeichnen. 60 Männer sind augenblicklich bei der Provinzial-Irrenanstalt zu Düren mit Grundarbeiten beschäftigt. — Vorstehende Notiz entnehme ich einer liberalen Zeitung — einer Quelle also, die man gewiß in solchen Sachen der Uebertreibung nicht wird beschuldigen können. Die in derselben angeführten Zahlen sprechen eine beredte Sprache. Welche Summen von menschlichem Elend drücken sich in denselben nicht aus? Man darf nämlich nicht glauben, daß nur wirklich Arbeitsscheue in dieser Anstalt sich befinden, — o nein, wie unsäglich Viele sind darin, die trotzdem sie arbeiten können und wollen, wegen der herrschenden Flaue auf allen Gebieten des Geschäftslebens aber keine Arbeit finden konnten, und dann, wenn sie einige Wochen lang arbeitslos umherliefen, wobei sie natürlich, um nicht zu verhungern, auf das Betteln angewiesen waren, von der Polizei als „Vagabunden" aufgegriffen und nach Brauweiler transportirt wurden. Wahrhaftig, solche Verhältnisse werfen ein grelles Licht auf die „göttliche Weltordnung", sowie auf die „Moralität" der heutigen Gesellschaft. — Die Machthaber von heute suchen natürlich das von ihnen geschaffene Elend, welches sich so offenkundig darbietet, den Blicken zu entziehen, indem sie dasselbe hinter Schloß und Riegel setzen. Aus den Augen, aus den Sinnen! lautet ihre Parole. Wie weit sie damit kommen werden, wird die Zeit lehren. Sch.

Oschersleben, 23. August. Der „Berliner Freien Presse" wird geschrieben: Endlich beginnt es auch in unserem finsteren Kreise, welcher einen Theil des Halberstädter Wahlkreises bildet, sich zu regen. Bis jetzt vom März an haben wir in Stadt Oschersleben drei Versammlungen gehabt, welche sehr gut besucht waren. In der ersten referirte Herr Kokosky aus Braunschweig, in den beiden letzten Herr Zwiebler aus Buckau; jetzt will der Wirth, weil er Feindseligkeiten fürchtet, den Saal nicht zur Versammlung abgeben, und da die anderen Wirthe auch beeinflußt sind, so sind wir nur auf Verbreitung der Parteipresse angewiesen. Den Bemühungen der Genossen ist es gelungen, seit dieser Zeit 10 „Halberstädter Freie Presse", 8 „Vorwärts", 4 „Berliner Freie Presse", sowie „Braunschweiger Volksfreund" einzuführen; wir werden auf diesem Wege trotz aller Verfolgungen unermüdlich fortfahren und der Wahlkreis Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode wird 1880 ganz anders wählen.

Goldap. Am 18. August spielte sich vor dem königlichen Kreisgericht hierselbst nachfolgendes interessante Stückchen ab: Auf der Anklagebank sitzt der Bauer Jorczig aus Kamionken, angeklagt seinen Knecht N. vorsätzlich der Freiheit beraubt zu haben. Der Sachverhalt ist, wie der Unterzeichnete, welcher der Verhandlung beiwohnte, wahrnehmen konnte, folgender: Der Knecht N. stand bei dem Bauer J. in Diensten und zwar gegen Tagelohn. Letzterer war jedoch noch nicht vereinbart; der Knecht hatte auch noch Nichts erhalten. Zu Pfingsten bittet sich der Knecht zu einer Besuchsreise zwei Tage Urlaub aus und borgt sich auch zu diesem Behuf vom Bauer ein Paar Stiefeln (Angeklagter behauptet auch noch einen Rock, dieses wird aber vom Knecht N. eidlich in Abrede gestellt). Am andern oder dritten Tage reitet jedoch der Bauer, befürchtend daß der Knecht nicht mehr wiederkommen und auch die Stiefeln behalten würde — die er übrigens schon längst verdient hat — aus, um den Knecht zurückzuführen. Er traf ihn in dem etwa drei Meilen vom Dorfe K. entfernten Rothebuder Forst — im Walde — auf der Straße, und zwar allein gehend. Sofort ritt der Bauer an N. heran und forderte ihn auf, sofort mitzukommen; als der Knecht sich weigerte, dies zu thun, zog der Bauer einen Strick hervor, schlang diesen dem Knecht um den Hals, band das andere Strickende am Sattel fest und nun gings heidi über Stock und Stein im schärfsten Trabe, bisweilen im Galopp etwa zwei Meilen weit bis zum Dorfe G.; der Knecht hatte Mühe mitzukommen, wurde selbst manchmal geschleift. Im Dorfe angekommen wurde an der Schenke Rast gemacht, das Pferd mit sammt dem Knecht an das Geländer gebunden und der Bauer ging „Einen drünke". Der Knecht war ganz außer Athem, da ihm die Kehle zugeschnürt und der Hals ganz wund gescheuert war, so daß Blut lief. Es strömte bald eine Menschenmenge hinzu und Einzelne suchten den Bauer zu bestimmen, den Menschen doch los zu machen, sie wurden aber mit dem Bemerken zurückgewiesen, „daß er (der Bauer) thun kann was er will", da sich der Knecht weigere, bei ihm ferner zu dienen, auch habe er ihm schon ein Halbquartier Schnaps angeboten, er (der Knecht) aber verbleibt bei seinem Trotze und seiner Weigerung. Der Bauer führte dann den Knecht — noch immer angebunden — durchs ganze Dorf bis zum Schulzen; erst auf dessen Veranlassung wurde der Knecht auf freien Fuß gesetzt.

Der Vertheidiger des Angeklagten, nebenbei bemerkt ein fortschrittlicher Harmonieapostel, suchte auszuführen, daß die Sache nicht so schlimm ist als sie anfangs aussieht, da das Verhältniß zwischen Brodherr und Knecht auf dem Lande anders (besser?) ist, als in der Stadt, da der Knecht auf Erstern „Onkelchen" sagt und auch geduzt wird (so!), der Knecht war entlaufen (?), hat sich auch noch ein Paar Stiefel und einen Rock geborgt und ist nicht zur bestimmten Zeit (?) wiedergekommen. Der Bauer war im vollsten Recht, wenn er sich aufmachte, um sich sein Eigenthum (Knecht oder Stiefel und Rock?) wieder zurück zu verschaffen. Er fand den Knecht im Walde, hatte weiter keinen Menschen, der ihm beim Transport behilflich sein konnte, und so bediente er sich dieses, wenn auch unschicklichen aber doch natürlichen (!) Mittels. Er (der Vertheidiger) bitte daher um eine milde Strafe.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, ergriffen von dieser hier zum Theil wiedergegebenen Rede, beantragte unter Annahme mildernder Umstände eine Gefängnißstrafe von 14 Tagen. Der Gerichtshof erkannte jedoch auf ganze 3 Wochen und in die Kosten. — Welche Strafe würde den Knecht treffen, der seinen Herrn auf ähnliche Weise behandeln würde!?

Es dürfte dieser Fall, der übrigens nicht allein dasteht, genugsam die noch immer bestehende tiefe Knecht- und Leibeigenschaft der hiesigen arbeitenden Bevölkerung sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande (ein Unterschied existirt nicht) beweisen. Die hiesige Arbeiterbevölkerung ist sittlich und moralisch verkommen, und doch vielleicht nicht mehr als ihre „Herren". Namentlich ist dieses bei den sogenannten „Knechten" der Fall. Letztere dürfen sich nur im Stall — Sommer und Winter — aufhalten; schlafen auch daselbst in — Betten. Ach! die Feder sträubt sich, die schmutzigen, feuchten „ungemachten" Lagerstätten näher zu beschreiben; das Strohlager eines Schweines sieht zur nächtlichen Ruhe bei Weitem einladender aus. Kein Wunder, daß allgemein der Knecht nicht höher, wohl aber noch niedriger als ein Vieh geschätzt und wie dieser Fall beweist, beim etwaigen Entlaufen wie das Letztere zurücktransportirt wird. — Wann wird es doch auch hier in dieser Gegend endlich tagen.

M. S.

Aufruf an die Parteigenossen in Baden und der Pfalz.

Wie die Genossen bereits wissen, soll vom 1. Oktober ab das „Pfälzisch-Badische Volksblatt" erscheinen, und wird nun ein Preßverein gebildet, der am 9. September, Nachmittags 2 Uhr, bei Buttle, I. 5. 16 zu Mannheim, seine erste Generalversammlung abhält, wo die ganze Preßangelegenheit und Herausgabe des Blattes definitiv besprochen und beschlossen wird. Bedingungen der Mitglieder des Preßvereins sind: einen Antheilschein von 5 Mark zu zeichnen, der auch in Raten abgezahlt werden kann. Bis zum 9. September muß mindestens eine Mark abgezahlt sein. Parteigenossen! Die Lage der Sache, wie sie jetzt steht, ist eine ausgezeichnete zu nennen, da die Mannheimer Genossen mit allen Kräften eintreten, und erwarten wir daher, daß auch die auswärtigen Genossen ihre Pflicht erfüllen und uns in dieser Weise unterstützen. Ferner müssen alle Listen, die in Bezug auf unser Unternehmen in der Umgegend circuliren, unter allen Umständen bis zum 9. September und womöglich noch vorher hierher abgeliefert werden. Da unser Genosse Erhart nach London abgereist ist, so bitte ich genau auf unten stehende Adresse zu achten. Ferner werden alle Genossen der Umgegend ersucht, am 9. September, auch wenn sie nicht Mitglieder des Preßvereins sind, Vertreter nach Mannheim zu senden, damit eine planmäßige Agitation zu Gunsten des Blattes in's Werk gesetzt wird, gleich unserm letzten Arbeitertag.

Die Zeit ist kurz, darum auf Genossen und mit doppelter Kraft an's Werk und unter allen Umständen am 9. September nach Mannheim.

Mannheim, den 29. August.

Mit Gruß

Im Auftrage der Preßcommission: Ph. Mai, T. 5. 4.

Oeffentliche Quittung.

Im August gingen bei dem Unterzeichneten nachstehende Gelder ein:

a) Agitationsfonds.

Magdeburg d. L. Wille M. 16,50; Glückstadt d. C. Böge 4,20; Gaarden d. H. Ritter 5,00; Neustadt i/H. d. H. Struck 2,00; Marne d. W. S. Harms 3,00; Itzehoe d. H. Walther 9,00; Tönning d. A. Lange 3,00; Kiel d. J. Böheim 25,00; Cassel von heiterer Tischgesellschaft d. Pfannkuch 3,00; Viersen d. Leuf 3,00; Barmbeck v. N. N. 20,00.

b) Unterstützungsfonds.

Elmshorn Liste 19 d. Hamer M. 8,50; Hamburg von A. Mertens 1,80; do. vom Ball der Arbeiterfrauen- u. Mädchenvereine d. Frau Fenger 20,83; do. d. Eicke vom Ball der Maurer und Steinhauer 13,80; do. vom Sommervergnügen d. Schneider 11,36; do. v. G. Fuchs 1,53; do. v. Ludwig J. 0,60; do. v. Pusch & Sohn Werkstatt d. Denker 7,80; do. v. R. Praast 2,40; do. d. H. Burmester 2,29; von Arbeitern einer Werkstatt der Bomb'schen Möbelfabrik d. N. K. 1,40; Gotha vom Volks- u. Kinderfest d. A. Schmidt 65,11; Zwickau d. Jul. Seifert 2,95; Biebrich von Mainzer u. Wiesbadener Gesangvereinen in gesell. Zusammenkunft zu Schierstein d. Th. de Vaque 5,27; Neustadt i/H. d. H. Struck 4,40; Zwenkau d. K. Schulz 0,35; Langenbielau d. A. Kühn 2,00; Wandsbeck v. N. 0,13; Heilbronn v. ges. Unterhaltung d. Kittler 3,00; Winemark v. H. Opelt 2,00; Erfurt d. R. W. 5,00; Klein-Auheim d. M. Gunkel 3,05; Altona v. P. Martienssen 1,80; Görlitz Liste 27 d. J. Ullrich 6,10; Cassel von heiterer Tischgesellschaft d. Pfannkuch 1,00; Lübeck d. W. Dreyer v. Vereinigungsfest d. Metallarb. 12,17; Potsdam d. F. Haburg 1,95; Edderitz d. G. Hobusch 3,45; Ottensen v. d. Hamburger Tour der „Lassallea" d. J. Schmidt 13,05; Annweiler v. L. Hochstetter d. Seebach 1,00; Groß-Auheim d. A. Kronenberger 15,00; Cosel O.-S. von S. Faerber 5,00.

c) Wahlfonds.

Pfersee d. F. Kolbeck 4,00; Lambrecht d. J. Diesfeld 0,40; Hamburg v. A. W. Dieckmann New-York 1,80.

Hamburg, 29. August 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion: C. H. in Einbeck: Sie können in der Angelegenheit nichts machen.

Quittung. H. Lgs Hannover Ann. 0,70, Schr. 4,80. Schnrthr Hof Ab. 17,20. F. Lndr Markersdorf Ab. 1,69. Rottmnnr München Ab. 80,00. Dr. Eck Wien Ab. 7,40, Schr. 6,00. F. A. Rthr Gelenau Ab. 11,00, Schr. 10,65. Fr. Engl Reudnitz Ab. 15,50. M. Mannheim Ann. 1,50. Eglr hier Ab. 6,00, Schr. 15,00. Schlnhn hier Ab. 5,00.

Für die ausgesperrten Arbeiter in Ohlau.

Von Parteigenossen in Leipzig 6,38.

Anzeigen 2c.

Hamburg. Dienstag, den 4. September, Abends halb 9 Uhr, bei Herrn Hübner, Große Rosenstr. 37:

Große Oeffentliche Versammlung

sämmtlicher Töpfer von Hamburg und Altona.

Tagesordnung: Das Haftpflichtgesetz.

G. Klaws. [70

Hannover. Den Freunden und Parteigenossen empfehle ich mich auf den diesjährigen Markt mit guten Speisen und Getränken und bitte freundlich mich recht zahlreich besuchen zu wollen. Münz. [1,20

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Sonntag, den 9. September, im „Neuen Gasthof" zu Gohlis:

Herbstfest

zum Besten des Baufonds

bestehend in Concert, Theater und Ball.

Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen. [3,20

Anfang 3 Uhr. Der Vorstand.

Leipzig. Donnerstag, den 6. September, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Thätigkeit des Reichstages und die Sozialdemokratie. Referent August Bebel.

90] Der Einberufer.

Osnabrück. Arbeiter-Wahlverein. Donnerstag, den 6. Septbr., Abends 8½ Uhr im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemünze 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Fragekasten. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. [70

Pfälzisch-Badischer Preßverein.

Sonntag, den 9. September, Nachmittags 2 Uhr, bei H. Buttle, I. 5. 16, Mannheim:

Constituirende Generalversammlung.

Tagesordnung: Die definitive Besprechung über die Herausgabe des Blattes, der Statuten, der Agitation 2c. 2c. 2c.

Alle Parteimitglieder der Umgegend, ob sie Mitglieder des Preßvereins werden oder nicht, werden ersucht, ihre Vertretung zu schicken wegen der Agitation. Im Auftrag der Preßcommission:

Ph. Mai, T. 5. 4.

NB. Alle Listen und freiwillig gesammelten Gelder müssen bis dieser Tag uns eingehändigt sein. (F220) D. O. [150

Meinem Manne zu seinem heutigen Wiegenfeste ein [1,80

donnerndes Hoch

daß die Burg in Berlin wackelt. Halte fest und treu am Prinzip, ich werde Dir treu zur Seite stehen. Nieder mit der Sedansfeier, hoch die Commune.

Leipzig, den 2. September 1877. Marie Roack.

Der Unterzeichnete, gegenwärtig ohne bestimmte Stellung, stellt sich den Parteigenossen aller Orten, namentlich in Sachsen und Thüringen behufs Agitation für unsere Grundsätze zur Verfügung. Auch wäre derselbe bereit, einen frei werdenden Redakteur- oder Verwaltungsposten an einem Lokalblatt zu übernehmen. Gef. Zuschriften bis auf Weiteres an untenstehende Adresse erbeten. [2,40

Leipzig, den 1. September 1877.

H. Oehme, Lützowstraße 20b/II.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk.

Abonnementspreis vierteljährlich M. 1,20.

In Heften (3 Wochen-Nummern enthaltend) à 30 Pf.

Inhalt der Nr. 35 (1. September 1877): Die Entweihung der Fahne des Propheten. Historische Erzählung von Carl Hannemann. — Die deutsche Spracheinigung bis zum Mittelalter. Von M. Wittich. — Diffeits des Bosporus. Reisebilder von Carl Hannemann. — Aus dem Wanderburschenleben. Skizzen von W. H. — Moderne Mütter und Töchter. Originalskizze von M. Kautsky. (Schluß.) — Kleinere Mittheilungen: Die Albrechtsburg in Meißen (Illustration). — Der gelungene Ueberfall (Illustration). — Frisches und altbackenes Brod. — Silbenräthsel. — Briefkasten.

Die Expedition. Färberstr. 12 in Leipzig.

Im Verlag der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei ist erschienen und durch die Unterzeichneten zu beziehen:

„Der arme Conrad."

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1868.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß. Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir brochirt 25 Pf. pro Stück, gebunden 40 „ „ „ } netto gegen baar.

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Zackel", Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.

Wir empfehlen unsere Beilage zur „Neuen Welt" Nr. 20, enthaltend:

Karten vom russisch-türkischen Kriegsschauplatze.

Preis pro Stück 10 Pfg. In Partien billiger.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Durch uns ist zu beziehen:

Zur Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Ent, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 104. Mittwoch, 5. September. 1877.

Der Reichskatzenjammer.

Leipzig, den 3. September.

Die Schlacht ist geschlagen; Ruhe herrscht überall auf dem weiten Leichenfelde. Die Sänger des Feldes und des Waldes sind von dem grausigen Gefilde hinweggeflohen — der Donner der Schlacht und nachher der Blutgeruch haben sie erschreckt; nur die gierigen Raben fliegen halb ängstlich, halb lüstern krächzend über dasselbe hin und her. — — —

Der Festesjubel ist vorüber — der Mordspatriotismus hat ausgetollt; Leichenfeldern gleichen die Stätten, wo gestern noch eitle Beschränktheit und kindischer Uebermuth ihre Orgien feierten.

Katzenjammer, überall Katzenjammer!

Aber gut war's, daß sich der Katzenjammer bei einer großen Anzahl von „Reichsfreunden" schon vor dem Feste eingestellt hatte; die „reichsfreundlichen" Stadtverordnetenversammlungen und Gemeinderäthe an vielen Orten haben jegliche Beisteuer zu dem Sedanfeste aus Gemeindemitteln rundweg verweigert.

Woher aber ist der Katzenjammer schon vor dem Feste gekommen? Die Steuern im glorreichen deutschen Reich steigen täglich, so daß dem bravsten Reichsphilister angst und bange wird; die Behandlung der Söhne unserer Reichsphilister, welche den bunten Rock tragen, ist eine derartige, daß der Begeisterungsrausch wahrlich schnell schwinden muß — — — so erzählen uns jetzt schon wieder die Zeitungen folgendes Stückchen soldatischer Rohheit aus Amberg in Baiern:

„Der Seconde-Lieutenant Hersch hatte im Juni dieses Jahres die Turnübungen einer Compagnie zu leiten, bei welchem sich ein Einjährig-Freiwilliger Namens Kleber (wohlhabender Bräuerssohn vom Strahlfeld) befand. Da Letzterer beim Weitspringen das gewünschte Ziel des die Turnübungen leitenden Lieutenants Hersch trotz äußerster Anstrengungen nicht zu erreichen vermochte, so mußte Kleber zur Strafe, wahrscheinlich um dessen Körpertheile gelenkiger zu machen, den Dauerlauf außerhalb um den Kasernenhof so lange vollführen, bis er nicht mehr konnte. Der Umfang außerhalb des Kasernenhofes, um welchen Kleber seinen Dauerlauf ausführen mußte, beträgt eine gute Viertelstunde. Diese Strecke soll der Einjährig-Freiwillige sieben Mal umlaufen haben, bis er bewußtlos zu Boden fiel und vom Platze getragen werden mußte. Während dieser Zeit hat Lieutenant Hersch auch einen „Dauerlauf" ausgeführt, aber nicht um den Kasernenhof, wohl aber in die Kasernen-Restauration, um sich für seine „Strapazen" weiblich zu laben, unbekümmert darum, ob sich Kleber, der seinen Befehl zu vollziehen hatte, zu todt laufe oder nicht. Die Folgen dieses ungeheuerlichen Befehls ließen nicht lange auf sich warten; denn Kleber lag bis jetzt irrsinnig im Militär-Lazareth und wurde gestern (23. August) in die Irrenanstalt Karthaus bei Regensburg verbracht."

Wäre der arme Einjährig-Freiwillige nicht irrsinnig geworden, so hätte er ganz gewiß den Reichskatzenjammer bekommen, der Vater desselben, der Brauer Kleber hat ihn aber erhalten und sich vor dem Sedansrausche bestens bedankt. Ob man den Lieutenant Hersch nun auch „springen" lernen ließ, ist nicht bekannt, er wird wohl mit etwas „sitzen" davon kommen. —

An 170 Millionen Mark Anleihe für Kasernenbau, um das Reichsgebäude mehr noch auszubauen und zu „verschönern" — auch diese Nachricht mag schon vor dem Sedansfeste ernüchternd auf die praktisch angelegten Naturen eingewirkt und dieselben in eine katzenjämmerliche Stimmung versetzt haben. —

Und wenn wir nun den Militäretat für das deutsche Reich überhaupt einmal betrachten. Derselbe belief sich pro 1876 auf 352,000,000 Mark, macht auf den Kopf der Bevölkerung die Summe von 8 Mrk. 30 Pf.! Nur übertroffen wird das deutsche Reich von Frankreich, wo gegen 11 Mark Militärsteuer auf den Kopf kommen. In Rußland beträgt der Aufwand für das Militär 6 Mrk. 50 Pf., in Oesterreich 6 Mrk. 20 Pf. und in Italien 6 Mrk. 10 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung.

Frankreich aber ist ein reiches Land — dort kann die Bevölkerung leichter 15 Mark per Kopf tragen, als in unserm ärmeren Deutschland 8 Mark.

Der Militarismus aber wird immer gewaltiger und mächtiger, er verschlingt immer größere Summen — Sedan trägt daran eine große Mitschuld.

Der Militäraufwand in Deutschland, Frankreich, Rußland, Italien, Oesterreich und England zusammen betrug pro 1876 die bescheidene Summe von 1,952,300,000 Mark; nehmen wir nun noch die Mittel- und Kleinstaaten hinzu, so haben wir eine jährliche Ausgabe für Militärzwecke in Europa von über 3,000,000,000 — drei Milliarden Mark.

Wer an diese Summen nur denkt, bekommt schon den Katzenjammer. — — —

Und nun erst nach dem Sedanfeste! Da bleibt es nicht bei dem moralischen Reichskatzenjammer, da kommt hinzu der leibliche, der richtige, der die Haare zu Berge sträubt — und er packt sie alle, die Leipziger Gosenbrüder und die Berliner Weißbierphilister, die Hamburger 10,000 Groggesellen und die Wein- und Champagnernasen des ganzen heiligen deutschen Reichs, welche sedanfeierlich hineinfunkelten in die Nacht vom 2. zum 3. September und die tolle Lust noch vermehrten. — — —

Aber der allgemeine Reichskatzenjammer hat auch noch andere, gewichtigere Personen gepackt. Das Plewna der Russen ist ihnen in die Knochen gefahren und dürfte wohl eine Mahnung sein, daß allem Kriegsruhm und aller Prahlerei oft genug ein sehr schnelles Ende, ein Ende mit Schrecken — ein Plewna bereitet wird.

Heilsam ist solcher Katzenjammer ohne Zweifel, heilsam deshalb, weil man nach und nach vor erneutem Kriegs- und Siegesrausch sich fürchten und des lächerlichen Festesjubels über „eine Prügelei" in großem Maßstabe sich enthalten wird.

Weder — Noch!

„Weder für Mac Mahon, noch für Gambetta — sie taugen alle Beide nichts" — das ist der Grundton eines Artikels, den das frühere Communemitglied, unser Parteigenosse Leo Frankel, für die „Arbeiter-Wochen-Chronik" zu Buda-Pest vom 26. August geschrieben hat und den wir hier vollständig folgen lassen:

Einige in Chicago in Nordamerika lebende Franzosen scheinen ein dringendes Bedürfniß gefühlt zu haben, sich auch in Europa — zu blamiren. Aus diesem Grunde haben sie eine in einer Versammlung in Chicago mit „Einstimmigkeit" gefaßte Resolution an unser Genfer Parteiorgan, den „Précurseur" („Vorbote") mit dem Ersuchen zugestellt, dieselbe zu veröffentlichen. Die Resolution lautet:

„In Anbetracht, daß der Staatsstreich vom 16. Mai, durch welchen der Präsident der Republik, ein Mißverständniß zwischen der Nation und sich vorschützend, ein Ministerium aus der Kammerminorität genommen hat, was gegen alle Gesetze und parlamentarischen Gebräuche ist;

„In Anbetracht, daß der Präsident der Republik, indem er die Auflösung der Kammer durch den Senat verlangte, einen von dem Geiste der Partei des 24. Mai (Tag, an welchem Thiers gestürzt wurde. Red. d. A.-W.-Chr.) diktirten und den Versprechungen, die er gemacht hatte, sich den Anordnungen der Majorität zu fügen, entgegengesetzten Entschluß gefaßt hatte;

„In Anbetracht, daß die Manifeste der 363 Deputirten und 130 Senatoren, welche gegen die Auflösung gestimmt, auf den antiparlamentarischen Akt geantwortet haben, indem sie sich an die Nation wandten:

„Erklären wir den republikanischen Deputirten und Senatoren, daß ihre Landsleute von Illinois und Chicago vollständig einverstanden sind mit den in ihren Manifesten und ihrer Tagesordnung ausgedrückten Ideen und laden alle Wähler ein, für die 363 republikanischen Deputirten zu stimmen."

Dieses Schriftstück trägt folgende Unterschriften: E. S. Crémieux, E. Chaumette, A. Leblanc, J. Michel, J. Henry. Wäre dasselbe von sogenannten conservativen oder sonstigen Bourgeois-Republikanern ausgegangen, hätten wir nichts dagegen einzuwenden gehabt, weil wir es begreifen, daß diese es vorziehen, als „Republikaner" zu herrschen, denn als Monarchisten beherrscht zu werden. Dieses Schriftstück ist aber von Leuten unterzeichnet, die, wenn wir uns nicht irren, zum großen Theil Communeflüchtlinge sind, oder sich mindestens zu den Sozialdemokraten zählen; sonst hätten sie sich sicherlich nicht an den „Précurseur" gewandt. Nun fragen wir, ob es etwas Infameres geben kann, als wenn Communards oder Sozialdemokraten ihre Hand dazu bieten, um die Mörder der Commune und Verfolger der „Internationale" in den Regierungssattel zu heben.

Sollen die Verfasser obiger Resolution vergessen haben, daß die Ermordung und Einkerkerung tausender und abertausender für Freiheit und Gerechtigkeit erglühender Männer geschah, als noch Thiers Präsident der Republik war? vergessen haben, daß unter seiner Präsidentschaft ein Gesetz geschaffen wurde, das jedes Mitglied der „Internationale" zu einem Verbrecher stempelte? vergessen haben, daß Jules Favre es war, der ein Rundschreiben an alle Mächte erließ, um sie aufzufordern, die Kämpfer der Commune als gemeine „Verbrecher" auszuliefern und gegen die Mitglieder der „Internationale" eigene Strafgesetze ergehen zu lassen? vergessen haben, daß Gambetta es war, der all' seine Redekunst anwandte, um den Senat als eine republikanische Einrichtung hinzustellen und zu unterstützen? vergessen haben, daß fast sämmtliche 363 Deputirte gegen die Amnestie stimmten?

Sollten dies die Herren Crémieux, Chaumette et Compagnie vergessen haben, oder gar nicht gewußt haben, dann sind sie Einfaltspinsel, die besser thäten, sich nicht um die Politik ihres Landes zu kümmern. Waren ihnen aber obige Thatsachen bekannt, so sind sie Verräther an der Sache, die sie früher vertheidigt, Verräther an den Prinzipien, die sie früher angenommen hatten.

Es giebt zwar auch Leute in der sozialdemokratischen Partei, die da glauben, daß sie sich durchaus nichts vergeben, wenn sie den 363 Deputirten das Wort reden; die da sagen, daß es besser sei, selbst die jetzige Republik aufrecht zu erhalten, als den Bonapartisten den Weg zum Throne zu bahnen. Wenn nun die Sozialisten keine andere Wahl hätten, als zwischen dem Kaiserreich und der Republik in ihrer jetzigen Gestalt, d. i. der sogenannten conservativen Republik, dann ließe sich noch über diese Meinung diskutiren. Auch wir sind nicht der Ansicht, daß uns ein Kaiserreich eher zur sozialen Republik bringen würde, als eine Bourgeoisrepublik, da wir aus Erfahrung wissen, daß unter einer solchen Regierung die republikanischen Schönredner bei allen freidenkenden Leuten wieder „Hahn im Korbe" werden. Wir wissen aber auch, daß unter den 363 Deputirten 99 Prozent mit unseren Bestrebungen durchaus nicht einverstanden sind und daß 95 Prozent von denselben uns, im gegebenen Falle, wenn nicht ärger als die Monarchisten, so doch ebenso arg behandeln würden. Die Frage: ob Kaiserreich oder Republik? ist eine falsch gestellte, nur danach angethan, unsere nicht sattelfesten Parteigenossen zu verwirren und zu Falle zu bringen. Man hat sich nicht zwischen Kaiserreich und Republik, sondern zwischen sozialer und conservativer Republik zu entscheiden.

Es ist falsch, anzunehmen, daß Der, die nicht für die 363 Deputirten eintritt, das Kaiserreich hergestellt wissen will, da es außer conservativ-republikanischen und bonapartistischen Candidaten auch noch sozialdemokratische giebt, und dies ist der Standpunkt, auf welchen wir uns stellen und auf welchen sich alle Sozialdemokraten stellen müssen, welche dem, auf der Londoner Conferenz (1871) und auf dem Haager Congreß der „Internationalen Arbeiter-Assoziation" (1872) aufgestellten und angenommenen Prinzip huldigen: daß das Proletariat in seinem Kampfe gegen die Collektivmacht der besitzenden Klassen nur dann als Klasse wirken kann, wenn es sich, abgesondert von allen anderen aus den besitzenden Klassen gebildeten Parteien, selbst als politische Partei constituirt. Eine solche politische Partei ist auch unumgänglich nothwendig, um den Triumph der sozialen Republik und ihres erhabenen Zieles: die Beseitigung der Klassenherrschaft, zu sichern.

Die Aufgabe und Pflicht der Sozialdemokraten Frankreichs muß es demnach sein, bei den nächsten Wahlen eigene Candidaten aufzustellen, d. i. als selbstständige Partei aufzutreten und vorzugehen, nicht aber, wie ihnen dies von den Verfassern obiger Resolution zugemuthet wird, als Stimmvieh für die conservativ-republikanische Partei, den Schwanz der liberalen Bourgeoisie zu bilden. Warum soll gerade den Sozialdemokraten die Alternative (die Wahl zwischen zwei unerwünschten Dingen) zwischen Bonapartisten und Bourgeois-Republikanern gestellt sein, und nicht umgekehrt es den Letzteren überlassen werden, zwischen Bonapartisten und Sozialdemokraten zu wählen? Sollen die Arbeiter stets blos der Spielball in den Händen der einen oder andern besitzenden Klasse, der einen oder andern durch ihren Besitz herrschenden Partei sein? Sollen sich die Arbeiter niemals so weit emanzipiren, um ihre Sache selbst in die Hände zu nehmen, um ihre eigenen Anwälte zu sein? Werden die Arbeiter es niemals ernstlich einsehen, daß nur Derjenige am besten weiß, wo ihn der Schuh drückt, der ihn selbst trägt, und daß daher die Emanzipation der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann? —

Nur bei Stichwahlen zwischen Monarchisten und Bourgeois-Republikanern mag die Taktik der Sozialisten geändert werden; da können sie, ja sollen sie für die Candidaten der zunächst stehenden Partei, d. i. für die Bourgeois-Republikaner stimmen, aber dann auch nur in dem Falle, als diese sich verpflichten, bei Stichwahlen zwischen Monarchisten und Sozialdemokraten den Letzteren ihre Stimmen zu geben. Im entgegengesetzten Falle hat die sozialdemokratische Partei sich der Abstimmung zu enthalten und die beiden Gegner selbst den Kampf ausfechten zu lassen.

Sollte bei den nächsten Wahlen, durch den Druck von oben, durch Versprechungen, Bestechungen oder sonstige illoyale (ungesetzmäßige) Machinationen, der Sieg der monarchisch-pfäffischen Partei zufallen und diese einen Kaiser oder König als Herrscher über Frankreich ausrufen wollen, sollte es dieserhalb zum Straßenkampf, zum Bürgerkrieg kommen, haben die Arbeiter die Waffen nicht zur Vertheidigung eines Thiers, Gambetta, Jules Favre und Compagnie zu ergreifen, nicht für die Aufrechterhaltung der conservativen, sondern für die Herstellung der sozialen Republik zu kämpfen.

Mit dem Wahlzettel oder der Flinte, überall hat die Sozialdemokratie nur für ihre Interessen zu kämpfen, weil ihre Interessen zugleich die Interessen der Menschheit sind, weil ihr Sieg die Beseitigung der Klassenherrschaft bedeutet, während der Sieg aller übrigen Parteien nur eine Veränderung der Parteiherrschaft bedeutet, aber nicht die Klassenherrschaft, nicht die Klassengegensätze aufhebt.

Zurück daher mit allen Jenen, die das französische Volk bestimmen wollen, für die Jules Favre's und Consorten zu stimmen! Zurück mit all' Jenen, die die Arbeiter in das Schlepptau der Bourgeoisie ziehen wollen! Zurück daher, ihr Verfasser der mit „Einstimmigkeit" angenommenen Resolution, denn ihr seid entweder Dummköpfe, oder Verräther an der Arbeitersache, in beiden Fällen unserer Partei unwürdig!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Lobderei bei der preußischen Polizeiverwaltung Der Oberstaatsanwalt in Kiel hat folgende Circularverfügung an die Polizeibehörden der Provinz erlassen, in der es heißt: „Es ist mehrfach zu meiner Kenntniß gelangt, daß die Vorschriften der Straf-Prozeßordnung, wonach die ohne vorgängige Requisition der Staatsanwaltschaft seitens der Polizeibehörden erfolgten vorläufigen Festnahmen von Personen nicht innerhalb der vorgeschriebenen 24stündigen Frist den zuständigen Beamten der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht werden und daß ebenso die für die verantwortliche Vernehmung, Freilassung oder Ablieferung des vorläufig Festgenommenen in das Untersuchungsgefängniß vorgeschriebenen Fristen öfters auch nicht annähernd inne gehalten werden. In einigen Fällen haben die polizeilich Festgenommenen mehrere Tage, vereinzelt 5—6 Tage über die gesetzliche Frist hinaus, ohne richterliche Vernehmung und ohne Entscheidung über die Fortdauer der Haft in den Polizeigefängnissen zubringen müssen. Die betr. Behörden werden hiernach aufgefordert, die vorgenannten gesetzlichen Vorschriften strenger als bisher zu beachten." — Es ist ja ganz in der Ordnung, daß der Kieler Oberstaatsanwalt obige Verfügung erlassen hat, aber nicht in der Ordnung ist es, daß er eine solche Verfügung erlassen mußte. Der Oberstaatsanwalt hat ganz gewiß nicht übertrieben — daß Personen von der Polizei gegen die gesetzlichen Vorschriften 5—6 Tage ihrer Freiheit beraubt werden, dies ist ein so bezeichnende Thatsache polizeilicher Uebergriffe und Vergewaltigungen, die auf das ganze preußische Polizeisystem ein höchst eigenthümliches, sagen wir „erbfreundliches" Licht wirft. Die polizeilichen Uebergriffe entstehen aber meist

dadurch, weil sie in den seltensten Fällen mit Strafe belegt werden, und wenn einmal, dann kann der nicht Vertraute die Strafe kaum von einer Belobigung unterscheiden.

— Die Flinte schießt. Herr Eulenburg hat Leute, die ihn trefflich verstehen. Das zeigte sich vor einigen Tagen in Schlesien. Aus Reichenbach i. Schl. berichten Bourgeoisblätter unterm 27. August (uns ist noch kein direkter Bericht zugegangen): „Die Sozialdemokraten verschiedener Orte beabsichtigten einen Ausflug nach den „sieben Kurfürsten" zu machen, um dort ein Volksfest zu feiern. Der Amtsvorsteher Eggers in Wüstewaltersdorf erließ ein Verbot (!) gegen das Fest, trotzdem hatten sich gestern gegen 400 Personen an den „sieben Kurfürsten" eingefunden. Der Landrath des Kreises Waldenburg, sowie genannter Amtsvorsteher und außerdem mehrere Gensdarmen waren auch auf jener Stelle erschienen und wurden bald seitens eines der erstgenannten Beamten die Versammelten aufgefordert, sich zu entfernen. Da auch die dritte Aufforderung resultatlos blieb, luden die Gensdarmen ihre Schußwaffen, um davon Gebrauch zu machen. Dem Anblick dieser gefährlichen Manipulationen, sowie dem Zureden des anwesenden sozialdemokratischen Agitators Kühn aus Langenbielau gelang es, die in sehr gereizter Stimmung befindliche Menschenmasse zum Verlassen des projektirten Festortes zu bringen. Die Sozialdemokraten des Reichenbacher Kreises begaben sich nach Schmiedegrund, wo es ihnen auch gelang, körperliche Erfrischungen zu erlangen; dem Wirth zu den „sieben Kurfürsten" soll die Verabreichung solcher verboten worden sein. Gensdarmerie war auch dorthin gefolgt."

Das sind ja herrliche Zustände! Ob es in Rußland schlimmer sein kann? Wir möchten es bezweifeln. Thatsache ist: nur den Sozialdemokraten ist es zu verdanken, daß eine Metzelei verhütet wurde; und es hat sich wieder einmal recht deutlich gezeigt, welche die wirklichen „Ordnungsfreunde" sind: die verschrienen „Umstürzler" oder Diejenigen, welche sich für die Stützen der Ordnung ausgeben.

— Ueber das Begräbniß der fünfzehn bei Marten verunglückten Bergleute bringt die „Westfälische Zeitung" einen Bericht vom 26. August, dem wir folgendes entnehmen: „Gestern Nachmittag 3 Uhr sollten die unglücklichen Opfer der letzten traurigen Katastrophe auf Zeche „Borussia" der Mutter „Erde" wieder zurückgegeben werden. In hellen Haufen zogen von nah und fern die Freunde und Kameraden jener 15 Verunglückten heran; ernst und feierlich gruppirten sich dieselben um die in voller Zahl erschienenen Beamten der benachbarten Zechen, während die Knappen- und Kriegervereine sich um ihre Banner schaarten. Herzergreifend war die Scene, als die Wittwen und Waisen an den mit Blumen geschmückten Särgen erschienen, um Abschied von ihrem Liebsten auf der Welt zu nehmen, und bei Vielen der Versammelten sah man die Thränen über die wetterharten, gebräunten Wangen tropfen. Unter Anführung der in Uniform erschienenen Martener Feuerwehr setzte der Trauerzug sich nach Lütgendortmund in Bewegung. Dann folgten auf sechs Wagen zwölf der Opfer, welchen sich der unabsehbare Leichenzug anschloß. Wohl 1600—2000 Leidtragende erwiesen den Verunglückten die letzte Ehre. In Lütgendortmund theilte sich der Zug, indem vier der Todten auf den katholischen Kirchhof, von den übrigen acht fünf und drei auf den evangelischen gebettet wurden. Pastor Nölle empfing den Trauerzug zum evangelischen Kirchhof und führte denselben zur letzten Ruhestätte der Verunglückten. Mit warmen, tief empfundenen Worten, die ins innerste Herz der Trauernden und Leidtragenden dringen mußten, suchte der Pfarrer die so unendlich betrübten Hinterbliebenen mit den Worten und Tröstungen der heiligen Schrift aufzurichten. In herzergreifender Weise schilderte er treffend die letzten Augenblicke der Entschlafenen, wie wir sie uns erklären können, und sprach, daß nicht blos Die, welche des Königs Rock trügen, Krieger seien, sondern auch Jene im schwarzen Kittel, welche unten im tiefen Schacht mit den finsteren Gewalten kämpfen müssen, um der Erde ihre Schätze abzuringen. (Für wen, Herr Pfarrer?) Eine dreimalige Salve des Oespeler Landwehr- und Kriegervereins über die Grabstätte ihres Kameraden Wahl, eine Hand voll Erde auf ihre Ruhestätte und dann schloß sich das Grab über acht tapfere, muthige Herzen. In gleicher feierlicher Weise fand die Beerdigung der vier Opfer auf dem katholischen Kirchhof und der beiden auf dem Stockumer Kirchhof statt, letzter- wieder durch Pastor Nölle, während der letzte der Fünfzehn, der Bergmann Weinrich, auf dem Kirchhof zu Eichlinghofen, geleitet vom dortigen Knappenverein, seine Ruhestätte fand. Abweichend von den übrigen Bauern, welche sich nur an das überaus unselige Ereigniß hielten, fühlte sich Pastor Niemeyer veranlaßt, hier an dieser offenen Gruft seine Ansichten über die Sozialdemokratie auszusprechen, und zwar weil der Verunglückte ein eifriger Anhänger derselben gewesen. Ein großer Theil der Leidtragenden verließ deshalb den Kirchhof während der Predigt." — Wir wollen uns nicht weiter darüber aufhalten, daß der priesterliche Trost mit Hinweis auf die Bibel für die Hinterbliebenen ein recht magerer war; besserer Trost wäre es sicherlich, wenn die Familien der Verunglückten durch das Haftpflichtgesetz geschützt und so durch das Gesetz vor Hunger und Noth bewahrt würden. — Dem Pastor Niemeyer können wir nur unsern Dank sagen, daß er so offen die „christliche Liebe" verläugnete, die ja doch nur eine Phrase ist. Daß die Arbeiter sich von dem fanatischen Priester nicht weitere Beleidigungen an den Kopf werfen lassen wollten und deshalb lieber den Kirchhof verließen, war natürlich und vernünftig. Die Ansichten über die Sozialdemokratie, welche der Pfarrer zum Besten gab, sollen übrigens, wie uns mitgetheilt wird, fortwährend dicht an Unvernunft und Blödsinn gestreift haben.

— Wir theilten vor einigen Tagen eine Zuschrift aus Straßburg mit, in welcher erzählt wurde, daß wegen wiederholter Mißhandlung seiner Soldaten ein Hauptmann zu zweimonatlicher Festungshaft verurtheilt worden sei; die Anzeige war durch einen Lieutenant der eigenen Compagnie erfolgt. Während der Hauptmann seine Strafe verbüßte, ward der Lieutenant von seinen „Kameraden" des so ehrenhaften Schrittes halber über die Achseln angesehen und moralisch aus den Offizierkreisen entfernt. Diese unsere Nachricht druckten verschiedene Zeitungen unter großer Reserve nach. Jetzt aber ist die „Frankfurter Zeitung" in der Lage, den Vorfall zu bestätigen und auch die Namen der betreffenden Offiziere zu nennen. Der Hauptmann heißt Wahlkampf, der brave Premierlieutenant Klüber.

— Die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft, welche 7 Bahnen im Betriebe hat, hat für das verflossene Geschäftsjahr nach einem Bericht der Direktion das nette Sümmchen von 18,700,000 Mark als Einnahme zu verzeichnen. Der Bericht äußert sich über dies finanzielle Ergebniß wie folgt: „Obwohl der Gesammtverkehr durch die noch andauernde Stockung auf allen wirthschaftlichen Gebieten beeinträchtigt wurde, so führte doch die, insbesondere durch ermäßigte Arbeitslöhne und Materialpreise veranlaßte Verminderung der Betriebsausgaben dahin, daß die Dividende nur unerheblich hinter dem vorjährigen finanziellen Ergebniß zurückblieb. Die Dividende betrug nämlich für 1876 9⅔ pCt., während 1875 10½ pCt. gezahlt wurde."

So sind es immer und immer wieder die Arbeiter, die mit ihren knappen Löhnen für den Unternehmer- besser Ausbeutergewinn einzutreten haben.

— Der allgemeine österreichische Arbeiterverein hatte kürzlich eine Resolution an das österreichische Ministerium beschlossen, welche in einer Volksversammlung hatte zur Vorlage kommen sollen. Der Inhalt dieser Resolution bezieht sich auf die Abänderung der in Oesterreich geltenden Gewerbeordnung, doch konnte die Petition nicht berathen werden, da die Volksversammlung verboten wurde. Der Inhalt der Resolution enthält nebst einer kurzgefaßten Motivirung folgende Punkte:

1. Den Entwurf einer neuen Gewerbeordnung mit thunlichster Beschleunigung dem österreichischen Abgeordnetenhause zue Berathung und Beschlußfassung vorzulegen; 2. in denselben die von dem arbeitenden Volke Oesterreichs in zahlreichen Volks- und Vereinsversammlungen zu Wien und anderen Industrieorten des Reiches ausgesprochenen Wünsche zu berücksichtigen, und zwar: a) Vollständige Aufhebung der gewerblichen Zwangsgenossenschaften, Zuweisung der Krankenfonds derselben an jene Hilfskassen, welchen die Arbeitnehmer des betreffenden Gewerkes beitreten werden, Aufhebung jedes Beitrittszwanges auch zu den neuen Hilfskassen, Gewährung voller Verbands- und Aktionsfreiheit für alle wirthschaftlichen und Unterstützungsvereine, Unterstellung der Knappschaftskassen unter das dergestalt revidirte Vereinsgesetz und Nothwendigkeit eines richterlichen Erkenntnisses zur Auflösung von Vereinen; b) Präzisirung der Entschädigungspflicht der industriellen Unternehmer in der Weise, daß sie, insofern sie nicht nachzuweisen vermögen, daß die Beschädigung des Arbeiters selbstverschuldet geschah, in solcher Weise haftbar seien, daß sie eine dem Durchschnittslohne des Verletzten gleiche Entschädigung zu leisten verpflichtet sind, ohne Rücksicht darauf, ob derselbe Beihilfe aus einer Unterstützungskasse bezieht oder nicht. Bei erfolgter Tödtung eines Arbeiters soll die Obsorge des Unternehmers sich auch auf diejenigen Personen erstrecken, welche der Unglückliche zu erhalten oder zu unterstützen verpflichtet war, c) die gesetzliche Bestimmung eines Normalarbeitstages von zehn Stunden täglich für alle erwachsenen männlichen Arbeiter achtstündige Arbeitszeit für Frauen und Minderjährige von 14 bis 18 Jahren, Verbot der Kinderarbeit vor vollendetem 14. Lebensjahre. In Werken mit ununterbrochenem Betriebe oder in Fabriken, welche giftartige Artikel erzeugen, darf die Arbeitszeit für alle daselbst Beschäftigten täglich 8 Stunden nicht übersteigen; ferner Regelung des Lehrlingswesens durch Feststellung einer Normal-Lehrzeit.

Wenn es in Oesterreich nicht mehr gestattet ist, diese äußerst gemäßigten Forderungen — Forderungen, die in anderen Ländern zumeist schon zu den überwundenen Standpunkten gehören, zu diskutiren, so weiß man kaum, was man dazu sagen soll. Aber trotz dieser an Wahnwitz grenzenden Maßregeln wird auch in Oesterreich die soziale Frage nicht unerörtert bleiben können, denn der Hunger und das Elend lassen sich aus der Welt nicht wegdekretiren.

— Der Heldengreis Thiers wird von der französischen Bourgeoisie gehätschelt. Sie ist ihm dankbar für die Abschlachtung der Commune. Kürzlich empfahl er auf dem Schlosse Stors den Bourgeois-Republikaner Senard als Candidaten für die Wahl und sagte dabei:

„Ich glaube heute, gleich Herrn Senard, daß die Republik allein möglich ist, und ich habe ihn hier so wieder gefunden, wie er immer war, nämlich als gemäßigten Republikaner. Ich bin alt; an Ihnen, die fast alle einem jüngeren Geschlecht angehören, ist es, die Sache zu unterstützen, die für uns eine gemeinschaftliche ist."

Heute ist für diesen Menschen die Republik „allein möglich"! so das „Hamburg-Altonaer Volksblatt". Wie oft mag er seine politische Meinung schon gewechselt haben! Die Bourgeoisweiber bekränzten ihn. Sie haben Ursache dazu; Thiers hat die Prostitution und die Spitzbüberei in Frankreich erhalten, welche die Commune abschaffen wollte; dafür sind ihm die Vampyre des Volkes Dank schuldig. Daher das große Geschrei, wenn der alte Heuchler einige Worte schwätzt. Zugleich wurde ein Polizeipräfekt von ihm zum Candidaten empfohlen. Das lassen wir uns gefallen; da paßt wenigstens Einer zum Andern!

Gegen Thiers schleudern die Regierungsblätter wegen seiner jüngsten Rede in Saint-Germain-en-Laye die heftigsten Angriffe. „Der Marschall", bemerkt das republikanische „Journal des Debats", „weiß wohl gar nichts davon, wie die offiziellen Schreiber den Mann behandeln, dem er selbst die größte Ehre seines Lebens verdankt, jene, wenige Monate nach Sedan an die Spitze der Armee gestellt zu werden, welche die Commune besiegte und Frankreich endlich den Frieden zurückgab." — Hier erklärt offen und frei ein republikanisches Blatt, daß Thiers der Henker der Commune, Mac Mahon aber nur der Henkersknecht gewesen sei. Verliert also die traurige französische „Republik" den Henkersknecht als Oberhaupt, dann erhält sie dafür den Oberhenker in höchst eigner Person.

Die französische Regierung hat wieder einen Eselsstreich gemacht, indem sie Gambetta wegen seiner einfältigen Rede, die er zu Lille gehalten hat, vor die Gerichte bringt. Die Dummheit und die Frechheit Mac Mahons wachsen mit jedem Tage.

— Wie es heißt wird nun auch Serbien, von Rußland gedrängt, in den Krieg eintreten, um sich zu den im vorigen Jahre empfangenen Schlägen eine neue Tracht Prügel zu holen. Da auf diese Weise den Türken Gelegenheit geboten wird, die in Wien und Pest unbequemen serbischen Großmachtsgelüste mit einem Strahl kalten Wassers zu begießen, so sieht man in österreichischen Regierungskreisen das Vorgehen des Bübchens Milan mit unverkennbarer Schadenfreude. Daß „Serbien marschirt" (vorläufig ist es noch nicht marschirt, und es könnten leicht Ereignisse eintreten, die dem „Marschiren" einen Riegel vorschieben), wird in der „Vossischen Zeitung" als der „letzte Trumpf" Rußlands bezeichnet. „Die stolze Ablehnung", schreibt das genannte Blatt sehr treffend, „welche den Allianz-Anträgen des Fürsten Milan im kaiserlichen Hauptquartier zu Bukarest seiner Zeit zu Theil wurde, ist längst vergessen. Der Nimbus, welcher den Kaiser aller Reußen im April umgab, ist verflogen und heute sehen wir das große Zarenreich im Bunde mit den zu offener Rebellion aufgestachelten Vasallen der Pforte. Rußland spielt den letzten Trumpf aus. Nachdem es Montenegro vom Friedens-

Das Verbrecherthum in der Tagespresse.

Der nachfolgende Artikel ist dem in Berlin erscheinenden „Zeitungs-Kurier" entnommen, welcher von dem literarischen Centralbureau als „Vermittelungs-Organ für Zeitungsverleger, Redaktionen, Verlagsbuchhändler, Bühnenvorstände, Schriftsteller und dramatische Autoren" herausgegeben wird:

„Die Ueberschrift könnte leicht zu dem Glauben verführen, daß in den folgenden Zeilen von denjenigen Zeitungsschreibern die Rede sein soll, welche unter dem Namen der „Revolver-Journalisten" bekannt sind, sich selbst mitunter ein hübsches Vermögen, ihren Standesgenossen aber viel Aerger eingebracht haben. Dieser Glaube wäre irrig; auch halte ich es für überflüssig, die Lumpen unter den Journalisten der Auszeichnung zu würdigen, welche darin liegt, daß man sie einen besonderen Stand im Stande ausmachen läßt. Es hat unter den römischen Kaisern neben der großen Menge der Wütheriche auch einige anständige Leute gegeben, warum sollen neben der Menge (?) anständiger Journalisten nicht auch ein paar Dutzend Lumpen nebenher laufen?

Aber nicht allein die Verfasser der Zeitungen kommen persönlich hier und da mit Verbrecher-Existenzen in Berührung, nein, auch die Zeitung selbst hat mit dem Verbrecher zu thun und diese nicht etwa ausnahmsweise, sondern regelmäßig, täglich. Die Zeitungsleser wollen ja nicht nur erfahren, wie die Völker „hinten weit in der Türkei" aufeinanderschlagen, wie viel Muselmänner heute von den Russen, und wie viel Russen gestern getödtet worden sind, die Zeitungsleser suchen in ihrem Blatte mit noch weit größerer Neugier die Berichte über Greuelscenen, welche sich auf den Straßen oder in den Häusern ihrer eigenen Stadt ereignet haben. Bei den kleinen Dieben und Verbrechern folgt auf die That mit Hilfe der Polizei gewöhnlich die Moral und eine Gerichtsverhandlung über die Strafe, welche den Schuldigen treffen soll. Darum hat auch die Tagespresse mit dem Verbrecherthum zweimal zu thun: in ihrem Lokal Anzeiger, wenn sie Nachrichten über vorgekommene Unthaten bringt, und in ihren Berichten über die öffentlichen Gerichtsverhandlungen.

Die Art und Weise nun, in welcher das Verbrecherthum von der Tagespresse gewöhnlich behandelt wird, widerspricht so derb den einfachsten Geboten des gesellschaftlichen Anstandes und noch derber den Forderungen der Erziehungslehre, daß man sich zum Angriff genöthigt fühlt gegen einen unbedachten Schlendrian, welcher die betreffenden Spalten der Tagespresse zu Organen der Unanständigkeit und der Rohheit zu machen geneigt wäre. Das sind harte Worte, und darum müssen sie bewiesen werden.

Es sind in jedem Strafgesetzbuche gewisse Verbrechen hervorgehoben, deren Voraussetzungen einen so unsaubern oder gar widernatürlichen Charakter tragen, daß sie sich jeder Besprechung in guter Gesellschaft (sachliche Erörterungen unter Fachgenossen ausgenommen) entziehen, ja daß die gebildete Schriftsprache oft in Verlegenheit wäre, das Verbrechen mit einem deutschen Worte zu bezeichen. Kein Hausvater würde es sich jemals beikommen lassen, vor seinem heranwachsenden Sohne oder vor seiner liebenswürdigen Tochter solche Dinge auch nur andeutungsweise zu berühren, ja der feinfühlende Mann wird auch seine Frau wo möglich in der Unkenntniß von Thatsachen zu erhalten suchen, deren Schmutz in einer gesunden Seele nur Ekel zu erregen vermag. Und diese skandalösen Thatsachen werden in Ihrem Blatte, Herr Redakteur X., mit faunischem Behagen mitgetheilt, und Ihr dreizehnjähriger Sohn erfährt von dem Verbrechen gegen die Sittlichkeit Paragraph so und so, und Ihre heirathsfähige Tochter, Herr Redakteur Y., liest einen detaillirten Bericht über irgend eine Art des Kindesmordes, und Ihre brave Frau Gemahlin, Herr Redakteur Z., frägt Sie nach der Bedeutung dieses und jenes Fremdwortes, daß Sie erröthen müssen, Ihrer Frau Gemahlin die Bedeutung eines Wortes nicht erklären zu dürfen, welches in Ihrem Blatte steht. Ja meine Herren, Sie sind alle miteinander achtbare Männer, gewissenhafte Väter, aber in Ihren Zeitungen dulden Sie Erzählungen über Dinge, bei deren ausführlicher Mittheilnng sich die Kellnerin in einer Diebesherberge die Ohren zuhalten würde.

Vollkommen kraftlos und heuchlerisch überdies wäre die Ausrede, daß man bei solchen Gegenständen häufig einen dünnen Schleier scheinbar harmloser Worte über die Sache breite und sie dadurch für Uneingeweihte verberge. Im Gegentheil! Ganz abgesehen davon, daß durch den erwähnten durchsichtigen Schleier zu der offenen Gemeinheit noch die heimliche Frivolität hinzutritt, wird die Aufmerksamkeit der heranreifenden Jugend gerade durch die lüsterne Halbverschleierung noch mehr gereizt und über dem Fragen und Rathen nach den aufgegebenen Räthseln geht im Verkehr der Schulkameraden die Jugend verloren. Die Klage: „Es giebt keine Kinder mehr!" ist nicht ohne Berechtigung; wenn man aber den Klippen nachspüren wollte, an welchen die Kindheit der jungen Generation am sichersten Schiffbruch leidet, so würden sich in den häufigsten Fällen achtlose Notizen unserer besten (!) Zeitungen*) als die gefährlichsten Gegner der Jugend herausstellen.

Ich habe die Wirkung der Unanständigkeit auf kindliche Gemüther besonders hervorgehoben, weil sie sich da deutlicher äußert, als bei den ohnehin in der Werkstatt des Lebens abgehärteten Erwachsenen. Auch diese bleiben jedoch von dem Einfluß einer systematisch betriebenen Vergiftung nicht ganz frei und die kleinsten Dosen summiren sich allmählig zu einer verderblichen Wirkung.

Der üblichen Behandlung des Verbrecherthums durch die Tagespresse ist noch ein zweiter Vorwurf, der der Rohheit gemacht worden. Die Rohheit aber ist jedem Alter gleich gefährlich. Ich glaube nicht, daß der betreffende Reporter etwas Böses dabei denkt, wenn er in einem Berichte über eine stattgefundene „Keilerei" die ausgetheilten Schläge mit beinahe dichterischer Anschaulichkeit schildert, oder wenn er gar (wie dies namentlich in Berliner Blättern nicht selten vorkommt) mit ungeheuchelter Bewunderung und Genugthuung von den Prügeln spricht, welche einem ertappten Einbrecher vom unbetheiligten Publikum in boshafter Lynchjustiz zugemessen worden sind. — In solchen Notizen wird die Rohheit ungebildeter Menschen nicht allein durch die Veröffentlichung geehrt, sondern haufig die ebenbürtige Rohheit der freiwilligen Richter als nachahmenswerthes Beispiel hingestellt.

Man bedenke nun, daß die Leser der Zeitungen sich aus allen Kreisen rekrutiren, daß der äffische Nachahmungstrieb im Menschen noch in ursprünglicher Kraft fortlebt, daß also jeder Bericht über eine ausgeübte Brutalität eine neue Brutalität zu erzeugen vermag, und man wird zugeben müssen, daß die Pflege, welche dem Verbrecherthum in unserer Tagespresse zu Theil wird, einer künstlichen Züchtung beinahe gleichkommt.

Das häßlichste Gesicht zeigt die Zeitung in ihrer dem Verbrecherthum gewidmeten Abtheilung dann, wenn irgend eine entsetzliche Greelthat verübt worden ist. Die natürlichen Re-

*) In sozialdemokratischen Zeitungen befinden sich solche Notizen nicht. D. R. d. V.

schlusse Ende vorigen Jahres abgehalten, Rumänien in den Krieg hineingezogen und die Bulgaren zum blutigen Aufruhr aufgehetzt hatte, fleht es jetzt beim kleinen Milan um werkthätige Unterstützung. Heute ist der russischen Politik kein Mittel mehr zu schlecht. Der Schmach der Niederlagen im Felde folgt die Schande in der Politik. Das Reich, welches mit anderthalb Millionen Soldaten, mit 3000 Feldgeschützen und mit seinen „unerschöpflichen Reichthümern" geprunkt hat, sieht sich in der unerquicklichen Lage, ein Schutz- und Trutzbündniß mit den hasenfüßigen Rumänen, mit den elenden Milizen eines Milan, mit den Räuberhorden eines Nikita, mit der bulgarischen Revolution eingehen zu müssen, um sich vor dem Schimpfe eines Rückzuges über die Donau zu erretten! Das ist kläglich und zeugt von der inneren Fäulniß und von gänzlicher Unfähigkeit des nordischen Kolosses. Das Hauptquartier ist die personifizirte Unfähigkeit und theilt mit der Heeres-Administeration die Schuld an den verlorenen Schlachten; die militärische Kraftanstrengung wird nur durch 500,000 Mann repräsentirt, während die weitere Million nur auf dem Papiere zu finden, also reiner Humbug war; die „unerschöpflichen" Hilfsquellen waren bald versiegt, und heute kann man weder die Lieferanten noch die Eisenbahnen bezahlen. Daß ist das große Rußland, vor welchem gewisse Politiker in Westeuropa in Demuth und Ehrfurcht ersterben. Herrn von Ignatieff, dem spiritus familiaris des russischen Hauptquartiers in Gornji Studen, ist der Ehrenpunkt heute Nebensache; das Gefühl politischer Schamhaftigkeit ist Angesichts der Niederlage erloschen; man will erobern und nimmt jedes Bündniß an; man verspricht Concessionen, was Zeug hält, und tröstet sich mit dem Gedanken, daß zwischen versprechen und halten ein großer Unterschied ist. Die Schande des Rückzugs ist größer, als die Schande solcher Bundesgenossenschaften; es kommt nicht auf die Art der Eroberung Bulgariens an, sondern nur darauf, ob man wirklich in den Besitz gelangt. Das militärische und politische Ansehen vor Europa ist ohnedies schon vernichtet, was liegt nun daran, ob Kaiser Alexander der Kriegskamerad eines Milan wird. Immer tiefer hinunter! Das Alles thut nichts, wenn nur Beute winkt. — —"

So weit die „Vossische Zeitung". Mit der winkenden „Beute" dürfte es indeß auch noch gute Wege haben. Bis jetzt sieht es nicht darnach aus. Und sollte selbst — was übrigens bei der militärischen Untüchtigkeit der Serben kaum zu erwarten — das Erscheinen einer serbischen Truppenmacht im Rücken der Türken diesen Verlegenheiten bereiten, so wäre den Russen wenig gedient, weil dann Oesterreich zur Einmischung genöthigt wäre. —

— Auf dem bulgarischen Kriegsschauplatz haben die Türken am 30. August einen concentrischen Angriff auf die zwischen Balkan und Donau in dünner Linie eingekeilten Russen begonnen und, soweit die vorliegenden Nachrichten reichen, siegreich durchgeführt. Der Hauptkampf fand am Lom statt, wo der rechte Flügel der Türken — das Gros ihrer Armee — unter Mehemed Ali Pascha's Commando am 30. und 31. das Centrum und Gros der russischen Armee unter dem Commando des Großfürsten-Thronfolgers in zweitägiger mörderischer Schlacht auf's Haupt schlug und ihnen furchtbare Verluste beibrachte. Gleichzeitig machte der linke türkische Flügel unter Osman Pascha von Plewna aus einen Vorstoß gegen den rechten russischen Flügel, und bemächtigte Suleiman Pascha sich Gabrowas, wodurch die noch im Schipkapaß stehenden Russen von ihrer Hauptarmee abgeschnitten sind. Die in der vorletzten Nummer von uns — auf Grund englischer Zeitungstelegramme — gebrachte Nachricht, daß der Schipkapaß von den Türken erstürmt worden sei, war insofern ungenau, als die Türken nur einige russische Stellungen erstürmt und Vortheile errungen hatten, die von entscheidender Wirkung zu sein versprachen. Jetzt ist der Schipkapaß umgangen und muß, so weit er nicht schon von den Türken besetzt ist, binnen Kurzem in deren Hände fallen.

Im Augenblick, wo wir schreiben — Sonntag Nachmittag — ist die Aktion noch nicht zu Ende, und ein Urtheil über die Resultate noch nicht abzugeben. Soviel steht fest: wenn das Ende dem Anfang entspricht, ist die russische Militärmacht gebrochen und, selbst wenn die russische Armee einer Katastrophe im Stil von Metz oder Sedan entgehen sollte, die Wiederaufnahme der Campagne seitens der Russen in diesem Jahre unmöglich.

Auch aus Asien lauten die Nachrichten fortwährend den Türken günstig. In der letzten Schlacht — bei Yedikler —, der bedeutendsten, die bis heute in Armenien geschlagen worden, haben die Russen allein vier Generale verloren; darnach kann man die Größe ihrer Verluste ermessen.

Natürlich wird unter solchen Verhältnissen der „Ausmarsch" der Serben noch einige Zeit auf sich warten lassen.

— Ueber das Testament Lingenau's veröffentlicht ein amerikanisches Blatt, „Der Anzeiger des Westens", zu dessen Redaktion der Verstorbene in freundlichen Privatbeziehungen stand, folgende Einzelheiten:

„Herr Lingenau hat sein ganzes Vermögen, bestehend in etwa 14,000 Dollars baar, Büchern, Manuskripten, einem Tagebuche „von der Wiege bis zur Bahre", Kleidungsstücken und anderen persönlichen Effekten den Sozialdemokraten der ganzen Erde vermacht, damit, wie der Testator zu Anfang seiner letztwilligen Verfügungen sagt, —

Damit es endlich besser werde
Auf dieser schönen Erde .....

Nach Aufzählung der einzelnen Stücke des Nachlasses heißt es ferner in dem Testament: „Ich nehme die feste Ueberzeugung mit ins Leichentuch, daß meine Universalerben von meinem geistigen wie materiellen Nachlasse eine gerechte Vertheilung bewerkstelligen und dafür Sorge tragen werden, daß meine Absicht erfüllt wird." Jetzt folgen nahezu drei engbeschriebene Briefbogenseiten, enthaltend die Namen der Präsidenten und Leiter der sozialdemokratischen Vereine in vieleu Städten in Europa und in den Vereinigten Staaten. Die Hälfte des Vermögens ist für (die Sozialdemokratie) Deutschland bestimmt, 1 Sechstel für die Vereinigten Staaten, 1 Sechstel für die Schweiz, Frankreich, Italien und Spanien, und das letzte Sechstel für Oesterreich-Ungarn, Dänemark, Schweden, Norwegen, Polen, Rußland und England. Die Schlußworte des Testamentes lauten aber: „Zum Schlusse spreche ich noch den aus vollem Herzen kommenden Wunsch aus, daß mein — zu dem bereits im Ausbau begriffenen, so selten schönen, der ganzen Menschheit gehörenden Prachtgebäude, in welchem Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit für immer thronen sollen — gebrachtes Sandkörnchen recht bald zahlreiche Gesellschaft bekomme, um dadurch zu bethätigen, daß es dem wahren Menschenfreunde mit der Parole „Einer für Alle, Alle für Einen" Ernst, und seine einzige Religion Gutes thun, die ganze Menschheit seine Famile und die ganze Erde sein Vaterland sei.

Lebt wohl, ihr Männer der Arbeit, und gedenkt zuweilen
Eures Bruders
Johann Karl Ferdinand Lingenau.

Genf, 18. März 1876."

Die Testamentsvollstrecker, deren Namen im „Vorwärts" noch nicht veroffentlicht wurden, sind: 1) Joh. Phil. Becker in Genf. 2) August Bebel in Leipzig. 3) Wm. Liebknecht in Leipzig. 4) W. Bracke jun. in Braunschweig. 5) August Geib in Hamburg. 6) Karl Marx in London.

Der „Anzeiger des Westens" meint, die Vollstreckung des Testaments werde auf Schwierigkeiten stoßen, weil „die Sozialdemokratie" keine „juristische Person" und folglich auch nicht erbfähig sei. So viel uns bekannt, sind aber bestimmte Personen, Körperschaften und Geschäfte in dem Testament namhaft gemacht, und somit die Bemerkungen des „Anzeigers des Westens" gegenstandslos.

— Eine treffliche Illustration des Hasses mancher Bourgeois gegen die Sozialdemokraten bringt die „Chemnitzer Freie Presse". Dieselbe meldet: „Letzten Sonnabend, als Genosse Klemich aus Dresden sich nach Röhrsdorf begab, um seine Candidatenrede daselbst zu halten, wurde ihm unterwegs durch einen liberalen Fabrikbesitzer mit seinem Knechte aufgelauert und derselbe mit den ärgsten Thätlichkeiten, ja mit dem Erwürgen bedroht. Nur der größten Ruhe und Mäßigung hat es Klemich zu verdanken, daß er mit heiler Haut davon kann."

— Das Central-Wahlcomité der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands hat uns die Antwort der „Frankfurter Zeitung" auf die jüngste Veröffentlichung des bekannten Briefwechsels mit betreffenden Noten zur Veröffentlichung zugesandt. Wir werden dieselbe in der nächsten Nummer bringen.

Sozialistischer Welt-Congreß.

An die Parteigenossen Deutschlands.

Werthe Genossen!

Hierdurch bringen wir einige bezüglich des Congresses getroffene Anordnungen zu Eurer Kenntniß.

1) Alle Sitzungen finden in dem großen Saale „Parnassus", Houtlei (Quai aux Bois) in Gent statt.
2) Am Sonntag, 9. September, 9—11 Uhr Morgens, Empfang der Delegirten am Bahnhof „Pays de Waas".
3) Um 12 Uhr Bewillkommnung im „Parnassus".
4) Nachmittags 3 Uhr Prüfung der Manbate.
5) Abends 7 Uhr Concert, Vortrag, Ball ꝛc.
6) Montag, 10. September, 8 Uhr Morgens Eröffnung des Congresses.

Wir ersuchen die Delegirten, so früh als möglich hier zu sein und uns im Voraus ihre Ankunft anzuzeigen.

In der Hoffnung, daß Deutschland gut vertreten sein wird, senden wir Euch unseren Brudergruß.

Im Namen der Initiativ-Commission
Edmond Van Beveren,
Rue courte du Bateau, 5.
Gent (Belgien).

NB. Alle Parteiblätter werden um Abdruck ersucht.

Correspondenzen.

Linz a. Rh., 25. August. (St. Sedan und kein Ende.) Soeben lese ich in einer „liberalen" Zeitung folgende Notiz, die ich den Lesern des „Vorwärts" zu ihrer Erheiterung mittheilen will:

„Bei den Porzellan-Fabrikanten Wirz und Riffart in Nippes bei Cöln sind von dem Vorstande einer Gemeinde-Verwaltung an der Ruhr 1500 Tassen bestellt. Dieselben tragen in einer entsprechenden Verzierung die Aufschrift: „2. September 1877." Jedes an der Sedanfeier theilnehmende Schulkind erhält eine solche Tasse zur Erinnerung." — — Wahrhaftig, werden die Leser des „Vorwärts" mit mir ausrufen, man muß es ihnen lassen, unsern Herrn „Patrioten", sie wissen zur Anregung des „Patriotismus" die geeigneten Mittel zu wählen. In Zukunft werden also die Schulkinder der gedachten Gemeinde die Milch der patriotischen Denkungsart aus St. Sedan-Tassen trinken. Da aber Milch für erwachsene Patrioten doch ein etwas fades Getränk sein dürfte, machen wir hiermit den unmaßgeblichen Vorschlag, für die an derbere Kost gewöhnten reichsfreundlichen Mägen St. Sedan-Schnapsgläser herstellen zu lassen. Erst dann, wenn der preußische Schnaps aus solchen, einem hochpatriotischen Zwecke dienenden Gläsern getrunken wird, erst dann dürfte wohl der richtige Grad patriotischen Dusels erreicht werden. Man probire es nur einmal, und man wird sehen, daß sich das Mittel bewährt.

Da ich nun doch einmal am heiligen St. Sedan bin, wolle man es mir nicht verargen, wenn ich in der Geschichte dieses „Nationalfesttags" etwas zurückgreife und an der Hand der Geschichte nachweise, wie man auch schon früher sich der hohen Bedeutung dieses Tages vollständig bewußt war.

Bei der vorjährigen St. Sedanfeier wurden in Fulda mitten aus dem fackelschwingenden und johlenden Haufen auf das Haus eines Bürgers drei Schüsse abgefeuert. Mehrere Fensterscheiben wurden hierbei zertrümmert, und eine offenbar aus einem Revolver abgeschossene Kugel wurde vorgefunden. — In Rheine gerbte man sich am Schluß eines Festessens zu Ehren St. Sedans die Köpfe mit Regenschirmen, Todtschlägern und Flaschen. — In Münster sind in der Nacht auf den St. Sedanstag an mehr als einem Hause Fenster zertrümmert worden, wofür die Schadenersatz-Rechnungen von einem der Betheiligten dem Festcomité eingereicht wurden.

Der Gedanke, die St. Sedanfeier zu einem Kinderfest umzugestalten, ist auch nicht mehr neu. Da sich das Volk dieser ihm aufoktroyirten Feier gegenüber in seiner Mehrheit ganz kühl verhielt, verfiel man hier und da auf den äußerst spitzfindigen Gedanken, das Fest zu einem Schulkinderfest zurechtzustutzen, um dadurch auch die Herzen der Eltern und Kinderfreunde in die sedanfrohe Stimmung zu versetzen. Wie nun ein solches Schulkinderfest am Sedantage sich gestalten kann, hat sich im vorigen Jahre zu Düsseldorf gezeigt. Dort kam eine Sedan-Schulfeier richtig zu Stande. Die Kinderschaar kam zur Tonhalle, woselbst Erfrischungen verabreicht wurden. Ueber dieses Schulkinderfest äußerte sich s. Z. dem Einsender dieses gegenüber ein Düsseldorfer Augenzeuge folgendermaßen: „Die Kinder waren rein aus Rand und Band und geberdeten sich nicht nur äußerst roh, sondern auch Akte der Unsittlichkeit kamen zwischen den betrunkenen Knaben und Mädchen vor."

Ueber den hohen Werth solcher St. Sedan-Kinderfeste von erzieherischem Standpunkt aus brauchen also keine weiteren Worte verloren zu werden. Sch.

Offenbach, 28. August. Trotz des höchst ungünstigen Wetters war das Wahlfest am Sonntag zahlreich besucht. Noch

---

gungen: Mitleid mit dem Opfer, Zorn gegen den Thäter und Trauer über die Möglichkeit solcher Ereignisse, Gefühle, mit denen ein wahrhaft gesitteter Mensch gegen außerordentliche Ruchlosigkeiten reagirt, kommen kaum zur Geltung. Die Zeitung dient nur dem einzigen rohen Gefühle der Neugier, und der Reporter ist glücklich, wenn er bei ihrer Befriedigung seinem Collegen um eine Pferdelänge vorauseilen kann. Wie hat die Ermordete ausgesehen? Was hat sie am Tage des Mordes mit der Waschfrau gesprochen? Was mit dem Bäckerjungen? Ist das Dienstmädchen, welches bei der Tante von dem Herrn dient, welcher den gesehen hat, welcher die gehört hat, die da erzählt hat, daß sie einen Mann gesehen hat, welcher am Hause der Ermordeten vorüberging — ist dieses Dienstmädchen hübsch oder häßlich? — Und solche Lappalien werden dem tausendköpfigen Lese-Publikum tagtäglich unter aufregenden Schlagworten vorgesetzt, der Mord wird in derselben Weise behandelt wie das Auftauchen des Kri-Kri oder einer neuen Sängerin und am Ende gewöhnt die Zeitung ihr Publikum so sehr an die pikante Nahrung, daß eine Schreckensthat nicht mehr als solche gefühlt, sondern vom Reporter nicht minder als vom Lese-Publikum als erwünschtes Schauspiel begrüßt wird. Ist unter solchen Umständen der Ausdruck „Rohheit" wirklich zu hart gewesen?

Die Naturgeschichte der Fehler, welche die Tagespresse gegenüber dem Verbrecherthum zu begehen pflegt, wäre nicht erschöpfend, wenn das Verbrecherthum „unter dem Strich", die Kriminalnovelle ganz unerwähnt bliebe; um so weniger, als das Referat über eine spannende Gerichtsverhandlung durch die Feder eines guten Berichterstatters ohnehin beinahe den Charakter einer Kriminalnovelle annimmt. Doch spielt dieses Thema schon in die literarische Kritik hinüber und muß dann an die Tagesordnung kommen, wenn einmal unter den Uebeln aufgeräumt werden wird, welche die jüngst vergangene Romantik*) in unserer Literatur zurückgelassen hat.

Ich habe meine Finger in eine häßliche Wunde unserer Presse gelegt. Ich hätte es nicht gethan ohne die feste Ueberzeugung, daß diese Wunde heilbar ist, und daß sie nur durch den festen Willen des Patienten selbst geheilt werden kann. Die Leitung einer Zeitung ist kein bloßes Geschäft, sie ist ein ernstes civilisatorisches Amt, ein Beruf, welcher schwere Pflichten auferlegt; mögen die voranstehenden Zeilen durch ein lautes Wort an diese Pflichten erinnert haben." —

Dieser Aufschrei des „Zeitungscourier" verhallt selbstverständlich unbeachtet an den Ohren auch der „anständigen" Literaten der herrschenden Presse — doch ist es gut, daß solches Thema auch von einem Nichtsozialdemokraten einmal berührt wird.

*) Hat wahrlich nicht die Hauptschuld; unsere heutige Gesellschaft selbst, die da zuläßt, daß der Geldsack neben der Presse noch Kunst und Literatur beherrscht, trägt die hauptsächlichste Schuld an den angedeuteten „Uebeln". D. R. d. B.

— Zum Sedanfeste. Es werden immer zum Sedansfeste allerlei schöne Büchlein empfohlen; auch der „Bildungsverein", das Centralblatt für das freie Fortbildungswesen, thut dies — das Blatt wird herausgegeben von der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung", dessen Vorsitzender Herr Schulze aus Delitzsch ist. Wir finden da in dem Inhaltsverzeichnisse eines solchen gepriesenen Sedansbüchlein folgende Ueberschrift: „Die Kaiserjagd bei Sedan" — — uns kanns recht sein, wenn man hier einen Kaiser als wilde Bestie hinstellt, auf welche Jagd gemacht wird. Aber die Kapitelüberschrift in einem andern von der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" empfohlene Sedansbüchlein lautet folgendermaßen: „Das Kesseltreiben von Sedan" — Pfui Teufel, wie bestialisch das klingt. Menschen werden wie die wilden Thiere des Waldes angesehen und der ganze Krieg als ein Sport — auch das kann uns recht sein. Aber welche Fülle von Bildung, welche Anregung des Volkes zur Bildung liegt in den beiden Ueberschriften — Sie sind doch gewiß auch solcher Meinung, Herr Oberbildungsrath Schulze aus Delitzsch? Und mit „bestialischen" Vergleichen belieben Sie ja selbst gern um sich zu werfen.

— Eine Revolte hat vor Kurzem auf dem nahe bei Elbing belegenen Rittergut Stagnitten stattgefunden. Dem Besitzer des Gutes waren zu den Erntearbeiten 12 Strafgefangene aus Elbing überwiesen, die während der Nacht in einem für diesen Zweck besonders hergerichteten Gebäude untergebracht wurden. Hier brach in einer Nacht unter den Gefangenen eine Meuterei aus. Nach einem Bericht, welchen darüber die „Elb Ztg." bringt, hatten einige Gefangene sich betrunken, und diese widersetzten sich der Einsperrung, wobei einer von ihnen sich mit einem Messer und einem Hammer bewaffnete und mit diesen Waffen dem Aufseher zu Leibe ging. Er öffnete dann das improvisirte Gefängniß, befreite seine Mitgefangenen und bewaffnete dieselben mit Sensen. Nachdem die Rotte mehrere Fenster demolirt und verschiedene Gutsleute arg bedroht, auch alle Beruhigungsversuche mit Gewaltthätigkeiten zurückgewiesen hatte, sah der Besitzer des Gutes sich genöthigt, sein gesammtes Personal zu bewaffnen und nun einen förmlichen Feldzug gegen die Meuterer zu eröffnen. Nach mehr als fünfstündigem nächtlichem Kampfe gelang es endlich, dieselben zu überwältigen und unschädlich zu machen. Einer der Gefangenen war dabei durch einen Flintenschuß an der Hand verwundet, mehrere andere Gefangene, sowie einige Gutsleute erhielten leichtere Verletzungen. — Wir wollen gewiß nicht die revoltirenden Sträflinge, vorausgesetzt daß der obige Bericht auf Wahrheit beruht, in Schutz nehmen — doch können wir nicht unterlassen, auszurufen: „Das kommt davon, wenn Ihr den freien Arbeitern Concurrenz mit Strafgefangenen macht! Ihr also seid die Mitschuldigen!"

— Ein Richter Bahlteich's. Unser Chemnitzer Parteiorgan schreibt: Appellationsrath Dr. Schilling in Mittweida, Vorsitzender des Schöffengerichts, welches Bahlteich zu 1½ Jahren Gefängniß verurtheilte, scheint in seinem Wirkungskreis nicht gut angeschrieben zu sein und es wird sein Verdienst, welches er sich als Sozialistenverfolger bei obiger Verurtheilung mit erworben, gar nicht nach Gebühr gewürdigt. Statt dem Retter der Ehre des Königs bei der Reise des Letzteren durch Mittweida eine rühmliche Ovation darzubringen, bringt ihm die hoffnungsvolle studirende Jugend, 300 Mann stark, eine abscheulich klingende Katzenmusik und giebt ihn so der Bewunderung der friedlichen Bürger preis. Aber damit noch nicht genug, sämmtliche Studirende des Technikums stellen den Bürgern sogar die Alternative: „Entweder unser Beleidiger, Dr. Schilling (er verwies ihnen bei dem Schützenfestmahl das commentmäßige Trinken), verläßt die Stadt oder wir." Und die guten Bürger, hauptsächlich Geschäftsleute, welchen die aus aller Herren Länder zusammenströmenden Studirenden immer etwas zu verdienen geben, sie ziehen sich die jungen Herren Techniker vor und haben es infolge dessen gewagt, in öffentlichen Lokalen eine Petition auszulegen, inhalts deren sie ein hohes Justizministerium bitten, Herrn Dr. Schilling einen anderen Wirkungskreis anzuweisen, weil genannter Herr durch seine Handlungsweise gegen die Schüler des Technikums die Existenz dieser Anstalt für Mittweida gefährde. Das ist deutlich genug, und wir können nur der Regierung empfehlen, wenn sie dem Gesuch entspricht, den Mann nach Chemnitz zu versetzen, wo durch den bürgerlichen Tod des Assessor Böhmer, dessen Versetzung nach Waldheim bekanntlich eine ausgemachte Sache ist, eine Stelle offen geworden.

— Cabet's Wittwe ist am 27. August zu Paris in der Vorstadt Saint-Mandé im Alter von 86 Jahren gestorben.

kurz vor 3 Uhr, der Zeit der Aufstellung des Festzuges, war das Comité im Zweifel, ob das Fest abgehalten werden sollte oder nicht, und erst als man erwogen, daß die Kosten nun so wie so vorhanden und gedeckt werden mußten, entschloß man sich, das Fest abzuhalten. Kurz nach 3 Uhr bewegte sich der Zug, die rothe Fahne voran, der doch 7—800 Personen zählte, dem Festplatze zu. Musik- und Gesangsvorträge wechselten mit einigen gut arrangirten Spielen ab und war die Stimmung trotz des bösen Wetters eine sehr gehobene. Die Gesangvereine „Heiterkeit" und „Humoria" aus Bieber trugen einige sehr schöne Lieder vor und belebten das Fest in dankenswerther Weise.

Ein Glückwunschtelegramm der Genossen von Langen, welche durch die Wahlagitation für die Gemeinderathswahl vom Besuch des Festes abgehalten worden waren, wurde enthusiastisch aufgenommen. Auch mehrere Studenten von Münster hatten ein Glückwunschschreiben gesandt, welches wörtlich verlesen wurde und lautet:

An das sozialdemokratische Comité des Wahlfestes
für den Kreis
Offenbach-Dieburg.

Theure Freunde und Parteigenossen!

Ein kleiner, aber gewiß der beste Theil der Studenten Münsters wünscht im Geiste Euer Fest mitzufeiern und ruft Euch seinen herzlichen Gruß und Glückwunsch zu. Die Welt, bisher ein stilles, ödes Krankenzimmer, nur dann und wann von einem frischen Luftzug durchweht, öffnet sich endlich aller Orten dem flammenden Morgenstrahl, der eine menschenwürdige Zukunft und volles, warmes Leben verheißt. Nur das Alter verschließt sich zitternd dem liebevollen Mahnen — die Jugend ist Euer und mit der Jugend die Zukunft.

Nicht nur die Arbeit der Hände, auch Wissenschaft und Kunst müssen frei werden, müssen, vom Dienste des goldenen Kalbes erlöst, ihren wahren Beruf erkennen, Lehrerinnen des Volkes zu sein. Die heutige Gesellschaft, welche ihre Lehrer verhungern läßt, Theater und Cirkus unter einen Gesetzesparagraphen bringt, welche das Mysterium der Religion verspottet und sich vor dem Mysterium der Monarchie auf den Bauch wirft, welche den Helden des Säbels Monumente erbaut — die Gesellschaft hat kein Recht, sich die gebildete zu nennen. Ihr Wissen scheut die volle Wahrheit, ihre Bildung ist halb, ihre Kunst die Mätresse des Goldes, ihre Ethik der Egoismus, ihre Culturwaffe der Hinterlader.

Nur eine neue Gesellschaft, nur der sozialistisch aufgebaute Staat ermöglicht eine neue (und noch schönere) Perikleische Aera. Daß er bald erstehe, laßt uns alle schaffen, Arbeiter der Hände und Arbeiter des Kopfes. Wir rufen Euch — ohne Zweifel im Namen von Tausenden von Studenten — ein donnerndes „Vivat, floreat, crescat (es lebe, blühe, wachse) die Sozialdemokratie Deutschlands" zu.

Mit brüderlichem Gruß und Handschlag
Münster, Westf., Freitag, 24./8. 77.

Mehrere Studenten.

Nachdem der stürmische Beifall, mit welchem dieses Schreiben begrüßt wurde, sich gelegt hatte, begann Herr Wilh. Liebknecht die Festrede. Er hob die hohe Bedeutung unserer Feste hervor bezeichnete das Wahlfest als ein Siegesfest, weil bei der letzten Stichwahl im Offenbacher Kreis die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg, wenn auch noch nicht den Erfolg errungen hat. Das nächste Mal müsse auch der Erfolg unser sein. Die Stadt Offenbach ist erobert, der Wahlbezirk Offenbach muß jetzt erobert werden, so daß er im Januar 1880 der Sozialdemokratie gehört. Redner mahnte, durch lauten Beifall unterbrochen, in kräftigen Worten zu energischer Agitation und festem Zusammenhalten. Abends, als die Sonne am Horizont verschwunden war, ging es unter Begleitung der Musik, die bis vor die Stadt spielte, nach Haus.

Obwohl wir den ausgegebenen Festkarten nach die gesammten Theilnehmer am Fest auf 1800—2000 schätzen dürfen, können wir doch nicht umhin, unser Bedauern darüber auszusprechen, daß die Orte des Kreises zu schwach vertreten waren; wir meinen, das trübe Wetter hätte die Genossen nicht vom Besuch des Festes abhalten sollen. Daß, da wir unter der bezeichneten Ungunst des Wetters litten, der Besuch unseres Festes doch noch ebenso stark war, wie der Besuch des vom besten Wetter begünstigten Festes unserer Gegner, kann uns nicht beruhigen, wir müssen gestehen, die Genossen, einzelne ausgenommen — haben ihre Schuldigkeit nicht gethan. Es ist dies bedauerlich und wollen wir deshalb hier an dieser Stelle nicht unterlassen, die Aengstlichkeit vor etwas Regen zu rügen, indem wir hoffen, daß dies genügend sein wird, die Genossen allerorts an ihre heilige Pflicht zu mahnen, denn es sagt ein altes Dichterwort: Nur Der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß.

Neumarkt in Schlesien, 22. August. (Maßregelung.) Daß die Sozialdemokraten den Fabrikanten ein Dorn im Auge sind, ist eine allgemein bekannte Thatsache, es erfolgt denn auch deren Entlassung aus der Arbeit, wo es nur angänglich ist. So erging es auch mir. Ein Arbeiter in der Hünsch'schen Cigarrenfabrik, in der auch ich beschäftigt war, hinterbrachte der Geschäftsleitung aus Rache gegen mich, daß ich auf der Fabrik Agitation treibe und die Arbeiter zwinge, Blätter (die „Rundschau") zu lesen, die sie gar nicht wollten. Die Folge war meine Kündigung. Es hieß einfach: „Sie hören in 14 Tagen auf zu arbeiten, Ihre Agitation habe ich satt, ich leide diesen Kram auf der Fabrik nicht." Ich lieferte den Beweis, daß das weder die Fabrikordnung noch die Arbeiter störe, da ich ja selbst zu den fleißigsten Arbeitern auf der Fabrik gehöre. Das hindert indessen nicht, bei meiner Entlassung zu beharren. Meine Kündigungszeit war erst Dienstag den 21. d. M. Nachmittags 4 Uhr zu Ende, ich erhielt aber schon Sonnabend den 18. d. M. den Entlassungsschein. Am Montag haben Wickelmacher sowie Cigarrenarbeiter Abzug erlitten, und zwar Cigarrenarbeiter bei einer Sorte Cigarren 1 Mk.; 12 Arbeiter haben die Arbeit sofort niedergelegt und sind abgereist. Da ich verheirathet bin, kann ich unmöglich gleich in die Welt gehen, da Verhältnisse mich binden, die in einer Woche nicht geregelt werden können. Das Organ der Schuhmacher, „Der Wecker", sowie die Zeitung „Die Rundschau", welche ich in jüngster Zeit eingeführt, bedürfen meiner Person. Ich bitte daher alle Arbeiter, mich nicht im Stich zu lassen. Unterstützt mich! Ich habe es auch an Anderen gethan. Laßt die Leute nicht Recht haben, die da sagen: „Nun wollen wir sehen, ob Dir die Leute werden zu essen geben, für welche Du gewirkt hast." Helft mir! In 14 Tagen hoffe ich mir eine selbstständige Existenz zu schaffen.

In gleicher Lage wie ich befindet sich auch C. Fries. Derselbe ist ebenfalls verheirathet und wurde am 25. August aus der Arbeit entlassen.

Herrmann Tilgner, Cigarrenarbeiter.

Marten, 26. August. Gestern Nachmittag fand die Beerdigung der 15 auf Zeche „Borussia" verunglückten Bergleute statt. Von den Leichen wurden 8 auf den evangelischen und 4 auf dem katholischen Kirchhofe zu Lütgendortmund, 2 in Stockum und 1 in Eichlinghofen beerdigt. Die Betheiligung an dem Leichenzuge war eine enorme, und hatten sich namentlich die Knappenvereine und Arbeitscollegen der Unglücklichen zahlreich eingefunden, um ihren Kameraden die letzte Ehre zu erweisen. Herzzerreißend war das Jammern der Angehörigen der Verunglückten, die ja alle in ihnen ihre Ernährer in das weite, offene Grab senken sahen. Hinter dem ersten Leichenwagen befand sich eine noch junge Frau mit sechs unmündigen Kindern, die dem heftigen Schmerze fast erlag und nur mit Mühe sich aufrecht erhalten konnte. Ein Greis mit spärlichem Silberhaar mußte fast mit Gewalt von dem Sarge seines einzigen Sohnes, der ihn im Leben mit kindlicher Liebe unterstützt hatte, gezogen werden. Wir wollen von einer genaueren Beschreibung dieses Traueraktes absehen; die Feder ist zu schwach, um all das Elend, das Jammern und Wehklagen wiederzugeben, welches sich an den offenen Gräbern zusammenfand. (Siehe unter sozial-politische Uebersicht. D. R. d. „V.")

Schloßchemnitz, 29. August. Heute fand die Beerdigung unseres Genossen Jäkel statt. Seit Beginn der sozialistischen Bewegung stand er in unseren Reihen, war 5 Jahre hindurch Vertreter der hiesigen Arbeiterschaft im Gemeinderath und hat in dieser seiner Eigenschaft bewiesen, daß er ein fester Charakter war (wie sie dem jetzigen Gemeinderath recht sehr zu wünschen sind). Den einmal gehuldigten Grundsätzen und Prinzipien blieb er treu und wußte das Vertrauen seiner Wähler voll und ganz zu würdigen. Jäkel, welcher im Alter von 63 Jahren starb, hat den Leidenskelch dieser Erde voll und ganz leeren müssen. Arm und körperlich schwach, war er öfter Krankheiten, seit vier Jahren aber ganz dem Siechthum verfallen. Trotzdem sah man vor einem Jahre noch den kleinen alten Mann in gebückter Stellung und keuchend zur Arbeit schreiten; seine Armuth trieb ihn dazu. Wann endlich wird die Zeit kommen, in der nicht wie jetzt altersschwache Leute, da sie sich nicht der Pflege hingeben können, vorzeitig zum Tode gebracht werden?

Groitzsch, 28. August. Das am 26. d. hier stattgefundene Heiterfest erfreute sich eines recht zahlreichen Besuchs. Es waren unter Anderen der Zeitzer Arbeiter-Gesangverein vollzählig erschienen, ebenso waren eine Anzahl Genossen von Zwenkau und Leipzig anwesend. Bei dem Nachmittag stattfindenden Festzuge durch die Stadt, welcher von fünf Gensdarmen eskortirt wurde, durfte auf Befehl derselben die prächtige rothe Fahne der Zeitzer Genossen nur verhüllt dem Zuge vorangetragen werden; auch im Garten des Festlokals wurde ihre Entfaltung nicht gestattet, damit nicht etwa irgend welches zwei- oder vierbeinige Viehzeug, welches die rothe Farbe nicht vertragen kann, bei ihrem Anblicke scheu werden möchte; erst im Saale fand das Banner der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit einen Ruhepunkt zur ungestörten Entfaltung. Den Glanzpunkt des Festes, dessen Programm im Uebrigen aus Instrumentalconcert und Gesangsvorträgen des Zeitzer und Groitzscher Vereins bestand, bildete die vom Genossen Geiser aus Leipzig gehaltene Festrede, deren kernige zum Herzen dringende Worte ihren Wiederhall in dem begeisterten Beifall der Anwesenden fanden. Wie sehr oft bei Festen der Arbeiter, so konnte auch hier die so zahlreich vertretene Polizei die Gelegenheit zu einer kleinlichen Störung der Feststimmung nicht vorübergehen lassen. Als nämlich nach der Festrede Genosse Oehme aus Leipzig zur weiteren Illustration des von Geiser Gesagten ein schon oft anstandslos vorgetragenes Gedicht zu Gehör bringen wollte, wurde demselben schon nach der zweiten Strophe das Weitersprechen von einem Gensdarmen mit der weisen Begründung untersagt: daß dies nicht auf dem Programm stehe. Mit der Bemerkung, daß durch dieses Verbot die Freiheit, welcher wir uns im herlichen neuen deutschen Reiche erfreuen, am Besten illustrirt werde, verließ Oehme unter allgemeinem Beifall die Tribüne, benutzte jedoch einige Stunden später in einer Tanzpause die Gelegenheit, um durch Vortrag eines andern längeren Gedichts den Anwesenden noch einige geistige Anregung zu geben, was ihm denn wunderbarer Weise auch ohne weitere Unterbrechung gelang, wenn man ihm auch nachträglich drohte, ihn für diese Ueberschreitung des Festprogramms verantwortlich zu machen. Ein gemüthliches Tänzchen, bei welchem sich auch das schöne Geschlecht sehr zahlreich betheiligte, hielt dann die Festtheilnehmer noch einige Stunden fröhlich beisammen, und wird auch dieses Fest wieder dazu beigetragen haben, das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Gemeinsamkeit der Interessen in den Herzen und Köpfen der Arbeiter aufs Neue zu erwecken und zu kräftigen und sie zu stählen im unvermeidlichen Kampfe ums Dasein!

Altona. (Gewerkschaft der Sattler und Berufsgenossen.) Hierdurch machen wir bekannt, daß die Arbeitgeber des Meisterbundes der Sattler von Hamburg-Altona beschlossen haben, die Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern, resp. den Lohn zu verringern, und solches schon theilweise in mehreren Werkstätten eingeführt worden ist. Wir finden, daß sich die Herren bei dem Vorgehen sehr rücksichtslos gezeigt haben, indem vorher in keiner Werkstatt etwas bekannt gemacht, sondern den Arbeitern plötzlich die Alternative gestellt wurde, die von den Meistern gestellten Bedingungen anzunehmen oder die Arbeit einzustellen. Es wurde sogar, wenn eine Erwiderung stattfand, entgegnet: „Sie haben weiter nichts als „Ja" zu sagen". So wie man jetzt in Altona vorgegangen ist, wird man wohl auch in nächster Zeit in Hamburg vorgehen, da die Arbeitgeber mit einander in Verbindung stehen. Wir bedauern nur, daß wir nicht geeinigt dastehen und vorgehen können, da uns unsere Mitgliedschaft seit dem 2. März 1876 geschlossen wurde und noch nicht wieder freigegeben ist. Wir glauben jedoch, daß uns dieses Vorgehen nur einen momentanen Schaden zufügen kann, indem aus diesem Kampf ein neuer hervorgehen und dadurch die beste Agitation für die Arbeitersache entwickelt wird, weil hierdurch Manchem die Augen geöffnet werden. A. P. L.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Halle. (Abrechnung über die durch die Sammelbogen vom 11. Juli d. J. bei mir eingegangenen Gelder.) Einnahme: Bloßfeld Bg. 5 M. 6,45; Oberhäuser Bg. 1 1,50; Hohmann Bg. 7 5,25; Reinthal Bg. 6 14,50; Rindel Bg. 7 2,00; Hofbeck Bg. 9 9,05; Meyer Bg. 7 1,00; Wolf Bg. 8 1,30; Oberhäuser Bg. 1 1,00; N. N. 1,00; N. N. 0,50; N. N. 1,00; Renftle 0,50. Sa.: 45,05. Ausgabe: An Beier ratenweis gezahlt 39,00. Bestand: 6,05.

Die Herren Capser und Gröger haben trotz der an Sie im „Vorwärts" ergangenen Aufforderung ihre Bogen bisher nicht eingeliefert.

Briefkasten

der Redaktion. R. D. in Halberstadt: Wenn blos der Angeklagte appellirt, kann in der zweiten Instanz keine höhere Strafe erfolgen; wenn aber der Staatsanwalt appellirt, dann kann es geschehn, und geschieht sehr häufig; in Frankfurt a. M. sogar ziemlich regelmäßig. — Hrn. Stud. G. W. in München: Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts und speziell des Jahres 1848 giebt es nicht. Das Gervinus'sche Werk wird Ihnen bekannt sein. Vielleicht finden Sie in Gögg's „Aufschlüsse über die Badische Revolution von 1849" die gewünschte Information. — „Ein Arbeiter" in Ronsdorf: Was Sie, namentlich im Herbst „sternschnuppenartig aus der Luft" niederfallen gesehen haben wollen, ist entweder etwas „Sternschnuppenartiges" gewesen, oder der Ausdruck „sternschnuppenartig" ist unrichtig; jedenfalls war es kein „Plasma", „Protoplasma" u. s. w.

der Expedition. Abonnent in Pöhlau: Schriften an St. abgesandt. Abgabe bei Hoffm.

Quittung. E. Erde Stötteritz Ann. 4,80, Ab. 8,40. Sz Delitzsch Ab. 4,00. Schfr Gohlis Ab. 13,50. Aw Altona Ab. 38,85. Zhtur Darmstadt Schr. 24 49. Hfnr Mainz Ab. 6,70. Lz Würzburg Schr. 2,58. Mnch Zittau Schr. 150,00. Krbs hier Ann. 1,80. Hm Bockenheim Ab. 7,00. Glglr hier Ab. 19,65. F. A. Srg Hoboken Ab. u. Schr. 60?,00. Wilk hier Ann. 0,70. Augrmnn hier Ab. 0,60. Krzl Olmütz Schr. 3,30. Hfmnn Wien Schr. 6,40. Knzlmnn Reutlingen Schr. 1,80. Kimr Kirchheimbolanden Schr. 6,00. Prhl Hildesheim Schr. 6,50. Ehrcht Zeitz Schr. 3,50. Dl Danzig Schr. 0,95. Bz St. Goar Schr. 0,70.

St. in Saarbrücken. Ist der eingeschriebene Brief an Sie und das Packet an die Expedition angekommen? Bis jetzt keine Nachricht erhalten. D.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Hfmann Wien 2,15. Vom Arbeiterverein Plagwitz durch O. 5,30.

Auf zur Wahl!

Alle Genossen von Limmer, Linden und Hannover, welche zur Verbreitung von Flugschriften und Stimmzettel beitragen und behilflich sein wollen, werden ersucht, sich Freitag, den 7. September, Abends im Hengstmann'schen Lokale einzustellen. Alle Listen und Gelder müssen dort abgeliefert werden. Beihülfe thut Noth. Ueber 100 Orte haben wir mit Stimmzetteln zu besorgen. Genossen von Hannover und Linden, thut Eure Schuldigkeit. Wir sind nicht im Stande alles allein zu besorgen.

Also auf zum Kampfe!

Mit sozialdemokratischem Gruß:
Das Arbeiter-Wahlcomité.

Kiel. **Arbeiter-Sängerbund.**
(Vorläufige Anzeige.)
Montag, den 24. September, im „Englischen Garten": (F. 181)
Abendunterhaltung und Ball.
NB. Alles nähere wird noch bekannt gemacht. [1,50

Leipzig. **Agitationscomité.**
Mittwoch, den 5. September, Abends 1/2 9 Uhr: **Sitzung** im Lokale des Arbeiterbildungsvereins. [40
Der Vorstand.

Ottensen. **Arbeiter-Verein.**
Donnerstag, den 6. September, Abends 8 1/2 Uhr, in **Burmeister's Salon:**

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Ist innerhalb der sozialistischen Gesellschaft f. ie Concurrenz möglich? Referent Hr. Lindemann. 2. Antrag Köste.s: Erhöhung des Beitrags.

Da dieser Antrag eine Statutenänderung vollführt, so ersuche ich sämmtliche Mitglieder zu erscheinen. [1,10
F. Heerhold.

Ein solider Parteigenosse stellt sich den Redaktions-Bureaus unserer Parteiblätter als Expedient oder dergleichen zur Verfügung. Offerten sind unter F. N. zu richten an die Expedition des „Vorwärts". [90

Provinzialversammlung.

Am 9. September d. J. findet in **Königsberg** eine Versammlung der Gesinnungsgenossen der **Provinz Preußen** statt. Zweck derselben ist: **Berathung über die wirksame Verbreitung der am 1. Oktober erscheinenden „Königsberger Freie Presse".**

Beginn der Versammlung **Nachmittags 4 Uhr** im Kneiphöfschen Gemeindegarten, Magisterstraße 55.

Diejenigen Gesinnungsgenossen aus der Provinz, welche dieser Versammlung beiwohnen, werden ersucht, dies bis zum 8. September an **J. Kräcker, Unterrollberg 17**, zu berichten.

Für Frei-Quartier wird gesorgt werden. Zahlreiches Erscheinen Ehrensache.

Königsberg in Preußen.

Hermann Arnoldt. Max Herbig. Carl Kallmann.
F. W. Pinnen. F. W. Retitzki. John Reitenbach.
J. Kräcker aus Breslau. [180

Im Verlage der Leipziger Genossenschafts-Buchdruckerei ist erschienen und durch die Unterzeichneten zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Inhalts-Verzeichniß.

Vorwort, mit gedrängter Statistik über die letzten Reichstagswahlen. — **Vollständiges Kalendarium** (protestantisches, katholisches, Sonnen- und Mondwechsel, Tages- und Nachtlängen 2c.). — **Umsonst gesopfert.** Erzählung von Robert Schweichel. — **Glück und langes Leben.** Episode nach dem Leben von Carl Hillmann. — **Die Erziehung zur Ungleichheit und Unfreiheit.** Von L. Y. S. — **Ludwig Börne** (Biographie). Mit Portrait. — **Die Wiener Arbeiter von 1848.** Von Wilhelm Blos. — **Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben.** Von F. W. Fritzsche. — **Die Werththeorie.** Kapitel aus der politischen Oekonomie von H. Oldenburg. — **Eine Epistel zur Kindererziehung.** Von Emil Roßbach. — **Die Wichtigkeit der Grund- und Bodenfrage.** Von Georg Vollmar. — **Der Himmel.** Naturwissenschaftliche Skizze von W. Bracke. — **Saint Simon** (Biographie). Mit Portrait. — **Die dümmste Frau.** Humoreske. — **Die Menschenaffen.** Mit Illustrationen. — **Die Pariser Commune.** Von L. L. — **Gedichte:** „An die Reichen" von Viktor Hugo; „Aus der Jugendzeit" und „Der alte Demokrat" von Aug. Geib. — **Anekdoten. Sinnsprüche. Räthsel. Sprüchwörter. Wichtige Entdeckungen und Erfindungen.** — **Marktverzeichnisse**, nach Provinzen eingetheilt. — **Ebbe- und Fluth-Tabelle. Eisenbahntabelle. Postportotarif.**

Die Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und geschnitten.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pf.**, gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 **Pf.**, gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.**, einzusenden, wofür wir es **franco per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von 1 **Dutzend aufwärts** berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ „
} **netto gegen baar.**

Expedition des **Vorwärts**, Leipzig, Färberstr. 12/II.
Allg. deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin.
SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a, 2 Tr.

☞ **Besteller aus dem Norden wollen ihre Aufträge nach Berlin, diejenigen aus Süd- und Mitteldeutschland nach Leipzig adressiren.**

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lantermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Ehy, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hoose, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 105. Freitag, 7. September. 1877.

Warum nicht?

Die im „Vorwärts" angeregte Frage, ob Progressiv-Einkommensteuer oder Ausbeutungssteuer, scheint allerdings einer eingehenden Erörterung würdig, nur wird ein großer Theil der Parteigenossen (und nicht mit Unrecht) fragen: Warum jetzt dieses Kopfzerbrechen? Jetzt, wo die Eventualität, daß wir eine ungefähre Mehrheit hätten, noch in so weiter Ferne ligt? Dieser Umstand jedoch darf uns nicht abhalten, in so gewichtige Punkte Klarheit zu bringen.

Jedenfalls haben die Ausführungen unseres Genossen A. D. viel für sich, die Behauptung aber, daß in unserem Programm an Stelle der Progressiv-Einkommensteuer eine Ausbeutungssteuer treten sollte, andernfalls aber die Progressiv-Einkommensteuer zu streichen, ist zum Mindesten verfrüht.

Unsern Gegnern die Ueberzeugung beizubringen, daß unsere Uebergangsmaßregeln friedlich, nicht gewaltsam und überstürzend ausfallen müssen, ist eine schwierige Aufgabe und jedem Sozialisten ist zur Genüge bekannt, daß wir von den heutigen Machthabern ein Entgegenkommen nicht zu erwarten haben.

Der Verfasser sagt nun selbst, daß bei einem wie beim anderen Steuersystem der Großbetrieb geschwächt wird und daß derselbe nur nach Uebernahme durch den Staat im größten Maaße zur Entfaltung gelangen könnte, trotzdem aber verlangt er Aenderung des Programms. Weshalb denn das?

Für uns ist die Hauptsache die: Welches Steuersystem gereicht dem arbeitenden Volke zu größerem Nutzen? Nach Ansicht des Verfassers natürlich die Ausbeutungssteuer, weil dadurch der Werth der Arbeit und der Arbeits-Erzeugnisse gehoben würde 2c. Ich vermag nun nicht einzusehen, wie die Arbeits-Erzeugnisse durch Besteuerung der Ausbeutung gesteigert werden können, wohl aber nehme ich an, „daß jeder Ausbeuter die ihm aufgebürdete Steuerlast von sich und auf die Schultern der Arbeiter wälzen würde!" Denn wenn heute ein Fabrikant 18 Mark Lohn zahlt, wird er nicht anstehen, falls ihm durch die Ausbeutungssteuer die Hälfte seines „Entbehrungslohnes" entzogen würde, diesen Ausfall dadurch zu begleichen, daß er den Lohn von 18 auf 15 Mark reduzirt, den Rest aber würde er durch höhere Verkaufspreise zu decken suchen, was wiederum der großen Masse des Volkes zur Last fällt!

Was wären wir dadurch gebessert?

Oder ist wirklich anzunehmen, daß die Großkapitalisten, um dieser Steuer zu entgehen, ihre Fabriken mit den Arbeitern zusammen genossenschaftlich unter Staatsvertrag betreiben würden? Das wäre wohl das letzte, was dieselben thäten! Ob die Progressiv-Einkommensteuer nie folgerecht durchgeführt werden kann, bleibt abzuwarten; Hintertreibungen dürften ebenso bei dem Ausbeutungssteuersystem vorkommen, oder mußte besser bei gründlicher Organisation der betr. Behörden in jedem Falle unterbleiben.

Zudem hat das Progressiv-Einkommensteuer-System den Vortheil, daß nicht nur Großindustrielle, sondern auch privatisirende Kapitalisten, Coupon-Abschneider 2c. herangezogen, was bei der Ausbeutungssteuer nur indirekt der Fall ist!

Unsere Gegner werden sich der Einführung des einen wie des anderen Systems so lange als irgend möglich widersetzen und nur, wenn wir die Majorität haben, gesetzlich gezwungen werden, die allmählige Confiskation des Kapitals über sich ergehen zu lassen; daß dies auf die friedlichste Weise von der Welt vor sich gehen kann, wird jeder vernünftige Gegner zugeben, die Einwendungen der unvernünftigen aber können und dürfen uns nicht irritiren!

Lassen wir also das Programm beim Alten! R.

Die Gewerkschaftspresse.

Die Nummer 93 des „Vorwärts" enthält einen Artikel über die Schäden und Mängel der Gewerkschaftspresse und kommt dessen Verfasser zu dem Schlusse, daß nur ein Centralorgan für sämmtliche Gewerkschaften die in jenem Artikel erwähnten Uebel beseitigen könne. Es kann nicht unsere Absicht sein, den falschen Vergleich, welchen der Verfasser zwischen Lokalpresse und Gewerkschaftspresse anstellt, hier zu wiederlegen; vielmehr halten wir es für unsere Pflicht, den Nutzen oder auch (unter den jetzigen Verhältnissen) den Schaden eines Centralorgans und der Beseitigung der kleinen Gewerkschaftsblätter zu besprechen, sowie auch diejenigen Mittel anzugeben, welche wir für die gedeihliche Entwicklung unsrer Gewerkschaftsbewegung für praktisch finden, und zwar ohne daß dieselben der politischen Bewegung hinderlich sind. Wir glauben nicht erst nöthig zu haben, uns gegen den Vorwurf der Sonderbestrebung verwahren zu müssen, ist doch die Schuhmacher-Gewerkschaft und deren Verwaltung immer voran gewesen, wenn es galt, zu centralisiren. Wenn wir nun heute gegen jenen Artikel Stellung nehmen, so geschieht dies, weil der Vorschlag zu unrechter Zeit gemacht und der Sprung zu groß ist. Wir stimmen mit dem Verfasser darin vollständig überein, daß der Kastengeist, wie er in dieser oder jener Branche recht sehr zu Hause ist, bekämpft werden muß, soll nicht durch das Gehenlassen die ganze Gewerkschaftsbewegung darunter leiden. Die gesammte Arbeiterklasse hat in ökonomischer Beziehung ein und dasselbe Interesse, und Pflicht und Klugheit gebieten ein enges Aneinanderschließen in dem Kampfe für eine bessere Lebensstellung, denn nur in der Centralisation liegt die Möglichkeit zur Erringung und Erhaltung einer besseren Existenz. Den besten Beweis für diese Behauptung geben uns die Gegner, die Tessendorffe 2c., welche mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln die Centralisirung der Arbeiter in Organisationen zu hindern suchen — Beweis genug, daß wir auf der richtigen Fährte sind.

Die Richtung, welche wir für das Gedeihen der Gewerkschaftsbewegung einzuschlagen für nothwendig halten, ist folgende: Zunächst hätten sich die verwandten Branchen wie Zimmerer, Tischler, Glaser, Maurer, kurz Bauhandwerker, ferner die Schuhmacher, Sattler, Gerber 2c. in einer Korporation nach einem gemeinsamen Statut oder wenn dies noch nicht möglich, doch unter einer Verwaltung zu einigen und ein gemeinsames Blatt zu halten. Die Verwaltungen dieser größeren Gewerkschafts-Verbände müßten zusammen an einen Ort verlegt werden und durch Cartellverträge unter einander verbunden sein. Nur hierdurch allein würde dem Kastengeist und der Decentralisation wirksam begegnet und ein Schritt ohne Gefahr zur größeren Centralisation gethan werden können. Diese Gewerkschaftsverbände könnten ohne materiellen Nachtheil ein eignes Blatt sehr wohl unterhalten und trotzdem noch so viel erübrigen, um eine gute Redaktion zu installiren. Aber auch die Interessen dieser zusammengehörenden Branchen könnten genügend in einem solchen Blatt behandelt werden, was bei einem Centralorgan, daß den Maurern, den Schneidern, den Zimmerleuten, den Tapezierern 2c. zugleich dienen soll, niemals möglich sein wird. Den Verfasser jenes Artikels leitet ganz besonders die Ansicht, daß der materielle Nachtheil für die kleinen Gewerkschaften durch Unterhaltung von eignen Blättern zu groß sei, was auch wir zugeben; derselbe schreibt aber weiter: „Sollte eine einzelne Verwaltung einen besonderen Alp auf dem Herzen haben, so kann sie sich davon in Cirkulären befreien." Dadurch aber würde der gewünschte Zweck nicht erreicht, denn wenn das Centralorgan Gewerschafts-Bekanntmachungen, Abrechnungen 2c. nicht aufnähme, so würden die Verwaltungen außer dem Centralorgan noch regelmäßig Cirkulare drucken lassen müssen und der gehoffte Vortheil fiele nicht nur weg, sondern die materiellen Opfer würden noch größer werden. Gewerkschafts-Bekanntmachungen, Abrechnungen u. s. w. dürften aber schon um deswillen keine Aufnahme finden, weil sonst der Raum eines solchen Centralorgans, und erschiene es selbst zweimal wöchentlich in der Größe des „Vorwärts", doch von der ersten bis zur letzten Seite davon gefüllt würde; und dabei haben wir nur das Nothwendigste im Auge.

Ein Blick in den „Pionier" bestätigt dies, und doch ist dieser nur das Organ zweier Gewerkschaften.

Außer den allgemeinen Angelegenheiten gibt es aber auch noch Sachen in dieser und jener Branche, welche in der Presse besprochen werden müssen, welche aber die Allgemeinheit sehr wenig interessiren. Ferner ist die Entwicklung der verschiedenen Industriezweige auch wieder sehr verschieden; denn während die eine Branche der Großindustrie schon gänzlich verfallen ist, hat eine andere den ganzen Entwickelungsgang erst durchzumachen.

Würden sämmtliche Gewerkschaften unserer Richtung den hier vorgeschlageneuen Weg betreten, so hätte die Gewerkschaftsbewegung einen guten Schritt vorwärts gethan. Allein damit scheint es noch gute Weile zu haben, denn außer den Buchdruckern, welche in jüngster Zeit eine Verbindung sämmtlicher Gewerkschaften betonten, zeigen die übrigen Gewerkschaften durchaus keine Neigung hierzu, vielleicht so lange, bis dieselben die trüben Erfahrungen der Buchdrucker hinter sich haben werden. Trotz alledem glauben wir uns nicht zu täuschen, daß die Buchdrucker auf ihr Organ, den „Correspondent", am letzten zu Gunsten eines Centralorgans verzichten würden; ganz dasselbe gilt von den Cigarrenarbeitern.

Solange jedoch diese größeren Gewerkschaften sich nicht mit einem Centralorgan einverstanden erklären, würde ein solches den kleineren Gewerkschaften in materieller Beziehung eine weit größere Last aufbürden als ihre kleinen Blätter, und daß dies jetzt von Nachtheil wäre, wird Niemand, auch der Verfasser nicht, bestreiten.

Hätte der Verfasser jenes Artikels die Gewerkschaftsbewegung genau verfolgt, so müßte ihm auch noch im Gedächtniß sein, wie vor einem Jahre der letzte Rest der von Th. York angebahnten Centralisation, die von ihm selbst gegründete Holzarbeitergewerkschaft, dem Kastengeist zum Opfer fiel. Der Kastengeist wurzelt eben noch zu tief, als daß derselbe mit einem Schlage sich beseitigen ließe, und trauen wir auch einem Centralorgan nicht die Wunderkraft zu, ihn radikal zu beseitigen. Aus alledem geht hervor, daß die kleineren Gewerkschaftsblätter sich größerer Sympathie bei den eignen Genossen erfreuen, weil dieselben die Schäden bloslegen, welche denselben zunächst liegen, und wenn nun hierdurch die Genossen besser als durch theoretische Artikel zum Anschluß an die Gewerkschaft zu bewegen sind, so halten wir dies für keinen Fehler, wohl aber für einen Beweis, daß die kleinen Blätter ihre Aufgabe als Agitatoren und Werber sehr gut erfüllen. Nur dürfen hierbei die erfahreneren und intelligenteren Genossen nicht vergessen, daß das nicht genügt, sondern daß die Aufgabe an sie herantritt, der Eigenliebe, dem Kastengeist innerhalb der Organisation nach allen Richtungen in vernünftiger Weise entgegenzutreten und die Neugeworbenen mit den allgemeinen Bestrebungen der Arbeiter vertraut zu machen. Wirken die kleinen Blätter und alle Genossen in dieser Weise, dann dürfte dem Kastengeist, welcher die Arbeiter zu ihrem eignen Schaden noch auseinanderhält, sein letztes Stündlein geschlagen haben und wir von dem Ziel einer Arbeiterunion mit einem Centralorgan nicht weit mehr entfernt sein. Es hat eben Alles seine Entwicklung, so auch die Gewerkschaftsbewegung. Wir finden es deshalb aber auch nicht gut angebracht, diese kleinen Pioniere, und wären manche auch nur eine Hand groß, mit scheelen Augen anzusehen. Vor geistiger Versumpfung und Oberflächlichkeit ist uns schon im Hinblick auf die Parteipresse nicht bange, dagegen können wir uns dieser Befürchtung nicht ganz bei Einführung eines Centralorgans unter den jetzigen Verhältnissen erwehren. Wie schon erwähnt, müßte ein solches Centralorgan für sämmtliche Gewerkschaften mindestens ebenso groß und so oft als der „Vorwärts" erscheinen. Der Preis würde sich in Folge dessen nicht viel niedriger stellen lassen als der Preis des „Vorwärts", dadurch würde aber ein großer Theil Arbeiter abgehalten noch ein politisches Blatt neben dem Centralorgan zu halten, anderntheils würden Viele sich in den Glauben einlullen, ihr lest ja ein großes, gutes Arbeiterblatt und bedürft eines weiteren nicht mehr; und die so sehr gefürchtete politische Halbbildung würde auch in Deutschland ihren Einzug halten.

Ganz anders verhält es sich mit den kleinen Gewerkschaftsblättchen zu dem Preise von 50 bis 75 Pfennig pro Quartal. Ein solches Blättchen genügt dem etwas vorgeschrittenen Arbeiter nicht; seine geistigen Fähigkeiten werden zwar angeregt, aber nicht ganz befriedigt, und er wird sich immer noch ein politisches Blatt beilegen, was er ohne große materielle Opfer thun kann, indem das Gewerkschaftsblättchen ja höchst billig ist und zudem genügend auf die politische Presse aufmerksam gemacht wird. Ich bin der Meinung, daß das jetzige Verhältniß der politischen und Gewerkschaftspresse der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung gleich förderlich ist.

Wir sind keineswegs Gegner eines Centralorgans, nur glauben wir, daß in demselben Augenblick, wo eine nicht geringe Zahl Gewerkschaften mit großen Opfern sich Blätter geschaffen hat und mit allen Fibern daran hängt, der Ruf zur Beseitigung derselben nicht angebracht und die Gründung eines Centralorgans nicht von Vortheil für jene Gewerkschaften ist. Auch wir wollen Reform und Centralisation der Gewerkschaften, warnen aber angesichts der bitteren Erfahrungen nachdrücklichst vor Ueberstürzung.

W. Bock.

Aus Nordamerika.

Newyork, 18. August.

Der Zustand der Arbeitersache ist jetzt in Kürze folgender: Das große Kapital hat vorläufig gesiegt — aber es gilt von diesem Siege, was von denen des Pyrrhus galt: noch ein paar solche Siege, und es ist verloren. Der Uebermuth, den es bei und nach der Unterdrückung des Ausstandes bewiesen hat, nimmt ihm rasch den Rest seines Halts im stimmgebenden Volke. Der Eigenthümer der „Newyorker Centralbahn", Vanderbilt, schenkt seinen Arbeitern 100,000 Dollars zur Anerkennung dafür, „daß sie gegen ihn loyal gewesen sind", mit andern Worten, sich auf seine beruhigenden Versicherungen hin dem allgemeinen Ausstande nicht angeschlossen und diesen dadurch schachmatt gemacht hatten. Ein Geschenk aber hatten die Arbeiter nicht erwartet, sondern ihr Verdientes, und das nächste Mal werden sie sich nicht gegen die gemeinsame Sache bethören lassen. Der König der Pennsylvania Bahn, Scott, hat angekündigt, daß er in Pittsburgh keine weitläufigen Gebäude mehr bauen und der Stadt möglichst wenig Vortheile von der Bahn zukommen lassen wird, hat den Schaden beim dortigen Brande bereits einzuklagen Anstalt gemacht (nach den Gesetzen müßte ihn Stadt und Grafschaft vergüten) hat, trotz des Verlustes die regelmäßige Dividende erklären lassen und sich Bundesmilitär genug verschafft, um auf den Widerstand der Arbeiter gerüstet zu sein. Die Delaware-Lackawanna-Western-Bahn, hat die Milizen, welche den Ausstand der Arbeiter dieser dritten Hauptlinie verhinderten, so großmüthig ausgenützt und dabei hungern lassen, daß dieser Sippschaft kein Milizsoldat von New-Jersey wieder Hilfe leisten wird. Ueberhaupt ist es das einstimmige Zeugniß der Presse aller Parteien, daß die Bürgermiliz schlechterdings unbrauchbar sei gegenüber einem wirklichen Volksaufstande, und die Republikaner verlangen eine Vermehrung des stehenden Heeres, weil diesmal vor diesem die „Friedensbrecher" Respekt bewiesen hätten. Sie vergessen, daß dieses stehende Heer überwiegend aus Irländern und Deutschen bestehen würde, welche der Hunger unter die Fahne getrieben hätte, und welche gegen Bürger ihre Waffen nur zum Scheine gebrauchen würden. Auch ist im nächsten Congreß, theils aus Mangel an Geld, theils wegen der Erbärmlichkeit der neuen Administration (deren eigene Partei gespalten ist) keine Aussicht auf Vermehrung, sondern auf Verminderung der Truppen, von denen jeder Mann dem Lande 1000 Dollars das Jahr kostet, und die es nicht einmal gegen die Indianer genügend schützen können.

Es steht fest, daß der Respekt vor den Bundestruppen ein sittlicher ist, ein Respekt vor der Republik und ihren Vertretern, vor der Selbstregierung und der Schutzwehr, welche sie noch immer gegenüber dem Kapitalismus zu bieten vermag, wenn das Stimmrecht besser angewendet wird. Und aus demselben Grunde wird die bevorstehende Wahl in Ohio, Pennsylvanien, Indiana und Illinois einen großen Umschwung der Dinge zeigen. Ein Vorspiel davon lieferte vorige Woche die Legislatur-Wahl im Staate Kentucky, dem ärgsten Zopfstaate der Union. Eine so eben erst gebildete Sektion der Arbeiterpartei erwählte von sechs in der Stadt Louisville zu wählenden Vertretern deren fünf, und in Covington einen, zum nicht geringen Erstaunen aller Welt. In Pennsylvanien haben die bestehenden Gewerkschaften sich vereinigt (zunächst noch ohne sich der Arbeiterpartei anzuschließen, um in die Staats Legislatur nur Arbeiter zu senden, und sie werden wahrscheinlich großen, wenn auch nicht durchschlagenden Erfolg haben. In New Jersey (wo so eben eine neue Wochenzeitung, „Vorwärts" von den Unseren gegründet worden) ist die Wahlbewegung ebensowenig mehr zurückzuhalten als in Ohio, Indiana, Illinois und Wisconsin. Natürlich suchen auch die alten Parteien und die Greenback- und Independent-Partei die neue Volksbewegung zu ihrem Vortheile auszubeuten, indem sie einzelne Punkte unseres Programms sich aneignen — das kann aber auf die Dauer nur der Arbeiterpartei zu Gute kommen.

Die allermeisten Mitglieder derselben, welche während der Julitage auf elende Vorwände hin verhaftet worden waren, sind wieder ohne Anklageerhebung freigelassen, ja, möglicherweise alle, und ihre grundlose Verhaftung, die Polizeiübergriffe, nachdem alle eigentliche Ruhestörung beschwichtig war, besonders die Verbote des Versammlungsrechtes in Chicago, St. Louis, Philadelphia und anderwärts haben böses Blut gemacht. Noch sind gewaltsame Vorfälle an verschiedenen Orten, besonders in den Kohlenbezirken Pennsylvanins, wo eine starke Besatzung von Bundestruppen andauert, nicht unmöglich, wenn die Habgier und der Uebermuth der großen Monopole so fort schaltet; doch ist es wahrscheinlicher, daß die Entscheidung am Stimmkasten vorgezogen werden wird.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Das große heilige Rußland liegt in militärischer Hinsicht gedemüthigt vor dem Herrscher der „ohnmächtigen, verrotteten" Türkei; in moralischer Beziehung aber zu den Füßen der ganzen gesitteten Welt. Die neueren militärischen Niederlagen bringen wir in einer besonderen Notiz vom Kriegsschauplatze — die neuesten moralischen Niederlagen wollen wir hier registriren. Die Bedingungen, unter welchen Kaiser Alexander die „Cooperation" der Rumänen erwirkte, sind demüthigend. Fürst Carol hat sich das Obercommando über einen Theil der russisch-rumänischen Armee ausbedungen und so wurde er denn zum Befehlshaber des „Westdetachements" vor Plewna ernannt. Diese „Cooperation", über deren militärischen Unwerth uns die nächste Zukunft belehren wird, ist sehr theuer erkauft und es ist der bis dahin unerhörte Fall eingetreten, daß ein beträchtlicher Truppentheil einer Großmacht unter das wenn auch nur nominelle Commando eines kleinen souveränen Fürsten gestellt wurde. — Wie grenzenlos demüthigend aber die „Cooperation" mit Rumänien ist, geht noch aus folgender Nachricht, die aus Berlin stammt, hervor: „Die königlich preußische Ostbahn sendete Locomotiven leihweise nach Rumänien auf Rechnung der dortigen Regierung, die ihrerseits deren Rückgabe versprochen, sobald die von ihr in deutschen Fabriken bestellten Locomotiven abgeliefert sein würden." — Aus dieser Nachricht geht hervor, wie elend es in Rumänien aussieht, von dem das großherrliche Rußland Hülfe verlangt — Hülfe auch von Serbien, von Montenegro, von Griechenland — von vier Kartenkönigen, die wahrlich nicht vermögen, das russische Kartenhaus zu stützen. Ein Bankrotteur sucht Hülfe bei Bankrotteurs; eine nette Gesellschaft! — Daß Rußland dem Bankerott nahe ist, geht aus einer Notiz der russenfreundlichen „Weserzeitung" hervor, welche lautet: „In Finanzkreisen befürchtet man, Rußland werde angesichts der Unmöglichkeit der Beschaffung von Baarmitteln seine Zinszahlung für ausländische Anleihen bis nach dem Kriege vertagen." — Diese Nachricht wird jetzt von allen Seiten bestätigt, also — der Anfang vom Staatsbankerott. Die verspotteten „Türkenlose" werden steigen und die russische Anleihe bis Null sinken. — Die Demoralisation in Rußland ist immense; so werden jetzt Commissionen eingesetzt, um die Mißbräuche bei der Armeeverpflegung zu untersuchen. In Rasbjelnaja zum Beispiel fand die Commission 3993 Säcke zu fünf Pud und 71 Tschetwert Mehl unbrauchbar. 2679 Säcke und 71 Tschetwert sind ganz verfault und das Uebrige ist in Folge übermäßiger Vermengung (um das Doppelte mehr als gestattet) mit Gerste, wildem Hafer u. s. w., unbrauchbar. Von 500,000 Pud Heu fehlen 180,000 Pud. Das größte Untergewicht, das zulässig ist, sind 25 pCt. und sind somit 60,000 Pud verschwunden. Das Heu ist sehr schlecht und außerdem bedeutend mit Stroh und Steppengras gemischt. Das ganze Quantum von 11,600 Tschetwert Hafer ist ebenso untauglich; die Gerste, deren Quantum noch nicht festgestellt ist, kann unter keiner Bedingung zum Gebrauch für die Truppen verwendet werden. Die Aufbewahrung der Vorräthe war gleichfalls eine höchst unachtsame. Alles wurde feucht und faulte. — Also Alles faul im Staate Rußland! — Wenn man dagegen die Begeisterung in der Türkei sieht, wenn man auf die großartige Volksbewegung blickt, die selbst einen phlegmatischen Sultan, wie Hamid einer ist, mit emportragen konnte; wenn man jetzt erfährt, daß aus allen Ecken und Enden des weiten türkischen Reiches die freiwilligen Streiter herbeiströmen, daß selbst die sonst gerade nicht kriegslustigen Juden in Jerusalem zwei selbständige Compagnien zum Kampfe für den Halbmond gebildet haben; dann bleibt kein Unbefangener nur einen Augenblick im Zweifel, welches von beiden Reichen, das russische oder türkische, die größere Existenzberechtigung hat. Und wenn auch sicherlich nicht Alles in der Türkei gerade glänzend genannt werden kann, so ist es doch einfach lächerlich, wenn ein Stockblinder einem Einäugigen die Wege zeigen will.

— Frauen- und Kinderarbeit in den belgischen Kohlenbergwerken. Ueber dieses grausige Kapitel lesen wir in einem Berliner Blatte, zu dessen Gewohnheiten es sonst nicht gehört, die Dinge beim rechten Namen zu nennen, Folgendes:

„Im Jahre 1870 waren im Durchschnitt jährlich bei der Ausbeutung der Kohlen in drei dortigen Distrikten 13,934 Weiber und Mädchen, worunter 9122 im Innern der Bergwerke und der Rest oberhalb derselben beschäftigt. Im Hennegau allein wurden im Jahre 1873 5383 Mädchen, darunter Kinder von 8—10 Jahren, in den Kohlenwerken verwendet. Diese Zustände verhindern nicht nur die moralische und physische Entwicklung der unglücklichen Kinder, sondern wirken auch auf die Lebensweise der Eltern höchst nachtheilig ein, welche ihre Kinder beinahe als Lastthiere betrachten, die ihnen mittelst ihrer schonungslos in Anspruch genommenen schweren Arbeit ihre Einkünfte erhöhen müssen und in den Gruben verkümmern, während die Eltern selbst häufig in den in der Nähe der Gruben befindlichen Kneipen ihre Zeit zubringen. Mittlerweile treiben sich die jungen Mädchen inner- und außerhalb der Gruben ohne die geringste Ueberwachung umher und sie fallen in dieser Weise den größten Lastern anheim, zumal sie völlig ohne Unterricht geblieben sind und ihr religiöser wie sittlicher Sinn ganz vernachlässigt ist. — Das elfjährige Mädchen, heißt es unter anderm in einem ärztlichen Bericht, wird in die Grube geschickt, in welcher es, Sonntag ausgenommen, mithin während des überwiegend größten Theiles des Jahres das Tageslicht fast gar nicht erblickt, denn es verläßt den häuslichen Heerd um 3 Uhr Morgens, um erst um 6 oder 8 Uhr Abends dahin zurück zu kehren. Die physische Kraft kann sich natürlicher Weise bei zehn- bis vierzehnstündiger schwerer Arbeit um so weniger entwickeln, als diese meistens in einem geschlossenen Raum, unter einer den Athem erschwerenden unreinen Luft verrichtet werden muß.

„Der Einfluß der Grubenarbeit auf die Leibesbeschaffenheit zeigt sich auch in der bedauernswerthesten Weise, denn im Allgemeinen sind die „Grubenmädchen" (filles des fosses), wie man sie zu nennen pflegt, bleich abgehärmt und von niedrigem Wuchs. Sie werden meistens Mutter, bevor sie wegen ihrer Jugend ihrer mütterlichen Pflichten bewußt sein können. Die Zahl der todtgeborenen Kinder ist auch weit größer als in anderen Gegenden. „Ich habe, klagte eine 48—50jährige Frau, zwölf Kinder auf dem Friedhofe. Jetzt sind mir nur noch deren drei übrig geblieben und wer weiß, ob ich sie zu erhalten im Stande sein werde."

Soweit der Auszug aus dem bewußten Berliner Blatte, dem obige schreckliche Schilderungen aus Brüssel zugingen. Aber wie heißt wohl das Blatt, das der Wahrheit so mannhaft ins Antlitz schaut? — wunderbar, es ist der „Gewerkverein" des Herrn Max Hirsch, desselben Mannes, der die Sozialdemokratie befehdet, weil sie Zustände aus der Welt schaffen will, wie sie oben geschildert sind, und der trotz solcher grauenhaften Zustände sich erkühnt, die Arbeiter nach wie vor mit seiner Harmonielehre zu langweilen. Aber wo die Thatsachen so beredt für die Bestrebungen der Sozialdemokratie plaidiren, da wird die Harmonielehre auch von dem kleinen Bruchtheil Arbeiter, der jetzt noch auf sie schwört, bald als das erkannt werden was sie ist — nämlich als eitel Harmonieheuchelei.

— Ueber Fabrikantenhumanität berichtet unser Züricher Parteiorgan, die „Tagwacht", daß vor ungefähr 1½ Jahren ein Herr Honegger in Siebnen (Kanton Schwyz) eine Kinderbewahranstalt errichtet habe. Es wurde das von Anfang an als eine Wohlthat angesehen und man sagte, die Kinder werden dort allerlei erlernen können. Heute kann über die „Wohlthat" etwas näher Auskunft gegeben werden. Die Kinder werden nämlich auf drei bis vier Jahre angenommen und in der Spinnerei und Weberei des Herrn Honegger beschäftigt. Dazu aber kommt noch, daß die Kinder Hunger leiden müssen. Der Schreiber dieses hat selbst solche Kinder weinen und klagen gehört, daß sie statt des Frühstücks Prügel bekämen. Schon einigemal sind Kinder dieser „Versorgung" entflohen und betteln gegangen, um Nahrung zu erhalten. So werden die armen Geschöpfe unglücklich gemacht unter dem heuchlerischen Deckmantel der Humanität. Die Anstalt ist allerdings eine „wohlthätige", aber nicht für die Kinder und die Bevölkerung, sondern für den Herrn Honegger; sie schafft ihm wohlfeile Sklaven und entzieht den Erwachsenen die Arbeit, resp. drückt deren Lohn herunter. Das bedenken leider Diejenigen nicht, die ihre Kinder dazu hergeben. Vor vierzig Jahren haben die Bürger von Siebnen dem Herrn Honegger den Grund und Boden für die Fabrik unentgeltlich gegeben, und heute wird ihnen der Lohn herabgedrückt und der Verdienst entzogen. Ja, die durch die Arbeit der Bevölkerung reich gewordenen Fabrikanten gehen noch weiter, sie schreiben den Arbeitern bereits vor, was sie denken und lesen sollen. Wie in dem monarchischen Oesterreich, so ist auch in Siebnen den Fabrikarbeitern die „Tagwacht" verboten! Man fürchtet, daß die Arbeiter denken lernen, man fürchtet, daß die Bevölkerung über das Treiben der Fabrikherren aufgeklärt werde. „Haben unsere Ahnen dafür die österreichischen Landvögte hinausgejagt, damit ihre Nachkommen ein halbes Jahrtausend später noch weit mehr geknechtet seien?" — So fragt in berechtigtem Zorne zum Schlusse die „Tagwacht".

— Die Versailler Ordnungsbanditen an der Arbeit. Wieder ist ein Communard zum Tode verurtheilt worden! Nach 6½ Jahren ist also der Blutdurst der Herren Gesellschaftsretter noch nicht gestillt. Freilich, nach den bisherigen Leistungen, hat das nichts Ueberraschendes. Was den vorliegenden Fall besonders gehässig macht, ist die Art und Weise, wie er dem Publikum aufgetischt und zur Verbreitung der infamsten Lügen über die Commune benutzt wird. Man lese nur den Bericht, welcher durch die gesammte liberal- und conservativ-reaktionäre Presse geht. Derselbe lautet:

„Paris, 31. August. Julius Lyaz, genannt Bon-Coeur, 62 Jahre alt und schon früher einmal zu zehnjähriger Deportation verurtheilt, seines Zeichens Schreiber bei einem Huissier, der gestern vor dem 3. Kriegsgerichte von Paris erschien, war mit seinem Spießgesellen Philippe unter der Commune der Schrecken der Vorstadt Bercy. Philippe, ein Zuhälter von Straßendirnen, welcher in Bercy als Maire der Commune schaltete und nach dem Eindringen der Versailler Truppen die Mairie und einige andere öffentliche Gebäude des 12. Arrondissements niederbrennen ließ, wurde auf frischer That erschossen. Lyaz, sein Adjunkt und unzertrennlicher Begleiter, entkam hingegen und blieb lange unentdeckt, um erst sechs Jahre nach seinen Missethaten der Behörde in die Hände zu fallen. Er hatte als Adjunkt von Bercy mit einem Gehalt von 300 Frcs. monatlich vorzugsweise das „Schulwesen" unter sich und verfuhr damit auf seine Art. So hielt er am 12. April in einer von Nonnen geleiteten großen Mädchenpension im Passage Corbes eine Haussuchung, confiscirte 300 Frcs. und eine Anzahl silberner Medaillen, die er da vorfand, verjagte die Nonnen und hielt die Erwachsenen von den Schülerinnen zurück. Es sollen sich hier Scenen zugetragen haben, welche, wie der Vorsitzende des Kriegsgerichts, Oberst Desandrè, versicherte, alle anderen Missethaten der Commune noch in Schatten stellten. Philippe und Lyaz stellten den Auswurf der weiblichen Bevölkerung an die Spitze der Anstalt und wenige Tage darauf sah man die zurückgebliebenen jungen Mädchen schwer berauscht und auf das entsetzlichste verwahrlost in den Höfen mit den Föderirten herumliegen. Als der Sieg der regulären Armee diesen Orgien ein Ziel setzte und die Nonnen in ihr Institut wiederkehrten, fanden sie darin eine scheußliche Epidemie: mehrere Mädchen erlagen ansteckenden Krankheiten, fünf waren von einer heftigen Augenentzündung ergriffen und fünfundvierzig hatten den Aussatz auf dem Kopfe. Wie weit Lyaz an den Brandlegungen Phillippe's betheiligt war, läßt sich nicht feststellen, dagegen bekundete ein Zeuge, daß er ein Frauenbataillon rekrutirt hat, welches ausschließlich die Aufgabe hatte, auf die jungen Leute Jagd zu machen, die sich dem Militärdienst unter der Commune entziehen wollten, zahlreicher anderer Greuelthaten nicht zu gedenken. Das Kriegsgericht verurtheilte Lyaz zum Tode."

Dies der infame Waschzettel. Nichts ist daran wahr, als daß die Versailler Mordgesellen abermals ihre Bestialität gezeigt, und nicht zufrieden damit ihre Opfer physisch zu tödten, sie auch moralisch zu meucheln versuchen. Das Letztere wird ihnen aber nicht gelingen. Die Thatsachen reden zu laut. Was speziell den verurtheilten Lyaz betrifft, so kennen wir ihn nicht; wir wissen aber, daß die Commune ihr möglichstes gethan hat, die Unsittlichkeit des Kaiserreichs und der Bourgeoisie auszurotten, daß sie der Prostitution nachdrücklichst gesteuert und namentlich auch die Nonnenklöster, die wahre Bordelle waren, erfolgreich gesäubert hat. Von einem dieser Klöster, die meist mit Pensionaten verbunden waren, ist in obigem Waschzettel die Rede, und die Vertheidiger der alten faulen Gesellschaft haben wieder einmal ihr altes faules Kunststückchen ge-

Midhat Pascha,

dessen Rückberufung nach Konstantinopel unmittelbar bevorzustehen scheint, beantwortete vor einigen Tagen zu Paris eine Adresse der dortigen „Positivisten" (etwas Aehnliches wie unsere „Freidenker") mit folgenden Worten:

„Meine Herren! Ich schätze mich glücklich, von Personen umgeben zu sein, die keinen Religions- und Racenhaß kennen. Die Umstände rechtfertigen das Gefühl, dem ich hier Ausdruck verleihe, vollkommen. Seit zwei Jahren wohnt Europa dem Schauspiele bei: eine christliche Macht, Rußland, die mit einer muselmännischen Macht, der Türkei, befreundet und verbündet war, hat offenkundig auf dem Gebiete dieser letzteren Unruhen gefördert. Ihre Botschaft in Konstantinopel und ihre Consulate in den Provinzen waren die Herde, wo Intriguen gesponnen und das Losungswort ausgegeben wurde, in Folge dessen der Aufstand auf verschiedenen Punkten zugleich ausbrach. Dieselbe Macht hat Montenegro und Serbien gegen ihren Oberherrn bewaffnet; sie hat ihre Soldaten und Offiziere dahin abgesandt, um mit der Türkei, mit welcher sie nach wie vor offizielle Beziehungen unterhielt, einen öffiziösen Krieg zu führen. Die Türkei hat den Aufstand bewältigt und die Empörung ihrer Vasallen zurückgedrängt, ohne daß sie ihren Sieg zu mißbrauchen suchte, sie hat Serbien und Montenegro den Frieden angeboten und den christlichen Bevölkerungen die politische Gleichheit geschenkt. Auf der einen Seite die Unredlichkeit und Feindseligkeit in allen Gestalten, auf der anderen Langmuth und Mäßigung im Siege. Angesichts dieses Schauspiels haben sich aus dem Schooße des civilisirten Europas gewiß sehr berufene Stimmen erhoben, um wen zu verdammen? Die Türkei! diejenige der beiden Mächte, welche angegriffen worden war, während die berühmten Redner gegen den Angreifer nicht ein Wort der Entrüstung fanden. Wie muß man sich das erklären, meine Herren? Sie wissen wohl, daß, wenn die Türken Christen wären, die Dinge eine ganz andere Wendung genommen hätten. Es ist traurig, es sagen zu müssen: das religiöse Gefühl hat die Vernunft verdunkelt und den Begriff der Gerechtigkeit und denjenigen verhüllt, deren Geist hoch über allen Vorurtheilen hätte stehen sollen. Was nützt die Religion, wenn sie den Menschen nicht zur Gerechtigkeit führt? Ist nun aber die muselmännische Religion, der so viel Mißtrauen entgegengebracht wird, wirklich eine in Starrheit versunkene, allem Fortschritt und aller Gesittung feindliche Religion? Vor einigen Monaten benutzte ich meinen nothgedrungenen Aufenthalt in Europa, um Spanien zu besuchen. Hier traten mir auf Schritt und Tritt die Trümmer jener wundervollen Civilisation entgegen, welche die Araber eingeführt hatten. Nicht ich brauche Ihnen zu sagen, ob Spanien und die Civilisation dadurch gewonnen haben, daß das Christenthum den Islamismus aus der Halbinsel verdrängte. Die Geschichte läßt hierüber keinen Zweifel.

„Niemand kann aufrichtiger als ich die herrlichen Resultate bewundern, welche in anderen Theilen Europas in moralischer sowohl als materieller Hinsicht erzielt worden sind. Vor Allem bewundere ich die freisinnigen europäischen Institutionen als die höchste Bürgschaft des Fortschritts und des Wohlergehens der Nationen. Ich habe hier nicht zu untersuchen, ob diese Institutionen in Europa mit dem Beistande des Christenthums oder seiner ungeachtet zu Stande gekommen sind. Das aber kann ich sagen, daß die Verfassung in der Türkei unter dem Schutze und der Mitwirkung unserer Ulemas eingeführt worden ist. Und nicht ein Zufall hat uns diesen Beistand verschafft. Diejenigen, welche bei uns beauftragt sind, die Moral der Religion zu lehren, waren von jeher von diesem Geiste beseelt. Man würde staunen, wenn man sich in Europa die Mühe gäbe, den Geist des Islamismus aus der Zeit der Abassiden und der Eyubis zu erforschen, als der Islamismus im Orient die ersten Grundsteine der Demokratie und der Freiheit legte.

„Meine Herren, gestatten Sie mir noch ein letztes Wort. Das Mißtrauen, das die europäischen Christen noch gegen den Islamismus hegen können und das sich gewiß auch noch zerstreuen wird, ist uns fremd dem Christenthume gegenüber, dessen Stifter wir verehren und dessen ungeheuren Einfluß auf die Besänftigung der Sitten ich anerkenne. Was die Christen der Türkei betrifft, so wollen wir in ihnen nur Brüder, nur Osmanen gleich uns erblicken, welche dieselben Pflichten und dieselben Rechte haben, wie wir. Getrennt durch Religion und Abstammung, wollen und können wir einig sein in der Liebe zum Vaterlande.

„Das, meine Herren, wollte ich Ihnen als Antwort auf einen Theil Ihrer Adresse sagen. Ich brauche wohl kaum hinzuzufügen, daß ich tief gerührt bin von der Versicherung der persönlichen Sympathie, die Sie mir entgegenbringen Diese Gesinnungen, die mir überall seitens der ausgezeichnetsten Männer zu Theil werden und auf die ich um so mehr stolz bin, als sie sich über mich hinweg an mein Land richten, sind mein süßester Trost.

„Und Sie, mein Herr, der Sie mich die männliche Sprache der edlen ungarischen Nation haben vernehmen lassen, in deren Namen Sie das Wort ergriffen haben, sagen Sie Ihren Landsleuten, daß Sie an mir einen Landsmann mehr in Paris haben und daß fortan jeder Osmane ein solcher für sie sein wird. Unsere beiden Nationen haben einander frühzeitig auf den Schlachtfeldern bewundern gelernt. Heute lieben sie einander. Möge ihr Bund die strafbaren Anschläge vereiteln helfen, die unter unseren Augen gegen die allgemeine Sicherheit und gegen den letzten Rest des europäischen Gleichgewichts gerichtet werden!"

Sehr treffend ist, was Midhat Pascha über die relative Culturbedeutung des Islamismus und des Christenthums sagt. So viel steht fest, daß der Islam im Großen und Ganzen zum mindesten kein größeres Hinderniß des menschlichen Fortschrittes ist als das Christenthum, und daß der Islam wenigstens auf eine Periode hinweisen kann, in welcher er die Civilisation gefördert, Künste und Wissenschaften gepflegt hat (zur Zeit der Mauren in Spanien), während man in der Geschichte des Christenthums vergeblich nach einer solchen Periode sucht. Nur unwissende Menschen oder russische Soldschreiber können den Türken in deren Eigenschaft als Muselmänner die Culturfähigkeit absprechen. Wer sich eingehender über dieses Thema unterrichten will, der lese die einschlägigen Kapitel in „Kolb's Culturgeschichte"

— Sterblichkeitsstatistik und Gesundheitsverhältnisse. Gemäß den Veröffentlichungen des Reichs-Gesundheitsamtes sind bis zu der am 18 August cr. beendeten dreiunddreißigsten Jahreswoche von je 1000 Bewohnern (auf den Jahresdurchschnitt berechnet), gestorben: in Berlin 32,2, in Königsberg 28,3, in Köln 33,7, in Hannover 22,9, in Magdeburg 34,2, in Breslau 35,4, in Stettin 27,5, in Altona 26,6, in Straßburg 31,4, in München 34,3, in Augsburg 46,2, in Dresden 26,1, in Leipzig 31,8, in Stuttgart 24,2, in Braunschweig 30,6, in Karlsruhe 23,7, in Hamburg 25,3, in Frankfurt a. M. —, in Chemnitz —, in Wien 25,3, in Budapest 41,2, in Prag 23,8,

macht: den Schmutz der Bourgeois- ihrer Gesellschaft auf die Sozialisten zu übertragen, ihre eigenen Sünden uns anzulügen. Beiläufig stimmt die Schilderung, welche der Mac Mahon'sche Oberst Desandrés von dem Zustand der „Anstalt" zu Vercy nach Niederwerfung der Commune gegeben hat, so ziemlich Wort für Wort mit dem Bericht überein, welche von Communebeamten über die greulichen Zustände in gewissen Nonnenklöstern erstattet, und auf Grund welcher Berichte die definitive Schließung der unmittelbar nach dem 18. März provisorisch geschlossenen Klöster und geistlichen Erziehungsanstalten seitens der Commune erfolgte. Der Herr Oberst hat sich also nicht einmal die Mühe genommen, originell zu sein. Er hat einfach statt Ordnungspartei Commune gesetzt und auf Conto der Commune geschrieben, was als Verbrechen der Ordnungspartei, aktenmäßig von der Commune festgestellt und unterdrückt worden ist. Leichter kann man sich das Lügen nicht machen!

— Der französische „Heldengreis", welcher die Mitglieder der Commune und die Pariser Arbeiter hinschlachten ließ, Herr Thiers, ist am 3. September plötzlich am Schlage gestorben.

— Vom bulgarischen Kriegsschauplatz ein Gewirre von Nachrichten, aus denen nur so viel ersichtlich, daß die concentrischen Angriffsbewegungen der Türken fortdauern und die Lage der Russen, welche die Lomlinie verloren haben, eine sehr prekäre, wo nicht geradezu verzweifelte ist. Die Operationen Suleiman Pascha's haben den Doppelerfolg gehabt, den Russen ihr einziges Ausfallthor nach Rumelien zu verrammeln und ein ganzes russisches Armeekorps in die Falle zu locken. Daß der Schipkapaß für die Russen verloren ist, d. h., falls das nicht schon geschehen, von ihnen aufgegeben werden muß, wird jetzt selbst von den russischen Preßkosaken eingestanden. Der Vorstoß Osman Pascha's von Plewna aus wurde mit großer Kraft geführt und hat den Russen, ihren eigenen Bülletins nach, bedeutende Verluste gebracht; natürlich leugnen sie ihre Niederlage. Wie die Dinge stehen, hat die Nachricht, daß das russische Heer demoralisirt sei und den Rückzug nach der Donau begonnen habe, durchaus nichts Unwahrscheinliches.

— Aus Nordamerika erhalten wir die Siegesnachricht, daß im Staate Kentucki bei den Landtagswahlen die Arbeiter von 7 Candidaten 5 durchgebracht haben. Dies ist der erste praktische Erfolg, den die durch den großen Strike hervorgerufene großartige Arbeiterbewegung errungen hat.

— Aus Gent vom 1. September erhalten wir folgende, den Congreß der Sozialisten aller Länder betreffende Zuschrift:

Werthe Parteigenossen!

Bis heute sind aus fast allen Städten Belgiens Delegirte der Abtheilungen der Internationale, der sozialistischen Arbeiterpartei oder der verschiedenen Gewerkschaften angemeldet.

Aus Italien erscheinen: der Redakteur des „Il Povero", Zarnardella aus Palermo; Enrico Begnami und Mauro Gandelfi, Redakteure des „La Plebe" aus Mailand.

Aus der Schweiz: Greulich und zwei Deputirte der Föderation der Jurassier.

Aus Ungarn-Oesterreich: Leo Frankel aus Pest.

Aus Frankreich: Buffenoir, Petit und Guesde.

Aus Holland ist aus verschiedenen Städten schon eine Anzahl Delegirter angemeldet, so von den Dortrechter Gewerkschaften H. de Jong und Andere.

Aus Deutschland: W. Liebknecht (Leipzig).

Noch machen wir alle Congreßbesucher auf die große Volksversammlung aufmerksam, welche Sonntag den 9. September Vormittags 9 Uhr stattfindet.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.: Edmond van Beveren,
Rue Courte du Bateau 5.
Gent (Belgien).

— Parteigenosse Vahlteich in Chemnitz hatte aus geschäftlichen Rücksichten im Interesse der von ihm bisher vertretenen Chemnitzer Genossenschaftsbuchdruckerei eine Hinausschiebung seines Haftantrittes bis zum 1. Oktober beantragt. Dieses Gesuch ist jedoch abschläglich beschieden und hat Vahlteich somit am 1. September die Haft von 1½ Jahren angetreten.

— Der Sozialismus ist eine strafbare Gesinnung, wenigstens hat dies der Assessor Wolf in Dresden ausgedrückt in einem Erkenntniß gegen die Herausgeberin der „Blätter für geistigen Fortschritt", Frau Klemich. Dieselbe ist wegen einer Grabrede zu 15 Mark Strafe auch in zweiter Instanz verurtheilt worden, und es wurde ausdrücklich anerkannt, daß eine Grabrede an sich ein Vergehen gegen § 360 al. 11 (grober Unfug) nicht bilde, wohl aber, weil dieselbe einen „sozialpolitischen Charakter" trug. Gegen dieses Erkenntniß ist von unserer Genossin Nichtigkeitsbeschwerde erhoben worden.

— Die „Frankfurter Zeitung" vom 30. August schreibt:

Frankfurt, 29. August. Das Central-Wahlcomité der sozialistischen Arbeiterpartei hat es für gut gefunden[1]), die von ihm anläßlich unserer Polemik mit dem „Vorwärts" mit uns geführte Correspondenz im „Vorwärts" zu veröffentlichen, woran das genannte Blatt die Schlußbemerkung knüpft: „Wir erwarten nun von Seiten der ‚Frankfurter Zeitung' Weiteres." So aufgefordert, für die nachbarlichen Dienste Spezialitäten nachzuweisen, begnügen wir uns, auf die Anfrage des Wahlcomités der sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit der Gegenfrage zu antworten: Hat das genannte Comité nichts davon gewußt, daß bei Gründung sozialdemokratischer Blätter („Chemnitzer Freie Presse", „Mainzer Volksstimme", „Kölner Volksstimme"[2]) u. s. w. von Mitgliedern der demokratischen Partei finanzielle Beiträge ohne viele Umstände verlangt und gegeben wurden, und ist es dem Comité so ganz unmöglich gewesen, zu erfahren, daß bei Gelegenheit der Wahlen für sozialdemokratische Candidaturen (Jacoby im Leipziger Landkreis, Frohme in Hanau, Hasenclever in Berlin u. s. w.) von Mitgliedern der demokratischen Partei Beiträge zu den Wahlkosten ebenso willig gegeben als angenommen worden sind?[3]) Diese Beziehungen geben uns, meinen wir, ein Recht darauf, zu verlangen, daß die Führer der sozialdemokratischen Partei nicht blos innerlich, sondern auch äußerlich ihre nahe Berührung mit der demokratischen Partei anzuerkennen hätten, statt daß sie uns mit großen Worten zu der „reaktionären Masse" werfen, um uns nur dann wieder zu holen[4]), wenn sie uns nöthig haben. So viel nach dieser Seite. Wenn die „Nationalliberale Corresp." und alle Blätter, welche aus dieser Quelle ihre dürren Kanäle speisen, auf die Enthüllungen gespannt sind, welche bei dieser Gelegenheit bezüglich der „reichen Mittel", aus denen bisher die sozialdemokratische Agitation geflossen ist, herauskommen werden, so bedauern wir sehr, die gehegten Erwartungen nicht erfüllen zu können. Es handelt sich, wie die „Magdeburger Zeitung" ganz richtig bemerkt, um keine Summen von Belang, am allerwenigsten um solche, die allein von sich aus die Bedeutung und den Umfang der sozialdemokratischen Agitation erklären könnten. Die ungefähre Schätzung, die wir ohne ziffermäßige Belege wagen zu dürfen glauben, wird die Summe von tausend Thalern schwerlich übersteigen, die zudem nicht, wie man unterstellen könnte, von einem Einzelnen, sondern von verschiedenen Mitgliedern der demokratischen Partei hier in Frankfurt und an anderen Orten einzig zu den oben bezeichneten Zwecken aufgebracht worden sind.

Zu den durch Ziffern bezeichneten Stellen des obigen Schriftstücks haben wir Folgendes zu bemerken:

1) Wir haben es für „gut befunden", weil auch wir gewohnt sind, den „Weg der Oeffentlichkeit" (siehe Brief der „Frankfurter Zeitung" in Nr. 98 des „Vorwärts") zu gehen und weil wir uns bewußt waren, daß wir bei den in Aussicht gestellten „Spezifikationen" nichts zu fürchten hatten. Wie zutreffend diese unsere Annahme war, zeigt wohl am besten die nun erfolgte Erklärung der „Frankfurter Zeitung" selbst.

2) Die „Unterstützung" der „Chemnitzer Freien Presse" besteht laut Erklärung Vahlteich's (siehe Gothaer Congreßprotokoll von 1876, Seite 50) in einem Darlehen im Betrage von 150 Mark, welches im Jahre 1874 gegeben und gleich jedem anderen Darlehen verzinst wird.

Wie weit die Mainzer „Volksstimme" und die „Kölner Freie Presse" (eine Kölner „Volksstimme" hat unseres Wissens nicht existirt) von dortigen Anhängern der demokratischen Partei unterstützt wurden, ist uns unbekannt; soviel glauben wir aber behaupten zu dürfen: von der „Frankfurter Zeitung" ist den genannten Blättern keine Unterstützung geworden.

Des Uebrigen sind diese Angelegenheiten auf dem vorjährigen Congreß zu Gotha auf Anregung Frohme's besprochen und im Protokoll und den Parteiblättern veröffentlicht worden und demnach etwas längst und allgemein Bekanntes. Die geheimnißvolle Form, mit der die „Frankfurter Zeitung" Enthüllungen in Aussicht stellte, war also zum mindesten höchst ungeschickt.

Was das „u. s. w." in der Erklärung der „Frankfurter Zeitung" bedeuten soll, ist uns räthselhaft. Wir haben Beweise verlangt und nicht ein „u. s. w.", welches nur den Mangel an Beweisen beweist.

3) Unterstützung bei den Wahlen. — Die von einzelnen Personen an die Wahlcomités eingesandten Gelder sind überall öffentlich quittirt worden; niemals aber hat die demokratische Partei als solche, oder gar die „Frankfurter Zeitung" derlei Unterstützungen bei den Wahlen geleistet. Die Personen aber, die uns Wahlbeiträge geliefert haben, können wir mit Fug und Recht als zur sozialdemokratischen Partei gehörend oder wenigstens mit ihren Zielen einverstanden ansehen.

Insbesondere gilt dies von den demokratischen Freunden Jacobys, der bekanntlich deklarirtes Mitglied unserer Partei war.

Auf alle Fälle stehen die Demokraten, welche Beiträge zu den sozialdemokratischen Wahlfonds geliefert haben, uns näher als der Demokratie, wie sie durch die Herren Retter und Payer — von Oechsner gar nicht zu reden — im Reichstag vertreten ist, welche Herren einen so heiligen Abscheu vor Allem haben, was von Seite der Sozialdemokraten kommt, daß sie sich sogar weigerten, den gewiß nicht nach Petroleum riechenden Arbeiterschutzgesetzentwurf zu unterstützen.

Daß aber auch ein Mitglied unserer Partei zu der Wahl des Herrn Holthof in Frankfurt eine namhafte Summe beisteuerte, wird der Redaktion der „Frankfurter Zeitung" gewiß bekannt sein. Also derlei Dienstleistungen haben sicherlich auf Gegenseitigkeit beruht.

4) „Geholt" haben wir die demokratische Partei niemals. Wir sind bei engeren Wahlen und wo sonst es nöthig war, mit ihr auf Grund unserer Congreßbeschlüsse zusammen gegangen und werden dies — unserem Programm gemäß — auch künftig thun.

Welcher von beiden Theilen dem anderen dabei die größeren Dienste geleistet, das ist eine Frage, welche zu beantworten die Herren der „Frankfurter Zeitung" wohl am besten in der Lage sind.

Wir erinnern sie nur daran, daß weder Herr Sonnemann 1874 noch die Herren Holthof und Retter im gegenwärtigen Jahre in den Reichstag gekommen sein dürften, wenn nicht unsere Parteigenossen bei den Stichwahlen für die demokratischen Candidaten gestimmt hätten; und Carl Meyer säße schwerlich im württembergischen Landtage, wenn ihm nicht unsere Eßlinger Genossen ihre Stimmen gegeben hätten.

Doch das rechnen wir uns nicht als besonderes Verdienst an; wir stimmen bei Stichwahlen für den radikalsten unserer Gegenkandidaten und ebenso werden es auch die Demokraten thun.

Diese Taktik bei den Wahlen kann uns aber nicht hindern, oder vielmehr sie macht es erklärlich, daß wir in wirthschaftlicher Beziehung Jeden, der der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital nicht offen und entschieden entgegentritt, als zur reaktionären Masse gehörig betrachten.

Hamburg, den 31. August 1877.

Das Central-Wahlcomité der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

G. W. Hartmann. H. Brasch. August Geib.
C. Derossi. J. Auer.

Correspondenzen.

St. Louis, 6. August. Genosse Ferdinand Lingenau ist am Sonnabend den 4. August Abends um 9 Uhr nach kurzem Leiden gestorben. In ihm verlor die Sozialdemokratie einen ihrer besten Anhänger und Vertheidiger. Heute früh, Montag, fand die Beerdigung statt, bei welcher die Parteigenossen sich recht zahlreich betheiligten. In wohlgeordneten Reihen setzte sich der Zug in Bewegung, bei welchem viele deutsche Damen in Kutschen ein Hauptcontingent stellten. Zwölf Mann marschirten auf beiden Seiten des Leichenwagens als Ehrenbegleiter und eine rothe und eine Vereinigten-Staaten-Fahne begleiteten den Zug. Nach Pickits Graveyard, auf welchem Friedhofe auch Cabet ruht, brachten wir den Todten, und nachdem hier von unserem Gesangverein ein passendes Lied vorgetragen war, hielt Genosse Currlin die Leichenrede. Der Kernpunkt der Rede war die Hervorhebung des Guten, was Ferdinand Lingenau in seinem Leben stets gewollt. Ueberall, wo es galt, die Rechte der Armen zu beschützen, da sei er immer als Solcher aufgetreten und sei sich consequent geblieben bis zu seinem Tode. Am Schlusse

---

in Basel 19,1, in Brüssel 25,3, in Paris 20,6, in Amsterdam —, in Rotterdam —, im Haag —, in Kopenhagen 26,0, in Stockholm —, —, in Christiania 17,7, in Warschau 32,7, in Bukarest 25,5, in Odessa 30,4, in Turin —, in Rom 32,8, in Neapel 27,7, in London 19,3, in Glasgow 21,5, in Liverpool 27,1, in Dublin —, in Edinburgh 1,00, in Alexandria (Egypten) 45,3, in New-York 34,7, in Philadelphia 25,0, in Athen —, in San Franzisco 16,8, in Calcutta 17,4, in Madras 117,4, in Bombay 53,5, in Boston —, —.

Unter den Todesursachen traten die Infektionskrankheiten im Allgemeinen etwas seltener auf, namentlich ist die Zahl der Opfer an Masern und Keuchhusten geringer. Scharlachfieber und Diphtherie sind nur in Berlin zahlreicher, dahingegen ist die Zahl der Unterleibstyphen namentlich in Berlin und Hamburg eine größere geworden. Todesfälle an Flecktyphen wurden aus keinem deutschen Orte gemeldet. Auch die akuten Entzündungsprozesse der Athmungsorgane sind seltener geworden. Die Zahl der Todesfälle an Darmkatarrhen ist etwas größer, die der Brechdurchfälle etwas kleiner als in der Vorwoche. Vorzugsweise heftig traten diese Epidemien in den Städten des sächsisch-märkischen Tieflandes, Görlitz, Magdeburg, Spandau, Charlottenburg auf, während speziell Berlin eine erhebliche Minderung der Todesfälle an diesen Krankheiten aufweist. Auch die Städte der Nordseeküstengruppe, Hamburg, Hannover, Braunschweig zeigen bedeutende Abnahmen der Darmkatarrhe, während in Breslau die Zahl derselben wieder eine größere geworden ist. Aus Wesel wird von häufigerem Erscheinen der Dysenterie berichtet, die jedoch anscheinend mit mildem Verlaufe auftritt und bis jetzt noch keinen Todesfall verursucht hat. Aus Hamburg und Osnabrück ist je ein Todesfall an Cholerine gemeldet und den Brechdurchfällen zugezählt worden. Die Zahl der Pockentodesfälle in London, Wien, Pest, Prag, Paris ist eine kleinere, in Petersburg eine größere geworden. — Die Zahl der Todesfälle an Unterleibstyphus ist in Pest größer, in Petersburg wesentlich geringer. Die tödtlichen Darmkatarrhe der kleinen Kinder fordern auch in den außerdeutschen Großstädten noch immer zahlreiche Opfer, doch scheint die Epidemie in den meisten Orten ihren Höhepunkt erreicht zu haben, da in vielen Städten, wenn auch nur geringe Remissionen dieser Krankheiten bemerkbar werden. Aus London, Petersburg, Christiania, Chicago werden einige sporadische Todesfälle von Cholera nostras gemeldet.

— Der Sedansdusel und -Fusel war dieses Jahr wo möglich noch duseliger und fuseliger als in früheren Jahren. Zum Teufel ist der Spiritus und nur der Fusel ist geblieben. Ganz spiritusfreier Fusel. Man betrachte nur die Sedansgedichte! Schaudernd verhüllt die Muse ihr Haupt — und nicht blos die Muse, auch der gesunde Menschenverstand und die Grammatik. Nur zwei Pröbchen aus nächster Nähe. In Leipzig hat ein Herr A. Schürmann ein „treffliches und markiges" (nach Hüttner-Leonhardt) Festlied verübt, in welchem folgende Verse vorkommen:

„Deutsche Hiebe, regelrecht
Zinsten das Erdulden
Wälschen Schimpfs seit alter Zeit —
Säkulare Schulden!
Deutsche Hiebe hageldicht
Auf ein toll und schnöd' Gezücht
Eitler Histrionen."

Säße der Berüber dieser „Verse" in Quarta, würde sein Lehrer ihm die deutsche Schul-Grammatik um die Ohren schlagen.

Ditto in Leipzig hat „Müller von der Werra" (bettelpatriotischer Vergangenheit und — Gegenwart) eine Festode geleistet, in der eine der drei Strophen also lautet:

„Es stürzt der Feind, der alte, böse,
Der nach uns krallte (!) oft verrucht,
Er sank als eine eitle Größe,
Der höher erst den Flug versucht.
Aus seinen Trümmern ist entstanden,
Wie aus der Asch' dem Phönix gleich,
Befreit von Schlacken und von Banden,
Ein neues deutsches Kaiserreich."

Daß das deutsche Kaiserreich aus den Trümmern des „Feindes" Frankreich entstanden, dürfte dem Leser bisher neu gewesen sein. Welche Summe von Fusel mußte sich in dem Müller'schen Hirn angesammelt haben, ehe es zu obiger Leistung befähigt war.

— Von den Anstrengungen, welchen sich der Kaiser auf seiner demnächst vom 1.—25. September bevorstehenden Manöverreise unterzieht, erhält man erst einen klaren Begriff, wenn man das Reiseprogramm nach gewissen Rücksichten ordnet und zusammenstellt. Zwar bleibt der Kaiser auf der ganzen Reise nur eine, die erste Nacht im Eisenbahn-Waggon und legt nie mit einem Male große Entfernungen zurück. Dafür besteigt er aber die Bahn 41 Mal und verweilt 40 Stunden und 15 Minuten darin. Außerdem macht er ca. 20 Spazier- und Umfahrten, nicht gerechnet die Fahrten zur und von der Eisenbahn. Was aber noch mehr ist: er nimmt 3 Paraden, 2 Uebungen und 12 Manöver ab. Hierbei erscheint er nämlich zu Pferde und hat also das Roß 17 Mal für längere oder kürzere Zeit zu besteigen. Doch nicht genug. Mit den militärischen Uebungen hängen noch andere unvermeidliche Anstrengungen zusammen: zwei Zapfenstreiche, ein Fackelzug ꝛc. Sechs Mal hat der Kaiser außerdem Empfang zu gewähren, acht Mal Serenaden, Musik- und Gesangsvorträge anzuhören, verschiedene Umfahrten, Besichtigungen und die Grundsteinlegung auf dem Niederwalde vorzunehmen. 12 Mal giebt der Kaiser selbst ein Diner, ein Mal einen Thee, zwei Mal nimmt er von anderen Personen ein Dejeuner, fünf Mal ein Diner entgegen, drei selbstständige Feste sind für ihn in Vorbereitung. Auf alle Fälle aber ist der hohe Herr während voller fünfundzwanzig Tage nicht in seinem Heim und wechselt acht Mal das Nachtquartier, sowie ja auch Jedermann weiß, daß die gewöhnlichen laufenden Arbeiten während solcher Reise nicht ruhen, vielmehr noch außerordentlich wachsen. Um beispielsweise nur Eins anzuführen, so laufen auf jeder Station, in jedem Orte ganze Körbe voll Briefe, Gesuche und Anliegen aller Art ein, die der Kaiser sammt und sonders mit eigener Hand öffnet und sofort durchsieht. („Leipziger Tageblatt" vom 2. September.)

— Beitrag zur Unfall-Statistik. Bei der „Magdeburger Allgemeinen Versicherungs-Actien-Gesellschaft" — Abtheilung für Unfall-Versicherung — kamen im Monat Juli 1877 zur Anzeige: 15 Unfälle, welche den Tod der Betroffenen zur Folge gehabt haben, 9 in Folge deren die Beschädigten noch in Lebensgefahr schweben 48 welche für die Verletzten voraussichtlich lebenslängliche, theils totale, theils partielle Invalidität zur Folge haben werden, 376 mit voraussichtlich nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Summa 448 Unfälle. Von den 15 Todesfällen treffen 3 auf Baugewerke, je 2 auf Landwirthschaftsbetriebe, Schneidemühlen, Papierfabriken, je einer auf eine Maschinenfabrik, Cementfabrik, Zuckerfabrik, Färberei, Holzhandlung, Mahlmühle; von den 9 lebensgefährlichen Beschädigungen 4 auf Baugewerke, je 1 auf einen Steinbruch, eine Papierfabrik, Mahlmühle, Ziegelei, Spinnerei mit Färberei; von den 48 Invaliditätsfällen 6 auf Brauereien, 5 auf Baugewerke, je 3 auf Landwirthschaftsbetriebe, Schneidemühlen, je 2 auf Mahlmühlen, Maschinenfabriken, Zuckerfabriken, Zündhütchenfabriken, Spinnereien, Zimmereigewerke mit Schreinerei, je einer auf einen Steinbruch, einen combinirten Mahl- und Schneidemühlenbetrieb, eine Papierfabrik, Schuh- und Stiefelfabrik, Spiritusbrennerei, Seifenfabrik, Holzstofffabrik, Färberei, Gas-Anstalt, Tabaksfabrik, chemische Fabrik, Tafelglashütte, Lohmühle, Eisenbahnbedarfsartikelfabrik, Baumwollspinnnerei, Tuchfabrik, Ziegelei, Zimmerei mit Schneidemühle und ein Steinkohlenbergwerk.

nahm Redner im Namen der Sozialdemokratie Deutschlands und der übrigen Länder und seiner Freunde in St. Louis Abschied von dem Dahingeschiedenen. Nachdem Currlin geendet, trat noch ein Arbeiter auf, welcher auch in erhebendster Weise die guten Eigenschaften des Dahingeschiedenen schilderte und die Anwesenden anfeuerte, sich solche Lorbeeren zu erobern, wie Ferdinand Lingenau es gethan, nämlich uneigennützig zu sein bis zum Tode. Ein passendes Lied, vorgetragen vom Gesangverein, schloß die Feier. (Milwaukeer Socialist.)

Breslau, 31. August. (Am Grabe Lassalle's.) Es hatten sich heut viele Arbeiter auf den jüdischen Kirchhof begeben, um, wie alljährlich, im Namen der Breslauer Arbeiter einen Lorbeerkranz auf Lassalle's Grab zu legen. Dies geschah gewiß im Geiste sämmtlicher sozialistisch gesinnten Arbeiter Deutschlands, ja wir können sagen, der Sozialisten der ganzen Erde. Das Auflegen des Kranzes wurde nicht verhindert, doch war wie in früheren Jahren die Anordnung getroffen worden, daß nicht mehr als 3 Personen gleichzeitig am Grabe verweilen durften. Zu diesem Zwecke war eine große Anzahl von Polizeibeamten auf dem Kirchhof postirt, doch wurde ihnen keine Gelegenheit zur Entfaltung ihrer Thätigkeit geboten.

Erwähnt muß auch noch werden, daß unser hiesiges Parteiorgan, die „Wahrheit", vom 1. November ab in der eignen Druckerei gedruckt wird. Sollten auswärtige Genossen das Unternehmen noch durch ein Darlehn unterstützen wollen, so sind dieselben gebeten, das schleunigst zu thun. Von der Expedition der „Wahrheit", Schuhbrücke 42, erfolgt für gezahlte Darlehne umgehend Quittung.

Berlin, 3. September. (Lassalle's Todtenfeier; Sedanstag.) Unser Berliner Parteiorgan schreibt: „Die Feier des 31. August fand am vergangenen Freitag Abend unter riesigem Zudrang der hiesigen Arbeiter in den mit rothen Fahnen, Guirlanden, Emblemen, Büsten 2c., Dank der Thätigkeit der hiesigen Sozialistinnen, wundervoll dekorirten Lokalitäten des großen Saales der Frau Ostheeren (Sophienstraße 15) statt. In der vom Reichstagsabgeordneten Fritzsche gehaltenen Gedächtnißrede fanden namentlich Lassalle's Privatleben und Charakter eine eingehende Beleuchtung. Der Redner citirt viele Stellen aus Briefen, die Heine, Freiligrath, Herwegh und Andere an Lassalle gerichtet hatten, und aus denen die Verehrung zu ersehen war, welche die Genannten dem großen Sozialisten zollten. Die Verleumdungen, welche über Lassalle, namentlich betreffs des sogenannten „Kassetten-Diebstahls", verbreitet worden sind, wies der Vortragende mit Entrüstung zurück, und zum Schluß trug er das schöne Gedicht von Herwegh an Lassalle vor, das unwillkürlich zu allgemeinem Beifall hinriß. Nach einer Pause, die nun, schon der schrecklichen Hitze halber, eintreten mußte, deklamirten Männer, Frauen und Kinder feurige Gedichte, welche an Lassalle erinnerten; mehrere Gesangvereine trugen freiheitliche Lieder vor und ernteten dafür allgemeinen Beifall; die Volksmenge sang mit Begeisterung die Marseillaise und stimmte auf's Kräftigste ein, als der Vorsitzende (Genosse Greifenberg) ein dreifaches Hoch auf die Sozialisten aller Länder ausbrachte, um so das Fest würdig zu schließen. Kein Mißton störte die Feier, und ernstlich gelobten die Festtheilnehmer, auszuharren im schweren Kampfe um die Menschenrechte."

Die reichs- und sedanfreundliche „Volkszeitung" bringt folgenden kläglichen Bericht über die Sedanfeier in Berlin vom 2. September: „Der gestrige offizielle Sedantag ist für Berlin fast ganz spurlos vorübergegangen; die sämmtlichen königlichen Gebäude hatten geflaggt, auch mehre Hoflieferanten, sowie einzelne Privaten, letztere aber nur ganz vereinzelt, schlossen sich der Ovation an, im übrigen war aber von einem Feiertag nichts zu bemerken, wenn man nicht die Feiern in den höheren Schulen, die den unteren Klassen einen freien Vormittag einbrachten, noch dazu rechnen will. Die Gerichte, die Posten, auch die Steuerkassen amtirten wie an anderen Tagen, auch die städtischen Behörden haben die Sedanfeier auf den heutigen Sonntag hinausgeschoben, und gedenken sie denselben mit der Beflaggung des Rathhausthurmes, mit einer Mittagsmusik vom Balkon mit der bekannten abendlichen Beleuchtung der Façade zu begehen."

Das Lassallefest so glänzend — die Theilnehmer in hoher Begeisterung; das Sedanfest so bocksnüchtern, so theilnahmslos — das ist brav von der hiesigen Bevölkerung.

Altona. Die Nr. 101 des „Vorwärts" enthält eine Correspondenz aus Hamburg, in welcher die Rede ist von einem seitens eines Fabrikanten ausgestellten Bilde, das zwei arbeitende Schuhmacher veranschaulicht. Der Eine der Arbeiter quält sich bei Pfriemen und Pechdraht ab, während der Andere mühelos an der Maschine hantirt — und meint nun der betreffende Correspondent, daß dieses Bild den Sieg der modernen Industrie bedeute, während er doch besser von einem Siege des Fabrikantenthums hätte reden sollen. Aber wer ist der Fabrikant? Derselbe eröffnete seinen Laden mit lauter Zuchthausarbeit und zugleich auch eine Werkstelle mit Standarbeit, für welche er aber nur die Hälfte des ortsüblichen Lohnes zahlt. Dem geringen Lohn entspricht natürlich auch die Qualität der Arbeit, trotzdem der Fabrikant 1000 Mark Belohnung für den Nachweis ausbietet, daß seine Arbeit keine reelle sei. Kann die Arbeit aber reell sein, wenn für ein Paar Mädchenstiefeln 40 Pf. Lohn angeboten werden, während bei anderen Meistern M. 1,20 gezahlt werden? Also der Fabrikant produzirt nach moderner Schablone: billig und schlecht. — Wenn der Correspondent ferner meint, die Zünftler erblickten in dem Bilde mit Unrecht eine Verhöhnung, so meine ich, der ich kein Zünftler bin, daß es dem Fabrikanten weder um eine Verhöhnung des Zünftlerthums, noch um eine Versinnbildlichung des Fortschritts, sondern darum zu thun war, die Vervollkommnung der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft vor Augen zu führen. Das scheint mir des Pudels Kern zu sein. Uebrigens wurde in Altona die Ausstellung des Bildes nicht gestattet. O. W.

Darmstadt, 29. August. Eine Volksversammlung, die am 4. d. hier abgehalten wurde, nahm folgenden „Oeffentlichen Protest gegen die Fortdauer der Stadtrath-Bezirkswahlen in Darmstadt" an, für welchen bereits zahlreiche Unterschriften innerhalb der Bürgerschaft gewonnen sind:

1) In Erwähnung, daß durch Bezirkswahlen zu sehr und nur der Viertelsgeist zum Ausdruck und event. zum Nachtheil des Gesammtwohls zur Geltung gelangt;

2) In Erwägung, daß nur durch eine allgemeine Wahl, analog der Reichstagswahl, der Gesammtwille der Wähler zur richtigen Geltung kommen kann;

3) In Erwägung, daß insbesondere die jüngste Reichstagswahl in Darmstadt eine hohe und fast allgemeine Unzufriedenheit über die bestehende Ordnung der Dinge in hiesiger Stadt an den Tag gelegt hat;

4) In Erwägung, daß die Schwesterstädte Worms, Mainz, Offenbach, Gießen und andere, die bisher bestandenen Stadtrath-Bezirkswahlen durch Gesammtwohl ersetzen;

5) In Erwägung, daß ein von der hiesigen sozialistischen Arbeiterpartei an den Stadtrath gerichteter, auf Einführung der Gesammtwahl zielender Antrag von einem Mitglied desselben, in öffentlicher Sitzung vom 5. Juli c., abgewiesen worden ist, weil angeblich jede Neuerung durch den Stadtrath selbst oder ein Mitglied desselben befürwortet sein müsse;

beantragt und beschließt die heutige Volksversammlung

1) Den nämlichen Antrag, betreffend die Aufhebung der Bezirkswahlen durch die Stadt cirkuliren zu lassen, um der gesammten Einwohnerschaft Gelegenheit zu geben, durch Unterschrift ihre Zustimmung zu demselben kund zu thun;

2) An den wohllöblichen Stadtrath zu Darmstadt ein Gesuch um Aufhebung der Bezirkswahlen zu richten.

Das Gesammtinteresse der Stadt erfordert die schleunige Aufhebung der Bezirkswahlen.

An deren Stelle haben allgemeine, den ganzen Stadtbezirk umfassende Wahlen zu treten, damit die durch Neuwahl zu ergänzende Anzahl der Stadträthe in Zukunft aus der Mehrheit der Wahlstimmen hervorgehn.

Die Unterzeichneten drücken hiermit die Hoffnung aus und erwarten, daß diesem gegenwärtigen Gesuch Folge gebend, der für Vornahme der hiermit beantragten Reform erforderliche Antrag baldthunlichst und rechtzeitig, aus dem Kreise der derzeitigen Stadtverordneten selbst, gestellt werde.

Göppingen. (Fromme Selbstlosigkeit.) In Schwaben (Stuttgart) erscheint bekanntlich ein Muckerblatt — „Evangelisches Sonntagsblatt" — welches allgemeine Verbreitung hat, welcher Umstand wohl auch an der Aufklärung, die unter dem größten Theile unserer ländlichen Bevölkerung herrscht, schuld haben mag. Dieses Organ der Frommen erfreut sich einer Auflage von 86,000 Exemplaren, was bei einem Abonnementspreis von 1 Mrk. 56 Pf. jährlich auf eine Einnahme von 134,160 Mrk. schließen läßt. Nun ist aber das fragliche Blatt zugleich Insertionsblatt für „werktägliche Anzeigen", und um den Brüdern wahrscheinlich das Bedürfniß, sich von den weltlichen Blättern gänzlich loszureißen, zu erleichtern, setzt man eine Einrückungsgebühr von nur 40 Pf. für die gespaltene Zeile an; macht wieder bei jeder Nummer im Durchschnitt 90 M. und jährlich 4992 M., somit Gesammtsumme 139,152 Mark. Rechnet man hiervon auch die Herstellungskosten ab, so muß dennoch ein ganz erkleckliches Sümmchen Ueberschuß vorhanden sein. Wir glauben, daß man mit diesem aus christlicher Liebe wohl manches kümmerliche Dasein erträglicher gestalten könnte, wenn man eben nur wollte. Aber gewöhnlich hat bei derartigen Unternehmungen der prinzipienlose Heuler und Schönschwätzer (der jedoch wenigstens noch „gottesfürchtig" ist) die Nutznießung, während Demjenigen, dem sein Charakter nichts Unlauteres erlaubt, selbstverständlich nur „Unsegen" gehört. — Natürlich bekämpft das Blatt auch in eifriger Weise die Sozialdemokratie, und wirklich ergötzlich ist oft die Art, wie dies vor sich geht. Kürzlich erfand es das Mittel zur Lösung der jetzigen miserablen industriellen Lage, indem es vorschlug, die Arbeiter sollen ihren Lohn reduziren zu „Gunsten ihrer Herrschaften", in Anbetracht des „Risikos derselben"; damit wären also mehr Finanzen vorhanden und ein Geschäfts-Aufschwung möglich. O Jammer! — Die wärmste Sympathie hegt das christliche Blatt auch für das „heilige" Rußland und in dieser Beziehung leistet es „Noch nie Dagewesenes". In jeder Nummer weiß es seinen frommen Lesern von haarsträubenden Greueln der barbarischen Türken, begangen an den armen Christen, zu erzählen, und weist, ganz in Außerachtlassung der Mahnung: „Liebet euch unter einander", in klarer Weise nach, daß die orientalische Frage nur durch vollständige Ausrottung der Heiden gelöst werden könne. Vor kurzer Zeit verstieg es sich zu folgenden pomphaften Versen:

„Was Rußland treibt zur Donau nieder,
Was in die Hand das Schwert ihm zwingt —
's ist Sympathie für seine Brüder,
Des Volkes christlicher Instinkt.
Gott selber hat es auserkoren
Zu dieser heil'gen Mission."
U. s. w. u. s. w.

Nun, diesmal sind wir mit der göttlichen Vorsehung ganz einverstanden und der allgütige Vater hat jedenfalls weise gehandelt, wenn er seinen Auserkorenen eine tüchtige Tracht Prügel zu Theil werden ließ. Jetzt augenblicklich ist das „Evangelische Sonntagsblatt" mäuschenstill und in seinen Spalten machen sich nur noch Stoßseufzer über die „dunklen Wege", die der Allweise die Russen bei Plewna geführt, bemerkbar. Vielleicht, wenn bulgarische oder russische Marodeurs wieder einige Türken abfangen, hat er dennoch „Alles gut gemacht". — Dieses Blatt erfreut sich natürlich der Protektion aller einflußreichen Kopfhänger und ist deshalb, und wohl auch seiner Billigkeit wegen, vielfach in den Dörfern die einzige Lektüre.

Basel. Die am 14. ds. M. von dem hiesigen Buchbinderverein einberufene öffentliche Buchbinderversammlung mit der Tagesordnung: 1. Woher kommen die schlechten Arbeiter in unserer Branche? 2. Organisation der schweizerischen Collegen, Referent H. Tell, wurde eine noch um so besuchtere, als uns die beiden Genossen Dreesbach und Weidemann aus Mannheim auf ihren Agitationsreisen im badischen Oberland mit einem Besuch beehrten und sich erboten, im Anschluß an den ersten Referenten auch ein Referat abzugeben. Erster Redner sprach zur Zufriedenheit aller Anwesenden, energisch fürs Fabrikgesetz zu agitiren. Sämmtliche Redner ernteten großen Beifall, und ist mancher in unsere Reihen eingetreien und fester hat sich das Band geschlossen; mögen uns öfter solche Genossen besuchen, so wird die Basler Arbeiterschaft bald aufgeklärt. An uns Genossen ist es nun: Auf zur Agitation! auf daß unsere Reihen stark werden, daß Basel einmal der Vorort der Bewegung wird. Thue ein jeder seine Pflicht, so bleibt uns der Sieg auch hier in Basel nicht aus.

Karlsruhe, 2. Sept. Anläßlich der am 9. d. in Mannheim stattfindenden ersten Generalversammlung des badisch-pfälzischen Preßvereins mache ich den Genossen in Baden und der Pfalz den Vorschlag, an Stelle des § 3 des Statuten-Entwurfes folgenden Paragraphen zu setzen:

„§ 3. Die von der Gesellschaft herausgegebene Zeitung führt den Titel:

„Der Freie Volksbote".

Organ für das arbeitende Volk in Baden und der Pfalz.

Motto: Gleiches Recht für Jedermann.

Dieselbe soll jede Woche ein Mal, und zwar am Samstage erscheinen zum Abonnementspreise von 75 Pf. pro Quartal incl. Postgebühren. Ein öfteres Erscheinen und Erhöhung des Abonnementspreises kann nur in einer Generalversammlung mit Zweidrittel-Majorität beschlossen werden."

Der in dem Entwurf angenommene Titel „Pfälzisch-Badisches Volksblatt" ist ein wenig schwerfällig, während der von mir vorgeschlagene — „Der Freie Volksbote" — eher populär werden dürfte. Ich publicire Dieses deshalb, damit die Genossen sich vorher in den Parteiversammlungen für einen dieser Titel entscheiden und ihren Delegirten mit dem Ausdruck ihrer Meinung auf der Generalversammlung beauftragen können. — Einige andere Statutenänderungen werde ich beantragen; sie hier mitzutheilen würde den Raum des „Vorwärts" zu sehr in Anspruch nehmen. K. E.

Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.

Frankfurt a. M., 26. August. Heute fand der erste Sängertag des Maingau-Arbeiter-Sänger-Bundes statt. Es waren vertreten von Frankfurt 6, Bornheim 2, Mannheim 1, Darmstadt 1, Offenbach 1, Dörnigheim 1, Hanau 1, Bockenheim 1 und Bergen 1, zusammen 15 Vereine. Nach einer lebhaften Debatte wurde der Anschluß an den Allgemeinen Arbeiter-Sänger-Bund einstimmig beschlossen und auf Antrag von Hanau eine Conferenz auf den 23. Septbr. in Frankfurt a. M. festgesetzt, um die näheren Bestimmungen resp. Abänderungen des Statuts zu berathen. Alle Arbeiter-Gesang Vereine des Maingaues werden hiermit eingeladen, durch Delegirte sich vertreten zu lassen.

Nachmittags fand im Schützenhof zu Bornheim das erste Sängerfest des Maingaubundes statt. Nach einem Prolog, gesprochen vom Vorsitzenden des Maugaubundes, Herrn Flemming, wurden theils gemeinsame Lieder, theils Einzellieder von den Arbeiter-Liedertafeln vorgetragen; dieselben waren gut gewählt und wurden präcise ausgeführt, sodaß das Fest ein würdiges zu nennen war. Den Schluß bildete ein Ball, der die Festtheilnehmer bis zum frühen Morgen fröhlich versammen hielt. Kein Mißton störte dieses schöne Fest.

Mögen überall die Arbeiter-Gesangvereine zu Provinzial- oder Gauverbänden zusammentreten, nur dadurch kann für den Allgemeinen Arbeiter-Sänger-Bund agitirt und der Zweck erreicht werden, der Ausschuß ist stets zur Auskunft bereit und wird rathend zur Seite stehen.

Aufforderung.

Die Parteigenossen Maurer Priemel und Balnus, deren jetziger Aufenthaltsort unbekannt ist, werden ersucht, ihre Adresse an den Unterzeichneten schleunigst gelangen zu lassen, um über den von ihnen hier anhängig gewesenen Prozeß, der zu ihren Gunsten entschieden ist und infolge dessen sie Gelder zu empfangen haben, Näheres zu erfahren.

G. Gerlach in Dortmund.
Düppelstraße 54.

Briefkasten

der Redaktion. F. W. in Mannheim: Der in der „Rhein- und Neckarzeitung" genannte Hasenclever ist der im Jahre 1853 verstorbene Maler Johann Peter Hasenclever; unser Parteigenosse heißt Wilhelm Hasenclever. Das neue Maier'sche Conversations-Lexicon enthält kurze Biographien von Beiden. — Auf verschiedene Anfragen: Die Adressen Liebknecht's und Hasenclever's sind einfach: Redaktion des „Vorwärts" in Leipzig, Färberstr. 12/II. — C. C. K.: Die Möglichkeit ist nicht vorhanden. — F. J. in M.: Die Correspondenz ist eingetroffen und konnte nur wegen Raummangels bis jetzt nicht veröffentlicht werden. — D. in Berlin: Brief an L. angekommen. — J. M. in Mainz: C. Derossi, Pferdemarkt 37, Hamburg, wird Ihnen Auskunft geben können. Wenden Sie sich an diesen. — L. H. in Z.: Sie werden ohne Gnade und Barmherzigkeit in den „bunten Rock" gesteckt. Betreffs Beantwortung der anderen Fragen müssen Sie einen amerikanischen Consul angehen.

der Expedition. O. Schmidt, Forst: Bestellte Hefte nebst Porto kosten M. 1,70. — Siegfr. Orb an Goldlauter: Bestellte Schr. nebst Porto kosten M. 6,35. Cassa erwartet. — Ch. Wz. Rlg: Gesetzlich können die Arbeiter nicht gezwungen werden für die Unfall-Versicherung zu steuern. Das ist Sache der Prinzipale, welche mit Rücksicht aufs Haftpflichtgesetz ihr Personal zu versichern ein Interesse haben. Die Allgemeine Unfallsversicherung-Bank Leipzig ist gut renommirt.

Quittung. Dckmn Kiel Ann. 1,40. F. Lnd Hamburg Ab. 100,00. A. Schmdt Hannover Schr. 75,09. Slbrhrn Eßlingen Ab. 12,77. Lnk Pieschen Schr. 20,00. Wßlr hier Ab. 0,60. Knstr Frohburg Ab. 3,60. Dttmnn Dieburg Ab. 1,60. Bschdt Beldes Ab. 3,42. Engl Renbnitz Ab. 1,80. Sbrt Cassel Ab. 15,40. Rb Cottbus Ab. 3,80. Mlr Leisnig Ab. 4,00. Wlz Reutlingen Schr. 8,20. Mlr Glauchau Schr. 3,60. Grbnstn Lindenau Ab. 18,00. Jntsch Durmersheim Schr. 0,50. Grßr Reichenau Schr. 1,00. Edm Waldenburg Schr. 12,25. Tchr Gera Schr. 12,00.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Flensburg. Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Montag, den 10. **September**, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal: (F. 125)

Mitglieder-Versammlung.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig. D. V. [60

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, 8. **September**, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11: [80

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Vorträge über die zehn Gebote von H. Meister. (F. 163)

Der Vorstand.

Hannover. Den Parteigenossen zur Anzeige, daß am **Sonnabend**, den 8. **September**, im Saale des Herrn Winter, „Zum König von Hannover", Hildesheimerstr., das [2,10

Stiftungsfest

der **Allgem. Arbeiter-Kranken- u. Sterbekasse** stattfindet. Anfang 8 Uhr Abends. Es ladet dazu freundlichst ein **Lohrberg.** (F. 164)

Hannover. Den Freunden und Parteigenossen empfehle ich mich zur Anfertigung von **Herbstanzügen** und **Winterüberzieher** von 48 Mk. an unter reeller Bedienung und ersuche ich recht frühzeitig die Bestellungen machen zu wollen. (8a) 1,50] **H. Rudolph**, Schneidermeister, Mittelstraße 11.

Hainichen u. Umgegend. Die geehrten Abonnenten und Mitleser des „**Vorwärts**" werden freundlichst ersucht, sich nächsten **Montag**, den **10. September**, Abends 8 Uhr, im Webermeister-Haus zu einer Berathung behufs weiterer Verbreitung des obengenannten Blattes einfinden zu wollen. Das **Agitations-Comité.** [60

Leipzig. **Gewerkschafts-Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend.**

Jeden Sonnabend Abend ½9 Uhr, **Versammlung** bei **Menzel**, Kurze-Straße.

Tagesordnung: Vortrag. Aufnahme neuer Mitglieder.

80] **R. Ludwig**, Vorsteher.

NB. Sonntag, **Vorstandssitzung der Krankenkasse.** Montag, den 8. Oktober, **Generalversammlung.**

Gesuch.

Arbeiter-Vereine, welche dem Hilfskassengesetze angepaßte **Invalidenkassen** besitzen, werden freundlichst ersucht, ein Statut derselben zur **Vorlage** einer ins Leben zu rufenden Invalidenkasse für die **Glasarbeiter** an Unterzeichneten einzusenden. [80

G. Horn, Vorsitzender des **Glasarbeiter-Bundes.**
Löbtau-Dresden, Wilsdrufferstraße 50, I.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu die „Wissenschaftliche Beilage" Nr. 5.

Wissenschaftliche Beilage des „Vorwärts“.

Nr. 5. Freitag, 7. September. 1877.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der politischen Oekonomie.

Von Friedrich Engels.

IV.

„Ein sehr wichtiger Umstand liegt darin, daß thatsächlich die Beherrschung der Natur durch diejenige des Menschen erst überhaupt (!) vor sich gegangen ist (eine Beherrschung ist vor sich gegangen!). Die Bewirthschaftung des Grundeigenthums in größeren Strecken ist nie und nirgends ohne die vorgängige Knechtung des Menschen zu irgend einer Art von Sklaven- oder Frohndienst vollzogen worden. Die Aufrichtung einer ökonomischen Herrschaft über die Dinge hat die politische, soziale und ökonomische Herrschaft des Menschen über den Menschen zur Voraussetzung gehabt. Wie hätte man sich einen großen Grundherrn nur denken können, ohne zugleich seine Herrenschaft über Sklaven, Hörige oder indirekt Unfreie in den Gedanken einzuschließen? Was möchte wohl die Kraft des Einzelnen, die sich höchstens mit den Kräften der Familienhülfe ausgestattet sähe, für eine umfangreichere Ackerkultur bedeutet haben und bedeuten? Die Ausbeutung des Landes oder die ökonomische Herrschaftsausdehnung über dasselbe in einem die natürlichen Kräfte des Einzelnen übersteigenden Umfang ist in der bisherigen Geschichte nur dadurch möglich geworden, daß vor oder zugleich mit der Begründung der Bodenherrschaft auch die zugehörige Knechtung des Menschen durchgeführt wurde. In den späteren Perioden der Entwicklung ist diese Knechtung gemildert worden. . . ihre gegenwärtige Gestalt ist in den höher civilisirten Staaten eine mehr oder minder durch Polizeiherrschaft geleitete Lohnarbeit. Auf der letzteren beruht also die praktische Möglichkeit derjenigen Art des heutigen Reichthums, welcher sich in der umfangreicheren Bodenherrschaft und (!) im größeren Grundbesitz darstellt. Selbstverständlich sind alle andern Gattungen des Vertheilungsreichthums geschichtlich auf ähnliche Weise zu erklären, und die indirekte Abhängigkeit des Menschen vom Menschen, welche gegenwärtig den Grundzug der ökonomisch am weitesten entwickelten Zustände bildet, kann nicht aus sich selbst, sondern nur als eine etwas verwandelte Erbschaft einer früheren direkten Unterwerfung und Enteignung verstanden und erklärt werden.“ So Herr Dühring.

These: Die Beherrschung der Natur (durch den Menschen) setzt die Beherrschung des Menschen (durch den Menschen) voraus.

Beweis: Die Bewirthschaftung des Grundeigenthums in größeren Strecken ist nie und nirgends anders als durch Knechte erfolgt.

Beweisdes Beweises: Wie kann es große Grundbesitzer geben ohne Knechte, da der große Grundbesitzer mit seiner Familie ohne Knechte ja nur einen geringen Theil seines Besitzes bebauen könnte.

Also: um zu beweisen, daß der Mensch, um die Natur sich zu unterwerfen, vorher den Menschen knechten mußte, verwandelt Herr Dühring „die Natur“ ohne Weiteres in „Grundeigenthum in größeren Strecken“ und dies Grundeigenthum — unbestimmt wessen? — sofort wieder in das Eigenthum eines großen Grundherrn, der natürlich ohne Knechte sein Land nicht bebauen kann.

Erstens sind „Beherrschung der Natur“ und „Bewirthschaftung des Grundeigenthums“ keineswegs dasselbe. Die Beherrschung der Natur wird in der Industrie in ganz anders kolossalem Maßstab ausgeübt als im Ackerbau, der sich bis heute vom Wetter beherrschen lassen muß, statt das Wetter zu beherrschen.

Zweitens, wenn wir uns auf die Bewirthschaftung des Grundeigenthums in größeren Strecken beschränken, so kommt es darauf an, wem dies Grundeigenthum gehört. Und da finden wir im Anfang der Geschichte aller Kulturvölker nicht den „großen Grundherrn“, den uns Herr Dühring hier unterschiebt mit seiner gewöhnlichen Taschenspielermanier, die er „natürliche Dialektik“ nennt — sondern Stamm- und Dorfgemeinden mit gemeinsamem Grundbesitz. Von Indien bis Irland ist die Bewirthschaftung des Grundeigenthums in größeren Strecken ursprünglich durch solche Stamm- und Dorfgemeinden vor sich gegangen, und zwar bald in gemeinschaftlicher Bebauung des Ackerlandes für Rechnung der Gemeinde, bald in einzelnen, von der Gemeinde den Familien auf Zeit zugetheilten Ackerparzellen bei fortdauernder Gemeinnutzung von Wald- und Weideland. Es ist wiederum bezeichnend für „die eindringendsten Fachstudien“ des Herrn Dühring „auf dem politischen und juristischen Gebiet“, daß er von allen diesen Dingen Nichts weiß; daß seine sämmtlichen Werke eine totale Unbekanntschaft athmen mit den epochemachenden Schriften Maurers über die ursprüngliche deutsche Markverfassung, die Grundlage des gesammten deutschen Rechts, und mit der hauptsächlich durch Maurer angeregten noch stets anschwellenden Literatur, die sich mit dem Nachweis der ursprünglichen Gemeinschaftlichkeit des Grundbesitzes bei allen europäischen und asiatischen Kulturvölkern und mit der Darstellung seiner verschiedenen Daseins- und Auflösungsformen beschäftigt. Wie auf dem Gebiet des französischen und englischen Rechts Herr Dühring „seine ganze Ignoranz sich selbst erworben“ hatte, so groß sie auch war, so auf dem Gebiet des deutschen Rechts seine noch weit größere. Der Mann, der sich so gewaltig über den beschränkten Horizont der Universitätsprofessoren erbost, er steht auf dem Gebiet des deutschen Rechts noch heute höchstens da, wo die Professoren vor zwanzig Jahren standen.

Es ist eine reine „freie Schöpfung und Imagination“ des Herrn Dühring wenn er behauptet, daß zur Bewirthschaftung des Grundeigenthums auf größeren Strecken Grundherren und Knechte erforderlich gewesen seien. Im ganzen Orient, wo die Gemeinde oder der Staat Grundeigenthümer ist, fehlt sogar das Wort Grundherr in den Sprachen, worüber sich Herr Dühring bei den englischen Juristen Raths erholen kann, die sich in Indien ebenso umsonst mit der Frage abquälten: wer ist Grundeigenthümer? — wie weiland Fürst Heinrich LXXII von Reuß-Greiz-Schleitz-Lobenstein-Eberswalde mit der Frage: Wer ist Nachtwächter? Erst die Türken haben im Orient in den von ihnen eroberten Ländern eine Art grundherrlichen Feudalismus eingeführt. Griechenland tritt schon im Heroenzeitalter in die Geschichte ein mit einer Ständegliederung, die selbst wieder das augenscheinliche Erzeugniß einer längeren, unbekannten Vorgeschichte ist; aber auch da wird der Boden vorwiegend von selbständigen Bauern bewirthschaftet; die größeren Güter der Edlen und Stammesfürsten bilden die Ausnahme und verschwinden ohnehin bald nachher. Italien ist urbar gemacht worden vorwiegend von Bauern; als in den letzten Zeiten der römischen Republik die großen Güterkomplexe, die Latifundien, die Parzellenbauern verdrängten und durch Sklaven ersetzten, ersetzten sie zugleich den Ackerbau durch Viehzucht und richteten, wie schon Plinius wußte, Italien zu Grunde (latifundia Italiam perdidere). Im Mittelalter herrscht in ganz Europa (namentlich bei der Urbarmachung von Oedland) die Bauernkultur vor, wobei es für die vorliegende Frage gleichgültig ist, ob und welche Abgaben diese Bauern an irgend welchen Feudalherrn zu zahlen hatten. Die friesischen, niedersächsischen, flämischen und niederrheinischen Kolonisten, die das den Slaven entrissene Land östlich der Elbe in Bebauung nahmen, thaten dies als freie Bauern unter sehr günstigen Zinssätzen, keineswegs aber in „irgend einer Art von Frohndienst.“ — In Nordamerika ist bei weitem der größte Theil des Landes durch Arbeit freier Bauern der Kultur erschlossen worden, während die großen Grundherren des Südens mit ihren Sklaven und ihrem Raubbau den Boden erschöpften, bis er nur noch Tannen trug, so daß die Baumwollkultur immer weiter nach Westen wandern mußte. In Australien und Neuseeland sind alle Versuche der englischen Regierung, eine Bodenaristokratie künstlich herzustellen, gescheitert. Kurz, wenn wir die tropischen und subtropischen Kolonien ausnehmen, in denen das Klima dem Europäer die Ackerbauarbeit verbietet, erweist sich der vermittelst seiner Sklaven oder Frohnknechte die Natur seiner Herrschaft unterwerfende, den Boden urbar machende große Grundherr als ein pures Phantasiegebilde. Im Gegentheil. Wo er im Alterthum auftritt, wie in Italien, macht er nicht Wüstland urbar, sondern verwandelt das von Bauern urbar gemachte Ackerland in Viehweide, entvölkert und ruinirt ganze Länder. Erst in neuerer Zeit, erst seitdem die dichtere Bevölkerung den Bodenwerth gehoben und namentlich seit die Entwickelung der Agronomie auch schlechteren Boden verwendbarer gemacht hat — erst da hat der große Grundbesitz angefangen, an der Urbarmachung von Oedland und Weideland im großen Maßstab sich zu betheiligen, und das vornehmlich durch Diebstahl am Gemeindeland der Bauern, sowohl in England wie in Deutschland. Und auch das nicht ohne Gegengewicht. Für jeden Acker Gemeindeland, den die großen Grundbesitzer in England urbar gemacht, haben sie in Schottland mindestens drei Acker urbares Land in Schaftrift und zuletzt gar in bloßes Jagdrevier für Hochwild verwandelt.

Wir haben es hier nur mit der Behauptung des Herrn Dühring zu thun, daß die Urbarmachung größerer Landstriche, also doch wohl so ziemlich des ganzen heutigen Kulturgebiets „nie und nirgends“ anders vollzogen worden sei als durch große Grundherrn und Knechte — eine Behauptung, von der wir gesehen haben, daß sie eine wahrhaft unerhörte Unkenntniß der Geschichte „zur Voraussetzung hat.“ Wir haben uns also hier weder darum zu kümmern, inwiefern zu verschiedenen Zeiten bereits ganz oder größtentheils urbare Landstriche durch Sklaven (wie zur Blüthezeit Griechenlands) oder Hörige (wie die Frohnhöfe seit dem Mittelalter) bebaut worden sind, noch darum, welches die gesellschaftliche Funktion der großen Grundbesitzer zu verschiedenen Zeiten gewesen ist.

Und nachdem Herr Dühring uns dies meisterhafte Phantasiegemälde vorgehalten, von dem man nicht weiß was man mehr bewundern soll, die Taschenspielerkunst der Deduktion oder die Geschichtsfälschung — ruft er triumphirend aus: „Selbstverständlich sind alle andern Gattungen des Vertheilungsreichthums geschichtlich auf ähnliche Weise zu erklären!“ Womit er sich natürlich die Mühe erspart, über die Entstehung z. B. des Kapitals auch nur ein einziges weiteres Wörtchen zu verlieren.

Wenn Herr Dühring mit seiner Beherrschung des Menschen durch den Menschen als Vorbedingung der Beherrschung der Natur durch den Menschen im Allgemeinen nur sagen will, daß unser gesammter gegenwärtiger ökonomischer Zustand, die heute erreichte Entwicklungsstufe von Ackerbau und Industrie, das Resultat einer sich in Klassengegensätzen, in Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen abwickelnden Gesellschaftsgeschichte ist, so sagt er etwas, das seit dem kommunistischen Manifest längst Gemeinplatz geworden ist. Es kommt eben darauf an, die Entstehung der Klassen und der Herrschaftsverhältnisse zu erklären, und wenn Herr Dühring dafür immer nur das eine Wort „Gewalt“ hat, so sind wir damit genau so weit wie am Anfang. Die einfache Thatsache, daß die Beherrschten und Ausgebeuteten zu allen Zeiten weit zahlreicher sind als die Herrscher und Ausbeuter, daß also die wirkliche Gewalt bei Jenen ruht, reicht allein hin, um die Thorheit der ganzen Gewaltstheorie klarzustellen. Es handelt sich also immer noch um die Erklärung der Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse.

Sie sind auf zwiefachem Wege entstanden.

(Schluß folgt.)

Herr Adolf Samter.

Von J. Dietzgen.

II.

„Der Wille ist gut, aber das Fleisch ist schwach.“ Unser geneigter Widersacher fühlt warm für die Sache des Proletariats; aber vielleicht wärmer noch für die andere Partei, für die guten Leute in Besitz, Amt und Würden. „Nur die Böswilligkeit, meint er, kann es in Abrede stellen, daß der Lage der arbeitenden Klassen von allen Seiten das regste Interesse entgegen getragen wird.“ Aber, meinen wir, nur die Theilnahme für diese elendige Bourgeois-Welt, nur Mangel an Erbitterung wider das Schlechte kann den Freund verhindern, die Böswilligkeit zu sehen, welche den „unteren Schichten der Bevölkerung“ im allgemeinen von der ganzen Behäbigkeit entgegen getragen wird. Und wenn es wahr wäre, was S. sagt: „Niemals waltete in der Geschichte der Menschheit auch nur annähernd eine solche Arbeiterfreundlichkeit“ —, so ist es doch noch wahrer, daß niemals in der Geschichte der Menschheit der Uebermuth und die Geringschätzung, mit welcher die herrschende Klasse auf die Arbeit herabsieht, daß niemals die Büberei, welche trotz des ungemessensten Reichthums dem Volke die Früchte der Arbeit vorenthält, so tief und kränkend empfunden wurde, wie gerade in dem Zeitalter der „Arbeiterfreundlichkeit“, der „Menschenwürde“, der „Volksbildung“ und wie die sonstigen Heucheleien heißen mögen. Gewiß: Plage, Schmach, Knechtschaft, Unwissenheit, Noth und Elend war allzeit groß, aber ihre Empfindung nie so groß, unsere Dränger und Prasser nie so herzlos, so gewissenlos, so üppig und übermüthig. Und wenn die Lage des Arbeiters sich um einen Grad verbesserte, dann ist auch das Bedürfniß nach Verbesserung um zehn Grad gestiegen — mit dem größten Recht! da die Produktivkraft, die Ergiebigkeit der Arbeit nunmehr so groß geworden, daß die Ueberproduktion nicht aufhören will, daß die ganze Industrie in ihrem eigenen Fett zu ersticken droht. Es ist heute keine Zeit im Genuß des Erfolgs zu schwelgen. Sich auf halbem Wege der Bärenhäuterei hingeben, auf das Erreichte zurücksehen, auf den Lorbeeren ruhen wollen, ist faul. Das ist doch klar, unser Volk wird sich nicht mit den winzigen Bröckchen begnügen, die von der Herren Tisch abfallen. Je mehr es erreicht, je größer wird der Begehr und die Energie sein, und wir werden nicht nachlassen, bis unser ganzes, unser volles Recht erreicht ist. Die Früchte der Arbeit gehören dem Arbeiter.

Das nun ist der Punkt, auf dem sich die Angel dreht: die Früchte der Arbeit, die Produkte der Volkswirthschaft sollen von Natur und Rechtswegen nicht dem Volke, sondern einzelnen gottbegnadeten Privatspekulanten bescheert sein. Darin sind, außer den Sozialdemokraten, alle Parteien einig; und was man derzeit praktizirt, das will man erhalten und vertheidigen allzeit, die Einen mit Flinten und Säbel, die Andern mit Gerichten und Staatsanwälten, und die „Sozialpolitiker“ gar mit wissenschaftlichen ökonomischen Gründen. — Wir haben, oder vielmehr Genosse Marx hat sich speziell bemüht, die heutige Volkswirthschaft zu entlarven. Er hat formell wissenschaftlich auf das unzweifelhafteste nachgewiesen, was in der Praxis längst schon mit Händen zu greifen war, daß die Früchte der Volksarbeit nicht unter das Volk, sondern von den Kapitalisten unter sich und ihre Helfershelfer vertheilt werden. Um die Art und Weise dieser Manipulation verständlich zu machen, behandelt das erste Hauptstück die „Werththeorie“.

Dieselbe also handelt ganz und gar nicht von der sozialistischen Zukunft, hat auch durchaus nicht die Aufgabe, sozialdemokratische Forderungen zu begründen, sondern einfach ist ihr ganzer Zweck, die heutige faktische Wirthschaft, die Wirthschaft der Kapitalisten in ihre allgemeinen abstrakten Formen zu zerlegen, oder, mit andern Worten, die vorhandene ökonomische Welt in ein theoretisches System zu setzen.

Nun kommen die Herren Samter und Schäffle, v. Sybel und de Laveleye u. s. w. u. s. w., die sich „Sozialpolitiker“ nennen, und wollen die Sache verkehrt machen. Sie sagen, die sozialdemokratischen Forderungen sind auf die Werththeorie gebaut, welche von dem einseitigen Satz ausgeht, daß ausschließlich die Arbeit die Werthe schafft; wenn wir diesen Satz falsch machen, „dann — heißt es bei Samter wörtlich — werden auch die von ihm abgeleiteten sozialistischen Forderungen hinfällig.“ Wie Ameisen, die einen Ziegelstein fortschleppen möchten, so sinnlos zappeln die Herren an der Werththeorie, und merken nicht, daß wenn sie das Unmögliche leisten könnten, uns kein Haar gekrümmt und ihnen gar nicht gedient wäre. Und wenn auch die Arbeit „nicht der alleinige Werthfaktor“ ist, und wenn auch „das Bedürfniß“, wie v. Sybel wollte, oder der „Gebrauchswerth“ und die „Dringlichkeit des Bedarfs“ nach Schäffle, oder gar eine heilige Dreifaltigkeit, wie Samter vorschlägt, nämlich „Natur, Gesellschaft und Arbeit“, den Werth der Dinge bestimmen, dann könnte das alles doch gar nichts an unserm Ziel und Streben ändern. Und wenn die Produkte wie Manna vom Himmel regneten, und keine Arbeit und Arbeitszeit darin enthalten wäre, dann bliebe unser gutes Recht noch immer dasselbe, wir stützten uns nach wie vor auf das leibliche Bedürfniß nach Nahrung, Kleidung und Wohnung, welches keine demagogische Theorie, sondern die materielle Natur der Dinge jedem Menschen gleich nah gelegt hat; dem dürftigen Proletarier ebensonah, wie dem bürgerlichen Dicknäser. Muß man das den Herren denn so oft wiederholen: die Sozialdemokraten sind Materialisten; keine Theorie, sondern fühlbares Bedürfniß und die faktisch gegebene Möglichkeit der Befriedigung begründen die sozialdemokratischen Forderungen. Das Herumdrehen und Nörgeln an der Werththeorie ist durchaus zwecklos. Die Nationalökonomie, die wir dem Volke vortragen, ist so klar, durchsichtig, einleuchtend, zweifellos und handgreiflich, daß jeder Mann, der für die Sache interessirt ist — und das ist die große Mehrzahl — daß jeder Mann, dem das Bourgeoisinteresse nicht den Kopf vernagelt, Sozialdemokrat werden muß. Unsere Aufgabe ist unendlich leicht: wir dürfen der menschlichen Welt nur ihr eigenes Interesse offenbar machen, und sie gehört uns. Kaum ist begreiflich, daß vorurtheilsfreie Leute, wie es die Sozialpolitiker sein wollen, so unverständig an der Werththeorie herum klauben, mit dem Wahn, wenn sie diese widerlegten, wäre der Sozialismus widerlegt und vernichtet. Die Sucht ist es, den Sozialdemokraten beizukommen, was sie taub macht für die wissenschaftliche Evidenz. Und das Schönste dabei: man stellt im blinden Eifer immerfort Sätze auf, die niemand verneint und niemand bestreitet.

Um durch Widerlegung der Werththeorie den Sozialismus unschädlich zu machen, entdeckt Samter die verschiedensten Neuigkeiten. Für den Tauschwerth findet er ein besseres Wort: „Gesellschaftswerth“. Dieser entwickelt sich „aus der Brauchbarkeit“, nicht aus dem Gebrauchswerth, weil Samter sich mit andern Worten auszudrücken wünscht, wie die Sozialisten. Und weiter: „Nicht alle Gegenstände, welche Brauchbarkeit besitzen, erringen Gesellschaftswerth, aber kein Gegenstand kann Gesellschaftswerth erringen, welcher nicht die Eigenschaft besitzt, Befriedigungsmittel zu sein.“ Da ist nun sehr fraglich, sowohl ob dieser Satz eine Neuigkeit, als ob er eine Verbesserung ist. Er steht gedruckt: Adolf Samter, „Soziallehre“, S. 204, Leipzig 1875, während Karl Marx, „das Kapital“, Hamburg, schon 1867, S. 7, dasselbe mit folgenden Worten sagt: „Endlich kann kein Ding Werth sein, ohne Gebrauchsgegenstand zu sein. Ist es nutzlos, so ist auch die in ihm enthaltene Arbeit nutzlos, zählt nicht als Arbeit und bildet daher keinen Werth.“

Es würde zu weit führen, wenn ich die beiden Freunde hier weiter noch wörtlich gegeneinanderstellen wollte, obgleich Veranlassung dazu da ist. Samter's Quintessenz stimmt mit Schäffle überein: „Wenn z. B. der Sozialbürger nach schlechter Ernte Brot verlangt, kann ihm der Sozialistenchef nicht Steine und nicht Kleider und nicht Vergnügen dafür bieten. Aber dem, welcher das besonders begehrte Brot verlangt, muß eine Taxe über den Kostenwerth angesetzt werden, bei der er sich nach der Decke streckt, damit das Mangelnde, aber Begehrte, für Alle wenigstens zur Noth reichen könne. Also der Sozialwerth

muß nicht blos als Kosten-, sondern zugleich als wechselnder Gebrauchswerth bestimmt sein."

Also, antworten wir, können die Herren aus dem Satz nicht klug werden, daß die Arbeit allein den Werth bestimme, da sich nicht leugnen läßt, daß auch die Natur ihren Einfluß übt, daß die Nützlichkeit, der Bedarf, Zufuhr und Nachfrage u. s. w. u. s. w. mitwirken. Nach Samter sind die Sätze der Marx'schen Werththeorie „falsch, weil Arbeit, wenn auch der bedeutendste und einflußreichste, nicht der alleinige Werthfaktor ist." Warum übersieht denn der liebe Herr, was im „Kapital", Seite 9, ausdrücklich mit fetter Schrift gedruckt steht: „Arbeit ist also nicht die einzige Quelle der von ihr produzirten Gebrauchswerthe, des stofflichen Reichthums. Die Arbeit ist sein Vater, wie William Petty sagt, und die Erde seine Mutter." Wenn nun Samter Natur und Gesellschaft als Werthfaktoren bei Arbeit zugesellt wissen will, dann muß er wohl erstens glauben, daß Marx, nach Art der Pfaffen, Dinge außerhalb der Natnr, übernatürliche oder metaphysische Dinge abhandelt, und zweitens gar nicht gemerkt haben, daß das ganze „Kapital" nur die Gesellschaft und keine andere, als speziell die kapitalistische Gesellschaft zum Gegenstande hat. Die sozialistische Werththeorie ist sich wohl bewußt, daß sie nur gilt und sie will nur gelten, in der gegebenen Natur und in der konkurrenzfreien bürgerlichen Gesellschaft. Hier wird durch übermäßige Zufuhr eines Artikels sein vorübergehender Werth erniedrigt, und durch übermäßige Nachfrage, oder Mangel an Znfuhr der vorübergehende Werth erhöht. Diese Preisschwankungen reguliren die Sache, so daß im Allgemeinen, im Durchschnitt oder abstrakt betrachtet, die Waaren nach dem Verhältniß der Arbeitszeit ausgetauscht werden, welche, je nach dem Zustande der geschichtlichen Produktivkraft, zu ihrer Herstellung erfordert ist. Wer nach schlechter Ernte Brot verlangt, dem wird nicht, wie Herr Schäffle irrthümlich meint, eine Taxe über den Kostenwerth angesetzt, sondern der Kostenwerth ist durch schlechte Ernte von selbst schon eine erhöhte Taxe. „Dasselbe Quantum Arbeit stellt sich z. B. mit Gunst der Natur in 8 Buschel Weizen dar, und mit ihrer Ungunst in 4." Wenn Brot also einmal den doppelten Werth hat, wie das anderemal, so wird es doch immer nur ausgetauscht im Verhältniß der darauf verwendeten gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit. Also — und das für Herrn Schäffle — gerathen nicht „Sozialbedarf und Sozialproduktion in eine heillose quantitative und qualitative Disharmonie." Und daran mag nun Herr Samter sich ein Beispiel nehmen, daß man die Arbeit zum alleinigen Werthfaktor machen darf, ohne deshalb den „Einfluß der Natur", „die Brauchbarkeit", das „Verhältniß des Vorraths zum Bedarf" u. s. w. auszuschließen. Wenn wir z. B. von aller Theologie und Metaphysik absehen, dann ist der Satz gültig, daß die menschliche Intelligenz alleinige Ursache des Fortschritts, der Kultur ist. Und doch gilt dieser Satz nur unter der Voraussetzung der übrigen Welt, denn zum Kultiviren gehört nicht nur die Intelligenz, sondern auch die unintelligenten Dinge, die kultivirt werden. Die Erde und die Sonne, der Himmel und die Sterne gehören ebenso unvermeidlich zur Kultur wie die gerühmte Intelligenz. Und in derselben Weise ist denn auch unsere viel befeindete Werththeorie nur gültig unter Voraussetzung der Welt und der ganzen Weltgeschichte.

Auch da Herr Samter so eifrig bestreitet, daß die Arbeit alleiniger Werthfaktor ist, und durchaus eine Reihe anderer Faktoren zugezählt wissen will, möge er besonders erwägen, daß es eben die spezifische Aufgabe aller Wissenschaft ist, die wirkliche Mannigfaltigkeit auf eine abstrakte Einheit zu reduziren. Alle Dinge und Umstände verzeichnen, die den Werth hie oder da beeinflussen, das ist keine Werththeorie, sondern erst nur eine wirre Darstellung des Problems. Die theoretische Erkenntniß der Sache hat den einzigen, den generellen oder allgemeinen Faktor namhaft zu machen.

Trotzdem der unhaltbaren Beispielchen zum Ueberdruß viel widerlegt sind, will ich doch, aus besonderer Reverenz für Herrn Samter, einen Augenblick auf die konfuse Idee eingehen, daß, „je größer die Brauchbarkeit der Befriedigungsmittel, sei es durch die Natur, sei es durch die Arbeit, um so höher der Gesellschaftswerth des betreffenden Gegenstandes sich stelle." . . . „Die Steinkohle beansprucht von vornherein einen höheren Gesellschaftswerth als die Braunkohle, weil ihre Heizkraft eine größere ist."

Nun steht fest: für 10 Thlr. Steinkohle und für 10 Thlr. Braunkohle sind gleiche Werthe oder Aequivalente. Wie erweist sich nun, daß die erstere einen höheren Werth hat, wie die letztere? Vielleicht weil das betreffende Gewicht oder Volumen kleiner ist. 1 Scheffel oder 1 Centner Steinkohle mögen doppelt soviel werth sein, wie dasselbe Gewicht oder dasselbe Volumen Braunkohle. Angenommen. Und auch angenommen, was sehr fraglich, daß die Differenz in der Heizkraft dieser Produkte, genau der Verschiedenheit ihrer Werthe entspricht, dann scheint es zwar, als bestimme die Brauchbarkeit den Werth. Daß aber das in der That Schein ist, und nur die Arbeit den Werth bestimmt, wird Herr Samter klar sehen können, sobald man die Produkte weiter transportirt. Sie gewinnen dadurch gar nicht an Heizkraft, wohl aber genau soviel an Werth, als die Fortschaffung Arbeit kostet, und zwar wird der gewichtigsten Heizkraft auf dem Transport mit der größten Arbeit auch der größte Werth zugesetzt. Und wenn unter solchen Umständen die Heizkraft in Braunkohlenform schließlich gezwungen wäre sich unter Kostenpreis zu verkaufen, dann würden ihre Lieferanten die Arbeit einstellen. Und nur da, wo die Sache durch anderweitige Brauchbarkeit einen Preis erzielen kann, der ihre Zufuhr rentabel macht, nur dorthin bringen die Lieferanten Braunkohlen, und beweisen also den Herren Samter und Genossen, daß die Natur, die Brauchbarkeit, freie Konkurrenz u. s. w. nnr die Voraussetzung, die Arbeit aber die Substanz des Tauschwerths, und die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit das einzige Maß der Werthgröße ist.

Es wäre in der That unerklärlich, daß man eine so einfache Geschichte intelligenten Leuten noch so breit auseinandersetzen müßte, wenn es sich bei dieser theoretischen Verblendung nicht faktisch und praktisch darum handelte, dem Volke die Früchte der Arbeit streitig zu machen. Und weil die „Sozialpolitiker" in diesem Punkte mit allen arbeiterfeindlichen Parteien übereinstimmen, so sind wir berechtigt, ihre Freundschaft mit Mißtrauen aufzunehmen und von ihrer Halbheit uns fern zu halten. Was hilft uns alle Anerkennung der Herren, wenn eine interessirte Tendenz sie veranlaßt, unsere Anschauungen und Forderungen zu mißdeuten. Mit ihrer halben Zustimmung geben sie sich ein unparteiisches Air, und verüben unter der freundlichen Maske eine um so wirksamere Feindschaft. Und wenn auch nicht Mangel an gutem Willen, sondern nur Schwäche die Ursache des Mißverständnisses ist, so kann uns das nicht veranlassen, unsern Standpunkt zu ändern, vielmehr soll unsere korrekte Beharrlichkeit die feindlichen Brüder persuadiren, daß sie in sich gehen, ihr Gewissen erforschen und die Augen öffnen. Zwar hat uns Herr Samter „das Parteigetriebe" übel angeschrieben. Er nennt es muthwillig, daß die Sozialdemokraten ihre Ansprüche in radikaler Form geltend machen. Wir sollen ohne Erbitterung, mit Anstand, Höflichkeit und Wohlwollen um die Arbeitgeber und ihre Regierungen herumherscherwenzeln, „auch den Arbeitgebern das Zeugniß ausgestellt werden, daß im großen Ganzen, soweit es ihnen möglich ist, sie für das Wohl des Arbeiters zu wirken stets bereit sind." Wir sollen anerkennen, daß „ebenso auch in Regierungskreisen das ernste Bestreben vorherrscht, für die Lage der arbeitenden Klassen Vorsorge zu treffen." Der geneigte Freund denkt christlich: wer dich auf die rechte Wange schlägt, dem sollst du auch die Linke noch herhalten. Wir aber sind keine Lämmerschwänze. Die Geschichte soll uns ihre Lehren nicht vergeblich aufgezeichnet haben. Wenn „die Führer" vergessen wollten, wie bei allen Verlegenheiten die herrschenden Klassen Süßholz geraspelt und das Volk mit himmlischem Manna, schönen Redensarten, faulen Fischen und blauen Bohnen abspeisten — ich sage, wenn die Führer es vergessen wollten, so würde doch das von vielfachem Betrug aufs tiefste erbitterte Volk es nicht vergessen können, sondern mit Recht und mit Geringschätzung sich von solchen Fürsprechern abwenden. Wenn jemals die sozialdemokratische Partei zu einer derartigen Schwachheit mißleitet werden könnte, möchte ich der erste bei einem wenn noch so kleinen Häuflein sein, um die rothe, die radikale Fahne zu retten, und wenn nicht der Gegenwart, dann doch der Zukunft sie vorantragen.

Mäßigung! Ja, soweit sie der Zweck erfordert. Liebe, Milde, Versöhnung! Ja, wenn der Zweck erreicht ist. Aber kein fauler Friede vorher, keine Verwässerung, keine Weichmäuligkeit.

Das Salz im deutschen Zollgebiet —

so lautet der Titel eines Aufsatzes in den Monatsheften zur Statistik des deutschen Reiches. Hier wird Produktion und Konsumtion, Besteuerung und steuerfreie Ablassung, sowie Einfuhr und Ausfuhr des Salzes im Jahre 1876 tabellarisch nachgewiesen. Nach diesen Tabellen wurden 1876 in 81 Etablissements salzhaltige Produkte gewonnen, und zwar in Steinsalzwerken im Betrieb des Staates in 7, in Privatbetrieb in 2, in Siedesalzwerken in Staatsbetrieb in 21, in Privatbetrieb in 43, in chemischen Fabriken, in welchen Salz als Nebenprodukt gewonnen wird, in 8. An Krystallsalzen wurden gewonnen 85,830 Ctr., an Steinsalzen 3,020,495 Ctr., an Siedesalzen 8,311,081 Ctr. Der Gesammtabsatz an Salzprodukten betrug 11,353,381 Ctr. Der Salzverbrauch berechnet sich für 1876 auf 10,517,088 Ctr.; auf den Kopf der Bevölkerung des deutschen Zollgebietes nach der Zählung von 1875 kommen etwas über 24 Pfd.; hiervon sind zu Speisezwecken verwandt: 6,614,276 Ctr. In hervorragender Weise kommt ferner das Salz zur Verwendung zur Fütterung des Viehes und bei der Herstellung von Soda und Glaubersalz. Bemerkenswerth ist, daß in dem süddeutschen Ländergebiet und in dem mittleren und nordwestlichen Theil Deutschlands ein im Verhältniß zum Viehstand ungleich größerer Absatz von Viehsalz stattfindet, als im nordöstlichen Deutschland. Ebenso ist zu berechnen, daß eine erhebliche Zunahme des Salzverbrauches zur Konservirung der Häute und Zubereitung des Leders und des Pelzwerkes stattgefun den hat.

An diese Mittheilungen wollen wir einige Bemerkungen anknüpfen.

Der Centner Salz wird mit 6 Reichsmark versteuert; der Zwischenhändler hat ca. 1 Mk. 50 Pf. bis 2 Mark für den Verkauf. Würden nun auf den Kopf 24 Pfd. Salz kommen, so würde jede Familie von 3—5 Personen ungefähr 7 Mk. 50 Pf. jährliche Salzsteuer entrichten; da aber zu Speisezwecken nur 2/3 der Salzprodukte verwandt werden und nur das sogenannte Kochsalz versteuert wird, so sinkt der Verbrauch auf ca. 16 Pfd. auf den Kopf, der sich aber bei der Arbeiterbevölkerung, weil dieselbe bei dem starken Kartoffelgebrauch eine größere Masse Kochsalz nöthig hat, auf ca. 20 Pfd. wieder steigert, so daß man annehmen kann, daß eine Arbeiterfamilie von 3—5 Köpfen mit dem Verkaufszins immerhin 6 Mark Salzsteuer jährlich zahlen muß.

Wir sagten aber, daß nur das sogenannte Kochsalz versteuert würde.

Und dem ist auch so. Das Salz zum Viehfüttern wird nicht versteuert; um aber zu verhüten, daß dasselbe von den Landwirthen und Viehbesitzern, um die Steuer zu umgehen, zum Kochen gebraucht werde, verunreinigt man dasselbe mit Eisenoxyd und Wermuth. Das Viehsalz erhält dann eine schmutzig-röthliche Farbe.

Fettes Vieh, hungernde Menschen — das Salz für die Menschen, für die Arbeiter wird versteuert, das Salz für die Viehbesitzer, für die fleischessenden und milchtrinkenden Bourgeois nicht.

Das nennt man Gerechtigkeit. Und außerdem ißt der Arbeiter, wenn er überhaupt Fleisch genießt, mehr Schweinefleisch und Wurst, zu welchem man wiederum eine große Masse versteuertes Kochsalz gebraucht, — das unversteuerte Viehsalz aber wird fast nur zum Füttern des Rindviehs benutzt und zwar in großen Mengen, wie auch aus obigem Auszuge aus dem Monatsheft zur Statistik des deutschen Reichs hervorgeht.

Wenn irgend etwas für die Aufhebung der Salzsteuer angeführt werden kann, so ist es das unversteuerte Viehsalz, welches geradezu der bürgerlichen Gerechtigkeit Hohn spricht.

Daß im westlichen und südlichen Deutschland mehr Viehsalz gebraucht wird, als im östlichen, kommt wohl daher, weil nur eine gewisse Anzahl von Centnern des Jahres einem Besitzer verabfolgt wird und man dabei die wenigen großen Gutsbesitzer im Osten besser kontrolliren kann, als die vielen Parzellenbauern des Südens und Westens — der Grund mag aber auch darin mit zu suchen sein, weil besonders auch den milchgebenden Kühen das Viehsalz gereicht wird und hierbei der reichere Süden und Westen dem ärmeren Osten voransteht.

Doch noch einmal sei es gesagt, daß die Salzsteuer vorzugsweise das arme, arbeitende Volk belastet; sie wirkt wie jede indirekte Steuer als Kopfsteuer, und da das Salz ein unumgänglich nothwendiges Nahrungsmittel und je geringer die anderen Speisen um so nothwendiger ist, so wird die Armuth geradezu durch die Salzsteuer bestraft. Empörend aber ist die Befreiung des Viehsalzes von Steuern, denn dadurch wird die Wohlhabenheit geradezu belohnt.

Und das nennt man die Gerechtigkeit des modernen „Rechtsstaats"!

Vermischtes.

— Das Angebot zum Justizdienste in Preußen vergrößert sich trotz der ungünstigen Aussichten, welche die jungen „Rechtsgelehrten" haben. Es ist das ein Zeichen, daß der Nothstand in allen bürgerlichen Kreisen Einwirkung ausübt. Die Söhne des Mittelstandes, die vor mehreren Jahren der Kaufmannscarriere zueilten, wenden sich jetzt wieder in Folge der Krisis dem bescheideneren, aber sicherern Beamtenthum zu. Man sieht dies in Bezug auf den Justizdienst daran, weil sich schon im Jahre 1876 die Geschäfte der Justizcommission erheblich gegen die Vorjahre vermehrt haben, indem nach dem „Justizministerialblatt" die Zahl der neuen Aufträge 396 betrug, während im Jahre 1875 259, im Jahre 1874 272, im Jahre 1873 331, im 1872 242 Aufträge ertheilt wurden. Aus den Jahren 1874 und 1875 war noch ein Bestand von 88 Kandidaten verblieben; die Gesammtzahl derselben belief sich daher im Jahre 1876 auf 484. Von diesen hatten 25 die Prüfung zu wiederholen und 459 dieselbe zum ersten Male abzulegen. Vor Abnahme der Prüfung ist ein Kandidat gestorben, einer wegen Krankheit ausgeschieden und zwei sind auf ihren Antrag entlassen; nach Abzug dieser vier sind mithin verblieben 480 gegen 341 im Vorjahre. Die Prüfung haben mit Erfolg bestanden: mit dem Prädikat „gut" 35, mit dem Prädikat „ausreichend" 243, zusammen 278, nicht bestanden haben 26. Es sind mithin als Bestand verblieben 176. Die meisten Kandidaten waren in den Departements Breslau (78), Köln (68) und Berlin (64).

— Zum preußischen Bergbau. Nach den amtlichen statistischen Mittheilungen waren im Jahre 1876 auf den Bergwerken unter staatlicher Aufsicht 240,865 Bergleute beschäftigt, von welchen 600 verunglückten: also 2½ pro 1000. Beim Steinkohlen-Bergbau verunglückten 451 von 159,600 = 1:354; beim Braunkohlen-Bergbau 48 von 19,322 = 1:403; beim Erz-Bergbau 91 von 53,657 = 1:590; bei Gewinnung anderer Metalle 10 von 8226 = 1:823. Im selben Jahre betrug die Produktion der Hütten, also der Erzdarstellung aus Metallen und Schlacken 31,224,205 Ctr. und der Werth der 19 verschiedenen Produkte 189,134,537 M.

— Lehrerbesoldungen. In den pädagogischen Jahresberichten von Dittes findet sich folgende Uebersicht der Lehrerbesoldungen der größeren Städte in Deutschland:

	Minimalgehalt.	Maximalgehalt.
1.	Kiel 1080 M. (nebst Wohnung)	3360 M. (u. Wohng.)
2.	Berlin 1560 M. (ohne Wohnung)	3240 „
3.	Leipzig 1350 M.	3000 „
4.	Dresden 1200 M.	3000 „
5.	Braunschweig 1200 M.	2800 „
6.	Zittau 1200 M.	2800 „
7.	München 1629 M.	2743 „
8.	Osnabrück 1200 M. (n. 27 Jahr.)	2700 „
9.	Bremen 1500 M. (ohne die Alterszul.)	2700 „
10.	Straßburg 1200 M.	2480 „
11.	Breslau 1200 M.	2400 „
12.	Harburg 1000 M. (nach 5 Dienstj. 1600, nach 8 = 1700, nach 11 = 1800, nach 14 = 1900, nach 17 Jahren = 2000 ꝛc. ꝛc. nach 27 J.) =	2400 „
13.	Hanau 1200 M. (nach 27 J.)	2400 „
14.	Freiberg 1140 M.	2400 „
15.	Hamburg 900 M. (Prov. Angestellte.) Hamburg hat 8 Hauptlehrer an Volksschulen à 4320 M. und Amtswohng., 5 à 3600, 10 à 2980 M., 52 definitive Lehrer à 2250 M. Nicht fest Angest. erhalten 7 à 1650 M., 4 à 1620 Mark, 18 à 1500 Mark, 6 à 1440 ꝛc. ꝛc.	2250 „
16.	Köln 1230 M.	2250 „
17.	Magdeburg ? Freie Wohnung oder 150 M. Entschädigung	2100 „
18.	Stuttgart 1666 M.	2110 „
19.	Halberstadt 960 M.	2100 „
20.	Crimmitschau 1080 M.	2100 „
21.	Nordhausen 900 M.	2100 „
22.	Nürnberg 1200 M.	2057 „
23.	Meißen 1170 M.	2025 „
24.	Luzern (in der Schweiz) 960 M.	2000 „

— Ausgaben-Versicherung. Das „Gewerbeblatt für das Großherzogthum Hessen" schreibt: „Das in England angeblich bereits eingeführte System der Ausgaben-Rückversicherung, d. h. der Ansammlung des für Baarzahlung geleisteten Scontos und der Zinsen und Zinseszinsen hieraus bis zur Gewinnung des vollen Rückzahlungsbetrages soll nun auch in Deutschland versucht werden, und hat sich in Berlin, unter dem Vorsitze eines Hrn. Dr. Wilh. Löwenthal, eine Gesellschaft hierfür gebildet. Es wird angenommen, daß die in Verbindung mit der Gesellschaft tretenden Lieferanten 5 Proc. Sconto gewähren werden, und daß mittelst Ansammlung und Verzinsung dieses Betrages nach 20 Jahren die ganze Ausgabensumme rückgezahlt werden könne; doch soll, um die Interessenten nicht zu lange warten zu lassen, die Rückzahlung in Form von Verloosungen sofort beginnen. Die Idee hat ohne Zweifel ihr Gutes und ist von gewichtigen Stimmen, u. A. von Schulze-Delitzsch und Bankdirektor Bernhard lebhaft unterstützt worden. Nach Anderen sollte aber nicht verhehlt werden, daß es auch an ernstlichen Bedenken mancherlei Art nicht fehle. Zunächst wird — und zwar um so mehr, als 5 Proc. denn doch für viele Artikel schon einen hohen Rabatt repräsentiren — bei denjenigen Geschäftsleuten, die mit der Anstalt in Verbindung treten, das gleiche Bestreben sich bald Geltung verschaffen, welches die nicht mit eigenem Laden, sondern mit Lieferanten arbeitenden Consumvereine zu so bedenklichen Anstalten gemacht hat: man wird die Preisermäßigung durch geringere Waare, durch schlechteres Ausmaß ꝛc. heraus zu bringen versuchen. Sodann ist es doch keine Kleinigkeit, jene 5 Proc. so zu verwalten, daß die Rückzahlung der ganzen Ausgabensumme eine vollständig gesicherte ist. Und endlich mag auch das angeführt werden, daß es immerhin seine zwei Seiten hat, zur Durchführung des Baarzahlungssystems, statt an die Einsicht und Ehrenhaftigkeit, an die Gewinnsucht des Publikums zu appelliren. — Nach Anderen wird das ganze Projekt als in das Gebiet des „Gründerthums" ꝛc. fallend bezeichnet." — Wir müssen uns der letzten Anschauung anschließen. Außerdem ist aber auch schon früher in Berlin mit sogenannten Baarzahlungsprämien-Gesellschaften experimentirt worden. Bei allen diesen Experimenten aber sollen nur Unternehmer selbst profitirt haben.

— Die indischen Eisenbahnen. Aus dem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht über die Eisenbahnen in Indien geht hervor, daß die Gesammtlänge der Bahnen am Ende des Jahres 1876 6894 Meilen betrug. Der Zuwachs an Meilen während des Jahres betrug 479.

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hense, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 106. Sonntag, 9. September. 1877.

Die Halbbildung und der Sozialismus.

„Die Halbbildung ist der Boden, aus welchem der Radikalismus und in's besondere der Sozialismus emporwächst," zetert es seit einigen Wochen auf der ganzen reaktionären Schlachtlinie. Pfaffen, Nationalliberale, Conservative — in diesem Punkt sind sie Alle einig; verschieden sind sie blos in der Zumessung der Schuld, und ergötzlich ist, wie eine Partei schadenfroh die anderen für die Wurzel des Uebels verantwortlich macht: die Pfaffen und Conservativen die Liberalen, die Nationalliberalen die Fortschrittler, die Fortschrittler die Nationalliberalen und die preußische Regierung. Wer hat Recht? Alle und Keiner.

Was ist Halbbildung? Und was verstehen die Gegner des Sozialismus unter Halbbildung?

Halbbildung ist ungenügende, einseitige, unharmonische Bildung; das heißt: ungenügende, einseitige, unharmonische Entfaltung der Fähigkeiten des Individuums in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung.

So aufgefaßt ist die Halbbildung das allgemeine nothwendige Produkt der herrschenden Staats- und Gesellschaftsverhältnisse. Wir haben nur Halbbildung. Wirkliche Bildung, Vollbildung ist heutzutage einfach unmöglich. Alles wirkt darauf hin, eine harmonische Entfaltung der Fähigkeiten unmöglich zu machen. Wahrhaft gebildete Menschen können, wie die Dinge jetzt liegen, nur seltene Ausnahmserscheinungen sein. Die ungeheure Mehrzahl, reich und arm, Regierer und Regierte, Ausbeuter und Ausgebeutete, sind durch die Bedingungen, unter denen sie leben, zur Halbbildung, wo nicht geradezu zur Unbildung, für so lange bestimmt, als diese Bedingungen in Kraft bleiben.

Also, wenn wir die Halbbildung in ihrem richtigen Sinne nehmen, so kann keine Partei, welche sich auf dem Boden der herrschenden Staats- und Gesellschaftsverhältnisse bewegt, die Vaterschaft von sich weisen.

Allein das verstehen die Herren Reaktionäre nicht unter Halbbildung. Jeder von ihnen glaubt selber im Besitze der wahrhaften Bildung zu sein und spricht die Halbbildung seinem politisch-sozialen Gegner zu. Dieses mit eben so viel Recht, wie jenes mit Unrecht.

Der komischste Zwischenfall der Halbbildungspolemik war der verblümte Angriff der nationalliberalen „Nationalzeitung" auf die fortschrittlichen Halbbidungsfabriken: Zeitungen, Handwerkervereine u. s. w. Dadurch fühlte sich der jüngst zum Ehren-Doktor kreirte Rabbi Bernstein in seiner Doktor-Ehre gekränkt und suchte in der „Volkszeitung" in langen Leitartikeln den Beweis zu liefern, 1) daß er wahrhaftige Bildung verzapft habe und verzapfe, und 2) daß die von ihm verzapfte Bildung durchaus unschädlicher Natur und nicht im Geringsten darauf berechnet sei, der Sozialdemokratie Vorschub zu leisten. Der erste Theil des Beweises ist dem neubackenen Herrn Ehren-Doktor auf's Gelungenste mißlungen; und sogar mit durchschlagendem Erfolg in den Beweis des Gegentheils „umgeschlagen"; ziemlich gut ist aber der zweite Theil des Beweises gelungen. Kein Zweifel, Herr Bernstein und die von ihm und seinen Helfershelfern ausgeschänkte „Bildung", in Gänsfüßchen, sind nichts weniger als revolutionärer Natur. Herr Bernstein und Compagnie sind mit einer Gründlichkeit, die sogar den alten Gerlach hätte rühren können, an sich und ihrer „Bildung" zu Skopzen*) geworden, und haben sich, seit sie die Gefahren der „Bildung" erkannt, ja auch mit affenartiger Geschwindigkeit „rückwärts konzentrirt", so daß z. B. der Ehren-Doktor, dessen „wissenschaftliche" Arbeiten durchaus materialistischer Tendenz sind, feierlich den Materialismus und Atheismus abgeschworen hat.

Ganz falsch aber ist es, wenn Herr Bernstein meint, der Sozialismus habe aus der liberalen Wissenschaft und Bildung keine Vortheile gesogen. Der Sozialismus ergänzt einfach diese halbe Bildung, indem er die andere Hälfte beizufügen bemüht ist. Wir lassen den Liberalismus die Grundlagen schaffen, und bauen darauf fort; er liefert uns die Prämissen, wir ziehen die Consequenzen, unbekümmert um seine Abschwächungs- und Fälschungsversuche.

Der Eulenburgischen „Provinzalkorrespondenz", deren Redaktion etwas mehr Sitzfleisch bekommen zu haben scheint, gibt zu, daß die moderne Bildung unter den obwaltenden Staats- und Gesellschaftsverhältnissen unvermeidlich zum „Radikalismus" führen müsse und sagt dann:

„Die Sozialdemokratie ist die verbreitetste, aber keineswegs die einzige Form des Radikalismus. Die sozialdemokratische Lehre ist auch keineswegs eine selbständige Erfindung aus dem Vorstellungskreise derjenigen Klassen heraus, welche die körperlich schwersten Arbeiten verrichten. Sie ist vielmehr der Sammelpunkt aller auf dem Boden der Halbbildung entstandenen radikalen Strömungen. Wer das Bestehende haßt, wer ohne Geduld und Arbeit zur Geltung und zu einem oftmals nicht aufrichtig geglaubten Ziele der Besserung gelangen will, der wird heute Sozialdemokrat. Daß die radikalen Strömungen mehr und mehr in der Sozialdemokratie zusammenlaufen, hat darin seinen Grund, daß der Radikalismus das offenste Ohr findet, wenn er die Dreistigkeit hat, als Arzt wirklicher schwerer Leiden aufzutreten. Denn der Leidende verliert am leichtesten die Besinnung, die ihn vor den Verlockungen des Schwindels bewahren sollte. Es ist nützlich, sich immer fest zu vergegenwärtigen, daß die Sozialdemokratie nicht etwas Eigenthümliches und Unerhörtes, sondern eine Form des Radikalismus ist.

Es gab eine Zeit, wo der Sozialismus als eine Art Mistizismus auftrat. Schon der heutige Name „Sozialdemokratie" zeigt, daß er gelernt hat, an die längst geläufigen Vorstellungen der Demokratie anzuknüpfen. Wenn die unterschiedslose Masse nach demokratischer Lehre der Quell der Weisheit und Gerechtigkeit ist, so läßt sich in der That die Folgerung nicht abweisen, daß diese Masse auch Herrin der Eigenthumsordnung sein muß. Es sind sonderbare Unfolgerichtigkeiten, zu sagen, wie in einigen Ländern gesagt wird: die Republik steht über dem allgemeinen Stimmrecht; und wie in Deutschland gesagt wird: die in diesem Jahrhundert zur Einführung gelangte Eigenthumsordnung steht über dem allgemeinen Stimmrecht. Wenn nicht noch sehr vieles andere über dem allgemeinen Stimmrecht steht, so sind diese Ausnahmen vergeblich und selbst komisch. Es kann nicht wundernehmen, wenn die Herrschaft der Masse, welche bei schroffer Geltung der Eigenthumsordnung zum Hauptzug des Volkscharakters die „smartness" (Pfiffigkeit), die hartherzige Ueberlistung macht, vielen weniger einladend erscheint als die Herrschaft der Masse, die wenigstens durch den Grundsatz der Bruderliebe gelenkt wird."

Die Logik der „Provinzialkorrespondenz" ist unwiderlegbar. Wer A gesagt, muß auch B sagen. Die Logik richtet sich aber gegen die Partei der „Provinzialkorrespondenz" ebenso wie gegen die der „Volkszeitung" und „Nationalzeitung". Das Prinzip der Volkssouveränität, des allgemeinen Stimmrechts einmal zugegeben, so folgt der Rest von selbst.

Bildung oder Halbbildung: die herrschenden Klassen mögen thun, mögen lehren, was sie wollen, es wird uns, den Sozialdemokraten, zu Gute kommen.

Nicht daß wir behaupten, die Sozialdemokratie sei im Besitz der Bildung, aber sie erstrebt die Bildung, die volle, die ganze Bildung. Wir sagten vorhin: „Die ungeheure Mehrzahl der Menschen, reich und arm, Regierer und Regierte, Ausgebeutete und Ausgebeutete, sind heutzutage durch unsere verkehrte Staats- und Gesellschaftsorganisation zur Halbbildung, wo nicht geradezu zur Unbildung verurtheilt."

Wohlan: die Ursachen der Halb- und Unbildung wegzuräumen, jedem einzelnen Individuum die Möglichkeit voller und harmonischer Entfaltung aller seiner Kräfte, also der Bildung im höchsten Sinne des Wortes zu geben, das ist das Ziel der Sozialdemokratie, der Partei der Bildung.

In einer Reihe von Artikeln über „die Agitationsmittel der Sozialdemokratie" macht der „Hamburgische Correspondent" folgende Bemerkung:

„Zwischen der sozialdemokratischen Methode der Agitation und der Agitation der übrigen Parteien besteht ein fundamentaler Unterschied, der nicht ernsthaft genug in Betracht gezogen werden kann: während die alten Parteien es nur mit den politischen Anschauungen ihrer Jünger zu thun haben, sucht die sozialdemokratische Propaganda den ganzen Menschen in Beschlag zu nehmen, in gleicher Weise auf seine staatlichen, religiösen und gesellschaftlichen Meinungen Einfluß zu gewinnen, wie seine Privatexistenz, sein Familienleben, die Art seines Arbeitsbetriebes und seiner Erholung zu bestimmen. Darin liegt das eigentliche Geheimniß der sozialdemokratischen Erfolge. Der deutsche Sozialdemokrat „wie er sein soll", ist ein von der Gesellschaft völlig abgelöster Mann, der seine Welt für sich hat."

Ja, Herr Dannenberg hat das „eigentliche Geheimniß" der Sozialdemokratie entdeckt — das Geheimniß unserer Unbesiegbarkeit: die Sozialdemokratie sucht den ganzen Menschen in Beschlag zu legen, und bezweckt ihn zu einem ganzen Menschen zu machen.

*) So heißt eine russische Religionssekte, deren Mitglieder sich entmannen.

Aus Nordamerika

bringt die „Kölnische Zeitung" eine höchst interessante Correspondenz (d. d. Newyork, 16. August), die wir nachstehend zum Abdruck bringen:

„Seit einigen Tagen ist man auf dieser Seite des Oceans im Besitz der transatlantischen (europäischen) Zeitungen und ihrer Berichte und Betrachtungen über die Arbeiter-Unruhen, welche während der letzten beiden Juliwochen die Union in so beträchtliche Aufregung versetzten. Daß die ersten Nachrichten eine ins Ungeheuerliche übertriebene Auffassung drüben finden würden, war vorauszusehen. Machte doch die Plötzlichkeit, daß völlig Unvorhergesehene, ja, Ungeahnte des Ausbruchs und die unheimliche Geschwindigkeit, mit welcher die auf der Baltimore-Ohio-Bahn emporgeschlagene Flamme als Feuersbrunst die colossalen Linien und Netze der Pennsylvania- und der Erie-Bahn ergriff, auch hier zu Lande Jedermann erstaunen und zusammenschrecken. Aber Staunen sowohl wie Schreck währten nur ein paar Tage. Die Pittsburger Gewaltthaten vom Sonnabend und Sonntag, die sich nur wenige Tage nach dem Ausbruch des großen Strikes in Baltimore zutrugen, bezeichneten auch schon die faktische, der bis zur Harmlosigkeit ruhige Verlauf des großen Massen-Meetings des Newyorker Internationalen und Communisten am darauf folgenden Mittwoch die moralische Krisis des ganzen Ausbruchs. Was dann noch in Chicago und St. Louis geschah, war noch ein Nachspiel, — war nur noch eine Nothwendigkeiten, mit welchen hier zu Lande jede Sensation, die im Osten lebendig wird (sei es eine Revolte, eine religiöse Bewegung oder eine Mode), ihren Weg westwärts nimmt, bis ihre letzten Aeußerungen den Pacific und das schon lange nicht mehr glückliche Californien erreichten.

„Mit obigen Bemerkungen soll das Bild der Erregung des fieberhaften Ausnahme- und Gewaltzustandes, welches die Union während der Zeit vom 16. Juli bis 1. August bot, nicht vertuscht und künstlich abgedämpft werden. Es waren außerordentliche und in ihrer Art schreckliche Tage. Aber sie waren es ungleich mehr durch das, was sie bedeuteten, als durch das, was sie wirklich waren. Sie waren weder eine große Revolution, mit wirklichem Umsturz und wirklicher Zerstörung verknüpft, noch gar etwas wie ein Bürgerkrieg. Sie waren ein colossales Pronunciamento, ein Krampf, der jene Schichten seiner Bevölkerung durchschauderte, welche dieses Land unter dem Namen der Misera contribuens plebs (das arme steuerzahlende ausgepreßte Volk) früher nicht kannte, die aber ein volles Lustrum (Zeit von 5 Jahren) schlechter und schlechtester Zeiten und die mit jedem Jahre ärger werdende Schiefheit unserer volkswirthschaftlichen Verhältnisse jetzt zum glücklichsten Wettbewerb mit den staatlichen Gemeinwesen der alten Welt gezeitigt hat. Es ist die soziale, oder einfacher gesagt, die Arbeiterfrage welche sich in diesen Tagen proklamirt hat. Es ist der vierte Stand, der plötzlich seinen Feldruf ausgestoßen, und der dies bei dem Rechte, was er dazu hatte, noch in ungleich leidenschaftlicherer Weise hätte thun können, ohne das Land, und namentlich seine großen Städte, in ein kurzes Bacchanal der Gesetzlosigkeit zu reißen, wenn nicht seine Bewegung sofort durch den Mob (Pöbel, Janhagel, Lumpenproletariat) aufgegriffen und verfälscht, so wie durch die Rathlosigkeit der zunächst aufgerufenen Autoritäten (Staatsregierungen und Milizen) in fast tragikomischer Weise gefördert worden wäre.

„Allerdings ist es schwer zu sagen, wo die Grenze zwischen dem Arbeiter und dem Mob liegt. Aber wie toll und massenhaft sich auch der Letztere entwickelte, die erste Hilflosigkeit derer, gegen die sich seine Ausbrüche — namentlich in Chicago und St. Louis — richtete, lieferte seine beste Kraft. Sobald sie der Sammlung und Organisation wich, war auch die Revolte gebrochen, verpuffte die vulkanische Eruption als Strohfeuer, dessen Qualm zuerst freilich auf ganz andere Nahrungsstoffe hatte schließen lassen. So genügte in Newyork, wie bereits an dieser Stelle berichtet wurde, das Consigniren der Milizen in ihren Armories (Casernen) und das bloße Vorhandensein der Polizei, um jeder Ruhestörung vorzubeugen. So fanden die Chicagoer Schreckenstage gleichfalls durch das energische Vorgehen der Polizei (die beiläufig den ganzen Skandal verschuldet hat R. d. V.) ein Ende — freilich um den Preis von elf Menschenleben. So wurde in St. Louis King Mob (König Janhagel) in völlig unblutiger Weise durch eine einfache Bürger-Organisation „annihilirt" (vernichtet), nachdem er drei Tage lang eine Art Allmacht gespielt, in welcher er sich selbst bis zu dem Versuch, die Zeitungen zu vergewaltigen, hinreißen ließ. Wirklich tragisch steht nur die Pittsburgher Katastrophe da. Aber auch dort waren kaum zwei Wochen vergangen, und aufs Neue gingen die Züge über die Zerstörungsstätte sicher wie in den sichersten Zeiten, wareu ohne Zugeständnisse der bekriegten Eisenbahnmacht, die Bediensteten der Bahn in ihre Stellungen, die Arbeiter zu ihrer Thätigkeit zurückgekehrt.

„Was sind nun die nächsten Folgen dieses Pronunciamentos der amerikanischen Arbeiterbevölkerung gewesen? Der unverkennbarste Eifer auf allen Seiten, der Sachlage klar ins Gesicht zu sehen, von den eben erhaltenen Lehren Nutzen zu ziehen. Kaum war der Gewaltausbruch mit Gewalt niedergeschlagen, als auch die Presse des Landes, während der Striketage selbst auf das heftigste und uneingeschüchtertste gegen die „Strikers und Rioters" kämpfend, fast ausnahmslos in der versöhnlichsten, und wenn auch nicht verständigsten, doch wenigstens in einer nach Verständniß ringenden Weise die Rechte und Anforderungen der Aus- und Aufständischen zu discutiren begann, ohne andererseits auch nur einen Augenblick die Nothwendigkeit der Errichtung einer stärkeren Gegenwehr für die Zukunft aus den Augen zu verliereu. In der Arbeiterwelt selbst aber hat sich die gewonnene Erkenntniß, daß hier gerechte Ziele in ungerechter und ungesetzlicher Weise hatten erzwungen werden sollen, sofort dadurch dargethan, daß man sich zu organisiren begonnen, um auf politischen Wege anzustreben und zu erreichen, was mit Gewalt nun einmal nicht erreicht werden konnte. Die Arbeiter haben das Bewußtsein erlangt, daß sie es sind, auf welche die Nation in diesem Augenblick ausschließlich sieht. Sie und ihre Angelegenheiten werden im nächsten Congreß im Vordergrunde stehen. Der Hinblick, wenn auch nicht die Rücksicht auf sie, wird an allen öffentlichen Maßnahmen seinen Antheil haben.

„Auch in den bevorstehenden Wahlen werden die Arbeiter zum ersten Mal ein eigenes Wort sprechen. Wie sehr dies der Fall, dafür liefert das Vorgehen der Republikaner von Ohio den besten Beleg. Das so eben von ihnen für die bevorstehende Gouverneurswahl ihres wichtigen Staates aufgestellte Programm enthält einen fast ans Demagogische streifenden Zugeständniß-Paragraphen an die Arbeiter des Staates, dem noch durch die mündlichen Auslassungen des Gouverneurs-Candidaten, West, und die Haltung des Ohioer Bundes-Senators Stanley Mathews verstärkter Nachdruck gegeben werden. In den verschiedenen großen Städten der Union haben bereits Versammlungen Statt gefunden, deren ausgesprochener Zweck die Bildung einer eigenen, von den bisherigen politischen Organisationen unabhängigen Arbeiterpartei war. Ja, in Kentucky hat dieselbe bereits in jüngst gehaltenen Lokalwahlen am Stimmkasten verschiedene direkte Erfolge gehabt. Daß hier die Anfänge einer großen politischen Bewegung vorliegen, wird Niemand leugnen können. Auch ihre Berechtigung wird kein billig Denkender verkennen dürfen, eben so wenig aber auch die Gefahren, welche dieser Bewegung in sich selbst wie von außen her drohen. Unter den ersteren steht die Verwechslung ihrer Interessen mit denen der Internationale und jener sozialistischen Elemente, welche so eben aus einem Arbeits-Ausstand eine Revolte machten (? Wo waren diese Elemente? Oben sprach der Correspondent noch von dem „bis zur Harmlosigkeit ruhigen Verlauf" der Demonstrationen der Sozialisten und „Communisten", R. d. V.) obenan. Dicht

daneben die Möglichkeit, den Fach- und Parteipolitikern in die Hände zu fallen. Wird doch bereits der Name Benjamin Butlers als der eines nationalen Führers für die neue politische Organisation genannt!

„Mögen die amerikanischen Arbeiter, welche eben erst durch die strenge Schule so ernster und blutiger Lehren gegangen, sich dieser Gefahren wohl bewußt sein und bleiben! Daß es ihnen an Instinct dafür, oder richtiger gesagt, an Instinct gegen die Handwerks-Politiker und Partei-Faiseurs (Parteimacher) nicht fehlt, haben sie auf ihrer vor zwei Tagen in Cincinnati abgehaltenen Massenversammlung bewiesen, auf der sie dem oben erwähnten verlockenden Wahlprogramm der Republikaner von Ohio und den communistisch-demagogischen Auslassungen des Gouverneurs-Candidaten West in nicht weniger unceremoniöser Weise den Rücken gekehrt haben, wie es kurz vorher ihre Philadelphiaer Genossen in ihrer Massenversammlung mit den Internationalen gethan hatten."

Dies die Correspondenz, in der wir nur einen einzigen albernen Satz gestrichen haben, nämlich das von dem sonst vernünftigen Schreiber beim Pittsburgher Krawall gesehene „Grinsen der Septemberbriseure (!) und gehörte „Heulen der Petroleuse" (!).

Es soll uns lieb sein, wenn das über die Stimmung der Bürgerklassen in den Vereinigten Staaten Gesagte sich als wahr erweist; wir hegen indeß bescheidene Zweifel. Von den Arbeitern Amerikas aber erwarten wir mit Zuversicht, daß sie aus den Vorgängen der letzten Juliwoche gelernt haben und, dem Rufe der Sozialisten folgend, in planmäßiger politischer Organisation und prinzipiellen Bekämpfung der Grundlagen des Kapitalismus das Heil suchen werden.

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Unter so vielen Byzantinern der einzige Römer!" so hat, wie die „National-Zeitung" uns erzählt, ein „berühmter" Staatsmann (welcher?) den verstorbenen Thiers genannt. Mit den Byzantinern, wenn man das französische Proletariat und die Helden der Commune ausnimmt, mag der „berühmte" Staatsmann wohl Recht gehabt haben, aber mit dem Römer Thiers — das ist zum Lachen. Der Römer mit dem Parapluie! Doch halt, vielleicht hatte der „berühmte" Staatsmann doch recht mit seiner Aeußerung. Betrachten wir uns einmal den Römer Nero. Derselbe war feige, wie Thiers; ein Heuchler, wie Thiers; ein Commödiant, wie Thiers und blutdürstig, wie Thiers. Also doch ein Römer, wenn auch nur ein Nero!

Die deutsche Bourgeoispresse, von der amtlichen „Provinzial-Correspondenz" und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" bis zur „National-Zeitung", von dieser bis zum „Frankfurter Beobachter" und zur „Frankfurter Zeitung" feiern diesen modernen Nero in den begeistertsten Leitartikel-Gesängen — gönnen wir ihnen allesammt diesen Helden.

Und was für ein Held Herr Thiers war, das geht hervor aus einem Artikel der „Sozialdemokratischen Correspondenz", welcher aus der Feder unseres Parteigenossen Carl Hirsch aus Paris herrührt, und dem wir folgende Stelle entnehmen:

„Während seines ganzen achtzigjährigen Lebens bewies sich dieser Mann als ein geschworener Feind jedes politischen und sozialen Fortschrittes. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens hat er unermüdlich für die Reaktion gearbeitet. Er bekämpfte die Abschaffung der Todesstrafe, die Einkommensteuer, die Verminderung der Zölle, die Herabsetzung der Dienstzeit, das allgemeine Stimmrecht, die confessionslose Schule, die Unabhängigkeit Italiens, die Zulässigkeit der Ehescheidung, die Freizügigkeit, die Preßfreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, — kurz es genügte, daß etwas gerecht und vernünftig war, um von ihm beschimpft und hintertrieben zu werden. Dabei zeigte er eine absolute Rücksichtslosigkeit in der Wahl seiner Mittel, Sophistik, verbunden mit der plattesten Trivialität, in seiner Polemik, Perfidie und Wortbruch in seinen Erklärungen und zu Allebem jene „politische Heuchelei", die ein bekannter Staatsmann als die wesentliche Eigenschaft aller Staatsmänner bezeichnet hat. Kein Wunder, daß die französische Bourgeoisie in diesem Männchen ihr Ideal erblickte und es an ihre Spitze stellte, als es galt, die bedrohte Gesellschaft, d. h. das Monopol des Kapitals, zu retten; kein Wunder, daß auch die Bourgeoisie der andern Länder, und namentlich die deutsche, mit Wohlgefallen auf den „feinen Kopf" blickte, unter dessen Leitung die Versailler, begünstigt von deutscher Seite, das ausgemergelte Paris zum zweiten Male bombardirten, 30,000 Arbeiter niedermetzelten, 100,000 weitere deportirten oder verbannten und so die „Ruhe und Ordnung" wiederherstellten. Mit ungeheurer Blutschuld bedeckt, wurde Thiers von den Monarchisten, denen er als Werkzeug gegen die republikanischen Arbeiter gedient hatte, auf die Seite geschoben und spielte seit 1873 die Rolle eines „conservativen Republikaners." —

Das also ist der geniale Herr Thiers! Fügen wir noch hinzu, daß er den Professor Mommsen gar in der Geschichtsfälschung übertraf, daß er ferner in seinen Werken den Chauvinismus und den Deutschenhaß in einer Weise pflegte, die nur von den zügellosesten deutschen Nationalliberalen in umgekehrter Richtung erreicht worden ist — dann haben wir den ganzen glorreichen Helden der französischen und der deutschen Bourgeoisie — und wie schon gesagt, gefeiert von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken.

Das Proletariat und die Sozialisten aller Länder werden durch die allgemeine Beweihräucherung ihres Todfeindes nur immer mehr in ihrer Annahme bestärkt, daß sie ganz allein auf sich selbst bauen müssen, daß sie keinerlei Compromiß schließen dürfen, bei welchem sie in Abhängigkeit von einer anderen Partei gerathen. Die französischen Arbeiter aber insbesondere werden die Lehre beherzigen, welche ihnen die einhellige Bewunderung des Mörders der Commune von Seiten aller republikanischen Blätter ertheilt, sie werden selbständig vorgehen und eine Republik zu errichten suchen, die auch solchen Namen verdient, mit einem Worte — eine sozialistische Republik.

Die nächsten Wahlen müssen dazu benutzt werden; ist auch der Sieg dann noch nicht möglich, so wird doch das Klassenbewußtsein der Arbeiter immer mehr gestärkt, welches so leicht in der Verbindung mit andern Parteien verloren gehen kann.

— Zur Bildung im Intelligenzstaat Preußen. Die im Jahre 1876 stattgehabte Volkszählung gibt folgende Zahlen an: Der preußische Staat besaß 18,576,801 Einwohner im Alter von zehn Jahren und darüber; unter diesen befanden sich ohne jede Schulbildung (Analphabeten) nicht weniger, als 2,260,277, das sind über zwanzig Prozent, wovon 863,843 auf die männliche und 1,396,343 auf die weibliche Bevölkerung kamen. Es kann hiernach ein Zehntel ungefähr aller männlichen Bewohner Preußens und ein noch größerer Prozentsatz aller weiblichen Bewohner im Alter von zehn und mehr Jahren weder lesen noch schreiben und besitzt überhaupt auch nicht die Anfänge der elementarsten Schulkenntnisse. — Betrachten wir die einzelnen Provinzen, so hat die Provinz Posen 1,146,668 Einwohner über zehn Jahren und darunter 420,090 Analphabeten; die Provinz Preußen 2,323,000 Einwohner über zehn Jahren, darunter 769,692 Analphabeten; Schlesien 2,797,050 Einwohner über zehn Jahren, darunter 392,406 Analphabeten. Die Provinzen Schleswig-Holstein, Rheinland, Sachsen, Hessen-Nassau und die Stadt Berlin kommen am Besten weg — ein neues Zeichen für unsere alte Behauptung, daß wo die Sozialdemokratie auch die Bildung blüht.

— Seitdem die Sozialdemokratie und ihre Presse sich angelegentlichst mit der Frage der Verfälschung der Lebensmittel beschäftigen, seitdem sind auch die anderen Parteien und die Behörden mobil geworden. Ueberall wird die Frage angeregt, überall werden die Fälscher bestraft. So kam noch kürzlich in Cleve ein Fall zur Verhandlung, wo einem Metzger nachgewiesen wurde, daß er seine Würste aus krepirten Schweinen fabrizirt hatte. Leider erhielt der Betreffende nur vier Wochen Haftstrafe.

— Die süddeutsche Baumwollindustriellen haben am 3. September in Stuttgart, wo sie in einer Zahl versammelt waren, die 12,000 Webstühle repräsentirte, den Beschluß gefaßt, eine weitere Beschränkung der Produktion durch Entlassung von Arbeitern eintreten zu lassen und zugleich die Elsaß-Lothring'schen Fabrikanten zu veranlassen, diesem Beschlusse beizutreten. — Es war am 3. September, am Tage nach der Sedanfeier, an welchem dieser katzenjämmerliche Beschluß gefaßt worden ist.

— Die türkische Regierung ist im Gegensatze zu unserem „Erbfreund" hochanständig; kaum sind ihr einige Vorwürfe gemacht worden, daß ihre irregulären Truppen die Genfer Convention verletzt hätten, so ordnete sie folgende Maßregeln an:

„Alle Corps-Chefs wurden angewiesen, sämmtliche Kriegsgefangenen nach Konstantinopel zu dirigiren. Achmed Mukhtar Pascha ist, entsprechend den Befehlen der Hohen Pforte, gegen jene Kurdenführer, welche die ottomanische Armee durch ihre Räubereien und Missethaten entehrt hatten, summarisch vorgegangen. Suleiman Pascha hat die Baschibozuks der regulären Armee einverleibt und sie somit einer strengen militärischen Disciplin unterworfen. Die Genfer Convention wurde nicht nur ins Türkische übersetzt, sondern auch allen Regimentern der regulären Armee erklärt. Suleiman Pascha hat auch strenge Maßregeln gegen die Tscherkessen ergriffen, und werden diese irregulären Truppen strengstens bestraft, wenn sie Excesse begehen sollten."

Was aber thut das christliche Rußland, welches sich noch obendrein ganz besonders in den Mantel der Humanität hüllt? Es läßt seine Kosacken und Bulgaren weiter morden, weiter sengen, weiter schinden, ohne auch nur mit Strafe zu drohen — und deutsche Blätter jauchzen Rußland zu oder vertheidigen es wenigstens, während sie die Türkei verdammen.

— In Saarbrücken dauern die „gesetzlichen" Gewaltthätigkeiten gegen die Sozialdemokratie fort. Wie Hackenberger und Kaulitz sollen nun auch die Mitglieder der Preßkommission der „Freien Volksstimme" unter Anklage gestellt werden wegen Verstoßes gegen das Vereins- und Preßgesetz. Es ist klar, und wir wiederholen hier nur früher Behauptetes, daß die denunciatorischen Orgien in Saarbrücken, denen unsre Genossen Hackenberger und Kaulitz u. A. zum Opfer fielen, zum Zweck hatten, das Erscheinen unseres dortigen Parteiorgans „Freie Volksstimme" unmöglich zu machen. Der Streich scheint denn auch gelungen zu sein, denn schon seit etlicher Zeit kommt uns keine Nummer des betreffenden Blattes zu Gesicht. Um nun den Saarbrücker Sozialistenfressern den Spaß zu verderben, macht die „Chemnitzer Freie Presse" folgenden sehr acceptablen Vorschlag: „Jedes größere Parteiblatt sendet allwöchentlich eine Anzahl seiner Exemplare nach Saarbrücken zur unentgeltlichen Vertheilung in den Restaurationen, Werkstätten und Privathäusern. Saarbrücken muß mit sozialistischer Literatur förmlich überschwemmt werden, und die Partei ist stark genug, dies durchzusetzen, trotz der sonderbaren Staatsrettereien."

Wir schließen uns diesem Vorschlage voll und ganz an, meinen aber, daß das sozialistische Central-Wahlcomité die Sache einleiten müßte.

— Sozialistischer Wahlsieg. In Langen, einem größeren Orte bei Darmstadt, siegten unsere Parteigenossen bei den Gemeinderathswahlen mit großer Majorität.

— Der von uns erwähnte Cigarrenarbeiterausschluß zu Ohlau ist beendet; am 4. September sind die Feiernden wieder aufgenommen worden unter der ausdrücklichen Versicherung des Fabrikanten Deter, daß sie fürder in ihrer Coalitionsfreiheit nicht mehr beeinträchtigt werden sollen. Es verbleiben übrigens noch 20 Personen, welche unterstützt werden müssen.

— Parteigenosse H. Schmidt in Forst wurde am 4. ds. von dem Criminal-Senat des Appellations-Gerichts zu Frankfurt a. O. wegen „Vergehens" gegen § 131 des R.-Str.-G.-B., begangen in einer Rede, zu 3 Monat Gefängniß verurtheilt. Der erste Richter fand in der Rede des Angeklagten das Requisit der Strafbarkeit nicht und erkannte auf Freisprechung. Genosse Schmidt will nun noch das Obertribunal zur Entscheidung anrufen.

Die Genfer Convention und der Graf Andrassy.

Aus Ungarn, den 1. September.

Es ist interessant, einmal die schmähliche Rolle näher zu betrachten, welche das österreichisch-ungarische Ministerium des Aeußern gegenüber den Ereignissen im Oriente zu spielen

Allerlei aus der Reichshauptstadt.

Berlin, 3. September.

Die Saurgurkenzeit stand im höchsten Flor. Trotz des türkisch-russischen Krieges, dem man schon mehr als die Hälfte des Blattes eingeräumt hatte, waren die Redaktionen in Verlegenheit, womit sie den übrigen Theil der Zeitung füllen sollten. Mehr als einmal täglich konnte doch unmöglich ein junges Mädchen sich ertränken, ein Paletot gestohlen werden, oder eine 120jährige, noch rüstige Frau sterben, und Neues zu erfinden ist so sehr schwer. Da in der höchsten Noth erschien „Most contra Mommsen" und alles Leid hatte ein Ende. In Leitartikeln und Correspondenzen wurde an Entstellung der Thatsachen und an hochmüthigen Redensarten das Menschenmögliche geleistet, indessen Herr J. Stettenheim, ein äußerst windiger Witzbold, der in den Spalten der „Tribüne" und der „Wespen" sein Unwesen treibt, die geistreichsten Scherze über Buchbindergesellen und Kleistertöpfe vom Stapel ließ. Und das Alles, weil unser Genosse Most sich erlaubt hatte, über den Cäsarismus und die sozialen Revolutionen im alten Rom eine andere Meinung zu haben, wie der seither auf diesem Gebiet als Dalai-Lama betrachtete Herr Professor Mommsen, der übrigens zur Zeit des Conflikts, z. B. beim Twesten-Fall, sehr schöne Reden hielt. Der Schreiber dieser Zeilen konnte leider nur zwei Most'schen Vorträgen beiwohnen, da ihn eine Krankheit überfiel.

Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht unerwähnt lassen, was für einen grausamen Spaß die „Post" gegenüber ihren Colleginnen vom linken Flügel sich gemacht hat. Die „Post" also, ein recht gut fundirtes freiconservatives Blatt, welches bei Ausstellungen, Festlichkeiten in anderen Städten und ähnlichen Anlässen immer sehr gute Berichte bringt, wurde von den liberalen Blättern stets über dem Strich benergelt, im Feuilleton aber unverschämt bestohlen, und beschloß, sich zu rächen. Sie ließ sich zu dem Ende einen kleinen Idiotenhans kommen und delegirte ihn unter Aufsicht eines Erwachsenen zur Berichterstattung in die Most'schen Versammlungen. Unser Hans war nämlich kein so dummer Peter wie seine cretinösen Collegen; er hatte Etwas gelernt, er konnte lügen, schreiben, Gedrucktes lesen und mensa beinahe ganz fertig dekliniren. Daß er, wie Einige behaupten wollen, sogar Gymnasialbildung mit Reifezeugniß für Quinta besäße, muß ich zunächst als unbewiesenes Gerücht bezeichnen. Was nun Most in seinen Vorträgen für eine römische Stadt hielt, hielt Hänschen seinerseits für ein böhmisches Dorf, und so kam es denn, daß in einem anderthalb Spalten langen Bericht der „Post" die Eigennamen mit unleugbarem Geschick sämmtlich falsch geschrieben waren. Die liberalen Zeitungen aber, im Vertrauen auf die oft erprobte Zuverlässigkeit der „Post", druckten jene Berichte ab und erst an dem Hohngelächter der gerächten Postredakteure sahen sie, daß sie in eine Falle gegangen waren. Jetzt will es die „Post" natürlich nicht wahr haben, aber die Geschichte ist authentisch.

Unter der Firma „Augustconferenz" findet sich hier alljährlich eine Muckergesellschaft zusammen, welche die Nothwendigkeit von der Umkehr der Wissenschaft predigt und untröstlich darüber ist, daß sie noch kein Mittel besitzt, die Menschen innerhalb 24 Stunden völlig in den Zustand der Urdummheit zurückversetzen zu können. Recht heiter ist bei dieser Gelegenheit wieder das Gebahren der „liberalen" Presse, welche, statt dieser widerwärtigen Erscheinung ein Ende zu machen, indem sie in corpore am richtigen Fleck den Hebel einsetzt, sich damit begnügt, zu versichern, „daß es jenen Muckern und Zeloten nicht gelingen wird, zur Herrschaft zu gelangen". „Denn", fährt man selbstgefällig fort, „wir haben ja in den Trägern des Cultusministeriums und des „liberalen" Oberkirchenraths Bürgschaft für ein stets freisinniges Kirchenregiment". Hm! Hm! ich entsinne mich einiger Belege für diese Behauptung. Von dem an die Synode Wiesbaden gerichteten kaiserlichen Handschreiben und dessen Inhalt, sowie von der vor versammeltem Staatsministerium gehaltenen Rede schweige ich. Auch den auf Grund kaiserlicher Einwirkung zwischen dem „liberalen" Oberkirchenrath Herrmann und dem „orthodoxen" Oberconsistorialpräses Hegel hergestellten modus vivendi übergehe ich mit Schweigen. Wie aber steht es denn mit den skandalösen Auftritten: Krafft, Rhode, Hoßbach?? Ja, wir haben ein sehr liberales Kirchenregiment, nicht einmal mehr Kranz-Ohrfeigen, und schon Civilehe, natürlich, wie ja auch der Name besagt, nur für's Civil — —.

Das Volk vergißt seine Todten nicht. Den Beweis hierfür lieferte der am Sterbetage Ferdinand Lassalle's abgehaltene Gedenktag für die Todten, welche für die Sache der Befreiung und Veredlung des Proletariats seit Beginn der Culturepoche gelitten und gestritten haben. Der durch Arbeiterfrauen auf's Prächtigste mit Guirlanden, Fahnen und Topfgewächsen geschmückte Saal, den an der Rednerbühne die von hochstämmigen Lorbeeren umgebene Büste Lassalle's zierte, gewährte den sehr zahlreich erschienenen Parteigenossen einen außerordentlich feierlichen Anblick. F. W. Fritzsche hielt die Gedächtnißrede. — Nach der Rede folgte eine längere Pause, welche durch deklamatorische und musikalische Vorträge recht ansprechend ausgefüllt wurde. Ein kurzes Schlußwort Greifenberg's, dem ein Hoch auf die Proletarier aller Länder folgte, endigte die schöne Feier in würdigster Weise.

Gestern war St. Sedan und natürlich Hohenzollernwetter. Warum sollte auch kein Hohenzollernwetter sein? Wenn die dummen abergläubischen Bauern in Marpingen und Dietrichswalde ihre Muttergotteswunder haben, warum sollen die aufgeklärten Nationalliberalen nicht ihr Kaiserwetter haben? Dies ist nicht etwa Wunderglaube, beileibe nicht, aber die Herren gehen von der sehr richtigen Annahme aus, daß die gemeinhin unwandelbaren Wind- und Wettergesetze an Hohenzollerntagen wissen, was sich schickt. Es hat aber schon recht häufig bei Paraden 2c. geregnet, na das waren dann gewiß himmlische Irrthümer. — Nun erwarten die Leser wohl eine Schilderung all' der Herrlichkeiten, die das Auge des Beschauers erfreuten. Hiermit kann ich leider nicht dienen, denn obwohl ich die Stadt nach allen Richtungen der Windrose durchfuhr, vermochte ich doch nichts Besonderes zu bemerken. Etwa 500 Fahnen waren die ganze Ausbeute. Wenn man nun bedenkt, daß die vielleicht schon von Alters her im Besitz der Familie befindliche Fahne doch auch verbraucht werden muß, so ist der Werth dieser Art Festesjubel ein nur sehr fadenscheiniger.

Im Uebrigen sah Berlin aus, wie alle Sonntage. Unter den Linden ging eine große Anzahl Staatsbummler beiderlei Geschlechts spazieren, der ewige Gardelieutenant schnarrte mit seinen Kameraden umher und Cohn und Silberblatt fuhren in ihren eigenen Equipagen nach der Siegesavenue. Abends hatten die Hoflieferanten ihre Gassterne angezündet und Magistratus hatte es sich nicht nehmen lassen, die Front des Rathhauses zu illuminiren und die Thurmspitze bengalisch zu beleuchten. Das Späßchen kostet den Steuerzahlern jedesmal 3000 Mark und bringt vielleicht mit der Zeit den Bürgermeistern oder Stadtvätern einen Orden ein. Bald hätte ich vergessen, Ihnen zu melden, daß die uniformirten Kriegervereine einige Fastnachtsstreiche verübten und daß Herr Rudolph Hertzog „des Nationalfesttags wegen sein Geschäft und seine Büreaus geschlossen" hatte. So annoncirte Herr H. mit großen Lettern in der „Vossischen Zeitung". Und dabei war gestern Sonntag; der arme Mann ist noch immer nicht Commerzienrath.

Zum Schluß erlauben Sie mir noch, Ihnen einen kurzen Ueberblick über die Leitartikel unserer Tagespresse zu geben:

Allen voran galoppirt natürlich die „Tribüne", welche den Sedantag mit dem Tage der Unabhängigkeitserklärung in der amerikanischen Union vergleicht und behauptet, alle denkenden Franzosen räumten auch bereits die Berechtigung des Sedantags

sich nicht entblödet und welche es nicht einmal dann übernehmen durfte, wenn es glaubte, es würde dadurch das Fortbestehen der Monarchie sichern. Es ist traurig, wenn eine Nation sagen muß: „Alles ist verloren, nur die Ehre nicht," doch auszurufen: „Alles ist gerettet, nur die Ehre nicht," dies ist ein Preis, um welchen ein Mensch von Ehrgefühl, eine Nation, die sich selbst achtet, nicht darf leben wollen.

Hat es denn wirklich keine Wahl zwischen dem Leben und der Ehre der österreichisch-ungarischen Monarchie gegeben? Aber eine solche Alternative hat die Lage Europas uns nicht einmal gestellt. Doch selbst wenn dies der Fall wäre, mußte Andrassy wissen, was von Beiden er wählen müßte, um die Nationalitäten der Monarchie zufrieden zu stellen. Angenommen, daß die österreichisch-ungarische Monarchie einem vom Sturme hin und her geschleuderten Schiffe zu vergleichen wäre, welches untergehen müßte, wenn es von seiner Last nicht erleichtert wird — wie würde die Welt von einem Schiffscapitän urtheilen, der, um seine aus Wolle, Steinkohlen oder Guano bestehende Ladung zu retten, Passagiere und Schiffsmannschaft über Bord würfe? Wenn die österreichisch-ungarische Regierung ein solches Schiff ist, dann hat Andrassy das Kostbarste über Bord geworfen, um Das zu retten, was demselben an Werth nicht gleich kommt, und er hat dies aus Freundschaft für Rußland gethan.

Jener halboffizielle Wiener Brief, in welchem das Ministerium am Ballplatze die entrüstete öffentliche Meinung zu beschwichtigen trachtet, indem es sein Miteinstimmen in das vom Berliner Kabinet bezüglich der angeblich von den Türken an russischen Kriegsgefangenen verübten Grausamkeiten erhobene Veto beschönigt, ist ein so elendes Armuthszeugniß, wie gewisse Erklärungen, welche einem öffentlich Geohrfeigten von seinen Freunden ausgestellt zu werden pflegen.

Als das österreichisch-ungarische Ministerium dem Aufrufe des Berliner Kabinets sich anzuschließen beeilte, um den Türken ein barsches: „nicht erlaubt" zuzurufen, während es bei den von den Russen verübten Schandthaten stumm blieb, war von der „Erfüllung internationaler Pflichten die Rede, welchen sich die österreichisch-ungarische Regierung nicht entziehen durfte, denn die Genfer Convention vom 22. August 1865 bestimmt die Pflichten der neutralen Parteien mit Bezugnahme auf die Behandlung kriegsgefangener Soldaten."

Die österreichisch-ungarische Regierung beruft sich auf diesen einzigen Punkt den Genfer Convention, als ob nur dieser einzige Punkt der internationalen Abmachungen bindende Kraft besäße, die andern aber als nicht existirend betrachtet werden dürften.

Es ist allerdings wahr, daß jener Punkt der 1865er Genfer Convention es nicht sagt, welcher Theil der feindlichen Bevölkerung wirklich als Feind betrachtet werden müßte und daß nur diejenigen dafür zu halten seien, welche mit bewaffneter Hand einander gegenüber stehen; es ist nicht minder wahr, daß in diesem Punkte der Convention nicht gesagt wird, daß die friedlichen, harmlosen, unbewaffneten Bewohner auch als Feinde angesehen werden müßten, noch endlich, daß Kreise, Kranke, Weiber und Kinder, welche zu den Familien der Kriegführenden gehören, während des Krieges wohl die Lasten desselben vermehren, nicht aber die Widerstandskraft, daß es also einerseits ein strategischer Unsinn ist, diese zu ermorden, auszurotten und ihr Eigenthum zu verheeren, andererseits aber ein an der Menschheit begangenes abscheuliches Verbrechen, welches dem Zwecke eines Krieges durchaus nicht förderlich ist. Es ist wahr, daß davon in dem vom österreich-ungarischen Ministerium als Entschuldigung angeführten Punkte nichts gesagt wird, doch ist davon in den anderen Punkten der Genfer Confention die Rede, welche eben so bindend sind wie jene.

Nicht dieser einzige Punkt ist es, welcher die kriegführenden Völker zur Schonung, die neutralen aber zum Protestiren verpflichtet, wenn von den Ersteren keine Schonung beobachtet wird. Unter allen Rechten steht das Völkerrecht auf der reinsten rationellen Basis. Es wird auf den Universitäten sammt dem Naturrechte öffentlich vorgetragen. Eine so absurde Bestimmung der Vernunft aber ist nicht denkbar, welche befiehlt, das eine kriegführende Macht zu größerer Schonung jener Mitglieder der gegnerischen Partei verpflichtet sei, die sie bewaffnet, in Uniformen und kämpfend in ihre Gewalt bekommt, als diejenigen, die sich friedlich vom Kampfplatze entfernt halten, mithin weder den Willen, noch die Fähigkeit besitzen, um schaden zu können.

Als die Convention vom Jahre 1865 das Prinzip aussprach, man müßte den gefangenen Soldaten menschlich behandeln, war es damals schon ein allgemein anerkanntes internationales Gesetz, daß Nichtsoldaten und Solche, denen nicht nachgewiesen werden kann, daß sie feindlich gesinnt sind, weder in Bezug auf ihre Person, noch auf ihr Eigenthum als Feinde zu betrachten sind, sie folglich geschont werden müssen.

Noch keine kriegführende Partei — außer den einzigen jedes menschliche Gefühl verleugnenden Russen — hat es jemals versäumt, in ihren Proklamationen die friedfertige Bevölkerung eines bekriegten Landes ihres Schutzes zu versichern und es auszusprechen, daß sie gegen ihre gegnerische Armee, nicht aber gegen die Nation einen Krieg führte.

Doch der offiziöse Brief sagt auch: „Deutschland und der Graf Andrassy würden eben so gehandelt haben, wie sie es gethan, wenn erstens die Russen an den kriegsgefangenen Türken solche Greuel verübten, wie sie es möglicherweise an Unbewaffneten verübt hatten, zweitens, wenn es so unzweifelhaft bewiesen wäre, wie dies der Bericht eines preußischen Majors über die Niedermetzelung der russischen Kriegsgefangenen durch die Türken zu Kasanlik außer Zweifel stellt."

Dies ist ein eines Winkeladvokaten würdiges Plaidoyer. Das österreichisch-ungarische Ministerium des Aeußern erniedrigt sich von der Höhe der erhabensten Naturrechtsaxiome zu juristischer Rabulisterei. Weshalb hat hat also das Ministerium des Aeußern dafür nicht gesorgt, daß die Regierung auch im türkischen Lager ihre amtlichen Organe habe, um in eben so authentischer Form über russische Grausamkeiten, wenn solche verübt werden, zu berichten? Es hat deren drei im russischen Lage, im türkischen keinen einzigen.

War es aber sein eigener Militärattaché, der diesen unbezweifelbaren Bericht erstattet? Nein. Wozu also die drei Attachés, wenn sie dort nichts thun? Wenn solche Grausamkeiten, wie sie der preußische Major Liegnitz in seinem Bericht angiebt, von den Türken wirklich begangen wurden, dann muß man die österreichischen Attachés zum Teufel schicken, die nur dahin gehen, um an der Seite ihrer russischen Kameraden zu kämpfen und von Plewna nach Sistowa rennen zu lernen, was sie wohl schon bei Sadowa, Solferino, Magenta und an sehr vielen ungarischen Plätzen gethan haben. Diese haben also nichts berichtet, sondern nur ein preußischer Major.

Und diesen Bericht hält das österreichisch-ungarische Ministerum für glaubwürdiger, als den von 20 unparteiischen französischen, englischen, deutschen und ungarischen Augenzeugen unterzeichneten. —

Mit einem Worte, der Graf Andrassy ist nichts als ein Satellit des Fürsten Bismarck. Es hat es ja schon offen eingestanden, als er den Delegationen berichtete, er reisete „mit gebundener Marschroute"; ja wohl, an Händen und Füßen gebunden und in den Bock gespannt. Er thut, was ihm aus Berlin befohlen wird. Und hierbei verfährt er höchst consequent. Vorerst hat er Ungarn zur Provinz Oesterreichs gemacht, dann die österreichisch-ungarische Monarchie zur Provinz Preußens und wenn er an Bismarck's Stelle sich befände, würde er trachten, Deutschland zur russischen Provinz zu machen.

Dies ist der Mann, der es der Türkei zu verdanken hat, daß er einst nicht gehenkt*) worden ist. Die Gnade der Mächte, welchen zu Liebe er sich selber in solcher Weise abthut, würde ihn vor einem so schmachvollen Tode nicht geschützt haben.

*) Andrassy wurde in effigie gehenkt, während er im Jahre 1849 in der Türkei eine Freistätte erhielt.

Correspondenzen

Berlin, 3. September. (Was die Statistik lehrt.) Wie einem Theile der Leser bekannt sein wird, tauchte vor einigen Tagen zuerst im „Berliner Tageblatt", sodann in allen übrigen Zeitungen eine Nachricht auf, wonach der hiesige Magistrat von Herrn Regierungsrath Boekh, dem Chef des städtischen statistischen Amts, ein Gutachten darüber eingefordert habe, wieviel täglich zum auskömmlichen Lebensunterhalt für eine Arbeiterfamilie gehöre. Herr Boekh, so hieß es weiter, habe unter Zuratheziehung erfahrener Aerzte und zuverlässiger Vertrauenspersonen sein Gutachten dahin abgegeben, daß für einen Arbeiter 1 Mark, für eine einzelne Frau 70 Pfg., für ein Ehepaar jedoch nur 1 M. 50 und für jedes Kind 30 Pfg. pro Tag als zum Unterhalt ausreichende Verpflegungssätze anzusehen seien. In Folge dieser Nachricht begab sich Genosse Paul Grottkau am Sonnabend persönlich zu Herrn Boekh, um ihn über jene ungeheuerlichen Angaben um nähere Auskunft zu bitten. Der genannte Herr empfing Grottkau sehr freundlich und theilte ihm mit, daß erstens jene Angaben des „Tageblatt" nur durch Verletzung des Amtsgeheimnisses in dessen Besitz gelangt, und daß dieselben überdies total gefälscht seien. Die Herren scheinen, so sagte Herr Boekh, nur Dasjenige genommen zu haben, was ihnen für ihre Interessen tauglich erschien, denn thatsächlich ist dem Magistrat folgende Aufstellung zugegangen: Ein Arbeiter-Ehepaar braucht zur Anschaffung der nöthigen Nahrugsmittel allein täglich 1 M. 70 Pfg., für jedes Kind unter 5 Jahren 30 Pf., über 5 Jahren 40 Pfg., wenn die Familie gesund und die Eltern arbeitsfähig bleiben sollen. Hiernach braucht eine Familie mit 3 Kindern, davon eins über 5 Jahre alt,

täglich 2 M. 70 Pf., also jährlich	M. 985,50
Dazu muß man aber noch rechnen: Miethe .	„ 200,00
Bekleidung ꝛc. ꝛc.	„ 150,00
Feuerung und Licht	„ 72,00
Krankenkassenbeiträge	„ 18,00
Einkommen-, Gewerbe-, Klassensteuer . .	„ 24,00
Für Handwerkszeug	„ 36,00
Bücher, Lehrmittel, Schulgeld	„ 18,00
im Ganzen	M. 1503,50.

Zieht man nun von den 365 Tagen des Jahres 57 Sonn- und Festtage ab, so bleiben noch 308 Arbeitstage; um nun das oben angeführte Jahreseinkommen zu erarbeiten, welches nach amtlicher Auskunft des königl. Regierungsraths Boekh zu genügender Ernährung und Unterhaltung unumgänglich nothwendig ist, müßte der Arbeiter einen täglichen Lohn von 4 Mark 72 Pf. gezahlt erhalten. Einen Arbeiter jedoch, der diesen Tagelohn bezöge, findet man heute in unserem lieben Vaterlande nirgend. Die an der Berliner Kanalisation beschäftigten Arbeiter erhalten aber nur einen Tagelohn von 2 M. 25 Pfg., an der Ramme gar nur 2 M., haben Familie und leben auch (?). Herr Regierungsrath Boekh überhebt mich der Lösung dieses Räthsels. Der genannte Herr erklärte nämlich Grottkau gegenüber, daß, weil die Arbeiter nirgend den zu ihrem Unterhalt nöthigen Lohn erhielten, auch ihre Ernährung unzureichend sei, daß wiederum in dieser völlig unzureichenden Ernährungsweise der einzige und wahre Grund für die schreckliche Sterblichkeit der Arbeiterkinder zu suchen sei, und daß schließlich bei Fortdauer jener Hungerlöhne eine völlige Degeneration der Arbeiterklasse stattfinden müsse.

So weit Herr Boekh, der also genau diejenigen Ausführungen bestätigt, die Ferdinand Lassalle vor 14 Jahren im Frankfurter Saalbau über den allmäligen Hungertod und die immer mehr zunehmende körperliche und geistige Verkrüppelung des Arbeiterstandes machte. Damals erhob sich die ganze Meute liberaler Zeitungsklaffer gegen diese von der Wissenschaft längst festgestellten Thatsachen und nannte den Verkündiger derselben einen Halbwisser, Abenteurer, Charlatan, Anwalt der Tagediebe und was derlei Ehrentitel mehr waren. Und Tausende von Arbeitern glaubten den Verleumdern und glauben ihnen heute noch. Wann endlich werden alle deutschen Arbeiter einsehen, wo sie ihre wahren Freunde zu suchen haben? Bei der Partei der „liberalen" Zeitungen gewiß nicht. Denn daß jene gestohlenen und gefälschten Nachrichten des „Tageblatt" doch nur den Zweck hatten, den Fabrikanten den Rath zu geben, die Arbeitslöhne noch tiefer herunterzudrücken, wird wohl auch dem blödesten Auge klar sein. Darum mögen sich die deutschen Arbeiter, ehe sie und ihre Familien der oben geschilderten Ausbeutung und Vernichtung ganz zum Opfer gefallen sind, sich ermannen und in den Reihen der sozialdemokratischen Partei ihren Platz einnehmen. Diese Partei allein ist es, die, durch die Vereinigung der Proletarier gewaltig erstarkend, sehr bald im Besitz aller Machtmittel sein wird, um ihren Angehörigen den unverkümmerten Genuß der sozialen und politischen Freiheit zu gewährleisten.

D.

Berlin, 5. September. Die meisten hiesigen Blätter widmen dem todten Thiers schmerzerfüllte Nachrufe und singen seinen Ruhm in allen Tonarten. Es ist sehr charakteristisch für die Bourgeoisie, daß sie diesen kalten Bösewicht in ihr Pantheon

---

ein. Ob Gambetta das wohl Herrn Dr. Liepmann „confidentiell" mitgetheilt haben mag?

Das Organ für Inseratenwesen, Spezialität Kuppelei und Rubelannahme, „Berliner Tageblatt", nennt die Franzosen dünkelhafte Patrone, Hans Dampf in allen Gassen ꝛc., hält uns zwar nicht ohne Weiteres für Narren, findet aber, daß unsere Weisheit kindischer Unverstand sei. — Es wäre doch ein zu herbes Geschick, wenn wir Ehren-Mosse's (heißt eigentlich Moses) Gefallen erregt hätten.

Die „Nationalzeitung" macht den Vorschlag, fest zu Kaiser und Reich zu halten und fortgesetzt an der Förderung der Volksbewaffnung zu arbeiten. „Bei den Zeiten" gewiß sehr zweckmäßig; wir haben's ja dazu — — gehabt.

Die „Bürgerzeitung" hält den Sedantag für so ungeheuer wichtig, daß sie bereit wäre, ihn gegen einen weniger wichtigen Feiertag einzutauschen. — Ist vielleicht der Buß- und Bettag gemeint? — Uebrigens kann ich nicht umhin, zu bemerken, daß genannte Zeitung neulich in einem Leitartikel ganz klipp und klar bewies, wie die Russen eigentlich sehr viel, beinah zu viel Freiheiten hätten. Unter dem „Vermischten" befand sich die rührende Notiz, daß der Kaiser (d. h. der unsere) geweint habe, als ihm der Ausgang der Schlacht von Plewna gemeldet wurde, und noch drei Tage lang tief traurig war. — Der Rubel auf Reisen!

Der Börsen-Demokrat, wollte sagen -Courier, weiß nicht recht, was er will. Anfangs heißt es: Nimmer soll es den Sozialisten und Römlingen gelingen u. s. w., und am Schluß heißt es: Aber wir sind krank, und Kranke dürfen keine Feste feiern. Im lokalen Theil wird constatirt, daß der Sedantag an der Bevölkerung spurlos vorübergegangen sei. — Auf der Börs' schwankte es gewiß wieder einmal und Bendavid ließ daher auch seine Sedangeschichten schwanken.

Merkwürdig kühl läßt sich die „Vossische Zeitung" aus. Sie ist zunächst der Ansicht, daß das Sedanfest völlig seines militärischen Beiwerks entkleidet werden müsse, um ein Nationalfest werden zu können. Dann fährt der Artikel fort, indem er betont, Preußens Hauptaufgabe sei es, mit allen Kräften das Entstehen eines russischen Uebergewichts zu verhindern, damit wir nicht im Osten einen scheelsüchtigeren Nachbarn wohnen haben, als dies im Westen jetzt der Fall ist. Der Artikel schließt mit der Hoffnung, daß Kaiser Wilhelm, der jetzt, umgeben von einem Glanze sonder Gleichen, am Rheine weile, am nächsten Sedantage, wie er verheißen, als ein Mehrer des Reichs in den Künsten des Friedens dastehen möge. — Mit der Nichtbeschickung der Pariser Weltausstellung ist ja schon der Anfang dazu gemacht.

Zum Schluß muß ich noch unsere Hauptfreundin, die „Staatsbürgerzeitung", anführen. Man dürfe nicht nach der blasirten Stimmung der Hauptstadt fragen, in welcher die Apathie der Arbeiterbevölkerung in unerquicklichem Gegensatz zu der beflissenen Liebedienerei der Hoflieferanten stehe. Das Sedanfest sei durchaus nöthig, und wenn sie, die „Staatsbürgerzeitung", auch in früherer Zeit gegen die Wahl des Tages geeifert habe, so sei sie doch viel zu vernünftig, um aus bloßer Rechthaberei die Güte der für den Tag sprechenden Gründe noch länger anzuzweifeln. Da Herr Mehring keine Gründe zu wissen scheint — seinen Lesern wenigstens verschweigt er dieselben — so kann ich ihm vielleicht ein wenig auf die Sprünge helfen. Die „Staatsbürgerzeitung" hat nämlich im Ganzen etwa noch 5000 Abonnenten, deren Zahl sich jedoch von Monat zu Monat verringert. Kein billig denkender Mensch, der die Neigungen dieses Herrn kennt, wird demselben verargen, daß er den Schauplatz seiner Thaten wieder einmal wechselt und sich in den rechten Flügel zu lanciren sucht. — Neidlos und von christlicher Feindesliebe erfüllt, mache ich alle dauernd zahlungsfähigen russischen oder deutschen Reptilienblätter, aber auch nur solche, auf diese schätzbare Acquisition aufmerksam. Herr Mehring ist in allen „Branchen" der Politik zu Hause, er schreibt rechts, er schreibt links, tief, brillant und genialisch. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich durch vorstehende Empfehlung unserem Staatsbürger-Schmock ein vortheilhaftes Engagement verschafft hätte.

Das wäre die Revue der Tagespresse am Sedantage.

„Doch den Sänger vermiß' ich, den Bringer der Lust!" Auch hierfür ist Rath. Die „Staatsbürgerzeitung" sowohl als die „Tante" enthalten zwei sehr schöne neue Lieder von H. Grieben und A. Rheinisch. Da ich aber ein Sonntagskind bin, so weiß ich, daß die Gedichte nicht von den vorgenannten Personen herrühren, und durch den Schleier der Pseudonymität erblicke ich den wirklichen Verfasser. Dieser ist kein Geringerer als unser berühmter „Originaldichter" Queva, der Sänger der erhebenden Lieder „Aujust sollst mal runter kommen" und „Immer rin in de Kiepe". Der Schalk, sich so zu verstellen. Uebrigens warne ich hierdurch Jedermann, die obigen Gedichte, angeblich von H. G. und A. R., hinter einander zu lesen, da sonst sehr leicht Seekrankheit eintreten könnte.

Mit dieser Warnung schließe ich für heute; wird's gewünscht*), plaudere ich ein andermal weiter.

D.

*) Gewiß! R. d. „V."

Ludwig Würkert's letztes Gedicht.

Nun öffnet sich dennoch der Kerker, und zwischen Gitter und Schloß,
Da wird der Alte sitzen, auf Mildensteins Felsenkoloß;
Da wird durch seine Seele wohl zieh'n ein klagender Schrei,
Aber dennoch bleibet dem Greise das Auge des Geistes frei.
Er blickt auf Galilei, blickt auf eine große Schaar
Und ruft mit diesen Geistern: „Die Wahrheit bleibt ewig doch wahr!"
Und wirft man die Bücher in Ketten, und wirft man Propheten in's Joch;
Propheten und Bücher verkünden: „Und sie bewegt sich doch!"
So wird der Alte zwar denken und rufen, doch Tausende klagen ihm zu:
„O Mann Du alter, Du armer, bald legt Dich der Tod wohl zur Ruh —
Warum denn so nah vor dem Grabe setzt man in den Kerker Dich ein?"
„Laßt geh'n doch — spricht still er durch's Gitter — das wird ja ein Ostertag sein!"
Und doch die Tausende klagen, weil Sachsenlands Söhne sie sind;
Und der alte Gefangne muß darben, ein altes Sachsenkind.
Und weil man im Lande der Sachsen das Licht einst hatte so lieb;
Und jetzt gefangen ein Dichter, weil er ein Osterlied schrieb!

— Die anständigeren liberalen Zeitungen erzählen, daß der Sedanstag immer mehr seines kriegerischen Beigeschmacks entkleidet würde, daß an ihm jetzt schon lediglich eine friedliche Feier stattfinde zum Gedächtniß der wiedererstandenen deutschen Einheit. Wenn wir nun auch nicht viel auf diese Einheit ohne Freiheit geben, so würden auch wir es mit Freuden begrüßen, wenn die betreffenden liberalen Zeitungen Recht hätten, daß der Sedanstag von seiner chauvinistischen Gehässigkeit entkleidet würde oder gar schon wäre. Daß dem aber nicht so ist, zeigt uns schon die „Sedanspoesie", von der wir in der vorigen Nummer einige Proben mittheilten. In der widerwärtigsten Weise wird ein großes Nachbarvolk, dem wir in freiheitlicher Beziehung so viel zu danken haben, verunglimpft. Die „deutschen Hiebe" und der „deutsche Gott" werden besungen, „der deutsche Gott, der uns den Sieg verlieh" — was der spanische Gott an dem Tage gemacht hat, wird uns nicht mitgetheilt. — Wenn es einer Anzahl von liberalen Zeitungen aber Ernst ist damit, daß der Sedanstag nicht mehr als Herausforderung einer anderen Nation und als Persiflage der gesunden Vernunft dienen soll, dann müssen gerade sie auch dem an diesem Tage cultivirten Blödsinn entgegentreten — thun sie dies nicht, dann ist ihr sonstiges friedliches Gebahren nur Phrase.

— In der „Kölnischen Zeitung" finden wir folgende Annonce: „Einen kräftigen Sedaner zeigen hiermit sehr erfreut an H. A. Froitzheim, Constanze, geb. Eschbach. Cöln, den 2. September 1877." Nette Elternliebe das, die den Sohn bei der Geburt schon dem Kriegsmoloch zum Opfer weiht! Oder sollten sich die Leutchen nichts bei dem Inserat gedacht haben? Auch möglich — der Sedansdusel verkleistert ja so manches Gehirn.

versetzt und die Genialität rühmt, mit der er Frankreich binnen wenigen Jahren fünf Milliarden auszupressen verstanden hat, nachdem er zuvor hunderttausend der besten Pariser Arbeiter erschießen, einkerkern, deportiren und verbannen ließ. Vielleicht wird ihm irgend ein Blatt auch als ein besonderes Verdienst anrechnen, daß er sich vom Staate die Wiederherstellung seines während der Commune zerstörten Hauses mit einer Million bezahlen ließ, obgleich der Bau notorisch weit weniger gekostet hat. („S.-D. C.")

Hamburg, 2. September. Unser Parteiorgan schreibt: Genosse Otto Kapell, der seine wegen Beleidigung des Berliner Polizeipräsidenten und der siebenten Deputation des Berliner Stadtgerichts ihm zudiktirte vierwöchentliche Gefängnißstrafe am 30. August „verbüßt" hatte, konnte sich trotzdem der erhofften Freiheit nicht erfreuen, da bereits am vierten Tage nach Antritt der eben erwähnten Haft ein neues Strafmandat, gleichfalls auf vier Wochen lautend, zu welcher Strafe ihn dieselbe Deputation wegen Uebertretung des preußischen Vereinsgesetzes verurtheilte, eingetroffen war. Der Bruder des Verurtheilten telegraphirte auf Anrathen des hiesigen Polizei-Inspektors Herrn Schröder an die genannte Deputation des Berliner Stadtgerichts, um einen Strafaufschub von einigen Tagen zu erbitten, behufs Regelung von Familienverhältnissen. Dieser Bitte wurde jedoch nicht entsprochen, denn ein zwei Tage später von Berlin eingehendes Telegramm lautete: „Strafaussetzung nicht bewilligt." Mithin mußte Otto Kapell im Gefängniß verbleiben, um die neue über ihn verhängte vierwöchentliche Strafe „abzubüßen", obgleich seine Anwesenheit im Hause nur auf wenige Tage dringend nothwendig gewesen wäre. — Das kennzeichnet die vielgerühmte Humanität des preußischen Gerichtswesens.

Straßburg i. E., 27. August. Ich fühle mich veranlaßt, den Parteigenossen über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes am hiesigen Orte einiges mitzutheilen. — Am Dienstag, den 21. d. M., erhielten wir von den Parteigenossen Dreesbach und Weidemann die Anzeige, daß sie hier eine Volksversammlung abzuhalten gedächten. Wir waren darüber hoch erfreut und schickten uns denn auch sofort an, alles beizutragen. Ein entsprechendes Lokal hatten wir bald gefunden, und wurde uns auch selbiges sogleich zugestanden — aber die hochweise Polizei wußte unser Vorhaben zu hintertreiben. Als wir nämlich die nöthigen 7 Unterschriften zusammen hatten (das französische Gesetz fordert diese 7 Unterschriften zur Einberufung von Versammlungen) machte ich mich auf den Weg zur Polizei; hier angekommen durchwanderte ich erst 2 Bureaus, von hier wurde ich nach einem dritten geführt, hier erhielt ich denn den Bescheid, über den Zweck der Versammlung durch eine spezielle Eingabe ein klares Bild zu geben. Wir hatten nämlich die Tagesordnung: 1) Die Rechte und Pflichten des Volkes; 2) die gegenwärtige Arbeitslosigkeit, aufgestellt und wollten dieselbe durch Plakate veröffentlichen. Die Polizei schien es gar nicht für möglich zu halten, daß es hier Arbeiter wagen könnten, eine Volksversammlung abzuhalten. Noch am Abend selbigen Tages reichte ich die gewünschte Eingabe der Polizei ein. Am andern Tage sollte ich mir den Bescheid holen. Am andern Morgen wurde jedoch Herr E. Schilde auf Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr zum Polizei-Direktor gerufen (Schilde hatte sich nämlich auch unterschrieben und den schien die Polizei besser zu kennen als mich). Ich ließ mich jedoch nicht hindern, ebenfalls hinzugehen. Nach vielen Bemühungen gelang es uns endlich, den Herrn Direktor, der angeblich mit seiner Frau ausgefahren war, zu Gesicht zu bekommen. Derselbe fragte, was, woher und wie alt wir wären; und wer denn die Beiden wären, die an uns geschrieben hätten: ob es Redner seien und welcher Parteirichtung sie angehörten, und ob sie nur in Arbeiterversammlungen sprechen wollten. Als wir nun alle diese Fragen beantwortet hatten, erklärte der Polizei-Direktor, die Versammlung könne nicht stattfinden. Auf meine Frage, was der Versammlung entgegen stände und ob selbige überhaupt stattfinden könne, wenn die Hindernisse beseitigt wären, erhielt ich zur Antwort, daß überhaupt nichts zu beseitigen wäre, und daß Volksversammlungen zu denen auswärtige Redner erschienen, und selbst wenn es hiesige wären, nicht erlaubt würden, wenn dieselben von sozialistischer Seite einberufen seien; als ich darauf antwortete, daß im Jahre 1874 schon derartige Versammlungen stattgefunden hätten, meinte der Herr Polizei-Direktor: die habe ich sogar selbst genehmigt. Nun, erwiderte ich, warum kann denn dann unsere Versammlung nicht genehmigt werden? Da erklärte der Herr Direktor nach einigem Schweigen: „Ich sehe in der Versammlung durchaus keine Gefahr, aber ich gebe Ihnen die Erlaubniß nicht; übrigens, fügte er hinzu, was sollen auch die Leute von Hamburg hierher kommen und ihr Geld verreisen? was die Ihnen sagen können, das lesen Sie ja in ihrem „Volksstaat", sollte heißen „Vorwärts"." Auf meine Entgegnung, daß dann von Rechten des Volkes keine Rede sein könne, erwiderte der Herr Direktor, er könne sich hier nicht in akademische Auseinandersetzungen einlassen. Und damit waren wir abgefertigt. Schriftlichen Bescheid erhielt ich am andern Tage durch einen Schutzmann zugestellt, der sich also ausnimmt:

„Straßburg, 22. August 1877.

Auf den Antrag vom 21. d. M. erwidere ich ergebenst, daß die nachgesuchte Genehmigung zu der beabsichtigten Volksversammlung auf Grund des Gesetzes vom 25. Mai 1868 nicht ertheilt wird. Der Polizei-Direktor:
(Name unleserlich.)"

So, Ihr elsässer Arbeiter, da habt Ihr das Recht, Euch zu versammeln und gemeinschaftlich über Eure Lage zu berathen. Das ist die deutsche Freiheit, welche Ihr an dem Busen der Mutter Germania genießt. Ihr sollt wieder deutsch werden, und dennoch knebelt man Euch mit dem französischen Vereins- und Versammlungsgesetz, desgleichen mit dem Preßgesetz den Mund. Die Freiheit aber, deutsche Steuern zu zahlen, die Freiheit steht Euch zu. Doch gemach. Das Volk vom Elsaß wird bei den nächsten Reichstagswahlen beweisen, daß es für diese Art von Freiheit keinen Sinn, kein Verlangen hat.

C. Arold.

Kiel, 2. September. Am Freitag, den 31. August, am Sterbetage F. Lassalle's, hatten wir hierselbst zu Ehren Lassalles eine Versammlung im „Englischen Garten" einberufen, die zahlreich besucht war. Tagesordnung war: „Lassalles Leben und Wirken, und seine Bedeutung für die Sozialdemokratie". Nachdem das Bureau gewählt war, erhielt Herr Hörig aus Hamburg das Wort zur Tagesordnung und schilderte in trefflicher Weise das Leben und Wirken des großen Todten. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. J. Pöhlsen.

Duisburg, 3. September. Am gestrigen Tage fand im Werth'schen Lokale eine Conferenz der Sozialisten Rheinlands und Westfalens statt. Hauptgegenstand der Berathung auf dieser Conferenz bildeten die Parteipresse und die Agitation in Rheinland-Westfalen. Der Wichtigkeit dieser beiden Punkte war es denn auch wohl zuzuschreiben, daß sich die Genossen dieser beiden Provinzen zahlreich eingefunden hatten und mit sichtlichem Interesse den Verhandlungen, die von dem Genossen Tölcke aus Iserlohn geleitet wurden, folgten bezw. sich an den Debatten betheiligten. Es waren im Ganzen 26 Orte durch 67 Delegirte vertreten. Tölcke wurde beauftragt, einen eingehenden Bericht über die gepflogenen Verhandlungen und gefaßten Beschlüsse auszuarbeiten und diesen Bericht sodann dem Central-Organ „Vorwärts", sowie den in Rheinland-Westfalen bestehenden Lokal-Parteiblättern zur Veröffentlichung zu übersenden.

Wandsbeck, 31. August. Seit einigen Wochen existirt hier ein von den hiesigen Gesinnungsgenossen gegründeter „Wandsbecker Volksverein", welcher bezweckt, seine Mitglieder, sowie auch die den freiheitlichen Bestrebungen der Sozialdemokraten noch fernstehenden Bewohner Wandsbecks und Umgegend auf allen Gebieten des Wissens, vornehmlich denen der Volkswirthschaft und Politik — in staatlicher wie in communaler Beziehung — durch Wort und Schrift aufzuklären und so zur geistigen wie materiellen Hebung der Mitglieder des Vereins und des Volkes im Allgemeinen beizutragen. Die Mitglieder-Versammlungen des Vereins finden regelmäßig jeden Dienstag Abend im Billardzimmer des „Schwarzen Bären" statt. Der monatliche Beitrag eines Mitgliedes beträgt 25 Pf. Es braucht wohl nicht erst gesagt zu werden, daß es Pflicht eines jeden in Wandsbeck wohnhaften Sozialdemokraten ist, welcher es wirklich ernst mit der Sache meint und dessen pekuniäre Verhältnisse es nur irgend erlauben, Mitglied des Wandsbecker Volksvereins zu sein. —e——ll—

Eisenkoek, 31. August. Am 28. v. M. ging der Maschinensticker Krauß aus unserem Städtchen mit noch drei anderen Männern auf Holzdiebstahl aus. Nachdem sie mit Holzbündeln beladen an dem sogenannten „Nonnenhäuschen" angelangt, befanden sich in der Nähe der Forstgehilfe Dittrich und ein Waldwärter auf dem Anstande. Die Holzfrevler wurden angerufen; da dieselben jedoch die Flucht ergriffen, schoß Dittrich ihnen nach. Der Schuß ging dem Krauß in den Rücken, und zwar in seiner vollen Ladung von 52 Schroten; der Tod trat alsbald ein. Dittrich, der Waldwärter und die drei übrigen Diebsgenossen sind gefänglich eingezogen worden. — Und das Alles um ein Stückchen Holz!

Würzburg, 1. September. Der Redakteur des klerikalen „Fränk. Volksblattes", Herr Fusangel, welcher bei Anwesenheit des deutschen Kronprinzen in Würzburg seinem Unmuthe über die bestehenden Verhältnisse ungeschminkt Ausdruck gab, und die Theilnehmer an den dem deutschen Kronprinzen bereiteten Festlichkeiten scharf angriff, wurde wiederholt in öffentlichen Lokalen insultirt und mit Mißhandlung und Hinauswerfen bedroht. Herr Fusangel erklärt nun im „Fränk. Volksbl.", daß er, im Fall man ihm mit „schlagenden Gründen auf den Leib rücke", sich energisch vertheidigen werde. — Das ist brav! Diese liberalen Prügelgesellen bellen nur, sie beißen nicht — sie werden also mit dieser einfachen Erklärung schon genug haben.

Gersdorf, 1. September. Die Unmöglichkeit, während des letzten Wahlkampfes im 17. Bezirk hier eine Versammlung abzuhalten — eine solche, die einberufen war, sprengten die „Liberalen" bei der Bureauwahl in der brutalsten Weise — veranlaßte uns für vorigen Sonntag eine solche einzuberufen, in der unser früherer Vertreter im Reichstag, Herr Bebel, über die Ziele der Sozialdemokratie referirte.

Die sehr gut besuchte Versammlung nahm einen Verlauf, wie er besser nicht gewünscht werden konnte und werden die hiesigen Genossen dafür sorgen, daß der ausgestreute Same gute Früchte bringt.

Vierzehn Tage früher hielt Genosse Bebel eine Volksversammlung über das gleiche Thema wie in Gersdorf in Penig ab, die gleichfalls ganz nach Wunsch verlief.

Saarden, 1. Septbr. Allen Parteifreunden, besonders den hiesigen Lesern des „Vorwärts", die erfreuliche Nachricht, daß sich hierselbst am 29. August ein Arbeiter-Wahlverein gebildet hat. Parteigenossen! Wir haben uns gesagt, daß nur unsere Organisation im Bunde mit der am 1. Oktober erscheinenden „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" im Stande ist, die Scharte, die wir am 10. Januar an der Wahlurne erlitten haben, wieder auszuwetzen. An Euch, Parteigenossen, ist es nun, uns kräftig zu unterstützen. Es muß sich jeder Arbeiter zur Pflicht machen, in unsern Verein einzutreten. Denn nur, wenn wir organisirt sind, können wir planmäßig und mit Erfolg agitiren und so unseren Ideen immer mehr und mehr Eingang in das Volk verschaffen, dann werden auch immer größere Massen in den Kampf für Wahrheit und Recht eintreten.

Um es bei dieser schlechten Zeit jedem Arbeiter möglich zu machen in unsern Verein zu treten, haben wir den monatlichen Beitrag auf nur 15 Pf. gesetzt. Tretet also zahlreich in unsere Reihen und der Sieg wird bei der nächsten Reichstagswahl unser sein.

NB. Unsere nächste Versammlung findet am 12. September, Abends 8 Uhr, in der „Alhambra" zu Saarden, statt.

Der Vorstand.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Kiel.

Alle Mitglieder, die Antheilscheine gezeichnet und noch nicht eingezahlt haben, werden hierdurch aufgefordert, im Laufe dieses Monats ihren Verpflichtungen nachzukommen. Es ist wünschenswerth, daß Jeder, dem es irgend möglich ist, einen Antheil voll erwirbt, denn nur für volle Antheile wird Dividende gezahlt. Ferner ist es nothwendig, daß jedem Mitgliede das Statut zum unterzeichnen seines Namens vorgelegt wird. Diejenigen Parteifreunde, an welche die betr. Statuten zur Unterzeichnung gesandt sind, ersuche ich deshalb im Bunde mit Denen, die Mitglieder gewonnen haben, das Einsenden von Geld und der unterschriebenen Statuten in nächster Zeit zu besorgen und zwar nach **Kiel, Holstenstr. 14.** Nothwendig aber ist, daß jeder Geldsendung ein Brief folgt, in welchem der volle Name, Stand und Gewerbe Desjenigen, der eingezahlt hat, sowie ob die Einzahlung auf einen oder mehrere Antheile gemacht, verzeichnet ist. Wenn dies nicht geschieht, ist keine Controle zu üben.

Ich hoffe, daß jeder Betheiligte seiner Pflicht nachkommen wird.

Mit Gruß H Walther, Kiel, Holstenstr. 14.

NB. Ich mache schon jetzt alle Parteifreunde, sowie unsere Colporteure darauf aufmerksam, daß der Vertrieb der Broschüren, sowie der der „Neuen Welt" und der des „Armen Conrad" für Schleswig-Holstein von der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Kiel besorgt wird und zwar von Mitte September ab. D. O.

Briefkasten

der Redaktion. P. Sch. in St. Moritz: Gedicht schon im Hinblick auf den Staatsanwalt nicht brauchbar. — M. in Basel: Wenden Sie sich an die Redaktion der „Tagwacht" in dieser Frage: der Artikel war von H. Greulich. — J. H. in Cöln: Sie mißverstehen völlig die Aufgabe des „Vorwärts". Die beiden ersten Artikel mit der Ueberschrift: „Warum nicht?" stammen aus der Feder eines unserer tüchtigsten Parteigenossen; die Redaktion war auch nicht mit den darin enthaltenen Ausführungen einverstanden, doch wünschte der Verfasser, wie er am Schlusse seiner Artikel ja ausspricht, ausdrücklich eine Diskussion. Wird diese nun geführt, wie in voriger Nummer durch den Einsender R., so ist dieselbe erquicklich, wie sie dieselbe aber führen wollen, so ist dieselbe für uns nicht annehmbar. Hätte übrigens unser R.-Correspondent dem Genossen A. D. nicht in der betreffenden Frage geantwortet, so würde es die Redaktion des „Vorwärts" selbst gethan haben. — L. Str. in St. Arnual bei Saarbrücken: Brief von Dreesbach ist angekommen.

der Expedition. G. Dornauf Kelkheim: Sendung mit 4 M. Nachnahme abgegangen. Außer Karte vom 24./8., worauf wir sofort bei Ihnen anfragten, haben wir nur noch Brief vom 30./8. erhalten, worauf Sendung abging. Rest folgt, da zweiter Jahrgang erst mit Ende September complett ist. Unterschrift undeutlich, deshalb an Dornauf adressirt. — L. Str. St. Arnual: Vorwärts wurde noch immer an das Speditionsgeschäft von H. Litz in S. abgesandt. Zurückgekommen ist Nichts. Erkundigen Sie sich dort. Nachricht erbeten, da Abrechnung hierher fehlt. Dank für Adressen. Gruß!

Quittung. H. Lgs Hannover Ann. 2,90. Arbeiterver. Flensburg Ann. 0,50. Anz Wien Schr. 5,00. Mrkve Pancsowa Ab. 1,62. Wgnr Wien Ab. 20,00. J. Bst Mainz Ab. 66,90. Hrbg Würzburg Ab. 20,00. Oehm hier Ann. 0,80. Trst Kl.-Zschocher Ab. 4,20. Grd Stötteritz Ab. 18,90. Bß Bischofsgrün Ab. 3,10. Kttl Apolda Ab. 30,00. Bmgrtn Wilhelmshaven Ab. 16,00. Hrm Elberfeld Ab. 2,40. Kreisgericht Bernburg Ann. 11,10. Ufrt Weimar Schr. 3,00. Schr. Schmdt Meerane Schr. 0,70. Bck Gotha Schr. 0,30. Mkr Stuttgart Schr. 6,25. Bttchr Gera Schr. 30,00. Bdmnn Lauban Schr. 4,00. Schn Göppingen Schr. 18,00. Pl Kettwig Schr. 3,10. Schlz Zwenkau Schr. 6,42. Grd Stötteritz Schr. 3,40.

Adam Glabe (Buchbinder) aus Kassel, früher in Hannover, wird um seine Adresse gebeten.

Th. M. Wieger, Wiesbaden, Schachtstr. 30.

Für Delitzsch sind alle Briefe in Angelegenheit der Sozialdemokratie an den Unterzeichneten zu senden.

Robert Günther, Schulstraße.

Für die ausgeschlossenen Cigarrenarbeiter in Ohlau.

Durch Willecke v. Bund der Tischler Mk. 12,00. Von einigen Klempnern Mk. 1,10.

Arbeiter helft, die Noth ist groß.

Peter Krebs.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Saarden. Arbeiter-Wahlverein. Mittwoch, den 12. September, Abends 8 Uhr, in der „Alhambra", **öffentliche Mitgliederversammlung.** (F. 180) [40
Jedermann hat Zutritt. Der Vorstand.

Hannover. Den Freunden und Parteigenossen empfehle ich mich zur Anfertigung von **Herbstanzügen und Winterüberziehern** von 48 Mk. an unter reeller Bedienung und ersuche ich recht frühzeitig die Bestellungen machen zu wollen. (38)
1,50] H. Rudolph, Schneidermeister, Mittelstraße 11.

A. Keitel, Korbmacher in Coburg, Nägeleisgasse, sucht 2 geschickte Arbeiter auf Reiseкörbe. (F. 65) [60

Außerordentliche Generalversammlung
der
Genossenschaftsbuchdruckerei zu Kiel
am **Sonntag**, den 30. **September d. J.**, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Hrn. **Müller** in **Itzehoe.**
Tagesordnung: Formelle Aenderung des § 1 und der das Rechnungswesen betreffenden §§ des Statuts. [3,30
Kiel, den 5. September 1877.
Der Vorstand:
St. Heinzel. H. Dieckmann. H. Walther.

Für Lokal- u. Gewerkschafts-Vereine
jeder Art passend sind praktisch eingerichtete
Cassenconto- & Mitgliederbeitrags-Bücher
zum Selbstkostenpreis à 50 Pfg. zu beziehen. Porto für das Paar 10 Pfg. Bestellungen sind zu machen bei A. Geib in Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Nach dem Beschlusse des diesjährigen Congresses der deutschen Sozialisten erscheint vom 1. Oktober ab in Berlin:
Die Zukunft.
Sozialistische Revue.
Die hervorragendsten sozialistischen Schriftsteller des In- und Auslandes haben ihre Mitwirkung zu diesem Unternehmen zugesagt, dessen Aufgabe es ist, das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie in wissenschaftlicher Weise darzulegen und zu vertheidigen.
„Die Zukunft" erscheint elegant ausgestattet monatlich zweimal in der Stärke von 1½—2 Bogen Lexikon-Format. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich:
beim Bezug durch die Post (Zeitungs-Preisliste Nr. 4394a) und den Buchhandel M. 1,25, ohne Bringerlohn;
bei direkter Zusendung unter Kreuzband: für das Inland und die Länder des Weltpostvereins M. 1,90;
bei Zusendung unter verschlossenem Couvert M. 2,50.
Bestellungen auf die Gratis- und Franco-Zusendung der am 15. September erscheinenden Probenummer wolle man an eine Buchhandlung oder an die Expedition richten.
Die Expedition der „Zukunft".
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Durch uns ist zu beziehen:
Zur
Grund- und Bodenfrage
von Wilhelm Liebknecht.
2. vervollständigte Auflage.
Preis per Exemplar 0,75 Mark.
Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Vom Protokoll
des zu Gotha stattgehabten
Sozialisten-Congresses
ist noch eine kleine Partie vorräthig. **Preis 25 Pfg.**, bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren 20 Pfg. Versendung nur gegen baar oder Nachnahme unter Beifügung von 10 Pf. Porto für je 5 Exemplare.
Bestellungen sind zu machen bei C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Hierzu eine Extra-Beilage: Prospekt der „Zukunft. Sozialistische Revue".

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hoß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 413 O'Farrell Str.
London W.: C. Heine, 8 New Str Golden Square.

Nr. 107. Mittwoch, 12. September. 1877.

Unbeachtete Warnung.

Unsere Leser erinnern sich wohl noch, daß wir vor einiger Zeit einen Vorfall aus Potsdam erzählten, woselbst die Kriegervereine, denen man die Aufgabe ausdrücklich im dortigen Amtsblatte zuertheilt hatte, die Sozialdemokratie wirksam zu bekämpfen, ein Fest feierten. Frühmorgens wollte nämlich der Kaiser Wilhelm von Preußen Parade über die Kriegervereine abnehmen und war dieserhalb von Schloß Sanssouci nach Potsdam gekommen — doch vergeblich, er fuhr wieder zurück, da die Kriegervereine die Zeit versäumten, weil ein großer Theil der Mitglieder schon betrunken war.

Da wir nun das christliche Sprichwort achten: „Auch die Feinde sollst du lieben!“, so erließen wir in Rücksicht auf die Potsdamer Vorkommnisse in Nr. 102 des „Vorwärts“ folgende Warnung:

„Am 3. September sollen die Kriegervereine von Düsseldorf und Umgegend eine Paradeaufstellung vor dem deutschen Kaiser nehmen. In Hinblick auf den Potsdamer Vorfall, wo die Kriegervereine wegen übergroßer Animirtheit die Parade vor dem Kaiser nicht ableisten konnten, werden die Düsseldorfer Wirthe gewarnt, den Kriegern Bier und Branntwein vorher zu verabreichen, damit die culturhistorische Mission dieser Vereine, nämlich die Sozialdemokraten zu bekämpfen, auch richtig und in Ordnung von Statten gehen kann.“

Wir waren nun gerade einmal in „reichsfreundlicher“ Stimmung und glaubten durch obige Warnung „dem Kaiser und dem Reich“ eine Gefälligkeit erzeigen zu können. Doch unsere Berechnung hat uns getäuscht. Wir erhalten nämlich aus Düsseldorf vom 4. September folgendes Schreiben:

„Die Warnung des „Vorwärts“, den Kriegervereinlern vor der Parade kein Getränk zu verabreichen, wurde in den Wind geschlagen; denn verschiedene Mitglieder derselben lagen schon vor Ankunft des Kaisers im Grase. Diese hatten jedoch den Vortheil, daß sie von der geringen Beachtung der Vereine nichts merkten. Es waren Vereine hier aus Mainz, Metz ꝛc.; man hatte keine Kosten gescheut, und doch haben sehr viele Vereinsmitglieder den „Kriegsherrn“ nicht einmal gesehen. Das hat nun manches patriotische Kriegervereinlergemüth weidlich verdrossen. Schaden kann's nicht!“

Mancher Reichsfreund wird allerdings jetzt ausrufen: „Das ist alles nur sozialdemokratische Flunkerei, ich habe es in meiner Leib- und Magenzeitung gelesen, daß beim herrlichsten Kaiserwetter die Parade gut vor sich ging.“ — Nun hat es zwar an jenen Tagen am Rhein tüchtig geregnet, doch wollen wir dem Reichsphilister gern das „Kaiserwetter“ gönnen. Aber unser Correspondent hat in Bezug auf die Kriegervereine doch Recht und unsere Warnung ist leider in den Wind geschlagen worden. Die reichstreue, liberale „Düsseldorfer Zeitung“ nämlich schreibt sehr betrübt:

„Das Benehmen einzelner Mitglieder verschiedener Kriegervereine verdient eine scharfe Rüge. Mehrere waren schon betrunken, als sie gestern Morgen ankamen, lagen an den Wegen und in den Hecken. Das Betragen einzelner Mitglieder auf dem Paradefelde war geradezu empörend. Das Vergnügen, sich voll zu trinken, hätten die Herren billiger haben können, wenn sie zu Hause geblieben wären.“

Der Kaiser wird nun wohl genug bekommen haben, und die auf die Sozialdemokraten gehetzten Kriegervereinler auch — nur Mäzchen Hirsch und sein Adjutant Polke, sie haben noch nicht genug.

Dies geht aus der neuesten Nummer des „Gewerkverein“ hervor, in welcher es heißt:

„Mit Bezug auf den in der Wochenschau der Nr. 34 des „Gewerkverein“ enthaltenen Bericht aus Myslowitz „Zur Charakteristik der Kriegervereine“, wonach Herr Oberzollamts-Controleur Reimann bei dem kürzlich dort stattgehabten Stiftungsfest des Kriegervereins sich in sehr abfälliger Weise über die Gewerkvereine ausgesprochen und besonders vor dem Sozialdemokraten Polke gewarnt haben soll, ist uns von Herrn Reimann ein Schreiben zugegangen, in welchem die bemerkten Aeußerungen nicht nur in Abrede gestellt werden, sondern betont wird, daß jene Bemerkungen gerade das Gegentheil von dem enthielten, was unser Berichterstatter Herrn Reimann in den Mund gelegt hat. „Wahr ist — schreibt uns Herr Reimann — daß ich die Kameraden vor den Sozialdemokraten gewarnt habe; dagegen habe ich ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die sozialdemokratischen Vereine ja nicht mit den Gewerkvereinen zu verwechseln seien, denn letztere ständen auf dem Boden des Gesetzes und seien der Ersteren Gegner. Zeitungsnachrichten zufolge werde nächstens von den Gewerkvereinen Herr Polke aus Berlin nach Oberschlesien gesandt, um den Sozialdemokraten, die neuerdings unsern Distrikt zu ihren Operationen ausersehen haben sollen, entgegenzutreten. Es sei daher von den Kriegervereins-Kameraden den Bestrebungen des Herrn Polke nicht entgegenzutreten, denselben vielmehr eher hilfreiche Hand zu leisten. Hierfür möchten die dem Kriegerverein angehörenden Handwerker und Arbeiter auch unter ihren Berufsgenossen, die nicht dem Verein angehörten, wirken.“ Wir nehmen von dieser Darlegung mit Genugthuung Notiz und müssen darnach annehmen, daß der Schilderung unseres Berichterstatters ein Mißverständniß zu Grunde liegt, das aufzuklären wir übrigens nicht verfehlen werden. Wir sind deshalb auch in der Lage, die an jenen Bericht geknüpften Bemerkungen gegen die Person des Herrn Reimann zurücknehmen zu können.“

Wir gratuliren unserm braven Mäzchen natürlich zu der Bundesgenossenschaft der Kriegervereine, wie er sich selbst „mit Genugthuung“ dazu gratulirt.

Zum Schlusse aber noch ein ernstes Wort über die Mitglieder der Kriegervereine.

Es kann uns nicht einfallen, dieselben sämmtlich in einen Topf werfen zu wollen — es mögen unter ihnen höchst anständige und ehrenwerthe Männer sein, welche auch in den Kriegervereinen nichts Anderes sehen wollen, als harmlose Vergnügungsgesellschaften oder Unterstützungsvereine; diese Männer nehmen wir gern von unserm Urtheil aus.

Aber diejenigen Mitglieder der Kriegervereine, welche diese Vereine als eine Fortsetzung des Soldatenstandes ansehen, in denen der Militarismus gehegt und gepflegt werden soll, diejenigen Mitglieder, welche, ohne vom Sozialismus nur irgend etwas zu verstehen, gegen diesen hetzen oder sich aufhetzen lassen, diese Mitglieder sind entweder dumm oder roh, sie stehen weit unter denen, die sich bei solchen etwaigen Kaisergelegenheiten einen tüchtigen Rausch angetrunken haben, selbst auf die Gefahr hin, in Rom gewesen zu sein und den Papst nicht gesehen zu haben.

Unter allen diesen aber stehen die Herren Hirsch und Polke, welche, um die Arbeiter zu nasführen, die Hilfe einer solchen Gesellschaft „mit Genugthuung“ acceptiren.

Das Haftpflichtgesetz und die Bauarbeiter.

Dem Organ der deutschen Bauarbeiter, dem „Grundstein“, entnehmen wir auf besondern Wunsch folgenden Artikel:

Unbegreiflich ist es, daß der deutsche Reichstag, als er im Jahre 1871 das Haftpflichtgesetz berieth, die Bauarbeiter von dem Schutze, den dieses Gesetz den Arbeitern gegenüber der Fahrlässigkeit der Arbeitgeber gewähren soll, ausschloß. Während die bei Eisenbahnen, in Bergwerken, Fabriken und Steinbrüchen beschäftigten Personen den — wenn auch nur sehr mäßigen Schutz dieses Gesetzes genießen, sind von demselben ausgeschlossen die ländlichen Arbeiter, die Baugewerbe und die in der Hausindustrie beschäftigten Personen. Die amtliche Statistik der Unglücksfälle, welche das königlich preußische statistische Bureau selbst veröffentlicht, ergiebt nun aber und hat auch schon 1871, als das Haftpflichtgesetz berathen wurde, ergeben, daß die größte Zahl aller Unglücksfälle überhaupt in der Landwirthschaft vorkommt. Dem gegenüber läßt sich allerdings einwenden, daß auch die weitaus größte Zahl aller Staatsangehörigen bei der Landwirthschaft beschäftigt ist. Die Zahl der Unglücksfälle vertheilt sich daher auf eine so große Menschenzahl, daß der Einzelne sehr wenig gefährdet erscheint. Aus diesem Grunde — wird jeder Vertheidiger der Handlungsweise des Reichstages sagen — hat der Reichstag die Stellung der wenig gefährdeten Landarbeiter unter das Haftpflichtgesetz nicht für nothwendig erachtet.

Ob eine derartige Ausrede geeignet ist, bewußtermaßen Unrechtes zu dulden, weil man den ohne sein Verschulden Verunglückten rechtlos läßt, wollen wir hier nicht untersuchen. Uns will freilich bedünken, daß es dem Landarbeiter, der unter je tausend seiner Genossen der einzige Verunglückte ist, sehr wenig nutzen und frommen kann, daß gerade er, deshalb, weil unter je tausend Arbeitern seiner Branche nur einer einen Arm, ein Bein, oder sein Leben verlor, wo bei anderen Berufszweigen sich erfahrungsgemäß auf tausend beschäftigte Personen 2, 3 und 4 Unglücksfälle ereignen, rechtlos bleiben soll.

Wenn Denjenigen, welche einer größeren Gefahr ausgesetzt sind, die Möglichkeit einer Schadloshaltung durch ein Gesetz gegeben ist, den anderen, scheinbar weniger gefährdeten Personen aber diese Möglichkeit nicht gegeben ist, so befinden sich die Letzteren, falls sie dennoch verunglücken, immerhin in einer ungünstigeren Lage als die Ersteren. Denn der nun wirklich Verunglückte, der scheinbar weniger gefahrdrohende Arbeit verrichtet, ist doch unbedingt ebenso schwer geschädigt, wie der bei einer anderen Berufsart gleichartig Verunglückte. Ihn kann also die größere Gefahrlosigkeit seiner Genossen, die ihn rechtlos macht, gar wenig erbauen, weil er unter dieser Lücke des Gesetzes leidet.

Was hier von den Landarbeitern gesagt ist, gilt auch von den Bauarbeitern. Nur beim Betriebe von Eisenbahnen und beim Bergbau passiren verhältnißmäßig noch mehr Unglücksfälle als im Baufach. Das Baugewerbe steht im Range der Gefährlichkeit bereits in dritter Linie. Der Prozentsatz der Unglücksfälle im Baufach ist ein erheblich größerer, als der bei sämmtlichen unter dem Haftpflichtgesetz stehenden Fabrikarbeitern.

Dies war und mußte dem deutschen Reichstage bei Berathung des Haftpflichtgesetzes von 1871 bekannt sein. Daß er trotzdem die Bauarbeiter von dem Schutze, den dieses Gesetz den Arbeitern gewährt, ausschloß, trotzdem die Sozialisten im Reichstage gleiches Recht für Alle beantragt hatten, bleibt eben unbegreiflich.

Daß aber die Gefährlichkeit im Baufach eine größere ist, wie bei den Fabrikarbeitern, die den Schutz dieses Gesetzes genießen, werden wir her sogleich durch amtliche Zahlen eingehend beweisen.

Es klingt allerdings wie ein Hohn auf das Haftpflichtgesetz wenn wir nachweisen, daß in der dreijährigen Periode vor Erlaß des Haftpflichtgesetzes, trotz des großartigsten Geschäftsbetriebes der damaligen Zeit bedeutend weniger Unglücksfälle vorgekommen sind, als in der dreijährigen Periode nach Erlaß des Haftpflichtgesetzes. Und dennoch ist es so. Seit Einführung des Haftpflichtgesetzes (7. Juli 1871) hat sich die Bevölkerung des preußischen Staates um 4,38 Proz. vermehrt, die Zahl der Unglücksfälle hingegen um 33 Proz.

In der preußischen Monarchie (in den übrigen deutschen Staaten herrschen gleiche Verhältnisse in dieser Beziehung) fanden im Jahre 1869 6382 Unglücksfälle mit tödtlichem Ausgange, innerhalb 48 Stunden, statt. Im Jahre 1870 6268, desgleichen im Jahre 1871 6719. Im Summa also in den drei Jahren vor dem Haftpflichtgesetz 19,369. Die Unglücksfälle mit dauernder Arbeitsunfähigkeit hingegen betragen für denselben Zeitraum incl. der Ersteren 23,923. So vor dem Haftpflichtgesetz.

In der dreijährigen Periode nach demselben gestalteten sich die Verhältnisse noch trauriger. Es fanden im Jahre 1873 7084, im Jahre 1874 7317 und 1875 7869, in Summa also 22,270 Unglücksfälle mit tödtlichem Ausgange innerhalb 48 Stunden, das heißt 2901 Fälle mehr statt, wie vor Erlaß des Haftpflichtgesetzes. Die Unglücksfälle mit dauernder Invalidität betragen in der letzten dreijährigen Periode bereits 33,773, also 9814 mehr wie vor dem Haftpflichtgesetz während einer gleichen Dauer.

Wir sehen also leider schon in diesen amtlichen Zahlen des königlichen statistischen Bureaus eine Steigerung der Unglücksfälle von Jahr zu Jahr und zwar trotz des verminderten Geschäftsbetriebes und des Rückganges aller Gewerbe seit dem Krach von 1873. In den drei Jahren von 1873, 1874 und 1875 erhöhte sich die Vermehrung der Unfälle mit tödtlichem Ausgange um 2901 gegen die drei Vorjahre von 1869—72. Einen größeren Hohn gegen das Haftpflichtgesetz könnte es kaum geben, wenn wir uns nicht noch mit ganz anderen Zahlen abzufinden hätten. Nehmen wir einmal das II. städtische Jahrbuch für Berlin, herausgegeben vom Statistiker Dr. Schwabe, und das III. städtische Jahrbuch für Berlin, herausgegeben vom derzeitigen Direktor des Berliner statistischen Bureaus, Regierungsrath Dr. Boeth, zur Hand, so finden wir, daß in Berlin von der Vereinsbevölkerung von 1000 gestorbenen Gewerkschaftsmitgliedern, während der dreijährigen Periode von 1873—1875 60 ihren Tod fanden durch Verunglückung und 24 außerdem noch an den sekundären Folgen kranken. Also in Summa von 1000 Gestorbenen 84 erheblich verunglückten. Ferner, da man nur den Grad der Gefährlichkeit einer Beschäftigungsart durch einen Vergleich mit anderen Beschäftigungsarten feststellen kann, finden wir, daß von 1000 gestorbenen Maschinenbauern, die also unter dem Haftpflichtgesetz stehen, 51 tödtlich verunglückten und 35 an den sekundären Folgen kranken. Daß drittens von 1000 gestorbenen Fabrikarbeitern 57 mit tödtlichem Ausgange verunglückten und ferner 11 dauernd kranken, also in Summa 68 verunglückten. Daß aber im Gegensatz zu diesen unter dem Haftpflichtgesetz stehenden Arbeitern, die nicht unter diesem Gesetz stehenden Maurer und Zimmerer eine doppelt so hohe Zahl von Verunglückten aufzuweisen haben. Auf 1000 gestorbene Maurer kamen nämlich in derselben Periode in Folge von Unglücksfällen mit tödtlichem Ausgange 133, an sekundären Folgen anderer Unglücksfälle kranken noch dauernd andere 17, in Summa also 150. Bei den Zimmerern ist das Verhältniß noch schlimmer. Von 1000 gestorbenen Zimmerern starben je 207 in Folge von Unglücksfällen und kranken noch dauernd ferner 24, in Summa also 231.

Aber nehmen wir eine „vergleichende Tabelle der Todesursachen zu den Lebenden“ zur Hand, so finden wir wiederum durch amtliche Zahlen folgendes Ergebniß für Berlin bestätigt: Von 1000 Maschinenbauern starben in Berlin in Folge von Unglücksfällen während der dreijährigen Periode: Prozent 1,78, von der Berliner Vereins-Bevölkerung 1,30, von den Fabrikarbeitern 1,37, von den Maurern 2,37, von den Zimmerern 3,97, von diversen Gewerben 0,94 Prozent. Ueberall tritt uns die außergewöhnliche Gefährlichkeit des Baugewerbes entgegen und trotzdem stehen diese gefährlichen Gewerbe nicht unter dem Schutze des Haftpflichtgesetzes. Ist dem gegenüber nicht der Ausruf gerechtfertigt: „Es ist unbegreiflich, wie der Reichstag im Jahre 1871 die Baugewerbe vom Haftpflichtgesetz ausschließen konnte?“

Wir hatten jedoch weiter die Behauptung aufgestellt, daß die Baugewerbe im Range der Gefährlichkeit in dritte Linie kämen. Diese Behauptung wird sich durch folgende amtliche Zahlen rechtfertigen. Es verunglückten im Jahre 1873 in Preußen bei der Landwirthschaft mit tödtlichem Ausgange 433 Personen, im Jahre 1874: 1427, 1875: 1471 Personen. Beim Bergbau verunglückten mit tödtlichem Ausgange innerhalb 48 Stunden, 1873: 665, 1874: 815, 1875: 792 Personen. In dritter Linie kommen nun gleich die Baugewerbe mit 475 Personen für 1873, 412 Personen für 1874, und 494 Personen für 1875, wohl zu beachten mit tödtlichem Ausgange. Die große Zahl derer, die dauernd an den sekundären Folgen kranken oder vorübergehend arbeitsunfähig waren und unterstützt werden mußten, werden wir zu geeigneter Zeit in einer übersichtlichen Tabelle veröffentlichen.

Kehren wir zum Schluß noch zu den Veröffentlichungen des königlich preußischen statistischen Bureaus zurück. Da finden wir in dem amtlichen Quellenwerk (Band XXXV. III.) über die gewaltsamen Todesfälle und Verletzungen im preußischen Staate während der Jahre 1873, 1874 und 1875 — herausgegeben vom Geheimrath Direktor des königlich preußischen statistischen Bureaus Dr. Engel (Tabelle III. V. Seite 6) Baugewerbe, Unglücksfälle mit tödtlichem Ausgange, im Jahre 1873: 475. Im Jahre 1874 (Tabelle III. VII. Seite 72) 412 und im Jahre 1875 Verunglückte 494 Personen. Mit tödtlichem Ausgange dahingegen finden wir in demselben amtlichen Quellenwerk für die gesammte unter dem Haftpflichtgesetz stehende Metallindustrie 1873 nur 147, 1874 170 und 1875 256 tödtlich verunglückte Personen (Tabelle VIII. Seite 199). In der ebenfalls unter dem Haftpflichtgesetz stehenden Textil-Industrie nur 1873: 53, 1874: 94 und 1875: 75 Personen (Tabelle X. Seite 188).

Für heute werden wohl die gegebenen amtlichen Zahlen genügen, um zu beweisen, wie berechtigt die Forderung der Bauarbeiter ist, wenn sie verlangen, ebenfalls unter das Haftpflicht-

gesetz gestellt zu werden. Fast nirgends wird wohl so leichtsinnig mit dem Leben der Arbeiter umgegangen, wie im Baufache, was ja auch die vorgeführten Zahlen bewiesen haben. Daher rufen wir noch einmal: Was der deutsche Reichstag that, indem er die Bauarbeiter vom Haftpflichtgesetz ausschloß, ist uns ganz unbegreiflich.

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Preußen ist in Deutschland aufgegangen", so jubeln unsere Herren Nationalliberalen fortwährend, besonders in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Und kommt dann einmal so ein böser Sozialdemokrat und sagt: „Das ist nicht so; Deutschland ist in Preußen aufgegangen; Preußen hat wenigstens die alleinige, unbestrittene Führerschaft" — dann sprechen die Reichsphilister von den sozialdemokratischen Lügen. Wagen sie denn auch von kaiserlichen Lügen zu reden, wenn sie folgenden Passus aus einer Rede des deutschen Kaisers lesen, die er jüngst in Düsseldorf als Erwiderung auf eine Ansprache des Landmarschalls der Rheinprovinz gehalten hat? Dieser Passus lautet:

„Darum denke Ich auch stets mit Genugthuung und Dankbarkeit an die acht Jahre zurück, welche Ich unter Ihnen verlebt, und zähle sie zu den glücklichsten Meines Lebens. Als dann die starken Söhne dieses Landes mit denen des alten Preußens zusammen gefochten, geblutet und gesiegt, da gab es kein altes und neues Preußen mehr, sondern nur ein Preußen, eben so wie jetzt durch mächtige Verhältnisse ein einiges Deutschland mit diesem Preußen an der Spitze geworden ist."

Das ist doch deutlich — „mit diesem Preußen an der Spitze!" Danach hat sich Preußen nicht geändert, wohl aber Deutschland. Es ist also so und bleibt dabei trotz aller liberalen Reichsesel:

„Deutschland ist in Preußen aufgegangen!"

— Der alte Thiers ist am 8. d. M. mit großem Gepränge begraben worden. Der Ministerrath hatte ursprünglich beschlossen, die Beerdigung auf Staatskosten zu veranstalten; da die Wittwe Thiers, die Bedingungen des Ministerraths, unter welchen die Beerdigung stattfinden sollte, aber nicht annahm, so unterblieb die offizielle Feierlichkeit. Es wäre auch schade gewesen um das viele Geld, das das Begräbniß des „Heldengreises" dem Staate gekostet haben würde. — Die Führerschaft der republikanischen Partei wird dem gemäßigten Herrn Grevy übertragen werden — Gambetta ist übergangen worden —; auch hat man Grevy in dem Pariser Wahlkreis aufgestellt, den Thiers in der Nationalversammlung vertreten hat. Die Intransigenten und sozialistischen Arbeiter aber stellen dem gemäßigten Republikaner Grévy gegenüber den Radikalen Bonnet-Duverdier, den im Gefängnisse sich befindenden Pariser Gemeinderath, als Candidaten auf. Der Tod des Herrn Thiers hat also das unselige Band zerissen, welches die Radikalen bislang mit dem linken Centrum verknüpfte — so hat der sterbende Thiers doch eine gewisse Klarheit geschaffen, er, der lebend so gern Alles durch Schmutz und Heuchelei trübte. Die Nachricht, daß die Radikalen ihre Bande gesprengt haben, stammt aus der in Berlin erscheinenden „Sozialdemokratischen Correspondenz", die Carl Hirsch aus Paris herausgibt — dieses Aufraffen ist ein guter Anfang und wir sind herzlich erfreut, die Intransigenten einmal wieder loben zu können. — Daß in Paris in Bourgeoiskreisen die Aufregung über den Tod des Herrn Thiers groß war, ist allzunatürlich, da ja der Oberbourgeois selbst seine Creaturen verlassen hatte. Wie aber die „Kölnische Zeitung" berichtet, herrschte in den Pariser Arbeitervierteln die vollkommenste Gleichgültigkeit. — Noch sei bemerkt, daß Thiers wenige Tage vor seinem Tode dem preußischen Feldmarschall von Manteuffel ein längeres Schreiben gewidmet hatte — der „Republikaner" dem starren Reaktionär! — Daß Thiers durch seine „Staatsretterei" ein sechsfacher Millionär geworden ist, das mag allgemein bekannt sein, deshalb auch die ungemeine Begeisterung aller Börsen- nnd Jobberblätter für diesen „Macher". — Unser Frankfurter Parteiorgan ruft recht treffend zum Schlusse einer Betrachtung über den „großen Todten" aus:

„Möge die blaue Republik ihm bald nachfolgen!"

— Der Fortschritt in immerwährenden Nöthen. Wenn der Fortschritt zum Rückschritt geworden ist und sich trotzdem immer als Fortschritt gebehrdet, dann wird er einfach hinter die Reaktion geworfen, die doch wenigstens nicht lügt und fälscht und heuchelt. Aber alles Großthun — selbst wenn Eugen Richter ins Horn tutet — nutzt nichts, und zuweilen bricht sich die Erkenntniß selbst in den eigenen Reihen Bahn. So schreibt jüngst ein Correspondent aus Breslau der Berliner „Volkszeitung" und jammert, nachdem er nachgewiesen, wie nothwendig eine lebendige Agitation in Schlesien sei, zum Schlusse: „Aber — es geschieht eben nichts. Auch hier in Breslau ist Alles still. Der jüngere Wahlverein hat sich wieder aufgelöst, und der ältere rührt sich nicht. Sonst nahmen sich andere Parteien die Rührigkeit der Fortschrittspartei zum Muster; jetzt haben wir von den anderen Parteien zu lernen." — Daß gerade zu derselben Zeit, wo dieser fortschrittliche Nothschrei erschallt, der fortschrittliche „Gewerkverein", den Herrn Bojatzky, Reiseprediger des braven Märchens, Triumphe und Siege über die Sozialdemokratie in Schlesien feiern läßt, ist sehr bezeichnend für, ja für — die frech-komische Lügenhaftigkeit des „Gewerkverein".

— Zur Verfälschung der Lebensmittel. Aus Gladbach im Rheinlande wird geschrieben: „Eine von der Polizei veranlaßte chemische Untersuchung der Wurst hiesiger Fleischer rc. hat ergeben, daß dieselbe fast durchgängig durch Mehlzusätze verfälscht war. Da jedoch zwei unserer tüchtigsten Fleischermeister reine Waare führten, so fällt der oft gehörte Einwand, das Mehl sei zur Herstellung der Wurst unbedingt nöthig, in sich zusammen. Die Hauptursache kann man vielleicht in dem Umstand suchen, daß das Pfund Wurst 80, das Pfund Mehl aber nur 23 Pf. kostet und das letztere zudem noch die Eigenschaft besitzt, recht viel Wasser, das bekanntlich auch mitwiegt, zu absorbiren, welche Eigenschaft dem Fleisch und Fett fehlt. Die Personen, welche mit Mehl rc. verfälschte Wurst feilgehalten haben, werden sich demnächst vor dem Polizeigericht zu verantworten haben." — Was werden die Fleischer in den anderen Städten wohl ein günstiges Urtheil über ihre Polizei fällen, die ganz gemüthlich Mehl Fleisch sein läßt.

— Zum russischen Staatsbankerott schreibt die sonst so russenfreundliche „Weserzeitung": „Ein Berichterstatter über die Lage des Berliner Geldmarktes meldet, daß der russische Finanzminister, um das zur Kriegführung nöthige Geld anzuschaffen, den eigenthümlichen Weg eingeschlagen hat, die neu gedruckten Banknoten, deren Ausgabe auf dem Kriegsschauplatze kaum noch möglich ist, im Auslande, namentlich an der Berliner Börse zu verkaufen und dagegen Gold, besonders Napoleonsd'or einzutauschen, welche in Rumänien am liebsten genommen werden. Diese interessante Mittheilung findet ihre indirekte Bestätigung in der rapide sich steigernden Ausgabe „zeitweilig emittirter" Papiernoten, welche nach dem jüngsten Ausweise der russischen Staatsbank, abgesehen von den 735 Millionen „bilanzmäßiger" Rubelnoten, die beträchtliche Höhe von 153 Millionen Rubel erreicht hat. Die Gesammtsumme der bilanzmäßig und der zeitweilig emittirten Papierrubelnoten beträgt gegenwärtig bereits ca. 900 Millionen Rubel. Da die Ausgabe der Rubelnoten in Rußland unbeschränkt ist und in letzter Zeit wöchentlich etwa 10 Millionen in Noten emittirt wurden, läßt sich annehmen, daß Rußland im nächsten Monate 1000 Millionen Rubelnoten besitzen dürfte." — Wenn die russische Regierung, welche ohne Bewilligung irgend eines gesetzgebenden Körpers derartige Scheine ins Unendliche hinein drucken lassen darf, bis zu Ende dieses Krieges, der noch in weiter Ferne steht, dies thut, um sich aus der Geldklemme zu helfen, so kann es sich ereignen, daß später die Besitzer der Rubelscheine, besonders die im Auslande, in die Geldklemme gerathen, da voraussichtlich diese Papierwische den einzigen Werth als Papierwische haben werden. Schade aber ist es, wenn nur ein einziger Deutscher — ausgenommen natürlich die Russenfreunde, die sich aber erst recht in Acht nehmen — durch solche russische Schwindelei Schaden erlitte.

— Vom bulgarischen Kriegsschauplatz lauten die Nachrichten fortdauernd günstig für die Türken. Alle Angriffe, welche die türkische Ostarmee unter Mehmed Ali Pascha unternahm, hatten einen siegreichen Ausgang für die türkischen Waffen, ja es verlautet sogar, daß es Mehemed Ali Pascha durch ein geschicktes Manöver gelungen sein soll, sich zwischen die russische Hauptarmee und die Donau zu schieben, was einer ernstlichen Gefährdung der russischen Rückzugslinie nach Rumänien gleichkommen würde. Dagegen wollen die Russen gegen die türkische Westarmee unter Osman Pascha einen Sieg davongetragen haben soll. Die letzten Nachrichten über diesen russischen Sieg datiren vom 3. September, von da ab aber herrscht ein sehr verdächtiges Schweigen über den russischen Erfolg.

— Aus Nordamerika. Folgende interessante Notiz über die dortige Arbeiterbewegung entnehmen wir dem in Chicago erscheinenden „Vorboten": „Ein erfreuliches Zeichen ist es, daß allenthalben im Lande die Arbeiter zum Klassenbewußtsein kommen und entschlossen scheinen, sich von den alten Parteien loszumachen und als Arbeiterpartei selbstständig einzugreifen. Zu bedauern aber ist es, wenn auch bei der mangelhaften Vorbildung der Arbeiter nicht anders zu erwarten, daß sich allenthalben außerhalb der Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten politische Arbeiterorganisationen gebildet haben und dadurch die Kräfte zersplittert werden und die Gefahr heraufbeschworen wird, daß die Arbeiter von Neuem wieder zur Beute für heißhungrige Fachpolitiker werden. Die Aufgabe der Mitglieder der Arbeiterpartei ist es, allenthalben im Lande, wo sich Fachpolitiker der neuen Bewegung zu bemächtigen suchen, die Arbeiter vor den krummen Burschen zu warnen und die Arbeiter für die Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten zu gewinnen."

— Genosse Heinrich Meister in Hannover ist von der Strafkammer des Obergerichts wegen Beamtenbeleidigung zu 150 Mk. Geldstrafe, event. 15 Tage Gefängniß verurtheilt worden. Der Kronanwalt beantragte 2 Monate Gefängniß.

— Durch eine Verfügung des unsern Lesern hinlänglich bekannten Dr. Rüder sind für Leipzig vier Gewerkschaften knall und Fall geschlossen worden — und zwar die Gewerkschaft der Metallarbeiter, der Klempner, der Schuhmacher und der Holzarbeiter. Wie wir vernehmen, gedenkt Dr. Rüder seinen Posten als Polizeidirektor von Leipzig zu quittiren, falls diese Schließung, wie das Verbot der freiwilligen Geldsammlungen in Volksversammlungen, durch seine vorgesetzten Behörden rückgängig gemacht werden sollte. Ein Mann von Ehre könnte auch gar nicht anders handeln, und Jeder weiß, daß Dr. Rüder ein Ehrenmann ist wie er im Buche steht.

Schwarz — Schwarz-weiß-roth — Roth.

Münster, den 2. September.

Ueber Münster eine Correspondenz zu schreiben ist für eine Sozialdemokraten eine nicht gerade angenehme und erquickend Aufgabe. Unsere Stadt, die einen abgesetzten Bischof mit einer Schwarm schwarzer, einen Oberpräsidenten mit einem kleinen Heer schwarz-roth-weißer Untergebenen und, mit wenigen, aber rühmlichen Ausnahmen, last and least Studenten hat, deren Intellekt, wie Sie vom Dr. Steuber wissen, noch zu schwach sichtig ist, um die leuchtenden Sterne der Sozialdemokratie erblicken zu können; diese unsere Stadt hält noch immer mit unkräutigster Zähigkeit fest an der guten, alten Parole: In Münster sei es finster. Eine Totalverfinsterung hatten wir am Piusfeste, eine totalere am 1. September zu notiren. Weil der 2. nämlich ein Sonntag, beging man die Feier des heiligen Sedan am 1. September. Natürlich hatten die Ultramontanen mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln gegen das Fest agitirt und dabei den liberalen Gegnern nichts nachgebend, die einfachsten Regeln des Anstandes verletzt, aber nur deshalb, weil die Reichsdiener an diesem Feste den vaterlandslosen, von Rom dressirten Pfaffen gegenüber sich als die vornehmen Kulturmissionäre, die Erhalter der sittlichen Weltordnung aufspielten und den Balken im eigenen Auge nicht sahen, nicht aber, weil der Vertheidigungskrieg gegen Napoleon in einen Eroberungskrieg gegen Frankreich ausartete; mit letzterer Ansicht stehen wir Sozialdemokraten, zu unserer Ehre sei es gesagt, — allein.

Der Sedanzug wurde heuer von der jungen und jüngsten Generation Münsters, von den Volksschulkindern gesprungen. Als die Knaben und Mädchen den Marsch zum Festplatze antraten, regnete es heftig; die zukünftigen Kriegsknechte und Heldenjungfräulein jedoch zogen unter den Klängen einer Massenmordmusik mit militärischer Dreckverachtung zum Schützenhofe. Hier tranken sie Blümchenkaffee und Limonade und aßen dazu ein Butterbrod mit Nationalliberalismuß bestrichen. Ich wollte nur, Herr Lammers aus Bremen hätte sich die Bewirthung ansehen können, er würde gewiß nicht den berüchtigten Nothstandsartikel verbrochen haben. Für ein Drittel war gesorgt worden, die zwei übrigen Drittel sahen zu und hatten doch Hunger — wie preußische Stabsoffiziere, sagt man in meiner Heimath. Die Bedienung stellten die „interessanten" Töchter von Regierungsräthen und anderen Beamten, dieselben Damen, welche einen armen Reisenden mitleidig durch den Hausknecht vor die Thür complimentiren lassen. Inzwischen wurden Spielsachen ausgeloft,

Behandlung türkischer Gefangener in Rußland.

Die ersten in Jaroslaw vor einigen Wochen angekommenen türkischen Gefangenen aus Moskau, 300 an der Zahl, wurden in der Nikolai-Kaserne untergebracht. Als die Nachricht von ihrer Ankunft bekannt geworden war, begaben sich unsere Einwohner in großen Massen zu der Kaserne, um ihre Neugierde zu befriedigen, was aber nicht Allen gelang, weil die ganze Masse nicht gleichzeitig in den Kasernenhof, wo die gefangenen Türken sich gelagert hatten, gelassen werden konnte. Am Abend gegen 7 Uhr verließen die Gefangenen ihren Rastort und begaben sich in langem Zuge durch die Stadt zur Wolga, wo sie der Dampfer „Uspjech" erwartete, welcher beordert war, sie nach Kostroma zu transportiren. Bei dem ungeheuren Zulauf eines verschiedenartigen Publikums konnte diese Ceremonie nicht ohne irgend welche Zwischenfälle vorübergehen. Viele der dem Zuge Folgenden begleiteten die Türken mit Schimpfreden, was seitens dieser mit einem bösen Gesichtsausdrucke beantwortet wurde. Ein Gefangener, dem ein Mehlhändler „Allah-Giaur" zugerufen hatte, hob einen Pflasterstein auf und warf ihn dem Beleidiger an den Kopf. Der Getroffene verschwand in der Menge und konnte von der Polizei nicht aufgefunden werden. Als die Türken den Landungsplatz zum Dampfer passirten, spielte sich trotz Einschreitens der Polizeimannschaft folgende Scene in meiner Gegenwart ab: Ein Haufen betrunkener junger Leute, Fabrikarbeiter, welche alle zu den Einberufenen gehörten und mit einem anderen Dampfer auch nach Kostroma gebracht werden sollten, besetzte die Brücke, welche zum Landungsplatz des Dampfers führte, bildete Spalier und ließ für die herankommenden türkischen Gefangenen einen nur engen Durchgang. Als Letztere diesen passirten, erscholl von allen Seiten der sie umgebenden Masse lautes Schimpfen, das von einem Vorwärtsdrängen begleitet war. Als der Dampfer die Gefangenen aufgenommen hatte und bereits unter Dampf stand, um abzugehen, versuchte der betrunkene Haufe unter dem Geschrei: „Laßt uns sie in der Wolga ertränken!" sich an Bord desselben zu werfen. Dem die Gefangenen begleitenden Convoi gelang es indeß, solches zu verhindern. Als sich der Dampfer vom Landungsplatze entfernte, eilte die Masse zu dem Capitän ihres Dampfers und forderte von ihm unverzügliche Abfahrt, um, wie sie sich erklärte, den Dampfer mit den Gefangenen einzuholen und all' diese Kerle in der Wolga zu ertränken. Der Capitän des Dampfers gab angesichts dessen, daß der Haufe nicht zu beruhigen war, das erste Signal zur Abfahrt, obwohl es noch nicht an der Zeit war. Doch die Masse ließ sich damit nicht befriedigen und forderte wiederholt die sofortige Abfahrt, was den Capitän veranlaßte, sich an die Polizei zu wenden, die aber nur durch einige Unterbeamte vertreten war und deshalb bei dem Versuche, einige der Tumultuanten zu arretiren, nichts ausrichten konnte. Endlich gelang es einem militärisch gekleideten älteren Herrn — wie es sich später erwies, war es der Ex-Isprawnik unseres Gouvernements, der sich mit diesem Dampfer an seinen neuen Berufsort begab — die Masse durch einige ruhige Worte zu besänftigen, zwischen ihr und dem Capitän das Einverständniß herzustellen, und bald darauf setzte sich der Dampfer in Bewegung. Der Capitän bemühte sich, durch langsameren Gang den Dampfer aus dem Gesichtskreise zu verlieren, um so weiteren Unordnungen vorzubeugen.

— Ueber die Behandlung des Viehes bei Transporten sind jetzt folgende neue Vorschriften von der preußischen Regierung ergangen: Die Beförderung von Vieh kann mittelst Tragens, Treibens oder Fahrens stattfinden. Es ist dabei jedoch jede rohe Behandlung der Thiere, insbesondere das Hetzen von Hunden auf dieselben, das heftige Zerren an den Leitseilen, Prügeln mit Knütteln, Stoßen mit Füßen oder Fäusten zu unterlassen. — Das Treiben oder Führen lahmer Thiere ist nur in denjenigen Fällen gestattet, in welchen eine thierärztliche Bescheinigung von dem Treiber oder Führer vorgezeigt werden kann, daß die Thiere ohne erhebliche Schmerzen sich fortbewegen können. Beim Ein- und Ausladen sind die Thiere, wenn die Beschaffenheit des benutzten Fahrzeuges nicht gestattet, daß die Thiere in dasselbe hinein- und herausgeführt oder getrieben werden, zu heben und niederzusetzen, nicht zu werfen. Bei dem Transport mittelst Fuhrwerks dürfen nur solche Thiere gefesselt werden, welche bei freier Bewegung, ihrer Bösartigkeit wegen, ihren Begleitern oder dem Publikum gefährlich werden können. Eine Fesselung, welche den Thieren nur gestattet, auf dem Rücken zu liegen oder bei welcher denselben ein Stützpunkt für den Kopf fehlt, ist unzulässig. — Kälber, Schafe und Schweine dürfen auf dem Transport mittelst Fuhrwerks nicht gefesselt werden. Ein Transport auf Schubkarren ist verboten. — Bullen müssen bei allen Transportarten mit einer Blende (Kappe) vor den Augen versehen und an den Füßen in üblicher Weise gefesselt werden, um ihr Durchgehen zu verhüten. Jedem dieser Thiere müssen zwei handfeste Begleiter beigegeben werden. Die zur Beförderung von Thieren benutzten Fuhrwerke müssen so geräumig sein, daß die Thiere, ohne gepreßt oder gescheuert zu werden, neben einander stehen und liegen können. Dem gefesselten Vieh ist eine starke Unterlage von Stroh oder anderem weichen Material zu geben. Geflügel jeder Art darf nur in Käfigen, oder anderen luftigen Behältern befördert werden, welche so geräumig sein müssen, daß die Thiere neben einander zum Stehen und Liegen genügenden Platz haben. Der Transport in Säcken und Netzen ist unstatthaft, ferner das Binden der Flügel oder Füße und das Zusammenbinden mehrerer Thiere, sowie das Tragen an den Füßen. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden, insoweit sie nicht durch das Reichs-Strafgesetzbuch einer schärferen Ahndung unterliegen, mit Geldbuße bis zu 30 Mark, oder verhältnißmäßiger Haft bestraft. — Es ist sehr schön und heilsam, daß das Vieh, auch das Schlachtvieh geschont wird, daß strenge Gesetze gegen die Thierquälerei erlassen werden. Wann aber nahet die Zeit, wo auch den Menschen derselbe Schutz angedeiht, wo auch die Menschenquälerei aufhört?

Die „Glücksspielbuden" auf Jahrmärkten, Messen rc.

Erlauben Sie, Herr Redakteur, daß ich zu obigem im „Vorwärts" vor Kurzem behandelten Thema einen weiteren Beweis für die betrügerischen Manipulationen erbringe, die von einer großen Anzahl der Schaubudenbesitzer zur Ausplünderung des Publikums angewandt werden. Ich diente im Jahre 1874 in Hanau als Soldat. Alljährlich werden daselbst zwei Messen abgehalten, bei denen es natürlich an sogenannten Glücksbuden und allerlei sonstigen Sehenswürdigkeiten nicht fehlt. Nun war es mir während einer solchen Messe aufgefallen, daß einer meiner Kameraden, mit dem ich in einer Stube einquartiert war, jeden Abend mit einem ansehnlichen Gewinn, der bald aus einer silbernen Cylinderuhr oder einem silbernen Leuchter u. s. w. bestand, von der Messe heimkehrte. Die Sachen waren durchaus echt. Das „Glück" meines Kameraden reizte mich, und ich ließ mich verleiten, es auch einmal mit der Göttin Fortuna zu versuchen. Sechs Kreuzer (18 Pf.) waren Einsatz und als Gewinn fielen mir ein paar lumpige Bilder und ein Streichholzbüchschen zu im Werthe von vielleicht 6 Pfennigen. Das „Glück" meines Kameraden kam mir nunmehr verdächtig vor; ich und mehrere andere Kameraden drangen deshalb in den Glückspilz, uns

unter denen sich selbstverständlich eine Anzahl Sedanbüchlein befanden, die Vaterlandsliebe, Franzosenhaß und soldatische Tapferkeit predigten. Nebenbei intonirte ein Herr aus dem Kriegerverein aus lauter Ironie das Lied: „Freiheit, die ich meine;“ ferner hielt ein Schulinspektor, dessen Knopflöcher sämmtlich etwas Buntes entbehrten, eine kindliche, patriotische Ansprache an die seiner Obhut unterstellten preußischen Jungen und ließ, getreu dem Spruche: „Leben und leben lassen“, unter bengalischer Beleuchtung Seine Majestät, Wilhelm den siegreichen Eroberer hochleben.

Wie mochte es nur kommen, daß ich mich bei dem Lärm der Kinderstimmen an die Worte unseres großen Ahnherrn erinnerte: „Wehe dem, der einem von diesen Kleinen Aergerniß gibt! Es wäre ihm besser, daß ihm ein Mühlenstein an den Hals gehängt und er in die Tiefe des Meeres versenkt würde.“ Bei den Kanonenschlägen, die den Ohren der Soldatenschwärmer so schmeichelten, bei all' dem prasselnden Feuerregen, inmitten der grell beleuchteten Brutalitätsverherrlichung, — wie rief es in mir laut und angstvoll: „Licht, mehr Licht!“ Ein großer, starker Glaube an das welterlösende Ideal muß uns erfüllen, wenn wir, vor solchen traurigen Vorgängen stehend, nicht an dem Erfolge unserer Mission verzweifeln sollen. Dieser Glaube durchglüht das sozialdemokratische Herz und stählt es zum harten, rauhen Kampfe mit den Pforten der Hölle. Mit der unbezwingbaren Gewalt des Wahren, Guten und Schönen bricht er sich Bahn auch in die verrottetste Wildniß.

Auch Münster muß gelichtet werden. Es ist auf dem besten Wege einer der vielen faulen Punkte der bisherigen Weltentwicklung zu werden; auf der einen Seite nagt der Reichswurm, auf der andern Seite der Kirchenwurm, beide werden wir ausschneiden. Allzuschwer wird es uns nicht werden, denn man fürchtet uns außerordentlich. Offen und ehrlich anzugreifen wagen diese Schwächlinge nicht. In ihren unsauberen Verstecken erspähen sie irgend eine kleine Blöße, um den gefährlichen Feind zu verwunden. So theilt das hiesige Franc-tireur-Blatt mit innerem Wohlbehagen, das merken sich die Säumenden, mit, daß die Betheiligung an dem Abonnement auf die „Zukunft“ durchaus nicht den gehegten Erwartungen entspreche. Erfolge unserer Partei werden natürlich verschwiegen, — oder man lügt und fälscht absichtlich die Thatsachen. Das genannte Organ der Halbbildung schreibt (Nr. 220): „Wenn der „Vorwärts“ (Nr 92) den Professor Reuleaux einen einfältigen „Ignoranten“*) nennt, ... so mag er dadurch wohl den Beifall des Pöbels erringen.“ Der „Vorwärts“ stützte sich mit seinem Urtheil auf den Bericht der München-Gladbacher Handelskammer pro 1876, welcher im Hinblick auf die commerzielle Lage Deutschlands sagt, es trete jetzt immer deutlicher hervor, wie nachtheilig die durch die frühere starke Nachfrage nach Arbeitskräften gelockerte Disziplin für beide Theile, Arbeiter und Arbeitgeber, gewirkt habe durch die stets zunehmende Schwierigkeit, eine gutgearbeitete Waare preiswürdig herzustellen. Denn nichts sei mehr geeignet, den Consum zu verringern, als mangelhafte und dabei theure Waare. — Die Quelle, aus der der „Vorwärts“ schöpfte, wird von den Fälschern natürlich nicht genannt: man wüthet doch nicht gegen sein eigenes Fleisch! In einer Correspondenz (Nr. 220) über das Fest der Arbeitergewerkschaft in Osnabrück beträgt die Zahl der Festtheilnehmer 620, der im Saale nachher Versammelten 2000, wovon nur ein Zehntel Sozialdemokraten sind, also 200. Wo bleiben die 420 übrigen Personen? Ein anderes Mal nennt das famose Reptil die Sozialdemokraten schlankweg Vertheidiger des Mordes und warnt die „anständigen“ Bürger vor solchen Menschen. Warum? Weil der „Vorwärts“ die That der Molly Maguires als das Resultat der herrschenden und Verbrechen bedingenden heutigen Gesellschaftszustände bezeichnet, wenn die Hingerichteten nicht gar Opfer eines Justizmordes sind. Der „Vorwärts“ handelte wie der Arzt, der den Sitz eines Uebels aufdeckt, — ist also ein Freund des Verbrechens. Das wäre nationalliberale Logik, Herr Redakteur Glaser. Nomen et omen!

Dieser Glaser und Anstreicher des deutschen Reiches, der selbst Setzer gewesen ist und die Arbeiterlage also kennen muß, ist ängstlich bemüht, die Fenster des wackeligen, morschen Staatsgebäudes, welche von den Schlossen des Proletariersturmes durchlöchert worden, mit den schmutzigen Fetzen seiner Leitartikel zu verkleben.

*) Die Redaktion des „Vorwärts“ legte diesen Ausdruck ironisirend den Fabrikanten in den Mund — das konnte jedes Kind merken, nur nicht so ein Münster'scher Redaktionsesel.

D. R. d. „V.“

Vor einiger Zeit zog ein Herr von der „National-Zeitung“, wahrscheinlich Treitschke nach Glaser's Ansicht, die krachenden Lackstiefel der hohlen Phrase und den von dem Patschuli hohen Professorendünkels geschwängerten Frack des politischen Strebers an, bestieg das Wrack seiner Halbbildung und hielt eine gottvolle, urschleimige Rede, die verschiedene Hartköpfe zur Sozialdemokratie bekehrte. Der Redner schnauzte die nationalliberalen „Bildungsvereine“ darob an, daß sie durch Popularisirung der Wissenschaft in Rede und Schrift zur Verbreitung der Sozialdemokratie beitrügen.

Das gefällt der lieben „Provinzial-Zeitung“ durchaus nicht. Wir, sagt sie, wir vertreten („zertreten“ heißt besser!) fortwährend nur ächte Bildung und Wissenschaftlichkeit, die Sozialisten und Ultramontanen aber verdummen und verunsittlichen die Massen. „Wenn irgend etwas in der Welt, so sind Ultramontanismus und Sozialismus von der Wissenschaft (!) längst als Verirrungen des menschlichen Geistes erwiesen worden. Diese Wahrheit (!) aber den Massen, auf welche beide sich stützen, plausibel zu machen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Seit wann besitzen denn die Massen die zur Kritik solcher Fragen unerläßlichen Requisite des Denkens und Wissens? Seit wann zeichnen sich denn die mit der Hand arbeitenden Menschen, also die überwiegende Mehrzahl unserer Mitbürger, durch geistige Begabung aus?“ — — Welchem Arbeiter flammte da nicht feuriges, sozialdemokratisches Roth des Zornes und Unwillens von Stirn und Wangen?

Arbeiter! Behaltet jene Worte in eurem Herzen. Selten bieten unsere Gegner mit solcher dummen Dreistigkeit und dreisten Dummheit, mit solch' einer fast komischen Unverschämtheit ihre schwarze Seele dem offenen Anblick der Richter dar. Man will also dem Arbeiter gern die Segnung der Bildung zu Theil werden lassen, weil sie ja von der Sozialdemokratie (!!) befreit, aber Bildung würde die Arbeitsdauer z. B. einschränken, und das ist der fatale Knoten. Wer soll denn, wenn der Arbeiter täglich nur 8 Stunden sich abmüht, und die Kinder Tag für Tag bis zum 15. Jahre in die Schule gehen und ihren Unterhalt nicht selbst verdienen, wer soll Comtesse Stephanie die neuen Ballkostüme nähen, das zarte Täubchen müßte gar wollene Strümpfe tragen, die gnädige Frau müßte auf höchsteigenen Füßen spazieren gehen, und die Schooßhündchen sollten nicht mehr in seidenen Bettchen schlafen, der Herr Baron sollte dann und wann Rinderbraten essen, dürfte seinen Collegen nur einmal in der Woche einen Sektabend geben, dürfte sich nur — drei Maitressen halten, und am Ende würden sich die verd— schmutzigen Arbeiterkerle trotzdem noch darüber moquiren. Nein, das darf niemals sein! „Obzleich Ultramontanismus und Sozialismus in unserm Vaterlande zur Zeit in voller Blüthe prangen, so hat es doch mit der Verwirklichung ihrer Pläne seine guten Wege, da dieselben im Widerspruche mit der Vernunft stehen (frommer Augenaufschlag und brünstiges Beben der Unterlippe), der nach göttlicher (!) und menschlicher (aha!) Verheißung immer der Sieg bleiben muß.“ Nun folgt die Infamie: „Daß beide, Ultramontane und Sozialisten, es nicht auch unter uns zu ernsteren Störungen der Ruhe und Ordnung bringen werden, dafür bürgt am besten die Kraft der Staatsgewalt, auf deren Schwächung hinzuarbeiten jetzt als ein geradezu frivoles Beginnen bezeichnet werden muß.“ —

Das also ist des Pudels Kern! Bilden will man nicht, also schießen, hauen, stechen u. s. w. Frech und frei wird es ausgesprochen, daß man eine Reform, die auf dem Wege der allmähligen Versöhnung durchgeführt werden soll, durch die rohe Faust der Staatsgewalt vereiteln, den Kampf gegen den Geist mit Blut, Eisen und Zuchthaus führen will. Und doch blähte sich einmal die „National-Zeitung“ und posaunte stolz hinaus: „Wenn die sozialdemokratischen Führer es noch nicht wissen sollten, so sei ihnen gesagt, daß sie mit Gewalt nichts erreichen; wer die Sphäre des Rechtes und Gesetzes verläßt, findet keinen Boden im Lande der Denker.“ — So widersprechen sich Sklave und Herr. Ihr heuchlerischen Thoren! Auch denkt an das mächtige heidnische Rom und das junge, mächtigere Christenthum, welches nur siegte, weil es die Religion der Liebe war, welches fällt, wenn es die unnatürliche Verbindung mit dem Fleisch gewordenen Egoismus, dem heutigen Staate, eingeht. Zwar erstickt ihr den Arbeiter fast mit den dornigen Reisighaufen eurer Standesvorurtheile und eures unsittlichen Egoismus. Der Regen, der vom Firmamente des Geistes träufelt, wird von euch aufgefangen und seiner stärkenden, heilsamen Bestandtheile beraubt. Wie der durstige Hirsch nach Wasser, schreit das Proletariertind nach dem Quell des Wissens und verschmachtet oder trinkt ihn in schlecht versorgten Freischulen als trübes, geschmackloses Wässerchen. Nun, wir haben tüchtige, ausgezeichnete Arbeiter und scharfe, blitzende Werkzeuge, wir werden kommen und das Terrain säubern, säubern von Grund aus. „Es soll, wie ein alter Landwirth schrieb, das Neuland nicht mit leicht über die Oberfläche hinstreifender Hacke, sondern mit tief eingreifendem Pfluge beackert werden.“ Dann soll es einmal lustig blühen, wonnig duften und üppig gedeihen allüberall.

Wie verlautet, soll demnächst für Münster ein Parteiblatt erscheinen.*) Es ist die höchste Pflicht eines jeden wahren Menschenfreundes, zur weitesten Verbreitung des Blattes in Haus und Hütte beizutragen. Es kann uns nicht schwer werden. Angesichts solcher Erbärmlichkeiten, wie die mitgetheilten, müssen auch die Blinden sehend werden. Trete jeder Mann mit ganzer Person ein in den Kampf des Vorwärts mit dem Rückwärts.

Darum:

Heraus mit eurem Flederwisch!
Nur zugestoßen! Ich pariere.

M. Br.

*) Ist uns nicht bekannt.

D. R. d. „V.“

Correspondenzen.

Hamburg, 1. September. Zur Illustration der vortrefflichen nationalökonomischen Einsicht, welche unsere Zeitungsschreiber in ihr Geschäft mitbringen, erlaube ich mir Ihnen Folgendes mitzutheilen. Der Berliner * Correspondent unseres ersten Blattes, der „Nachrichten“, giebt in der Nr. 206 vom 31. August einen aus der „Provinzial-Correspondenz“ genommenen Auszug aus einem Artikel des Dr. Engel über „Die Theilung der Arbeit im preußischen Staate“, welcher mit der Bemerkung des Dr. Engel schließt: „Die Reihen der produktiv Thätigen lichten sich und die der distributiv Thätigen füllen sich. Je mehr das über das nothwendige Maß hinaus der Fall ist, desto theurer müssen die Waaren werden, weil sie über ihre unschmälerbaren Produktionskosten hinaus den zur Erhaltung der Distribuenten nöthigen Aufschlag zu tragen haben. Ein gesteigerter Umsatz vermag diesen Uebelstand nicht auszugleichen, denn die Umsatzmenge kann sich unter übrigens gleichen Produktionsbedingungen dadurch nicht vermehren, daß die Zahl der Producenten ab- und die der Distribuenten zunimmt. Wer dieses Zeichen der Zeit richtig zu deuten versteht, wird sich manche unerfreuliche Erscheinung in der Gegenwart erklären können.“

Und wie erklärt sich nun unser weiser „Nachrichten“-Correspondent diese „unerfreulichen Erscheinungen“, und welches sind, nach seinem Dafürhalten, diese Erscheinungen selbst? Er fährt fort:

„Der Verfasser nennt diese Erscheinungen nicht, aber es ist klar, daß er auch auf die immer um sich greifende Waarenverfälschung hindeutet.“ — Weiter vermag er nichts dabei zu denken! „Die große Zahl der Personen,“ fährt er fort, „welche von der Vertheilung der Güter leben wollen, nöthigt sie, immer weiter zu gehen in den Versuchen, sich die Waaren auf die wohlfeilste Weise zu verschaffen, nöthigt sie, entweder selbst die Waare durch Verschlechterung zu vermehren, oder solche Producenten bei der Abnahme zu begünstigen, welche den niedrigen Preis durch Fälschung der Qualität ermöglichen.“

Und solche Ignoranten wollen das Volk durch die Zeitungen belehren! —a.

Husum, den 3. September. Daß in katholischen Ländern Wunder über Wunder ins Werk gesetzt werden, um den Leuten das Geld abzuschwindeln, das wundert uns gar nicht. Ebenso wenig wundert es uns, daß das Volk, welches Jahrhunderte lang von der Geistlichkeit in der Verdummung gehalten wurde, noch immer sein Geld für solche Wunderdinge opfert. Die Dummen werden nicht alle, sagt ja schon das Sprichwort. Aber „bei uns“ ist das doch ganz anders, wenigstens glaubt dies der denkfaule Spießbürger, der in behaglicher Ruhe beim vollen Bierseidel über die Tagesereignisse discutirt. Aber in Wirklichkeit geben die protestantischen „Seelenhirten“ ihren katholischen Amtsbrüdern nichts nach, das beweisen, soweit Schleswig-Holstein in Betracht kommt, die beiden Muckerorgane „Sonntagsblatt fürs Haus“ und „Neue Zeitung“, die das Volk ganz vortrefflich zu bearbeiten verstehen. Ein Beweis dafür ist der Umstand, daß in kurzer Zeit zum Bau eines Missionshauses 36,000 Mark zusammengekommen sind! Etwas näheres darüber, wie diese 36,000 Mark zusammengebracht sind, soll uns Herr Pastor Jensen Brecklum selber erzählen, der Leser urtheile dann selbst darüber. Der Herr Pastor sagte:

„Die Welt sagte, so viele Tausende kommen nie zusammen. Und selbst die Freunde des „Reiches Gottes“ hatten ihre stillen Bedenken. Mancher sagte: „Man weiß nur nicht, woher all das Geld kommen soll!“ Aber Jesus hat alle Gewalt, ihm gehört Gold und Silber. Er hat das bewiesen. Von den täglichen Gnadenerweisungen und wunderbaren Durchhilfen will ich schweigen, nur ein paar Einzelheiten noch erzählen zum Preise seines herrlichen Namens und zur Stärkung unserer Seele. Als die Arbeiter erst einige Wochen gearbeitet, da kam die Zeit, wo die eingehenden kleineren Summen nicht reichten. In ca. 4 Wochen sollten größere Summen bezahlt werden. Da ging ich nicht zu Menschen (?!) und sagte ihnen: nach 3 Wochen soll ich so und so viel Geld gebrauchen, könnt ihr mir helfen? nein, ich wandte mich an den für uns gekreuzigten und auferstandenen Jesus, stellte ihm die Sache bittend dar, bat ihn, er möchte mir vor der Zeit eine größere Summe geben, ich solle, wie er sähe, sie gebrauchen. Siehe es kamen auf einmal 2000 Mark und mehrere kleinere Posten. Die übernommenen Verpflichtungen konnten pünktlichst erfüllt werden. — Ein andermal, es war im November, fehlten mir für eine Rechnung, die am andern Mittag bezahlt werden sollte, ca. 50 Mk. Ich verreiste und bat Jesum morgen Vormittag, wenn ich zurückkomme, möge er mich auf der Post 50 Mark vorfinden lassen. Die 50 Mark und zwar reichlich, waren da. Ich war fröhlich in meinem Herrn. Ein andermal kommt ein Mann mit einer Rechnung, der Herr Pastor hat aber kein Geld: da klopft es an die Thür; ich denke sofort: das ist der Herr, der Einen mit Geld schickt — und so war's', ich hatte Geld genug, konnte die Rechnung bezahlen. Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden.“

Daß ein großer Theil des schleswig-holsteinischen Volkes solche Albernheiten nicht nur liest, sondern auch glaubt, ist eine traurige Thatsache; sind doch von der Predigt, aus der die obigen Citate genommen sind, seit dem 10. April dieses Jahres vier Auflagen erschienen! R.

c-e. **Rostock**, 2. September. Meine letzte Correspondenz ist in den mecklenburgischen gegnerischen Zeitungen mit großem Hurrah aufgenommen worden. „Mit dem ‚Arbeiterfreund‘ steht's so schlecht, daß er seine Noth bereits im ‚Vorwärts‘ auspojaunen muß“, so mochten sie gedacht haben. Nun haben wir zwar keine Ursache zu prahlen, aber mit unserem Blatte steht's durchaus nicht schlecht, deckt es sich doch. Ich sagte eben nur, daß in den kleineren Orten mehr, viel mehr gethan werden könnte.

---

zu gestehen, wie es käme, daß nur er so kostbare Gewinne davontrage. Nach langem Zögern gestand er uns, daß ihm ein Landsmann, ein Carroussellbesitzer, zu einem Posten bei einem Glücksbudenbesitzer verholfen habe. Er sei nur ein Scheinspieler und bekäme am anderen Tage, nachdem er die „Gewinne“ pflichtgemäß wieder abgeliefert habe, 30 und manchmal auch 45 Kreuzer als Lohn für seine Bemühungen. Auf diese Weise streut man dem nichts Arges ahnenden Publikum Sand in die Augen.

Tannenberg, 2. September. R.

— Zur Kaiserfeier am Rhein. Aus Grafenberg erhalten wir die Abschrift eines Plakats, welches in den drei dortigen Fabriken angeschlagen war und folgendermaßen lautet:

„Um unsern sämmtlichen Angestellten und Arbeitern Gelegenheit zu geben, die Empfangsfeierlichkeit Sr. Majestät des Kaisers in Düsseldorf beizuwohnen, haben wir beschlossen, Mittwoch Nachmittags und Donnerstag den ganzen Tag zu feiern. Am Donnerstag nach Eintreffen des Kaisers an der Station Grafenberg 9½ Uhr, sowie Mittags 1,45 Minuten selbigen Tages werden die Angestellten und Arbeiter der drei Werke Spalier bilden und haben sich sämmtliche Leute an dem genannten Tage Vormittags 8 — 8½ und Mittags 12¾ — 1¼ Uhr auf dem Fabrikhofe in ihren Feiertagskleidern einzufinden und unter Vorantritt des Meisters zu dem Empfangsplatz zu begeben. Wir rechnen mit Bestimmtheit darauf, daß die Empfangsfeierlichkeit durch ein gutes Betragen zur Freude Sr. Majestät, wie zur Ehre des ganzen Arbeiterstandes ausfallen wird.“

Man sieht hier deutlich, wie solche Empfangsfeierlichkeiten gemacht werden; drei Bourgeois begrüßen in Wirklichkeit den Kaiser und diesem soll vorgegaukelt werden, als ob mehrere hundert Arbeiter aus freien Stücken ihn bewillkommneten. So sieht man überall Lüge und Täuschung.

— Ein Schurkenstreich. Ein Dienstmädchen in Berlin, welches von seiner Hausfrau regelmäßig eine kleine Summe Geldes empfing, um davon kleine Wirthschaftsausgaben zu bestreiten und dieselben allwöchentlich zu berechnen, hatte längere Zeit bemerkt, daß ihr von diesem Gelde, welches sie frei in einen Tischkasten legte, fast täglich einige Groschen fehlten. Sie mußte dieselben natürlich einbüßen, da sie ja eben die Verausgabung desselben nicht nachweisen konnte, und fühlte sich durch diesen Verlust um so schmerzlicher berührt, als dadurch fast ihr ganzer mühsam erworbener Lohn verloren zu gehen schien. Als sich dieses Verschwinden des Geldes denn doch zu oft wiederholte, muthmaßte sie endlich einen Diebstahl, legte sich auf's Lauern und ertappte auch glücklich den Thäter — in dem erwachsenen Sohne der eigenen „Brodherrschaft“! Ob der Dieb den Gerichten überliefert worden ist, davon verlautet nichts. Hätte das Dienstmädchen die Groschen gestohlen, so säße es längst im Gefängnisse.

— Geschäft und immer Geschäft! In der „Vossischen Zeitung“ lesen wir: „Eine mir passende Dame (Jüdin) suche ich zur Frau. Ich habe ein Engros-Geschäft (Consum-Artikel) und bin vermögend. Discr. Adr. S. 63 in der Exped. d. Ztg.“ — Geschäft! immer Geschäft! Weiter lesen wir in derselben Zeitung: „Damen mit schöner Figur und eleganter Toilette, welche geneigt sind, sich für Schaukastenbilder photographiren zu lassen, werden ersucht, ihre Adressen mit Photographie unter Angabe ihrer Bedingungen in der Exped. d. Ztg. abzugeben.“ Die Annoncen in jeder Nummer irgend einer größeren Zeitung halten der heutigen Gesellschaft einen Spiegel vor, in welchem sie ihr ekelhaftes Bild erblicken kann.

— Von einem höheren österreichischen Offizier erhält die Wiener „Neue Freie Presse“ folgende höchst bezeichnende Zuschrift:

„Löbliche Redaktion! Wie bekannt, wird der russische Georgs-Orden, sowie der Maria-Theresia-Orden nur für tapfere Thaten verliehen.

Wie konnte daher dem preußischen Militär-Attachés im russischen Lager jener Orden verliehen werden, wenn er nicht mitgekämpft hat? Oder bildet der bekannte „Liebesdienst“ die tapfere That? Ist aber Ersteres geschehen, wie verträgt sich eine solche aktive Theilnahme mit den Pflichten einer neutralen Macht?!

Leider sehen wir in diesem für Europa so schandvollen Kriege Alles gegen die Türken in Anwendung gebracht: unerhörten Treubruch, Felonie — kurz alle Nichtswürdigkeiten und ehrlosen Mittel, die früher besonders in gewissen conservativen, legitimistischen, frommen und militärischen Kreisen stets Abscheu und Entsetzen erregten.

Das höchst einseitige Vorgehen gegen die Türkei — a conto eines ganz einseitigen, nichtssagenden Berichtes über einen Vorfall, der in jedem Kriege vorkommen wird und vorgekommen ist — hat in den Reihen der österreichischen Offiziere den lebhaftesten Unwillen erregt; man findet, daß die türkische Armee, welche die mit allen abgefeimten Mitteln und mit brutaler Gewalt angegriffenen Rechte ihres Souveräns und obersten Kriegsherrn, ihres Vaterlandes so heroisch und bewunderungswürdig tapfer vertheidigt, mehr Achtung verdient hätte!

Wenn die löbliche Redaktion diese Zeilen veröffentlicht, so würden sie einen Widerhall finden in allen Herzen, welche die Ausdauer und die Tapferkeit der türkischen Armee mit Recht bewundern. Sie sind der Ausfluß der Meinung von Tausenden, die sich so ausgesprochen, das darf der Schreiber in Wahrheit behaupten! Suum cuique.

Nun, es hat auch nur jener Correspondenz bedurft, um ein regeres Leben zu erwecken; die Zuschriften, die die Redaktion des „Arbeiterfreundes“ erhalten, haben bewiesen, daß unser Blatt bereits unentbehrlich geworden ist. Verblüfft muß es die Liberalen aber nicht wenig haben, als sie diese Woche vernahmen, mit dem 1. Oktober solle der „Mecklenb. Arbeiterfreund“ dreimal wöchentlich erscheinen. Vorläufig schweigen sie darüber noch, während unsere Gesinnungsgenossen unser Vorhaben allerorts mit Jubel begrüßen. — An dieser Stelle sei wieder einmal eines liberalen Blattes erwähnt, das, wie ich schon früher einmal mittheilte, auch in diesen Spalten gebrandmarkt worden ist. Es ist das „Meckienb. Tagesblatt“. Dieses ganz besonders hat es sich angelegen sein lassen, auf den „Arbeiterfreund“ zu schimpfen; naiver Weise wagte der Redakteur, unserem Blatte sogar rohe persönliche Angriffe vorzuwerfen. Nun, es ist wahr, wir haben Niemand geschont, wir haben nicht wenige schlechte Streiche aus der liberalen Partei veröffentlicht, aber wir sind nie ohne triftige Gründe aufgetreten, wie das denn von Freund und Feind anerkannt wird. Aber wie tritt das „Mecklenb. Tagesblatt“ auf? Freund und Feind sagen, nicht anders als persönlich. Gegen gegnerische politische Persönlichkeiten wurde das ehrenwerthe Blatt geradezu gemein; so nannte es Finn einen „politischen Seiltänzer“; selbst den allgemein geachteten Hofbaurath Demmler konnte es nicht in Ruhe lassen, verächtlich sagte das Blatt: „Politiker vom Schlage eines Demmler!“ Also an Gemeinheit läßt es nichts zu wünschen übrig. Wie kann es auch anders sein — der Redakteur jenes Blattes drängt sich in jeder Weise hervor, um eine Rolle zu spielen, die nahezu an's Lächerliche streift. — Schließlich wollen wir diesem Herrn noch einen Rath geben: Wenn er in der nächsten Wahlperiode wieder von den Errungenschaften der Liberalen schreibt und das Civilstandsgesetz aufführt, das Jedem in Glaubenssachen Freiheit gewährt, so mag er sich aus seiner nächsten Umgebung ein Beispiel hervorsuchen. Vielleicht entsinnt er sich noch, wie Arbeiter gezwungen werden können, taufen zu lassen. Verschiedene Beispiele von redaktioneller Unparteilichkeit behalten wir einstweilen für uns. Nun sind wir neugierig, welche neueste Wäsche er nach diesem veranstalten wird. — Die Arbeiter Mecklenburgs fordern wir schließlich auf, lebhaft für unser Blatt zu agitiren. In jede Arbeiterfamilie muß es dringen und die gegnerischen Blätter verdrängen. Ihr müßt es selbst zu einer Macht gestalten, die unsere Gegner nicht übersehen können. Nicht nach Hunderten, sondern nach Tausenden müssen unsere Abonnenten zählen. Auf welche Weise wollt Ihr überhaupt Eure Angehörigkeit zur Partei noch bethätigen, wenn nicht durch Abonniren auf den „Mecklenb. Arbeiterfreund“? Man hat Euch die Wahlvereine unter nichtssagenden Gründen geschlossen, während die der Liberalen und Conservativen bestehen. Sie dürfen sich sogar über das ganze Land verbreiten und mit „Genehmigung“ des Ministeriums Politik treiben, — Euch versagt man, Ortswahlvereine zu gründen. Ihr könnt auch nicht sagen, es fehle Euch das Geld zum Abonniren. Wie soll sich denn Eure Lage verbessern, wenn Ihr nicht kämpft? Wo wollt Ihr das Recht hernehmen, über die heutigen Zustände zu klagen? — Oder vertreten etwa die liberalen, resp. conservativen Blätter Eure Rechte und Interessen? Wenn in Euch noch der rechte Arbeiterstolz ist, so müßt Ihr sie mit Verachtung von Euch weisen; es muß Euch mit Zorn erfüllen, wenn Ihr darin leset, daß es gerecht ist, wenn Eure Kinder zum Viehhüten verwendet werden, anstatt daß sie die Schule besuchen sollten; mit Entrüstung muß es Euch erfüllen, wenn Ihr Euch darin als die verächtlichste Klasse dargestellt findet! Weist sie von Euch und abonnirt auf den wöchentlich zweimal erscheinenden „Mecklenburgischen Arbeiterfreund“!

Barmen, 5. September. Parteigenosse Jakob Walter jr., der am 28. Augnst vom Dache eines Neubaues herunterstürzte und dabei schwere Verletzungen davontrug, ist am 3. d. M. seinen Leiden erlegen. Der Dahingeschiedene, welcher im kräftigsten Mannesalter stand, war stets eifriger Anhänger der sozialdemokratischen Partei und einer der Ersten, wenn es galt, ein Opfer für die Verbreitung des Sozialismus zu bringen. Die Wupperthaler Genossen verlieren in ihm einen treuen und unverdrossenen Kämpfer für die Menschenrechte. — Am heutigen Tage wurde derselbe unter zahlreicher Betheiligung der Parteigenossen zur Ruhe bestattet.

Mainz, 5. August. Da ich so häufig aus allen Gegenden Deutschlands Klagen über Geschäftslosigkeit, Arbeitsmangel und Arbeiterelend in allen der Sache des Volkes ergebenen Zeitungen lese, so will ich es versuchen, auch über die hiesigen sowohl als über die ländlichen Verhältnisse der nächsten Umgebung ein Bild zu entrollen, das wohl manches in anderem Lichte erscheinen lassen wird, als es in unserer heutigen Tagespresse, die gern das Elend des Volkes todtschweigen möchte, dargestellt wird. Als im vergangenen Winter viele Arbeiter ohne Arbeit waren, vertrösteten sie sich auf die bessere Jahreszeit, die wieder Beschäftigung bringen sollte. Leider hatten sie sich aber, wie schon so oft bei derartigen Fällen, wieder getäuscht. Zwar laufen nicht mehr so viele Männer der Arbeit, wie es zur Winterszeit der Fall war, beschäftigungslos herum, aber es kann trotzdem selbst dem oberflächlichen Beobachter die Thatsache nicht entgehen, daß trotz der Sommerszeit noch häufig Fälle zu verzeichnen sind, wo Arbeiter, die einmal außer Beschäftigung sind, schwer Arbeit finden können. Täglich verringern sich hier wie auch allerorts die Arbeiter in den kleinen Werkstätten, und hat sich die Zahl der sonst hier beschäftigten Arbeiter auf Handlangerdienste und Erdarbeiten gegen früher ebenfalls verringert. Auch haben es die Lohnreduktionen fertig gebracht, daß die Arbeiter in den meisten Fabriken mit einem Hungerlohn am Zahltag nach Hause gehen müssen. Hauptsächlich finden wir aber, daß Handarbeiter, die hier in einer nicht geringen Zahl bei den hiesigen Festungsbauten beschäftigt sind, selten mehr als zwei Mark pro Tag ausbezahlt bekommen, und trägt hieran hauptsächlich die Konkurrenz der Italiener und Polen, die sich jedes Jahr hier einfinden, die Schuld. Ebenso sieht es in unserem Rhein- und Maingaue aus; während sonst auf dem Lande um diese Zeit die Arbeiter stets gesucht waren, ist es unter den heutigen Verhältnissen dahin gekommen, daß Taglöhner, die nur noch die halbe Woche Beschäftigung haben, nicht mehr zu den Seltenheiten gehören. Der Kleinbauer, welcher sonst noch vieles durch fremde Hände verrichten ließ, muß jetzt seine Arbeit selber verrichten, weil er sonst, geradeso wie der kleine Industrielle, sich kaum noch halten kann. Das Kleinbürger- wie Kleinbauernthum geht mit raschen Schritten seinem Untergange entgegen. Aber auch sie werden durch den heutigen Kampf um's Dasein bald die Ursachen des Massenelendes erkannt haben, sie werden begreifen, daß der heutige Klassenstaat mit seinem Militarismus das Massenelend verschuldet hat.

F. J.

Leipzig, 8. September. Donnerstag den 6. d. M. tagte in der „Tonhalle“ eine stark besuchte Volksversammlung, in welcher Bebel über: „Die Thätigkeit des Reichstags und die Sozialdemokratie“ sprach. Dieses Thema ist hier am Orte schon vielfach behandelt worden, und wenn wir nicht irren, hat sogar Genosse Bebel selber schon einmal dasselbe zum Gegenstand eines Vortrags gemacht. Doch dem sei wie ihm wolle — Bebel führte in seiner zweistündigen Rede in gewohnter scharfsinniger Weise den Nachweis, daß das deutsche Volk von dem deutschen Reichstage in seiner jetzigen Zusammensetzung nichts Ersprießliches zu erwarten habe. Als Gegner trat ein gewisser Herr G., seines Zeichens ein Geistlicher auf, der, wie er zugestand, gekommen war, um sich belehren zu lassen. Belehrung sei ihm aber nicht geworden. Auch er sei ein Arbeiter, und pflege er zu arbeiten mit dem Kopfe, der Hand und, wie es heut der Fall sei, zuweilen auch mit dem Munde. Die Mundarbeit des Auch-Arbeiters wollte den Versammelten aber gar nicht recht zusagen, denn jeder dritte, vierte Satz, der über die Lippen des geistlichen Herrn floß, erregte allgemeines Lachen, in welches der Redner zum Ergötzen der Zuhörer einmal sogar selber einstimmte. Nachdem Bebel dem „Arbeiter im Weinberge des Herrn“ kurz und treffend geantwortet hatte, nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Die heute, am 6. September 1877, im Saale der „Tonhalle“ tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Bebel in ihrem ganzen Umfang einverstanden.“ — Erwähnt sei noch, und Dr. Rüder mag sich dies ad notam nehmen, daß die freiwillige Geldsammlung 135 Mark ergab.

Aufruf an die Leser des „Vorwärts“ und die Parteigenossen zu Hannover.

Werthe Genossen! Wiederum naht ein neues Quartal und wiederum tritt an uns die Pflicht heran, für neue Abonnenten zu sorgen und unserer Presse einen stets größeren Leserkreis zu verschaffen. Wir wissen, daß es gegenwärtig nicht leicht ist, andere Ausgaben als für den Lebensunterhalt zu machen. Jedoch dürfen wir nicht vergessen, auch unserm Geist gesunde Nahrung zuzuführen, und daß uns dieselbe in der sozialdemokratischen Presse nur allein geboten wird, ist jedem Leser des „Vorwärts“ bekannt. Deshalb ist es eines jeden Arbeiters Pflicht, so viel als er irgend kann, der sozialdemokratischen Presse neue Leser zuzuführen. Es ist wohl kaum eine günstigere Zeit zur Verbreitung unserer Presse als der Herbst und der Winter mit ihren langen Abenden. Deshalb nochmals, thue ein jeder Parteigenosse seine Schuldigkeit und verbreite den „Vorwärts“, die „Neue Welt“ und den „Armen Conrad“.

Ihr wißt, daß die sozialdemokratische Presse wohl die billigste ist, dabei aber auch die belehrendste, weil sie nur zu diesem Zweck gegründet ist, und nicht, wie andere Zeitschriften, zur Ausbeutung des Volkes. Es wird Euch also, wenn Ihr die Vorzüge, welche unsere Presse besitzt, den Arbeitern aufzählt, leicht werden, dieselben zum Abonnement auf den „Vorwärts“ und die „Neue Welt“ zu bewegen; und einen Kalender braucht ein Jeder. Dabei ist nicht zu vergessen, daß der „Arme Conrad“ allen anderen Kalendern den Rang abgelaufen hat. Deshalb auf und keine Mühe gescheut. Sodann will ich nur noch darauf aufmerksam machen, daß es auch von Wichtigkeit ist, daß in den Wirthschaften der „Vorwärts“ ausliegt, denn es liest da oft Jemand einen Artikel und wird hierdurch zum ersten Mal auf unsere Prinzipien aufmerksam.

Die Wirthschaften, in denen bis jetzt der „Vorwärts“ ausliegt, bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntniß:

Wirthe in Hannover.

Loges, Ihmebrücke 3 (Keller); Widgrefe, Mittelstr. 11; Jens, Brandstraße 36; Denecke, Bäckerstr. 5; Ebeling, Rothereihe 10; Willig, Neuestraße 22; Matches, Neuestr. 45; Habenicht, Ballhofstr.; Kellermann, Kreuzstr. 10; Barthling, Knochenhauerstr. 59; Müller, Knochenhauerstraße 47; Michelmann, Artilleriestr.; Moses, Am Bahnhof 2; Wurster, Am Bahnhof 3; Bode, Am Bahnhof 13; Fienemann, Gartenstr.; Gieseler, Gr. Packhofstr. 9; Leifheit, Osterstr. 8; Wittmühs, Osterstr. 22; Winkelmann, Osterstr. 39; Niemann, Kirchwenderstr.; Böcker, Rautenstraße 10; Narten, Hildesheimerstr.; Jarren, Braunschweigerstr.; Struckmeier, Breitestr.; Thiele, Köblingerstr.; Steinecke, Leinestr.; Frie, Langestraße 3b (Göthekeller); Apel, Andert'sche Wiese; Wagener, Klagesmarkt 12; Michel, Hainhölzerstr. 1; Bartels, Hainhölzerstr. 7; Otto, Hainhölzerstr. 24; Heimberg, Glocke 37; Großkopf, Gustav-Adolphstraße 12; Ohlendorf, Nordfeldedreihe 9; Voigt. Nordfelderreihe 12; Piepho, Heisenstr. 1; Wedemeier, Schaufelderstr.; Bausch, Engelbostelerdamm 54; Lampe, Kl. Bahrenwald 59; Keese, Bahrenwalderstr. 102; Ullrich, Listerfeld; Kreie, Jakobistr. (Felsenkeller); Wöppelmann, Hagenstraße 4.

Wirthe in Linden.

Kracke, Deisterstr. 29b; Otto, Göttingerstr.; Beaulieu, Ricklingerstraße 88; Sohns, Ricklingerstr. 43; Aschoff, Behnsenstr 28; Heitz, Charlottenstr. 58; Röhrbein, Posthornstr. 9; Blume, Falkenstr. 62; Raabe, Todtengang; Ringe, Nieschlogstr. 16; Günther, früher Meier, Limmerstr. 22; Held, Limmerstr. 26; Pinkenburg, Limmerstr. 28; Piepho, Limmerstr. 20; Ey, Limmerstr. 19; Tegtmeier, Blumenauerstr. 18.

J. A. der Zeitungs-Commission:
Ad. Schmidt.

„Rundschau.“

Von den Filial-Expedienten folgender Orte ist über Nr. 1 der „Rundschau“ abgerechnet worden:

Annaberg, Aschersleben, Achim, Altona, Apenrade, Ahrensburg, Aachen, Alveslohe, Augsburg, Bockenheim, Breslau, Barmen, Brandenburg, Bochum, Burscheid, Bornheim, Barmstedt, Barlt, Braunschweig, Bromberg, Barsfleth, Calau, Calbe a. S., Cassel, Cöln, Cottbus, Coblenz, Duisburg, Dortmund, Delitzsch, Dörnigheim, Düsseldorf, Ernsdorf, Eckernförde, Elmshorn, Erfurt, Epenwöhrden, Frankfurt a. M., Flensburg, Fulda, Freden, Forst Berge, Fürth, Geestendorf, Glückstadt, Göttingen, Görlitz, Greiffenberg, Gelsenkirchen, Goldlauter, Garding, Groß-Steinheim, Hemme, Hannover, Hanau, Harburg, Halle, Hildesheim, Halberstadt, Heide, Jüterbogk, Kalk, Kl. Krotzenburg, Kiel, Kellinghusen, Kl. Auheim, Kirchhain N.-L., Krempe, Lokstedt, Lunden, Liegnitz, Langenbielau, Lindenau, Lesum, Lechhausen, Magdeburg, Meldorf, Mölln, Marburg, Marne, Nordhausen, Neumünster, Neustadt i. H., Nowaweß, Norderhastedt, Neumarkt, Osnabrück, Ottensen, Osterode, Oldesloe, Peterswaldau, Potsdam, Pinneberg, Peitz, Rendsburg, Rostock, Reinfeld, Rixdorf, Sossenheim, Sorau, Solingen, Seth, Striegau, Schleswig, Steele, Sonderburg, Schönberg, St. Johann, Sühlen, Sommerfeld, Suhl, Stelle, Schweidnitz, Tönning, Uelzen, Uetersen, Verden, Viersen, Werden, Wandsbeck, Wüstegiersdorf, Wilster, Waldenburg i. Schl., Zeitz.

Aus nachfolgenden Orten ist über Nr. 1 noch nicht abgerechnet worden:

Bramstedt, Buer, Bielefeld, Bredstedt, Bergen a. R., Bernau, Bützow, Burg, Beeskow, Cappeln, Crefeld, Cochstedt, Cöslin, Colberg, Charlottenburg, Dreißighuben, Danzig, Doberan, Dietesheim, Dürrenberg, Dirschau, Eilenburg, Essen, Elbing, Frankfurt a. O., Friedrichstadt, Fechenheim, Gr. Berkel, Gardelegen, Groß-Auheim, Gelnhausen, Goldapp Graudenz, Hagen i. W., Hemmingstedt, Hennstedt, Hohenwestedt, Hirschberg, Itzehoe, Jerlohn, Kl Steinheim, Königszelt, Kirchhain b. C., Kröpelin, Königsberg, Köpenick, Limmer, Langendiebach, Lauenburg a. E., Lennep, Lüneburg, Luckenwalde, Langensalza, Lauenburg i. P., Labiau, Minden, Missunde, Mühlheim a. Rh., M.-Gladbach, Merseburg, Mühlhausen i. Th., Marienburg, München, Naumburg a. S., Neubuckow, Nienstedten, Nienburg a. S., Neuenkirchen, Oldendorf, Oeynhausen, Oldenburg i. H., Ober-Peilau, Otterndorf, Osterwiek, Oldenswort, Oschersleben, Ploen, Pommerenzdorf, Preetz, Peine, Quackenbrück, Rückingen, Remscheid, Rheda, Stade, Stettin, Segeberg, Schönebeck, Staßfurth, Süchteln, Schlebusch, Stelling, Schwerin i. M., Spandau, Schwaan, Sternberg, Schwarzenbeck, Schneidemühl, Stolp, Schivelbein, St. Margarethen, Starkendorf, Schönberg, Steglitz, Tondern, Treuenbrietzen, Triebel, Tellingstedt, Trier, Tempelhof, Teltow, Uerdingen, Vorst, Vlotho, Wiesbaden, Wöhrden, Wismar, Wattenscheidt, Wiedenbrück, Wilmersdorf, Zehlendorf.

22. sächsischer Wahlkreis.

Bezirks-Conferenz nächsten Sonntag, den 16. September, Vormittag 10 Uhr, in **Reichenbach** im Felsenkeller.

Wichtige Vorlagen. Allseitige Betheiligung erwartet

Rob. Müller.

Briefkasten

der Redaktion. M. B. in Münster: Ihre Correspondenz befindet sich in der heutigen Nummer; wir sehen weiteren Beiträgen sehr gern entgegen. — —a in Hamburg: Wir bitten um fernere Zusendungen. — Th. M. W. in Wiesbaden: Wenden Sie sich an den Correspondenten, der in der heutigen Nummer genannt.

Quittung. Kil Coburg Ann. 0,60. Schimp Gaarden Ann. 0,40. Rttmnnr München Ab. 30,00. Grütliverein Lausanne Ab. 2,50. Mcknty Düsseldorf Ab. 8,00. Rnhld Albany Schr. 20,07. Dr. Rinsld Würzburg Ab. 1,70. Ldwg hier Ann. 0,50. Klnr Saalfeld Ab 6,00 d. Ldwg hier. J. Hslngr Solothurn Ab. 2,01. M. Frnkl Pest 51,19. Brng Delitzsch Ab. 5,00. Hbr Constantinopel Schr. 0,60. Drstn Coblenz Ab. u. Schr. 10,00.

Fonds für Gemaßregelte.

5 Frcs (4,05) v. 2 Studirenden des eidgenössischen Polytechnikums in Zürich. D. W. hier 0,50.

Leipzig. **Donnerstag**, den 13. Septbr., Abends 1/2 9 Uhr, im Saale des Hrn. **Michael**, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Debatte über die Gewerkschaftsorgane. 2. Die Landtagswahl in Leipzig. [70

Der Agent.

Ottensen. **Donnerstag, 13. September**, Abends 8 1/2 Uhr, in **Burmeister's Salon**:

Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. Das hiesige Schulwesen sowie das projektirte Freischulgebäude. 2. Der Steuermodus der hiesigen Communalsteuern. Referenten die Herren Max Stöhr und Molkenbuhr. [90

F. Heerhold.

„Rundschau“
Nr. 3
ist erschienen und an diejenigen Orte zur Versendung gelangt, deren Filial-Expedienten über Nr. 2 abgerechnet haben.

Den Parteigenossen dringend zur Verbreitung empfohlen:

Die Rundschau.
Organ für sozialistische Propaganda.
Erscheint monatlich einmal und kostet durch die Filial-Expeditionen bezogen 20 Pfg.; durch die Post vierteljährlich 60 Pfg. excl. Bringerlohn.
Verlag: **Amelungstr. 5, Hamburg.**

Soeben erschien in neuer Auflage und ist durch uns zu beziehen:

Die bürgerliche Gesellschaft.
Ein Vortrag
gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen
von
Joseph Dietzgen.
Preis 10 Pf.
Die Expedition des „Vorwärts“.

Die Neue Welt.
Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 1,20.
In Heften (3 W[illegible]n-Nummern enthaltend) à 30 Pf.
Inhalt der Nr. 36 (8. September 1877): Die Entweihung der Fahne des Propheten. Historische Erzählung von Carl Hannemann (Forts.) — Die industriellen Verhältnisse im Nordosten von Nordamerika. Von Emil Bruck. — Die deutsche Spracheinigung bis zum Mittelalter. Von M. Wittich (Forts.). — Aus dem Wanderburschenleben. Skizzen von W. H. — Kleinere Mittheilungen: Galileo Galilei (Illustration). — „Sie ist nicht hier!“ (Illustration). — Das Land, wo die schönsten Rosen blühen. — Kriegsberichte aus Rumänien. — Der Briefmarkenabsatz in Frankreich. — Auflösung des Räthsels. — Im Banne Mammons. — Briefkasten.

Nach dem Beschlusse des diesjährigen Congresses der deutschen Sozialisten erscheint vom 1. Oktober ab in Berlin:

Die Zukunft.
Sozialistische Revue.

Die hervorragendsten sozialistischen Schriftsteller des In- und Auslandes haben ihre Mitwirkung zu diesem Unternehmen zugesagt, dessen Aufgabe es ist, das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie in wissenschaftlicher Weise darzulegen und zu vertheidigen.

„Die Zukunft“ erscheint elegant ausgestattet monatlich zweimal in der Stärke von 1 1/2—2 Bogen Lexikon-Format. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich:
beim Bezug durch die Post (Zeitungs-Preisliste Nr. 4394a) und den Buchhandel M. 1,25, ohne Bringerlohn;
bei direkter Zusendung unter Kreuzband: für das Inland und die Länder des Weltpostvereins M. 1,90;
bei Zusendung unter verschlossenem Couvert M. 2,50.

Bestellungen auf die Gratis- und Franco-Zusendung der am 15. September erscheinenden Probenummer wolle man an eine Buchhandlung oder an die Expedition richten.

Die Expedition der „Zukunft“.
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Sozialistisches
Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Sekretäre **J. Auer** oder **C. Derossi**, Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.

Geldsendungen sind zu richten an **August Geib**, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
[illegible] und Expedition Gärtnerstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hah, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lantermann, 74 Citybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hengs, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 108. Freitag, 14. September. 1877.

Unsere gewerkschaftliche Presse.

Als ich vor mehreren Wochen auf's Neue für die Centralisation der gewerkschaftlichen Presse in die Schranken trat, wußte ich, daß man mich mit Wenn und Aber werde heimzuschicken suchen. Wie unsere politischen Gegner in dem Rufe nach Centralisation sofort Gefahr witterten und darüber leitartikelten, so kamen einzelne meiner Freunde, im „Vorwärts", in Briefen und mündlich, um mir zu sagen, daß ich über's Ziel hinausschösse. Freund Bock meinte sogar, ich hätte die Gewerkschaftsbewegung nicht genau verfolgt, bezieht sich dabei aber unglücklicher Weise auf Ereignisse, welche sich in der Holzarbeiter-Gewerkschaft theilweise unter meinen Händen vollzogen, da ich bekanntlich nach York's Tode der Leitung genannter Gewerkschaft längere Zeit hindurch nicht fern stand. Doch das thut nichts zur Sache. Bin ich auch kein Hufschmied, so kenne ich doch das Zeitungswesen, weiß wie es hier und in andern Ländern aussieht und prüfe, wie es dem Sozialismus am besten zu dienen vermag, kenne auch — in aller Bescheidenheit sei es von dem Verfasser mehrerer Gewerkschafts- und Hülfskassen-Statuten gesagt — die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland.

Meine beiden offenen Gegner, Rick und Bock, sind eigentlich keine Gegner. Sie erkennen an, daß die Centralisation ein unerläßlich Gut sei, verwechseln gelegentlich die Centralisation der Gewerkschaften mit der gewerkschaftlichen Presse und legen mir so weitgehende Forderungen unter, daß ich allerdings vor meinem Vorschlag nach ihrer Schilderung erschrecke. Aber ich will weiter nichts als für diejenigen Gewerkschaften, welchen ein eigenes Organ nur schwere Bürde bereitet, keineswegs aber geistiger Vorkämpfer ist, ein gut redigirtes Centralorgan. Ob dies Organ vorerst von sechs oder zwölf Gewerkschaften zum Centralblatt erhoben wird, ist mir Nebensache — Hauptsache ist, daß ein solches Organ sich endlich Bahn breche und ungestört seine Anziehungskraft ausüben kann. Weder auf die Buchdrucker, noch auf die Cigarrenmacher rechne ich jetzt dabei, obgleich das Organ der letzteren mehr einem Circulair, als einer Zeitung gleicht, wohl aber denke ich, daß schon heute die Zimmerer, die Tischler, die Küper, die Glaser, die Schneider, die Metallarbeiter, die Maurer, die Tapezierer, die Maler, die Goldarbeiter, die Bau- und Erdarbeiter, die Schneider und, um das Buchhändlerdutzend vollzählig zu machen, auch die Schuhmacher ein gemeinsames Gewerkschaftsorgan zu begründen vermögen. Durch solches gemeinsame Organ wird weder die separate Verwaltung, noch die eigene Versammlung, noch die übrige Selbstständigkeit der einzelnen Gewerksorganisationen gefährdet. Jede Gewerkschaft geht hier, so weit sie will, ihre besonderen Wege. Und dies steht durchaus nicht im Widerspruch mit dem Centralorgan. Letzteres ist im Leitartikel und der sozialpolitischen Rundschau für alle Leser eins, während in den Spezialrubriken den einzelnen Gewerken für Bekanntmachungen, Besprechungen und Berichte aller Art Raum gegeben wird. So kommt mehr Wissen unter die Leser, als wenn zwölf Organe vorhande , welche in ihrer Dürftigkeit meist nur dürftiges zu bieten vermögen oder das Bessere sich gegenseitig nachdrucken, so daß für einen guten Artikel oft vier und fünf Mal Satz und Druck bezahlt werden muß.

Aber, so heißt es, nicht für alle Einsendungen wird Platz und folglich bald Streit sein. Die Metallarbeiter müssen dabei als Beweismittel dienen, obgleich ein solcher Beweis kein Beweis ist, da die Schreibseligkeit einzelner Verwaltungen nur darthut, daß sie oft mehr in der Tinte, als an wirklichen Organisationsarbeiten sitzen. Ferner werden die Zeiten citirt, da die politischen Centralorgane zugleich Hauptblätter der Gewerkschaften waren. Dies Verhältniß sollen die Gewerkschaften nach und nach quittirt haben, während es umgekehrt war. Die politischen Organe wollten sich frei machen von dem Gewerkschaftsmaterial, sie brauchten ihre Spalten selbst und handelten darnach. Die Gewerkschaftsbewegung war so stark geworden, daß sie ihrer Hülfe nicht mehr bedurfte — sie sollte sich selbstständig machen. Das that sie denn auch, aber wie? Gewerkschaftsconferenzen fanden statt, doch sie führten zu nichts weiter als todtgeborenen Commissionen, welche an sich selbst nicht glaubten und dem Sondergeist nichts, nicht einmal ihre Leiche, in den Weg legten. Wäre die Commission von 1875 lebendig geworden, hätte sie viel Mißgriffe verhüten, viel unnützer Arbeit vorbeugen können. Sie hätte nicht nur Cartellverträge zu Stande gebracht — und das wäre vor 2 Jahren viel, sehr viel werth gewesen —, sondern sie würde auch ein Centralorgan für die meisten Gewerkschaften gegründet haben. Uebrigens will ich nicht zu viel Steine auf diese Commission werfen; sie sah die harte Nuß, welche die Vereinigung der Arbeiterfraktionen im Uebergangsstadium zu knacken hatte und suchte im Srüchwort „Gut Ding will Weile haben" Trost. Gerade so wie diese Commission machen es nun meine Widersacher. Das ist schlimm. Soll denn „Gut Ding" ewig Weile haben? Mir scheint die Zeit zum Beginn da zu sein. Die bedrängte Lage mancher Gewerkschaft, die Nothlage der Arbeiter überhaupt, mahnt zur durchgreifenden Anderung. Allerdings meint Genosse Bock, ein großes Gewerkschaftsblatt koste zu viel, koste im Abonnement mehr als ein kleines. Das ist ein Irrthum im Hinblick auf die beiderseitigen Leistungen und Auflagen. Hat z. B. der „Pionier" 20,000 Abonnenten, so kann er, weil durchschnittlich weit billiger herzustellen als zehn Organe mit je 2000 Abonnenten, in der doppelten Größe seines heutigen Formats vierteljährlich mit achtzig Pfennigen franco geliefert werden, ohne auf erkleckliche Ueberschüsse verzichten zu müssen. Ja, er ist zu dieser Leistung schon bei 15,000 Abonnenten befähigt, kann dann zwei Redakteure anstellen und noch manchen tüchtigen Beitrag extra honoriren. Der Großbetrieb wirkt eben Wunder, auch bei Zeitungen.

Aber — ein neues „Aber"! Die Gewerkschaften müßten angesichts eines Centralblattes manches Circulair verschicken und sich Kosten machen. Das ist nicht gefährlich. Vertrauliche Circulaire gehören schon heute nicht in die Blätter und die Quartalsabrechnungen kosten keineswegs so viel, daß sie für jede Gewerkschaft eine eigene Zeitung rechtfertigen können. Veranschlagen wir solche Quartalsabrechnung auf 125 Mark einschließlich Porto, macht jährlich 500 Mark. Das ist dann jedoch eine große Abrechnung. Diese 500 Mark kann die Verwaltung des Centralblattes, wenn es wie oben angegeben erscheint, alljährlich als Dividende an die betheiligten Gewerkschaften, ohne sich wehe zu thun, herauszahlen, etwa so, daß auf 3000 Jahresabonnements 500 Mark berechnet werden.

Ferner wurde mir entgegen gehalten, ein gutes Gewerkschaftsblatt mache die politischen Zeitungen entbehrlich, schade daher den letzteren. Auch diesen Einwurf kann ich nicht gelten lassen. Wer nur an Gesangbuch und Katechismus gewöhnt ist, der liest nichts weiter; die Lektüre beider Bücher erweitert seinen Gesichtskreis nicht, regt nicht neue Gedanken an. So geht es auch den Lesern unbedeutender Blätter. Die geistige Dürre der einen verkümmert den Geschmack der andern. Der Stempel der Beschränktheit ist beiden nur zu bald auf die Stirn gedrückt. Anders steht es mit den Lesern eines Centralorgans, das zugleich sozialpolitisch aufmuntern, fachgewerkschaftlich aufklären und mit den Meisterorganen der verschiedenen Arbeitszweige polemisiren kann. Wer solches Blatt liest, der verlangt noch mehr, der lernt etwas, dem wird das Lesen der politischen Blätter zur willkommenen geistigen Speise. Nicht lange währt es und er ist frei vom Kastengeist, trotzdem er sich zur Berathung fachgewerklicher Zwecke mit seinen Arbeitsgenossen versammelt und abschließt.

Im weiteren Verfolg dieses Gedankens zeigt es sich, daß es viel richtiger ist, ein Centralblatt zu schaffen, als verschiedene Corporationen mit verschiedenen Arbeitsangelegenheiten, verschiedener Arbeitszeit und verschiedener Lebensweise zu einer Organisation zu vereinigen. Dieses Beginnen kann nie gelingen. Man denke an York, der doch die Sache mit Ausdauer behandelte. Die Metallarbeiter, die Böttcher, die Fabrikarbeiter, die Maurer, sie alle lösten sich von der Gewerkschaft der Holzarbeiter los, sobald sie sich kräftig genug zum Anschluß an ihre spezielle Gewerkschaftsorganisation fühlten. Da half kein Zureden — es war sonnenklar, daß sich der Maurer zum Maurer gesellte und so fort. Nicht eine unmögliche Centralisation wolle man anstreben, das wäre utopistisch, sondern eine naheliegende, in der Luft liegende. Und in der Luft liegt außer dem Verlangen nach Cartellverträgen die Forderung nach einer tüchtigen gewerkschaftlichen Presse. Lange genug haben wir uns in Deutschland mit diesem Ei des Columbus herumgetragen. Zaudern wir nicht länger; die Losung sei, die Gewerkschaften materiell durch Gegenseitigkeitsverträge einander näher zu rücken und eine aufrichtige Verbrüderung ihrer Mitglieder, das bewußte Streben nach einem Ziele, durch ein großes gewerkschaftliches Centralorgan zur Wahrheit zu machen.

August Geib.

Max Hirsch und „seine" Gewerkvereine.*)

Wenn man das Toben der Anhänger des Hrn. Dr. Max Hirsch gegen die Sozialdemokratie betrachtet, so wird mancher Unbefangene fragen müssen, was gerade diese Leute für ein besonderes Interesse haben, den Sozialisten so ungemein gehässig gegenüber zu treten, um der Welt den Glauben beizubringen, sie — die Max Hirsch und Comp. — sind die einzig Berufenen, der Sozialdemokratie den Garaus zu machen.

Indeß „da steckt noch etwas dahinter, dahinter, dahinter" — was diese Gesellschaft veranlaßt in der Arbeiterfrage zu machen. — Die Nr. 30 des „Gewerkverein" vom 27. Juli d. J. bringt uns über so Manches Licht, was uns eigentlich „verborgen" bleiben sollte. Wir finden zwei hochinteressante Mittheilungen darin, die eine über den „Rechnungs-Abschluß" pro 2. Quartal 1877, betr. des Blattes „Gewerkverein", welches bekanntlich obligatorisch von den Mitgliedern der Gewerkvereine gehalten werden muß, und einen zweiten „Rechnungs-Abschluß" der Verbandskasse pro 2. Quartal 1877, einer Kasse, zu welcher alle, sich noch am Leben befindenden Orts- resp. Gewerkvereine steuern, um — nun um — die Macher dabei zu ernähren! — Die Abrechnung über das Blatt „Gewerkverein" zeigt uns das ganze Gerippe der so viel Halloh machenden, vor den Ministern schweifwedelnden, allein selig machenden Arbeiter-Bourgeois-Verbindung. Nach derselben betrug die gesammte Einnahme, ohne Kassenbestand, im 2. Quartal — wir wollen der Kürze halber Pfennigbruchtheile nicht mitrechnen — M. 4448,00, welche von 5930 obligatorischen Abonnenten à Quartal 75 Pfg. aufgebracht sein müssen, wenn die Abrechnung, welche 24 Orts- resp. Gewerkvereine als Einnahmequelle angibt, nach den Abonnements-Bedingungen, wie diese am Kopf des Blattes unter Bezug von mindestens 3 Exemplaren angegeben sind, stimmen soll. Sodann finden wir noch 120 Postabonnenten, welche sich aus der Einnahme von M. 96,20 etwa ergeben, sowie 75 „Privat"-Abonnenten, die sich aus einer Einnahme von M. 75,05 offenbaren. Danach beliefe sich die ganze, zum größten Theil aus „obligatorischen" gezwungenen Abonnenten bestehende Mitgliederzahl der „Deutschen Gewerkvereine" auf 6125 Mann, welche etwa ein Dutzend Leute, die ihren Beruf verfehlt haben — ernähren.

In der Ausgabe für den „Gewerkverein" finden wir nun sonderbare Posten verzeichnet. So sind für Druck, Satz und Papier, also für Herstellung des Blattes in der Druckerei, im 2. Quartal, also für 13 Nummern, M. 2863,64 ausgegeben worden. Rechnen wir zu den herausbekommenen 6125 Abonnenten noch allerhöchstens 875 Exemplare, die gedruckt werden hinzu, so beträgt die Druckauflage rund 7000 und kostet pro Nummer 220 M.! — Der „Pionier", der etwas kleiner ist, kostet dagegen bei 8000 Auflage nur 142 Mark pro Nummer in der Druckerei, also netto 78 M. weniger — trotz seiner 1000 Exemplare mehr.

Aber das Schönste kommt noch. Die Redaktion und Expedition des „Gewerkverein" kostet nach eigener Angabe im 2. Quartal an Gehalt, Bureau-Unkosten u. s. w., sowie Expeditionsporto M. 2398,77 oder etwa rund pro Monat M. 800! Die Redaktion und Expedition des „Pionier" kostet dagegen pro Monat incl. Expeditionsporto und aller anderen Ausgaben — ohne Herstellung in der Druckerei — etwa 320 M., oder monatlich 480 M. weniger als die des „Gewerkverein". — Wir finden, daß das Expeditionsporto des „Gewerkverein", also doch hier nur die 6005 Exemplare, nach Abzug der 120 Postabonnenten, nicht weniger als M. 792,95 beträgt, also für jede Nummer 61 M.! — Das Expeditionsporto für 7000 Exemplare des „Pionier" (1000 bleiben in Hamburg) — wie viel vom „Gewerkverein" in Berlin, also ohne Expeditionsporto, verbleiben, haben wir nicht einmal abgerechnet — beträgt pro Nummer durchschnittlich 33 M. oder 28 M. (beinahe die Hälfte) weniger als die des „Gewerkverein"! — Es ist uns ein Räthsel, weshalb diese „Portokosten" beinahe noch einmal so theuer sind, als wir sie per Briefmarkenfrankirung bei der Post bezahlen müssen! — Dabei hat die Expedition des „Pionier" wöchentlich 180 Kreuzbänder nnd Packete, die alle frankirt werden müssen, zu versenden, ob die Expedition des „Gewerkverein" mehr hat, bezweifeln wir bei dem geringen Abonnentenstand, denn von den oben angegebenen 5930 entfallen allein auf den Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter 2968 Mann, während der Rest von 2962 sich auf die übrige Herrlichkeit vertheilt. Oder sollten etwa die Berliner Briefmarken theurer sein als die Hamburger?

Nun zur „Verbandskasse".

Die Einnahme im 2. Quartal betrug — selbstverständlich ohne Kassenbestand — von 22 Orts- resp. Gewerkvereinen M. 1839,60. Also pro Monat ohne Bruch M. 620 oder pro Tag — der Monat zu 30 Tagen — 20⅔ M. Die Ausgaben nur für Gehalt und Verwaltungskosten betragen laut Abrechnung im 2. Quartal M. 1189,17 — oder etwa rund pro Monat M. 390, welches wiederum auf den Tag M. 13 Verwaltungskosten macht!

Indeß hören wir weiter. Für diese 20⅔ M., welche durchschnittlich täglich eingehen, giebt es bei der „Verbandskasse" einen „Verbandskassirer" pro Tag mit 1 M. 66⅔ Pfg. Besoldung. Einen „Verbandscontrolleur" mit 2 M. pro Tag Besoldung; einen „Bureaugehilfen" — es ist zum Todtlachen — mit 3 Mark pro Tag Besoldung! — macht bis jetzt täglich 6 M. 66⅔ Pfg. Sodann kosten diese unglücklichen täglichen 20⅔ M. vierteljährlich unter „Vertretung des Verbandes" — M. 216,40. Das scheint wohl der „Herr" selbst zu sein? — Miethe und Miethssteuer pro ¼ Jahr — 125 M. — und das Andere geht drauf für „Drucksachen"! — „Buchbinderarbeiten" (Einbinden der Fünfmarkscheine?) — „Heizung" — im 2. Quartal! — Bureauutensilien! — Revisorenrebbach! — Centralräthliches! — und endlich „Reinigung" und „Aufwartung". Ob unter Letzterem das Stiefelwichsen der Herren „Angestellten" miteinbegriffen ist, oder die Seife, welche nach dem Ausdruck des alten Harkort für Hrn. Dr. Max Hirsch dazu gehört, um sich von den Waldenburger Strikes zu reinigen, ist nicht angegeben.

Stellen wir nun eine Analyse an, so ergiebt sich nach der Einnahmequelle, daß 24 Orts- oder Gewerkvereine an diese Verbandskasse Beiträge zahlen. Oefter als einmal im Monat indeß zahlt keine Kasse an die Verbandskasse. Daraas folgt, daß alle 5 Tage viermal je 1 Posten Geld eingeht, also nicht mal jeden Tag einmal, und für dieses Einnehmen, Quittiren und in den Kastenlegen pro Tag Unkosten:

Dreizehn Mark!!!

Wahrhaftig, die Herren können am besten vom „Theilen" mitsprechen, denn die verstehen es am besten. Wann werden den genasführten Arbeitern, welche in den Fingern solcher Leute stecken, einmal die Augen aufgehen, wann werden sie erkennen lernen, daß der ganze Gewerkvereinskram weiter nichts ist, als eine Existenzquelle der bezeichneten Leute? Und diese Leute, deren ganze Handlungsweise schon hundert Mal von der sozialistischen Presse aufgedeckt ist, diese Gesellschaft, welche es so „vortrefflich" versteht „ehrliche Abrechnung" zu geben, scheute sich nicht, in der gemeinsten Tonart die von Polizei und Staatsanwalt mit Kerker und Gefängniß verfolgte sozialistische Arbeiterpartei zu beschimpfen! — Wahrhaftig, Freund Auer hatte Recht, als er in Gotha auf dem Congreß sagte: Lumpen suchen ihren Vortheil nicht bei den Verfolgten, sondern bei den Verfolgern.

Nun, die Herrlichkeit dieser „nahrungsuchenden" Menschen wird auch ihr Ende erreichen. Zum ersten Male können wir der Gesellschaft nach ihrer eigenen Abrechnung nachweisen, was hinter dem ganzen Vorhang steckt! Kümmerliche, durch Invaliden- und Krankenkassen geknebelte Arbeiter, denen das Abonniren auf ein arbeiterfeindliches Blatt zur Pflicht gemacht ist. Und diese kümmerlichen 6000 „deutsche Gewerkvereinler" sind es, welche von ihrem „Anwalt", dem Dr. Max Hirsch, der Welt als Muster zur Vertilgung der Sozialdemokratie, und neuerdings auch der Ultramontanen — wer lacht da — auf die Bretter geführt werden. Wie oft hat nun schon diese Clique mit gebeugtem Buckel versucht in den Vorzimmern der Minister bekannt zu werden. Permanent betteln ja diese „Gunstmacher" um „staatliche Anerkennung des Gewerkvereins", aber die Regierung ist noch nicht auf den „gewerkvereinlichen" Leim gegangen.

*) Auf vielseitigen Wunsch bringen wir diesen Artikel aus dem „Pionier" zum Abdruck.

Betrachten wir dagegen das System der sozialistischen Gewerkschaften, deren Einrichtung, Fleiß und verhältnißmäßige Besoldung der Verwaltungs-Beamten, so mögen die deutschen Arbeiter einen Vergleich zwischen beiden anstellen und der Unterschied wird ihnen nicht schwer fallen. Wir aber haben noch das letzte Wort mit Hrn. Hirsch und seinen Existenzspekulanten nicht gesprochen, wir werden ihnen stückweise die arbeiterfreundliche Maske herunterreißen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Als zu Anfang der gegenwärtigen Krisis die Sozialdemokraten immer und immer wieder die Ueberproduktion und den dieselbe fördernden Milliardensegen als Ursache derselben hinstellten, wie wurden sie da von den „Reichstreuen" gehöhnt, wie wurde da der Spieß umgekehrt und die Arbeiter und Sozialdemokraten für die Krisis verantwortlich gemacht. Auch Fürst Bismarck in seiner hohen Weisheit schob in einer Reichstagsrede den Niedergang der deutschen Industrie den Sozialdemokraten in die Schuhe — Valentin schützte ihn bekanntlich vor einer Zurechtweisung. Was wir sofort behaupteten, wird jetzt, da es zu spät ist, von den verschiedensten Seiten anerkannt; so äußerte selbst der deutsche Kaiser auf seiner jetzigen Rheinreise zu den Vertretern der Crefelder Handelskammer: „Wir litten wohl an Ueberproduktion, es ist wohl zu viel in den verflossenen Jahren produzirt worden." — Ob nun auch wohl die liberalen Helden den Muth haben, diesen kaiserlichen Worten entgegenzutreten? Wir glauben nicht! Jetzt ist das Wahrheit, was bei ihnen früher Lüge war — aber die Wahrheit ist die Wahrheit, gleichviel aus welchem Munde sie kommt.

— Briefgeheimniß. Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß in letzter Zeit mehrfach Briefe, die aus Polen nach der Schweiz gingen, auf der preußischen Grenze eröffnet angekommen, dort amtlich verschlossen und dann weiter befördert sind. Allen Anschein nach wittert die russische Polizei eine Verschwörung und dürfte deshalb die größte Vorsicht in der Correspondenz am Platze sein. Wahrscheinlich werden Briefe, die aus dem Auslande nach Polen gehen, gleichfalls polizeilich geöffnet.

— Der 18. Verbandstag deutscher Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften hat kürzlich in Wiesbaden stattgefnnden; einige fortschrittliche und „demokratische" Zeitungen loben die dortigen Verhandlungen und den alten Herrn Schulze aus Delitzsch, den man sonst auch gelegentlich schon den „verwrangelden" nannte — im Uebrigen aber kümmert sich die Welt wenig um die an Altersschwäche, an Kassirerverflüchtigung und Schulzianismus leidenden Vereine. Der Glanzpunkt des Verbandstages war übrigens nach den einmüthigen Berichten sämmtlicher Zeitungen die Sauferei, welche stattfand. Die „Elberfelder Zeitung" ist davon ganz entzückt und schreibt: „Immer heiterer wurde die Stimmung, namentlich als die altdeutsche schöne Sitte des „Umtrunkes" wieder einmal in Uebung kam. Der berühmte Pokal, der s. Z. dem hochverdienten Gründer der deutschen Genossenschaften, Dr. Schulze-Delitzsch, verehrt wurde, machte mit dem köstlichen Golde des Rheingaues gefüllt die Runde um die stattliche Festtafel." — Und die „Vossische Zeitung" ist noch entzückter — übrigens zur Ehre sei es ihr nachgesagt — weniger über den alten Schulze, als über den alten Wein, dem der Berichterstatter auch womöglich zugesprochen haben mag. Die alte Tante nämlich schreibt: „Es ward in dem berühmten goldenen Pokale, der s. Z. Hermann Schulze-Delitzsch gestiftet worden, mit dem kostbarsten Rheingauer Hochgewächse der „Umtrunk" gehalten. Das Comité hatte zu diesem Ehrentrunke den feinsten Rüdesheimer aus dem Keller des Gutsbesitzers A. Wilhelmj zu Hattenheim auserwählt. Der Wein aber, welcher die höchste Begeisterung hervorrief, hatte folgende Etiquette:

1868. Rüdesheimer feinste Auslese:
„Schulze-Delitzsch"
aus dem A. Wilhelmj'schen Keller.

Ein Trunk, so feurig und so mild,
Ein Trunk, des besten Mannes Bild,
Der sanften Herzens, stark im Geist,
Als Tröster sich und Freund erweist:
Nur Ihm gebührt der Trunk allein — —
Doch trinken wir ihn im Verein!
Am „Umtrunk" prüft die Kraft des Weins:
„In treuer Liebe sind wir eins!" —

Cursaal zu Wiesbaden, 4. September 1877.

Aus alledem geht hervor, daß der Pokal und der Wein das eigentlich treibende und begeisternde Element war, während der „verwrangelnde" Schulze nur die Dekoration abgab. Trefflich ist der Vers in der Etiquette: „Nur ihm gebührt der Trunk allein." — Wir wissen, daß der Angesungene mit diesen Worten sehr einverstanden ist, und daß er mit dem „Umtrunk" nicht so sehr einverstanden gewesen wäre, wenn er nicht vorher schon Wilhelmj's Wein weiblich „geprüft" hätte.

— Weil die türkische Regierung ihre christlichen Unterthanen unterdrückt, deshalb wollen die Russen das Kreuz und die Schnapsflasche auf die Hagia Sophia zu Konstantinopel aufpflanzen — gut nur, daß von dem Wollen zu dem Vollbringen ein sehr weiter Schritt ist. Daß aber gerade die russische Regierung solchen Grund als Kriegsursache anführt, das muß jeden anständigen Menschen empören und beweiset, daß geradezu die Unanständigkeit der Grund der in Deutschland so vielfach herrschenden Russenliebe ist. Durch verschiedene Zeitungen geht nämlich die Nachricht, daß man in den letzten Tagen in der Warschauer Citadelle mehrmals jenen bedeutsamen Knall vernahm, der der Außenwelt verräth, daß wieder einmal einem Menschenleben ein Ende gemacht ist. Die russische Regierung hat die Gewohnheit, die Namen ihrer Opfer nicht zu veröffentlichen und bewahrte auch diesmal über die Hinrichtungen das tiefste Geheimniß. Deshalb glaubte man in Warschau anfänglich, es wären Offiziere erschossen, die sich geweigert hätten, in den Krieg gegen die Türken zu ziehen. Zuletzt aber kam es durch Tradition von Mund zu Mund doch heraus, daß vier Uniaten (christliche Andersgläubige) aus Podlachien erschossen waren. Dieselben waren beschuldigt, mit den Waffen in der Hand sich gegen russische Soldaten vertheidigt zu haben, welche den Auftrag erhalten, sie mit dem Bajonnet zum orthodoxen Glauben zu bekehren. — Und diese bestialische russische Regierung will im Namen der Humanität und des Christenthums eine andere Regierung zur Raison bringen? Solcher Unfug wäre lächerlich zu nennen, wenn er nicht so verderblich wäre. — Aus Jassy wird uns berichtet, daß sich ein bossojener Kosack vor einigen Tagen dermaßen traktiren ließ, daß er schwer angetrunken wurde und nunmehr natürlich ungemeinen Unfug anrichtete. Man wollte den Rasenden verhaften, doch gelang dieses der hierzu commandirten Polizei nicht, deshalb mobilisirte man eine ganze Compagnie rumänischer Soldaten, um den einen Kosacken zu fangen; doch der Russe in Verachtung seiner Kampfesbrüder, setzte sich zur Wehre und konnte seine Verhaftung erst bewerkstelligt werden, nachdem er 26 rumänische Soldaten verwundet hatte. — Dem Czaren und dem Großfürsten fängt es an auf den bulgarischen Leichengefilden unheimlich zu werden; selbst solchen „milden" (zu deutsch: verhärteten) Gemüthern wird schließlich der Blut- und Leichengeruch zuwider; sie wollen deshalb in den nächsten Wochen nach Petersburg zurückreisen, der Triumphzug nach Konstantinopel ist in einen Trauerzug nach Petersburg umgeschlagen. — Eine Proklamation hat der Großfürst kürzlich an seine Soldaten erlassen, in welcher er „das einzelne Herumtreiben der Soldaten" verbietet, weil dadurch die Bewohner beschädigt würden; nur Commandoweise sollen die Soldaten das Lager nunmehr verlassen dürfen, um den „Ungehörigkeiten", die bis dahin vorgekommen sind, ein Ziel zu setzen. Durch diese Proklamation gesteht der Großfürst im Wesentlichen die Bestialitäten ein, welche seine Soldaten in Bulgarien verübt haben — er will ihnen jetzt auch einen Damm entgegensetzen, jetzt, wo die Einwohner fast sämmtlich bestohlen oder ermordet sind, jetzt wo es zu spät ist — weshalb nicht eher? Weil jetzt der Kosack, nachdem nichts mehr zu rauben ist, auch von selbst im Lager geblieben wäre, und man durch die Proklamation doch noch einen Fetzen der „Humanität" retten wollte! — Daß die russischen Soldaten doch nicht so ganz gemüthliche Leutchen sind, wie uns oft von der rubilisirten Presse mitgetheilt wird, das geht nicht allein aus dem oben mitgetheilten, jedenfalls von unserm Gewährsmann etwas übertrieben dargestellten Kosakenstückchen hervor, sondern es meldet auch die „Kölnische Zeitung" aus Odessa, daß dort ein zum Tode verurtheilter Infanteriesoldat zu zehnjähriger Zwangsarbeit „begnadigt" worden ist. Dabei wird der Vorfall mitgetheilt, welcher die Bestrafung hervorrief. Der Soldat durchzog mit zwei Kameraden bei Nacht die Stadt als Wache zur Sicherheit der Einwohner. Diese Wache traf unterwegs einen schwer Betrunkenen an und wurde Szirba (so heißt der Verurtheilte) betraut, denselben zur Polizei zu führen. Dagegen führte Szirba den Arretirten an einen abgelegenen Ort, schlug ihn mit dem Kolben nieder und raubte ihm 25 Rubel. — Wenn so etwas aber im eigenen Lande schon geschieht, wie wird es da in Feindesland erst aussehen.

— Die Nachrichten vom Kriegsschauplatze sind bis jetzt (Dienstag Nachmittags) sich widersprechend. Aus dem Wuste derselben geht hervor, daß am Balkan Ruhe herrscht; daß in Asien und an der Lomlinie die Türken bedeutende Vortheile errungen haben, daß hingegen die Armee Osman Pascha's bei Lowac und Plewna einige Verluste erlitten hat. Plewna aber ist von den Russen nicht erobert; die Türken beherrschen die Höhen. Sie werden allerdings mit einer doppelten Uebermacht und der dreifachen Kanonenzahl angegriffen. Nebensächlich ist zu bemerken, daß die kleine türkische Bergfeste Nicsic sich den Montenegrinern ergeben hat; auf einer anderen Seite sind die Hammelräuber hingegen von den Türken weiblich geprügelt worden.

— Die Chinesenfrage taucht in Australien jetzt mit derselben Heftigkeit auf, als in Californien. Die Kulis machen den freien Arbeitern die verderbenbringendste Concurrenz; man beabsichtigt nunmehr von jedem einwandernden Chinesen eine Steuer von circa 200 Mark zu erheben. Diese chinesischen Arbeiter werden truppweise von besonderen Unternehmern nach Queensland geschafft, sie werden einquartirt und abgefüttert, wie Soldaten, erhalten ihre geringe Löhnung — die Unternehmergesellschaft nimmt den Löwenantheil — und so hat man es gewissermaßen mit der Concurrenz von Sklavenarbeit gegenüber der freien Arbeit zu thun. Es dauert nicht lange, so wird auch dort, wie schon so oft in Californien, diese Frage einen blutigen Charakter annehmen.

— Daß wir unseren Gegnern diesseits und jenseits des Oceans ihre hämische Freude verderben müssen, ist uns schon wegen des Andenkens unseres edlen verstorbenen Freundes Lingenau sehr lieb, welches man in den deutschen und amerikanischen Zeitungen auszuhöhnen versucht hat, indem man sich über den unpraktischen Schwärmer lustig machte, der die Sozialdemokratie aller Länder so schlichtweg zur Erbin seines Vermögens eingesetzt habe, ohne zu bedenken, daß diese Sozialdemokratie keine juristische Person sei; die nordamerikanische Union werde nunmehr die Erbschaft antreten, die Sozialdemokratie aber habe das Nachsehen. — Wir sind nun in der Lage, den juristisch beglaubigten Wortlaut des Nachtrags zu dem Testament mittheilen zu können, aus welchem hervorgeht, daß unser verstorbener Lingenau sehr praktisch gehandelt hat und daß die Freude unserer Gegner verfrüht war. Das Schriftstück lautet:

„Nachtrag
zu meinem letzten Willen vom 18. März 1876.

Damit die Vollziehung meines letzten Willens keiner gerichtlichen oder gesetzlichen Schwierigkeit unterliegt, ernenne ich hierdurch als meine Testamentsvollstrecker die Herren:

1. Johann Philipp Becker, Schriftsteller, in Genf lebend, Schweiz;

2. August Bebel, Reichstagsabgeordneter, in Leipzig lebend, Sachsen;

3. Wilhelm Liebknecht, Reichstagsabgeordneter, gleichfalls in Leipzig lebend;

4. Wilhelm Bracke junior, Verlagsbuchhändler in Stadt Braunschweig;

5. August Geib, Reichstagsabgeordneter und Buchhändler, in Hamburg lebend;

6. Karl Marx, Schriftsteller in London, England, lebend, 41 Maitland Park Road SW.

und gebe ihnen die Vollmacht über meinen Nachlaß zu verfügen.

Sie werden Alles, Mobiliar, Geld, Bücher, Handschriften, Alles ohne Ausnahme in ihren Besitz nehmen, ganz als ob sie meine eingesetzten Erben wären, und ich überlasse ihnen die Sorge, all meinen Nachlaß zu vertheilen nach ihrem Gewissen

---

Allerlei Conservatives.

Frankfurt a. M., den 8. Sept.

Wir haben schon hier und da einmal zu Nutz und Frommen unserer Leser denselben die in Frankfurt erscheinende „Deutsche Reichs-Post" vorgeführt. Heute mag ein Gleiches geschehen — schaden kann es jedenfalls nicht.

In der Nummer vom 4. September finden sich, wie selbstverständlich, außer einem halben Dutzend Artiel über die Reisen Sr. Majestät des Kaisers und des Kronprinzen auch schon vier Artikel über die Feier des — nun des glorreichen Tages des glor- und ruhmreichsten Krieges gegen den wälschen Nachbarn, vulgo „Erbfeind". Einem Stuttgarter Correspondenten steigen am Schlusse seines salbungsvollen Berichtes folgende — horribill dictu — Gedanken auf, die eigentlich nur dem giftdurchtränkten Gehirne irgend eines blut- oder feuerrothen „Umstürzlers" entspringen sollten. Man höre: („Nachdem er noch den Segen Gottes über das Vaterland herabgefleht hatte, legte der Vorstand des Kriegervereins einen Lorbeerkranz am Denkmale nieder, und stimmten die Sänger das klassische „Ehrenvoll ist er gefallen" an, worauf die zahlreiche Versammlung ernst und stille von der Todtenstätte schied") — „Mancher gewiß nicht ohne Seufzen und mit der bangen Frage: Ist das Ergebniß dieser Blutsaat wirklich eine Freudenernte geworden? Haben uns die mit dem Blute unserer Söhne erkämpften Milliarden wirklich Segen gebracht? Unwillkürlich wird man angesichts der reellen Folgen des Kriegs und Siegs an die Sage von der Drachensaat und die Gaben der Pandora erinnert. Gott besser's!" „. . . Mit Stillschweigen können wir nicht übergehen, daß ein großer Theil des Volks die Feier der Friedensschlusses der des Schlachttages von Sedan vorziehen würde." — Ein Münchener Correspondent schiebt die Schuld, „daß zwar die öffentlichen Gebäude ꝛc. mit Fahnen reich geschmückt, aber an Privathäusern deren nur wenige zu sehen sind," dem „in Strömen niederfallenden Regen" in die Schuhe. „Ein süßer Trost ist ihm geblieben", dem guten Correspondent, und wir wollen ihm diesen Trost nicht rauben! — Aus Karlsruhe wird zwar die große „Einbürgerung" der Sedanfeier „bei uns in Stadt und Land" berichtet, doch zugestanden, daß „die schlimme Zeitlage ihr einen gedämpfteren Ton verleiht." Wirklich? Den „wirthschaftlichen und sittlichen Rückgang unserer Nation" will der Herr Correspondet aus Karlsruhe dadurch beseitigen, „daß die Gottesfurcht wieder unser Fundament wird, und statt des gewissenlosen Egoismus der Geist der brüderlichen Hingebung erstarkt, die Redlichkeit an die Stelle des Schwindels, die Gesittung an die Stelle der Rohheit, der Gehorsam an die Stelle der Unbotmäßigkeit, die Solidität und Mäßigkeit an die Stelle der üppigen Genußsucht tritt." Das ist Waizen mit Spreu vermengt!

Ob die schlesischen Weber auch „solider" und „mäßiger" werden sollen, wer dieses überhaupt zu werden nöthig hat — darüber schweigt des Sängers Höflichkeit!!! —

Eine Correspondenz aus Baden in der Nummer vom 6. Sept. berichtet über Lingenau's Vermächtniß, „der ein in der Wolle gefärbter Sozialdemokrat gewesen sein muß." Nach Anführung der Schlußworte des Testamentes heißt es:

„Wir vermuthen nur, daß selbst dieses kleine „Sandkörnchen" schwerlich zum Bau des „Prachtgebäudes" wird verwendet werden können, da bestimmte Namen, wer das Vermögen aus den Händen der Testamentsvollstrecker empfangen soll, nicht genannt sind, die „Sozialdemokraten der ganzen Welt" sowohl wie die einzelnen Vereine aber unseres Wissens wenigstens in Deutschland keine Korporation oder juristisch erbfähige Person bilden. Der Nachlaß dürfte reichliches Advokatenfutter abgeben. Vielleicht meldet sich auch noch ein erbfähiger Verwandter des geheimnißvollen Mannes, unter dem man sogar einen Freiherrn vermuthete, und macht den „Sozialdemokraten der Welt" oder dem erbhungrigen Staatsfiskus den Nachlaß streitig. Immerhin dürfte aber dieses Testament Manches zu denken geben und manchen Nicht-Sozialdemokraten beschämen."

Leider hat der „Vorwärts" in seiner Nummer vom 5. Sept. die kindliche Freude der „Reichspost", die gewiß auch schon andere Leute „getheilt" haben und somit eine doppelte Freude ist oder war, ein wenig gedämpft.*) Unser Frankfurter Organ hat auch bereits der „Reichspost" zu Gemüthe geführt, „daß diese letzte Behauptung in demselben Grade wahr, wie die ihr vorhergehende „Vermuthung" grundlos ist." Daß sich die „Reichspost" über Lingenau's Handlungsweise gerade nicht freut und Sandkörnchen, sowie Prachtgebäude in Gänsefüßchen stellt, soll uns nicht wundern! Die „Reichspost" hat vielleicht im selben Momente „vermuthet", daß überall in dieses Prachtgebäude mit „Reichspost"-Gänsefüßchen helles Sonnenlicht und Wärme dringt, es somit keine finsteren, dumpfen Winkel gibt, die sich Nachtvögel mit Vorliebe zu ihrem Aufenthalt wählen, daß dann „Candidaten des Jenseits" zu „Studenten des Diesseits" werden und an Stelle der „Gottesfurcht" die wahre Menschenliebe tritt, deren höchstes und edelstes Gebot ist: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst." —

Eine frühere Correspondenz aus Baden ist verschnupft über das in Mannheim ins' Leben tretende sozialistische Organ und über den „neuen Aufschwung", den „auch anderwärts die sozialdemokratische Presse zeigt". Nachdem „neben zwei neuen wissenschaftlichen Wochenschriften" eine „neue politische Zeitung für die Provinz Schleswig-Holstein" und die „Königsberger Freie Presse", sowie der in Münster (wo es einem alten Liede zufolge doch „finster" ist) vom 1. Oktober ab erscheinende „Sozialist", sowie die „Zukunft" und die zweite Nummer der „Rundschau" erwähnt, lamentirt der Herr Correspondent: „Neben dieser Energie der Zerstörenden nimmt sich freilich die Thatkraft der Bauenden und Erhaltenden noch sehr bescheiden aus." Wir können getrost acceptiren, sogar ohne Lamento!" „Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen," sagt Schiller, und: „Alles was entsteht, ist werth, daß es zu Grunde geht," sagt Goethe. — Doch wir wollen unser „Allerlei" würdig beschließen und zur Ehre der „Reichspost", sowie zum Beweise ihrer trotz der Eingangs erwähnten Auslassungen ächt patriotischen und loyalen Gesinnung auf die von der Milch der frommsten Denkungsart durchflossenen Berichte über des deutschen Reiches Kaisers und Kronprinzen Reisen hinweisen. Als Musterleistung verdient allen wahren Patrioten, und solchen, die es werden wollen, ein der „Kölnischen Zeitung" entnommener und mindestens ebenso, wie weltberühmte „Kölnische Wasser" duftender Festbericht in Nummer 210 vom 8. September empfohlen zu werden. Derselbe datirt von Düsseldorf, 5. September, füllt beinahe zwei „Reichspost"-Spalten oder genau zweihundert Zeilen. Man bekommt darin nicht nur Alles bis zur kleinsten Kleinigkeit verrathen, sondern erfährt auch andererseits die Reihenfolge der Allerhöchsten und höchsten Herrschaften an der Tafel, sowie daß der Kaiser „mancher Speise tapfer zusprach".

Damit des Guten nicht zu viel werde, breche ich für heute ab mit der Bitte an die Leser: „Nichts für ungut."

—o—

*) Der Dämpfer in der heutigen Nummer wird wohl endgültig wirken. D. R.

— Die Heiligkeit der Ehe. Daß die Sozialdemokraten die Ehe vernichten und „freie Liebe" einführen wollen oder schon eingeführt haben, ist schon eine alte Geschichte; wem sie allenfalls noch neu sein

und freien Willen in vollem Vertrauen, daß sie es nach meinen Absichten thun werden.

Genf, Schweiz, am 18. März 1876.

Unterschrift:

Johann Carl Ferdinand Lingenau."

— Parteigenosse Liebknecht wurde vom Kreisgericht in Reichenbach in Schlesien zu 30 Mark Geldstrafe verurtheilt. Näheres in nächster Nummer.

— Eine sozialistische Communeverwaltung. Bei der am 10. d. M. in Crimmitschau stattgefundenen Stadtrathswahl ist Genosse E. J. Schlegel mit 12 Stimmen gewählt worden. C. F. Oberländer erhielt 11 Stimmen. Vor etlichen Tagen schon wurde Genosse Lässig zum Stadtrath gewählt. Der Vorsitzende des Stadtverordnetencollegiums ist unser bekannter Genosse Ludw. Mehlhorn.

Aus Rumänien.

— 8. September.

Die Truppenbeförderung nach dem bulgarischen Kriegsschauplatz will noch immer kein Ende nehmen; schon seit 5—6 Wochen sehen wir hier täglich unzählige, endlose Waggonzüge Truppen aller Waffengattungen ein- und ausladen; hier wird meist kurze Rast gehalten, und hier sammeln sich die per Bahn und zu Fuß anlangenden Truppen, um weiter dirigirt zu werden.

Es sind mitunter gar sonderbare Gäste, die wir da zu beherbergen haben und an die letzten von voriger Woche wird so mancher zeitlebens denken. Don'sche Kosaken waren es, die ihren Quartiergebern das letzte Mal gar übel mitgespielt. Man hat sich alle Mühe gegeben, den Vorfall zu vertuschen, aber die Thatsachen hat man damit nicht mehr ungeschehen machen können, wenn man auch den Betroffenen alle mögliche Genugthuung versprochen hat, um nur keinen Lärm zu schlagen.

Die Gäste, unsere braven Verbündeten, haben hier während der paar Tage Rast vandalisch gehaust. Die Quantitäten Wutky, die ihnen von den Quartiergebern geboten wurden, reichten lange nicht hin, um ihren Durst zu stillen, und so nahmen sie ihn dort, wo sie welchen vorfanden, ohne viel Federlesens; nahmen aber auch andere ihnen convenablen Gegenstände, bedrohten mit den Waffen diejenigen, die sich gegen solche Eigenmächtigkeiten zu widersetzen versuchten, überfielen die Schenken, tranken sich voll, griffen in die Kassen und hausten eben wie Kosaken in Feindesland, verübten an Frauen und Mädchen die scheußlichsten Schandthaten und heißt es sogar, daß einige solcher Mißhandelten gestorben sein sollen. Natürlich besorgt man die Einquartierungen in den entlegendsten Stadttheilen bei armen Leuten und da nimmt man, wie überall, von Vorgängen, die solche Leute betreffen, wenig Notiz, da wird nicht so genau eruirt, da geht man in den „besseren" Kreisen leicht darüber hinweg. — — — — Die nächsten Gäste, die wir hatten und noch haben, sind dafür aber ganz ander Leute. Die fein herausgeputzte, glänzend uniformirte Garde ist es, die wir zu beherbergen die Ehre haben; es sind das Leute von großer, imposanter Erscheinung; auch mit Geld scheinen sie, aber freilich weniger von der Kriegskasse als von Muttern her, versehen zu sein, denn sie leben gut, fahren in den Droschken in der Stadt herum, machen allerhand Einkäufe, und man würde endlich einmal mit dieser gar nicht üblen Abwechslung hier schon zufrieden sein, wenn man nicht gerade durch andere ernste Dinge in so üble Laune versetzt würde.

Und gar ernstliche Dinge sind es, die man erst jetzt so recht zu fühlen beginnt, seitdem alle jungen Leute die man ohne viel Formalitäten von der Straße weg erfaßt, direkt zum Bahnhof treibt, um sie nach dem Kriegsschauplatz als Kanonenfutter zu befördern. Wieder sind es natürlich nur die kleinen Leute ohne Protektion, die dieses Schicksal zu erleiden haben, seitdem unser Carol es durchgesetzt, ein russisches Commando zu erhalten.

Ohne eingekleidet zu sein, ohne eine Stunde abgerichtet zu werden, nimmt man die Leute und treibt sie wie das Vieh nach dem Kriegsschauplatz; den Jammer zu schildern, der jetzt in vielen Familien herrscht, ist unmöglich; die Szenen die sich täglich am Bahnhof abspielen, sind herzzerreißend — — — ich unterlasse es, daran sozial-politische Bemerkungen zu knüpfen — so nackt wie sich hier die Thatsachen präsentiren, ergeben sich die Schlüsse von selbst. In Deutschland helfen die Nationalliberalen, die vor lauter Dankbarkeit in Ergebenheit vor den Russen ersterben, solchen Dingen ein Mäntelchen umhängen — die Dinge an sich aber sind darum nicht minder wahr.

Deutschland ist einig, groß und stark, die erste Militärmacht der Welt, und das Alles haben wir dem großen Mann, der jetzt die Geschicke dieses großen Reiches in seiner festen Hand hält, zu verdanken. Ich höre noch wie heute den „großen" nationalliberalen Professor Dr. v. Treitschke — in den 60er Jahren war es — klagen über die Erniederung, die Schmach, die das zerrissene Deutschland Jahrhunderte lang erfahren, wie Deutschlands Fürsten die Werbetrommel aufstellten, die Leute vom Pfluge, von der Arbeit, von der Straße wegschleppen ließen, um sie an fremde Mächte Stück für Stück für so und soviel wie das Vieh zu verkaufen, auf daß diese bedauernswerthen Leute für fremde Interessen fremden Boden mit ihrem Blute düngen sollen.

Mit einer Entrüstung sondergleichen schloß der Herr Geschichtsprofessor seine Expektorationen über diese traurige Episode der deutschen Geschichte, und heute glaube ich noch den Mann vor mir zu sehen, wie er sich in die Brust warf und mit nationalliberalem Selbstbewußtsein ausrief: „Gott sei Dank, heute ist das anders, heute kann das nicht mehr vorkommen."

Auch einen anderen Professor der Leipziger Universität, einen vielberufenen, nationalliberalen Durchfallcandidaten, einen Sozialistenfresser comme il faut, der das Lassall'sche eherne Lohngesetz über den Haufen geworfen haben will, auch diesen glaube ich noch vor mir zu sehen, wie er mit wenig Witz aber viel Wohlbehagen über das große, starke Deutschland, das alle Institutionen eines großen, freien Kulturreichs besitzt, sich stolz und freudig äußerte und seine Entrüstung aussprach über das Gebelfer der „vaterlandslosen Gesellen" der Sozialdemokraten, die man mit dem Knüppel niederschlagen soll." —

Nun, ein kleines Geschichtchen sei den Herren hier erzählt, eine einfache, klare, nackte Thatsache, an der auch Hans, der kleine Sohn des großen Vaters, seine Freude haben wird, und sie mögen sich äußern, wie es um das große Kulturvolk steht, das Gott sei Dank solchen Menschenschacher, wie es das vorige Jahrhundert gebracht, nicht mehr kennt. —

Ein Passagierzug fuhr gestern in den Bahnhof ein, einige Soldaten (Unteroffiziere) stiegen aus und erbaten sich von meinem Gewährsmann in deutscher Sprache einige Auskünfte. Erfreut, einen deutschsprechenden Mann gefunden zu haben, baten sie ihn, sie nach der Militärintendanz zu bringen und dort zugleich ihr Dolmetscher zu sein.

„Aber Sie werden sich doch mit Ihren Vorgesetzten verständigen können?"

„Nein, wir verstehen kein Wort russisch!"

„Sind Sie denn nicht Russen, ich denke, weil Sie deutsch und ohne fremde Aussprache reden, daß Sie Deutsch-Russen, Cur- oder Finnländer sind, die müssen doch aber auch russisch reden?"

„Nein, mein Herr, wir sind Deutsche."

„Und was machen Sie hier und in Uniform?"

„Wir sind 2000 deutsche Unteroffiziere und Soldaten auf dem Wege nach Bulgarien!"

„Freiwillige wohl?"

„I, Gott bewahre, von unserer Regierung dazu beordert!"

So weit mein Gewährsmann. Den Vers machen Sie sich zu diesem Freundschafts-Neutralitäts-Leihgeschäft gefälligst selbst.

Es ist mir im Augenblick noch nicht möglich, mich über diese Angelegenheit näher zu unterrichten, die Sache selbst wird hier lebhaft besprochen. Was einige Tausend Mann deutsche Soldaten auf bulgarischem Boden zu suchen, und welche deutsche Interessen sie dort zu vertreten haben, ist mir unerfindlich.

Correspondenzen.

Duisburg, 2. September. (Conferenz der Parteigenossen Rheinlands und Westfalens.) Zu der heutigen Conferenz waren 67 Delegirte erschienen, welche 30 Orte vertraten, nämlich: Altendorf, Barmen, Beek, Bochum, Crefeld, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Harzopf, Hebrum, Heissen, Iserlohn, Kalk, Kettwig, Königsteele, Kray, Meiderich, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Rotthausen, Schalke, Solingen, Speldorf, Steele, Stockum, Ueckendorf und Witten.

Gegenstände der Verhandlungen waren: die Parteipresse und die Agitation. In das Bureau wurden gewählt: Tölcke (Iserlohn) Vorsitzender, Strumpen (Duisburg) Stellvertreter, Gilles (Duisburg) Schriftführer.

Der Vorsitzende schilderte zunächst kurz und bündig die großen Verdienste Lassalle's um die Sache des arbeitenden Volkes, welchen die Sozialdemokratie Deutschlands ihre jetzige Bedeutung vorzugsweise zu verdanken habe. Der Aufforderung, zur Erinnerung an den Todestag und zu Ehren der Manen Lassalle's sich von ihren Sitzen zu erheben, leisteten die Versammelten einmüthig Folge.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende ferner darauf aufmerksam, daß die gesammte gegnerische Presse die heutige Conferenz mit einer „großen Katholikenversammlung" in Verbindung bringe, welche gleichzeitig in Börde, einem kleinen obscuren Dorfe des westfälischen Sauerlandes, stattfinde. Die gegnerische Presse wolle daraus den Beweis herleiten, daß „auch die Sozialdemokraten den 2. September zu einer großen Demonstration benutzen wollten". Die Sozialdemokratie habe selbstverständlich Besseres zu thun, als Demonstrationen zu machen gegen pure Kindereien der reaktionären und der sogenannten „liberalen" Bourgeoisie, welche freilich den traurigen Zweck hätten, die Jugend Deutschlands zur Kriegslust und zum Kriegshandwerk zu erziehen.

Für die heutige Conferenz sei zuerst der 26. August bestimmt gewesen, und nur weil für die Veröffentlichung der Einladung die erforderliche Zeit gefehlt habe, sei die Conferenz auf heute einberufen worden. Es sei einfach lächerlich, daß die „liberal"-reaktionären Gegner aus den geringfügigsten Dingen und Zufälligkeiten eine Verbindung der Sozialdemokratie mit den Ultramontanen zu irgendwelchen Zwecken herzuleiten suchten. Die ultramontane Partei stehe in der ersten Linie der gesammten reaktionären Masse, gegen welche die Sozialdemokratie den Kampf führe. Der Streit der „liberal"-reaktionären Parteien mit den Ultramontanen werde von beiden streitenden Theilen fälschlicherweise als „Culturkampf" bezeichnet; auf beiden Seiten handele es sich nur um die Alleinherrschaft über die große Masse des Volkes, um das Vorrecht zur Verdummung derselben zum Zweck ihrer Ausbeutung in den verschiedensten Formen. Unwiderlegliche Beweise seien auf der einen Seite außer der Anordnung der „Sedanfeier" in sämmtlichen Lehranstalten die Einführung pietistisch-reaktionärer Lesebücher in den Volksschulen, wie solche selbst unter den erzreaktionären „Cultus"-Ministern v. Raumer und v. Mühler und unter der Herrschaft der berüchtigten Stiehl'schen Schulregulative unerhört gewesen seien, — auf der andern Seite der wahrhaft grauenhafte Wunderschwindel, welcher vor dem sogenannten „Culturkampfe" seit einem Jahrhundert in Deutschland kaum so schamlos betrieben worden sei, wie gerade jetzt.

Ein wirklicher Culturkampf werde nur von der Sozialdemokratie geführt gegen die gesammte reaktionäre Masse einschließlich der Ultramontanen durch völlige Aufklärung des Volks in allen politischen, sozialen und religiösen Dingen. Uebrigens genüge — so schloß der Vorsitzende unter allseitiger Zustimmung seine Ausführungen — diese Hinweisung auf die Sachlage vollständig, um die absurde Behauptung mit Verachtung zurückzuweisen, daß die Sozialdemokratie mit den Ultramontanen zu irgendwelchen Zwecken Hand in Hand gehe; eines förmlichen Beschlusses der Conferenz hierüber bedürfe es durchaus nicht.

Hierauf begannen die Verhandlungen der Conferenz, welchen eine Vorlage des Vorsitzenden Tölcke zu Grunde gelegt wurde. Nach sechsstündiger gründlicher Debatte, an welcher sich die meisten Delegirten betheiligten, wurde die Vorlage mit einigen unwesentlichen Abänderungen in folgender Form einstimmig angenommen:

„Zur Herbeiführung eines bessern Erfolges der sozialistischen Partei-Agitation in Rheinland und Westfalen beschließt die Conferenz Folgendes:

I. In Betreff der Parteipresse.

1. Ein Parteiblatt darf dem andern keine Conkurrenz machen. Deshalb ist die Abgrenzung von Bezirken nothwendig, in welchen die Verbreitung der betreffenden Lokalblätter betrieben werden soll, wobei es den Parteigenossen selbstverständlich freisteht, auch noch auf andere Lokalblätter zu abonniren. Als solche Bezirke bestimmt die Conferenz:

a) für die „Bergische Volksstimme" und deren Filialblätter die Wahlkreise Barmen-Elberfeld, Lennep-Mettman, Solingen und Hagen;
b) für die Duisburger und Essener „Freien Zeitungen" die Wahlkreise Duisburg, Düsseldorf und Essen;
c) für die „Freie Niederrheinische Zeitung" den linken Niederrhein bis zur belgisch-holländischen Grenze, namentlich die Wahlkreise Crefeld, Kempen, M.-Gladbach und Aachen;
d) für die „Westfälische Freie Presse" die Wahlkreise Dortmund, Bochum, Altena-Iserlohn und die übrigen westfälischen Wahlkreise mit Ausschluß des Wahlkreises Hagen;
e) für die „Kölner Freie Presse" die Wahlkreise Stadt- und Landkreis Köln, Mühlheim a. Rh., Wipperfürth, Ahrweiler und rheinaufwärts bis Coblenz.

2. Der Beschluß des diesjährigen Congresses in Betreff der Gründung neuer Lokalblätter (Protokoll Seite 75) ist genau zu beachten. Blätter, welche ohne Zustimmung des Central-Wahlcomits erscheinen, dürfen von keinem Sozialisten, weder durch Abonnement, noch in anderer Weise, unterstützt werden.

3. Für jeden der unter Nr. 1 bestimmten Bezirke sind, je nach Bedürfniß, ein oder mehrere in jeder Beziehung durchaus zuverlässige und tüchtige besoldete Colporteure anzustellen. Das Gehalt der Colporteure muß von den betreffenden Wahlkreisen durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden.

4. Die Colporteure dürfen keinen Preisaufschlag erheben (Congreßprotokoll Seite 51). Die Preise sind auf den einzelnen Druckschriften zu vermerken und von Zeit zu Zeit durch die Blätter bekannt zu machen.

5. Die Colporteure sind verpflichtet, vorzugsweise für die möglichst massenhafte Verbreitung a) des „Vorwärts", b) der „Rundschau", c) des betreffenden Lokalblattes, d) des „Armen Conrad", e) der „Neuen Welt", f) der „Zukunft" zu wirken. Photographien lebender Sozialisten dürfen die Colporteure nicht verkaufen (Congreßprotokoll Seite 55).

6. An den Hauptorten der unter Nr. 1 bezeichneten Wahlkreise sind von den Parteigenossen Zeitungs-Commissionen zu bilden, welche die ganze Colportage leiten und die betreffenden Zeit- und Druckschriften bestellen, für deren Preis die Commissionsmitglieder persönlich haftbar sind. Die Zeitungs-Commissionen ernennen die Colporteure und vereinbaren mit denselben deren Gehälter, controliren deren Geschäftsführung, nehmen Beschwerden über dieselben entgegen und entscheiden darüber. Die Commissionen sind berechtigt, Colporteure abzusetzen und andere an deren Stelle zu ernennen. Die Namen der angestellten Colporteure sind in den betreffenden Lokalblättern bekannt zu machen.

7. Die Colporteure sind verpflichtet, nach Beendigung einer jeden Geschäftstour, mindestens allwöchentlich, die vereinnahmten Gelder an den Kassirer der Commission abzuliefern, der auch die freiwilligen Beiträge in Empfang zu nehmen hat.

8. Die nähere Regelung der Geschäftsführung der Zeitungs-Commissionen bleibt den Parteigenossen der betreffenden Orte überlassen.

9. Die Conferenz empfiehlt den Sozialdemokraten Deutschlands die Diskussion der Iserlohn-Dortmunder Anträge zum letzten Congreß (Nr. 112 bis 116 der Vorlage, Protokoll Seite 14 und 72) und die Annahme derselben auf dem nächsten Congresse.

Gründe:

a) Die für die Partei schädliche, unerfreuliche Finanzlage mehrerer Parteiblätter;
b) die Wahrung des sozialistischen Prinzips durch die absolut nothwendige radikale Beseitigung des spekulativen Lokal-Sozialismus.
c) Eine etwaige Renitenz der Genossenschaften wird und muß der Congreß durch den Beschluß brechen, „daß kein Sozialdemokrat ein Blatt in irgend einer Weise unterstützen darf, welches sich den Beschlüssen des Congresses nicht fügt."

10. Blätter, welche innerhalb Jahresfrist sich nicht so herausgearbeitet haben, daß sie ohne Zuschuß lebensfähig sind, sollen eingehen dadurch, daß kein Sozialdemokrat weiter auf sie abonniren wird.

Ausnahmen können aus agitatorischen Rücksichten nur vom Central-Wahlcomits gestattet werden.

11. Die Controlirung des Finanzwesens der Lokalblätter ist Sache der Genossenschaften, und wo diese nicht bestehen, der Zeitungs-Commissionen.

II. In Betreff der Agitation.

Beim augenblicklichen Mangel geeigneter Persönlichkeiten zum Betriebe der sogenannten stabilen Agitation in Rheinland und Westfalen und mit Rücksicht darauf, daß genügende agitatorische Kräfte in beiden Provinzen vorhanden sind, empfiehlt die Conferenz den Parteigenossen in benachbarten Bezirken, sich gegenseitig mit Rednern zu unterstützen.

Genosse Köln (Duisburg) beantragte: Die Conferenz möge sich darüber aussprechen, wie die Parteigenossen sich der Hasselmann'schen „Rothen Fahne" gegenüber zu verhalten hätten. Nach Erläuterung des Sachverhalts durch die Genossen Strumpen und Tölcke, welche an dem diesjährigen Congresse Theil genommen hatten, ging die Conferenz mit Rücksicht auf den die Angelegenheit betreffenden Congreßbeschluß zur Tagesordnung über.

---

sollte, der lese folgenden Ausschnitt aus der zu Frankfurt a. M. erscheinenden „Deutschen Reichspost":

„Das Heiraths-Bureau in Darmstadt. Das alte Wort: „Die Ehen werden im Himmel geschlossen" bedarf einer Correktur: „Die Ehen werden in Darmstadt geschlossen" muß es heißen. Dort hat sich seit Jahren ein Heiraths-Bureau etablirt unter dem dreifachen Motto:

„Allen Völkern auf Erden zum Heil und Segen.
Tempora mutantur et nos mutamur in illis.
Hony soit qui mal y pense."

Die Anstalt behauptet, die „einzige und altetablirte internationale Anstalt Deutschlands für Ehevermittelungen zu sein" und scheint ihr Geschäft in großartigem Maßstabe zu betreiben. Ihr Programm leitet sie mit einem ernsten und zum Theil wirklich guten Wort über die heilige Ehe ein, das ordentlich erbaulich zu lesen ist. Leider ist vor Nachdruck besonders gewarnt, sonst könnten wir den Lesern die Betrachtung über das Glück der Ehe mittheilen. Man begnügt sich nicht damit, denen Rath und Hilfe zu gewähren, die darum nachsuchen, sondern man sendet in geschäftlich-betriebsamer Weise das Programm denen zu, von denen man annimmt, daß sie Gebrauch davon machen könnten. So erhielt vor Kurzem eine junge Erzieherin, die sich zufällig in einem Bade aufhielt und also aus den Badelisten zu erfahren war, das freundliche Anerbieten jenes Heiraths-Bureaus zugesendet. Dem Programm lag ein Verzeichniß der bis jetzt vorgemerkten Candidaten bei. Verzeichnet sind auf derselben 3 Fürsten, 8 Grafen, 91 Barone, 250 Rittergutsbesitzer, 320 Offiziere, 800 Beamte und Lehrer, 120 Gelehrte, Aerzte und Künstler, 240 Großhändler und Fabrikanten, 1400 Kaufleute, 200 Landwirthe, 1700 Industrielle, 110 Private und Rentiers (selbstverständlich lauter Sozialdemokraten!) Gewiß ist das ein reichhaltiges Lager, in Summa 5902 Ehestandscandidaten. Es würde interessant sein, zu erfahren, ob auch das Lager im weiblichen Artikel eben so gut versehen ist. Wenn die Zahlenangaben auf Wahrheit beruhen, so bekennen wir offen, daß wir vollkommen erstaunt und überrascht sind. Wir haben etwas der Art nicht für möglich gehalten. — Es ist nicht nöthig, diesen Mittheilungen auch nur ein Wort anzufügen. Dies Zeichen unserer Zeit ist an sich deutlich genug.

— Russische Cultur in Berlin. Unser Berliner Parteiorgan erzählt folgendes delikate Geschichtchen: „Die in der Reichenbergerstraße beschäftigten Russen geriethen am vergangenen Montag mit einander in eine kleine, gemüthliche Balgerei. Bei dieser Gelegenheit biß einer der Raufenden seinem Collegen die Nase vollständig ab. Alles Suchen nach dem abgebissenen Gliede blieb erfolglos, so daß nur angenommen werden konnte, daß der Wütherich dasselbe hinuntergeschluckt haben muß. Darüber befragt, gab der liebenswürdige College nicht nur diese Möglichkeit, sondern selbst die Wahrscheinlichkeit dafür zu, er fand dies sogar ganz natürlich.

Der Antrag des Delegirten Wiener (Ueckendorf), die Verhandlungen der Conferenz mögen in Broschürenform gedruckt und verbreitet werden, wurde durch den Beschluß erledigt, daß das Conferenzprotokoll durch den „Vorwärts“ und die rheinisch-westfälischen Parteiblätter veröffentlicht werden soll.

Nach eindringlicher Ermahnung des Vorsitzenden zu treuem, festem Zusammenhalten im gemeinsamen Kampfe gegen die verbündete Reaktion und zu rastloser, unermüdlicher Agitation schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie aller Länder, in welches die Versammelten begeistert einstimmten, gegen 6 Uhr die Conferenz.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Tölcke, Vorsitzender.
Strumpen, Stellvertreter.
Gilles, Schriftführer.

Mannheim, 4. September. „Wenn Jemand eine Reise thut, so kann er was erzählen“, so dachte auch ich, als ich, nach einer vierwöchentlichen Agitationsreise vom badischen Oberland zurückkehrend, auf Wunsch mehrerer Gesinnungsgenossen einen Abstecher nach Saarbrücken machte. Nach Saarbrücken, wo „Milch und Honig fließt“, die in der Form von Gefängnißsuppe jahrelang den Redakteuren sozialistischer Zeitungen gratis verabreicht wird. Nachdem ich mein Testament gemacht, schüttelte ich den Staub von meinen Füßen und benutzte den nächsten Zug, der mich Abends 7 Uhr nach St. Johann brachte. Nach einigen Irrfahrten gelang es mir, einen Sozialdemokraten anzutreffen, der im Begriff war, sein Messer zu wetzen. Doch galt seine Rache nicht etwa einem reichen Bourgeois, sondern — nur einem Stückchen Wurst, das er zu seinem Abendbrod verzehren wollte. Mit wenigen Worten legte mir dieser Genosse die Situation in der Saargegend klar. Man hat eben den Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie beschlossen. Das sozialistische „Gift“ soll nicht eindringen in die Herzen der Arbeiter der königlichen Bergwerke. Ob man sich dabei von der Ansicht leiten läßt, daß es dieses „Giftes“ nicht bedarf, weil sich so wie so schon schädliche und explosionsfähige Gase in Masse dort angesammelt haben? Mit einer nie gekannten Erbitterung wird hier der Kampf geführt. Sieben Nummern der „Freien Volksstimme“ sind erschienen, und schon vier Redakteure sind dingfest. Zwei sind zu je 2½ Jahren Gefängniß verurtheilt und einer dem Militär eingereiht, der vierte sieht seiner Verurtheilung entgegen. Auf jede Nummer 1 Jahr Gefängniß, das ist die Bilanz. Die Arbeiter werden gemaßregelt und den selbstständigen Gewerktreibenden die Kundschaft entzogen, um sie so kirre und gefügiger zu machen. Es fehlt nur noch, daß man den Metzgern, Bäckern, Wirthen u. s. w. verbietet, irgend etwas an Sozialisten abzugeben. Wie mir mitgetheilt wurde, ist auch wirklich ein solcher Versuch gemacht worden. In einer Wirthschaft (Zeugen stehen genug zur Verfügung), in welcher die inhaftirten Genossen vielfach verkehrten, erschien eines Tages der Polizeikommissar Wirtz von St. Johann und machte der Wirthin Vorwürfe, daß sie solche Lumpen in ihrem Lokal dulde und ihnen Speisen und Getränke verabreiche. Auf den Vorhalt, daß diese Leute immer anständig gewesen und regelmäßig bezahlt hätten, erwiderte der Herr Commissar: „Ei was, andere Leute, und wenn sie auch nicht bezahlen, sind mir immer noch lieber als diese Lumpen, wenn sie gleich zahlen.“

Andern Tages ging ich nach Saarbrücken in's dortige Gefängniß, um Zutritt zu dem Genossen Kaulitz zu erlangen. Aber vergebens. Ein ebenfalls dort anwesender Herr (der sich später als der Herr Commissar Wirtz entpuppte) erklärte mir, daß ein Besuch bei Kaulitz nichts fruchten könne, da derselbe sein Verlagsrecht schon definitiv übertragen habe, ich sollte mich nur zum Bürgermeister von St. Johann bemühen, dort würde ich das Nähere erfahren. Der sehr ehrenwerthe Herr legte überhaupt eine so genaue Kenntniß von meinem Aufenthalt und meinen Bemühungen in St. Johann an den Tag, die mich, wenn man nicht schon mit der Vortrefflichkeit der Polizeiorganisation bekannt wäre, in Erstaunen hätte setzen können. Sein freundliches Anerbieten, mich zu begleiten, wurde selbstredend vor der Hand ebenso freundlich abgelehnt.

Beim Bürgermeister von St. Johann angelangt, erfuhr ich zunächst, daß die Angaben des Herrn Polizeicommissars irrige seien, daß Kaulitz das Verlagsrecht noch besitze, und ohne eine spezielle Vollmacht von Kaulitz das Forterscheinen der Zeitung inhibirt werde. Im Laufe der Unterredung erklärte der Herr Bürgermeister wörtlich Folgendes: „Ich will Ihnen meine Stellung sowie die Stellung der hiesigen Behörde mit wenigen Worten klar legen und können Sie davon nach Belieben Gebrauch machen. Ich betrachte die bloße Existenz der Sozialdemokratie als strafbar und ungesetzlich.“ Auf meine Erwiderung, daß dieselbe doch in ganz Deutschland, ja selbst im deutschen Reichstage vertreten sei, entgegnete er: „Wenn in Berlin, Leipzig u. s. w. die Sozialdemokratie geduldet werde, so sei dies nur eine Unterlassungssünde der dortigen Behörden, die man sich hier nicht zu Schulden kommen lassen wolle.“

Meine Erklärung, daß dies ein Terrorismus, eine Unterdrückung der Willensfreiheit von Hunderttausenden wäre, schnitt der Herr Bürgermeister mit den Worten ab: „Ei was, das sind Phrasen! Sie werden doch Keinem zumuthen wollen, daß er in seinem eigenen Heimwesen eine Bande von Räubern und Mördern dulde?“ Das war mir denn doch ein etwas zu starker Tabak. Ich stellte mich vor den Herrn Bürgermeister hin und fragte ihn, ob er mich etwa auch für einen Mörder und Räuber ansehe, worauf er erwiderte: Das gerade nicht, aber die Sozialdemokratie verfolge dergleichen Ziele, das habe er in der „Freien Volksstimme“ gelesen. In welcher Nummer und in welchem Artikel, hat er natürlich nicht gesagt, es dürfte ihm wohl auch etwas schwer werden. Ich habe die „Freie Volksstimme“ aufmerksam gelesen und habe mir die größte Mühe gegeben, von einer Aufforderung zu Raub und Mord oder von einem bloßen Hinsteuern zu diesen Zielen etwas zu entdecken, habe aber mit dem besten Willen nichts finden können. Selbst aber wenn in einem Blatt Ungesetzlichkeiten begangen sein sollten (oder, wie das Saarbrücker Urtheil lautet, begangen sind) hat man dann das Recht, eine ganze Partei für rechtlos zu erklären? Man bestrafe den Uebelthäter, der sich gegen die heutige Ordnung vergangen hat (und das ist ja zur Genüge geschehen), aber, frage ich nochmals, woher nimmt man die Berechtigung, eine Partei, die so großen Anhang in Deutschland hat, die bei den letzten Wahlen über 600,000 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigte, die 12 Vertreter in den deutschen Reichstag entsendet hat, als völlig rechtlos, als Räuber und Mörder hinzustellen? — Wo bleibt da der § 130?

Nach mehreren vergeblichen Versuchen, mit dem verurtheilten Genossen Kaulitz in Verbindung zu treten, um über das Forterscheinen der „Freien Volksstimme“ zu verhandeln, übertrug ich diese Angelegenheit einem Saarbrücker Genossen und trat meine Heimreise an. Der Eisenbahnzug, der mich über Neunkirchen nach Mannheim führen sollte, war ungewöhnlich stark besetzt und zwar meistens von festlich geschmückten Arbeitern und Landleuten aus der Umgegend. Auf meine Frage, was denn das Reiseziel dieser Leute sei, erhielt ich zur Antwort — Marpingen. Da wurde es plötzlich hell vor meinen Augen. Ich befand mich im Lande der Wunder! Jetzt auf einmal begriff ich, was bis dahin mein beschränkter Unterthanenverstand nicht fassen konnte: wie die Existenz des Himmels die Existenz der Hölle voraussetzt, so muß auch bei Marpingen, dem Gnadenort, ein — — — Doch für heut genug von Diesem.

Wie ich in einer hiesigen Zeitung lese, wurden vor etwa 14 Tagen in St. Arnouel Zaun und Gartenthür eines hiesigen eines hiesigen Fabrikanten in abscheulichster Weise beschmiert und im Garten selbst zwei junge Bäume unmittelbar an der Krone abgestoßen. In dem Garten eines andern Eigenthümers wurde ebenfalls grober Unfug verübt. Als Thäter werden ein Steinhauer und ein Maurer bezeichnet, die man — und das ist das Infame bei der Sache — wegen dieses groben Unfugs frischweg zu den Sozialdemokraten rechnet. Beide leugneten vor Gericht die That und wurde der Eine zu 15 Mark Geldbuße verurtheilt, während der Andere freigesprochen werden mußte. Der Verurtheilte hat appellirt, er behauptet unschuldig zu sein und will Zeugen stellen. Man sieht an diesem Fall, daß der Haß gegen die Sozialdemokratie den Gegnern noch das bischen Vernunft, welches man ihnen allenfalls noch zugestehen konnte, zu rauben droht.

Dreesbach.

München, den 6. September. Genosse Ernst hat das Gefängniß in Nürnberg nach sechsmonatlichem Aufenthalt verlassen um mit ungebeugtem Muthe den Kampf für die Rechte des arbeitenden Volkes fortzusetzen. Bei dieser Gelegenheit erinnern wir daran, daß unser Parteigenosse Ernst als „Preßverbrecher“ im Nürnberger Zellengefängniß 6 Monate mit Maske und Sträflingsanzug, wie früher Kiefer und kürzlich noch Baumann, mit Dütenkleben und Schachtelpappen beschäftigt wurde, während jetzt der Dr. Rittler, der unter dem Schutze des Krummstabs die katholische Fahne schwingt, in der Feste Oberhaus bei Passau ebenfalls als Preßverbrecher alle Annehmlichkeiten genießt, wohl deshalb, weil er als demüthiger und vielleicht reuiger Christ sich vor den Thron warf und um Gnade flehte. Eine Rechtfertigung dieses Verhaltens ist das Justizministerium bis heute noch immer schuldig geblieben. Der „Zeitgeist“ ersucht nun wiederholt darum, öffentlich darzulegen, wie sich diese Verschiedenheit der Strafvollstreckung für dasselbe Vergehen vor dem natürlichen Gerechtigkeitsgefühl des Volkes verantworten läßt.

Wurzen, 5. September. Am 3. ds. Mts., Abends 6 Uhr, hatten wir hier eine Volksversammlung, in welcher Ufert unter großem Beifall über das Thema: „Presse, öffentliche Meinung und Feste“ einen Vortrag hielt. Als Gegner trat — Kaufmann Sparig aus Leipzig auf. Wer noch nicht so glücklich war, Biertischschimpfereien auf die Sozialdemokratie mit anhören zu können, an diesem Abend wäre er übergenug befriedigt worden. Die Versammelten unterbrachen Herrn Sparig fortwährend, sie hatten eben eine andere Ansicht von dem „Kampf mit geistigen Waffen“ als Sparig, der der Meinung zu sein schien, eine Volksversammlung sei eine lustige Kneipgesellschaft, in der man sich schon etwas erlauben darf. Die hiesigen Arbeiter dachten natürlich anders und verbaten sich durch energisches Protestiren jede weitere „Belehrung“ durch Herrn Sparig, so daß schließlich der überwachende Polizeibeamte die Versammlung schloß.

Oldenburg, 6. September. (Metallarbeitergewerksgenossenschaft.) Sonntag, den 2. September, hielt die unterzeichnete Gewerksgenossenschaft eine Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: „Diskussion über die Correspondenz in Nr. 98 des „Vorwärts“. Centralisation der Gewerkschaftspresse.“ Die Versammlung kam nach kurzer Berathung zu dem Resultat, daß nicht allein die Centralisation der Gewerkschaftspresse zu wünschen, sondern daß sie dringend nothwendig sei, weil daraus für die Betheiligten direkte materielle Vortheile erwachsen würden, denn jedes kleine Organ kostet doch schon viel Geld, ein Centralorgan aber ist verhältnißmäßig doch viel billiger herzustellen, wie so viele kleine Organe, aber der Hauptvortheil wäre, daß den Mitgliedern durch ein größeres Centralorgan bedeutend mehr geistige Nahrung gereicht werden könnte, als durch ein kleines Organ. Unsere Hauptaufgabe ist ja gerade: Aufklärung in's Volk zu bringen, denn das Volk muß erfahren, ob die jetzigen wirthschaftlichen Zustände gesunde sind oder nicht, und je länger das Volk in der Dummheit hingehalten wird, je länger dauert auch das jetzige soziale Elend. Wir finden durchaus keinen Grund, daß wir länger auf dem jetzigen Wege weiter wandeln müssen, wohl aber, daß wir sobald wie möglich den Weg der Centralisation resp. Vereinigung einschlagen müssen und das je eher je lieber, denn dann handeln wir wenigstens nach unseren Statuten, in denen es heißt: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch.“ Darum fordern wir die Mitglieder und besonders die Bevollmächtigten sämmtlicher Gewerkschaften auf, diese wichtige Angelegenheit in jeder Versammlung zu discutiren. Verbannt den Kastengeist, wo er noch vorhanden ist. Wir werden den Tag der Centralisation der Gewerkschaftspresse mit Freuden begrüßen.

Die Mitglieder der Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft.
J. A.: H. Meyer.

Werthe Genossen!

Ueber die letzten Ereignisse unseres Arbeitsausschlusses fühlen wir uns verpflichtet, Euch den wahren Sachverhalt mitzutheilen, insbesondere da von unseren Gegnern die verschiedensten Lügenberichte darüber verbreitet werden. Zu Anfang des Arbeitsausschlusses kam die Sache für uns sehr günstig, jedoch fiel es uns auf, daß trotz Aufforderung eine Anzahl weiblicher Cigarrenarbeiter (ca. 10) sich nicht an unseren Zusammenkünften betheiligte. Unsere Vermuthung, daß diese Personen unsere Sache schädigen wollen, fand ihre Bestätigung darin, daß die Betreffenden sich mehrere Male zu dem Fabrikanten sowie Werkführer begaben und um Wiedereröffnung der Fabrik baten. Eine bessere Gelegenheit als diese konnte dem Herrn Deter nicht geboten werden, um folgendes Machwerk — wodurch er sich die Schuld des Arbeitsausschlusses vom Halse wälzen wollte — in Szene zu setzen. Herr Deter erklärte nämlich Denjenigen, welche sich ihm unter allen Umständen preisgaben, daß er nicht abgeneigt sei, die Fabrik wieder zu öffnen; jedoch müßte eine größere Anzahl zu ihm bitten kommen. Infolge dieser Erklärung des Fabrikanten gaben sich diese Abtrünnigen die größte Mühe, Unzufriedenheit unter Denjenigen zu erregen, welche treu zu unserer Sache hielten, und sie benutzten namentlich zu ihren Intriguen den Unterstützungsbetrag, welchen die Nichtmitglieder erhielten und der die erste Woche à Person 3 Mark betrug, sie suchten ihnen einzureden, daß sie die nächsten Wochen auch nicht mehr erhalten würden und lieber Herrn Deter bitten möchten, die Fabrik zu öffnen; jedoch erzielten sie hiermit keinen wesentlichen Erfolg, indem sich Niemand ihnen anschloß, infolge dessen wurde nachstehende Ueberrumpelung in's Werk gesetzt. Am Montag, den 3. d. Mts. frühmorgens, erschienen wiederum die oben Angeführten in der Fabrik, um um Arbeit zu bitten. Es wurde ihnen bedeutet, daß wenn eine schriftliche Erklärung unterzeichnet würde, daß sie sich „durch die Sozialdemokratie hätten irre führen lassen“, Herr Deter die Fabrik öffnen würde. Diese Individuen hatten nun nichts Eiligeres zu thun, als sofort ein Schriftstück zu unterzeichnen, so zwar daß die erste Seite nur mit ihren Namen bedeckt wurde.

Sie begaben sich nun eiligst in die Wohnungen der anderen Arbeitslosen und erklärten, daß die Fabrik wieder geöffnet werde, wer anfangen wolle, solle sich dahin begeben und unterschreiben. Selbstverständlich verschwiegen sie den Inhalt des Schriftstückes und betonten noch, daß Niemand aus dem Deutschen Tabakarbeiter-Verein auszutreten brauche, sowie daß keine Lohnabzüge gemacht werden.

Infolge dessen begab sich auch der größte Theil der Arbeitslosen — ohne den Vorstand vorher in Kenntniß zu setzen — in die Fabrik und unterschrieb, ohne sich um den Inhalt des Schriftstücks zu kümmern.

Jedoch circa 20 der Arbeitslosen zogen es vor, sich nicht gleich nach der Fabrik zu begeben, sondern erst den Vorstand zu befragen, was zu thun sei. Dieser bemühte sich auch, die Sache näher zu untersuchen und es gelang ihm am nächstfolgenden Tage, nachdem bereits die Unterschriebenen die Arbeit aufgenommen hatten, den Inhalt des Schriftstücks genau zu ermitteln. Trotz aller Interventionen des Vorstandes war es nicht möglich, die in Arbeit Getretenen eines Besseren zu belehren. Da wir auf diese Weise durch das kopflose Handeln des größten Theils der Ausgeschlossenen eine theilweise Niederlage zugestehen müssen, so hoffen wir doch von Euch, daß Ihr uns in der Stunde der Noth nicht verlassen werdet. Dreißig haben die Stadt bereits verlassen, zwanzig Andere verbleiben, welche es unter ihrer Würde halten, dieses Schriftstück zu unterschreiben und fest entschlossen sind, sobald wie möglich den Ort zu verlassen. Wir bitten daher nochmals, da wir gezwungen waren, Gelder zu leihen, um die Nichtmitglieder zu unterstützen und wir vor unserer Abreise noch Alles ausgleichen möchten, die für uns bestimmten Gelder uns zukommen zu lassen.

Gleichzeitig theilen wir mit, daß der wegen des „Aufrufs“ angeklagte Vorstand, nachdem der Staatsanwalt 1 bis 4 Wochen Gefängniß beantragt hatte, vom Gerichtshof freigesprochen wurde.

Ohlau, den 8. September.

Der Ortsvorstand der Cigarrenarbeiter.
J. A.: P Zimmermann.

An die Abonnenten und Leser der sozialistischen Zeitungen.

Parteigenossen! Mit dem 1. Oktober beginnt das erste Winter-Quartal. Da wir gewohnt sind, daß das Abonnement im Winter bedeutend stärker ist, wie im Sommer, so muß es jetzt unsere Aufgabe sein, die Abonnentenzahl vom neuen Quartal an auf's Doppelte, wenn nicht auf's Dreifache zu bringen. Besonders mache ich die Abonnenten darauf aufmerksam, daß sie rechtzeitig ihre Bestellungen machen. Gleichzeitig ersuche ich Diejenigen, die mit ihren Abonnementsgeldern im Rückstande sind, ihre Pflichten baldmöglichst zu erfüllen. In der Erwartung, daß ein Jeder seine Schuldigkeit thut, sehen wir dem neuen Quartal hoffnungsvoll entgegen.

Flensburg, den 7. September.

Im Auftrage der Zeitungscommission:
Th. H. Leiding, Plankemay 861.

NB. Auch auf die vom 1. Oktober ab dreimal wöchentlich in Kiel erscheinende „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ nehme ich Bestellungen entgegen. Gleichfalls bringe ich in Erinnerung, daß mir für Flensburg und Umgegend die Annoncen-Beförderung übertragen ist. D. O.

Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ wird um Abdruck gebeten.

Aufruf!

Parteigenossen. Am 24. d. Mts. findet hier im 11. hannoverschen Wahlkreise eine Nachwahl zum Reichstage statt. Da aber der hiesige Kreis sehr arm ist, so ersuchen wir die Genossen, uns in dem Wahlkampfe nach Kräften mit Geldunterstützungen beizustehen. Am 10. Januar haben die hiesigen Arbeiter schwere Opfer gebracht, aber jetzt sind sie dazu außer Stande, denn vielfach wird hier nur 5 Tage in der Woche gearbeitet, wodurch das Einkommen wesentlich geschmälert wird. Also Parteigenossen, wer nur einigermaßen kann, der lasse uns sein Scherflein zukommen. Von unserer Partei ist Hurlemann aufgestellt. Gelder wolle man gefälligst an untenstehende Adresse schicken.

Johann Hassenpflug, Cigarrenarbeiter.
Auf der Freiheit bei Osterode.

☛ **Den verschiedenen Reflektanten hierdurch zur gefl. Kenntnißnahme, daß es uns gegenwärtig leider unmöglich ist, irgend Jemanden unterzubringen. Sämmtliche Stellen sind besetzt.**

Leipzig, den 11. September.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Briefkasten

der Redaktion. Hugo Speyer in Bielefeld: Ihr Schreiben ist nach Hamburg gesandt. — Fr. A. in Hohen-Schönhausen: Uns scheinen Ihre Angaben nicht genug erwiesen zu sein, als daß wir eine Berichtigung erfolgen lassen könnten. — E. G. in New-York: Bismarck ist allerdings Papier- und Schnapsfabrikant, unbekannt ist uns aber, ob er fürs Reich oder für Preußen Papier und Schnaps liefert.

der Expedition. C. H. E. in Schedewitz: Bis jetzt kein Verkauf möglich. Ueberall Ebbe. Weiteres deshalb unmöglich. — H. Grießer Reichenau: Senden Sie den unbrauchbaren Kalender hierher zurück zum Umtausch.

Parteigenosse H. Karge, 1875 in Lübeck, wird gebeten, seine Adresse entweder im „Vorwärts“ oder mir direkt bekannt zu geben.

Herm. Grießer, Schreiner in Reichenau bei Constanz (Baden).

Adam Glaba (Buchbinder) aus Kassel, früher in Hannover, wird um seine Adresse gebeten.

Th. M. Wieger, Wiesbaden, Schachtstr. 30.

Quittung. Hrn Löbtau Ann. 0,80. J. Bll Philadelphia Ab. 50,00. Brggmr Seesen Ab. 11,90. Hllngl Nordhausen Ab. 11,80. F. Wl Christophsgrund Ab. 13,00. Arbeiterbildungsverein Leipzig Ann. 3,30. Bsch hier Ab. 5,25. Ullrch hier Ab. 5,40. M. Kbsch Dresden Ab. 88,25. H. Prtz Meidling Schr. 8,53. Hnrch Arzberg Ab. 1,19. Schltr Dresden Schr. 25,00. Fllrmnn Bremerhafen Ab. 20,00. W. Albrtz Esslingen Ab. 15,35. Wgnr Wohlau Schr. 0,93. Hrt Wiesbaden Schr. 4,00. Zmmrmnn Hersfeld Schr. 2,90. Bmgrtn Schönstädt Schr. 0,90. Smmck Kempen Schr. 0,90. Lmp Quittelsdorf Schr. 3,90. Hsnr Karlsruhe Schr. 6,40. Orbn Goldlauter Schr. 6,85. A. Mnz Lübbecke Schr. 5,75.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Sonnabend, den 15. September, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11: (F. 164)

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Vorträge über die zehn Gebote von H. Meister. [80

Der Vorstand.

Leipzig. Gewerkschafts-Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. (Eingetr. Genossenschaft.)

Jeden Sonnabend Abend ½9 Uhr, Versammlung bei Menzel, Ecke der Kurze-Straße. Daselbst werden immer neue Mitglieder aufgenommen.

Montag, den 8. Oktober, Generalversammlung.

70] R. Ludwig, Vorsteher.

Leipzig. Sonnabend, 15. September, Abends halb Uhr, findet im Arbeiterbildungsverein, Ritterstr. 48 II., eine

Besprechung

der Mitglieder der Metallarbeitergewerkschaft

statt. Zahlreiches Erscheinen Pflicht. J. A.: R. T. [60

Stellungsgesuch.

Ein junger, gesinnungshalber entlassener Parteigenosse, sucht entweder als Schriftsetzer, oder anderweitig Beschäftigung. Offerten bis Ende September zu adressiren an G. Schön, neben der Synagoge, Göppingen i. W. — Suchender qualifizirt sich zur Agitation und wäre auch zur Mitarbeiterschaft an einem Parteiblatt geneigt. Die befreundete Presse wird frdl. ersucht, diese Annonce gratis weiterzuverbreiten. Die Exped. d. „B.“

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu die „Wissenschaftliche Beilage“ Nr. 6.

Wissenschaftliche Beilage des „Vorwärts“.

Nr. 6. Freitag, 14. September. 1877.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der politischen Oekonomie.

Von Friedrichs Engels.

(Schluß des Artikels IV.)

Wie die Menschen ursprünglich aus dem Thierreich — im engeren Sinne — heraustreten, so treten sie in die Geschichte ein: noch halb Thiere, roh, noch ohnmächtig gegenüber den Kräften der Natur, noch unbekannt mit ihren eignen; daher arm wie die Thiere und kaum produktiver als sie. Es herrscht eine gewisse Gleichheit der Lebenslage und für die Familienhäupter auch eine Art Gleichheit der gesellschaftlichen Stellung — wenigstens eine Abwesenheit von Gesellschaftsklassen, die noch in den naturwüchsigen, ackerbautreibenden Gemeinwesen der späteren Kulturvölker fortdauert. In jedem solchen Gemeinwesen bestehen von Anfang an gewisse gemeinsame Interessen, deren Wahrung Einzelnen, wenn auch unter Aufsicht der Gesammtheit, übertragen werden muß: Entscheidung von Streitigkeiten; Repression von Uebergriffen Einzelner über ihre Berechtigung hinaus; Aufsicht über Gewässer, besonders in heißen Ländern; endlich, bei der Waldursprünglichkeit der Zustände, religiöse Funktionen. Dergleichen Beamtungen finden sich in den urwüchsigsten Gemeinwesen zu jeder Zeit, so in den ältesten deutschen Markgenossenschaften und noch heute in Indien. Sie sind selbstredend mit einer gewissen Machtvollkommenheit ausgerüstet und die Anfänge der Staatsgewalt. Allmählig steigern sich die Produktivkräfte; die dichtere Bevölkerung schafft hier gemeinsame, dort widerstreitende Interessen zwischen den einzelnen Gemeinwesen, deren Gruppirung zu größeren Ganzen wiederum eine neue Arbeitstheilung, die Schaffung von Organen zur Wahrung der gemeinsamen, zur Abwehr der widerstreitenden Interessen hervorruft. Diese Organe, die schon als Vertreter der gemeinsamen Interessen der ganzen Gruppe, jedem einzelnen Gemeinwesen gegenüber eine besondere, unter Umständen sogar gegensätzliche Stellung haben, verselbstständigen sich bald noch mehr, theils durch die, in einer Welt wo Alles naturwüchsig hergeht, fast selbstverständlich eintretende Erblichkeit der Amtsführung, theils durch ihre, mit der Vermehrung der Konflikte mit andern Gruppen wachsende Unentbehrlichkeit. Wie diese Verselbständigung der gesellschaftlichen Funktion gegenüber der Gesellschaft mit der Zeit sich bis zur Herrschaft über die Gesellschaft steigern konnte, wie der ursprüngliche Diener, wo die Gelegenheit günstig, sich allmälig in den Herrn verwandelte, wie je nach den Umständen dieser Herr als orientalischer Despot oder Satrap, als griechischer Stammesfürst, als celtischer Clanchef u. s. w. auftrat, wie weit er sich bei dieser Verwandlung schließlich auch der Gewalt bediente, wie endlich die einzelnen herrschenden Personen sich zu einer herrschenden Klasse zusammenfügten, darauf brauchen wir hier nicht einzugehn. Es kommt hier nur darauf an, festzustellen, daß der politischen Herrschaft überall eine gesellschaftliche Amtsthätigkeit zu Grunde lag; und die politische Herrschaft hat auch nur dann auf die Dauer bestanden, wenn sie diese ihre gesellschaftliche Amtsthätigkeit vollzog. Wie viele Despotien auch über Persien und Indien auf- und untergegangen sind, jede wußte ganz genau, daß sie vor Allem die Gesammtunternehmerin der Berieselung der Flußthäler war, ohne die dort kein Ackerbau möglich. Erst den aufgeklärten Engländern war es vorbehalten, dies in Indien zu übersehen; sie ließen die Rieselkanäle und Schleusen verfallen, und entdecken jetzt endlich durch die regelmäßig wiederkehrenden Hungersnöthe, daß sie die einzige Thätigkeit vernachlässigt haben, die ihre Herrschaft in Indien wenigstens ebenso rechtmäßig machen könnte, wie die ihrer Vorgänger.

Neben dieser Klassenbildung ging aber noch eine andere. Die naturwüchsige Arbeitstheilung innerhalb der ackerbauenden Familie erlaubte auf einer gewissen Stufe des Wohlstands die Einfügung einer oder mehrerer fremden Arbeitskräfte. Dies war besonders der Fall in Ländern, wo der alte Gemeinbesitz am Boden bereits zerfallen oder doch wenigstens die alte gemeinsame Bebauung der Einzelbebauung der Bodenantheile durch die entsprechenden Familien gewichen war. Die Produktion war so weit entwickelt, daß die menschliche Arbeitskraft jetzt mehr erzeugen konnte als zu ihrem einfachen Unterhalt nöthig war; die Mittel mehr Arbeitskräfte zu erhalten waren vorhanden; diejenigen, sie zu beschäftigen, ebenfalls; die Arbeitskraft bekam einen Werth. Aber das eigene Gemeinwesen und der Verband dem es angehörte, lieferte keine disponiblen, überschüssigen Arbeitskräfte. Der Krieg dagegen lieferte sie, und der Krieg war so alt, wie die gleichzeitige Existenz mehrerer Gesellschaftsgruppen neben einander. Bisher hatte man mit den Kriegsgefangenen nichts anzufangen gewußt, sie also einfach erschlagen; noch früher hatte man sie verspeist. Aber auf der jetzt erreichten Stufe der „Wirthschaftslage“ erhielten sie einen Werth; man ließ sie also leben und machte sich ihre Arbeit dienstbar. So wurde die Gewalt, statt die Wirthschaftslage zu beherrschen, im Gegentheil in den Dienst der Wirthschaftslage gepreßt. Die Sklaverei war erfunden. Sie wurde bald die herrschende Form der Produktion bei allen, über das alte Gemeinwesen hinaus sich entwickelnden Völkern, schließlich aber auch eine der Hauptursachen ihres Verfalls. Erst die Sklaverei machte die Theilung der Arbeit zwischen Ackerbau und Industrie auf größerem Maßstab möglich, und damit die Blüthe der alten Welt, das Griechenthum. Ohne Sklaverei kein griechischer Staat, keine griechische Kunst und Wissenschaft; ohne Sklaverei kein Römerreich. Ohne die Grundlage des Griechenthums und des Römerreichs aber auch kein modernes Europa. Wir sollten nie vergessen, daß unsere ganze ökonomische, politische und intellektuelle Entwicklung einen Zustand zur Voraussetzung hat, in dem die Sklaverei ebenso nothwendig wie allgemein anerkannt war. In diesem Sinne sind wir berechtigt zu sagen: Ohne antike Sklaverei kein moderner Sozialismus.

Es ist sehr wohlfeil über Sklaverei u. dgl. in allgemeinen Redensarten loszuziehn und einen hohen sittlichen Zorn über dergleichen Schändlichkeiten auszugießen. Leider spricht man damit weiter nichts aus als das, was Jedermann weiß, nämlich daß diese antiken Einrichtungen unsern heutigen Zuständen und unsern durch diese Zustände bestimmten Gefühlen nicht mehr entsprechen. Wir erfahren damit aber kein Wort darüber, wie diese Einrichtungen entstanden sind, warum sie bestanden und welche Rolle sie in der Geschichte gespielt haben. Und wenn wir hierauf eingehn, so müssen wir sagen, so widerspruchsvoll und so ketzerisch das auch klingen mag, daß die Einführung der Sklaverei unter den damaligen Umständen ein großer Fortschritt war. Es ist nun einmal eine Thatsache, daß die Menschheit vom Thiere angefangen, und daher barbarische, fast thierische Mittel nöthig gehabt hat, um sich aus der Barbarei herauszuarbeiten. Die alten Gemeinwesen, wo sie fortbestanden, bilden seit Jahrtausenden die Grundlage der rohesten Staatsform, der orientalischen Despotie, von Indien bis Rußland. Nur wo sie sich auflösten, sind die Völker aus sich selbst weiter vorangeschritten, und ihr nächster ökonomischer Fortschritt bestand in der Steigerung und Fortbildung der Produktion vermittelst der Sklavenarbeit. Es ist klar: so lange die menschliche Arbeit noch so wenig produktiv war, daß sie nur wenig Ueberschuß über die nothwendigen Lebensmittel hinaus lieferte, war Steigerung der Produktionskräfte, Ausdehnung des Verkehrs, Entwickelung von Staat und Recht, Begründung von Kunst und Wissenschaft nur möglich vermittelst einer gesteigerten Arbeitstheilung, die zu ihrer Grundlage haben mußte die große Arbeitstheilung zwischen den die einfache Handarbeit besorgenden Massen und den die Leitung der Arbeit, den Handel, die Staatsgeschäfte, und späterhin die Beschäftigung mit Kunst und Wissenschaft betreibenden wenigen Bevorrechteten. Die einfachste, naturwüchsigste Form dieser Arbeitstheilung war eben die Sklaverei. Bei den geschichtlichen Voraussetzungen der alten, speziell der griechischen Welt konnte der Fortschritt zu einer auf Klassengegensätzen gegründeten Gesellschaft sich nur vollziehen in der Form der Sklaverei. Selbst für die Sklaven war dies ein Fortschritt; die Kriegsgefangenen, aus denen die Masse der Sklaven sich rekrutirte, behielten jetzt wenigstens das Leben, statt daß sie früher gemordet oder noch früher gar gebraten wurden.

Fügen wir bei dieser Gelegenheit hinzu, daß alle bisherigen geschichtlichen Gegensätze von ausbeutenden und ausgebeuteten, herrschenden und unterdrückten Klassen ihre Erklärung finden in derselben verhältnißmäßig unentwickelten Produktivität der menschlichen Arbeit. So lange die wirklich arbeitende Bevölkerung von ihrer nothwendigen Arbeit so sehr in Anspruch genommen wird, daß ihr keine freie Zeit zur Besorgung der gemeinsamen Geschäfte der Gesellschaft — Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Rechtsangelegenheiten, Kunst, Wissenschaft ꝛc. — übrig bleibt, so lange mußte stets eine besondere Klasse bestehn, die, von der wirklichen Arbeit befreit, diese Angelegenheiten besorgte; wobei sie denn nie verfehlte, den arbeitenden Massen zu ihrem eignen Vortheil mehr und mehr Arbeitslast aufzubürden. Erst die durch die große Industrie erreichte ungeheure Steigerung der Produktivkräfte erlaubt die Arbeit auf alle Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme zu vertheilen und dadurch die Arbeitszeit eines Jeden so zu beschränken, daß für Alle hinreichend freie Zeit bleibt, um sich an den allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft — theoretischen wie praktischen — zu betheiligen. Erst jetzt also ist jede herrschende und ausbeutende Klasse überflüssig, ja ein Hinderniß der gesellschaftlichen Entwicklung geworden, und erst jetzt auch wird sie unerbittlich beseitigt werden, mag sie auch noch so sehr im Besitz der „unmittelbaren Gewalt“ sein.

Wenn also Herr Dühring über das Griechenthum die Nase rümpft, weil es auf Sklaverei begründet war, so kann er den Griechen mit demselben Recht zum Vorwurf machen, daß sie keine Dampfmaschinen und elektrischen Telegraphen hatten. Und wenn er behauptet, unsere moderne Lohnknechtung sei nur als eine etwas verwandelte und gemilderte Erbschaft der Sklaverei und nicht aus sich selbst (d. h. aus den ökonomischen Gesetzen der modernen Gesellschaft) zu erklären, so heißt das entweder nur, daß Lohnarbeit wie Sklaverei Formen der Knechtschaft und der Klassenherrschaft sind, was jedes Kind weiß, oder es ist falsch. Denn mit demselben Recht könnten wir sagen die Lohnarbeit sei nur zu erklären als eine gemilderte Form der Menschenfresserei, der jetzt überall festgestellten, ursprünglichen Form der Verwendung der besiegten Feinde.

Hiernach ist es klar, welche Rolle die Gewalt in der Geschichte gegenüber der ökonomischen Entwicklung spielt. Erstens beruht alle politische Gewalt ursprünglich auf einer ökonomischen, gesellschaftlichen Funktion, und steigert sich in dem Maß, wie durch Auflösung der ursprünglichen Gemeinwesen die Gesellschaftsglieder in Privatproduzenten verwandelt, also den Verwaltern der gemeinsam-gesellschaftlichen Funktionen noch mehr entfremdet werden. Zweitens, nachdem sich die politische Gewalt gegenüber der Gesellschaft verselbständigt, aus der Dienerin in die Herrin verwandelt hat, kann sie in zweierlei Richtung wirken. Entweder wirkt sie im Sinn und in der Richtung der gesetzmäßigen ökonomischen Entwicklung. In diesem Fall besteht kein Streit zwischen beiden, die ökonomische Entwicklung wird beschleunigt. Oder aber sie wirkt ihr entgegen, und dann erliegt sie, mit wenigen Ausnahmen, der ökonomischen Entwicklung regelmäßig. Diese wenigen Ausnahmen sind einzelne Fälle von Eroberung, wo die roheren Eroberer die Bevölkerung eines Landes ausrotteten oder vertrieben und die Produktivkräfte, mit denen sie nichts anzufangen wußten, verwüsteten oder verkommen ließen. So die Christen im maurischen Spanien den größten Theil der Berieselungswerke, auf denen der hochentwickelte Acker- und Gartenbau der Mauren beruht hatte. Jede Eroberung durch ein roheres Volk stört selbstredend die ökonomische Entwicklung und vernichtet zahlreiche Produktivkräfte. Aber in der ungeheuren Mehrzahl der Fälle von dauernder Eroberung muß der rohere Eroberer sich der höheren „Wirthschaftslage“, wie sie aus der Eroberung hervorgeht, anpassen; er wird von den Eroberten assimilirt und muß meist sogar ihre Sprache annehmen. Wo aber — abgesehn von Eroberungsfällen — die innere Staatsgewalt eines Landes in Gegensatz tritt zu seiner ökonomischen Entwicklung, wie das bisher auf gewisser Stufe fast für jede politische Gewalt eingetreten ist, da hat der Kampf jedesmal geendigt mit dem Sturz der politischen Gewalt. Ausnahmslos und unerbittlich hat die ökonomische Entwicklung sich Bahn gebrochen — das letzte schlagendste Beispiel davon haben wir schon erwähnt: die große französische Revolution. Hinge, nach Herrn Dührings Lehre, die Wirthschaftslage und mit ihr die ökonomische Verfassung eines bestimmten Landes einfach von der politischen Gewalt ab, so ist gar nicht abzusehn, warum denn es Friedrich Wilhelm IV. nach 1848 nicht gelingen wollte, trotz seines „herrlichen Kriegsheers“, die mittelalterlichen Zünfte und andere romantische Marotten auf die Eisenbahnen, Dampfmaschinen, und die sich eben entwickelnde große Industrie seines Landes zu pfropfen; oder warum der Kaiser von Rußland, der doch noch viel gewaltiger ist, nicht nur seine Schulden nicht bezahlen, sondern nicht einmal ohne fortwährendes Anpumpen der „Wirthschaftslage“ von Westeuropa seine „Gewalt“ zusammenhalten kann.

Für Herrn Dühring ist die Gewalt das absolut Böse, der erste Gewaltsakt ist ihm der Sündenfall, seine ganze Darstellung ist eine Jammerpredigt über die hiermit vollzogene Ansteckung der ganzen bisherigen Geschichte mit der Erbsünde, über die schmähliche Fälschung aller natürlichen und gesellschaftlichen Gesetze durch diese Teufelsmacht, die Gewalt. Daß die Gewalt aber noch eine andere Rolle in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in Marx' Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, daß sie das Werkzeug ist womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbene, politische Formen zerbricht — davon kein Wort bei Herrn Dühring. Nur unter Seufzen und Stöhnen gibt er die Möglichkeit zu, daß zum Sturz der Ausbeutungswirthschaft vielleicht Gewalt nöthig sein werde — leider! denn jede Gewaltsanwendung demoralisire den der sie anwendet. Und das Angesichts des hohen moralischen und geistigen Aufschwungs, der die Folge jeder siegreichen Revolution war! Und das in Deutschland, wo ein gewaltsamer Zusammenstoß, der dem Volk ja aufgenöthigt werden kann, wenigstens den Vortheil hätte, die aus der Erniedrigung des dreißigjährigen Kriegs in das nationale Bewußtsein gedrungene Bedientenhaftigkeit auszutilgen! Und diese matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise macht den Anspruch, sich der revolutionärsten Partei aufzudrängen, die die Geschichte kennt?

Das Gesetz der Erhaltung der Kraft in der Kulturgeschichte.

II.

Unter den günstigen Daseinsbedingungen, welchen es der Mensch zu verdanken hat, daß er aus der Thierwelt sich hat emporarbeiten können zum Vernunftwesen, wenn auch überall nur auf den Anstoß der Noth hin, und von denen wir früher schon viele erkannt haben, nehmen die Wirkungen des Gesetzes der Erhaltung der Kraft eine beträchtliche Bedeutung an.

Wir haben es wahrscheinlich gefunden, daß der Mensch sich selbst eine größere Lebenslänge angebildet hat, als seinen thierischen nnd menschlichen Stammeltern angeerbt war. Er beginnt nicht, wie alle Pflanzen und Thiere, unmittelbar nach erreichter Lebenshöhe einen raschen Verfall, sondern unter einigermaßen günstigen Daseinsbedingungen vielmehr eine sehr allmälige Rückbildung. In geistiger Hinsicht kann die Rückbildung sogar mit einer theilweisen Fortentwicklung, mit einseitigem Wachsthum verbunden bleiben. Bei besonders begünstigten geisteskräftigen Menschen dauert dieses Wachsthum des Geistes sogar bis zu dem Augenblicke an, da der Körper auf einmal seine Selbsterhaltungskraft erschöpft hat und zusammenbricht. Zwar erlahmt schon lange vorher die Anbildung neuer Wahrnehmungen, Vorstellungen, Begriffe und Willensrichtungen — das Gedächtniß, die Aufmerksamkeit und Verdauungskraft für dem Geiste neue Nahrung erschlaffen; allein die dem Gehirn bereits festangebildeten älteren Organe vermögen um so einseitiger fortzuarbeiten, und es leben vergessen geglaubte Erinnerungen aus der Jugend wieder auf. Ja, eine Art zweiter Jugend wird hin und wieder beobachtet, welche auch den Körper theilweis verjüngt (neue Zähne und neuer Haarwuchs ꝛc. bei hochbetagten Greisen).

Bei Urvölkern, sowie bei rückfälligen, sind es immer nur ganz wenige Personen, denen ein höheres Alter beschieden ist — es sind das die wohlgepflegten, geschonten, nie überarbeiteten Häuptlinge. Das Alter giebt ihnen geistige Ueberlegenheit über den ganzen Stamm, und ihre Weisheit verschafft ihnen Achtung und nach dem Tode eine göttliche Verehrung (Anbetung der Vorfahren, welche die Wurzel der Religion überhaupt gewesen sein mag). So nachtheilig dieser Einfluß des Alters auch wirken mag, in den Urzeiten, besonders vor Erfindung der Schrift, war er die einzige Möglichkeit, Erfahrungen, Geschichte und Bestrebungen fortzuerben, geistige Schätze anzusammeln für die Massen. Seitdem aber die Theilung der Arbeit eintrat, vermehrten sich die Lebensmittel und erlaubten es einer allmälig anwachsenden Zahl von Volksgenossen, der Ueberanstrengung und Entbehrung zu entrinnen, ein höheres Alter und damit wachsende Erfahrung und Weisheit zu erwerben. So blieben also im Verhältniß zur Volkszahl immer mehr Personen auf längere Dauer arbeitsfähig, anstatt der Gesammtheit zur Last zu fallen, und die Vermehrung der Güter hierdurch erzeugte wechselwirkend eine zunehmende Lebenslänge bei Vielen.

Es ist diese Erhaltung der geistigen Lebenskraft nach der Lebenshöhe blos dann schwer begreiflich, wenn man vergißt, daß das gesellige Leben die Anstrengungen des Einzelnen, besonders in der wichtigen Zeit vor der Lebenshöhe, mäßigt, mehr Spannkraft übrig läßt, und daß Lebensgewohnheiten (wie wir deren bei den weißen Völkern kennen gelernt haben) allgemeiner werden, welche die Gesundheitspflege begünstigen. Wird nach erreichter Lebenshöhe, also nach vollständiger Anbildung alles Stoffes und seiner Organe, deren die ererbte wie angebildete Lebenskraft fähig ist, der Organismus geschont, so verhält er sich gegen die Rückbildung verzögernd; es wird dann im bildlichen Sinne wahr, was im eigentlichen Sinne mit Unrecht behauptet wird, daß der Geist eine Macht sei über den Körper, „ein unendlich über den Stoff Uebergreifendes“, wie es Hegel im Sinne der Idealisten nennt.

Schon die alltägliche Erfahrung lehrt uns, wie wichtig es sei, den Körper (und Geist) in der Zeit des Wachsthums zu schonen. Kinder, welche schwer um ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen, erreichen weder die volle Körperlänge, noch das volle Gewicht ihres Leibes, noch das volle Alter, welche in ihrer Familie vererbt werden. Je früher die Frauen verheirathet werden, desto früher verblühen und desto hinfälliger erscheinen sie, selbst vor erreichter Lebenshöhe, so daß im Orient, wo die Frauen mit dem 12., 11., 10. Lebensjahre, ja noch früher verehlicht werden, das Weib in der Regel kurzlebig, geistesschwach und Sklavin bleibt. Dieselbe Erscheinung kennt jeder Landwirth an seinen Hausthieren; er muthet z. B. seinen Pferden vor vollendetem dritten Lebensjahre keine schwere Arbeit zu. Die Ursache von alledem liegt klärlich in der Unmöglichkeit, daß die Lebenskraft allen Stoff im Organe anbinden könne, deren sie fähig ist, falls sie vor der Zeit durch Arbeitsleistung sich ausnutzen muß. Und ganz ebenso mit dem geistigen Wachsthume, welches verkümmert wird, wenn zu

früh die geistige Nahrung eingetrichtert werden soll, ehe die verdauenden Organe dafür angebildet sind, oder aber ungesunde, wie religiöse Glaubenssätze, alberne Regeln, sinnlose Begriffe ꝛc.

Es sind demgemäß gerade diejenigen Völker in jeder Hinsicht die ausdauerndsten, leistungsfähigsten und unverwüstlichsten geworden, welche die längste Schule der Körperausbildung bestanden haben, also insbesondere die germanischen und ihre Mischlinge. Durchschnittlich eine Kopfeslänge höher gewachsen, ein halbes Hundert Pfund schwerer und unvergleichlich abgehärteter als alle Zeitgenossen, so erscheinen sie bei ihrem ersten Auftreten in der Geschichte und zeigen sich so theilweis noch heute. Sie verdanken das der Ungunst der Lebensbedingungen, welche sich für sie steigerten, indem sie vom Hindukuh in die Aralsteppe, von da in die südrussische Steppe, von da in die immer kälteren, bewaldeten und sumpfigen Länder Rußlands, Polens, Skandinaviens und Deutschlands verdrängt wurden, also immer schwerere Aufgaben zu lösen bekamen und in den Kampf mit immer mächtigeren Feinden — den Mongolen, dann dem alten Perserreiche, dann dem makedonischen und zuletzt dem römischen Weltreiche verwickelt wurden, welches letztere sie nach einem halben Jahrtausend zerstören lernten. Ihre Kräfte stählten sich allmählig, weil die Aufgabe wuchs, wie die gerade entwickelte Lebenskraft wuchs. Ihr Unglück wurde so ihr Glück.

Wie ist nun eine der merkwürdigsten Erscheinungen in der Geschichte zu erklären — das sogenannte dunkle Jahrhundert? Man nennt so die Zeit von 900 bis 1000 n. Chr., eine Zeit, da es im ganzen germanisch-christlichen Europa keine Schulen und keine Lehrer, keine Schriftsteller und keine neuen Bücher, keine neuen Erfindungen und Entdeckungen gab, da vielmehr eine völlige Nacht der Dummheit, des Aberglaubens und der Frömmigkeit angebrochen war, welche von wachsender Armuth und Roheit begleitet war, so daß die Hülfe von außen kommen mußte, wenn der Rückschritt wieder dem Fortschritte weichen sollte. Von der Zeit an, da die Germanen das Christenthum und die römische Kultur annahmen, sehen wir sie jedes Jahrhundert tiefer sinken, und das Christenthum und die Kultur mit ihnen. Eine Anzahl Erfindungen des Alterthums gingen wieder verloren, von wissenschaftlichem Denken war weniger und weniger die Rede, bis es in allen christlichen Ländern ganz erstarb; die Künste arteten aus und mit ihnen der Kunstgeschmack bis zum völligen Untergange; es gab nur noch ganz wenige Menschen, welche lesen und nothdürftig schreiben konnten, und die schrieben ein meist klägliches Latein, und in demselben die Jahrbücher der Zeitgeschichte und alberne geistliche Dichtungen, bis auch dieser letzte Rest der Kultur auf die Neige ging. An Stelle des Handels trat der Seeraub und die Raubzüge der Normannen und Magyaren, deren man mit Noth Herr wurde. Das Christenthum selbst war ein so kränkliches Gewächs geworden, daß die muhamedanischen Araber überall, wohin sie kamen, es wie mit einem Schwamme wegwischten, obwohl sie so duldsam waren, Niemand mit dem Schwerte zum Islam zu bekehren. Es genügte, daß sie nur den Muselmännern Steuerfreiheit, politische Rechte und die Erlaubniß des Waffentragens gestatteten, um fast alle die frommen Christen in Vorderasien, Nordafrika und Südeuropa zu Muhamedanern zu bekehren. Um ihre Einbuße wettzumachen, bekehrte die christliche Kirche die Sachsen, Normänner, Slawen und Litthauer, Magyaren und Finnen aus Heiden zu Christen — aber mit dem Schwerte, oder mit Bestechungen — und von da an büßten auch diese Völker ihre Nationalkraft, ihre angeerbte Kultur, ihren Fortschritt ein.

Wären damals nicht die Araber gewesen, so ist gar nicht zu sagen, wie die Kultur je wieder hätte aufblühen können. Diese hatten fortschrittseifrige Fürsten, welche Schulen stifteten, griechische Gelehrte und Künstler, deren es noch einige gab, kommen und einige wissenschaftliche Bücher der alten Griechen ins Arabische übersetzen ließen. Dieses weiße, noch jugendkräftige Volk der Araber rief, besonders in Spanien, Sizilien und im Euphratthale, eine neue Blüthe der Wissenschaften und Künste hervor, machte manche neue Erfindungen und Entdeckungen, oder belebte die alten wieder, und zu ihnen mußten die wenigen lernbegierigen Männer der christlich-römischen Welt in die Schule gehn, wenn es hier besser werden sollte. Selbst ein nachmaliger Papst, Sylvester II., war als Mönch Gerbert in ihre Schule gegangen und wurde deshalb daheim als Zauberer verschrieen. Die Einnahme Griechenlands und besonders Konstantinopels (1453) durch die Türken vertrieb die wenigen letzten Gelehrten und Künstler von dort nach Italien, wodurch die Bekanntschaft des übrigen Europa mit der altgriechischen Kultur noch weiter auflebte und bald zu einer eigenartigen neuen (oft germanisch genannten) Kultur führte.

Wie nun konnten die germanischen Völker durch das Christenthum und die römische Kultur so furchtbar entmannt, verdummt und verelendigt werden, obschon sie die leiblich stärkste und eine selbstdenkende Rasse gewesen waren? Als sie mit der römisch-christlichen Welt bekannt wurden, waren sie keine Barbaren — sie besaßen eine Zeichenschrift, eine eigenthümliche Dichtkunst, ein gesundes Denken, ziemlich vernünftige Gesetze und Verfassungen, eine ausgebildete Kriegskunst, Ackerbau und Viehzucht, Schifffahrt und Handel, auch Handwerke der nöthigsten Art. Sie hatten, wie vor den Frauen, so vor der höheren Kultur eine hohe Achtung, und dies verführte sie, die bereits tiefverfallene christliche und römische Bildung sich anzueignen. Wie konnten sie dadurch so gänzlich herunterkommen und ihre angeerbten Vorzüge soweit verlieren, daß bei ihnen sogar die Leibeigenschaft aufkam?

Nun, die fremde, römische und christliche Kultur war eben keine Kultur mehr, sondern bloße Civilisation. Sie verpönte alles eigne Denken, sie entwürdigte das Selbstgefühl durch Demuth, schwächte das Selbstvertrauen durch fromme Selbstverleugnung, vervielfältigte planmäßig den Aberglauben und pries die geistige Armuth selig, indem sie gleichzeitig die jugendliche Einbildungskraft durch den hohlen Schimmer ihrer Civilisation bestach. So wurde sie ein Jahrtausend hindurch zum Fluche der Germanen.

Ein Jahrtausend dauerte es, bis die geistige Selbsterhaltungskraft wieder aufgelebt war. Noch hat sie den Fluch nicht gänzlich abgeschüttelt; aber es kann kein Zweifel mehr bestehen, daß sie ihn überall vollends abschütteln und damit zugleich ein neues Zeitalter, das der wahren Menschlichkeit, einleiten wird. Wie nun konnte diese Wiederbelebung eintreten? Das zweite „Wunder" ist noch größer als das erste. Die Sache kostete freilich Tausenden von Denkern ein Leben voll Denkanstrengung, und Hunderttausenden von Blutzeugen das Leben vor der Zeit. Der verschwundene Geist lebte und erbte fort in einem rüstigen, abgehärteten, mächtigen Körperbau, in welchem mehr und reicheres Stoffgemenge organisirt war, und welcher in seiner Jugend geistig nicht überarbeitet wurde.

Gerade wie diejenigen Pflanzen und Thiere, welche langsam wachsen, weil sie ein dichteres Zellengewebe, einen mühsameren Stoffwechsel, einen immer wachsenden Kampf mit ihren Daseinsbedingungen aufweisen, gerade wie diese die ausdauerndsten und am Ende leistungsfähigsten sind, da sie eine größere und reichere Stoffmenge sich anbilden: gerade so mit der Wiedergeburt des germanischen Geistes aus tiefer Nacht. Die Organe dazu waren in den Volksmassen nie gänzlich aufgezehrt, wenn auch aufs Aeußerste verkümmert. Erst gelang es einzelnen Wenigen, im Verlaufe der Jahrhunderte einer immer wachsenden Anzahl von Denkern, diese verkümmerten Organe auf Grund großer Körperkraft wieder auszubilden. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die germanischen Völker eine neue, ihren rauheren Lebensbedingungen angepaßte Kochkunst erfunden haben, inhaltreichere Speise zu genießen pflegten, sogar zur Völlerei hinneigten und bei diesem reicheren Nahrungsgemisch nie den Arbeitstrieb verloren, welcher nöthig war, um es in eine wachsende Mannigfaltigkeit der Organe auszuarbeiten. Sogar ihre überwiegend unangenehmen Eigenschaften, ihre Abenteuerlust, ihre äffische Nachahmung alles Fremden, ihre eigensinnige Zank- und Parteisucht — wodurch sie in Deutschland verhindert wurden, eine Nation zu bilden — dienten dazu, die Bereicherung ihrer Geistesentwicklung zu befördern. Und da unter allen modernen Völkern der germanischen reinen und Mischrasse gerade die Deutschen durch ihr nationales Unglück gezwungen waren, sich am langsamsten, also am gründlichsten zu entwickeln, ihre leibliche Befreiung also vorher durch geistige Befreiung der Volksmassen zu verdienen, so sind sie das leistungsfähigste Volk, das Muster aller andern für die allseitige Wiedergeburt des Menschenthums geworden. „Spät kommt ihr, doch ihr kommt, Vetter Michel; der lange Weg entschuldigt euer Säumen."

Es leuchtet also doch wohl ein, daß die gänzliche Ausscheidung des Christen- und Römerthums, welches so nahe daran war, die Germanen an der Wurzel zu vergiften, aus ihrem Geiste durch den ganzen Verlauf der neueren Kulturgeschichte angezeigt ist. Und mit beidem zugleich die Ausscheidung aller Religion, welche mehr sein will als Kultus des Menschenthums, und aller politisch-sozialen Gebilde, welche Herrschaft und Knechtschaft setzen? — Welche größere Lehre kann es im ganzen Bereiche der Kulturgeschichte geben, als diejenige, welche das dunkle Jahrhundert gibt, sobald man sein Entstehen und Vergehen erklären kann?

Die französischen Nationalwerkstätten im Jahre 1848 und die Sozialwerkstätten von Louis Blanc.

Bekanntlich erhob sich, als vor etwa vierzehn Jahren die sozialdemokratische Agitation in Deutschland begann und Lassalle zum Zwecke der Anbahnung der Lösung der sozialen Frage die Staatsintervention verlangte, fortschrittlicherseits unter Anderem auch das Geschrei: Man wolle die „Louis Blanc'schen Nationalwerkstätten", die im Jahre 1848 Fiasco gemacht hätten, aufs Neue aufwärmen.

Lassalle hat damals in einem eigenen Aufsatze auf Grund der dokumentarischen Zeugenaussagen von Feinden und Gegnern Louis Blanc's, welche vor der von der französischen Nationalversammlung in Folge des Juni-Aufstandes niedergesetzten Kommission eidlich vernommen wurden, unwiderleglich nachgewiesen, daß die Nationalwerkstätten nicht von den Sozialisten und Louis Blanc, sondern von den Gegnern der Sozialisten und ihres Führers, zum Zwecke der Diskreditirung des Sozialismus, in's Leben gerufen wurden.

Es dürfte nun unseren Lesern von Interesse sein, zu erfahren, welcher Unterschied besteht zwischen diesen „Nationalwerkstätten" einerseits und den früher von Louis Blanc vorgeschlagenen „Sozialwerkstätten" andererseits, welche beide Arten von Werkstätten theilweise geflissentlich, theilweise in Folge von Unwissenheit, miteinander verwechselt wurden.

Louis Blanc selbst spricht sich in seinem Werke: „Page d'histoire de la revolution de fevrier 1848, cap. 9" über den Unterschied zwischen den von ihm vorgeschlagenen „Sozialwerkstätten" und den von Herrn Marie geleiteten „Nationalwerkstätten," wie folgt aus:

„Nichts ist so sehr dem mit „Organisation der Arbeit" gemeinten System der Industrie entgegengesetzt, als jenes so geradezu herabwürdigende System der Nationalwerkstätten, geleitet von Herrn Emil Thomas unter der Verantwortlichkeit des Herrn Marie.

Die Sozialwerkstätten, so wie ich sie vorgeschlagen hatte, sollten, eine jede alle Arbeiter je einer Profession, vereinigen.

Die Nationalwerkstätten, wie sie von Herrn Marie geleitet wurden, zeigten, bunt durcheinander gewürfelt, Arbeiter von allen Professionen, welche — sinnloser Weise! — dieselbe Gattung von Arbeit verrichten sollten.

In den Sozialwerkstätten, so wie ich sie vorgeschlagen habe, sollten die Arbeiter mit Staatshilfe, aber für eigene Rechnung arbeiten, in der Absicht, daß der Ertrag Allen zu gute komme, angespornt durch persönliches Interesse, zusammengehalten durch die Macht der Assoziation und das vom Gemeingeist genährte Ehrgefühl.

In den Nationalwerkstätten, wie sie von Herrn Marie geleitet wurden, vermittelte der Staat nur als Unternehmer, figurirten die Arbeiter nur als Lohnarbeiter. Ueberdies war diese Maßregel des Staates, da es sich hier nur um eine unproduktive, wie zum Hohn ertheilte Arbeit handelte, zu der sich überdies die meisten nicht eigneten, eine Verschleuderung der Finanzen, war der ausbezahlte Sold eine Prämie für die Faulheit und ein verkapptes Almosen.

Die Sozialwerkstätten, so wie ich sie vorgeschlagen hatte, bildeten Arbeiterfamilien, vereint durch die engsten Bande der Gegenseitigkeit-Familien, die durch das gemeinsame Interesse zu Arbeitsamkeit und Thätigkeit angespornt worden und daher produktive Arbeit liefern mußten.

Die Nationalwerkstätten, wie sie von Herrn Marie geleitet wurden, waren nichts als lärmende Versammlungen hungriger Proletarier, welche zu ernähren man genug gethan zu haben glaubte, indem man nicht wußte, wie man sie zweckmäßig verwenden möchte, durch kein anderes Band als das einer militärischen Organisation zusammengehalten und unter Vorgesetzten stehend, welche eben so sonderbar als bezeichnend: „Brigadiers" benannt wurden.

Vermischtes.

— Der Congreß der britischen Association zur Förderung der Wissenschaften hielt in Plymouth vor einigen Wochen verschiedene Sitzungen. In der Abtheilung für Volkswirthschaft verlas der Statistiker Dr. Farr eine Abhandlung über die Bevölkerungsfrage. Er stellte die Frage auf, ob es weise sein würde, in England die von Malthus befürwortete und von den französischen Bauern in Praxis gesetzte Lehre zu adoptiren. Er gelangte zu der Schlußfolgerung, daß die nationale Stärke durch eine stystematische Entvölkerung leiden würde. Im Laufe der folgenden Discussion meinte Lord Houghton, die soziale und individuelle Seite der Malthusischen Doctrin brauche nicht weiter erörtert zu werden. Er empfahl, die ganze Frage dem individuellen Gewissen zur Lösung zu überlassen. In der geographischen Sektion verlas Commodore Cameron ein Essay über die projektirten Stationen in Mittelafrika. Er bemerkte, daß der Plan des Königs der Belgier bis zu einem gewissen Grade durchgefallen sei. Als das beste Mittel zur Aufschließung des afrikanischen Festlandes empfahl Cameron die Errichtung von Handelsgesellschaften nach der Art der Ostindischen und Hudsons-Bai-Compagnie. Da der Geist des Zeitalters indeß gegen die Gewährung souveräner Gewalten an solche Compagnien sei, würde das beste Mittel unstreitig ein System von in Zwischenräumen errichteten Centralstationen sein. Der nächstjährige Congreß der Association wird in Dublin unter der Präsidentschaft von Mr. William Spottiswoode tagen. Für 1879 ist Nottingham, für 1880 Swansea und für 1881 York designirt. — Man sieht aus den obigen Verhandlungen, daß in dem „classischen" England selbst die Zweikindertheorie des Malthus Schiffbruch erlitten hat. Auch wir sind dafür, daß eine solche Frage dem „individuellen Gewissen" überlassen bleibt, daß aber auch dieses „individuelle Gewissen" in allen Culturstaaten eine bessere Erziehung erhält.

— Die gute alte Zeit. Die liberale Oekonomie erklärt so oft, daß, weil der Nationalreichthum sich vermehrt habe, auch die Arbeiter eine immer bessere Stellung erlangt hätten. Wir wollen gern eingestehen, daß in moralischer und politischer Beziehung die Menschheit überhaupt einen Fortschritt zu verzeichnen hat, daß aber in rein wirthschaftlicher Beziehung dies ganz bestimmt nicht der Fall ist. Vor einigen Jahren brachte einmal das Ruppius'sche Sonntagsblatt einen interessanten Artikel über die Vergangenheit Berlins in welchem es heißt:

„Im Jahre 1397 waren in Berlin 46 Schlächter und drei Wurstmacher, in dem Stadttheil Köln acht der ersteren vorhanden. Diese zahlten zusammen, nach heutigem Gelde, 1677 Thaler Gewerkzins. Es läßt dies, nach Klöden, auf einen Reingewinn von jährlich 167,770 Thlrn. und, wenn man denselben nur auf zehn Prozent des Kapitals veranschlagt, auf den enormen Umsatz von 1,677,600 Thlrn. schließen. Berlin zählte damals eine Bevölkerung von 8000 Köpfen, so daß der tägliche Verbrauch sich durchschnittlich auf drei Pfund pro Kopf herausstellt. Nach einer Durchschnittsberechnung der letzten acht Jahre (1867—1874) belief sich der Fleischkonsum pro Kopf täglich nur auf ¼ Pfund. So unglaublich die erstere Aufstellung auch klingen mag, so finden wir die Bestätigung derselben noch in einer Verordnung vom Jahre 1515 vor, in welcher es heißt, daß wenn ein Bäckermeister seinen Gesellen zur Mühle schickt, um dort zu mahlen, er demselben pro Tag 4 Pfund Fleisch, 8 Quart Bier und 4 Pfund Brod mitgeben soll. Bei diesem enormen Verbrauch sind allerdings auch die billigen Preise in Anschlag zu bringen, welche namentlich um die Mitte des 14. Jahrhunderts galten. Wenn uns dieselben in unserer Vaterstadt leider nicht aufbewahrt geblieben sind, so können wir doch eine Parallele mit anderen Städten ziehen. In Nürnberg galt beispielsweise ein Pfund Rind-, Schaf- und Halbfleisch zwei Heller, Schweinefleisch 2½ Heller; in Bremen kostete zu Anfang des 15. Jahrhunderts ein ganzes Lamm 3 und ein Schwein 2 Groschen. Um den Werth dieser Preise im Verhältniß der Arbeit zum Lohne kennen zu lernen, sei nur angeführt, daß ein Maurergeselle 2 Groschen Tagelohn erhielt, der Verdienst desselben also einen Schinken pro Tag repräsentirte. Für das Jahr 1656 ersehen wir dagegen aus der Berlinischen Fleischer-Ordnung, daß ein Pfund Rindfleisch, je nach der Qualität, 7—10 Pfennig, das Pfund Leber 5 Pf., Hammel- und Schweinefleisch 1 Groschen und Kalbfleisch 9 Pf. kostete. Wer 6 Pfund Rindfleisch kaufte, der mußte einen halben Fuß dazu nehmen. Im Jahre 1772 galt das Pfund Rindfleisch schon 23 Pfennig, Hammel- 2 und Schweinefleisch 2½ Sgr. Dieser Preis erhielt sich bis zu Anfang unseres Jahrhunderts und noch im Jahre 1835 galt das Pfund Rindfleisch bester Qualität 2½ Sgr. Man sieht hieraus, was es mit der angeblichen Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen eigentlich auf sich hat. Geld bekommen sie ja allerdings mehr; was sie sich aber dafür an nothwendigen Lebensbedürfnissen verschaffen können, ist bedeutend weniger als früher und dies ist es doch schließlich, worauf es ankommt. Insbesondere spricht das Verhältniß des Fleischkonsums beredter, als alle Klagen der Sozialdemokratie, zumal wir dabei noch in Zweifel ziehen müssen, ob heute der Konsum pro Kopf auch nur auf ein Viertel Pfund täglich angenommen werden darf. Was aber das allerschlimmste ist, das ist die leider unläugbare Thatsache, daß kaum abzusehen ist, in welcher Weise Landwirthschaft und Industrie eine Erhöhung des Arbeitslohnes auf dem bisherigen Wege erschwingen sollen. Ein wirthschaftliches System, welches uns auf diesen Punkt gebracht, kann unmöglich das richtige sein und wir haben, wie es uns scheint, alle Ursache, mit demselben möglichst bald ein Ende zu machen."

So das Sonntagsblatt. — Der Fleischkonsum gilt noch immer als ein Gradmesser des Wohlstandes in der gemäßigten Zone. Dieser Konsum ist aber im Verhältniß zur Einwohnerzahl in Deutschland ungemein gesunken, trotzdem der Nationalreichthum gestiegen ist. Also haben die liberalen Oekonomen fortwährend die Unwahrheit gesagt, und dies muß ihnen merkwürdigerweise von der Sonntagsbeilage der „Volkszeitung" bewiesen werden.

Weshalb aber ist der Fleischkonsum gesunken? Weil die so hoch gepriesene gegenwärtige Produktionsweise die Arbeiter zu Sklaven des Kapitals macht, und dieses noch grausamer und herzloser ist, als die Sklavenherren des Alterthums und die Feudalherren des Mittelalters es waren.

— Von dem berüchtigten Literaturhistoriker Julian Schmidt fällt uns zufällig ein Aufsatz in die Hand, der sich in einem älteren Heft der „preußischen Jahrbücher" von Treitschke und Wehrenpfennig befindet. Derselbe betitelt sich: „Kritische Streifzüge" und leistet wiederum einmal das Unglaubliche. Wir lassen folgenden bezeichnenden Satz folgen:

„Das Geschäft eines Rentiers war früher eine Sinecur, heute ist es eine Last; der Rentier hat sich täglich durch Gründer und Striker durchzuschlagen, und außerdem nehmen ihn die Interessen des öffentlichen Wohles in Staat und Gemeinde in Anspruch. Der Rentierstand aber im besseren Sinn, daß heißt der Stand derer, die Zeit- und Lebenskraft genug übrig haben, um sich mit Behagen dem gebildeten Genuß des Schönen hinzugeben, muß dem Publikum, welches wirkliche Wechselbeziehungen zu seinen Dichtern haben soll, zu Grunde liegen, und nur, wo solche Wechselbeziehungen statt finden, kommt die schöne Literatur zur Blüthe."

„Das Geschäft des Rentiers ist heutzutage eine Last;" Julian Schmidt wird ganz gewiß die Frechheit besitzen, um uns in Folge dessen vorzureden, daß das Steintragen bei den Bauten in den großen Städten bis in das vierte oder fünfte Stockwerk hinauf eine leichtere Arbeit sei, als das Couponabschneiden. — Doch das Tollste ist, daß dieser oberflächliche Literat die Rentiers, also den Geldsack als Beschützer der schönen Literatur ansieht, während Männer wie Richard Wagener gerade in dem modernen Geldsacks-Mäcenenthum den Verfall unserer Literatur suchen und mit Recht. Bezeichnend ist für einen Mann, der den größten deutschen Volksdichter Schiller schmäht, obiger Ausspruch sehr; jegliches Ideal möchte er aus dem deutschen Geistesleben hinweg nörgeln. Und dieser Mensch ist ein großes Licht der nationalliberalen Partei, und dieser Mann wird vom Minister Falk zum Kunstrichter bei Vertheilung des Schillerpreises gewählt.

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Postal-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lenkermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hesse, 9 New Str. Golden Square.

Nr. 109. Sonntag, 16. September. 1877.

Zum Kapitel der Arbeitslöhne.

In Nr. 101 des „Vorwärts", in der „sozial-politischen Uebersicht", brachten wir eine Notiz, welche die wirthschaftlichen Verhältnisse in Baden berührte und aus der hervorging, daß der durchschnittliche Arbeitslohn für die Landtagelöhner an den Arbeitstagen 1 M. 94 Pf. beträgt. Allerdings betonten wir dabei, daß 60 Sonn- und Feiertage, 60 Regentage oder durch andere Zufälligkeiten zur Arbeit nicht taugliche Tage abgerechnet werden müßten, so daß dann ein Durchschnittslohn für den einzelnen Tag im Jahre von 1 M. 25 Pf. herauskäme.

Hieran schlossen wir den Ausruf: „Und davon soll ein Mensch, geschweige denn eine Familie essen, sich kleiden, Miethe und Steuern zahlen?!"

Was waren wir sentimental, als wir im Anschluß an solche statistische Nachricht schon einen derartigen Stoßseufzer losließen!

Wir haben jetzt weiteres Material zur Hand und sehen daraus, daß das Großherzogthum Baden mit dem Durchschnittslohn für Tagelöhner von 1 M. 94 Pf. respektive 1 M. 25 Pf. den ersten Platz im deutschen Reiche einnimmt.

Schleswig-Holstein nimmt zum Beispiel — das deutsche Reich ist von dem bekannten Kathedersozialisten Professor v. d. Goltz zu solchem statistischen Behuf in siebenzig Bezirke eingetheilt — die sechste Stelle ein und da finden wir, daß als Tagelohn im Durchschnitt für die männlichen Arbeiter 1 M. 66 Pf., für die weiblichen Arbeiter 1 M. 1 Pf. gezahlt werden.

Der Lohn also steht im gesegneten Schleswig-Holstein schon bedeutend schlechter als in Baden. Auch die sogenannten Gesindelöhne sind dem entsprechend. Jährlich erhält der „Knecht" mit Kost 167 M. 9 Pf., die „Magd" 122 M. 5 Pf. im Durchschnitt — und Schleswig-Holstein nimmt von siebenzig Kreisen, wiederholen wir es nochmals, schon die sechst-beste Stelle ein.

Nehmen wir nun aber den Durchschnittssatz im ganzen deutschen Reiche an, so finden wir, daß der männliche Landtagelöhner einen täglichen Lohn von 1 M. 40 Pf., die weibliche Tagelöhnerin aber einen täglichen Lohn von 73½ Pfennigen erhält!

So hätten wir denn die Durchschnittsherrlichkeit des deutschen Reiches, da die Landarbeiter die bei weitem größte Klasse der Gesellschaft auch in Deutschland bilden.

Also für den männlichen Landarbeiter 1 M. 40 Pf., für die Tagelöhnerin 73½ Pfennige. Hiervon müssen wir natürlich wieder die Sonntage und Feiertage, die Regentage, die sonstigen arbeitslosen Tage, die Tage der Krankheit abrechnen — nehmen wir ein Drittheil des Jahres an, so ist das nicht zu viel —, dann aber erhalten wir ein Tageseinkommen für die männlichen Arbeiter von circa 1 Mark, für die weiblichen Arbeiter von circa 50 Pfennigen!

Nun sind wir aber nicht mehr sentimental, wenn wir ausrufen: „Und davon soll ein Mensch, geschweige denn eine Familie essen und sich kleiden, Miethe und Steuern bezahlen?!"

Nun sind wir aber nicht mehr sentimental, wenn wir ausrufen: „Solche Schande der Menschheit muß gehoben werden!"

Nun sind wir aber nicht mehr sentimental, wenn wir ausrufen: „Die heutige Unordnung muß aufhören — es soll nicht mehr die Faulheit in Karossen fahren und der Fleiß barfuß gehen!"

Die Landarbeiter aber sollen und müssen mit eintreten in den großen Kampf, der vorzüglich auch für ihre Befreiung geführt wird, damit wir später nicht immer wieder den sentimentalen Ruf ausstoßen müssen:

„Und davon soll ein Mensch, geschweige denn eine Familie, essen und sich kleiden, Miethe und Steuern bezahlen?!"

Allerlei Wunderglauben.

Uns fällt immer das Bismarck'sche Hutfutter ein, das ein spekulativer Durchlauchtbewunderer in Kissingen vor einigen Jahren in sein Schaufenster gestellt hatte und zu welchem schaarenweise, die Herren Braun, Bennigsen und Lasker an der Spitze, die nationalliberalen Reichsbrüder pilgerten, um inbrünstiglich das schweißdurchtränkte Hutfutter wieder an die Lippen zu drücken — uns fällt immer das Hutfutter ein, wenn wir in den liberalen Zeitungen die Namen Lourdes und Marpingen lesen.

Daß solcher klerikale Unfug mit dem „heiligen Wasser" und den „Muttergotteserscheinungen" überhaupt noch getrieben werden kann, daran hat in Deutschland der Kulturkampf Schuld, welcher das Ansehen der katholischen Geistlichkeit in vielen Gegenden selbst bis zum Wundermachen gesteigert hat.

Auch in Dietrichswalde im Ermlande ist ein neues Muttergotteswunder entdeckt.

Wundern wir uns doch nicht darüber in einem Lande, wo mit den „großen" Staatsmännern und Generälen schon seit 10 Jahren Abgötterei getrieben wird, wundern wir uns doch nicht darüber in einem Lande, wo ein Bluttag zum heiligen Tage erklärt wird, daß sogar der „Kladderadatsch" in seinem Briefkasten bei aller Sympathie, die er für nationale Kundgebungen hat, dagegen auftritt. Wo der Autoritätsglauben dermaßen kultivirt wird, da ist auch eine Muttergotteserscheinung etwas sehr natürliches — und wir wissen nicht, ob wir nicht lieber vor dem hölzernen Muttergottesbild unsere Knie beugten, als daß wir das schweißdurchtränkte Bismarck'sche Hutfutter küßten — wenigstens wäre das erstere nicht so unästhetisch.

In Berlin in der Wallstraße kann man gegenwärtig das heilige Wasser aus Lourdes, welches chemisch untersucht ist und keinerlei natürliche Heilkraft besitzt, für schweres Geld kaufen — wohl bekomm's!

Im Uebrigen treibt auch — und ebenso naturgemäß — die protestantische, lutherische oder evangelische Kirche allerlei Wunderblüthen. So berichtete der in Berlin erscheinende „Friedensbote von Nazareth" kürzlich, daß eine fromme langjährige Krankenpflegerin von der Schwindsucht befallen bei allem Schmerze doch vom glänzendsten Gottvertrauen beseelt sei. Als sie von einer Freundin bedauert wurde, daß sie, die so vielen geholfen, jetzt selbst so sehr leiden müsse, lächelte sie selig und sagte: „Früher hat der liebe Heiland zu mir gesagt: Beta hilf! Jetzt sagt er zu mir: Beta huste!"

So sehen wir überall in Deutschland Aber- und Wunderglauben — bei den Kirchlichen und bei den Nichtkirchlichen. Um so freudiger aber wollen wir die Fahne der Freiheit und der Erkenntniß hochhalten.

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Man muß Ideen haben, aber man muß die Gewalt anstreben, sie durchzuführen" — so sprach im Jahre 1862 zu dem verstorbenen Herrn Thiers ein deutscher Diplomat, um Thiers zu bewegen, sich mit Louis Napoleon zu versöhnen. Dieser Diplomat nennt sich jetzt Fürst Bismarck. Wir sind völlig mit obigem Ausspruch einverstanden; auch wir, die deutsche Sozialdemokratie muß den Rath, den Bismarck im Allgemeinen ertheilte, annehmen, auch sie muß die Gewalt zu erringen suchen, ihre Ideen zu verwirklichen. Bei diesem Ringen stößt sie allerdings auf allerlei Hindernisse; Stiebers, Tessendorffe, auch Bismarck selbst tritt ihr entgegen. Da haben wir es einmal wieder klar vor Augen: Bismarck bekämpft seinen eigenen Rath, weil er angewandt werden soll. Ideen soll man haben, so heißt es jetzt, aber nicht die Gewalt, sie auszuführen. Halten wir es aber mit dem Ausspruch des preußischen Diplomaten Bismarck und lassen wir den Reichskanzler Fürst Bismarck mit seinen Ideen laufen.

— Das verkommene liberale Literatenthum, welches bei seinem Trommelwirbel und Paukenschlag vor dem Sedantag nicht genügend vom Glücke begünstigt worden ist, da die Sedansfeierei in ganz Deutschland überaus kläglich ausgefallen ist, hat auch nach diesem verunglückten Feste natürlich nicht den genügenden klingenden Lohn von Oben erhalten — das Tam-Tam ist zu ungeschickt gewesen und wurde deshalb nicht bezahlt. Um nachträglich noch die Schuldigkeit zu thun und den Lohn einzuernten, strengt man sich nunmehr an, die rothen und schwarzen „Reichsfeinde" zu verdächtigen. So erzählt man in den nordischen Reptilienblättern, daß am 31. August, an Lassalle's Todestage, in Harburg der prächtigen Friedenseiche (besser: Kriegsduseleiche) die Krone abgeschnitten worden sei; natürlich war's ein durch die sozialistische Presse aufgehetzter Arbeiter. Wir behaupten, daß es der Verfasser jener elenden Notiz selbst gewesen ist, um die Reportergroschen zu verdienen und seinem „reichstreuen", geiferspritzenden Gemüth Luft zu machen. Behauptung gegen Behauptung! — In Zweibrücken sollen die Schwarzen die Kronen zweier Friedenslinden am Sedanstage abgeschnitten haben — ob's nicht auch der dortige reichsfreundliche Reporter gewesen ist, um Geld zu verdienen? — In Dresden hingegen fand ein anderer Unfug statt; der dortige Polizeidirektor hat an unseren Parteigenossen Restaurateur J. J. Peters in Dresden folgende Verfügung erlassen:

„Sie sind glaubhaft beschuldigt, bei Gelegenheit der am 2. d. M. hierselbst stattgefundenen Sedanfeier aus einem Parterrefenster Ihres Restaurations-Lokals zwei rothe Fahnen herausgehangen, mithin ein größeres Abzeichen zur Schau gestellt zu haben, welches nach allgemein verbreiteter Ansicht republikanische Gesinnung und Tendenz an den Tag legen sollte. Auf Grund der Verordnung vom 14. Juli 1849 werden Sie daher hierdurch zu einer Haftstrafe von sieben Tagen und zu Bezahlung der erwachsenen Verläge verurtheilt."

So! Man beklagt sich, wenn Eichen- und Lindenkronen abgeschnitten werden, aber Niemand von den Vertheidigern des Liberalismus (hieß früher einmal: Freisinnigkeit) wendet sich gegen derartige Beschneidung der Freiheit! Und merkwürdiger Weise eifern gegenwärtig die deutschen Regierungen und die Liberalen vereint für die Erhaltung der gegenwärtigen französischen Republik — allerdings ein sehr schlechtes Zeichen für letztere; doch sollte man in Hinblick darauf doch der Dresdener Polizeibehörde einen kleinen Wink geben, die Kronabschneidung der Sedanseichen und Linden von der Hand der rohen Burschen nicht zu paralisiren oder gar zu überbieten. Wir wundern uns übrigens, daß die Dresdener Polizeibehörde noch nicht mit dem nordamerikanischen Consul in Conflikt gekommen ist, der doch auch das republikanische Banner von Amerika „zum Zeichen seiner republikanischen Gesinnung und Tendenz" hin und wieder aufhißt. — — — Im Uebrigen aber wollen wir diese Betrachtung über die Sedansungeheuerlichkeiten schließen mit folgendem trefflichen Ausspruche unseres Nürnberger Parteiorgans:

„Feiert Ihr immer zu, Ihr armen Kranken, die Ihr glaubt, damit eine verdienstvolle That zu begehen; wir feiern den Tag von Sedan nicht. Wir lieben unser Vaterland viel zu sehr, als daß wir an einer Feier theilnehmen könnten, die jenseits der Mosel den größten Haß erregen und unser Vaterland in neue Kriege, in größeres Unglück stürzen muß!"

— „Zur Hebung des deutschen Nationalgefühls" — so lautet der Zweck des „Deutschen Vereins" zu Mainz, der am 8. September eine öffentliche Sitzung hielt. Wie nun der „Frankfurter Zeitung" mitgetheilt wird, wurde zunächst die Bedeutung des Sedanstages hervorgehoben und dann mußten die „Reichsfeinde" natürlich herhalten. Besonders waren es die Sozialdemokraten, welche als die gefährlichsten Feinde des Deutschthums bezeichnet wurden, und sollte ein Vergleich derselben mit dem Coloradokäfer deren Gemeingefährlichkeit illustriren. Das nicht sehr zahlreiche andersdenkende Publikum konnte nicht umhin, laut sein Mißfallen auszudrücken, was die Betreffenden jedoch bitter büßen mußten; von kräftigen Fäusten gepackt, wurden sie nicht unsanft an die frische Luft gesetzt und gehobenen Nationalgefühles vollbrachte hierauf die Versammlung ihr Werk. — Daß unsere Mainzer Genossen diesen Nationallümmeln obigen Bubenstreich in angemessener Weise vergelten werden, liegt wohl auf der Hand. — Im Uebrigen sind die Coloradokäfer doch noch lange nicht so edle Thiere, als die nationalliberalen Schmarotzerwürmer.

— Zur Schullehrermisère schreibt ein Mecklenburgischer Schullehrer dem „Hamburger Correspondenten" folgendes:

„Obschon seit einigen Jahren der Präparanden-Cursus im Seminar zu Neukloster von drei auf zwei Jahre und der Seminar-Cursus von zwei auf ein Jahr abgemindert ist und somit fast jedes Jahr um die Hälfte mehr Lehrer als früher entlassen wurden, fehlen zur Zeit doch manchen städtischen Schulen einige oder mehrere Lehrer. Einestheils hat dies darin seinen Grund, daß fast allenthalben neuerlichst die Zahl der Schulklassen ganz bedeutend vermehrt worden ist, hauptsächlich aber darin, daß die Lehrerbesoldungen in allen unseren Städten, mit alleiniger Ausnahme von Rostock und Wismar, ungemein dürftig sind und somit zahlreiche Lehrer auswärts Stellen annehmen, namentlich in Hamburg, Holstein und Westfalen. Wie eine diesen Uebelstand ausführlich behandelnde, in diesen Tagen ausgegebene Broschüre des Rektor Burgwardt in Wismar nachweist, beziehen von sämmtlichen seminarisch gebildeten Lehrern der Residenz Schwerin die drei höchstbesoldetsten jeder nur 1800 Mark und zwar nach einer 32- und 34jährigen Dienstzeit, die eine ganze Hälfte der Lehrer aber erhält nur von 750—1050 Mark. Aehnlich und zum Theil noch schlechter als in Schwerin steht es in den anderen Städten."

Die Lehrer mögen sich mit den übrigen Lohnsklaven trösten oder — wie diese dem sozialistischen Banner der Befreiung folgen. Anderes ist ihnen nicht zu rathen.

— Damit die Armee von dem „sozialistischen Gift" nicht inficirt werde, baut man immer höhere Schranken zwischen Militär und Bürgerthum auf. So ist kürzlich, wie unser Münchener Parteiorgan meldet, ein Soldat des ersten baierischen Infanterieregiments mit 14 Tagen Mittelarrest bestraft worden, weil er ein sozialdemokratisches Arbeiterfest besucht hat.

— Zum Kapitel der Preßfreiheit in den deutschen Landen theilen wir mit, daß der frühere verantwortliche Redakteur der „Frankfurter Zeitung", Herr Ed. Sack schon wieder das Gefängniß zu Frankfurt a. M. bezogen hat und zwar zunächst auf die Dauer von 4 Monaten. Bei dem Obertribunal in Berlin schwebt noch ein Prozeß gegen Sack, der in zweiter Instanz zu 6 Monaten verurtheilt ist — also zusammen 10 Monate. Ein dritter Prozeß ist noch in der ersten Instanz anhängig: Beleidigung des Generals von Werder. So kann das Jahr voll werden. Schöne Preßfreiheit das!

— Ein treffliches Urtheil über Thiers. Die Züricher „Tagwacht" schreibt:

„Mit einem gewissen Behagen nannte sich Thiers selbst den „kleinen Bourgeois". Wäre er statt in's Gebiet der Literatur und Politik in ein Engros- und Detailgeschäft hineingerathen und ein rechtschaffener Epicier mit tadellosem Sonntagsfrack und Vatermördern geworden, Frankreich hätte sich gratuliren dürfen. Das Schicksal entschied anders und — wie schon öfters — höchst unglücklich. Es machte ihn zum Stimmführer, zum Advokaten und Geschäftsleiter der Bourgeoisie, und diese erkannte bei Zeiten in ihm den rechten Mann oder vielmehr das rechte, auf's Machen, auf's Mantschen und Pantschen sich verstehende Männchen."

— Herr Leon Gambetta und der Gerant der „Republique Française" sind vom Pariser Zuchtpolizeigericht jeder wegen Beleidigung zu drei Monaten Gefängniß und 2000 Frcs. Geldbuße verurtheilt worden.

— Der zukünftige König von Großbritannien und Kaiser von Indien. Daß der Prinz von Wales ein lockerer Vogel ist, das wurde besonders bei seiner vorjährigen indischen Reise laut, bei welcher man allerlei von interessanten Krankheiten und vielen Schulden munkelte. Jetzt setzen sogar unsere liberalen Blätter allen Respekt vor dem so nahen Verwandten des deutschen Kaiserhauses aus den Augen und bringen folgende Notiz:

„Die Ohrfeige, welche Königin Viktoria dereinst im Glaspalast in London ihrem ältesten Söhnlein eigenhändig verabreichte, weil es wider Verbot und gute Sitte die ausgestellten Herrlichkeiten antatschte, ist weltberühmt und hatte nur den einen Fehler, daß sie nicht kräftig und nachhaltig genug war. Mütterliche Ohrfeigen thun nicht weh, die Hand des Vaters liegt schon schwerer auf den Söhnen. Die Engländer und andere Leute hätten gegen eine neue Lektion kaum etwas einzuwenden; denn sie hören nur allzuviel von dem Leben und den Abenteuern

des Prinzen von Wales und selten etwas Erfreuliches. Der Prinz langt mehr als je nach den Herrlichkeiten dieser Welt, die nicht für ihn gewachsen sind, giebt als Thronfolger ein bitterböses Beispiel und ärgert seine Rose von Dänemark, die er über anderen wilden Rosen vergißt, halb zu Tode. Man sagt, seine schöne, brave und sehr häusliche Gemahlin wolle sich jetzt von ihm scheiden lassen oder doch trennen, und ihr Vater, der dänische König, sei über den Canal gereist, um zu vermitteln."

Der Prinz von Wales ist wohl so ein verflixter Sozialdemokrat, daß er die „Heiligkeit der Ehe" derartig schnöde antastet? — Wir überlassen übrigens den liberalen Blättern die Verantwortung für die Wahrheit ihrer Erzählung und können dabei nicht umhin, an eine sehr interessante Armbandgeschichte zu erinnern, die zu Anfang der sechziger Jahre spielte, und in welcher die brave und sehr häusliche Schwester des Prinzen von Wales eine leidende Rolle spielte.

— Daß die russische Offensivbewegung gegen den linken türkischen Flügel, gegen Plewna, so lange auf sich warten ließ, hatte darin seinen Grund, weil man bis zur Vollendung der Rückzugsbrücke bei Nikopolis warten wollte. Schlau sind die Russen — wir wünschen ihnen, daß sie bald Gebrauch von der nunmehr vollendeten Brücke machen müssen.

— Aus Newyork erhalten wir nachstehende Mittheilung: Die Bar-Association (Advokatenverein) des Staates Newyork hat für die beste Abhandlung über „die gesetzlichen Beziehungen von Kapital und Arbeit, das Recht des Staates, sich in das Verhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu mischen, und die Gesetze, welche nöthigenfalls in der Angelegenheit zu erlassen sind", einen Preis von 250 Dollars ausgesetzt. Nichts kann besser als diese Thatsache beweisen, daß der Aufstand der Eisenbahnarbeiter die soziale Frage in den Vereinigten Staaten zur Tagesfrage gemacht hat. Es giebt gegenwärtig in den Vereinigten Staaten keinen Gegenstand, kein Interesse, über welches so viel und so allseitig gesprochen und geschrieben wird, wie über die Lohnfrage, bez. die Grundsätze der Sozialisten. Ohne jenen Aufstand würden sich die Zeitungen und die Politiker noch immer in die Lüge hineinreden, daß es in den Vereinigten Staaten weder eine soziale Frage, noch ökonomische Klassen gebe. Noch viel weniger aber würden die Juristen sich als Körperschaft an der Klarlegung oder gar Lösung des Problems betheiligen; denn sie gehören, als Stand genommen, zu den conservativsten Bürgern des Staates. Für sie ist jedes Gesetz heilig, so lange es nicht widerrufen ist, und wenn seine Ausführung die größte Ungerechtigkeit, die unerträglichsten Härten mit sich bringt. Einzelne Mitglieder des Standes sind zu allen Zeiten für die gesetzgeberische Sanktion gesellschaftlicher Veränderungen eingetreten, haben der Revolution in der Legislatur vorgearbeitet; die große Mehrheit der amerikanischen Juristen hat sich indeß stets und immer an das Bestehende geklammert und für dessen Erhaltung bemüht. Ihre ganze Erziehung und die Erfordernisse ihres Berufes machen dies nur zu erklärlich. Sie haben sich in jedem einzelnen Falle zu fragen: Was ist das Gesetz, und nicht, was sollte es sein. Erst wenn eine Reform zum Bedürfniß der Majorität der Staatsbürger wird, wenn ihre Ausführung nicht mehr aufgeschoben werden kann, ist ein Eintreten des juristischen Standes in die Diskussion zu erwarten. Dies geschieht jetzt in Bezug auf die soziale Frage, und darin liegt die Bedeutung der Preisausschreibung des Newyorker Advokatenvereins.

— Ein nordamerikanisches Arbeiter-Wahlprogramm. Wir haben schon mitgetheilt, daß unsere Parteigenossen in Louisville bei den Landtagswahlen einen entscheidenden Sieg davontrugen. Die Gewählten haben sich auf folgendes Programm vorher verpflichten müssen:

1. Eine bessere Finanzpolitik als die, welche die Massen arm gemacht, die Geschäfte gänzlich zum Stillstand gebracht und Millionen außer Arbeit gesetzt hat.
2. Acht Stunden sollten als Tagewerk bei der Berechnung der Löhne gelten.
3. Schiedsgerichte zu Ausgleichung von Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit.
4. Verbot der Benutzung von Gefängnißarbeit seitens einzelner Arbeitgeber.
5. Verbot der ferneren Verwendung von Kindern unter 14 Jahren zur Handarbeit in Fabriken oder anderswo.
6. Schulzwang und freigebige Beisteuerung zu Erziehungszwecken.
7. Verminderung der Steuern und Sparsamkeit in allen Regierungsausgaben seitens des Bundes, des Staates oder der Stadt.
8. Zölle sollten nur behufs der Regierungs-Einnahmen erhoben, und alle Zölle auf nothwendige Lebensmittel, deren Last auf den ärmeren Klassen ruht, sollten gänzlich abgeschafft werden.
9. Kampf gegen Gesetzgebung zu Gunsten einzelner Klassen.
10. Wiedereinführung der alten Grundsätze, denen zufolge das Amt den Mann suchen sollte, und fester Entschluß, keine Politiker von Handwerk zu unterstützen.
11. Nur Arbeiter sollen zu Aemtern ernannt werden.

Dieses Programm erklärt der „berühmte" Professor Doktor Viktor Böhmert zu Dresden in seiner „Sozialistenstampfmühle" für ein solches, welches in seiner Mäßigung vortheilhaft von den anderen sozialistischen Programmen sich unterscheide. — Zunächst weiß der Professor nicht, daß die „unmäßigsten" unserer politischen Forderungen (Einführung der Volkswehr insbesondere) fast sämmtlich das Volk in Nordamerika nicht mehr anzustreben braucht; dann aber wird Herrn Böhmert die Forderung eines achtstündigen Normalarbeitstages auch wohl bei näherem Besehen nicht gerade sehr mäßig erscheinen. Daß nur Arbeiter Staats- und Gemeindeämter erhalten sollen — es wäre wahrlich gut, aber ob die Forderung so sehr mäßig ist, Herr Professor? — Der Kampf gegen die Klassengesetzgebung (Nr. 9) ist ja auch der Hauptpunkt — wenn auch anders ausgedrückt — des Programms und der Agitation der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands — wir freuen uns, daß der hochweise Professor auch diesen Punkt für mäßig erklärt hat. Uns aber entfährt dabei der Seufzer: „Hätten wir diesen Kampf nur erst siegreich ausgefochten — dann sollten uns unsere anderen Forderungen wenig Sorgen mehr machen." — Daß die amerikanischen Genossen die prinzipielle Forderung, daß die Produktionsinstrumente Gemeingut werden müssen, nicht in ihr „mäßiges" Programm aufgenommen haben, das kommt daher, weil diese Forderung momentan auch vor der amerikanischen Gesetzgebung keinerlei Beachtung finden würde und weil wir es überhaupt hier nur mit einem praktischen, aber sehr weitgehenden (nicht mäßigen, Herr Böhmert) Wahlprogramm zu thun haben.

— Der sozialistische Weltcongreß in Gent (Belgien) ist Sonntag, den 9. d. M., mit einer großartigen Manifestation der Bevölkerung von Gent, an der gegen 10,000 Personen Theil nahmen, eröffnet worden. Es sind 45 Delegirte aus allen Ländern Europas sowie aus Amerika anwesend. Montag erfolgte die Bureauwahl und wurden Frankel, van Beveren, Rodrigues, Steins, Jewaschoff in dasselbe eingesetzt, die beiden Letzteren fungiren als Sekretäre. Dienstag, den 11., wurde über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Ueber die Tendenzen der modernen Produktion mit Bezug auf das Eigenthum" berathen. Die Bakunisten Guillaume und Brousse sprachen für das System der „Gruppenproduktion" und gegen die staatliche Organisation der Arbeit. De Paepe, Greulich und der englische Delegirte Barry traten den Ausführungen der Bakunisten entgegen. Der Congreß nahm schließlich folgende Resolution an:

„In Erwägung daß, so lange das Land und die übrigen Arbeitsinstrumente, welche die Grundlage des Bestehens der Gesellschaft bilden, von einzelnen Individuen oder Klassen in Besitz genommen oder als Privateigenthum monopolisirt werden, die ökonomische Unterdrückung der Masse des Volkes mit ihren nothwendigen Folgen: dem Elend und der Aushungerung fortdauern muß, erklärt der Congreß:

Es ist nöthig, daß der Stdat, welcher das ganze Volk vertritt und umfaßt und innerhalb dessen die freien Communen organisirt sind, Eigenthümer des Landes und der übrigen Arbeitsinstrumente werde."

— Unser Parteiorgan in Frankfurt a. M. schreibt unter'm 12. d. Mts.: „Das Klapperfeld, woselbst gegenwärtig unser früherer verantwortlicher Redakteur Gallus Schmidt eine vierwöchentliche Gefängnißstrafe wegen „Beleidigung" verbüßt, erhielt heute Abend neuen Besuch von „politischen Verbrechern". Es zogen ein: Unser verantwortlicher Redakteur Genosse Schäfer (vorläufig auf 14 Tage wegen „Beleidigung durch die Presse"); Genosse Frohme (auf 4 Wochen wegen „Aufforderung zum Ungehorsam gegen den Impfzwang"); Schäfer hat noch 7 Wochen auf dem Kerbholz, jedoch ist das Urtheil wegen erhobener Nichtigkeitsbeschwerde noch nicht rechtskraftig; außerdem sind noch zwei Anklagen gegen ihn erhoben.

— Unser Parteigenosse Georg Hotschick, Redakteur der „Stettiner Freien Zeitung", erhielt am 10. September d. J. vom Stettiner Kreisgericht eine sechswöchentliche Gefängnißstrafe zuerkannt. Die „Strafe" ist auf Grund des § 185 des Reichsstrafgesetzes festgesetzt.

— Die erste Nummer der sozialistischen Revue „Die Zukunft" hat folgenden Inhalt:

1. Der Sozialismus und die Wissenschaft. 2. Ein dänischer Vorschlag zur Arbeiterfrage. 3. Der 16. Mai und die französischen Sozialisten. 4. Zur Gewerbehygiene. 5. Recensionen. 6. Notizen.

Zur neuesten Staatsretterei in Schlesien.

Wie gerne gewisse Leute die Flinte schießen und den Säbel hauen lassen möchten, dürfte aus folgendem Bericht hervorgehen.

Zum 26. August hatten die Sozialisten des Eulengebirges, um auch ihren Familien einmal eine Erholung und eine Freude zu verschaffen, einen Ausflug nach dem im Waldenburger Kreise gelegenen Gasthause zu den „sieben Churfürsten" projektirt und zu diesem Behufe in der „Wahrheit" einige Annoncen erlassen. In einer derselben war gesagt, daß eine Musikkapelle auf den „sieben Churfürsten" concertiren und der hiesige Gesangverein „Liberte" einige Lieder vortragen würde. Die übrigen Annoncen enthielten außer der Aufforderung zur Betheiligung, nichts weiter als den Tag des Ausfluges und die Bemerkung, die Genossen der einzelnen Orte möchten so zeitig aufbrechen, daß um 12 Uhr Mittags alle auf den „Churfürsten" eingetroffen wären. Außerdem wurde jeder erwachsene männliche Theilnehmer am Ausfluge zur Entnahme eines Concertprogrammes, welches 20 Pf. kostete, verpflichtet. Dem Wirth war das Arragement des Concertes und dessen polizeiliche Anmeldung aufgetragen.

Am 13. August hat der Wirth die Anzeige bei dem Amtsvorsteher Eggers in Wüste-Waltersdorf gemacht und demselben auch mitgetheilt, daß Gesangsaufführungen stattfinden sollten, darauf ist ihm auch sofort mündlich die Genehmigung ertheilt worden. Bis hierher war nun alles in Ordnung und der Spaziergang konnte losgehen. Doch der Mensch denkt und der Waldenburger Landrath, Herr Dr. Bitter, lenkt. Am 21. August erschien dieser Herr nämlich in Wüste-Waltersdorf, ließ den Wirth rufen und verbot ihm wegen ungenügender Räumlichkeiten (neben dem Gasthause befindet sich ein schöner großer Rasenplatz, der dem Wirth gehört und der uns zur Verfügung gestellt war) das Abhalten des „Volksfestes". Hier wurde also zum erstenmal das Concert — an etwas anderes hat sozialistischerseits Niemand gedacht — zum Volksfest gestempelt.

Am 22. August wurde Unterzeichneter durch den Wirth von diesem Verbot in Kenntniß gesetzt und das Concert ward sofort abbestellt. Den Spaziergang konnten und wollten wir nicht rückgängig machen. Wir konnten dies nicht, weil wir außer kostspieligen Plakaten kein Publikationsmittel zur Verfügung hatten, zu einer Annonce in den hier gelesensten Blättern, die nur wöchentlich erscheinen, war es zu spät. Wir wollten dies aber auch nicht und zwar deshalb, weil wir nicht wußten und auch nicht glaubten, daß es im Rechtsstaate Preußen möglich sei, daß die Behörden dem Volke das Spazierengehen resp. das Genießen frischer Luft — die „Churfürsten" liegen sehr hoch und frei — verbieten könnten und würden. Doch die nächste Zukunft sollte uns eines andern belehren.

In Nr. 34 des „Hausfreundes" und in derselben Nr. der Wochenausgabe der „Wahrheit", die beide erst am 25. und 26. August — am letzteren Tage fand, wie oben gemeldet, der Spaziergang statt — in die Hände der Leser gelangten, erschien vom Amtsvorsteher Eggers, gestützt auf § 9 des Versammlungs-

---

Carl Marx über Herrn Thiers.

In seiner Schrift: „Der Bürgerkrieg in Frankreich" (1871) äußert sich Marx über den jetzt gestorbenen, so hoch gefeierten „Heldengreis" folgendermaßen:

Thiers, diese Zwergmißgeburt, hat die französische Bourgeoisie mehr als ein halbes Jahrhundert lang bezaubert, weil er der vollendetste geistige Ausdruck ihrer eigenen Klassenverderbtheit ist. Ehe er Staatsmann wurde, hattte er schon seine Stärke im Lügen als Geschichtsschreiber dargethan. Die Chronik eines öffentlichen Lebens ist die Geschichte der Unglücke Frankreichs. Verbündet, vor 1830, mit den Republikanern, erhaschte er unter Louis Philipp eine Ministerstelle, indem er seinen Protektor Lafitte verrieth. Beim König schmeichelte er sich ein durch Anhetzung von Pöbelexzessen gegen die Geistlichkeit, während die Kirche Saint Germain l'Auxerrois und der erzbischöfliche Palast geplündert wurden, und durch sein Benehmen gegen die Herzogin von Berry, bei der er zu gleicher Zeit den Minister-Spion und den Gefängniß-Geburtshelfer spielte. Sein Werk war die Niedermetzelung der Republikaner in der Rue Transmonain, sein Werk die darauf folgenden infamen Septembergesetze gegen Presse und Assoziationsrecht. 1840, wo er als Ministerpräsident wieder auftauchte, setzte er Frankreich in Erstaunen mit seinem Plan, Paris zu befestigen. Den Republikanern, die diesen Plan als heimtückisches Complott gegen die Freiheit von Paris anklagten, antwortete er in der Deputirtenkammer:

„Wie? Sie bilden sich ein, daß Festungswerke je die Freiheit gefährden könnten? Vor allem verleumden Sie jede mögliche Regierung, wenn Sie voraussetzen, sie könnte je versuchen, sich durch ein Bombardement von Paris aufrecht zu erhalten . . . eine solche Regierung wäre nach ihrem Siege hundertmal unmöglicher als vorher." In der That, keine Regierung würde je gewagt haben, Paris von den Forts zu bombardiren, außer der Regierung, die vorher diese selben Forts den Preußen ausgeliefert hatte.

Als König Bomba sich im Januar 1848 an Palermo versuchte, erhob sich Thiers, damals schon lange kein Minister mehr, abermals in der Kammer: „Sie wissen, meine Herren, was in Palermo vorgeht. Sie alle erbeben vor Schauder (im parlamentarischen Sinn), wenn Sie hören, daß achtundvierzig Stunden lang eine große Stadt bombardirt worden ist — von wem? Von einem fremden Feind in Anwendung des Kriegsrechtes? Nein, meine Herren, von ihrer eigenen Regierung. Und weswegen? Weil die unglückliche Stadt ihre Rechte forderte. Und für die Forderung ihrer Rechte erhielt sie achtundvierzig Stunden Bombardement . . . Erlauben Sie mir an die Meinung von Europa zu appelliren. Es heißt der Menschlichkeit einen Dienst erweisen, wenn man sich erhebt und von vielleicht der größten Tribüne Europa's widerhallen läßt einige Worte (jawohl, Worte!) der Entrüstung gegen solche Thaten. Als der Regent Espartero, der seinem Lande Dienste geleistet hatte (und das war mehr, als Thiers je gethan), beabsichtigte, Barcelona zu bombardiren, zur Unterdrückung des Aufstandes, da erhob sich von allen Enden der Welt ein allgemeiner Schrei der Entrüstung."

Achtzehn Monate später befand sich Thiers unter den wüthendsten Vertheidigern des Bombardements von Rom durch eine französische Armee. Der Fehler des Königs Bomba scheint in der That nur darin gelegen zu haben, daß er sein Bombardement auf achtundvierzig Stunden beschränkte

Wenige Tage vor der Februar-Revolution, unwirsch ob der Verbannung von Amt und Unterschleif, wo Guizot ihn verurtheilt hatte, und in der Luft eine herannahende Volksbewegung witternd, erklärte Thiers, in dem falschen Heldenstyl, der ihm den Spottnamen Mirabeau-mouche (Mirabeau-Fliege) einbrachte, der Deputirtenkammer:

„Ich gehöre zur Partei der Revolution, nicht allein in Frankreich, sondern in Europa. Ich wünsche, daß die Regierung der Revolution in den Händen gemäßigter Männer bleiben möge; . . . aber sollte diese Regierung in die Hände heftiger Leute fallen, selbst in die von Radikalen, so werde ich doch darum meine Sache nicht im Stiche lassen. Ich werde immer zur Partei der Revolution gehören."

Die Februar-Revolution kam. Statt das Ministerium Guizot durch das Ministerium Thiers zu ersetzen, wie das Männlein geträumt hatte, verdrängte sie Louis Philipp durch die Republik. Am ersten Tage des Sieges versteckte er sich sorgfältig, vergessend, daß die Verachtung der Arbeiter ihn vor ihrem Haß schützte. Dennoch hielt er sich mit seinem allbekannten Muth von der öffentlichen Bühne fern, bis die Juli-Metzeleien sie für seine Sorte Action freigefegt hatten. Dann wurde er der leitende Kopf der „Ordnungspartei" mit ihrer parlamentarischen Republik, jenem anonymen Zwischenreich, in dem alle die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse miteinander konspirirten zur Unterdrückung des Volkes, und gegeneinander, jede zur Wiederherstellung ihrer eigenen Monarchie. Damals wie jetzt klagte Thiers die Republikaner an als das einzige Hinderniß der Befestigung der Republik; damals wie jetzt sprach er zur Republik, wie der Henker zu Don Carlos: „Ich werde Dich morden, aber zu Deinem eigenen Besten!" Jetzt wie damals wird er ausrufen müssen am Tage nach seinem Siege: „l'Empire est fait" — das Kaiserreich ist fertig. Trotz seiner heuchlerischen Predigten von „nothwendigen Freiheiten" und seines persönlichen Aergers gegen Louis Bonaparte, der ihn gebraucht und den Parlamentarismus hinausgeworfen hatte, — und außerhalb der künstlichen Atmosphäre des Parlamentarismus schrumpft das Männlein, wie es wohl weiß, zu einem Nichts zusammen — trotz alledem hatte Thiers eine Hand in allen Infamien des zweiten Kaiserreichs, von der Besetzung Roms durch französische Truppen bis zum Kriege gegen Preußen, zu dem er aufhetzte durch seine heftigen Ausfälle gegen die deutsche Einheit — nicht als Deckmantel für den preußischen Despotismus, sondern als Eingriffe in das ererbte Anrecht Frankreichs auf die deutsche Uneinigkeit. Während seine Zwergarme im Angesicht Europa's das Schwert des ersten Napoleon umherschwangen, dessen historischer Schuhputzer er geworden war, gipfelte seine auswärtige Politik stets in der äußersten Erniedrigung Frankreichs, von der Londoner Convention von 1841 bis zur Pariser Capitulation von 1871 und zum jetzigen Bürgerkriege, worin er, mit hoher obrigkeitlicher Erlaubniß Bismarck's, die Gefangenen von Sedan und Metz gegen Paris hetzte. Trotz der Beweglichkeit seines Talents und der Veränderlichkeit seiner Zielpunkte ist der Mann sein ganzes Leben lang an die allerfossilste Routine gekettet gewesen. Es ist klar, daß ihm die tiefer liegenden Störungen der modernen Gesellschaft ewig verborgen bleiben mußten; aber selbst die handgreiflichsten Veränderungen auf der gesellschaftlichen Oberfläche widerstrebten einem Gehirn, dessen ganze Lebenskraft in die Zunge geflüchtet war. So wurde er nie müde, jede Abweichung von dem veralteten französischen Schutzzollsystem als eine Heiligthumschändung anzuklagen. Als Minister Louis Philipp's versuchte er die Eisenbahnen als ein hirnverbranntes Blendwerk niederzuschreien; in der Opposition unter Louis Bonaparte brandmarkte er als eine Entheiligung jeden Versuch zur Reform des verfaulten französischen Heerwesens. Niemals in seiner langen politischen Laufbahn hat er sich einer einzigen, auch nicht der geringsten Maßregel von praktischem Nutzen schuldig gemacht. Thiers war konsequent nur in seiner Gier nach Reichthum und in seinem Haß gegen die Leute, die ihn hervorbringen. Er trat in sein erstes Ministerium unter Louis Philipp arm wie Hiob; er verließ es als Millionär. Als sein letztes Ministerium unter demselben Könige (vom 1. März 1840) ihm in der Kammer öffentliche Anklagen wegen Unterschleif zuzog, begnügte er sich,

gesetzes, ein Verbot des — ich wiederhole es — gar nicht beabsichtigten Volksfestes.

Dieses Volksfestverbot hat nun allerdings viele Arbeiter auch vom Spaziergange zurück gehalten, denn es war vielfach so aufgefaßt worden, als sei auch dieser verboten.

Um allen Anstoß zu vermeiden, gingen nun die Genossen nur in Gruppen von etwa 5 bis 10 Mann dem Endpunkte des Spazierganges zu. Um 12 Uhr waren 4—500 Personen — etwa ebenso viele haben sich noch nachträglich eingefunden — auf den „Churfürsten" angelangt, mit denselben auch der oben erwähnte Landrath, der Amtsvorsteher Eggers, 4 berittene und 5 Fußgensdarmen.

Ein vom Genossen Braunschweig aus Waldenburg gemaltes Transparent, den Kopf der „Neuen Welt" und außerdem in passender Gruppirung die Worte „Sozialdemokratie, Vorwärts, Freiheit, Friede, Brot, F. Lassalle, Tod der Noth und Lohnsklaverei, Hoch die freie Arbeit! Das Schöne und Edle!" — enthaltend, — war am Gasthause angebracht. Der erste Befehl der Beamten galt diesem Transparent, welches denn auch von uns sofort entfernt wurde. Sonstige Embleme waren nicht vorhanden, auch keine Fahne. Jetzt wurde dem Wirth das Verabreichen von Speisen und Getränken verboten und der Unterzeichnete und Genosse Braunschweig von oben genanntem Amtsvorsteher zur Rede gestellt. Beide bedeuteten dem Herrn, daß hier von einem Volksfeste keine Rede sein könne und sein Verbot also nicht zutreffe, auch gaben sie ihm die Versicherung, daß ebenso wenig eine politische wie sonstige Ansprachen gehalten werden würden; daraufhin wurde dem Wirth erlaubt, seine Wirthschaft wieder zu öffnen, etwa 10 Minuten später mußte er jedoch, ohne das irgend etwas vorgefallen war, dieselbe wieder schließen und jetzt forderten die Gensdarmen zum Verlassen des Platzes auf. Als nach der dritten Aufforderung sich noch Niemand entfernte (die Anwesenden waren nämlich der Meinung, daß nur der Wirth ein Recht habe, sie von diesem Platze zu verweisen), luden die Gensdarmen ihre Gewehre und bedeuteten den Anwesenden, das sie jetzt Gewalt gebrauchen würden.

Zu bemerken ist noch, daß während dieses Vorganges, wie auch vorher, die größtmöglichste Ruhe geherrscht hatte.

Um nun ein Unglück, welches unabsehbare Folgen hätte haben können, zu verhüten, forderte Kühn aus Langenbielau zum Verlassen des Platzes auf und begaben sich die meisten Anwesenden nach Schmiedegrund, begleitet von einigen Gensdarmen. Auch dem dortigen Wirthe wurde der Verkauf von Speisen und Getränken verboten, derselbe ist diesem Verbote jedoch nicht nachgekommen, ebenso haben sich die anwesenden Gäste nicht an das Gebot eines Gensdarmen, auch dieses Gasthaus zu verlassen, gekehrt.

Die über Waltersdorf zurückkehrenden Waldenburger Genossen sind dort ebenfalls von Gensdarmen streng bewacht worden und in Hausdorf, wo Tanzmusik war, ist den Musikanten gesagt worden, sie dürften, wenn die Sozialdemokraten kommen würden, nicht weiter spielen. Auf dem Platze bei den „Churfürsten" hat in den späteren Nachmittagsstunden des 26. August noch ein Kinderfest mit Musik von der Alt-Friedersdorfer Gemeinde stattgefunden, an dem sich auch Erwachsene betheiligten, das waren aber auch keine Sozialdemokraten.

Nachträglich erfuhr ich noch, das in dem Walde hinter den „Churfürsten" während des ganzen eben geschilderten Vorgangs eine große Anzahl Förster gelagert haben soll, zu welchem Zweck, wird nach obiger Darstellung Jedem einleuchten.

Ferner ist zu bemerken, daß ein Fabrikant, der früher Reichstagsmitglied war, dem Wirth zu den „sieben Churfürsten" 300 Mark versprochen haben soll, wenn er den Ausflug unmöglich mache. Den Namen des „Edlen", der beiläufig gesagt in letzter Zeit seinen Arbeitern colossale Lohnabzüge gemacht hat, nenne ich nur deshalb nicht, weil ich wegen der 300-Markaffaire, obschon dieselbe jedenfalls wahr ist, keine absolute Gewißheit erlangen konnte.

Hiermit habe ich einen vollständig sachgemäßen Bericht gegeben, derselbe mußte so ausführlich sein, um die, durch mehrere Bourgeoisblätter colportirte Lüge, die Sozialisten hätten ein Volksfest feiern wollen, während es doch blos ein Concert sein sollte, auf ihren wahren Werth zurück zu führen und damit sich jeder unbefangene Leser ein Bild machen kann, wieviel Ruhe und Ordnungsliebe seitens der so verrufenen Sozialisten dazu gehört hat, um ein gräßliches Unglück zu vermeiden. Einen weiteren Commentar kann sich jeder selbst machen.

A. K.

Correspondenzen.

Langenbielau, 7. September. Vorgestern stand vor dem Kreisgericht in Reichenbach gegen den Parteigenossen Liebknecht aus Leipzig wegen „Beihilfe zur Verbreitung" eines während der letzten Reichstagswahl im hiesigen Kreise verbreiteten Flugblattes, dessen Inhalt gegen den § 131 des Reichs-Strafgesetzbuches verstoßen haben soll, Termin an. Die Verhandlung war öffentlich und hatte sich eine große Zahl von Genossen aus der ganzen Umgegend eingefunden. Der Zutritt war insofern beschränkt, als nur 40 Eintrittskarten ausgegeben wurden, während es bei sonstigen Gelegenheiten immer 60 waren. Der Gerichtshof bestand aus dem königl. Gerichtsdirektor v. Berger und den Kreisrichtern v. Bünau und v. Trepretz. Der incriminirte Artikel trug die Ueberschrift „Was wir wollen" und war der schon im Jahre 1874 und auch voriges Jahr in vielen Tausend Exemplaren verbreiteten Agitations-Nummer des „Volksstaat" entnommen.

Liebknecht war erschienen und vertheidigte sich selbst. Der Staatsanwalt Pollmann aus Schweidnitz konnte es nicht unterlassen, obschon durch ein früheres Urtheil desselben Gerichtshofes constatirt war, daß der Artikel nur gegen § 131 und nicht auch, wie die damalige Anklage behauptete, gegen den § 130 des Reichs-Strafgesetzbuches verstoße, wiederholt auf den nach seiner Meinung sehr aufreizenden Inhalt einzugehen und machte damit wenn auch nur indirekt der sozialistischen Partei den Vorwurf der Anreizung zu Gewaltthätigkeiten. Liebknecht antwortete sehr treffend, indem er darauf hinwies, daß es gerade dort, wo die Sozialdemokratie noch keinen Einfluß auf die Arbeiter habe, wie in Ostpreußen und Oberschlesien, zu Gewaltthätigkeiten gekommen während überall dort, wo der Sozialismus festen Fuß gefaßt, nichts dergleichen geschehe; er wies sogar nach, daß es gerade bei den letzten in Berlin vorgekommenen Unruhen dem Einschreiten der sozialistischen Arbeiter zu verdanken sei, daß es nicht zum Blutvergießen gekommen. Ferner betonte Liebknecht noch, daß die sozialistische Partei gar nicht daran denke, Putsche zu machen, vielmehr den Weg der sachlich überzeugenden Agitation, den sie bisher verfolgt, auch weiter innehalten werde, weil uns nur auf diese Weise die Sympathie des Arbeiterstandes erhalten und weiter gewonnen werden könnte.

Obschon Liebknecht für den Inhalt des incriminirten Artikels nicht juristisch verantwortlich zu machen war, übernahm er doch die moralische Verantwortung und ging besonders auf die Stellen ein, wo von der mangelhaften und verkehrten Erziehungsmethode der Jugend und von der durch die Schwurgerichte repräsentirten Klassenjustiz die Rede war, und wies nach, daß die dem heute herrschenden System gemachten Vorwürfe wahr und berechtigt seien.

Der Staatsanwalt beantragte eine sechswöchentliche Gefängnißstrafe, der Gerichtshof erkannte jedoch blos auf eine Geldstrafe von 30 Mark, eventuell 3 Tage Gefängniß und Tragung der Kosten. Damit dürfte nun wohl, wenn nicht etwa wegen zu niedriger Strafe vom Staatsanwalt appellirt wird, dieser Flugblattprozeß, in den wie bereits früher gemeldet im Ganzen 39 Genossen verwickelt waren, endlich sein Ende erreicht haben, denn gegen die 38 außer Liebknecht Angeklagten wurde bereits am 18. August auf Appellation der Staatsanwaltschaft in zweiter Instanz verhandelt und das erste Urtheil, wonach Kühn zu 200, Bandt, der inzwischen gestorben, zu 96, Spielmann zu 48 und Ramm in Leipzig zu 30 Mark oder eventuell je 25, 12, 6 und 3 Tagen Gefängniß und zur Tragung der Kosten verurtheilt waren, lediglich bestätigt.

Langenbielau, 6. Sept. In dem benachbarten Schweidnitz, wo in letzter Zeit durch drei von uns einberufene Volksversammlungen die Arbeiterbewegung in Fluß gebracht wurde, bringen unsere Gegner all ihr „geistiges" und sonstiges Rüstzeug in Bewegung, um die dort aufstrebende Arbeiterpartei zu bekämpfen. Es hat sich ein antisozialer Verein gebildet, dem beizutreten alle Gegner des Sozialismus ohne Unterschied der sonstigen Parteifarbe aufgefordert werden. (Illustration zur einen „reaktionären Masse".) Dem Militär ist der Besuch des „weißen Lamm", wo besagte Versammlungen stattgefunden, verboten worden. Weiter hat man einen Kleinhändler, der sich unserer Partei angeschlossen und dessen stärkste Seite die Gesinnungstüchtigkeit nicht war, durch die bei solchen Gelegenheiten üblichen Mittel veranlaßt, unsere Bestrebungen öffentlich abzuschwören. Auch das so oft angewandte, des Doktor Eisenbart würdige Rezept der Maßregelung hat man einer Anzahl Genossen verordnet, um dieselben dadurch von ihrer Unzufriedenheit mit den heutigen Zuständen zu kuriren, — was, wenn es für die Betroffenen, die in Schweidnitz keine Arbeit mehr bekommen, nicht so traurig wäre, unser Lachen erregen könnte. Einem der Gemaßregelten hat sein Prinzipal ausdrücklich erklärt, daß er ihn nur auf dringenden Wunsch der Polizei entlasse; sie, die Polizei nämlich, wolle endlich einmal Ruhe haben. Vor wem denn? Drängen etwa die antisozialen Bourgeois so sehr? — Sollten, wovon uns bis jetzt nichts bekannt, auch verheirathete Genossen die Opfer blinder Parteiwuth werden, so müssen wir dieselben unterstützen und werden wir, wenn nöthig, davon sofort Meldung machen.

Doch das Beste zuletzt. Da hat ein Geschöpf, welches auf den Namen Philipp Freitag hört, in Trewendt's Kalender von 1878 ein Geschreibsel verübt, mit der Ueberschrift: „Was wollen die Sozialdemokraten? Ein Mahnruf an Vernunft und und gute Sitte", und flugs kamen die Schweidnitzer Liberalen, die sich etwas Schlechteres zu schreiben wohl nicht zutrauten, überein und ließen von diesem Erguß einer schönen Seele diverse Tausend Abzüge machen und im Schweidnitzer wie auch in anderen Kreisen verbreiten. — Auf Grund all dieser angewandten Mittel lügt nun das „Schweidnitzer Stadtblatt" ein Fiasko zusammen, welches die Sozialdemokraten in Schweidnitz erlitten haben sollen, und die meisten anderen Blätter unserer Gegend lügen es ihm nach. Das sind die so hochtönend angekündigten Geisteswaffen, mit denen man den Sozialismus bekämpfen will.

Erfurt, 8. September. Endlich soll ein lange und tiefgefühltes Bedürfniß seiner Abhilfe entgegengehen und ein sehnlicher Wunsch der Erfurter Genossen erfüllt werden. Dieses ist die Schaffung eines Lokalblattes, welches unsere communalen Interessen vertritt und sich dadurch mehr Eingang in das Volk verschafft, und anderntheils auch um dem fortwährenden Schimpfen und den Verleumdungen der gegnerischen Presse wirksam entgegentreten zu können. Diese Zeitung soll am 1. Oktober in's Leben treten. Um nun für dieses Unternehmen Propaganda zu machen, hatten wir zu Montag den 3. d. M. eine Volksversammlung im „Deutschen Kaiser" einberufen mit der Tagesordnung: „Unsere Presse und die Gründung eines Lokalblattes." Referent war Genosse Nauert aus Leipzig. Die Versammlung war gut besucht. Näher auf den ausgezeichneten — oft von rauschendem Beifall der Versammlung unterbrochenen — Vortrag des Referenten einzugehen, will ich unterlassen; nur soviel sei erwähnt, daß er die Corruption der gegnerischen Presse vor Aller Augen bloslegte. Zum Schluß gedachte Redner auch der „Thüringer Zeitung" und bewies dem Redakteur des Blattes, daß er die öffentliche Meinung in Bezug auf die Sozialisten fälsche. Nun war es doch Pflicht des anwesenden Redakteurs — Waldern ist sein Name —, diesen Vorwurf zurückzuweisen, derselbe blieb aber stumm. — Hierauf unterzog Genosse Wiesinger die hiesigen Preßzustände einer scharfen Kritik, Herr Waldern hatte wieder kein Wort der Entgegnung. Von vielen Anwesenden wurde geglaubt, Herr Waldern besitze kein rednerisches Talent, weil er sich nicht vertheidigte; dem ist aber nicht so. Schreiber Dieses hatte schon Gelegenheit, einen Vortrag des Herrn Waldern im nun selig entschlafenen liberalen Bürgerverein anzuhören, und zwar über das Contraktbruchgesetz. — Nachdem noch einige Redner den Herrn Redakteur angegriffen und der Vorsitzende, Genosse Arnold, ihn persönlich aufgefordert, sich zu vertheidigen, ergriff er endlich das Wort und sprach wörtlich Folgendes: „Ich habe diesem Herrn (Nauert) und jenen Herren nichts zu entgegnen; ich bin nur hergekommen, mich zu amüsiren, und habe meinen Zweck vollständig erreicht!" Nun folgten noch einige abgebrochene Sätze, in welchen Schreiber Dieses trotz vieler Mühe keinen Sinn finden konnte. Mit tiefer Entrüstung wiesen mehrere Redner die von dem Redakteur gemachten Aeußerungen zurück. Also um sich zu amüsiren, geht Herr W. in die Volksversammlungen? Zieht kein anderes Vergnügen mehr? Ist die Blasirtheit unter den Liberalen wirklich so weit vorgeschritten, daß man Volksversammlungen benutzt, um sich zu zerstreuen? Versammlungen, wo der Mann der Arbeit nach vollbrachtem Tagewerk hingeht, um sich zu belehren, wo über Mittel und Wege berathen wird, wie der gedrückten Lage des Arbeiterstandes aufzuhelfen — darüber amüsiren sich die Herren Liberalen; wahrhaftig, ein kostbares Geständniß! Wahrlich, treffender als mit diesen wenigen Worten konnte der Redner den geistigen Bankerott des Liberalismus nicht kennzeichnen! Genosse Nauert übernahm es, dem Herrn Redakteur den Standpunkt gründlich klar zu machen. Aber jetzt verlangte Herr W. wieder das Wort; in banger Erwartung lauschte die Versammlung der Dinge, die da kommen sollten, denn Jeder war überzeugt, daß Herr W. die „geistigen Waffen" jetzt gebrauchen und dem Sozialismus den Todesstoß versetzen würde. Und es waren auch „geistige Waffen", aber die alten verrosteten, mit denen Herr W. schon lange kämpft. Derselbe greift nämlich öfters anstatt der Sache die Person an, so auch hier. Er sagte fast wörtlich: „Zur Entgegnung habe er keine Zeit, da müßte er wenigstens sechs Stunden sprechen; überhaupt könne der Referent nicht richtig grammatikalisch deutsch sprechen, er (Nauert) habe einmal statt Sie „Ihn" gesagt; er müsse auch jetzt fort, da es schon spät sei und er den andern Morgen um 7 Uhr an der Arbeit sein müsse!" Sprach's und verließ unter schallendem Gelächter die Versammlung, wahrscheinlich in der Ueberzeugung, die Sozialdemokratie in Erfurt für lange Zeit unschädlich gemacht zu haben. Nachdem noch mehrere Redner unser Unternehmen den Anwesenden an das Herz gelegt hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

Und nun, Genossen, liegt es an Euch, daß unser Unternehmen lebensfähig wird. Agitirt in jeder Weise für dasselbe, sorgt dafür, daß unser Blatt in jedem Hause, in jeder Hütte gelesen wird, der Erfolg wird nicht ausbleiben. Zeigt unseren Gegnern, daß die geistige Kost, welche sie dem Volke bieten, nichts taugt, daß das Volk, das arbeitende Volk etwas Besseres verlangt, und dieses soll unser Organ sein, Sorgt also dafür, daß dieser unser mächtigster Bundesgenosse überall Eingang findet, und die Arbeiter werden bald einsehen, daß die Arbeiterfreundlichkeit unserer Gegner, sowohl auf politischem als sozialem Gebiet, nur eine leere Phrase ist, und daß diese Phrase bald in ihr Nichts zusammenbrechen wird vor den energischen Forderungen des um seine Menschenrechte kämpfenden Proletariats!

Leipzig, 14. September. Die gestern Abend stattgefundene Parteiversammlung hat den Beschluß gefaßt, zu der am 19. d. im zweiten städtischen Wahlkreise stattfindenden Landtagswahl den Genossen Bebel aufzustellen; es werden daher die Partei- und Gesinnungsgenossen im genannten Bezirk aufgefordert, mit allen Kräften dazu beizutragen, daß unser Candidat als Sieger aus der Wahlurne hervorgeht. Die Lokalpresse wird über Vertheilung der Stimmzettel, Wahlaufrufe 2c. Näheres berichten.

Hannover. Am 26., 27. und 28. August hatten wir die Freude, unsern Genossen Praast aus Hamburg in unserer Mitte zu haben, und hielten wir dieserhalb am 26. eine Volksver-

---

durch Thränen zu antworten — ein Artikel, in dem er eben so flott „macht" wie Jules Favre oder irgend ein anderes Krokodil. In Bordeaux war sein erster Schritt zur Rettung Frankreichs vom hereinbrechenden Finanzruin der, sich selbst mit drei Millionen jährlich auszustatten; es war dies das erste und letzte Wort jener „ökonomischen Republik", worauf er seinen Pariser Wählern 1869 Aussicht gemacht hatte.

Einer seiner früheren Collegen aus der Kammer von 1830, selbst ein Kapitalist, — was ihn nicht verhinderte, ein aufopferndes Mitglied der Pariser Commune zu sein — Herr Beslay, sagte neulich in einem Maueranschlage zu Thiers: „Die Knechtung der Arbeit durch das Kapital ist jederzeit der Eckstein Ihrer Politik gewesen, und seit Sie die Republik der Arbeiter im Pariser Stadthaus eingesetzt sahen, haben Sie ohne Aufhören Frankreich zugerufen: „Seht diese Verbrecher!" — Ein Meister kleiner Staatsschufterei, ein Virtuose des Meineids und Verraths, ausgelernt in allen den niedrigen Kriegslisten, heimtückischen Kniffen und gemeinen Treulosigkeiten des parlamentarischen Parteikampfes; stets bereit, wenn vom Amte verdrängt, eine Revolution anzufachen und sie im Blut ersticken, sobald er am Staatsruder; mit Klassenvorurtheilen an der Stelle von Ideen; mit Eitelkeit an der Stelle eines Herzens; sein Privatleben so infam, wie sein öffentliches Leben niederträchtig — kann er nicht umhin, selbst jetzt, wo er die Rolle eines französischen Sulla spielt, die Scheußlichkeit seiner Thaten zu erhöhen durch die Lächerlichkeit seiner Großthuerei.

— Zur Verfälschung der Nahrungsmittel. Die Firma Ermisch u. Hellwig in Berlin SO., Dresdener Str. 124, versendet an ihre Kunden Prospekte, in denen sie ihre bei der Weinfabrikation dienenden Präparate empfiehlt. Diese bestehen unter anderen aus „Weintannin, um dem Wein Körper zu geben, junge Weine schneller flaschenreif zu machen und dünnen Weinen, sowie kranken und umgeschlagenen Weinen im Verein mit Glycerin aufzuhelfen", ferner aus Glycerin, dessen Verwendung in der Weinproduktion von obengenannter Firma „als einer der bedeutendsten Fortschritte der Neuzeits bezeichnet wird. In der dem Prospekt beigegebenen „Preisliste für Weinhändler und Weinproduzenten" figuriren außer den genannten Produkten noch eine große Reihe anderer Essenzen, so Burgunder-Bouquet-Essenz, Forster-Traminer-Essenz, Moselblümchen-Essenz, Sherry-Essenz, Ungarwein-Essenz, Tokayer-Essenz, Rothweinfarbe und vieles Andere ähnlicher Art, über dessen Gebrauch die Interessenten auf Wunsch in Form von Rezepten unterrichtet werden, in welchen die Mengen des zuzusetzenden Tannins, Glycerins, Sprit, Weinsteinsäure, Farbe, Essenz 2c. zur Herstellung einer bestimmten Weinsorte genau angegeben werden. Im Laboratorium des Gesundheitsamtes ist aus der Liste der oben verzeichneten Präparate die Rothweinfarbe ausgewählt und einer Untersuchung unterworfen worden, wobei sich ein Gehalt derselben an arsenfreiem Fuchsin herausgestellt hat. Da nach den Untersuchungen von Ritter und Feltz der dauernde Genuß selbst von reinem Fuchsin Diarrhoe, Eiweißharnen und Abmagerung zur Folge hat, sieht sich das kaiserliche Gesundheitsamt veranlaßt, dieses Resultat zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. Ob auch der Staatsanwalt zu Berlin zur Allgemeinheit gehört und Kenntniß von derartiger Giftmischerei nimmt?

— Mein König trank daraus! Wie weit die Speichelleckerei getrieben werden kann, beweist folgende Leistung des Correspondenten der „Kölnischen Zeitung", betreffend die Kaisertage in Düsseldorf, Nr. 249 1. Bl.:

„Gegen 8 Uhr erhob sich der Kaiser und die Kaiserin, und der Hof verließ mit Gefolge unter Hochrufen der Versammelten den Saal. Bald strömte eine neugierige Menge bevorzugter Herren und Damen hinein. Alle wollten die Einrichtung des Saales sehen und die kaiserliche Tafel. Die über der Mitte derselben in schönen Linien und Figuren sich schlingenden Blumenverzierungen waren bald dahin; auch wurde zum Andenken von Manchem an des Kaisers oder der Kaiserin Gläser genippt und gekostet, was die hohen Gäste der Provinz getrunken."

Ob der Correspondent und die bevorzugten Damen und Herren, so fragt unser Dortmunder Parteiorgan, auch die kaiserlichen Teller abgeleckt haben, darüber schweigt er bescheiden.

— Dr. Strousberg, der große, gute, ist am 12. ds. Mts. Abends nach seinem Abstecher nach Moskau wieder in des deutschen Reiches Hauptstadt eingetroffen. Der Empfang am Küstriner Bahnhof war ein sehr glänzender; alle Finanzgrößen, dann sämmtliche liberale Redakteure, Schriftsteller und Reporter, welche dem Dr. Strousberg so Vieles zu verdanken hatten, waren anwesend. Weißgekleidete Jungfrauen wechselten mit Blumen und Guirlanden und Musik ab; die Musik intonirte: Heil, dreimal Heil dem goldenen Kalbe.

— Selbstmord aus Arbeitslosigkeit. Unser Dresdener Parteiorgan schreibt: Vergangenen Sonntag erhenkte sich ein junger Arbeiter, der erst vor einigen Wochen aus der Strafanstalt Zwickau entlassen worden war, in der Wohnung seiner Eltern auf der Palmstraße. Seit der Entlassung aus der Strafanstalt hatte der Unglückliche keine Arbeit gefunden. „Oder finden wollen" — hat das Amtsblatt die Unverschämtheit oder Dummheit, hinzuzufügen. Unverschämtheit — weil es einem Arbeiter ohne irgend welchen ersichtlichen Grund unterschiebt, nicht gearbeitet haben zu wollen; Dummheit — weil es sagt, der Arbeiter habe sich wegen Arbeitslosigkeit entleibt, die er selbst gewünscht. Was von beiden schlimmer ist?

mmlung ab mit der Tagesordnung: „Der 2. September und seine Bedeutung für das Volk", zu welcher Praast das Referat übernommen hatte, das sehr beifällig aufgenommen wurde. Nach Praast ergriff noch Genosse Kaiser das Wort, um ebenfalls über den Sedanstag zu sprechen. — Am darauffolgenden Tage begingen wir ein Sommerfest, zu dem Praast die Festrede übernommen hatte. Das Fest war gut besucht und verlief ausgezeichnet. — Am 28. August fand eine Schuhmacherversammlung statt, die ebenfalls von gutem Erfolg begleitet war. Schm.

Schwerin, 7. September. Die hiesigen Maurermeister zeigen an, daß sie die Arbeitszeit ihrer Gesellen wie folgt festgesetzt haben: Vom 1. bis 31. Januar und vom 16. November bis 31. Dezember: von 8 bis 4 Uhr; vom 1. Februar bis 28. Februar und vom 16. Oktober bis 15. November: von 7 bis 5 Uhr; vom 1. bis 31. März und vom 16. September bis 15. Oktober: von 6 bis 6 Uhr; vom 1. April bis 15. September: von 6 bis 7 Uhr. In Folge dessen annoncirt der Vorstand des Schweriner Maurergewerkes, daß, da zwischen ihm und den Maurermeistern keine Vereinbarung stattgefunden habe, Letztere nicht berechtigt seien, die Arbeitszeit zu verändern, und daß daher sämmtliche Mitglieder des Gewerkes die bisherige Arbeitszeit festhalten möchten. Weshalb die Meister sich nicht vorher mit den Gesellen zu einigen gesucht haben, ist nicht wohl einzusehen, so fragt der „Hamburgische Correspondent", man müßte denn den Beweggrund darin suchen, daß man den augenblicklichen Zeitpunkt für geeignet hält, um wieder die frühere Herrschaft über die Gesellen wenigstens theilweise zurück zu gewinnen. Für die Jahreszeit geht augenblicklich die Bauarbeit im ganzen Lande sehr flau. Manche Meister, die sonst bis zum Eintritt des Winters 20 und mehr fremde Gesellen zu beschäftigen pflegten, haben diese bereits sämmtlich vor Wochen abgelohnt! — Man sieht aus dem ganzen Vorgange wieder, was man von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu halten hat.

Meran (Südtirol). Die Leser des „Vorwärts" wird es interessiren, auch einmal etwas aus Meran zu hören. Jedoch will ich erst noch etwas aus der Schweiz bringen, und zwar aus dem Oberengadin im Kanton Graubünden, von wo ich auf meiner Wanderschaft nach hier kam. Der 15. September, das Ende der Fremdensaison nahet, und mit ihm auch das Ende der warmen Jahreszeit, die bekanntlich hier nur drei Monate dauert. Die Fremden ziehen sich wieder zurück, zum Theil nach ihren Fabrikbesitzungen und Landgütern, zum Theil nach großen Städten, um wieder neue Vergnügungen aufzusuchen. Die Hotels werden wieder leer, die Dienstboten können gehen — der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan. Gewiß, dieses Jahr hat etwas eingebracht, denn so viele Fremde sind seit Jahren nicht dagewesen. Werfen wir einen Blick auf die Fremdenlisten. Am stärksten vertreten sind die deutschen Fabrikbesitzer, beurlaubte und pensionirte Militär- und Staatsbeamte; auch der König von Sachsen, die Königin von Württemberg und Bismarck's Sohn finden sich vor — natürlich, nach strenger Arbeit thut die Erholung noth, so sagen ja wohl immer unsere „Herren". Dann kommen die englischen Lords, und Fabrikanten und Gutsbesitzer aus aller Herren Ländern, überhaupt Leutchen, die sich zu den Feinden der bösen Sozialdemokraten zählen. Wir sehen hier wieder einmal recht, wer unter den schlechten Arbeitsverhältnissen zu leiden hat. Der lohnreduzirende Fabrikherr reist in's Bad zur Erholung, Tausende von Arbeitern können mit dem herabgesetzten Lohn sehen, wie sie durchkommen. Jedoch wir leben ja in der „besten der Welten". — Der vielbesungene Gaisbub, ein Proletarierkind wie so viele andere, kommt mit seinen Ziegen wieder herab in's Dorf, er wird jetzt wohl bald wieder einmal eine Schule zu sehen bekommen. Die Handwerker erhalten dann noch einmal etwas Arbeit in den Hotels und halten dann einen langen Winterschlaf, was den Leuten natürlich schon zur Gewohnheit geworden ist. Die Arbeiter können gehen, wenn sie nicht einschneien wollen.

Anderes Leben beginnt nun hier mit dem Fremdenverkehr. Meran ist nämlich ein Winterkurort. Aus allen Ländern kommen die wirklich Kranken hier zusammen, die Vergnügen Suchenden wohl nur um hier die Traubenkur noch mitzumachen. Der Wein ist denn auch wirklich gut gerathen, und es macht einem Freude, durch einen Weinberg zu gehen, jedoch für uns Arbeiter hängen die Trauben zu hoch. Hier sieht man denn die reichen Kranken, die wer weiß wie viel Geld daran wenden, um ihre meistens durch ihr zu flottes Leben untergrabene Gesundheit wieder zu erlangen. Gönnen wir diesen Leuten die Kur, aber wenn unsere Gegner einen alten Fabrikarbeiter zu Gesicht bekommen, der durch die schwere Arbeit seiner Gesundheit beraubt und aus der Arbeit entlassen ist, dann sollte ihnen doch die Scham in's Gesicht steigen und der Muth vergehen, den gerechten Forderungen des Sozialismus entgegenzutreten. — Und nun komme ich zu den hiesigen Arbeitsverhältnissen, die gegen andere Städte noch weit zurückstehen. So besteht z. B. hier noch in den meisten Werkstätten eine 13stündige Arbeitszeit bei einem Wochenlohn von 2 Gulden (3 Mark 20 Pfg.) nebst Kost und Logis. Die paar Freistunden werden mit Beten zugebracht, wie's hier die Arbeiter gewöhnt sind. Die Arbeitgeber wollen eben aufgefordert sein, mehr Lohn zu geben, und das „Fordern" kann nun einmal so ein „Beter" nicht fertig bringen. Es steht fest, so lange sich die hiesigen Arbeiter den katholischen Gesellenvereinen anschließen und sich noch vor den Sozialdemokraten fürchten, so lange werden wohl auch die hiesigen Verhältnisse so bleiben wie sie sind. A. H.

Schwarzenberg, 10. September. Gestern, Sonntag den 9. d. M., fand im Saale des Markert'schen Gasthofes eine Volksversammlung statt, zu welcher der Reichstagsabgeordnete des 21. sächsischen Wahlkreises, Herr Holzmann, eingeladen und erschienen war. Die Tagesordnung lautete: „Wer vernichtet das Eigenthum, die Familie und Religion?" Referent war Parteigenosse Wilhelm Stolle aus Crimmitschau. Es braucht hier wohl kaum hervorgehoben zu werden, daß Stolle seine Aufgabe in glänzender Weise löste und daß die Versammelten ihm reichlichen Beifall zollten. Nach Stolle ergriff Holzmann das Wort, um zunächst zu erklären, daß er in manchen Punkten mit dem Vorredner einverstanden sei, aber nicht in allen. So z. B. wollte es Herr Holzmann nicht Wort haben, daß in der heutigen Gesellschaft das Eigenthum thatsächlich täglich abgeschafft werde. Man könne die liberale, konservative und sonstige Parteien für den Ruin einzelner Existenzen eben so wenig verantwortlich machen, wie man es der sozialdemokratischen Partei nicht zur Last legen könne, daß auf dem Stötteritzer Arbeiterfest 24 Dutzend Biergläser gestohlen worden seien. — Betreffs der Ehe blieb der Herr Reichstagsabgeordnete bei der landläufigen Behauptung, die Sozialisten hätten vor, in ihrem Zukunftsstaate die Ehe abzuschaffen, sie scheuten sich nur, in der Gegenwart alles auszusprechen, was sie dächten. Genosse Stolle erwiderte treffend, daß die Ehe in der heutigen Gesellschaft bereits allen moralischen Halt verloren hätte und daß infolge der kapitalistischen Wirthschaftsverhältnisse bei einem großen Theile der Arbeiter von einem Eheleben gar nicht mehr die Rede sein könne. Nicht der sozialistische Zukunftsstaat gedächte die Ehe abzuschaffen, sondern der heutige Staat schon besorge dies Geschäft. Betreffs des „Diebstahls" in Stötteritz müsse erst die Untersuchung ergeben, ob die Angaben der gegnerischen Blätter auf Wahrheit beruhten und er hoffe, daß das dortige Festcomité Klarheit in die Angelegenheit bringen werde, damit nicht bei jeder Gelegenheit die Ehre der sozialistischen Partei besudelt werden könne.

Die Entgegnung Stolle's verfehlte ihre günstige Wirkung nicht und können wir mit dem Verlauf der Versammlung sehr zufrieden sein.

Verloosung.

Veranstaltet in London zu Gunsten der politischen Verurtheilten in Neu-Caledonien.

Bürger! Wir haben Euch aufgefordert, Euch unserm Streben anzuschließen und uns Gaben für unsere Verloosung zu senden. Ihr seid unserm Appell weit über unsere Erwartungen hinaus nachgekommen.

Aus Frankreich, England, Deutschland, der Schweiz, Belgien haben wir freundliche Gaben und sympathische Zustimmung erhalten. Maler, Bildhauer, Zeichner, Goldschmiede, Uhrmacher ꝛc. ꝛc. haben für uns gearbeitet. Dichter, berühmte Schriftsteller haben uns ihre Werke gewidmet. Wir danken ihnen im Namen Derer, welche für eine Revolution leiden, deren Berechtigung die gegenwärtigen Ereignisse bestätigen und welcher die Zukunft rühmend gedenken wird.

Aber unsere Bestrebungen sind noch nicht beendet, wir haben Gaben gesammelt und es gilt nun die Loose unterzubringen. Wir glauben, daß Niemand davon abstehen wird, uns seinen Beistand auch ferner angedeihen zu lassen, um unsern Erfolg sichern zu helfen.

Arbeitsgenossen! Die Revolution des 18. März gehört Euch. Ihr alle seid für sie verantwortlich, sie verleugnen, wäre Verrath! Ihr seid solidarisch mit Denen, welche für das Verbrechen dulden, besiegt worden zu sein. Ihr müßt gemeinschaftlich an unserm Werke mitarbeiten. Wir rechnen um so mehr auf Euch, Denker, Männer des Fortschritts und Vertheidiger des Rechts, als wir wissen, daß Ihr keine Gesellschaftsordnung gelten lassen könnt, welche zu ihrer Erhaltung der periodischen Niedermetzelungen, Einkerkerungen, der Verbannung und Vertreibung von Millionen ihrer Bürger bedarf.

Die Zahl der mehr als 1200 Gewinnste repräsentirt einen Werth von 25,000 Francs. Unter den Gewinnen figuriren:

Kunstwerke.

Gemälde von Courbet, Bazin, Montbars, Dupuis, Louchard, Moormans ꝛc.
Bildhauer-Arbeiten von Chapu (ein Basrelief), Ottin, Brisson ꝛc.
Stahlstiche von Daubigny, Charbonel, Malet, Yon, Flameng, Montbars ꝛc.
Ceramikum, Bronze, Steingut, Gypsarbeiten, Aquarelle Lichtbilder.
Photographien: Ein Prachtalbum (Ansichten von Jersey); ein Portrait von Delescluze, drei dergleichen von Garibaldi, 24 Velasquez's, 4 Fragonard's ꝛc.
Schmuckgegenstände: Armbänder, Ringe, Nadeln ꝛc. im Werthe von 2000 Frcs.
Uhrenwaaren: Goldene und silberne Uhren im Werthe von 1200 Francs.
Schriftsteller-Arbeiten: Widmungsgruß der Autoren; Werke von Victor Hugo, Karl Marx, Odysse Barot, Leon Cladet, Yves Guyot, Sigismond Lacroix, C. H. Bradlaugh, A. Besant, P. Taylor (Mitglied des Parlaments). Eine Collection des Journals „Droits de l'Homme" mit den Autographien sämmtlicher Redakteure, sowie eine große Anzahl Schriften von berühmten Autoren.
Verschiedenes. Eine ausgezeichnete Sammlung von Meermoosen, Stickereien, Linnenzeug (Wäsche), Confections- und Tapisserie-Gegenstände, künstliche Blumen, Fächer, Papeterie-Gegenstände, Nezessaire, Reisekassetten, Handtaschen ꝛc.

Alle Loosinhaber, auf deren Nummern keiner der vorerwähnten Gewinne fällt, haben Anspruch auf eine Zeichnung, welche zum Andenken an diese Verloosung von einem unserer bedeutendsten Künstler extra angefertigt wurde.

Die Zahl der Loose ist auf 60,000 Nummern festgestellt. Preis 1 Francs (80 Pfennig). Ort und Zeit der Ziehung werden durch die Presse bekannt gegeben.

Die Commission:

H. Andreß, 29, Windmill Street, Tottenham Court Road, W. A. Combault (Secrétaire correspondant), 24, Broad Street, Golden Square, W. F. Kaufmann, 19, St. John Square, Clerkenwell. E. Kleinmann, 21, Upper Charles Street, Northampton Square, Clerkenwell. E. Landrin, 31, Howland Street, Fitzroy Square, W. F. Lassalle, 37, Charlotte Street, Fitzroy Square, W. A. Leduc, 2, Mincing Lane, E. C. E. Poutrel, 45, Drummond Crescent, Euston Square. F. Prive, 31, Wells Street, Oxford Street, W. B. Richard (Trésorier), 67, Charlotte Street, Fitzroy Square, W. E. Sevin, 218, Vauxhall Bridge Road, Pimlico. A. Theiß (Secrétaire correspondant), 36, Charlotte Street, Fitzroy Square, W., in London.

Loose sind zu beziehen durch alle Mitglieder der Commission.

An die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei des Kreises Offenbach-Dieburg.

In der Sitzung des Agitationscomités vom 2. September zu Mühlheim a. M. wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Jede Parteimitgliedschaft hat allmonatlich und bis längstens den 10. eines jeden Monats die Agitationsbeiträge, mindestens 8 Pf. pro Mitglied, an den Kassirer einzusenden. Zum Kassirer wurde Herr Adam Hildebrand, Weißbindermeister zu Mühlheim a. M., ernannt. Eine weitere Sitzung findet in Groß-Steinheim Sonntag, den 30. Septbr. l. J., statt, wo sämmtliche Mitglieder des Comités zu erscheinen haben.

Ich ersuche hiermit alle Parteigenossen, nach Obigem zu handeln.

Mühlheim a. M., den 10. Septbr.

K. Ehmann, Vorsitzender.

Zur Notiz.

Die „Königsberger Freie Presse" ist in der elften Zeitungspreisliste 3. Quartals eingetragen.

Briefkasten

Quittung. Mrtg Colditz Schr. 4,10. Pnngr Bremen Ab. 34,00, Schr. 30,00. Lgs Hannover Ann. 0,80. Mllr Mannheim Ab. 25,00. Eglr hier Ab. 6,70, Schr. 3,50. Schrfttfr Reichenhall Schr. 5,75. Hffnr Mainz Ab. 36,00. Schmdt Hannover Ab. 150,00. Schlr Frohnau Ab. 5,20. Mrtn Schmölln Ab. 4,05, Schr. 3,00. Brn Graz Schr. 17,30. Arbeiterbildungs-Verein Neunkirchen Ab. 8,42. Wlnd Kiel Ab. 10,00. Gr Osnabrück Ab. 8,40. Hch Frankfurt Ab. 17,00. Dr. Hrr Schluckenau Schr. 0,60. Grbg Zobel Schr. 13,90. Mrbtt Hanau Schr. 3,20. Ercht Zeitz Schr. 7,70. Schwb Schwäb.-Gmünd Schr. 3,50. Gnthr Worms Schr. 6,00.

Für die Landtagswahl in Leipzig

von X. X. hier 1,00.

Anzeigen ꝛc.

Hannover. Den Freunden und Parteigenossen empfehle ich mich zur Anfertigung von **Herbstanzügen** und **Winterüberziehern** von 48 Mk. an unter reeller Bedienung und ersuche ich recht frühzeitig die Bestellungen machen zu wollen. (3c) 1,50] **H. Rudolph**, Schneidermeister, Mittelstraße 11.

Leipzig. **Allgemeiner deutscher Schneiderverein.** Unsere Versammlungen werden von jetzt ab im „**Sophienbad**", Dorotheenstraße 2, abgehalten.

Montag, den 17. **September**, Abends 8 Uhr:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Urabstimmung betr. Steuererhöhung wegen obligatorischer Einführung des „Fortschritt". [90

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen. **D. V.**

Höhere Fachschule der Residenzstadt Sondershausen

für **Maschinentechniker** und **Bautechniker.** Vorbereitung zum Einj.-Freiw.-Examen. Beginn des Semesters am **10. October.** Programm gratis und franco durch den Oberbürgermeister **Rath Laue** oder den Direktor **Rathke.** (4c) [2,10

Den Parteigenossen dringend zur Verbreitung empfohlen:

Die Rundschau.

Organ für sozialistische Propaganda.

Erscheint monatlich einmal und kostet durch die Filial-Expeditionen bezogen 20 Pfg.; durch die Post vierteljährlich 60 Pfg. excl. Bringerlohn.

Verlag: **Amelungstr. 5, Hamburg.**

„Rundschau"

Nr. 3

ist erschienen und an diejenigen Orte zur Versendung gelangt, deren Filial-Expedienten über Nr. 2 abgerechnet haben.

Für Lokal- u. Gewerkschafts-Vereine

jeder Art passend sind praktisch eingerichtete

Cassenconto- & Mitgliederbeitrags-Bücher

zum Selbstkostenpreis à 50 Pfg. zu beziehen. Porto für das Paar 10 Pfg. Bestellungen sind zu machen bei **A. Geib** in Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Nach dem Beschlusse des diesjährigen Congresses der deutschen Sozialisten erscheint vom 1. Oktober ab in Berlin:

Die Zukunft.

Sozialistische Revue.

Die hervorragendsten sozialistischen Schriftsteller des In- und Auslandes haben ihre Mitwirkung zu diesem Unternehmen zugesagt, dessen Aufgabe es ist, das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie in wissenschaftlicher Weise darzulegen und zu vertheidigen.

„**Die Zukunft**" erscheint elegant ausgestattet monatlich zweimal in der Stärke von 1½—2 Bogen Lexikon-Format. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich:

beim **Bezug** durch die Post (Zeitungs-Preisliste Nr. **4394a**) und den **Buchhandel M. 1,25**, ohne Bringerlohn;
bei direkter Zusendung unter Kreuzband: für das Inland und die Länder des Weltpostvereins **M. 1,90**;
bei Zusendung unter verschlossenem Couvert **M. 2,50.**

Bestellungen auf die Gratis- und Franco-Zusendung der am 15. September erscheinenden Probenummer wolle man an eine Buchhandlung oder an die Expedition richten.

Die Expedition der „Zukunft".
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Sozialistisches

Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Sekretäre **J. Auer** oder **C. Deroffi**, Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.

Geldsendungen sind zu richten an **August Geib**, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Soeben erschien in neuer Auflage und ist durch uns zu beziehen:

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch uns ist zu beziehen:

Zur

Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Vom Protokoll

des zu Gotha stattgehabten

Sozialisten-Congresses

ist noch eine kleine Partie vorräthig. **Preis 25 Pfg.**, bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren 20 Pfg. Versendung nur gegen baar oder Nachnahme unter Beifügung von 10 Pf. Porto für je 5 Exemplare.

Bestellungen sind zu machen bei **C. Deroffi**, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 110. Mittwoch, 19. September. 1877.

Zur Komödie in Frankreich.

Das Gejammer und Gezeter über die Verurtheilung Gambetta's in allen französischen und deutschen Bourgeoiszeitungen ist sehr, sehr groß. Wenn französische Communards ihres politischen Kampfes halber erschossen oder zu lebenslänglicher Deportation verurtheilt wurden; wenn deutsche Sozialisten, wie Vahlteich, Bebel, Kaulitz und Hackenberger zu mehrjähriger Gefängnißhaft unter der strengsten Anwendung und der eigenthümlichsten Auslegung der bestehenden Gesetze verurtheilt wurden, dann haben die Zeitungen, welche vorgeben, für die Freiheit und das Recht zu kämpfen, nur ein gleichgiltiges Achselzucken gehabt, — nun aber hat man einen der ihren einmal gepackt und zu 3 Monaten — sage und schreibe zu ganzen drei Monaten — verurtheilt, deshalb ein Getobe, Geschimpfe und Gejammer, als sollte die Welt darüber untergehen.

Es ist aber auch Gambetta, der größte aller Redner und Volkstribunen, und was ausschlaggebend ist: durch die Verurtheilung verliert er auf fünf Jahre die Wählbarkeit!

Wer ist denn daran Schuld? fragen wir. Antwort: die jammernden „Republikaner" selbst!

Weshalb haben sie nicht, während der „große" Thiers Präsident war, derlei traurige Gesetze, welche unter der bonapartistischen Reactionszeit (1852) entstanden sind, aufgehoben? Antwort: Weil man dieselben gegen wirklich Radicale und Communisten beibehalten wollte!

Nun hat sich der Spieß umgekehrt; jetzt wird der heimtückische Paragraph von der Reaction gegen die Bourgeoisie angewandt.

Uns fällt hierbei immer das Gebahren der deutschen Liberalen bei der Gesetzesmacherei im Reichstage ein. Alle Strafparagraphen und sonstige Zwangsmaßregeln werden so verfaßt, daß sie sich lediglich gegen die Opposition und zwar jetzt gegen die Clericalen und Sozialisten richten; dabei fällt den kurzsichtigen Herren gar nicht ein, daß einmal auch in Preußen-Deutschland eine pietistisch-clerical-reactionäre Regierung kommen kann, welche dann alle vom Liberalismus geschaffenen oder belassenen Knebelungsgesetze gegen den Liberalismus selbst anwenden wird. Dann aber wird man ein Geheul und Gezeter hören in Deutschlands Gauen, dann wird diese liberale Gesellschaft nicht begreifen wollen, daß sie selbst sich die Ruthe gebunden hat, mit welcher sie gezüchtigt wird.

So geht es auch den jetzigen „Republikanern" in Frankreich. Wo sind die Männer, welche allein im Stande wären, den Mac-Mahonistischen Staatsstreich zu verhindern? Ihre Gebeine bleichen auf der Ebene von Satory, hingemordet durch den verstorbenen „republikanischen" Führer Thiers. In Neu-Caledonien schmachten sie in elendester Gefangenschaft, deportirt durch eben denselben Thiers.

Ja, wenn nur die Herren „Republikaner" während der Herrschaft des „Republikaners" Thiers die Amnestie erlassen, und wenn sie nur, während sie die Herrschaft besaßen, die reactionären Gesetze über Bord geworfen und freisinnige Gesetze geschaffen hätten! Nein, sie thaten es nicht, sie hatten Angst vor den wahrhaft freisinnigen Franzosen, vor den communistischen Arbeitern. Sie haben sich selbst die Ruthe gebunden, mit welcher sie jetzt gezüchtigt werden.

Doch kommen wir auf das Gezeter der Zeitungen über Gambetta's Verurtheilung zurück.

Wir halten dieselbe gleichfalls für das Resultat eines schnöden Tendenzprocesses, aber schreiben dasselbe hauptsächlich, wie oben nachgewiesen ist, den Unterlassungssünden der „Republikaner" zu, — diese also sollten über sich selbst jammern und zetern und — sich bessern, dann hätte der Proceß des Herrn Gambetta doch etwas Gutes verrichtet!

Waren denn sämmtliche Verurtheilungen von Communards nicht auch das Resultat der elendesten Tendenzprozesse? War die Verurtheilung der Parteigenossen Bebel und Liebknecht im Jahre 1872 nicht gleichfalls die Frucht eines Tendenzprozesses? Ist nicht außerdem unserem Genossen Bebel auch das Reichstagsmandat gerichtlich aberkannt worden?

Und wir halten Bebel in jeder Beziehung für besser und tüchtiger als den Schönschwätzer Gambetta, der eine derartige Rechtsschwenkung schon vollzogen hat, daß ihn selbst die conservativen Zeitungen in Deutschland schon zu loben anfangen.

Das Gezeter und Gejammer der Liberalen diesseits und jenseits der Mosel hat für uns nur die Bedeutung des wenn auch nur unfreiwilligen Eingeständnisses der eigenen Schuld und der eigenen Schwäche. —

Die Pariser Arbeiter aber stehen, wie bei dem Tode des Herrn Thiers, auch bei der Verurtheilung des Herrn Gambetta völlig gleichmüthig da — sie rühren keine Hand, um die Mörder der Commune emporzuziehen, sie werden sich freuen, wenn ihre schlimmsten Gegner sich gegenseitig zerfleischen; sie werden aber bei den Wahlen das trügerische Bündniß der Radicalen mit dem linken Centrum zerreißen und wie der „Peuple", ein Pariser Blatt, andeutet, selbständig vorgehen.

Der „Peuple" schreibt nämlich in Bezug auf den Tod des Herrn Thiers:

„Die Todten sind todt! beschäftigen wir uns jetzt mit den Lebenden. . . Was soll denn das heißen, daß wir mit dem linken Centrum des Senats Manifeste unterzeichnen? Haben wir nichts Besseres zu sagen und zu thun? Sind die Louis Blanc, die Victor Hugo plötzlich verstummt? . . . . Der Augenblick ist gekommen, da die Republik sich in dem ganzen Umfang ihres Prinzips behaupten muß. Mit Thiers ist die Politik der Compromisse zu Grabe getragen worden. Der Opportunismus ist getödtet. Jetzt handelt es sich darum, aufrichtig zu sein und den Zweideutigkeiten ein Ende zu machen".

Daß der Redacteur des „Peuple" dieserhalb von dem „Frankfurter Beobachter" mit deutlichem Hinweis auch auf die Redaction des „Vorwärts" eine weiße Blouse genannt wird, das verschlägt nichts, wenn nur der radicalen, der sozialistischen Sache gedient wird — wir sind an Schimpfworte seitens unserer conservativen, liberalen und „demokratischen" Gegner gewöhnt.

Wie weit aber die „Republikaner" schon zu Mac Mahon herabgesunken sind, wie wenig dieser Letztere der „weißen Blousen" bedürftig ist, geht aus folgender Aeußerung eines bürgerlich demokratischen Blattes hervor, die wir dem heißspornigen „Frankfurter Beobachter" zur gefälligen Beachtung mittheilen:

„Wenn irgend jemals ist dem Marschall jetzt die Umkehr leicht gemacht. Die Republikaner fühlen sich unsicher, sie fürchten, daß ihnen der Tod Thiers' einen Theil der ängstlichen Bourgeoisie entfremdet hat. Mac Mahon brauchte nur die Hand auszustrecken, und die Liberalen würden sie mit Vergnügen ergreifen. Es scheint denn auch, daß man im Elisée an etwas Aehnliches denkt". —

Thiers ist todt; Gambetta wird ins Gefängniß geworfen; die Wahlen fallen trotzdem „republikanisch" aus; Mac Mahon macht einige unbedeutende Concessionen und wird zum Lohne hierfür als lebenslänglicher Präsident der Republik proclamirt, das Volk ist wiederum einmal betrogen, und — die Komödie ist bis auf Weiteres zu Ende.

Sozialistischer Weltcongreß.

I.

Wir theilten schon in voriger Nummer mit, daß der Congreß von 45 Delegirten aus allen Ländern Europas und aus Amerika besucht war; es befanden sich darunter etwa 10 Bakunisten, die unmittelbar vorher einen Sondercongreß in Verviers abgehalten hatten. Führer der Bakunisten war Herr Guillaume. Als Vorsitzende fungirten bekanntlich Leo Frankel, van Beveren und Rodriguez. Lewaschoff und Steins waren Schriftführer. Eine Commission zur Prüfung der Mandate und eine zweite Commission zur Erledigung der einlaufenden Schreiben ꝛc. wurden ernannt.

Die Montag-Nachmittagssitzung wurde mit Verlesung einer sich über die verschiedenen Punkte der Tagesordnung verbreitenden Denkschrift französischer Flüchtlinge, mit definitiver Feststellung der Tagesordnung und sonstigen Formalien ausgefüllt. Mit Bezug auf die Tagesordnung wurde festgesetzt, daß der theoretische Punkt: „über die Tendenzen der modernen Produktion in Bezug auf das Eigenthum" zuerst diskutirt werden solle.

Abends fand ein Meeting statt, welches sehr zahlreich besucht war und von dem vorzüglichen Geist, der die Arbeiter Gents beseelt, Kunde gab. Es sprachen der Redakteur des „Werker" van Coenen, van Beveren, Greulich u. A. Die deutschen und französischen Reden wurden von van Beveren in's Vlämische übersetzt, die Sprache, welche allein das Volk dort versteht. Französisch ist die Sprache der Bourgeoisie, so daß die zwei Klassen schon durch die Sprache unterschieden sind — was gewiß zur Bildung des Klassenbewußtseins beigetragen hat. Zum Schluß des Meetings wurde angekündigt, daß am Mittwoch Liebknecht, der als Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung die sympathischste Aufnahme fand, in öffentlicher Volksversammlung reden werde.

Dienstag, den 10. September, Vormittags 9 Uhr, trat der Congreß in seine eigentliche Thätigkeit ein. Nach einer kleinen Plänkelei zwischen italienischen Anarchisten und Sozialisten begann die Diskussion über den ersten Punkt der Tagesordnung. Nachdem Gerambon eine etwas unklar gefaßte Resolution eingebracht und kurz motivirt hatte, ergriff Greulich das Wort und entwickelte, daß die von den Bakunisten geforderte Uebertragung der Arbeitsinstrumente an Arbeitergruppen (Gewerkschaften) die Uebel der heutigen Gesellschaft nicht beseitigen werde; das Eigenthumsmonopol werde beibehalten, ebenso die Concurrenz, und die alten Zunftgegensätze würden wieder heraufbeschworen.

Guillaume entgegnete matt, verwirrt, und machte selbst auf seine paar Anhänger einen höchst deprimirenden Eindruck. Was er gesagt? — damit seien die Leser verschont. Genug: „Revolution", „Anarchie", „individuelle Freiheit", der Wauwau „Staat", der die Arbeiter auffrißt. — das waren die bekannten Brocken, aus denen sich dieser nichts weniger als pikante Salat zusammensetzte.

De Paepe unternahm es, die Ausführungen des Herrn Guillaume in längerer Rede ebenso schlagend als ruhig zu widerlegen. Er zeigte, daß auch in den „Gruppen" das Individuum sich vernünftigen Beschränkungen der individuellen Freiheit unterwerfen müßte; daß auch in den Gruppen eine Administration nöthig sei, daß die verschiedenen Gruppen durch irgend eine Behörde (Verwaltung, oder wie man es nun nennen wolle) verbunden sein müßten, kurz, daß auch die Herren Anarchisten nicht um das herumkommen könnten, was man in gewöhnlicher Sprache „Staat" zu nennen pflege. Das „Revolutions"-Gepolter wurde gebührend ad absurdum geführt und der Nachweis geliefert, daß die anarchistische Gesellschaftsweisheit eitel Confusion und Phrasendrescherei ist. Es ist nicht nöthig, in die Einzelheiten einzugehen, da die deutschen Arbeiter von der „anarchistischen" Kinderkrankheit verschont geblieben sind und für die Weisheit der Herren Guillaume und seiner Genossen kein Verständniß haben.

Der Engländer Barry wies aus dem Beispiel Englands nach, wie schädlich die Gruppenorganisation wirkt, wie sie bei den Arbeitern die schlechtesten Eigenschaften erzeugt, sie zu Bourgeois macht mit allen Lastern der Bourgeois ohne deren Tugenden. Er brachte eine Resolution ein, lautend:

„Da die Erfahrung bewiesen hat, daß die sectionelle (gruppenweise, corporative) Produktion nicht geeignet ist, die Lage des Proletariats zu heben, so erklärt sich der Congreß für die Besitznahme der Arbeitsinstrumente durch die Allgemeinheit."

Brousse, Redakteur der sauberen deutschen „Arbeiterzeitung" in Bern — der Mann kann kein Wort deutsch, was man dem Blättchen auch anmerkt — suchte seinem Freunde und Führer Guillaume zu Hülfe zu kommen; es gelang ihm aber blos, diese Niederlage noch vollständiger zu machen, indem De Paepe und Greulich zu neuer und schärferer Kritik veranlaßt wurden. Herr Guillaume sparte sich die Antwort auf die Nachmittagssitzung auf. —

Die Nachmittagssitzung begann mit der Rede Guillaume's, die an Phrasenhaftigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Neu waren uns nur folgende Gedanken: „Der Communismus ist Gemeinschaft und Regierung, und der Anarchismus ist Gemeinschaft und Anarchie." Die „Gruppe" bezahlt keine Löhne, weil sie Eigenthümerin ist." Daß dasselbe vom Staat gilt, wenn er Eigenthümer geworden, scheint Herr Guillaume nicht zu wissen.

In demselben Sinne sprachen Gerambon und Chalain. Bei Letzterem, einem französischen Communard, kam die bekannte Angst einiger Franzosen vor dem Staat zum Ausdruck; der centralisirte Bourgeoisstaat, an dem sie sich den Schädel eingerannt, ist ihnen der Staat überhaupt.

Anseele, Frankel und Greulich unterzogen sich der undankbaren Aufgabe, die „anarchischen" Ausführungen ernsthaft zu widerlegen und auf die Folgen der Gruppenproduktion aufmerksam zu machen.

Proben südländischer Beredtsamkeit gaben die „Anarchisten" Costa (Italiener) und Mendoza (Spanier). Costa machte u. A. die Entdeckung, der Staat sei für die „autoritären" Sozialisten, was der Gott in der Natur. Man habe Gott abgeschafft und in der Natur gehe Alles seinen Gang; wenn man den Staat abschaffe, werde auch Alles seinen Gang — von selbst gehen. Herr Costa hat offenbar vergessen, daß zwischen Staat und Gott denn doch ein kleiner Unterschied ist, und der „Staat" ihm und seinen Freunden bei dem jüngsten famosen „Spaziergang mit Flinten" ad hominem demonstrirt hat, daß er sich nicht von selbst abschaffen läßt. Eine weitere Entdeckung des Herrn Costa bestand darin, daß die „Revolutionäre" bei einer Revolution (die sich „von selbst" macht) das Volk nicht „leiten", sondern blos „beeinflussen". Also statt einer Regierung werden die Herren eine „Beeinflussung" haben.

Mendoza hatte mindestens das Verdienst der Kühnheit, er schämte sich nicht, von den traurigen Vorgängen in Alcoy und an anderen Orten zu reden, wo der Anarchismus sein unvergleichliches Talent bewährt hat, Revolutionen zu verderben. — Nach einer kurzen Pause wurde die Sitzung Abends 8 Uhr wieder aufgenommen. Nach Verlesung eines Briefes aus Amsterdam, in welchem die bevorstehende Gründung eines sozialistischen Blattes angezeigt wird, trat man wieder in die Tagesordnung ein.

Die Bakunisten stellten folgenden Antrag:

„In Erwägung, daß der gegenwärtige Zustand der Produktion zur Concentration des gesellschaftlichen Reichthums in den Händen Weniger führt, und in Folge dessen alle gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten verursacht, sind wir der Ansicht, daß die Arbeiter sich dieses gesellschaftlichen Reichthums bemächtigen müssen, um ihn in Collectiveigenthum föderirter Arbeitergruppen zu verwandeln."

Für den Antrag traten ein der Spanier Rodriguez, ferner zwei „Deutsche" Werner und Rinke, die zusammen 10 oder 11 (in Buchstaben zehn oder elf) Stimmen aus Deutschland — obendrein zum Theil falsche Namen — repräsentirten und folglich das „Volk" hinter sich haben. Hales entgegnete in scharfer Rede, daß die Herren Anarchisten von der modernen Großindustrie gar keinen Begriff haben, daß die ökonomische Zersplitterung, die sie erstreben, eine kleinbürgerliche Utopie ist und daß die Herren Anarchisten keine Sozialisten sind, sondern Individualisten, die das Spiel der Herren Bourgeois spielen.

Nach kurzem Hin- und Herreden wurde zur Abstimmung geschritten.

Es lagen drei Resolutionen vor. Zuerst kam eine Resolution von Hales, zu deren Gunsten Barry seinen Antrag zurückgezogen hatte und in die ein die Commune-Organisation betreffender Passus auf Wunsch de Paepe's eingefügt worden war, zur Abstimmung.

Für diese (unseren Lesern bereits bekannte) Resolution stimmten 16 Delegirte, 13 dagegen, einer enthielt sich der Abstimmung. Für die oben mitgetheilte Resolution der Bakunisten stimmten 11, dagegen 18.

Für eine dritte, im letzten Moment noch von Steins eingebrachte Resolution, welche den Streitpunkt unentschieden ließ, stimmten nur 2. Schluß der Sitzung 11¼ Uhr Abends.

Die 11 Bakunisten, die für die Gruppenproduktion stimmten, vertraten außer sich selbst nur ein paar unbedeutende Gruppen, während hinter der Majorität wirkliche Organisation und die Arbeiterklasse der ökonomisch weitest entwickelten Länder steht.

Mittwoch, den 12. September, trat der Congreß in die Debatte des 2. Punktes der Tagesordnung: „Ueber die Haltung des Proletariats gegenüber den verschiedenen politischen Parteien" ein. Die Italiener Costa (Anarchist) und Zanardelli (früher Anarchist jetzt Sozialist) kamen ziemlich hart aneinander. Anlaß war der famose Spaziergang Cafiera's und andere Revolutionsspielereien der Anarchisten, die Zanardelli sehr treffend kritisirte. Zanardelli unterbreitete eine Resolution, die sich für politische Aktion und gegen das Conspiriren und Putschen erklärt. Costa und seine Mitanarchisten Montels und Chalain demonstrirten, daß die Politik Bourgeoissache, jeder Politik treibende Sozialist also ein Bourgeois sei, er war aber großmüthig genug, die sozialistischen Ketzer und Bour-

geois seiner „Achtung“ zu versichern. De Paepe fertigte die Herren vortrefflich ab, und überführte sie der krassesten Unwissenheit. Staat und Gesellschaft, führte er aus, seien untrennbar; die politischen Vorgänge und Gestaltungen seien bloß der Ausdruck ökonomischer Zustände und Veränderungen. Die Politik sei ein Gespenst, das die Herren Anarchisten sich selbst an die Wand gemalt haben, ihr „Volk“ ein Idol, das sie sich selbst zurecht gemacht, das aber mit dem wirklichen Volke nichts zu thun habe. Das wirkliche Volk sei in Folge der langen Unterdrückung vielfach unwissend, roh und müsse aufgeklärt, erst emancipationsfähig gemacht werden.

Um 12 Uhr Schluß der Vormittagssitzung.

Sozialpolitische Uebersicht.

— 1047 Personen wurden im Monat August in das Leipziger Polizeigewahrsam geführt, so meldet der amtliche Polizeibericht. In einem Monat in einer Stadt 1047 Menschen verhaftet; welche Summe von Elend, welche entsetzliche Anklage gegen die heutigen Zustände! — Von diesen traf 221 Personen dies Loos wegen Herbergslosigkeit, wegen Bettelns 154, wegen Landstreichens 84, wegen Einschleichens in fremde Häuser um zu Uebernachten 17, wegen verbotswidriger Rückkehr in die Stadt 30, wegen heimlichen Aufenthalts daselbst 11 und wegen allerlei Diebstähle 63 — also über die Hälfte der überhaupt verhafteten Personen ist diesem Schicksal lediglich aus Arbeitslosigkeit und Noth verfallen. Sage man nicht mit dem bekannten Hochmuth, diese Vagabonden wollen nicht arbeiten. Mag sein, daß einigen das Bummeln und das in den Gefängnissen sich Umhertreiben lieber ist, als das Arbeiten, aber man vergesse nicht, daß auch heutzutage der feste Vorsatz zu arbeiten zu nichte wird an der herrschenden Arbeitslosigkeit, man vergesse nicht, daß die heutigen Institutionen es Jedem, der irgend einen Fehltritt gethan und keinen Besitz hat, so unendlich schwer machen, sich zu rehabilitiren, sie verurtheilen ihn eben einfach zu immerwährender Vagabondage. — Wer aber Geld und Besitz hat, der darf an der Menschheit freveln so viel er will, immer nimmt ihn die Gesellschaft wieder mit offenen Armen seines Geldes wegen auf — und das nennen die Liberalen: Gesellschaftliche Ordnung!

— Der Sedanskatzenjammer hält dieses Jahr länger an, als in den früheren Jahren; der Rausch war zwar kein allgemeiner, doch scheint er bei den Betreffenden ein um so intensiverer gewesen zu sein. So schreibt die „Essener Volkszeitung“ über den „heiligen“ Tag:

„Wir haben des Sedantages dieses Mal mit Absicht kaum Erwähnung gethan, weil wir voraussetzten, daß nunmehr die Bedeutung des Tages überall bekannt ist, und weil ein Jeder sich den Verlauf der Feier im Voraus denken konnte: wo ein „Deutscher Verein“ existirt, nimmt dieser die Sache in die Hand und feiert wie üblich; das Hauptcontingent aber stellt überall die Schuljugend. Wie diese hie und da den „Festtag“ beschlossen hat, dafür zur Warnung für die Zukunft hier ein Beispiel. Man schreibt uns nämlich aus Steele: „.... Der weibliche Theil der Schuljugend wurde mit Milch, die Knaben hingegen mit Bier regalirt. Letzteres verfehlte denn auch seine Wirkung nicht, so daß bei Zeiten eine Anzahl Knaben, deren Lustigkeit und kriegerische Laune die Grenzen zu überschreiten begann, vom Schulplatz entfernt werden mußte.“

Die Festveranstalter scheinen zu wissen, daß die Soldaten am muthigsten in's Gefecht ziehen, wenn sie erst einen herzhaften Schluck gethan haben, so sind die kleinen Knaben betrunken gemacht worden, damit sie auch in eine höchst kriegerische Stimmung kommen sollten; daß dabei nun die erlaubten Grenzen so auffallend überschritten wurden, das ist eben nur ein Malheur. — Die „Duisburger Freie Zeitung“ schreibt über ähnliche, aber noch schlimmere Vorfälle folgendes:

„Unerhört ist es, daß man die Schulkinder auf Gemeindekosten nicht nur allein mit Reichsbrezeln füttert, sondern daß man sich soweit vergißt, den schwachen Kindern in solchem Maße geistige Getränke zu verabreichen, daß dieselben dutzendweise total betrunken und bewußtlos auf der Straße und in den Gräben lagen, so daß sogar ein so bewußtlos daliegendes Kind überfahren wurde. Am 3. September Vormittags kam ein Mann zu uns, der die ganze Nacht hindurch sein Kind vergebens gesucht hatte und endlich auf dem Polizeibureau dahin beschieden wurde, daß sich dasselbe im hiesigen Krankenhause befinde; man hatte das Kind gleichfalls total betrunken aufgefunden, und da man dessen Eltern und Wohnhort nicht ausfindig machen konnte, sich genöthigt gesehen, dasselbe per Wagen nach dem Krankenhause zu schaffen, wo der Vater es denn auch im elendesten Zustande vorfand.“

Und solche Schweinerei nennt man Sedanfeier! Pfui Teufel, Ihr „Reichstreuen“, da kommt zu uns Sozialdemokraten und seht zu wie man Feste feiert.

— Zum „furor militans“ bringen die „Dresdener Nachrichten“ folgenden Beitrag:

„Am Dienstag hatten auf dem Manöver zwei „feindliche“ Infanterie-Abtheilungen aufeinander zu stoßen und standen sich auf Schußweite nahe. Diejenige Abtheilung, welche die andere aus ihrer Position zu verdrängen hatte, rückte unter fortwährendem Schnellfeuer heran bis auf 10 Schritt Entfernung. Als die Gegenabtheilung auch dann nicht wich, wurden die Soldaten förmlich wüthend, drehten — ohne daß etwa zum Sturm commandirt wäre — die Gewehre herum, und es wäre unfehlbar zu einem wirklichen blutigen Handgemenge gekommen, wenn nicht die Offiziere die Mannschaften noch rechtzeitig mit blanker Waffe zurückgetrieben hätten.“

Selbst das Soldatenspiel verroht die Gemüther schon in solch bedenklicher Weise, daß die Menschen wie die wilden Thiere aufeinander springen wollen, um sich zu zerfleischen — so wenigstens theilt ein liberales Blatt mit. Wir aber sind weit davon entfernt, an eine solche Bestialität zu glauben — die Soldaten waren etwas übermüthig und bedrohten sich gegenseitig scherzweise, das war Alles. Daß der Berichterstatter der „Dresdener Nachrichten“ und vielleicht noch eine Anzahl gleichfalls blasirter Zuschauer eine recht aufregende Keilerei gewünscht haben mögen, das und nur das geht aus obiger Notiz hervor.

— Ueber die verschiedenen Parteien in Deutschland stellt der „Hamburgische Correspondent“ eine längere Betrachtung an; nach ihm schlafen sie gegenwärtig alle den Sommerschlaf, ausgenommen die Sozialdemokratie. Von ihr sagt das Blatt folgendes: „Unveränderte Aggressionskraft und Aggressionslust zeigt allein die Sozialdemokratie, deren Agitationsapparat trotz der auf den arbeitenden Klassen mit verdoppelter Schwere drückenden Zeitverhältnissen mit der Regelmäßigkeit eines Uhrwerks weiter arbeitet, und gerade seiner Eintönigkeit wegen langsam aber stetig vorschreitet. Allwöchentliche Canonisationen zum Gefängnißmartyrium verurtheilter Worthalter und polemische Auseinandersetzungen mit geschickt ausgewählten, des sozialistischen ABC unkundigen liberalen Blättern (Ist jedenfalls auch die „Sozial-Correspondenz“ des Hrn. Böhmert gemeint. D. R. d. „V.“) zweiten und dritten Ranges, halten die Theilnahme der Massen lebendig, Feste und Vereinigungen zu allen denkbaren und undenkbaren Zwecken sorgen für die gehörige Unterhaltung und wenn den Herren einmal der Stoff ausgeht, greifen sie zu s. g. „prinzipiellen Erörterungen“, d. h. zu Auseinandersetzungen, welche dem Leser ihrer Unverständlichkeit wegen imponiren. Was etwa noch fehlen sollte wird durch ungeschickte oder übereifrige Gegner leiblich besorgt und im Uebrigen auf die innere Auflösung und Zersetzung jener „vorgeschrittenen demokratischen Parteien gerechnet“, welche bisher das Monopol der Massenherrschaft im protestantischen Deutschland besaßen.“ — Es ist mindestens anzuerkennen, daß ein liberales Blatt so offen die Dummheit unserer Gegner eingesteht — nur eins wollen wir dem „Hamburgischen Correspondenten“ noch anvertrauen: Wir brauchen unsere Gegner nicht erst auszuwählen — mit geschlossenen Augen nur zugepackt und immer bleibt ein „Ungeschickter“ und des sozialistischen ABC Unkundiger uns zwischen den Fingern hängen.

— Der Alte von Caprera, der sich mit seiner ganzen Kraft gegen die projektirte Befestigung Roms stemmt, hat folgenden interessanten Brief geschrieben:

Caprera, 4. September.

Lieber Bobelli! Ich bitte Sie, die nachstehenden Zeilen zu veröffentlichen: Zuerst vier, dann zwölf Millionen für die Fortificationen! Gestehen wir, daß dies in unseren modernen Zeiten, in denen Kanonen zu hundert Tonnen gebaut werden, ein Projekt sein wird, um Einen lachen zu machen; denn ich weiß nicht, was zum Teufel der Monte Argentaco vertheidigen sollte. In Civitavecchia genügt eine Kanone auf dem Meer oder eine auf dem Lande, um aus demselben einen Schutthaufen zu machen. Wir haben bereits von Rom gesprochen, woselbst eine Umwallung von Forts, wie diejenige von Paris, im Umkreise von 123 Kilometern nicht den Vertheidigungszustand unserer Hauptstadt erhöhen würde. Ich rede gar nicht von den Meerengen von Messina und Piombino, die natürlich in das allgemeine Vertheidigungs-System einbezogen werden müßten, welches niemals zu Ende geführt werden könnte und welches hundertmal die Finanzen Italiens erschöpfen würde. Kommen wir zum Schlusse: Wäre es nicht besser, das Vertheidigungs-Comité in ein Wohlthätigkeits-Comité umzuwandeln und dieses in jene unsere unglücklichen Gegenden zu entsenden, in welchen der Hagel, die Ungewitter und die Trockenheit Kummer und Trostlosigkeit verbreitet haben? Immer Ihr

G. Garibaldi.

Man sieht, daß unser alter Demokrat sich immer treu bleibt; er, der mit den Waffen sein Vaterland befreit hat, er, der glorreiche General bekämpft den aussaugenden Militarismus.

— Deutsche Arbeiter. In Nordamerika hat man sich vielfach daran gewöhnt, die irischen und deutschen Arbeiter in den gemeinsamen Topf der Dummheit und Rohheit zu werfen. Die „San Franzisco Abendpost“ bringt nun folgenden Bericht über eine Versammlung deutscher Arbeiter, worin sie sagt:

„Wer dieser Versammlung beigewohnt hat, muß mehr als je zu der Ueberzeugung gelangen, daß der ehrenwerthe Theil unseres Arbeiterstandes den Unruhen der verflossenen Woche vollständig fernsteht, und nicht nur die Zwecklosigkeit solcher Unruhen einsieht, sondern dieselben auch vom moralischen Standpunkt für durchaus verdammenswerth hält. Die Verhandlungen der Versammlung zeichneten sich durch einen ganz vortrefflichen Geist der Ordnung und Vernunft aus. Die Redner mahnten zur Ruhe, und ein kriegslustiges Individuum, welches den Antrag stellte, Waffen anzukaufen, wurde prompt für außer Ordnung erklärt. Es wäre in der That zu wünschen, daß alle unsere Arbeitervereine eine ebenso ruhige und verständige Haltung bewahrten, wie unsere Landsleute. — Unser Mayor hat in einer Proklamation erklärt, daß er „alle öffentlichen Versammlungen zerstreuen lassen werde“, und hat damit eins der Grundrechte amerikanischer Freiheit angegriffen. Wenn er dieser Versammlung beigewohnt hätte, würde er die Ueberzeugung gewinnen, daß der öffentlichen Ruhe solche Meetings, in denen die Sachlage ruhig besprochen wird, eher förderlich als nachtheilig sind.“

Daß die ruhige Agitation, welche bezweckt, Ueberzeugung zu schaffen, um dann auf Grund solcher Ueberzeugung die bestehenden Verhältnisse zu ändern, auch von unseren amerikanischen Gesinnungsgenossen jetzt überall getrieben wird, ist bekannt und wird nur durch obigen Bericht bestätigt; daß aber in einer „Republik“, welche unter der Klassenherrschaft steht, die Freiheit und das Recht ebenso vogelfrei sind, als in einer Monarchie — das zeigt die Proklamation des republikanischen Bürgermeisters.

— Der Genter Congreß hat im Ganzen einen recht günstigen Verlauf genommen; in der Gewerkschaftsfrage wurde Einstimmigkeit erzielt; und wenn dies auch auf politischem Gebiet noch nicht möglich war, so wurde doch durch die Abschließung eines Solidaritätspakts zwischen den (nicht „anarchistischen“) Sozialisten, und durch Errichtung eines Bundesbureaus (für die „solidarisirten“ Sozialisten) in Gent die Grundlage einer neuen und zwar lebensfähigen internationalen Organisation geschaffen. Ferner wurde für sämmtliche Sozialisten ein Centralbureau für Correspondenz und Arbeiterstatistik gegründet, dessen Sitz in Verviers sein wird. — In der Freitagssitzung entschied sich der Congreß mit 22 gegen 9 („anarchistische“) Stimmen für Betheiligung an politischer Thätigkeit. —

Am 14. wurde Leo Frankel als ehemaliges Mitglied der Commune aus Belgien ausgewiesen und hatte Gent sofort zu verlassen. Auch anderen Delegirten, u. A. Liebknecht, der aber schon am 13. wieder abgereist war, hatte die belgische Polizei, die ihres alten Rufs würdig bleiben will, Scheerereien gemacht.

— Vom bulgarischen Kriegsschauplatz seit 8 Tagen Nachrichten von wahrhaft beispiellosem Gemetzel. Der Sturm der Russen auf Plewna hat nach den neuesten Depeschen zu keinem Erfolge geführt, obgleich zu Ehren des „milden Väterchens“, das von einer eigens errichteten Bühne herab dem interessanten Schauspiel zusah, über 25,000 Russen und Rumänen in diesen Kämpfen getödtet oder verwundet wurden. Wie es scheint, hat

Auf Leben und Tod.

Unter obiger Ueberschrift hat die „Frankfurter Zeitung“, die man wirklich nicht allzugroßer Sympathien für die Türkei auch in diesem so ungerechter Weise von Rußland hervorgerufenen Kriege zeihen kann, eine Zuschrift ihres Spezialcorrespondenten aus Schumla veröffentlicht, die das Bild, welches in Bulgarien aufgerollt wird, in den düstersten, grauensvollsten Farben uns zeigt:

Daß die russischen Grausamkeiten, welche sich in erschreckender Regelmäßigkeit täglich und ganz in der gleichen schauderhaften Weise bald da und bald dort wiederholen, endlich die Rache der Türken herausfordern mußten, ist klar, und darauf war es ja abgesehen. Rußland will den Kampf auf Leben und Tod nicht mit den türkischen Soldaten, sondern mit den Türken, aber es wollte das Odium dafür nicht übernehmen, sondern auf den Feind werfen und ihn deshalb zu den gleichen Greueln herausfordern, zu denen es ihm ein so berüchtigtes Beispiel gab. Dabei hat sich Rußland allerdings in der eigenen Schlinge gefangen, denn man weiß nun allgemein und sehr gut, wer mit einer in der civilisirten Welt ohne Beispiel dastehenden Brutalität in der Kriegführung begann und in ihr bis auf den heutigen Tag verharrte. Wenn diesem Verhalten der Russen gegenüber hier und da auch auf türkischer Seite grausam Rache genommen wird, so darf man sich darüber wahrlich nicht wundern. Aber constatirt soll werden, daß sich niemals reguläres Militär an solchen rohen Ausschreitungen betheiligt und daß ihnen die türkischen Behörden mit aller Energie entgegentreten.

Die Russen hatten bei ihrem raschen und militärisch zwecklosen Vordringen nicht allein die Absicht, für Kriegstheater-Reklame zu sorgen, sie wollten durch die Massacres, welche sie bei dieser Gelegenheit überall arrangirten, auch die Türken zu jener Kampfesart, die den Angreifern zusagte, herausfordern. Diese wollen den Ausrottungskampf, die Türken sollten ihnen rasch auf dieses Gebiet folgen und dann den Fluch für die Schrecken tragen, welche bevorstehen. Rußland hat sich in der Langmuth der Türkei getäuscht, es blieb allein mit Mord, Brand und Schande, die es täglich erneuert, und die Welt weiß nun ganz genau, wer von den Kriegführenden zuerst die Bande aller Menschlichkeit brutal gebrochen und Grausamkeiten verübt hat und verübt, wie sich solche, zur Ehre der Menschheit sei es gesagt, nicht oft wiederholen.

In Kawarna waren es Tscherkessen, welche den bekannten Contributionsexzeß verübten und im blutigen Kampf mit der Bevölkerung ebenso gut Verwundete und Todte auf dem Platze ließen wie die letztere. Ich konnte Ihnen über den Fall nicht berichten, da ich seit mehreren Wochen nicht in Varna war und folglich erst lange, nachdem die Thatsache sich ereignet hatte, von ihr Kenntniß erhielt. Und was ich dann erfahren konnte, stammte aus türkischen Quellen, welche ich in dieser Sache doch nicht für völlig zuverlässig halten konnte.

Gleichwohl muß ich jetzt nachträglich anerkennen, daß die Daten richtig waren, welche man gab, und daß der Wahrheit mit anerkennenswerther Offenheit das Recht gegeben wurde. Ich habe oft von der Wildheit der Tscherkessen gesprochen, der Feind that nicht gut daran, die Fesseln zu sprengen, in welche sie geschlagen waren. Das mußten die Bewohner von Kawarna schaudernd erleben, aber man kann zuletzt doch noch Gründe der Entschuldigung für halbwilde Bursche finden, die seit Wochen vom Feinde nichts hören, als daß er das feindliche Volk massakrirt und sein Eigenthum zerstört oder stiehlt, wenn sie an eine Repressalie denken und dabei noch einen Kampf und nicht blos zu morden suchen. Gleichwohl hat die türkische Regierung, wie gesagt, die strengsten Maßregeln ergriffen, um die Schuldigen zu bestrafen und weiteren Ausschreitungen vorzubeugen. Das Letztere kann und wird ihr nicht gelingen. Die Rache, die noch einzeln nur — nur da und dort schüchtern aufblitzt, sie wird von den Russen so blutig aufgestachelt, daß ihr zuletzt keine Autorität im Lande wird widerstehen können, das weiß Europa, das muß es wissen und deshalb wird Europa die Verantwortung für die Schreckenstage zu tragen haben, die den Christen in der Türkei nach menschlicher Berechnung nicht erspart bleiben können, weil Europa dem Türkenmorden nicht Einhalt thut, dem ein Christenmorden naturgemäß folgen muß.

Ich habe auch vor einigen Tagen Kenntniß von einem Christen-Massenmord erhalten, der ebenfalls von Tscherkessen in einem Bulgarendorfe in der Nähe von Slivno verübt wurde. Oberst Lennox, der englische Militärbevollmächtigte, der eben von einer größeren Tour in den Balkan zurückkehrte, erzählte davon. Er hatte sich einer ansehnlichen Tscherkessentruppe angeschlossen, mit welcher er erst ein Türkendorf passirte, das völlig in Asche gelegt war und in welchem eine Anzahl verstümmelter Türkenleichen sich vorfand. Bald darauf passirte die Abtheilung einen Bulgarenort, bei welchem sich Oberst Lennox von den Tscherkessen trennte und seine Reise nach Slivno fortsetzte. Auf dem Rückwege fand er einige Tage später den Bulgarenort niedergebrannt und 162 Bulgarenleichen. Einige Tscherkessenleichen, die er ebenfalls sah, verriethen, daß die Bulgaren sich zur Wehr gesetzt, aber auch, daß die Tscherkessen, welchen er sich angeschlossen hatte, Rache genommen hatten. Oberst Lennox constatirte die Thatsache und erstattete beim Truppenkommando die Anzeige. Der Vorfall lehrt, auf welche Art Christenmorde herbeigeführt werden. Die naturwilden Bursche waren durch den Anblick, der sich ihnen im Türkendorfe dargeboten hatte, zur Rache aufgestachelt worden und hatten diese auch wirklich verübt. Das mag noch da und dort geschehen, ohne daß wir hier Kenntniß davon erhalten, vielleicht ohne daß man es überhaupt erfährt. Noch immer sind diese Fälle aber vereinzelt, während sie vom Feinde wie gesagt prinzipiell und überall verübt werden und sich deshalb auch täglich erneuern. Auch muß noch einmal constatirt werden, daß erst vier Wochen nachdem man vom Feinde mit den Massacres begonnen hat, der erste Racheakt von Tscherkessen verübt wurde.

Blutigroth droht das Gespenst „Christenmord“, sieht denn in Europa Niemand sein Drohen? Noch hängt die Entscheidung an der Spitze des Schwertes, fällt sie ungünstig aus für die Türken, dann ist es nicht mehr das Land, dann ist es der heilige Islam, der Schutz suchen muß unter der grünen Fahne des Propheten, und dann haben wir den heiligen Krieg, vor welchem Europa zittern möge im Namen der Civilisation und für seine Glaubensgenossen im Orient. Dann werde die Wildheit des Volkes, alle seine Leidenschaften entfesselt und die Rache, zu der es so brutal herausgefordert wurde, wird furchtbar hausen. Dann giebt es ein Blutbad, das in der Weltgeschichte ohne Beispiel dasteht, und das ist's, was Rußland im Namen der Civilisation anstrebt und was ihr berufener Hüter Europas geschehen läßt. Das blutige Drama entwickelt sich ganz kunstgerecht. Da von Europa keine Rettung zu erwarten ist, so kann sie einzig und allein von Mehemed Ali Pascha und von seinem Soldatenglück kommen.

Ich schrieb letzthin, „in seinem Lager sei die Türkei“, ich muß heute beifügen: „in seinem Lager sind auch die Christen des Orients.“ Mehemed Ali Pascha sagt frei und offen: „Ich werde alle Revanchegelüste der Türken zurückzuhalten suchen, ich werde jeder Ausschreitung auf das Strengste begegnen, ob ich aber im Stande sein werde, die Greuel an den Chri-

nun Osman Pascha seinerseits die Offensive mit Glück ergriffen und bringen von Süden Suleiman und von Osten Mehemed Ali unaufhaltsam gegen die russische Linie vor. Bestätigt sich dies und wendet sich nicht noch in letzter Stunde das Kriegsglück zu Gunsten der Russen, so dürfte über die russische Armee eine Katastrophe hereinbrechen, die in der Kriegsgeschichte wohl kaum ihres Gleichen hätte.

— Aus Nordamerika. In St. Louis — so berichtet der „Arbeiter von Ohio" — sind unsere Parteigenossen aus dem Gefängniß entlassen und vollständig freigesprochen worden. Dieselben hatten die Gesetze des Landes nicht verletzt, und konnten daher nicht verurtheilt werden. Wenn man bedenkt, welch ungeheuren Lärm die Bourgeoisblätter über die Vorgänge in St. Louis geschlagen hatten, so muß die Freilassung unserer verhafteten Genossen zu einer ebenso ungeheuren Blamage für die Bourgeoisie werden. Wo bleiben nun die sozialistischen „Mörder" und „Brandstifter", von denen alle Philisterblätter so viel zu erzählen wußten? Wo bleibt das „revolutionäre Comité" von St. Louis, das schon einen „vollständigen Umsturzplan" ausgearbeitet haben sollte? Alles liberale Lüge und Verleumdung. —

— Der „Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat" wird vom 1. Oktober an täglich erscheinen. Die seitherige Haltung des Blattes bürgt uns dafür, daß es auch fernerhin seine Aufgabe voll und ganz und — mit Glück erfüllen wird.

— Das Appellationsgericht in Saarbrücken bestätigte am 13. d. M. das bei der ersten Instanz gegen unseren Genossen Hackenberger gefällte Urtheil von 2½ Jahren Gefängniß. Hackenberger gedenkt sich nun noch an das Obertribunal zu wenden, mit welchem Erfolg, ist unschwer vorauszusehen.

— Es gehen uns mehrere Erklärungen zur Veröffentlichung zu:

1) „Die „Frankfurter Zeitung" hat in ihrer an das Central-Wahlcomité der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gerichteten Antwort auch die „Kölner Freie Presse" als eine derjenigen Zeitungen genannt, welche von der demokratischen Partei Geldbeiträge erhielten. Mit diesen Geldbeiträgen hat es, was speziell die „K. Fr. Pr." betrifft, folgende Bewandtniß. Bei Gründung des hiesigen Blattes wurde einem Parteigenossen zweimal durch Correspondenzkarte und einem Genossen mündlich mitgetheilt, daß man von Seiten hiesiger Demokraten bereit sei, an dem Zustandekommen der „K. Fr. Pr." mitzuwirken. Der letztere Genosse ging darauf zu den betreffenden Herren und erhielt von zweien je 25 und einem andern 30 Mark. Von dem letzteren Herrn wurden mir später noch einmal 20 Mark für die „K. Fr. Pr." eingehändigt. Dies macht also zusammen 120 Mark, welche uns von dieser Seite ohne allen Vorbehalt zuflossen. Wir haben den hiesigen Demokraten also Nichts abverlangt, sondern erst nach wiederholter Aufforderung von ihrem Anerbieten Gebrauch gemacht.

Köln, 8. September.

Georg Schumacher,
Redakteur der „Kölner Freien Presse".

2) „Die Erklärung der „Frankfurter Zeitung" vom 30. August, abgedruckt in der Nr. 115 des „Vorwärts" veranlaßt mich als Mitglied der sozialistischen Partei und gleichzeitig Sekretär der jetzt nicht im Betrieb befindlichen Mainzer Genossenschafts-Buchdruckerei, Folgendes bekannt zu geben: Da mir bekannt ist, daß die „Mainzer Volksstimme" niemals von irgend einem Demokraten unterstützt worden ist, so nehme ich an, daß die fünf von einem Frankfurter Demokraten von der Mainzer Genossenschaft gekauften Antheilscheine jetzt zu einer „Unterstützung" für uns gemacht werden sollen. Bei Gründung der besagten Genossenschaft wurden nämlich einem Frankfurter Demokraten eine Anzahl Antheilscheine zugeschickt, mit dem Ersuchen, dieselben bei seinen Freunden zu verwerthen, wenn er sie nicht selbst alle behalten wolle. Es waren circa 20 bis 25 Stück. Der betreffende Herr behielt fünf Scheine à 5 Gulden und sandte die übrigen zurück, mit dem Bemerken, daß er sie nicht habe verwerthen können. Die betreffende Genossenschaft, welche jedes Jahr ihre ordentliche Generalversammlung abhält, ist übrigens ein geschäftliches Unternehmen, welches den bestehenden Gesetzen unterworfen ist und in keiner Beziehung zu irgendwelcher Partei steht. Ob sonst noch ein Demokrat oder ein Liberaler oder Klerikaler einen Antheilschein an sich gebracht hat, weiß ich nicht.

Mainz, 7. September. F. Jöst."

3) In derselben Angelegenheit hat die „Chemnitzer Freie Presse" erklärt, daß die Chemnitzer Genossenschaftsdruckerei von Herrn Sonnemann 150 Mark geliehen habe, die sie regelrecht verzinse.

4) Der „Frankfurter Volksfreund" aber erklärt Folgendes: „Es wurde seitens eines unserer Parteigenossen hier in Frankfurt zur Unterstützung der engeren Wahl in Hanau ein Darlehen von 200 Mark aufgenommen und dem Hanauer Wahlcomité übermittelt. Wenn der Darleiher später erklärte, diese Summe schenken zu wollen, so kümmert das unserer Ueberzeugung nach die „Frankf. Ztg." nicht im Geringsten. Von ihr kommt das Geld nicht! Wir sind bis heute noch der Meinung, daß es von einem Freunde unserer Sache kommt. Was will übrigens die Summe von 200 Mark bedeuten gegenüber den Opfern, welche Männer unserer Partei, Arbeiter, bei der engeren Wahl zwischen Holthof und Varrentrapp der demokratischen Partei gebracht haben? Wir können Dutzende nennen, die tagelang ihre Arbeitszeit, und demnach auch wohl ihr Geld, willig drangegeben haben, um Frankfurt das „Glück" zu ersparen, von einem liberalen Abgeordneten im Reichstage vertreten zu sein."

Somit wäre auch wohl für sämmtliche unserer Parteigenossen diese Angelegenheit endgiltig erledigt.

Zum Kapitel der Haussuchungen.

In neuerer Zeit mehren sich die Haussuchungen bei unseren Parteigenossen wieder in auffallender Weise. Wir haben nun schon wiederholt darauf hingewiesen, wie nothwendig es sei, daß unsere Genossen jede Correspondenz, welche sich auf Parteiangelegenheiten irgendwelcher Art bezieht, sofort nachdem sie Einsicht davon genommen, vernichten.

Die Genossen sollen nicht glauben, diese oder jene unschuldige Notiz, so z. B. die Mittheilung eines Genossen, der Redner ist, daß er an diesem oder jenem Tage bereit sei, eine Versammlung abzuhalten, sei nicht hinreichend, um auf Grund derselben einen Prozeß einzuleiten und eine Verurtheilung herbeizuführen.

In den Händen unserer Staatsanwälte genügt jeder Fetzen beschriebenen Papiers, der von der Hand eines Sozialdemokraten geschrieben, in die Hand eines anderen Sozialdemokraten übergeht, um auf Grund desselben eine verbotene Verbindung zweier politischen Vereine zu beweisen (!) und bei der Stimmung unserer Richter gegen die Sozialdemokratie weiß man, was es zu bedeuten hat, wenn nur erst einmal die Anklage fabrizirt ist.

Man glaube nicht, daß wir übertreiben; erst vor Kurzem wurden unsere Genossen in Nordhausen und Ellerich wegen Vergehen gegen die §§ 2 und 8 des preußischen Vereinsgesetzes bestraft, weil ein Nordhausener Genosse auf einem Zettel die Mittheilung nach Ellerich gelangen ließ, daß er dort eine Versammlung abhalten wolle, und der Zettel bei einer Haussuchung dem Staatsanwalt in die Hände fiel.

Solche Fälle lassen sich zu Dutzenden anführen und deshalb ist es heilige Pflicht jedes Genossen, dafür zu sorgen, daß keine geschriebene Zeile länger aufbewahrt wird, als es unbedingt nothwendig.

Wir halten es für vollständig gerechtfertigt, wenn in Zukunft kein Genosse, welcher verurtheilt wird auf Grund bei ihm vorgefundener Correspondenz, eine Unterstützung von Parteiwegen erhält, denn es ist Pflicht eines jeden Genossen, polizeilichen Ueberraschungen vorzubeugen und so sich selbst und die Partei vor Unannehmlichkeiten zu wahren.

Wir betonen es ausdrücklich, nicht was geschrieben ist, ist es, was zur Vorsicht zwingt, denn wir haben keine Geheimnisse, sondern daß überhaupt etwas Geschriebenes vorhanden, genügt in den meisten Fällen, um eine Anklage mit obligater Verurtheilung herbeizuführen, zumal wenn Schreiber oder Empfänger Vorsitzender oder Leiter irgend eines Vereins sind. Also, aufgepaßt!

Etwas Pfäffisches.

Aus Hessen, den 13. September.

Auf einer jüngst stattgehabten Zusammenkunft der hessischen Geistlichen von der evangelischen Mittelpartei, der sog. Friedberger Conferenz, stellte ein Herr Pfarrer Hager folgende Thesen auf, die denn auch als „im Allgemeinen richtig" den Beifall eines Herrn Consistorialrath Linst und einer „hohen" Versammlung erhielten.

Die Thesen lauten:

1) Der Sozialismus sucht unter Berufung auf angebliche Gleichheit aller Menschen (Netter Satz, das! Woher der Herr Pfarrer das deutsch wohl hat? Keinenfalls aus sozialistischen Schriften) eine völlig (ein Wort ist kein Wort!) gleichmäßige (der Sozialist sagt gerechte) Vertheilung aller Güter und Lebensgenüsse herbeizuführen, und strebt zu diesem Zwecke einen Umsturz (der Herr Pfarrer und Consorten können natürlich nicht begreifen, daß die Entwicklung von der Blüthe zur Frucht dann auch Umsturz wäre) aller nicht damit im Einklang stehenden politischen und sozialen Verhältnisse an (Umsturz von Verhältnissen! Recht nett gesagt. Ich dächte man kehrte höchstens ein Verhältniß um).

2) In der richtigen Erkenntniß, daß eine sehr gewaltsam durchgeführte (Woher hat der Herr Pastor wieder das? Hat er überhaupt sozialistische Schriften und Zeitungen gelesen?) Gleichmachung und Umwälzung aller (!) bestehenden Einrichtungen dem Geist des Christenthums widerspreche (viele Sozialisten sind der Meinung, daß der Sozialismus gerade den „Geist" des Christenthums erst recht verwirkliche) und auch nicht durchzuführen sei, so lange die Mehrheit des Volkes auf dem Boden des Evangeliums stehe, sieht die Sozialdemokratie in dem (Pfaffen- und Dogmen-) Christenthum ihren größten Feind und sucht denselben zu vernichten.

3) Der Sozialismus ist, da er auf falschen Voraussetzungen beruht, zunächst eine intellektuelle, bez. wirthschaftliche (intellektuell = Genus, wirthschaftlich = Species — schöne Zusammenstellung) Verirrung. (Vom Standpunkt des Fuchses ist das Zusperren des Hühnerstalls eine intellektuelle Verirrung des Bauern!) aber im höheren Grade noch, weil er unlauteren Beweggründen — Genußsucht, Habsucht, Neid, Klassenhaß — entspringt, eine moralische Verirrung. (Wenn der Herr Pfarrer so etwas vor einer großen Anzahl von Männern behauptet, müßte er es doch sehr genau wissen. An die Ehre greift man doch nicht so leicht hin. Hat der Herr Pfarrer nicht an sein Bibelwort gedacht: Ein Dieb ist ein schändlich Ding, aber ein Verläumder . . .)

4) Daraus folgt, daß er weniger (aber doch etwas?) durch Gewalt, als durch moralische Mittel erfolgreich bekämpft werden kann. Damit ist der Kirche ihre Stellung und ihre Aufgabe gegenüber der Sozialdemokratie deutlich vorgezeichnet. (Und wenn Gedanken fehlen, da stellt zu rechter Zeit sich die Phrase ein!)

5) Die Kirche kann sich der sozialen Bewegung nicht feindselig gegenüberstellen; (man kann blos à la Treitschke über Neid, Klassenhaß, Habsucht, Genußsucht recht freundlich losdonnern) sie steht in den Sozialdemokraten nicht Feinde (die Redaktion der evangelischen Blätter macht ein ? dazu) sondern Verführte — der Referent bemerkt: Verführer — Verirrte; sie tritt ihnen deshalb allzeit mit dem Geist christlicher Liebe und Milde (Spiegelberg, ich kenne Dich!) — Referent bemerkt: Nicht auch mit Ernst? (Da liegt der Hase im Pfeffer) — entgegen und sucht sie durch Belehrung von ihrem Irrthum zurückzubringen. (Wie naiv das klingt! Wenn aber diese Starrköpfe von Sozialisten gar nicht einsehen wollen, daß sie im Irrthum sind, und trotz ihrer Liebe und Milde immer mehrere in diesen Irrthum verfallen?)

Die Thesen befinden sich mit noch einigen anderen in den „Evangelischen Blättern", Organ der Friedberger Conferenz. Wenn es die Zeit erlaubt,*) werde ich den Herrn Pfarrer noch ein wenig näher mit der Laterne beleuchten. Ins Tageslicht wird er mir wohl nicht folgen. F. R.

Correspondenzen.

Crimmitschau, 12. September. In der vorletzten Nummer des „Vorwärts" ist bereits darüber berichtet worden, daß unsere Communeverwaltung zum Aerger unserer Spießer und reaktionären Kampfhähne ein ausgesprochen sozialistisches Ansehen zu gewinnen beginnt. Und wenn es so, wie es begonnen, fortgeht, dann werden wir allerdings bald Anspruch machen können auf den ehrenvollen Namen die „rothe Commune". Wie das gekommen, will ich kurz schildern. Seit Jahren waren die hiesigen Sozialisten gewohnt, in Commune-Angelegenheiten nicht selbstständig aufzutreten, sondern Compromisse abzuschließen mit Leuten, die theils sich den Anschein zu geben bemüht waren, als hielten sie zu uns, theils aber mit solchen, deren „Farbe" nicht zu erkennen war, die es liebten, über ihre „Gesinnungen" ein ge-

*) Die Zeit wird sich wohl finden, ersuchen also um Zusendung. D. R. d. „V."

---

sten zu verhindern, wenn die Russen mit ihren Grausamkeiten nicht innehalten, das weiß ich nicht!" — Mehemed Ali Pascha ist der Mann, der zu halten pflegt, was er verspricht, und der deshalb auch klug nicht verspricht, was er nicht halten kann. — Noch vereinigt er die Zügel der Macht in fester Faust und er wird sie darin halten bis zur Entscheidungsschlacht, die sich vorbereitet. Geht diese verloren und das Schlachtenglück ist rund, wie jedes andere, dann muß sich die Türkei ganz jenen Massen in die Arme werfen, die von Haus und Hof verjagt, im Theuersten, das sie hatten, schwer getroffen und zum Aeußersten berechtigt und getrieben, durch die grüne Fahne des Propheten vernichten werden, was in ihrem Sinne nicht gläubig ist, wie der Feind vernichtet hat, was es in seinem Sinne nicht war.

Dann, darüber möge sich nicht Freund noch Feind der Türkei täuschen, dann, wenn es dem Islam einmal so hart an die Existenz geht, wird in Konstantinopel kein Abmahnen vor der Entfaltung der grünen Fahne mehr nützen. Man kann auf den Rath von Freunden hören, so lange man glaubt eventuell auf ihre Hilfe rechnen zu können, wenn man sich aber in dieser Voraussetzung betrogen sieht, dann wird man sich gewiß nicht um seinen Berather kümmern, sondern das thun, worin man seine Rettung erblickt. Auch wird man neugierig sein, zu erfahren, im Namen welcher Humanität und welcher Civilisation verlangt werden könnte, zu diesem letzten verzweifelten Rettungsmittel nicht zu schretten. Vielleicht für diejenige Humanität und Civilisation, in deren heiligem Namen der Krieg begonnen und in deren edlem Geist er geführt wird?

— Aus der Reichshauptstadt. Es ist eine unleugbare Thatsache, daß es in Berlin Hunderte von Leuten giebt, welche ein großes Haus führen, elegante Wohnungen inne haben ꝛc., deren Existenzen jedoch in's stärkste Dunkel gehüllt sind. Wir meinen nicht Diejenigen, welche das Licht des Tages scheuen und erst des Nachts auf Raub ausgehen, sagt die „Berliner Fr. Presse", sondern die Klasse von Menschen, die ungestört und vor den Augen der Gesetzvollstrecker am hellen Tage ihr Gewerbe betreiben und durch die Ausnutzung leichtsinniger und armer junger Geschöpfe ein luxuriöses Leben führen. Selten dringt hiervon ein Schrei in die Oeffentlichkeit, und daher ist es auch selten der Fall, daß die Nemesis ihre Arme dorthin ausstreckt, um dem Verbrecher seinen Lohn geben zu können. Aber auch dann, wenn es gelungen ist, einen solchen Vampyr zu entlarven, so bieten sich demselben Hinterthüren, aus denen er sich bequem der Bestrafung entziehen kann. Wir meinen, was der Leser schon errathen hat, die Kuppelei. Derartige Institute werden nicht allein von wohlhabenden Privaten, sondern vorzugsweise von höheren distinguirten Persönlichkeiten protegirt, und hierin liegt der Grund, weshab derartige Umtriebe nicht öffentlich an den Pranger gestellt werden, um dann nach Recht gegeißelt zu werden. Ist man einer solchen Unternehmerin, die sich gewöhnlich für die Wittwe eines höheren Militärs ausgiebt, habhaft geworden, so zieht sie sich mit der Drohung aus dem Garne, daß sie die Namen ihrer Protegés publiciren wird. Hiermit ist Alles gesagt, und die Kupplerin wird mit einer Verwarnung oder kleinen Geldstrafe entlassen. Gegenwärtig ist die Criminalpolizei wiederum hinter die Schliche eines solches Instituts gekommen, bei dem nicht unbedeutende Namen im Spiele sind. Auch hier gilt es das Thun und Treiben einer „verwittweten Oberst-Lieutenant" H., deren Säle sich einer sehr starken Frequenz erfreuen, weil sie stets mit „jungem Gemüse" aufzuwarten weiß. Wir sind neugierig, wie diesmal der Skandal enden wird.

— Wir erhalten folgenden Brief, den wir mit Abkürzung der Eigennamen vollständig zum Abdruck bringen:

„B . . . . . , den 21. August.

Verehrl. Redaktion des „Vorwärts".

Da man im „Vorwärts" nur Klagen gegen die Arbeitgeber liest, nie aber auf eine Beleuchtung der Mängel stößt, welche den Arbeitern von heute anhaften, will ich es doch versuchen, Sie um Aufnahme folgender kleinen Notiz zu bitten.

G. F. M., Steindrucker, kam am Dienstag, den 7. d. Mts., zu mir, mich dringend um Stellung zu bitten, und wenn es nur auf einige Wochen sei. Da ich momentan Arbeit hatte, stellte ich M. ein und gab, was er verlangte, 16 Mark Wochenlohn, auch, da er gänzlich ohne Mittel war, sofort einen Vorschuß. Am Samstag, den 18 d., also 11 Tage darauf, wußte er mich durch Schönrednerei um ein Gutheißen für einen Anzug zu beschwindeln, den er sofort versetzte und sich dann flüchtig machte. Man bedenke dabei: M. hatte einen Gehalt (16 M. pro Woche), mit dem er in B. ganz gut auskommen konnte. Obgleich nur zur Aushilfe auf einige Wochen eingestellt, gab ich ihm doch am Samstage, an dem Tage seiner schlechten That, die Versicherung, daß er beständige Stellung bei mir habe und daß ich ihm, sowie die Geschäfte besser gehen, mehr zahle, als er verlangt habe. Nun erkläre man mir: Was veranlaßte diesen Menschen, der schon 40 Jahre alt, ein tüchtiger und anscheinend fleißiger Arbeiter ist, seine gute Stellung zu verlassen, in welcher ihm die humanste Behandlung wurde, was meine übrigen Arbeiter, die theilweise jahrelang bei mir sind, gern bezeugen werden? Muß man nicht mit bitteren Gefühlen an die Einstellung eines Arbeiters denken, wenn man solch traurige Erfahrungen an einem solchen Subjekte macht. Diesen M. kannte ich schon vor 14 Jahren persönlich, weil ich 1 Jahr neben ihm arbeitete und kann mich seiner als eines ruhigen und fleißigen Arbeiters erinnern. Gerade deshalb schenkte ich ihm alles Vertrauen und die Täuschung von Seiten dieses Mannes ist eine um so schändlichere. Ich hoffe, geehrter Herr Redakteur, Sie werden diesen Zeilen in Ihrem Blatte Raum geben, da dieselben nur eine Thatsache constatiren. Obwohl ich für den Arbeiterbildungsverein hier, dessen Vorstand ich bin, auf den „Vorwärts" abonnirt bin, ohne mit allen in diesem Blatte ausgesprochenen Ansichten einig zu sein, komme ich doch nicht regelmäßig in den Besitz der betreffenden Nummer und bitte Sie deshalb höflichst, mir event. eine Belegnummer meiner Einsendung zukommen zu lassen.

Mit aller Achtung
ergebenst
W. W."

Hatte der Einsender geglaubt, wir würden Orts- und Personennamen in diesem Falle nennen, so hat er sich getäuscht, da unser Blatt solchen „Steckbriefen" die Aufnahme versagt. Was nun aber der ganze Vorfall besagt, ist wohl von sehr untergeordneter Bedeutung — war der Arbeiter ein fleißiger und guter, so ist allerdings seine Handlungsweise unerklärlich, war er im Laufe von 14 Jahren verbummelt, so ist das sehr erklärlich: das Umhertreiben auf der Landstraße, die öftere Arbeitslosigkeit, der quälende Gedanke, niemals eine sichere Existenz erwerben zu können, hat schon die besten Charaktere vernichtet. Daß aber dieses Beispiel keinerlei Trumpf ist, den man gegen den Arbeiterstand ausspielen kann, beweiset schon der Umstand, daß der Einsender seinen anderen Arbeitern, die schon längere Jahre bei ihm arbeiten (mit denen er also zufrieden ist) sein Vertrauen schenkt und sie als Zeugen aufruft.

— Vorsicht mit Pilzen! Am vergangenen Mittwoch sind zwei in der Antonstadt in Dresden zusammenwohnende erwachsene Mädchen, welche dem Vernehmen nach erst vor Kurzem, nachdem ihnen die Eltern gestorben waren, aus der Provinz hierher gezogen sind, in den Prießnitzwald gegangen und haben Pilze gesammelt, welche Abends von den beiden Schwestern gebraten und gegessen wurden. Unmittelbar nach dem Genuß derselben wurden die Mädchen so krank, daß man nach einem Arzt schicken mußte, der jedoch trotz der sorgfältigsten Behandlung nur die eine Schwester zu retten vermochte, welche von den Giftpilzen nur die geringste Quantität gegessen hatte. Das andere Mädchen starb nach schweren Leiden

---

wisses Dunkel herrschen zu lassen. Diese zweifelhaften Existenzen spielten uns bereits bei der letzten Stadtverordnetenwahl einen schlimmen Streich, wodurch es den Nationalliberalen gelang, zwei der ihrigen in das Collegium einzuschmuggeln. Die Consequenzen dieses Streichs zeigten sich bei der vor etwa einem Vierteljahre vorgenommenen Wahl eines Stadtraths an Stelle des durch den Tod aus dem Rathscollegium ausgeschiedenen Stadtraths Fischer. Anstatt den Vorschlag zu acceptiren, einen Mann zum Stadtrath zu wählen, der den nationalliberalen Stadträthen energisch Opposition zu machen im Stande war, schlossen die Oberländer und Consorten einen Compromiß mit ihren bisherigen erbitterten Gegnern, den Nationalliberalen. Da die gesinnungstreuen fortgeschrittenen Elemente im Stadtverordneten-Collegium einen solchen Coup nicht vorgesehen hatten, gelang es denn auch der nationalliberal-reaktionär-partikularistisch-fortschrittlichen Coalition, den bisherigen „farblosen" Stadtverordneten-Vorsteher zum Stadtrath zu machen. Doch sollte den Herren dieser Streich nicht gelingen, vielmehr war damit eine vortheilhafte Klärung der Parteiverhältnisse eingetreten, und in die Grube, die die Herren „Oberländer u. Comp." Anderen gegraben, sollten sie selbst hineinfallen. Die gesinnungstreue Majorität vereinigte sich und die buntscheckige Coalition traf nun Schlag auf Schlag. Erst wurde unser Genosse L. Mehlhorn zum Vorsitzenden des Stadtverordneten-Collegiums gewählt, dann Genosse Lässig (der sich hauptsächlich als Mitglied der Steuerabschätzungs-Commission den Haß der großen Fabrikanten zugezogen) zum Stadtrath und am Dienstage Genosse Schlegel ebenfalls zum Stadtrath. Den Spießern flimmert es schon ganz roth vor den Augen. Gelingt es uns, bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl zu siegen, so werden wir bald mit der reaktionären Sippe aufgeräumt haben, und wahrlich, die Commune Crimmitschau kann dabei nur gewinnen. Die hiesigen Steuerzahler haben noch heute die Kosten zu zahlen für die Experimente der Herren vom „Gemeindewohl". Einmal mußte mit den bösen Elementen tabula rasa gemacht werden. Und mit dem Teufel müßte es zugehen, sollten wir nicht zum Ziele gelangen.

Stollberg, 1. September. Endlich ist gekommen, was kommen mußte! Da ist denn wieder einmal das Schulze-Delitzsch-Prinzip von der Selbsthülfe durch Consum-, Spar-, Creditvereine ꝛc. in die Brüche gegangen und die Hohlheit desselben mit zum unfreiwilligen Agitator für uns geworden! Der hiesige Creditverein präsentirt nämlich für heuer seinen Mitgliedern nicht Dividende, sondern ein Verlustconto von 85,000 Mark (nach dem „Stollberger Anzeiger"). Das ist freilich ein gewaltiger Schlag für eine große Zahl der Mitglieder, die thatsächlich arme Arbeiter sind, die aber durch besondere Verhältnisse es zu einem kleinen Kapital gebracht haben, welches sie als Stammantheil in den Creditverein gegeben, damit sie die vermeintlichen hohen Zinsen dafür haben könnten. Diese verblendeten Arbeitsgenossen bemitleiden wir gewiß Einen wie den Andern, aber der Schaden bleibt ihnen. Die Leute sind zum Theil ob diesem Verluste außer sich und laufen hin und her, sich Rath zu suchen. Vorige Woche waren zwei auch bei mir. Sie gehören im wahren Sinne des Wortes unter die Darber, haben aber Jeder 300 Mark Stammantheil beim Creditverein und verlieren bei 50 Prozent Verlust à 150 Mark. Von diesen Beiden erfuhr ich denn auch, daß gerade die reicheren Mitglieder und Geschäftsleute, denen der Verein hin und wieder dienstbar war, nur 36 Mk. Stammantheil (mindester Satz) eingezahlt haben und daher jetzt nur 18 Mk. verlieren. An sich ist es nun zwar nichts auffälliges, daß bei eintretenden Krisen dergleichen Geldvereine von derselben nach Lage unserer wirthschaftlichen Verhältnisse in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn nur nicht ganz besondere Umstände dabei etwas näher in's Auge zu fassen wären, die zu Ungunsten der Schulze-Theorie bleischwer in die Waagschale fallen. Da ist es der Stadtrath Voigt, einer von den 48er Volksführern und Auchdemokraten, die die „Königsgnade" nicht annahmen, sondern prinzipientreu und charakterfest lieber ein zweijähriges Märtyrerthum auf sich nahmen. Voigt war um jene Zeit und lange darnach ein reicher aber auch populärer Bürger Stollbergs. Allmälig ist mit dem „Märtyrer" von 48 aber eine Umwandlung vorgegangen. Voigt ist jetzt Stadtrath, Hauptmann bei den Bürgerschützen, Hauptmann bei der Rettungsschaar I. Abth., Direktor beim Creditverein mit 2400 M. Gehalt nebst Tantième, — alles dieses ist Voigt und außerdem auch noch Erfolgsanbeter geworden. Voigt hatte nebst dem Cassirer Stadtrath Kaufmann Kircheisen für diesen Verein alle Geschäfte abzuschließen; er beobachtete dabei die Taktik, bei kleinen Borgern eine doppelte und dreifache Sicherheit für den Verein in Anspruch zu nehmen, während er bei großen Posten diese Sicherheitsnahme für unnöthig hielt. Das wird ihm nun freilich übel gedeutet, denn dieser Unvorsichtigkeit sind diese Verluste zuzuschreiben. Inzwischen hat Voigt sein Amt als Direktor des Creditvereins niedergelegt. — Neben dem Vorstand hat dieser Verein auch einen Ausschuß von 14 Personen; das soll so eine Art Controle sein! und obendrein wird jede Versammlung noch von einem unparteiischen königlichen Beamten controlirt. — Vorsitzender vom Ausschuß war der intime Freund Voigt's, der wenigstens dem Namen nach bekannte „Ehrenmann" Baumeister Uhlmann. Das Sprüchwort sagt: „Eine Hand wäscht die andere" und „Zwei Krähen hacken einander die Augen nicht aus". — — Dieser Ausschuß ist natürlich an dem Verlust „rein unschuldig". Er hat die Buchung nach Einnahme und Ausgabe geprüft und da stimmte alles ganz genau.

Uhlmann als Wortführer in den drei aufeinanderfolgenden außerordentlichen Generalversammlungen hat denn auch, wie mir gesagt worden ist, die „Umsicht" des Herrn Direktor Voigt, der nur das Interesse des Vereins resp. der Mitglieder im Auge gehabt hat, nicht genug rühmen können, was indeß die anwesenden Mitglieder des Vereins nicht verhindert hat, bei der dritten Generalversammlung den Herrn Voigt nebst seinem Freunde Uhlmann weder in den Vorstand noch in den Ausschuß zu wählen. Diese beiden Helden sind also von der Bildfläche verschwunden. Aber zu allen guten Dingen gehören drei! Da fällt mir auch gleich noch der Dritte ein! Bei der vorletzten Wahl war es der Direktor der Woller'schen Fabrik, der nach der Wahl mehrere unserer Genossen, die sich bei derselben etwas hervorgethan hatten, maßregelte. Heute ist der Mann, der 1200 Thaler Gehalt hatte, mit sammt seinem Herrn Sohn, der Vicedirektor war und 600 Thaler Gehalt bezog, aufs Pflaster geworfen. — Heinrich Tränkner ist sein Name, früher Lehrer und Demokrat, jetzt reichstreu zum anspucken.

Man kann sich jetzt denken, daß die Reichsfreundlichkeit, welche in unserer Stadt nie so recht Platz greifen wollte, ob dieser Vorfälle erst recht in die Brüche gegangen ist. Freuen wir uns dessen.

Stötteritz. (Nachträgliches vom Arbeiterfest.) Wie das Gerücht hier im Dorfe geht, sollen der Herr Pastor, Herr Schuldirektor Eisner und die Herren Lehrer Altner und Schäfer in letzter Woche Vorladung zur Amtshauptmannschaft, beziehentlich zur Schulinspektion gehabt haben und zwar, wie man vermuthet, aus folgenden Gründen: Der Herr Pastor, welcher beim Arbeiterfest zugegen war, soll sich da — man staune und höre — am Festpolizeitisch mit niedergelassen haben. Der Herr Schuldirektor soll zur Verantwortung gezogen worden sein, weil er es geduldet, daß der Schulhausmann Grimmer zum Arbeiterfest in seiner Unschuld eine „grün-weiße" Fahne herausgesteckt hat. Die beiden Lehrer endlich, sollen durch Dirigiren der beiden Lieder, welche zum Feste gesungen wurden, den Staat in Gefahr gebracht haben.

Halle a. S., 12. September. „Die Sozialisten wollen die Sittlichkeit untergraben! sie wollen die freie Liebe einführen ꝛc." Diese und ähnliche Absurdidäten kann man fast täglich in der reichstreuen Philisterpresse zum so und so vielten Male abgeklatscht finden. Ich schenke sonst diesem Gekläff keine Beachtung, allein ein Besuch auf dem diesjährigen hiesigen „Viehmarkt" zwingt mich, diesem Preßbanditenthum und der ganzen auf sie schwörenden Reichsmeute einen Spiegel vorzuhalten, um ihnen zu zeigen, wer denn überhaupt die Sittlichkeit untergräbt und jeglichem Anstandsgefühl mit einer Frechheit ohne Gleichen in's Gesicht schlägt.

Da stehe ich plötzlich vor einer Bude, welche in großen Lettern die Firma „Orpheum" führt; ein dickes Frauenzimmer und ein junger Mann mit verlebter Physiognomie machen vor derselben Reklame für die „Schönheiten", für das „Gefühlvolle", welches nur Herren in derselben für nur 50 Pfennig geboten wird. Da nun sogleich kein „Herr" anbeißt, so cultiviren sie etwas „Anbeißerei", wie man sie analog auf dem Mühlendamm in Berlin beobachten kann. Endlich beißen einige Bourgeoissöhnchen an —, und mit dem Kompliment: „Kommen Sie 'rein in die gute Stube" werden sie eingeführt in's — Orpheum — Ich wandte mich mit Ekel ab. Wenige Schritte weiter, und ich befinde mich wieder vor einer zweiten „guten Stube", mit der Firma: „Etwas ganz Neues!" Hier warfen zwei Damen ihren Köder aus. Noch einige Schritte — die dritte „gute Stube", mit der Aufschrift: „Salon plassantrie — les dames virantes." Zwei Mädchen in halb adamitischem Kostüm preisen hier in allen Tonarten die „Gemüthlichkeit", welche bei ihnen für 50 Pfennig zu haben ist, an. Dicht nebenan die vierte „gute Stube". Firma: „Kopenhagener Tivoli". Zwei Mädchen und ein Herr machen hier dem „Herrenpublikum" plausibel, daß es bei ihnen keine Wachsfiguren, sondern die reine, wahre Natur schauen könne. — Die Geheimnisse Barnums aus Amerika. Keine Concurrenz in Deutschland! Zum ersten Male hier! „Magnifique et pas chérs" lautet die Aufschrift einer fünften Bude. Modernes orbis pictus Carvannas! Nur für Erwachsene! die einer sechsten „guten Stube". Die Besitzerin derselben macht sich laut Zettel anheischig, die „moderne Herrenwelt" 10 Minuten träumend in den Feentempel des Olymps zu versetzen, sowie ihnen „Rosabella im Bade", „Donna Paula im eigenen Kabinet" und eine schlafende Quadrone, von spanischen Damen umgeben, vorzuführen. —

Solcher Buden zählte ich nicht weniger denn zehn! Die moderne Herrenwelt, natürlich die eitlen Gecken mit dem Klemmer auf der Nase und dem unverkennbaren Typus der „besseren" Gesellschaft, sie frequentirten diese „Stuben" mit allerlei obscönen Bemerkungen, sodaß jeder vorübergehenden Arbeiterin die Schamröthe in die Wangen stieg und sie eilenden Schrittes aus dem Bereich dieser Pesthöhlen zu kommen suchte. Ich sah Kinder von 8—12 Jahren, welche über diese Buden, und die Damen darinnen, ihre unsittlichen Bemerkungen machten und sich auch schon für klug genug hielten, solche Buden zu besuchen.

Ich hörte von vielen Arbeitern und deren Frauen diese Gemeinheiten aufs schärfste verurtheilen und die naive Frage aufwerfen: Weshalb wird denn so etwas nur geduldet? Ja, weshalb duldet man behördlicherseits solche Schamlosigkeiten? Weil sie das getreue Konterfei der heutigen Bourgeoisgesellschaft und die Behörden doch nur die Vollstrecker der Gesetze und Herzenswünsche dieser „besseren Gesellschaft" sind. Die Sozialdemokratie ist an der Arbeit, diesen moralischen Sumpf trocken zu legen, damit endlich die wahre Sittlichkeit und Moral triumphire!

Auf den Schützenfesten, Jahrmärkten u. s. w. werden solche „noblen Passionen" im Kleinen, in den Salons und in den Palästen im Großen cultivirt.

Und das nennt sich „Wächter der Sittlichkeit und der moralischen Ordnung?" Nette Gesellschaft!

Nun, wie gefällt Euch „Sittlichkeits-Nachtwächtern" dieser Spiegel? Nicht gut? A, bitte, nur ordentlich hineingeblickt, und Ihr seht Euer leibhaftiges Bild!

Der hiesige „Verein für Volkswohl" feierte am Sonntag, den 2. September, sein Sedansduselfest, dabei durfte natürlich auch das Schießen nicht fehlen. Die „Volkswohler" schossen scharf nach der Scheibe. Eine Kugel jedoch bahnte sich den Weg in die Wade eines 16jährigen Burschen, wo sie stecken blieb; erst den Bemühungen des Arztes gelang es, sie herauszuschneiden. Der Schütze, ein Dr. R., war darob in großer Verlegenheit; allein bald nach Entfernung der Kugel entlastete man sein Gewissen mit der Versicherung, daß dieser „Fall" gar nicht so schlimm sei, und daß ja der junge Mensch nun gleich einen Vorgeschmack von einer Schlacht habe! Solche Kleinigkeiten könnten nur unsere Jugend für künftige Kriege vorbereiten und sie genügend abhärten. W. R...th...l.

Aufruf an die Parteigenossen und Leser des „Vorwärts" in Oberbaden!

Ueberall im deutschen Lande ertönt der Ruf nach wahrer Freiheit und Gerechtigkeit; um aber beides zu erlangen, heißt es zu wirken für unsere Ideen. Um nun die Agitation planmäßig betreiben zu können, so beruft das unterzeichnete Agitations-Comité eine allgemeine Arbeiterconferenz nach Lörrach ein auf Sonntag, den 7. Oktober, und werden die Genossen ersucht, ihre Wünsche und Ansichten baldigst an Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Die Tagesordnung ist folgende: 1. Regelung der Agitation in Oberbaden; 2. die Verbreitung der Arbeiterpresse und 3. einlaufende Anträge und Verschiedenes. Es wird später bekannt gemacht werden wann und wo die Conferenz stattfindet.

Arbeiter und Kleinbürger in Oberbaden, zeigt, daß Ihr gewillt seid, für Eure Rechte voll und ganz einzutreten. Also auf zur Conferenz nach Lörrach! Durch Agitation zum Sieg!

Freiburg i. Br., den 12. September 1877.

Das Agitation-Comité. J. A.: J. Haug, Löwenstraße 6.

Oeffentliche Quittung.

Bei dem Unterzeichneten gingen seit dem 1. September ein:

a) Agitationsfonds.

Marne durch H. Walther 3,00; Hemme do. 3,25; Eddelack do. 1,20; Brunsbüttel do. 2,25; Eckernförde d. E. Brückmann 4,00; Flensburg do. 3,50; Tondern do. 1,50; Garding do. 6,00; Tönning do. 1,50; Lunden do. 4,00; Neumünster d. St. Heinzel 1,55; Elmshorn do. 6,00; Glückstadt do. 5,00; Eutin do. 2,62; Neustadt i. H. do. 3,00; Uelzen d. A. Meyer 10,00; Rendsburg d. Loßmann 20,00; Itzehoe d. J. Hüls 12,00; Basel von Mitgliedern des deutschen Arb.-Ver. d. Dreesbach 4,54.

b) Unterstützungsfonds.

Hamburg von Auer 1,80; von Beamten d. H. Burmester 2,30; do. von der Todtenfeier d. Nagel 109,05; do. von einer Hochzeit d. C. Trautvetter 3,77; do. von Richter 2,00; do. von A. B. C. 1,00; Leipzig von diversen d. Hablich 67,21; Offenbach a. M. d. G. Fritz 0,30; Lübeck von der Todtenfeier d. F. Steffen 18,65; Flensburg vom Arbeitersängerbund bei Fuhr 3,00; do. von der Todtenfeier bei Klinkmann 6,45; Frohburg v. Gesinnungsgenossen d. R. D. 1,10; Hanau Sammlung d. M. Daßbach 4,11; do. gesammelt am Todestage Lassalle's 11,63; Pforzheim durch A. Ficker (?); Bremerhaven d. H. R. Kaht 7,20; Hildesheim d. F. Prahl 2,54.

c) Wahlfonds.

Hamburg von Wrieth's Cigarrenfabrik d. Petersen 15,00; do. von Justus' Cigarrenfabrik Zollvereinsniederlage 20,79; Einfiedel Liste 2713 d. F. Müller 6,42.

Parteigenossen!

Die Zahl unserer inhaftirten und sonstwie politisch gemaßregelten Freunde hat sich in letzter Zeit wieder vermehrt und damit sind die Anforderungen an den Unterstützungsfonds gewachsen. Indem ich Euch von dieser Thatsache unterrichte, hoffe ich, daß Ihr bei jeder passenden Gelegenheit, bei familiären und festlichen Zusammenkünften für Sammlungen zu Gunsten des Unterstützungsfonds eintreten werdet. Die Ehre der Partei erfordert es, für die politisch Gemaßregelten stets auf dem Posten zu sein!

Hamburg, 14. September 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. H. W. in Kiel: Selbstverständlich.

Da ich auf 3—4 Wochen verreise, bin ich genöthigt, die Beantwortung etwa eingehender Briefe bis nach meiner Rückkehr zu verschieben.

Leipzig, den 14. Sept. A. Bebel.

Meine jetzige Adresse ist: A. Glebe, Buchbinder, Preetz in Holstein. Dies zur Antwort auf die Anfragen.

Quittung. Hckr hier Ab. 2,00. F. R. Worms Schr. 5,00. Kut Frankfurt Ab. 46,00. Rmz Wien Ab. 5,00. Frtzsch Dahme Ab. 5,75. Mhrs Hanau Ab. 29,00. Lnd Hamburg Ab. 100,00. Mtg Altona Ab. 20,00. Grsm hier Ab. 4,80. Lhmnn hier Ab. 16,90. Schwlb Zeitz Schr. 0,50. Amnn Worms Schr. 0,70. Ullrch hier Schr. 3,67. Müll Groitzsch Schr. 0,30.

Fonds für Gemaßregelte.

Von X. X. 1,00.

Leipzig. Donnerstag, den 20. Septbr., Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau. Referent Thaute. Parteikarten sind vorzuzeigen. [70

Der Agent.

Leipzig. Agitationscomité. Mittwoch, den 19. September, Abends 9 Uhr, Sitzung im Lokal des Arbeiterbildungsvereins. [40

Der Vorstand.

Leipzig. Dienstag, den 18. September, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Bellevue", Kreuzstraße:

Wählerversammlung.

Tagesordnung: Die Landtagswahl und die Sozialdemokratie. Referent Julius Motteler. [90

Zahlreichen Besuch erwarten Die Einberufer.

Ottensen. Arbeiterverein. Donnerstag, 20. September, Abends 8½ Uhr, in Burmeister's Salon:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Abrechnung Fragekasten und verschiedene Angelegenheiten. F. Heerhold. [70

Außerordentliche Generalversammlung

der

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Kiel

am Sonntag, den 30. September d. J., Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Hrn Müller in Itzehoe.

Tagesordnung: Formelle Aenderung des § 1 und der das Rechnungswesen betreffenden §§ des Statuts. [3,60

Kiel, den 5. September 1877.

Der Vorstand:

St. Heinzel. H. Dickman. H. Walther.

Versandt roher Tabacke nach allen Gegenden!

Wir offeriren unser Lager in allen Sorten Roh-Tabacken zu den bekannt billigsten Preisen. Auswärtige Aufträge werden per Nachnahme prompt ausgeführt und mit En-gros-Preisen berechnet. [180

Gebr. Frenkel, Neust. Fuhlentwiete 96, Hamburg.

„Rundschau"

Nr. 3

ist erschienen und an diejenigen Orte zur Versendung gelangt, deren Filial-Expedienten über Nr. 2 abgerechnet haben.

Für Lokal- u. Gewerkschafts-Vereine

jeder Art passend sind praktisch eingerichtete

Cassenconto- & Mitgliederbeitrags-Bücher

zum Selbstkostenpreis à 50 Pfg. zu beziehen. Porto für das Paar 10 Pfg. Bestellungen sind zu machen bei **A. Geib** in Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Sozialistisches

Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Sekretäre J. Auer oder C. Derossi, Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.

Geldsendungen sind zu richten an August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Körnerstraße 1x/II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Voll, 1139 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hoenze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 111. Freitag, 21. September. 1877.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober 1877 beginnt ein neues Quartal, und ordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, **54 Pf.** pro Monat für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** 2c. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei J. Trost Hauptstr. 10 I; für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I; für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 7; für **Stötteritz** bei E. Grude, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

An die Leser des „Vorwärts"!

Das Kaiserliche General-Postamt zu Berlin hat verfügt, daß die bisher bestandene Ausnahmebestimmung, wonach gewisse Zeitungen auch auf einen Monat nur, innerhalb Sachsens durch die Post bezogen werden konnten, von jetzt an aufgehoben werde.

Es werden daher vom 4. Vierteljahre ab in Gemäßheit der Allgemeinen Bestimmungen außer den Vierteljahrsbestellungen nur Zeitungsbestellungen auf den 2. und 3. Monat zusammen, sowie auf den 3. Monat jeden Vierteljahres besonders, angenommen, bezw. aufgegeben werden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Preßdummheit oder Preßlüge?

Die „Leipziger Volkszeitung" schreibt triumphirend:

„Die Sozialisten fangen an, in Betreff ihrer positiven Weltbeglückungspläne Farbe zu bekennen. Auf ihrem internationalen Congreß zu Gent wurde am 11. d. M. die Debatte über die Produktions- und Eigenthumsfrage durch die Annahme folgender Resolution abgeschlossen: „In Erwägung, daß, so lange das Land und die übrigen Arbeitsinstrumente, welche die Mittel des Lebens sind, von einzelnen Individuen oder Sektionen in Besitz genommen oder als Privateigenthum monopolisirt werden, die ökonomische Unterdrückung der Masse des Volkes mit ihren nothwendigen Folgen: dem Elend und der Aushungerung fortdauern muß, erklärt der Congreß: Es ist nothwendig, daß der Staat, welcher das ganze Volk vertritt und umfaßt, und innerhalb dessen die freien Communen organisirt sind, Eigenthümer des Landes und der übrigen Arbeitsinstrumente werde." Da haben wir also in nackten Worten das Programm der Confiscation jedes privaten Eigenthums, welches bisher wenigstens in Deutschland von den Führern der Partei als eine verleumderische Erfindung von Seiten ihrer Gegner bezeichnet wurde. Da zu den „übrigen Arbeitsinstrumenten" vor allen Dingen auch das Kapital gehört, so wüßten wir nicht, was dem Einzelnen noch an eigenem Besitz verbleiben sollte, falls diese Resolution jemals praktische Bedeutung erlangte. Jedenfalls hat das Vorgehen des Genter Congresses für uns den Vortheil, daß es die deutschen Sozialisten hinfort der Möglichkeit beraubt, ihre eigentlichen Endziele abzuleugnen oder hinter allgemeinen Redensarten zu verstecken."

Schreibt da wieder so ein Mensch in die Welt hinein, ohne das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands jemals nur angeschaut zu haben. In diesem Programm heißt es wörtlich:

„Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft."

Wer ist diese Gesellschaft? Antwort: „Der Staat, welcher das ganze Volk vertritt."

Was heißt Arbeitsmittel? Antwort: Alles was zur Produktion erforderlich ist — „das Land und die übrigen Arbeitsinstrumente", natürlich auch das Kapital.

Wenn der Verfasser der Notiz in der „Leipziger Volkszeitung" sich nun vielleicht entschuldigen will, daß ihm das in hunderttausenden Exemplaren verbreitete Programm der sozialistischen Arbeiterpartei, welches 1875 bei der Vereinigung in Kraft getreten ist, nicht bekannt sei, oder wenn ihm die Fassung des betreffenden Satzes nicht klar genug erscheint, obwohl wir sie für correcter halten, als die auf dem Genter Weltcongreß beliebte, so machen wir die „Leipziger Volkszeitung" auf einen Leitartikel aufmerksam, der unter der bezeichnenden Ueberschrift: „Eigenthum und Erbrecht" noch jüngst in Nr. 100 des „Vorwärts" vom 26. August dieses Jahres erschien, in welchem es wörtlich heißt:

„Es handelt sich einfach darum, daß alle Produktionsinstrumente, alles Kapital, welches zur Herstellung von Werthgegenständen dient, und sämmtlicher Grund und Boden aus dem Einzelbesitz in den Gesammtbesitz übergehe, daß aber immerhin auch in einer sozialistischen Gesellschaft Einzelbesitz an Genußmitteln, an Gebrauchswerthen vorhanden sein kann."

Ist das deutlich? — Aus dieser kurzen Deduktion geht aber auch hervor, daß es außer Grund und Boden und Arbeitsinstrumenten (Kapital) noch andere Werthe gibt, die in einer sozialistischen Gesellschaft „dem Einzelnen noch an eigenen Besitz verbleiben" können.

Tölpelhaft aber ist es, wenn ein Mensch es wagt, Behauptungen aufzustellen, um die deutschen Sozialdemokraten zu verdächtigen, der nicht eine blasse Ahnung von ihrem Programm und ihrer Literatur hat.

Ist es nun eigene oder Eugen Richter'sche Tölpelhaftigkeit? Ist es eigene oder Eugen Richter'sche Lüge und Verleumdung? Diese Fragen stellen wir zunächst an das Fortschrittsblatt in Leipzig. Dann aber kommen wir zur „Nationalliberalen Correspondenz".

Auch dieses Hauptorgan der nationalliberalen Partei, obgleich es zugibt, daß schon auf früheren Kongressen beschlossen worden sei, daß der „Grund und Boden und die übrigen Arbeitsinstrumente" Gemeingut, Staatseigenthum werden müssen, um der Volksnoth ein gründliches Ende zu bereiten, lügt seinen Lesern vor, daß die deutschen Sozialdemokraten bei ihren Agitationen, und besonders bei ihren Wahlagitationen, von ihrem Programm nichts verriethen, sondern sich hinter allgemeine radikale Phrasen versteckten.

Diese Behauptung beruht nun ebenso auf Unkenntniß oder böswilliger Verleumdung.

Zunächst bemerken wir nochmals, daß das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in hunderttausenden von Separatabzügen versandt worden, daß es ferner in mehreren tausend Exemplaren des Protokolls des Vereinigungskongresses enthalten ist; daß es in mindestens 50,000 Exemplaren unserer Parteipresse abgedruckt und von der ganzen gegnerischen Presse — besonders der Satz: „daß die Arbeitsmittel Gemeingut der Gesellschaft werden müssen" — lebhaft im Jahre 1875 besprochen worden ist. Kann denn da noch von einer Täuschung des Volkes die Rede sein?

Dann aber konstatiren wir, daß bei den vorigen Reichstagswahlen mindestens eine halbe Mill. Flugblätter — in Altona allein 50,000 — verbreitet worden sind, welche das ganze Programm der sozialistischen Arbeiterpartei wörtlich enthielten.

Und trotzdem werden obige Preßlügen und Preßdummheiten von der ganzen liberalen Presse, auch von der sonst so anständigen „Kölnischen Zeitung" nachgedruckt; ob aber die Lüge oder die Dummheit angesichts der oben von uns angeführten Thatsachen größer ist, das überlassen wir den Herren der liberalen Presse selbst zu entscheiden.

Entweder die Dummheit oder die Lüge — die eine oder die andere müssen sie wählen, welche, ist uns natürlich gleich.

Sozialistischer Weltcongreß.

II.

Die Mittwochs-Nachmittagssitzung wurde um halb 3 Uhr eröffnet. Hales brachte eine Resolution ein zu Gunsten des politischen Kampfes. Der erste Redner war Rodriguez, der anarchisch gegen das Ungeheuer Staat losdonnerte. Ihm folgte Hales, der seine Resolution begründete und nachwies, daß die Arbeiter zur Zeit noch die gefährlichsten Gegner der Arbeiter sind, daß deshalb ohne Aufklärung der Arbeiter über ihre Interessen absolut nichts zu erreichen sei. Interessant waren die Auslassungen Paulin's (Delegirter von Lyon), der sich für politische Aktion, aber gegen jedes Zusammengehen mit anderen Parteien erklärte. Alle Franzosen, die in ihrem Vaterlande leben, oder wenigstens Fühlung mit ihm haben, sind für die politische Aktion. Anarchistische Schrullen können auf französischem Boden nicht aufkommen. Anseele und Greulich vertraten energisch die politische Aktion. Ersterer weist die Insinuation zurück, als ob der Sozialismus für einen Arbeiterstand ringe; er kämpft für die Menschheit und will alle Klassen- und Standesunterschiede beseitigt wissen. Greulich erkennt die Mängel des Parlamentarismus an, führt aber aus, daß die direkte Gesetzgebung diesen Mängeln vorbeugen kann. Wie gut die direkte Gesetzgebung arbeiten kann, zeigt er an der Schweiz und speziell dem Kanton Zürich. Man müsse die Arbeiter, das Volk, aufklären; das sei nicht leicht, jedoch unumgänglich. Die Commune habe allerdings propagandistisch gewirkt, allein dieser Vortheil sei doch zu theuer erkauft worden. Der eine Barlin war vielleicht schon ein zu hoher Preis dafür. Freilich, die Commune sei ja nicht planmäßig vorbereitet, sondern den Pariser Arbeitern durch die Umstände aufgezwungen worden.

Brismée von Brüssel, einer der Präsidenten des Basler Congresses, ergriff hierauf das Wort, um in einer bald pathetischen, bald humoristischen, stets gleich wirkungsvollen Rede den Anarchismus zu geißeln und der Lächerlichkeit zu überliefern. Zur Charakterisirung des von einem Anarchisten zitirten Worts von Elie (nicht zu verwechseln mit Elisée), Reclus: Je schlechter es dem Arbeiter geht, desto besser geht es ihm, denn desto revolutionärer wird er, erzählte er, daß diese Meinung schon sehr alt sei, aber auch ihre zwei Seiten habe. Der belgische Sozialist Pellering habe das erfahren. Derselbe ist Schuhmacher, hat ein gutes Geschäft und warf bei jeder Gelegenheit mit diesem Kraftwort um sich, bis eines schönen Morgens ein Schalk den sozialistischen Kunden Pellering's die Aufforderung zugehen ließ, nichts mehr bei ihm arbeiten zu lassen, damit es ihm schlechter, das heißt in Wahrheit besser gehe und er ein tüchtiger Revolutionär werde. Seitdem habe sich Pellering die gefährliche Phrase abgewöhnt. Die Anekdote, mit Nutzanwendungen an die Adresse der Anarchisten gerichtet, erregte schallendes Gelächter. Guillaume suchte den Eindruck der Brismée'schen Rede durch Angriffe auf Greulich, den Arbeiterbund und die deutsche Arbeiterbewegung abzuschwächen. Von Deutschland sagte er, es sei auf ähnlichem Standpunkt wie Frankreich 1792, der politische Jakobinismus herrsche, allerdings — das war er so freundlich zuzugestehen — mit einigem Sozialismus versetzt. Die deutschen Sozialdemokraten seien keine eigentlichen Sozialisten, das sozialistische Programm sei bei der letzten Wahl theils verleugnet, theils verwässert worden.

Liebknecht, der eigentlich die Absicht gehabt hatte, nur zu den praktischen Punkten zu reden, sah sich genöthigt, in sehr scharfen Ausdrücken diese Verleumdungen der deutschen Arbeiterpartei zurückzuweisen, und darzulegen, daß einzelne nicht in's Gewicht fallende Ausnahmen, die auf dem Gothaer Congreß zu einer Debatte Anlaß gegeben, abgerechnet, die deutsche Sozialdemokratie bei der letzten Wahl einen durchaus prinzipiellen Kampf gekämpft habe, so prinzipiell rein, wie, auf großer Basis, er überhaupt noch nie seitens des Proletariats gekämpft worden; und daß Angesichts dessen, was die deutschen Sozialisten gethan, alle Thaten und Reden der Anarchisten zu lächerlicher Unbedeutendheit zusammengeschrumpfen.

Guillaume versprach am andern Morgen den Beweis für seine Behauptungen zu liefern.

Schluß der Sitzung 1/2 7 Uhr Abends.

Um 8 Uhr begann im großen Saale des „Parnasse", der normal 1500—1800 Personen faßt, eine Volksversammlung. Schon vor der anberaumten Zeit waren Saal wie Gallerien zum Erdrücken voll. Es sprachen Liebknecht, der im Namen der deutschen Arbeiter für den ihm gewordenen Empfang dankte, eine kurze Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, ihres Charakters ihrer Taktik u. s. w. gab, und zur Organisation und Verbrüderung aufforderte; Frankel, der kurz die Prinzipien der Sozialdemokratie entwickelte; Greulich, welcher in packender Weise die herrschenden Zustände durchhechelte; Barry, der den Gruß der englischen Arbeiter übermittelte; und endlich auf Verlangen nochmals Liebknecht. Die Reden, von van Beveren trefflich in's Blämische übersetzt, fanden sowohl im Original als auch in der Uebersetzung die begeistertste Aufnahme. Als Liebknecht zum Schluß die Hoffnung aussprach, die Stadt „Artevelde's" werde eine uneinnehmbare Citadelle des Sozialismus werden, gab die Versammlung durch donnernde Beifallsrufe ihre Gesinnung und ihren Entschluß zu erkennen. — Das Meeting dauerte bis nach 11 Uhr, für Gent, wie man sagt, eine sehr späte Stunde.

Donnerstag Morgen 8 3/4 Uhr Wiederaufnahme der Congreßsitzungen. Die belgischen Delegirten reichen einen Antrag ein, welcher die Abbrechung der schwebenden Debatte und sofortigen Eintritt in die Discussion der praktischen Einigungsfrage bezweckt. Der Antrag wird nach kurzer Diskussion gegen die Stimmen der Anarchisten angenommen mit dem Beding, daß erst der Zwischenfall Liebknecht-Guillaume erledigt werde. Guillaume schränkte seine Aeußerungen ein: er habe nicht allgemein werden wollen; er stütze sich auf den Bericht des „Vorwärts" und namentlich der „Berliner Freien Presse" über die bekannte Congreßdiskussion, betreffend das „Altonaer Wahlflugblatt". Liebknecht gab nun die nöthigen Aufklärungen, stellte die Dinge in ihr richtiges Licht und wies nach, daß nur durch das Herausgreifen einzelner, obendrein ungenau wiedergegebener Aeußerungen Most's und Bebel's eine so ungerechte Anklage einen Schein von Unterstützung habe erlangen können, und daß die Urheber der Anklage, wenn sie so ehrlich gewesen wären, die Berichte, aus denen sie geschöpft, ganz zu lesen, das vollkommen Hinfällige ihrer Behauptungen hätten erkennen müssen. Liebknecht entwarf dann eine Vergleichung des wissenschaftlichen, vor keiner ökonomischen und politischen Consequenz zurückschreckenden deutschen Sozialismus mit dem sogenannten „Sozialismus" der „Anarchisten", der ein confuses Gemisch sozialistischer und kleinbürgerlicher Anschauungen sei, ein fades Gewäsch, dem man durch das Hinzuthun hohler Revolutionsphrasen einen pikanten Geschmack zu geben suche. Die Revolution der „Anarchisten" sei eine Kinderei. Wer von den sogenannten „Führern" es etwa versuchen würde, die deutschen Sozialisten ebenfalls für diese Kindereien zu gewinnen, dem würden unsere Fürsten die Taschen mit Gold füllen, denn er thäte die Arbeit

unserer Feinde. Jedenfalls haben die deutschen Sozialisten Erfolge aufzuweisen, die selbst von den erbittertsten Feinden anerkannt worden sind, während die „Anarchisten“ nichts aufzuweisen haben als ein Fiasko. Die deutschen Sozialisten sind eine Partei, die „Anarchisten“ eine Sekte. Diese Sekte mag ruhig aussterben. Versucht man aber unsere Einheit zu stören, unsere Organisation zu verderben, dann werden wir solchem Unfug zu steuern wissen. Wer uns in den Rücken fällt und uns in die Waden kneipt, während wir der Bourgeoisie und Staatsmacht im Kampfe gegenüberstehen, der wird von uns als Feind betrachtet und behandelt, mag er sich auch tausendmal Sozialist nennen. —

Der Congreß begann dann die Diskussion der Frage des internationalen Vertrags.

Chalain fragt, ob der Pakt für's Zusammengehen „bis zum Aeußersten“ gelten solle, bis zur Revolution? (De Paepe: „Bis zum Putsch?“)

Brousse hält ein Zusammengehen der Anarchisten und Sozialisten für unmöglich, spricht sich aber für gegenseitige Vermeidung aller persönlichen Gehässigkeiten aus.

Greulich hält ebenfalls ein Zusammengehen für unmöglich. Jeder Theil möge seine eigenen Wege gehen und sich selbstständig organisiren.

De Paepe ist für einen allgemeinen Pakt; sieht kein unüberwindliches Hinderniß; die persönlichen Angriffe, die nicht nothwendig seien, hätten beide Parteien so weit auseinandergebracht. Auf keinen Fall aber will Redner einen Pakt für „Putsche“.

Verschiedene „Anarchisten“ sprechen in mehr oder weniger brüderlichen Ausdrücken.

Gerambon, belgischer „Anarchist“, spricht vermittelnd. Die „Anarchie“ hat in Belgien ausgespielt.

Hales begründet seinen Antrag. Derselbe lautet:

„In Erwägung, daß es für die arbeitenden Klassen irgend eines Landes unmöglich ist, ihre Emanzipation zu erwirken, ohne die Mitwirkung der Arbeiter in den übrigen Ländern, beschließt der Congreß, daß eine ‚Internationale sozialistische Partei‘ nothwendig ist, organisirt auf Grundlage der Resolutionen, die dieser Congreß annehmen wird und die ein gemeinsames Programm bilden sollen.

„In Erwägung, daß die Gewohnheiten, Ideen und Verhältnisse der arbeitenden Klassen in jedem Lande verschieden sind und in Folge dessen auch die Taktik in den verschiedenen Ländern verschieden sein muß, erklärt der Congreß: Die Verbindung soll auf föderativer Grundlage beruhen, welche es jeder Sektion möglich macht, ihre eigene Taktik zu bestimmen.

„Gleichzeitig erklärt der Congreß, daß es die Pflicht aller Sektionen ist, einander in jeder möglichen Hinsicht zu unterstützen; und er beschließt ferner, daß ein Generalrath eingesetzt werden soll, welcher als Correspondenzbureau, als Mittelpunkt des Verkehrs und der Verständigung dienen soll.

„Jede Sektion soll das Recht haben, sich ihren eigenen Namen zu geben, wo es nicht möglich ist, den gemeinsamen Namen der Assoziation zu führen.“

Liebknecht führt sodann in Beantwortung mehrerer Aeußerungen den Nachweis, daß der „Vorwärts“ keine gehässige Polemik begonnen habe. Der „Parlamentarismus“, richtiger die Benützung des allgemeinen Stimmrechts seitens der deutschen Sozialisten sei eben ein Kampfmittel. Die Propaganda mit „Flinten“, statt mit Vernunftgründen, habe ihre Unannehmlichkeiten, wie die Herren Anarchisten in Italien erfahren hätten. Das allgemeine Stimmrecht könne den deutschen Arbeitern wieder entrissen werden, allein das sei doch kein Grund, es nicht zu benutzen, so lange sie es haben. Die Taktik der deutschen Sozialisten wird sich nach der Taktik ihrer Gegner richten.

Die vorliegende Frage betreffend, ist Liebknecht für die allgemeine Solidarität, und wenn De Paepe's Hoffnungen sich nicht verwirklichen sollten, für die Proklamirung und möglichst praktische Verwirklichung der Solidarität zwischen den Sozialisten, welche sich nicht abseits stellen wollen.

In der Donnerstags-Nachmittagssitzung, die um halb 3 Uhr begann, wurde die Debatte fortgesetzt, bis endlich nach zwei Stunden ein Schlußantrag angenommen wurde.

Nach längerem Hin- und Herreden und der Einbringung verschiedener Anträge ward zunächst zur Abstimmung darüber geschritten, ob der Congreß überhaupt für einen Solidaritätspakt ist.

Zwölf Delegirte stimmen mit Ja, neun mit Nein, acht enthalten sich der Abstimmung.

Mit Ja stimmten die Belgier, mit Nein die meisten „Anarchisten“, sowie Greulich und Frankel. Unter Denen, die sich enthielten, war auch der Delegirte Deutschlands, der einerseits auch nicht einmal scheinbar durch sein Nein das Prinzip der Solidarität verleugnen wollte, auf der andern Seite aber ebenfalls, wie Frankel und Greulich, sich von der Unmöglichkeit eines Zusammengehens mit den Anarchisten überzeugt hatte.

Hierauf wurde einstimmig beschlossen, die Sozialisten und „Anarchisten“ sollten einander mit Achtung behandeln und aus dem Prinzipienkampf persönliche Gehässigkeit fernhalten.

Ferner wurde einstimmig beschlossen, eine internationale Föderation der Gewerkschaften anzubahnen.

Zu lebhaften Debatten giebt der Antrag Greulich's und Hales' auf Errichtung eines Correspondenzbureaus Veranlassung. Schließlich vertagt sich der Congreß, und es wird auf acht Uhr Abends eine separate Sitzung für diejenigen Delegirten anberaumt, welche den Solidaritätspakt mitunterzeichnen wollen.

Abends 8½ Uhr. Der Pakt wird unterzeichnet von den Vertretern Belgiens, Englands, Frankreichs, Deutschlands, Dänemarks und einem der italienischen Delegirten. Die vlämischen Sektionen werden beauftragt, die Vermittelung zu übernehmen (Correspondenzbureau) und einen künftigen internationalen Congreß einzuberufen.

Das Bundesbureau wird wahrscheinlich in Gent seinen Sitz haben.

Damit wäre ein bedeutender Schritt in der Einigung der Arbeiterbewegung gethan, und eine Brücke der Versöhnung für alle ehrlichen Sozialisten geschaffen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ein roher, gedankenloser und verlogener Patron muß der deutschen Bourgeoispresse als Belastungszeuge gegen die amerikanischen Arbeiter herhalten. Seit einigen Tagen geht folgende Notiz durch die Organe des Ausbeuterthums:

„Sehr beachtenswerth sind die brieflichen Aeußerungen eines Deutschen, der als 1848er nach Nordamerika gegangen ist und in Chicago ein ihn ernährendes Geschäftchen besitzt, über die Eisenbahnarbeiter-Crawalle dort und über die sonstigen Umsturzprinzipien, die auch in jenem Lande der Volksfreiheit jetzt wuchern: „Die Ernte ist gut gewesen, nur fehlte es an den nöthigen Arbeitskräften, sie schneller und daher besser einheimsen zu können. Es waren aber selbst für einen Lohn von 2 Dollars pro Tag und freier Station keine Arbeiter zu haben; es gibt zwar genug in Chicago, die so viel Geld schon lange nicht mehr in der Stadt verdienen, aber auf's Land und arbeiten, das wollen sie nicht, sie wolen in der Stadt saufen und lieber nichts oder nur wenig arbeiten; wie könnten sonst in Chicago über 3600 Bier und Branntweinkneipen existiren? Die „Irregeleiteten“, so schreibt er über die Eisenbahnarbeiter-Revolte, „sind vom Schnapsdusel schon beherrscht, sie wollen nur noch das Eigenthum Anderer zerstören, auf deren Wohlbefinden und nüchternen Fleiß sie mit scheelen Augen und stiller Wuth blicken. Vernichten! Ruiniren! Umbringen! Brennen und Sengen, das steht auf deren rother Fahne, deren Träger viel bestialischer sind als die culturfernsten Indianer.“ Wie vernünftig und gebildet sein Wollende mit diesem Pöbel sympathisiren können, ist mir unklar, aber es gibt in Amerika zu wenig wahrhaft Gebildete und deshalb fühlt man sich selbst als alter Freiheitskämpfer heute in Amerika so unwohl, daß ich, der ich aus des Lebens Kämpfen und Irrfahrten die heutigen Menschen nicht mehr verstehe, als Conservativer lieber nach Europa zurückkehren möchte, welches ich als Republikaner verließ.“

Nun, den Burschen gönnen wir den Conservativen und sonstigen Reaktionären. Daß das Gerede von den 2 Dollars, die während der Ernte zu verdienen waren und von den städtischen Arbeitern aus Faulheit verschmäht wurden, ein, obendrein sehr alberner, Schwindel ist, brauchen wir unseren Lesern nicht auszuführen. Thatsache ist: hunderttausende von brodlosen Arbeitern durchstreifen seit Beginn der Ernte das Land, und suchen vergebens Arbeit, obgleich sie sich zu den bescheidensten Löhnen anbieten. Es wird dies von allen anständigen amerikanischen Bourgeoiszeitungen bestätigt. Thatsache ist ferner — und sie wird von der amerikanischen Bourgeoispresse zugestanden — daß die Löhne in Amerika so tief gefallen sind, daß die Arbeiter nicht davon leben können. Und angesichts dieser Thatsachen, angesichts eines beispiellosen, zur nationalen Calamität gewordenen, einer nationalen Katastrophe zudrängenden Nothstandes, der alle denkfähigen Männer aller Parteien in Amerika beschäftigt, wagt es ein roher, gewissenloser Geselle, in blindem Haß gegen die Arbeiterbewegung, die Opfer des Nothstandes, an denen nicht sie, sondern die herrschenden gesellschaftlichen Zustände schuld sind, pöbelhaft zu verläumden und zu beschimpfen. Nur eine durch und durch gemeine Natur kann so schnöde des Elends spotten, und wenn ein solcher Patron von deutschen Bourgeoisblättern als Autorität zitirt wird, so haben wir auf die fraglichen Redaktionen nur das bekannte Sprüchwort anzuwenden: Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist. —

— Liberaler Ulk. Fast durch sämmtliche Zeitungen geht folgende Notiz:

„Einen lehrreichen Beitrag zu dem Kapitel von der herrschenden Arbeitslosigkeit liefert die „Kattowitzer Zeitung“. Nach derselben sind alle Aufforderungen zur Arbeitnahme an der Eisenbahnstrecke Tost-Peiskretscham erfolglos geblieben und die Uebernehmer der Strecke sehen sich jetzt genöthigt, Arbeiter aus Oesterreich heranzuziehen. In Schlesien selbst ist an geeigneten Arbeitskräften freilich kein Mangel, aber sie ziehen es vor, zu vagabondiren und zu betteln. Die sozialdemokratischen Agitatoren, welche in Schlesien ja sehr thätig sind, würden sich ein Verdienst verschaffen, wenn sie einmal die psychologischen Ursachen dieser Art von freiwilliger Arbeitslosigkeit näher erörtern wollten.“

Wir wollen zu dieser Notiz nichts hinzufügen, als die Bemerkung, daß in jener Gegend die Sozialdemokratie noch gar keinen Boden gewonnen und unsere Partei auch dorthin ihre Agitation noch nicht verlegt hat. Die clericale Partei dominirt ausschließlich in Oberschlesien — ihr überlassen wir es deshalb auch, die Arbeiter vor derartigen liberalen Infamien zu schützen; kann sie es nicht, so möchte wohl auf clericalen Einfluß die Arbeitsunlust der dortigen Arbeiter zurückzuführen sein.

— Schulze-Delitzsches. Am 12. September wurde der Direktor der Gewerbebank, eingetragene Genossenschaft, zu Ohligs bei Solingen wegen Fälschungen und Unterschlagungen verhaftet und nach Elberfeld in's Untersuchungsgefängniß abgeführt. Es handelt sich um die Summe von 45,000 Mark die der liberale Herr Direktor Plümacher unterschlagen haben soll.

— Die in Stuttgart versammelten Strafanstaltsbeamten lehnten den Antrag des bekannten Zuchthausdirektors Strosser aus Herford, die Prügelstrafe bei den Sträflingen wieder einzuführen, ab, nahmen aber einen anderen Antrag an, der die Prügelstrafe bei jugendlichen Sträflingen angewandt wissen will. Ein Redner, der sich gegen die Prügelstrafe wandte, bemerkte sehr treffend, daß man die Brutalität nicht gegen die Brutalität anwenden dürfe — sie sei ein verwerfliches, schlechtes Mittel. Der Antragsteller Strosser hob übrigens ausdrücklich hervor, daß er die Prügelstrafe nicht bei Personen, die wegen politischer Vergehen verurtheilt seien, angewandt wissen wolle, während der Direktor Grützmacher aus Breslau dem gegenüber erklärte, daß die Prügelstrafe in Hinblick auf die sozialdemokratischen Umtriebe erst recht geboten erscheine; „dieselbe übe Wunder an solchen unbotmäßigen Burschen“! — Der Name Grützmacher verdient der Nachwelt für alle Zeiten aufbewahrt, der Mann selbst aber verdient — — „ausgehauen“ zu werden.

— Zuweilen hat selbst Herr Professor Böhmert einen vernünftigen Gedanken. Er schreibt in seiner „Sozial-Correspondenz“ in Bezug auf die Mitwirkung der Frauen bei Vereinsfesten und Versammlungen Folgendes: „Die Studenten in der Kneipe, die Soldaten in der Wachstube, die Matrosen im Volkslogis fallen nur zu leicht in einen niederen und rohen Gesprächston, weil sie zu sehr unter sich sind. Auch den jungen Gehilfen aus Fabrik und Werkstatt ist es nicht heilsam, wenn sie immer nur mit ihresgleichen verkehren oder doch von dem weiblichen Geschlecht zeitweilig nur den Abschaum näher kennen lernen. Eine rechtzeitige Neigung zu einem ehrbaren Mädchen kann zwar den Einzelnen bald wieder emporheben; aber dabei spielt doch viel Zufall mit, und der Liebsten selbst, der künftigen Frau kommt es zu Statten, wenn der angehende Mann niemals ganz aus der Nähe ehrbarer guter Frauen verbannt gewesen ist. Darum sollten umsichtige Leiter von Vereinen die Gelegenheiten für gemischte Versammlungen und „bunte Reihe“ eifriger als bisher aufsuchen.“ — Die Sozialdemokratie hat dies schon längst erkannt, hingegen nicht die preußische Polizei, resp. das preußische Vereins- und Versammlungsgesetz. Wir wissen längst, daß der Umgang mit Frauen veredelnd und besänftigend wirkt — daß die Liberalen jetzt zu derselben Anschauung schon gekommen sind, ist für sie recht schmeichelhaft, und vielleicht wird die löbliche preußische Gesetzgebung auch noch zu solcher Einsicht kommen.

— Ein alter Bekannter. Die „Vossische Zeitung“ vom 18. bs. bringt eine Londoner Correspondenz über den verstorbenen Mormonenhäuptling Brigham Young (spr. Breihm Jung), worin es u. A. heißt:

„Was war die unmittelbare Folge dieser welthistorischen Erhebung, dieser großartigen Erfolge, welche der philosophische Gedanke der Neuzeit (im Jahre 1848) trotz aller Niederlagen errungen hatte? Neue großartige Erfolge der Dummheit, von denen sich unsere selbstzufriedene Weisheit nichts träumen ließ und die ganz danach angethan waren und sind, den Fanatikern des Fortschritts, den stolzen Enthusiasten der Civilisation, den sanguinischen Aposteln der Aufklärungstheorie Demuth und Bescheidenheit zu predigen. Wenn es verdienstlich war, diesen in Selbstüberschätzung verhimmelnden Idealismus durch die verachtendste Ironie zu geißeln, so ist es jetzt Pflicht, ihn mit Verachtung zu strafen.“

Sozialistische Zeitschriften.

Die Gründung der beiden wissenschaftlichen sozialistischen Revuen (in Berlin und Zürich) veranlaßt Guido Weiß zu folgender Betrachtung in seiner „Wage“. Er schreibt:

Die Ankündigung, daß vom 1. Oktober d. J. ab zwei Zeitschriften erscheinen sollen, die sich die wissenschaftliche Erörterung des Sozialismus zur Aufgabe stellen, ist einiger begrüßender Worte werth. Wir zweifeln nicht, daß sehr große Schwierigkeiten sich bei der Ausführung zeigen werden, aber wir halten den Entschluß selber schon für ein sehr bedeutungsvolles Zeichen. Die Gegner des Sozialismus machten sich's bis jetzt gar zu leicht. An eine eingehende kritische Würdigung von Werken, in denen ihnen sozialistische Lehre in systematischem Aufbau entgegentritt, denken sie nicht, auch fehlt ihnen wohl das Zeug dazu; bei der verdrießlichen Thatsache, daß neun Zehntel der Volkswirthschafts-Lehrstühle an den deutschen Hochschulen mit mehr oder weniger ausgesprochenen Ketzern besetzt sind, drücken sie sich mit einem Witzwort über die „Katheder-sozialisten“ vorbei und begnügen sich damit, ihnen Wasser in den Wein zu gießen, indem sie auf deren Congressen die Majoritäten zweifelhaft machen; das große Wort führen sie, wo ihnen bis jetzt kein Gegner entgegentrat, in den Zeitungen und in den Parlamenten. Sind sie einmal, der leidigen allgemeinen Wahlen wegen, genöthigt zum Volke herunterzusteigen, so verräth sich in jedem Worte das leichte Herz mit dem sie um die Sache selber und deren Entwicklung sich gar nicht gekümmert haben. Und doch ist eine solche Entwicklung gar nicht zu verkennen. Die Formen und Mittel, mit denen die Fortsetzer des Lassalle'schen Werkes die Organisation ihrer Partei durchführen wollten, sind wesentlich andere geworden, in dem Personal der Führer selbst ist ein starker Wechsel eingetreten, ein noch stärkerer in der Kampfesweise. Die Tageblätter der Partei wachsen raschen Schrittes in ihrer äußeren Verbreitung, mehr noch an innerer Haltung. Die Energie beruht nicht mehr im rohen Ausdruck, das eigene Denken ist an die Stelle der landläufigen Schlagworte getreten. Nicht daß es ganz an Rückfällen und gelegentlichen Ausschreitungen fehlte, aber das sind natürliche, keineswegs ungesunde Kindergebrechen einer jungen Partei, die aus der Armuth und Noth des Volkes heraufwächst und der gegenüber das Bildungsbewußtsein, will es gerecht sein, wahrlich nicht hochmüthig auftreten darf. Die Vertreter, welche die Partei in den Reichstag geschickt hat, sind auf dem Wege der Verständigung — des Sich verständlich Machens, meinen wir — sogar noch weiter vorgeschritten, indem sie Anträge zur Gewerbegesetzreform stellten, denen das ärgerliche Schweigen der Gegner zunächst wenigstens das Zeugniß der Diskutirbarkeit ausstellte. Das Alles sind Dinge, die bemerkt sein wollen von denen, die in dieser Bewegung das Weltgeschichtliche nicht verkennen und sich nicht mit dem kindlichen Glauben trösten wollen, der scharfe Polizist und der prompt arbeitende Strafrichter seien die Radikalmittel.

Mit den neuen Monats-, resp. Halbmonatsschriften ist nun, wie wir hoffen, auch Denen die dem politischen Treiben des Tages fern bleiben, aber dabei doch ihr Interesse für die unsere Zeit bewegenden Ideen bewähren wollen, ein Sammelpunkt gegeben. Das eine der Blätter scheint sich streng in den Rahmen der deutschen sozialistischen Partei stellen zu wollen, das andere in der Schweiz erscheinende steckt seine Grenzen weiter und auch diese Verschiedenheit wird eine gedeihliche sein. Möge das Glück ihnen günstig sein!

— In Bezug auf die Wahlordnung, resp. die Befugnisse eines Wahlvorstehers ist eine in der Appellationsinstanz vom Kriminalsenat des Kammergerichts getroffene Entscheidung von Interesse. Der Förster Kneifel, welcher als Wahlvorsteher in Medewitz bei der Reichstagswahl am 26. Januar 1877 fungirte, sah sich genöthigt, den Hufner Gottlieb Schuboth, der sich im Wahllokale unpassend benahm und einen Wähler noch im Momente der Abgabe des Wahlzettels beeinflussen wollte, aus dem Lokal zu weisen. Schuboth gab der bezüglichen Aufforderung jedoch nicht alsbald Folge und wurde deshalb wegen Hausfriedensbruchs angeklagt, auch in erster Instanz zu 100 Mark Geldstrafe verurtheilt, wobei auch noch eine geringe Verbalinjurie, die er sich erlaubt, in Betracht genommen wurde. Er appellirte hiergegen, indem er die Befugniß des Wahlvorstehers bestritt, wogegen wiederum die Oberstaatsanwaltschaft ausführte, daß bei dem fraglichen Vorfall allerdings ein Umstand in Betracht komme, der aber nicht zur Competenz des Gerichtes gehöre und deshalb auch hier nicht zu prüfen sei; dies sei nämlich die Rechtmäßigkeit der Wahl selbst, für welche der Wahlvorsteher dem Reichstag allein verantwortlich sei. Für den Gerichtshof sei hier allein die Frage maßgebend, ob der Wahlvorsteher als berechtigter Inhaber des Lokals anzusehen und ob er als solcher zum Gebrauch des Hausrechts befugt gewesen wäre. Dies sei im Sinne des Reichsstrafgesetzbuches zu bejahen. Der Wahlvorsteher sei während des Wahlakts Reichsbeamter, habe Verfügung über die betreffenden Wahlräume, und jeder müsse sich seinen Anordnungen darin fügen. Der Gerichtshof erkannte hierauf auf Bestätigung des ersten Urtheils, indem er sich ganz den Ausführungen der Oberstaatsanwaltschaft anschloß.

— Der Oberbürgermeister von Cöln, Dr. G. Becker, der rothe Becker genannt, früher Communist, Festungsgefangener, dann Demokrat, dann Fortschrittler, dann Herrenhausmitglied — jetzt ächter Bismarcker, ist mit dem rothen Adlerorden vierter (!) Klasse, den sonst gewöhnlich Canzleisekretaire und Gerichtsrendanten bekommen, beglückt worden. Den Dr. Becker, der jedenfalls die Herwegh'schen Gedichte: „Die Lebenden an die Todten“ in seiner besseren Zeit gelesen haben wird, machen wir bei dieser Gelegenheit auf das hübsche Distichon aufmerksam, welches folgendermaßen anfängt:

„Adler, ihr classischen, ordentlich, rothen und schwarzen,
Wo nur immer ꝛc. ꝛc.“

tete Macht der Dummheit unsanft aus seinen Träumen zu stören und an die Wirklichkeit zu gemahnen, so hat sich Brigham Young ein unbestreitbar großes Verdienst erworben. Von allen Vorkämpfern der Dummheit war er der weiseste, thatkräftigste, muthigste und erfolgreichste. Die Pius IX., Manning, Ketteler, Napoleon III., Eugenie die Einzige, Manteuffel, Stahl, Gerlach, Lassalle, das berühmte spiritualistische Medium Home, die erfolgreichen Spekulanten auf den Gründeraberglauben, Strousberg, Grant u. s. w., die französischen und deutschen Geschäftsführer der wunderthätigen Jungfrau Maria und des heiligen Herzens Jesu, — alle diese Männer und Frauen, welche ihre Bedeutung der Reaktion gegen den Geist von 1848 verdanken und sich nach Kräften bemüht haben, aus der Dummheit Kapital zu schlagen', müssen klein und beschämt vor der Größe ihres erfolgreichen Mitbewerbers Brigham Young zurückstehen. Dieser schlägt sie Alle, sowie sich denn keine Form des religiösen Aberglaubens mit dem Mormonenthum an grandioser Einfachheit, Ganzheit und Kenntniß der schwachen Menschennatur zu messen vermag."

Wir glauben die Frechheit, mit welcher hier Lassalle an die Seite eines Gerlach, Strousberg 2c. gestellt wird, nicht empfindlicher züchtigen zu können, als indem wir dem Schreiber die Maske der Anonymität abreißen. Der mit Vorliebe in Wissenschaftlichkeit und Staatsmannschaft machende Correspondent der „Vossischen Zeitung" ist Niemand anders als der berüchtigte Lumpacius Elard Biskamp, über den das Nähere nachzulesen in „Herr Vogt" von Carl Marx. Zur Ehre der Redaktion der „Vossischen Zeitung" wollen wir annehmen, daß sie obige Correspondenz nicht vorher gelesen und daß sie nicht weiß, mit welch sauberen Früchtchen sie es zu thun hat.

— Wir erhalten folgende Zuschrift zur Veröffentlichung:

„In Nummer 108 des „Vorwärts" vom 14. September d. J. übergeben Sie eine Correspondenz aus Rumänien der Oeffentlichkeit, welche die größte Bestürzung hervorzurufen geeignet ist. Es liegt im Interesse sämmtlicher Staatsangehörigen, zu wissen, ob es Thatsache ist, daß 2000 Mann deutsches Militär nach Bulgarien kommandirt worden sind, und wenn dieses der Fall sein sollte, was dieselben denn dort bezwecken sollen. Es ist wohl anzunehmen, daß die Reichsregierung recht bald eine offizielle Erklärung hierüber abgeben wird.

Gießen, den 17. September 1877.

Namens mehrerer hiesiger Bürger
B. Klerx."

Wir verweisen auf unsere heutige Correspondenz aus Rumänien und müssen selbstverständlich unserm dortigen Berichterstatter die Verantwortlichkeit für die Wahrheit seiner Behauptungen überlassen.

— Zum dritten, und wir können getrost hinzufügen: zum letzten Mal hat die russische Kriegsmacht sich an den Erdwällen von Plewna gebrochen. Nachdem die vom Großfürsten Nicolaus befehligte russische Hauptarmee im 6tägigen Artilleriekampf und Sturmangriff einige Vorwerke der türkischen Position erobert hatte, ging Osman Pascha am 12. d. M. seinerseits zum Angriff über und brachte den Russen eine geradezu vernichtende Niederlage bei. Eine Episode des beispiellos mörderischen Kampfs geben wir nach dem Bericht des russenfreundlichen Correspondenten der „Daily News", Oberst Forbes:

„Skobelew (der am 3. Lowatsch erstürmt und am 11. einige Vortheile vor Plewna errungen) hatte die Redoute eingenommen, allein dieselbe wurde durch die Krischna-Redoute beherrscht, und auf der Plewnaer Seite war sie dem Schützenfeuer und dem türkischen Feuer an der Straße von Sofia ausgesetzt. Da die Türken die Distanz genau kannten, traf jede Bombe. Die Position war unhaltbar, falls die Krischna-Redoute und das verschanzte Lager auf der anderen Seite der Straße nicht erobert wurden. Skobelew bat um Verstärkung, mit einem Regimente wollte er beide Positionen nehmen; aber er erhielt keine. Skobelew's Verluste sind gräßlich, denn bis zum Abend verlor er 5000 Mann. Die Kompagnien sind fast vernichtet, sehr viele Offiziere fielen und blos ein Oberst ist am Leben geblieben, fast kein Major. Dobrovolsky ist todt und nur Skobelew unverwundet. Er haranguirte seine Mannschaft; bald würden sie Plewna nehmen, dieses sei die letzte Anstrengung für das heilige Rußland. Alle antworteten mit „Hurrah". Inzwischen schickt er wieder um Verstärkung — umsonst. Der Nachmittag verstreicht, Levitzky verweigert die Verstärkung, entweder weil er keine hat, oder weil er glaubt, Skobelew könne die Redoute halten. Um 4 Uhr greifen die Türken zum sechsten Male an, und die Russen müssen weichen. Eine Bastion wurde von einem jungen Offiziere mit einer Handvoll Leuten gehalten; sie weigerten sich zu fliehen und wurden alle niedergemacht. Unmittelbar darauf begegnete Forbes Skobelew, welcher sich in einem Zustand schrecklicher Wuth und Aufregung befand; seine Uniform war voll Koth, das Schwert zerbrochen, das Gesicht schwarz von Pulver, die Augen blutunterlaufen, die Stimme ganz verloren, so daß er nur flüstern konnte. Am Abend im Zelte war er ruhig und gesammelt. „Ich that mein Bestes," sagte er, „meine Regimenter existiren nicht mehr, ich habe keine Offiziere, man schickte mir keine Verstärkung und ich verlor drei Kanonen." „Warum verweigerte man Verstärkung," fragte Forbes, „wer ist zu tadeln?" Skobelew antwortete: „Ich table Niemanden, es ist Gottes Wille.""

Was „Väterchen" zu „Gottes Wille" sagt, wissen wir nicht. Seine Gemüthsverfassung kann man sich vorstellen. Er sieht sich von Mördern umringt und soll schon einen Selbstmordversuch gemacht haben.

Während die russische Hauptarmee sich an den Felsen von Plewna den Schädel einrannte, schlug Mehemed Ali Pascha die von dem russischen Thronfolger commandirte Jantra-Armee, und nahm Suleiman Pascha die Schlüsselpositionen der Russen im Schipkapaß, der nun als forcirt betrachtet werden kann.

Die neuesten Telegramme sind ziemlich verwirrt. Sicher ist nur die kolossale Niederlage der Russen. Ob noch am 15. d. vor Plewna gekämpft wurde, oder ob das betreffende Telegramm eine Verwechselung mit der Schlacht des 12. involvirt, was wahrscheinlich, läßt sich noch nicht entscheiden.

Blos vor Plewna sollen die Russen 30,000 Mann verloren haben; sie selbst gestehen 20,000 zu.

Man erwartet nach einem Telegramm eine „Hauptschlacht" bei Biela zwischen dem russischen Thronfolger und Mehemed Ali Pascha, mit dem Suleiman sich vereinigt haben soll. Wird aber die russische Armee noch in der Verfassung sein, eine Hauptschlacht zu schlagen? Oder kämpft sie jetzt blos noch um den Rückzug über die Donau? Wir glauben das letztere, und glauben des Weiteren, daß sie viel Glück haben muß, wenn ihr der Rückzug über die Donau gelingen soll.

Die Verluste der Russen durch Krankheiten auf dem europäischen Kriegsschauplatz allein werden von einem wohlunterrichteten englischen Blatt auf 60,000 veranschlagt.

Und nun dieses Fiasko! —

— Bübisch. Die Berliner „Bürgerzeitung" läßt sich aus Neustrelitz schreiben — und die „gesinnungstüchtige" Presse druckt es nach —: „In St. Louis in Nordamerika verstarb kürzlich der hierorts als Buchhändler in traurigem Andenken stehende Sohn des früheren Postraths Lingenau hierselbst. Derselbe hatte sich bedeutender Schwindeleien schuldig gemacht und floh nach Amerika. Darüber sind nun mehrere Jahre verflossen. Er hat nun folgende Personen zu Vollstreckern seines letzten Willens eingesetzt: 1) Becker in Genf, 2) August Bebel in Leipzig, 3) W. Liebknecht in Leipzig, 4) W. Bracke in Braunschweig, 5) August Geib in Hamburg und 6) Karl Marx in London. Seine Hinterlassenschaft beträgt 14,000 Dollars, welche er der gesammten Sozialdemokratie vermacht hat." — Wir haben nicht nöthig zu sagen, daß, was hier über unseren braven Genossen Lingenau gesagt wird, niederträchtig gelogen ist. Lingenau nahm Theil an der Revolution von 1848 und 1849, entging der Verfolgung durch die Emigration nach Amerika und hat nie eine Handlung begangen, deren er oder seine Partei sich zu schämen hätte. Ein Pfui über die feigen Verleumder eines Todten. Sie brandmarken sich selbst und ihre Partei!

Nachdem Obiges geschrieben, fiel uns nachstehender Passus einer amerikanischen (St. Louis, den 22. August datirten) Correspondenz des (ultranationalliberalen, ächt „bettelpreußischen") „Schwäbischen Merkur" in die Hände:

„Vor einigen Wochen starb in St. Louis (wie man sagt, in Folge des Schreckens der Julitage), ein alter deutscher Revolutionär, Ferdinand Lingenau, der sein etwa 12,000 Doll. betragendes Vemögen (wie schon berichtet) „der sozialdemokratischen Partei in Amerika und Europa" vermacht und zu diesem Zweck schon vor einigen Jahren in Genf ein Testament hinterlegt hat, dessen Ausführung neben Anderen den Herren Bebel und Liebknecht anvertraut ist. Nun stellt sich aber heraus, daß das Testament nicht vollkommen rechtsgiltig ist, weil keine bestimmten Personen als Erben genannt sind. Somit wird dasselbe ohne Zweifel eine Beute der Advokaten werden. Lingenau selbst war in St. Louis allgemein als „lustige Person" bekannt, der sich überall herzuzudrängen wußte, wo irgend eine Erinnerung an die Revolution sich geltend machte; im Uebrigen war er ein Hauptschmarotzer, der sich an die Fersen von Hecker und anderen Revolutionshelden heftete, sonst aber ein gutmüthiger und ganz und gar ungefährlicher Kerl. Da er nie in seinem Leben viel gearbeitet hat, und Niemand ihn einer Unredlichkeit zeihen kann, so wunderte man sich, daß er überhaupt ein Vermögen hinterlassen konnte."

Das die Notiz. Ergötzlich ist, wie dem Schwindler und Betrüger des „Neuen Berliner Tageblatt" vom württembergischen Oberreptil das Führungsattest der Gutmüthigkeit und Redlichkeit ausgestellt wird. Man sieht, in dem Gelüge ist nicht einmal Methode und jeder dieser Preßkosaken wird vom anderen abgethan. Was sonst von Lingenau gesagt wird, kennzeichnet den Bildungsgrad, die Intelligenz und den Anstand des Schreibers. Einen Revolutionär und Sozialdemokrat aus Schreck über die „Julitage" (den Ausstand der Eisenbahnarbeiter) sterben lassen ist ebenso albern, als es gemein ist, einen Ehrenmann, den man selbst als solchen anerkennen muß, nach dessen Tod, bloß deshalb, weil er seine politische Gesinnung in seinem letzten Willen bethätigt, zur „lustigen Person" zu stempeln.

Wahrhaft niederträchtig aber ist die Behauptung, Lingenau sei ein „Hauptschmarotzer" gewesen, der sich an die Fersen von Hecker und anderen Revolutionshelden geheftet. Gelogen, infam gelogen! Die Wahrheit in verläumderischer Bosheit auf den Kopf gestellt. Außerdem ein Verstoß gegen den gesunden Menschenverstand, denn daß ein Mann, der so selbstlos und freigebig ist, wie Lingenau es notorisch gewesen, kein Schmarotzer sein kann, liegt auf der Hand. Wohl aber ist Lingenau vielfach das Opfer von Schmarotzern gewesen, und wir können hinzufügen, daß unter diesen Schmarotzern sich verschiedene „Revolutionshelden" im Sinne des „Schwäbischen" und des anderen „Merkur" befinden, der bekanntlich der Schutzgott der Spitzbuben und sonstigen „Theiler" war.

— Soeben wurde vor den Schranken des Zuchtpolizeigerichts in Saarbrücken der Redakteur der „Freien Volksstimme", Wyzka, wegen Herausgabe der Nummern 6 und 7 der „Freien Volksstimme" zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 18 Monate beantragt. Wyzka vertheidigte sich ausgezeichnet.

— Sozialisten-Prozeß. Am 17. September, so berichtet die „Berliner Freie Presse", gelangte der Prozeß gegen die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands und gegen den Berliner sozialistischen Wahlverein vor dem Kriminalsenat des Kammergerichts in zweiter Instanz zur Verhandlung. Von den Angeklagten waren erschienen: Derossi aus Hamburg und von den Berliner Angeklagten Heinsch, Greifenberg, Rackow und Grottkau. Es wird den Angeklagten zur Last gelegt, gegen die §§ 8 und 16 des preußischen Vereinsgesetzes dadurch gefehlt zu haben, daß sie in ihrer Eigenschaft als Vorsteher und Leiter der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und des Berliner sozialistischen Arbeiter-Wahlvereins zu gemeinsamen Zwecken miteinander in Verbindung getreten seien. Der Oberstaatsanwalt Feige beantragte für Greifenberg eine dreiwöchentliche Zusatzstrafe zu der vom ersten Richter erkannten vierwöchentlichen Gefängnißstrafe, die jedoch alsdann in eine Gesammtstrafe von 5 Wochen zusammenzufassen sei und für alle übrigen Angeklagten die Bestätigung des erstrichterlichen Erkenntnisses.

Der Gerichtshof erkannte trotz glänzender Vertheidigung des Rechtsanwalts Munckel und trotz energischer Gegenwehr der einzelnen Angeklagten dahin, das erstrichterliche Erkenntniß, soweit es auf Freisprechung der Angeklagten Auer, Brasch, Hartmann, Rackow und Grottkau lautete, zu bestätigen; den in erster Instanz zu drei Wochen Gefängniß verurtheilten Geib hingegen ebenfalls freizusprechen und Derossi, dem eine Fortsetzung einer Vereinsthätigkeit nach Schluß der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ebenfalls nicht nachgewiesen sei, von dem Vergehen wegen Fortsetzung freizusprechen, denselben jedoch dem ersten Erkenntniß gemäß, wegen gesetzwidriger Verbindung mit dem Berliner sozialistischen Arbeiter-Wahlverein mit 4 Wochen (also mit 14 Tagen Gefängniß weniger als in erster Instanz —) zu verurtheilen. Für Heinsch und Greifenberg blieb es beim Alten.

An demselben Tage wurde Genosse Most wegen eines in der „Berl. Fr. Presse" erschienenen Feuilletonartikels, betitelt: „Französische Proletarierlieder" vernommen. Der Artikel soll nach Tessendorf gegen § 130, den Tessendorf besonders ins Herz geschlossen zu haben scheint, verstoßen. Wegen desselben Artikels wurde auch Genosse Baumann, der denselben im „Märkischen Volksfreund" zum Abdruck gebracht hatte, in's Verhör genommen. Wie man sieht, hat Tessendorf während seiner Ferienreise neue Kraft zu erhöhter Propaganda für die Sozialdemokratie gewonnen. Es geht doch nichts über unsre nicht „bezahlten" unfreiwilligen Agitatoren.

— Die Probenummer der Schleswig-Holsteinischen „Volkszeitung", welche vom 1. Oktober an dreimal wöchentlich zu dem Preise von 2 Mark pro Quartal in Kiel erscheinen wird, liegt uns vor. Das Blatt erscheint in großem Format und verspricht nach dem Inhalt der Probenummer zu urtheilen, den Anforderungen gerecht zu werden, welche die Arbeiterpartei an ihre Preßorgane stellt. Wir wünschen unserm schleswig-holsteinischen Bruderorgane das beste Gedeihen.

Am 4. Oktober erscheint in Wien an Stelle der „Gleichheit" ein neues Centralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, „Der Sozialist", vorläufig wöchentlich einmal. Es ist hierdurch der letzte Schritt zur Einigung der österreichischen Arbeiterpartei geschehen.

— Der Soldat steht über dem Menschen. Unsere Reptilienblätter tischen folgendes Geschichtchen zur Sedanfeier auf: „Der Krieg von 1870 und 1871 war siegreich beendet. Bekleidet mit der höchsten militärischen Würde, rüstete sich der Feldmarschall-Kronprinz zur Heimkehr. Als er in Begleitung des Kaisers nach Berlin zurückkehrte, waren beide auf das Freudigste überrascht, bereits auf dem Bahnhofe in dem Gewühl der nach Tausenden und aber Tausenden zählenden Volksmenge von ihren theuren Angehörigen begrüßt zu werden. Thränen der Freude hat es aber dem Kronprinzen entlockt, als er seinen ältesten Sohn dort stehen sah, angethan mit der Uniform seines Garde-Regiments, der zuerst streng militärisch grüßte und sich erst dann dem Vater zärtlich in die Arme warf." — Daß darüber der Kronprinz Thränen der Freude vergossen haben soll, ist uns unbegreiflich, als Mensch hätte er viel eher Thränen des Kummers über eine derartige Erziehung vergießen müssen.

— Es geht doch nichts über — noble Leute! Finden wir da in den „Frankfurter Nachrichten" vom 13. September u. A. folgende Lokalnotiz: „Ein alter Lederträger von hier, der vorgestern auf der Ledermesse eine Brieftasche mit ca. 6000 Mark fand, und, nachdem er den Eigenthümer ermittelt, diesem wieder zustellte, wurde für seine Ehrlichkeit mit ganzen 20 Pf. belohnt." — Wir hätten nicht nur nichts dagegen, sondern es würde uns im Gegentheil freuen, wenn der ehrliche alte Lederträger die von dem 6000-Mark-Verlierer als „Lohn für seine Treue" empfangenen 20 Pfennig in neuer deutscher Reichswährung demselben ebenso in's Gesicht geworfen hätte, wie weiland Ritter Delorges dem Fräulein Kunigunde den Handschuh in's Gesicht warf mit Abänderung des classischen Citates dahin: „Den Dank, Sie L..., begehr' ich nicht!" —o—

— Ein verschlucktes Messer. Das 7 Monate alte Kind des Postagenten Herrn Krambeck zu Satrup in Schleswig verschluckte ein 7½ Cmt. langes Taschenmesser mit neusilbernem Griff, welches ihm zum Spielen gegeben war. Da das Kind sich völlig wohl befand, so wurde diese Angabe zuerst von dem Dr. v. Brencken bezweifelt, bis sich am 8. Tage schmerzliche Stuhlentleerung einstellte. Diese dauerte fort, bis das Kind nach gerade 3 Wochen nach einem vorhergehenden heftigen Schreianfall das Messer mit dem Stuhl wieder entleerte. Die Klinge war stark angefressen.

Aus Rumänien.

— 13. September

Heute bin ich schon in der Lage, etwas Genaueres über die kaiserlich deutschen Reichstruppen, welche jetzt vermuthlich auch schon auf dem bulgarischen Kriegsschauplatz kriegsthätig sind, zu berichten, da ich es mir angelegen sein ließ, mich darüber eingehender zu unterrichten, um nicht den Vorwurf leichtsinniger Berichterstattung auf mich zu laden.

Ich habe Ihnen, wenn auch in der Eile, in meinem letzten Bericht die Thatsache genau so dargestellt, wie sie mir von durchaus zuverlässiger Seite erzählt wurde, und jetzt, wo ich Gelegenheit und Zeit hatte, mich darüber näher zu informiren, finde ich, daß daran nicht das Geringste anders ist, als ich berichtet. 2000 deutsche Soldaten und Unteroffiziere sind in russischer Uniform nach dem bulgarischen Kriegsschauplatz abgegangen, um dort ihre Erfahrungen aus den Jahren 1870—71 und ihre Dienste dem „Erbfreund" zur Verfügung zu stellen; sie gingen durchaus nicht etwa als Freiwillige, sondern vom deutschen Kriegsministerium dazu beauftragt. Daß sie nicht von Rußland gegen baar Geld, das der deutschen Kriegskasse zu Gute gekommen wäre, abgekauft wurden, habe ich gleich Anfangs vermuthet, da es allgemein bekannt ist, daß die russische Kriegskasse an Ueberfluß an Geldmangel leidet, daß ferner Deutschland „heidenmäßig viel Geld" hat und es „Gott sei Dank nicht nöthig habe", seine Leute für Geld zu verkaufen, aber „Leute" genug, um dem „Erbfreund", der sich momentan in großer Bedrängniß befindet, damit „auszuhelfen", ob leihweise oder nur in „hochherziger" Weise als „Geschenk", das vermag ich allerdings nicht näher zu erklären.

Also an der Sache selbst giebt es nichts zu ändern und zu „berichtigen", dagegen aber ist die „Form" in etwas gewahrt worden, und als gewissenhafter Berichterstatter beeile ich mich, jene Sensationsnachricht richtig zu stellen.

Nicht die deutsche Regierung hat die 2000 Unteroffiziere nach Bulgarien geschickt, sondern dies hat Rußland selbst gethan. Die deutsche Regierung hat die Leute nur als Instrukteure dem Moskowiter zur Verfügung gestellt und dieser die Instruktoren zu der einen Grenze zu sich herein gebracht, um sie unmittelbar in russischer Uniform zur anderen nach Bulgarien hinauszuschicken. — — — — — — — — —

Aus dem Elsaß.

Seit 14 Tagen ist auf den elsaß-lothringenschen Eisenbahnen buchstäblich kein Tag vergangen, an dem nicht irgend ein Unglück, sei es Schienenbruch, Entgleisung, Zusammenstoß 2c. vorgekommen wäre! Obwohl das Glück bei der Mehrzahl dieser Unfälle sich nur mit der Gleichgiltigkeit der hohen Eisenbahnverwaltung diesen Thatsachen gegenüber an Größe zu messen vermag, ist es selbstredend doch nicht ohne Lebensverluste und zahlreiche Verletzungen abgegangen, von Materialzertrümmerung gar nicht zu reden. Das Publikum erfährt von alledem nichts, denn unsere Presse, zum größten Theile aus dem Reptilienfond gespeist, hat von derartigen Bagatellen zu sprechen keine Zeit und noch weniger Raum, da sie in endlosen Spalten die Kaiserartikel vom Rhein der „Kölnischen Zeitung" nachdrucken muß; die nicht subventionirten elsäßischen Blätter aber sind so gut gezogen, und durch die erst unlängst verhängte Unterdrückung des unbequemen „Industriel alsacien" derart in Schrecken versetzt, daß sie nicht wagen, Dinge zu berühren, die der Regierung nicht angenehm sein könnten.

In den über die Sache näher informirten Kreisen ist man jedoch über die Ursache dieser zahlreichen Eisenbahnunfälle keineswegs im Zweifel. Es ist eine Stimme, daß nur die außerordentliche Arbeitsüberbürdung, welcher das niedere Eisenbahnpersonal ausgesetzt ist, der Grund der erwähnten erschreckenden Vorkommnisse ist! Das Zugspersonal z. B. steht Jahr aus Jahr ein 14 Tage ununterbrochen Tag und Nacht im Dienste, der 15. Tag ist — Reservetag! Urlaub gibt es selbstredend nicht, das ist überhaupt in der ganzen Verwaltung ein Begriff,

leider nur auf die höheren Beamten, hier aber mit einer Regelmäßigkeit und Ausdehnung Anwendung findet, daß sich diese Herren als wahre Martyrer ansehen lassen, wenn einer einmal, Gott weiß aus welchen Gründen, keinen Gebrauch davon macht. Erhält aber ja einer der nieder bediensteten und jämmerlich bezahlten Eisenbahnbeamten ein paar Tage Urlaub, die er nicht zu seiner Erholung, sondern zu Familienangelegenheiten u. s. w. unbedingt nothwendig hat, so muß er erst einen Ersatzmann stellen und auch bezahlen — Fortbezug des ganzen Gehaltes während 4, 6, 8, selbst 10 Wochen Urlaub, existirt nur für die höheren Beamten.

Nicht weniger aufreibend als der Dienst des fahrenden Personals, dabei mit unendlicher Verantwortlichkeit verbunden, ist der Dienst der Weichenwärter! Wir haben Bahnhöfe, wo ein Weichenwärter vier und fünf Weichen zu bedienen hat! Man denke sich hinein in die Lage eines solchen Mannes der den ganzen Tag über bei Sturm und Regen oder in glühendem Sonnenbrand dasteht. Von allen Seiten ist er umbraust von ein- und abfahrenden Zügen, von einer Weiche springt er zur andern, um tausende von Menschen, die seiner Aufmerksamkeit und Pflichttreue anvertraut sind, glücklich zu befördern, — da, eines Tages ist seine Wachsamkeit einen Augenblick ermattet, er ist vielleicht krank oder von Nahrungssorgen gequält; ein Zug braust heran, er fährt empor, die Angst faßt ihn, er schleudert die Weiche herum, — falsch — — jetzt gähnt ihm das Zuchthaus entgegen!

O, wer all den stummen Jammer sehen könnte, der bei diesen armen Leuten wohnen mag! Vor wenigen Tagen erst bei dem Zusammenstoß in Molstein hat sich der dortige Weichensteller, ein langjähriger, braver, pflichttreuer Beamter aus Verzweiflung das Leben genommen. Er hinterläßt ein Weib und sechs arme Kinder!

Doch an diesen Leuten muß gespart werden! Hundert Weichensteller im Lande weniger, macht à 20 Thaler monatlich Ersparniß, im ganzen Lande also 2000 Thlr., gerade soviel als ein Eisenbahndirektor durchschnittlich Jahresgehalt bezieht! Solcher Eisenbahndirektoren haben wir aber hier in Straßburg allein dreizehn, sage und schreibe dreizehn Eisenbahndirektoren. Man kann faktisch um keine Straßenecke biegen ohne über einen Eisenbahndirektor zu stolpern. Daß diese Herren ein Leben führen wie Gott in Frankreich versteht sich von selbst. Neben ihren hohen Gehältern haben sie hohe Diäten, Eisenbahnfreikarten durch die halbe Welt, ja da die armen Herren bei der drückenden Wohnungsnoth sich nicht mit der Sorge um Beschaffung eines standesgemäßen Quartiers befassen können, so hat die hohe Eisenbahnverwaltung für die Herren Direktoren, soweit sie nicht im Bahnhofe untergebracht sind, ein besonderes hochelegantes Gebäude beschafft. Die Leistung der dreizehn Eisenbahndirektoren, denen ein ganzes Heer von Sekretären, die die Arbeit machen, zur Verfügung steht, soll eine wahrhaft colossale sein und bei mehreren derselben im Jahresdurchschnitte kaum 2 Stunden pro Tag betragen!

Wenn mir die Noth und Drangsal und das stumme Dulden der weiter oben erwähnten geplagten Menschenklasse vor den Sinn kommt, dann fällt mir als Contrast zu diesem tristen Bilde einer der hiesigen Eisenbahndirektoren ein, von dem bekannt ist, daß er die Bouquets, deren er für seine Damen bedarf, in Baden-Baden holt! Genau betrachtet, warum soll er es nicht thun? Der Mann hat Zeit, selbstredend auch Geld, überdies ein Eisenbahnfreibillet, und — die Bouquets werden in Baden-Baden wunderschön gebunden!

Dem Menschenfreunde aber krampft sich das Herz zusammen und in bitterem Grolle fragt er: Wann werden unsere sozialen Zustände eine Besserung erfahren!?

Correspondenzen.

Heringswalde, 12. September. Am Sonnabend, den 8. September, hielten wir hier im Hotel „zum goldenen Anker" eine von über 500 Menschen, unter denen sich auch Frauen befanden, besuchte Volksversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand der heutige Nothstand und die Mittel, denselben zu beseitigen. Als Referent war der Reichstagsabgeordnete Herr W. Hasenclever erschienen. Schade war es, daß die hiesigen Fabrikanten zu wenig vertreten waren; dies lag vielleicht daran, daß die Herrchen an der Lektion, die ihnen in der vor der Reichstagswahl im Januar stattgefundenen Volksversammlung ertheilt wurde, noch genug haben. Die Versammlung war damals von den Liberalen einberufen und wir hatten uns mit unserm Candidaten Burkhardt als ungeladene Gäste natürlich auch eingestellt. In der letzten Sonnabendversammlung war größtentheils das jüngere Element, auf das es ja namentlich ankommt, vertreten. Die Versammlung folgte dem gut durchdachten Vortrag des Herrn Hasenclever mit größter Aufmerksamkeit und spendete dem Redner reichlichen Beifall. Wenn übrigens unser hiesiges Lokalblättchen, das „Geringswalder Wochenblatt" über die Versammlung einen etwas absprechenden Bericht bringt, so genirt uns das nicht im geringsten. Für uns ist die Sozialdemokratie nun einmal die einzige Partei des Volkes, und zu ihr werden wir halten in Freud und Leid.

Adorf i. Vgtl. Sonnabend, den 8. ds. M., fand hier eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Ph. Wiemer über: „Was wollen die Sozialdemokraten" referirte und wurde der 1¼ Stunde andauernde Vortrag sehr beifällig aufgenommen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Um die Unkosten der Versammlung zu decken, wollten wir eine Geldsammlung veranstalten, welche aber vom Bürgermeister verboten wurde, alsdann forderte der Einberufer zu freiwilligen Beiträgen auf, da sich jedoch während dieses Zwischenfalls der größte Theil der Versammelten entfernt hatte, so waren die Beiträge nicht hinreichend, die Unkosten zu decken, obwohl die noch Anwesenden nach besten Kräften steuerten. Gegen den Bürgermeister wird Beschwerde geführt werden.

Brambach i. Vgtl., den 10. Sept. Gestern wurde hier eine Volksversammlung abgehalten, in welcher Wiemer unter großem Beifall sprach. Es waren besonders aus Böhmen viele Arbeiter anwesend, da in Böhmen Volkversammlungen nicht gestattet sind. Es ist auch ein im Voigtland allgemein ausgesprochener Wunsch, ein Parteiblatt zu besitzen, und werden wir auf dasselbe hoffentlich nicht mehr lange zu warten haben.

Mannheim. (Bund der Tischler und verwandten Berufsgenossen.) Zur statistischen Ermittelung über die Arbeitszeit, Löhne, Arbeitsräume, Wohnungen, Lebensmittel, Krankheiten Sterbefälle, sowie das Lehrlingswesen der Tischler und verwandten Berufsgenossen in Deutschland hat der unterzeichnete Vorsitzende ein Formular versandt, dessen Rubriken möglichst sorgfältig auszufüllen sind. Der Zweck der statistischen Erhebungen ist eine genaue Kenntniß von unseren Verhältnissen, sowie die immer mehr um sich greifenden Berufskrankheiten und deren Ursachen zu erlangen.

Damit man diesem allgemein anerkannten Bedürfniß keine tendenziöse Absicht unterschieben kann, ersuche ich alle Genossen, aus ihrer Mitte Commissionen zu ernennen. Diese Commissionen haben alle Fragen möglichst genau zu beantworten und dann in einer oder mehreren öffentlich hierzu arrangirten Versammlungen alle Fragen zu debattiren und deren durch die Majorität sanktionirten Beschluß als maßgebend zu betrachten. Solche Orte, denen der Fragebogen nicht zugegangen ist, mögen sich an Unterzeichneten wenden, auch ist derselbe bereit, alles zum Anschluß an den Bund der Tischler und verwandten Berufsgenossen benöthigte Material zu versenden.

Ich hoffe, daß ein Jeder sein Möglichstes zur Erlangung einer genauen Statistik über unsere Lebenslage beitragen wird.

Mannheim, G 2, 16.

Ferd. Weidemann.

Vorsitzender des Bundes der Tischler und verw. Berufsgenossen.

Mannheim. Allen Gewerks- und Gesinnungsgenossen zur Nachricht, daß hier eine Allgemeine Gewerkschafts-Herberge gegründet wurde, und ersuchen wir daher alle zureisenden Genossen nur in dem **Gasthaus zur „Neuen Welt" von J. Buttle, J. 5, 16,** zu verkehren. Parteiblätter und Schriften liegen auf und ist für gutes Logis, Speisen und Getränke bestens gesorgt.

J. A. der Herbergscommission: Fr. Schneider, R. 5. 7.

NB. Wir ersuchen dringend, die zugesandten diesbezüglichen Plakate im Verkehrslokal aufhängen zu wollen. D. O.

An die Parteigenossen und Leser des „Vorwärts" in London.

Da ich vom hiesigen Communistischen Arbeiter-Bildungs-Verein zum Agenten des „Vorwärts" gewählt bin und ich als solcher von heute ab in Funktion trete, so ersuche ich die hiesigen Abonnenten und Leser des „Vorwärts", da mit dem 1. Oktober ein neues Quartal beginnt, Abonnements für das 4. Quartal sowohl rechtzeitig zu erneuern, als auch die Gelder pränumerando einzusenden, damit in der Zusendung des „Vorwärts" keine Unterbrechung eintritt.

Die Preise sind wie bekannt folgende:

1	Exemplar	1mal	wöchentlich	3s	—d.
1	„	3mal	„	4s	2d.
2	„	„	„	6s	—d.
3	„	„	„	7s	6d.
6	„	„	„	15s	—d.

Da ein Wechsel in der Agentur eingetreten ist, so ist es nothwendig, daß die Leser und Solche, die es werden wollen, ihre Bestellungen nebst genauer Angabe ihrer Adresse vor dem 28 September besorgen, um jede Verzögerung in der Zusendung müglichst zu vermeiden. Alle nicht bis dahin speziell abbestellten Exemplare gelten als weiter abonnirt. Bestellungen nehme ich in der Versammlung und in meiner Wohnung jeder Zeit entgegen.

W. Hoffmann.
37a, Princes Str. Leicester squ. London W.

An die Leser des „Vorwärts" und der „Neuen Welt" und die Parteigenossen zu Osnabrück.

Wiederum naht ein Quartal sich dem Ende. Pflicht jedes Lesers und Parteigenossen ist es, mit aller Kraft für die Verbreitung des „Vorwärts" und der „Neuen Welt" einzutreten, die Zeit des Handelns ist jetzt gekommen, Worte ohne Thaten nützen uns nichts, deshalb muß Jeder, der einen Abonnenten auftreiben kann, behilflich sein und ihn mit Rath und That unterstützen. Selbst die Parteigenossen, die längere Zeit lässig in der Sache waren, müssen wieder in die Aktion eintreten und auf den „Vorwärts" und die Neue Welt" abonniren. Denn ohne den „Vorwärts" zu lesen, ist es nicht gut möglich, ein richtiges Urtheil über unsere Bewegung, sowie über die politische und ökonomische Lage des Volkes zu erhalten. Auch die „Neue Welt" ist eine Lektüre, die auf dem Gebiete der Unterhaltung, Belehrung sich jedem anderen zur Seite stellen kann, das heißt, soweit sie noch nicht von der „Neuen Welt" überflügelt sind. Am 1. Oktober tritt der Abschluß eines Abonnementsjahres für die „Neue Welt" ein. Die „Neue Welt" kostet in Heften 30 Pf., per Quartal 1,20 M. Etwaige Bestellungen sind bei Graue, Mellerstr. 2w, zu machen. Nochmals, Leser und Genossen, tretet kräftig ein für die Verbreitung obiger Blätter, auf diese Weise wirken wir nachhaltig für unsere Grundsätze. —d—

Aufruf an die gesammten Gewerkschaften Deutschlands.

„Einer für Alle, Alle für Einen", das war stets unsere Devise und soll es stets bleiben. Es ist auch diese unsere Devise die Veranlassung, daß wir heute mit einem Aufrufe an die Gewerkschaften im Allgemeinen herantreten. Glaube aber ja Niemand, daß wir mit etwas Neuem an die Gewerkschaften herantreten, denn Dasjenige, was wir in Nachstehendem den verschiedenen Gewerkschaften zur dringenden Beachtung empfehlen, wurde schon in früheren Jahren behandelt.

Wie den älteren Mitgliedern der Gewerkschaften bekannt ist, wurde im Jahre 1875 auf der Allgemeinen Gewerkschaftsconferenz, die in Gotha tagte, eine Sache verhandelt, die von allen Seiten freudigst begrüßt wurde, nämlich: „Die Vereinigungsfrage der sämmtlichen Gewerkschaften."

Ist die Vereinigung in einzelnen Beziehungen nun auch durchgeführt worden, so harrt sie dennoch ihrer vollkommenen Lösung.

Um diesem Ziele immer mehr und mehr zuzusteuern, glauben wir, es sei jetzt an der Zeit, sich darüber klar zu werden, in wie weit die Bereitwilligkeit in dieser Beziehung in den Gewerkschaften vorhanden ist.

Zwar wissen wir, daß eine allgemeine Centralisation unter den heutigen Verhältnissen nicht durchführbar ist, aber es thut dennoch Noth, immer mehr und mehr darauf hinzuwirken, und erlauben wir uns in dieser Beziehung den verschiedenen Gewerkschaften folgenden Vorschlag zu unterbreiten:

In Erwägung, daß die einzelnen Gewerkschaften nicht im Stande sind, eine Aufbesserung in ihrer Branche herbeizuführen, möge man darauf hinwirken, daß eine allgemeine Centralisation der sämmtlichen Gewerkschaften angebahnt werde; als nächstes Anbahnungsmittel muß ein Centralorgan für sämmtliche Gewerkschaften in's Leben gerufen werden. Dieser Vorschlag gewährt auch in jeder anderen Beziehung den Gewerkschaften Vortheile. Augenblicklich hat fast jede Gewerkschaft ihr eigenes Organ, aber sie sind nicht immer im Stande, nur die Kosten für die Redaktion aufzubringen, geschweige denn noch etwas für die Verbreitung ihrer Organisation leisten zu können. Haben wir erst ein Centralorgan, so tritt in dieser Beziehung zunächst eine große Verminderung der Ausgaben ein. Wohl werden uns Einzelne entgegen halten, das Centralorgan könne sich nicht so eingehend mit den verschiedenen Gewerksangelegenheiten befassen. Dieser Ansicht haben wir entgegenzuhalten, daß diejenigen Sachen, welche in den Gewerkschaftsorganen über die Entwickelung der einzelnen Gewerbe mitgetheilt werden, von den Abonnenten der Organe am wenigsten Beachtung finden. Dem muß entgegengearbeitet werden und das kann nur am besten geschehen durch Schaffung eines Centralorgans. Hierdurch wäre ein großer Schritt in der Weiterentwickelung der Gewerkschaften geschehen und unser Wahlspruch: „Einer für Alle, Alle für Einen" würde zur Wahrheit werden. Darum ersuchen wir nochmals, über diese Sache nicht hinwegzugehen, sondern möge ein Jeder sich dieselbe zu Herzen nehmen, reiflich überlegen und sich in keiner Beziehung durch Vorurtheile, Kastengeist und dergleichen beeinflussen lassen, dann werden wir uns auch immer mehr und mehr dem Ziele, welches wir uns gestellt haben: „die Arbeit zu befreien vom Drucke des Kapitals", nahern.

Hannover, 12. Septbr.

Mit brüderlichem Gruß
Die vereinigten Gewerkschaften in Hannover.
Im Auftrage der Commission:
A. Wellert. H. Schaars. C. Weemann.

NB. Alle arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck obigen Aufrufs gebeten.

Bekanntmachung.

Die unterzeichneten Vertreter der pfälzisch-badischen Parteigenossen erklären, daß die Parteimitglieder Anton Grabler aus Neustadt a. d. H. und Michael Fürst, Schuhmacher, aus Speier, als nicht mehr zur Partei gehörig betrachtet werden.

Mannheim, 29. August.

Das pfälzisch-badische Agitationscomité.
J. A.: Ph. Koch, Mannheim J. 5. 16.

Briefkasten

der Redaktion. P K. in Frankfurt a. M.: Wir halten die ganze Angelegenheit nunmehr für abgethan. Rede und Gegenrede ist erfolgt und so wollen wir Schluß machen. — H. B. in Schmölln: Es sind Schritte gethan, damit die Wahrheit endlich an den Tag kommt. Ihren Bericht werden Sie inzwischen im „Vorwärts" gefunden haben. — R. S. in Liège: Der erste Bericht war nicht gut verwendbar; senden Sie doch einen präciser ausgearbeiteten über die dortigen Arbeitsverhältnisse ein, den wir gern verwenden wollen. Besten Gruß. W. H. — J. G. in Landau: Der Artikel: „Friede ernährt, Unfriede verzehrt" ist ein Böhmert'sches Machwerk, mit dem wir uns nicht befassen können. Den Fall Deter haben wir übrigens genügend behandelt. —

der Expedition. R. Hochstein in Pößneck: 25 Marktverzeichnisse an H. sind abgegangen. Bei Bestellung stets zu bemerken, was für Marktverzeichnisse gewünscht werden. — L. L. Kngsbrg: Wenden Sie sich nach London direkt. Hier Niemand bekannt. — H. Todt in M.: Antheile der Genossensch.-Dr. können nicht auf Rückzahlung gekündigt, sondern nur an Parteigenossen verkauft werden. (§ 13 d. St.) Hier Berauf z. Z. nicht möglich. Schaffen Sie Jemanden. Gruß!

An die Redaktion der „Zukunft". Bis jetzt (Mittwoch, den 19. ds., Vormittags) ist uns noch kein Exemplar des 1. Heftes der „Zukunft" zugegangen. Wo bleibt Bestellung der Expedition? D. R. d. „V."

Quittung. J. Schmdt München Ab. 3,00. Arbeiterpartei hier Ann. 10,60. Rdgr Halle Ab. 13,50, Schr. 3,00. Pfrtzschnr Hohenstein Ab. 18,00. Flr Schwäb.-Gmünd Ab. 10,00. Kaufmnn Erlangen Ab. 18,10, Schr. 25,00. Sch Düsseldorf Ann. 1,00. Wnnr Bochum Ann. 0,80. Schfr Gohlis Ab. 13,50. Grmm Braunschweig Schr. 0,30. Dr. F. Jena Schr. 0,50. Dr. Herr Schluckenau Schr. 2,28. R. Mzgr Oggersheim Schr. 13,40. Lnz Innstadt-Passau Schr. 1,00. Bnnwtz Brandis Schr. 1,25. Schndr Beerfelden Schr. 0,60.

Frankfurt a. M. u. Umg. Allen Genossen zur Nachricht, daß Wochen- und Monats-Abonnements auf alle sozialistischen Zeitungen „Vorwärts", „Neue Welt", „Rundschau", „Die Zukunft", „Berliner Freie Presse", „Hamburg-Altonaer Volksblatt", „Volksfreund" u. s. w. zu jeder Tageszeit angenommen werden, ferner mache ich darauf aufmerksam, daß bei mir Aufträge auf Drucksachen aller Art, z. B. Adreßkarten, Visitenkarten, Rechnungen, Circulaire u. s. w. angenommen werden. Alle Drucksachen werden billig und nach Wunsch schnell und bestens besorgt.

W. Knoke, Kl. Eschenheimerstraße 34 II.

NB. Den geehrten Abonnenten des „Vorwärts" u. s. w. die noch im Rückstand sind mit Abonnementsgeld vom 1. und 2. Quartal ꝛc. werden ersucht ihren Pflichten nachzukommen, widrigenfalls sie kein Blatt mehr erhalten und veröffentlicht werden. Dieses gilt auch für Diejenigen, die abgereist sind.

Hamburg. Korbmacherbund.
Sonnabend, den 22. September, Abends halb 9 Uhr, im „Salon zum Roland", 1. Jakobstraße Nr. 19:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Zuchthausangelegenheit. 3. Arbeitsangelegenheit. [80

F. Wirckeling.

Düsseldorf. Die Versammlungen des sozialdemokratischen Wahlvereins finden von jetzt ab regelmäßig

Samstags Abends 9 Uhr

im Lokale des Herrn Deussen, Mühlenstraße am Burgplatz, statt. [1,00

Der Vorstand.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 22. September, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11: (F. 164)

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Vorträge über die zehn Gebote von H. Meister. [80

Der Vorstand.

Leipzig. Gewerkschafts-Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. (Eingetr. Genossenschaft.)
Sonnabend, den 22. September, Abends halb 9 Uhr, bei Hrn. Träger, Thiem'sche Brauerei, Tauchaerstraße Nr. 12:

Versammlung.

Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen Der Vorstand.
NB. Aufnahme neuer Mitglieder. [80

Zur Beachtung. Meine Adresse ist statt Kl. Eschenheimerstraße 45 jetzt 34 II.
W. Knoke, Frankfurt a. M., Kl. Eschenheimerstraße 34 II.

Durch gerichtlichen Beschluß gezwungen zu liquidiren, unterstellt hiermit die

Genossenschaftsbuchdruckerei Augsburg
(E. G. in Liquid.)

ihr Geschäft, den Druck und event. Verlag des hiesigen wöchentlich dreimal erscheinenden sozialistischen Blattes der „Volkswille", nebst Privatarbeiten aller Art dem Verkaufe.

Gef. Anfragen sind an den Geschäftsführer der Druckerei Herrn Leonhardt Tauscher zu richten. [3,60

Die Liquidations-Commission.

Für den Kreis Bochum.

Sonntag, den 23. September, Nachmittags 4½ Uhr findet im Lokale des Herrn Wilh. Schober, Wittener Straße Nr. 42 zur Constituirung einer Zeitungscommission eine Zusammenkunft statt, wozu sämmtliche zum Kreise Bochum gehörende Gesinnungsgenossen eingeladen werden. [80

Hoffentlich werden alle Mann am Platze sein.

Mit Gruß und Handschlag Mehrere Genossen.

Vom Protokoll

des zu Gotha stattgehabten

Sozialisten-Congresses

ist noch eine kleine Partie vorräthig. Preis 25 Pfg., bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren 20 Pfg. Versendung nur gegen baar oder Nachnahme unter Beifügung von 10 Pf. Porto für je 5 Exemplare.

Bestellungen sind zu machen bei C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heine, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 112. Sonntag, 23. September. 1877.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober 1877 beginnt ein neues Quartal, und ordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, **54 Pf.** pro Monat für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** 2c. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost Hauptstr. 10 I; für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 1; für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 7; für **Plötteritz** bei E. Grude, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

An die Leser des „Vorwärts"!

Das Kaiserliche General-Postamt zu Berlin hat verfügt, daß die bisher bestandene Ausnahmebestimmung, wonach gewisse Zeitungen auch auf einen Monat nur, innerhalb Sachsens durch die Post bezogen werden konnten, von jetzt an aufgehoben werde.

Es werden daher vom 4. Vierteljahre ab in Gemäßheit der allgemeinen Bestimmungen außer den Vierteljahrsbestellungen nur Zeitungsbestellungen auf den 2. und 3. Monat zusammen, sowie auf den 3. Monat jeden Vierteljahres besonders, angenommen, bezw. aufgegeben werden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Ueber den „sozialdemokratischen Congreß" in Gent

bringt das offizielle Organ der nationalliberalen Partei, die „Nationalliberale Correspondenz", einen Artikel, dessen wir schon in voriger Nummer erwähnten, und den wir hier vollständig folgen lassen:

„Der Congreß der Sozialdemokraten in Gent hat den Beschluß gefaßt, daß dem Elend und der Aushungerung des Volkes nur abgeholfen werden könne, wenn der Staat Eigenthümer des Grund und Bodens und der übrigen Arbeitsinstrumente würde. Dieser Beschluß legt wieder Zeugniß dafür ab, daß die moderne Sozialdemokratie rein communistisch ist. Allerdings ist dies nichts Neues. Schon auf dem Baseler Congreß beschlossen die Sozialdemokraten, daß das Ackerland in gemeinschaftliches Eigenthum verwandelt und der Boden von Staatswegen an Ackerbaugenossenschaften verpachtet werden müsse. Die französischen Sozialisten warnten vor diesem Beschlusse. Sie fürchteten, daß die französischen Bauern davon Wind bekommen und daß es dann den Sozialisten in Frankreich gelegentlich übel ergehen könne. Die Deutschen aber klatschten Beifall, denn, meinte Herr Bebel, als er auf dem ersten Congreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Stuttgart die Baseler Beschlüsse vertheidigte: die Wissenschaft habe sich auch bereits über die Grund- und Bodenfrage ausgesprochen und die Unmöglichkeit des Parzellenbetriebes der mittleren und kleinen Bauern nachgewiesen. Wie der kleinbürgerliche Handwerksbetrieb, so sei auch der kleinere landwirthschaftliche Betrieb nicht mehr möglich. Wie dort die Großindustrie das kleine Gewerbe, so erdrücke hier der Großgrundbesitz mehr und mehr den kleinen Ackerbau, und das müsse so sein, da ein rationeller Betrieb eben nur im großen durch Benutzung der Maschinen 2c. noch möglich sei.

„Bekanntlich steht diese Vorstellung durchaus im Widerspruche mit den wirklichen Thatsachen. Die Gewerbestatistik, welche bei Gelegenheit der letzten Reichszählung veranstaltet wurde, hat den schlagenden Beweis geliefert, daß die Hauptkraft des Gewerbfleißes auch heute noch in dem Kleingewerbe ruht und daß die behauptete Auffaugung des letztern durch den Großbetrieb nichts als eine Redensart ist. Von einer Zahl von 1,667104 Betrieben nahm das Kleingewerbe nicht weniger als 97 Prozent, d. h. 1,623591 Betriebe in Beschlag. Allerdings war in den 43513 großen Betrieben eine ganz erhebliche Kopfzahl beschäftigt. Immerhin aber betrug diese Zahl nur 38 Prozent sämmtlicher Erwerbthätigen, während 62 Prozent oder in Zahlen 2¼ Million Menschen in dem Kleinbetriebe beschäftigt waren. Die Gewerbestatistik hat auch klar gelegt, woher dieses Ueberwiegen des Kleingewerbes rührt und warum es auch in Zukunft sich nicht zu Gunsten der Großbetriebes ändern kann. Es sind eben ganz bestimmte Geschäftszweige, welche am vortheilhaftesten im Großbetriebe ausgeübt werden, wie z. B. Berg- und Hüttenwerke, Rübenzuckerfabriken 2c.; und wiederum eine Reihe von andern, die der Natur der Dinge nach niemals in den Großbetrieb übergehen können, sondern die lokalen Bedürfnisse in lokaler Begrenzung auch in Zukunft befriedigen werden, als da sind die Schneider und Schuhmacher, die Bäcker, Fleischer, Tischler 2c.

„Ebenso den Thatsachen entgegengesetzt ist nun die Behauptung, daß die mittlern und kleinen Bauern allmählich von dem Großgrundbesitze verschlungen würden und sich ihm gegenüber nicht mehr halten könnten. Seit der Stein-Hardenberg'schen Agrargesetzgebung, welche einen freien Bauernstand in Preußen erst schuf, hat das Uebergewicht des Großgrundbesitzes über den mittlern und kleinen Besitz nicht zu-, sondern abgenommen. Wenn in einigen Provinzen Bauernstellen verschwunden sind, so sind im großen und ganzen dagegen weit mehr kleine Eigenthümer entstanden, als 1815 existirten. Ja in den schlechten Zeiten, welche die Landwirthschaft besonders in den letzten zehn Jahren durchgemacht hat, war es ein allgemein anerkannter Satz, daß sich verhältnißmäßig am besten noch der kleine Besitzer stehe, der seine eigene Arbeitskraft in seinen Besitz hineinwerfen könne und die theuern Arbeitslöhne nicht zu zahlen habe. Die neuern Maschinen, die künstlichen Düngemittel 2c. haben auch die deutschen Bauern bereits für sich nutzbar gemacht, indem sie sich zu gemeinschaftlichen Anschaffungen assoziirten. Die Maschinen sind überall sichtbar thätig, wo der gebirgige Charakter des Bodens oder die bisher noch nicht durchgeführte Zusammenlegung der Grundstücke das nicht verhindern. Die realen Verhältnisse entwickeln sich also genau in der engegengesetzten Richtung, wie die Sozialdemokraten zur Motivirung ihres communistischen Programms behaupten.

„Bei diesen Beschlüssen der Baseler, Stuttgarter, Genter 2c. Congresse scheint uns Eins am merkwürdigsten, nämlich das doppelte Spiel, welches die sozialistischen Führer unter sich und gegenüber dem Volk treiben. Auf ihren Congressen sind sie reine Communisten, schaffen das Eigenthum an Grund und Boden und an allen Arbeitsinstrumenten auf das gründlichste ab und, was daraus von selbst folgt, auch die Ehe und Familie. In ihren Wahlagitationen aber hüten sie sich wohl, von diesem Programm etwas zu verrathen. Sie beschränken sich vielmehr auf allgemeine radikale Phrasen, ja es gelingt ihnen mit ebenso viel Dreistigkeit als Glück, vor der Masse der Wähler ihr eigentliches Programm zu verstecken. Man darf wohl behaupten, daß die Klarlegung dieses Programms vor dem kleinsten Gewerbtreibenden in der Stadt, dem kleinsten Besitzer auf dem Lande, ja dem Arbeiter und besonders der Arbeiterfrau die Folge haben würde, daß die sozialdemokratischen Agitatoren mit Schimpf und Schande aus den Wählerversammlungen hinausgejagt würden. Aber es wird eben nicht klar gelegt, sondern verhüllt, und an seine Stelle werden allgemeine Schlagwörter über die Noth der unterdrückten Volksklassen gesetzt. Wie sehr die sozialistischen Führer diesem Doppelspiel vertrauen, zeigen von neuem die Beschlüsse des Genter Congresses. Wäre es möglich, dieselben der Masse des deutschen Volkes allgemein zum Verständniß zu bringen, so würde an diesem Tage die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Macht vernichtet sein."

So weit die „Nationalliberale Correspondenz". Wir haben bereits darauf aufmerksam gemacht, daß die Behauptung, die Sozialdemokratie scheue sich, bei der praktischen Agitation Farbe zu bekennen, habe sozusagen ein doppeltes Programm: eins für die Eingeweihten (auf Congressen) und eins für das große Publikum (bei Wahlen 2c.), eine alberne von gänzlicher Unkenntniß unserer Bewegung zeugende Verläumdung ist. Die Verhandlungen und Beschlüsse unserer Congresse, der internationalen sowohl als der deutschen, werden stets der weitesten Oeffentlichkeit übergeben, und was speziell den Beschluß in der Grund- und Bodenfrage betrifft, welcher die Entrüstung der „Nationalliberalen Correspondenz" erregt hat, so ist derselbe nicht nur, wenn auch nicht in gleichem Wortlaut, doch gleich in der Substanz, auf verschiedenen Congressen (in Brüssel 1868, in Basel 1869 und in Stuttgart 1870) gefaßt, sondern auch, seinem Wesen nach, in das Programm der sozialdemokratischen Partei aufgenommen, und obendrein in verschiedenen, massenhaft verbreiteten größeren und kleineren Broschüren begründet und als ökonomische Nothwendigkeit erwiesen worden — von hunderten, die Grund- und Bodenfrage im Sinne jenes Beschlusses behandelnden Zeitungsartikeln in der sozialdemokratischen Presse gar nicht zu reden.

Bei der letzten Reichstagswahl suchten die Gegner durch den „Theilerei"-Wauwau auf die Bauern zu wirken, allein wo immer unsere Agitatoren auftraten gelang es ihnen, ohne daß sie ein Jota des Prinzips zu opfern brauchten, den Argwohn der Landbevölkerung zu entwaffnen, und die Bauern zu überzeugen, daß die sozialistische Lösung der Grund- und Bodenfrage auch in ihrem Interesse sei. Warum hüteten sich unsere Gegner, aus der, die äußersten Consequenzen des Sozialismus aussprechenden Schrift Liebknecht's über die Grund- und Bodenfrage bei der letzten Wahl Kapital zu schlagen? Sonst benutzte man ja jedes Wort, das eine Handhabe bot; und hier hatte man das „rothe Gespenst" ächt und unverhüllt. Aber man hütete sich, es in Contribution zu setzen, denn alles in der Schrift Ausgesprochene ist derart motivirt, daß seine Berechtigung Jedem klar wird.

Beiläufig hat die „Nationalliberale Correspondenz" den Beschluß des Genter Congresses gar nicht verstanden. Die Gemeinschädlichkeit des Privateigenthums an Grund und Boden braucht auf einem sozialistischen Congreß nicht mehr dargelegt zu werden: das, worauf es in Gent ankam, war den reaktionär-utopistischen Gruppen-Phantastereien der sogenannten Anarchisten entgegenzutreten, und zu betonen, daß der Sozialismus nicht einen Rückschritt aus der modernen Großproduktion in die mittelalterliche Zunftwirthschaft, sondern umgekehrt einen Vorschritt aus der Privat-Großproduktion in die konzentrirte, aufs Aeußerste gesteigerte sozialistische Großproduktion durch den Staat will. Der Beschluß war also ein wesentlich polemischer, und der ganze Nachdruck liegt auf dem Worte „Staat", im Gegensatz zu dem von den Bakunisten befürworteten Arbeiter-Gruppen, welche den Ackerbau, wie alle übrigen Arbeitszweige besorgen sollen.

Nun zu etwas Anderem.

Die „Nationalliberale Correspondenz" sucht zu bestreiten, daß die Großindustrie die Kleinindustrie (der Großackerbau den Kleinackerbau) verdränge und behauptet, die bei Gelegenheit der letzten Volkszählung aufgenommene Gewerbestatistik habe „den schlagenden Beweis geliefert, daß die Hauptkraft des Gewerbfleißes auch heute noch in dem Kleingewerbe ruht." Entweder verübt die „Nationalliberale Correspondenz" hier einen Sophismus, oder sie schlägt der Wahrheit ins Gesicht. Richtig ist, daß in Deutschland die Mehrzahl der Gewerbtreibenden — die Lohnarbeiter eingeschlossen — noch dem Kleingewerbe angehört, richtig ist aber auch, daß das Kleingewerbe stetig an Boden verliert. Mit einer einmaligen statistischen Feststellung ist da gar nichts festgestellt. Es bedarf einer regelmäßigen, periodischen Feststellung; nur durch eine solche läßt sich die ökonomische Bewegung erkennen und konstatiren. Leider fehlt uns bis jetzt in Deutschland eine derartige Statistik; das hindert indeß nicht, daß wir einen Ueberblick über den Stand des deutschen Klein- und Großgewerbs, einschließlich des Ackerbaues, gewinnen können. Es ist eine tausendfach erwiesene Thatsache, daß der Kleinbetrieb in Industrie und Ackerbau die Conkurrenz mit dem Großbetrieb nicht auszuhalten vermag. Die Redakteure der „Nationalliberalen Correspondenz", die offenbar in wirthschaftlichen Dingen von rührender Naivetät sind, sollen nur einmal ihre respektiven Schuhmacher, Schneider, Tischler u. s. w. fragen, wie es um das Kleinhandwerk steht, und sie werden eine Antwort bekommen, daß ihnen die Augen übergehen, und die Schuppen von den Augen fallen. Wir wetten, der Schneidermeister oder Schuhmacher des Herrn Wehrenpfennig, des leitenden Geistes der „Nationalliberalen Correspondenz", wird in viertelstündiger Vorlesung den staatsmännischsten der nationalliberalen Staatsmänner zur Einsicht bringen, daß der Großbetrieb in Gestalt von Confektionsanstalten, Schuh- und Stiefelfabriken mit Maschinerie auch auf Gebieten, welche die „Nationalliberale Correspondenz" gegen die Uebergriffe des Großkapitals gefeit glaubt, dem Kleinbetrieb die Schlinge bereits um den Hals geworfen hat.

Es liegt dies auf der Hand: Das Großkapital dehnt sich immer mehr aus; es bemächtigt sich eines Gebiets des wirthschaftlichen Lebens nach dem andern, erst derjenigen, auf denen der Großbetrieb sich am leichtesten einführen läßt, dann, die Fang- und Saugarme stets weiter ausstreckend, der Reihe nach jener Gebiete, auf denen die Einführung des Großbetriebs mit größeren oder geringeren Schwierigkeiten verbunden. Nicht ein Gebiet kann auf die Dauer dem Großkapitalismus widerstehen. Und daß das Großkapital dem Kleinkapital im Conkurrenzkampf überlegen ist, daß 100,000 Thaler im Conkurrenzkampf mit 10,000 oder gar 1000 Thaler ebenso sicher und leicht fertig werden, wie eine Armee von 100,000 Soldaten im Waffenkampf mit 10,000 oder gar 1000 Soldaten, das werden die Gelehrten der „Nationalliberalen Correspondenz" wohl begreifen. Dazu braucht man keine nationalökonomischen Studien gemacht zu haben.

Was insbesondere den Ackerbau betrifft, so hat die Statistik jeder Flunkerei und Faselei den Boden entzogen. Sie sagt — und an dem Wort der Statistik läßt sich weniger deuteln als an dem Wort eines Königs oder Kaisers — sie sagt: **der Kleinackerbau kann die Conkurrenz mit dem Großackerbau nicht aushalten; der Kleinackerbau steht auf dem Aussterbeetat.**

Wir würden den Gelehrten der „Nationalliberalen Correspondenz" gern mit den beweisenden Ziffern aufwarten, aber es ist für die Herren vortheilhafter, wenn sie sich die Ziffern selbst aufsuchen; es haftet dann fester. Wissen sie die Quellen nicht zu finden, nun so mögen sie sich an den ersten besten Sozialdemokrat wenden. Zum Exempel an ihren Schuhmacher- oder Schneidermeister, der, wir wetten 100 gegen 1, ein Sozialdemokrat ist, weil — je nun, weil er von den ökonomischen Vorgängen und dem Verhältniß des Großbetriebes zum Kleinbetrieb, durch die Erfahrung gewitzigt, mehr weiß und ein klareres Verständniß hat, als die Gelehrten der „Nationalliberalen Correspondenz".

Nationalliberale Politik und eine sozialdemokratische Studenten-Adresse.

Münster, den 16. September.

Ihren Wunsch, Ihnen dann und wann einige Nachrichten über „Finstermünster" zukommen zu lassen, kann ich schon jetzt wieder erfüllen. Gerade hatte ich einem armem verheiratheten Eisenbahnarbeiter, dessen Lohn ohne Grund von 16 Sgr. auf 15 Sgr.

herabgedrückt worden, einige vorzügliche Führungs-Atteste geordnet und abgeschrieben, als ein Freund mir die neuesten Zeitungen brachte. Auf den ersten Blick bemerkte ich, daß Ludwig Glaser abermals einen dummen Streich gemacht hatte. Es ist zu natürlich; in einer Stadt, die von den Ultramontanen geknechtet wird, muß auch dem Leithammel der Liberalen die Kaplansdefensive in den Knochen stecken: Gibt dir Jemand einen Streich auf die linke Wange, so reiche ihm auch die rechte dar. Eben noch hat die „Westfälische Provinzial-Zeitung" eine Ohrfeige erhalten für eine Gemeinheit, die sie auf sozialem Gebiet verübt, und deren Motive, wie ich zu ihrer Ehre annehmen will, nicht in ihrem Charakter, sondern in ihrer bornirten Unwissenheit zu suchen sind, so begeht sie eine neue Dummheit auf dem Gebiete der Politik. Dieselbe besteht in einem Leitartikel, der wahrscheinlich nicht von dem Redakteur Glaser geschrieben, denn dazu soll ihm die geistige Begabung fehlen, sondern aus einem jener bekannten Berliner Leitartikel-Bazare bezogen ist und auch das Abzeichen jener Fabrikate trägt: Billig und schlecht.

Erlassen Sie es mir, Stellen aus demselben zu citiren; ich will aus den sechzig gelogenen Zeilen nur die Quintessenz mittheilen. — „Die erlauchte Person des russischen Kaisers will keine Eroberungen machen, sondern nur die Christen von dem Joche des Islam befreien. Deutschland muß das glauben. Unser Volk muß den Russen sogar dankbar sein, daß sie so lange (sic!) den Angriffen der Türken widerstanden haben. Denn — siegen die Türken, so werden sie erst recht nicht aus Europa gehen." — Mit den letzten Worten hat der Verfasser eine Masche seines Schwindelnetzes fallen lassen. Die Türken sollen also doch aus Europa gejagt werden? Ist das die Vorbedingung zur Befreiung der Christen, die Garantie, welche Kaiser Alexander fordert? Und wenn die Türken fort und die Christen frei sind, was wird aus der europäischen Türkei? Die „geistreiche", gut unterrichtete „Provinzial-Zeitung" wird natürlich prophetisch voraussagen können, daß der Kaiser, wenn die paar Christen ihm etwa sagen werden: Der Mohr hat seine Arbeit gethan, der Mohr kann gehen — mit seinen decimirten Regimentern gemüthlich nach Hause marschirt, getragen von dem süßen Bewußtsein, die Humanität gerettet zu haben. Sie kann versichern, daß der Czar und Pabst aller Reussen die Christen nicht mit der Knute in die orthodoxe Giftbude peitschen, die neuen Provinzen nicht russifiziren und mit russischen Großfürsten besetzen, die Fürsten von Serbien und Rumänien nicht zu seinen Vasallen machen wird, und daß der russische Doppelaar viel zu besonnen ist, um schließlich in die slavischen Länder Oesterreichs einzufallen, selbst wenn es Deutschland ihm erlauben sollte. Wenn von Berlin aus an Carol die Ordre ergeht, die Russen zu unterstützen, und diese die rumänischen Bundesgenossen bei Plewna vor die Alternative stellen, den russischen Kugeln sicher, den türkischen wahrscheinlich zum Opfer zu fallen, so geschieht diese Pulverisirung einer Armee nicht, um dem Volke das militärische und politische Selbstbewußtsein zu rauben und es zum gefügigen Werkzeug slavischer Politik zu machen, sondern nur — um die Christen zu befreien. Gortschakow ist ein viel zu schlauer Staatsmann, um nicht einsehen zu können, daß der Besitz von Konstantinopel für den russischen Handel werthlos ist, daß es vollständig unsinnig ist, die Stadt am goldenen Horn, den wohlgeschürzten Knotenpunkt zweier Welttheile, als das Diamantschloß des osmanischen Reiches zu betrachten. Und sollte dem Leiter Rußlands wirklich einmal in einem schwachen Augenblicke der Appetit nach einem Stückchen „Vaterland" kommen, so wird er sich auf die Knie werfen und Gott im Namen des europäischen Gleichgewichts anflehen: „Führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von allem Uebel. Amen."

Das Alles kann man zwischen den Zeilen des offiziösen oder offiziellen Artikels lesen, dessen Abfassung ebenso von Berlin aus commandirt wurde, wie das Losschlagen Rumäniens. Wenn der Schreiber desselben nur etwas vorsichtiger zu Werke gegangen wäre und sich nicht selbst verrathen hätte. Er hat seinen Artikel in den Styx stählender Heuchelei und Servilität getaucht, daß derselbe förmlich davon trieft, doch wo die Hand der wahren Gesinnung ruhte, ist er verletzbar geblieben: Türken 'raus! —

Mehr Interesse wie die verkommene Politik der Liberalen bietet die Aufnahme, welche die bekannte sozialdemokratische Adresse einiger Studenten unserer Hochschule bei den biederen Münsteranern gefunden hat. Die Wirkung derselben, als sie bekannt wurde und in alle größeren Blätter der Provinz überging, war wirklich groß. Solch' freie, lichttrunkene Worte waren in „Finstermünster" unerhört, ein Ereigniß, ein unerwarteter Schlag. Aber nicht ein plumper Faustschlag der Staatsgewalt, auch kein jesuitischer Fußtritt, sondern eine von kräftiger Studentenhand elegant geschlagene, prächtig sitzende Tiefquart. In allen Kneipen sprach man von den kühnen Studenten und forschte nach ihren Namen. Verblendet betrugen sich namentlich die ultramontanen Collegen. Ein liberaler Akademiker erzählte mir, es sei wahrhaft zum Erstaunen, was seine Kameraden, die keine blasse Ahnung von dem Wesen des sozialdemokratischen Prinzips hätten, zusammenflunkerten. Die Einen röchen Petroleum und glaubten an Massenmordmaschinen à la Thomas, die Andern meinten, nun solle es womöglich gleich am kommenden Morgen losgehen; Baron Romberg und Commerzienrath Petersen z. B. würden auf den Markt geschleppt und müßten ihre Reichthümer in gleichwerthigen Theilen an die 30,000 Bewohner Münsters abgeben. Was für einen Begriff müssen die Leipziger und Berliner Studenten von solchen Commilitonen bekommen! Dr. Stender scheint Recht zu haben; solche Knaben können gefährlich werden. Die „Westfälische Provinzial-Zeitung" war vor Schrecken ganz „paff" und konnte nur einige Worte der Neugierde stammeln. Die „Kölnische Volkszeitung" hält eine Mystification, worauf das „Mysterium der Religion" hindeute, für möglich. Sie begreift nicht, daß das Wort „Mysterium" jedes Mal in ironischem Sinne gebraucht ist. So kommen die sozialdemokratischen Studenten noch in den Geruch, fromme christliche Sozialisten zu sein. Schlau sind die Ultramontanen doch!

Am originellsten hat sich der „Westfälische Merkur", das Organ der clericalen Adelspartei, benommen. Wenn man ein Pfäfflein, das sich während langer, langer Zeit auf das Strengste kasteit hat, plötzlich in ein Faß süßen, edlen Weines taucht, und im Wein ist Wahrheit, so kann es nicht possirlicher und deutlicher sprechen, wie der „Merkur" zum Oberpräsidenten v. Kühlwetter. Das Mönchlein schmazt mit den schmalen, weinfeuchten Lippen, streichelt sich den dürren Leib und bespöttelt, mephistophelisch lächelnd, Herrn v. Kühlwetter also:

„So lange in der jetzigen Weise fortregiert und fortgewirthschaftet und culturgekämpft wird, da wird die Sozialdemokratie immer mehr Anhang finden, da helfen gegen sie weder Roß noch Reisige, weder Gesetzesparagraphen noch Polizeireglements. Vielleicht denkt aber Herr v. Kühlwetter, daß das Auftreten der Sozialdemokratie unter der akademischen Jugend nur Folge von jugendlichen, unreifen, unklaren Ideen und daß hier durch gründliche Belehrung abgeholfen werden könne. Dann wäre freilich nichts nothwendiger, als daß dem Professor der Staatswissenschaft, von dem man an gewisser Stelle soviel Heil erhofft, der aber bekanntlich seit Jahren kein Colleg zu Stande bringt, endlich einmal zu Zuhörern verholfen würde. Gewiß, wenn dieser die Studenten in richtiger Weise begeisterte für die großen Ideen von der Erhabenheit des allmächtigen Staats, von der Unübertrefflichkeit des Polizei- und Säbelregiments, von der Nothwendigkeit der Steuerschraube, von der Vortrefflichkeit manchesterlicher Handelspolitik und der unbeschränkten Gewerbefreiheit, dann würden sie ohne allen Zweifel nicht mehr so despectirlich über die Gesellschaft sprechen, welche „vor dem Mysterium der Monarchie sich auf den Bauch wirft", und „den Helden des Säbels Monumente baut", dann würden sie mehr Achtung gewinnen vor der „Culturwaffe der Hinterlader". Es scheint also von ungeheurer Wichtigkeit zu sein, daß der Professor der Staatswissenschaft fortan viele Zuhörer gewinnt. Vielleicht empfähle sich zu dem Zwecke, daß Staatsstipendien nur solchen ertheilt würden, welche bei dem Professor der Staatswissenschaft Vorlesungen hören, oder daß für die Studenten ein Examen in der Staatswissenschaft eingeführt würde, oder daß man ein Seminar für Staatswissenschaft einrichtete mit hohen Remunerationen für die Mitglieder. Doch wir wollen keine weiteren Vorschläge machen, sondern den Herrn Curator nur auf die Wichtigkeit der Professur der Staatswissenschaft aufmerksam gemacht haben und das Uebrige getrost seiner umsichtigen Fürsorge überlassen."

Ich wiederhole es: In vino veritas. In nüchternem Zustande jedoch befällt den „Merkur" die alte Schwerfälligkeit und Dumpfheit seines Geistes. Dann poltert er mit dem Curator herum, weil derselbe die Jesuiten verscheuchte, das theologische Concil auflöste, den einflußreichen Bischof beseitigte, einige neuprotestantische Professoren anstellte und so den katholischen Charakter der Akademie aufhob um ihr einen modernen, wissenschaftlicheren zu verleihen. Diese Reform habe das Entstehen der — Sozialdemokratie begünstigt! Der arme Oberpräsident und seine Professoren dauern mich; sie haben diesen schrecklichen Vorwurf nicht verdient. Weder die philosophischen und mathematischen Vorlesungen der Neuprotestanten, noch die von Teufelsfurcht befreienden Vorträge des Dr. Karsch, weder die bis zur Langweiligkeit objektiven Geschichtsvorträge Lindner's, noch der optimistisch selbstgefällige, vom realen, determinirten, freud- und leidvollen Leben sich abwendende Pantheismus des sonst edlen und phantasievollen Denkers Dr. Spicker, auf den man es besonders abgesehen hat, können speziell zur Sozialdemokratie führen. Ich erinnere den „Merkur" daran, daß ein tausendmal radikalerer Philosoph, wie Spicker, David Strauß, in seinem „Alten und neuen Glauben" das Dogma von dem „Mysterium" der Monarchie proklamirte, um den sonderbaren Einfluß, den die Monarchen auf das (dumme) Volk ausüben, begreifen zu können; und fürchtet sich etwa Stroußberg vor irgend einem Teufel?

Die Studirenden hat eben das Leben, das harte, grausame, in Contrasten, die spitzer, wie Bajonette, sich stoßende und brechende Leben und Sterben aus dem unbarmherzigen Mechanismus der Monopolisirung geistiger und leiblicher Güter in die allumfassenden, liebevollen Mutterarme der Sozialdemokratie getrieben. Die großartigste und gerechteste Moral der Weltentwicklung, Sozialdemokratismus, hat die studirende Jugend nicht, mit ein oder zwei Ausnahmen, aus öden und trockenen Vorlesungen, in denen sie lernt, daß sie nichts lernt, geschöpft, sondern aus dem außerhalb der Hörsäle wogenden Kampfe um das Sein oder Nichtsein, dessen mächtige Tragik sich überall vor ihren Augen entfaltet. Der Oberpräsident mag daher nur ruhig sein; der Curator hat die bösen sozialdemokratischen Studenten nicht auf dem Gewissen.

Der „Merkur" zürnt aber nicht nur dem Oberpräsidenten, sondern auch den Studenten, daß sie vor den Nachtwächterhunden des modernen Staates sich nicht unter die verdunkelnden Flügel der alleinseligmachenden Kirche geflüchtet. Es geht ein finst'res Wesen um, das nennt sich Jesuit und möchte gar zu gern die Studenten in lange, unbequeme Priestertalare stecken und in akademischen Congregationen und theologischen Convicten behüten, allwo Stagnation, Versumpfung und dicke Finsterniß herrscht. Die Studenten wollen nichts davon wissen, wollen nicht, daß das arme Volk christliche Demuth übe und sich Gottes unerforschlichem Rathschluß füge, wenn es von übermächtigen Fürsten, Grafen und Geldbaronen mißhandelt wird, wollen nicht einmal dem Kaiser geben, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist — nein, alles Gott, d. i. der ganzen Menschheit. Sie schlagen die Kirchenthüren donnernd hinter sich zu und stürmen jubelnd in die herrlichen Eichenwälder der Sozialdemokratie und schlürfen durstig die herzschwellende Frühlingsluft der jungen Freiheit.

Darob ist das Kaplansblatt erbost und in seinem Grimme belügt es sich selbst, hält das für schier unmöglich und nennt die Studenten — platonische Schwärmer. Diesen Namen darf die Studentenschaft allerdings nicht von sich weisen, sie theilt ihn sogar mit den Ultramontanen. Auch die Sozialdemokraten schaffen heute noch mit Wort und Schrift, die Ausübung ihrer geforderten Rechte würde vereitelt werden durch Staatsanwälte und Mausergewehre. Der Gegenstand ihrer Schwärmerei ist noch nicht Fleisch und Blut geworden, der Gott noch nicht in Brod verwandelt, er ist noch ein Ideal, man kann sagen, eine Seelenbraut. Aber es ist dieses Ideal kein Phantom, kein goldgerändertes Wölkchen, flüchtig flatternd hoch oben am Himmel — sondern eine schwere Wolke, dunkel und ernst, die sich tief, tief herniedergelassen und entweder befruchtenden Regen, oder vernichtenden Wetterstrahl senden wird.

Die neue Aera wird heranrücken mit dem milden, friedfertigen „Selig seid ihr", oder mit dem zürnenden „Wehe euch", entweder sie kommt als Demokratie oder „Dämonkratie". Wie? das haben unsere Gegner zu bestimmen! Das metaphysische Spintisiren hat sich vor dem scharfen Hauch der Erkenntniß verkrochen und die Philosophie ist vom Himmel auf die Erde gekommen; so zerstören wir die Mythe vom Wohnort der Seligen und tragen all das Glück und Heil des Leibes vom Himmel auf die Erde. Aller Augen werden es sehen, Aller Ohren werden es hören, in aller Menschen Herzen wird es dringen, was Gott Denen bereitet hat, die ihn lieben: Glückseligkeit des Geistes und des Leibes. Mit einem Worte, und damit will ich meine Correspondenz schließen: „Realität suchender und findender Idealismus" ist die Losung der Sozialdemokratie. Ja, für diese schwärmen die deutschen Studenten auch in des Wortes wörtlichster Bedeutung; sie schwärmen — zu Tausenden.

M. Br.

Noch allerlei Conservatives.

Frankfurt a. M., 16. September.

Vor acht Tagen schied ich von den geehrten Lesern mit der Bitte: „Nichts für ungut." Wenn ich ihre Aufmerksamkeit schon heute wieder für ein paar Minuten in Anspruch nehme, so hat dies nur seinen Grund in der allzugünstigen Gelegenheit, sie einmal von conservativen Worten auf ditto „Thaten" schließen zu lassen.

Da kommt mir nachträglich die Nummer der „Deutschen Reichspost" vom 2. September zu Gesicht. An der Spitze des Blattes figuriren 72 Zeilen Poesie: „Zum 2. September." Ein Herr, der den ominösen Namen Müller führt, weiß zu erzählen von „des Reiches Herrlichkeit", vom „Tag der Gottesrache", „Festesjubel", von „der Feinde Tücke" 2c.

„Das Band der Treue soll uns fest umschlingen
Zu unserm Gott und unserm Vaterland!"

Da können wir ebenso wie in Nr. 106 des „Vorwärts" „unterm Strich" fragen: „was der spanische Gott an dem Tage wohl gemacht hat?"

Doch weiter im Texte! Auf der zweiten Seite finden wir „Sozialdemokratisches" und — Berliner „August-Conferenz". Ein Correspondent aus Hamburg macht seinem christlich-conservativen Herzen mit einem gewaltigen Stoßseufzer Luft. Das Ding verdient den Namen: „Bekenntnisse einer conservativen Seele" und ist wahrlich werth, den Lesern wortgetreu präsentirt zu werden. Also:

„Durch die deutsche sozialdemokratische Presse geht ein Schreckens- und Entrüstungsschrei über die Schwere des Urtheils, welches zu Saarbrücken über zwei Agitatoren gefällt worden ist. Wir können nicht umhin, diese Entrüstung der sozialdemokratischen Organe nicht nur erklärlich, sondern in gewissem Sinne auch berechtigt zu finden. Es ist vollkommen wahr: ganz dasselbe was die beiden Redner den Zeitungsnachrichten zufolge gesagt haben, sagt in mehr oder weniger abweichender Form jede Nummer der verschiedenen Parteiblätter, sagt jeder, bei Festen oder in Volksversammlungen auftretende sozialdemokratische Redner, liegt jeder sozialdemokratischen Resolution oder sonstigen öffentlichen Kundgebung zu Grunde. Wie kann man nun das Nämliche, was in unzähligen Fällen ganz straflos, ja unbeachtet bleibt, in diesem einen Falle mit solcher Schärfe ahnden? Und doch ist es eine innige, herzliche Freude, ist es ein förmliches Aufathmen, mit dem man die Nachricht von solchen Urtheilssprüchen wie dem Saarbrücker begrüßt, und kann man, trotz des sehr gezwungenen Humors, mit welchem die Sozialdemokraten Herrn Tessendorf als ihren „besten Agitator" bezeichnen, diesem Manne nicht dankbar genug dafür sein, daß er die Anwendbarkeit der bestehenden Strafgesetze den frechen sozialdemokratischen Agitationen gegenüber zuerst gezeigt hat. Die Sache ist die, daß es allerdings thöricht wäre, von strafrechtlichen Verurtheilungen das Erlöschen oder auch nur eine merkbare Schwächung der Sozialdemokratie zu erwarten, und daß man es den Sozialdemokraten so wenig wie den Vertretern anderer Richtungen verwehren kann, für ihre Behauptungen und Lehren Propaganda zu machen; daß es aber für die Art und Weise, wie diese Propaganda betrieben wird, eine Grenze giebt, deren Ueberschreitung die Staatsgewalt nicht zu dulden braucht, die jedoch thatsächlich von den sozialdemokratischen Blättern und Agitatoren seither in einem Umfange mißachtet worden ist, den man kaum für glaublich halten sollte. Neuerdings beginnen nun die Staatsbehörden sich aufzuraffen und, sagen wir es gerade heraus, eine nur zu lange versäumte Pflicht zu thun. Was dieser Pflichterfüllung aber einen gehässigen Charakter verleiht, das ist, daß sie nicht systematisch und allgemein, sondern nur hier und da und gelegentlich geübt wird. Die Sozialdemokraten haben kein Recht, zu verlangen, daß man sie noch weiterhin in so kindlicher Weise gewähren lasse, wie dies bis vor Kurzem der Fall war, und es auch ferner gewissermaßen als ein Privilegium der Sozialdemokratie anerkenne, die öffentliche Aufhetzung mit den verwerflichsten Mitteln straflos betreiben zu können, während die Angehörigen anderer Parteien zuweilen für die harmlosesten Aeußerungen in schwere Strafen genommen werden. Insbesondere kann das Geschäft des Lügens, Verleumdens und Verdrehens, welches von den sozialdemokratischen Blättern mit ebenso großer Raffinirtheit wie Unermüdlichkeit geführt wird, nicht beanspruchen, daß die Staatsgewalt sich nicht um dasselbe kümmere oder nichts Anderes darin erblicken soll als die „Stimme des Volkes". Aber wenn man Etwas thun will, so thue man es auch ganz; denn sonst kann nicht nur die Wirkung, eine der schärfsten Waffen der Sozialdemokratie zum Mindesten bedeutend abzustumpfen, nicht erzielt werden, sondern die Sozialdemokraten haben sonst auch, wie gesagt, ein gewisses Recht, über Bedrückung und Rechtsungleichheit zu klagen. Es wäre ein wahrer Segen und würde sehr zur Klärung der öffentlichen Meinung beitragen, wenn einmal nur in allen den Fällen, an denen offenbar eine grobe Gesetzesverletzung von jener Seite vorliegt, das Gesetz auch gehandhabt würde. Bis jetzt ist das entschieden nicht geschehen; und das Saarbrücker Urtheil wirkt nur darum in manchen Kreisen so verblüffend, weil man sich an die unglaublichsten Dinge so gewöhnt hatte, daß man deren Gesetzeswidrigkeit gar nicht mehr beachtete."

Ob der Hamburger Correspondent der „Deutschen Reichspost" unserem Freunde Tessendorf ob der ihm schon wiederholt gespendeten Anerkennung eifersüchtig ist — wer will das entscheiden. Jedenfalls können wir ihm die Versicherung geben, daß er uns — vielleicht aus Nächstenliebe — für heute die „öffentliche Aufhetzung" erspart hat! „Zahlen beweisen", sagt Benzenberg, und „Thatsachen beweisen", sagen wir im Hinblick auf vorstehende „Reichspost"-Leistung!! —

Hier sei nur die kleine Einschaltung erlaubt, daß jüngst in diversen Leitartikeln der „Reichspost" von einem „süddeutschen Richter", der jedenfalls die Weisheit eines Salomo in den Schatten zu stellen trachtete, sans phrase die Einführung der Prügelstrafe empfohlen wurde! Mancher Leser wird vielleicht ungläubig den Kopf schütteln und denken, ich habe etwa Nachts einmal vom Mittelalter geträumt. Pardon, Du irrst, ich habe es mit meinen höchsteigenen Augen gelesen, bin zwar ein Sozialdemokrat, kann aber heute, in Erinnerung an die Grundsteinlegung des Nationaldenkmals auf dem Niederwald, unmöglich das „Geschäft des Lügens" 2c. betreiben.

Nummer 213 vom 12. September bringt als Leitartikel: „Einige Bemerkungen über den Aufschwung der sozialistischen Presse." Es muß doch nicht mehr gehen mit diesem Todtschweigungssystem, wenn man bereits hieraus einen Leitartikel von 96 Zeilen fabrizirt.

„Die Führer der sozialdemokratischen Bewegung haben längst ihre Presse, d. h. die fortwährende Bearbeitung der Massen durch Schriftwerke, als das wirksamste Mittel zur Förderung und Erreichung ihrer Zwecke erkannt, und deshalb widmen sie derselben unausgesetzt die größte Aufmerksamkeit. Der reißende Aufschwung, den die sozialistische Literatur in den beiden letzten Jahren genommen hat, ist eine der beachtenswerthen Erscheinungen unserer Zeit und beweist auf das Unzweideutigste die vortreffliche Organisation und die centralisirte Leitung der Partei."

Die große Verbreitung des „Armen Conrad", sowie die Auslassung des „Vorwärts", daß er nur bei „Massenverbreitung" seine „Mission" (!) erfüllen könne, scheint der „Reichspost" nicht sehr zu behagen. Gänsefüßchen und Ausrufzeichen hätten übri-

Sozialpolitische Uebersicht.

— Entweder — oder! Dem „Pester Lloyd" wird aus Wien die Mittheilung gemacht, daß Fürst Bismarck geäußert habe: „Entweder haben wir noch vor dem Winter den russisch-türkischen Frieden oder unmittelbar nach dem Winter den allgemeinen Krieg." Das Blatt fügt dem hinzu, daß dieser Ausspruch nicht gerade auf eine unbedingte Enthaltung respektive auf strikte Neutralität des deutschen Reichs hindeute, „aber", so fährt es fort, „zum Glück für die Welt ist der liebe Gott so gütig, das Wettermachen — auch das politische — noch immer selber zu besorgen und dasselbe nicht der Laune oder dem autokraten Willen des Fürsten Bismarck zu überlassen." — Wir stützen uns nun bei dieser Frage vielmehr auf die Türken, als auf den „lieben Gott"; wenn die ersteren nämlich den Russen noch weitere entscheidende Schlappen beibringen, so dürfte es dem Herrn von Bismarck wohl keineswegs gelüsten, an der Seite des so weiblich geprügelten „Erbfreundes" „den allgemeinen Krieg" zu entzünden, um auch für Deutschland die dann wahrlich verdienten Schläge zu holen. Um Uebrigen glauben wir, daß in diesem Falle selbst das so demüthige deutsche Volk etwas halsstarrig werden würde.

— „Dienstboten haben keinen Zutritt" — so stand es auf den gedruckten Einlaßkarten zu einem Erntefestball zu lesen, der kürzlich in dem Dorfe Groß-Warnitz bei Oldesloe in Holstein gefeiert wurde. Angesichts solcher Agitation zur Erregung von „Klassenhaß" müssen wir Sozialdemokraten uns bescheiden zurückziehen, dagegen sind wir doch wahre Stümper. Der „gesunde Sinn" der Landarbeiter braucht nicht erst durch die „sozialistischen Irrlehren" vergiftet zu werden, er wird durch solche Manifestation der Klassengegensätze erst recht mit sozialistischem Gifte durchtränkt. Hoffen wir, daß das Gedächtniß der „Dienstboten" unter der holsteinischen Landbevölkerung nicht schwach ist, so daß sie bei den nächsten Reichstagswahlen, bei welchen sie Zutritt haben, des bösen Wortes gedenken: „Dienstboten haben keinen Zutritt!"

— Der Staatsstreich in Frankreich ist von Mac Mahon in Scene gesetzt; er hat ein Wahlmanifest erlassen, in welchem er mit der rohen Gewalt droht — der Soldat ist in den Vordergrund getreten. In dem Manifeste heißt es:

„Feindliche Wahlen würden den zwischen den öffentlichen Gewalten bestehenden Conflikt verschärfen, den Gang der Geschäfte hindern, die Agitation forterhalten, und Frankreich würde inmitten dieser neuen Verwickelungen für Europa ein Gegenstand des Mißtrauens werden. Was mich anbetrifft, so würde meine Pflicht wachsen mit den Gefahren. Ich würde nicht gehorchen können den Aufforderungen der Demagogie, ich würde nicht werden können ein Werkzeug des Radikalismus, noch würde ich den Posten verlassen können, auf welchen die Constitution mich gestellt hat. Ich werde auf demselben bleiben, um mit der Unterstützung des Senates die conservativen Interessen zu vertheidigen und die treuen Beamten energisch zu schützen, die in einem schwierigen Zeitpunkte durch leere Drohungen sich nicht haben einschüchtern lassen. Franzosen! Ich erwarte mit vollem Vertrauen die Kundgebung Eurer Gefühle. Nach so großen Prüfungen will Frankreich die Stabilität, die Ordnung, den Frieden. Mit Gottes Hilfe werden wir ihm diese Güter sichern. Ihr werdet auf das Wort eines Soldaten hören, der keiner Partei und keiner revolutionären oder retrograden Leidenschaft dient und der nur aus der Liebe zum Vaterlande Euer Führer ist."

Da haben wir's! Was nun? so fragt sich Jeder. Werden sich die Bourgeois-Republikaner schlagen für ihr Recht, welches Herr Mac Mahon so schnöde mit Füßen tritt, indem er erklärt, auf seinem Posten zu bleiben, die Wahlen mögen ausfallen wie sie wollen? Wir glauben, daß sie sich nicht schlagen werden — sie sind zu feige dazu. Aber wohl werden sie versuchen, die Arbeiter zu bewegen durch glatte Redensarten, durch allerlei listige Versprechungen, sich für die Bourgeoisrepublik zu schlagen. Doch auch die Arbeiter werden sich für die Bourgeoisrepnblik nicht schlagen — alle unsere Mittheilungen aus Paris deuten darauf hin —, sie werden an 1848 denken, wo ihnen die Bourgeoisie statt Brod Blei gab; sie werden an 1871 denken — und „Gewehr bei Fuß" den Zeitpunkt abwarten, wo sie ihre conservativen und liberalen Gegner zusammen besiegen und die soziale Republik aufrichten können.

— Der Sozialistenfresser, Bismarckverehrer und Geschäftspolitiker Karl Schurz, dessen sauberes Treiben wir wiederholt an den Pranger gestellt, hat jetzt in der amerikanischen Presse wegen seiner etwas zu weit getriebenen politischen Erwerbsthätigkeit Spießruthen zu laufen. Zur Charakteristik des genannten Herrn, der von unserer nationalliberalen Presse zu einem großen Staatsmann und Politiker aufgepufft worden ist, theilen wir mit, was der — sozialistenfeindliche — „Freidenker" von Milwaukee über die Sache schreibt:

„Karl Schurz in der Patsche. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth. So ist es auch durchaus nicht auffällig, daß Karl Schurz, welcher als Stumpredner (Volksversammlungsredner) sich eines außerordentlichen Rufes erfreute, für die Dienste, welche er bald dieser bald jener der um die Beute streitenden Parteien leistete, sich anständig, ja sehr anständig bezahlen ließ.

„Er durfte füglich seine Anforderungen höher stellen, als seine zungendrescherischen Collegen anglo-amerikanischer Abkunft, denn als Redner war er ihnen überlegen und dann ließ er sich als Vertreter der deutsch-amerikanischen Stimmgeber behandeln, über welche ihm eine lange Zeit und mit einigen Einschränkungen jetzt noch eine Art von bedingungslosem Verfügungsrecht zugetraut wurde. Also Schurz, der Stumpredner par excellence und der Schutzpatron und Führer desjenigen Theils der Bürgerschaft, welcher auf seine Abstammung von der Nation der Denker so große Stücke hält, ließ sich für seine politischen Irrfahrten und demosthenischen Anstrengungen bezahlen und zwar gut bezahlen. Er opferte Zeit und Mühe nicht umsonst, er setzte seine Gesundheit durch Ueberanstrengung, beständigen Ortswechsel und die Gefahren einer launischen Witterung nicht umsonst auf's Spiel; sein Patriotismus gipfelte sich nicht zu jener Glühhitze, in welcher man auf alles Rechnen verzichtet und seine und seiner Familien Interessen auf dem Altar des Vaterlandes aufopfert. Ist da etwas bedenklich zu finden? Haben deswegen amerikanische Politiker Ursache, einen Stein auf ihn zu werfen? Gewiß nicht. Und dennoch sitzt Karl Schurz in der Patsche! Warum? Weil er auf einen Heiligenschein Anspruch machte, der ihm nicht gebührte. Weil er, als sich Stimmen erhoben, welche auf die Kostspieligkeit seiner Stumpreden hinwiesen, sich nicht entblödete, zuerst jede Entschädigung in Abrede zu stellen, und dann sich entschuldigen zu müssen glaubte, indem er die Sache so darstellte, als wenn er sich nur die ihm entstandenen Unkosten hätte vergüten lassen. Schurz war hier nicht ehrlich — jedes Kind oder doch wenigstens der Geringste unter der Zunft der politischen Drahtzieher und Wettermacher wußte, welche Bewandtniß es mit besagten Unkosten habe. Ein ehrliches Geständniß hätte sofort jedem weiteren Gespräch ein Ende gemacht, so wollte er scheinen, was er nicht ist, und so rief er die Geister, die er nicht mehr bemeistern kann.

„Schurz irrte sich sehr, wenn er meinte, seine Ministerstelle schütze ihn vor jedem Bemängeln seines Wortes, bewahre ihn vor Nachforschungen betreffs der Wahrheit desselben. Er mußte wissen, daß es ihm an Feinden und Neidern nicht fehle, die sich über jede Blöße, die er sich gab, freuen und welchen es ein Hochgenuß sei, ihn einer Lüge, oder doch eines bewußten Umgehens der Wahrheit zu überführen. Es gelang ihnen nur zu gut. In eine Sackgasse gedrängt, gestand Schurz endlich, daß er sich seine Unkosten bezahlen ließ. Unkosten? Ein dehnbares Wort. Herr Schurz hatte immer überall freies Quartier, außerdem in der Regel auf den Eisenbahnen freie Fahrt. In der Wahlcampagne von 1868 spielte er im Staate Pennsylvanien während drei Wochen den Nothhelfer. Das freie Quartier und die freie Fahrt sind nachweisbar. Außerdem erhielt er aber für jede Woche noch die runde Summe von 500 Dollars, natürlich nur zur Entschädigung für gehabte Unkosten, z. B. für Zahnstocher, gelegentliches Stiefelputzen u. s. w. Noch theurer war aber Herr Schurz im gleichen Herbste im Staate New-York. Hier weilte er als Commis voyageur seiner Partei 11 Tage. Das mit ihm abgeschlossene Arrangement ging dahin, daß seine Ausgaben resp. Auslagen ersetzt werden sollten. Seine Rechnung belief sich für diese elf Tage auf 2700 Dollars. In dieser einzigen Wahlcampagne wurde ihm also bis jetzt für eine Arbeit — nennen wir es so — von nur 32 Tagen ein Einkommen von 4200 Dollars nachgewiesen. Dafür wurden nur zwei Staaten, Pennsylvanien und New-York, tributpflichtig gemacht; er opferte sich aber auch noch in einer Reihe anderer Staaten für das Vaterland und die hehren Prinzipien der republikanischen Partei auf und es ist anzunehmen, daß es auch da nicht ohne Schmerzensgelder abging. — —"

So weit der „Freidenker". Eines Commentars bedarf die Notiz nicht. Wir wollen blos darauf aufmerksam machen, daß unsere, die sozialdemokratischen „Agitatoren", die für einen Tag der Agitation 2 bis 2½ Thaler Diäten bekommen von der Bourgeoispresse als Ausbeuter der Arbeiter, Vergeuder der Arbeitergroschen geschmäht werden, während Herr Schurz, der sich für den Tag ein paar hundert Thaler bezahlen läßt, von denselben Blättern als ein Muster von Tugend gepriesen wird. Leider sind unsere Agitatoren zu bescheiden, um sich, durch Annahme des Schurz'schen Tarifs oder des „Honorar"-Satzes anderer Bourgeois-Agitatoren, die — Achtung der Bourgeoispresse zu erwerben.

— Vom bulgarischen Kriegsschauplatz, wie das nach Katastrophen der Fall zu sein pflegt, nur wirre Nachrichten, aus denen sich bloß drei Thatsachen herausschälen lassen: 1) die vollkommene Aktionsunfähigkeit der russischen Hauptarmee, die den Angriff auf Plewna hat aufgeben müssen, sich aber vor den türkischen Werken zu behaupten sucht, um Osman Pascha dort festzunageln; 2) die Hülflosigkeit der russischen Jantraarmee, gegen die Mehemed Ali Pascha operirt; und endlich 3) der theilweise Mißerfolg Suleiman Pascha's, dem die Forcirung des Schipkapasses noch nicht gelungen.

Das Weitere sind Gerüchte. Sollte es sich bestätigen, daß das russische Hauptquartier nach Sistowa, also an die Donau verlegt worden, so würde dies den Rückzug der Russen über die Donau bedeuten.

Unsere Vermuthung, daß am 15. d. keine Schlacht vor Plewna geschlagen worden, hat sich als richtig erwiesen. Am 11. und 12. September wurden die Russen so furchtbar zugerichtet, daß sie den Kampf nicht wieder aufnehmen konnten. Die Verluste an diesen beiden Tagen, von denen der erste nur durch rubelbegeisterte Schönfärber zu einem russischen Siegestag gestempelt werden kann, waren so entsetzlich, daß es nicht übertrieben ist zu sagen: ein großer Theil der Armee hat aufgehört zu existiren. —

— Zwei neue amerikanische Parteiorgane. Am 1. September ist die Probenummer der in St. Louis erscheinenden „Volksstimme des Westens" herausgegeben worden, die einen sehr günstigen Eindruck macht und verspricht, daß der neue sozialistische Kämpfer muthvoll seinen Platz ausfüllen werde. — Die bis dahin der bürgerlich-demokratischen Richtung angehörende „Buffalo Tribüne" stellt sich jetzt völlig auf Seite der sozialistischen Arbeiterpartei, welches wir gleichfalls mit Freuden begrüßen.

— Die Probenummer eines neuen Parteiorgans: „Pfälzisch-Badisches Volksblatt", ist uns zugesandt worden. Das Blatt, dem wir schon jetzt ein gutes Fortkommen wünschen, erscheint vom 1. Oktober ab in Mannheim wöchentlich einmal und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 95 Pfennige.

— Wegen Richterbeleidigung wurden der Redakteur und der Drucker unseres Stuttgarter Parteiorgans, der „Süddeutschen Volkszeitung", am 16. September zu 3 Monaten, beziehentlich zu 2 Wochen Gefängniß verurtheilt.

Correspondenzen.

Husum, 7. September. Mit welchem Erfolg die Pfaffen zu agitiren verstehen, darüber einiges zur Notiznahme. So finde ich z. B. in einer alten Nummer des „Sonntagsblatt für's Haus" vom Jahre 1874, daß damals für 3000 Thlr. Schriften jährlich vertrieben wurden. Wie viel werden es jetzt sein? In jedes Haus kommen die Colporteure und bieten die „geistlichen" Schriften an, und wenn man sie nicht kaufen will, bekommt man sie geschenkt. Mit ihrem „Neuen Kalender" für 1878 sind die „frommen Herren" schon überall gewesen, so daß der liberale „Schleswig-Holsteiner Hauskalender" und der partikularistische „Landeskalender" das Nachsehen haben, was uns freilich einerlei sein kann; aber wir sehen doch daraus, wie rührig unsere „Seelenhirten" sind. Sogar im Eisenbahnwagen wurde, wie mir ein Genosse hierselbst erzählte, eine Broschüre gratis vertheilt, die den Titel trug: „Sozialdemokratie". Offenbar ist das

---

gens „gespart" werden können; denn nimmt man etwa Heyse's Fremdwörterbuch zur Hand, so ergiebt sich, daß mit einer Mission gerade nicht unbedingt die Bekehrung der armen Kaffern- ꝛc. Seelen zum Christenthum zu verstehen ist. — Weiter heißt es:

„Unverkennbar hat die sozialdemokratische Bewegung, deren einheitliche Leitung in unseren Tagen mit nichts zu wünschen lassender Klarheit (wirklich?) sich offenbart, den größten Theil unseres Vaterlandes mit einem von Vereinen und Zeitschriften gewebten Netze umgeben und ihren Getreuen eine Organisation gegeben, die nur in dem Ultramontanismus eine Parallele findet. Keiner Partei ist die durch unser Preß- und Vereinswesen gewährte Ungebundenheit besser zu Statten gekommen, als der sozialdemokratischen."

Dann erfahren wir noch als Neuigkeit, daß „die Liberalen von den Sozialisten schon bei weitem überflügelt" sind. Doch auch die Moral von der ganzen Geschichte. Sie lautet folgendermaßen:

„Obgleich schmerzlich berührt von den gehässigen Verdächtigungen einer reaktionären Tendenz, muß gerade sie (die conservative Partei) doch unter den heutigen Verhältnissen den Jammer über die Unzuträglichkeiten und Schäden des Preß- und Vereinsgesetzes einstweilen dem Liberalismus allein überlassen, und die von ihr angestrebte Reform der Gesetzgebung auf das dringlichste, auf eine Revision der Gewerbegesetzgebung und ähnlicher für das praktische Leben hochwichtigster Cardinalpunkte beschränken."

Lieber Leser, merkst du was? — So was von Freiheit mit Gänsefüßchen?

Die Nummer der „Reichspost" vom heutigen Tage beschäftigt sich verschiedentlich mit den Sozialdemokraten. Aus Bielefeld wird der in einer Sozialistenversammlung gefaßte Beschluß gemeldet, daselbst spätestens am 1. Januar k. J. eine „sozialdemokratischen Zeitung" in's Leben treten zu lassen. Dann wird mit schlecht verhehltem Aerger unter Dresden berichtet:

„Ein Eldorado der Sozialdemokraten muß jetzt die städtische Verwaltung der sächsischen Stadt Crimmitschau sein. Bei der am 10. d. M. dort stattgehabten Stadtrathswahl wurde der Sozialdemokrat Schlegel gewählt und einige Tage früher wurde sein Gesinnungsgenosse Lässig mit demselben Amte betraut. Der Vorsitzende des dortigen Stadtverordnetencollegiums ist der bekannte Sozialdemokrat Ludwig Mehlhorn. Wenn diese Herren nun wirklich etwas auf dem Gebiete der Verwaltung leisten können, dann haben sie in Crimmitschau hinreichende Gelegenheit, ihre Prinzipien zur Geltung zu bringen und die Welt kann mit Spannung auf die Entwickelung dieser industriereichen Stadt des schönen Sachsens blicken."

Ferner heißt es aus Stuttgart: „Die Sozialdemokraten agitiren lebhaft gegen die neuen Consumsteuern und haben zu dem Zwecke in Eßlingen eine große Volksversammlung veranstaltet." Hm, die Sozialisten sind doch nach den Aussagen vieler glaubhafter Leute höchst unpraktische Schwärmer, Utopisten, und befassen sich mit dergleichen praktischen, greifbaren Dingen!? Wie reimt sich das zusammen?

Endlich lesen wir noch aus Nürnberg, daß der bisher wöchentlich dreimal erscheinende „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat" vom 1. Oktober an täglich erscheint. „Somit hat jetzt die sozialdemokratische Partei zwei täglich erscheinende Organe." Ja, liebe „Reichspost", verhülle ob all dieser Zeichen der Zeit („Finger Gottes" würde man im entgegengesetzten Falle sagen) dein Angesicht und bete zum Allmächtigen, bete, bete, bete! Und bete immer lauter und inbrünstiger, denn es sind nicht zwei, sondern zwölf täglich erscheinende Organe, welche die sozialdemokratische Partei Deutschlands besitzt!

Aus Darmstadt berichtet die „Reichspost" nicht etwa von den bösen Sozialisten, nein von den Vorbereitungen zum Empfange des Kaisers. „Zum Empfang Sr. Majestät werden, wie wir erfahren, mindestens 1000 Mitglieder der hessischen Kriegervereine und etwa 6000 Schulkinder von hier und aus dem Kreise Spalier stehen." Gar nicht übel! doch daß sich „liberale" Häuserbesitzer, sowie — Langfinger die schöne Gelegenheit, auch „etwas herauszuschlagen", nicht entgehen lassen, beweist der Schlußsatz: „Daß schon jetzt einzelne Fenster in der Rheinstraße von spekulativen Besitzern um theures Geld für den Empfangsnachmittag vermiethet werden, ist ebenso wenig auffallend, wie die Nachricht, daß neben anderen Gästen auch eine Anzahl von Taschendieben unsere Stadt für die Zeit der Kaisermanöver zu beehren gedenkt." Eine schöne Gegend! Nicht wahr?

Doch halt! da kann ich gleich noch mit einem ähnlichen Artikel aufwarten. Dem heutigen „Intelligenzblatt" entnehme ich wörtlich folgendes „Lokale": „Ein hiesiger Rentier ist wegen Vorenthaltung von Eigenthum und Erpressung angeklagt, weil derselbe einen Stoßkarren, den ein Flaschenbierhändler in seinen Hof eingestellt, eingeschlossen und nicht eher zurückgegeben haben soll, bis ihm 5 Mark Entschädigung gezahlt wurden."

Nun aber, lieber Leser, lebe wohl! Vielleicht sehen wir uns gelegentlich wieder!

Meine Mittel erlaubten mir nicht, die Grundsteinlegung zum Nationaldenkmal auf dem Niederwald durch meine Anwesenheit zu verherrlichen, obwohl ich gar kein schlechter Patriot bin. Doch

„Auch Fürst Bismarck hat gefehlet,
Und ist mehr als du",

sage ich mir. Um aber meine gehobene patriotische Stimmung nicht etwa „im Schatten kühler Denkungsart" umkommen zu lassen, gehe ich in Pfuhl's Bierhalle zur allgemeinen Versammlung sämmtlicher Gewerbtreibender Frankfurts, die als Tagesordnung aufgestellt hat: 1) Die industrielle Zuchthausarbeit und ihr schädlicher Einfluß auf das Kleingewerbe, und wie ist demselben abzuhelfen; 2) Beschlußfassung über eine diesbezügliche Petition an den Reichstag.

Noch, lieber Leser, will ich Dir verrathen, daß in des „Klapperfelds" heilige Hallen laut „Volksfreund" vom 12. zwei Sozial- und ein einfacher Demokrat eingezogen sind, um einem schon dort residirenden „politischen Verbrecher" Gesellschaft zu leisten.

„Lieb Vaterland, kannst ruhig sein!"

Und zum nochmaligen Beweise, daß es nirgends an Krakehlern fehlt, führe ich eine im „Volksfreund" an den Herrn Polizeipräsidenten Hergenhahn gerichtete Frage an: „War am 1. und 2. September d. J. das Gesetz, Verbot des Schießens betreffend, aufgehoben?" Eine solche Frage müßte von Rechts wegen schon strafbar sein! Ja, wenn wir nicht so heidenmäßig viel Freiheit hätten!

— Entre nous Bourgeois! T. O. Weigel's Buchhandlung in Leipzig offerirt in einem 154 Seiten starken Catalog 4839 diverse Werke. Bei 4836 Büchern verschiedenster Wissenschaften und Fächer begnügt sie sich bezüglich der Inhaltsbezeichnung mit einfacher Angabe des Titels; unter Nr. 4557 u. 4558 jedoch empfiehlt sie Keunitz's Encyklopädie, 26 Bände, extra mit den gesperrt gedruckten Sätzen: „Enthält eine 220 Seiten starke Abhandlung über das Wort: Hure." und „Enthält längere Abhandlungen über Liebe, Liebeswuth ꝛc." Welche dankenswerthe, gutangebrachte Aufmerksamkeit für ihre „feine" Kundschaft! Wie gründlich kennt sie deren Geschmack an „pikanter" Lektüre! Wer hätte hinter dem trockenen Titel so „saftigen" Inhalt vermuthet?! Wie werden sich bis zum 22. Oktober die Gebote häufen für Encyklopädien mit mehreren hundert Seiten Abhandlungen über „Hure" und „Liebeswuth"! So was findet reißend Abnahme „entre nous Bourgeois!"

Machwerk darauf berechnet, die Massen zu täuschen. Bei dieser Rührigkeit der Pfaffen ist es also gar nicht zu verwundern, daß unsere Partei in Schleswig-Holstein, namentlich in Schleswig, nicht die Fortschritte macht, die sie machen sollte. Wollen wir weiter kommen, so müssen wir von unsern Gegnern lernen, wir müssen, wie sie, mehr Gewicht legen auf das gedruckte Wort. Zwar wird demnächst die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" erscheinen, aber ob sie allein ausreicht, ist sehr die Frage, denn sie wird schon genug zu thun haben mit der Bekämpfung der liberalen Partei, aber in die Leserkreise des „Sonntagsblatt für's Haus" (Auflage 8—9000) wird sie schwerlich eindringen, da die „Volkszeitung" vierteljährlich 2 Mark 25 Pfg. kostet und das „Sonntagsblatt" nur 30 Pfg. und mit den „Missionsblättern" 50 Pf. Deshalb wäre ein kleines Parteiorgan zum Preise und im Format des „Sonntagsblatt" sehr nothwendig. Gegenwärtig aber können wir an die Gründung eines solchen Blattes nicht denken. Aber um doch einigermaßen den Schwarzen entgegenzutreten, möchte ich vorschlagen, daß von der Partei einige Colporteure für Schleswig-Holstein ausgerüstet werden, um ebenso wie die Pfaffen auf jeder Landstraße, in jeder Arbeiterwohnung, in jeder Bauernhütte sozialistische Schriften zu verbreiten. Die Kosten werden ja lange nicht so bedeutend sein, wie die der mündlichen Agitation. Diese Verbreitung sozialistischer Schriften, verbunden mit der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" und mit häufigen Versammlungen würde uns unzweifelhaft zum Ziele führen. —n

Ottensen, 16. September. (Situationsbericht.) Nachdem der diesjährige Gothaer Sozialisten-Congreß stattgefunden und auf demselben bezüglich der Organisation und Agitation für die Provinz Schleswig-Holstein beschlossen wurde, die Regelung derselben der Neumünster Conferenz zu überlassen, haben, nachdem die Regelung vor sich gegangen, die Ottenser Sozialisten ihre Thätigkeit begonnen, welche darauf gerichtet ist, Organisation und Aufklärung unter die Arbeiter zu bringen. Nicht nur Diejenigen, welche Parteigenossen sind und sich von dieser Thätigkeit ausgeschlossen haben, auch Diejenigen, welche mit zu den 1700 Männern gehören, die für die Sozialisten ihre Stimme in die Wahlurne legten, seien auf folgendes aufmerksam gemacht. Die Neumünster Conferenz beschloß: Bezüglich der Organisation eine Kreisorganisation zu schaffen, betreffs der Agitation das Erscheinen der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" vom 1. Oktober ab in Kiel. — Die Ottenser Sozialisten nahmen von einer Kreisorganisation aus praktischen Gründen Abstand, und gründeten stattdessen einen Verein für Ottensen unter dem Namen „Ottenser Arbeiterverein". Obgleich der Verein erst 2½ Monat besteht, so ist der Fortschritt desselben doch ein erfreulicher. Die Zahl der Mitglieder beträgt bereits über 200. Jedes Mitglied zahlt 10 Pfennig Beitrag pro Monat. Die rege Betheiligung ist wohl der beste Beweis, wie nothwendig eine Organisation für Ottensen war. Daß der Verein seinem Zweck entspricht, beweist der Besuch der Versammlungen. Der Verein bezweckt laut § 1, Absatz 1, was folgt: Der Verein beabsichtigt 1) möglichste Klarheit und Theilnahme in politischen, sozialen und communalen Angelegenheiten zu fördern. Daß die Mitglieder des Vereins bestrebt sind, möglichste Klarheit und Theilnahme in politischer und sozialer Beziehung zu erlangen, bekundet ein kürzlich gefaßter Versammlungsbeschluß, nämlich: „daß über sämmtliche Lassalle'sche Agitationsschriften, beim „Offenen Antwortschreiben" beginnend, in nächster Zeit Vorträge gehalten werden sollen."

An den sozialistisch gesinnten Arbeitern Ottensens liegt es nun, zu beweisen, ob sie ruhig zusehen wollen wie das Mordspatriotenthum alle Elemente um sich schaart, sei es in liberalen Vereinen für Volksbildung, sei es in Krieger- oder Kampfgenossen-Vereinen, oder sei es, wie ich kürzlich in der „Hamburger Reform" las, in Infanteristen-Clubs. Alle diese Vereinchens bildeten bei der Reichstagswahl nichts als das Stimmvieh der vereinigten Bourgeoisie, das Stimmvieh der Reaktion! — Dem gegenüber muß man es mit Freuden begrüßen, daß die Ottenser Sozialisten einen Verein mit dem Prinzip der „Freiheit", „Gleichheit" und „Brüderlichkeit" gegründet haben, dem anzugehören jeder Ottenser Arbeiter sich zur Pflicht machen sollte.

Vorwärts, trotz allen denen, die der Arbeiterbewegung hinderlich in den Weg treten; vorwärts, trotz des persönlichen Egoismus Einzelner! Des Arbeiterstandes Losung heißt: ungebeugten Muthes vorwärts! — Emil Hoffmann.

Berlin, 19. September. Aus einer Statistik, die von den hiesigen kirchlichen Behörden über die Theilnahme der Bevölkerung an kirchlichen Dingen angestellt wurde, ergibt sich die erfreuliche Thatsache, daß das „geringste kirchliche Leben" gerade in den Gemeinden der Hauptstadt anzutreffen ist, welche die meisten sozialdemokratischen Stimmen abgegeben haben. Im 4. Reichstagswahlkreis (Abgeordneter Fritzsche), welcher 127,000 erwachsene parochirte Gemeindemitglieder zählt und 10,769 sozialdemokratische Stimmen abgab, betragen die Trauungsunterlassungen mehr als 83 Prozent und nur 7 von 100 Erwachsenen stellten sich zur Commun on ein. Aehnlich verhält es sich mit dem 6. Bezirk, welcher mit 12750 Stimmen für Hasenclever votirte. Das sind allerdings Erscheinungen, die den frommen Seelenhirten nicht geringe Besorgnisse verursachen werden, die aber andererseits auch lautes Zeugniß dafür ablegen, daß der Sozialismus es allein ist, der aufklärend wirkt, daß er allein es vermag, an Stelle des den Verstand ertödtenden Glaubens die Ueberzeugung und das Wissen zu setzen. — Wir hatten hier kürzlich die „Ehre", den Gründerfürsten Strousberg in unsern Mauern zu beherbergen, und man kann sich leicht denken, daß alle Gründerherzen dem vielbewunderten Mann, der Millionen aus dem Boden zu stampfen, besser aus den Taschen des arbeitenden Volkes zu ziehen verstand, entgegenschlugen. Man sorgt sich jetzt ab, wie man dem Mann wieder zu einer Stellung verhelfen kann, in der er sich um die Industrie „verdient" machen kann. Also den einen Hauptgründer hätten wir wieder, dafür aber ist ein anderer Gründer gegangen — angeblich nach dem Süden. Es ist der Fürst Putbus, der mit einer Passiva von 4,000,000 Mark, die er im Börsenspiel einbüßte, seine Zahlungen einstellte. Da der Mann, wie es heißt, plötzlich „nach dem Süden abgereist ist", so wird wohl etwas faul sein im „Staate Dänemark".

Worms, den 29. September. Gestern hatten wir hier eine Volksversammlung, welche sehr zahlreich besucht war. Referent war Genosse Dreesbach, der unter allgemeinem Beifall über „die Presse" sprach. Gegner traten nicht auf, d. h. in der Versammlung nicht. In der „demokratischen" „Wormser Zeitung" dagegen suchen sie sich durch allerlei Unfläthigkeiten, die sie dem Genossen Dreesbach anhängen, zu rächen. Nun den Eselstritt haben sie billig, er genirt Dreesbach aber gerade soviel wie den Mond das Bellen des Mopses.

Offenbach, 11. September. Bisher waren wir im Hessenlande nicht gewohnt, unsere Versammlungen durch Akte polizeilicher Willkür beeinträchtigt zu sehen. Seit vorgestern hat dieses stolze Bewußtsein einen gewaltigen Stoß bekommen. In Münzenberg, im Kreise Friedberg, fand am Sonntag eine durch Blätter der Wetterau bekannt gemachte öffentliche Versammlung im Saal zum „Rothen Löwen" statt. Aus allen umliegenden Ortschaften waren die Landleute herbeigeströmt, und auch aus Butzbach hatte sich eine beträchtliche Anzahl Gegner eingefunden, kurz, die Versammlung war eine großartige. Genosse Ulrich von hier hatte das Referat über die Ziele der Sozialdemokratie übernommen und mochte etwa 10—20 Minuten gesprochen haben, als plötzlich der anwesende Gensdarm Artz aus Rockenberg aufsprang und die Versammlung für aufgelöst erklärte. Eben war Ulrich dabei, den Vorwurf: die Sozialisten wollten die Ehe und Familie zerstören, zurückzuweisen und klarzulegen, daß gerade die Gegner des Sozialismus schon jetzt thatsächlich der Prostitution Thür und Thore geöffnet haben und daß die „höheren" Stände die Ehe als bloßes Geschäft betrachten und völlig geschäftsmäßig abschließen, somit nicht die Sozialisten die Zerstörer von Ehe und Familie seien, sondern Jene, welche es ihnen vorzuwerfen die Kühnheit hätten. Das allgemeine Bravo, durch welches die Ausführungen belohnt wurden, war kaum verklungen, als das Machtwort des Gensdarmen erscholl, und die ganze Versammlung voll Staunen den Wächter des Gesetzes und der Ordnung anstarrte. Entschlossen verlangte der Redner, daß der Gensdarm die Gesetzesstelle angebe, auf Grund welcher er die Auflösung der Versammlung vornehme, doch das schien der Gesetzeswächter selbst nicht zu wissen, denn die Antwort lautete einfach: Im Namen des Gesetzes ꝛc. Entrüstet über diesen offenbaren Mißbrauch der Amtsgewalt, protestirte der Redner gegen diese Willkür, erklärte der Gewalt weichen zu müssen, und stellte eine diesbezügliche Beschwerde an das Kreisamt event. auch selbst an das Ministerium des Innern in Aussicht.

Die Auflösung der Versammlung hat uns jedenfalls mehr genützt als zwei ruhig verlaufene Versammlungen und wiederholt sagten einzelne Landleute: „Da haben wir es ja! Wir sollen nichts hören, wenn einer anders denkt, als die hohen Herren und will er seine Gedanken aussprechen, so bekömmt er den Mund gestopft." Kurz, wir können dem Artz für seine Agitation für uns danken, denn wir sind überzeugt, daß die demnächst stattfindende Versammlung noch stärker als die aufgelöste besucht sein wird.

Der Allgemeine Arbeiter-Sänger-Bund

besteht noch nicht ganz sechs Monate, hat sich aber in dieser kurzen Zeit schon erfreulich entwickelt, ein Beweis der Erkenntniß, daß die Zusammengehörigkeit der Arbeiter auch auf diesem Gebiet nur von Nutzen sein kann. Freilich stehen dieser Verbindung gerade die großen Städte gleichgültig gegenüber, ja Hamburg hat auf eine Anfrage von Seiten des Ausschusses ablehnend geantwortet und dann sich zu einem partikularistischen Hamburger Sängerbund vereinigt. Hoffentlich suchen auch diese Arbeiter-Gesangvereine noch eine Ehre darin, dem Allgemeinen Bruderbund anzugehören. Es sind in Deutschland mehrere Gauverbände in Gründung begriffen und auch in Amerika und der Schweiz bilden sich Arbeiter-Sänger-Bunde.

Der Ausschuß mußte in seiner letzten Sitzung am 9. September sich zum Theil neu constituiren. Richard Spätzel und Ernst Witzel waren aus Geschäftsrücksichten aus der Arbeiter-Liedertafel ausgetreten, für welche diese den Schriftsetzer O. Wohlfarth und den Tischler G. Forderung als Ersatz gewählt hatte. Der Ausschuß hat den Schriftsetzer O. Wohlfarth zum Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt. Der Ausschuß theilt noch mit, daß mehrere Vereine in der Gründung begriffen sind, die dem Bund noch beitreten wollen, und daß die Agitation erst, wenn Mittel vorhanden sind, mit noch größerem Erfolg betrieben werden kann.

Der Ausschuß fordert die Gesangvereine noch auf, mit dem Abonnement auf die Liedersammlung nicht mehr zu säumen, da mit derselben der Zweck erfüllt wird, der darin besteht, daß ein Mitglied, welches einen Gesangverein verläßt und in einen anderen eintritt, nicht erst alle Lieder neu zu lernen braucht.

Der Ausschuß:
Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Berichtigung. In meiner Erklärung in Nr. 110 befindet sich ein Druckfehler. Es muß heißen: von je zweien 85 M. statt 25 M.
Köln, den 19. Septbr. Georg Schumacher.

Briefkasten

der Redaktion. J. v. A. in Gotha: Muthen Sie uns nicht zu, daß wir gegen Menschen polemisiren, die ein Flugblatt gegen die Sozialdemokratie herausgeben und in der deutschen Literatur so wenig bewandert sind, daß sie nicht einmal wissen, wer die Verse gemacht: „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen" und

„Ein Fluch dem Gotte, dem blinden, dem tauben,
Zu dem wir vergebens gebetet im Glauben,
Auf den wir vergebens gehofft und geharrt,
Er hat uns gefoppt, er hat uns genarrt!"

Nicht zu wissen, daß diese Verse von einem der größten deutschen Dichter verfaßt sind — diese Unwissenheit ist geradezu horrend.

der Expedition. J. Frzl Nbrwtg: Ihr Anliegen müssen Sie bei der Post Reichenau direkt ordnen. Jedenfalls wird Bringerlohn in's Haus berechnet. Kalender folgen per Nachnahme. —

Quittung. H. Lgs Hannover Ann. 0,80. Rnz Wien Schr. 5,00. Bster London Ab. 5,00. Schrtr Dürkheim Ab. 2,80. Dmmnz Riesa Ab. 4,00. Sglr hier Ab. 1,50, Schr. 6,25. Schh Düsseldorf Ann. 1,50. Sbrt Cassel Ab. 5,20. Frtzsch Dahme Ab. 2,40. Expedition der „Fr. Ztg. Bremen Ab. u. Schr. 118,87. Grd Stötteritz Ab. 18,90. Dlln's Dirmstein Schr. 5,00. Gnthr Hannover Schr. 3,00. Mr Oldenburg Schr. 3,85. Grbnstn Lindenau Schr. 3,00.

Fonds für Gemaßregelte.

Bster London 3,20. Bhrnwald Hannover 1,20. Arbeiterverein Plagwitz-Lindenau 1,05. Gewerkschaft der Holzarbeiter Erfurt 41,59.

Düsseldorf. Sonntag, den 23. September, Vormittags halb 11 Uhr, im „Tivoli", am Wehrhahn:

Große Volksversammlung.

Referenten: Herr Rittinghausen, Reichstagsabgeordneter, Köln, und Herr H. Lange, Redakteur, Barmen.

Zur Deckung der Tageskosten wird ein Eintrittsgeld von 10 Pf. erhoben. [80

Leipzig. Gewerkschafts-Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. (Eingetr. Genossenschaft.)

Sonnabend, den 22. September, Abends halb 9 Uhr, bei Hrn. Träger, Thiem'sche Brauerei, Tauchaerstraße Nr. 12:

Versammlung.

Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen Der Vorstand.
NB. Aufnahme neuer Mitglieder. (2a) [80

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.

Nächsten Sonnabend:

Außerordentl. Generalversammlung.

Es liegt im Interesse aller Mitglieder zu erscheinen. [60
Der Vorstand.

Leipzig. Central-Gewerkschafts-Krankenkasse Metallarbeiter.

Jeden Montag, Abends ½9 Uhr, im Arbeiterbildungsverein, Ritterstraße 43 II.:

Versammlung.

Jeden Montag Aufnahme neuer Mitglieder. [80
Allseitiges Erscheinen erwünscht J. A.: R. T.

Osnabrück. Arbeiter-Wahlverein.

Donnerstag, den 24. Septbr., Abends 8½ Uhr im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemünze 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Wahl eines Vorsitzenden. Fragekasten. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht [80
Der Vorstand.

---

2 gute Korbmachergesellen erhalten Arbeit in Emmerich a. N.-Rh. bei H. Hartmann. [80

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77

sind à Stück M. 1,20 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der Expedition der „Neuen Welt", Leipzig, Färberstr. 12 II.

Soeben erschien und ist durch alle Buchhandlungen, sowie direkt vom Verlags-Institut in Leipzig, Joh.-Gasse 21, zu beziehen:

Berliner Sittenbilder.

Eine Erzählung aus der Gegenwart

von

Hieronymus Bitterklee.

„Des Hasses bin ich stolz,
Des Hohnes zufrieden!" Shelley.

Elegant broch. Preis 2 Mark 40 Pf.

In überaus fesselnder Darstellung ein lebenswahres Bild der gesellschaftlichen Zustände in der Reichshauptstadt gebend, wird obiges Werk, dessen spannende und die verschiedensten Seiten des Berliner Lebens umfassende Handlung sich vorzugsweise in den höchsten Gesellschaftskreisen bewegt, nicht verfehlen, die gebührende Sensation zu machen.

(Den Lesern der „Neuen Welt" wurde Obiges unter dem Titel: „Im Banne Mammons" vorgeführt.) [450

Soeben erschien in neuer Auflage und ist durch uns zu beziehen:

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts".

„Rundschau"

Nr. 3

ist erschienen und an diejenigen Orte zur Versendung gelangt, deren Filial-Expedienten über Nr. 2 abgerechnet haben.

Für Lokal- u. Gewerkschafts-Vereine

jeder Art passend sind praktisch eingerichtete

Cassenconto- & Mitgliederbeitrags-Bücher

zum Selbstkostenpreis à 50 Pfg. zu beziehen. Porto für das Paar 10 Pfg. Bestellungen sind zu machen bei A. Geib in Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Nach dem Beschlusse des diesjährigen Congresses der deutschen Sozialisten erscheint vom 1. Oktober ab in Berlin:

Die Zukunft.

Sozialistische Revue.

Die hervorragendsten sozialistischen Schriftsteller des In- und Auslandes haben ihre Mitwirkung zu diesem Unternehmen zugesagt, dessen Aufgabe es ist, das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie in wissenschaftlicher Weise darzulegen und zu vertheidigen.

„Die Zukunft" erscheint elegant ausgestattet monatlich zweimal in der Stärke von 1½—2 Bogen Lexikon-Format. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich:

beim Bezug durch die Post (Zeitungs-Preisliste Nr. 4394a) und den Buchhandel M. 1,25, ohne Bringerlohn;
bei direkter Zusendung unter Kreuzband: für das Inland und die Länder des Weltpostvereins M. 1,90;
bei Zusendung unter verschlossenem Couvert M. 2,50.

Bestellungen auf die Gratis- und Franco-Zusendung der am 15. September erscheinenden Probenummer wolle man an eine Buchhandlung oder an die Expedition richten.

Die Expedition der „Zukunft".
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Abonnements-Einladung.

Mit 1. Oktober beginnt der 3. Jahrgang des in einer Auflage von 40,000 Exemplaren erscheinenden illustrirten Familienblattes

Die Neue Welt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis vierteljährlich Mk. 1,20. In Heften à 30 Pfg.

Alle diejenigen Gesinnungsgenossen, welche Gelegenheit haben, die binnen Kurzem erscheinenden Prospekte in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien zu verbreiten, werden dringend um sofortige Angabe ihrer Adresse und der Zahl der ihnen zu sendenden Prospekte gebeten. — Eine entsprechende Subscriptionsliste (Abonnenten-Sammelliste) wird in mehreren Exemplaren der Sendung beigefügt.

Die Freundschaft und Anhänglichkeit unserer so großen Leserzahl begleitet uns in das neue Jahr unserer Wirksamkeit und wird uns noch weitere Volkskreise erschließen helfen — darauf meinen wir mit Sicherheit rechnen zu dürfen.

Redaktion und Verlag der „Neuen Welt".
Leipzig, Färberstraße 12 II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: W. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Woll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lantermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hense, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 113. Mittwoch, 26. September. 1877.

Ein volles Jahr

ist verschwunden, seitdem die Probenummer des „Vorwärts" in die Welt gesendet wurde, seitdem der Wunsch der Sozialdemokratie Deutschlands, ein Centralorgan zu besitzen, erfüllt worden ist.

„Vorwärts" — so lautet nun der gemeinsame Ruf, vorwärts zur Erringung unseres hohen Zieles: die Befreiung der Menschheit.

Einen Rückblick auf unsere, auf die Thätigkeit der Partei wollen wir heute nicht werfen — dazu ist wohl bei dem nächsten Jahreswechsel der geeignete Zeitpunkt. Vorwärts wollen wir drängen, vorwärts mit dröhnendem Ruf, aber auch mit überzeugender Wahrheit, und vor Allem soll dieser Ruf widerhallen durch die Gesammtheit und anfeuern zu gemeinsamem Denken, zu gemeinsamem Wirken, zu gemeinsamer That.

Alles Denken, alles Streben, alles Thun des Einzelnen gleicht der Arbeit des großen Götterverdammten, Sysiphus, die niemals einen Abschluß findet, immer fruchtlos bleibt und den Arbeitenden zu ewigem Joche verurtheilt, während das gemeinsame Streben Blüthen und Früchte treibt zum Heile Aller.

So muß auch unser Streben und Handeln ein gemeinsames sein unsern Gegnern zum Trotz. Sie wissen wohl unser festes Zusammenhalten zu würdigen, sie, den Herrn Staatsanwalt zu Berlin an der Spitze, wissen wohl die Mittel zu wählen, um unsere Einigkeit zu lockern, unsere Phalanx zu durchbrechen — nicht die sozialistische Wahrheit macht ihnen Grauen, nicht sie verbreitet Schrecken bei ihnen, sondern das gemeinsame Wirken, die Wahrheit in das gesammte Volk hinein zu tragen — deshalb ihr Bestreben, unsere Einigkeit zu zerstören.

Aber wie von den Wällen von Plewna das Russenheer, so soll die Macht unserer Gegner an den Wällen zu Schanden werden, auf dem das rothe Banner der Gemeinsamkeit und Bruderliebe weht.

So wollen wir auch immerdar einig zusammenstehn in Freude und Kampf; immerdar in dem Bewußtsein, daß nur in unserer Einigkeit unser Sieg liegt.

Und weil das äußere Band dieser Einigkeit durch die Gewalthaber zerstört ist, deshalb muß das geistige Band um so fester geschlungen werden, deshalb muß gerade in dem einheitlichen Gedanken unsere Kraft liegen.

Das „Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands", der „Vorwärts", ist nun zu solchem geistigen Zusammenhalt in erster Linie berufen, deshalb muß ihm von unsern Parteigenossen auch die größte Beachtung in jeder Hinsicht geschenkt werden.

Die Sprache, die Ausdrucksweise des „Vorwärts" ist einfach; sie soll einfach sein, um von Allen, welche überhaupt denken wollen, verstanden zu werden; die Anschauungen des „Vorwärts" sind radikal, sie sollen radikal sein, um keinerlei Zweifel übrig zu lassen über unsere Endziele in polititischer und sozialer Beziehung.

Aber wir halten uns nicht unfehlbar, deshalb lassen wir jede Ansicht innerhalb der Grenzen unseres Parteiprogramms im „Vorwärts" zur Geltung gelangen — so nur klärt sich das Urheil der Leser.

Was wir in Jahresfrist geboten haben, das wollen wir nicht erwähnen, aber sagen wollen wir, daß unser Fleiß und unsre Kraft nicht nachlassen werden, daß wir vielmehr in strengster Pflichterfüllung unsere Anstrengungen noch erhöhen wollen im Dienste der Partei.

Wir verkennen nicht, daß die Lokalpresse unserer Partei in ihrer großen Ausbreitung viel Gutes wirkt; daß sie nothwendig ist, um immer mehr Streiter für unsere Sache herbeizuführen, und in dieser Hinsicht thut sie auch im großen ganzen, jetzt noch unterstützt durch das neue Parteiunternehmen, die „Sozialdemokratische Correspondenz", reichlich ihre Pflicht und Schuldigkeit.

Die Lokalpresse hat aber nach verschiedenen Seiten hin Rechnung zu tragen, um zu bestehen und im oben ausgesprochenen Sinne zu wirken — wäre die Partei auf sie allein angewiesen, so dürfte vielfach Verflachung der Prinzipien eintreten. Aber solche Befürchtung wird zerstreut durch das Centralorgan, durch den centralisirten Parteigedanken, welcher das Prinzip und das Ziel der Partei deutlich und radikal und immer und immer wieder ausspricht, damit keinerlei Irrungen möglich sein können.

Und dies ist ein Hauptgrund, weshalb alle Parteigenossen sich, ganz unbeschadet ihrer Thätigkeit für die Lokalorgane, um den „Vorwärts" schaaren müssen und ihm einen immer größeren Leserkreis zuzuführen verpflichtet sind.

Wir empfehlen bei dieser Gelegenheit die „Rundschau", welche vorzugsweise den Leser über die Gesammtagitation unserer Partei in Deutschland unterrichtet — der „Vorwärts" aber soll dem Leser über die Weltagitation der Sozialdemokratie Aufklärung schaffen und er that dies ja in ziemlich ausreichender Weise.

Ferner empfehlen wir die „Zukunft", die wissenschaftliche Revue, unserer Partei — sie soll „forschen, ergründen und begründen". Wir aber wollen weiter fortfahren, die vorhandene sozialistische Wissenschaft zu lehren und zu verbreiten.

Und auch die verschiedenen Gewerkschaftsorgane seien uns willkommen. Wir haben bis jetzt dem Gewerkschaftsleben und -Treiben weniger Aufmerksamkeit geschenkt, als es vielleicht verschiedene Leser des „Vorwärts" wünschen; auch darin wollen wir Abhülfe schaffen und mindestens monatlich einmal eine Uebersicht der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland unsern Lesern vorführen.

So wollen wir weiter streben — vorwärts heißt die Parole; die Losung: das Wohl der Menschheit.

Aber wir verlangen auch von den Parteigenossen in ganz Deutschland, allerorts thätige, energische Mithülfe. Wohl sind wir angesichts der überall herrschenden Noth mit dem Abonnentenstande des „Vorwärts" recht zufrieden, wohl können wir für die geistige Beihülfe vieler Parteigenossen in allen Ländern der Welt unsern besten Dank aussprechen, aber das hält uns nicht ab, immer und immer wieder auszurufen:

Vorwärts für das Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands, vorwärts für den Centralausdruck des sozialistischen Gedankens, vorwärts für den „Vorwärts", damit es unaufhaltsam mit vereinten Kräften für die gemeinsame Sache vorwärts gehe!

Aus Frankreich.

B. Paris, 20. September.

Das „Manifest" des nichtverwundeten Helden von Sedan prangt an allen Straßenecken und bildet heute den Hauptgegenstand aller Zeitungsartikel und politischen Gespräche. Sonderbarerweise thun unsere Bourgeoisrepublikaner, als seien sie überrascht, während das Machwerk doch genau so ausgefallen ist, wie Jedermann es erwartet hatte und erwarten mußte. Es enthält die Ankündigung des Staatsstreichs! Kein Zweifel darüber. Mac Mahon „kann den Posten nicht verlassen, auf welchen die Constitution ihn gestellt hatte" — er wird also Präsident bleiben, auch wenn das allgemeine Stimmrecht gegen ihn entscheidet. Das ist deutlich gesprochen, und obgleich sonst auf Mac Mahon's Wort nichts zu geben ist, dieses Wort wird er halten. Das wissen die Herren Bourgeoisrepublikaner, und — weil sie es wissen, wird es keinen Staatsstreich geben. Die Ankündigung des Staatsstreichs macht den Staatsstreich überflüssig. So beschränkt Mac Mahon auch ist, — er kennt seine Pappenheimer. Er kennt die Angst der Bourgeoisie vor dem Proletariat, vor der Revolution, vor einem Straßenkampf. Und auf diese Angst spekulirt er. Die „Demagogen", welche er den „Republikanern" von der Sorte Thiers an den Kopf wirft, und die Vergleichung der aufgelösten Versammlung mit dem Convent, sind kleine Späßchen, zur Würze der Haupt- und Staatsaktionen, die au fond ja nur eine erbärmliche Farce ist. „Demagogen!" Ja, — aber in anderem Sinne, als in welchem die reaktionären Parteien aller Schattirungen den Ausdruck anwenden; nicht Männer, die das Volk aus dem Schlummer rütteln, es über seine Interessen aufklären, zum Kampf für seine Rechte anspornen, was der reaktionäre Jargon unter „Demagogen" versteht; wohl aber — mit verschwindenden Ausnahmen — „Volksverführer", Ehrgeizige, welche das Volk über seine Interessen im Dunkel zu halten, es durch heuchlerische Phrasen zu nasführen und für ihre persönlichen und Klasseninteressen zu mißbrauchen suchen. Und „Convent"! Diese Gesellschaft von Philistern, Maulhelden und Stellenjägern! Die Danton, Robespierre, Marat würden sich im Grabe herumdrehen, wenn man ihnen, den Titanen der Revolution, diese Zwerggestalten des Bourgeois-Liberalismus in seinen verschiedenen Schattirungen im Ernst als Fleisch von ihrem Fleisch, Blut von ihrem Blut aufoktroyiren wollte. Natürlich hat auch Mac Mahon, oder die Egeria, welche das Ding für ihn geschrieben hat — denn Mac Mahon weiß mit der Feder genau ebenso gut umzugehen, wie mit dem Degen, und liegt sogar mit der Orthographie (von Grammatik und Logik gar nicht zu reden) in hoffnungslosem Kampf — also der Schreiber des Manifestes hat natürlich nicht im Entferntesten daran gedacht, daß die Herren Grévy, Gambetta und Consorten es sich beikommen lassen könnten, „Convent zu spielen", die „Erinnerungen von 1793 und 1794 heraufzubeschwören". Bei solchen Gelegenheiten braucht man aber einen Popanz, und der „Convent" ist ein vortrefflicher Wauwau. Schon beim bloßen Gedanken an „1793 und 1794" überläuft diese „Republikaner" in gelben oder andersfarbigen Handschuhen eine Gänsehaut.

Das wissen die Macher des 16. Mai, die Verfasser dieses Manifestes.

Auf's Aeußerste wird und kann die liberale Bourgeoisie es nicht ankommen lassen. Die eigene Haut zu Markte zu tragen, war nie Sache der Herren Bourgeois; sie zogen es vor, die Arbeiter in's Feuer zu schicken und die Kastanien der Gewalt ihnen dann abzulisten oder brutal zu entreißen. Seit 1830, wo ein Theil der Bourgeoisie noch „auf die Straße ging", hat die französische Bourgeoisie sich nicht geschlagen; wenigstens nicht gegen die Regierung. Und jetzt, mit den noch frischen Erinnerungen der Commune, wird sie sich erst recht nicht schlagen. Und es wäre auch recht thöricht von ihr. Die Herren Bourgeois allein — angenommen einmal, sie wären über Nacht Löwenherzen geworden — machen das Kraut nicht fett; die Arbeiter müßten helfen. Wie steht es aber um die Hilfe der Arbeiter? Ist diese Hilfe zu erwarten? Und wäre sie nicht gefährlicher als die Gefahr, der durch sie vorgebeugt werden soll? Da liegt der Hase im Pfeffer. Von Zweien Eins: Entweder fühlen die Pariser Arbeiter — denn um diese allein handelt es sich in erster Linie — sich stark genug zu einer Straßenschlacht. Oder sie fühlen sich nicht stark genug. Im letzteren Falle werden sie sich überhaupt nicht schlagen, auch nicht an der Seite, als bloßes Anhängsel der Bourgeoisie. Im ersteren Falle werden sie sich nur für sich selbst schlagen.

Kurz: entweder keine Straßenschlacht, oder eine Straßenschlacht, die, auch wenn im Anfang die famose „Harmonie der Interessen" ihren Spuk triebe, sehr bald, nach der unerbittlichen Logik der Thatsachen, sich gegen die Bourgeoisie wenden müßte.

Das ist die Situation, an der sich nichts wegdeuteln läßt.

Und die praktische Folge? Die Bourgeoisie wird sich ducken, sie wird unter tönendem Protest den Rückzug antreten — der Säbel Mac Mahon's und der Rosenkranz der Mac-Mahonin sind die besten „Garantien" der Bourgeoisherrschaft. Die „363" werden zumeist wiedergewählt werden — aber sicherlich nicht von den Arbeitern, die ihre Feinde und deren Thaten nicht vergessen haben —, die Majorität der neuen Kammer wird „republikanisch" sein, aber ein Theil dieser „Republikaner" wird sich auf die eine oder andere Weise mit Mac Mahon abfinden, — der Staatsstreich wird nicht gemacht, eine Straßenschlacht nicht geschlagen, — die „Republik" (in Gänsefüßchen) bleibt, das Geschäft der Volksausbeutung wird von der „vereinigten reaktionären Masse" der Ausbeuterparteien mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt, bis — der „große Krach" hereinbricht, und nach siegreicher Niederwerfung der Tripelallianz: Pfaffenthum, Soldateska und Bourgeoisie, die „Republik" (in Gänsefüßchen) gestürzt und an ihre Stelle die Republik ohne Gänsefüßchen, die einzige Republik, die keine Lüge ist, errichtet wird: die sozialdemokratische Republik.

Nachschrift, den 21. September. Die „vereinigten Republikaner" arbeiten an einem „Gegenmanifest", können es aber nicht fertig bringen. Es hat sich noch kein Text ausspintisiren lassen, den auch die „äußerste Linke" mit unterzeichnen kann. Da haben wir's. La rupture se dessine déjà — der Riß zeichnet sich schon ab.

Ein Reichstagsgewitter im Anzug.

Budapest, den 14. September.

In einem deutschen fortschrittlichen Blatte wird ganz richtig bemerkt: „daß es unbegreiflich, doch wahr ist, Rußlands verderblicher Einfluß auf Europa wachse in dem Maße, wie seine militärische Impotenz offenbar wird." Ist es Trotz oder ein kindisches Necken von Seite einiger Regierungen, wenn sie die Antipathien und Sympathien des Volkes unberücksichtigt lassen und das Entgegengesetzte dessen thun, was der Volkswille laut ausspricht? Dieses Symptom des Neckens und des Trotzes hat sich nirgends so kund gegeben wie zu Kaschau bei Gelegenheit eines Bankets, wobei der Kaiser Franz Josef auf die Gesundheit „seines theuren Freundes und treuen Bundesgenossen*)" einen Toast ausgebracht. Es scheint, als ob der Kaiser Kaschau mit Agram — der Hauptstadt des russenfreundlichen Kroatiens — verwechselt hätte.

„Ich war loyal, indem ich meine Popularität als Opfer hinwarf. Ich war monarchisch gesinnt und ertrug die Verachtung meiner Nation dafür. Ich habe um den Preis der größten Selbstverleugnung, trotz meiner Ueberzeugung, meines Patriotismus, meiner männlichen Würde am Pfade der „guten Gesinnungen" zu bleiben getrachtet", so äußerte sich vor Kurzem im Zempliner Comitat ein hervorragender ungarischer Staatsmann, den die Welt als unter Hofeinflüssen stehend betrachtet — „doch weiter kann ich nicht mehr gehen. Die orientalische Frage fordert meine Religiosität, meinen Patriotismus und meine Humanität in die Schranken, gegen jene niederträchtigen Intriguen, welche in Wien gesponnen werden und nur zwei Alternativen kennen: Absolutismus oder Revolution. Ich rathe Ihnen, meine Herren (dies sprach er in einer Comitatsständeversammlung), zu agitiren, zu demonstriren; es wird ein Glück sein, wenn wir damit diese Cotterie zur Vernunft bringen, die dort oben sich zu unserem Ruin verschwört."

So sprach ein, in der Atmosphäre des Hofes auferzogener, von der Dynastie begünstigter, einst bediensteter, sehr einflußreicher Mann, dessen ganze politische Carrière seine Ergebenheit für das Herrscherhaus so sehr bekundete, daß man ihm selbst jetzt noch, nachdem er jede Bedienstung abgelegt, kaum Vertrauen schenken will. Wie muß also jene Atmosphäre beschaffen sein, welche riesenhaften Formen müssen jene Intriguen angenommen haben, um sogar einen Mann, der das Non plus ultra des Schwarzgelbthums erreicht, zu einer solchen „jakobinischen Entrüstung" gegen Diejenigen aufzubringen, die die Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie um jeden Preis in den Abgrund stürzen wollen, indem sie sich Mühe geben, sie dem Russen in die Arme zu treiben.

Der zu Kaschau dem „treuen Bundesgenossen" ausgebrachte kaiserliche Toast sagt mit anderen Worten nichts anderes als: „Kuscht Euch, Canaille! Ihr müßt es mit Dem halten, den ich Euch als Alliirten bezeichne."

Koffuth sagt in seinem zweiten, an den Abgeordneten des Czegleder Wahldistrikts, B. Samuel Molnar, gerichteten Briefen: „Wenn man in den sogenannten maßgebenden Kreisen glaubte, daß diese türkenfreundliche Bewegung nur eine solche Aufregung ist, welche die Worte Einzelner hervorgebracht und eben so verlöschen wird, wie sie entstanden, denen sage ich, sie mögen sich in Acht nehmen, damit die Zeit sie nicht zu ihrem eigenen Verderben darüber belehre, wie schrecklich sie sich getäuscht." — Er ruft ihnen zu: „Wir gehen mit Euch, wollen wirken durch Euch, wenn es Euch gefällig ist, ohne Euch, gegen Euch, wenn es sein muß." Endlich aber, indem er auf die Lebensinteressen der Völker Oesterreich-Ungarns zu sprechen kommt, sagt er: „Es ist nicht räthlich für eine Regierung, welche sich mit einer constitutionellen Toga bekleidet, sich mit dem Willen der Nation in Widerspruch zu setzen. Diesmal aber ist dieser Wille so unzweideutig klar, daß es ein gefährliches Wagstück wäre, ihn durch parlamentarische Kniffe zu umgehen. Hier handelt es sich um Lebensinteressen des Volkes. Und das Volk weiß es, daß es sich darum handelt. Die Ungarn sind eine loyale Nation. Man soll also ihrem Willen Folge leisten. Man zwinge sie nicht da-

*) Offiziös wird es widerrufen, daß Kaiser Franz Josef den Ausdruck: „treuen Bundesgenossen" gebraucht habe; doch der Freund mag auch schon genügen. D. R. d. „V."

zu, die Aufrechthaltung und Sicherung ihres Fortbestehens selber in die Hände zu nehmen. Sie wird es thun, wenn man sie dazu zwingt, weil sie nicht sterben will. Sie wird kein solcher Wurm sein, um sich unter der Ferse des Unterdrückers platt drücken zu lassen. Sie wird Niemanden zu lieb gestatten, daß die gemüthlich mit einander einverstandenen Czaren und Cäsaren so magnetisch auf die vor ihnen sich im Staub krümmenden Höflinge wirken, damit diese aus Ungarn ein Pulverfaß machen, welches die russischen Intriguen mittelst panslavischer Lunten in die Luft sprengen."

Dann erinnere ich die Leser des „Vorwärts" noch an jene in Nr. 107 vom 12. September, der Wiener „Neuen Freien Presse" entnommenen Zuschrift eines höheren österreichischen Offiziers, namentlich an die Sätze: „Leider sehen wir in diesem für Europa so schandvollen Kriege gegen die Türken in Anwendung gebracht: unerhörten Treubruch, Felonie — kurz alle Nichtswürdigkeiten und ehrlosen Mittel, die früher in gewissen conservativen, legitimistischen, frommen und militärischen Kreisen stets Abscheu und Entsetzen erregten." — „Wenn die löbliche Redaktion diese Zeilen veröffentlicht, so würde sie in allen Herzen, welche die Ausdauer und die Tapferkeit der türkischen Armee mit Recht bewundern, einen Wiederhall finden. Sie sind der Ausdruck der Meinung von Tausenden, die sich so ausgesprochen."

Nun, da haben wir also die Aeußerungen eines deutschen Blattes, eines ehemaligen Höflings, dann des größten Staatsmannes und glühendsten Patrioten und die eines kaiserlichen Offiziers, wenn wir noch die Aeußerungen ebenso unparteiischer Engländer und Franzosen dazu legen, so sind hier alle Nationen und alle Kasten vertreten, sie sind einstimmig in ihrem verdammenden Urtheil der Politik des österreichischen Hofes.

Alles dies wissend, und an der Schwelle des ungarischen Reichstages, welcher leider mehr aus Volkszertretern als aus Volksvertretern besteht, wie sich überhaupt die parlamentarische Institution, wie sie jetzt überall in Europa besteht, niemals als Ausfluß des Volkswillens gezeigt — fängt es doch den Herren Souffleuren, die dem Kaiser Franz Josef das „meines treuen Alliirten" in den Mund gegeben und einstudirt haben, an zu gruseln. Zumal da während der nicht allzu kurzen Pause, während welcher der Reichstag nicht getagt, die Volksstimmung sich immer schneidender und schärfer gegenüber den Herren Ministern Andrassy und Tisza zeigt und die äußerste Linke an dem Freiherrn v. Baldacci einen solchen Führer gewonnen, welcher wohl geeignet ist, die Rolle eines Volkstribuns trotz seiner aristokratischen Abstammung zu spielen. Dieser Mann wird den Lauen und Fuchsschwänzern die Hölle gewiß recht heiß machen. Die Hofpartei, jetzt die namhaft stärkere im magyarischen Reichstage und die seit 10 Jahren debütirenden Ministerien, hatten sich viele Mühe gegeben, ihn zu ihrer Partei hinüber zu locken, doch vergebens. Sein großer Reichthum erhebt ihn schon zu einem bedeutenden politischen Faktor. Obschon die Tiszapartei ebenfalls sehr reiche Männer zählt, so ist es doch eine Frage, ob auch nur Einer von ihnen so geneigt dazu ist, aus seinem Vermögen dem Volke so viel zukommen zu lassen, wie Baldacci, der außer unendlich vielen Stiftungen und Gründungen gemeinnütziger volkswirthschaftlicher Unternehmungen auch noch für protestantische Volksschulen 12,000 Morgen Landes (der ungarische Morgen faßt 1600 Quadrat-Klafter oder 6400 Quadrat-Meter) bei Lebzeiten hingegeben. Eben so hat er sich durch seine Gaben aus eigenem Beutel an Geld, Charpie und Getreide zu Gunsten der türkischen Verwundeten hervorgethan. Unter solchen Auspicien und bei der allgemeinen Gährung im Lande ist wohl vorläufig ein Reichstagsgewitter*) das Mindeste, was man in Budapest erwarten kann.

D. K.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Am 19. und 20. d. Ms. conferirte Fürst Bismarck mit dem Grafen Andrassy in Salzburg. Wie mit Bestimmtheit anzunehmen ist, versuchte der deutsche Kanzler den österreichischen für einen Interventionsversuch zu Gunsten Rußlands zu gewinnen. Wenn Fürst Bismarck ein deutscher Staatsmann wäre, müßte er sich freuen, daß Rußland, welches auf Deutschland einen so unheilvollen Einfluß ausgeübt, es in unwürdigster Abhängigkeit gehalten hat, durch die frevelhaft angegriffenen Türken von seiner Weltstellung herabgeworfen worden ist. Aber Fürst Bismarck ist, was er ja selbst gesagt hat, vor allem preußischer Staatsmann, und als solcher erblickt er in dem barbarischen Knutenstaat die einzige zuverlässige Stütze des durch ihn vertretenen Systems. Ueberdies hat er es fertig gebracht, das mit Hülfe Rußlands geschaffene „deutsche Reich" in Europa so vollständig zu isoliren und die deutsche Politik mit der russischen so vollständig zu identifiziren, daß es mit Rußland solidarisch ist, und der russischen Allianz bedarf. Unter solchen Umständen muß es natürlich das, sonst ganz unbegreifliche, Streben des Fürsten Bismarck sein, den zerbrochenen „russischen Koloß" womöglich wieder zusammenzuflicken und auf die Beine zu bringen. In diesem Sinne wurde unzweifelhaft in Salzburg gewirkt: den beiden kriegführenden Mächten sollte — entweder von Seiten Deutschlands und Oesterreichs allein, oder, falls sie sich dazu bereit fänden, seitens sämmtlicher europäischen Mächte — ein Waffenstillstand vorgeschlagen, und dann „unter Theilnahme der europäischen Großmächte" die Friedensverhandlungen eröffnet werden. Es liegt auf der Hand, daß ein Waffenstillstand im jetzigen Moment wohl für die Russen vom größten Vortheil wäre, für die Türken dagegen vom größten Nachtheil; die russische Armee würde vor der Vernichtung gerettet, die ihr, bei Fortsetzung des Kriegs, fast sicher droht, könnte gemüthlich in Bulgarien überwintern, ihre Verstärkungen an sich ziehen und, nachdem die Herren Diplomaten ein paar Monate lang leeres Stroh gedroschen, dann nächstes Frühjahr neugekräftigt mit besseren Chancen den Krieg wieder beginnen. In so plumper Weise lassen die Türken sich nicht überlisten; sie werden den Waffenstillstand ablehnen, außer unter Bedingungen, die den russischen Plänen und Wünschen nicht entsprechen würden; durch diese Ablehnung kämen sie in Conflikt mit Oesterreich und den übrigen europäischen Mächten, die auf das Bismarck'sche Projekt eingingen, und die Folge wäre: Rußland, das natürlich mit beiden Händen zugriffe, hätte „Europa" für, die Türkei dasselbe gegen sich.

Der Bismarck'sche Plan ist indeß, verschiedenen Anzeichen nach zu urtheilen, nicht nach Andrassy's Geschmack gewesen. In Oesterreich, und zwar in beiden Reichshälften, hat die Erbitterung über Rußland und das Mißtrauen gegen die Bismarck'sche Politik nachgerade eine solche Intensität gewonnen, daß die Regierung nicht länger gegen den Strom zu schwimmen vermag. Mußte doch der Kaiser Franz Joseph, der beim Glas Wein auf seinen „Freund und Alliirten", den Czar angestoßen hatte, sich gefallen lassen, daß der „Alliirte" offiziell dementirt wurde; und hat doch das Andrassy'sch-offiziöse „Wiener Fremdenblatt" neuerdings so unverholen seine Gefühle des Mißtrauens gegen die „deutsche" Reichspolitik ausgedrückt, daß die Bismarckisch-offiziöse Berliner „Post" sich genöthigt sah, ihm deswegen recht bittre freundnachbarliche Vorwürfe zu machen. Daß das „Dreikaiserbündniß" nicht bloß nach der Petersburger, sondern auch nach der Berliner und Wiener Seite „ein Loch hat", erhellt am besten aus den Affairen Keller und Geyling. Von Keller, preußisch-deutscher Militärattaché in Wien, ward bei einem Versuch, das Geheimniß der Uchatiuskanone zu kaufen, schmählich ertappt und muß in aller Hast „Urlaub nehmen"; und Geyling, ein österreichischer Offizier, wird in Frankfurt vor Gericht gestellt unter der Anklage, die Geheimnisse deutscher Festungen und Arsenale ausspionirt zu haben; in Ermangelung von juristischen Beweisen, die in derartigen Fällen niemals zu liefern sind, wird er freigesprochen, aber sofort aus dem deutschen Reichsgebiet ausgewiesen. Das sind Thatsachen, die tausendmal schwerer wiegen, als alle Reptilienphrasen vom „Dreikaiserbündniß".

Auch in Constantinopel hat die Russenfreundschaft des deutschen Reichskanzlers uns eine Niederlage eingebracht. Bekanntlich protestirte er dort, auf Grund des Berichtes eines preußischen Offiziers, der die russische Armee bei Ueberrumpelung des Schipkapasses begleitete, gegen die angebliche Mißhandlung und Tödtung russischer Gefangener durch türkische Truppen. Wie man jetzt erfährt, antwortete der türkische Minister des Aeußern: die Wahrheit des angeführten Falles sei noch nicht constatirt; sei der Fall wirklich vorgekommen, so sei es gegen die ausdrücklichen Befehle der türkischen Militärbehörden geschehen; dagegen ließen sich hunderte von noch viel krasseren Fällen als von russischen Truppen und auf Befehl der russischen Behörden, ja aus Veranlassung einer erlassenen amtlichen Proklamation des russischen Kaisers nachweisen; es liege im Interesse der Humanität, daß solchen Greueln vorgebeugt werde — die türkische Regierung habe ihr Möglichstes gethan und werde fortfahren es zu thun; aber es sei vor Allem nöthig, daß Rußland die Pfade der Humanität betrete und es dazu zu veranlassen, sei die deutsche Regierung am Besten in der Lage. Der türkische Minister ließ gleichzeitig mit dieser Antwort dem deutschen Botschafter, dem Prinzen Reuß, einige Hundert Photographien von Russen auf's Gräulichste verstümmelter türkischer Soldaten zustellen. Ob Fürst Bismarck nun in Petersburg und dem russischen Hauptquartier eine Humanitätscampagne beginnen wird? —

Bezeichnend für die deutsche „Neutralität" ist die Thatsache, daß ein Dutzend deutsche Stabsärzte die Ordre empfangen hat, sich sofort auf den Kriegsschauplatz zu begeben und in den russischen Hospitälern und Ambulancen thätig zu sein. Thatsache ist ferner, daß eine große Anzahl von deutschen Offizieren sich bei der russischen Armee befindet.

— 2000 deutsche Unteroffiziere und Soldaten in Rumänien. Daß die rubilisirte deutsche Presse Zeter und Mordio schreien würde, über die Mittheilung unseres Correspondenten „Aus Rumänien", der uns aus naheliegenden Gründen bittet, den Ort zu verschweigen, von welchem aus er uns Mittheilungen macht — und der übrigens, und man merkt es auch an dem Styl, ein Slave ist — das konnten wir wohl im Voraus wissen; daß auch die Tracht von allerlei Schimpfworten gegen uns mit den Schlägen wachsen würde, welche die Russen von den Türken erhalten, auch das war uns klar; daß ferner die anständigen nicht rubilisirten russophilen Organe in Deutschland die Wahrheit der Nachricht bezweifeln würden, war gleichfalls vorauszusehen, daß aber auch solche Blätter blos schimpfen würden, das wußten wir noch nicht. Selbst der anständige „Hamburgische Correspondent" läßt sich von einem Leipziger Fischweib folgendes schreiben:

„Es ist unerläßlich, von Zeit zu Zeit wieder einen Blick auf den Inhalt der sozialdemokratischen Hauptblätter zu werfen und hierdurch das Publekum auf dem Laufenden über die Stellung zu erhalten, welche den Tagesfragen und Tagesereignissen gegenüber von diesen Organen eingenommen wird. Bekannt dürfte sein, daß die herrschende Hauptrichtung der Sozialdemokratie die extremste Russenfeindschaft an den Tag legt; auch ist dies ja, angesichts der Rolle, welche Rußland bei unserer politischen Entwicklung gespielt hat, und bei dem starken Fuße, den der revolutionär-russische Nihilismus in unserer Sozialdemokratie hat, sehr begreiflich. Wenn nun hieran in dem bekannten Sinne die abscheulichsten Herabwürdigungen und Verdächtigungen der auswärtigen Politik Deutschlands geknüpft werden, so ist auch hierbei noch nichts zu verwundern. Das aber dürfte doch selbst Diejenigen, die längst gewöhnt sind, den sozialdemokratischen Blättern das Unglaublichste zuzutrauen, ein wenig frappiren, daß laut einer rumänischen Correspondenz des „Vorwärts" 2000 deutsche Unteroffiziere und Soldaten auf Commando in Bukarest eingetroffen sind, um sich der russischen Armee einreihen zu lassen! Man glaube nicht, es handle sich um einen schlechten Witz; die Sache wird im ernstesten Tone als etwas einstweilen Unerklärliches, aber ganz Zweifelloses und Selbsterlebtes mitgetheilt. Wir haben hier wieder einmal einen recht deutlichen Beweis, wie nützlich es sein würde, wenn einmal weiter Nichts geschähe, als den Widerruf öffentlicher Lügen durch die sozialdemokratischen Blätter zu erzwingen."

Zuerst zeigt es von ungemeiner Unkenntniß — die Redaktion des „Hamburgischen Correspondent" hätte übrigens ihren Correspondenten rectificiren können — wenn man von dem „starken Fuße" spricht, den der russische Nihilismus bei unserer Sozialdemokratie habe — die deutschen Sozialisten sind gegen den russischen Bakunismus und Nihilismus, der so „revolutionär" ist, daß er sich „Väterchen" zu Füßen würfe, wenn dasselbe geruhte, eine Constitution, wenn auch noch schlechter als die preußische, gnädiglichst dem russischen Volke zu verleihen.

Was nun die in dem letzten Satze der Notiz des „Hamburgischen Correspondenten" ausgesprochene „Drohung" anbelangt, so wären auch wir erfreut, wenn uns die deutsche Reichsregierung, bez. das preußische Kriegsministerium ein ordnungsmäßiges, glaubwürdiges Dementi zugehen lassen könnte und würde.

Die gleichfalls sonst anständige „Deutsche Allgemeine Zeitung", die schon über unsere erste rumänische Correspondenz einen Waschzettel gebracht hat, pöbelt nun auch noch los:

„Der Correspondent des „Vorwärts" „aus Rumänien" beharrt dabei, daß „2000 deutsche Soldaten und Unteroffiziere in russischer Uniform nach dem bulgarischen Kriegsschauplatze abgegangen, um dort ihre Dienste dem „Erbfreund" zur Verfügung zu stellen"; und zwar „nicht als Freiwillige, sondern vom deutschen Kriegsministerium Beauftragte". Nur so weit berichtigt er sich, daß „die Form gewahrt und die 2000 (!) von der deutschen Regierung der russischen nur als Instrukteure zur Verfügung

*) Wird wohl blos ein Gedonner ohne Blitz werden.
D. R. d. „V."

Ein Stück Geschichte

das „vor 48" spielt, wird der „Vorwärts" vom 1. Oktober an in seinem Feuilleton bringen. Es ist ein Aktenstück von höchster Wichtigkeit, welches hier zum erstenmal der Oeffentlichkeit übergeben wird, — ein Aktenstück, welches zu einem der interessantesten politischen Prozesse unter Friedrich Wilhelm IV. von Preußen gehört, und über Vorgänge charakteristischster und skandalösester Natur, die bisher in geheimnißvolles Dunkel gehüllt waren, von dem heutigen Geschlecht fast vergessen sind, taghelles Licht verbreitet. Wir treten an die Wiege der politischen Gegenwarts-Bewegung in Deutschland, die aufsteigende soziale Frage wirft ihren ersten Leuchtschein, und ein Mann, dessen Name seitdem sprichwörtlich geworden ist als Typus eines schmachvollen Systems, verdient sich vor unseren Augen seine Ritterspuren.

Und, wie gesagt, es ist ein Stück Geschichte, das dem Leser wird vorgeführt werden. Keine Dichtung, nicht „Dichtung und Wahrheit", nein — lautere, ungemischte Wahrheit, juristisch festgestellt, der guten Sache und ihren Vertretern zur Ehre, der schlechten Sache und ihren Vertretern zur Schande.

Betrachtungen auf einem Schlachtfelde.

(Aus „Gereimtes und Ungereimtes" von William Spindler.)

Wenn Einer Einen mordet, dann gibt's ein groß' Geschrei.
Wenn Tausende sich morden, da denkt man nichts dabei.
Wenn Einer Einen mordet, — war's Haß, war's Beutesucht;
Der Mörder wird verachtet, verstoßen und verflucht.
Wenn Tausende sich morden, dann wird's 'ne große That. —
Trophäen, Feindesbeute, Kriegsrecht — nach Gottes Rath.
Da gilt's des Landes Ehre, des Volkes Heiligthum,
Da gilt's die Waffenehre, da gilt's den Schlachtenruhm!
Da beten alle Beide, daß tödtlich sei ihr Blei —
Die Pfaffen weihen, segnen, — und bleiben ernst dabei.
Da wird von beiden Seiten um Hülfe Gott gefleht —
Auf beider Gegner Banner: „das Recht! die Freiheit" steht.
Was sind denn Recht und Ehre? was Freiheit, Vaterland,
Wenn die Entscheidung drüber liegt nur in Eines Hand?
Wenn Eines Einz'gen Willkür, wenn Eines Machtgebot
Für viele tausend And're ist Untergang und Tod! — — —
Dort liegen sie und ruhen von ihrer Todesqual,
Die sich gemordet haben, weil Einer es befahl.
Weil man der Waffenehre Genüge thuen mußt' —
O Kinder, Weiber, Mütter, o hättet ihr's gewußt! — — —
Nicht lächle mehr, o Mutter, dem Säugling liebreich zu —
Es ist Kanonenfutter, — wozu da Freud', — wozu?
Wozu da bange Sorge, mit der du manche Nacht
An deines Kindes Bette, o Mutter, hast gewacht!
Hat darum helle Freude aus deinem Aug' geblitzt —
Und darum Sorg' und Pflege? — Was haben sie genützt?
Daß, wenn er aufgewachsen, dem Manne sich genaht,
Daß man ihn dir dann nehme, ihn mache zum Soldat.
Daß deines Alters Stütze, daß einst dein Trost er sei —
Nun liegt er da, erschossen. Man findet nichts dabei.
Man jubelt, lärmt, trompetet; setzt ihm ein Kreuz auf's Feld,
Bescheinigt ihm zur Grube, daß brav er fiel, als Held.
Man feiert Siegesfeste — Tedeum, Glockenton — —
Könnt ihr damit erwecken nur Einer Mutter Sohn?
Mit Achselzucken weist man der Mutter Schmerz zurück,
Um sie zu trösten, nennt man's: — die hohe Politik.
O trockne deine Thränen: es ist ein hart' Geschick —
Doch daß dein Sohn erschossen: o nenn' es noch ein Glück.
Wär' er ein Krüppel 'worden, ein Kreuz hätt' auf der Brust,
Sonst aber hätt' er hungern und betteln noch gemußt.
Und mit ihm tausend And're — o Wahn, o Wahn der Zeit —
Wie lange wird es währen, bis wir von dir befreit!
Bis alle Völker einig in diesem einen Wort:
„Wir wollen keine Kriege! wir wollen keinen Mord" — —
Nicht Jene, die da würfeln mit blut'gem Menschenbein —
Du selber bist der Mörder, du selber, Volk, allein!
Du lässest deine Söhne wie Vieh zur Schlachtbank zieh'n,
Du gibst dein eigen Leben zu frev'lem Spiele hin.
Zerstörst den eig'nen Wohlstand mit größter Seelenruh',
Und wieherst den Phantomen bestialisch Beifall zu!
Was schiert der Streit der Großen, was kümmert's dich am End',
Ob Kaiser sich, ob König sich der, ob jener nennt?
Ob's dieser ist, ob jener, der dich beherrscht und drückt,
Und dir der Knechtschaft Ketten mit Tand und Flitter schmückt?
Die Knechtschaft und ihr Wechsel sind nicht das Pulver werth —
Was dich allein begeist're: das sei der eig'ne Herd.
Nicht Ruhm, nicht Waffenehre, nicht schnöder hohler Tand —
Der Wohlstand und der Friede, ein freies Vaterland.
Das Recht des ärmsten Bürgers, das sei des Landes Wall,
Und lieber todt, als dulden, daß dieses Recht je fall',
Und dieses Recht zu wahren, das sei des Kampfes werth;
Der einz'ge Krieg der Zukunft sei für den eig'nen Herd.
Berechtigt die Vertheid'gung, gepriesen, hoch geehrt —
Doch Fluch und Schmach und Schande, dem, der den Frieden stört.
Fort mit den eklen Phrasen vom braven, tapf'ren Feind,
Von Menschlichkeit und Liebe, die Gegner auch vereint.
Ein Räuber werd', ein Mörder, ein Jeder nur genannt,
Der mit Waffen einfällt in eines And'ren Land.
Weg mit der Kriegerehre! der Strang gebührt dem Strolch,
Und jedes Mittel gelte — Verrath, und Gift, und Dolch:
Zurückgestoßen werde die Hand, die Wunden schlägt,
Und gleißnerisch dahinter dieselben Wunden pflegt.
Es sei der Krieg nicht länger ein ekel Gaukelspiel —
Er sei auf Tod und Leben, — du oder ich — gleichviel!
Es gehe nicht um Ehre, um Ruhm nicht und Gewinn —
Es führ der Krieg zur Schande, zu sich'rem Tode hin.
Wenn das ein Jeder wüßte, wenn Keiner käm' zurück —
Es lüstete wohl Keinen nach solchem Waffenglück. —
Die offentliche Meinung ruf: „Bestie! nicht Soldat!"
Das wär' 'ne Welterlösung! Das wäre eine That!
O sprecht es aus, ihr Völker! Sprecht's endlich aus, das Wort:
„Wir wollen keine Kriege! Wir wollen keinen Mord!"
O laßt den Tag bald kommen, o machet endlich Ernst —
Den Tag, an dem du selber, o Volk, dich achten lernst!
Nur dadurch, daß du selber zur Hand nimmst dein Geschick,
Nur dadurch bringst den Frieden, die Freiheit du zurück! —
Horch! — Trommeln und Trompeten! — o Wahn, o Wahn der Zeit,
Wie lange wird es währen, bis wir von dir befreit!

— Privat-Kunstakademie. Aus Bonn erhalten wir folgende Zuschrift:

„Bitte höflichst, Nachstehendes in Ihr Blatt aufzunehmen, es ist ein Seitenstück zu Ihrem so trefflichen Artikel vom 19. d. M., den Halleschen Viehmarkt betrachtend. — „Privat-Kunstakademie" — diese Aufschrift konnte man vorigen Winter an einem Thürschild eines der nobelsten Häuser auf dem Johannisplatz in Dresden lesen. Oeffnen wir die Thür zur Abend-

gestellt", von letzterer aber „in russischer Uniform nach Bulgarien geschickt" worden seien. Die Dummheit und Frechheit heit der Lüge wird durch diese angebliche „Berichtigung" um nichts verringert."

Von einer „Berichtigung ist übrigens gar nicht die Rede gewesen — unsere zweite Correspondenz „Aus Rumänien" bestätigt lediglich die erstere und führt dieselbe nur noch weiter aus.

Noch wollen wir mittheilen, daß die ganze deutsche liberale reptilisirte und rubilisirte und unabhängige Presse über uns wegen jobiger Nachricht herfällt — aber nur durch Schimpfworte können die Herren gegen die Behauptung unseres Correspondenten in den Kampf ziehen. Möge man doch die Nachricht ordnungsmäßig dementiren lassen, das wäre jedenfalls besser, als das liberale Fischweibgeschimpfe!

Hierbei wollen wir noch folgender offiziöser Nachricht Erwähnung thun:

„In den nächsten Tagen werden sich etwa zwölf deutsche Militärärzte, welche von ihrer Stellung bei der aktiven Armee beurlaubt sind, nach Bukarest begeben, um die selbständige Leitung des dortigen großen Lazareths zu übernehmen. An der Spitze desselben steht der Oberstabsarzt Dr. Leuthold, der Regimentsarzt des Garde-Kuirassier-Regiments. Da dieselben zu diesem Zwecke, wie gesagt beurlaubt werden, so steht selbstverständlich ihrer Rückkehr in ihre frühere Stellungen kein Hinderniß entgegen."

Die „Berliner Tribüne" meint nun dazu, daß — für einzelne der vorläufig Erwählten wenigstens — die Nachricht von diesem „Urlaube" ganz den Charakter einer unerwarteten kriegsministeriellen Ordre trug.

Wir aber sehen nun keinen Grund, daß nicht ebenso wie preußisch-deutsche Militärärzte, auch preußisch-deutsche Unteroffiziere nach Rußland „beurlaubt" werden können. .

— Wir erhalten folgende Zuschrift zur Veröffentlichung:

„Hamburg, 20. September.

An die Redaktion des „Vorwärts".

In Ihrer Nr. 108 bringen Sie eine Correspondenz aus Rumänien, in welcher die Behauptung aufgestellt wird, daß seitens der deutschen Regierung der deutschen Heeresleitung 2000 Mann an Unteroffizieren und Mannschaften überlassen worden seien. Der Correspondent will die Leute selbst gesehen und gesprochen haben.

Bei den vielen Lügen, welche vom Kriegsschauplatz aus in deutschen Zeitungen Verbreitung finden, konnte auch diese „Ente" passiren, ohne daß man sich dagegen zu äußern brauchte. Nachdem nun aber in der heutigen Nr. 111 des „Vorwärts" derselbe Correspondent dieselbe Behauptung wiederholt und sogar noch mit Details ausschmückt und die Zuschrift aus Gießen an den „Vorwärts" beweist, daß nicht alle Leser desselben Kenntniß haben von der Lügenhaftigkeit mancher Correspondenten und daß deshalb die zweimalige Behauptung des „Vorwärts"-Correspondenten sehr wohl geeignet ist, nutzlosen Schreck und Aufregung zu verursachen, so hält es Unterzeichneter für seine Pflicht, diesem Gebahren des Correspondenten entgegenzutreten.

Schreiber dieser Zeilen ist der festen Ueberzeugung, daß die Behauptung des rumänischen Correspondenten ihrem ganzen Inhalt nach unwahr ist, und zwar aus folgenden Gründen:

1) ist es eine offenkundige Thatsache, daß das deutsche Heer einen ganz bedeutenden und tief empfundenen Mangel an Unteroffizieren hat, und ist es schon aus dem Grunde durchaus unwahrscheinlich, daß in einer so kritischen Lage wie der jetzigen die deutsche Heeresleitung 2000 Unteroffiziere an den „Erbfreund" abgiebt. Dann aber und das ist

2) der Hauptgrund, behauptet der Unterzeichnete, daß es eine einfache Unmöglichkeit ist, 2000 Mann aus dem deutschen Heere herauszunehmen und als Kanonenfutter nach Rumänien zu senden, ohne daß eine solche Manipulation in die Oeffentlichkeit gedrungen und in der Presse besprochen worden wäre. Zwei Tausend deutscher Soldaten haben Eltern, Verwandte und Freunde, an die sie bestimmt Mittheilung hätten gelangen lassen über das, was mit ihnen vorgeht. Denn ebenso gut wie sie dem rumänischen Correspondenten die famose Mittheilung machen konnten, ebenso gut konnten sie einen Brief schreiben, und so gut die rumänische Ente per Brief nach Leipzig kam, ebenso gut hätte ein Brief Eltern und Verwandte erreicht, und so wenig Unterzeichneter auch im Großen und Ganzen von dem deutschen Spießbürger hält, so ist er doch davon überzeugt: Deutschland würde widerhallen von dem Protest, der aus allen Winkeln losbräche, wenn es sich bewahrheitete, daß die deutsche Regierung sich einer solch unqualifizirbaren Handlung schuldig gemacht.

Der „Vorwärts"-Correspondent hat wahrscheinlich Soldaten aus den russischen Ostseeprovinzen getroffen, wurde vielleicht von denselben düpirt und ist so unbewußt zum Verbreiter einer Unwahrheit geworden.

Ist man gezwungen, alle Tage Zeitungen zu lesen, so ist es schon schlimm genug, jedesmal die Lügendepeschen aus Konstantinopel, Bukarest und dem türkischen Hauptquartier*) über Vorgänge auf dem Kriegsschauplatze zu lesen, und ist es deshalb sehr überflüssig, uns von „Rumänien" aus auch noch Bären aufbinden zu wollen über Dinge, die unter unseren eigenen Augen vorgegangen sein sollen.

Ich habe mich schon gerüstet, die „große Schlacht", die bisher vor Rasgrad immer geschlagen worden sein soll und nie ist, mir als große Schlacht von Biela noch zwei Dutzend Mal auftischen zu lassen; ebenso kann die Erstürmung des Schipkapasses und die bewußte Vereinigung zwischen Mehemed Ali und Suleiman Pascha auch noch einige Male serwirt werden, aber unsere deutschen Angelegenheiten sollen von den Unwahrheiten der Berichterstatter verschont bleiben.

In unserem deutschen Erwerbsleben sieht es traurig genug aus und unsere Regierung thut wenig genug, um diesen Zustand zu ändern, so daß wahrlich keine Ursache vorhanden ist, denselben durch rumänische „Enten" noch zu verschlimmern.

Achtungsvoll

J. Auer.

Wir freuen uns, daß Genosse Auer Gründe, und zwar recht stichhaltige, vorführt, welche die Unwahrheit der Nachricht aus Rumänien beweisen sollen; doch machen wir dabei auf die vorstehende offiziöse Notiz aufmerksam, nach welcher deutsche Militärärzte für den russischen Dienst „beurlaubt" oder beordert worden sind. — Unserm rumänischen Correspondenten haben wir übrigens schon in Nr. 111 die ganze Verantwortlichkeit seiner Mittheilungen zugeschoben; er ist zum Mindesten düpirt worden in Bezug auf die Zahl der „beurlaubten" deutschen Unteroffiziere — wird eine Null gestrichen, dann ist die Möglichkeit der deutschen Instruktoren für die russische Armee nicht ausgeschlossen.

— Zur preußisch-deutschen Neutralität. Die russische Regierung kauft am Rhein ungeheure Massen Pulver an, welche auf der Eisenbahn quer durch Preußen befördert werden. Ein dieser Tage in Eydtkuhnen eingetroffener Pulvertransport war von einem Offizier und Mannschaften des 7. rheinischen Fußartillerie-Regiments begleitet. — Marschirt man einmal für den „Erbfreund" bis an die Grenze — so ist der Schritt über die Grenze nicht mehr schwer.

— Der erste deutsche Arbeitercongreß. Märchen, unser braves Märchen, welches mit seinen Gewerkvereinen täglich Fiasko macht, hat einen Arbeitercongreß zum 21—22. Oktober nach Gera und zwar „gegen die wachsende Gefahr der Sozialdemokratie" einberufen und zu demselben auch alle Anhänger der liberalen Partei eingeladen. Was wird's denn nun werden? Märchen, Kutschbach, wenn's gut geht auch der Reichstagsabgeordnete Träger, dann Nathan Schlesinger, Bojatzky, Abgeordneter Zimmermann, Arbeiter und Gastwirth Andreak — sie kommen zusammen mit einigen Neugierigen und — die Sozialdemokratie wird todtgeschlagen. Schade nur, daß Herr Duncker fehlen wird, der wegen dringender Familien- und Eheangelegenheiten in der Ferne weilt.

— „Ein Fürst von ächtem deutschen Schrot und Korn." Ueber das kürzlich in Düsseldorf stattgehabte Kaiserfest im „Malkasten" ließe sich Vieles sagen, indeß wollen wir eine ausführliche Besprechung desselben von unserm Standpunkt aus vermeiden, weil wir, wenn wir schon den Vorwurf des Hasses niemals scheuen, doch den Schein der Gehässigkeit vermeiden möchten. Nur Eins hat uns beim Lesen des Berichts über dieses „denkwürdige" Fest so frappirt, daß wir unsere Gedanken darüber unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Es wurden dort nämlich dem Kaiser Bilder aus der deutschen Vergangenheit vorgeführt, welche Klio, die Muse der Geschichte, mit erläuternden Versen begleitete. So erscheint denn auch unter anderen ein ehemaliger Herzog von Jülich-Cleve-Berg, und Klio spricht dabei folgende Worte:

„Jan Willem ist es, einst der Herr des Landes,
Ein Fürst von ächtem deutschen Schrot und Korn,
Der kurfürstliche Herzog über Jülich, Berg;
Derselbe wackre Herr, von dem ein Bild,
In Erz gegossen von Grupello, steht."

Wir glaubten, als wir das lasen, unseren Augen nicht trauen zu dürfen. Ein Irrthum war nicht möglich, — es gab nur einen Herzog Johann Wilhelm von Jülich-Berg, und von diesem meldet die wahre Klio, daß er seine erste Gemahlin, Jacobaea von Baden, hinrichten ließ, und daß er außerdem — blödsinnig war. Und doch:

„Ein Fürst von ächtem deutschen Schrot und Korn"!

Wahrlich, eine nette Schmeichelei für sämmtliche deutsche Fürsten, wenn ein blödsinniger Mörder so genannt wird!

Wenn die Annahme der Ironie bei der Gesinnungstüchtigkeit sämmtlicher handelnder Personen nicht ausgeschlossen wäre — man glaubt ja beim Lesen förmlich das Geräusch des Bauchrutschens zu hören — so könnte Herr Tessendorf hier prächtiges Material für eine Anklage wegen „indirekter Majestätsbeleidigung" finden.

Von dem Verdachte der Böswilligkeit sind die betreffenden Herren also jedenfalls frei, der Vorwurf plumper Taktlosigkeit kann ihnen dagegen nicht erspart bleiben, sei dieselbe nun aus bodenloser Unwissenheit oder aus Uebereilung begangen. Aber es ist einmal nicht anders: Die Knechtseligkeit verliert in ihrem blinden Eifer des Kriechens jedes Gefühl für Takt und Anstand aus den Augen.

Zum Schluß möchten wir, obwohl dies nicht viel helfen wird, den Herren Düsseldorfer „Künstlern" ein Wort Platen's zurufen. Es lautet:

„Dem ergibt die Kunst sich völlig, der sich völlig ihr ergiebt,
Der die Freiheit heißer, als er Noth und Hunger fürchtet,
liebt!"

— Eine neue Niederlage der Russen. Am 21. d. M. wurde die Armee des Cäsarowitsch bei Bjela von Mehemed Ali Pascha aufs Haupt geschlagen. Die Verluste der Russen an Todten und Verwundeten waren kolossal (4000 Todte, 8000 Verwundete). Die militärischen Folgen dieses Schlags, der die einzige Feldarmee der Russen betroffen hat, lassen sich, in Ermanglung näherer Nachrichten, noch nicht übersehen. Den Rubelanbetern mag die Nachricht um so unerwarteter gekommen sein, als sie es bereits glücklich im Lügen so weit gebracht hatten, daß die Schlachten von Plewna mit den 30,000 zu Ehren von „Väterchens" Namenstag abgeschlachteten und verstümmelten Russen nur noch eine mythische Existenz zu haben schienen. — Die Siege der Montenegriner sind absolut ohne Einfluß auf den Gang der Ereignisse. Es sind Flohstiche am Fuß des „kranken Mannes", der sie in seinem siegreichen Ringen mit dem nordischen Räuber wohl kaum bemerken wird. — Daß dem serbischen Köter unter obwaltenden Verhältnissen die Lust vergangen ist, den Türken in die Waden zu fallen, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Die Erinnerung an die vorjährigen Prügel wurde durch das traurige Schicksal des moskowitischen Bären gar zu lebhaft aufgefrischt. —

— Parteigenosse Liebknecht ist bei den kürzlich stattgehabten partiellen Landtagswahlen zum Abgeordneten für den sächsischen Landtag von einem Theile seines Reichstagswahlkreises gewählt worden. Liebknecht selbst war über diese Wahl wohl ebenso erstaunt, als die Gegner, da er sich nicht einmal seinen Wählern vorgestellt hat und für seine Wahl persönlich eingetreten ist. Um so mehr aber gebührt den dortigen Parteigenossen Anerkennung, daß sie — ausschließlich durch ihre eigene Kraft, Dank ihrer trefflichen Disciplin — trotz des Census den Sieg errungen haben.

Aus Großbritannien.

London, 19. September.

Großes Aufsehen erregt hierselbst seit einiger Zeit ein Skandalprozeß sonder Gleichen. Eine ganze Anzahl von Inspektoren der geheimen Polizei sowie selbst der „Hauptinspektor" stehen unter der Anklage der Bestechung, der Betrügerei u. s. w. Wie lange der Prozeß noch dauern und wie viel Personen noch darin verwickelt werden, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen. Bekanntlich genießt ein englischer Polizeibeamter von Seiten des Publikums sehr viel Vertrauen, um so größer ist daher auch die Ueberraschung, zumal sich der Hauptinspektor schon 37 Jahre im Dienste befindet. Doch was ist da zu verwundern? Haben nicht schon höhere Staatsbeamte, ja selbst Minister, in dieser Beziehung die Gesetze mißachtet, sich an Schwindel-Unternehmungen betheiligt und auf solche Weise Anderen das Geld aus der Tasche geholt, um ihre eigenen damit zu füllen? Hat es nicht auch Thiers bis zum 14fachen Millionär gebracht, obgleich er als armer Teufel in das Ministerium Louis Philipp's eintrat? Der deutsche Reichs-Philister wird sich vielleicht in die Brust werfen und ausrufen: Aber so etwas kommt denn doch bei uns nicht vor! Besser würde er sagen: so etwas kommt bei uns nicht an den Tag.

„Am Golde hängt, nach Golde drängt"

eben Alles in unserer heutigen Gesellschaft. Und so lange es noch den Kapitalisten erlaubt ist, einen Theil des Arbeitsertrags anderer Menschen an sich zu nehmen, darf man sich auch nicht wundern, wenn Staatsbeamte, welche als solche keine Arbeiter auszubeuten vermögen, sich auf andere Weise zu bereichern suchen. Letzteres wird daher auch nur dann aufhören, wenn man gewillt ist, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, den indirekten permanenten Diebstahl ebenfalls aus der Welt zu schaffen.

Von den vielen Strikes und Arbeitsausschlüssen, welche gegenwärtig in England an der Tagesordnung sind, will ich besonders auf den Strike der Steinhauer in London und der Zimmerleute und Bautischler in Manchester aufmerksam machen. Die Zimmerleute und Bautischler von Manchester liegen nämlich schon seit 19 Wochen mit ihren Arbeitgebern im Kampfe, und sind Letztere bemüht, durch ihre Agenten Arbeiter in Deutschland und Amerika anwerben zu lassen. Ein Gleiches geschieht von den Prinzipalen der strikenden Steinhauer Londons. Hoffentlich wird jedoch Niemand auf den Leim gehen und den Verlockungen der Agenten Folge leisten. Oder man hätte es bitter zu bereuen.

Sobald nämlich die Strikes vorbei sind, kümmern sich die englischen Arbeitgeber blitzwenig um die Ausländer, und dürften sich daher dieselben darauf gefaßt machen, auf die Straße gesetzt und dem Elende preisgegeben zu werden.

Gestern fand zu Leicester die Eröffnung des zehnten Jahres-Congresses der Trades-Unions von Großbritannien statt. Die Hauptgegenstände, welche zur Verhandlung gelangten, sind: Entwurf zur Verbesserung des Haftpflichtgesetzes; Verbesserung des Fabrik- und Werkstättengesetzes; Reform des Gerichtswesens; Beschränkung des summarischen Verfahrens, welches den Bürgern das Recht des Gehörtwerdens entzieht; Anfertigung eines Cri-

*) Die Depeschen aus Gorni-Studen, Parodim und Petersburg sind wohl sämmtlich buchstäblich wahr; die Russen lügen gar nicht!?

D. R. d. V.

---

stunde und wir erblicken nicht nur ein Wachskabinet, wie auf dem Halleschen Viehmarkt, sondern die reinste Natur. Hell beleuchtet und schmachtend hingeworfen sitzt ein vollständig entblößtes Frauenzimmer da, die Sinne der noblen Gesellschaft zu kitzeln, und wenige Schritte davon sitzen im Halbkreise die eifrigen Verehrer dieser Venus, sie zeichnend. Betrachten wir diese Jünger der Privat-Kunst näher, so finden wir Lieutenants, blasirte Engländer und einige frivole Jünglinge, die Bildhauer werden wollen, ja Ehemänner ꝛc. ꝛc. — nutürlich wird Jeder aufgenommen, der sein Geld zahlt, „immer 'rein, meine Herren!" — Ein anderes Kabinet, in welchem, ebenfalls hell beleuchtet und berauschend dahingeworfen, für die gnädigen polnischen Gräfinnen und andere Damen aus den noblen Ständen ein männlicher nackter Körper liegt, den auch diese zeichnend verschlingen. Ueber den noch privateren Verkehr mit den Modell-Damen und -Herren fehlen mir die Beweise. Ob auch Sozialisten oder Sozialistinnen unter den Kunstjüngern und -jüngerinnen waren, die, wie man sagt, die „freie Liebe" einführen wollen, ich weiß es nicht, glaube es aber nicht, denn sie werden wohl vor solchen noblen Subjekten ausspucken.

Frau H . . . . . l.

— Wir brachten vor Kurzem ein lexikographiich geordnetes Verzeichniß von Schimpfwörtern, mit denen ein deutscher Professior seine Schüler traktirte und zugleich den Brief eines Kundigen, in welchem die vielen Selbstmorde bei den Gymnasiasten auf die so vielfach rohe Behandlungsweise, der sie von ihren Lehrern ausgesetzt sind, zurückgeführt wurde. Nun schreibt über dasselbe Thema die „Freiburger Zeitung" Folgendes: „Wochen sind vergangen, seit der Selbstmord eines Gymnasiasten die Gemüther nicht nur in unserer Stadt, sondern auch in weiteren Kreisen in Aufregung versetzt hat. Die Besprechung des unglücklichen Falles in der Presse wurde damals mit der Hinweisung vertagt, daß man vor der Fällung eines entschiedenen Urtheils das Ergebniß der Untersuchung abwarten müsse. Diese ergab unter Anderm die Feststellung der Thatsache, daß der Lehrer an jenem verhängnißvollen Nachmittag gegen den Schüler die Aeußerung gethan hat: „So, jetzt gebe ich Dir einen 4-er (schlechte Note), damit Du weißt, daß Du sitzen bleiben mußt, und das stoßt Dir den Dolch in die Brust." Zwar kein Dolch, aber eine Kugel drang in die Brust des Aermsten. Die Aussagen der Mitschüler über den Fleiß und die Gemüthsart ihres Commilitonen lauten durchweg günstig. Von dem Ausgange der Untersuchung wurde der Familie in einem besonderen Schre ben Nachricht gegeben und darin allerdings das unpadagogische Verfahren des Klassenvorstandes zugestanden mit der Bemerkung, daß der Betreffende zu weit gegangen. An die Oeffentlichkeit gelangte nur die Versetzung des Herrn Prof. Häußner von einer Universitätsstadt in die andere."

— „Ja Bauer das ist ganz was Anderes" — zu diesem Thema bringt unser Berliner Parteiorgan folgende hübsche Betrachtnng: „Unsere reichstreuen Blätter sind außer sich vor moralischer Entrüstung über diese abscheulichen Türken. Sie haben die Mörder von Salonicht nicht nur theilweise freigelassen und in die Armee eingestellt, sondern — entsetzlich! — einer von denselben soll sogar in Bulgarien einen höheren Verwaltungsposten einnehmen. Diese Türken! Im Winter 1865—66 erstach der Student und Einjährig-Freiwillige Graf zu Eulenburg in Bonn einen jungen Mann, einen Koch der Königin von England. Wegen dieses „Vergehens" wurde derselbe zu einem Jahre Festungshaft verurtheilt, die er auf dem Ehrenbreitenstein abzumachen hatte. Bei Ausbruch des Krieges von 1866 erfolgte Begnadigung. Herr Graf zu Eulenburg machte den Feldzug als Soldat mit, avancirte zum Offizier, trat in die diplomatische Carriere ein, erhielt einen Posten in unmittelbarer Umgebung des Fürsten Bismarck und starb als Bräutigam der Comtesse Bismarck." — Die Moral aus obiger Geschichte zu ziehen, wird auch wohl dem verkommensten Reichstreuen nicht schwer fallen.

— Die Sterne leiten unser Geschick! Der Czar hat den Stern von Rumänien von Carol dem Kleinen erhalten. Der „Pester Lloyd" bringt darüber folgendes Histörchen: Als die rumänische Legislative vor Beginn des Krieges, um einem dringenden Bedürfniß abzuhelfen, den Orden des Sternes von Rumänien stiftete, und zwar ganz nach dem Vorbilde des Ordens der Ehrenlegion — wie er sich räuspert und wie er spukt, das haben sie dem Franzosen abgeguckt — wollte Fürst Carol nach der ersten „Feuertaufe", die er bei Kalafat erhalten hatte, den russischen Offizieren, die dabei betheiligt gewesen waren, denselben verleihen. Er erhielt jedoch einen sehr deutlichen Wink, er solle dies bleiben lassen; die Unabhängigkeit Rumäniens sei vorläufig noch so wenig anerkannt wie sein Recht, Orden zu creiren, und russischerseits habe man keine Lust, irgend einen Schritt zu thun, der auf das Cabinet von Petersburg den Schein laden könnte, als wolle es diese Anerkennung einseitig aussprechen Bei dem Einzug in Bukarest trug der Czar das Großkreuz des Hohenzollern'schen Hausordens — das Großkreuz des Sterns von Rumänien ihm anzubieten, hatte Fürst Carol nicht mehr gewagt. Jetzt hat er die Nothlage des Czars mißbraucht, um dem Letzteren bei dem Besuch, den er (Furst Carol) dem Czar nach Verleihung des Georgsordens abstattete, den Stern von Rumänien (ein anderer Ausdruck ist kaum zulässig) zu — versetzen. Der Preis, den der Fürst für diese Ehre gezahlt hat, ist nicht sehr groß; er ist nur der Ruin des ihm anvertrauten Landes, und vieler, sehr vieler Tausend seiner Unterthanen, die förmlich zur Schlachtbank geschleppt worden sind. Es sieht übrigens ganz danach aus, als werde der neue Orden sich den Beinamen „Unstern von Rumänien" verdienen.

minalgesetzes; Reform der Geschworenengerichte in der Weise, daß eine größere Anzahl von Arbeitern bei denselben als Richter zu fungiren vermag; Bezahlung der Geschworenen für Zeitverluste; Ausdehnung des Seemannsgesetzes, so daß Seeleute, sich auf britischem Wasser befindend, demselben unterstellt sind; Reform des Patentgesetzes; Abschaffung der Schuldhaft; Einführung von obligatorischen Fähigkeitszeugnissen für Heizer bei Dampfmaschinen ꝛc. Vorstehende Punkte, denen vielleicht noch andere beigefügt werden, sollen das Programm der Parlamentscommission für 1877 bilden. Diese Commission ist aus den verschiedenen Gewerken zusammengesetzt und hat die Pflicht, für die Durchführung der vom Congreß erhaltenen Aufträge auf die Regierung oder das Parlament einzuwirken.

Auf dem vorjährigen Congreß wurde von Seiten der Delegirten der Tischler Londons für das allgemeine Wahlrecht eingetreten, doch fanden dieselben nur wenig Anklang. Ob es dieses Mal schon etwas anders sein wird? Bis dato wollen viele Trades-Unionisten immer noch nichts von selbstständiger Politik des arbeitenden Volkes wissen, was zu bedauern ist. Trotzdem aber werden dieselben der englischen Bourgeoisie immer mehr ein Dorn im Auge. So äußert sich die „Morning Post" bei Gelegenheit eines Referats über den Lancashire-Strike folgendermaßen: „Die Haltung, welche die Arbeiterklasse Englands gegenwärtig einnimmt, ist zu bedauern. In den letzten Jahren waren die Arbeiter das Spielzeug der politischen Oekonomisten. Sie wurden gehätschelt und ermuthigt, bis Ursache vorhanden ist, zu befürchten, daß sie nunmehr jenen über den Kopf wachsen, welche sie lehrten, zu viel an sich selbst zu denken." Auch John Bright meinte bei Eröffnung der Stadthalle zu Manchester, woselbst gegenwärtig mehrere tausend Arbeiter sich im Strike befinden, das Streben nach höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit sei ungerecht, da die Industrie (richtiger der Geldsack der Fabrikanten) darunter leiden müsse.

Der beste Beweis der Furcht vor den Trades-Unions ist aber noch der, daß schon die Pfaffen ausgeschickt werden, um sich der Bewegung zu bemächtigen. Diese waren nämlich von jeher das Werkzeug der englischen Regierung, womit dieselbe das Volk in Schach zu halten verstand. Wie man es hier überhaupt in dieser Beziehung schon seit jeher treibt, darüber vermag sich nur der ein richtiges Bild zu machen, der es selbst beobachtet. In der „Knifftologie" sind die hiesigen Pfaffen ziemlich Meister; daher ist auch das Vorgehen derselben in Bezug auf die Trades-Unions sehr schlau angelegt. Nachdem sie also im Allgemeinen die Nothlage der Arbeiter anerkannt, wollen sie mit denselben Hand in Hand gehen und eine Verbesserung herbeizuführen suchen. Die Kirche von England soll die Kirche des Volkes und wieder auf das Prinzip Jesu von Nazareth zurückgeführt werden. Wer das glaubt, wird selig. Ferner wollen sie von den Trades-Unionisten „lernen". Hierbei haben sie Zweierlei im Auge: lernen, um bei dieser Gelegenheit populär zu werden, worauf sie unbedingt einen Theil Arbeiter, die aus Frömmigkeit immerhin den Pfaffen als Autorität ansehen, in ihr Schlepptau bekommen werden; anderfalls aber lernen, um später desto besser sie bekämpfen zu können. Die Absicht oder der Auftrag läuft ja doch auf nichts Anderes hinaus, als eine „christlich-soziale Gesellschaft" zu bilden, wie sie schon in Deutschland besteht, und den Trades-Unions entgegenzuwirken, sie wo möglich zu zersplittern. Oder sollten die Pfaffen erst jetzt gewahr werden, daß es den Arbeitern schlecht geht und dieselben schon seit jeher unterdrückt wurden? Dieses glauben die Trades-Unionisten nicht und werden deshalb den hochwürdigen Herren den Rücken kehren.

Correspondenzen.

Mannheim, 15. September. Sonntag, den 9. d., fand in dem Lokale des Herrn Buttle („Neue Welt") die konstituirende Generalversammlung des pfälzisch-badischen Preßvereins statt. Vertreten waren die Orte: Edenkoben, Frankenthal, Friedrichsfeld, Heidelberg, Karlsruhe, Kirchheimbolanden, Ludwigshafen, Mannheim, Mundenheim, Neustadt a. H., Oggersheim, Rheingönnheim, Speyer, Worms und Zweibrücken. — Zweck des Vereins ist: die Herausgabe einer vom 1. Oktober d. J. an vorläufig wöchentlich einmal erscheinenden, im sozialistischen Sinne gehaltenen Zeitung, die das Interesse des Arbeiters, Kleingewerbestandes und Landmannes nach allen Richtungen hin vertreten soll. — Nachdem das Bureau aus den Herren Dreesbach als 1., Eisenhauer als 2. Vorsitzender und Ph. Mai als Schriftführer zusammengesetzt war, ergriff Dreesbach das Wort, um in kurzen Zügen über die Thätigkeit der auf dem zweiten pfälzisch-badischen Arbeitertag gewählten Preßkommission zu berichten. Aus dem Bericht entnehmen wir, daß die freiwilligen Sammlungen zu Gunsten des Preßfonds die Summe von Mk. 316,54 ergeben haben, und das ferner 150 Antheilscheine à 5 Mk. gezeichnet, die theils voll, theils in Raten von mindestens 1 Mk. eingezahlt sind. — Es folgte die Berathung der Statuten, und wurde die Vorlage der Kommission mit einigen Abänderungen und Zusätzen von der Generalversammlung angenommen. Ein Antrag der Karlsruher, den Titel der Zeitung betreffend, wurde abgelehnt, dagegen der von der Kommission vorgeschlagene Titel: „Pfälzisch-Badisches Volksblatt" einstimmig angenommen. Hierauf wurde zur Wahl von 12 Personen geschritten, aus denen sich laut Statut der Vorstand und Aufsichtsrath zu konstituiren hat. Ferner wurde beschlossen, am 18. d. die Probenummer in einer Auflage von 15—20,000 Exemplaren erscheinen und die weiteren Ausführungen der gewählten Behörde zu überlassen. Zu einem weiteren Punkt der Tagesordnung, Agitation betreffend, bemerkt Herr Mai, daß die Mannheimer Genossen allein das Wahldefizit decken und auch die Agitation größtentheils aus ihren Mitteln bestreiten mußten, und fordert die Herren Delegirten auf, in Zukunft thatkräftiger für Herbeischaffung der Mittel Sorge zu tragen, damit bei Herannahen des Winters die Agitation wieder energisch entfaltet werden könne, was von den Anwesenden anerkannt und auch einstimmig gutgeheißen wurde. — Ein Antrag, dem in Gent tagenden Weltkongreß der Sozialisten ein Glückwunsch-Telegramm zu schicken, fand begeisterte Annahme.

Nachdem noch der Vorsitzende die Anwesenden in kurzen Worten aufgefordert, nun auch in allen Kreisen im Sinne der eben gefaßten Beschlüsse zu wirken, und dem neuen Streiter für die Rechte des werkthätigen Volkes, dem „Pfälzisch-Badischen Volksblatt", überall Anhänger und Freunde zu verschaffen, und für seine Verbreitung mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln zu agitiren, wurde die Generalversammlung mit einem Hoch auf die Sozialisten aller Länder geschlossen.

Montag, den 10. d., fand die erste Sitzung des Aufsichtsrathes statt. In den Vorstand wurden gewählt: Ph. Mai, Vorsitzender, P. Eisenhauer, Beisitzender, und F. Königshausen, Kassirer. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrathes wurde M. Oppenheimer gewählt. — Alle Briefe sind zu richten für den Aufsichtsrath an M. Oppenheimer, H 5, 5; für den Vorstand an Ph. Mai, T 5, 4. — Alle Geldsendungen für den Preßverein an F. Königshausen, G 6, 12.

Großenhain, 17. September. Die Antwort auf die Interpellation, welche wir betreffs der Verfügung, „daß die Eröffnung von Versammlungen spätestens eine Viertelstunde nach der Zeit der Anmeldung stattfinden müsse," an den Stadtrath richteten, ist interessant genug, um sie hier zum Abdruck gelangen zu lassen. Sie lautet:

„Auf Ihre Eingabe vom 28. Juli a. c., die Verfügung vom 16. Juli a. c. betreffend, will Sie der unterzeichnete Rath zunächst auf § 2 des Vereins- und Versammlungsgesetzes vom 22. November 1850 verweisen. Ist daselbst vorgeschrieben, daß der Behörde die Zeit der Versammlung anzugeben ist, so folgt daraus, daß die Versammlung auch zur angegebenen Zeit zu beginnen hat. Ob eine Umgehung ein glückliches Resultat haben und möglich sein dürfte, muß Ihrem Ermessen anheim gegeben bleiben. Das Motiv des unterzeichneten Rathes für seine Verfügung ist jedoch folgendes gewesen: Wenn auch der Beamte instruktionsgemäß gehalten ist, außer der ihm geordneten Bureauzeit, falls es der Dienst erfordert, thätig zu sein, so fordert doch die Billigkeit, daß ihm seine freie Zeit nicht unnützerweise verkümmert werde. Dies geschieht aber, wenn, wie es fast üblich geworden, Versammlungen erst stundenlang nach der angegebenen Frist eröffnet werden. Durch etwas pünktlicheres Erscheinen der Theilnehmer oder durch eine etwas zweckmäßigere Anberaumung der Versammlung wird sich dem sehr leicht abhelfen lassen. Wir glauben mit dieser Bestimmung um so mehr Ihre Zustimmung zu finden, da einmal die Sozialdemokratie das, was sie für den Arbeiter fordert, auch dem Beamten nicht wird versagen wollen und da das andere Mal die Maßregel nur im finanziellen Interesse Ihrer Partei liegt, da sie Ihnen Lokalmiethe sparen hilft —

Großenhain, den 21. August 1877.

Der Rath: Ludwig-Wolf."

Der anständige Ton, in dem diese Antwort gehalten ist, kann uns nicht abhalten, einige Betrachtungen über dielbe anzustellen. Zunächst könnte man es bezüglich der stadträthlichen Interpretation des § 2 des Vereins- und Versammlungsgesetzes auf einen Rukurs ankommen lassen und zweifeln wir nicht, daß ein solcher eine Rektifikation zur Folge haben würde, jedoch werden wir uns diese Arbeit ersparen, da die Verfügung bei den verschiedensten Auswegen, die sich ihr gegenüber bieten, geradezu zwecklos ist. Kam es uns doch nur darauf an, die stadträthlichen Motive aus einer Begründung zu dieser Verfügung kennen zu lernen, zumal wir ja in unserm verehrten Bürgermeister einen Sozialistenfeind ersten Ranges besitzen. Was nun den ersten Theil des letzten Satzes obiger Antwort anlangt, so theilt allem Anschein nach unser Bürgermeister die Anschauung jenes Saarbrückener Gerichtspräsidenten, der unserm Genossen Kaulitz einzureden versuchte, er sei kein Arbeiter. Wir, Herr Ludwig-Wolf, sind gerade der Ansicht, daß diejenigen Beamten, welche bei betreffender Verfügung in Betracht kommen, im wahrsten Sinne des Wortes Arbeiter sind. Was wir zur Erleichterung des Dienstes der überwachenden Beamten thun können, wird sicher gethan werden, das versichern wir, und freuen wir uns nur über das Zugeständniß, daß die Sozialdemokratie für den Arbeiter Erleichterung, Besserstellurg fordert. Dies Zugeständniß zeigt uns, daß der Herr Bürgermeister in neuerer Zeit andere, richtigere Ansichten über die Bestrebungen der Sozialdemokratie erlangt hat. Schade ist es nur, daß wir jetzt, wo wir uns nun verstehen würden, trennen müssen. Für den Leser sei nämlich bemerkt: daß Herr Ludwig-Wolf vom Leipziger Stadtverordneten-Collegium mit 38 gegen 12 Stimmen zum besoldeten Stadtrath für Leipzig gewählt wurde. Den Leipzigern aber gratuliren wir ohne Ironie, denn sie erhalten in unserm Bürgermeister einen Mann, der durch bittere Erfahrungen in seinem Urtheil gerechter geworden ist, wenn nicht später der Einfluß der Leipziger Sozialistenfresser einen nachtheiligen Einfluß auf sein sehr empfängliches Gemüth ausübt. G.

Oschatz. Am vergangenen Montag hatten wir in Volkner's Saal eine sehr gut besuchte Volksversammlung und sprach Herr Kayser aus Dresden über den „gegenwärtigen Steuerdruck". Der Redner setzte in ausführlicher Weise das Wesen der Steuern auseinander, wies nach, daß alle Steuern eine Abgabe seien, welche das arbeitende Volk an die öffentliche Gewalt entrichtet, beleuchtete dann das System derselben und bewies, daß die wirthschaftlich Mächtigen die Steuer auf das arbeitende Volk abwälzen können. Darauf verbreitete sich Redner über sächsische Verhältnisse, besonders über das Einkommensteuergesetz, und schloß, indem er noch auseinandersetzte, daß es in einem sozialdemokratischen Staate keine Steuern geben könne, unter allgemeinem Beifall. — Es sprach darauf Herr Stadtrath und Lehrer Arnold, der die Fortschrittspartei als diejenige Partei hinzustellen versuchte, die ebenfalls den Steuerdruck und das heutige Steuersystem verurtheile. — Kayser sorgte jedoch dafür, daß die Fortschrittspartei in's richtige Licht gestellt wurde, indem er hervorhob, daß die hohen Steuern durch die Fortschrittspartei mit verschuldet seien. — Herr Arnold bestritt dies und wies auf die Haltung der Fortschrittspartei bei Berathung des Militäretats hin. Gerade das gab Kayser Gelegenheit, die Sünden der Fortschrittspartei aufzuzählen; er wies ferner nach, daß dieser Partei leitende Prinzipien fehlen und daß sie besonders in wirthschaftlicher Beziehung eine höchst zweideutige Stellung einnehme, daß sie auch bei den letzten Reichstagswahlen in den Stichwahlen — zum Schutz des Geldbeutels — für die reaktionärsten Candidaten, wenn es gegen die Arbeiterpartei ging, gestimmt habe und somit verantwortlich zu machen sei, wenn die durch ihre Unterstützung gewählten Abgeordneten für den ungeheuren Militäretat und die damit verbundenen Steuerlasten stimmen. Der Redner schloß unter allseitigem Beifall mit dem auf die Fortschrittspartei angewendeten Spruche: Mitgefangen, mitgehangen! —

Meerane, 20. September. Eine höchst unsaubere Geschichte — so schreibt man unserem Leipziger Parteiorgan, der „Fackel" — in welche eine Anzahl „Reichstreuer" verwickelt sind, bildet hier seit circa 14 Tagen allgemeines Stadtgespräch. Mehrere Fabrikbesitzer und ihre Freunde, darunter, wie es heißt, auch ein Arzt, haben seit längerer Zeit häufig Abends und die Nächte hindurch mit einer Anzahl Fabrikarbeiterinnen die ärgsten, gar nicht zu beschreibenden Orgien gefeiert. Die Häupter dieser Lüstlingsbande, mehrere im Geschäft thätige Söhne, haben in ihrer Fabrik gleich für solche Zwecke passende Räumlichkeiten herrichten lassen und wird erzählt, daß dieselben nicht selten zu jeder beliebigen Tagesstunde die eine oder die andere der ihnen willfährigen Frauenzimmer aus dem Arbeitsraum nach der „Stube" bestellt hätten, und — das Weitere läßt sich denken. Es scheint, daß die überhandnehmende Zudringlichkeit der betreffenden Frauenzimmer den „Herren" selber etwas lästig gefallen ist, und daß diese der Polizei einen Wink gaben, welche denn auch diensteifrig zugriff und mehrere der Mädchen einsteckte. In dem Verhör, das in Abwesenheit des Bürgermeisters ein untergeordneter Beamter geführt, sind dann gar skandalöse Dinge zum Vorschein gekommen und weiter ins Publikum gedrungen und werden dort selbstverständlich in der verschiedenartigsten Weise commentirt. Unseren „reichstreuen" Kreisen sind diese Enthüllungen äußerst unbequem, und sie gäben viel darum, wenn sie das „Gerede" unmöglich machen könnten. Die Schweigsamkeit und das schonungsvolle Auftreten unserer Polizei entspricht möglichst ihren Wünschen. Es sind große Herren, um die es sich handelt, Stützen der „liberalen" Partei, fanatische Verfechter der Candidatur Birnbaums, des tapfern Kämpen gegen die „unsittlichen", „die Ehe und die Familie abschaffen wollenden Sozialdemokraten". Wären es Arbeiter, sicher hätten unsere hiesigen Blätter die Namen längst in die Welt posaunt, und wahrscheinlich hätte sich dann auch das Gericht hineingemischt.

Briefkasten

der Redaktion. J. R. in Stuttgart: Das Wort „Linke" leitet sich von den Parlamentssitzen her; die „Opposition" sitzt gewöhnlich auf der linken Seite des „Hauses" vom Sitze des Präsidenten aus betrachtet. — M. M. in S.: Das Gedichtchen ist nicht zu verwenden. — F. A. in Hohen-Schönhausen: Ohne daß wir den „Nordstern" haben, können wir eine „Erklärung" in Ihrem Sinne nicht bringen, um so weniger als wir das betreffende Gedicht nicht gebracht haben. Wir haben blos nach der „Berl. Freien Presse" erwähnt: Genosse Fritzsche trug ein Gedicht von Herwegh zum Tode Lassalle's vor ꝛc. ꝛc. Von E. Wilms ist uns übrigens nur ein recht hübsches Gedicht „Zu Lassalle's Geburtstag, bekannt, welches sich in der Gedichtsammlung von Otto Kapell befindet. — — — —a in Hamburg: Ihre Zuschrift über das „Unbegreifliche" haben wir Ihrem Wunsche gemäß als Privatbrief behandelt und an D. gesandt, der Ihre Bekanntschaft gern machen möchte. Ihre weitere Einsendung findet theilweise in der nächsten Nummer Aufnahme. — A. W. 13: Wir haben selber noch kein Urtheil, der Betr. ist uns ganz unbekannt. —

Alle Briefe und sonstige Zusendungen in Parteiangelegenheiten sind von heute an an Unterzeichneten zu senden.

Friedr. Adolph Auerbach, Hainichen, Gerichtsamtstraße 11.

Quittung. Hrb Würzburg Mk. 20,00. Frtn Beaumais Mk. 4,00. Silbrmnn Hamburg Mnn. 1,50. Exped. d. „Hamb.-Alt. Volksblatt" Hamburg Mk. 300,00. „Fr. Zeitung" Duisburg Mk. 7,40. Fruff Sachsenhausen Mk. 20,00, Mnn. 3,30. Wst Urschendorf Mk. 6,98. Zmmrmnn hier Mk. 3,05. Nrt hier Mk. 1,25. Expedition der „Wahrheit" Breslau Mk. 1500,00. Strch München Schr. 8,00. Ößmnn Erfurt Mk. 21,00. Frtz Offenbach Mk. 32,00. A. Lufrmnn Chicago Mk. 408,76. J. Endrs Augsburg Mnn. 5,00, Mk. 50,00. Brln Pegau Mk. 6,20. Rhn hier Mk. 2,00. Mschnr hier Mk. 1,25. Hfnr Karlsruhe Mk. 9,50.

Frankfurt a. M. u. Umg. Allen Genossen zur Nachricht, daß Wochen- und Monats-Abonnements auf alle sozialistischen Zeitungen „Vorwärts", „Neue Welt", „Rundschau", „Die Zukunft", „Berliner Freie Presse", „Hamburg-Altonaer Volksblatt", „Volksfreund" u. s. w. zu jeder Tageszeit angenommen werden, ferner mache ich darauf aufmerksam, daß bei mir Aufträge auf Drucksachen aller Art, z. B. Adreßkarten, Visitenkarten, Rechnungen, Circulair u. s. w. angenommen werden. Alle Drucksachen werden billig und nach Wunsch schnell und bestens besorgt.

W Kuske, Kl. Eschenheimerstraße 34 II.

NB. Den geehrten Abonnenten des „Vorwärts" u. s. w. die noch im Rückstand sind mit Abonnementsgeld vom 1. und 2. Quartal ꝛc. werden ersucht ihren Pflichten nachzukommen, widrigenfalls sie kein Blatt mehr erhalten und veröffentlicht werden. Dieses gilt auch für Diejenigen, die abgereist sind.

Leipzig. Donnerstag, den 27. September, Abends 8 Uhr, im Saale des „Gosenthales" am Brandweg:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Verhandlungen des Genter Congresses. Referent W. Liebknecht.

Der Agent. [60

Ottensen. Mittwoch, den 26. September, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. Die Antwort der Königl. Regierung auf die Petition betr. Beibehaltung der hiesigen Volksschule. 2. Der Steuermodus der hiesigen Communalsteuern. Referenten die Herren Molkenbuhr und Stöhr. [90

F. Heerhold.

Ein Parteigenosse, welcher eine gewisse Fertigkeit im Uebersetzen aus dem Französischen in's Deutsche besitzt, stellt sich den Redaktionen der Parteiblätter zu solchen Arbeiten zur Verfügung. Derselbe wäre auch bereit, größere Arbeiten (Romane, Novellen, Humoresken) eines französischen parteigenössischen Schriftstellers ins Deutsche zu übertragen; Bedingungen nach Uebereinkommen. Adresse durch die Redaktion des „Vorwärts". [2,10

Stellungsgesuch. Ein junger, intelligenter Parteigenosse (Commis), mit englischer Sprachkenntniß ausgerüstet, sucht passende Stellung in der Expedition irgend eines sozialistischen Blattes. Gefl. Offerten bitte unter M. S. an die Exped. des „Vorwärts" zu richten. [150

Billigste Tageszeitung Berlins!

„Berliner Freie Presse"

mit der Illustrirten Sonntags-Gratis-Beilage „Die Neue Welt" erscheint sechsmal wöchentlich in Berlin und nehmen alle Postanstalten Deutschlands, sowie die unterzeichnete Expedition Abonnements entgegen.

Abonnements-Preis:
Beim Abholen von der Post: 4 M., — frei in's Haus: 4 M. 40 Pf per Quartal.

Inserate: pr. 4gesp. Borgis-Zeile 25 Pf., — Arbeitsmarkt nur 10 Pf.

Die „Berliner Freie Presse" ist in der Zeitungs-Preisliste für 1877 unter Nr. 540 eingetragen.

Die Expedition der „Berliner Freien Presse".
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Im Verlag der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei ist erschienen und durch die Unterzeichneten zu beziehen:

„Der arme Conrad."

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (182 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück } netto gegen baar.
gebunden 40 „ „ „ }

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Fackel", Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Entz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 114. Freitag, 28. September. 1877.

Der Namenstag des Czaren.

(Plewna, 11. September 1877.)

Wie Xerxes einst des Perserreiches Horden
Voll Siegesstolz gen Griechenland geführt,
Wie er zur See und in der Feldschlacht Morden
Des winz'gen Gegners Heldenarm verspürt,
So hat der große „milde" Czar im Norden
Des Krieges Trommel prahlerisch gerührt,
Und aus der Feldschlacht flüchten seine Krieger
Und die verlachten Moslems bleiben Sieger.

Wo zwei Mal sie gestraft den trotzig-blinden
Verweg'nen Ansturm mit gewalt'gem Schlag,
Da sollten endlich sie ihr Sedan finden
Und zwar am hohen Alexandertag.
Der Kaiser will's: man wird sie überwinden —
Wo ist, der Rußland widerstehen mag?
Und um das Schauspiel recht zu überschauen,
Läßt er vorher Tribünen sich erbauen.

Er hat da oben, weit vom Schuß gestanden,
Der „milde" Czar, mit lächelndem Gesicht,
Doch seine stolzen Krieger überwanden
Den „kranken Mann" und seine Streiter nicht.
Wie Gras gemäht vom Arm des Schnitters, fanden
Auf steilen Hängen sie „den Tod der Pflicht",
Und stundenlang warf die gedrängten Glieder
Ein dichter Blei- und Eisenhagel nieder.

Er späht zur Ferne mit gekniff'nen Lippen,
Es brüllt der Donner und der Kampfruf gellt,
Doch wie die Sturmfluth an den Felsenklippen
Zu weißem Schaum zerschmettert und zerschellt,
So trägt vorbei man mit durchschoss'nen Rippen,
Die sich zum Kampfe für den Czar gestellt.
Wann wird sein Heer auf die erstürmten Schanzen
Des „heil'gen" Rußland alte Banner pflanzen?

Doch keinen Ruf des Jubels hört er schallen
Und seine Fahnen flieht der Waffen Glück.
Die dunklen, blitzenden Colonnen fallen
Nach langem Ringen matt, gelöst, zurück.
Nun mag der Vorhang langsam niederwallen —
Der Czar ist satt: zu Ende ist das Stück.
Mit finst'rer Miene steigt er stumm zu Pferde
Und reitet fort. Vom Blute dampft die Erde.

Und als sein Zelt den Brütenden geborgen,
Stützt er den Kopf mit schlaffer, welker Hand,
Bestürmt von tausend ungestümen Sorgen,
Den Sinn umdüstert und die Stirn in Brand.
Vor dem Gezelt knirscht bis zum jungen Morgen
Der Garden Schritt gemessen durch den Sand;
Er sucht Vergessen auf dem Daunenpfühle
Für den Tumult der quälenden Gefühle.

Und bleiern sinkt der Schlaf auf seine Lider,
Doch träumelos ist dieser Schlummer nicht.
Es hängt die Rechte schlaff und müde nieder
Und fiebrisch zuckt's im fahlen Angesicht;
Ein Frösteln rieselt durch die matten Glieder,
Indeß die Lippe irre Worte spricht
Und ab und zu fährt er empor voll Grauen
Und lauscht und runzelt finster seine Brauen.

Wenn er doch endlich, endlich Ruhe fände —
Warum nur heut so sonderbar erregt?
War das der Nachtwind, was des Zeltes Wände
Mit schwachen Stößen hin und her bewegt?
Sind's eines Mörders dolchbewehrte Hände?
Wird eine Waffe auf ihn angelegt?
Es ist so süß, die Czaren zu beerben,
Daß selten sie an Altersschwäche sterben.

War das ein Schrei, was an das Ohr des Czaren,
Durch Mark und Bein ihm eisig schneidend schlug?
Ein Todesröcheln von den schwarzen Bahren,
Die sich geformt zu endlos langem Zug?
Ein dumpfes Stöhnen, wunder Brust entfahren,
Das ihm von Plewna zu der Nachtwind trug?
Er fühlt das Haar auf seinem Haupt sich sträuben —
Wie soll er diese Töne übertäuben?

Er sieht im Traum phantastische Gestalten;
Sie schweben still und geisterhaft herein
Und theilen lautlos seines Zeltes Falten
Und um sein Lager schließen sie den Reihn.
Wie sie vertraulich sich umschlungen halten!
Sie könnten Brüder, könnten Schwestern sein —
Und hatten doch nur Eins gemein im Leben:
Sie sehn ihr Blut an seinen Händen kleben.

Wie sich so innig an den schlanken Serben,
Dess' langer Schnurrbart in der Sonne fliegt,
— Als wolle sie um seine Liebe werben —
Die hübsche Tochter des Chiwaners schmiegt!
Er mußte für des Czaren Ränke sterben,
Ihr hat, als singend sie ihr Kind gewiegt,
Sich der Kosack genaht, von Fusel trunken —
Und sterbend ist sie auf das Kind gesunken.

Du düstrer Pole, wie dein Auge lodert!
Wie bist du bleich und siech und todesfahl!
Hat dir dein Schicksal fragend abgefodert
Das Rosenmädchen aus Kasanlyks Thal?
„Sibirien — Bergwerk — nach und nach vermodert
Lebend'gen Leibs." So traf des Mörders Stahl,
Als die Bulgaren in des Czaren Namen
In ihre Thale als „Befreier" kamen.

Wie dort der greise, ernste Türke blutet,
Wie ihm das Blut entlang den Rücken fließt!
Zu Tode hat man langsam ihn geknutet
Und seine Enkel wuthberauscht gespießt.
Er wühlt im Bart, der auf die Brust ihm flutet,
Indeß zur Faust sich seine Rechte schließt.
Wehrlos geschlachtet seine ganze Sippe! . . .
Und grause Flüche murmelt seine Lippe.

Der finstre Sohn des Kaukasus, erschossen,
Als er vertheidigt in der Väter Land
Die Bergeshöhn, von Freiheitshauch umflossen,
Als er im Paß den Todeskampf bestand
Mit einem Häuflein heldischer Genossen —
Er stemmt auf seines Dolches Griff die Hand.
Er hört den Bergstrom, sieht die Adler kreisen —
Soll tauchen er in Feindes Brust das Eisen?

Ein hagres Weib. Die blut'gen Locken wallen
Auf eine Wange, die geschwärzt von Rauch;
Sie sah den Gatten, sah die Söhne fallen
Und kämpfte mit, wie es der Berge Brauch;
Sie hört die Schüsse immer näher knallen
Und schleudert Steine, Wuth ihr letzter Hauch.
Der Vater neben ihr in's Knie gebrochen —
Sie selbst vom blanken Bajonnet durchstochen.

Und nun die Krieger, die in dichten Schaaren
Vom Krimgestade bis zum weißen Meer
Gefolgt dem Wink des großen weißen Czaren —
Ein schönes, stolzes, sieggewisses Heer!
Man fleht daheim, daß Gott durch die Gefahren
Geleite sie zu froher Wiederkehr,
Und ahnt es nicht, daß Geier sich und Raben
An ihrem Fleisch auf wüster Wahlstatt laben.

Die Brust durchbohrt, den Schädel eingeschlagen
Im Handgemenge von des Kolbens Wucht,
Vom Huf zertreten, von den Pulverwagen
Achtlos gerädert auf verworrner Flucht,
Von steilen Höhen, die im Balkan ragen,
Hinabgestoßen in die Felsenschlucht,
Zerfleischt vom zack'gen Splitter der Granaten —
So stören sie den Schlaf des Potentaten.

Und Weiber nun mit Kindern, deren Leben
Vergebens sie geschirmt mit schwachem Arm,
An deren Schläfen krause Löckchen kleben,
Von Blut getränkt — ein grauenhafter Schwarm,
Den Leib geschüttelt noch von wildem Beben,
Im trocknen Auge hoffnungslosen Harm.
Und es umschweben all die düstern Frager
Des siegverlass'nen, müden Kaisers Lager.

In kalten Tropfen perlt auf seiner Stirne,
Der ewig fahlen, angsterpreßter Schweiß;
Es wühlt und zuckt und reißt in seinem Hirne
Und seine Wangen sind wie Kreide weiß.
Laut kreischt er auf: „Hinweg, du blut'ge Dirne!
Hinweg von mir! Was willst du, finstrer Greis?"
Und er erwacht. Schon stürzen seine Wachen
Entsetzt in's Zelt — und er versucht, zu lachen.

Vergebnes Mühn! Im Morgenlichte schwindet
Der nächt'ge Spuk wohl ohne Gegenwehr,
Doch keine Ruhe, keinen Schlummer findet
Der bleiche, müde, kranke Kaiser mehr,
Und heimlich krümmt die Seele sich und windet
Sich in der Angst vor seiner Wiederkehr.
„Was lähmt dem Czar die Seele?" geht die Frage.
Die Schreckensnacht nach seinem Namenstage.

Die Bedeutung des Genter Congresses

wird von uns nach keiner Seite hin überschätzt. Die Sozialdemokratie ist eine zu reale, realistische, realpolitische Macht geworden, als daß sie sich in Illusionen wiegen, an Selbsttäuschungen Spaß finden könnte. Es fällt uns daher nicht ein, zu behaupten, die Männer, welche auf dem Genter Congreß versammelt waren, seien ein sozialistisches Weltparlament gewesen, auf dem jedes Mitglied einen bestimmten, annähernd gleichstarken Sozialistenkreis vertreten habe. Das ist nicht der Fall, und wir geben rückhaltlos zu, daß der Congreß weit davon entfernt war, eine vollständige und treue Vertretung der Sozialdemokratie zu sein; mehrere Länder, z. B. die Vereinigten Staaten von Nordamerika, hatten gar keinen Delegirten gesandt; und aus anderen Ländern waren nur Delegirte kleiner, zum Theil vereinzelten Sozialistengruppen eingetroffen.

So war es; und — es konnte nicht anders sein. Wer die politischen Verhältnisse der verschiedenen Länder im Allgemeinen, und die Parteiverhältnisse im Besonderen kennt, wird das ohne Weiteres zugeben.

Trotzdem haben wir alle Ursache, mit dem Genter Congreß zufrieden zu sein. Zum ersten Mal seit dem Haager Congreß, also nach einer Pause von 5 Jahren, hat ein internationaler Sozialistencongreß stattgefunden. Das ist eine Thatsache, die an sich schon uns mit hoher Genugthuung zu erfüllen geeignet ist. Das Bewußtsein der Solidarität, welche zwischen den Sozialisten aller Länder obwaltet, hat erneuten Ausdruck und neue Kräftigung erhalten. Und das ist auch ein praktischer Gewinn. Manches Vorurtheil ist durch den persönlichen Verkehr beseitigt, die internationale Verständigung wesentlich gefördert worden.

Sehr nützlich war die Auseinandersetzung mit den „Anarchisten". Die „Anarchisten", die unmittelbar vorher in Verviers ihren Sonder-Congreß gehabt und sich vollzählich eingefunden hatten, waren offenbar in dem Wahn nach Gent gekommen, den Congreß beherrschen zu können. Das ist ihnen nicht gelungen; im Gegentheil, sie hatten Gelegenheit, sich von ihrer relativen Ohnmacht zu überzeugen. Diese Erkenntniß kann bloß die heilsamsten Wirkungen haben. Sie stellten sich schon im Laufe des Congresses heraus. Während zu Anfang desselben die „Anarchisten" mitunter vom Geiste der Intoleranz und Unfehlbarkeit angekränkelt waren, konnten sie in den späteren Sitzungen, als sie die Ueberlegenheit und Organisation der sozialdemokratischen Majorität wahrgenommen, sich dem Geiste der Brüderlichkeit nicht verschließen.

Ein gemeinsamer, alle sozialistischen Gruppen umfassender „Solidaritätspakt" kam allerdings nicht zu Stande. Wäre er unter dem Eindruck erwärmter Stimmung angenommen worden, so hätte er doch nur auf dem Papier existirt.

Mit den „Anarchisten" ist auf politisch-sozialem Gebiet ein Zusammengehen einfach unmöglich, da der „Anarchismus" ja jede politisch-soziale Thätigkeit im sozialdemokratischen Sinne für „Bourgeoissache" erklärt und demgemäß verdammt. Es ist hier nicht der Platz, mit dieser Anschauung zu rechten; genug: den „Staat" deshalb, weil er sich bisher gegen das arbeitende Volk gewandt, vernichten wollen, ist ebenso logisch, wie die Maschinen zerstören wollen, weil sie bisher dem Kapital zu gute gekommen und die Lage des arbeitenden Volkes verschlimmert. Fixe Ideen werden nie durch Diskussion aus den Köpfen getrieben — da hilft einzig die Praxis, die Erfahrung. Die „Anarchisten" haben sich schon mehrere Mal die Finger verbrannt, und das war ihnen recht gesund; wenn sie sich, was jedenfalls geschehen wird, die Finger noch ein paar Mal tüchtig verbrannt haben, wird auch das „anarchistische" Hirn die unerbittliche „Logik der Thatsachen" kapiren.

In Belgien, neben Spanien bisher das Hauptbollwerk der „Anarchisten", ist der „Anarchismus" bereits so gut wie überwunden, und in Spanien selbst bewegt er sich schon in Bahnen, die dem orthodoxen „anarchistischen" Katechismus keineswegs entsprechen. Die Spanier — das erhellte deutlich aus einer Rede des einen spanischen Delegirten, Robriguez, haben aus dem Fiasko der „Bakunisten an der Arbeit" doch gute Lehren gezogen — sie sind entschieden für Organisation und politische Aktion — freilich in spanischer Weise. Die Taktik der übrigen Parteien in's sozialistische übersetzt — das ist die Taktik der spanischen Sozialisten. In Italien und der Schweiz, wo allein außerdem noch „Anarchisten" vorhanden sind, haben sie sich die Möglichkeit ernster politischer Aktion so gründlich abgeschnitten, daß ihren besten Feinden nichts zu wünschen übrig bleibt.

Den Beschluß, daß Sozialdemokraten und „Anarchisten" in der Polemik persönliche Gehässigkeiten meiden sollen, begrüßen wir aufrichtig; er wird sicherlich zur rascheren Ueberbrückung der Kluft führen. Noch mehr wird hierzu der bedeutungsvolle Beschluß gemeinsamen Vorgehens auf gewerkschaftlichem Gebiete beitragen. —

Die wichtigste Errungenschaft des Congresses ist unstreitig der Solidaritätspakt zwischen den sozialdemokratischen Organisationen und Gruppen der verschiedenen Länder. Die Zeit ist noch nicht da, wo die internationale Arbeiterassoziation wieder aufgerichtet werden kann — zahlreiche Gründe verbieten es jetzt — aber es war nothwendig, ein wenn auch noch so loses Band der internationalen Verbrüderung um die Gleichesanstrebenden der einzelnen Länder zu schlingen. Das ist geschehn, und wir freuen uns, daß es geschehn, obschon wir die Schwierigkeiten der praktischen Verwirklichung des „Solidaritätspakts" sehr wohl kennen. Indeß wir haben das Vertrauen in unsere braven belgischen Brüder, denen die Arbeit übertragen worden ist, gesetzt: sie werden die Schwierigkeiten zu bewältigen wissen.

Mit besonderer Befriedigung erfüllt uns die auf dem Genter Congreß zu Tage getretene Thatsache, daß die französische Sozialdemokratie, in Bezug auf Parteitaktik, durchaus, voll und ganz mit der deutschen Sozialdemokratie harmonirt. Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie fand seitens der französischen Delegirten die ungetheilteste Anerkennung und Zustimmung; soweit die von den unsrigen abweichenden Gesetze und Zustände es erlauben, wird die französische Sozialdemokratie mit der deutschen Hand in Hand gehen.

Daß die dänische und schweizer Sozialdemokratie genau, auch der Organisation nach, auf demselben Boden steht, wie die deutsche Sozialdemokratie, ist unseren Lesern bekannt. Daß die Belgier, welche sich eine Zeitlang dem „Anarchismus" ergeben hatten, zum großen Leidwesen der Pfaffen und Bourgeois, die von der „Abstention" (politischen Enthaltung) schmunzelnd profitirten, in die Bahn gesunder politischer Thätigkeit eingelenkt haben, ist in den von uns veröffentlichten Congreßberichten wiederholt hervorgehoben. Bemerkenswerth ist, daß auch in Italien eine wirklich revolutionäre sozialdemokratische Partei in der Bildung begriffen ist.

Zu den besten Hoffnungen berechtigen die Mittheilungen der englischen Deputirten. Wie daraus erhellt, ist endlich Aussicht auf Organisation einer lebensfähigen sozialdemokratischen Partei in dem klassischen Lande des Kapitalismus vorhanden.

England beherrscht den Weltmarkt; von England aus beherrscht der Kapitalismus die Welt. In England muß die Weltmacht des Kapitalismus gebrochen werden.

Aus Ungarn.

Budapest, 19. September.

An demselben Tage, an welchem Bismarck und Andrassy zu Salzburg eine Zusammenkunft verabredet, um über das Wohl und Wehe nicht nur Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, sondern ganz Europas zu entscheiden, hat die Hauptstadt von Ungarn darüber ihre Meinung laut ausgesprochen, daß sich die Nation nicht wie ehemals am Gängelbande leiten lassen wird, sondern daß sie es ist, welche über die Richtung ihrer Politik zu entscheiden hat.

Gleich bei Wiedereröffnung des ungarischen Reichstags haben die Abgeordneten Graf Albert Apponyi, Ernst Simonyi, Ignaz Helffy, Daniel Iranyi und Baron Ludwig Simonyi Interpellationen an das Ministerpräsidium gerichtet, um die Richtung der Regierungspolitik zu erfahren; sie erklärten, daß sie sich fortan durch orakelmäßige, unbestimmte Antworten nicht abfertigen ließen.

Drei Tage darauf, am 18., trafen die erfreulichen Nachrichten einer neuen Niederlage der Russen bei Plewna in Budapest ein. Ohne die Einwohnerschaft aufzufordern, beeilte sich Jedermann, seine Fenster zu erleuchten. Die Plakate, welche diese Aufforderung brachten, wurden zu spät angeklebt, als schon die ganze Stadt auf beiden Ufern der Donau in einem Lichtmeere schwamm. Daß hiervon die Königsburg des treuen Alliirten Franz Josef eine Ausnahme machte, war im Voraus zu erwarten, ebenso wie gewisse Regierungsgebäude sich in ihr gewohntes volksfeindliches Schwarz hüllten.

Unterdessen hatte sich das Volk an zwei Plätzen, auf der Landstraße vor dem Szabady'schen Kaffeehause und auf dem Kalvinsplatze, gesammelt und der Umzug durch die Stadt begann um 7 Uhr Abends durch mehrere Straßen, vorn an der Spitze der Zugsabtheilungen Musikbanden und jede dieser Abtheilungen mit ungarischen und türkischen Fahnen, so daß sich das christlich-apostolische Kreuz mit dem Halbmonde des Islams in innigster Brüderlichkeit paarte. Von den Privathäusern blieben diejenigen der Grafen Degenfeld und Czirady unbeleuchtet, ebenso das des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza, was ihm von Seite der Volksmenge ein donnerndes „Pereat Tisza, nieder mit Tisza!" einbrachte, und die Fensterscheiben seines Hauses, sowie der beiden Magnaten wurden mit Vierkreuzer-Münzen eingeworfen. Der Zug hielt an mehreren Stellen, namentlich vor dem Szabady'schen Kaffeehause, wo neben den Fahnen Ungarns und der Türkei eine dritte, schwarze Fahne mit einem Todtenkopf ausgesteckt war, mit der gestickten Ueberschrift: „Wir gratuliren, die Russen sind vernichtet!" (eine Parodie auf die Worte des Erzherzogs Albrecht, als er dem russischen Militärattachè bei Erhalten der falschen Nachricht der Einnahme von Plewna durch die Russen gratulirte).

Ein zweites, noch interessanteres Transparent am Balkon der Redaktion des Blattes „Egyetértés" hatte die Aufschrift: „Plewna für Bilagos, Beleuchtung für Plewna!" Vor der Karlskaserne rief das Volk: „Nieder mit dem Erzherzog Albrecht! Nieder mit den Russen!" und man wurde viele Soldaten gewahr, die in den Ruf einstimmten.

Nach 11 Uhr hörte die Volksprozession auf und es fand ein Bankett im Hotel „Hungaria" für 300 Personen statt. Der Bürgermeister Kammermayer trug nicht wenig zur Stattlichkeit und Ordnung dieser Volksfestlichkeit bei, während der Stadthauptmann Thaisz nur auf die Gelegenheit lauerte, daß sich das Volk zu Exzessen hinreißen lasse, um Arretirungen vorzunehmen.

Eine Unzahl von beglückwünschenden Telegrammen wurden an den Sultan, an Osman Pascha und eines, welches Kossuth eine Huldigung darbrachte, an diesen abgeschickt. Das nächste Ausspielen ist jetzt an Andrassy und Bismarck, die Trumpfkarte aber befindet sich in den Händen der Ungarn.

D. K.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Leipziger Correspondent des „Hamburger Correspondenten", der sich hin und wieder auch mit dem „Vorwärts" beschäftigt, lügt einmal wieder so offenbar, daß wir uns wundern, daß die so anständige und zugleich verständnißvolle Redaktion des Hamburgischen Blattes derlei offenen Lügen, wie sie in nachfolgender Notiz enthalten, ohne jede Bemerkung Raum gewährt. Unser Leipziger Freund schreibt nämlich:

„Anläßlich des vom Kaiser in Benrath zu dem Crefelder Deputirten Heimendahl gesprochenen Wortes von der „Ueberproduktion" meint der „Vorwärts", nun würden doch alle die Stimmen, die bisher von anderen Gründen der Geschäfts-Krisis gesprochen, verstummen müssen. Man wird aber wohl sagen können, daß über Nichts die liberale Presse, die Stimmen der Stimmen der Sachverständigen in Parlamenten, sowie die Handelskammer- und sonstigen Berichte einmüthiger gewesen sind, als darüber, daß allerdings eine Ueberproduktion stattgefunden und daß dieselbe eine große Rolle bei der Krisis gespielt habe. Wenn nun der „Vorwärts" so thut, als enthalte das kaiserliche Wort etwas Neues oder etwas bisher nicht als richtig Anerkanntes, so verfolgt er hiermit allerdings nur eine Taktik, welche den Lesern dieses Blattes längst bekannt und geläufig geworden ist; aber um so charakteristischer ist es, daß es zur Zeit an Mitteln, solchen offenbaren — und dabei ohne allen Zweifel bewußten — Fälschungen entgegenzutreten schlechterdings fehlt."

Wir fragen nun den Leipziger Lügner zunächst: Ist es wahr, daß Bismarck im Parlament die Sozialdemokraten für den Niedergang der deutschen Industrie verantwortlich gemacht hat? Ist es wahr, daß bei dieser Gelegenheit kein „Sachverständiger" irgend einer Partei das Wort genommen und ist es wahr, daß den Sozialdemokraten zur Rechtfertigung das Wort abgeschnitten wurde?

Ferner fragen wir: Ist es wahr, daß fast von der gesammten liberalen Presse die „von den Sozialdemokraten in die Höhe getriebenen Löhne", die „von ihnen provocirten Strikes" hauptsächlich für die Krisis verantwortlich gemacht worden sind? Ist es wahr, daß sogar jetzt noch die Unlust des Kapitals, sich an gewerblichen Unternehmungen zu betheiligen, der sozialdemokratischen Agitation vielfach in die Schuhe geschoben wird?

Und Alles das ist wahr!

Wir loben wahrlich nicht leicht die „Berliner Volkszeitung" aber sie war es neben der Sozialdemokratie ganz allein, welche lediglich oder wenigstens hauptsächlich die Ueberproduktion, das heftige gierige Ringen nach Kapital gleich zu Anfang für die Krisis verantwortlich gemacht hat. Daß der Kaiser etwas „Neues" gesagt hätte, haben wir schon deshalb weder behaupten, noch andeuten können.

Im Uebrigen trifft es bei unserer Leipziger Wetterfahne sofort zu, was wir in der betreffenden Notiz sagten: „Jetzt ist das Wahrheit, was bei ihnen früher Lüge war" — nur, daß der Schlauberger thut, als ob man immer die Wahrheit erkannt und gesagt habe.

— Ueber das Stärkeverhältniß der Parteien im deutschen Reiche liegt ein offizieller Nachweis vor. Dem Reichstage war eine vom statistischen Amte aufgestellte Uebersicht der vorläufigen Hauptresultate der letzten Wahlen zum Reichstage mit dem Bemerken zugegangen, daß das statistische Amt bereits mit einer größeren Arbeit über den Gegenstand beschäftigt ist, welche gleichfalls später dem Reichstag vorgelegt werden soll. Nach letzterer nun hat die ortsanwesende Bevölkerung im deutschen Reiche am 1. Dezember 1875 betragen: 42,727,360, die Anzahl der wahlberechtigten Wähler 8,943,012 gleich 20,9 Proz., die Anzahl der abgegebenen Stimmen überhaupt 5,557,767, gleich 13,1 der Bevölkerung oder 62,1 Prozent der Wahlberechtigten. Von den abgegebenen Stimmen waren gültig 5,535,778; von diesen erhielten die Candidaten der Nationalliberalen 1,594,142 Stimmen, gleich 28,8 Proz., des Centrums 1,416,803, gleich 25,6 Proz., der Conservativen 538,739, gleich 9,4 Proz., der Sozialdemokraten 485,122, gleich 8,8 Proz, der Fortschrittspartei 438,190, gleich 7,9 Prozent, der Deutschen Reichspartei 426,468, gleich 7,3 Proz., der Polen 219,159, gleich 3,9 Proz., der Gruppe Löwe 119,473, gleich 2,2 Proz., der Partikularisten 112,496, gleich 2,1 Proz., der Protestpartei 106,171, gleich 1,9 Proz., der Volkspartei 57,147, gleich 0,5 Prozent. Auf Candidaten unbestimmter Parteistellung fielen 11,191 Stimmen und 10,677 Stimmen zersplitterten sich. — Wir wollen hierzu bemerken, daß die Nachwahlen nicht mit angeführt sind, bei welchen der Zuwachs der sozialistischen Stimmen besonders groß war.

— Die sächsischen Landtagswahlen, welche kürzlich stattfanden, haben insofern Bedeutung, weil sie andeuten, daß der Zersetzungsprozeß der Mittelparteien seinen Fortgang nimmt. Die äußerste Rechte und die äußerste Linke haben ganz allein Sitze gewonnen und wenn auch die Sozialdemokratie nur einen Sitz erobert hat, so ist dies bei dem herrschenden Census und überhaupt bei der geringen allgemeinen Begeisterung unserer Partei für derlei Wahlen nicht zu verwundern. Wir betonen hier nochmals, daß Liebknecht keinerlei Schritte für seine Wahl gethan hat. Aber um so bedeutsamer ist das Wahlresultat. Die nationalliberalen und fortschrittlichen Blätter stimmen selbstverständlich Lieder an, die sich wie Todtenklagen anhören, über die so schnell verschwundene Pracht und Herrlichkeit. — Unangenehm muß es auch sein, so zwischen zwei Mühlsteinen nach und nach zerrieben zu werden.

— Deutsche und italienische Parlamentarier und Politiker hielten zu Ehren des in Berlin anwesenden italienischen Kammerpräsidenten Crispi ein Festmahl, auf welchem eine Unzahl Toaste ausgebracht wurden — das Festessen nahm einen durchaus (deutsch-italienischen) nationalen Charakter an; die Toaste, auch auf Bismarck, wurden sämmtlich in der Sprache des beiderseitigen „Erbfeindes" ausgebracht.

— Fürst Putbus, über dessen Bankrott sich schon einer unserer Berliner Correspondenten ausgelassen hat, soll sich nach Zeitungsnachrichten mit seinen Gläubigern auseinandersetzen wollen. Als Gründer hat Fürst Putbus bei der Berliner Nordbahn und bei der „Flora" große Summen eingebüßt. Nun aber wird uns mitgetheilt, daß dem Fürsten seine „Banquiers" am schlimmsten mitgespielt haben. Zu unerhörten Zinsen haben Jakob Landau in Berlin und Ledermann (früher Prokurist bei Landau und nun Filialinstitut) in Breslau dem Fürsten baares Geld vorgeschossen und den in ihren Fingern klebenden Mann zu Spekulationen in Getreide und Oel verleitet resp. mißbraucht, daß er bereits im Frühjahr 1876 soweit ruinirt war, daß ihm Jakob Landau das Taschengeld in Höhe von je 1000 Mark gab. Die Banquiers kommen nicht zu kurz, ja es kann getrost behauptet werden, daß Putbus hauptsächlich ein Opfer solcher geldgierigen Menschen geworden ist — obgleich kein bedauernswerthes.

— Gegen Gambetta ist das Urtheil erster Instanz, drei Monate Gefängniß und 2000 Francs Geldstrafe, am letzten Sonnabend von der Appelliustanz lediglich bestätigt worden. — Das „Manifest" des Herrn Thiers, welches er kurz vor seinem Tode verfaßt hat, zeichnet sich durch eine ungeheure Länge und Weitschweifigkeit, durch die Geschwätzigkeit des kindischen Alters aus; übrigens ist dasselbe selbstverständlich von den Herren Bourgeoisrepublikanern mit Begeisterung aufgenommen worden.

— Ueber die sozialistische Arbeiterbewegung in Nordamerika entwirft Parteigenosse Lübkert in einer an die „Bergische Volksstimme" aus Cincinnati eingesandten Correspondenz ein sehr erfreuliches Bild. Darnach ist die früher bestandene Abneigung gegen die politische Aktion so gut als überwunden, und überall bemühen sich die Arbeiter, aus ihren Kreisen Vertreter in die gesetzgebenden Körper zu bringen. — Dem Beispiele der Arbeiter in Louisville (Kentucky) folgend, die einen Wahlsieg errungen haben, sind jetzt auch die Arbeiter in Cincinnati in den Wahlkampf eingetreten — kurz, überall regt es sich mächtig in der Arbeiterwelt, um die Bourgeoisie mit denselben Waffen zu bekämpfen, die diese gegen die Arbeiter gebraucht, d. h. die Arbeiter haben begriffen, daß sie der politischen Macht zur völligen Besiegung der herrschenden Klassen nicht entbehren können. „Ihr seht hieraus, Parteigenossen", schließt Genosse Lübkert seine Correspondenz, „daß das amerikanische Volk wohl empfänglich für die Abschaffung der Idee der Lohnarbeit ist, und Ihr werdet es noch erleben, daß wir Euch bald überholen. Amerika hat sich nicht an das alte Europa gekehrt, als es die politische Freiheit proklamirte, und es wird sich ebenso wenig daran kehren, wenn es gilt, selbstständig die soziale zu proklamiren."

— Putsche und Krawalle sind den reaktionären Gewalten

Ein Kapitel zur „Heiligkeit der Ehe".

In Darmstadt existirt ein „Internationales Ehevermittelungs-Institut". Welchen Geschäftszweig dieses Institut — das in seinen Prospekten die Ehe als ein heiliges, von Gott geschaffenes Werk anpreist — nicht verschmäht, davon giebt ein von dem Direktor des genannten Instituts geschriebener „Geschäftsbrief" ein beredtes Zeugniß.

Der Herr Direktor ermittelte nämlich die Adresse einer Münchener Hebamme. Genannte Hebamme besitzt eine Anstalt, in welcher Frauen und Mädchen in stiller Zurückgezogenheit ihre Entbindung abwarten. An diese Hebamme richtete der Herr Direktor des „Internationalen Ehevermittelungs-Instituts" folgenden Brief:

„Darmstadt, 13. September 1877. Geehrte Frau! Hiermit fragen wir ergebenst an, ob Sie geneigt sind, in der Weise mit uns in Geschäftsverbindungen zu treten, daß Sie uns Damen, welche Sie in Ihrer Anstalt kennen lernen, zum Verheirathen überweisen wollten. Die Praxis hat uns gelehrt, daß bei Ihnen oft Fälle vorkommen, wo junge Damen von ihren Verführern mit bedeutenden Summen abgefunden werden. Für diese Damen werden wir stets gute Verwendungen zu finden wissen, indem wir fortwährend Herren verzeichnet haben, die gerne einem solchen Frauenzimmer sammt Kind die Hand zum Bunde reichen; natürlich in der Voraussetzung, daß hiermit der betreffende Herr eine Acquisition macht, die ihm immerhin etwas Geld mit in die Ehe bringt. Wenn Sie uns solche Damen zuweisen wollen und können, so würde uns dies sehr angenehm sein und würden wir Ihnen ein Drittheil des Reingewinnstes von dem auf diese Weise erzielten Einkommen zukommen lassen. Gewiß sind viele Damen sehr froh darum, in solchen Fällen einen Mann zu finden, welcher der Retter ihrer Ehre ist. Auch Schein-Heirathen können durch uns für ähnliche Fälle vermittelt werden, indem wir auch für die Fälle, daß Damen ihre Niederkunft noch nicht überstanden, Herren verzeichnet haben, die, wenn sie wissen, daß durch die Verheirathung gleichfalls Geld ihnen zu Handen kommt, gerne ihre Hand einer in solchen Umständen sich befindenden Dame bieten. Für alle Fälle läßt sich, wenn wir uns gegenseitig in die Hand arbeiten, viel Geld verdienen. Erst neulich zahlten wir mehrere Hundert Mark an eine Besitzerin gleicher Anstalt aus und soll es uns freuen, ein Gleiches auch bei Ihnen recht bald folgen lassen zu können. Ihren baldigen Nachrichten hierüber entgegensehend, zeichnen indessen achtungsvoll: Die Direktion. J. U. Kroner."

Der Herr „Direktor" legte seinem Briefe auch folgendes Verzeichniß von „Heirathskandidaten" bei: 3 Fürsten, 8 Grafen, 91 Barone, 250 Ritterguts- und Großgrundstücksbesitzer, 380 Offiziere, 800 Beamte und Lehrer, 120 Gelehrte, Aerzte und Künstler, 240 Großhändler und Fabrikanten 1400 Kaufleute, 800 Landwirthe, 1700 Industrielle und Gewerbtreibende und 110 Private und Rentiers.

Solche Entheiligung der Ehe ist nur in einer Gesellschaft der äußersten moralischen Unordnung möglich. Die Ehe ist ein Geschäft geworden bei der Bourgeoisie, jedes Geschäft ist heilig, deshalb auch die Ehe — eine nette Gesellschaft.

Literarisches.

„Der Republikaner", Volkskalender auf das Jahr 1878. Herausgegeben von Reinhold Ruegg." Verlag der Volksbuchhandlung in Hottingen-Zürich. Preis 40 Pfennige. Auch die Schweizer Sozialdemokraten haben die Wichtigkeit der Propaganda durch Kalender begriffen, und unter dem Titel „Der Republikaner" einen „Volkskalender" begründet, der, unter der Redaktion Reinhold Ruegg's, seine Aufgabe trefflich erfüllt. Der Inhalt ist ebenso mannigfaltig und interessant als belehrend. Aus den verschiedenen Beiträgen heben wir als besonders werthvoll die historische Skizze von „R. R." (Reinhold Ruegg) hervor: „Der Uebertritt der badisch-pfälzischen Insurgenten auf Schweizerboden im Juli 1849". Auch die äußere Ausstattung ist gelungen, so daß „der Republikaner" sich unseren deutschen Parteikalendern „Armer Conrad" und (Bracke'scher) „Volkskalender" würdig anschließt und auf's Wärmste von uns empfohlen werden kann.

Briefe an eine Mutter, von Dr. Paul Schramm. Zürich, Verlagsmagazin. Preis 1 Mark. In dem Büchlein sind verschiedene sehr empfehlenswerthe Winke für Mütter, welche auf die gute Erziehung ihrer Kinder Gewicht legen, enthalten.

Berliner Sittenbilder. Eine Erzählung aus der Gegenwart, von Hieronymus Bitterklee. Leipzig, Verlagsinstitut.

Der alte und der neue Glaube im Judenthum. Kritische Streiflichter von Dr. William Rubens. Zürich, Verlagsmagazin.

Theokratisches Kirchenthum und Autokratische Justiz. Ein Gotteslästerungsprozeß vor dem Schwurgericht zu Eßlingen. Zürich, Verlagsmagazin.

Wie man ein Heiligthum gründet. Brief einer Schülerin des Klosters der Immaculata zu Neapel an ihre Freundin. Von Otto Badke. Zürich, Verlagsmagazin.

— Nahrungssorgen haben wieder einmal einen Familienvater in den Tod getrieben. Der Tischlermeister Hennig zu Charlottenburg schoß sich wegen Mangels an Subsistenzmitteln in dem zu einem Hause der Bismarckstraße gehörigen Garten eine Kugel durch das Herz und war auf der Stelle todt. Der Selbstmörder war Vater von 7 Kindern. — Dies meldet die Berliner „Volkszeitung", die sonst so gern die sozialistischen Behauptungen vom Nothstande als übertriebene darzustellen sich bemüht.

— Ein ehrenwerther Offizier und ein feiger Denunziant. Aus Königsberg i. Pr. berichtet die „K. H. Z.": Das Stadtgericht hatte sich kürzlich mit einer Anklage wegen Herausforderung zum Zweikampf auf Leben und Tod zu beschäftigen. Ein Reserveoffizier war im Jahre 1873 in einem öffentlichen Lokal in Wesel durch einen ihm ganz unbekannten Menschen beschimpft worden. Ein anderer Reserveoffizier dortselbst, der davon erfuhr, zeigte den Vorfall der Militärbehörde an, und das infolge desselben gegen den denunzirten Offizier eingeleitete Verfahren endete mit einem schlichten Abschied, weil er nicht genügend seine Offizierehre gewahrt hatte. Der Verabschiedete ließ von Königsberg aus an den Denunzianten in Wesel eine Herausforderung auf Pistolen auf Tod und Leben ergehen, auf welche der Geforderte jedoch nicht reagirte, trotzdem er mehrfach dazu durch den Cartelträger aufgefordert wurde. Nach länger als einem Jahre, als der Geforderte sich noch immer nicht erklärt hatte, zog der Herausforderer mittelst Schreibens an den Geforderten die Herausforderung zurück, und zwar wegen unehrenhaften Verhaltens des Letzteren in dieser Angelegenheit. Nunmehr kam die Sache zur Kenntniß der Staatsanwaltschaft und zur Anklage. Nach gepflogener Verhandlung wurde der Antrag gestellt, den Angeklagten zu zwei Monaten Festungshaft zu verurtheilen. Der Gerichtshof aber folgte den Ausführungen des Vertheidigers Herrn Rechtsanwalt Allscher, daß dem Angeklagten die Wohlthat des § 204 des Reichs-Straf-Ges.-B. zu statten komme, welcher bestimmt, daß die Strafe fortfällt, „wenn die Parteien den Zweikampf vor dem Beginne freiwillig aufgegeben haben". Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei mit der Motivirung, daß jener Paragraph des Gesetzes auch in dem Falle zur Anwendung kommen müsse, wenn eine der Parteien freiwillig von dem Zweikampfe vor Beginn desselben zurücktrete.

stets willkommen gewesen, sind sie doch die geeignetsten Mittel, die revolutionären Elemente für die Sache des Volkes nutzlos zu dezimiren und den Anlaß für weitere Bedrückungen des Volks abzugeben. Es ist daher nur erklärlich, wenn die Reaktion, um sich zu stärken, ab und zu Putsche und Krawalle entrirt. Auf einem solchen infamen Unternehmen ist die russische Polizei erst kürzlich ertappt worden und zwar, was das Heitere an der Sache ist — durch die Polizei selber. Man berichtet hierüber der „Sozialdemokratischen Correspondenz" aus Warschau unterm 6. September Folgendes: „Ich habe Ihnen heute ein allerliebstes Polizeistückchen zu melden. Vor etwa sechs Monaten wurde des Nachts auf dem hiesigen Bahnhofe der Nikolajeff-Bahn ein Mann verhaftet, welcher damit beschäftigt war, in die Koffer und Taschen der Reisenden Exemplare einer gedruckten Proklamation „An das russische Volk" zu stecken. In dieser Proklamation hieß es, das russische Volk solle, statt sich für die Serben und Bulgaren zu schlagen, zuerst seine eigene Freiheit erringen: bereits seien in Moskau, Petersburg u. a. Städten revolutionäre Comités thätig, des andern Morgens um 10 Uhr habe sich jeder freiheitsliebende Mann auf dem Theaterplatz einzustellen, um die Revolution auszuführen. Es gälte energisch zu sein. Alle höheren Beamten der Polizei, Gensdarmerie, Gerichte, Armee ꝛc. müßten getödtet werden u. s. w. Die Proklamation schloß mit den Worten: „Es lebe die Freiheit und die Macht des revolutionären Volkes!" Von dem Geheimagenten der Gensdarmerie, der ihn verhaftete, nach dem Gensdarmeriedepot gebracht, weigerte er sich dort einige Tage lang, Namen und Stand anzugeben. Schließlich bequemte er sich indessen doch dazu, da ihn die Gensdarmerie mit der in einem solchen Falle nach den Grundsätzen des russischen Criminalrechts zur Anwendung gelangenden Prügelstrafe bedrohte. Er erklärte, er sei der Polizeioffizier Tschumakowsky und habe im höheren Auftrage seiner Vorgesetzten gehandelt." — Um das Gaunerstückchen nicht halb vollbracht zu haben, wurde der angebliche Verschwörer Tschumakowsky eingesperrt und 12 wirklichen politischen Gefangenen hinzugesellt. Hier erzählte derselbe den Mitgefangenen, er sei aus Kiew und wegen Herleihens revolutionärer Bücher verhaftet worden — (ein Verbrechen, welches in dem „erbfreundlichen" Rußland mit 10 Jahren bestraft wird). Dieser Versuch, sich in das Vertrauen der Inhaftirten einzuschleichen, blieb jedoch, da ihn die Letzteren bald durchschauten, erfolglos, obwohl Tschumakowsky sich aus den ihm zugänglich gewesenen Akten Personalkenntnisse zu verschaffen gewußt hatte, die Manchen hätten täuschen können. Nach sechsmonatlichem Aufenthalt in diesem Gefängniß wurde Tschumakowsky „freigelassen" und als ungeschickter Tölpel nach dem im Norden gelegenen Wjatko geschickt, wo er jetzt lebt, aber nicht als Gefangener, sondern als Beamter.

— Die Nachricht von einer großen am 21. d. bei Biela geschlagenen Schlacht, die zum Vortheil der Türken ausgefallen, hat sich als übertrieben erwiesen, obgleich sie nicht bloß den angesehensten englischen Zeitungen, sondern auch dem österreichischen Ministerium in anscheinend authentischer Form zugegangen war. Nach den letzten Telegrammen war die Situation auf dem Kriegsschauplatz „unverändert".

— „Die Zukunft. Sozialistische Revue." Das erste Heft liegt uns jetzt vor. Der Zweck der Revue — die wissenschaftliche Begründung der sozialistischen Weltanschauung auf allen Gebieten und nach allen Richtungen hin — zeichnet der Redaktion ihre Aufgabe streng vor. Ohne hier ein eingehendes Urtheil abzugeben, können wir mit gutem Gewissen unsere Meinung dahin aussprechen, daß die Redaktion sich der Natur und der Schwierigkeiten ihrer Aufgabe vollkommen bewußt und dieselbe zu lösen entschlossen ist. Der 1. Artikel: „Sozialismus und Wissenschaft", enthält das Programm der Redaktion; von den übrigen Aufsätzen verdient namentlich der von Jules Guesde „über den 16. Mai und die französischen Sozialisten" Beachtung, wenn wir auch den Ausführungen unseres Pariser Freundes nicht durchaus beistimmen können.

Die äußere Ausstattung ist gut, und bei dem billigem Preise dürfen wir auf zahlreiches Abonnement hoffen.

Inhaltsverzeichniß des ersten Heftes der „Zukunft": Der Sozialismus und die Wissenschaft, von —g. — Ein dänischer Vorschlag zur Arbeiterfrage, von —r—. — Der 16. Mai und die französischen Sozialisten, von Jules Guesde. — Zur Gewerbe-Hygiène, von Dr. med. —l—. — Recensionen. — Notizen.

— „Die Neue Gesellschaft". Auch von dieser wissenschaftlichen Zeitschrift ist das erste Heft bereits erschienen. Es macht einen durchaus günstigen Eindruck. Die Ausstattung — die innere und äußere — läßt nichts zu wünschen übrig. Unter den Aufsätzen ist ein Essay Schäffle's hervorzuheben „über die natürliche Zuchtwahl in der menschlichen Gesellschaft". Wir rufen der „Neuen Gesellschaft", wie der „Zukunft" ein herzliches Glück auf! zu.

Inhaltsverzeichniß des ersten Heftes der „Neuen Gesellschaft: Vorwort des Herausgebers. — Die Strömung der Gesellschaft wider den Sozialismus, von Dr. A. Dulk. — Ueber die natürliche Zuchtwahl in der menschlichen Gesellschaft, von Dr. A. Schäffle. — Wissenschaftliche Ketzerverfolgungen der Neuzeit mit Rücksicht auf die Zukunft der deutschen Universitäten, von Dr. Ludwig Büchner. — Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Oesterreich, von Joh. Most. — Die Halbheit des juristischen Studiums, von Dr. M. L. — Die medizinische Wissenschaft und die Sozialreform, von Dr. Aug. Theod. Stamm.

— Aus Paris geht uns die erfreuliche Nachricht zu, daß es dort endlich gelungen, ein sozialistisches Blatt zu begründen, und damit der französischen Sozialdemokratie eine Fahne zu geben, unter der sie sich wieder schaaren und organisiren kann. Das Blatt wird unter dem Titel „Egalité" zunächst wöchentlich erscheinen und von dem bewährten Jules Guesde redigirt werden. Deutsche Parteigenossen, die in der Lage sind, das Unternehmen durch Abonnements und durch Antheilscheine zu fördern, mögen sich an J. Guesde wenden; die Adresse desselben ist: Rue Greuze, 33, Paris.

— Uns geht folgende Mittheilung zu:

Hamburg, den 21. September.

Nach dem bekannten Grundsatz aller Verleumder und Ehrabschneider: „Verleumde nur kühn es bleibt doch etwas hängen," versuchen es auch jetzt wieder gewisse sogenannte liberale und andere Schmutzblätter, die Ehre der sozialistischen Partei zu beschmutzen. Anlaß hierzu gibt ihnen die zu Anfang August in Altona erfolgte Abrechnung des sozialistischen Wahlcomité's für den 8. und 9. schleswig-holsteinischen und 1. oldenburgischen Wahlkreis. Die Abrechnung, welche sich auf etwas über 31,000 Mark beläuft, ist längst von den zuständigen Revisoren geprüft, für richtig befunden und, nachdem in zwei öffentlichen Versammlungen sämmtlichen Interessirten die Verhältnisse klar gelegt waren, dem Wahlcomité Decharge ertheilt worden.

Dem Umstand nun, daß seitens eines der Herren Revisoren, eines gewissen Radenhausen, der sich von jeher durch große Worte bei Kleinigkeiten ausgezeichnet hat, einzelne Posten monirt wurden, entnahm die ehrenwerthe (?) gegnerische Presse die Behauptung, daß über die Gesammtsumme von 30,000 Mark keine Abrechnung geliefert und daß seitens der „Führer" als Radenhausen Abrechnung verlangte, letzterer einfach hinausgewiesen worden sei.

Für denjenigen nun, der weiß, was der liberale Anstand alles über die Sozialdemokratie zu schreiben erlaubt, konnte auch die freche Verdrehung des Thatbestandes keine Ueberraschung bringen und wollten wir deshalb unser Centralorgan nicht weiter damit behelligen, nachdem wir aber auch aus den Reihen unserer Parteigenossen mehrfach um Aufklärung angegangen worden sind, sehen wir uns genöthigt, den Sachverhalt wiederzugeben.

Schon oben haben wir darauf hingewiesen, daß von einem „Fehler" der Abrechnung nicht die Rede sein kann, sondern daß nur einzelne Posten dieser Abrechnung zu Aussetzungen Anlaß gaben; diese beanstandeten Posten nun vertheilen sich folgendermaßen:

1) Zunächst sind es Ausgaben für am Wahltag und zur Agitation gebrauchte Droschken, für welche Ausgaben kein Beleg vorhanden, da Droschkenkutscher eben keine Quittungen ausstellen;
2) dann sind siebzehn Personen (Parteigenossen) per Schlitten von Kiel nach Eutin (erster oldenburgischer Wahlkreis) gefahren, wofür ebenfalls der Beleg fehlte, indeß ward von den an der Fahrt betheiligten Personen die Ausgabe bestätigt;
3) wurde in der Rechnung für ein benutztes Pferd die Ausgabe für ein neues Hufeisen aufgeführt, was als nutzlose Ausgabe monirt wurde, da es Sache des Besitzers sei, für die Eisen seines Pferdes zu sorgen;
4) hatten 3 Agitatoren weniger an Diäten gerechnet als der allgemein übliche Satz; und
5) waren für 3 Mark gebrauchte Briefmarken die Briefe nicht eingetragen.

Dazu kommen nun noch einige Ausgaben, welche das Wahlcomité kraft seiner Vollmacht machte, ohne daß sie gerade als zur Wahlagitation gehörig bezeichnet werden konnten; hierher gehört die Unterstützung der Familie eines Agitators und dann ein Darlehen an einen anderen Agitator, um sich einen neuen Rock zu kaufen, da ihm eine Anzahl liberaler Kulturlümmel neben einer tüchtigen Portion Schläge auch noch seinen Rock vom Leibe gerissen hatten.

Dies und noch einige nebensächliche Punkte sind die Monita's und auf diese im Verhältniß zu der Gesammtausgabe und den großartigen Wahlkampf, der in Altona geführt wurde, gewiß lächerlich unbedeutenden Vorkommnisse hin baut eine liberale Schmutzpresse die Behauptung auf, daß in Altona keine Wahlabrechnung geliefert worden sei.

Die hiesige „Reform" trifft das Verdienst, die erste Verleumdungsnotiz in die Welt geschleudert zu haben und ihr folgte dann der ganze Troß jener Kretinspresse, deren einzige Waffe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie die Verleumdung ist.

Was Herrn Radenhausen betrifft, der durch seine ebenso unwahren wie verleumderischen Aeußerungen der gegnerischen Presse das Material zu ihren Lügen lieferte, so ist derselbe, nachdem er in drei Versammlungen aufgefordert worden war, seine Verleumdungen einzustellen und er selbst mehrmals zugestanden, daß die Abrechnung in Ordnung sei, trotzdem aber nicht aufhörte privatim und öffentlich wo er konnte seine Lügen auszustreuen, aus dem in Altona bestehenden Arbeiterverein mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität ausgeschlossen worden.

Dies der wahrheitsgetreue Sachverhalt. Von den liberalen Blättern, welche die Verleumdung verbreiteten, zu verlangen, daß sie jetzt der Wahrheit die Ehre geben sollen, hieße von dieser Sorte Vertreter der öffentlichen Meinung zu viel verlangt. Lügen ist dieser Menschensorte Handwerk und die Verleumdung die einzige Waffe, mit der sie den politischen Gegner zu bekämpfen vermögen.

An unsere Parteigenossen aber möchten wir eine Bitte richten: wenn sie wieder einmal einer solchen oder ähnlichen Verleumdungsnotiz begegnen, dann mögen sie sich darüber nicht echauffiren, sondern sich ruhig sagen: das steht in einer liberalen Zeitung und — ergo ist's gelogen. J. A.

Unsere gewerkschaftliche Presse.

Die Centralisation der Arbeiter ist ein unabweisbares Bedürfniß, sowohl in politischer, als gewerkschaftlicher Beziehung; darüber brauchen wir wohl nicht viele Worte zu verlieren. Die heutigen Produktionsverhältnisse nehmen durch ihre Einwirkung die Selbstständigkeit sämmtlichen, Arbeitern und in der Unselbstständigkeit liegt für Alle der ökonomische Druck. Die Lage der Arbeiter ist, abgesehen von einzelnen untergeordneten Spezialitäten, für jedes besondere Gewerbe in allen Berufsarten die gleiche. Sie fühlen alle denselben Druck und haben daher auch dasselbe Interesse, dagegen zu arbeiten. Z. B. wie wollte ein Agitator, der für eine Gewerkschaft auftreten soll, es anfangen, ohne auch für alle anderen zu wirken? Das Interesse der Arbeiter ist vollständig identisch, es kann sie daher auch nur ein und dasselbe Interesse in die Organisation treiben. Unsere heutige gewerkschaftliche Organisation kann noch sehr wenig Anspruch auf Centralisation machen, sondern es sind durch dieselbe die Arbeiter in Gruppen getheilt, in welchen die Einen nichts über die Andern erfahren. Weßhalb dieses so ist, das wissen wir. Ebenso, daß diese Gliederung zum Theil noch so bleiben muß. Und doch erkennen wir's als ein Uebel an. Dagegen nun anzukämpfen, ist neuerdings wieder begonnen worden.

Dem Genossen Geib gebührt das Verdienst, die Sache wieder aufgefrischt zu haben. Die allgemeine Anerkennung, welche die Angelegenheit dieses Mal hervorgerufen hat, läßt wohl darauf schließen, daß man Geib nicht mehr mit „Wenn und Aber" zu Hause schicken wird. Die Wenigen, welche sich bisjetzt öffentlich und brieflich an denselben gewandt, welche aber, indem sie auf die Schwierigkeiten hinwiesen, die sich solchem Unternehmen entgegenstellen würden, damit aber noch lange nicht den Vorschlagenden abführen wollten, sind durchaus nicht ausschlaggebend; die Majorität der Gewerkschaftsmitglieder ist für ein Centralorgan. Daß die Presse der einzig richtige Weg ist, auf welchem die einzelnen Gewerkschaftsgruppen näher zu rücken sind, erkenne ich vollständig an. Aber weil die Sache wichtig ist, soll dieselbe wohl überlegt werden. Wird hierbei nicht Allen Rechnung getragen, so könnte es sich ereignen, daß durch den Versuch eines Centralorgans mehr geschadet, wie gefördert würde. Der Kostenpunkt ist für mich die Hauptsache. An das Centralorgan sind nämlich folgende Anforderungen zu stellen.

Erstens eine tüchtige, theoretisch und praktisch geschulte Redaktion; zweitens der nöthige Raum zur Aufnahme von Einsendungen und drittens ein den jetzigen Gewerkschaftsorganen angepaßter Preis.

Aus Gründen, welche ich nicht weiter anzuführen brauche, mußten die Redaktionen der jetzigen Gewerkschaftsblätter und Blättchen Arbeitern übertragen werden, welche während der Zeit, da die besser situirte Menschheit auf den Schulbänken rutschte, sich in der Stylistik übte und die Anordnung und Disponirung des Stoffes erlernte, ein Handwerk erlernen, wozu, wenn es wirklich Ernst mit dem Erlernen desselben ist, die Gedanken mehr zusammen gehalten werden müssen, wie Mancher annehmen mag. Wenn man sich berufen fühlt, über die redaktionellen Fähigkeiten der jetzigen Redakteure der Gewerkschaftsorgane abzuurtheilen, muß dieses unter Würdigung der Umstände geschehen, welche dieselben auf ihre Posten beriefen. In ihren Anmaßungen haben dieselben sich wohl nicht über die Repräsentation ihres Blättchens erhoben, dürften aber mehr selbstständige Arbeit liefern, wie ihr Richter annimmt, aber mit dem Abschreiben war es so schlimm nie. Doch genug hiervon, es soll für ein Centralorgan die nöthige redaktionelle Kraft beschafft werden. Ist uns dieses möglich?

Das Blatt muß Raum bieten für einen guten Leitartikel, für Besprechung und Mittheilung der wichtigsten sozialen Erscheinungen und nothwendigen Kundgebungen der verschiedenen Verwaltungen und für die einlaufenden Correspondenzen der Mitglieder. Besonders auf Letzteres muß man achten, indem bei öfteren Zurückstellungen die Mitglieder ungehaltener würden, wie bei ihrem speziellen Blättchen, weil sie eine Zurücksetzung gegen andere Gewerkschaften wittern würden. Stellt man aber die Correspondenzen der verschiedenen Gewerkschaftsblätter zusammen, so wird man finden, daß hierzu viel Raum erforderlich ist. Ein Blatt, welches in doppelt großem Format des heutigen „Pionir", welcher nun einmal als Unterlage genommen, erscheinen würde, wäre noch zu klein. Nun soll aber nach Geib's Ansicht bei 20,000 Abonnenten das Blatt 85 Pfennig pro Quartal kosten. Dieses ist zu viel. Wir Schneider würden an 500 Mk. im Jahr ausgeben müssen. Das ist für mich die gefährlichste Klippe, und „wenn" kein Lootse erscheint der uns um diese fährt, dann, nun dann scheitert eben zu meinem aufrichtigsten Bedauern das Projekt an dem bösen „Wenn". Ich weiß leider heute noch keinen praktischen Vorschlag zu machen, hoffe aber, daß dieses dem Einen oder Andern, welcher mehr Erfahrung in dieser Hinsicht besitzt, gelingen wird. B. Klerr.

Correspondenzen.

n. **Newyork**, 8. September. Ueber die Tompkins-Square-Versammlung erlaube ich mir mitzutheilen, daß in allen Berichten über dieselbe auf die Umstände, unter welchen die Versammlung zu Stande gekommen, keine Rücksicht genommen worden ist. Sie fand vier Tage nach dem Erscheinen einer vier Zeilen großen Anzeige statt, durch welche zu ihrer Arrangirung aufgefordert wurde. Weitere Anzeigen, Plakate und sonstige Agitationen unterblieben. Strikten Gewerkvereinlern, welche die Sozialdemokratie mit Eifersucht betrachten, war die Versammlung ein Dorn im Auge, und sie blieben deshalb von ihr ferne. Viele Tausende von Personen gingen nicht nach dem Platze, weil sie von Seiten der Polizei eine Wiederholung der Knüppelei vom 13. Januar 1874 erwarteten, und mindestens 5—6000 Personen gingen aus demselben Grunde nur bis in die Nähe des Platzes. Ferner liefen die Leute während der Versammlung zu Hunderten ab und zu, und trotzdem kann ohne Uebertreibung behauptet werden, daß die Versammlung aus mindestens 8000 Personen bestand. — Der eselhafte, von hier aus an die „Frankfurter Zeitung" gesandte, und von dieser in ihrer Nummer 225 unter dem Titel „Eine Doppelrevolution" abgedruckte Artikel rührt von dem Redakteur der „Newyorker Allgemeinen Zeitung", einem Herrn Immanuel Auerbach her. Derselbe ist der regelmäßige Newyorker Correspondent der „Frankfurter Zeitung". Wer ihn kennt, wird von ihm keine vernünftige Besprechung der Tompkins-Square-Versammlung erwartet haben. Der Mann ist einer der größten Faselhänse, die in den Redaktionen der deutsch-amerikanischen Zeitungen Lohnschreiber-Dienste verrichten, und als solcher auch von seinen intelligenten Collegen anerkannt worden. Wenn er sich beim Schreiben seiner Leitartikel nicht, wie es meist geschieht, auf die mehr oder minder freie Uebersetzung eines Artikels der „Newyorker Times" oder „Tribüne" beschränkt, fördert er fast immer nur allgemeine leere Phrasen, närrische Ungereimtheiten, sinnlose Behauptungen und sprachliche Ungeheuerlichkeiten zu Tage. Sein College Raster, von der „Illinois-Staatszeitung" nennt ihn deswegen auch immer nur „Auerochs", und die „Newyorker Staatszeitung" sagte einmal in einem an den „Newyorker Demokrat" gerichteten Artikel: „das sollte doch einem Heuochsen begreiflich sein". Nicht besser wird er von den Journalisten beurtheilt, welche mit ihm zusammen gearbeitet haben. Ein Dr. B. legte einst das Gelübde ab, nie wieder die sprachlichen Böcke anderer deutschen Zeitungen aufzustechen, weil Auerbach alltäglich den Lesern des „Newyorker Demokrat", der Zeitung, an welcher Beide arbeiteten, das ärgste Blech, den größten Blödsinn, die lächerlichsten Sprachschnitzer auftische, welche noch je von einer deutschen Zeitung Newyorks dem lesenden Publikum geboten worden seien. Wie als Journalist, so ist er auch als Redner eine höchst lächerliche Figur. So selten er in letzterer Eigenschaft aufgetreten ist, so hat er sich doch immer unsterblich blamirt. In einer Volksversammlung, die zu Gunsten der Befreiung Cubas von spanischer Herrschaft abgehalten wurde, mußte er, trotzdem er für den Zweck der Versammlung sprach, abtreten, noch ehe er die Hälfte seiner Rede abgelesen hatte; denn die Schlußrufe mehrten sich bald so sehr, daß die Fortsetzung der Rede eine physische Unmöglichkeit war. Nach der Versammlung kam er ganz bleich und verstört auf das Redaktionslokal —, war es doch sein erstes Debut als Redner gewesen, und hatte man seinen Vorgänger, Dr. Blöde, doch gerade deshalb weggeschickt, weil der „Newyorker Demokrat" einen Chefredakteur haben sollte, welcher, wenn das Interesse des Blattes es erheische, auch als Redner auftreten könnte. Nicht viel besseren Erfolg hatte er als Tafelredner bei einem Bankett der Newyorker deutschen Republikaner, bei welcher Gelegenheit er das deutsch-republikanische Central-Comité mit einem Fuchsschwanze verglich, vermittelst dessen man in den Himmel kommen könne. Seinen Fähigkeiten entspricht sein Charakter. Als der „Newyorker Demokrat" in den letzten Zügen lag, stellten die vier Redakteure desselben die Arbeit ein und erließen in allen Newyorker deutschen Zeitungen eine von Auerbach redigirte und von ihm zuerst unterzeichnete Erklärung. Am anderen Tage erschien der „Demokrat" nicht; am zweitfolgenden Tage kam er aber wieder heraus, und zwar weil Auerbach sein Wort, unter der bisherigen Verwaltung seine Stelle nicht wieder einzunehmen, gebrochen und den nöthigen Lesestoff zur Füllung der Spalten herbeigeschafft hatte.

Stettin, den 14. September. In der gestern Abend von den Gewerkvereinlern einberufenen Versammlung, in welcher ihr

großer Apostel Max Hirsch den heroischen Ausspruch that: „Mit Schwert und Maurerkelle müsse man die Sozialdemokraten bekämpfen", und von einem demnächst abzuhaltenden Arbeiter-Congreß in Gera, von Bildungsvereinen, von der Zersplitterung der liberalen Parteien faselte, von Brüderlichkeit der Herren gegen die Arbeiter, von Prozenten der Arbeiter am Ertrag ꝛc. ꝛc., schnitt man uns das Wort zur Entgegnung ab, nachdem wir den Hirsch'schen Quark stundenlang mit der größten Ruhe angehört hatten. Sozialdemokraten bekommen das Wort nicht, überhaupt werden Gegner heute nicht zugelassen, rief von der Tribüne der Vorsitzende und fragte dennoch: Wer wünscht das Wort? Als sich einer unserer Genossen meldete, wurde ihm entgegen geschrieen: Sie bekommen das Wort nicht, Sie sind Sozialdemokrat, das sieht man Ihnen schon an. —

Wie frech nun die hiesigen Blätter im Berichterstatten sind, beweise der beiliegende Ausschnitt des hiesigen Generalanzeigers, der folgendermaßen lautet:

„Auf die soziale Frage nun näher eingehend, constatirt Dr. Max Hirsch, daß die sozialdemokratische Partei in letzterer Zeit bedeutend gewachsen sei und daß alle zur Bekämpfung derselben bisher versuchten Mittel aus inneren Gründen hätten fruchtlos bleiben müssen. Man habe zuerst versucht, die Partei todt zu schweigen, aber dies sei an der Rührigkeit derselben gescheitert: sodann habe man die Sozialdemokraten einfach ad absurdum führen wollen, indem man ihre Ideen von Theilung des Eigenthums ꝛc. für hirnverbrannte, verrückte Ansichten erklärte, aber auch hierbei scheiterte man an dem innigen Zusammenhalt der Partei, welche außerdem Männer von bedeutender wissenschaftlicher Befähigung unter ihren Mitgliedern zähle. Besser schon sei die Bekämpfung der sozialdemokratischen Ideen durch Ausdehnung des Genossenschaftswesens und der Bildungsvereine, aber auch diese seien, als nicht zum Kampfe berufen, gegen diese auf den äußersten Kampf eingerichtete Partei ohnmächtig. Schließlich nun sei man auf den erdenklich schlechtesten Ausweg verfallen, indem man gegen die Sozialdemokraten die Hilfe des Staates und der Polizei angerufen und hierdurch die Partei mit einer Märtyrerkrone geschmückt und erst recht stark gemacht habe. Die große Kraft des Widerstandes der genannten Partei liege in ihrer starken Disciplin und dem Gehorsam gegen ihre Führer, während die liberalen Parteien sich bisher noch nicht zu einem einigen Vorgehen gegen den gemeinschaftlichen Feind aufgerafft hätten. Ueberhaupt werde das ganze Wesen, das ganze Wollen der Sozialdemokraten noch vielfach von ihren Gegnern verkannt. Die Sozialdemokraten bildeten eine Art Priesterschaft, in welcher gewisse Glaubensartikel, an die jeder wahre Sozialdemokrat glauben müsse, aufgestellt seien, die eine Hölle habe, schrecklicher als die von „Dante" geschilderte: „die Lohnarbeit", und einen Himmel: „den Volksstaat". Auch ein Pabst fehle nicht, früher habe derselbe Lassalle geheißen, jetzt sei es, wenn er (Redner) nicht irre, Karl Marx. Gegen eine solche Gesellschaft sei mit Vernunftgründen nichts auszurichten, es frage sich daher, welche Mittel angewendet werden müßten, um mit Erfolg einen Kampf gegen dieselbe zu führen. Hierzu gehöre in erster Linie, daß von dem Staat sowohl, als auch von allen liberalen Parteien die wirklichen sozialen Uebelstände, die jeder Unbefangene wohl erkennen werde, offen anzuerkennen und auf deren Abhilfe durch zu erlassende Gesetze hinzuwirken. Habe man den Sozialdemokraten gesagt: „ja wohl, wir erkennen an, daß die und die von Euch aufgestellten Forderungen berechtigte sind, und werden uns bemühen, mit Hilfe der Gesetzgebung dieselben zu erfüllen", so habe man der ganzen Bewegung einen Haupttheil ihrer Agitationsmittel genommen. Hierzu nun solle der zu berufende erste deutsche Arbeiter-Congreß, welcher Ende des Monats zusammentreten werde, hinwirken. Der Herr Redner theilte der Versammlung hierauf das in Kassel aufgestellte Programm mit, dessen Hauptpunkte die folgenden sind: „Vollständige Gleichberechtigung des Arbeiters mit anderen Staatsbürgern, daher allgemeines direktes Wahlrecht mit Diäten; gerechtere Vertheilung der Steuern; Verkürzung der Militärdienstzeit; wesentlich erhöhte unentgeltliche Volksbildung; gesetzlicher Schutz der Arbeiter gegen Schädigung und Ausbeutung, besonders in Bezug auf jugendliche und weibliche Arbeiter; obligatorische Einführung der gewerblichen Schiedsgerichte und Einführung von Einigungsämtern; Beseitigung der die freie Arbeit unterdrückenden Concurrenz der Strafarbeit und der Staats- und Reichsanstalten bei der Militär-Arbeit." Dieses Programm werde dem ersten deutschen Arbeiter-Congreß zu Grunde gelegt und dort berathen werden. Redner schließt unter allgemeinem Beifall der Anwesenden mit der Bitte, die Versammlung wolle sich diesem Programm möglichst einstimmig anschließen. — Nach einer kurzen Pause sollte hierauf das Programm seitens der Versammlung besprochen werden, allein die zahlreich sich in die Versammlung eingedrängten Sozialdemokraten machten durch ihr stürmisches Verlangen, an der Diskussion Theil zu nehmen, diese unmöglich. Ein darauf von dem Herrn Dr. Max Hirsch ausgebrachtes Hoch auf die Gewerkvereine wurde von den Sozialdemokraten durch ein Hoch auf ihre Partei niedergeschrieen."

So hat Mäzchen geschwätzt!

Man sieht übrigens selbst aus diesem Bericht, daß unsere Partei zahlreicher anwesend war, als die Gewerkvereinler, von denen sie sich doch terrorisiren lassen mußte. Wann wird es in Pommern hell?

Mit sozialdemokratischem Gruß H. D.

Hagen, 22. Sept. (Preßprozeß.) In heutiger Sitzung des hiesigen Kreisgerichts wurde unser Genosse Carl Klein wegen Beleidigung der Firma Asbeck-Osthaus, Eike & Co. zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt. In dem inkriminirten Artikel hatte Klein behauptet, daß die Arbeiter genannter Firma über den Stand der Kranken- und Unterstützungskasse seit langen Jahren keine Kenntniß erhalten hätten. In dem Urtheilsspruch wurde besonders hervorgehoben, daß Klein durch den qu. Artikel die Interessen Anderer gewahrt habe; aber da er behauptet, es sei keine Rechnung gelegt, dieses jedoch durch den Amtmann eidlich bewiesen sei, so hätte er zu obiger Strafe verurtheilt werden müssen.

Freiburg, 12. September. (Agitationsbericht.) Sonntag, den 12. August, hielten wir ein Arbeiterfest ab, bei welchem Genosse Dreesbach die Festrede hielt; Polizei war auch vertreten. Das Fest war etwas schwach besucht, nichtsdestoweniger konnte für den Fond der Gemaßregelten gesammelt werden. — Montag, den 13. August, hielten wir eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung ab, welche stark besucht war. In dieser Versammlung sprach Genosse Weidemann über: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation" unter allgemeinem Beifall. Sodann referirte Dreesbach über die Gewerbeordnung und namentlich über die §§ 111 und 112. — Dienstag reisten Dreesbach und Weidemann in das Wiesenthal, um dort Versammlungen abzuhalten. Es fanden solche statt in Lörrach, Schopfheim, Zell und Lahr und war der Besuch ein starker. — Am 15. August sprachen Haug und Jenne in einer Versammlung in Staufen. — Am Donnerstag, den 23. August, hielten wir hier wieder eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Was wollen die Sozialdemokraten?" Dreesbach war Referent. Die meisten Schwierigkeiten bereitet uns die Beschaffung von Lokalen, haben wir eins, dann kommt die Polizei und wir haben das Nachsehen; in der Regel wird den Wirthen gedroht, daß das Militär nicht mehr in ihren Lokalen verkehren dürfe, wenn sie Volksversammlungen in denselben abhalten ließen. Und so steht uns denn gegenwärtig auch nur unser Parteilokal zur Verfügung. Aber trotz der uns bereiteten Hindernisse geht es mit der Bewegung gut von Statten. J. Haug.

Kiel, 22. September. Vor und während der Wahl war der Wunsch vielfach laut geworden, es solle für die Herzogthümer Schleswig-Holstein ein tüchtiges Organ geschaffen werden, welches die Interessen der Arbeiterpartei vertritt, abwehrend und widerlegend die gegnerischen Lügen bekämpft und aufklärend auf die Massen einwirkt. Parteigenossen und Freunde der Arbeiterpartei! Jetzt ist dieser Wunsch erfüllt worden und es liegt nun an Euch, thatkräftig für die am 1. Oktober in Kiel erscheinende „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" einzutreten, um derselben einen großen Leserkreis zu sichern, damit, wenn wieder gewählt wird, wir einen tüchtigen Agitator zur Seite haben, der nach allen Seiten hin die Interessen des arbeitenden Volkes vertheidigt und wahrt. Die Leser des „Vorwärts" möchte ich jedoch darauf aufmerksam machen, daß sie denselben überall beibehalten und nicht vergessen, daß der „Vorwärts" das geistige Bindemittel für die gesammte Partei ist. Die Parteigenossen in Schleswig-Holstein werden sich daher der doppelten Pflicht bewußt sein, neben der Agitation für die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" auch für die Hochhaltung des „Vorwärts" zu sorgen. Die Verbreitung der Parteipresse ist eine Nothwendigkeit, wenn wir bei den nächsten Wahlen siegen wollen. Die Colportage der Parteizeitungen hat Unterzeichneter vom 1. Oktober an für Kiel übernommen und ersucht derselbe alle Diejenigen, welche abonniren wollen, dies vor dem 29. September zu thun, wenn sie die Zeitungen pünktlich erhalten wollen. Abonnements werden entgegengenommen von der Expedition der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung", Holstenstraße 4, durch H. Dickmann, Gr. Kuhberg 1, Neumann, Bierträgergang 2, sowie vom Unterzeichneten Mit Gruß

St. Heinzel, Hohestr. 2.

Parteigenossen und Parteifreunde in Schleswig-Holstein.

Der 1. Oktober ist nahe. Er ist der Tag, an welchem ein bedeutender Agitator, ein neuer geistiger Vorkämpfer für unser Prinzip in die Schranken tritt:

Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung.

Die Probenummer hat allgemein einen guten Eindruck bei der Bevölkerung gemacht; selbst die verbissensten Gegner — Mucker, Conservative und Liberale — mußten, wenn auch mit zurückgehaltener Wuth, derselben Anerkennung zollen. Die Gegner kennen die Macht der Zeitungen, sie wissen, so lange sie durch dieselben die öffentliche Meinung beherrschen, sitzen sie fest auf dem Throne des Vorrechts; daher die Wuth gegen alle Diejenigen, die das Volksrecht durch Wort und Schrift ihrem Vorrecht gegenüber vertheidigen; daher die Wuth gegen jede neue Zeitung der Arbeiterpartei, die bestrebt ist, das gegnerische Lügengewebe zu zerreißen.

Parteigenossen und Parteifreunde, erkennt auch Ihr die Macht, die Zeitungen für uns besitzen! Seid daher unermüdlich in Eurer Agitaton für die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung", je mehr Leser sie erhält, desto gefährlicher wird sie den Gegnern, desto nützlicher aber uns.

Also gehe Jeder rüstig an die Arbeit in Stadt und Land, um Abonnenten zu schaffen.

Abonnements nimmt jede Postanstalt, sowie auf dem Lande der betreffende Briefträger entgegen. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" ist im elften Nachtrag zur Zeitungspreisliste für das Jahr 1877 unter der Nr. 3482a verzeichnet. Dem inserirenden Publikum hiermit noch zur Mittheilung, daß die bis zum 30. September hier eingesandten Anzeigen noch in Nr. 1 aufgenommen werden.

Mit Gruß Für die Expedition:

H. Walther, Kiel, Holstenstraße 4.

Abonnements-Einladung auf den „Pionier".

Centralorgan der deutschen Gewerkschaften und der eingeschriebenen Hilfskassen. Auflage 8200.

Der „Pionier" erscheint wöchentlich einmal in Hamburg etwa in der Größe des „Vorwärts"; Abonnementspreis, durch die Post bezogen, vierteljährlich Mark 1,20. Für Vereine, welche gemeinschaftliche Bestellungen machen, entsprechend billiger. Gewerksverbindungen, welche auf mindestens 100 Exemplare abonniren, erhalten den „Pionier" vierteljährlich zu 45 Pf. pro Exemplar, außerdem gewähren wir denselben einen entsprechenden Raum für amtliche Bekanntmachungen und Gewerkscorrespondenzen. Einzelne Exemplare unter Kreuzband kosten monatlich 40 Pf. Der „Pionier" stellt sich die Aufgabe, ein Centralblatt für die deutschen Gewerkschaften im weitesten Sinne zu werden.

Außer den amtlichen Bekanntmachungen der betheiligten Gewerkschaften bringt der „Pionier" in jeder Nummer einen sozialpolitischen Leitartikel, eine das allgemeine Arbeiterinteresse behandelnde Rundschau und wissenschaftliche Aufsätze, die für die Gewerkschaften von Wichtigkeit sind. Der Correspondenztheil behandelt die neuesten Vorgange auf gewerkschaftlichem Gebiet. Inserate, Versammlungen oder allgemeine Arbeiterangelegenheiten betreffend, kosten pro Zeile 10 Pf., Geschäftsinserate 20 Pf.

Sobald der „Pionier", wie zu erwarten steht, durch Beitritt von Gewerkschaften seine Abonnentenzahl vermehrt hat, wird derselbe ohne Kostenaufschlag entsprechend vergrößert werden. Da der „Pionier" nur die Arbeiterinteressen Förderndes zu bringen sich bestrebt und keine Privatspekulation ist, so rechnen wir auf zahlreiches Abonnement.

Hamburg, im September.

Für die Redaktion und Expedition des „Pionier":
August Kapell.

Die Adresse ist einfach: Expedition des „Pionier", Hamburg.

An die Parteigenossen in Erfurt.

Mit dem 1. Oktober beginnt ein neues Abonnements-Quartal für den „Vorwärts" und die „Neue Welt". Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, dafür Sorge zu tragen, daß nicht nur die alte Abonnentenzahl bleibt, sondern daß unsere Parteiblätter immer mehr und mehr in dem arbeitenden Volk Eingang finden. Suche ein Jeder die Abonnentenzahl zu vergrößern und neue Streiter für die gerechte Sache der Menschheit zu gewinnen, dann wird es uns leicht sein, die Verleumdungen der gegnerischen Presse zu nichte zu machen. Thue ein Jeder seine Schuldigkeit und der Sieg wird nicht ausbleiben. Abonnements auf den „Vorwärts", die „Neue Welt", sowie Bestellungen auf sämmtliche sozialistische Schriften nimmt stets entgegen

J. Oßmann, Kreuzgasse 4, Erfurt.

Auch auf die vom 1. Oktober ab dreimal wöchentlich in Erfurt erscheinende „Erfurter Volkszeitung" nehme ich Abonnements entgegen. Gleichzeitig ersuche ich Diejenigen, welche noch bei mir im Rückstande sind, ihren Verpflichtungen bis zum 1. Oktober nachzukommen. D. O.

Briefkasten

der Redaktion. P. K. in Frankfurt: Der „Vorwärts" ist doch in der prinzipiellen Frage mit einer Entschiedenheit in die Schranken getreten, die ganz gewiß auch Ihr Lob erhält; deshalb müssen Sie es uns nicht verübeln, wenn wir die persönliche Frage so viel, als möglich aus dem Spiele lassen. - H. in Berlin: Nach genauer Prüfung des uns zugesandten Materials sind wir jetzt zu dem Entschluß gelangt, in der fraglichen Angelegenheit nichts mehr aufzunehmen.

der Expedition. Franz Sbt Reichenbach bei K.: Parteikarten und Marken à 15 Pfg. pro Monat können Sie bei uns beziehen. Das genügt um Mitglied zu werden. Einsendung der Kasse in Postmarken erbeten.

Quittung. A. Linschlgr Limbach Schr. 8,00. Wsmr Anina Ab. u. Schr. 17,21. H. Prß Wien Schr. 8,61. H. Ldng Flensburg Ab. 24,10. Lnd Hamburg Ab. 100,00. Zndr Bürgel Ab. 9,20, Schr. 0,75. Schndr Aussig Ab. 7,60. Mlr hier Ab. 1,50. Svr Limmer Ann. 0,90. Engl Reudnitz Ab. 1,80. Grnwld Altenburg Schr. 6,25. Zhtmr Darmstadt Ab. 19,40. Hßnr Mainz Ab. 23,30. Hhn Bockenheim Ab. 7,40. Wlthr Kiel Ab. 36,10. Hbtzl Wien Ab. 5,17. Lhnhrdt Christianshütte Schr. 4,20. Schwb Schwäb.-Gmünd Schr. 5,60. W. Rdt Lieze Schr. 3,30. J. Walle Ommersheim Schr. 0,40.

Den Gesinnungsgenossen hiermit zur Kenntniß, daß der Cigarrenarbeiter Lampel in Harburg nicht mehr als Genosse betrachtet wird.

Der Vorstand des Arbeiter-Wahl-Vereins in Harburg.
J. A.: Steffen.

Söhler in Braunschweig: Haben Sie meine Briefe vom 10. u. 16. September nicht erhalten? R. Trillsch.

Fonds für Gemaßregelte.

B. Mitgliedern des Arbeiterb. hier d. H. 1,25. W. Arnstadt Antheilscheine 30,00.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober 1877 beginnt ein neues Quartal, und ordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, **54 Pf.** pro Monat für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** ꝛc. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost Hauptstr. 10 I; für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I; für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 7; für **Stötteritz** bei E. Grude, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

An die Leser des „Vorwärts"!

Das Kaiserliche General-Postamt zu Berlin hat verfügt, daß die bisher bestandene Ausnahmebestimmung, wonach gewisse Zeitungen auch auf einen Monat nur, innerhalb Sachsens durch die Post bezogen werden konnten, von jetzt an aufgehoben werde.

Es werden daher vom 4. Vierteljahre ab in Gemäßheit der Allgemeinen Bestimmungen außer den Vierteljahrsbestellungen nur Zeitungsbestellungen auf den 2. und 3. Monat zusammen, sowie auf den 3. Monat jeden Vierteljahres besonders, angenommen, bezw. aufgegeben werden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Limmer. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Jeden Freitag Abend

Versammlung

im Gasthause zum Kronprinz von Hannover bei G. Oppenborn.

Alle Versammlungen werden präcise 8 Uhr eröffnet.

90,0] Der Vorstand.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Sonnabend, den 29. September, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11: (F. 164)

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Vorträge über die zehn Gebote von H. Meister. [80

Der Vorstand.

Nach dem Beschlusse des diesjährigen Congresses der deutschen Sozialisten erscheint vom 1. Oktober ab in Berlin:

Die Zukunft.

Sozialistische Revue.

Die hervorragendsten sozialistischen Schriftsteller des In- und Auslandes haben ihre Mitwirkung zu diesem Unternehmen zugesagt, dessen Aufgabe es ist, das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie in wissenschaftlicher Weise darzulegen und zu vertheidigen.

„Die Zukunft" erscheint elegant ausgestattet monatlich zweimal in der Stärke von 1½—2 Bogen Lexikon-Format. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich:

beim Bezug durch die Post (Zeitungs-Preisliste Nr. 4394a) und den Buchhandel M. 1,25, ohne Bringerlohn;

bei direkter Zusendung unter Kreuzband: für das Inland und die Länder des Weltpostvereins M. 1,90;

bei Zusendung unter verschlossenem Couvert M. 2,50.

Bestellungen auf die Gratis- und Franco-Zusendung der am 15. September erscheinenden Probenummer wolle man an eine Buchhandlung oder an die Expedition richten.

Die Expedition der „Zukunft".
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Lutz, 618 O'Farrell Str.
London W.: C. Heinze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 115. Sonntag, 30. September. 1877.

Die vorliegende Nummer

ist die letzte in diesem Quartal. Wir fordern alle Parteigenossen auf, für recht zahlreiches Abonnement auf das „Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands" eifrig zu agitiren. Nicht genug, daß die Parteigenossen den „Vorwärts" für sich lesen, sie müssen ihn auch in die weitesten Kreise einzuführen suchen, damit überall die sozialistische Erkenntniß sich Bahn bricht. Wir bitten auf nachstehende Abonnements-Einladung zu achten.

Die Redaktion des „Vorwärts".

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober 1877 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, **54 Pf.** pro Monat für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** ꝛc. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost Hauptstr. 101; für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I; für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 7; für **Stötteritz** bei E. Grude, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

An die Leser des „Vorwärts"!

Das Kaiserliche General-Postamt zu Berlin hat verfügt, daß die bisher bestandene Ausnahmebestimmung, wonach gewisse Zeitungen auch auf einen Monat nur, innerhalb Sachsens durch die Post bezogen werden konnten, von jetzt an aufgehoben werde.

Es werden daher vom 4. Vierteljahre ab in Gemäßheit der Allgemeinen Bestimmungen außer den Vierteljahrsbestellungen nur Zeitungsbestellungen auf den 2. und 3. Monat zusammen, sowie auf den 3. Monat jeden Vierteljahres besonders, angenommen, bezw. aufgegeben werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Aus Frankreich.

B. Paris, 25. September.

Der todte Thiers gegen den lebendigen Mac Mahon! Die Zeit der Wunder ist wiedergekehrt: Er, nämlich der todte Thiers hat „von jenseits des Grabes" gesprochen, und, wer an Wunder glaubt, der glaubt auch, daß der 16. Mai durch die Grabesstimme des „größten französischen Staatsmannes" wird niedergeschmettert werden, wie weiland die Mauern von Jericho durch die lebenskräftigen Stimmen der Kriegsvölker und Posaunen Josua's.

Bis dato macht Mac Mahon noch keine Miene, dem Beispiel der Mauern von Jericho zu folgen, obgleich die Luft Erschütterung keine viel geringere ist. Der Sieger von Jericho hatte blos 7 Posaunen nebst dem dazu gehörigen „schreienden" Kriegsvolk; und dem Besiegten von Weißenburg und Sedan werden 10,000 Worte entgegenblasen, lange und kurze, aber mehr lange als kurze, denn Herr Thiers liebte die sesquipedalia verba, die vielsilbigen, schwerwiegenden Worte. Zehntausend Worte oder Wörter! Zwei enggedruckte Seiten unserer „großen Journale"! Entsetzlich. Mac Mahon wäre auch unfehlbar verloren gewesen, allein er hat eine unüberwindliche Abneigung gegen das Lesen, und so saust ihm die Phrasenwindsbraut über den Kopf weg und die Wortsündfluth schwemmt ihn nicht fort.

Zehntausend Worte! „SEIN politisches Testament." „Unmittelbar vor seinem Tod geschrieben." „Als er damit beschäftigt war, den letzten Theil noch zu revidiren, schlug ihn die Hand des Todes."

Kurz eine Reliquie. Wo ist das Weihwasser?

Ja, eine Reliquie. Und zwar allen Ernstes. Es sollte mich nicht wundern, wenn Thiers in optima forma zum Heiligen creirt würde. Verdient hat er's, so gut wie tausend andere, die nicht besser und nicht schlechter waren. Verdient — ich meine es ohne Ironie — verdient um die Pfaffen und die alleinseligmachende Kirche. Man lese nur folgenden Passus des „patriotischen Vermächtnisses" des „patriotischsten Franzosen":

„Was die kirchlichen Angelegenheiten angeht, so wurde (von der aufgelösten Kammer) der Cultus-Etat durch ein merkwürdiges Zusammentreffen von Umständen gerade in demselben Augenblicke berathen, wo die öffentliche Meinung durch die Erlasse einiger Prälaten auf das höchste bewegt war. Nun wohl, dieser Etat ging um mehrere Hunderttausende Francs erhöht aus unseren Händen hervor; kein das Concordat bedrohender Antrag ist angenommen worden und jene von allen einsichtigen Katholiken beklagten Erlasse haben nur den sehr milden Tadel erlitten, daß die Kammer über sie zur Tagesordnung gegangen ist."

Man sieht, Herr Thiers, der alte Voltairianer, der unnachahmliche „Patriot" und „Republikaner" ist ordentlich stolz darauf, das Concordat nicht angetastet, und für den Cultusetat, d. h. für die Pfaffen mehr Geld bewilligt zu haben, als der Pfaffenknecht Mac Mahon für sie gefordert hatte. Fürwahr, die Pfaffen wären sehr unklug, und sehr undankbar, wenn sie der „Republik Thiers" etwas am Zeug flicken wollten. Sie würden sich selbst in die Finger schneiden.

Genau in der gleichen Lage sind die übrigen reaktionären Parteien, — für sie alle ist die „Republik Thiers" die beste aller möglichen Staatsformen", die Verwirklichung des Ideals von der möglichst besten aller möglicher Welten. Das sagt uns der französische Heldengreis in seinen 10,000 Worten „von jenseits des Grabes" — das sagt, und das beweist er uns. Der Geschichtsschreiber der Revolution, des Consulats und des Kaiserreichs steht sonst in dem Ruf, mit der Wahrheit auf ziemlich gespanntem Fuß zu stehen; hier ist es ihm, wohl zum erstenmal in seinem Leben, passirt, daß er der Wahrheit die Ehre gibt. Beim Nahen des Todes pflegen die Menschen sich seltsam zu ändern, die Natur stülpt sich um — Thiers, „groß" wie er ist oder war, konnte sich den allgemeinen Naturgesetzen nicht entziehen. Genug: er sagt die Wahrheit über sich, über „die Republik Thiers" und über die Majorität der aufgelösten Kammer.

Hört, wie er das Lob der „wahren Republik" und der „wahren Republikaner" singt:

„Von der Majorität ist der Cultus-Etat nicht vermindert, sondern erhöht worden; das Concordat ist unangegriffen geblieben und jede unangenehme, hierauf bezügliche Besprechung ist vermieden oder abgekürzt worden.

„Was die auswärtigen Angelegenheiten betrifft, so widerhallten alle Tribünen Europas davon zu gleicher Zeit. In Berlin, in Wien, in Rom, in London, in Belgrad, in Bukarest und in Athen gab es unendliche Berathungen über die orientalische Frage. Jedermann hat gesprochen, selbst die Diplomaten, welche gewohnt sind, zu schweigen, haben die Ufer des Bosporus gewählt, um ihre Stimme hören zu lassen. Europa hat beurtheilen können, ob es zum Nutzen des Friedens sei! Paris allein hat geschwiegen, und in unserer Deputirtenkammer, welche noch jung, hätte neugierig sein können, gab es nur Eine Meinung: schweigen; nicht, daß man die Geschicklichkeit unserer Diplomatie gerade sehr bewundert hätte, aber um zu der allgemeinen Bewegung nicht noch durch neue Aufregungen beizutragen."

Auf religiosem Gebiet pfäffischer als die Pfaffen, auf dem Gebiet der auswärtigen Politik: „Schweigen", Enthaltung, Skopzenthum. Mein Liebchen, was willst Du noch mehr?

Oh, der gute Thiers präsentirt noch viel mehr, viel, viel mehr.

„In Bezug auf das Heer hatte man vorgeschlagen, die Dienstzeit von fünf auf drei Jahre zu ermäßigen, und diese Kammer, der man vorgeworfen hatte, sie strebe nach Auflösung der stehenden Heere, hat einen Ausschuß niedergesetzt, der diesen kaum erhobenen Vorschlag zurückgewiesen hat."

Muß da nicht der lederne Gamaschenknopf in Thränen zerfließen?

Ferner:

„Die Majorität hat die Einkommensteuer verworfen."

Kann man dem Geldsack sich zartlicher zeigen?

„Fassen wir die Thatsachen zusammen: die Einkommensteuer ist verworfen worden, die Dauer des Kriegsdienstes ist beibehalten; die Dotation der Kirche ist vermehrt, das Concordat ist nicht angegriffen; eine einfache Tagesordnung ist den gefährlichsten Hirtenbriefen entgegengesetzt worden; ganzliches Stillschweigen über die auswärtige Politik, endlich, was die Beziehungen der großen Staatskörper zu einander betrifft, größte Nachgiebigkeit der gewahlten Kammer gegen den Senat, dessen sehr bestreitbare finanzielle Ansprüche ohne Widerspruch angenommen wurden."

Kurz, der Reaktionär muß ein ganz vernagelter Kopf sein, der an der „Republik Thiers", an der „Republik der 363" etwas auszusetzen hat.

Doch wir sind mit den „Segnungen" noch nicht zu Ende.

„Wie kann man sich den feindlichen Ausfall gegen diese Kammer erklären? Man sagt, sie sei radikal gewesen. Radikal! Was will dieses, wenigstens in Frankreich, neue Wort, welches dieses Mal erst in unsere politische Sprache eingeführt worden ist, sagen? Man spricht nicht mehr von Sozialismus, und man thut gut daran. Man konnte und mußte vom Sozialismus sprechen, als man in Frankreich alle Tage über das Recht des Eigenthums, das Recht auf Arbeit, die Progressivsteuer, die Gleichheit der Besoldungen, den zinslosen und unbeschränkten Credit diskutirte. Diese Worte sind jetzt bei uns vergessen, aber man spricht sie anderer Orten aus. Die moralischen Epidemien, wie die physischen, dauern eine Zeit lang, und wenn sie in einem Lande geherrscht haben, gehen sie in ein anderes über. Der Sozialismus ist in benachbarte mächtige und ruhmreiche Länder übergetreten, wo man sich damit beschäftigt, ohne jedoch einen Gegenstand des Schreckens daraus zu machen, weil man wohl weiß, daß die wirkliche oder angenommene Furcht die Epidemie nur gefährlicher macht, und begreift, daß gegen moralische Epidemien kein anderes Mittel wirksam ist als die Zeit, die Vernunft und die Freiheit. Auf diese Weise sind wir des Sozialismus ledig geworden und wird man desselben in allen Ländern, die davon ergriffen sind, ledig werden."

„Wir sind den Sozialismus los geworden." Wunderthätiger Thiers! Und wodurch? Durch „die Zeit, Vernunft und Freiheit." „Zeit": 21—28. Mai 1871, „Vernunft": Chassepot und Mitrailleuse, „Freiheit": Thiers'scher Belagerungszustand. Man sieht, Herr Thiers hat einen kleinen Rückfall in seine geschichtsschreiberischen Gewohnheiten. Die deutschen Sozialistentödter werden es doppelt bedauern, daß Herr Thiers todt ist — sie hätten sich ihn als Arzt gegen die „moralische Epidemie", welche aus Frankreich in das „benachbarte, mächtige und ruhmreiche" Deutschland „übergegangen" ist, verschreiben können. Er hätte die Kur gerade so erfolgreich bewirkt, wie in Frankreich, welches, nach der Versicherung des glücklichen Doktors, „des Sozialismus ledig geworden ist" — leider jedoch nicht der Sozialisten.

ER wiederholt über und über:

„Eine Kammer, welche nicht einmal über die Einkommensteuer eine Diskussion erhebt, welche die Dauer des Kriegsdienstes unberührt läßt, welche die Kosten aller vom Staat anerkannten Culte bewilligt und die Dotation des katholischen Cultus erheblich vermehrt, welche angesichts verwerflicher Handlungen gewisser Bischöfe sich auf einen einfachen Tadel beschränkt, während alle anderen Staatsbürger für gleiche Handlungen schweren Strafen verfallen würden, welche, fern davon, sich eine indiskrete Einmischung in die Staatspolitik zu erlauben, sich weigert, den Minister des Auswärtigen zu interpelliren, welche, weit entfernt, die Grenzen der Gewalten zu verkennen, dem Senat Rechte zuerkannte, welche England dem Hause der Lords nicht zuerkennt, und eine hohe Kammer sorgfältig schont, von der sie selbst nicht geschont worden, eine solche Kammer radikal nennen — nein, meine Herren Minister, das können Sie sagen, aber Sie denken es nicht."

Sie denken es in der That nicht — aber es gibt Leute, die es denken, und für diese muß es gesagt werden. Es sind das die Leute, auf welche die politischen und sonstigen Charlatanen spekuliren, von denen sie leben, und die, nach dem Sprüchwort, „nie alle werden", weder jenseits noch diesseits des Rheins.

Weiter:

Wenn „man" von „diesen Prinzipienfragen", in denen „man" opferfreudig die Prinzipien geopfert hat, zu „gewissen gelegentlichen Fragen übergeht", so stellt sich heraus, daß „man" eine nicht minder brünstige Opferfreudigkeit im Preisgeben von Prinzipien an den Tag gelegt hat. „Amnestie" — wurde dem Mac Mahon überlassen; „katholische Lehranstalten" — bewilligt; u. s. w. u. s. w.

„Im Jahre 1873, als man die Verwaltung, die Armee, die Finanzen wieder in Ordnung, das Land vom Feinde geräumt sah, erhob sich ein Ruf aus allen Parteien: die Zeit des Provisoriums, hieß es, ist vorbei; die Zeit ist gekommen, daß constituirt, d. h. jeder des Wartens müden Partei die Regierung ihrer Wahl gegeben werde. Aber es gab drei monarchische Parteien und nur einen Thron. Man mußte also verzichten, sie zu befriedigen. Was mich betrifft, so war meine Meinung die: angesichts dieser drei Machtbewerber war die Monarchie unmöglich. Die Republik war ohne Zweifel schwierig, aber mit Klugheit und Weisheit doch möglich."

Gewiß war sie „möglich", und ist sie möglich, die „Republik Thiers", möglich mit der „Klugheit und Weisheit", welche darin besteht, den Monarchisten der drei Fraktionen allen Willen zu thun und monarchischer zu sein, als die Monarchisten.

„Die Monarchie ist nach den drei Revolutionen, welche sie gestürzt haben, nichts anderes als der sofortige Bürgerkrieg, sowohl wenn man sie heute schafft, als wenn man sie in zwei oder drei Jahren von heute an wieder einführt.

„Die Republik vertheilt unter alle Kinder Frankreichs gleichmäßig die Regierung ihres Landes im Verhältniß zu ihren Kräften, ihrer Bedeutung und ihren Verdiensten: diese Theilung ist möglich, ausführbar, schließt keinen Anderen aus, als nur die, welche verkünden, daß sie Frankreich nur durch die Revolution regieren wollen."

Prachtig ausgedrückt! Die „Republik Thiers", welche die

Begeisterung für Vaterbrote „unter alle Kinder Frankreichs vertheilt" — welch rührendes, idyllisches Bild! Wie gerührt werden namentlich die Kinder und Wittwen der Communards sein, die in der „blutigen Maiwoche" die Mutterliebe der „Republik Thiers" empfanden, als sie bei der „Vertheilung" ihren Antheil beanspruchten, und vor lauter Liebe zwar nicht „aufgefressen" aber in Stücke gehauen, todtgeschossen, auf die trockene Guillotine geschickt wurden?

Oh, es lebe „die ehrenwerthe, weise, conservative Republik, die Republik, welche monarchischer ist als die Monarchisten, pfäffischer als die Pfaffen, die Republik, welche den Militarismus pflegt, den Geldsack kajolirt und den Sozialismus „summarisch exekutirt", an den Pfahl von Satory stellt, in das Land schickt, wo der Pfeffer wächst! Es lebe die „Republik Thiers"!

Und Mac Mahon?

Er wird sie leben lassen.

Und die „Republik Thiers" ihn.

Nachschrift. Die „Antwort" der „363" auf das „Kriegs-Manifest" ist noch nicht fertig; die Böcke scheiden sich von den Schafen, werden indeß auch nicht stoßen.

Und das Volk? die Arbeiter? Sie kennen Thiers und die „Republik Thiers" — das sagt Alles.

Von besonderem Interesse für Sie wird es sein, daß sich ein republikanisch-sozialistisches Wahlcomité gebildet und sich in einem soeben veröffentlichten Manifest gleichmäßig gegen die Regierung wie gegen die „Republikaner" in Gänsefüßchen ausgesprochen und Forderungen im Sinne des Buffenoir'schen Programms (Amnestie, Volksbewaffnung, Abschaffung der stehenden Heere, progressive Einkommensteuer u. s. w.) aufgestellt hat.

In meinem nächsten Briefe mehr! —

Ueber die Freiheit der Wissenschaft im modernen Staatsleben

hat Professor Virchow in der 50. Versammlung deutscher Naturforscher in München eine Rede gehalten, über welche wir uns einige Bemerkungen erlauben wollen. Dieser Rede gingen eine Rede Häckel's und eine Nägeli's voraus, von welcher wir namentlich die erstere über „die heutige Entwicklungslehre im Verhältniß zur Gesammtwissenschaft" angelegentlichst als Lektüre empfehlen; gleichfalls verdient die andere über „die Grenzen des Naturerkennens" alle Anerkennung, in welcher ein Mann im Alter Nägeli's auf's Entschiedenste das „berüchtigte" „ignorabimus", d. h. wir werden es niemals wissen, des Berliner Philosophen Du Bois-Reymond bekämpft und seine Rede mit den Worten schließt: „Wir wissen und wir werden wissen."

Der „Geheimerath" Virchow wies in seiner Rede darauf hin, daß eine größere Freiheit der Wissenschaft nicht denkbar sei, als sie in der Thatsache liege, daß vor einer unter dem Vorsitz eines Herzogs tagenden Versammlung von über 2000 Naturforschern Reden wie die beiden obenerwähnten ohne Anstand gehalten werden dürften. Vor 50 Jahren hätten sich auf den Ruf des genialen Lorenz Oken etwa 20 Naturforscher zu Leipzig in der Stille versammelt, erst im Jahre 1861 aber konnten die Namen der Mitglieder aus Oesterreich, welche damals Theil genommen hatten, veröffentlicht werden; und Oken selbst starb in der Verbannung! Jetzt sei alles das anders, unter den Augen der ganzen Welt tagten die Naturforscher und besprächen Dinge, deren bloßes Denken vor Zeiten genügte, auf den Scheiterhaufen oder in die Verbannung zu führen. — Ja, Herr Virchow, Sie haben Recht, wir sind fortgeschritten, man kann heute Manches sagen und thun, was vor 20 Jahren noch nicht gesprochen werden durfte, aber wir sind trotzdem nicht zum Ziele gelangt; es giebt immer mehr zu erstreben, es eröffnen sich mit jedem erreichten Punkte neue Aussichten und neue Ziele, die wir erkämpfen müssen, und es ergeht heute noch Jedem, der in diesen Kampf eintritt, gerade so wie den früheren Kämpfern der Wahrheit, er wird vertrieben, verleumdet, chikanirt, eingesperrt, bis er im Kampf unterliegt.

Virchow wandte sich dann speziell gegen Häckel. Letzterer hatte verlangt, man solle Kosmogenie, d. h. Entwicklungsgeschichte des Weltalls, Geologie, Entwicklungsgeschichte der Pflanzen, der Thiere und des Menschen in die Schulen einführen. Welch' besseres Verständniß werden wir z. B. von unserm eigenen Organismus erlangen, wenn wir denselben nicht mehr im trüben Zauberspiegel der Mythologie, als das fingirte Ebenbild eines anthropomorphen Schöpfers, sondern im klaren Tageslichte der Phylogenie, als die höchst entwickelte Form des Thierreichs erkennen, als einen Organismus, welcher im Laufe vieler Millionen Jahre sich allmälig aus der Ahnenreihe der Wirbelthiere hervorgebildet und alle seine Verwandten im Kampfe um's Dasein weit überflügelt hat!

Diese Forderung Häckel's, welche ja auch eine Forderung der Sozialdemokratie ist, suchte Virchow lächerlich zu machen dadurch, daß er eine geistreiche Hypothese Häckel's zur Erklärung der organisirten Materie, welche im Wesentlichen mit Spinoza's Gedanken übereinstimmt, daß alle Materie, resp. jedes einzelne Atom beseelt sei und welche Virchow nicht einmal recht zu kennen oder verstanden zu haben scheint — citirte, und die Aeußerung Häckel's nun so darzulegen suchte, als verlange dieser, man solle die Kinder in der Schule mit der Atomseele bekannt machen.

Wir wollen diese Entstellung nicht weiter verfolgen, sondern untersuchen, wie es kommt, daß ein so gelehrter Mann wie Virchow gegen Einführung des modern-naturwissenschaftlichen Unterrichts in den Schulen sich ausspricht. Er sagte: Ich gebe zu, daß die Descendenztheorie alle Wahrscheinlichkeit für sich hat, es wird wenige Naturforscher geben, welche nicht überzeugt sind, daß der Mensch vom Affen oder einem ähnlichen Wirbelthiere abstammt; ebenso muß ein consequent und logisch denkender Naturforscher eine generatio aequivoca, d. h. eine freiwillige Entstehung des Lebens aus unorganischer Materie annehmen, wenn er nicht an eine Schöpfung, an ein Wunder glauben will. Virchow selbst glaubt natürlich nicht an Wunder, aber er hält es für gefährlich, die Descendenztheorie in die Schulen einzuführen, so lange dieselbe noch nicht vollständig bewiesen sei. — Weil also diese Lehre zwar die größte Wahrscheinlichkeit für sich hat, aber eben doch noch einige Lücken darbietet, soll sie dem Volke noch vorenthalten bleiben und dasselbe vorderhand noch mit dem christlichen Mythus und dem kirchlichen Dogma abgespeist werden! „Die Wissenschaft für die Führer — für die Geführten der Glaube!" nicht wahr, Herr Virchow?

Derselbe Virchow sagte vor 6 Jahren in seiner Rede: „Die Aufgabe der Naturwissenschaften in dem neuen nationalen Leben Deutschlands" auf der Naturforscherversammlung zu Rostock:

„Wenn unsere weitere Arbeit noch eine nationale Beziehung behalten soll, wenn die Wissenschaft noch etwas leisten soll speziell für das innere Leben unserer Nation, so muß sie den Versuch machen, das Volk mit gemeinsamem Wissen zu durchdringen, ihm in demselben eine allgemein anerkannte Grundlage des Denkens zu geben. Die erste Consequenz ist, daß man verlangt, es müsse Jedem ein solches Maß des Wissens, eine solche Reihe positiver Kenntnisse über die Natur und die natürlichen Dinge zugänglich gemacht werden, daß so absurde Differenzen zwischen Wissenden und Nichtwissenden nicht länger fortbestehen können, wie sie gegenwärtig in den meisten Culturnationen vorhanden sind."

Herr Virchow weiß besser als wir, daß das von ihm verlangte Maß des Wissens auf dem Boden des Darwinismus dem Volke beigebracht werden kann, warum redet er nun nach sechs Jahren so ganz anders? Er sagt es uns selbst, indem er der vielen Berührungspunkte zwischen Darwinismus und Sozialismus gedenkt. Da sitzt der Haken! Es darf nicht riskirt werden, daß unsere Kinder in der Schule schon für das sozialistische Gift empfänglich gemacht werden; sie dürfen nicht lernen, daß der menschliche Geist, wie der Körper, langsam und stufenweise sich entwickelt, eine gewisse Höhe erreicht und ebenso langsam und allmälig von dieser Höhe wieder herabsinkt und der endlichen Auflösung entgegengeht, denn sonst könnten die Menschen ja aufhören, den Worten und Thaten berühmter Männer andächtig zu lauschen und sie hinzunehmen wie unumstößliche Wahrheiten; sie könnten sich dessen bewußt werden, daß auch ein Virchow, dessen große Verdienste um die Wissenschaft wir gerne anerkennen, eben doch nur ein Mensch ist, der die Höhe seiner geistigen Entwicklung überschritten hat und dessen Worte heute nicht mehr diejenige Bedeutung haben, wie vielleicht vor 20 Jahren. Leider wissen und beachten die gedankenlosen Menschen diesen Umstand gar nicht; in ihren Augen ist ein Virchow heute noch derselbe von damals, sie können den verderblichen Einfluß des Alters nicht beurtheilen, wie sie es ja auch ganz in der Ordnung finden, daß die meisten Völker von greisen Herrschern und Staatsmännern regiert werden.

Wir dagegen, die wir uns dessen vollständig bewußt sind und wissen, daß die Menschheit im Ganzen unaufhaltsam fortschreitet, wenn auch in einer Zickzacklinie, die manchmal rückläufige Bewegungen macht, wie eine solche gegenwärtig von der Berliner Hochschule ausgeht, wir legen Virchow's Rede nicht die Bedeutung bei, welche ihr ohne Zweifel alle im Dienste der Reaktion und der herrschenden Gesellschaft stehenden Zeitungen beilegen werden.

C. F.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Nothstand in Schleswig-Holstein und Niedergang des Kleingewerbes. Die „Itzehoer Nachrichten" lassen sich folgenden beherzigenswerthen Bericht aus Meldorf vom 19. September schreiben: „Die Ernte ist zum größten Theil beschafft. In den vorigen Jahren machte dem Landmann die Beschaffung der erforderlichen Arbeitskräfte zur Einbringung des Erntesegens oft einige Sorge; der Sorge ist er jetzt überhoben, ja es überstieg gar das Angebot von Arbeit die Nachfrage, und mancher Arbeiter, der von der fernen Geest in die Marsch pilgerte, um seine Dienste anzubieten, mußte aussichtslos wieder in die Heimath zurückkehren oder für geringen Lohn arbeiten. Das ist für den Arbeitgeber fast etwas Ungewohntes, und vor einigen Jahren würde man noch Denjenigen, der eine solche Wendung auf dem Arbeitsmarkte vorher gesagt hätte, für einen Schwarzseher gehalten haben. Und dieser Ueberfluß an Arbeitskräften wird für den Winter aller Wahrscheinlichkeit nach noch zunehmen. Leider sind unsere Arbeiter in der Stadt und auf dem Lande zu einseitig für ein eng begränztes Arbeitsfeld ausgebildet. Sowie auf dem einmal erwähnten Arbeitsfelde die Quellen versiegen, steht der Arbeiter verdienstlos und rathlos da, und freilich ist auch unsere Zeit danach angethan, daß die s. g. häusliche Industrie, die in früheren Zeiten manchen Arbeiter beschäftigte und nothdürftig ernährte, ganz zu verlöschen droht. Wir erinnern unter Anderem an den Flachs- und Hanfbau, der damals viele Hände beschäftigte, jetzt aber von der Großindustrie fast ganz verdrängt ist. Selten trifft man jetzt ein Ackerstück mit Flachs, und der Hanf ist gar hier in Dithmarschen schon zu einer unbekannten Pflanze geworden." — Und angesichts solcher Mittheilungen eines objektiven Berichterstatters in einem reichstreuen und liberalen Blatte wagen immer noch die Gegner von den Uebertreibungen der Sozialisten zu reden, wenn wir behaupten, daß das Kleinhandwerk im Concurrenzkampfe mit dem Großkapital schon auf den Knien liege, um bald vollständig erdrosselt zu werden.

— Das Pfaffenthum hat in Aachen vorläufig noch über die katholischen Arbeiter gesiegt. Die dortigen christlich-sozialen Arbeiter schon durchweht vom Hauche des wahren Sozialismus hatten einen Arbeiterverein gegründet und auch ein Blatt, den „Paulus", unter Leitung des tüchtigen Kaplans Kronenberg herausgegeben, der dasselbe in trefflicher Weise, gestützt auf die sozialistische Erkenntniß, leitete. Bei den letzten Reichstagswahlen setzten die Klerikalen diesem christlich-sozialen Kaplan einen schwarzen Freiherrn als Kandidaten entgegen und es kam zur engeren Wahl, in welcher der Pfaffenkandidat endlich siegte. Doch die Pfaffen trugen es dem wackeren Kaplan und den Aachener Arbeitern nach, daß sie sich auf eigene Füße stellen wollten; sie sprengten deshalb den Verein, dessen eine radikale Hälfte den Präses Kronenberg beibehalten hat, die von den Pfaffen beherrschten Arbeiter aber den devoten Kaplan Teus zum Präses erwählte. Wir wünschen dem Kaplan Kronenberg in seinem Kampfe Glück und den Arbeitern Vernunft.

— Zur Polizeiaufsicht. Schon oftmals ist von Seiten der Sozialdemokratie die Stellung eines Menschen nach verbüßter Zuchthausstrafe unter Polizeiaufsicht als eine Strafverschärfung resp. als eine Anordnung erklärt worden, die den Betreffenden sein ganzes Leben lang verfolge und ihn für immer aus der menschlichen Gesellschaft und somit von der Besserung ausschlösse. Ein französischer Jurist fällt sein Urtheil in folgender Weise: „Das Verbrechen erzeugt die Polizeiaufsicht, diese die Unmöglichkeit der Arbeit, die Unmöglichkeit der Arbeit das Verbrechen. Dies der Kreis, in welchem man sich herumbewegt." — Das ist klar und einfach; aber die heutige Gesellschaft, welche die Verbrechen erzeugt, stößt die Verbrecher, ihre natürlichen Kinder zurück und vergiftet deren ganzes Leben. Und das nennt man eine Gesellschaft der Ordnung!

— Der nationalliberalen Partei wird nachgesagt, einen Antrag vorbereiten zu wollen, um jedesmal gleich auf zwei Jahre das Budget festzustellen, damit die parlamentarische Controle noch überflüssiger gemacht werde, wie sie es jetzt schon durch die laxe Behandlung derselben in den meisten gesetzgebenden Körperschaften ist. Wir hören nun, daß einige parlamentarische nationalliberale Heißsporne dies im preußischen Abgeordnetenhause beantragen wollten; doch sind sie von ihrem Vorhaben schon zurückgekommen, da selbst die Regierung die jährliche Controle beibehalten will, um wenigstens den Schein des Parlamentarismus zu wahren.

Andre Zeiten — andre Verse.

„Wilde Rosen", so lautet der Titel einer kleinen Sammlung lyrischer Gedichte, welche in Leipzig, in der Arnoldi'schen Buchhandlung 1851 erschienen sind. Wir begegnen darin neben den klangvollen Namen eines Heine, Lenau, Prutz, Sallet und Anderer auch dem Namen eines Mannes, dessen dichterischer Entwickelungsgang uns Interesse genug bietet, um es lohnend zu erachten, ihm eine kurze Betrachtung zu widmen. Die liberale Presse und ihre schöngeistigen Zubringer setzen neuerdings Alles daran zu beweisen, daß unsere poetenarme Zeit trotz aller gegentheiligen Behauptungen, Großes auf dem Gebiete der Dichtkunst hervorzubringen vermöge und mit nicht geringem Lärm präsentirt sie uns in der Person des neuerdings bei lebendigem Leibe erblich baronisirten Hofrathes Rudolf (von) Gottschall in Leipzig ein Beweisstück, auf dessen Stichhaltigkeit sie sich nicht wenig zu Gute hält.

Das „Leipziger Tageblatt" sulvirt sein schöngeistiges Gewissen mit einer spaltenlangen Ruhmestafel des Neugeadelten und weiß nicht genug zu erzählen von dem poetisch-dramatischen Genie, dessen Stern neuerdings in Gestalt eines preußischen Ordens aufgegangen ist in seinem sonst so freudeleeren Knopfloch und wir halten deshalb ein Wort über den Werth oder die Werthlosigkeit Gottschall'scher Arbeiten auch in diesem Blatte am Platze. Was wir von einem Dichter erwarten, dessen Name schon in den 50er Jahren neben den besten Lyrikern genannt wurde, das ist Originalität der Erfindung, Schönheit der Form, lyrischer Schwung, Schärfe und Klarheit des Gedankens, Frische der Bilder und Farben und kraftvolle Handlung. Alles Eigenschaften, die wir nicht blos an den neuesten Produkten des gezähmten Versrebellen total vermissen, die wir vielmehr selbst seinen „Barrikadenliedern", die ihm der Feuergenius seiner Dichterjugend diktirt haben soll und den meisten seiner älteren Leistungen vergebens andichten müßten. Auch die nichtsozialistische unabhängige Kritik hat Herrn Gottschall dies langehin nachgewiesen. Er hat viel gelesen und eine Literaturgeschichte nebst einigen Dramen geschrieben, aber welch sonderbaren Verdauungeprozeß das Gelesene bei ihm durchgemacht hat, das spricht aus jedem Gedanken, jeder Zeile seiner älteren wie neueren Anfertigungen.

Wir beeilen uns, dies an einer Arbeit nachzuweisen, welche man neben Heine, Lenau, Sallet ꝛc. als lyrische Schönheit Platz nehmen ließ, und welche rastlose Ebbe und Fluth träumerisch-wogenden Dichterbewußtseins als Geburtswehen dem Werde-Akt vorausgegangen sein mögen, das mag der Leser selber nachempfinden.

„Am Strand" heißt das Poëm, das wir nebst einigen Betrachtungen seines dichterischen Gehaltes hier folgen lassen und wir wollen gerne zugeben, daß wir es noch lange nicht für die inhaltsloseste Arbeit des Verfassers halten können, der vom Strande seiner damaligen Dichterwehen bis heute aufgestiegen ist zum versekundigen „Kritiker", zum „Meister- und Richtersitz!"

Also hören wir Herrn Gottschall von 1851 oder früher:

„Im Osten tagt der Morgen, leise dämmernd
Die weite See umlispelt süßer Friede.
Des Busens Nachtgedanken, ewig hämmernd,
Sie rasten, wie Cyklopen in der Schmiede."

Sicherlich wird man uns nicht der Trivialität beschuldigen, wenn wir uns nach dieser kurzen Episode schon fragen, ob der „Dichter" in der Schlußzeile dieses Bildes, seine „ewig hämmernden Nachtgedanken" in dem „süß-lispelnden Frieden der weiten See" zur „Rast" gebracht, also von „rasten und ruhen" gesprochen haben will — ein Umstand der freilich dem „ewigen hämmern" entgegenstände — oder ob er uns darzuthun bestrebt ist, wie „rasend seines Busens Nachtgedanken gehämmert" haben. — Gleichviel aber, ob „ewig hämmernd" bis zum „Rasen", oder „ewig hämmernd" und nun „rastend", das Bild des voraufgegangenen „leise dämmernden, im Osten tagenden Morgens, an der weiten See, umlispelt von süßem Frieden" — zeigt uns ein so liebes und längst bekanntes Gesicht, daß uns die ganze Almanach- und Pfennigmagazinliteratur das Gedächtniß streift, um uns zuzurufen: Die Sozialisten haben Recht, auch die Poesie ist Collectivarbeit! — Gerne indeß gönnen wir unserem Dichter-Cyklop die „Nachtgedankenrast" als Originalgenuß, vorausgesetzt, daß er uns Recht gibt, wenn wir auch als poetisch naturgemäß voraussetzen, daß er dem „Rasen" das „Rasten" folgen lassen wollte. Giebt er doch diesen Gefühlen so frohen Ausdruck in den Worten der zweiten Strophe:

„Ein freundlich Mahnen aus der Kindheit Tagen,
Ein Harfenlied aus zauberischer Ferne
Ein Heimwehsehnen, ein verhülltes Klagen
Ein Schmerz, so blaß, wie die erblich'nen Sterne."

„Fern sei von uns des blaßen Neides Tadel" — aber wir können nicht finden, daß in diesen Worten, etwas Anderes gegeben wäre, als der bekannte Klingklang eines gemüthlichen Gedanken-Arrangements, welches vom „freundlichen Mahnen" bis zum „blassen, erblich'nen Sternen ähnlichen Schmerz" aus dem lyrischen Museum, deutscher und wälscher Verskunst erübrigt scheint. Worte nicht blos, sondern Gedanken, Gedanken nicht blos, sondern Bilder, welche Herr Gottschall, natürlich ahnungslos von dem Material, das er so reicher Maßen zusammengelesen unverdaut von sich giebt und cyklopenhaft zusammenhämmert:

„Das pocht mit Macht an meines Herzens Pforten,
Das weht des Meeres Odem mir entgegen,
Und angehaucht von längst verklung'nen Worten
Muß sich die Brust in alten Träumen regen." —

Wir wollen thun, als wären wir über den physikalischen Vorgang dieser verdichteten Gedanken ganz im Reinen und uns von den längst verklung'nen Worten auch anhauchen lassen, um zu dem Bekenntniß zu erweichen, daß die antike Lyra, deren sich Herr Gottschall schon frühzeitig bemächtigt hat, minder reich besaitet, also etwas ärmer an Akkorden gewesen sein mag. Wir wollen sogar dem Dichter noch den Gedanken unterstellen, daß er es war, dessen Brust sich in alten Träumen regte, als er von den längst verklungenen Worten angehaucht ward. Aber verschweigen dürfen wir unserem Schöngeist nicht, daß es uns sehr überraschte, von ihm das „freundliche Mahnen", „das Harfenlied", „das Heimwehsehnen" und „den Schmerz" seiner zweiten Strophe, „pochend" und „wehend" in der dritten Strophe einführen zu sehen. Ein „pochendes Harfenlied" und ein „wehender Schmerz" sind denn doch Bilder, denen wir an Neuheit der Komik und Burleske nichts Zweites und Besseres entgegenzustellen wüßten, als — eine träumerische Schlummer-Arie, mit Baßbegleitung, für 24 Trommeln arrangirt.

Die Etiquette, unter der uns diese Gottschall'sche Arbeit servirt wird, zwingt uns, die präzisesten Formen und logischen Wort- und Gedankenguß zu verlangen und wir finden, daß selbst

— Ueber die Wahl Liebknecht's, „des Soldaten der Revolution", in den sächsischen Landtag pöbelt die Berliner „Volkszeitung" in folgender Weise: „Liebknecht wird seinen Einzug halten, um auch da die Ordnung des heutigen Staatswesens zu verlachen. Dieser Sieg wird die moralische Kraft der Sozialdemokratie bedeutend stärken und in fanatischer Verblendung wird sie weiter kämpfen und eine Arbeit verrichten, die einer bessern Sache würdig wäre. Dort draußen im sächsischen Erzgebirge, wo die Kartoffel die einzige Ernährerin ist, wo noch jetzt gräßlicher Nothstand wüthet, erwartet man Nichts von der Regierung, Alles von der Sozialdemokratie. Die blendenden Phrasen ihrer Führer mußten dort natürlich den üppigsten Boden finden. Der Ausfall der Wahlen giebt viel zu denken. Die durch die sozialistische Phrase bethörte Masse wird nicht sobald desinfizirt werden, als sie infizirt worden ist." — So flegelt und pöbelt ein Blatt gegen das Volk, welches sich „Volkszeitung" nennt. Liebknecht würde die Ordnung des heutigen Staates nicht verlachen, schon weil solche Ordnung nicht vorhanden ist; er würde die Unordnung in Staat und Gesellschaft im sächsischen Landtage wie überall bekämpfen und dabei allerdings verschiedenen Literaten eins auf das ungewaschene Maul geben. — Was sollen denn die Nothleidenden, die Hungernden von den Regierungen erwarten, die von den auch von der Berliner „Volkszeitung" vertretenen Bourgeoisparteien abhängig sind? Größeres Elend, größere Noth? Was hat denn bis jetzt die Regierung, was haben die herrschenden Parteien — also diejenigen, welche die Macht haben, bis jetzt gethan, um das Elend, den Nothstand zu heben? Leider können die Sozialdemokraten vorläufig nichts anderes, als die Wege ebenen, um für die Zukunft, aber auch für die Dauer, den Nothstand zu verbannen; hätten sie gegenwärtig die Macht, wie Regierung und Bourgeoisie, so würde der Nothstand sofort beseitigt, und auch die Kloake, „Volkszeitung", würde dann „desinfizirt" und so der Tummelplatz für literarische Schweine zerstört werden.

— Schulpflicht und freie Schule, so erstrebenswerth allüberall Beides ist, sind doch nur dann von wirklicher Bedeutung für die gesammte Volkserziehung, wenn auch die materielle Lage der arbeitenden Klassen eine solche ist, um vollständigen Gebrauch von der Schule machen zu können. Diese Ansicht wird bestätigt durch einen Bericht des Bezirksschulraths über das Wiener Schulwesen für das Jahr 1876/77, in welchem es heißt: „Das soziale Elend führt eben auch stets das moralische mit sich; namentlich sei Erwähnung gethan der unglückseligen Verhältnisse im zehnten Bezirke (Favoriten), wo die zahlreiche, meist sehr arme Arbeiterbevölkerung der Schulpflicht aus nahestehenden Ursachen feindlich gegenübersteht. Die Kinder haben entweder keine Kleider, oder sie müssen zeitlich anfangen, ihr Brod selbst zu verdienen. In den gegen die Donau zu gelegenen Theilen des neunten Bezirkes (Alsergrund) und in Erdberg, sowie im Erdbergermais treten dieselben traurigen Erscheinungen zu Tage." — Wie oft schreien unsere Bourgeois über die Unbildung der Arbeiter, über die Liederlichkeit der Eltern, die ihre Kinder nicht zur Schule schickten u. s. w., und doch stemmen sie sich gegen das Aufhören der Kinderarbeit, doch sind sie es, die den Lohn möglichst niederdrücken, sie sind es, die oft genug verhindern, daß die Kinder Kleider für den Schulbesuch haben — ja, die Bourgeois sind es, nicht der Einzelne, sondern die Klasse, welche die Arbeitskraft ausbeuten und somit das Verbrechen der Unterdrückung auf sich bürden, durch welche die Bildung der Massen, der Schulbesuch, Sitte und Moral untergraben wird. Und heuchlerisch schiebt die heutige Gesellschaft die Ursache all' dieser Verruchtheit, all' dieses Elends den Sozialdemokraten in die Schuhe.

— Die Wahl Liebknecht's in den sächsischen Landtag — die beiläufig mit größerer Stimmenzahl erfolgt ist, als anfänglich gemeldet ward: mit 606 von 1343 — wird bestritten werden, weil Liebknecht, ein geborner Hesse, noch keine drei Jahre sächsischer Staatsangehöriger ist. Das sächsische Wahlgesetz redet allerdings von dreijähriger Staatsangehörigkeit als einer Bedingung der Wählbarkeit zum sächsischen Landtag, allein dieser Bestimmung steht der Art. 3 der Reichsverfassung entgegen, welcher lautet:

„Für ganz Deutschland besteht ein gemeinsames Indigenat mit der Wirkung, daß der Angehörige (Unterthan, Staatsbürger) eines jeden Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaate als Inländer zu behandeln und demgemäß zum festen Wohnsitz, zum Gewerbebetriebe, zu öffentlichen Aemtern, zur Erwerbung von Grundstücken, zur Erlangung des Staatsbürgerrechtes und zum Genusse aller sonstigen bürgerlichen Rechte unter denselben Voraussetzungen wie der Einheimische zuzulassen, auch in Betreff der Rechtsverfolgung und des Rechtsschutzes demselben gleich zu behandeln ist.

„Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugniß durch die Obrigkeit seiner Heimath, oder durch die Obrigkeit eines anderen Bundesstaates beschränkt werden.

„Diejenigen Bestimmungen, welche die Armenversorgung und die Aufnahme in den lokalen Gemeindeverband betreffen, werden durch den im ersten Absatz ausgesprochenen Grundsatz nicht berührt.

„Ebenso bleiben bis auf Weiteres die Verträge in Kraft, welche zwischen den einzelnen Bundesstaaten in Beziehung auf die Uebernahme von Auszuweisenden, die Verpflegung erkrankter und die Beerdigung verstorbener Staatsangehörigen bestehen.

„Hinsichtlich der Erfüllung der Militärpflicht im Verhältniß zu dem Heimathslande wird im Wege der Reichsgesetzgebung das Nöthige geordnet werden.

„Dem Auslande gegenüber haben alle Deutschen gleichmäßig Anspruch auf den Schutz des Reichs."

Kraft dieses Artikels ist also „der Angehörige jedes Bundesstaats in jedem anderen Bundesstaat — — zu öffentlichen Aemtern unter denselben Voraussetzungen wie der Einheimische zuzulassen. Nach Sinn des Wortes und nach Sprachgebrauch ist aber die Ausübung der gesetzgeberischen Funktion ebenso gut ein „Amt" und zwar ein „öffentliches Amt" wie die Ausübung der beiden übrigen Staatsgewalten: der richterlichen und ausübenden (verwaltenden) Funktion. Nach der Reichsverfassung ist die Wahl Liebknecht's also unzweifelhaft gültig. Es besteht demnach ein „Conflikt" zwischen Reichsverfassung und dem sächsischen Wahlgesetz. Wie auch immer dieser Conflikt auslaufen möge: die Thatsache, daß die Sozialdemokratie in den Censuswall, welcher den sächsischen Landtag umgibt, Bresche geschossen hat, läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Und sollte der Wille des souveränen Volks einer reaktionären Gesetzesbestimmung geopfert werden, so wäre damit nur ein neuer schlagender Beweis für die Unvolksthümlichkeits und Vernunftwidrigkeit des herrschenden Systems geliefert. Zu erwähnen ist noch, daß Liebknecht, der bereits seit 12 Jahren in Leipzig ansässig ist, schon im Jahr 1870, um sich gegen Ausweisung zu sichern, den Antrag auf Ertheilung des sächsischen Bürgerrechts gestellt hatte, aber abgewiesen worden war. Erst nach seiner Rückkehr von Hubertusburg konnte er mit seinem Antrag durchdringen.

— Vom sozialistischen Weltcongreß. Der von den Delegirten (mit Ausschluß der „Anarchisten") angenommene Solibaritäts-Pakt zwischen den Sozialisten der verschiedenen Länder lautet folgendermaßen:

„In Erwägung, daß die soziale Emanzipation von der politischen untrennbar ist;

„in Erwägung ferner, daß das Proletariat als selbstständige, mit allen von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien in Opposition stehende Partei organisirt, jedes politische Mittel ergreifen muß, welches zur Befreiung aller seiner Glieder führen kann;

„in Erwägung, daß der Kampf gegen jede Klassenherrschaft weder lokal, noch national, sondern universell ist, und daß der Erfolg von der Verständigung und dem Zusammenwirken der Organisation der verschiedenen Länder abhängt;

„haben die Delegirten des zu Gent tagenden Allgemeinen Sozialisten-Congresses beschlossen, daß sich die von ihnen vertretenen Organisationen in allen ihren ökonomischen und politischen Bestrebungen gegenseitig moralisch und materiell zu unterstützen haben.

„Zu diesem Zwecke wird ein Bundesbureau gebildet, welches bis zum nächsten Congreß seinen Sitz in Gent hat, dem auch die Aufgabe überlassen wird, den nächsten Congreß einzuberufen und zu demselben die bezüglichen Vorarbeiten zu machen."

Obigem Pakte wurde in einer folgenden Sitzung noch ein Anhang beigefügt, der folgendermaßen lautet:

„Die neue Organisation nimmt den Namen „Allgemeiner Bund der sozialistischen Partei" an.

„Das Bundesbureau wird aus dem Comité der sozialdemokratischen Partei Gents gebildet, mit Hinzufügung zweier Delegirten der übrigen Städte Belgiens, deren Arbeiterorganisationen dem Pakte ihre Zustimmung gegeben haben.

Das Bundesbureau wird die Aufgabe haben: 1) Den Arbeiter-Organisationen aller Länder die Bildung des Paktes zur Kenntniß zu bringen und sie zum Anschluß einzuladen. 2) Alle an dasselbe gerichteten Erkundigungen zu beantworten. 3) Den Ort festzustellen, wo der künftige Congreß abzuhalten ist, und die Tagesordnung dem Verlangen der beigetretenen Gruppe gemäß festzustellen. 4) Einen finanziellen und administrativen Bericht der Begutachtung des Congresses zu unterbreiten."

Bezüglich der politischen Haltung des Proletariats wurden die beiden ersten Erwägungen des Solidaritäts-Paktes als Resolution unter folgender Umschreibung von der Majorität des Congresses angenommen:

„In Erwägung, daß die soziale Emanzipation von der politischen untrennbar ist;

„erklärt der Congreß, daß das Proletariat als selbstständige, mit allen von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien in Opposition stehende Partei organisirt, jedes politische Mittel ergreifen muß, welches zur Befreiung aller seiner Glieder führen kann."

In Bezug auf die Gewerkschaften wurden folgende beiden Resolutionen angenommen:

„In Anbetracht, daß die Gewerkschaften in ihrem ökonomischen Kampfe gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen einer der wichtigsten Hebel der Emanzipation der Arbeiter ist;

„fordert der Congreß alle noch nicht organisirten Kategorien von Arbeitern auf, sich in Gewerkschaften zu constituiren, obzwar er anerkennt, daß das Ziel aller Arbeiter-Organisationen die vollständige Beseitigung der Lohnarbeit sein muß."

„Der Congreß erklärt, daß es nothwendig ist, daß man in dem ökonomischen Kampfe gegen die besitzenden Klassen die Gewerkschaften auf internationale Weise verbündet, und fordert alle Mitglieder auf, sich alle Mühe in dieser Beziehung zu geben."

Diese letzte Erklärung wurde auch dem in Leicester tagenden Congreß der Trades-Unionisten mit folgender Resolution an's Herz gelegt:

„Der zu Gent tagende Allgemeine Sozialisten-Congreß sendet dem Congresse der englischen Arbeiter, welcher am 17. d. in Leicester abgehalten wird, seine brüderlichen Grüße und empfiehlt die von dem Congresse votirte Resolution, bezüglich der internationalen Verbündung der Gewerkschaften, einer wohlwollenden Erwägung."

— Unser Parteiorgan, die „Tagwacht" in Zürich, erläßt folgende Warnung:

„Zu unserm größten Erstaunen finden wir in fast allen Parteiblättern Deutschlands Inserate von der sogenannten „Librairie Internationale" Zürich, worin dieselbe sich anbietet, einen Katalog von Schriften, welche die soziale Frage, die Lage der arbeitenden Klassen, die Abschaffung der Religion und Einführung der sogenannten freien Liebe &c. pro und contra behandeln", zu versenden. Abgesehen davon, daß Herr Erlecke, der „Chef" dieser „Librairie Internationale", schwerlich die Inseratenkosten zahlen wird, müssen wir schon aus einem andern Grunde vor diesem Hauzer in der Sozialdemokratie warnen. Der Mann ist, wie wir schon einmal bemerkt haben, ohne Zweifel verrückt und versucht unter sozialdemokratischer Maske bei den Parteigenossen den Schund, den er verlegt und noch zu verlegen vorgiebt, anzubringen. Möge sich kein Genosse durch sensationelle Titel &c. zur Abnahme dieses Schundes verleiten lassen."

Obige Warnung ist um so mehr am Platze, als das „Geographische Institut" (Fr. Daum) in Weimar sich nicht entblödet, in einem Cirkular: „Zur Beherzigung", den „Chef" der „Librairie Internationale" als Sozialisten auszugeben. Erlecke war früher Buchhändler in Halle und sucht jetzt von der Schweiz aus, wohin er sich nach Verbüßung einer sechsmonatlichen Haft „zurückgezogen" hat, seine buchhändlerischen „Krebse", die obendrein eine fette Lockspeise für die Staatsanwälte sind, unter sozialistischer Firma an den Mann zu bringen.

— Wegen Hoch- und Landesverrath ist der verantwortliche Redakteur unseres Dortmunder Parteiorgans, der „Westfälischen Freien Presse", wegen eines in Nr. 38 des Blattes befindlichen Leitartikels: „Personen und Zustände" unter Anklage gestellt worden. Die Redaktion der „Westfälischen Freien Presse" meint, daß sie beim besten Willen keinerlei Indizien in jenem Artikel finden könnte, so daß wohl der Staatsanwalt mit seiner Anklage kein besonderes Glück haben würde. Uns ist die betreffende Nummer nicht mehr zur Hand, so daß wir mit unserm Urtheile zurückhalten.

— Erklärung. Angesichts der Verleumdungen und Verdächtigungen, welche von Seiten der gegnerischen Presse betreffs

---

ohnedies, der „Dichter" Gottschall in seinen Lizenzen mit dem Logiker und Dialektiker in einem mustergiltigen „Styrum" herumknetet und wenn er dann fortfährt:

„Und wie im Meer der Morgenstern sich spiegelt,
So spiegelt sich in mir der Kindheit Eden.
Von der Natur Unendlichkeit beflügelt,
Vergißt der Geist des Lebens herbe Fehden"

so wollen wir dem Herrn Dichter das kindliche Vergnügen, solche Verse anzufertigen gern gönnen, aber über den harten Holper der dritten Zeile hinweg dürfen wir den „vergessenden Geist" nicht unbewundert lassen, der sich gewiß beim Niederschreiben dieser Worte auch des Refrains in dem bekannten Liede erinnert hat: „O selig, o selig ein Kind noch zu sein!" — Wie viel liegt nicht in diesen wenigen melodischen Worten und wie schade darum, daß der Lyriker „am Strande" sich das Wort- und Zeitopfer auferlegen mußte, das in seiner fünften Strophe auszusprechen in lyrisch-wollüstigem Eiertanz. Oder ist es etwas Anderes wenn Herr Gottschall sagt:

„Nur einen Augenblick will ich mich schaukeln
In süßem träumerischen Selbstversinken;
Ein Schmetterling um Blüthen thatlos gaukeln,
Und ihres Nektars Wollust selig trinken."

Und wozu nun dieses fünf Strophen umfassende Auspressen des lyrischen Empfindungsschwammes? Alles, um nur zum Schluß mit einem schöngeistig montirten politisch-lyrischen Feuerwerk sich als Träger und Priester herrlich großer Prinzipien aufzupuffen, wie sie einen Herwegh, Freiligrath, Heine, als Quellen ächter Lyrik in Fleisch und Blut der Nation übergeführt und unsterblich gemacht haben.

Fünf Strophen lyrisches Allerlei mit logischen Querhölzern umgerührt:

„Doch dann den Fehdehandschuh aufgehoben!
In's tiefste Meer versenk ich meinen Frieden.
Der bunte Schwarm der Träume ist zerstoben,
Uns ist der Kampf und nicht die Ruh' beschieden."

Wir sind auch der Meinung des Herrn Hofrath, und deshalb wissen wir, daß der deutschen Kritik vor Allem dann der Kampf geziemt, wenn es gilt, in den Reihen unserer „Schöngeister" die Säuberung vorzunehmen, die zu Ehren deutscher Dichtkunst unerläßlich geworden ist.

Hat die Kritik der 50er Jahre ein Auge zugedrückt gegenüber dem Gefühlsbrei eines poetisirenden Kraftgenies, so that sie es wohl nur um der Gewaltphrasen Willen, mit denen Herr Gottschall weiland sein Poëm an die jetzt von ihm und seiner Richtung so hart verurtheilten politischen Leidenschaften adressirt hat, als er schloß:

„Rausch auf im Sturm, du meines Geistes Brandung!
Stürzt hin zum Kampfe ihr Gedankenwellen!
Wehrt den Despotenflotten jede Landung!
In Schiffbruch mögt ihr höhnend sie zerschellen;
Bis daß der Bau der Tyrannei zerschlagen,
Bis daß das letzte Sklavenschiff gestrandet,
Bis daß die Länder keine Fesseln tragen,
Frei wie das Meer, das um die Küste brandet."

Von wie viel Dichterblüthen der Herr Verfasser dieses Liedes, bevor es „gehämmert" war, genippt hat, wollen wir hier nicht weiter untersuchen. 24 Zeilen Wörter-Mosaik, ein Dutzend Empfindungsflathen versmatisch zusammengeschoben, wie im Domino, das ist die Mache einer Arbeit, welcher der Herr Verfertiger die achtzeilige Schluß-Sturmhaube der revolutionären Idee aufgestülpt hat um dem deutschen Volke Kunde von seinem lyrischen Dasein zu geben. Es ist ihm gelungen, sich auf den Richterstuhl der Literatur zu singen, umtanzt von Allen, die wie er, dichten, um Verse zu machen und Verse machen um „Dichter" zu sein. Seinen Ruhm verkündet das „Leipziger Tageblatt". Ein Schicksal, das dem „Dichter" der „preisgekrönten Bismarckhymne" ebensowenig erspart bleiben konnte, als ein Titel und Adelsdiplom.

Und wenn er in lichten Momenten dem unsterblichen Friedr. von Sallet zu Ehren ausrief:

„Tobt immerhin ihr frömmelnden Leviten
Mit eurem Monopol der Göttlichkeit.
Den heil'gen Tempel wird ein Andrer hüten:
Der neue Geist, der freie Geist der Zeit!"

so getrösten auch wir uns des Gedankens, daß dieser neue, freie Geist der Zeit kommen und Heerschau halten wird über jene, die sein schönstes Diadem, die Lyrik im platten politischen Mummenschanz zerfledert haben.

Und unter diesen, laut Tagblatt, ist Rudolf Gottschall auch,
Er hat sich hineingesungen in Deutschlands dicksten Bauch.
Auch trägt er jetzt einen Orden und ward baronisirt,
Sogar zum erblichen Adel hat er sich durchstandirt. —
Und sang er einst von Despoten und von Tyrannen gern
So singt er jetzt um so lieber ein Lied dem gnäd'gen Herrn.
Und singt er auch schlechte Verse, so sind sie doch laut und keck
S'ist wegen des „Selbstversinkens" — sonst hat es keinen Zweck! —

. . . . p.

— Der Chefredakteur des „Leipziger Tageblattes", Herr Hüttner, ein in der Wolle gefärbter Reichstreuer, der oft genug vom deutschen Gotte und von deutscher Ehre gefaselt hat, weigerte sich bei einer geringen Preßangelegenheit vor Gericht einen Eid zu schwören, weil er doch die betreffende Aussage nicht genau mehr wisse, sein Ehrenwort aber wolle er verpfänden, daß es so und so sei. — Herr Hüttner ist demnach ein Ehrenmann der allerbesten Sorte.

— Unter den vielen betrügerischen Manipulationen, welche in neuerer Zeit auf dem Gebiete der Tuchfabrikation sich eingebürgert haben, ist das Verfahren, Scheerhaare an Stoffe zu walken, am meisten zu verurtheilen. Diese beim Scheeren den Wollenwaaren, namentlich den Tuchen und Buckskins entfallenden, äußerst feinen staubartigen Wollfasern werden von vielen unreellen Fabrikanten benutzt, um ihre eigene leichte Waare durch Anwalken auf der unteren Seite des Stoffes schwerer und dicker zu machen. Es klingt fast unglaublich, wenn eine Fachzeitung „Deutsches Wollengewerbe" berichtet, daß einige Firmen es verstehen, aus einem dünnen Stück Sommerwaare eine Winterqualität zu erzielen, so daß man glauben möchte, darin selbst in Sibirien nicht zu erfrieren." Der Käufer solcher Waare verspürt seinen Schaden schon, wenn er das daraus gefertigte Kleidungsstück erst einige Tage getragen hat, scheut aber späterhin meistens die Weitläufigkeiten einer Klage; sein Schneider ist selber getäuscht. Achtungswerthe Firmen in Forst i. L. und anderwärts suchen solchem Treiben dadurch entgegenzuwirken, daß sie ihren Fakturen einen rothen Zettel beigeben mit der Erklärung: „Ich zahle Jedem 1000 Mark, der mir nachweisen kann, daß ich zu meinem Fabrikat Scheerhaare verwende." Die „Deutsche Schneiderzeitung" wird die Namen der Fabrikanten und Grossisten von scheerhaariger Waaren zur Warnung der Fachgenossen unnachsichtlich bekannt machen und ist erbötig, Bekleidungsstoffe aller Art zur unentgeltlichen Prüfung und Begutachtung durch Sachverständige Beuthstraße 10, 2 Tr., in Berlin, im Comptoir von Jedermann entgegenzunehmen.

der Altonaer Wahlabrechnung verbreitet wurden, geben wir als Generalrevisoren, gewählt in einer öffentlichen Volksversammlung, die Erklärung ab, daß wir die Wahlabrechnung eingehend geprüft haben.

Wir geben demgemäß die Erklärung ab, daß die 31,000 Mk., welche die sechs Wahlgänge im achten und neunten Schleswig-Holsteinischen und ersten oldenburgischen Bezirke gekostet, vollständig im Sinne der Arbeiterpartei erwandt und keine Veruntreuungen vorgekommen sind.

Altona, den 24. September 1877.

Die Generalrevisoren:
F. Kirsch. C. Meins.

Im Interesse der Partei werden alle Parteiorgane ersucht, diese Erklärung abzudrucken.

Correspondenzen.

Wien, 22. September. In Deutschland besteht ein Musikerverband, der nach eingezogenen Erkundigungen in ungefähr 90 Lokalvereinen 7000 Mitglieder vereinigt. Dieser Verband hält alljährlich eine Delegirtenversammlung ab, deren letzte in der zweiten Hälfte des August d. J. in München stattfand. Auf dieser Delegirtenversammlung müssen schreckliche Dinge vorgefallen sein, denn einem in der „Deutschen Musikerzeitung", dem Organ des Verbandes, enthaltenen Bericht über die Verhandlungen in München ist zu entnehmen, daß in den Musiker-Schafstall, in dem man allem Anschein nach bisher ein äußerst idyllisches Leben geführt und in dem der Leithammel das blindeste Vertrauen und den unbedingtesten Gehorsam der ganzen Heerde genossen, ein sozialdemokratischer Wolf eingedrungen war. Daß es heiße Kämpfe geben werde, heißt es in der „Deutschen Musikerzeitung", war sich Jeder wohl bewußt, „denn dafür bürgten mancherlei Anzeichen und anwesende Persönlichkeiten, die seit Jahren es sich zur speziellen Aufgabe gemacht haben, die Leiter des Verbandes anzufeinden und zu verdächtigen, und ihnen Schwierigkeiten in den Weg zu legen, freilich unter der steten Versicherung — nur das Interesse des Verbandes fördern zu wollen. Naive Versicherung, als wenn 7000 Mitglieder stockblind und nur Einer sehend. De facto beruht die systematische Opposition gegen das Präsidium nur in einer Person und zwar in der des Sozialist Herrn Scheu in Wien, der es verstanden hat, einige Unzufriedene in Berlin, die theils aus triftigen Gründen abgethan werden mußten, theils aus persönlichem Egoismus oder überspanntem Ehrgeiz sich der Opposition zuwendeten, ins's Schlepptau zu nehmen, um mit diesen zu versuchen, einen Keil in das Herz des deutschen Musikerverbandes zu treiben, wie der Sozialdemokrat Lassalle mit den Arbeitern es fertig gebracht hat. „Hollah! Herr Scheu, fährt die „Deutsche Musikerzeitung" mit erhöhter Stimme fort, dazu sind die deutschen Musiker nicht blind genug, um dies fertig zu bringen. (Wollen es denn die Musiker fertig bringen?) Musiker sind keine Arbeiter, die sich als Stimmvieh an die Urne treiben lassen, um für einen „Volksbeglücker" auf Commando zu stimmen. — Die deutschen Musiker haben Sinn für Gesetz und Ordnung und lieben ihren Kaiser. Und damit basta, Herr Scheu!" Dieses „basta" bedeutet wahrscheinlich: „Dem haben wir's nun aber tüchtig gesagt!" Es ist zwar in diesen Zeilen nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber aus den Worten: „die deutschen Musiker lieben ihren Kaiser" ist es deutlich zu entnehmen, daß der Sozialdemokrat auf der Musikerversammlung zum mindesten die Errichtung einer sozialdemokratischen Republik in Deutschland beantragt hat, mit seinem Antrag aber schmählich durchgefallen ist. Das von der „Deutschen Musikerzeitung" versprochene stenographische Protokoll wird die Sache wohl aufklären und die Ruchlosigkeit des Friedensstörers im rechten Lichte erscheinen lassen. Doch warten wir die Enthüllungen ab, die das Protokoll bringen soll. —n.

—a. **Hamburg**, 19. September. (Die Halbbildung und der Sozialismus.) Wenn Nr. 106 dieser Zeitung die „Halbbildung" als eine „ungenügende, einseitige, unharmonische Bildung" bezeichnet, so ist das wohl eine richtige, aber doch keine „genügende" Erklärung. Um aber eine genügende Erklärung des Worts zu finden, kommt es zunächst darauf an, uns klar zu machen, was wir unter „Bildung" zu verstehen haben.

Ein Arbeiter, der sein Handwerk aus dem Grunde versteht, der so viel Lebenserfahrung innerlich aufgenommen und verdaut, d. h. zu seinem geistigen Eigenthum gemacht hat, um die sozialen und politischen Verhältnisse, in denen er steht, richtig auffassen und für seinen Privatgebrauch verwerthen zu können; der im Umgang mit seinen Nebenmenschen genug vom menschlichen Wesen erkannt hat, um seine Kinder annähernd correkt zu erziehen; der ist, wenn er auch kein Wort von Latein und Griechisch, von Französisch oder Englisch versteht, wenn er auch nicht weiß, was Chemie und Physik ist, und obgleich er von der sogenannten „gebildeten" Gesellschaft ausgeschlossen ist, dennoch ein „gebildeter" Mann.

Der Universitätsprofessor dagegen, welcher die Welt durch seine gelehrten Untersuchungen in Erstaunen versetzt, ist, wenn er über Politik nach Maßgabe unserer heutigen Zeitungsliteratur urtheilt, wenn er seine Kinder zu gelehrten Gimpeln ohne alle Tiefe der sozialen Anschauung erzieht, ein entschieden „halbgebildeter" oder durchaus verbildeter Mann.

Der Erstere, der Arbeiter, ist „harmonisch" entwickelt; der Letztere, der Professor, ist trotz aller Gelehrsamkeit „unharmonisch" entwickelt, in ihm ist nicht allein nicht der ganze Mensch, sondern noch nicht einmal die Intelligenz gleichmäßig ausgebildet; er kann über nichts weiter als sein Spezialfach logisch denken: er hat eine ganz ungenügende Halbbildung.

Es ist also nicht allein die Schule, welche wahre Bildung schafft, und ebenso wenig verursacht der Mangel der Schulbildung die Halbbildung. Gebildet ist aber der, welcher eine Sache ganz und gründlich durchdringt und beherrscht und hinlängliche Einsicht in die Verzweigungen derselben mit anderen Dingen erworben hat, um ihre Zusammenhänge mit den anderen Arten des menschlichen Wissens und Thuns wenigstens so weit beurtheilen zu können, um zu wissen, was er versteht und was nicht, d. h. über welche Fragen er zu urtheilen vermag, über welche nicht. Diese Bildung giebt eine ebenso große Sicherheit in dem eigenen wie Bescheidenheit in jedem fremden Fache. Wahre Bildung setzt nichts weiter als gründliche Bildung in einer Sache voraus, sie kann also insofern einseitige Bildung sein; von allgemeiner Bildung aber erheischt sie nur so viel, wie zur Begründung des obigen Sichbescheidens in solchen Dingen nöthig ist, die man nicht gründlich beherrscht.

Das Wesen der Halbbildung aber bedingt vor allem eine ungeheure Selbstüberschätzung. Der Halbgebildete versteht selten irgend eine Sache gründlich; thut er es ja, so fehlt ihm die Einsicht in die Verzweigungen seiner Wissenschaft. Er weiß nicht, was er versteht und wo sein Verständniß aufhört. Er glaubt daher, er verstände Alles, und urtheilt mit der erstaunlichsten Frechheit über Alles ab, was sich nicht wehrt. So verräth ein sonst gebildet erscheinender Mann sehr oft durch ein einziges verkehrtes, aber mit zuversichtlichem Selbstvertrauen abgegebenes Urtheil, daß sein Geist nicht harmonisch entwickelt, daß er nur „halbgebildet" ist.

Es sagte mir z. B. vor einiger Zeit ein englischer Schulmann, der in seinem Fach eine ungewöhnlich geachtete Stellung einnimmt, die ganze Weltgeschichte sei „abgedroschenes Zeug", während doch nur aus der Kenntniß unserer geschichtlichen Vergangenheit eine klare Einsicht in die politischen und sozialen Verhältnisse der Gegenwart hervorgehen kann. Derselbe hatte auf der Universität hohe Ehren errungen; er hatte Kant in's Englische übertragen, und — dennoch war er ein „halbgebildeter" Mann.

Eine Menge Schulmänner meiner Bekanntschaft könnte ich nennen, welche das ganze Gebiet der Schulwissenschaften auf's gründlichste kennen, auch die Pädagogik selbst, und die dennoch in allen praktischen Schul- und Erziehungsfragen stets das Verkehrte thun, weil ihnen die Kenntniß des Lebens und der Menschen abgeht: sie sind Alle „halbgebildete" Männer.

Neulich sagte mir einer der ersten Aerzte unserer Stadt, er habe Besuch von einem englischen Arzt gehabt, welcher die unverdaulichsten Ideen über Kinderpflege ausgesprochen und damit einen Beweis von der ganz mangelhaften Vorbildung der „englischen Aerzte überhaupt" geliefert habe, während es doch Thatsache ist, daß dieselben gerade in dieser Beziehung im Allgemeinen sehr hoch stehen. Dieser Arzt weiß also nichts von dem bekannten wissenschaftlichen und Lebensgrundsatz, daß eine persönliche Erfahrung gegen die Gesammt-Erfahrung der Menschheit nichts verschlägt. Er ist ein „halbgebildeter" Mann.

Ich könnte diese Beispiele bis zur Ermüdung der Leser vermehren, aber das Angegebene mag genügen. Ich ziehe daraus den Schluß, daß das allein wahre und ganze Bildung ist, was den Mann zur richtigen Beurtheilung seiner Lebensbeziehungen, der Welt und der Menschen befähigt, ihn in den Stand setzt, im gegebenen Moment das Richtige zu thun, und ihn vor Ueberhebung zu schützen.

Eine Bildung, welche diese Reife der Urtheilskraft nicht gewährt, ist dagegen „Halbbildung" zu nennen.

Nun habe ich Hunderte von Arbeitern und auch Geschäftsleuten kennen gelernt, welche, mit sehr geringfügiger Schulbildung ausgestattet, doch sehr wohl im Stande waren, das Leben richtig zu beurtheilen und in ihren Lebenskreisen das Richtige zu thun. Diese Leute zeigen z. B. in England, wo das öffentliche Leben täglich mit neuen Anforderungen an sie heran tritt, das gesundeste Urtheil, besonders in ihren eigenen Communalangelegenheiten.

Woher kommt das? Daher allein, daß sie, obgleich mit geringer Schulbildung ausgestattet, doch mitten im Kampfe um's Dasein stehen und in demselben den ganzen Menschen einsetzen und im Kampfe gegen Lüge und Unterdrückung behaupten müssen, indem sie, ihrer eigenthümlichen Stellung wegen, ihr Wesen vor der den Geist vergiftenden und umnachtenden Heuchelei des Bourgeoislebens bewahren lernen.

Ich folgere: die beste Schule der wahren Bildung ist das Leben selbst und zwar dasjenige Leben, welches von der Unwahrheit des Treibens der herrschenden Klassen der Gesellschaft verschont bleibt.

Und ferner folgere ich: die Idee der Sozialdemokratie, wie sie ein Marx wissenschaftlich begründet und ein Lassalle praktisch gelehrt und populär gemacht hat, ist das beste Mittel, die Menschen über ihre eigenen Verhältnisse aufzuklären, ihren Geist wahrhaftig zu entwickeln und dadurch harmonisch und ganz zu bilden.

Staßfurt. Dienstag, den 20. September, sprach hier in einer gut besuchten Versammlung Genosse Zwiebler aus Buckau über „Die Macht der Idee". Des Redners Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Nach Zwiebler sprach Genosse Große, der folgende Resolution einbrachte:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Zwiebler vollständig einverstanden, und verspricht mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln für die Verbreitung des Sozialismus einzutreten."

Cottbus. Freitag, den 21. September, hat Parteigenosse Robert Teuber eine 4wöchentliche Haft angetreten und ersuche ich die hiesigen Gesinnungsgenossen, denselben resp seine Frau während seiner Haft thatkräftig zu unterstützen.

H. Teichert, Schuhmacher, Kl. Klosterstr. 22.

NB. Gleichzeitig werden die Abonnenten des „Vorwärts" ersucht, das Abonnement zu erneuern, auch bin ich bereit, dasselbe zu besorgen!

Bekanntmachung.

Der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift „Vorwärts", Herr Wilhelm Liebknecht hier, ist anläßlich der Veröffentlichung eines mit den Worten: „Mannheim. (Eine Literatenperle der herrschenden Klassen)" beginnenden Artikels in Nr. 26 der gedachten Zeitschrift vom 2. März 1877 wegen Beleidigung der Mitglieder des Großherzoglichen Kreis- und Hofgerichts Mannheim auf den Antrag des Großherzoglich Badischen Justizministeriums nach §§ 185, 186, 196 und 73 des Reichsstrafgesetzbuchs in Verbindung mit § 20 des Reichspreßgesetzes zu Drei Wochen Gefängniß rechtskräftig verurtheilt worden.

Gemäß § 200, Abs. 2 des gedachten Gesetzbuchs wird Solches hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Leipzig, am 19. September 1877.

Königliches Gerichtsamt im Bezirksgericht, Abtheilung für Strafsachen.

Bieler. Ortmann.

Briefkasten

der Redaktion. M. O. in Leipzig: Anonyme Zuschriften werden in keiner Weise beachtet; es würde sich sonst mancher Bourgeois freuen und derartige flegelhafte Correspondenzkarten schreiben.

Quittung. Thrbch hier Ab. 1,25. Lgs Hannover Ann. 0,80. Rdlph daf. Ann. 1,90. K. Nnvc Smederewo Ab. 3 40. Schld Straßburg Ab. 9,70. Lnz Passau Ab. 4,00. L. Kwr Geldern Ab. 3,80. Krbch Wien Ab. 4,80. Sthr B. Aicha Ab. 4,80. Wchtr Bludenz Ab. 4,61. Schn Göppingen Schr. 25,00. Sbrt Cassel Ab. 12,40. Schfr Gohlis Ab. 13,50. Glsl Königsberg Ab. 3,20. Mhgr Oggersheim Schr. 7,05. Grdnstn Lindenau Schr. 3,00.

Fonds für Gemaßregelte.

B. S. i. A. 10,40. Arbeiterverein Plagwitz 1,00. Rchtr hier 0,70.

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein. Dienstag, den 2. Oktober, Abends 8½ Uhr, bei Hrn. Hübner, gr. Rosenstraße 37:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Wichtige innere Organisationsfragen. Es ersucht alle Mitglieder pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

G. Klaws. [80

Leipzig. Der Verkehr und Arbeitsnachweis für Schneider befindet sich jetzt große Windmühlenstraße Nr. 5 bei Kern. Indem wir darauf hinweisen, daß alle Aufträge nach unserer jetzigen Einrichtung sofort zur Erledigung kommen bitten wir unsern Arbeitsnachweis möglichst zu berücksichtigen. [0,60

Die Commission.

Leipzig. Gewerkschafts-Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. (Eingetr. Genossenschaft.) Sonnabend, den 29. September, Abends halb 9 Uhr, bei Hrn. Träger, Thiem'sche Brauerei, Tauchaerstraße Nr. 12:

Versammlung.

Zahlreiches Erscheinen nothwendig. Aufnahme neuer Mitglieder.

R. Ludwig, Vorsteher. [80

Leipzig. Einladung.

Die Unterzeichneten laden hiermit alle Gewerkschafts-Vorstände ein

Montag, den 1. Oktober, Abends 8 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstraße Nr. 20

zu erscheinen.

Tagesordnung: Besprechung über die Abhaltung eines allgemeinen Gewerkschafts-Kränzchens. [2,70

C. Stammer. H. Pfützner.

Ein Parteigenosse, welcher in kaufmännischen Arbeiten bewandert ist und in seiner augenblicklichen Stellung selbständig arbeitet, sucht am 1. Dezember c. auf irgend einem Büreau Stellung, wo ihm Gelegenheit geboten ist, sich soweit agitatorisch auszubilden, um später in seiner Heimath die Interessen der Arbeiterpartei vertreten zu können. [2,10

Näheres unter Nr. 100 durch die Exped. des „Vorwärts".

Darlehnsgesuch.

Ein seit länger als 10 Jahren in der Bewegung stehender verheiratheter Parteigenosse sucht gegen genügende Sicherheit und die übliche Verzinsung 700 Mark zu leihen. Die Rückzahlung kann in jährlichen Raten von 150–200 Mark erfolgen.

Parteigenossen, oder überhaupt alle Diejenigen, welche im Stande und Willens sind, dem Suchenden in der angegebenen Weise beizustehen, wollen sich wegen näherer Auskunft gefälligst an die Unterzeichnete wenden, welcher derselbe als bewährter und durchaus zuverlässiger Parteigenosse bekannt ist.

Expedition des „Vorwärts".

Höhere Fachschule der Residenzstadt Sondershausen

für Maschinentechniker und Bautechniker.

Vorbereitung zum Einj.-Freiw.-Examen. Beginn des Semesters am 10. October. Programm gratis und franco durch (4c) [2,10 den Oberbürgermeister Roth Laue oder den Direktor Rathke.

Soeben erschien bei C. Grillenberger in Nürnberg:

Johannes Huß

von

Gg. Lommel.

Sechste Auflage.

Preis 40 Pfg.

Bei Partien-Abnahme hohen Rabatt. Zu haben durch alle Buchhandlungen und die Expeditionen sämmtlicher Parteiblätter. [3,00

Eine Zeitung für nur 50 Pfg. pro Quartal!

Mit Monat Oktober d. J. erscheint in unserem Verlage:

Der

Beobachter der sozialen Literatur.

Bibliographischer Spezialbericht und kritische Revue aller Literatur-Erscheinungen auf den Gebieten der Sozialwissenschaften sowie der Propaganda pro und contra Sozialismus.

Redaktion: Franz und Carl Moor.

Dieses Blatt erscheint zunächst monnatlich, und zwar jeden Monat 1—1½ Bogen gr.-8°, auf schönem, satinirten Papier, elegant gedruckt.

Preise: In einer Buchhandlung 2c. bestellt 50 Pfg. per Quartal. Per Post bestellt circa 60 Pfg. (30 kr. ö. W.) per Quartal.

Dieses Blatt bietet also

fast umsonst

1. Einen genauen bibliographischen Monatsbericht von den Titeln, Bezugsquellen und Preisen aller neuen Literatur-Erscheinungen auf den Gebieten der Sozialwissenschaften und der Propaganda pro und contra Sozialismus.

2. Eine kritisch gehaltene, literarische Monats-Revue und hiermit verbunden eine kurzgedrängte, stets nur auf authentischen Quellen beruhende Uebersicht über den Stand der sozialen Bewegung.

3. Verschiedenes; Separat-Recensionen; interessante Notizen einschlägiger Art.

Zweck des Blattes ist: die im Allgemeinen noch so geringe Verbreitung der Kenntniß von der sozialen Literatur zu heben, durch sichtende Besprechungen stets das Wichtigere gebührend in's Licht zu stellen und die zerstreuten Glieder dieser Literaturwelt zu einem lebendigen sprechenden Gesammtbild zu vereinigen.

Damit aber soll unser Blatt die Spezial-Aufgabe haben, für das Studium der sozialen Frage — derjenigen Frage, die täglich mehr das höchste Interesse aller wahrhaft Gebildeten in Anspruch nimmt — einmal das wichtigste Material zu ordnen und allgemein zugänglich zu machen.

Jede Buchhandlung und jede Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Zürich, 20. September 1877.

J. Franz & Comp., Verleger.

Gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken liefert pünktlich

Die Expedition des „Vorwärts".

12,0] Leipzig, Färberstraße 12 II.

Ausgabe Nr. 1 erfolgt Mitte Oktober.

Billigste Tageszeitung Berlins!

„Berliner Freie Presse"

mit der Illustrirten Sonntags-Gratis-Beilage „Die Neue Welt" erscheint sechsmal wöchentlich in Berlin und nehmen alle Postanstalten Deutschlands, sowie die unterzeichnete Expedition Abonnements entgegen.

Abonnements-Preis:

Beim Abholen von der Post: 4 M., — frei in's Haus: 4 M. 40 Pf per Quartal.

Inserate: pr. 4gesp. Borgis-Zeile 25 Pf., — Arbeitsmarkt nur 10 Pf.

Die „Berliner Freie Presse" ist in der Zeitungs-Preisliste für 1877 unter Nr. 560 eingetragen.

Die Expedition der „Berliner Freien Presse".

Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Den Parteigenossen dringend zur Verbreitung empfohlen:

Die Rundschau.

Organ für sozialistische Propaganda.

Erscheint monatlich einmal und kostet durch die Filial-Expeditionen bezogen 20 Pfg.; durch die Post vierteljährlich 60 Pfg. excl. Bringerlohn.

Verlag: Amelungstr. 5, Hamburg.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hense, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 116. Mittwoch, 3. Oktober. 1877.

Die Parteien und die Wissenschaft.

Immer schärfer vollzieht sich die Vereinigung aller Parteien gegenüber der sozialistischen in eine einzige reaktionäre Masse, immer schwieriger wird es für die Freunde wahrer Freiheit, einer andern Partei anzugehören als der sozialdemokratischen. Nicht nur auf politischem und sozialem, auch auf wissenschaftlichem Gebiete zeigt sich dieselbe Erscheinung. Einen neuen Beweis für diese schon oft constatirte Thatsache bietet die Rede, welche der große Fortschrittsmann Virchow bei der Versammlung deutscher Naturforscher in München gehalten.

Nachdem er den Muth gehabt, angesichts der jüngst erfolgten Remotion Dühring's zu behaupten, es sei heutzutage leicht, über die Freiheit der Wissenschaft zu reden, wo sie faktischer Besitz sei, fährt er fort, man müsse sich im Gebrauche dieser Freiheit (?) mäßigen (!), um sich die Sympathien der Nation nicht zu verscherzen. „Es ist ein großer Unterschied zwischen persönlichen Problemen und demjenigen, was wir als wirkliche Wissenschaft im strengsten Sinne des Worts ausgeben, und für welches wir allein, meiner Meinung nach, die Gesammtheit der Freiheiten fordern können, welche als ‚Freiheit der Wissenschaft, als Freiheit der wissenschaftlichen Lehre" bezeichnet werden kann."

Ein Jesuit kann nicht besser eine Sache wenden und verdrehen, als Herr Virchow es gethan. Persönliche Probleme und wirkliche Wissenschaft! Wo fängt das Eine an, wo hört das Andere auf? Durch eine solche Wendung ist der Willkür Thür und Thor geöffnet: was den herrschenden Klassen paßt, ist „wirkliche Wissenschaft im strengsten Sinne des Wortes", alles Andere sind „persönliche Probleme"!

Daß Herr Virchow die Sache so auffaßt, zeigt er uns gleich an der Descendenztheorie, die natürlich unter die persönlichen Probleme gehört, denn — „denken Sie sich die Descendenztheorie im Kopfe eines Sozialisten!" Mit diesem Ausrufe hat Herr Virchow sich verrathen, und alles folgende Phrasenwerk ist nicht im Stande, diesen Pferdefuß zu verdecken. Virchow ist allerdings so freundlich, zuzugeben, wir müßten, „trotz dieses schlimmen Bundesgenossen (des Sozialdemokraten), sie (die Descendenzlehre), wenn wir deren Richtigkeit als über allen Zweifel erhaben erachteten, ohne Bedenken in's Leben einführen, sie nicht blos jedem Gebildeten, sondern jedem Kinde zur Grundlage unserer (? soll wohl heißen: seiner) Vorstellungen über Welt, Gesellschaft und Staat machen."

Hinter diesem Zugeständniß steckt ein weiterer Pferdefuß. Also nur das darf gelehrt werden, was über allen Zweifel erhaben ist? Nun frage ich den Herrn Virchow, was dann von der ganzen Wissenschaft übrig bleibt? Besteht dieselbe nicht fast ausschließlich aus Hypothesen?

Die Optik ist natürlich von dem Schulunterricht ausgeschlossen, denn die Vibrationshypothese ist durchaus nicht über allen Zweifel erhaben; ebenso wenig die mechanische Wärmetheorie, so daß die Wärmelehre auch nicht in die Schule gehört. Was soll mit der Chemie geschehen? Die dynamische Hypothese ist unhaltbar, die atomistische aber auch nicht absolut sicher richtig. Von der Elektrizität darf man natürlich keine Ahnung haben, da weder die Theorie Franklin's, noch die Symmers', noch die Häckel's über jeden Zweifel erhaben sind. Die Coulomb'sche Theorie über den Magnetismus ist falsch, aber ist die Ampère's richtig? Ja selbst die Mechanik ist etwas sehr Bedenkliches, da die Gravitationstheorie Newton's im Grunde genommen doch nur eine Hypothese ist.

Aber auch die Geschichte darf zu den Lehrgegenständen nicht zugelassen werden. Ist es denn erhaben über jeden Zweifel, daß Friedrich II. von Preußen ein edler Regent, Karl der Große ein Genie, Thomas Münzer eine Bestie war? Und gar die Psychologie!. Wer kann für die Psychologie eintreten, da sogar an der Logik bedenkliche Blößen bemerkbar werden.

Ich habe hier natürlich die Mittelschulen im Auge, um welche es sich doch bei Einführung der Descendenzlehre in die Schule hauptsächlich handelt.

Aber auch die anderen Wissenschaften — dürfen sie gelehrt werden?

Wenn man der Sache streng auf den Grund geht, was ist denn eigentlich über allen Zweifel erhaben, außer der Mathematik? Nichts! Also weg mit allem Zweifelhaften, nur Mathematik darf in der Schule gelehrt werden, und — Religion! Herr Virchow, der freisinnige Kulturkämpfer, will es so. „Jeder Versuch, unsere Probleme ohne Weiteres als Grundlage des Unterrichts einzuführen, der Versuch insbesondere, die Kirche zu deposſediren und sie ohne Weiteres durch die Descendenzreligion (sic!), die uns Häckel in Aussicht stellt, zu ersetzen — diese Versuche müssen scheitern, und sie würden in ihrer Verwirklichung die höchste Gefahr für die Freiheit mit sich bringen."

Die Kirche ist also die Schutzwehr der Freiheit, ihre Lehren sind erhaben über jeden Zweifel! Es ist so unumstößlich, wie daß zweimal Zwei Vier sind, daß Gott die Welt in sechs Tagen erschaffen; daß er am vierten Tage die Sonne schuf, am ersten Tage aber schon Abend und Morgen waren; daß Noah mit allen Thiergattungen der Erde friedlich über 9 Monate in einem Schiff gelebt habe; daß Jakob, Gottes Auserwählter, durch Betrug seines Vaters und Schwiegervaters zu seinem Wohlstande gelangt u. dergl.

Dieses erbauliche Zeug hat Virchow den Muth, der Entwickelungstheorie gegenüberzustellen. Aber er geht noch weiter. Damit die Kirchenlehre an Ansehen gewinne, scheut er sich nicht, die Glaubwürdigkeit der Descendenzlehre herabzusetzen, ja fälschlich herabzusetzen. „Zwar glaube ich kaum, daß heute ein Naturforscher nicht an einen gewissen Zusammenhang des Menschen mit irgend einem Wirbelthier glaubt, aber je mehr wir danach forschen, desto weiter entfernen wir uns davon insofern, als wir in allen Entwickelungsperioden lauter Menschen finden, die ebenso wie wir sind. Es fehlt den aufgefundenen Menschenüberresten jedes Merkmal einer andern Entwickelung, als die unsrige ist, daß wir nun gerade nur die größten Genies aus der Pfahlbautenzeit u. s. w. noch finden sollten, ist wohl nicht anzunehmen. Einen entwickelteren Affenschädel aber haben wir noch nicht gefunden."

Der berühmte Gelehrte Virchow scheut sich also nicht, um seine Sophistereien plausibler zu machen, sich zwei Blößen zu geben, die jeder Laie ihm nachweisen kann. Herr Virchow scheint in seinem Eifer für die Kirche ganz in die theologische Denkweise sich verrannt zu haben, sonst konnte es ihm kaum einfallen, die „Affentheorie" mit der Descendenztheorie zu identifiziren. Letztere bleibt aufrecht, mag nun der Mensch vom Affen oder einem andern Thiere, meinetwegen einer Fledermaus, abstammen. Der Einwand des Fehlens fossiler Uebergangsstadien ist aber ein so alter und längst widerlegter, daß ein Mensch, der mit den Naturwissenschaften nur einigermaßen sich beschäftigt, Bedenken tragen sollte, ihn zu wiederholen.

„Was das Fehlen fossiler Reste anbelangt", sagt Darwin in seinem Werke „Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl" (übersetzt von Carus, I, 205), „welche den Menschen mit seinen affenähnlichen Urerzeugern zu verbinden dienen, so wird Niemand auf diese Thatsache viel Gewicht legen, welcher Sir C. Lyell's Erörterung gelesen hat, worin er zeigt, daß in sämmtlichen Klassen der Wirbelthierreihe die Entdeckung fossiler Reste ein äußerst langsamer und vom Zufall abhängiger Vorgang gewesen ist. Auch darf man nicht vergessen, daß diejenigen Gegenden, welche am wahrscheinlichsten solche Reste darbieten (Asien, Afrika), die den Menschen mit irgend einem ausgestorbenen affenähnlichen Geschöpfe verbinden, bis jetzt von Geologen noch nicht untersucht sind."

Nach alledem kann man nicht länger zweifeln, was für Herrn Virchow die Aufgabe der Schule ist. Will er wirklich, daß ihr Zweck dahin gehe, den Menschen zu einem selbständig denkenden Wesen zu machen, um ihm eine geistige Grundlage zu geben, auf der er selbstthätig weiter bauen kann? Das kann er nicht wollen. Er muß wissen, daß ein Dogma nie zum Denken anregt, wohl aber eine Hypothese, ja, daß selbst ein richtiges Dogma den Menschen verdummt, selbst eine falsche Hypothese ihn hebt. Er muß ferner wissen, daß, wenn es sich um die Wahl zwischen der Kirchenreligion und der Descendenzlehre handelt, dieselbe keinen Augenblick schwanken kann: auf der einen Seite das, was die größten Denker des neunzehnten Jahrhunderts gefunden, auf der andern die verknöcherten Anschauungen eines barbarischen Jahrhunderts. Herr Virchow muß das wissen und warum entscheidet sich doch der enragirte „Culturkämpfer" für die Kirchenlehre? Weil auch er der reactionären Masse angehört, für welche die Schule blos ein Werkzeug ist, gute Staatsbürger zu drillen. Nicht umsonst hat dem „Freiheitsmann" Virchow der anwesende Minister von Pfretzschner seine Befriedigung ausgedrückt.

Es ist weit gekommen mit den Fortschrittlern! Jetzt sind auch sie dabei angelangt, die Kirche als das einzige Rettungsmittel in den sozialen Stürmen anzusehen. „Die Kirche ist der Hort der Freiheit, die Wissenschaft ist freiheitsfeindlich!" rufen sie in demselben Augenblick, in dem zwei sozialistische Zeitschriften erscheinen, bestimmt, die Wissenschaft dem Volke mitzutheilen.

Die Spaltung, die sich im politischen und sozialen Leben kundgegeben, möge sich denn auch im Wissenschaftlichen vollziehen: auf der einen Seite die Anhänger des Wahlcensus, der Volksknebelung, des Kapitals, des Militarismus, der Kirche, der zünftigen Wissenschaft — auf der andern die Verfechter des allgemeinen Stimmrechtes, der Preß- und Vereinsfreiheit, der Abschaffung der stehenden Heere, die Verfechter der Arbeit und der demokratischen Wissenschaft — keine dritte giebt es zwischen diesen zwei Parteien, jede ihrer Forderungen ist mit den andern innig verknüpft, wer die eine will, muß, wenn er consequent ist, auch die andern wollen; wer die einen haßt, muß auch die andern hassen. So wie die Männer der Unterdrückung, der Ausbeutung, der Verdummung sich naturgemäß die Hände reichen, so müssen sich auch naturgemäß die Männer der Freiheit, der Arbeit, der Wissenschaft eng aneinanderschaaren, um einig gegen den gemeinsamen Feind vorzugehen. Sind sie einmal einig, dann kann man nicht lange unentschieden bleiben, welchem Theil der Sieg zufallen wird.

Symmachos.

Sozialpolitische Uebersicht.

— In Frankreich kommt die Wahlbewegung in Fluß und zu unserer lebhaftesten Freude stellt es sich von Tag zu mehr heraus, daß das sozialistische Proletariat und Alles was mit ihm geht, sich selbständig zu organisiren sucht und entschlossen ist, nicht den schweifwedelnden Schweif der „363", dieser sehr gemischten Gesellschaft, zu bilden. Von der Bildung eines sozialistisch-republikanischen Wahlcomités ward schon in letzter Nummer berichtet. Heute erfahren wir, daß sich die Sozialisten bereits energisch zu regen beginnen. Am 25. ds. hatte im 17. Arrondissement von Paris, in Batignolles eine von ungefähr 3000 Wählern besuchte Versammlung statt, in welcher die Wiederwahl des bisherigen Vertreters, Pascal Duprat, eines der „363" diskutirt wurde. Es erhob sich vielfacher Widerspruch. Herr Duprat, ein Bourgeoisrepublikaner vom reinsten Wasser, fanatischer Sozialistenfeind, systematischer Verlästerer der Commune, hat in der vorigen Kammer u. a. gegen die Amnestie gestimmt. Dies bildete den Hauptgegenstand der Angriffe. Zwei sozialistische Redner, Gregoire und Burgogne, erklärten die Wiederwahl eines solchen Reaktionärs für unmöglich, seine Candidatur für eine Beleidigung des größten Theils der Pariser Bürger. Ein Redakteur der Gambetta'schen „République Française", Herr Quentin, trat diesen Ausführungen entgegen. Wir geben das Resumé seiner charakteristischen Rede nach den Bourgeoiszeitungen.

„Ich will hier, so äußerte er sich, weder Candidaten bekämpfen noch Candidaten unterstützen. Aber die Personenfrage ist die Prinzipienfrage. Ich selbst war der von diesem Bezirke designirte Candidat, um Euren jetzigen Deputirten zu ersetzen, aber ich habe mich nach dem 16. Mai beeilt, meine Candidatur zurückzuziehen. Sie wissen, mit welcher Energie ich 1876 die Candidatur des Herrn Duprat bekämpft habe. Aber da die Auflösung der Kammer ein Akt der persönlichen Gewalt gegen die Erwählten der nationalen Souveränität war, ist es geboten, daß dieselbe auf diesen Akt antwortet, indem sie diejenigen wieder ernennt, welche man fortgejagt hat. Es existirt ein republikanischer Bund. Denselben zu sprengen hieße unsern Gegnern nützen. Paris muß der Provinz mit dem guten Beispiel vorangehen. Im Jahre 1830 lag dieselbe Frage vor. Auch damals gab es unter den 221 Candidaten verschiedene, die man gern beseitigt hätte und die trotzdem von Paris mit einer ungeheuren Majorität wieder gewählt wurden. Erinnern Sie sich, was Sie am 8. September gethan haben. Sie haben den Sarg des Mannes (Thiers) gegrüßt, der Sie die „vile multitude" („der gemeine Plebs") genannt und sich dann aufrichtig der Republik angeschlossen hat. Bürger! wir müssen heute nur daran denken, daß Herr Duprat zu den 363 gehört und deshalb für uns geheiligt ist."

Das ist das Rezept, nach welchem für die „363" gearbeitet wird. Ein Theil der Versammelten ließ sich indeß durch diesen Appell an die Gefühlsduselei nicht irr machen, und hatte Charakter und Logik genug, die Candidatur Duprat's zu verwerfen, die allerdings „mit bedeutender Majorität" angenommen wurde. Ueber Letzteres dürfen wir uns nicht wundern, da die Reorganisation der sozialistischen Partei kaum begonnen hat, die meisten Arbeiter sich der Politik noch fern halten und zahlreiche dem Sozialismus zuneigende „Radikale", wie z. B. Naquet, der auch in dieser Versammlung auftrat, das Zusammengehen aller Republikaner im Interesse der Republik für nöthig halten. Nun, die ehrlichen Republikaner, die in das Garn der „363" geflogen sind, werden nach den Wahlen zu Verstand kommen. Vielleicht auch schon früher. Denn die Einigkeitsprediger werden im Verdächtigen und Beschimpfen der prinzipientreuen Sozialisten und Demokraten so frech, daß sie den Zorn eines jeden, der Sozialist und Demokrat ist, erregen müssen. Buffenoir z. B., dessen politische und private Integrität weit unbestrittener ist als die des Hrn. Gambetta, wird auf eine perfide Aeußerung des Herrn Gambetta hin zum „clericalen Agenten", von Anderen zu einem „Agenten Bonapartes" gestempelt. Wer nicht durch Dick und Dünn mit den „363" läuft, ist ein Söldling der Reaktion, ein Agent Mac Mahon's und wie die liebenswürdigen Ausdrücke sonst lauten. Wir in Deutschland haben schon ganz Aehnliches erlebt. Als die sozialistische Bewegung ernstlich in Fluß kam, denuncirte die gesammte liberale Presse die Sozialisten, Lassalle voran, als Werkzeuge der Reaktion, welche bloß die „große liberale Partei" spalten wollten, um — Bismarck zum Sieg zu verhelfen. Ein paar Jahre später fielen die „liberalen" Denuncianten dem reaktionären Junker Bismarck um den Hals und helfen ihm seitdem eifrig in der Hetzjagd auf die Sozialisten. Statt Bismarck setze man Mac Mahon, statt der „großen liberalen Partei" die „363" und wir haben ein treues Bild der politischen Gegenwart und nächsten Zukunft Frankreichs. Die „363" werden, eine verschwindende Minorität ausgenommen, ihren Frieden mit Mac Mahon machen, und die ehrlichen Sozialisten und Demokraten werden die Kosten bezahlen.

Das „republikanische Wahlmanifest" ist eine Schwergeburt und wird eine Fehlgeburt sein. Man kann keine Fassung entdecken, die so chamäleonhaft ist, daß jede der republikanischen Fraktionen ihre Farbe darin finden kann. Ebenso bezeichnend, wie diese Thatsache, ist die andere, daß in der letzten Ausschußsitzung der vereinigten „republikanischen" Parteigruppen beschlossen worden ist, in Paris möglichst wenige Wählerversammlungen einzuberufen, „damit die noch immer zahlreichen Intransigenten möglichst wenig Gelegenheit finden, die Union der 363 anzugreifen."

Man sieht, das revolutionäre Frankreich ist noch nicht entmannt; und die „363" haben Furcht vor dem Volke. Bravo!

Beiläufig sei bemerkt, daß die Haltung des „Vorwärts" die Aufmerksamkeit des französischen Ministeriums des Inneren auf sich gezogen hat. Dasselbe hat direkt ein Exemplar unseres Blattes bestellt, und weiß unsere „Verdienste um die Reaktion" (der uns sonst sehr werthe „Frankfurter Beobachter" koppelt uns collegialisch mit dem Lump Granier aus Cassagnac zusammen, weil wir nicht staatsmännisch genug sind, dafür zu wirken, daß die Söhne und Brüder der Ermordeten von 1871 ihren Mördern gerührt in die Arme sinken) und speziell um Herrn Mac Mahon so gut zu würdigen, daß der „Vorwärts" seinen Pariser Abonnenten nur noch höchst unregelmäßig zukommt. Herr Mac Mahon scheint von unserer „Freundschaft" nicht so fest überzeugt zu sein, als die Redaktion des „Frankfurter Beobachter".

(Nachdem Vorstehendes bereits gesetzt war empfingen wir nähere Nachrichten über die Wählerversammlung in Batignolles. Diesen zufolge war die Zahl der anwesenden „Intransigenten" so groß, daß das vorgeschlagene Vertrauensvotum für Pascal Duprat nicht durchgedrückt werden konnte, und die Macher sich damit begnügen mußten, „das Prinzip der Wiederwahl akklamiren" zu lassen. Daß es die Mehrheit war, welche „akklamirte" wird nicht gesagt. Wir dürfen sogar getrost annehmen daß es nicht die Mehrheit war; denn hätten die „363"er,

die Majorität gehabt, so würden sie sicherlich auf einer Abstimmung bestanden, und nicht zu dem bescheidenen Surrogat einer „Akklamation" ihre Zuflucht genommen haben.)

— Der Gründer Strousberg hat an die „Berliner Börsenzeitung" eine Zuschrift gerichtet, in welcher er die gesammte deutsche Presse in weinerlichem Tone mit der Bitte angeht, ihn ferner nicht „zum Gegenstande ihrer unausgesetzten Beobachtung zu machen". Er wünscht, „ruhig und den Verhältnissen entsprechend thätig zu sein" und ersucht, ihn „vorläufig als gänzlich für die Presse uninteressant und für das Publikum unbedeutend zu betrachten." Er ertheilt ferner der Presse väterliche Rathschläge, wie sie sich zu verhalten habe, um ihn in seiner Thätigkeit nicht zu behindern und ist gern bereit, der Redaktion der „Berliner Börsenzeitung" und anderen „Fachblättern" Rede und Antwort zu stehen, falls sie sein Thun und Lassen besprechen wollen. Was den letzten Punkt betrifft, so steht außer Zweifel, daß die „Fachblätter" von dem Anerbieten Strousberg's ausgiebigen Gebrauch machen werden, ist doch Strousberg immer noch ein Mann, der eine Zukunft hat, und mit solchen Leuten pflegen es die „anständigen" Fachblätter nicht gern zu verderben. Wir aber, die wir auch vom „Fache" sind, werden nach wie vor fortfahren, den Gründern aller Art auf die Finger zu sehen, wir werden fortfahren, dem arbeitenden Volke zu beweisen, daß die ganze heutige kapitalistische Gesellschaft eine dem Gemeinwohl schädliche Gründung ist.

— Bravo! Zweihundert deutsche Maurergesellen, welche in Folge des Strikes der Londoner Bauhandwerker zur Aushülfe dorthin gebracht waren, kehrten, nachdem sie den Grund erfahren, weshalb man sie engagirt hatte, nach Deutschland zurück. So hat man hier in bravster Weise das internationale Prinzip der Arbeiterbewegung gewahrt — „arm am Beutel, gesund im Herzen" und im Bewußtsein, ihre Pflicht erfüllt zu haben, werden die deutschen Maurer den Heimathsboden wieder betreten haben.

— Der „Fortschritt" ist am 1. Oktober gestorben. Nicht der Fortschritt in der Fortschrittspartei, der schon lange todt war, sondern ein Blatt, der „Fortschritt", welches von den Pforzheimer Fabrikanten lediglich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründet worden war. Es hatte eine muckerisch-liberale Tendenz. Schuster-Eulenburg war sein Leitstern.

— Russisches. Die Expedition der „Zukunft" hatte an die „St. Petersburger deutsche Zeitung" eine Annonce zur Veröffentlichung übersandt. Die Verleger der Zeitung schicken die Annonce mit dem Bemerken zurück: „Die hiesige Censurbehörde verweigert vorläufig die Druckerlaubniß, da sie das Werk noch nicht gesehn." So sieht es bei unserem „Erbfreundchen" aus, welcher sich mit aller Gewalt die Civilisation vom Leibe halten will. In der Türkei, das mögen sich alle Türkenfeinde sagen, gehört ein solches Knutenstückchen zu den längst überwundenen Standpunkten.

— Die vergangene Woche hat auf dem Kriegsschauplatz keine Metzeleien en gros gebracht. Gefechte, in denen ein paar Hundert Menschen getödtet und verwundet werden, erwähnt man heutzutage nicht mehr. Es muß in die Tausende gehen — sonst ist's unserer famosen Mordkultur nicht würdig. Nicht Vernunft, nicht Humanität hat den Massenschlächtereien ein Ziel gesetzt, sondern die force majeure (keinen Widerspruch duldende Kraft) des „Himmels": die Witterung, der nahende „General Winter". Ob er noch eine vierte, verbesserte Auflage von Plewna erlauben wird? Ob ein Winterfeldzug möglich, oder ob Winterquartiere bezogen werden müssen? Und wenn letzteres der Fall, ob die russische Armee ihre Winterquartiere in der Bulgarei oder in Rumänien beziehen wird? Das sind die Fragen, welche sich jetzt aufdrängen. Damit das an Sensationsnachrichten gewöhnte Publikum sich nicht langweile, wird die Pause mit Waffenstillstands- und Vermittelungsgerüchten ausgefüllt. Daß dieselben im gegenwärtigen Stadium des Kriegs nichts sind, als fromme Wünsche oder müßige Erfindungen, und jeder ernsthaften Grundlage ermangeln, das brauchen wir unseren Lesern nicht erst zu sagen.

— Parteigenossen! denkt an die gemaßregelten und in den Gefängnissen sich befindenden Brüder. — Organisirt überall freiwillige Sammlungen und sendet die Beträge an A. Geib, Rödingsmarkt 12, in Hamburg.

— Ueber die Wahl Liebknecht's in den sächsischen Landtag, deren angebliche Ungültigkeit und die Folgen einer eventuellen Ungültigkeitserklärung cirkuliren in der Presse die unrichtigsten und haltlosesten Angaben. Die Zeitungen, amtliche und halbamtliche mit inbegriffen, entwickeln einen förmlichen Wetteifer in Ausstellung ihrer Sach- und Gesetzesunkenntniß.

Falsch ist, daß die Ungiltigkeit der Wahl Liebknechts bereits erklärt sei.

Laut Art. 3 der Reichsverfassung, ist, wie wir in voriger Nummer ausführten, die Wahl durchaus gültig. Eine Ungültigkeitserklärung wäre gleichbedeutend mit der Beiseitesetzung der Reichsverfassung zu Gunsten eines sächsischen Partikulargesetzes, das mit Wortlaut und Geist der Reichsverfassung im Widerspruch steht.

Die Frage der Gültigkeit der Wahl: mit anderen Worten, ob in Sachsen die Reichsverfassung mehr gilt oder ein Partikulargesetz wird in letzter Instanz der sächsische Landtag zu entscheiden haben. Daß die Mehrheit des Landtags im Allgemeinen die Reichsverfassung über das Partikulargesetz stellt, unterliegt keinem Zweifel; und ebensowenig unterliegt es einem Zweifel, daß die sozialdemokratische Gesinnung des Gewählten kein Grund ist, die Reichsverfassung nicht in Anwendung zu bringen.

Falsch ist ferner, daß im Fall der Ungültigkeitserklärung der Wahl, die für Liebknecht abgegebenen Stimmen einfach auf Grund des § 28 des sächsischen Wahlgesetzes für ungültig erklärt, und der Gegencandidat, welcher nach Liebknecht die meisten Stimmen erhalten, als gewählt proklamirt werden würde. § 28 handelt von solchen Stimmen, die während der Auszählung, also vor festgestelltem Wahlresultat, als ungültig erkannt werden. Das trifft aber hier nicht zu. Liebknecht ist gewählt; seine Wahl ist ihm amtlich mitgetheilt worden und er hat die Wahl angenommen. Erst nach vollendetem Wahlakt sind die Zweifel an der Wählbarkeit des Gewählten aufgetaucht; und hier treten §§ 32 und 48 des sächsischen Wahlgesetzes in Kraft, nach welchen, falls die Ungültigkeit definitiv ausgesprochen wird, eine Neuwahl vorzunehmen ist.

— Unser Redakteur Hasenclever ist am letzten Freitag wegen angeblicher Beleidigung der Postbehörde zu Finsterwalde, geschehen durch den „Vorwärts", zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Es handelte sich um die Auslieferung des „Wähler" an die Polizeibehörde. Berufung ist eingelegt.

— Eine sozialistische Reichstagswahlabrechnung. Am Sonntag den 23. September legte das Berliner sozialistische Arbeiter-Wahlcomité vor einer zahlreich besuchten Volksversammlung in der „Bundeshalle" Rechenschaft ab über die Einnahmen und Ausgaben für die letzten Reichstagswahlen. Berlin hat bei der letzten Reichstagswahl in seinen sechs Wahlkreisen, durch engere und Nachwahlen veranlaßt, zehn Wahlgänge durchmachen müssen. Bei allen Wahlen hat sich die Sozialdemokratie lebhaft betheiligt. Die hierzu erforderlichen Geldmittel wurden durch freiwillige Sammlungen seitens der Arbeiter aufgebracht. Das Ergebniß dieser während 43 Wochen fortgesetzten Sammlungen betrug in Summa 15,700 M. 41 Pf. Ueber jeden einzelnen Posten ist seiner Zeit bereits in der „Berliner Freien Presse" öffentlich quittirt worden. Daß die gesammelten Gelder die zweckmäßigste Verwendung gefunden haben, beweisen folgende, in der Versammlung gemachten Mittheilungen. Es wurden in der Allgemeinen deutschen Associations-Buchdruckerei, Kaiser Franz-Grenadierplatz 8a, gedruckt: 261 verschiedene Sorten Plakate in einer Gesammtauflage von 68,480; 87 verschiedene Versammlungseinladungen in 156,000 Exemplaren; 11 verschiedene Säulenanschläge in 1990 Exemplaren, 13 verschiedene Wahlaufrufe mit einer Gesammtauflage von 556,000 Exemplaren; Stimmzettel zu 10 Wahlgängen, Gesammtauflage 473,000; 83 verschiedene Wahleinladungszettel mit 57,600 Exemplaren; Postkarten und Wahlmahnzettel, zusammen 18,000 Stück; alsdann Zählzettel zur correcten Angabe des Wahlresultats 1075 Stück und schließlich zu sechs verschiedenen Festlichkeiten vor der Wahl wurden gedruckt und umgesetzt, 14,000 Festprogramme. Summa der Drucksachen-Exemplare 1,346,145. Verbreitet wurden diese Drucksachen fast ausschließlich unentgeltlich und hat sich hier der Opfermuth des Proletariats auf das Allerglänzendste bewährt. Es haben seit dem 15. September v. J. bis zum 15. September d. J. durch das Wahlcomité veranstaltet 307 Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten berathen wurden, stattgefunden. Neben diesen 307 Versammlungen, in denen also Vorträge gehalten wurden und Discussionen stattfanden, haben noch 144 Wahl-Hilfsmänner-Versammlungen getagt. In diesen öffentlichen, resp. politischen Versammlungen haben Vorträge gehalten: Most 40, Grottkau 38, Baumann 29, Bernstein 26, Fritzsche 26, Rackow 23, Hasenclever 21, Lossau 18, Rathenau 7, Dolinski 6, Liebknecht, O. Kapell und Schramm je 5, Bebel, Finn, Keitel, A. Paul und Fl. Paul je 3, Auer, Stamm, Bäthke, Hasselmann, Heiland, Vahlteich, Wolf, Wölky, H. Adam und Reimer je 2, Adam, W. Bong, Jörrissen, Beck, Bracke, Fischer, König, Geib, Henke, Winnen, A. Kapell, Wißmann, Motteller, Blos und Rittinghausen je einen, Summa: 307 politische Vorträge.

Auf die verschiedenen Wahlkreise vertheilen sich diese Versammlungen wie folgt: 9 auf den ersten, 26 auf den zweiten, 80 auf den dritten, 66 auf den vierten, 28 auf den fünften und 98 auf den sechsten Wahlkreis. Von den 15,700 Mark 41 Pf. Einnahme war das Comité noch im Stande nach auswärts Unterstützungen gewähren zu können. So z. B. wurden nach Barmen-Elberfeld zur Unterstützung der Wahlagitation abgeführt 300 Mark, dem Comité in Hamburg wurden überwiesen 420 Mark, für Altona wurden in zwei Raten gezahlt 800 Mk., für die Agitation in der Provinz wurden verausgabt 706,20 Mark und auf die allgemeine Agitation wurden verwendet 1844,71 M. Trotz der riesigen, immer mit Geldkosten verknüpften Agitation, welche hier in Berlin entfaltet worden war, konnte dennoch der auswärtigen Genossen gedacht werden, Beweis genug, daß das Comité mit den anvertrauten Geldern haushälterisch umgegangen ist; die Versammlung erklärte sich denn auch mit den Leistungen des Comités vollkommen einverstanden. Beschlossen wurde noch, eine Prüfungscommission, aus 6 Personen bestehend, zu erwählen, welche die vorgelegte Abrechnung zu revidiren und einer demnächst einzuberufenden Volksversammlung über das Resultat ihrer Revision Bericht zu erstatten hat. Nachdem diese Commission gewählt war, trennten sich die Versammelten mit dem Bewußtsein, für die sozialistische Sache ihre Schuldigkeit gethan zu haben.

— Bekanntmachung. Der ehemalige Redakteur Hr. Jak. Chr. Marbach ist wegen der in den Nummern 60, 61 und 62 des damals unter seiner verantwortlichen Redaktion erschienenen Blattes „Volksstaat" vom 24, bez. 26 und 28. Mai 1876 unter der Ueberschrift „Von Rechtswegen" enthaltenen Beleidigung der Richter des Königlichen Landgerichts zu Saarbrücken in Beziehung auf ihren Beruf in Gemäßheit § § 185, 186, 73 und 196 des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich in Verbindung mit § 20 des Reichspreßgesetzes vom 7. Mai 1874 zu drei Monaten Gefängniß und Tragung der Untersuchungskosten rechtskräftig verurtheilt worden. Solches wird auf Grund des § 200 des gedachten Strafgesetzbuchs antragsgemäß hierdurch bekannt gemacht.

Leipzig, am 19. September 1877.

Königliches Gerichtsamt im Bezirksgericht, Abtheilung für Strafsachen.

Bieler.

Ueber die russische Kriegskunst

bringt die „Vossische Zeitung" unter dem Titel: „Der russische Feldherrenkrach" folgenden interessanten Artikel:

„Plewna! Ein Donnerwort, bei dessen Nennung jeder Russe erbeben muß. Bei Plewna, dessen Weichbild mit dem Blute von 30,000 Soldaten getränkt wurde, hat Großfürst Nikolaj die militärische Ehre Rußlands begraben. Plewna hat uns das große Rußland in seiner ganzen Ohnmacht, die russischen Feldherren in ihrer ganzen Unfähigkeit gezeigt; Plewna hat uns gelehrt, daß auch die großartigsten Mittel msoderner Kriegstechnik fast werthlos werden, wenn dieselben von rohen und unwissenden Massen gehandhabt und von stupiden Generälen ausgebeutet werden sollen. Vor Plewna ereilte ein grandioser Krach das ganze russische Militärsystem. Es stellt sich heraus, daß das militärische Rußland noch in den Kinderschuhen steckt und nicht im Stande ist, die hochtrabenden Pläne seiner Politiker zu unterstützen und durchzuführen. Die russische Politik will die Türkei aus Europa hinauswerfen, russische Vasallenstaaten an der Donau erstehen lassen, Armenien erobern, das Schwarze Meer beherrschen, sich das entscheidende Wort im Westen vorbehalten, nöthigenfalls erzwingen. Zu allen diesen Unternehmungen gehört der Nachdruck einer riesigen, allezeit schlagfertigen Armee. Diese Armee wurde geschaffen und mit einem Aufwande von einigen Milliarden organisirt. Gewisse westeuropäische Politiker ließen sich durch die äußeren Erscheinungen und durch gedruckte militärische Tabellen täuschen und verhöhnten zu Beginn des Krieges Jene, welche die russische „Promenade nach Konstanti-

---

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845).

Motto: „Es ist der Fluch der Könige, von Sklaven bedient zu sein, die jeden Wink von Oben als ein Gesetz erkennen, und die Meinung drohender Majestät errathen wollen, schon wenn sie einmal finster blickt."

(Shakespeare, König Johann.)

Ich beantrage die Freisprechung des Angeschuldigten, und hoffe, daß dieser gehorsamste Antrag am Schluß meiner Vertheidigungsschrift völlig gerechtfertigt erscheinen wird.

Die neueste Zeit, an politischen Anklagen reich überhaupt, hat keine häufiger gebracht, als die: durch Tadel der Gesetze und Anordnungen des Staates Mißvergnügen und Unzufriedenheit der Bürger gegen die Regierung veranlaßt zu haben.

Hier ist abermals eine. Ein wackerer Lehrer, ein für die Erkräftigung des gesammten Volksschullehrerstandes einflußreicher und von allen Fachleuten hochgeschätzter Schriftsteller, ein braver, ein in jeder Beziehung in seinem Amts-, Privat- und Familienleben untadelhafter und deshalb von seinen Mitbürgern und Allen, die ihn kennen, ohne Ausnahme geachteter Mann ist auf Grund dieser Anklage vor den Richter gestellt. Sein Ankläger aber ist jener Stieber, Kammergerichts-Referendarius und Polizeiagent, der für das wahnsinnige Projekt des Tischlers Wurm, zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen eine Verschwörung zu machen, in den besseren Ständen einen Vater und Pathen suchte, und sie in Schlöffel und Wander gefunden glaubte.

Mit blindem Vorurtheil nahm er unerhörte Maßregeln gegen diese beiden Männer; er störte die Sicherheit ihres Hauses, er schleppte sie in's Gefängniß. Und siehe, gegen Wander fand man schon nach drei Tagen keinen Grund, nicht einmal zu einer Anklage, und Schlöffel, der auf Hochverrath zum Tode Angeklagte, ist nach geschlossener Untersuchung seiner Haft entlassen. Seine Entlassung ist ein Zeichen, daß nach dem vernünftigen Ermessen der Richter kein Beweis gegen ihn vorhanden und daß seine Freisprechung erfolgen wird.*) Todesschuldige Hochverräther entläßt man nicht, wenn eine Verurtheilung in Frage steht.

In Dem aber, welcher vorurtheilsvoll diese, alle Gesetzlichkeit überschreitenden Maßregeln genommen hatte, entstand das Bedürfniß, sie irgendwie, und wenn auch nur scheinbar, zu rechtfertigen. Die gegenwärtige Anklage halte ich für frivol und kann sie daher nur auf Rechnung dieses Bedürfnisses, oder des ungemessensten Vorurtheils stellen. Weil Herr Stieber nicht nachweisen konnte, daß Wander ein Hochverräther, so wollte er doch wenigstens darthun, daß er ein Solcher sei, zu dem man sich einer hochverrätherischen That versehen könne.

Das römische Recht hat viel Schlimmes nach Deutschland gebracht; ein Gutes haben wir nicht mit aufgenommen, — der Ankläger mußte nach römischem Rechte in crimen subscribere, d. i. sich verbindlich machen, auf den Fall, daß er den Angeklagten nicht überführen würde, die Strafe selber zu leiden, welche auf das angeklagte Verbrechen gesetzt war. Unsere Gesetze über falsche Anklage ersetzen das römische nicht, indem sie erst gegen den falschen Ankläger den Nachweis fordern, daß er wissentlich und ohne Grund beschuldigt habe. Seine Unwissenheit dient dem Ankläger zum Versteck, besonders in Sachen des Urtheils wie hier.

Da ich das ungesetzliche Gebahren Stieber's in der Wurm'schen sogenannten Verschwörung für die Veranlassung der gegenwärtigen Denunziation halte, so muß ich auf diese Verschwörung näher eingehen. In dem Warmbrunner Tischler Wurm, einem Menschen ohne Bildung, aber von natürlichen geistigen Anlagen, der aber weit über diese Anlagen hinaus auf sie eitel ist und von sich selbst aussagt, daß er mit „ungewöhnlichen" Gaben begabt sei, war durch die Lektüre von mancherlei Schriften, insbesondere aber durch die Lektüre des Lubojatzky'schen Romans „1830", verbunden mit dem gegebenen Beispiel der Weberunruhen in Langenbielau, eine romanhafte Lust entstanden, zur Abhilfe der Noth der arbeitenden Klassen, welchen gegenüber er die Besitzenden und Gebildeten als Feinde ansah, eine Revolution herbeizuführen. Wie er ausdrücklich gesagt hat, es sollte, auf einen neuen „Bauernkrieg" hinausgehen. Er mochte sich in seiner Eitelkeit schon als Helden in die Geschichte eingezeichnet sehen.

Seine Projekte waren nach Zweck und Mitteln wahrhaft wahnwitzig. Vorläufig beschränkte er sich auf die Entwerfung, Umarbeitung und Ausfeilung einer Proklamation, welche gleichzeitig einen Bundeseid und Verhaltungsregeln für die Verschworenen enthielt. Diese Proklamation zeigte er mehreren Unglücklichen, die nicht wußten, daß das Gesetz sie zur Anzeige dieses Unsinnes verpflichtete und deren Unterlassung hart bestrafe. Einen Eid nahm er Keinem ab, theilte auch die Proklamation nicht abschriftlich mit, sondern gab sie nur zum Lesen.

Die Kunde von diesem Getreibe war zu den höchsten Behörden gedrungen, welche zur Ermittelung der Sache einen Polizei-Bedienten nach Hirschberg sandten. Die Wahl fiel leider auf den, wie es vielfach ersichtlich geworden, ganz unbefähigten Stieber. Er kam gegen Ende des Monats Februar d. J. hier an, gab sich für einen Maler Schmidt aus, drängte sich in Tabagien und an öffentlichen Orten an allerlei Leute, und war offenbar wie Wurm, nur von einer entgegengesetzten Phantasie, ergriffen. Er ist der Herausgeber der „Beiträge für das Gelingen der praktischen Polizei" und wollte und sollte nun seine Theorien praktisch bethätigen. Man erkennt sogleich sein Interesse „für das Gelingen" seiner Mission; je wichtiger die Verschwörung, desto wichtiger sein dem Staat geleisteter Dienst.

Herr Schmidt oder Stieber fing sein Geschäft damit an, daß er zwei Gebrüder Hermann in die Ideen des ihnen bereits näher getretenen Wurm eingehen hieß. Sie mußten auf seine Weisung sich freiwillig zu dem Bundeseide erbieten, den Wurm gar nicht verlangt hatte. Dieser biß gierig darauf an; denn solche Eiferer für seine Tollheit, so gespannte Hörer für seine wahnwitzigen Projekte als diese betrüglichen hatte er bis dahin noch nicht gefunden. Was sie gehört, theilten sie dem Polizeiagenten treulich mit, vielleicht auch mehr; denn einer dieser Brüder log, wie es polizeilich ermittelt ist, vor etwa 6 Wochen, daß zwei der Verschwörung angehörige Vermummte ihn eines Abends überfallen und ihn zu einem Teich geschleppt hätten, um ihn zu ertränken.

Der Wahnsinn der Wichtigmacherei ist ansteckend; die unwillkürlich rege werdende Hoffnung auf außerordentliche Belohnung stachelte auf; die einmal irregeleitete Phantasie verwechselt zuletzt den Traum mit der Wirklichkeit.

War diese Verleitung zu unnöthigen, moralisch in keiner Weise zu billigenden Eiden ein Kunstgriff der praktischen Polizei,

*) Ist bekanntlich erfolgt. Vgl.: Mein Prozeß wegen Anklage auf Hochverrath, von F. W. Schlöffel. Heidelberg, J. Groos, 1846.

nopel" als ein überaus schwieriges Ding auffaßten und vor den Fähigkeiten der russischen Armeeleitung wenig Respekt zeigten.

Do begannen die Operationen. Die Russenfreunde waren überrascht, entzückt. Der Uebergang bei Galatz war ein „Meisterstück", der Uebergang bei Sistova ein „Bravourstück", das Bombardement, welches eine Strecke von 70 Meilen einbezog und beide Donauufer von Widdin bis Ismail nutzlos verwüstete, war „großartig". Und als die Russen auf dem rechten Donauufer standen, da begann unter allseitiger Bewunderung das Sturmlaufen der Kosaken gegen Süden. Bulgarien wurde von Ost nach West und von Nord nach Süd durchzogen; die Dobrutscha war bald in den Händen Zimmermann's, dessen Kolonnen vor Silistria, Basardschik und Mongolia erschienen. Der Großfürst Thronfolger wurde zum Strategen ernannt und sollte Rustschuk schleunigst zu Falle bringen; seine Kolonnen reichten von Pirgos bis Osman Bazar, die Jantra, der Lom, Rasgrad — Alles wurde besetzt, die Kosaken waren überall. Die Kolonnen des Großfürsten Nikolaj, der bereits in Kischeneff zum Strategen ernannt worden war, „eroberten" Plewna, Lowatz, Selvi, Tirnova, Gabrowa, Schipka, Hoinköi. Abdul Kerim Pascha lag regungslos mit seiner Armee bei Schumla. Also vorwärts! General Gurko wurde zum selbstständigen Strategen ernannt und mit 40,000 Mann nach Thracien entsendet. Neue Siege, neue Eroberungen; Kasanlyk, Jeni- und Eski-Zagra, Karabunar waren bald besetzt. Die Russenfreunde klatschten in die Hände und riefen enthusiastisch: Meisterhaft! und der schlaue Ignatieff glaubte schon, daß der Moment der Niederwerfung gekommen sei. —

Die Situation war äußerlich über alle Maßen glänzend. Man hatte nur ein paar Tausend Türken bei Sistova und Nokopolis geschlagen, und war schon im Besitze des nördlichen Bulgariens, des Balkans, eines Theiles von Thracien. Wie stellte sich aber diese äußerlich so vortheilhafte Sachlage bei eingehender und näherer Betrachtung dar? Die Administration war elend, die Verzettelung der Streitkräfte eine beispiellose, die Brücke von Sistova eine ungenügende Verbindungslinie, die Operationslinie viel zu lang, die Angriffsfront zu breit, die Rückzugslinie nicht gesichert. Die russischen Strategen hatten an Alles gedacht, nur an den Feind nicht! Die Politik war allein maßgebend, die militärischen Erwägungen waren Nebensache. Das Bulgarenvolk wurde insurgirt, das türkische Eigenthum verwüstet, Fürst Tscherkasky war Gouverneur. So lange kein Türke in Sicht war, bewährte sich die russische Strategie unvergleichlich. Da kam Mehemed Ali, dann Osman, endlich Suleiman, und mit dem Auftreten dieser drei Männer hatte es mit den Eroberungen und mit der russischen Strategie seine guten Wege. In Plewna zeigten sich „einige" Türken; ein Paar Brigaden wurden dahin entsendet, um die rechte Flanke frei zu machen und diesen wichtigen in Folge der famosen Balkanoperation aber wieder aufgegebenen Straßenknotenpunkt zu „säubern". Siehe da! die russischen Brigaden kamen mit blutigen Köpfen nach Bjela. In Folge dessen wurden zwei Corps gegen Plewna dirigirt, aber auch diese erlitten eine furchtbare Niederlage. Wie kam das? Die russischen Feldherren hatten vergessen, daß die türkische Armee ihren linken Flügel in Widdin hatte, sie hatten keine Ahnung, daß Osman gegen Plewna aufgebrochen ist, sie wußten nicht, daß 50,000 Türken ihren rechten Flügel bedrohen. Die Enttäuschung war bitter; es begann eine allgemeine Rückwärtsconcentrirung, das Hauptquartier ging mit gutem Beispiele voran, alle Nachschübe wurden gegen Plewna dirigirt, die ganze Armee mobilisirt, die Garde aus ihrer süßen Ruhe aufgescheucht, die Armee Zimmermann's reduzirt und an den Trajanswall zurückgezogen, wo sie unter dem entsetzlichen Klima hinsiecht! Während die russischen Strategen ihre Aufmerksamkeit Osman Pascha zuwendeten, wurde Gurko von Suleiman Pascha aus Thracien hinausgeworfen, und zu allem Ueberflusse erschien auch Mehemed Ali, um die verzettelten Streitkräfte des Czarewitsch in einer Reihe von Gefechten zu schlagen, über den Lom und schließlich an die Jantra zu werfen. Ohne daß sie es recht wußten, waren die russischen Generäle in die unnatürlichsten und gefährlichsten Positionen gedrängt, eine Frontveränderung folgte der anderen und heute stehen zwei russische Heere Rücken an Rücken zusammengedrängt an der Jantra und vor Plewna, während ein Theil der Armee die schmale Linie Bjela-Tirnowa-Gabrowa-Schipka in der denkbar ungünstigsten Defensivstellung zu behaupten hat. Die Armee des Großfürsten Thronfolgers wurde in kleinen Kämpfen geschlagen, die Armee vor Plewna erlitt große Niederlagen und das eigensinnige Bestreben der Behauptung des Schipkapasses kostete 10,000 Mann und wird unzweifelhaft ebenfalls zur schmählichen Niederlage führen.

Aus allen Operationen leuchtete der nackte, ungeschminkte Dilettantismus hervor. Die Russen haben keinen einzigen Strategen; die Generale sind Haudegen, welche das Menschenmaterial gar nicht schonen, den Werth des Mannes nicht zu schätzen wissen, Tausende und Tausende durch gänzlich verfehlte Taktik nutzlos zur Schlachtbank führen. Bravour geht ihnen über Alles, Verstand, Ueberlegung, militärisches Wissen — sind die Dinge, welche dem russischen Hauptquartier ganz fremd sind. Die Truppen sind brav und muthig; sie verstehen aber nicht von den neuen Waffen Gebrauch zu machen. Ihre Waffe ist das Bajonnet, bis sie aber zum Gebrauche desselben kommen, sind ihre Reihen durch das mörderische Feuer des kaltblütigen Gegners niedergeworfen. Die Artillerie hat gute Geschütze, bedient dieselben aber schlecht, so daß die türkische Artillerie mit halben Mitteln einen größeren Erfolg erzielt. Woran liegen diese Fehler? An der geringen Intellegenz der Massen, welche die Wirkungen und Vortheile der neuartigen Waffen gar nicht begreifen, und an den Offizieren, welche insgesammt eine mangelhafte fachmännische Bildung genossen haben. Aus diesem Offizierscorps sind theils im Wege der Protektion, theils „durch Dienstzeit" die russischen Feldherren von heute herausgetreten, die in den Geist moderner Kriegführung nicht eingedrungen sind und das Höchste geleistet zu haben wähnen, wenn sie das Exerzierreglement kennen und einige militärische Bücher gelesen haben. Das echte Talent, das durch andauernde Studien geläuterte und geschärfte Urtheilsvermögen, der richtige durch praktische Versuche geübte Blick fehlt ihnen. Nicht jeder Großfürst oder Prinz muß ein Feldherrngenie sein, und die alten Sieger aus dem Kaukasus und aus Polen, vom Amour und Tschakend sind mit der Zeit nicht vorwärts gegangen und leben nach wie vor in den Erinnerungen der Stoßtaktik und des Bajonnetangriffs. Sie finden sich in neuen Situationen nicht zurecht, und seitdem die türkischen Paschas unerwartete Operationen vornehmen, wächst die Verwirrung im russischen Hauptquartier.

Gegen einen Osman Pascha, der sich ganz unbemerkt an den Großfürsten Nikolaj heranschlich, der das Terrain mit vollendeter Geschicklichkeit ausnützte, von der modernen Waffe einen großartig wirkungsvollen Gebrauch machte und die taktischen Fehler des Gegners mit Erfolg auszunützen verstand, sind die Herrschaften in Poradim Zwerge. Und gegen einen Mehemed Ali, der es verstand, auf allen Punkten durch glänzend ausgeführte Flankenmärsche und Concentrirungen mit Uebermacht zu erscheinen und den Gegner ohne Hauptschlacht, sondern nur durch kleine Nadelstiche, aus allen Positionen hinauszuwerfen und zu einer fortgesetzten „Concentrirung nach rückwärts" zu zwingen, sind die russischen Generalstäbler jugendlich unerfahrene Cadetten.

In Asien wie in Europa hat die russische Strategie Bankerott gemacht und die russische Militärmacht ist auf ein Vierteljahrhundert, vielleicht auf ein halbes Jahrhundert zertrümmert.

Correspondenzen.

Berlin, 26. September. Gestern Abend hielt Parteigenosse Grottkau im Saale des Handwerkervereins vor einer sehr zahlreichen Versammlung einen Vortrag über die Grund- und Bodenfrage. Redner führte aus, daß die Arbeit und der Grund und Boden mit seinen natürlichen Produkten die nothwendigen Quellen aller Werthe seien. Der Privatbesitz des Bodens bilde also ein Monopol gegenüber Denen, die keinen Theil an diesem Besitze haben. Die höhere Cultur des Bodens rechtfertige den dauernden Besitz desselben nicht, wie man behauptet habe, denn diese höhere Cultur mache sich schon durch den höheren Ertrag bezahlt. Redner zeigte sodann, wie auch die Errichtung von Produktiv-Assoziationen (im Privatbesitz) nichts an dem Charakter des Monopols ändern würde. Jede neue Erfindung, jeder Culturfortschritt erhöhe den Werth des Bodens, also den Privatbesitz. Unter den heutigen Verhältnissen erhöhe ferner die Verdichtung der Bevölkerung alle zehn Jahre den Werth des Bodens um ein Drittheil. Bei einer eventuellen Expropriation des Privatbesitzes am Boden würde sich also der Gesammtwerth (Expropriationspreis) des letzteren durch die stete Verbesserung der Cultur und die Verdichtung der Bevölkerung höchstens in 30 Jahren reproduziren. Diese Idee der Umwandlung des Privatbesitzes von Grund und Boden in Gemeingut sei übrigens weder neu, noch erfordere ihre Verwirklichung eine Aenderung der Gesetzgebung, da jeder Staat das Expropriationsrecht im Prinzip bereits besitze, dessen Anwendung nur verallgemeinert, resp. dem gegebenen Zweck entsprechend modifizirt zu werden brauche. Redner zeigte, daß bereits bei vielen alten Völkern (Griechen, Juden, Germanen) der Boden Gemeingut war. Dieses Prinzip herrschte noch im Anfang des Mittelalters und Spuren desselben gehen bis in die Gegenwart hinein. Zum Schluß entwickelte Redner die nothwendigen Folgen der Privatausbeutung des Bodens: entweder Großbetrieb mit steter Verminderung und dabei Knechtung der Ackerbauarbeiter, oder aber Kleinbetrieb unter stetem Kampf mit Hunger und Elend. — Lebhafter Beifall wurde dem Redner am Schlusse seines Vortrags zu Theil.

Berlin, 22. September. Wir empfangen nachstehende Zuschrift: In Nummer 111 bringen Sie unter sozial-politischer Uebersicht einen Artikel, woselbst Herrn Professor Böhmert das ehrende Zeugniß ausgestellt wird, einmal einen vernünftigen Gedanken gehabt zu haben, indem derselbe die Mitwirkung der Frauen bei Versammlungen und Festen als heilsam für die Männerwelt hinstellt. Sie knüpfen hieran die Bemerkung, daß die Sozialdemokratie diesen Umstand schon längst erkannt habe; nur die preußische Polizei resp. das preußische Versammlungsrecht nicht. Dieser letztere Passus bedarf einer Berichtigung insofern, als hier in Berlin die öffentlichen Versammlungen, welche von Sozialdemokraten einberufen, sehr stark von Frauen besucht werden, welche den Verhandlungen mit gespanntester Aufmerksamkeit folgen, und es übt deren Anwesenheit in den Versammlungen die von Ihnen bezeichnete Wirkung aus. — Inwieweit die Behörden in den Provinzen den Anforderungen der Neuzeit und des Gesetzes in dieser Beziehung Rechnung tragen, mag man aus dem Umstand ersehen, daß in vielen Fällen erst unter ungemeinen Schwierigkeiten die „Erlaubniß" resp. Bescheinigung zu einer Versammlung zu erhalten ist, an denen sich nur Männer betheiligen dürfen. Ich brauche wohl nicht erst hervor zu heben, daß die „Vergünstigung", daß Frauen in den Versammlungen anwesend sein dürfen, erst unter vielen Schwierigkeiten erobert wurde, daß viele Versammlungen deshalb aufgelöst worden sind, aber die Sozialdemokraten waren wie immer so auch in diesem Fall hartnäckig und behaupteten das Feld. Infolge dessen besuchen die Frauen schon seit Jahr und Tag die Versammlungen und wir haben durch die Anwesenheit derselben ein dankbares Publikum. — Mögen die Behörden in den Provinzen in dieser Beziehung von dem Berliner Polizeipräsidium lernen und demselben nachahmen. H. G.

Stettin. (Dienstboten haben keinen Zutritt!) So lautet der Anfang einer Notiz in Nr. 112 des „Vorwärts". Wunderbar oder aufsehenerregend kann die dort mitgetheilte Thatsache aber keineswegs sein, denn was dort aus Groß-Warnitz bei Oldesloe mitgetheilt, ist z. B. in Pommern, und nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten, vollständig gang und gäbe. Jeder, der Kotzebue's „Unsere Kleinstädter" für ein Phantasiegebilde hält, dem kann die Unrichtigkeit dieser Ansicht ad oculos demonstrirt werden. — Während z. B. dem Unteroffizier, und wäre er vorher sonst was gewesen, der Zutritt zu allen „Vergnügen" freisteht (mit Ausnahme der der aristokratischen Kreise), liest man dort fast jedesmal bei Arrangements von Concerten: „Dienstmädchen haben keinen Zutritt!" „Knechte und Gesellen" weiß man sich auf andere Weise fern zu halten, ohne es ausdrücklich zu verbieten. Einmal haben diese ihre „Geliebten" (ohne die geht es nun einmal nicht ab) aus dem Kreise der „Dienstmädchen", andererseits ist aber auch das Entree (gewöhnlich 50 Pf.) so hoch, daß es zu dem Verdienste dieser Leute in keinem Verhältniß steht, denn ein Lohn von 6—7 Mk. wöchentlich, bei freier Kost und Logis, d. h. einer Schlafstube unter dem Dache, ist dort etwas außerordentliches. Die Gesellschaften, Clubs und Vereine selbst wissen sich „diese Elemente" fern zu halten, entweder hat der Vorstand allein zu entscheiden, ob Jemand aufnahmefähig ist oder nicht, oder es existirt in diesen Gesellschaften die Ballotage, und in den meisten Fällen gehört eine Zweidrittelmajorität dazu, aufgenommen zu werden. Der einzige Ort, wo „diese Elemente" aufnahmefähig sind, sind Kriegervereine, denen die „Crême der Gesellschaft", soweit sie Soldat gewesen, gemeinhin als „Ehrenmitglieder", aus denen häufig auch der Vorstand gewählt wird, angehören.

Wie gesagt, in keinem Theile Deutschlands ist der Klassenunterschied, oder richtiger gesagt der Kastengeist, so ausgeprägt, wie gerade in Pommern.

Ist es doch Thatsache, daß z. B. der „Handwerkerverein" in Stolp in Pommern, nachdem er eine Mitgliederzahl von circa 6—800 erreicht hatte, das Eintrittsgeld erhöhte, um den Eintritt zu erschweren, trotzdem der Majorität jener Versammlung, in welcher dieser Beschluß gefaßt wurde, ausdrücklich von Seiten der Minorität entgegen gehalten wurde, daß man mit diesem Beschlusse nur den Arbeitern und Handwerkern den Eintritt erschweren wollte, sonst Niemandem. Ist es doch ferner Thatsache,

---

so wollen wir hoffen, daß die ihr zum Grunde liegende Theorie nur die des Herrn Stieber und ihm ausschließlich angehörig sei. Ungesetzlich ist der mildeste Ausdruck, den man für dies Verfahren brauchen kann. Man sieht aber daraus, zu welchen Handlungen der Eifer für sein Ziel den ꝛc. Stieber zu verleiten vermochte.

Auf die Aussagen der Eidesleister wurde Wurm arretirt. Die bei ihm gefundene Proklamation, ein Machwerk von hohlen Redensarten, schien dem ꝛc. Stieber ein geistvolles Werk, und er gründete darauf sogleich die für die Vergrößerung der Wichtigkeit seiner Entdeckungen sehr ersprießliche Präsumtion, daß für den Wurm'schen Wahnwitz in den gebildeten Ständen versteckte Theilnehmer vorhanden sein müßten. Er sah sich um nach geeigneten Leuten dazu.

In hiesigen Schenken, die er fleißig besucht hatte, und in welchen viele invalide Urtheile zum Besten gegeben zu werden pflegen, hatte er von einem hier bestehenden Gewerbeverein gehört und nicht minder von Schlöffel's und Wander's darin gehaltenen Reden. Sie sollten nach dem Ausspruch von Leuten, deren Sprachwissenschaft kaum die richtige Bedeutung der Worte kennt, „revolutionär" gewesen sein. Schlöffel, der in dem Ruf eines freisinnigen Mannes steht, hatte sich überdies neuerlichst durch eine bei dem gerade versammelten schlesischen Provinziallandtag eingereichte Petition um Beantragung der Aufhebung der Disziplinargesetze vom 29. März 1844 und um Ertheilung einer Habeas-Corpus-Akte stark in's Gerede gebracht. Was war also natürlicher, als bei dem Suchen nach einem Vorsteher der Wurm'schen Verschwörung*) auf Herrn Schlöffel zu verfallen.

Wurm wurde also von ꝛc. Stieber vernommen und mit einigen Suggestivfragen alsbald darauf gebracht, Schlöffeln, den er persönlich gar nicht kannte, als denjenigen zu bezeichnen, den ihm ein verstorbener Verschwörer, ohne Schlöffel's Namen zu nennen, blos unter der Bezeichnung eines „Fabrikbesitzers" als Mitverschwornen genannt habe. Daraufhin hielt der Herausgeber der „Beiträge für das Gelingen der praktischen Polizei" eine Haussuchung bei Schlöffel, nahm dessen sämmtliche Papiere in Beschlag und bewirkte sogar dessen Verhaftung; er, der Polizeiagent, auf eigene Gefahr, ohne Zuziehung eines richterlichen Beamten, ohne Gefahr im Verzuge.

(Fortsetzung folgt.)

— Ueber den Sparapostel Schulze-Delitzsch wird dem Chemnitzer Parteiorgan folgende Mittheilung gemacht: Es war kurze Zeit, nachdem mittelst einer Dotation dem ehemaligen Kreisrichter von Delitzsch aus Volksmitteln eine Villegiatur in einer der schönsten Straßen der nächsten Umgegend Potsdams geschenkt wurde, als es Letzterem gefiel, diese seine Besitzung zum Schutze gegen das profane Einblicknehmen anderer Sterblichen mit einer hohen Mauer nach allen Seiten zu umgeben. Ein Maurerpolier und mehrere Gesellen waren mit der Ausführung dieser Arbeit betraut worden. Schulze-Delitzsch überwachte mit ziemlicher Gewissenhaftigkeit den Beginn und Schluß der Arbeiten an jedem Morgen und Abend, munterte auch durch geistreiche Hindeutung auf andere fleißige Arbeiter die Leute auf, stets pünktlich um 6 Uhr Morgens zu erscheinen und controlirte Abends um 7 Uhr das Verlassen der Arbeit. Einmal — es war ein schöner Sommerabend, den Arbeitern lief infolge mehr als angestrengter Thätigkeit der Schweiß von der Stirne — tritt gegen 6 Uhr Schulze-Delitzsch zu den Leuten heran und giebt dem Maurerpolier Schulze zehn Silbergroschen mit den Worten: „Maurer, es ist heute ein so schöner Tag, lagern Sie sich im Kreise und lassen Sie sich einen kühlen Trunk von diesem Gelde holen." Das waren die Worte des komischen Onkels. Gleich darauf erschien eine vorher angekündigte Deputation des Handwerkervereins aus der Sophienstraße in Berlin, zu welchem Zwecke, hat der Schreiber dieses nicht erfahren können, bei Schulze-Delitzsch und es machte angesichts der lagernden Gruppe der Sprecher der Deputation die Bemerkung: „Seht, das ist der richtige Volksmann, so behandelt er die Arbeiter, während andere im Schweiße des Angesichts Sklavendienste verrichten müssen. Ein hoch Herrn Schulze-Delitzsch!!" — Tief gerührt hört es der Volksbeglücker an, weint Krokodils-Thränen und vermeint wirklich ein guter Mann zu sein. — Doch die Kehrseite des Tableaus! Es ist unterdessen 8 Uhr Abends geworden. Die Deputation ist nach Hause zurückgekehrt. Mit den Worten: „So, Maurer, jetzt wollen wir das Versäumte nachholen!" veranlaßte Schulze-Delitzsch die armen sich erholt Habenden bis circa 9 Uhr nachzuarbeiten.

— Verfall des Kleingewerbes und des Handwerkes. Bedeutsam ist die Thatsache, daß nicht allein eine große Zahl Bemittelter Gewerbe betreiben, die sie nicht erlernt haben, sondern daß eine bedeutende Zahl Handwerker zu Beschäftigungen gegriffen, die ihrer „Zunftehre" sehr entfernt stehen, z. B. Kamm- und Bürstenmacher, welche es vor einigen Jahren noch unter ihrer Würde hielten und von dem Gewerk ausgeschlossen wurden, wenn sie in einer Fabrik arbeiteten. Namentlich zeigt das die Zusammensetzung des Personals des Berliner Droschkenfuhrwesens und des Instituts der Dienstleute: Unter den ca. 4000 Droschkenkutschern ist nur der vierte Theil „professionirter Rosselenker", dagegen gehört die Hälfte dem Arbeiterstande an. Von den Dienstleuten und Droschkenkutschern sind 450 Handwerker; und zwar: 11 Bäcker, 14 Schlächter, 16 Seifensieder, 9 Gerber, 24 Schuhmacher, 13 Sattler, 12 Seiler, 16 Tischler, 15 Hutmacher, 18 Stellmacher, 11 Böttcher, 7 Drechsler, 12 Schmiede, 24 Schlosser, 13 Klempner, 2 Conditoren, 20 Schneider, 16 Buchbinder, 14 Weber, 8 Zinngießer, 4 Kammmacher, 4 Goldschmiede, 8 Müller, 10 Ziegler, 4 Kalkbrenner 8 Gürtler, 6 Kupferschmiede, 4 Gelbgießer, 8 Buchdrucker, 8 Glaser, 5 Gärtner, 6 Schiffer; der Rest gehört anderen Handwerken an. Kunst und Wissenschaft hat ein Contingent von 11, die Juristerei von 2, der Handel von 6 Köpfen gestellt. Da die Bureaukratie in mehreren, der niedere Adel in einigen und das Priesterthum in einem Exemplare vertreten ist, so repräsentiren die Droschkenkutscher und die Dienstleute der Residenz alle Stände der sozialen Gesellschaft. Immerhin ist das „Rosselenkerwesen" ein ehrlicher Erwerb und besser als das Bestehen Betrügen und Stehlen. Man ersieht aber hieraus wenigstens unsere schönen, als golden erhofften Zeiten fahren. Die liberalen Blätter, welche an den Verfall des Handwerks und der Kleingewerbe nicht glauben wollen, können sich diese Ziffern unter die Ohren reiben.

---

*) Als ich mich 1853 in Hermsdorf a. R. niedergelassen hatte, traf ich bei einem Handwerker, bei dem ich etwas bestellen wollte, einen Mann, im Gespräch begriffen. Ich wartete dies ab und fragte den Handwerker, wer der Mann sei. Ich war überrascht, von dem Mann in einfacher Arbeiterkleidung so richtige Urtheile in einer so gebildeten Sprache zu vernehmen. „Es war dies", lautete die Antwort, „der bekannte Tischler Wurm aus Warmbrunn. Er lebt jetzt hier und bekommt vom Grafen eine kleine Pension." Hier sprach ich denn den Mann, dessen Name damals so viel genannt wurde, zum ersten Mal: aber es erwachte sogleich der Gedanke in mir, mich einmal mit ihm zu unterreden, um zu versuchen, ob ich einiges Licht über zweifelhafte Punkte erhalten könnte; oder ein unmittelbarer Verkehr hätte ja nur Gerüchte erzeugen können: es sollte gelegentlich geschehen. Aber Wurm starb nicht lange darauf, und ich habe ihn nie wieder gesehen, aber von einem Gespräch, das ich ihn habe führen hören, die Ueberzeugung gewonnen, daß der Mann viel zu gescheidt war, um eine schlesische Republik, zwischen Oesterreich und Rußland, machen zu wollen. Ich zweifle auch, daß es in irgend einem schlesischen Irrenhause einen einzigen Insassen giebt, der solche Zwecke verfolgt. Wenn der Gedanke nicht in Stieber's Kopf entsprungen ist, so ist er doch gewiß der einzige praktische Polizist, der ihn glaubt. Solcher Aberglaube macht der „praktischen Polizei" wenig Ehre. W

daß in jenem Verein mit circa 200 gegen 50 Stimmen beschlossen wurde, dem Vorstande allein die Entscheidung zu überlassen, ob Jemand aufnahmefähig sei oder nicht, ein Recht, welches früher endgültig der Generalversammlung zustand. Ist es doch endlich auch Thatsache, daß man es sich in jenem Verein ganz ruhig gefallen ließ, daß man die Mitglieder in „selbstständige“ (d. h. solche, die ein Geschäft für eigne Rechnung betreiben oder festangestellte Beamte sind) und in „nicht selbstständige“ theilte, und die Letzteren von allen Aemtern ausschloß, trotzdem das Statut davon kein Wort enthält. Der Vorstand nahm sich einfach das Recht, die Mitglieder ließen es sich gefallen, und damit Basta! Es ist in jenem Verein auch vorgekommen, daß gegen Jemand, der dem Vorstande Opposition in der legalsten Weise in einer Generalversammlung machte, ein Antrag auf Ausschließung eingebracht wurde. Man wird vielleicht fragen: Wie ist denn das Alles möglich? Nun, einfach deshalb, weil das Gefühl der Menschenwürde unter der großen Masse des Volkes durch unser jetziges Erziehungssystem so ziemlich erstickt ist. Lehren wir die Menschen sich selber achten und Dinge, wie sie oben von mir geschildert, sind einfach unmöglich.

Saarbrücken. Die Verfolgungswuth, mit welcher die hiesigen Sozialdemokraten heimgesucht werden, kennt keine Grenzen — alles, was beamtet und besoldet ist, vom Richter und Staatsanwalt bis herab zum Nachtwächter, alles fühlt sich berufen, den „bösen Feind“ Sozialdemokratie auszutreiben. Selbst die hiesige Schützengesellschaft kann dem Drange nicht widerstehen, wider die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen, wie nachfolgende Kundmachung beweist, die dem Bäckermeister, Mitglied der Schützengesellschaft und Mitglied der Preßkommission der „Freien Volksstimme“, Karl Pabst seitens des Vorstandes der Schützengesellschaft zugestellt worden ist und die also lautet:

„Hiermit theilt Ihnen der Vorstand der Saarbrücker Schützengesellschaft mit, daß Sie in Folge Ihres agitatorischen Auftretens als Sozialdemokrat in der gestrigen Generalversammlung nach § 7 unserer Statuten von der Mitgliederliste gestrichen worden sind.

Den gezahlten Beitrag pro 1877 mit 6 Mark empfangen Sie anbei zurück, und bitten wir um gefällige Empfangsbescheinigung.

Der Vorstand.
J. A.: J. Schmidt.“

Der § der Schützengesellschaft lautet folgendermaßen:

„Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es durch sein Betragen der Gesellschaft Anstoß gibt, sich den Anordnungen des Ausschusses widersetzt, oder wenn es die festgesetzten Beiträge und Strafen nicht entrichtet.“

Da der also „Gestrichene“, der sich über die Streichung hoffentlich keine grauen Haare wachsen lassen wird, in der besagten Generalversammlung nicht zugegen war, verlangte er brieflich, daß in nächster Generalversammlung nochmals über den Fall verhandelt werden möge, in welcher Versammlung er persönlich anwesend sein will, um seine Sache zu vertreten. — Ueber das Resultat der Verhandlungen in der künftigen Generalversammlung wird dem „Vorwärts“ Bericht erstattet werden, falls der Vorstand der Schützengesellschaft es überhaupt über sich gewinnt, die Sache des „Gestrichenen“ nochmals auf die Tagesordnung zu setzen.

Linden vor Hannover. Seit mehr denn 50 Jahre betreibt die Firma J. Egestorff in Linden vor Hannover mehrere Kalkbrennereien neben noch anderen Etablissements als: Knopffabrik, Salinen, Blaufabrik, Lokomotiv-Bau-Anstalt, Kohlenbergwerke, Oekonomie u. s. w. Die Arbeiter der Kalkbrennereien, etwa 50 an der Zahl, sind nun meist Leute, welche 20, 39, 40 und sogar schon 48 Jahre in denselben beschäftigt sind. Da mit einem Male wird zum Schrecken der Arbeiter verkündet, daß der Betrieb eingestellt werden soll und zwar am 15. September d. J. Der 15. September kam heran und sämmtliche Arbeiter dieser Branche wurden erbarmungslos auf's Straßenpflaster gesetzt, resp. entlassen. Beim Abgange erhielt ein Jeder ein gleichlautendes Zeugniß, welches folgendermaßen lautet:

„Inhaber dieses, der Kalkbrenner pp., hat bei uns .... Jahre gearbeitet und sich während dieser Zeit fleißig, treu und gefällig betragen, so daß wir Ursache haben, demselben das beste Zeugniß zu ertheilen.

Gez.: J. Egerstorff's Erben.“

So, dieses Zeugniß ist der Lohn für die jahrelange Arbeit, die den Fabrikherren Reichthümer über Reichthümer eingebracht hat. Arbeiter, erkennt endlich, daß Ihr Euch selbst helfen müßt, was Ihr aber nur am besten dadurch könnt, wenn Ihr Euch insgesammt der Sozialdemokratie anschließt, die die wahren Interessen des Proletariats vertritt. G. B.

Baden-Baden. Genosse Dreesbach referirte vor kurzem in einer Volksversammlung über das „Arbeiterschutzgesetz“, und fand die klare und leichtfaßliche Zergliederung desselben bei den zahlreich Versammelten ungetheilten Beifall. Als Redner schließlich der Petition an den Reichstag, die Zuchthausarbeit betreffend, einige Worte besonders widmete, war fast keiner unter den Anwesenden, der mit seiner Unterschrift zurückstehen wollte. M.

Freiberg. Ein altes Sprüchwort sagt: „Der Krug geht so lange zu Wasser bis er bricht.“ Von dem hiesigen Erzbergbau aber kann man sagen: so lange er noch „Glanz“ und sonstige auch nur halbwegs gewinnbringende Produkte gibt, wird der Arbeiter trotz seines Hungerlohnes zur erhöhten Arbeit angetrieben, und alles das nur um des Gewinnes, um der Tantième willen, welche den einzelnen Herren in die Tasche fließt. Auf Grube „Himmelfahrt“ nebst den anderen Schächten, wie z. B. „Alt-Elisabeth“, „Thurmhof“, „Ludwigschacht“ ꝛc., werden die Arbeiter von den Ober- und Revierſteigern oftmals sehr hart gedrückt, zumal bei der Gedingearbeit, wo die Doppel- und Lehrhäuer im Gedinge stehen und vom Ansteiger rastlos angetrieben werden, nur recht viel — vornehmlich Glanz — zu schaffen. Daß die Arbeiter einen siechen Körper davon tragen, wenn dieselben über ihre Kräfte arbeiten müssen, daß viele krank werden und ein vorzeitiges Invalidenthum unter den hiesigen Bergarbeitern durch derartige Ueberanstrengung entsteht, das genirt die Herren Beamten, insbesondere die Herren Obersteiger, nicht; haben dieselben doch außer ihren 50 Mark Wochengehalt und dem 5—600 M. betragenden „Christkindchen“ noch die auf ihre Kux entfallende jährliche Tantième. Ja, wenn manche der „großen Herren“ wüßten, wie es thut, in die nächtlichen Tiefen zu fahren und im Schweiße des Angesichts mit drohenden Gefahren das kümmerliche Brod zu verdienen, wenn sie das Unrecht sähen, mit welchem man uns täglich, stündlich entgegentritt, wahrlich, man würde nicht tagelang im gesetzgebenden Körper herumdebattiren, — wie es seinerzeit geschehen — was mit dem beim Erzbergbau in Sachsen erzielten Ueberschuß anzufangen sei. — Wenn so ein 10—20 Zoll mächtiger „Erzglanz“ sichtbar wird, hei, wie wird da commandirt, damit in die offenen und nimmersatten Taschen der „Herren“ eine reichliche Tantième fließt, und wenn es einmal nicht scharf genug mit der Arbeit geht, dann wird flugs eine Strafschicht verfügt. Ist dann die Zeit herum und es sind so und so viele Meter aufgefahren, so daß die Arbeiter in dem Wahne leben, einige Groschen Ausbeute gemacht zu haben, so passirt es nicht selten, daß der gestellte Gedingepreis nicht ausgezahlt wird. Wer es allerdings versteht, den sogenannter „Fuchsschwänzer“ zu machen, der fährt besser. Auch gibt es Arbeiter, welche um ihren Krankenlohn „geschnellt“ werden. So ist z. B. einem Arbeiter auf Schacht „Elisabeth“ 14 Tage Krankenlohn zurückgehalten worden. Ein anderer Arbeiter aus Großschirma hat ebenfalls 14 Tage Krankengeld eingebüßt, ein Arbeiter in Freiberg 8 Tage, und so wären noch viele derartige Notizen zu veröffentlichen, wo den Leuten das statutarisch zugesicherte Geld vorenthalten wurde und der Grubenkasse zu Gute kam. Es darf da auch nicht Wunder nehmen, wenn jährlich ca. 900 Mk. Strafgelder vom Lohn abgezogen werden. Was sagt man z. B. dazu, wenn einem Arbeiter auf Schacht „Alt-Elisabeth“ für 24 Stunden Arbeit vom Untersteiger kein Lohn bezahlt wird? Und ist das etwa recht gehandelt, wenn seitens der Beamten den Arbeitern für vierwöchentliche Arbeit im Gedinge die Ausbeute von 6—9 Mk. zurückgehalten wird? Und nun noch eins: Seit längerer Zeit schon rathet und thatet man an der Verkürzung der bisher üblichen Pension. Hat ein Arbeiter, welcher 30 Jahre angefahren ist, nach dem jetzigen Knappschaftsregulativ pro Woche M. 3—3,50 erhalten, so sollen jetzt pro Woche 6 Mk. gezahlt werden bei 40 Jahren Dienstzeit; unter 40 Jahren Dienstzeit allerdings nur Mk. 1,80. Daß die Arbeiter darüber unwillig werden und die Knappschaftskasse nicht als Unterstützungs-, sondern als Sparkasse betrachten, welche mehr dem Beamtenthum als dem Arbeiter zu Gute kommt, ist nicht zu verwundern. Wenn bisher die Hüttenarbeiter der Freiberger Bergreviere sich leidlich besser standen als die Bergleute, so hat sich das jetzt auch schon gewaltig geändert. Wären allerdings alle Beamten so rücksichtsvoll als der Betriebsdirektor unseres Bergbaues bei „Himmelfahrt“, dann würden wir weniger resp. gar nicht klagen. Und daß dem so ist, wie ich mitgetheilt, können außer den Bergleuten die Bürger Freibergs bestätigen. Es wäre nun wohl an der Zeit, wenn die Bergknappen und Hüttenarbeiter dieses so drückende Joch durch Erstrebung besserer Zustände abzuschütteln suchten. Hoffen wir, daß es bald geschieht. E. D.

Altenburg, 24. September. Mit dem ersten Oktober erscheint hier das „Volksblatt für das Herzogthum Altenburg“. Die Probenummer wurde schon am 8. September ausgegeben, was im gegnerischen Lager große Bestürzung hervorgerufen hat. Einige liberale Lokalblättchen, voran die „Altenburger Zeitung“, brachen in ein wüthendes Geschimpfe aus, was indessen nicht uns, sondern nur die Schimpfer selbst an den Pranger stellt. Die Leser des „Vorwärts“ im Herzogthum möchte ich nur ermahnen, denselben nicht fallen zu lassen, denn wie unser Blättchen auch immer schreiben mag, den „Vorwärts“ wird es nicht ersetzen können. Ich hoffe sogar, daß unser „Volksblatt“ das Bedürfniß nach sozialistischer Lektüre erheblich steigern und dem „Vorwärts“ noch mehr Leser zuführen wird. Wenn es Einem zu viel ist, beide Blätter zu lesen, so möge er Mitleser zu gewinnen suchen, wodurch die Ausgaben verringert werden. Es wird dann sowohl der Sache, wie den Einzelnen gedient sein. Zur Einführung des „Volksblatt“ werden jetzt in den Hauptorten des Herzogthums Volksversammlungen abgehalten. Vor acht Tagen sprach hier Nauert über die „Bedeutung der Presse“ und zwar im „Rautenkranz“, da man den Wirth der „Eremitage“, der uns einmal sein großes Lokal zur Verfügung stellte, schon beeinflußt hat. Somit herrscht die „Lokalsperre“ nach wie vor. Das schadet uns nun aber nicht mehr, denn es läßt die ganze Erbärmlichkeit unserer Gegner und ihre Furcht vor uns erkennen, es ist ein sicheres Zeichen für das Gedeihen unseres Blattes. — Zu der Versammlung ist noch zu bemerken, daß sich die Herren Gegner diesmal fernhielten; sie scheinen den Versuch, unsere Anhänger uns untreu zu machen, aufzugeben und sie ziehen vermuthlich vor, den „Kampf mit geistigen Waffen“ gegen uns in der Kneipe fortzuführen. Nauert's Vortrag war übrigens trefflich und fand den verdienten Beifall.

Die Verwaltung des herzoglichen Hofgartens hat sich noch immer nicht veranlaßt gesehen, den äußerst niedrigen Gehalt des Gärtnergehilfen im Hofgarten zu erhöhen.

H. Grunwald.

An die Freunde unserer Bestrebungen in der Provinz Brandenburg.

Gesinnungs-Genossen! Seit Jahren ist es Euer Aller sehnlichster Wunsch, daß die Agitation in unserer Provinz von Berlin aus einheitlich geregelt werde, und daß Ihr insbesondere darauf rechnen könnt, von Zeit zu Zeit einen Referenten aus Berlin bei Euch zu sehen. Ihr wißt auch, daß auf dem im verflossenen Sommer von mir einberufenen Provinzial-Congreß eine endgiltige Regelung erfolgen sollte, daß aber ein polizeilich-ministerieller Machtspruch uns die Abhaltung dieses Congresses untersagt hat. Ich sehe mich daher genöthigt, mich direkt an Euch mit der Bitte zu wenden, an allen Orten für eine einheitliche Agitation Gelder zu sammeln, damit von Berlin aus Euren Wünschen Genüge geleistet werden kann. Denket daran, daß nur durch ein einmüthiges Zusammenstehen Aller etwas Großes geleistet werden kann! Ich selbst werde späterhin von Neuem versuchen, dennoch eine öffentliche Zusammenkunft von Gesinnungs-Genossen der Provinz möglich zu machen.

Mit brüderlichem Gruß Julius Heiland.

NB. Alle Geldsendungen in dieser Sache sind an Genossen Arndt, Schuhmachermeister, Bernau, Berlinerstraße 148, alle Briefe ꝛc. bis auf Weiteres an A. Keitel, Berlin N., Stettinerstraße 35, zu senden.

Berichtigung. Die Notiz: Ausschließungserklärung, den Genossen Lampel in Harburg betreffend, in Nr. 114 des „Vorwärts“ ist irrthümlich aufgenommen worden. Die Redaktion war durch den Namen des bewährten Genossen Steffler irregeführt worden und glaubte, daß derselbe sich mit dem Central-Wahl-Comité vorher in Verbindung gesetzt hätte.

Berichtigung. In meinem Artikel: „Unsere Gewerkschafts-Presse“ hat sich ein Fehler insofern eingeschlichen, als es an einer Stelle heißt: „Wir Schneider würden 500 Mark im Jahre ausgeben“ — ich wollte sagen: „Wir Schneider würden an 5000 Mark im Jahre mehr ausgeben.“

Gießen. Klerr.

Briefkasten

der Expedition. Carl Emmerich Carlsruhe: Annonce kann laut Vorstandsbeschluß keine Aufnahme finden.

Ich ersuche den Parteigenossen Ph. Lang, Cigarrenarbeiter aus Hainstadt, mir seine Adresse zukommen zu lassen.

Ph. Reinhardt, Hanau.

Quittung. W. Kls Magdeburg Ab. 220,00. Drslr Linz Ab. 4,50, Schr. 4,00. W. Rgr Brüssel Ab. 4,00. Lgs Hannover Schr. 15,50. Wndt Berlin Ab. 3,80. Klngr Rumburg Ab. 1,65. Cznck Böhm. Leipa Ab. 5,68. Wßlr hier Ab. 1,20. Dtimnn Dieburg Ab. 1,00. Gr Osnabrück Ab. 9,50. Kttl Gotha Ab. 30,00. Brbm Gotha 8,20. Engl Reudnitz Ab. 51,30, Schr. 12,50. Wlnd Kiel Ab. 2,20. Wf Christophsgrund Ab. 11,70. Sticklbrg Bordeaux Ab. 4,00. Rw Altona Ab. 39,00. Kl hier Schr. 1,00. Wllbrcht hier Ab. 1,80. Hgl Reudnitz Schr. 3,00. Schfr Gohlis Ab. 7,90. Wlthr Kiel Ab. 24,00. A. Jckl Meran Ab. 4,23. Irgns Crottorf Ab. 3,20. Blzn London Ab. 4,08. Urbn Linden Ann. 1,50.

Linden-Hannover. Hiermit mache ich den geehrten Parteigenossen bekannt, daß ich Posthornstraße Nr. 9 in Linden ein **Kohlengeschäft** übernommen habe und halte ich mein Lager in guter westphälischer Flamm- und Nußkohle bestens empfohlen. Auf prompte Bedienung und reelle Preise werde ich stets halten. Hochachtungsvoll [210

E. Urban.

Leipzig. Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 1/2 9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die Bedeutung der Lokalpresse. Fragekastendebatte. 60] Der Agent.

Ottensen. Arbeiterverein.

Donnerstag, den 4. Oktober, Abends halb 9 Uhr, in Burmeister's Salon, 1. Treppe: [76

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag und Fragekasten.

F. Heerhold.

Genossenschaftsbuchdruckerei Augsburg.

(Eing. Genossenschaft in Liqu.)

Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 2 Uhr, im Saale des Hrn. Bierbrauer Wolf (Jakobervorstadt):

Außerordentl. Generalversammlung.

1) Bericht über den Stand der Genossenschaft.
2) Endgültige Beschlußfassung über den Verkauf des Geschäftes.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen der Genossenschafter dringend geboten. [4,20

Die Liquidations-Commission.

Für Lokal- u. Gewerkschafts-Vereine

jeder Art passend sind praktisch eingerichtete

Cassenconto- & Mitgliederbeitrags-Bücher

zum Selbstkostenpreis à 50 Pfg. zu beziehen. Porto bei 1—2 Paar 20 Pfg.; 3 Paar 30 Pf.; darüber 50 Pf. Bestellungen sind zu machen bei A. Geib in Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Nach dem Beschlusse des diesjährigen Congresses der deutschen Sozialisten erscheint vom 1. Oktober ab in Berlin:

Die Zukunft.

Sozialistische Revue.

Die hervorragendsten sozialistischen Schriftsteller des In- und Auslandes haben ihre Mitwirkung zu diesem Unternehmen zugesagt, dessen Aufgabe es ist, das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie in wissenschaftlicher Weise darzulegen und zu vertheidigen.

„Die Zukunft“ erscheint elegant ausgestattet monatlich zweimal in der Stärke von 1 1/2—2 Bogen Lexikon-Format. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich:

beim Bezug durch die Post (Zeitungs-Preisliste Nr. 4394a) und den Buchhandel M. 1,25, ohne Bringerlohn;
bei direkter Zusendung unter Kreuzband: für das Inland und die Länder des Weltpostvereins M. 1,90;
bei Zusendung unter verschlossenem Couvert M. 2,50.

Bestellungen auf die Gratis- und Franco-Zusendung der am 15. September erscheinenden Probenummer wolle man an eine Buchhandlung oder an die Expedition richten.

Die Expedition der „Zukunft“.
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Soeben erschien das 1. (Probe-) Heft der Zeitschrift:

Die Neue Gesellschaft.

Monatsschrift für Sozialwissenschaft

herausgegeben von

Dr. F. Wiede.

Der Charakter dieser Zeitschrift ist ein **entschieden sozialistischer und streng wissenschaftlicher**, was durch die hervorragendsten sozialistischen Gelehrten auf dem Gebiete der Sozialökonomie und Statistik, Sozial- und Naturphilosophie, Rechtswissenschaft, Culturgeschichte, Hygieine und Pädagogik etc. etc. **gewährleistet wird.**

Das 1. (Probe-) Heft der „Neuen Gesellschaft“ enthält: Vorwort vom **Herausgeber.** — Die Strömung in der Gesellschaft wider den Sozialismus von **Dr. A. Dulk.** — Ueber die natürliche Zuchtwahl in der menschlichen Gesellschaft von **Dr. A. Schaeffle.** — Wissenschaftliche Ketzerverfolgungen der Neuzeit mit Rücksicht auf die Zukunft der deutschen Universitäten von **Dr. Ludwig Büchner.** — Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Oesterreich von **Joh. Most.** — Die Halbheit des juristischen Studiums von **Dr. M. L.** — Die medizinische Wissenschaft und die Sozialreform von **Dr. Aug. Theod. Stamm.**

Die Zeitschrift erscheint **monatlich in elegantester Ausstattung** 3 bis 4 Bogen stark in Lexikon-Oktav.

Abonnementspreis pro Quartal 3 Mark.

Zu beziehen direkt durch die Expedition der „Neuen Gesellschaft“ in Zürich (ohne Portoberechnung), sowie durch alle Buchhandlungen.

Zürich, Herbst 1877.

Verlag der „Neuen Gesellschaft“.

Prachtvoll und **solid** gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77

sind à Stück **M. 1,20 gegen baar** oder **Nachnahme** durch die Buchbinderei von **H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16** zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der **Expedition der „Neuen Welt“**, Leipzig, Färberstr. 12 II

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enty, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 117. Freitag, 5. Oktober. 1877.

Die Folgen des großen Krachs.

I.

Nachdem die kapitalistische Produktionsweise sich in den meisten und wichtigsten Ländern der Erde eingebürgert hat, muß eine Krisis in derselben — wofür wir recht wohl den Ausdruck Krach anwenden dürfen, ganz andere oder theilweis andere Folgen entwickeln, als zur Zeit, da nur erst wenige Länder kapitalistisch im Großen produzirten. Es gilt, diese möglichen Folgen nach Maßgabe der Erfahrung zu zergliedern.

Der kapitalistische Großbetrieb setzt unter anderen Dingen auch das Vorhandensein solcher Länder voraus, welche keinen solchen Großbetrieb, oder nur in wenigen Geschäftszweigen haben, so daß sie als Absatzgebiete dienen können. Wir wissen, daß England sich genöthigt sah, durch Handelsverträge, durch bestechende Einwirkung auf die Gesetzgeber anderer Staaten, durch die planmäßige Erdrückung einheimischer Industrien in seinen Colonien, ja durch Kriege sich für seinen Großbetrieb immer neue und größere Absatzgebiete — den Weltmarkt im allgemeinen Sinne — zu erobern. Je mehr es nun Länder werden, welche den Großbetrieb in alle Arbeitszweige einführen, desto mehr Mitbewerber um den Weltmarkt giebt es. Und da der Großbetrieb mit Privatkapital eine wachsende Ungleichheit der Reichthümer erzeugt, welche durch gesteigerte Lebenshaltung der arbeitenden Klassen nur verzögert, aber nicht beseitigt werden kann, so lange es überhaupt noch Privatkapital giebt: so schrumpft der Absatz in jedem dieser Länder zusammen. Er schrumpft um so schneller und fühlbarer zusammen, nicht blos je mehr es solcher Länder werden, sondern auch je mehr Arbeitszweige in jedem vom Großbetrieb ergriffen, und je großartiger durch verbesserte Technik die Arbeit getheilt und jede Stunde erzeugnißfähig gemacht wird.

Wir erleben es also jetzt, daß der Absatz für alle Großbetriebsländer in's Stocken kommt, daß deshalb die Produktion überall eingeschränkt und dadurch die arbeitenden Klassen und die von ihnen lebenden Mittelklassen brodlos und elend werden. Es ist also nicht abzusehen, wie diesem großen Krach ein Ende gemacht werden kann, so lange das Privatkapital den Großbetrieb beherrscht.

Demgemäß also verräth sich nach vier Jahren Andauer des Krachs überall eine völlige Rathlosigkeit unter den herrschenden Klassen, wie mit dem bestehenden Wirthschaftswesen eine Besserung zu erreichen sei. Alle Großbetriebsländer ersticken gleichsam an der Ueberfülle ihrer Erzeugungskraft, während doch einer großen Mehrheit der Bevölkerung die Kaufkraft fehlt. Es werden nicht blos große Waarenmassen überflüssig, weil unverkäuflich, sondern auch Millionen Menschen, weil fast alle Arbeitszweige übersetzt, und die nicht überfüllten nicht ausdehnbar sind, so lange sie vom Privatkapital beherrscht werden. Aus dieser Rathlosigkeit, aus diesem Geistesbankerott können die Staats- und Geschäftsleute nicht herauskommen, weil sie vorher eine ganz andere Weltanschauung annehmen müßten — die unsrige —, was ihrem Beutel zu schwer fällt.

Es ist äußerst wichtig, daß wir genau die Gesetze kennen, welche zum Eintritt des allgemeinen Krachs geführt haben und **welche sein Ende bewirken können. Diese Gesetze sind theilweis noch nicht streng hingestellt und bewiesen worden, und das erste und allgemeinste scheint uns dieses zu sein:**

In dem Maße, wie das Privatkapital im Preise und im Tauschwerthe steigt, sinkt die Arbeitskraft im Preise und im Tauschwerthe, und umgekehrt. Wir haben den Beweis dieses Satzes zu versuchen.

Das Privatkapital setzt eine von ihren Arbeitsmitteln getrennte, persönlich freie (vogelfreie) Arbeiterbevölkerung voraus, welche mit ihm Verträge um Arbeitsgelegenheit und Lohn abschließt. Da die Freiheit auf beiden feilschenden Seiten ungleich ist und auf Seiten des Arbeitgebers zuzunehmen, auf Seiten des Arbeiters abzunehmen den Zug hat, so ist der Lohn nicht länger und wird immer weniger ein Gleichwerth mit der Arbeitsleistung, sondern sinkt, wie diese steigt. Das Tauschverhältniß, welches ursprünglich nur zwischen gleichen Werthen statthatte, wird ein Preisverhältniß, geht in sein Gegentheil über. Die Preise richten sich nicht nach den Tauschwerthen, welche voraussetzen, daß Güter, deren Hervorbringung gleichviel gesellschaftlich nothwendige durchschnittliche Arbeitszeit verkörpern, gegen einander die Hände wechseln, sondern die Preise richten sich nach dem Zufalle des Angebots und der Nachfrage, sowie nach dem Werthe des Geldes, in welchem ihre Höhe ausgedrückt wird. Angebot und Nachfrage aber sind unter der Kapitalwirthschaft nicht lediglich durch Naturgesetze, sondern überwiegend durch künstliche, vom Kapital gemachte Gesetze bestimmt, und genau so ist es mit dem Werthe des Geldes — oder was hier auf dasselbe hinauskommt — mit dem Preise des Geldes, seinem Zinsfuße. Es sind aber Menschengesetze, welche das Kapital im Privatbesitze — wenn auch nicht ursprünglich geschaffen — doch durch Sicherstellung und Erziehung befestigt haben. Dadurch haben sie die falsche Ansicht allgemein gemacht, daß Preis und Tauschwerth dasselbe sei; daß der enterbte Lohnarbeiter im Preise seiner Arbeit wirklich deren Tauschwerth bekomme; daß das Privatkapital wirklich Werthe erzeuge und dafür seinen Lohn oder Tauschwerth oder Preis — genannt Zins — verdiene. Die Erziehung aller Klassen hat diese Vermengung der Begriffe erzeugt und die Schwierigkeit für den Arbeiter geschaffen, seine Freiheit im Vertrage mit dem Kapitalisten zu behaupten.

Je mehr also der Arbeiter verlernt, daß Preis und Tauschwerth weit verschiedene Dinge sind, je mehr er mit sinkender eigener Freiheit sie für dasselbe hält, desto mehr steigert er den Preis und damit den Tauschwerth des Kapitals in allen seinen Formen und senkt Preis und Tauschwerth seiner Arbeitskraft, und umgekehrt — was eben zu beweisen war. Die Mehrarbeit und der Mehrwerth entstehen also überwiegend durch geistige und leibliche Unfreiheit der Arbeiter, mit einem Worte durch Gesetzgebung.

Dieses allgemeinste ökonomische Gesetz wird nun freilich in manchen Fällen scheinbar umgestoßen und in sein Gegentheil verkehrt. Wenn man aber solche Ausnahmefälle nach Maßgabe der Erfahrung untersucht und aus genügenden Ursachen erklären kann, so wird das Gesetz nur um so mehr bestätigt.

Einen solchen Ausnahmefall liefern z. B. die Vereinigten Staaten in den ersten 80—90 Jahren ihrer Geschichte. Die Gesetzgebung beabsichtigte einen zahlreichen unabhängigen Mittelstand, also wirkliche Republikaner, zu schaffen und gab eine ungeheure Landstrecke, welche sie durch Ankäufe oft vermehrte, fast unentgeltlich in kleinen Landstücken der Besiedelung preis, zerstörte fast alle großen feudalen Landbesitze, gab Bankerotgesetze, welche jedem im Geschäfte Gebrochenen seine Schuldenlast leicht und rasch abzuschütteln erlaubten, um ein neues Leben anzufangen, suchte die Bankvorrechte einzudämmen u. s. w. Da anfangs Jedermann ohne alles Kapital, später mit sehr geringem, ein Landeigner werden konnte, und da eine riesige Einwanderung und rasche einheimische Volkszunahme die Nachfrage nach Land und seinen Erzeugnissen steigerte, so wurde fast jeder fleißige und sparsame Ansiedler, besonders wenn er sich einen günstig gelegenen Platz ausgesucht hatte, im Laufe einiger Jahrzehnte ein wohlhabender, ja vielleicht ein reicher Mann. Das Geld aber hatte einen hohen Werth und man konnte viel einheimische Waaren dafür kaufen, es trug also auch einen hohen Zinsfuß ein (bis zu 36, ja 48 Prozenten), obgleich die Arbeitskraft theuer war, weil besiegeltes urbares Land rasch im Preise stieg.

Diese Ausnahme von unserm Gesetze ist also bereits durch die Neuheit des Landes erklärt — es gab keinen durch Gesetzgebung dauernd enterbten Arbeiterstand. Wer als blutarmer Lohnarbeiter anfing, hatte in wenigen Jahren soviel erübrigt, um als Landbesitzer und vielleicht nebenbei als kleiner Geschäftsmann ein Kleinkapitalist und nach weiteren Jahren durch die Nachwanderung ganzer Volksmassen ein Großkapitalist und Spekulant zu werden. Verunglückte seine Spekulation, so durfte ihm von den Gläubigern ein Mindestsatz (gewöhnlich 500 Dollars werth) nicht weggenommen werden, und bald war er wieder flott, brauchte kein Lohnarbeiter zu werden, ja er konnte sich durch vielmaligen betrügerischen Bankerott sehr bereichern. Schon dieser Umstand erklärt den überaus hohen Zinsfuß. Es bedurfte also nur eines Schutzzolls, um das in andere Spekulationen zersplitterte Kapital der Industriewaaren-Erzeugung mit riesigen Gewinnen zuzuwenden, so war der kapitalistische Großbetrieb wie ein Pilz großgewachsen. Jetzt kam die Zeit, da alles brauchbare unbebaute Land seinen Herrn hatte und so sehr im Preise stieg, daß ein enterbter Arbeiter nur mit größeren Ersparnissen und indem er sich mit Schulden belud, Grundeigner werden konnte, und daß dasselbe von allen Kleingeschäften galt. Wenn jetzt der Zinsfuß sank, obschon das Land im Preise stieg und der Arbeitslohn zu sinken begann, so war die starke Einwanderung von Großkapital daran schuld, welches hierzulande höhere Zinsen und Gewinne suchte, als in Europa möglich, während zugleich die Einwanderung von Lohnarbeitern noch ziemlich stark andauerte.

Auch diese Ausnahme vom obigen Gesetze ist also leicht zu erklären. Und als nun der große Weltkrach kam, und das Land übervoll von Waaren und Lohnarbeitern ohne Absatz sich erwies, sanken Zinsfuß und Landpreis auf die ungefähre Hälfte von vorher, und es bleibt zu erklären, warum gleichzeitig der Arbeitslohn auf das Drittel des früheren sank. Es ist aber leicht zu begreifen, daß die überschüssige Arbeiterzahl, weil sie im Glauben an den Kapitalismus erzogen, in der Hoffnung auf bessere Zeiten und Kapitalbesitz festgeankert und selbstsüchtig vereinzelt war, sich äußerst schwer zu gemeinsamem Handeln entschließen konnte, durch welches sie ökonomischen und politischen Einfluß erlangen und ihren Lohn steigern, ihre Arbeitszeit verkürzen, die Arbeitslosen in Lohn und Brod bringen mochte.

Ein anderer leicht erklärlicher Ausnahmefall wurde in Deutschland seit dem „Fünfmilliarden-Segen" beobachtet. Der scheinbare Kapitalreichthum war plötzlich vermehrt, und der Zinsfuß hätte also sinken sollen. Aber eine noch weit größere Spekulationswuth bemächtigte sich einer zahlreichen Schwindlerklasse, welche bei dem amerikanischen Schwindel in die Schule gegangen war, und rief massenhaft ungerechtfertigte Unternehmungen, also auch hohe Arbeitslöhne hervor. Die Löhne würden aber nicht oder wenig gestiegen sein, wenn nicht vorher die von Lassalle und Marx ausgegangene Organisation der Lohnarbeiter breiten Boden gefunden hätte. Die Lohnarbeiterschaft konnte Nutzen aus dem Schwindel der Kapitalisten ziehen, weil sie nicht selbstsüchtig vereinzelt und gemeinsamer Steigerung ihrer Lebenshaltung unfähig war, wie die amerikanische Arbeiterwelt, sondern ihre vereinte Macht dazu anwendete.

Die Organisation der Arbeiter tritt also bis zu einem gewissen Grade an Stelle gesetzgebender Macht, und während die letztere noch im ausschließlichen Besitze der Kapitalistenklasse bleibt, vermag sie dieselbe durch ökonomische Handlung soweit aufzuwiegen, daß sie unser obiges Gesetz vorübergehend und örtlich einschränkt. Zu einer Aufhebung des Gesetzes aber kann es erst kommen, sobald die Arbeiterschaft sich mehr und mehr an der gesetzgebenden Macht betheiligt. Dann verliert zuerst das Kapital seine bis dahin ungefährdete Sicherheit, und damit seinen Preis und zuletzt sogar allen denjenigen Tauschwerth, welcher blos Scheinwerth, blos durch Menschengesetze geschaffen war. Und genau um ebenso viel muß der Preis und damit auch der wirkliche Tauschwerth der Arbeit steigen, also auch dessen, was sie schafft. Der Preis aber ist ihr Lohn, und der Tauschwerth ist ihre Leistungsfähigkeit in gegebener Zeit und unter gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen. Der Preis kommt mehr dem Tauschwerth gleich, und dadurch wird dieser leistungsfähiger.

Aus Frankreich.

—, den 28. September.

Seit langem schon hat der „Vorwärts" den conservativen und radikalen Republikanismus in Frankreich bekämpft. Da die Austilgung der Commune vielleicht für lange Zeit noch die Elemente einer sozialistischen Bewegung gewaltsam zerstört hat, so sind wir, die kleine Minorität sozialistisch gesinnter Franzosen, hauptsächlich darauf angewiesen, der auswärtigen Bewegung unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Deshalb hat uns die Haltung des „Vorwärts" in Betreff der politischen Lage Frankreichs Trost über die Erbärmlichkeit derselben eingeflößt. Daß Ihr Standpunkt vollständig gerechtfertigt ist, das können und müssen wir durch und durch bestätigen. Uns fehlt die Zeit, Ihnen Alles mitzutheilen, was Ihre Auffassung in Bezug auf jeden Streitpunkt begründen würde, und hier ist es jetzt auch unmöglich, ein Blatt zu finden,*) welches unsere Enthüllungen und Auseinandersetzungen, ohne irgend welche polemische Randglosse, aufnehmen würde. Aber eine Quelle können wir Ihnen bezeichnen, aus welcher Sie das Material ebenso gut wie wir selbst schöpfen können. Es sind das die jetzt äußerst seltenen Werke des verstorbenen Communemitgliedes Vermorel: „Les hommes de 1848" (Die Männer von 1848); „Les hommes de 1851" (Die Männer von 1851) und „Les Vampires" (Die Vampyre). Die zwei ersten Werke erschienen als: „Philosphie de l'histoire contemporaine" (Philosophie der Zeitgeschichte). Alle Exemplare von „Les hommes de 1848" sind vergriffen; der Autor selbst wurde während der Maiwoche auf einer Barrikade zu Tod verwundet. Ob er gleich der deutschen Bewegung auf dem Gebiet der sozialistisch-national-ökonomischen Kritik und ihren Resultaten durchaus fremd blieb, stimmen doch mit diesen Resultaten die Aeußerungen des Hrn. Vermorel über die Bourgeois-Republikaner so frappant überein, daß wir es Ihnen selbst überlassen, die Uebereinstimmung im Einzelnen zu constatiren. —

Zur Zeit, wo die Streitfrage über diese Leute: die Bourgeoisrepublikaner entstand, konnten wir nicht eintreten, um Ihren — des „Vorwärts" — Standpunkt als den einzig wahren zu vertheidigen. Jetzt aber fühlen wir als französische Parteigenossen es als unsere Pflicht, angesichts der Thatsache, daß bisher kein französischer Sozialist mit der deutschen sozialdemokratischen Bewegung im Ganzen und Großen bekannt war, mit Kenntniß der Gründe der deutschen Meinung über die Bourgeoisrepublikaner diese Streitfrage in ihrem ganzen Umfange, politisch und sozial, auseinandergesetzt hat — jetzt fühlen wir es als unsere Pflicht, zu erklären: daß das Verständniß der politischen Angelegenheiten Frankreichs in ihrem inneren Sinne kritisch-wissenschaftlich nur aus den deutschen, bekanntlich von Marx verfaßten Schriften: „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" und „Der Bürgerkrieg in Frankreich" u. s. w. herzuleiten ist.

Vermorel's Werke sind die gewissenhafteste, die belehrendste Sammlung offizieller Aktenstücke über die Februarrevolution und den Ursprung des zweiten Kaiserreichs. Was deren Hauptinteresse für Sie und für uns bildet ist, daß sie Tag für Tag, Schritt für Schritt den so meisterhaft von Marx erforschten Begebenheiten des Klassenkampfes folgen, sie beleuchten und durch die bloße Darstellung der Vorkommnisse jeden Tag praktisch Alles bestätigen, was Marx mit so scharfer Einsicht theoretisch behauptet.

Der Kampf der Sozialdemokratie ist international. Deshalb müssen wir uns gegenseitig Waffen leihen. Wir haben geglaubt, daß wegen der oben angegebenen Gründe Vermorel's Werke der Beachtung werth wären. Wir stellen sie Ihnen zur Verfügung, wenn unsere freundschaftliche Mittheilung Ihre Aufmerksamkeit erregt, und werden Ihnen gern die Bände für ein paar Monate leihen.**)

Nachschrift. Wir haben soeben in der „Zukunft" gelesen: Der 16. Mai und die französischen Sozialisten. Von Jules Guesde. Wir beharren jedoch bei der Meinung des „Vorwärts": „Wir dürfen uns nicht zu Werkzeugen und Anhängseln der Herren Bourgeoisrepublikaner degradiren"; und unter den jetzigen Umständen muß unsere Thätigkeit sich vor Allem darauf richten, „Aufklärung, volle Aufklärung in's Volk hineinzutragen." Unsern Standpunkt werden wir uns erlauben, in einem andern Brief näher darzustellen.***)

En passant (Im Vorbeigehen). Machen Sie doch die Leser des „Vorwärts" darauf aufmerksam, daß die Uebersetzung von Tschernyschewski's Novelle „Que faire" (Was thun), sehr schlecht ist†), deshalb dürfen Sie nicht wegen einiger Mängel das Buch verwerfen. Fragen Sie einmal Hrn. Dr. de Paepe, er wird Ihnen erzählen können, wie es sich zugetragen hat. Das Buch enthält horrende Barbarismen und Druckfehler.

Unser ungeschicktes Deutsch wird, hoffen wir, Ihnen keine besonderen Schwierigkeiten bereiten.††)

*) Diesem Mangel wird nun hoffentlich bald abgeholfen sein. Red. d. „Vorwärts".

**) Dankend angenommen! Red. d. „Vorwärts".

***) Soll uns sehr freuen! Wir hoffen auf regelmäßige Mittheilungen. Red. d. „Vorwärts".

†) Bestätigt. Red. d. „Vorwärts".

††) Es war vollkommen verständlich und wir hatten sehr wenig zu ändern. Red. d. „Vorwärts".

Sozialpolitische Uebersicht.

— Vom Kriegsschauplatz wirre Gerüchte. Vor einigen Tagen „großer Sieg" des Cäsarewitsch über Mehemed Ali, seitdem in blauen Dunst aufgelöst, jetzt „großer Sieg" Osman Pascha's über Russen und Rumänen, von dem in einigen Tagen ebenfalls nichts übrig geblieben sein dürfte. Wir müssen auch von diesen Gerüchten Notiz nehmen, da es vollkommen unmöglich ist, Gerüchte und Thatsachen auf den ersten Blick voneinander zu unterscheiden. Und kurze Berichte über den Stand des Kriegs verlangen unsere Leser von uns und haben sie ein Recht, von uns zu verlangen. Als wir vor Beginn und zu Anfang des Krieges die militärischen und politischen Vorgänge gar nicht, oder nur in vereinzelten kurzen Skizzen berührten, liefen von allen Seiten Beschwerden ein. Jetzt, da wir den Wünschen der Leser Rechnung zu tragen bemüht sind, kommt man uns — allerdings ist es sehr selten geschehen — mit einem Vorwurf anderer Art: wir fichteten die Nachrichten nicht sorgfältig genug, hätten wiederholt Nachrichten verbreitet, die sich als falsch herausgestellt. Letzteres ist vollkommen richtig, allein den Vorwurf weisen wir entschieden zurück. Wir üben die gewissenhafteste und strengste Kritik und haben nie eine Nachricht veröffentlicht, die nicht in glaubwürdiger Form auftrat und aus unverdächtiger Quelle zu stammen schien. Daß wir uns mehrmals getäuscht, ist allerdings wahr, ließ sich indeß nicht vermeiden und wir können uns damit trösten, daß die größten europäischen Zeitungen, die nicht blos besondere Kriegscorrespondenten, sondern auch für ihre Kriegsberichte besondere militärische Redakteure haben, „Times", Standard" ꝛc. und von deutschen Blättern die „Kölnische Zeitung" u. A. nicht blos in dieselben Irrthümer verfallen sind wie wir, sondern auch in viele andere, die wir durch sorgfältige Prüfung vermieden haben, z. B. die Nachrichten von großen Schlachten, die zwischen dem 12. und 26. Sept. vor Plewna geschlagen sein sollten. Der „Vorwärts" ist beiläufig — und das muß berücksichtigt werden — den großen Zeitungen gegenüber in der ungünstigen Lage, daß er bloß dreimal wöchentlich erscheint und daß jede Nummer zwei Tage vor dem Datum des Erscheinens (wegen der großen Auflage und Versendung in alle Winkel Deutschlands) gedruckt werden muß. So ist es möglich, daß eine Nachricht, die am Tage des Drucks für authentisch galt, am Tage des Erscheinens schon dementirt sein und dadurch bei Unkundigen die Vermuthung erweckt werden kann, die Redaktion sei nicht mit der nöthigen Vorsicht verfahren. — Einer unserer Abonnenten hat uns ferner den Vorwurf gemacht, wir übertrieben die Verluste der Russen und gäben überhaupt ein den Russen zu ungünstiges, den Türken zu günstiges Bild. Auch diesen Vorwurf müssen wir energisch zurückweisen. Kein Zweifel, wir wünschen den russischen Waffen nicht den Sieg; wir freuen uns über die Niederlagen der Russen, und demgemäß über die Waffenerfolge der Türken — allein damit ergreifen wir doch nicht Partei für die Türken. Wir stellen uns einfach auf den Standpunkt unserer Parteiinteressen und unserer nationalen — ja Ihr deutschen Herren Rubelanbeter! — unserer nationalen Interessen. Den türkischen Siegen verdanken wir es, daß die Macht, welche den Rückhalt des europäischen, namentlich deutschen Absolutismus bildete, welche die Civilisation und unsre nationale Existenz bedrohte, unschädlich gemacht, und daß Deutschland vor einem zweiten Krieg mit Frankreich bewahrt worden ist, dessen Schreckniss sich nicht hätten absehen lassen. Und haben wir etwa von den siegreichen Türken etwas zu befürchten? Der fanatischste Türkenfeind wird zugestehen müssen, daß die Türken längst aufgehört haben, ein Eroberervolk zu sein. Sie haben im Innern vollauf zu thun, und sind sie der russischen Eindringlinge Herr geworden, so haben sie die Wahl, entweder zu verfaulen, oder — ernsthaft zu reformiren.

Wir wissen nicht, ob sie das Letztere thun werden, wissen aber, daß das Urtheil Derer, welche die Türken als kultur- und reformunfähig erklären, auf Unkenntniß, wo nicht auf Rubellogik beruht. Doch darüber gelegentlich mehr. Für heute nur eine Verwahrung gegen den Vorwurf, wir übertrieben die russischen Verluste. Wir haben dieselben nicht nur nicht übertrieben, sondern ehr unterschätzt. Ein russischer Offiziöser, der für die „Wiener Abendpost" schreibt, spricht von 100,000 russischen Soldaten, die theils vor dem Feind, theils an Krankheiten erlegen sind. Das ist aber viel zu wenig, und wird nicht einmal für die Verluste in Europa ausreichen. Die „Kölnische Zeitung" berechnet die Verluste in Bulgarien durch Wunden auf 64,000, wobei die letzte Schlacht bei Plewna allein mit 20,000 Mann (die Verluste der Rumänen nicht eingerechnet) figurirt, was nach anderen Berichten um 5000 zu niedrig sein soll.

Die Zahl der von Krankheiten Betroffenen wurde schon vor 5 Wochen von englischen Blättern auf 62,000 (wir hatten bloß 60,000 angegeben) geschätzt. Wenn man das ungesunde Klima (die mörderische Dobrudscha, welche im vorigen Krieg binnen wenigen Wochen eine französische Division fast vernichtete, beherbergt seit Monaten anderthalb russische Armeekorps!), die miserable Ernährung und Verpflegung bedenkt, und Vergleiche anstellt mit den Verlusten der Russen in früheren Türkenkriegen, dann kann man diese Ziffer unmöglich zu hoch finden. Und seit sie aufgestellt worden, ist schlechte Witterung eingetreten und haben Krankheiten aller Art furchtbare Verheerungen angerichtet. Um jetzt zu passen, müßte die Ziffer sehr bedeutend erhöht werden.

Und das bloß auf dem europäischen Kriegsschauplatz. In Armenien wurden die Verluste der Russen durch Wunden und Krankheiten von englischen Berichterstattern schon Anfangs August auf 30,000 Mann veranschlagt. Die letzten zwei Monate haben den Russen aber mindestens ebenso große Verluste gebracht, so daß der Gesammtverlust der total verunglückten armenischen Campagne ohne Gefahr der Uebertreibung auf 60,000 geschätzt werden kann. So viel zur Steuer der Wahrheit und „in eigener Sache".

— Ein bitteres Urtheil über unsere liberalen und Fortschrittsgrößen. Ueber den Empfang des italienischen Kammerpräsidenten Crispi in Berlin läßt sich die offiziöse Wiener „Politische Correspondenz" aus Berlin folgenden köstlichen Bericht schreiben:

„Eine so vorzügliche Aufnahme, wie sie im Frühling d. J. Herrn v. Bennigsen, dem Präsidenten unseres Abgeordnetenhauses, durch die geschickten Anordnungen unseres Botschafters, Herrn v. Keudell, in Rom zu Theil geworden, hat Herr Crispi hier leider nicht gefunden, wenigstens nicht eine solche, wie sie den sich immer intimer gestaltenden Beziehungen zwischen Deutschland und Italien entsprochen hätte. Bis jetzt wird Herr Crispi schwerlich mehr als den Eindruck eines Reisenden gewonnen haben, der die erwartete Equipage auf dem Bahnhofe einer ihm fremden Stadt nicht vorfindet. Herr v. Bennigsen, welchem der Besuch des Herrn Crispi wohl in erster Linie galt, war nicht in Berlin, so daß sein italienischer Gastfreund zuvörderst einen Ausflug nach Dresden machen konnte, um den Trauerfeierlichkeiten am dortigen Hofe beizuwohnen. Herr v. Bennigsen traf inzwischen hier ein und nahm, wenngleich ihn nicht ausschließlich dieser Anlaß nach Berlin geführt hat, sofort die inzwischen von anderer Seite eingeleiteten Arrangements in die Hand, um Herrn Crispi wenigstens einige Aufmerksamkeiten zu erweisen. Den Höhepunkt derselben bildete ein in einem hiesigen Restaurant stattgehabtes Diner, an welchem 60—70, darunter allerdings nur wenige durch Rang und Stellung hervortretende Personen theilnahmen. Das Auswärtige Amt war gar nicht vertreten, überhaupt kein Mitglied der Reichsbehörden und nur zwei preußische Beamte anwesend, vom Bundesrath die drei Vertreter Hessens, Braunschweigs und der Hansestädte. Ob der sonst im Rufe einer gewissen Unnahbarkeit stehende italienische Botschafter Graf de Launay in dem Menu Ersatz für die Zusammensetzung der Tafelgesellschaft gefunden hat, muß dahingestellt bleiben. Die letztere bestand fast ausschließlich aus liberalen und fortschrittlichen Abgeordneten, zwei oder drei Redakteuren, einigen Reportern u. s. w., so daß diese Manifestation einen etwas einseitigen Charakter hatte. Herr Crispi wird daher kaum in der Lage sein, eine richtige Auffassung über die hier für Italien herrschenden Gefühle mit nach Rom zu nehmen, ein Umstand, welcher, wie erwähnt, durch das leider wenig geschickte Arrangement herbeigeführt worden ist. Angesichts der Ehren, mit welchen Herr v. Bennigsen in Rom empfangen worden, ist es doppelt empfindlich, daß die Zahl der Herrn Crispi hier umgebenden politischen Nullen — in dem ihm gebotenen Bilde der Einheit Deutschlands — eine so bedeutende war."

Schulze-Delitzsch, Dr. Max Hirsch, Eugen Richter nahmen an dem Festmahl auch Theil. Schulze-Delitzsch hielt sogar in recht später Stunde noch eine Rede, die aber von keinem Anwesenden, selbst vom Redner nicht, verstanden wurde. Daß die politischen Nullen sogar gegen Frankreich toastirt „Eure Feinde sind unsere Feinde", gegessen und getrunken haben, setzt den Herren noch dazu die politische Schellenkappe auf.

— Ein verunglücktes Dementi. Die Berliner „National-Zeitung" brachte eine Notiz, in welcher es hieß: „Die angebliche Abcommandirung deutscher Militärärzte nach dem russisch-türkischen Kriegsschauplatz reduzirt sich darauf, daß eine Anzahl von Militärärzten einen Urlaub auf unbestimmte Zeit nachgesucht und erhalten hat."

Darauf antwortet die Berliner „Tribüne", gegen welche dieser Versuch eines Dementis gerichtet war, mit folgender interessanten Enthüllung:

„Wir hatten auf Grund verläßlichster Privatmittheilungen gemeldet, daß die erste und ursprüngliche Benachrichtigung an die betreffenden Militärärzte in Form einer kriegsministeriellen Ordre erfolgt sei. Der Gewährsmann der „National-Zeitung" seinerseits sucht die „angebliche Abcommandirung" (von der mit keiner Silbe gesprochen worden) auf eingereichte und bewilligte Urlaubsgesuche zu „reduziren". Wir werden dadurch gezwungen, nochmals kurz auf die Sache zurück zu kommen, nicht weil wir ihr einen besonderen Grad von praktischer Wichtigkeit beilegen, als vielmehr, weil uns die Art und Weise befremdlich scheint, in der man hier einen Hergang, für den die Beweise jeden Augenblick zu erbringen sind — ohne ersichtlichen Grund zu verschleiern sucht. . . . Thatsächlich steht nämlich fest, daß vor kürzerer Zeit an, wenn wir recht berichtet sind, fünfzehn Militärärzte der hiesigen Garnison eine kriegsministerielle Verfügung erging, etwa folgenden Inhalts: „Auf Allerhöchsten Spezialbefehl hat sich der Oberstabs- bezw. Stabsarzt N. N. bereit zu halten, sofort auf den Kriegsschauplatz nach Bukarest zu gehen." — Es erfolgten Rückfragen von Seiten der Empfänger dieser unerwarten Verfügung, es wurden hier und da Einwendungen gegen dieselbe erhoben, bis nach einiger Zeit eine zweite Verordnung dahin erging, daß die erste Verfügung „einstweilen" fistirt werde. Es sei den Herren Aerzten überlassen, ihre etwaigen Gesuche um Beurlaubung auf den russisch-türkischen Kriegsschauplatz dem Kriegsministerium einzureichen und das Weitere zu gewärtigen. Bei dieser Verfügung hat es denn sein Bewenden behalten, doch ist, wie wir glaubwürdig hören, die Zahl der Bewerbungen auch nicht annähernd in dem Umfange erfolgt, als man nach Maßgabe der ursprünglich erlassenen „Vorbereitungsordre" höheren Orts angenommen und vielleicht gewünscht hat. Vergleicht man diese Darstellung, für deren Richtigkeit die Beweise uns zur Hand sind, mit der oben erwähnten Zuschrift an die „National-Zeitung", so wird man ermessen, auf welche Bedeutung das versteckte und unsichere Dementi in derselben zu „reduziren" ist.

Es bleibt also dabei, daß Deutschland dem großen Mörder in Bulgarien allerlei Gefälligkeiten erzeigt.

— „Der Oktobercongreß zur Bekämpfung der Sozialdemokratie" — so lautete die Tagesordnung einer Berliner Stadtbezirksversammlung, in welcher kürzlich Dr. Max Hirsch referirte. Es wird hier also ganz nackt ausgesprochen, daß der bevorstehende Congreß zu Gera, zu welchem die deutschen Liberalen und die deutschen Arbeiter (er hat ja wohl den Titel: Arbeitercongreß) eingeladen sind, keinen andern Zweck hat, als den, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Letzterer wird von den Gegnern immer vorgeworfen, sie negire blos, sie strebe nichts Positives an; natürlich ist dieser Vorwurf unbegründet. Aber jene Herren gestehen selbst ein, daß sie Arbeitercongresse lediglich zu zerstörender Thätigkeit einberufen, lediglich zur Bekämpfung eines Prinzips, daß sie nichts schaffen und aufbauen können und wollen. So entpuppen sich diese „Volksbeglücker" immer mehr als Agenten der herrschenden Macht. Daß sie bei ihrem Gebelfer gegen die Sozialdemokratie eine zweifellose Aehnlichkeit haben mit den Möpsen, die den Mond anbellen, das sieht jeder Unbefangene längst, nur sie selbst in ihrer Mopseitelkeit merken es nicht.

— Die Prophezeiungen unserer Regierungsfreunde, daß Elsaß-Lothringen in kurzer Zeit wieder „regermanisirt" werde, erleiden bei den Militärersatzgeschäften immer einen harten Stoß; dahingegen erhalten durch dieselben jene Ansichten Unterstützung, welche die Annexion von Elsaß-Lothringen für ein Unheil Deutschlands erklärten. Auch die letzte Militäraushebung führt uns sehr bezeichnende Ziffern vor die Augen: Die Zahl der Militärpflichtigen belief sich auf 34,129. Von diesen konnte bei 7184 der Aufenthaltsort nicht ermittelt werden. 1505 waren verzogen, unentschuldigt blieben 7044 aus. Als Drei-, Vier- und Einjährig-Freiwillige traten 1374 ein. Wegen Unwürdigkeit konnten 12, wegen dauernder Unbrauchbarkeit 2713 nicht ausgehoben werden. Der Reserve 1. Klasse wurden 1112, der Reserve 2. Klasse 377 überwiesen, während 8343 auf ein Jahr zurückgestellt werden mußten. Ausgehoben und einzelnen Truppentheilen zugewiesen wurden 4381. 226 Elsäßer und 87 Lothringer wurden zur Garde eingestellt. Gesuche zur Zulassung

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

(Vom Justizrath Rabe (d. d. 9. September 1845.)

(Fortsetzung.)

Die Papiere Schlöffels ergaben, daß Wander mit Schlöffel in Correspondenz gestanden. Namentlich war ein Brief darunter, in welchem Wander auf eine Einladung Schlöffel's und dessen Erbieten, ihn durch seine Equipage von Hirschberg nach Eichberg abholen zu lassen, ablehnend erwiedert hatte, „weil dies zu viel Aufsehen mache", er wolle lieber zu Fuße kommen. Dieser Brief war wiederum Stieber vollkommen genügend, sofort auch in die Wohnung Wander's einzudringen, und auch dessen Schriften in Beschlag zu nehmen. Stieber rechtfertigt diesen Schritt in der bei den polizeilichen Voruntersuchungsakten befindlichen Verhandlung vom 14. März d. J. auf folgende naive Weise: Er habe im Auftrage des Ministeriums des Innern im Hirschberger Thale eine hochverrätherische Verschwörung ermittelt „deren Tendenz auf nichts Geringeres hinausgehe, als Schlesien zur Republik zu machen — und im ganzen Staat, sei es selbst mit Verletzung der persönlichen Sicherheit des Staatsoberhaupts, eine Umwälzung der Verfassung zu bewirken." Es habe sich dabei der dringende Verdacht herausgestellt, „daß der Fabrikant Schlöffel an der Spitze dieser Verbindung stehe, und die Wirksamkeit, welche Schlöffel in dem Hirschberger Gewerbeverein in einer höchst ungesetzlichen Weise an den Tag gelegt, bilde eines der mehrfachen Indicien, auf welche sich der gegen Schlöffel entstandene Verdacht gründe. Durch diese Betheiligung des Schlöffel bei der hochverrätherischen Verbindung sei aber auch der Verdacht rege geworden, daß dieselbe dem Lehrer Wander nicht fremd sei." Man erkennt, daß Stieber, um zu dem vorgesteckten Ziel seiner Schlüsse zu gelangen, nicht eben bedenklich ist. Die Thätigkeit Schlöffel's im Hirschberger Gewerbeverein war eben nur noch „eins der Indicien, auf welche sich der gegen Schlöffel entstandene Verdacht gründete"; in der nächsten Zeile darauf steht aber „die Betheiligung Schlöffel's bei der hochverrätherischen Verbindung" bereits so fest, daß Stieber diese eben erst nur gearg wöhnte Betheiligung völlig zum Verdachtsgrund auch gegen Wander ausreicht. Also Schlöffel's Thätigkeit im Gewerbeverein — man sehe Stieber's Worte genau an — bildete ein Indicium zum Verdacht gegen Schlöffel, und dieses Indicium zum Verdacht gegen Schlöffel macht den Verdacht rege, daß auch Wander der hochverrätherischen Verbindung nicht fremd sei. Eine scharfsinnige Begründung des Angriffs auf die Ehre der Staatsbürger, auf den Frieden ihrer Häuser und ihre persönliche Freiheit! Die schlimmste römische Kaiserzeit, die spanische und niederländische Inquisition mag so begründet haben.

Mit diesen ihm völlig ausreichenden Gründen forschte Stieber bei Wander nach Schriftstücken, welche die Verdächtigung, eines Verdachts verdächtig zu sein, in's Licht zu stellen vermöchten.

Stieber suchte hinter Oefen und Schränken, in allen Wander'schen Rocktaschen, sogar in der Schlafrocktasche, er kehrte das Unterfutter einer einem Wander'schen Knaben gehörigen Mütze um, fand aber keine versteckten Papiere darin. Was er aber eigentlich eingesteckt und mitgenommen, ist nicht zu constatiren, denn er, der sich dabei rühmte, schon 3000 Haussuchungen vorgenommen zu haben, nahm nicht einmal ein Verzeichniß der mitgenommenen Gegenstände auf. Ein protokollarisches Verzeichniß war aber nicht blos deshalb nöthig, um festzustellen, was gefunden worden, sondern auch zur Sicherung Wander's daß keine fremde, ihm nicht gehörige Schriften untergeschoben werden konnten. In Wander's Briefen fand Stieber, wie er Fol. 27 verso der polizeilichen Akten registrirt hat, „schon beim ersten flüchtigen Blick neue Beweise für seine (Wander's) geheime Verbindung mit Schlöffel und für sein entschiedenes Bestreben, Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen zu erregen." Was würde von Stieber in dem Moment der Aufregung über das Glück, ein zweiter Cicero, eine neue catilinarische Verschwörung entdeckt und den Staat gerettet zu haben, nicht alles als herausgestellt angesehen worden sein? Und Stieber ließ eine Stunde nach der Schrift-Beschlagnahme Wander arretiren, alles auf seine eigene Verantwortung, unter seinem alleinigen Namen, ohne Zuziehung eines Richter's, ohne ersichtliche Gefahr im Verzuge. Der Richter war aber nahe bei der Hand, zwei Häuser von der Wander'schen Wohnung entfernt.

Als Wander's Papiere zwei Tage später von dem Regierungsrath v. Woringen, der, wie es scheint, zur Unterstützung Stieber's von der Königl. Regierung zu Liegnitz hierher gesandt worden, geprüft waren, wurde Wander, der Verschwörer, nach dreitägiger Haft, und nachdem man ihm zu Protokoll vom 17. März d. J. auf alle Weise bedeutet hatte, wie die Schritte gegen ihn sogar überaus gerechtfertigt gewesen seien, wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Akten wurden zwar nach der von dem Königl. Kammergericht zur Untersuchung der hochverrätherischen Verbindung hierher gesandten Commission vorgelegt; sie fand aber den Stieber'schen Verdacht gegen Wander unbegründet. Es hatte sich demnach nichts herausgestellt, was Stieber als so fest bestehend ansah, daß er darauf hin die persönliche Freiheit eines Bürgers zu beschränken unternahm.

Einen Andern würde ein solches Resultat etwas bedenklich gemacht haben, Stieber nicht. Er konnte sich nicht getäuscht haben; Wander war in Stieber's Phantasie einmal ein Verbrecher, ein diesmal ihm glücklich entgangener Verbrecher, aber entgangen bloß in der Hauptsache. Außerdem war es nothwendig, die Aufsehen erregenden Schritte doch einigermaßen, wenn nicht zu rechtfertigen, doch weniger bodenlos erscheinen zu lassen. Stieber wollte beweisen, daß, wenn Wander auch kein formell antastbarer Verschwörer und Hochverräther, doch durch Erregung von Mißvergnügen ein Vorbereiter des Hochverraths, daß wenn nicht das Verbrechen vollendet, doch der Wille vorhanden und der Anfang dazu bereits gemacht gewesen sei. Die Thätigkeit Wander's im hiesigen Gewerbeverein mußte das Mittel zu seiner weiteren gerichtlichen Verfolgung geben. Hatte Stieber den Gewerbeverein doch schon vom Anfang an als Mittel für die Verbreitung der hochverrätherischen Verbindung angesehen, dessen Haupthandhaber Schlöffel und Wander gewesen sein sollten. Ueberdies war der Verein, und besonders Schlöffel's und Wander's Thätigkeit darin, schon einmal denuncirt worden. Die damals von dem Präsidenten der Königl. Regierung zu Liegnitz eingesehenen, im Gewerbeverein gehaltenen Vorträge Wander's waren von neuem mit seinen übrigen Papieren mit Beschlag belegt worden; sie lagen Stieber noch vor. Er begründete darauf seine gegenwärtige Denunciation.

Es bestand nämlich ein Verein schon seit Jahren in Hirschberg, und zwar als Gewerbeverein d. h. als ein Verein, in welchem von sachkundigen Leuten des Orts vor einer meist aus Gewerbetreibenden bestehenden Zuhörerschaft gewerbwissenschaftliche Vorträge zur Belehrung gehalten wurden. Er bestand mit ortspolizeilicher Erlaubniß und mit Genehmigung der Königl.

zum ei njährigen Militärdienst gingen 370 ein. Die Berechtigung wurde 215 Elsaß-Lothringern ertheilt, 125 auf Grund von Schulzeugnissen, 90 nach bestandener Prüfung. 155 hatten die Prüfung nicht bestanden. — Also die Hälfte der Militärpflichtigen hat sich nicht gestellt! Und von denen, die sich stellten, wird kaum ein Einziger gewesen sein, der mit Lust in den bunten Rock geschlüpft ist. Dabei aber faselt man wirklich oft genug von elsaß-lothringischer Reichstreue.

— Das Programm der französischen Sozial-Republikaner, welches von einer Wählerversammlung des sozialistischen Montmartre-Bezirks in Paris mit Begeisterung auf- und angenommen wurde, lautet folgendermaßen: „1) Die Präsidentschaft der Republik wird abgeschafft. 2) Eine einzige Nationalversammlung wird durch allgemeines Stimmrecht ernannt; diese wählt aus ihrer Mitte die Minister, welche die vollstreckende Gewalt bilden, für ihre Akte stets verantwortlich sind und auch stets von der Kammer wieder abgesetzt werden können. 3) Die Wahlen erfolgen wieder nach Listen (um die Minorität nicht ganz von der Vertretung auszuschließen), und der Sitz der Regierung wird nach Paris zurückverlegt. 4) Die Nationalversammlung bestimmt allein die Wehrverfassung der Republik; sie entscheidet über Krieg und Frieden und hat das Recht der Amnestie und Begnadigung. 5) Jeder Bürger von mehr als 21 Jahren, der sich im Vollgenuß der bürgerlichen Rechte befindet, ist ohne weitere Domizilsbedingung Wähler und wählbar. 6) Das Abgeordnetenmandat gilt auf drei Jahre und ist mit denselben Bürgschaften auszustatten, wie bürgerliche Mandate. 7) Es ist eine nationale Armee zu bilden, welche nur gegen das Ausland zu dienen hat und der alle wehrfähigen Bürger angehören. 8) Die Verwaltung ist zu vereinfachen; die Staatsämter sind entweder durch allgemeines Stimmrecht oder, wo besondere Fachkenntnisse erforderlich sind, im Wege des Concurses zu besetzen. 9) Wirkliche Verantwortlichkeit jedes mit einem öffentlichen Amte bekleideten Bürgers. 10) Abschaffung der Monopole und Privilegien nach Maßgabe der wirthschaftlichen Lage. 11) Freiheit des Handels und internationalen Austausches auf Grundlage der Gegenseitigkeit. 12) Eine einzige Steuer auf das wirkliche oder abgeschätzte Einkommen von einem gesetzlich zu bestimmenden Minimum ab. 13) Umarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches und Beseitigung der zerstreuten Gesetze, die sämmtlich in einem neuen Code aufgehen sollen. 14) Wählbarkeit der Richter, Ausdehnung der Schwurgerichte auf alle Verbrechen und Vergehen, Auslosung der Geschworenen aus sämmtlichen wahlfähigen Bürgern. 15) Die Rechtspflege ist für alle Bürger unentgeltlich. 16) Schutz der lokalen Interessen durch Gemeinde-Autonomie."

Dies das Programm. Bei voller Aufrechthaltung desselben aber soll für folgende Punkte den Abgeordneten ein imperatives Mandat*) mitgegeben werden: 1) Allgemeine Amnestie für alle politisch Verurtheilten. 2) Abschaffung der Todesstrafe. 3) Aufhebung aller Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts, der Preßfreiheit und des fliegenden Buchhandels. 4) Gesetzlicher Schutz der persönlichen Freiheit und Unverletzlichkeit des Hausrechts. 5) Trennung der Kirche vom Staate, Abschaffung des Cultusbudgets. 6) Durchführung des Gesetzes, welches die Jesuiten aus Frankreich auswies. 7) Abschaffung der Abgabenfreiheit der kirchlichen Genossenschaften. 8) Unentgeltlicher und confessionsloser Unterricht aller Grade, obligatorischer Volks- und Gewerbeunterricht. 9) Abschaffung des Gesetzes über den Belagerungszustand und aller sonstigen Willkürbestimmungen. 10) Wiederherstellung der Ehescheidung. 11) Versetzung der Männer vom 2. Dezember und aller Urheber ähnlicher Rechtsbrüche in Anklagezustand.

Es sind dies im Wesentlichen — meist wörtlich — die seinerzeit von Buffenoir aufgestellten Forderungen. Daß uns dieselben nicht völlig genügen, daß sie zum Theil an Klarheit zu wünschen übrig lassen, mitunter sogar schwer mit unseren Prinzipien in Einklang zu bringen sind, das haben wir bei Wiedergabe der Buffenoir'schen Rede bereits gesagt, und wir verweisen hier auf unsere damaligen Ausführungen. Immerhin ist es ein wesentlicher Fortschritt, daß dieses Programm aufgestellt worden ist, welches, trotz aller Mängel, doch als ein sozialistisches und sozialdemokratisches bezeichnet werden muß. — Die „vereinigten Republikaner" haben ihr Gegenmanifest noch nicht fertig.

*) Mandat impératif — ein Mandat, welches nur unter der Bedingung ertheilt wird, daß der Empfänger sich zur Ausführung der ihm gewordenen Aufträge, oder, im Fall der Nichtausführung, zum Rücktritt verpflichtet — eine Verpflichtung, hinter der leider nur die persönliche Ehrenhaftigkeit des sich verpflichtenden Individuums steht.

Ueber die Stimmung in französischen Sozialistenkreisen kann der Leser sich in unserer heutigen Correspondenz aus Frankreich unterrichten.

Zur Arbeiterbewegung in Nordamerika. Vom 25.—27. August tagte in Newyork der erste Congreß der Webergewerkschaften der Vereinigten Staaten. Erschienen waren 11 Delegirte, die 7 Sektionen (deutsche, englische, italienische und französische) vertraten. Beschlossen wurde, der zu gründenden Organistion den Namen: „Central-Webergewerkschaft der Vereinigten Staaten" zu geben. Ein bestimmtes politisches Programm, das vorlag, wurde verworfen und beschlossen, in politischer Beziehung mit der Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten Hand in Hand zu gehen. Die Organisation wird durch 3 Körper geleitet: durch den Congreß (welcher alle Jahre einmal stattfinden soll), ein Central-Comité und eine Control-Commission. Nach längerer Diskussion über die Frage, ob die Organisation in ihrem Wesen eine centralistische oder eine föderalistische werden solle, wurde für die erstere entschieden. Die föderalistische Organisation ward ausschließlich von den Vertretern französischer Sektionen befürwortet. Als offizielle Organe wurden die „Arbeiter-Stimme" von Newyork und der „Emancipator" von Milwaukee erklärt. Der Congreß empfahl allen Mitgliedern, sich der Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten anzuschließen, als die einzige Partei in diesem Lande, welche die Interessen des Arbeiterstandes fördern kann. Schließlich wurden noch Beschlüsse gefaßt, die Vereine zur Agitation für Einführung eines 8stündigen Normal-Arbeitstages, garantirt durch die Gesetzgebung, auffordernd. Desgleichen für Beschränkung der Frauen- und Abschaffung der Kinderarbeit. — Ganz besonders zu begrüßen ist der Beschluß, in politischen Fragen mit der Arbeiterpartei gemeinsam vorzugehen, — es bekundet dieser Beschluß den endlichen Durchbruch der Ueberzeugung, daß durch rein ökonomische Bestrebungen den Arbeitern auf die Dauer nicht geholfen werden kann. Wenn die Feinde der Arbeiterklasse ihre ökonomische Machtstellung durch politische Mittel aufrecht zu erhalten suchen, so ist es in der That ein Gebot der Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse durch Eroberung der politischen Macht ihre ökonomische Unterjochung zu beseitigen trachtet. Und weil der Weber-Congreß diese Wahrheit erkannt hat, deshalb ist er für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung in Nordamerika von besonderer Bedeutung gewesen.

— Unsere Kampfmittel werden immer bedeutender. Kaum haben die beiden Revuen in deutscher Sprache, „Die Zukunft" und „Die neue Gesellschaft", das Licht der Welt erblickt und sind von allen Seiten freudigst begrüßt worden, so signalisirt sich schon eine dritte in französischer Sprache „Le Socialisme progressif". Diese Revue soll in der Schweiz (wahrscheinlich in Lugano) zweimal im Monat 32—36 Seiten stark erscheinen. (Soviel wir in Gent erfuhren, wird sie unter der Redaktion von B. Malon, der auch Mitarbeiter der „Zukunft" ist, herausgegeben.) Doch will man mit der Herausgabe warten bis die nöthige Zahl von Abonnenten beieinander ist, um die Kosten für ein Jahr zu decken. Der Abonnementspreis beträgt für ein Jahr 12 Fr., für ein Halbjahr 6 Fr., für ein Vierteljahr 3 Fr. 50 Cts. Man abonnirt bei Joseph Favre in Bex (Kt. Waadt), Dr. C. De Paepe, Rue Cuerens 18 in Brüssel (Freund De Paepe ist auch Mitarbeiter der „Zukunft") und Hyp. Pederzolli, Professor in Lugano (Kt. Tessin). Wir begrüßen diese Revue auf's Herzlichste und hoffen, es werde sich durch die wissenschaftlichen Ergänzungen der sozialistischen Journalistik ein völlig brüderliches Einverständniß zwischen den Sozialisten der verschiedenen Nationalitäten — wie es in Gent angebahnt wurde — vollziehen.

— Ueberall „Rückgang". Von Seligenstadt (Hessen) wird den „N. H. B." geschrieben: „Bei der Ergänzungswahl für den Gemeinderath haben die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, worunter sich jedoch nur ein ausgesprochener Sozialdemokrat befindet, die Mehrzahl der Stimmen erhalten. Die Sozialdemokraten haben jetzt schon in einer Reihe von Orten im Großherzogthum einzelne Mitglieder ihrer Partei in den Gemeinderath gebracht, wenn dieselben sich auch allenthalben, mit Ausnahme von Vilbel, wo sie die Majorität im Gemeinderath haben, in der Minorität befinden." — Laut „Pforzheimer Beobachter" hat die „Bad. Korr." in einem ihrer letzten Artikel den Ausspruch gethan: „Die Sozialdemokratie wird im Lande Baden nie festen Fuß fassen." — Das Pforzheimer Blatt, welches es (nach der „D. R.-P.") mit den sozialen Fragen ernster meint als alle anderen liberalen Blätter Badens, bemerkt dazu „Die sozialdemokratische Partei wird allerdings in Baden keinen festen Fuß fassen, weil sie ihn hier schon gefaßt hat und sie wird hier wie anderwärts sich immer mehr ausbreiten, weil die hirnlose Zersplitterung und Gleichgiltigkeit der übrigen Parteien gegenüber der gemeinsamen Gefahr ihr in Baden wie überall in die Hände arbeitet. Dies die nackte unverbrämte Wahrheit, die nicht durch Phrasen aus der Welt geschafft werden kann."

Die „D. R.-P." führt dann weiter aus: „Die Sozialdemokratie darf nicht festen Fuß fassen, also wird sie es auch nicht thun, so lautet das Orakel der Herren Kiefer und Lamey. Die Sozialdemokraten haben sich aber so wenig um das liberale Orakel gekümmert, daß sie zu gleicher Zeit, am 9. September, unter den Augen des liberalen Landesausschusses in Mannheim die konstituirende Generalversammlung ihres „pfälzisch-badischen Preßvereins abhielten und die Herausgabe eines sozialdemokratischen Wochenblattes unter dem Titel „pfälzisch-badisches Volksblatt" beschlossen, dessen Probenummer bereits vorliegt." — So leisten uns durch derlei Besprechungen die gegnerischen Blätter ohne es zu wollen große Dienste.

Entgegnung.

Der „Vorwärts" bringt in Nr. 110 vom 19. September 1877 unter der viel versprechenden Ueberschrift: „Etwas Pfäffisches" einen Artikel über einige Thesen, welche ich unlängst für eine Pfarrerconferenz aufgestellt und auf derselben vertheidigt habe. Der fragliche Artikel enthält einige Unrichtigkeiten und nöthigt mich schon dadurch, wie durch die gegen mich gerichteten Angriffe, zu einer Erwiderung, in welcher ich den Kritiker einer Kritik unterziehen muß. —

Unrichtig ist gleich im Eingang des Artikels die Bemerkung, meine Thesen seien „auf einer Zusammenkunft der hessischen Geistlichen von der evangelischen Mittelpartei, der sogenannten Friedberger Conferenz aufgestellt (?) worden." Die Conferenz, auf welcher meine Thesen besprochen wurden, war, wie auch aus dem in den „Evangelischen Blättern" erschienenen und von dem Herrn Artikelschreiber benützten Referate deutlich hervorgeht, eine gewöhnliche Pfarrconferenz, auf welcher sämmtliche Dekanatsgeistliche anwesend zu sein pflegen, nicht blos Mitglieder der sogenannten Friedberger Conferenz, deren Zahl vielmehr auf jener Pfarrconferenz eine sehr geringe war. —

Mit der Kritik meiner Thesen macht es sich der Artikelschreiber sehr — ich dürfte wohl sagen: auf unerlaubte Weise — leicht. So enthält allein der Abdruck der beiden ersten Thesen vier nicht unwesentliche Veränderungen. Gleich im ersten Satze wird der Artikel „die" ausgelassen in den Worten: „unter Berufung auf die angebliche Gleichheit aller Menschen" — und der ehrenhafte Kritiker verschafft sich so auf sehr bequeme Weise die Gelegenheit auszurufen: „Netter Satz das! Woher der Herr Pfarrer das Deutsch wohl hat? Keinenfalls aus sozialistischen Schriften." — Ich darf wohl mit größerem Recht dagegen fragen: Woher der Herr Artikelschreiber das Lesen wohl hat, wenn er so deutliche Druckschrift nicht lesen kann? Das lesen ja die Schüler unsrer Volksschulen schon im 2. Jahre. — Mein Deutsch habe ich allerdings nicht aus sozialistischen Schriften. Vielleicht hat mein Kritiker das seine blos daher; aber er dürfte doch wissen, daß es noch andere Bücher in der Welt gibt, die in leidlich gutem Deutsch geschrieben sind. Ich sehe mich um auf meinen wohlbesetzten Büchergestellen. Da stehen die Werke von Luther, Herder, Wieland, Lessing, Schiller, Göthe u. a. Ich dächte, von diesen Leuten ließe sich doch auch deutsch lernen. Der Herr Verfasser muß sich in der Auswahl seiner Lektüre (auch der „sozialistischen Schriften") doch sehr beschränkt haben; denn sonst hätte er wohl den von mir gebrauchten Ausdruck „Umsturz aller politischen und sozialen Verhältnisse" nicht bekrittelt. —

Ich will die von dem Herrn beliebten Wortvertauschungen in der zweiten These, wo er in der ersten Zeile statt „solche" — „sehr" schreibt, und in der letzten Zeile: „denselben" für „dasselbe", nicht weiter urgiren. Die Absicht ist klar: wo man nicht tadeln und widerlegen kann, da fälscht man. —

Lustig ist auch die Kritik meiner dritten These: „Der Sozialismus ist, da er auf falschen Voraussetzungen beruht, zunächst eine intellektuelle, bezw. wirthschaftliche Verirrung, aber in höherem Grade noch, weil er aus unlauteren Beweggründen (Genußsucht, Habsucht, Neid, Klassenhaß) entspringt, eine moralische Verirrung." — Der Herr Kritiker macht da nach dem Worte „wirthschaftliche" die Einschaltung: (intellektuell-Genus, wirthschaftlich-Species — schöne Zusammenstellung). Unser

---

Regierung zu Liegnitz. Er machte aber im Ganzen wenig Wirkung, die Theilnahme war gering und schläfrig, ja sie schien zuletzt gänzlich erlöschen zu wollen.

(Fortsetzung folgt.)

John Osawatomie Brown.

Die „Newyorker Staatszeitung" vom 8. September meldet aus dem Städtchen Osawatomie in Kansas unter dem 30. August nachfolgende Feier zu Ehren eines amerikanischen Vorkämpfers für Rechtsgleichheit aller Menschen, der unweit jener Stadt seinen berühmten Sieg über eine bedeutend stärkere Macht von Sklavenhalter-Landsknechten vor 22 Jahren gewann und dessen deutsch geschriebene Biographie als Festschrift zum 6. Juli v. J. bei W. Bracke in Braunschweig erschien*) — wie der Verfasser sagt: „15 Jahre nach dem Heldentode dessen, der das Holz des Galgens heilig gemacht, wie das des Kreuzes, 14 Jahre nach der englischen und 10 nach der in Berlin gedruckten französischen Lebensbeschreibung." Jedem Parteigenossen empfehlen wir die Lektüre dieser Schrift. Ueber die Bedeutung Brown's sich zu unterrichten, genügt der wörtliche Abdruck nachstehender Correspondenz des obengenannten Blattes:

„Osawatomie, Kansas, 30. August 1877. Zehntausend Menschen entsprachen heute dem Aufrufe, den Ceremonien der Einweihung des John Brown-Monumentes beizuwohnen. Dr. Degraff, Vorsitzender des Comités, rief die Versammlung zusammen und stellte Gouverneur Robinson von Kansas als den Präsidenten des Tages vor. Der Geistliche Adair, ein Schwager J. Brown's, sprach das Gebet. Resolutionen wurden abgefaßt, welche die Legislatur des Staates Kansas ersuchen, eine Appropriation zur Anschaffung einer Statue J. Brown's von Bronze oder Marmor zu machen, die in der National-Bildsäulen-Halle des Capitols in Washington als ein der Nation zu machendes Geschenk aufgestellt werden soll. Die Resolutionen sagen, daß es Pflicht der historischen Gesellschaft des Staates Kansas ist, sobald als möglich Maßregeln zu ergreifen, um die persönlichen Erinnerungen der Gefährten in Bezug auf sein Leben und seine Laufbahn in Kansas zu sammeln und in den Archiven niederzulegen. Festredner des Tages war Senator Ingalls, der mit Hayes' Administration sich zu befreunden verhieß."

Soweit der Bericht des Newyorker Blattes. Wir fügen nur hinzu, daß in der Schrift unseres deutschen Parteigenossen die Namen sowohl des jetzigen Gouverneurs Robinson als des Predigers Adair sich finden. (Vgl. S. 52 ff. u. S. 101, Z. 2 ꝛc.) Ueber Letzteren kann weiter nichts bemerkt werden, als daß er zufällig Schwager des Helden war; wenn Ersterer aber nach 22 Jahren jetzt in begeisterter Feststimmung dem todten Märtyrer huldigt, so ist dies eben nur ein Beispiel mehr für den Treppenverstand jener weisen Praktiker, die auch uns in Deutschland als regierungsfähige Windfahnenpartei nicht mehr unbekannt sind, während sie es bei den politisch höher entwickelten Völkern des Westens formlich zu einer besonderen Zunft und Gilde mit handwerksmäßig erlernten und überlieferten Kunstgriffen gebracht haben. Diese Gattung Politiker predigt gegen Bismarck, so lange die Volksströmung darnach angethan ist, auf dieser Bahn sich mit Schreierschreiberkünsten vorzudrängen und aufzuschwingen. Eben dieselben Streber verunglimpfen alle Gegner Bismarck'scher Politik als Vaterlandslose, Reichsfeinde, Antikulturkämpfer ꝛc., sobald die Volksfluth anderen Richtungen folgt.

Sollte der Zukunftswind aber die Wellen der öffentlichen Meinung zum dritten Mal anders lenken, so wird jene Praktiker-Innung freudig begeistert mit sittlichem Pathos zum dritten Mal schwenken, und immer voran sind, die Metze aus Darmstadt und unsere Braune! Möge der Himmel verhüten, daß Bismarck fällt: denn viele dieser Drehlinge würden dann krank an der bekannten Hirnwurmkrankheit.

*) John Osawatomie Brown. Festschrift zur ersten Säkularfeier der Vereinigten Staaten von Nordamerika, von Dr. A. Prowe. Braunschweig 1876, W. Bracke jr.

— Liberale Blumenlese. „Zwanglose Briefe" lautet der Titel eines Feuilletons im Hamburger „Freischütz". In der Beilage vom 23. September finden wir da folgenden Passus verübt: „..... Und doch ist diese kuriose Menschheit so organisirt, daß ein fast allgemeiner Bankerott ausbrechen würde, könnte man plötzlich alle Kriege und alle Armeen abschaffen. Die soziale Oekonomie hat sich im Laufe der Zeit so gestaltet, daß der Krieg einen der wichtigsten Hebel für Handel und Industrie bildet, der freilich nur Einzelnen direkt zu Gute kommt. Der mordlustige Zweifüßler ohne Flügel (homo sapiens) lebt zu einem großen Theil von Zerstörungsproduktionen und ich kann wirklich unseren Sozialdemokraten keinen besseren Rath ertheilen als den der Auswanderung." Jedes Wort hierzu ist überflüssig. — In der Hamburger „Reform" vom selben Tage leistet ein namenloser Feuilletonist mit wenig Witz und viel Behagen einen „Rückblick auf die Woche". Der arme Mann macht Sprünge wie ein Clown in einem Circus — hier eine kleine Probe davon, nicht ganz ein Sechstel der Gesammt-Leistung. „Die Sozialdemokraten haben in St. Louis eine Millionen-Erbschaft gemacht und die Mastbürger sehen jetzt mit stolzer Verachtung auf die Mastbürger herab. Am Golde hängt, nach Golde drängt doch Alles, selbst ein Sozialdemokrat, und da kann man es mir, der ich zu derjenigen Klasse der Bevölkerung gehöre, für welche das Wort Eigenthum noch die Bezeichnung einer berechtigten Eigenthümlichkeit ist, doch wahrlich nicht verargen, wenn auch ich eine stille Neigung für die Lingenau'sche Erbschaft empfinde und in den Jubelruf meiner Freunde, der Sozialdemokraten, Seid umschlungen, Millionen! gern mit einstimmen möchte. Vom Erben bis zum Bekommen ist nun allerdings noch ein großer Schritt zu thun, aber schon das fait accompli des vorhandenen Testaments, womit die Bourgeois geärgert werden, ist für meine Freunde, die Sozialdemokraten, Zuckerbrod. Wenn aber erst das Geld im Kasten klingt der Sozialdemokrat aus dem Petroleum springt. Ich aber werde mich bis dahin bestreben, das angestammte Mastbürgerthum abzulegen und zum Ehren-Sozialdemokraten ernannt zu werden, denn es ist doch gar zu schön, ein kleiner Rothschild in der Westentasche zu sein. Was werden die Sozialdemokraten mit den Millionen, nach dem Grundsatz: Je mehr Dollar, je besser! nicht Alles beginnen. Sie werden sofort eine Universität gründen, in welcher nur sozialdemokratische Wissenschaft gelehrt wird; sie werden jedem sich in Verlegenheit Befindenden zinsfreie Pumpe gewähren, kurz — es wird wunderbar commune werden." Das Lingenau'sche Testament muß doch unseren guten Liberalen sehr in der Nase stecken! Es ist übrigens schön, wenn man seinen Aerger vermittelst seines sprühenden Geistes und Humors zu unterdrücken vermag. Nicht wahr? —o—

— Der Hofrath und Dichter a. D., Herr Rudolph von Gottschall, schämt sich seines neuerworbenen Adels wohl in Anbetracht, daß er früher über den Adel allerlei schlechte Witze gerissen hat. Er zeichnet nämlich jetzt noch seine Artikel über Theater ꝛc. ꝛc. im „Leipziger Tageblatt" mit dem Pseudonym: Rudolph Gottschall.

— Noch unter dem Böhmert. Wer die „Sozial-Correspondenz" schreibt, der ist wirklich kein Talent; wer sie aber lobt und i—a dazu schreit, der ist ein —l. Dies mag sich die Redaktion der „National-Zeitung" merken.

Sprachkenner entpuppt sich hier als Logiker; er will offenbar zeigen, daß er in allen Sätteln reiten kann. Ja, aber wie? Es gibt auch Sonntagsreiter. Ich rufe Ihnen zu: „Si tacuisses, philosophus mansisses.“ Lassen Sie Sich das übersetzen, Verehrtester! — Sie scheinen sich über die Begriffe: „intellektuelle und moralische Verirrung“ sehr wenig klar zu sein. Ich muß mich also deutlicher erklären. Eine intellektuelle Verirrung kann wohl auch als eine Verirrung des Verstandes bezeichnet werden. Sie werden mir hoffentlich zugeben, daß eine solche Verirrung, je nach dem Gebiete, auf welchem sie stattfindet, z. B. der Religion, der Politik, der Pädagogik, und warum nicht auch der Volkswirthschaft? — nach besonders benannt werden kann. So ist eine Verirrung in der Theorie der Volkswirthschaft in Allgemeinen (Genus) eine intellektuelle, und im Besonderen (Species) eine wirthschaftliche Verirrung. Haben Sie mich nun verstanden? Meine Zuhörer auf der Pfarrconferenz haben solche Auseinandersetzungen nicht nöthig gehabt. Doch „suum cuique“. Mit der Logik, Verehrtester, ist es so eine Sache. Sie speziell — ich gerathe wieder in's Spezialisiren — scheinen mit der Logik auf ziemlich gespanntem Fuße zu stehen; denn sonst hätten Sie sicherlich nicht das Gleichniß vom Fuchs und von den Bauern gegen mich riskirt. Ueberlegen Sie ein wenig, wen die boshafte Welt wohl unter dem Fuchse verstehen würde. Gleichnisse, Verehrtester, hinken oft; das Ihrige ist wie ein Stein, der dem auf den Kopf fällt, der ihn geworfen hat. Seien Sie in Zukunft vorsichtiger, und verschonen Sie Ihre genug geplagten Mitmenschen mit Ihren schulmeisterlichen Anwandlungen! Damit, daß man die Worte „Genus und Species“ kennt, ist man noch kein Logiker. —

So weit wäre die Kritik meiner dritten These lustig; der Schluß aber ist es nicht. Denn da werfen Sie mir in sittlicher Entrüstung geradezu Verleumdung vor. Ja, Sie citiren sogar die Bibel dabei, was Ihnen doch gewiß schwer genug geworden ist. Schade, daß Sie die Hauptsache vergessen haben: mir nachzuweisen, daß ich verleumdet habe. Das dürfte Ihnen allerdings nicht gelingen. Ich bin dagegen erbötig, wenn der „Vorwärts“ mir dazu seine Spalten öffnet,*) den Beweis für meine Behauptungen zu führen. —

Die Sache steht nun so: Sie haben mir keine Verleumdung nachgewiesen, wohl aber habe ich Ihnen verschiedene offenbare Entstellungen — ich dürfte wohl sagen: Fälschungen meiner Thesen — nachgewiesen. Wer ist da der Verleumder?

Sie wollen, „wenn es die Zeit erlaubt, den Herrn Pfarrer noch ein wenig näher mit der Laterne beleuchten. In's Tageslicht wird er mir wohl nicht folgen:“ Ein Irrthum, wie Sie sehen. „Die Zeit wird sich wohl finden“ sage ich mit der Redaktion des „Vorwärts“. —

Erzhausen, den 24. September 1877.

Dr. Hager, Pfarrer.

(Unserem Correspondenten überlassen wir natürlich die Entgegnung. D. R. d. „V.“)

*) Mit dem größten Vergnügen, Herr Pfarrer; wir sehen Ihren Einsendungen und Ihrer Beweisführung entgegen.

D. Red. d. „V.“

Correspondenzen.

Hamburg. Am Mittwoch, den 26. Septbr., fand im großen Lokale des „Conventgartens“ eine überaus zahlreich besuchte allgemeine Gewerkschaftsversammlung statt, in welcher A. Geib einen Vortrag hielt über das Thema: „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Presse“. Redner wies zunächst darauf hin, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sei, sowohl die geistigen, wie auch die materiellen Interessen der Arbeiter zu fördern. Ersteres könne nur durch Aufklärung der Arbeiter geschehen durch Wort und Schrift. Das Wort, d. h. die praktische Agitation, sei kostspielig und seien die meisten Gewerkschaften nicht im Stande, die Agitation genügend betreiben zu können, ja viele seien so schon nicht einmal existenzfähig. Hier könne Wandel geschaffen werden und durch Verbindung der Gewerkschaften mittels Gegenseitigkeitsverträgen. Dadurch würde man nicht allein die Agitation erfolgreicher betreiben können, sondern man würde, wenn die Verträge so weit ausgedehnt würden, auch im Stande sein, dem eigentlichen Zweck der Gewerkschaften, einen ernsten Kampf mit der Kapitalmacht zu führen, gerecht werden können. Die durch die Gewerkschaften angestrebte Aufklärung der Arbeiter durch die Presse werde ebenfalls durch Vereinigung bedeutend an Ausdehnung gewinnen und zwar durch Verschmelzung der vielen Preßunternehmungen zu einem Central-Gewerkschaftsorgan. Die Gewerkschaften von heute sind nicht im Stande, auf dem Gebiete der Presse Bedeutendes zu leisten. Nur durch Schaffung eines Centralorgans werden die Gewerkschaften der politischen Partei, welche diesen Schritt nach vorwärts gemacht hat, ebenbürtig werden. Diese Fortschritte in der Gewerkschaftsbewegung werden sowohl materiell, wie auch geistig zur Hebung des Arbeiterstandes wesentlich beitragen. Der Redner schloß unter lebhafter, allseitiger Zustimmung der Anwesenden mit dem Hinweis auf den Grundgedanken jeder Vereinigung: „Vereinte Kraft macht stark!“ Nachdem noch die Herren A. Kapell, Pfeifer und der Unterzeichnete sich im gleichen Sinne ausgesprochen, nahm die Versammlung nachstehende Resolution einstimmig an: „Die Versammlung erklärt, daß sie eine Reform der fachgewerkschaftlichen Bewegung durch Herausgabe eines Centralorgans und Abschließung von Gegenseitigkeitsverträgen unter den gewerkschaftlichen Organisationen für dringend nothwendig hält. Die Versammlung fordert die Gewerkschaftsverwaltungen auf, im Sinne vorstehender Resolution baldigst vorzugehen.“

W. Metzger.

Mainz, im September. Wenn ich in der letzten Zeit so manche Schilderung des Elends, entstanden durch Geschäftslosigkeit und Tyrannei verschiedener Fabrikanten, in den Arbeitsblättern las, so dachte ich, daß dem doch noch nicht so in dem „goldenen“ Mainz sei.

Nur zu bald wurde ich jedoch meinen Irrthum gewahr und habe ich Ihnen heute Verschiedenes, was wohl verdient der Oeffentlichkeit übergeben zu werden, zu berichten. Den Anfang will ich mit der hier bestehenden S. Wolf'schen Schuhfabrik machen. Dieser Wolf, welcher sich wieder einmal ganz gewaltig gegeräuspert hat, verdient die Krone und so soll er denn auch die Ehre haben, obenan zu stehen. — Vor einigen Wochen fiel es diesem „humanen“ Fabriksbesitzer wieder einmal ein, seinen Zwickern, wohl etliche 30 an der Zahl, vom Paar 4 Pfg. weniger zu geben und motivirte er diese „berechtigte“ Reduktion damit, daß er seinen Arbeitern plausibel zu machen suchte: „er könne momentan einen größeren Vertrag abschließen, derselbe sei jedoch so zugespitzt, daß er nichts verdienen könne (?), wenn sich nicht die Zwicker obigen Abzug gefallen ließen.“ Doch hier hatte der vor noch nicht langer Zeit blutarme Mann und jetzt Millionen besitzende Fabrikant die Rechnung ohne den Wirth gemacht; die Arbeiter waren alle einig und bedeuteten Hrn. Wolf, daß sie sich von dem jetzigen Hungerlohn unter allen Umständen weiter keinen Abzug gefallen lassen könnten. Von dem energischen Vorgehen der Arbeiter überzeugt, gab denn auch Herr Wolf mit der Bemerkung nach, „daß Alles beim Alten bleiben solle“, jedoch müßten es sich die Zwicker gefallen lassen, „wenn hier und da eine Störung in ihrer Thätigkeit wegen Mangel an Material eintreten sollte“, was denn auch die Arbeiter einer Lohnreduktion vorzogen. Bei dieser Gelegenheit äußerte ein Arbeiter, daß es ihm bei dem jetzigen Lohn fast nicht mehr möglich sei, seine Frau und Kinder zu ernähren, sowie die Miethe zu erschwingen; doch was sagte da der Sohn des S. Wolf, in der Fabrik unter dem Namen der „Rothe“ bekannt: „was gehn mich Ihre Frau und Kinder an, ich kenne nur den Mann, der mir arbeitet, diesen bezahl ich und nicht seine Frau und Kinder.“

Wahrlich, mit dürreren Worten ist die Ausbeutungssucht dieser Menschen noch nicht gekennzeichnet. Also die Familien jener Männer, welche ihn zum Millionär gemacht, können verhungern, wenn er nur profitirt.

Diesem Wolf'schen Vorgehen scheint sich die hier im Gartenfelde bestehende Lederfabrik von „Michel, Meier und Denninger“ würdig anreihen zu wollen. Diese Herren hatten seither noch eine Filiale in Freiburg i. Br., dieselbe ist vor einiger Zeit eingegangen und ist der dortige Direktor in das hiesige Geschäft versetzt worden. Dieser Herr sucht sich nun unter verschiedenen von ihm getroffenen Einrichtungen bei den Fabrikanten beliebt, was zur Folge hat, daß er bei den Arbeitern das gerade Gegentheil von Beliebtheit erlangt. Seither bestanden noch verschiedene Freiheiten in dieser Fabrik, Unter andern war die Pforte der Fabrik für die Stückarbeiter den ganzen Tag über geöffnet und konnten dieselben anfangen, wenn es ihnen beliebte. Die Falzer bekamen, wie ich hörte, eine Anzahl Felle, welche sie meistens in 6 Stunden gefalzt hatten und arbeiteten demgemäß Mehrere und besonders diejenigen vom Lande von Morgens 9 bis Nachmittags 3 Uhr. Dieses hat jedoch seit der neuen Direktion sein Ende gefunden; dieselben müssen jetzt vielmehr von Morgens 6 bis Abends 6 Uhr in der Werkstätte sein und haben sie nichs mehr zu arbeiten, dann können sie Trübsal blasen. Wer nur 1 Minute zu spät kommt, dem öffnet sich des nämlichen Tages die Pforte nicht mehr; dieses nämliche Schicksal trifft auch noch viele andere Branchen in dieser Fabrik. Essen darf auch nicht mehr in die Fabrik gebracht werden und hat sich der Direktor dahin ausgesprochen, daß er, wenn zwei Arbeiter miteinander sprechen, dieselben sofort entläßt. Kurz, ein Stück der scheußlichsten Reaktion ist jetzt die Fabrikordnung. Daß diese Einsperrung der Stückarbeiter bei dem in Betracht kommenden Quantum Arbeit auf die Dauer einer Lohnreduktion gleichkommt, liegt auf der Hand und hat denn auch schon mancher Arbeiter den Dienst quittirt.

Die Festungsbauten bieten hier den letzten Anker für jeden Arbeitslosen; da arbeiten stellenlose Commis, bankerott gewordene Kaufleute, entlassene Beamte, doch, wer soll sie alle nennen, diese Unglücklichen. Manchem sieht man es an, daß er früher einmal bessere Zeiten gesehen, doch jetzt gehen sie meistens gesenkten Hauptes mit eingefallenen Wangen und hohlen Augen daher. Ist es auch ein Wunder? Wahrlich nicht, denn mit einem Hungerlohn von 2 Mark und noch weniger, kann Niemand bei dieser anstrengenden Arbeit existiren.

Zum Schlusse bemerke ich noch, daß der „Reichsverein“, welcher uns neulich in öffentlicher Sitzung auf das schamloseste mit Schimpfworten traktirte, zu einer von uns abgehaltenen Volksversammlung — in welcher der Vorstand des Vereins eingeladen aber nicht erschienen war — ganz gehörig heimgeleuchtet wurde. — R.

Stuttgart, 30. Septbr. Ein gewerkschaftliches Centralblatt an Stelle der bisherigen kleinen Blätter zu gründen ist wohl der Wunsch der meisten Gewerkschaftsmitglieder. Das Für und Wider dieses Projekts wurde in neuerer Zeit sowohl in Versammlungen, als in der Parteipresse lebhaft diskutirt. Es liegt auf der Hand, daß es mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, ein Organ in's Leben zu rufen, welches allen vernünftigen Anforderungen entsprechen soll. Die Hauptfrage dabei ist: ob es möglich ist, sämmtliche Correspondenzen der dabei betheiligten Gewerkschaften in genügender Weise zu berücksichtigen und dabei die Abonnenten zum mindesten nicht höher zu belasten, als es durchschnittlich bei den jetzigen Blättern der Fall ist. Meiner Ansicht nach ist es möglich, und zwar durch ein Centralorgan mit verschiedenen Ausgaben. Wie bei den Marktverzeichnissen unserer Parteikalender den verschiedenen Ländern Rechnung getragen wird, so müßte dies bei dem Centralorgan gegenüber den verschiedenen Gewerkschaften der Fall sein. Das Format des Blattes müßte bei der ganzen Auflage gleich sein, ebenso der Leitartikel und die für die allgemeine Partei- und Gewerkschaftsbewegung wichtigen Mittheilungen, nur die für die speziellen Interessen der einzelnen Gewerkschaftsgruppen einlaufenden Correspondenzen, Annoncen und diverse Mittheilungen müßten für jede Branche extra gesetzt werden, d. h. die für eine Gewerkschaft bestimmte Ausgabe würde außer dem allgemeinen Inhalt nur die speziellen Angelegenheiten dieser einen Gewerkschaft und keiner anderen enthalten. Es müßten also so vielerlei Ausgaben gedruckt werden, so viel sich Gewerkschaften dabei betheiligen, kurz es wäre etwa dasselbe Verhältniß, wie bei manchem unserer Parteizeitungen mit ihren Zweigblättern, z. B. der „Bergischen Volksstimme“, des „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“ u. s. w. Denn wie etwa für einen Stuttgarter Genossen die Lokalnotizen des Münchener „Zeitgeist“ von weniger Interesse sind, so haben auch die inneren Angelegenheiten der Metallarbeiter-Gewerkschaft für einen Cigarrenmacher 2c. weniger Bedeutung. Wir hätten dann ein Centralorgan und jede Gewerkschaft hätte nach wie vor ihre eigene Zeitung. Der Uebergang bis zu Geib's Projekt wäre dann vollends ein leichter. Durch dieses neue Unternehmen würden also (wie schon öfters hervorgehoben wurde) die Gewerkschaftsmitglieder an Qualität und Quantität ihrer Lektüre bedeutend gewinnen. Durch die centralisirte Herstellung des Blattes müßte der pekuniäre Vortheil ein ganz bedeutender sein. Es würde bei verhältnißmäßig billigerem Preise mehr geboten. Den Anforderungen der verschiedenen Gewerkschaftsverwaltungen, sowie den vielen Correspondenzen einzelner Mitglieder könnte in vollkommenster Weise Rechnung getragen werden. Die Arbeit der Redakteure und Expedienten wäre natürlich eine sehr große und vielseitige, aber Beharrlichkeit führt zum Ziel.

K. Pfund.

Johanngeorgenstadt, 25. Septbr. Auch an uns ist es nunmehr, im „Vorwärts“ Etwas von uns hören zu lassen. Es sei nur kurz bemerkt, daß wir am 2. September, während der hiesige Militärverein 2c. im Restaurant „Gartenhaus“ sedanirte, uns im hiesigen Schießhause der sozialdemokratischen Partei Deutschlands angeschlossen haben. Vorläufig sind wir 19 Mann, hoffentlich werden wir aber in Bälde eine stärkere Zahl aufweisen können. Daß wir uns auf Kämpfe und Anfechtungen verschiedener Art gefaßt machen müssen, kann man sich leicht denken und beweist auch folgender Vorfall. Einem unserer Genossen, der auch Mitglied des Kriegervereins ist, war ein Kind gestorben. Nun ist es üblich, daß der Kriegerverein jedem seiner Mitglieder bei einem Todesfalle eine Anzahl Träger stellt; aber siehe da, als das Kind unseres Genossen zur letzten Ruhe getragen werden sollte, blieben die Träger des Kriegervereins aus, trotzdem der Vorsteher rechtzeitig von dem Todesfall unterrichtet worden war und auch das Erscheinen der Träger zugesagt hatte. Es blieb nichts übrig, als die Beerdigung durch schnell herbeigeholte Arbeiter aus der Fabrik des Herrn Lorenz, der bereitwilligst eine Anzahl Arbeiter beurlaubt hatte, besorgen zu lassen. Daß man uns mit derartigen Chilanen nicht beikommen kann, versteht sich von selbst. Im Gegentheil, jeder rechtlich Denkende wendet sich mit Abscheu ab von einer Partei, deren Anhänger solche Inhumanitäten begehen können.

Freiburg. Den Genossen im Oberbaden zur Nachricht, daß die **Arbeiter-Conferenz** Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 10 Uhr in der Brauerei Lasser in **Lörrach** eröffnet wird und hoffen wir, daß die Genossen zahlreich erscheinen werden. Nachmittags findet eine allgemeine Versammlung statt. Also auf Genossen zur Verfechtung der gemeinsamen Sache!

Briefkasten

der Redaktion. O. L. in Meinertshagen: Distribuent heißt ein Vertheiler, ein Austheiler; auch wird das Wort gebraucht für Jemanden, der etwas abschätzt. — Mucker — das Wort entstand zuerst in Königsberg, wo der Volksmund eine fromme Secte (1830), die von den Geistlichen Diestel und Ebel geleitet wurde, mit dem Worte bezeichnete. Weshalb man gerade das Wort Mucker für Scheinheiliger gebraucht hat, ob es von der Bezeichnung, er hat seine Mucken, er hat's hinter den Ohren, herzuleiten ist, ob dies wieder von Mücke — Mückenstiche abgeleitet werden kann, das sind wir außer Stande, Ihnen zu sagen. — E. B. hier: Die Veröffentlichung der Correspondenz würde uns ohne Zweifel eine Klage eintragen, und obendrein bezweifeln Sie ja selber, ob einer der betheiligten Arbeiter den Muth haben würde, zur Bekräftigung der Angaben als Zeuge aufzutreten.

der Expedition. W. Hoffmann, London: Adresse am „Vorw.“-Kopf wird geändert. Alle Sendungen sind bisher schon Donnerstag Abends abgegangen. — R. Sauerborn, Lüttich: Wir expediren hier die Kreuzbänder pünktlich jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag Abend. Früher ist's nicht möglich.

Quittung. Hnz London Ab. 8,16. L. Wertheim Ab. 2,10. Brunnmr Göppingen Schr. 25,00. Rtzsch Newyork Ab. 102,17. Rtg Manche Ab. 3,90. Flr Schwäb.-Gmünd Ab. 10,00. Albrt Esslingen Ab. 23,25. F. Ettl Breslau Ab. 8,06. R. Zwenkau Ann. 0,70. Swan Anvers Ab. 8,55. Frdhfr Coblenz Ab. 1,40. Exped. der „Tagwacht“ Zürich Ab. 70,00. Lz Werlau Ann. 0,90. Rstdtr hier Ab. 1,25. Art hier Schr. 7,00. Rstsch Freudenthal Ab. 5,19. Schrr Heilbronn Ab. 39,80. Srbrn Liège Ab. 4,04. Brunr Graz Ab. 4,80. Schfr Lindenau Ab. 14,50. Ldwg hier Ann. 6,80. Brin Pegau Ab. 2,40.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Edm. Thonberg M. 8,00.

Anzeigen 2c.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 6. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11: (F. 164)

Geschlossene Versammlung.

Tagesordnung: Abrechnung. Verschiedenes. [70

Der Vorstand.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.
Sonnabend, den 6. Oktober, Abends halb 9 Uhr, in Jacobi's Restaurant, Rosenthalgasse: Vortrag von W. Liebknecht über die orientalische Frage und Beantwortung der Fragen über die Vorgeschichte der französischen Revolution.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet [80

Der Vorstand.

NB. Aufnahme neuer Mitglieder findet daselbst statt.

Leipzig. Gewerkschafts-Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. (Eingetr. Genossenschaft.)
Sonnabend, den 6. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Herrn Krüger, Thiem'sche Brauerei, Tauchaerstraße Nr. 12:

Versammlung.

Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Aufnahme neuer Mitglieder.
Sonnabend, den 13. ds. Mts.: Generalversammlung. § 26.

R. Ludwig, Vorsteher. [90

Werlau b. St. Goar. Allen durchreisenden Parteigenossen zur Kenntniß, daß bei Wirth und Destillateur W. Litz, in Werlau bei St. Goar, der „Vorwärts“ sowie sonstige sozialistische Schriften ausliegen. [1,20

Für Männer-Chöre.

Im Verlag von Emil Sauerteig in Gotha ist erschienen:

Liedersammlung
des Allgemeinen Arbeiter-Sänger-Bundes.

Erste Lieferung.

Inhalt: Nr. 1. Im Wald. Gedicht von Geib. Comp. von G. Scholz. — Nr. 2. Arbeitermarsch. Comp. von C. Arendt.
Preis für jede Lieferung: Partitur mit 4 Stimmen M. 1,60.
4 Stimmen ohne Part. M. 1,20.

Die bisher in demselben Verlag erschienenen 9 Arbeiter-Lieder sind im besonderen Heft oder auch einzeln zu beziehen. Geb. Partitur mit 4 Stimmen M. 8,50, 4 Stimmen M. 6,50.

Nach dem Beschlusse des diesjährigen Congresses der deutschen Sozialisten erschien vom 1. Oktober ab in Berlin:

Die Zukunft.

Sozialistische Revue.

Die hervorragendsten sozialistischen Schriftsteller des In- und Auslandes haben ihre Mitwirkung zu diesem Unternehmen zugesagt, dessen Aufgabe es ist, das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie in wissenschaftlicher Weise darzulegen und zu vertheidigen.

„Die Zukunft“ erscheint elegant ausgestattet monatlich zweimal in der Stärke von 1½—2 Bogen Lexikon-Format. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich:

beim Bezug durch die Post (Zeitungs-Preisliste Nr. 4394a) und den Buchhandel M. 1,25, ohne Bringerlohn;
bei direkter Zusendung unter Kreuzband: für das Inland und die Länder des Weltpostvereins M. 1,90;
bei Zusendung unter verschlossenem Couvert M. 2,50.

Bestellungen auf die Gratis- und Franco-Zusendung der am 15. September erscheinenden Probenummer wolle man an eine Buchhandlung oder an die Expedition richten.

Die Expedition der „Zukunft“.
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 118. Sonntag, 7. Oktober. 1877.

Die Folgen des großen Krachs.

II.

Wir haben also ein allgemeines Werthgesetz gefunden, welches die kapitalistische Produktionsweise beherrscht. Wenn es uns gelingt, seine Anwendung auf die verschiedenen Arten Kapital und Arbeit als berechtigt nachzuweisen, so wird seine Richtigkeit bestätigt werden. Prüfen wir es zunächst in der Anwendung auf das Boden-Kapital im Verhältniß zum Geld-Kapital. Die Erfahrung lehrt uns:

Das Boden-Kapital und das Geld-Kapital steigen in verschiedenem Verhältniß, je mehr die Arbeitskraft sinkt; beide sinken in verschiedenem Verhältniß, je mehr die Arbeitskraft steigt. Und zwar steigt und sinkt unter der Kapitalherrschaft der Geldwerth und Geldpreis langsamer als der Bodenwerth und Bodenpreis.

Es ist klar, daß das Angebot von Land nicht nach Belieben und Bedürfniß vermehrt werden kann, so lange die Bevölkerung steigt, daß also die Nachfrage der Enterbten darnach wachsen muß, und daß folglich der Preis, und dadurch der Tauschwerth des Bodens rascher wachsen muß, als der des Geldes und aller seiner Stellvertreter, deren Vorrath sich fast ganz nach Belieben und Bedürfniß einer wachsenden Bevölkerung vermehren, bei sinkender Bevölkerung vermindern läßt.

Wenn wir den Beginn der kapitalistischen Produktionsweise von der Zeit der großen Zufuhr von Edelmetall und Colonialwaaren bald nach Entdeckung Amerikas an rechnen, so wissen wir durch Vergleich der damaligen und der jetzigen Lebensmittelpreise, daß der Geldwerth in diesen 300 Jahren auf etwa den zehnten bis zwölften Theil gesunken ist. Wenn wir dagegen den Bodenpreis mit den Lebensmittelpreisen damals und jetzt vergleichen, so finden wir trotz aller Unsicherheit der Angaben über den Bodenpreis doch soviel, daß er ansehnlich gestiegen ist. Bei Vergleichung dagegen der damaligen und der jetzigen Löhne mit den Lebensmittelpreisen finden wir ein mehr als zwanzigfaches Sinken der ersteren in derselben Zeit. Mit andern Worten: überall, wo vor 300 Jahren bereits Lohnarbeit eingeführt war, konnte man für eine höchstens achtstündige Arbeitszeit wenigstens zwanzigmal mehr Lebensmittel kaufen als für ebensoviel Arbeitszeit heute. Viel besseren Anhalt der Vergleichung finden wir an den Angaben aus den nahezu achtzig Jahren unseres Jahrhunderts. Während dieser Zeit hat sich der Bodenwerth in Europa durchschnittlich verdreifacht, der Geldwerth etwa um die Hälfte verringert, die Arbeitskraft aber ist überall, bevor die großen Arbeiter-Organisationen Macht errangen, und überall wo sie bis heute keine solche errungen haben, um das Drei- bis Viersache im Preise gesunken, wenn wir die Preise der drei Dinge an den Lebensmittel-Durchschnittspreisen messen.

Im Einzelnen ergeben sich dabei große Schwankungen. Da wo, wie in England, Holland, sowie in den meisten Ländern germanischer und slawischer Zunge der Boden in festen Händen und großen Gütern, und somit nahezu unverkäuflich war, so daß man den Bodenwerth nach Steueransätzen oder Erträgnissen berechnen muß, sucht und findet die überschüssige ländliche Bevölkerung eine Zuflucht bei der Auswanderung und die Ausgewanderten vermehren die Nachfrage nach Industrieprodukten des Mutterlandes, wodurch das Sinken der Arbeitslöhne verzögert wird. Da hingegen, wo die Parzellen-Landwirthschaft vorwiegt, wie in Frankreich, Belgien und in den deutschen Rheinlanden, wird zwar durch stark vermehrte Nachfrage nach verkäuflichen Ländereien der Preis des Landes noch mehr gesteigert als in den Ackerbau-Großbetriebsländern, aber die Arbeitslöhne werden ebenfalls am zu starken Sinken verhindert, weil die Gelegenheit zu kleinem Ackerbaubetrieb wächst, und das Zweikinder-system einreißt. Dort steigt der Preis des Geldes gegenüber dem des Bodens langsamer als hier, schwankt aber sehr häufig überall, wo Großbetrieb in der Industrie und lebhafter Welthandel herrscht, große Spekulationen eintreten und Handelskrisen den Credit bald abschneiden, bald erweitern. Die statistischen Zahlen werden hier immer schwerer zu deuten, und die daraus gezogenen Schlüsse immer weniger verläßlich.

Es scheint, als ob unser obiger zweiter Satz dem bekannten ehernen Lohngesetz Ricardo's widerspreche, welches durch Marx und Lassalle bestätigt worden ist, und wonach der Lohn nie dauernd über die Höhe der gewohnten Lebensbedürfnisse des Arbeiters und seiner Familie steigen, noch dauernd darunter sinken könne. Allein es gilt hier, zweierlei zu bedenken. Erstens haben wir von den Lebensbedürfnissen blos die Nahrungsmittel als Maßstab für die Verhältnisse zwischen Lohn, Grundwerth und Geldwerth angenommen; der Arbeiter ist aber daneben noch an andere Bedürfnisse gewöhnt, deren Werth nach Ort und Zeit ungemein verschieden sein mag. Zweitens ist das eherne Lohngesetz überhaupt nur so lange anwendbar, als der Weltkrach noch nicht eingetreten ist, als noch Perioden der Blüthe und des Stockens des Absatzes mit einander abwechseln. Auf solche Lohnarbeiter also, wie die obererzgebirgischen, eulengebirgischen und oberschlesischen Industriearbeiter, deren Lebenshaltung einmal bis auf die billigsten Lebensmittel, auf Lumpen als Kleidung und nahezu kostenfreie Wohnung herabgesunken ist, findet das eherne Lohngesetz keine Anwendung. Ebenso wenig auf das irländische ländliche Proletariat, wie es bis vor kurzem verelendigt war, auf die Savoyarden, die unter dem Truckystem schmachtenden Industrie-Arbeiter, die Chinesen 2c. kurz Bevölkerungen, deren Lebenshaltung seit lange im dauernden Sinken ist, weil der Freiheitstrieb abgeschwächt ist und keine Organisation zur Benutzung einer Absatzblüthe behufs Lohnsteigerung mehr zustandebringt. Es steht fest, daß der Lohn dauernd unter die gewohnten Lebensbedürfnisse sinken kann und überall wirklich sinkt, wo die Bedürfnisse selbst immer mehr sinken, weil die Lebenshaltung mit dem Freiheitstriebe abgeschwächt wird, bis massenhafter langsamer Hungertod eintritt.

Wenn dergleichen bei Hunderttausenden, ja Millionen von Lohnarbeitern geschehen kann, und wenn wir in China das Lohnsystem und den Kapitalismus schuld daran finden, daß mitunter viele Millionen von Menschen auf einmal verhungern, so kann man es nicht für an sich unmöglich ansehn, daß die Lebenshaltung aller Arbeiter Europas und Amerikas ebenso tief sinke. Dies zu verhüten gibt es nur ein Mittel — den rüstigen Widerstand aller Lohnarbeiter, deren Freiheitstrieb noch nicht durch das Elend geknickt ist. Diese können ihre Organisation allmälig so verallgemeinern und dadurch so viel Widerstandsmittel gewinnen, daß sie die bereits verzweifelnden Lohnarbeiter zur Erstrebung höherer Lebenshaltung ermuthigen und zuletzt alle Enterbten zur Umgestaltung der künstlichen Gesetze in Stand setzen. Im Wesen des kapitalistischen Großbetriebs liegt kein Beweggrund, um die von ihm geschaffenen Uebel freiwillig zu beseitigen.

Freilich aber würde er auch in dem Falle, daß kein organisirter Widerstand der Lohnarbeiter ihn bekämpfte und auf die Spitze triebe, wo er umschlagen und seinen Gegensatz hervorrufen muß, sich selbst vernichten; er würde aufhören zu sein, was er in den letzten Jahrhunderten geworden ist, und Zustände hervorbringen, ähnlich den mittelalterlichen. Wenn alle enterbten Bevölkerungen so bedürfnißlos geworden wären, wie es die Chinesen so lange gewesen, und große europäische und amerikanische Volksmassen jetzt sind: dann hört der massenhafte Absatz und mit ihm alle Vervollkommnung der Technik, also auch aller Anstoß zur Fortentwicklung der Wissenschaften und Künste auf und die letzteren verfallen dem chinesischen Stillstand, oder dem byzantinischen Rückgange. Wenn gleichzeitig die Großproduzenten infolge des andauernden Weltkrachs zum kleinern Theile in müssige Kapitalisten, welche von Zinsen leben, zum größeren Theile in deren Bedienstete und Büttel verwandelt wären, so würde dieser winzige Bruchtheil des Volkes, welcher von Zinsen lebt, auch ohne ferneres Wachsthum seines Kapitals blos von der Lohnsklavenarbeit der Volksmassen alle seine Gelüste befriedigen können. Es wäre jede weitere Vermehrung der Erzeugungskraft der Arbeit überflüssig. Das öftere Verhungern ganzer Millionen wäre ein willkommenes Mittel, die lästige Uebervölkerung in Schranken zu halten, ohne die Massenmorde durch stehende Heere nöthig zu haben, die so leicht sich gegen die bestehenden Herrscherklassen empören.

Auf alle Fälle also ist der Kapitalismus verdammt dazu, sich selbst zu vernichten. Im letzteren Falle aber würde er mit sich zugleich alle erlösenden Mächte, also die wirkliche Wissenschaft, Kunst und Sittlichkeit vernichten. Dieser Fall ist also deshalb weniger wahrscheinlich, weil sehr bald in seinem Verlaufe die Vertreter dieser Mächte erkennen müßten, wohin die Wirthschaft des Kapitalismus führt, und die Bundesgenossenschaft der Lohnarbeiter suchen müßten.

Die Betrachtung der beiden von uns entwickelten Gesetze führt also genau dahin, wohin die von Marx bis jetzt gelieferte Analyse des Kapitalismus führt, nämlich daß die Enteigner enteignet werden, und die Arbeitsmittel Gemeingut, während der Arbeitsertrag Privateigenthum bleiben kann. Auch die von Marx als geschichtlich nothwendig nachgewiesenen Mittel zum Ziele bleiben nach unsern obigen zwei Gesetzen dieselben: der allmälig verkürzte Normalarbeitstag, welcher nur durch die Umgestaltung der künstlichen Gesetze zu sichern ist, und die internationale Organisation der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei. Sobald der Freiheitstrieb der Lohnarbeiter wächst, und sich ausbreitet, hört ebenfalls die Gültigkeit des Ricardo'schen Lohngesetzes mehr und mehr auf. Der Werth der Arbeitskraft wächst und mit ihm der Preis derselben, während aller Kapitalwerth allmälig sinkt. Und zwar sinkt der Bodenwerth rascher, als der Geldwerth. Diesen Satz haben wir im nächsten Artikel noch weiter aus der Erfahrung und Natur der Dinge zu beweisen.

Schon hier aber ergiebt sich, weshalb mit dem Steigen der Löhne der Kapitalwerth sinken muß, und zwar so lange sinken muß, bis der ganze Betrag der Scheinwerthe — der nicht durch gleichviel vorhandene Gebrauchswerthe gedeckte Werthantheil des Kapitals — völlig vernichtet ist. Es fehlt von dem Augenblicke an, da die internationale Arbeiterbewegung ein stetes durch Einzelsiege verbürgtes Wachsthum zeigt, dem Kapital an Sicherheit. Sobald das Kapital sieht, daß die Arbeiterwelt in Masse die Einsicht verräth, wie nur durch künstliche Gesetze die Arbeitsmittel Privateigenthum sein und bleiben können, wie sicher also durch verbesserte Gesetzgebung der Privatkapitalismus beseitigt werden kann — sobald dieses Geheimniß der Kapitalisten offenkundige Wahrheit für die Arbeiterwelt geworden ist, hört die Sicherheit des Privateigenthums, d. h. das Vertrauen der Kapitalistenklasse in die Beständigkeit des Profits und Zinses, also des Kapitals selbst auf. Damit muß der Austausch von Kapitalien aufhören, der Wunsch bei deren Besitzern zunehmen, sich den Lebensunterhalt durch ein billiges Abkommen mit dem „Nähr- und Lehrstande" zu sichern und die gänzliche Enterbung ihrerseits zu verhüten.

Aus Frankreich.

B. Paris, den 2. Oktober.

Von der „sozialrepublikanischen" Partei und ihrem Programm haben Sie bereits gesprochen — ich beschränke mich daher auf die Bemerkung, daß die neue Bewegung sich sehr gut anläßt, und, trotz systematischer Verdächtigung durch die „honneten" „Republikaner" unter den Arbeitern die beste Aufnahme findet. Es ist wahr, das Programm läßt vieles zu wünschen übrig; in den Köpfen der Unterzeichner spukt noch manche unreife Idee — aber wie wäre das anders möglich? „Die Alten", die bewährten, prinzipien- und charakterfesten Vorkämpfer des Sozialismus, sie sind fast alle todt, im Exil, auf der trockenen Guillotine, und der junge Nachwuchs ist eben noch — jung. Aber er wächst. Und das Unklare wird sich allmählich klären. Die „Egalité", das sozialistische Blatt, dessen erste Nummer in drei Wochen erscheint, wird schon dafür sorgen, daß Ordnung in die Ideen kommt, und der Sozialismus die streng realistische und wissenschaftliche Grundlage erhält, auf welcher allein ihm der Erfolg sicher ist. Wie Sie wissen, hat Guesde die Redaktion der „Egalité" übernommen. In besseren Händen könnte das Blatt nicht sein. Guesde ist nicht blos ein geschulter, er ist auch ein bewährter Sozialist. Er hat die Probe nach jeder Richtung hin bestanden, und ich kann den deutschen Parteigenossen nur Glück wünschen, daß die Aufgabe, ihnen die sozialistische Bewegung Frankreichs in der „Zukunft" zu erschließen, gerade dem Berufensten zugefallen ist. Trotzdem kann ich mich mit seinem ersten Artikel „Der 16. Mai und die französischen Sozialisten" (in Nr. 1 der „Zukunft") durchaus nicht einverstanden erklären. Ich will möglichst kurz sagen, warum nicht. Guesde kennt so gut wie Einer die „Regierungsrepublikaner", die sich durch einen „Strom von Blut" von der „Arbeiterklasse und deren Parteigängern getrennt" haben; er begreift die „Pflicht" der französischen Arbeiter, „nach dem Beispiel des deutschen Proletariats eine besondere Partei zu bilden" und — kommt in seinen Schlußfolgerungen dazu, das Zusammengehn mit den „Regierungsrepublikanern" anzurathen! Wie kommt er zu dieser seltsamen Conklusion, die den Vordersätzen schnurstracks zuwiderläuft?

„Wir waren und sind nicht bereit." Wir befinden uns in der „Unmöglichkeit, in den Kampf (gegen den 16. Mai) unter unseren eigenen Farben und für unsere persönliche Rechnung einzutreten."

Hier haben wir den Stein, an welchen die Kugel geprallt, und durch den sie aus der Richtung gebracht worden ist.

„Wir sind nicht bereit." Aber ist das denn richtig? Kein Zweifel, das französische, insbesondere das Pariser Proletariat, um das es sich vor Allem hier handelt, hat den „großen Aderlaß" der blutigen Maiwoche noch nicht überwunden, aber ist es darum zu jeder selbstständigen Aktion unfähig? Mit Nichten. Vielleicht zu einem Straßenkampf, aber doch wahrhaftig nicht zu selbstständigem Vorgehen bei den Wahlen. Doch wir werden hierauf zurückkommen; jetzt weiter.

Die Unmöglichkeit selbstständigen Handelns einmal vorausgesetzt, bleibt natürlich nur „die Wahl zwischen zwei Entschlüssen: uns zu enthalten; oder gemeinsam mit der aufgelösten Kammer und zu ihren Gunsten vorzugehn."

Es ist eine Wahl zwischen zwei Uebeln, die nie leicht ist. Guesde weiß sehr wohl, daß die „republikanische Bourgeoisie" um kein Haar besser ist als die monarchische, er weiß, daß die „363" zum „Feind" gehören, mit der Regierung nur einen „Familienstreit" haben, und „nicht einmal die Amnestie gewähren werden" — er erinnert sich des „Blutbads, gegen welches die Bartholomäusnacht ein Kinderspiel ist", mit zornigem Abscheu betrachtet er „den kaltblütigen überlegten Mörder von Rossel, von Ferré, von Bourgeois und aller Derer, deren Strafe umzuwandeln er sich geweigert hat." Dies Alles spricht, die Unmöglichkeit selbstständigen Handelns vorausgesetzt, wuchtig für „Enthaltung", für Abweisung jeder Gemeinschaft mit den „Feinden" und „Mördern", so lange man nicht die Macht hat, sie zur Strafe zu ziehen.

Aber „die Folge unserer Unthätigkeit würde sein: der Triumph der monarchistischen Coalition und nach kurzer Frist eine bonapartistische oder bourbonistische Reaktion."

Nun, darüber wäre zu streiten, indeß lassen wir es.

Hören wir was kommt:

„Ist es uns nun, kann es uns gleichgültig sein, das Königthum oder das Kaiserreich in die wieder auferstandenen Tuilerien einziehen zu lassen?

„Wenn wir die Geschichte um Rath fragen, speziell unsere Geschichte, was lehrt sie uns über diesen Punkt? Daß unter der Monarchie alle revolutionären Bewegungen, welche stattfinden können, einen republikanischen Charakter haben, während unter der Republik sie einen sozialen Charakter besitzen.

„Unter der Gottesgnaden-Monarchie der Bourbonen erfolgt die Juli-Revolution.

„Unter der constitutionellen Monarchie Louis Philippe's sieht man den 24. Februar.

„Unter dem Kaiserreich erleben wir — mit Hilfe von Sedan — den 4. September, — d. h. politische, ausschließlich politische Revolutionen, die sich auf Veränderungen im Regierungs-Personal beschränken.

„Unter der Revolution von 1848 dagegen treten ein die Juni-Tage.

„Unter der Republik von 1871 erlebt man den 18. März, — d. h. soziale Revolutionen, die sich gegen die wirthschaftliche Ordnung, oder genauer die wirthschaftliche Unordnung von heutzutage richten.

„Die Republik ist also eine Etappe, die zu nehmen von Wichtigkeit ist, wäre es auch nur, um sie nicht mehr nehmen zu müssen; und da sie zur heutigen Stunde in Frankreich besteht, so haben wir Sozialisten ein Interesse von erstem Rang, sie nicht zerstören zu lassen."

Die Geschichte ist sicherlich die beste Rathgeberin; aus dem Geschehenen läßt das Geschehende sich erkennen. Aber die Geschichte ist ein wunderbar complicirtes Ding, das, wenn es nicht gelingt, in die Tiefen der Ereignisse einzudringen, die Spring-

sehr berechtigter Ausspruch. Die Schule aber ist auch als der wesentlichste Theil der öffentlichen Erziehung anzusehen. Was aus den Menschen werden soll, muß man aus ihnen erziehen, und die Schule ist nicht nur als eine Anstalt anzusehen, in welcher der heranwachsenden Jugend einiges Wissen beigebracht wird, sondern es soll die Schule auch wesentlich mit beitragen zur sittlichen und körperlichen Erziehung der Staatsbürger. Bei unseren heutigen Schuleinrichtungen kann die Schule gar nicht diesen ihren eigentlichen Beruf erfüllen. Ganz abgesehen von den jämmerlichen Schullehrergehältern, auch abgesehen von den vielen unbesetzten Lehrerstellen können die einzelnen angestellten gewissenhaften Lehrer ihrer Aufgabe gar nicht Herr werden. Nach neuester Statistik kommen nämlich beispielsweise in Preußen auf jede Schulklasse im Durchschnitt 74 Kinder. Da die städtischen Schulen durchweg besser situirt sind, so wird man auf dem Lande im Durchschnitt wohl 90—100 Kinder auf jede Schulklasse rechnen. Bei einem solchen Ziffernverhältniß liegt es auf der flachen Hand, daß die Lehrer in den ländlichen Schulen sich mit der Erziehung der Kinder gar nicht genügend befassen können, und daß der Unterricht auf den ländlichen Schulen nur ein äußerst mangelhafter sein kann. Die Kinder sitzen übermäßig lange in überfüllten Schulräumen zum nicht geringen Nachtheile ihrer Gesundheit, und was sie dabei lernen, steht in keinem Verhältniß zu der abgesessenen Zeit und der verkümmerten Gesundheit. — Der Staat muß also eintreten — der heutige Staat aber thut dies nicht; ändern wir ihn, bessern wir ihn, so bessern wir auch die Schule und die Erziehung des gesammten Volkes.

— „Mit jedem gebotenen Mittel wollen wir unsere Gegner, die Bourgeois, die Liberalen, die gegenwärtige Regierung bekämpfen" — so hat mancher sozialistische Agitator schon arglos gesprochen, aber der Staatsanwalt wies ihm nach, daß unter „jedem gebotenen Mittel" auch die gewaltsame Revolution, daß die Gewaltthätigkeit darunter verstanden werden könne, und einige Monate Gefängnißhaft belehrten den Betreffenden, daß er mit „jedem gebotenen Mittel" seine Gegner nicht bekämpfen dürfe. Nun sagt aber die „Deutsche Allgem. Zeitung", das Organ des Ur-Nationalliberalen Professor Biedermann, nachdem es den in Gera stattfindenden deutschen Arbeitercongreß und die Anschauungen der Böhmert'schen „Sozialistenstampfmühle" in Bezug auf denselben begrüßt hat, daß sie sich dem Wunsche zu zahlreicher Beschickung des Congresses anschlösse, und bemerkt schließlich noch, daß jedes gebotene Mittel benutzt werden müsse, den Sozialismus, als eine der bestehenden Verhältnissen feindliche Partei zu bekämpfen. Jedes Mittel! Gesetzliche Mittel sind unter anderen: Aufklärung und Wissenschaft (fehlen bei Hirsch-Böhmert-Biedermann), Lüge und Verleumdung (werden reichlich angewandt), Polizei und Richter (sind schon in voller unfruchtbarer Thätigkeit), Hebung der Noth und des Menschenelends überhaupt (sollen nicht angewandt werden, weil dann der Sozialismus allerdings vernichtet würde, aber seine Ziele, die man mehr als ihn selber fürchtet, sich verwirklichten). Nun giebt es aber auch noch ungesetzliche Mittel, die Partei des Sozialismus zu bekämpfen, zum Beispiel der Lasker'sche Knüppel in der Hand des Herrn Biedermann — — — wir kriechen vor Angst schon in ein Mauseloch, wir jammern um Hilfe nach Polizei und Staatsanwalt — — — Doch nein! Pfui Teufel — wir vergessen ja, daß wir nicht in einer liberalen Haut stecken.

— Zum Lasker'schen Rechtsstaat. Vierzig Freiwillige israelitischer Confession, die ihr Jahr im Kaiser-Franz-Regiment und dem zweiten Garde-Regiment abgedient und sich zum Offiziers-Examen gemeldet haben, sind, wie Berliner Blätter melden, sämmtlich zurückgewiesen worden. — Wie sich nun wohl der Israelit Lasker mit seinem Rechtsstaat abfinden wird? Wir finden den Vorfall im christlich-germanischen — Bismarckischen deutschen Reiche sehr natürlich!

— Die Krebsnatur der Liberalen kommt immer deutlicher zum Vorschein. Auf einem Bankett zu Hannover sagte Herr v. Bennigsen, den man vorher den ersten Führer der Nationalliberalen genannt hatte, wörtlich Folgendes: „Gegenüber der aufreibenden Thätigkeit in Berlin, gegenüber der Schwierigkeit der täglichen Reibung, welche die begonnenen Dinge aufhält und immer wieder hindert, herbeigeführt dadurch, daß die nationalliberale Partei nicht die praktische gouvernementale Initiative besitzt, wodurch naturgemäß auch die Stellung der Regierung schwieriger wird — hat die lokale Thätigkeit etwas Gesundes an sich." — Auf gut deutsch heißt das: In der nationatliberalen Partei befinden sich noch einige liberal angehauchte Querulanten, die, wenn sie auch schließlich immer der gouvernementalen Initiative folgen, doch zuerst durch ihre langweiligen Laskeriaden die Gesetzgebung in die Länge ziehen — dies muß in Zukunft verhindert werden, so daß die nationalliberale Partei bei allen Vorlagen sofort: Ja! sagt. Erst Forckenbeck, dann Virchow und nun Bennigsen: Rückwärts! Rückwärts! Rückwärts!

— Ein neuer Rückschritt der bürgerlichen Demokratie. Aus Mannheim vom 1. Oktober wird der „Frankfurter Zeitung" Folgendes geschrieben: „Nachdem ich Ihnen das Hauptresultat der am Sonnabend beendigten Wahlmännerwahlen telegraphisch mitgetheilt, erübrigt mir sehr wenig über die Wahl zu sagen. Wahlberechtigte sind in Mannheim 6496, von ihrem Rechte Gebrauch gemacht haben 1466; für die nationalliberale Wahlmännerliste wurden abgegeben 815, für die demokratische 621 Stimmen, Wilde waren 30; von den gewählten 232 Wahlmännern gehören 157 der nationalliberalen, 75 der demokratischen Partei an. Es ist dies ein weit schlimmeres Resultat, als selbst die Pessimisten unserer Partei befürchtet hatten. Es wäre Thorheit, leugnen zu wollen, daß wir eine entschiedene Niederlage erlitten haben, es erübrigt aber, zuzusehen, welchen Ursachen dies zuzuschreiben ist, auf daß es in Zukunft besser werde." — „Auf daß es in Zukunft besser werde!" Auch wir wünschen das; aber auch die Ursachen des Rückgangs wissen wir. Die bürgerliche Demokratie, welche in den Banden des Kapitals sich befindet, welche die soziale Gleichheit nicht anerkennt, hat keine Berechtigung, eine politische Sonderstellung „mehr nach links" einzunehmen — sie gehört zur großen bürgerlichen liberalen Partei, welche das Volk mehr oder weniger mit einigen politischen Freiheiten beglücken, aber es in sozialer Abhängigkeit halten will. Deshalb besteht auch ein immerhin scharfer Gegensatz zwischen der wirklichen Demokratie, der sozialen Demokratie — und der bürgerlichen Demokratie. Ermanne man sich, ziehe man die Consequenzen der Freiheitsidee, gebe man der Arbeit, was der Arbeit gebührt, mit einem Worte, werde jeder ehrliche bürgerliche Demokrat ein Sozialdemokrat, und lasse man die Schwankenden zu den Nationalliberalen oder Fortschrittlern laufen, streife man die verderbenbringende Halbheit ab, dann „wird es in Zukunft besser werden"!

— Das neue Organ der französischen Sozialisten, die „Egalité", wird noch im Laufe dieses Monats erscheinen, und zwar in Meaux, einer kleinen Stadt bei Paris, wo die Caution niedriger ist als in der Hauptstadt. Die erste Nummer wird am 21. Oktober ausgegeben. Wir haben nicht nöthig, unsere deutschen Parteigenossen auf die Wichtigkeit dieses Unternehmens aufmerksam zu machen. Wenn Tüchtigkeit der Redaktion eine Bürgschaft des Erfolgs ist, so kann der Erfolg nicht ausbleiben.

— In einer neuen Zuschrift kommt unser rumänischer Correspondent nochmals auf seine Mittheilung betreffs der dem „Erbfreund" zur Verfügung gestellten deutschen Unteroffiziere und Soldaten zurück, und erhält nicht nur seine Mittheilung aufrecht, sondern stützt dieselbe auch durch weitere Angaben, welche uns den Beweis liefern, daß er nicht leichtfertig verfahren ist. Und — um der Sache einmal auf den Leib zu gehen — klingt die Mittheilung denn an sich unwahrscheinlich, oder gar unglaublich? Man wendet ein, die Absendung einer solchen Zahl von Soldaten und Unteroffizieren hätte nicht ohne großes Aufsehen bewerkstelligt werden können. Dieser Einwand ist durchaus nichtig. Wenn die preußisch-deutschen Militärbehörden geneigt sind, oder auch nur ein Auge zudrücken, so ist es eine Kleinigkeit, nicht blos 2000, sondern 20,000 Soldaten und Unteroffiziere zur russischen Armee zu dirigiren. Und haben wir etwa Grund, die Geneigtheit der maßgebenden preußisch-deutschen Behörden in Zweifel zu ziehen? Niemand, der die eigenthümliche „Neutralität" unserer Regierung beobachtet hat, wird mit Ja antworten. In der That, wir begreifen gar nicht das Geschrei, welches über die Mittheilung unseres rumänischen Correspondenten erhoben wird. Ist sie etwa auffallender, compromittirender, als die notorisch-aktenmäßig nachzuweisende Abkommandirung preußischer Stabsärzte in's russische Lager und als das, von der offiziösen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" registrirte Faktum, daß rumänische Soldaten vor Plewna von preußischen Offizieren in's Feuer zurück„getrieben" worden sind? Das sind zwei Thatsachen, — von

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Schule muß Staatsinstitut werden — das ist gewiß bei den heutigen Verhältnissen, wo das Gemeindewesen noch so im Argen liegt und wo die Verschiedenheit des Wohlstandes oder des Mißstandes in demselben so sehr groß ist, ein

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845).

(Fortsetzung.)

Als jedoch im vorigen Jahre Regierungen und Volk durch die in Schlesien und Böhmen ausbrechenden Weberunruhen auf die Noth der arbeitenden Klassen unangenehm aufmerksam gemacht worden waren, erkannte man die Gefahr, die Nothleidenden sich selber zu überlassen. Man wollte helfen. Man erkannte aber auch, daß zur gründlichen Heilung des Uebels mehr gehöre, als Almosen, die für den Moment nur eine unzulängliche Beschwichtigung, für die Zukunft gar keine Abhilfe gewährten. Die Gährungen des Proletariats sind das Schreckbild der Zeit; Mitleid und Furcht wirkten zugleich. Alsbald verbreiteten sich über den ganzen Staat Vereine, zunächst für Beförderung des Absatzes der Leinen, dann zur Verbesserung des Zustandes der arbeitenden Klassen überhaupt. Nur über die Wege zum Ziele war man bei den letzteren uneins. Man nahm das Ziel nicht rein und gesondert in's Auge, Parteien bemächtigten sich der Strömung, um von ihr getragen ihre Nebenzwecke zu erreichen. Man erinnere sich besonders des in Berlin geführten Streits darüber, ob man die Arbeiter durch geistliche oder materielle Speise sättigen, ob man in den Vereinen geistliche oder politische Lieder singen müsse.

Zwei Ansichten aber verschafften sich damals besondere Anerkennung und sind von der Staatsregierung selber getheilt und mehr oder weniger begünstigt worden. Man will auf Verbesserung des inländischen Fabrikats wirken, damit es mit dem vorgeschritteneren ausländischen an Wohlfeilheit und Güte Concurrenz halten könne. Die Regierung will zu diesem Behuf die Errichtung von Weberschulen befördern und hat beispielsweise in den schlesischen Weberbezirken einzelne Männer mit Geldvorschüssen versehen, die sich die Verbreitung der Kenntniß zur besseren Bereitung des Flachses, des Gespinnstes, des Gewebes und zur Kenntniß besserer Bleiche und Zurichtungsweisen unter den Arbeitern angelegen sein lassen sollen. Auch in Hirschberg sind mit diesen Aufträgen betraute Männer, von welchen ich nur den Kaufmann Kirstein namentlich nenne. Für gleiche Mittel, wie die Regierung sprach sich auch der große, deutsche, messentlich in Leipzig zusammenkommende Industrieverein aus, an dessen Spitze bekanntlich Kommerzienrath Kramsta steht.

Die zweite sich geltend machende Ansicht aber ging darauf hinaus, zur moralischen Hebung des Arbeiters ihn mit den besser gebildeten Ständen in nähere Verbindung zu bringen, sein Vertrauen zu ihnen zu erwecken; ihm einerseits zu zeigen, daß diese seine Noth und deren Abhilfe wohl im Auge hätten, daß er selbst aber dabei die Hände nicht in den Schooß legen, sondern sich mit den sein Gewerbe fördernden neuesten Erfindungen vertraut machen und selbstthätig und rührig sein müsse. Helfen kann man nur dem, der sich selber helfen will; wer nicht läuft, den holen die Schnecken ein. Auch diese Ansicht scheint von der Staatsregierung begünstigt worden zu sein, denn es entstand der von den Staatsbehörden genehmigte Berliner Centralverein, dessen Theorien die Lokalvereine vergeblich in's Leben zu führen sich bemühten, dafür aber keine Genehmigung erlangten. Vielleicht weil ihr angegebenes Ziel nicht für das wahre, oder doch nicht für das einzige gehalten wurde.

Die öffentlichen Erörterungen darüber hatten die Folge, daß sie die einmal auf die Arbeiter gelenkte Aufmerksamkeit fortdauernd wach erhielten, und daß sie auch in Hirschberg nicht erlosch, ist, da es in einem Weber- und Fabrikbezirk liegt, sonst sogar der Hauptort des schlesischen Leinenhandels war, mehr als erklärlich. Wenn zur Winterszeit die Weberfrauen mit ihren Leinen von Haus zu Haus gehen, und sie, obwohl zu den geringsten Preisen, dennoch vergeblich zum Kauf ausbieten; wenn sie weinend versichern, daß sie mit ihren Kindern seit acht und vierzehn Tagen kein Brod genossen haben, und nur noch von Suppen leben, aus dem in den Mühlen von der Diele aufgekehrten Mehlstaub bereitet; wenn ihre blassen Gesichter und hohlen Augen die Wahrheit bestätigen: so kann diese Aufmerksamkeit hier nie erlöschen. Es konnte also nicht fehlen, daß die durch den ganzen Staat lebendig gefühlte und werkthätig gewordene Theilnahme für die Noth der arbeitenden Klassen so nahe dem Elend, so nahe an dem Schauplatz gestörter Ruhe, nicht ohne Nachahmung bleiben konnte. Die nächsten Behörden, landräthliche wie städtische, ermunterten sogar dazu.

Als Mittel zum Zweck ergriff man den alten halb entschlafenen Gewerbeverein, der sich unter Aufsicht und sogar unter Mitwirkung des hiesigen Magistrats und Polizeivorstandes am 18. Januar d. J. neu konstituirte. Er hatte also die ortspolizeiliche Erlaubniß. Ob die Ortspolizeibehörde diese Erlaubniß ohne Rückfrage bei der Landespolizeibehörde zu ertheilen ermächtigt war, ist eine Frage, welche die Mitglieder des Vereins sich gar nicht vorzulegen hatten. Die Ortspolizeibehörde muß selber wissen, was sie erlauben kann.

Der erneuerte Verein nahm die in anderen Vereinen einzeln verfolgten Zwecke beide zugleich als Ziel seines Strebens auf. Einestheils also bezweckte er Belehrung der Gewerbstreibenden über neue Erfindungen, Kunsterfahrungen und Vortheile, anderntheils moralische Hebung der Arbeiter durch Heranziehung und Gewöhnung an eine bessere Geselligkeit. Die Arbeiter sollten die Branntweinhäuser verlassen und bessere Genüsse kennen lernen als die des Bauches. Dieser letztere Zweck war jedoch nicht zu erreichen, wenn man nicht diejenigen Schüler herbeizuziehen vermochte, auf welche es vorzugsweise abgesehen war: Arbeiter, Handwerker, Gesellen, Weber und Spinner. In dem alten Gewerbeverein hatte man in dieser Rücksicht eine entmuthigende Erfahrung gemacht — Mangel an Theilnahme. Gelang es dem erneuerten Verein nicht, bei den Arbeitern Lust und Freude an ihm zu erregen,, so war der Zweck verfehlt. Sie, welche sieben schwere Arbeitstage mühevoll durchlebt hatten, konnten unmöglich Geschmack daran finden, am Abend des letzten sich auf eine dürre Schulbank zu setzen, um von Leuten, die, so zu sagen, „gut reden hatten", zu hören, wie sie bisher alles schlecht gemacht hätten und wie sie es besser machen müßten. Eine solche moralische Selbstüberwindung war Leuten, die ihr Leben lang nur auf Broderwerb hingewiesen gewesen und von ihrer Mühseligkeit bisher nur in materiellen Genüssen Erholung gefunden hatten, nicht wohl zuzumuthen. Es kam also darauf an, ihnen neben der Belehrung auch Erholung und Erheiterung zu gewähren; man bedurfte für sie eines Köders. Der Vorstand des Vereins beschloß daher, neben den rein gewerblichen Vorträgen auch andere gemeinnützige halten zu lassen und darin solche zu behandeln, welche aus dem nächsten täglichen Leben hergenommen, die Theilnahme der Hörer zu erwecken im Stande wären; selbst rein erheiternde sollten nicht verschmäht werden. Namentlich ging man den Lehrer Wander um Vorträge an, und wegen der drastischen Sonderbarkeit seiner spröden, trockenen Erscheinung im Gegensatze zu der neckenden Art seines Witzes, um Vorträge der letzteren Art. Der Vorstand des Magistrats und der Polizei

anderen nicht zu reden —, welche mit der preußisch-deutschen Neutralität genau ebenso verträglich sind, wie die von unserem rumänischen Correspondenten gemeldete Absendung von Soldaten und Unteroffizieren. Also wer Entrüstung fühlt, der wende sich mit seiner Entrüstung an die richtige Adresse und lasse uns, die wir nur eine journalistische Pflicht erfüllt, fernerhin ungeschoren.

— Wahrhaft grauenhaft sind die Verluste der Russen durch Krankheiten. Die Folgen der schlechten Verpflegung, der mangelhaften und ungesunden Ernährung und der greulichen Unreinlichkeit machen sich immer mehr fühlbar; und neuerdings tritt dazu die Einwirkung der schlechten Jahreszeit. Nach einer Berechnung des „Daily Telegraph", dessen Bukarester Correspondent die durchpassirenden Krankenzüge kontrolirt hat, sind vom 20. bis zum 30. September zwölftausend Kranke nach Rußland zurückgesandt worden, mehr als 1000 den Tag, ein volles Armeekorps im Monat. Noch grauenhafter erscheinen diese Ziffern, wenn man bedenkt, daß die Schwersterkrankten nicht nach Rußland transportirt werden, sondern in den Feldlazarethen zurückbehalten werden müssen. Letztere sind geradezu elend eingerichtet, so daß die Sterblichkeit eine ganz enorme ist. Es fehlt an den nothwendigsten Vorrichtungen und Vorbereitungen; die Betten, Bahren, Aerzte ꝛc. reichen höchstens für 2000 Mann aus, und in einer einzigen Woche wurden vor Plewna über 10,000 Verwundete eingeliefert — das Ergebniß der famosen „Theatervorstellung", welche der „milde Czar" von einer Estrade herab, wie aus seiner Hofloge, betrachtet hatte. Die armen Verwundeten müssen oft tagelang liegen, ehe ihnen der erste Verband angelegt wird. Darnach kann man sich von dem grauenhaften Zustande der russischen Feldlazarethe einen annähernden Begriff machen. Der Prozentsatz der Verwundeten, die sterben, ist geradezu entsetzlich; selbst die leichtesten Wunden werden lebensgefährlich, wo nicht tödtlich. Und das Alles unter den Augen des „Milden".

Auch die Türken haben schwere Verluste gehabt, und haarsträubende Schilderungen laufen ein über den Stand ihrer Feldlazarethe und Militärhospitäler. Allein die Zahl der Kranken und Verwundeten ist doch weit geringer als bei den Russen. Es erklärt sich dies einestheils aus der größeren Reinlichkeit und besseren (auch naturgemäß weit leichteren) Verpflegung, anderntheils aus der größeren militärischen Tüchtigkeit der Türken, verbunden mit dem Umstande, daß sie meist in der Defensive (Vertheidigung) kämpfen. Trotzdem ist die Summe des Elends eine furchtbare. Werden die herzlosen, heuchlerischen Frevler, die diesen Krieg mit seinen Schrecknissen entzündet haben, von der Nemesis ereilt werden? Giebt es eine Strafe, schwer genug für diese Verbrecher?

— Vom Kriegsschauplatz (in Europa und Asien) nichts Neues von Belang. Die Nachricht von dem „großen Sieg" Osman Pascha's hat sich, wie wir vermuthet, als Ente herausgestellt; indeß ist die Thatsache, daß dem „Löwen von Plewna" bedeutende Verstärkungen zugegangen sind, so viel werth wie „ein großer Sieg". In letzter Stunde haben die Russen im Oberkommando einige Veränderungen angebracht — wenn die Kuh fort ist, wird der Stall zugemacht. — Auch der türkische Oberfeldherr Mehemed Ali Pascha soll abgesetzt sein.

Interessant, namentlich für uns Deutsche, ist eine Bemerkung Skobelew's, des unglücklichen „Helden" vom 11. und 12. September (er verlor an diesen zwei Tagen 8000 Mann von seinen 12,000!). „Mit Milizen", sagte er zu dem Correspondenten eines englischen Blattes, „mit Milizen, die solche Stellungen einnehmen, wie die Türken bei Plewna, würde keine Armee fertig werden, und hätten die Truppen Gambetta's 1870-71 solche Positionen gehabt, wären die Deutschen wohl nicht siegreich gewesen." Es ist wahr, daß die türkische Armee, welche dem stehenden Heer der Russen — und nicht blos in den „Stellungen" von Plewna — so furchtbare Niederlagen beigebracht hat, größtentheils aus Milizen besteht. — Wir werden uns das Wort Skobelew's merken.

— Nun ist's Zeit! Besonders die Redaktionen unserer Parteipresse werden auf Nachstehendes aufmerksam gemacht:

In der „St. Johanner Zeitung" (für Saarbrücken und St. Johann) befindet sich folgende Notiz: „Die Herren Sozialdemokraten sind Leute von Wort, wenigstens in der Beziehung, daß sie die vom „Vorwärts" s. Z. veröffentlichte Drohung — unsere hiesige Gegend mit sozialdemokratischen Schriften überschwemmen zu wollen — jetzt zu bewahrheiten suchen. Vor einiger Zeit erschien nämlich auf dem hiesigen Polizeibureau ein gewisser Fr. Matthies, aus dem Braunschweigischen gebürtig, um sich als Colporteur sozialdemokratischer Schriften anzumelden. Der neue Volksbeglücker hatte jedoch keinerlei oder nur sehr mangelhafte Legitimationspapiere aufzuweisen, und wurde in Folge dessen nicht allein abgewiesen, sondern auch ausgewiesen. Herr Matthies kehrte unserer Stadt den Rücken und begab sich nach Trier, wo es ihm denn auch gelang, auf Grund eines in Bremen ausgestellten Hausirgewerbescheines die nöthigen Papiere für seine Zwecke zu erlangen. Herr Matthies befindet sich jetzt wieder in unserer Mitte, er hat seine frühere halb seemännische Kleidung mit einem bürgerlichen Anzuge vertauscht und wird ohne allen Zweifel, dem ihm gewordenen Auftrage gemäß, die hiesige Gegend mit sozialdemokratischen Schriften zu überschwemmen suchen."

Parteigenosse Fr. Matthies bittet nun die Redaktionen unserer Parteipresse, ihm regelmäßig unter Kreuzband oder pr. Packet franco eine Anzahl von Blättern zur „Ueberschwemmung" zuzusenden; er hat auch die nöthigen Mannschaften zur Verbreitung der Blätter.

Die Adresse lautet: Colporteur Matthies, St. Johann-Saarbrücken, Gerberstraße.

Noch ist aus St. Johann mitzutheilen, daß ein Polizeimann anständigen Bürgern in einer Wirthschaft das Lesen des „Vorwärts" verboten hat — hoffentlich werden dieselben sich derartige Uebergriffe nicht haben gefallen lassen.

— Betreffs der Landtagswahl im Stollberger Kreis liegt nichts Neues vor. Zeitungsnachrichten zufolge wäre die Wahl für ungiltig erklärt und bereits eine Neuwahl angeordnet. Dagegen ist zu bemerken, daß Liebknecht noch keine Mittheilung erhalten hat, und daß man in Stollberg von Anberaumung einer Neuwahl nichts weiß. Sollte von Seiten der Verwaltungsbehörden, resp. des Ministeriums, welches nach dem sächsischen Wahlgesetz dazu ermächtigt ist, die Ungiltigkeit ausgesprochen werden, so würden die Wähler Liebknecht's beim sächsischen Landtag und in letzter Instanz beim Reichstag ihr Recht auf Grund der Reichsverfassung verfolgen.

— Dienstag, den 2. Oktober, fand in Gera die Wahl zum reußischen Landtage statt. Parteigenosse Brätter erhielt dabei 127 Stimmen; Lehrer Förster (Fortschritt) 119 und Bankdirektor Lothes (nationalliberal) 76 Stimmen. Es ist also Stichwahl zwischen Brätter und Förster erforderlich.

— Mit dem 1. Oktober hat die deutsche sozialistische Zeitungsliteratur folgenden nennenswerthen Zuwachs erhalten: „Königsberger Freie Presse", „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung", „Pfälzisch-Badisches Volksblatt", „Muldenthaler Volksfreund", „Volksblatt für Borna, Frohburg, Laufigk", „Groitzsch-Pegauer Volksblatt", „Zeitzer Volksfreund", „Volksblatt für das Herzogthum Altenburg", „Voigtländische Freie Presse". Ferner erscheint in Wien: „Der Sozialist", in Zürich: „Der Beobachter der sozialen Literatur". Der bisher wöchentlich dreimal erschienene „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat" erscheint nunmehr täglich, und endlich haben die Parteigenossen in Bielefeld beschlossen, vom 1. Januar k. J. ab ein eigenes Parteiorgan erscheinen zu lassen.

— Der frühere verantwortliche Redakteur des „Frankfurter Volksfreund", Genosse Schäfer, wurde von der Strafkammer wegen Feldwebel- und Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt und auf Antrag des Staatsanwalts, der 1 Jahr 3 Monate Gefängniß und Verlust der Ehrenrechte auf 3 Jahre verlangt hatte, sofort eingesperrt. — Ein zweiter Redakteur des „Volksfreund", Thomas, hat am 2. Oktober eine Haft von 10 Tagen angetreten, nachdem er erst vor kurzer Zeit 9 Monate abgesessen hatte.

— Die letzte Nummer der „Rothen Fahne" bringt folgende Erklärung an die Leser: „Wir sehen uns durch die Verhältnisse der „Bergischen Volksstimme" in Barmen veranlaßt, mit der heutigen Nummer, der letzten in diesem Quartal, die „Rothe Fahne" nach einjährigem Bestehen eingehen zu lassen. Wir hoffen, daß dieselbe in diesem Zeitraume der Sache des Sozialismus genützt hat und bei allen Lesern in gutem Andenken bleiben wird. Unseren bisherigen Freunden Dank für ihre wackere Unterstützung; mögen sie auch in Zukunft uns zur Seite stehen, wenn es gilt, im geistigen Kampfe für die Sache des arbeitenden Volkes in die Schranken zu treten. Barmen, den 29. September 1877. Mit sozialdemokratischem Gruß Wilhelm Hasselmann, Hermann Lange."

— Hasenclever ist Dienstag den 3. Oktober wegen Veröffentlichung des Gedichts „Märzgedanken" in der Nummer des „Vorwärts" vom 18. März d. J., in welchem der Richter ein Vergehen gegen § 130 des Strafgesetzbuchs (Aufreizung verschiedener Klassen gegeneinander zu Gewaltthätigkeiten) gefunden hat, wiederum zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Außerdem ist auf Vernichtung der confiscirten Nummer des „Vorwärts" erkannt worden.

Correspondenzen.

Aus der Schweiz, d. d. 18. September, erhalten wir nachstehende Zuschrift, die wir, obgleich sie von einer Seite kommt, mit der wir keine Gemeinschaft haben, im öffentlichen Interesse zum Abdruck bringen: Die Lorbeeren des Herrn Tessendorff lassen scheinbar den bekannten Abgeordneten der nationalliberalen Partei, Oberstaatsanwalt Kiefer in Mannheim, nicht ruhig schlafen, denn derselbe hat sich eine ganz absonderliche Praxis ersonnen, um auch den Ausländern den gehörigen Respekt vor deutscher Preßstrafrechtspflege beizubringen. Bekanntlich erschien zu Anfang August in Bern (anonym) bei E. Magron „Das kleine Buch vom großen Bismarck", dessen erste Auflage der wachsamen preußischen Reichspolizei zum großen Theil in die Hände fiel. Wie vielerorts in Deutschland, wurde auch in dem reichstreuen Mannheim eine Razzia auf dieses schändliche Buch veranstaltet und davon sechs Exemplare beim dortigen Buchhändler Weber (Firma: Tobias Löffler) konfiszirt. So weit ist die Sache nicht auffällig. Nun aber erhebt der Herr Staatsanwalt Kiefer gegen E. Magron in Bern (einen schweizerischen Bürger) die Anklage wegen in dem Buche angeblich enthaltener „Majestätsbeleidigung", „Aufreizung", „Verbreitung wissentlich erdichteter und entstellter Thatsachen" ꝛc., und das großherzoglich badische Amtsgericht faßt in Folge dessen diesen Beschluß, den ich Ihnen, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, wörtlich abschreibe: „Nr. 48,851. Beschluß. Mannheim, 20. August 1877. Gemäß vorstehendem staatsanwaltlichen Antrag vom 17. d. Mts. wird Strafverfahren eingeleitet gegen E. Magron in Bern wegen Beleidigung Sr. Majestät des deutschen Kaisers, wegen in den öffentlichen Frieden gefährdender Weise geschehener Anreizung zu Gewaltthätigkeiten verschiedener Klassen der Bevölkerung und wegen wissentlicher (sic!) Verbreitung erdichteter und entstellter Thatsachen, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, gemäß R.-Str.-G.-B. §§ 95, 130, 131, 74 auf Grund der in der Druckschrift: Das kleine Buch vom großen Bismarck enthaltenen, in der Anklageschrift näher bezeichneten Stellen. 2) Wird der Angeklagte auf Dienstag, den eilften September, Vormittags 9 Uhr, mit dem Androhen vorgeladen, daß im Falle seines Ausbleibens die in der Anklageschrift vorgetragenen Thatsachen für zugestanden angesehen und weitere Vertheidigungsmittel nicht mehr zugelassen würden. Dabei wird bemerkt, daß der Angeklagte seine Erklärungen durch einen Beauftragten vor dem Gericht abgeben lassen kann. Großherz. badisches Amtsgericht. Name unleserlich."

Der Herr Kiefer sagt am Schlusse seiner Anklage, nachdem er beantragt, die Akten großh. Raths- und Anklagekammer nach stattgehabter Verhandlung an das Schwurgericht zu verweisen, wörtlich: „An das Schwurgericht zu Mannheim wird der Antrag gestellt, auf Grund stattgehabter Verhandlung wegen der oben bezeichneten Vergehen den schuldig erklärten Angeklagten in eine Gefängnißstrafe von neun Monaten, sowie zu Tragung der Kosten des Verfahrens zu verurtheilen."

Zunächst ist es auffällig, daß dem Herrn Magron diese Vorladung zum Eilften erst am Fünfzehnten eingehändigt worden ist, daß er sich also in der Lage befindet, der Erwartung zu leben, daß er bereits vom großh. Amtsgericht in Mannheim verurtheilt worden ist, ohne dagegen remonstriren zu können. Letzteres hat er allerdings auch jetzt noch gethan und dagegen protestirt, daß man mit Nichtachtung seiner Stellung als Ausländer und Republikaner wegen Beleidigung einer ihm fremden „Majestät" u. s. w. ihn vor ein auswärtiges Gericht citirt. Der Erfolg bleibt natürlich abzuwarten. Gleichzeitig soll sich jedoch auch der Verfasser (die Schrift erschien anonym) dem diensteifrigen Herrn Kiefer zu weiterer gütiger Behandlung namhaft gemacht haben.

---

war bei allen Beschlüssen in allen Versammlungen gegenwärtig und mit berathend; der Gedanke an eine Gesetzesüberschreitung konnte also nicht wohl aufkommen. Vielleicht aber ist gerade das aus diesem Umstand hervorgegangene Gefühl der Gesetzlichkeit und Sicherheit die Verleitung zu manchem unbefangenen, nicht sorgfältig erwogenen Wort geworden. Ich habe dem Verein nicht angehört und ihn nie besucht, ich weiß nur, was mir die Akten davon vorlegen. Der Verein konnte hiernach als ein durchaus gesetzlicher und sogar in seinen Zwecken von der Regierung begünstigter angesehen werden. Ich erwähne dies deshalb, um zu zeigen, daß an und für sich aus der bloßen thätigen Theilnahme daran dem Angeklagten kein Verbrechen gemacht werden kann.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Corruption in den höheren Ständen.

Dem „Berliner Tageblatt" entnehmen wir folgende bezeichnende Notiz: „In den vornehmen Kreisen der Residenz erregte die vor etwa Jahresfrist erfolgte militärgerichtliche Verurtheilung eines dem höheren Adel angehörigen, jungen und sehr reichen Garde-Kavallerieoffiziers zu einer zweijährigen Festungsstrafe, erklärlicher Weise, großes Aufsehen. Veranlassung zu der betreffenden Untersuchung hatte damals die Anzeige einer Frau gegeben, welche, nachdem sie ihren ersten Mann, einen Schuhmacher, durch den Tod verloren und von einem zweiten geschieden worden war, als dritten einen ehemaligen sächsischen Lieutenant geheirathet hatte, hier einen ganz eigenthümlichen Verkehr unterhielt. Während der Verurtheilte zur Verbüßung seiner Strafe nach Metz gebracht wurde, woselbst er sich augenblicklich noch befindet, trat die Polizeibehörde, welcher die in jenem Prozesse zur Sprache gekommenen Umstände etwas auffällig erschienen waren, der Angelegenheit resp. der Denunziantin insofern etwas näher, als sie das Treiben derselben ganz im Stillen auf das Sorgfältigste überwachen ließ. Die Dinge, die hierbei zu Tage gefördert wurden, entziehen sich der Beschreibung und lassen sich nur leise andeuten. Die mit guten Manieren ausgestattete Lieutenantsgattin, deren Dritter übrigens im Frühjahr dieses Jahres ebenfalls das Zeitliche gesegnet hat, verstand es nämlich, in aller Ehrbarkeit sich Zutritt zu vielen überaus anständigen und vielfach den besseren Ständen angehörigen Familien, welche mit jungen und schönen Töchtern gesegnet waren, zu verschaffen und mit ihnen einen freundschaftlichen Verkehr zu unterhalten, in dessen Verlauf sie die jungen Fräuleins sehr häufig zu sich in ihre, in der Louisenstraße gelegene, prachtvoll eingerichtete Wohnung zu musikalischen Abendunterhaltungen einlud. Welcher Art indeß diese Unterhaltungen gewesen, das werden unsere Leser leicht errathen, wenn wir ihnen sagen, daß eine Anzahl lebenslustiger Gardeoffiziere, junge und ältere Lebemänner aus der hohen Finanzwelt, kurz verschwenderische Roués aus den ersten Kreisen ständige Gäste bei diesen „musikalischen Abenden" waren, die sich meist bis zur späten Nacht ausdehnten und bei denen der Champagner in Strömen floß. Das Beweismaterial gegen die gastfreundliche Patronin dieser Orgien, denn zu solchen, im weitesten Sinne des Wortes, pflegten jene Abendunterhaltungen auszuarten, ist sorgfältig zusammengetragen worden und befindet sich in den Händen des Untersuchungsrichters, welcher auch bereits über 20 der Verführten, meist Mädchen im Alter von 16—17 Jahren, als Zeuginnen vernommen hat und deren Aussagen ein schauervolles Bild von dem Treiben jener Frau entrollt haben. Der Eingangs erwähnte Garde-Kavallerieoffizier hatte eine Zeit hindurch zu den Gästen des Hauses gehört, sich aber schließlich aus demselben zurückgezogen; die Denunziation gegen ihn soll erfolgt sein, weil er sich weiteren Erpressungsversuchen gegenüber unzugänglich zeigte, nachdem er sich mit einer ziemlichen beträchtlichen Summe losgekauft zu haben glaubte. Die „Dame", die sich noch immer auf freiem Fuß befindet, hat die Unverfrorenheit gehabt, beim Minister des Innern und beim Polizeipräsidenten wegen des gegen sie eingeleiteten Verfahrens Beschwerde zu führen. Uebrigens droht jene Frau mit „Enthüllungen", die in hohe Kreise hinaufreichen sollen, falls man ihr ernstlich den Prozeß machen würde. Es steht indeß nicht zu befürchten, daß von irgend einer Seite hemmend in die Untersuchung eingegriffen wird."

Soweit das „Tageblatt". — Wir haben dieser Schilderung, welche einem Todesurtheil gegen die heutige herrschende Gesellschaft wie ein Ei dem andern gleicht, nichts weiter hinzuzufügen, als daß das „Tageblatt", die herrschende Gesellschaft überhaupt und das zuständige Gericht alle Schuld auf die „Dame", auf das einzelne Frauenzimmer wälzen und wälzen werden, und daß die Corruption der Gesellschaft dem Urtheil entgeht. Dieses Richteramt wollen wir hiermit übernommen haben, indem wir die sämmtlichen Betheiligten mehr oder weniger in Schutz nehmen und die Erziehung, die Vorurtheile, den Uebermuth, der in den höheren Kreisen herrscht und herrschen muß, mit einem Wort die Gesellschaft überhaupt verantwortlich für solche Vorkommnisse machen.

— Allerlei Eselei. Zu St. Goarshausen war ein das Echo-Schießen beschränkendes Verbot ergangen. Einige Zeit danach standen in der „Rhein-Lahn-Ztg." folgende Verse:

Es wird nit mehr geschosse,
Der Amtmann will's nit han,
Die Echo sind verschlosse,
Weil's Kind nit schlafen kann.

Wand'rer, frag' hier nicht das Echo,
Ohne Antwort wirst Du bleiben.
Daß es Antwort wieder gebe,
Mußt Du erst dem Amtmann schreiben.

Darum geh' nach Oberwesel,
Dort ist noch das Echo frei,
Frag' es, wie es heißt, der Strenge,
Du wirst hören, wer er sei.

Der Amtmann in Goarshausen erhob deshalb eine Klage gegen die Zeitung, indem er behauptete, es sei nur zum Schein gesagt: „der Strenge"; in Wirklichkeit solle es heißen: „der Esel" und mit diesem „Esel" könne nur er gemeint sein. Die „Ch. Fr. Pr.", die auch schon ihre hübschen Erfahrungen über die „Strenge" hinter sich hat, bemerkt hierzu: „Diese lächerliche Eselsgeschichte heimelt uns ordentlich an!"

— Aus der guten alten Zeit. Für Lebensmittelverfälscher. In den ältesten Gesetzen des deutschen Reiches (15. Jahrhundert) war das sogenannte „Weinmischen" als Fälschung mit hoher Strafe bedacht und auch die Landesgesetze schritten dagegen ein. So bestimmte eine Verordnung des Landgrafen Wilhelm von Hessen (1751), daß die, „welche die Weine mit Mineralien u. s. w. zu vergiften und schädlich und ungesund zu machen sich unterfangen, ohne Gnade mit dem Strange vom Leben zum Tode gebracht, Diejenigen aber, so die Verfälschungen mit Vegetabilien, Rosinen und Zucker verüben, ausgepeitscht und auf ewig des Landes verwiesen werden sollen." — In der „guten alten Zeit" behandelte man eben die Lebensmittelverfälscher als Giftmischer. Und das war in der Ordnung. Womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß wir für das Aufhängen sind.

Meines Wissens ist dieser Fall, wo die deutsche Strafjustiz hinüberzugreifen sucht in die Schweiz und die Bürger eines freien Staates mit ihren Strafen bedroht, der erste in seiner Art und dürfte derselbe besondere Aufmerksamkeit verdienen. Mir fehlt bei aller Interpretationskunst eines harmlosen Gemüths jedes Verständniß für ein solches Verfahren. Vielleicht bringt die nächste Zeit weitere Aufklärung und werde ich dann nicht ermangeln, Ihnen weiteren Bericht zu erstatten.

Montigny bei **Metz**, 1. Oktober. Auch hier grassirt die Furcht vor dem „rothen Gespenst". Am 29. September wurde nämlich drei Lesern des „Vorwärts", die als Arbeiter in der Werkstatt der Reichsbahn (sogen. kaiserliche Werkstatt) beschäftigt sind, gekündigt. Auch der Einsender dieser Zeilen gehört zu den Gekündigten. Ich hatte den „Vorwärts" erst vor einigen Tagen bei der Post bestellt; die erste Nummer traf an einem Mittwoch ein, aber merkwürdiger Weise erfolgte die Kündigung schon am Sonnabend vorher; die Direktion mußte also durch die Post erfahren haben, daß in der kaiserlichen Werkstatt der „Vorwärts" gelesen wird. Ich wunderte mich nicht wenig, als kurz vor Feierabend von mehreren Leuten mein Name gerufen wurde, um mich zum Werkmeister zu begeben: Der Herr Werkmeister stand bereits in meiner Nähe; ich trat auf ihn zu und ohne ein Wort zu sagen gingen wir nach dem Bureau zum zweiten Maschinenmeister. Hier wurde ich mit den Worten angeredet: „Sie lesen den „Vorwärts"? — Ja, war meine Antwort. „Wer hält mit Ihnen noch das Blatt?" — Ich antwortete, daß ich den „Vorwärts" für mich allein bestellt hätte. „Dann ist Ihnen heute gekündigt und Sie gehen mit dem 15. Oktober ab." Mit einem „Gut mein Herr" verließ ich das Bureau.

Sollten Parteigenossen hierher kommen, so mögen sie den „Vorwärts" nicht auf der Post bestellen. Nach Stephan zwar „ruht das Briefgeheimniß in dem Gewissen der Postbeamten so sicher wie die Bibel auf dem Altar" — was soll man aber von dieser Kraftphrase halten, wenn es jedem beliebigen Postbeamten freigestellt ist, die Haupttugend der Postbediensteten, die Verschwiegenheit, zu verletzen, wenn Sozialdemokraten in Frage kommen? Denn das steht doch außer Zweifel, daß es ein Postbeamter gewesen ist, der der Direktion der kaiserlichen Werkstatt die Namen der drei Abonnenten des „Vorwärts" verrathen hat. In Zukunft also Vorsicht!

Schwerin, 28. September. In einer hiesigen Zeitung standen jüngst folgende Notizen dicht unter einander: „Hamburg, den 12. September. Strafgericht. Der Briefträger Wilh. Leonhard Christian Rost, der es nicht fertig zu bringen wußte, seiner Familie mit dem ihm bewilligten Gehalte, das ihm täglich 12 Silbergroschen lieferte, zu ernähren, ließ sich leider zu Unrechtfertigkeiten hinreißen. Das Gericht läßt mildernde Umstände gelten und verurtheilte ihn zu 15 Monaten Gefängniß." — „Der Verkauf trichinenhaltiger Fleischwaaren hat dem Fleischermeister Hellwig in Pförten eine ungewöhnlich harte Strafe eingetragen. Hellwig hatte es im August v. J. unterlassen, die von ihm geschlachteten Schweine untersuchen zu lassen, eins davon muß trichinenhaltig gewesen sein, denn es erkrankten neun Personen an der Trichinose und zwei Personen starben an dieser Krankheit. Hellwig wurde daher der fahrlässigen Tödtung, sowie der fahrlässigen Körperverletzung mit Uebertretung seiner Berufspflicht angeklagt. Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr Gefängniß und beschloß, den Verurtheilten sofort in Haft zu nehmen."

Eines besseren Commentars als die beiden obigen, in einer Zeitung enthaltenen Referate, bedarf es wohl kaum, um die liberale Gesetzgebung und die Gerechtigkeit derselben in das richtige Licht zu stellen.

Im ersten Falle die Verurtheilung des Proletariers, der, um das Leben der Seinen zu fristen (was ihm mit dem ihm von „Rechtswegen" gewährten Gehalt von Mark 1,20 nicht möglich war), sich zu Unrechtfertigkeiten verleiten ließ, „unter mildernden Umständen" zu fünfzehn Monaten Gefangniß; — im zweiten Falle die Verurtheilung des Mastbürgers, der, um einige Groschen für die Trichinenschau zu sparen, resp. mehr zu verdienen, zwei Menschenleben vernichtete und die Gesundheit von so und so vielen seiner Mitmenschen gefährdete, zu der „ungewöhnlich harten Strafe" von ein Jahr Gefängniß.

Halle a. S., 26. Septbr. (Arbeiterbettelei und Bourgeoisbettelei.) Das „Hallesche Tageblatt" sowie die „Saal-Zeitung" brachten in letzter Zeit einige Artikel über das „Bettelwesen". Ich weiß nun nicht, ob dieselben Böhmert'sches, oder sonstiges Fabrikat sind, sicher jedoch ist, daß weder die Redakteure des „H. Tgbl." noch die der „S.-Ztg." die Verfasser dieser Sudelartikel sind; denn es ist ja allbekannt, daß diese Herren eine erstaunliche Fertigkeit im Handhaben der Preßscheere besitzen.

Also, das „H. Tgbl." bringt in seiner Nummer vom 29. d. M. eine Bekanntmachung der Glückstadter Polizeibehörde, worin Männlein und Weiblein gewarnt werden, fernerhin den „Bettel" durch Verabreichung irgend einer Gabe zu unterstützen, weil dadurch ein „Bettlerproletariat" herangebildet würde, welches eine ernste „Gefahr" für die Gesellschaft heraufbeschwören dürfte. Schließlich wird Jedem, der es etwa noch nicht glauben sollte, plausibel gemacht, daß das Betteln ein sehr lukratives Geschäft sei, indem ein um 8 Uhr früh aus der Korrektionsanstalt entlassener „Taugenichts" schon um halb 11 Uhr früh 8 M. 80 Pf. zusammengebettelt habe. (Die „S.-Ztg." brachte vor etwa vierzehn Tagen einen Leitartikel, welcher ebenfalls das „Bettelwesen" behandelte, und war es da ein Student, welcher infolge einer Wette, nachdem er sich als Handwerksbursche verkleidet, und demgemäß sich von einem Friseur hatte schminken lassen, in einer oder zwei Stunden 10 Mark zusammengebettelt hatte. Der „Student" von vor vierzehn Tagen scheint sich also während dieser Zeit in einen „entlassenen Taugenichts" verwandelt zu haben.... Die Leute wissen sich zu helfen.) Es soll nun damit der Beweis geliefert werden, wie schnell die Arbeiter, welche sich infolge der Krise arbeitslos auf der Landstraße herumtreiben müssen, eine Summe zusammenzubetteln verstehen, welche sie, nach Ansicht unserer modernen Gesellschaftsretter, der Arbeit überhebt. Abgesehen davon, daß dieses ganze Gefasel eine ungeheuer plumpe Lüge ist, da ein Handwerksbursche z. B. ganz Halle „abklopfen" könnte, ohne auch nur 3 Mark einzuheimsen, will ich einmal constatiren, wer am schnellsten und am — frechsten zu betteln versteht, die Hungrigen, oder die Satten. —

Zuerst eine Frage an die verschiedenen mordspatriotischen Siegesdenkmals- 2c. Comités: Wer besitzt wirkliche Routine im schnellen und frechen Bettel? Niemand anders als Ihr selber. Ihr seid entrüstet? O, nur nicht so prüde. Einige Beispiele mögen für meine Behauptung genügen, und, da ich gerade aus Halle schreibe, aus dieser Stadt.

Vor einiger Zeit sollte hier der Grundstein zu einem Brunnendenkmal, welches den Krieg verherrlichen soll, gelegt werden. Um nun die Grundsteinlegung und was drum und dran hängt, als Dekoration, Festessen, Musik u. s. w., „würdig" zu begehen, brauchten die Herren vom Comité, welches aus Kommerzien-, Stadt- und sonstigen Räthen, Ober- und Unterbourgeois bestand, Geld — viel Geld! aber woher nehmen, ohne in den eigenen Beutel zu greifen? Da kam einem „Genie" ein rettender Gedanke: Wir lassen die Schulkinder anbetteln! Jedes Kind hat seine Eltern so lange zu quälen, bis sie einige Groschen auf dem Altar des Mordspatriotismus geopfert haben. Und richtig, das Mittel war probat! in wenigen Tagen hatte man eine erkleckliche Summe auf diese Weise zusammenbettelt, und war fröhlich und guter Dinge. Der Marktplatz wurde decorirt, es wurde geblasen, gesungen, festgegessen u. s. w., und — das „Delirirm patrioticum" war fertig. — Auch die Schulkinder sollten für ihre, ihren Eltern abgedrungenen Groschen etwas haben, und durften aus Leibeskräften Hurrah! schreien.

Als das Denkmal auf hiesiger Promenade, welches den Krieg von 1866 verherrlicht, gebaut werden sollte, bettelte man die gesammte Einwohnerschaft von Halle und dem Saalkreis an. Man verschonte kein Haus, bei jeder armen Wittwe drängte man sich mit den Bettellisten ein; kurz, Jeder, auch der ärmste Proletarier wurde angebettelt, um der Bourgeoisie die Mittel zu beschaffen, sich zu blähen, und bei der Enthüllungsfeier auf Kosten der Armen in den raffinirtesten Genüssen zu schwelgen. — Der Bettelapparat der Bourgeoisie arbeitet überhaupt bei jeder mordspatriotischen Gelegenheit präzis und — frech, und, wenn nöthig, auch schnell.

Und diese Gesellschaft will wegen der bescheidenen Bitte eines monatelang auf der Suche nach Arbeit umherirrenden, hungrigen Arbeiters, um einen Zehrpfennig oder Stückchen Brot, Polizei und Staatsanwaltschaft in Bewegung setzen? Der Arbeiter bettelt aus Noth, schafft diese aus der Welt, und die Bettelei hat ein Ende. W. Rthl.

Leipzig. Der hiesige Arbeiterbildungsverein verläßt in diesen Tagen sein bisheriges Local in der Ritterstraße, das er fast zwölf Jahre lang innegehabt hat; eine lange und bedeutungsvolle Zeit in der Entwicklung eines solchen Vereins. Mehrere Krisen mußten durchgemacht werden, und gar manchmal schauten die Freunde betrübt in die Zukunft. Doch immer bethätigte sich das Interesse der Arbeiter, und jetzt steht der Arbeiterbildungsverein kräftig und gesund da, sodaß seine Zukunft völlig gesichert ist. — Am Sonntag wurde das Abschiedsfest unter zahlreicher Betheiligung der Mitglieder und deren Damen gefeiert. Musikalische, declamatorische und Gesangsvorträge wechselten miteinander ab. Hr. Hadlich gab einen Rückblick auf die Thätigkeit, auf die Freuden und Leiden des Vereins seit seinem Bestehen, besonders aber in diesen durch langjährigen Aufenthalt liebgewordenen Räumen. Er schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Verein, in das die Anwesenden freudig einstimmten. — Das neue Lokal, Querstraße 24, wird vielleicht binnen zwei Wochen eingerichtet sein. Während dieser Zeit fallen die Unterrichtsstunden aus. Zeit und Ort der Vorträge werden rechtzeitig bekannt gegeben. -n.

Oeffentliche Quittung

über eingegangene Gelder zur Deckung der Wahlschulden im 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreise.

Von Heß' Fabrik erste Rate M. 5,00; durch Hammer aus Elmshorn 120,00; von R. R. in Altona 10,00; durch Hagen u. Lohse aus Esingen u. Ahrenlohe 29,00; von Heß' Fabrik zweite Rate 6,00; durch Thiele von Menk u. Hambrock's Fabrik 14,00; von Bier's Fabrik 8,00.

Ottensen, 30. September.

D. Köster. F. Heerhold.

NB. Da in kurzer Zeit mehrere Posten von der Anleihe bezahlt werden müssen, so werden die Inhaber von Parlamentswahlkassen, sowie Diejenigen, welche noch Gelder zu diesem Zweck im Besitz haben, ersucht, dieselben beim Kassirer Herrn D. Köster, Donnerstr. 39, abzuliefern. F. Heerhold.

Verloosung.

Veranstaltet in London zu Gunsten der politischen Verurtheilten in Neu-Caledonien.

(siehe Nr. 109 d. „Vorwärts".)

Den zahlreichen deutschen Bestellern von Loosen zur Nachricht, daß wir zur Ersparniß des Brief- und Geldportos, mehrfach geäußerten Wünschen nachgekommen sind und die bei uns bestellten Loose in die Hände der **Redaktion des „Vorwärts"** in **Leipzig**, Färberstraße 12 II zur Auslieferung an die Besteller gelegt haben. Wollen dieselben also alles Weitere dorthin adressiren und daselbst in Empfang nehmen. Wir verbinden hiermit zugleich den besten Dank für die unserem Unternehmen erwiesenen Sympathien und sind überzeugt, daß der Eifer der sozialistischen Brüder in Deutschlane nicht erkalten und allerwärts Nachahmung finden wird.

Brüderlichen Gruß!

London, den 30. September 1877.

A. Theiß, Sekretair,
36 Charlotte Street Fitzroy Square W.

Briefkasten

der Redaktion. O. L. in Meinertshagen: Civilliste kommt vom englischen Civil list — ursprünglich die „Liste", Rolle, auf welcher die Civil- d. i. bürgerlichen Ausgaben, im Gegensatz zu den militärischen verzeichnet waren, und die vom Parlament gebilligt und votirt werden mußte. Von einer Civilliste kann eigentlich nur in sogenannten constitutionellen Staaten die Rede sein, weil sie die Sanktion einer Volksvertretung erheischt; indeß redet man auch von einer russischen Civilliste. Und warum nicht? Ist der Unterschied zwischen constitutionellen und absoluten Monarchien etwa so groß?

der Expedition. R. Grch Neiße: Bitte eine nähere Adresse anzugeben, die Sendung kam als unbestellbar zurück. — F. Picht jr. in Bleicherode: Wollen Sie Ihre Angelegenheit mit Herrn Issajew nur direkt abmachen. Geben Sie ihm Bescheid, wie uns.

Quittung. Lgs Hannover Ann. 0,70. Rlt Kl.-Grädiz Ab. 3,90. Pcht Bleicherode Ab. 3,70. Brggmr Seesen Ab. 11,30. Hrbg Würzburg Ab. 5,80, Schr. 6,20. Slzr Pest Ab. 11,40. Wsmr Anina Ab. 5,00. Schmdt Römerstadt Ab. 20,82. Hrtmnn Mainz Ab. 11,10. Ksr Dangstetten Ab. 3,00. Mrtn Schmölln Ab. 5,30. Mrschll Gotha Ab. 35,70. Hlngl Nordhausen Ab. 10,10. Flhr Friedberg Ab. 7,50. Hlg hier Ab. 1,80. Gesangverein „Lassallea" Halle Ann. 2,10. Lndm Birkau Ab. 2,30. Ullrch hier Ab. 65,28. Wlck hier Ab. 2,05. Hrld Radworna Ab. 1,73. Rrch Breslau Ab. 1,00. Kchnrthr Hof Ab. 760. Schrs Süchteln Schr. 1,10. Brndt Mittweida Ab. 18,00. F. Brgbl Crimmitschau Ab. 64,20. J. Bst Mainz 58,85. Schlhn hier Ab. 5,00. Expedition des „Hamb.-Alt. Volksbl." 1000,00. Stll Schwäb.-Hall Ab. 8,10, Schr. 14,90. Hnzl Kiel Ab. 59,20. Dertl Kellinghusen Ab. 8,40. J. Brn Graz Ab. 5,21.

Halle a. d. S. Sonntag, den 14. Oktober, in **Freiberg's** Lokalitäten:

Stiftungsfest

des Gesangvereins „Lassallea", bestehend aus **Concert** und **Ball**. Auf Abends 8 Uhr. Eintrittskarten sind zu haben bei Herrn Rödiger.

Das Comité. [210

Lübeck. Sozialisten-Versammlungen.

Vom Montag, den 8. Oktober, an werden regelmäßig jeden Montag Abend in Hildebrandt's Garten, Mühlenbrücke, Vorträge über Sozialpolitik gehalten. Zutritt für Jedermann frei. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Agent.** [50

Osnabrück. Arbeiter-Wahlverein.

Montag, den 8. Oktober, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemünze 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Fragekasten. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht [80

Der Vorstand.

Ein Vorarbeiter [90

wird in eine **Bauschreinerei** mit Maschinenbetrieb für **München** gesucht.

Ein Arbeiter,

welcher verläßig auf einer Holzfrais-Maschine arbeiten kann wird gesucht.

München, Amalienstraße 55. [1,20

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß sich meine Wohnung jetzt Elisenstraße 1, 2 Treppen, befindet, und bitte ich deshalb, alle Zuschriften betr. Abhaltung von Versammlungen 2c., dorthin zu richten.

Leipzig, den 3. Oktober 1877. H. Oehme. [40

Abonnements-Einladung.

Mit dem **1. Oktober** begann ein neues Abonnement auf

Die Fackel.

Volks-Organ für Leipzig und Umgegend.

Dieses seit dem 1. Januar d. J. vorläufig wöchentlich dreimal erscheinende Blatt vertritt auf Grund des sozialistischen Programms die Interessen des arbeitenden Volkes nach jeder Richtung. Es enthält in jeder Nummer außer einem Leitartikel eine politische Uebersicht, die wichtigsten Lokalnachrichten, Theaterrecensionen, Correspondenzen aus der Umgegend, Berichte über die Gemeinderathssitzungen, die Standesamtsnachrichten, den Eisenbahnfahrplan 2c.; ebenso ist im Feuilleton für gute Unterhaltungslektüre gesorgt. — Inserate, welche bei dem großen Leserkreise des Blattes von ausgezeichneter Wirkung sind, werden pro Petitzeile nur mit 10 Pf. berechnet. — Alle Postanstalten nehmen Abonnements auf unser Blatt zum Preise von 1 M. 60 Pf. pro Quartal, 60 Pf. pro Monat, entgegen. — Zu zahlreichem Abonnement, sowie zur Einsendung von Inseraten laden ein

Redaktion und Expedition der „Fackel".

Leipzig, Kl. Fleischergasse 15.

„Der arme Conrad."

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pfg.**, gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.**, einzusenden, wofür wir es **franco per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von **1 Dutzend aufwärts** berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ „ } **netto gegen baar.**

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Fackel", Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.

Im Verlage der Volksbuchhandlung in **Hottingen-Zürich** ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Der Republikaner.

Volks-Kalender auf das Jahr 1878.

Inhalt:

Die drei Zauberformeln, von Joh. Jakoby (mit kurzer Biographie). — Um Glück und Frieden, Erzählung. — Das Original des Kapuziners in Schiller's Wallenstein. — Ein Gefechtsbild, Episode aus der Schlacht von Custozza. — Ein Dienstmann, Humoreske von Max Kegel. — Staat und Haushalt der Ameisen, von Robert Keller. — Der Uebertritt der badisch-pfälzischen Insurgenten auf Schweizerboden im Juli 1849, von R. R. — Aus meinen Erinnerungen, von Joh. Phil. Becker. — Arbeiterverhältnisse und Arbeiterbewegungen im Mittelalter, von Dr. C. Dändliker. — Die Elektricität als Triebkraft, von Dr. H. Wettstein. — Zwei Sänger der Freiheit (Freiligrath und Herwegh), von Theod. Curti. — Ein sorgfältig ausgearbeitetes Kalendarium, von Dr. A. Weilenmann. — Außerdem Gedichte und Sinnsprüche von L. Seeger, W. Müller, Märzroth, Leuthold u. A., sowie vier Illustrationen.

Der „Republikaner", herausgegeben unter der Redaktion von Reinhold Ruegg, erfüllt seine Aufgabe vortrefflich, sein Inhalt ist ebenso mannigfaltig als interessant und belehrend. Die Illustrationen, sowie die gesammte Ausstattung sind musterhaft und kostet dieser Kalender **nur 40 Pf. (50 Cts.)** gegen baar oder Postvorschuß. Porto beizulegen. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten.

Die Expedition des „Vorwärts".

Leipzig, Färberstr. 12/II.

Soeben erschien das 1. (Probe-) Heft der Zeitschrift:

Die Neue Gesellschaft.

Monatsschrift für Sozialwissenschaft

herausgegeben
von
Dr. F. Wiede.

Der Charakter dieser Zeitschrift ist ein **entschieden sozialistischer und streng wissenschaftlicher**, was durch die hervorragendsten sozialistischen Gelehrten auf dem Gebiete der Sozialökonomie und Statistik, Sozial- und Naturphilosophie, Rechtswissenschaft, Culturgeschichte, Hygieine und Pädagogik etc. etc. gewährleistet wird.

Das 1. (Probe-) Heft der „Neuen Gesellschaft" enthält: **Vorwort vom Herausgeber.** — Die Strömung in der Gesellschaft wider den Sozialismus von **Dr. A. Dulk.** — Ueber die natürliche Zuchtwahl in der menschlichen Gesellschaft von **Dr. A. Schaeffle.** — Wissenschaftliche Ketzerverfolgungen der Neuzeit mit Rücksicht auf die Zukunft der deutschen Universitäten von **Dr. Ludwig Büchner.** — Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Oesterreich von **Joh. Most.** — Die Halbheit des juristischen Studiums von **Dr. M. L.** — Die medizinische Wissenschaft und die Sozialreform von **Dr. Aug. Theod. Stamm.**

Die Zeitschrift erscheint monatlich in **elegantester Ausstattung** 3 bis 4 Bogen stark in Lexikon-Oktav.

Abonnementspreis pro Quartal 3 Mark.

Zu beziehen direkt durch die Expedition der „Neuen Gesellschaft" in Zürich (ohne Portoberechnung), sowie durch alle Buchhandlungen.

Zürich, Herbst 1877.

Verlag der „Neuen Gesellschaft".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für [illegible] Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Ens, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heinze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 119. Mittwoch, 10. Oktober. 1877.

Die soziale und wirthschaftliche Herrschaft des Staates.

Daß wir mit den Schutzzöllnern und conservativen „Wirthschaftsreformern" nichts weiter gemein haben, als die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtig herrschenden wirthschaftlichen System, brauchen wir wohl nicht besonders zu versichern.

Fordern wir die Hilfe des Staates, so weiß Jeder, daß der heutige auf Säbel und Geldsack gestützte Staat das Recht der Arbeit durch Staatshilfe nicht feststellen wird, da er sich dann selbst sein Todesurtheil sprechen würde. Wir wollen den heutigen Staat erst zu derjenigen Höhe führen, auf welcher er sich seiner sittlichen Aufgaben völlig bewußt wird, auf welcher er dann nicht mehr der „Nachtwächter" einer kleinen Klasse der Bevölkerung ist, sondern das Wohl des gesammten Volkes gerade in sozialer Beziehung durch organisatorisches Eingreifen mit allen Mitteln zu fördern anstrebt.

Anders liegt es bei den Schutzzöllnern und Wirthschaftsreformern, von denen zunächst die ersten eine direkte Staatshilfe für eine kleine Abtheilung der durch indirekte („Nachtwächter"-) Staatshilfe schon bevorzugten Klasse der Bevölkerung erstreben und die zweiten zwar Arbeit für das ganze Volk durch Eingreifen des Staates fordern, aber doch diese Arbeit wieder hauptsächlich der bevorzugten Klasse der Grundbesitzer dienstbar machen wollen.

Und dies verlangen beide reactionären Strömungen vom heutigen Staate, an dessen Säbelherrschaft sie nicht im Geringsten rütteln wollen, dem sie sogar, wenn er zu ihren Gunsten eingriffe, gern und freudig auch das bischen Freiheit, welches das Volk in den sogenannten Culturstaaten nach langem, langem Ringen erlangt hat, zum Opfer brächten.

Wenn wir nun auch Antipoden jener Bestrebungen sind, so begrüßen wir dieselben doch mit Freuden, weil durch dieselben vielfach Klarheit geschaffen wird und die herrschende wirthschaftliche Richtung zwischen zwei Feuer geräth. Wem der endgültige Sieg zufällt, das wissen wir ja doch. — — —

Kürzlich erklärte ein Berliner Organ der Wirthschaftsreformer:

„Nicht der Einzelne hat ein Recht auf Arbeit in dem gewöhnlichen sozialistischen Sinne, wohl aber hat das Volk als Ganzes den berechtigten Anspruch an seine Regierung, nach Möglichkeit dafür Sorge zu tragen, daß kein Theil seiner Arbeitskraft unbenutzt und unverwendet bleibt."

Zunächst wollen wir kurz betonen, daß es dem Sozialismus niemals eingefallen ist, einen Unterschied bei seinen Forderungen zwischen dem Rechte des „Einzelnen" und des „Volkes" als Ganzes zu machen.

Weiter aber heißt es in jenem Blatte:

„Der Staat soll die bisher isolirten Wirthschaften in Einnahme und Ausgabe, in Produktion und Consumtion zu einer durch ein bestimmtes wirthschaftliches Centrum dirigirten und beherrschten Einheit zusammenfassen".

Diese Sätze lassen nun dem großen Volkswirth, Hrn. Eugen Richter, keine Ruhe, der im Uebereifer für „seine gerechte Sache" folgendes Geständniß macht:

„Dieses „Centrum" ist doch wohl im Handelsministerium zu suchen!? — Wir fragen nur: wie müßte Herr Dr. Achenbach oder irgend ein Anderer an seiner Stelle es anfangen, um die Wünsche dieser Partei zu befriedigen? Soll er als Generalagent der Industriellen Preußens auf dem Weltmarkt den Einkauf und Verkauf übernehmen? Soll er den Fabrikanten ihre Arbeit zuweisen? Soll er dafür sorgen, „daß kein Theil der nationalen Arbeitskraft unbenutzt bleibe", d. h. daß überall eine rege Produktion sich entwickele und nirgendwo eine schädliche Ueberproduktion eintrete? Möglich wäre das Alles schon, freilich nur unter der Bedingung, daß die Privatindustrie überhaupt zu existiren aufhörte, und daß alle gewerblichen Unternehmungen von dem Staat in Betrieb genommen würden. Der Himmel bewahre uns in Gnaden vor der Verwirklichung solcher Möglichkeiten."

Also in seinem Uebereifer, den Schutzzöllnern und Wirthschaftsreformern eins anzuhängen, ist hier Herr Richter in eine Falle gerathen.

Wer hat den Sozialismus als Utopie bezeichnet, wer hat die Unmöglichkeit der Endziele des Sozialismus immer und immer betont, wer hat in geradezu pöbelhafter Weise bei der letzten Nachwahl im sechsten Berliner Reichstagswahlkreise diesen seinen Anschauungen Ausdruck gegeben? Es war der Herr Eugen Richter.

Und jetzt im Kampfe gegen einen andern Feind giebt derselbe Herr zu, „daß überall eine rege Produktion sich entwickeln kann, so daß nirgendwo eine schädliche Ueberproduktion eintritt." Tritt aber ein solcher Zustand ein, so wird jeder vernünftige Mensch einsehen, daß damit das Ideal aller Bestrebungen in Bezug auf die Produktion erreicht ist. Die Verwirklichung solchen Ideals, so sagt Herr Richter offen, kann nur auf sozialistischer Grundlage geschehen, wenn der Privatbetrieb aufhört und der Staat den Betrieb übernimmt.

Herr Richter merkt nun selbst, daß er im Kampfe nach rechts durch solche Zugeständnisse nach links das Interesse seiner Auftraggeberin, der Bourgeoisie, deren Commis-Voyageur er ja bekanntlich ist, schädigt und deshalb bittet er mit frommen Augenaufschlag den Himmel, daß er „uns in Gnaden vor solchen Möglichkeiten" bewahren möge.

Nachdem Herr Richter sich von seinem Gebet erholt hat, erblickt er eine realere Macht, die deutsche Reichsregierung, an die er sich um Hilfe wendet, und von der er überzeugt ist, daß sie solche „ungerechte und unkluge" Wirthschaftspolitik nicht einschlagen werde. Da ist er allerdings an die rechte Schmiede gekommen. Der Geldsack hat dem Säbel gegeben was des Säbels ist und so wird auch der Säbel immer den Geldsack beschützen, — natürlich nur so lange, bis die Menschenvernunft beide Institutionen beseitigt hat.

Zum Schlusse seiner Auseinandersetzungen, nachdem Eugen sich der Gunst des Himmels und des Säbels versichert hat, ertheilt er den Schutzzöllnern und Wirthschaftsreformern recht väterlich noch folgenden Rath:

„Sie aber werden mit der Zeit schon begreifen, daß das wirthschaftliche Leben wie das physische, soziale und politische nur ein fortgesetzter Kampf um's Daseinfist, der allerdings nicht mit äußeren Machtmitteln von Volk gegen Volk, sondern mittels der besseren Leistung von Mensch gegen Mensch geführt werden muß. Nur so kann dieser Kampf zu einem friedlichen Wettstreit der Culturbestrebungen veredelt werden."

Zu dieser geharnischten Kriegserklärung, daß ewig und immerdar die Menschen sich bekämpfen sollen durch bessere Leistung (und doch wohl auch durch etwas mehr oder weniger Glück), zu diesem ewigen Kriegszustand des Hrn. Richter wollen wir nur bemerken, daß gerade er im Kampfe um das Dasein durch die erdenklich schlechtesten Leistungen reussirt, daß er aber durch das Zugeständniß der Möglichkeit einer staatlichen Organisation der Produktion und somit auch der Consumtion in seinen ewigen Kampf selbst eine sehr bedenkliche Friedensbresche geschossen hat. —

Die Culturentwicklung, der fortschreitende Geist der Menschheit wird sich von den kampfwüthigen Manchesterleuten, welche den Kampf des Profits halber lieben, ebenso wie die beutegierigen Kosacken, auf die Dauer nicht gängeln lassen, er wird den Frieden proklamiren nicht allein „von Volk gegen Volk", sondern auch „von Mensch gegen Mensch".

Die Eigenthumsbegriffe der sogenannten besseren Stände

können selbstverständlich nicht besonders stark ausgeprägt sein; der ewige Kampf um das Mein und Dein, die Concurrenz in allen ihren vielfach Ekel erregenden Erscheinungen stumpfen das Bewußtsein des Rechts und Unrechts in der bedenklichsten Weise in den betheiligten Kreisen ab.

Stiehlt der Arme aus Noth, so stiehlt der Besitzende aus Begriffsverwirrung, wie nachstehendes „Eingesandt" der liberalen „Vegesacker Wochenschrift" zur Evidenz beweist:

„Ist es schon in hohem Grade rücksichtslos, wenn Gegenstände, deren Besichtigung dem Gesammtpublikum freigestellt werden, von Einzelnen nicht mit der gehörigen Sorgfalt und Vorsicht behandelt werden, so ist es unerhört gewissenlos, wenn mühsam erzielte Produkte der Blumen- und Obstzüchter vernichtet resp. den Eigenthümern entfremdet werden, wie dies auch auf der diesjährigen Blumen- und Fruchtausstellung des Vereins für Landwirthschaft und Gartenbau zu Aumund leider wieder mehrfach stattgefunden hat. Wenn Kinder, deren Zutritt zu einer solchen Ausstellung übrigens für die Folge nicht mehr gestattet werden sollte, sich einige Obststücke zueignen, so ist das an und für sich ja nicht in der Ordnung, immerhin aber mit Rücksicht auf das je nach der Art der Erziehung mehr oder weniger entwickelte Unterscheidungsvermögen zwischen Mein und Dein zu entschuldigen; daß aber Erwachsene und gar den sogenannten besseren Ständen Angehörende ihre Finger von den ausgestellten Früchten nicht fernhalten können, ist gewiß sehr bedauerlich und verdient wahrlich öffentlich an den Pranger gestellt zu werden. Wie viel von den ausgestellten Früchten „mitgegangen" sind in den Taschen einzelner Besucher der Ausstellung, das bewiesen am Montag Nachmittag die zahlreichen leeren Stellen auf den Tischen. Die Ausstellung der Herren Baron v. Knoop, Consul Schellhaß, Vereinspräsidenten Holzborn und anderer Herren waren durch das Ausräubern geradezu ruinirt, denn die schönsten Exemplare der Früchte, die je zu dreien ausgestellt waren, wiesen nur noch zwei Stück, in manchen Sorten gar nur noch ein Stück auf. Wenn dem Uebelstande bei späteren Ausstellungen nicht abgeholfen wird, so werden diejenigen Herren, welche bislang für die Ausstellungen das Meiste und Beste beigetragen haben, ihre Hand vom Vereine zurückziehen, wodurch das Zustandekommen derartiger Arrangements unzweifelhaft in Frage gestellt werden würde. Glücklicherweise ist es am Montag Mittag einem Comitémitgliede gelungen, ein sauberes Pärchen, einen Herrn und eine Dame, auf frischer That zu ertappen. Gerade in dem Augenblicke, als dieselben die Knoop'sche Ausstelluog einer gründlichen Ausräuberung unterwerfen wollten, erhob sich das in unmittelbarster Nähe befindliche Comitémitglied und setzte dem langfingrigen Pärchen auseinder, daß im Ausstellungslokale das Beistecken, Mitnehmen oder Stehlen von Ausstellungsgegenständen durchaus nicht gestattet sei, und forderte ein sofortiges Verlassen des Lokales. Roth vor Scham und das Taschentuch vor dem Gesicht entfernten sich die Obstmarder. Der Nachsicht des Comitémitgliedes haben sie es zu verdanken, daß ihre Namen verschwiegen bleiben; zur Warnung aber mag es jedem dienen, welcher sein Gelüste nach verbotenen Früchten nicht beherrschen kann, daß für ähnliche Vorkommnisse in Zukunft eine Bekanntschaft mit dem Strafrichter unausbleibliche Folge sein würde."

Soweit das „Eingesandt" der „Vegesacker Wochenschrift".

Lediglich gut situirte Personen haben jene Ausstellung besucht. Und angesichts solcher geradezu auffallenden Lust am Diebstahl der besseren Gesellschaft wirft man von Seiten eben derselben fortwährend Schmutz und Hohn auf die sogenannten niederen Klassen der Bevölkerung, aus denen allerdings und natürlicher Weise der größte Theil der Diebe aus Noth hervorgeht.

Weshalb aber das Comitémitglied aus Nachsicht die Namen der Diebe verschweigt, das ist leicht ersichtlich. Hätte demselben eine arme Frau für ihre hungernden Kinder ein Brod gestohlen, so würde er dieselbe schon der ewigen Gerechtigkeit halber, wenn auch vielleicht mit schwerem Herzen, dem Richter überantwortet haben — aber diese Aepfeldiebe gehören zu seinem Stande und der eigenen Standesehre, des Standes-, des Klasseninteresses wegen werden hier natürlich die Namen verschwiegen.

Daß der Diebstahl in einer Ausstellung, ganz abgesehen von dem Vertrauensbruch, welcher stattfindet, noch viel gravirender ist, weil dadurch das Interesse der Gesammtheit geschädigt wird, das leuchtet uns Sozialdemokraten wohl ein, aber die Glieder der herrschenden Gesellschaft salviren ihr Gewissen gerade damit, daß kein Einzelner besonders hart durch solche Spitzbübereien getroffen wird.

Die Lehre vom heutigen Privateigenthum findet dadurch eine negative, aber ziemlich krasse Beleuchtung.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Genter Congreß nahm in Bezug auf die Grund- und Bodenfrage eine Resolution an, welche vom „Vorwärts" in deutscher Uebersetzung wiedergegeben ward:

„In Erwägung, daß, so lange das Land und die übrigen Arbeitsinstrumente, welche die Grundlage des Bestehens der Gesellschaft bilden, von einzelnen Individuen oder Klassen in Besitz genommen oder als Privateigenthum monopolisirt werden, die ökonomische Unterdrückung der Masse des Volkes mit ihren nothwendigen Folgen: dem Elend und der Aushungerung fortdauern muß, erklärt der Congreß:

Es ist nöthig, daß der Staat, welcher das ganze Volk vertritt und umfaßt und innerhalb dessen die freien Communen organisirt sind, Eigenthümer des Landes und der übrigen Arbeitsinstrumente werde."

Seitdem ist eine französische Version des Beschlusses veröffentlicht worden, in welcher der zweite Absatz also lautet:

„Que l'Etat ou la Commune, représentant et comprenant la totalité du peuple, doit posséder la terre et les autres instruments du travail,"

in wortgetreuer deutscher Uebersetzung:

„daß der Staat oder die Commune, welche die Gesammtheit des Volks vertreten und umfassen, die Erde und die übrigen Arbeitsinstrumente besitzen soll."

Auf den ersten Blick sieht man das Mangelhafte dieser Fassung. Staat und Commune stehen nicht im Gegensatz zu einander: die Commune ist der Theil, der Staat das Ganze; die vereinzelten, verbündeten freien Communen sind der Staat. Die Fassung ist also an sich unlogisch, und dem Geiste der Resolution nicht entsprechend.

Jeder Zweifel, der etwa in dieser Beziehung noch obwalten könnte, wird durch einen Rückblick auf die Entstehung der Resolution weggeräumt.

Der Antrag wurde ursprünglich von Hales, einem der englischen Delegirten, gestellt, und enthielt in der ersten Fassung nicht den, die Commune betreffenden Passus. Zweck des Antrags war: die ökonomische Stellung der Sozialdemokratie gegenüber dem „Gruppen"-Ideal der „Anarchisten" zu präzisiren, und das Prinzip des Staatseigenthums der Arbeitsinstrumente, d. h. der Conzentrirung der Produktion in den Händen der Gesammtheit zu klarem Ausdruck zu bringen.

Hie „Gruppe" — hie Staat: das war der Angelpunkt, um den sich die Debatte drehte.

Unmittelbar vor der Abstimmung erklärte De Paepe, der entschieden für das Staats- und Gesammt-Eigenthum eingetreten war, er wünsche, daß in der Resolution auch die freie Commune erwähnt werde, und könne nur unter dieser Bedingung für den Hales'schen Antrag stimmen. Hales und die übrigen sozialdemokratischen Delegirten hatten nichts einzuwenden, der englische Text wurde demgemäß von Hales, Barry, Liebknecht und, wenn wir nicht irren, auch von Greulich umgearbeitet; und ebenso die deutsche Uebersetzung des englischen Originals. Des Wortlauts der französischen Uebersetzung, über den abgestimmt wurde, weiß Liebknecht sich nicht zu entsinnen. Aber die deutsche Version ist genau so angenommen worden, wie der „Vorwärts" sie mitgetheilt hat.

Sie ist correct und authentisch, während die oben gegebene französische Version sicherlich nicht correct ist, und, falls sie, was wir bezweifeln, im Congreß sollte verlesen worden sein, nur auf einen, in der Eile begangenen Redaktionsschnitzer zurückzuführen wäre.

Wir waren zu dieser Auseinandersetzung gezwungen, weil das „Bülletin" der Jurasser „Anarchisten" die vom „Vorwärts" veröffentlichte Fassung bemäkelt und sogar von einer „Fälschung" zu reden den brüderlichen Muth gehabt hat.

Die Redaktion des „Bülletin" möge sich mit ihrer Logik und ihrem Anstandsgefühl abfinden.

Mehr zu sagen verbietet uns die bekannte unser Verhältniß zu den „Anarchisten" betreffende Resolution des Genter Congresses, welche zu respektiren wir uns verpflichtet haben.

— Rückwärts! Rückwärts! Rückwärts! Die Reaktionsreden der Herren Forckenbeck, Virchow und Bennigsen lassen die anderen liberalen Größen nicht schlafen; sie eifern ihren Führern nach. So hat der fortschrittliche Abgeordnete Windthorst (Bielefeld), ein Vetter von dem klerikalen Windthorst aus Meppen, kürzlich vor seinen Wählern eine Rede gehalten, in welcher er wörtlich sagte:

„Der wesentlichste Grund unserer wirthschaftlichen Misere ist der bewaffnete Frieden Europas, der Militarismus, der uns am Marke zehrt. Wir dürfen heute nicht an diesem Zustande

rütteln, dürfen unsere Wehrkraft nicht schwächen, wenngleich wir einsehen, daß unsere stete Kriegsbereitschaft auf die Dauer unsern Wohlstand vernichten muß."

Die Herren Fortschrittler und Liberalen könnten übrigens in Bezug auf die Wehrkraft einer Nation viel von dem russischen, wüsten General Skobeleff lernen, der zur Vertheidigung des Landes eine Volkswehr, ein Milizheer und tüchtige Ingenieure, welche befestigte Stellungen einrichten können, für genügend erachtet. Doch was liegt den liberalen und fortschrittlichen Bauchrutschern an dem Wohlstande des Volks, wenn sie nur die Machthaber bewedeln dürfen.

Noch sei zu erwähnen, daß die Fortschrittler gesonnen sind, sich dem Nationalliberalismus völlig anzuschließen, daß man überall gemeinsame „liberale Bürgervereine" errichten will — diese Sorte gehört auch völlig zusammen.

— Ein Muster-Richter. Vor einigen Tagen prangte in den verbreitetsten sächsischen Zeitungen nachstehendes Inserat:

„Ich der Unterzeichnete bekenne mich hierdurch als Einsender und Verfasser derjenigen Correspondenz im „Chemnitzer Tageblatt" vom 5. September v. J., in welcher Herr Fabrikant Robert Friedrich in Meerane, der zur Weltausstellung nach Philadelphia gereist war, der Falschmünzerei und des heimlichen Austretens nach Amerika u. s. w. beschuldigt wurde. Ich bedaure auf's Herzlichste, daß ich den mir anscheinend von berufenster Seite zu Ohren gekommenen bösartigen Verleumdungen Glauben geschenkt und diese mir gewordenen Mittheilungen, als damaliger Correspondent des genannten Blattes veröffentlicht habe. Es thut mir unendlich leid, Herrn Friedrich und dessen Angehörige durch diese unselige Veröffentlichung so großes Leid und schweren Kummer zugefügt und auch seiner Ge-Gesundheit und seiner geschäftlichen Existenz geschadet zu haben. Da nun Herr Friedrich auf meine eindringliche Bitte, und mit Rücksicht darauf, daß diese Kränkungen meinerseits unwissentlich zugefügt worden sind, den gegen mich erhobenen Strafantrag zurückgezogen hat, so leiste ich demselben hiermit öffentliche Abbitte. Glauchau, am 28. September 1877. W. Gensel, Gerichts-Rath."

Ob der Mann, welcher dieses furchtbare Exempel der moralischen Selbsthinrichtung an sich statuirt hat, noch den Muth haben wird, das Richteramt zu üben? Das „Chemnitzer Tageblatt", welches sich zum Ablagerungsplatz für die „bösartigen Verläumdungen" des ehrenwerthen Hrn. Gerichtsrath hergegeben hat, ist dreimal in der Wolle gefärbt nationalliberal, schimpft natürlich wie ein Rohrsperling auf die „unsittlichen" Sozialdemokraten und gefällt sich mit besonderer Vorliebe darin, die sozialistische Presse, wenn sie Mißstände geißelt, der „Ehrabschneiderei" zu bezüchtigen.

— Einer der hervorragendsten Führer der Fortschrittspartei zu Essen aus der Zeit von 1867—1873, der Herr Gust. Ad. Waldthausen, ist am 3. Oktober dem Kreisgefängniß zu Essen übergeben worden. Derselbe war nach England vor einigen Jahren geflüchtet, da er die Zahlungen einstellen mußte. Die Passiven betrugen das kleine Sümmchen von 15 Millionen Mark. — Auch die „Berliner Volkszeitung" bringt diese Nachricht, erzählt aber in derselben Nummer ihren Lesern allerlei Anekdoten von den Sozialdemagogen, welche die Arbeiter und das Volk ausbeuten. Betrügt ein Fortschrittsmann das Volk um 15 Millionen, so ist das nobel, läßt sich ein Sozialdemokrat für seine Mühe und Arbeit eine zum Leben eben genügende Ablöhnung geben, so ist das Ausbeutung — dies ist die Anschauung des hochmoralischen Schreibers der bekannten sieben lebendigen Leitartikel, des neugebackenen Doctors, des Herrn Rabbi Bernstein.

— Aus offiziellen russischen Berichten erhellt, daß der, von den Russen amtlich längst todtgesagte Aufstand in Kaukasien eine bedeutende und ganz ungeahnte Ausdehnung erlangt hat.

— In Siebenbürgen ist eine „große ungarisch-polnische Verschwörung" entdeckt worden, die einen Putsch gegen die russischen Verbindungen in Rumänien und gegen die Russen in — Polen bezweckte. Das „Gespenst" Polen nimmt wieder Fleisch und Blut an, und die Diplomatie, namentlich die preußisch-russische, bekommt bei der bloßen Erwähnung des Namens eine Gänsehaut. Was wir vor Ausbruch des Kriegs über das zu erwartende Auftauchen der polnischen Frage sagten, beginnt sich zu verwirklichen.

— Der frühzeitig eintretende Winter drängt auf dem Kriegsschauplatz zu beschleunigter Aktion; es sind nur noch wenige Tage, in denen das edle Waffenhandwerk geübt werden kann, und diese wenigen Tage müssen ausgenutzt werden. In Asien haben die Russen schon die Entscheidung herbeigeführt — freilich in anderem Sinne, als sie erwartet: sie sind von Mukthar Pascha, den sie am 2. d. mit verstärkten Streitkräften bei Kars angriffen, in dreitägiger Schlacht geschlagen und hiermit — aller Berechnung nach — ist für dieses Jahr der Feldzug beendigt. — In Bulgarien stehen die Entscheidungskämpfe unmittelbar bevor. Mehemed Ali Pascha, der in letzter Zeit etwas den Zauderer spielte, und dadurch das in ihn gesetzte Vertrauen erschütterte, wo nicht geradezu Mißtrauen hervorrief, ist durch den energischen „Draufgänger" Suleiman Pascha ersetzt worden, der auch sofort, wenige Stunden nachdem er im Hauptquartier zu Rasgrad eingetroffen, zum Angriff übergegangen ist — bis jetzt mit Erfolg. Seine Absicht ist unzweifelhaft, die Russen an der Konzentrirung all' ihrer Kräfte gegen Osman Pascha zu hindern, dem ein Angriff mit überlegener Macht drohte. Das Kommando der Türken im Schipkapaß, der beiläufig für die Russen vollständig verrannt ist, führt jetzt Reuf Pascha, der bisher nur Mißerfolge aufzuweisen gehabt hat und im Ruf höchster Unfähigkeit steht. Wie es scheint hat er den Befehl, das Gros seiner Armee mit Suleiman Pascha operiren zu lassen. Wenn er die Kooperation (das Zusammenwirken) mit Suleiman ebenso versteht, wie Suleiman weiland die Kooperation mit Mehemed Ali, dann wird freilich seine Armee bei den kommenden Ereignissen eine sehr unwichtige Rolle spielen.

— Am Freitag (5. d.) erhielt Liebknecht folgende Zuschrift:

„An Herrn Schriftsteller Wilhelm Liebknecht
in Leipzig.

Nachdem der Umstand, daß Sie noch nicht seit drei Jahren im Besitze der sächsischen Staatsangehörigkeit sich befinden, vom Stadtrath zu Leipzig obrigkeitlich bescheinigt worden, hieraus aber auf Grund § 4 des Wahlgesetzes vom 3. Oktober 1868 Ihre Nichtwählbarkeit sich ergeben, mithin Ihre am 19. vorigen Monats erfolgte Wahl zum Abgeordneten im 36. Wahlkreise des platten Landes Erledigung gefunden hat, ist von dem königlichen Ministerium des Innern nach § 32 und 48 Abs. 2 des gedachten Gesetzes die Einleitung einer Neuwahl in dem nurerwähnten Wahlkreis angeordnet und die Bestimmung des Wahltags sowie die Besorgung des weiter Erforderlichen mir übertragen worden.

Der deshalb unterm 3. dieses Monats an mich ergangenen Verordnung entsprechend werden Sie von dieser Entschließung des königlichen Ministeriums des Innern hierdurch in Kenntniß gesetzt.

Zwickau, den 4. Oktober 1877.

Der königliche Wahlkommissar im 36. Wahlbezirke
des platten Landes.
Regierungsrath Ficker."

So weit wäre Alles in Ordnung. Das sächsische Ministerium stellt sich auf den Standpunkt des sächsischen Wahlgesetzes, und von diesem Standpunkt aus handelt es vollkommen correkt. Aber die Reichsverfassung! Der Wortlaut der Artikels 3 der Reichsverfassung, den wir in einer früheren Nummer mitgetheilt, steht mit der Bestimmung des sächsischen Wahlgesetzes, auf Grund dessen das sächsische Ministerium die Wahl Liebknecht's für ungiltig erklärt hat, in unverjöhnlichem Widerspruch. Nach Art. 3 der Reichsverfassung ist die Wahl Liebknecht's giltig. Es ist wahr, man hat den Versuch gemacht, dem Ausdruck „öffentliches Amt" Gewalt anzuthun und zu behaupten, er könne auf die Ausübung eines Mandats nicht angewandt werden. So schreibt z. B. die „Deutsche Allgemeine Zeitung" — und die meisten sächsischen Blätter drucken es nach —: „Der gewöhnliche Begriff „öffentliches Amt" umfaßt nicht auch das Landtagsmandat. Daß man in jenem Art. 3 ihn auch nicht dahin hat erweitern wollen, geht u. A. daraus hervor, daß man selbst für das Wahlrecht in der Gemeinde den Fortbestand ausdrücklich vorbehielt." — Schlimm genug das. Aber für die Wählbarkeit in die Landtage ist ein solcher Vorbehalt weder ausdrücklich, noch unausdrücklich gemacht worden. Daraus müssen wir schließen, daß er nicht hat gemacht werden sollen. Um so mehr, als ein solcher Vorbehalt weder mit dem gesunden Menschenverstand noch mit der einfachsten Gerechtigkeit verträglich wäre. Man stelle sich nur vor: die Rechte, welche Art. 3 der Reichsverfassung giebt, gelten nur für solche Aemter, die der Fürst durch seine Minister, d. i. eine Handvoll Individuen, die selber Beamte des Volks sind, verleihen; aber nicht für diejenigen Aemter, welche das Volk selbst verleiht. Das wäre ja wider alle Vernunft, und obendrein eine Beschimpfung des Prinzips der Volkssouveränetät. Das hieße die Reichsverfassung zu einer heuchlerischen Farce machen, zu einer reaktionären Leimruthe, auf die man zum Schein etwas demokratischen Zucker gestreut, um die Gimpel zu fangen. Genug: das Amt (welch' anderes deutsches Wort schlägt Herr Prof. Biedermann für diesen „Begriff" vor?) das Amt eines Abgeordneten ist nicht blos dem Sprachgebrauch und Sinne nach, sondern auch nach der Etymologie (Ursprung, Ableitung) des Wortes „Amt" ein „öffentliches Amt".*)

Und die Entschließung, welche das sächsische Ministerium auf Grund eines vorsündfluthlichen, engherzigen, dem nationalen Einheitsgedanken hohnsprechenden Partikulargesetzes getroffen hat, muß auf Grund der Reichsverfassung kassirt werden. Oder die Reichsverfassung ist kassirt.

— Verurtheilungen. Der frühere verantwortliche Redakteur der „Berliner Freien Presse", Dolinski, ist wegen einer ganzen Anzahl sogenannter Preßvergehen — es sind in runder Summe zwanzig — zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — In Arnstadt wurden den Genossen Pabst, Gläser und Schörnig je 8 Tage Gefängniß zuerkannt, weil sie bei einem stattgehabten Volksfeste die überwachenden Polizeibeamten wegen mangelnder schriftlicher Legitimation aus dem Saale gewiesen hatten. — Das Kieler Appellationsgericht als zweite Instanz verhängte über den Genossen Gundelach aus Hamburg wegen Beleidigung der Geistlichkeit, begangen durch ein Wahlflugblatt, 4 Wochen Gefängniß; die erste Instanz hatte auf 6 Wochen erkannt. — Und endlich ist der Redakteur der „Freien Niederrheinischen Zeitung" Grünewald wegen Verletzung des § 131 des St.-G.-B. von dem Zuchtpolizeigericht zu Düsseldorf mit 4 Monaten Gefängniß bedacht worden, jedenfalls zur großen Betrübniß des Staatsanwalts, der die Kleinigkeit von nur 15 Monaten beantragt hatte. — Diese Strafgesetzdragonaden nennen unsere Gegner „Kampf mit geistigen Waffen". Ist das nicht köstlich?

— Die „Duisburger Freie Zeitung" hat seit dem 1. Oktober den Namen: „Rheinische Freie Zeitung" angenommen — möge sie diesem schönen Namen volle Ehre machen. — Die „Thüringer Freie Presse" erscheint vom 1. Oktober an, wesentlich vergrößert, in Gotha. — Die Probenummer der „Erfurter Volkszeitung", eines Parteiblattes, welches vom 1. Oktober ab regelmäßig erscheint, ist von der Polizei mit Beschlag belegt worden. Anlaß zu der Beschlagnahme soll der Abdruck des Artikels: „Was wir wollen" aus der Agitationsnummer des „Volksstaat" gegeben haben. Unsers Wissens ist die Erfurter Polizei die erste Behörde, welche in dem fraglichen Artikel etwas Strafbares entdeckt hat — der kreißende Berg wird also wahrscheinlich nur ein winziges Mäuschen gebären.

— Am 12. Juni d. J. wurde Liebknecht in dem bekannten „Flinte schießt Säbel haut"-Prozeß vom Stadtgericht in Berlin freigesprochen. Herr Tessendorff hatte an dieser Niederlage nicht genug und appellirte. Wie Liebknecht jetzt mitgetheilt wird, ist Herr Tessendorff in allen Instanzen abgewiesen worden, und dieser für die Rechtsstellung der Presse hochwichtige Prozeß damit endgiltig entschieden. Wir werden in nächster Nummer die Erkenntnisse veröffentlichen.

*) Das Wort Amt kommt bekanntlich von dem lateinischen ambire herumgehen (nach dem lateinischen Lexikon von O. Kreußler, Leipzig, Tauchnitz – in Uebereinstimmung mit jedem andern Lexikon —): „von den Candidaten in Rom, die bei ihrer Bewerbung um ein öffentliches Amt bei den Bürgern die Runde machten und sie um ihre Stimme baten" — eine Definition, die jedenfalls für das Amt eines Abgeordneten besser zutrifft, als für die eigentlichen Staatsämter.

Ferdinand Lingenau

kenne ich seit dem Jahre 1830, wo derselbe Inspektor in Georgenburg bei Insterburg war. Später administrirte er das Gut Krausenwalde bei Gumbinnen und ging von da, wegen unglücklicher Liebe nach Amerika. Sein Vater, Johann Lingenau, ist am 10. Januar 1840 in Grieben als Besitzer eines Bauerngrundstückes, 61 Jahr alt, verstorben und auf dem Kirchhof in Trempen beerdigt. Seine Mutter, Henriette geb. Peters, verstarb 77 Jahre alt am 2. April 1854 im Dorfe Grieben und

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

(Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845.)

(Fortsetzung.)

Der Verein begann seine Versammlungen. Nach der ersten constituirenden, in welcher keine Vorträge gehalten wurden, hat er noch sechs erlebt. Er machte natürlich bald von sich reden, auch und besonders unter Denen, die ihm nicht angehörten. Ein Verein mit öffentlichen Reden war eine den meisten Leuten ungewohnte Erscheinung; es war also nicht wunderbar, wenn er die verschiedensten Beurtheilungen erfuhr. Konnte man aber dem Verein selbst nichts anhaben, so richtete man sich gegen einzelne Mitglieder desselben. In einem Kaffeehause war über Schlöffel's und Wander's Vorträge gesprochen worden, und ein hiesiger Pensionär, den ich zu wenig kenne, um das verbreitete Urtheil zu bestätigen, daß er keins habe, hatte sie revolutionär genannt. Diese Beschuldigung vernahm der Stadtsyndikus, Justizassessor Crusius, welcher das magistratualische Decernat in städtischen Gewerbsachen hat, deshalb Mitglied des Vereins, aber bis daher noch nicht darin erschienen war. Er beschloß, die nächste Versammlung zu besuchen, um zu sehen, was vorgehe.

Diese nächste Versammlung, die siebente und letzte, vom 1. März d. J., war eben gerade eine lebhaft angeregte. Wander hatte die Kaffeehaus-Beschuldigung erfahren und vertheidigte sich dagegen. Er rief den anwesenden Polizeivorstand zu einer Erklärung auf, der ihm denn bestätigte, daß in seinen Vorträgen durchaus nichts Ungesetzliches vorgekommen sei. Zugleich mit der seinigen versuchte Wander die Vertheidigung Schlöffel's, über dessen Reden nach dem strengsten Maßstabe der Loyalität der Verein selbst ebenfalls Censur geübt hatte. Diese Censur beweist übrigens am besten, daß dem Vereine nichts weniger als ungesetzliche Bestrebungen zum Grunde lagen. Schlöffel hatte nämlich nach der Ansicht einiger Vereinsmitglieder in der sechsten Versammlung zwar nichts Ungesetzliches aber doch dem Verein*) nicht ganz Zusagendes gesprochen. Namentlich hatte er einigemal das Wort „Constitution" gebraucht. Deshalb hatte ihm der Vorstand der hiesigen Polizei die schriftliche Bitte zugesendet, seine Vorträge in den dem Verein gegebenen Grenzen zu halten. Schlöffel, der diese Grenzen genau beachtet zu haben vermeinte, hatte diese Erinnerung nicht ganz gut aufgenommen. Er hatte darauf erklärt, daß er, unter solcher Censur, vom Verein zurücktrete. Einen Rücktritt Schlöffel's hatten aber mehrere andere Vereinsmitglieder für einen Verlust gehalten und deshalb Schlöffel bewogen, seinen Vorsatz wieder aufzugeben, worauf er denn auch in der siebenten Versammlung wirklich wieder erschien.

Um nun zu beweisen, daß der gegen Schlöffel ausgesprochene Tadel keineswegs die Achtung der Versammlung für ihn geschmälert, vielleicht auch, daß man die Ansicht des Polizeidirigenten, als zu ängstlich, nicht getheilt habe, wurde Schlöffel von Einem, Einigen, und alsbald von Allen zum Reden aufgefordert, und als er nach einigem Zögern dazu hervortrat, begrüßte man ihn mit Bravos und Händeklatschen.

Alles dieses, die Vertheidigung Wander's, für welche die Versammlung, welche sich durch das oben erwähnte pensionirte Urtheil für verletzt ansah, große Theilnahme zeigte, seine Berufung auf den Polizeivorstand, dessen Erklärung, die dem Fabrikbesitzer Schlöffel gespendeten Beifallsbezeugungen, mit einem Worte diese lebendige Theilnahme Aller, welche sich in einer Versammlung von Leuten sehr verschiedener Bildungsstufen etwas aufgeregt ausgenommen haben mag, erschien dem heute zum ersten Male den Versammlungen beiwohnenden Mitgliede, das durch die im Kaffeehause ausgesprochenen Urtheile bereits eingenommen gewesen zu sein scheint, auffallend und ungehörig.

Unbekannt mit dem Ton, wie er sich in einer früher nicht dagewesenen Zusammensetzung der Gesellschaft eigenthümlich entwickeln mußte, würde vielleicht auch ein Unbefangener anfänglich davon befremdet worden sein. Wer von uns Allen wäre nicht schon einmal zu einem fröhlichen Beisammensein alter Freunde zu spät gekommen und hätte sich sogleich in die herrschende Stimmung zu versetzen gewußt? in eine Stimmung, welche bei den von Anfang an Anwesenden vom ersten Worte der Begrüßung allmälig und ganz natürlich bis zu einer Steigerung gelangte, die dem länger Anwesenden gar nicht auffällt, dem neu Eintretenden, Unvorbereiteten aber, so sehr immer sich die Gesellschaft in den Grenzen des Erlaubten gehalten, dennoch, wenn auch nur im ersten Moment, als übermäßig vergnügt erscheint?

Daß Vereine dieser Art eine durchaus neue Zeiterscheinung sind, für welche der Maßstab nicht paßt, den man aus der Geselligkeit in Ansichten und Lebensweise wesentlich gleich gebildeter Beamten, oder aus den Sitzungen einer Akademie der Wissenschaften, oder gar aus der Kirche entnimmt, liegt auf der Hand. Indeß wechseln die Erscheinungen des Tages jetzt so rasch, daß man wohl sich gewöhnen muß, jede in ihrer neu mitgebrachten Eigenthümlichkeit ohne Vergleichung mit früher Gegoltenem aufzufassen.

In dem Verein war freilich weder die Ruhe einer Nachmittagspredigt, noch die Müdigkeit einer Beamten-Ressource, noch endlich die gehaltene Gelehrsamkeit einer wissenschaftlichen Akademie. Ueberdies konnte Herr Syndikus Crusius, bei seinen mannichfachen historischen Kenntnissen, den auf die lauten Beifallsbezeigungen geschichtlichen Vortrag Schlöffel's, eines Mannes ohne Universitätsstudium, für eine so theatralische Akklamation einer, in seiner Ansicht, urtheilsunfähigen Menge allerdings nicht für gründlich genug anerkennen.

Man darf endlich auch die damaligen Zeitumstände nicht vergessen. Vielleicht schien ihm in einer Zeit, als alle Zeitungen sich mit dem Gerücht von einer von Sr. Majestät dem König zu verleihenden Constitution trugen, zur Zeit der versammelten Landtage, zur Zeit, als vom Ministerium des Innern eine Ueberwachung der Stimmung der Bürger anempfohlen war, ein Vortrag über frühere Besteuerungsrechte und ständische Verfassungen unzeitgemäß und unpassend, und die in der Versammlung kundgegebene Stimmung der Bürger bei der sich mit jeder Sitzung mehrenden Zahl der Zuhörer etwas Bedenkliches und überhaupt der ganze Verein etwas von einem englischen Meeting oder französischen Revolutionsklub an sich zu tragen.

Es ist mehr Furcht in der Welt, als nöthig ist. Ueberdies hatte ja die Regierung ihre Ansicht schon kundgethon, die Bürgerversammlungen zu Naumburg a. S., zu Magdeburg und Königsberg waren aufgehoben worden. Dieses Alles mochte nun zusammenwirken, um auf ꝛc. Crusius einen unangenehmen Eindruck zu machen. Crusius ist ein Mann von scharfem Verstande, aber wo er nicht mitgerathen, sieht er auch nicht gern Thaten. Ueberdies war er gekommen, um zu kritisiren; und, wie er in dem nicht vollständig bei den Akten befindlichen Bericht an die Regierung sagt: „mit innerem Widerstreben". Er fürchtete schon lange, namentlich für Schlöffel, eine „Katastrophe", indem er dessen „trostlose demokratische Grundsätze" für

*) Genau, einzelnen Mitgliedern desselben. Wander.

hat ihre Ruhestätte auf dem dortigen Kirchhof gefunden. — Vor zwei Jahren kam Ferdinand Lingenau zum Besuche nach Europa um alte Freunde in großen und kleinen Orten aufzusuchen. Auch mich erfreute er mehrere Tage mit seinem Besuche und sprach mir gegenüber bereits die Absicht aus, sein Vermögen der Sozialdemokratie der ganzen Welt zu vermachen und dabei auch Gumbinnen nicht zu vergessen. „Ein Sozialdemokrat und namentlich einer aus St. Louis in Amerika, mit dem muß es einen Haken haben" — so waren denn auch viele Leute mit sich einig, daß er ein Hauptschwindler sei, nur hergekommen, um alte Freunde anzupumpen. Lingenau, dem ich diesen Verdacht scherzeshalber mittheilte, als ich ihn einige Tage nach seiner Abreise von hier wieder in Königsberg traf, lachte und zahlte in meiner Gegenwart einige hundert Thaler für Denksteine, die er auf die Gräber seiner Eltern gesetzt.

Wenige Wochen darauf, las ich in den Zeitungen, daß Jemand, der Name war nicht genannt, in Genf sein Vermögen der Sozialdemokratie vermacht habe. In Briefen, die ich aus verschiedenen Orten Deutschlands und später aus St. Louis von Lingenau erhielt, hat er freilich nie dieses Testaments gedacht, trotzdem zweifelte ich nicht einen Augenblick, daß er der Erblasser sei. Am 4. August d. J. verstarb mein alter Freund in St. Louis in Amerika und wurde jetzt der Name des Erblassers in verschiedenen Zeitungen genannt, das fragliche Testament in verschiedenster Weise besprochen, ein fetter Bissen für die verschiedensten Reptile!

Ein solches Reptil hat es aber in seinem Eifer zu komisch getrieben.

Der „Mecklenburger Anzeiger" bringt aus Neustrelitz folgende Mittheilung:

„Der hier nicht im besten Andenken stehende Buchhändler Lingenau, ein Sohn des früheren hiesigen Postmeisters Lingenau, hat der Sozialdemokratie aller Länder 14,000 Dollars vermacht und zu Testamentsvollstreckern unter Andern auch Bebel und Liebknecht ernannt" ꝛc ꝛc. Das Reptil bezweifelt natürlich, wie alle, daß das Testament rechtsgiltig sei, und führt als Grund an, daß, wenn der Erblasser auch von seiner Frau rechtskräftig geschieden sei, doch noch drei Kinder da seien, die jedenfalls auch an die Erbschaft Ansprüche erheben dürften.

Wie schön liest sich diese Reptilnachricht: ein Sozialdemokrat, der „nicht im besten Andenken steht", der seine Kinder enterbt" ꝛc.

Alles nicht wahr, liebstes Reptil! Unser Ferdinand Lingenau ist ein ehrlicher Ostpreuße, niemals verheiratet gewesen und erfreute sich bei alten und neuen Freunden des besten Rufes. Kurz wir Ostpreußen sind stolz darauf, daß er unser Landsmann gewesen. Zu näherer Auskunft, verehrtes Reptil, ist gern bereit J. Reitenbach-Pilcken.

Aus Heuchelland.

Stille Beobachtungen eines Berliners in London.

II.

Lassen Sie mich heute ein wenig kannegießern, ich meine, um in der Sprache der Journalistik zu reden, das Roß der hohen Politik besteigen — nein — wie sagt man das doch gleich? — das hohe Roß der Politik oder die höhere Rösserpolit— mein Gott, ich verwirre mich! Na, Sie verstehen mich schon.

Mit größter Spannung folgt man hier den Vorgängen im Orient. Alle Welt ist in der Lektüre der neuesten Kriegsnachrichten vertieft und die ältesten Zeitungsjungen erinnern sich keiner so glänzenden Geschäftscampagne, wie die gegenwärtige. Auf der Straße, auf dem Omnibus, der „Tram" und der Eisenbahn, in Café's, Wirthshäusern, Theatern ꝛc. ꝛc., überall sieht man die Leute in die ellenlangen englischen Zeitungen eingewickelt und kommt man mit einem Engländer zusammen, so kann man 100 gegen 1 wetten, daß er innerhalb der ersten zehn Minuten gefragt haben wird: Wie man denn über „Turkey" und „Russia" denke? Und wie sich die Dinge wohl zunächst gestalten werden? Und ob die Großmächte auch weiterhin neutral bleiben dürften? U. s. w., u. s. w.

Anfangs, als man mir immer und immer wieder dieselben kitzlichen Fragen stellte, glaubte ich schon, die Leute meinen offenbar, ich sei von Bismarck in geheimer diplomatischer Mission hierhergeschickt und wollen mich deshalb aushorchen. Natürlich schmeichelte mir solches sehr und ich strengte mich deshalb auch jedesmal an, meinem Gesicht den echt diplomatischen Ausdruck zu geben, d. h. so dämlich wie nur irgend möglich auszusehen und mit wichtiger Miene allerlei geheimnißvolle Brocken fallen zu lassen, aus denen kein Mensch, am allerwenigsten ich selber, klug wurde.

Zu meinem Aerger bemerkte ich aber bald, daß man jene Fragen keineswegs nur an mich richtete, sondern daß sie hier zur allgemeinen conventionellen Redensart geworden sind, etwa wie man sonst zu sagen pflegt: „Gesegnete Mahlzeit allerseits!"

Seitdem sehe ich gar nicht mehr diplomatisch aus. Es war mir ohnehin immer sehr sauer geworden.

Aber — seien wir ernst in so ernster Zeit.

Welches die öffentliche Stimmung hier ist in Bezug auf die bedeutungsvollen Ereignisse im fernen Osten? Das läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen — es ist eben die alte, alte Geschichte: Das Volk will den Frieden, die Herrschenden wollen den Krieg.

Ja, das Volk will den Frieden. Wer auch nur einige Gelegenheit hat, mit ihm zu verkehren, dem wird das bald zur Gewißheit. Aber beileibe muß man nicht etwa so naiv sein, das wüste Geschrei der Zeitungspresse als den Ausdruck der Volksmeinung ansehen zu wollen. Eine Volkspresse gibt es hier nicht. Und das, was es gibt, das singt eben ein Jedes das Lied dessen, deß Brod es gerade ißt, und kümmert sich den Teufel um Volkes Stimme. Gerade wie anderswo auch.

Dieser Krieg stellt überhaupt unsere modernen Preßzustände so recht in ihrer ganzen unglaublichen Verkommenheit blos. Wie man zur Zeit des „wirthschaftlichen Aufschwungs" in Gründungen „machte", genau so wird jetzt in orientalischem Krieg „gemacht". (Gottlob, es gibt doch immer was zu handeln.) Anstatt sich hier auf den Standpunkt zu stellen, der einer echten, sich ihres hohen Berufs bewußten Presse einzig würdig wäre, nämlich Türken wie Russen mit gleichem Maße zu messen, in den auf beiden Seiten verübten Scheußlichkeiten die natürliche, unausbleibliche Folge der Entfachung aller schlimmen Leidenschaften bei zwei ohnehin halbbarbarischen Nationen zu erkennen, dafür aber immer von Neuem den tiefsten Haß und Abscheu gegen die elenden Urheber dieses Krieges auszusprechen und gegen die heutigen Machthaber unseres Europas, deren niederträchtige Staatskunst es glücklich zu diesen unser Jahrhundert schändenden Hunnengreueln gebracht hat, die sich bei ein wenig Ehrlichkeit doch so leicht hätten vermeiden lassen — statt dessen sehen wir die Presse überall in die wüthendste Parteigängerschaft für den einen oder den anderen der Kriegführenden getheilt, eine Parteigängerschaft, der die gemeine Bezahltheit an allen Ecken und Enden hervorguckt. Da werden — je nachdem man den Weg zum Rubel des Russen oder zum Backschisch des Türken und seiner guten Freunde gefunden hat — bei den Abscheulichkeiten der nichtzahlenden Partei die Backen voll sittlicher Entrüstung genommen, während man eben dieselben Unthaten, von Seiten des Brodgebers verübt, entweder frech leugnet oder doch zu beschönigen und zu verkleinern sucht. So ziemlich unsere gesammte „anständige" Presse steckt heute entweder im Kaftan oder im Kosakenrock, Alle sind sie fanatische Fürsprecher entweder des Türken oder des Russen, Keiner Fürsprecher der Menschlichkeit, mit welcher diese beiden so blutwenig zu thun haben. Es ist allerdings wahr — die Menschlichkeit verfügt über keinen Preßfonds. Was thut man also mit der Menschlichkeit?

Das Großartigste leistete und leistet darin wohl die berüchtigte Preßdirne an der Donau, welche die eben nur ihr eigene Stirne besaß, die bekannten vorjährigen Greuelthaten[1]) der Türken an der bulgarischen Bevölkerung dem entrüsteten Europa gegenüber zu vertheidigen. Was mag ihr wohl diese Gefälligkeit eingetragen haben?

Das englische Volk will den Frieden, sagte ich oben. Aber indem es den Frieden will, hat es sich doch nicht etwa engherzig auf sich selbst zurückgezogen, nur an das eigene Interesse denkend. Mit jenem warmen Mitgefühl für die Unterdrückten, das eben nur den Unterdrückten eigen ist, hat das englische Volk in den bekannten großartigen Meetings[2]) kurz nach den vorjährigen „bulgarian atrocities", seinen Sympathien für die unglückliche Rajah Ausdruck gegeben und, indem es die Länderraubgier des Czarenthums verurtheilte, entschieden erklärt, daß die so höchst berechtigten Bestrebungen der Balkanvölker nach Befreiung von der Türkenschaft auf's Kräftigste zu unterstützen seien.[3])

Durch diese das englische Volk in so hohem Grade ehrenden Kundgebungen hat es erreicht, daß erstens dem Lande, bis jetzt wenigstens, der Friede erhalten wurde und daß zweitens der englische Name vor der Schmach bewahrt blieb, daß englisches Blut für eine so elende Sache, wie es die Zurückführung der Balkanvölker in das alte Sklavenjoch ist, vergossen wurde.

Denn unzweifelhaft erscheint es mir, daß ohne jene Kundgebungen, d. h. hätte man die öffentliche Meinung im eigenen Lande nicht zu fürchten gehabt, der englische Soldat schon längst im schönen Verein mit Baschibozuk und Tscherkesse an der Wiederherstellung des „status quo" im Orient „arbeiten" würde, Dank der elenden Krämer- und Fuchsjägerpolitik der herrschenden Kasten, die für ihre blutsaugerischen „Interessen" in Indien zittern.

Jene rühmenswerthe Haltung des englischen Volkes hat von Neuem den schönen Beweis geliefert, wie allzeit und überall der wahre Vertreter des Rechtes, der Menschheit und der Cultur das Volk und nur das Volk ist — gegenüber der engherzigen „Interessenpolitik" der Reichen, deren einziger Leitstern ihr Geldsack, und gegenüber den finstern und blutigen Plänen, welche in den „Cabinetten" der Könige zum Unheil der Völker ersonnen und ausgeführt werden.

Viele Parteigenossen in Deutschland haben jene Kundgebungen des englischen Volkes, die, seitdem der Russe auf dem Plan erschien, zwar verstimmt sind, gewiß aber in der alten Stärke wieder aufleben werden, sobald man daran gehen wird, die Balkanvölker von Neuem in die türkische Sklaverei zurückzuführen und sie der furchtbaren Rache ihrer Peiniger zu überlassen — viele Parteigenossen sage ich, haben jene Kundgebungen in anderem, viel absprechenderem Sinne beurtheilt, als ich es hier thue. Es hängt dies mit der Stellung zusammen, welche sie den ganzen Orientvorgängen gegenüber eingenommen haben. Sie haben die südslavische Bewegung von Anfang an durchaus verurtheilt und sich voll und ganz auf die Seite des Türken gestellt. Ich gestehe, daß ich diese Auffassung der Sache nicht theilen kann, ja sie geradezu bedauerlich finde.

„Es thut mir in der Seele weh,
Daß ich dich in der Gesellschaft seh'."

Nämlich in der türkischen.

Nicht fehlzugehen glaube ich, wenn ich sage, daß diese Stellungnahme gegen die südslavische Bewegung und für den Türken, wie sie sich eben bei vielen Parteigenossen kundgiebt, ihrem Hasse gegen Rußland entsprungen ist. Nun, wer, der Freiheit und Fortschritt will, möchte ihn nicht theilen, diesen Haß gegen das czarische Rußland, den alten Erbfeind der Freiheit? Aber — heißt es nicht ein wenig das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man aus Haß gegen dieses Rußland die Revolution der Balkanvölker verdammt, nur weil jenes seine eigenen räuberischen Pläne an diese anzuknüpfen versucht?

Ihr sagt, diese ganze südslavische Bewegung sei von Rußland gemacht, sei nichts als das Werk russischer Aufhetzungen. Hui! wie schrill diese Worte durch's Ohr tönen, wenn sie aus dem Munde von Männern kommen, die es jenem blödsinnigen Pack, das sich unsere „Gegner" nennt, so oft und so klar bewiesen haben, daß Revolutionen niemals „gemacht"[4]) werden können, sondern stets in den Verhältnissen ihre Wurzel haben und daß nur dort „aufgehetzt" werden kann, wo es was aufzuhetzen gibt![5])

Benutzt hat das ländergierige Rußland die unglückliche Lage und die tiefe Unzufriedenheit der türkischen Rajah für seine räuberischen Zwecke — das erscheint auch mir ganz zweifellos. Dieses Spielen mit dem Feuer der Revolution, sobald es den eigenen Plänen dienlich erscheint, ist ja eines der Hauptgaukerstückchen des modernen Cäsarismus, von dem auch das Czarenthum zu profitiren angefangen hat. Rußland hat bewirkt, daß der Aufstand gerade jetzt, wo ihm der rechte Moment gekommen zu sein schien, zum Ausbruch kam, es hat zu diesem Ende seine Emmissäre gesandt, die jene Völker zu der lang und heiß ersehnten Abschüttelung des Türkenjoches aufmunterten, ihnen durch den Hinweis auf das mächtige Rußland, das seine „Brüder" nicht im Stiche lasse und ihre Sache vor ganz Europa vertreten werde, Muth einflößten, es hat dann den Aufständischen Waffen, Geld und Führer geliefert, kurz es hat die Lunte an's Pulverfaß gelegt, gewiß, gewiß — aber ist es deshalb schon richtig, das Vorhandensein des Sprengstoffs selbst bestreiten zu wollen? Seit Jahren schon sehen wir, wie diese Völker Gut und Blut opfern in diesem grauenvollen Kampfe, wie sie ihre fruchtbaren Gelände verwüsten, ihre Frauen schänden, ihre Kinder ermorden lassen von den Barbarenhorden, die ihre grausamen Peiniger gegen sie losgelassen und wie sie — in wirklich bewunderswerthem Heldenmuth — doch immer und immer wieder zu den Waffen greifen[6]) — und das Alles soll ohne ernstlichen Grund, nur in Folge „russischer Aufhetzungen", rein pour les beaux yeux (für die schönen Augen) „Väterchens" geschehen? Das glaube wer will. Nein, so wird kein dynastischer Krieg

---

bis zur „Manie" gesteigert ansah. Sein Gemüth wurde daher von den „verwerflichen Tendenzen" der Redner so erregt, daß er die Versammlung schon vor ihrem Schluß verließ, weil er sich die „Gefühle, welche ihm, dem Himmel sei Dank, sein Lebelang für den Thron und Staat beseelt haben, unmöglich durch solche Vorgänge verkümmern" lassen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

— Eine Proklamation Mukthar Paschas, die er kürzlich erlassen hat, liefert den Beweis, daß für die einzelnen türkischen Grausamkeiten, die als Revanche verübt sein mögen, die türkischen Generale und auch die Regierung nicht Schuld sind, was man von den russischen Generalen in Bezug auf die russischen großartigen Gräuelthaten gerade nicht sagen kann. Die Proklamation lautet: „Dank dem Allmächtigen" — so bedeutete Mukthar Pascha seinen an der Gränze bei Wan und Bajasid operirenden Truppen — „sah der Feind sich gezwungen, geschlagen und gedemüthigt in sein Land zurückzuweichen. Nun ist unser sehnlichster Wunsch der Erfüllung nahe: wir werden die Offensive ergreifen und die Grenze überschreiten. Obwohl wir von den Russen in unserem Lande ungerechte, rechtswidrige und barbarische Thaten zu dulden hatten, erwarte ich, daß Jeder von euch sich milde benehme gegen die unterdrückten Bewohner von Eriwan; daß ihr, entsprechend den euch angeborenen guten Gefühlen und eurem angeerbten Edelsinne, jede That vermeiden werdet, die eine Befriedigung der Leidenschaften zum Zweck hat; daß ihr nie überschreiten werdet die Grenzen unseres heiligen Gesetzes, welches höher steht als alle bürgerlichen Satzungen; und daß Niemand unter euch sich erniedrigen wird, Thaten des Raubes und der Unterdrückung nach dem Beispiele der Russen zu verüben. Es ist" — so heißt es im Verlaufe dieser langen Ansprache an die türkischen Soldaten — „ein furchtbares Verbrechen, ein menschliches Wesen, Gottes herrlichste Schöpfung, gesetzwidrig zu tödten. Enthaltet euch somit jedweder ungerechten Tödtung und jedweden Raubes. Thut kein Leid allen denen, die euch um Schonung anflehen, kein Leid den Gefangenen und Ausreißern, sie müßten denn Handlungen begehen, die ihre Vernichtung nothwendig machen. Achtet das Eigenthum, die Wohnungen und die Ehre der armen Landesbewohner, die in Wirklichkeit zu euch stehen; kauft nichts ohne Genehmigung der Besitzer; hindert sie nicht in ihren Religionsübungen; erweiset Achtung den ihnen heiligen Stätten, ihren Kirchen und auch ihren Priestern. Zerstört keines ihrer Gebäude, sie müßten denn von den Russen zu Verschanzungen verwandt worden sein. Laßt euch wegen der Verschiedenheit ihres Glaubens, ihrer Sprache und ihrer Sitten nicht zum Uebelwollen gegen sie stimmen. Quält und tödtet nicht Gefangene und Verwundete; verfolgt nicht die Flüchtigen um ihnen das Leben zu nehmen. Ahmt nicht den Russen in ihrer Grausamkeit und Gewaltthätigkeit nach. Tödtet Keinen, den ihr gefangen nehmen könnt, und bringt die Verwundeten darunter in die Hospitäler. Jeder Mensch, weß Glaubens er sei, ist ein edles Geschöpf Gottes: hindert deshalb den Feind nicht, seine Todten zu begraben, und begrabet selber, die er nicht begrub. Führt keinen Streich gegen einen gefallenen Feind und verstümmelt keines seiner Glieder außer im wirklichen Kampfe. Nehmt euch, als denkende Menschen, diese meine Mahnungen zu Herzen, gehorcht euren Führern und haltet in Achtung unser heiliges Gesetz." — Es ist dies eine Soldatensprache, wie sie der christlichste aller Generäle und der gottesfürchtigste unter den alten Propheten nicht eindringlicher hätte zu Papier bringen können.

— Wir Heiden sind doch bessere Menschen, denken die Hindus von Benares (Indien) und haben einen Verein zur Ausbreitung der brahmanischen Religion unter den Christen, zunächst unter den in Australien wohnenden, gegründet. Die Sache wird so erzählt: „Ein vornehmer Brahmine, Namens Suradschi, hatte einen Besuch in den englischen Colonien in Australien gemacht und gefunden, daß die Trunksucht dort in schauerlichem Maße unter den Christen herrsche. Als er nach Hause zurückkehrte, berief er eine Versammlung ein, in welcher er nachwies, daß man diesen Leuten helfen könne, wenn man sie zur brahmanischen Religion bekehre. Er bekam sofort 12,000 Mark zur Gründung einer Gesellschaft für diesen Zweck; einige Brahminen erklärten sich bereit, als Missionare nach Australien zu gehen, und Suradschi selbst hat sich mit Eifer an's Werk gesetzt, um passende Stellen aus den Wedas, den indischen Religionsbüchern, in's Englische zu übersetzen." — Bravo! Hoffentlich kommen die indischen Missionäre mit der Zeit auch nach Europa, und haben Glück mit ihren Bekehrungsversuchen! Man denke nur, der Brahmanismus verbietet (und verhütet erfolgreich) nicht blos die Völlerei und ähnliche Tugenden unserer Civilisation; er lehrt überhaupt die reinste menschliche Moral, verkündigt die Heiligkeit und Unantastbarkeit des menschlichen Lebens, stempelt das Blutvergießen, den Mord im Großen und Kleinen zum fluchwürdigsten Verbrechen. Ach, wenn Herr Suradschi doch recht bald käme und den Brahmanismus importirte. Wir wären auf immer von den „frischen; fröhlichen Kriegen" und sonstigen Bethätigungen unserer christlich-germanischen Cultur gründlich erlöst. Freilich, gewisse Leute bekämen dann keine Dotationen und müßten aus Mangel an Erwerb auswandern.

— Wie aus Therapia der „Times" telegraphirt wird, haben die türkischen Soldaten strikte Befehle erhalten, auf keinen russischen General zu feuern, damit er nicht getödtet oder kampfunfähig gemacht und ersetzt werde.

— Die holländische Bourgeoispresse ist in großer Aufregung. Der König der Niederlande soll nämlich im Begriffe stehen, eine Sängerin zu heirathen, und dies wird von den Getreuen als ein „großes Unheil für die geliebte Dynastie und das Land" bezeichnet! Auch eine eventuelle Abdankung nütze nichts, da der Kronprinz ein geradezu skandalöses Leben führt und häufig in total betrunkenem Zustande aus den ordinärsten Kneipen der Hauptstadt höchst respektwidrig hinausgeworfen wird. — Der englische Kronprinz, welcher in ähnlichen „noblen Passionen" macht, soll seinem Collegen in Holland Brüderschaft angetragen haben. Verwandte Seelen finden sich — auch unter Kronprinzen!

— Vier Eier und etwas Mehl geben einen guten Eierkuchen — dies erzählte vor einiger Zeit ein vortragender Professor im Handwerkerverein zu Breslau. Das hatten die alten Weiber beiderlei Geschlechts bis dahin noch nicht gewußt und dieselben nickten der Entdeckung verständnißinnig zu. Vier Eier und etwas Mehl geben einen guten Eierkuchen wiederholen leise auf dem Nachhausewege einige Philister bis in ihre Wohnung vor sich hin, um diese welterschütternde Entdeckung ihrer Ehehälfte mitzutheilen. Doch eine im Hause anwesende alte Köchin eines sonst achtbaren Zopfbürgers schüttelte bei dieser Nachricht ungläubig den Kopf und behauptete kühn, daß dies nicht erschöpfend genug vorgetragen sei, denn damit vier Eier und etwas Mehl einen guten Eierkuchen geben, sei es auch nöthig, daß beides gehörig untereinandergerührt und über das Feuer gebracht würde, sonst würde kein Eierkuchen entstehen. Der Hausherr, ergrimmt über solche freche, revolutionäre Dreistigkeit seiner Dienstmagd, die klüger als die vortragenden Professoren und Doktoren sein wollte, stellte sofort ein inquisitorisches Verhör mit ihr an, um zu ermitteln, ob sie sich vielleicht einen Schatz angeschafft habe, der sozialistische Ideen hege, da sie dann sein Haus sofort verlassen müsse. Ob die Inquisition von einem günstigen Resultate begleitet wurde, konnten nicht ermittelt werden.

---

gekämpft, so wird nur dort gestritten, wo es sich um die eigensten Interessen, um die werthvollsten Güter eines Volkes handelt, wo es einfach heißt: Entweder menschenwürdig leben oder todesfreudig sterben, mit einem Worte — so wird nur die soziale Revolution gekämpft. „Sloboda ili smert." „Freiheit oder Tod" haben die Aufständischen auf ihre Fahnen geschrieben — in diesen drei Worten drückt sich das Wesen dieses Verzweiflungskampfes am deutlichsten aus.

Ja, eine soziale Revolution im vollsten Sinne des Wortes ist es, für welche die Völker an Donau und Balkan zu den Waffen gegriffen haben.[7]) Wohl wird dieser soziale Kern der Sache durch den Umstand, daß die herrschende Klasse zugleich einen andern Glauben und zum größten Theil auch einer andern Race angehört, in etwas verhüllt, aber er bleibt deswegen doch der Kern. Der leibeigene Bauer dort unten will eben nicht leibeigen sein, er will, daß sein „Herr" ihm nicht mehr die Früchte seines Schweißes rauben, ihn nicht mehr zum Frohndienst antreiben, nicht nach Willkür mißhandeln, einkerkern, tödten, sein Weib nicht mehr nach seinen Burgen schleppen, an seinen Töchtern nicht mehr das jus primæ noctis verüben könne[8]) — er will anfangen, Mensch zu werden, das ist es, wofür er kämpft und stirbt. Kurz gesagt, handelt es sich hier darum, daß Feudalismus und Leibeigenschaft aus ihrem letzten Schlupfwinkel in Europa ausgetrieben, und jene Länder endlich auch zur modern-bürgerlichen Entwicklung übergeleitet werden[9]) und wir, die wir die ernste Sprache der Geschichte so wohl zu verstehen uns rühmen, die wir alle ihre Vorgänge so gern auf sozial-ökonomische Ursachen zurückführen, wir sollen uns dieser so höchst naturgemäßen und naturnothwendigen Entwicklung, dieser ersten Regung der Cultur in einem bisher barbarischen Lande entgegenstellen, wir sollen für die Reaktion, gegen die Revolition, für die Unterdrücker, gegen die Unterdrückten, die Rajah, den Proletarier des Orients Partei nehmen, die Sache mit einigen Witzen über den Haufen „Hammeldiebe", der auf Raub auszog, abgethan zu haben glauben?

Anmerkungen.

1) Die beiläufig zum Theil erlogen, zum Theil übetrieben, und, so weit sie stattgehabt, durch russische Aufstachlungen provozirt waren. R. d. „V."

2) Die Meetings waren nicht so „großartig", wie die russenfeindliche Presse sie hinstellte. Die Gladstone'sche „Bewegung" hat viel Lärm gemacht und sich schließlich im Sand verlaufen. R. d. „V."

3) Was jetzt, wo die Russen die „Befreiungs"mission übernommen haben, auf Unterstützung der Russen hinauslaufen würde. R. d. „V."

4) Aber sehr wohl Putsche, Kravalle, Raubzüge, die man vermittelst einigen Aufwands von Dinte und Druckerschwärze sehr leicht zu „Aufständen", „Volkserhebungen", „Revolutionen" aufbauschen kann. R. d. „V."

5) Haben die Südslaven sich etwa nach dem Einmarsch der Russen und der Entblößung ihres Landes von türkischen Truppen „erhoben"? Da war doch die beste Gelegenheit. R. d. „V."

6) Steht alles in den russischen Zeitungen, ist aber zu neun Zehnteln erlogen, und im letzten Zehntel mit Lügen versetzt. Man erinnere sich nur der Mordgeschichten, die dem griechischen Befreiungskrieg vorhergingen und unsere Väter auf die russische Leimruthe lockten. Und hieß es nicht neulich, auf Kreta habe das Volk sich gegen die türkischen Peiniger „erhoben" und ihnen heroische Gefechte geliefert, bis ein zufällig dort ansässiger Deutscher im „Hamburgischen Correspondent" den Beweis lieferte, daß an der ganzen Insurrektion kein wahres Wort. R. d. „V."

7) Haben nicht zu den Waffen gegriffen. R. d. „V."

8) Russische Mordgeschichten. Die Zustände der Rajahs sind keine idealen, aber immerhin in jeder Beziehung ungleich besser als die der russischen Bauern und der englischen Landarbeiter. R. d. „V."

9) Kann aber doch nicht durch Rußland geschehen, daß erst selbst „zur modern-bürgerlichen Entwicklung übergeleitet werden" muß. R. d. „V."

(Fortsetzung folgt.)

Correspondenzen.

London, 30. September. Es sind hier, wie schon mitgetheilt, die Steinhauer (Stone masons) seit längerer Zeit im Strike wegen Lohndifferenz, die Meister hatten sich deshalb nach Deutschland gewandt, um von dort Arbeitskräfte zu erlangen, und war es denn auch gelungen, durch Agenten einige 20 Steinhauer von dort zu erhalten. Zur Ehre der deutschen Arbeiter sei es aber gesagt, daß sie sofort die Arbeit niederlegten und abreisten, als sie erfuhren, weswegen sie nach England gelockt worden waren. Es hatte sich nämlich eine Commission der Strikenden mit den Deutschen in Verbindung gesetzt, die Deutschen erklärten, die Sachlage vorher nicht gekannt zu haben, und versprachen, nachdem dieselben das Reisegeld von dem Strike-Comité erhalten hatten, unter diesen Umständen aufzuhören, was dieselben auch thaten. Als die deutschen Steinhauer am Montag Morgen wieder erwartet wurden, kamen dieselben nicht zur Arbeit, man sandte in ihre Wohnungen und erhielt die Nachricht, dieselben seien wieder nach Hamburg gereist. Es möge daher jedem deutschen Arbeiter zur Warnung dienen, sich nicht durch Agenten nach England locken zu lassen, der Arbeitsmarkt ist hier so gut wie in Deutschland überfüllt in allen Zweigen, und ist es hier in England überhaupt ein viel zu gewagtes Unternehmen, sich zu Zwecken gegen die Arbeiterinteressen gebrauchen zu lassen, die Erfahrung hat dieses an Beispielen, namentlich in New-Castle gelehrt.

Alle Arbeiterblätter, namentlich die Gewerkschaftsorgane, werden um Aufnahme dieser Zeilen ersucht. W. H.

— a. **Hamburg,** 3. Oktober. Da weder Ihr noch ein anderes mir bekanntes Blatt bei der Besprechung des Thiers'schen Wahlmanifestes den folgenden Punkt gerügt hat, so erlauben Sie mir wohl, auf einen historischen Irrthum aufmerksam zu machen, den der „große" Geschichtsschreiber begangen hat. Er sagt nämlich bezüglich des Budgets: „Der Senat hatte zum Budget sieben Amendements gestellt. In England hat das Haus der Gemeinen niemals dem Haus der Lords in Finanzsachen ein Recht zugestanden, und wenn letzteres in dieser Angelegenheit eine nützliche Idee angibt, so ist es demselben niemals erlaubt, sie als Amendement einzuführen; man wartet, um sie zuzulassen, bis dieselbe Idee durch das Haus der Gemeinen wiederkehrt." Diese Behauptung ist incorrekt. Wohl ist es durch das Alter geheiligter Usus, daß das Haus der Lords sich nicht in die finanziellen Befugnisse des Hauses der Gemeinen mischt, aber das Recht der Einmischung wird dem Oberhause nicht formell abgesprochen, wie folgendes Ereigniß beweisen möge.

Leider habe ich keine Notiz bei der Hand, um die Zeit des Ereignisses genau angeben zu können; so viel ich mich aber entsinne, war es unter dem letzten Ministerium Palmerston, oder Russell, in welchen Gladstone das Portefeuille der Finanzen hatte. Derselbe schlug die Abschaffung der Steuer auf Papier vor, und sein Vorschlag wurde vom Unterhaus angenommen. Das Oberhaus aber, unter Führung des Grafen Derby, des Vaters des jetzigen Ministers des Aeußern, verwarf diesen Punkt. Es entstand ein allgemeiner Sturm des Unwillens im Lande über diese sogenannte Anmaßung des Oberhauses. Aber das Unterhaus, wohl wissend, daß die Ausschließlichkeit des Stenerbewilligungsrechts nur dem historischen Gebrauch, keineswegs aber einer ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmung gemäß den Gemeinen zukommt, wollte um einer solchen Kleinigkeit willen keinen Conflikt mit dem Oberhause heraufbeschwören und genehmigte daher das so amendirte Budget des Oberhauses ohne großen Widerspruch. Als aber die Abschaffung der Papiersteuer im nächsten Jahre vom Unterhaus wieder beschlossen wurde, genehmigte das Oberhaus den Beschluß ohne Widerspruch.

Dieser Vorfall beweist erstens, daß das englische Oberhaus allerdings am Steuerbewilligungsrecht theilnimmt, wenn es auch nur ausnahmsweise thätigen Gebrauch von diesem Recht macht; und zweitens, daß eine Collision zwischen den beiden Häusern der englischen Volksvertretung dadurch vermieden wäre, daß beide an den Grundsätzen des höflichen Entgegenkommens und des Compromisses, wie sie sich in dem obigen Vorfall offenbaren, festhalten. Herr Thiers aber hätte diese Thatsache kennen und nicht sagen sollen, daß die französische Kammer „dem Senat Rechte zuerkannte, welche England dem Hause der Lords nicht zuerkenne," denn England erkennt sie, wie wir gesehen, dem Oberhause zu. Wenn es aber auch anders wäre, mit welchem Recht könnte Thiers folgern, daß die ganz moderne französische Verfassung nach den Grundsätzen der althergebrachten englischen behandelt werden müsse?

Barmen, 3. Oktober. Vorgestern tagte hier eine stark besuchte Volksversammlung, welche die in Aussicht gestellte Revision des Haftpflichtgesetzes zum Gegenstand ihrer Verhandlung erkoren hatte. Nach einigen einleitenden Worten des Genossen Praast aus Hamburg verbreitete sich Genosse Hasselmann in ausführlicher Weise über die festgesetzte Tagesordnung. Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution einstimmig an:

„Die aus mehrjähriger Erfahrung sich ergebende Forderung einer gründlichen Umgestaltung des Haftpflichtgesetzes ist durchaus gerechtfertigt und ist eine Gesetzesnovelle nach folgenden Grundzügen zu gestalten:

1) Das Haftpflichtgesetz muß ausgedehnt werden auf den Betrieb aller jener Erwerbszweige, bei deren Ausübung eine Gefahr für die Arbeiter oder das Publikum möglich, insbesondere also auf das Baugewerbe, den Landwirthschaftsbetrieb mit Maschinen und die Schifffahrt; die Unterstellung der Erwerbszweige unter das Gesetz hat auf Grund der statistischen Daten über Unglücksfälle zu erfolgen.

2) Die Haftpflicht hat in allen Fällen unter jenen Bedingungen stattzufinden, welche gegenwärtig beim Eisenbahnbetrieb maßgebend sind, dergestalt, daß zur Entbindung von der Entschädigungspflicht der Beweis einer Fahrlässigkeit des Verunglückten geführt werden muß.

4) Durch technisch erfahrene Inspektoren sind im ganzen deutschen Reiche die Sicherungsmaßregeln der gefährlichen Betriebe zu controlliren; im Falle eines Unglücks ist sofort eine genaue Untersuchung seiner Ursachen seitens der Inspektoren zu veranstalten; die Inspektoren sind verpflichtet, dem Verunglückten oder seinen hinterbliebencn Familiengliedern die erforderlichen Mittheilungen zu machen, wie seitens derselben eine Klage auf Grund des Haftpflichtgesetzes erfolgen kann.

5) Für jeden durch gefährlichen Betrieb Verunglückten oder seine hinterbliebenen Familienglieder findet auf Verlangen eine Vertretung im Civilverfahren behufs Geltendmachung der Entschädigungsansprüche ex officio statt, ohne daß ein Nachsuchen um Ertheilung des Armenrechts nothwendig wäre.

6) Die Haftpflicht verjährt in zehn Jahren vom Tage des Unfalls an gerechnet.

7) Falls eine freiwillige Unterstützung eines Verunglückten durch den Unternehmer stattgefnnden hat, so giebt Letzterer hierdurch das Zugeständniß seiner Haftpflicht kund und kann bei eventueller späterer Verweigerung der Unterstützung die Verjährung nicht als eingetreten erachtet werden.

Die Volksversammlung beschließt behufs Vertretung dieser Forderungen im Reichstage sich an die sozialdemokratischen Abgeordneten zu wenden.

Bremen. Am 30. September wurde eine Volksversammlung vom Bürgermeister aufgelöst, weil der Referent, Genosse Oehme aus Leipzig, nach dem „Voigtl. Anz." gesagt habe: „Wenn es den herrschenden Gewalten einfiele, einen frischen fröhlichen Krieg zu führen, wie man es nenne, so wären die 20 Jahre alten Jünglinge gut genug, ihre gesunden Knochen zu Markt zu tragen und sich, wie man zu sagen pflege, „mit Gott für König und Vaterland" zum Krüppel schießen zu lassen." Auch soll er gesagt haben, das Kasernenwesen habe den Zweck, die Soldaten dem andern Theile des Volkes zu entfremden. — Mit diesen Mittheilungen glaubt das voigtländische Blatt die eigenmächtige Maßregel des Bürgermeisters gerechtfertigt zu haben; das Blatt constatirt dadurch unfreiwillig, daß es strabar sei, die Wahrheit zu sagen.

Die Parteigenossen in Ottensen mache ich darauf aufmerksam, daß in der am 20. d. Mts. abgehaltenen öffentlichen Versammlung des Ottenser Arbeitervereins beschlossen wurde, eine Bibliothek anzuschaffen. Zu diesem Zwecke wurde eine Commission, bestehend aus den Herren D. Köster, H. Mehte und aus Unterzeichnetem gewählt. Wir richten nun an alle Parteigenossen die dringende Bitte, uns bei der Verwirklichung dieses Beschlusses nach Kräften zu unterstützen. Alle diejenigen Parteigenossen, welche im Besitz von sozialpolitischen Werken, Büchern ꝛc. sind und geneigt wären, dieselben der Bibliothek zur Verfügung zu stellen, d. h. durch Leihen (mit dem Vorbehalt, daß die Leiher stets Eigenthümer der Bücher bleiben) oder auch durch Schenkungen von wissenschaftlichen Werken, die Bibliothek mit vervollständigen zu helfen, oder die in der Lage sind, uns mit Geld zu unterstützen, alle Diese bitten wir, es bald thun zu wollen. Zur Beachtung diene, daß Herr H. Mehte, Eulenstr. 25, 1 Etg., ermächtigt ist, jede Unterstützung entgegen zu nehmen. Indem wir uns der Hoffnung hingeben, recht bald eine zweckentsprechende Bibliothek zu erlangen, bitten wir nochmals, unsere Aufforderung nicht unbeachtet zu lassen.

Ottensen, im September 1877.

J. A. der Commission: Emil Hoffmann.

NB. In meinem Agitationsbericht in Nummer 119 des „Vorwärts" hatte ich vergessen, die Namen der Vorstandsmitglieder des Ottenser Arbeitervereins anzugeben; die Parteigenossen mögen das entschuldigen. Der Vorstand besteht aus folgenden Personen: F. Heerhold, 1. Vorsitzender; Herm. Molkenbuhr, 2. Vorsitzender; D. Köster, 1. Kassirer; Stöhr, 2. Kassirer; R. Lindemann, 1. Schriftführer; E. Hoffmann, 2. Schriftführer; die Revisoren sind die Herren Steegen, Mehte und Stahl. D. O.

Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.

Quittung. A.-G.-V. München 2,00. V. d. F. Ottensen 2,00. F. Darmstadt 0,65. A.-G.-V. München 6,00. A.-V.-V. Leipzig 37,90. E. Verden 13,65. L. Mannheim 8,45. A.-S.-V. Kiel 11,70. L. Pforzheim 4,50. E. Lübeck 5,45. V. Barmen 3,00. V. Cassel 2,00. A.-S.-V. Kiel 10,50. S. d. M. Kiel 2,00. Fr. Darmstadt 6,00. S. Glauchau 6,00. S. C. Greiz 3,60. M. Hanau 3,75. A.-V.-V. Leipzig 2,10.

Gotha, den 30. September 1877.

Emil Rüger, Kassirer, Heinoldsgasse 26.

Briefkasten

der Redaktion. S. in Elbing: Senden Sie die Verhandlungsberichte; auch über die Brandstiftungen der „Petroleure" bitten wir um einen Bericht. — Z. in O.: Die Fabrikordnung wird gelegentlich benutzt werden.

der Expedition. Klute Forst: Preuß. Gefängnißordnung hier nicht zu haben. Wenden Sie sich an die Kortkamp'sche Buchhandlung Berlin. H. statistische Tabelle kaufen Sie in jeder Buchhandlung dort billig. Arno Kz Ottensen: Ja. Kostet Mk. 5,00 nebst Porto. Cassa erbeten.

Quittung. Dnkr Paris Ab. 13,00, Schr. 2,00. Sozialisten Lübeck Ann. 1,20. Kpfr hier Ab. 5,60. Rhn hier Ab. 1,25. Dg hier Ab. 2,40. Wfring hier Ab. 0,55. Schmr Lübeck Ab. 10,20. Krß München Ab. 67,00. Grstmr München Ab. 97,05. Knk Frankfurt Ab. 40,00 Cznk Böhm.-Leipa Ab. 1,25. Czrkn Stemamanger Ab. 1,73. Inschr Newyork Ab. 96,42. F. Enz S. Franzisko Ab. 82,06. Exped. der „Wahrheit" Breslau Ab. u. Schr. 1475,26. Sfrt hier Ab. 1,80. Ufrt Weimar Schr. 4,75. Th. Kll London Ab. u. Schr. 325,00. Hmbrgr Wien Ab. 5,00. Hdrch hier 1,80. Wllbrcht hier Ab. 1,20. Grmr Halle Ab. 95,50. Dßbch Hanau Ab. 12,10. Schfr hier Ab. 3,75. Btt Neusatz Ab. 1,73. Thmr hier Ab. 3,75. Dr. R. Worms Ab. u. Schr. 5,00.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. **Sonntag,** den **14. Oktober**

Abendunterhaltung

in den Sälen des „Hôtel de Pologne".

Anfang Abends 6 Uhr.

Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen.

2,70] **Der Vorstand.**

Leipzig. **Donnerstag,** den 11. Oktober, Abends 1/2 9 Uhr, im Saale des Hrn. **Michael,** gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl einer Preßcommission. 2. Sozialpolitische Rundschau. Referent H. Oehme.

70] **Der Agent.**

Leipzig. Der **Verkehr und Arbeitsnachweis für Schneider** befindet sich jetzt große **Windmühlenstraße Nr. 5** bei **Kern.** Indem wir darauf hinweisen, daß alle Aufträge nach unserer jetzigen Einrichtung sofort zur Erledigung kommen bitten wir unsern Arbeitsnachweis möglichst zu berücksichtigen. [0,60

Die Commission.

Limmer. Sozialdemokratischer Wahlverein. **Sonntag,** den **14. Oktober,** im **Gasthaus zum Kronprinz von Hannover:**

Kränzchen

verbunden mit **Festrede.** Anfang 4 Uhr. [2,70

Eintritt 20 Pfg. Tanz 70 Pfg.

Ueberschuß zum Besten des Wahlfonds.

Das Comité.

Ottensen. Arbeiterverein. **Donnerstag,** den **11. Oktober,** Abends halb 9 Uhr, in **Burmeister's Salon,** 1. Treppe: [70

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag über das Arbeiterlesebuch. Fragekasten.

F. Heerhold.

Zu vermiethen eine **frdl. Kammer** mit separ. Eingang. **Rendnitz,** Feldstr. 25, bei **W. Tante.** [60

Sozialistisches

Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Sekretäre **J. Auer** oder **C. Derossi,** Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.

Geldsendungen sind zu richten an **August Geib,** Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Rundschau

No. 4

ist erschienen und an diejenigen Filial-Expeditionen zur Versendung gelangt, welche über Nr. 3 abgerechnet haben.

Den Parteigenossen dringend zur Verbreitung empfohlen:

Die Rundschau.

Organ für sozialistische Propaganda.

Erscheint monatlich einmal und kostet durch die Filial-Expeditionen bezogen 20 Pfg.; durch die Post vierteljährlich 60 Pfg. excl. Bringerlohn.

Verlag: **Amelungstr. 5, Hamburg.**

Abonnements-Einladung.

Mit 1. Oktober beginnt der 3. Jahrgang des in einer Auflage von 40,000 Exemplaren erscheinenden illustrirten Familienblattes

Die Neue Welt.

Wöchentlich 1 1/2 Bogen. Preis vierteljährlich Mk. 1,20. 7 Heften à 30 Pfg.

Alle diejenigen Gesinnungsgenossen, welche Gelegenheit haben, die binnen Kurzem erscheinenden Prospekte in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien zu verbreiten, werden dringend um sofortige Angabe ihrer Adresse und der Zahl der ihnen zu sendenden Prospekte gebeten. — Eine entsprechende Subscriptionsliste (Abonnenten-Sammelliste) wird in mehreren Exemplaren der Sendung beigefügt.

Die Freundschaft und Anhänglichkeit unserer so großen Leserzahl begleitet uns in das neue Jahr unserer Wirksamkeit und wird uns noch weitere Volkskreise erschließen helfen — darauf meinen wir mit Sicherheit rechnen zu dürfen.

Redaktion und Verlag der „Neuen Welt".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Entz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heinze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 120. Freitag, 12. Oktober. 1877.

Das Preßwesen in Deutschland.

Was Lassalle in seiner Broschüre: „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag" über die Presse gesagt hat, das gilt auch heute noch voll und ganz. Die Erkenntniß solcher Wahrheiten bricht sich in den betheiligten Kreisen wohl niemals und in den nahestehenden nur selten Bahn; um so erfreulicher ist es, daß in Baiern einzelne Stimmen sich erheben, die nicht zur Sozialdemokratie gehören, welche die Ansicht des großen verstorbenen Agitators unterstützen.

So läßt sich das „Vaterland" in Bezug auf die katholische Presse folgendermaßen vernehmen:

„Die meisten unserer katholischen Blätter sind Handelsblätter, Buchhändlerspekulationen, Melkkühe für den Verleger und Eigenthümer, der daraus möglichst viel Geld und Profit zu ziehen sucht und dies als seinen einzigen Zweck betrachtet. So bilden diese Blätter eine Coalition des katholischen Geldsackes gegen die katholische Sache, gegen die Sache des katholischen Volkes. Die Rede ist hart, aber wahr; wer's anders oder besser kann, der sage und beweise es."

Ein anderes Blatt, ein, wie es scheint demokratisches Blatt, die „Wochenschrift des Volksvereins in Baiern" knüpft nun an obigen Ausspruch folgende interessante Betrachtungen:

„Wir sind die Letzten, welche die Wahrheit dieser Behauptung bestreiten; nur hätten wir gewünscht, daß sie sich nicht auf die „katholische" Presse beschränke. Denn was hier gesagt ist, gilt nahezu von unserer gesammten Presse jeder Parteifarbe, wobei nur einzelne Zeitungen demokratischer Richtung und vor Allem die sozialistischen auszunehmen sind. Dieser Mißbrauch der Presse, die, richtig geleitet, doch gewiß eins von den wirksamsten Mitteln für allgemeine Volksbildung wäre, zur Buchhändlerspekulation und Einzelbereicherung erklärt aber auch am besten die Zerfahrenheit unserer hergebrachten Parteianschauungen, die politische Indolenz der Mehrzahl unserer Kleinbürger und Lohnarbeiter und den so sehr großen Mangel an Gemeinsinn, der in den meisten Kreisen der Gesellschaft in Bezug auf die Unterstützung einer gesinnungsverwandten Presse als solcher sich bemerkbar macht. Denn woher soll insbesondere der Letztere kommen, wenn jeder Zeitungsleser weiß, daß das Blatt, woraus er seinen Bedarf an Tagesneuigkeiten nimmt, nur dazu da ist, einem Verleger Geld zu gewinnen, und daß es, oft bei dem besten Willen des Redakteurs, jeden selbständigen Gedanken abweisen muß, weil sich befürchten läßt, er möchte etwa irgendwo anstoßen und hiedurch die Abonnenten- oder gar die Inseratenzahl verringern? Nützlich für einen größeren, den Entwickelungsgang des öffentlichen Lebens aus bestimmten Gesichtspunkten verfolgenden Zweck wirkt die Presse nur dann, wenn der Gelderwerb dabei Nebensache und die Gewinnung von Anhängern für eine als gut erklärte Idee die Hauptsache ist."

„Ein Beispiel giebt uns hier die sozialistische Presse in Deutschland, und dieses Beispiel sollten Alle, die mit dem Sozialismus, wie er zur Zeit in Form der sozialdemokratischen Parteipropaganda sich geltend macht, nicht durchweg einverstanden sind, im eigensten Interesse ihrer Sache gar sehr beherzigen. Der ungemeine Fortschritt, welchen die Sozialdemokratie in vielen deutschen Ländern während der letzten Jahre zu verzeichnen hat, ist hauptsächlich auf die Organisation der Parteipresse zurückzuführen, wobei die Einzelbereicherung, vor allem das Inseratenwesen, soweit es mit dem politischen und gesellschaftlichen Standpunkte einer Zeitung nicht übereinstimmt, unbedingt ausgeschlossen, die Verbreitung der Parteigrundsätze allem Anderen vorangestellt und die Existenz jeder Zeitung durch kräftige Beihilfe der Parteileitung gesichert, dafür aber auch jedem Parteigenossen zur Pflicht und Ehrensache gemacht ist, auf eine Zeitung seiner Partei zu abonniren."

Das ist wenigstens einmal ein ehrliches Wort in Bezug auf die sozialistische Agitation gegenüber dem wüsten Geschrei der anderen Zeitungen über das „Schlemmen der Agitatoren von den Arbeiterpfennigen" und über die „selbstsüchtigen Zwecke" derselben.

Aber das „Wochenblatt" erklärt sich noch offener, indem es schreibt:

„Bei den Sozialdemokraten weiß Jeder, daß die Zeitung, die er hält und bezahlt ein allen gemeinsames Ziel verfolgt, und er hat auch verstehen gelernt, daß es Leute geben kann und in der That giebt, die ohne die Absicht, Einzelngewinn aus einem Unternehmen zu ziehen, mit dem Lohn für ihre Arbeit zufrieden sind, und daß daher jeder Gewinn aus Zeitungen, wofür der Einzelne dem Ganzen zu Liebe sein Schärflein beiträgt, wiederum zu gemeinsamen Zwecken verwendet wird."

Und zum Schlusse hält das Blatt noch der Bourgeoisie in ihrer Presse folgendes Spiegelbild vor:

„Dagegen gilt anderwärts in unserer heutigen Gesellschaft die Regel, daß kein Mensch etwas thut, ohne dabei für sich Profit herauszuschlagen, und was der Mensch selbst denkt, das setzt er natürlich auch von Anderen voraus, und dabei irrt er bekanntermaßen selten, bei der Presse so selten wie sonst. Das „Prinzip", die „Farbe", die ein Blatt sich giebt, läßt daher unseren Bourgeois-Philister meist sehr kalt. Er weiß, was er davon zu halten hat, denn er weiß, wie er selbst damit es hielte, wenn er Zeitungsverleger wäre. Daher fällt ihm aber auch nicht ein, eine Zeitung durch Abonnement zu unterstützen, wenn er nicht für's Geschäft und für den Bedarf an Neuigkeiten sie brauchen kann, und unter dieser Voraussetzung hält er jede Zeitung, auch wenn sie sonst seiner politischen Ueberzeugung, wofern er überhaupt eine solche hat, ganz entgegen wäre."

Schärfer hätten wir die Geißel über die verrottete, liberale, conservative und clericale Presse nicht schwingen können; ein trefflicheres Lob aber auch hätten wir der Sozialdemokratie und ihrer Presse nicht ertheilen können, als es hier geschehen ist — deshalb wollen wir auch keine weiteren Bemerkungen hinzufügen.

Verfügung

in der Untersuchungssache wider den Schriftsteller Liebknecht.
L. No. 33 de 1876 VII.

Der Angeklagte Liebknecht erhält Abschrift unseres Beschlusses vom 12. Juni cr., des Beschlusses des königlichen Kammergerichts vom 26. Juni cr. und des Beschlusses des königlichen Obertribunals vom 7. v. Mts. zur Nachricht.

Berlin, den 1. Oktober 1877.

Königliches Stadtgericht, Abtheilung für Untersuchungssachen, Deputation VII für Vergehen.
Beglaubigt Loebel.

An den Schriftsteller Herrn Liebknecht.
VII. 12609.

Abschrift.

Im Namen des Königs!

In der Untersuchungssache wider den Schriftsteller Wilhelm Philipp Martin Christian Ludwig Liebknecht zu Leipzig wegen mittelst der Presse in Nr. 10 der Wochenschrift: „Die neue Welt" de 1876 durch das darin enthaltene Gedicht: „Die Flinte schießt, der Säbel haut", insbesondere dessen vorletzten Vers begangener Majestätsbeleidigung gegen § 95 des Strafgesetzbuches,

Litt. L. No. 33 de 1876 VII

hat das königliche Stadtgericht, Abtheilung für Untersuchungssachen, Deputation VII, in der öffentlichen Sitzung vom 12. Juni 1877, an welcher Theil genommen:

Reich, Stadtgerichts-Direktor,
v. Ossowski, } Stadtgerichts-Räthe, als Richter,
v. Makomaski, }
Tessendorf, erster Staatsanwalt am Stadtgericht,
Kursawe, Stadtgerichts-Sekretär, als Gerichtsschreiber,

auf mündliche Verhandlung hinsichtlich des von dem jetzt Angeklagten

a) bei seiner ersten verantwortlichen Vernehmung in der Voruntersuchung am 24. März 1876 fol. 9,
b) vor dem erst ongesetzt gewesenen Audienztermine in der Vorstellung vom 28. August 1876 fol. 30,
c) in dem Audienztermine am 12. Juni 1877, vor Beginn des Beweisverfahrens, ja vor Eintritt in die Verhandlung über den Gegenstand der Anklage selbst

erhobenen Einwandes der Incompetenz des hiesigen Gerichts, beschlossen, daß,

in Erwägung, daß nach dem die örtliche Competenz regelnden Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 der Gerichtsstand ausschließlich begründet ist

1) bei dem Gericht des Sprengels, in welchem die strafbare Handlung begangen ist (in foro delicti commissi),
2) bei dem Gerichte des Sprengels, in welchem der Beschuldigte wohnt (in foro domicilii) oder gewöhnlich sich aufhält,
3) bei dem Gerichte des Sprengels, in welchem der Beschuldigte ergriffen wird (in foro deprehensionis);

in Erwägung, daß von einer Ergreifung des Beschuldigten keine Rede ist und der Wohnsitz, auch gewöhnliche Aufenthalt des Beschuldigten, p. Liebknecht, unbestritten zu Leipzig sich befindet, die Nummern 2 und 3 des citirten Artikels 3 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 für die Competenz des hiesigen Gerichts unzweifelhaft also nicht angerufen werden können;

in Erwägung, daß nur die von der königlichen Staatsanwaltschaft im bejahenden Sinne beantwortete Frage aufgeworfen werden konnte und aufgeworfen ist, ob nicht Berlin als der Ort der That anzusehen sein möchte, Nr. 1 a. a. O.;

in Erwägung, daß für Preßerzeugnisse nach dem im Reichspreßgesetze vom 7. Mai 1874 zwar nicht ausdrücklich ausgesprochenen, aber für die Reichsgesetzgebung bereits in § 21, alinea 2 des Reichshilfsgesetzes vom 21. Juni 1869 übernommenen Grundsätze der §§ 32 und 33 des preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 als Ort der That, der Ort ihres Erscheinens anzusehen ist;

in Erwägung, daß nun zwar nach den diesfälligen zur Vorlesung gebrachten Ankündigungen in der hier erscheinenden Zeitung: „Berliner Freie Presse", nach dem Zugeständnisse des Angeklagten und nach den Aussagen der vernommenen vier Zeugen Hadlich, Auer, Geib, Rackow, feststeht:

daß die Wochenschrift „Die Neue Welt" als Gratisbeilage mit den Sonntagsnummern der „Berliner Freien Presse" ausgegeben und in deren Leserkreis verbreitet wird, daß ein Gleiches auch mit der incriminirten Nummer 10 der genannten Wochenschrift der Fall war,

daß aber nach denselben Beweismitteln und nach der hiermit, sowie mit dem Vermerken auf dem Blatte selbst übereinstimmenden amtlichen Auskunft des Polizeiamts der Stadt Leipzig vom 4. April 1876 die „Neue Welt" in Leipzig gedruckt und verlegt wird, und die hier erst am 5. März 1876 ausgegebene Nummer 10 in Rede stehender Zeitschrift zu Leipzig schon am 4. März 1876 ausgegeben respective hinterlegt worden ist;

in Erwägung, daß nach den vorhin angezogenen Zeugenaussagen die Verlegerin der „Neuen Welt" die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig und die Verlegerin der „Berliner Freien Presse" die hiesige — davon verschiedene — Allgemeine deutsche Assoziationsbuchdruckerei ist, die hiesige Genossenschaft zum Zwecke der Benutzung als Sonntags-Gratisbeilage ihres Blattes die „Neue Welt" von der Leipziger Genossenschaft, welche das Blatt von Leipzig aus auch anderweit versendete, effektiv kauft und durch deren vorbezeichnete Benutzung allerdings verbreitet und wohl auch in hervorragender Weise verbreitet, daß solche Verbreitung aber kein Erscheinen des Blattes ist, vielmehr das vorausgegangene Erscheinen zur Voraussetzung und Bedingung hat;

in Erwägung, daß die Thätigkeit der hiesigen Assoziation, der Thätigkeit der verlegenden Assoziation gegenüber, als die Thätigkeit des Sortimentsbuchhändlers sich qualifizirt, nicht als die Thätigkeit eines blos im Namen und Auftrage des Verlegers handelnden Expedienten;

in Erwägung, daß nach allem Diesem Leipzig als der Erscheinungsort des incriminirten Blattes und sonach als Ort der That anzusehen ist, Art. 5 Absatz 2 Gesetz vom 3. Mai 1852;

der von dem Angeklagten erhobene Einwand der Incompetenz des Gerichtshofes für begründet zu erachten und demgemäß dann das weitere Verfahren diesseits einzustellen.

Gez.: Reich. v. Ossowski. v. Makomaski.

Im Namen des Königs!

Auf die in der Untersuchungssache wider den Schriftsteller Liebknecht zu Leipzig von der königlichen Staatsanwaltschaft eingelegte Beschwerde hat die II. Abtheilung des Criminal-Senats des königlichen Kammergerichts in der Sitzung vom 26. Juni 1877, an welcher Theil genommen haben:

Steinhausen, Kammergerichtsrath, Vorsitzender,
Blümel, Schubert, Berner, Mertens, } Kammergerichts-Räthe,

in Erwägung, daß nach der unbedenklichen und unangefochtenen Feststellung des ersten Richters die unter der verantwortlichen Redaktion des Angeklagten in Leipzig herausgegebene Wochenschrift „Die Neue Welt" in Leipzig von der dortigen Genossenschaftsbuchdruckerei gedruckt und verlegt und daß von dieser Genossenschaft außer den von Leipzig aus auch anderweit versendeten Exemplaren der genannten Schrift eine nicht unbedeutende Anzahl von Exemplaren an die von jener Genossenschaft verschiedene Allgemeine deutsche Assoziations-Buchdruckerei in Berlin der Druckerei und Verlegerin der in Berlin erscheinenden „Freien Presse" verkauft und von dieser als Gratisbeilage zu den Sonntagsnummern der „Freien Presse" benutzt und in deren Leserkreis verbreitet wird, dies auch bezüglich der incriminirten, in Leipzig am 4. März 1876 ausgegebenen und hinterlegten Nr. 10 der „Neuen Welt" der Fall war;

daß der erste Richter in dieser Art der Weiterverbreitung der Leipziger „Neuen Welt" als Gratis-Sonntagsbeilage der „Berliner Freien Presse" kein Erscheinen der ersten Druckschrift in Berlin erblickt, sondern annimmt, daß diese Verbreitung das Erscheinen des Blattes in Leipzig zur Voraussetzung und Bedingung hat, und daher auch Leipzig, nicht Berlin, als Ort der verübten That und folgeweise als forum delicti commissi des in Leipzig wohnenden Angeklagten erachtet;

daß dem Richter hierin auch beigestimmt werden muß und dem Staatsanwalt darin nicht beigetreten werden kann, als wäre die „Neue Welt" durch die bloße Beilage zur „Freien Presse" ein integrirender Bestandtheil der letzteren und der Angeklagte auch niemals als ihr Mitredakteur bezeichnet ist; daß die „Neue Welt" durch ihre Beilage zur „Freien Presse" vielmehr in eine rein äußerliche Beziehung zu dieser getreten ist, welche ihr Erscheinen in Berlin, als dem Erscheinungsorte der „Freien Presse", keineswegs bedingt, daß die Aeußerlichkeit dieser Beziehung auch durch die gemeinschaftliche Abonnements Einladung auf beide Blätter in der „Freien Presse" nicht geändert wird;

daß endlich die Bezugnahme der Staatsanwaltschaft auf das Urtel des königlichen Obertribunals vom 16. September 1875 in der Untersuchungssache wider den Redakteur Stein nicht zutreffend ist, weil der dort zur Entscheidung gekommene Fall auf anderen thatsächlichen Voraussetzungen beruhte, damals namentlich von dem in Arnsberg gedruckten Blatte ein Theil seiner Exemplare, ohne in Arnsberg veröffentlicht zu sein, an einen anderen Verlagsort, Werl, und an den dort in der Person des Bruders des Angeklagten bestellten Expedienten zur Veröffentlichung gesendet wurde, und von einer solchen Expedition zur Veröffentlichung der „Neuen Welt" im vorliegenden Falle keine Rede ist, daß demnach Leipzig als ausschließlicher Erscheinungsort auch für den dort herausgegebenen verkauften und demnächst als Gratis-Sonntagsbeilage der „Freien Presse" in Berlin weiter verbreiteten Theil der „Neuen Welt" anzusehen, das Stadtgericht in Berlin aber als forum delicti commissi bezüglich der in Nummer 16 des letzten Blattes begangenen Strafthat nicht anzusehen ist,

beschlossen,

daß die Beschwerde der königlichen Staatsanwaltschaft vom 17. Juni 1877 gegen den Beschluß des königlichen Stadtgerichts zu Berlin vom 12. Juni 1877 als unbegründet zurückzuweisen sei.

Urkundlich unter des königlichen Kammergerichts größerem Siegel und der verordneten Unterschrift ausgefertigt.

Berlin, den 26. Juni 1877.

(L. S.) gez. Steinhausen.

D. 673/7.

Berlin, den 7. September 1877.
Königliches Ober-Tribunal.
No. 181/77 B. Cr. I.

In der Untersuchung wider den Schriftsteller Liebknecht kann die Beschwerde vom 12. Juli dieses Jahres über den Beschluß des königlichen Kammergerichts vom 26. Juni dieses Jahres nicht für begründet erachtet werden.

Nach der thatsächlichen Annahme der Instanz-Richter ist die Nummer 10 der Zeitschrift „Die Neue Welt", welche in Leipzig unter der Redaktion des Angeklagten Liebknecht erscheint, bereits am 4. März 1876 in Leipzig veröffentlicht und hinterlegt worden.

Dieselbe Nummer des genannten Blattes ist demnächst am 5. März 1876 in einer sehr großen Anzahl (mehreren Tausenden) von Exemplaren auch als Beilage zu der unter anderer Redaktion in Berlin erscheinenden Zeitschrift: „Berliner Freie Presse" veröffentlicht und verbreitet worden.

Zugleich ist angenommen, daß die letztere Zeitschrift eine durchaus selbstständige und daß der Angeklagte Liebknecht an der Herausgabe derselben weder als Mitredakteur, noch anderweitig betheiligt sei, vielmehr nur auf Grund eines bestehenden Vertragsverhältnisses die der „Berliner Freien Presse" beizulegenden Exemplare der „Neuen Welt" geliefert habe.

Bei diesen thatsächlichen Voraussetzungen kann die Ausführung des angefochtenen Beschlusses, daß bezüglich der wegen des strafbaren Inhalts der Nummer 10 der „Neuen Welt" nur gegen den Schriftsteller Liebknecht erhobenen Anklage der Gerichtsstand des Ortes der That in Berlin nicht begründet sei, nicht für rechtsirrthümlich erachtet werden.

Der Umstand, daß die Anklage nicht gegen die Redakteure der „Berliner Freien Presse" gerichtet worden ist, entzog den Instanzrichtern die Prüfung, ob diese Redakteure dadurch, daß sie ihrem Blatte eine Beilage hinzugefügt haben, welche nicht ihre Namen als die der verantwortlichen Redakteure trägt, sich gegen die Ordnung der Presse vergangen haben (§§ 7 und 18 Nr. 2 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874), oder ob sie durch selbstständige Veröffentlichung einer Druckschrift strafbaren Inhalts sich einer selbstständigen Strafthat schuldig gemacht haben, sowie die fernere Prüfung, ob der Angeklagte Liebknecht wegen Beihilfe zu diesem Vergehen hinlänglich belastet und aus diesem Grunde ein Gerichtsstand in Berlin gegen ihn begründet sei.

Gegenstand der Entscheidung der Instanzrichter war vielmehr ausschließlich die Frage: ob der Angeklagte Liebknecht die inkriminirte Nummer 10 der „Neuen Welt" nicht nur in Leipzig, sondern auch in Berlin veröffentlicht habe, und ob hiernach sowohl in Leipzig als auch in Berlin ein forum delicti commissi begründet sei.

Nach der getroffenen thatsächlichen Feststellung kann in der Verneinung dieser Frage ein Rechtsirrthum nicht gefunden werden.

Die Instanzrichter haben nicht grundsätzlich angenommen, daß der Redakteur niemals durch eine neue selbstständige Verbreitung eines schon früher veröffentlichten Preßerzeugnisses ein und dasselbe Delikt nochmals (in Realconkurrenz) begehen könne. Sie haben vielmehr nach den Ermittelungen des conkreten Falles angenommen, daß seitens des Angeklagten Liebknecht durch die in Leipzig gleichzeitig erfolgte Ausgabe und Versendung der für Leipzig und für Berlin bestimmten Exemplare nur eine Handlung vorgenommen worden sei, also auch nur ein Delikt, und zwar in Leipzig, von ihm verübt sein könne.

Der Umstand, daß die für die weitere Vertheilung in Berlin gesandten Exemplare in sehr großer Zahl gesandt worden sind, führt nicht mit rechtlicher Nothwendigkeit dahin, daß diese Vertheilung als eine von dem Angeklagten Liebknecht vorgenommene selbstständige Veröffentlichung angesehen werden müßte, daher zwei Delikte an zwei verschiedenen Orten verübt seien.

Das in der Beschwerde in Bezug genommene Erkenntniß des königlichen Obertribunals vom 16. September 1875 (Goltdammer's Archiv, Band 23, Seite 516) beruht auf anderen thatsächlichen Voraussetzungen, als sie vorliegend gegeben sind.

Hiernach mußte die Beschwerde, deren Anlagen beifolgen, zurückgewiesen werden.

gez. v. Ingersleben.

An den königlichen Herrn Ober-Staatsanwalt
bei dem Kammergericht hier.
No. 1678 Cr. I.

Wir werden in einer der nächsten Nummern die Tragweite dieses Prozesses kurz besprechen. In der vorigen Nummer war die auf den Prozeß bezügliche Notiz nicht präzis genug gefaßt. Liebknecht wurde am 12. Juni nicht eigentlich „freigesprochen"; es wurde die Incompetenz des Berliner Gerichts ausgesprochen. Red. d. „V."

Sozialpolitische Uebersicht

— Das Denunciantenwesen steht in Deutschland in höchster Blüthe — ein Zeichen von der sittlichen Verkommenheit im Volke. Wegen Majestätsbeleidigung, sowie wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck hatte sich nämlich in Cassel am 5. Oktober der 27jährige verheirathete Schneidergeselle F. Böttner aus dem Dorfe Nesselröden bei Eschwege vor dem Kreisgerichte zu verantworten. Gegenstand der Anklage war eine von Böttner beim „Vesperschnapse" wider den Kaiser und den Reichskanzler ausgestoßene herabwürdigende Aeußerung, die von einem Nebengesellen denuncirt worden war. Fürst Bismarck hatte am 4. September d. J. von Gastein aus Strafantrag gestellt. Das Urtheil lautete auf 2½ Monat Gefängniß. — Daß sich Herr von Bismarck selbst beim „Vesperschnapse" von einem Schneidergesellen beleidigen läßt, das darf Niemanden in Erstaunen setzen, der weiß, daß er sich auch von einer Mätherin beleidigen ließ und Strafantrag stellte; daß aber der Staatsanwalt die Denunciation des „Nebengesellen" überhaupt annahm, kommt uns etwas verwunderlich vor, da ja von einer öffentlichen Beleidigung gar nicht die Rede sein konnte. Hierbei wollen wir bemerken, daß die Verfolgung wegen Majestätsbeleidiguug ohne den Antrag des Beleidigten erfolgen muß — in dieser Hinsicht hat jeder Privatmann eine bessere Stellung als der Kaiser, weil er sich einfach nicht beleidigt zu fühlen und einen Strafantrag zu stellen braucht. — Auf den Denuncianten, auf den Nebengesellen des Verurtheilten kann übrigens die reichstreue Partei mit Stolz als auf einen der ihren blicken.

— Immer langsam voran! Während der verflossenen Reichstagssession haben sämmtliche Parteien größere Entwürfe zur Revision der Gewerbeordnung ausgearbeitet; eine mehrtägige Redeschlacht hat dieserhalb in den Mauern des Reichstages getoset; eine Commission hat über den Entwürfen eine Zeitlang gebrütet und dann das angebrütete Ei der Reichsregierung zum Weiterbrüten gesandt, die das junge Küchlein in nächster Session den staunenden Reichsboten vorstellen sollte. Wie man nun aber hört, ist das Ei faul geworden. Die beabsichtigte Revision soll fistirt werden; eine Vorlage erhält der nächste Reichstag nicht, da der Haupthahn des deutschen Reichs Einspruch eingelegt hat.

— Zur Selbstmordstatistik. Nach Angaben, welche in dem ersten Heft des Jahrgangs 1877 der „Statistischen Zeitschrift des Königlich Preußischen statistischen Bureaus" enthalten sind, hat die Zahl der Selbstmorde in Frankreich in folgender Progression zugenommen:

Auf je 100,000 Einwohner kamen Selbstmörder
im Jahre 1827 4,8
„ „ 1840 8,1
„ „ 1874 . . . . . 15,4.

Von je 1000 Verstorbenen haben hiernach im Jahre 1874 in Frankreich 7,2 den Tod selbst gesucht.

In Preußen war die Zahl der Selbstmörder auf je 100,000 Bewohner

im Jahre 1874 12,1
„ „ 1875 12,8

Verhältnißzahlen, welche die französische Statistik während der Zeit von 1861—1865 aufwies. Die Gesammtzahl der Selbstmörder in Preußen im Jahre 1875 betrug 3278.

Was die Beweggründe des Selbstmordes betrifft, so ist es sehr bemerkenswerth, daß nach der französischen Statistik für die Jahre 1872—1874 hauptsächlich Geisteszerrüttung, Mangel und körperliche Leiden als Ursachen erscheinen, während innere Conflikte nur in der Minderzahl Fälle das treibende Motiv bilden.

Frankreich ist ein höher entwickeltes Land als Preußen, und außerdem kommt auch das heißere Blut in Betracht bei obigem Vergleiche. Im Allgemeinen aber ist die Zahl der Selbstmorde in den Culturstaaten nach obigen Angaben eine derartig große, wie sie in der Geschichte nur annähernd gleich groß im alten Rom in der späteren Kaiserperiode, also zur Zeit des Verfalles des römischen Reichs vorkam. — Ist es da nicht an der Zeit, daß der Sozialismus verjüngend in die faulenden Zustände eingreift?

— Aus Berlin erhalten wir vom 7. Oktober nachstehenden Bericht, den wir an dieser Stelle veröffentlichen wollen:

Ich habe Ihnen heute nicht viel zu erzählen, doch will ich hier einige Neuigkeiten registriren, die Sie theilweise wohl schon in den Zeitungen gefunden haben werden. Zunächst sei erwähnt, daß für die bevorstehende Nachwahl zum preußischen Abgeordnetenhause im ersten Berliner Wahlkreise Herr Ludwig Löwe, der bekannte Gegencandidat Hasenclever's und bestrafte Prahlhans, candidirt. In einer Versammlung selbstständiger Handwerker und Fabrikanten hat man aber beschlossen, lieber „jeden Andern" als Ludwig Löwe zu wählen, trotzdem derselbe ja auch Fabrikant ist. Er wird also wohl wieder einmal abblitzen. — Unser lieber Tessendorff hat jetzt auch seine Nerven bekommen. Bis jetzt hat er sich etwas vorgesehen, Strafanträge zu unterzeichnen, da er an einem erhabenen Beispiel sieht, daß diese Beschäftigung zu einer Manie werden kann, bei welcher man alles Andere, aber keine Lorbeeren erntet. Die „Kölnische Volkszeitung" (klerikal) ist nämlich wegen Beleidigung „unseres" Tessendoff zu 500 Mark Geldbuße verurtheilt worden. — Bei sämmtlichen Garde-Regimentern der hiesigen Garnison haben sich am 1. d. M. außerordentlich viele Rekruten freiwillig zum Eintritt gemeldet und in den meisten Fällen wegen Brodlosigkeit dringend um Einstellung gebeten. So z. B. haben sich beim 2. Garde-Ulanen-Regiment mehr als 100, bei einer Eskadron allein 34 Mann gestellt, von denen nur 2 Mann, als zum Militärdienst nicht tauglich, zurückgewiesen wurden. Die Noth muß sehr groß im Volke sein, wenn es freiwillig, um etwas zu essen zu bekommen, in den bunten Rock sich hineinwünscht. Mit der Noth aber scheint auch die Sozialdemokratie in den hiesigen Garderegimentern ihren Einzug zu halten. So hört man nämlich von zuverlässiger Seite, daß Nachforschungen nach sozialdemokratischen Schriften und Zeitungen auf höheren Befehl im Laufe der vergangenen Woche bei allen Truppentheilen des Gardecorps seitens der Truppenkommandeure in der Art vorgenommen worden sind, daß in allen Kasernenstuben die Wandschränke der Soldaten revidirt und die vorgefundenen Schriften einer genauen Besichtigung unterworfen wurden. Die Revision ergab, daß bei verschiedenen Soldaten sozialistische Zeitungen gefunden wurden und diese meistens nur als Makulatur in die Hände der Leute gelangt waren. Diejenigen Soldaten aber, welche überführt wurden, Leser derartiger Blätter zu sein, oder sich über die Erlangung der in ihrem Besitz gewesenen Schriften nicht gehörig zu reinigen vermochten, sollen mit Arrest bestraft worden sein. Wird nicht viel helfen. Das sozialistische „Gift" ist süß, es ist berauschend, es nimmt Geist und Herz gefangen, und kein Dunkelarrest bringt es wieder heraus aus dem Körper. Uns thun die armen Soldaten leid, die ein Opfer ihrer Unvorsichtigkeit geworden sind. Weshalb haben nicht auch sie die sozialistischen Zeitungen als Makulatur erhalten? — Noch will ich mittheilen, daß die Berliner Polizei jetzt endlich gegen die Fälscher von Nahrungsmitteln mit Energie vorgeht. So hat man jüngst die Entdeckung gemacht, daß die meisten Fruchtbonbons gesundheitsgefährliche Stoffe enthalten und daß der sogenannte Ziegelkäse (Limburger, Backsteinkäse) vielfach eine Unmasse Kalk enthält. Verschiedene Händler haben schon Anklage erhalten. Diese Energie der Polizei ist jedenfalls lobender und lohnender, als die Hetzjagden auf die Sozialdemokraten.

— Herr Gambetta macht wieder von sich reden. Er hat ein „Glaubensbekenntniß" an seine Wähler gerichtet und soll dieserhalb wiederum vor Gericht gestellt werden. Der „Soldat" Mac Mahon muß entweder nicht lesen können oder ein überaus komischer Kautz sein; in dem Glaubensbekenntniß klingt es nämlich von „unserer tapferen und edlen Armee, welche gegenwärtig die Blüthe der Nation und die höchste Hoffnung des Vaterlandes ist" — ist mit solchem Lobe Mac Mahon, der oberste Vertreter der Armee noch nicht zufrieden? Dieserhalb könnte er Gambetta wahrlich all' die andern kleinen Nadelstiche wohl verzeihen. — Gambetta wollte übrigens auch am 9. d. M. eine Rede in seinem Wahlkreise halten, doch hat er dies Vorhaben aufgegeben, weil eine Verhaftung dann wohl erfolgen könnte. Welchem hohen Muth zeigt dieser „Republikaner"!

— Der Strike der Baumwollenspinner in Bolton, England, dauert fort; er ist bereits in die sechste Woche getreten, ohne daß Aussicht auf sein Ende wäre. Die Fabrikanten, welche durch ihre Habsucht den Strike herbeigeführt — Lohnreduktion —, haben den Vorschlag der Arbeiter auf Niedersetzung eines Schiedsgerichts abgelehnt, ohne Zweifel um die „Harmonie der Interessen" zu beweisen. Obgleich die Arbeiter organisirt

---

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845).

(Fortsetzung.)

Mit ihm theilte diese mehr subjektiv als objektiv begründete Ansicht jedoch nur der später als Zeuge vernommene Kaufmann Frey zu Schmiedeberg, sonst keiner, sage keiner der Anwesenden. Auch Frey, dem man eine umsichtige Gewandtheit seiner Ansichten nicht absprechen kann, war zum erstenmal in der Versammlung, ohne zu kennen, was früher darin vorgekommen. Die Vorgänge, nachdem sie schon vor seiner Vernehmung durch eine Denunciation ihre Auslegung erhalten hatten, konnten also auch für ihn wohl etwas Befremdliches haben. Daß aber ein so befangenes Vorurtheil wie das des Crusius für ein reines, unparteiisches nicht gelten kann, bedarf keiner Ausführung.

Demnach hatte die Sache ihre Folge. Crusius hielt in seiner Empörung über den Verein eine Besprechung über die von ihm in dessen Haltung bemerkten Mißstände mit den betreffenden Mitgliedern oder mit den Vereinsvorständen oder mit dem ihm amtlich und persönlich so nahen Polizeidirigenten zu ihrer Abstellung nicht für ausreichend. Er wandte sich vielmehr schon zwei Tage später, nachdem seine Ansichten über den Verein in einer öffentlichen Gesellschaft, in der Gallerie zu Warmbrunn, einen etwas scharfen Widerspruch gefunden hatten, unter'm 3. März c. mit einer Anzeige von der Gefährlichkeit des Vereins und der Vorträge Schlöffel's und Wander's mit Uebergehung der Ortspolizei-Behörde unmittelbar an die k. Regierung zu Liegnitz.

Der Inhalt dieser Anzeige muß sehr dringend erschienen sein; denn nach dem gewöhnlichen Postenlauf konnte ein am 3. Vormittags auf die Post gegebener Brief erst am 4. früh in Liegnitz ausgegeben werden. Schon am 5. aber langten, in Folge der Anzeige, der Regierungspräsident Hr. v. Witzleben in selbst eigner Person und in Assistenz eines mitgebrachten Regierungsraths hier an, und am 6. begab sich derselbe ohne vorhergehende Ankündigung in selbst eigener Person mit dem assistirenden Regierungsrath und unter Begleitung des Syndikus Crusius in die Wohnung Wander's, forderte diesen, der zu seinen Reden im Verein schriftliche Unterlagen genommen hatte, zur Vorlegung der Concepte auf, und da dieser dieses Anverlangen vielleicht nicht für gesetzlich ansah und sich deshalb, oder weil er wirklich die Concepte nicht gleich bei der Hand hatte, ihrer Vorlegung auswich, nahm er dessen gesammte Papiere in Beschlag. Wander war ein armer abhängiger Schullehrer, Schlöffel ein unabhängiger, nicht leicht zu verschüchternder Fabrikbesitzer; gegen ihn geschah nichts. Ich glaube nicht, daß das Verfahren der k. Regierung in irgend einem unserer Gesetze Ermächtigung findet. Doch dies beiläufig.

An demselben Tage wurden auch noch mehrere andere in der siebenten Vereinsversammlung gegenwärtig gewesenen Personen über Wander's und Schlöffel's Vorträge vernommen, und der Präsident fand sich darauf vernnlaßt „da dem Verein die gesetzliche Bestätigung gebräche, dem Magistrat aufzutragen, fernere Versammlungen des Vereins unter keiner Bedingung zu gestatten, vielmehr jedes dazu benutzte oder zu benutzende Lokal nöthigenfalls polizeilich zu schließen." Die Schließung des Vereins geschah, wie man aus den Regierungsakten sehen kann, deshalb, „weil er von den dem früheren Gewerbeverein ertheilten Befugnissen abweichende und unzulässige Tendenzen verfolgt hätte". Dies Urtheil, ohne alle Begründung, blieb unwidersprochen, weil es keinem der Betheiligten bekannt wurde. Doch bitte ich zu bemerken, daß darin nur von unzulässigen, nicht aber schon von verbrecherischen Tendenzen die Rede ist.

Diese Regierungsmaßnahmen gegen Wander, und nur gegen Wander sind nur dann zu erklären, wenn man sie mit früheren Vorfällen in richtiger Folgeordnung betrachtet. Es war ihm vor einigen Jahren auf Befehl des Cultusministers verboten worden, seine Meinung, daß die Volksschule nur dann eine bessere Gestaltung bekommen könnte, wenn sie von dem den Geistlichen ohne Unterschied anvertrauten Aufsichtsrecht befreit würde, fernerhin in Druckschriften geltend zu machen. Wie dieses Verbot gesetzlich begründet werden kann, weiß ich nicht. Aber als später Wander wieder einige Bogen zur Vertheidigung Diesterweg's gegen die Angriffe einer theologischen Partei schrieb, so schien dem Minister die Schriftstellerei Wander's überhaupt mißliebig und unzulässig, und auf Grund des früheren Verbots einiger Stellen Wander'scher Schriften, aus welchen Widersetzlichkeit gegen die Befehle der Vorgesetzten, Aufregung des Schullehrerstandes zur Unzufriedenheit mit ihrer Lage und Unchristlichkeit hervorgehen sollte, wurde die Disciplinarunterfuchung gegen ihn eingeleitet. Man sprach lange schon gerüchtweise im Voraus davon, daß es die Absicht sei, den Lehrer Wander aus seinem hiesigen Schulamt zu entfernen, und prophetisch genug; denn die k. Regierung zu Liegnitz erkannte wirklich auf Strafversetzung. Bei diesem Bescheid beruhigte sich Wander jedoch nicht, und bereits vier Wochen vor der eben erwähnten präsidialen Haussuchung kam ein Resolut des Oberpräsidiums bei der k. Regierung an, welches Wander wesentlich freisprach und ihn nur in eine Ordnungsstrafe nahm. Dieser Bescheid blieb, weshalb ist unbekannt, länger als vier Wochen bei der k. Regierung zu Liegnitz unpublicirt liegen. Als er doch endlich publicirt werden mußte, folgte ihr die Haussuchung auf dem Fuß. Sie scheint die Reden in dem denuncirten Gewerbeverein zu einer neuen Disciplinaruntersuchung haben nehmen zu wollen. Die polizeilichen Untersuchungsakten bestätigen diese Ansicht.

Alle diese Vorgänge lagen vor Stieber bereits abgeschlossen da, als er sich in seiner Annahme, daß Wander mit Schlöffel und Wurm zum Umsturz der Staatsverfassung conspirirt habe, getäuscht fand, aber doch die darauf hin unternommene ungesetzliche Haussuchung und Verhaftung Wander's nicht mehr ungeschehen machen konnte. Er machte sie also zur Grundlage seiner Denunciation und suchte sie zur Verdächtigung Wander's so viel wie möglich auszubeuten.

Diese Vorgänge lassen aber nun zwar wohl erkennen, daß Wander dem Cultusminister mißliebig geworden, aber darin liegt doch noch kein Indicium für ein Verbrechen. Wander will die Wissenschaft von der Aufsicht der Kirche emancipirt, der Minister will alle Wissenschaft unter der Kirche beschränkt haben. Wie viele redliche Männer, deren Ansichten und Gesinnungen von ihren Amtsvorgesetzten nicht gebilligt und nur ungern gesehen werden, würden wenn dies dazu genug wäre, für Verbrecher gelten müssen. Stieber will aus der Mißliebigkeit Wander's darthun, daß er schon lange eine verwerfliche Richtung verfolge, als ob jede ministerielle Ansicht die absolut und allein richtige wäre und jede davon abweichende sich schon allein dadurch als verbrecherisch von selber darstelle! Damit er aber für die Verwerflichkeit der Wander'schen Richtung scheinbar doch etwas anführe, führt er die Ergebnisse der Disciplinaruntersuchung falsch und aktenwidrig an. Obwohl die Akten ihm vorgelegen haben, obwohl er daraus ersehen mußte, daß Wander

sind, und bisher regelmäßig Unterstützung bezogen, so herrscht doch, wie man sich denken kann, großes Elend, was jedoch der Entschlossenheit der Strikenden keinen Abbruch thut.

— Unser Breslauer Parteiorgan, die „Wahrheit", hatte die Ehre, am 29. September von der Polizei confiscirt zu werden, und gelang es der letztern, ca. 3500 Exemplare mit Beschlag belegen zu können; aber wie das mitunter zu geschehen pflegt — die Confiscation wurde vom Gericht wieder aufgehoben. Und wer trägt nun den sich auf eine nicht geringe Summe belaufenden Schaden für den Geniestreich der Polizei? — nach unsern heutigen Rechtsgrundsätzen natürlich die „Wahrheit".

— Logik des Staatsanwalt Rumpel in Chemnitz. „Ich halte Sie für einen Mitarbeiter der „Chemnitzer Freien Presse" und für ihren regelmäßigen Correspondenten (wenn es auch nicht zutrifft, und wenn ich es auch nicht beweisen kann), daher müssen Sie der Verfasser dieses oder jenes Artikels sein! Ferner müssen Sie der Verfasser sein, weil er unter einem Zeichen erschienen ist, welches auch Sie für Ihre Artikel bereits benutzt haben! Dann aber sind Sie mir als Atheist bekannt, und weil jener Artikel die Heuchler und gewerbmäßige Frömmigkeit angreift — was bei mir „Religionslosigkeit" der Sozialdemokratie bedeutet — so müssen Sie der Verfasser sein! Endlich haben Sie in einer andern Anklage meines Collegen Mangoldt gegen Sie Beschwerde gegen den Gerichtsstand Chemnitz erhoben, weil die Richter politisch befangen seien, das heißt für mich, Sie haben den Richtern Parteilichkeit vorgeworfen, deshalb müssen Sie auch der Autor des incriminirten Artikels sein!" So spricht, dem Sinne nach, der genannte Staatsanwalt in Chemnitz zu unserm Genossen Klemich in Dresden, den er sich als Verfasser eines angeklagten Artikels im „Nußknacker" zu Chemnitz auserkoren hat. In dem betr. Artikel werden Mac Mahon, Cassagnac, französische Präfekten, Richter, Maires, kurz die feilen Creaturen des französischen Staatsstreichlers wegen ihrer Parteilichkeit im Amte angegriffen und die lieben Chemnitzer beziehen die Geschichte wieder einmal auf sich.

— In Erfurt stand am 4. Oktober der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Vereins unter der Anklage, gegen § 8 al. a gesündigt zu haben. Die Anklage stützte sich auf folgende angebliche Beweise: 1) Eine Rede des Dr. Dull, gehalten zu Eßlingen, 2) eine Rede, gehalten von dem Cigarrenmacher Landrock zu Potsdam im Jahre 1873, 3) eine Rede, gehalten von dem Cigarrenarbeiter Jahncke auf einem Stiftungsfest des Deutschen Tabakarbeiter-Vereins zu Wandsbeck, 4) auf die Aeußerung des Delegirten der Generalversammlung dieses Vereins zu Bremen, L. Lingner: „Die Wahl im Verein nach Kreisen sei ihm nicht sozialdemokratisch genug", und 5) darauf, daß nach Ansicht des Staatsanwalts der „Botschafter" das Organ des Vereins sei. Der Staatsanwalt beantragte: für jedes der drei Vorstandsmitglieder 15 Mark, eventuell 3 Tage Haft, und außerdem Schließung des Vereins zu Erfurt und Schließung des Vereins in ganz Preußen (!) Der Gerichtshof erkannte auf 30 Mark Strafe event. entsprechende Haft für jedes der drei Vorstandsmitglieder. Die Schließung lehnte derselbe ab.

Aus Heuchelland.

Stille Beobachtungen eines Berliners in London.

II.

(Fortsetzung.)

Ihr sagt, dieser Uebergang vom Feudalismus in modern-bürgerliche Zustände könne ebenso gut auch vom Türken selbst ausgeführt werden, der durchaus nicht so culturunfähig sei, als seine bösen Verleumder ihn hinstellen wollen und der sich zum Beweise ja sogar schon eine „Volksvertretung", mit Respekt zu melden, zugelegt habe. Ihr irrt mit jener Behauptung. Warum? Auch dieses Argument wird Euch nicht neu sein, — es ist gleichfalls aus unserer eigenen Rüstkammer geholt: Weil Revolutionen niemals von den Herrschenden, stets nur von den Beherrschten ausgehen können! Der Türke, der sich bei der bestehenden „Ordnung" in seinem Staate so wohl befindet, er soll diese Ordnung freiwillig, ohne Zwang, abschaffen, den verachteten leibeigenen „Giaur" freigeben, ihn mit sich selbst auf die gleiche Stufe stellen, ihm Rechte einräumen, die seine „Rechte" kürzen, ja vernichten? Ich dächte, dazu kennen wir die Herrschenden zu gut!

Und wir sehen es ja auch. Schon vor 40 Jahren und noch einmal vor 20, wurde eine „Verfassung" erlassen, beidemal erwies sie sich als der reine „Utz". Neuerlich verlangte das gesammte Europa wieder ernstliche[10]) Reformen vom Türken. Und was that er? Er wagte lieber, Europa zum Hohn und Rußland und seinen Spießgesellen zur Freude (?), einen verzweifelten Kampf[11]), bei dem es sich für ihn um Sein oder Nichtsein handelt, als daß er sich zu jenen Reformen verstand. Und was der „kranke Mann" nicht zugeben wollte, das soll der siegreiche Türke freiwillig gewähren? Das glaubt Ihr selber nicht. Ihr sollt es sehen — der siegreiche Türke wird gar frech und herausfordernd werden und Europa noch viel zu schaffen machen. Aber selbst wenn der Türke jetzt wirklich an ernste Reformen ginge, — wie er es nicht thun wird — so wären sie ja auch nur eben der von Euch so sehr verdammten Revolution der Rajah zu verdanken, welche die stinkende Pfütze endlich aufrührte!

Und nun dieser angerühmte Culturdrang des Türken! Beim Barte des Propheten! — ich gebe nicht viel dafür. Von ihrem ersten Auftreten in Europa an hat diese wilde fanatische Asiatenhorde nur von Krieg und Raub und Mord gelebt.[12]) Jahrhundertelang hat sie Europa in permanentem Kriegszustand erhalten, unsäglichen Jammer über den Osten des Erdtheils gebracht, seine herrlichsten Landschaften, wohl die schönsten und naturreichsten Europas, verwüstet und verödet, sie aus dem cultivirtesten zum zurückgebliebensten Theile Europas gemacht.[13]) Wir haben im Türken eben den letzten jener wilden Völkerstämme zu sehen, die, wie die Hunnen und Mongolen — während des Mittelalters aus dem Innern Asiens hervorströmten, es mit Blut und Grauen bedeckend. Und selbst jetzt noch, wo er, wie alle Eroberer, an seiner eigenen Fäulniß und Entartung zum „kranken Mann" geworden ist (und das ist er trotz seines neuerlichen Kriegsglücks, das mir nur von Neuem zu beweisen scheint, wie wenig die „Cultur" und „Sittlichkeit" und der „Schulmeister" dabei zu thun haben und wie wenig ein Volk Ursache hat, sich auf derlei etwas zu Gute zu halten), auch jetzt noch existirt er nur von der Plünderung und Erpressung an jenen unglücklichen Völkern, die sich seiner fluchwürdigen Herrschaft noch nicht zu entringen vermochten. Der rechte Türke verachtet die Arbeit, er lebt vom Raube an seinen „Rajah", seiner „Viehheerde" — ich dächte, das allein genügt, um der Partei der Arbeit zu zeigen, wo ihr Platz ist in diesem Kampfe.

Und was die unterjochten Völker haben leiden müssen unter der Herrschaft des wilden Asiaten, das lehrt uns der Rückblick auf eine lange, lange Vergangenheit. Ihr, die Ihr die jetzigen Vorgänge so gerne mit den „russischen Hetzereien" abthut, Ihr übersehet neben vielem Andern auch noch eine Kleinigkeit: die Geschichte. Erinnert Euch doch nur der Geschichte jener unglücklichen Länder. In all den Jahrhunderten, seitdem der Türke darin haust, von der Schlacht am Kossowopolje, und das ist jetzt seine 500 Jährchen her, bis heute, also lange, lange bevor von russischen Hetzereien auch nur die Rede sein konnte, hat ja der verzweifelte Kampf gegen den verhaßten „Turcfin" gar niemals aufgehört,[14]) ist ja die Revolution förmlich in Permanenz gewesen in jenen Ländern — bald schwach fortglimmend, bald hell auflodernd, immer und immer wieder in Strömen Blutes und entsetzensvollen Unthaten erstickt und doch immer und immer wieder von Neuem emporflammend.

Daß Europa jahrhundertelang all den Leiden der unterjochten Völker ruhig zusah und noch heute wieder über den lästigen Störenfried räsonnirt, der sich erkühnt, wegen seiner lumpigen Person, blos weil er auch gerne Mensch werden möchte, unsere Ruhe zu stören und uns so viel unnützes Kopfzerbrechen zu verursachen — darin sehe ich eine schwere, schwere Verschuldung, die sich vielleicht nur zu bald an uns rächen wird. Es hängt dieses feindselige Verhalten, meiner Ansicht nach, wenn auch des jetzigen Geschlechtes vielleicht gar nicht mehr bewußt, mit jener verächtlichen, auf langer Unterjochung basirten Geringschätzung zusammen, welche der Westeuropäer, vorzüglich der Germane, von jeher gegen den Slaven hegte und die sich so drastisch in der Thatsache kundgiebt, daß der Westeuropäer für den Ausdruck des niedrigsten Grades der Knechtschaft keine bessere Bezeichnung fand als die — des Slaven! (Das Wort Sklave, französ. Esclave, engl. Slave, italien. Schiavo, stammt bekanntlich von dem Völkernamen Slave.) So sehr sind wir von Alters her daran gewöhnt, daß der Slave Sklave ist![15])

Da wir gerade von der Geschichte sprechen: Ihr nennt die Greuelthaten der Türken an den besiegten Insurgenten russische Verleumdungen, ja ich las sogar einmal die Meinung, derzleichen sei den Türken gar nicht zuzutrauen. Nun, über jene Vorgänge ist vor dem Geschrei der Parteien das Urtheil der Geschichte noch nicht gesprochen; es läßt sich deshalb darüber vielleicht noch hin und her streiten, obwohl sie von einem so unverdächtigen Zeugen wie die verstärkte englische Regierung bestätigt und anerkannt sind. Aber blickt doch zurück in die Vergangenheit und ermesset danach, ob der Türke jener Thaten fähig war. Ich erinnere hier nur, um in unserm Jahrhundert zu bleiben, an jene grausenvollen Griechenmassacres im Anfang der Zwanziger Jahre, bei welchen an 30,000 friedliche, schuldlose Menschen ermordet wurden, die einen einzigen Schrei der Entrüstung durch ganz Europa, vorzüglich, gerade wie jetzt auch, bei der braven Britennation wachriefen und schließlich, unter dem enthusiastischen Beifall der Völker (nicht der Regierungen), zur Befreiung Griechenlands führten.[16]) Das Alles gerade wie heute![17]) Werden wir uns wirklich so viel mattherziger erweisen, als unsre Eltern?[18])

Und — um in der Werthschätzung des türkischen Culturdrangs fortzufahren — wir sehen es ja auch thatsächlich, daß moderne Entwicklung und moderne Verhältnisse überall erst dann ihren Einzug hielten, nachdem der Türke zur Pforte hinausgeworfen war, daß letzteres sich überall als die unerläßliche Vorbedingung des erstern erwies. Ich habe damit jene kleinen Staatswesen im Auge, die im Laufe unseres Jahrhunderts das türkische Joch abzuschütteln vermocht haben und in denen sich, wenn auch, wie selbstverständlich, noch wirr und unklar, doch ein sehr kräftiges politisches Leben kundgiebt. Ja aus einem derselben haben wir an dieser Stelle schon oft recht lebendige Berichte zu lesen bekommen, wie das Volk dort sogar schon zu unserem demokratischen Sozialismus durchzudringen beginne und welchen kräftigen Wiederhall unser Ruf nach einer neuen, bessern Ordnung der Dinge dort finde. Ich meine natürlich Serbien.

Habt Ihr hingegen schon etwas vom Sozialismus unten den Türken gehört?[19]) Ich nicht. Versucht es doch einmal und kommt dem Türken mit Eurer materialistischen Weltanschauung, mit Eurer Leugnung eines vorherbestimmenden Fatums, mit Eurer Leugnung Allah's und seines Propheten, des Paradieses und der 725 Huri's, die für jeden Rechtgläubigen dort zu seinem Zeitvertreib abcommandirt werden, mit Eurem rastlosen Streben nach Neuerung, mit Euren Ideen von der Gleichheit aller Menschen, ob Gläubiger oder Giaur, von der Pflicht eines Jeden zu nützlicher Arbeit u. s. w., u. s. w. — bei Allah! — er wird Euch schön auf den Trab bringen![20])

Anmerkungen.

10) Die reaktionären Regierungen Europas sollen „ernstliche Reformen" gefordert haben! Das wäre ja ein Wunder. R. d. „V."

11) Notabene, nachdem er eine Verfassung gegeben, die alle geforderten Reformen enthielt — aber für alle Bewohner der Türkei, nicht blos (wie die europäischen Reaktionsmächte gefordert hatten) für einen Theil, der dadurch zu einem, die Türken sprengenden Keil geworden wäre. R. d. „V."

12) Die Türken sind doch „auch" Menschen, so gut wie die Südslaven; dieses Verwerfen einer ganzen Rasse scheint uns nicht recht international-sozialistisch. Bei den Türken muß man unterscheiden zwischen Volk und herrschenden Klassen. Ersteres ist durch und durch brav, letztere — wie überall. R. d. „V."

13) Die Türken sind nicht am Zerfall des byzantinischen Reichs schuld; im Gegentheil, durch diesen Zerfall wurde die Türkenherrschaft erst ermöglicht. R. d. „V."

14) Richtiger gesagt: die „Aufstände", welche wir in diesem Jahrhundert erlebt, sind blos die Nachzuckungen jener alten Rassenkämpfe, konnten aber, weil der Rassenhaß nachgerade ziemlich erloschen ist, in neuerer Zeit, trotz aller Anstrengungen der russischen Agenten, nicht mehr zu allgemeinen Volkserhebungen gemacht werden. R. d. „V."

15) Weil die Deutschen hauptsächlich mit Slaven Krieg führten, und ihre Kriegsgefangenen zu Sklaven machten, wurde das Wort Slave allmählich zur Bezeichnung eines Sklaven. Sklave und Slave ist ein Wort; darin hat unser geehrter Correspondent Recht. Unrecht aber hat er, wenn er die Abneigung gegen die russische Politik auf Abneigung gegen die slavische Rasse zurückführen will. Wir legen an den Slaven genau denselben Maaßstab an, wie an unserer eigenes, wie an jedes andere Volk. Wir bekämpfen in Rußland dieselbe Politik die wir auch in Deutschland bekämpfen. Jedenfalls sind wir frei von Rassenhaß. Ob unser geehrter Correspondent es ist, das wird durch seine Aeußerungen über die Türken zum Mindesten nicht bewiesen. R. d. „V."

16) Hat sich nachher zum größten Theil als russische Lüge herausgestellt. Siehe die frühere Note. R. d. „V."

17) Ja! Ja! R. d. „V."

18) Hoffentlich etwas klüger! Und nicht zum zweiten Mal auf den russischen Leim gehen. R. d. „V."

19) Wird schon kommen! Wer hatte bis vor Kurzem im go ahead-Land, dem Land des stürmischen Vorwärtsdrängens in den Vereinigten Staaten etwas von Sozialismus gehört außer aus dem Munde von Deutschen? R. d. „V."

20) Unser geehrter Correspondent nimmt sich vielleicht einmal die Muße, den Brief Midhat Pascha's an die französischen Posttivisten zu lesen. Und — „Nathan der Weise" wurde vor gerade 100 Jahren geschrieben. R. d. „V."

(Fortsetzung folgt.)

---

blos in eine Ordnungsstrafe genommen worden war, hält er sich dennoch nur an das erste, nicht rechtskräftige Erkenntniß, in welchem auf Strafversetzung erkannt war.

Man muß daher diese falsche Anführung als absichtlich ansehen.

(Fortsetzung folgt.)

— Ueber die russischen und rumänischen Feldlazarethe und den Transport der Verwundeten berichtet ein militärischer General-Inspektor des amerikanischen Sanitätswesens folgendermaßen: „Was die rumänischen Feldlazarethe in der Nähe von Plewna betrifft, so laboriren sie alle an Unzulänglichkeit der Bedienungsmannschaften, der Mangel an Uebung und praktischer Erfahrung in den ersten Grundsätzen der Feldhygieine macht diese Leute halb unbrauchbar, und es ist eine sträfliche Nachlässigkeit des Gouvernements, keine eigentliche reguläre Sanitätstruppe herangebildet zu haben. Schmutz, Unordnung und Confusion herrscht daher überall. Die Folge ist, daß die Leiden der Verwundeten in horribler Weise vermehrt werden. Das einzige Mittel, um die Blessirten von den Feldlazarethen auf die Heerstraße und von dort zur Eisenbahn zu schaffen, besteht in großen Wagen ohne Federn, welche von Büffelochsen gezogen werden. Noch nicht 10 Prozent der Verwundeten können sofortige Hilfe und Verband erhalten, eine Sache, die von der gewöhnlichsten Menschenfreundlichkeit gefordert wird. 24 Stunden und länger verbleiben die armen Verwundeten ohne vorläufigen Verband und sie möchten fürwahr vorziehen, sofort getödtet zu werden, als solche Tortur zu erleiden. Die russischen Garnisonlazarethe haben wenigstens den Vorzug, daß sie hinreichend mit Bedienungsmannschaft versehen sind, aber bei den Feldlazarethen selbst fehlt es an Trägern und solchen Personen, die den Verwundeten aus dem Feuer in Sicherheit bringen, was allein auf Grund einer militärischen Organisation befriedigend geschehen kann. Ohne Ordnung und Prinzip werden die Blessirten in den Zelten aufgestapelt, ohne daß vorher etwaige Vorkehrung für Comfort und ausreichende Hilfe getroffen war. Entweder liegen die Verwundeten auf alten Feldbetten und Transportstühlen, oder sie werden einfach ohne diese vom Schlachtfelde fortgeschleppt und auf schmutziges und schlechtes Stroh gebettet, mit welchem die Krankenzelte angefüllt sind. Es ist ferner beklagenswerth, daß man nicht dafür gesorgt hat, die nothwendige Nahrung für jene armen Burschen in Bereitschaft zu halten, welche vom Schlachtfeld weggebracht worden sind; daß man zuläßt, wie diese Leute im Todeskampfe röchelnd und heulend während der ganzen Nacht sich selbst überlassen werden, wo doch eine Spende Wasser oder eine kleine Morphium-Injektion ihre unsagbaren Leiden mildern könnte. Die Behandlung der russischen Verwundeten vom Schlachtfelde bis zur Gorni-Studen ist eine Schande für ein civilisirtes Volk, eine Sache, für die es durchaus keine Entschuldigung giebt. Wenige überleben die Schrecken dieser Tage und dieser schauervollen Nächte." — Wir haben weiter nichts hinzuzufügen, als daß die Russen sich damit entschuldigen werden, daß sie eben kein civilisirtes Volk sind.

— Wie man Soldaten zum Todesmuth begeistert. Vom General Gorschkow erzählt die „Peterb. Ztg." Folgendes: Eine Granate fiel direkt vor der Schnauze seines Pferdes nieder, welches darnach schnupperte. „Ew. Excellenz! eine Granate!" schrien die Soldaten und machten Halt. — „Was geht's Euch an?" sagte Gorschkow. „Marsch vorwärts! Ich habe einige Tausend Rubel jährlicher Einkünfte und ein Haus in Petersburg, folglich habe ich etwas, um das es mir leid sein könnte, und doch fliehe ich nicht vor dem Feinde. Aber was habt Ihr! Außer Flöhen habt Ihr gar nichts. Marsch vorwärts!" Die deutsche Rubelpresse druckt diese Ansprache mit großem Behagen nach.

— Ein Börsenbericht über die am 2. Oktober in Chemnitz stattgefundene Generalversammlung der Chemnitzer Werkzeug-Maschinen-Fabrik vorm. Zimmermann erzählt Folgendes: „Es waren 6 Aktionäre, die 341 Stimmen vertraten, sowie 2 Aufsichtsraths-Mitglieder und 1 Direktor mit 363 Stimmen anwesend. Die Gleichgiltigkeit der Aktionäre hat sich bei dieser Generalversammlung wieder einmal in hohem Grade gezeigt. Der Verlauf der Generalversammlung war selbstverständlich ein glatter und wenig interessanter." Zur Charakterisirung der Versammlung mag folgendes Kuriosum mitgetheilt werden. Nach Ertheilung der Decharge wurde der famose Antrag auf Remuneration des Aufsichtsrathes für das zurückgelegte Geschäftsjahr genehmigt, was indeß nicht etwa durch die anwesenden sechs Aktionäre, sondern einzig und allein durch die Stimmen des Direktors und der beiden Aufsichtsrathsmitglieder geschah!

Correspondenzen.

Dortmund. Der hiesigen „Dortm. Ztg." schreibt ein Correspondent „vom Rhein" folgendes: „Die Thierschutzvereine werden in rheinischen Zeitungen auf eine Thierquälerei aufmerksam gemacht, die in Bezug auf gemeine Rohheit nur ein Gleichniß in den spanischen Thiergefechten findet, das sogenannte „Hahnenköpfen" nämlich. Auf den allerchristlichsten rechtsrheinischen Dörfern — in Vingst, Ostheim, Gehöft Höhenburg ꝛc. ꝛc. — steht dieses scheußliche Spiel in großer Blüthe. Ein lebendiger Hahn wird in die Erde vergraben, derart, daß nur Hals und Kopf des ärmsten Thiers noch hervorragen, und dann gehen die besoffenen Bauernlümmel wie echte Kannibalen hin und suchen den Kopf mit Knitteln abzuschlagen. Wer ihn fortfegt, hat den Hahn gewonnen. Eine größere Scheußlichkeit, wie bei diesem angeblichen „Spiel" zu Tage tritt, ist kaum denkbar. Der Hahn sucht sich mit aller Gewalt zu befreien und arbeitet mit seinem Kopfe hin und her, und je mehr er sich in seiner fürchterlichen Todesangst anstrengt, um loszukommen, desto schneller werden die Bewegungen des Kopfes und desto größer der wahrhaft widerliche Jubel des rohen Volkes." — Niemand kann etwas dagegen haben, wenn die „rheinischen Zeitungen" auf ein Verbot dieses rohen Spiels hinwirken — aber wenn schon, denn schon. Außer den „versoffenen Bauernlümmeln" gibt es noch eine Sorte Menschen, die man sonst zu der „gebildeten" Gesellschaft rechnet, die aber in puncto der Rohheit den „versoffenen Bauernlümmeln" in nichts nachgiebt — es sind die Herren Barone, Grafen und

Fürsten und deren grausamer Sport, das sogenannte „Taubenschießen“ gemeint. Dutzenden von Tauben die Augen auszustechen, um sie, nachdem man sie hat fliegen lassen, aus der Luft herab zu schießen — zu diesem „Vergnügen“ gehört ein nicht minder hoher Grad sittlicher Verrohung, wie er an den „versoffenen Bauernlümmeln“ gerügt wird. Die Thierschutzvereine, welche sich ausschließlich aus den Reihen der „gebildeten“ Gesellschaft rekrutiren, würden daher sehr gut thun, nicht nur vor fremder Leute Thüren, sondern auch vor den eigenen zu kehren.

Düsseldorf, 27. September. Die am 23. d. M. hier stattgehabte Volksversammlung war nur von einigen Hundert Personen besucht. Der Grund dieses selbst für Düsseldorf ungewöhnlich schwachen Besuches ist darin zu finden, daß die löbl. Polizeibehörde es für gut befunden hatte, die Anmeldungsbescheinigung mit der Bemerkung zu versehen, daß die Eröffnung der Volksversammlung vor halb 12 Uhr nicht stattfinden dürfe. Viele zogen es daher vor, sich wieder zu entfernen, was ihnen freilich nicht zur Ehre gereicht. Die Versammlung hörte dem höchst interessanten Vortrage des Herrn Rittinghausen, der über „die Lage des Handwerker- und Kleinbürgerstandes“ referirte, mit der größten Aufmerksamkeit zu und gab am Schlusse der Rede ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten durch den lebhaftesten Beifall kund. An Stelle des Herrn Lange, der leider trotz gegebener Zusage nicht erschienen war, trat Herr Strumpen aus Duisburg. Derselbe sprach über die Lage des arbeitenden Volkes und unterwarf dann das Verhalten der gegnerischen Presse einer scharfen Kritik. Zum Schlusse forderte derselbe die Anwesenden auf, die Parteipresse thatkräftig zu unterstützen. Auch diesem Redner zollte die Versammlung ihren ungetheilten Beifall und wurde dieselbe sodann vom Vorsitzenden geschlossen. — Gleich nach Eröffnung der Versammlung hatte ein alter Parteigenosse, Herr K., es für nöthig gehalten, seinem Unwillen über den ungewohnt schwachen Besuch Worte zu leihen, und hieran anknüpfend, bringen unsere Lokalblätter, die sich sonst „wie die Kesselflicker“ zanken, mit rührender Uebereinstimmung beinahe wörtlich gleichlautende hämische Notizen, jedenfalls dem Gehirn eines und desselben zeilenhungrigen Reporters entsprossen. Es sind dies die zwischen Leben und Tod sich hinschleppende „Rheinisch-Westphälische“, „Anzeiger“, die „Düsseldorfer Zeitung“, das Organ des großen Sozialistenfressers Dr. K. und das schwarze „Volksblatt“. Das letztere Blatt meint ganz besonders, daß hier der Boden für sozialistische Bestrebungen zu unfruchtbar sei, und in der That, wenn man die salbungstriefenden Berichte über den Marzinger und Dietrichswalder Schwindel in den Spalten des „Volksblatt“ liest, kann man nicht umhin, in der Volksverdummungsconcurrenz der schwarzen Schaar unbedingt die Palme zuzuerkennen. Bei dieser Gelegenheit habe ich auch dem „Anzeiger“ noch meinen Dank abzustatten für einige Minuten, die derselbe mich köstlich amüsirt hat, und zwar durch eine seiner Leistungen auf national-ökonomischem Gebiete. Derselbe führte nämlich aus, zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit bei Krisen ꝛc. ꝛc. sei es jedem dringend anzurathen, statt eines Gewerbes, deren zwei zu erlernen,*) damit, wenn das eine nicht ginge, man sofort das andere betreiben könne. — Recht nett das, nicht wahr? Hat der betreffende Herr, der seinen Lesern das bietet, auch schon an sich gedacht? Wie wär's mit dem Schuhputzermetier? Aber nicht ausplaudern! Sonst greifen, wenn die Gedankenfabrikation in dem bisherigen Styl nicht mehr gehen sollte, zu viele dieser Fabrikanten zum Schuhputzergewerbe und verderben es durch ihr Angebot. Doch genug davon.

Das Zeitungs-Geschwister,
Wie mag sich's gestalten
Als um die Philister
Zum Narren zu halten!

—t.

Elbing (Westpreußen). Am 22. September cr. hielten wir hier die erste Volksversammlung ab. Dieselbe war gut besucht, und wir erhielten auch das Büreau. Herr A. Kräcker aus Breslau referirte in ausgezeichneter Weise, oft von Beifall unterbrochen, über die Stellung der Kleinbürger und Arbeiter in der heutigen Gesellschaft. Auf den Vortrag näher einzugehen würde zu weit führen, nur will ich bemerken, daß der Referent alle uns angedichteten Ammenmärchen vom Theilen, freier Liebe u. s. w. zu dem machte, was sie sind, zu Märchen. Als Gegner traten die Führer der Gewerkvereinler, aber sehr befangen, auf, sie wurden aber ohne Mühe vom Redner zurückgewiesen. Einer dieser Herren, dem der Muth zu guterletzt gekommen war, erfrechte sich, den Sozialdemokraten Unehrlichkeit vorzuwerfen. Der gute Mann kam aber schlecht weg. Er schien nämlich gar nicht zu wissen, welch' kolossale Betrügereien in den verschiedensten Vereinen der Schulze Delitzsch'schen Richtung verübt worden sind. Daß die Versammlung von diesen Spitzbübereien Kenntniß erhielt, dafür sorgte Kräcker in gebührender Weise. Diese Versammlung hat uns gezeigt, daß der Boden hier ein guter ist und daß er nur der Bearbeitung bedarf. Würde Herr Kräcker in Königsberg, wo er gegenwärtig weilt, verbleiben, so könnte er hier öfter in Versammlungen sprechen, es würde Elbing dann bald den Städten des Westens nicht nachstehen, überhaupt würden Ost- und Westpreußen aufhören, eine Domaine der Gegner zu sein. Was die hiesige Presse anbelangt, so brachte das Organ der Conservativen einen nichts weniger als anständigen Bericht über die Versammlung, sie wagte aber den Vortrag des Herrn Kräcker nicht anzugreifen. Die fortschrittliche Zeitung brachte einen zwar nicht vollständigen, aber wahrheitsgetreuen Bericht; ihren Schooßkindern ertheilte sie darin eine Rüge, weil sie es schlecht gemacht hatten. Das Organ der Nationalliberalen schwieg sich aus. Erwähnt sei noch, daß am Schlusse der Versammlung eine Anzahl Anwesende sich als Abonnenten der „Königsberger Freien Presse“ anmeldeten. Und so ist denn auch im äußersten Nordosten Deutschlands Aussicht vorhanden, daß Klarheit in die Köpfe kommt.

Jork, 3. Oktober. Von einer merkwürdigen Anklage sind die Genossen Fahrenkamm, Schulz, Göbler, Fritz und der Restaurateur Hammel zu Erfurt, sowie der Unterzeichnete, betroffen. Die Anklage findet die Bestimmungen der §§ 1 und 12 des preußischen Versammlungsgesetzes übertreten. Am 15. Juli d. J. fand in dem Hammel'schen Etablissement ein Volksfest statt, wo ich die Festrede hielt. Dieses Fest soll eine öffentliche Versammlung gewesen sein, in der ich öffentliche Angelegenheiten erörtet hätte. Der dieserhalb am 28. September stattgehabte Termin endete mit Freisprechung der Angeklagten bis auf Fritz, der zu 15 Mark Geldstrafe verurtheilt wurde. Für mich wird ein neuer Termin angesetzt. Es ist mir eine derartige Auslegung der betreffenden Gesetzbestimmung unerklärlich. § 1 genannten Gesetzes besagt im ersten Theile: „Von allen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert und berathen werden, sollen“ u. s. w. Das heißt also die Willensvoraussetzung; der Zweck einer Versammlung muß der sein, öffentliche Angelegenheiten, anläßlich einer Zusammenkunft mehrer Personen, zu erörtern. Ist dieses Vorhaben ausgeschlossen, dann findet § 1 des erwähnten Gesetzes keine Anwendung, denn sonst müßte es heißen: „Von allen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert und berathen werden“, das Wort „sollen“ müßte dann in Wegfall kommen. — Daß ein Fest aber nicht den Charakter einer öffentlichen Versammlung tragen kann, ist für den, der unsere Volksfeste kennt, sehr wohl begreiflich. Abgesehen davon, daß ich auf dem erwähnten Feste öffentliche Angelegenheiten nicht erörtert habe, ist auch dann noch das Requisit zur Strafbarkeit ausgeschlossen, wenn ein Festredner seinerseits öffentliche Angelegenheiten erörtert, indem selbst dann noch der Wille der Veranstalter eines solchen Festes dazu fehlt; selbstverständlich ist auch der Redner straflos. — Fritz in Erfurt wird gegen das Erkenntniß appelliren; desgleichen werde ich es thun, falls ich verurtheilt werde. Wenn die Berufungsinstanz die erste Sentenz bestätigt, was nicht anzunehmen ist, dann macht sich die Nothwendigkeit geltend, die dritte Instanz (Obertribunal) anzurufen. Diese hat, vor einigen Jahren, analog entschieden, wie ich oben beducirte.

F. H. Klute.

*) Wir müssen bedauern, den Lorbeerkranz für diesen kostbaren Rath der Redaktion des „Düsseldorfer Anzeigers“ wieder vom Haupte reißen zu müssen, er gebührt unserm Viktor, unserm Böhmert, dem der „Anzeiger“ nur nachgeplaudert hat. D. R. d. „V.“

An die Vorstände der deutschen Gewerkschaften!

In der letzten Zeit gingen durch die Spalten des „Vorwärts“ einige Artikel betreffend die Centralisation der Gewerkschaften. Das Für und Wider, welches darin angeregt worden ist, kann keineswegs auf diese Weise weiter verfolgt werden, sondern es muß der Gegenstand einer gemeinschaftlichen Conferenz der Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften sein. Der Unterzeichnete erlaubt sich deshalb die Sache praktisch in die Hand zu nehmen und folgende Vorschläge zu machen:

1) Sonntag, den 11. November, findet eine Gewerkschafts-Conferenz statt, zu welcher jede Gewerkschaft zwei Delegirte, möglichst Vorstandsmitglieder entsendet. Die Conferenz findet in Gotha statt.
2) Auf die Tagesordnung der Conferenz würden folgende Punkte zu stellen sein:
   a) Ist die Einrichtung eines Centralorgans für sämmtliche Gewerkschaften zweckmäßig, oder empfiehlt es sich, daß nur die verwandten oder an Zahl kleineren Berufsgenossen sich mit einem solchen verbinden?
   b) Ist eine Gemeinschaftlichkeit im Auszahlen der Reiseunterstützung zu ermöglichen?
   c) Empfiehlt es sich, an den einzelnen Orten gemeinschaftliche Verkehrslokale verbunden mit Arbeitsnachweis für alle Gewerksgenossen einzuführen?
   d) Ist eine gemeinsame Unterstützung bei größeren Arbeitseinstellungen oder Arbeitsausschlüssen zu ermöglichen, oder nicht?
   e) Ist es zweckentsprechend, bei Ausbreitung der Gewerkschaften durch Agitation dieselbe gemeinschaftlich betreiben zu lassen?
   f) Wann und wo soll zur Erledigung über die geeinigten Punkte ein allgemeiner Gewerkschafts-Congreß stattfinden.

Es braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden, daß es Jedem freisteht, Zusätze zur Erledigung auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Gewerksgenossen und speziell die Vorstandsmitglieder mögen mir diesen Schritt nicht etwa als eine zu „eigenmächtige Handlung“ auslegen, sondern die Versicherung hinnehmen, das es nur zum allgemeinem Besten von mir betrieben wird. Eine „Verschmelzung“ der Gewerkschaften, wie man sich oftmals irrthümlich ausgedrückt, soll und kann keineswegs stattfinden, sondern es müssen die Separatverwaltungen und Organisationen der einzelnen Gewerke bestehen bleiben. Daß aber in den oben angeführten Punkten eine Reform wünschenswerth, ja nöthig ist, kann ich mir nach achtjähriger Thätigkeit im Gewerksschaftsleben nicht mehr abstreiten lassen. Wollen wir deshalb thätig sein für die Sache des enterbten Volkes, dann reichen wir uns die Bruderhand, soweit es zweckmäßig ist, damit nicht mehr der Hilferuf von verhältnißmäßig wenig Ausgeschlossenen von einer Corporation wochenlang bei anderen Corporationen ertönt, damit nicht ein Agitator für die Gewerkschaften Ade und der andere guten Tag zu derselben Minute sagt; damit nicht ein hungeriger Gewerksgenosse ohne Wanderunterstützung aus einem Ort wieder fortgehen muß, weil nun gerade seine Corporation daselbst keine Verbindung hat, wohl aber eine gefüllte Hauptkasse der dortigen Gesammtgewerke; und damit endlich unseren reisenden Kameraden ein anständiges Heim bereitet wird, durch die vereinigte Kraft Aller und den bis heute noch bestehenden arbeiterfeindlichen „Herbergen“ der Rücken gekehrt werden kann.

Dieses mein Vorschlag.

Ich ersuche die Gewerkschaftsvorstände, mir ihre Ansichten betreffs der Conferenz mitzutheilen, um das Erforderliche im „Vorwärts“ sodann bekannt zu machen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
August Kapell.
Hamburg, St. Pauli, 2. Erichstraße 7.

NB. Bitte alle Parteiblätter um Abdruck des Obigen.

Verloosung.

Veranstaltet in London zu Gunsten der politischen Verurtheilten in Neu-Caledonien.

Bürger! Wir haben Euch aufgefordert, Euch unserm Streben anzuschließen und uns Gaben für unsere Verloosung zu senden. Ihr seid unserm Appell weit über unsere Erwartungen hinaus nachgekommen.

Aus Frankreich, England, Deutschland, der Schweiz, Belgien haben wir freundliche Gaben und sympathische Zustimmung erhalten. Maler, Bildhauer, Zeichner, Goldschmiede, Uhrmacher ꝛc. ꝛc. haben für uns gearbeitet. Dichter, berühmte Schriftsteller haben uns ihre Werke gewidmet. Wir danken ihnen im Namen Derer, welche für eine Revolution leiden, deren Berechtigung die gegenwärtigen Ereignisse bestätigen und welcher die Zukunft rühmend gedenken wird.

Aber unsere Bestrebungen sind noch nicht beendet, wir haben Gaben gesammelt und es gilt nun die Loose unterzubringen. Wir glauben, daß Niemand davon abstehen wird, uns seinen Beistand auch ferner angedeihen zu lassen, um unsern Erfolg sichern zu helfen.

Arbeitsgenossen! Die Revolution des 18. März gehört Euch. Ihr alle seid für sie verantwortlich, sie verleugnen, wäre Verrath! Ihr seid solidarisch mit Denen, welche für das Verbrechen dulden, besiegt worden zu sein. Ihr müßt gemeinschaftlich an unserm Werke mitarbeiten. Wir rechnen um so mehr auf Euch, Denker, Männer des Fortschritts und Vertheidiger des Rechts, als wir wissen, daß Ihr keine Gesellschaftsordnung gelten lassen könnt, welche zu ihrer Erhaltung der periodischen Niedermetzelungen, Einkerkerungen, der Verbannung und Vertreibung von Millionen ihrer Bürger bedarf.

Die Zahl der mehr als 1200 Gewinnste repräsentirt einen Werth von 25,000 Francs. Unter den Gewinnen figuriren:

Kunstwerke.

Gemälde von Courbet, Bazin, Montbars, Dupuis, Louchard, Moormans ꝛc.
Bildhauer-Arbeiten von Chapu (ein Basrelief), Ottin, Brisson ꝛc.
Stahlstiche von Daubigny. Charbonel, Malet, Yon, Flameng, Montbars ꝛc.
Ceramikum, Bronze, Steingut, Gypsarbeiten, Aquarelle, Lichtbilder.
Photographien: Ein Prachtalbum (Ansichten von Jersey); ein Portrait von Delescluze, drei dergleichen von Garibaldi, 24 Velasquez's, 4 Fragonard's ꝛc.
Schmuckgegenstände: Armbänder, Ringe, Nadeln ꝛc. im Werthe von 2600 Francs.
Uhrenwaaren: Goldene und silberne Uhren im Werthe von 1200 Francs.
Schriftsteller-Arbeiten: Widmungsgruß der Autoren; Werke von Viktor Hugo, Karl Marx, Odysse Barot, Leon Cladet, Yves Guyot, Sigismond Lacroix, C. H. Bradlaugh, A. Besant, P. Taylor (Mitglied des Parlaments). Eine Collection des Journals „Droits de l'Homme“ mit den Autographien sämmtlicher Redakteure, sowie eine große Anzahl Schriften von berühmten Autoren.
Verschiedenes. Eine ausgezeichnete Sammlung von Meermoosen, Stickereien, Linnenzeug (Wäsche), Confections- und Tapisserie-Gegenstände, künstliche Blumen, Fächer, Papeterie-Gegenstände, Necessaire, Reisekassetten, Handtaschen ꝛc.

Alle Loosinhaber, auf deren Nummern keiner der vorerwähnten Gewinne fällt, haben Anspruch auf eine Zeichnung, welche zum Andenken an diese Verloosung von einem unserer bedeutendsten Künstler extra angefertigt wurde.

Die Zahl der Loose ist auf 60,000 Nummern festgestellt. Preis 1 Francs (80 Pfennig). Ort und Zeit der Ziehung werden durch die Presse bekannt gegeben.

Die Commission:

H. Andreß, 29, Windmill Street, Tottenham Court Road, W. A. Combault (Secrétaire correspondant), 24, Broad Street, Golden Square, W. F. Kaufmann, 19, St. John Square, Clerkenwell. E. Kleinmann, 21, Upper Charles Street, Northampton Square, Clerkenwell. E. Landrin, 31, Howland Street, Fitzroy Square, W. F. Lassasie, 37, Charlotte Street, Fitzroy Square, W. A. Leduc, 2, Mincing Lane, E. C. E. Poutrel, 45, Drummond Crescent, Euston Square. F. Prive, 31, Wells Street, Oxford Street, W. B. Richard (Trésorier), 67, Charlotte Street, Fitzroy Square, W. E. Sevin, 218, Vauxhall Bridge Road, Pimlico. A. Theiß, (Secrétaire correspondant), 36, Charlotte Street, Fitzroy Square, W., in London.

Loose sind zu beziehen durch alle Mitglieder der Commission.

Briefkasten

der Redaktion. Chr. O. in Braunschweig: 1) Suchen Sie sich in einer Maschinenfabrik als Schlosser Stellung zu verschaffen. 2) Meyers kleines Lexikon. — D. in Elberfeld und S. in Braunschweig: Im Hinblick auf den in heutiger Nummer befindlichen Aufruf von A. Kapell halten wir es für das Beste, wenn die weitere Behandlung der Centralblattfrage der Conferenz überlassen wird. Lediglich aus diesem Grunde haben wir Ihre Einsendung zurückgelegt.

der Expedition. W. Grhld Hßlch: Der Betreffende schuldet seit 5. August d. J. 13,60 M. Wollen Sie für Zahlung ꝛc. sorgen.

Quittung. Wahlverein Limmer Ann. 0,90. Kppf Graz Ab. 6,80. Slbrg Wien Ab. 16,40. Rtnbrn Dortmund Ab. 1,00. Slbrhrn Eßlingen Ab. 12,60, Schr. 6,50. Ottrbch Stuttgart Ab 3,20. Mlr Szigetvar Ab. 2,42. Tt hier Ann. 0,50 Spimnn Rendsburg Ab. 8,00. Gy hier Ab. 3,20. J. Mrc Gosporini Ab. 1,70. Untr Jaffy Ab. 2,00. Tbnr Neusatz Ab. 3,11. Frnz Jägerndorf Ab. 4,00 u. 8,95. Grd Stötteritz Ab. 15,05. Gglr hier Ab. 3,90. Hckrt Connewitz Ab. 33,15, Schr. 6,45. Wtt hier Ann. 1,20. Tbr hier Ab. 1,25. Brtrm hier Ab. 11,90. Arbeiterbild.-Verein Leoben Ab. 8,61. Mlr Mannheim Ab. 40,00. Mcksy Düsseldorf Ab. 6,40. Lgs Hannover Schr. 13,60. Schfr Gohlis Ab. 11,70. Trst Kl.-Zschocher Ab. 5,85. Krstnr Wien Ab. 1,72. Arns hier Ab. 1,80.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 13. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11: (F. 164)

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vorlesung.

NB. Alle Diejenigen, welche sich zum Probe-Vorlesen gemeldet haben, müssen pünktlich erscheinen. Der Vorstand. [80

0,80 haben gefehlt. H.

Leipzig. Sonnabend, den 13. Oktober, Abends 8 Uhr, im Lokale des Hrn. Träger (Thieme'sche Brauerei), Lauchaerstraße Nr. 12:

Generalversammlung

der Krankenkasse des Gewerkvereins der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend (Eing. Genossensch.)

Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht. 2. Abänderung der §§ 3, 10, 16 und 26 der Statuten. 3. Wahl zweier Vorstandsmitglieder. 4. Innere Angelegenheiten and Anträge.

Jedes nichtanwesende Mitglied zahlt nach § 26 25 Pfennig Strafe. 1,80] R. Ludwig, Vorsteher.

Leipzig. Central-Gewerkschafts-Krankenkasse Metallarbeiter.

Sonnabend, den 13. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Herrn Hunse, Roßstraße Nr. 4b:

Versammlung.

Aufnahme neuer Mitglieder. — Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

NB. Die Versammlungen finden von jetzt an regelmäßig Sonnabend bei H. Hunse statt, woselbst auch der Fremdenverkehr der Metallarbeiter ist. J. A.: R. T. [1,00

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Nächsten Sonnabend im Saale des Herrn Jacobi (Rosenthalgasse) Vortrag von Herrn Hasenclever. — Gäste willkommen. Unser Vereinslokal befindet sich jetzt in der Querstraße Nr. 24. D. V. [50

Für Lokal- u. Gewerkschafts-Vereine

jeder Art passend sind praktisch eingerichtete

Cassenconto- & Mitgliederbeitrags-Bücher

zum Selbstkostenpreis à 50 Pfg. zu beziehen. Porto bei 1 — 2 Paar 20 Pfg.; 3 Paar 30 Pf.; darüber 50 Pf. Bestellungen sind zu machen bei A. Geib in Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Soeben erschien in neuer Auflage und ist durch uns zu beziehen:

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heßig in Rendnitz-Leipzig
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf.
betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heinze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 121. Sonntag, 14. Oktober. 1877.

Wo steckt der Irrthum?

Unser Frankfurter Parteiorgan, der „Volksfreund" bringt in seiner Nr. 120 über die auch von uns erwähnte Verurtheilung des früheren Redakteurs Schäfer folgende Notiz:

„Angeklagt, König Wilhelm, des deutschen Reiches Kaiser, und den Hrn. Bischof, Feldwebel beim hiesigen 81. Regiment, beleidigt zu haben, stand Hr. Schäfer, unser ehemaliger verantwortlicher Redakteur vor den Schranken der Strafkammer. Das Gericht fand ihn schuldig und verurtheilte ihn zu sechs Monaten Gefängniß als Zusatz zu den vorher über ihn erkannten Strafen. Dem Staatsanwalt dünkten sechs Monate zu wenig, deshalb beantragte er 1¼ Jahre Gefängniß und dreijährigen Verlust der Ehrenrechte; Schäfer „zur wohlverdienten Strafe und Andern zur heilsamen Abschreckung". Es war der erste Fall in Frankfurt, daß ein Staatsanwalt wegen politischer Vergehen Aberkennung der Ehrenrechte forderte."

Ist es wahr, daß der Herr Staatsanwalt obiger Vergehen halber dreijährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte beantragt hat, dann kennt er das Strafgesetzbuch nicht.

In Bezug auf den Feldwebel war Schäfer auf Grund des § 185 resp. 186 oder 187 angeklagt worden — diese Beleidigungs- und Verleumdungsparagraphen aber lassen nur eine Geld- und Gefängnißstrafe zu.

Der Majestätsbeleidigungsparagraph aber, der in dem vorliegenden Falle zutrifft, lautet:

§ 95. Wer den Kaiser, seinen Landesherrn oder während seines Aufenthalts in einem Bundesstaate dessen Landesherrn beleidigt, wird mit Gefängniß nicht unter zwei Monaten oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft.

„Neben der Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden."

Hat Schäfer ein öffentliches Amt bekleidet? Besaß er aus öffentlichen Wahlen hervorgegangene Rechte?

Ist beides oder eins von beiden der Fall, so hat der Staatsanwalt vielleicht den Verlust derselben beantragt, und der Redakteur unseres Frankfurter Parteiorgans hat die Ausführungen des Staatsanwalts mißverstanden.

War das aber nicht der Fall, hat der Staatsanwalt wirklich den Verlust der Ehrenrechte beantragt, dann hat derselbe das Strafgesetzbuch mißverstanden — allerdings für einen Juristen ein sehr mißliches Ding.

Der Paragraph, welcher von der Aberkennung der Ehrenrechte handelt, lautet nämlich:

„§ 32. Neben der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe kann auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden, neben der Gefängnißstrafe nur, wenn die Dauer der erkannten Strafe drei Monat erreicht und entweder das Gesetz den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte ausdrücklich zuläßt oder die Gefängnißstrafe wegen Annahme mildernder Umstände an Stelle der Zuchthausstrafe ausgesprochen wird.

„Die Dauer dieses Verlustes beträgt bei zeitiger Zuchthausstrafe mindestens zwei und höchstens zehn Jahre, bei Gefängnißstrafe mindestens ein Jahr und höchstens fünf Jahre."

Also kann bei Gefängnißstrafe nur die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erfolgen, wenn dieselbe die Dauer von 3 Monaten erreicht hat und wenn der betreffende Gesetzesparagraph die Aberkennung ausdrücklich zuläßt oder wenn Zuchthausstrafe in Gefängnißstrafe umgewandelt wird.

Die Gefängnißstrafe im vorliegenden Falle überschritt zwar die vorgeschriebenen 3 Monate, aber es traf keiner der die Aberkennung bedingenden Zusätze zu; die §§ 185, 186, 187 und 95 schließen die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte dadurch aus, daß sie diese Aberkennung gar nicht erwähnen, also nicht ausdrücklich zulassen, und ferner wurde in dem vorliegenden Falle auch nicht eine Zuchthausstrafe in Gefängnißstrafe umgewandelt.

Wenn also der Herr Staatsanwalt wirklich dreijährige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte beantragt hat, so hat er damit seine Gesetzesunkenntniß in geradezu selbstvernichtender Weise an den Tag gelegt.

Uns ist nur noch ein ähnlicher Fall erinnerlich.

Im Herbste 1875 verurtheilte das Hamburger Niedergericht Jemanden wegen falscher Anschuldigung (§ 164) zu sechs Wochen Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren. Auf § 164 können allerdings die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt werden, aber das Niedergericht hatte die Beschränkung des § 32 nicht in's Auge gefaßt, welche eine Gefängnißstrafe von mindestens 3 Monaten fordert, um die Aberkennung der Ehrenrechte zuzulassen.

Auch damals war es der Redaktion eines sozialdemokratischen Organs (des „Hamburg-Altonaer Volksblattes") vorbehalten, den „Justizmord" aufzudecken und die Cassirung des Urtheils herbeizuführen. —

Im vorliegenden Falle war der Gerichtshof in Frankfurt klüger, als der Staatsanwalt; er hat dem Antrag nicht Folge gegeben, weil er demselben nicht Folge geben durfte und konnte.

Weshalb nun bisher noch kein Staatsanwalt in Frankfurt am Main wegen politischer Vergehen die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verlangt hat, weshalb diese auf juristischer Unkenntniß beruhende Forderung bei vorliegendem Falle die erste war?

Unser Strafgesetzbuch ist in dieser Beziehung eben humaner als der Frankfurter Staatsanwalt; es erlaubt nur die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte hinsichtlich politischer Vergehen und Verbrechen bei Hochverrath, und auch nur dann, wenn bei diesem Verbrechen auf Zuchthaus erkannt wird, ferner nur bei thätlichem Angriffe auf Könige und Fürsten und für die Rädelsführer bei Aufruhr und Landfriedensbruch und immer nur, wenn auf Zuchthaus erkannt oder wenn wegen mildernder Umstände die Zuchthausstrafe in Gefängnißstrafe umgewandelt wird.

Wenn aber bei obigen Verbrechen nur ein rein politisches Motiv zu Grunde liegt, wenn nicht unehrenhafte Motive hervorleuchten, Bereicherung ꝛc. so soll lediglich auf Gefängniß oder Festungshaft erkannt werden, die dann auch bei obigen Verbrechen die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nicht zulassen.

Bei den anderen politischen Vergehen und Verbrechen (§ 130, 131 ꝛc. ꝛc.) ist ausdrücklich die Aberkennung der Ehrenrechte ausgeschlossen. —

Wenn jetzt aber schon solche Rechtsirrthümer vorkommen, dann werden wir erst die Hülle und Fülle nach Einführung der Reichsjustizgesetze erleben!

Aus Frankreich.

B. Paris, den 8. Oktober.

Noch 6 Tage und die Wahlschlacht zwischen den streitenden Fraktionen der herrschenden Klasse ist geschlagen. So ziemlich zu gleicher Zeit mit diesem Brief werden die Ergebnisse der Urne den Lesern des „Vorwärts" bekannt werden. Ich will mich daher nicht in Vermuthungen ergehen, die der Telegraph zum Mindesten überflüssig macht. Nur so viel: Wie die Dinge liegen, ist an dem „Sieg" der „363" nicht zu zweifeln.

Was aber bedeutet dieser „Sieg"? Ist es der definitive Sieg der Republik? Man sehe sich die „363" an, und die Thorheit der Annahme springt auch dem Blödesten in die Augen. Es ist einfach ein Sieg der Bourgeoisie und nichts weiter. „Doch er wird zur Befestigung der Republik beitragen!" Mit Nichten. Er führt uns zum Morgen des 16. Mai zurück, stellt die Situation vor dem Mac Mahon'schen Papier-Staatsstreich wieder her. Das ist Alles. Freilich mit einigen Veränderungen; indeß nicht mit solchen, die der Republik, der wahren Republik günstig sind.

Am 16. Mai standen die „363" festgeschlossen dem Präsidenten gegenüber; heute ist dies nicht mehr der Fall. Das ist eine Thatsache, vor welcher die Gefühlspolitiker und die Männer der liberalen „politischen Heuchelei" gewaltsam die Augen verschließen, die aber durch kein Leugnen, durch keine Phrasen aus der Welt geschafft werden kann.

Schon der bloße Umstand beweist dies, daß die „363" ihre ursprüngliche Absicht, das freche „Manifest" des Mac Mahon durch ein gemeinsames republikanisches Trutz- und Schutzmanifest zu beantworten, aufgeben mußten, weil sich keine sämmtlichen „363" zusagende Fassung entdecken ließ. Wir haben ein Manifest Gambetta, ein Manifest Grevy, ein Manifest der „Linken" des Senats, wir haben das „Testament" des Thiers, allein wir haben kein Manifest der „363". Die „363" sind eben nicht mehr einig. Sie waren einig, so lange sie glaubten, der 16. Mai ließe sich durch tönende Proteste annulliren; seit sie gefunden, daß dies eine falsche Voraussetzung war, daß der Mann des Säbels und der Kutte die tönenden Proteste verlacht und es auf's Aeußerste ankommen lassen will, ist es mit der Einigkeit vorbei.

Eine Minderheit — nicht Viele — wäre bereit, den Handschuh aufzunehmen, die Mehrheit sucht eine Verständigung, weil sie den bewaffneten Widerstand gegen den Staatsstreich mehr fürchtet als den Staatsstreich selber. Ich sagte dies schon in meinem ersten Brief, und der seitherige Gang der Wahlbewegung hat über und über gezeigt, daß ich recht hatte.

Die „363" werden wieder gewählt werden und ein Theil derselben wird mit Mac Mahon paktiren, um dem Staatsstreich mit seinem fatalen Dilemma: Straßenkampf oder blinde Unterwerfung vorzubeugen.

Se soumettre ou se demettre! Sich unterwerfen, oder das Feld räumen, ist die Alternative, welche Gambetta dem Präsidenten gestellt hat. Nun, der Präsident wird sich weder unterwerfen, noch das Feld räumen, die „363" werden es statt seiner thun, sie werden sich unterwerfen, um nicht das Feld räumen zu müssen.

An die einzige dritte Möglichkeit: den bewaffneten Widerstand, denken nicht 10 der „363", und die übrigen 353 bekommen den Schüttelfrost bei dem bloßen Gedanken.

Diese dritte Möglichkeit ist eine moralische Unmöglichkeit. Man kann nicht ernst bleiben, wenn man in deutschen Zeitungen lieset, die jetzige Situation gleiche auf ein Haar der von 1830 nach den Juliordonnanzen, — Bourgeoisie und Volk würden dem neuen Polignac neue Julitage bereiten. Die Zeiten sind vorbei, wo „der Herr der Druckerei" mit seinen Lohnarbeitern brüderlich geeint das Blei der Lettern zu Kugeln goß und den Gesetzbrechern als einzigen wirksamen Protest auf den Pelz und in den Pelz schoß. „Herren" (Patrons) und Lohnarbeiter fechten heut nicht mehr unter einer Fahne: von der patriarchalischen Zeit der geträumten „Harmonie der Interessen" trennt uns die Junischlacht und die Communetragödie. — —

Trotzdem wird es nächsten Sonntag — in Frankreich müssen die Wahlen stets an einem Sonntag vorgenommen werden, und das gilt für etwas so Natürliches, daß die fanatischsten Reaktionäre nicht daran zu rütteln wagen, ein Beweis, daß ein französischer Reaktionär in gewissen Dingen noch liberaler ist als ein deutscher Liberaler — trotzdem wird es nächsten Sonntag nicht an Arbeitern fehlen, die im vermeintlichen Interesse der Republik für die „363" stimmen werden. Der Arbeiter ist traditionell, instinktmäßig, in der Opposition, und, wenn die Bourgeoisie zufällig in der Opposition ist, liegt für den Arbeiter, der nicht auf Grund des Klassenbewußtseins zu der Erkenntniß der Nothwendigkeit selbstständiger politischer Aktion durchgedrungen ist, die Versuchung sehr nah, mit der Bourgeoisie zusammen zu gehn.

Indeß nur eine verschwindende Minderheit der Arbeiter wird dies nächsten Sonntag thun, wenigstens hier in Paris. Die meisten werden sich vermuthlich enthalten, weil sie — mit Unrecht — die Zeit der selbstständigen Aktion noch nicht gekommen glauben, und — mit Recht — der Enthaltung den Vorzug vor dem Zusammengehn mit der Bourgeoisie geben.

Die sozialistisch geschulten Arbeiter — Sozialist ist jeder französische Arbeiter, den meisten fehlt aber noch die Schulung — werden größtentheils für die sozialistisch-republikanischen Candidaten stimmen. Wohl schreien die Bourgeoisblätter, die Aufstellung dieser Candidaten sei das Werk von agents provocateurs, und wer nicht für die „363" stimme, der stimme für Mac Mahon, allein mit derartigen Heulmeiereien lockt man keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Die Arbeiter haben dasselbe Recht, sich als selbstständige Partei zu organisiren, wie die Bourgeoisie; sie werden nicht so thöricht sein, aus Haß gegen die Bourgeoisie auf Seiten Mac Mahon's zu treten, aber ebenso wenig werden und können sie, falls ihnen ihr Klasseninteresse und das allgemeine Staatsinteresse lieb sind, auf Seiten der Bourgeoisie treten. Daß dies der Bourgeoisie nicht angenehm ist, läßt sich begreifen, doch die Arbeiter wären verrückt, wollten sie ihre Politik nach dem bon plaisir (Vergnügen, Laune) der Herren Bourgeois einrichten.

Die Bourgeois treiben Bourgeoispolitik; sie mögen so freundlich sein und erlauben, daß die Arbeiter Arbeiterpolitik treiben. Es ist übrigens auch nicht wahr, daß durch die sozialistisch-republikanische Bewegung die Einheit der Opposition gestört worden sei; diese Einheit, wie schon gesagt, war von dem Moment an gestört, wo es klar wurde, daß Mac Mahon seinen Coup vom 16. Mai nicht blos zum Spaß gemacht.

„Aber seht ihr denn nicht, wie die imperialistisch-royalistischen Parteien das Programm der Sozialisten behaglich verbreitet haben und sich, gar nicht einmal heimlich, in's Fäustchen lachen?"

Ist möglich. Die Reaktion profitirt unstreitig von dem Klassenkampf; ja sie beruht darauf. Aber haben etwa die Sozialisten den Klassenkampf erfunden? Haben die Sozialisten Mac Mahon an die Herrschaft gebracht, oder haben diejenigen es gethan, welche im Frühjahr 1871 die Republik im Blut der Republikaner zu ersäufen trachteten? Die Wurzel des 16. Mai 1877 ist aus dem rothen Schlammboden des 21.—29. Mai 1871 hervorgewachsen. Ohne die Bartholomäusnacht der Bourgeoisie kein Mac Mahon. Möge die Bourgeoisie sehen, wie sie mit ihrem Mac Mahon fertig wird. — Wenn die Herren Bonapartisten, Legitimisten, Orleanisten dumm genug sind, sich über die selbstständige Aktion des Proletariats zu freuen, so kann uns das recht sein, denn es verräth die Kurzsichtigkeit dieser unserer Feinde. „Man soll nichts thun, was dem Feind Freude verursacht", heißt eine alte Regel. Nun: die Freude der Bonapartisten und Royalisten wird durch den Aerger der Herren Bourgeois paralysirt. Beiden zugleich können wir es jetzt nicht recht oder unrecht machen. Und wir wissen ja auch, daß die Herren Bonapartisten nebst Anhängsel gelegentlich sich wieder mit den Herren Bourgeois aussöhnen und ihnen bei einer zweiten Auflage der „blutigen Maiwoche" gewöhnlich mithelfen werden.

„Man soll nichts thun, was dem Feind Freude verursacht" — meinen die liberalen Herren Bourgeois; nun, wer sind denn die Feinde und Freunde der liberalen Herren Bourgeois? Sind die „Republikaner" blind für die Zärtlichkeiten, mit denen sie selber von den Reaktionären Europas überhäuft werden? Schwärmt nicht z. B. die deutsche Reptilienpresse für die „363"? Singen die Preßkosaken Bismarck's nicht das Lob Gambetta's, Grevy's, der „Republik"?

Das mag unsere honneten Republikaner nicht geniren. Wir aber, wir Sozialisten und Demokraten, wir danken für eine Republik und für Republikaner, die — in Berlin hoffähig sind.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Entweder — oder! „Unser Braun", der ewig schwankende hat diesen Ausspruch gethan — er ist einmal in seinem Leben consequent gewesen, also eigentlich das erstemal inconsequent, weil er nicht inconsequent war. Und wie kam das? Auf dem Kathedersozialistenkongreß, der in Berlin kürzlich tagte, hielt der Professor Ad. Wagner ein Referat über Steuerreform und sagte zum Schlusse, daß das Steuerthema im wahren Sinne des Wortes ein sozialpolitisches Thema sei, daß man auf keinem Gebiete den Radikalforderungen der Sozialdemokratie so weit entgegenkommen könne, als auf dem Gebiete der Steuerreform. Auf keinem Gebiete lassen sich die Wünsche so leicht erfüllen, als hier, wenn man nur will. Mit der Lösung der Steuerfrage löse man einen kleinen Theil der sozialen Frage, bringe gerechte Angriffe der unteren Klassen aus der Welt, befriedige nicht nur die städtischen und ländlichen Bedürfnisse besser als bisher und reduzire die Ungerechtigkeiten auf das kleinste Maß. Darauf erhob sich „unser Braun" und meinte: Gerade weil Professor Wagner erkläre, daß man mit seinen Ideen dem Sozialismus entgegenkomme und einen Theil der sozialen Frage löse, gerade deshalb erkläre er sich gegen dieselben. Entweder sei der bisherige volkswirthschaftliche Weg richtig, dann brauche man dem Communismus nicht entgegenzukommen, oder aber der Communismus habe Recht, dann müsse er die gegenwärtige volkswirthschaftliche Richtung in Trümmer schlagen, nach dem alten Wort „Alles, was besteht, ist werth, daß es zu Grunde

geht." Einen Compromiß wolle er darum nicht. — Wir können eigentlich „unserem Braun" für sein offenes manchesterliches Geständniß herzlich danken. Daß das Manchesterthum, daß die ganze liberal-politische und volkswirthschaftliche Schule mitsammt ihrem Braun, Miquel, Bennigsen, Lasker und Consorten werth ist, zu Grunde zu gehen — das wußten wir längst und freuen uns über die Braun'sche Einsicht.

— Am Tage des Erscheinens der vorliegenden Nummer des „Vorwärts" wird in Frankreich die Wahlschlacht geschlagen. Die „Republikaner" werden siegen, aber nicht die Republik; sie wird so lange am Boden liegen, bis das sozialistische Proletariat erstarkt, sie mit fester Hand emporreißt. Welche Helden die „republikanischen" Führer Grevy und Gambetta sind, das geht aus der von der preußischen Regierung inspirirten reaktionären „Nordd. Allg. Ztg." hervor, die denselben folgendes Loblied singt: „Während Herr Grevy das Treiben der zu jedem gedeihlichen positiven Wirken ohnmächtigen monarchistischen Koterien blosgelegt, geht Gambetta mit gewohnter Energie und dem ihm eigenen Scharfblick für den Kern der Dinge direkt auf sein Ziel los, indem er den klerikalen Intriguanten die Maske vom Antlitz herunterreißt und den Machthabern wie dem Volke die ungeschminkte Wahrheit ins Gesicht sagt."

Wen die „Nordd. Allg. Ztg." in solchem Maße lobt, der muß ein grundschlechter Kerl sein. — Am 6. d. M. fand in Belleville, dem Gambetta'schen Wahlkreise, eine Versammlung der Radikalen statt, in welcher folgende Resolution gegen Gambetta angenommen wurde: „Die Versammlung, in Anbetracht, daß der Bürger Gambetta seine Pflicht verletzt hat, indem er nicht vor seinen Wählern erschienen ist, verhängt einen Tadel über ihn." — Möchten die Radikalen auch an der Wahlurne über den Schönschwätzer ein Tadelsvotum fällen. — Graf Montalivet, ein Minister von Louis Philipp, ein Urreaktionär, spricht sich auch für die „republikanischen" Kandidaturen in Frankreich aus. Statt ihn zurückzuweisen, fällt man ihm seitens der Republikaner um den Hals. Welch reaktionäres Geschmeiß sich doch unter der Fahne der „Republik" sammelt!

— Arbeiter und Arbeiter. Wir hatten dieser Tage erst des braven Benehmens der 200 deutschen Maurer zu erwähnen, die, nach London verlockt, um ihren englischen Brüdern Concurrenz zu machen, sofort als sie von der Sachlage unterrichtet waren, die Arbeit niederlegten und nach Deutschland zurückkehrten. Das waren sozialistische Arbeiter, und sie haben mehr gethan, um den deutschen Namen in der englischen, überhaupt der ausländischen Arbeiterwelt zu Ehren zu bringen, als alle Siege und sonstigen Thaten unserer Blut- und Eisenhelden.

Leider hat jenes schöne Beispiel von internationaler Brüderlichkeit ein häßliches Gegenstück bekommen. Wie wir aus englischen Blättern ersehen, haben sich 50 deutsche Zimmerleute, Maurer und Pflasterer nach Wolverhampton, wo ebenfalls ein Conflikt zwischen Meistern und „Händen" ausgebrochen ist, anwerben lassen; von den strikenden englischen Arbeitern über die Sachlage unterrichtet, reichten sie diesen nicht, wie jene 200, die Bruderhand, sondern wiesen die Rathschläge und Anerbietungen des Comité's der Strikenden schroff zurück und — fuhren fort zu arbeiten. Das hat böses Blut gesetzt, und die deutschen Arbeiter sollen wiederholt „insultirt" worden sein. Diese Arbeiter sind keine Sozialisten; ob es Mitglieder der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine sind, wissen wir nicht.

— Tüchtigkeit der Türken. Schon vor einiger Zeit wurde ein Bravourstückchen der türkischen Gefangenen in einem kleinen russischen Orte bei einem Brande erzählt. Wir haben diese Nachricht nicht gebracht, weil wir dieselbe nur in türkenfreundlichen Organen lasen und deshalb Bedenken trugen, sie abzudrucken, in Anbetracht, daß man gerade die Redaktion des „Vorwärts" vielfach einer übergroßen Türkenfreundlichkeit beschuldigt. Nun lesen wir aber den Vorfall in der russophilen „Weserzeitung" und nehmen keinen Anstand mehr, ihn mitzutheilen. In der Stadt Roßlav, im Gouvernement Smolensk, wo sich die internirten Türken der Bürgerschaft schon wiederholt nützlich erwiesen, insbesonoere aber, als ein großer Brand in Roßlav ausbrach und die ganze Stadt in Asche zu legen drohte, zeichneten sie sich vortheilhaft vor den Russen aus. Es gehört nämlich zu den übelsten, leider aber nicht zu bannenden Gewohnheiten des gemeinen Russen, daß er beim Ausbruche eines Brandes nie so viel Besonnenheit findet, um sich werkthätig und energisch an den Löschvorkehrungen zu betheiligen. Auch bei dem erwähnten Brande in Roßlav wiederholte sich das übliche Schauspiel. Die Leute standen zu Tode erschreckt und mit offenem Munde da, dachten aber gar nicht daran, durch rühriges Zugreifen der Ausbreitung des Feuers Einhalt zu thun. Da erschienen plötzlich 50 oder 60 Mann von den in Roßlav internirten Türken auf dem Brandplatze, warfen sich mit einem imponirenden Gleichmuthe mitten in die brennenden Häuser, schleppten unablässig Werthgegenstände, Hausgeräthe, schwere Kisten, Säcke u. s. w. auf die Straße heraus, wo sie die Gegenstände aufstapelten und der Bewachung der Einwohner übergaben, handhabten mit einer Kraft und mit einer Ausdauer, die man den abgemagerten Leuten gar nicht zugetraut hätte, die einzige vorhandene und noch dazu schadhafte Feuerspritze und ruhten nicht eher, als bis der Brand wenigstens auf jenen Häuser-Complex beschränkt war, den er schon ursprünglich ergriffen hatte." — Diese „verkommenen Türken"! Nicht wahr, Ihr Genossen, Ihr uns wegen unserer Türkenfreundschaft angreift?

— Auf dem asiatischen Kriegsschauplatze haben die Russen wiederum entschiedenes Fiasko gemacht. Die russenfreundliche Presse und auch die offiziellen Berichte der Russen hatten große Siege trompetet, Moukhtar Pascha aber in bescheidener Weise seine Siegesnachricht nach Konstantinopel gemeldet. Aber man glaubte allgemein an einen Sieg der Russen und auch diejenigen unserer Leser, die nur türkische Lügen sehen, haben wohl an ihn geglaubt. Jetzt aber hört man selbst aus dem Schweigen des russischen Hauptquartiers heraus, daß Moukhtar Pascha nicht einmal die volle Bedeutung seines Sieges bei seinem Bericht erkannt hat. Die „Vossische Zeitung" schreibt jetzt über die letzte Schlacht in Kleinasien folgendes: „Endlich gestehen auch die Russen ihren erfolglosen Angriff vom 2., 3. und 4. Oktober gegen die Stellungen Moukhtar Paschas zwischen Kars und Ani ein. Petersburger Blätter erzählen, daß die Angriffe, welche unter dem persönlichen Commando des Großfürsten Michael ausgeführt wurden, wegen Wassermangels und gänzlicher Erschöpfung der Truppen eingestellt und daß die in den Rücken Moukhtar Paschas dirigirten Detachements zurückgezogen werden mußten. Es stellt sich also heraus, daß die Telegramme des türkischen Obercommandanten auf Wahrheit beruhten, was bei den Depeschen von russischer Seite nicht der Fall war. Die Gründe, welche die Russen zur Entschuldigung ihres Rückzuges angeben, sind ganz gleichgültig; die Thatsache steht fest, daß die russische Hauptarmee trotz aller Verstärkungen in Armenien abermals eine Schlacht verloren hat und nach einem Verluste von etwa 5000 Mann in ihre alten Stellungen zurückgekehrt ist." — Der diesjährige Feldzug in Armenien ist somit wohl entschieden — einen weiteren energischen Angriff können die Russen nicht mehr wagen, da der Winter heranrückt und den Waffenstillstand gebietet.

— Die bereits erschienene Nr. 2 der „Zukunft" enthält: Realismus und Idealismus in der Sozialpolitik. — Der Kleingewerbebetrieb in Preußen. — Maximilian Robespierre. Von Dr. Karl Brunnemann. — Zur Gewerbe-Hygiene. — Polemik. — Recensionen. — Notizen.

— Genosse Most, Redakteur der „Berliner Freien Presse" wird nächstens mit dem Staatsanwalt Tessendorff wieder ein Hühnchen zu rupfen haben. Teffendorff hat nämlich nicht weniger als 4 Anklagen auf einmal gegen Most erhoben — drei wegen Verletzung des § 130 und 1 wegen Verletzung des § 131 des Reichsstrafgesetzbuchs. Warten wir's ab, ob die Suppe so heiß gegessen wird, wie sie Teffendorf aufträgt.

— Wir haben erst kürzlich gemeldet, daß auch in französischer Sprache eine wissenschaftlich-sozialistische Revue erscheinen wird; nun soll auch noch ein speziell literarisches Organ für Sozialwissenschaft nnd Propaganda pro und contra Sozialismus erscheinen: „Der Beobachter der sozialen Literatur", Verlag und Expedition: Buchhandlung J. Franz & Co., Redaktion: Franz und Karl Moor. Bei der Masse der Erscheinungen auf dem Gebiete der sozialen Literatur kann ein Spezialorgan für die bibliographische Ordnung und kritische Sichtung und Beleuchtung derselben nur erwünscht sein und mag auch durch seine Billigkeit (nur 50 Cts. oder Pfennig pro Quartal) die wünschbare Verbreitnng finden. Uns Sozialisten kann ja besonders auch die Gegenüberstellung und literarisch-kritische Vergleichung der Literatur pro und contra Sozialismus nur sehr willkommen sein — wir sind sicher, daß wir dabei, eine wirklich objektive Behandlung vorausgesetzt, nicht den Kürzeren ziehen. Somit glauben wir auch dieses Unternehmen unseren Genossen und den Interessenten für soziale Literatur zur Berücksichtigung empfehlen zu können.

Aus Heuchelland.

Stille Beobachtungen eines Berliners in London.

II.

(Fortsetzung.)

Nun habe ich aber die sonderbare Marotte, die culturelle und geistige Regsamkeit, die politische Reife eines Volkes je nach seiner Empfänglichkeit für den Sozialismus, diese höchste Potenz aller philosophischen, politischen und gesellschaftlichen Erkenntniß, beurtheilen zu wollen. Ich hoffe, Ihr werdet das nicht gar zu lächerlich finden. Wohlan, vergleichet auch nach diesem Maßstab den Culturwerth des Südslaven, der, kaum einer jahrhundertelangen versumpfenden Barbarenherrschaft entgangen, mit der dem Slaven eigenen, so zu sagen natürlichen Disposition für den Sozialismus sich diesem zuwendet, — mit dem Culturwerth Eures Türken!

Dieser ist eben noch ganz und gar Asiate — das erklärt Alles. In ihm steckt noch in ganzer Kraft jener verzückte Fanatismus, der das hervorstechendste Merkmal des Orientalen bildet und der einst in einer seiner schrecklichsten Abarten, dem sogenannten Christenthum, auch unser Europa heimsuchte und so die Menschheit anderthalb Jahrtausende des Stillstands und der Barbarei gekostet hat. Aus eben diesem orientalischen Fanatismus erklärt sich auch jener glühende Haß gegen die Ungläubigen, jene wilde Rach- und Mordgier des Türken, sobald es sich um eine vermeintliche oder angebliche Bedrohung der heiligen Satzungen handelt, die ihn im Kriege so furchtbar macht[21]).

Sehr bezeichnend ist in dieser Hinsicht die tragikomische Thatsache, daß ganz Europa vor jenem alten Waschlappen, der „Fahne des Propheten", zittert (?), weil es weiß, welche Fluth von entmenschter Leidenschaft und grausiger Mordlust sie entfesseln kann. Aus eben diesem Fanatismus erklärt sich ferner der Abscheu des Türken vor der ihm als ärgster Greuel geltenden „bida", der „Neuerung" gegen das Gesetz, der seinerseits wieder die vollständige politische und culturelle Stagnation des Türkenreiches erklärt.

Neben dieser wilden Unduldsamkeit ist es der Fatalismus des Orientalen, der ja beim Türken geradezu sprichwörtlich geworden ist. Kismet! Es steht geschrieben! heißt es allezeit bei ihm[22]). Hieraus erklärt sich die träge Indolenz, mit welcher der Türke im Innern seines Staates, wo sein Fanatismus nicht in's Spiel kommt, alles über sich ergehen läßt, seine Knechtsseligkeit gegenüber der nun einmal über ihn gesetzten Obrigkeit, die Erstarrung und Fäulniß und bodenlose Verkommenheit, in welche er sein ganzes Staatswesen verfallen ließ und die erst in jüngster Zeit wieder in all den Palastrevolutionen, dynastischen Morden und Familientragödien ꝛc. ꝛc. unter dem Hohngelächter[23]) Europas zu so deutlichem Ausdruck kam. Haremswirthschaft, Sultanslaunen, Paschawillkür sind ja sprichwörtlich geworden zur Bezeichnung eines verkommenen Regiments, und wahrhaftig, sie sind es nicht umsonst geworden.

Das ist der Türke — ungeschminkt[24]).

Nicht soll ihm etwa damit alle Culturfähigkeit überhaupt bestritten werden. Ich mag überhaupt keinem Gliede der menschheitlichen Familie die Befähigung zu Entwicklung und Fortschritt, d. h. die Existenzberechtigung absprechen — also auch nicht dem Türken, diesem europäischen Chinesen[25]). Herr Midhat Pascha, der bekannte liberalisirende Schönschwätzer und Möchtegern, weiß uns ja sogar ganz erstaunliche Dinge zu erzählen von dem gewaltigen Cultur- und Reformdrang, der plötzlich über seine Landsleute gekommen sei, und wie jetzt eine ganz funkelnagelneue Aera des Türkenreiches, eine Aera der Glückseligkeit und des Wohlergehens für alle Osmanen, ob Muselmann oder Christ, begonnen habe[26]).

Schade nur, daß er zum bessern Verständniß dieser neuen Aera auch gleich hinzuzufügen vergißt, daß, während er alle Verbesserungsvorschläge der Mächte[27]) zurückwies und zum Kriege drängte, seine eigenen großartigen Reformpläne gar elendiglich gescheitert sind an — einer Sultanslaune![28]), und wie schleunig er sich damals aus dem Staube machen mußte, und daß es ihm trotz seiner krampfhaften Anstrengungen nicht gelingen will, seine Rückberufung zu erlangen, ja daß diese gerade durch die Kriegserfolge immer unwahrscheinlicher wird! Das ist bezeichnend!

Nicht minder bezeichnend für diese neue Aera der Gesetzlich-

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

(Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845.)

(Fortsetzung.)

Stieber behauptet ferner, Wander's „verwerfliche Richtung" beweise sich, „indem er sich in einer höchst unpassenden Weise in politische, seinem Gesichtskreise ganz fremdliegende Angelegenheiten, theils als Redner, theils als Literat gemischt" hätte. Das sind Behauptungen ohne Beweis, mithin für den Richter gar keine Behauptungen, nur Urtheile. Und kennt denn Stieber Wander's Gesichtskreis? Wander hat vorzugsweise pädagogische Schriften und über die Hebung des Lehrerstandes zur Hebung der Volksbildung geschrieben, also über Gegenstände, die recht eigentlich in seinem Gesichtskreise liegen. Man sehe nur die zu den Akten gebrachten Atteste über Wander's pädagogische Befähigung und Amtsführung an. Uebrigens sind diese Urtheile des pp. Stieber eben nur seine. Dem Richter gegenüber hat der Ankläger gar kein Urtheil, er hat blos Thatsachen vorzutragen und zu beweisen. Wenn Stieber urtheilt, so verräth er eine begierige Vorgreiflichkeit in das Amt des Richters. Stieber's Ansichten von Wander's Streben sind, wie es scheint, aus den in hiesigen Wirthshäusern von dem Maler Schmidt gesammelten Notizen geschöpft.

Es würde unerklärlich sein, warum Herr Stieber erst nach so vielen indirekten Mitteln für die Verdächtigung Wander's umher sucht, wenn man nicht erkennen könnte, daß er an seinen Beweisen selber zweifelt. Er sagt nämlich selbst nur ganz behutsam, daß sich die Beschwerden gegen Wander zur Einleitung einer Kriminaluntersuchung zu eignen scheinen. Darum die Verdächtigung des Vereins, die Anlehnung an die Ansichten des pp. Crusius und Frey, die Hinweisung auf Wander's literarische Thätigkeit und die ihm daraus entsprungene Mißstimmung zwischen ihm und den ihm vorgesetzten Behörden.

Wenn aber hiermit nachgewiesen worden, daß alle Hintergründe, welche pp. Stieber seiner Denunziation gegeben hat, um Wander gleich von Anfang herein zu verdächtigen, und eine üble Meinung von ihm zu erwecken, damit die Saat der Anschuldigung einen um so gedeihlicheren Boden finde, entweder in Wahrheit nicht vorhanden sind, oder ihre Färbung für seine Zwecke erst von pp. Stieber selbst erhalten haben; so wird der Richter die besonderen Anschuldigungen um so reiner und uneingenommener betrachten können. Es sind diese gar mancherlei.

Stieber behauptet zuerst, Wander habe den Gewerbeverein „in Gemeinschaft mit dem in dem Rufe eines politischen Schwärmers stehenden Fabrikanten Schlöffel benutzt, um in solchem politische Reden zu halten, welche voll der gehässigsten Gesinnungen und Ausfälle gegen die gegenwärtigen Staatseinrichtungen und Zustände" gewesen wären. Diese Zusammenstellung Wander's mit Schlöffel, dem „politischen Schwärmer", wie Stieber sagt, ist eine absichtliche. Gleich und Gleich gesellt sich gern, und Schwärmerei ist ansteckend. Es ist gut, daß Wander vor einem beide Männer kennenden Richter steht. Ohne Schlöffel zu nahe treten zu wollen, ist doch ein großer Unterschied zwischen beiden Männern. Schwärmerei ist Wander nicht eigen, ein Verehrer des Humors kann kein Schwärmer sein. Wander ist Humorist, und Schlöffel in Wahrheit auch kein Schwärmer.

Stieber fährt fort: in Folge der von beiden in dem Verein gehaltenen Reden habe denn „der Verein bald eine traurige Richtung angenommen". Von nahe und fern wären demselben „Zuhörer aus allen selbst den untergeordnetsten Klassen der umliegenden Bevölkerung zugeströmt, nicht um hier ihre Wißbegier, sondern um ihre Neugier und ihren Kitzel an derartigen frechen und vorlauten Reden bei einem Glase Bier und einer langen Pfeife zu befriedigen." Ich rauche nicht Tabak und trinke auch kein Bier; aber es ist hier in Hirschberg bekannt, wie Stieber Bier, Bierbank und Tabak auch nicht verschmäht hat, um mit freisinniger Rede Verschwörer heraus zu locken. Wenn es aber wahr wäre, was Stieber redet, daß das Zuströmen der Hörer durch den Kitzel veranlaßt worden, der ihnen Ausfälle gegen die gegenwärtigen Zustände erregen, dann stände es sehr schlimm. Es würde dieser Umstand auf eine weit verbreitete Unzufriedenheit hindeuten, welche, wenn man die Leute aus der Zufriedenheit mit ihr heraus „kitzeln" könnte, für die Regierung kein Lob wäre. „Politische Schwärmer" giebt es doch unter Tausenden kaum einen, und von den übrigen 999 Besonnenen sind kaum zehn ansteckungsfähig. Die Behauptung Stieber's ist aber in Beziehung auf das die Zuhörer herbeiführende Motiv auch völlig unwahr. Es ist oben schon angeführt worden, und wird unten noch weiter angeführt werden, wie streng der Verein die Loyalität seiner Redner kritisirte. Mithin kann nicht der Kitzel an Ausfällen gegen die bestehenden Zustände die Hörer herbeigeführt haben. Stieber verdächtigt durch die angeführte Stelle den Verein in allen seinen Theilnehmern blos deshalb, damit der angebliche Kitzler nicht blos im eigenen mißliebigen Licht leuchte, sondern die Mißliebigkeit, durch den Reflex von den Gekitzelten auch noch verstärkt werden möge.

Die Begründung seiner allgemeinen Behauptungen, um nun auf diese überzugehen, sucht Stieber in den von Wander in dem Gewerbeverein gehaltenen Vorträgen.

Von diesen, welche Stieber politisch nennt, sagte er aus, daß sie „von der gehässigsten Gesinnung und voll von Ausfällen gegen die gegenwärtigen Staatseinrichtungen und Zustände" gewesen. Er nennt sie eine „Reihe von Vorträgen", „welche offenbar darauf hinaus gingen Mißvergnügen zu erregen und die Zuhörer zur Unzufriedenheit und Widersetzlichkeit aufzureizen." Die „Reihe von Vorträgen" besteht in — zweien.

Das Conzept des ersten befindet sich Fol. 10—14 actorum.

Ein für allemal will ich voraus bemerken, daß Wander vieles nicht gesprochen hat, was in diesen schriftlichen Entwürfen steht; er giebt nur nach, daß er seine Vorträge ungefähr danach gehalten hat.

(Erster Vortrag.) Dieser erste der incriminirten Vorträge ist, wie die Vereinsakten ergeben, in der zweiten Versammlung gehalten worden. In der ersten war der Beschluß gefaßt worden, sich von aller Politik fern zu halten.

Wander, der wie schon vorn angezeigt worden, zum Theil das Amt übernommen hatte, bei seinen Vorträgen die Hörer von strengeren gewerbwissenschaftlichen Vorträgen ausruhen zu lassen, machte sich nun den Spaß, seine Zuhörer auf komische Weise zu necken und zu mystifiziren. Er fängt also sehr bedenklich damit an, wie er nicht dafür stehen könne, daß er das Gebiet der Politik berühre.

Indeß beruhigt er die Hörer gleich wieder, sie sollten nur nicht über das Wort erschrecken, er verstehe es in einem sehr weiten Sinne, er verstehe darunter „alles, was den Menschen als Glied eines Gesellschaftsganzen bewege."

Diese Aufklärung ist etwas unklar, und ich glaube nicht, daß sie seine Hörer verstanden haben. Sie kann aber in dieser Ver-

keit, des Rechtes und der Humanität, welche die unterworfenen Völker in begeisterte Verehrer der Türken umwandeln soll, ist — um von der das Völkerrecht und ganz Europa verhöhnenden Freilassung und Rangbeförderung der Consulnmörder von Salonichi[29]), an welcher durch die faule Ausrede von einer bloßen „Transportirung" nach Widdin nichts geändert wird, nicht erst zu sprechen — ist, sage ich, die in der That recht vielversprechende Art und Weise, wie die von den Russen wieder geräumten Theile Bulgariens behandelt werden und die sich nicht treffender charakterisiren läßt, als durch jenes Telegramm, das ich jüngsthin zufällig im Wiener Türken-Moniteur las und welches lakonisch, als ob das so ganz selbstverständlich wäre, aus Adrianopel meldete: „Gestern wurden 57 Bulgaren gehängt"[30]) Auch der beiliegende Bericht der türkischen „Kölner Zeitung", den Sie vielleicht an anderer Stelle veröffentlichen[31]), entwirft uns ein recht heiteres, anziehendes Bild davon. Das nennen Die: Versöhnung, Reform, Civilisation![32]) Wirklich recht charmante Leute, diese Türken.

Recht drollig wirkte es ferner auf mich, als sich Herr Midhat jüngsthin zum Beweise des unbändigen Civilisationsdranges des Türken auf — den Araber und seine Cultur im Mittelalter berief — auf den Araber, der notorisch der Todfeind der Türken ist und dessen kurze Glanzepoche gerade an dem Dinge, so ziemlich dem einzigen, zu Grunde ging, das Türke und Araber gemeinschaftlich haben — dem Islam, der mit Wissenschaft und Forschung absolut unverträglich ist[33]).

Das Großartigste leistete Herr Midhat Pascha aber neulich, als er die Türken dreistweg als die Verbreiter und Vertheidiger der Demokratie und der Gleichheit von Alters her erklärte! Allah, steh' mir bei — das ist starker Tobak!

Wissen Sie — betreffs dieses vacirenden Staatsretters, des Midhat, trage ich schon lange einen schrecklichen Verdacht mit mir herum, der mir nachgerade zur Gewißheit zu werden anfängt. Ich sage mir, hinter diesem Manne, diesem angeblichen Pascha, der mit solcher bewundernswerthen Leichtigkeit die herrlichsten Dinge zu — versprechen weiß; der mit solcher Unverfrorenheit die paradoxesten Behauptungen aufstellt, aus schwarz weiß, aus weiß schwarz macht, kurz, der sich als solcher Meister in der höhern Zungendrescherei erweist, kann in Wahrheit nur einer unserer liberalen Schwatzmajore und Reichstagsmaulhelden stecken! Nur sie haben es in dieser edlen Kunst zu solcher Vollendung gebracht. Es wird mich wahrhaftig nicht im Mindesten wundern, wenn es sich nächstens herausstellt, daß der vermeintliche Midhat kein Anderer ist, als — unser Laskerchen! der, um auch während der Parlamentsferien der Welt das Gold seiner Reden nicht vorzuenthalten, als Pascha verkleidet, in Turban, Pumphosen und Kaftan, die europäischen Hauptstädte bereist und — redet. Der orientalische Schnitt seiner männlichschönen Züge kommt ihm dabei offenbar sehr zu Statten. Warten wir's ab, sage ich Ihnen.

Inzwischen aber wollen wir in unserem Thema fortfahren. Es sei mir fern, sagte ich oben, dem Türken die Fähigkeit zu cultureller Entwicklung überhaupt absprechen zu wollen. Auch ich glaube, daß er sich im beständigen Verkehr mit dem ihm heute so verhaßten „Franken" allmählig abschleifen, europäisiren wird. Aber sicher erscheint es mir, daß er, vermöge seines Asiatismus, in der Cultivirung weit hinter dem Slaven kommen wird[34]). Daß er stets nur in so weit kommen wird, als er sich von der heutigen Grundlage seines ganzen Wesens, dem Islam, dieser Religion des Stillstands, losgesagt hat (und das hat noch gute Wege), und daß er vor allem erst dann kommen wird, wenn er in die gebührenden Schranken zurückgewiesen ist, d. h. wenn er aufhört, ein Eroberer- und Ausbeutervolk zu sein[35]) und zum Arbeitervolke wird[36]). Verstanden-vous, Herr Midhat Pascha?

Ich habe hier des Langen und Breiten den civilisatorischen Werth des Türken mit dem des Südslaven verglichen. Ich that das, nicht etwa um, wie das jetzt vielfach geschieht, daraus die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Türkenherrschaft ableiten zu wollen, sondern um, soviel ich es vermag, die jetzt vielfach beliebte Türkenverhimmelung[37]) zu bekämpfen, die, meiner festen Ueberzeugung nach, ein Irrthum, und deshalb, wie jeder Irrthum, schädlich ist.

Nicht um danach die Berechtigung des Türkenregimentes zu beurtheilen habe ich jenen Vergleich angestellt, sagte ich oben. Denn selbst wenn wirklich die Culturstufe des Türken eine so viel höhere wäre, als die seiner Vasallenvölker (wie sie es nicht ist), was bewiese das? Wer von uns wollte daraus etwa das Recht seiner Herrschaft über dieselben deduziren? Seit wann finden wir es denn in der Ordnung, daß die „höhere" Rasse die „niedere", der „Gebildete" den „Ungebildeten" beherrsche? Der Südslave will nun einmal nicht unter dem Türkenregimente stehen — ich dächte, er hat uns das deutlich genug zu verstehen gegeben. Das hat uns zu genügen! Wir Alle wissen doch sehr wohl, daß die Unterjochung des einen Volkes durch das andere eine der verabscheuungswürdigsten Formen der Knechtschaft ist und daß nationale Freiheit und Unabhängigkeit die unerläßliche Vorbedingung aller wahren Cultur, wahren Fortschritts, wahren Wohlergehens bildet[38]).

„Aber der Russe, der Russe, denke doch an den Russen, der den Gewinn davontrüge und der mehr als alles Andere zu fürchten ist!" höre ich Euch hier ausrufen. Bon! sehen wir uns die Sache nun auch von dieser Seite an.

Gewiß — ich sagte das schon weiter oben — ist das heutige Rußland, unter welchem Begriff nicht das russische Volk, sondern allein das russische Regiment zu verstehen ist, dieser so zu sagen klassische Repräsentant des Despotismus, dessen einzige Prinzipien die Füsillade, der Galgen, der Mord, das Gift, der Kerker, die Tortur, der Diebstahl, die Erpressung, die Versklavung und die Verthierung sind — gewiß ist dieses Rußland aufs Aeußerste zu verabscheuen und zu bekämpfen. Jeder Machtzuwachs, jede Stärkung desselben ist eo ipso eine Schwächung aller freiheitlichen und culturellen Bestrebungen[39]). Darüber kann es unter Allen, die das Gute wollen, ja nur eine Meinung geben. Worüber man aber sehr verschiedener Meinung sein kann, das ist, ob denn auch wirklich die Befreiung der Südslaven vom Türkenjoche nothwendig zum Machtzuwachs des Czarenthums führen muß, und vor Allem, ob jene engherzige Politik, welche die Balkanvölker gewaltsam unter das verhaßte (?) Joch zwingen will, denn auch wirklich diejenige ist, welche jenen Machtzuwachs des Russen am sichersten und auf die Dauer zu verhindern vermag? Ich meinerseits bezweifle das äußerst stark.

Hört doch nur: Jene Völker wollen, das steht doch einmal fest (?), von der Zuchtruthe (?) des Muselmanns befreit zu sein, und wahrhaftig — sie haben Grund genug dazu. Ich an ihrer Stelle würde es auch wollen[40]). Ganz Europa aber ruft ihnen auf ihre Klagen und Vorstellungen im Chorus zu: „Nein, nein, das geht nicht, es muß Alles beim Alten bleiben, meine „Interessensphären" bedingen es, daß Ihr unter dem Regiment des Türken verbleibt, der „status quo", die „Integrität" der Pforte aufrecht erhalten wird. Ihr Slaven müßt nämlich immer hübsch getrennt und unter fremder Zuchtruthe gehalten werden, denn Ihr seid mir Eurer zu Viele (köstlicher Grund!); frei, fürchte ich mich vor Euch, Ihr könntet mir leicht das europäische Gleichgewicht in Unordnung bringen, ohne das ich nicht ruhig schlafen kann."

So werden diese Völker zu Sündenböcken für ihnen völlig fremde nnd überdies schändlich erlogene oder künstlich geschaffene „Interessen" gemacht, erfunden von einer elenden Staatskunst, die nur auf dem gegenseitigen Mißtrauen, dem Hasse und der Rivalität der Völker aufgebaut ist.

Nur Väterchen Czar allein macht eine Ausnahme. Er nimmt sich im Namen der Humanität und des Christenthums der verlassenen Stammverwandten an. Er schenkt ihnen Waffen, Führer, Geld zum Aufstande. Er beauftragt seine Diplomaten, ihre Sache vor den ersten Höfen Europas zu vertreten. Durch seine Bemühungen kommen feierliche Conferenzen zu Stande, in welchen es wieder sein Vertreter ist, der für die Verlassenen energisch einsteht. Und als, dank dem Uebelwollen der Mächte gegen die Unterdrückten und ihrer Gleichgiltigkeit gegen die Leiden derselben, auch dieser gütliche Versuch erfolglos bleibt, da schrickt der edle Czar selbst vor dem Aeußersten nicht zurück, um sein kaiserliches Wort einzulösen und die von aller Welt Verrathenen zu befreien: Er und alle Prinzen seines erlauchten Hauses ziehen an der Spitze seiner mächtigen Armeen zum Kampfe gegen den Moslem.

Sagt selbst: Ist es unter all diesen Verhältnissen, besonders wenn man noch die politische Unerfahrenheit und Kindlichkeit jener Völker in Betracht zieht, nicht so ganz natürlich, ja nothwendig, daß sie den Czaren-Erlöser zujubeln, sich ihm blindlings hingeben? Wie lange ist es denn her, daß wir klugen Deutschen den Kosaken-Befreier mit Hurrahrufen, Tücherschwenken und Festguirlanden empfingen[41])? Und die Franzosen zu Anfang dieses Jahrhunderts, die uns die großen Prinzipien der Revolution gebracht hatten, waren doch wahrhaftig keine Türken. Kurz, seht Ihr nicht, daß gerade jene ebenso herzlose wie kurzsichtige Politik, welche den Duldenden nichts anderes zu sagen weiß, als: „Der Bien muß" — daß gerade diese Politik die Balkanvölker am allersichersten dem Sklavenzüchter an der Newa in die Arme treibt?

„Es leben unsere Freunde, die Feinde!" Dieses Wort, das wir so oft triumphirend ausrufen, Väterchen mag es in dieser Zeit oft genug unter vergnügtem Händereiben vor sich hingebrummt haben[42]).

Und — darüber gebt Ihr Euch wohl selbst keiner Täuschung hin — durch die bloße Zurückschlagung des russischen Angriffs, und sei dieselbe, wie wir Alle hoffen wollen, auch noch so vollständig, ist an jener Sachlage gar nichts geändert. Der Russe sagt dann einfach, genau wie nach dem Krimkriege: „La Russie se receuille"[43]), um bald nur um so mächtiger gerüstet wiederzukommen, wo dann der grausig blutige Tanz nur um so erbitterter von neuem angeht.

Nehmt hingegen an, Europa hätte sich in offener, loyaler und energischer Weise der Bedrängten angenommen. Pro primo (erstens) wäre es gar nicht zu einem Kriege, höchstens zu einer kurzen Exekution gekommen. Vor dem ernstlichen Willen des unter sich einigen Europa hätte sich der Türke gutwillig gefügt, fügen müssen. Nur weil er die erbärmliche Uneinigkeit, die gegenseitige Feindschaft und Mißgunst der Mächte sah, und weil er insgeheim von einigen, besonders von dem „perfiden Albion" — d. h. der englischen Regierung — zum Widerstande aufgestachelt worden, konnte er diesen wagen. Und auch heute noch ist ihm, das ist mein fester Glaube, der Krieg nur dank eben diesem England möglich, welches ihm, in seiner bekannten Krämermanier, dasjenige liefert, was nach dem Montecuculi'schen Wort zur Kriegführung vor allem nöthig ist: das Geld![44]).

So nun, dank den vereinten Bemühungen Europas, zu der lang- und heißersehnten Freiheit gelangt — meint Ihr wirklich, jene Völker hätten nichts Eiligeres zu thun, als sie dem Czarenthum zu Füßen zu legen? Ich sage Euch, sie dächten gar nicht daran![45]) Dafür bürgt schon der altberühmte Freiheitstrotz und Freiheitsdrang des Südslaven. Und auch die Erfahrung zeigt es uns. Es sei hier nur an den heldenmüthigen Befreiungskampf der Serben gegen die Türken zu Anfang unseres Jahrhunderts unter Führung des Czerny Georg erinnert. Damals bot ihnen Rußland seine Hilfe an, wenn sie dafür seine „Oberhoheit" anerkennen wollten. Die Serben aber verspürten durchaus keine Sehnsucht nach der russischen Knute, wiesen die Anträge Rußlands zurück und erkämpften sich ihre Freiheit allein. (Und 1876—77? R. d. „B.")

Ueberhaupt ist es ja bekannt, daß erst durch das fortgesetzt feindselige Verhalten der europäischen Mächte, vorzüglich durch den blödsinnigen Slavenhaß des blödsinnigen Oesterreichs (das übrigens jetzt seine eigenen Slaven genau in derselben Weise den Russen zutreibt), und gerade erst in den letzten Jahrzehnten, die jetzige unumschränkte Hegemonie Rußlands über die Balkanvölker, in deren Geschmack dieselbe von Anfang an keineswegs lag, förmlich gewaltsam geschaffen worden ist. Daß der Slave von Hause aus keineswegs auch Russenschwärmer sein muß, zeigt uns übrigens auch zur Genüge, dächte ich, das Beispiel des Polen[46]).

Anmerkungen.

21) Siehe: „Nathan der Weise" von einem gewissen Lessing. R. d. „B."

22) Die Hiebe von Plewna wurden wohl vom Fatum auf den Rücken der Russen geschrieben, und nicht von den Fäusten der Türken? R. d. „B."

23) Die Russen haben sicherlich nicht gelacht, denn durch diese „Palastrevolutionen" 2c. sind sie um ihre Beute geprellt worden. R. d. „B."

24) Das heißt, wie unsere Großmütter sich ihn vorstellten, und wie der russische Rubel ihn zurechtgestutzt. R. d. „B."

25) (?) Uebrigens sind die Chinesen auch besser als ihr Ruf. Man muß sich überhaupt bei Beurtheilung der Völker die traditionellen Begriffsschablonen abgewöhnen. R. d. „B."

26) Thatsache ist, daß die Türkei seit 50 Jahren durchgreifendere Reformen bewerkstelligt hat, als irgend ein anderer europäischer Staat. R. d. „B."

27) Waren keine Verbesserungs-, sondern Lahmlegungs-Vorschläge. R. d. „B."

28) Die Türken sind leider die europäische Cultur noch nicht losgeworden. R. d. „B."

29) Ist ja gelogen. Die „Mörder" sind längst hingerichtet. Uebrigens ist der ganze Consulnmord auf russische Hetzereien zurückzuführen. Man lese nur die Berichte in englischen Blättern. R. d. „B."

30) Sehr schlimm das. Aber es ist „Krieg". Hat unser Correspondent die Erschießungen der Franctireurs und Niederbrennungen der Dörfer, aus denen ein Schuß gefallen, während

---

bindung nichts anderes heißen, als „Alles, was den Menschen als Mitglied einer Gesellschaft, also in seinen Verhältnissen zu Andern von Interesse sei. Diese Bedeutung ist freilich sehr weitgreifend. Wenn aber, fährt er daher mit Recht fort, auch von dieser Politik nicht mehr geredet werden sollte, so dürfte man sich nicht einmal mehr einen guten Abend wünschen. Ein Aengstlicher könne auch allerdings aus einem gewünschten guten Abend eine politische Unzufriedenheit heraus deuten; denn ein gewünschter guter Abend sei ein Wunsch, und ein solcher Wunsch könne annehmen lassen, daß man mit dem Tage nicht zufrieden gewesen sei, weshalb man einen besseren Abend herbei wünsche. Offenbar liegt bei der letzten Folgerung der ausgelassene Satz zum Grunde, daß er noch Wünsche habe, auch noch nicht befriedigt sei.

Man sieht, daß hier ein bloßes Wortgetümmel gemacht wird, wie denn auch der Redner sofort für seinen Scherz um Verzeihung bittet, aber bewiesen zu haben vorgiebt, daß man ohne Politik, seiner Erklärung nämlich, so wenig wie ohne Sauerstoff leben könne.

Ich glaube nicht nöthig zu haben, den Richter erst mit dem Beweis zu langweilen, daß hier weder von Politik, noch von Tadel der Gesetze, noch von Verbreitung von Unzufriedenheit die Rede ist.

(Fortsetzung folgt.)

— Ein Ausspruch Abdul Hamid's. In einer Audienz, welche der österreichische Botschafter, Graf Zichy, bei dem Sultan kürzlich hatte, erklärte letzterer: „Ich bestieg den Thron unter außerordentlich kritischen Verhältnissen, das Reich war in Folge jahrelanger Mißwirthschaft finanziell zerrüttet, der Krieg mit Serbien und Montenegro war ausgebrochen und in Bosnien und der Herzegowina nahm der Aufstand immer größere Dimensionen an, meine Armee hat Serbien bezwungen, und ich habe auf Intervention, namentlich der österreichisch-ungarischen Regierung, diesem Vasallen-Staate den Frieden wiedergegeben, ohne die Siege meiner Armee auszunützen und ohne in den Besitz jener Garantien zu gelangen, welche geeignet waren, die Ruhe meines Reiches vor einem Rückfall dieses treubrüchigen Ländchens sicher zu stellen. Auch mit Montenegro wollte ich Frieden machen und bin zu diesem Zwecke bezüglich der an mich gestellten Ansprüche bis zur äußersten Grenze gegangen, russische Einflüsse paralysirten jedoch alle meine Bemühungen, und die Banden Nikita's morden noch immer nach Herzenslust unschuldige Muselmanen und verheeren einen Theil meines Reiches. Was Rußland anbelangt, so ist es in mein Reich eingefallen, unter dem erheuchelten Vorwand, die slavischen Brüder vom türkischen Joche zu befreien, die Vorsehung hat jedoch die gerechte Sache beschützt und meiner opferwilligen Armee zu den glänzendsten Siegen verholfen; nichtsdestoweniger bin ich bereit, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, Frieden zu machen, natürlich einen Frieden, welcher meine Würde und die Unabhängigkeit meines Reiches zu wahren geeignet ist. Ich habe den Krieg nicht provozirt, er wurde mir von meinem unversöhnlichen Feinde aufgedrungen, und ich hätte also das volle Recht, erobertes Gebiet meinem Lande einzuverleiben; so könnte ich z. B. Suchum Kaleh und den ganzen Theil der von meinen Truppen besetzten Distrikte annektiren, allein mein Reich ist so groß genug und ich verzichte auf jede Annexion im Interesse des Friedens; ich habe 40,000 kaukasische Familien muselmännischen Stammes nach der Türkei transportiren lassen, um dieselben der Rache Rußlands zu entziehen, ich habe diese Familien nicht zur Revolte gegen ihre Autorität aufgereizt, kein Manifest an sie, so wie Zar Alexander an die Bulgaren gerichtet, diese Stammesbrüder haben sich beim Herannahen meiner Truppen für meine gerechte Sache erklärt und ich hielt es für meine heiligste Pflicht, dieselben unter meinen Schutz zu nehmen. Ich erkläre noch einmal, daß ich den Frieden wünsche, und zwar einen Frieden auf Grund der bestehenden Verträge."

Graf Zichy war von dieser gemäßigten, aber festen Sprache Abdul Hamid's auf das Angenehmste überrascht, beglückwünschte denselben zu den friedlichen Gesinnungen mit der Bemerkung, daß diese Gesinnungen den glänzenden Siegen der türkischen Armee die Krone aufsetzen und drückte die Ueberzeugung aus, daß ein Monarch, welcher, ungeachtet seiner ganz Europa in Erstaunen setzenden Erfolge eine solch' friedliche und gemäßigte Sprache führt, nur das Wohl aller seiner Unterthanen wünschen kann, und er es demnach gewiß als seine höchste Aufgabe betrachten wird, die erforderlichen Reformen in der Verwaltung des Reiches schleunigst durchführen zu lassen. Hierauf erwiderte der Sultan:

„Ich habe aus eigener Initiative meinen Völkern eine Constitution verliehen, welche geeignet ist, mein Reich auf neue und solide Grundlagen zu stellen und die Zufriedenheit und den Wohlstand aller meiner Unterthanen zu sichern; es ist mein sehnlicher Wunsch, daß jeder Einzelne meiner Unterthanen sich glücklich unter meiner Herrschaft fühle, und ich werde die genaue Durchführung meiner Constitution überwachen, um diesen meinen Wunsch so schnell als möglich zu realisiren."

— Gegen unsere neulichen Bemerkungen über den Begriff „öffentliches Amt" bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" unsere Definition „wäre sehr sinnreich, wenn „Amt" von ambire käme. Aber es kommt nicht davon, sondern von dem uralten germanischen Worte andbahti (gothisch) oder ambahti (mittelhochdeutsch), woraus allmählich ambet, ampt, zuletzt Amt ward. So ist zu lesen in Grimm's Wörterbuch, wo noch steht: „Diese Abstammung setzt den Begriff eines Dienenden (!) voraus", eines, der „im Gefolge eines andern ist" — ambactus, wie es wohl auch im mittelalterlichen Latein hieß. Paßt diese „Dienstbarkeit" auf einen Abgeordneten?"

Wir wollen hier nicht lange darüber streiten, welche Ableitung die richtige ist: die alte von ambire, oder die neuere von andbahti. Aber die Richtigkeit der letzteren zugegeben, was ist damit bewiesen? Dienen und in „Dienstbarkeit" stehn, sind zwei sehr verschiedene Dinge. Dem Volk zu „dienen" ist höchste Pflicht jedes Gesetzgebers und sollte sein höchster Stolz sein. Daß Friedrich „der Große" sich als Staatsdiener bezeichnet hat, dürfte Hrn. Professor Biedermann bekannt sein; und von dem Lehramt (der Ausdruck ist doch nicht falsch, Herr Professor?), das er selber an der Leipziger Universität bekleidet, wird er doch nicht behaupten, daß es ihn zur „Dienstbarkeit", zum Marschiren „im Gefolge eines anderen" verurtheilt?

Weitere Einwürfe hat Professor Biedermann gegen unsere Ausführungen nicht gemacht, woraus wir uns die Freiheit nehmen zu folgern, daß er keine zu machen vermag.

— Es giebt keinen Nothstand. Frankfurter Blätter bringen unterm 1. Oktober folgende Lokalnachricht: „Am Samstag wurde in der Wunderlich'schen Baumschule an der Mainzerlandstraße die Leiche eines jungen Mannes, welcher sich mittelst eines Pistolenschusses das Leben genommen, gefunden. Stellen- und Mittellosigkeit waren die Motive zur That." — Im 2. Quartal d. J. fanden in Frankfurt elf Selbstmorde statt, vom 12. bis einschließlich 19. September deren fünf. — Sodann wird in drastischer Kürze gemeldet: „Verflossene Woche wurden 78 Bettler mit 501 Tagen Haft bestraft." — Selbstverständlich hängt das Alles — den ersten Fall „vielleicht" ausgenommen — nicht mit dem Nothstande zusammen. —o—

des Kriegs von 1870—71 vergessen? Und die Türken haben es obendrein mit „Rebellen“ zu thun, gegen die man im civilisirten Europa noch ganz anders zu verfahren pflegt. Siehe die Pariser Commune! Und dann: wer hat denn den Krieg begonnen? Wer ist also für die unvermeidlichen Folgen des Kriegs verantwortlich? — Und die „lakonische“ Meldung der letzten russischen „Siegesdepesche“ von der Einäscherung eines türkischen Dorfs? Und die „lakonischen“ Meldungen der russischen „Siegesdepeschen“ von der systematischen Entvölkerung des Kaukasus? Und ꝛc. ꝛc. ꝛc.? R. d. „V.“

31) Er enthält nur Allbekanntes. R. d. „V.“

32) Es ist Krieg! R. d. „V.“

33) Vielleicht hat unser geehrter Herr Correspondent die Güte, uns den Unterschied, der in dieser Beziehung zwischen Koran und Bibel herrscht, auseinanderzusetzen. Wir haben ihn noch nicht entdeckt. R. d. „V.“

34) Erscheint uns durchaus nicht sicher. Bis dato ist der Durchschnittstürke dem Durchschnittsrussen unzweifelhaft in der Cultur überlegen. R. d. „V.“

35) Hat längst aufgehört! R. d. „V.“

36) Der Durchschnittstürke arbeitet mindestens ebenso viel wie der Durchschnittsslave. R. d. „V.“

37) Doch nicht bei Sozialdemokraten? R. d. „V.“

38) Ganz recht. Aber sollen deshalb die Türken aus den Ländern, in welchen sie jetzt wohnen, hinausgeworfen werden? Dann müßten den Türken die Slaven nachgeworfen werden, denn diese sind auch Eroberer. Und wir kämen so schließlich zu den wilden Thieren, die als „Urbewohner“ dort wie überall ein Recht hätten zu wohnen. Es gilt, die verschiedenen Racen auf dem Boden der Gleichberechtigung friedlich nebeneinander wohnen zu machen. Das war und ist das Ziel aller türkischen Reformbestrebungen (die „Karte Midhat“ mit eingeschlossen), die zu durchkreuzen der Zweck dieses Russenkriegs ist, wie es der Zweck der beiden letzten Russenkriege war. R. d. „V.“

39) Ergo umgekehrt jede Schwächung der Russen auch eine „Stärkung aller freiheitlichen und culturellen Bestrebungen“. Darum freuen wir uns über die „Türkensiege“. R. d. „V.“

40) Wenn unser Correspondent „an ihrer Stelle“ wäre, also in der Lage, die Verhältnisse genau zu kennen, statt auf die Lügenberichte der Rubelpresse angewiesen zu sein, würde er sicherlich anders urtheilen. R. d. „V.“

41) Ist nicht ganz richtig. Die Kosaken wurden, ihrer bestialischen Aufführung halber, an vielen Orten mit Mistgabeln empfangen und bedenklich oft todtgeschlagen. Man frage nur einmal die alten Bauernweiber aus den Gegenden, die damals von den Russen durchzogen wurden. R. d. „V.“

42) Väterchen scheint nicht gerade in so vorzüglicher Laune zu sein. R. d. „V.“

43) Rußland sammelt sich. R. d. „V.“

44) Und wer liefert dem Russen das Geld, der ebenso bankerott ist, wie der Türke? R. d. „V.“

45) Und Andere „sagen“: „Ich sage, sie dächten doch daran, weil — „der Bien muß“. R. d. „V.“

46) Mit den Polen, die früher ein mächtiges Reich hatten und sich den Russen ebenbürtig halten, ihnen außerdem durch die Religion feindlich gegenüberstehen, ist's denn doch ein ander Ding. Wie abhängig z. B. die Serben von Rußland sind, zeigt sich seit zwei Jahren. Uebrigens ist die ganze Voraussetzung von dem einigen und — freiheitliebenden Europa, das die Ketten der Südslaven bricht, eine Schwärmerei, mit der man sich nur zum Scherz beschäftigen kann. R. d. „V.“

(Schluß folgt.)

Correspondenzen.

Kopenhagen, 6. Oktober. Wie ich schon in meinem letzten Berichte erwähnte, haben es sich einige jüngere Mitglieder in der Partei, welche in Deutschland gearbeitet haben und Gelegenheit hatten zu erkennen, auf welche Art in Deutschland unser hohes Ziel zu erreichen gestrebt wird, angelegen sein lassen, ein frischeres und thatkräftigeres Erfassen der Mittel und Kräfte zu bewirken; aber es stellen sich denselben Hindernisse und Schwierigkeiten entgegen, die zu überwinden Zeit und Ausdauer erfordern. Immer und immer wieder bei unsern Zusammenkünften wurde betont, daß das Allernothwendigste und Unerläßlichste Aufklärung über das Wesen des Sozialismus, und dessen was wir können und sollen, sei. Der größe Theil der Mitglieder verlangt eine andere Organisation und der jüngst stattgehabte Congreß ist diesem Verlangen auch nachgekommen, indem er das Programm weiter ausgebaut und den Centralvorstand auf folgende Punkte aufmerksam gemacht hat, die für die wichtigsten angesehen und in nächster Zeit durchgeführt werden sollen: a) Versammlungsgebäude; b) Schulangelegenheit; c) Aufstellung sozialistischer Kandidaten für Volksthingswahlen in solchen Kreisen, wo wenigstens eine große Minorität erwartet werden kann, und d) eine kräftige Agitation auf dem Lande. Dies alles ist wohl recht gut und schön, aber — Mittel und Kräfte fehlen, um es durchzusetzen. Die Mittel stecken in der Bauangelegenheit und sind 13,000 Kronen darin fest gefahren, der Grund ist erworben, weitere 12,000 Kronen zur Errichtung des Gebäudes sind in den jetzigen arbeitslosen Zeiten unter den Arbeitern nicht zu beschaffen und agitatorische Kräfte hat Dänemark, nach deutschem Begriff, noch gar nicht besessen, denn Pio war wohl ein tüchtiger Redner und Schriftsteller, aber er hütete sich wohl, Schüler zu bilden, welche ihm Conkurrenz machen konnten.

Zum weiteren Verständniß der hiesigen Verhältnisse muß ich noch hervorheben, daß die Organisation der dänischen Arbeiterpartei auf den Gewerkschaften beruht und jetzt das Streben zunächst darauf gerichtet wird, den Schwerpunkt in die politische Vereinigung (Sozialdemokratisk Lamfund) zu verlegen. Daß dabei noch mehr Einbuße an Mitgliedern stattfindet, darf uns aber nicht abschrecken, denn ohne dies Streben würde die Partei im Laufe dieses Jahres ganz zerfallen, denn von 32 organisirten Fachvereinen im vorigen Jahre gehören nur noch 12 zur Partei. Mit einem Wort, das Einsehen ist wohl da, daß es so nicht fortgehen kann und daß es anders angefaßt werden muß, aber die Wenigsten haben Lust, selbst zu denken und zu schaffen. — Um so erfreulicher ist es, zu beobachten, mit welchem Geschick und Eifer von einem Bruchtheil der Arbeiter die Sache angefaßt wird, um zum Ziele zu gelangen. Das Vorhaben geht auf nichts geringeres hinaus, als eine sozialistische Literatur und Discussion zu schaffen. Zu diesem Zwecke soll sich in der Partei eine möglichst zwanglose Vereinigung bilden, welche durch ihre Beiträge die Anschaffung sozialistischer Schriften ermöglicht, die dann von den Mitgliedern ganz oder absatzweise übersetzt, vorgelesen und diskutirt werden sollen. Fast alle, welche sich an der Gründung betheiligen, sind der deutschen Sprache mächtig und daher auch die Fortgeschrittensten, sie haben den festen Vorsatz, das angestrebte Ziel trotz aller Hindernisse zu erreichen; auch wenn nur Wenige sich anschließen sollten. Mit der Zeit wird die Mehrzahl der dänischen Arbeiter sich diesem Streben anschließen, davon bin ich überzeugt. — Früher schon gründete sich ein Agitatorenclub unter Pio's Leitung, der aber sehr bald zerfiel, da wohl naturwissenschaftliche Abhandlungen zum Vortrag gelangten aber nicht das was die Arbeiter erwartet hatten, nämlich Belehrung über das Wesen des Sozialismus.

Ich schließe für heute mit der Hoffnung, nächstens über einen günstigen Fortgang berichten zu können.

Jürgen Gaardmand.

Leipzig, 7. Oktober. Um die Parteigenossen auch über den Gang der Agitation in Sachsen wenigstens theilweise auf dem Laufenden zu erhalten, halte ich es für meine Pflicht, über die von mir in letzter Zeit abgehaltenen Versammlungen zu berichten. Der Zweck derselben war neben der Verbreitung unserer Parteiprinzipien hauptsächlich die Einführung der neugegründeten Lokalblätter und sprach ich in Folge dessen am 8. September in Colditz über die politische und wirthschaftliche Lage des Volkes und die Herausgabe des „Muldenthaler Volksfreund“. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung löste der überwachende Bürgermeister Müller die Versammlung auf und zwar mit der wunderbaren Begründung: weil der Vorsitzende die laut gewordenen Mißfallensäußerungen, als welche der Herr Bürgermeister die Heiterkeit eines Theils der Anwesenden bei einer von mir gethanen Aeußerung bezeichnete, nicht gerügt habe. Da der angestrebte Zweck durch meinen vorherigen Vortrag bereits erreicht war, gingen die Anwesenden ruhig auseinander, doch hielt ich es in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden für meine Pflicht, durch eine energische Beschwerde an die königl. Amtshauptmannschaft für die Zukunft einer so eigenthümlichen Auslegung des Versammlungsgesetzes vorzubeugen. — Am 9. September sprach ich in Wechselburg über die Bestrebungen der Sozialdemokratie und am 10. in Lunzenau über den Sozialismus und die Wissenschaft; an beiden Orten zugleich über die bevorstehende Herausgabe des „Muldenthaler Volksfreund“, und wie die Erfahrung gelehrt hat, nicht ohne Erfolg, da das Blatt jetzt schon an den verschiedenen Orten eine stetig steigende Abonnentenzahl besitzt. Auf Einladung der dortigen Genossen sprach ich dann am 15. September in Netzschkau über die Bedeutung der Presse und den orientalischen Krieg, nahm am folgenden Tag in Reichenbach an einer Conferenz der Parteigenossen des 22. sächsischen Wahlkreises Theil, in welcher die Gründung der „Voigtländischen Freien Presse“ nach meinen Vorschlägen beschlossen wurde und hatte Nachmittag noch Gelegenheit, Genossen Wiemer in einer Volksversammlung, in welcher er über den Untergang des Kleingewerbes sprach, zu unterstützen. Auf der Rückreise hielt ich dann am 17. September noch eine Versammlung in Werdau ab, in welcher ich an Stelle des von unserer Seite aufgestellten Candidaten, Hrn. Advokat Freytag, über die bevorstehenden Landtagswahlen referirte. Den Schluß meiner bisherigen Agitation bildeten drei am 29. und 30. September und 1. Oktober in Elsterberg, Treuen und Lengenfeld im Voigtlande abgehaltene Versammlungen, in welchen ich Vorträge hielt über die politische und wirthschaftliche Lage, die Bedeutung der Presse für das Volk und über den Untergang des Kleingewerbes und den Sozialismus. Sämmtliche Versammlungen nahmen einen durchaus günstigen Verlauf, nur in Treuen fühlte sich der Herr Bürgermeister Rebel berufen, den Staat zu retten, indem er mir gegen das Ende meines Vortrages bei einer Aeußerung über das Militärwesen das Wort entzog und als ich dagegen protestirte, sofort die Versammlung auflöste. Die Treuener Genossen sind ihrem Hrn. Bürgermeister sehr dankbar, daß sich derselbe in dieser Art und Weise Mühe giebt, für uns Propaganda zu machen, nur wünschen dieselben, daß sich die Energie dieses Herrn auch auf anderen, ihm noch näher liegenden Gebieten zeigen möge. Wie man hört, ist schon seit Jahren dort über die städtische Verwaltung keine Rechnung gelegt worden, so daß die dortigen Steuerzahler nie erfahren können, wofür die von ihnen aufgebrachten Gelder im Einzelnen eigentlich verwendet werden. Nun, die „Voigtländische Freie Presse“ wird sich Mühe geben, auch in dieses Dunkel etwas mehr Licht hinein zu bringen und für Abstellung solcher Uebelstände das ihrige beizutragen. In Bezug auf die Versammlungen habe ich nur noch zu bedauern, daß ich leider in keiner derselben irgend welche Opposition fand und scheint mir dies wiederum zu beweisen, daß unsere Gegner entweder zu unwissend oder zu feig sind, um ihre gegentheilige Meinung öffentlich Mann gegen Mann zu vertreten, daß sie es im Gegentheil nach wie vor für bequemer halten, den so oft betonten „Kampf mit geistigen Waffen“ nur hinterrücks in ihren Blättern und Blättchen durch Verleumdung, Beschimpfung und Verdrehung unserer auf das wahre Wohl der gesammten Menschheit gerichteten Bestrebungen zu führen.

H. Oehme.

Erwiderung.

Den in Nr. 120 d. Bl. erlassenen Aufruf, von A. Kapell unterzeichnet, welchem wir im Wesentlichen beistimmen, pflichten wir aber in der Ausführung nicht bei, weil, wenn man ausschließlich Vorstandsmitglieder mit dieser Angelegenheit betraut, die in einer Conferenz für den Congreß gleichsam zurecht gemacht werden soll, bei sehr vielen Mitgliedern aus leicht erklärlichen Gründen Mißtrauen erweckt wird. Unterzeichnete Gewerkschaftsmitglieder in Leipzig erlauben sich nun folgenden Vorschlag zu machen: Sämmtliche Gewerkschaftsvorstände deutscher Gewerkschaftsverbände unterbreiten ihren resp. Mitgliedern die von A. Kapell in Vorschlag gebrachten Punkte von a bis f zur Discussion und ordnen über vorstehende Punkte Urabstimmung an. Man sieht also von einer Conferenz vollständig ab, weil sie mit unnöthigen Geldkosten verbunden ist und bereitet so innerhalb der Gewerkschaftverbände den Congreß vor, Zeit und Ort mögen dann die betreffenden Vorstände selbst bestimmen.

R. Willke. F. Schiffel. Nebel. F. Wuttke.
E. Seiferth. W. Taute.

„Rundschau“.

Die Filial-Expedienten nachfolgender Orte haben über Nr. 2 der „Rundschau“ abgerechnet:

Aschersleben, Achim, Altona, Augsburg, Apenrade, Annaberg, Ahrensberg, Aachen, Alveslohe, Bockenheim, Breslau, Barmen, Brandenburg, Bochum, Burscheid, Bornheim, Barmstedt, Barlt, Braunschweig, Bromberg, Bernburg, Calau, Cassel, Crefeld, Cottbus, Coblenz, Cöthen, Chemnitz, Duisburg, Dortmund, Delitzsch, Dörnigheim, Düsseldorf, Dessau, Ernsdorf, Eckernförde, Elmshorn, Erfurt, Edderitz, Frankfurt a. M., Flensburg, Fulda, Freden, Forst, Fürth, Seestendorf, Glückstadt, Göttingen, Görlitz, Greiffenberg, Gelsenkirchen, Goldlauter, Garding, Gablenz, Gohlis, Hemme, Hannover, Hanau, Harburg, Halle, Hildesheim, Halberstadt, Jüterbogk, Jeßnitz, Kalk, Kl.-Krotzenburg, Kiel, Kellinghusen, Kirchhain N.-L., Lokstedt, Lunden, Liegnitz, Lüneburg, Langenbielau, Leopoldshall-Staßfurt, Lesum, Lindenau, Lechhausen, Meldorf, Mölln, Marburg, Neumünster, Neustadt i. H., Nowaweß, Nordhastedt, Neundorf, Nürnberg, Osnabrück, Ottensen, Oldesloe, Peterswaldau, Potsdam, Pinneberg, Peitz, Rendsburg, Rheda, Rixdorf, Sossenheim, Sorau, Seth, Striegau, Schlesmig, Steele, Schönberg, Sühlen, Stelle, Schweidnitz, Spremberg, Schloßchemnitz, Tönning, Uelzen, Uetersen, Verden, Werden, Wandsbeck, Wüstegiersdorf, Wilster, Waldenburg, Wilhelmshafen. (Staßfurt ist im vorigen Verzeichniß irrthümlich als rückständig bezeichnet worden.

Briefkasten

der Redaktion. H. K. hier: Die Aufforderung gehört in das Organ der Schuhmachergewerkschaft. — F. E. in Eisenach: Im Königreich Sachsen schreibt das Gesetz die juristische Qualifikation zum Bürgermeisteramt vor. Der Sache hat also Recht. — S. in Leipzig: Sie wünschen, daß wir den Artikel der „Leipziger Volkszeitung“: „Der Kampf gegen die Sozialdemokratie“ einer Besprechung unterziehen sollen. Wir können Ihrem Wunsche nicht entsprechen, weil wir nicht jeden Angriff, den die untergeordnete gegnerische Lokalpresse gegen die Sozialdemokraten unternimmt, abwehren können und dann aber auch, weil jener Artikel so pöbelhaft-dumm ist, daß man nicht gern sich mit ihm befaßt. Nehmen Sie doch nur drei Punkte heraus: 1) Ein Fortschrittsmann, ein Demokrat, wie sich diese Sorte nennt, wünscht, daß der Sozialismus im Reichstage nicht vertreten sein möge, daß also die brennendste und größte Frage des Jahrhunderts im gesetzgebenden Körper unerörtert bleibe. 2) Der Fortschrittsmann hält seine Anhänger für Spitzbuben, auf welche er eine Razzia machen läßt. 3) Er läßt politisch unreife Menschen zu eifrigen Politikern machen und hält dieses der Sozialdemokratie angedichtete Kunststück für nachahmungswerth. Wollen Sie von einem fortschrittlichen Leitartikelschreiber vielleicht noch mehr? Und Sie würden an Dummheit von ihm mehr erhalten, wenn wir ihn zum Zorne reizten „das Rindvieh ist wie allbekannt, dem Rothen nicht sehr zugewandt.“ — Bern: Ihr Artikel befindet sich unter Correspondenzen in Nr. 118.

Quittung. Rprcht Bukarest Ab. u. Schr. 20,00. Lnd Hamburg d. Gb Ab. 100,00. H. Prz Wien Ab. u. Schr. 16,64. A. Hbr Constantinopel Ab. 4,20. Müller Glauchau Ab. u. Schr. 53,48. Fürmm Bremerhaven Schr. 30,00. Sctjn Wien Ab. u. Schr. 32,82. D. Blm Dornbirn Ab. 9,61.

Fonds für Gemaßregelte.

Rbntsch Tannenberg 0,90. Richter 0,75.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Hamburg. Dienstag, den 16. Oktober, Abends 8½ Uhr, bei Hrn. Hübner, gr. Rosenstraße 37:

Große Oeffentliche Töpfer-Versammlung.

Tagesordnung: Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Presse.

G. Klaws. [70

Hannover. Sonnabend, den 27. Oktober, findet die diesjährige [2,70

Todesfeier Ferdinand's Lassalle's

im „Ballhofe“ statt. Anfang halb 9 Uhr Abends. — Es ist Pflicht der Parteigenossen das Fest durch zahlreiches Erscheinen zu einem großartigen Volksfest zu machen. Karten sind bei Rudolph und Loges und in den Versammlungen zu haben. Das Comité: H. Rudolph.

Allgemeiner Deutscher Schneiderverein.

Leipzig. Montag, den 15. Oktober, Abends 8 Uhr, im Restaurant zum „Sophienbad“ (Colonnadenstraße):

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Neuwahl sämmtlicher Lokalbeamten. [1,00

NB. Sonntag, den 21. Oktober findet in der „Moritzburg“ zu Gohlis ein Kränzchen statt, wozu alle Collegen und Freunde hiedurch ergebenst eingeladen werden. D. Bev.

Neue Welt

Heft 1 Jahrgang III. (mit dem 1. Oktober a. c. beginnend)

ist versandtfertig und wird nur auf ausdrückliche Bestellung geliefert. Wir bitten also, rechtzeitig Nachricht hierher zu geben.

Leipzig, den 10. Oktober 1877.

Die Expedition der „Neuen Welt“.
Färberstr. 12. II.

Die Probenummer, zugleich Nr. 1
des
Beobachter der sozialen Literatur
— Bibliographischer Spezialbericht und kritische Revue aller Literatur-Erscheinungen auf den Gebieten der Sozialwissenschaft und der Propaganda pro und contra Sozialismus. — Redaktion: Franz und Carl Moor. — Monatlich 1 Mal. — Preis: 50 Pf. (bei der Post bestellt: ca. 60 Pf.) pr. Quartal — erscheint am 20. ds. Mts. und bitten wir Probenummern, die von uns, sowie von jeder Buchhandlung (auch von der Expedition des „Vorwärts“ in Leipzig) gerne gratis an Jedermann abgeben und versandt werden, nur gefl. sofort verlangen zu wollen. [3,60

Redaktion und Expedition
des
„Beobachter der sozialen Literatur“
in Zürich.

Nebenverdienst

durch Sammeln von Abonnenten auf das in unserem Verlage erscheinende Blatt: „Der Beobachter der sozialen Literatur“. (Ein für alle Kreise der Bevölkerung sich eignendes Blatt, auch bei dem Sozialismus Fernstehenden und bei Gegnern desselben mit Erfolg zu empfehlen!)

Der Abonnenten-Sammler erhebt den Betrag des Abonnements, zunächst nur für das Quartal Oktober-Dezember l. J. = 50 Pf. und hat uns mit der Adresse des Abonnenten nur 40 Pf. abzuliefern; er genießt also 10 Pf. Provision für jeden Quartalsabonnenten und zwar ohne weitere Mühe, da die Zusendung des Blattes von Nr. 2 an von uns direkt an die Abonnenten geschieht.

Nähere Mittheilungen erfolgen auf Wunsch brieflich und bemerken wir nur noch zum Voraus, daß Beibringung guter Referenzen (von wenigstens zwei uns genügend bekannten Parteigenossen) unerläßlich ist.

3,60] J. Franz & Co., 6 Rosengasse, Zürich.

Die Zukunft.

Sozialistische Revue.

Die hervorragendsten sozialistischen Schriftsteller des In- und Auslandes haben ihre Mitwirkung zu diesem Unternehmen zugesagt, dessen Aufgabe es ist, das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie in wissenschaftlicher Weise darzulegen und zu vertheidigen.

„Die Zukunft“ erscheint elegant ausgestattet monatlich zweimal in der Stärke von 1½—2 Bogen Lexikon-Format. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich:

beim Bezug durch die Post (Zeitungs-Preisliste Nr. 4394a) und den Buchhandel M. 1,25, ohne Bringerlohn;
bei direkter Zusendung unter Kreuzband: für das Inland und die Länder des Weltpostvereins M. 1,90;
bei Zusendung unter verschlossenem Couvert M. 2,50.

Bestellungen auf die Gratis- und Franco-Zusendung der am 15. September erscheinenden Probenummer wolle man an eine Buchhandlung oder an die Expedition richten.

Die Expedition der „Zukunft“.
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Neudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heine, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 122. Mittwoch, 17. Oktober. 1877.

Aus den Vereinigten Staaten.

Die National- und Staatswahlen sind vor der Thür, und die altgewohnte Rührigkeit der Parteien beginnt sich zu zeigen. Man sollte wirklich meinen, die beiden alten Parteien verträten große Grundsätze und Maßregeln entgegengesetzter Art, wenn man diesen Aufwand an Lunge und Papier, an Lügen und Stimmenschacher sieht — und doch giebt es in ihren Programmen keinen einzigen scharf unterscheidenden Zug mehr; es handelt sich lediglich um die Aemterbesetzung. Für die Volksmassen könnte es doch wohl gleichgiltig sein, ob Hinz oder Kunz das Amt kriegt, denn beide sind Gewerbspolitiker und käuflich, wenn sie nicht schon verkauft sind.

Der kürzlich verstorbene Vanderbilt, der Eisenbahnkönig, pflegte zu sagen: „Warum soll ich für die Wahleu Geld ausgeben? Ich kaufe mir meine Gesetzgeber billiger, nachdem sie gewählt sind." Und in der That geht der ganze Wahlspektakel diesmal fast nur von den Gewerbspolitikern aus (deren es freilich Hunderttausende giebt), und ihre Garde ist das Lumpenproletariat, welches nicht weniger zahlreich ist. Die Stimmgeber sind diesmal zurückhaltend, und man darf sich deshalb auf manche Ueberraschungen bei den Wahlergebnissen gefaßt machen.

Die in Louisiana drohende Untersuchung der Wahlbetrügerei, durch welche der jetzige Bundespräsident Hayes „in's Amt gezählt" wurde, ist glücklich dadurch vereitelt worden, daß die Beweisstücke verschwunden sind. Dagegen ist jetzt durch drei glaubwürdige, hochgestellte Zeugen so gut bewiesen, als es außergerichtlich bewiesen werden kann, daß der Oberbundesrichter Bradley, dessen Stimme in der Wahlcommission den Ausschlag für die Südstaaten zu Gunsten des Hayes gab, im Falle von Florida sein Gutachten zu Gunsten des Gegners Tilden schon fertig und seinem Sekretär zur Reinschrift abgegeben hatte, aber noch am Abend vor der Entscheidung sich durch Unterhändler bewegen ließ, in dieses selbe Gutachten den Namen des Hayes anstatt Tilden's zu setzen. Die moralische Niederlage des Herrn Hayes und seiner Helfershelfer ist also vollständig. Auch allen Mitgliedern seines Kabinets wird Mitschuld an dem Wahlbetrug oder sonst Skandale in der Presse vorgehalten. Unser lieber Landsmann Schurz war beschuldigt worden, sich durch große Summen für seine Wahlreden bei dieser und früheren Wahlen bereichert zu haben. Er leugnete dies in einer öffentlichen Erklärung des Sinnes, daß er stets blos Reiseentschädigung verlangt und genommen habe. Darauf wurde ihm öffentlich nachgewiesen, daß diese Entschädigungen viele Tausende von Dollars betragen haben. Ach, „wenn du doch geschwiegen hättest!"

Eine Verordnung, welche Hayes, wahrscheinlich auf Schurz's Rath, erließ, daß alle Bundesbeamten sich der thätigen Einmischung in die Politik zu enthalten hätten, hat in der republikanischen Partei böses Blut gemacht. Freilich war die ganze republikanische Parteiorganisation in den Händen der Bundesbeamten, welche eine gegenseitige Amtsdauer-Versicherungsgesellschaft bildeten. Diese Verordnung an sich erscheint ganz vernünftig und gerecht; denn die Diener des Volks sollen nicht seine Herrscher oder Vormünder sein. Allein unter unserer „vollkommenen" Verfassung nimmt die schlimmste Arglist gar leicht das trügerische Aussehen der Unschuld an. Herr Hayes beabsichtigt eine Verschmelzung der alten Parteien; dabei sind ihm die meisten alten Gewerbspolitiker beider Organisationen, besonders der republikanischen, hinderlich. Er will sie durch seine Beamtenanstellungs-Reform beseitigen, um seine Werkzeuge an's Ruder zu bringen. Entweder also rebelliren sie auf den Grund hin, daß sie als freie Bürger ein Recht zu aktiver Politik haben — dann kann er sie absetzen; oder sie gehorchen, dann sind sie fähig, seine Werkzeuge zu werden. Bisher aber haben nur ganz wenige abgedankt, die anderen regieren die Partei hinter den Coulissen weiter, und es hat noch verhältnißmäßig wenig Absetzungen gegeben. Denn erst muß das neue Government sehen, wie der am 1. Oktober zur Extra-Sitzung einberufene Congreß sich zu ihm stellt, ehe es kühner vorgeht.

Man kann es dem ꝛc. Hayes nicht absprechen, daß er das, was „faul ist im Staate Dänemark", reformiren möchte, daß er verschiedene wuchernde Krebsschäden unseres öffentlichen Lebens erkannt und auszuschneiden beschlossen hat. Aber ach — dazu fehlt ihm die Seelengröße! In einer Republik muß alle Reform vom Volke selbst ausgehen. Er hätte sofort bei seinem Amtsantritt erklären sollen wie folgt: Meine Erwählung ist nicht auf gesetzmäßigem Wege zu Stande gekommen — der gordische Knoten unserer Parteiverwickelungen mußte durchhauen werden — ich will auch nicht länger Präsident sein, als bis das Volk mein Amt neu besetzt haben wird — so lange ich es aber bin, will ich innerhalb meiner Befugnisse die Hand dazu bieten, daß das Volk sich aus seinen schmachvollen Parteifesseln erlösen kann, ohne einen Umsturz nöthig zu haben — auf, o Volk, und trage deinen Abgeordneten auf, daß sie im Verein mit mir die Unionsverfassung insoweit ändern, daß keine gordischen Knoten mehr sich schürzen können, daß lauter Neuwahlen stattfinden müssen, und daß die Verwaltung eine echte, ehrliche republikanisch-demokratische werden könne! Auf, o Volk, du hast allein die Macht, dich zu erlösen; brauche sie, und du wirst unwiderstehlich sein, wenn du auf verfassungsmäßigem Wege vorgehst und wachst, bis die Reform durchgesetzt ist!" — Hatte er so gehandelt, so würde das Volk durch seine Massenversammlungen die Reform mit Feuereifer angegriffen haben und wirklich durchgesetzt haben.

Aber ein Hayes ist dazu nicht der Mann; er geht am Gängelbande des großen Kapitals. Intriguen und Bestechungsversuche, Allerweltsbegütigung und Demagogenkünste sind seine Hilfsmittel. Er reist allerwärts im Lande herum und hält schöne Schmeichelreden — die hundertjährigen Jubelfeiern der vielen Schlachten des Revolutionskriegs geben ihm die Gelegenheit dazu. „Er macht sich Freunde mit dem ungerechten Mammon." — Es ist wohl kein Zweifel, daß aus den herrschenden, vom Kapitalismus vergifteten Klassen ein großer Reformer nicht mehr hervorgehen kann. Nirgends wäre seine Laufbahn gefahrloser als in den Vereinigten Staaten — aber es kommt keiner.

Unsere Partei wird diesen Herbst noch keine bedeutenden Wahlerfolge erringen können. Da wir keine weitverbreitete englische Parteipresse besitzen, so haben die in vielen Industriebezirken seit den Julivorgängen organisirten Arbeiter englischer Zunge zwar von den alten Parteien sich losgesagt und aus ihrer Mitte Vertreter in die Gesetzgebungen zu wählen beschlossen; haben auch wesentliche Punkte unseres Programms auf ihre Fahne geschrieben; sie haben jedoch zugleich erklärt, nichts mit den „Communisten" zu thun haben zu wollen. Dies würde für den Anfang völlig genügen; doch ist zu befürchten, daß sie bei der Auswahl ihrer Vertreter Mißgriffe begehen und dadurch ihren Einfluß an die „Greenbacks"-Partei und Granger"-Partei verlieren, welche sich ebenfalls „Arbeitspartei" nennen. In Louisville (Kentucky), wo unsere junge Partei neulich 6 von den 7 Stimmen der Stadt in der Legislatur errang, hat sie die Hilfe eines „Greenback"-Redakteurs Namens Blanton Duncan benutzt, welcher sie nunmehr an seine Partei fesseln wollte. Sie hat aber die Falle noch in der elften Stunde vermieden und sich ganz auf eigene Füße gestellt. Anderwärts dürfte dies weniger gelingen — der Angloamerikaner, in seiner Anbetung des Erfolgs, hat vor bedenklichen Bundesgenossenschaften keine Abneigung.

Durch schriftliche Urabstimmung der Sektionen der Partei hat sich eine Mehrheit der Stimmen für Abhaltung eines Partei-Congresses im November d. J. ergeben, welcher in Newark (New-Jersey) abgehalten werden wird. Ob die streng internationale Fraktion sich daran betheiligen wird, bleibt ungewiß. Es wäre zu wünschen, weil sie zu arm an Mitteln ist, um ein großes, weitverbreitetes englisches Parteiblatt zu erhalten, was blos die Gesammtpartei könnte. Hätten wir ein solches englisches Organ voriges Jahr gehabt, so hätten die Juli-Vorgänge unsere Organisation unter eine Million Stimmgeber zu verbreiten Anlaß gegeben. Die gesammte Partei zählt jetzt drei englische und acht oder neun deutsche Zeitungen, wovon zwei der letzteren täglich, eins dreimal wöchentlich erscheinen.

Der große Kohlengräber-Ausstand in Pennsylvanien wird ganz zu Ende sein, ehe Sie diese Mittheilung empfangen. Von einem theilweisen Siege kann nur auf wenigen Stellen — den kleineren Compagnien gegenüber — die Rede sein. Die drei größten Compagnien haben nicht 'nachgegeben. Welcher Geist diese belebt, davon zeugt die Erklärung des Herrn Sloan, des Präsidenten der einen, daß er „mit bewaffneten Rebellen nicht unterhandle". Wenn sie unterwürfig an die Arbeit gegangen sein würden, wolle er sehen, was er für sie thun könne" (für die verhungernden Kohlengräber nämlich).

Die großen Eisenbahnkönige haben der Vereinigten-Staaten-Regierung ihre Rechnung eingereicht, Rechnungen für Beförderung der Unionstruppen, deren Hilfe ihnen unentbehrlich war, um den gestörten Bahnverkehr wiederherzustellen und den Strike der Bahnarbeiter fruchtlos zu machen!!! Diese Rechnungen sind obendrein gepfeffert. Aus diesem einzigen Zuge ersehen Sie die wahrhaft groteske Unverschämtheit unserer Großkapitalisten.

Durch einen hochgestellten Vereinigten-Staaten-Militär lassen sie in dem letzten Hefte von „Harper's Monthly" beweisen, daß ein größeres stehendes Heer bei weitem billiger zu stehen komme als ein kleines, wie es jetzt ist — nur müsse man längere Zeitabschnitte und den zu verhütenden Schaden, den ein kleines Heer nicht verhüten könne, in Anschlag bringen.

Der gesammte Schaden, welchen der Ausstand und die Brandstiftung in Pittsburgh verursacht hat, ist jetzt auf 3 Millionen Dollars festgestellt. Diese Summe wird so eben gegen die arme Grafschaft, in welcher Pittsburgh liegt, eingeklagt.

Aus Berlin.

— 12. Oktober.

Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, welche in dieser Woche hier tagte, ist von ungemein untergeordneter Bedeutung gewesen. Katheder-Sozialisten, Manchesterleute, Schutzzöllner und Gewerkvereinler, alles im bunten Gemisch saß und redete dort und wurde schließlich immer unter einen Resolutionshut gebracht. Dieser Resolutionshut war aber so groß, daß zum Beispiel Vertreter und Gegner der criminellen Bestrafung des Contractbruchs friedlich ihn zusammen aufstülpen konnten und noch immer Platz ließen für diejenigen Herren Manchesterleute, welche, wie Braun und Oppenheim, gar nichts beschlossen haben wollten. Ueber den Normalarbeitstag war man einig, daß man ihn nicht wollte; auch in dem Auftreten und in der Feindschaft gegen die Sozialdemokraten. Hiervon machte fast allein Professor Adolf Wagner eine Ausnahme, der wenigstens vom Gegner lernen wollte und die planlose Produktionsweise verdammte; der in Bezug auf dieselbe den Staat, wenn auch nur in ganz palliativer und geradezu confuser Weise um Hülfe anrief. Confus war der Professor deshalb, weil er sich eine Organisation der Arbeit von Staatswegen hauptsächlich nur in der Beschränkung einiger Produktionszweige vorstellte. Doch einerlei, ob auch palliativ und confus — der Gedanke war sozialistisch, und wird erst der Anfang gemacht, so kommen wir auch zu gutem Ende, wenigstens vorläufig in der Theorie. Des kleinen Scharmützels zwischen Braun und Wagner haben Sie schon Erwähnung gethan; „unser Braun" war geradezu classisch, als er das Todesurtheil seiner manchesterlichen Theorien, mit denen er sich an 30 Jahre herumgeschleppt hat, in seiner eigenthümlichen Redeweise selbst aussprach. Doch so lange es ihm selbst gut geht, grämt er sich nicht um den Tod seiner langjährigen Anschauungen, das hat der edle Herr schon öfter bewiesen.

Unser Mäxchen hatte wie immer großes Pech. Seine Rede war natürlich die allerbeste und die allerlängste, seine Resolutionen die allerschönsten und doch hörten die gelehrten Herren den Dr. M. Hirsch gar nicht an — es herrschte eine Unruhe während der Rede, daß selbst ein mit Mäxchen befreundeter Correspondent sagte: „Ich möchte wohl etwas bringen über die Rede, aber ich verstehe absolut nichts" — und so trauert der edle Menschenbeglücker Hirsch zum so und so vielten male über eine selbst von den befreundeten Organen todtgeschwiegene Rede. Mäxchens „Gewerkverein" wird wieder, wie nach der bekannten Löwe-Versammlung in Moabit, den Klageschrei ausstoßen: „Hätte man mehr auf die ausgezeichneten Ausführungen des Herrn Dr. Max Hirsch gehört, so wären Beschlüsse von viel weittragender Bedeutung, ja von welterschütternder Tragweite gefaßt worden." Ein Hauptgrund der während der Rede Mäxchens herrschenden Unruhe war übrigens die Vertheilung unserer Revue, der „Zukunft", und da konnte man es den Herren Professoren allerdings nicht verdenken, daß sie diese Lektüre dem Salbader des Harmoniedoktors vorzogen.

Zum Schlusse der Generalversammlung wurde der geschäftsführende Ausschuß ergänzt, in welchem sich noch immer Herr Franz Duncker befindet. Die Herren Professoren scheinen sich demnach vor der Praxis der „sozialistischen" Forderung der Weibergemeinschaft nicht so sehr zu fürchten.

Uebrigens scheint Ehren-Duncker sich im politischen Leben wieder rehabilitiren zu wollen. In Königsberg läßt er durch einen früheren Redakteur seiner früheren Zeitung auf einem Handwerkervereinsfeste ein Hoch auf sich ausbringen und hier wird er nur von dem Besuche des Handwerkervereins abgehalten, weil an jedem Vereinsabend, da einige Mitglieder wissen, daß Duncker auf der Lauer steht, um wieder in den Verein einzudringen, zwei ominöse Fragen in den Fragekasten geworfen werden: „Was ist Weibergemeinschaft?" und „Was ist ein Pleitemacher?"

Der arme Lasker kommt seit einiger Zeit mit seinen „ideologischen Ansichten" in Bezug auf die Politik bei seinen eignen Parteigenossen sehr schlecht weg; besonders nach den reaktionären Gelegenheitsreden Forckenbeck's und Bennigsen's nennt man ihn einen unpraktischen Schwärmer; die „Magdeburger Zeitung" giebt sich ganz besondere Mühe, den Landtagsabgeordneten für Magdeburg in den Augen ihrer Leser herabzusetzen. Lasker hatte kürzlich eine Kritik Kant's geschrieben, die allerdings äußerst verworren und flach ist, aber auch nicht viel schlechter, als die meisten Preßerzeugnisse dieser Art — die „Magdeburgerin" bringt nun aus einer Kritik über die Lasker'sche Kritik unter der Ueberschrift: „Ein Schwerverwundeter" verschiedene Auszüge, welche derartige Hiebe gegen die tapfre „Mannesseele" enthalten, die man gewöhnlich seinem ärgsten Feinde nicht gönnt, vielweniger aber einem Parteigenossen. Doch der Bennigsen'sche Wind weht scharf in den Spalten der „Magdeburgerin" und er wird wegfegen den kleinen unpraktischen Schwärmer. „Solche Kerlchen kann ich auf die Dauer nicht brauchen", so mag Herr Bismarck wohl zu Bennigsen bei dessen Besuche in Varzin gesagt haben.

Die Theilnahme bei den Ergänzungswahlen der Wahlmänner zum preußischen Abgeordnetenhause im 1. Berliner Landtagswahlkreis am 10. Oktober war eine so geringe, daß beispielsweise im 150. Urwahlbezirk, wo die zweite Abtheilung zu wählen hatte, wegen Mangel an Wählern nicht einmal das Wahlbureau constituirt werden konnte und somit die Wahl überhaupt unterbleiben mußte.

Der frühere Redakteur der „Germania", Herr Cremer, der jetzt an der „Bavaria" in Würzburg beschäftigt ist, war wegen eines Artikels aus Baiern, welcher eine Beleidigung des bairischen Königs enthalten sollte, in erster Instanz freigesprochen worden. Das Berliner Kammergericht, an welches sich Tessendorff gewandt hatte, verurtheilte Herrn Cremer hingegen zu 2 Monaten Gefängniß, welches Urtheil auch vom Obertribunal vor einigen Tagen bestätigt wurde. Herr Cremer wird nun auf einige Zeit vom schönen Würzburg an den Plötzensee in die sandige Mark wandern müssen. — Nachdem ich aber so in meinem Berichte auf die „Schwarzen" gekommen bin, will ich eilig schließen, sonst ertönt es bald wieder von einem Bündnisse (plötzenseeligen?) der Rothen mit den Schwarzen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Graf Eulenburg, der preußische Minister des Innern, der Liebling des Königs, ein Mann von christlich-conservativer Gesinnung, hat seine Entlassung eingereicht und zwar, wie man sagt, aus Gesundheitsrücksichten. Bis jetzt ist Eulenburg eigentlich nie krank gewesen. Weshalb er geht, ist übrigens gleichgültig; was aber geschehen wird, wenn er geht, ist für das politische Leben in Deutschland immer von Interesse. Die jüngsten Reden der liberalen Führer Forckenbeck und Bennigsen deuten auf eine zweite verbesserte Auflage der Partei Knoblauch hin. von Bennigsen wird wahrscheinlich an Eulenburg's Stelle Minister, Lasker wird aus der natonalliberalen Partei gedrängelt und es entsteht eine liberal-conservative Partei (ein Theil der Conservativen, die Freiconservativen, und fast sämmtliche Nationalliberalen), die man dann die Partei Bismarck-Bennigsen sans phrase nennen kann. So wird sich denn immer mehr die Scheidung vollziehen — Regierungspartei und Oppositionspartei, welch letztere nach und nach mit der sozialdemokratischen identisch sein wird.

— Zum gesetzlichen Kindermord. Die „Thurg. Bltsztg.“, deren Gewährsmann längere Zeit in Herisau gewohnt hat und die dortigen Verhältnisse kennen kann, theilt als Beispiel, wie dort die Kinder im Dienste der Industrie und herzloser Eltern ausgebeutet werden, folgendes haarsträubende Bild mit:

„In den Sommermonaten des Jahres 1868 oder 1869 nämlich ist es vorgekommen, daß Alltagsschüler von 8 bis halb 12 Uhr die Schule und daneben noch 16—18 Stunden, sage sechszehn bis achtzehn Stunden, die Appretur besuchen mußten und zwar von Morgens 4 oder halb 5 bis halb 8 Uhr, und weiter von Nachmittags 1 Uhr bis Morgens 2 oder 3 Uhr, so daß die armen Kinder in den schönen Sommernächten gar nicht mehr in's Bett gingen, sondern das Bischen Schlaf, das ihnen gegönnt war, in der Nähe auf freiem Felde genossen, um am Morgen ja nicht zu spät wieder in die Fabrik zu kommen! Es klingt fast unglaublich, aber es ist Thatsache, die s. Z. von appenzellischen Lehrern in öffentlicher Versammlung constatirt wurde.“

Man wird wahrscheinlich einwenden, bemerkt hiezu der „Landbote“, daß seither die Verhältnisse besser geworden seien. Möglich, aber nach den Beobachtungen, welche die nationalräthliche Fabrikcommission gemacht hat, leider nicht anzunehmen.

— Gambetta hat am 9. d. M. in einer Privatversammlung in Paris (Belleville) zu seinen Wählern gesprochen. Das Bezeichnendste für diesen Stellenjäger ist jedenfalls die Anspielung auf seine Präsidentschaftscandidatur, indem er meinte, daß diejenigen, welche die „Regierungsgewalt“ durch ihr Auftreten verdienten, sie auch erhalten müßten. „Bevor ich sie erhalte, will ich sie verdienen, und ich werde sie von meinen Mitbürgern erhalten, wenn ich der Regierungsgewalt jemals würdig bin.“ Aus diesen Worten geht ja fast mit Deutlichkeit hervor, daß es sich bei dem ganzen französischen Wahlkampfe nur um eine „Republik“ Mac Mahon oder eine „Republik“ Gambetta handelt, und darum so großes Aufheben!? Frage man doch lieber Donna Blanca und sie wird antworten: „— — es will mich schier bedünken, daß sie alle beide — —.“ — Wegen seines Wahlmanifestes ist Gambetta am 12. d. M. abermals zu 3 Monaten Gefängniß und 4000 Mark Geldbuße verurtheilt worden.

— Einem — beiläufig recht albernen — Gerücht zufolge hätte Mac Mahon mehreren Communeflüchtlingen die Amnestie angeboten „unter der Bedingung, daß sie sich öffentlich gegen die Linke erklären würden“; das Anerbieten sei aber „selbstverständlich“ abgelehnt worden. Dazu bemerkt die „Frankfurter Zeitung: „Selbstverständlich haben die Flüchtlinge der Commune nicht geschrieen: ‚Nieder mit der Republik!‘“ — Nein, liebe Frankfurterin, aber ebenso „selbstverständlich“ würden sie nie rufen: „Es lebe die Republik — der Herren Thiers und Consorten!“ Und wenn Herr Thiers, dieser würdige Abgott der „Frankfurter“ und der — „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, besagten Communeflüchtlingen nach dem Mai 1871 und auch noch nach dem 16. Mai 1877 in die Hände gefallen wäre, dann würden sie unzweifelhaft mit diesem feigen Mordbrenner en gros, verglichen mit dem sogar die russischen Culturbanditen in Bulgarien humane und anständige Leute sind, sehr kurzen Prozeß gemacht haben, und das von Rechts wegen.

Beiläufig ist der Moment nahe, wo die „Frankfurter Ztg.“ durch die Logik der Thatsachen höchst unsanft belehrt werden wird, daß es für ein demokratisch-republikanisches Organ, wie die „Frankfurter Zeitung“ zu sein prätendirt, nicht blos eine unverzeihliche Prinzipienlosigkeit, sondern auch ein grober politischer Fehler war, sich vor den Schützlingen des Fürsten Bismark auf den Bauch geworfen zu haben, blos weil dieselben es für gut finden zu rufen: „Es lebe die Republik!“

Wir nannten das Gerücht albern. Das Anerbieten der Amnestie ist nicht unmöglich, ja nicht unwahrscheinlich; daß sie in diesem Fall zurückgewiesen werden mußte, „ist allerdings selbstverständlich“. Ganz unmöglich aber ist, daß die Bedingung öffentlichen Auftretens gegen die „363“ an das Anerbieten geknüpft worden sei. So — dumm ist selbst ein Mac Mahon nicht. Es ist dies eine honnette Tendenzlüge aus derselben Fabrik, welche die Verleumdung, Buffenoir sei ein klerikaler oder bonapartistischer Agent, in die Welt gesetzt hat. Sonst pflegte die „Frankfurter Zeitung“ für solche Gemeinheiten eine feinere Nase zu haben. —

— Herr Mac Mahon hat den Kreuzzug, welchen er seit seinem Amtsantritt gegen die französische Presse führt, nun auch auf die deutsche Presse ausgedehnt. Daß der „Vorwärts“ seinen Lesern in Paris nur noch ganz ausnahmsweise zukommt, haben wir bereits erwähnt. Aehnliches wird uns betreffs der „Neuen Welt“ gemeldet. Und jetzt erfahren wir weiter, daß das in Berlin erscheinende „Feuille d'Olivia“ (Oelblatt), welches sich die allgemeine Entwaffnung zum Hauptziel gesetzt hat und in demokratischem Geist redigirt wird, auf Befehl des französischen Ministeriums des Innern nicht mehr in Frankreich ausgegeben werden darf. Beiläufig, — damit die Bewundrer der „363“ nicht Wasser auf ihre Mühle bekommen, — sei hier bemerkt, daß unter dem liberalen, republikanischen Thiers die Presse um kein Haar breit besser behandelt wurde.

— Die belgische Regierung soll nach ziemlich bestimmt auftretenden Zeitungsnachrichten gesonnen sein, die Pariser Communards des Landes zu verweisen. Nicht unzutreffend dürfte die Vermuthung sein, daß diese Hatz lediglich auf Betreiben der „republikanischen“ Regierung von Frankreich in's Werk gesetzt wird. Und warum sollte die Bourgeoismonarchie Belgien der Bourgeoisrepublik Frankreich diesen Gefallen nicht erweisen? — Handelt es sich doch um die Verfolgung von Sozialisten, denen die Bourgeoisie überall, möge sie nun „republikanisch“ oder monarchisch angehaucht sein, todtfeind ist.

— Aus russischen Blättern. Der „Golos“ schreibt über die jüngst aus dem russischen Hauptquartier gemeldeten russischen „Siege“ im Kaukasus folgende feine Satyre: „Es stellt sich nun heraus, daß die von unseren Truppen am 2. und 3. d. errungenen Vortheile, wobei wir 83 Offiziere und 3300 Soldaten verloren, eigentlich gar keine Resultate im Gefolge hatten; man bewies hierdurch blos auf's Neue, woran übrigens Niemand zweifelte, daß der russische Soldat sich mit großer Selbstaufopferung zu schlagen versteht. Mutthar Pascha behauptet nach wie vor seine Positionen in der Nähe der russischen Grenze und bedroht hierdurch sowohl Alexandripol als auch unsern linken Flügel. Die Türken halten Groß-Jagni so stark besetzt, daß wir mehr als 3000 Mann verloren, ehe wir diesen Berg erobern konnten, und fragt es sich nun, woher die Türken dort das Wasser hernehmen, welches wir nicht finden konnten? Gesetzt jedoch, es sei dort wirklich kein Wasser vorhanden oder die Versorgung damit sei schwierig, woher kommt es nun, daß wir dies früher nicht wußten und davon erst nach einem Verlust von 3300 Mann erfuhren?“

Die „Nowoje Wremja“ kritisirt die russische Intendantur und bringt unter dem Titel „Einige schwarze Punkte“ folgende Episoden über die russischen Verpflegungsbeamten bei einer operirenden Armee in Bulgarien:

„Schon in Kischenew wüthete angeblich ein Orkan, welcher Unmassen von gepreßtem Heu nach allen Windrichtungen zerstreute. Später sollen Hunderttausende Pud Heu von dem erschossenen Intendantur-Beamten Borni verschlungen worden sein; ebenso wurde viel verdorbenes Mehl an Juden verkauft und nachdem diese es wirklich verdorben hatten, kaufte die Regierung das Mehl wieder an und ließ daraus Zwieback erzeugen. Die Intendantur machte noch eine neue Erfindung. Der Hafer sollte nach dem Gewicht für die Pferde verabfolgt werden und da fand man plötzlich keine Waage und den Soldaten füllte man die Säcke statt mit fünf Pud nach dem Augenmaße blos mit der Hälfte davon. In Kischenew lag ein andermal eine Masse Heu so lange, daß es der Verwesung überliefert wurde. Die Commission beschloß hierauf, für je ein Pud einiges Mehrgewicht auszufolgen, aber diese Maßregel wurde nur dann befolgt, wenn die Controle gegenwärtig war. — Während in Gabrowa die Truppen des Fürsten Imeretinski standen, bereitete man füglich in der Stadt selbst 18,000 Portionen Brod. Mittlerweile kam das achte Armeecorps angerückt und mit ihm selbstverständlich der Intendant, welcher plötzlich die weitere Zubereitung des Brodes unterbrechen ließ. Auf seine Anordnung wurde auch das Brod nicht mehr aus Tirnowa zugeführt, welches nur 40 Kilometer von Gabrowa entfernt ist, sondern aus Sistowa, welche Stadt 150 Kilometer weit von der Donau liegt. Aus Sistowa wurde also der Zwieback zugeführt, nicht aber der aus dem guten, frischen und billigen walachischen Mehle erzeugte, sondern der aus dem verdorbenen, jüdischen Mehle zubereitete, welches jahrelang in den Magazinen von Odessa gelegen hatte. Dieser Zwieback wurde also nach dem Schipkapasse geführt und man zahlte für jedes Fuhrwerk täglich die beachtenswerthe Summe von 7 Rubeln in Silber. In Gabrowa lag dann dieser Zwieback einige Zeit in Koth und Schmutz, und Diejenigen, welche für solche Zwischenfälle verantwortlich gemacht werden sollten, sind natürlich an der ganzen Affaire vollkommen schuldlos.“

Daß die meisten russischen Beamten Spitzbuben sind, das wußten wir längst; daß sie aber sogar das Leben ihrer Mitbrüder und das Wohl des Vaterlands dabei auf das Spiel setzen, das zeugt von einer niederen Gesinnung und Barbarei, die man nur mit dem Ausdruck „ächtrussisch“ bezeichnen kann.

— In Bulgarien hat die rauhe Witterung den Hauptarmeen bisher jede größere Operation verboten. Das einzig wichtige Ereigniß ist die Vereinigung der türkischen Reservearmee unter Schefket Pascha mit Osman Pascha, dessen Streitkräfte nun denen der Russen gleich, wo nicht überlegen sein dürften. Es wird vielfach bezweifelt, daß es vor dem Winter noch zu einer Schlacht kommen werde, und im russischen Hauptquartier scheint man zu der Erkenntniß gelangt zu sein, daß der Rückzug über die Donau ein Gebot absoluter Nothwendigkeit ist. Freilich, den Rückzug für nothwendig erklären und ihn bewerkstelligen, das ist zweierlei. Wohl selten war eine Armee in fatalerer Lage, als jetzt die Russen zwischen Donau und Balkan, die weder vorwärts noch rückwärts können.

Der Gesunheitszustand der russischen Armee verschlimmert sich von Tag zu Tag; nach einem Bericht des Londoner „Herald“ sind bis zum 9. Oktober binnen 20 Tagen 15,000, in Buchstaben fünfzehntausend russische und rumänische Soldaten gestorben. Die frisch heranrückenden Truppen reichen nicht einmal aus, die durch Krankheit und das Schwert der Türken geschlagenen Lücken auszufüllen.

In ihrer Verzweiflung drängt die russische Regierung den armseligen Milan zum Kriege. Der gekrönte Jämmerling scheint auch für russische Rubel seine Soldaten auf die Schlachtbank schicken zu wollen. Ernsthafte Verlegenheit kann er der Türkei allerdings jetzt nicht mehr bereiten; die Pforte geht deshalb sehr resolut gegen ihn vor und wird, wenn er nicht sofort Friedensbürgschaften giebt, seine Absetzung dekretiren. Die Macht, ihre Drohung zu verwirklichen, dürfte der Türkei wohl nicht fehlen.

— Herrn Podeck's Noth und Klage. Nummer 276 des „Leipziger Tageblatts“ (vom 3. Oktober) enthielt folgende Notiz:

„Lernt ackern! Man sollte glauben, daß die Menschheit den Verstand verloren hätte, wenn man hört und liest, wie die Sozialdemokraten ihren utopischen Zukunftsstaat organisiren wollen. In ihm gilt nur ein öffentliches und gemeinschaftliches Eigenthum, der Staat ist der große Grundherr, der Grund und Boden an die Communen vertheilt oder verpachtet. Jeder Bürger, ob Handwerker, Kaufmann, Bauer oder Gelehrter, ist — hört! hört! — verpflichtet, täglich mindens drei Stunden zu ackern auf dem ihm vom Staate angewiesenen Stück Land, welches, wie die Arbeitsinstrumente, nicht ihm, sondern dem Staate gehört, der alles Land an Ackerbaugenossenschaften verpachtet. Verpachtet! Wie paßt denn die Spekulation in den Gleichheitsstaat? Wo bekommt der Pächter das Kapital her, welches ja gemeinschaftliches Eigenthum ist? Wann soll denn der Gelehrte Studien machen, wenn er zum Ackern commandirt wird? Was braucht man bei einem idyllischen Ackervolke überhaupt noch Stände? Soll etwa der Kaufmann auch nur für den Staat sein Gewerbe treiben? Auf alle diese Fragen giebt es nur die Eine Antwort: „Unsinn!“ Diesen Unsinn predigt das sozialistische Blatt „Vorwärts“, aber glücklicherweise ist der ehrenwerthen Arbeiterbevölkerung der gesunde Menschenverstand noch nicht abhanden gekommen, solche unverdaute, lächerliche Schilderungen eines Staates zu glauben, der nach allen Richtungen in das Gebiet der Unmöglichkeit gehört. Sollte es aber doch welche geben, die ein solches Utopien für möglich halten, denen rufen wir im Voraus zu: „Lernt ackern!“, damit der Zukunftsstaat und namentlich die Pächter mit den neuen Ackerfröhnern zufrieden sein können! Sonderbare Schwärmerei!“

Dies die Notiz des „Tageblatts“.

Die Redaktion des „Vorwärts“ forderte daraufhin die Redaktion des „Tageblatts“ auf, die Nummer des „Vorwärts“ zu nennen, in der ein derartiger „Unsinn“ gepredigt worden.

Da Herr Podeck in gewohnter Manier nur einen Waschzettel abgedruckt hatte, und erst auswärts Erkundigungen einziehn und sich mit einem fertigen Artikelchen versehen mußte, so dauerte es verschiedene Tage, ehe die verlangte Antwort erfolgte.

Sie kam in Nummer 283 — vom 10. Oktober; und was produzirt Podeck's Waschzettelfabrikant? Eine Stelle aus dem

---

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845).

(Fortsetzung.)

Von diesem Scherz geht der Redner zu einem andern über. Vor acht Tagen seien der Versammlung „die Vorbegriffe zu einer Reihe chemischer Besprechungen gegeben worden; es sei nun zwar wahr, daß die Chemie eine große Rolle in dem Gewerksleben spiele, aber es gäbe eine Wissenschaft, die doch noch wichtiger sei. Die Wissenschaft, die er meine, sei in allen allgemein menschlichen Beziehungen unentbehrlich, und doch würde in den cultivirtesten Staaten wenig dafür gethan.

Nachdem Wander auf diese Weise die Wißbegierde der Hörer auf diese noch ungenannte Wissenschaft genugsam gespannt hatte, nennt er überraschend die — „Chronologie“, führt aber sogleich aus, daß er weiter nichts darunter verstehe, als daß eigentlich jeder Mensch wissen müsse, in welcher Zeit er lebe, denn wer 1845 lebe, müsse erkennen, daß nicht mehr an der Zeit sei, was 1545 gegolten habe. Das „Vorwärts“ sei die Zeitaufgabe; ihr wolle auch, wie es vor acht Tagen ausgesprochen worden sei, der Verein huldigen; wenn man aber nicht wisse, wo man in der Zeit stehe, so könne man auch nicht ihr gemäß vorwärts gehen. Der Zeit, unserer Zeit solle denn auch Das entsprechen, was der Verein treibe. Die Zeit aber erfordere, daß sich der Mensch als solcher und als Bürger auffasse, nicht aber blos als Gewerbtreibender. Daß dies die Aufgabe der Zeit sei, habe schon Pestalozzi gezeigt.

Nimmt man, wie ich es hier gethan habe, aus diesem leicht hingeworfenen, nicht eben geordneten Vortrag einige noch unerwähnte Zwischensätze, als: daß man ohne Kenntniß der Zeit nicht einmal beurtheilen könne, was das öffentliche Leben und die Zeitungen, die es besprechen und jetzt so viel gelesen werden, Zeitgemäßes bringen, weg, so bleibt die Lehre stehen: es sei an der Zeit, daß sich der Mensch als solcher und als Bürger begreifen lerne, d. i. mit anderen Worten: in seiner allgemeinen Beziehung zu der übrigen Menschheit und zur Welt, wie in seiner engern Beziehung zu dem Staat, dem er angehört.

Dies ist Wander's erster inkriminirter Vortrag. Welcher Unbefangene kann ihn politisch nennen? Wo athmet er, wie ꝛc. Stieber denunzirt, „die gehässigste Gesinnung“? Wo sind die „Ausfälle gegen die gegenwärtigen Staatseinrichtungen“? Wo zeigt sich „die Erregung von Mißvergnügen“, „die Aufreizung der Zuhörer zur Unzufriedenheit“ oder gar zur „Widersetzlichkeit“ als „offenbares“ Ziel dieses Vortrags? Soll es eine Aufreizung zur Unzufriedenheit sein, wenn Wander seine Zuhörer ermahnt, sich um die Zeit zu bekümmern, in der wir leben, so ist die Aufforderung zur Kenntnißnahme von Jacquard'schen Weberstühlen, von Maschinengarn, von der Maschinenweberei, von der Dampfkraft und den Eisenwagen, und jede Aufforderung, von dem alten Schlendrian im Gewerbswesen abzulassen und sich um die neuen Erweiterungen der gewerblichen Gebiete zu bekümmern, ebenfalls eine. Oder wird dieser Vortrag etwa deshalb ein politischer, wie der Denunziant sagt: „eine Rede, deren Inhalt eigentlich nichts als lauter hämische politische Tendenzen und Anspielungen enthält“, weil Wander nebenbei darin sagt: „Wenn im Jahre 1845 Gespenster erscheinen, so würde man ihnen sagen müssen, daß sie in den Kalender der Versammlung nicht passen? daß manche Zeitungen einen Geist athmen, wie er höchstens auf Kirchhöfen in der Mitternachtsstunde wandeln könne? daß ein Volk Heuchelei treibe, das in seinem Thun ein vergangenes todtes Säkulum simulire?“ Wenn das politische Reden sind, so giebt es kaum eine harmlose Gesellschaft mehr, in welcher nicht strafbare Politik behandelt wird.

Der Vortrag hat, wie es mir scheint, das Bestreben, vielleicht das Bewußtsein, geistreich zu sein, wird deshalb manchmal etwas prasselnd und giebt sich ein gewisses Ansehen; erlaubte Dinge auf diese Weise zu besprechen, ist aber kein Verbrechen.

(Zweiter Vortrag.) Indeß wendet Stieber, obwohl er die Rede Wander's im Allgemeinen inkriminirt und auch diese mit seiner Denunziation überreicht hat, seine Aufmerksamkeit doch hauptsächlich auf die folgende in der „Reihe von Vorträgen“, welche aber damit schon wieder zu Ende ist. Kürzer kann eine Reihe nicht sein.

In der sechsten Versammlung des Vereins hatte, wie die Vereinsakten ergeben, der Superintendent Nagel einige Exemplare der Berliner Industrieausstellungs-Medaille mitgebracht und dazu eine sehr detaillirte und mit höchstem Beifall aufgenommene Auslegung der darauf befindlichen Figuren und Embleme gegeben. Es war die allgemeine und von mehreren Vereinsmitgliedern laut und wiederholt geäußerte Ansicht: Nagel habe Alles erschöpft, was sich nur irgend über die Medaille sagen lasse. Namentlich hatte Nagel eine bis in die kleinsten Einzelheiten gehende Schilderung der Germania gegeben. Wander, der seit der zweiten Sitzung keinen launigen Vortrag gehalten hatte, griff dies auf und trat in der nächsten, der siebenten Versammlung mit dem fol. 15 bis 21 act. befindlichen Vortrage auf.

Wander beginnt neckend damit, daß er bei Betrachtung der Medaille, die erst später zu seiner Ansicht gekommen, doch noch Eins und das Andere zu bemerken gefunden habe. „Ich will indeß“, sagt er, „nur nachträglich und zwar blos in Betreff der Germania mir mitzutheilen erlauben, daß a) die Germania sitzt, daß sie b) ein sehr trübes Gesicht macht, und c) daß ihre Lippen nur ein wenig geöffnet sind. Bei Betrachtung mit bloßen Augen hält man den Mund für geschlossen, nur durch die Lupe erkennt man die Oeffnung der Lippen. Ich will mich auf die Auslegung dieser nicht unwichtigen Symbole hier nicht weiter einlassen, es möchte nicht allgemein gewünscht werden. Aber im Stillen sich zu fragen: Warum sitzt Germania und befindet sich nicht in fortschreitender Stellung? Warum ist ihr Mund so fest zu, daß man die Perlenreihe ihrer Zähne nicht bemerken und bewundern kann? wird uns Allen wohl gestattet sein.

Wir wollen einstweilen bei der Betrachtung dieses als verbrecherisch geschilderten Satzes stehen bleiben.

Herr Stieber meint, er enthalte „geflissentlich hämische“ Bemerkungen, und sein Sinn sei kein anderer, als: „der gegenwärtige Zustand der Dinge im Staat sei ein betrübender, trauriger; die Regierung hindere das Volk am Fortschreiten und verbinde ihm gewaltsam den Mund.“ Diese Auslegung findet aber in den Worten Wander's keine Begründung. Man könnte zunächst sagen, die Germania sei keine Borussia, und Beide zugleich nur Nachahmungen der Dea Roma, einer Personifizirung und heidnischen Vergötterung der Stadt Rom, nicht des römischen Volkes. Die Borussia kann also auch nur als eine Personifikation Preußens, des Landes, genommen werden, nicht des Volks. Eine Germania aber könne keine Personifikation eines Landes Germanien sein, denn es gäbe keins; sprachlich, historisch möge es eins geben, aber nicht politisch und staatsrechtlich. Es gäbe nur Bundesstaaten und einen Staatenbund, und die im Bunde befindlichen Staaten hätten jeder besonders ihre Ba-

Dietzgen'schen Aufsatze gegen Samter in der „Wissenschaftlichen Beilage“ vom 10. August. Dort steht zu lesen:

„Die Sozialisten, besonders wenn sie die Mehrheit im Staate, und den Grund und Boden haben, werden stolze Leute sein, die ihre Sache selbst verwalten wollen. Also werden sie sagen: das Vaterland ist von jetzt ab Eigenthum der sozialistischen Gesellschaft; wer nicht dazu gehören will, mag auswandern, Neu-Caledonien und Sibirien sei dazu offen gehalten. Diejenigen alle, die bleiben, sollen im arbeitsfähigen Alter täglich drei Stunden ackern. Widerspruch ist nicht. Die Gewalt ist unser, und wir werden dekretiren: Von Rechtswegen! In Erwägung, daß das Ackerbauprodukt der Stoff ist, der Leib und Seele zusammenhält, die Grundlage oder erste Nothwendigkeit alles menschlichen Daseins, in Erwägung, daß diese erste und unbedingteste Nothwendigkeit ohne Arbeit nicht ehrlich zu erreichen ist, sind ohne Ausnahme alle Gesunden und Starken verpflichtet, der Gesellschaft Dienste zu leisten und also sie in Stand zu setzen, dem Gemeinwohl die unentbehrliche Unterlage zu schaffen u. s. w., u. s. w. Bei den Spezialitäten der Einrichtungen, wie viele pflügen und säen, wer die Pferde und wer die Rinder, wer die Eier, die Butter und die Buchführung besorgt, dabei wollen wir uns noch nicht aufhalten und durch unzeitige Sorgen nicht das Problem verwirren.“

Wer diesen Passus liesst, merkt sofort an dem ganzen Ton, daß es sich nicht um einen ernsthaften detaillirten Vorschlag handelt. Die unmittelbar vorhergehende Stelle des Aufsatzes sagt dies ausdrücklich. Sie lautet:

„Nun wollen wir vorübergehend einmal auf das Projekt des Herrn Samter eingehen, und für Aufhebung des privaten Grundeigenthums ebenso eintreten, wie für Aufrechterhaltung des sonstigen Privateigenthums. Aber dabei können wir ihm nicht den Gefallen thun, dem Bourgeoisstaat die Verwaltung zu belassen. Die Sozialisten“ u. s. w.

Das Wort „vorübergehend“ ist auch im Original gesperrt. Hätte Podeck's Waschzettelfabrikant diese Stelle mit abgedruckt, so hätte er sich handgreiflich ad absurdum geführt. Er hat ihn also wohlweislich weggelassen und denkt in seinem „ehrlichen“ Sinn, es gebe vielleicht den Einen oder Anderen von der bekannten nicht alle werdenden Sorte, der auf das verstümmelte Zitat „reinfallen“ werde.

Daß in dem Aufsatz das Wort „ackern“ nicht in dem beschränkten Sinn, dessen der Waschzettelfabrikant zu seinen Zwecken bedarf, gebraucht ist, sondern in einem weiteren Sinn nützlicher Arbeit, das sei nur nebenbei erwähnt. „A bissele Falschheit“ muß ja „allemal dabei“ sein.

Die Betisen vom Pachten und Verpachten im sozialistischen Staat schenken wir dem Hrn. Waschzettelfabrikanten; sie sind sein „geistiges“ Produkt, und folglich sein Eigenthum. Das „Leipziger Tageblatt“ hat keinen Theil daran und wir constatiren gern Herrn Podeck's Unschuld. Wenn wir uns seine Leistungen im Organ für Schweinsknöchel und Klöse ansehen, dann begreifen wir allerdings, daß der Gedanke dreistündigen „Ackerns“ ihm Grauen erwecken muß. —

Herrn Podeck und Podeck's Collegen aber geben wir beim Abschied den guten Rath mit auf den Weg: „Lernt ackern!“

— Am 11. Oktober ist vom Berliner Kammergericht das erstinstanzliche Urtheil wider den Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbund bestätigt worden, wonach die Schließung des Bundes für den Gerichtsbezirk Berlin aufrecht erhalten wurde und folgende Strafen verhängt worden sind: gegen Hurlemann 4 Wochen, gegen Hagendorf, Röhr, Beck, Dietrich und Krause je 60 Mark event. 14 Tage Gefängniß. Der Leiter des Centralbundes, Schöning in Hamburg, wurde freigesprochen.

Aus Heuchelland.

Stille Beobachtungen eines Berliners in London.

(Schluß.)

Da gerade auf die Polen hier die Rede kam, so sei es mir gestattet, hier parenthetisch jenes Manifestes Erwähnung zu thun, welches die Polen-Emigration (irre ich nicht, im Verein mit der russischen) vor längerer Zeit an die südslavischen Insurgenten gerichtet hat. Indem es dieselben auf's Eindringlichste vor einem Einlassen mit den russischen Freiheitshenkern warnt, das sie nur vom Regen in die Traufe bringen würde, unterläßt es aber andererseits nicht, ihnen für ihren Befreiungskampf die wärmsten Sympathien auszudrücken. Ich muß sagen, daß ich weder vorher, noch seitdem irgend etwas über die jetzigen bedeutungsvollen Vorgänge im Orient gelesen habe, was die Sache in so rationeller Weise auffaßte, was so sehr im Sinne der Freiheit, der Vernunft, der Cultur, der Menschlichkeit gehalten wäre, wie eben jenes Schriftstück. Bravo! Bravo![47])

Nicht um sie dem Czarenthum zu Füßen zu legen, sage ich, würden jene Volksstämme ihre junge Freiheit benutzen. Wohl aber würden sie abendländischen Ideen und abendländischer Cultur gar bald zugänglich werden und rasch zu freieren Staatsgebilden vorschreiten.[48]) Von dem alten verdorrenden Fluche der Türkenherrschaft[49]) befreit und unter der Hand des fleißigen Slaven würden jene herrlichen Länder ihren ganzen großartigen von uns ungeahnten Naturreichthum entfalten und die Ueberfülle desselben ausgießen nicht nur über jene Völker selbst, sondern über das ganze Europa, ihnen wie uns zum Wohle.[50]) Niemals noch hätte der alte Ister auf seinen Wogen solches Leben und Weben, so viel Handel und Wandel gesehen, als es dann der Fall wäre.[51])

Und — der russischen Raubgier wäre die Thüre vor der Nase zugeschlagen.[52]) „Väterchen“ hätte dann nichts mehr zu „befreien“, die alten Flausen von der „Culturmission“, vom „Christenthum“ und von der „Humanität“, hinter welcher die nordische Despotie seit fast zwei Jahrhunderten schon ihren Appetit nach der Balkanhalbinsel zu maskiren sucht, sie wären dann vollständig unbrauchbar geworden, hätten einfach keinen Sinn mehr.

Aber auch vor dem eigenen Volke hätte dann ein Krieg um die Balkanländer seine heutige Popularität verloren. Seine heutige Popularität, sage ich, denn es wäre ein Fehler, uns darüber zu täuschen, der Krieg ist heute populär beim russischen Volke.[53]) Und es ist das auch ganz natürlich. Das russische Volk sieht das feindselige Verhalten des ganzen Abendlandes gegen seine südlichen Stammes- und Glaubensbrüder, da bäumt sich — Druck erzeugt Gegendruck — das Rassengefühl natürlich hoch auf und fordert ein Einstehen für die Bedrängten. Nicht mit dem russischen Volke ist darüber zu rechten, das vielmehr hier einem schönen Zuge folgt, sondern mit Jenen, die durch ihre gehässige und ungerechte Behandlung des Südslaven den Rassenhaß gewaltsam provoziren. Wer Sturm säet, muß Sturm ernten. Wer den Rassenhaß säet, darf sich nicht wundern, wenn er Rassenhaß erntet.

Und nicht blos beim russischen Volke[54]) ist der „Befreiungs“krieg heute populär, er ist es ebenso bei den Slaven der türkischen Tributärstaaten, er ist es bei allen Slavenstämmen Oesterreichs, kurz er ist es bei der gesammten Slavenwelt. Gerade jene hochweise Politik also, die aus Angst vor dem Panslavismus den Slaven nicht genug geknechtet sehen kann, gerade diese Politik ist es, die den Panslavismus erst heraufbeschwört, indem sie spezifisch slavische Interessen schafft und so das ganze Slaventhum gegen sich in die Schranken ruft. Helft dem Slaven zur Freiheit und Ihr werdet ihn nicht mehr zu fürchten haben! Nur Sklavenvölker sind den andern furchtbar.

Es soll mich übrigens nicht wundern, wenn diese weise Politik schließlich noch das Unmögliche zu Stande bringt und auch die Polen dem Panslavismus[55]) zuführt.

Ich liebe es, nationale Vorgänge und Verhältnisse bei fremden Völkern auf analoge Fälle bei der eigenen Nation zurückzuführen. Man lernt so am besten jene verstehen — manches, was Einem bis dahin ungeheuerlich erschien, wird dann gar leicht begreiflich — und man erwirbt sich so am besten das Hineindenken und Hineinleben in die Ideen, Gefühle und Bestrebungen der andern Völker, das sie uns so viel näher bringt und jene weltbürgerliche Gesinnung, jene Hinwegsetzung über die Schranken nationaler Beengtheit in uns erzeugt, ohne die eine freiere Gestaltung der menschlichen Gesellschaft nicht möglich sein wird.

Nun — das gegenwärtige Verhältniß der russischen Nation zu den bedrängten Südslaven erscheint mir demjenigen ähnlich, in welchem wir Deutschen uns zu Schleswig-Holstein vor dessen sogenannter „Befreiung“ vom dänischen Regimente befanden. Die ganze Nation verlangte damals begeistert die Erlösung des „verlassenen Bruderstammes“ und das war recht von ihr[56]) — obwohl ja die dänische Herrschaft nichts weniger als eine türkische war. Keineswegs aber wollte damals das deutsche Volk unter jenem Rufe etwa zugleich auch die Annexion für die dynastischen Zwecke Preußens verstanden haben, in welcher es sehr gut nur eine Kräftigung aller reaktionären Strömungen in Deutschland voraussah. Dafür hatte es sich nicht begeistert.

Genau[57]) so ist es im gegenwärtigen Falle. Das russische Volk sieht die Leiden seines „verlassenen Bruderstammes“ und mit jenem schönen Hasse gegen das Unrecht, das eben nur dem Volke eigen ist, ruft es heute nach der Befreiung seiner Stammesverwandten. Hinter dieser mächtigen nationalen Strömung vermochten die Romanows ihre dynastischen Räuberzwecke zu verbergen, ja von ihr getrieben vermochten sie sich vor aller Welt auf sie zu berufen, worauf es ja selbstverständlich, aber in der Hauptsache unwesentlich ist, daß sie ihr Möglichstes thaten, die Flamme zu schüren. Sähe aber der Russe den Südslaven frei,[58]) freier als er selbst ist, dann natürlich wäre es mit der heutigen nationalen Bewegung zu Ende, genau so wie wir Deutschen gewiß nicht mehr nach der Befreiung Schleswig-Holsteins geschrieen hätten, wenn[59]) dieses aus einer dänischen Provinz etwa zu einer selbständigen Republik geworden wäre, einfach weil ein solcher Ruf dann gar keinen Sinn mehr gehabt hätte. Für die bloßen Eroberungsgelüste des Czarenthums, in dessen Stärkung auch das russische Volk sehr wohl nur eine Festerschließung seiner eigenen Ketten erkennt, würde es sich ganz gewiß nicht begeistern und mit der heutigen Popularität eines Balkankrieges wäre es gründlich vorbei.[60])

So von allen Seiten, sowohl von den Balkanvölkern selbst, als auch von Europa, statt, wie jetzt, unterstützt, entschieden zurückgewiesen, auf seine Velleitäten überall nur mit spöttischem Achselzucken empfangen, bliebe Väterchen und all den künftigen Väterchen, welche dem russischen Volke noch auferlegt werden, schließlich doch wohl nichts anderes übrig, als mit ihren „Befreiungs“plänen und mit ihrer „Culturmission“ gründlichst einzupacken.[61])

Ja noch mehr als das.[62]) Dem russischen Volke, welches das materielle und geistige Wohlergehen seiner südlichen Stammesgenossen unter dem Schirm der Freiheit sähe, welchem auch von dort aus die modernen Ideen und modernen Bestrebungen zuströmten, wäre dies unzweifelhaft ein mächtiger Ansporn mehr zum kräftigen Vorschreiten auf derselben Bahn.[63]) Und gewiß um ein Bedeutendes beschleunigt müßte damit die unausbleibliche große Revolution werden, deren sichere Vorboten wir in all den Einkerkerungen, Deportirungen und heimlichen Ermordungen sehen, die uns aus Rußland berichtet werden und die uns, nebenbei gesagt, allein schon zeigen, daß es wahrlich nicht, wie das jetzt in wenig internationalem Sinne mehrfach behauptet wird, das gar mächtig zur Einheit emporstrebende russische Volk, sondern eben nur das jetzige russische Regiment ist, von dem die Freiheit etwas zu fürchten hat.[64])

Mit einem Worte: Ein freies Südslaventhum, das seine Freiheit dem vereinten Europa zu verdanken hätte, wäre nicht, wie jene kurzsichtige Politik vermeint, eine Stärkung und ein Machtzuwachs für das absolutistische Rußland, sondern würde sich gar bald als ein mächtiger Schutzwall und zugleich als ein bedeutender Stützpunkt beim geistigen Angriffskriege gegen dasselbe somit als eine ansehnliche Schwächung seiner Position erweisen, genau in derselben Weise, wie es alle freigesinnten Elemente Europas von der Wiederaufrichtung Polens wünschen und erwarten.[65])

Es giebt meiner Ueberzeugung nach nur eine Lösung der orientalischen Frage, welche dem autokratischen Rußland nicht nur keinen Gewinn brächte, sondern die es geradezu zu fürchten hat, die ein vernichtender Schlag für dasselbe wäre, und das ist — die Befreiung, d. h. eine wirkliche, wahrhaftige Befreiung der Südslaven.[66]) Jede andere Entwicklung der Dinge muß früher oder später zu seinem Vortheil ausfallen. — —[67])

Die Lostrennung der Balkanländer vom Türkenreiche wird sich vollziehen, ob wir nun unsere Sanktion dazu ertheilen oder nicht.[68]) Eine jede Abfindung mit der Sache, welche diese Völker noch irgendwie unter dem muselmännischen Joche beläßt, wird keine Lösung der Frage, nur eine Hinausschiebung einer solchen sein. Jene Lostrennung wird sich genau so gewiß vollziehen, wie sich die Lostrennung schon so vieler einstiger Provinzen des niedergehenden Osmanenreiches vollzogen hat. Sie wird sich genau so gewiß vollziehen, wie sich der Sieg des Sozialismus über die heutige Gesellschaft vollziehen wird, einfach weil die Ursache da wie dort dieselbe ist: Daß nämlich das Streben nach einer höheren Culturstufe stets über die niedere triumphirt.[69])

Von dem Verhalten Europas aber wird es abhängen — und die bisherige Erfolglosigkeit des diesmaligen russischen Angriffs läßt uns hoffen, daß es zu dieser Entscheidung noch nicht zu spät ist — von dem Verhalten Europas wird es abhängen, in welcher Weise jene Lostrennung vor sich gehen wird: Ob sie zunächst nur zur Machtstärkung der nordischen Despotie führt und so sich allerdings zu einer ernsten, gar bald in neuen blutigen Conflikten zum Ausdruck gelangenden Gefahr für Europa, zu einem schweren Hemmniß für alle vorschreitenden Bestrebungen desselben gestaltet, das sich dereinst nur mit ungeheuren Anstrengungen wieder beseitigen lassen wird — oder ob sie sich direkt zum Vortheil der Freiheit und der Cultur vollzieht, indem sie ein neues, freies Staatswesen schafft, das sich gar bald als ein schätzbares Glied der europäischen Völkerfamilie, als eine wichtige Etappe auf dem Wege zur civilisatorischen Erschließung des Orients und zugleich als ein Haupthebel zum Umsturz des nordischen Colosses erweisen wird.[70])

Welcher dieser beiden Wege thatsächlich eingeschlagen werden dürfte, wenn Europa zu jener Zeit noch das Europa von heute sein wird, mit all' der Bornirtheit, mit all' der Ränkesucht, all' der Tücke, all' dem instinktiven Hasse gegen Alles, was nach Freiheit schmeckt, all' der Streit- und Raublust seiner heutigen Machthaber und sogenannten Staatsmänner, denen die Völker in grenzenloser Thorheit die Bestimmung über ihre wichtigsten Angelegenheiten überlassen — das dürfte nicht schwer vorauszusehen sein. Man wird die Balkanvölker, wie überhaupt das ganze Slaventhum, der czarischen Kreuzspinne in's Netz treiben, bevor man sich entschließen wird, sie selbst frei, wirklich frei zu machen.[71])

Und so ist es denn im vollsten Sinne des Wortes wahr, was in dieser Zeit von parteigenössischer Seite wiederholt ausgesprochen wurde: daß nämlich die Lösung, d. h. die rechte Lösung der orientalischen Frage nur mit der Lösung der sozialen Frage, d. h. mit der Schaffung freier Staatsgebilde in Europa möglich wird.

An uns aber, den Repräsentanten dieser bessern, vernünftigern Zukunft ist es, wie immer sich die weitere Entwickelung der für das fernere Schicksal Europa's so hochwichtigen Angelegenheit auch gestalten möge, schon jetzt die rechte Stellung dazu einzunehmen, sie aller Welt klar erkennen zu geben.[72]) Unserer durchaus unwürdig und zugleich ein klein wenig — lächerlich erscheint es mir, aus Furcht vor dem Kosaken an den Busen des Baschibozuks zu flüchten, aus Angst vor dem Czarenthum uns vor dem Großtürken zur Erde zu werfen.[73]) Ich dächte, gerade die proletarische Demokratie mit ihrer begeisterten Ueberzeugung von dem endlichen Siege der Idee über die Gewalt, der Menschlichkeit über die Barbarei, hat den finstern, menschheitsfeindlichen Gewalten des Depotismus glücklicherweise denn doch noch andere, edlere

varia, Saxonia u. s. w. Die Germania sei also das Symbol eigentlich eines — Nichts.

Indeß hat Wander zugegeben, daß er die Germania metaphorisch und symbolisch als Deutschland, besonders als Deutschland in seinen Handelsbeziehungen, ganz besonders also als die deutschen Zollvereinsstaaten aufgefaßt habe.

(Fortsetzung folgt.)

Zum Arbeiterausschluß in Nordamerika.

In Hüll' und Fülle prangt das Land,
Die Speicher sind gefüllt zum Rand,
Kaum fassen sie die Garben;
Und doch — es scheint nicht glaublich schier —
Giebt es noch Menschen, die allhier
Bei harter Arbeit darben.

Bei harter Arbeit können sie
Für ihre Lieben kaum mit Müh'
Das nackte Leben fristen;
Kommt endlich Krankheit noch in's Haus,
Dann bricht das Elend recht erst aus,
In diesem „Land der Christen“.

Und wenn der Wurm sich einmal krümmt,
Der Funke zünd't, der lang geglimmt,
Das Volk in Staub getreten,
Den Drängern seine Zähne weis't,
Die Sklavenketten wird zerreißt,
Schrei'n sie nach „Bajonetten“!

Nach Bajonetten, Militär!
Wenn Grant nur hier und Kaiser wär',
Sie gäben sich zufrieden;
Mit Allem, selbst mit einem Thron!
Um nur nicht den gerechten Lohn
Dem armen Mann zu bieten.

Auf, die ihr wirktet Tag und Nacht,
Am Eisenhammer, tief im Schacht;
Auf, die das Dampfroß füttern!
Ihr Proletarier All', erwacht!
Gewonnen ist schon halb die Schlacht
Und die Tyrannen zittern!

Doch braucht's in einer Republik
Nicht Feuer, Schwerte, Dolch und Strick,
Um Recht sich zu verschaffen;
„Die freie Wahl, das freie Wort“
Sei eure Zuflucht, euer Hort
Und starkes Wehr und Waffen.

Nicht „Lawyer“ und nicht „Reverend“,
„Den Mann, der eure Nöthen kennt,“
Wählt, das Gesetz zu machen.
Nehmt Männer aus den eig'nen „Reih'n“,
Dann wird euch bald geholfen sein,
Die beff're Zukunft tagen.

Dann wird dies Land nicht nur zum Schein
Der „Frei'n und Braven“ Heimath sein,
Und „Arbeit“ bringet „Fülle“;
„Seid einig“, wahret euer Recht,
Die Fesseln der Parteien brecht!
Vorwärts zum großen Ziele! —

R. Saur.

— Das Bezirksgericht Wasserburg in Baiern hat den Braumeister des Grafen Montglas zu Neumarkt a. d. R. wegen Bierpanscherei (Verwendung von Glycerin) zu 8 Tagen Gefängniß verurtheilt. — Etwas schlimmer, aber noch lange nicht schlimm genug, erging es einem Bierverfälscher in Crefeld, der überführt worden war, in 108 Fällen, mit Umgehung der Steuer, beim Brauen Traubenzucker verwendet zu haben. Das Düsseldorfer Appellationsgericht verurtheilte den Nichtsnutz zu 3214 Mark Geldstrafe bez. 6 Wochen Gefängniß.

— Ein „Krach“. Die Pommersche Ritterschaftliche Privatbank hat am 10. Oktober ihre Zahlungen bis auf Weiteres eingestellt. Soweit wäre alles in Ordnung. Was aber nicht in der Ordnung ist und was dem Staatsanwalt jedenfalls noch Gelegenheit geben wird, mit der Pommerschen „Ritterschaft“ ein ernstes Wort zu reden, ist der Umstand, daß von den eingezahlten Depositengeldern nicht weniger als neunzehn Millionen Mark fehlen sollen. Es läge also ein regelrechter Diebstahl vor — aber die großen — „Herren“ läßt man ja in der Regel laufen, wie männiglich bekannt ist. Nachträglich verlautet, daß sich der Direktor der Ritterschaftlichen Privatbank, ein Herr Papst, erschossen haben soll. Ein Beweis mehr, daß arge Spitzbübereien den „Krach“ verursacht haben.

und zugleich zuverlässigere Mächte entgegenzustellen, als — Großtürke und Baschibozuk![74])

Zeigen wir, daß wir uns immer und überall consequent bleiben, immer und überall dieselben sind. Zeigen wir, daß wir sehr wohl zu unterscheiden wissen zwischen den räuberischen Plänen der Dynasten und den heldenmüthigen Kämpfen der Völker um ihre Freiheit, so heimtückisch sich auch jene hinter diese zu verstecken suchen mögen. Zeigen wir, daß, wo immer ein Volk für sein Recht, für sein Menschenthum kämpfen und ringen mag, es auf die innigsten Sympathien der großen Partei der Unterdrückten, auf die wärmste Theilnahme Derer rechnen darf, die sich zu keinem anderen Zwecke zusammengefunden haben.[75])

Gerechtigkeit auch für den Slaven! Das ist es, warum ich Euch hier bitte.[76])

Nieder mit der Türkenherrschaft! Nieder mit der Russenherrschaft! Es lebe die südslavische Revolution! Das sei unsere Parole.[77])

Was mich bei alledem nur wundert, das ist, daß unsere Herren Bourgeois-Gegner, geistvoll wie sie nun einmal sind, in der Parteinahme der Sozialdemokraten für den vielweiberischen Türken noch nicht einen neuen Beweis für die bekannte Scheußlichkeit der sozialdemokratischen Grundsätze bezüglich der Ehe entdeckt haben. Das Ding liegt doch so nahe.

Sollte hinter dieser sozialdemokratischen Türkenfreundlichkeit wohl nicht am Ende die Präparirung für eine Massenbekehrung zum Mohamedanismus stecken, um auf diese Weise vielleicht die Anhänger nach und nach an die Vielweiberei zu gewöhnen, ohne welche es die Sozialdemokratie nun einmal durchaus nicht thut? Die Sache giebt viel zu denken.[78])

Ich hoffe jedenfalls, daß dieser praktische Wink nicht unbenutzt bleiben und der hier flüchtig hingeworfene Gedanke in entsprechender Weise weiter ausgeführt werden wird. Sehr wirksam müßte es z. B. sein, wenn man auf geschickte Art zu verstehen gäbe, daß einige hervorragende Führer sogar bereits das Meublement für ihre Harems angeschafft haben sollen! Kurz: Ein dankbarer Stoff. Wie wär's damit, theure Sozial-Klatschblase, oder auch Sie, edler Champion der Tugend, Unruh der Keusche?[79])

Anmerkungen.

47) Bravo! R. d. „V."

48) Sie „würden", wenn — Alles wäre, was nicht ist, und wie es nicht ist. Die Südslaven sitzen nicht losgelöst von der umgebenden Welt in Wolkenkukuksheim. Und wir auch nicht. R. d. „V."

49) Ist Türkenherrschaft schlimmer als Christenherrschaft? R. d. „V."

50) Wenn! R. d. „V."

51) Wenn! R. d. „V."

52) Von den („befreienden") Russen selbst oder von den übrigen europäischen Staaten, deren leitende Staatsmänner sich plötzlich zu der Politik unseres Correspondenten aus Heuchelland bekehrt und, in heiligem demokratischem Feuer, die Südslaven von Türken und Russen befreit? Eins ist genau so — wahrscheinlich wie das andere. R. d. „V."

53) Die Berichte der deutschen, französischen und englischen Blätter lauten sehr verschieden. Aber vielleicht hat unser Correspondent besondere Informationen, die dem profanen Zeitungsvolk nicht zugänglich sind. R. d. „V."

54) Russisches Volk, russisches Volk. Unser Correspondent hat wohl gelegentlich einmal die Güte, uns darüber zu belehren, ob es überhaupt ein russisches Volk, Volk in seinem, unseres Correspondenten Sinn gibt. Leute, die Rußland genau zu kennen glauben, bezweifeln es. Wie man öffentliche Meinung macht, ich dächte, darüber hätten wir in Deutschland so klassische Erfahrungen gesammelt, daß uns manchmal die Frage auf die Zunge tritt: Gibt es in Deutschland ein Volk? R. d. „V."

55) Ist keine Gefahr, denn jeder Pole weiß, daß der ganze Panslavismus ein russischer Regierungspopanz ist, den die „dritte Abtheilung" jeden Moment „außer Dienst" setzen kann. Der Panslavismus ist eine Schreipuppe, die auf einen Druck des Polizeifingers schreit und brüllt, aber nur von denjenigen für ein lebendes und gar gefährliches Wesen genommen wird, welche die — Rubelmährchen darüber glauben. R. d. „V."

56) Die Schleswig-Holsteiner ziehen gar komische Gesichter, wenn man von jener „begeisterungsvollen" Zeit redet; unter vier Augen theilen selbst die „nationalsten" Einem mit, daß sie elend „reingefallen sind, und daß das deutsche Volk im Allgemeinen und das schlewig-holsteinische im Besonderen bei der ganzen Affaire „der Dumme" gewesen ist. Es gibt sogar Leute — und es sind nicht gerade die politisch grünsten — welche sich des leisen Argwohns nicht erwehren können, jene Schleswig-Holstein-Erhitzung sei die sehr natürliche Folge künstlicher, vermittelst des noch ungetauften Reptilienthalers bewerkstelligter Einheizung gewesen. R. d. „V."

57) Ganz richtig. Gefühlspolitiker schwärmen für die Südslaven und wenn die Gefühlspolitiker ihre Schwärmerei verwirklichen könnten, würde Rußland die Südslaven in die Tasche stecken, gerade wie Preußen weiland die Elbherzogthümer. R. d. „V."

58) Wenn! Wenn! Wenn! 2c. R. d. „V."

59) Wenn! Wenn! Wenn! Wenn! 2c. 2c. R. d. „V."

60) Wenn! Wenn! Wenn! R. d. „V."

61) Wenn! Wenn! Wenn! R. d. „V."

62) Wenn! Wenn! Wenn! R. d. „V."

63) Wenn! Wenn! Wenn! Uebrigens gibt es Leute, die da meinen, das Beste, was dem russischen Volk hätte passiren können, sei gerade das schmähliche Fiasko der russischen Regierung im gegenwärtigen Krieg, so daß also die Türken die größten Wohlthäter des russischen Volkes wären — eine Anschauung die nicht ganz ohne. R. d. „V."

64) Das wird allerdings von Niemand bezweifelt werden. R. d. „V."

65) Wenn! Wenn! Wenn! R. d. „V."

66) Wenn! Wenn! Wenn! R. d. „V."

67) Wenn! Wenn! Wenn! R. d. „V."

68) Wenn! Wenn! Wenn! R. d. „V."

69) Der Vergleich würde bloß dann nicht hinken, wenn sich der Beweis führen ließe, daß die Türken auf einer niederen Culturstufe stehen als die Südslaven, und dieselben an der Erreichung einer höheren Culturstufe hindern — was unseres Wissens noch nicht bewiesen ist. R. d. „V."

70) Und unser Correspondent kann solche Hoffnungen auf „Europa" setzen, das Europa der Bismarcke, Mac Mahon, Andrassy, Disraeli? Die genannten Herren würden sich sehr geschmeichelt fühlen, wenn sie erführen, daß ein deutscher Sozialdemokrat eine — so hohe Meinung von ihnen hat. R. d. „V."

71) Aha! Da haben wir's ja! Ergo haben wir Recht. R. d. „V."

72) Unsere „rechte Stellung" kann Jeder aus unserem Programm herauslesen. Wir haben zu den Südslaven keine andere Stellung als zu allen sonstigen Stämmen und Völkern. Jetzt handelt es sich aber nicht um diese ideelle „rechte" Stellung, sondern um die reale „rechte" Stellung in der gegenwärtigen realen Krisis. Und da zwingt uns unsere ideale Stellung zu derjenigen realen Stellung, welche wir eingenommen haben. Unser Herr Correspondent, der 47 Briefseiten gebraucht hat, um uns zu bekämpfen, muß uns hier auf der 48., mit der er zum erstenmal den realen Boden betritt, recht geben, worüber wir uns sehr freuen. R. d. „V."

73) Wer war denn so lächerlich? R. d. „V."

74) Das denken auch andere. R. d. „V."

75) Bravo! R. d. „V."

76) Bravissimo! R. d. „V."

77) Blos die südslavische? So bescheiden sind wir nicht. Doch lassen wir die südslavische Revolution. Wäre auch schon recht schön, wenn es nur eine südslavische Revolution gäbe. Unser geehrter Correspondent hat sich durch die Heucheleien einiger heuchlerischen Zeitungen und Staatsmänner des „Heuchellandes" irreführen lassen. In der Politik wie überhaupt im Leben muß man sich vor aller Sentimentalität hüten, sonst — geräth man gar zu leicht einer beliebigen staatsmännischen Kreuzspinne in's Garn, wie es schon so manchem braven Demokraten ergangen ist, der, ohne es zu wollen, pour le roi de Prusse oder gar — wie z. B. der brave Flourens auf Creta — für „Väterchen" und dessen schnapsdustende Culturmissionäre gearbeitet hat. R. d. „V."

78) Dem Kladderadatsch empfohlen! R. d. „V."

79) Ditto. Nach diesen 79 Spezialnoten gelegentlich eine Generalnote. R. d. „V."

Correspondenzen.

Berlin. Unter der Bezeichnung: „Hausfriedensbruch" spielte sich am Donnerstag, den 4. Oktober, vor den Schranken der Hilfs-Criminal-Deputation des hiesigen Stadtgerichts ein Prozeß ab, dessen Einzelheiten in juristischer und politischer Beziehung interessant genug sind, um verzeichnet zu werden. Der Thatbestand war in Kürze folgender: Am 9. Februar d. J. war von einem fortschrittlichen Wahl-Comité eine allgemeine Wählerversammlung nach dem „Neuen Gesellschaftshause" (Cottbuserstraße 1) berufen. Da aus der Versammlungsannonce nicht zu ersehen war, daß der Zutritt zu der Versammlung von irgendwelchen Bedingungen abhängig sei, so war auch eine große Anzahl Sozialdemokraten in derselben erschienen. Nachdem Stadtrath Römstädt die Versammlung eröffnet hatte, hielt v. Saucken-Tarputschen seine Candidatenrede. Als dieser geendet, meldeten sich behufs an den Candidaten zu richtender Interpellationen auch einige Sozialdemokraten zum Wort. Herr Römstädt, der es ganz in der Ordnung fand, daß Herr v. Saucken die Sozialdemokratie in der — dümmsten Weise verleumdete, wollte eine Vertheidigung nicht zulassen. Der Fortschrittler meinte: Es sei dies eine Versammlung der Fortschrittspartei, in der von Rechtswegen Sozialdemokrattn keinen Zutritt haben. Die Versammlung war jedoch anderer Meinung und nach längerem Hin- und Herreden wurde mit Majorität beschlossen: unserm Parteigenossen Siegerist das Wort zu gewähren. Dieser hatte den, allen nationalökonomischen Wissens baren, Candidaten ein wenig in die Enge getrieben, weshalb sich ein fortschrittlicher Weißbier-Philister beeilte, als rettender Valentin in die Schranken zu treten. Genosse Hermann Grimpe sollte nämlich, nachdem der Candidat die Interpellation von Siegerist beantwortet, das Wort erhalten, da war jedoch bereits ein — Schlußantrag eingegangen. Die Abstimmung hierüber war äußerst zweifelhaft. „Ich beantrage die Gegenprobe," rief Grimpe. „Ich bitte, daß Sie sich ruhig verhalten; der Schlußantrag ist von der Versammlungs-Mehrheit angenommen wurden," herrschte der in diesem Augenblicke den Vorsitz führende Gasanstalts-Direktor Cuno unsern Genossen Grimpe an. — „Ich habe das Recht, die Gegenprobe zu verlangen; die Abstimmung war zum Mindesten zweifelhaft," versetzte Grimpe. „Wenn Sie nicht ruhig sind, so werde ich Sie aus dem Saale weisen lassen," bemerkte Cuno. Diese letzten Worte genügten dem wachthabenden Polizei-Lieutenant v. Manteuffel. Er faßte Grimpe am Kragen und nachdem ihm seitens des fortschrittlichen Bureau's noch ein zustimmender Wink gegeben worden war, beförderte dieser Hüter des Gesetzes mit Hilfe eines Criminal-Schutzmannes und unter verschiedenen, seitens der „gebildeten" Fortschrittler ertheilten Püffen und Fußtritten den unliebsamen Opponenten, der den Effekt der „geistvollen" Candidatenrede hätte zu nichte machen können, zum Saale hinaus. Der übereifrige Polizeibeamte denuncirte nun zunächst gegen Grimpe wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Er mochte jedoch noch zur rechten Zeit das Unsinnige seiner Handlungsweise einsehen, denn es wurde schließlich blos eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs gegen Grimpe erhoben. Aus den Verhandlungen im Audienztermine ist folgende Episode, als besonders interessant, hervorzuheben:

Vorsitzender Stadtgerichts-Rath Pinne: Herr Zeuge (Stadtrath Römstädt), Sie haben den Strafantrag gestellt? — Zeuge: Nein. — Vors.: Laut polizeilichen Akten haben Sie wohl den Strafantrag gestellt. — Zeuge: Ich habe bei meiner polizeilichen Vernehmung blos gesagt: Ich will dem Laufe des Gesetzes nicht hindernd in den Weg treten, aber einen Strafantrag habe ich nicht gestellt. — Vors.: Ich muß Ihnen bemerken, daß, wenn Sie den Strafantrag nicht gestellt hätten, die Anklage nicht erhoben worden wäre und laut den polizeilichen Akten haben Sie wohl den Strafantrag gestellt. — Zeuge: Ich habe bisher geglaubt, Hausfriedensbruch werde ex officio verfolgt, nur deshalb habe ich die erwähnte Erklärung bei der Polizei abgegeben. Hätte ich gewußt, daß Hausfriedensbruch ein Antragsvergehen sei, so hätte ich keineswegs die Verfolgung beantragt. — Staatsanwalt Dr. Schneider: Nach dieser Erklärung des Zeugen beantrage ich die Einstellung des Verfahrens. — Der Gerichtshof beschloß jedoch weiter zu verhandeln. — Es erschien nunmehr als Zeuge der Besitzer des Versammlungslolals, Herr Meroß. Vorsitzender: Herr Zeuge, Sie sind dem Strafantrage des Herrn Römstädt beigetreten? — Zeuge: Davon ist mir nichts bekannt. Ich bin ja zur Stellung eines Strafantrags gar nicht berechtigt. — Vorsitzender: Die polizeilichen Akten ergeben aber, daß Sie sich dem Strafantrage angeschlossen haben. — Zeuge: Ich habe bei der Polizei blos gesagt: ich kann gegen die Bestrafung nichts machen. Einen Strafantrag habe ich nicht gestellt und kann ich auch gar nicht stellen, da ich für den fraglichen Abend Herrn Römstädt den Saal vermiethet hatte.

Der Zeuge, Polizeilieutenant v. Manteuffel, recognoszirte den Angeklagten auf das Bestimmteste und sagte im Uebrigen dasselbe wie Römstädt aus. Zeuge Direktor Cuno vermochte sich der in Rede stehenden Vorgänge nur dunkel zu erinnern. Dagegen bekundeten Fabrikant Lewy und Schlosser Siegerist in voller Uebereinstimmung: der Vorsitzende Römstädt habe die anwesenden Sozialdemokraten erst aufgefordert den Saal zu verlassen, als Grimpe schon aus denselben entfernt war. — Herr Römstädt, der anfänglich keine Bestrafung wollte, holte sich in Folge der Aussagen der Entlastungszeugen nunmehr noch einen Zeugen aus dem Hintergrunde. Der bis dahin im Gerichtssaale anwesend gewesene Berichterstatter Thiele wurde von Römstädt als einer derjenigen bezeichnet, die von dem fraglichen Vorfall wußten. — Obwohl der Staatsanwalt gegen die Vernehmung dieses Zeugen protestirte, so wurde er dennoch vernommen und da Thiele dieselben Deposita wie Römstädt machte, so standen sich 3 gegen 2 verschiedene Aussagen gegenüber. — Als nunmehr zur Vereidigung geschritten werden sollte, weigerte sich Genosse Siegerist den Eid zu leisten, mit dem Bemerken: er könne als Dissident nicht bei Gott schwören und man werde ihn hoffentlich nicht zwingen bei einem Wesen zu schwören, das für ihn nicht existire. — Vorsitzender: Das Gesetz schreibt den Eid vor und wenn Sie nicht schwören wollen, dann muß ich Sie durch Haft dazu zwingen. — Siegerist: Dann werde ich den Eid leisten. Die Zeugen wurden vereidet. — Staatsanwalt Dr. Schneider: Ich halte den Strafantrag des Zeugen Römstädt in der Form wie er gestellt ist, nicht für legal und erachte den Zeugen Meroß zur Stellung des Strafantrags nicht für berechtigt. Ich beantrage deshalb die Einstellung des Verfahrens. — Nach sehr langer Berathung verurtheilte jedoch der Gerichtshof den Genossen Grimpe zu 40 Mark Geldstrafe, event. 8 Tagen Gefängniß.

Leipzig, 15. Okt. Den zahlreichen Freunden und früheren Mitgliedern des hiesigen Arbeiterbildungsvereins in und außerhalb Deutschlands dürfte die Mittheilung von Interesse sein, daß der Verein mit Ende dieser Woche seinen Einzug in das neue Vereinslokal, Querstraße 24, hält. Sonnabend, den 20. d. M. findet die Einzugsfeier statt. — Es ist ein bedeutsames Ereigniß für den Verein, der fast zwölf Jahre lang in seinem bisherigen Lokal in der Ritterstraße gewirkt und sich die Sympathien und die Freundschaft zahlreicher Arbeiter erworben hat. Möge es ihm vergönnt sein, fernerhin ebenso segensreich wirken zu können wie bisher, und möge der Trieb der deutschen Arbeiter nach Bildung und Aufklärung immer stärker und stärker werden, denn Bildung macht frei — Wissen ist Macht!

Die Parteiblätter, besonders aber die Gewerkschafts-Organe, werden um gef. Abdruck dieser Zeilen gebeten. -n.

19. sächsischer Wahlkreis.

An die Partei- und Gesinnungsgenossen gelangt hierdurch die Nachricht, daß den 28. Oktober d. J. in der Gärtnerei in Lößnitz eine Conferenz stattfinden soll. Als hauptsächliche Tagesordnung ist zu betrachten, die weitere Berathung des früher angeregten Projekts und die Neuwahl des Centralortes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen (11 Uhr Vormittags) ist dringend nothwendig.

Geyer. Für das Centralcomité:
C. Demmler. H. Hepmann.

Briefkasten

der Redaktion. Th. M. W. in Wiesbaden: Sie werden sich wohl irren. Der T. H. Born, der Verleger des von C. Klein gezeichneten Bildes, wird unseren Barmen-Elberfelder Parteigenossen doch wohl in soweit bekannt sein, daß dieselben es schon veröffentlicht hätten, wenn er gegen die Sozialdemokratie ankämpfte und ein antisozialistisches Witzblatt herausgäbe.

der Expedition. A. Seidel in M. Gartenfeld: Beide Annoncen gehören zusammen. Wenden Sie sich an die Exped. des „Zeitgeist" in München, Theatinerstr. 49. — E. O. Ballendar: Fehlendes haben wir der Post übergeben. An uns liegt es nicht, daß Nummern nicht ankommen.

Quittung. Lgs Hannover Ann. 2,70. M. Frnkl Buda-Pest Ab. 25,53. Insch Linz Ab. 8,90. Fachverein der Kleidermacher Steyr Ab. 5,18. Arbeiterverein Steyr Ab. 11,97. M. Dßdch Hanau Ab. 4,80. Frtz Offenbach Schr. 12,50. Hgk Reudnitz Schr. 3,00. A. Bg de Sonza hier Ab. 1,80. St. Plck Weißkirchen Ab. u. Schr. 16,17. F. Hrmghs Philadelphia Schr. 41,03. Mnk Düsseldorf Ab. 19,00. E. Flr Schw.-Gmünd Ab. 10,50.

Der erste Agent in Camburg (2. Meininger Wahlkreis) wird gebeten, mir seine genaue Adresse zuzusenden.

Sonneberg. Reinh. Heß, Obere Marktstr.

Anzeigen 2c.

Leipzig. Donnerstag, den 18. Oktober, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau. Referent Martin.

60] Der Agent.

L. Knoch, Schuhmachermeister
in London
1 Cross Court. Marshall Street Regents St. W.

empfiehlt sich den hiesigen Parteigenossen zu allen in dies Fach schlagenden Arbeiten, und sichert bei billigster Preisstellung prompteste Bedienung zu. [2,10

Ein Arbeiter, welcher verläßig auf einer Holzfraismaschine arbeiten kann, wird gesucht.

München. Amalienstr. 55. [30

Arbeiter-Liedertafel in Gotha.

Am 21. Oktober, Abends 7 Uhr, feiert dieselbe im Saale des „Thüringer Hofes" ihr

Erstes Stiftungsfest.

Gesinnungsgenossen und Freunde laden wir hierzu ein.

Der Vorstand. [80

Im Selbstverlage des Verfassers und zum Parteibezug für Arbeitervereine im alleinigen Commissionsverlage der Mitunterzeichneten ist soeben erschienen:

Die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie.

Ein Wort zum Frieden
von
Carl Scholl in Heidelberg.

2¼ Bogen gr. Octav.

Behufs Förderung des Massenvertriebs zum Preise von:
Mk. —,35 bei Entnahme von 100 Exemplaren
„ —,30 „ „ „ 500 „
„ —,25 „ „ „ 1000 „
— das Einzelexemplar 45 Pf. —

gegen Baareinsendung des Betrags. Porto zu Lasten der Empfänger. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten. Colporteure erhalten entsprechenden Rabatt. [4,60

Carl Scholl in Heidelberg.
Die Expedition des „Vorwärts".
Leipzig, Färberstr. 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pro. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., pro. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Hah, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 123. Freitag, 19. Oktober. 1877.

Herr Tessendorff

hat sich durch Anstrengung des Flinte-schießt-Säbel-haut-Prozesses um die Sache der Preßfreiheit unstreitig ein Verdienst erworben, das dadurch nicht geringer wird, daß es kein freiwilliges ist. Man wird sich erinnern, daß namentlich in Preußen wiederholt der Versuch gemacht wurde, Preßerzeugnisse von der Rechtsregel, daß für jedes Delikt nur ein Gerichtsstand sein kann, auszunehmen und durch Begründung mehrerer Gerichtsstände für ein und dasselbe Preßerzeugniß, die Presse zwischen den verschiedenen Gerichten hindurch förmlich Spießruthen laufen zu lassen. Die Justizcommission des Reichstags beschäftigte sich mit der Frage, und gab den betreffenden Paragraphen der neuen Justizgesetze eine Fassung, welche die Möglichkeit eines solchen, den einfachsten Forderungen der Gerechtigkeit und dem gesunden Menschenverstand zuwiderlaufenden Verfahrens ausschließen sollte. Allein das paßte nicht in den Kram unserer „liberalen" Reichsregierung; Fürst Bismarck erklärte den Commissionsantrag, welcher bereits in zweiter Lesung die Majorität gehabt, für unannehmbar und der Antrag wurde mit den anderen „zu liberal" befundenen Commissionsanträgen und Reichstagsbeschlüssen zweiter Lesung nach dem bekannten skandalösen „Compromiß" in dritter Lesung von dem fügsamen Reichstag über Bord geworfen. Das Damoklesschwert des willkührlichen doppelten und mehrfachen Gerichtsstandes schwebte nach wie vor über der Presse.

Zum Glück wachte Herr Tessendorff. Im Februar des vorigen Jahres veröffentlichte die in Leipzig erscheinende „Neue Welt", welche die Aufmerksamkeit unseres Gesellschaftsretters auf sich gezogen hatte, ein — beiläufig vortreffliches — Gedicht, das die famose Phrase des Grafen Eulenburg: „die Flinte schießt, der Säbel haut" scharf geißelte und u. A. mit Hinweis auf den 18. März 1848 und die — Entfernung des Prinzen von Preußen, jetzigen deutschen Kaisers aus Berlin, die geschichtliche Lehre verkündete, daß die „Flinte schießt, Säbel haut-Praxis" den Machthabern mitunter nicht gut bekomme.

Daß die „Neue Welt" nicht in Berlin verlegt wird, konnte einen Tessendorff nicht genieren; hatte er ja doch von Berlin aus seine Arme und Finger — bei Schließung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei u. s. w. — schon über ganz Preußen ausgestreckt; warum sollte er mit so langen Armen und Fingern nicht auch in das benachbarte Sachsen greifen und sich einen lange ersehnten „Reichsfeind" aus dem reichstreuen Leipzig „herholen" können?

Gedacht, gethan. Die „Neue Welt" wird in Berlin als Sonntagsbeilage mit der „Berliner Freien Presse" ausgegeben; ausgeben und herausgeben ist Eins; jedenfalls ist Berlin ein „Ort der Verbreitung" ergo hat die „Neue Welt" auch in Berlin ihren Gerichtsstand.

Der Redakteur der „Neuen Welt", Liebknecht, wird nach Berlin vor die bekannte 7. Deputation des Stadtgerichts zitirt.

Im vorigen Herbst war erster Termin, der indeß wieder aufgehoben wurde. Hatte man, in Anbetracht der heikeln Thatsachen, die bei Erörterung der Märzereignisse an's Licht kommen mußten, ein Haar in der Sache gefunden? Oder dachte man des bekannten Sprüchworts: „Was lange dauert, wird gut"? Freilich der weise Volksmund hat den fatalen Nachsatz hinzugefügt: „oder gar nichts nutz".

Am 12. Juni dieses Jahres, also nach fünfvierteljährigem Hinschleppen, kam es endlich zur Verhandlung in Berlin.

Liebknecht, der von Anfang an die Competenz des Berliner Stadtgerichts bestritten hatte, erhob sofort den Competenzeinwand.

Herr Tessendorff gab sich die größte Mühe, den Nachweis zu liefern, daß Berlin Ort der Verbreitung, Ort der Ausgabe und folglich Ort des Gerichtsstands sei.

Seine Ausführungen wurden in allen Punkten von dem Angeklagten bekämpft. Liebknecht entwickelte — nach Widerlegung der sehr primitiven juristischen Deduktion des Hrn. Tessendorff — die vollständige Hinfälligkeit der Anklage. Er zeigte, daß, wenn die Tessendorff'sche Auffassung gerichtlich bestätigt werde, das Gesetz über den Gerichtsstand für die Presse aufgehoben und die Presse vogelfrei erklärt sei. Der Umstand, daß die „Neue Welt" von der „Berliner Freien Presse" als Sonntagsbeilage ausgegeben werde, berühre den Standpunkt, das Prinzip gar nicht. Die „Neue Welt" werde in ähnlicher Weise noch von anderen Blättern als Beilage ausgegeben und jeder Zeitung stehe es frei, das zu thun. Auf diese Weise erhielte die „Neue Welt" Dutzende und hunderte von Gerichtsständen. Und ebenso jedes andere Blatt. Das sei schon monströs. Aber, wenn man zu dem eigentlichen Kernpunkt bringe, trete die Monstrosität erst recht hervor. Das wesentliche Moment, welches nach den Ausführungen des Herrn Tessendorff den Gerichtsstand constituire, sei die Verbreitung; ob die Verbreitung eines Preßerzeugnisses — außer am Ort der Herausgabe — durch Filialexpeditionen oder durch einfache Colporteure oder durch Briefträger und die Post geschehe; ob die Zahl der verbreiteten Exemplare groß oder klein sei, das thut absolut nichts zur Sache; Verbreitung sei Verbreitung, und consequenter Weise habe jedes Blatt an jedem Ort, wo auch nur ein einziges Exemplar verbreitet werde, seinen Gerichtsstand. Welch herrliche Aussichten für strebsame Staatsanwälte, die dann die Zeitungen des gesammten Reichs vor ihr Forum laden und der strafenden Justiz überliefern könnten! Freilich, das Ding habe seine zwei Seiten. Während reichsfreundliche culturkämpferische Staatsanwälte von ihrem Gesichtspunkt aus in Deutschland Polizei übten, könnte es einem reichsfeindlichen Staatsanwalt, etwa in Oberbayern, der einem nicht für den Culturkampf begeisterten Gericht attachirt ist, einfallen, mit der kulturkämpferischen Presse ein Hühnchen zu rupfen, und sich dann und wann einen gut reichstreuen Redakteur z. B. aus Berlin „zu langen". Daß es bei solchen Rechtszuständen eine Ironie wäre, von Preßfreiheit, ja nur von einer Presse zu reden, das läge auf der Hand. Es gelte hier das: principiis obsta; man darf nicht dulden, daß der Keil des Unrechts und der Unlogik eingeschoben werde. Wenn der Gerichtshof dem Antrag des Hrn. Tessendorff Folge leiste und von dem Grundsatz, daß jeder Staatsbürger und jedes Vergehen nur einen, fest definirten Gerichtsstand habe, abweiche, so entferne man sich von dem Boden des Rechts nicht allein, sondern auch der Vernunft, und gelange zu geradezu ungeheuerlichem Nonsens (Unsinn).

Die Ausführungen Liebknecht's wurden, nach längerer Debatte zwischen diesem und Hrn. Tessendorff, von dem Gerichtshof acceptirt und sind durch alle Instanzen als zutreffend anerkannt worden.

Für Preußen ist es nun festgestellt, daß ein Preßerzeugniß bloß einen Gerichtsstand haben kann, den des Erscheinungsorts. Und desgleichen ist festgestellt, was unter „Erscheinungsort" zu verstehen ist.

Im übrigen Deutschland, wo ohnehin dieser Grundsatz bisher unseres Wissens nicht bestritten wurde, wird die Rechtsauffassung des preußischen Obertribunals auf keine Opposition stoßen.

Das Verdienst des Hrn. Tessendorff um die Presse wird hiernach Jedem einleuchten. Was der deutsche Reichstag in seiner Knechtseligkeit versäumt, das hat der große Berliner Staats- und Gesellschaftsretter Tessendorff glücklich bewerkstelligt: er hat durch seine juristische „Genialität" in den Bismarck'schen Compromiß ein Loch gemacht und der vogelfreien deutschen Presse einen festen Gerichtsstand verliehen.

Dank ihm!

An unserem Dank wird er sich's wohl genügen lassen müssen. Denn einen Orden bekommt er gewiß nicht.

Die Motive des Sozialismus.

Ein Wort wider „christliche" Beschuldigungen, von F. R.*)

In Nr. 110 des „Vorwärts" hatte ich einige Thesen veröffentlicht, die ein Herr Pfarrer Hager in einer Conferenz unter dem Beifall der Versammelten losgeschossen hat. Darin wird behauptet, wir beriefen uns auf eine angebliche Gleichheit aller Menschen; wir wollten eine völlig gleiche Vertheilung aller Güter und Lebensgenüsse; diese Meinung sei eine „intellektuelle" und, weil „unlauteren" Motiven, als „Genußsucht, Habsucht, Neid, Klassenhaß entspringend, auch eine „unmoralische Verirrung". Da die sozialistischen Pläne nur gewaltsam durchgeführt werden könnten, widersprächen sie dem Geist des Christenthums und seien daher „weniger durch Gewalt als durch moralische Mittel", mit dem Geist christlicher Liebe und Milde zu bekämpfen.

Zu diesem Geist „christlicher Liebe und Milde" giebt der Herr Pfarrer durch seine Beschuldigungen, von denen auch nicht eine begründet ist, eine ansprechende Illustration. Wir könnten sie sehr kurz abfertigen mit der Bemerkung, der Herr Pfarrer möge die Grundlagen der Ideen des Sozialismus einmal ernstlich aus anderen Schriften, als etwa der von Pfarrer Schuster, studiren; indeß obige Vorwürfe sind in einem solchen Grade der Typus des Gedankengangs einer ungeheuren Zahl unsrer Gegner, daß es sich lohnen mag, sich ausführlicher mit ihnen zu beschäftigen, als das Thema einer Spezialconferenz es im Allgemeinen verdient.

Es ist eine eigenthümliche, heutzutage recht kraß hervortretende Erscheinung, daß gerade die „gebildeten" Klassen sehr früh in hergebrachten oder in frischerer Jugendzeit erdachten Anschauungen verknöchern, und dann rein unfähig werden, irgend etwas, und sei es das Einfachste, zu begreifen, wenn es sich nicht in den Kreis ihrer Anschauung zwanglos fügt. Leuten, die innerhalb ihres eigenthümlichen Gesichtskreises mit ganz erklecklichem Scharfsinn denken, geht gleichsam aller Verstand aus, wenn auch die einfachste Frage den Anspruch stellt, aus sich heraus verstanden zu werden. Die naivsten, schülerhaftesten Mißverständnisse, die bodenlosesten Behauptungen über den Sozialismus stammen aus dieser Quelle. Nicht selten ist es gerade diese Art geistiger Beschränktheit, welche Vorwürfe zu Tage fördert, die der rascher Urtheilende dem bösen Willen der Betreffenden zuzuschreiben geneigt ist.

Von dieser Art der Urtheilslosigkeit sollten, theoretisch betrachtet, die Diener einer Religion frei sein, welche gebietet: Prüfet Alles, und das Beste behaltet. Dem „Geist" des Christenthums entspricht es, theoretisch nur das rücksichtslose Streben nach Wahrheit, praktisch nur das liebevolle Suchen nach dem besten Wege, der zur möglichsten Beglückung aller Menschen führt, als Prinzip auf die Fahne zu schreiben. Die weit überwiegende Mehrzahl der Pastoren scheint aber nicht geneigt, ihren in Wahrheit unchristlichen Glauben zu verlassen, nach welchem ein bestimmter Glaube als Wahrheit, ein bestimmter Weg als der allein zur Glückseligkeit führende gelehrt, und jeder Zweifel, der nicht wieder zu diesem Glauben zurückführt, als Sünde verflucht wird.

Begreiflich wird das allenfalls aus ihrem Entwickelungsgang, vermöge dessen sie von Jugend auf in jenen Standpunkt mehr und mehr einrosten, bis ihnen ihre spezielle Lehrmeinung als unumstößlich wahr und als Maßstab für alle Erscheinungen des Lebens gilt. Wird dieser Maßstab nun bei Beurtheilung des Sozialismus angelegt, so muß selbstverständlich das Gleiche herauskommen, wie bei Gevatter Schneider, der seines Nachbars Milchkühe mit der Elle maß, um ihre Ergiebigkeit zu prüfen.

Danach kann es uns nicht einfallen, Herr Pfarrer, zu hoffen, daß die folgende Auseinandersetzung Ihnen das Recht des Sozialismus völlig erweise. Aber vielleicht bekommen Sie doch eine leise Ahnung davon, daß Ihre Elle nicht genügt, um uns zu messen, und unterlassen in Zukunft wenigstens, unsern Charakter als Partei moralisch herabzuziehen. Jedenfalls aber dürfen wir nicht müde werden, gegnerische Vorwürfe zurückzuweisen, so lange eine Logik wie die Ihrige noch Einfluß auf die Massen zu üben vermag.

Zunächst, Herr Pfarrer, berufen wir uns nicht auf eine angebliche Gleichheit aller Menschen. Eine solche Absurdität wagte uns selbst Herr Professor Gareis in Gießen nicht zu imputiren, der in seinem sonst von ähnlichem Vorurtheil wie Ihre Thesen beherrschten Schriftchen eine derartige Ansicht für unmöglich hält, daß er uns mit derselben ad absurdum zu führen glaubt. Es heißt da S. 36: „Endlich wird angestrebt die Beseitigung aller politischen und sozialen Ungleichheit — auch die aller natürlichen Ungleichheit unter den Menschen. Das wird und kann man nicht, — darum (!) wird auch immer die soziale und politische Ungleichheit bleiben." Wie verkehrt das letztere auch sei, Professor Gareis ist doch so einsichtig, uns die Sinnlosigkeit nicht zuzutrauen, deren Sie uns in einer grundlegenden These beschuldigen.

Sie sind im Irrthum, Herr Pfarrer! Damit Sie es besser glauben, setze ich einen Satz eines unserer Vorkämpfer, einen Satz Ferdinand Lassalle's hierher, den ich seiner Schrift: „Die Wissenschaft und die Arbeiter", S. 16, entnehme:

Wären wir alle gleich reich, gleich gescheit, gleich gebildet (d. h. wir sind es nicht, Herr Pfarrer!), so möchte diese sittliche Idee (die der Bourgeoisie, daß dem Individuum nichts als die ungehinderte Entfaltung seiner Kräfte zu garantiren sei) eine ausreichende sein. Da aber diese Gleichheit nicht stattfindet und nicht stattfinden kann, da wir nicht als Individuen schlechtweg, sondern mit bestimmten Unterschieden des Besitzes und der Anlagen in die Welt treten, die dann auch wieder entscheidend werden über die Unterschiede der Bildung, so ist diese sittliche Idee noch keine ausreichende. Denn wäre nun dennoch in der Gesellschaft nichts zu garantiren, als die ungehinderte Selbstthätigkeit des Individuums, so müßte das in seinen Consequenzen zu einer Ausbeutung des Schwächeren durch den Stärkeren führen ꝛc.

Die Anlagen, mit denen wir also in die Welt treten, sind verschieden, und sie sind zum Theil entscheidend für den Erwerb von Bildung, die demnach ihrestheils auch in jedem Fall ungleich ausfallen muß. Sie begreifen, daß Ihre Unterstellung auf mich einen ähnlichen Eindruck machen mußte, als es Ihnen machen würde, wenn ich behauptete, die Bibel erkläre Adam für einen König der Juden.

Ich kann mir zwar denken, wie Sie zu Ihren Voraussetzungen kommen, da ja solche bei Ihrer Partei durchaus nicht unerhört sind (S. H. v. Treitschke contra Schmoller, in Schmoller: Grundfragen des Rechts und der Volkswirthschaft). Sie haben gewiß einmal gelesen, daß alle Menschen gleich geachtet werden müßten; oder haben das Fichte'sche Wort von der Gleichheit alles dessen, was Menschenangesicht trägt, in einem sozialistischen Schriftstück verwandt gefunden. Was sollen diese Sätze wohl bedeuten? Es muß immerhin befremden, daß ein Mann, der Worte auszulegen hat, wie Math. 23, 8: Ihr aber seid alle Brüder, oder Luc. 22, 26: Der Größeste unter euch soll sein, wie der Jüngste, und der Vornehmste wie ein Diener; daß ein solcher Mann auf Grund von Stellen wie die genannten uns das Berufen auf eine „völlige" Gleichheit aller Menschen unterstellen kann.

Die einzige Gleichheit, die wir — mit Ihnen, Herr Pfarrer, wie ich denke — annehmen, ist die Gleichheit als Menschen und die daraus herfließende Rechtsgleichheit; „die angeborene Gleichheit, d. i. die Unabhängigkeit, nicht zu mehrerem von andern verbunden zu werden, als wozu man sie wechselseitig auch verbinden kann." (Kant, Metaphysik d. Sitten; das angeborene Recht.) Der Unterschied, der uns von Ihnen trennt, wird, wie ich glaube, der sein, daß wir die Frage, was Rechtsgleichheit sei, sorgfältiger untersucht und genauer präzisirt zu haben meinen, als Sie.

Außerdem sehen wir nur Ungleichheiten. Wir wissen so gut wie Sie, daß es manchem Pastor auch mit dem besten Willen nicht gelingt, eine leidliche Predigt zu machen, während der andere sie aus dem Stegreif spricht; wir wissen, daß der Umstand, daß ein Pfarrer die Annehmlichkeiten der Residenz genießt,

*) Herr Pfarrer H. hat in Nr. 117 des „Vorwärts" auf meinen in Nr. 110 enthaltenen Bericht entgegnet, und mir Fälschung seiner Thesen vorgeworfen. Als Verfechter christlicher Milde und Liebe hätten Sie, Herr Pfarrer, nicht gleich auf diese Erklärung meiner Abweichungen vom richtigen Texte Ihrer Thesen verfallen sollen, da diese doch einfach den Grund haben, daß mir die „Ev. Blätter" nur zufällig und im Vorbeigehen zu Gesicht kamen und ich in großer Eile abschrieb. Ich bitte Sie indessen, einmal genau zuzuschauen, ob durch Auslassung des Artikels „die" ꝛc. wirklich der Sinn gefälscht ist. Und zwecklos „fälscht" man nicht. Auf meine beiläufigen Bemerkungen haben Sie mehr Werth gelegt, als ich selber. Da Sie dieselben indeß so heftig angreifen, erwidere ich Folgendes: Die Gleichheit ist etwas Angebliches nach Ihrer Anschauung; wir werden uns aber doch nicht auf ein Angebliches berufen, wie Ihre These uns nachsagt. Das Gleichniß vom Fuchs kann ich die „boshafte Welt" ruhig auslegen lassen. Ich lebe der frohen Ueberzeugung, daß die Erkenntniß des Sozialismus Ihnen und Ihresgleichen die Seelen der Menschen mehr und mehr unzugänglich macht, den Füchsen also den Hühnerstall verschließt — Die von Ihnen sogenannte wirthschaftliche Verirrung als Genus dürfte doch wohl in eine intellektuelle (1. Species) und eine moralische (2. Species) naturgemäß zerfallen. Indeß (den Triumph darf ich Ihnen wohl gönnen!) Sie haben mich überzeugt, daß auch Ihr Gedankengang sich rechtfertigen läßt. Ich hoffe Ihnen mit diesem Eingeständniß ein Vorbild zu geben, für den Fall Sie, wie wohl jeder Mensch einmal, in die Lage kommen sollten, sich im Unrecht zu fühlen.

während der Herr Amtsbruder auf dem hinteren Vogelsberg neben seiner traurigen Umgebung noch das Vergnügen hat, die Erziehung seiner Söhne in der Stadt doppelt theuer bezahlen zu müssen, eine für Letzteren recht schmerzliche Ungleichheit bildet; wir wissen ferner, daß man in Neapel keine Seehundsfelle und in Grönland keinen Sommerbuckskin trägt; wir wissen endlich, daß diese Ungleichheiten sich nicht abstellen, sondern höchstens in ihren Folgen minder empfindlich machen lassen; wie ja jetzt bereits eventuell die Schmerzen des Herrn Amtsbruders vom Vogelsberg durch Stipendien gelindert werden.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Unter diesem Titel bringt die ministerielle „Provinzial-Correspondenz" eine warme Empfehlung der Victor Böhmert'schen „Sozial-Correspondenz" und preiset dieses Jammerblatt als eine geistige Waffe gegen den Sozialismus. Graf Eulenburg, der die „Provinzial-Correspondenz" inspirirt, war bekanntlich in seiner Reichstagsrede gegen die Sozialdemokratie auf den Schuster gekommen, nun vollendet er sein Geschick und kommt gar auf den Böhmert. Zeit ist's, daß er sich recht bald von seinem Ministerposten entfernt.

Nachdem die „Provinzial-Correspondenz" das Lob Victors gesungen hat, stellt sie übrigens auch uns ein unverblümtes Zeugniß aus, indem sie schreibt: „Während aber der erklärte und unversöhnliche Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft von Jahr zu Jahr an Geschick im Angriff, an Macht und Zuversicht gewinnt, wird von den Vertretern des Bürgerthums nichts gethan, um die Gesellschaft mit Waffen des Geistes zu vertheidigen."

Die „Provinzial-Correspondenz" vergißt ihren Lobgesang auf die geistigen Waffen Böhmerts, der doch gewiß viel als Vertreter des Bürgerthums thut.

Sie fährt dann fort: „Es gibt im Augenblicke für die gemäßigten Parteien keine dringendere Aufgabe, als den weiteren Fortschritten der unterwühlenden sozialdemokratischen Lehren Einhalt zu thun: die hierzu von erprobter sachkundiger Hand dargebotene Hilfe wird für die Mehrzahl der Blätter von Werth sein."

Die sachkundige Hand Böhmert's soll den Karren des Bürgerthums wieder aus dem Schmutz holen. O Eulenburg, was bist Du für ein Menschenkenner: Schuster und Böhmert!

— Das Oberverwaltungsgericht fällte jüngst eine Entscheidung, die für die ländlichen Arbeiter von besonderer Wichtigkeit ist. Ein Arbeiter nämlich, der für die Saat- und Erntezeit gegen Wochenlohn, freie Wohnung, Kost und Naturalbezug angenommen war, hatte dies Vertragsverhältniß einseitig gelöst und ward polizeilich zwangsweise in dasselbe zurückgeführt, weil angenommen war, daß das Gesetz vom 24. April 1854 dergleichen ländliche Arbeiter dem Gesinde gleichstelle. Ein solches Zwangsverfahren ist nun aber als ungesetzlich verworfen worden, weil ein Haupt-Begriffsmerkmal des Gesindes, nämlich der Zusammenhang, die Zugehörigkeit zu der Familie des Arbeitgebers in dem fraglichen Verhältniß fehle. — Die Zugehörigkeit des Gesindes zur Familie des Arbeitgebers ist natürlich, wie der Entscheid auch sehr richtig betont, nur als Begriff aufzufassen, in Wirklichkeit ähnelt diese „Zugehörigkeit" der Sklaverei wie ein Ei dem andern.

— Zwei Versammlungen, die der Erwähnung werth sind, tagten jüngst in Dresden — eine Generalversammlung des sächsischen Lehrervereins und ein sächsischer Gemeindetag. In der Lehrerversammlung wehte ein reaktionärer Wind, so reaktionär, daß man sich beim Durchlesen der Verhandlungsberichte schier nach Rußland versetzt fühlen könnte, wo bekanntlich die Knute der pädagogischen Unfähigkeit der Volkserzieher zu Hilfe kommen muß. Auf der Tagesordnung stand nämlich als zweiter Punkt das „Züchtigungsrecht", dessen Erweiterung durch die Annahme folgender Thesen seitens der sächsischen Lehrer gefordert wird:

„Der Vorstand des Lehrervereins wolle ein Gesuch an das Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts richten, um dasselbe zu bewegen, dahin zu wirken, daß den §§ 223, 230 und 332 im deutschen Strafgesetzbuche eine für die Lehrer günstige Form gegeben werde und dabei als Material folgende vier Thesen zu verwenden:

„1) Die durch die körperliche Züchtigung eines Schülers von Seiten des Lehrers erzeugten Schwielen oder Anschwellungen sind keine „Körperverletzungen im Sinne der §§ 223, 234 und fg. des Strafgesetzbuches für das deutsche Reich und daher criminell nicht zu verfolgen.

„2) Die etwa vorkommenden Ueberschreitungen der Strafbefugnisse eines Lehrers sind keine Criminalverbrechen, sondern entweder Unglücksfälle oder Disciplinarüberschreitungen und daher nicht nach Abschnitt „Sieben" § 223 u. fg. des mehrerwähnten Strafgesetzbuchs zu behandeln und zu bestrafen.

„3) Da die wirklichen Ueberschreitungen beim Züchtigungsverfahren eines Lehrers nur Disciplinarvergehen sind, so sind dieselben nicht von den Gerichts- sondern von den Schulbehörden zu be- und verurtheilen und nur mit Geldstrafen zu belegen.

„4) Dies kann nur unter Zugrundelegung eines amtlichen ärztlichen Zeugnisses eines k. Bezirksarztes erfolgen."

Hoffen wir, daß diese Prügeltheorie die gesetzliche Sanction nicht erhält. Ist die „körperliche Züchtigung" aus der Schule nun einmal nicht zu bannen, so soll sie doch im humanen Sinne ohne obligate „Schwielen" und „Anschwellungen" geübt werden, das ist dem Stande der Lehrer würdiger und dem Zwecke des Bildens ohne Zweifel entsprechender. — Aus den Verhandlungen des sächsischen Gemeindetages ist besonders die Stellung hervorzuheben, welche die ziemlich zahlreich erschienenen Gemeindevertreter in der gegenwärtig überall auf der Tagesordnung stehenden Frage über die Verfälschung der Lebensmittel einnahmen. Man war allgemein der Ansicht, daß dem Unwesen der Lebensmittelverfälschung energisch gesteuert werden müsse und nahm die Versammlung schließlich folgende Resolution an:

„Der Gemeindetag erkennt im Anschluß an das über Lebensmittel-Verfälschung gegebene Referat als nothwendig an, daß der Verfälschung von Nahrungsmitteln und dem Verkauf verdorbener oder gesundheitsgefährlicher Nahrungsmittel durch die Gesetzgebung und geeignete Maßregeln seitens der Gemeindebehörden mit Nachdruck entgegen gearbeitet werde.

„Die Aufgabe der Gesetzgebung würde insbesondere sein: die Regelung der Zulässigkeit der Confiscation und der Veröffentlichung sowie der Organisation."

Auf Antrag von Ludwig Wolf aus Großenhain soll obige Resolution zur Kenntniß des Reichskanzleramts und der sächsischen Staatsregierung gebracht werden.

— „Gleichheit vor Gott." In Gumbinnen kam neulich folgendes „Schreiben" vor dem Bataillon zur Verlesung: „Der sogenannte Regierungsstand in der altstädtischen Kirche ist nur für Beamte der Regierung und Offiziere der Garnison bestimmt und nicht für Personen des Unteroffizierstandes." Die kürzlich erst entbundene Frau eines Feldwebels hatte nämlich die organische Ständegliederung der Gesellschaft dadurch in ihren Grundfesten untergraben, daß sie bei dem starken Besuch der Kirche auf einer noch halb unbesetzten Bank nahe dem Altar Platz genommen und dadurch augenscheinlich dem Erlasser des „Schreibens", dem Landwehrmajor „ein Aergerniß" gegeben hatte!

Liberaler Jesuitismus. Hat da ein Dr. Konitzer, der der Erpressung angeklagt war, einen interessanten Blick thun lassen auf die Rüstkammer der Liberalen. Seinen Aussagen entnehmen wir nur folgendes: Konitzer war für einen festen monatlichen Gehalt als Agent des „Deutschen Vereins" angestellt, unter dessen Vorstandsmitgliedern Herr v. Sybel, Professor Endemann, Professor Held und Herr Classen-Kappelmann nach Angabe des Angeklagten sich befinden. Besagter Konitzer hatte die Funktion, allerlei Erkundigungen über näher bezeichnete Personen einzuziehen zur Verwerthung in der „Deutschen Vereinscorrespondenz". In Münstereifel, wo er den Bürgermeister Kemp bespionirt hatte, kam die Geschichte an's Licht; der Ehrenmann war vom „Deutschen Verein" entlassen worden und drohte nun dem Kemp, seine über ihn gesammelten Notizen zu veröffentlichen, wenn er ihm nicht 600 M. Schweigegelder gäbe. Der Bedrohte schritt zur Anzeige und Freitag am 12. dieses wurde vor dem Bonner Zuchtpolizeigerichte dem Schuldigen sein Urtheil: ein Jahr Gefängniß und zwei Jahre Verlust der Ehrenrechte verkündigt. Da kämpfen die Sybel ꝛc. mit Hilfe solcher Subjekte den Kampf für Kaiser und Reich; wer findet zwischen dieser Kampfesweise und den vielverfluchten Kniffen und Ränken der Jesuiten einen Unterschied?

— Einen Rückgang — aber keinen sozialistischen mit Gänsefüßchen, sondern einen wirklichen liberalen Rückgang haben wir heut zu verzeichnen — nämlich der „Hamburger Volksfreund, anti-sozialdemokratische Zeitung für Stadt und Land" ist in seinem zweiten Jahrgang am 1. Oktober selig entschlafen. In einem Cirkulair, welches die Redaktion an die edlen Gönner und Gründer des „Volksfreund" versandt hat, werden die Ursachen aufgezählt, welche dem Blatte das Lebenslicht ausbliesen — es sind „vorwiegend materielle", soll wohl heißen: pekuniäre Ursachen. Ja, so ist das liberale Geldsackpack — es will die Sozialdemokratie bekämpfen und versteht keine Opfer zu bringen. Das Cirkulair, von welchem uns ein Exemplar in die Hände gespielt worden ist, nennt auch die Namen derer, die an dem Blatte mitgearbeitet haben und zwar unentgeldlich. Es sind die Herren: Moritz Müller sen., Pforzheim, Landtagsabgeordneter. Dr. Bruno Mertelmeyer, Chefredakteur des „Berliner Börsen-Courier" in Berlin. Albin Kutschbach, Chefredakteur der „Dortmunder Zeitung" in Dortmund. W. Liesenberg, General-Sekretär des liberalen Reichstagswahlvereins in Hamburg. C. Trede, Oberlehrer in Ottensen. Pastor Klinkhardt, Thum in Sachsen. H. Klein,*) Redakteur des „Flyvebladet" in Kopenhagen.

— Zur Pflege der freien Wissenschaft wird Dr. Dühring noch im Laufe des Monats Oktober drei Vorträge halten über „die Freiheit der Wissenschaft", „die Verfolgung der Wissenschaftsgrößen" und „den Rückschritt in den Aufklärungspflichten der Naturwissenschaften", drei Themata, welche wohl geeignet sind, öffentlichen Erörterungen unterzogen zu werden; besonders der letzte Punkt dürfte durch die Affaire Häckel-Virchow von dem größten Interesse sein. Außerdem faßt man die Angelegenheit des beabsichtigten „Vereins für freie Pflege der Wissenschaft" wieder lebhaft in's Auge, welche durch die akademischen Ferien einigermaßen in den Hintergrund getreten war. Falls an dem Prinzip, daß Wissenschaft und Volk zusammen gehören, festgehalten wird, dürfen wir diese Bestrebungen, in die weitesten Kreise Aufklärung in den Natur- und Culturwissenschaften zu tragen, nur mit Freuden begrüßen, da sich dann ein thatsächlicher Nutzen für die Gesammtheit aus dem Unternehmen ergeben würde.

— Auf die französischen Wahlen richtet sich die allgemeine Aufmerksamkeit, und man darf wohl einigermaßen gespannt sein auf das Resultat. 375 Wahlen (von den 534, welche die Kammer zusammensetzen) sind vollzogen; 248 Republikaner und 117 Conservative, von den „363" sind 227 wieder gewählt. Darauf folgten weitere Drahtnachrichten. Die Wahlen sind bis auf 12 bekannt, es wurden 195 Conservative gewählt, 14 Stichwahlen, diese stehen meist günstig für die Conservativen; die Kammer zählt bis jetzt 314 Republikaner und 201 Conservative. Von den „363" sind übrigens sieben nicht wieder wählbar gewesen, weil sie mit Tode abgegangen sind. — Die Wahlbetheiligung soll den Telegrammen nach eine außerordentlich bedeutende gewesen sein, aber keinerlei Unruhen haben irgend welche Störung verursacht; die Truppen in Paris waren während des Wahlsonntags alle in ihre Kasernen consignirt. Im großen ganzen darf man wohl sagen, daß beide Parteien, die Republikaner sowohl, welche nach Gambetta in einer Stärke von 400 Mann in die Kammer zu treten gedachten, als auch die vereinigten „conservativen" Parteien, wie sie jetzt heißen, in ihren Hoffnungen und Berechnungen sich getäuscht haben.

— Das schweizerische Fabrikgesetz gelangt, nebst zwei anderen Gesetzen, am 21. d. M. zur Urabstimmung. Daß es die Fabrikanten an erlaubten und unerlaubten, an ehrlichen und unehrlichen Mitteln nicht fehlen lassen, um das Gesetz zu Falle zu bringen, braucht kaum gesagt zu werden. Natürlich sind auch die Arbeiter auf dem Platze und ihre Agitation für das Gesetz ist wahrhaft großartig zu nennen. Versammlungen über Versammlungen werden einberufen und in den meisten erklärt sich die Majorität für das Gesetz. Ueber den muthmaßlichen Ausfall der Urabstimmung läßt sich mit Bestimmtheit nichts vorhersagen — insofern aber steht die Sache der Arbeiter günstig, als auch aus bürgerlichen Kreisen viele Stimmen für das Gesetz eintreten; und wenn man den Kundgebungen einzelner ultramon-

*) Ueber die Persönlichkeit dieses Klein bitten wir unsre Kopenhagener Genossen um Aufklärung. R. d. „V."

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

(Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845.)

(Fortsetzung.)

Wäre sie das, so wäre sie aber für einen preußischen Unterthan doch immer noch nicht der Geßler'sche Hut, vor welchem Tell ein Compliment machen soll.

Uns geht die Germania selbst in diesem Fall so wenig an, wie der gelbe Drache des Kaisers von China. Die Beziehungen Preußens zum Zollverein und zum deutschen Bunde sind lediglich eine Sache der Regierung; im Bunde, im Zollverein stehen die deutschen Regierungen, nicht die deutschen Völker. Die Völker nehmen nur Theil an den Vortheilen des Bundes und Zollvereins, soweit es ihnen ihre Spezialregierungen gestatten, und nehmen nicht Theil, wo sie es nicht gestatten. Die Unterthanen haben auch keine Pflichten gegen den deutschen Bund; denn, wenn unsere Regierung aus Rücksicht auf ihre Verpflichtungen gegen den Bund auch uns Pflichten gegen ihn auferlegt, so erfüllen wir sie nicht als Pflichten gegen den Bund, sondern als Pflichten gegen unsere Regierung.

Noch aber hat unsere Regierung uns die Verehrung der Germania nicht zur Pflicht gemacht. Insbesondere aber ist sie weder ein preußisches Gesetz, noch eine preußische Staatsanordnung, ja nicht einmal ein preußisches Symbol. Wenn man sie tadelt oder verspottet, so wird das preußische Volk schwerlich einen Anlaß daraus nehmen, mit seiner Regierung unzufrieden zu werden.

Jedenfalls aber muß man zugeben, daß das Bild der Germania immer nur eine Personification der deutschen Nation sein kann, und als solche weder einseitig die Regierten allein, noch die Regierenden allein, sondern beide zugleich symbolisirt, weil beide in der Nation aufgehen. Was also von ihr ausgesagt ist, würde ausgesagt sein sowohl von Regierten als wie von Regierern. So ist auch Wander's eigene Auslegung. Stieber will aber die Germania offenbar als Symbol der Unterthanen in den deutschen Bundesstaaten im Gegensatz zu den Regierungen aufgefaßt wissen, sonst könnte er nicht von Wander's Worten die von ihm versuchte Auslegung machen; er könnte sonst nicht die Regierung als ein Hinderniß des Volksfortschritts auffassen. Wer aber hat je die Germania so einseitig blos als Symbol der Unterthanen aufgefaßt? Die Einseitigkeit, welche Stieber behufs der Denunciation unterlegen will, ist also willkürlich und gar nicht vorhanden. Sie ist untergeschoben, nur um einen Gegensatz als hemmendes Prinzip zu gewinnen; damit dies fälschlich und unwahr herbeigezogene hemmende Prinzip aber den Redner strafbar mache, nennt Stieber es Regierung. Sieht man hiernach die Denunciation genau an, so erhält man

a) einen unsträflichen Wander'schen Satz;
b) zwei Stieber'sche verdächtigende Erfindungen.

Wenn Wander wirklich unter der Germania nur das deutsche unterthänige Volk verstanden, und es als betrübt, fortschrittslos und stumm stillsitzend geschildert hätte, so kann man Stieber doch nicht das Recht einräumen, Wander's Rede willkürlich zu ergänzen, und zu behaupten, Wander habe die Schuld davon der Regierung aufgebürdet, er habe gesagt, die Regierung betrübe das Volk, die Regierung sei es, welche den Fortschritt hemme, die Regierung, welche ihm den Mund verschlossen halte. Wander sagt, Germania sitzt und schreitet nicht, sie schweigt; aber er läßt unerörtert, ob sie freiwillig oder gezwungen still sitze, ob sie aus innerer Trägheit, aus Schlaffheit und so zu sagen aus Maulfaulheit oder aus Ueberlegung schweige; ob sie trüb aussähe, weil sie gekränkt worden, oder aus angeborner Grämlichkeit. Der eine Grund liegt der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit nach so nahe wie der andere. Uebrigens kommt man auf die Stieber'sche Auslegung erst durch mehrere Zwischenfragen.

Wander fragt, warum sie nicht schreite, und wenn man auch antworten wollte, weil sie gehindert sei, so gehört doch immer erst noch wieder eine weitere Frage: wer sie hindere, dazu, um nur endlich die von Stieber gewünschte Antwort geben zu können, die aber auch eine ganz andere sein kann. Stieber ist nicht berufen, irgend eine ihm beliebige Antwort für die Antwort Wander's auszugeben.

Stieber kann nicht in den Seelen der Menschen lesen. Und, wenn er es könnte, so fehlt, da Niemand mitlesen kann, erstens der Beweis dafür, daß er richtig gelesen, und zweitens ein Strafgesetz für verschwiegene Reden. Gedanken liegen dermalen noch außer dem Bereich der Polizei.

Wären Stieber's Unterschiebungen aber auch alle wahr und nachweislich unverschwiegene Wander'sche Reden, so müßte er doch erst die preußischen Gesetze oder Staatsanordnungen nachweisen, welche dem Volke verbieten, lustig auszusehen, vorwärts zu schreiten und zu reden. Nur gegen diese würde sich selbst nach Stieber's künstlicher Unterschiebung Wander's angeblicher Tadel gerichtet haben können. Stieber mag wissen, ob es dergleichen gibt, ich kenne sie nicht. Die große Wander'sche Sünde gegen das für uns Preußen ganz gleichgültige Symbol der Germania geht eben auf nichts hinaus als auf einen Scherz, gerichtet gegen den Superintendenten Nagel und alle Diejenigen, welche erklärt hatten, daß es unmöglich sei, an der Germania etwas zu finden, was Nagel unerklärt gelassen hätte. Es wäre gar zu künstlich, aus Wander's Scherz ihm ein Verbrechen zu machen.

Im weiteren Verfolg des Vortrages geht Wander auf einige bei den Versammlungen bemerkte Mißstände über, namentlich auf den Mangel an Raum für die vergrößerte Zahl der Zuhörer. Unter diesen hatten sich auch mehrere junge Leute und Handwerksgesellen eingefunden. Einigen Mitgliedern, die den Zweck des Vereins mißkannten, war dies nicht angenehm. Wander erinnerte deshalb daran, daß nach den bei der Gründung des Vereins gefaßten Beschlüssen „jeder nach Fortbildung Strebende, in den Formen des geselligen Anstandes sich Bewegende" Zutritt haben solle „ohne Unterschied der Feinheit seines Rockes". Er erkannte das Erscheinen der jungen Leute im Verein eben als einen Beweis dafür, daß sie nach Fortbildung Verlangen trügen, daß sie „Empfänglichkeit für die Hochgedanken des Lebens" hätten. Der Verein aber dürfte die jungen Leute nicht von sich weisen, denn andrerseits sei es ein „Erziehungsakt", wenn der Verein sie „von leeren Zerstreuungen ab- und auf ernstere Lebenszwecke hinlenken und eine tüchtige Gesinnung in ihnen bilden" könnte, damit „die Zukunft in Dorf, Stadt und Staat" Männer nach ihrem Bedürfniß bekäme. Aber, wendet er ein, bloß jung an Jahren sein, sei nicht schon die rechte Jugend. Die rechte Jugend sei: „seiner Zeit angehören, von ihren Ideen bewegt, ergriffen sein, ihre Leiden mitleiden, für ihre Hochgedanken kämpfen, an ihren Hoffnungen sich erfrischen. Wer nach dem durch Preußens Leidens- und Ruhmesgeschichte zu Grunde gerichteten Grundsatze des Philisterthums: Ruhe ist erste Bürgerpflicht, nichts mache als essen, trinken, schlafen u Abgaben geben, ohne zu wissen, welche Lebensfragen die seinem Volk, seinem Jahrhundert zur Beantwortung gest habe, der zähle, wie hoch er gestellt sein möge, nur im Steu register, aber die Locomotive der Zeit nähme ihn nur als B last mit."

In dieser Erklärung der rechten Jugend, und wohl hau sächlich wegen der Verweisung der Ruhe als erster Bürgerpfl in das Philisterthum sieht Denunciant den „offenbaren" Wi

taner Blätter trauen darf, so werden auch die Ultramontanen für das Fabrikgesetz votiren. Nur ein Beispiel, in welch' drastischer aber jedenfalls auch wirkungsvollen Weise die Ultramontanen das Gesetz vertheidigen, möge hier angeführt sein. Auf die Frage, wie sich die Katholiken zu dem Gesetz stellen sollen, antwortet ein ultramontanes Blatt: „Hatte nicht im alten Bunde der Gott Israels selbst durch Moses wie zur Schonung des Ochsen und des Esels, und zwar des vierfüßigen, auch ein Gesetz zum Schutze der Vogelbrut erlassen? Dies ist im alten Testamente nachweisbar. Im Evangelium aber heißt es: „Seht an die Vögel unter dem Himmel. . . . Seid ihr nicht mehr, als sie?" Wir fragen nun im Hinblick auf jene evangelische Stelle: Hat man in der Schweiz ein Gesetz zum Schutze und zur Schonung der Vögel ohne Widerspruch angenommen und gutgeheißen, sollte dann ein Gesetz zur Schonung der Fabrikarbeiter, die hoffentlich doch als Menschen angesehen werden, nicht auch gerechtfertigt erscheinen? Ja, wir finden das Fabrikgesetz vom Standpunkt der Humanität, vom christlichen Standpunkt aus betrachtet, annehmbar; jedenfalls ist es nicht das schlechteste, was die Bundesgesetzgebung seit Jahren geschaffen." — Nach solchen Auslassungen ist es sehr wahrscheinlich, daß die Ultramontanen zum großen Theil für das Gesetz eintreten werden, natürlich weniger aus „christlicher" Liebe zu den Arbeitern, als um dem liberalen Fabrikantenthum für seine Unterstützung des „Culturkampfs" Eins auszuwischen.

— Klerikale „Wirthschaftspolitiker" in Italien! Wenn Crispi, der gegenwärtige Rundreisende Italiens, der an fremden Höfen seine Karte abgiebt (auch in Wien that er es), sagte, in Italien gebe es keine Sozialisten, noch Arbeiter- und Landbevölkerung, die sich um Politik kümmerten, so scheint ihn der Congreß, den in Bergamo die Klerikalen abhielten, eines Besseren belehren zu sollen. Normalarbeitstag, Gründung katholischer Arbeitervereine, Arbeiter-Sparkassen sind die Fragen, welche unter anderen diskutirt wurden; sie sorgen dafür, dem Volk Sand in die Augen zu streuen, dieses aber wird sie öffnen und sehen lernen, bis es der Schwarzen als Führer in seinen eigensten, seinen wirthschaftlichen Angelegenheiten, nicht bedarf. — In Bologna soll ein Arbeitercongreß stattfinden, welcher von den verschiedenen italienischen Arbeitervereinen beschickt wird und zu dem mancherlei Vorbereitungen an Vorlagen 2c. wirthschaftlicher und politischer Natur getroffen sind.

— Vom Kriegsschauplatze liegen Nachrichten von Wichtigkeit nicht vor, da beide Theile in Folge der durch anhaltendes Regenwetter herbeigeführten Grundlosigkeit der Wege zur Unthätigkeit verurtheilt sind. Erwähnen wollen wir spaßeshalber nur einer über Bukarest und Wien zu gleicher Zeit losgelassenen Depesche, die den Zustand der türkischen Armee in Plewna als einen wahrhaft trostlosen schildert. Nach der Depesche sollen türkische Deserteure nämlich ausgesagt haben, daß es den Truppen Osman Pascha's an Proviant, Kleidungsstücken und Munition fehle; die Soldaten wollten kapituliren und nur Osman Pascha weigere sich dessen hartnäckig. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß es den türkischen Soldaten nicht so wohl gehen wird, wie den Fabrikanten der erwähnten Depesche, aber der Umstand, daß es den Russen trotz des Aufgebots riesiger Kavalleriemassen nicht gelingen will, die ununterbrochen erfolgenden Zufuhren nach Plewna zu verhindern, läßt zur Genüge erkennen, welche Bewandtniß es mit der Glaubwürdigkeit der Depesche hat. Uebrigens lauten die Mittheilungen über die Verpflegung der russischen Soldaten auch nicht sonderlich günstig, wohingegen die Armeelieferanten es ganz prächtig verstehen, ihr Schäfchen in's Trockene zu bringen. Man lese nur Folgendes aus dem „Neuen Wiener Tagblatt":

„Aus Bulgarien sind entsetzliche Nachrichten über die Lage der russischen Armee den Familien der auf dem Kriegsschauplatze Befindlichen zugekommen. Die meisten Abtheilungen, namentlich aber jene an der Jantra, leiden derartig an Lebensmittelmangel, daß sie oft Tagelang ohne einen Bissen Brod bleiben. Oft wird Zwieback vertheilt, welcher absolut ungenießbar ist. Die Truppen um Biela haben große Mengen von solchem Zwieback vernichtet. Bei Tirnowa hat ein Bataillon den Gehorsam verweigert, weil es vier Tage ohne Proviant gelassen wurde und jeder Soldat sich nur durch Betteln bei den Bulgaren nothdürftig erhalten konnte. An der Jantra und im Schipkapasse erhält die Mannschaft kaum den dritten Theil der gewöhnlichen Rationen. Die Proviant-Transporte gelangen sehr unregelmäßig an die Bestimmungsorte. Drei Divisionäre erklärten, sie können nur dann für die Aktionsfähigkeit ihrer Truppen einstehen, wenn der Höchstcommandirende ihnen erlauben werde, selbst die Verproviantirung zu besorgen. An warmen Kleidungsstücken fehlt es gänzlich. Bedeutende Sendungen von Mänteln gerathen regelmäßig „in Verstoß". Am Lom sollen bereits Todesfälle durch Kälte vorgekommen sein. Die Unordnung, welche in der Verwaltung der Intendanz herrscht, soll eine ungeheure sein. Ganze Convois von Proviant, Kleidungsstücken 2c. verschwinden spurlos. Die moralische Verfassung der Armee ist daher eine desperate. Offiziere wie Soldaten murren laut und stoßen täglich Drohungen gegen die Führer aus. Dieser Stimmung ist es zuzuschreiben, daß sogar Desertionen vorkommen. So wird erzählt, daß die Vorposten von Kaceljewo in's türkische Lager übergegangen seien. Die Generale selbst äußern sich in Folge dieser Zustände sehr kleinmüthig und haben nur noch wenig Hoffnung auf einen günstigen Ausgang."

Wir dächten, obige Schilderungen genügten zur Kennzeichnung der wahrhaft jammervollen Zustände, in welchen sich die russische Armee befindet.

— Wegen Theilnahme am allgemeinen Sozialistencongreß in Gent wurde Parteigenosse Leo Frankel in Pest vor die Polizei geladen, um Auskunft zu geben darüber: 1) in wessen Auftrage er den Congreß besucht habe und 2) wer die Kosten zu der Reise getragen habe. Die Pester Polizei, welche offenbar glaubte, Frankel habe im Auftrage eines „Geheimbundes" an dem Congreß Theil genommen, wurde von Frankel dahin belehrt, daß er nicht im Auftrage einer nicht zu Recht bestehenden Partei, sondern als Vertreter der ungarländischen Sozialdemokraten den Congreß besucht habe und daß die Reisekosten durch freiwillige Beiträge, über welche in der „Arbeiter-Wochen-Chronik" Ausweise vorlägen, aufgebracht worden seien. Der Liebe Müh' war also umsonst.

— Wir erhalten aus Frankfurt folgende Zuschrift:

„In Nr. 98 Ihres Blattes bringen Sie eine Notiz: Vaterlandsdank. In der „Königsberger Hartung'schen Zeitung" finden wir folgende Notiz: „Der einzige noch lebende sehr alte Schill'sche Volontair-Offizier, Herr Meske, der in Allenburg lebt, in Folge seines hohen Alters ganz erblindet ist und ein sehr dürftiges Leben führt, wird den 12. August cr. seinen 91. Geburtstag als unglücklicher Blinder armselig feiern. Möchten doch recht viele wohlwollende mitleidige Herzen an seinem Geburtstag wohlwollend denken, sein Alter, seine Verdienste, die er sich beim Schill'schen Corps mit seltener Bravour erworben hat, zu ehren und achten. — Den resp. Herren Offizieren in der Provinz dürfte es zur Ehre gereichen, dem alten unglücklichen blinden Kameraden an seinem Geburtstage aus mitleidigem Herzen eine kleine Unterstützung zu Theil werden zu lassen, um während der wenigen Tage seines unglücklichen, kummervollen Lebens, die schon gezählt werden können, seine Sorgen und Noth zu mildern." —

Hierauf schickte ich am 25. August cr. drei Mark an die „Hartung'sche Zeitung" in Königsberg, welche ich gestern zurückerhielt mit der Motivirung, daß der Aufruf für den 91jährigen Offizier auf Schwindel beruhe. Als Beleg füge ich den Abschnitt der Postnachweisung hier bei.

Ein Abonnent des „Vorwärts".

(Wir drucken einfach obige Zuschrift ab mit dem Bemerken, daß man sich in dieser Zeit der Fälschungen und des Schwindels nicht genug in Acht nehmen kann. Ob die „Königsberger Hartung'sche Zeitung" ihren Aufruf, wozu sie verpflichtet war, öffentlich widerrufen hat, wissen wir nicht, da sie uns nicht regelmäßig zu Gesicht kommt. R. d. „V.")

Manifest

an die sozialistischen Arbeiterorganisationen aller Länder.

In Folge des allgemeinen Sozialistencongresses, der vom 9. bis 15. Septbr. d. J. in Gent abgehalten wurde, haben die Delegirten der sozialistischen Arbeiterorganisationen Englands, Frankreichs, Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens eine allgemeine Union der sozialistischen Partei constituirt und nachstehenden Pakt unterzeichnet:

„In Erwägung, daß die soziale Emanzipation von der politischen untrennbar ist;

„in Erwägung ferner, daß das Proletariat als selbstständige, mit allen von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien in Opposition stehende Partei organisirt, jedes politische Mittel ergreifen muß, welches zur Befreiung aller seiner Glieder führen kann;

„in Erwägung, daß der Kampf gegen jede Klassenherrschaft weder lokal, noch national, sondern universell ist, und daß der Erfolg von der Verständigung und dem Zusammenwirken der Organisation der verschiedenen Länder abhängt;

„haben die Delegirten des zu Gent tagenden Allgemeinen Sozialistencongresses beschlossen, daß sich die von ihnen vertretenen Organisationen in allen ihren ökonomischen und politischen Bestrebungen gegenseitig moralisch und materiell zu unterstützen haben.

„Zu diesem Zwecke wird ein Bundesbureau gebildet, welches bis zum nächsten Congreß seinen Sitz in Gent hat, dem auch die Aufgabe überlassen wird, den nächsten Congreß einzuberufen und zu demselben die bezüglichen Vorarbeiten zu machen.

„Alle Organisationen, welche dem gegenwärtigen Pakt beigetreten sind oder beitreten werden, sind gebeten, ihre Zeitungen und sonstigen Publikationen regelmäßig dem Bundesbureau zuzusenden."

(Folgen die Unterschriften der Delegirten obengenannter Länder.)

Wir verkünden die Nothwendigkeit der politischen Aktion als eines mächtigen Mittels der Agitation, der Propaganda, der Volkserziehung und der Gruppirung (Organisation).

Die gegenwärtige Gesellschaftsorganisation muß gleichzeitig von allen Seiten und mit allen Mitteln, über die wir verfügen, bekämpft werden. Die Politik, die Gesetzgebung, die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten bilden eine dieser Seiten, und die Reform der Gesetze, die Entsendung von Sozialisten in die Parlamente, die Wahlagitation, öffentliche Kundgebungen zur Erlangung ökonomischer, politischer, bürgerlicher Rechte, sind ebenso viele Waffen, die es eine Thorheit wäre in den Händen unserer Feinde zu lassen. Weg drum mit der politischen Enthaltung! In allen Ländern, wo die Arbeiter das Recht haben, an den Wahlen theilzunehmen, müssen sie sich als politische Partei constituiren, um in die Parlamente und Gemeindevertretungen Delegirte zu schicken; und in den Ländern, wo die Arbeiter das Wahlrecht nicht haben, müssen sie Alles aufbieten, um sich dieses Recht zu erringen.

Ist das Parlament nicht eine Tribüne, von welcher herab der sozialistische Abgeordnete zu dem ganzen Lande spricht, und so das Bürgerthum und die Arbeiter sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen zwingt? Und die Wahlbewegung, die öffentlichen Diskussionen über die sozialistischen Candidaturen — bringen sie nicht die soziale Frage vor die ganze Gesellschaft, selbst wenn der sozialistische Candidat unterliegt? Und verdankt nicht die deutsche Sozialdemokratie wesentlich dem Umstande, daß sie auf allen Gebieten: dem der Politik, der Wissenschaft, der Oekonomie u. s. w. den Kampf führt, ihre großartige Organisation, die geistige Regsamkeit, durch welche sie sich auszeichnet?

Alle unabhängigen und denkenden Menschen wollen, daß die Unwissenheit auf immer ausgerottet werde, daß die Ungerechtigkeit und das Privilegium von dieser Erde verschwinden, daß Elend und Hunger nicht mehr das Loos derjenigen seien, welche arbeiten, und Wohlbefinden und Ueberfluß nicht mehr das Loos derjenigen, die nichts produziren.

Wohlan, um zu dieser Lage zu gelangen, welche das große Ziel des modernen Sozialismus ist, müssen die lebenden Geschlechter — das ist ihre heilige Pflicht — die Hindernisse vermindern, die Schranken, welche den Weg absperren, niederwerfen, und provisorische Einrichtungen, welche uns dem Ziel näher bringen, begründen oder annehmen.

Der Sozialismus soll nicht blos eine reine Theorie, eine Spekulation über die wahrscheinliche Organisation der künftigen Gesellschaft sein, sondern er soll sein eine lebende und reelle Sache, soll sich kümmern um die thatsächlichen Bestrebungen, um die unmittelbaren Bedürfnisse, um die täglichen Kämpfe der arbeitenden Klasse gegen die Monopolisten des gesellschaftlichen Kapitals, welche auch die Monopolisten der gesellschaftlichen und staatlichen Gewalt sind.

Der Bourgeoisie ein politisches Vorrecht entreißen; bisher isolirte Arbeiter in Assoziationen organisiren; durch Arbeitseinstellungen oder Gewerkschaften eine Verminderung der Arbeitsstunden erwirken — das heißt ebenso gut an dem Bau der neuen Gesellschaft arbeiten, als wenn man tiefsinnige Nachforschungen über die gesellschaftlichen Einrichtungen der Zukunft anstellt.

Mögen die Arbeiter, die noch nicht gruppirt sind, sich zusammenschließen und organisiren! Mögen die, welche blos auf ökonomischem Gebiet organisirt sind, in die politische Arena herabsteigen! Sie finden dort die nämlichen Gegner, das nämliche Ringen; und jeder Sieg, der auf dem einen Kampfplatz erfochten wird, ist das Signal eines Triumphs auf dem andern.

Möge bei jedem Volk die Klasse der Enterbten sich als große, von allen Bourgeoisparteien scharf abgegrenzte Partei constituiren, und möge diese sozialistische Partei Hand in Hand marschiren mit der sozialistischen Partei aller übrigen Länder!

Es gilt den Kampf um all' Eure Rechte, es gilt die Vernichtung aller Privilegien!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Im Namen der allgemeinen Union der sozialistischen Partei
Das Bundesbureau.
Der correspondirende Sekretär: E. van Beveren,
Rue Courte du Bateau 5, Gent.
Für das Comité der Genter Arbeiter-Assoziationen
Der Sekretär: E. Anseele.
Für die affiliirten Gesellschaften
Cigarrenarbeiter: K. Roucl.
Spinner: De Backer.
Junge Sozialisten: Coryn.
Metallarbeiter: Bamberhegyen.
Flachsspinner: Beke.
Maler: P. De Smet.
Genter Sektion der sozialistischen Partei: P. De Witte.
Weber: P. De Wachter.

Nachschrift: Alle Zeitungen, denen wir das obenstehende Manifest zuschicken, werden gebeten, es abzudrucken, und die Blätter, in denen dies geschehen ist, dem korrespondirenden Schriftführer E. van Beveren, Rue Courte du Bateau 5, Gent, zuzuschicken.

Correspondenzen.

—o— **Frankfurt a. M.**, 30. Sept. Eine Correspondenz in Nr. 110 des „Vorwärts" aus Halle a. S. unterzog sich der zwar keineswegs angenehmen, aber desto zeitgemäßeren und dankenswerthen Aufgabe, allen jenen — Ehrenmännern, die so viel von der Untergrabung der Sittlichkeit durch die Sozialisten zu erzählen wissen und oft vor lauter sittlicher Entrüstung ihre eigene — Sittlichkeit nicht sehen, einen Spiegel vorzuhalten. Es werden da zahlreiche Illustrationen zum Thema jener „Sittlichkeit" geliefert. Wir Frankfurter haben nicht nöthig, erst auf dem Halle'schen „Viehmarkt" Rundschau zu halten — wir können das z. B. auch alljährlich zweimal hier während der Messe thun. Dann sind auch noch eine oder ein paar „Riesendamen" zu einer stereotypen „Sehenswürdigkeit" geworden. In puncto „Sittlichkeit" brachte auch die „Deutsche Reichspost" vor acht Tagen eine Correspondenz aus Stuttgart, die als Ergänzung der Halle'schen „Viehmarkts"-Bilder hier einen Platz finden möge. Dieselbe lautet:

„Unter 21 Fällen, welche demnächst vor dem Schwurgericht Tübingen verhandelt werden, sind 10 Vergehen wider die Sittlichkeit. Unter 14 Fällen, welche das Schwurgericht in Heilbronn abhandeln wird, sind 9 solche Vergehen. In Ellwangen ist unter den drei zu behandelnden Fällen ebenfalls einer ein sittliches Vergehen. Welche schreckliche Progression der Unsittlichkeit weisen diese Zahlen auf! Wie unthätig aber bleibt gleichwohl Polizei und Regierung gegenüber der Errichtung von Schankwirthschaften, Singhallentheatern und anderen Dingen, die in dieser Massenhaftigkeit nur dann bestehen können, wenn sie zu unsittlichen Lockmitteln greifen und so indirekt dem Laster Vorschub leisten. Wer einmal solch ein Café chantant gesehen und die dort zum Vortrag gekommenen Lieder gehört hat, kann nicht begreifen, daß diesem Unfug, der unserer Jugend das seelenverderblichste Gift der Unterhaltung bietet, nicht gesteuert wird. So hat die königliche Regierung eben in diesen Tagen die Eröffnung eines Singhallentheaters in Canstatt ohne Umstände concessionirt."

Der von dem conservativen Blatte gerügte sog. Tingeltangel-Unfug florirt, wie so manche andere moderne Culturblüthe, hier wie in allen größeren Städten, und ist wohl schon, Dank unsrer ja alle Welt beleckenden Cultur, bis nach Krähwinkel und Schildburg, wo einst der ehrsame Hieronymus Jobs sein ruhmreiches Leben als Nachtwächter beschloß, gedrungen. Man muß schon einmal in einem solch' modernen „Vergnügungs"orte gewesen sein, muß gehört haben, wie, wenn die Stimmung eine „gehobene" wird, auch die „Vorträge" jener meist dunklen Existenzen männlichen und weiblichen Geschlechts „freier" werden, um zu begreifen, daß es sich kaum noch der Mühe verlohnt, wenn die Sozialisten zur Abschaffung der Sittlichkeit Hand an's Werk legen. Heutzutage hat man Wichtigeres zu thun, als Unsittlichkeits-Unkräuter zu vertilgen. Was braucht's Moral — laßt uns lieber „mit vereinten Kräften" die Feinde des Reichs,

---

Wander's, „die Zuhörer aufzumuntern sich in die politischen Kämpfe der Zeit zu mischen und nicht in einem friedlichen Bürgerleben zu verharren."

(Fortsetzung folgt.)

— Das Dresdener königl. statistische Bureau kann seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Es hat vorzüglich den Zweck, die Staatszustände zu erforschen. So hätte es besonders jetzt die Aufgabe, damit der sächsische Landtag Unterlagen für eine event. Revision des Einkommensteuergesetzes gewinnt, festzustellen: Wie hoch beläuft sich der Ertrag der Steuern, wie hoch der der einzelnen Steuerklassen, wie stellt sich die Besteuerung des Gewerbes zum Grundbesitz 2c. Alle diese Fragen sind brennende für die Steuergesetzgebung. Wie nun die „Dr. Nachr." in einer das Ministerium wohl gestreift habenden Notiz mittheilen, konnten die Arbeiten vom statistischen Bureau nicht fertig gestellt werden. Warum das nicht möglich, wird sofort klar, so sagt unser Dresdener Parteiorgan, wenn man bedenkt, daß Herr Böhmert, der Herausgeber der „Sozial-Correspondenz", Direktor des genannten Bureaus, und Herr Arthur von Studnitz Hilfsarbeiter dort ist 2c. Bezahlen aber die sächsischen Staatseinwohner Herrn Böhmert dazu, daß er die Arbeiter und deren Bestrebungen beschimpft, verlästert und verketzert und ganz Deutschland — in der Zeit der jetzigen Lebensmittelverfälschung — durch seine „Correspondenz" geistig verfälschte Nahrung bietet, oder dazu, daß er und sein Bureau ihren Verpflichtungen nachkommen können?

— Zur Demoralisation der heutigen Gesellschaft. Eine Annonce aus dem „Amtsblatt des königl. Bezirksgerichts, des Rathes und Polizeiamtes der Stadt Leipzig". In seiner Nummer vom 9. Oktober bringt dieses Blatt Folgendes: „Ein vermögender älterer Herr von auswärts, welcher wöchentlich zweimal Leipzig geschäftshalber besucht, sucht die Bekanntschaft einer anständigen (!), jungen (!), unabhängigen (!) Wittwe zu machen, um mit ihr gemeinschaftlich Theater und Concerte zu besuchen, und gute Unterhaltung zu pflegen. Geehrte briefliche Offerten bittet man in der Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse in Leipzig sub S. K. niederzulegen." — So wird die Prostitution zu einem öffentlichen Institut erhoben!

— Die preußischen Kassenanweisungen von den Jahren 1854, 1856 und 1861 verlieren am 30. März k. J. ihren Werth. Jedenfalls werden die Inhaber solcher Cassenanweisungen, namentlich die im fernen Auslande und besonders außereuropäischen Ländern, gut thun, diese Präclusivfrist nicht zu versäumen, da mit Ablauf derselben das erwähnte Papiergeld durchaus werthlos ist und bleibt.

hauptsächlich die „Petroleumsbummler“ — wie der be—rühmte Sendbote, der den etwas sonderbaren Namen „Hinkender Bote“ führt, mit gewiß unübertrefflicher Geistreichigkeit die Sozialisten nennt — niederknüppeln!

Noch ein kleines Sittlichkeitsbild — im Anschluß an den neulichen Artikel des „Vorwärts“: „Das Verbrecherthum in der Tagespresse.“ Der hiesige „General-Anzeiger“, dessen Auflage sich nach eigener Angabe auf 18,000 Exemplare beläuft und der seinem Inhalte nach nur aus Anzeigen und in der mit ihm verbundenen „Extrabeilage“ aus Lokalnachrichten und Feuilleton besteht, bringt, wie alle hiesigen Blätter, regelmäßig Berichte von der hiesigen Strafkammer. Was soll man nun davon halten, wenn in einem solchen Blatte, das seiner Natur nach gerade hauptsächlich vom weiblichen Geschlecht und wohl auch von vielen unerwachsenen Leuten beiderlei Geschlechts gelesen wird, ganz ungenirt — als wenn etwa von einem gestohlenen Apfel die Rede wäre — folgende Strafkammer-Fälle vom 22. September mitgetheilt werden:

„August Erckel aus Witzenhausen ging mittellos zu einer Dirne in die Rosengasse. Als er bezahlen sollte, kam es zu einem Skandal, der die Nachtwächter herbeilockte. Dem einen derselben bot er, falls er ihn nicht sofort, sondern erst des andern Tags anzeige, später für seine Freilassung, 6 Mark. Des Bestechungsversuchs ohne mildernde Umstände für schuldig befunden, erhielt er einen Monat Gefängniß. — Johann Astner von München, wegen Diebstahls schon mit drei Jahren Gefängniß bestraft, ist eine jener catilinarischen Existenzen, von welchen man weiß, daß sie da sind, aber nicht wovon sie leben. Dagegen, Louis zu sein, wehrt sich der Beklagte, gleichwohl wird er häufig in Gesellschaft von Dirnen als Cavalier betroffen. Seine Ritterlichkeit trieb er jüngst, als er von der Allemannia eine Vestalin heimführte, so weit, daß er für sie mit seiner Person gegen einen Schutzmann einsprang, und deren Verhaftung wegen Uebertretung der Controlvorschriften nicht zulassen wollte. Bei seinem Transport griff er mehrmals mit der Hand nach der rechten Brusttasche, wurde aber jederzeit am Erfassen des darin befindlichen Gegenstandes, der sich später als Dolch herausstellte, verhindert. Im Hinblick auf die Gefährlichkeit des Individuums wurde auf zwei Monate Gefängniß erkannt.“

„Die Sozialisten untergraben die Sittlichkeit“, schreien unsere „Ritter vom Geiste“. Ja, sie haben vollkommen Recht, ein-, zwei-, dreimal Recht, diese Art von „Sittlichkeit“ soll und muß abgeschafft werden. „Der Sozialismus ist eine Sumpfpflanze!“ Wieder Recht! Legen wir den Sumpf trocken, fegen wir mit frischer Kraft den Schlamm weg, damit die Pflanze Luft bekommt!

Bochum, 2. Oktober. Der Redaktion des „Vorwärts“ wird es vielleicht angenehm sein, von Zeit zu Zeit etwas über die Verhältnisse in unserem Industriekreise zu vernehmen (Natürlich R. d. „V.“), obwohl es gerade nichts Erfreuliches ist, was darüber zu berichten ist.

Wenngleich der Kreis Bochum vielleicht mehr als alle anderen des rheinisch-westphälischen Kohlenreviers unter dem Druck der Verhältnisse zu leiden hat, sind die hiesigen Arbeiter doch noch wenig zu der Erkenntniß ihrer Lage gekommen. Die Lage derselben ist in der That eine traurige, denn auf den hiesigen Gruben, welche die meisten Arbeiter beschäftigen, beträgt der Durchschnittslohn pro 8—9stündige Schicht 22½ Sgr., sodaß, wenn man wöchentlich 1 bis 2 Feierschichten in Abrechnung bringt, ein monatlicher Verdienst von ca. 15 Thlrn. übrig bleibt, wobei ein Familienvater, der alle Lebensbedürfnisse für baares Geld kaufen muß, doch nothwendig Hunger leiden muß. Trotzdem aber sind die von den Parteigenossen hier anberaumten Volksversammlungen bisher wenig besucht worden, was allerdings vielfach seinen Grund darin haben mag, daß die Agitation hier lau betrieben worden ist. Erst seitdem Parteigenosse Kuhl in Dortmund hier Versammlungen abgehalten, scheint mehr Leben in die Sache zu kommen, da derselbe es meisterhaft versteht, durch begeisternde Reden die Arbeiter aus ihrer Lethargie aufzuwecken. Auch die „Westfälische Freie Presse“ findet im hiesigen Kreise immer mehr Verbreitung, selbst in solchen Orten, von denen man es nicht erwarten konnte. Wem aber die hiesigen Verhältnisse bekannt sind und wer da weiß, wie abgeschmackt die hier erscheinenden liberalen Blätter sind, der wird es begreiflich finden, daß der logisch denkende Mensch sich nach besserer Lektüre umsieht. Wahrlich, wenn man diesen colossalen Blödsinn liest, den die hiesigen „reichstreuen“ Blätter ihren Lesern häufig auftischen, so begreift man nicht, wie es noch Leute geben kann, die sich daran erbauen können. In Folge des auf der rheinisch-westphälischen Conferenz in Duisburg gefaßten Beschlusses haben die Parteigenossen des Kreises Bochum einen besoldeten Colporteur angestellt, der für die Verbreitung sozialistischer Schriften in Stadt und Land zu sorgen hat und steht zu erwarten, daß durch diese Maßnahme der Sozialismus auch in solche Kreise eindringen wird, denen er bisher verschlossen war. —

— Bei der am Dienstag, den 16. Oktober, stattgefundenen Stichwahl in Gera erhielten Brätter (soz.) 222 St., Förster (fortschr.) 134 Stimmen; also Brätter gewählt.

---

19. sächsischer Wahlkreis.

An die Partei- und Gesinnungsgenossen gelangt hierdurch die Nachricht, daß den 28. Oktober d. J. in der Gärtnerei in Lößnitz eine Conferenz stattfinden soll. Als hauptsächliche Tagesordnung ist zu betrachten, die weitere Berathung des früher angeregten Projekts und die Neuwahl des Centralortes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen (11 Uhr Vormittags) ist dringend nothwendig.

Geyer. Für das Centralcomité:
C. Demmler. H. Hepmann.

An die Vorstände der deutschen Gewerkschaften.

Anläßlich der vom Genossen A. Kapell ergangenen Einladung zu einer Conferenz der Gewerkschaftsvorstände sieht sich Unterzeichneter zu nachstehenden Auslassungen genöthigt:

Es ist richtig, daß die Angelegenheit durch den „Vorwärts“ nicht zu Ende geführt werden kann, aber daraus ergiebt sich nicht die Nothwendigkeit einer Conferenz. Von einer Conferenz kann ich mir unter den gegenwärtigen Umständen nicht viel versprechen; man könnte sich dort nur über eine Vorlage einigen, welche einem allgemeinen Gewerkschaftscongreß unterbreitet werden müßte. Diese Vorlage würde aber, wollen wir etwas schaffen, was den allgemeinen Interessen entspricht, wieder öffentlich discutirt werden müssen. Ich mache daher den Vorschlag, von einer Conferenz abzusehen, dagegen aber soll die Angelegenheit der öffentlichen Discussion übergeben werden. Um dieses zu ermöglichen, wird eine Beilage zu den Gewerkschaftsblättern gegeben, welche zwei Seiten stark, im Format des „Pionier“, alle 14 Tage 1mal und so oft erscheint, als sich Gewerkschaften an dem Unternehmen betheiligen. Jede Gewerkschaft bezahlt eine Auflage. Die Fertigstellung übernimmt der, welcher hierzu durch Vorschlag der einzelnen Gewerkschaften mit relativer Majorität bestimmt wird, unentgeltlich. Die Beilage enthält nur auf diese Angelegenheit Bezug habende Kundgebungen. Als Unterlage zu den Discussionen sind die Vorschläge vom Genossen Kapell zu empfehlen, welche an und für sich beachtenswerth sind.

Ich glaube bestimmt, daß wir hierdurch einen Gewerkschaftscongreß vorbereiten können, von dem wir etwas Ersprießliches erwarten dürfen. Mit dem Geld, welches uns eine Conferenz kosten wird, können wir dieses Unternehmen vollständig bezahlen.

Etwaige Ansichten hierüber nimmt Unterzeichneter gern entgegen, auch erklärt derselbe sich bereit, die Ordnung der Angelegenheit zu übernehmen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
B. Klerr.
Gießen, Neustadt D. 201.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Oeffentliche Quittung.

Seit voriger Quittung sind nachstehend verzeichnete Gelder bei mir eingegangen:

a) Agitationsfonds.

Hof v. Joh. Wächter M. 5,00; Magdeburg d. L. Wille 16,95; Stötteritz d. E. Grube Ueberschuß v. Arbeiterfest 414,17; Glückstadt d. A. Doutiné 5,00; Johanngeorgenstadt d. Strobel 1,00; Kellinghusen d. Auer 11,00.

b) Unterstützungsfonds.

Hamburg: Lusttour der Stellmacher d. Förbig 17,34; von Klempnern 13,00; von R. Praast 2,40; vom Stiftungsfest der Maler d. Eggers 27,00; von einer fröhlichen Zusammenkunft bei Geib 9,05; von Bartels' Tischlerwerkstelle d. Kleiner 4,25; vom Stiftungsfest der Töpfer d. Bahr 16,40; d. Fischer 8,00; Conventgarten-Versammlung d. Repen 4,89; d. Frau Feil vom Fest des Arbeiterfrauen- u. Mädchenvereins 17,29; vom Maurerball d. Staning 29,23; von C. Martens 4,00; vom Vereinigungsfest der Metallarbeiter u. Klempner d. Deisinger 23,75; von Martyr 50,00; von Justinianus 20,00; von Mercurius 20,00; von Silvanus 20,00; von Vulcanus 10,00; d. Juhls v. Schneidervergnügen 10,20; von H. L. beim Spiel 1,20. Ottensen v. Lange's Cigarrenfabrik 15,00; Steinwärder v. Ball d. Aug. Kerl 16,31; Verden d. Günter Ueberschuß v. Arbeiterfest 20,00; Rothenburgsort v. Concert u. Ball 13,00; Lübeck d. Haase 23,84; Hannover gesammelt in Loges' Keller 2,00; Meerane d. F. Voigt 5,00; Fuhlsbüttel d. Langloh 7,72; Stötteritz gesammelt auf dem Arbeiterfest 105,94; Iserlohn v. P. 1,00; Groß-Auheim d. A. Kronenberger 20,00; Offenbach a/M. von der Todtenfeier d. C. Bauer (Gesangverein Lassallea) 5,50; Dresden „dem großen Zweck ein kleiner Dienst“ von den Xylographen, Echo einer frohen Stunde 6,00; Forst v. N. 20,00; Braunschweig d. L. Bosse 15,00; do. v. K. d. Bracke 5,80; Ottensen v. der Todtenfeier 11,95; do. v. Pinneberger Fest der Lassallea 12,55; Frankfurt a/M. v. E. Lehm 5,00; Frammersbach v. Dr. K. Mook 5.00; Biebrich d. Th. Devaque v. Biebricher und Schiersteiner Genossen 5,61; Barmbeck d. Frau Cohrs v. Sommerfest des Arbeiterfrauen- und Mädchenvereins 14,58; Eimsbüttel d. Frau Kröger v. Arbeiterfrauen- u. Mädchen-Verein 16,00; Tutzing v. Werno 0,50; Eppendorf d. W. Wulf v. Arbeiterfest 16,60; Glückstadt d. A. Doutiné v. Fest 30,00; Essen gesammelt von 8 Parteigenossen 6,30; Stollberg v. Richard Frenzel 0,50; Johanngeorgenstadt d. F. Strobel 1,00; Lehe d. Ph. Krebs 6,20; Apenrade d. Gladewitz 1,00; Altona v. Carlson 2,00.

c) Wahlfonds.

Hamburg v. W. H. 4,00; Hannover v. L. B. d. Loges 3,00 und d. denselben v. Cigarrenarbeitern 1,00; Hamburg v. N. N. 0,70.

Hamburg, 15. Oktober 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Expedition. Limmer b. Hannover, Comité zum Kränzchen: Sie schulden noch für Annoncen Mk. 1,80. — Steinach, P. Ed. Wehder: Wir ersuchen um nähere Bezeichnung ihres Wohnortes, da es 6 Orte desselben Namens gibt. — M. Moll., Hof. Wenden Sie sich zunächst an dortige Post oder direkt nach Dresden an die Redaktion der betr. Blätter. Die Adr. genügt. — Mttlr Barmen: W. B.'s Aufenthalt war zuletzt Straßburg.

Quittung. Wibrcht hier Ab. 1,20. Wlhr Kiel Schr. 78,85. Arbeiterbildungsverein hier Ann. 2,70. Hnpfig Gera Ab. 3,20. Bsch hier Ab. 3,40. Bmgrten Wilhelmshaven Ab. 16,00. Klsch Stettin Ab. 3,60. M. Ullrch Ab. 190,00. Brg Zeitz Ab. 3,90. F. Zhtmr Darmstadt Ab. 3,60. Schltr Dresden Schr. 25,00. Rdm Großenhain Schr. 32,00. Oßmnn Erfurt Ab. 22,40. Eßn Mülheim Ab. 2,00. Mhrs Hanau Ab. 29,65. Wßmnn Altona Ann. 0,90. Bglr Lunzenau Schr. 0,28. Krtzschmr Meuro Ab. 1,00. Schfr Gohlis Schr. 3,00. Dl Danzig Schr. 4,75. Hlbg Altenburg Schr. 6,00.

Colporteur Mathies in St. Johann-Saarbrücken wird um Antwort ersucht, ob die am 12. d. Mts. hier abgesandten Drucksachen zur Agitation angekommen sind.

Hamburg. W. Rudolph.

Fonds für Gemaßregelte.

B. Jacob u. Willecke hier 0,40. Bei einer Abschiedsfeier d. W. 3,62.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11: (F. 164)
Oeffentliche Versammlung. [60
Tagesordnung: Vorlesung der Brochüre von B. Becker: Lassalle's tragisches Lebensende.
Der Vorstand.

Hildesheim. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Jeden Montag, Abends halb 9 Uhr:
Mitgliederversammlung
wozu Jeder freien Zutritt hat. (m) [0,50

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.
Querstraße 24.
Nächsten Sonnabend, den 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr:
Eröffnungsfeier.
Mitglieder und Freunde laden wir hierzu ein. [0,90
Nächste Woche beginnen in fast allen Unterrichtsfächern neue Curse.
Alles Nähere durch Inserate und Plakate.
Der Vorstand.

Osnabrück. Arbeiter-Wahlverein.
Montag, den 22. Oktober, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemünze 21:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: Vortrag. Erniedrigung des Beitrages. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht [80
Der Vorstand.

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77

sind à Stück **M. 1,20 gegen baar** oder **Nachnahme** durch die Buchbinderei von **H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16** zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der **Expedition der „Neuen Welt“**, Leipzig, Färberstr. 12 II.

„Der arme Conrad.“

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (182 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pfg.**, gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.**, einzusenden, wofür wir es **franco per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ „
} netto gegen baar.

Expedition des „Vorwärts“, Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Zukel“, Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.

Absatz bis 15. Oktober 20,000 Exemplare.

Es erschien und ist sowohl direkt wie durch alle sozialistischen Zeitungsexpeditionen zu beziehen:

Volkskalender für 1878.

13 Bogen gr. 4. **Schön illustrirt.**

Preis: geheftet 50 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 75 Pf. 10 Stück geheftet 4,00, 100 Stück 30,00, bei direktem Bezuge gegen Baar oder Postvorschuß.

Inhalt:

1878 (Gedicht). Neuer Kalender und Erklärung desselben. Chronol. Charakteristik des Jahres 1878 und Festrechnung. Die Jahreszeiten von 1878. Die Finsternisse und der Merkur-Durchgang von 1878. Jüdische Feste. Buß- und Bettage. Wetterprophezeihungen. Kalenderzeichen. Kalendarium, mit Messen und Märkten, Schreibkalender, Planetenerscheinungen, Wetterprophezeihungen, Anekdoten. Unser Planetensystem. Kernsprüche aus „Der freie Mensch“ von Joh. Jacoby. Sinngedichte von Lessing. Die Stiefelchen, eine Geschichte aus dem Kleinmeisterleben von A. Otto-Walster. Schutz den Vögeln! Kanon, von Chamisso. Weit über's Meer, von Wilh. Blos. Kuckuck, von Glasbrenner. Was ein guter Lehrer kann und was ein schlechter Lehrer nicht zu verantworten hat, von Ed. Sack. Der Gang um Mitternacht, von Herwegh. Die Sklaven-Emanzipation, von Glasbrenner. Eine seltsame Geschichte. Vom Bau der Pflanzen. Die seltsamen Menschen, von Lichtwer. Nachts, von Prutz. „Heil Dir im Siegerkranz“, ein Beitrag zur Geschichte der Volkshymnen, von Ed. Sack. Die Entstehungsursache des Keuchhustens. Abenteuer eines Grafen mit seiner Milchschwester, von B. Becker. Der Stein der Mutter oder die Gnahiba-Indianerin, von Chamisso. Das große Loos, von Langbein. Die Diebe, von Glasbrenner. Insekten-Geschichten. Lied von dem deutschen Philister — Flora Germanica — Persönliche Sicherheit, von Hoffmann von Fallersleben. Die abgestellte Hungersnoth, von Rückert. Lieder mit den Fälschern! „Hüttekinder“, von Ed. Sack. Blumen von Sis. Der Krieg im Orient. Testament Peter's des Großen. Drei helle Köpfe: Lessing, von W. Bracke; Joh. Jacoby, von G. K.; Karl Marx, von F. Engels. Der deutsche Reichstag, von einem sozialistischen Abgeordneten. Die Städtebevölkerung des deutschen Reichs. Tabellen: Portotabelle, Banknotenverzeichniß, Depeschen- und Wechselstempel-Tarif, Korn- und Fruchtrechnung, Trächtigkeitstabelle. Am Schlusse befindet sich ein vollständiges Verzeichniß der Messen und Märkte für die betreffende Ausgabe. Den nach der Nordseeküste gehenden Exemplaren wird die Ebbe- und Fluthtabelle der Nordsee beigelegt.

Illustrationen:

Titelbild. Monatsbilder. Erde und Mond. Die Planeten. Die Sonne und die Planeten. Durchgang des Merkur 1710, der Venus 1761. Nistkästen. Pflanzenzellen, Markzellen, Holzzellen mit Verdickungsschichten, Zellen der Nadelhölzer, Längsschnitt eines Gefäßbündels. Baumwolle, Flachsfaser, Wollenhaar, Seidenfaden. Palmengruppe. Landschaft in Sibirien. Der Upasbaum. Die drei Grazien, kalifornische Mammouthbäume. Tropischer Palmenwald. Mangrove-Wald im Tieflande von Ecuador. Ameisen, von einem Raubzug zurückkehrend. Ameisen, im Bau eines gedeckten Weges gestört. Schneekristalle. Lessing's Denkmal zu Braunschweig. Portraits: Gotth. Ephr. Lessing; Johann Jacoby; Karl Marx. Sitzungssaal des deutschen Reichstages.

Der Kalender dient der Aufklärung und der Sache des Volks.

Bestellungen werden erbeten von
Braunschweig, 1. August 1877. **W. Bracke jr.**

Soeben erschien das 1. (Probe-) Heft der Zeitschrift:

Die Neue Gesellschaft.

Monatsschrift für Sozialwissenschaft

herausgegeben
von
Dr. F. Wiede.

Der Charakter dieser Zeitschrift ist ein **entschieden sozialistischer** und **streng wissenschaftlicher**, was durch die hervorragendsten sozialistischen Gelehrten auf dem Gebiete der Sozialökonomie und Statistik, Sozial- und Naturphilosophie, Rechtswissenschaft, Culturgeschichte, Hygieine und Pädagogik etc. etc. gewährleistet wird.

Das 1. (Probe-) Heft der „Neuen Gesellschaft“ enthält: Vorwort vom **Herausgeber.** — Die Strömung in der Gesellschaft wider den Sozialismus von **Dr. A. Dulk.** — Ueber die natürliche Zuchtwahl in der menschlichen Gesellschaft von **Dr. A. Schaeffle.** — Wissenschaftliche Ketzerverfolgungen der Neuzeit mit Rücksicht auf die Zukunft der deutschen Universitäten von **Dr. Ludwig Büchner.** — Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Oesterreich von **Joh. Most.** — Die Halbheit des juristischen Studiums von **Dr. M. L.** — Die medizinische Wissenschaft nnd die Sozialreform von **Dr. Aug. Theod. Stamm.**

Die Zeitschrift erscheint monatlich in **elegantester Ausstattung** 3 bis 4 Bogen stark in Lexikon-Oktav.

Abonnementspreis pro Quartal 3 Mark.

Zu beziehen direkt durch die Expedition der „Neuen Gesellschaft“ in Zürich (ohne Portoberechnung), sowie durch alle Buchhandlungen.

Zürich, Herbst 1877.

Verlag der „Neuen Gesellschaft“.

Neue Welt

Heft 1 Jahrgang III. (mit dem 1. Oktober a. c. beginnend)

ist versandtfertig und wird **nur auf ausdrückliche Bestellung** geliefert. Wir bitten also, rechtzeitig Nachricht hierher zu geben.

Leipzig, den 10. Oktober 1877.

Die Expedition der „Neuen Welt“.
Färberstr. 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Hellig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 124. Sonntag, 21. Oktober. 1877.

Zu spät — zu früh!

Der Verfasser des Artikels „Warum nicht?“ ist mißverstanden worden. Er hat keineswegs gemeint, daß jetzt an Stelle einer progressiven Einkommensteuer eine Ausbeutersteuer im Arbeiterprogramm treten sollte, sondern daß es überhaupt einmal geschehen und deshalb schon jetzt besprochen werden sollte. Daß sein Vorschlag reifliche Ueberlegung verdient, wird zuzugestehen sein. Er selbst will ihn aber vorläufig nicht weiter verfolgen; er will statt dessen den Gedanken ausführen, daß im Schoße der Sozialdemokratie gewisse Fragen gar nicht früh genug verhandelt werden können, damit sie nicht durch Ereignisse überrascht werde, welche zu früh für ihre Vorbereitungen eintreten mögen. Die Einzelheiten dessen, was die Zukunft bringen wird, können natürlich nicht vorausgesehen werden; wohl aber ist soviel Weisheit von jeder Partei, welche die Gesellschaft zu erneuern strebt, zu verlangen, daß sie auf die unleugbar möglichen Fälle der Zukunft im Voraus gerüstet sei, um sie sofort beherrschen und ausbeuten zu können.

Was wäre denn der Nutzen eines tieferen Forschens nach den bewegenden Gesetzen in der Geschichte, wenn zweckmäßige Schritte immer wieder, wie bisher, zu früh, oder aber zu spät gethan werden sollen? Man nenne es deshalb nicht müßige Kannegießerei, wenn wir hier verschiedene Möglichkeiten der Zukunft erwägen, welche von jedem Sozialdemokraten überlegt sein wollen. Der Verfasser denkt zeigen zu können, daß Europa ganz nahe vor einem Wendepunkte seiner Geschichte steht; gesetzt aber, er irrte sich darin — ist es nicht unbedingt nothwendig, daß auf die bloße Möglichkeit eines solchen Wendepunkts hin gewisse Entschlüsse in der Seele eines jeden Sozialdemokraten feststehen?

Dem Verfasser Dieses steht es schon lange fest, daß das Czarenthum in dem jetzt begonnenen Kriege mit der Türkei sich den Hals brechen mußte; er hat es sechs Jahre lang im Lande selbst untersucht. Aber gleichviel, in welcher besonderen Weise sein Untergang erfolgt — der Untergang selbst ist jetzt besiegelt. Seine militärische und finanzielle Ohnmacht ist aller Welt enthüllt. Das Geheimniß seiner bisherigen Erfolge ist verrathen — es bestand in der Eifersucht Oesterreichs und Preußens und der Zersplitterung Deutschlands, in der Theilung Polens und in der Bestechung hervorragender „Staatsleute“ und Presse Europas.

Mehr aber als das — seine Volkskraft ist gänzlich erschöpft, seine letzten Hilfsmittel sind muthwillig verwüstet. Rußland ist als Großmacht ausgemerzt, es hat aufgehört der Alp Europa's zu sein, und ist der Revolution verfallen. Revolution in Rußland aber bedeutet das Aufhören der Steuerzahlung und Rekrutenstellung und die Rückkehr zum alten Communismus seiten der Bauern, Aufhören jedes Despotismus von oben herab durch Einbruch allgemeiner Verwirrung und Zerfall des Reichs in seine weit verschiedenen Bestandtheile. Keine Macht der Welt kann dem vorbeugen. Natürlich ist damit auch der Panslavismus todt, und Oesterreichs und Preußens Kamarillen und auswärtige Politik verlieren ihre Rückendeckung. Das gesammte europäische „Gleichgewicht“ ist verrückt, und jede Großmacht muß ihre Sicherheit anderswo als bisher suchen. Aber damit noch nicht genug.

In Frankreich hat der Bonapartismus im Bunde mit dem Ultramontanismus eine Entscheidung muthwillig verfrüht, welche die Urheber zu Grunde richten muß. Für unsere Partei ist dort zunächst wenig Aussicht; allein eine Reaktion gegen den Bonapartismus und Ultramontanismus ist sehr wahrscheinlich, und damit Wiederkehr der Preß-, Rede- und Versammlungsfreiheit, Amnestie und eine wachsende Organisation unserer Partei über das ganze Land hin. Dieses Beispiel muß in Spanien und Italien Nachahmung finden. Damit halte man zusammen, was folgt.

Der Militarismus ist im gesammten festländischen Europa eine unerträgliche Last geworden. Freilich stützt er sich auf die Bourgeoisie, weil diese mit ihm den Boden unter den Füßen verlieren würde; allein die Bourgeoisie ist feig, und wenn im Osten und Westen zugleich revolutionärer Wind weht, wenn ein neuer „Völkerfrühling“ begonnen hat, weil der russische und bonapartistische Alpdruck abgeschüttelt ist, wenn die Regierungen im eigenen Volke ihren Halt suchen müssen, weil keinerlei Diplomatie mehr auswärtigen Halt gewährt, wenn es für keinen Staat mehr eine gegenseitige Versicherungsanstalt giebt, als in der Zufriedenstellung des arbeitenden Volkes: so wird sie nachgiebig werden. Die sogenannte gebildete Klasse wird aus ihrer Bedientenstellung heraustreten und williger sein, den sozialdemokratischen Bestrebungen Vorschub zu leisten, weil sie einsehen muß, daß die Cultur bedroht ist und gerettet werden muß.

Außerdem hat der Militarismus sich abgewirthschaftet; es ist eine so große Anzahl von Söhnen des arbeitenden Volks waffentüchtig geworden, daß kein Heer länger als blindes Werkzeug eines abgelebten Systems zu betrachten ist, und daß ein Abkommen zwischen den Nachbarstaaten getroffen werden muß, um die gleichzeitige Entwaffnung aller zu bewirken, Völkerstreitigkeiten auf schiedsgerichtliche Weise zu schlichten und die innere Ruhe durch ein Volksheer nach schweizerischem Muster zu sichern.

Diese Sachlage dürfte sich binnen einem einzigen Jahre entwickelt haben. Gesetzt wir irrten hierin — ist nicht die Wahrscheinlichkeit davon vorhanden? ist nicht die Möglichkeit voraus zu erwägen? Ist es nicht zu spät, sie zu erwägen, sobald sie unerwartet eintritt? Ist es der Sozialdemokratie würdig, den überraschenden Ereignissen rathlos und unmnig gegenüber zu stehen?

Aber in welcher Weise kann man sich auf solche Möglichkeiten vorbereiten? — Wir beantworten diese Frage mit einigen unmaßgeblichen Vorschlägen.

Das Allernöthigste ist, in Großbritannien eine energische Agitation der internationalen Ideen einzuleiten. Dieses Land wird nach Abdankung Rußlands die einzige übrige europäische Großmacht sein und einen überwiegenden Einfluß besitzen. Der Propaganda in unserem Sinne ist dort durch die großartige genossenschaftliche Gewerksorganisation vorgearbeitet; sie kann durch Einwirkung auf die Vorstände der Trades-Unions und durch Massenversammlungen sehr beschleunigt werden. Es ist möglich, durch den Druck der zwei Millionen Gewerkschaftler auf das Parlament diesem Lande eine auswärtige Politik aufzunöthigen, welche der Abschaffung des Militarismus und dem Grundsatz Vorschub leistet, daß die Staatengrenzen sich nach der Abstimmung der Bevölkerung der streitigen Bezirke zu richten haben, und daß eine europäische Commission die Freiheit dieser Abstimmung sichert.

Es ist möglich, in Großbritannien und durch dessen Beispiel überall den — vorläufig — achtstündigen Normalarbeitstag einzuführen und den Gewerkschaften einen Einfluß auf die Gesetzgebung zu sichern. Es ist möglich, durch Unterhandlung Großbritanniens mit allen Staaten dessen Gesetzgebung — und zwar möglichst vervollkommnet — betreffs der öffentlichen Gesundheit und Fabrikverwaltung überall einzubürgern und auf eine allgemeine staatliche Lebens- und Unfallversicherung aller Arbeiter hinzuwirken. Und das Alles sind natürlich nur Vorstufen zu weiterer Verwirklichung der internationalen Ideen, unter denen wir die über das Volkserziehungswesen nur noch besonders nennen wollen. Wenn Großbritannien, das „klassische Land“ der Volkswirthschaft, mit solchen Vorschritten ein gutes Beispiel giebt, so ist überall die Nachfolge unausbleiblich.

Demnächst aber ist in Betreff Polens ein Schritt zu thun. Es ist vorauszusehen, daß in Polen, sobald in Rußland der Zusammenbruch des Czarenthums erfolgt, zunächst in seinen russischen und österreichischen Landstrichen, sich eine Bewegung zu Gunsten der Wiederherstellung dieses Staates einleitet — eine Bewegung, welche sich diesmal nicht auf den Adel und die Bourgeoisie beschränkt, sondern im Bauernstande wurzelt. Das deutsche Volk, im Reiche wie in Oesterreich, ist moralisch verpflichtet, dieser Bewegung Vorschub zu leisten. Es kann das natürlich auf solche Weise geschehen, daß man mit den eigenen Landesgesetzen nicht in Zusammenstoß kommt; aber es muß laut und ernst überall geschehen. Die Umstände, unter welchen es geschehen wird, müssen günstiger sein, als sie je vorher waren. Die Ungarn dürften in Oesterreich verhindern, daß diese Macht gegen die Polen einschreitet; alle preußischen Grenzprovinzen gegen Polen hin haben ein Interesse an Abschaffung der Grenzsperre; die deutschen Ultramontanen müssen aus Haß gegen die barbarischen Bekehrungsversuche der griechischen Kirche die polnische Bewegung unterstützen; endlich fällt mit dem Untergange der Großmacht Rußland der Hauptbeweggrund für die preußische Kamarilla hinweg, zur Rückendeckung seiten des Czaren ihm Polen im Zaume halten zu helfen. Unter diesen Umständen braucht die Unterstützung Polens den Deutschen keine großen Opfer zu kosten.

Unter der Voraussetzung, daß ein „Völkerfrühling“ eintritt, d. h. daß Hoffnung auf Volksherrschaft und bessere Zeiten den auf allen Völkern Europas lastenden Alpdruck des duldenden Gehorsams und der Verzweiflung beseitigen wird, und daß alle Stützen der rohen Gewalt wackelig werden, bleibt uns nun die Frage übrig, wie vollkommene Einigkeit über die stufenweisen Fortschritte zum Ziele herzustellen ist. Und mit Lassalle sollte jeder Sozialdemokrat darin übereinstimmen, daß immer nur eine Maßregel auf einmal mit aller Kraft durchzusetzen sei, aber immer zunächst diejenige, aus welcher die nächstfolgende sich von selbst ergiebt und alle späteren folgerecht hervorwachsen. Das hindert nicht, daß man alle Forderungen an den Staat und alle mit seiner Gesetzgebungsmacht durchzusetzenden Maßregeln gleichzeitig aufstelle; die erste Forderung aber sollte die erst zu betreibende sein, und darüber, daß die aufgestellte Reihe eingehalten werde, sollte Einstimmigkeit in der Partei erzielt sein. Es läßt sich nachweisen, daß die 1848er Bewegung in Frankreich und Deutschland daran gescheitert ist, daß eine solche Einstimmigkeit nicht vorhanden war.

Wir sind nun der unvorgreiflichen Meinung, daß im festländischen Europa die allererste Maßregel der Volksbewegung die sein sollte: durch sofortige Staatsverträge mit allen Nachbarstaaten die Ersetzung der stehenden Heere durch Volksheere nach dem schweizerischen oder einem noch weniger kostspieligen Muster zu bewirken. Diese Maßregel wird nicht blos von den Sozialdemokraten, sondern auch von einer großen Mehrheit der Stimmgeber überhaupt befürwortet werden, denen das stehende Heer eine schwere Last ist; am freudigsten aber wird sie von den dienstpflichtigen Mannschaften selbst begrüßt werden. Diese Maßregel ist die einzig sichere Bürgschaft, daß hinfort der Volkswille Gesetz sein solle, und daß es keine höhere Macht als den gesetzlich ausgesprochenen Volkswillen geben solle. Sie räumt mit einem Male alle Möglichkeit einer Revolution hinweg und verbürgt steten Fortschritt. Wir zweifeln nicht, daß alle Sozialdemokraten hierin von vorn herein einig sein werden.

Schwerer dürfte die Festsetzung der Reihenfolge aller übrigen Maßregeln fallen; allein die löbliche Einigkeit unserer Partei wird sich auch hierbei bewähren. Es kostet nichts, diese Vorsorge zu treffen, aber es kann viel, sehr viel nützen, sie bald zu treffen. Laßt uns nicht zu spät hierüber einig werden — es zu früh zu thun, scheint kaum denkbar.

Zur Lebensmittelfrage.

Unter dieser Ueberschrift bringt aus der Feder des Herrn Dr. Arthur Mühlberger die „Wage“ nachstehenden vorzüglichen Artikel, den wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen:

„Die Beilage der „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Oktober enthält nachstehende Notiz:

„Frankfurt, 28. September. In Leipzig hat sich ein Allgemeiner Deutscher Verein gegen Verfälschung der Lebensmittel gebildet. Am 10. Septbr. sind die Statuten berathen und am 23. Sept. die Constituirung vollzogen worden. Im Namen des Vereins wird in Leipzig eine Zeitschrift herausgegeben, deren erste Nummer Mitte Oktober erscheint. In bereits 50 Städten sind Verhandlungen zur Bildung von Zweigvereinen im Gange. Der Zweck des Vereins ist im § 2 der Statuten wie folgt ausgesprochen: „Der Verein hat, unter Ausschluß aller politischen und religiösen Tendenzen, den Zweck: den Verkauf und Verbrauch aller gefälschten und gesundheitsnachtheiligen Nahrungs- und Genußmittel, sowie anderer Verbrauchsgegenstände, sogenannter Geheimmittel und dergleichen zu unterdrücken und dadurch seine Mitglieder, und im weiteren das Volk, mehr und mehr gegen Benachtheiligung des Vermögens sowie gegen Gefährdung und Schädigung der Gesundheit schützen zu helfen.“ Es wird dann eine Reihe von Mitteln angegeben, durch welche der Verein praktisch sein Ziel zu erreichen gedenkt. Es versteht sich von selbst, daß im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt die Bildung eines solchen Vereins lebhaft zu begrüßen ist. Es steht nur zu wünschen, daß der Verein eine umfassende Betheiligung findet, welche ihm die Erreichung seiner Ziele ermöglicht.“

„Es gehört zu den berechtigten Eigenthümlichkeiten der Bourgeoisie, gewisse Fragen des allgemeinen Interesses mit wahrem Feuereifer zu erfassen, sie eine Zeitlang tausend- und abertausendfach wiederzukauen, um sie dann allmählich wieder geräuschlos verschwinden zu lassen, bis kein Hahn mehr nach ihnen kräht. Sind die Fragen zufällig mehr oder minder unangenehmer Natur, berühren sie gar höhere und höchste Interessen, so pflegt man in der Regel bald von ihnen abzukommen und sich rasch zu überzeugen, daß man denn doch in der besten aller Welten lebt. Aus der Blumenlese der letzten Jahre wollen wir zur Illustration dieser Sätze nur erwähnen den Kirchhofcolicismus, die Leichenverbrennung und die Lasker'sche Anti-Gründungsagitation. Seit der russisch-türkische Krieg anfängt, langweilig zu werden, und die wahre Natur des Krieges doch gar zu unverhüllt zum Vorschein kommt, ist es wieder Zeit, sich mit sich selbst zu beschäftigen und allerhand häusliche Fragen vorzunehmen. Es scheint, als ob die „Lebensmittelfrage“ berufen sei, diese lange, unendliche Zeit auszufüllen, als ob diese Frage vor allen Anderen dazu angethan sei, mit aller Energie vorgenommen und zu einer ersprießlichen Lösung geführt zu werden. Die Mißstände freilich, welche durch Unehrlichkeit und Betrug gerade hierin hervorgerufen werden, sind schreiend, und es wird kaum zu leugnen sein, daß jahraus jahrein dieses schamlose Treiben zahlreiche Opfer fordert, ganz abgesehen von der direkten und indirekten Schädigung, von welcher die Gesellschaft in ihren geschäftlichen und gesundheitlichen Verhältnissen betroffen wird.

„Wir konstatiren zunächst, nicht ohne Genugthuung, daß der Sozialismus an diesem Lebensmittelverfälschungs-Lärm keinen unmittelbaren Antheil hat. Von seinem Standpunkt aus ist die systematische Verfälschung der Lebensmittel, wie sie thatsächlich heute im Großen geübt wird, nur ein Symptom mehr dafür, wohin es mit einer Gesellschaft kommen muß, deren gesammte Umsetzungen der absolutesten Willkür, der totalsten Anarchie preisgegeben sind. Die Verfälschung der Lebensmittel gehört mit einem Wort zu den natürlichen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft. Daß sich mit einmal jetzt eine so lebhafte Reaktion dagegen erhebt, ist ein Beweis, wie hochgradig diese Mißstände geworden sind, wie sehr und wie unmittelbar dieselben bereits in den höheren Schichten der Gesellschaft bemerkbar werden. Nichts mehr und nichts weniger!

„Wir konstatiren in zweiter Linie mit nicht geringerer Genugthuung, daß es mit dem laisser aller, laisser faire in den ökonomischen Fragen der Gesellschaft doch nicht allein gethan zu sein scheint. Von allen Seiten schreien die liberalen Zeitungen nach Hilfe von oben, nach Strafgesetz und Reichsgesundheitsamt. Unseres Wissens hat sich noch kein Bourgeois in der so überaus wichtigen Lebensmittelfrage über „Staatshilfe“ beschwert; vielmehr geberden sich die Träger der öffentlichen Meinung, als ob wir fürderhin nur mehr mit Hilfe des Staatsanwalts und des Reichsgesundheitsamts unseren Hunger stillen und unseren Durst löschen könnten. Käme es auf diese Helden des Prinzips an, sie würden morgen alle Kühe im deutschen Vaterland expropriiren und jedes Faß Bier mit Beschlag legen lassen.

„Aber, wie gesagt, wir glauben, daß es der Bourgeoisie mit dieser ganzen Bewegung nicht einmal Ernst ist. Sie ist erzürnt, empört, voll Unwillen und Entrüstung, gewiß! Sie hat auch den besten Willen dem bösen Ding auf den Leib zu rücken, gewiß! Wer sollte leugnen, daß auch ihren Kindern lautere Milch zuträglicher ist, als verwässerte, oder daß sich hinter einem guten Schoppen besser politisiren läßt, als hinter einem schlechten? Und dennoch ist ihr's nicht Ernst mit dieser Bewegung; ja wir prophezeien hier in nüchternster und trockenster Weise, daß, ehe ein Jahr vorüber, diese ganze Bewegung wieder vollständig eingeschlafen sein wird. Man wird vielleicht auf Grund einiger reichsgesundheitsamtlichen Untersuchungen einige Paragraphen des Strafgesetzbuchs schärfer formuliren, wohl auch einige Sündenböcke an den Pranger nageln. Es ist aber nicht blos Illusion, sondern ganz einfach Windbeutelei, wenn man glaubt, auf diese Weise auch nur das Geringste an den thatsächlichen Verhältnissen

zu ändern. Auch im Jahr 1879 wird noch genau so fort betrogen und gefälscht werden, wie in unseren glücklichen Tagen. Etwas feiner, etwas raffinirter vielleicht, mag sein, aber die Sache selbst wird ungeschwächt fortbestehen.

„Warum das so sein muß, ist leicht zu verstehen. Es gibt eine Logik der Thatsachen, der sich nicht einmal ein normales Bourgeoisgehirn entziehen kann. Lasse man den Staat und unsere Bourgeoisie, als Treiber, nur erst einmal recht an diese Fragen heran, und es wird sich bald zeigen, wie absolut machtlos beide dieser tausendköpfigen Hydra gegenüber sind. Es wird sich ferner herausstellen, daß es eigentlich sehr unlogisch ist, nur der Nahrung seine väterliche Obhut zu leihen, während doch Kleidung und Wohnung zum mindesten gerade so gewichtige Dinge sind, wenn es sich einmal um Fragen der allgemeinen Wohlfahrt handelt. Und da es heutzutage im Staate und in der „Wissenschaft" als Glaubenssatz gilt, daß man in allen diesen Dingen niemals positiv-organisatorisch, sondern höchstens negativ-strafrechtlich zu Werke gehen dürfe, so werden Beide, Staat und Bourgeoisie, sich in Bälde von dieser gefährlichen Position weg in ihr verschanztes Lager des Strafrechts zurückziehen. Das Ende vom Lied wird wiederum sein, daß alles beim Alten bleibt. Wozu also der Lärm? Lasse man vollends, wozu freilich sehr geringe Aussicht ist, einige Jahre sogenannter „Prosperität" kommen, und die liberale Presse wird es Jedem als Verbrechen anrechnen, der diesen wunden Fleck überhaupt berührt. „In guten Zeiten betrügt man ja überhaupt nicht."

„Noch einen andern merkwürdigen Punkt können wir nicht unerwähnt lassen. Als vor nicht langer Zeit ein sachkundiger und wahrheitsliebender Mann der Gesammtfabrikation des deutschen Reichs das Zeugniß „billig und schlecht" ausstellte, da waren es nur die „Reichsfeinde" und die noch schlimmeren Sozialisten, welche im Ernst eine solche Ansicht hegen konnten. Heute scheut sich dieselbe Presse nicht, im Angesicht der Welt ein Jammerbild vaterländischer Misère zu zeichnen, das, wenn richtig, vollkommen geeignet wäre, uns der Verachtung der übrigen Nationen preiszugeben. Mit dem Liberalismus könnte man das etwa „patriotischen Takt" nennen.

„Unsere Leser werden nun einsehen, was uns veranlaßt hat, dieser kleinen Auseinandersetzung die der „Frankfurter Zeitung" entnommene Notiz über die „Bildung eines Vereins gegen Verfälschung der Lebensmittel" voranzustellen. Wir haben es gewagt, trotz oder vielleicht wegen dieser Notiz in dem Vorstehenden diese ganze Bewegung als gänzlich nichtig zu bezeichnen, insofern sie vom Staatsanwalt und vom Reichsgesundheitsamt Abhilfe erwartet. Aber der deutsche Bürger hilft sich selber und deshalb gründet er Vereine. Sehen wir, was er mit diesen zu Wege bringen wird.

„Um nach keiner Seite hin anzustoßen, wird der Verein ausschließlich ad hoc gebildet und § 2 der Statuten schließt ausdrücklich alle politischen und religiösen Tendenzen aus. Diese Eine Thatsache richtet das ganze Unternehmen. Eine kurze Erwägung wird auch Denjenigen, welcher in volkswirthschaftlichen Dingen nicht auf den Grund zu gehen pflegt, hiervon überzeugen.

„Tritt man an die Lebensmittelfrage heran, so drängt sich sofort die zweite Frage auf: wer ist hier die competente naturgemäße Behörde? Ist es der heutige Staat, welcher grundsätzlich jede soziale Organisation verneint? Gewiß nicht — er hat nur Ein Werkzeug, das Strafrecht, und dieses ist vollkommen wirkungslos. Ist es der Staat der Zukunft, der sozialistische Staat? Wir fürchten, daß viele Sozialisten sofort mit „ja" bei der Hand sind, und dennoch wäre leicht zu erweisen, daß derjenige centralisirte sozialistische Staat, wie er in so vielen Köpfen spukt, sich bald ebenso machtlos erweisen würde. Nun, wenn es der Staat nicht ist, so kann es nur die Gesellschaft sein? Gewiß. Und so wären wir denn wieder bei unserm harmlosen Vereine angelangt, den wir oben so schnöd desavouirten? Doch nicht. Die naturgemäße erste Instanz für alle Fragen, welche die unmittelbaren Lebensbedürfnisse der Menschen umfassen, ist die Gemeinde. Wenn das Bier in Stuttgart schlecht oder die Würste in Nürnberg verfälscht werden, so geht das offenbar zunächst Niemand anders an, als die Gemeinden Stuttgart und Nürnberg. Wir sehen also, daß die Lebensmittelfrage nicht bloß ihre soziale, sondern auch ihre eminent politische Seite hat, und daß sie in einfacherer Form nichts anderes besagen will als: was ist der Wirkungskreis der Gemeinde, was ist der Wirkungskreis der Gesellschaft oder des Staates?

„Und hier ist der Punkt, auf den wir die ganze Aufmerksamkeit des Lesers hinlenken, hier gilt es zu zeigen, daß auch diese Lebensmittelfrage, wenn richtig verstanden, für den Sozialismus ein ganz eminentes Interesse hat, und weit entfernt, ihr gegenüber gleichgültig zu bleiben, ist es vielmehr seine Pflicht, sie mit aller Energie anzupacken. Wir brauchen nicht zu betonen, daß Niemand direkter unter diesem allgemeinen Elend leidet, als der Arbeiterstand. Es handelt sich für uns noch weiter um das höhere, wichtigere Interesse der Wahrheit und Freiheit.

„Der naturgemäße Versorger für den gesellschaftlichen Menschen ist, was die zum Lebensunterhalt nothwendigen Mittel betrifft, die Gemeinde. Ihre Glieder haben nicht blos das Recht, die Nahrung unverfälscht, sondern ebenso sehr das Recht, sie billig zu beziehen, d. h. zu einem normalen laufenden Preis. Was haben die Gemeinden bis jetzt in dieser Beziehung gethan? Außer zeitweiliger nichtssagender polizeilicher Controle gar nichts. Was könnten sie thun? Sehr viel, ja fast alles. Hier fällt uns der Vorschlag ein, den Lassalle in seiner Solinger Rede gemacht hat, wo er vom Einfluß des Annoncen-Wesens auf die Zeitungen spricht. Er sagt, was wäre einfacher, berechtigter und besser, als wenn die Gemeinde das Annoncenwesen in die Hand nehmen würde und er hat darin vollkommen Recht. Was hinderte eine Gemeinde-Vertretung, welcher das Wohl ihrer Glieder am Herzen liegt, mit einer Association von Setzern und Buchdruckern einen freien Vertrag abzuschließen, nöthigenfalls denselben das nöthige Kapital vorzuschießen, um durch eine irgendwie organisirte Zeitung sämmtliche Publicitäts-Interessen der Gemeindeangehörigen zu besorgen? Was könnte die Gemeinde in zweiter Linie hindern, den Vertrag mit allen Garantien für eine billige und gute Ausführung auszustatten? Wären nicht tausend Hände jeden Augenblick bereit, sich diesem Gemeindedienst zu unterziehen? Nun, was von dem Annoncenwesen gilt, gilt in noch viel höheren Grade von der Nahrung, von den Lebensmitteln. Wie, wenn die Gemeinde heute eine Produktiv-Association der Bäcker, eine Produktiv-Association der Metzger, eine Produktiv-Association der Gemüse- und Obstzüchter ins Leben riefe, in größeren Gemeinden mehrere? Wer würde dabei gewinnen? Sämmtliche Glieder der Gemeinde. Wer würde dabei verlieren? Ein paar reichgewordene Meister und dieses ganze Heer von Zwischenhändlern, die hauptsächlich zum Betrügen geneigt sind und deren ganze Kunst darin besteht, um 10 Pfennig zu verkaufen, was 5 gekostet hat. Nichts wäre leichter, als diese Verträge mit lauter freien Arbeitern so einzurichten, daß alle Garantie für Gesundheit, Billigkeit, Ordnung, Sicherheit u. s. f. ein für allemal gewährleistet wäre. Denke man sich ferner neben diesen Associationen freier Bürger, Hand in Hand mit ihrer Thätigkeit, eine sich täglich weiter entwickelnde Statistik der Gemeindebedürfnisse, denke man sich alle Dunkelheit, alles Vertuschen, alles Heimlichhalten aus diesen Umsetzungen verbannt, eine ganze, volle öffentliche Controle über diese der Gemeinde dienenden Körperschaften ausgeübt, und es ist nicht zu sanguinisch, nein, es ist einfach sonnenklar, daß für Betrug, Fälschung, Uebervortheilung auf solchem Boden kein Gedeihen mehr ist; es ist schlechthin unmöglich, daß die Arbeiter des einen Zweiges die des andern und damit sich selbst hintergehen könnten. Alle diese Corporationen sind demokratisch organisirt, sie wählen sich ihre eigenen Leiter und Vorsteher; sie wählen natürlich auch Mitglieder der Gemeinde-Vertretung und sorgen hiermit in ihrem eigenen Interesse für vollständige Controle und Oeffentlichkeit.

„Zu dem von Leipzig aus ins Leben gerufenen „Verein gegen Verfälschung von Lebensmitteln" gesellen sich gewiß viele wohlmeinende Bürger. Ihr erster Schritt, wenn überhaupt etwas erreicht werden soll, muß sein, alle Halbheit bei Seite zu lassen und die ganze Frage als das hinzustellen, was sie in Wahrheit ist, als eine sozial-politische Frage ersten Ranges. Es gehört wahrlich kein großer Scharfsinn dazu, einzusehen, daß sich hier in dieser geringfügigen Frage ein Stück künftiger gesellschaftlicher Organisation mit der Macht geschichtlicher Nothwendigkeit in den Vordergrund drängt; die Stimmung, die Verhältnisse sind gegeben, die Idee liegt am Boden, man braucht sie nur aufzunehmen und zu realisiren.

„Ueber die Lebensmittelfrage existirt bereits eine kleine Bibliothek, tagtäglich erscheinen neue Broschüren und Flugschriften. Die, welche uns zu Gesichte kamen, sind alle nach folgendem Recepte gemacht: Erzählung detaillirter, haarsträubender Fälle und zum Beschluß strafrechtliche Vorschläge. Wer wissen will, welche Summe von Unredlichkeit, Betrug, Schmutz und Verbrechen an unseren gesellschaftlichen Transaktionen haftet, der lese sie; wer aber Rettung sucht aus diesem Pfuhl von Gemeinheit, der lasse sie ungelesen. Wenn das Strafrecht die Menschen besser machen könnte, müßten wir längst lauter Engel sein.

„Unser Vorschlag in der Lebensmittelfrage ist also:

1. Produktiv-Associationen von Gemeinde wegen.
2. Statistik der Lebensmittelbedürfnisse von Gemeinde wegen.
3. Kaufmännische, technische, sanitäre Controle von Gemeinde wegen.

„Diese drei Punkte, deren Organisation innerlich aufs engste mit einander verknüpft ist, lassen sich in gesunden und nachhaltigen Anfängen schon heute ins Leben rufen. Ueberall, wo das Wahlrecht dem Volke selbst Sitz und Stimme in seinen Gemeinde-Angelegenheiten gewährt, sollten diese Punkte sofort in Anregung gebracht und mit aller Macht auf deren Verwirklichung hingearbeitet werden.

„Wir begnügen uns mit diesen kurzen Andeutungen. Wir unterlassen es absichtlich, sie weiter auszuführen. Wer volkswirthschaftlich denken kann, wird leicht erkennen, daß noch ganz andere, immer weiter greifende Fragen sich anreihen, daß mit einem Wort hier, in der alle Schichten der Gesellschaft so sehr berührenden Lebensmittelfrage, ein fester Anhaltspunkt gewonnen werden könnte, um von ihm aus die gesammten Produktionsverhältnisse der Gesellschaft total umzugestalten und aus Proletarierschaaren freie Arbeiter zu machen."

Aus Frankreich.

Einem der Redakteure des „Vorwärts" ist folgender Brief in französischer Sprache zur Veröffentlichung zugegangen:

Paris, den 9. Oktober 1877.

Bürger!

Ich weiß, welchen Antheil Sie an der Entwickelung der sozialistischen Prinzipien nehmen und welchen Werth Sie auf die Organisation der Arbeiter und auf jede Kundgebung des wahrhaft revolutionären Gedankens legen.

Sie haben unzweifelhaft das Programm-Manifest der republikanisch-sozialistischen Demokratie der Seine an die republikanischen Wähler Frankreichs gelesen, welches vor Kurzem anläßlich der neuen Wahlen zum gesetzgebenden Körper veröffentlicht wurde.

Meine Freunde und ich hatten bei Abfassung und Unterzeichnung dieses Manifests den Zweck im Auge, dem Standpunkt des Rechts und der Gerechtigkeit, so wie wir sie verstehen, Ausdruck zu geben. Wir wollen das Haupt nicht beugen inmitten der allgemeinen Erschlaffung des Charakters. Wir wollen nicht mit den Bourgeois paktiren, denen die ersten Begriffe der Revolution fremd sind; mit den Bourgeois, welche in ihren öffentlichen Versammlungen die Pfaffen angreifen, und ihren gesetzgebenden Körpern das Geld für den Unterhalt der Pfaffen bewilligen; mit den Bourgeois, welche die soziale Frage leugnen.

Wir treten entgegen und werden stets entgegentreten jener Rasse von Ausbeutern, die aus der Republik ein abgetragenes Kleid machen, das sie verschachern wollen (une guenille à vendre), und die sich einbilden, die Freiheit sei „begründet", weil sie den Bauch voll haben.

Wir haben darum, in Ausübung unseres Rechts und in Erfüllung unserer Pflicht, scharf, ohne Uebertreibung und ohne Schwäche, die Forderungen des Proletariats formulirt. Das Volk ist mit uns — wir wissen es und erklären es laut. In den zahlreichen von uns veranstalteten Versammlungen hat unser Programm-Manifest durchweg die günstigste Aufnahme gefunden (a partout été acclamé). Und es konnte nicht anders sein, denn wir sind selbst Volk und wir können im sozialen Leben nichts anderes sehen als das Volk.

Die Reaktion gerieth in Bewegung (s'est émue), als sie uns reden hörte. Sie fühlte, daß wir allein stark und gefährlich sind, weil wir allein wissen, was wir wollen und wie wir es wollen — bei den Politikern ein sehr seltenes Ding.

Die pfäffische, bonapartistische, royalistische Reaktion ist über uns hergefallen. Sie will aus dem Sozialismus ein Schreckgespenst machen. In ihrer Thorheit begreift sie nicht, daß sie selber unsere Ideen verbreitet. Sie vergißt, daß Tausende von Lesern, wenn sie ihre Zeitungen durchfliegen und darin unser Programm-Manifest finden, sich von der Nichtigkeit ihrer Lehren überzeugen und für die Revolution gewonnen werden.

Der „Moniteur des Communes" („Moniteur der Gemeinden"), ein amtliches Regierungsorgan, welches auf Befehl öffentlich an-

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845).

(Fortsetzung.)

Stieber, verblendet oder absichtlich, übersieht bei dieser Incrimination zweierlei. Wander verwirft nicht die Ruhe als Bürgerpflicht, er sagt nicht, daß sie aufhören solle Bürgerpflicht zu sein, er verwirft blos die Auslegung, welche „das Philisterthum" dem Satze gebe, nämlich die, daß mit der bloßen Bezahlung der Abgaben auch alle Bürgerpflichten erfüllt wären, und man im übrigen nur für sein leibliches Wohl zu sorgen habe. Darin liegt nichts weniger als eine Aufforderung, ein friedliches Bürgerleben zu verlassen, sondern vielmehr blos die, seine Bürgerpflichten nicht auf Abgabenentrichtung zu beschränken.

Stieber übersieht sodann zweitens, daß die Weisung, wohin die Bürger nach Wander's Ansicht ihre Thätigkeit richten sollen, keineswegs auf „politische Kämpfe" geht.

Wander fordert auf, seiner Zeit anzugehören, und giebt dieser Aufforderung einige Unterabtheilungen, als: von ihren Ideen ergriffen sein und bewegt zu werden, ihre Leiden mit zu fühlen, für ihre Hochgedanken zu kämpfen, an ihren Hoffnungen sich zu erfrischen und zu wissen, welche Lebensfragen dem Volke in diesem Jahrhundert gestellt sind. Welche sind denn nun aber die Ideen, die Hochgedanken, die Leiden, die Hoffnungen und Lebensfragen der Zeit? Ehe sie nicht genannt worden, kann man nicht urtheilen, ob sie politische oder moralische, religiöse oder philosophische sind.

Ideen, Hochgedanken, Lebensfragen, Leiden, Hoffnungen, es kann scheinen, als hätte Wander in dieser Passage seiner Rede sehr stark mit dem Schaumlöffel geschöpft; wenigstens der Zuhörerschaft von Gesellen und andern Leuten der untersten Bildungsstufen gegenüber. Worte, nichts als Worte! könnte man mit Prinz Hamlet sagen; oder mit dem Chinesen: die Pauke giebt einen großen Klang, aber sie ist inwendig hohl. Ideen, Hochgedanken, Lebensfragen sind allerdings Gefäße, worin gar mancherlei enthalten sein kann. Deshalb aber hat Stieber doch noch kein Recht, die Wander'sche Unbestimmtheit zu dessen Nachtheil zu benutzen, die daraus entspringende scheinbare Leerheit mit seinen eigenen Kreaturen zu bevölkern und diese dann fälschlich für Wander'sche Gedanken-Bastarde auszugeben, entsprungen aus heimlicher Ehe mit dem Verbrechen.

Wander kann nicht blos nur ebensowohl moralische Ideen im Sinne gehabt haben, sondern es sprechen sogar die Umstände, es spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß er nur, und keine anderen als, moralische Ideen im Sinne gehabt hat. Der Gewerbeverein hatte sich die Aufgabe gestellt, die arbeitenden Klassen moralisch zu heben; die Zeitidee der Versittlichung der untern Volksklassen ist die dem Verein eigenthümliche, welche also dem Redner am nächsten lag. Nimmt man den Redner von dieser Idee beherrscht an, so finden seine Worte die zwangloseste Erklärung. Zur Verwirklichung dieser Idee muß man ergriffen sein von der Noth, der Unwissenheit, der Irreligiösität, dem physischen und moralischen Elend der Armuth. Ihnen abzuhelfen muß man kämpfen gegen die zunehmende Entartung und Demoralisation, für die Förderung eines ehrenhaften moralischen Lebenswandels, einer tüchtigen Gesinnung, einer bessern Erziehung und Belehrung der Jugend. Eine Abhilfe aber kann nur dann herbeigeführt werden, wenn Alle Hand an's Werk legen. Zu dieser Handanlegung ermahnt nun Wander. Es gehöre dazu allerdings mehr als das Begünstigtsein mit der Erfüllung der vom Staat auferlegten Steuerpflicht. Diese sei nicht die einzige des Bürgers; und, wenn man den Satz: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht dahin verstehen will, daß nach der Abgabenzahlung dem Bürger nichts zu thun übrig bleibe als zu essen, zu trinken und zu schlafen; so sei er außer der Zeit und überlebt. Die anwesenden jungen Leute für diese Ideen zu erwärmen, nennt Wander den Erziehungsakt, den der Verein ausüben soll. Gelinge er, so werde es künftig in Dorf, Stadt und Staat an tüchtigen Leuten nicht fehlen. Danach ist Wander's Aufforderung keine Aufforderung, ein friedliches Bürgerleben zu verlassen und sich in die politischen Kämpfe der Zeit zu mischen, sondern eine Aufforderung, den in eigner Wohlfahrt sich begnügenden Egoismus aufzugeben und auch für das Wohl seiner Mitmenschen thätig zu werden. Aufforderungen der Art erläßt oder beschützt die Regierung selbst alle Tage. So forderte sie auf zum, oder begünstigte das, Zusammentreten zum Gustav-Adolphverein, zum Verein für Besserung entlassener Sträflinge, für Krankenpflege, für Erziehung verwahrloster Kinder, für Enthaltsamkeit vom Branntwein, zu Bibel-, Missions- und zu zahllosen andern Vereinen. Darin liegt ihr eigenes faktisches Zugeständniß, daß auch sie einestheils die bloße Abgabenentrichtung für die Herbeiführung erwünschter Zustände nicht für genügend, anderntheils ihre Zwecke ohne Hülfe der Privaten nicht für erreichbar hält. Stieber kann unmöglich nach zwei juristischen Prüfungen von so beschränktem Verstande sein, daß er nicht eingesehen haben sollte, wie Alles, was er an Wander bestraft wissen will, nicht Wander's, sondern sein, Stieber's eigenstes Eigenthum ist. Es ist aber nicht erlaubt, einem ehrliche Manne hinterrücks einen fremden silbernen Löffel in die Tasche zu stecken, um ihn dann als Dieb behandeln zu können. Und doch ist Stieber's Verfahren in Bezug auf Gedankeneigenthum ganz dasselbe; wo er bei Wander eine offene Tasche findet, schiebt er ihm Stieber'sche Gedanken hinein.

Wander's Rede ging dem Concept zufolge hienach auf Schlöffel über.

Wie oben bemerkt ist, wollte Schlöffel wegen der von einigen Vereinsmitgliedern gegen ihn geübten Kritik und wegen des deshalb an ihn erlassenen Schreibens des hiesigen Polizeidirigenten nicht ferner in den Versammlungen erscheinen. Wander wollte sein Bedauern darüber aussprechen, da aber Schlöffel dennoch erschien, so wurde der größte Theil der deshalb concipirten Stelle gar nicht vorgetragen. Soweit sie nicht vorgetragen ist, kann sie auch nicht Gegenstand einer Anschuldigung sein. Gedanken sind zollfrei, nur Aeußerungen unterliegen dem Strafgesetz. Gedanken, solange sie nicht geäußert, nicht einem Andern mitgetheilt werden, bleiben Gedanken, auch wenn sie durch Schriftzüge fixirt sind.

Wander hat aber nicht nöthig, sich zu scheuen, diese Gedanken vor Gericht gestellt zu sehen. Er wollte sagen: Schlöffel fehle heute aus inneren Gründen, während er in der letzten Versammlung aus äußeren gefehlt. Schlöffel fühle sich durch die gegen ihn geübte Censur in der Redefreiheit beschränkt. Sein Ausscheiden würde aber für den jungen Verein als ein Verlust zu bedauern sein; man habe keinen zweiten, wie ihn. Zwar stimme er mit Schlöffel nicht völlig überein weder nach Gedankeninhalt noch nach Ausdrucksform; indeß wäre Schlöffel ein edler Charakter. Da er immer das Beste wolle, so kenne er auch keine Furcht und habe nur „den Fehler" — wenn es einer wäre — „das laut zu denken, was Hunderttausende im Herzen bewegen und sich in's Ohr raunen". Die Freiheit der Rede sei übrigens ein Kleinod, das sich der Verein bewahren möge; denn, wie dem Fisch das Wasser, so sei einem Verein von freien Männern das freie Wort.

(Fortsetzung folgt.)

geschlagen wird, hat unser sozialistisches Programm abgedruckt, mit einem für uns in der Form beleidigenden Commentar, der sich in die Worte zusammenfassen läßt:

„Franzosen, seht: es ist wirklich der allgemeine Umsturz, den diese Leute erstreben!"

Ich kann versichern: unzählige Bürger, welche von ihrer Arbeit leben, haben, wenn sie von unserem Programm Kenntniß erhielten, von uns gesagt: „Diese Republikaner, diese Leute haben Recht!"

Die Angriffe der Pfaffen und verschiedener Trümmer der alten, bankerotten Parteien haben uns nicht in Erstaunen versetzt. Der freie Mann kann nicht den Beifall des Sklaven erwerben. Aber neben der pfäffischen, bonapartistischen und royalistischen Reaktion giebt es, wie Sie, Bürger, wohl wissen, noch eine Reaktion, ein anderes Hemmniß der konsequenten Anwendung und Durchführung der revolutionären Prinzipien. Diese Reaktion vierten Rangs, dieses unreine Hemmniß hat einen Namen: es nennt sich Opportunismus (praktische Nützlichkeitspolitik).

Der Opportunismus wurde am 4. September 1870 geboren, und seitdem ist er beständig gewachsen und „immer schöner" geworden. Doch nein, ich täusche mich. Der Opportunismus ist alt wie die Welt und wie die Geschichte. Er präsidirt regelmäßig dem Verfall der Völker.

Das Programm-Manifest der sozialistischen Demokratie von Paris war für die Opportunisten, für Gambetta, den Hohenpriester dieses neuen Glaubens, ein wahrer Keulenschlag.

Wir haben ihre Blöße aufgedeckt; wir haben die Masken abgerissen, dem Volk mit dem Finger ihre Trugschlüsse, ihre Fehler, ihre Widerrufe gezeigt, und das Volk — ich wiederhole es — hat in die Hände geklatscht.

Indeß, so streng wir auch gegen die gemäßigten Republikaner sind, so sind wir doch stets gerecht. Wir bekämpfen sie, das ist wahr, aber ehrlich, mit Anstand. Wir lassen alle gehässigen Persönlichkeiten beiseite und halten uns einfach an die Prinzipien, welche uns falsch erscheinen. Wir setzen uns über die Individuen hinweg. Wir zielen höher.

Naive, die wir sind!

Zum Dank für unsere Loyalität in dem Kampf empfangen wir nichts als namenlose Beschimpfungen, infame Verleumdungen. Nicht genug, uns zu beleidigen, uns anzuklagen, uns zu denunziren, streuen die Opportunisten aus, wir möchten wohl der Polizei angehören. Wir sind „Unbekannte", „verdächtige Menschen", Parias, die zu schweigen haben.

Führt der opportunistische Schreiber irgend ein Argument in's Feld gegen unsere unwiderleglichen Theorien? Argumente! Vernunftgründe! Woher? Und die Verleumdung ist eine so mächtige Waffe.

„Macht sie Alle schwärzer als die Hölle!" sagt Basile in der unsterblichen Komödie des Beaumarchais.

Wir, die so schmählich, so unablässig Verleumdeten, wir haben ein Recht zu fragen, ob diese infame Maxime nicht die unserer Gegner ist.

Aber sie mögen sich hüten! Wir haben hinter uns die gewaltige Legion der Leidenden, der kleinen Leute, der Muthigen, die Nachfolger des Spartakus.

Wir gehen unbeirrt auf unser Ziel los. Weder die Beschimpfungen boshafter, noch die Spöttereien engherziger Gegner vermögen uns um eines Haars Breite von unserer Bahn abzudrängen. Wenn wir die Verdauung einiger Emporkömmlinge stören, um so schlimmer für sie.

Wir haben die Ueberzeugung, die auf festen Voraussetzungen ruhende Ueberzeugung, daß die Opportunisten so gut wie die Anderen und sogar vor den Anderen gezwungen sein werden, sich den Prinzipien der sozialen Republik mit ihren unabwendbaren Consequenzen zu unterwerfen.

Wir wissen es, und darum erreichen die niederträchtigen Verleumdungen der Reaktionäre aller Kategorien auch nicht den millionsten Theil unserer Verachtung.

Sie sehen es, Bürger Redakteur, wir sind entschlossen, alle Feinde der vollständigen und gründlichen Emanzipation des Individuums bis auf's Aeußerste zu bekämpfen.

Mögen sie noch so sehr schreien — die Wogen der Revolution tragen sie fort, und das Programm-Manifest der sozialistischen Demokratie von Paris wird seinen Weg machen.

Ganz der Ihrige in der gerechten Sache
Hippolyte Buffenoir.

— Zum Kapitel der Bierverfälschung. Ein Berliner Agent bewarb sich bei einer Brauerei in Culmbach um deren Vertretung in Berlin. Der Agent erhielt darauf auf sein Ersuchen folgende für die Berliner Bierverhältnisse sehr bezeichnende Antwort: „Zu unserem Bedauern können wir vor der Hand auf einen Absatz unseres Gebräus in Berlin nicht rechnen, da wir bei der notorisch betriebenen Fälschung des Culmbacher Bieres in Berlin, welches in Flaschen dort billiger verkauft wird, als wir dasselbe hier in Gebinden abgeben, lieber auf einen Umsatz dort verzichten. Erst wenn diese Bierverfälschung ihre Endschaft erreicht hat, wollen wir gern unser Gebräu dort an den Markt bringen." Wann diese Endschaft der Verfälschung des Bieres und der anderen Lebensmittel eintreten wird, darüber könnte vielleicht das Reichsgesundheitsamt ungefähre Auskunft geben; allein dasselbe scheint das süße Nichtsthun einer energischen Thätigkeit vorzuziehen.

— Ein englischer Sparsamkeitsapostel. Aus Anlaß der entsetzlichen Hungersnoth in Indien hat Lord Salisbury den trefflichen Einfall gehabt, unseren guten Schulze-Delitzsch zu copiren: er rieth in einer solennen Rede in Bradfort, die in Indien infolge der anhaltenden bodenversengenden Dürre von Hunger Bedrängten möchten in Zeiten der Fruchtbarkeit sparen, damit es ihnen in Zeiten der Noth nicht fehle! Wahrlich, unser Correspondent in London hat mit Recht England in seinen Mittheilungen „Heuchelland" genannt, womit wir nicht sagen wollen, daß die herrschenden Klassen nicht auch anderwärts eine Menge Heuchler im Stile jener englischen Lords unter den Ihrigen hätten! Geldausgaben, so meint der edle Lord, durch eine der Hungersnoth entgegenzusetzende Staatshilfe zu machen, sei ganz unnütz! Ob ihm die Forderung der Staatshilfe etwa zu sozialistisch klingt?

— Sonderbar! sehr sonderbar! Virchow bekämpft die Berechtigung der Entwickelungs- und Abstammungstheorie Darwin's als Lehrgegenstand und empfiehlt Religionsunterricht für das noch „unreife Volk" als weniger gefährlich: jetzt wird in Berlin der von der Dühring-Affaire noch berühmter, als er schon war, gewordene Helmholtz zum Rector magnificus gewählt und hielt eine Rede über — nun über Freiheit der Wissenschaft auf deutschen im Gegensatz zu ausländischen Universitäten, nachdem er mit jener Dühring-Angelegenheit von der öffentlichen Meinung in einer nichts weniger als schmeichelhaften Weise in Verbindung gebracht worden ist! Der pflichtschuldige Lobgesang von der Freiheit der Wissenschaft an der Berliner Universität ergoß sich als ein luftig plätschernder breiter Strom. Die Behandlung dieses Themas aus diesem Munde muß wirklich auf die Hörer mindestens ebenso komisch gewirkt haben, wie die Notiz des abtretenden Rektors Professor Bardeleben, daß die Reibungen der Musensöhne mit den — Nachtwächtern „ein unausrottbarer Bestandtheil unserer akademischen Jugendherrlichkeit" seien! Müssen zwei sehr interessante und prachtvolle Reden gewesen sein!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Wir haben wieder ein bischen „Kanzlerkrise" und „Ministerkrise". Er fühlt sich und seine „Nerven" noch lange nicht genügend restaurirt, und die famose „Sanhatz" auf wirthschaftlichem Gebiet hat sich noch nicht in Scene setzen lassen. Es spukt von indirekten Steuern aller Art, und die Nationalen erklären sich im Voraus zur Hinnahme aller möglichen Fußtritte und zur Apportirung aller möglichen Gesetze bereit. Der Handelsminister Achenbach, dem der Barziner Wind nicht recht gefiel, wollte abdanken, hat sich jedoch eines Andern besonnen — und bleibt bis auf Weiteres — das Amt ist süß. Etwas ernsthafter war der alte Graf Eulenburg. Derselbe hat richtig seine Demission eingereicht; sie wurde jedoch vom Kaiser nicht angenommen, der dem armen Flinte schießt-Säbel-haut-Mann blos „Urlaub" ertheilt hat. Nun, auf den Namen kommt es nicht an, und todt ist todt. Wie's mit dem anderen „Beurlaubten" werden wird, bleibt abzuwarten.

— 5jährige Legislaturperiode! Die alle drei Jahre wiederkehrende Wahl zum Reichstag erlangte bekanntermaßen Gesetzeskraft auf die Fürsprache Bismarck's, der sie als Compromißvorschlag beantragte, zwischen der verlangten Dauer der Legislaturperiode von 2, wie liberale Abgeordnete, von 4 und 5 Jahren, wie die Conservativen forderten. Wenn nun neuerdings wieder in liberalen und conservativen Kreisen angesichts des fröhlichen „Rückgangs" der Sozialdemokratie der Wunsch nach 5jähriger Pause zwischen je 2 Reichstagswahlen laut wird, so nimmt uns dies keineswegs Wunder: der Liberalismus und Fortschritt und was drum und dran hängt sehen eben sonst kein Heil vor dem Wachsthum der wahren Volkspartei, der Sozialdemokratie, — sie müßten denn unsre Prinzipien, die die Vernünftigen unter ihnen anerkennen müssen, auch voll und ganz zu den ihrigen machen.

— „Das Preßwesen in Deutschland." („Vorwärts" Nr. 120.) Eine Pforzheimer Correspondenz in der „Deutschen Reichs-Post" beschäftigt sich mit dem Eingehen des sozialdemokratischen „Genossenschafter" und seines Gegners, des „Fortschritt". Am Schlusse der Correspondenz heißt es: „Ist so der „Fortschritt" an der allgemeinen Gesinnungslauheit zu Grunde gegangen, so wurde der „Genossenschafter" lediglich das Opfer der Krisis. Wäre dem „Fortschritt" nur die Hälfte der moralischen Unterstützung zu Theil geworden, die der „Genossenschafter" bei seinen Parteigenossen fand, so würde er heute die Situation beherrschen. Einsender fühlt sich frei von jedem Vorurtheil für die Sozialdemokratie; aber ihm scheint doch, es verdiene einige Anerkennung, daß arme Arbeiter mit Aufbietung ihrer letzten Groschen ihr Parteiblatt eben so lange zu halten vermochten, als reiche Fabrikanten das ihrige; ihm scheint doch, daß der Bankerott eines Unternehmens wegen positiver Armuth etwas ganz anderes sei, als ein Bankerott wegen Mangel an moralischen und intellektuellen Fonds. Das Weitere dürfte die Zukunft lehren."

Eingedenk der Worte des seligen David Hansemann: „Bei Geldfragen hört die Gemüthlichkeit auf", erstreckt sich die Liberalität unserer Liberalen nicht bis auf den Geldbeutel. Und was die „moralischen und intellektuellen Fonds" anbelangt, nun — Flinte, Säbel und Lasker-Knüppel sind der Ersatz für dieselben! — Eine spätere Correspon enz bezeichnet die Mittheilung von dem Eingehen des „Genossenschafter" als „unrichtig oder mindestens verfrüht." In Wirklichkeit soll es sich nach dieser Correspondenz nur um eine Verschmelzung mit dem „Pionier" handeln. „. . . Und immerhin stellt die Sachlage der Ueberzeugungstreue der Arbeiter ein ganz anderes Zeugniß aus, als das jämmerliche Aufhören des „Fortschritt" den Herren Fabrikanten, die ihn seiner Zeit mit so großen Vorsätzen ins Leben riefen." — Das läßt sich die überaus christlich-conservative „Deutsche Reichs-Post" schreiben!

— Zwanzig hessen-darmstädtische Abgeordnete der zweiten Kammer haben in der Sitzung vom 13. Oktober folgende Fragen an das Finanzministerium von Hessen-Darmstadt gerichtet: 1) Ist es richtig, daß sich in der Staatsschulden-Tilgungskasse Kassendefekte gefunden haben und von welchem Belang sind dieselben? 2) Können dieselben aus vorhandenen Cautionen und Vermögensbeständen der Schuldigen völlig gedeckt werden? 3) Wie war es möglich, daß solche Veruntreuungen lange Zeit unentdeckt bleiben konnten? 4) Welche Controleinrichtungen waren und sind zur Sicherung der richtigen Geschäftsführung bei der Staatsschulden-Tilgungskasse und der Hauptstaatskasse vorhanden? 5) Wann hat die letzte Revision in diesen beiden Kassen stattgefunden und ist eventuell der Controleur mit verantwortlich? 6) Welche Maßnahmen hat Großh. Regierung ergriffen oder denkt sie zu ergreifen, um eine wirksamere und sichere Controle über das Kassengeschäft zu üben? — Aus obigen Fragen geht hervor, daß es sich um einen Diebstahl von Staatsgeldern handelt, einen Diebstahl, verübt von „großen Dieben". Wir wissen bis heut nicht, welche Antwort der Finanzminister auf die obigen Fragen ertheilt hat und ebenso wenig, wie hoch sich die Summe beläuft, um welche es sich handelt. Geringfügig wird sie nicht sein, denn die „großen Diebe" lassen sich auf Lumpereien nicht ein. Das Wieviel thut hier aber auch gar nichts zur Sache — uns genügt es, abermals zeigen zu können, daß in der heutigen Gesellschaft alles zu thun möglich ist, was auf Schlechtigkeit und Niedertracht Anspruch erheben kann. Nicht genug, daß im wirthschaftlichen Verkehr Diebstahl und Betrug in Permanenz bestehen, wie die zahlreichen gaunerischen Gründungen und die zahllosen Verfälschungen von Lebensmittelartikeln beweisen — die Diebe en gros haben sich nun auch, wie aus obigem und anderen Fällen hervorgeht, in die Staatsämter festgenistet. Wahrlich, eine solche Gesellschaft ist werth, daß sie durch eine andere und bessere ersetzt wird und zwar je eher je besser.

— Katheder sozialistisches. Auf dem Congreß der Katheder-sozialisten brachte der Professor Gneist einen Toast aus, in dem er aufforderte zur Einigung gegen die beiden Feinde: Schutzzöllner und Sozialisten. Die Mißfallensbezeugungen der Versammlung veranlaßten darauf den alten Professor Held, einen Trinkspruch auszubringen auf alle Parteien, da sie gemeinsam das Wohl des Staates im Auge hätten! Ein seltenes Zugeständniß, von dem wir aber, soweit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, nichts destoweniger mit Vergnügen Akt nehmen.

— Wie herrlich weit wir es gebracht beweist der Ankauf eines neuen Schießplatzes, welchen das Krupp'sche Etablissement bei der Stadt Meppen nahe der westphälischen Bahn erworben hat. Derselbe erstreckt sich von der Station Kellerberg bis zur Station Lathern und hat eine Länge von nur 17 Kilometer, dort werden die 35½, 40 und 46 Centimeter-Geschosse 10,000 Meter, d. h. ziemlich anderthalbe Meile weit geschleudert! Dafür sind wir aber die grrroße Nation! — Es haben Bestellungen gemacht Türken und Russen, letztere nach Berliner Blättern neuerdings 1050 Stück mit dreimonatlicher Lieferungsfrist, da die russischen Geschütze sehr wenig taugen sollen.

— Doppelt bezeichnend. Das Schwurgericht der Großherzoglich hessischen Provinz Oberhessen hat sich am 8., 9. und 10. Oktober mit einem Fall beschäftigt, der in doppelter Beziehung jedem Unbefangenen zeigen muß, wie es sich mit den vielgepriesenen modernen Einrichtungen verhält. Die neunzehnjährige Karoline Bopp aus Melbach und der vierundzwanzigjährige Georg Schutt aus Dorheim waren beschuldigt, in gemeinsamem Einverständniß den ledigen Heinrich Schutt, welcher der Ersteren Bräutigam, des Letzteren Bruder war, am Palmsonntag d. J. Gift gereicht und so denselben vorsätzlich um's Leben gebracht zu haben. Beide Angeklagte wurden zum Tode verurtheilt. Einem Berichte der „D. R.-P." über diesen Fall entnehmen wir folgende zwei bezeichnende Stellen:

„Wollust und Habsucht, verbunden mit Abgestumpftheit alles sittlichen Gefühls und jeder edleren menschlichen Regung erschienen als die Hauptmotive des abscheulichen Verbrechens. Schaudererregend waren aber auch die Umstände, unter denen es begangen wurde, und geeignet zugleich, einen höchst traurigen Blick in die furchtbare Rohheit und sittliche Verkommenheit unter der ländlichen Bevölkerung unserer Tage thun zu lassen. Als hauptsächlich des Abscheu's würdig erschien die noch so jugendliche Angeklagte. Mit scharfem Verstand und einem fast bewundernswürdigen Redefluß, aber auch mit einem ungewöhnlichen Trieb zur Wollust und Leichtfertigkeit in geschlechtlichen Dingen begabt, schaffte sie am Sonnabend vor der Charwoche unter einem falschen Namen Gift zur Ermordung ihres geistig wenig begabten und von ihr verachteten Bräutigams herbei, um dann mit dessen ihr besser gefallendem, leichtfertigem rohem Bruder, mit dem sie schon vorher in sittlich höchst anstößigem Verhältniß lebte, eine Ehe einzugehen und mit ihm dessen väterliches Erbe — das nach Beseitigung des Bruders diesem allein zufiel — in Freuden zu genießen!" . . . . .

„Für ein Christenherz ist bei Betrachtung aller mit der Freveltat zusammenhängenden Umstände noch besonders traurig, daß alles dies nach besuchtem Gottesdienste am Abend des Landesbußtags und in der Charwoche geschah. Ein schreckliches Zeichen der Zeit!"

Unlängst fragten wir schon einmal, ob es denn in Anbetracht all der vielen durch das Erbrecht begangenen Verbrechen denn so schlimm wäre, wenn dasselbe wirklich aufgehoben würde. Hier wieder ein schlagender Beweis von der Richtigkeit unserer Auffassung! „Daß alles dies nach besuchtem Gottesdienste am Abend des Landesbußtags und in der Charwoche geschah," das beweist den Werth alles dessen, was man heutzutage unter „Religion" versteht. Widerspreche, wer kann!

— Das Resultat der französischen Wahlen ist ein negatives: keine der beiden Seiten hat gesiegt, keine eine Niederlage erlitten. Die „363" sind nicht, wie Gambetta prahlerisch verkündete, „400" geworden, sondern zu höchstens 320 zusammengeschrumpft, haben indeß trotzdem noch die Majorität; und Mac Mahon hat über 40 Stimmen gewonnen, aber ist trotzdem noch in der Minorität. Selbst der sanguinischste der „363" glaubt jetzt nicht mehr, daß Mac Mahon zurücktreten werde, und selbst der Kühnste der „363" denkt jetzt nicht mehr, daß die Majorität den Rücktritt Mac Mahon's erzwingen könne. Und was Mac Mahon betrifft, so wird er natürlich nicht die Gefahr eines Staatsstreichs laufen, wenn er ohne Staatsstreich Alles erreichen kann, was er erreichen will. Und das kann er. Der Compromiß, den wir von Anfang an vorausgesehen, fängt schon an, Fleisch und Blut zu gewinnen. Die Männer des rechten und des linken Centrums, die sich durch Nichts unterscheiden, als durch die Marotte des einen Theils, sich republikanisch (mit Gänsefüßchen) zu nennen, werden bei erster Gelegenheit sich brüderlich in die Arme sinken und — Herr Gambetta ist vorläufig der „Geleimte".

Ueber die Haltung der französischen, besonders der Pariser Arbeiter, die im Großen und Ganzen den Erwartungen unseres Correspondenten „Aus Frankreich" entsprochen hat, werden wir in einer späteren Nummer noch Näheres bringen.

Einstweilen verweisen wir auf den Brief Buffenoir's in heutiger Nummer. —

— Auf dem asiatischen Kriegsschauplatz eine große Schlacht, die allen bis jetzt vorliegenden Berichten nach zu Gunsten der Russen ausgefallen ist, auf dem europäischen Kriegsschauplatz die Aussicht auf mindestens eine „große Schlacht", die, wenn sie stattfindet, jedenfalls ein großes Schlachten sein wird — das ist die Summe der neuesten Kriegsnachrichten. Man sieht, das relativ günstige Wetter, welches die letzten Tage gebracht haben, that und thut seine Wirkung. In russischen Blättern wird von einem Winterfeldzuge geredet — ob dem Wollen das Können entsprechen wird, ob überhaupt das Wollen vorhanden ist, das vermögen wir nicht zu entscheiden. Wenn wir bedenken, daß schon im Laufe dieses Monats die Schiffsbrücken über die Donau zweimal durch Sturm und Fluth so beschädigt wurden, daß man den Verkehr unterbrechen mußte, dann erscheint uns freilich das Können sehr problematisch. Inzwischen tauchen mit Hartnäckigkeit wieder Friedensgerüchte auf. Thatsache ist, daß die Gesandten mehrerer „neutralen" Mächte in Konstantinopel „gefühlt" haben. Das dürfte aber auch Alles sein. Daß die Pforte, nach den errungenen Waffenerfolgen, sich nicht mit der einfachen Wiederherstellung des politischen status quo vor dem Krieg — von dem territoriellen nicht zu reden — begnügen wird, versteht sich von selbst; und auf der anderen Seite ist gewiß, daß Rußland nicht so erschöpft ist, daß es, ohne Rücksicht auf sein gesunkenes Ansehen, den Frieden um jeden Preis suchen und annehmen müßte. — Sollte den Russen, die ohne Zweifel ein Interesse haben, möglichst rasch mit einigem Anstand aus der Affaire zu kommen, — sollte ihnen in Europa ein ähnlicher Erfolg gelingen, wie er ihnen in Asien gelungen zu sein scheint, dann würden die Friedensgerüchte allerdings eine ernsthaftere Unterlage erlangen. Vorher sind es müßige Kannegießereien.

— Neuer Sieg. Bei der am 17. Oktober im 36. ländlichen Wahlkreise stattgehabten Wahl zum sächsischen Landtage erhielt der Candidat der Sozialdemokratie, Advokat O. Freytag aus Leipzig, 887 Stimmen, der Candidat der Conservativen, Zumpe, 447 und der Candidat der Nationalliberalen, Vollsel, 443 Stimmen. Das Ergebniß der Wahl aus fünf Ortschaft n steht zwar noch aus, an dem Gesammtwahlresultat wird dadurch aber nicht nur nichts geandert, im Gegentheil, es ist sehr wahrscheinlich, daß Freytag mit absoluter Majorität (bekanntlich bedarf es nur der relativen Majorität) gewählt wird. So

schreitet die Sozialdemokratie in ihrem Siegeslauf unaufhaltsam vorwärts, bis sie dahin gelangt ist, wohin sie zu gelangen strebt.

Dank den braven Wählern des Stollberger Landkreises: sie haben auf die Ungiltigkeitserklärung der Wahl Liebknecht's die einzig richtige Antwort gegeben.

Die Thür zum sächsischen Landtag steht jetzt der Sozialdemokratie offen!

(Definitives Resultat: Freytag 902, Zumpe 568, Voitel 474 Stimmen.)

— Das von uns veröffentlichte Erkenntniß des preußischen Obertribunals in dem Flinte-schießt-Säbel-haut-Prozeß enthält u. A. folgenden Passus:

„Der Umstand, daß die Anklage nicht gegen die Redakteure der „Berliner Freien Presse" gerichtet worden ist, entzog den Instanzrichtern die Prüfung, ob diese Redakteure dadurch, daß sie ihrem Blatte eine Beilage hinzugefügt haben, welche nicht ihre Namen als die der verantwortlichen Redakteure trägt, sich gegen die Ordnung der Presse vergangen haben (§§ 7 und 18 Nr. 2 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874), oder ob sie durch selbständige Veröffentlichung einer Druckschrift strafbaren Inhalts sich einer selbständigen Strafthat schuldig gemacht haben, sowie die fernere Prüfung, ob der Angeklagte Liebknecht wegen Beihilfe zu diesem Vergehen hinlänglich belastet und aus diesem Grunde ein Gerichtsstand in Berlin gegen ihn begründet sei."

Aus diesem Passus, auf dem wir zurückkommen werden, haben fortschrittliche Blätter den Schluß gezogen, das Obertribunal habe festgestellt, daß die Redaktion der „Berliner Freien Presse" für den Inhalt der Beilage „Neue Welt" verantwortlich, und, im Fall eines Vergehens, der Redakteur der letzteren wegen Beihilfe in Berlin angeklagt werden könne. Man braucht nur die gesperrten Worte zu betrachten, um sich davon zu überzeugen, daß das Obertribunal nichts derartiges festgestellt hat. Sollte Herr Tessendorff es gelegentlich auf eine „Prüfung" ankommen lassen, und sollten die Instanzen in obigem Sinne entscheiden, so wäre ein neuer interessanter Beitrag zu dem Thema: Justiz, Preßfreiheit und gesunder Menschenverstand geliefert und — viel Lärm um Nichts gemacht, denn eine möglichst einfache Formalität würde genügen, um die Zeitungen, welche als Beilagen verwandt werden, vor Tessendorff'scher Liebesbrunst zu bewahren. —

— Die Nummer 19 des „Arbeiterfreund" in Reichenberg in Böhmen ist in seiner ersten Auflage wieder einmal confiszirt worden. Anlaß dazu war ein Leitartikel: „Der Sozialisten-Congreß in Gent" und ein Artikel in der sozialpolitischen Rundschau: „Zur Vereins- und Versammlungsfreiheit." — Auch die erste Auflage der Nummer 2 unseres Wiener Parteiblattes „Der Sozialist" ist wegen des Artikels „Wochenschau" von der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt.

Correspondenzen.

Hamburg. In einer am Dienstag den 9. Oktober stattgehabten geschlossenen Sozialistenversammlung wurde beschlossen, die Genossen Külbel und Geib als Candidaten für die demnächst stattfindenden Bürgerschaftswahlen aufzustellen. Von 42 Wahlbezirken, die 84 Abgeordnete zu der „Bürgerschaft" zu stellen haben, finden in 21 Bezirken Neuwahlen statt und werden Külbel und Geib in den geeignetsten von diesen 21 Bezirken candidiren.

Jorst i. L., 7. Oktober. (Agitationsbericht.) Laut Beschluß des letzten Gothaer Sozialisten-Congresses, die Niederlausitz mehr den je mit Agitation zu versehen, reiste Genosse F. Klute von seinem früheren Agitations-Bezirk Thüringen nach hier, um von hier aus die Agitation in die Hand zu nehmen. Derselbe trat am 27. Juli hier ein und sprach bereits am 28. Juli über „die Geschäftsstockung, ihre Ursache, Wirkungen und Abhilfe". Am 10. August „Ueber das wirthschaftliche Programm des Sozialismus und seine Stellung zum Eigenthum und Erbrecht". Am 18. August referirten die Genossen F. Klute und H. Schmidt über nachstehende Punkte: 1. Sonntags- und Nachtarbeit und die Arbeitslosen; 2. Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken; 3. die unerhörten Lohnabzüge mehrerer hiesiger Fabrikanten. Am 15. September über „Unsere Schulen". Zu dieser Versammlung hatten wir die Frauen eingeladen und konnten dieselben auch ungestört an derselben theilnehmen. Am 29. September tagte abermals eine stark besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Stellung der Frauen zum heutigen Staat und zum Sozialismus". Zu dieser Versammlung wurden die Frauen ganz besonders eingeladen, und waren dieselben auch zahlreich erschienen. Genosse Klute entledigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit aller Anwesenden. Genosse Schmidt forderte hierauf zum zahlreichen Abonnement auf die Arbeiterpresse auf, wodurch dem Sozialismus am ehesten Anhänger zuzuführen seien. So erfreulich auch der Erfolg unserer Agitation ist, desto bedenklicher blicken die hiesigen Arbeiter dem herannahenden Winter entgegen. Die Arbeitslosigkeit ist so groß, daß schon hunderte von jungen kräftigen Arbeitern den Ort verlassen mußten und hunderte wieder haben in ihrer Verzweiflung irgend einen andern Beruf ergriffen. Die Tuchfabrikation, der hiesige Haupterwerbszweig, liegt so darnieder, daß die Arbeiter immer zu 6, 8 und 10 Mann aus ihrer Arbeit entlassen werden. Wenn sich die Dinge so fort gestalten, haben wir das gräßlichste Elend bei dem herannahenden Winter zu befürchten. Doch die Genossen dürfen deshalb nicht zurückstehen, sondern muthig weiter kämpfen, damit baldigst an Stelle der heutigen Gesellschaft eine bessere trete. Vor allen Dingen sorge jeder dafür, daß der „Vorwärts" einen immer größeren Leserkreis gewinnt, um dadurch immer mehr Licht unter die Massen zu bringen. A. Zirowsky.

Jorst, 15. Oktober. Infolge eines Rencontre zwischen der Polizeiverwaltung zu Finsterwalde und mir betreffs des § 8 des preußischen Vereins- und Versammlungsrechtes, bezüglich der Theilnahme der Frauen an öffentlichen Versammlungen, hat die königl. Regierung zu Frankfurt a. M. auf meine Beschwerde wider die gedachte Polizeiverwaltung entgegen der „Rechts"-Anschauung der Letzteren entschieden. Ich veröffentliche hiermit den Beschluß der Regierung deshalb, weil vielfach preußische Polizeibeamte den Frauen die Theilnahme an öffentlichen Versammlungen untersagen. Die Verfügung lautet:

„Frankfurt a. O., den 24. September 1877.

Auf die Eingabe vom 20. v. Mts. eröffnen wir Ihnen, daß der Ausschluß von Frauenspersonen von Volksversammlungen gesetzlich nicht gerechtfertigt ist, und daß wir deshalb die Polizei-Verwaltung zu Finsterwalde angewiesen haben, Frauenspersonen nur im Fall des § 8 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes den Zutritt zu Versammlungen zu versagen.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.
Staber."

Zweimal hat die Polizeiverwaltung zu Finsterwalde den Frauen die Theilnahme an öffentlichen Versammlungen untersagt; diese wurden also in ihren staatsbürgerlichen Rechten beeinträchtigt. Wehe den Sozialisten, wenn sie das Vereins- und Versammlungsgesetz übertreten. — Obige Polizeiverwaltung ist angewiesen, künftig anders wie bisher zu verfahren; diese „Anweisung" ist ja „Strafe" genug. F. H. Klute.

Kettwig, 6. Oktober. Mit Bezugnahme auf die kaum glaubliche Verfolgungswuth seitens der reaktionären Masse, speziell des sogenannten Staatsdienerthums im Saarbrückener Bezirk, gestatten Sie mir Nachstehendes zu berichten. Sagte unlängst ein Polizeicommissar, Namens Wirtz, zu einer Wirthin in St. Johann, auf deren Bemerkung „daß die Sozialdemokraten stets anständig gewesen und regelmäßig bezahlt hätten". „Ei was, andere Leute und wenn sie auch nicht bezahlen, sind mir immer noch lieber als diese Lumpen." Sehr gut, Herr Polzeicommissar! Wir kennen uns von früher, von unserer Militärdienstzeit bei dem rheinischen Jägerbataillon in Wetzlar her. Sie waren damals Oberjäger (Unteroffizier). Daß Sie ein großer Freund vom Trinken (aber nicht bezahlen) waren, wird mir Jeder bestätigen, der das Glück hatte, von Ihnen in's Wirthshaus geschleppt zu werden. Daß Sie es verstanden haben, Ihren Leuten auf der Tasche zu liegen wie Keiner, davon ließ sich wohl hundertfacher Beweis erbringen. Auch das Kartenspiel verstanden Sie meisterhaft, Herr Commissar, wer sich von Ihnen zum Spiel pressen ließ, wußte im Voraus, daß er verloren hatte. — Sie wußten auch immer ganz genau, wer Etwas von zu Haus geschickt bekommen hatte, daher wundert mich die Bemerkung unseres Genossen Dreesbach keineswegs, daß Sie auffallender Weise über seine Reise ꝛc. nach Saarbrücken so unterrichtet gewesen sind. Der ehemalige Jäger, Herr Commissar, ist heute Sozialdemocrat, einer der von Ihnen verachteten „Lumpen". Was sagen Sie dazu! Ob die St. Johanner Wirthin wohl recht hatte. Mir dünkt, Ihnen gegenüber ganz besonders, verstanden! Oder Sie müssen ein ganz anderer Mensch geworden sein. Daß aber lassen Sie sich gesagt sein, in einem sozialistischen Staat resp. Gemeinwesen wären Sie von vorhinein bei Ihren, wie Sie sehen, sehr wohl bekannten Tugenden, zur Unmöglichkeit geworden sein. Es ist doch merkwürdig, daß gerade diejenigen Menschen, welche sich berufen fühlen, der Sozialdemokratie am Zeuge zu flicken, sich früher oder später derbe Zurechtweisungen gefallen lassen müssen. Oder glauben der Herr Commissar vielleicht, mir eins versetzen zu können, dann nur zu, die Wahrheit wird man in diesem Falle doch sagen dürfen, denn ich wohne nicht in Saarbrücken. P. J. Pauly.

Darmstadt, 28. September. Die Kaisertage von Darmstadt sind vorüber und der Jubel der „Reichsfreunde" ist verrauscht. Ob aber der Katzenjammer, der durch die Kaisertage verursacht wurde, sobald vergehen wird, bleibt noch abzuwarten. Unsere verehrlichen Stadtväter hatten zu den Kaisertagen in bereitwilligster Weise für die während derselben zu veranstaltenden Festlichkeiten die Kleinigkeit von 10,000 Mark bewilligt. Unsere communalen Finanzen gestatten das ja, denn die Steuerzahler werden einfach daran „erinnert", wenn sie einmal in die Lage kommen sollten, mit dem Zahlen im Rückstande zu bleiben. In der Stadtverordnetenversammlung sprach besonders der Bürgermeister Ohly sehr warm für die Bewilligung der 10,000 Mark' der Lohn für diese „reichsfreundliche" Thätigkeit ist denn auch in der Gestalt eines rothen Adlerordens 3. Klasse unserm verehrlichen Stadtoberhaupt zu Theil geworden. Unser Bürgermeister ist überhaupt kein Knauser, das Lob muß ihm der Neid lassen; schade nur, daß es gerade das arme steuerzahlende Volk ist, auf dessen Kosten Hr. Ohly so splendid ist. So sind z. B. außer den obenerwähnten 10,000 Mark weitere 5000 Mark für das 10. mittelrheinische Turnfest verausgabt worden, 600 Mark wurden zur Fahnenweihe des Kriegervereins bewilligt und 200 Mark flossen dem „selbständigen Handwerkertag" als Unterstützung zu. Wenn die hiesigen Steuerzahler diesen ewigen „Geldbewilligungen" nicht bald zu steuern suchen, dann sind sie von wegen der Steuerauflagen, die ihnen in Aussicht stehen, wahrhaftig nicht zu beneiden, aber — auch nicht zu bedauern. Wer dumm ist, muß geprügelt werden.

Aus Oberhessen, 8. Oktober. Gestern tagte in Münzenberg eine Volksversammlung, in der Ulrich über „Die Ziele der Sozialdemokratie" sprach. Redner entledigte sich in der verständlichsten Weise zur Zufriedenheit der Anwesenden seiner Aufgabe. Die sich hieranschließende Debatte wurde von mehreren Gegnern benützt, Verdrehungen und Entstellungen des Vortrags vorzunehmen. Wirklich Großes in diesem Fache leistete ein Herr Flach aus Butzbach. So lange er in den Grenzen des Anstandes sich bewegte, war Ulrich Derjenige, der ihm mit der Wahrheit gehörig diente; als er aber die Commune von Paris eine Bande von Mordbrennern nannte und unsere Führer mit hier nicht wiederzugebenden Ausdrücken belegte, mußte natürlich jede Auseinandersetzung mit solchen Leuten unterbleiben. Ulrich erklärte, daß er auf Gemeinheiten nicht antworte, und empfahl dem Herrn Flach, dessen Kopf seinen Namen nicht Lügen strafte, die neueren Werke über die Commune zu lesen und dann über dieselbe zu sprechen. Die gegen unsere Führer geschleuderten Verdächtigungen bezeichnete Ulrich als grobe Unwahrheiten, worauf Herr Flach thatsächlich außer Stande war, noch etwas zu erwidern und sich stammelnd vor der Versammlung entschuldigte. — Ein sehr anständiger Gegner war Herr Lehrer Funk aus Rockenburg, welcher die Berechtigung der Sozialdemokratie völlig anerkannte, dagegen unsere Stellung zum deutschen Reich und den Erfolgen desselben als ungerechtfertigt bezeichnete. Genosse Ulrich konnte, da die Zeit bereits sehr vorgeschritten war, eine längere Disputation mit dem Herrn Lehrer Funk nicht eingehen und machte deshalb den Vorschlag, in einer späteren Versammlung mit demselben speziell über unsere Ziele und unsere Stellung zum heutigen deutschen Reich zu disputiren. Dieser Vorschlag wurde seitens des Herrn Lehrer Funk angenommen und auf Wunsch es ihm überlassen, Ort und Zeit, wo und wann die Versammlung stattfinden soll, zu bestimmen.

London. (An die hiesigen Abonnenten und Leser der „Neuen Welt".) Da die Vertreibung der „Neuen Welt" hier eine sehr mangelhafte und nachlässige ist, wie die Leser alle wissen werden (wir sind hier immer 3—4 Hefte zurück) so habe ich mich entschlossen, die Vertreibung zu übernehmen, um diesem Uebelstand abzuhelfen und ein möglichst pünktliches Erscheinen zu ermöglichen. Ich ersuche daher die bisherigen Leser und Abonnenten, ihre Bestellungen vom neuen Jahrgange (1. Oktober) baldigst bei mir machen zu wollen. Ich werde auch für die noch fehlenden Hefte sorgen. Der Preis ist auf 4½ Pence pro Heft frei ins Haus und zwar nach allen Theilen Großbritanniens festgesetzt und erhalten die Abonnenten pünktlich alle 3 Wochen ein Heft.

Wilh. Hoffmann,
37 A. Princes Str. Leicesters Squ. London W.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Collegen! Da durch eifrige Agitation der Mitglieder der Zweck und Nutzen unserer Vereinigung in den Reihen der Collegen, die sich vor 3 Jahren der von den Meistern gegründeten Innung anschlossen, dazu geführt hat, daß dieselben nunmehr unserem Verein beigetreten sind, so hat sich die Innung jetzt aufgelöst; dieselbe war also nicht im Stande, den Töpferverein zu sprengen. Collegen! Da der Verein sich die Aufgabt gestellt hat, in allen Städten Deutschlands die Lage der Töpfer zu verbessern, so fordere ich alle Töpfer und Berufsgenossen, die dem Verein noch nicht angehören, auf, ungesäumt demselben beizutreten.

Hamburg, den 15. Oktober.

Mit sozialdemokratischem Gruß
A. Barbi.
St. Pauli, Marktstr. 5, Haus 2, part. links.

19. sächsischer Wahlkreis.

An die Partei- und Gesinnungsgenossen gelangt hierdurch die Nachricht, daß den 28. Oktober d. J. in der Gärtnerei in Lößnitz eine Conferenz stattfinden soll. Als hauptsächliche Tagesordnung ist zu betrachten, die weitere Berathung des früher angeregten Projekts und die Neuwahl des Centralortes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen (11 Uhr Vormittags) ist dringend nothwendig.

Geyer. Für das Centralcomité:
C. Demmler. H. Kepmann.

Briefkasten

Karl Dulz, Schlachter aus Fünfkirchen in Ungarn, wird ersucht, seinen Aufenthalt seinem Vater, Andreas Dulz in Uszög bei Fünfkirchen, anzugeben. Sonst wird auch jeder Menschenfreund um Bekanntgeben seines Aufenthaltsortes gebeten.

Quittung. Rbnt Soissons Ab. 4,00. G. Lnk Pieschen Ab. 11,00. Lgs Hannover Ann. 0,70. Sbrt Cassel Ab. 9,00. Frtz Offenbach Ab. 13,00. Flhr Friedberg Ab. 6,92. J. Stk Wien Ab. 1,71. J. Brn Graz Schr. 8,55. Stkl Teplitz Ab. 1,71. Wlf Arzberg Ab. 1,54. Wrgs Wien Schr. 6,84. Swnnn Antwerpen Ab. 5,37. F. A. Rtr Gelenau Schr. 19,15. Expedition der „Glanch. Nachr." Glauchau Ab. 77,65, Schr. 21,50. Pfrschnr Hohenstein Ab. 30,00. Hldr Hildesheim Ann. 3,00. Rttmnnr München Ab. u. Schr. 80,00. Brtl M. Schönberg Ab. 11,97. Hnzl Kiel Ab. 6,25. Brnschwg Waldenburg Ab. 6,40. Mttg Altona Ab. 76,00. Pnngr Bremen Ab. 38,00. Schttnbrgr Wien Ab. 5,00. Wll Ommersheim Schr. 0,85. Frdrch hier Schr. 3,00. Amvsdr Magdeburg Schr. 2,00. Wbr Leukersdorf Schr. 3,25. Dt Sprottau Schr. 6,00.

Anzeigen ꝛc.

Altona. Dienstag, den 23. Oktober, Abends halb 9 Uhr, in Koppelmann's Salon:

Versammlung aller Steuerzahler.

Tagesordnung: Abfassung einer Resolution an den Magistrat betr. Erweiterung des Communal-Wahlrechts resp. Erlangung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts. [80

Im Auftrag des Volksvereins: E. Brückmann.

Halle a. S. Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Von jetzt ab findet regelmäßig jeden Dienstag, Abend 8 Uhr (F. 166)

Versammlung

statt. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand. [1,00

Hannover. Sonnabend, den 27. Oktober, findet im Ballhofsaale die diesjährige (F. 164) [3,00

Todesfeier Ferdinand Lassalle's

bestehend in Concert, Festrede u. Vorträge statt. Alle Diejenigen, welche geneigt sind etwas vorzutragen, werden gebeten, sich bis Mittwoch Abend bei H. Rudolph, Mittelstr. Nr. 11 zu melden, woselbst auch Karten können in Empfang genommen werden.

Parteigenossen, sorgt für die größte Verbreitung.

Anfang halb 9 Uhr Abends. J. A.: H. Rudolph.

Hannover. Allen Freunden und Parteigenossen zur Nachricht, daß wir Welfenstraße Nr. 17 wohnen und bitten auch dort uns mit Aufträgen beehren zu wollen. (F. 164) [1,20

Dortmund & Wedekind, Schneidermeister.

Bekanntmachung.

Allen Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß wir für die bis ult. September geleisteten Einzahlungen die Interims- resp. Antheilscheine versandt haben, und bitten, bei etwaigem „Nichteintreffen" derselben unter genauer Angabe der Adresse zu reklamiren.

Achtungsvoll
Der Vorstand
der Allgemeinen deutschen Associations-Buchdruckerei in Berlin.
(Eingetragene Genossenschaft.) [3,00

Soeben erschien das 1. (Probe-) Heft der Zeitschrift:

Die Neue Gesellschaft.

Monatsschrift für Sozialwissenschaft

herausgegeben
von
Dr. F. Wiede.

Der Charakter dieser Zeitschrift ist ein **entschieden sozialistischer** und **streng wissenschaftlicher**, was durch die hervorragendsten sozialistischen Gelehrten auf dem Gebiete der Sozialökonomie und Statistik, Sozial- und Naturphilosophie, Rechtswissenschaft, Culturgeschichte, Hygieine und Pädagogik etc. etc. gewährleistet wird.

Das 1. (Probe-) Heft der „Neuen Gesellschaft" enthält: Vorwort vom **Herausgeber.** — Die Strömung in der Gesellschaft wider den Sozialismus von **Dr. A. Dulk.** — Ueber die natürliche Zuchtwahl in der menschlichen Gesellschaft von **Dr. A. Schaeffle.** — Wissenschaftliche Ketzerverfolgungen der Neuzeit mit Rücksicht auf die Zukunft der deutschen Universitäten von **Dr. Ludwig Büchner.** — Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Oesterreich von **Joh. Most.** — Die Halbheit des juristischen Studiums von **Dr. M. L.** — Die medizinische Wissenschaft und die Sozialreform von **Dr. Aug. Theod. Stamm.**

Die Zeitschrift erscheint monatlich in **elegantester Ausstattung** 3 bis 4 Bogen stark in Lexikon-Oktav.

Abonnementspreis pro Quartal 3 Mark.

Zu beziehen direkt durch die Expedition der „Neuen Gesellschaft" in Zürich (ohne Portoberechnung), sowie durch alle Buchhandlungen.

Zürich, Herbst 1877. [360

Verlag der „Neuen Gesellschaft".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lauermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Ens, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 125. Mittwoch, 24. Oktober. 1877.

Das Resultat der Wahlen in Frankreich

hat alle Phantasie- und Illusionspolitiker, die eine zauberschnelle Entscheidung, die unmittelbare scharfe Durchschneidung des Knotens erwarteten, auf's Bitterste enttäuscht, mußte aber von Jedem, der, statt in Wolkenkukuksheim herumzuschwärmen, sich die Dinge und Menschen betrachtet, vorausgesehen werden.

„Hie Präsident, hie Kammer!"

„Hie Lulu's Pionier, hie die „363" „Republikaner"!

„Einer von beiden Theilen muß weichen: se démettre ou se soumettre — das Feld räumen oder sich unterwerfen. Entweder — Oder — ein Drittes giebt es nicht!" — Das war so der Gedankengang, in den sich unsere Phantasie- und Illusionspolitiker, zu denen sich diesmal ergötzlicherweise die Stipendiaten des Berliner Reptilienfonds gesellten, mit wahrer Todesverachtung hineingearbeitet hatten.

Und es kam anders.

Kein: Entweder — Oder, sondern das unvermeidliche Dritte. Wir sagen: das unvermeidliche. Das Entweder — Oder setzte die Möglichkeit des Staatsstreichs auf der einen, des bewaffneten Widerstandes auf der anderen Seite voraus. Und die eine wie die andere Möglichkeit ist noch nicht vorhanden. Noch nicht.

Wozu jetzt ein Staatsstreich? Mac Mahon ist gleich allen monarchischen oder unmonarchischen Regenten in den modernen Klassenstaaten nichts anderes als der Ausdruck der herrschenden Klasse, die sich in Frankreich in verschiedene Parteien spaltet: Anhänger der „alten" und der „jungen" Dynastie (Bourbonen und Orleans — Legitimisten und Orleanisten); Anhänger des cäsarischen Säbelregiments (Bonapartisten) und endlich Republikaner, d. h. Solche, die theils (und zwar ist das eine verschwindende Minorität) aus Ideologie die Republik an sich für die beste Staatsform halten, theils (und das ist die überwältigende Majorität — denn die Ideologie wird durch den „krassen Materialismus" der Bourgeoiswirthschaft in allen, nicht ganz besonders angelegten Schädeln erdrückt) aus Nützlichkeitsgründen unter den gegenwärtigen Verhältnissen für die Republik sind, als „diejenige Staatsform, welche uns am wenigsten spaltet."

Die Anhänger der alten Dynastie können wir von vornherein aus dem Spiel lassen; sie vertreten auf kirchlichem, staatlichem und wirthschaftlichem Gebiet überwundene Standpunkte und sind die Donquixote's der Reaktion, welche hinter Gespenstern der Vergangenheit herjagen und von keinem ernsthaften Menschen ernst genommen werden.

Mehr Bedeutung haben die Orleanisten, deren Einfluß in den Handels- und Industriestädten ein nicht unbeträchtlicher, auf dem Land aber gleich Null ist. Die Orleanisten sind Bourgeois — vor dreißig Jahren waren sie die Bourgeoisie, natürlich die französische. Louis Philippe war ihre „beste Republik".

Seit dem Sturze des Julithrons (Februarrevolution) hat sich aber eine große Umwälzung in den politischen Anschauungen der französischen Bourgeoisie vollzogen. Die Junischlacht trieb ihr den Liberalismus aus, erst warf sie sich vor dem Säbel: Cavaignac nieder, dann vor dem Säbel: Bonaparte. Der Säbel sollte sie schützen gegen die Vorkämpfer der „neuen Welt", gegen den Ansturm der „Hunnen" des Sozialismus.

Bonaparte's Thron ging am 4. September aus den Fugen, — der deutsche Säbel hatte den französischen zerbrochen. Der dritte Bonaparte, der falsche Neffe des Onkels, hatte sich unfähig gezeigt, den staats- und gesellschaftsretterischen Säbel zu führen — was war mit dem Jämmerling anzufangen? Die Bourgeoisie weinte ihm keine Thräne nach. Doch die Ereignisse jagten einander so im Sturm, und so gewaltige, erschütternde, weltbewegende Ereignisse, daß die Bourgeaisie nicht zur innern Sammlung kam.

Dem Krieg und seinen Katastrophen folgt die Tragödie der Commune. Da steht es wieder leibhaft, riesengroß, um's Doppelte und Dreifache gewachsen: das „spectre rouge" — das sozialistische Proletariat, die proletarische Revolution. Und diesmal kein Bonaparte da, kein Mann des Staatsstreichs, kein Mann des Säbels! Doch es ging. Die „Republik" that ihre Schuldigkeit, der Geschichtsschreiber Napoleon's des Großen schnallte den staats- und gesellschaftsretterischen Säbel Napoleon's des Kleinen um, für die nöthigen „wunderthätigen" Chassepots sorgte Freund Bismarck, und — den Rest kennen wir. Die „Republik" arbeitete gründlich — weder das Königthum, noch das Kaiserreich hatte ja auch nur halb so gründlich gearbeitet: 100,000 Arbeiter massakrirt — dagegen waren die Leistungen der Cavaignac, Bonaparte und Consorten miserables Gestümper!

Es lebe die „Republik", die so famos mit der Commune aufgeräumt hat, es lebe Thiers, der gesellschaftsretterische Arm der „Republik", der das Schwert gegen die Commune geschwungen!"

Die Masse der Bourgeoisie, den Oberorleanisten Thiers an der Spitze, bekehrte sich zum „Republikanismus" — bis auf Weiteres, das heißt, so lange die Republik die Magd der Bourgeoisie, die Henkerin der Feinde der Bourgeoisie ist. Die übrigen Bourgeois — die Minderheit — sind entweder zum Orleanismus zurückgekehrt, oder im Lager des Bonapartismus geblieben, weil sie an die Nothwendigkeit eines „strammen Regiments" glauben.

Die republikanische Bourgeoisie bildete das Gros der „363".

Man sieht sofort, daß ein prinzipieller Gegensatz zwischen ihr und den Anhängern Mac Mahon's nicht besteht. Von den Orleanisten wie von den Bonapartisten unterscheiden sich die „republikanische" Bourgeois blos durch Opportunitätsrücksichten; gleich den orleanistischen Bourgeois werden sie mit Inbrunst die bonapartistische Säbeldiktatur umfassen, wenn ihnen der Moment gekommen scheint, das heißt wenn die sozialistische Bewegung ihnen das erforderliche Quantum von Furcht einflößt.

Wir sagten zu Anfang: „die beiden Möglichkeiten, welche das Entweder Oder voraussetzt, die Möglichkeit des Staatsstreichs und die des bewaffneten Widerstandes sich noch nicht vorhanden."

Der Staatsstreich, wir meinen „die gewaltsame Beseitigung der Republik, und die Einführung der Säbeldiktatur liegt vor der Hand nicht im Interesse der herrschenden Klassen; die „Republik" ist ihnen, selbst den Monarchisten, jetzt noch die beste, die bequemste, die sicherste Staatsform; die herrschenden Klassen haben deshalb auch keinen Moment an einen Staatsstreich gedacht, und Alles, was die monarchistische Bourgeoisie mit dem 16. Mai beabsichtigte, was die Verhinderung gefährlicher demokratischer Experimente, die dem Sozialismus zu Gut gekommen wären.

Nicht minder unmöglich ist bislang die andere Möglichkeit: die des bewaffneten Widerstandes.

Nur eine Klasse schlägt sich heutzutage: das Proletariat, und das französische Proletariat ist gegenwärtig nicht im Stand sich zu schlagen — das unterliegt nicht dem mindesten Zweifel.

Unter solchen Verhältnissen konnte am 14. d. M. von einem Entweder — Oder nicht die Rede sein. Mac Mahon hat insofern seinen Zweck erreicht, als die neue Kammer einen conservativeren Charakter trägt, und da dies im Interesse der gesammten Bourgeoisie, der „republikanischen" so gut wie der nicht republikanischen liegt, so wird der „Compromiß", von dem schon die Spatzen auf dem Dach zwitschern, ohne erhebliche Schwierigkeiten zu Stand gebracht werden.

Also kein Staatsstreich?

Noch nicht.

Die Republik der Privilegirten, die Bourgeoisrepublik kann ihrer Natur nach nur ein Provisorium, nur ein Uebergangsstadium sein. Die Enterbten, das Proletariat, sind durch das eherne Muß des Hungers und Elends zum Kampf gegen die Privilegien gezwungen; und die unerbittliche Logik der Thatsachen will, daß die Männer des Privilegs gerade durch Ausbeutung ihrer Privilegien die Schaar der Enterbten verstärken, welche die Privilegien zerstören müssen, wenn sie nicht untergehen wollen. So läßt die sozialistische Bewegung sich nicht hemmen; im Gegentheil: ihre Feinde selbst sind genöthigt, sie zu fördern. Sie wird sich weiter und weiter entwickeln, bis es nur noch zwei Parteien gibt: die Partei des Privilegs und die Partei der Gerechtigkeit —

hier Sozialisten, dort „die reaktionäre Masse".

Merkt letztere, daß es ihr, d. i. dem Privileg an den Kragen geht, dann wird sie, falls ihr im Auflösungsprozeß der Gesellschaft der Muth nicht entschwunden ist, zum Staatsstreich greifen, sich dem ersten besten abenteuernden Lumpacius in die Arme werfen, der gewissenlos und hartgesotten genug ist, um die blutige, schmutzige Arbeit der „Gesellschaftsrettung" zu übernehmen.

Und dann?

Je nun — dann stehen die Rudera der „363", mit höchstens 3 oder 4 Ausnahmen, auf Seiten des „Staatsstreichs", und auf der anderen Seite, „bewaffneten Widerstand" leistend, steht das sozialistische Proletariat.

Hier Säbeldictatur, dort die rothe Republik.

Was dazwischen liegt, ist keinen Schuß Pulver werth.

Die Motive des Sozialismus.

Ein Wort wider „christliche" Beschuldigungen von F. R.

(Fortsetzung.)

Die Ungleichheiten in Anlagen und Kräften sowie die in Lage und Klima liegenden wollen auch wir nicht gleich machen; weil wir es nicht könnten, auch wenn wir wollten. Aber es giebt noch eine Ungleichheit, die man abstellen kann, weil sie vom Menschen erst gemacht ist — die soziale Ungleichheit. Hier werfen Sie uns nun wiederum vor, wir wollten eine völlig gleichmäßig Vertheilung aller Güter und Lebensgenüsse. Einen Beweis für Ihre Behauptung haben Sie nicht; sie beweist aber uns, daß Sie nicht wissen, was wir wollen. Diese Ihre zweite Behauptung ist gerade so richtig wie Ihre erste.

Was wir wollen, Herr Pfarrer ist — und ich hoffe, dies wollen Sie auch — eine möglichst gerechte Vertheilung aller Güter und Lebensgenüsse, wie sie dem genannten Prinzip der Rechtsgleichheit entspricht; hier tritt nun wieder genannter Unterschied zwischen Ihnen und uns hervor. Sie glauben, wie ich annehmen darf, daß die Gütervertheilung heute im Großen und Ganzen eine gerechte ist; daß zwar mancherlei und grobe Mißstände vorhanden sind; daß diese aber in der menschlichen Schwäche und Sündhaftigkeit begründet liegen und daher nie aufhören werden, so lange Menschen da sind; und daß dieselben, wenn einmal das echte Christenthum, wie Sie es verstehen, tiefer in die Menschen eingedrungen sein wird, mehr und mehr schwinden müssen. Wir dagegen sind der durch wissenschaftliche Forschung wohlbegründeten Ueberzeugung, daß gerade das Prinzip, die innerste treibende Kraft unseres Gesellschaftsorganismus mit Nothwendigkeit die jetzigen, und mit der Zeit noch weit größere, Mißstände produciren muß; daß zwar nie alle menschlichen Schwächen aufhören werden, daß aber eine gründliche Besserung nur von einer radikalen Aenderung in unserer jetzigen Gesellschaftsordnung erwartet werden darf. — Wir erklären diese für vergeblich und wollen die Revolution. Erschrecken Sie nicht, Herr Pfarrer, und denken Sie nicht an „Petroleum"! Revolution, sagt Lassalle, heißt Umwälzung (nicht Umsturz, Herr Pfarrer!), und eine Revolution ist somit stets dann eingetreten, wenn, gleichviel ob mit oder ohne Gewalt ein ganz neues Prinzip an die Stelle eines bestehenden Zustandes gesetzt wird. (Lassalle, Die Wissenschaft und die Arbeiter, S. 38.) Wir perhorresciren aber, im Gegensatz zu den Anarchisten, eine gewaltsame Revolution; weil wir einsehen, daß, da in einem solchen Fall die Massen nicht genügend aufgeklärt sein würden, der Erfolg problematisch, die Opfer ungeheuer wären, während dagegen nach genügender Aufklärung der Massen der Sozialismus uns als reife Frucht wahrscheinlich zwanglos in den Schooß fallen wird. Was wir wollen ist das, was F. Lassalle (Indirekte Steuern, S. 113) ausspricht: Sie glauben nicht an die Revolution und wollen sie daher verhindern; wir glauben an die Revolution, und wollen sie im voraus humanisiren, civilisiren.

Warum glauben wir an eine herannahende Revolution? — Weil wir einsehen, daß die Prinzipien unserer sozialen Ordnung nicht mit den dem Volk in Fleisch und Blut übergegangenen Rechtsprinzipien übereinstimmen, und daß die Erkenntniß dieser Nichtübereinstimmung immer allgemeiner wird.

Die Prinzipien unseres Rechtsbewußtseins, wie es heut zu Tage gültig ist, beruhen auf dem Gedanken, daß Jedem das Seine zu geben sei, daß Keiner das Recht habe, seine Freiheit auf Kosten der Freiheit anderer auszudehnen. „Jede Handlung ist recht, die, oder nach deren Maxime die Freiheit der Willkür eines Jeden mit Jedermanns Freiheit nach einem allgemeinen Gesetze zusammen bestehen kann. Wenn also meine Handlung oder überhaupt mein Zustand mit der Freiheit von Jedermann nach einem allgemeinen Gesetze zusammen bestehen kann, so thut der mir Unrecht, der mich daran hindert, denn dieses Hinderniß kann mit der Freiheit nach allgemeinen Gesetzen nicht bestehen." (Kant, Metaphysik der Sitten; Einl. § C.) Das Objekt des Rechtsbegriffs ist „eine Gemeinschaft zwischen freien Wesen als solchen." (Fichte, Grundl. des Naturrechts, Einl. II. 4.) „Jeder, so gewiß er sich dem Rechtsgesetze unterwirft, muß seine Freiheit durch die Freiheit eines andern beschränken, sobald er einen Freien außer sich erkennt." (Ebenda § 12, Ib.)

Diese Rechtsideen sind, wie Sie zugeben müssen, so in Fleisch und Blut bei unseren Zeitgenossen übergegangen, daß es kaum Jemand wagen wird, sie in ernsthaft theoretischer Auseinandersetzung direkt anzutasten. Die Erkenntniß, daß die Sklaverei unsittlich sei, hat die Sklaverei aufgehoben, und ebenso ging es mit der Leibeigenschaft. Die Aufhebung konnte aber erst stattfinden, nachdem diese Erkenntniß breite Massen der Bevölkerung durchdrungen hatte, nachdem also der betreffende Zustand dem Bewußtsein unsittlich und damit, da von Unsittlichkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn der Mensch weiß, was unsittlich ist, erst in Wahrheit unsittlich geworden war. Nun aber hat das Bewußtsein, daß die äußere Freiheit, in der man die Menschen sich gegenüberstellte, keine Garantie für die prinzipielle Verwirklichung jener Rechtsbegriffe zu bieten vermöge, in unserer Zeit an Breite und Tiefe gewonnen; und die Erkenntniß wird immer stärker, daß in den praktischen Prinzipien, in denen wir leben, die ganze Unsittlichkeit und Ungerechtigkeit vergangener Perioden versteckt liege.

Einige Beispiele sollen das erklären: In einem Land sind rund 10 Millionen Steuerzahler. Von diesen leben 90 pCt. ausschließlich oder fast ausschließlich vom Ertrag ihres Geschäfts, ihres Amtes, kurz ihrer Arbeit, und 10 pCt. haben über ein zinsabwerfendes Kapital in einigermaßen erheblichem Betrag zu verfügen. Die direkten Steuern mögen sich auf 10 Mark pro Steuerzahler, also auf 100 Millionen Mark belaufen. Zu diesen Steuern sollen die 90 pCt. Nichtbesitzenden 60 pCt. und die Besitzenden 40 pCt. beitragen. — In Wirklichkeit, Herr Pfarrer, sind die Verhältnisse für die Nichtbesitzenden noch weit, weit ungünstiger; indeß es gilt hier nur an einer allgemeinen Formel das in unserer Rechtsordnung herrschende Bewegungsprinzip zu veranschaulichen. In unserer Formel würden also die Aermeren 60 Millionen, die Reicheren 40 Millonen steuern. Nun will der Staat — ich will annehmen, nur zu produktiven Zwecken, zur Erbauung von Eisenbahnen, Stromcorrectionen, Drainirungsanlagen, Schulbauten u. dgl. eine Anleihe aufnehmen. Er nimmt nach und nach soviel auf, daß er schließlich 2000 Mill. Staatsschulden hat — die meisten großen Staaten haben unendlich viel mehr und diese meist nicht zu produktiven Zwecken contrahirt. Von den deutschen Staaten haben Preußen, Baiern, Württemberg und Baden zusammen bereits weit über 2000 Millionen Schulden, Oesterreich hat 8000, Großbritannien gar über 15,000 Millionen Mark. — Diese Summe von 2000 Millionen kann nur dargeliehen werden von den 10 pCt. Bemittelten. Sie könnten entgegnen, daß auch außerhalb des Landes eingezahlt wird; indeß da unser Land ein Durchschnittsland sein soll, so verschlägt es für unsern Nachweis nichts, wenn wir sagen: Was auswärtige Kapitalisten in unseren Staatspapieren anlegen, hebt sich gegen das auf, was unsere Kapitalisten in auswärtigen Staatspapieren besitzen. Wir dürfen also theoretisch annehmen, es sei alles von einheimischen Kapitalisten eingezahlt. Diese verlangen einen Zins, und der landesübliche Zins sei 5 pCt. So müssen nun außer den ursprünglichen 100 Millionen Steuern neue 100 Millionen für Zinsen aufgebracht werden. Danach werden, wenn der Vertheilungsmodus derselbe bleibt, von den unbemittelten Klassen 120 Millionen, von den bemittelten 80 Millionen aufgebracht werden müssen, von einer Amortisation des Kapitals ganz zu schweigen. Die Bemittelten streichen aber in Zinsen 100 Millionen ein, das heißt mit andern Worten, die unbemittelten Klassen haben 1) die ganze frühere Steuer der Reichen; 2) die ganze neue Steuer derselben, und 3) 20 Millionen Prämie auf indirektem Wege an die Reichen zu zahlen und haben im günstigsten Fall die gleichen Vortheile wie jene. Ist Ihnen dies klar, Herr Pfarrer? Ich will's Ihnen

von einer anderen Seite nahe legen. Das sehen Sie ein, daß, wenn der Staat jene Summe von 2000 Millionen besessen, etwa als Erübrigungen im Lauf der Zeiten zurückgelegt gehabt hätte, jene Steuererhöhung nicht eingetreten wäre, da die Nothwendigkeit der Zinszahlung dann fortfiele; diese Nothwendigkeit ist also an den zufälligen Besitz oder Nichtbesitz geknüpft. Da nun der Staat als Abstraktum das Geld nicht erarbeiten kann, sondern dies seine Bürger für ihn thun müssen, so sind diese verbunden, das für gemeinschaftliche Zwecke nöthige Geld aufzubringen, und rechtlich so, daß alle einen ihren Kräften entsprechenden Theil dazu aufbringen. Wenn aber in irgend einer Form von allen Bürgern das Geld für die gemeinsamen Zwecke aufgebracht wird, und ein Theil derselben darf es wieder aus der gemeinsamen Kasse für seine Privatzwecke nehmen, so ist offenbar die Rechtsgleichheit prinzipiell aufgehoben; denn eine geringe Zahl von Bürgern fordert auf die zufällige Thatsache des Besitzes hin ein Privileg für sich. — Da nun alle Geldleistung die Versinnbildlichung einer gewissen Menge von Arbeitsprodukten ist, so zieht eine Minderzahl von Bürgern auf Grund des zufälligen Besitzes einer Geldsumme Jahr aus Jahr ein einen Theil der von andern erworbenen Arbeitsprodukte an sich. Es ist im Wesen unleugbar gleich, ob eine Anzahl von Männern auf Grundlage des bloßen Besitzes einer anderen Anzahl von Männern gebieten darf: Gebt uns für zwanzig Millionen Eures Arbeitswerthes im Jahr und bestreitet allein die Kosten unseres Gemeinwesens; oder ob diese Männer auf Grundlage ihres bloßen Besitzes eine Forderung an den Staat stellen dürfen, dessen Effect genau auf das Gleiche herauskommt. Der Unterschied zwischen der Feudalzeit und der jetzigen besteht demnach blos darin, daß der Frohnder früher wußte, wem er frohndete, während der Feudalherr jetzt ein unaufhörlich den Besitzer wechselndes todtes Kapital ist. (Forts. f.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— **Während der Moloch des Militarismus** auf dem Kriegsschauplatz in Armenien und Bulgarien seine Opfer zu Hunderttausenden verschlingt, ist er in unserm friedengesegneten Deutschland auf etwas schmalere Kost gesetzt, aber er weiß sich doch seine Opfer zu fangen und verschlingt Menschen unablässig, unerbittlich, unersättlich. Da liegt sie wieder vor uns, die schwarze Liste, die allmonatlich mit verzweifelter Pünktlichkeit durch die Presse geht:

„Nach dem im Kriegsministerium für den Monat August d. J. zusammengestellten Hauptbericht der Kranken des preußischen Heeres, des königlich sächsischen und württembergischen Armeekorps befanden sich 24,591 Mann in militärärztlicher Behandlung; es sind dies $6_{,8}$ Prozent der Effektivstärke. Unter eben dieser Behandlung starben 87, wovon die Mehrzahl, nämlich 19, am Unterleibstyphus und 18 an Lungenschwindsucht, aber auch fünf am Hitzschlag, 2 an Herzleiden, 6 an Ruhr. Daneben sind 5 verunglückt, worunter 3 durch Schußverletzung und 1 bei einem Selbstmordversuche. Mit Hinzurechnung der nicht in militärärztlicher Behandlung Verstorbenen sind im Heere im Ganzen noch 51 Todesfälle vorgekommen, davon 7 durch Krankheiten, 19 durch Verunglückung, 25 durch Selbstmord, so daß das Heer überhaupt 138 Mann durch den Tod und darunter beinahe ein Fünftel der Gesammtzahl durch Selbstmord verloren hat."

Das sind beredte Zahlen: fünfundzwanzig durch Selbstmord, einer durch einen Selbstmordsversuch (!), fünf durch Hitzschlag (todtmarschirt), drei durch Schußverletzungen — das ist genug für einen Friedens-Monat! Und wie viele von den Anderen: von den an Lungenschwindsucht, Herzleiden, Ruhr, Unterleibstyphus sind direkt und indirekt auf das Conto des Militarismus zu setzen? Mindestens die größere Hälfte. Man sieht, Moloch hat sich auch bei uns nicht zu beklagen!

— **Wo steckt der Irrthum?** Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 121 des „Vorwärts" einen Leitartikel, in welchem der Antrag der Frankfurter Staatsanwalts Kunitz, des bekannten Sozialistenbekämpfers, unserm Parteigenossen Schäfer wegen Majestäts- und Feldwebelbeleidigung die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren abzuerkennen, kritisirt und als ein Verstoß gegen das Strafgesetzbuch bezeichnet wurde. Wir waren aber bei der großen Schwere des staatsanwaltlichen Irrthums noch in Zweifel, ob der Antrag auch wirklich derart gestellt worden war. Unser Frankfurter Parteiorgan, indem es unsre Anschauungen recapitulirt, erklärt nun auf das Unzweideutigste, daß der Staatsanwalt den Rechtsirrthum begangen und somit wirklich eine bedeutende Gesetzesunkenntniß an den Tag gelegt hat. Merkwürdig — auch dem Sozialistenverfolger Tessendorff passiren mitunter eigenthümliche Sachen; diese Herren haben in ihrem Uebereifer sehr großes Pech.

— **Aus Plötzensee.** Der bekannte Direktor des Strafgefängnisses zu Plötzensee hat von einem Inhaftirten kürzlich folgendes Schreiben erhalten:

„Hochzuverehrender Herr Direktor! Der gehorsamst Unterzeichnete glaubt keinen Anstoß zu erregen, wenn er Ew. Hochwohlgeboren den unmaßgeblichen Vorschlag unterbreitet,

„daß die für Häftlinge des Plötzenseegefängnisses einlaufenden Briefe von dem diese Briefe perlustrirenden Beamten wieder unter Verschluß gebracht und also dem Adressaten eingehändigt werden, nicht aber, wie derzeit Brauch, die offenen Briefe durch die Hände des subalternen Beamtenpersonals gehen,

„daß ferner in ähnlicher Weise mit den diesseits zur Aufgabe gelangenden Briefen der Häftlinge verfahren wird."

Die Nothwendigkeit der Briefkontrole vollumfanglich voraussetzend, bin ich doch der unmaßgeblichen Meinung, daß diese Kontrole durch einen bestimmten Beamten hinreichend geübt werden kann und geübt wird, während die bloße Möglichkeit, daß die privaten Mittheilungen der etwaigen Neugierde offen liegen, meines Erachtens den Feinfühligen empfindlich verletzt, ohne daß hierfür ein öffentliches Interesse vorliegt. Ich bin ꝛc.

N. N."

Wie Berliner Blätter melden, hat Herr Direktor Wirth keinerlei Veranlassung genommen, den in obigem Briefe ausgesprochenen gerechten Ansprüchen zu willfahren. So ein „Mustergefängniß" darf keinerlei Aenderungen eintreten lassen, es würde ja sonst seinen guten Ruf verlieren.

— **Zum Culturkampf.** Die „Germania" berichtet: „Die königliche Regierung hat dem bereits in vierter Wahlperiode wiedergewählten Bürgermeister Wulff zu Arnsberg die Bestätigung versagt. Derselbe wurde von den Stadtverordneten, welche neben einer Mehrheit Katholiken auch aus Protestanten und Liberalen bestehen, einstimmig wiedergewählt. Trotzdem ist er der königlichen Regierung nicht genehm, weil er eben der Richtung der Centrumspartei angehört. — Wir können selbstverständlich nicht alle derartigen Nichtbestätigungen registriren, doch macht der vorliegende Fall eine bezeichnende Ausnahme, weil der Bürgermeister Wulff auch das Vertrauen der Liberalen in städtischen Angelegenheiten zu besitzen scheint und damit jeder Grund der Nichtbestätigung fortfällt. Der Fall wird von der Centrumsfraktion im preußischen Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht werden.

— **Aus der Schweiz** schreibt man uns d. d. 18. Okt.: Nächsten Sonntag hat das schweizerische Volk zur Urne zu treten und über das vielgenannte, unter heftigen Wehen und heißen Kämpfen geborne Fabrikgesetz abzustimmen, den ersten Schritt des Staates gegen die gewissenlose Ausbeutung der arbeitenden Klassen. Licht und Luft führt das Gesetz in die dumpfen Arbeitsräume und Garantien für Gesundheit und Leben gewährt es den Arbeitern. Es nimmt sich der Frauen und Kinder an, verbietet im Princip die Nachtarbeit, gestattet dem Arbeiter seinen Feiertag und ein wenig Erholung nach eilfstündigem mühevollem Tagewerk. Das Gesetz enthält manche Mängel, viele Wünsche unserer schweizerischen Parteigenossen sind unberücksichtigt geblieben, unzweifelhaft aber bringt das Gesetz einen großen Fortschritt, wenn dieser auch nur darin bestände, daß der Staat aus seiner beschaulichen Ruhe den Ausbeutern gegenüber getreten und sich des Umstandes erinnert, daß die Arbeiter nicht Sklaven sondern Staatsbürger sind, von deren Wohlbefinden wesentlich das Gedeihen und Blühen des Staates abhängt. — Die schweizerischen Arbeiter sind wie ein Mann für das Gesetz eingetreten. Seit mehreren Wochen betreiben sie eine großartige Agitation für die Durchbringung des Gesetzes, wobei Allen schwere Opfer an Zeit und Geld auferlegt worden sind. Den Gegnern, die sich vorwiegend im liberalen Lager finden, ist jedes Mittel, selbst das verächtlichste und niederträchtigste, recht, das Gesetz, dessen große prinzipielle Bedeutung sie wohl zu schätzen wissen, zu bekämpfen. Mit Mißtrauen erfüllten sie die von ihnen abhängigen Kreise gegen die verhaßte Neuerung und Haß erweckten sie gegen Diejenigen, die der mühevollen Arbeit sich unterzogen, dem Gesetze Freunde zu gewinnen. An einzelnen Orten ist dieser Haß zum rohesten Fanatismus ausgeartet. So kämpfen die Gegner, denen Geld und Macht zur Verfügung steht, mit überlegenen und verwerflichen Waffen, denen die Arbeiter nichts als hingebenden Eifer für die gute Sache entgegenstellen können.

Man steht am Vorabend der Abstimmung. Liberale und Conservative befinden sich auf der einen, Sozialisten und Radikale, zu denen sich in letzter Stunde noch Ultramontane und Protestanten gesellten, die sich der „christlichen Charitas" erinnern, auf der anderen. Die Entscheidung ist ungewiß, da im Punkte der Ausbeutung alles Christenthum aufhört und die ungerufene Bundesgenossenschaft von sehr zweifelhaftem Werthe ist.

Hoffen wir, daß die gewaltigen Anstrengungen unserer schweizerischen Genossen von einem glänzenden Erfolge gekrönt sein mögen. C. L.

— **Die Sklaverei ist in Madagaskar aufgehoben worden.** Dreihunderttausend Sklaven sind frei. Der Erfolg ist hauptsächlich den Bemühungen des britischen Consuls zu verdanken, der im Jahre 1877 durch einen Federstrich beinahe eben so viel erreichte, wie das, wozu im Jahre 1833 eine Parlamentsakte und eine Ausgabe von 20 Millionen an Geld erforderlich war. In jenem Jahre ward in allen britischen Colonien die Sklaverei für ungesetzlich erklärt und im Jahre darauf wurden 770,280 Sklaven freie Leute.

— **Der Waffenerfolg der Russen in Asien** wird von der Rubelpresse in allen Tonarten besungen, als die größte Waffenthat des ganzen Kriegs, als entscheidend mindestens für Asien hingestellt. Das ist eitel Geflunker. Kein Zweifel, Moukhtar Pascha ist geschlagen worden und hat den vierten Theil seiner Armee verloren, aber wie jetzt festgestellt ist, bestand seine Armee blos aus 30,000 Mann, die von den Russen mit mehr als der doppelten Uebermacht (70,000 Mann) angegriffen wurden. In der letzten Schlacht bei Plewna verloren aber die Russen bekanntlich ungefähr so viel Mann, als die ganze Armee Moukhtar Pascha's zählte. Schon aus diesen Ziffern erhellt, daß der Sieg der Russen bei Kars ihre früheren Niederlagen keineswegs auch nur annähernd aufwiegt. Ueberdies sind die Russen durch die späte Jahreszeit an der Ausnutzung des Sieges verhindert, der, vier Wochen früher erfochten, sie vielleicht „bis vor die Thore von Erzerum" geführt. Und „vor den Thoren" von Erzerum ist noch nicht in Erzerum, wie das traurige Ende der russischen Invasion im Sommer gezeigt hat.

Inzwischen nimmt der Aufstand im Kaukasus fortwährend zu; nach drei russischen Berichten treten die Insurgenten mit förmlichen Heeren von 10 bis 12,000 Mann auf und scheinen einen großen Gebietstheil vollständig zu beherrschen. Inwieweit dieser Aufstand von Einfluß auf den Gang der Dinge in Armenien sein wird, bleibt abzuwarten.

Auf dem europäischen Kriegsschauplatz hat sich die Lage nur insofern verändert, als neuerdings wieder schlechtes Wetter eingetreten ist, das alle größeren militärischen Operationen hindert. Zur Feier des Sieges von Kars wurde ein — Freudenbombardement auf Plewna veranstaltet, und den russischen Soldaten eine Salve von Hurrahs anbefohlen. Wenn das richtig ist, was englische Zeitungscorrespondenten über den Zustand der russischen Armee schreiben, dann wird es den armen Teufeln bei dieser Komödie — der Czar scheint für solche Amüsements zu schwärmen — nicht sonderlich wohl zu Muthe gewesen sein. Diesen Berichten zufolge herrschte die größte Muthlosigkeit und Demoralisation; beim Sturm auf Plewna hätten mehrere Regimenter den Gehorsam verweigert; die Krankheiten räumten entsetzlich auf u. s. w.

Mit den Bulgaren ist man im russischen Hauptquartier sehr wenig zufrieden. „Väterchen" und Söhnchen haben sich höchst ungnädig über dieselben geäußert: „Sie sind nicht werth, daß wir uns für sie schlagen!" Und warum dieser Zorn? Weil die Bulgaren, statt ihren „Befreiern", den Russen, als Kanonenfutter zu dienen, zu ihren „Unterdrückern", den Türken, flüchten und diesen, namentlich als Spione, wacker gegen die „Befreier" helfen. Also jetzt erst wäre der „milde Czar" zur Erkenntniß über seine „Befreierrolle" gelangt? Er hätte wirklich die Lügen der Ignatieffs und Consorten, d. h. seiner eigenen, zum Lügen bezahlten Agenten geglaubt? Da wäre der Mann ja wirklich zu bemitleiden und mit seinen geistigen Fähigkeiten wäre es noch schlimmer bestellt, als die Fama sagt.

— **Wegen „schwerer Beleidigung"** der Kircheninspektion in Auerbach in Sachsen durch den „Vorwärts" ist unser Mitredakteur Seiffert in erster Instanz zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden.

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

(Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845.)

(Fortsetzung.)

Von diesem Concept denunzirt Herr Stieber die gar nicht gesprochene Stelle: Schlöffel habe „den Fehler, laut zu denken, was Hunderttausende sich in's Ohr raunen". Denn diese Stelle enthalte ein lobendes Anerkenntniß für Schlöffel und eine Aufmunterung „zur Nachahmung der Bestrebungen einer gewissen vorlauten Partei, deren verwerfliche Tendenzen hinreichend bekannt seien."

Welch' ein fürchterliches Gespinnst aus einem so unscheinbaren Flocken! Spinnen konnte es aber Stieber doch wieder nur, wenn er von seinem eigenen Werg dazu gab. Welche unwahren Vordersätze muß man erst einschieben, um nur Stieber's Folgerungen einigermaßen erklärlich zu machen. Was man sich in's Ohr raune, könne nichts anderes sein, als verwerfliche Tendenzen; Schlöffel spreche das, was Andere sich in's Ohr raunen, laut aus; weil Wander das für keinen Fehler halte, so lobe er Schlöffel deshalb; weil er ihn lobe, so muntere er zur Nachahmung auf: ergo muntere Wander zur Nachahmung der Bestrebungen einer vorlauten Partei auf, deren verwerfliche Tendenzen hinlänglich bekannt wären. Stieber ist nie verlegen, auch nicht in der Logik.

Wander sagt, Schlöffel kenne keine Furcht; weil er immer nur das Beste wolle, deshalb spreche er laut aus, was er wolle. Andere dagegen seien furchtsam, und trotzdem daß sie dasselbe im Herzen trügen wie Schlöffel, so sprächen sie davon doch nur einander in's Ohr, d. h. doch mit anderen Worten nichts als: Schlöffel will das Gute und spricht laut von dem, was er will; Andere tragen den Willen für das Gute im Herzen, sprechen aber nur heimlich von dem, was sie wollen. Das nennt Stieber verwerfliche Tendenzen hegen. Er kann auf eine solche Auslegung nur dadurch kommen, daß er Wander's Sprache für eine Gaunersprache hält, in welcher Gutes die Bedeutung „politisch Verbotenes" hat. Es ist ihm zu dieser Annahme vollkommen genug, daß Wander, im Gegensatz zu Schlöffel's Furchtlosigkeit, die Anderen sich einander nur in's Ohr raunen läßt. Was man laut zu sagen sich fürchte, muß Böses sein, und dieses Böse kein anderes als verbotene politische Tendenzen.

Wander sagt aber gerade umgekehrt, die Anderen seien zu furchtsam; wer das Gute wolle, wie Schlöffel, könne auch laut davon sprechen, wie Schlöffel; darum sei Schlöffel's Eigenschaft, das gewollte Gute laut zu besprechen, kein Fehler. Stieber nennt das Anerkenntniß der Abwesenheit eines Fehlers schon ein Lob, und das Lob eine Aufforderung zur Nachahmung. Diese Falschmünzerei mit Worten wird am klarsten, wenn man Wander's Worte und die ihnen von Stieber gegebene Bedeutung einander gegenüberstellt, also:

Wander		Stieber
Gutes	=	Strafbares wollen
Abwesenheit eines Fehlers	=	Anwesenheit des Lobenswerthen
Lob	=	Aufforderung zur Nachahmung.

Als sich Stieber im Mai d. J. längere Zeit in Warmbrunn aufhielt, wurde erzählt, daß Se. Majestät der König dieses Jahr nicht nach Erdmannsdorf kommen würde. Jemand meinte, der König käme gewiß deshalb nicht, weil Stieber hier wäre; er fürchte sich, weil er etwas reden könnte, was Stieber denunziren würde. In Wahrheit, welche Rede vermöchte nicht Stieber zum Hochverruth zu stempeln? In Gegenwart Stieber's kann kein Mensch laut beten: „Herr, erlöse uns von allem Uebel", er wäre im Stande, ihn wegen Veranlassung von Unzufriedenheit gegen die Regierung zu denunziren. Uebrigens, wie schon bemerkt, ist dieser Theil der Wander'schen Rede gar nicht vorgetragen worden. Er ist also ein ungesprochener, und da er auch sonst nicht Anderen mitgetheilt worden, ein ungeäußerter geblieben, kann also auch nicht inkriminirt werden.

An die Vertheidigung Schlöffel's knüpfte Wander eine Selbstvertheidigung; denn man habe auch ihn getadelt und seine Worte „für aufregend, ja — horribili dictu — für revolutionär gehalten". Er habe nämlich in einer früheren Versammlung die Meinung aufgestellt, daß jeder Mensch das Recht habe, zu schweigen oder zu reden, und zu sagen, was ihm Recht oder Unrecht dünke. Er habe behauptet, daß die öffentliche Meinung eine Macht sei, die selbst Napoleon respektirt habe. Er habe endlich die Bemerkung hinzugefügt, daß die Zeit sich in ihrer Entwickelung durch keine Regierung bestimmen lasse. Das Alles habe er allerdings gesagt, es sei aber darunter nichts, was nicht auch schon in der Bibel gesagt worden wäre. Beispielsweise könne Niemand bestreiten, daß König Salomo gesagt habe: Reden habe seine Zeit und Schweigen seine Zeit. Das gelte von ganzen Völkern wie von Einzelnen; übrigens, die nicht reden dürfen, könnten ihre Gedanken auch durch Schweigen zu verstehen geben; denn wenn man zur richtigen Zeit zu schweigen wisse, so habe das auch seine Wirkung. Er aber wolle sich aussprechen, aussprechen offen und ehrlich, wie er fernerhin bei dem Verein thätig sein wolle. Die Aufgabe sei, das Fortbestehen des Vereins so lange als möglich zu erhalten.

Ich will zuvörderst diese Einleitung besonders betrachten. Es ist nichts Strafbares darin. Wander sagt: es sei entsetzlich, zu sagen, man habe seine Reden aufregend genannt, und er habe doch nur gesagt: Jeder Mensch habe das Recht zu schweigen oder zu reden, und sich auszusprechen, was ihm recht oder unrecht dünke. Er habe nur gesagt: die öffentliche Meinung sei eine Macht, die selbst Napoleon respektirt habe. Er habe nur gesagt: daß sich die Zeit in ihrer Entwickelung von keiner Regierung bestimmen lasse.

Wenn Wander hierin das natürliche Recht zu reden und über Recht und Unrecht sein Urtheil auszusprechen in Anspruch nimmt, so nimmt er nicht mehr in Anspruch, als die Staatsgesetze ihm zulassen. Freiheit der Rede und des Urtheils sind die Regel im Staat, und die in Censur und Politik angeordneten Beschränkungen sind eben nur Schranken, welche dieses natürliche Recht begrenzen, aber nicht aufheben, sondern innerhalb der Schranken bestehen lassen.

Wenn er ferner sagt: die öffentliche Meinung sei eine Macht, die Entwickelung der Zeit lasse sich durch keine Regierung bestimmen, so sind das allgemein anerkannte Wahrheiten, und zwar nicht blos politische Wahrheiten, — denn wir erkennen sie in der lange bekämpften Einführung der Eisenbahnen wie in dem Gange der Angelegenheiten der katholischen Dissidenten. Wenn Wander endlich hinzusetzt, es sei mit dem Nichtreden nicht viel gewonnen, weil man seine Gedanken auch durch Schweigen zu verstehen geben könne, so ist das eine Wahrheit, die in jeder bürgerlichen Unterhaltung täglich zur Anwendung kommt und ersichtlich wird. Die Unschuld dieser Einleitung nachzuweisen würde mir gar nicht einfallen, wenn man es nicht mit Stieber zu thun hätte.

(Fortsetzung folg'.)

Aus Berlin.

16. Oktober.

Der Zusammenkrach der ritterschaftlichen Privatbank zu Stettin hat Hoch und Niedrig geschädigt — vom Kaiser von Deutschland bis zu den Maurern und Tagelöhnern. Der Kaiser hat nämlich circa 300,000 Mark verloren und die auf dem Rayonterrain zu Stettin beim Häuserbau beschäftigten Arbeiter die Arbeit, weil die Unternehmer jetzt keinen Credit erhalten können und daher den Häuserbau einstellen müssen. — Bei Eröffnung des neuen Studienjahres der hiesigen Universität hielt der abtretende Rector Professor Barbeleben eine Rede, in welcher eine Stelle vorkam, welche von unserer akademischen Jugend-„Herrlichkeit" handelte, welch' letztere sich kundthue in den vielen Conflicten der Studirenden mit den Nachtwächtern, die auch vorzugsweise die akademische Gerichtsbarkeit beschäftigten. Der neue Rector, Professor Helmholtz, wünschte bei der studirenden Jugend nach englischem Muster die körperlichen Spiele und Uebungen eingeführt, damit der übermäßige Gebrauch von alkoholischen Getränken und Tabacken abnehme. Nette Schmeicheleien, die den Berliner Studenten an den Kopf geworfen werden. Wenn die Studenten aber keine Nachtwächter prügeln, wenn sie sich nicht bezechen, sondern sich um Politik und wahre Wissenschaft kümmern, wie zum Beispiel bei der Dühringaffaire, dann erhalten sie Verwarnungen, so daß die weniger energischen jungen Leute wieder zu dem mindergefährlichen Spiele der Nachtwächterprügelei und der Kneiperei zurückkehren. — Vorläufig ist der Eintritt des nationalliberalen Hrn. v. Bennigsen in das preußische Ministerium des Innern noch aufgeschoben, aber wie uns dünkt, noch nicht aufgehoben — Eulenburg geht bekanntlich auf Urlaub und während der Zeit verwaltet der mit Bleichröder eng befreundete Ackerbauminister, der freiconservative Herr Friedenthal das Ministerium des Innern; eine Etappe erscheint dies Provisorium zum Ministerium Bismarck-Bennigsen-Friedenthal — welch' Kleeblatt, es fehlt dann nur noch, daß Bleichröder Finanzminister wird, so haben wir gar ein vierblättriges, mit welchem dann der hohe Adel und die große Finanzwelt völlig zufrieden sein können. Vorläufig ist übrigens Herr Wehrenpfennig als vortragender Rath in das Handelsministerium berufen worden — eine kleine Abschlagszahlung, die den Nationalliberalen von Seiten der Regierung gemacht wird. Im dritten Wahlkreise des Regierungsbezirks Cassel (Fritzlar-Homburg-Ziegenrück) wird dadurch eine Nachwahl zum Reichstag erforderlich; vielleicht, daß die Parteigenossen in Cassel sich die Sache einmal überlegen. — Die Mißhandlungen der Soldaten sind wieder an der Tagesordnung. Vor Kurzem wurde ein Ulan der Potsdamer Garnison von Unteroffizieren derart beim Exerzieren am Kopfe verletzt, daß derselbe blödsinnig wurde und in der hiesigen Charité Aufnahme fand; jetzt schwebt eine Untersuchung über einem Unteroffizier der hiesigen Garde, der gleichfalls beim Exerzieren einem Soldaten eine derartige Ohrfeige gab, daß das Trommelfell platzte. Daß solche Mißhandlungen noch vorkommen können, ist gewiß ein trauriges Zeichen für den preußisch-deutschen Gamaschendienst. — Ludwig Löwe ist bei der Landtagsabgeordnetenwahl im 1. Berliner Wahlkreis anstatt Duncker's gewählt worden. Es war von keiner Seite ein Gegencandidat aufgestellt worden. — ein löwenmuthiger Sieg, den der edle Ludwig errungen hat, zu welchem ihm, dem Helden, der Reichstagswahlverein des 6. Berliner Wahlkreises, wo Löwe bekanntlich den Durchfall erlitt, hocherfreut gratulirt. — Noch will ich des hiesigen demokratischen Polizeiblatts, der „Staatsbürgerzeitung" Erwähnung thun, welche nunmehr ihr eigentliches Gesicht zeigt und in ihrer Nummer vom 9. d. M. vor den Gründern zu Kreuze kriecht, die sie so lange Zeit angegriffen hat. Sie hat nämlich in der Elbinger Affaire den passenden Moment gefunden, die Gründerhetze mit moralischem Anstand einzustellen. Ihre auffällige, bald ¾jährige neue Lebenskraft, nachdem sie schon vollständig fertig war, könnte mancherlei zu denken geben, wenn die Erklärung dafür nicht allein zu Tage träte, daß sie jetzt von dem Gründerthum besonders berücksichtigt wird. Sehen Sie sich z. B. das ganze Seiteninserat für die ungarische Goldanleihe in einer der letzten Nummern an. Berlin Zeichnung bei Disconto-Gesellschaft und S. Bleichröder — das sagt genug. Sie ist ertrunken in ihrer eigenen Moral. Eine schöne Association demokratischer Schreihälse (Mehring 2c. 2c.), denen der nächste beste „Reichsjude" das Maul stopfen kann.

Kritische Gedanken eines Subalternen über das Verwaltungssystem der preußischen Staatseisenbahnen.

Wenn ich diesen Aufsatz zur Kenntniß der Oeffentlichkeit bringe, so möchte ich von vorne herein den Gedanken von der Hand weisen, daß ich Reformvorschläge zur Abschaffung derjenigen Mißstände zu machen beabsichtige, welche der dem Deutschen angeborenen Hang zum Bureaukratismus auch in einem der wesentlichsten Zweige des Verkehrslebens hat hervortreten lassen. Ich beabsichtige nur vom Standpunkte eines Subalternen aus, dem die Organisation des Verwaltungssystems der preußischen Staats- und unter preußischer Staatsverwaltung stehenden Eisenbahnen vermöge seiner langjährigen Dienstzeit im Eisenbahnwesen mit ihren Mängeln und Fehlern nicht fremd geblieben ist, dieses System kritisch zu beleuchten und seine Schattenseiten hervorzuheben. Möge es dann der Energie Solcher, denen Mittel und Wege zu Gebote stehen, um eine Verbesserung anzubahnen, überlassen bleiben, ihre Verbesserungsbestrebungen zum Nutzen und Frommen des staatlichen Gemeinwohls auch nach dieser Richtung hin zu bethätigen.

Die preußischen Staatseisenbahnen ressortiren bekanntlich vom preußischen Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und stehen, jede für sich allein, unter der speziellen Leitung eines Direktors.

Möge mir nun zunächst gestattet werden, die Elemente, aus welchen sich eine solche königliche Eisenbahndirektion, welche die Prärogatioe einer Bezirksregierung genießt, rekrutirt, näher in Augenschein zu nehmen. Da ist also zuerst der Vorsitzende derselben, — nach den bisherigen Bestimmungen stets ein Verwaltungsbeamter — erst in der allerletzten Zeit sind bisweilen Techniker zu diesem wichtigen Posten herangezogen. Die Direktionsmitglieder sind ein mixtum compositum aus Verwaltungsbeamten, Bau- und Maschinentechnikern. Daß diese Letzeren, allerdings in bescheidener Anzahl, zur Leitung einer Eisenbahn, bei welcher die Technik eine so große Rolle spielt, nothwendig und nutzbringend sind, bestreite ich nicht. Auch sind es zunächst Leute, die höhere Fachschulen absolvirt, längere Jahre im Eisenbahnwesen gearbeitet und zur Bauleitung und Administration des Bahn- und Maschinenbetriebes sich qualifizirt haben. Dieselben müssen, bevor sie als Mitglieder in die Direktion eintreten, längere Zeit als Bau- resp. Maschinenmeister fungirt und sich die Kenntniß des Eisenbahnwesens durch praktische Thätigkeit angeeignet haben.

Weniger genau jedoch nimmt es der Herr Minister mit der Wahl der Mitglieder für die administrativen Geschäfte. Es sind dies durchgängig junge Juristen, die den vorgeschriebenen Universitätscursus durchgemacht und nach absolvirter Referendarienzeit ihren Assessor gemacht haben. Nachdem sie alsdann noch ein Jahr als Assessoren im Justizamte thätig gewesen sind, treten sie zunächst als Hülfsarbeiter in die Eisenbahndirektion, vorläufig ohne Votum, ein. Natürlich haben diese Leute außer einem ganz erklecklichen Maaß von Selbstbewußtsein nichts, was ihnen vorläufig die Befähigung giebt, auch nur den allereinfachsten dienstlichen Vorgang in dem ihnen ja völligen fremden Eisenbahnrechte richtig zu taxiren. Sie arbeiten in dem Dezernate eines älteren Mitgliedes etwa ein Jahr lang, erhalten dann, gleichviel ob sie sich qualifiziren oder nicht, Sitz und Stimme im Collegium und ein selbstständiges Dezernat und werden sehr bald darauf etatsmäßige Direktionsmitglieder. Als solche herrschen sie denn nun über Leben und Tod nicht nur der untergebenen Beamten, sondern auch der der Eisenbahn anvertrauten wichtigsten Interessen des Publikums. Eine solche Direktion ist ein wahres Ungeheuer. Wo in allen anderen Staatsdienstzweigen nur Fachleute an der Spitze stehen, die gewöhnlich den Dienst lange Jahre von der Pieke auf haben kennen lernen müssen, — man denke an Post und Steuer — da befinden sich in ähnlichen verantwortlichen Stellen bei der Eisenbahn junge Leute, die gar keine Idee von dem Geschäftsgange haben und auch nicht haben können. Ich will nur einen einzigen Verwaltungszweig herausgreifen, an welchem neben vielen andern die Unzulänglichkeit eines Assessors als Ressortdezernent völlig klar gelegt wird — es ist der Güterdienst. Dem jungen Regierungsassessor, welcher an die Spitze eines Güterdienstzweiges gestellt wird, ist vielleicht mit seltenen Ausnahmen ein Frachtbrief noch niemals zu Gesicht gekommen. Viel weniger aber ist er im Stande, ein Stückgut selbstständig zu expediren — er kennt die Versand- und Zollvorschriften nicht, hat gar keine Ahnung von den Manipulationen der vorgeschriebenen Buchführung — ihm ist das Wesen der Tarifirung für die einzelnen Gattungen der Sendungen völlig fremd — und doch steht er an der Spitze — und decretirt! Was für ein Zeug oftmals bei solchen Decreten herauskommt, und wieviel der subalterne von der Pieke auf gediente Bureaubeamte zu thun hat, um in discreter Weise solchen Verfügungen eine passable und sachgemäße Wendung zu geben, liegt wohl auf der Hand. Auf ähnliche Weise geht es bei allen übrigen administrativen Abtheilungen, so dem Controlrechte u. s. w. zu.

Es ist mir, wie wohl jedem älteren Bureaubeamten, der vielleicht Jahre lang bereits in derselben Abtheilung arbeitete, schon oft passirt, daß ich vor einem solchen Decrete „von oben herab" stand: „wie die Kuh vor dem neuen Thor", um mit dem Munde des Volkswitzes zu reden. Aber vielleicht glaubt der Herr Handelsminister — „daß es die Menge bringen muß". Diesem Gedanken hat er wenigstens dadurch den thatkräftigen Ausdruck gegeben, daß er in den letzten Jahren so viele junge Juristen in den Staatseisenbahndienst übernommen hat, daß man sich vor Direktionsmitgliedern schon gar nicht mehr zu retten weiß. Bei der königlichen Ostbahn sind nachweislich laut Betriebsbericht vom Jahre 1876 inclusive Hülfsarbeitern, die selbstständige Dezernate haben, 27 Direktionsmitglieder angestellt. Hierbei bemerke ich jedoch ausdrücklich, daß diese 27 allein im wirklichen Bahnbetriebsdienste beschäftigt sind, während die Zahl derjenigen Dezernenten, welche außerdem noch im Neubau beschäftigt sind, wohlweislich unerwähnt geblieben ist.

Durch Ministerialbericht von 1873 sollte die Administration der Staatseisenbahnen und der unter Staatsverwaltung stehenden Privatbahnen dezentralisirt werden. Die Verwaltungsräthe der letztgenannten Bahnen, bei welchen der Staat in Folge der von ihm geleisteten Zinsgarantie die Verwaltung übernommen hat (z. B. die Bergisch-Märische nnd Oberschlesische Eisenbahn), sträubten sich zwar sehr gegen diese neue Anforderung an ihren Geldsäckel, aber es half ihnen nichts — es wurden Eisenbahn-Commissionen errichtet. Die Commissionen haben den Zweck, die Verwaltungsgeschäfte in dem ihnen zugewiesenen örtlich begrenzten Theil der ganzen Bahn selbstständig zu leiten und haben als Vorstände delegirte Eisenbahndirektionsmitglieder. Ob eine solche Dezentralisation einer allerdings ja ungeheuren Verwaltung überhaupt nutzbringend ist, will ich dahingestellt sein lassen — aber wird sie einmal vorgenommen, so soll sie meines Erachtens auch völlig durchgeführt werden, und soll ihre Thätigkeit nicht beschränkt werden, sollen ihre Anordnungen nicht wiederum zum größten Theile dem Urtheile und der Bestätigung der Direktion als stets vorgesetzter Behörde unterliegen. Bei unseren Staatseisenbahn-Verwaltnngen sind ja 4 oder 5 solcher Commissionen allmählich in's Leben getreten, jede Commission besteht aus 3 oder 4 Mitgliedern, die, wie schon erwähnt, zugleich Direktionsmitglieder sind. Trotzdem also auf diese Weise die Geschäfte vertheilt sind, befinden sich bei der Direktion außer dem Direktionsvorsitzenden als obersten Lenker des Ganzen noch 10—15 Direktionsmitglieder. Nun frage ich jeden Einsichtsvollen: Was machen diese Leute den ganzen Tag, da die Geschäfte doch zum größten Theil durch die Hände der Commissionen allein gehen sollen? Eins ist nach meiner Meinung überflüssig — entweder die Direktionsmitglieder oder die Commissionsmitglieder. Wenn man die Anzahl der Dirigenten einer, wenn auch noch so umfangreichen Privateisenbahn, die gewöhnlich aus einem Consortium von drei Mann besteht, mit derjenigen des dirigirenden Personals einer Staatsbahn vergleicht, so findet man eben leider keinen Vergleich. Und dabei kann doch Niemand etwa zu Recht behaupten, daß die Geschäfte bei Privatbahnen weniger prompt erledigt werden müssen wie es bei Staatsbahnen geschieht, die Privatbahnen haben keine Commissionen — bei ihnen thut alles der Bau- oder Betriebsdirektor, je nach Charakter der Sache. Wenn auch selbstredend diesen Direktoren eine genügende Anzahl von Assistenten zur Seite gestellt ist, so geht diese doch nicht über das wirkliche Bedürfniß hinaus, denn die Privatbahnen verstehen zu rechnen und schaffen alles Ueberflüssige und Entbehrliche fort.

Uebrigens möchte ich hierbei noch erwähnen, daß unter der Aegide der vielköpfigen Direktion einer Staatseisenbahn noch sogenannte Oberbeamte fungiren: ein Obermaschinenmeister, ein Oberbetriebsinspektor und ein Obergüterverwalter. Diesen liegt die eigentliche Ueberwachung der betreffenden Dienstzweige ob. Was bleibt da den Dezernenten zu thun übrig? —

(Schluß folgt.)

Correspondenzen.

Hamburg. Der hiesige liberale Reichstagswahlverein hat für Diejenigen, welche geneigt sind, sich in kleineren oder größeren Versammlungen in Debatten mit Sozialdemokraten einzulassen oder Vorträge halten wollen, Veranlassung getroffen, von einem „bewährten Fachmanne" Vorträge über folgende Themas halten zu lassen: 1. Vortrag: Abriß der Sozialpolitik und der obschwebenden sozial-politischen Hauptfragen; 2. Vortrag: Einige besonders wichtige Spezialgebiete der Sozialwissenschaft: Werththeorie, Marx'sche Mehrwerth-Lehre, natürlicher Arbeitslohn, Kapitalwirthschaft; 3. Vortrag: Die sozialdemokratische Agitation, ihre Hilfsmittel, ihr nächster Zweck, ihre Ziele; 4. Vortrag: Rhetorik und Versammlungstechnik. Wenn sich eine genügende Betheiligung (ohne Kosten für die Theilnehmer) und ausreichendes Interesse an dieser Einrichtung ergiebt, so soll der Ciklus der Vorträge weiter ausgedehnt und eventuell Disputationen über geeignete Themata veranstaltet werden. Es sollen zu diesen Vorträgen nur 200 Eintrittskarten ausgegeben werden und zwar nur an solche Zuhörer, von denen eine zweckentsprechende Benutzung jener Vorträge zu erwarten ist. Den Bezirks-Vorständen und den Theilnehmern an den Vorträgen wird ferner nach dem 1. November die Hand-Bibliothek des Vereins zur Verfügung gestellt. Dieselbe soll alle bedeutenderen Werke und Broschüren auf dem sozialen Gebiete, sowie eine größere Anzahl sozialdemokratischer Zeitungen umfassen. Nach solchen Veranstaltungen ist wohl anzunehmen, daß die Liberalen endlich ihr Wort einmal einlösen und mit uns, den Sozialdemokraten, in Discussion treten werden.

Kellinghusen in Holstein. Am 15. ds. Mts. fand hier eine vom Vorstand des hiesigen Arbeiterbildungsverein anberaumte öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr Wanderlehrer Keller einen Vortrag über „die Sozialdemokratie" hielt.

Da die Versammlung eine öffentliche und die Möglichkeit der Betheiligung an der Debatte uns zugesichert war, so erschien unserseits Genosse Auer aus Hamburg, der denn auch den Ausführungen des Herrn Keller in längerer Rede entgegen trat und unsere Sache wirksam gegen die gemachten Angriffe vertheidigte.

Ohne uns länger auf das pro und contra der Ausführungen einzulassen, halten wir es doch für nothwendig, eines Vorfalls Erwähnung zu thun, der einestheils von Interesse für die Parteigenossen sein dürfte, anderseits aber geeignet ist, ein Schlaglicht auf die Agitationsweise unserer Gegner zu werfen.

Herr Keller erzählte nämlich gegen Ende seines Vortrages folgendes Histörchen: Einer seiner Freunde hätte vor nicht zu langer Zeit mit einem hervorragenden Führer der deutschen Sozialdemokraten in Braunschweig während eines gemeinschaftlichen Spazierganges sich über Punkt 1 der Einleitung des sozialistischen Programms unterhalten, wobei der „hervorragende Führer" der Sozialdemokraten erklärt habe:

„Ach was, an den Satz, daß die Arbeit die Quelle aller Werthe sei und an die Möglichkeit, daß die Arbeitsprodukte „Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen" zugetheilt werden können, glaube kein einziger Führer der Sozialisten. Diese Sätze seien nur aufgestellt, um den Massen etwas vormachen zu können, um dieselben unzufrieden zu machen und aufhetzen zu können."

Auf diese Behauptung hin nun stellte Genosse Auer gegen Schluß seines Vortrages an Herrn Keller die Anfrage: Wer dieser hervorragende Führer der Sozialdemokraten gewesen, der eine so lügnerische wie verleumderische Behauptung dem Freunde des Herrn Keller gegenüber ausgesprochen? Zugleich fügte Genosse Auer dem bei, daß, wer immer auch dieser angebliche Führer sei, derselbe von den Sozialdemokraten ausgestoßen werde, vorausgesetzt, daß die Angaben des Herrn Keller wahr seien.

Herr Keller, der hierauf wieder das Wort nahm, sprach zwar von allem Möglichen, vermied es aber merkwürdiger Weise, auf die ausdrückliche Frage Auer's nach dem bewußten Sozialistenführer mit einer Silbe zu antworten.

Auer sah sich deshalb genöthigt, nachdem ihm das Wo.. noch einmal ertheilt wurde, die Frage zu wiederholen und Herrn Keller an seine Behauptung betr. der Braunschweiger Angelegenheit zu erinnern. So zweimal zur Erklärung über seine Behauptung aufgefordert, sah sich endlich der Herr Wanderlehrer genöthigt, auch auf diese noch einmal einzugehen, und was antwortete er nun?

„So lange Auer nicht ein Mandat der deutschen Sozialdemokraten beibringe, welches ihn (Auer) berechtige, über die Braunschweiger Vorkommnisse, die er (Keller) erzählt habe, nähere Auskunft zu fordern, so lange halte er (Keller) sich nicht für verpflichtet, Namen zu nennen."

Welchen Eindruck diese Erklärung auf die Versammlung machte, brauche ich hier wohl nicht erst zu schildern, die Versammelten wußten, was sie von dem Herrn Keller zu halten hatten.

Husum, 18. Oktober. Als vor 4—5 Jahren die Lehren des Sozialismus zum ersten Mal nach unserem Norden drangen, fanden sie bei der Arbeiterbevölkerung eine begeisterte Aufnahme. Bei der Reichstagswahl 1874 hatte unser Canditat 865 Stimmen; hier in Husum zählte der damals noch bestehende „Allgemeine deutsche Arbeiterverein" 60 Mitglieder. Es war also ein Anfang gemacht, der zu den schönsten Hoffnungen berechtigte. Und jetzt? Leider müssen wir constatiren, daß die Partei in unserm Kreise nicht nur keine Fortschritte gemacht hat — und schon das ist schlimm genug! — sondern daß sie immer mehr und mehr verschwindet. Der Grund zu dieser traurigen Erscheinung ist einfach in der Zersplitterung unserer Kräfte zu suchen. Dazu kommt noch, daß die meisten Parteigenossen ihre Pflicht gethan zu haben glauben, wenn sie ein Parteiorgan lesen oder eine Versammlung besuchen, wenn die Altonaer Parteigenossen uns einen Agitator schicken. Das muß anders werden! Eine nachhaltige Besserung aber ist, gegenüber geschlossener Phalanx der Liberalen, Conservativen und Dänen, nur dann möglich, wenn wir uns zu einer festen Vereinigung zusammenthun. Entweder muß ein Verein für den ganzen Kreis oder in jedem Orte — in Husum, Tönning, Garding, Bredstedt, Leck, Tondern u. s. w. — ein Lokalverein gegründet werden. Ob die Mitgliederzahl auch anfangs gering ist, das thut nichts zur Sache: „die Gründung des kleinsten Arbeitervereins", sagt Johann Jocoby, „wird dem künftigen Kulturhistoriker von größerem Werthe sein, als der Schlachttag von Sadowa!" Die Erörterung dieser Angelegenheit, entweder mündlich oder durch die Presse, sei den Parteigenossen hieselbst zur heiligsten Pflicht gemacht. R.

Ratzeburg, 14. Oktober. In der Nr. 22 des „Vorwärts" wurde unter sozialpolitischer Uebersicht auf die bekannte Aeußerung, die Dr. Braun in der ersten Sitzung des Vereins für Sozialpolitik über die Resolution des Professor Wagner und ihr Verhältniß zur sozialen Frage gethan, Bezug genommen, aber in einer Weise, die Einsenders Befremden allerdings in hohem Grade erregte. Es wurde, wenn wir recht verstanden haben, mit einem bloßen Scherz über dies kühne Wort hinweggegangen, als ob dasselbe sich eigentlich von einem Manne von den Anschauungen Brauns von selbst verstehe. Wäre das Wort bei irgend einem Diner oder einem Biercommers gefallen,*) möchte die Redaktion recht haben, hier wurde es aber in der ordent-

*) Bei „unserm Braun" hat eben die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik keine höhere Bedeutung als ein gewöhnliches Festessen oder ein kräftiger Biercommers. R. d. „V."

chen Generalversammlung eines Vereins gethan, der sich die Lösung der sozialen Frage in erster Reihe zur Aufgabe stellt. Das ist vielleicht sehr lächerlich, daß Jemand eine Lösung zwischen zwei feindlichen Brüdern herbeiführen möchte, aber unter der einzigen Bedingung, daß nur der Eine dabei berücksichtigt wird, es ist vielleicht lächerlich, wenn der kleine Fritz sagt, ich will den Apfel nicht, weil Hans, mit dem er sich gezankt hat, auch einen bekommen soll. Aber es ist, in unserm Falle, doch so lächerlich, daß man sich dabei des lebhaften Gefühles der Entrüstung nicht entwehren kann über solch einen Grad von knabenhaften Verstocktheit. Irgend ein Schulmeister, dessen langjähriger Unterricht in der Quarta seinen Gesichtskreis zu dem eines Quartaners verengert hat, mag immerhin so urtheilen und darob von seinen Parteigenossen noch seines besonderen Muthes und seiner tiefen Einsicht wegen angestaunt werden; auch ein Neuling in volkswirthschaftlichen und sozialen Fragen mag so urtheilen: wenn man aber mit der Bewegung vorwärts gegangen ist, sie aufmerksamen Auges verfolgt, sein Wissen in volkswirthschaftlichen und sozialen Dingen stetig zu erweitern gesucht hat und wenn man schließlich das mit der zu jedem wissenschaftlichen Streben nöthigen Objektivität gethan, und man will dann, seiner hohen Aufgabe voll, sein Wissen im Kampfe verwerthen, an seiner endlichen Lösung mitarbeiten, setzt sich aber so auf das hohe Pferd, daß man sich nur allein für allein berechtigt, vielleicht für den wirthschaftlichen Papst hält, dann übersteigt das verächtliche das lächerliche. Man könnte ja trotzdem lachen — aber nur nicht, wenn man sieht, wie viel Einseitigkeit, Gedankenlosigkeit und Unwissenheit heute, wo das Nachbeten und der Personencultus so überaus Mode geworden, solch einen Satz gierig ergreift und zu ihrem Dogma erhebt. Das ist geradezu trostlos. Mancherlei ist in den letzten Jahren angestrebt worden, die soziale Frage zu lösen, wir müssen es aber zu unserer Bekümmerniß aussprechen, daß alles nur dazu beitrug, die soziale Frage unlösbarer zu machen. Hier kämpft man mit papistischem Unfehlbarkeitsdünkel, mit pfäffischer Intoleranz, dort mit Unwissenheit und Verleumdungssucht, und mit solchen Waffen glaubt man eine Bewegung niederzuhalten, die von Tag zu Tag lawinenartig anwächst und deren Berechtigung — Herr Prof. Braun! — Ihnen das ganze herrschende wirthschaftliche System mit einer erschreckenden Klarheit tagtäglich unumstößlicher nachweist. Nur mit offenen Augen und Ohren und mit warmem Herzeu muß man seinem Volke gegenüber stehen.

Frankfurt a. M., 17. Oktober. Wahrend zahlreiche mehr oder weniger offizielle Hände damit beschäftigt sind (sogar am Sonntage, der doch „geheiligt" sein soll, wurde keine Ausnahme gemacht), dem morgen in der ehemaligen freien Reichsstadt zum Besuche eintreffenden Könige von Preußen und deutschen Kaiser einen „würdigen" Empfang zu bereiten und hochwohlweiser, für das Wohl der Stadt so unendlich besorgter Magistrat auch hierin deren „Ehre" möglichst zu retten sucht, während tausende und abertausende von Mark für Dekoration und Illumination, für Pechfackeln und Triumphbogen aufgewendet werden, während man zur Ausschmückung des „Kaiserball"-Saales Blumen aus Algier (ja, aus Algier, die ihr patriotisch-ungläubig den Kopf schüttelt!) kommen läßt und auf dem Balle selbst eine „noch nie dagewesene" Pracht entfaltet werden soll — während all diesem verschwenderischen Glanz und dieser glänzenden Verschwendung, die schon in zwei Nächten und anderthalb Tagen ihre Schuldigkeit gethan hat, fällt unser Auge auch auf eine Zeitungsnotiz, welche uns wieder einen Augenblick ernüchtert und wörtlich lautet: „Eine hinter der Judenmauer wohnende 70jährige Frau versuchte vorgestern Vormittag sich durch Oeffnen der Pulsader mit einem kleinen Messer und durch Schläge auf den Kopf mit einem Holzbeil das Leben zu nehmen. Da dieselbe noch rechtzeitig bei der That betroffen wurde, sind die Verletzungen nicht gefährlich, doch mußte sie in's Hospital verbracht werden. Nahrungssorgen sollen die Ursache zu diesem Selbstmordversuche gewesen sein." Ferner finden wir in bunter Abwechslung mit den „Fest"nachrichten folgendes: „Ein Taglöhner hat seine Frau mit 3 Kindern im Stich gelassen und ist spurlos verschwunden." — „Nachdem vorige Woche ein Schreiner seine Frau und seine vier Kinder heimlich verlassen hat, folgte ihm diese Woche ein Schneider, der ebenfalls seine Frau und Kinder in sehr hülfsbedürftiger Lage zurückließ." — „An den Gutleuthöfen wurde die Leiche eines Arbeiters aus Eckenheim aus dem Main gelandet." — „Wegen Steuerrückständen wurde eine ziemlich große Anzahl hiesiger Einwohner gepfändet." — Sapienti sat, oder auf Deutsch: Für den Verständigen genug! — Doch auch ein heiteres Bild! „Ein Droschenkutscher, welcher den im Zuge befindlichen Empfangsvorbereitungen gram ist und eine bezügliche Aeußerung that, wurde wegen Majestätsbeleidigung verhaftet." — Eine Person, welche beim Abreisen amtlicher (die Ankunft des Kaisers betreffender) Plakate erwischt wurde, wurde verhaftet." — „Ein stellenloser Arbeiter ist auf eine ganz eigenthümliche Idee verfallen. Um sich nämlich in eine gute Lage zu versetzen, hat er seine Hand vermögenden Wittwen und Mädchen, auch solchen, die ein Geschäft besitzen, mittelst Ausschreibens angetragen." — — — Das „Volk" hat, wie Figura zeigt, recht viel Ursache zu Festlichkeiten und Jubel!!

Güstrow, 14. Oktober. (Humanität der Arbeitgeber.) Auf einem Pachtgute, nahe an der Stadt gelegen, diente ein Knecht als Schweinewärter. Am vergangenen Sonnabend fällt es dem Amtmann ein, nach seinen Schweinen zu sehen. Er kommt in den Stall in Begleitung von zwei Hunden, die natürlich sofort auf die Schweine losfahren. Der Knecht springt hinzu und schlägt mit einer Ruthe nach den Hunden, der Herr ergrimmt aber darüber und schlägt mit seinem Stock auf den Knecht los. Dieser setzt sich jedoch zur Wehre, und der Herr Amtmann ruft nach dem eben über den Hof gehenden Inspektor. Dieser hat denn auch nichts Eiligeres zu thun, als seinem Herrn beizustehen, und Beide richten nun den armen Menschen derart zu, daß er auf längere Zeit unfähig war, etwas zu thun. Das ist wieder einmal ein Beweis, daß manchen „Herren" die Hunde lieber sind, als die ihn ernährenden Arbeiter. A. S.

Frankfurt a. O., 13. Oktober. Freitag den 28. September fand im Saale des Volksgartens eine Volksversammlung statt, in welcher Parteigenosse Klute aus Forste über „Eigenthum und Erwerb" einen gediegenen Vortrag hielt, der allseitigen Beifall fand. An der Debatte betheiligten sich mehrere Genossen, die sich im Sinne des Reduers aussprachen. Zuletzt meldete sich auch ein Herr Vogt, früherer Inspektor, jetzt Holzhändler, zum Wort und erklärte, er wäre mit dem Referenten vollkommen einverstanden, denn das, was er jetzt gehört, hätte er schon vor 20 Jahren gewollt; doch in Betreff des Erbrechts hätte er (Klute) der Sozialdemokratie den Todesstoß versetzt; auf die Auslassungen des Referenten aber weiter einzugehen, halte er heute nicht für zweckmäßig, weil schon der Schluß beantragt sei. — Es wurde beschlossen, in einer demnächst einzuberufenden Volksversammlung, in welcher Klute ebenfalls anwesend sein sollte, über das Thema weiter zu debattiren. Herr Vogt wurde dazu eingeladen und nahm auch die Einladung an. Aber wer in der betreffenden Versammlung nicht erschien, das war unser Vogt. Klute sprach dann über die „Stellung des Christenthums zum Sozialismus" unter großem Beifall der Anwesenden. In dieser Versammlung meldete sich ein Stadtverordneter Richter als Gegner zum Wort. Der Herr Gegner gab zu, daß der Vortrag wissenschaftlich gehalten gewesen sei, aber er begreift nicht, wie der Referent die Geschichte von Jahrtausenden in Fünfviertel-Stunden behandeln könne; er könnte darüber tagelang sprechen und würde schließlich immer wieder dahin kommen, wo er angefangen. Der Sozialismus müsse scheitern, weil er an der Gottheit zweifele; denn man dürfe doch nur hinausgehen und sich das Gras und die Bäume ansehen, so müsse man sich doch sagen, daß dieses Alles nicht von selbst kommen könne und daß eine Gottheit existiren müsse. Ferner machte Herr Richter dem Referenten noch den Vorwurf, daß er vor den Namen Jesus nicht „Herr" gesetzt habe; Jesus wäre doch unser Heiland und Erlöser. Er (Herr Richter) zum Beispiel ließe die Ehre einem jeden Menschen zu Theil werden. Ueber solche Aeußerung brach natürlich die Versammlung in lautes Gelächter aus. Klute war es ein Leichtes, den Herrn Stadtverordneten zurechtzuweisen.

Delitzsch, 11. Oktober. Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, hielten wir im „Bürgergarten" eine ziemlich gut besuchte Volksversammlung ab, in welcher Herr Hasenclever über die Tagesordnung: „Gesetzgebung und Volkswohl" einen sehr interessanten Vortrag hielt. Herr Hasenclever führte zunächst aus, daß die gesetzgebenden Körper bis jetzt noch nicht die Macht und auch nicht den ernsten Willen hätten, für das Wohl des Volkes einzutreten. Das käme daher, daß größtentheils die Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften keine für jeden Staatsbürger freien und gleichen wären, und daß infolge dessen die Repräsentanten des Geldsacks die Macher der heut zu Tage geltenden Gesetze seien. Es sei darum leicht erklärllich, daß bei so vielen, in das Leben und Treiben der Völker tief einschneidenden Gesetzen: z. B. Militär-, Straf-, Unterrichtsgesetz u. s. w. das Interesse der herrschenden Parteien ausgiebig gewahrt sei, wohingegen das arbeitende Volk mit dem verlieb nehmen müßte, was die Herren Gesetzesmacher ihm zukommen zu lassen für gut fänden. Auf das wirthschaftliche Gebiet übergehend hob der Referent die Nothwendigkeit hervor, daß der Staat die gesammte Produktion und Consumtion im Interesse der Gesammtheit regele. Nach beendetem Vortrag weist Herr Hasenclever noch mehrere der sozialistischen Presse gemachten Vorwürfe zurück. — Nun forderte Parteigenosse Günther, welcher als Vorsitzender fungirte, zur Interpellation auf, da sich aber Niemand meldete, trotzdem verschiedene Gegner anwesend waren, so wurde die schöne Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Den Parteigenossen allerorts noch die erfreuliche Mittheilung, daß hierselbst 24 Mann den Austritt aus der evangelischen Landeskirche erklärt und die Eintragung in das Dissidentenregister bei dem zuständigen Gericht beantragt haben. St.

Zur Gewerkschafts-Conferenz.

Die in Nr. 120 des „Vorwärts" und Nr. 11 des „Pionier" an die deutschen Gewerkschafts-Vorstände erlassene Aufforderung hat seitens einiger Gewerksgenossen in Nr. 121 des „Vorwärts" eine Erwiderung gefunden. In derselben wird die Befürchtung ausgesprochen, eine solche Conferenz könnte, wenn dieselbe nur von Vorstandsmitgliedern besucht würde, bei den Mitgliedern leicht Mißtrauen erwecken, und ferner unnütze Geldkosten erfordern. Es wird alsdann der Vorschlag gemacht, die in dieser Aufforderung von meinem Bruder gemachten Centralisations-Vorschläge von a. bis f. allen Gewerkschaftsmitgliedern zur allgemeinen Discussion und Urabstimmung zu unterbreiten und dann später auf Grund der darüber gefaßten Beschlusse auf einem allgemeinen Gewerkschafts-Congresse gemeinschaftlich praktisch vorzugehen.

Was den letzteren Vorschlag betrifft, so ist damit der Beweis gegeben, daß es den Unterzeichnern dieser Erwiderung ernstlich darum zu thun ist, endlich mal mit der Frage der Centralisation vorwärts zu kommen; sie unterstützen also die Ansichten meines Bruders und äußern nur ihre Bedenken, daß der zur Ausführung vorgeschlagene Weg nicht der richtige sei. Daß dies aber der schnellste und praktischste Weg ist, der augenblicklich möglich, will ich hier klarzustellen versuchen.

Wenn wir dem Wunsche der „Erwiderung" gemäß die Mitglieder der Gewerkschaften über die vorgeschlagenen Punkte discutiren und abstimmen ließen, so würde ja nur der Vorschlag meines Bruders mit den angegebenen Punkten zur Berathung kommen, weiter aber nichts. Wenn aber eine ordentliche, kräftige Centralisation geschaffen werden soll — ohne dem selbstständigen Charakter der einzelnen Gewerkschaften zu nahe zu treten — so müssen mehr als die angeführten Punkte zur Discussion und Beschlußfassung kommen. Gerade aber die Zeit vor dieser Conferenz — bis zum 11. November — soll dazu dienen, die einzelnen Gewerkschafts-Vorstände und sämmtliche Mitglieder anzuregen, alle anderen Centralisationspunkte, welche in dem Aufruf nicht bezeichnet waren, zur Conferenz fertig zu stellen. Also: die einzelnen Mitglieder, sowie die Vorstände berathen darüber, ob in den Vorschlägen August Kapell's nichts vergessen ist, ob nicht auch noch andere Punkte zur Besprechung nützlich sind, — denn August Kapell ist und will mit seinen Vorschlägen nicht unfehlbar sein. — Nachdem auf diese Weise das Material zur Conferenz fertig gestellt ist, wählen die Vorstände einen oder zwei Vertreter zu derselben. Diese discutiren nach bestem Verstandniß und geleitet von ihren praktischen Erfahrungen alle Vorschläge und entwerfen alsdann ein Centralisationsstatut, das allen Gewerkschaften unterbreitet wird und nun erst, da es vollständig motivirte Vorschläge sind, deren Nutzeu die Mitglieder leicht begreifen, zur Urabstimmung gelangt. So existirt nachher eine bestimmte Vorlage, die früher nicht vorhanden war, und je nachdem sich die Mitglieder der einzelnen Gewerkschaften bei der Urabstimmung dafür oder dagegen ausgesprochen haben, beschließt dann die nächste Gewerks-Generalversammlung, sich dem Centralisationsverbande anzuschließen oder es nicht zu thun. Die Conferenz der Vorstände bespricht dann womöglich gleichzeitig, in welchem Ort und zu welcher Zeit die nächsten Generalversammlungen der einzelnen Gewerkschaften stattfinden sollen, um dort der Urabstimmung zufolge gemeinsam handeln zu können.

Dies, meine ich, ist der schnellste und praktischste Weg, durch welchen nur allein Erfolge erzielt werden können, während, wenn dies nicht geschieht, Alles halbe, unnütze Arbeit ohne Erfolg wäre, denn eine Hin- und Herschreiberei in den Blättern, sowie eine Urabstimmung ohne genaue, motivirte Vorlage — nur nach Punkten, die von einem Einzelnen ausgehen — können einen sicheren und praktischen Erfolg nicht verbürgen.

Gegen die Bedenken meiner Genossen, daß eine „Conferenz der Vorstände" Mißtrauen erwecken könnte, möchte ich anführen, daß dies doch wohl so ernsthaft nicht gemeint sein kann, denn es wäre ja traurig, wenn die Mitglieder ihren selbstgewählten Beamten in Betreff der Vertretung der Interessen seiner Gewerkschaft mißtrauten. Das mußte ja ein erbärmlicher Beamter sein, der nicht voll und ganz an dem Vortheil seiner Gewerkschaft arbeitete, zu gleicher Zeit aber auch zum Nutzen der gesammten Arbeiterbewegung. Freilich, die Mitglieder könnten vielleicht Mißtrauen hegen, daß der Vorstand aus partikularistischen Interessen von einer solchen Centralisation nichts wissen wollte und sie darum absichtlich verhinderte. Damit aber eine solche Handlungsweise der Vorstände (die ich auch Niemanden zutraue) nicht vorkommen kann, dürfen ja die Mitglieder der Gewerkschaften nur sofort selbst zusammentreten und ihre Vorstände beauftragen, die Conferenz zu beschicken und, so viel es im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung liegt, thätigen Antheil an dem Entwurf eines Centralisationsstatuts zu nehmen. Auf solche Weise zu bestimmten Handlungen seitens der Mitglieder aufgefordert, wird es keinem Vorstande einfallen, dagegen zu handeln.

Die Gewerkschafts-Vorstände sollen ja aus den einsichtsvollsten Mitgliedern zusammengesetzt sein; sie kennen alles der Organisation anklebende Gute und Schlechte am besten; sie haben ferner die beste Gelegenheit, einige Tage abzukommen, da sie doch meistens ganz oder theilweise besoldet sind, und dadurch kosten sie auch wieder nicht so viel Geld, wenn sie reisen, wie Mitglieder, die keinen Posten haben; diese können auch meistens gar nicht abkommen. — Was also die Geldkosten betrifft, so sind diese, dem Zweck der guten Sache gemäß, nicht so bedeutend, und schließlich kann ja mit dieser Reise gleich eine Agitation verbunden werden.

Ich möchte also allen Freunden der Centralisation meinen und meines Bruders Vorschlag dringend empfehlen, und bitte Alle, mit mir thatkräftig für die Verwirklichung dieser Conferenz einzutreten. Die Vorstände der einzelnen Gewerkschaften werden ersucht, baldigst ihren Entschluß, ob sie die Conferenz beschicken oder nicht, an untenstehende Adresse einzuschicken, sowie Material für die Conferenz zu sammeln.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Otto Kapell.

Hamburg, St. Pauli, 2. Erichstraße 7.

19. sächsischer Wahlkreis.

An die Partei- und Gesinnungsgenossen gelangt hierdurch die Nachricht, daß den 28. Oktober d. J. in der Gärtnerei in Lößnitz eine Conferenz stattfinden soll. Als hauptsächliche Tagesordnung ist zu betrachten, die weitere Berathung des früher angeregten Projekts und die Neuwahl des Centralortes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen (11 Uhr Vormittags) ist dringend nothwendig.

Geyer.

Für das Centralcomité:

C. Demmler. H. Heymann.

Für Schleswig-Holstein.

Auf mehrere Anfragen zur Kenntnißnahme, daß die Colporteure Haß und Schleiß nicht mehr für die Partei die Colportage betreiben, daß also das frühere Verhältniß, in welchem dieselben zur Parteileitung standen, aufgelöst ist.

J. A.:

Hamburg. C. Derossi. J. Auer.

Briefkasten

der Redaktion. H. in Berlin: Nachdem die bewußte Angelegenheit, welche übrigens rein lokaler Natur ist, bereits in der „B. Fr. Pr." zur Besprechung gelangt ist, halten wir es über überflüssig, dieselbe auch noch im „Vorwärts" zu erwähnen. — M. in Frohburg: Die revidirte Städteordnung enthält in Bezug auf Ihre Frage nichts, das wird wohl Sache des Lokalstatuts sein. — A. St. in Heidelberg: Lesen Sie Bebel's „Bauernkrieg".

der Expedition. W. Kitnau Barmbeck: Sie können durch uns das Gewünschte erhalten. — H. Dke Sprottau: Die „Volksstimme" von Budapest kommt uns nicht zu. So viel uns bekannt, ist es das Organ der dortigen Opposition.

Quittung. Lgs Hannover Ann. 4,20. Arbeiterverein Halle Ann. 1,00. Grßr Wien Ab. 5,10. Sglr hier Ab. 1,95. Engl Neudnitz Ab. 92,00. Srtg Gotha Ann. 0,80. Albrtz Eßlingen Ab. 10,15. Urt Apolda Schr. 12,00. Nkrchnr Cöln Ann. 1,00. Brnng Delitzsch Ab. 8,60, Schr. 1,78. Smn Lengefeld Schr. 25,80. Klth Warnkenhagen Schr. 0,50. Rm Wandsbeck Schr. 0,50. Chn Mannheim Schr. 0,60. Hn Halberstadt Schr. 0,50. Strtp Kiel Schr. 1,40.

Fonds für Gemaßregelte.

Von L. Dlngr hier 0,60.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Querstraße 24.

Im Laufe dieser Woche beginnen neue Kurse im Rechnen, in der deutschen, französischen, englischen und russischen Sprache, im Schönschreiben, in der einfachen Buchführung und Wechselkunde, in Stenographie und im Zeichnen.

Dem Unterricht im Gesang, Turnen, Geschichte, Literaturgeschichte, Stylistik, sowie dem deklamat. Club kann jederzeit beigetreten werden.

Alle Genossen ersuchen wir dies überall genügend bekannt zu machen und dem Verein neue Mitglieder zuzuführen. — Aufnahme jeden Abend von 8½ Uhr an im Vereinslokal, Querstraße Nr. 24.

1,80] Der Vorstand.

Neueintretende erhalten schon jetzt die Novemberkarte.

Leipzig. Donnerstag, den 25. Oktober, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Vortrag von W. Hasenclever über „Die Quintessenz des Sozialismus".

80] Der Agent.

N. B. Parteikarten sind vorzuzeigen.

Ottensen. Arbeiter-Verein. Donnerstag, den 25. Oktober, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters Salon, 1. Treppe:]

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung und Vortrag. 2. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung". [80

Der Vorstand.

Ein geübter [1,80

Handschuhmacher-Gehülfe

auf Galanterie-Arbeit findet Beschäftigung bei

A. Matzel, Hamburg, Bleichenbrücke, Platz 27.

Im Verlage der Volksbuchhandlung (früher Rottmauer & Cie) in München ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Dr. M. Lehn's

Juristisches Taschenlexikon.

Ein Vademecum für Studirende und Nicht-Juristen zur Orientirung auf dem Gesammtgebiete der Jurisprudenz.

Preis pro Exemplar 1 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Für Männer-Chöre.

Im Verlag von Emil Sauerteig in Gotha ist erschienen:

Liedersammlung

des Allgemeinen Arbeiter-Sänger-Bundes.

Erste Lieferung.

Inhalt: Nr. 1. Im Wald. Gedicht von Geib. Comp. von G. Scholz. — Nr. 2. Arbeitermarsch. Comp. von C. Arendt.

Preis für jede Lieferung: Partitur mit 4 Stimmen M. 1,60.

4 Stimmen ohne Part. M. 1,20.

Die bisher in demselben Verlag erschienenen 9 Arbeiter-Lieder sind im besonderen Heft oder auch einzeln zu beziehen. Geb. Partitur mit 4 Stimmen M. 8,50, 4 Stimmen M. 6,50. (2a) [160

Sozialistisches

Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Sekretäre J. Auer oder C. Derossi, Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.

Geldsendungen sind zu richten an August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Neudnitz-Leipzig.

Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Ball, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Lenze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 126. Freitag, 26. Oktober. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für die Monate November u. Dezember zu 1,10 M. werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Zur Prügelstrafe.

In der politischen Uebersicht des „Vorwärts" Nr. 111 vom 21. September haben wir einer Versammlung des Vereins deutscher Strafanstaltsbeamten, welche am 13. September d. J. in Stuttgart tagte, Erwähnung gethan. Die Prügelstrafe in Gefängnissen und Zuchthäusern bildete den Hauptgegenstand der Verhandlung; Direktor Strosser und Geheimerath Illing empfahlen die Prügelstrafe, Direktor Grützmacher sogar mit Hindeutung auf die Sozialdemokraten, also auf politische Sträflinge.

Zwangsjacke, Zwangshandschuh, Fesselung und dergleichen schöne Dinge mehr wurden als zu gelinde Züchtigungsmittel angesehen.

Wir erhalten nun in Bezug auf die angedeutete Versammlung und auf den Wunsch, die Prügelstrafe in den Strafanstalten wieder einzuführen, folgende Zuschrift:

„Geehrter Herr Redakteur!

Beifolgend übersende ich Ihnen einen Aufsatz aus Nr. 19 der „Gartenlaube" vom Jahre 1865 mit der Bitte, davon den Ihnen geeignet scheinenden Gebrauch zu machen. Es würde sich empfehlen, den Artikel in Ihrem Blatt abzudrucken, sodann aber denselben sowohl im Landtage als auch im Reichstage bei passender Gelegenheit (Etatsberathung) zur Sprache zu bringen. Im Jahre 1865 war die „Gartenlaube" in Preußen verboten, und zwar wegen eines Artikels über den Untergang des preußischen Kriegsschiffes „Amazone", — und Sie werden daraus ermessen können, daß der beregte Artikel nur wenig gelesen sein dürfte. Er bildet eine herrliche Illustration zu der Rede des Geheimen Raths Illing (Berlin) in der Versammlung deutscher Strafanstaltsbeamten, im September d. J. in Württemberg abgehalten, in welcher derselbe die äußerst seltene Anwendung der körperlichen Züchtigung betont.

Vergessen Sie nicht den frommen Kreuzzeitungsmann, Direktor Strosser aus Münster, der, trotz allen ihm zu Gebot stehenden Arten der Tortur — Fesselung, Zwangsjacke, Zwangsstuhl u. s. w. — ohne „Peitschenhiebe" nicht auskommen kann. Ich theile Ihnen die Personalien dieses Herrn in Kürze mit. Strosser war Feldwebel, dann Bürgermeister in Herford in Westfalen, wo er nicht wieder gewählt wurde und wo er in der letzten Zeit, wie alle Welt erzählte, sich nur noch in Begleitung eines Gensdarmen zu zeigen wagte. Dann kam er als Strafanstalts-Direktor nach Münster, und ich möchte gern wissen, ob die dortigen Akten nicht auch Ungeheuerlichkeiten nachweisen, wie die in der „Gartenlaube" erwähnten. In Bezug auf diese erwähne ich, daß die betreffende Anstalt R. (Rawitsch) in der Provinz Posen, der „tüchtige Verwaltungsbeamte" daselbst aber der Vorgänger des bekannten ehemaligen Polizei-Oberst Patzke in Berlin ist. Letzterer soll übrigens, wie man hört, sehr human und ganz und gar gegen die Prügelstrafe sein. Der Name des Zuchthaus-Direktors thut nichts zur Sache; „M." ist der Anfangsbuchstabe.

Beachten Sie ja den Artikel in der „Gartenlaube". Solche Tyrannei schreit nach Sühne, und wenn nichts anderes, so liefern diese Vorgänge den schlagendsten Beweis dafür, daß mit „Hieben" kein Mensch gebessert wird.

Schlägt einmal ein Kutscher sein störrisches Pferd sechs- bis achtmal hintereinander mit einer dünnen Hanfschnur, so ist der „Auflauf" fertig; ein Mitglied des Vereins gegen „Thierquälerei zeigt den Vorfall an — und der Missethäter wird bestraft. Die Menschen aber kann ein roher Henker schlagen lassen, schlagen mit einer dicken Peitsche, bis die Gemarterten in die Nacht des Wahnsinns sinken! Herrlich, Herrlich, Herr Geheimerath Illing und Herr Direktor Strosser! Und auch Sie, Herr Grützmacher zu Breslau!

J. E."

Aus dem in vorstehendem Briefe angeführten Artikel der „Gartenlaube" wollen wir ein längeres Aktenstück, betitelt: Akten der Strafanstalt R. (Rawitsch) über Melchior F. (Litt. F. 377) theilweise zum Abdruck bringen, welches den Beweis liefert von der Brutalität, die in einzelnen Zuchthäusern geherrscht hat, und da eine Regelung durch die Gesetzgebung bis jetzt keinen Einhalt geboten hat, auch wohl zeitweilig noch herrschen mag. Das Aktenstück ist zu Anfang der 30er Jahre angelegt und endigt im Jahre 1864.

Nachdem die Verurtheilungen des Melchior F., von dem festgestellt wird, daß er eine mangelhafte Erziehung genossen habe, aufgezählt worden sind, werden die Disziplinarstrafen gegen F. spezialisirt und da lautet das Aktenstück folgendermaßen:

25. 11. 1834. Wegen Unterhaltung: 2 Tage Wasser und Brod.

5./12. 1834. Nicht erledigtes Arbeitspensum: 1 Tag Wasser und Brod.

9./2. 1835. Unterhaltung: 8 Peitschenhiebe.

4./7. 1835. Eigenmächtiges Abschneiden der Kette: 5 Peitschenhiebe.

7./9. 1835. Unterhaltung: 5 Peitschenhiebe.
10./12. 1835. desgl. 5 „
24./5. 1836. desgl. 5 „
16./6. 1837. Unterhaltung und Ungebührniß: 10 Peitschenhiebe.

29./5. 1844. Ungebührliches Vergreifen an Speiseresten: 1 Tag Wasser und Brod.

27./7. 1844. Unterhaltung: 1 Tag Wasser und Brod.

3./8. 1844. Tabakrauchen: 10 Peitschenhiebe.

3./8. 1844. Raisonnement und Verhöhnung der ihm auferlegten Strafe: 10 Peitschenhiebe.

14./9. 1844. Weil er in elf Tagen elf Pfund Leistengarn zu wenig gesponnen: 10 Peitschenhiebe.

19./11. 1844. Weil er in fünf Tagen sechs Pfund Garn zu wenig gesponnen: 2 Tage Wasser und Brod.

2./12. 1844. Weil er in zwölf Tagen 16 Pfund Garn zu wenig gesponnen: 10 Peitschenhiebe.

3./12. 1844. Versuchte Verschleppung von Arbeitsmaterial nach dem Abtritt: 2 Tage Wasser und Brod.

16./12. 1844. Unterhaltung: 1 Tag Wasser und Brod.

23./12. 1844. Weil er in elf Tagen fünfzehn Pfund Leistengarn zu wenig gesponnen: 10 Peitschenhiebe.

14./4. 1845. Schimpfen gegen einen Mitsträfling: 2 Tage Wasser und Brod.

16./2. 1847. Hegung von Ungeziefer: 1 Tag Wasser und Brod.

9./1. 1851. Unterhaltung beim Antreten zum Abendgebet: 1 Tag Wasser und Brod.

16./1. 1851. Unterhaltung im Arbeitssaale: 8 Peitschenhiebe.

1./3. 1853. Suchte seine Augen zu beschädigen: 10 Peitschenhiebe.

September 1853. Hinaussehen aus dem Fenster: 20 Peitschenhiebe.

27./12. 1853. Anzünden von baumwollenem Abgang in seiner Isolirzelle, so daß sich Brandgeruch verbreitete: 36 Stunden Latten bei Wasser und Brod.

1./5. 1854. Wegen Entwendung von 2 Blättern weißen Papiers aus seinem Arbeitsbuche: 15 Peitschenhiebe.

2./5. 1854. Garnverwüstung: 10 Peitschenhiebe.

22./5. 1854. desgl. 15 „

13./1. 1855. Weil er in 9 Tagen 40 Ellen Kattun zu wenig gewebt: 15 Peitschenhiebe.

24./7. 1855. Zu wiederholten Malen den Suppenrest in den Urinkübel gegossen: 2 Tage Wasser und Brod.

23./10. 1855. Zu wiederholten Malen raisonnirt, daß die Suppe schlecht ist: 3 Tage Entziehung der Morgen- und Abendsuppe.

16./6. 1856. Raisonnement: 2 Tage Wasser und Brod.

25./8. 1856. Raisonnement über Essen und Beamte: 2 Tage Wasser und Brod.

2./9. 1865. Hat seine Abendsuppe in den Urinkübel gegossen, mit Raisonnement: 2 Tage Wasser und Brod.

7.11. 1856. Hat in 6 Tagen 70 Ellen Kattun zu wenig gewebt. 15 Hiebe.

24./8. 1858. Versuchte Entweichung. 15 Hiebe.

20./9. 1858. Brodkaupelei: 1 Tag Wasser und Brod.

Wegen Verdachts der Brandstiftung und wegen Fluchtversuchs aus der Straf-Anstalt zu Kozmin am 1. Dezember 1852, isolirt.

27./11. 1861. Schlechte Arbeit als Weber: 6 Tage Latten bei Wasser und Brod.

12./6. 1862. Eigenmächtiges Ausschneiden seines Arbeits-Fabrikats als Weber und Vernichten des Arbeitsgeräths: 12 Tage Latten bei Wasser und Brod und Entziehung jeder Geldzulage, auch Schadenersatz.

30./9. 1863. Wegen unangemessenen Betragens gegen den Aufseher: 1 Tag Latten.

überhaupt: 25 Tage Wasser und Brod,
3 „ Entziehung der Morgen- und Abendsuppe,
19 „ und 36 Stunden Latten bei Wasser und Brod,
211 Peitschenhiebe (außer den durch das Erkenntniß festgesetzten, siehe oben!)"

Soweit das Aktenstück.

Die „Gartenlaube" erzählt nun weiter: F. war bei der Behandlung wahnsinnig geworden. Schon im Jahre 1856 fiel einem Departements-Rath bei Gelegenheit der Revision der Anstalt das eigenthümliche Benehmen des F. auf. Er nahm davon Notiz und die Bezirks-Regierung forderte die Anstalts-Direktion auf, den F., der damals schon seit längerer Zeit in der Isolir-Zelle untergebracht war, wenigstens in ein helleres Lokal unterzubringen. In Folge dessen wurde F. durch den Anstalts-Arzt untersucht. Der letztere bestritt, daß Wahnsinn vorliege; der Direktor berichtete dies und erklärte sich gleichzeitig „außer Stande", dem Gefangenen ein anderes Lokal anzuweisen.

Im Jahre 1857 kam der Departements-Rath wieder zur Revision und fand auch diesmal den Geisteszustand des F. besorgnißerregend. Der Anstaltsarzt, seinerseits zur Erklärung aufgefordert, wollte indeß noch immer nichts davon wissen, behauptete, es sei Simulation und versprach nur, den Gefangenen öfter zu beobachten. Nichtsdestoweniger war F. in der That damals schon gemüthskrank und seinen Mitgefangenen, wie auch denjenigen Beamten der Anstalt, die ihn täglich sahen, war dies vollkommen bekannt. Von früher her galt er — das sagen auch die Führungs-Zeugnisse — als ein frecher und verschmitzter Mensch, verrichtete indeß im Allgemeinen seine Arbeit gut und wußte sich in die Disziplin der Anstalt zu finden. Dies Zeugniß wird ihm mehrfach gegeben. Das Strafverzeichniß haben wir gelesen; sehen wir uns seit dem Jahre 1860, wo die Symptome des Irrsinns immer unzweifelhafter hervortraten, die Akten genauer an.

Am 25. Februar 1861 zeigte der Geistliche der Anstalt an:

„Da der inhaftirte Melchior F. durch sein skandalöses Benehmen während des Gottesdienstes nur Aergerniß giebt und trotz meiner vielfachen Ermahnungen keine Besserung zeigt, so beantrage ich, denselben von dem Besuche des Gottesdienstes auszuschließen.

S."

Das geschah denn auch. Vom 25. November 1861 befindet sich bei den Akten folgende Anzeige eines Anstalts-Beamten:

„Der Strafgefangene Melchior F., als Weber in der Isolir-Zelle beschäftigt, ist zwar ein sehr fleißiger, aber auch sehr flüchtiger Weber. Wenngleich seiner Arbeit Egalität nicht abgesprochen werden kann, so ermangelt sie doch der Qualität, die sie verkäuflich macht, indem sie stets zu leicht ausfällt und nie den vorgeschriebenen Schuß enthält."

„Mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand (!) sind zeither nur Verwarnungen angewandt und ihm nur ein niederes Material zur Verarbeitung verabfolgt, aber auch dieses ist erfolglos geblieben und fortwährend kommen seine Gewebe um vier bis fünf, ja noch darüber unterm Gewichte heraus, wie das gehorsamst beigefügte Arbeitsbuch ergiebt. Da hierüber bereits vielfach vom Fabrikanten geklagt worden ist und der Werkmeister Anstand nimmt, demselben weiter Kattun zu verabreichen, so verfehle Einer königlichen Direktion ich nicht, dieses hiermit zur weiteren Bestimmung gehorsamst anzuzeigen."

K., den 25./11. 1861.

Dieser Beamte constatirt also ausdrücklich, daß der Geisteszustand des Gefangenen zweifelhaft sei. Auf seine Anzeige erging folgende Verfügung:

D.

„F. muß, wie sich von selbst versteht, ... (unleserlich) für die zeitherige schlechte Arbeit, demselben 6 Tage Latten-Arrest bei Wasser und Brod. 27./11. 1861. M."

darunter:

„demselben publizirt und das Erforderliche veranlaßt 2c."

Am 28. Dezember 1861 zeigte der Werkmeister wieder an, daß F. schlechte Arbeit geliefert habe. Der Arzt bemerkt daneben:

„Der Melchior F. ist züchtigungsfähig bis zu zehn Hieben."

Darauf empfängt der Wahnsinnige auf Anordnung der Direktion 10 Hiebe und muß den verursachten Schaden mit 4 Thaler 25 Silbergroschen ersetzen!

Am 5. Juni 1862 wieder schlechte Arbeit.

Arzt: Züchtigungsfähig bis zu 10 Hieben.

Verfügung: zwölf Tage Latten-Arrest bei Wasser und Brod.

Am 12. November 1863 wurde F. nochmals ärztlich untersucht. Der Anstaltsarzt hält ihn noch immer für einen Simulanten und empfiehlt nur: ihn bei körperlichen Züchtigungen zu berücksichtigen. (?) Latten-Arrest sei zulässig.

Endlich, am 17. Januar 1864, wird der Wahnsinn durch ein Attest des nämlichen Anstaltsarztes anerkannt. Am Schlusse desselben heißt es:

„Dabei arbeitet er jedoch fleißig und liefert sogar Ueberpensa. Das Betragen des Kranken ist weder gegen die Sitten anstößig, noch der eigenen oder der Sicherheit Anderer gefährlich."

F. wurde nun nach der Provinzial-Irrenheil-Anstalt in O. gebracht, wo er sich zu Ende des Jahres 1865 noch befand. Dort erklärte man ihn für unheilbar. Die Krankheit wurde festgestellt als hallucinatorischer Wahnsinn, „der schon seit langen Jahren" sich ausgebildet habe. Die Ursachen waren verschiedener Art. F. hatte noch eine lange Strafzeit vor sich.

Seit dem 15. September 1853 war er in der Isolir-Zelle. Trotz angestrengter Arbeit, trotz des von den Beamten anerkannten Fleißes kam er nicht weiter, wurde oft und hart gezüchtigt und mußte seinen Ueberverdienst sich auf Schadenersatz abziehen lassen. Dabei mag ihn oft der Gedanke an seine heimathlichen Verhältnisse beunruhigt haben. F. war verheirathet; seine Frau hatte eine Bauernwirthschaft in die Ehe gebracht. Als er das erste Mal zu Zuchthaus verurtheilt wurde, kam das Grundstück wegen der schuldigen Gerichtskosten zum öffentlichen Verkauf. Die Frau gerieth in große Noth und wandte sich einige Male an den Mann mit der Bitte, ihr ein paar Thaler von seinem Arbeitsverdienst zu schicken. Zuletzt hörte der Briefwechsel auf, die Frau mußte entweder gestorben oder nach einer andern Gegend verzogen sein.

In seinen verworrenen Phantasieen bezeichnete sich F. als einen Menschen, der von Jugend auf zum Stehlen angeleitet worden sei. Er glaubte sich fortwährend beobachtet, von bösen Geistern umgeben u. s. w. Man denke sich diesen Unglücklichen in der Einsamkeit seiner dunklen Zelle, wie ihm aus Groll über seine Wehrlosigkeit, über das rohe Unrecht, das man ihm thut, allmählich die Sinne schwinden. Den Hoffnungslosen umnachtet der Wahnsinn. Er hat sein Schicksal erfüllen müssen. Trotz alljährlicher Revisionen, bei Gelegenheit deren der Wahnsinn des F. schon im Jahre 1856 erkannt wurde, trotz der Gewissenhaftigkeit des Anstaltsarztes, der den Gefangenen hartnäckig als Simulanten bezeichnet und seinen Irrthum erst im Jahre 1864

eingesteht, wird zur Erleichterung des Kranken nichts gethan, ihm nicht einmal eine hellere Zelle gegeben. Die Sache ist für die Verwaltung vollständig in Ordnung — es befindet sich in den Akten, die sonst sehr vollständig sind, nirgends eine Rüge gegen diese Verwaltung, und der Zuchthaus-Direktor M. hat seiner Zeit, als er jene Direktion niederlegte, den Ruf eines sehr tüchtigen Beamten mit sich genommen.

Soweit schildert die „Gartenlaube" den Vorfall.

Wir haben nichts hinzuzufügen, als daß es Pflicht der Gesetzgebung ist, solchen Brutalitäten für immer und recht schnell im Interesse der von unsern Gegnern so viel gerühmten Moral und im Interesse der Menschheit ein Ende zu machen.

Die Motive des Sozialismus.

Ein Wort wider „christliche" Beschuldigungen" von F. R.

(Fortsetzung.)

Sehen Sie, Herr Pfarrer, der zufällige Kapitalbesitz weist die Stellung auf der Leiter der Gesellschaft an, und zwar mit Nothwendigkeit. Eine Stufenleiter geht aufwärts von dem, der blos frohndet durch den, der schon einen geringen Theil von dem Frohnprodukt Anderer einstreicht, bis zu dem, der auf dem Nullpunkt steht. An diesem Punkt beginnt die Reihe derjenigen, die mehr einstreichen, als sie an Abgaben zahlen, und die von dem Produkt des Frohndienstes anders nur pro forma einen Theil in die gemeinsame Kasse zurückerstatten.

Begreifen Sie dies, Herr Pfarrer? Verstehen Sie nun ein wenig, welch ungeheure Zinsknechtschaft auf den Völkern Europas lastet; und wenn Sie ein klein wenig die Lehre von Nachfrage und Angebot kennen, so müssen Sie einsehen, wie die Zahl neuer Anleihen, die Nachfrage nach Kapital die Tendenz hat, den Zinsfuß zu steigern und somit das Quantum der Frohnarbeit bei den niederen Volksklassen zu mehren. Und ahnen Sie nun, daß eine tiefe Berechtigung in dem Zorne liegt, welches die endlich Erwachenden erfaßt; wenn sie sehen, wie leichten Herzens die Herrschenden in Regierung und Parlamenten an's Werk gehen, wenn es gilt, neue Arbeit des Volkes sich dienstbar zu machen? Ahnen Sie, daß schon dieses Bewußtsein genügen muß, um in den unterdrückten Massen Einsicht zu schaffen und das Volk selbst mündig zu machen, daß es sich selber regieren kann?

Und endlich — haben Sie jetzt bereits eine leise Ahnung, daß dieser Feudalherr „Kapital" nicht nur in dem einen Verhältniß, dem Steuerverhältniß, dem Volke gebietet, sondern daß er unser ganzes gesellschaftliches Leben beherrscht, die Beziehungen von Menschen zu Menschen bestimmt, und in allen Verhältnissen das Gleiche wirkt: diejenigen, die ihn nicht besitzen, sich zum Frohndienst zu zwingen?

Ein Beispiel auch hierfür, Herr Pastor! Denken Sie sich, ein Feudalherr habe ein Dorf besessen, in welchem durchschnittlich 100 Arbeitskräfte die Verpflichtung hatten, je 100 Tage, also gesammt 10,000 Tage im Jahr, für ihn zu frohnden, und sein Gut zu bestellen, ohne Entgelt. Die übrigen Tage des Jahres durften sie ihr Lehnsgütchen nach Belieben bebauen. Der Feudalherr strich also den Ertrag von 10,000 Arbeitstagen anderer Menschen ein, ohne anderes Verdienst, als daß er gerade auf der Scholle geboren war, deren erblicher Besitz die Gerechtsame über 10,000 Arbeitstage mit sich brachte.

Nun sagte die öffentliche Meinung: Dieses Feudalwesen ist unsittlich; alle Menschen sind als Brüder „gleich", jeder muß aus eigner Kraft nach dem Höchsten streben können. Diese Meinung gewinnt Einfluß auf die Gesetzgebung, und die Bauern dürfen ihre Feudallasten ablösen. Nun bekommt das Dorf einen mächtigen Aufschwung, die Formen des Erwerbs mehren sich, der Verkehr mit Stadt und Land steigt und der Gutsherr muß, wenn er anders seinen Acker bebaut haben will, jeden Tag „bezahlen". (Ob diese Bezahlung dem Werth der Gegenleistung entsprechen kann, soll hier außer Acht bleiben.) Aber die Bevölkerung hat die Tendenz, sich zu mehren, und Sie werden einsehen, Herr Pastor, daß eine Menge von Verhältnissen dahin wirken muß, einen selbst bei Beginn als gleich vorausgesetzten Besitz mit der Zeit in der Weise zu wandeln, daß in unserem Dorf einige Vermögende, etwas mehr mäßig Begüterte und eine Anzahl Unvermögende vorhanden sein werden. Die Letzteren sind nun auf den Tagelohn bei dem Gutsherrn und bei Anderen angewiesen, also nicht mehr „frei".

Indeß denkt der Enkel jenes Feudalherrn: Der Grund und Boden ist zwar ein schöner, sicherer Besitz, aber er wirft wenig Rente ab. Wie wäre es, wenn ich ihn veräußerte und eine Fabrik erbaute; die Bedingungen dafür sind günstig, ich könnte den Arbeitern einen weit höheren Lohn geben als den Tagelöhnern auf dem Gute, und würde so zu einem Wohlthäter der ganzen Gegend. — Gesagt, gethan! Er veräußert sein Gut und erbaut eine Fabrik. Da er ein sehr wohlwollender Herr ist (Sie sehen, Herr Pastor, ich bin geneigt, das Beste vorauszusetzen) und sein Geschäft einen wirklich überraschenden Aufschwung nimmt, so wird er nicht nur unerhört hohe Löhne zahlen, sondern auch durch Beihilfe zu Kranken- und Versicherungskassen, unentgeltlichen Unterricht, billige Wohnungen, die er zu Eigenthum zu erwerben gestattet, seinen Arbeitern ein materiell behagliches Dasein bereiten. Er hat nun hundert Arbeiter, die einen durchschnittlichen Lohn von 4 Mark bei durchschnittlicher Arbeitszeit von 300 Tagen à 12 Stunden erhalten. Sie sehen wiederum, Herr Pfarrer, wie unendlich viel rosiger für die Arbeiter ich die Verhältnisse voraussetze, als sie wirklich sind. So zahlt der Herr an Arbeitslohn 120,000 M. jährlich, und nachdem er alle sonstigen Unkosten abgezogen, bleibt ihm ein jährlicher Reingewinn von 60,000 M.

Worin besteht nun die wesentliche Aenderung seit des Großvaters Zeiten? Jener beanspruchte 100 Arbeitstage seiner Taglöhner und ließ ihnen 200 Tage zu beliebiger Verwendung. Unser menschenfreundlicher Kapitalherr läßt 300 Tage arbeiten; der Lohn dafür beträgt 1200 M., der Werth des durchschnittlich erarbeiteten 1800 M. Also hat auch dieser den Ertrag von 100 Arbeitstagen seiner Arbeiter für sich behalten, 100 Arbeitstage derselben sich dienstbar gemacht.

Sie entgegnen, Herr Pfarrer: der Fabrikherr arbeitet doch auch selbst. — Nicht immer, Herr Pfarrer! und wenn er arbeitet, so ist sein Arbeitswerth doch nur dem Betrag gleich, welchen in Fällen, wo der Herr nicht arbeitet, der stellvertretende Leiter des Geschäfts als Gehalt bekommt. Sie werden einsehen, daß dieser in einer Fabrik von 100 Arbeitern sich nicht auf 60,000 M., sondern, reichlich gerechnet, vielleicht auf 5—6000 M. belaufen kann.

Sehr wesentlich wird jenes Resultat sich also nicht ändern.

Früher hatte der Feudalherr die Gerechtsame über 100 Arbeitstage seiner Bauern, ohne ein anderes Verdienst, als daß er gerade Herr der Scholle war, mit deren Besitz jene Gerechtsame sich verknüpfte. — Das war sehr ungerecht!

Heute hat der Enkel Kapitalherr die Gerechtsame, den Ertrag von 100 Arbeitstagen seiner Arbeiter für sich zu behalten, weil er zufällig Herr des Vermögens ist, das ihm gestattet, jene Arbeiter anzuwerben. Was ehemals Frohn und Zehnten hieß, ist jetzt Zins und Geschäftsgewinn. — Das nennen Sie und Ihre Gesinnungsgenossen recht und natürlich.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der preußische Landtag wurde am 21. ds. durch eine Thronrede eröffnet, die äußerst trocken und nüchtern ebenso trocken und nüchtern vom Finanzminister Camphausen verlesen wurde. Rückwärts! Rückwärts! Rückwärts! — das war der Grundton der Thronrede; man glaubte die Tischreden Forckenbeck's und Bennigsen's aus derselben zu vernehmen. Der Culturkampf wurde mit Stillschweigen übergangen. Der einzige Passus, der uns interessirt, war, daß die preußische Regierung energisch mit den nothwendigen Bauten in dieser arbeitslosen Zeit vorgehen will — möge aber die Energie nicht wieder erlahmen, wie es so oft geschehen ist. Fürst Bismarck und Graf Eulenburg, die eigentlichen Leiter des preußischen Cabinets, fehlten. 70 Landboten, unter denen circa 25 Abgeordnete, die anderen gehörten dem Herrenhause an, waren zugegen. — Die erste Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde am selbigen Tage von Bennigsen mit dem „althergebrachten" Rufe: „Es lebe der König!" eröffnet und in diesen „althergebrachten" Ruf stimmten auch die Abgeordneten ein — dann wurde die erste Sitzung geschlossen.

— Haß gegen die Sozialdemokratie und Furcht vor derselben wechseln in den Organen unserer Gegner fortwährend ab. Hat man eben einen Fall berichtet, der von der Wuth und Roheit unserer Herren Gegner zeugt, so kann man schon wieder einen andern berichten, der das lustige Schauspiel uns vorführt, wie eben dieselben Schmähhelden aus Angst vor der Sozialdemokratie ins Mauseloch kriechen. Unter sich erzählen sie immer, daß die jetzige Gesetzgebung noch nicht freisinnig genug sei, und das man sie ausbauen müsse auf der ewigen Grundlage der Freiheit. Kommt ihnen aber bei solchen Tiraden der Gedanke an die Sozialdemokratie, so bereuen sie ihre Freiheitsgesinnung und man hört sofort das reaktionärste Gekrächz. So geht jetzt durch die liberalen Zeitungen folgender Waschzettel: „Die Mahnung, das Reformwerk nicht zu überstürzen und den bisher geschaffenen neuen Gesetzen Zeit zu geben, sich im Volke einzuleben, ist von hervorragenden Mitgliedern der nationalliberalen Partei wiederholt ausgesprochen. Die heutige Gesetzgebung hat der sozialistischen Agitation einen so weiten Spielraum geschaffen, daß es in der That Bedenken erregen muß, die städtischen Verwaltungen noch mehr zu popularisiren und der Sozialdemokratie auch auf diesem Gebiete das Terrain einzuräumen." — Der „liberale" Professor von Sybel agitirt deshalb gegen die Einführung der neuen Städteordnung in Rheinprovinz und Westphalen, weil die Clericalen für ihre Agitation Vortheil daraus ziehen könnten; auf demselben Standpunkt steht das ganze übrige Gros der Liberalen uns gegenüber. Und dabei wagen wirklich die Herren Abgeordneten solcher unmoralischen Partei laut in die Welt hinein zu schreien: „Wir vertreten das gesammte Volk!" — Wem aber die heutige Gesetzgebung in Deutschland schon zu freisinnig ist, der gehört nach Rußland, um die Knute auf seinem Rücken tanzen zu lassen.

— Der Congreß der Herren Max Hirsch und Genossen, auch antisozialistischer Congreß genannt, welcher am 21. Oktober in Gera eröffnet wurde, hatte bereits am 22. Oktober seine Arbeiten beendet. Mit Dampfesgeschwindigkeit also ist der Feldzugsplan gegen die Sozialdemokratie entworfen worden. Am Sonnabend, den 20. Oktober, waren beim Lokalcomité, als dessen Vorsitzender der bei der reußischen Landtagswahl gegen unsern Genossen Brätter unterlegene Lehrer Förster fungirte — derselbe war auch zweiter Vorsitzender des Congresses — bereits 57 Delegirte angemeldet, die angeblich 18118 Mitglieder vertraten; am Sonntag sollten es schon 90 Delegirte mit 490 Vereinen und 40,000 Mitgliedern sein. Ob der Montag noch einen weiteren Zuwachs brachte, darüber wird nichts mitgetheilt. Als Vorort wurde Berlin und als nächstjähriger Congreßort Leipzig gewählt. Den Schluß des Congresses bildete ein Festessen und damit schließen wir für heut unsere Mittheilungen.

— Zu den Wahlen in Frankreich bringt die „Wage" folgende Ausführungen: „Herr Gambetta mit seinen sicheren 400 Republikanern, Herr Fourtou mit seinen unfehlbaren 300 Gouvernementalen: sie alle Beide haben sich am „moralischen Sieg" genügen lassen. Der Eine weist stolz auf die verstärkten Wählerziffern hin, der Andere triumphirt über die 40 Sitze, die dem Gegner abhanden gekommen. Und während die Beiden sich weiterstreiten, freut sich der Dritte, der den unzweideutigsten Erfolg bei dem Kampf errungen hat: der Napoleonismus. In der neuen Repräsentation sind Legitimisten wie Orleanisten zu kleinen Häuflein zusammengedruckt, auch im linken Centrum, wo die Letzteren etwa noch ihr Nest hatten, sind sie stark ausgeräuchert worden — immer compakter und geschlossener stehen sich die einzigen beiden Parteien gegenüber, deren Existenz eine logisch berechtigte ist: Napoleonismus und Republik. Damit scheint uns aber auch der Charakter des bevorstehenden Kampfes entschieden. Wie auch vielleicht die Peripetien noch wechseln und sich hinziehen, wie es auch vielleicht der Marschall noch mit dem Ermüden versucht: das Ende wird napoleonisch, wird die Gewalt, wird der Staatsstreich sein. Und da sich Gewalt nicht gegen Gewalt erheben wird, da die republikanischen Führer dasjenige Volk, das Barrikaden baut und auf ihnen zu sterben weiß, nicht werden aufrufen wollen oder können, sintemalen da noch eine seit sechs Jahren unbeglichene Rechnung zwischen ihnen liegt: so wird die Gewalt Recht behalten und wieder einmal Recht werden." — Wenngleich die „Wage" nicht völlig auf unserem Standpunkt steht, so zeigen obige Ausführungen doch, daß sie weit entfernt von der Gefühlspolitik ist, die sich so vielfach in der Schwärmerei für die republikanische Staatsform oder gar für das Wort: Republik in letzter Zeit kundgethan hat. Wir wiederholen, daß die gegenwärtige französische Republik, welche ihre besten Söhne gemordet hat, keinen Schuß Pulver werth ist, hoffen aber, daß aus einem Staatsstreich, der sich noch sehr lange hinziehen kann, ja hinziehen wird, nicht der Bonapartismus, sondern die rothe Republik siegreich hervorgehe. Bis dahin werden sich die Mac-Mahonisten und Gambettisten nach dem alten Sprüchwort noch oftmals „schlagen", aber immer wieder vertragen.

— Das schweizerische Fabrikgesetz ist am Sonntag den 21. Oktober in der Urabstimmung angenommen worden. Für das Gesetz stimmten 171,000, gegen dasselbe 157,000. Glückauf den schweizerischen Arbeitern! Der schamlosen Ausbeutung der Arbeitskraft ist jetzt ein Ziel, wenn auch nur ein unzulängliches, gesetzt. Das ist immerhin ein Gewinn. Was den Sieg aber zu einem bedeutungsvollen macht, ist der Um-

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845).

(Fortsetzung.)

Wander fährt darauf fort: Er habe es sich zum Grundsatz gemacht, bei allen seinen in dem Verein zu haltenden Vorträgen an sich selber die Frage zu stellen: ob ein preußischer Censor, wenn der Vortrag gedruckt werden sollte, das Imprimatur (Druckerlaubniß) ertheilen würde. Er kenne die Strenge der Censur und wisse, wie sie in Berlin, Breslau, Leipzig, Dresden und am Rhein gehandhabt werde, habe also in diesen Dingen ein durch Erfahrung erworbenes Urtheil. Seinem Urtheile nach habe er nun, wie er glaube, im Verein nichts gesprochen, was ein Censor gestrichen haben würde. Er müsse hinzusetzen „wie er glaube", denn unbedingt lasse sich darüber nichts behaupten, weil die Censur ein Institut sei, das, wie man eine Hand umdrehe, andere Instruktionen bekäme. Daß dies so sei, lasse sich aus einem Beispiel ersehen. In der vorigen Woche nämlich habe die „Breslauer Zeitung" Schlöffel's Petition an den Landtag noch besprechen dürfen, was in der gegenwärtigen Woche in der „Schlesischen Zeitung" verhindert worden wäre. Könne er demnach aber auch für einzelne Ausdrücke nicht haften, so sei er sich doch bewußt, das angegebene Prinzip, den Censur-Maßstab, genau zu beachten; denn man sei nur stark, wenn man sich auf gesetzlichem Boden bewege. Ohne Achtung vor dem Gesetz könne keine gesetzliche Ordnung bestehen, auch das schlechte Gesetz müsse man, so lange es bestehe, befolgen, aber man müsse durch gesetzliche Mittel dahin wirken, daß ein schlechtes Gesetz durch ein besseres ersetzt werde. Uebrigens möge man den Raum, den das Gesetz zur Wirksamkeit offen gelassen, nur benutzen; es fehle noch nicht an Raum; es sei aber die Art der Furchtsamen, wenn das Gesetz 100 Theile Raum offen gebe, nur zwei oder drei Theile zu benutzen; und, wenn nun Einer 99 Theile benutze, so geschehe es, daß er für einen „Revolutionär" ausgeschrieen würde. Auch er sei gesonnen, von den gestatteten 100 Theilen 99 zu benutzen, dabei bleibe er immer noch innerhalb der Grenzen des Gesetzes, und er bäte Jeden, ihn zu erinnern, wenn er diese Grenzen je verlassen sollte. Es sei aber in der That schwer, einestheils immer den rechten Ton zu treffen, anderntheils „gewisse Dinge" unberührt zu lassen. Die Nichtberührung sei übrigens auch fruchtlos, weil Kopfschmerzen deshalb noch nicht zu schmerzen aufhörten, daß man davon zu sprechen unterlasse, und weil, wenn man auch in Hirschberg solche Themata der Erörterung entzöge, man damit nicht hindern könne, daß sie an hundert andern Orten besprochen würden. Beispielsweise: Wenn „das preußische Volk wirklich eine Braut von guter Constitution hätte" und mit ihr seit 1815 durch „vergossenes Verlobungsblut" und Ringe verlobt wäre; so würde es diese Braut nicht deshalb vergessen, weil man ihm verböte, von ihr zu reden. Immer würden Ring und Blut es an sie erinnern.

Dürfte es von ihr nicht reden, so würde es um so öfter an sie denken, der Polizei sei es noch niemals möglich geworden, zwei liebende Herzen zu trennen, wenn sie recht warm für einander geschlagen hätten. Es gäbe Leute, welche anregen von aufregen nicht zu unterscheiden wüßten, und ihnen schiene Alles, was sie aus dem Schlummer weckte, revolutionär.

Verstehe man diesen letzten Ausdruck im Sinne des Jahres 1789, so sei dies in Beziehung auf den Verein herzlich dumm. Es sei keiner Seele der Vereinsmitglieder eingefallen, eine Revolution zusammen zu brauen, gleichsam so mir nichts dir nichts. Hier in Hirschberg sei, soweit die Geschichte reiche, keine jemals vorgekommen, und werde auch wahrscheinlich keine vorkommen. Uebrigens — wie der „Bote aus dem Riesengebirge", das hiesige Wochenblatt, in voriger Woche geschrieben habe, — nicht die Bürger machten Revolution, sondern „die schlechten Regierungen". Nähme man das Wort „revolutionär" aber in der Bedeutung des Umwandelns und Bessergestaltens, dann wäre Alles revolutionär, das Messer, das ins Brod, die Scheere, die in das Zeug, der Wagen, der über die Straße fahre, Lunge und Magen, ja sogar der Kirchhof, besonders aber die Zähne seien die Hauptrevolutionäre, weshalb die Hasen, welche für das Königreich Hannover noch nicht eingefangen wären, sich sofort die Zähne ausnehmen lassen möchten. Es ändere sich selbst nach den Zeitungen die Natur; denn nach Berichten von Reisenden fingen „sogar die Finken im Thüringer Walde gegenwärtig andere Melodien als vor 30 bis 40 Jahren." Er wiederhole: Achtung vor dem Gesetz! Eine freie würdige Sprache aber ehre Bürger wie die Regierung. Der Verein sei seines edlen Geistes, seiner Ordnung und Ruhe wegen zu loben; sollte ein Rufen und Brausen zwischenher vorkommen, so werde sich das legen. Es sei dies Ausbruch der Freude über ein neu erwachtes Bürgerleben, und die Strömung sei immer am heftigsten, wenn die Schleuße erst nur gezogen sei. Ruhe sei auch nicht mehr die einzige Bürgerpflicht, sie habe „überhaupt aufgehört, zu den Bürgerpflichten zu gehören". Alle wären sich eines gesetzlichen Strebens bewußt und deshalb würde auch das freie Wort Nahrung erhalten, wenn nicht die Meinung, daß „geheime Berichterstatter" unter den Zuhörern wären, wie ein Alp auf der Versammlung läge. Er aber denke: was ihm die Censur gestatten würde vor Millionen zu sagen, würde vor 200 Personen gesagt auch gestattet sein. An geheime Berichterstatter, die in dem Verein wären, glaube er nicht; denn eine gute Regierung habe ihre Bürger nie zu fürchten. Eine Gewalt aber, welche die Bürger fürchten müsse, spräche sich ihr Urtheil selbst. Das sei seine unmaßgebliche Meinung.

Der leitende Faden, der durch diese Rede geht, ist nicht zu verkennen. Wander sagt: Man habe einen seiner früheren Vorträge revolutionär genannt, das sei falsch; er sage nichts, was nicht ein Censor zum Druck zulassen würde. Er wolle und hoffe sich immer auf dem Wege der Gesetzlichkeit zu befinden, und fürchte daher auch keine geheimen Berichterstatter. Seine Vorträge revolutionär im Sinne von 1789 zu nennen sei Unsinn; verstehe man aber unter revoluiionär „auf gesetzlichem Wege den Fortschritt huldigend, die Vereinsmitglieder anregend zu einer selbstbewußten Thätigkeit", so sei er damit einverstanden.

Ueberhaupt möge die Versammlung weder bei ihm noch bei andern jedes Wort mit zu großer Furchtsamkeit abwägen; und, wenn einmal ein mißliebiges Thema zufällig und absichtslos berührt und angestreift würde, so möge man ihm dadurch, daß man sich daran festhänge, nicht erst zu einer nicht beabsichtigten Bedeutsamkeit verhelfen, sondern vielmehr bedenken, daß wenn einmal die Existenz einer Sache nicht abgeläugnet werden könne, man ihrer Erwähnung nicht immer ohne Schwierigkeit aus dem Wege gehen könne. Durch Nichterwähnung werde sie überhaupt

stand, daß die schweizerische Arbeiterbewegung in Zukunft mit mehr Zuversicht auf Erfolg und mit mehr Energie ihre Ziele verfolgen kann. Der Anfang ist gemacht, jetzt gilt's dem weiteren Ziele, der völligen Emanzipation der Arbeiterklasse vom Joche der Ausbeutung, zuzustreben. Vorwärts also!

— Aus Glasgow wird gemeldet, daß in einer Kohlengrube bei High-Blantyre eine Explosion am 22. Oktober stattgefunden hat, während circa 400 Arbeiter in derselben beschäftigt waren. Bis jetzt sind 232 Todte aufgefunden worden.

— Während die neueren Nachrichten aus Asien den russischen Sieg bei Kars ziemlich zusammenschrumpfen lassen, wird vom europäischen Kriegsschauplatz wieder ein schwerer Mißerfolg der russisch-rumänischen Armee gemeldet. Und zwar ist's wiederum Plewna, das — nun zum viertenmal — den Soldaten des „milden Czars" verhängnißvoll geworden ist. Am 19. wurde der seit Wochen vorbereitete Sturm auf die türkischen Schanzen versucht und abgeschlagen. Es wird in den offiziellen russischen Depeschen blos von Rumänen gesprochen, die an der Affaire Theil genommen — dies scheint aber nur eine bundesbrüderliche Redewendung zu sein, um die Schande der Niederlage von den russischen „Befreiern" auf die inbrünstig geliebten Schützlinge abzuwälzen. Die Verluste sind jedenfalls sehr bedeutend gewesen — die Russen gestehen über 1000 Mann, darunter 200 Offiziere, ein, und türkische Berichte liegen noch nicht vor. Das Ammenmährchen der Rubelpresse von den in Plewna hungernden und massenweis desertirenden Türken dürfte nun außer Cours gesetzt werden. Sonst in Bulgarien nichts von Bedeutung.

Die angeblich bevorstehende Uebergabe von Kars ist natürlich eine alberne Ente; Kars ist eine der stärksten Festungen der Welt.

Um das schmachvolle militärische Fiasko Rußlands in diesem Krieg zu verhüllen, wird jetzt ausgesprengt, das großherzige Rußland, das an Eroberungen nie gedacht, sei ein Opfer seiner Humanität geworden: es habe die Donquixotische Rolle übernommen, im Namen Europas und der Kultur eine „Exekutionscampagne" zu führen, und in Folge der unbegreiflichen Hartköpfigkeit der Türken habe sich diese gemüthliche Urtheilsvollstreckung in einen höchst ungemüthlichen Krieg verwandelt; da es nun aber einmal so gekommen sei, werde Rußland auch zeigen, daß es Ernst machen und die Türkei zum Frühstück verspeisen kann. Die zwanzigjährigen Militär-Vorbereitungen und die zweijährigen Rüstungen auf diesen Krieg waren also blos — eine optische Täuschung; oder eine harmlose Theatervorstellung „Bäterchens" — à la Plewna.

— Dr. Rüder hat „zu Recht" erkannt, daß unser verantwortlicher Redakteur, Helßig, zu 10 Mark Geldstrafe sowie zu 7 Tagen Haft zu verurtheilen sei, weil derselbe „glaubhaft beschuldigt" ist, — „die in London zu Gunsten der politischen Verurtheilten in Neu-Caledonien veranstaltete Waaren-Lotterie durch Aufnahme von Inseraten in der Zeitschrift „Vorwärts", sowie durch Beförderung von Loosen an die Besteller und durch Annahme und Einsendung der dafür gezahlten Geldbeiträge befördert zu haben." — „Glaubhaft beschuldigt"? oho! Darüber wollen wir erst die Meinung des Gerichts hören. — Der „Mecklenburgische Arbeiterfreund", ein Blatt, das wacker für die Interessen der Arbeiter eintritt, hat in der Person seines Redakteurs Wettengel auch bereits mit den Gerichten zu thun gehabt. Wegen Verleumdung eines Tessiner Arztes wurden ihm 30 Mark und wegen Beleidigung eines Schweriner Gerichts 60 Mark Geldstrafe zuerkannt. Im zweiten Prozeß wurde deshalb auf ein höheres Strafmaß erkannt, weil der incriminirte Artikel das betr. Gericht in der Meinung der Leser des „Arbeiterfreund", die dem ungebildeten Publikum angehörten, herabsetze. Aber die Sozialdemokratie hat sich ja gerade die Aufklärung des „ungebildeten Publikums" zur Aufgabe gemacht — warum verfolgt man sie also?

— Unbrauchbarmachung von Schriften. Folgende, im Verlagsmagazin in Zürich erschienenen Druckschriften: 1) „Der Militarismus", 2) „Der europäische Krieg", 3) „Das kleine Buch vom großen Bismarck" und 4) die bekannte in Paris erschienene Appellationsrechtfertigung des Frhrn. v. Loë „Fürst Bismarck und die Reichsglocke", in denen von der Staatsanwaltschaft und den Gerichtshof Beleidigungen des Kaisers und des Fürsten Bismarck gefunden wurden, sind auf Antrag des Staatsanwalts Schütz von der siebenten Deputation des Berliner Stadtgerichts am 20. Oktober unbrauchbar gemacht worden. Die Strafanträge des Fürsten Bismarck haben vorgelegen.

Ein mysteriöses Schriftchen.

Die „Bergische Volksstimme" bringt folgenden bemerkenswerthen Artikel:

Wer sich an den politischen und sozialen Bestrebungen der Neuzeit aktiv betheiligt, dem stoßen, inmitten der wichtigen Ereignisse des Tages, inmitten des Ringens der großen Parteien, der Wahlschlachten und parlamentarischen Kämpfe mitunter ganz unscheinbare Dinge auf, welche für gewöhnlich vergessen werden, welche aber, wenn sie von einem guten Gedächtniß aufgefaßt werden, dem Beobachter den Indizienbeweis liefern, daß mysteriöse Elemente thätig sind und unter der Oberfläche des öffentlichen Lebens und Treibens eine geheimnißvolle Maulwurfsarbeit vollführen.

Ein solcher Maulwurf ist dem Schreiber dieses jetzt zum drittenmal in die Quere gekommen, weswegen die Mühe nicht umsonst sein wird, ihn einmal an das Tageslicht zu fördern.

Es berichtete nämlich vor einigen Tagen die „Sozialdemokratische Correspondenz" Folgendes:

„Das Berliner Polizei-Präsidium läßt in allen Buchhandlungen nach einer Druckschrift mit folgendem Titel suchen:

„Ein Europäischer Soldat an seine Kameraden; nachzudrucken und in alle Sprachen zu übersetzen, in allen Ländern und Kasernen zu verbreiten."

Wahrscheinlich, daß hiermit die Durchsuchung der Berliner Kasernen im Zusammenhang steht.

Dem Titel nach zu urtheilen, hat man es hier zweifellos mit einem sehr plumpen und zweideutigen Machwerk zu thun, welches anfangs der fünfziger Jahre, als der Spion Hentze Verschwörungen braute und Bomben fabrizirte, verfaßt worden und vielleicht auf einen ähnlichen Ehrenmann zurückzuführen ist. Andere schreiben es Carl Heinzen zu; seine Verbreitung geschah aber durch Bomben-Hentze und Consorten. Auch in neuerer Zeit hat das Schriftchen eine merkwürdige Rolle gespielt.

Während des Hochverrathsprozesses gegen Bracke und Genossen und jenes gegen Bebel und Liebknecht fand sich ein Exemplar dieser zu „Hochverrath" und „Königsmord" direkt auffordernden Schrift bei den Akten vor, aber ohne jeden Vermerk, wo es gefunden sei, so daß schließlich die Richter von diesem „Mädchen aus der Fremde" ganz absahen. Nur eine Quelle wußte merkwürdigerweise, woher die Schrift angeblich stammte, das war die vom „Gründer" Wagener inspirirte „Zeidler'sche Correspondenz". Diese berichtete, daß die Militärbehörde den Mitinternirten Bracke's, Herrn v. Bonhorst aus Lötzen entlassen habe, daß man ihn dann bis Chemnitz verfolgt und dort wieder verhaftet habe, und daß bei dieser Gelegenheit bei ihm das geheimnißvolle Schriftchen gefunden sei.

Diese „Enthüllung" stand lange vor Beginn des Prozesses in jener Correspondenz, berechnet auf Abdruck in der conservativen Presse, und doch fand sich, wie gesagt, in den Akten selbst Nichts davon, daß bei von Bonhorst oder sonst Jemand die Schrift confiszirt sei. Wie kam Wagener, während die Untersuchung noch streng geheim geführt wurde, dazu, zu wissen, was nach „eingehendstem Studium" nicht einmal die Staatsanwälte hernach wußten?

Ein hübsches Räthsel! —

Doch zum zweiten Fall, wo wir dem Maulwurf begegneten. Als im Sommer 1874 Hasselmann von der Hannoverschen Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins spät Abends nach Berlin zurückkehrte, fand er in seiner Wohnung an Hundert dieser kleinen, leicht in der Westentasche zu transportirenden Druckschriften vor. Ihn wunderte das nicht gerade, denn da er kurz zuvor im Reichstage mehrere scharfe Reden gegen den Militarismus gehalten hatte, konnte irgend ein unbekannter alter Achtundvierziger ihm dies Geschenk zugedacht haben. Merkwürdig aber war es, daß dieser Verschwörer die Schriftchen nicht unter Couvert, sondern frei für Jedermanns Ansicht unter Kreuzband geschickt hatte! Hasselmann erinnerte sich dann der Affaire mit der „Zeidler'schen Correspondenz" und den Hochverrathsprozessen, und da bei einem solchen Vorrath von Exemplaren seitens „haussuchender Behörden" natürlich der „Zweck der Verbreitung" gemuthmaßt wird, die Schrift auch so wie so nichts werth ist, beschloß er, dieselbe sich so rasch als möglich vom Halse zu schaffen und verbrannte sofort den ganzen Haufen.

Und das war gut, denn am nächsten Morgen, früh 5 Uhr, rückten ihm unter der Führung des berühmten Criminalinspektors Pick vier Polizeicommissare vor das Bett und durchsuchten seine Wohnung so gründlich, daß ihnen keine Stecknadel entgangen wäre, geschweige denn ein solcher Fund.

Gegenwärtig spukt nun dieser Maulwurf in Berlin und treibt sein „verschwöreriches" Wesen. Wir meinen daher, daß es gut ist, obige Thatsachen recht gründlich zu prüfen; man kommt dann dem Maulwurf auf die Fährte.

Kritische Gedanken eines Subalternen über das Verwaltungssystem der preußischen Staatseisenbahnen.

(Schluß.)

Bevor durch den vorerwähnten ministeriellen Erlaß Commissionen eingerichtet wurden, sind die Geschäfte derselben, allerdings in etwas beschränkterer Vollmacht, durch Betriebs-Inspektionen geführt. Man möge aber nicht glauben, daß diese Betriebs-Inspektionen nunmehr als überflüssig beseitigt worden sind. Im Gegentheil, dieselben bestehen noch, haben ihre bisherigen Funktionen beibehalten; nicht genug daran — es sind sogar bei jeder Commission noch sogenannte Bau-Inspektionen errichtet worden — kurz, man ist bemüht gewesen, soviel Zwischenbehörden zu gründen, wie nur möglich. Ob dies zur Erleichterung des Geschäftsganges dient, erhellt aus folgendem Beispiel: Erstens: ein Stationsbeamter wendet sich in einer generellen Angelegenheit an die Direktion. Sein Bericht geht nun durch die Hand a. seines Stations-Vorstehers, b. des Betriebs-Inspektors, c. der Commission und gelangt dann erst zur Direktion. Viele Köche verderben den Brei — das ist ein Sprichwort, das hier wirklich seine Nutzanwendung findet.

Ich kann mich nicht der Ansicht erwehren, als wenn die Eisenbahn-Commissionen, die in der That, wie wohl aus Vorstehendem ersichtlich, weiter nichts wie erweiterte Betriebs-Inspektionen sind, keinen anderen Zweck haben, als um dem Versorgungsinstitut für junge gut empfohlene Assessoren eine noch größere Ausdehnung zu geben. Und diese Herren werden, was ihre Einkommensverhältnisse betrifft, wahrlich nicht schlecht versorgt. Ein eben in den Eisenbahnverwaltungsdienst eingetretener Regierungs-Assessor soll allerdings nach dem Etat nicht mehr als 1800 Mark erhalten und soll dieser Gehalt während der Dauer seiner Hilfsarbeiterschaft auf nicht mehr wie 3600 Mark steigen. Bei dem Minimalgehalte bleibt derselbe jedoch nur ganz kurze Zeit stehen und er hat meist schon nach 2—3 monatlicher Thätigkeit eine Aufbesserung von 900 Mark. Nachdem ihm Sitz und Stimme im Collegium ertheilt ist, erhält er 3600 Mark. Das jüngste etatsmäßige Mitglied einer Eisenbahndirektion erhält 4200 Mark nebst dem tarifmäßigen Wohnungsgeldzuschuß, welcher für Berlin beispielsweise 900 Mark beträgt. Dieses Gehalt erfährt zumeist bereits in Jahresfrist eine nochmalige Aufbesserung von 300 Mark. Auf diese Weise beziffert sich das Einkommen eines Assessors, der, abgerechnet seine Lehrzeit, als Referendarius dem Staat 3 Jahre Dienst geleistet hat, auf 4500 Mark nebst dem Wohnungsgeldzuschuß von mindestens 600 M. Wenn man hingegen das auf 2700 Mark nebst Wohnungsgeldzuschuß normirte jüngste Gehalt eines Kreisrichters, der denselben Anforderungen an juristische Bildung genügt haben muß, und der gewiß ungleich mehr zu leisten hat, in Betracht zieht, so muß jeder die Ungleichmäßigkeit einsehen und sich unwillkürlich fragen, nach welchen Prinzipien die Regierung da wohl gehandelt haben mag.

Weniger günstig gestalten sich die Besoldungsverhältnisse [illegible] Subalternbeamten. Sie haben nach bestandenem Sekretär-Examen noch jahrelang auf Anstellung zu warten, denn es ist öfter bereits vorgekommen, daß dadurch Ersparnisse erzielt wurden, daß im Etat vorgesehene Sekretärstellen lange Zeit nicht besetzt, sondern durch Hilfsarbeiter verwaltet wurden. Die zwischen [illegible] geringeren wirklichen Besoldung und dem im Etat vorgesehenen [illegible] halt der Stelle entstandene Differenz kommt dann dem Ersp[illegible] nißfonds zu Gute und können diese Ersparnisse, die aus d[illegible] sauren Schweiße der armen Subalternen gequetscht sind, d[illegible] vielleicht zu Remunerationen und Dotationen für die höheren Beamten verwendet werden. Ob dies richtig gehandelt ist, überlasse ich der Beurtheilung des Publikums. Meiner Ansicht nach ist jeder Arbeiter des ihm versprochenen Lohnes werth.

Die Eisenbahnverwaltungen veröffentlichen alljährlich einen Betriebsbericht. Man möge indessen nicht glauben, daß diejenigen Summen, welche in den verschiedenen Ressorts als definitiv verausgabt mitgetheilt werden, nun auch wirklich die Gesammtausgaben der Eisenbahnverwaltung für das betreffende Jahr repräsentiren. Die Verwaltungen haben, um nicht über alle Ausgaben Bericht an die Oeffentlichkeit erstatten zu müssen, Ausgabetitel erfunden, der Summen, deren Spezialisirung sich in dem Geschäftsberichte schlecht ausnehmen würde, mit dem Mantel der Liebe bedeckt, indem er sich der Publicirung entzieht — es ist dies der sogenannte „allgemeine Baufonds". Dorthin werden alle diejenigen Summen gebucht, welche für

---

nicht unexistent gemacht. Das ist in Kürze der ganze Inhalt des Wander'schen Vortrages.

Stieber sagt nun darüber zunächst, es sei darin ein „hämischer Tadel der Censurgesetze" enthalten, und meint, die von ihm angestrichene Stelle, in welcher Wander gesagt hat: er glaube die Censurgesetze beachtet zu haben, doch wolle er es nicht behaupten; denn die Instruktionen der Censoren änderten sich, wie man die Hand umdrehe, wie das durch die binnen acht Tagen in den Zeitungen einmal zugelassene, einmal verhinderte Besprechung der Schlöffel'schen Schrift bewiesen werde.

In welchen von Wander's Worten das denuncirte tadelnde Moment seinen Sitz haben soll, ist von Hrn. Stieber nicht angegeben. Damit es also der Vertheidigung nicht an einem Gegenstande fehle, muß es, auf die Gefahr hin, ein falsches zu finden, erst aufgesucht werden.

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Deutscher Schwerspath. Satyre aus der Gegenwart von Rudolf Rötger. Mainz. Commissionsverlag von J. Diemer. In humoristisch-satyrischer Erzählungsform geißelt der Verfasser in recht gelungener Weise den Schund und die Verfälschungen auf allen Gebieten. Wir können das Schriftchen bestens empfehlen.

Die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie. Ein Wort zum Frieden. Von Carl Scholl. Heidelberg im Selbstverlag des Verfassers. Commissionsverlag der Buchhandlung des „Vorwärts" in Leipzig. — Unter vorstehendem Titel hat Herr Karl Scholl seinen bei Gelegenheit des Stiftungsfestes der Fürther freireligiösen Gemeinde gehaltenen Vortrag dem Druck übergeben. Daß er dabei den sozialistischen Bestrebungen Gerechtigkeit widerfahren ließ, hat unsere Gegner arg verschnupft, und es suchte deshalb auch die Tagespresse in bekannter Manier den Vortrag todtzuschweigen. Deshalb ist es gut, daß Herr Scholl seinen Vortrag weiteren Kreisen in Form einer Brochüre zugänglich macht, namentlich auch solchen Kreisen, wie der Herausgeber ausdrücklich sagt, wo bisher Vorurtheil und Egoismus der Sache der Wahrheit und Gerechtigkeit im Wege stand.

Illustrirter Volkskalender für 1878. Barmen. Hermann Lange's Verlag. Mehrere hübsche Erzählungen, eine große Anzahl Anekdoten, Sinnsprüche, Gedichte — Alles in volksthümlichem Sinne gehalten, machen den Kalender empfehlenswerth.

Allgemeine Betrachtungen über die Gesammthandelsflotte mit besonderer Berücksichtigung der deutschen Seeschiffahrt. Für die deutschen Schiffszimmerleute zusammengestellt von Heinrich Groß. Hamburg. Genossenschaftsbuchdruckerei daselbst. Für die zunächst betheiligten Schiffszimmerleute ist der Inhalt der kleinen Schrift höchst wissenswerth.

— Hans Blum. Wie unsere Leser sich erinnern werden, hat das bekannte Individuum dieses Namens den Genossen Liebknecht auf Beleidigung verklagt, weil von demselben die allerdings unangenehme Thatsache an's Licht gezogen worden war, daß obengenannter Hans Blum in seinen „Grenzboten" den Fürsten Bismarck als Urheber der notorisch gefälschten Emser Depesche bezeichnet hatte. Der Prozeß, über den wir nach seiner Beendigung ausführlich berichten werden, zog sich in die Länge; in erster Instanz wurde Liebknecht zu einer Geldbuße von 300 Mark verurtheilt. Vor etwa 4 Wochen fand nun der erste öffentliche Termin (2. Instanz) statt. Herr Hans Blum, dem persönlich gegenüberzutreten Liebknecht erwartet und gehofft hatte, glänzte durch Abwesenheit, und war nur durch ein Schriftstück vertreten, in welchem er Ausschluß der Oeffentlichkeit beantragte, ein Antrag, dem leider nach der Gerichtsordnung ohne Weiteres Folge geleistet werden mußte. So war Liebknecht um ein vergnügtes Stündchen geprellt. Die Vertheidigung wurde von dem Angeklagten selbst und vom Rechtsanwalt Freytag geführt, selbstverständlich in nicht allzu schonender Weise für den tapferen Kläger. Der Beweis, daß die von Liebknecht behauptete Thatsache richtig, war leicht zu eröringen, ebenso der Beweis dafür, daß einige mit Bezug auf diese Thatsache und die von Hans Blum dabei gespielte Rolle im „Vorwärts" gebrachte Notizen (zu deren Urheberschaft sich der Angeklagte mit Vergnügen bekannte), die verschiedene starke Ausdrücke enthielten, durch maßlose Schimpfereien des Hans Blum provozirt, und, verglichen mit demselben, im Ton höchst maßvoll und natürlich anständig waren. Das schlug durch. Die betreffenden Blumiaden wurden zu den Akten gegeben und vom Gerichtshof die Wiederaufnahme der Untersuchung beschlossen und der Termin vertagt. So hätte also Hans sich bis dato umsonst — ausgezeichnet. O Jerum! (Siehe auch Correspondenz Leipzig.)

— Die Moral der heutigen Gesellschaft spiegelt sich recht deutlich ab in dem „Berliner Fremdenführer", einem Blatt, das gratis vertheilt und allen Reisenden in den Bahnzügen nach Berlin eingehändigt wird. In einer der letzten Nummern finden wir hintereinander zwischen einer Menge ähnlicher Annoncen folgende, meist ständige Annoncen:

1) Ballhaus. Jeden Abend Extra-Tänze von eigens dazu engagirten Ungarinnen, Wienerinnen ꝛc.

2) Baumbach's Casino, Prinzenstraße 80, täglich Tanz bei freiem Entree.

3) Victoria-Salon, Friedrichstraße 179, 1. Café Chantant der Residenz. Concert einer ausgezeichneten Damen-Capelle. ff. Weine und Biere, gute Küche. C. Ulbrich.

4) Deutscher Reichs-Salon, Friedrichstraße 87, an den Linden, Concert-Salon 1. Ranges. Das schönste und feinste Chantant Berlins. Täglich Auftreten zehn junger Damen, nur Spezialitäten, sowie Auftreten der beliebten Chansonette Rosa von Horwarth, des Professors Herrn M. Rößner. Tag und Nachts geöffnet, prompte und f. Bedienung. ff. Weine, echte Biere, gute Küche. C. Ulbrich.

5) Les beautés du jour de Berlin sont assemblées chez Mr. R. Mulertt. (Zu deutsch: Die Berliner Schönheiten des Tags sind versammelt bei —), Friedrichstraße 37a.

6) Einzig in seiner Art Fremden empfohlen: Restaurant Goldenes Haus, Friedrichstraße 89, E. Schubert. Freundliche Bedienung. Wein und echte Biere.

7) On dit que se trouvent les plus belles filles de l'Europe et les plus (!) meilleurs vins de la France et de l'Allemagne dans le célèbre Château Mila Jäsper (Man sagt, daß die schönsten Mädchen Europa's ꝛc. sich finden bei —), Berlin, Kochstraße 56.

8) Eine echte Afrikanerin und Damen verschiedener Nationalität serviren in R. Mulertt's Weinhandlung, Berlin, Friedrichstraße 37a.

Und so weiter!

Was in diesen Anzeigen angezeigt, ist, daß es sich um die mehr oder weniger verhüllte Prostitution niederster Art handelt, das weiß Jeder, der mit dem „großstädtischen Leben" einigermaßen vertraut ist. Diese Höhlen des Lasters, die, gespeist von der Corruption, ihrerseits die Corruption wieder speisen, floriren unter den Augen der Behörden, unter dem Schutz des Gesetzes — und Herr Tessendorff, der es für seinen Beruf hält, die Gesellschaft vor den „unmoralischen" Sozialisten zu retten, steht billigend oder gleichgiltig vor diesen Auswüchsen und Bethätigungen der von ihm vertheidigten Bourgeois-Moral.

eine Unmasse von Beamten, die dem Etat unbequem sind, für alle möglichen überflüssigen Anschaffungen, welche man nicht mit Namen bezeichnen will, verausgabt sind. Ebensowenig wird über den „Neubaufonds“, welcher zur Classificirung derjenigen Einnahmen und Ausgaben dient, die zum Bau einer neuen Bahnstrecke erforderlich (?) sind, Aufschluß gegeben. Bei diesem Fonds ist dem betreffenden bauleitenden Beamten ein so freier Spielraum gelassen, daß man sich unwillkürlich über die Vertrauensseligkeit unserer Behörden wundern muß. Zwar ist je nach dem Kostenanschlag eine bestimmte Summe für die betreffenden Bauobjekte ausgeworfen, aber wenn es nicht ausreicht, so kommt es auf eine Handvoll Noten nicht an und es wird mehr bewilligt. Weshalb wird denn die Thätigkeit der Verwaltung in baulicher Beziehung niemals veröffentlicht, da doch der Bau einer neuen Bahnstrecke gewiß auch das Interesse des Publikums erregt und dem Urtheile desselben unterbreitet werden müßte.

Ich habe im Vorstehenden vorzüglich die persönlichen und Besoldungsverhältnisse der höheren leitenden Eisenbahnbeamten im Auge gehabt und darauf hinzuweisen gesucht, wie durch die eigenthümliche Organisation des Verwaltungswesens bei Staatsbahnen die persönlichen Interessen anscheinend absichtslos aber gewiß übermäßig gefördert sind, und wie dadurch die Einnahmen eines Instituts, daß dem Staate wesentlich pekuniäre Vortheile zu bringen im Stande ist, gemindert werden. Es liegt ja auf der Hand, daß, je mehr Mittel der Staat durch seine inneren Einrichtungen, die Jedermann zu Gute kommen, erzielt, er desto weniger zur Erschwingung seiner Ausgaben die Beiträge der Bürger mittelst Besteuerung heranzuziehen braucht. Allerdings, so lange jede Einnahme nur zur Vermehrung der sehr kostspieligen bewaffneten Macht, so lange die Steuerschraube trotz der Vermehrung der Einnahme aus anderen Mitteln immer noch mehr angezogen wird, kann es dem Einzelnen gleichgültig sein, zu welchem Zwecke die Steuerbeträge verwendet werden. Ich will damit auch nur sagen, daß dem Staate Mittel und Wege genug offen stehen, um durch Einschränkungen seine Schuldenlast zu vermindern und seine nöthigen Ausgaben zu regeln, ohne den Bürger immer mehr in Anspruch zu nehmen.

Ich behalte mir für spätere Zeit vor, die Augen derer, die überhaupt sehen wollen, noch über andere merkwürdige Verhältnisse in unserem Verkehrswesen zu öffnen. A. S.

Correspondenzen.

—t **Stollberg**, 20. Oktober. Neuer Wahlkampf, neuer Wahlsieg! könnte ich im Napoleonischen Bulletinstil schreiben. Nun — es war eine herrliche Woche. Doch lassen Sie mich Einiges vorausschicken. Als Liebknecht's Wahl kassirt worden, war der erste Gedanke eines jeden Genossen im 36. Landtagswahlbezirk: „Gut, dann müssen wir die Gegner noch einmal klopfen. Zweimal gehämmert hält besser!“ Und man ging ungesäumt an die Arbeit. Zunächst: wer sollte Candidat Nr. 2 sein? Man einigte sich rasch auf Freytag in Leipzig, der allen Genossen durch seine Vertheidigungsrede im Leipziger Hochverrathsprozeß, vielen persönlich durch unentgeltliche Führung ihrer Prozesse bekannt war. Freytag gehört zu unserer Partei, seit sie besteht, vertritt unser Programm bis zu den letzten Consequenzen — dies zur Notiz für diejenigen Gegner, die sich jetzt für ihre Niederlage damit zu trösten versuchen, daß Freytag kein eigentlicher Sozialdemokrat sei —, und würde längst ein Reichstagsmandat haben, wenn er nicht bisher hartnäckig jede Reichstagskandidatur abgelehnt hätte. Man sieht, er ist kein Stellenjäger. Von Bebel, an den man ebenfalls dachte, mußte abgesehen werden, weil er seines Geschäftes wegen und mit Hinblick auf die Tessendorff'sche Rechnung, welche noch zu begleichen ist, ein sächsisches Landtagsmandat, obendrein für zwei Jahre das einzige sozialistische, anzunehmen durchaus nicht in der Lage war. Die zwingenden Gründe, die ihn zur Ablehnung der Candidatur in Chemnitz veranlaßten, bestehen in voller Kraft fort. Dies zur Information für auswärtige Parteigenossen. Die fast wie „Ueberrumpelung“ aussehende urplötzliche Anberaumung der Wahl auf den 17. d. verblüffte uns nicht — das Schiff war „klar zum Gefecht“. Am Sonntag, also drei Tage vor dem Wahltermin, begann die eigentliche Campagne. Schon Tags zuvor war Kayser aus Dresden gekommen, um das Centralcomité in Lugau zu unterstützen. Sonntag Mittag brachte die Leipziger Bahn Liebknecht und Hasenclever. Und nun ging's lustig an die „Sauhatz“ — à la Bismarck, aber mit mehr Glück. Das Wetter war prachtvoll, echtes Sozialistenwetter, die Sonne lachte vergnügt herab auf unsere Treibjagd. Unser Wild, ein alter Keiler und ein junger Frischling, gingen nicht aus dem Versteck heraus, hielten sich „perdu“, wie es in der Jägersprache heißt. Nur unsaubere Spuren des Keilers in Gestalt schmutziger Wahlaufrufe und ditto Zeitungsnotizen, waren zu finden. Doch das „Versteckenspielen“ half nichts — oder richtiger, es half doch, aber uns. Mittlerweile war auch Freytag aus Leipzig eingetroffen (Montag Abend), und daß er der einzige Candidat war, der den Muth und den Anstand hatte, sich den Wählern persönlich vorzustellen, das nützte unserer Sache sehr wesentlich. Im Ganzen hatten wir 10 Versammlungen: Freytag zusammen mit Liebknecht 3, Liebknecht außerdem noch 2, Hasenclever 4, Kayser 1. Der Verlauf durchweg ausgezeichnet. Unsere „Agitatoren“ thaten ihre Schuldigkeit und Freytag's ganzes Auftreten machte einen höchst vortheilhaften Eindruck. Ein großer Theil der gleichgiltigen oder uns bisher feindlichen Wähler wurde „moralisch erobert“. „Wenn das Sozialisten und sozialistische Lehren sind, dann sind auch wir Sozialisten“, konnte man nach den Versammlungen oft aus dem Munde wohlhabender Männer hören, die mit den gang und gäben Ammenmährchen vom „Theilen“ im Kopfe hergekommen waren. Die volle Wirkung unserer Agitation wird sich indeß erst allmälig bemerkbar machen. Genug — Alles klappte, und als der Wahltag anbrach, waren wir unserer Sache sicher. Das Wetter hatte sich unterdessen unangenehm verschlechtert: Sturm, Schnee, vermischt mit Regen. Doch einen Sozialdemokraten schreckt das nicht ab. Mit dem frühesten Morgengrauen waren die Genossen auf den Beinen. Die Wahllokale wurden besetzt, die Säumigen an ihre Pflicht gemahnt. Und es ging. Die Betheiligung war eine sehr gute, und wir sahen sofort, daß die Majorität uns gehörte.

Abends waren wir in Lugau versammelt, um die Resultate zu erfahren und zusammenzustellen. Lauter Siegesbotschaften. Indeß erst gegen Mitternacht — der weiten Entfernungen wegen — wußten wir, daß wir die Majorität hatten. Hurrah! Der 19. September glorreich bestätigt durch den 17. Oktober! Der Feind doppelt geschlagen! Die Bresche, die man schon wieder verrammt zu haben glaubte, von Neuem geöffnet, breiter als vorher, und der erste Sozialist sitzt im sächsischen Landtage. Vivat sequens! — nein, vivant sequentes! Es leben die Nachfolger! In zwei Jahren wird Freytag Gesellschaft haben.

Die Stimmung ist hier eine außerordentlich günstige, hätte uns ein einziger Kandidat gegenübergestanden, wir hätten doch gesiegt. Kein Zweifel, wir haben bedeutend an Terrain gewonnen: die nächsten Wahlen für Landtag und Reichstag werden das zeigen.

Wir aber sind stolz, daß unser Wahlbezirk den „Schimpf“ (es wurde in einem conservativen Wahlflugblatt als Schimpf bezeichnet, wenn ein Sozialdemokrat gewählt würde), von sich abgewendet hat, durch einen Jasager im Landtag vertreten zu sein, und daß er sich die Ehre erhalten hat, den ersten Sozialisten in einen Landtag geschickt zu haben.

Leipzig, 23. Oktober. Unser Hans Blum hat bekanntlich mit Fürst Bismarck die Eigenschaft gemein, daß er kein Urtheil, das nicht Lob ist, vertragen kann und gegen Jeden, der sein nicht lobendes Urtheil über Hans Blum ausspricht, mit einer Anklage bedenkt. Ob er es schon zu „Formularen“ gebracht hat, wissen wir nicht. Brauchen könnte er sie jedenfalls. So hatte unser Hans neulich wieder einen Prozeß wegen irgend einen Lappalie, in dem es ihm auch gelang, seinen zwei Widerparten je 70 und 30 Mark Buße auflegen zu lassen. Ueber dieses Prozeßchen in majorem Hansii gloriam, zur größeren Ehre des Hans, bringt das Organ für Schweinsknöchel und Klöse (vom heutigen Tage) einen Artikel, der genau eine Spalte lang, vermuthlich von einem Individuum, dessen Namen mit B. anfängt, verfaßt ist, und u. A. folgenden Passus enthält, der uns näher angeht:

„Weiter enthält der zweite Artikel (wegen dessen Hr. Hans Blum geklagt hatte) die Wiedergabe der von Seiten des Sozialdemokraten Liebknecht gegen Dr. Blum ausgesprochenen Anschuldigung, daß Letzterer als Schriftführer des Reichsvereins die Aeußerung gethan habe, der deutsch-französische Krieg sei von deutscher Seite freventlich in Folge einer gefälschten Depesche angefangen worden; es handelt sich also um Verbreitung einer (nach Maßgabe der in Privat-Anklagesachen Blum's gegen Liebknecht ergangenen Akten) nicht erweislich wahren Thatsache, welche geeignet erscheint, den Privatankläger in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen und verächtlich zu machen.“

So viel Sätze, richtiger: so viel Satztheile, so viel Unwahrheiten. Der „Sozialdemokrat Liebknecht“ hat es nicht mit dem „Schriftführer des Reichsvereins“, der ihm homo ignotus ist, zu thun, sondern mit dem Redakteur des „Grenzboten“, der „erweislich“ Hans Blum heißt; und die Thatsache, welche Liebknecht von besagtem Hans Blum behauptet hat, ist nicht blos „erweislich“, sondern erwiesen wahr. Das corpus delicti liegt bei den Akten. Wenn diese Thatsache „geeignet erscheint, den Privatankläger in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen und verächtlich zu machen“, so ist das nicht Liebknecht's Sache.

Frankfurt, 18. Oktober. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, sei von vornherein zugestanden, daß Frankfurt in festlichem Schmucke prangte, in einem Maße, das die kühnsten Erwartungen der Gutgesinnten übertrifft und über das auch Mancher von uns bösen Reichsfeinden — deren Anzahl ja bekanntlich Legion ist — in Erstaunen geräth. Bei enigermaßen nüchterner Betrachtung wird man sich aber sagen müssen, daß zu solchem Erstaunen kein Grund vorhanden ist. Zunächst kann man es ja den zahlreichen Fahnenstangen, Kränzen und Guirlanden nicht ansehen, ob sie auf Wunsch der Obrigkeit aufgestellt — und gesteckt wurden oder aus eigenem Antriebe der Bürgerschaft. Dann aber zerfallen die, welche ihre Häuser schmückten, ohne dazu einer Aufforderung zu bedürfen, in mancherlei Categorien; doch davon später. Daß es überhaupt möglich ist, daß in Frankfurt elf Jahre nach der „Eroberung“ ein preußischer König mit solchem Enthusiasmus aufgenommen wird, einerlei ob man denselben als „gemacht“ oder als ursprünglich betrachtet, wird den nicht wundern, der sich einigermaßen auf die Wandlungen im Volkscharakter versteht. Shakespeare hat sie im Cäsar mit unvergleicher Wahrheit und Lebendigkeit geschildert und auch in der Bibel folgt das „Kreuzigt ihn“ dicht nach dem „Hosiannah“. Doch seien wir gerecht gegen die guten Frankfurter und referiren wir kurz die Gründe, welche dieser Feier einen so unerwarteten Erfolg zu Theil werden ließen. Vor allen Dingen muß erwähnt werden, daß alle die, welche diese Feierlichkeiten nicht billigen, nichts thun können, als sich schweigend fern zu halten. Daß in der Presse keine Opposition dagegen gemacht wird, dafür ist schon gesorgt; auch wacht unsere vielbeschäftigte Polizei sorgfältig über jedes unvorsichtige Wort, was schon einige zu ihrem Schaden erfahren mußten. Nach diesen Passiven sind nun Diejenigen zu erwähnen, welche die Mehrzahl der Massen bilden, die im Moment, da ich dies schreibe, die Straßen überfluthen, die Gleichgültigen, welche überall mitlaufen, wo sich Menschenhaufen zusammenfinden und welche, wenn wir demnächst (hoffentlich recht bald) eine Freiheitsfeier veranstalten, auch dabei sein werden.

Soweit hatte ich geschrieben, als ich durch die Ankunft des Zuges unterbrochen wurde. Theils um ein richtiges Urtheil zu gewinnen, theils aus anderen für die Leser nebensächlichen Gründen, begab ich mich ins Vorderhaus ans Fenster. Es war in der That ein stattlicher Anblick, draußen die reich illuminirten Häuser, die hin- und herwogenden Volksmassen und den sehr gut geordneten Fackelzug zu beobachten. Der Kaiser zeigte sich einige Augenblicke auf dem Balkon des Postgebäudes und wurde mit Hurrah begrüßt. Ich mußte unwillkürlich an einen Abend denken, den ich neulich in der hiesigen Rollschlittschuhbahn zubrachte; es schien mir, daß der Enthusiasmus, welchen die „Künstler“ erregten, die dort das Publikum ergötzten, anhaltender und tiefer war. Vielleicht ist aber die wenig loyale Construktion meiner Gehörapparate schuld an solcher Wahrnehmung.

Doch lassen Sie mich in meiner Schilderung der Festtheilnehmer fortfahren. Ein großer Theil derselben besteht aus den nationalliberal-conservativ-reaktionär-monarchisch-preußisch Gesinnten, worunter wieder eine Anzahl ist, welche hofften, daß die kaiserliche Gnadensonne einen Abglanz in ihr keusches Knopfloch zaubern werde, andere, welche auf die Zier ihrer Schilder durch ein „K. K. Hoflieferant“ hoffen. Wieder ein Theil, der sich noch gut Frankfurtisch nennt, meint in Seiner Majestät nicht den preußischen König, sondern das Symbol der deutschen Einheit zu feiern; als ob der preußische König vom deutschen Kaiser zu trennen wäre. Dann kommt es der Festlichkeit zu Gute, daß der Kaiser doch persönlich eine durchaus ehrenwerthe und ansprechende Natur ist; auch ehren Viele in ihm den Greis. Wohl hundert Mal habe ich den selbstbeschwichtigenden Ausdruck gehört: „So ein alter Mann!“

Endlich muß ich derer gedenken, welche es dem Interesse Frankfurts entsprechend erachten, dem Kaiser einen solchen Empfang zu bereiten. Die Einen meinen oder sagen wenigstens, daß nun unser neues Theater zu einem Hoftheater erhoben werden, daß das Reichsgericht seinen Sitz in Frankfurt nehmen würde und dergl. mehr. Mich erinnert das von der Ferne gezeigte Reichsgericht immer an das Spiel der Kinder mit jungen Katzen, welchen sie ein an einem Faden gebundenes Rollchen vorhalten, um dasselbe, so oft das Kätzlein danach haschen will, rasch wegzuziehen. Ob sich diese sanguinischen Hoffnungen erfüllen werden, scheint mir sehr fraglich, vielmehr glaube ich annehmen zu dürfen, daß alle die Anstrengungen, welche Frankfurt machte, das Vergessen der Vergangenheit nur — — — „pour le roi de Prusse“ waren. o.

Die englischen Steinhauer an die Arbeiter von Deutschland!

Arbeitsgenossen! Wir fühlen, daß das edle Betragen der deutschen Steinhauer, welche bekanntlich nach England gebracht wurden, um den Bestrebungen ihrer Fachgenossen entgegengesetzt zu werden und die, sobald ihnen die Thatsachen und der Zweck derer, durch deren falsche Aussagen sie in eine ungünstige Stellung gerathen waren, bekannt wurden, aus freiem Willen mit ihren Londoner Genossen gemeinsame Sache machten, mehr als eine vorübergehende Beachtung verdient.

Als wir zuerst von dem Versuche hörten, daß Arbeiter aus Deutschland importirt werden sollten, um den Strike der Londoner Steinhauer ein Ende zu machen, hielten wir es für sicher, daß falsche Aussagen und Vorspiegelungen angewandt worden waren, um Euch aus Eurer Heimath zu locken, und daß, hätte man Euch die Wahrheit gesagt, Ihr nicht bereit gewesen wäret, irgend einer löblichen Bestrebung Eurer Arbeitsgenossen in England oder anderswo entgegenzutreten. Dieses ward durch Eueren einmüthigen und enthusiastischen Anschluß an unsere Sache vollkommen bestätigt.

Euere Ankunft unter uns, welche als der Anfang des sozialen Kriegs zwischen den deutschen und den englischen Arbeitern von unseren Gegnern angesehen wurde, hat die gegenseitige Anerkennung unserer gemeinsamen Interessen zur Folge gehabt und den Grundstein zu einer dauernden Allianz gelegt, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß sich dieselbe nicht nur bald auf jede Stadt der beiden Länder erstrecken wird, sondern, daß sie fortdauernd an Ausdehnung gewinnen mag, bis die gesammte Arbeiterklasse von Europa und Amerika hinreichend miteinander bekannt wird, um zu verhüten, daß der Arbeitskraft der Einen die Arbeitskraft der Andern, selbst auf die temporärste Weise, feindlich entgegengestellt werden kann. Die Zeit ist vorbei, den Arbeiter als willenlose Kriegsmasse zur Zerstörung der Völker zu benutzen und das Erkennen unserer beiderseitigen gemeinsamen Interessen ist eine Lektion, welche die Herrscher wohlthun werden, zu erkennen. Gegenseitiges Mitgefühl und die Identität der Interessen überwinden leicht die Sprachschwierigkeiten und unser Zusammenkommen heißt Verbrüderung.

Wir legen nochmals Zeugniß ab für den männlichen Charakter unserer deutschen Genossen. Unser Umgang mit ihnen, obgleich kurz, hat uns mit der größten Bewunderung und Hochachtung erfüllt. Der gemüthlichen Stunden, welche wir in ihrer Gesellschaft zugebracht, werden wir stets mit Freude und Vergnügen gedenken und als wir uns am Ufer der Themse von ihnen trennten, empfanden wir, daß wir Männern und Brüdern „Lebewohl“ sagten.

Wir wünschen Euch Glück zu Euerem Werk, die Arbeiter Deutschlands zu vereinigen und versichern Euch unsere Bereitwilligkeit, mit Euch in Verbindung zu treten und auf jede mögliche Weise beizustehen, wann immer sich die Gelegenheit darbietet.

Mit tiefster Hochachtung verbleiben wir im Bunde der Arbeiter-Brüderschaft die Eurigen.

London, den 16. Oktober 1877.

Im Namen der englischen Steinhauer:
Albert Werber.

Berichtigung. In dem Leitartikel der vorigen Nummer: „Das Resultat der Wahlen in Frankreich“ sind in einem Theil der Auflage zwei Druckfehler enthalten: In der zweiten Spalte 5. Zeile von oben muß es heißen: „sind noch nicht vorhanden“ und in der 14. Zeile von oben: „war die Verhinderung 2c. 2c.“

Briefkasten

der Redaktion. E. B. in Zwenkau: Der sogenannte Reptilienfond, über den Bismarck verfügt, besteht aus den Zinsen (ca. 7—800,000 Thlr.) des vorläufig confiscirten Vermögens des Königs von Hannover. Der Reptilienfond heißt auch Welfenfond. — S. — G.: „Ein Beitrag über die Zustände des modernen Theaters“ wird, wenn auch erst in einiger Zeit, im Feuilleton des „Vorwärts“ erscheinen. — s in H.: Das Gedicht eignet sich aus verschiedenen Gründen, die wir im Briefkasten nicht angeben können, nicht zur Aufnahme in unserem Blatte.

Quittung. Schrdr Cöln Ab. 3,00. Gewerkvereinverein d. Sattler Wien Ab. u. Schr. 6,70. J. Thlr Jassy Ab. 6,00. Brthl Jankowitz Ab. 6,00. H. Rdgr Halle Ab. 20,00. Zmmrmnn hier Ab. 4,85. Fsch Neurendnitz Ab. 9,20. Schuhmachergewerksch. Wien Ab. 5,14. Hlngr Wien Ab. 1,37. Mcnsy Düsseldorf Ab. 7,00. Zhtmr Darmstadt Schr. 26,80. Sprngr Aachen Schr. 1,08. Hbr Obermeißn Schr. 0,50. J. Krjc Staußen Schr. 2,50. Khn Niederspaar Schr. 3,50. Erbstn Lindenau Schr. 3,80. Stphn Oschatz 0,60.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Brendels Schneiderwerkstatt hier 3,00.

Anzeigen 2c.

Korbmacher-Bund.

Hamburg. Sonnabend, den 27. Oktober, Abends 8½ Uhr, im Salon zum Roland:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Halbjährige Abrechnung. 2. Vorstandswahl. 3. Die Organisation der Gewerkschaften. [89

F. Wirckeling.

Hannover. Sonnabend, den 27. Oktober, findet im Ballhofsaale die (F. 164) [1,50

Todtenfeier Ferdinand Lassalle's

statt. Anfang halb 9 Uhr Abends. Parteigenossen seid alle am Platz.

Das Comité.

Hannover. Montag, den 29. Okt. 1877, findet im Saale des Union-Garten, der diesjährige

Herbst-Ball der Schneider

statt. Gesinnungsgenossen und Freunde laden wir hierzu ein. (F 160)

Das Fest-Comité.

Leipzig. Central-Gewerkschafts-Krankenkasse der Metallarbeiter.

Sonnabend, den 27. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Herrn Hunse, Roßstraße Nr. 4b:

Generalversammlung.

Tagesordnung: Neuwahl. Abrechnung. Aufnahme neuer Mitglieder. [0,90

Zahlreiches Erscheinen erwünscht. M. T.

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77

sind à Stück M. 1,20 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der Expedition der „Neuen Welt“, Leipzig, Färberstr. 12 II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Neudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für Deutschland 1 Th. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 164 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 112 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lautermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: J. Eng, 618 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 127 Sonntag, 28. Oktober. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für die Monate November u. Dezember zu 1,10 M. werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld &c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für Connewitz &c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für Kleinzschocher u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für Thonberg bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, Neureudnitz bei Zschau, 15 I, für Plagwitz-Lindenau bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für Gohlis &c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für Möckern bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Anti-sozialdemokratische Komödie.

Da waren sie in Gera zusammen, die Herren Max Hirsch, Polke und Genossen und beriethen, auf welche Weise man den Drachen des 19. Jahrhunderts, die Sozialdemokratie, vernichte. Der moderne Ritter St. Georg, der aber eine verzweifelte Aehnlichkeit mit dem Ritter von la Mancha besitzt, hatte zunächst in den Berliner Bezirksvereinen Allarm geschlagen, um 24 Sancho Pansa's zu werben, die ihm denn auch als Stütze und Beirath auf seiner abenteuerlichen Drachenvernichtungsreise von den Berliner Spießbürgern gewährt wurden.

Doch auch aus dem ganzen deutschen Reiche sandte man dem edlen Drachenbezwinger Schildknappen, von denen sich im Laufe des Wortkampfes übrigens viele als ungetreu zeigten.

Nicht ein Ritter hatte Heeresfolge geleistet, nur untergeordnete Kämpfer, auf deren Schild als Wahlspruch das Wort: „ignorantia" prangte, waren herbeigeeilt, den hohen Helden Max von la Mancha in seinem Kampfe zu unterstützen.

Ueber diese Drachenbekämpfung in Gera, die zwei Tage, den 21. und 22. Oktober dauerte, schreibt die gewiß sehr anti-sozialdemokratische „Magdeburgische Zeitung" folgendes:

„Der mit einigem Geräusch nach Gera berufene „anti-sozialdemokratische Arbeitercongreß" ist nach zweitägigen Berathungen unter den üblichen Formalitäten gestern geschlossen. Selbst seine Freunde werden nicht in Abrede stellen, daß die Verhandlungen über die Schulreform und die Lehrlingsfrage nichts Neues zu Tage förderten. Wenn die schließlich angenommenen Resolutionen frei blieben von allzu großen Ausschweifungen, so war dies nicht das Verdienst der Berliner Wortführer; welchen besonderen Erfolg aber man von jenen landläufigen und trotzdem anfechtbaren Thesen sich verspricht, ist nicht abzusehen. Seine Physiognomie erhielt der Congreß durch die Verhandlungen über das Programm und die Statuten. Auf einer Seite war man so offen, das Aushängeschild „anti-sozialdemokratisch" zu verwerfen; aber es gelang, die Majorität der Versammlung zur Aufrechterhaltung jenes Beiworts zu bestimmen. Die Führer fürchteten den Vorwurf der Inconsequenz so wenig, daß sie in demselben Athemzuge die Vereinigung mit den Conservativen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verwarfen. Gegen die Nationalliberalen ließ man etwas mehr Rücksicht walten. Zwar fand sich ein enfant terrible, welches kurzweg erklärte, ein Zusammenwirken der Fortschrittler und der Nationalliberalen sei unmöglich; jedoch glaubte der Präsident diesen Ausfall durch Ermahnungen zur Einigkeit die Spitze abbrechen zu müssen und zu können. Die Wahrheit fand aber nicht nur in den Berathungen, sondern auch in dem Ergebniß der Vorstandswahlen ihren Ausdruck: der Standpunkt der Berliner Bezirksvereine waltet, wenn auch nicht ohne Widerspruch, so doch maßgebend in dem sogenannten „anti-sozialdemokratischen Congreß". Indessen nicht nur die falsche Flagge, unter welcher der Congreß segelt, auch die Führerschaft erregt Mißtrauen, Dr. Max Hirsch wird, wenn nicht überhaupt, so doch sicher außerhalb des Kreises seiner nächsten Parteigenossen nicht für den geeigneten Mann gelten, die an die Gründung des Congresses so siegesgewiß geknüpften Verheißungen zu erfüllen."

Soweit die „Magdeburgische Zeitung". Man sieht, daß selbst bei den Anti-Sozialisten die in Gera stattgehabte Don Quixote-Komödie großes Mißfallen erregt — es fehlten eben die Führer der anti-sozialistischen Parteien, die Lasker, die Bennigsen, die Saucken, diejenigen Männer, welche mindestens das vor dem edlen Harmoniedoktor voraus haben, daß sie nicht gleich dem Fluche der Lächerlichkeit verfallen, die, wenn auch keine Ritter St. Georg, so doch auch keine Don Quixote sind.

In der „Tonhalle" zu Gera fand der Drachenkampf statt. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen, die Sancho Polke gab, bestieg der edle Ritter Max seine Rosinante, verbeugte sich und hielt an seine, ihm leider so oft ungetreue Dulcinea von Tobosa, vulgo öffentliche Meinung, folgende Ansprache:

„Während im Osten Europas Gräuelscenen geschehen, die unserem Jahrhundert zur Schande gereichen, tobt im Innern unserer modernen Staaten ein sozialer Kampf, der alle Fortschritte der Cultur und Civilisation in Trümmer zu schlagen droht. Gegen alles Dasjenige, wofür unsere Brüder und Söhne ihr Herzblut vergossen, hat sich auf der einen Seite eine, in der Vergangenheit stehende ultramontan-reaktionäre Partei und auf der anderen Seite eine, auf einen wüsten Zukunftsstaat hinarbeitende sozialdemokratische Partei organisirt, die nichts Geringeres beabsichtigen, als unser geeintes deutsches Vaterland wieder zu zerreißen und die Fahne der Anarchie zu entfalten. Die Sozialdemokratie bildet ebensowohl einen Staat im Staat wie die ultramontane Partei. An Schlauheit und Organisation der letzteren gleich, übertrifft die Sozialdemokratie die Ultramontanen an jugendlichem Feuereifer. Nur selten zeigt die Sozialdemokratie ihre wahren Ziele. Unter dem Vorgeben: Freiheit, Bildung und materielles Wohlergehen zu erstreben, hat sie in Wirklichkeit die Aufhebung aller Familienbande, (!) aller geordneten Staatengebilde, (!) ja aller Errungenschaften der Kunst und Wissenschaft (!) im Auge. Die Sozialdemokraten sind also in Wahrheit die ärgsten Reaktionäre. Daß diese Partei so sehr erstarken konnte, ist lediglich in der Uneinigkeit und Unthätigkeit der liberalen Parteien zu suchen. Möge es diesem Congresse gelingen, die begangenen Fehler wieder gut zu machen, dann wird auch der gewünschte Erfolg, unsere civilisatorische Gesellschaftsordnung vor wüster Anarchie zu bewahren, nicht ausbleiben."

Seine ferne Dulcinea konnte dem braven Don für diese erste Heldenthat in dem Kampfe nicht danken; aus den Aeußerungen der „Magdeburgischen Zeitung" geht sogar hervor, daß ihm der Dank der Liebsten überhaupt nicht wird — desto unbändiger aber geberdeten sich die Sancho Pansa's, sie riefen: „Heil dem edlen Drachenbezwinger!" und nur einige der klügeren schnitten hinter dem Rücken des Ritters demselben allerlei höhnische Gesichter.

Erster Hieb des Don Quixote: „Aufhebung aller Familienbande — Antwort: Franz Duncker, Märchens Freund. Zweiter Hieb: „Aufhebung aller geordneten Staatengebilde" — Antwort: Hungersnoth unter deutschen Arbeitern, Gründerthum, Waldenburger Strike. Dritter Hieb: „Aufhebung aller Errungenschaften in Kunst und Wissenschaft" — Antwort: Geldsackmäcenenthum, das heutige obscöne Theater, Schlachtengemälde, bataillonsweise Aufstellung von Bismarckbüsten auf der Ausstellung zu Philadelphia, Dühringaffaire, jüngste Rede des Herrn Virchow.

Doch wir werden allzu ernst in unserer Abwehr.

Folgen wir der Drachenbekämpfung weiter.

Der edle Max legt ein fortschrittliches Programm vor. Die nationalliberalen Sanchos weigern sich, Heeresfolge zu leisten, sie wollen nicht unter einer bestimmten Fahne marschiren, sondern lediglich dem verwaschenen anti-sozialistischen Lappen folgen. Deshalb großes Geschrei unter allen übrigen Sanchos. Einige der fortschrittlichen wollen die nationalliberalen Mittödter hinauswerfen, sie besteigen schon kampfesmuthig ihre Grauchen, diese schütteln allerdings die langen Ohren, denn sie sind verständiger als ihre Herren, sie wissen, daß unter einem nationalliberalen und einem fortschrittlichen Esel gar kein Unterschied ist.

Der Tumult wird trotzdem immer größer; da besteigt Don Max zum zweiten male seine Rosinante, und unter einem tiefen Seufzer über seine ungetreue wankelmüthige Dulcinea hält er eine Beschwichtigungsrede. Die Sanchos wurden schließlich einig und rüsteten sich zum gemeinsamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Es war nämlich Mittag geworden und das Festdiner begann.

Das war ein Hauen, ein Stechen und Würgen — jeder Sancho sah in einer Geraer Bratwurst einen Sozialdemokraten und in einem Stück Kalbsbraten einen „Führer" derselben.

Der schönste Sieg wurde erfochten; der Drache war schwer verwundet, und gerührt sanken sich die Sieger mit einem „Gott sei's gelobt" — es waren auch Priester dabei — in die Arme und weinten weinselige Siegesthränen. — — —

Am anderen Tage ging's weiter fort in der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Ein Sancho war über Nacht von seinem Grauchen, das klüger war, als die Sancho's, über die Eselsstreiche des vergangenen Tages belehrt worden und rebellirte schon früh Morgens. Er wollte durchaus das Wort „anti-sozialdemokratisch" im Programm gestrichen haben, da sich unter solcher Firma doch allzu zweideutige Elemente (er meinte die Conservativen) unter das Banner des Edlen von La Mancha sammeln könnten. Doch dieser Brave wurde von seinen Mitsanchos überstimmt, denen ihre Grauchen in der Nacht keine guten Rathschläge ertheilt hatten.

Und zum drittenmal bestieg der edle Ritter von la Mancha seine Rosinante; er redete seine ewig ferne Dulcinea an, drohte mit den üblichen Schlußworten seinen Sancho's und erklärte den Drachen für todeswund; ihm vollends den Garaus will er im nächsten Jahre zu Leipzig machen.

So hat er stolz geredet und ebenso stolz ritt er nach Berlin zurück; die Sancho's stiegen auf ihre Grauchen, ein Theil folgte dem edlen Ritter, die andern zerstreuten sich.

Alle Esel im deutschen Reiche aber brüllten dreimal kräftig: I—a, I—a, I—a!

Die Motive des Sozialismus.

Ein Wort wider „christliche" Beschuldigungen von F. R.

(Fortsetzung.)

Die neue Zeit hat das Verhältniß zwischen Herr und Sclave zwar der Form nach geändert. Das Wesen ist das Gleiche geblieben, der Unterschied zwischen einst und jetzt ist, daß einst der Arbeiter von einem bestimmten Herrn vermöge bestimmten Herkommens zu bestimmter Leistung verbunden wurde, daß ein festes Personalverhältniß ihn zwang, während derselbe jetzt durch Hunger und Noth gezwungen wird, einem gesetzlich nicht Bestimmten in einer gesetzlich nicht bestimmten Ausdehnung zu frohnden.

Auf die Größe der geleisteten Frohnarbeit kommt dabei gar nichts an. Absichtlich habe ich, um Ihnen das Prinzip recht anschaulich zu machen, sowohl bei Feudal-, wie bei Kapitalherren ein dem Arbeiter günstiges Verhältniß vorausgesetzt; und zwar ein unendlich viel günstigeres, als es in Wirklichkeit vorzukommen pflegt.

Vermögen Sie danach zu begreifen, Herr Pastor, wie ein denkender Mensch, ohne von Genußsucht, Habsucht, Neid, Klassenhaß und dergleichen moralischen „Irrthümern" getrieben zu sein, sich wider die bestehende Gesellschaftsordnung erklären kann? Vermögen Sie den „empörenden Undank" zu verstehen, der oft Arbeitern vorgeworfen wird, die trotz der „besten Behandlung" von Seiten ihrer Dienstherren der sozialistischen Anschauung treu bleiben? Sehen Sie ein, daß auch die größte christliche Milde, die aufopferndste Wohlthätigkeit, so sehr wir den Menschen, der sie übt, zu achten vermögen, uns nicht bestimmen kann, Unrecht für Recht zu halten. Hören Sie, was A. Samter — ein Nichtsozialdemokrat — in seiner Soziallehre (p. 180) sagt: „Die Wohlthätigkeit ist nicht zu entbehren, aber sie ist nicht nur thatsächlich, sondern prinzipiell unzureichend. Nicht das Mitleid darf das die Welt beherrschende Prinzip werden, sondern das Recht .... ein lebensvolles Recht, das man aus der anerkannten Gleichberechtigung der Menschen wird abzuleiten vermögen, welches statt Almosen der Nächstenliebe zu geben, volle Anerkennung berechtigter Forderungen zugestehen wird." Das Bewußtsein, daß wir im Recht sind, daß mit eherner Nothwendigkeit unsere jetzige Gesellschaftsperiode dahin führt, die Armen zu Sclaven der Reichen zu machen, daß die Sclaverei früherer Zeit in ihrer ganzen Schwere, nur verhüllt und modernisirt fortbesteht, daß sie kein Wohlwollen, keine Mildthätigkeit, kein Gesetz, welches auf der heutigen Rechtsordnung basirt, sondern nur eine Aenderung der Grundlagen dieser Ordnung aufheben kann: dies Bewußtsein erzeugte den Sozialismus; und die tiefinnere Ueberzeugung, daß dies Bewußtsein ein sittliches ist, gibt uns die Kraft, über die Sie jetzt schon zitternd staunen.

Und da reden Sie von unlautern Beweggründen!

Haben Sie keine Empfindung dafür, wie tief eine solche Unterstellung das Herz jedes ehrlichen Sozialisten verletzen muß? wie empörend es auf alle die wirken wird, die Sie für einen besser unterrichteten Mann halten? Fühlen Sie nicht, daß Sie mit solchen Thesen im eigenen Fleische wühlen, und nur dahin arbeiten, daß die Menge, deren Augen sich mehr und mehr öffnen, Ihnen noch energischer als bisher den Rücken kehrt?

Wäre es nicht ein passenderes Ziel Ihres Strebens, Herr Pfarrer, wenn Sie, statt derartige Anschuldigungen zu codificiren, vielmehr einmal ernsthaft darnach forschen wollten, ob die heutigen Verhältnisse dazu angethan sind, wahre Sittlichkeit zu verbürgen? Gerade Ihnen, Sie Prediger der Religion der Liebe, der Sie die Menschen zur Sittlichkeit führen wollen, muß es darauf ankommen, zu erkennen, von welchen Bedingungen diese überhaupt abhängig ist. Ist sie wirklich so ganz unabhängig von der materiellen Lage des Menschen? Diese so ganz gleichgültig für ihr Bestehen? Manchmal scheint es, als wenn Ihre Partei das glaubte. Nach Ihrer vierten These meinen Sie uns durch „moralische Mittel" bekämpfen zu können. Soweit darunter nicht die Mittel „moralischer Ordnung" der sanften Gewalt des Staates, die Ihr Herr Amtsbruder, der Militärpastor Strack gern noch mehr gegen uns anerfern möchte, verstanden sind, können Sie nur meinen, es ließe sich durch bloße Predigt ohne Aenderung der materiellen Verhältnisse, die Gefahr des Sozialismus wirksam bekämpfen, — Das sieht ganz danach aus, als ob Sie glaubten, es gäbe in diesem an reale Verhältnisse geknüpften Leben eine Moral, die sich von allem Realen loslösen könne, und auf magische Weise ins Menschenherz einpflanzen lasse. Lassen Sie sich von Herrn Pfarrer Malthus — der ein sehr „frommer" Mann war — entgegnen: „Wenn Dürftigkeit nicht gerade Laster gebiert", sagt er (Bd. 2 S. 191 in der Uebersetzung von Hegewisch), „so lähmt sie doch jede Tugend. Die fortwährende Versuchung zu gesetzwidrigen Handlungen, mit welcher hoffnungslose Armuth zu kämpfen hat, und Ingrimm über ungerechte Satzungen in der menschlichen Gesellschaft, der in der Regel damit verbunden ist, aus Unwissenheit der eigentlichen Ursache, strebt so mächtig, das Gemüth zu versauern, das Herz zu verhärten und das Gefühl für das moralisch Schöne zu vernichten, daß, im Allgemeinen gesprochen, die Tugend aus dem ekelhaften Winkel ganz und gar wegzufliegen und nur selten wiederzukommen pflegt." — Sie werfen uns vor, Herr Pfarrer, wir gingen von einer Gleichheit der Menschen aus. Sehen Sie zu, daß dieser Vorwurf nicht auf Sie zurückfällt. H. v. Treitschke bekommt auf ähnliche Aeußerungen von dem Kathedersozialisten Schmoller folgende Antwort: „Sie nehmen an, es entspringe die heutige soziale Bewegung zu einem wesentlichen Theil nur individuellen sittlichen Verirrungen des Arbeiterstandes, die durch ein Wachrufen des Gewissens zu corrigiren seien. Sie nehmen ferner an, jeder einzelne habe ungefähr dasselbe Gewissen, der Eine, wie der Andere höre den Gott in seinem Kämmerlein. Sie gehen ferner von einer Wahlfreiheit im menschlichen Handeln und damit von einer Selbstverantwortlichkeit des einzelnen Individuums aus, die ich nicht für richtig halten kann."

Sie können aber, wenn Sie in Ihrer geistlichen Praxis Umschau halten, unschwer einsehen, daß Wahlfreiheit und sittliche Verantwortlichkeit des Individuums mindestens sehr relative Begriffe sind, und daß die materielle Lage ein oft entscheidendes Wörtchen dabei spricht.

Haben Sie in Ihrer Gemeinde noch nie die Bemerkung gemacht, daß da, wo absolutes Elend in den Familien herrscht, auch die Kinder, die Sie doch unmöglich dafür verantwortlich machen können, verkommen; daß die Kinder solcher Kinder sich meist in demselben Falle befinden? Hier kann ein Vater sein Kind nicht überwachen, weil er zu viel draußen beschäftigt ist. Sein Nachbar ist in dem gleichen Fall, hat aber die Mittel,

einen Andern dafür zu bezahlen, daß er seinen Knaben überwacht. — Wo ist die größte Wahrscheinlichkeit, daß das Kind auf Abwege geräth? Zwei Mädchen wandern zur Stadt, Arbeit zu suchen. Sie finden reichlichen Lohn z. B. als Näherinnen in zwei verschiedenen Geschäften; in der Krise fallirt das eine; und eines dieser Mädchen sitzt obdachlos und ohne Nahrung da. Beide werden seit lange von reichen Dandys umworben. Bei welchem, Herr Pfarrer, ist es wahrscheinlicher, daß es der Verführung zum Opfer fällt? Und von mehreren jungen Leuten, welcher wird wahrscheinlicher die Verführung vollbringen, der, welcher über ungezählte Summen verfügt, oder der, welcher durch seine Arbeit leben muß? Wahrscheinlicher? frage ich. Sie haben hier das Beispiel von dem frommen, auch im Unglück zufriedenen Armen bei der Hand. — Wir sagen indeß nicht: Jeden verdirbt Reichthum, und Armuth treibt Jeden zum Frevel, denn es gibt in der That noch eine Menge anderer Einflüsse, die die sittliche Tüchtigkeit des Menschen bestimmen. Aber jene sind ein Hauptmoment, welches Einfluß auf diese übt, und so wird sie immer den Durchschnitt bestimmen. Doch das wissen Sie am Ende selbst: „Armuth und Reichthum gib mir nicht". „Es ist leichter, daß ein Kameel durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher in's Himmelreich komme." Warum steht dies in Ihrem Buch der Bücher. Doch wohl nur, weil dessen Verfasser einsahen, welchen Einfluß Armuth und Reichthum auf die sittliche Persönlichkeit ausübten. —

Und nicht Armuth und Reichthum als solche sind das, was den Haupteinfluß auf die Sittlichkeit ausübt, sondern ein Faktor, den man gewöhnlich ganz zu übersehen pflegt, die oben geschilderte, durch Reichthum und Armuth bei den jetzigen Gesellschaftszuständen bedingte ökonomische Abhängigkeit des Menschen vom Menschen.

F. Schleiermacher sagt: Jedes Einzelwesen ist nur sittlich, in wiefern in ihm und von ihm aus die Vernunft überhaupt organisirt wird und symbolisirt (Philos. Sittenl. § 157) d. h. in wiefern das Individuum seine Handlungen nicht nach äußeren Rücksichten, oder äußerer Autorität, sondern nach Vernunftgründen bestimmt.

Ist dies heute prinzipiell möglich? Das Beispiel unseres oben erwähnten doch gewiß menschenfreundlichen Fabrikherrn soll es Ihnen zeigen. Jener gute Mann ist beispielsweise streng katholisch und muß natürlich der Ueberzeugung sein, daß er thun müsse, was in seinen Kräften stehe, um der alleinseligmachenden Kirche ihre Mitglieder zu erhalten. Er nimmt daher, das kann ihm Niemand wehren, nur katholische Arbeiter an, die gern und willig die Bedingung auf sich nehmen, nur katholische Zeitungen zu lesen, katholische Weiber zu nehmen u. s. w. Aber im Lauf der Zeit ändert sich das. Einer macht Bekanntschaft mit evangelischen Gedanken und findet diese vortrefflicher als die katholischen, ein zweiter liebt ein evangelisches Mädchen, ein dritter ist anderer politischer Meinung geworden, als seine katholischen Zeitungen und möchte liberal wählen, ein vierter kann sich mit der Beichte nicht ferner einverstanden erklären u. s. w. — Die Leute haben ja nun wohl die Freiheit, auszutreten, und anderswo ihren Lebensunterhalt zu finden? Theoretisch wohl! Aber praktisch — in entfernter Gegend ist wohl noch eine Fabrik, wo der Eine seine Fertigkeiten verwerthen könnte, aber wer zahlt ihm die Umzugskosten dahin? Der Andere hat sich beinah das Eigenthumsrecht an einem Hause erworben, wenn er seine Stellung aufgäbe, hätte er erst recht nicht die Möglichkeit, seine Geliebte heimzuführen, denn die Wahrscheinlichkeit, sein Besitzthum zu veräußern, ist gering; der dritte ist kränklich und sieht einem Leben voll Elend entgegen, wenn er das Anrecht an die Krankenkasse, der er seit langen Jahren angehört, aufgeben muß, der vierte denkt an Weib und Kind, die er hier gesichert hat, und die er einem ungewissen Schicksal Preis gäbe. Hat er nicht auch Pflichten gegen diese? Was hilft allen diesen Leuten nun ihre Ueberzeugung? Können sie wirklich danach leben? Sie müssen bleiben und heucheln.

Wie mancher möchte anders reden, anders wählen — aber seine Kundschaft besteht aus solchen, die seine Ansicht nicht theilen; und es ist doch natürlich, daß diese bei gleicher Leistung den Verdienst einem Solchen zuwenden, der ihre Ansicht theilt. — Mancher Beamte empfindet schwer, daß in gewissen Regionen des Beamtenthums Vieles zu wünschen übrig bleibt. Indeß, wenn er seinen Mund öffnen wollte, was stände ihm bevor? Doch zum mindesten möglichste Hintansetzung seiner Interessen. Die muß er meiden, um seiner Angehörigen willen. Und in der That, es wird vom öffentlichen Rechtsbewußtsein eine derartige Aufopferung meist zur Pflicht gemacht, und der gewissenlos gescholten, der die Freiheit seiner sittlichen Ueberzeugung über das Wohl und Wehe auch seiner Angehörigen stellt. Eine lange Stufenleiter führt von den Fällen, wo die öffentliche Meinung, casuistisch urtheilend, wie sie ist, ein Thun oder Lassen aus Rücksichtnahme auf äußere Interessen für erforderlich erklärt, bis zu den graderen Fällen, wo sie den verurtheilt, der einen äußeren Vortheil erstrebend, sich den Mächtigen beugt. Wo ist die Grenze, die anzeigte, wann jenes, wann dieses Urtheil eintreten muß? Wir sind so in diesen Verhältnissen eingelebt, daß wir die tiefe prinzipielle Unsittlichkeit kaum merken. Wir selbst, jeder von uns, Herr Pfarrer, auch Sie, wenn Sie es sich klar überlegen — ist von der Erbsünde dieser gesellschaftlichen Verhältnisse angesteckt und thut achtlos in seinem Leben unzählige Thaten, die er ohne Aufopferung besserer Ueberzeugung geschaffen, unterläßt unzählige, die er, besserer Ueberzeugung folgend, gethan hätte.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der dritten (Mittwochs-) Sitzung des preußischen Landtags wurde ein Schreiben des „Vicepräsidenten des Staatsministeriums" Camphausen verlesen, das die Beurlaubung Eulenburg's anzeigt. Anläßlich dieses Schreibens soll nun der Urlaub des Flinte-schießt-Säbel-haut-Manns mit Etlichem was drum und dran hängt in einer der nächsten Sitzungen zur Debatte gelangen. Ein charakteristischer Vorgang bildete den Schluß der Sitzung. „Abgeordneter Windthorst — wir folgen dem Bericht der „Magdeburger Zeitung" — spricht sein Bedauern darüber aus, daß wiederum Manches nicht fertig sei, was dem Hause vorgelegt werden solle. Er begreife unter diesen Umständen die Eile nicht, mit welcher das Haus einberufen sei. Besonders befremdlich erscheine es, daß die Einberufung zu einem Sonntage erfolgt sei und zwar um 11 Uhr, also zu einer Zeit, wo der Gottesdienst noch fortdauere. Ich glaube, fährt Redner mit Emphase fort, daß ein solches Vorgehen im ganzen Lande entschiedene Mißbilligung finden wird. (Rufe links: Nein, nein! Im Centrum: Ja!) Ich constatire mit Befriedigung, daß die Herren rechts von mir „Nein" gerufen haben; mit Befriedigung, weil nun das Land weiß, wie Sie denken. Ich erblicke in einem solchen Vorgehen Symptome der Auflösung, über welche von hoher Stelle so lebhaft geklagt wird. Ich hätte es mindestens für passend gehalten, daß wir an dem Tage keine Sitzung im Hause hielten. Das Herrenhaus hat keine Sitzung gehalten; wir aber sind so weit — vorgeschritten."

So der alte Fuchs. Daß er sich mit Rosenkranz und Gebetbuch genau ebenso — ehrwürdig ausnimmt, wie weiland Reineke, ist ja unzweifelhaft richtig, allein das verhindert nicht, daß er mit seinem Tadel vollkommen recht hatte. Thatsache ist: daß für den Landtag keine bedeutenden Gesetzesvorlagen ausgearbeitet sind, und die Berufung auf den Sonntag, der nach dem Gesetz ein Ruhetag sein soll, durchaus unpassend war, wenn auch nicht aus den von Windthorst vorgebrachten Gründen. Und ferner muß zugegeben werden, daß die Anspielung auf die bekannten Aeußerungen des Kaisers über die „Symptome der Auflösung" ein sehr guter Treffer und durchaus berechtigt war.

So dachte aber nicht der große Fortschrittsmann in den Rückschrittsstiefeln: der pfaffgewordene Materialist Virchow. Offenbar beneidete er seinen Collegen, den bankrouten Duncker um dessen Lorbeeren als freiwilliger Regierungscommissar (in der elsässischen Frage). Er fühlte ein unwiderstehliches Bedürfniß, auf die Bemerkungen des Abg. Windhorst zurückzukommen. „Ich (Virchow) habe nicht zu Denjenigen gehört, die „Nein" gerufen haben. Nichtsdestoweniger glaube ich dagegen protestiren zu müssen, daß Herr Windthorst auf Aeußerungen von hoher Stelle provozirte. Das widerspricht vollständig dem parlamentarischen Gebrauch, den wir bisher beobachtet haben. (Zustimmung.) Zudem wissen Sie ja, daß die Einberufung unter der Sanktion Sr. Majestät des Königs erfolgt ist."

Selbst angenommen, gegen das, was Herr Virchow hier sagt, sei an sich nichts einzuwenden, so hätte er es doch einem offiziellen Vertreter der Regierung überlassen sollen, es zu sagen, da die Rolle des parlamentarischen Polizeidieners für einen Abgeordneten, und gar ein Mitglied der Opposition, das obendrein sich für einen Vertreter des Fortschritts ausgiebt, sich sehr wenig schickt. Die Fortschrittspartei hat es förmlich darauf abgesehen, ihr Verhalten in möglichsten Gegensatz zu ihrem Namen zu bringen und allen übrigen Parteien wenigstens auf dem Gebiete der Servilität den Rang abzulaufen.

Daß die Schlußbemerkung des Herrn Virchow nur Wasser auf die Mühle Windthorst's ist, und dessen Pfeil noch tiefer ins Fleisch eindrückt, davon scheint der scharfsinnige Gelehrte Virchow keine Ahnung zu haben.

— Antisozialdemokratischer Arbeitercongreß zu Gera. Die auf dem Congreß festgestellte Liste der anwesenden Sozialistentödter zeigte nach der Zusammenstellung des Bureaus 88 Theilnehmer an, delegirt zu einem ausgesprochen politischen Zwecke von fortschrittlichen und nationalliberalen Wahl-, Reichs-, Bürger-, Gewerbe-, Bildungs-, Bezirks- 2c. Vereinen; auch ein Knappschaftsverein, der unter der direkten Controle der preußischen Regierung steht, der St. Johann-Saarbrückener, hatte seinen Beitritt erklärt. Aus Preußen, wo das Vereinsgesetz die Verbindung politischer Vereine zu gemeinsamen Zwecken verbietet, war die Mehrzahl der Herren delegirt. Kein Staatsanwalt, kein Polizeimann wird dagegen einschreiten — es sind ja Anti-Sozialdemokraten. Wir gönnen gewiß unseren Gegnern volle politische Freiheit, wir erachten die betreffende Stelle des preußischen Vereinsgesetzes für äußerst reaktionär — aber sie wird, das bestätigt uns wohl Herr Tessendorff, gegen uns mit aller Schärfe angewandt, während sie für unsere Gegner gar nicht existirt. Und das nennt man Gleichheit vor dem Gesetze. — Auf dem Congreß erhob der Schatzmeister, Herr Maurer aus Cassel, lebhafte Klagen über die mangelhaften finanziellen Verhältnisse. Sehr bezeichnend! — Es wurden folgende Arbeiter in den Ausschuß von dem antisozialdemokratischen Arbeiter-Congreß, auf welchem keine Arbeiter anwesend waren, gewählt: Doktor und Gewerkvereins-Anwalt Max Hirsch, Fabrikbesitzer Golbacker, Maschinenbauer Hugo Hamien, Fabrikbesitzer Dr. Max Weigert und Kaufmann S. Arons (Berlin), Wanderlehrer Julius Keller (Breslau), Redakteur Kutschbach (Dortmund), Rechtsanwalt Jonas (Wandsbeck), Schlächtermeister Fortmeyer (Fürth), Buchhändler Maurer (Kassel), Rechtsanwalt Müller (Gotha), Tischler Lederer (Nürnberg), Lehrer Arnold (Oschatz), Institutsvorsteher Koch (Vinneberg), Fabrikbesitzer Wiedemann (Apolda), Rechtsanwalt Georgi (Eßlingen), Prediger Sachse (Magdeburg), Maschinenbauer Sebastian (Gera), Redakteur Schloßmacher (Greiz) und Lithograph Hahn (Burg bei Magdeburg). — Betrachten wir uns die Hauptmacher dieses Ausschusses. Dr. Max Hirsch, der unfreiwillige Komiker der Fortschrittspartei; Wanderlehrer Keller, der würdige Nachfolger des Herrn Lindwurm; Kutschbach, unser braver Kutschbach, dem der Arbeiter Pfannkuch in Kassel ein Licht aufgesteckt hat; Rechtsanwalt Jonas in Wandsbeck, der sich verletzt fühlt, wenn über die Advokaten geschimpft wird, nach dem bekannten Sprichwort: „Wen's juckt, der kratzt sich"; Institutsvorsteher Koch in Pinneberg, der bis jetzt im Sozialistenkampfe immer unterlegen ist; Rechtsanwalt Georgi in Eßlingen, der bekannte Turnbruder, und Redakteur Schloßmacher in Greiz, der bei Leibe kein „grüner Junge" ist. — Das sind die Helden der Komödie; es fehlen nur noch Nathan Schlesinger, Ehren-Duncker, Bojatzky und Liesenberg (Hamburg) — doch der Ausschuß hat das Recht der Cooptation und wird nicht verfehlen, genanntes vierblätteriges Kleeblatt in seine Bruderarme zu schließen.

— Der Fall Konitzer erfährt folgendes Nachspiel. In der zu Bonn erscheinenden „Deutschen Reichszeitung" befindet sich folgende Annonce:

„An den Vorstand des Deutschen Vereins
der Rheinprovinz hier.

Nachdem der — wie es scheint, sehr dauerhafte — Vorstand mit sammt seinem Spione, dem sehr dunklen Ehrenmanne Konitzer, ein so gründliches Fiasko gemacht, glaube ich es mir selbst schuldig zu sein, aus dem Vereine, wenn gleich zu meinem großen Bedauern, auszutreten, wovon ich gefälligst Notiz zu nehmen bitte.

Bonn, den 17. Oktober 1877.

Frhr. v. Hilgers, Landrath a. D."

Herr v. Hilgers ist uns noch aus dem norddeutschen Reichstage her bekannt, dem er als Mitglied des linken Centrums (Fraktion Bockum-Dolffs) angehörte. Er war ein anständiger Mann und deshalb auch ein anständiger Gegner der politisch Andersdenkenden. Um so mehr waren wir erstaunt, ihn in den Reihen des „Deutschen Vereins", dem ein Sybel präsidirt, zu finden. In einer „patriotischen Laune" mag er in den ehlerregenden, unduldsamen Verein getreten sein, und so ist es auch zu erklären, daß er die erste beste Gelegenheit wahrgenommen hat, aus dem Vereine zu treten, und diese bot ihm der Fall Konitzer. — Was den Fall Konitzer aber selbst anbelangt, so wundern wir uns, daß über denselben soviel Aufhebens gemacht wird, daß man dieserhalb so gewaltig über den „Deutschen Reichsverein" herzieht. Wenn das des „Deutschen Reichsvereins" ganzes Verbrechen wäre, daß er einen Lumpen an seinem Busen genährt hat, so könnte man ihn wahrlich noch achten; aber die ganze Tendenz des Vereins, seine ganze Angriffsweise gegen Andersdenkende ist so perfide und niederträchtig, daß man dieserhalb den „Fall Konitzer" sehr gut begreifen und dem Vereine den „Konitzer" fast noch verzeihen könnte. Außerdem sind die Bestrebungen der nationalliberalen Partei, ist ihr Auf-

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

(Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845.)

(Fortsetzung.)

Tadeln heißt ursprünglich urtheilen, jetzt: bei Beurtheilung einer Sache, Gebrechen daran finden, und diese herausstellen, also Ausstellungen machen.

Ich kann nicht finden, daß Wander die Censur selbst und überhaupt, noch auch, daß er eine besondere einzelne Censurmaßnahme als ein Gebrechen bezeichnet hätte. Er sagt nur, daß die Censur-Instruktionen rasch wechseln, wie man eine Hand umdrehe. Diesen raschen Wechsel bezeichnet er weder lobend noch tadelnd. Dennoch kann allein in diesen Worten der Grund der Denunziation gefunden werden; und es entsteht die Frage, ob der behauptete rasche Wechsel schon an und für sich ein Gebrechen der Censur ist, dessen bloße Nennung als eine Frechheit, eine Unehrerbietigkeit angesehen werden muß.

Die Behauptung rascher Aufeinanderfolge amtlicher Instruktionen ist an und für sich gar kein Tadel; und noch weniger ist es einer in Beziehung auf die Censur. Die Censur hat es zum großen Theil mit Zeitschriften zu thun, also mit Tagesereignissen, Tagesmeinungen, Tagesgesprächen. Sie hat von der sie dirigirenden Politik die Aufgabe, auf die Tagesmeinung einzuwirken, hemmend, besänftigend, fördernd, oder gehen lassend. Je nachdem also die öffentliche Meinung über einen Gegenstand des Tagesgesprächs geleitet werden soll, müssen die Instruktionen wechseln. Da die Zeit von Tag zu Tag neue Ereignisse bringt, so kann es geschehen, daß auch mit jedem Tag neue Instruktionen gegeben werden müssen, und ihnen gemäß der Censor einen Gegenstand der Besprechung heute noch freiläßt, welche ihm morgen eine neue Instruktion momentan oder gänzlich ihr zu entziehen anweist. Rascher Wechsel ihrer Instruktionen ist für die Censur also nicht nur kein Gebrechen, sondern eine ihrem Wesen entsprechende Eigenheit. Demjenigen, welchem weder das Wesen der Censur klar ist, noch die eben herrschenden, sie leitenden politischen Regierungsansichten bekannt sind, kann bei solchen Vorkommnissen, wenn er nur den Censor im Auge hat, dessen heutiges Verfahren allerdings mit dem gestrigen in Widerspruch zu stehen scheinen. Aber er kann, daß er diese Erscheinung bemerkt habe, ungehindert aussprechen, denn die bloße Mittheilung dieser Bemerkung enthält noch keineswegs die Erklärung, daß das Wahrgenommene ein Gebrechen sei.

Wander thut nun eben auch nichts weiter, als daß er eine Wahrnehmung mittheilt. Er führt, ohne ein Urtheil darüber zu fällen, ein reines Faktum an und nennt, weil zwischen der ersten zugelassenen Besprechung und der versuchten, aber verhinderten zweiten nur ein Zeitraum von 8 Tagen verflossen war, die Aenderung der Instruktionen eine sehr rasche. Daß er die Erscheinung aus dem Wechsel der Instruktionen hervorgegangen annimmt, und nicht aus der Willkürlichkeit oder der Laune des Censors beweist, daß er dem Handhaber der Censur weder Willkür noch Laune, sondern richtiges Verständniß und strenges Festhalten der ihm gegebenen Vorschriften zutraut. Nur, wenn das von Wander behauptete Faktum unwahr und wider sein besseres Wissen von ihm erfunden wäre, könnte man eine Beschuldigung gegen ihn daraus machen, weil eine solche Erfindung eine Verleumdung sein könnte. Das von Wander erwähnte Faktum ist aber wirklich wahr, worüber nöthigenfalls die Redaktionen der beiden bezeichneten Zeitungen Auskunft geben können. Ebenso könnte eine Eigenschaft der Censur, welche kein Gebrechen ist, von Wander falsch beurtheilt und als ein Gebrechen dargestellt worden sein, ohne daß man mehr als eben ein unrichtiges Urtheil darin finden dürfte. Eine Beschuldigung könnte man ihm nur dann daraus machen, wenn bewiesen würde, daß Wander zwar ein anderes Urtheil gehabt, aber absichtlich und wider besseres Wissen das, was keins ist, als ein Gebrechen dargestellt hätte, nur um Unzufriedenheit gegen diese Eigenschaft zu erregen. Dieser Beweis ist nicht nur nicht geführt, sondern, da Wander den raschen Wechsel der Censurinstruktionen blos anmerkt, ohne ihn als ein Gebrechen zu bezeichnen, so ist ein Tadel der Censurgesetze gar nicht vorhanden. Die Worte „wie man eine Hand umdreht" enthalten nur eine populäre Bezeichnung der Schnelligkeit, ohne eine tadelnde Eigenschaft mit sich zu führen. Wie man eine Hand umdreht ist man roth und todt.

Dabei ist nicht zu vergessen, daß die Erkennung eines Gebrechens an einer Sache, eine Ausstellung daran, nicht schon an und für sich strafbar ist, sondern nur eine mit frechen, unehrerbietigen Worten ausgesprochene. Wenn nun die Worte „wie man eine Hand umdreht" zwar auch kein Lob enthalten, so enthalten sie deshalb doch auch keinen Tadel; und, wenn sie Tadel enthielten, so wäre er doch weder „frech" noch „unehrerbietig". Stieber scheint aber schon die Abwesenheit des räuchernden Lobes für eine Unehrerbietigkeit anzusehen.

In der Stelle des Vortrags, in welcher Wander zur Abwendung des Vorwurfs revolutionärer Reden das Wort „revolutionär" ausdeutet, und dessen Auffassung im Sinne des Jahres 1789 in Beziehung auf den Hirschberger Gewerbeverein ohne Rückhalt für eine Dummheit erklärt, kitzelt es ihn, diese Dummheit zu verspotten. Eine Revolution, meint er ironisch, lasse sich eben so mir nichts dir nichts nicht zusammenbrauen. Insbesondere die Hirschberger könnten die Furcht davon ablegen; denn noch sei nach Hensel's Hirschberger Chronik eine Revolution hier nicht vorgekommen, und werde auch wohl künftig keine vorkommen. Auch wüßten sie ja aus ihrem Wochenblatte, dem „Boten aus dem Riesengebirge", fährt er fort, die Revolutionen würden nie von den Bürgern, sondern von schlechten Regierungen gemacht. Eine gute Regierung, sagt er nach einigen Zwischensätzen weiter unten, habe ihre Bürger nie zu fürchten.

Stieber meint, daß diese Stelle „die Staatsregierung als die Ursache der mancherlei verbrecherischen Bestrebungen zu verdächtigen suche, welche in neuerer Zeit hervorgetreten sind." Auf diese wunderbare Ansicht von dem Inhalt der Rede konnte nur Stieber kommen, von dessen entsetzlicher Logik wir schon so viele vortreffliche Proben gesehen haben. Unbedenklich muß die Begründung seines Urtheils in den beiden Sätzen gesucht werden: Die Revolutionen würden von den schlechten Regierungen, nicht von den Bürgern gemacht, und: eine gute Regierung habe ihre Bürger nicht zu fürchten. Von beiden Sätzen ist nur der eine: eine gute Regierung habe ihre Bürger nicht zu fürchten, Wander's angenommenes Eigenthum. Den andern: die Revolutionen

treten derart, daß derselben immer die Konitzer an den Rockschößen baumeln werden.

Die Austrittserklärungen aus dem „Deutschen Verein" wegen der Konitzer-Affaire mehren sich übrigens. Der Bürgermeister von Siegburg, ein dortiger Arzt und ein dortiger Advokat sind ausgetreten. Herrn v. Sybel's langes Gesicht soll dieserhalb um einige Zoll länger geworden sein — gönnen wir's ihm.

— Eine eigenthümliche Zwangsvollstreckung. In Pforzheim, wo durch die schon jahrelang darniederliegende Goldwaarenfabrikation der Krach kein Ende nehmen will, sind Zwangsvollstreckungen durchaus nichts Seltenes; dessenungeachtet macht eine in letzter Zeit vollzogene, allerdings einzig dastehende Pfändung viel von sich reden. Ein von seiner Frau schon längere Zeit getrennt lebender Mann hatte für ein aus der Ehe entsprossenes Kind, das die Mutter bei sich behielt, das Kostgeld zu bezahlen, auch wurden ihm die Rechnungen für Kleidungsstücke des Kindes, sowie für Medikamente u. s. w. zur Zahlung vorgelegt. Der Vater verlangte die Ausfolgung des Kindes, wenn er doch alle Verpflegungskosten tragen solle, was ihm aber von der Mutter verweigert wurde. Um zu seinem Recht zu gelangen, machte er eine Klage auf 6000 Mark Entschädigung oder Herausgabe des Kindes gegen seine Frau anhängig. Letztere, die Enkelin eines reichen liberalen Fabrikanten, konnte sich nicht zu einer Geldentschädigung entschließen und so wurde das etwa dreijährige Knäblein vom Gerichtsvollzieher gepfändet und dem Vater zur Verfügung gestellt. Diese liberale Gesellschaft will mit der Heiligkeit der Familie prahlen. Schöne Heiligkeit, wenn eine vermögende Mutter, bezw. reicher Großvater, sich das eigene Kind lieber auspfänden läßt, als dasselbe aus eigenen Mitteln zu ernähren. Dieser Gesellschaft mit ihrer heiligen Ehe, Familie, Vaterland und wie die Heiligthümer alle heißen, ist ja nichts, gar nichts heilig, als ihr Geldbeutel.

— Ein merkwürdiges Erkenntniß. In der eingegangenen „Magdeburger Volkszeitung" erschien zur Zeit der Reichstagswahl eine Notiz, in welcher gesagt wurde, daß ein Magdeburger Hoflieferant — ein Name wurde nicht genannt — aus Versehen den sozialistischen Candidaten Bracke gewählt habe. Ob dieser Notiz fühlte sich ein Magdeburger — bekannter Hoflieferant beleidigt — er brachte zwei Zeugen, welche beschworen, daß nach ihrer Meinung unter dem Hoflieferanten in der „Volkszeitung" nur der Kläger gemeint sein könne, und das Gericht verurtheilte den Redakteur der „Magdeburger Volksz.", welcher sich im Termine weigerte, den Einsender der Notiz zu nennen, zu einer Woche Gefängniß, da der Herr Hoflieferant durch die Behauptung, er habe Bracke gewählt, schwer beleidigt sei, daß die Notiz geeignet, ihn in dem Ansehen seiner Mitbürger herabzuwürdigen. — Appellation ist eingelegt. Wir sind äußerst neugierig auf den Ausgang dieses Prozesses.

— Die Annahme des schweizerischen Fabrikgesetzes durch das Volk hat in allen Arbeiterkreisen die freudigste Bewegung hervorgerufen. Und es ist auch Grund genug dazu vorhanden, denn das Gesetz stellt den 11stündigen Normalarbeitstag fest, setzt also der unbeschränkten Anspannung der Arbeitskraft seitens der Arbeitgeber bestimmte Grenzen, die nur in Ausnahmefällen überschritten werden dürfen; das Gesetz schränkt ferner die Frauen- und Kinderarbeit ein und stellt die Fabriken und Werkstätten unter sanitätspolizeiliche Controle — lauter Bestimmungen, welche den Arbeitern sehr zu statten kommen werden. Doch hören wir, wie unser Schweizer Parteiorgan, die „Tagwacht" sich über den Sieg der Arbeit über das Kapital ausläßt:

„Die erbärmlichen Machinationen der Gegner haben von der Mehrheit des Schweizervolkes eine Zurückweisung erfahren! — Der Kampf war schwer — aber unsere Agitation hat ihre Früchte getragen — wir haben ein Recht, uns des Sieges zu freuen. Das Votum vom 21. Oktober ist ebenso eine Ehre für die Republik, wie ein Preis für unsere Anstrengungen. Das Schweizervolk hat gezeigt, daß es im Staate den Vater sieht, der seine vernachlässigten Kinder schützen soll, daß die Republik das hohe Richteramt ausübt, vermittelst dessen sie der kapitalistischen Ausbeutung zuruft: Bis hierher und nicht weiter! Das Schweizervolk hat durch sein Votum der demokratischen Republik einen Denkstein gesetzt in den Herzen aller Unterdrückten und Enterbten — einen Eckstein, der für die Unabhängigkeit unserer Schweiz in den Herzen der Völker eine stärkere Schutzwehr schafft, als alle Bajonette und Kanonen! Aber die Volksabstimmung vom 21. Oktober hat auch gezeigt, daß der Appell an die edlern Gefühle des Volkes im Schweizervolke Boden findet, daß jede wahrhafte Volks-Agitation ihre guten Früchte trägt und daß wir daher auf dem eingeschlagenen Wege fest und energisch weiterzugehen haben. Das eidgenössische Fabrikgesetz ist der erste Schritt zur weiteren sozialen Befreiung. Mit harter, schwerer Arbeit ist die erste Position erobert worden. Unsere Kräfte sind in diesem Kampfe angestrengt, aber sie sind auch gestählt worden. Der Erfolg berechtigt uns nicht zum Ausruhen — er verpflichtet uns zu weiteren Anstrengungen! Unterbrochene Arbeiten sind wieder aufzunehmen und auf dem Boden des Errungenen ist rüstig weiter zu arbeiten. Die Gegner des Gesetzes werden noch ihre Minen springen lassen, um die Ausführung desselben illusorisch zu machen.

Arbeit ist noch in Hülle und Fülle da!

Es lebe die sozialdemokratische Agitation!"

Jawohl, „Arbeit ist noch in Hülle und Fülle da", denn daß die Arbeitgeber das Gesetz zu umgehen trachten werden, unterliegt keinem Zweifel. Es wird seitens der Arbeiter einer strengen Aufsicht bedürfen, damit die Gesetzesbestimmungen auch eingehalten werden; um das aber zu können, bedarf es einer guten und weitverzweigten Organisation, welche in der Schweiz nur zum Theil vorhanden ist. Alle Anstrengungen unsrer Schweizer Genossen werden sich daher auf die Ausbreitung und Stärkung des Arbeiterbundes zu richten haben.

— Die Lage in Frankreich. Um das fatale Geständniß zu vermeiden, daß sie sich gründlich geirrt haben, verbreiten gewisse Phantasie-Politiker und -Zeitungsschreiber, der „Sieg" der „Republikaner" vom 14. d. habe die Situation so „gespannt" gemacht, daß ein friedlicher Ausgleich gar nicht mehr möglich sei. Gut phantasirt das. Erstens ist der „Sieg" der „Republikaner" ein sehr problematischer, und zweitens ist die Situation nichts weniger als „gespannt", sondern im Gegentheil der „Compromiß" bereits im vollsten Gang. Daß es dabei „Opfer" giebt, und zwar rechts und links, versteht sich von selbst, ebenso wie es sich von selbst versteht, daß die „Opfer" krampfhafte Versuche machen, sich selbst und das Publikum über ihre unbeneidenswerthe Situation zu täuschen.

— Auch ein „Kulturkampf". Während das „erbfreundliche" Rußland sich nach Außen hin nun schon seit mehreren Monaten vergeblich abmüht, die störrischen Türken durch Mord und Brand zu „humanisiren" und zu „civilisiren", versäumt es auch nach Innen nicht, seiner „Kulturmission" gerecht zu werden, d. h. alle Kulturbestrebungen, welche nicht von „Väterchens" dritter Abtheilung gleichsam legalisirt sind, werden auf das grausamste verfolgt und darniederzuhalten versucht. So verlautet jetzt, daß am 30. Oktober in Petersburg ein großer Prozeß gegen die der revolutionären Propaganda in Rußland Angeklagten beginnen werde. Nach dem Umfange desselben werde es vielleicht die größte Verhandlung Rußlands, wenn nicht Europas werden. Auf der Anklagebank befinden sich 196 junge Leute, von der Procuratur sind 472 Zeugen aufgerufen, von der Vertheidigung 150. Die Voruntersuchung umfaßt 200 Bände, die Anklageakte 300 Druckseiten. Die Staatsanwaltschaft und die Vertheidigung bieten ihre besten Kräfte auf.

Man behalte im Auge, daß es sich bei diesen mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederholenden Prozessen gegen die „revolutionäre Propaganda" fast ausnahmslos um die Verbreitung von Schriften sozialistischen Inhalts handelt, welches „Verbrechen" mit „Sibirien" und langjähriger Kerkerhaft bestraft wird. Und dieses Rußland, welches nach Innen jede Opposition barbarisch verfolgt, soll im Stande sein, nach Außen Humanität und Civilisation zu verbreiten?

— Nach russischen Berichten wäre ein Winterfeldzug beschlossene Sache. Ob der Beschluß sich, angesichts der klimatischen Hindernisse und der unbezwungenen türkischen Festungen und Heerlager, wird durchführen lassen, ist freilich eine andere Frage. Von erfahrenen Militärs wird eine Ueberwinterung in Bulgarien, außer im Falle der Erstürmung Plewnas und der vollständigen Niederwerfung der Armee Suleiman Pascha's, einfach für unmöglich gehalten. Und daß eins dieser beiden Ereignisse vor Winter, ja daß es überhaupt eintreten werde, dazu ist vorderhand auch nicht die mindeste Aussicht. Wie aus den Mittheilungen eines englischen Correspondenten in Plewna erhellt, hat Osman Pascha seine von Natur schon außerordentlich starke Position nach dem verunglückten Sturm vom vorigen Monat durch ein neues System von Redouten noch derartig befestigt, daß sie für nahezu uneinnehmbar gelten und wohl nur durch Aushungerung bewältigt werden kann. Mit der Aushungerung aber hat es gute Wege, da die Verbindungen zwischen Plewna und Sofia ganz offen sind.

Gegen Suleiman Pascha scheinen die Russen offensiv vorgehen zu wollen. Indeß ist aus den bezüglichen Depeschen nicht klug zu werden. Das Wetter hat sich in Bulgarien gebessert und die Wege sind wieder ziemlich gangbar, so daß militärische Feldoperationen in größerem Stil möglich wären. Ob aber die Russen über genügende Streitkräfte verfügen?

Die blutige Schlappe, welche die Rumänen am 19. d. erlitten (die Verluste sollen das Vierfache der offiziellen Angabe betragen), hat das Kriegsfieber in Bukarest, wenn nicht kurirt, doch stark gemindert. Die Herren Rumänen fangen an zu begreifen, daß sie nichts zu gewinnen, blos zu verlieren haben, und von den Russen nur als Kanonenfutter benutzt und zum Dank mit Fußtritten regalirt werden. Freilich, das hätten sich die unglücklichen Gerngroße vor sechs Monaten sagen sollen.

Einen kaum geringeren Schreck hat die Niederlage der Rumänen in Belgrad verursacht; das Barometer steht zur Abwechselung wieder auf „Friede".

In Asien suchen die Russen ihren Sieg vom 15. d. nach Kräften auszunutzen, die Türken ihre Niederlage nach Kräften wieder gut zu machen. Mukhtar Pascha hat mit den geretteten Theilen seiner Armee eine feste Stellung bezogen und erwartet Verstärkungen und die Russen an demselben Punkte (bei Zwin), wo er im vorigen Sommer den bis dahin siegreichen Russen Halt gebot und die Wende des Feldzugs herbeiführte.

— Wie wir aus den amerikanischen Parteiorganen ersehen, haben sich unsere Genossen in den Vereinigten Staaten an den Staaten- und Gemeindewahlen des laufenden Monats — der in Amerika ja der allgemeine Wahlmonat ist — mit großem Eifer betheiligt und dabei Resultate erzielt, welche der Partei den besten Beweis liefern, daß sie jetzt auf dem richtigen Weg ist, und ihr ein mächtiger Sporn sein wird, auf diesem Wege weiter zu wandeln. Der geradezu kolossale Aufschwung, den seit einigen Monaten unsere Presse in den Vereinigten Staaten genommen hat, zeigt, welch trefflicher Boden dort für den Sozialismus ist, und wie wirksam die Krisis für uns gearbeitet hat.

— Das „Bulletin" der Juraffer Anarchisten vom 20. d. Mts. bemängelt unsere Aufklärungen über den Wortlaut des Genter Congreß-Beschlusses betr. das Eigenthum an Grund und Boden (S. „Vorwärts" vom 10. d.). Es behauptet, daß die Version: „l'Etat ou la Commune" wirklich verlesen und in dieser Gestalt auch angenommen worden sei. Wir haben die Möglichkeit, daß es so gewesen sein könne, nicht bestritten, und nur unsere Zweifel ausgesprochen, mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß, falls dem so sei, die incorrekte französische Uebersetzung „auf einen in der Eile begangenen Redaktionsschnitzer zurückzuführen wäre." Wir haben dies einfach zu wiederholen und halten jedes Wort unserer Notiz vom 10. d. M. aufrecht.

Leider ist ein authentisches Congreßprotokoll nicht veröffentlicht worden; sonst hätte diese incorrekte und unlogische Version überhaupt nicht in Cours kommen können.

Wenn das „Bulletin" am Schluß seiner angeblichen Berichtigung meint, wir hätten die unser Verhältniß zu den Anarchisten betreffende Resolution des Genter Congresses vor dem 10. Oktober nicht respektirt, so richtet es damit gegen uns eine Anklage, die jeder Begründung entbehrt. Der von uns veröffentlichte Congreßbericht war, wenn auch nicht unparteiisch, doch durchaus wahrheitsgetreu, und, wenn auch nicht schmeichelhaft für die „Anarchisten", doch frei von jeder ehrenkränkenden Beschuldigung oder Insinuation. Unser späterer Artikel über den Congreß war von dem brüderlichsten Geiste diktirt. Oder hätten wir, um unseren Respekt vor jener Resolution zu beweisen, mit „Fälschung" und ähnlichen Liebenswürdigkeiten um uns werfen müssen, wie das „Bulletin" es gegen uns gethan hat?

— Der Redakteur unseres Parteiorgans in Halberstadt („Halberstädter Freie Presse"), August Kruhl, ist wegen dreier inkriminirter Artikel am letzten Dienstag zu 8 Monaten Gefängniß verurtheilt worden; der Verleger war mitangeklagt und wurde zu 10 Tagen Gefängniß verurtheilt. Appellation ist eingelegt worden.

Correspondenzen.

Dresden, 20. Oktober. Der „Vorwärts" hat über den sächsischen Gemeindetag bereits in Kürze berichtet. Nachzutragen wäre aber doch noch, daß auf dem Gemeindetag auch Sozialisten erschienen waren, und zwar nicht zur sonderlichen Freude der übrigen, aus allerlei politischen Schattirungen zusammengesetzten Gemeindevertreter, die sich zuweilen eine derbe Zurechtweisung gefallen lassen mußten. So hatte z. B. der inzwischen zum besoldeten Stadtrath von Leipzig avancirte Bürgermeister Ludwig-Wolf aus Großenhain bei Gelegenheit der Berathung über die zweckmäßigste Einschränkung des Schankbetriebes die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, daß die Sozialdemokratie zum großen Theil an dem Laster des Schnapstrinkens Schuld trage, denn der Schnapsconsum sei mit den immer steigenden (!) Löhnen gewachsen; die letzteren aber rührten allein von dem Wachsen der Ansprüche, der Genuß- und Vergnügungssucht der „niederen Klassen" her und jene ihrerseits würden wieder nur durch die Irrlehren der Sozialdemokratie erzeugt. Die verderbliche Lehre des Sozialismus sei es, die dadurch, daß sie Männer, ja wo möglich auch noch die Weiber in den Strudel der Parteiagitation, in Vereine, Versammlungen, kurz in's öffentliche Leben reiße, das geheiligte Familienleben mit frevler Hand zerstöre und das Wirthshauslaufen und Schnapssaufen fördere. Die Pest des Schnapstrinkens könne also erst mit dem Sozialismus aus der Welt geschafft werden, und da letzteres leider nicht so ohne Weiteres angehe, beantrage er einstweilen, daß die Regierung das sogenannte „Vergläsern" des Schnapses verbiete und den Verkauf erst von einem Liter an aufwärts gestatte.

So albern dieser Ausfall gegen die Sozialdemokratie auch war, so enthielt er doch viel zu viel Injurien, als daß er mit Stillschweigen hingenommen werden konnte. Es erhob sich unser Genosse Mehlhorn aus Crimmitschau, um dem superklugen Herrn Stadtrath Ludwig-Wolf den Nachweis zu liefern, daß er in's Blaue hineingeredet habe. Gerade der Schnapstrunk, so entgegnete Mehlhorn, sei so recht ein Produkt der durch und durch elenden und faulen Zustände von heute, jener Zustände, welche der Sozialismus gründlich zu beseitigen strebe. Nicht je besser, sondern vielmehr je schlechter die Löhne, die Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes seien, desto mehr werde Schnaps getrunken, weil sich da der arme Arbeiter für seine wenigen Pfennige einen besseren Genuß nicht verschaffen könne. Er, dem das Bier zu theuer, trage eben seinen Dreier in die Branntweinkneipe, um sich eine kleine Stärkung zu verschaffen. Und wie viele verachtete Schnapsfäufer hätten sich anfänglich nur betrunken, um auf eine Zeit das ganze Elend ihrer Lage zu vergessen! Solche Zustände aber könnten nicht durch kleinliche Mittelchen, durch den ewigen Polizeiknüppel beseitigt werden, dazu bedürfe es mehr, nämlich die Beseitigung der Ursachen des zu Tage tretenden Schadens, eine Radikalkur, und eben diese

---

würden durch die schlechten Regierungen, und nicht von Bürgern gemacht, führt er ausdrücklich als eine Aeußerung des hiesigen Wochenblattes an, ohne sie irgend wie als die seinige zu adoptiren. Der Zusammenhang der Rede ergiebt überdies deutlich genug, daß die Anführung dieser Aeußerung nur eine scherzhafte ist. Würde aber die in diesem letztern Satz ausgesprochene Meinung auch von Wander völlig getheilt, so ist sie, abgesehen von ihrer vielfachen Verbreitung, hier doch nur ganz allgemein und ohne alle Beziehung auf die preußische, auf unsere Regierung ausgesprochen. Nähme man aber eine solche nicht vorhandene Beziehung auf unsere Staatsregierung als wirklich vorhanden an, so würde grade das Gegentheil von dem damit gesagt sein, was Stieber herausgefunden hat. (Forts. folgt.)

— Die Abschaffung der Todesstrafe ist ein Gebot der Humanität, politischen Motiven aber und dem Umstande, daß die Humanität der heutigen Gesellschaft nur dem Namen nach bekannt ist, ist es zuzuschreiben, daß die Todesstrafe in den meisten Staaten fortbesteht. So wurde erst dieser Tage in dem „Staate" Hamburg die Todesstrafe an einem Raubmörder vollstreckt, trotzdem der Verurtheilte in einem Gnadengesuch an den Senat die tiefste Reue über seine That an den Tag legte. Das Gnadengesuch lautet: „Hoher Senat! Durch Urtheil des Geschworenengerichts vom 12. Juli d. J. zum Tode verurtheilt, flehe ich den hohen Senat hiermit um Gnade an. Ich betheure nochmals, daß ich an jenem schrecklichen Abend, an dem mein Geist umnachtet war — nicht die Absicht gehabt habe, der Frau Hegemann das Leben zu nehmen, meine Absicht ist, — wie ich feierlichst versichere — nur dahin gegangen, sie zu betäuben und für den Augenblick unschädlich zu machen. — Meine Reue über das Geschehene ist unendlich, und ich versichere hoch und theuer, daß mein zukünftiges Leben — wenn der hohe Senat mir Gnade schenkt — der Reue und Buße gewidmet sein soll. — Die Gnade des hohen Senats, die schon so Manchem zu Theil geworden ist — rufe auch ich mit dem vollen Vertrauen an, daß der allmächtige Gott — wie er selbst gnädig und barmherzig ist, auch die Herzen derer zur Barmherzigkeit lenken werde, die über mein Leben zu entscheiden haben. So bitte ich denn: Ein hoher Senat wolle im Wege der Gnade die gegen mich erkannte Todesstrafe in eine Zuchthausstrafe verwandeln, deren Dauer ich ganz dem hohen Senat anheim gebe. — Eines hohen Senats Unterthänigster p. p. Hamburg, im September 1877." — Wir fragen: Gebot hier nicht die Humanität, dem Verurtheilten die Möglichkeit zu bieten, dermaleinst wieder ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft zu werden? Und war der Senat so gewiß, daß das „abschreckende Beispiel" der Todesstrafe in Zukunft Morde verhüten würde?

— Zur Charakteristik der Fortschrittspartei dient folgendes Ereigniß, welches sich nach dem Berichte des Berliner „Börsen-Couriers" auf der Generalversammlung der Thüringer Bank zugetragen hat. Dort behauptete nämlich der Assessor Löwenfeld, es seien Akten, deren Kenntniß und deren Besitz nur dem früheren Aufsichtsraths-Vorsitzenden, Commerzienrath Hornung gebührte, in Privatbesitz gekommen. Aus der Versammlung wurde die Frage gestellt, wer auf so illegale Weise eine derartige Handlung hätte ausführen können, und vom Vorstandstische her wurde Herr Dr. Zimmermann, Landtags- und Reichstags-Abgeordneter, auch Berliner Stadtverordneter, als diese Persönlichkeit genannt. Der Genannte bezeichnete diese Behauptung zuerst als eine „Lüge", gab aber schließlich zu, er hätte allerdings gewisse Auszüge aus den Conten der Bank erhalten. Das gab denn einen starken Tumult, es wurden Herrn Dr. Zimmermann noch mancherlei Privatangelegenheiten vorgehalten, sogar der Antrag gestellt, Herrn Dr. Zimmermann von der Versammlung auszuschließen, welcher Antrag jedoch abgelehnt wurde! Und solch' ein Herr gilt als die Zierde der Fortschrittspartei, ist der Besten Einer und würdig, das Volk in den verschiedensten Körperschaften zu vertreten! Darf man sich denn nun noch wundern, wenn sich auch die ehrlichen Bürger allmählich immer mehr von dem Liberalismus abwenden?

— Eine Erinnerung. Oliver Cromwell war ein kluger Mann; er kannte die Menschen und wußte u. A. den Werth öffentlicher Kundgebungen richtig zu würdigen. Alle „Huldigungen" waren ihm deshalb in den Tod hinein verhaßt. Als er nach glücklicher Beendigung des irischen Feldzugs in England landete, wurde ihm in irgend einer Stadt, wenn wir nicht irren in Bristol, ein großartiger Empfang bereitet. Im Triumph zog das siegreiche Puritanerheer durch die jauchzenden Massen; voran ritt schweigend Oliver Cromwell, neben ihm Fairfax. Dieser äußerte seine Freude über das großartige Schauspiel und meinte, es sei ein glänzender Beweis der Popularität. „Freund," antwortete Cromwell trocken, „glaube mir: wenn ich gehängt würde, wäre der Andrang der Schaulustigen noch größer." —

sei seine Partei willens an dem siechen Leibe der heutigen Gesellschaft und des heutigen Staates auszuführen.

In ähnlichem Sinne sprach sich Genosse Hoch aus Niederplanitz aus. Köstlich war es anzusehen, welche verdutzten Gesichter die würdigen Gemeindevertreter ob solcher Entgegnung machten. Damit aber nicht genug, brachten die sozialistischen Gemeindevertreter, deren sich drei auf dem Gemeindetage befanden, noch folgenden Antrag ein:

„Geehrter Gemeindetag wolle beschließen: Bei der Landesregierung sei dahin zu wirken, daß 1) alle Arbeiter, namentlich auch die Bergarbeiter, mit ihren Kassen unter das Hilfskassengesetz gestellt werden, da namentlich die Knappschaftskassen der Bergarbeiter ihrem wahren Zwecke nicht entsprechen; 2) für den Bergbau ein strengeres Haftpflichtgesetz eingeführt werde, da die jetzigen auf den Bergbau bezüglichen Bestimmungen nur wenig oder gar nichts nützen. — Mündliche Motivirung vorbehalten. — David Heinrich Hoch in Niederplanitz. Friedrich Edelmann in Oberplanitz. Unterstützt durch Ludwig Mehlhorn in Crimmitschau."

Leider kam der Antrag wegen eines Formfehlers nicht mehr zur Berathung; das wird aber die Antragsteller nicht hindern, ihn auf dem nächstjährigen Gemeindetage wieder einzubringen.

Das war's, was ich über den Gemeindetag noch sagen wollte.

Greiz, 19. Oktober. Am 17. Oktober fand hierselbst eine von circa 1000 Mann besuchte Volksversammlung statt, in welcher Herr Reichstagsabgeordneter W. Hasenclever über das Thema: „Der Stand der Arbeiter gegenüber der heutigen Industrie" referirte. Doch bevor Herr Hasenclever sein Referat begann, nahm er Gelegenheit, eines Tags zuvor erschienenen Leitartikels der hiesigen „Greizer Zeitung" zu erwähnen. Der Artikel war überschrieben: „Herr Hasenclever z. fr. Er." und enthielt zwei Briefe von Arbeitern, in denen der Sozialdemokratie abgeschworen wurde. Der Redakteur der „Greizer Zeitung", ein gewisser Schloßmacher, fragt darin naiv, ob es Herrn Hasenclever gelingen wird, durch seine „Phrasen" die Arbeiter von dem Abfall von der Sozialdemokratie abzuhalten. Herr Hasenclever übersetzte das über dem Leitartikel befindliche dunkle „z. fr. Er." mit: „zur fröhlichen Erwiderung", und diese fröhliche Erwiderung war denn auch derart, daß Herr Schloßmacher sich künftig wohl zweimal besinnen wird, derartige Artikel zu schreiben. Den 1¼stündigen Vortrag selbst nahm die Versammlung mit dem größten Beifall auf. Nach Beendigung des Vortrags forderte der Vorsitzende Treuter die etwaigen Gegner auf, sich zum Worte zu melden, aber Niemand ergriff das Wort, selbst der anwesende Redakteur Schloßmacher nicht, der seine Kauwerkzeuge in diesem Augenblick gerade an einer dampfenden Bratwurst erprobte. Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution an: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten völlig einverstanden, und verspricht, trotz der vielen Verleumdungen und Schmähungen der hiesigen liberalen Presse, die Bestrebungen der Sozialdemokratie auch fernerhin in Greiz mit allen Kräften fördern zu wollen." Fr. Tr.

Darmstadt, 23. Oktober. (Berichtigung.) Der in der letzten Sonntagsnummer des „Vorwärts" enthaltene Artikel über die Darmstädter Communalverhältnisse enthält insofern eine Unrichtigkeit, als für das 10. mittelrheinische Turnfest nicht 5000, sondern blos 1500 Mrk. bewilligt wurden. Dies zur Steuer der Wahrheit.

NB. Daß Herr Bürgermeister Ohly in der betr. Sitzung, wo die 10,000 Mrk. für das Kaiserfest bewilligt wurden, nicht anwesend, sondern erkrankt war, thut nichts zur Sache, er war doch Derjenige, welcher vorher den Vorschlag gemacht, der durch die Commission ausgeführt wurde.

Heilbronn, 10. Oktober. Der Verlauf einer von uns arrangirten allgemeinen Arbeiter-Herbstpartie hat unsere kühnsten Erwartungen übertroffen. Es war ein großes und ein schönes Arbeiterfest, das wir letzten Sonntag feierten. Der Festzug besonders wird uns auf lange Zeit eine freudige Erinnerung bleiben. Zwischen 150 und 200 Mann marschirten „stramm" hinter der rothen Fahne drein, die zum ersten Male durch Heilbronn getragen wurde. Eine dunkle Ahnung von der Denkwürdigkeit dieses Ereignisses schien in die Massen gedrungen: Alles wollte den Zug sehen, als derselbe die Hauptstraßen berührte, da bildeten die Massen ein regelrechtes Spalier. Selbst unsere Bourgeoisie vergaß vor lauter Neugierde ihren Haß gegen die rothe Fahne und Kopf an Kopf beguckten sie uns aus ihren Fenstern. Ueber 500 Herrenkarten waren an der Kasse gelöst worden, so daß — Damen und Kinder hatten freien Zutritt — gewiß mehr denn 1000 Menschen auf der „Wilhelmshöhe" versammelt waren, die der Festrede unseres Genossen Holzwarth lauschten. Das Fest verlief in der schönsten Weise. An Musik, Deklamationen, Gesang und lebenden Bildern fehlte es nicht. Besonders aber erfreuten uns die folgenden Begrüßungstelegramme:

„Den Heilbronner Genossen zu ihrer Herbstfeier brüderlichen Glückwunsch und dreifach donnerndes Hoch!

Die Stuttgarter Genossen. Kaufmann."

„Herzlichen Brudergruß den wackeren Heilbronner Parteigenossen; nur immer muthig vorwärts! Es lebe die internationale Sozialdemokratie! Pfund, Stuttgart."

Soest in Westfalen. Von hier wird der „Kölnischen Ztg." Folgendes geschrieben: Die Verhandlungen des hiesigen Kreisgerichts in dem Monstreprozesse gegen die Berliner Kellerwechselhändler, Hersteller und Verausgaber haben nach neuntägiger Dauer ihr Ende erreicht. Die Angeklagten sind alle aus guter, zum Theil feiner Familie, es befinden sich darunter Söhne eines Tribunalrathes, Superintendenten, Landrathes, praktischen Arztes u. s. w., einer ist cand. med., ein Anderer war Landwehroffizier, ein Dritter Offizier der päpstlichen Armee. Der beendete Prozeß verdient von einem andern Gesichtspunkte höhere Beachtung. Unseres Wissens ist das Soester Gericht das erste in Deutschland, welches in der bloßen Begebung von Kellerwechseln, auch wenn solche ohne besondere positive falsche Vorspiegelungen geschieht, einen Betrug, in dem Handel mit solchen, dem Hergeben von solchen werthlosen Unterschriften gegen Entgelt, dem Heranschleppen der Unterzeichner Beihülfe zum Betruge erblickte, während früher namentlich auch von der Staatsanwaltschaft in Berlin, aus rechtlichen Bedenken ein Einschreiten abgelehnt wurde. Erst seit dem Vorgehen des Soester Gerichts sind überall in Nord- und Süddeutschland solche Untersuchungen anhängig gemacht und zum Theil beendet. Jenes rasche und energische Vorgehen und die von einem eigens dazu deputirten Richter geführte anderthalbjährige mühsame Untersuchung hat deshalb den Behörden einen Blick in jenes Geschäftstreiben gegeben, wie er vorher nicht gethan war. Auf die Gemeingefährlichkeit des Kellerwechsels war man ja schon längst aufmerksam geworden, aber erst dieser Prozeß zeigte die wunderbar gute Organisation des Kellerwechselhandels, sowohl im Verkehr der einzelnen professionsmäßigen Händler untereinander, als mit den Ober- und Unterschleppern, die große Vorsicht bei Ankauf von Unterschriften, Firmenstempeln, die große Sorgfalt bei Ausstattung der Wechsel, um sie kaufmännischen täuschend ähnlich zu machen. Wie groß der Geschäfts-Umsatz gewesen, mag schon daraus hervorgehen, daß allein Wilke für sechs Millionen Mark solcher Wechsel gegen Zahlung von durchschnittlich 2 Proz. der Wechselsumme jährlich verkaufte und daraus etwa 720 Mrk. monatlichen Reingewinn erzielte. Der Gerichtshof, bestehend aus den Kreisgerichtsräthen Hücking, Frielinghaus und dem Assessor Dr. jur. Bitzer, verurtheilte, indem er als Strafverschärfungsgrund namentlich betonte, welche Gefahr besonders in den heutigen trüben Verhältnissen dem soliden Kredit erwachse, die Angeklagten: Haupthändler Wilke zu 3, Kucht zu 1½, Altmann und Neukrantz zu je 1 Jahr Gefängniß und gleichem Ehrverluste, den Papierfabrikanten Heidland mit Rücksicht auf frühere Betrügereien zu 5jährigem Gefängniß und gleichem Ehrverluste, die beiden Hauptschlepper Rehberg und Engel zu 1½ bezw. 1 Jahr Gefängniß und Ehrverlust, 17 sonstige Betheiligte zu Gefängnißstrafen unter einem Jahre, fast alle Strafen mit Ehrverlust verbindend. Gegen die meisten der Hauptbetheiligten wird im nächsten Monat ein schlimmes Nachspiel vor dem Schwurgerichtshofe zu Hamm wegen betrügerischen Bankerotts bezw. Wechselfälschung beginnen.

Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter.

Hierdurch bringe ich den Mitgliedern zur Kenntniß, daß laut Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern vom 6. Oktober d. J. der Eintragung des Verbandes in das Genossenschaftsregister nichts im Wege steht.

Der § 2, welcher nach dem sächsischen Vereinsgesetze politische Zwecke verfolgen sollte und die Verzögerung der Statuten zur Folge hatte, ist somit gesetzlich anerkannt, jedoch dürfen nichtdispositionsfähige Personen (unter 21 Jahr alte) nicht aufgenommen werden; desgleichen ist die Bildung von Zweigvereinen oder die Verbindung mit anderen Vereinen untersagt, und ist der Vorstand dafür verantwortlich. Was Letzteres anlangt, bleibt die Geschäftsführung wie bisher dieselbe. Vorstehende Verordnung wurde mir heute durch den Stadtrath zu Zwickau eröffnet und wird demnächst der Beschluß vom Königlichen Gerichtsamt schriftlich erfolgen.

Gleichzeitig sei bemerkt, daß in der am 11. November stattfindenden Vorstandssitzung unter Mitanwesenheit des Rechtsanwalts und Königl. Notars P. — in welcher auch die Controlcommission vertreten sein wird — alles Weitere über Organisation und Geschäftsführung berathen resp. beschlossen wird. Die Ausgabe der Statuten erfolgt jedenfalls zu Anfang Dezember und zwar für die bis 1. November d. J. eingetretenen Mitglieder gratis. — Alles Nähere bringt das für den Monat Dezember erscheinende Circulair. — Diejenigen Personen, welche noch nicht 21 Jahre alt sind, desgleichen solche, welche den vom Vorstande aufgestellten Grundsätzen nicht entsprechen (siehe Circulaire) sind nicht aufnehmbar, dahingegen sind solche, welche länger als drei Monate Steuern restiren oder ausgeschieden waren, vom 1. November d. J. statutarisch als Neueintretende zu behandeln.

Vorort Zwickau (Schedewitz), 20. Oktober 1877.

C. Ebert, z. Z. Vorsitzender.

Hinsichtlich der am 11. November stattfindenden Conferenz findet am 4. November von Vormittags 11 Uhr an eine Vorbesprechung im Schießhause zu Hartenstein statt. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Lugau-Würschnitz. Die Controlcommission.

An die Arbeiter Deutschlands!

Daß die hiesigen Steinhauer mit ihren Arbeitgebern seit einiger Zeit im Strike liegen, wurde bereits von anderer Seite berichtet. Gewissenlose Agenten, deren schmutziges Metier es ist, durch allerlei lügenhafte Versprechungen und Vorspiegelungen den Menschenschacher zu betreiben, bereisen Deutschland, Amerika ꝛc., um die hiesigen strikenden Arbeitskräfte durch ausländische zu ersetzen. Es gelang auch wirklich, eine Anzahl deutscher Arbeiter herzulocken, aber mit freudiger Genugthuung konnten wir berichten, daß die Verleiteten sofort die Arbeit einstellten, als sie erfuhren, um was es sich handle. Die hiesigen Steinhauer glaubten sich nunmehr der Hoffnung hingeben zu dürfen — (da sie sich auch wahrhaft nobel mit den Deutschen abfanden, denn jeder derselben erhielt ein Handgeld von 40 Mark, freie Fahrt nach Hamburg und von da ein Billet 2. Classe, wohin er sich begeben wollte) —, am Sieg nicht mehr verhindert zu werden. Jedoch kaum waren einige Tage verflossen, da kam eine noch größere Anzahl Savoyarden und Deutsche, um hier Judasfilberlinge einzuheimsen. Mit gerechtem Schmerze muß es jeden Deutschen erfüllen, daß gerade seine Landsleute es sind, die sich zum schnöden Verrathe an ihren Mitarbeitern gebrauchen lassen. Solche verrätherischen Dienste leisten die englischen und französischen Arbeiter den Ausbeutern nicht.

Deutsche Arbeiter, die Ihr Euch auf diese Weise schmählich kaufen lasset, begreifet, daß Ihr dadurch in erster Linie Euch selbst moralisch und materiell schädigt. Während Ihr Euch dem Spotte jedes selbstbewußten Arbeiters aussetzt, werdet Ihr die Niederlage einer großen Anzahl braver englischer Familienväter herbeiführen; ist dies geschehen, dann werdet Ihr ohne Gnade auf das Pflaster geworfen, deß seid gewiß. Bereits haben Demonstrationen gegen die ausländischen Arbeiter hier stattgefunden. Vorkommnisse, wie die eben angedeuteten, werden das schon jetzt keinesfalls beneidenswerthe Loos der Deutschen hierselbst geradezu unerträglich machen. Unsere Parteigrundsätze machen es uns zur Pflicht, gerade jetzt alles aufzubieten, um dem elenden Menschenschacher Einhalt zu gebieten; thue Jeder seine Schuldigkeit; es darf keine Versammlung vergehen, in der man nicht auf obige Vorkommnisse aufmerksam machte. Namentlich Thüringen und die kleineren deutschen Städte werden von den Agenten heimgesucht. Möchten doch die Genossen in den deutschen Seestädten recht auf der Hut sein. Auch ersuche ich alle diejenigen Organe, die es mit dem Wohle der Arbeiter ernstlich meinen, diese Notiz in ihre Spalten aufzunehmen. Der Londoner Arbeitsmarkt ist vollständig überfüllt, und ersuche ich alle diejenigen Arbeiter, welche nach hier Engagements eingehen wollen, sich zuvor an Unterzeichneten zu wenden.

London, den 20. Oktober.

Mit brüderlichem Gruß

F. J. Ehrhart, Corr. Sekretär d. Comm. Arb.-Bild.-Verein.

pr. Adr.: 4, Francis Street, Tottenham Court Road, London W.

Soeben erfahre ich, daß auch in Wolverhamton, wo die Zimmerleute und Bauschreiner ausstehen, deutsche Arbeiter als Ersatz für die Strikenden eingetroffen sind. Umsomehr ist es daher unsere Pflicht, jeden weiteren Zuzug von deutschen Arbeitern zu verhindern. Ich ersuche deshalb nochmals alle arbeiterfreundlichen Blätter Deutschlands, obige Zeilen abzudrucken.

Allgemeine Gewerkschafts-Versammlung

Dienstag den 30. d. M., Abends ½9 Uhr, im Saale des Herrn Jacobi, Rosenthalgasse. Tagesordnung: Central-Organ-Frage. Referent Oehme. Die Vorstände der hier bestehenden Gewerkschaften, sowie die der Umgegend werden ersucht, ihre resp. Mitglieder besonders aufmerksam zu machen und zu zahlreichem Besuch aufzufordern.

Der Einberufer.

Briefkasten

der Redaktion. R. B. in Kopenhagen: Dank für die Aufklärung; bitten um Zusendung der Broschüre. — R. R. in Kellinghusen: Ihr „Eingesandt" ist durch eine anderweitige bereits veröffentlichte Correspondenz erledigt. — R. L. in Hausen b. Frankfurt a. M.: Wir haben uns sofort an unsen amerikanischen Correspondenten gewandt; sobald wir Antwort erhalten, werden wir Sie benachrichtigen.

Offene Anfrage an P. J. Pauly in Kettwig.

Ist der derzeitige Polizeicommissar Wirtz in St. Johann identisch mit dem ehemaligen Sergeanten Wilh. Wirtz, 1. Comp. rheinischen Jägerbataillons Nr. 8? Der frühere Sergeant Wirtz unterhielt mit einem anständigen Mädchen 4 Jahre hindurch eine Bekanntschaft, stieg aber trotzdem noch ein Verhältniß mit einem Mädchen zweifelhaften Rufes, welches er aber, obwohl ein Junge als lebender Beweis des Verhältnisses die Folge war, im Stiche ließ.

Cöln. Carl Boinhagen, Kl. Griechenmarkt 71.

Laut Beschluß der Generalversammlung des Comm. Arbeiter Bildungs-Vereins zu London am 6. d. Mts. wurde Genosse Ehrhart zum correspondirenden Sekretär ernannt, und sind alle Briefe ꝛc. ꝛc. nur an dessen Adresse zu richten, welche ist:

F. J. Ehrhart.

4, Francis Street, Tottenham Court Road, London W.

Da durch die bereits 2jährige Krankheit unseres Genossen Bühle, deren Ende überhaupt noch nicht abzusehen ist, dessen materiellen Verhältnisse gerade keine glänzenden sind, so ersucht Unterzeichneter die auswärtigen Schuldner Bühle's, sich ihrer Verpflichtungen zu erinnern, und dieselben baldmöglichst begleichen zu wollen.

W. Pfannkuch.

Sollte irgend einer der Genossen einen sächsischen Siegesthaler der Prägung 1870—71 auftreiben können, so bitte ich denselben bis zu dem Preise von 4,50 M. unter Nachnahme an die Expedition des „Hessischen Volksblatts", Cassel, Pferdemarkt 5, einsenden zu wollen.

W. Pfannkuch.

Quittung. Lgs Hannover Ann. 1,50. Anglstn hier Kl. 1,80. Schndrverein Hannover Ann. 1,50. Hfln hier Ann 0,60. Will Limmer Ann. 1,80. Sglr hier Ab. 3,75. Zchrds Hermannstadt Ab. 4,00. Hffnr Mainz Ab. 9,50. Uhlmnn Cainsdorf Ab. 14,05. L. Krn Agram Ab. 2,41. Lndr Stollberg Ann. 0,90. Lnz Passau Ab. 3,00. St Olschatz Schr. 0,60. Bülstdt Neumünster Schr. 14,25. Stmmlr Hanau Schr. 21,00. Flhbr Budenheim Schr. 1,40.

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein. Dienstag, den 30. Oktober, Abends 8½ Uhr, bei Herrn Hübner, gr. Rosenstraße 37:

Geschlossene Versammlung,

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Stiftungsfest. 2. Wichtige Organisationsfragen. [80

Jedes Mitglied muß erscheinen. G. Klaws.

Leipzig. Allgemeiner Deutscher Schneiderverein. Allen Collegen hierdurch zur Kenntniß, daß wir unser Versammlungslokal nach der Roßstraße 4b, bei Hrn. Hause, verlegt haben. [40] Der Bevollmächtigte.

Leipzig. Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend (E. Gen.). Jeden Sonnabend, Abends halb 9 Uhr, in der Thiemeschen Brauerei, Tauchaerstraße Nr. 12 [70

Versammlung

und Aufnahme neuer Mitglieder. R. Ludwig, Vorsteher.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Querstraße 24.

Der Unterricht in der Stenographie beginnt Sonnabend, den 27. ds. Mts., Abends 8 Uhr; im Zeichnen Sonntag, Vormittag ½10 Uhr; im Rechnen für Anfänger Montag, Abends 8 Uhr, für Fortgeschrittenere um 9 Uhr; in der französischen Sprache für Anfänger Mittwoch, Abends 8 Uhr, ebenfalls 8 Uhr in der deutschen Sprache für Fortgeschrittenere; im Englischen für Anfänger Donnerstag, Abends 9 Uhr. Der Unterricht im Englischen für Fortgeschrittenere beginnt mit dem 2. Theil des Leitfaden der englischen Sprache von Ahn; Montag, den 29. ds., Abends 8 Uhr, im Französischen mit Lection 50 Bitz. Grammatik der französischen Sprache Donnerstag 8 Uhr. — Außerdem beginnt ein Cursus im Laufe dieser Woche in der Rundschrift und in der Phonographie, auch wenn die Theilnahme eine genügende in der Geographie.

Alles Nähere ist im Vereinslokal, Querstraße 24, einzusehen, wo auch jeden Abend von halb 9 Uhr an die Aufnahme erfolgt. — Alle, die sich an dem Unterricht in der russischen Sprache betheiligen wollen, werden ersucht Dienstag Abend 9 Uhr im Vereinslokal zu erscheinen.

Stollberg. Allen Partei- und Gewerksgenossen von hier und Umgegend bei meiner Abreise ein herzliches Lebewohl! 90] (F. 280) Otto Leander.

Offen sind 2 freundliche Schlafstellen. Leipzig, Albertstraße Nr. 18 Hinterhaus 2 Tr. bei W. Hanstein. (F. 215) [60

Im Belage der Volksbuchhandlung (früher Rottmannser & Cie) in München ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Dr. M. Lehn's

Juristisches Taschenlexikon.

Ein Vademecum für Studirende und Nicht-Juristen zur Orientirung auf dem Gesammtgebiete der Jurisprudenz.

Preis pro Exemplar 1 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der Expedition der „Neuen Welt", Leipzig, Färberstr. 12 II.

Zweite Zahlungs-Aufforderung.

Wir fordern folgende Schuldner zur Erfüllung ihrer aus den Jahren 1875 und 1876 herrührenden Verbindlichkeiten gegen Unterzeichnete auf: Alois Treibenreif, s. Z. in Zürich, d. Z. in Augsburg Fr. 10,10 (Mk. 8,10); Arbeiterbildungsverein Wien Fl. 16 (Mk. 32,00); C. Kettel, Apolda, Mk. 24,06; Valentin Schröder, Sedanstraße in Stuttgart, ehemaliger Expedient der „Stuttgarter Volkszeitung", 16,70; J. Heinze, Düsseldorf, 6,00; R. Gensberg, Berlin, 5,00; G. Nesselbosch, Baden-Baden, 3,00; Michel Schwab, Gießen, 0,45; L. Schröder, Dortmund, 26,36; Wasmer u. Keudell, Constanz, 23,65; O. Schütte, früher Offenbach, jetzt Hamburg, 7,50; August Reinsdorf, Schriftsetzer, früher in Zürich, zuletzt in Bern, jetzt in Leipzig, Fr. 6,00 (Mk. 4,80); Uger, Stud., früher in Zürich, jetzt auf einer deutschen Universität, Fr. 28,70 (Mk. 23,00); Mohrgenn, Barmen, 0,65; Bönsch, Schottengasse in Wien, 1,50; R. Manz, Offenbach, 3,00; O. Kühne, Freibergerstraße in Dresden, 0,60; H. Kühne, Palmstraße in Dresden, 1,20; W. Boge, Bromberg, 1,10; Jeckert, Kleidermacher, Heidelberg, 2,20.

Die Parteigenossen, welche mit Obigen in Berührung kommen, bitten wir, dieselben an ihre Verbindlichkeit zu ermnern, sowie uns deren Adressen mitzutheilen.

Zürich, im Sept. 1877.

Volksbuchhandlung Zürich.
Eigenthum des Schweizerischen Arbeiterbundes.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heisig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Herzen eine Weisse

Beilage des „Vorwärts“.

Sonntag, 28. Oktober 1877.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der politischen Oekonomie.

Von Friedrich Engels.

V.

Es sind jetzt ungefähr hundert Jahre, seit in Leipzig ein Buch erschien, das bis Anfang dieses Jahrhunderts dreißig und einige Auflagen erlebte, und in Stadt und Land von Behörden, Predigern, Menschenfreunden aller Art verbreitet, vertheilt und den Volksschulen allgemein als Lesebuch zugewiesen wurde. Dieses Buch hieß: Weise's Kinderfreund. Es hatte den Zweck, die jugendlichen Sprößlinge der Bauern und Handwerker über ihren Lebensberuf und ihre Pflichten gegen ihre gesellschaftlichen und staatlichen Vorgesetzten zu belehren, ingleichen ihnen eine wohlthätige Zufriedenheit mit ihrem Erdenloose, mit Schwarzbrot und Kartoffeln, Frohndienst, niedrigem Arbeitslohn, väterlichen Stockprügeln und andern derartigen Annehmlichkeiten beizubringen, und alles das vermittelst der damals landläufigen Aufklärung. Zu diesem Zweck wurde der Jugend in Stadt und Land vorgehalten, welch' eine weise Einrichtung der Natur es doch sei, daß der Mensch sich seinen Lebensunterhalt und seine Genüsse durch Arbeit erwerben müsse, und wie glücklich sich demnach der Bauer und Handwerker zu fühlen habe, daß ihm gestattet sei, sein Mahl durch saure Arbeit zu würzen, statt wie der reiche Prasser an verdorbenem Magen, Gallenstockung und Verstopfung zu laboriren und die ausgesuchtesten Leckerbissen nur mit Widerwillen hinunter zu würgen. Dieselben Gemeinplätze, die der alte Weise gut genug hielt für die kursächsischen Bauerjungen seiner Zeit, bietet uns Herr Dühring auf Seite 14 und folgende des „Kursus“ als das „absolut Fundamentale“ der neuesten politischen Oekonomie.

„Die menschlichen Bedürfnisse haben als solche ihre natürliche Gesetzmäßigkeit und sind hinsichtlich ihrer Steigerung in Grenzen eingeschlossen, die nur durch die Unnatur eine Zeitlang überschritten werden können, bis aus derselben Ekel, Lebensüberdruß, Abgelebtheit, soziale Verkrüppelung und schließlich heilsame Vernichtung folge. . . . Ein aus reinen Vergnügungen bestehendes Spielen, ohne weitern ernsten Zweck, führt bald zur Blasirtheit oder was dasselbe ist, zum Verbrauch aller Empfindungsfähigkeit. Wirkliche Arbeit in irgend einer Form ist also das soziale Naturgesetz gesunder Gestalten. . . . Wären die Triebe und Bedürfnisse ohne ein Gegengewicht, so würden sie kaum ein kinderhaftes Dasein, geschweige eine geschichtlich gesteigerte Lebensentwicklung mit sich bringen. Bei voller müheloser Befriedigung würden sie sich bald erschöpfen und ein leeres Dasein in Gestalt lästiger, bis zu ihrer Wiederkehr verfließender Intervalle übrig lassen. . . . In allen Beziehungen ist also die Abhängigkeit der Bethätigung der Triebe und Leidenschaften von der Ueberwindung einer wirthschaftlichen Hemmung ein heilsames Grundgesetz der äußern Natureinrichtung und der inneren Menschenbeschaffenheit“ u. s. w. u. s. w. Man sieht, Ehren-Weise's platteste Plattheiten feiern bei Herrn Dühring ihr hundertjähriges Jubiläum, und das obendrein als „tiefere Grundlegung“ des einzig wahrhaft kritischen und wissenschaftlichen „sozialitären Systems“.

Nachdem der Grund also gelegt, kann Herr Dühring weiter bauen. In Anwendung der mathematischen Methode gibt er uns zuerst, nach Vorgang des alten Euklid, eine Reihe von Definitionen. Dies ist um so bequemer, als er seine Definitionen gleich so einrichten kann, daß dasjenige, was mit ihrer Hülfe bewiesen werden soll, schon theilweise in ihnen enthalten ist. So erfahren wir zunächst, daß der leitende Begriff der bisherigen Oekonomie sich Reichthum nennt, und Reichthum, wie er wirklich weltgeschichtlich bis jetzt verstanden worden ist und sein Reich entwickelt hat, ist „die ökonomische Macht über Menschen und Dinge“. Dies ist doppelt unrichtig. Erstens war der Reichthum der alten Stamm- und Dorfgemeinden keineswegs eine Herrschaft über Menschen. Und zweitens ist auch in den, in Klassengegensätzen sich bewegenden, Gesellschaften der Reichthum, soweit er eine Herrschaft über Menschen einschließt, vorwiegend, fast ausschließlich eine Herrschaft über Menschen *vermöge* und *vermittelst* der Herrschaft über Dinge Von der sehr frühen Zeit an, wo Sklavenfängerei und Sklavenausbeutung getrennte Geschäftszweige wurden, mußten die Ausbeuter von Sklavenarbeit die Sklaven kaufen, die Herrschaft über den Menschen erst durch die Herrschaft über die Dinge, über den Kaufpreis, die Unterhalts- und Arbeitsmittel des Sklaven erwerben. Im ganzen Mittelalter ist großer Grundbesitz die Vorbedingung, vermittelst deren der Feudaladel zu Zins- und Frohnbauern kommt. Und heutzutage gar sieht selbst ein Kind von sechs Jahren, daß der Reichthum menschenbeherrschend ist ausschließlich vermittelst der Dinge über die er verfügt.

Warum aber muß Herr Dühring diese falsche Definition des Reichthums verfertigen, warum den thatsächlichen Zusammenhang, wie er in allen bisherigen Klassengesellschaften galt, zerreißen? Um den Reichthum vom ökonomischen Gebiet aufs moralische hinüber zu zerren. Die Herrschaft über die Dinge ist ganz gut, aber die Herrschaft über die Menschen ist vom Uebel; und da Herr Dühring sich selbst verboten hat, die Herrschaft über die Menschen aus der Herrschaft über die Dinge zu erklären, so kann er wieder einen kühnen Griff thun und sie kurzer Hand erklären aus der beliebten Gewalt. Der Reichthum als menschenbeherrschender ist „der Raub“, womit wir wieder angekommen sind bei einer verschlechterten Ausgabe des uralten Proudhonschen: „das Eigenthum ist der Diebstahl“.

Und hiermit haben wir denn glücklich den Reichthum unter die beiden wesentlichen Gesichtspunkte der Produktion und Vertheilung gebracht: Reichthum als Herrschaft über Dinge: Produktionsreichthum, gute Seite; als Herrschaft über Menschen: bisheriger Vertheilungsreichthum, schlechte Seite, fort damit! Auf die heutigen Verhältnisse angewandt, lautet dies: Die kapitalistische Produktionsweise ist ganz gut und kann bleiben, aber die kapitalistische Vertheilungsweise taugt nichts und muß abgeschafft werden. Zu solchem Unsinn führt es, wenn man über Oekonomie schreibt, ohne auch nur den Zusammenhang von Produktion und Vertheilung begriffen zu haben.

Nach dem Reichthum wird der Werth definirt, wie folgt: „Der Werth ist die Geltung, welche die wirthschaftlichen Dinge und Leistungen im Verkehr haben.“ Diese Geltung entspricht „dem Preise oder irgend einem sonstigen Aequivalentnamen, z. B. dem Lohne.“ Mit andern Worten: der Werth ist der Preis. Oder vielmehr, um Hrn. Dühring kein Unrecht zu thun und den Widersinn seiner Definition möglichst in seinen eigenen Worten wiederzugeben: der Werth sind die Preise. Denn S. 19 sagt er: „der Werth und die ihn in Geld ausdrückenden Preise“, konstatirt also selbst, daß derselbe Werth sehr verschiedene Preise und damit auch ebensoviel verschiedene Werthe hat. Wenn Hegel nicht längst verstorben wäre, er würde sich erhängen. Diesen Werth, der soviel verschiedene Werthe ist als er Preise hat, hätte er mit aller Theologik nicht fertig gebracht. Man muß eben wieder die Zuversichtlichkeit des Herrn Dühring besitzen, um eine neue, tiefere Grundlegung der Oekonomie mit der Erklärung zu eröffnen, man kenne keinen andern Unterschied zwischen Preis und Werth, als daß der eine in Geld ausgedrückt sei und der andere nicht.

Damit wissen wir aber noch immer nicht, was der Werth ist und noch weniger, wonach er sich bestimmt. Herr Dühring muß also mit weiteren Aufklärungen herausrücken. „Ganz im Allgemeinen liegt das Grundgesetz der Vergleichung und Schätzung, auf welchem der Werth und die ihn in Geld ausdrückenden Preise beruhen, zunächst im Bereich der bloßen Produktion, abgesehen von der Vertheilung, die erst ein zweites Element in den Werthbegriff bringt. Die größern oder geringern Hindernisse, welche die Verschiedenheit der Naturverhältnisse den auf die Beschaffung der Dinge gerichteten Bestrebungen entgegensetzt und wodurch sie zu größern oder geringern Ausgaben an wirthschaftlicher Kraft nöthigt, bestimmt auch . . . den größern oder geringern Werth“ und dieser wird geschätzt nach dem „von der Natur und den Verhältnissen entgegengesetzten Beschaffungswiderstand . . . Der Umfang, in welchem wir unsre eigne Kraft in sie (die Dinge) hineinlegten, ist die unmittelbar entscheidende Ursache der Existenz von Werth überhaupt und einer besondern Größe desselben.“

Soweit dies Alles einen Sinn hat, heißt es: Der Werth eines Arbeitsprodukts wird bestimmt durch die zu seiner Herstellung nöthige Arbeitszeit und das wußten wir längst, auch ohne Herrn Dühring. Statt die Thatsache einfach mitzutheilen, muß er sie orakelhaft verdrehen. Es ist einfach falsch, daß der Umfang, in dem Jemand seine Kraft in irgend ein Ding hineinlegt, (um die hochtrabende Redensart beizubehalten), die unmittelbar entscheidende Ursache von Werth und Werthgröße ist. Erstens kommt es darauf an, in welches Ding die Kraft hineingelegt wird, und zweitens, wie sie hineingelegt wird. Verfertigt unser Jemand ein Ding das keinen Gebrauchswerth für Andere hat, so bringt seine sämmtliche Kraft kein Atom Werth fertig; und steift er sich darauf, einen Gegenstand mit der Hand herzustellen, den eine Maschine zwanzigfach wohlfeiler herstellt, so erzeugen neunzehn Zwanzigstel seiner hineingelegten Kraft weder Werth überhaupt, noch eine besondere Größe desselben.

Ferner heißt es die Sache total verdrehen, wenn man die produktive Arbeit, die positive Erzeugnisse schafft, in eine bloß negative Ueberwindung eines Widerstandes verwandelt. Wir würden dann etwa wie folgt verfahren müssen, um zu einem Hemde zu kommen: Erstlich überwinden wir den Widerstand des Baumwollsamens gegen das Gesätwerden und das Wachsen, dann den der reifen Baumwolle gegen das Gepflückt-, Verpackt- und Verschicktwerden, dann den gegen das Ausgepackt-, das Gekratzt- und Gesponnenwerden, ferner den Widerstand des Garns gegen das Gewebtwerden, den des Gewebes gegen das Gebleicht- und Genähtwerden und endlich den des fertigen Hemdes gegen das Angezogenwerden.

Wozu all diese kindische Verkehrung und Verkehrtheit? Um vermittelst des „Widerstandes“ vom „Produktionswerth“, dem wahren, aber bis jetzt nur idealen Werth, auf den in der bisherigen Geschichte allein geltenden, durch die Gewalt verfälschten „Vertheilungswerth“ zu kommen: „Außer dem Widerstand, den die Natur leistet . . . gibt es noch ein anderes, rein soziales Hinderniß . . . Zwischen den Menschen und die Natur tritt eine hemmende Macht, und diese ist wiederum der Mensch. Der einzig und isolirt Gedachte steht der Natur frei gegenüber . . . Anders gestaltet sich die Situation, sobald wir uns einen Zweiten denken, der mit dem Degen in der Hand die Zugänge zur Natur und ihren Hülfsquellen besetzt hält und für den Einlaß in irgend einer Gestalt einen Preis fordert. Dieser Zweite . . . besteuert gleichsam den Andern und ist so der Grund, daß der Werth des Erstrebten größer ausfällt, als es ohne dies politische und gesellschaftliche Hinderniß der Beschaffung oder Produktion der Fall sein könnte . . . Höchst mannichfaltig sind die besondern Gestaltungen dieser künstlich gesteigerten Geltung der Dinge, die natürlich in einer entsprechenden Niederdrückung der Geltung der Arbeit ihr begleitendes Gegenstück hat . . . Es ist daher eine Illusion, den Werth von vornherein als ein Aequivalent im eigentlichen Sinne des Wortes, d. h. ein Gleichvielgelten, oder als ein nach dem Prinzip der Gleichheit von Leistung und Gegenleistung zu Stande gekommenes Austauschverhältniß betrachten zu wollen . . . Im Gegentheil wird das Merkmal einer richtigen Werththeorie sein, daß die in ihr gedachte allgemeinste Schätzungsursache nicht mit der auf dem Vertheilungszwang beruhenden besondern Gestaltung der Geltung zusammenfalle. Diese wechselt mit der sozialen Verfassung, während der eigentliche ökonomische Werth nur ein der Natur gegenüber bemessener Produktionswerth sein kann und sich daher nur mit den reinen Produktionshindernissen natürlicher und technischer Art ändern wird.“

Der praktisch geltende Werth einer Sache besteht also nach Herrn Dühring aus zwei Theilen: erstens aus der in ihr enthaltenen Arbeit und zweitens aus dem „mit dem Degen in der Hand“ erzwungenen Besteuerungs-Aufschlag. Mit andern Worten, der heute geltende Werth ist ein Monopolpreis. Wenn nun, nach dieser Werththeorie, alle Waaren einen solchen Monopolpreis haben, so sind nur zwei Fälle möglich. Entweder verliert Jeder als Käufer das wieder, was er als Verkäufer gewonnen hat; die Preise haben sich zwar dem Namen nach verändert, sind sich aber in Wirklichkeit — in ihrem gegenseitigen Verhältniß — gleich geblieben; Alles bleibt wie es war, und der vielberühmte Vertheilungswerth ist bloßer Schein. — Oder aber, die angeblichen Besteuerungsaufschläge repräsentiren eine wirkliche Werthsumme, nämlich diejenige, die von der arbeitenden, wertherzeugenden Klasse produzirt, aber von der Monopolistenklasse angeeignet wird, und dann besteht diese Werthsumme einfach aus unbezahlter Arbeit; in diesem Fall kommen wir, trotz dem Mann mit dem Degen in der Hand, trotz der angeblichen Besteuerungsaufschläge und dem behaupteten Vertheilungswerth, wieder an — bei der Marx'schen Theorie vom *Mehrwerth*.

Sehen wir uns jedoch um nach einigen Exempeln des vielberühmten „Vertheilungswerths“. Da heißt es S. 125 u. folg.: „Es ist auch die Preisgestaltung vermöge der individuellen Konkurrenz als eine Form der ökonomischen Vertheilung und der gegenseitigen Tributauferlegung zu betrachten . . . man denke sich den Vorrath irgend einer nothwendigen Waare plötzlich bedeutend verringert, so entsteht auf Seiten der Verkäufer eine unverhältnißmäßige Macht zur Ausbeutung . . . wie die Steigerung ins Kolossale gehn kann, zeigen besonders diejenigen abnormen Lagen, in denen die Zufuhr nothwendiger Artikel für eine längere Dauer abgeschnitten ist“ u. s. w. Außerdem gebe es auch im normalen Lauf der Dinge faktische Monopole, die eine willkührliche Preissteigerung erlauben, z. B. Eisenbahnen, Gesellschaften zur Versorgung der Städte mit Wasser und Leuchtgas u. s. w. — Daß solche Gelegenheiten monopolistischer Ausbeutung vorkommen, ist altbekannt. Daß aber die durch sie erzeugten Monopolpreise nicht als Ausnahmen und Spezialfälle, sondern grade als klassische Exempel der heute gültigen Feststellung der Werthe gelten sollen, das ist neu. Wie bestimmen sich die Preise der Lebensmittel? Geht in eine belagerte Stadt, wo die Zufuhr abgeschnitten ist, und erkundigt Euch! antwortet Hr. Dühring. Wie wirkt die Konkurrenz auf die Feststellung der Marktpreise? Fragt das Monopol, es wird Euch Rede stehn!

Uebrigens ist auch bei diesen Monopolen der Mann mit dem Degen in der Hand, der hinter ihnen stehn soll, nicht zu entdecken. Im Gegentheil: in belagerten Städten pflegt der Mann mit dem Degen, der Kommandant, wenn er seine Schuldigkeit thut, sehr rasch dem Monopol ein Ende zu machen und die Monopolvorräthe zum Zweck gleichmäßiger Vertheilung mit Beschlag zu belegen. Und im Uebrigen haben die Männer mit dem Degen, sobald sie versuchten einen „Vertheilungswerth“ zu fabriziren, nichts geerntet als schlechte Geschäfte und Geldverlust. Die Holländer haben mit ihrer Monopolisirung des ostindischen Handels ihr Monopol und ihren Handel zu Grunde gerichtet. Die beiden stärksten Regierungen, die je bestanden, die nordamerikanische Revolutionsregierung und der französische Nationalkonvent, vermaßen sich, Maximalpreise festsetzen zu wollen, und scheiterten elendiglich. Die russische Regierung arbeitet nun seit Jahren daran, den Kurs des russischen Papiergeldes, den sie durch fortwährende Ausgabe von uneinlösbaren Banknoten in Rußland drückt, in London durch ebenso fortwährende Ankäufe von Wechseln auf Rußland emporzutreiben. Sie hat sich dies Vergnügen in wenigen Jahren an die sechszig Millionen Rubel kosten lassen und der Rubel steht jetzt unter zwei, statt über drei Mark. Wenn der Degen die ihm von Hrn. Dühring zugeschriebene ökonomische Zaubermacht hat, warum denn hat keine Regierung es fertig bringen können, schlechtem Geld auf die Dauer den „Vertheilungswerth“ von gutem, oder Assignaten denjenigen von Gold aufzuzwingen? Und wo ist der Degen der auf dem Weltmarkt das Kommando führt?

Weiter gibt es noch eine Hauptform, in der der Vertheilungswerth die Aneignung von Leistungen Anderer ohne Gegenleistung vermittelt: die Besitzrente, d. h. die Bodenrente und der Kapitalgewinn. Wir registriren dies einstweilen blos, um sagen zu können, daß dies Alles ist was wir über den berühmten „Vertheilungswerth“ erfahren. — Alles? Doch nicht ganz Alles. Hören wir:

„Ungeachtet des zweifachen Gesichtspunkts, welcher in der Erkenntniß eines Produktions- und eines Vertheilungswerths hervortritt, bleibt dennoch stets ein *gemeinsames Etwas* als *derjenige Gegenstand* zu Grunde liegen, *aus welchem alle Werthe bestehen* und mit welchem sie daher auch gemessen werden. Das unmittelbare, natürliche Maß ist der Kraftaufwand und die einfachste Einheit die Menschenkraft im rohesten Sinne des Wortes. Die letztere führt sich auf die Existenzzeit zurück, deren *Selbstunterhaltung* wiederum die Ueberwindung einer gewissen Summe von Ernährungs- und Lebensschwierigkeiten darstellt. Der Vertheilungs- oder Aneignungswerth ist rein und ausschließlich nur da vorhanden, wo die Verfügungsmacht über unproduzirte Dinge, oder, gewöhnlicher gerebet, diese Dinge selbst gegen Leistungen oder Sachen von wirklichen Produktionswerth ausgewechselt werden. Das Gleichartige, wie es sich in jedem Werthausdruck und daher auch in den durch Vertheilung ohne Gegenleistung angeeigneten Werthbestandtheilen angezeigt und vertreten findet, besteht in dem Aufwand an Menschenkraft, die sich . . . in jeder Waare . . . verkörpert findet.“

Was sollen wir nun hierzu sagen? Wenn alle Waarenwerthe gemessen werden an dem in den Waaren verkörperten Aufwand von Menschenkraft — wo bleibt da der Vertheilungswerth, der Preisaufschlag, die Bezollung? Hr. Dühring sagt uns zwar, daß auch unproduzirte, also eines eigentlichen Werthes unfähige Dinge einen Vertheilungswerth erhalten und gegen produzirte, werthhabende Dinge ausgetauscht werden können. Er sagt aber gleichzeitig, daß *alle Werthe*, also auch die reinen und ausschließlichen Vertheilungswerthe, bestehen in dem in ihnen verkörperten Kraftaufwand. Wobei wir leider nicht erfahren, wie in einem unproduzirten Ding ein Kraftaufwand sich verkörpern soll. Jedenfalls scheint bei all diesem Durcheinander von Werthen schließlich soviel klar, daß es mit dem Vertheilungswerth, mit dem durch die soziale Position erzwungnen Preisaufschlag auf die Waaren, mit der Bezollung vermittelst des Degens wieder Nichts ist; die Waarenwerthe werden bestimmt, einzig durch den Aufwand von Menschenkraft, vulgo Arbeit, die sich in ihnen verkörpert findet? Hr. Dühring sagt also, abgesehen von der Bodenrente und den paar Monopolpreisen, dasselbe, nur liederlicher und konfuser, was die verschriene Ricardo-Marx'sche Werththeorie längst weit bestimmter und klarer gesagt hat?

Er sagt es, und er sagt im selben Athem das Gegentheil. Marx, von den Untersuchungen Ricardos ausgehend, sagt: Der Waarenwerth wird bestimmt durch die in den Waaren verkörperte gesellschaftlich nothwendige, allgemein menschliche Arbeit, die wieder nach ihrer Zeitdauer gemessen wird. Die Arbeit ist das Maß aller Werthe, sie selbst aber hat keinen Werth. Hr. Dühring, nachdem er in seiner loddrigen Weise ebenfalls die Arbeit als Werthmaß hingestellt hat, fährt fort: sie „führt sich auf die Existenzzeit zurück, deren Selbstunterhaltung wiederum die Ueberwindung einer gewissen Summe von Ernährungs- und Lebensschwierigkeiten darstellt.“ Vernachlässigen wir die auf purer Originalitätssucht beruhende Verwechslung der Arbeitszeit, auf die es hier allein ankommt, mit der Existenzzeit, die bisher noch nie Werthe geschaffen oder gemessen hat. Vernachlässigen wir auch den falschen „sozialitären“ Schein, den die „*Selbstunterhaltung*“ dieser Existenzzeit hineinbringen soll; so lange die Welt bestanden

hat und bestehen wird, muß Jeder sich in dem Sinne selbst unterhalten, daß er seine Unterhaltsmittel *selbst* verzehrt. Nehmen wir an, Hr. Dühring habe sich ökonomisch und präcis ausgedrückt, so heißt obiger Satz entweder gar nichts, oder er heißt: Der Werth einer Waare wird bestimmt durch die in ihr verkörperte Arbeitszeit, und der Werth dieser Arbeitszeit durch die zur Erhaltung des Arbeiters für diese Zeit erforderlichen Lebensmittel. Und das heißt für die heutige Gesellschaft: der Werth einer Waare wird bestimmt durch den in ihr enthaltenen *Arbeitslohn*.

Hiermit sind wir endlich angekommen bei dem, was Herr Dühring eigentlich sagen will. Der Werth einer Waare bestimmt sich, nach vulgärökonomischer Redeweise, durch die Herstellungskosten; wogegen Carey „die Wahrheit hervorhob, daß nicht die Produktionskosten, sondern die Reproduktionskosten den Werth bestimmen" (Krit. Gesch. S. 401). Was es mit diesen Herstellungs- oder Wiederherstellungskosten auf sich hat, davon später; hier nur dies, daß sie bekanntlich bestehn aus Arbeitslohn und Kapitalprofit. Der Arbeitslohn stellt dar den in der Waare verkörperten „Kraftaufwand", den Produktionswerth. Der Profit stellt dar den vom Kapitalisten kraft seines Monopols, seines Degens in der Hand erzwungenen Zoll oder Preisaufschlag, den Vertheilungswerth. Und so löst sich die ganze widerspruchsvolle Verwirrung der Dühring'schen Werththeorie schließlich auf in die schönste harmonische Klarheit.

Die Bestimmung des Waarenwerthes durch den Arbeitslohn, die bei Adam Smith noch häufig mit der Bestimmung des Werths durch die Arbeitszeit durcheinanderläuft, ist seit Ricardo aus der wissenschaftlichen Oekonomie verbannt und treibt heutzutage ihr Wesen nur noch in der Vulgärökonomie. Es sind grade die allerplattsten Sykophanten der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die die Werthbestimmung durch den Arbeitslohn predigen, und dabei gleichzeitig den Profit des Kapitalisten ebenfalls als eine höhere Art von Arbeitslohn, als Entsagungslohn (dafür daß der Kapitalist sein Kapital nicht verjubelt hat), als Risicoprämie, als Geschäftsführungslohn u. s. w. ausgeben. Herr Dühring unterscheidet sich von ihnen nur dadurch, daß er den Profit für Raub erklärt. Mit andern Worten, Herr Dühring begründet seinen Sozialismus direkt auf die Lehren der schlechtesten Sorte Vulgärökonomie. Soviel an dieser Vulgärökonomie, genau soviel ist an seinem Sozialismus. Beide stehn und fallen mit einander.

Es ist doch klar: was ein Arbeiter leistet und was er kostet, sind ebenso verschiedene Dinge wie was eine Maschine leistet und was sie kostet. Der Werth, den ein Arbeiter in einem Arbeitstage von zwölf Stunden schafft, hat gar nichts gemein mit dem Werth der Lebensmittel, die er in diesem Arbeitstage und der dazugehörenden Ruhepause verzehrt. In diesen Lebensmitteln mag eine drei-, vier-, siebenstündige Arbeitszeit verkörpert sein, je nach dem Entwicklungsgrad der Ergiebigkeit der Arbeit. Nehmen wir an, es seien sieben Arbeitsstunden zu ihrer Herstellung nöthig gewesen, so besagt die von Herrn Dühring angenommene vulgärökonomische Werththeorie, daß das Produkt von zwölf Arbeitsstunden den Werth des Produkts von sieben Arbeitsstunden hat, daß zwölf Arbeitsstunden gleich sind sieben Arbeitsstunden, oder daß 12=7. Um noch deutlicher zu sprechen: Ein Arbeiter auf dem Lande, gleichviel unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen, produzirt eine Getreidesumme meinetwegen von zwanzig Hektoliter Weizen im Jahr. Er verbraucht während dieser Zeit eine Summe von Werthen, die sich in einer Summe von fünfzehn Hektoliter Weizen ausdrückt. Dann haben die zwanzig Hektoliter Weizen denselben Werth wie die fünfzehn, und das auf demselben Markt und unter sonst sich vollständig gleichbleibenden Umständen, mit andern Worten, 20 sind gleich 15. Und das nennt sich Oekonomie!

Alle Entwicklung der menschlichen Gesellschaft über die Stufe thierischer Wildheit hinaus fängt an von dem Tage, wo die Arbeit der Familie mehr Produkte schuf, als zu ihrem Unterhalt nothwendig waren, von dem Tage, wo ein Theil der Arbeit auf die Erzeugung nicht mehr von bloßen Lebensmitteln, sondern von Produktionsmitteln verwandt werden konnte. Ein Ueberschuß des Arbeitsprodukts über die Unterhaltungskosten der Arbeit, und die Bildung und Vermehrung eines gesellschaftlichen Produktions- und Reservefonds aus diesem Ueberschuß, war und ist die Grundlage aller gesellschaftlichen, politischen und intellektuellen Fortentwicklung. In der bisherigen Geschichte war dieser Fond das Besitzthum einer bevorzugten Klasse, der mit diesem Besitzthum auch die politische Herrschaft und die geistige Führung zufielen. Die bevorstehende soziale Umwälzung wird diesen gesellschaftlichen Produktions- und Reservefond, d. h. die Gesammtmasse der Rohstoffe, Produktionsinstrumente und Lebensmittel, erst wirklich zu einem gesellschaftlichen machen, indem sie ihn der Verfügung jener bevorzugten Klasse entzieht, und ihn der ganzen Gesellschaft als Gemeingut überweist.

Von zwei Dingen eins. Entweder bestimmt sich der Werth der Waaren durch die Unterhaltskosten der zu ihrer Herstellung nöthigen Arbeit, d. h. in der heutigen Gesellschaft durch den Arbeitslohn. Dann erhält jeder Arbeiter *in seinem Lohn den Werth seines Arbeitsprodukts*, dann ist eine Ausbeutung der Klasse der Lohnarbeiter durch die Klasse der Kapitalisten eine Unmöglichkeit. Gesetzt, die Unterhaltungskosten eines Arbeiters seien in einer gegebenen Gesellschaft durch die Summe von drei Mark täglich ausgedrückt. Dann hat das Tagesprodukt des Arbeiters nach der obigen vulgärökonomischen Theorie den Werth von drei Mark. Nehmen wir nun an, der Kapitalist, der diesen Arbeiter beschäftigt, schlage auf dies Produkt einen Profit, eine Bezollung von einer Mark und verkaufe es für vier Mark. Dasselbe thun die andern Kapitalisten. Alsdann aber kann der Arbeiter seinen täglichen Unterhalt nicht mehr mit drei Mark bestreiten, sondern braucht dazu ebenfalls vier Mark. Da alle andern Umstände als gleichbleibend vorausgesetzt sind, so muß der in Lebensmitteln ausgedrückte Arbeitslohn derselbe bleiben, der in Geld ausgedrückte Arbeitslohn muß also steigen und zwar von drei auf vier Mark täglich. Was die Kapitalisten in der Gestalt von Profit der Arbeiterklasse entziehen, müssen sie ihr in der Gestalt von Lohn wiedergeben. Wir sind genau soweit wie am Anfang: wenn der Arbeitslohn den Werth bestimmt, ist keine Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten möglich. Es ist aber auch die Bildung eines Ueberschusses von Produkten unmöglich, denn die Arbeiter verzehren nach unsrer Voraussetzung genau soviel Werth wie sie erzeugen. Und da die Kapitalisten keinen Werth erzeugen, ist sogar nicht einmal abzusehen wovon sie leben wollen. Und wenn nun ein solcher Ueberschuß der Produktion über die Konsumtion, ein solcher Produktions- und Reservefond dennoch besteht und zwar in den Händen der Kapitalisten, so bleibt keine andere Erklärung möglich, als daß die Arbeiter blos den *Werth* der Waaren zu ihrer Selbstunterhaltung verzehrt, die Waaren selbst aber den Kapitalisten zum weitern Gebrauch überlassen haben.

Oder aber: wenn dieser Produktions- und Reservefond in den Händen der Kapitalistenklasse thatsächlich besteht, wenn er thatsächlich durch Aufhäufung von Profit entstanden ist (die Bodenrente lassen wir hier einstweilen aus dem Spiel): so besteht er nothwendig aus dem aufgehäuften Ueberschuß des der Kapitalistenklasse von der Arbeiterklasse gelieferten Arbeitsprodukts über die der Arbeiterklasse von der Kapitalistenklasse gezahlte Summe Arbeitslohn. Dann bestimmt sich aber der Werth nicht durch den Arbeitslohn, sondern durch die Arbeitsmenge selbst; dann liefert die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse im Arbeitsprodukt eine größere Werthmenge als sie von ihr im Arbeitslohn bezahlt erhält, und dann erklärt sich der Kapitalprofit, wie alle andern Formen der Aneignung fremden, unbezahlten Arbeitsprodukts, als bloßer Bestandtheil dieses von Marx entdeckten Mehrwerths.

Beiläufig. Von der großen Entdeckung, mit der Ricardo sein Hauptwerk eröffnet: „Daß der Werth einer Waare abhängt von der zu ihrer Herstellung nöthigen Arbeitsmenge, nicht aber von der für diese Arbeit gezahlten höheren oder niedrigeren Vergütung" — von dieser epochemachenden Entdeckung ist im ganzen Kursus der Oekonomie nirgends die Rede. In der „Krit. Geschichte" wird sie mit der orakelhaften Phrase abgefertigt: „Es wird (von Ricardo) nicht bedacht, daß ein größeres oder geringeres Verhältniß, in welchem der Lohn eine Anweisung auf die Lebensbedürfnisse sein kann (!), auch eine verschiedenartige Gestaltung der Werthverhältnisse . . . mit sich bringen muß!" Eine Phrase wobei sich der Leser denken kann was er will, und wobei er am sichersten geht, wenn er sich gar nichts dabei denkt.

Und nun möge der Leser sich von den fünf Sorten Werth, mit denen Herr Dühring uns aufwartet, selber diejenige aussuchen, die ihm am besten gefällt: den Produktionswerth, der von Natur kommt, oder den Vertheilungswerth, den die Schlechtigkeit der Menschen geschaffen hat und der sich dadurch auszeichnet, daß er nach dem Kraftaufwand gemessen wird, der nicht in ihm steckt; oder drittens den Werth der durch die Arbeitszeit gemessen wird, oder viertens den der durch die Reproduktionskosten, oder endlich den, der durch den Arbeitslohn gemessen wird. Die Auswahl ist reichlich, die Konfusion vollkommen, und es bleibt uns nur noch übrig, mit Herrn Dühring auszurufen: „Die Lehre vom Werth ist der Probirstein der Gediegenheit ökonomischer Systeme!"

Zur Kulturgeschichte der Menschheit.

I.

Wenn man mit ziemlicher Gewißheit weiß, *wie* ein Volk das geworden ist, was es ist, so läßt sich erschließen, was es noch werden will. Und wie den einzelnen Menschen Selbsterkenntniß noth thut, um aus ihrer vergangenen Entwicklung ihre zukünftige Bestimmung zu folgern, so mit ganzen Völkern. Nun ist zwar noch Manches dunkel, was betreffs der Urgeschichte der Deutschen zu wissen wichtig wäre; wir denken aber, daß nachstehender gedrängter Uebersicht derselben keine beweisbaren Irrthümer werden vorgeworfen werden.

Lassen wir die gewiß berechtigte Annahme gelten, daß die weiße Rasse am Südabhange des Himalaya aus einem Gemisch gelber Völkerstämme entsprungen, zum Ackerbau, zur Veredlung der Nahrungspflanzen und Hausthiere, zur planmäßigen Veredlung der eignen Rasse durch Gatten- und Nahrungsauswahl, durch körperliches und geistiges Turnen, und durch das stolze Bewußtsein ihrer Bestimmung zur Weltherrschaft mächtig geworden sei, und von da nach Nordwesten hin — der einzigen, noch nicht stark bevölkerten erreichbaren Erdgegend — theils erobernd sich verbreitet habe, theils durch die viel zahlreicheren Mongolen weiter und weiter verdrängt worden sei. Die *semitischen* Völker (Egypter, Juden, Araber und alle alten Völker Vorderasiens) müssen die ältesten Auswanderer gewesen sein, weil sie die älteste urkundliche Geschichte und die am weitesten von allen Sprachen der Weißen abgewichenen Sprachen entwickelt haben. Von den *arischen* Weißen, welche Jahrtausende später auswanderten, muß geschlossen werden, daß sie ein so mildes Klima und einen so üppigen Boden als möglich gesucht haben werden; daß die frühest Gekommenen sich also die besten Länder zur Heimath gewählt und da sich rasch vermehrt und höher gebildet haben müssen, so daß die in den rauheren Himmelsstrichen und auf weniger fruchtbarem Boden Gefundenen auch die zuletzt Ausgewanderten gewesen sein müssen und erst viel später die Bildung, Volksmenge und Staatengründung erlangt haben können, um ihren vorangegangenen Verwandten den Besitz der besseren Länder streitig zu machen. Diesem denkrichtigen Schlusse entsprechen die geschichtlichen Urkunden, welche das Dasein der hellenisch-italischen Völker in Südosteuropa ein Jahrtausend früher nachweisen, als die nordeuropäischen nur insoweit erwähnt werden, daß man ungefähr unsere Vorfahren in ihnen erkennen kann. Und die Sprachforschung widerspricht dem nicht. Es ist leicht einzusehn, daß ein Volk, welches seinen Heimathboden nicht verläßt, seine Sprache langsamer umbilden wird, als ein von Land zu Land wanderndes; denn die Sprache ändert sich im Maße, wie neue Eindrücke auf den Volksgeist einwirken, Völkermischungen und größerer Verkehr eintreten. Unter den Töchtersprachen einer gemeinsamen Muttersprache werden also diejenigen die alterthümlichste Form, das ursprünglichste Gepräge aufzeigen, welche von den zuletzt ausgewanderten Stämmen gesprochen wurden. Wenn diese Folgerung schwerlich anfechtbar ist, so sind die deutschen und nächstverwandten Völker, nach ihrer altgothischen Sprache zu urtheilen, später vom Himalaya ausgewandert als diejenigen, welche wir als alte Griechen und Römer kennen; vor ihnen die Perser, zuletzt die Hindu, deren Auswanderungszeit um 1500—500 v. Chr. Geb. wahrscheinlich ist. Dann wären die alten Perser vielleicht um 2000, die Griechen und Italer vielleicht um 1500, die Germanen vielleicht um 1000 v. Chr. ausgewandert, und alle jetzt in Europa wohnenden Weißen müßten, bevor sie ansprechende noch dünnbevölkerte Wohnsitze fanden, mehrmals ihren dauernden Aufenthalt gewechselt haben.

Die deutschen (besser germanischen) Völker fanden, als die Nesthäckchen, die ganze Welt vergeben. Nur in dem Lande, welches heute Turkestan heißt, gab es eine dünne mongolische Hirtenbevölkerung, welche sich verdrängen ließ. Das Land war aber dazumal noch nicht so sehr über das Meer erhoben, noch nicht so ausgedörrt als heute; es gab noch Baumwuchs und Ackerboden, wo heute Steppe, Steppe, wo heute Wüste herrscht. Die Germanen mußten sich also zu demselben Leben, welches die gelben Ureinwohner geführt hatten, bequemen, ein Reiter- und Hirtenvolk mit nur mäßiger Ausdehnung des Ackerbaus werden. Und in dem Maße, wie sie sich vermehrten, mußten sie sich weiter nordwestlich ausbreiten, wo es nur dünngesäete Mongolen-Stämme gab. So füllten sie, über den Kaukasus vordringend, mit ihrem Nachwuchs das heutige Südrußland — ebenfalls eine Steppe — und alles Land, welches heute Ungarn, Rumänien und Bulgarien heißt, ja — seit 500 v. Chr. Geb. Thrazien, Mazedonien und Illyrien. Die Griechen erwähnen sie jetzt zuerst unter dem Namen der *Skythen* (die Bedeutung ist vielleicht *Schützen*), da sie aber daneben noch die *Sarmaten* nennen, in welchen wir die *Slawen* wiedererkennen, so war schon damals eine Stammes- und Sprachenspaltung der Germanen eingetreten, und zwar in die *Littauer*, welche sich bis an die Ostsee, zwischen Oder und Peipussee, verbreiteten, in die *Slawen*, welche Mittel-Rußland, damals dichtbewaldet, innehatten, und in die *Deutschen*, die südlichsten Stämme. Diese frühzeitige Trennung nächstverwandter Völker, welche nie dazu gekommen sind, das Bedürfniß einer nationalen Vereinigung in einem Gesammtstaate zu fühlen, wie es alle ihre übrigen Verwandten gefühlt haben, bedarf einer naturgesetzlichen Erklärung.

Wir können diese germanische Eigenthümlichkeit nur durch *eine* Naturthatsache, durch diese aber auch vollständig erklaren. Es fehlte dieser Völkerfamilie in ihrer gesammten Geschichte an einer natürlichen Grenze gegen alle andern Völker. Nur die schwer wegsamen Gebirge, die Wüsten und die größeren Meere bilden natürliche Völkergrenzen, bewirken eine Abschließung nahe verwandter Stämme in sich zu einem sprachlichen und nationalen Ganzen. Dies gilt in ähnlicher Weise von Pflanzen und Thieren. Unter den Völkern sind die schlagendsten Beispiele die Chinesen, Koreaner und Japanesen, die amerikanischen Indianer, die Araber, Abessinier, und in geringerem Grade die Bewohner der europäischen Halbinseln. Die germanischen Völker aber hatten seit ihrer Auswanderung aus der Urheimath nie eine nur einigermaßen abgeschlossene Grenze, außer nach Süden hin — hier aber fanden sie jederzeit Nationen vor, welche staatlich geeinigt und mächtig waren und ihnen durch Eroberungsversuche ihr Gebiet streitig machten. Sie wohnten auf der breiten offenen Heerstraße der Völkerwanderung, auf einem Boden, welcher keine dichte Bevölkerung erlaubte, während alle benachbarten Völker entweder geschlossene Nationen bildeten, oder durch Naturfestungen und zahlreiche Bevölkerung ihnen überlegen waren und sie in steter Kampfbereitschaft erhielten. Wären sie weniger kriegstüchtig und unbändig gewesen, so würden sie spurlos unter den Eroberervölkern verschwunden sein. Als die am längsten in der Urheimath hochgezüchtete Völkersippe aber entwickelten sie, langsam vor der Uebermacht zurückweichend, welche sie im Süden (das persische, makedonische und römische Weltreich) und im Osten und Nordosten (die wilden Mongolenscharen) bedrängte, eine mit der steigenden Bedrängniß sich steigernde Spannkraft. Sie wurden Mann für Mann lebende Urbilder des von Schiller im „Tell" ausgesprochenen Grundsatzes: Der Starke steht am besten allein. Es wohnte jeder Hausvater auf seinem Landantheile abgesondert; sie haßten die Dörfer und Städte und bildeten Verbindungen blos zu vorübergehenden bestimmten Zwecken, indem Jeder sich auf die eigene Kraft verließ, selbst die Frauen stark in allen Künsten des Kriegs geübt, und die jüngeren Söhne, welche nichts als Waffen erbten, genöthigt wurden, den steten Grenzkrieg zu führen, oder als erobernde Abenteurerschaaren westwärts eine neue Heimath zu suchen. So ist es denn kein Wunder, daß eine Menge germanischer Volksstämme vom großen Stamme abgetrennt worden sind, welche blos noch durch Besonderheiten des Körperbaus, der Sprache und Sitten ihre Abstammung verrathen: daß andere Stämme, von den Mongolen unterworfen und mit diesen zu neuen Völkern, den Tartaren (Türken, Finnen, Ugrier, Bulgaren, Tscherkessen ꝛc.) verwachsen sind, welche eine lichte Hautfarbe und Sprachen mit mongolischen Wortstämmen, aber arischem Satzbau aufweisen; daß noch andere mit den Griechen und deren Verwandten verschwommen sind und heute die Albanesen in der Türkei bilden: daß die Slawen und Littauer, unter ein anderes Klima und auf einen dichtbewaldeten Boden versetzt, von den Deutschen sich immer verschiedener entwickelt und sich in mancherlei abweichende Stämme zersplittert haben; daß die deutschen Abenteurerbanden im Westen Europas schon früh die schwachen mongolischen, dunkleren und Mischvölkern zu keltischen (gälischen, welschen) Mischvölkern umgebildet haben und schon 400 v. Chr. G. den Römern als Eroberer gefährlich wurden, mit Sprachen, Körperbau und Sitten, in welchen das Deutsche bald mehr, bald weniger hervortritt; daß zuletzt, noch v. Chr. G., ein Theil der deutschen Stämme Schweden, Norwegen und Dänemark einnahm und sich in diesen schwerer zugänglichen Ländern eigenthümlich als Nationen weiter entwickelte, während der Rest dieser Stämme das heutige Deutschland besiedelte, die Niederlande und Schweiz eingeschlossen. Aber auch von diesen altdeutschen Stämmen ging die Hälfte verloren durch Eroberung des weströmischen Reiches, in dessen einzelnen Provinzen sie neue Mischnationen bildeten. Es sind also wohl neun Zehntel des deutschen Völkerstammes verloren und nur ein Zehntel Deutsche geblieben. Die übrigen sind verbraucht worden, um abgestorbene Völker oder Kulturen neuzubeleben oder neue Nationen zu bilden.

Aber in der neuen deutschen Heimath fehlte es erst recht an einer allseitig abgeschlossenen Grenze. Eine solche giebt es blos im Süden an den Alpen. Im Osten strömten also eine Menge slawischer Völker, von den Mongolen und Tartaren bedrängt, herein, um die Plätze zu füllen, welche die ins Römerreich ausgewanderten deutschen Stämme leergelassen hatten. Diese Slawen wurden nach langem friedlichen Nebeneinanderleben von den Deutschen bezwungen und gewaltsam deutsch gemacht; ebenso ein Theil der Littauer (die Kassuben, Preußen, Samgallen und Letten). Und dies war, nächst dem Christenthum und dem römischen Rechte, das größte Unglück für das Deutschthum. Denn auf diesem slawischen Boden allein konnte sich ein Oesterreich und Preußen entwickeln, und infolge dessen die Zersplitternng, politische Ohnmacht, der dreißigjährige Krieg mit seinen verderblichen Folgen und die Knechtseligkeit der Deutschen, wie später erklärt werden wird. Die Alpen aber sind für ein kriegstüchtiges Volk kein unwegsames Gebirge, und so kam es, daß die Schicksale Deutschlands und Italiens in einer für beide Theile höchst unheilvollen Weise verkettet, daß beide durcheinander an der Entwicklung eines geschlossenen Volksthums und einer Nationalität verhindert wurden, wie ebenfalls noch weiter zu erklären ist.

Vermischtes.

— *Statistisches.* Dr. Mayr, Vorsteher des bayrischen statistischen Bureaus gibt in seinem trefflichen Werke über die Verbreitung der Blinden, Taubstummen ꝛc. die Zahl der Blinden in Deutschland auf 38,000 an oder 88 auf 100,000 Einwohner. Die meisten Blinden sind im Osten (90—120), in ganz Europa und Amerika gibt es 215,000 oder 87 auf 100,000 Einwohner. In Amerika und Australien ist das Verhältniß nur 52 und in den englischen Colonien 38. In Europa haben sehr wenig die Niederlande (44) und Oesterreich (55), viel England (98), Italien (101), Spanien (112), Ungarn (120) und Norwegen (136), Finnland hat gar (224). Zur Heilung der Augenkrankheiten und Verhütung derselben mag dies manchen Wink geben. Taubstumme gibt es weniger (152,000 für beide genannte Welttheile). Auch hier ist Amerika mit 42 im Vortheil gegen Europa (78), und Holland (33) steht mit Belgien (43) am günstigsten. Die schlimmsten Verhältnisse zeigt wieder der Osten (Preußen, Posen) mit (120—178 und die Schweiz (wegen ihrer Kretinen) mit (245). Die Zahl der Blödsinnigen ist ziemlich groß: 140 in Deutschland, Frankreich nur 114. Bei den Irrsinnigen (40—60) fällt zunächst die hohe Quote der städtischen und industriellen Bezirke auf.

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pro. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., pro. Vereinsangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 430 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lauermann, 74 Cityhourne ave.
San Francisco: F. Enß, 618 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 128. Mittwoch, 31. Oktober. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für die Monate November u. Dezember zu 1,10 M. werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für Connewitz ꝛc. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für Kleinzschocher u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für Thonberg bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, Neureudnitz bei Zschau, 15 I, für Plagwitz-Lindenau bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für Gohlis ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für Stötteritz bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Herr Professor Dr. Schäffle

replizirt in der dritten Auflage seiner Schrift: „Die Quintessenz des Sozialismus" auf meine Bemerkungen über seine Auffassung der Marx'schen Werththeorie und wird es zu weiterer Verständigung nothwendig, hier nochmals auf den streitigen Punkt zurückzukommen.

Zuerst muß ich auf eine kleine, aber bedeutungsvolle Abänderung aufmerksam machen, welche in der qu. dritten Auflage stattgefunden hat. In den früheren Auflagen schloß Herr Professor Dr. Schäffle das 6. Kapitel mit den Worten: „Der Sozialismus muß diesen von seinen Theoretikern arg mißachteten Punkt am ehesten zu berichtigen suchen; vorher läßt sich mit ihm doch kaum eine Diskussion von praktischer Bedeutung anknüpfen. In der neuesten Auflage sind die vorstehend gesperrt gedruckten Worte fortgelassen, und dürfte daraus zu folgern sein, daß mein Herr Gegner einerseits die behauptete Mißachtung des fraglichen Punktes nicht mehr für so „arg" hält und daß er andererseits nicht mehr gewillt ist, einer Discussion jede praktische Bedeutung abzusprechen. Das ist meines Erachtens ein bedeutender Schritt zu weiterer Verständigung, den ich mit Vergnügen hier acceptire.

Als Anmerkung zu dem vorstehend citirten und gegen früher corrigirten Satz, in welchem also eine Correctur der Werththeorie verlangt wird, schreibt Herr Dr. Schäffle:

„Dies thut Herr Schramm im „Vorwärts" 1877 Nr. 61 und 62 in einer sachlich gehaltenen Polemik gegen die Quintessenz des Sozialismus. Er giebt nämlich dem Marx'schen Begriff der „gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit" eine Deutung, welche in dem Begriff des „gesellschaftlich nothwendigen" das unterbringt, was ich den Gebrauchswerth nenne. An und für sich habe ich gegen diese Auslegung Nichts einzuwenden, da sie die von mir betonte nothwendige Mitbestimmung des Tauschwerthes durch wechselnden Bedarf wenigstens prinzipiell zur Geltung kommen läßt. Doch muß ich zwei Gegenbemerkungen mir erlauben. Einmal, daß ich meine Auffassung des Marx'schen Begriffs der „gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit" immer noch nicht für unrichtig halten kann, denn Marx erklärt Güter, welche gleich große Arbeitsquanta enthalten, oder in derselben Arbeitszeit hergestellt werden können, tauschwerthgleich. Sodann habe ich zu bemerken, daß, wenn Herr Marx die Schramm'sche Auslegung billigen würde, die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit als praktischer Anhaltspunkt der Taxbestimmung unbrauchbar werden würde und zwar durch die Hineinzwängung des ganz selbständigen zweiten Moments der Tauschwerthbestimmung, des sozialen Gebrauchswerthes nämlich, in die gesellschaftliche Arbeitskostengröße. Ich möchte daher zweifeln, ob Marx die seiner Werththeorie gegebene Auslegung anerkennen wird und bleibe für mich selbst dabei, daß gesellschaftliche Arbeitskosten und gesellschaftlicher Bedarf beide selbständig und ohne vermengende Ineinanderschiebung zur Tauschwerthbestimmung in jeder Epoche der Volkswirthschaft herangezogen werden müssen."

Herr Dr. Schäffle meint also, daß meine Auffassung der dem Sinne dieser Theorie nicht entspreche, daß man aber gegen die Marx'sche Theorie in dieser Auffassung Einwendungen durchschlagender Art nicht wohl erheben könne. Ich acceptire dies Zugeständniß mit Freuden, muß aber darauf hinweisen, daß dieselbe Auffassung der Marx'schen Werththeorie, welche ich gegen Hrn. Dr. Schäffle zur Geltung gebracht habe, schon in den von mir im Jahre 1874 geschriebenen, im „Volksstaat" veröffentlichten Aufsätzen enthalten ist. Eine Correctur meiner Ansichten hat also nicht stattgefunden, war auch vollständig unnöthig, da ich noch heute der Meinung bin, daß ich Marx richtig verstanden habe.

Ich gestehe aber gern zu, daß die exclusive Art und Weise, in welcher Marx den Tauschwerth immer nur an beliebig vermehrbaren Gütern demonstrirt, zu der irrthümlichen Auffassung Veranlassung gegeben hat, welche nicht nur Herr Dr. Schäffle, sondern sogar verschiedene Parteigenossen von der Marx'schen Theorie haben. Behauptet doch sogar die sozialistische „Zukunft" pag. 94, daß die von mir vertretene Auslegung eine der Marxistischen Theorie fremde sei!

Diesen Anschauungen gegenüber muß ich immer wieder betonen, daß es Marx in dem vorliegenden Theile seines Werkes in der Hauptsache darum zu thun war, die Entstehung des Mehrwerthes klar zu legen und daß es aus diesem Grunde geboten erschien, alle die Entstehung des Mehrwerthes verdunkelnden Nebenumstände vorläufig unbeachtet zu lassen. Wer Marx eingehend studirt, wird die Ueberzeugung gewinnen, daß meine Auffassung in dieser Hinsicht richtig ist.

In der 1859 bei Duncker erschienenen Schrift: „Zur Kritik der politischen Oekonomie" entwickelt Marx den Plan zu seinem Werke und verspricht dabei die Lösung folgender Probleme:

Erstens: Wenn die Arbeitszeit das Maaß des Tauschwerthes ist, wie läßt sich auf dieser Grundlage die Höhe des Arbeitslohnes entwickeln?

Zweitens: Wie führt Produktion auf der Basis des durch bloße Arbeitszeit bestimmten Tauschwerthes zu dem Resultat, daß der Tauschwerth der Arbeit kleiner ist, als der Tauschwerth ihres Produktes?

Diese beiden Probleme haben in dem vorliegenden ersten Bande des Kapitals ihre Lösung erhalten; man wird einsehen, daß hierzu ein weiteres Eingehen auf Nebenumstände bei Definition des Tauschwerthes nicht nothwendig war.

Drittens: Der Marktpreis fällt unter oder steigt über den Tauschwerth mit dem wachsenden Verhältniß von Angebot und Nachfrage. Wie kann auf Grundlage des Tauschwerthes ein von ihm verschiedener Marktpreis entstehen? — Die Lösung dieses Problems liegt in der — von Marx noch nicht entwickelten Lehre von der Concurrenz.

Viertens: Wenn der Tauschwerth nichts ist, als die in einer Waare enthaltene Arbeitszeit, wie können Waaren, die keine Arbeit enthalten, Tauschwerth besitzen, oder in anderen Worten: Woher der Tauschwerth bloßer Naturkräfte? Dieses Problem soll bei der Lehre von der Grundrente gelöst werden.

Aus diesem Plan geht mir zweifelsohne hervor, daß Marx die durch den gesellschaftlichen Bedarf an Gütern — bei deren Erzeugung der Naturfaktor eine besondere Rolle spielt — entstehende Werthsteigerung entweder nur als eine durch Concurrenz-Verhältnisse entstehende Preissteigerung ansehen und erklären oder aber auch hier ein abgeleitetes Werthverhältniß nachweisen wird, wie er es bei dem Werth von Grund und Boden angedeutet, bei dem Werth der zur Waare gewordenen Arbeitskraft bereits nachgewiesen hat. In beiden Fällen kann und wird dem von Hrn. Dr. Schäffle geforderten „gesellschaftlichen Bedarf" vollauf Rechnung getragen werden, da ja bei der Lösung der letzten beiden Probleme der Einfluß der Nachfrage ebenso wie die Wirksamkeit des Naturfaktors zur Besprechung und Erläuterung kommen muß.

Die Auslegung, welche ich der „gesellschaftlich nothwendigen Arbeit" gegeben habe, basirt aber nicht nur auf den vorstehenden Erwägungen, sondern auf einer Stelle in der oben citirten Marx'schen Schrift, in welcher Marx selbst diese Definirung hervorhebt. Er schreibt dort pag. 39:

„In direkter Polemik mit Ricardo betonte Sismondi sowohl den spezifisch gesellschaftlichen Charakter der Tauschwerth setzenden Arbeit, wie er es als „Charakter unseres ökonomischen Fortschritts" bezeichnet, die Werthgröße auf nothwendige Arbeitszeit zu reduziren, auf „das Verhältniß zwischen dem Bedürfniß der ganzen Gesellschaft und der Quantität Arbeit, die hinreicht, das Bedürfniß zu befriedigen".

Da Marx diesen Satz in einem Kapitel citirt, welches er „Historisches zur Analyse der Waare" betitelt, da dies Citat gebracht wird, nachdem unmittelbar vorher die Werththeorie entwickelt und dabei der Ausdruck „nothwendige Arbeitszeit" gebraucht worden ist, glaube ich annehmen zu dürfen, daß Marx mit dem Wort „nothwendig" denselben Sinn verbindet, den er im Einverständniß mit Sismondi als einen ökonomischen Fortschritt bezeichnet.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Herr Dr. Schäffle nach Kenntnißnahme von dieser Stelle meine Auffassung als berechtigt anerkennen und zugestehen wird, daß die Marx'sche Werththeorie Genüge leistet.

Herr Dr. Schäffle begnügt sich aber nicht mit der Richtigkeit der Theorie, er verlangt vielmehr, daß dieselbe „als praktischer Anhaltspunkt für die Taxbestimmung brauchbar" sein solle, er verlangt mit anderen Worten, daß sich aus der Werththeorie dasjenige entwickeln solle, was er in seinem „Gesellschaftlichen System der menschlichen Wirthschaft" den natürlichen Tauschwerth nennt und was ich den Durchschnittspreis nennen möchte. Herr Dr. Schäffle hängt also noch immer an der Meinung, daß Marx mit seiner Werththeorie einen „Vertheilungsplan" habe ausarbeiten wollen, und dokumentirt damit — mit Verlaub — eine durchaus falsche Vorstellung von den Motiven, die Marx bei seinen wissenschaftlichen Arbeiten geleitet haben. Es dreht sich Hrn. Marx nicht darum, Zukunftspläne auszuarbeiten, er will nur durch rückhaltslose Kritik des Bestehenden Erkenntniß der Fehler und Mängel unserer gesellschaftlichen Zustände verbreiten. Das war schon sein Wunsch und Wille bei Begründung der deutsch-französischen Jahrbücher und es ist mir undenkbar, daß ein so zäher und unbeugsamer Charakter wie Marx von dem einmal für nothwendig und zweckmäßig Erkannten abgegangen sein solle. Was Marx will, sagt er offen in der Einleitung zu den oben genannten Jahrbüchern in seinem Briefe vom September 1843:

„Ich bin nicht dafür, daß wir eine dogmatische Fahne aufpflanzen, im Gegentheil! Wir müssen den Dogmatikern nachzuhelfen suchen, daß sie ihre Sätze sich klar machen. So ist namentlich auch der Communismus eine dogmatische Abstraktion, wobei ich aber nicht irgend einen eingebildeten und möglichen, sondern den wirklich existirenden Communismus, wie ihn Cabet, Dezamy, Weitling ꝛc. lehren, im Sinne habe. Dieser Communismus ist selbst nur eine aparte, von seinem Gegensatz, dem Privat-Eigenthum infizirte Erscheinung des humanistischen Prinzips. Aufhebung des Privat-Eigenthums und Communismus sind daher keineswegs identisch und der Communismus hat andere sozialistische Lehren, wie die von Fourier, Proudhon ꝛc. nicht zufällig, sondern nothwendig sich gegenüber entstehen sehen, weil er selbst nur eine besondere, einheitliche Verwirklichung des sozialistischen Prinzips ist."

„Und das ganze sozialistische Prinzip ist wieder nur die eine Seite, welche die Realität des wahren, menschlichen Wesens betrifft. Wir haben uns ebensogut um die andere Seite, um die theoretische Existenz des Menschen zu kümmern, also Religion, Wissenschaft ꝛc. zum Gegenstand unserer Kritik zu machen.

„Wir treten nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder! Wir entwickeln nur der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien. Wir sagen ihr nicht: Laß' ab von Deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug; wir wollen Dir die wahre Parole des Kampfes zuschreien! Wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen muß, wenn sie auch nicht will."

Vergleicht man die in diesen Zeilen ausgesprochene Ansicht mit der Vorrede zu dem „Kapital", so findet man in beiden Schriftstücken nur das Bestreben, Kritik zu üben, wie sich denn auch die beiden Werke von Marx schon in dem Titel als Kritik vorstellen. Ich kann Hrn. Dr. Schäffle gegenüber also nur wiederholen und glaube dies im Einverständniß mit allen Parteigenossen zu thun, daß der Sozialismus in der Marx'schen Werththeorie keinen Vertheilungsmaßstab sucht oder erblickt.

Für mich persönlich möchte ich hier bemerken, daß ich mit Hrn. Dr. Schäffle's Ansicht vollständig übereinstimme, wo er von der für die Vertheilung des Arbeitsertrages nothwendigen „Tauschwerthbestimmung" spricht; die von ihm in dem „Gesellschaftlichen System" in dem Kapitel über „Die Feststellung des Tauschwerthes" entwickelte Ansicht von dem natürlichen Tauschwerth scheint mir — wenn ich statt Werth — „Preis" setze — durchaus zutreffend zu sein und würde sich meines Erachtens auch als zweckentsprechender Vertheilungsmodus gebrauchen lassen, wenn der Communismus in ausgedehntem Maße eingeführt und die produktive Arbeit föderalistisch-genossenschaftlich organisirt wäre.

C. A. Schramm.

Die Motive des Sozialismus.

Ein Wort wider „christliche" Beschuldigungen" von F. A.

(Schluß.)

Ernsthaft denkende Männer muß dies doch stutzen machen. Es muß Entsetzen erregen, wenn wir sehen, daß die Organisation unserer Gesellschaft nur besteht auf Kosten der materiellen Sklaverei der ungeheuren Mehrzahl, um den Preis der Prostitution einer furchtbaren Masse sittlicher Persönlichkeit? Das ist's, Herr Pfarrer, was uns Sozialisten bewegt; hier entspringen unsre „unlautern Motive". Habsucht, Neid, Klassenhaß, Genußsucht. Fühlen Sie nicht einen leisen Hauch von Röthe in ihrem Antlitz, wenn Sie diese Wahrheit und Ihren Vorwurf vergleichen?

Denn auch Sie sehen ein, daß nicht alles richtig steht in der gegenwärtigen Welt. Auf allen geistlichen Conferenzen steht jetzt die soziale Frage auf der Tagesordnung; oft wird der herrschende Nothstand anerkannt; vielfach beklagt man die Ansammlung von horrenden Kapitalien in wenigen Händen, während die Menge darbt, und ziemlich allgemein ist in Ihren Kreisen das Bewußtsein, daß „ein Theil" der Schuld auf Seiten der Reichen liege. Sogar Schuster*), dessen Schrift sich in Ihren Kreisen so sehr verbreitet findet, den Sie gewiß nicht des Liebäugelns mit uns beschuldigen werden, erkennt dies an.

Wenn man aber fragt: Wie soll denn nun geholfen werden, da weiß Keiner, wo aus und wo ein und mit luftigen Segeln schwimmt man ins weite Meer der Phrase. Nennen Sie mir, Herr Pfarrer, die Versammlung von Geistlichen, auf der ein wirklich positiver Vorschlag, das soziale Uebel zu heben, durchdrang. Weckung christlichen Geistes, Förderung der Menschenliebe, so lauten meist die in Vorschlag gebrachten Mittelchen; aber der Mund verstummt, wenn man fragt, wie es angefangen werden müsse, diese wohlgemeinten Redensarten ins praktische Leben zu übersetzen. Ein paar Flickmittelchen, wie Armenpflege, Volksbibliotheken, Beihülfe zum Unterricht Verwahrloster u. a. m. dienen dazu, bequem über die brennende Prinzipienfrage hinwegzukommen und sich selbst das wohlfeile Bewußtsein zu verschaffen, daß man es mit dem Volke wohl meint.

Ueber die Flickmittelchen an sich will ich nicht schelten. Sie können immer Linderungsmittel sein; und wenn Sie auch nur oberflächlich unser Thun verfolgt haben, wird Ihnen nicht entgangen sein, daß unsre Reichstagsabgeordneten für mancherlei Linderungsmittel (Fabrikgesetz) plaidiren. Nur dann erklären wir uns gegen diese Mittel, wenn sie, wie es oft geschieht, als Bestechungsmittel angewandt werden; als Köder für oder gegen ein bestimmtes Partei- oder Privatinteresse, wie ich es oben an dem Beispiel des menschenfreundlichen Fabrikherrn in seiner mildesten Form gekennzeichnet habe.

Doch die Erkenntniß, daß solche Mittel lindern können, kann unsern Blick nicht verschleiern und bewirken, daß wir in ihnen Heilmittel sehn. An den äußeren Symptomen läßt sich die Krankheit erkennen, heilen läßt sie sich nur, wenn es gelingt, ihre Ursachen zu entfernen. Die Ursache der Krankheit unsrer

*) Herr Pfarrer Schuster hat aus einzelnen Stellen sozialistischer Schriften, die ihm gerade in den Kram paßten sein System des Sozialismus zusammengestellt. Glauben Sie nicht, Herr Pfarrer, daß man es fertig bringen könnte, aus einzelnen Stellen der Bibel eine recht häßliche Fratze des Christenthums zusammenzustellen? Ueberlegen Sie das einmal, vergegenwärtigen Sie sich die sittliche Entrüstung, die dies in Ihnen hervorrufen würde — und dann urtheilen Sie über die sittliche Qualität solcher Bücher wie das von Schuster.

Zeit ist aber nach unsrer Ueberzeugung die durch materielle Mittel hervorgebrachte Sklaverei der Massen. Also fragen wir, wie lassen sich die materiellen Mittel so in den Dienst der Menschheit stellen, daß die Möglichkeit, daß der Mensch den Menschen durch sie unterjoche, prinzipiell ausgeschlossen ist?

Die Antwort darauf kann nur eine sein: Nur dann ist jede Unterjochung des Einzelnen prinzipiell ausgeschlossen, wenn die Mittel, durch welche jene Unterjochung bewirkt werden kann, und das sind die Erwerbs- oder Produktionsmittel, aus dem Eigenthum der Einzelnen in das Eigenthum der Gesammtheit übergehen.

Dieser Uebergang ist möglich, denn „die Natur produzirt nicht auf der einen Seite Geld- oder Waarenbesitzer, und auf der andern Seite bloße Besitzer der eignen Arbeitskräfte. Dies Verhältniß ist kein naturgeschichtliches und ebensowenig ein gesellschaftliches, das allen Geschichtsperioden gemein wäre. Es ist offenbar selbst das Resultat einer vorhergegangenen historischen Entwicklung, das Produkt vieler ökonomischer Umwälzungen, des Untergangs einer ganzen Reihe älterer Formationen der gesellschaftlichen Produktion." (Marx, das Kapital, 2. Aufl., S. 154.) Und alles was entsteht ist werth, daß es zu Grunde geht. So muß auch diese Formation einer höheren und besseren weichen, wenn nur einmal die Einsicht, daß sie verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig sei, Einfluß im Staatsorganismus gewonnen hat. Damit das Volk aber Einfluß üben kann, ist nöthig, daß alle, deren Interessen mit dem Staatsleben verknüpft sind, und das ist das ganze Volk, an der Regierung des Staats Antheil nehmen, daß das Volk sich selbst regiere; denn „alle Gesetze, zu allen Zeiten, bei allen Völkern folgen dem Grundsatz, daß sie das möglichst große Glück der Gesetzgeber zum Ziele haben." (Wiener, Grundzüge der Weltordnung S. 440. — Kein Sozialist, Herr Pfarrer.) Sollen daher Gesetze zum Wohl des ganzen Volks gegeben werden, so muß auch das ganze Volk sie geben. Deshalb sind wir Demokraten; aber wir wollen diese Demokratie auf allmähligem gesetzlichem Weg realisiren. Damit dieses möglich sei, muß Einsicht und Bildung verbreitet werden; „die Erlangung und Bewahrung der Freiheit ist an eine bessere Erziehung der Kinder geknüpft" (Thünen, der isolirte Staat II, 2, S. 7. — Conservativer Gutsbesitzer, kein Sozialdemokrat Herr Pastor!) Und auch die Erwachsenen müssen wir lehren, wie „das Interesse des Einzelnen an das des Ganzen geknüpft" ist, daß „der Einzelne mitleidet, wenn andre unrichtig handeln, und es somit in seinem Interesse liegt, sie zur richtigen Einsicht und zum Rechthandeln führen." (Thünen ebenda.) Deshalb verlangen wir verbesserten Schulunterricht, deshalb treiben wir unsere Agitation.

Aber auch dann, wenn wir es mit allen sittlichen Anstrengungen dahin gebracht haben, daß die Mehrheit des Volks auf unsrer Seite steht; auch dann, wenn die volle Macht, unsre Ideale zu verwirklichen, in unsern Händen liegt, auch dann — halten Sie uns im Ernst für so roh und brutal, daß wir dann die Waffen, die uns soweit zum Siege geführt haben, die Waffen der Einsicht und der Menschenliebe hinwerfen sollten, um zu der finstren Wehr des Mittelalters, der Gewalt zurückzugreifen. Weniger als irgend einer, ist das unser Standpunkt. Wir, die wir auch die Entwicklung der Gesellschaft als einen gewaltigen Naturprozeß auffassen, wissen wohl, daß sie diese „naturgemäßen Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretiren kann. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern." (Marx, Kapital, Einl.) Sie kann gesetzliche Hemmnisse wegschaffen, sie kann nach und nach die Produktionsmittel auf dem Weg berechtigten Kaufs mit den gesetzlichen Mitteln der Gegenwart in ihre Hand bringen und so auf gleichem, ruhigem Entwicklungspfad die ungeheure Umwälzung zu Stande bringen. Uns, die wir in den letzten Jahrzehnten ungeheure Umwälzungen und Entwicklungen durch die materiellen Kräfte des Dampfs und der Elektrizität auf friedlichem Wege vor sich gehn sahen, kann dieser Ausblick keine Utopie sein. Wenn sie Ihnen als solche erscheint, Herr Pfarrer, mögen Sie uns immerhin intellektueller Irrthümer beschuldigen. Kommen Sie nur in die Arena des geistigen Kampfs mit den Waffen der Wissenschaft! Wir sind nicht unbelehrbar, und auch vom Gegner lernen wir gern. Aber den moralischen Makel müssen wir von uns abwehren. Wohl mögen Sie recht haben, wenn Sie sagen, daß auch in unsere Reihen sich schlechte Menschen aus unlautern Beweggründen eindrängen. Im Allgemeinen können Sie aus der Kirchengeschichte wissen, daß verfolgte Parteien an solchen nicht so reich sind, als verfolgende. Und wenn sich doch Einzelne finden sollten, so darf Sie das nicht wundern, der Sie lehren, daß unter den Jüngern von Jesus sich ein Judas befand; aber Sie dürften auch am wenigsten solchen Vorwurf einer großen Partei entgegenschleudern. Nicht uns schändet dieser Vorwurf, sondern Sie; und wenn Sie als ein Mann von Ehre betrachtet werden wollen, so werden Sie diesen Vorwurf ohne Vorbehalt widerrufen. Dem von Ihnen angezogenen Geist „christlicher Liebe und Milde" würde dies jedenfalls nicht widersprechen.

Ein Wort im Vertrauen, Herr Pastor! War es wirklich uneingeschränkt der Geist des Christenthums, der Geist christlicher Liebe und Milde, der Sie bewog, so gegen uns aufzutreten? Oder hat sich nicht vielleicht der Gedanke an gewisse Dogmen und Ihnen lieb gewordene Anschauungen, die Ihnen unvermerkt zum „Wesen des Christenthums" geworden sind, in Ihre Seele hereingedrängt und da den Ausschlag gegen uns gegeben? Schwerlich haben Sie sich so ganz unbefangen gefragt, warum Christus überhaupt als Lehrer öffentlich aufgetreten sei. Läge nicht vielleicht die entfernte Möglichkeit vor, Herr Pfarrer, daß alle Dogmen, daß die biblische Weltanschauung nichts als die wandelbare äußere Hülle, der auf den Zeitanschauungen und dem jeweiligen Erkenntnißstand beruhende und danach zu modifizirende historische Ballast sei; daß aber der Kern des Christenthums dem Motiv nach in reiner Menschenliebe, dem Zweck nach in Beglückung der Menschheit gefunden werden müsse? Und sehen Sie, Herr Pfarrer, grade dieses ist der Geist, den Sie den Geist der Genußsucht, der Habsucht, des Neides, des Klassenhasses nennen, — grade dieser Geist, Sie Diener der Religion der Menschenliebe, ist der Geist des Sozialismus.

„Hütet Euch vor den Pharisäern und Schriftgelehrten!" Sie wissen, Herr Pfarrer, über welche Menschenklasse diese Worte gesprochen sind: Ueber die in den Formeln der Ueberlieferung, in den Gebräuchen des Mosaismus eingerosteten Gelehrten, denen das Gespinnst eines dogmatischen Systems als Binde vor den Augen lag, denen das Geröll von Jahrhunderten den Quell rein menschlichen Fühlens im Herzen verschüttet hatte.

Sie kreuzigten die Liebe, aber die Geschichte schritt gewaltig über sie fort, und nur ihr Fluch haftet an ihren Fersen.

Hütet Euch vor den Pharisäern und Schriftgelehrten! So erschallt auch heute der Ruf. An Ihnen liegt es, Herr Pfarrer, ob dieser Ruf auch für Sie gelten, ob jener Fluch sich auch an Ihre Fersen heften soll. Das völlig voraussetzungslose Streben nach Erkenntniß und Wahrheit, das völlig uninteressirte Trachten nach Beglückung der Menschheit — das sind unsre Dogmen, die Dogmen, die ob allem Wandel der Erkenntniß thronen werden, so lange Menschen sind. Zu diesen mögen auch Sie schwören; sie sind wahres Christenthum.

Und bekennen Sie, Herr Pfarrer, bekennen Sie ganz stille in ihrem Herzen — Sie sagen zwar in einer sechsten (von mir nicht mit veröffentlichten) These, eine eingehende Beschäftigung mit der einschlägigen Literatur sei unerläßlich und Pflicht jedes Geistlichen —, aber gestehen Sie im Vertrauen zu, Sie haben bis jetzt wenig, ganz verzweifelt wenig den Sozialismus studirt. Ueber „Schuster", die Berichte einiger uns feindlicher Blätter, und vielleicht einer abgerissenen Lektüre einiger sozialistischer Zeitungsnummern und Broschüren ist Ihr Studium sicher nicht hinausgekommen. Ihre Beschuldigungen — nehmen Sie es mir nicht übel Herr Pfarrer — entsprechen so sehr den landläufigen Irrthümern des Philisters über Sozialismus, daß es im Wesentlichen unmöglich anders sein kann. In die grundlegenden Schriften von Marx und Lassalle sind Sie nicht eingedrungen; die erläuternden, das Wesen des Sozialismus berührenden von Schäffle und Lange haben Sie achtlos bei Seite liegen lassen und in dem, was Sie wirklich gelesen, was Sie wirklich studirt haben, da haben Sie — Herr Pfarrer, es ann gar nicht anders sein — es gemacht wie — „Schuster". Nicht nach dem Grundsatz: Prüfet Alles und das Beste behaltet! sind Sie an den Sozialismus herangetreten, sondern mit dem Vorurtheil, Sie würden Häßliches, Abscheuliches, Unchristliches in ihm finden. Und da — auch wir sind Menschen, Herr Pfarrer, und manches Wort mag auch unsrerseits gesprochen worden sein, was nicht dem Geist des Sozialismus entspricht und besser unterblieben wäre — da natürlich mußten Sie finden, was Sie wollten. Sagt doch selbst von der Bibel der alte Spruch eines Kirchenvaters, daß es ein Buch sei, in dem jeder seine „Dogmen" suchen und finden könne. Die Beurtheilung aber, Herr Pfarrer, ob ein solches Verfahren, den Geist einer Lehre zu finden, sittlich ist — diese Beurtheilung überlasse ich Ihnen selbst.

Ist es Ihnen aber im Ernst darum zu thun, den Geist des Sozialismus zu begreifen, so studiren Sie ernst, gründlich und anhaltend; bannen Sie jedes Vorurtheil, suchen Sie Zufälliges von Wesentlichem genau zu scheiden, kritisiren Sie nicht eher, als bis Sie ganz verstanden haben, und vor Allem vergessen Sie nicht „den Geist christlicher Milde und Liebe".

So, Herr Pfarrer, aber auch nur so mag es Ihnen gelingen, sich über das Niveau, auf welchem die plappernde Urtheilslosigkeit schwimmt, zu erheben. Dann darf ich hoffen, es werde, wenn wir uns wieder begegnen, jedenfalls dem Gegner Achtung und Anerkennung zu Theil werden — vielleicht hat aber dann auch „christliche Milde und Liebe" einen Gegner zu einem Freund und Mitarbeiter am Werk der Erlösung der Menschheit gewandelt.

Aus Frankreich.

Paris, 22. Oktober.

Bürger Redakteur!

Es wird Sie und Ihre Freunde wohl interessiren, die Ansichten eines Ihrer sozialistischen Genossen über die letzten Wahlen in Frankreich kennen zu lernen und etwas über die Haltung des französischen Proletariats im Allgemeinen und des Volks von Paris ins Besondere am 14. Oktober, dem Tage der Wahlen zu erfahren.

Sie wissen, unter welchen Umständen das französische Volk am 14. Oktober zu den Wahlurnen gerufen wurde. Die Wahlen des 20. Februar 1876 hatten in die Deputirtenkammer zu Versailles eine achtunggebietende Majorität geschickt, welche den Namen „republikanische Majorität" annahm. Diese Majorität hatte eine unermeßliche Macht hinter sich, die Macht des einzigen Souveräns: des Volks. Die alte Versammlung von Bordeaux war an der Langeweile und Verachtung gestorben, die sie Jedermann einflößte. Das Volk, des bisherigen Spiels müde, war bereit, neue energische Vertreter zu unterstützen, welche mit Ernst für die Republik einstanden und mit Ernst, wenn nicht sofort an die Lösung, doch an das Studium der in unserm Frankreich, trotz allem Gerede vom Gegentheil, so lebendigen sozialen Fragen zu gehn. Der Schwung (élan), die Begeisterung des Volks waren bewundernswerth am 20. Februar 1876. Wer die Probleme der Politik zu analysiren versteht, der kann nicht in Abrede stellen, daß das französische Volk am 20. Februar 1876 einen mächtigen Schritt zur Freiheit gemacht hat.

Unglücklicherweise begriff die sogenannte republikanische Majorität der Deputirtenkammer nicht das Wesen und die Tragweite des 20. Februar. Sie tagte in Versailles, that aber absolut nichts im Interesse und zum Wohle des Volks. Sie entsprach in keiner Weise den Hoffnungen, welche das Volk in sie gesetzt hatte. Man muß es sagen, offen herausagen: sie litt an einer schweren Krankheit; sie trug den Todeskeim in sich: das Gift des Opportunismus (der Rechnungsträgerei). Mit der moralischen Kraft der Nation hinter sich konnte sie dem Präsidenten der Republik und dem Senat mit Leichtigkeit den Willen Frankreichs diktiren, denn der Senat und der Präsident der Republik hatten damals Furcht.

Der Opportunismus, das heißt die Politik der Zugeständnisse, der Schwachen, des Abwartens ohne Organisation, richtete sofort ihre Verwüstungen an. Die Amnestie wurde bei Seite geschoben. Die mit solcher Ungeduld erwarteten Reformen im Heerwesen, in der Staatsverwaltung, in Schule und Kirche wurden auf die Griechischen Kalender („St. Nimmerleinstag") vertagt.

Wer ist für die Nichtigkeit (le néant) der sogenannten republikanischen Majorität vom 20. Februar verantwortlich? Die Wahrheit zwingt uns zu erklären, „ohne Phrase" zu erklären: Herr Gambetta und seine Freunde tragen die ganze Verantwortlichkeit!

Doch weiter.

Als die pfäffische, royalistische und bonapartistische Reaktion, mit einem Wort: „die moralische Ordnung", sah, daß die Versailler Versammlung unthätig blieb, faßte sie Muth, organisirte, ergänzte sie sich. Das war sehr natürlich. Da die Republikaner nicht vorgingen, vergaß die Reaktion ihre anfängliche Angst. Sie vergaß sie so gründlich, sie entwickelte eine solche Thätigkeit, daß der Tag kam, wo sie den Feind zur Thüre hinauswerfen konnte. Der Vatikan lieh seinen geheimen und verbrecherischen Einfluß. Der Jesuitismus legte seine schmählichen Schlingen. Der 16. Mai hatte statt: die Versammlung wurde erst vertagt, dann aufgelöst.

So verschwinden die Männer ohne Thatkraft: sie fallen wie abgestorbene Blätter.

Das Volk täuschte sich nicht. Es begriff sehr wohl, daß der Opportunismus alles verdorben hatte. Indeß die Gefahr für die Republik war groß. Die sogenannte republikanische Majorität, welche den Laufpaß erhalten hatte, protestirte; „363" Kammermitglieder unterzeichneten den Protest. Das war Etwas, aber sehr wenig. Sie hätten besser gethan, diese 363, ein Programm, ein klares bestimmtes Programm zu unterzeichnen und furchtlos auf dessen Verwirklichung zu drängen.

Am 14. Oktober an die Wahlurne berufen, hat das Volk von Neuem diesen „363", mit einigen Ausnahmen, seine Stimme gegeben. Das Volk wollte gegen den Gewaltstreich des 16. Mai protestiren. Die Wahl des 14. Oktober ist eine einfache Protestwahl (élections de protestation pure et simple).

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845).

(Fortsetzung.)

Wander sagt: in Hirschberg, also unter preußischer Regierung, sei keine Revolution je vorgekommen und werde schwerlich eine vorgekommen. Wenn also der Satz: die Revolutionen werden durch die schlechten Regierungen gemacht, richtig ist, in Hirschberg aber keine Revolution weder vorgekommen ist, noch schwerlich vorkommen wird, so ist damit gesagt, daß hier die erwirkende Ursache fehle, mithin, daß die preußische Regierung keine schlechte sei; eine gute Regierung hat aber ihre Bürger nicht zu fürchten. Das weiß sie und wird deshalb auch keine geheimen Späher zur Belauschung des Treibens der Bürger absenden.

In seiner Verdrehungssucht aber, bestärkt durch die Nothwendigkeit, seine gegen Wander unternommenen Ungesetzlichkeiten doch wenigstens einigermaßen zu rechtfertigen, behauptet Stieber: Wander habe die preußische Regierung als eine schlechte, und somit als die Ursache der ungesetzlichen, gegen sie ankämpfenden Bestrebungen der preußischen Unterthanen dargestellt.

Wander ist nicht verpflichtet, die „mancherlei verbrecherischen Bestrebungen, welche in neuerer Zeit hervorgetreten sind", von Amtswegen zu kennen; daher wäre es wohl nöthig gewesen, daß Stieber diejenigen verbrecherischen Bestrebungen, welche er im Sinne hat, und den Laien in der Geschichte der Verbrechen des Tages vorenthält, ein wenig entschleiert hätte. Er geheimnißt zu viel, und, weil der Richter dem Denunzianten unmöglich gleich auf's Wort glauben kann, so bleibt es vor allen Dingen unerkannt, ob die Thatsachen, welche Stieber im Sinne behalten hat, zuerst als wirklich vorhanden, und demnächst auch zweifellos als Verbrechen dargethan werden; dann erst könnte man beurtheilen, ob es ein Verbrechen ist, der Regierung die Schuld dieser Thatsachen aufzubürden. Außerdem müßte ꝛc. Stieber dann immer noch erst nachweisen, daß Wander diese Thatsachen gekannt habe; sonst kann auch nicht angenommen werden, daß Wander die Schuld dieser ihm unbekannten verbrecherischen Bestrebungen, die also in seinem Bewußtsein gar nicht vorhanden sind, der Regierung habe aufbürden wollen.

Die Wurm'sche phantasmagorische Tollheit mit zwei von ꝛc. Stieber zum Eide veranlaßten Verschworenen, die, weil sie den Eide nur zu Gunsten der Entdeckung geleistet haben, als Verschwörer gar nicht zu betrachten sind, kann nicht hierher gerechnet werden, weil, als Wander seine Rede hielt, die weltgeschichtliche Entdeckung derselben noch gar nicht gemacht war.

Stieber spricht indeß allerdings nicht schon von fertig gemachten Revolutionen, sondern nur von „Bestrebungen", die, wenn Stieber's Rede Sinn haben soll, nur Bestrebungen sein können, welche auf Herbeiführung einer Verfassungsänderung abzielen. Man erkennt aber leicht, daß von diesen eben Alles gelten wird, was von dem Wissen und dem Beweis vollendeter Thatsachen zur Inkrimination Wander's als erforderlich nachgewiesen wurde.

Man sieht aber sehr leicht, daß nicht alle dahin zielenden Bestrebungen „verbrecherische" sein müssen. Bitten und landständische Anträge auf Erweiterung der landständischen Verfassung, da gegen das Bitten bis jetzt noch kein Strafgesetz erlassen ist, sind kein Verbrechen. Wenn das Volk seine Meinung dahin kundgiebt, daß diese von den Landständen gestellten Bitten seinen Ansichten entsprechen, so ist auch darin kein Verbrechen zu finden, weil die Landstände eben nur die Wünsche des Volks vor den Thron bringen sollen, und das Volk damit nur darlegt, daß die Bitten der Landstände wirklich seine eigenen sind. Wenn Stieber diese meint, so ist seine Bezeichnung derselben als verbrecherischer ungebührlich.

Noch ist das Gesetz nicht aufgehoben, welches jedem Unterthanen ohne Ausnahme freistellt, „seine Zweifel, Einwendungen und Bedenklichkeiten gegen Gesetze und andere Anordnungen im Staat, sowie seine Bemerkungen und Vorschläge über Mängel und Verbesserungen dem Oberhaupt des Staats und den Behörden anzuzeigen". Das Streben eines Ueberzeugten, seine Ueberzeugung in gesetzlicher Weise auch auf den Monarchen zu übertragen, einen entsprechenden freien Entschluß des Monarchen herbeizuführen, ist an sich selbst also nicht verbrecherisch. Verbrecherisch ist nur die Anwendung strafbarer Mittel zur Herbeiführung eines solchen Entschlusses. Die Bitten durch die Landtage sind nicht ungesetzlich.

Wenn also Stieber nicht nachgewiesen hat und nicht nachweisen kann, daß Wander von Anwendung ungesetzlicher Mittel Kenntniß gehabt hat, so konnte Wander eine nicht vorhandene oder nicht bekannte Anwendung ungesetzlicher Mittel auch nicht als Schuld irgendwem zur Last legen. Die ganze Anklage fällt also in ein Nichts zurück.

Endlich sagt Stieber — Wander's obige Rede „besitze" (sic!) durch ein „Wortspiel auf das Wort Constitution und durch eine Hinweisung auf das Jahr 1815 eine überaus freche und hämische Anspielung darauf, daß die preußische Staatsverfassung keine constitutionelle sei."

Die beiden von dem Denunzianten so oft gebrauchten Worte „frech" und „hämisch" scheinen ihm ihrer wahren Bedeutung nach noch nicht bekannt zu sein. Hämisch, eigentlich hemisch, stammverwandt mit Hemmen, Hemmling, Hammel und Hemmschuh, bedeutet — zurückhaltend, rückhaltig, hinterhaltig. Frech, vom gothischen friks, dagegen heißt gierig, begehrlich, vordringlich, bildlich: übergreifend, vor Anderen sich etwas herausnehmend. Hinterhaltig und vordringlich sind Widersprüche gegen einander. Die Stelle, welche Stieber mit diesen Widersprüchen zur Gährung ansäuert, ist diejenige, in welcher Wander gesagt hat: es sei schwer, in den vor der Versammlung zu haltenden Reden jederzeit den der Versammlung genehmen Ton zu treffen, und ebenso schwer, wenn auch ohne alle Absicht und unwillkürlich, nicht einmal auch auf Dinge zu kommen, welche die Versammlung unberührt gelassen wissen wolle. Indeß solle man eine solche Berührung nicht zu streng verpönen; denn genau genommen heile man Schmerzen keineswegs schon dadurch, daß man nicht davon spreche. „Wenn das preußische Volk wirklich eine Braut von guter Constitution hätte, und es wäre bereits 1815 mit ihr verlobt, würde es dann dieselbe deshalb vergessen, wenn man ihm verböte, von ihr zu reden?" Der Bräutigam wurde bei Betrachtung des Verlobungsringes, bei Erinnerung an das vergossene Verlobungsblut, doch immer an die Braut erinnert werden.

In Paris wie in den Departements ging das Volk zu den Urnen: ruhig, ohne Illusionen, kalten Blicks, im vollen Bewußtsein, daß diese neue Abgeordnetenkammer nichts für es thun wird. Die Handwerker, die Proletarier, die Bürger, welche von ihrer Arbeit leben, erwarten von den Erwählten des 14. Oktober nur negative Resultate. Der Grund liegt auf der Hand. Die Wahlen sind ohne politisches, ohne soziales Programm vollzogen worden. H. Buffenoir.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Urtheile über die französische „Krisis". Der „Frankfurter Beobachter", der ganz rabiat ist für die „363" und gegen Mac Mahon, und dem der Himmel voll „republikanischer" Baßgeigen hängt, druckt nachstehenden Pariser Brief ab, „dessen sanguinische Gewißheit er freilich nicht in allen Punkten schon jetzt (!) zu theilen vermag:

„Die ehrlichen Leute mögen sich beruhigen: Die Republikaner werden den äußersten Forderungen mit den äußersten Ansprüchen antworten. Sie werden „die Consequenzen ihres Wahlsieges bis auf's Aeußerste ausbeuten wollen", und ich füge hinzu: sie werden es können. Die republikanische Partei ist heute einig; es giebt keine Spaltungen und keine Meinungsverschiedenheiten. Lesen Sie die freisinnigen Blätter; vom „Journal des Debats" angefangen bis zum „Reveil" und zur „Lanterne" erheben alle dieselbe Forderung. Von den Akademikern John Lemoinne und Cuvillier-Fleury bis zum Communard Henri Rochefort, stimmen alle in denselben Ruf ein: „Keine Schwäche! Keine Halbheit! Kein Zögern! Kein Verzeihen!" Die Komödie des Vergessens und Vergebens wird diesmal nicht gespielt werden, kein Mensch hat Lust, in derselben eine Rolle zu übernehmen. Die Geschlagenen des 14. Oktober, die besser als das Ausland wissen, was dieser Tag für sie zu bedeuten habe, versuchen es, das alte Lied von der Mäßigung wieder anzustimmen. Sie verlangen einen unmöglichen Frieden und einen undenkbaren Ausgleich. Sie, die seit fünf Monaten mit ruchlosem Muthwillen Frankreich am Arbeiten und Erwerben verhindern, finden plötzlich, daß Frankreich die Aufregung satt habe und Ruhe wolle. Gewiß, Frankreich hat die Aufregung satt und will die Ruhe. Aber es weiß, daß es die Ruhe erst dann finden kann, wenn man dem Raubthier des Bonapartismus, welches das Land bedroht, die Zähne ausgebrochen und die Klauen abgehackt haben wird. Der Prozeß des 16. Mai wird ohne Rücksicht und ohne Erbarmen gemacht werden. Man sammelt seit lange Beweise und Zeugenaussagen. Die Anklageschrift ist fertig, die Verurtheilung ist eine Frage weniger Wochen. . . . Der Marschall selbst wird seinem Fatum nicht entrinnen. Trotz aller Fanfaronnaden ist seine Situation eine unmögliche (Ein Staatsstreich, führt der Correspondent aus, würde ihm seinen Kopf kosten, ein Ausgleich wird von der Linken zurückgewiesen, eine bedingungslose Unterwerfung wäre Selbstmord, eine abermalige Kammerauflösung ist bei der Haltung zahlreicher Senatoren der Rechten undenkbar.) Von Gambetta famosem Worte: „se soumettre ou se démettre" ist nur mehr die Hälfte möglich. Der Marschall hat heute nicht mehr die Wahl; se soumettre genügt nicht mehr. Er kann nur mehr démettre und er wird es. Augenblicklich trägt er allerdings die Nase noch hoch und das Kabinet steht noch aufrecht. Er will noch die am 4. November stattfindenden Generalrathswahlen „machen", denn aus den Generalräthen gehen im nächsten Jahre 75 Senatoren hervor. Allein das Land hat für die letzten Krampfeszuckungen einer agonisirenden Verwaltung nur mehr Hohn und Verachtung. Die Drohungen der Präfekten haben nach dem 14. Oktober kein Gewicht mehr. Der Gendarm mag noch so finster die Augenbrauen runzeln, man lacht ihm in's Gesicht und stimmt wie man will, das heißt republikanisch. Die Wahl am 14. Oktober war wirklich thatsächlich der letzte Kampf, den die Republik in Frankreich gegen ihre Todfeinde zu bestehen hatte, und die kleinen Scharmützel, die noch bevorstehen, verdienen keine besondere Aufmerksamkeit. Der am 14. Oktober erfochtene Sieg wird alle Früchte tragen, die Europa von ihm zu erwarten berechtigt ist, und kein fauler Friede, kein nichtsnutziges Compromiß, keine Schwachmüthigkeit und kurzsichtige Genügsamkeit wird das Land diesmal um den Preis seiner ungeheuren Anstrengungen betrügen!"

Dies der Jubelhymnus des gambetta-seligen Correspondenten. Das Einzige, was der „Frankfurter Beobachter" daran auszusetzen hat, ist die allzu hoffnungsvolle Auffassung des zu erwartenden „Finale"; dasselbe werde wohl schwerlich „so harmlos" ausfallen. Im Uebrigen stimmt er dem Correspondenten bei und glaubt felsenfest an die Einigkeit und Entschlossenheit der „363".

Halten wir hierneben das Urtheil des Sanguinischsten der Sanguinischen, des begeistertsten der begeisterten Lyriker der Republik der „363", des zornigsten der zornigen Strafprediger gegen den „Vorwärts", weil dieser die Todsünde begangen, die Schwärmerei für die Republik der „363" weder republikanisch noch sozialdemokratisch zu finden — mit Einem Wort, des Verfassers jener sittlich entrüsteten Artikel der „Frankfurter Zeitung", in welchen die Schale republikanischen Zorns über das: „Nieder mit der Republik!" des „Vorwärts" ausgegossen ward, obgleich es besagtem Heißsporn sehr wohl bekannt sein mußte, daß man im Redaktionslokal des „Vorwärts" mindestens so republikanisch ist als im Redaktionslokal der „Frankfurter Zeitung", und daß ein „Nieder mit der Republik" — der Communemörder möglicherweise als taktischer Fehler, nimmermehr aber als eine Verleugnung republikanischer Grundsätze betrachtet werden kann.

Wohlan, besagter „republikanischer" Saulus ist gen Damaskus-Paris gezogen, und siehe da, er ist ein republikanischer (ohne Gänsefüßchen) Paulus geworden; oder wenigstens auf dem besten Weg, einer zu werden. Man höre nur, was er nach den Wahlen geschrieben:

„Die Kraft der revolutionären Partei hat 1871, wenn nicht sich erschöpft, doch eine bedeutende Lähmung erfahren. Wohl glaube ich, daß, wenn die Republik in Gefahr wäre, wenn ein Staatsstreich käme, Paris und die großen Städte Frankreichs aufständen, denn ihre Liebe zu der republikanischen Idee ist mit einem Opfermuth ohne Gleichen gepaart, — aber dann frage man sich Eines: Würden die gemäßigten Republikaner der Erhebung sich angeschlossen haben, würde der Kampf für die Republik allgemein geworden und, wie allgemein, so auch einträchtig gewesen sein? Die Republikaner von gestern kann man kaum geneigt halten, zu einer Revolution Hand zu bieten, weil sie fürchten, dadurch Kräfte zu entfesseln, welche sie sich nachher zu bannen nicht im Stande glauben. Die Revolution würde ausschließlich von den Radikalen gemacht, würde, siegreich, viel mehr bringen, als die jetzige Constitution bietet, besiegt aber der Reaktion nur breitere Bahnen hinterlassen, neben welchen Bäche frischen Blutes flössen. Spinnt man dergestalt die Vermuthungen aus, so entbehrt die Annahme, daß der glänzendste Sieg der Republikaner, falls der Marschall sich auf den Degenknauf stützte und nicht freiwillig gehen wollte, die Ernennung Grévy's zum Präsidenten und den Ausschluß jeglicher Vermittelungspolitik keineswegs durchaus nach sich gehabt hätte, gewiß nicht der Berechtigung. Schon in meinem dritten Briefe konnte ich es nicht verbergen, daß mir bei aller Entschiedenheit der Republikaner eine spätere Transaktion nicht undenkbar geworden zu sein scheine. Ein langes Verweilen bei diesem Gedanken wäre damals schlecht angebracht gewesen."

Wir können so ziemlich Alles unterschreiben, was hier gesagt ist. Unser ganzes Verbrechen war, daß wir keine Bedenken trugen, im Gegentheil es für unsere Pflicht hielten, unsere „Gedanken" schon „damals" auszusprechen und die nöthigen Conklusionen anzufügen. Die „spätere Transaktion" nennen wir Compromiß, Verrath der Republik (ohne Gänsefüßchen). Und weiter:

„Die Polemik, die Agitation, die Taktik der Republikaner bis zum Wahltage war vortrefflich, man konnte sie nur loben. Die sonst Gemäßigten haben mit Feuereifer gegen die Coalition gestritten, sie haben Vieles, sehr Vieles für den Sieg gethan, welcher der republikanischen Idee geworden. Vergessen wir jedoch nach dem Siegestage nicht, daß die gelegentliche Haltung einer politischen Schule nicht für ihre Zukunft absolut sichere Schlüsse ziehen läßt. Befeindung und Wiederversöhnung benachbarter Gruppen hat man oft gesehen. Freundschaft und Feindschaft wechselt im politischen Leben. Diejenigen, die in einem großen Gedanken einig sind, sind es oft nicht mit Bezug auf eine Durchführung; Detailfragen bringen mitunter die zusammen, welche in allgemeinen Fragen gegen einander kämpfen. Zur Stunde hält das linke Centrum zum Gros der republikanischen Partei, seine Federn schreiben kräftig gegen die Regierung. Immerhin finde ich die Sprache des „Journal des Débats", das hier vor Allem consultirt werden muß, nicht kategorisch genug, ich meine im Wesen, nicht im Ausdruck. Das Elysée kann über die Nothwendigkeit eines Ministerwechsels im Unklaren sein. Die Intransigenten sagen, daß die Regierung Dufaure, welcher alle jene Gesetze gemacht hat, deren sich die Coalition gegen die Republikaner bediente, in Bereitschaft halte. Die Intransigenten wollen nach so vieler Resignation nicht um jeglichen Siegespreis, sei derselbe auch noch so gering, betrogen sein; sie wollen mit ihren heftigen Angriffen auf Dufaure zeigen, daß ein Kabinet, welches diesen Namen trägt, erbärmlich wenig wäre. Aber ihre Worte können leicht mehr als Kampfweise, sie können Wahrheit sein. Man (Mac Mahon) wird dem linken Centrum sagen: Ich gebe Dir die Hälfte der Portefeuilles, die andere Hälfte soll den Conservativen bleiben, — ich gebe Dir eins mehr, zwei mehr als die Hälfte. Der Kriegsminister Berthaut ist der gemäßigten Linken nicht unangenehm — — — Das linke Centrum kann der Republik große Dienste leisten, wenn es sich vor dem Radikalismus nicht bange machen läßt!"

Ja, wenn!

O Jerum!

— Erwerb ohne Arbeit. Durch das Steigen des Preises des Grund und Bodens in einer Großstadt sind schon manche Personen aus mittelmäßig-wohlhabenden ungemein reiche Leute geworden. So finden wir in den Berliner Zeitungen folgende Notiz:

„Das Haus, in welchem das neue Wiener Café Unter den Linden sich befindet, besaß in den zwanziger und dreißiger Jahren im Parterre einen von einem Antiquar und Buchhändler gemietheten Laden und eine mit der Rückseite nach der Straße stehende Remise, in welcher jener Antiquar seine Büchervorräthe untergebracht hatte. Für Laden und Remise, also für das ganze Parterre des Hauses zahlte jener Antiquar 300 Thaler jährliche Miethe. In den sechziger Jahren schon bezog der Nachbesitzer des Hauses aus denselben, inzwischen zu mehreren Läden ausgebauten Parterreräumen jährlich 10,000 Thaler Miethe, und jetzt soll der Pächter jenes Cafés für seine, das halbe Parterre und die Belleetage einnehmenden Räume 54,000 Mark (18,000 Thaler) jährliche Miethe bezahlen, also das Sechzigfache. Der erwähnte Antiquar hat das Haus in den dreißiger Jahren für 38,000 Thaler erworben und sein Schwiegersohn, der bekannte Manchestermann Prince-Smith dasselbe vor einigen Jahren an den jetzigen Besitzer, Herrn Munk für 450,000 Thlr. verkauft."

Nun soll uns erst ein Anhänger der liberalen Schule einen Schulzeaner nachweisen, daß der Antiquar oder der Herr Prince-Smith jene Summe von 450,000 Thaler durch ihre Arbeit erworben haben, oder daß diese Summe den Lohn ihrer Entbehrungen bildet.

— Unsern Culturkämpfern in's Stammbuch. Bruno Bauer's neuestes Werk: „Christus und die Cäsaren", welches nachzuweisen sucht, daß das Christenthum seinen Ursprung nicht im Judenthum, sondern im antiken Heidenthum habe, enthält zum Schluß folgenden Passus: „Das Schwert des Glaubens, mit welchem die Apostelfürsten ihrer Gemeinde durch die Kaiserzeit Roms den Weg bahnten und gegen die Ansätze des Mittelalters zur Militärdictatur beistanden, haben sie, wie die vorliegenden Blätter nachweisen, von den Stoikern geerbt, welche mit der Kraft des Gewissens und der Ueberzeugung sich den militärischen Triumphen der Macedonier und der Römer entgegenwarfen. Dasselbe Schwert wird in der Hand der Nachfolger der Stola blitzen, so lange und so oft eine politische Gewalt im Zusammensturz einer veralteten Weltordnung nur den Freibrief ihres Vorrechts und nicht das Werk einer allgemeinen Freiheit erblickt." — Wir haben zu wiederholten Malen die im letzten Satze befindliche Ansicht in ähnlicher Weise ausgesprochen. Der Culturkampf, welcher die conservativ-liberale Staatsgewalt an Stelle der „veralteten katholischen Weltordnung" setzen will, wird von dem Bismarckischen „Liberalismus" nicht siegreich zu Ende geführt werden, weil die Clericalen ihnen „das Schwert des Glaubens" entgegenblitzen lassen — das Schwert der Bildung und der Freiheit allein aber kann das Schwert des Glaubens zerschmettern.

— Tief heruntergekommen ist Rabbi Bernstein: nachdem er in seinem Windmühlenkampf gegen die „Sozialdemagogie" längst allen Verstand und Anstand verloren hatte, hat er nun auch das letzte Feigenblättchen der Scham abgelegt und zetert in der „Volkszeitung" offen nach Strafgesetzparagraphen zur Unterdrückung unserer Partei. Das Machwerk ist so skandalös, daß die Redaktion der „Volkszeitung" — man denke, der „Volkszeitung"! — es für nöthig hält, ihren „langjährigen verehrten Mitarbeiter" zu desavouiren. Wir werden das saubere Produkt in nächster Nummer auszugsweise mittheilen, und beschränken uns heute darauf, an Herrn Bernstein die Frage zu richten: ob er nicht Lust hat, einen Strafgesetzparagraphen gegen gewisse Sozialdemagogen (ohne Gänsefüßchen) zu richten, die aus übergroßer Begeisterung für die Heiligkeit der Familie sich nicht mit einer Familie begnügen, sondern sich gleich zwei und mehrere reguläre, wenn auch nicht legitime Familien auf einmal zulegen?

— Die Folgen des Krieges der Russen. Die „Politische Correspondenz" erhält aus Debe-Agatsch vom 8. d. einen Bericht, dem wir Folgendes entnehmen: „Viele Tausende bulgarischer Frauen und Kinder — Männer befinden sich wenig darunter — sind in den verschiedenen Ortschaften untergebracht und kampiren ohne jedes Bett- oder sonstiges Geräth im Freien und leiden alle Entbehrungen. Die Armen haben auf ihrer Flucht nichts mitnehmen können, haben keine Wäsche, keine Kleider, nichts zu essen und da die Menge der zu Unterstützenden zu groß und die bulgarischen Familien hier überhaupt nicht sehr bemittelt sind, so sterben sehr viele wegen höchst mangelhafter Ernährung am Hungertyphus. Der Wahrheit gemäß muß ich constatiren, daß sich auch eine nach Tausenden zählende Menge türkischer Familien in der Umgebung Adrianopels in ähnlicher trauriger Lage befinden. Dieselben werden aber nach und nach in vom Kriege weniger heimgesuchte Orte gesendet; außerdem langen für dieselben von verschiedenen Seiten Spenden an, sie werden von ihren Glaubens- und Stammesgenossen und durch die Behörden unterstützt, so gut es eben möglich ist. Bei den Bulgaren ist das nun leider anders; und weil ein Theil ihrer Angehörigen sich an der Revolution betheiligt, leiden so viele Tausende schuldlos. Selbst wenn die türkischen Behörden sie mit Lebensmitteln und anderen Lebenserfordernissen unterstützen wollten, so wären sie augenblicklich kaum im Stande dies zu thun, weil die unterstützungsbedürftigen Türken alle ihre Mittel erschöpfen, um ihren Glaubensgenossen an die Hand zu gehen. Den Bulgaren giebt Niemand etwas, Jedermann, selbst der Humanste, zieht sich vor ihnen zurück und meidet jede Berührung mit denselben, vielleicht aus Angst, bei der Behörde in Verdacht zu gerathen. Europäische Menschenfreunde würden eine echte Christenpflicht erfüllen, wenn sie im Wege der betreffenden Consulate für die unglücklichen Opfer dieses unheilvollen Krieges ihr Scherflein zur Linderung des größten Elends beitragen wollten." — Soweit der Bericht der sehr russenfreundlichen „Provinzial-Correspondenz". Auch wir bedauern gewiß die armen Bulgaren. Wer aber hat ihre Noth verschuldet? Niemand anders als der Kaiser von Rußland, der „milde" Czar, der diesen grauenvollen Krieg aus reiner Eroberungslust unter den heuchlerischsten Vorwänden angestiftet hat. Möge derselbe in die Nacht des Wahnsinns geschleudert, an dem Blute der gemordeten Nebenmenschen, seiner „Unterthanen" und seiner „Feinde" ersticken, mögen ihn bei seinem Tode die Gestalten der hohläugigen verhungernden bulgarischen Weiber und Kinder umtanzen, möge es allen Tyrannen und Mördern also geschehen!

— Auf dem bulgarischen Kriegsschauplatz beginnt es lebendig zu werden. Die Russen arbeiten jetzt mit Aufgebot aller ihrer Kräfte daran, sich durch Bezwingung Plewna's und der türkischen Armee unter Suleimann Pascha Luft zu verschaffen. Letzterem gegenüber ist der erste Versuch vollständig mißlungen: der russische Angriff wurde auf allen Punkten mit großen Verlusten zurückgewiesen. Glücklicher waren die Russen im Süden von Plewna: nach einem zehnstündigen „verzweifelten Kampf" hoben sie ein türkisches Corps auf, welches die Straße zwischen Sofia und Plewna, also die Rückzugslinie Osman Pascha's zu vertheidigen hatte. Der Plan der Russen ist offenbar, Plewna zu cerniren, es mit einem Gürtel von Erdwerken zu umgeben, die Zufuhren und Verstärkungen abzuschneiden, und so „Osman Pascha ein Metz zu bereiten." Ob dieser so gut sein wird, zum Schluß seiner Laufbahn noch den türkischen Bazaine zu spielen, dürfte bezweifelt werden; so viel steht freilich fest, daß seine Lage eine kritische wird, wenn es ihm oder dem in Sofia stationirten Chefket Pascha nicht gelingt, die Verbindungen zwischen Plewna und Sofia wieder herzustellen.

In Asien hat Moukthar Pascha seine Vereinigung mit der Armee — oder wenigstens Theilen der Armee Ismail Pascha's vollzogen und einen Angriff der russischen Vorhut zurückgeschlagen. Die Situation der Türken hat sich nach den letzten Berichten ganz wesentlich gebessert.

— Heute, Montag, erhalten wir die Nachricht, daß am Sonnabend Vormittag die Genossen Most und Baumann vor der 7. Deputation des Berliner Kriminalgerichts sich zu verantworten hatten. Ersterer ist angeklagt als Redakteur der „Berliner Freien Presse", Letzterer als solcher des „Märkischen Volksfreund", welcher ebenfalls in Berlin gedruckt wird. Bei beiden Angeklagten handelte es sich um den Abdruck französischer Proletarierlieder aus der Strodtmann'schen Sammlung und bei der ersteren des Herrn Most noch um drei andere Fälle aus den

---

Zur Erklärung dieser Rede muß angeführt werden, daß in einer der früheren Versammlungen nicht Wander, sondern ein anderer Sprecher das Wort: Constitution ausgesprochen und damit Tadel auf sich gezogen hatte. Wander wollte diesen Redner entschuldigen. Man möge den Gebrauch dieses Wortes nicht so streng nehmen, meint er, denn wenn wirklich eine Sehnsucht nach Constitution vorhanden wäre, so höre sie wenigstens nicht dadurch auf, daß man nicht davon spräche. Die geschichtlichen Momente, welche daran erinnern müßten, wie der Befreiungskrieg und das Gesetz vom 22. März 1815, würden doch immer stehen bleiben. Das ist, enthülset von allen bildlichen Verkleisterungen, der wahre Inhalt dieser Rede. Gerade aber an dem Kleister ist Stieber kleben geblieben. (Forts. f.)

— Der kaukasische Aufstand erklärt sich nicht allein durch muselmännischen Fanatismus, sondern auch durch die höchst mangelhaften ökonomischen und administrativen Verhältnisse, welche unter der Bevölkerung Unzufriedenheit mit ihrer Lage hervorgerufen und mit den Absichten und Maßnahmen der Regierung in striktem Widerspruche stehen. So wird der „Vossischen Zeitung" aus Petersburg geschrieben; und weiter heißt es: Vor dem Kriege hieß es stets, es sei Alles dort in schönster Ordnung, jetzt laufen allmählich Nachrichten ein, welche Aufklärung darüber geben, warum die mit so vieljährigen Anstrengungen erstrebte und um einen so hohen Preis erkaufte Pacifirung des Kaukasus sich schon bei der ersten Verwickelung nach Außen als so wenig dauerhaft erwiesen hat. Eine Illustration hierzu giebt unter Anderem auch eine Correspondenz' des „Golos" aus Sigeach. Durchgängig, schreibt der Correspondent, kann man z. B. auf derartige Thatsachen stoßen, daß ein Bauer, welcher von einem Händler 10 Rubel geborgt hat, ihm in Wein und anderen Produkten ca. 300 Rubel zurückzahlt und ihm doch noch immer 50 Rubel schuldig bleibe. Diese Thatsachen sind empörend genug und doch wird nichts dagegen gethan. In Kachetien ist es Gebrauch geworden, daß eine Administrativperson, welche sich in's Dorf begiebt, um Recht und Gerechtigkeit zu üben, wochenlang auf Rechnung des Bauern lebt und ihn um den Rest seines geringen Eigenthums bringt. Hat er dann hier seine Mission erfüllt, so begiebt er sich wiederum in „Geschäftsangelegenheiten" in das benachbarte Dorf und wehe dem Bauer, der es unterlassen hat, während des Aufenthalts des Chefs im Dorfe ihm die gehörige Aufmerksamkeit und Gastfreundschaft zu erweisen!

Leitartikeln: „Gewalt und Gesetz“ und „Die Festtage des Proletariats“. Herr Tessendorf fungirte als öffentlicher Ankläger, die Angeklagten vertheidigten sich selbst. Gegen Most wurden aus §§ 130 und 131 2 Jahre, gegen Baumann aus § 130 6 Monate Gefängniß beantragt. Die Verkündigung des Urtheils erfolgt morgen, Dienstag, und werden wir dasselbe in der nächsten Nummer unsern Lesern mittheilen.

— Genosse Bebel wurde am 26. Oktober in zweiter Instanz von dem Berliner Kammergericht wegen dreifacher Bismarckbeleidigung zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Anklage erfolgte auf Grund der Broschüre: „Die parlamentarische Thätigkeit des Reichstags 2c.“, welche in Berlin herausgegeben wurde und Bebel zum Verfasser hatte. Unter Anderem handelte es sich dabei auch um die nach der „Reichsglocke“ gebrachte Mittheilung über den Fürsten Bismarck und seine angebliche Betheiligung bei der Discontobank, und um ein Vergehen gegen § 131, von welchem Bebel in der zweiten Instanz freigesprochen wurde. Hieraus erklärt sich die Herabsetzung des ersten Strafmaßes von 9 Monaten auf 6.

— Parteigenosse Heinzel in Kiel ist wegen einer Rede, in welcher er die Stellung der Lehrer den Geistlichen gegenüber kritisirte, und wegen einiger Aeußerungen über den Militarismus, die nach der Anklage gegen das Gesetz verstoßen haben sollen, durch alle Instanzen hindurch zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

— Die neueste Nummer 3 der „Zukunft“, sozialistische Revue, enthält: 1) Nur im Communismus ist größtmögliche Freiheit. Von Dr. A. Douai. 2) Zum Reichseisenbahn-Projekt. Von —s. 3) Der 18. März in der Provinz. Von Jules Guesde. 4) Zur Gewerbe-Hygiene. Von Dr. med. —l—, (Forts.) 5) Recessionen. — Notizen.

— Die deutsch-amerikanische Parteipresse ist in stetigem Wachsthum begriffen. Es bestehen jetzt als tägliche Organe der Milwauker „Sozialist“, die „Volksstimme des Westens“ in St. Louis, die „Neue Zeit“ in Louisville, die „Arbeiterzeitung“ und der „Vorwärts“ in Newark erscheinen dreimal wöchentlich; einmal wöchentlich erscheinen die „Arbeiterstimme“ (New-York), der „Vorbote“ (Chicago), der „Arbeiter von Ohio“ und die „Tribüne“ von Buffalo. Gewiß sehr erfreuliche Resultate für die kurze Zeit, wo von einer planmäßigen Arbeiterbewegung in Nordamerika die Rede sein kann.

An die Parteigenossen!

Seit dem letzten Sozialisten-Congreß ist nun ein halbes Jahr vergangen. Die sozialistische Bewegung hat während dessen gute Fortschritte gemacht und manche Erfolge errungen. Nur in einem Punkte will es nicht so voran gehen, wie es wohl im Interesse der Sache läge; es ist dies das Abonnement auf die

„Rundschau“,

deren Herausgabe auf dem Congresse beschlossen und von dem damit beauftragten Genossen Oldenburg ausgeführt wurde.

Die Betheiligung an diesem Unternehmen, welches durch und für die Gesammtpartei geschaffen ist, war von vornhereine keine derartige, wie sie von den Delegirten des Congresses erwartet wurde. Sie mußte größer sein, um das Blatt zu einem solchen zu machen, damit es seine Aufgabe voll und ganz erfülle.

Und nicht einmal die erste schwache Auflage blieb; im Laufe der wenigen Monate ist eine ganze Reihe von Orten aus der Abonnementsliste verschwunden, und dort, wo das Blatt noch gehalten wird, sank die Zahl der Abonnenten vielfach auf die Hälfte, ja den dritten Theil des anfänglichen Bestandes. — Der Orte, welche der Wichtigkeit des Unternehmens angemessen für dasselbe eintreten, sind nur sehr wenige!

Das muß anders werden! Wird die Betheiligung keine bessere, macht es sich nicht jeder Genosse zur Pflicht, für das Parteiunternehmen einzutreten, so erfüllt es seinen propagandistischen Zweck nicht, und es ist dann allerdings besser, dasselbe fallen zu lassen.

Daß Letzteres aber für die sozialistische Bewegung von unberechenbarem Nachtheil sein würde, muß sich jeder Genosse selbst sagen. Bis jetzt hat die deutsche Sozialdemokratie noch Alles, was sie ins Leben gerufen, durchzusetzen gewußt — es wäre dies der erste gegentheilige Fall!

Parteigenossen! Laßt es deshalb Eure Pflicht sein, der „Rundschau“ eine der Bedeutung der Partei entsprechende Verbreitung zu geben; sorgt dafür, daß dort, wo sich kein Filial-Expedient des Blattes befindet, ein solcher aus Euern Kreisen bei dem Verlag der „Rundschau“ in Hamburg, Amelungstr. 5, angemeldet wird.

Bethätigt das Interesse für die Gesammtpartei durch Euere Theilnahme und es wird auch dies vom allgemeinen Sozialisten-Congresse geschaffene Unternehmen seine Aufgabe erfüllen!

Das Central-Wahl-Comité
der Sozialisten Deutschlands.
J. A.: C. Derossi. J. Auer.

Correspondenzen.

Altona, 26. Oktober. Eine von circa 2000 Personen besuchte Versammlung von Steuerzahlern, welche am letzten Dienstag in Koppelmann's Salon abgehalten wurde behufs Besprechung wegen einer an die städtischen Collegien zu richtenden Petition, betreffend Erweiterung des communalen Wahlrechts, resp. Erlangung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, hat eine Resolution gefaßt, dahingehend, daß an die städtischen Collegien eine Petition zu richten, in welcher darum gebeten wird, daß das communale Wahlrecht in Altona nicht ferner von der Entrichtung eines jährlichen Klassensteuersatzes von 6 M. abhängig gemacht werde.

Osterode a. Harz, 26. Oktober. Sonntag den 21. d. M. hatten wir einen herben Verlust zu beklagen, indem der Cigarrenarbeiter Ernst Klingenberger uns durch den Tod entrissen ward. Nicht allein die Genossen von Osterode verlieren in ihm ein tüchtiges Glied in der Arbeiterbewegung, auch über Osterode hinaus, ja fast über den ganzen Harz erstreckte sich seine unermüdliche Thätigkeit. Bei einer Agitationsreise nach Andreasberg während der Braunschweiger Cigarrenarbeiteraussperre zog er sich eine Erkältung zu und hat am Sonntag nach 47wöchigem Krankenlager sein Leben beschlossen. Am Dienstag den 23. d. gaben ihm die Genossen das letzte Geleit unter Vorantragen der rothen Fahne und unter Musikbegleitung. Sein Andenken ist uns unvergeßlich und wollen wir uns befleißigen, den Samen, den er ausgestreut, zu pflegen, daß aus ihm ein schöner Blüthenzweig am Baume der Arbeiterbewegung werde.

C. Berger.

Frankfurt, 19. Oktober. Der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins wohnte auch der Reichstagsabgeordnete Bebel bei, welcher sich zur Regelung von Privatangelegenheiten kurze Zeit hier aufhielt. Nach dem Vortrage Frohme's über „die Wissenschaft der politischen Oekonomie“ nahm Bebel, von der zahlreichen Versammlung laut und freudig begrüßt, das Wort, um über den Ausfall der Wahlen in Frankreich zu sprechen. Die conservative Strömung, welche daselbst sich geltend mache zu Ungunsten der Bourgeois-Republikaner, könne Denjenigen nicht überraschen, welcher wisse, daß der Gegensatz zwischen Reaktion und Revolution immer vollkommener werde. Die Bourgeoisie werde mit der Zeit ganz auf Seiten der Reaktion gedrängt. Wie in Frankreich, so bemerke man das auch in Deutschland, auch hier vollziehe der Scheidungsprozeß sich sehr schnell. Es sei thöricht, in dem außerordentlichen Aufwande, welchen die Reaktion dann und wann mache, ein Zeugniß für deren innere Festigkeit zu sehen; im Gegentheil, je auffallender die Reaktion sich geberde, je sicherer dürfen wir sein, daß die Revolution Fortschritte macht. Redner schloß seine Ausführungen unter allgemeinem Beifall mit der Aufforderung an die Sozialisten, sie mögen, unbekümmert um das Gebahren der Reaktion, ihre Pflicht thun; der Sozialdemokratie gehöre die Zukunft!

Halle. Kürzlich feierte unsere Liedertafel „Lassallea“ ihr zweites Stiftungsfest, welches durch seinen großartigen Verlauf sich zu einem wahren Volksfeste gestaltete. Die große Zahl der Besucher füllte die weiten Räume von „Freiberg's Garten“ bis auf den letzten Platz. Herr Redakteur Geiser aus Leipzig hielt die Festrede, welcher die Anwesenden und besonders die Frauen mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten und am Schluß mit reichem Beifall belohnten. Die Herren Kanzelberg und Stüler erheiterten die Anwesenden durch wohlgelungene Deklamationen, während die Liedertafel und die Kapelle unter Leitung ihres gemeinsamen Dirigenten Herrn Schüßler ihre Leistungen mit großer Präzision vortrugen. Das schöne Fest endete ein Ball, welcher die zahlreich Theilnehmenden bis zum frühen Morgen in ungestörtester Eintracht beisammenhielt. Alle verließen hochbefriedigt den Festort, wo Hunderten ein neuer Sporn zum treuen Zusammenhalten gegeben worden ist. Daß die hiesigen Sozialdemokraten bei dieser Gelegenheit ihren jederzeit mit Hohn und Spott bereiten Gegnern wieder Respekt abgerungen haben, beweisen die pöbelhaften Bemerkungen der „Saale-Zeitung“, die über den glänzenden Verlauf des Festes sich wohlweislich ausschweigt. R.

Leipzig, den 26. Oktober. Folgende Zusammenstellung des Stimmenverhältnisses bei den jüngsten Landtagswahlen wird uns mitgetheilt. Was die Antheilnahme an den Wahlen betrifft, so ließ sich nur aus 20 von den 29 Wahlkreisen Sachsens Gewisses darüber beibringen. In diesen 20 Wahlkreisen haben von 90,673 Stimmberechtigten nur 26,498 wirklich gestimmt; das ist 29,2 Proz. oder noch lange nicht ein Drittel. Von den abgegebenen Stimmen (in allen 29 Wahlkreisen) fielen auf conservative Candidaten 15,891, liberale 8623, fortschrittliche 6763, sozialistische 4736 Stimmen. — Der Zuwachs an Stimmen, die Freytag bei der Nachwahl im 36. ländl. Wahlkreise erhalten hat, ist nicht mit eingerechnet. Zu bemerken ist, daß nur in sechs Kreisen sozialistische Candidaten aufgestellt und in drei Wahlkreisen unsere Partei Anstrengungen gemacht hat, ihre Candidaten durchzusetzen.

Oschatz. Am 22. Oktober hatten wir eine Volksversammlung, deren guter Besuch deutlich zeigte, daß auch hier die Sozialdemokratie immer mehr und mehr an Boden gewinnt. Als Referent war Genosse Nauert aus Leipzig erschienen, welcher über die Tagesordnung: „Der deutsche Reichstag und die Sozialdemokratie“ einen gediegenen Vortrag hielt, der allseitigen Beifall fand. Redner ging zunächst auf die Schilderung der Stellung der verschiedenen gegnerischen Parteien ein und kritisirte dieselben in scharfer Weise und wies nach, daß die Gegner ihren Wählern wohl allerlei Versprechungen machen, aber nach den Wahlen nicht halten; das sehe man deutlich daran, daß die Gesetzentwürfe, welche von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebracht werden und welche die Förderung des Gemeinwohls im Auge haben, kaum die genügende Unterstützung erlangen können. Durch das feindselige Verhalten der gegnerischen Parteien lasse sich die Sozialdemokratie aber nicht abhalten in ihren Bestrebungen für das Beste des arbeitenden Volkes unbeirrt fortzufahren. Zum Schlusse seines Vortrages forderte der Redner noch auf, die Arbeiterblätter und namentlich den „Vorwärts“ zu lesen. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Krohn, etwaige Gegner zur Gegenrede herausgefordert hatte, die Herausforderung aber wirkungslos blieb, wurde die Versammlung, welche für unsere Sache von großem Nutzen war, geschlossen. A. St.

Hamburg. Am Montag, den 22. d. Mts., hat eine Conferenz der hiesigen Gewerkschaftsbevollmächtigten stattgefunden, in welcher beschlossen wurde, die resp. Vorortsverwaltungen der Gewerkschaften aufzufordern, die von Herrn A. Kapell nach Gotha einberufene Conferenz zu beschicken. Dieselbe soll jedoch 4 Wochen später, als ausgeschrieben, stattfinden. Die Bevollmächtigten der Gewerkschaften allerorts werden aufgefordert, sich diesem Vorgehen anzuschließen.

J. A.: E. Deisinger.

Bremerhafen, 20. Oktober. Anläßlich der von den hiesigen Schiffszimmermeistern angekündigten Lohnreduktion zum 1. November von 1 Mark pro Tag, fand vorgestern Abend, einberufen vom Vorstand des Schiffszimmerervereins, eine Versammlung im Lokale des Herrn Büsing, am Markt, statt. Dieselbe war sehr gut besucht. Zunächst ergriff der Schiffszimmerer Herr Aug. Kaht das Wort und entwarf ein Bild von der Lage der Schiffszimmerer, welche durch ihre genossenschaftliche Vereinigung in kurzer Zeit bereits große Erfolge aufzuweisen hätten. Sodann ging Redner zur Lohnfrage über und unterwarf das Vorgehen der Meister einer scharfen, aber gerechten Kritik. Vor Jahresfrist, beim Herannahen des Winters, boten die Meister ihren Arbeitern eine Lohnreduktion von 75 Pfennig an, ohne jedoch der Einmüthigkeit der Schiffszimmerer gegenüber einen Erfolg zu erzielen. Heute sind dieselben noch dreister geworden und wollen ihren Arbeitern statt 4 nur 3 Mark täglich Lohn zahlen. Die Erfahrung, sagt der Redner, hat es uns gelehrt, daß Rücksichtnahme von Seiten der Meister gegen ihre Arbeiter nicht mehr Mode ist — wir müssen noch ganz anders auftreten und es gerade so machen, wie die Meister! Redner beantragt, gerade so wie im vorigen Winter die Sache zu behandeln, d. h. in Bezug auf die Höhe des Lohnes, während der Winterzeit vom 1. November bis 15. Februar auf die möglichst niedrigste Reduktion von 25—50 Pfg. einzugehen. Hierauf stellte Herr Specht den Antrag, bei der Unterhandlung mit den Meistern nur auf eine Lohnreduktion von 50 Pfg. pro Tag einzugehen. — Ueber die beiden gestellten Anträge von A. Kaht und Specht wurde verhandelt und schließlich der des Herrn Specht einstimmig angenommen. Bei der Debatte trat ein altes Mitglied des Schiffszimmerervereins, Rohlfs, auf, welches die Angelegenheit nach beiden Seiten hin beleuchtete und auch den Schiffszimmerern bittre aber gerechte Vorwürfe ob ihrer Lauheit dem Verband gegenüber machte. Würden die Schiffszimmerer ohne Ausnahme ihren Verpflichtungen zum Verein nachgekommen sein, so hätten die Meister es nicht gewagt, ein solch' unverschämtes Anerbieten zu stellen. Die Versammlung, welche sehr gut besucht war, nahm den besten Verlauf. Der Vorstand des hiesigen Vereins, resp. die Mitglieder desselben werden den Herren Meistern den Beschluß der Versammlung unterbreiten, zur rechten Zeit in einer zweiten allgemeinen öffentlichen Versammlung Bericht erstatten und wenn keine Einigung zu erzielen ist, den Strike, welcher schon organisirt ist, proklamiren. Die Herren Meister werden sich darob sehr verwundern, weil ihnen jedenfalls die günstigen Kassenverhältnisse des Vereins unbekannt sind. Aber trotz einzelner berechtigter Wünsche der strebsamsten Mitglieder des Vereins wäre es sehr am Platze, daß alle Arbeiter an dessen Einigkeit und Organisation ein Beispiel sich nehmen möchten. —l.

Briefkasten

der Redaktion. D. in H.: Die Veröffentlichung Ihrer Correspondenz würde uns nicht einen, sondern mehrere Prozesse eintragen.

der Expedition. H. Fbg Liegnitz: Brief nebst Marken erhalten, im Laufe dieser Woche erhalten Sie das Gewünschte. Wir erwarten stündlich d. Bchtr. der s. Ltr.

Quittung. Schneiderverein hier Ann. 1,50. Mühlrn Crimmitschen Ab. 199,78. H. Schltr Dresden Schr. 25,00. Whdr Steinach Ann. 2,10, Schr. 0,90. Schn Calbe Schr. 3,00.

Fonds für Gemaßregelte.

Von B. hier durch J. K. 0,50.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Leipzig. Donnerstag, den 1. November, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Vortrag von B. Geiser.

60] Der Agent.

In einigen Tagen erscheint und ist durch alle Buchhandlungen und Colporteure zu beziehen:

Der Kampf wider die Sozialdemokratie und die deutsche Fortschrittspartei.

Ein ketzerisches Votum.

Von J. G. Findel.

ca. 2 Bogen broch. Preis 0,50 Pf.

Die Schrift wendet sich gegen die Heulmeierei der sog. „Ordnungspartei“ und vertritt die Ansicht, daß die deutsche Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie gegenüber der andringenden Reaktion auf einander angewiesen sind.

Ferner erscheint demnächst: [5,70

Spir, A., Moralität und Religion. 2. vermehrte und verbesserte Auflage. broch. Mk. 2,50.

Betr. der Bedeutung des Philosophen Spir verweise ich auf die Citate in Schäffle's „Bau des sozialen Körpers“ 2c.

Leipzig. J. G. Findel.

Für Lokal- u. Gewerkschafts-Vereine

jeder Art passend sind praktisch eingerichtete

Cassenconto- & Mitgliederbeitrags-Bücher

zum Selbstkostenpreis à 50 Pfg. zu beziehen. Porto bei 1—2 Paar 20 Pfg.; 3 Paar 30 Pf.; darüber 50 Pf. Bestellungen sind zu machen bei A. Geib in Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Soeben erschien in neuer Auflage und ist durch uns zu beziehen:

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts“.

„Der arme Conrad.“

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ „ } netto gegen baar.

Expedition des „Vorwärts“, Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Fackel“, Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.

Sozialistisches Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Sekretäre J. Auer oder C. Derossi, Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.

Geldsendungen sind zu richten an August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Neue Welt

Heft 2 Jahrgang III. (mit dem 1. Oktober a. c. beginnend)

ist versandfertig und wird nur auf ausdrückliche Bestellung geliefert. Wir bitten also, rechtzeitig Nachricht hierher zu geben.

Leipzig, den 27. Oktober 1877.

Die Expedition der „Neuen Welt“.
Färberstr. 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für [illegible] Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 680 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 129. Freitag, 2. November. 1877.

☞ Wegen des sächsischen Reformationsfestes (Mittwoch, den 31. Oktober) konnte ein Theil der Auflage nicht zur pünktlichen Versendung gelangen.

Marasmus senilis

d. h. Erlahmen aller Kräfte, vollständige, hoffnungslose Hinfälligkeit, intellectueller und moralischer Bankrout — das ist die einzige passende Bezeichnung für unseren bürgerlichen Liberalismus. Auf allen Gebieten: marasmus senilis. In der Politik: ein Scheinparlamentarismus, der nachgerade Kinderspott geworden ist, impotente Oppositionsgelüste, die stets Gelüste bleiben, feige Rechnungsträgerei, absolute Unfähigkeit organischen Schaffens; in der Wissenschaft: ängstliche Scheu vor den letzten Consequenzen des Denkens, dieselbe feige Rechnungsträgerei, wie in der Politik — auf allen Gebieten fanatischer Haß gegen das Neue und die Neuerer, welche den alten Plunder, das morsche Gerumpel bedrohen. Da wird gezetert und nach der Polizei geschrien: sie soll dem kranken Liberalismus auf die Beine helfen, ihn gegen seine Feinde beschützen. Es liegt dieser Krankheit, diesem Verfaulungsprozeß ein allgemeines Naturgesetz zu Grunde, das sich bis jetzt mit unerbittlicher Logik an allen herrschenden Rassen und Klassen vollzogen hat. Der Besitz und Mißbrauch der Macht führt naturgemäß stets zur intellektuellen und moralischen — wo nicht besondere Umstände es verhindern, auch zur physischen Degeneration (Entartung). Die Weltgeschichte lehrt dies durch Hunderte von Beispielen; Ausnahmen bietet sie nicht.

Diese Degeneration ist immer der Anfang des Endes. Quem Deus perdere vult, dementat. Wen die Götter verderben wollen, dem rauben sie den Verstand. Der Satz gilt nicht bloß von Individuen; er gilt auch von Klassen. An der modernen Bourgeoisie erfüllt er sich jetzt, wie er sich weiland am Feudaladel, an den herrschenden Klassen in Griechenland und Rom erfüllt hat. Wenn ein Virchow in den Stahl'schen Reaktionsruf: die Wissenschaft muß umkehren! einstimmt, dann haben wir wahrlich ein Recht zu sagen: der Liberalismus hat sich selbst aufgegeben, er hat seinen Concurs angezeigt. Fast noch drastischer, als die berüchtigte Rede des „Fortschrittlers" Virchow, verkundet ein Zeitungsartikel des „Fortschrittlers" Bernstein den sittlichen und geistigen Bankrout des Liberalismus. Ehrendoktor Bernstein drückt überhaupt diesen Bankrout mit ganz besonderer Deutlichkeit in seiner Person aus: Einst Materialist, verdienstvoller Popularisirer der Naturwissenschaften, ist er in seinen alten Tagen zu der Erkenntniß gelangt, daß das Volk Religion braucht. Einst demokratischer Journalist, entschiedener Bekämpfer der Willkür, Feind jeder Reaktion — ist er, nun wir werden sehn was er geworden ist.

Unter dem Titel: „Politischer Parteieifer im sogenannten (!) sozialen Kampf" hat er soeben eine Reihe von Leitartikeln veröffentlicht, deren letzter wie folgt schließt:

„Wir wissen sehr wohl die Gefahr zu würdigen, welche in der Existenz beliebter Kautschuk-Paragraphen gegen die Presse und gegen das Vereinsrecht liegt und sind durchaus nicht gesonnen, zu Gunsten dieser Polizei-Liebhabereien die Grundsätze des strengen Rechts aufzugeben. Wir müssen auch an dieser Stelle einmal ausdrücklich sagen, daß es ein ganz jammervolles Bild unserer Zustände abgiebt, wenn man fast Tag vor Tag von Preßprozessen wegen Beleidigung des Reichskanzlers liest. Wir ersehen jedenfalls daraus, daß auch das gemilderte Strafgesetzbuch sehr reiche Handhaben zu Preßprozessen bietet, wenn man recht fleißig dahinter ist, mit nervöser Empfindlichkeit jeden Verstoß zu einem Prozeß aufbauschen zu lassen. Um so mehr müssen wir aber hervorheben, daß die Kunst, die Leidenschaften der Besitzlosen aufzuwiegeln gegen alle Besitzenden, sich einer merkwürdigen Straflosigkeit zu erfreuen hat, obwohl hierin der Kernpunkt des ganzen demagogischen Treibens liegt.

„Es erscheinen jetzt demagogische Zeitungen, die gar keine andere Tendenz haben, als diese Aufreizung bis zu dem Grade zu betreiben, wo sie einmal auf Commando zur Verwirklichung der demagogischen Ideale führt. Zwar versichern uns die Herren Demagogen, daß sie es gar nicht abgesehen haben auf eine gewaltsame Sozial-Revolution, sondern nur wohlwollend auf Gefahren hinweisen, welche eintreten könnten, wenn man nicht friedlich auf solche Reformen der Gesellschafts-Zustände eingehen wollte. Aber hinter dieser Logik aller Straßenräuber, die auch immer am liebsten ohne Anwendung von Gewalt die Börse und die Uhr in Empfang nehmen und blos als liebevolle Mahnung gegen Gefahren auf ihr Messer und ihren Knüppel hinweisen, steckt doch nichts anderes als die Aufwiegelung, welche das charakteristischste Merkmal des Demagogenwesens ist, und diese ist um so entschiedener verbrecherischer Natur, je freier das demokratische Wahlrecht allen Staatsbürgern ohne Ausnahme das Recht zuspricht, sowohl ihre politischen wie sozialen Ansichten und Wünsche auf gesetzlich geordnetem Wege zur Aussprache zu bringen.

„Wenn wir sagen, daß unsere Strafgesetze lückenhaft sind in Bezug auf ein Verbrechen, das gegenwärtig mit wahrer Virtuosität ausgeübt wird, so sprechen wir nur aus, was jeder Denkende empfindet, wenn man sieht, wie man immer mehr und mehr die wirkliche Volksrepräsentation wie eine zusammengelaufene Gesellschaft von kapitalistischen Müßiggängern behandelt und als Ausdruck des Volkswillens Dasjenige dargestellt wird, was eine Handvoll Demagogen vor einer zusammengetrommelten Straßengesellschaft von Wagenfragern als Volksheil verkündet.

„Die Kunst der Aufwiegelung weiß sich diese Lücken zu Nutze zu machen. Unter dem Schein einer wissenschaftlichen Erörterung der Reform der Gesellschaftszustände, die ganz sicherlich nicht strafbar ist und sein darf, wird systematisch die strafbare Aufwiegelung betrieben. Auch die Gerichtshöfe sind zuweilen nicht im Stande, die Grenzlime zu bestimmen, wo ein Artikel aufhört freie Wissenschaft zu sein und anfängt strafbare Aufwiegelung zu werden. Eine genauere Fassung unserer Strafgesetze, welche diese Grenze strenge bezeichnet und wissenschaftliche Erörterung ganz genau von wühlerischer Demagogie unterscheidet, ist in unserer Zeit ein wohlberechtigtes Verlangen. Ein solches Bedürfniß anerkennen und einer Verbesserung des Strafgesetzes in dieser Beziehung zustimmen, ist eine berechtigte Forderung unserer Zeit. Hierin eine Partei-Orthodoxie bewahren und vor jeder Schärfung der Strafgesetze prinzipiell zurückschrecken ist eine Schwäche, nicht eine Stärke des Prinzips.

„Freilich wissen wir, daß mit einem Straf-Paragraphen noch nicht viel gethan ist. Es kommt auf den Ernst seiner Anwendung an, die nicht immer gleichmäßig gehandhabt wird. Wir erleben gar zu oft von oben her Winke zur Anwendung von Gesetzen, die uns deutlich genug zeigen, wie auch Gesetzes-Paragraphen in den Schlummer der Scheintodten gerathen und zeitweise aufgerüttelt erst wieder Leben erhalten. An der jetzt sehr regen Einschreitung wegen Verfälschung der Lebensmittel haben wir ein schlagendes Beispiel, wie lange existirende Paragraphen im Gesetzbuch stehen können, ohne im Leben wirksam zu werden. Mit einem Gesetzes-Paragraphen gegen die Demagogie könnte es leicht auch so sein. Daher meinen wir auch, daß man einer solchen Verschärfung der Gesetze nur zustimmen könnte, wenn man zugleich den Urtheilsspruch einem aus dem Volke selbst entspringenden Geschworenen-Gericht anheimgiebt. Der Demagoge, welcher sich vor einem Gerichtshof noch so haben kann, als ob er ein großer Volksanwalt sei, der das Märtyrerthum aus der Hand eines Richter-Collegiums auf sich nimmt, das nicht aus der Initiative des Volkes hervorgeht, der wird von einem volksthümlichen Geschwornengericht all des Scheins der Volksvertreterei gründlich entkleidet. Er wird hinter den Schranken des Gerichts eben so nackt von allem moralischen Recht, „Volksstimme" zu sein, dastehen, wie die Handvoll Demagogen, welche Sitz und Stimme im Parlament haben, das in seiner überwiegenden Mehrheit jedenfalls vollberechtigt ist, als Stimme des Volkes angesehen zu werden.

„Brächte man solch ein Gesetz gegen das eigentliche Wesen der Demagogie ein, so würden die freisinnigen Parteien nicht aus Partei-Orthodoxie dem entgegen sein dürfen.

A. Bernstein."

Zu bemerken haben wir dazu nichts. Wir danken dem Verfasser für seine Offenheit und stellen ihn einfach an den Pranger, mit einem Zettel vor der Brust, auf welchem das einzige Wort geschrieben steht: Bourgeoisliberalismus.

Aus den Vereinigten Staaten.

New-York, 12. Oktober 1877.

Die Ueberraschungen infolge unserer Herbstwahlen, welche wir in Aussicht stellten, haben begonnen. Am 9. d. M. fanden die Congreß- und Staatswahlen in den Staaten Maine, Jowa und Ohio statt. Da diese drei Staaten, als Vorläufer der übrigen, anzuzeigen pflegen, wie in den letzteren gewählt werden wird, so kann schon jetzt als ziemlich sicher betrachtet werden, daß die große Mehrheit der nördlichen Stimmgeber die Politik des Präsidente Hayes verurtheilt und zu Schanden zu machen strebt. In Maine und Jowa, zwei echten Kleinbürgerstaaten ohne nennenswerthe Entwickelung des Proletariats, siegten die Republikaner mit stark verminderter Mehrheit, siegten aber nur, weil die Partei ausdrücklich die Hayes'sche Administration verdammt hatte. In Ohio, welches den Republikanern stets sicher war, sobald die Partei einig und gut vertreten auftrat, unterlagen sie durch die neue Arbeiterpartei, welche über 20,000 Stimmen warf, die früher den Republikanern angehört hatten, weil diese die Hayes'sche Politik gebilligt hatten. Außerdem hatte unmittelbar vorher die Arbeiterpartei von St. Louis in sechs von den zwanzig Wards der Stadt ihre Kandidaten durchgebracht, und in Newark, N. J., warfen am 9. Oktober die Arbeiter fast 1700 Stimmen, trotz den argen Wahlbeeinflussungen, welche in dieser Fabrikstadt so erleichtert sind. In vier Wochen wird man bei den Wahlen in New-York, Pennsylvanien, Maryland, Indiana und Illinois die Zahl der Arbeiterstimmen verhältnißmäßig stärker gewachsen, und die Hayes'sche Politik noch nachdrücklicher verurtheilt sehen.

Diese Politik bezweckt eine Versöhnung des südlichen Flügels der Demokratie, welche durch das Interesse des Niederhaltens des politischen Einflusses der Neger geeinigt ist und fünfzehn Staaten beherrscht, mit dem großkapitalistischen nördlichen Flügel der Republikaner, also Vereinigung der Großkapitalisten des Südens und Nordens gegen die weißen und schwarzen Arbeiter. Sie bezweckt einen Krieg mit Mexiko, um die nördlichen Staaten dieser Republik an die Union anzuschließen, eine starke Vermehrung des stehenden Heeres, Herrschaft der Geldkönige mittels der Bankvorrechte, der Eisenbahn-Ausbeutung und der Bestechung der Häupter der beiden alten Parteien, welche im Markte sind. Es ist erfreulich zu sehen, daß die Absichten dieser Politik in so großer Ausdehnung von den Stimmgebern durchschaut sind und verdammt werden. Da unsere Partei noch viel zu neu und zu wenig geeinigt ist, um an der Wahlurne schon jetzt mehr als Warnungen für die herrschenden Mächte ergehen zu lassen, so ist es immerhin wünschenswerth, daß die Stimme des Volkes sich nachdrücklich gegen die Kapitalherrschaft und ihre Absichten erklärt, und das ist gleichsehr von den unzufriednen Republikanern, den Demokraten, den Greenbacklern und der Arbeiterpartei geschehen. Das Stimmenverhältniß im Congreß wird sich gänzlich umgestalten, und da die Machtvertheilung gänzlich von der Zahl der unbestechlichen Gegner der neuen Politik abhängt, so läßt sich über dieselbe gar nichts voraussagen. Die Herren Unions-Gesetzgeber des Nordens haben jedoch soviel von ihren Auftraggebern, dem Volke, gesagt erhalten, daß man ihnen auf die Finger sehen wird. Sollte diese Verwarnung bei einer Mehrzahl nichts helfen, so kann man versichert sein, daß die neue Kapitalistenpartei ungeirrt ihre Absichten ausführen wird.

Doch hierüber Ausführlicheres erst, wann die Novemberwahlen vorüber sein werden. Wenn sie lesen sollten, daß die Arbeiterpartei in Ohio 25,000 oder mehr Stimmen abgegeben habe, so ist dabei zu berücksichtigen, daß dort (und in New-York, Pennsylvanien und Massachusetts) zwei Parteien sich diesen Namen beilegen, nämlich außer unserer eignen noch die Greenbackpartei, welche sich überwiegend aus Nichtdeutschen, wie jene aus Deutschen zusammensetzt, welche deshalb auch schwächer an Zahl ist. Die Greenbäckler sind für ein mit Gold gleichwerthigrs, lediglich von der Union, nicht von Banken auszugebendes Papiergeld, haben ein halbes Dutzend der Arbeiterforderungen unseres Programms in das ihrige aufgenommen, wollen aber vom achtstündigen Normalarbeitstage meist nichts wissen. Ihre Organisation ist stärker, weil älter und aus allen Arbeits-Reformern und Weltverbesserern ohne gründliche Sachkenntniß, aber mit Schönrednerei wohl ausgestattet, zusammengesetzt. Sie arbeiten unserer Partei vor, ohne es zu wollen, verzögern aber eben darum deren sofortiges Wachsthum.

Vom Unternehmungsgeist unserer großen Tagespresse, aber auch von der Wichtigkeit, welche sie der Arbeiterbewegung beimißt, zeugt die Thatsache, daß sie beim internationalen Kongresse in Gent einen Berichterstatter gehabt hat, der allerdings die Bedeutung der dortigen Verhandlungen nicht sonderlich zu beurtheilen im Stande war, und daher mehr über eine Zuschrift der Executive der Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten in Chicago sich spöttelnd ergeht, deren in den Berichten des „Vorwärts" gar nicht gedacht worden ist, und von der der Berichterstatter behauptet, sie sei in Gent stillschweigend zu den Akten genommen worden, da sie nicht umstürzlerisch genug gehalten wäre. Von der großen Stimmenzahl, welche Cincinnati, St. Louis und anderwärts von unserer Partei abgegeben worden ist, wird in unserer Tagespresse mit Achtung gesprochen.

Ein schlagendes Beispiel der ökonomischen Verwüstung, welche die schrankenlose Kapitalherrschaft anrichtet, liefert die pennsylvanische Kohlen-Industrie, deren Geheimnisse zwar längst kein Geheimniß für uns mehr waren, jetzt aber schonungslos aufgedeckt worden sind. Die Anthracit-Kohle, welche fast nur in Pennsylvanien gefördert wird, versorgt alle nordöstlichen Gebiete der Vereinigten Staaten mit dem einzigen passenden Brennmateriale. Ihr Absatzgebiet läßt sich ganz genau berechnen und hat in den günstigsten Jahren nie mehr als 20—22 Millionen Tonnen aufgebraucht. Die Förderungsanlagen aber sind für 30 bis 32 Millionen Tonnen berechnet. Bei voller Arbeitszeit wird also ein Drittel zuviel produzirt; ein Drittel des in dieser Industrie angelegten Kapitals liegt müssig; ein Drittel der Arbeiter muß müssig gehen, d. h. hungern. Damit ist aber der angerichtete Schaden noch nicht erschöpft. Wenn die Grubenbesitzer — wie gewöhnlich — sich Mitbewerb machen — sonst ist es das Interesse jedes Einzelnen, den übrigen im Markte zuvorzukommen. Sie müssen also die Flötze andrechen, welche am leichtesten auszubeuten sind, ohne Rücksicht auf die Sicherheit der Bauten und der Menschenleben. Sie müssen Beförderungsanstalten (Eisenbahnen und Küstenschiffe) zu stets bereiter Verfügung für eine weit größere Kohlenmenge bereit halten, als nöthig wäre, mit andern Worten, sie müssen diese Eisenbahnen und Küstenfahrzeuge entweder eigenthümlich oder auf lange Pachtfristen besitzen. Die Eigenthümer der Kohlenländereien, welche den Betrieb verpachtet haben, müssen im Pachtvertrag es zur Bedingung machen, daß jährlich nicht weniger als eine Mindestzahl von Tonnen gefördert werden. Dadurch müssen alle Unternehmer zu Grunde gerichtet werden, welche ihre Arbeiter nicht aufs Aeußerste ausbeuten, ihre Föderunganlagen nicht billigst und leichtsinnig herstellen. Dadurch entstehen Unfälle über Unfälle in den Gruben und auf den Bahnen, welche — abgesehen von den Menschenleben, die nichts kosten, große Kapitalien verschlingen. Machen sich aber die Unternehmer möglichst wenig Konkurrenz — und das war von 1870—1876 der Fall — vertragen sie sich dahin, die Kohlenpreise hoch zu halten, indem jede Kompagnie blos die wirklich nöthigen zwei Drittel fördert, so zahlt das Kohlen kaufende Publikum diese unentbehrliche Waare weit theurer, als nöthig wäre, und dergestalt ist dieses Publikum in den genannten sieben Jahren um 75 Millionen Dollars jährlich gesetzlich bestohlen worden. Jetzt erhalten freilich die Unternehmer und Landeigner, Eisenbahngesellschaften und Schiffsbesitzer ihre schönen Zinsen auf allgemeine Kosten, während die Kohlenarbeiter, Eisenbahnarbeiter und Matrosen ein Drittel des Jahres darben; denn in den zwei Dritteln Beschäftigungszeit wird ihnen nicht eine verhältnißmäßige Lohnerhöhung zugestanden. Allein die nicht thätigen Kapitalanlagen kosten immerfort große Summen, verfallen nutzlos. Die lange faule Zeit verdirbt auch die Arbeiter und die gesammte von diesen lebende Bevölkerung. Die Wohnungen, die Straßen, die Felder (wo es deren giebt), die öffentlichen Anstalten — Alles ist liederlich, verfallen, schmutzig, unfreundlich, ungesund. Auch das deckt den ganzen Schaden noch nicht. Die eben genannte Verschwörung wäre gar nicht durchzuführen ohne Monopol. Theils kauf-, theils pachtweise wurden drei große Eisenbahngesellschaften Herren fast aller Kohlenländereien und Förderungsanstalten. Sie gaben für den Kauf oder Pacht bis zu 350 Millionen Dollars Aktien aus, kauften und pachteten weit über dem wahren Werthe. Die Zinsenlast dieser Aktien, deren Werth künstlich durch ungeheure Dividenden hinaufgetrieben wurde, verschlang auch in den besten Zeiten, d. h. als

die Kohlen fast unerschwinglich theuer waren, ziemlich den ganzen Reinertrag; und als nun mit dem großen Krach die Nachfrage nach Kohle weit unter den Durchschnittsbedarf herabging, da erhielt sich die Monopolisten-Bande noch zwei Jahre lang, indem sie die Dividenden mit betrügerisch vermehrten Aktien fortbezahlte. Aber endlich mußten die Kohlenpreise weichen, mußten so stark weichen, daß die Verschwörung nicht länger bestehn konnte. Mehr als die Hälfte des Aktienkapitals — vielleicht drei Viertel — waren werthlos geworden. Zahllose Wittwen und Waisen, wohlthätige Anstalten, Sparkassen, Angestellte ꝛc., welche ihr Vermögen in diesen Aktien angelegt hatten, waren völlig zu Grunde gerichtet. Die eigentlichen Urheber der Verschwörung aber, welche ihre Aktien längst verkauft hatten, besonders die Eisenbahnkönige, waren sehr reich geworden. Jetzt waren die armen Kohlenarbeiter erst recht elend daran; denn woher sollte bei niedrigen Kohlenpreisen und fast nur halber Arbeitszeit ein genügender Lohn kommen?

Es ist klar, daß bei dieser Industrie, wenn sie genau auf den Bedarf eingeschränkt würde, ein Drittel Arbeiter anderswo unterzukommen suchen müßte, und zwei Drittel des Anlagekapitals erspart werden könnten. Das Publikum würde dann mittelmäßige und feste Kohlenpreise, die noch übrigen Arbeiter genügend hohe Löhne und ein menschliches Dasein, das Anlagekapital genügende Zinsen (vorausgesetzt sie wären auch dann noch gestattet) haben. So will es der gesunde Menschenverstand. Aber was kümmert sich der Kapitalismus um diesen in dieser „besten aller Welten"? —

Die Berichterstatter unserer großen Zeitungen, denen wir Obiges entnehmen, gestehen zu, daß es kein Mittel giebt, um das richtige Heilmittel dem Patienten den Hals hinab zu bringen. Der Patient ist natürlich die kapitalistisch ruinirte Gesellschaft. Diese — diesmal ungewöhnlich intelligenten Berichterstatter dürfen natürlich nicht sagen, daß es ein solches Mittel giebt, welches die Sozialdemokratie von den Dächern predigt — Aneignung gemeinwichtiger und gemeinschädlicher Arbeitsmittel durch die Gesammtheit. Aber der verzweifelte Ton ihrer Schlußfolgerungen verräth den gänzlichen Geistes-Bankrott der bestehenden Gesellschaft.

Aus Frankreich.

(Schluß.)

Diese neuen Deputirten werden ohne Zweifel für ein Tadelsvotum gegen die Reaktionäre des 16. Mai stimmen; sie werden einige bonapartistische Wahlen für ungiltig erklären, aber sie werden in große Verlegenheit gerathen, wenn es sich darum handeln wird, Reformen durchzuführen, ungerechte, unzeitgemäße, gemeinschädliche Gesetze, die zum Theil noch vom Empire (Kaiserreich) herstammen, zu revidiren oder aufzuheben; dem Volk das Vereins- und Versammlungsrecht, die Preßfreiheit zu gewähren und sicherzustellen.

In einigen Gegenden, namentlich in den mittleren Departements, hat die revolutionäre Energie sich am 14. Oktober durch Gesänge, republikanische Rufe, Ansammlungen in den Straßen Luft gemacht, aber ohne die geringste „Unordnung". Man wollte kundthun, daß, wenn die Volksvertreter die glorreichen Ueberlieferungen von 1789 und 1793 vergaßen, das Volk selbst sie nicht vergessen hat.

Wie unter solchen Verhältnissen nicht anders möglich, sind die Arbeiter nichts weniger als freudig erregt; aber wenn ihnen auch die nächste Zukunft keine Hoffnungen einflößt, so blicken sie doch fest und in Gewißheit des endlichen Siegs den nahenden Ereignissen entgegen. Sie warten. Sie haben gestimmt — das wiederhole ich — um gegen die Tyrannei des 16. Mai zu protestiren, aber sie erwarten von Neuem, und vielleicht bald, an die Wahlurne gerufen zu werden, um ihr Votum in die Wagschale der Demokratie zu werfen, für die Forderungen des unterdrückten Volks einzutreten.

Nach dem Gesagten habe ich zum Schluß über die Haltung und Sprache der französischen Arbeiter im gegenwärtigen Augenblick nur noch wenig zu bemerken:

Die Wahlen sind gemacht. Die Candidaten des Elysée (Mac Mahon's) sind in großer Minderheit. Die Reaktionäre der „moralischen Ordnung" zittern. Gut. Aber wir müssen auch die Zukunft befragen, dürfen uns nicht mit tönenden Worten, mit hohlen Phrasen, mit blauem Hoffnungs-Dunst abspeisen lassen.

Was werden die neuen Abgeordneten thun? Das ist die Frage, welche ein jeder Wähler sich vorlegt. Die Elemente der Antwort haben wir vor Augen. Vom 20. Februar, dem Tag ihrer ersten Erwählung an, bis zum 16. Mai, dem Tag ihrer Zersprengung, haben die „363" nichts, absolut nichts im Sinne und in der Richtung der sozialdemokratischen Republik gethan.

Jetzt sind sie wieder in Versailles. Es ist uns einfach unmöglich, das Mißtrauen zurückzudrängen. Von diesen Volksvertretern, die im vorigen Jahre ihre Aufgabe so schnöde vernachlässigt haben, müssen wir neue Schwachheiten, neue Rechnungsträgereien, neue Verletzungen des Prinzips befürchten.

Wir leugnen es nicht: wir urtheilen streng. Wir wissen nur zu gut, daß krankhafte Empfindlichkeit (sensiblerie), daß Zaghaftigkeit die Vorläuferin des Verfalls einer Idee ist. Wir wissen auch, daß ein unentschlossener, schlaffer Charakter nicht von heute auf morgen mannhaft, unbeugsam wird. Wir wissen, daß der seit Jahren saft- und blattlose Baum sich nicht über Nacht mit Früchten bedeckt. Wir wissen, daß das Standbild der wahren Freiheit, der großen Republik nicht von schlechtem Metall hergestellt werden kann. Wir wissen, daß die Bourgeoisie keine Lust hat, die Arbeiter sich emanzipiren zu lassen. Wir wissen, daß die „363", wenn sie auch Mac Mahon vielleicht Furcht einflößen, doch selber Furcht haben — und welche Furcht! — vor den logischen Vertretern des Sozialismus!

Das Alles wissen wir, und darum sind wir von Mißtrauen erfüllt. Sollte die Zukunft uns Lügen strafen, um so besser. Aber wir haben bisher so wenig Ursache gehabt, uns der Folgen der sogenannten Volkstriumphe zu freuen, daß wir überzeugt sind: auch diesmal ist unser Mißtrauen, sind unsere Besorgnisse wohlbegründet, und der begeisterten, hoffnungsseligen Masse harrt bittere Enttäuschung.

Eine Wahl tröstet uns: die Bonnet-Duverdier's in Lyon. Dieser Bürger ist der Einzige in der ganzen Versammlung, der ein festes demokratisches Programm hat. Indem Lyon diesen Mann wählte, ihn aus dem Kerker herausholte und den Gewalthabern Stirn an Stirn gegenüberstellte, hat es sich um Frankreich, um die Weltrepublik verdient gemacht.

Der Name Bonnet-Duverdier's hat eine ernsthafte Bedeutung, die Niemand entgeht. Was Bonnet-Duverdier sagt, das thut er. Wir wollen glauben, daß die äußerste Linke, von diesem Bürger angestachelt, endlich aus ihrer langen Erstarrung (torpeur) heraustreten und eine revolutionäre Haltung annehmen wird.

Möge die äußerste Linke das Programm der Sozialisten befürworten! Sie hat das Recht und die Pflicht. Möge sie aufhören, Conzessionen zu machen! Die Zeit der Conzessionen hat zu lange gedauert. Möge sie offen ihr Banner entfalten — die militante (streitende, ringende, thatkräftige) Demokratie ist sozialistisch. Die denk- und urtheilsfähigen Proletarier wissen genau, was sie wollen. Darin liegt ihre Kraft, das ist es, was sie von der opportunistischen (nationalliberalen) Bourgeoisie unterscheidet, die kein Programm hat, die in ihrem Beutel nur Wünsche, Ehrsucht und Verleumdungen hat.

Wir glauben nicht, daß die neue Kammer ein langes Leben haben wird. Darum bereiten wir uns, ohne einen Tag zu verlieren, darauf vor, den Sieg des sozialistischen Radikalismus zu sichern.

Das, Bürger Redakteur, sind die Gedanken und Ansichten der gebildetsten, der politisch geschulten Arbeiter. Diejenigen, welche das Tagewerk vollständig in Anspruch nimmt, welche kaum die Zeit haben, eine Zeitung zu lesen, welche Tag und Nacht schanzen müssen, um Weib und Kind zu ernähren, — sie rufen uns zu: Ihr habt Recht!

Hoffen wir das Beste, und versäumen wir nichts, Bürger Redakteur, um unsere Brüder der Ausbeutung und dem Elend zu entreißen.

Wir wissen, daß wir durch unser sozialistisches Vorgehen die Berechnungen der gemeinen Ehrgeizigen und der Schönredner durchkreuzen; allein wir werden stets unseren Feinden in's Gesicht die Wahrheit sagen. Wir wissen, daß dies das beste Mittel ist, um unsere Kampf- und Leidensgenossen zu befreien.

Ganz der Ihrige in der gerechten Sache

Hippolyte Buffenoir.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Minister Camphausen und Friedenthal, die Stellvertreter Bismarck's und Eulenburg's, beglückwünschen sich nach der Debatte — dies war das Resultat der zweitägigen Redeschlacht, die in Berlin im preußischen Abgeordnetenhause über constitutionelle Regierung und Ministerkrisis am 26. und 27. Oktober tobte. Virchow warf bei der Gelegenheit dem Abgeordneten v. Sybel den Konitzer an den Hals, dieser suchte den saubern Patron von sich abzuschütteln und ihn sogar den Klerikalen in die Schuhe zu schieben; Schorlemer aber versprach ihn noch fester an den Herrn Sybel zu binden, wenn die Gelegenheit dazu käme. Die fortschrittlichen Redner suchten wieder den Baren zu waschen, ohne ihm den Pelz naßzumachen — die Rede von Eugen Richter war geradezu stümperhaft. Der freiconservative Bethusy-Huc stimmte eine Hymne an: „Was Bismarck thut, ist wohlgethan", Lasker trug, wie immer, auf beiden Schultern und meinte, daß es eigentlich nicht hübsch sei, wenn der große Mann das einsame Varzin dem schönen Berlin vorziehe — aber Camphausen sei ja auch ein guter Mann, ebenso Friedenthal, der den Eulenburg ganz gut ersetzen könne. Den Ministern war es nun sehr leicht, ihren „constitutionellen" Standpunkt zu vertheidigen; Camphausen ließ sich gar zu der unter solchen Umständen äußerst billigen Redensart hinreißen, daß er sofort seinen Posten quittiren würde, wenn die Majorität des Hauses sich mit ihm nicht zufrieden erkläre. Nur der Abg. Windthorst sandte mit gewohnter sicherer Hand seine Pfeile. Er sagte unter Anderm, daß Bismarck wohl eine außerordentliche Thätigkeit entfalte, aber eine außerordentliche Capazität sei er nicht. Er besitze jedenfalls mehr Kunst im Zerstören, als im Aufbauen (Widerspruch — Zustimmung), und er selbst werde es am besten wissen, wie sich die ungelösten Probleme vor ihm aufhäufen. Das Durchführen großer Kriege und Völkermetzeleien (große Unruhe), wenn nichts weiter darauf folgt, namentlich wenn keine neue Culturepoche daraus hervorgeht, sei nicht genug für die Bedürfnisse einer großen Nation. (Unruhe.) Der gegenwärtige Zustand sei ein unleidlicher. Fürst Bismarck habe sich beurlauben lassen und dennoch fahre er, wenn es ihm gerade passe, oft genug zwischen die Ministerberathungen in Berlin und zerstöre die Ansichten der Fachminister, die doch eigentlich nur seine Commis seien. Ebenso könne auch der beurlaubte Eulenburg mal aus der Ferne dem stellvertretenden Herrn Friedenthal zurufen: „Nee, Männeken, det geht nicht!" Die Minister nannte er zum Schlusse noch recht brave Leute, aber, wie Camphausen selbst ergänzte, wollte er damit sagen, daß sie schlechte Musikanten seien. — Trotz alledem erhielten die Minister von der Majorität des Hauses — 217 gegen 132 Stimmen — ein Vertrauensvotum und — Camphausen und Friedenthal beglückwünschten sich durch Händeschütteln.

— „Es giebt noch Richter in Berlin" — aber was für welche. Bezüglich unserer Besprechung des Frankfurter Falles, bei welchem der Staatsanwalt Kunitz bei Majestätsbeleidigung die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte beantragt hatte, erhalten wir aus Berlin folgende Zuschrift, die einen weiteren Beitrag liefert, wie schwach die Kenntnisse der Herren Richter in Bezug auf das Strafgesetzbuch sind, besonders in Fällen, wo ein Sozialdemokrat zur Verurtheilung kommt:

„In der Nr. 125 der „Sozialpolitischen Uebersicht" besprachen Sie einen Artikel, wonach der Staatsanwalt Kunitz in Frankfurt a. M. wegen Majestätsbeleidigung die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte beantragt hat. Gestatten Sie mir, Ihnen einen ähnlichen Fall aus Berlin mitzutheilen, da Sie dem Herrn Tessendorff das Zeugniß nicht versagten, daß ihm mitunter auch eigenthümliche Sachen passirt seien. Unser Parteigenosse Liefländer war angeklagt, in einer öffentlichen Versammlung den deutschen Kaiser beleidigt zu haben. Er wurde in Untersuchungshaft genommen und in öffentlicher Sitzung am 23. August vorigen Jahres zu 6 Monaten Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von einem Jahr verurtheilt. Liefländer hatte gegen das Erkenntniß nicht appellirt; es war ihm unbekannt, daß die Richter nicht berechtigt gewesen waren, ihm die Ehrenrechte abzuerkennen, anderseits wollte er nicht unnützerweise im Gefängniß zubringen, da er glaubte, daß eine Appellation doch nicht zu seinen Gunsten ausfallen dürfte. Liefländer saß am Plötzensee und mußte, da ihm die Ehrenrechte aberkannt waren, die Gefängnißkleider anlegen, wurde geschoren ꝛc. ꝛc. Nachdem er aus Plötzensee entlassen worden war, sah er sich das Strafgesetzbuch näher an und bemerkte, daß er zu einer Strafe verurtheilt worden, wozu die Richter nicht berechtigt waren. Er beantragte hierauf bei dem Kammergericht die eventuelle Bestrafung der Richter, die Anerkennung der Ehrenrechte ꝛc. Obwohl das Erkenntniß rechtskräftig war, stützte er sich lediglich darauf, daß die Richter sich eine direkte Verletzung des Gesetzes haben zu schulden kommen lassen. — Die Angelegenheit schwebt noch, das Weitere muß abgewartet werden. Sie sehen also, daß Berliner Richter nicht einmal das Strafgesetzbuch kennen, und da verlangt man von Arbeitern, daß sie jedwede polizeiliche Verordnung von Juda's Zeiten noch kennen sollen."

Soweit der Brief. Man sieht, wie wohl unsere Parteige-

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

(Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845.)

(Fortsetzung.)

In diesem Theil der Rede sagt Wander keineswegs, daß eine constitutionelle Verfassung der Gegenstand seiner oder der Sehnsucht des preußischen Volkes wirklich sei, sondern er sagt blos hypothetisch: wenn sie es wäre, so würde das bloße Verschweigen der Sehnsucht sie doch nicht vertilgen. Am wenigsten aber spricht er seine Unzufriedenheit mit der jetzt bestehenden preußischen Verfassung aus, und noch weniger sucht er Unzufriedenheit bei andern dagegen zu erregen. Er preist eine constitutionelle Verfassung nicht einmal an, er sagt eben nichts und gar nichts als: man solle den Redner der vorigen Versammlung nicht gleich verdammen, wenn er von Constitution gesprochen habe.

Die Argumente für diese Entschuldigung sind eben nichts als Begütigungsgründe zu Gunsten des früheren angefochtenen Redners, und weder hinterhaltig noch vordringlich. Damit enden die Beweisstellen, welche Stieber aus Wander's Vorträgen zur Rechtfertigung seiner Anklage herausgezogen hat. Man ersieht ohne Mühe, daß keine dieser Stellen an und für sich etwas Verfängliches hat. Die ganze Vertheidigung besteht daher nothwendig hauptsächlich in der Abwehr dieses Falsirens. Wenn die Vertheidigung nicht geschwächt werden sollte, konnte Stieber's Verfahrungsweise nicht geschont werden. Zur Charakterisirung derselben sei noch einmal darauf aufmerksam gemacht, wie Stieber an der Kraft seiner Beweise selber zweifelt. Er sagt in der Denunciation: es scheine ein Criminalverfahren gegen Wander begründet und hält sich somit weislich eine Hinterthür offen. Dessenungeachtet stellt er aber doch alle seine incriminirenden Behauptungen mit apodiktischer Sicherheit auf, welches nur aus der Absicht erklärt werden kann, den Richter irre leiten zu wollen. Derselben Unsicherheit und derselben Absicht ist das Haschen nach äußeren Stützen entsprungen, welche den inneren kartenblättrigen Bau der Denunciation die ihm fehlende Festigkeit geben sollen. Ich rechne dahin die Hinweisung auf Wander's Mißverhältniß zu den ihm vorgegesetzten Behörden, die Verdächtigung des Charakters und der literarischen Thätigkeit des Angeschuldigten, ja selbst die Verdächtigung des Gewerbevereins überhaupt und in allen seinen Zuhörern, und somit Wander's, der in diesem an und für sich verdächtigen Verein eine Hauptrolle gespielt haben soll. Der Richter wird sich jedoch nicht irre leiten lassen.

Meine Vertheidigung ist sehr lang und ich muß den Richter um Geduld bitten. Aber ihre Länge liegt in der Natur der Sache. Eine Denunciation ist wie ein Büchsenschuß. Ein Druck und die Kugel sitzt; aber die Heilung erfordert viele Mühe des Arztes und viele Geduld des Verwundeten.

Wenn bisher gezeigt worden, daß die incriminirten Stellen den ihnen von Stieber untergelegten Sinn nicht haben, so bleibt noch darzuthun übrig, daß Wander damit auch keinem Strafgesetz entgegen gehandelt hat.

Das Gesetz, welches der Denunciant verletzt glaubt, ist in § 151*) Kr.-R. enthalten, und lautet: „Wer durch frechen, unehrerbietigen Tadel oder Verspottung der Landesgesetze und Anordnungen im Staate, Mißvergnügen und Unzufriedenheit der Bürger gegen die Regierung veranlaßt", hat Strafe verwirkt.

Es dürfte zuförderst in Frage zu stellen sein, ob dies Gesetz auch für mündlichen und nicht vielmehr blos und allein für schriftlichen und zwar durch Buchdruck vervielfältigten Tadel gegeben sei. So sehr das Wort des Gesetzes dem zu widersprechen scheint, so dürfte dennoch mein Zweifel sehr viel für sich haben. Die Gründe für meine Ansicht, daß das Gesetz nur vom gedruckten Tadel rede, sind theils innere aus dem Gesetz selbst, theils äußere aus den Rechtsansichten der Zeit hergenommene, in welcher das Landrecht abgefaßt ist. Betrachtet man nämlich das Gesetz in seinem Zusammenhange mit den ihm folgenden Vorschriften; so folgt unmittelbar hinter ihm § 153 die Strafe für den Verkauf und für die Verbreitung „solcher Schandschriften". Der Ausdruck ist auffallend. Demnächst aber folgen Maßnahmen gegen Drucker und Verleger, Abschreiber und Verbreiter. Ueber die in dem Ausdruck „solcher Schandschriften" enthaltenen Rückbeziehung des § 153 auf § 151 kann gar kein Bedenken sein.

In diesem unverkennbaren Zusammenhange des § 151 mit dem § 153 und 154 erklärt sich nach meiner Auffassung § 151 als gegen den Verfasser, § 153 als gegen den Verbreiter, § 154 als gegen Abschreiber, Drucker und Verleger solcher Schandschriften gerichtet. Genug, ich sehe in diesen §§ 151 bis 156 die ursprünglichen Censurgesetze des Landrechts. Wollte man sagen: § 151 spreche von mündlichen und schriftlichen Aeußerungen insgemein, und § 153 und 154 von schriftlichen und gedruckten insbesondere, so würde man der Sprache Gewalt anthun müssen. Um einen solchen Sinn herauszubringen, müßte man in § 153 den Ton gewaltsam auf „Schandschriften" legen, blos um nur einen Gegensatz gegen mündliche Aeußerung wenigstens dem Ohr fühlbar zu machen, während er jetzt offenbar auf „Verkauf und Verbreitung" liegt.

Eine so täuschende Stütze als das Urtheil des Ohrs kann aber der Gesetzgeber zur Erklärung seiner Meinung unmöglich als genügend angenommen haben. Und dabei müßte man immer noch unter „solche Schandschriften" Aeußerungen verstehen, welche nach § 151 strafbaren Inhalts, aber nicht wie dort, blos mündlich gemacht sondern in Schriften niedergelegt sind. Durch das Demonstrativum „solche" in der gewählten Verbindung wird jedoch eine anzunehmende nothwendige Unterabtheilung der Aeußerungen, nämlich in Schriften enthaltene, also ein Gegensatz zu mündlichen Aeußerungen zu richtigem Deutsch nicht ausgedrückt. Daß aber der Gesetzgeber das Deutsche nicht habe richtig sprechen und schreiben können, darf nicht angenommen werden, wenn nicht die größte Unsicherheit über seinen Willen und seine Meinung entstehen soll. Das Demonstrativum „solche" ist zusammengesetzt aus so, welches die alte Modalform von der ist, und aus lih oder lich, englisch like, was „gleich" heißt; mithin ist „solche" gleichbedeutend mit „dergleichen". Unzweideutig geht deshalb aus § 153 hervor, daß er ohne eine Unterabtheilung oder einen Gegensatz anzudeuten von dergleichen Schandschriften spricht, welche schon in § 151 besprochen worden. Und daraus wieder, weil § 153 das, was in § 151 besprochen worden, als Schandschriften bezeichnet, geht hervor, daß in § 151 von mündlichen Aeußerungen nicht die Rede sein kann. Und in Wahrheit, bei Abfassung des Land-

*) Es ist natürlich das preußische Landrecht, auf das hier und im Folgenden Bezug genommen wird.

nossen daran thun, erst jedesmal ein Urtheil, welches gegen sie gefällt wird, auf seine Zulässigkeit zu prüfen, da nicht allein die Richter irren können, sondern sich gerade bei politischen Prozessen vielfach zu Ungunsten der Angeklagten irren und das Gesetz verletzen.

— Die österreichische Regierung hat sich mit der ersten Vernehmung Leo Frankels noch nicht beruhigt. Das Pester Bezirksgericht hat, nach der „Arbeiter-Wochen-Chronik", unsern Genossen noch einmal vernommen, um von ihm die Unterzeichner seines Mandats für den Genter Kongreß zu erfahren. Vielleicht glaubte man, aus mehreren Personen eher etwas herauszubringen, als aus einer. Jedoch diese Absicht scheiterte an dem schlechten Namensgedächtniß des der Pester Behörde gewiß sehr unliebsamen Agitators. Ob sich wohl dieselbe jetzt zufrieden geben wird? —

— Unserem Hamburger Parteiorgan geht die Mittheilung aus London zu, daß unter den dort an Stelle der strikenden Steinhauer Arbeitenden nur 28 mißleitete deutsche Steinhauer sich befinden, welche am 19. Oktober angekommen sind. Die übrigen waren 30 Italiener. Am 24. Oktober langten 58 Steinhauer aus New-York an, welche sich sämmtlich dem Strike der Londoner Genossen angeschlossen haben.

— Die am 28. Oktober in Frankreich vorgenommenen 15 Stichwahlen sind nunmehr vollständig bekannt, es sind 11 Konservative und 4 Republikaner gewählt. Die neue Kammer besteht demzufolge aus 320 „Republikanern" und 210 Konservativen.

— Die einzige erwähnenswerthe Nachricht vom Kriegsschauplatz ist eine alte Nachricht: nämlich die nun in authentischer Form bestätigte Vereinigung Moukhtar Paschas mit Ismail Pascha. Durch russische Lügentelegramme war dieses Ereigniß wieder in Zweifel gestellt worden. — Aus Bulgarien absolut nichts Neues, das zugleich glaubwürdig wäre. Daß bei Plewna in nächster Zeit ein entscheidender Schlag fallen muß, wenn er nicht schon gefallen ist, scheint gewiß.

— Er hat den Wink des Obertribunals verstanden. „Herr Tessendorff", schreibt die „Berliner Freie Presse" vom 28. Oktober, „ist bekanntlich der treueste Freund unseres Blattes; seine liebende Aufmerksamkeit in jeder Beziehung beweist das. Die neueste Probe davon hat er uns gestern gegeben, indem unser Verleger auf's Revier-Polizeibüreau geladen und ihm ein Protokoll zur Kenntnißnahme vorgelegt wurde, nach welchem Herr Tessendorff fortan unsere Sonntags-Gratisbeilage, die „Neue Welt", confisziren lassen würde, falls dieselbe nicht von einem unserer Redakteure verantwortlich gezeichnet werde. Er stützt sich dabei auf die §§ 7, 18 und 23 des Reichspreßgesetzes vom 7. Mai 1874. — Die §§ 18 und 23 handeln von der Bestrafung und Beschlagnahme; der § 7 aber, den wir, um unseren Lesern ein selbstständiges Urtheil zu ermöglichen, hier wiedergeben, hat folgenden Wortlaut:

„§ 7. Zeitungen und Zeitschriften, welche in monatlichen oder kürzeren, wenn auch unregelmäßigen Fristen erscheinen (periodische Druckschriften im Sinne dieses Gesetzes), müssen außerdem auf jeder Nummer, jedem Stücke oder Hefte den Namen und Wohnort des verantwortlichen Redakteurs enthalten.

„Die Benennung mehrerer Personen als verantwortliche Redakteure ist nur dann zulässig, wenn aus Form und Inhalt der Benennung mit Bestimmtheit zu ersehen ist, für welchen Theil der Druckschrift jede der benannten Personen die Redaktion besorgt.

„Zu weiterem Verständniß lassen wir auch die §§ 8 und 9 folgen:

„§ 8. Verantwortliche Redakteure periodischer Druckschriften dürfen nur Personen sein, welche verfügungsfähig, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind und im deutschen Reiche ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

„§ 9. Von jeder Nummer (Heft, Stück) einer periodischen Druckschrift muß der Verleger, sobald die Austheilung oder Versendung beginnt, ein Exemplar gegen eine ihm sofort zu ertheilende Bescheinigung an die Polizeibehörde des Ausgabeorts unentgeltlich abliefern.

„Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf Druckschriften, welche ausschließlich den Zwecken der Wissenschaft, der Kunst, des Gewerbes oder der Industrie dienen."

„Und indem wir nun die Frage aufwerfen: Ist in der „Neuen Welt" all diesen gesetzlichen Bestimmungen nicht genügt: sagen wir ganz einfach:

„Confisziren Sie, Herr Tessendorff!"

— Unsere Berliner Parteigenossen haben beim preußischen Abgeordnetenhause eine Beschwerde über das Berliner Polizeipräsidium, die Staatsanwaltschaft des Stadtgerichts, sowie über den Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, eingebracht, weil sich die genannten Behörden bei der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in Berlin einer Verletzung desselben und der preußischen Verfassung schuldig gemacht hätten. Es handelt sich speziell um die Schließung verschiedener sozialistischer Gewerkschaften, sowie um die Weigerung der Behörden, die sofortige Bescheinigung von angemeldeten Versammlungen zu ertheilen.

Thiers, ein „Ehrenmann" durch und durch.

Dem Communehenker Adolph Thiers, „dem Präsidenten der Versailler Republik", widmet Adolph Clémence, Mitglied der Pariser Commune, in dem von J. Ph. Becker redigirten „Précurseur" einen Nachruf, den wir hier in möglichst treuer Uebersetzung wiedergeben wollen:

Der unheimliche Greis — Thiers — ist nicht mehr! Diese bluttriefende Persönlichkeit ist vor Kurzem ungestraft und beinahe triumphirend von dem Schauplatz ihres Wirkens abgetreten . . .

Kaum ist dieser Mann gestorben, so sind auch schon die Mitschuldigen desselben, seine heutigen Nachfolger, bemüht, sich seines Andenkens zu bemächtigen. Sie versuchen es, zu seinen Gunsten die Handlungen zu fälschen, welche die Geschichte schon verzeichnet hat, und sie gehen darauf aus, seinen Opfern Schweigen aufzuerlegen; sie winden ihre Kränze, in deren Schatten sie ihre eigene Unfähigkeit, ihre politische Gesinnungslosigkeit und ihre Feigheit verbergen zu können hoffen.

Sie wagen es, diese schamlosen Lobredner, welche der Geschichte Gewalt anthun wollen, sie wagen es, öffentlich zu erklären, die lange Carriere dieses nichtswürdigen Menschen, welchen sie so auffallend beweihräuchern, „sei der Vertheidigung der Ideen und Prinzipien unserer großen Revolution geweiht gewesen, deren Sache er niemals verlassen und die in ihnen einen ebenso treuen als ergebenen Vertheidiger gefunden habe".*)

Solche Redensarten fordern einen dazu heraus, daß man sie energisch Lügen strafe, sie verlangen entrüstete Proteste, denn niemals hat es ein Schreibknecht gewagt, unverschämtere Lügen nieder zu schreiben, niemals erschien die Gelegenheitspolitik in abgestandenerem Lichte.

Wir Sozialisten und Verbannten, für welche das Wort Gewissen gleichbedeutend ist mit Pflicht, nicht mit niederer Selbstsucht, uns liegt mehr als jedem Andern die gebieterische Pflicht ob, diese Bastard-Republikaner und Renegaten (politische Fahnenflüchtige) zu entlarven und den Schleier herunterzureißen, mit welchem heuchlerische Reaktionäre die Schandthaten eines der größten Verbrecher unserer Zeit verhüllen wollen.

Uebrigens gehört dieser Mann unserer Rache, denn er hat die Unsrigen zu sehr beschimpft und gequält, als daß die Ausdrücke unserer Entrüstung jemals der Größe der von ihm verübten Schandthaten entsprechen könnten.

Mehr als diejenigen, die ihm nur seine niederträchtige Handlungsweise gegen einen der Ihren, welchen er in seiner Gewalt hatte**), vorzuwerfen haben; mehr als diejenigen, die ihn nur eines Verraths an einer Dynastie beschuldigen können, welche ihn mit Wohlthaten überhäuft hatte, — mehr als alle diese sind wir berechtigt, uns zu seinen Richtern aufzuwerfen und keine Schonung ihm gegenüber zu üben, wir, die wir diejenigen von unseren Freunden nicht einmal alle zählen können, die ihm zum Opfer gefallen sind, wir, die wir auch nicht vergessen können, daß er fast ein halbes Jahrhundert hindurch Thränen hat fließen machen, die bis jetzt noch nicht getrocknet sind.

Ihr offiziellen Lügner, Schmeichler der Henker, antichambrirende Geschichtsschreiber*), gedungene Goldschreiber, entsinnet ihr euch dessen nicht mehr, wie euer „berühmter Patriot" die Arbeiter von Lyon, die sich gegen das Elend und den Hunger auflehnten, hinmetzeln ließ? Entsinnet ihr euch dessen nicht mehr, daß euer „großer Bürger" der Lieferant aller politischen Gefängnisse Frankreichs war, und daß die Metzelei von Transnonain sein Werk ist? Entsinnet ihr euch nicht mehr, daß euer „Gesetzgeber" der Urheber der September-Gesetze ist? Denkt ihr nicht mehr daran, daß euer „hervorragender Stratege" Paris in eine Bastille verwandelte**) und daß er der Urheber der Befestigungen ist, die eher zu seinem Bombardement als zu seiner Vertheidigung dienten? Habt ihr wohl vergessen, daß eurem „nationalen Geschichtsschreiber" die napoleonische Familienlegende, die Frankreich die Invasion und die Zerstückelung eingetragen hat, ihre Entstehung verdankt? Ist es euch denn nicht mehr erinnerlich, daß euer „Begründer der Republik" schon einmal eine Republik umgestürzt hatte, gegen welche er in der Rue de Poitiers Verschwörungen anzettelte? Daß er die Stütze Cavaignac's, daß er der Juni-Henker, daß er der Dezember-Bandit Napoleon's war? Wisset ihr nicht, daß euer „freisinniger Bürger" (bourgeois) der Beherrscher und Ausbeuter der Bergwerke von Anzin und anderer Orte war? Daß euer „gewandter Staatsmann", der Complice der Leute des 4. September, gegen die Republik, in welcher er keine Rolle spielen konnte, um den Beistand und die Unterstützung aller Monarchien bettelte, welchen er dafür Paris in die Hände spielen wollte — das wißt ihr wohl auch nicht mehr? Daß euer „Präsident der Republik" (ohne Republikaner) noch grausamer war als selbst ein Ferdinand von Neapel, dem seine Zeitgenossen den Beinamen „König Bomba" gaben, — auch das ist euch nicht mehr erinnerlich? — —

Das, ihr schamlosen Weihrauchstreuer, ihr entmannten Senatoren der Linken, das sind einige Seiten aus der Lebensbeschreibung eures Helden, und wir sind fest überzeugt, daß ihr keinen der ihm von uns gemachten Vorwürfe Lügen strafen könnt! Hier könnt ihr sehen, wie er sein ganzes Leben das Prinzip der „nationalen Selbstständigkeit" (Souveränetät) vertheidigt hat, das sind die Lehren, die er praktisch befolgt hat während der ganzen Zeit, daß er im Besitze der Macht war. Hier könnt ihr sehen, was das war, das ihr „seine lange und ruhmreiche Carriere" nennt! . . .

Und angesichts solcher Thatsachen wagt ihr noch zu sagen, daß eine solche Existenz den „Dank der Nation, die Achtung des Auslandes und die Bewunderung der Nachwelt verdiene"?!***)

Will euch denn nicht bedünken, daß eines Tages ein Suetonius†) die Lebensgeschichte dieses Tiberius schreiben wird?

Diesen Menschen wollt ihr vergöttern? Ihm weiht ihr ein Denkmal!?

Nun gut! Aber seid versichert, daß ein Tag kommen wird, wo man dieses Denkmal ebenso auf einen Düngerhaufen werfen wird, wie — — — — — — — — — —

Bis das geschieht, fluchen wir seinem Andenken!

Wir fluchen seinem Andenken im Namen Derer, die den Streichen seiner Gurgelabschneider zum Opfer gefallen sind, im Namen der Wittwen und Waisen, die ihr Leben in Trauer und Kümmerniß zubringen! Wir fluchen seinem Andenken im Namen der Tausende von Bürgern, welche er hat in's Gefängniß werfen und deportiren lassen, im Namen ihrer Familien, welche um sie weinen und sie vergebens erwarten!

Im Namen der Verbannten, die er zur Verzweiflung getrieben hat, fluchen wir ihm! Im Namen der Unterdrückt und Besiegten weihen wir seinen Namen den Verwünschu Derer, die ein Herz haben und die Gerechtigkeit wollen.

In ihrem Namen protestiren wir gegen das Leichenbegängniß (Thiers'), welches man der Stadt auferlegt hat, die er mit Blut und Trümmern, mit Thränen und Verzweiflung erfüllt hat.

Paris! Paris, welches ihm zum Opfer fiel und zwei Monate lang seinen Zusammenschnürungsversuchen (étreintes) Widerstand leistete, Paris hat die Schande des Triumphzuges dieser Leiche über sich ergehen lassen müssen, und es wird seinen grausamsten und unversöhnlichsten Feind (die Bourgeoisrepublikaner) an seinen Busen aufnehmen müssen.

Möge diese neue Verhöhnung zurückprallen auf deine Mitschuldigen, unheimlicher, blutbefleckter Mann!

Mögen sie ihren Antheil erhalten von dem Fluch, dem wir deinen Namen und dein Andenken weihen . . .

O, möge doch bald der Tag kommen, den wir so sehnsüchtig herbeiwünschen, möge er kommen, der Tag, an welchem alle Arbeiter, welche an das zukünftige Gelingen ihrer guten Sache glauben, endlich Rache nehmen können an der wahrhaft „gemeinen Menge", welche den kothbedeckten Leichnam ihres Ideals verherrlicht. — Könnten sie endlich diesen fluchwürdigen Ueberresten die Gerechtigkeit widerfahren lassen, welche sie einzig und allein verdienen, die entehrendste Schande des Hochgerichts!

Adolph Clémence,
Mitglied der Pariser Commune.

Lausanne, 8. September 1877.

*) So hieß es in der betr. Nummer der „Republique française" (des Gambetta'schen Organs), welche den Tod Thiers' mittheilte.

**) Die Herzogin von Berry, Mutter des Grafen von Chambord, die gegen Louis Philippe conspirirte, um ihrem Sohne zu seinem „rechtmäßigen Erbe" zu verhelfen. Als sie 11 Jahre nach ihres Gatten (Erbe Karl's X.) Tode sich wieder schwanger fühlte, erkaufte sich Thiers den früheren Liebhaber der Herzogin, versicherte sich mit seiner Hilfe ihrer Person, und als sie einen Monat nachher das Geständniß ihrer Schwangerschaft machen mußte, ordnete er an, daß eine ganze Versammlung von Generalen, Beamten ꝛc. bei ihrer Entbindung zugegen sein solle. Anm. d. Uebers.

Correspondenzen.

Kiel. Vor einer gut besuchten Volksversammlung im „Englischen Garten" hierselbst hielt am 16. Oktober Abends Genosse Blos aus Hamburg einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Der alte und der neue Sozialismus". Redner entwickelte an der Hand der Geschichte die verschiedenen sozialistischen Systeme und bezeichnete die Meinung unserer Gegner, daß die Idee des Sozialismus neu sei, als einen Irrthum. Schon im Alterthum fanden sich eine Menge ähnlicher Erscheinungen, und wenn man die damaligen Vorgänge mit einem anderen Namen bezeichnet habe, so liege das an der gefälschten Geschichtsschreibung, die dem Volke den wahren Grund der geschichtlichen Ereignisse zu verbergen suche. Die soziale Frage sei auch nicht lediglich als eine Magenfrage zu betrachten, sondern umfasse die ganzen gesellschaftlichen Einrichtungen, deren Umgestaltung von Grund aus die heutigen Sozialisten erstreben. Redner verbreitete sich über die Begriffe „Sozialismus" und „Communismus" des Näheren und erläuterte namentlich den Begriff des letzteren Wortes, indem er gleichzeitig darauf verwies, daß es eine Verleumdung der Gegner sei, wenn sie be-

---

rechts, bei Abfassung des § 151 ward an die Strafbarkeit eines in mündlicher Rede ausgesprochenen Tadels der Gesetze nicht gedacht. Wir wissen aus Tacitus (Tiber I. 72), daß bis zu Tiberius das gesprochene Wort durchaus straflos gewesen, ja, daß selbst das schriftliche Schwort noch unter der ärgsten Despotie der römischen Kaiser ungestraft blieb, wenn das darin verkündete Schmachvolle nur als wahr erwiesen werden konnte. (Forts. folgt.)

— Herr Bujarsky, der Gewerkvereinsapostel, auf der Reise. In der letzten Nummer des „Gewerkvereins" erzählt dieser „tapfere" Agitator folgende Geschichte: „Zwei Tage später hätte ich leicht einen Denkzettel bekommen können für meine Keckheit, den Sozialdemokraten energisch gegenüberzutreten. Das war nämlich so: In Striegau besteht seit Kurzem ein Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter aus jungen, aber recht intelligenten Mitgliedern, darunter einzelne frühere Mitglieder aus anderen Orten. Mit Freuden hatten dieselben eine Volksversammlung einberufen, aber der Vorsicht halber auch noch eine Ortsversammlung angemeldet. In der Umgegend von Striegau giebt es viele Steinbrüche, mit einem Arbeiterschlage, dessen großer Theil an Rohheit und Unbildung seines Gleichen sucht. Diese Leute, die sich alle zur Sozialdemokratie bekennen, bildeten die Majorität der Versammlung. Der Gewerbeverein, dem Beispiele der Schweidnitzer folgend, hatte seine Mitglieder durch Circulair aufgefordert, anwesend zu sein, um den Sozialisten entgegenzuwirken, aber nur ein Theil derselben hatte der Aufforderung Folge geleistet. Die Versammlung war von 500 Personen besucht, davon waren wohl 300 Arbeiter der Steinbrüche. Wie nicht anders zu erwarten, wurde das Bureau aus Sozialdemokraten zusammengesetzt, ich aber stellte wie gewöhnlich einen Geschäftsordnungsantrag auf Beschränkung der Redezeit und da dieser abgelehnt wurde, so schloß ich die Volks- und eröffnete die Ortsversammlung mit dem Bemerken, daß die Redezeit für jeden Redner in der Discussion auf 10 Minuten beschränkt sei. Auffällig war es mir nur, daß der anwesende Schumacher aus Breslau mit seinen Schäflein diesmal das Lokal nicht verließ, er mochte wohl von seinen Obren in Breslau einen Wink erhalten haben, nicht immer davon zu laufen; noch auffälliger aber war die ungeschickte Taktik, die mein „böser Geist" entwickelte. Es wäre ihm doch ein Kleines gewesen, durch einen einzigen Wink seine Freunde zu bestimmen, meinen Geschäftsordnungsantrag anzunehmen, dann hätte ich keinen Vorwand mehr gehabt, die Volksversammlung zu schließen und die Leitung derselben wäre in die Hände meiner Gegner übergegangen, statt dessen lehnte man meinen Antrag ab, trotzdem Herr Schumacher schon ein halb Dutzend Mal erfahren hatte, daß nun der Schluß der Volksversammlung eintreten und in der Ortsversammlung ein noch strengeres Regiment geführt werden würde. Nun gleichviel, Herr Schumacher blieb und mit ihm seine Truppen. Während meines Vortrages wurde ich wiederholt unterbrochen. Es bedurfte meiner ganzen Energie, die Ordnung aufrecht zu erhalten, die Leute waren so unruhig, daß sie selbst Hrn. Schumacher nicht parirten, nur meine Drohung mit dem Hausrecht half noch einigermaßen. Als ich in meinem Vortrag erwähnte, daß die Sozialdemokraten die Revolution wollen, da rief eine Stimme (ich wette, daß es Schumacher war): „Ja, wir wollen die Revolution!" und sofort schrie die ganze Meute: „Ja, wir wollen die Revolution!" Schade nur, daß es nicht gleich losgehen konnte. Als ich geendet, ergriff Hr. Schumacher das Wort, er machte einen ganz guten Ansatz, kam aber nicht weit, die Leute konnten nicht Ruhe halten, und als endlich gar ein Fabrikant rief, die Redezeit sei um, da gab es einen Höllenlärm. 300 und vielleicht noch einige mehr, brüllten ohne Unterlaß „Ruhe", und das will was heißen. Nachdem dies einige Zeit gegangen, schloß der Polizeicommissar die Versammlung und forderte zum Verlassen des Saales auf, aber kein Mensch rührte sich, erst als die Polizei Verstärkung herangezogen, fing sich der Saal ganz langsam an zu leeren. Mittlerweile wollte man zum Zeitvertreib einen Fabrikanten über die Brüstung der Gallerie in den Saal werfen, da indessen ein Polizist dazwischen kam, begnügte man sich damit, daß man dem Fabrikanten die Kleider zerriß und das Gesicht blutig schlug. Ich selbst wurde von mehreren Personen gebeten, um Gotteswillen nicht den Saal zu verlassen, man hätte mir draußen dasselbe Schicksal zugedacht, mir dauerte aber der Spaß doch zu lange. Ich verbarg Brille und Uhr, knöpfte den Rock zu, drückte den Hut in die Stirn und so gelang es mir, unter dem Schutze der schlechten Beleuchtung durch den dicksten Knäuel die Treppe hinab in's Freie zu gelangen. In einem anderen Lokal fanden wir uns alle mit heiler Haut wieder zusammen. Unsere Striegauer Collegen stimmten mit mir vollkommen überein, daß dort noch ein gutes Feld für uns ist. Kein anständiger Arbeiter kann und wird dort Sozialdemokrat werden, weil sich jeder schämen müßte, mit jenen Horden aus den Steinbrüchen gemeinschaftliche Sache zu machen." — Soweit Bujarsky. Kann sich, fragen wir, ein sogenannter Arbeiterapostel mit größerem Geschick selbst an den Schandpfahl nageln, wie es hier der Schreiber dieses Agitationsberichts thut?

— Zum Kapitel der Staatshilfe. Der Oberpräsident von Pommern, Freiherr von Münchhausen, der Bankdirektor Sigel und die beiden Curatoren der Bank, Commerzienrath Quistorp und C. F. W. Walter haben in Berlin bei dem Reichsbankdirektorium eine Unterstützung für die gekrachte Ritterschaftliche Privatbank und die Discontirung der Portefeuille-Wechsel nachgesucht.

*) Geschichtsschreiber, die, um sich die Gunst eines Mächtigen zu erwerben, stundenlang im Antichambre (Vorzimmer) schweifwedeln, bis sie vorgelassen werden. Anm. d. Uebers.

**) Durch Befürwortung des Forts baues. Anm. d. Uebers.

***) Bezeichnungen, die in dem Manifeste der Linken des Senats vorkamen; das Manifest war unterzeichnet von B. Peyrat, B. Hugo (!), Crémieux, Scheurer-Kestner ꝛc. Anm. d. Uebers.

†) Cajus Suetonius Tranquillus, römischer Geschichtschreiber (70—121 n. Chr.), schrieb eine Kaisergeschichte, in der Kaiser Tiberius Claudius Nero, das bekannte römische Kaiserscheusal, nicht gut wegkam. Anm. d. Uebers.

haupten, daß wir das Eigenthum theilen wollen. Ueber den Sozialismus von früher und jetzt äußerte sich der Redner ungefähr folgendermaßen: Der heutige Sozialismus unterscheidet sich von dem früheren, besonders einiger französischer Sozialisten, wie Babeuf, Fourier, Cabet ꝛc., die in ihren Systemen sich den sozialistischen Staat bis in die kleinsten Einzelheiten ausmalten, dadurch, daß wir nicht daran dächten, ein derartig detaillirtes Bild des Zukunftsstaates zu geben, daß es vielmehr Aufgabe des späteren Geschlechts sei, die von uns vorbereiteten staatlichen Einrichtungen weiter zu bilden, und daß es daher abermals eine Verleumdung unserer Gegner sei, die uns überhaupt nicht anders beizukommen wüßten, wenn sie behaupteten, wir trügen den Zukunftsstaat bereits fertig in der Tasche mit uns herum. — Nach einer kurzen Pause sprach Blos noch über die heutigen Preßverhältnisse. Die Presse sei die beste geistige Waffe. Dies hätten unsere Gegner schon frühzeitig erkannt und sich dieselbe zu Nutze gemacht, um auf die öffentliche Meinung einzuwirken, aber die heutige gegnerische Presse sei vollständig corrumpirt, sie diene lediglich den Interessen des Kapitals und werde nicht zur Belehrung des Volkes, sondern zur niedrigsten Geschäftsspekulation benutzt. Aufgabe der sozialistischen Presse sei es, dieser allgemeinen Corruption mit Energie entgegenzutreten. Darum werden die Sozialisten aber auch verleumdet und jedesmal, wenn ein neues Preßunternehmen von ihnen begründet wird, stellt man sie als Ausbeuter hin, die dem Arbeiter das Geld aus der Tasche locken wollten; wogegen man es ganz natürlich finde, wenn der Arbeiter sein gutes Geld für ein liberales Blatt ausgebe, in welchem ihm weiter nichts geboten werde, als Klatsch und im Interesse des Geldsacks gefälschte Wissenschaft. Trotz aller uns entgegenstehenden Schwierigkeiten würden wir uns aber nicht abhalten lassen, die Verkehrtheiten unserer Zeit zu rügen, für unsere Anschauungen mit Wort und Schrift einzutreten, denn die Presse sei eines der Hauptmittel, unsere Anschauungen zum Durchbruch zu bringen. Darum sei es aber auch Pflicht jedes Anhängers der Sozialdemokratie, uns in diesem Streben thatkräftig zur Seite zu stehen, auf die sozialistischen Zeitungen zu abonniren und auch für das neue Unternehmen hier, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung", einzutreten. Auch diese Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nachdem dann noch mehrere Anwesende sich in ähnlichem Sinne geäußert hatten, trennte sich die Versammlung mit dem Gefühl äußerster Befriedigung.

Altona. Die Nothwendigkeit einer Reform der Gewerkschaftsbewegung hat sich geltend gemacht und Vorschläge aller Art treten darüber zu Tage. In Bezug auf die Gewerkschaftspresse sind schon viele Stimmen laut geworden. Im Anschluß hieran erfolgte der Vorschlag A. Kapell's, eine Konferenz, und zwar am 11. November in Gotha abzuhalten. Auch wir haben die schwebenden Fragen geprüft und glauben durch Veröffentlichung des von uns Erwogenen zur allgemeinen Klärung beitragen zu können. Am 20. Oktober fand eine Zusammenkunft von Vertretern verschiedener Gewerkschaften statt, und hatten gesandt: die Schuhmacher: Weißbach und Paschberg, die Erdarbeiter: Schmidle und Moll, die Schneider: Haas, die Schiffszimmerer: Jürgens, der Bund der Tischler: Somann und die Cigarrenarbeiter: Brückmann. Der Vorsitz wurde Brückmann zuerkannt. Die Debatte drehte sich um die Frage: Ist es zweckmäßig ein gewerkschaftliches Central-Organ zu gründen? Herr Haas erklärt, daß er schon auf dem Kongreß der Schneider im Vorjahre dafür eingetreten sei, nur könne er sich nicht für die Konferenz erklären, da selbige viele Kosten verursachen würde, welche gespart werden könnten, wenn man auf den Klerx'schen Vorschlag einginge, da eine Konferenz nicht den erwarteten Erfolg haben würde. Herr Somann entschieden für ein Central-Organ. Es wäre sehr gut, wenn die Leiter der Gewerkschaften zuvor zusammen kämen, um so eine Vorlage auszuarbeiten, welche dann den Mitgliedschaften zur Berathung vorgelegt werden könnte. Jürgens erklärt, daß von Seiten des Vorstandes der Schiffszimmerer beschlossen sei, die Konferenz zu beschicken, daß er aber nicht für ein Centralblatt sein könnte, weil bei den Schiffszimmerern dafür keine Sympathie herrsche, er sei dafür, daß die verwandten Berufsgenossen zunächst ein gemeinsames Organ haben möchten, dies sei der erste und sicherste Schritt zu einem Central-Organ im radikalen Sinne. Weisbach ist für ein Central-Organ und schlägt vor, eine gemeinsame Versammlung abzuhalten, um dort die Sache zu besprechen, die Kosten einer Konferenz seien nicht so groß und sei er für eine solche. Somann ist gegen eine Konferenz, da sehr viele Kosten entstehen, und nur wenig gutes geschaffen werde. Eine gemeinsame Versammlung werde ebensowenig nützen. Brückmann wirft die Frage auf, wie man sich zu den gemachten Vorschlägen stellen wolle und ob über die Verhandlungen im „Vorwärts" berichtet werden solle. Er sei der Ansicht, daß ein Centralblatt für die verwandten Berufsgenossen möglich — daß der Klerx'sche Vorschlag angenommen werden könne. Im Prinzip müsse man sich für ein Centralblatt für alle Gewerke erklären, doch so weit seien wir noch nicht, wären wir so weit, dann könne man ruhig die Gewerkschaft zu einer Organisation verschmelzen; der Versuch dazu sei schon gemacht und habe sich als verfrüht erwiesen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung beweise, daß schrittweise vorgegangen werden müsse. Der anwesende Genosse Hochheim erklärt sich für ein Centralblatt und suchte seine Ansichten zu begründen. Moll und Schmidt sind dafür, daß die Berathung im „Vorwärts" veröffentlicht werde, um so als Unterlage zu ferneren Berathungen dienen zu können. — Aus Obigem geht hervor, daß die Ansicht der Mehrheit der hiesigen Leiter der Gewerkschaften dahin geht, daß eine Centralisation der Presse angestrebt werden muß. Wenn solche Besprechungen allerorts stattfinden und dann das Resultat derselben veröffentlicht werden würde, dann könnte durch Urabstimmung ermittelt werden, ob ein allgemeines Centralblatt oder nur ein Centralblatt für verwandte Genossen gewünscht wird. Folge man also allerorts unserem Beispiel, es wird dadurch so und so viel Geld gespart, welches der Bewegung zu gute kommt. Eine fernere Sitzung, in welcher die weiteren Vorschläge Kapell's besprochen werden sollen, ist beschlossen. J. A.: E. Brückmann.

Frankfurt a. M., 26. Oktober. Die „Kaisertage" sind vorüber — die Stadt sieht wieder eben so nüchtern wie früher aus —, auch die verschiedenen Orden sind in den Knopflöchern ihrer glücklichen Besitzer angelangt — nur unsere Blätter können sich noch immer nicht zufrieden geben und haben noch dies und jenes, selbstverständlich höchst Wichtiges nachzutragen. Was in Poesie geleistet wurde, kann und will ich nicht näher anführen. Doch selbst auf die Gefahr hin, Ben Akiba mit seinem: „Alles schon dagewesen" Lügen zu strafen, muß ich Ihnen mittheilen, daß an den Plakatsäulen ein „Festgruß an unseren Kaiser Wilhelm" von einem Herrn Dr. Müller prangte. Dem Manne müßte denn doch geholfen werden! Im gestrigen „Intelligenz-Blatt" duftet noch, gefolgt von angepriesenen fetten Hammeln, Schellfischen, Häringen ꝛc., eine Blüthe aus dem deutschen Dichterwalde, die denn doch mehr werth ist, als nur innerhalb dem Dunstkreise Frankfurts zu ergötzen. Möge sie deshalb auch die Spalten des „Vorwärts" schmücken und möge kein verehrlicher Leser an der Unterschrift „J. E." irgend wie Anstoß nehmen! Also:

Holder Friede, süße Eintracht weilet, weilet
Freundlich über dieser Stadt!
Schiller's Glocke.

Vorüber ist der Festes-Jubel das Gedränge,
Doch lange noch wird's in den Herzen tönen
Besänftigend wie höhere Feierklänge.
Es war so schön dies herzliche Versöhnen
Der Friedensstadt mit Ihr'm erhab'nen Kaiser,
Der es versteht, die Herzen zu gewinnen
Wie Keiner mehr, als Held und auch als Weiser.
Vertrauen wir sei'm weiteren Beginnen
Es wird zum Wohl der Vaterstadt auch sein.
Noch lange lenke seine starke Hand
Mit seinem großen Kanzler im Verein
Das fernere Geschick von unserm Vaterland.

Frankfurt a. M., am 23. Oktober 1877. J. E.

Erwähnt sei noch, daß einem alten Manne im Gedränge beim Fackelzuge zwei Rippen eingedrückt wurden, und daß ein „Eingesandt" im vorgestrigen „General-Anzeiger" es als „unerfreulich und niederschlagend" bezeichnet, daß der hiesige Schützenverein sich nicht am Fackelzuge betheiligte. Nach der Meinung des Einsenders ist derselbe „wohl kaum durch pekuniäre Rücksichten von der Theilnahme am Fackelzug abgehalten worden." Was übrigens den „sehr gut geordneten Fackelzug" betrifft, von dem auch im heutigen „Vorwärts" berichtet wird, so dürfte doch die Bemerkung am Platze sein, daß demselben wohl 2000 Schulkinder eingereiht waren und Vereine von umliegenden Dörfern (Oberrad, Niederrad) mitwirkten. — Noch muß ich die „unendlich traurige Thatsache" constatiren, daß der hiesige „Volksfreund" sich „kühl bis ans Herz hinan" benahm, allerlei boshafte Anspielungen machte und so gut wie nichts vom Feste berichtete, da er Gescheidteres zu thun habe. Da hört denn doch Verschiedenes auf! diese — ich wäre beinahe unparlamentarisch geworden — Sozialdemokraten! — — Heute bringt dieser selbe „Volksfreund" als „noch eine Illustration zur Kaiserfeier" Folgendes: „Im Laufe derselben Woche, als Frankfurt im Festkleide prangte, wurden nicht weniger als 88 Wechsel mit Mark 122,876.52 protestirt. Davon entfallen auf hiesige Firmen 59 mit Mark 65,936.62." — Da aller guten Dinge bekanntlich drei sind, so nehme ich das „Intelligenz-Blatt" zur Hand und füge aus demselben noch zwei weitere Illustrationen an, nämlich erstens:

„Bei einer in der Sonntag-Nacht seitens der Bockenheimer Polizei abermals vorgenommenen Razzia nach Obdachlosen wurden in einem Strohhaufen auf der Ginnheimer Landstraße nicht weniger als 14 Männer ausgehoben, welche sich daselbst ganz wohnlich eingerichtet hatten. Fünf der Verhafteten wurden wieder entlassen, während die übrigen 9 Mann, die theils schon mit dem Strafgesetzbuche in Conflikt gerathen waren, vor Gericht gestellt werden."

Jedenfalls haben wir es hier mit den Folgen allzugroßen Wohlergehens zu thun! — Zweitens:

„Bitte.

Eine hiesige Bürgersfrau, welche schon Jahre lang an Rückenmarkskrämpfe erkrankt ist und in Folge dessen nicht mehr gehen kann, bittet dringend um einige Unterstützung.

Nach Ausspruch der Aerzte könnte nur eine gesündere Wohnung und kräftigere Nahrung Linderung bringen; sollten sich daher einige edle Menschenfreunde finden, welche geneigt wären, ein Scherflein dazu beizutragen, um dieser armen, kranken Frau ihr Leiden erträglicher zu machen, so werden sie gütigst gebeten, ihre werthen Adressen 264 W auf der Expedition des Int.-Bl. niederzulegen."

Endlich finde ich noch in der „D. R.-P." aus dem nahen Vogelsberge berichtet: „Im Uebrigen ist die Geschäftslosigkeit auch hier sehr fühlbar. Der Durchzug bettelnder Stromer aus Reußen und Preußen scheint von Neuem stärker zu werden. Wann wird diese wahre Landplage enden?" — Das sind Bilder, denen man keine Worte hinzuzufügen braucht, die aber jedem denkenden Menschen die Wege zeigen müssen, die er allein zu wandeln hat, sollen an Stelle der heutigen Zustände die fünf herrlichen Worte thronen: „Wohlstand und Bildung für Alle." Dann, aber nur dann, liebe „Reichs-Post" mit deinem vom wahren Christenthum so sehr erfüllten Herzen, wird es keine „bettelnden Stromer" mehr geben und dann „wird diese wahre Landplage enden." Das lasse dir gesagt sein!

Schwarzenberg, 22. Oktober. Gestern fand in dem nahen Rauschau die erste Volksversammlung statt. Genosse Demmler aus Geyer hatte das Referat über „die Grundsätze der Sozialdemokratie" übernommen. Der Redner hatte etwa eine Stunde gesprochen, als die Versammlung von dem Obergensdarm Kleebeck aufgelöst wurde — und warum? Demmler kam auf das Militärsystem zu sprechen und sagte: „Der vernünftige Zweck des Militärs sei doch, das Vaterland zu vertheidigen bei etwaigen räuberischen Ueberfällen." Der Redner wollte jedenfalls noch ausführen, daß die Vertheidigung in Folge dessen auch von Allen zu übernehmen sei und nicht blos von einem Bruchtheil, und daß das stehende Heer überflüssig sei — doch, wie gesagt, er kam dazu nicht. Ob der Herr Obergensdarm gern nach Schwarzenberg zur Kirmeß zurückgewollt, oder ob er nun einmal zeigen wollte, welche Macht er besitze, oder ob er einsah, daß die Versammlung für Rauschau zu schwach besucht war und daß es hier gelte, die Trommel tüchtig zu rühren, um die Menschen aus ihrer Lethargie zu reißen? wer kann das wissen. Aber das wissen wir, daß das Vorgehen des Obergensdarmen dem Gesetze nicht entsprach; indessen gegen die Sozialdemokratie kann man sich schon etwas erlauben. — Daß die Versammlungsauflösung für uns von Nutzen sein wird, das wird die nächste Versammlung beweisen, die wir baldigst einzuberufen gedenken.

E. Goldbach.

Hecklingen (b. Staßfurt), 20. Oktober. Am 15. d. M. fand hier im Gasthof zum „Goldenen Adler" eine Versammlung statt — die erste seit 1874. Damals wurde der Referent förmlich aus Hecklingen hinausgesteinigt, und jetzt? Das Lokal war zu klein, um die Menschenmenge zu fassen. Der Referent, Genosse Zwiebler, sprach über: „Was wollen die Dozialdemokraten?" und war der Beifall, den der Redner erntete, ein großer. Welche Wandlung in den Anschauungen! — Bei dieser Gelegenheit will ich die Genossen in den Kreisen Calbe und Aschersleben nochmals ersuchen, für eine Regelung der Agitation Sorge tragen zu wollen. Die verschiedenen diesbezüglichen Aufrufe im „Vorwärts" haben nur sehr wenig Beachtung gefunden. Das muß im Interesse der Partei anders werden. Auf die Agitatoren allein dürfen wir uns nicht verlassen; wenn Jeder in seiner Weise ein Agitator ist, nur dann können wir vorwärts kommen. Jedwede Auskunft über die Agitation wird ertheilt durch den Genossen Bönsch in Leopoldshall bei Staßfurt, Karlsstraße Nr. 2. Rudlof.

Mainz-Gartenfeld. Sonntag den 21. d. M. feierte die sozialistische Partei in Gartenfeld ihr Stiftungsfest. Es wurde zu diesem Feste Musik des 118. Infanterieregiments von hier engagirt, und war dieselbe schon am Dienstag vorher fest angenommen; aber am Sonntag Morgen wurde uns plötzlich abgesagt. Die Veranlassung dazu gab ein anonymes Schreiben, von „mehreren Bürgern" an den Regiments-Commandeur, worin es hieß, daß die Musik den Sozialisten aufspielen sollte. Nun war der Staat in Gefahr! Es wurde Regimentsbefehl ausgegeben, daß die Musik nicht spielen dürfe. Dem Denunzianten, den wir sehr gut kennen, wurde aber die Freude verdorben, denn — Abends spielte trotz alledem die Militärmusik. Das Fest war sehr zahlreich besucht und verlief in schönster Weise. Parteigenosse F. kritisirte in seiner Festrede den obigen Vorfall in scharfer Weise, lenkte aber hauptsächlich die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung des Festes. — Bei dieser Gelegenheit will ich gleich noch Einiges berichten. In Hechtsheim, einem Dorfe unweit Mainz, hat die Partei Boden gefaßt und verspricht sich recht kräftig zu entwickeln. — Im benachbarten Gonsenheim ist eine Gewerkschaft der Schuhmacher und verwandter Berufsgenossen nebst Krankenkasse entstanden, und auch diese verspricht recht gut zu werden trotz der christlich-sozialen Elemente, die in diesem Orte vorherrschen.

Friedrichsschwerz b. B. Am hiesigen Ort ist die Sozialdemokratie leider noch nicht in dem Maße vertreten, wie sie es sein sollte. Der Boden ist zwar empfänglich, aber es fehlt an Denjenigen, welche das „Ackern" gelernt haben. Wenn ich die Behauptung aufstelle, daß unser größter Feind hierorts der Indifferentismus ist, so will ich damit nicht gesagt haben, daß wir hier nicht noch andre Feinde hätten, die bei jeder Gelegenheit gegen die Sozialdemokratie losziehen. Ein Haupthahn in dieser Richtung ist ein gewisser B., alles, was aus Dummheit und Gemeinheit der Sozialdemokratie bereits nachgesagt ist, das käut der Herr B. getreulich wieder, ja er ist dreist genug, auch gegen Personen seinen Geifer zu spritzen. Auf Einzelnheiten will ich mich hier nicht weiter einlassen, vielleicht kommt ja doch wohl noch die Zeit, wo es unsren Gegnern verstattet sein wird, von Angesicht zu Angesicht gegen einen der bestgehaßten Sozialdemokraten anzukämpfen, d. h. wenn sie den Muth dazu haben, was freilich in den seltensten Fällen zugegeben werden kann.

Lübeck, 28. Oktober. (Metallarbeiter-Gewerkschaft.) Eine große Anzahl hiesiger Former ist auf die Straße gesetzt; bitten den Zuzug streng fern zu halten, näherer Bericht folgt. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Rud. Schröder, Bevollm., Lederstraße 146a.

Briefkasten

Quittung. C. Hrsch Paris Ab. 29,00. Gbrdr Frnkl Hamburg Ann. 1,80. H Prß Meidling Ab. 8,58. Hhn Bockenheim Ab. 7,00. Klmmr Eisleben Ab. 1,40. Dtn Berben Ab. 7,10. Kl Frankfurt Ab. 80,00. Prof. Knpp Straßburg Ab. 3,00. Frnk Weida Schr. 1,50. Ldng Flensburg Schr. 11,09. Frb Stadt-Ilm Schr. 10,80. H. Pwlck Worms Schr. 10,00. Mzmr Aue Schr. 6,25. Gth Haan Schr. 2,50. Dtmnn Dieburg Schr. 2,10. Plz Süderau Schr. 3,50. Fschr Iserlohn Schr. 0,70.

Anzeigen ꝛc.

Leipzig. **Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend (E. Gen.).**

Jeden **Sonnabend**, Abends halb 9 Uhr, in der Thieme'schen Brauerei, Tauchaerstraße Nr. 12 [70

Versammlung

und Aufnahme neuer Mitglieder. R. Ludwig, Vorsteher.

Winterthur (Schweiz). **Glaser-Fachverein.**

Wir warnen hiermit alle Berufs- und Parteigenossen wie überhaupt Jedermann vor **Franz Iltzig**, Glaser, angeblich aus Freiberg (Sachsen) weil derselbe unseren Verein beschwindelt und mit einem bedeutenden Betrag das Weite gesucht hat. (2a) [70

Der Vorstand.

Für Lokal- u. Gewerkschafts-Vereine

jeder Art passend sind praktisch eingerichtete

Cassenconto- & Mitgliederbeitrags-Bücher

zum Selbstkostenpreis à 50 Pfg. zu beziehen. Porto bei 1—2 Paar 20 Pfg.; 3 Paar 30 Pf.; darüber 50 Pf. Bestellungen sind zu machen bei **A. Geib** in Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Soeben erschien in neuer Auflage und ist durch uns zu beziehen:

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzen.

Preis 10 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts".

„Der arme Conrad."

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pfg.**, gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen **60 Pfg.**, gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.**, einzusenden, wofür wir es **franco per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von **1 Dutzend aufwärts** berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ „
netto gegen baar.

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Fackel", Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
[illegible]

Abonnementspreis
[illegible]

Monats-Abonnements
[illegible]

Inserate
[illegible]

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New York: Soz. demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Eng. 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 130. Sonntag, 4. November. 1877.

Kullmann und Konitzer.

Was war das für ein wüstes Geschrei im Lager der Nationalliberalen, als der fanatisirte Handwerksgeselle Kullmann ein Pistol auf den Abgott der Liberalen, den Herrn von Bismarck abfeuerte. Diese ruchlose That mußte um jeden Preis den Clericalen aufgehalset werden.

Im Reichstage, im preußischen Landtage, in Parteiversammlungen und in der Presse, überall wurde die ultramontane Partei für den Bubenstreich eines Halbwahnsinnigen verantwortlich gemacht und das geflügelte Wort: „Der Kullmann wird den Clericalen immer an den Rockschößen hängen" giebt deutlich Kunde von dem widerwärtigen fanatischen Parteihaß, den gerade die Liberalen allen ihren Gegnern entgegenbringen.

Dieser Haß ist allerdings sehr leicht erklärlich, er entsteht aus der Schwäche und der sittlichen Verkommenheit der liberalen Partei.

Wie weit nun der Ultramontanismus Schuld an dem Mordanfall gegen den Herr v. Bismarck hat, wollen wir nicht untersuchen — die Erziehung zum religiösen Fanatismus ist auf alle Fälle verwerflich.

Aber ist der fanatische Ultramontanismus, selbst wenn er die Kullmannaffaire völlig verschuldet hätte, nicht noch ein Engel an Reinheit gegen den heuchlerischen Liberalismus, welcher zwar keine Kullmänner, aber Konitzer erzieht?

Kullmann wollte einen Mann tödten, den er für verderblich gegenüber seiner Religion hielt; er war sogar unbefangen genug dabei nicht zu bedenken, daß, wenn Bismarck auch fiel, die Bismarcke doch geblieben wären — man hat also einfach die unsinnige That eines unerfahrenen, ungebildeten, fanatisirten und sogar zugegeben durch den Ultramontanismus fanatisirten Menschen zu beurtheilen. Aber keinem Mitgliede der clericalen Partei, keinem Priester, keinem ultramontanen Parlamentarier konnte man irgendwie nachweisen, ja man wagte auch kaum eine Andeutung, daß er auf jene blutige That irgendwie eingewirkt habe.

Anders liegt es aber mit dem Falle des Doctor Konitzer. Dieser „gebildete" Mann mit einschmeichelnden Geberden wurde von dem Vorstande eines großen liberalen Vereins, der sich in der ganzen liberalen Partei der größten Achtung erfreut, zu den ultramontanen Gegnern in das eigene Haus geschickt, um dort auszuhorchen, indem er vertraulich mit den harmlosen Opfern plauderte, was denselben irgendwie zum Schaden gereichen konnte. Solche freventliche Verletzung des Gastrechts, welches selbst den ungebildetsten Völkern heilig ist, betrieb der liberale Verein.

Ist es nun vom Standpunkt der Moral aus verwerflicher, wenn ein ungebildeter fanatisirter Handwerksgeselle den vermeintlichen Unterdrücker seiner Religion, des Liebsten, was er sein eigen nennt, zu erschießen sucht, oder wenn hochgebildete Professoren einen gebildeten Doktor beauftragen, in friedliche Familien sich einzuschleichen, dort unter dem Schutze des Gastrechts Spionage zu treiben, um dann durch Denunciation Menschen- und Familienwohl zu zerstören?

Um die Antwort wird kein ehrlicher Mensch verlegen sein.

Die Triebfeder solcher Spionage aber war nicht religiöser Fanatismus, sondern Ehrgeiz und vielfach persönliche Gekränktheit, persönlicher Haß, weil der Vorstand des liberalen Vereins in den politischen Kämpfen schon manche Schlappe von seinen ultramontanen Gegnern erlitten hatte.

Im Uebrigen bleiben wir dabei, daß der Fall Konitzer uns gar nicht überrascht hat — er mußte sich aus dem perfiden Treiben der liberalen Partei mit Nothwendigkeit entwickeln. Auch passiren derartige Streiche fortwährend, nur kommen sie nicht immer an's Tageslicht. In unserem herrlichen Deutschland wimmelt es eben von liberalen Spionen und Denuncianten.

Ob man mit Recht oder mit Unrecht den Kullmann an die Rockschöße der clericalen Partei hängt, kann uns wenig kümmern, wir gönnen derselben den Kullmann auf alle Fälle herzlich; der Konitzer aber wird immerdar an den Rockschößen derer von Sybel und Genossen hängen bleiben.

Würden wir vor die Alternative gestellt, wen wir wählen müßten, den Kullmann oder den Konitzer, so würden wir den Kullmann wählen. Gut aber ist es, daß uns keiner von Beiden bescheert worden ist und bescheert werden kann; die Reinheit unserer Bestrebungen schützt uns vor solchen Patronen.

Zur Lebensmittelfrage.

Berlin, den 29. Oktober.

Gestatten Sie mir zu dem der „Wage" entnommenen Aufsatze des Herrn Dr. Mühlberger über die Lebensmittelfrage einige Bemerkungen.

Herr Dr. M. hat in seinem Aufsatze sehr treffend dargethan, daß unsere Bourgeoisie — wie sie das ja in anderen Dingen auch gethan — gegenwärtig wohl einen gewaltigen Lärm über die Verfälschungen der Lebensmittel angeschlagen hat, daß dieselbe aber weder willens, noch fähig ist, sich zu einer diesbezüglichen That aufzuraffen, und daß sie sich bald wieder über diese Angelegenheit beruhigen wird, wenn, mit Ausnahme von einigen ganz unbedeutenden Maßregeln, Alles beim Alten bleibt.

Es ist in der That schon sehr zweifelhaft, ob der vielfach gemachte Vorschlag, daß das Strafmaß für Lebensmittelverfälschungen verschärft werde, und daß die Namen aller rechtskräftig verurtheilten Fälscher von Amtswegen veroffentlicht werden, in den Kreisen der besitzenden Klassen allgemeine Zustimmung finden wird. Sie haben Angst, daß ihnen dann auch im Uebrigen zu sehr in die Karten geguckt werde. Die Leiter suchen deshalb bereits abzuwiegeln. Die „Berliner fortschrittliche Correspondenz" schreibt z. B.: „Nicht blos in sozialdemokratischen Kreisen, sondern auch in sonst nüchtern denkenden bürgerlichen Kreisen ist ein geradezu gefährlicher Drang eingerissen, dem Staat, d. h. der Staatsregierung, und der staatlichen Polizei auf allen möglichen Gebieten Pflichten über Pflichten aufzuerlegen und damit auch Rechte über Rechte zuzugestehen. Zu welchen Uebertreibungen diese Strömung führt, davon geben die Verhandlungen des „Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege" in Nürnberg über die Verfälschung des Bieres einen Beweis ab. Der Berliner Apotheker, welcher in Nürnberg in jedem Seidel Bier Gift der gefährlichsten Art wittert, kennzeichnete sich hinreichend durch das Verlangen, das Spritzen des Bieres absolut zu verbieten. Es giebt viele deutsche Städte mit reichem Bierconsum — sogar Universitätsstädte —, wo jahrelang kaum ein Seidel ungespritztes Bier getrunken ist, und es giebt Tausende und Abertausende von Consumenten, die ungespritztes Bier nicht mögen. — auch wenn sie von besagtem Apotheker erfahren, daß alles Schaumspritzen „durchaus gesundheitsgefährlich" sei. Freilich hat der Verein auf ein Reichsverbot der Bierspritze nicht resolvirt, aber wenn durch das Reichsgesundheitsamt sämmtliche deutsche Regierungen, von Preußen und Bayern bis Lippe-Schaumburg und Reuß-Greiz-Lobenstein herab, veranlaßt werden sollen, genau vorzuschreiben, welche Stoffe zum Bierbrauen und Bierverbessern genommen werden dürfen, ferner genaue Instruktionen zur Conservirung der Biere zu erlassen und keinen Bierschank ohne Eiskeller zu conzessioniren, und Anstalten zur Heranbildung von Sachverständigen zur Bieruntersuchung zu errichten und Programme über den Gang solcher Untersuchungen zu verfassen. — so geht das denn doch entschieden zu weit."

Wenn nun Herr Dr. Mühlberger den zu gründenden „Verein gegen Verfälschung von Lebensmitteln" — wohl einsehend, daß die Kontrole und Untersuchung der Lebensmittel allein keinen genügenden Schutz gegen Verfälschungen derselben bietet — vorschlägt, daß von Seiten der Gemeinden Produktivgenossenschaften zur Versorgung mit guten Lebensmitteln in's Leben gerufen werden und damit Hand in Hand eine Statistik und Kontrole der Gemeindebedürfnisse durchgeführt werde, „welche alle Dunkelheit, alles Vertuschen, alles Heimlichhalten aus diesen Untersuchungen verbannt", so ist ja dieser Vorschlag so übel nicht. Es ist gar nicht zu bezweifeln, daß, wenn derselbe verwirklicht wird, damit allmählich allen Verfälschungen und Betrügereien der Boden entzogen wird.

Der Vorschlag hat blos die Schwäche, daß er unter den heutigen Machthabern in Staat und Gemeinde noch ganz andern Widerspruch finden würde, als die obenerwähnten Nürnberger Beschlüsse; daß er überhaupt gar keine Aussicht auf Durchführung im neuen deutschen Reiche hat. Unsere leitenden Bourgeoiskreise wissen viel zu gut, daß mit der Durchführung solcher Vorschläge sie sich selbst den Lebensfaden abschneiden würden. Sie wissen, es würde nicht ausbleiben, daß mit dem Fallen der einen Ausbeutungsform auch die anderen Formen unsicher würden.

Sie ziehen es daher vor, lieber einige unschuldige Phrasen und Sophistereien zum Besten zu geben und dann Alles beim Alten zu lassen. Sind wir Sozialisten aber einmal an's Ruder gelangt — was meiner Meinung nach allerdings erst nach einem längeren Kampfe geschehen wird — so werden wir uns mit solchen bescheidenen und sanften Maßregeln nicht erst aufhalten.

Wir werden z. B. gleich diejenigen Nahrungsmittel in's Auge fassen, deren Verfälschungen der Menschheit zehn Mal mehr schaden, als alle Bier- und Weinpanscher zusammen, nämlich Luft und Wasser.

Um nämlich die Beschaffung wirklich gesunder Wohnungen für Alle zu ermöglichen, werden wir, abgesehen von anderen Gründen, den ganzen Grund und Boden zu Gesammteigenthum machen, eine Maßregel, die auf dem allmählich vorwärtsschreitenden Wege des Hrn. Dr. M. eben nicht Aussicht hat durchgeführt zu werden.

Daß wir dann auf dem mit einem Schlage geschaffenen gemeinsamen Grund und Boden mit Leichtigkeit auch Gemeindemolkereien, Gemeindebäckereien ꝛc. errichten können und werden, versteht sich von selbst. Ebenso ist klar, daß, wenn auch die Verkehrsmittel in Gemeindebesitz übergegangen sind, dann eine wirklich zuverlässige Statistik der Gemeindebedürfnisse aufgestellt werden kann, und kein Heimlichhalten und Vertuschen in Bezug auf den Umfang derselben mehr möglich ist.

Es verhält sich mit dem Vorschlag des Herrn Dr. M. ähnlich wie mit dem der Staatsapotheken. Dieselben würden gewiß vor den heutigen Privatapotheken mehrere entschiedene Vorzüge haben. Sie haben nur unter den heutigen Machthabern keine Aussicht auf Einführung. Wenn wir Sozialisten aber erst zur Macht gelangt sein werden, werden wir dafür sorgen, daß die Menschen kein Bedürfniß mehr nach den Pflasterkasten haben, daß sie sich ihre Gesundheit durch vernünftige Einrichtungen erhalten und nicht die zweifelhafte und trügerische Hilfe der Apotheke brauchen. Auch die Wohnungsmisere wäre, wenn die Vorschläge dieser Art Aussicht und Möglichkeit auf Durchführung im heutigen Staat hätten, längst beseitigt; denn an der Güte der diesbezüglichen Vorschläge hat es nicht gefehlt.

Ich meine deshalb, es ist besser, wir tragen uns nicht erst mit Plänen, die bei dem Charakter unserer heutigen leitenden Kreise doch gar keine Aussicht auf Durchführung haben, an deren Stelle aber der zur Herrschaft gelangte Sozialismus weit wirksamere und sicherere Maßregeln zur Ausführung bringen wird. Geschieht schon heute etwas zur Verhütung der Nahrungsmittelverfälschung, so soll es uns lieb sein; wir selbst werden die Fälschungen, wo wir können, aufdecken, denselben entgegentreten und sie zu verhüten suchen, ebenso wie wir schon heut auf den Schutz der Arbeiter in Fabriken ꝛc. bedacht sind.

Wir wollen uns aber nicht einreden, daß die heutige Gemeinde und der heutige Staat der Boden sei, aus dem ein gesunder Zustand unserer Lebensverhältnisse allmählich entsprießen könne. Denn die heutige Gemeinde und der heutige Staat sind und bleiben im Großen und Ganzen in Bourgeoishänden, und diese werden gegen jede ernstliche Bedrohung ihres Monopole entschieden Front machen. Der allein sichere, wenn auch vielleicht mühsamere Weg zur Besserung bleibt die sozialistische Agitation.

H. Vogel.

Aus Großbritannien.

Edinburgh, 26. Oktober 1877.

Soeben durchfliegt der erschütternde Bericht eines gräßlichen Grubenunglücks die Stadt: In einem der Kohlenschachte in High Blantyre (südlich von Glasgow) sind durch Feuerdampf 220 Arbeiter getödtet worden. Man hatte die Leute in dem Schachte (der sehr gut ventilirt gewesen sein soll), mit offenen Lichtern arbeiten lassen. Nun hatten sich aber in den anstoßenden, längst ausgebeuteten und verlassenen Abzweigungen Gase gesammelt, welche durch das plötzliche Sinken der Decke eines derselben (man hatte die Stützpfeiler bei Verlassen der Schachte weggenommen) gleichsam wie durch das Zusammendrücken eines Blasebalges in den Schacht getrieben wurden, wo die Leute mit unbeschützten Lichtern Kohle schürften. Von allen in dem Schachte Anwesenden konnten bis jetzt blos 14 gerettet werden. Alle übrigen, zu deren Leichen man bis jetzt noch nicht vordringen konnte, werden als getödtet angenommen. Man wird, wie gewöhnlich, eine Nationalsubscription einleiten, um den unglücklichen Müttern und Kindern den Verlust ihrer Gatten und Väter verwinden zu helfen. Den Anstoß zu einer gründlicheren Ueberwachung und Grubengesetzgebung dürfte es kaum geben, da das Publikum hier schon an dergleichen Gräßlichkeiten gewöhnt ist und das Parlament aus seiner Lethargie nur aufgerüttelt werden könnte, wenn sich wieder einer fände, der die dort vernachlässigten Seeleute gethan. „Ein Plimmsoll für die Kohlengräber wird gesucht!" — Herr Macdonald, der jetzige Vertreter derselben, ist seiner Aufgabe nicht gewachsen. — —

Der 10. Jahrescongreß der englischen Gewerkschaften hat verflossenen Monat in Leicester stattgefunden. Anwesend waren 121 Delegirte, welche 98 Trades-Unions mit zusammen 471,967 Mitgliedern vertraten. Die Verhandlungen boten keine neue, bemerkenswerthe Erscheinung und waren nach dem Urtheile der „Times" (welches der „Industrial Review" mit sichtlicher Genugthuung in Italics nachdruckt) „im Allgemeinen gemäßigt im Ton und durchaus frei von Bitterkeit gegen die Arbeitgeber und Invektiven gegen die Gesellschaft." Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete die „Haftpflicht der Arbeitgeber für Verletzungen ihrer Bediensteten", über welches Thema Herr Macdonald M. P.*) einen Vortrag hielt. Herr Macdonald scheint mit der Zahl der gegenwärtig in Bergwerken Getödteten ziemlich zufrieden zu sein, denn er erzählt uns, daß im Jahre 1850, wo nur halb so viele Arbeiter wie heute in den Gruben Englands beschäftigt waren, die Zahl der Verbrannten und Erschlagenen nicht weniger als 1000 betrug. Er versprach, diesmal ohne Rücksicht auf die Regierungsvorlage seinen Gesetzentwurf über diesen Gegenstand sofort nach Zusammentritt des Parlaments vor das Haus und zur Abstimmung zu bringen und sollten ihn auch nicht mehr als 5 Mitglieder dabei unterstützen. Wir wollen's abwarten. —

Auf Antrag G. Potter's (des Herausgebers des „Industrial Review") wurde sodann eine Resolution angenommen, welche confuser Weise in einem Athemzuge den im Parlamente gemachten Fortschritt in der Haftpflichtfrage gutheißt, und den Bericht der von derselben Körperschaft ernannten Untersuchungscommission als „durchaus unzureichend zur Würdigung der Frage" bezeichnet.

Eine Resolution, die den von der Regierung zum Schlusse der letzten Session im Parlamente eingebrachten Gesetzentwurf zur Anwendung der Fabriksgesetze gutheißt und die Regierung auffordert, bei den in besagter Bill niedergelegten Grundsätzen auszuharren, rief eine längere Discussion hervor, in welcher die anwesenden weiblichen Delegirten wie gewöhnlich sich gegen jede zwangsweise Einschränkung der Frauenarbeit verwahrten. Die Resolution wurde jedoch schließlich angenommen.

Ferner beauftragte der Congreß das parlamentarische Comité, sofort nach Durchbringung des amendirten Fabriksgesetzes die Regierung auf die unzureichende Anzahl der Fabriksinspektoren aufmerksam zu machen und auf deren Vermehrung durch tüchtige Unterinspektoren zu dringen.

Wenn das parlamentarische Comité in dieser Frage Erfolg haben will, muß es schon sehr stark auf die Regierung pressen, denn es geht das vielfach beglaubigte Gerücht, daß der Minister des Innern, Herr Croß, die Absicht habe, die Stelle des eben zurücktretenden Sub-Inspektors Braker nicht neu zu besetzen, sondern vorläufig die Arbeit, die für ein halbes Dutzend tüchtiger Leute zu viel wäre, durch Hrn. Readrave (Ober-Fabrikinspektor) allein besorgen zu lassen. Möglich, daß das eben stattgefundene Grubenunglück in High Blantyre den Trades-Unionisten auch in dieser Frage (wie in der der Haftpflicht) zu Hilfe kommt und Herr Croß durch geschickte Benutzung der Thatsachen veranlaßt werden kann, nicht nur die leer werdende Unterinspektorsstelle auszufüllen, sondern noch eine beträchtliche Verstärkungsmannschaft anzustellen.

*) M. P. Abkürzung im Englischen für Member of Parliament (Parlamentsmitglied).

Von Herrn Dr. Travis, dem alten treuen Anhänger der Owen'schen Schule, wurden dem Congreß 150 Exemplare seiner Broschüre: „Manual of Social Science" zur Vertheilung an die Delegirten und Reporter zugesendet. In diesem kleinen Handbuch gibt Dr. Travis eine kurze und klare Darstellung der Grundsätze Robert Owen's und sucht den Trades Unionisten klar zu machen, daß nur durch eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft auf Grundlage des Prinzipes, daß der Mensch das Produkt seiner Verhältnisse ist und daher nur durch allgemeinen geistigen und materiellen Wohlstand allgemeine Glückseligkeit und allgemeiner Fortschritt hervorgerufen werden kann, eine Beseitigung des Massenelends und der Massenunwissenheit zu erwarten ist. Wie das an den vorjährigen Congreß gesendete Buch: „Effectual Reform" („Wirksame Reform") des Dr. Travis wurde auch die oben bezeichnete Broschüre mit Dank angenommen. Praktischen Erfolg haben diese Schriften bisher leider nicht gehabt, da die Gewerkschaftler den Lehren des Sozialismus in jeder Form aus dem Wege gehen, wie dem Scharlachfieber.

In einer gelegentlich des Congresses in Leicester unter dem Vorsitze des Bürgermeisters stattgefundenen Massenversammlung der Gewerkschaftler wurde eine Resolution angenommen des Inhalts, daß die Anwesenden, überzeugt von der Macht der Trades Unions, „den Arbeitern einen gerechten Antheil an dem Produkte ihrer Erzeugungs-Thätigkeit zu verschaffen" (a fair share in the product of their labour) dahin trachten wollen, ihre gewerkschaftlichen Organisationen zu verstärken.

Wie letztes Jahr wurden auch heuer Resolutionen gefaßt zu Gunsten der Ausdehnung der Employer and Workmen Acts („Arbeitgeber und Arbeiter Akte" auf die Seeleute in britischen Gewässern; der Anwendung der Patent-Gesetze der Abschaffung des Schuldgefängnisses für kleinere Beträge (unter 50 bis 80 £ = 1000 Mark); der staatlichen Prüfung von Maschinenheizern der Abschaffung des Sweating Systems bei Kleidermachern und Schuhmachern (durch Einbeziehung aller Wohnungen, in denen industrielle Arbeit verrichtet wird, in die Controle der Fabriksinspektoren) und zu Gunsten freundschaftlicher Beziehungen mit den cooperativen Genossenschaften des Königreichs.

Dem parlamentarischen Comité wurde aufgetragen, dahin zu wirken, daß die industrielle Arbeit in öffentlichen Besserungsanstalten besser controllirt werde zur Verhütung der Concurrenz, welch durch diese wohlfeile Produktion den freien Arbeitern bereitet wird.

In Bezug auf die Vertretung der Arbeiter im Gesetzgebenden Körper ist ein Fortschritt unter den Gewerkschaftlern zu verzeichnen. Sie haben nämlich heuer einer Resolution zugestimmt, welche ausspricht, daß das Prinzip des manhood suffrage" (Stimm- und Wahlberechtigung jedes Bürgers mit eintretender Mannbarkeit) als Grundlage der Volksvertretung wünschens- und erstrebenswerth erscheine.

Die Frage der „Country franchise" (Assimilation des Stimmrechts der Land- zu dem der Stadtbezirke, scheint übrigens ins Rollen zu kommen. Vielleicht wird, da in den jüngsten Tagen selbst Herr Gladstone für diese Maßregel eingestanden ist, aus bloßer Animosität gegen die Liberalen die Sache von dem conservativen Ministerium aufgenommen und behandelt. Jedenfalls dürfte Herr Trevelyan nächste Session bei Einbringung seines diesbezüglichen Antrages kaum auf ernstliche Opposition stoßen.

Zwei Zuschriften vom Auslande, die eine vom Sozialisten-Congreß in Gent, betreffend die universelle Organisation der Gewerkschaften und die zweite von dem Centralrathe der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine in Berlin in den schmeichelnsten Ausdrücken eine gegenseitige Beschickung der deutschen und englischen Congresse durch Delegirte ansuchend, werden auf Antrag Turner's (Sheffield) — ins Protokoll eingetragen. Und noch dazu nebeneinander. Wenn die Herren Briten übrigens „never, never, never Slaves" („niemals, niemals, niemals Sklaven") zu sein die lobenswerthe Absicht haben, so dürften ihnen die Ereignisse auf ihrem Arbeitsmarkt bald begreiflich machen, daß sie auch mit den Arbeitern anderer Länder Fühlung und Einvernehmen zu halten haben. Der Zimmererstrike in Manchester und der Steinmetzausstand in London geben in dieser Beziehung bereits die ersten Lektionen. An beiden Orten hat man deutsche, italienische und amerikanische „Hände" importirt. Wenn alle diese Leute thäten wie die erste Einfuhr Deutscher, welche wieder umkehrte und heimging — all right! — Allein es könnte auch der Fall sein, daß die nächsten Hundert bleiben, wenn nicht in London, so anderswo. In dunkler Voraussicht solcher Möglichkeit ruft der Leitartikler des „Industrial Review" vom 13. d. . . . . „Aber, wenn derselbe Kniff angewendet werden sollte von allen Arbeitgebern das Land hindurch und in allen Geschäftszweigen, wenn je die Arbeiter es wagen sollten, einer auf sie geübten Pression Widerstand zu leisten, dann wird es für die englischen Arbeiter nothwendig sein, offen zu den Arbeitern von ganz Europa zu sprechen und sie zu fragen, ob sie den englischen Kapitalisten helfen wollen, englische Arbeiter niederzutreten, indem sie ihre respektiven Heimathstätten verlassen und über das Wasser kommen, um das Brod aus dem Munde der Engländer, ihrer Weiber und Kinder zu nehmen!"

Wenn der Schreiber meint, daß in Folge eines solchen englischen Appells, und sei er noch so pathetisch, sich die Bewegung des europäischen oder besser Weltarbeitsmarkts zum Stillstand bringen ließe, so irrt er allerdings gewaltig. Dazu gehört einmüthige Organisationsarbeit und sozialistische Propaganda unter den „Händen" aller Länder und Nationen, allerdings mit dem Hauptziele, dem „Händehandel" durch Gemeinbesitz der Produktionsinstrumente ein Ende zu bereiten. Diese Wahrheit den englischen Arbeitern zu demonstriren vermag vorläufig keine theoretische Abhandlung, das müssen wir der mächtigeren Logik der Thatsachen überlassen.

Der Congreß wurde auch durch zwei Vorträge von Herrn Thomas Brassey, M. P. beehrt. Herr Brassey sprach über „Work and Wages" und „Labour at house and abroad." — „Arbeit und Lohn" und „Arbeit daheim und im Auslande." — Er suchte in sehr „arbeiterfreundlicher" Weise die Vorwürfe, die man den Trades-Unionisten macht in Bezug auf die angebliche Verminderung der Produktion zu entkräften. Die Löhne seien in England höher als anderswo, dafür aber sei auch die Arbeit eines englischen Handwerkers ausgiebiger u. s. f. Herr Brassey ist eben einer von denjenigen Bourgeois, welche begreifen, was der englische „Trades Unionismus" der modernen Gesellschaft für Dienste leistet, indem er ihr den Arbeitsmarkt reguliren hilft; durch Aufrechterhaltung eines gewissen Lohnminimums die Arbeiter als Klasse conservativ macht gegen das „Lumpenproletariat", welches „gar nichts hat" und sich trotzdem nicht gerne begraben lassen, sondern lieber revoltiren möchte, durch Versorgung von Arbeitslosen und Invaliden die sonst den ganzen Gemeinden zur Last fallen würden u. s. w. — Herr Brassey erntete leichlichen Beifall von den Delegirten, den er auch von solchen Männern verdiente.

Der nächste Congreß wird im September 1878 in Bristol abgehalten werden. A. Sch.

Sozialpolitische Uebersicht.

— **Bekenntnisse eines Fortschrittlers.** Am 29. Oktober hielt Professor Virchow, der in der letzten Zeit viel von sich reden machte seiner Reaktionsgelüste auf dem Gebiete der Wissenschaft wegen, in der Generalversammlung des fortschrittlichen sechsten Berliner Reichstagswahlkreises einen Vortrag, der eine Anzahl interessanter Geständnisse in sich barg. Gleich zu Anfang seiner Rede meinte Virchow: „Die Aufgabe des Vereins ist vorzugsweise die, Verständigung, Belehrung, Ueberzeugung in Bezug auf unsere Partei und deren Ziele herbeizuführen und zu verbreiten. Das ist heutzutage eine schwierige Aufgabe, weil ohne unsere Schuld die Verhältnisse sich immer mehr verwirren und unsere Aussichten immer schwankender werden." — Man sieht, der brave Fortschrittler macht es sich sehr leicht, wenn er alle Schuld von der Fortschrittspartei abladet — wir hingegen sind nicht so freundlich, diese Reinigung gelten zu lassen. Gerade die Fortschrittspartei hat durch ihr ewiges Paktiren und Compromittiren, dann durch ihren giftigen Haß gegen die weiter links stehende Sozialdemokratie das Freiheitsgefühl und das Rechtsbewußtsein des Volks derart erschüttert, daß unsere, die sozialistische Partei große Mühe hat, dem Fasse den ausgeschlagenen Boden wieder einzusetzen. Das mochte Professor Virchow auch wohl fühlen, als er der Sozialdemokratie gedachte; er sah die Verworrenheit seiner eigenen Partei, er wurde wärmer und auch etwas gerechter gegen uns; loslösen von der Fortschrittspartei konnte und mochte der Professor sich nicht, aber er deutete, wenn auch widerstrebend, an, daß nicht ihr, sondern der Sozialdemokratie die Zukunft gehöre, indem er folgende Ausführungen machte:

„Das persönliche Eigenthum, die Familie, die Jeder als die seinige haben solle, erkennen wir an; ja, die hierin sich verwirklichende individuelle Freiheit gilt uns als das höchste Gut insbesondere des deutschen Volkes. Auch in den religiösen Kämpfen ist dies unser Ziel gewesen, die individuelle Freiheit innerhalb der im Interesse des Gesammtwohls nöthigen Schranken zu fordern und zu sichern. Es ist stark ausgedrückt, aber nicht unwahr, wenn wir behaupten: diesen echt deutschen Charakter will die sozialdemokratische Bewegung vernichten. Internationalmüssen wir werden, sagt man; darum müssen wir die jetzige soziale national-egoistische Welt umwerfen. Aber — trotzdem haben die Sozialdemokraten Anspruch darauf, angehört und beachtet zu werden. Ja, wir müssen ihnen zugeben, daß im Laufe der Zeit die Schranken zwischen den Völkern sich mildern, in mancher Beziehung wohl auch schwinden, daß die Völker durch Verträge ihrem Nationalwillen Schranken gesetzt, daß sie ein internationales Recht anerkannt haben. Und es ist wohl möglich, daß in dieser Richtung noch Vieles möglich werden wird, was wir heute noch für unwahrscheinlich halten. In früherer Zeit würde ein vornehmer Herr es gewiß für unverträglich mit seiner sozialen Stellung gehalten haben, in Gesellschaft von ihm ganz unbekannten Menschen in Einem Wagen, wie das heutzutage auf der Eisenbahn geschieht, eine Reise nach Paris zu machen. Wir finden heute kein Bedenken mehr, unsere Kinder in die öffentlichen Schulen zu schicken, unbekümmert darum, welcher Leute Kinder noch neben ihnen auf Einer Bank sitzen. Wer weiß, was dieser Gang der Dinge noch weiter mit sich bringen, inwieweit er Gemeinschaft herbeiführen, wo solche jetzt noch nicht da ist, welche Formen des gesellschaftlichen Lebens er noch gestalten wird! Diesem in der Entwicklung der Menschheit unverkennbaren kommunistischen Zuge werden wir nicht entgegenarbeiten wollen; aber ebenso wenig werden wir das mit Gewalt herbeiführen wollen, was der Gang der Entwicklung naturgemäß und allmählich durch sich selbst herbeiführt. Wir wollen — Reform und erwarten nur von ihr Gutes; die Sozialdemokraten wollen — Revolution und meinen, daß nur sie das Gute herbeiführen kann. Die Sozialdemokratie will nicht warten; sie will sofort genießen. Wer von uns hätte nicht auch Wünsche, deren Verwirklichung viel zu seinem Lebensglück beitragen würde! Aber wir beneiden und hassen Diejenigen nicht, die durch die Verhältnisse besser situirt sind als wir. Wir streben aber darnach, daß Alle theilhaftig werden der Mittel, ohne welche keiner zu dem wahren menschlichen Lebensglück gelangen kann." —

Daß Virchow uns die gewaltsame Revolution um jeden Preis in die Schuhe schieben will, ist recht ungezogen von ihm, da er als wissenschaftlicher Mann die Ursachen der gewaltsamen Revolutionen gewiß ganz wo anders gefunden haben wird, als in einer voranstrebenden Partei; daß wir diejenigen weder beneiden noch hassen, deren Verhältnisse besser sind als die unserigen, haben wir oft betont — wir bekämpfen nicht den einzelnen Menschen, wie es die wirthschaftlichen Verhältnisse der Jetztzeit eigentlich als selbstverständlich erachten und es demgemäß auch von den Anhängern solcher Verhältnisse im bittern Konkurrenzkampf bis auf's Hemdausziehen geschieht, wir bekämpfen nur die Systeme der Ausbeutung und der Ungleichheit.

Daß wir nicht „warten wollen" — dies ist ein hohes Lob, wir haben eben die Nachtmütze und den Schlafrock längst abgelegt und ausgezogen, was einem deutschen Professor allerdings recht sonderbar vorkommen mag.

Im Uebrigen aber athmet der von uns angeführte Virchow'sche Redeerguß soviel Naivetät und dabei so großes Entgegenkommen gegen die Sozialdemokratie, daß wir die wenigen absprechenden Urtheile gern mit in den Kauf nehmen können.

Die fortschrittliche Wählerschaft wird dem Herrn Virchow für seinen halb sozialistischen Vortrag gewiß nicht dankbar sein.

In dem Schlußsatze seiner Rede aber erklärt Virchow ausdrücklich den Bankerott seiner Partei, indem er sagt:

„Aus unserem Streben und Wirken wird sich weder für unser Staatswesen noch für andere Völker eine Schädigung ergeben."

Das glauben wir — aber auch kein Nutzen!

Keine Schädigung — kein Nutzen, also höchst überflüssig, das hat Virchow auch wohl gemeint, der die todte Fortschrittspartei in sarkastischer Laune sezirt hat. Er wird nun auch wohl für ein anständiges Begräbniß sorgen.

— Aus Berlin erhalten wir folgende interessante Zuschrift: Sie brachten jüngsthin bereits eine kurze Mittheilung über

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845).

(Fortsetzung.)

In Deutschland war es nicht anders; Karl's des Fünften peinliche Gerichtsordnung kennt keine Strafen gegen tadelnde Rede, sondern nur im Artikel CX Strafen gegen schriftliche Schmähungen.

„Verrätherei" Artikel CXXIV und „Aufruhr" CXXVII können zwar durch Aufenerung des Volkes in öffentlichen Reden herbeigeführt werden, aber nicht die Rede selbst, sondern die böse Absicht und der böse Erfolg waren strafbar. Auch in dem aus dem römischen gebildeten Gemeinen Recht ist die Rede in keiner Weise durch Strafen beschränkt, wie aus Weber's Schrift über Injurien und Welker's „Neuer Beitrag zur Lehre von den Injurien und der Preßfreiheit" hinlänglich ersehen werden kann, wenn nicht ein besonderes verpöntes Verbrechen, als Injurie und Majestätsbeleidigung, damit begangen wird.

Auch in Preußen gab es vor dem Landrecht keine Gesetze gegen tadelnde Rede, wenn sie nicht etwa in die Kathegorie der Injurie und Majestätsbeleidigung gehörte. Noch heute lebt im Volk ein Spruch, angeblich als Spruch des großen Königs:

„Redet was ihr wollt,
nur gebt, was ihr sollt!"

Alle früheren verhindernden Maßregeln und Strafbestimmungen waren nur gegen Druckschriften gerichtet. So in den Censuredikten vom 11. Mai 1749, 28. September 1751 und 1. Juni 1772. Auch das spätere Censuredikt vom 19. Dezember 1788 mit seinen Nachträgen geht nur gegen Druckschriften.

So war es übrigens auch in ganz Deutschland.

Joseph's des II. Censuredikt von 1781 erlaubte Kritiken sogar, namentlich gegen den Landesfürsten, und wollte sie nur dann verhindert wissen, wenn sie ihn und den Staat „gar zu anstößig behandeln sollten." Was nun in Schriften erlaubt war, war noch mehr der von Mund zu Ohr beschränkten Rede erlaubt. Ich will hiermit blos auf die Ansichten der Zeit hindeuten, in welcher das Landrecht abgefaßt wurde.

Wenn also die vorlandrechtliche Zeit in Deutschland wie besonders in Preußen, Strafen gegen mündlichen Tadel der Regierung und ihrer Anordnungen im Allgemeinen gar nicht kannte, sondern nur gegen einige der dadurch hervorgebrachten an sich schon strafbaren Wirkungen, als: Widerstand gegen die Obrigkeit, Aufruhr oder Beleidigungen des Landesherrn und seiner Familie, so sehen wir im Landrecht ganz dasselbe. Dazu kommt, daß es in § 39 bis 44 Krim.-Recht ja auch den Conat (Versuch) bestraft, mithin auch Conat zum Aufruhr, wenn er durch mündliche Reden unternommen wird. Es bestraft in § 199 und 200 boshafte und die Ehrfurcht verletzende mündliche und schriftliche Aeußerungen über die Handlungen des Landesherrn, womit, da unter den Handlungen des Landesherrn auch jene gesetzgeberischen sind, nicht minder der mündliche Tadel der Gesetzgebung betroffen wird. Diese Strafbestimmungen sind zur Verhinderung strafbaren mündlichen Tadels gegen die Gesetze und Anordnungen des Staats auch völlig ausreichend, weshalb die Gesetze § 149 ff. zu anderen Behufen gegeben sein müssen. Sie sind gegeben zur Aufrechthaltung der inneren Ruhe und Sicherheit des Staats; und von diesem Gesichtspunkte aus kann § 151 nur gegen den durch die Presse vervielfältigten geschriebenen Tadel gerichtet sein. Es liegt in der Natur der mündlichen Mittheilung, in der Begrenzung der menschlichen Stimme und des Hörvermögens, daß sie gleichzeitig immer nur an Wenige gemacht werden kann. Mündlicher Tadel der Gesetze kann also immer nur bei Wenigen Mißvergnügen erzeugen, was für die innere Sicherheit und Ruhe des Staats in Wahrheit ungefährlich ist. Der Uebergang des Mißvergnügens in Handlungen als in Aufruhr, Tumult und Widersetzlichkeit ist aber genugsam verpönt. In Schriften dagegen, in binnen kurzer Zeit zu 50 Tausenden von Abdrücken zu vervielfältigenden, und binnen verhältnißmäßig ebenso kurzer Zeit über den ganzen Staat zu verbreitenden Schriften, ist der Angriff auf die gesetzliche Ordnung des Staats allerdings gefährlich; denn es kann dadurch in Wahrheit ein Mißvergnügen der Staatsbürger aller Orten zugleich und in Masse gegen die Regierung erzeugt werden. Ein dadurch erzeugter, wenn auch noch verborgener Zwiespalt zwischen Bürger und Regierung kann sogar nicht blos der innern Ruhe des Staats, sondern selbst seiner äußeren Sicherheit gefährlich werden.

Nur ein solches Mißvergnügen der Bürger in Masse und nichts Geringeres kann in § 151 gemeint sein. Um einzelne Mißvergnügte kann sich der Staat nicht bekümmern, sonst würde er allen Anträgen von Gemeinden, Ständen, Zünften, Religionsparteien, jederzeit willfahren müssen. Aber sie sind für die innere Ruhe und Sicherheit des Staats ungefährlich, weil sie in Rücksicht auf die übrige zufriedene Masse der Staatsbürger nicht in Betracht kommen und gleichsam verschwinden. Sie sind aber zu bändigen, und es kommt nur darauf an, zu verhindern, daß ihr Mißvergnügen in ungesetzliche Thaten übergeht. Das Mißvergnügen der Bürger in Masse kann nun wohl durch Schriften rasch und gleichzeitig, niemals aber durch mündliche Rede über den ganzen Staat verbreitet werden. Die Verbreitung einer der Ruhe und Sicherheit des Staats gefährlichen Unzufriedenheit durch bloße Rede ist bei der Ausdehnung des Staats und bei der Zeit, welche zur Herbeiführung eines wirklich gefährlichen, d. i. weit ausgebreiteten Mißvergnügens erforderlich sein würde, kaum denkbar. Mindestens stehen der Tadel der Gesetze durch mündliche Rede und das Mißvergnügen der Staatsbürger in Masse so unabsehbar fern von einander, wie ein Eisenerzlager unter der Erde von einem mordenden Schwert. In diesem ungeheuren Zwischenraum liegen noch so viele zur Erzeugung der vom Gesetz erforderten Wirkung nothwendige, von dem Zufall wie von der Uebereinstimmung des bösen Willens Vieler abhängige Erfordernisse, daß der Gesetzgeber niemals daran gedacht haben kann, den ersten Anfang zu bestrafen. Vorausschtiger kann kein Gesetzgeber sein als Gott. Wenn er nach dieser Theorie gehandelt hätte, so würde er die Menschen stumm geschaffen haben, damit nie eine Blasphemie aus ihrem Munde gehen konnte.

Genug, es ist nicht wahrscheinlich, daß das Gesetz in § 151 mündliche Aeußerungen hat verpönen wollen. Indeß der Wortlaut ist gegen mich und ich werde auf das Gesetz näher eingehen müssen.

Das Gesetz fordert zur Anwendung einer Strafe zweierlei, nämlich erstens eine die Grenzen des Gesetzes überschreitende absichtliche Handlung, zweitens eine die innere Ruhe und Sicherheit des Staats gefährdende Wirkung. Wirkung und Mittel müssen beide zur Strafanwendung zugleich vorhanden sein. Die Anwendung des Mittels allein, wie die ohne dies Mittel hervorgebrachte Wirkung allein, sind, einzeln und jede für sich, nicht strafbar. Ich weiß sehr wohl, daß man aus dem Censuredikt vom 8. Oktober 1819 Artikel XVI No. 2 die Strafbarkeit schon der bloßen Aeußerung, auch wenn sie ohne alle Wirkung geblieben ist, herleiten will. Indeß ist diese Ansicht nicht begründet. Man darf erstens nur beachten, daß dieses Censurgesetz selbst den in § 151 gebrauchten Ausdruck „veranlassen" ganz so auffaßt, wie er sprachgemäß gefaßt werden muß, nämlich als den Beginn einer Wirksamkeit bezeichnend. Heißt nun im eigenen Sinn des Gesetzgebers „veranlassen" den Beginn einer bestimmten Wirkung hervorbringen, so bemerke man

die hochsensationelle Scandal-Affaire der Frau Marie Tugendreich Hoffmann zu Berlin, in deren Hause halbreife, zum allergrößten Theil bis dahin unbescholtene und anständigen, soll wohl heißen vermögenden, Familien angehörige junge Mädchen einigen Schurken von reichen Wüstlingen, unter welchen Schurken sich notorisch sehr hochgestellte Personen befanden, preisgegeben wurden.

Frau Tugendreich drohte anfangs, wie die Blätter berichteten, sich an Se. Excellenz den Hrn. Minister Grafen von Eulenburg, offenbar in seiner Eigenschaft als oberster Chef der Polizei, zu wenden, der sie vor den Verfolgungen der letzteren beschützen sollte.

Zum Unglück der würdigen Matrone wollte es aber ein äußerst merkwürdiges Zufallsspiel, daß gerade zur selben Zeit in Folge hochpolitischer Constellationen — Se. Excellenz soll nämlich plötzlich ein gar zu heftiger Vorwärtsstürmer geworden sein — die Zurückziehung Sr. Excellenz von der Leitung des Ministeriums des Innern erfolgte, welche jetzt in dem von Sr. Majestät dem König allergnädigst ertheilten sechsmonatlichen Urlaub ihren formellen Ausdruck gefunden hat. Die bekannten „sonst gut unterrichteten" Blätter versichern allerdings, dieser Urlaub stehe mit der Politik in gar keiner Beziehung, sondern sei nur aus Gesundheitsrücksichten erfolgt. Se. Excellenz habe sich in letzter Zeit gar zu sehr angestrengt. Na, die müssen's ja wissen.

Aber wie dem auch sei — unserer Frau Tugendreich blieb unter solchen Umständen schließlich offenbar nichts anderes übrig, als auch ihrerseits Urlaub zu nehmen, den sie bekanntlich zu einem längeren Ausflug nach England benutzt hat. Die königliche Staatsanwaltschaft, deren erster Beamter der unseren Lesern nicht ganz unbekannt gebliebene Herr Tessendorff ist, kam mit ihren Bemühungen, die liebenswürdige Dame in unserer Mitte zurückzubehalten, leider erst nach der Abreise. —

Man kann sich leicht vorstellen, wie angenehm es Sr. Exc. sein wird — wenn er nach seiner Rückkehr in's Ministerium, an welcher wir keineswegs zweifeln, etwa davon vernehmen sollte — mit der unsauberen Affaire nicht behelligt worden zu sein. Denn bekanntermaßen ist Sr. Excellenz nichts verhaßter, wie die Unmoralität und deshalb dürfte der Behauptung: Excellenz ist unter jenen wollüstigen Schurken jeder Einzelne ein Gegenstand des tiefsten Abscheues, schwerlich Jemand zu widersprechen wagen, noch viel weniger aber sie widerlegen können.

Ist es ja auch gerade die Unmoralität ihrer Grundsätze, welche, wie das Se. Excellenz in der berühmten Reichstagsrede vom 26. Januar 1876 näher auszuführen beliebten, Se. Exc. zu einem so entschiedenen Gegner der Sozialdemokratie gemacht hat, zu deren Bekämpfung Se. Excelleuz selbst vor Flinte und Säbel nicht zurückscheuen würden. Recht so! Schonungslosen Kampf gegen jene elenden Wichte, die stets von sittlicher Entrüstung überfließen, sich vor der Welt sittliche Missionen zuschreiben, in Wahrheit aber nur den abscheulichsten Lastern und Verbrechen huldigen! Das Brandmal der Niedertracht auf ihre freche Stirn! So soll es sein!

Das Traurige ist nur, daß wenn einer dieser Ehrenmänner abgethan wird, nur andere dafür wiederkommen. Halten wir aber fest an der Hoffnung, daß es dereinst anders wird — trotz alledem!

— Der bekannte Sancho des edlen Max von La Mancha, Herr Polke aus Berlin, hatte auf dem Geraer Congreß zur Aufbauschung der geringen Vertretung von Arbeitern auf demselben auch den Beitritt des St. Johann-Saarbrücker Knappschaftsverbandes ins Feld geführt. Nach einer Erklärung des Knappschafts-Direktors, Bergrath Barthold aus Saarbrücken in der „St. Johanner Zeitung" ist diese Mittheilung des Herrn Polke „durchaus unrichtig". — Durch solche Erklärung wird die Geraer Hanswurstiade noch unbedeutender. Wir haben den „Congreß" in unserem Leitartikel: „Anti-sozialistische Komödie" also richtig gewürdigt.

— Ueber Frankreich. In voriger Nummer haben wir das Resultat der Stichwahlen berichtet. Charakteristisch ist, daß in Chateau Chinon, wo Gambetta eine fulminante Rede für den republikanischen Candidaten Gubin hielt, der Bonapartist Graf Espeuilles mit 8256 gegen 7180 Stimmen gesiegt hat. — Grevy ist noch nicht nach Paris zurückgekehrt. Man glaubt, daß er für Paris die Wahl annehmen werde. Wenn er die Präsidentschaft der Kammer nicht annimmt, so wird die Linke Herrn Lepere, einen Gesinnungsgenossen und Vertrauensmann Gambetta's, als Candidaten für dieselbe aufstellen. Noch kennt aber Niemand die Dispositionen des Herrn Grevy, sicherlich des passivsten Parteiführers, den es noch je gegeben hat. — An diese Passivität des „großen" Nachfolgers des „großen" Thiers, des Mannes den Gambetta empfohlen, schließt sich die sehr glaubwürdige und sehr bezeichnende Nachricht, daß Mac Mahon sein reaktionäres Ministerium entlassen und ein neues Ministerium aus den Mitgliedern des linken und rechten Centrum bilden wolle. Armes Frankreich! Es ist ganz dasselbe, als ob in Deutschland an Eulenburg's Stelle Bennigsen, an Bismarck's Stelle Forckenbeck träte. Armes Deutschland!

— Ein großer Cigarrenarbeiterstrike, an welchem 10,000 Mann betheiligt sind, ist in New-York ausgebrochen. Es ist selbstredend, daß es die dortigen Fabrikanten an Versuchen nicht fehlen lassen werden, Cigarrenarbeiter aus Deutschland nach New-York zu locken. Die deutschen Cigarrenarbeiter seien daher gewarnt, auf etwaige Engagementsanerbietungen nach Nordamerika einzugehen.

— Unser verantwortlicher Redakteur Helßig ist abermals unter Anklage gestellt. Die Anklage ist erhoben wegen der in Nr. 108 und 111 enthaltenen Correspondenzen aus Rumänien und ist der Kläger kein andrer als der preußische Kriegsminister Kamecke. Derselbe klagt merkwürdigerweise wegen Verleumdung des preußischen Kriegsministeriums. Nun ist aber in den betr. Correspondenzen nicht mit einem Wörtchen vom preußischen Kriegsministerium und von preußischen Soldaten die Rede gewesen, sondern von deutschen Reichstruppen und ditto Reichsregierung. Da es ein deutsches Kriegsministerium aber nicht giebt, so war Helßig wohl oder übel gezwungen, dem Herrn Kriegsminister Kamecke das Recht abzustreiten, als Kläger aufzutreten. Wir sind begierig, wie das Gericht in der gestellten Competenzfrage entscheiden wird.

— Dienstag den 20. Oktober fand in dem von uns schon erwähnten Prozeß wider die Genossen Most und Baumann vor der 7. Deputation des Berliner Stadtgerichts die Urtheilsverkündigung statt. In der am Sonnabend den 27. Oktober stattgefundenen Verhandlung hatte Herr Tessendorff gegen Most bekanntlich 2 Jahre, gegen Baumann 6 Monate Gefängniß beantragt. Das publizirte Urtheil lautete gegen Most auf drei Monate, gegen Baumann auf Freisprechung. Für Most ist nur die eine Anklage auf § 131 aus dem Artikel „Gewalt und Gesetz" aufrecht erhalten, die übrigen Punkte aber freigegeben worden. — Most wird die Appellation anmelden. Ueber die Prozeßverhandlungen werden wir in nächster Nummer berichten.

— Unser Breslauer Parteiorgan, „Die Wahrheit", ist jetzt in den Besitz einer eignen Druckerei gelangt, und befindet sich die erste Nummer (262) dieses wackern Blattes, welche in der Arbeiterdruckerei hergestellt worden ist, bereits in unsren Händen. Den schlesischen Genossen unsere Gratulation zu der neuen Errungenschaft.

Correspondenzen.

Berlin, 29. Oktober. (Zum Prozeß Bebel.) Wir haben seiner Zeit das Urtheil erster Instanz in dem bekannten Berliner Prozeß gegen Bebel im Wortlaut zum Abdruck gebracht und ebenso bereits gemeldet, daß das Erkenntniß der ersten Instanz vom Kammergericht um 3 Monate reduzirt, Bebel also zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden sei.

Ueber die Verhandlung in zweiter Instanz haben wir Folgendes zu berichten.

Die Sitzung begann Freitag, den 26. Oktober, kurz nach 12 Uhr. Nachdem auf Grund der Akten die Anklage und der bisherige Verlauf des Prozesses vorgetragen worden, erhielt der Angeklagte, der keine Appellationsschrift eingereicht hatte, sofort das Wort zur Vertheidigung. (Es sei bemerkt, daß der Rechtsanwalt Dr. Quenstädt, welcher die juristische Führung des Prozesses übernommen hatte, weil er die Vertretung in anderen Terminen vorzog, nicht erschienen war.)

Bebel vertheidigte sich in ungefähr einstündiger Rede, indem er das Urtheil der ersten Instanz Punkt für Punkt zu widerlegen versuchte. Er bestritt, daß der Fürst Bismarck durch die inkriminirten Stellen beleidigt sei. Es sei weder seine Absicht gewesen zu beleidigen, noch könne der Wortlaut der Stellen auf S. 8 und 9 und 78 seiner Broschüre als Beleidigung aufgefaßt werden. Es habe sich für ihn darum gehandelt, das feige und charakterlose Gebahren der Liberalen dem Reichskanzler gegenüber zu brandmarken. Für Letzteren liege insofern eine Anerkennung in diesen Stellen, als dargethan würde, wie er es zu Stande gebracht, die einstmals ihm gegnerisch Gesinnten zu gefügigen Werkzeugen umzuwandeln. Wie die Liberalen selbst diese Rolle empfänden, gehe aus dem von ihm citirten Wort des Abg. Bamberger hervor: Hunde sind wir ja doch. Was die inkriminirten Stellen betreffe, welche sich auf die Rede des Fürsten Bismarck bezögen, die derselbe am 9. Februar 1876 bezüglich des § 130 gehalten, so müsse er zunächst darthun, wie er zu dieser Polemik, die eigentlich nicht in den Rahmen der Broschüre paßte, gekommen sei. Redner führt nun aus, wie an jenem Tage Fürst Bismarck sich in den heftigsten Anklagen und Beleidigungen gegen die sozialdemokratische Partei ergangen, wie dann der Reichstag ihm, dem Redner, das Wort abgeschnitten und so jede Entgegnung und Vertheidigung unmöglich gemacht habe. Die Rede Bismarck's sei von der gegnerischen Presse weidlich ausgebeutet worden und habe die weiteste Verbreitung gefunden, und so habe er die Vertheidigung in der Broschüre für eine persönliche und eine Parteipflicht gehalten. Es sei nun allerdings ein eigenthümliches Verfahren, daß er für Worte, die er in berechtigter Vertheidigung gebraucht und die nicht entfernt so stark seien, wie jene, deren Fürst Bismarck sich bedient, von letzterem verklagt werde, nachdem man ihm die Rechtfertigung und Zurückweisung im Reichstag unmöglich gemacht. Ließen die von ihm gebrauchten Ausdrücke die Deutung zu, daß er dem Reichskanzler den Vorwurf der Heuchelei machen wolle, so müsse er daran erinnern, daß Fürst Bismarck im Mai 1872 im Reichstage selbst zugestanden habe, daß er sich zur Erreichung seiner Zwecke zeitweilig der „politischen Heuchelei" bediene. Noch weniger könne eine Beleidigung gefunden werden in der nur referirenden Wiedergabe der Beschuldigungen, welche Herr v. Diest-Daber gegen den Reichskanzler in Umlauf gesetzt. Redner habe sich hier jedes Urtheils enthalten, er habe auch fest an die Wahrheit des Gesagten geglaubt, da es von einem Manne ausgegangen, der Jahre lang intime Beziehungen zu dem Reichskanzler gehabt. Aus den Prozeßverhandlungen gegen Herrn v. Diest-Daber und einigen andern Aktenstücken beweist der Angeklagte, wie diese Beschuldigungen schon seit etlichen Jahren in Cours gesetzt worden seien, ohne daß der Reichskanzler dagegen eingeschritten sei. Den Schluß der Rede bildete eine scharfe Polemik gegen die Verurtheilung auf § 131, Verbreitung unwahrer Thatsachen wider besseres Wissen zur Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen. Die inkriminirten Stellen enthielten nur Urtheile, nicht Thatsachen. Die angeführten Thatsachen seien aber nicht bestritten worden; seien die Raisonnements, die er daran geknüpft, auch noch so verletzenden Charakters, so könnten sie dennoch nicht durch den § 131 getroffen werden. Er erwarte Freisprechung.

Nunmehr ergriff der Staatsanwalt Groschuff das Wort, um als Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft für Aufrechterhaltung des Urtheils der ersten Instanz zu plaidiren, trotzdem er sich genöthigt sah, zuzugeben, daß nicht alle Sätze, auf welche der § 131 angewandt worden sei, Thatsachen enthielten. Er behauptete dies aber um so entschiedener von dem Satz, wo es heißt: daß das Dogma von der physischen Gewalt, der jede menschliche Rücksicht weichen müsse, gepredigt werde. Auch sucht er die Einwendungen des Angeklagten gegen die Bismarckbeleidigungen zu widerlegen und hält namentlich die Verbreitung der Diest-Daber'schen Beschuldigungen gegen den Reichskanzler für strafbar, und beantragt darum einfache Bestätigung des erstinstanzlichen Urtheils.

Der Gerichtshof beschließt eine neue Beweisaufnahme bezüglich der durch § 131 betroffenen Stellen und läßt zu diesem Zwecke sieben Seiten der Broschüre wörtlich vorlesen.

Darauf nimmt der Angeklagte abermals das Wort, um sich gegen verschiedene staatsanwaltliche Auslassungen zu wenden und namentlich auch gegen die Auffassung des Urtheils erster Instanz, daß er im Falle seiner Verurtheilung schon in Rücksicht auf seine Vorbestrafungen härter zu bestrafen sei. Eine solche Praxis möge einem gemeinen Verbrecher gegenüber am Platze sein, aus dessen Verhalten man auf steigende Demoralisation schließen könne, und der darum auch in höherem Grade der öffentlichen Verachtung verfalle, nicht aber bei einem sogenannten politischen Verbrecher, der nur für die Verfechtung seiner Ueberzeugung leide und gerade deshalb selbst auf die Achtung seiner grimmigsten Gegner rechnen dürfe.

Nach einigen Wortgefechten zwischen dem Staatsanwalt und dem Angeklagten wird das Verhör kurz vor 2 Uhr geschlossen, und als nach ungefähr viertelstündiger Berathung der Gerichtshof zurückkehrt, verkündigt er, daß der Angeklagte von der Anklage wider § 131 freizusprechen, dagegen in allen anderen Fällen der Beleidigung des Reichskanzlers für schuldig zu erachten und demgemäß mit 6 Monaten Gefängniß zu bestrafen sei.

Bebel wird die Haft im Laufe des November antreten.

Hamburg, 28. Oktober. In verflossener Woche haben wir hier einen Akt kleinstaatlicher Wahlbewegung erlebt, an dem auch die Sozialdemokraten betheiligt waren. Die halbschichtige Erneuerung unserer „Bürgerschaft" gab dazu den Anlaß. Daß wir, die Sozialdemokraten, bei diesen Wahlen nicht siegen würden, war Jedermann klar, denn ein beschränktes Wahlrecht, eine wunderliche Wahlkreis-Geometrie und die Neuheit der darauf basirten Agitation stellten uns unüberwindliche Hindernisse in den Weg. In sieben Bezirken von 24 betheiligten wir uns an der Agitation und erreichten im Ganzen 553 Stimmen, etwa den fünften Theil der in den sieben Bezirken abgegebenen. Abgesehen davon, daß wir die Gegner aus ihrer Vorrechts-Idylle aufschreckten, haben wir durch diese Wahlbetheiligung auch unsere eigenen Genossen auf die Wichtigkeit der kleinstaatlich-communalen Angelegenheiten hingewiesen, haben wir den Stein „Wahlreform im Sinne des allgemeinen gleichen Wahlrechts" in Rollen gebracht. In Altona, Ottensen und Kiel findet die Taktik Nachahmung. Die Altonaer und Ottenser Genossen agitiren jetzt unter dem Rufe „Erweiterung des communalen Wahlrechts" und die Kieler fassen den Stier „communales Wahlrecht" so wie er ist, morgen bei den Hörnern, indem sie direkt in den Wahlkampf eintreten.

Saarbrücken, 20. Oktober. Von hier ist über etwas zu berichten, was wohl wo anders noch nicht vorgekommen ist. Hier lesen wir fast jede Woche in den Zeitungen eine „Erklärung" gegen uns, entweder von einem Geschäftsmann, Gastwirth oder Arbeiter ausgehend. Dem Stil nach zu urtheilen werden diese „Erklärungen" alle von einer Hand angefertigt. Der Inhalt ist immer derselbe: „Ich gehörte früher der sozialdemokratischen Partei an, habe aber jetzt eingesehen, daß die Pläne derselben zum Umsturz aller göttlichen und menschlichen Ordnung führen, trete zurück und warne alle Arbeiter, an den Bestrebungen der Verführer theilzunehmen." Folgt der Name. Diese „Abtrünnigen" haben der Partei aber niemals angehört, wenigstens niemals einen Nickel für unsere Zwecke geopfert. Aber wie werden diese „Erklärungen" gemacht? Da entläßt man z. B. einen Arbeiter, von seinem Arbeitsertrag konnte derselbe natürlich nicht so viel ersparen, daß er jetzt als Rentier leben kann. Im Gegentheil, der Arbeiter, wenn er keine Arbeit hat, und nicht betteln und stehlen will, muß sehen, wie er sich durch die Welt schleppt. Der Arbeiter sucht also Arbeit, findet aber keine; jede Thür ist ihm verschlossen; da kommt aber so ein kaltblütiger Jesuit, legt ihm einen Zettel vor und — entweder oder. Er unterschreibt und die „Erklärung" ist fertig. In der Volksversammlung kann man die Leute zur Gegenrede auffordern soviel man will, keiner von ihnen rührt sich zur Widerlegung unserer Redner. In den Bahnhofswerkstätten hat man auf einem Plakat sechs Wirthe bezeichnet, bei denen die 300 Bahnhofsarbeiter bei Strafe der Entlassung nicht verkehren dürfen. In Omerscheid, einem Dorf hier in der Nähe, hat man einem Wirth die Concession entzogen, weil er die Sozialisten bewirthet hat. — Auf mich hat die Polizei jetzt besonders ihr Augenmerk gerichtet. Sie kann aber gegen mich nichts machen, da ich als Colporteur meinen Gewerbeschein in der Tasche habe. Manchmal erlauben sich die Herren aber gegen mich Artigkeiten, die alles andere verdienen, nur kein Lob. Kehr ich da neulich in Bohrbach in eine Wirthschaft ein, um zu logiren. Die Wirthin sagte mir Abends, die Polizei wäre dagewesen und hätte gesagt, es wäre besser für ihre Wirthschaft, wenn sie mich fortschickte. — Noch einige Worte über die Ultramontanen. Man sagt uns nach, daß wir die beste Organisation hätten. Von den Ultramontanen können wir aber doch noch lernen. Ich habe schon in der Nähe Braunschweigs, wo mehrere Dörfer von Katholiken bewohnt werden, mich gewundert, wie jeder, auch der ärmste Mann seine Zeitung las; auch hier liest ein jeder Katholik seine Zeitung. Vereine oder dergleichen haben die Schwarzen nicht, aber zahlreiche Abonnenten. Wenn die Pfaffen Geld brauchen, gehen sie herum bei ihren Abonnenten, dort bekommen sie es mit vollen Händen. Obrigkeitliche Erlaubniß brauchen die Leute dazu nicht, denn darum kümmert sich Niemand. Zudem sind die Zeitungen ungemein billig. Die Kirchen hier sind Sonntag immer sehr gefüllt. Und nach der Kirche da unterhalten sich die jungen lebenslustigen Kirchenbesucher statt über ihre traurige Lage wie die Arbeiter anderswo, über die Predigt des Pfaffen, der ihnen gesagt hat, wie die katholische Kirche verfolgt wird, und das alle berufen sind, dieselbe zu beschützen. Wir Sozialisten müssen es in dieser Beziehung den Ultramontanen nachmachen. Kein Arbeiter, we-

---

zweitens, daß das Censuredikt nur eine Druckschriftcensur anordnet, also nur von gedrucktem Tadel der Gesetze spricht, und als solches nur von diesem sprechen kann, daß mithin nur bei gedrucktem Tadel, trotz der Abwesenheit des wirklichen Beginns der Wirkung, schon die bloße Aeußerung zur Anwendung der Strafe des § 151 genügen soll, im Uebrigen aber das Gesetz (§ 151) ungeändert bleibt. Von mündlichen Aeußerungen spricht das Censuredikt nicht und kann nicht davon sprechen. Für mündliche Aeußerungen bleibt daher das Gesetz (§ 151) wie es ist, und erfordert zur Strafe nicht blos die Anwendung des Mittels, sondern auch den Beginn der Wirkung.

(Fortsetzung folgt.)

— Ein Schwindler. Aus Neapel wird geschrieben: In Florenz schwebt jetzt ein Betrugsprozeß gegen den Exverleger Joh. Wilh. Krüger aus Querfurt, der 1876 aus Leipzig entwich, nachdem er viele Schriftsteller, Restaurateure, Schneider, sowie auch den eigenen Compagnon auf das Schmählichste betrogen. In Italien verschaffte er sich unter dem Vorgeben, er sei Expräsident des Leipziger Schriftstellervereins, Chefredakteur des Pierer'schen Lexicons, Mitverfasser des Wuttke'schen Zeitschriftenbuchs, Referendar a. D. ꝛc., durch den Einfluß eines bekannten deutschen Schriftstellers einen Posten als Inseratenagent mit 5000 Lire jährlich und seiner Frau (geb. Seydel) einen solchen mit 1200 Lire als Verkäuferin. Er behauptet unter Anderem, ein intimer Freund Bebel's, Liebknecht's ꝛc. und „Sozialistenführer" zu sein, giebt sich als Magister des Freien Deutschen Hochstifts aus und ist dabei nicht im Stande, orthographisch zu schreiben. Jetzt, nachdem sich das Schwindelhafte in seinen Angaben herausgestellt, nachdem er auf seinen früheren Wohlthäter ein mörderisches Attentat versucht und festgestellt ist, daß er sich in Leipzig großartiger Unterschleife schuldig gemacht, hat die italienische Staatsanwaltschaft gegen ihn die Anklage erhoben. Seine Aburtheilung steht nahe bevor. Wie die Akten beweisen, betrog er seine Opfer (zu denen Verleger Spaarmann-Oberhausen, Schriftsteller Dr. Normann-Schumann, Dr. G. Rasch ꝛc. gehören) um ca. 100,000 Mark. Vielleicht benutzen einige der Geschädigten die Gelegenheit, ihre Ansprüche vor den italienischen Behörden geltend zu machen. Etwaige Anzeigen sind in deutscher Sprache an die Regia Procura in Neapel und Fiorenz zu richten. Ueber denselben gefährlichen Verbrecher haben „Neue Freie Presse", „Literar. Verkehr", „Literar. Correspondenz", „Berliner Union" und viele andere Zeitschriften bereits des Längeren berichtet. — Selbstverständlich ist Alles, was von Beziehungen des Krüger zu Sozialdemokraten und Sozialdemokratie gesagt ist, ganz aus der Luft gegriffen. Krüger ist ein gemeiner Betrüger, der auch Sozialisten zu betrügen suchte, und von Sozialisten in Leipzig zuerst entlarvt ward.

nigstens kein sozialistischer, darf ohne Zeitung sein. Jedoch bin ich der Ansicht, daß es nicht gut ist, wenn immer neue Blätter gegründet werden. H. Matthies.

St. Johann, 28. Oktober. Die hiesige „Volkszeitung" enthält in ihrer Nummer vom 27. Oktober folgende Notiz: „Gestern wurde dahier bei dem Colporteur Franz Heinrich Matthies aus Buddenstedt, der im Verdacht stand, mit Flugschriften strafwürdigen Inhalts hausirt zu haben, eine Haussuchung vorgenommen, und hat sich dieser Verdacht in vollem Maße bestätigt. Matthies ward in Folge dessen festgenommen. Dabei bemerkte er dem die Verhaftung vornehmenden Herrn Polizeikommissar **Wirtz**, daß in einer der letzten Nummern des sozialdemokratischen „Vorwärts" ein netter Artikel über sein Vorleben enthalten sei. Herr Wirtz ließ sich die betreffende Nummer des Blattes, das ein hiesiger Cafetier (der, nebenbei bemerkt, sich aber nicht zu der Partei bekennt) hält, von diesem vorlegen und fand einen von Verleumdungen und Beleidigungen strotzenden, von Kettwig datirten, mit dem Namen Pauly unterschriebenen Artikel. Dieser Pauly wollte, was absolut unwahr, in früheren Jahren mit Herrn W. im nämlichen Regiment gedient haben und daher mit den Privatverhältnissen desselben genau vertraut sein. Entweder liegt hier eine leichtfertige Personenverwechselung vor oder eine absichtliche Bosheit und Niederträchtigkeit. Herr Wirtz hat bereits die Klage erhoben."

Mit der Verhaftung unseres Genossen Matthies werden die Herren Sozialistentödter wohl kein Glück haben, denn soviel steht fest, daß Matthies nur solche Schriften vertrieben hat, welche schon seit langer Zeit im Buchhandel unbeanstandet verkauft wurden. Wenn Matthies also auch über kurz oder lang wird freigelassen werden müssen, so haben die Gegner doch den Vertrieb sozialistischer Schriften für den Augenblick verhindert, und darum wird es ihnen wohl auch nur zu thun gewesen sein. Nützt ihnen aber alles nichts, der Sozialismus hat hier einmal festen Fuß gefaßt, und er wird sein und bleiben und wenn die Gegner vor Wuth auch bersteten. — Ueber unsern „tugendhaften" Polizeikommissar Wirtz will ich vorläufig schweigen. Hat er wirklich geklagt, was ich noch bezweifle, so wird sich ja durch den Prozeß herausstellen, ob die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen über sein Vorleben auf Wahrheit beruhen oder nicht.

Leipzig. Dienstag den 30. Oktober tagte in Jacobi's Saal hierselbst eine stark besuchte allgemeine Gewerkschaftsversammlung, welche sich mit der Centralblattfrage beschäftigte. Nach einer lebhaften Debatte, die durch ein Referat des Herrn Wilke eingeleitet wurde, nahm die Versammlung folgende von Wilke und Taute eingebrachte Resolution an: „In Anbetracht der hohen Bedeutung der Centralorgan-Frage beschließt die am heutigen Abend tagende allgemeine Gewerkschaftsversammlung von einer einzuberufenden Conferenz abzusehen, will aber die Vorschläge von A. Kapell als Grundlage zu einem nächstes Jahr abzuhaltenden Gewerkschafts-Congreß benutzt wissen und fordert die Vororts-Verwaltungen auf, diese Vorschläge in den Gewerkschaftsversammlungen diskutiren zu lassen und zur Urabstimmung zu bringen." Carl Stammer.

NB. Alle Arbeiterblätter werden ersucht, im Interesse der Sache Obenstehendes in ihre Spalten aufzunehmen.

Jork, 27. Oktober. (Liberale Ausreden.) Gestern Abend fand hier eine öffentliche Versammlung, berufen vom hiesigen Kaufmännischen und Gewerbeverein, statt, in welcher Herr Bankdirektor Hermes aus Guben einen Vortrag hielt über den Verfall unserer Industrie. Nach seinen Anschauungen sind die Sozialdemokraten vorzugsweise an den Geschäftsstockungen schuld. Als ich den Herrn Direktor fragte, womit er denn diese lächerliche Behauptung begründen wollte, antwortete er, Hasenclever habe vor drei Jahren in Guben einen Vortrag gehalten und u. A. wörtlich gesagt: „Durch die Arbeit der Arbeiter würden die Gewinne erzielt, daher wäre es recht, wenn der Arbeiter an dem erzielten Gewinn partizipirte, das erstrebte die Sozialdemokratie."*) Hierdurch, meint Redner, könnte Unzufriedenheit erregt werden, denn die Arbeitgeber kämen diesen Forderungen nicht nach. Trotzdem ich dem Herrn Bankdirektor nachwies, daß Hasenclever derartiges nicht hätte sagen können, blieb der Redner doch bei seiner Behauptung. Den Mitgliedern des Kaufmännischen Vereins behagte es nicht, Sozialisten in ihrer Mitte zu haben, weshalb sie, unter dem Vorwand, ich hätte den Bankdirektor, weil ich an der Wahrheit seines Ausspruches über Hasenclever zweifelte, „beleidigt", mich nicht weiter reden ließen. Die Versammlung wurde wider den Willen der Mitglieder des Gewerbevereins geschlossen. Klute.

Elbing. Petroleure seid Ihr! schreien die Gegner den Sozialdemokraten entgegen und weisen auf den Commune-Aufstand von Paris mit allen seinen „Schrecken", aber die Vaterlandsfeinde können antworten: Paris ist weit und die Presse hat ein großes Gewissen. Doch Scherz bei Seite. Es ist ein trübes Bild, welches ich hier vorführen will. Hier in Elbing, einer ehemaligen Handelsstadt, ist, wie in vielen andern, eine Speicherinsel, die Speicher aber standen und stehen zum größten Theil leer und sind in Folge dessen werthlos, werthlos um so mehr, als dieselben zu Wohnhäusern nicht umzubauen sind; der Handel, welcher sich fortgezogen, wird aller Voraussicht nach nicht wiederkehren, also ist auch jede Aussicht auf Besserung für die Zukunft benommen. Es war Ende September oder Anfang Oktober 1871, in dem Jahre der Pariser Commune, als in einem Speicher Feuer ausbrach, welches jedoch schnell unterdrückt wurde; dieses war zwar nicht verdächtig, obgleich seit langer Zeit kein Brand auf der Speicherinsel gewesen, wohl aber wurde ein Verdacht rege, als wenige Tage nachher wieder ein Brand unterdrückt werden mußte. Volle Gewißheit, daß ein Verbrechen vorlag, erlangte man, als in einer Nacht zweimal die Löschmannschaften auf die Insel gerufen wurden. Die Behörde schritt ein, eine Belohnung von 100 Thlr. wurde für den Nachweis der Thäter ausgesetzt. In einem Falle, als zwei Speicher abbrannten, glaubte man auch den Verbrecher erwischt zu haben, doch man hatte sich getäuscht, denn in dem einen von den beiden niedergebrannten Speichern hatte ein obdachloser Mensch logirt, welcher durch Unvorsichtigkeit denselben ansteckte, er bekam auch nur 3 Monate Gefängniß. Die Brandstiftungsversuche wurden von Neuem wiederholt, und konnte mancher, wenn auch schnell entdeckte Brand nur mit Mühe unterdrückt werden. Nach einiger Zeit trat Ruhe ein, die Verbrecher schienen ermüdet und muthlos gemacht von ihren vergeblichen Versuchen. Da, es war eine schöne Sommernacht (Juni 1872), wurde die Stadt wieder von dem Feuerschein eines brennenden Speichers erleuchtet; die schlecht organisirte Bürgerfeuerwehr, welche ziemlich spät in Thätigkeit trat, konnte die umliegenden Speicher nicht retten, einer nach dem andern wurde von den Flammen ergriffen, die Bestürzung war eine große.

Am Morgen waren 11 große und mehrere kleinere Speicher, sowie viele Schuppen, Zäune und Bäume niedergebrannt. Es war dieses die 11. oder 12. Brandstiftung in einem Zeitraume von 9 Monaten! Die Behörde machte die größten Anstrengungen, die Thäter zu ermitteln, eine Belohnung von 500 Thlr., zu der noch eine von 200 Thlr., welche die Kaufmannschaft aussetzte, hinzukam, sollte Jeden zur Nachforschung anspornen. Doch Alles vergeblich! Die Kaufleute, welche noch Waaren in den Speichern hatten, mußten erhöhte Versicherungsprämien zahlen, da die Gesellschaften sich weigerten, weiter zu versichern. Wieder 10 Wochen später, es war des Morgens, als eben die zahlreichen Wachmannschaften ihre Posten verlassen hatten, brach auf der Insel Feuer aus. 4 große Speicher, Schuppen u. s. w. wurden ein Raub der Flammen. Alle Nachforschungen waren vergeblich; man suchte sich nun durch eine große Wachsamkeit zu schützen; es bildete sich ein Nachtwächter-Controlverein, bestehend aus den vielen Bürgern der Stadt, und diese Maßnahme schien Erfolg zu haben; wir hatten Ruhe. Im April 1874 begannen die Verbrecher ihre Thätigkeit von neuem; ein oder zwei Versuche schlugen fehl, dafür gelang ein anderer um so besser: in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai wurden 7 oder 8 der größten und mehrere kleinere Speicher sowie Schuppen in einen Schutthaufen verwandelt. Jetzt war Luft, die übrigen Speicher lagen weiter von einander entfernt, konnten also nicht in großen, sondern mußten mehr einzeln in Rauch aufgelöst werden. Das Volkswort: „Die Speicher müssen herunter, eher haben Die keine Ruhe", war beinahe in Erfüllung gegangen. Der Stadttheil am Elbingfluß hatte ein ganz anderes Aussehen bekommen, die Zeugen des früheren blühenden Handels, die Speicher, waren zum größten Theil verschwunden, Kohlenhöfe, Wohnhäuser nehmen die leeren Stellen ein. Daß die Thäter nicht entdeckt, ist kaum nöthig zu sagen. Nach 2½ Jahren (1876) wurde das verbrecherische Handwerk von den Unbekannten von neuem betrieben, ein Speicher wurde in einen Schutthaufen verwandelt, ein anderer so sehr beschädigt, daß er jetzt abgebrochen ist; der angestrengtesten Thätigkeit einer mittlerweile eingerichteten kleinen Feuerwehr gelang es, weiteres Unglück zu verhüten, welches um so größer geworden wäre, da in der Nähe ein großes Holz- und Kohlenlager, sowie noch einige große Speicher sich befanden. Noch hinzufügen will ich, daß in der Stadt, um die Zeit, als auf der Speicherinsel so lustig gebrannt wurde, auch Versuche zu Brandstiftungen gemacht wurden.

Fassen wir das Ganze zusammen: es sind auf der Speicherinsel allein 16—18 Brände angelegt, dadurch ungefähr 25 große und kleine Speicher, sowie viele Schuppen niedergebrannt, wenige sind stehen geblieben, auf wie lange? wird die Zukunft lehren. Eine ganze lange Kette von Verbrechen liegt hier vor, eines schließt sich an das andere und raffinirte, sehr geschickte Schurken müssen es sein, die dieses ausgeführt haben. Petroleure sind es in der vollsten Bedeutung des Wortes, und wer sind die Petroleure? Communisten, Sozialisten sind es, werden die Gegner den Lesern des „Vorwärts" zurufen. Mögen meine Gesinnungsgenossen ihnen sagen, 1872, wo die „Petroleure" so lustig in Elbing brannten, waren daselbst noch keine Sozialdemokraten, selbst Schreiber Dieses war damals, obgleich er sich durch die Mordgeschichten der Commune von Paris nicht gruselig machen ließ, dennoch radikal aber kein Sozialist, er kannte unsere Partei noch nicht. Auch als später sich welche fanden, hatte Niemand an uns zu denken gewagt. Es waren also in Wirklichkeit Petroleure, welche in Elbing hausten und vielleicht noch weiter hausen werden, aber man hat sie zu suchen in jenem Lager, in welchem der Egoismus, der Eigennutz die einzigen Triebfedern aller Handlungen sind. Die Speicher mußten fort, weil sie werthlos geworden waren, und sie sind fort.

Hamburg, 27. Oktober. In der Generalversammlung des Korbmacher-Bundes von Hamburg, Altona, Ottensen wurde in Betreff der Gewerkschafts-Organisation folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Korbmacherbund von Hamburg, Altona, Ottensen erklärt sich mit der Einberufung einer Gewerkschafts-Conferenz einverstanden, ist aber nicht im Stande, die Conferenz zu beschicken; er erklärt sich auch bereit, die Pflichten zu erfüllen, welche durch die späteren Statuten von ihm gefordert werden, d. h. wenn es ihm seine Mittel erlauben; auch gedenkt er der Organisation beizutreten. J. A.: C. Hermann.

Briefkasten.

der Redaktion. W. St. in D.: Ja. — W. H. in R.: Sie haben dem Ortsgeistlichen mündlich anzuzeigen, daß Sie aus der Landeskirche ausscheiden wollen; nach Verfluß von 4 Wochen haben Sie diese Absicht noch einmal und zwar schriftlich zur Kenntniß desselben Geistlichen zu bringen, worauf dann das Weitere gerichtlich besorgt wird. — A. D. in Magdeburg: Sie erhalten brieflich in einigen Tagen Antwort; wir müssen in der betreffenden Frage noch einige Information haben. — G. S. in A.: Wir halten es für viel richtiger, wenn wir die beiden dortigen „christlichen" Schattirungen sich streiten lassen — haben wir zu diesem Streite mit beigetragen durch unsere Notiz, so ist das sehr gut.

Die Parteigenossen Müller und Pommer werden ersucht, ihre Adressen möglichst bald zu senden an
Osw. Mehnert, Buchbinder, Amsterdam, Kerkstraat 212.

Quittung. Bsmnn Duisburg Ab. 3,70. Sglr hier Ab. 3,15. Expedition der „Tagwacht" Zürich Ab. 150,00. Grd Stötteritz Ab. 19,80. Brg Zeitz Ab. 4,30. Grbnstn Lindenau Ab. 42,85. Exped. der „Bremer Freien Zeitung" Bremen Ab. 77,00. Rw Altona Ab. 38,45. Hß Sonneberg Schr. 17,00. Metallarbeitergewerkschaft hier Ann. 4,70. Lgs Hannover An. 1,60, Schr. 1,40. J. Bst Mainz Ab. 47,15, Schr. 4,31. Wnk Niemes Ab. 8,43. J. Schmidt Paris Ab. 16,80. Sämmtl. Gewerkschaften hier Ann. 1,80. Rchtr Haindorf Ab. 17,14. Ebnhz Temesvar Ab. 3,09. Kbzsch Dresden Ab. 99,0. Schmdt hier Ab. 0,55. Schfr Gohlis Ab. 11,25. Schck Itzehoe Schr. 1,75. Krchnr Bredstedt Schr. 8,75.

Anzeigen 2c.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den **3. November**, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11: (F. 164)
Geschlossene Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: Abrechnung. Verschiedenes.
Der Vorstand. [70

Hannover. Sonntag, den 4. November, Abends:
Zitter-Concert im Loges'schen Keller.
(F. 164) Ihmebruchstraße. [90

Winterthur (Schweiz). Glaser-Fachverein.
Wir warnen hiermit alle Berufs- und Parteigenossen wie überhaupt Jedermann vor Franz Iltzig, Glaser, angeblich aus Freiberg (Sachsen) weil derselbe unseren Verein beschwindelt und mit einem bedeutenden Betrag das Weite gesucht hat. (2b) [70
Der Vorstand.

In einigen Tagen erscheint und ist durch alle Buchhandlungen und Colporteure zu beziehen:
Der Kampf wider die Sozialdemokratie und die deutsche Fortschrittspartei.
Ein ketzerisches Votum.
Von J. G. Findel.
ca. 2 Bogen broch. Preis 0.50 Pf.
Die Schrift wendet sich gegen die Heulmeierei der sog. „Ordnungspartei" und vertritt die Ansicht, daß die deutsche Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie gegenüber der andringenden Reaktion auf einander angewiesen sind.
Ferner erscheint demnächst:
Spir, A., **Moralität und Religion.** 2. vermehrte und verbesserte Auflage. broch. M. 2,50. [5,70
Betr. der Bedeutung des Philosophen Spir verweise ich auf die Citate in Schäffle's „Bau des sozialen Körpers" 2c.
Leipzig. (2b) J. G. Findel.

Für Männer-Chöre.
Im Verlag von Emil Sauerteig in Gotha ist erschienen:
Liedersammlung
des Allgemeinen Arbeiter-Sänger-Bundes.
Erste Lieferung.
Inhalt: Nr. 1. Im Wald. Gedicht von Geib. Comp. von G. Scholz — Nr. 2. Arbeitermarsch. Comp. von C. Arendt.
Preis für jede Lieferung: Partitur mit 4 Stimmen M. 1,60.
4 Stimmen ohne Part. M. 1,20.
Die bisher in demselben Verlag erschienenen 9 Arbeiter-Lieder sind im besonderen Heft oder auch einzeln zu beziehen. Geb. Partitur mit 4 Stimmen M. 8,50, 4 Stimmen M. 6,50. (2b) [160

Im Verlage der Volksbuchhandlung (früher Rottmanner & Cie) in München ist erschienen und durch uns zu beziehen:
Dr. M. Lehn's
Juristisches Taschenlexikon.
Ein Vademecum für Studirende und Nicht-Juristen zur Orientirung auf dem Gesammtgebiete der Jurisprudenz.
Preis pro Exemplar 1 Mark.
Die Expedition des „Vorwärts".

Die Rundschau.
Organ für sozialistische Propaganda
erscheint vom November an auf vielseitigem Wunsch für 15 Pf. pro Nummer.
Bestellungen sind zu machen beim Verlag der Rundschau, Amelungstraße Nr. 5, Hamburg.

Rundschau
No. 5
ist erschienen und an diejenigen Filial-Expeditionen zur Versendung gelangt, welche über Nr. 4 abgerechnet haben.

Prachtvoll und solid gearbeitete
Einbanddecken
(Goldpressung) für die
„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77
sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.
NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der Expedition der „Neuen Welt", Leipzig, Färberstr. 12 II.

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:
Waldverwüstung und Ueberschwemmung.
Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.
Von Georg Volkmar.
Preis pro Exemplar 25 Pfennig.
Die Buchhandlung des „Vorwärts".

Für Lokal- u. Gewerkschafts-Vereine
jeder Art passend sind praktisch eingerichtete
Cassenconto- & Mitgliederbeitrags-Bücher
zum Selbstkostenpreis à 50 Pfg. zu beziehen. Porto bei 1—2 Paar 20 Pfg.; 3 Paar 30 Pf.; darüber 50 Pf. Bestellungen sind zu machen bei A. Geib in Hamburg, Rödingsmarkt 12.

„Der arme Conrad."
Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.
(Dritter Jahrgang.)
Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).
Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.
Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf, einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.
Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.
Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.
Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ „ } netto gegen baar.
Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Jacke", Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

*) Der Herr Bankdirektor irrt. Hasenclever hat gesagt, daß diese Forderung von einigen humanen Sozialdoctoren gestellt werde, daß aber, wie der Bankdirektor dies ja auch bestätigt, nicht einmal eine solche Forderung Anklang fände bei den Arbeitgebern, wie viel weniger die sozialistische, daß die Arbeiterklasse den vollen Ertrag der Arbeit erhalten sollte. R. d. V.

Beilage des „Vorwärts“.

Sonntag, 4. November 1877.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der politischen Oekonomie.

Von Friedrichs Engels.

VI.

Einen ganz groben ökonomischen Quartanerschnitzer, der zugleich eine gemeingefährliche sozialistische Ketzerei in sich schließt, hat Herr Dühring bei Marx entdeckt. Die Marx'sche Werththeorie ist „nichts weiter als die gewöhnliche . . . Lehre, daß die Arbeit Ursache aller Werthe und die Arbeitszeit das Maß derselben sei. In völliger Unklarheit verbleibt hierbei die Vorstellung von der Art, wie man den unterschiedlichen Werth der s. g. qualifizirten Arbeit denken solle. Allerdings kann auch nach unsrer Theorie nur die verwendete Arbeitszeit die natürlichen Selbstkosten und mithin den absoluten Werth der wirthschaftlichen Dinge messen; aber hierbei wird die Arbeitszeit eines Jeden von vornherein völlig gleich zu achten sein, und man wird nur zuzusehn haben, wo bei qualifizirteren Leistungen zu der individuellen Arbeitszeit des Einzelnen noch diejenige andrer Personen . . . etwa in dem gebrauchten Werkzeug, mitwirkt. Es ist also nicht, wie sich Herr Marx nebelhaft vorstellt, die Arbeitszeit Jemandes an sich mehr werth als die einer andern Person, weil darin mehr durchschnittliche Arbeitszeit gleichsam verdichtet wäre, sondern alle Arbeitszeit ist ausnahmslos und prinzipiell, also ohne daß man erst einen Durchschnitt zu nehmen hätte, vollkommen gleichwerthig und man hat nur bei den Leistungen einer Person, ebenso wie bei jedem fertigen Erzeugniß zuzusehen, wie viel Arbeitszeit andrer Personen in der Aufwendung scheinbar blos eigner Arbeitszeit verdeckt sein möge. Ob es ein Produktionswerkzeug der Hand oder die Hand, ja der Kopf selbst ist, was nicht ohne andrer Leute Arbeitszeit die besondre Eigenschaft und Leistungsfähigkeit erhalten konnte, darauf kommt für die strenge Gültigkeit der Theorie nicht das Mindeste an. Herr Marx wird aber in seinen Auslassungen über den Werth das im Hintergrunde spukende Gespenst einer qualifizirten Arbeitszeit nicht los. In dieser Richtung durchzugreifen, hat ihn die überkommene Denkweise der gelehrten Klassen gehindert, der es als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen muß, die Arbeitszeit des Karrenschiebers und diejenige des Architekten an sich als ökonomisch völlig gleichwerthig anzuerkennen.“

Die Stelle bei Marx, die diesen „gewaltigeren Zorn“ des Herrn Dühring veranlaßt, ist sehr kurz. Marx untersucht, wodurch der Werth der Waaren bestimmt wird, und antwortet: Durch die in ihnen enthaltene menschliche Arbeit. Diese, fährt er fort, „ist Verausgabung einfacher Arbeitskraft, die im Durchschnitt jeder gewöhnliche Mensch ohne besondere Entwicklung in seinem leiblichen Organismus besitzt . . . Komplizirtere Arbeit gilt nur als potenzirte oder vielmehr multiplizirte einfache Arbeit, sodaß ein kleineres Quantum komplizirter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit. Daß diese Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung. Eine Waare mag das Produkt der komplizirtesten Arbeit sein, ihr Werth setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich und stellt daher selbst nur ein bestimmtes Quantum einfacher Arbeit dar. Die verschiedenen Proportionen, worin verschiedne Arbeitsarten auf einfache Arbeit als ihre Maßeinheit reduzirt sind, werden durch einen gesellschaftlichen Prozeß hinter dem Rücken der Produzenten festgesetzt, und scheinen ihnen daher durch das Herkommen gegeben.“

Es handelt sich hier bei Marx zunächst nur um die Bestimmung des Werths von Waaren, also von Gegenständen, die innerhalb einer aus Privatproduzenten bestehenden Gesellschaft, von diesen Privatproduzenten für Privatrechnung produzirt und gegen einander ausgetauscht werden. Es handelt sich hier also keineswegs um den „absoluten Werth,“ wo dieser auch immer sein Wesen treiben möge, sondern um den Werth, der in einer bestimmten Gesellschaftsform Geltung hat. Dieser Werth, in dieser bestimmten geschichtlichen Fassung, erweist sich als geschaffen und gemessen durch die in den einzelnen Waaren verkörperte menschliche Arbeit, und diese menschliche Arbeit erweist sich weiterhin als Verausgabung einfacher Arbeitskraft. Nun ist aber nicht jede Arbeit eine bloße Verausgabung von einfacher menschlicher Arbeitskraft; sehr viele Gattungen von Arbeit schließen die Anwendung von, mit mehr oder weniger Mühe, Zeit- und Geldaufwand erworbenen Geschicklichkeiten oder Kenntnissen in sich ein. Erzeugen diese Arten von zusammengesetzter Arbeit in gleichen Zeiträumen denselben Waarenwerth wie die einfache Arbeit, die Verausgabung von bloßer einfacher Arbeitskraft? Augenscheinlich nein. Das Produkt der Stunde zusammengesetzter Arbeit ist eine Waare von höherem, doppeltem oder dreifachem Werth, verglichen mit dem Produkt der Stunde einfacher Arbeit. Der Werth der Erzeugnisse der zusammengesetzten Arbeit wird durch diese Vergleichung ausgedrückt in bestimmten Mengen einfacher Arbeit; aber diese Reduktion der zusammengesetzten Arbeit auf einfache Arbeit vollzieht sich durch einen gesellschaftlichen Prozeß, hinter dem Rücken der Produzenten, durch einen Vorgang, der hier, bei der Entwicklung der Werththeorie, nur festzustellen, aber noch nicht zu erklären ist.

Diese einfache, in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sich täglich vor unsern Augen vollziehende Thatsache ist es, die Marx hier konstatirt. Diese Thatsache ist so unbestreitbar, daß selbst Herr Dühring sie weder in seinem Kursus noch in seiner Geschichte der Oekonomie zu bestreiten wagt; und die Marx'sche Darstellung ist so einfach und durchsichtig, daß sicher Niemand „in völliger Unklarheit hierbei verbleibt“ außer Herrn Dühring. Vermittelst dieser seiner völligen Unklarheit versieht er den Waarenwerth, mit dessen Untersuchung sich Marx zunächst allein beschäftigt, für „die natürlichen Selbstkosten“, die die Unklarheit nur noch völliger machen, und gar für den „absoluten Werth“, der bisher in der Oekonomie unsres Wissens nirgendwo Kurs hatte. Was aber Herr Dühring auch unter den natürlichen Selbstkosten verstehn, und welche seiner fünf Arten Werth auch die Ehre haben mage, den absoluten Werth vorzustellen, soviel ist sicher, daß von allen diesen Dingen bei Marx nicht die Rede ist, sondern nur vom Waarenwerth; und daß in dem ganzen Abschnitt des „Kapital“ über den Werth auch nicht die geringste Andeutung darüber vorkommt, ob, oder in welcher Ausdehnung, Marx diese Theorie des Waarenwerths auch auf andre Gesellschaftsformen anwendbar hält.

Es ist also nicht, fährt Herr Dühring fort, „es ist also nicht, wie sich Herr Marx nebelhaft vorstellt, die Arbeitszeit Jemandes an sich mehr werth als die einer andern Person, weil darin mehr durchschnittliche Arbeit gleichsam verdichtet wäre, sondern alle Arbeitszeit ist ausnahmslos und prinzipiell, also ohne daß man erst einen Durchschnitt zu nehmen hätte, vollkommen gleichwerthig.“ — Es ist ein Glück für Herrn Dühring, daß ihn das Schicksal nicht zum Fabrikanten gemacht und ihn so davor bewahrt hat, den Werth seiner Waaren nach dieser neuen Regel anzusetzen, und damit dem Bankerott unfehlbar in die Arme zu laufen. Doch wie! Befinden wir uns hier denn noch in der Gesellschaft der Fabrikanten? Keineswegs. Mit den natürlichen Selbstkosten und dem absoluten Werth hat uns Herr Dühring einen Sprung machen lassen, einen wahren Salto mortale aus der gegenwärtigen schlechten Welt der Ausbeuter in seine eigne Wirthschaftskommune der Zukunft, in die reine Himmelsluft der Gleichheit und Gerechtigkeit, und wir müssen uns also diese neue Welt, wenn auch vorzeitig, hier schon ein wenig ansehn.

Allerdings kann, nach Herrn Dührings Theorie, auch in der Wirthschaftskommune nur die verwendete Arbeitszeit den Werth der wirthschaftlichen Dinge messen, aber hierbei wird die Arbeitszeit eines Jeden von vornherein völlig gleich zu achten sein, alle Arbeitszeit ist ausnahmslos und prinzipiell vollkommen gleichwerthig, und zwar ohne daß man erst einen Durchschnitt zu nehmen hätte. Und nun halte man gegen diesen radikalen Gleichheitssozialismus die nebelhafte Vorstellung von Marx, als sei die Arbeitszeit Jemandes an sich mehr werth als die einer andern Person, weil darin mehr durchschnittliche Arbeitszeit verdichtet sei, eine Vorstellung, in der ihn die überkommene Denkweise der gelehrten Klassen befangen hält, der es als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen muß, die Arbeitszeit des Karrenschiebers und die des Architekten als ökonomisch völlig gleichwerthig anzuerkennen!

Leider macht Marx zu der oben angeführten Stelle im „Kapital“ die kleine Anmerkung: „Der Leser muß aufmerken, daß hier nicht vom Lohn oder Werth die Rede ist, den der Arbeiter etwa für einen Arbeitstag erhält, sondern vom Waarenwerth, worin sich ein Arbeitstag vergegenständlicht.“ Marx, der hier seinen Dühring vorher geahnt zu haben scheint, verwahrt sich also selbst dagegen, daß man seine obigen Sätze auch nur auf den in der heutigen Gesellschaft für zusammengesetzte Arbeit etwa zu zahlenden Lohn anwende. Und wenn Herr Dühring, nicht zufrieden damit, dies dennoch zu thun, jene Sätze für die Grundsätze ausgibt, nach denen Marx die Vertheilung der Lebensmittel in der sozialistisch organisirten Gesellschaft geregelt wissen wolle, so ist das eine Schamlosigkeit der Unterschiebung, die nur in der Revolverliteratur ihres Gleichen findet.

Doch besehen wir uns die Gleichwerthigkeitslehre etwas näher. Alle Arbeitszeit ist vollkommen gleichwerthig, die des Karrenschiebers und die des Architekten. Also hat die Arbeitszeit, und damit die Arbeit selbst, einen Werth. Die Arbeit ist also Erzeugerin aller Werthe. Sie selbst ist es, die den vorgefundenen Naturprodukten einen Werth im ökonomischen Sinne gibt. Der Werth selbst ist nichts anderes, als der Ausdruck der in einem Ding vergegenständlichten, gesellschaftlich nothwendigen menschlichen Arbeit. Die Arbeit kann also keinen Werth haben. Ebensogut wie von einem Werth der Arbeit sprechen und ihn bestimmen wollen, ebensogut konnte man vom Werth des Werths sprechen oder das Gewicht, nicht eines schweren Körpers, sondern der Schwere selbst bestimmen wollen. Herr Dühring fertigt Leute wie Owen, Saint Simon und Fourier ab mit dem Titel sozialer Alchymisten. Indem er über den Werth der Arbeitszeit d. h. der Arbeit spintisirt, beweist er, daß er noch tief unter den wirklichen Alchymisten steht. Und nun ermesse man die Kaltheit, mit der Herr Dühring Marx die Behauptung in die Schuhe schiebt, als sei die Arbeitszeit Jemandes an sich mehr werth, als die einer andern Person, als habe die Arbeitszeit, also die Arbeit, einen Werth — Marx, der zuerst entwickelt hat, daß und warum die Arbeit keinen Werth haben kann!

Für den Sozialismus, der die menschliche Arbeitskraft von ihrer Stellung als Waare emancipiren will, ist die Einsicht von hoher Wichtigkeit, daß die Arbeit keinen Werth hat, keinen haben kann. Mit ihr fallen alle Versuche, die sich aus dem naturwüchsigen Arbeitersozialismus auf Herrn Dühring vererbt haben, die künftige Vertheilung der Existenzmittel als eine Art höhern Arbeitslohns zu reguliren. Aus ihr folgt die weitere Einsicht, daß die Vertheilung, soweit sie durch rein ökonomische Rücksichten beherrscht wird, sich regeln wird durch das Interesse der Produktion, und die Produktion wird gefördert am meisten durch eine Vertheilungsweise, die allen Gesellschaftsgliedern erlaubt, ihre Fähigkeiten möglichst allseitig auszubilden, zu erhalten und auszuüben. Der dem Herrn Dühring überkommenen Denkweise der gelehrten Klassen muß es allerdings als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen, daß es einmal keine Karrenschieber und keine Architekten von Profession mehr geben soll, und daß der Mann, der eine halbe Stunde lang als Architekt Anweisungen gegeben hat, auch eine Zeitlang die Karre schiebt, bis seine Thätigkeit als Architekt wieder in Anspruch genommen wird. Ein schöner Sozialismus, der die Karrenschieber von Profession verewigt!

Soll die Gleichwerthigkeit der Arbeitszeit den Sinn haben, daß jeder Arbeiter in gleichen Zeiträumen gleiche Werthe produzirt, ohne daß man erst einen Durchschnitt zu nehmen hätte, so ist das augenscheinlich falsch. Bei zwei Arbeitern, auch desselben Geschäftszweigs, wird sich das Werthprodukt der Arbeitsstunde immer nach Intensität der Arbeit und Geschicklichkeit verschieden stellen; diesem Uebelstand, der indeß nur für Leute à la Dühring einer ist, kann nun einmal keine Wirthschaftskommune, wenigstens nicht auf unsrem Weltkörper abhelfen. Was bleibt also von der ganzen Gleichwerthigkeit aller und jeder Arbeit? Nichts als die pure renommistische Phrase, die keine andre ökonomische Unterlage hat, als die Unfähigkeit des Herrn Dühring, zu unterscheiden zwischen Bestimmung des Werths durch die Arbeit und Bestimmung des Werths durch den Arbeitslohn — nichts als der Ukas, das Grundgesetz der neuen Wirthschaftskommune. Der Arbeitslohn für gleiche Arbeitszeit soll gleich sein! Da hatten die alten französischen Arbeiterkommunisten und Weitling doch weit bessere Gründe für ihre Lohngleichheit.

Wie löst sich nun die ganze wichtige Frage von der höheren Löhnung der zusammengesetzten Arbeit? In der Gesellschaft von Privatproduzenten bestreiten die Privatleute oder ihre Familien die Kosten der Ausbildung des gelernten Arbeiters; den Privaten fällt daher auch zunächst der höhere Preis der gelernten Arbeitskraft zu; der geschickte Sklave wird theurer verkauft, der geschickte Lohnarbeiter höher gelohnt. In der sozialistisch organisirten Gesellschaft bestreitet die Gesellschaft diese Kosten, ihr gehören daher auch die Früchte, die erzeugten größern Werthe der zusammengesetzten Arbeit. Der Arbeiter selbst hat keinen Mehranspruch. Woraus nebenbei noch die Nutzanwendung folgt, daß es mit dem beliebten Anspruch des Arbeiters auf „den vollen Arbeitsertrag“ doch auch manchmal seinen Haken hat.

Zur Kulturgeschichte der Deutschen.

II.

Wir bedürfen auch einer naturwissenschaftlichen Erklärung, wie es kommt, daß die Slawen und Littauer, welche den Germanen am nächsten verwandt und die ersten Jahrhunderte nach der Auswanderung aus der Urheimath deren Schicksalsgenossen waren; sich zu so verschiedenen Völkern entwickelt haben. Der Unterschied der drei Stämme in der Sprache kann ursprünglich nur ein mundartlicher gewesen sein, kaum so bedeutend als der heutige zwischen Hochdeutsch und Plattdeutsch — soviel läßt die Sprachforschung selbst jetzt noch erkennen. Sie verehrten anfangs dieselben Götter, und sogar der Name des Göttervaters Odin (Wotan) war ihnen gemein. Sie zeigten sich alle drei lange Zeit gleich spröde gegen Stammesvereinigung und Staatenbildung; auch erfolgte bei allen dreien die Verschmelzung zu einem Volke und Staate durch Anstoß und Eingriff von außen. Wie kommt es, daß die drei Völker sich so weit verschieden fortentwickelt haben, ja, daß der älteste Name, mit welchem alle Slawen und Littauer die Deutschen bezeichnen, die „Stummen“ (Njemzi, d. h. welch die eigne Sprache nicht sprechen) bedeutet, während sie sich selbst die „Sprechenden“ (Slawane, Littwi) nennen? — Die Erklärung hierfür ist nicht so einfach als die vorige.

Wenn man annimmt, daß bei der ersten Auswanderung die Littauer den Vortrab, die Slawen die Mitte, die Germanen den Nachtrab bildeten, und daß die letzteren der vorwärts treibende, weil immer selbst von den Mongolen, und später den Medo-Persern getriebene Stamm waren, und des Steppenbodens wegen Jahrhunderte lang nicht stark zusammengedrängt leben, nicht weithin mit einander verkehren konnten, so begreift man, daß die kleinen ursprünglichen Unterschiede des Volksthums sich rasch vermehren mußten. Zuerst fanden die Littauer ihre dauernden Wohnsitze, als sie die Ostsee erreicht hatten und sich nicht entschließen konnten, Seefahrer zu werden. Vielleicht war bei diesem tapferen Volke der Widerwille gegen Unternehmungen zur See, welcher sie bis heute kennzeichnet, dadurch verursacht, daß die Ostsee dazumal noch mit dem Eismeere zusammenhing, stürmisch und im Sommer voll Eisberge war. Hier fand schon 450 Jahre v. Chr. Geb. der Grieche Pytheas von Marseille die Grenzen zwischen den Estiern und Finnen, wie wir sie heute noch finden, wie Kohl (der sie in den Ostseeprovinzen) nachgewiesen hat — der Wald oder norddeutsche Landrücken trennte sie; sie hat also die mongolischen Ureinwohner zuerst weit zurückgedrängt nach Norden. Von den Slawen im Osten und Süden umflossen, mit denen sie stets in Frieden lebten, und durch die Ostsee auf langen Linie begrenzt, hatten sie nur einen schmalen Grenzstreifen gegen die Mongolen zu vertheidigen (im heutigen Livland) und obwohl ihnen diese im langem Verlaufe der Zeit genug Weiber und Kinder geraubt haben müssen, weil sie sich seitdem zu einem völlig weißen Volke, den Finnen einschließlich der Liven, Esthen, Karelen, Tschuden umgebildet haben, so hörte doch der Grenzkampf wohl bald auf, wenn wir davon nur noch schwache Denkmäler übrig haben. Dieses Volk also, mit einer ganz offenen Grenze, verdankte es seiner Friedensliebe, daß es wohl zwei Jahrtausende ein fast ungestörtes Leben führte, und diese Friedensliebe verdankte es seiner Einkapselung und Genügsamkeit auf einem blos mäßig ergiebigen Boden, sowie dem Mangel an Reiz zu einem Räuberleben, wo so wenig einladende Länder angrenzten. Zur Bildung eines Staats und Volksganzen, welches sich rasch eigenthümlich fortentwickelte, schritten sie aber erst bald nach 1200 n. Chr. Geb., als die Deutschordens- und die Schwertritter ihnen in Preußen, in Liv- und Kurland große Volkstheile und Landstrecken raubten, machten ihnen den Sieg sehr schwer und suchten später Schutz gegen die mächtigeren Nachbarn durch Anschluß an Polen.

Ganz anders mit den Slawen. Sie hatten kaum den dichten Hochwald des mittleren Rußland etwas gelichtet, als sie von Norden und Osten her — später nach dem Wegzug der Deutschen aus Südrußland (zwischen etwa 300 vor und 375 nach Chr. Geb.) auch von Süden her auf überall ganz offner Grenze furchtbar bedrängt wurden. Diese bei allen Slawenstämmen mindestens ein Jahrtausend, bei den russischen wohl zwei Jahrtausende anhaltende Bedrängniß nahm eine zweifache Gestalt an. Einerseits war sie ein unablässiger Grenzkrieg, indem die verdrängten Mongolenstämme jährlich bald hier, bald dort überraschende Einfälle machten, die waffenfähigen Männer mordeten, Weiber und Kinder behufs Verehlung der eigenen Rasse mitnahmen und vor den Verfolgern mit ihren Heerden leicht entwichen, um wie die Fliegen immer wiederzukehren. Gegen dieses Raubwesen schützte man sich zwar durch Grenzwachen, aber auf einer so ausgedehnten Grenze nur unvollkommen. Diese stete Kriegsbereitschaft bekommt zuletzt auch das tapferste Volk satt. Die Grenzstämme zogen also davon; es suchten und fanden die Bulgaren (Anwohner der Wolga, und bereits ganz slawisirt um 600 nach Chr. Geb.) neue Wohnsitze im griechischen Kaiserreiche zwischen Donau und Balkan, die Serben zum Theil zwischen der Donau und dem adriatischen Meere, zum Theile in der Lausitz, die Czechen in Böhmen und Mähren, die Slowaken im Norden Ungarns, die Wenden zum Theil in Steiermark, zum Theil zwischen Saale und Oder, die Obotriten in Mecklenburg, die Pomoren in Pommern, die Masuren in Westpreußen u. s. w., während die übrigen Slawenstämme sich weiter nach Westen zusammendrängten und Polen füllten und so eine leere Strecke zwischen sich und den Mongolen ließen — alles um 600 n. Chr. Bald aber war durch beiderseitigen Volkszuwachs der trennende leere Raum wieder ausgefüllt, und der ewige Grenzkrieg begann wieder und wuchs im 9 Jahrhunderte bis zur Unerträglichkeit. Andererseits eroberten die Mongolen zweimal fast ganz das slawische Gebiet.

Die erste dieser Eroberungen war die der Hunnen, welche, wohl eine Million berittener wilder mongolischer Räuber stark, nach 375 n. Chr. die letzten deutschen Stämme aus Südrußland vertrieben, bis in die nach ihnen benannte ungarische Steppe

vordrangen und unter der „Gottesgeißel" Attila siebzig Völker, meist slawischen und deutschen Stammes, in ein Eroberer-Reich vereinigten (um 450) Für die Süd- und West-Slawen wiederholte sich diese furchtbare Ausbeuterwirthschaft, als um 900 ein Tartarenstamm, die Magyaren, in Ungarn einbrach und mit Hülfe der dortigen Hunnen ein Reich, auf die Knechtschaft und Kriegsfolge vieler Slawenstämme gegründet, errichtete, und als die Türken bald nach 1200 in der heutigen europäischen Türkei festen Fuß faßten und die dortigen Slawen theils unterjochten, theils zu steter Kriegsbereitschaft zwangen. Die entsetzlichste Staupe aber kam 1227 über die Russen, als die Mongolenschaaren des Botu und Oktai das Land gänzlich eroberten und 250 Jahre lang auf das Unglaublichste aussaugten.

Es bleibt zu erklären, wie dies möglich war. Um 862 nach Chr. — so erzählt uns der alte Mönch Nestor — kamen die russischen Slawen überein, sich die Hülfe der Normannen (Waräger, Wäringer, auch Russen genannt) gegen ihre unerträglichen Grenznachbarn, die Mongolen, zu erbitten, angeblich auf den Grund hin, daß sie nicht einig zu sein und sich selbst zu regieren verständen. Aus der mönchischen Höflingssprache Nestor's in die Wahrheit übersetzt, heißt dies soviel, daß die Slawen aus altgermanischem Unabhängigkeitstrieb keine staatenbildende Kraft erwerben konnten. Die Normannen, welche seit lange einen gewinnreichen Handel zwischen Ostsee und Schwarzem Meere auf dem Wasserwege über die Düna und den Dniepr betrieben hatten, zeitweilig auch mit Seeraub verbunden, hatten sich seit tausend Jahren in Skandinavien zum verwegensten aller Eroberervölker ausgebildet. Sie ließen sich nicht zweimal einladen, setzten sich als Kriegerkaste unter den östlichen Slawen fest, denen sie den eignen Namen „Russen" (Rothköpfe) beilegten und vereinigten sie zu einem Reiche, welches seine Grenzen bald auf Kosten der Mongolen ausbreitete und Frieden im Inneren erhielt. Ganz allmählich entwaffneten sie das Volk, welches ohnehin des bewaffneten Friedens müde war, nahmen ihm nach und nach die eine Hälfte alles Landes, das Gemeindeland, zur Erhaltung ihres Lehnsadels hinweg, nöthigten das Volk zum griechischen Christenthume und mit Hülfe der christlichen Verdummung zum Frohndienste auf dem Lande des Adels und verhinderten die Bildung von Städten, einer Bürgerschaft und der Künste und Wissenschaften. Handwerke, Handel und Künste durften blos von geduldeten Fremdlingen (Tartaren, Armeniern, Griechen, Zigeunern ꝛc.) betrieben werden, und die einzigen Festungen außer Moskau waren die Burgen des Lehnsadels, während die Dörfer nie in dichten Gruppen, sondern in langen Linien von Gehöften angelegt werden mußten. Wir finden genau dieselbe Politik bei den Herrschern aller Slawenstämme wieder, so daß es dahingestellt bleiben muß, von wem die Erfindung ausgegangen ist. In Polen soll nach Wuttke's Forschungen ein medischer Lehnsadel sich dem Volke aufgehalst und die Juden aus den Rheingegenden (welche ebendamals, um 1280, durch grausame Verfolgungen von dort vertrieben wurden) ins Land eingeladen haben, um das Entstehen eines Städtewesens und Bürgerstandes zu verhüten. In Ostdeutschland thaten dasselbe die deutschen Eroberer, bevor die Kaiser die Städtegründung zur Stütze ihrer eignen Macht gegenüber dem Adel betrieben. In Ungarn thaten dasselbe die herrschenden Magyaren, in der Türkei die Türken. Als nun der große Mongolenschwarm (1227) über Rußland hereinbrach, war das Landvolk bereits ganz entmannt, die Niederlage der Großfürsten (sie hatten obendrein das Land unter sich getheilt) vollständig; die dritthalbhundertjährige Ausbeutung durch den Mongolen-Tribut und die vielköpfige Großfürsten-Erpressung vollendete die Leibeigenschaft der Bauern und die Erniedrigung des Volksgeistes, und die Erlösung vom Landesfeinde konnte lediglich dadurch zu Stande kommen, daß die Großfürsten einander metzelten und beraubten, bis ein einziger ganz unbeschränkter, sklavisch anzubetender Gewaltherrscher übrig blieb.

Da die Deutschen im Mittelalter ganz ebensosehr die Leibeigenschaft und das Faustrecht unter sich einreißen ließen, so haben sie den Slawen, welche weit schlimmer daran waren, in dieser Hinsicht nichts vorzuwerfen, und sie verdanken es noch zu erklärenden Ursachen, daß sie die Gräuelwirthschaft des Mittelalters viel früher abschüttelten, welche in den ostslawischen Ländern bei steter Andauer der Ursachen bis heute das Landvolk in unwürdigen Fesseln und im Elend erhält. Es steht fest, daß die Slawen noch gerade genug germanischen Freiheitsgeist im Blute ererben, um allen Kulturvölkern nachzueilen. Es bedarf nur eines genügenden Anstoßes, um den vielhundertjährigen Alpdruck der Entmuthigung und Verdummung abzuwerfen und jenen entsetzlichen Fanatismus der Rache zu entfesseln, durch welchen die Kosaken (die „Freien", geflüchtete russische und polnische Leibeigene der südrussischen Steppe) und die Czechen in den Hussitenkriegen, sowie am Ende des vorigen Jahrhunderts die Serben der Türkei, und ganz neuerdings Monteneginer und Bulgaren sich furchtbar für ihre Unterdrücker gemacht haben, von zahlreichen kleineren Erweisen ähnlicher Art gar nicht zu reden. Wir wissen genau, was wir sagen, wenn wir eine Wiederauferstehung des Freiheitsgeistes und darauf folgende Kulturblüthe unter allen Slawen als ganz nahe bevorstehend verkünden. Und Europa wird sie so wenig zu fürchten haben, daß vielmehr für es ein neuer Völkerfrühling davon zu erwarten ist.

Wettstreit und Gleichheit.

Die neu erschienene Monatsschrift: „Die neue Gesellschaft" enthält einen Artikl aus der Feder von Dr. A. Schäffle über die natürliche Zuchtwahl in der menschlichen Gesellschaft, in dem ausgeführt ist, „daß es ein hoffnungsloses Unterfangen wäre, den Streit aus dem Spiel der sozialen Wechselwirkungen völlig auszuschließen, die Aufgabe der zukünftigen Gesellschaft wäre nur, diesen Streit moralisch zu machen."

Ein solcher Gedanke hat auf den ersten Blick viel Bestechendes. Wissen wir doch, daß dem Wettstreit der Völker und der einzelnen Individuen die schnelle Entwicklung der Industrie zu danken ist, und wissen wir doch, daß die Kulturentwicklung von der rohen Bethätigung des Faustrechts bis zur „freien Konkurrenz" die Tendenz zeigt, den Kampf der Menschen moralischer zu gestalten, und so kommt man leicht in den Gedankengang des Hrn. Dr. Schäffle: Statt der unter der freien Konkurrenz sich fühlbar machenden Kapital-Aristokratie: „die Aristokratie der persönlichen Tüchtigkeit anzuerkennen" und den Satz: „Wer der Gesellschaft mehr leistet, soll mehr von ihr empfangen, mehr geehrt werden, soll herrschen" zu unterschreiben.

Und doch kann die Sozialdemokratie sich mit diesem Ziele durchaus nicht befriedigt erklären. Was den Gedanken so verlockend erscheinen läßt, ist eben der Umstand, daß in der That ein Fortschritt gegen die bestehenden Verhältnisse darin nicht zu verkennen ist; aber wir, die wir die völlige Befreiung und Gleichheit aller Menschen auf unsere Fahne geschrieben haben, wir müssen wohl prüfen, ob wir durch sorgloses Anerkennen der Aristokratie der persönlichen Tüchtigkeit nicht eine neue Ungerechtigkeit sanktioniren.

Solche Ungerechtigkeiten schleichen sich stets als eine erstrebenswerth erscheinende Errungenschaft ein; der Uebergang vom Tödten der Kriegsgefangenen zur Benutzung derselben als Sklaven wurde von diesen nicht minder froh begrüßt, als der Uebergang von der Leibeigenschaft zur „freien" Arbeit von den „freien" Arbeitern, welche sich willig den Kapital-Aristokraten, ihren Brotgebern, unterordneten. Heute haben wir die bittere Erfahrung hinter uns, bis zu welchem Druck eine ursprünglich als Fortschritt begrüßte mildere Suprematie empfunden werden kann. — Auch giebt Schäffle selbst zu, daß mit der neuen Gesellschaft unter der Aristokratie der persönlichen Tüchtigkeit nur eine neue Etappe in der Entwicklung gewonnen sein würde, und, wenn das der Fall ist, nun so liegt die Frage nahe, wozu mit offnen Augen in einen neuen Kampf gehen, den wir vermeiden können, warum nicht das Glück aller Menschen direkt und sofort anstreben?

Ist es also, fragen wir, wirklich ein hoffnungsloses Unterfangen, „den Streit aus dem Spiele der sozialen Wechselwirkungen auszuschließen"?

Und, nein können wir, nein müssen wir antworten, wenn wir die Frage in ökonomischer Hinsicht vom radikal-sozialdemokratischen Standpunkte beantworten wollen. —

Nicht der ökonomische Anreiz der persönlichen Tüchtigkeit, „mehr von der Gesellschaft zu empfangen", als Andere, soll die Basis der neuen Gesellschaft sein, sondern einzig und allein der Ehrgeiz des Pflichtbewußtseins!, ihr mit aller Kraft nützlich zu sein und die Freude, ihr viel genutzt zu haben, ohne dafür mehr zu empfangen.

Die persönliche Tüchtigkeit wollen wir gern ehren, aber sie zu einer neuen ökonomischen Aristokratie zu machen, das sei ferne von uns, das ist nicht nöthig! —

Sehen wir uns das Streben eines jungen Mannes an, der in den bürgerlichen Beruf tritt, so werden wir nur eine Tendenz in seinem Handeln sehen, die des Ehrgeizes, des Pflichtbewußtseins. Von Allen, die ihn kennen, als „tüchtiger Mensch" gekannt zu werden, ist sein nächstes Ziel und obgleich er sieht, wie heutzutage Zufall und Unglück oft die tüchtigsten Kräfte im Kampfe unterliegen lassen; obgleich er durchschaut, daß durchaus nicht das Pflichtbewußtsein es ist, das ihm eine Gewähr für seine Zukunft geben kann, so strebt er doch, diese Eigenschaften zu erringen, damit man von ihm sage, er sei „ein tüchtiger pflichtbewußter Mensch." —

Wenn nun gar diese Eigenschaften die Basis der neuen Gesellschaft sind, so wird die seiner Zeit herrschende Moral eben den ehren, der den Ehrgeiz hat, pflichtbewußt und ohne Selbstsucht — zu sein und die Erkenntniß, daß dieses Streben das Glück der Welt begründet, wird es dem Einzelnen zu größter Herzensfreude machen, im Sinne dieser Moral zu leben. —

Das war auch der Grundgedanke, der durch das reine selbstlose, empfindungsselige Christenthum hindurchklingt: das Streben nach Selbstzufriedenheit ist das höchste Glück, höher als der ganze Bettel, selbst einer Milliarde von Dotation!

Es ist eben keine zum Nachtheile für die Gesammtheit werdende Vergewaltigung des Starken, wenn ihm ökonomisch die Gelegenheit genommen wird, aus seiner Tüchtigkeit Kapital zu schlagen: dieselbe moralische Erkenntniß, welche die rohe Gewalt als Faktor aus dem Streit ausschließt, rechtfertigt auch den Ausschluß der Suprematie der persönlichen Tüchtigkeit, und die Aengstlichkeit, mit der wir uns vor einer neuen Aristokratie schützen, wird uns von dem höchsten Gebot, von dem der Gleichheit vorgeschrieben und von der Selbsterhaltungsrücksicht des angestrebten Staats geradezu diktirt.

Wenn rein demokratische Verfassungen die Wiederwahl selbst des tüchtigsten Präsidenten verbieten, so liegt unter Umständen darin sogar eine Schädigung der Gesammtheit, wenn ein minder Befähigter auf den Präsidentenstuhl berufen werden muß. Aber doch ist das Gesetz gut, um den Uebergang zu despotischen Uebergriffen zu verhindern. Ist doch, wie Cicero sagt, jedes Gesetz so lange gut, bis es in schlechte Hände kommt. So würden wir, — selbst den bestrittenen Nachtheil für die Staatsleitung aus der ungelohnten größeren persönlichen Tüchtigkeit zugegeben — uns im höheren Interesse lieber diesen kleinen Nachtheilen fügen, als einen neuen aristokratischen Keim zu schaffen, der schlechten d. h. zu egoistischen Händen den Dolch in die Hand geben könnte, den hohen Gleichheitsgedanken — wenn einst durchgedrungen — wieder zu meucheln.

S. L.

Vermischtes.

— Die nordamerikanischen Schuhfabriken. Die nordamerikanische Schuhindustrie, deren hohe Entwicklung die Aufmerksamkeit aller Fachkreise seit Jahren auf sich zieht, ist der Gegenstand einer ausführlichen, beachtenswerthen Darstellung in einem Buche von H. A. Schneider, betitelt: „Die Schuhmacherei auf der Weltausstellung in Philadelphia 1876" (Weimar bei B. F. Voigt), dem wir folgende Mittheilung von allgemeinerem Interesse entnehmen.

Der nordamerikanische Gewerbefleiß hat sich seit Jahren, gezwungen von dem hohen Preise menschlicher Arbeit und unterstützt durch ein treffliches Patentgesetz, die Erzeugung neuer Maschinen zur Erleichterung der Schuhfabrikation, und zwar mit bestem Erfolge, angelegen sein lassen. In Folge davon sind die Hausindustrie und der Kleinbetrieb in der Schuhmacherei in den Vereinigten Staaten schon längst durch den Großbetrieb verdrängt, der zahlreiche Maschinen und Motoren beschäftigt. Die amerikanische Schuhindustrie stützt sich vorwiegend auf das Kapital, erst in zweiter Linie auf die Arbeit, (?) und liefert mit den mächtigen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, auch in technischer Hinsicht das Vollendetste.

Der Umfang dieses Industriezweiges ist sehr beträchtlich. Nach den Angaben des Census vom Jahre 1850 wurden in den Vereinigten Staaten 11,300 Betriebe für Fertigung von Schuhen und Stiefeln gezählt; darin waren 72,305 männliche und 32,498 weibliche Personen, zusammen 104,803 Personen beschäftigt. Bis 1860 hatte die Zahl der Betriebe nicht erheblich zugenommen; sie war nur bis auf 12,500 gestiegen; dagegen hatte eine ansehnliche Erweiterung der bestehenden Etablissements stattgefunden, und waren die inzwischen neugegründeten meist im großartigsten Stile angelegt. Der in den sechsziger Jahren tobende Bürgerkrieg, der manchen andern Industriezweig schwer heimsuchte, hatte die Schuhindustrie nicht nur nicht geschädigt, sondern sogar in wirksamer Weise gefördert. So wurden denn bei dem Census vom Jahre 1870, dem letzten allgemeinen, 26,977 Betriebe für Schuh- und Stiefelwaren (einschl. der für Schuhmacher-Werkzeuge) gezählt, worin im Ganzen 231,552 Personen (186,218 männliche, 38,875 weibliche, 6459 Kinder) beschäftigt wurden. Im Jahre 1870 wurden über 80 Millionen Paar Schuhe und Stiefel erzeugt, die fast sämmtlich im Innlande verbraucht wurden, da die Ausfuhr sehr unbedeutend ist.

Die Neu-England-Staaten, mit Massachusetts an der Spitze, sind die Hauptsitze der Schuhindustrie. Massachusetts allein produzirt etwa zwei Drittheile aller in den Vereinigten Staaten verbrauchten Schuhwaren. Die Stadt Boston hat, neben starker eigener Produktion, fast das gesammte Commissions- und Handelsgeschäft der Branche in der Hand. Von dort aus wurden nach Plätzen außerhalb der Neu-England-Staaten 1870 1,250,000, 1873 1,336,000 und 1876 1,521,000 Kisten mit Schuhwerk versandt, von denen jede entweder 2 Dutzend Paar Herrenstiefel oder 5 bezw. 12 Dutzend Paar Damen- bezw. Kinderstiefel faßt. Diese Zahlen deuten auf eine sehr große Produktion, die aber außerdem noch den eigenen Verbrauch, der bei 3½ Millionen Einwohnern nicht unbedeutend sein kann, befriedigt. Hauptplätze der Fabrikation sind neben Boston die Orte Lynn, Haverhill, Wuster, Danvers, Brocton u. a. m.

Bei den immer weiter gehenden Anstrengungen, die Leistungsfähigkeit der Fabriken zu vergrößern, ist gegenwärtig die Möglichkeit hergestellt, dem Bedarfe in jeder Höhe zu genügen. Dem gegenüber ist jedoch die Nachfrage auf dem heimischen Markte nicht gestiegen, sondern herabgegangen, so daß für die amerikanische Schuhfabrikation der auswärtige, überseeische Absatz eine wichtige Frage wird. Bis jetzt hat sich gezeigt, daß die nordamerikanische Schuhindustrie wohl auf ihrem eigenen Markte lebensfähig ist und hier jeder Concurrenz die Stirne zu bieten vermag, daß sie aber z. B. noch nicht exportiren kann. Wie gering thatsächlich die Ausfuhr ist, geht daraus hervor, daß aus dem Hafen von New-York, der für den Export von Schuhwaren fast ausschließlich in Betracht kommt, im Jahre 1875 nur 2721 Kisten mit Schuhen und Stiefeln im Werthe von 188,058 Dollars und im Jahre 1876 sogar nur 2585 Kisten im Werthe von 129,654 Dollars nach auswärtigen Hafenplätzen versandt wurden; dieser geringe Export erreicht nicht annähernd den Import englischer und französischer Waaren, wovon allein zwei Händler in Boston, nach deren eigenen Angaben, jährlich für 95—110,000 Dollars verkaufen. — Aus obigen Angaben kann man aber ersehen, wie auch in den Zweigen der Industrie, die bislang mehr noch in den Händen des Kleinbetriebs sich befanden ein fortwährendes Ringen sich kundgibt, dieselben vollständig der Großindustrie zu unterwerfen.

— Die Londoner Polizei. Aus dem Bericht des Chefs der Londoner Polizei, des Obersten Henderson, an den Minister des Innern pro 1876 geht hervor, daß die Gesammtstärke der zum Schutze der öffentlichen Sicherheit eingesetzten Macht 10,268 Mann betrug, eine wunderbar kleine Zahl für eine Einwohnerschaft, die jene des ganzen Königreichs Sachsen noch überragt. Von diesen 10,268 waren 674 in den Docks und Militär-Stationen beschäftigt, 562 in verschiedenen öffentlichen Verwaltungszweigen, Eisenbahnen und Instituten und 9032 in der eigentlichen Hauptstadt. Die Polizeigewalt der Metropole entfiel in 21 Oberbeamte, 224 Inspektoren, 907 Sergeanten und 7859 Konstabler. Das Gebiet wird in 21 Distrikte getheilt, mit Einschluß der Themse von Walton bis Erith. Verhaftet wurden in dem Jahre 76,214 Personen. Die Zahl der Verhafteten zeigt gegen das Vorjahr eine Zunahme von 3608, und zwar fast durchweg im Gebiete der Betrunkenheit, denn im Jahre 1875 gab es 36,539, im Jahre 1876 aber 38,748 wegen Trunkenheit und Ordnungsstörung Verhaftete. Alle anderen Anklagen zusammen zeigten eine Zunahme von 1623, bei einer reißend zunehmenden Bevölkerung; die Anklagen schwererer Natur, wie z. B. Raubversuche, zeigen sogar eine Abnahme gegen das Jahr 1875, welches sich unter zehn Jahren durch die geringe Anzahl ernstlicher Verbrechen auszeichnete. Der Bericht konstatirt ferner, daß während der letzten 10 Jahre in den Straßen Londons 1135 Personen durch Ueberfahren getödtet und 21,827 verwundet wurden; daß die Polizei während des Jahres 18,881 herrenlose Hunde aufgriff, daß 11,805 Personen, darunter 8531 Kinder im Alter unter 10 Jahren, der Polizei als verloren oder vermißt gemeldet wurden. Von den Vermißten wurden 5129 Kinder und 779 Erwachsene von der Polizei gefunden und ihren Angehörigen wiedergegeben. 103 Erwachsene verübten Selbstmord, und 8 Kinder und 140 Erwachsene verschwanden spurlos; die Uebrigen wurden entweder von ihren Angehörigen gefunden oder kehrten aus freien Stücken nach ihrer Behausung zurück.

— Die Einnahmen an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern haben im deutschen Reiche für die Zeit vom 1. April 1877 bis zum Schlusse des Monats September 1877 (im Vergleich mit der Einnahme in demselben Zeitraume des Vorjahres) betragen: Zölle 52,510,410 Mark (— 7,650,957 M.), Rübenzuckersteuer 3,734,976 M. (+ 1,216,304 M.), Salzsteuer 15,679,145 M. (+ 1,000,603 M.), Tabaksteuer 346,395 M. (— 13,269 M.), Branntweinsteuer 9,548,552 M. (— 961,058 M.), Uebergangsabgaben von Branntwein 47,069 M. (— 9824 M.), Brausteuer 7,588,352 M. (— 175,459 M.), Uebergangsabgaben von Bier 416,901 M. (+ 1571 M.): Summa 82,401,848 M. (— 6,592,089 M.)

— Die „Nadel der Kleopatra". Der unter diesem Namen bekannte, seiner Zeit von Mehemed Ali der englischen Regierung geschenkte Obelisk, war bekanntlich vor einigen Wochen, nachdem er Jahrhunderte lang in einiger Entfernung von der Küste halb versunken im Erdreich gelegen, von englischen Ingenieuren gehoben und zum Transport nach England zu Wasser gebracht. Man hatte zu diesem Zwecke um den Obelisken herum, während er noch auf dem Lande lag, einen großen hohlen, nach beiden Enden spitz zulaufenden eisernen Cylinder gebaut, dessen Größe so berechnet war, daß er den steinernen Koloß im Wasser zu tragen vermochte und noch weit genug aus dem Wasser hervorragte, um auf einem im oberen Theile des Cylinders angebrachten kleinen Deck einigen mit dem Manövriren dieses neuartigen Fahrzeuges beauftragten Leuten einen einigermaßen sicheren Aufenthalt zu gewähren. Nachdem der Cylinder unter mehrfachen Schwierigkeiten glücklich zu Wasser gebracht, hatte man ihn im Dock zu Alexandria an beiden Seiten mit einer Art falschen Kiels versehen, um der voraussichtlichen Neigung desselben, im Seegange zu rollen, thunlichst entgegenzuwirken, und war dann das ganze Ungethüm Mitte vorigen Monats im Schlepptau des Liverpooler Dampfers „Olga" von Alexandrien nach England in See gegangen. Nach einer zwar langsamen, aber bis dahin glücklichen Reise wurde die „Olga" in der Nacht von Sonntag auf Montag unweit Cap Finisterre von einem schweren Sturme aus SW. überfallen, infolge dessen die am Bord des Cylinders befindlichen Leute sich gezwungen sahen, um Hilfe zu signalisiren. Die „Olga" setzte ein Boot mit ihrem zweiten Offizier und 5 Mann aus, um die gedachten Leute aufzunehmen, doch kenterte das Boot, und die darin Befindlichen fanden ihren Tod in den Wellen. Am folgenden Morgen machte ein anderes Boot der „Olga" einen zweiten Versuch zur Bergung der auf dem Cylinder befindlichen Mannschaften, der glücklicherweise gelang, worauf die „Olga" bei fortwährend zunehmendem Sturm den Obelisken in 44° 53' n. Br., 7° 52' w. L. loswerfen mußte. Die Befürchtungen, daß der Obelisk damit auf Nimmerwiedersehen verloren sei, scheint sich jedoch nicht zu bewahrheiten, denn wie ein bei Lloyds eingegangenes Telegramm aus Ferrol meldet, ist derselbe von dem englischen Dampfer „Fitzmaurice" 90 Meilen nördlich von Ferrol angetroffen und ins Schlepptau genommen worden.

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 131. Mittwoch, 7. November. 1877.

Das sozialistische Prinzip

findet jetzt schon hin und wieder eine ruhige, sachgemäße und unparteiische Erörterung; dies ist um so mehr anzuerkennen, wenn man die krampfhaften Bemühungen der Böhmerts, der Hirsche u. s. w. täglich liest, die sozialdemokratische Partei durch Schmähungen und Verleumdungen zu vernichten.

Daß Professor Dr. Schäffle ganz besonders durch sein Werkchen: „Die Quintessenz des Sozialismus" in aufklärender Weise in den höheren Kreisen eingewirkt hat, ist längst anerkannt, aber wir erfahren auch aus den vielen Zuschriften von Beamten, Lehrern, Kaufleuten und Studenten, die wir erhalten, daß sich aus der herrschenden Gesellschaft ein gesunder Kern loslöst, der nicht in dem allgemeinen Fäulnißprozeß der oberen Schichten mit untergehen will.

Aber auch mannhafte und talentvolle Schriftsteller der anderen Parteien scheuen sich nicht, offen der Wahrheit die Ehre zu geben und so dieselbe auch in den bürgerlichen Kreisen wenigstens zur Kenntniß zu bringen.

So haben wir schon einmal der „Allgemeinen Lauenburgischen Landeszeitung" Erwähnung an dieser Stelle gethan, als dieselbe in klarer Weise sich gegen die Schimpfereien der „Sozialistenstampfmühle" des Herrn Professor Böhmert wandte.

Heute sind wir wiederum in der Lage, dieser in Ratzeburg erscheinenden Zeitung, als einer rühmlichen Ausnahme von der allgemeinen Regel, Erwähnung thun zu können. Wir finden nämlich in der Nummer vom 30. Oktober eine Correspondenz, die über einen Vortrag des Redakteurs der „Allgemeinen Lauenburgischen Landeszeitung", des Herrn Lündner, in folgender Weise berichtet:

„Ratzeburg, 28. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Bürgervereins sprach Redakteur Lündner über das sozialdemokratische, oder richtiger sozialistische Wirthschaftssystem im Gegensatz zu dem modernen. Redner wies auf die hohe Bedeutung der sozialen Bewegung hin, die lawinenartig wachse, und die, so gut wie die politischen Revolutionen früherer Zeiten, ohne tiefgehende Spuren an der gegenwärtigen Gesellschaft auch dann nicht vorübergehen werde, wenn wirklich das sozialistische Prinzip nicht zum Siege käme. Redner leitete die soziale Bewegung daraus her, daß man vielerseits zu der Einsicht gekommen, daß die politische Gleichheit, die unser Volk sich errungen, für die große Mehrzahl fast ganz bedeutungslos sei, wenn mit ihr Hand in Hand nicht auch eine Gleichstellung der Rechte auf wirthschaftlichem Gebiet erfolge. Mit der Frage, ob und wie das möglich sei, hätten sich die berühmtesten Volkswirthschaftslehrer schon seit lange beschäftigt, aber erst Lassalle habe es unternommen, die Ergebnisse der gelehrten Forschung jener in das Publikum und vor die Arbeitermassen zu bringen, um sie für ihr eigene Sache zu erwärmen. Das Fundamentalprinzip, gegen das er seine überaus bedeutende und mächtige Agitation gerichtet, sei gewesen das des „ehernen ökonomischen Lohngesetzes", d. h. daß dem Arbeiter als Aequivalent für seine Arbeit nicht gegeben werde der volle ihm gebührende Ertragsantheil, sondern nur soviel, wie zum nothwendigen Lebensunterhalte ausreiche, „der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung nothwendig ist." In seiner berühmten Rede, die Lassalle im Mai 1863 zu Frankfurt a. M. gehalten, habe er den Nachweis geführt, daß das thatsächliche Bestehen dieses Gesetzes von den berühmtesten und anerkanntesten Nationalökonomen (wie Adam Smith, John Stuart Mill, Professor Rau, Professor Zachariä, Professor Roscher) constatirt worden. Von hier aus habe Lassalle das heutige System der Privatwirthschaft angegriffen und die einzige Rettung für unser Volk, wenn es nicht endlich demselben unterliegen solle, in dem Kollektivsystem erblickt."

„Redner schildert nun kurz, inwiefern der Sozialismus die Privatwirthschaft für so gefährlich halte und so große Gefahren und eine so schroffe Ungerechtigkeit darin erblicke, und versuchte sodann in den Grundzügen ein Bild der Collectivwirthschaft und des sozialistischen Staates, wie der denkende und zielbewußte Sozialismus ihn construirte, zu geben. Dieser Collectivismus sei streng vom Communismus zu unterscheiden. Nicht eine Gleichtheilung aller Güter wolle der heutige Sozialismus, sondern vielmehr sei das ihm vorschwebende Ideal, daß das Kapital, d. h. die gesammten Produktionsmittel, natürlich auch Grund und Boden, aus dem Privatbesitz in denjenigen des Staates, d. h. in den Besitz der Gesammtheit übergehe, daß also die Produktion nicht im Dienste der Privatspekulation stehe, sondern in den Dienst des Staates trete, und daß sie geregelt werde nicht durch die blinde Concurrenz, sondern durch die bewußte Regie des Staates. Verständlicher suchte Redner diesen sozialistischen Zukunftsstaat durch Ausführung des schon bestehenden Staatssystems der Eisenbahn, Post 2c. zu machen und wies schließlich darauf hin, daß es Jedes Pflicht heute sei, an der Lösung der sozialen Frage, die sich durch ein verächtliches Achselzucken nicht mehr hinwegläcHeLn lasse, sondern zu einer ungeheuren, für die wirthschaftliche Existenz geradezu entscheidenden Bedeutung angewachsen sei, beizutragen. Dazu sei es aber nöthig, daß man das wirthschaftliche System, welches dem heute herrschenden feindlich gegenübertrete, kennen lerne."

Soweit der Bericht.

Wenn man den dem Arbeiter gebührenden Ertragsantheil in den der Arbeiterklasse oder der Gesammtheit gebührenden Ertragsantheil an den Produkten der Arbeit übersetzt, wenn man für Communismus sagt: der landläufige Begriff vom Communismus, dann haben wir eine kurze und ziemlich correcte Auffassung des sozialistischen Prinzips vor uns — und es gehört wahrlich Muth dazu von Seiten eines Redakteurs einer liberalen Zeitung, diese in einem liberalen Bürgerverein zu geben.

Daß mehrere Gegenredner in der Versammlung auftraten, welche dem Sozialismus jede Berechtigung absprachen, ist wohl selbstverständlich — aber wo das Prinzip des Sozialismus zur ordnungsgemäßen Debatte steht, da siegt es auch. Und wer es auch immer sei, der dies bewerkstelligt, er leistet der wahren Volkssache einen Dienst.

Zur Impffrage.

Der bestehende Impfzwang findet die lebhafteste Bekämpfung und nicht zum Wenigsten in den Reihen unserer Parteigenossen. Es ist deshalb geboten, Material darüber zu sammeln und der öffentlichen Beurtheilung zu unterbreiten; man muß in allen Dingen möglichst klar sehen.

In einem Bericht über „die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Braunschweig in den Jahren 1864—1873" findet sich folgender Abschnitt über die „Pocken."

„Von den sogenannten epidemischen Krankheiten haben zunächst die Pocken in ungewöhnlicher Weise die hiesige Stadt heimgesucht. Sie waren diesmal die Pestilenz, welche, wie die Erfahrung aller Zeiten lehrt, große Kriege zu begleiten pflegt. Im ganzen Jahrzehnt starben 272 Personen an den Pocken und 259 in den Jahren 1871 und 1872. Es starben im Jahre 1871 23, 1872 22 von 10,000 Einwohnern, und 1802 Personen oder 303 von 10,000 Einwohnern wurden in den beiden Jahren als daran erkrankt von den hiesigen Aerzten in den Monatsberichten gemeldet.

Daß sehr viele Erkrankungen von den Aerzten nicht verzeichnet sind, ergiebt sich aus dem Umstande, daß nur 207 Todesfälle durch Pocken sich in den Monatsberichten der beiden genannten Jahre finden, demnach 65 Todesfälle weniger als in den Todtenscheinen. Nimmt man an, daß in demselben Verhältnisse Erkrankungsfälle nicht verzeichnet wären, so würden 2255 Erkrankungen in den beiden genannten Jahren stattgefunden haben, was 383 von 10,000 Einwohnern ausmachen würde.

Von 1000 Personen wurden als an Pocken erkrankt gemeldet im Alter von

Jahren	0—1	1—2	2—3	3—4	4—5	5—10	10—15	15—20
	2,9	1,1	0,2	—	0,2	0,7	1,3	2,9
„	20—25	25—30	30—40	40—50	50—60	60—70	70—	
	7,1	4,9	6,7	3,7	3,1	1,8	1,2	

von 1000 Erkrankten starben im Alter von

Jahren	0—1	1—2	2—3	3—4	4—5	5—10	10—15	15—20
	566	375	—	—	—	94	53	6
„	20—25	25—30	30—40	40—50	50—60	60—70	70—	
	58	86	84	121	261	222	357	

im Ganzen starben nach den Todtenscheinen von 1000 Personen im Alter von

Jahren	0—1	1—2	2—3	3—4	4—5	5—10	10—15	15—20
	3,2	0,6	—	—	—	—	—	0,4
„	20—25	25—30	30—40	40—50	50—60	60—70	70—	
	0,5	0,7	0,6	1,2	0,5	0,5	0,6	

Aus obiger Uebersicht ergiebt sich, daß im stärksten Maße Kinder unter 2 Jahren von den Pocken ergriffen und gestorben sind, später war die Neigung, daran zu erkranken und zu sterben sehr gering, nahm aber vom 20. Jahre an wieder zu bis zum 4. Jahrzehnt und scheint vom 5. an allmählich wieder abzunehmen. Die Abnahme der Sterblichkeit scheint erst in den 60er Jahren anzufangen. Bei den Erkrankten war die Gefahr zu sterben am größten in dem 1. Lebensjahre, wo mehr als die Hälfte erlag; sie war noch sehr groß im 2. Lebensjahre, wo mehr als 1/3 starb, von 2—5 Jahren ist von den Erkrankten Niemand gestorben, im Alter zwischen 5 und 15 Jahren starben 5—10 Procent, von 15—20 Jahren nur 1/2 Proc. Vom 20. Jahre an nahm die Sterblichkeit der Erkrankten rasch zu bis zum höchsten Alter hin, so daß von den 70jährigen wieder mehr als 1/3 gestorben ist. Daß die erste Jugend so stark ergriffen ist und wenn ergriffen, in größter Gefahr ist, der Krankheit zu erliegen, hat ohne Zweifel seinen Grund in dem Umstande, daß noch viele Kinder vor der Impfung angesteckt sind. Dann erlischt in Folge der Impfung die Neigung zum Erkranken fast völlig, und die Gefahr der Erkrankten zu sterben ist sehr gering. Mit der Länge der Zeit, welche nach der Impfung verflossen ist, steigert sich aber wieder die Erkrankungsgefahr und die Todesgefahr der Erkrankten. Daraus ergiebt sich, was durch unzählige Beobachtungen überall bestätigt ist, daß die Impfung ein vortrefflicher Schutz gegen diese Krankheit ist, daß aber die Schutzkraft derselben mit den Jahren nachläßt, und, wenn sie nicht wiederholt wird, sowohl die Gefahr zu erkranken, wie auch an der Krankheit zu sterben mit dem Alter wächst."

Die sorgfältigste Bearbeitung der vorgelegenen Thatsachen durch den Erstatter dieses Berichtes, Dr. med. Reck kann nicht in Zweifel gezogen werden. Nach den in demselben mitgetheilten Zahlen scheint festzustehen, daß die Impfung vor dem Erkranken schützt und in Erkrankungsfällen die Sterblichkeit vermindert und zwar Beides in einem bedeutenden Maaße. Das ist wichtig.

Ich bin indeß Gegner der Zwangsimpfung wegen der damit verbundenen anderweiten Ansteckungsgefahr. Nun wird mir von sachkundiger und meiner festen Ueberzeugung nach vorurtheilsfreier Seite versichert, daß die Gefahr der Ansteckung bei Anwendung der möglichen Sorgfalt und Vorsicht ganz verschwindend gering sei. Was besonders die Syphilis anbelangt, so wird mir auf's Entschiedenste gesagt, daß angeborene Syphilis bei nicht allzukleinen Kindern sich ganz unzweifelhaft erkennen lasse und daß ein tüchtiger und gewissenhafter Arzt wohl niemals in die Gefahr kommen könne, Lymphe von einem mit Syphilis behafteten Kinde zu entnehmen. Ich bemerke hierbei in Parenthese, daß man hiernach einen Impfarzt, der Syphilis überimpft, wegen fahrlässiger Körperbeschädigung oder Tödtung zur Bestrafung bringen kann; würde das nur in einem Falle geschehen, so würde erzielt werden, daß die weniger gewissenhaften Impfärzte aus eigenem Interesse in Zukunft die größeste Sorgfalt anwenden.

Ich bekenne offen, daß ich von dem Augenblicke an, wo ich mich davon überzeuge, daß bei pflichtgemäßer Sorgfalt der Aerzte die Gefahr der Ansteckung anderweiter Krankheiten verschwindend gering ist, aufhöre, ein Gegner des Impfzwanges zu sein. Denn, wenn die Impfung einmal vor den gefährlichen Menschenpocken schützt, so haben alle ein Interesse daran, daß der Ausbruch dieser entsetzlichen Seuche nach Möglichkeit verhindert werde.

Vielleicht kennt der eine oder der andere Parteigenosse zuverlässiges Material über die Ansteckungsfrage und giebt es zum Besten. Wobei es selbstverständlich nicht genügt, das Ansteckungsfälle aufgezählt werden (mit solchen kann ich selbst dienen), sondern wobei festgestellt sein muß, ob die Ansteckungen durch ein Verschulden des Impfarztes herbeigeführt sind und durch Anwendung der pflichtgemäßen Sorgfalt hätten vermieden werden können.

Wilhelm Bracke.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Nochmals der erste deutsche anti-sozialdemokratische Arbeitercongreß zu Gera. Ein Mitglied dieses Congresses schreibt an die „Social-Correspondenz" des Herrn Dr. Böhmert folgendes:

„Mit dem Hirsch'schen Programm, dessen einzelne Punkte der Congreß doch nicht gleichzeitig auf die Tagesordnung unserer gesetzgebenden Faktoren gestellt wissen will, ist die Gefahr der Zersplitterung um so größer, je umfassender und energischer der Congreß oder sein Ausschuß vorgeht. Oder glaubt man, daß die Schwerkraft der sozialen Frage die bisherigen Parteiunterschiede derart in den Hintergrund drängen wird, daß ein Zusammengehen derselben in den einzelnen Programmpunkten möglich wird? Fragen wir weiter, welche Mittel und Kräfte dem Congresse zur Ausführung seines Programms zu Gebote stehen, so lautet auch hierauf die Antwort unbefriedigend. Wer die soziale Frage im weiteren Umfange angreifen will, der muß vor Allem darauf Bedacht nehmen, daß er sich eine gut fundirte, materielle Basis für seine Arbeiten schaffe. Ob nun die Gewerkvereine, deren Vertreter doch einen wesentlichen Bestandtheil des Congresses ausmachten, genügende Geldmittel und geistige Kräfte abstoßen können, um neben ihren besonderen Vereinszwecken noch an der Ausführung des umfangreichen und inhaltsreichen Congreßprogrammes mit Erfolg zu arbeiten, müssen wir bezweifeln. Nicht viel besser wird es den übrigen Vereinen gehen, welche auf dem Congreß durch Delegirte vertreten waren. Sie Alle haben bekanntlich ihre liebe Noth mit der Beschaffung geistiger Kräfte und materieller Mittel, um ihren bisherigen Vereinszwecken zu genügen. Somit scheinen die wenig zahlreichen Einzelmitglieder des Congresses die Hauptstütze des Ausschusses zu bilden. Wir glauben, daß unter diesen Umständen eine Beschränkung des Programmes geboten gewesen wäre. Völlig unverständlich ist uns, wie Herr Dr. Hirsch das Bestehen und die Wirksamkeit des Congresses angesichts des bestehenden Vereinsrechts denkt. Daß Vereine sich durch Delegirte auf einem gemeinsamen Congresse vertreten lassen, steht mit keinem der bestehenden Vereinsgesetze in Widerspruch. Aber wie wird es, wenn diese Vereine das gedachte politisch-soziale Programm acceptiren und durch ihre Delegirten auf dem Congreß einen gemeinsamen Ausschuß wählen lassen, der statutengemäß eine umfangreiche Thätigkeit auszuüben hat? Dies ist erfahrungsgemäß nicht möglich, ohne daß eine Verbindung der Vereine in irgend einer Form besteht. Wir wollen diesen Punkt nicht eingehender erörtern, können aber unsere Ueberzeugung nicht unausgesprochen lassen, daß die beliebte Organisation rechtlich unmöglich ist, ja daß dadurch auch das Fortbestehen der Vereine, welche heute die Basis des Congresses bilden, gefährdet erscheint. Analogien, die diese Ansicht bestätigen, liegen ja nicht ferne."

Dieser „kalte Wasserstrahl" wird den armen sozialen Ritter Max wohl ernüchtert haben, der sich, eben in Berlin angekommen, von seiner Rosinante sofort auf den Pegasus geschwungen und seiner ewig fernen Dulcinea (öffentliche Meinung) folgendes Lied im „Gewerkverein" (unterzeichnet M. H.) sang:

„Es waren schwere Tage, die Tage von Gera, aber — alle Betheiligten werden es mit uns aussprechen — es waren auch schöne Tage. Schön zunächst durch den Sonnenglanz, der die bewaldeten Hügel des Geraer Thales Tag für Tag in herbstlicher Farbenpracht erglühen ließ und auch in die Menschenbrust Freudigkeit und Zuversicht strahlte. Schöner noch durch die Herzlichkeit, mit der uns die Gesinnungs- und Verbandsgenossen Gera's, vom obersten Vertreter der Stadt bis zu dem einfachen Arbeiter, aufnahmen und ununterbrochen bis zum Schlusse theilnehmend umgaben. Am schönsten aber durch den Gang und den Erfolg der Verhandlungen selbst, welche edlen Schwung mit sachlicher Gründlichkeit verbanden, erhabene Ziele durch rein sittliche und zugleich praktische Mittel erstrebten, und bei aller Freiheit und Mannigfaltigkeit der Ansichten, die sich anfangs mehrfach zu scheinbaren Gegensätzen aufbauschten, schließlich stets zu vollständiger thatenfroher Eintracht zusammenklangen. Das ist ja die höchste Befriedigung, wenn die Ueberwindung innerer Dissonanzen die sichere Aussicht eröffnet auf den Sieg über alle äußeren Widerstände."

„Schön", „schöner", „am Schönsten"! Daß der edle Max das „allerschönste", das gemeinsame Festmahl, bekannt durch

seine kirchlichen Gesänge und suppigen Toaste vergessen hat, giebt uns Wunder.

Die „vollständige thatenfrohe Eintracht" hat Dr. Hirsch jetzt schwarz auf weiß in der Böhmert'schen Correspondenz, in der ihm so sehr befreundeten Zeitschrift.

Uebrigens merken nach und nach die Mitglieder d-s Congresses, daß derselbe lediglich dazu da war, die „Gewerkvereine" etwas wieder aufzufrischen, und nachdem sie „die Absicht gemerkt, werden sie verstimmt."

— Zur Professorenweisheit und Professorenhumanität. Man schreibt uns aus Jena:

Im Lehrbuch der Pathologie und Therapie von Professor Billroth in Wien, das jedes Jahr eine neue Auflage erlebt, findet sich ein Passus, auf den ich mir erlaube eine geehrte Redaktion aufmerksam zu machen.

In einem Kapitel, das die Lungenschwindsucht behandelt, heißt es: „Daß die ärmere Klasse der Menschen im Ganzen kräftiger ist als die vermögendere, hat nicht allein darin seinen Grund, daß das Leben der Ersteren ein im Ganzen natürlicheres ist, sondern auch darin, daß unter den ungünstigen, äußeren Verhältnissen eine große Zahl von schwächlichen Kindern in den ersten Lebensjahren zu Grunde geht; es dürfte dies, beiläufig gesagt, vom nationalökonomischen Standpunkt aus betrachtet, fast als ein Glück anzusehen sein, da die im Allgemeinen sehr fruchtbare arbeitende Klasse sonst in einem Grade zunehmen würde, daß selbst die auf die höchste Höhe geschraubte Industrie nicht mehr ausreichen würde, so viele Menschen zu unterhalten."

Ich will mit dem Herrn Professor der Wiener Hochschule nicht rechten, ob in der That die arbeitende Klasse „im Ganzen" kräftiger ist als die nichtarbeitende, also reiche Bevölkerung. Jeder, der nur einen noch so schwachen Begriff von der Statistik und Gesundheitslehre hat, weiß, daß das Verhältniß der Krankheits- und Sterbefälle zwischen Wohlhabenden und Armen gewiß nicht zu Gunsten der Letzteren ist. Das Lebensalter der Reichen ist durchweg ein höheres, als das der Proletarier, dies ist eine Wahrheit.

Auch das will ich unerörtert lassen, ob „die auf die höchste Höhe geschraubte Industrie nicht im Stande sein sollte, „so viele" Menschen zu ernähren. Meine Ueberzeugung ist, daß die doppelte, ja dreifache Zahl der gegenwärtigen Bevölkerung ihre Erhaltung finden könnte, wenn die sozialen Verhältnisse in der „besten der Welten" eine andere Gestalt annehmen würden.

Doch kann ich nicht genug meine Verwunderung, ja geradezu mein Entsetzen ausdrücken, wenn ein berühmter Lehrer, eine Größe der Wissenschaft, ein Arzt es als ein Glück betrachtet, wenn auch nur vom nationalökonomischen Standpunkte aus, daß der Tod seine reichste Ernte unter den Kindern der Arbeiter hält. Welche Saat kann die Lehre dieses Professors in den empfänglichen Gemüthern seiner Jünger, der einstigen praktischen Aerzte, tragen! Man denke sich das Kind eines Arbeiters gefährlich erkrankt. „Schnell, Herr Doktor, eilen Sie, mein Kind stirbt, retten Sie mein Kind," jammert die unglückliche Mutter. „Aber flennen Sie nicht so, Weib, es ist ja ein Glück, wenn Ihr Kind darauf geht; oder wissen Sie nicht, was Herr Professor Billroth in Wien sagt?"

y . . z.

— Anerkennung. Wie oft haben wir erklärt, daß die sozialdemokratische Agitation einen günstigen Einfluß auf die Sitten der arbeitenden Bevölkerung ausübe und ebenso oft haben unsere Gegner in der Presse diese Thatsache bekämpft, weil sie wohl merkten, daß ihnen nach Anerkennung derselben die beste Waffe auf dem Gebiete der Verläumdung aus der Hand gewunden sei. Nun aber hat das Oldenburgische statistische Bureau noch in dieser Hinsicht gesprochen. In Oldenburg ist die Rohheit und die Trunksucht ungemein groß, die sozialdemokratische Agitation aber nur in den an Bremen stoßenden Gebietstheilen im Schwunge. Der sozialistenfresserische Bremer „Courier" schreibt nun:

„An einer anderen Stelle ist nach dem Bericht des großherzoglich oldenburgischen statistischen Bureaus in den Oldenburger „Nachrichten für Stadt und Land" ausgesprochen, wie sehr namentlich die Tabaks- und Cigarrenfabrikarbeiter in Delmenhorst für das sozialdemokratische Parteiwesen und leider auch für den blauen Montag und die Ausschweifungen, welche er im Gefolge hat, inkliniren. Möglich, daß durch die erstgenannte dieser Neigungen die andere nach und beschränkt wird. Von Wirthen soll wenigstens durchgehends die Wahrnehmung gemacht sein, daß die Sozialdemokraten außerordentlich wenig verzehren."

Daß in den Ausführungen ein Widerspruch liegt, soll uns wenig kümmern. Bezeichnend ist es, daß man die Möglichkeit zugiebt, daß die Sozialdemokratie sittlichend auf die Arbeiter einwirkt und daß ferner die Wirthe dieses Symptom schon bestätigen.

— Einnahmen der preußischen Justizverwaltung. An Strafen ist während des Jahres 1876 weniger eingekommen als im Jahre 1875, nämlich 1,955,708 Mk. gegen 1,964,354 Mark im Vorjahr. Der Hauptantheil an der Einnahme fällt dem Titel „Gerichtskosten" zu, der seit Jahren eine fortwährende Steigerung nachweist. An Gerichtskosten sind nämlich eingekommen: 1874: 39,717,983 Mk., 1875: 42,412,599 Mk., 1876: nur 44,064,000 Mk., so daß sich hier allerdings ein Plus von beinahe vier Millionen ergiebt, während die „Strafen" gegen den Voranschlag nur ein Mehr von beinahe 300,000 M. zeigen. — Es ist ein Zeichen wirthschaftlichen Ruins, wenn die Gerichtskosten solche Posten aufweisen und erinnern an das Wort unseres Parteigenossen Engels, daß der Bankrott eine Gesellschaftsinstitution geworden ist.

— Wir erhalten folgende Berichtigung aus Pforzheim, der wir die Aufnahme nicht versagen wollen:

„Die Mittheilung des „Vorwärts" in Nr. 127, „eine eigenthümliche Zwangsvollstreckung" betreffend, bedarf der thatsächlichen Berichtigung, welcher Sie die Gastfreundschaft in Ihrem Blatte gütigst gestatten wollen. Es ist zunächst nicht wahr, daß der von seiner Frau getrennt lebende Mann für das Kind Kostgeld zu bezahlen hatte und daß demselben noch sonstige Rechnungen für Kleidungsstücke des Kindes vorgelegt worden sind. Es wurde, außer dem Ersatz für die Medikamente, nie etwas von dem Vater verlangt und er hat auch nie das Geringste geleistet. Wohl hatte der Vater auf die Ausfolgung des Kindes gedrungen, aber auch die Mutter sich diesem Andringen stets hartnäckig widersetzt und sogar die gerichtliche Entscheidung darüber bis in die oberste Instanz in Anspruch genommen. Als das Gericht zu Gunsten des Vaters entschied, trat derselbe erst deutlich mit seinen eigentlichen Absichten hervor: er ließ nämlich durch seinen Anwalt der Mutter des Kindes mittheilen, „er wolle, falls ihm das bereits in die Ehe gebrachte Vermögen seiner getrennt von ihm lebenden Frau zugesprochen und überdies noch 6000 Mark ausbezahlt würden, sowohl das Kind herausgeben, als in die Scheidung willigen." Also nicht um das Kind, sondern um das Geld war es diesem Vater zu thun. Die Mutter, welche die Tochter, aber nicht, wie es im „Vorwärts" irrthümlich heißt, die Enkelin eines reichen Fabrikanten ist, konnte hierauf nicht eingehen und zwar einmal deshalb nicht, weil sie noch eine beträchtliche Anzahl von Geschwistern hat, ihr Vermögenstheil — der sich ohnedies zur Zeit größtentheils noch in den Händen ihres Mannes befindet — also genau abgegrenzt ist; dann und hauptsächlich, weil der verlangte Betrag, falls man denselben auch geleistet hätte, für das Kind, das doch gewiß der Erbe seiner Mutter ist, vollständig verloren gewesen wäre, worüber bei den mit den Verhältnissen näher Vertrauten kein Zweifel besteht. Es war also nur die Sorge um das Wohl des Kindes, das dessen Mutter und deren Vater abhielt, dem eigennützigen Ansinnen des Klägers stattzugeben."

Hinzufügen wollen wir nur, daß dieser „Kinderhandel", der also immerhin, mag der Vater oder die Mutter schuldig sein, in Bourgeoiskreisen stattfindet, auf dieselben das grellste Licht wirft.

— Die Versailler „Ordnungs"männer strecken ihre bluttriefenden Hände immer noch nach den Pariser Communards aus. So hatten sie vor kurzem von der österreichischen Regierung die Auslieferung des Majors Milniecki verlangt, weil er an dem Pariser Communeaufstand betheiligt war. Auf einer Barrikade verwundet, entkam Milniecki den Henkern von Versailles glücklich und lebte seit jener Zeit als Holztypenfabrikant in Wien. Die Auslieferung wurde gefordert auf Grund gemeiner Verbrechen, die Milniecki durch seine Theilnahme am Communeaufstand begangen haben soll; das Wiener Landesgericht entschied aber, „daß ein Kämpfer mit den Waffen in der Hand nicht als gemeiner, sondern als politischer Verbrecher zu betrachten sei" und lehnte die Auslieferung ab. Um den „politischen Verbrecher" nicht ganz ungeschoren davonkommen zu lassen, mischte sich die Polizei in's Mittel und wies Milniecki aus Wien aus. Da gegen diese Maßregel Berufung angemeldet ist, so wird weiter zu entscheiden sein, ob in Wien ein ehrenrechtlich unbescholtener Bürger, der aber früher an einem Aufstand Theil genommen hat, in seiner Existenz bedroht werden kann.

— Die Wahl des Parteigenossen Brätter in den Landtag des Fürstenthums Reuß j. L. ist für ungültig erklärt worden, weil der Gewählte nicht „Brätter", sondern nach Ausweis des Bürgerbuches der Stadt Gera: Goßler, genannt Brätter heiße. Diese Entscheidung ist ganz gewiß gegen den Geist jedes vernünftigen Wahlgesetzes gerichtet, da die Bedingung eines gültigen Wahlzettels die ist, daß aus demselben unzweifelhaft die Person des Gewählten hervorgehe. Es giebt eine neue Wahl und ganz bestimmt auch eine Wiederwahl.

— Am Freitag, 19. Oktober, stand vor dem Schwurgericht in Augsburg Parteigenosse Jakob Endres, angeklagt wegen verleumderischer Beleidigung durch die Presse und wegen eines Vergehens wider die öffentliche Ordnung. Der Staatsanwalt begründete die Anklage in scharfer und erregter Weise, und sind namentlich die Schlußworte seiner Rede wahrhaft charakteristisch. Sie lauten: „Wenn Sie den Angeklagten freisprechen, so sagen Sie damit, die Richter, die bei Fällung des ersten Urtheils mitgewirkt haben, sind Schurken, während ich in meiner Praxis keine ehrenhafteren und unparteiischeren Richter gefunden habe." Die Geschworenen sprachen das Schuldig und Endres wurde zu 4Wochen verurtheilt. Solche Beeinflussung seitens des Staatsanwalts, die alle Schranken des Anstands überschreitet, müßte im Interesse der Justizpflege selbst strafbar sein — zum mindesten müßte ein solcher Staatsanwalt der das Justizwesen in solcher Weise verhöhnt, sofort vom Justizminister abgesetzt werden.

— Zu Dortmund wurde gegen den Genossen Tölcke von Iserlohn wegen einer am 9. Januar gehaltenen Wahlrede verhandelt. Tölcke war auf Grund des § 131 des Strafgesetzbuchs (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen) unter Anklage gestellt worden. Tölcke vertheidigte sich geschickt und hatte die Genugthuung, entgegen dem auf drei Wochen lautenden Strafantrage der Staatsanwaltschaft, vom Gerichtshofe freigesprochen zu werden.

— Am 1. November hatte sich Liebknecht vor dem großherzoglichen Hofgericht zu Darmstadt wegen Beleidigung des Dr. Frank und „Redakteur" Müller zu Groß-Umstadt zu verantworten. Liebknecht war persönlich erschienen und vertheidigte sich in längerer Rede selbst. Das Resultat war, daß Liebknecht nach längerer Berathung des Gerichtshofes von Strafe und Kosten freigesprochen wurde.

— Wegen Beleidigung des deutschen Kaisers, eines Gensdarmen und der Kirche bezw. des Christenthums durch den „Zeitgeist" wurde Genosse Rohleder in München zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Die Staatsschulden der Welt.

Die „Westminster Review" brachte vor Kurzem eine statistisch-historische Darstellung des Staatsschuldenwesens seit Anfang des vorigen Jahrhunderts, die schon deshalb von großem Interesse sein dürfte, weil sie nach gewissen charakteristischen Epochen geordnet ist und dem Leser dadurch ein recht bezeichnendes Bild von der modernen Staats- und Finanzwirthschaft giebt. Es betrugen hiernach die Staatsschulden im Jahre 1715:

Frankreichs	124,000,000	Pfd. St.*)
Hollands	90,000,000	„ „
Englands	39,000,000	„ „
Spaniens, Italiens ꝛc.	50,000,000	„ „
zusammen	303,000,000	Pfd. St.

Das Jahr 1715 ist das erste, welches eine rechnungsmäßige Darstellung des Staatsschuldenwesens der verschiedenen Staaten ermöglicht. Besonders bemerkenswerth erscheint die relativ hohe Schuldenlast Frankreichs und Hollands. Erst im Verlaufe von nahezu einem Jahrhundert änderten sich die Verhältnisse des europäischen Staatsschuldenwesens. England überholte nunmehr

*) 1 Pfund Sterling, gegenwärtiger Curs = 20,30 Reichsmark.

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

(Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845.)

(Fortsetzung.)

Wenn also Wander tadelte ohne Wirkung, so ist seine Rede keinem Strafgesetz verfallen. Daß er aber unter seinen Zuhörern weder Mißvergnügen noch Unzufriedenheit gegen die Regierung erwirkt, sondern nur Heiterkeit verbreitet hat, haben die gegen ihn vernommenen und ebenso die für ihn vernommenen Defensional-Zeugen deutlich genug bekundet. Was Crusius und Frey über den auf sie hervorgebrachten Eindruck sagen, erklärt sich aus ihrer Unbekanntschaft mit dem in dem Verein herrschenden Ton, wie insbesondere aus dem von Crusius in den Verein mitgebrachtem Vorurtheil. Frey's Aussage dagegen erklärt sich theils aus gleicher Unbekanntschaft, theils daraus, daß er bereits unter dem Einfluß der Crusius'schen Denunziation und der Stieber'schen, im Publikum sehr vergrößerten Entdeckung stand, als seine Vernehmung ein Ergebniß lieferte, wie es vorliegt. Diese Herren stellten sogar Mienen und Geberden mit in Rechnung, welche die Defensional-Zeugen nicht bemerkt haben. Die Defensional-Zeugen sind übrigens noch nicht vereidet.

Die Wirkung allein würde aber Wander noch keineswegs strafbar machen; denn das Gesetz fordert, daß die Wirkung Folge einer bestimmten Ursache, des Tadels der Gesetze sei. Die hier auf Crusius und Frey hervorgebrachte Wirkung aber ist keineswegs die, welche das Gesetz erfordert. Das Gesetz erfordert Unzufriedenheit gegen die Regierung; Frey und Crusius wurden aber blos unzufrieden mit Schlöffel und Wander.

In Beziehung auf diese Richtung, den der Tadel dem Gesetz zufolge haben muß, wären aber dem Angeschuldigten das Gesetz und die Anordnung des Staats nachzuweisen gewesen, welche er angegriffen haben soll.

Stieber hat diese Gesetze oder Anordnungen des Staats nicht angegeben, und wo er sie angegeben, wie bei dem Censurgesetz, ist der Vorwurf unwahr. Wander hat, wie gezeigt worden, weder die Censurgesetze noch die Verfassung des Staats getadelt. Die Germania aber, die überdies weder ein Gesetz noch eine Staatsanordnung ist, hat Wander weder getadelt noch verspottet.

Aber auch der Tadel an und für sich ist nicht strafbar; er wird es nur dann, wenn er die ihm angewiesenen Grenzen verläßt. In Beziehung auf die Grenzen darf der Tadel zwar außerhalb der Schranken der Ehrerbietigkeit sich gleichmüthig erhalten, aber nie in die Unehrerbietigkeit und Frechheit übergehen. Wenn man das Gesetz genau betrachtet, so liegt die Strafbarkeit der Handlung bei hervorgebrachter Wirkung eben nur und allein in der Ausschreitung des an sich erlaubten Tadels. Eine bloße Frage nach Weshalb und Warum des Trübaussehens und Sitzens ist schon an und für sich kein Tadel und wenigstens doch noch kein unehrerbietiger, frecher, selbst wenn das heidnisch symbolisirte Götzenbild Germania Ehrerbietung in Anspruch zu nehmen hätte.

Die Ehrerbietung, welche bei dem Tadel der Gesetze und Anordnungen des Staats gefordert wird, kann übrigens auch nicht vor jedem gleichgiltigen Dinge gefordert werden. Die Ehrerbietung kann nur auf denjenigen bezogen werden, der das Gesetz gegeben, die Ordnung gemacht hat, also auf den Landesherrn. Wander aber hat weder des Landesherrn noch seiner gesetzgeberischen Thätigkeit erwähnt, mithin kann er ihrer auch nicht unehrerbietig erwähnt haben. Er spricht vielmehr für die Gesetze im Allgemeinen wie im Besondern überall die größte Achtung aus, schärft auch Anderen diese Achtung ein, und kann mithin kein frecher Tadler der Gesetze sein.

Wenn hienach gegen den § 151 des Criminalrechts auf keine Weise von Wander verstoßen worden, so kann nur noch die Frage entstehen, ob die Vorträge Wander's, da sie Stieber politisch nennt, dem im Artikel 3 des unterm 25. September 1842 publizirten Bundestagsbeschlusses vom 5. Juli 1832 enthaltenen Strafgesetz verfallen sind. Es ist aber vor allen Dingen unwahr, daß Wander's Reden irgendwie politische sind. Unter Politik im Sinne des Bundestagsbeschlusses kann man doch nur die Besprechung staatsrechtlicher Verhältnisse verstehen, namentlich Besprechung und Kritik der innerhalb des Bundes bestehenden Staatsverfassungen, oder mit anderen Worten Besprechung und Kritik der zwischen Unterthanen und Regierungen bestehenden gegenseitigen Rechte und Pflichten. Davon ist aber in Wander's Vorträgen nichts zu finden. Der erste seiner hier besprochenen Vorträge, in welchem er das, was er unter Politik versteht, auseinandersetzt, enthält weder in dieser Auseinandersetzung, noch in der Aufforderung, daß das Bestreben des Vereins auf richtige Zeiterkenntniß gegründet werde, irgend etwas, was Rechte der Unterthanen oder Pflichten der Regierungen beträfe. In dem zweiten inkriminirten Vortrage ist der Scherz über die Figur der Germania eben nur ein Scherz, und wie unrichtig die Stieber'sche Auffassung dieses Scherzes war, ist hinlänglich nachgewiesen worden.

Nach Stieber'scher Auffassung soll darin freilich ein von den Regierungen geübter Druck gegen die von der Zeit gebotenen politischen Fortschritte in den Verhältnissen des Volks zur Regierung enthalten sein, aber wenn es Stieber nicht so denunzirt hätte, würde es wohl Niemand erkannt haben.

Selbst aber nach Stieber'scher Auffassung würde man diesen flüchtigen Spaß doch im Sinne des Gesetzes sicherlich keine politische Rede nennen können. Die Stelle von der rechten Jugend und über die Ruhe als erste Bürgerpflicht berührt blos die gegenseitigen adjutorischen Verhältnisse der Bürger zu Bürgern. Die nicht gesprochene Stelle über Schlöffel's lautes Denken gehört schon als ungeäußerte nicht hieher, ist aber auch sonst nur eine Entschuldigung Schlöffel's. Der Tadel der Censurgesetze, auch wenn er, was er nicht ist, in Wander's bezüglichem Vortrag wirklich enthalten wäre, reicht nicht in die Politik. Die angebliche Besprechung der im Staate vorhandenen politischen Bestrebungen und die angeblich der Regierung aufgebürdete Schuld derselben sind Stieber'sche Erfindungen; denn der Inhalt der betreffenden Stelle zeigt zur Genüge, daß Wander sich lediglich gegen den Vorwurf revolutionärer Ideen rechtfertigen, nicht aber einen Andern beschuldigen wollte. Uebrigens berührt auch diese Stelle keineswegs die Verhältnisse des Volks zur Regierung, und macht sie noch weniger zum Gegenstande der Erörterung.

Die inkriminirte Wander'sche Sehnsucht nach einer Constitution endlich ist nichts weiter als Entschuldigung eines Redners, der sich des Wortes Constitution bedient hatte und von Vereinsmitgliedern darüber getadelt worden war. Was Constitution sei, wie sie sein müsse, ob sie erstrebt und wie sie erstrebt werden solle, von allem dem ist im Vortrag kein Wort enthalten, wie man denn überhaupt nirgend ein Erwägen und Abwägen der Unterthanen- und Regierungsrechte finden wird.

Der Gebrauch einzelner Worte, wie Politik, Germania, Censur, Constitution und dergleichen, gleichviel unter welchen Umständen und in welcher Verbindung gebraucht, wird doch nicht etwa schon den Begriff einer politischen Rede erfüllen sollen? Wenn dem so wäre, so würde jedes Lexikon ein Buch poli-

mit seinen Schulden alle anderen Staaten der Welt. Es betrugen dieselben nämlich im Jahre 1793:

In Großbritannien	280,000,000	Pfd. St.
Auf dem europäischen Continent .	202,000,000	„ „
In den Ver. St. von Nordamerika	15,000,000	„ „
In Britisch-Indien	8,000,000	„ „
zusammen	505,000,000	Pfd. St.

Im Verlaufe von weiteren zwei Jahrhunderten, innerhalb deren Europa in Folge der französischen Revolution und des ihr folgenden französischen ersten Kaiserreichs von den heftigsten, den ganzen Continent erschütternden Kriegen heimgesucht wurde, verdreifachte sich der Schuldenstand namentlich der europäischen Staaten, wie aus nachstehenden Ziffern aus den Jahren von 1815 bis 1820 hervorgeht:

Großbritannien	902,000,000	Pfd. St.
Europäischer Continent	570,000,000	„ „
Verein. Staaten von Nordamerika	26,000,000	„ „
Andere amerikanische Staaten . .	3,000,000	„ „
Britisch-Indien	29,000,000	„ „
zusammen	1,530,000,000	Pfd. St.

Nun folgt eine Zeit des Friedens und der Ruhe in den europäischen Staaten. Großbritannien fing an seine Schulden zu ermäßigen, während die anderen europäischen Staaten — mit Ausnahme Preußens — ihre Staatsschulden ziemlich stark zu vermehren begannen. Es betrugen die Staatsschulden demnach im Jahre 1848:

In Großbritannien	870,000,000	Pfd. St.
Auf dem europäischen Continent .	746,000,000	„ „
In den Ver. St. von Nordamerika	47,800,000	„ „
In den anderen amerik. Staaten .	60,000,000	„ „
In den englischen Kolonien . . .	6,600,000	„ „
In Britisch-Indien	50,000,000	„ „
zusammen	1,780,400,000	Pfd. St.

Diese enorme Schuldenlast, namentlich der europäischen Staaten, vermehrte sich seit diesem Jahre in noch viel größerem Maßstabe und es betrugen dieselben im Jahre 1870:

In England	870,000,000	Pfd. St.
Im sonstigen Europa . .	2,165,000,000	„ „
In Amerika	765,300,000	„ „
In Asien	104,716,000	„ „
In Australien	35,744,000	„ „
In Afrika	39,655,000	„ „
zusammen	3,980,415,000	Pfd. St.

Nach dem Jahre 1870 trat in Folge des deutsch-französischen Krieges wiederum eine neue starke Vermehrung der Staatsschulden Europas ein und es betrugen dieselben im Jahre 1876:

In Großbritannien	775,000,000	Pfd. St.
Auf dem europäischen Continent .	2,772,640,000	„ „
In Amerika	774,867,000	„ „
In Asien	131,410,000	„ „
In Australien	48,607,000	„ „
In Afrika	75,365,000	„ „
zusammen	4,577,889,000	Pfd. St.

Die Staatsschulden der Welt repräsentirten hiernach im Jahre 1876 die anständige Summe von über 95,000 Millionen, sage: Fünfundneunzigtausend Millionen Mark, und wird diese Summe noch respektabler, wenn man bedenkt, daß dieselbe nur einen Theil des in Papieren investirten Kapitals darstellt. Rechnet man diese Staatsschulden nur mit vier Prozent durchschnittlich verzinst, was wohl Niemandem als zu hoch gegriffen erscheinen kann, so ergiebt sich eine jährliche Zinsenlast von nahezu 4000 Millionen Mark, welche in die Taschen der Inhaber der Staatsschuldentitel, d. h. der Bankiers, Rentiers und Kapitalisten fließt, die neben den anderen laufenden Ausgaben, als da sind: Civillisten, Militär und Marine ꝛc., lediglich der Staat, d. h. das arbeitende Volk, aufzubringen hat. Allerdings gelangt ein Theil dieser ungeheuren Zinsenmasse gegenwärtig nicht zur Auszahlung, wie z. B. seitens der Türkei, Spaniens und einiger amerikanischen Republiken. Rechnet man diesen Ausfall im Maximum auf 500 Millionen Mark, so bleiben doch noch immer etwa 3500 Millionen Mark Staatsschuldenzinsen zu decken.

Daß diese Wirthschaft endlich ein Ende nehmen muß, ist klar; ebenso klar aber ist, daß ihr Ende sein wird der — Staatsbankerott, der zum Sozialismus führt.

---

tischer Reden sein. Man könnte sogar Papageien dazu abrichten.

Sodann aber verbietet der Bundestagsbeschluß politische Reden nur, wenn sie bei Volksversammlungen und Volksfesten gehalten werden, unter welche Kategorie man die Versammlungen der Mitglieder eines ortspolizeilich erlaubten Gewerbevereins durchaus nicht bringen kann. Der Artikel 3 des Bundestagsbeschlusses ist also in keiner Weise anwendbar.

(Schluß folgt.)

— **Irren ist — russisch.** Aus dem Hauptquartier des Kaisers Alexander datirt Gornji Studen, 26. Oktober, ist an den Baron Huppmann auf Simenau in Erwiderung eines telegraphischen Glückwunsches zum Siege bei Kars nachstehende telegraphische Antwort eingelaufen:

„Der Kaiser dankt bestens für die Glückwünsche zu dem errungenen Sieg. Se. Majestät ist sehr erfreut über diese Anerkennung der Tapferkeit Seiner Truppen. Wir Alle sind glücklich über die Sympathien, deren unser erhabener Herrscher sich in Deutschland erfreut. Suworoff."

Soviel die „Volkszeitung" weiß, ist der vorgenannte Baron Huppmann ein — Russe, und zwar der Begründer der Cigarettenfabrik La Ferme in Petersburg. Vor einiger Zeit las sie in den Zeitungen, daß derselbe Baron Huppmann sich um — Lieferungen für die russische Armee beworben habe.

— **Der alte Wrangel** ist am 1. November in Berlin gestorben. Er war im April 1784 in Stettin geboren.

— **Reichsfeindliches.** Durch die liberale Presse geht folgende Notiz: „Der bekannte Lieblingshund des Fürsten Bismarck, Sultan, ist in diesen Tagen in Varzin von „boshafter Hand" erschlagen worden."

— **Späte Selbsterkenntniß.** Das „Leipziger Tageblatt" erklärt, daß die wirksamste Bekämpfung der Sozialdemokratie in der Thätigkeit für die Hebung des arbeitenden Volkes liege. Bis jetzt glaubte das Blatt, daß das Schimpfen das einzige Kampfesmittel sei.

— **Das Kammergericht in Berlin** entschied gegen den Grafen Hermann von Arnim und den früheren Redakteur der „Reichsglocken" J. Gehlsen wegen Bismarckbeleidigung. Graf Arnim wurde zu vier Wochen, Gehlsen zu 4 Jahren verurtheilt.

Correspondenzen.

Berlin. (Prozeß gegen Most und Baumann.) Auf der Anklagebank der VII. Kriminal-Deputation des Stadtgerichts erschienen am 27. Oktober der Redakteur der „Berliner Freien Presse", Reichstags-Abgeordneter Joh. Most und der Schriftsetzer und Redakteur des „Märkischen Volksfreund" Aug. Baumann. Den Gerichtshof bildeten: Stadtgerichts-Direktor Reich (Vorsitzender) und die Stadtgerichts-Räthe v. Ossowski und v. Makomaski (Beisitzende). Die Anklage führt Tessendorf. Most wurde im Jahre 1870 in Gemeinschaft mit Heinrich Oberwinder, Andreas Scheu und Genossen vom Wiener Schwurgericht wegen Hochverraths zu drei Jahren schweren Kerkers verurtheilt, in Folge einer Amnestie jedoch bald wieder in Freiheit gesetzt. Gleich darauf wurde Most in Oesterreich des Landes verwiesen und siedelte nach Chemnitz über, woselbst er die Redaktion der „Chemnitzer Freien Presse" übernahm und im Jahre 1874 und 1877 zum Reichstags-Abgeordneten gewählt wurde. Außer wegen vielfacher Preßvergehen wurde Most im Jahre 1874 wegen zwei in Berliner Arbeiter-Versammlungen gehaltener Reden auf Grund des § 130 des Straf-Gesetzbuches von demselben Gerichtshofe, vor dem er heute stand, zu 1½ Jahren Gefängniß verurtheilt. Baumann ist der verantwortliche Redakteur des im Verlage der Allgemeinen Assoziations-Buchdruckerei erscheinenden „Märkischen Volksfreund". Baumann war bei den letzten Reichstagswahlen der Kandidat der Sozialdemokraten im zweiten Berliner Reichstagswahlkreise und erhielt weit über 4000 Stimmen. Das Auditorium war heute überfüllt. Inkriminirt waren zwei Leitartikel der „Berliner Freien Presse", überschrieben: „Gewalt und Gesetz" und die „Festtage des Proletariats." Der erste Artikel ist aus § 131, der zweite aus § 130 angeklagt. Desgleichen zwei längere Artikel, welche aus einer Aneinanderreihung der von Adolph Strodtmann aus dem Französischen übersetzten Proletarier-Liedern, welche auch in den „Märkischen Volksfreund" übergegangen waren, bestanden, und dadurch auch Baumann auf die Anklagebank geführt hatten. Tessendorf führte aus: Die Anklagen gegen die „Berliner Freie Presse" dürften dem Gerichtshofe nicht unbekannt sein. Frühere Redakteure dieser Zeitung, Milke und Dolinski, seien von demselben Gerichtshofe zu sehr langen Freiheitsstrafen verurtheilt worden und gegen den jetzigen verantwortlichen Redakteur der „Berliner Freien Presse" Finke schweben ebenfalls mindestens 20 Prozesse. Fast jede Nummer der „Berliner Freien Presse" enthalte eine offene Aufreizung zur Gewalt. Es werde ganz offen gesagt: Die Arbeiter müssen in fortwährender Unzufriedenheit erhalten werden. Die destruktiven Forderungen der Sozialdemokratie seien bekannt. Daß sie ihre Umsturzpläne nicht auf friedlichem Wege zur Geltung bringen wolle, werde am Allerwenigsten der Angeklagte Most behaupten können, der bereits von demselben Gerichtshofe wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten zu 1½ Jahren Gefängniß verurtheilt worden sei. Most sagte damals: Die herrschenden Klassen haben zu wählen zwischen Reform und Revolution. Die Sozialdemokraten werden doch etwa nicht glauben, daß unsere Fürsten freiwillig zu Gunsten einer sozialdemokratischen Republik abdanken und die besitzende Klasse, die sogenannte Bourgeoisie, sich ihres Besitzes gutwillig entäußern werde. Der § 130 erfordere nicht, daß der Aufreizung sofort die That folge. Nun bedienen sich die Sozialdemokraten bei fast allen ihren Artikeln stets der Klausel: Nur auf friedlichem Wege wollen wir unsere gesteckten Ziele erreichen. Es sei dies eine General-Klausel der Sozialdemokraten, die ihnen aber in Zukunft wenig helfen solle. In welcher Weise wollen denn die Sozialdemokraten anders ihre Ziele erreichen? Die Sozialdemokraten sagen: Auf dem Wege des Gesetzes, das glauben sie aber wohl selbst nicht, daß sie jemals ohne Blutvergießen zur Regierung gelangen werden, denn nur dann können doch die sozialistischen Pläne auf dem Wege des Gesetzes zur Geltung gelangen. Die Anklage inkriminire nun: 1) den Leitartikel vom 31. August d. J. mit der Ueberschrift „Zwei Festtage des Proletariats", 2) den Leitartikel vom 26. Septbr. d. J. mit der Ueberschrift „Gewalt und Gesetz", 3) zwei Gedichte mit der Ueberschrift „Französische Proletarierlieder", deren erster Theil im „Märkischen Volksfreund" abgedruckt war. In dem Artikel „Zwei Festtage des Proletariats" wurde der 18. März von 1848 und 1871 und der Todestag Lassalle's verherrlicht. In dem zweiten inkriminirten Leitartikel werden alle Gesetze als Gewaltsakte bezeichnet, also die Achtung vor den Gesetzen direkt untergraben. Bei den französischen Proletarierliedern könnte man vielleicht einwenden: Dieselben berühren blos französische Zustände zur Zeit der Pariser Junischlacht. Er müsse jedoch bemerken, daß der größte Theil des Inhalts auf die jetzigen deutschen Verhältnisse wohl zu übertragen sei. Insbesondere sei das Lied vom Brode, das den gegenwärtigen wirthschaftlichen Nothstand schildere und das sogenannte Recht auf Arbeit betone, für die Berliner Verhältnisse sehr bezeichnend. Er beantrage gegen Most eine Gesammtstrafe von 2 Jahren und gegen Baumann 6 Monate Gefängniß.

Hierauf ergriff Most das Wort, um in einstündiger Rede die Ausführungen Tessendorff's zu widerlegen. Er wies zunächst nach, daß es nicht genüge, öffentlich aufgereizt zu haben, noch viel weniger genüge ein Geneigtmachen zur Gewaltthätigkeit, wie dies Tessendorf meine, sondern es sei durchaus nöthig, dies in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise gethan zu haben, um straffällig zu sein. Zahlreiche Auszüge aus den Werken unserer bedeutendsten Straf-Rechtslehrer, wie Oppenhoff, Schwarze und Pezold, rechtfertigten diese Ansicht. Ferner habe Tessendorf kein Recht, daraus, daß er (Most) bereits wegen Aufreizung u. s. w. bestraft sei, zu folgern, daß er auch jetzt dies Vergehen begangen habe. Der Staatsanwalt würde vielmehr nicht im Stande sein, ihm auch nur eine Person nachzuweisen, welche aufgereizt sei, oder andererseits sich durch die Furcht vor Gewaltthätigkeiten beeinträchtigt gefühlt habe. Was speziell die einzelnen Anklagen betreffe, so liege in der Aufforderung, Männern nachzueifern, die für eine Idee Großes geleistet hätten, ja im Dienste dieser Idee gefallen seien, durchaus nichts Strafwürdiges. Der Abdruck der französischen Proletarier-Lieder sei kein Vergehen, sondern ein Verdienst. Uebrigens seien diese Lieder bereits vor Jahren durch Strodtmann gesammelt und herausgegeben, ohne beanstandet zu werden, da Jedermann einsehe, daß diese Sammlung für den künftigen Kultur- und Literarhistoriker von unschätzbarem Werth sei. Sie geben so recht ein Bild von den Stimmungen der arbeitenden Bevölkerung Frankreichs in jener Zeitperiode. Da, wie gesagt, die ganze Sammlung straflos ist, können doch unmöglich einzelne Lieder strafbar sein, ebensowenig die von Most verfaßten verbindenden Textworte, welche lediglich historische Betrachtungen enthielten und sich ausschließlich mit französischen Zuständen beschäftigten, ohne irgend welche Hinweise auf deutsche Verhältnisse zu machen. Der vierte inkriminirte Artikel endlich, „Gewalt und Gesetz", könne schon deshalb nicht strafbar sein, weil er die lautere Wahrheit enthielte. Es seien aufgezählte Beispiele und Beweise dafür vorhanden, daß zwischen der Regierung einerseits und einzelnen Fraktionsführern wie Bennigsen, Lucius andererseits, über die Köpfe des Reichstages hinweg, Compromisse geschlossen seien, gegen welche in den ersten Berathungen einzelne Abgeordnete der schließlich compromittirenden Parteien selbst geeifert hätten. Aus allen diesen Ausführungen ergebe sich zur Genüge die Straflosigkeit und beantrage er daher seine völlige Freisprechung. Das Urtheil ist den Lesern des „Vorwärts" bereits bekannt: Most wurde zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt, Baumann dagegen freigesprochen.

Berlin, 2. November. Die beiden ersten Vorträge, welche Dr. Dühring am Freitag den 26. und am Dienstag den 30. Oktober vor ungefähr 300 Zuhörern — Herren und Damen — hielt, boten mancherlei interessante und gewisse Verhältnisse der Gegenwart treffend charakterisirende Beiträge. Die vorgeführten Thatsachen liefern eine Kritik des verrotteten, eingefleischten Zunftwesens, welches, eine Geburt des Mittelalters, noch heute die Wissenschaft in seinem Zopfthum gefangen hält, und das sich sonst dem Auge der Oeffentlichkeit sehr geschickt zu entziehen weiß. Wir Laien sind es so gewohnt, mit gewisser ängstlicher Scheu zu den Herren aufzublicken, die dort oben auf dem Olymp der Wissenschaft, der „Aufklärung" thronen. Bei uns Deutschen ist dieser Olymp nachgerade zu einem Chimborasso angewachsen, der für uns nur böhmische Berge gebiert. Böhmische Berge, glaubten wir einst; aber wir kommen allmählig dahinter, daß es — Mäuschen sind. Es wird uns immer klarer, daß jene Gottheiten des Abstrakten auf Kosten des gedrückten Volkes sich unnützen Phantastereien und dumpfem Brüten hingeben, um — Spinngewebe zu bilden, in die der „Unterthanenverstand" gefangen wird, damit er noch dumpfer werde. Anstatt in Wahrheit zu werden, wozu sie berufen sind: Lehrer des Volkes, Diener der Aufklärung, Kämpfer gegen Aberglaube und Unverstand, bearbeiten jene Ritter vom Geiste die Grundsätze der Verknechtung, in der das Volk schmachtet, wissenschaftlich und blicken auf den Pöbel zu ihren Füßen mit Verachtung herab. — Ehemals fürchteten Kirche und Staat die Wissenschaft; in neuerer Zeit warf sich letzterer zu ihrem Beschützer auf, d. h. er nahm sie in seinen Sold, und die Jünger der Aufklärung, des Fortschritts von Einst ließen sich zu einer recht stattlichen Polizeigarde abrichten, die den Geist der „Kanaille" im Zaume zu halten und den geistigen Fortschritt nach den Wünschen der herrschenden Klassen zu modifiziren hat. — Diese „Garden der Wissenschaft" haben sich allmählig zu einer festen, zäh aneinanderhängenden Corporation ausgebildet, die das Privilegium hat, sich, wie Dühring sagt, durch Inzucht fortzupflanzen. Es ist einleuchtend, daß eine solche festwurzelnde Polizeieinrichtung für den wahren Fortschritt ein schweres Hemmniß ist. Jede freiheitliche Regung im wissenschaftlichen Gebiete sucht man schon im Keime in das eigene Feld zu verpflanzen, um sie dort nach Kräften zu beschneiden, d. h. zu einer Mißgeburt zu verzerren. Sind die neuen Ideen zu gefährlich, so sucht man sie zu ersticken; bringen sie dennoch durch, so werden sie in Acht und Bann gethan. So ergeht es z. B. den sozialistischen wissenschaftlichen Schriften, sie sind die Pariahgestalten in der Literatur. — Es ist ein schwerer Posten, gegen dieses stärkste der feindlichen Bollwerke anzukämpfen; einen Augiasstall zu reinigen, sind Riesenkräfte nothwendig, und mit dem in Rede stehenden würde es selbst ein Herkules kaum erfolgreich aufnehmen. Es muß, es wird hell werden; was man uns jetzt als Licht zu bieten wagt, ist der blasse Schimmer eitlen Flittergoldes, ist nicht die Wahrheit, nach der das Volk verlangt. Die Wissenschaft muß sich reinigen von dem Wuste, der ihr anhaftet, muß herabsteigen von ihrem Throne, muß Eigenthum des Volkes werden. Wer dieses Ziel erstrebt, verdient die Unterstützung jedes aufrichtig denkenden und ehrlich handelnden Mannes.

Hamburg. Der hiesige liberale Reichswahlverein, der aus den bekannten 10,000 Hamburger Männern besteht, will eine Agitatorenschule errichten und ladet solche Mitglieder, welche in öffentlichen Versammlungen den Sozialdemokraten entgegentreten wollen, ein, an dem Redeerlernungsunterricht theilzunehmen. Der Secretär der Gewerbekammer mit dem „berühmten" Namen Schulze wird zunächst vier Vorträge über die soziale Frage halten, deren Grundlage die Kinderfibel des Herrn Schulze aus Delitzsch, genannt Arbeitercatechismus, bildet. Nach Schulze sollen die Herren Schmidt, Reichsbote außer Dienst, und die Herren Reichstagsabgeordneten Bauer und Möhring an die Reihe kommen; ihre Vorträge behandeln ihre „Thätigkeit" im deutschen Reichstage. Auch der berühmte Herr Müller und der noch berühmtere Herr Schneider haben den „Sozialistentod" in der Tasche und wollen ihn in glänzenden Vorträgen zum Besten geben. Den letzten Vortrag des ersten Cyklus hält der allbekannte und allverehrte Herr Meier; der letztere der Herren und Herr Möhring sollen die Bedingung gemacht haben, daß sie bei ihren Vorträgen die Schlafmützen aufbehalten dürfen. Schulze, Müller — Schmidt, Schneider — Bauer, Meier — da haben wir sie glücklich beisammen die glänzenden Namen der deutschen Reichsphilister, die Vertreter der antisozialistischen Weisheit — und „Hamburg ist ein schönes Städtchen" — Schrumm!

Halle, 1. November. Der Zorn eines unserer „verdienstvollen" Polizeibeamten lenkte sich kürzlich gegen eine Correspondenz aus Halle, welche die Bourgeois-Bettelei geißelte. Hie und da wurde nach der Person des Verfassers geforscht, aber Nichts von Belang ermittelt. Um nun aber wenigstens ein Opfer für das empfindlich berührte Stieber Genie zu haben, ging der „Verdienstvolle" in das Comptoir der Maschinenfabrik des Herrn Zimmermann u. Comp. und theilte einem Meister der Fabrik mit, daß der Schlosser D. ein ganz gefährlicher Mensch sei, der erst am letzten Fest der Sozialdemokraten theilgenommen habe und vielleicht auch der Verfasser des beregten Artikels sei. Bis jetzt ist D. noch nicht entlassen, hoffen wir, daß die Fabrikherren solches Denunciantenwesen verachten und ihm nicht die gewünschte Folge geben. Der Arbeiter muß sich schwere Steuern abdarben, um diesen „Verdienstvollen" hohe Gehälter zu gewähren, zum Dank dafür soll er in's Elend gestoßen werden.

R.

Stuttgart, im November. Langedauernde Kämpfe der hiesigen Partei mit den Polizeibehörden, die besonders um die Zeit der Wahlen, mit Beginn des Jahres, einen heftigen Charakter annahmen, haben uns nach einigen Schwankungen — in denen wir Monate lang von aller offiziellen Beaufsichtigung befreit blieben — die Ueberwachung auch unserer geschlossenen Versammlungen durch 3—5 Polizisten im Civilrock hinterlassen. Durch eine an die Regierung gerichtete Beschwerde erfuhren wir, daß diese kühne Auslegung des Würtembergischen Vereins- und Versammlungsrechts sich auf einige bisher nicht aufgehobene Ordonnanzen stütze, die der herzogliche Hof im 17. Jahrhundert in der Blüthe der Fürstenmacht allhier erlassen hat — eine Entdeckung, die dem antiquarischen Scharfsinn unserer Regierenden alle Ehre macht. Gestern hat nun die Partei diesen vertraulichen Familienbeziehungen, die sich auf Notirung unserer Rechnungs- und Personenverhältnisse erstreckten, ein jähes Ende bereitet, indem sie beschloß, die gesetzlich gestatteten geschlossenen Versammlungen bis auf Weiteres gänzlich fallen zu lassen, wobei sie den aufmerksamen Polizisten ein hübsches moralisches Wasch-

bad beim Scheiden aus dem Familienkreise mit auf den Weg gab. Wir werden uns bei diesem Beschlusse, der die Verwaltung der Parteiangelegenheiten in die Hände eines verstärkten Agitationscomités legt, eben so wohl befinden, wie die deutsche Arbeiterpartei bei dem Aufgeben ihrer formalen Organisation unter Ehren-Tessendorff's Beihülfe! Unsere fast wöchentlichen öffentlichen Versammlungen sind vortrefflich besucht, und die außerordentlichen plakardirten Volksversammlungen ziehen stets Tausende herbei; so die am 20. Oktober abgehaltene, in der Genosse Lehrer Leininger gegen die hier massenhaft versuchte Anwerbung von Maurern und Steinhauern nach London sprach, und die am letzten Montag, in welcher Genosse Fritzsche in der gefüllten „Siegeshalle" mit ausgezeichneter Wirkung auftrat. Von den hiesigen Steinhauern haben sich trotz der Agitation doch 60 durch die verlockenden Bedingungen beschwindeln lassen, auch von Mannheim sollen 40 Mann nach London abgegangen sein. Eine höchst wirkungsvolle Agitation haben die Eßlinger Genossen gegen die neuerdings gesetzlich gestattete Einführung von städtischen Consumsteuern ins Werk gesetzt, und hat unser Genosse Stadtrath M. daselbst Aussicht, bei der bevorstehenden Stadtschultheißenwahl die meisten Stimmen auf sich zu vereinigen. Auch die Ulmer haben sich trotz der geringen Anzahl dortiger Genossen zu einer öffentlichen Kundgebung aufgerafft und in einer am 29. Oktober abgehaltenen, von 3—400 meistens Bürgern besuchten Volksversammlung einen ausgezeichneten Erfolg errungen. Von hier ist noch zu melden, daß die bei den Januarwahlen von den Nationalliberalen unter Führung Hölder's gegen uns begangenen Ausschreitungen in so weit eine Buße gefunden haben, als der Redakteur der „Neuen Bürgerztg." Dr. Schlagider wegen „massenhaften" gemeinen Schimpfens („maßlos freche Burschen", „elende Gesellen", „Buben, denen Prügel gehören" ꝛc.) auf Strafklage des Genossen Hirsch verurtheilt worden ist, obwohl er dem Gericht ans Herz legte, sein Artikel habe die Tendenz gehabt, „die Wähler für Herrn von Hölder zu erwärmen!" Doch hat das Urtheil nach mehr als einstündiger Berathung auf eine halbstündige Verhandlung den vom Staatsanwalt bereits von Gefängniß auf eventuelle Haft (was bisher noch nicht vorgekommen) herabgeminderten Strafantrag in 50 Mark Geldbuße nebst Kosten für den Herrn Doktor verwandelt. Recht bürgerfreundlich fürwahr!

Crimmitschau. Am 26. Oktober Vormittags wurde unserem, vor Kurzem zum Stadtrath gewählten Genossen Julius Schlegel seitens des hiesigen k. Gerichtsamtes die überraschende Mittheilung, daß gegen ihn auf Antrag der k. Staatsanwaltschaft Untersuchung eingeleitet sei wegen angeblich verübter Majestätsbeleidigung, und zwar auf Grund einer Denunziation des hiesigen Polizisten Elsner. Schlegel soll nach Angabe Elsner's in der letzten öffentlichen Versammlung in der Veranda des Consumvereins, in der Genosse Eckstein aus Dresden referirte, im Laufe der Debatte, mit Bezug auf die Landestrauer majestätsbeleidigende Redensarten gebraucht haben, die jedoch vom Angeklagten ganz entschieden in Abrede gestellt werden.

Essen, 29. Oktober. Zwei gut besuchte Volksversammlungen fanden gestern hier und in Werden statt. In beiden Versammlungen waren die Genossen Hasselmann und Hermann Lange aus Barmen als Referenten anwesend. Was speziell die Versammlung in Werden anbetrifft, so hat deren glänzender Verlauf unsere Gegner rein aus dem Häuschen gebracht. Der imposante Saal der Tonhalle in Werden war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die liberale „Essener Zeitung" sucht sich damit zu trösten, daß der reichliche Beifall, den die Redner ernteten, „meist von auswärtigen Arbeitern gezollt worden sei". Von den anwesenden ultramontanen und liberalen Gegnern meldete sich selbst nach wiederholter Aufforderung Niemand zum Worte. In das „schwarze Werden" ist durch diese Versammlung eine tüchtige Bresche geschossen worden.

An alle Interessenten der Abschaffung industrieller Zuchthausarbeit.

In einer großen Versammlung von Interessenten in dieser Frage erwählt, um die Agitation für Abschaffung der industriellen Zuchthausarbeit zu betreiben, sind wir entschlossen, Alles zu thun, was in unseren Kräften steht, und kein Mittel unversucht zu lassen, welches Erfolg verspricht.

Vor allem können wir nicht Unterschriften für die Denkschrift, welche dem Reichstag über diese Frage zugehen soll, in ganz Deutschland sammeln, es ist vielmehr nothwendig, daß wir überall thatkräftige Unterstützung finden. In großen und Mittelstädten müssen die Arbeiter eines Gewerbes ein Comité bilden; in kleineren Städten sollten stets, um auch die an Zahl schwachen Gewerke heranzuziehen, in einer allgemeinen Arbeiterversammlung combinirte Sammel-Comités gewählt werden. Nirgends sollte man versäumen, sich auch an die Arbeitgeber, besonders die Kleinmeister, zu wenden, welch' Letzteren doch wenigstens in dieser Frage klar sein muß, daß sie mit uns dasselbe Interesse haben.

Die Unterschriften müssen leichterer Uebersicht halber auf gedruckten Bogen gesammelt werden. Diese Sammelbogen sind vom Vorsitzenden des unterzeichneten Comités zu beziehen, und werden dieselben Jedem, nach genauer Angabe der erforderlichen Exemplare und der genauen Adresse, umgehend per Kreuzband zugesandt.

Unterdessen muß, besonders seitens der selbst interessirten Arbeiter die eifrigste Thätigkeit entfaltet werden, damit Jedermann die Wichtigkeit der Sache klar gemacht und ganz besonders der günstige Zeitpunkt, der sobald nicht wiederkehren dürfte, hervorgehoben wird. Denn wir stehen vor der gesetzlichen Regelung dieser Frage, und fällt dieselbe nicht zu unseren Gunsten aus, so dürften wir noch lange warten müssen. Die Zahl der Unterschriften muß eine ungeheure werden, sonst ist bei der bekannten Achtung, die der Reichstag vor der Volksstimme hat, nicht auf Erfolg zu rechnen.

Aufgeschoben darf die Agitation nicht werden, wir erwarten, nachdem wir das Material nach Wunsch geliefert, die Sammelbogen in kürzester Zeit, reichlich mit Unterschriften bedeckt, zurück, um das Weitere veranlassen zu können.

Porto, Druck der Denkschriften, besonders aber der Sammelbogen sowie anderer Sachen erfordern Mittel, die wir nicht allein aufbringen können. Wir rechnen daher auch in diesem Punkt auf schnelle und thatkräftige Unterstützung aller Betheiligten. Wo die lokale Agitation Ueberschüsse aufweist, möge man diese unverzüglich an unseren Kassirer Herrn **Bernh. Brenk, Koppenstraße 35, Hof 2 Treppen,** einsenden. Wir werden nicht verfehlen, sofort nach Ablauf unseres Mandats in allen Arbeiterblättern, welche unserm Aufruf bekannt gegeben, öffentlich Rechnung zu legen, etwaige Ueberschüsse aber im Sinne der Geber zu verwenden.

Also auf, an die Arbeit! Haltet überall Versammlungen ab, erwählt Comités oder Vertrauensmänner, welche Denkschriften und Sammelbogen jedem an der Sache Interessirten, gleichviel ob Arbeiter oder Arbeitnehmer, zur Unterschrift vorlegen und vergeßt niemals auch die an Zahl schwachen Gewerke zu berücksichtigen. Alle Anfragen sind an den Vorsitzenden der Commission, Herrn **A. Scharlibbe, Kastanien-Allee Nr. 54,** bei **Winnen,** zu richten, und werden stets schleunigst beantwortet werden.

Berlin, im Oktober 1877.

Das Comité:

Deinert, Parkettfabrikant. F. Peter, Buchbinder. Aug. Scharlibbe, Cigarrenmacher. Fölsch, Schneider. Bernh. Brenk, Tischler. Sawatzky, Tischler. Dilling, Korbmachermstr. Kettel, Schlossermeister. Conrad, Sattler. A. Müller, Posamentier. Kuhlbars, Vergolder. Aug. Alt, Weber. Beinkampen, Klempner.

An alle Genossen und Freunde der Arbeitersache.

Trotz aller Mahnung unsererseits hat sich wieder eine nicht unbeträchtliche Anzahl deutscher Steinhauer nach London verkauft. Zweimal schon wurden unsererseits ganze Trupps von denselben, nachdem sie uns ihr unsägliches Elend, in das sie gerathen waren, vorgestellt, wieder zurück nach Deutschland befördert. Die Zurückgebliebenen werden jetzt, um dem Einflusse der hiesigen Arbeiter entzogen zu werden, in Law Court gefangen gehalten, und ist deren Lage eine sehr unerquickliche. Es sind bereits Schritte gethan, um den deutschen Consul zu bestimmen, diesem Treiben ein Ende zu machen. Ein Menschenschacherer aus Heidelberg — Rapp ist sein Nam — läßt in allen Flecken Deutschlands anzeigen, daß 200—300 Steinhauer nach London gesucht werden. Die Genossen und Freunde allerwärts werden dringend ersucht, derartigen Reclamen in denselben Organen entgegen zu treten, und wenn nicht anders thunlich, auf unsere Kosten, um dem elenden Menschenhandel ein Ende zu machen. Die englischen Arbeiter werden die Dienste, welche ihnen von den deutschen Genossen geleistet werden, zu würdigen wissen. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck des Vorstehenden dringend ersucht und bitten wir auch um die Zusendung eines Exemplars aller Preßerzeugnisse, die etwas über den hiesigen Steinhauerstrike berichten.

J. A. des Comités:

F. J. Ehrhart, 4 Francis-Street. Tottenham Court Road. London W

An die Vorstände der deutschen Gewerkschaften!

In Bezug auf meine Aufforderung in Nr. 120 des „Vorwärts" und in Nr. 11 des „Pionier" zur Beschickung einer Conferenz am 11. November in Gotha, theile ich hierdurch mit, daß das Resultat der Aufforderung insofern ein erfreuliches gewesen ist, als mehrere Gewerkschaften direkt für die Beschickung am 11. November sich entschlossen hatten, andere zwar mit dem Inhalte der Aufforderung sich vollkommen einverstanden erklärt haben, zum 11. November indeß noch nicht in der Lage wären, die Conferenz beschicken zu können.

Es hat sich demgemäß herausgestellt, daß die Mehrzahl den 11. Nov. als Conferenztag für zu verfrüht hält. Einige wünschen die Conferenz um 4 Wochen, andere bis zum Frühjahr hinausgeschoben.

Ich theile deshalb, nachdem ich persönlich und brieflich mit betheiligten Personen Rücksprache genommen habe, hierdurch mit, daß die projektirte Conferenz

nicht am 11. November in Gotha,

sondern in der ersten Hälfte des Februar in Aussicht genommen ist. An welchem Ort dieselbe stattfindet, wird sich darnach richten, von welcher Gegend die meisten Delegirten angemeldet werden. Bis dahin werde ich mir erlauben, an die Vorstände statistische Fragebogen zu versenden, um einen allgemeinen Ueberblick über das Gewerkschaftswesen als Vorarbeit zu geben.

August Kapell,
Hamburg, Kratenkamp 22.

Oeffentliche Quittung.

Für den Unterstützungsfonds habe ich seit dem 16. Oktbr. erhalten:

Elmshorn vom Ball der Liedertafel durch Hamer M. 13,00; Gera d. Hermann Prell 7,00; Duisburg vom Arbeiterfest d. Buschmann 1,00; Hanau d. M. Daßbach 2,85; Harburg d. W. Janutsch 10,51; Stötteritz gesammelt bei einem Sängercommers d. Grude 3,10; Barmbeck v. der Todtenfeier d. Mangels 31,24; Duisburg d. Buschmann 2,00; Hamburg auf einer Hochzeit d. F. Lübbert 3,60; do. v. wettenden Mauerleuten auf dem Bau Grindelallee 6,00; do. d. Kleine v. Bartels Tischlerwerkstelle 4,65; do. v. Aug. Kapell 1,20; Brandenburg v. Chr. Sch. 0,90; Kiel v. mehreren Schneidern d. W. Lohmann 7,00; Coblenz v. Parteigenossen d. H. Dürrstein 6,50; Lübeck v. Stiftungsfest des Gesangvereins „Eintracht" d. W. Puls 18,23; Rendsburg d. C. Loßmann 9,30; Freiburg i. B. d. Max Decker 3,60; Saarden gesammelt auf der Hochzeit v. Chr. Haase 6,00; Braunfeld vom Club „Union" 4,25; Newyork v. A. W. Dieckmann 0,70; J. v. L. 45,00; Mannheim v. einer Abendunterhaltung der Metallarbeiter d. P. Eisenhauer 4,67.

Hamburg, 2. November 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. E. D.: Wir bitten um weitere Zuschriften. — W. in Fr. bei W.: Ihr Eingesandt können wir beim besten Willen nicht verwenden.

der Expedition. S. in London: Ein Kreuzband, 10 Hefte M. W. enthaltend, kostet 1 M. — Sch. Heidelberg: B. Braunschweig hat bis jetzt nichts bestellt.

Quittung. Wf Christophsgrund Ab. 5,80. Schr. 10,00. Rsch Hajos Ab. 1,70. E. Lnk Pieschen Ab. 15,00. Rudrn Dortmund Ab. 1,00. Gld hier Ab. 1,20. Rfe Hanau Ab. 0,80. Grlnbrge Nürnberg Ab. 150,00. Slbrhrn Eßlingen Ab. 12,46, Schr. 2,60. Rnhld Albany Ab. 20,54. Hgl Neudnitz Schr. 3,00.

Anzeigen ꝛc.

Ottensen. **Arbeiter-Verein.**
Donnerstag, den 8. **November,** Abends 8½ Uhr, in **Burmeisters Salon,** 1. Treppe:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag über das Arbeiterprogramm. Referent Max Stöhr. F. Heerhold.

NB. Da in letzter Versammlung beschlossen, daß der Anfang der Versammlungen präcise 8½ Uhr, der Schluß 11 Uhr sein soll, so mache ich die Parteigenossen darauf aufmerksam. D. O. [1,00

Osnabrück. **Arbeiter-Wahlverein.**
Montag, den 12. **November,** Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemünze 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht [80
Der Vorstand.

„Der arme Conrad."

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pfg.,** gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.,** einzusenden, wofür wir es **franco per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf pro Stück } netto gegen baar.
gebunden 40 „ „ „ }

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12 II.
Expedition der „Fackel", Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.

Absatz bis 15. Oktober 20,000 Exemplare.

Es erschien und ist sowohl direkt wie durch alle sozialistischen Zeitungsexpeditionen zu beziehen:

Volkskalender für 1878.

13 Bogen gr. 4. **Schön illustrirt.**

Preis: geheftet 50 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 75 Pf. 10 Stück geheftet 4,00, 100 Stück 30,00, bei direktem Bezuge gegen Baar oder Postvorschuß.

Inhalt:

1878 (Gedicht). Neuer Kalender und Erklärung desselben. Chronol. Charakteristik des Jahres 1878 und Festrechnung. Die Jahreszeiten von 1878. Die Finsternisse und der Merkur-Durchgang von 1878. Jüdische Feste. Buß- und Bettage. Wetterprophezeihungen. Kalenderzeichen. Kalendarium, mit Messen und Märkten, Schreibkalender, Planetenerscheinungen, Wetterprophezeihungen, Anekdoten. Unser Planensystem. Kernsprüche aus „Der freie Mensch" von Joh. Jacoby. Sinngedichte von Lessing. Die Stiefelchen, eine Geschichte aus dem Kleinmeisterleben von A. Otto-Walster. Schutz den Vögeln! Kanon, von Chamisso. Weit über's Meer, von Wilh. Blos. Kuckuck, von Glaßbrenner. Was ein guter Lehrer kann und was ein schlechter Lehrer nicht zu verantworten hat, von Ed. Sack. Der Gang um Mitternacht, von Herwegh. Die Sklaven-Emanzipation, von Glaßbrenner. Eine seltsame Geschichte. Vom Bau der Pflanzen. Die seltsamen Menschen, von Lichtwer. Nachts, von Prutz. „Heil Dir im Siegerkranz", ein Beitrag zur Geschichte der Volkshymnen, von Ed. Sack. Die Entstehungsursache des Keuchhustens. Abenteuer eines Grafen mit seiner Milchschwester, von B. Becker. Der Stein der Mutter oder die Guahiba-Indianerin, von Chamisso. Das große Loos, von Langbein. Die Diebe, von Glaßbrenner. Insekten-Geschichten. Lied von dem deutschen Philister — Flora Germanica — Persönliche Sicherheit, von Hoffmann von Fallersleben. Die abgestellte Hungersnoth, von Rückert. Nieder mit den Fälschern! „Hütekinder", von Ed. Sack. Blumen von Eis. Der Krieg im Orient. Testament Peter's des Großen. Drei helle Köpfe: Lessing, von W. Bracke; Joh. Jacoby, von S. K.; Karl Marx, von F. Engels. Der deutsche Reichstag, von einem sozialistischen Abgeordneten. Die Städtebevölkerung des deutschen Reichs. Tabellen: Portotabelle, Banknotenverzeichniß, Depeschen- und Wechselstempel-Tarif, Korn- und Fruchtrechnung, Trächtigkeitstabelle. Am Schlusse befindet sich ein vollständiges Verzeichniß der Messen und Märkte für die betreffende Ausgabe. Den nach der Nordseeküste gehenden Exemplaren wird die Ebbe- und Fluthtabelle der Nordsee beigelegt.

Illustrationen:

Titelbild. Monatsbilder. Erde und Mond. Die Planeten. Die Sonne und die Planeten. Durchgang des Merkur 1710, der Venus 1761. Nistkästen. Pflanzenzellen, Markzellen, Holzzellen mit Verdickungsschichten, Zellen der Nadelhölzer, Längsschnitt eines Gefäßbündels. Baumwolle, Flachsfaser, Wollenhaar, Seidenfaden. Palmengruppe. Landschaft in Sibirien. Der Upasbaum. Die drei Grazien, kalifornische Mammouthbäume. Tropischer Palmenwald. Mangrove-Wald im Tieflande von Ecuador. Ameisen, von einem Raubzug zurückkehrend. Ameisen, im Bau eines gedeckten Weges gestört. Schneekristalle. Lessing's Denkmal zu Braunschweig. Portraits: Gotth. Ephr. Lessing; Johann Jacoby; Karl Marx. Sitzungssaal des deutschen Reichstages.

Der Kalender dient der Aufklärung und der Sache des Volks.

Bestellungen werden erbeten von
Braunschweig, 1. August 1877. **W. Bracke jr.**

Auf Grund einer Verfügung des hiesigen Handelsgerichts nach Maßgabe des § 26 des Bundesgesetzes vom 4. Juli 1868, veröffentlichen wir hierdurch das

Bilanz-Conto pro 1876|77

der

Allgemeinen deutschen Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft.)

Aktiva.

An Casse-Conto	M.	482	78
„ Maschinen-Conto		18125	89
„ Typen-Conto		9790	99
„ Setzerei-Mobiliar-Conto		3659	10
„ Betriebs-Conto (Farbe, Oel)		450	—
„ Papier- (Lager-) Conto		4580	44
„ Comptoir-Mobilien-Conto		1802	2
„ Dubio-Conto		88	45
„ Bibliothek-Conto		433	18
„ Broschüren- (Lager-) Conto		6857	85
„ Div. Debitores (ausstehende Forderungen		18545	15
Summa		64665	35

Passiva.

Per Reservefonds-Conto	M.	3509	7
„ Persönl. Antheil-Conto		6078	25
„ Darlehns-Conto		3480	34
„ Wechsel-Conto		7335	68
„ Dividenden Conto pr. 1875/76		42	80
„ Diverse Creditores		32679	61
„ Gewinn- und Verlust-Conto		1545	10
Summa		64665	35

Von den Mitgliedern sind im Laufe des Geschäftsjahres 1876—77 13 ausgeschieden, neu hinzugetreten sind in derselben Zeit 58 und zählte demnach die Genossenschaft am Schlusse des Geschäftsjahres 288 Mitglieder.

Der Vorstand.
Fritzsche. Heinsch. Rackow.
Der Aufsichtsrath.
J. A.: **J. Auer. Eduard Bernstein.**

Für Lokal- u. Gewerkschafts-Vereine

jeder Art passend sind praktisch eingerichtete

Cassenconto- & Mitgliederbeitrags-Bücher

zum Selbstkostenpreis à 50 Pfg. zu beziehen. Porto bei 1—2 Paar 20 Pfg.; 3 Paar 30 Pf.: darüber 50 Pf. Bestellungen sind zu machen bei **A. Geib** in Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Sozialistisches Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Sekretäre **J. Auer** oder **C. Deroffi,** Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.

Geldsendungen sind zu richten an **August Geib,** Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Neudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Lutz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 132. Freitag, 9. November. 1877.

Aus Frankreich.

B. Paris, den 5. November 1877.

Die Wahl des 14. Oktober ist bereits in einem Leitartikel des „Vorwärts", sowie in einem Briefe Buffenoir's besprochen worden, dem Gesagten habe ich nur einige ergänzende Bemerkungen beizufügen. Von der Aufstellung sozialistischer Candidaten mußte abgesehen werden, weil bei der mangelnden Organisation keine Einigung in Bezug auf die Personen erzielt, und keine Agitation eingeleitet werden konnte, die eine achtunggebietende Stimmenzahl verbürgt hätte. Die Sozialisten, welche sich nicht enthalten wollten, begnügten sich meist damit, weiße Zettel abzugeben; andere beschrieben ihre Zettel mit den Namen bekannter Sozialisten. Für die Bourgeoiscandidaten hat, mit Ausnahme Guesde's und einiger seiner Freunde sicher kein Sozialist gestimmt. Bonnet-Duverdier rechne ich natürlich nicht unter die Bourgeoiscandidaten. Die Bedeutung der letzten Wahl liegt in der endlichen Loslösung der sozialistischen Elemente von dem allgemeinen republikanischen Urbrei, überhaupt in der Zersetzung dieses Urbreies.

Von der Consternation der republikanischen Gefühlspolitiker über die fatale Thatsache, daß statt der Gambetta'schen „400" bloß 320 „Republikaner" gewählt worden sind, macht man sich schwer einen Begriff. Und der arme Gambetta, der auf dem Punkt war, zum Heiligen creirt zu werden! Die unglückliche Prophezeihung hat ihm mehr geschadet, als ein plötzlich an den Tag gekommenes Verbrechen schwärzester Art ihm hätte schaden können — es hat ihn lächerlich gemacht.

Und die „Einigkeit" der „Republikaner"? Es ist mit ihr gerade so bestellt, wie jeder vernünftige Mensch voraussagte: die entschiedenen Mitglieder der Linken wissen nicht was sie thun sollen, und die übrigen denken nur an den Compromiß. Die Orleanisten des linken Centrums sind schon in wärmster Unterhandlung mit den Agenten des Mac Mahon, der die Situation vollständig beherrscht. Was nützen da alle Witze, gute und schlechte, über die „pferdemäßige" Dummheit des Marschalls. Tant pis (um so schlimmer) für die pfiffigen Politikusse und Kannegießer, die sich von einem solchen „Roß" haben in den Sack stecken lassen.

Jetzt redet man von einem „Geschäftsministerium", das dem „Compromißministerium" den Weg ebnen soll. Zwar leiert die „République Française" des verkrachten Gambetta noch gegen Mac Mahon das alte: abtreten oder sich unterwerfen! herunter, aber kein Mensch nimmt das mehr ernst, am wenigsten Herr Gambetta selbst, der sich bloß noch etwas sträubt, ehe er den sauren Apfel in den Mund steckt. Wie der Compromiß sich vollziehen wird, weiß ich nicht — es ist auch sehr gleichgültig; genug: er wird sich vollziehen, ist im „Prinzip" bereits fertig. Beiläufig ist das in der Bildung begriffene „Geschäftsministerium" ein Prämium für gute Aufführung, das den „republikanischen" Orleanisten gnädig verliehen wird. Hätten sie sich nicht so lammfromm und entgegenkommend gezeigt, so würde Mac Mahon einfach die etwas — rauhere Praxis des Hrn. v. Bismarck befolgt und gar nichts gethan haben, außer am Platze zu bleiben. Was dann? Nun — dann hätten unsere „Republikaner" gerade so erbärmlich zu Kreuz kriechen und den Koth von den Soldatenstiefeln ablecken müssen, wie weiland die deutsche Ausgabe unserer „Republikaner". —

Ein „Manifest", das von einer Gruppe sozialistischer Arbeiter vor den Wahlen entworfen wurde, dürfte für die Leser des „Vorwärts" von Interesse sein. Das Schriftstück, dem sämmtliche „republikanische" Zeitungen, einschließlich der Rochefort'schen „Laterne" die Aufnahme versagt haben, lautet in deutscher Uebersetzung:

Wahlen zum gesetzgebenden Körper. 1877.
Departement der Seine.

Die autonomistisch*)-sozialistischen Arbeiter von Paris an die Arbeiter und Kleinbürger.**)

Bürger!

In einigen Tagen wird das allgemeine Stimmrecht abermals angerufen werden, um sich über den Conflict zwischen den verschiedenen Demagogenfraktionen***), die uns regieren wollen, auszusprechen.

Der den Advokaten so theuere Parlamentarismus und die von den Männern der militärischen Disciplin so heiß geliebte Autokratie (unbeschränkte Regierung) fragen uns um unsere Meinung und haben die Herablassung, uns zu bitten, wir möchten doch das entscheidende Wort sprechen: mit Einem Wort, man hat die Güte, uns zu fragen, mit welcher politischen Sauce wir aufgespeist sein wollen.

Ehe wir unsere Zettel in die Urne werfen, sind wir verpflichtet zu antworten.

Da wir, geehrte Mitbürger, die Beweggründe und die Ziele der sich streitenden Gewalten: der gesetzgebenden und der ausübenden Gewalt, kennen, so fühlen wir uns zu einigen aufklärenden Bemerkungen gedrungen, damit unsere Gegner es wissen, daß sie umsonst auf unsere Mitwirkung rechnen.

Ueberzeugt, daß keiner dieser Herren unsere Erklärung berücksichtigen wird, wenden wir uns ganz besonders an das Proletariat; an die Proletarier der Werkstätten und Fabriken, und an die Proletarier des Kleinhandels und Kleingewerbes, die beide in gleichem Maß die ausgebeuteten Sclaven des Monopols sind, das ihnen den Credit und die Möglichkeit zur Erwerbung der Arbeitsinstrumente raubt.

Den Proletariern sagen wir:

Angesichts der schmachvollen Widerrufe und Gesinnungslosigkeiten, die, ohne jegliche Scham, seit 1870 sich vor uns breit gemacht haben — seit jenem Tag, wo unsere Naivetät Männer an die Spitze des Staats hob, welche uns 20 Jahre lang vorgelogen hatten, sie bekämpften den persönlichen Despotismus des Kaiserreichs im Namen der Revolution und warteten nur auf einen Triumph des Volks, um uns alle politischen und ökonomischen Rechte zu sichern, die wir unablässig gefordert hatten; angesichts so vieler Heucheleien und so schnöden Verraths gebietet uns unsere Würde, nicht länger gutmüthig unsere Unterstützung Interessen zu gewähren, welche den unsrigen diametral entgegengesetzt sind.

Es ist hohe Zeit, daß wir stolz das Haupt erheben, wie es den Söhnen der Revolution von 1789 geziemt, welche in ihrem Lauf durch die Selbstsucht einer Klasse aufgehalten ward, die ohne die Aufopferung unserer Väter, unserer im Kampf für die Freiheit Aller unter den Kugeln des monarchischen Despotismus gefallenen Väter noch heute in Knechtschaft lebte. Ja im Kampf für die Freiheit Aller — denn als unsere Väter sich so großherzig opferten, gingen sie mit dem tröstenden Gedanken in den Tod, ihren Söhnen die vollständigste Unabhängigkeit errungen zu haben.

Ihr wißt, Kameraden, wie die Männer, welche die Früchte des Siegs ernteten, ihre Versprechungen gehalten haben.

Getäuscht, verhöhnt, verrathen, oft grausam gezüchtigt, wenn wir an die Versprechungen erinnerten, mit denen man unsre Stimmen erbettelt hatte — das war der Dank. Soll das ewig so fortgehn? Nein! Es muß ein Ende gemacht werden. Wir wollen nicht länger die Betrogenen sein.

Viele Male haben wir, seit 1863, in die Bourgeois-Parlamente Kameraden einzuführen gesucht, die, mit unserem Vertrauen bekleidet, dort unsere Rechte vertreten hätten; stets fanden wir den Weg durch jene famosen Schönredner verlegt, die uns schmeichelnd zuriefen:

„Wartet! Die Stunde der Arbeiterkandidaturen hat noch nicht geschlagen; der Augenblick ist noch nicht passend; laßt uns erst alle Kräfte der Opposition gemeinsam organisiren, damit wir die Haupthindernisse, welche das Fortschreiten der Revolution hemmen, hübsch aus dem Weg räumen können.

„Glaubt an unsere Ergebenheit, an unseren ehrlichen, festen Willen; wählt uns als die Mandatare, die Ihr mit der Vertheidigung Eurer Rechte, mit der Vorbringung Eurer Beschwerden beauftragt!

„Unsere Erfahrung, unsere Studien sind Euch eine sichere Garantie, daß Euere Interessen durch uns aufs Beste werden gewahrt werden."

Das ist die Sprache, welche diese schönrednerischen Stellen- und Machtjäger seit der Eroberung des allgemeinen Stimmrechts uns gegenüber führen, und Jeder von uns weiß, was aus den blendenden Versprechungen geworden ist.

Wir wissen, wie die Großmäuler uns vertheidigt, wie sie ihr Wort eingelöst haben.

Sollen wir deshalb jammern, jene Herren anklagen? Es wäre sinnlos. Sie würden sich ins Fäustchen lachen, uns von Neuem den Bart streicheln, in ihrer Weise erklären, warum sie in unserem Interesse so handelten, wie sie gehandelt, und der gutmüthige Michel (Gros-Jean) würde sich wieder beschwatzen lassen und abermals die Rolle des geprellten Tölpels (dupe) spielen.

Nein, wir wollen uns nicht in Jeremiaden darüber ergehn, daß wir stets die Opfer der Felonie einer Klasse sind, die so gegen uns handelt, wie sie handelt, wenn sie sich nicht selbst morden will. Von der Bourgeoisie das freiwillige Aufgeben der Privilegien verlangen, auf Grund deren sie herrscht, und deren Beseitigung die Lebensfrage für uns ist — das zu verlangen, das zu hoffen, ist einfach kindisch.

Kommen wir endlich zur Einsicht, und lernen wir, daß wir in Wirklichkeit Niemand und Nichts anzuklagen haben, als uns selbst und unsere Dummheit.

(Schluß folgt.)

*) Autonomie, Selbstbestimmung, Selbstverwaltung; autonomistisch, was die Autonomie betrifft, wer für die Autonomie ist.

**) Im Original heißt es: petits-commerçants, Kleinkrämer, was natürlich nicht wörtlich zu nehmen ist. Im Französischen konnte das bloß einen Theil des Kleinbürgerthums bezeichnende Wort um so eher gebraucht werden, als das französische Wort für „Arbeiter", ouvrier, auch die kleinen Handwerker umfaßt.

***) Démagogies. „Ehrendoktor" Bernstein, wie gefällt Ihnen der „Demagog"? Fällt Ihnen vor Schreck nicht die — Tugendrose aus der Hand?

Aus Großbritannien.

London, 31. Oktober.

Die Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit Englands ist wohl allbekannt. Geben sich doch die hiesigen Zeitungen die möglichste Mühe, mit derselben in der Welt herumzuprahlen. Welch patriarchalische Einrichtungen aber noch neben diesen Freiheiten im klassischen Britenreiche existiren, darüber würde gewiß mancher Uneingeweihte, wenn man sie alle aufzählen wollte, die Hände über den Kopf zusammen schlagen. Folgendes möge als Pröbchen dienen.

Vor einiger Zeit war in der City von London die Wahl eines Aelderman (Gemeinderathsmitglied) vorzunehmen. Die Wahl wurde regelrecht vollzogen und ein gewisser John Bennett ging als Sieger aus der Urne hervor. Derselbe wurde jedoch von den anderen Gemeinderathsmitgliedern nicht als College anerkannt, und fand deshalb eine Neuwahl statt. Doch mit demselben Resultat. Allein der Gemeinderath beharrte ebenfalls bei seinem früheren Entschluß, so daß eine dritte Wahl anberaumt werden mußte. Auch diesmal wurde John Bennett wiedergewählt, aber ebenso die Wahl für ungültig erklärt. Die weisen Stadtväter hielten nunmehr einen Rath, ernannten selbst Jemanden zum Vertreter des betreffenden Wahlbezirkes, und zwar grade den durchgefallenen Candidaten, welcher John Bennett gegenüberstand. Hierauf folgte eine kurze Besprechung des Gegenstandes in der Tagespresse, und wurde nachgewiesen, daß schon im Jahre 1831 derselbe Fall passirte. Der damals Gewählte verfolgte seine Sache bis in die höchsten Instanzen, allein überall wurde ihm der Bescheid, daß der Gemeinderath vollständig nach dem Gesetze berechtigt sei, eine Wahl ohne Angabe der Gründen für ungültig zu erklären, und falls dieses dreimal geschehen, selbst Jemanden nach seinem Belieben wählen dürfe. Gewiß eine nette Illustration patriarchalischer Einrichtungen!

Auch mit dem Hängen ist man im „Land der Preßfreiheit" noch sehr eifrig beschäftigt.

Fast kein Monat vergeht, daß nicht hier oder da Jemand vom Leben zum Tode befördert wird, so daß der Scharfrichter, welcher für jede Exekution 1020 Mrk. erhält, mitunter ein recht schönes, oder wie soll ich es nennen, Geschäftchen macht.

Doch mitunter hapert es auch.

Erst vor einigen Wochen wurde über vier Personen das Todesurtheil gesprochen. Es erhob sich aber eine derartige Agitation gegen dasselbe, daß sich die Königin gemüßigt fühlte, sogenannte Gnade für sogenanntes Recht ergehen zu lassen und die Verurtheilten von der Todesstrafe zu befreien. Andere Hinrichtungen fanden jedoch ungestört statt.

Wie lange wird es noch dauern, bis man endlich einmal mit einem solch barbarischen Gesetze aufräumt? Mit dem Hängen der Personen, welche ein Verbrechen begangen, wird man doch sicherlich nicht das Verbrechen selbst aus der Welt schaffen. Die Ursachen der Verbrechen liegen eben größtentheils in unseren heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen, und so lange man diese nicht aus der Welt schafft, wird auch das Verbrechen nicht beseitigt sein.

Einen schlagenden Beweis geben uns hierfür die vier Begnadigten, welche ich vorhin erwähnte. Einer dieser vier heirathete nämlich vor circa einem Jahre eine Frau mit nicht unbedeutendem Vermögen. Seine Liebe, welche ihn zu dieser Heirath bewog, galt jedoch weniger der Frau, als dem Kapital, welches dieselbe besaß. Nachdem er sich daher des Letzteren vergewissert hatte, beschloß er, seine Frau in einem Zimmer einzusperren, sie dem langsamen Hungertode preiszugeben und währenddem mit seiner Concubine ein flottes Leben zu führen. Vor mehreren Monaten starb die Frau. So standen hernach vier Personen, zwei weiblichen und zwei männlichen Geschlechts, vor Gericht und wurden zum Tode verurtheilt.

Was war aber die Ursache dieses Verbrechens? — Nun die Sucht nach dem Vermögen der Frau.

Aber doch vor allen Dingen das „Erbrecht", welches den Schlüssel dazu bot. Um vermöge des Erbrechts im Besitze des Kapitals jener Frau zu gelangen, wurde der Mord verübt.

So trägt also eine der „heiligsten Institutionen" und Grundpfeiler unserer heutigen Gesellschaft die Schuld an jenem scheußlichen Verbrechen. Und da hängt man fortwährend die Personen und beseitigt nicht die Ursachen?

O sancta simplicitas!

Auch die „heilige" Ehe wird durch diesen Vorfall zugleich charakterisirt. Herr v. Unruh mag sich das hinter die Ohren schreiben.

Nach umlaufenden Gerüchten wird Lord Hartington, ein Führer der Liberalen, in den nächsten Tagen in Edingburgh, Glasgow u. a. großartige Reden vom Stapel lassen und versuchen, für seine Partei ein neues Programm aufzustellen. Man ist gespannt, was daraus entstehen wird. — Die Differenz vom Risiko, welchem Kapitalist und Arbeiter ausgesetzt sind, hat sich hier wiederum einmal so recht gezeigt und zwar in schrecklichster Gestalt. Bekanntlich suchen die Herren Kapitalisten und ihre „Diener" fortwährend dem Arbeiter aufzubinden, daß nur sie, die Ersteren, bei der Produktion etwas zu riskiren, die Arbeiter hingegen nichts zu verlieren hätten, und doch riskiren Erstere mitunter nur einige Silberlinge, während Letztere fortwährend ihre Haut zu Markte tragen müssen. Die Kohlengruben-Explosionen in Schottland, welche vor einiger Zeit stattgefunden, geben jedenfalls genügend Zeugniß. Kaum war die Kunde von den Verunglückten in Wigan vernommen, als eine noch schrecklichere Nachricht aus Blantyre eintraf. 226 Männer, größtentheils Familienväter, haben daselbst ihren Tod gefunden, und noch mehrere liegen in hoffnungslosem Zustande darnieder. Der herzzerreißende Jammer der Angehörigen, die Klagelieder der Mütter und Kinder, welche trostlos auf diesem „Schlachtfelde der Industrie" umherirren, um irgendwo den Ernährer, den Geliebten oder Freund zu erblicken, spotten jeder Beschreibung.

Viele der Verunglückten hinterlassen eine Familie von 4 bis 8 Personen.

Die Königin hat den Untersuchungs-Commissar beauftragt, ihr genaue Mittheilungen von dem Vorgefallenen und dessen Ursachen zu machen. Auch hat sie nebenbei den Hinterbliebenen ihre Sympathie ausgedrückt; aber welchen Werth hat das?

„Gnädiger Herr, geben Sie mir gütigst einen Penny!" so bat ein armer heimathloser Knabe den Bischof von London.

„Packe Dich, Du Vagabond," lautete die Antwort.

„Gnädiger Herr, geben Sie mir dann gütigst ihren Segen."

„Jawohl mein Sohn, nimm Deine Mütze ab."

„Nein, ich will nicht."

„Und warum nicht?"

„Nun, weil — und der Knabe warf hierbei einen Blick auf die links und rechts von Wohlstand strotzenden Läden — wenn Ihr Segen so viel Werth hätte wie einen Penny, Sie ihn mir auch nicht geben würden."

Ob die Sympathie der Konigin Viktoria mehr Werth hat? Sicherlich nicht!

Wäre die Regierung und ihre Partei willens etwas zu thun, so war sie längst dazu verpflichtet. Denn dieses sind nicht die ersten derartigen Vorkommnisse. Schon anfangs der sechziger Jahre fand eine gleich große Explosion statt, und seitdem viele andere, aber dennoch machte man keine Gesetze, welche genügende Vorsichtsmaßregeln vorschrieben. Man kümmert sich einfach nicht darum. Was schadet es auch, wenn dann und wann einige „Hände" verloren gehen. Es fehlt infolge der langen Arbeitszeit ja nicht an Ersatz. Darum wird eben die herrschende Klasse auch nur immer für ihren Geldsack bedacht sein und keine Gesetze zum Schutze der Arbeiter machen, so lange Letztere nicht selbst auf dem Plane erscheinen. Möchten doch hierüber die Arbeiter immer mehr zur Kenntniß gelangen.

Der Strike der hiesigen Steinhauer dauert fort. Der Ausgang desselben und die Folgen, welche er nach sich ziehen wird, dürften von nicht geringer Bedeutung sein. Bekanntlich wurde eine an den diesjährigen Trades-Union-Congreß gesandte Resolution, welche ein internationales Zusammenwirken aller Gewerkschaften empfahl, sehr beifällig von den dortigen Delegirten aufgenommen. Sicherlich wird daher die von den Meistern unablässig fortgesetzte Importation von Ausländern zur Niederwerfung des Strikes für die Ausführung obiger Resolution wirken.

Uebrigens haben die Herren Meister ziemlich Pech. Vor einigen Tagen letzten wiederum 16 Deutsche die Arbeit nieder. Angeblich weil ihnen 22 Schilling zur Begleichung für Reisespesen ꝛc. abgezogen wurden. Gestern sollen wiederum 43 Mann aus Deutschland herübergekommen, und 60 noch unterwegs sein. Auch aus Amerika und Italien erwartet man „frische Sendung". Eigentliches Glück haben die Arbeitgeber bis jetzt nur mit den Italienern. Diese arbeiten ruhig fort, lassen sich die Reisespesen abziehen und verweigern jedes Zusammengehen mit den Strikenden. Anders die Amerikaner. Von 56 herübergekommenen haben sich sofort 52 auf Seite der Strikenden gestellt. Beim Eingehen ihres Engagements wurde ihnen von dem betreffenden Agenten gesagt, es sei kein Strike in London. Unterwegs jedoch setzte man sie davon in Kenntniß. Hierauf wurde noch während der Fahrt eine Besprechung abgehalten und beschlossen, sofort das Strikecomité aufzusuchen. So kamen dieselben am letzten Donnerstag in Cambridge Hall, wo eine Steinhauerversammlung tagte, und traten zugleich mehrere von ihnen als Redner auf. Einen erhebenden Anblick bot die Versammlung, als der Vorsitzende den Amerikanern ein Dankesvotum ertheilte, welches mit einem dreimaligen Hurrahrufen und Hüteschwenken sämmtlicher Anwesenden bekräftigt wurde. Infolge Intervention seitens der Polizei zu Gunsten der Arbeitgeber ist eine Deputation der Strikenden beim Minister Croß vorstellig geworden. Ob es nützen wird, ist sehr fraglich.

Wie dem aber auch ist, und wie der Strike auch ausfallen mag, die Arbeitgeber haben durch die Importation fremder Arbeitskraft dem internationalen Prinzip der Arbeiterbewegung guten Vorschub geleistet. V.

Aus den Vereinigten Staaten.

Newyork, den 23. Oktober.

Seit mehr als einer Woche besteht hier ein Ausstand der Cigarrenmacher, welcher bis jetzt an 11,000 Genossen umfaßt und bald sie alle vereinigen wird. Der Strike ist zunächst nur gegen Lohnerniedrigung gerichtet (2 bis 4 Dollars pro 1000), allein in seinen Folgen mag er das abscheuliche System der Hausindustrie mit erschüttern. — Seit dem großen Krach hat dieses System erst begonnen. Die Menge brotloser Arbeiter aller Fächer lud geradezu ein, dieselben recht im Großen auszubeuten. Die Tabakfabrikanten kauften oder mietheten große Wohnkasernen (Tenemont-Häuser genannt) und ließen sie an Familien behufs Cigarrenmachens auf Rechnung der Herren ab. Der Tabak wird in's Haus geliefert, die fertigen Cigarren daselbst abgeholt. Diese engen, unfreundlichen Wohnungen dienen zugleich zur Wirthschaft und Fabrik. Frau und Kinder sind bei den armseligen Löhnen zwei Drittel der ganzen Zeit an die Arbeit gefesselt — aus dem elenden Bette geht es an den Arbeitstisch, der gewöhnlich zugleich der Eßtisch ist, und von da zurück in's Bett. Den meisten dieser Armen fehlt es an Kleidern, in denen sie anständigerweise ausgehen können; denn man hat von vorn herein nur die Hilflosesten in diese Kasernen aufgenommen. Viele haben das Cigarrenmachen hier erst gelernt; und da alle Nationen ihre Glieder zu diesem Heere gestellt haben (auch zahlreiche Czechen, Italiener, Polen, ja selbst Chinesen sind darunter) so ist unter diesem Heere kein Zusammenhalt, kein gemeinsamer Widerstand gegen die Ausbeutung. Mitten in dichten Beisammen von gleichbedrängten Schicksalsgenossen war bisher jeder Versuch fehlgeschlagen, ihr trauriges Loos durch Einigkeit zu verbessern. Die Zahl der in großen Fabrikräumen beschäftigten Cigarrenmacher, welche die beste Waare liefern, nahm stetig ab, weil die billige Hausarbeit die Herren Kapitalisten in den Stand setzte, auch die Löhne dieser bessergestellten und geschickten Arbeiter tiefer und tiefer herabzudrücken, und es half dabei die Erfindung einer Maschine mit, in welcher die Cigarre in eine gleichmäßige und glatte, gefällige Form gepreßt wird, so daß auch Anfänger bald eine schöne Waare liefern können. Die Zoll- und Steuer-Politik der Vereinigten Staaten begünstigt diese Ausbeutung; es wird der Rohstoff und außerdem der fertige Rauch-, Schnupf- und Kautabak besteuert, und wer nicht ein genügend großes Lokal halten kann, um den Steuerbeamten die Controle zu erleichtern, darf nicht auf eigene Rechnung fabriziren.

Es ist einleuchtend, daß der Widerstand gegen diese immer mehr in's Große getriebene Ausbeutung — es entstanden immer mehr Hausarbeit-Fabriken — nur von den nicht in Hausarbeit beschäftigten Arbeitern ausgehen konnte. Gerade diese aber hatten in der Stadt Newyork ihre Gewerkschaften eingehen lassen; obwohl die internationale Cigarrenmacher-Union (sie umfaßt die Vereinigten Staaten und Canada) sich alle Mühe gab, in Newyork die Genossen zu organisiren, mißlang dies doch öfters. Erst seit Kurzem hat es die Ausdauer weniger Männer unserer Partei, besonders die des Genossen A. Stroßer, zu einer Organisation der Shop-Arbeiter gebracht. Nun erst konnte der Versuch gemacht werden, die Hausarbeiter zum Ausstande um bessere Löhne zu bewegen. Es wurde eine neue Lohnherabsetzung derselben und die günstige Gelegenheit der vor der Thür stehenden Unions-Staats- und Gemeindewahlen geschickt benutzt, um einen Druck der öffentlichen Meinung auf die Arbeiter und Arbeitgeber auszuüben, und so gelang es, aber unter unsäglichen Anstrengungen, 11,000 Arbeiter im Cigarrenfache, deren Zahl sich noch täglich vermehrt, zum Ausstande zu bringen. Jetzt aber entstand auch eine schwer beschreibliche Begeisterung, wozu die Frauen nicht wenig beitrugen. Die Presse war diesmal — aus Rücksicht auf die Wahlen — so anständig, möglichst richtige und eingehende Beschreibungen der Nothlage der Arbeiter und ihrer Massenversammlungen mitzutheilen. Dabei wurde nicht zu erwähnen vergessen, daß vor zwei Jahren die Gesundheitsbehörde der Stadt schmählich der Wahrheit im Interesse der Arbeitgeber in's Gesicht geschlagen hatte; sie war aufgefordert worden, die Hausarbeit in den Miethkasernen zu untersuchen, weil das überaus dichte Beisammenleben und die Ausdünstungen des feuchten Tabaks einen Gemeinschaden mit sich bringe und sie hatte einen gedruckten Bericht erstattet, worin diese Gemeinschädlichkeit in Abrede gestellt wurde!

Die Aufregung über dies Alles ist in Stadt und Land nicht gering und wird nicht verfehlen, wenigstens eine Aufbesserung der Löhne zu bewirken. Aber man kann kaum erwarten, daß diese Hausarbeit ganz abgeschafft werde, womit freilich immer neue Rückfälle in das alte Elend unausbleiblich werden. Leider ist in der Stadt Newyork auch keine politische Bewegung der Arbeiter zu erwarten, welche deren Lage im Allgemeinen verbessern könnte. Die Bevölkerung ist hier zu bunt gemischt, großentheils der Landessprache zu unkundig und durch das tausendfach verzweigte Vereins-, Logen- und Sekten-Wohlthätigkeitswesen zu vielfach in ihren Zielen und Interessen zersplittert, um baldige Aenderung ihrer vielfach grauenhaften Nothlage erwarten zu dürfen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— **Das Pferdeausfuhrverbot**, durch welches die Reichsregierung direkt (durch Schädigung der Pferdezüchter) und indirekt (durch Beunruhigung des Handels und der Geschäfte) dem Nationalwohlstand so schwere Wunden geschlagen hat, kam dieser Tage im preußischen Landtag zur Sprache. Kriegsminister von Kamecke erklärte, das Verbot könne nicht zurückgenommen werden, „so lange noch eine Mobilmachung möglich" sei. Also noch immer „Krieg in Sicht"! Schöne Aussichten das. Oder hätten Diejenigen Recht, welche in den besagten Worten blos eine — Redefigur, eine Vorbereitung auf bedeutende Mehrforderungen für den Militäretat erblicken? Wären auch schöne Aussichten. Ob aber das Eine oder das Andere richtig — was für Zustände!

— **Einhundertsechsundzwanzig Millionen Mark!** Eine neue Anleihe für preußische Staatsbauten — wo sind die Milliarden geblieben? Wir haben nichts gegen die Staatsbauten; unserer Meinung nach ist in den letzten Jahren viel zu wenig gebaut worden, man hätte den Nothstand früher lindern können. Aber die Milliarden waren verschwunden und man scheute eine neue Anleihe. Man hätte den Nothstand lindern können, wenn man einige Jahre hindurch die Hälfte des Kriegsbudgets für Bauten verwandt hätte, und eine neue Anleihe wäre überflüssig gewesen.

— Die Correspondenz des Konitzer'schen Vereins bringt folgenden, der Gemeinheit eines Konitzer und Genossen würdigen Bericht von der Saar: „Es ist ganz offenkundig, daß die sozialistische Bewegung bei uns, obgleich mit großem Lärm in Scene gesetzt, schließlich ein klägliches Fiasko gemacht hat. Die energischen Maßregeln der Arbeitgeber, sowie die schweren Strafen, welche über die Hauptagitatoren verhängt wurden, haben einen panischen Schrecken im sozialistischen Lager hervorgerufen. Zwar versuchte ein vierter Redakteur, ein Maschinenschlosser Wytzka, noch sein Glück, aber nach kurzer Zeit ereilte auch ihn das Schicksal seiner Vorgänger. Er wurde zu einigen Monaten Gefängniß verurtheilt und verschwand, ehe er nennenswerthe Thaten gethan, vom Schauplatz. Dann ging das Gerücht, ein bekannter süddeutscher Agitator, Dreesbach, sollte die Redaktion der „Freien Volksstimme" und die Leitung der Bewegung übernehmen. Doch Herr Dreesbach zog wohlweislich vor, in sicherer Ferne zu bleiben und das so überaus gefährliche Terrain nicht zu betreten. So mußte denn die „Freie Volksstimme" eingehen und wird hoffentlich von ihrem wohlverdienten Tode nicht wieder auferstehen. Volksversammlungen sind längst nicht mehr abgehalten worden. Die zugewanderten Sozialdemokraten fühlen sich nicht mehr sicher. Einer nach dem andern verduftete. Ein Handwerker sagte sich in den öffentlichen Blättern von seinen früheren Gesinnungsgenossen geradezu los und warnte die Arbeiter vor den Umtrieben der Volksverführer, die sie nur in's Unglück stürzen wollten. Natürlich ist die Wuth der sozialistischen Organe über diese Niederlage ihrer Partei eine ganz gewaltige. Die „Neue Freie Presse" und der „Vorwärts" brachten heftige Schmähartikel über die „schändliche Vergewaltigung" ihrer Parteigenossen. In Folge dessen wurde der ehemalige Redakteur des „Volksstaat", ein gewisser Marbach in Berlin, „wegen Beleidigung der Richter des königlichen Landgerichts zu Saarbrücken" — er hatte sie der Parteilichkeit geziehen — zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Daß die Sozialdemokraten im Geheimen ihre Agitationen fortsetzen würden, war vorauszusehen. So zog in letzter Zeit ein sozialistischer Colporteur in Stadt und Land umher, welcher den neuen „Volks-Kalender", Braunschweig, Druck und Verlag von W. Bracke jun., bis in die niedrigste Hütte des Arbeiters trug. Dieser Mensch — als Matrose gekleidet, um die Aufmerksamkeit des Volks auf sich zu ziehen — war so unverfroren, selbst in den Pfarrhäusern seine verderbliche Waare anzubieten und anzupreisen." So der Bericht.

Die „energischen Maßregeln der Arbeitgeber", vor allem die Hungerpeitsche für die ganze Familie des Arbeiters, der neben der Arbeitskraft seine Ueberzeugung nicht verkaufen will, — das ist ein Eingeständniß der Herren Sybel, Endemann, Kontzer und Consorten, welches alle Phrasen von Freiheit und Arbeiterglück über den Haufen wirft und den Ausdruck: Lohnsklaven nur allzu berechtigt erscheinen läßt. — Marbach hat, als der „Volksstaat" noch bestand, nach richterlicher Anschauung eine Beleidigung der Saarbrücker Richter begangen und ist in Folge dieser vor circa 1½ Jahren „verübten" Beleidigung angeklagt und verurtheilt worden. Wenn nun in Folge der jüngsten „Niederlage" der sozialistischen Partei in der Saargegend, die ja doch erst von dem Auftreten der Genossen Kaulitz und Hackenberger datiren soll, und der neuerlichen „Schmähartikel" in der „Berliner Freien Presse" und dem „Vorwärts" Marbach, der mit diesen Schmähartikeln, auf welche übrigens gar keine Anklage erfolgt ist, nichts zu thun hat, zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden wäre — so würfe das ein keineswegs günstiges Licht auf die Leipziger Richter in Bezug auf ihre Unparteilichkeit. Die Leipziger Richter sind aber nicht so „sozialistenfresserisch", wie sie Sybel, Kontzer und Consorten gern haben möchten, sie achten auch höchst wahrscheinlich jene Gesellschaft in Bonn viel zu gering, um die Redaktion der Correspondenz des deutschen Vereins wegen Verleumdung zu verklagen. — Im Uebrigen ist es köstlich, daß die Sozialdemokraten im „Geheimen" ihre Agitationen fortsetzen, und der Colporteur, der dies thut, sich in Matrosentracht kleidet, um die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich zu ziehen. Doch nun! Uebersetzen wir das „Gesindel" des alten Fritz in Rindvieh — und es mögen uns alle Leser bedauern.

— Die Fortschrittler sind doch recht komische Leute. Während dieselben alljährlich dem Militarismus mit dem größten Vergnügen hunderte von Millionen Mark in den Rachen werfen,

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845).

(Schluß.)

Wirft man hienach noch einen Blick auf das Gesammtergebniß der Untersuchung, so ist nicht zu verkennen, daß Stieber eigentlich nur das denunzirt hat, was Wander nicht ausgesprochen, aber verschwiegen haben soll. Der vielfach von dem Denunzianten wiederholte Ausdruck „hämisch" deutet darauf hin; Stieber denkt immer an Hinterhalte und Hinterhaltigkeit. Vielleicht eben deshalb, weil der Feind, den er sich so fest eingebildet hatte, und den er zu bekämpfen kam, gar nicht da ist.

Stieber möchte deshalb Wander's Gedanken inquiriren. Da hinein geht aber kein Kriminalgesetz, und will auch nicht. Denn das Strafgesetz, man mag der Abschreckungs- oder der Besserungs- oder Nothwehr- oder welcher anderen Theorie huldigen, ist immer doch nur dazu da, den dem Menschen von der Natur verliehenen Leidenschaften und Begehren als ein Gegengewicht zu dienen und zu verhindern, daß das gefährliche Begehren keine äußere That werde, daß die gefährliche und deshalb strafbare That ungeboren bleibt. Mit Gedanken hat das Kriminalgesetz nichts zu thun. Wer heute begehrte, dem König die Krone zu stehlen, morgen aber bedächte, wie ihn, sobald er nur einen Finger darnach ausstrecken wollte, das Gesetz auf die Hände klopfen würde, und sich nach reiflicher Ueberlegung dann entschlösse, es doch lieber zu lassen — so wüßte ich gar nicht, was ein Solcher mit dem Kriminalgesetz zu schaffen hätte. Das Kriminalgesetz ist der Hilfsvollstrecker der Moral. Wo die civilistische Beredsamkeit der Moral von verbotenen Thaten nicht abhält, da droht der Liktor. Und läßt sich auch noch durch eine Drohung die That nicht verhindern, so bestraft er den Thäter, indem er ihn ins Gefängniß führt oder gar ihm den Kopf abschneidet. Das Kriminalgesetz ist also ganz eigentlich dazu da, die Ueberlegung, diesen inneren Wächter wach zu erhalten, damit der Gedanke, der ungesetzliche Wunsch, nicht zur äußeren That werde.

Das Gesetz schreitet erst auf die That ein; und der Gesetzgeber ist zufrieden, wenn sein Gesetz diese verhindert hat. Gedanken kommen und gehen, sie kommen unwillkürlich; es kann sich keiner dagegen schützen, es giebt keine Festungswälle, sie abzuhalten. Daher erkennt das Sprüchwort auch ihre Zollfreiheit an.

Dennoch ist in der heutigen Zeit eine unverkennbare Neigung, Gedanken vor Gericht zu stellen, Tendenzen aufzusuchen und sie strafbar zu finden. Es ist diese Meinung durch die Schriftcensur erweckt worden, welche in der Vorcensur allerdings auf Tendenzen achten soll. Die Vorcensur der Druckschriften ist aber, wie sie die Bundesbeschlüsse selbst ankündigen, blos eine zeitweilige und provisorische Abnormität von der Regel der Schreibfreiheit; sie bezieht sich auf diese ganz allein, und kein Censor oder politischer Schriftwächter hat wohl jemals darauf Anspruch gemacht, das Muster für einen Kriminalrichter zu sein, welcher, nach ganz anderen Gesetzen, nur Thaten bestraft.

Die Spaltung der Ansichten über das Leben im Staat ist bei unseren Zeitgenossen unverkennbar; es verräth sie der lebhafte Kampf. Hüben und drüben strebt man nach dem Sieg. Die Kämpfer greifen nach Waffen, um einander zu überzeugen, zu überreden oder zu vernichten. Wer nicht mit ihnen, der ist wider sie, oder verdächtig; und vom Verdächtigen zum Schuldigen ist nur ein kleiner Schritt. Die Regierungen, wenn gleich mit Sympathien und Abneigungen, stehen gerecht über allen Parteien. Aber sie können nicht hindern, daß es Diener giebt, welche nach ihren geheimsten Gedanken fahnden, und in dem Glauben, sich bei ihren Vorgesetzten angenehm und verdienstlich zu machen, weit über die Grenzen des Gesetzes hinausgehen, welche die Regierung überall gehalten wissen will. Darin liegt die Rechtfertigung des dieser Defension gegebenen Mottos. Solche Diener möchten den bisher gegoltenen Rechtsgrundsatz, daß Jeder so lange für vorwurfsfrei gelte, bis er eines Verbrechens überführt ist, gern umkehren. Solche Diener erinnern an die russische Grenzsperre. Das Bewußtsein, unerschwingliche Einfuhrzölle auf wirklich unentbehrliche oder auch blos nach Ansicht und nach Gewohnheit des Volks unentbehrliche Bedürfnisse gelegt zu haben, nährt die Furcht vor dem Paschhandel; und in dem Bewußtsein, daß es unmöglich ist, die Grenze hermetisch zu versperren oder dem Volk seine Bedürfnisse gänzlich abzugewöhnen und unbegehrt zu machen, wird der unschuldigste Wanderer, der sich auf der Grenze blicken läßt, für einen Schmuggler gehalten. Wenn man nichts bei ihm findet, so vermuthet man, daß er es im Walde versteckt oder einstweilen in die Erde gegraben, um es gelegentlich heraus zu holen. Gott sei Dank! noch unterscheidet sich die preußische Justiz von den russischen Grenzkosaken. Zwar hat man seit den Gesetzen vom 29. März v. J. die Unabhängigkeit und somit die Parteilosigkeit der preußischen Richter besonders für diejenigen Rechtsangelegenheiten in Frage gestellt, bei welchen die Regierung irgendwie als Partei betheiligt ist. Wenn nun Stieber von dem Präsidenten der königl. Regierung zu Liegnitz zum Denunziren autorisirt zu sein angiebt, wenn er überall als im Auftrage des Ministerii des Innern handelnd aufgetreten ist, so scheint ein Fall der verdächtigten Art hier wirklich vorzuliegen. Ohne auf die Kritik der Gesetze vom 29. März v. J. einzugehen, darf ich doch meine feste Meinung dahin aussprechen, daß, wenn diese Gesetze wirklich, wie man ihnen nachsagt, die Unabhängigkeit des Richterstandes gefährden können, diese bloße Möglichkeit doch bis jetzt weder von der Staatsregierung ausgebeutet, noch von dem ehrenwerthen preußischen Richterstande zur Wirklichkeit gemacht worden ist.

Alle Deduktionen gegen diese Gesetze laufen mehr oder weniger darauf hinaus, daß Vortheile oder Nachtheile auf das richterliche Urtheil Einfluß üben könnten.

Das glaube ich nicht.

Der Richter der seinen Eid bewahrt: zu richten ohne Ansehn der Person, ohne Rücksicht auf Vortheil, ohne Nebenabsichten, wird schlimmsten Falls den Nachtheil hinnehmen und dafür sein Gewissen bewahren.

Der Defensor (Vertheidiger) wäre, wenn die aus den Gesetzen vom 29. März geschöpften Befürchtungen begründet wären, in derselben Lage wie der Richter; doch es ist seines Amtes, ohne Menschenfurcht die Rechte seiner Klienten wahrzunehmen.

Ich trage auf Wander's völlige Freisprechung an.

Hirschberg, 9. September 1845.

Robe.

lassen sie sich in der fortschrittlichen „Volkszeitung“ folgendes schreiben:

„Die Vorstellung, daß eine republikanische Verfassung einen Staat schwächer mache für auswärtige Aktionen, enthält nur eine sehr beschränkte Wahrheit. Wir brauchen nicht erst auf die Siege der republikanischen Heere gegen die Coalition der monarchischen Heere am Wendepunkt des vorigen Jahrhunderts zu verweisen. Ein unparteiisches Urtheil der Kriegsgeschichte, welche wir in unserem Jahrzehnt erlebt haben, läßt es gar nicht verkennen, daß der National-Aufstand, welchen Gambetta wachgerufen hat, gefährlicher als das unter Mac Mahon und Genossen gebildete Heer hätte werden können, wenn diesem improvisirten Aufstand nur die Zeit gegönnt gewesen wäre, sich besser zu organisiren. Wir glauben, daß auch der jetzige Krieg an der Donau den Beweis liefert, wie irrig die Voraussetzungen sind, welche den Sieg stets an die größere Disciplin gefesselt wähnen. Die Begeisterung minder disciplinirter Truppen ersetzt sehr oft die Kräfte der kriegerischen Vorbereitungen, die man für unfehlbar hält.“

Merkwürdig, äußerst merkwürdig! Das sind vielfach dieselben Worte, die Hasenclever bei der letzten Wahlcampagne im 6. Berliner Wahlkreise gebrauchte und gegen welche Eugen Richter, Ludwig Löwe und die „Volkszeitung“ vereint ankämpften, und jetzt beten diese Leute jene Worte den Sozialdemokraten nach.

Komische Leute das, diese Herren Fortschrittler!

— Die Berliner und Brandenburger Sozialistenmörder, vulgo Fortschrittler hielten am vorigen Sonntag in Berlin einen Parteitag, der von ca. 200 Personen besucht war. Eugen Richter hielt seine bekannte Rede gegen die Sozialdemokratie, die er nun schon das fünftemal wortwörtlich wiederkäut, und dann wurde beschlossen, daß Eugen Richter's gesammelte Reden gedruckt und als „Sozialistentod“ verkauft werden sollen. Auch Knörke war in der Versammlung.

— Der Prozeß Konitzer ist am 5. November in zweiter Instanz in Bonn verhandelt worden. Es wurde das Urtheil der ersten Instanz (3½ Monat Gefängniß und 1 Jahr Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte) lediglich bestätigt.

— Ein Mucker-Unternehmen. Von der „Conferenz für innere Mission in Thüringen“ ist folgendes Preisausschreiben erlassen:

„Zum Dienst in der sozialen Frage, für Volks- und Anstaltsbibliotheken wird vermißt und gewünscht eine Schrift, welche, nicht über 10 bis 12 Bogen füllend, im Gewande einer anziehenden und spannenden Geschichte den Entwickelungsgang eines Mädchens durch Dienstverhältnisse, Fabrikarbeit, Verlöbniß, Heirath mit all seinen Gefahren und Versuchungen bis zum guten Ende schildert. Das Thema also ungefähr: „Die Arbeiterfrau, wie sie wird und was sie sein kann und soll.“ Die Conferenz hat beschlossen, die beste derartige Schrift mit 600 Mark zu prämiiren. Bewerbungsschriften werden bis zum Schlusse d. J. erbeten. Dieselben müssen, wie üblich, mit einem Motto versehen und von einem versiegelten Couvert begleitet sein, welches außen dasselbe Motto, innen den Namen des Verfassers enthält. Spezifisch thüringische Färbung der Erzählung ist nicht Bedingung. Nicht prämiirte Schriften erfolgen auf Verlangen zurück.“

Daß die Schrift natürlich vom spezifischen Hauche des kirchlichen Christenthums durchweht sein muß, ist wohl selbstverständlich. Uns interessirt eigentlich nur die Forderung, welche an den Schriftsteller gestellt wird, daß er die Geschichte zum guten Ende führen soll — echt kirchlich-christlich wäre es doch, wenn die Heldin der Erzählung ein schlechtes Ende auf Erden nähme, schon deshalb, damit sie leichter „die Krone des ewigen Lebens“ erwürbe. — Aber es soll neben dem Christenthum in sozialer Frage gemacht werden, und da ist das gute Ende nothwendig, um Sand in die Augen der Leser und Leserinnen aus dem Arbeiterstande zu streuen.

— An die falsche Adresse. Dem letzten Congreß der Hirsch'schen Gewerkvereine ging ein, ganz „international“ gehaltenes Schreiben der englischen Trades Unions zu, in welchem die lebhaftesten Sympathien ausgedrückt waren. Wie sich herausstellt, war diese Kundgebung eigentlich für die richtige Adresse bestimmt, wurde aber durch einen deutschen Exsozialisten und Exinternationalen, der einst mit Recht einen guten Namen hatte, und der die Unbekanntschaft der englischen Gewerkschaftssekretäre mit der deutschen Arbeiterbewegung ausbeutete, aus Haß gegen die deutsche Sozialdemokratie an die falsche Adresse befördert.

— Der Klassenkampf in England. Der Strike in Bolton ist, nachdem er fast ein Vierteljahr gedauert und 100.000 Pfd. St. gekostet hat, durch einen Vergleich beendigt worden. Die Arbeiter lassen sich eine Lohnreduktion gefallen, dafür müssen aber die Zahlungstarife der einzelnen Arbeiten revidirt werden. Die Arbeiter hoffen, daß eine solche Revision ihnen vortheilhaft sein werde, könnten sich aber getäuscht finden. Wie es scheint, wird, genau unter denselben Bedingungen wie in Bolton, ein Strike in Blackburn in Scene gesetzt werden. Die dortigen Spinnereibesitzer haben eine Lohnherabsetzung angekündigt, welche die Arbeiter sich wohl kaum gutwillig dürften gefallen lassen. — In Ashton sind die Baumwollenarbeiter im Strike — Ursache: Lohnreduktion. — Der Londoner Steinhauer- und Maurer-Strike dauert fort; die Bemühungen des Strike-Comités, die „importirten“ Arbeiter zur Rückreise oder wenigstens Niederlegung der Arbeit zu bewegen, sind — außer den Italienern gegenüber — meist mit Erfolg gekrönt. (S. unsre heutige Correspondenz aus London.) Indeß läßt sich nicht leugnen, daß in Folge der schlechten Zeiten ein ziemlich bedeutender Andrang fremder Arbeiter, namentlich aus Amerika stattfindet. Der Strike hat sich bekanntlich auch über andere Städte Englands ausgedehnt. — Die Londoner Schreiner und Zimmerer verlangen Lohnerhöhung und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden. Die Meister widersetzen sich, und so dürfte es zu einem Strike kommen. — In North-Staffordshire haben 8000 Kohlengräber die Arbeit eingestellt; dadurch sind 25,000 Personen brodlos geworden und mindestens 100,000 Menschen mehr oder weniger in ihrem Erwerb geschädigt. Ursache: Lohnreduktion. Es ist die alte Geschichte — sobald der Geschäftsprofit etwas sinkt, soll der Ausfall von den Arbeitern getragen werden; wenn dagegen das Geschäft flott geht und die Arbeiter auch von dem erhöhten Profit etwas abhaben wollen, dann sagen die Herren Arbeitgeber Nein, wie die Londoner Zimmerer und Tischler soeben erfahren haben. Interessant ist, daß die beiden „Arbeiterabgeordneten“ Mac Donald und Burt sich umsonst die größte Mühe gegeben haben, einen schiedsrichterlichen Vergleich herbeizuführen. Die Arbeiter wollten von einem Schiedsgericht nichts wissen; sie meinten, die Erfahrung habe gelehrt, daß die Schiedsgerichte meist im Sinne der Kapitalisten urtheilten; der Kampf biete wenigstens die Chance des Siegs.

— Ein italienischer „Arbeiter“-Congreß tagte in den letzten Tagen des Oktober in Bologna. Wir markiren ausdrücklich das Wort „Arbeiter“, weil dieser italienische Congreß viel Aehnlichkeit hatte mit dem Congreß des Herrn Max Hirsch und Consorten, auf welchem den Arbeitern bekanntlich eine sehr untergeordnete Rolle zugewiesen worden war. Von 422 „Delegirten“ nämlich, welche auf dem Congreß in Bologna ihr Wesen trieben, gehörten der Arbeiterklasse ganze vierzig Mann an. Nach der „Voss. Ztg.“ waren die übrigen Theilnehmer meist Advokaten; anwesend war auch der Exminister Minghetti. Es versteht sich von selbst, daß sich von dieser sehr gemischten Gesellschaft diejenigen Arbeiter fernhielten, welche ein Paktiren mit den herrschenden Klassen von sich weisen. So hatte u. A. der einflußreiche italienische Buchdruckerverband eine offizielle Betheiligung an dem Congresse abgelehnt und auch die mazzinistische Arbeitergesellschaft hatte einen Absagebrief eingesandt. Mit einem Bericht über die Verhandlungen des „Arbeiter“-Congresses wollen wir unsere Leser nicht langweilen; es dürfte zur Kennzeichnung der Herren Aucharbeiter, welche da in Bologna über Arbeiterinteressen beriethen, vielmehr die Mittheilung genügen, daß Regierung und Bourgeoisie keine Ursache haben, mit deren Thätigkeit unzufrieden zu sein.

— In Bulgarien verfolgen die Russen mit Energie, und bis jetzt mit Glück ihr Ziel der Cernirung Plewna's. Ob Osman Pascha genügende Vorräthe hat, um seine Stellung auf längere Zeit d. h. bis in den Winter hinein zu behaupten; wie stark seine Armee ist; welche Pläne die türkische Armeeleitung mit Bezug auf Plewna und dessen eventuelle Entsetzung hat — darüber sind wir vollständig im Dunkeln. Vorläufig haben die Russen ausschließlich das Wort, und daß auf deren großmäulige Siegesbülletins kein Verlaß ist, das brauchen wir unsern Lesern nicht zu sagen. Das Schweigen der Türken erklärt sich wohl nur zum Theil aus der Unterbrechung der Telegraphenverbindung; wahrscheinlich wird irgend ein Schlag vorbereitet, der, um zu gelingen ganz unerwartet kommen muß. — Vom asiatischen Kriegsschauplatz wird von russischer Seite gemeldet, daß Moukthar Pascha, weil ihn die Russen im Rücken bedroht hätten, sich bis in die Nähe von Erzerum zurückgezogen habe. Indeß wird gleichzeitig, ebenfalls aus russischer Quelle gemeldet, ein Theil der türkischen Armee sei in der früheren Stellung bei Zewin stehen geblieben — was sich nicht gut zusammenreimen läßt. —

— Tessendorff als Prophet — unter dieser Ueberschrift bringt die Nr. 5 der in Hamburg erscheinenden „Rundschau“ einen Artikel, in welchem die Verdienste aufgezählt werden, die sich Tessendorff um die Sozialdemokratie erworben hat — erworben, trotzdem sich derselbe hoch und theuer verschworen hatte, in Preußen und speziell in Berlin die Sozialdemokratie mit Stumpf und Stiel auszurotten. „Als Sie (Tessendorff) nach Berlin kamen“, heißt es in dem Artikel, „um von dort aus den Vernichtungskrieg gegen die Sozialdemokratie im Allgemeinen und die Sozialisten Berlins im Besonderen zu führen, da lag die deutsche Sozialdemokratie zerspalten in fast zwei gleich starke Hälften, im bitteren Kampfe unter sich selbst; in der Presse waren wir in ganz Preußen nur durch den „Neuen Sozialdemokrat“ vertreten, der freilich in bedeutender Auflage verbreitet wurde, indeß dem lokalen und provinziellen Bedürfniß durchaus nicht genügen konnte; im Reichstage hatten wir nur einen Vertreter, Bebel. Da kamen Sie und prophezeiten, wie Sie uns vernichten wollten. Es sind nun fünf Jahre, daß Sie an unserer Vernichtung arbeiten, und wir wollen nun das Facit Ihrer Thätigkeit ziehen. Die alten Organisationen sind zerstört, das haben Sie erreicht, Herr Tessendorff; der alte Haß zwischen den Sozialisten Deutschlands ist erloschen, seit dem 25. Mai sind wir eine geeinte Partei, das haben wir erreicht, Herr Tessendorff!

Der „Neue Sozialdemokrat“ mit seinen 4000 Abonnenten in Berlin ist eingegangen und das Centralorgan der deutschen Sozialdemokratie ist nach Leipzig verlegt, das ist theilweise Ihr Verdienst, Herr Tessendorff; in Berlin erscheint nun die „Berliner Freie Presse“ täglich mit 10,000 Abonnenten in Berlin, das ist unser Verdienst, Herr Tessendorff. Sie haben die Organisation in Berlin und in Preußen zerstört, das ist Ihnen gelungen, Herr Tessendorff; wir haben in Berlin 2 Abgeordnete durchgebracht und im übrigen Preußen ein Drittel mehr Stimmen als 1874 erhalten, das ist uns gelungen!

Sie haben prophezeit, daß, wenn erst unsere Organisation zerstört sei, die Sozialdemokratie in Preußen todt sei; das war Ihre Meinung, Herr Tessendorff; wir haben jetzt in Berlin, Magdeburg, Halberstadt, Königsberg, Breslau, Wilhelmshaven, Kassel, Frankfurt, Köln, Barmen, Solingen, Hagen, Remscheid, Duisburg, Essen, Crefeld, Dortmund, Zeitz und für die Provinz Brandenburg, alles in Preußen, allenthalben Parteiblätter, das ist unsere Antwort auf Ihre Prophezeiung, Herr Tessendorff!

Das das Facit Ihrer Thätigkeit und — wollen Sie gefälligst fortfahren, Herr Tessendorff!“

Soweit der dem Propheten Tessendorff gewidmete Artikel der „Rundschau“. Ja, es ist wahr, und wir sind bescheiden genug, es einzugestehen: ohne „unsern“ Tessendorff wären wir nicht so weit. Und mit Hilfe Tessendorff's und überhaupt mit „der Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft“, hoffen wir noch weiter zu kommen.

— Confiskation der „Neuen Welt“. Nach einem am vorigen Sonntag gemachten vergeblichen Versuche — weil das Geschäft schon geschlossen war — fand Montag gegen Mittag eine Beschlagnahme der „Neuen Welt“ in der Expedition der „Berliner Freien Presse“ statt. Herr Tessendorff scheint sich darüber zu ärgern, daß der „Neuen Welt“ von Berlin aus nichts anzuhaben ist, weil ihr Gerichtsstand sich in Leipzig befindet, und ersuchte schon vor 14 Tagen die Verlagshandlung der „Berliner Freien Presse“, für die „Neue Welt“ in Berlin einen Redakteur zu bestellen, widrigenfalls er confisziren werde. Nach einer Berufung auf das dem entgegenstehende Gesetz in der betreffenden Nummer der „Berliner Freien Presse“ wurde Herr Tessendorff aufgefordert, zu confisziren, was er aber nicht that. — Nun hat derselbe die Verleger der „Berliner Freien Presse“ befragt, warum dieselben von der letzten Nummer der „Neuen Welt“ kein Pflichtexemplar eingereicht hätten und ob der verantwortliche Redakteur der „Neuen Welt“, Bruno Geiser, von ihnen als solcher bestellt sei. Der befragte Vertreter der Verlagshandlung erklärte, zu der Einreichung nicht verpflichtet zu sein und den Redakteur Bruno Geiser nicht bestellt zu haben. Nach dieser Erklärung erfolgte die Beschlagnahme von 37 noch vorhandenen Exemplaren der „Neuen Welt“. Auf den Ausgang der Affaire sind wir gespannt.

Am 9. November 1849.

Die Sonne Deutschlands muß sich tief verschleiern,
Der deutsche Himmel droht gewitterschwer,
Und Todtenfeste muß die Freiheit feiern,
Und über Gräber schreitet sie einher!
Ein neues Grab! Senkt eure Fahnen nieder!
Durch's ganze Volk ertönt ein Schmerzensschrei!
O weint um Blum! — Er fiel für seine Brüder,
Ein neues Opfer alter Tyrannei.

Hört ihr die fernen Sturmesglocken schallen?
In Flammen steht das kaiserliche Wien.
Seht, wie des Herrschers siegende Vasallen
Mit Heeresmacht in seine Thore ziehn!
O deutsche Freiheit! Deine Leichenbahre
Wird von dem fremden Volke noch entehrt!
Es wirft der übermüth'ge Serezare
Auf deine Gruft mit Hohn sein klirrend Schwert.

O triumphirt auf Trümmern und im Schutte —
Ein Leichentuch im festlichen Gewand!
Der rothe Mantel und die schwarze Kutte —
Barbar und Jesuit — gebt euch die Hand!
Versucht's, des Kaisers morschen Thron zu stützen! —
Befriedigt eurer Rache wilde Lust;
Und setzt ein Ziel den kaiserlichen Schützen —
Ein würd'ges Ziel — des Volksvertreters Brust.

Ihr zieltet gut, ihr wackern Kampfgenossen!
Das ist ein Meisterschuß von sich'rer Hand.
Ihr habt der Freiheit in das Herz geschossen,
In's Herz dem ew'gen deutschen Vaterland.
Das ist ein Schuß, er sprengt die letzte Kette,
Die Oestreich noch dem deutschen Volk verband.
Es reicht auf Blum's geweihter Grabesstätte
Der Kaiser dem Kroaten seine Hand.

Sie haben dich zum Opfer auserkoren —
Es soll dein Blut den Bund der Knechte weih'n!
Fort mit den schwarz-roth-goldnen Tricoloren —
Schwarzgelb soll wieder Oestreichs-Zeichen sein.
Der Baum der Freiheit fällt mit einem Streiche —
Dort mit dem deutschen Sinn, dem freien Sinn!
Sie warfen eines Volksvertreters Leiche
Mit bitt'rem Spott uns vor die Füße hin.

Was kümmern sie des deutschen Volkes Rechte?
Sie kennen nur den Kaiser Ferdinand!
Er ist der blöde Gott der blöden Knechte,
Ist ihre Freiheit und ihr Vaterland.
— — — — — — — — —*)
Sie feiern ihn im blutigen Gericht!
Die Gnade Gottes schützt ihm seine Kronen,
Doch seine Rache kennt die Gnade nicht!

Weint um das Opfer der Barbaren,
Den Mann des Wortes und den Mann der That,
Der kühn hinaus in Stürme der Gefahren,
Kühn vor den Richterstuhl der Nachwelt trat;
An seiner Urne weilt mit stummem Schmerze
Legt auf das Grab des Märtyrers den Kranz!
Denn schweigend löscht an seiner Gruft die Kerze
Der Genius des Vaterlands.

Doch nein! Mit rauschenden Triumphgesängen
Erwacht er einst am Auferstehungstag!
In wildem Sturm wird er die Gräber sprengen,
Gewappnet dastehn wie mit Zauberschlag.

Ein freies Volk hält dann die Leichenmessen,
Die Throne fallen vor dem Geist der Zeit;
Da schlingt der Lorbeer sich in die Cypressen,
Den Namen Blum's weckt die Unsterblichkeit!

Rudolf Gottschall.

(Der Verfasser vorstehenden Gedichts ist der bekannte Dichter a. D., Hofrath, Ritter verschiedener Orden und gegenwärtige Herr Rudolf von Gottschall. D. R. d. V.)

*) In dem uns vorliegenden aus dem Jahre 1849 stammenden Druckabzuge des Gedichts fehlt an dieser Stelle ein Vers; ob der Herr Gottschall dem „blöden Gotte“, dem Kaiser, dort noch einen Tritt versetzen wollte und aus Angst plötzlich innehielt? Wir wissen es nicht, nur soviel wissen wir, daß seitdem Herr Gottschall sich vor manchem „blöden Gotte“ gebeugt hat. D. R. d. V.

— Der Steinkohlen-Bergbau Westphalens hat in den letzten 20 Jahren einen sehr bedeutenden Aufschwung genommen und haben die angestellten Berechnungen ergeben, daß im Westphälischen Steinkohlen-Becken allein so viele Kohlen abgelagert sind, wie in England zusammen. Im Jahre 1876 förderte Westphalen ca. 360 Millionen Centner oder 18 Millionen Tons Steinkohlen. Die Erbauung der Venlo-Hamburger Linie der Cöln-Mindener Eisenbahn, verbunden mit der Ueberbrückung der Elbe und mit entsprechender Ermäßigung der Eisenbahnfrachten hat Veranlassung gegeben, daß auch in Hamburg-Altona, Lübeck, Kiel und in den Herzogthümern Schleswig-Holstein im Allgemeinen Versuche mit Westphälischer Kohle im Gegensatz zur Englischen Kohle, welche bisher den Consum dieser Gebiete beherrschte, gemacht wurden. Wie bei jeder neuen Sache, so hielt es anfänglich schwer, das gegen die Westphälische Kohle bestehende Vorurtheil zu besiegen. Nachdem aber allmählich beinahe sämmtliche in Hamburg bestehenden deutschen Dampfschiffs-Gesellschaften den Verbrauch der Westphälischen Kohle an Bord ihrer Dampfschiffe eingeführt, und die kaiserliche Marine-Verwaltung zu Wilhelmshafen durch die angestellten eingehenden Versuche thatsächlich constatirt hat, daß die Westphälische Kohle der besten Englischen Kohle nicht allein ebenbürtig, sondern an Heizkraft überlegen ist, nimmt der Verbrauch Westphälischer Kohle in regelmäßiger Weise zu. Wenn nun in Betracht gezogen wird, daß Deutschland für die in Hamburg Altona eintreffenden Englischen Steinkohlen selbst bei jetzigen niedrigen Preisen noch einen jährlichen Betrag von 15 bis 18 Millionen Reichsmark an England zahlt, welche es durch den Ersatz der Englischen Kohle durch die deutsche Kohle möglich ist, Deutschland zu erhalten, so verdient die Thatsache um so mehr Beachtung, daß Westphalen im Stande ist, jedes Quantum und jede Qualität Kohle in Concurrenz zur Englischen Kohle zu liefern und um den diesbezüglichen Nachweis zu liefern, hat unter der Aegide des Bergbaulichen Vereins Westphalens zu Ende September eine reichhaltige Ausstellung von Kohlen, Coaks und Cinders aller Sorten in Hamburg stattgefunden. Der Nachweis ist auch als gelungen zu erachten.

Correspondenzen.

Budapest, 3. Oktober. Der österreichische Zopf, ein Zwillingsbruder des deutschen reichseinheitlichen, hielt mich auf der Reise von Deutschland nach Ungarn einen ganzen Tag zu Prag auf. Indessen hatte sogar diese Säumniß ihren Nutzen, denn ich fand hierbei Gelegenheit, mich zu überzeugen, daß die tschechische Türkenfresserei eine künstlich erzeugte ist und von einigen unter der Aegide Rieger's stehenden schwindelköpfigen Prager Studenten und faulen Journalisten ausging. Die Masse des Volkes kümmert sich hier wenig um Politik, doch lechzt sie nach Neuigkeiten, welche ihr eine Erleichterung der Lasten versprechen sollen, denn die Abgaben sind in Oesterreich-Ungarn von Jahr zu Jahr drückender; mit diesen wächst die Unzufriedenheit im Volke, und obschon das Zerschlagen des Handelstraktats zwischen Deutschland und der österreichischen Monarchie dem nichtungarischen Theile derselben günstig zu sein scheint, so trägt dieser Umstand doch nichts dazu bei, um das Volk zu Hoffnungen auf Erleichterung zu berechtigen. In Prag und in ganz Böhmen und Mähren fehlt es aber an Aufklärung, man weiß dort von den Fortschritten, die die Sozialdemokratie in Deutschland gemacht, wenig, ja beinahe gar nichts, hier und da kennt man in den genannten Ländern kaum Etwas von der Existenz derselben. Erfreulich aber ist es für die Sache des Volks, daß das Militär, namentlich die in Prag garnisonirenden ungarischen Truppen, Infanterie und Husaren, aus den Kinderschuhen herausgewachsen sind und sich für die Rechte des Volks und des Menschen überhaupt interessiren. Als ich auf der Kleinseite einen ungarischen Infanteristen anredete, um ihn nach einem gewissen Gebäude zu fragen, antwortete er mir mit einer Gegenfrage, als er seine Landessprache vernahm: „Sagen Sie mir, mein guter Herr, wann wird unser Vater Kossuth uns gegen unsere Feinde führen?“ Aehnlich sprach ein in der Zeltnergasse als Ordonnanz reitender Husar. Mit einem Worte, der ungarische Soldat hat überall aufgehört, Maschine zu sein und fängt an zu fühlen, zu denken und — wenn die Zeit kommen sollte — zu handeln, wie er es gethan im Jahre 1848, welchem Beispiele auch einige deutsch-österreichische, italienische und polnische Truppenkörper folgten. Daß die ungarischen Truppen viel leichter der Sache des Volkes zu gewinnen wären, als selbst die Honveds, dies ist natürlich, weil die ersteren ihre nicht magyarischen Offiziere hassen, zu ihnen kein Vertrauen haben, was bei den Honveds — die von magyarischen Offizieren commandirt werden — nicht der Fall ist. Von der Richtigkeit dieser Annahme überzeugte ich mich noch mehr in Budapest selbst.

Was die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien betrifft, so ist die Sozialdemokratie in Budapest erst im Werden, obschon die Thätigkeit Leo Frankel's es dahin gebracht, daß einer der Pester Wahlbezirke — der Theresienstädter — welcher zumeist von unbemittelten Händlern und Handwerkern bewohnt wird, bereits große Fortschritte gemacht und bei den nächsten Reichstagswahlen den Ausschlag geben wird, trotz der allgemein herrschenden Corruption. Wenn Frankel der magyarischen Sprache mächtig wäre, dann zweifle ich nicht, daß er zum Abgeordneten gewählt werden würde. Indessen ist es zu befürchten, daß bei der zunächst zu Stande kommenden Codifikation in Criminalfällen die hiesige Sozialdemokratie, wie einst die Schismatiker des Glaubens, von der Regierung zu einer verfolgten Kaste gemacht werden wird. Außer Frankel's Arbeiter-Wochenchronik“, welche etwa 2600 Abonnenten zählt, deren Zahl im Zunehmen ist, hat hier ein Schriftsetzer, Julius Kaczander, auch ein magyarisches sozialistisches Wochenblatt gegründet, welches aber leider bis jetzt noch wenig Abonnenten hat.

Gera. Wie schwierig die Bekämpfung der Sozialdemokratie in ihren Versammlungen sei, wie diese laut Beschluß des antisozialistischen Congresses ausgeführt werden soll, das konnten in der letzten öffentlichen Parteiversammlung der Sozialisten im Straube'schen Lokale Herr Jonas aus Berlin und seine Begleiter erkennen. In jener Versammlung, die außerordentlich zahlreich besucht war, trotzdem es nur eine Parteiversammlung war, so daß Viele wegen Mangel an Platz wieder umzukehren genöthigt waren, hat der antisozialistische Congreß eine gute Antwort erhalten, wie sie auf seine Beschlüsse nicht besser passen konnte. Als Tagesordnung war aufgestellt: „Der antisozialistische Arbeitercongreß“, und referirte Herr Brätter über die Bestrebungen desselben in kurzen Zügen. Hierauf nahm Herr Jonas, Gewerkvereinsapostel aus Berlin, das Wort; er meinte, daß die Bestrebungen der Sozialisten sich nicht realisiren ließen, und wollte dies an Aussprüchen einzelner Sozialisten beweisen; auch fehlten Redensarten wie: sie wollten auch das Wohl der Arbeiter 2c. nicht. Seine Ausführungen wurden von Seiten Brätter's und Ufert's treffend widerlegt. Die Versammlung hörte Herrn Jonas (der, nebenbei bemerkt, anständig sich ausdrückte) ruhig an, und so wird wohl dieser, wie er auch selbst zugestand, die Ueberzeugung mit nach Berlin nehmen, daß die Sozialisten denn doch nicht die Horde seien, wie sie enragirten Feinde derselben hinzustellen belieben. — Von einzelnen Sozialisten wurde noch das Verfahren gegeißelt, wie man Arbeiter ihrer sozialdemokratischen Gesinnung halber öffentlich als solche denunzirt und sie auf solche Weise wahrscheinlich zu schädigen sucht. Der stürmische Beifall, welcher den sozialistischen Rednern zu Theil wurde, gegenüber dem Schweigen bei den Ausführungen des antisozialistischen Opponenten beweist, auf welcher Seite die Sympathie der zahlreich Anwesenden war. Das erste Debüt der Bekämpfung der Sozialdemokratie am Orte, wo der antisozialistische Congreß getagt, war daher ein gescheitertes, dem mehrere dergleichen wohl folgen werden.

Hieran sei noch die Mittheilung geknüpft, daß auch in der zweiten Stadt unseres Ländchens der antisozialistische Congreß große Enttäuschung hervorgerufen hat. Herr Schuldirektor Böhme nämlich, der Vertreter des Schleizer Bildungswesens auf dem Arbeitercongreß in Gera, erstattete in der Vereinsversammlung Bericht über die Verhandlungen des Congresses. Herr Bohme sagte am Schlusse seines Referats, daß er mit den freudigsten Hoffnungen zu dem Congreß gegangen, aber mit einem Gefühl der Enttäuschung wieder zurückgekehrt sei, und so mit ihm auch Andere. — Wenn dies also schon in dem Ländchen geschieht, welches sich die Hirsche und Genossen zum Tummelplatz ihrer „Sozialistenmörderei“ gewählt hatten, wie kläglich mag es dann mit ihren „Bestrebungen“ erst im übrigen Deutschland aussehen.

Auskau, 2. November. Nachfolgend gebe ich Ihnen einiges über die hiesigen Schulverhältnisse, und können Sie aus diesem vielleicht etwas für den „Vorwärts“ brauchen. In dem Anzeiger unseres Städtchens wurde in letzter Nummer bekannt gemacht, daß der Herr Generalsuperintendent am Sonnabend eine Abendandacht und Sonntag eine Prüfung sämmtlicher innerhalb der drei letzten Jahre confirmirten Knaben und Mädchen abhalten werde. Mag zu dieser Prüfung von den Knaben und Mädchen gehen wer Lust hat, — aber eine unerhörte Thatsache ist es, daß zu dieser Prüfung auch Schulknaben und Mädchen geschickt werden sollen, und diese, wie ich aus sicherer Quelle erfahren, jetzt die ganze Woche hindurch Religion üben. Gestern hatten z. B. die Knaben der ersten und zweiten Klasse hiesiger Bürgerschule von Morgens 8 bis 12 Uhr und Nachmittag 1 bis 3 Uhr nur Religionsunterricht und müssen deshalb das praktische Rechnen, Schreiben, Lesen, Geographie und Geometrie mit der doch gewiß nicht so nothwendigen Religionskunde vertauschen, und dies blos um der Prüfung wegen!

Weiter! Vor ungefähr 10 Tagen hatten sich mehrere Schulknaben im Alter von 13 bis 14 Jahren das Vergnügen gemacht, Abends auf der Straße Cigarren zu rauchen. Bei der Dunkelheit, die gerade an jenem Abende tiefe Finsterniß genannt werden konnte, hatten es die Schulknaben nicht bemerkt, daß ein Kaufmann auf sie zugegangen kam, — und die natürliche Folge davon war, daß dieser den von den Knaben weggeblasenen Dampf bemerkte und constatirte, daß die Knaben Cigarren rauchten. In einem Kneiplokal erzählte genannter Herr diese Angelegenheit einem Lehrer und wurden die Knaben in der Art bestraft, daß — hören und staunen Sie! — dieselben von Morgens halb 9 bis Mittags 12 Uhr und Nachmittags von 1 bis 3 Uhr in der Schulstube knieen mußten. Was geht den Knaben wohl dadurch verloren? 1) die körperliche Gesundheit und 2) 5½ Stunden Schulunterricht!

(Wir tadeln das Rauchen bei den Kindern gewiß, doch scheint uns die Strafe durchaus unangemessen und das Maß einer vernünftigen Rüge weitaus überschreitend. R. d. „V.“)

Hirschberg in Schlesien. Auch hier fängt die sozialistische Partei an immer mehr und mehr an Boden zu gewinnen, und im Verlauf von kurzer Zeit hoffen wir im Verein mit der benachbarten Ortschaft Cannersdorf ein Bollwerk der Sozialdemokratie zu schaffen. Vorerst haben wir einen Arbeiterwahlverein gegründet, der sich schon jetzt des besten Zuspruchs erfreut und bereits 70 Mitglieder zählt. Auch haben wir kürzlich zwei gut besuchte Versammlungen hier abgehalten, in denen M. Schlesinger aus Breslau in wirkungsvoller Weise als Redner auftrat. Gelingt es uns für die nächste Zeit, noch etliche Versammlungen mit gleich guten rednerischen Kräften zu arrangiren, so haben wir gewonnenes Spiel; hoffen wir das Beste. K.

Heisenheim a. Rh., 3. November. Wie verlautet, hat der Kassirer der hiesigen Vorschuß- und Creditbank eine Summe im Betrage von 28,000 Mark unterschlagen. Es wäre doch wirklich interessant, wenn man einmal erfahren könnte, wie viel Gelder auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege zu Verlust gegangen sind. Vielleicht ist Herr Schulze-Delitzsch, der Vater dieser Geldgenossenschaften, in der Lage, diesen Wunsch zu erfüllen; er weiß doch sonst so genau anzugeben, wie viele Hunderte von Millionen seine Genossenschaften umgesetzt haben, warum sollte er nicht auch wissen, wie viel Tausende abhanden gekommen sind?

Stollberg, 5. November. Den Parteigenossen des 19. sächsischen Wahlkreises zur Nachricht, daß am 3. d. Mts. das Centralcomité sich hierselbst constituirt hat. Als Vertreter wurden gewählt: Conrad Frenzel, Vorsitzender; Otto Neubert, Stellvertreter; Ernst Lohse, Schriftführer; Clemens Beckert, Kassirer. Wir ersuchen alle Vertreter im Bezirk, ihre Adressen schleunigst an dem Vorsitzenden einzusenden. Gleichzeitig fordern wir die Genossen auf, mit der Gründung von Filialen in Betreff des Zeitungsunternehmens vorzugehen; und ihre Bevollmächtigten uns sofort anzuzeigen. Es ist keine Zeit zu verlieren. Thue ein Jeder seine Pflicht.

NB. Den Genossen diene hiermit zur Kenntniß, daß wir jede Beschlußfassung in Betreff einiger Veränderungen der letzten Lößnitzer Conferenz strengstens zurückweisen müssen. Wir werden uns blos nach den protokollarisch gefaßten Beschlüssen richten.

Conrad Frenzel, Vorsitzender.

Karlsruhe, 4. November. Allen Parteigenossen zur Nachricht, daß wir am 31. Oktober unseren Genossen Joseph Pfaffenholz, Schreiner aus Cöln, nach kurzem Leiden durch den Tod verloren haben. Unter zahlreicher Betheiligung gaben ihm die Karlsruher Genossen am 3. d. das letzte Geleit. Durch sein Wirken für die Partei hat sich Pfaffenholz ein dauerndes Andenken erworben. R.

Aufforderung.

Auf Wunsch eines Juristen, der die Absicht hat, über die politischen Prozesse der letzten Jahre eine eingehende statistische und kritische Abhandlung zu schreiben, ersucht der Unterzeichnete alle politisch Verfolgten, ihm womöglich die gegen sie gefällten Urtheile mit den Erkenntnißgründen, zum mindesten aber genaue Notizen über ihre Prozesse zugehen zu lassen. Für unbeschädigte Zurücksendung des gesammten Materials wird garantirt.

Leipzig, den 7. November 1877.

Bruno Geiser, Plagwitzerstr. 20.

Aufforderung an die Partei- und Gesinnungsgenossen in Trier und St. Johann!

Da schon vielfach über die Person des Herrn Polizeicommissar Wirtz in St. Johann Aufklärung verlangt wurde, sehe auch ich mich genöthigt, an die Genossen in Trier und St. Johann die Frage zu richten, ob der genannte Herr Commissar Wirtz vielleicht mit der Person identisch ist, die 1855 als Gensdarm von Berlin nach Trier versetzt wurde dort als Commissar fungirte und den Namen Peter Wirtz führte. Derjenige, welcher mir hierüber Auskunft geben kann, wird gebeten, diesbezügliche Antwort an mich gelangen zu lassen.

Cöln. Johann Heesch, Follerstr. 14.

Briefkasten.

der Redaktion. H. L. Berlin: Nein! Die betreffenden Nummern sind abgesandt.

der Expedition. Nesselbosch in Carlsruhe: Sie können Beides durch uns beziehen. — Julius Steudtner in Lückendorf: Ein Ortsstatut erhalten Sie im Laufe dieser Woche zugesandt. Das fragliche Gedicht ist von Heinrich Heine. — Jeremias in Philadelphia: Von Chr. Plank finden wir kein weiteres Buch, ein K. Ch. Plank hat von 1872—75 verschiedene Bücher, aber nicht in diesem Genres herausgegeben.

Die Angelegenheit mit dem sächsischen Siegesthaler ist erledigt.

Cassel. Pfannkuch.

Quittung. Eingrtn hier Ann. 1,50. Brtgm Straßburg Ab. 2,50. Hrbg Würzburg Ab. 10,00. Frnhlz Leobersdorf Ab. 3,93. Krstnr Wien Ab. 3,25. J. Bll Philadelphia Ab. 50,00. Mrtn Schmölln Ab. 7,22. Schmdt Hannover Ab. 300,00. Brthn Treden Ab. 1,50. Drbg Gießen Ab. 6,30. Dtn Verden Ab. 10,10. Drsld Lambrecht Ab. 2,80. F. Lnd Hamburg d. G. 300,00. Grßm hier Ab. 6,00. Schlngr Glauchau Schr. 21,50. Brtlng Mannheim Schr. 26,30. Ggtr hier Schr. 3,60.

Fonds für Gemaßregelte.

Von C. Sch. hier 3,00. O. Grsch hier 1,70.

Harburg. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Sonnabend, den 10. November, Abends halb 9 Uhr, im Lokal des Hrn. Beeken, Rathhausstraße:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag, Verschiedenes und Fragekasten.

Zum zahlreichen Besuch ladet ein [80

Der Vorsitzende

Hannover.

Sonnabend, den 10. November, Abends halb 9 Uhr: [1,20

Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins.

T.-O.: Neuwahl des gesammten Vorstandes und Commissionen. Der Präsident.

Leipzig. Donnerstag, den 8. November, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Rechnungsablage. Fragendiskussion.

Der Agent. [60

Zu Weihnachtsgeschenken geeignet!

In unserem Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, sowie durch unseren Commissionär Alwin Georgi (früher Siegismund und Volkening) in Leipzig zu beziehen:

Verbrechen aus Golddurst und Rache

oder

Ursache und Wirkung.

Ein Charakter- und Zonenbild, unserer Jugend und dem Volke gewidmet zur nützlichen Unterhaltung und praktischen Belehrung über die gesellschaftlichen Zustände unserer Zeit

von **E. Ansbach.**

Oktav. 8 Bogen stark, mit elegantem Umschlag. Preis: M. 1,20.
Bei 10 Exemplaren 1 Freiexemplar und 33⅓% Rabatt.

Inhalt: Vorrede. — Eine Menschenversteigerung. — Verstand ohne Herz. — Die Sklavenpeitsche. — Ein Organ in der tropischen Zone. — Ein Negergericht in der rothen Felsenschlucht. — Eine teuflische List. — Verfehlte Lebensrechnung.

Versendung nur gegen Baar oder Postnachnahme; bei Einzelexemplaren wolle man den Betrag in Briefmarken einsenden.

Der

Kleinbürger und die Sozialdemokratie.

Ein Mahnwort an die Kleingewerbtreibenden

von **Johann Most.**

(Eine Gefängnißarbeit aus Plötzensee.)

4½ Bogen stark, mit elegantem Umschlag. Preis: 50 Pf., in Partien billiger.

Inhalt: Die Macht des Vorurtheils. — Das Handwerk in der Vergangenheit. — Das Handwerk in der Gegenwart. — Des Handwerkers Klage über die Lohnarbeiter. — Illusionen. — Rothe Gespenster. — Revolutionsfieber. — Unsere Grundprinzipien. — Unsere politischen Forderungen. — Soziale Reformen. — Die Organisation der Klassen.

Arbeiter-Krankheiten.

I. Schädliche Gase. II. Schädliche Dämpfe. Von A. Moralt.
à 10 Pf., in Partien billiger. [15,00

Bestellungen sind zu richten an die

Volksbuchhandlung von J. Eudres in Augsburg.

„Der arme Conrad.“

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ „ } netto gegen baar.

Expedition des „Vorwärts“, Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Fackel“, Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.
Expedition der „Freien Presse“, Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a

---

Neue Welt

Heft 2 Jahrgang III. (mit dem 1. Oktober a. c. beginnend)

ist versandtfertig und wird nur auf ausdrückliche Bestellung geliefert. Wir bitten also, rechtzeitig Nachricht hierher zu geben.

Leipzig, den 27. Oktober 1877.

Die Expedition der „Neuen Welt“.
Färberstr. 12. II.

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der Expedition der „Neuen Welt“, Leipzig, Färberstr. 12 II.

Sozialistisches Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Sekretäre J. Auer oder C. Derossi, Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.

Geldsendungen sind zu richten an August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Kerbrit-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchhandlung, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Daß, 430 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: J. Eng, 418 O'Farrell Str.
London W.: G. Herge, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 133. Sonntag, 11. November. 1877.

Demokratie und Sozialdemokratie.

„Jeder ehrliche und einsichtige Demokrat ist Sozialdemokrat — es giebt nur eine wahre Demokratie: die Sozialdemokratie." Das haben wir wiederholt ausgesprochen und ausgeführt. Und die Erfahrung bestätigt die Richtigkeit des Satzes. Jeder Demokrat, der voll und ganz für das demokratische Programm einsteht, ist in den letzten Jahren entweder offen der Sozialdemokratie beigetreten, oder er hat wenigstens die prinzipielle Berechtigung den Sozialdemokraten zugegeben. Wir kennen keine Ausnahme. Die Herren der „Fortschrittspartei" kommen hier natürlich nicht in Betracht, denn sie haben als Partei das demokratische Programm mitsammt dem Wort „Demokratie" auf dem Altar feiger Rechnungsträgerei schnöde geopfert, und wenn sie auch jetzt wieder sich in die demokratische Löwenhaut zu hüllen suchen, so täuschen sie mit der Vermummung doch Niemand — Ohren und Stimme sind zu verrätherisch. Daß diese Partei der politischen Heuchelei der Sozialdemokratie nicht grün ist, kann uns nicht wundern. Sozialdemokratie ist konsequente Demokratie, und daß abtrünnige Demokraten die konsequenten Demokraten hassen, liegt in der Natur der Sache. Der Haß des Apostaten gegen seine ehemaligen Partei- und Glaubensgenossen ist sprichwörtlich, und der Haß steigert sich zur blinden Wuth, wenn die geheime Ueberzeugung damit verbunden ist, daß die Gehaßten Recht haben. Das böse Gewissen, das durchbohrende Gefühl der eigenen Erbärmlichkeit nähren den Haß. Dem abtrünnigen Demokraten muß jeder konsequente Demokrat als Ankläger erscheinen, bei dessen Anblick ihm das Blut in's Gesicht schießen muß, dessen bloße Existenz ihm seine Charakterlosigkeit zum nagenden Vorwurf macht. Es klingt paradox, aber es ist wahr — die Apostaten, welche noch einen Rest von Scham haben, sind darum die gemeinsten — der berüchtigte fortschrittliche Thersytes findet hierin vielleicht ein Compliment.

Es kann uns nicht einfallen, in Bausch und Bogen sämmtliche Mitglieder der Fortschrittspartei zu verurtheilen; es sind Leute darunter — wenn auch sehr dünn gesäet —, welche die wieder Mode gewordenen demokratischen Phrasen ernst nehmen und ernst genommen wissen wollen. Dies muß sie selbstverständlich in Conflikt mit ihrer Partei bringen, wie das einem Leipziger Mitgliede der Fortschrittspartei, dem Buchhändler Findel, soeben passirt ist. Herr Findel befürwortete vor kurzem in einer Parteiversammlung eventuelles Zusammengehen mit der Sozialdemokratie; dies zog ihm allerlei Angriffe zu, und er hat sich jetzt veranlaßt gesehen, seinen Standpunkt in einer kleinen Broschüre („Der Kampf wider die Sozialdemokratie. Ein ketzerisches Votum.") zu vertreten und den Nachweis zu liefern, daß ein Demokrat, welcher die Sozialdemokratie bekämpft, den Prinzipien der Demokratie in's Gesicht schlägt.

Die Findel'sche Broschüre verursacht nun der Berliner „Volkszeitung" arge Kopfschmerzen. In einem Artikel: „Demokratie und Sozialdemokratie" exekutirt das „Organ für Jedermann aus dem Volke" einen köstlichen Eiertanz zwischen den von Findel zum Ausdruck gebrachten Forderungen des gesunden Menschenverstandes und der einfachsten politischen Ehrlichkeit einerseits, und den von Eugenius Richter und Consorten zum Ausdruck gebrachten Forderungen des liberalen Bourgeois-Jesuitismus mit der gemeinsten politischen Heuchelei andererseits. Sie will gerecht sein:

„Bei Beurtheilung der sozialdemokratischen Bewegung ist es durchaus geboten, zwischen den Ursachen zu unterscheiden, aus denen sie hervorgegangen, den Zielen, denen sie zustrebt, und den Mitteln, deren sie sich zu ihrer Erreichung bedient.

„Als Ursache der Bewegung tritt die erschreckende Thatsache entgegen, daß immer noch circa 80 Prozent unseres Volks in Dürftigkeit leben, fast wehrlos den einschneidenden Folgen ausgesetzt, welche Ebbe und Fluth der Conjunktur für alle Die im Gefolge hat, die aus der Hand in den Mund leben. Diese Quelle der sozialen Bewegung macht es jedem humanen und liberalen Manne zur Pflicht — —"

Was zur Pflicht? Nach Logik und gesundem Menschenverstand muß folgen: Hand in Hand mit der Sozialdemokratie zu gehen, die Sozialdemokratie zu unterstützen, Sozialdemokrat zu werden.

Das entspräche aber schlecht dem liberalen Bourgeoisjesuitismus, ergo schießt der „Volkszeitungs"-Hexenmeister plötzlich um die Ecke, tobt über die „derzeitigen Führer", deren „demagogisches Geschrei" u. s. w.

Trotzdem — der Eiertanz will es so — ist das verdunkerte Blatt gnädig bereit, „für jeden verständigen Vorschlag einzutreten, der auf eine Besserung der obwaltenden Uebelstände abzielt, gleichviel ob er einem demokratischen, einem sozialdemokratischen, oder dem Hirn eines Katheder-sozialisten seinen Ursprung verdankt."

Wie nobel! Die Noblesse hält aber nicht lange vor; neues Geschimpfe auf die sozialdemokratischen „Führer", die ihre Ziele verschoben haben, „die verwerflichsten Mittel zur Anwendung bringen", wie z. B. unablässige Schürung des Klassenhasses, rücksichtslose Verdächtigung und gehässige Verleumdung u. s. w. Unser Eiertänzer entdeckt auch „das offenbare Ziel" der Sozialdemokratie; es ist (aufgepaßt Herr Tessendorf!): „eine große Kluft im Volke zu schaffen, welche beide Theile vor das kategorische Entweder oder stellt."

Nun wissen wir's. Wir sind es, welche „die große Kluft schaffen" — die Herren Bourgeois, die den modernen Klassenstaat ins Leben gerufen, sind unschuldig wie neugeborne Kinder an der gähnenden Kluft zwischen Arm und Reich; der Arzt, welcher die Krankheit auffindet und darlegt, ist der Urheber der Krankheit — fort mit ihm ins Gefängniß!

Den Schluß des ergötzlichen Eiertanzes bildet ein Rückfall in die Anständigkeit. Durch die „Anfeindung" der Sozialdemokratie darf die Fortschrittspartei die fortschrittlichen „Positionen", namentlich das allgemeine Wahlrecht nicht aufgeben, und muß unter Bekämpfung „solcher Ideen, welche gefahrdrohend für die Kultur und die friedliche Entwicklung auftreten, wie die sozialistische Forderung auf Auslieferung der sogenannten (!) Arbeitsmittel" „alle diejenigen sozialen Wünsche und Forderungen fördern, deren Verwirklichung geeignet erscheint, auf friedlichem Wege zum Heile des Ganzen eine Erleichterung des Alpdrucks herbeizuführen, der auf einem großen Theil unseres Volkes lastet."

Recht hübsch, und recht — confus. Wer von „sogenannten" Arbeitsmitteln redet, hat erst das ABC der sozialen Frage und der Nationalökonomie zu lernen.

Und welche „sozialen Wünsche und Forderungen" erscheinen der „Volkszeitung" „geeignet"?

Alle, die sich mit der Interessenpolitik der Duncker (der für seine Partei noch nicht todt ist), Richter, Bernstein, Hirsch und Consorten vertragen.

Die sich nicht damit vertragen, werden verworfen, denunzirt; und die sie befürwortenden Sozialdemokraten in bekannter Richter-Hirsch-Bernstein'scher Manier geschimpft, verdächtigt, „bekämpft", mit Hilfe der „reaktionärsten Elemente" bekämpft, gleichviel ob die fortschrittlichen „Positionen" dabei flöten gehn oder nicht.

Der fortschrittliche Eiertänzer mag sich wenden und drehen wie er will, dem Dilemma entrinnt er nicht:

Entweder ehrlicher Demokrat und dann Sozialdemokrat.
Oder Gegner der Sozialdemokratie und dann politischer Heuchler und — Reaktionär.

Aus Frankreich.

B. Paris, 5. November 1877.

(Schluß.)

Dank unserer Verblendung, Dank unserer Leichtgläubigkeit haben wir stets Verachtung und Beschimpfung geerntet. Setzen wir uns solchen Unbilden nicht länger aus! Bleiben wir für uns! Gründen wir unsere eigene Republik! Handeln wir wie unsere Interessen es erheischen!

Darum, Genossen, bitten wir Euch, in Gemeinschaft mit uns die Mittel und Wege zu berathen, wie wir uns dem Einfluß der bisherigen politischen Coterien entziehen, das Gängelband jeder Bevormundung durchschneiden, kurz: als selbstständige politische Partei auf eigenen Füßen stehen und marschiren können.

Durch harte Erfahrungen gewitzigt, haben wir uns gefragt, welche Taktik wir anzuwenden haben, um unsere Feinde zu besiegen. Nach reiflicher Ueberlegung haben wir für die jetzige Gelegenheit nur zwei Wege gefunden.

Der eine besteht darin, die Thore der gesetzgebenden Versammlungen der Bourgeoisie zu sprengen und unseren Delegirten Eingang zu verschaffen, damit sie unseren Forderungen Ausdruck geben, und damit unseren Leidensgenossen in der ganzen civilisirten Welt der Beweis geliefert werde, daß das französische Proletariat die Hoffnung nicht verloren hat, die Revolution zur Geltung zu bringen.

Der andere Weg ist: daß wir allen Denen, die arbeiten müssen um zu leben, den Rath ertheilen, einen weißen Zettel in die Wahlurne zu werfen, um unseren unverbesserlichen Beschimpfern zu zeigen, daß wir ihrem Wort nicht mehr glauben, aber trotzdem nicht auf unser Wahlrecht verzichten wollen, obgleich wir mit der jetzigen Organisation des allgemeinen Stimmrechts durchaus nicht einverstanden sind, weil dieselbe den Meinungsausdruck des Individuums, das nicht das Glück hat zur Majorität zu gehören, erschwert und vielfach ganz unterdrückt.

Welchen dieser zwei Wege sollen wir wählen?

Ehe wir antworten, muß scharf und klar ausgesprochen werden, daß die Politik der Arbeiterklasse auf einer von allem Pfaffenkram und übersinnlichen Blendwerk gereinigten Moral beruht, daß unser Ziel die volle Gerechtigkeit ist, und daß sich nur auf Grund gleicher Rechte und gleicher Pflichten die „gesellschaftliche Harmonie" herstellen läßt.

Hiervon durchdrungen, glauben wir, daß es überall, wo wir einen Mann finden, der diese Ideen vollkommen begriffen hat, unsere Pflicht ist, ihn als Candidaten aufzustellen, und Alles aufzubieten, um seinen Sieg zu sichern, obgleich uns die Bourgeois-Verfassung das Pflicht-Mandat (mandat impératif, welches den Gewählten zu einem bestimmten Programm verpflichtet, durch dessen Verletzung die Wahl aufgehoben wird) vorenthält.

Da wir überzeugt sind, daß es uns außerhalb der arbeitenden Klasse nicht gelingen wird, einen Candidaten zu finden, der voll und ganz unseren Anforderungen genügt, so erklären wir bestimmt, keinen aufstellen zu wollen, der nicht entweder der Arbeiterklasse oder der Klasse des Kleinbürgerthums angehört, und dessen Leben nicht ein fortwährendes Vorbild und Opfer für die Sache unserer Befreiung ist.

Wenn wir keinen Genossen finden, der all diese Bedingungen erfüllen kann, so gebietet unser Interesse uns, einen weißen Zettel in die Urne zu legen, was uns zwar anscheinend keine positiven Errungenschaften bringt, aber den sehr bedeutenden Vortheil hat, daß wir unser Gewissen beruhigen und uns nicht den Vorwurf zu machen brauchen, politischen Hanswursten und Gauklern, denen mehr an ihrem eigenen Nutzen als an dem Gemeinwohl liegt, unsere Stimmen gegeben zu haben.

Im ersteren Fall könnte man uns wohl einwenden, daß unsere Candidaten, wenn einmal gewählt, uns ebenso gut täuschen und nasführen könnten, wie die Bourgeois-Candidaten; darauf haben wir zu antworten:

Wenn es in unseren Reihen Wesen gegeben hat und noch gieb, welche verächtlich genug sind, ihr Wort zu brechen, so ist das kein Grund, jeden Gedanken der Arbeitervertretung zu verwerfen; oder man würde bekennen, daß unsere Klasse aus politischen Lumpen besteht, die darauf ausgehen, um ihres persönlichen Vortheils oder Ehrgeizes willen zu Verbrechern (feloos) zu werden.

Wir können nicht glauben, daß unsere Klasse so verderbt sei, und wir verharren dabei, Arbeiterkandidaturen zu empfehlen, weil die Anwesenheit von Arbeitervertretern im Parlament gleichbedeutend ist mit der Stellung der sozialen Frage, und weil, von diesem Tage an, die Bourgeoisie gezwungen sein wird, mit uns zu rechnen.

Man darf die Candidaturen, so wie wir sie auffassen, nicht mit denjenigen verwechseln, welche 1871 an's Licht getreten sind. Damals fehlte das Pflichtmandat, und die Candidaten hätten nach Belieben mit den Abgeordneten der Bourgeoisie gemeinschaftliche Sache machen und unnütz im Parlament sitzen können. Unsere Candidaten dagegen werden das bestimmte Mandat haben, sich ausschließlich mit der Lage unserer Klasse zu beschäftigen, unsere Beschwerden und Forderungen von der Tribüne der Nationalvertretung herab vorzubringen und sich zurückzuziehen, sobald ihre Mission erfüllt ist, denn wir sind nicht so naiv, zu glauben, daß unsere Feinde die Weicherzigkeit haben werden, sich zu Bundesgenossen unserer Vertreter zu machen. Das wäre ja die verkehrte Welt.

Nach unserer Meinung können wir, ohne politisch abzudanken, gar nicht anders handeln, wann und wo die Umstände es erlauben; versäumten wir es, so würden wir die Anklage verdienen, nicht mehr vom Geist der Gerechtigkeit beseelt zu sein.

Was den zweiten Fall anbelangt, so hat man uns gesagt, der weiße Zettel zähle nicht. Das ist falsch, namentlich für die erste Abstimmung. Der weiße Zettel kann eine zweite Wahl veranlassen (das französische Wahlgesetz stimmt in diesem Punkt nicht mit dem deutschen überein. R. d. „V.") Bei der zweiten Wahl entscheidet allerdings die relative Majorität (in Frankreich findet in solchen Fällen keine engere Wahl zwischen den beiden Candidaten statt, welche bei der erstern Wahl die meisten Stimmen erhalten haben, sondern es kann auch bei der zweiten Wahl jeder beliebige Candidat aufgestellt werden; nur gilt dann die relative Stimmenmehrheit, nicht, wie bei der ersten, die absolute. R. d. „V."); aber der Gewählte wird durch die Statistik, durch die Zahl der abgegebenen weißen Zettel verurtheilt. Der weiße Zettel sagt ihm: Du bist zwar gesetzlich gewählt, aber in Wahrheit vertrittst Du nur einen Bruchtheil der Wähler, und am Tage, wo die unabhängige Minorität den Schutz des Gesetzes findet, werden wir die Majorität sein.

Bürger! Wenn Ihr die Bedeutung unserer Rechte und unserer Würde so auffaßt, wie wir sie auffassen, werdet Ihr unsere Handlungsweise billigen, unserem Rath folgen und mit uns der Bourgeoisie zurufen:

> Wir nehmen keine Allianz mit Euch an; wir wollen weder die Demagogie Robespiere's, noch die Cäsar's; die Demagogie Philipp Egalité's (Orleanisten) so wenig, als die des Gottbegnadeten (Legitimisten).

Wir haben kein Vertrauen, außer in uns selbst, außer in die Revolution.

In die Revolution, deren ewiges Prinzip es ist, das Eigenthum, die Familie, die Religion umzugestalten, indem sie das Eigenthum vom Monopol befreit, die Familie vom Elend, die Religion vom Uebersinnlichen, so daß sie zum Cultus des Menschenthums wird.

Kameraden! Wenn Ihr unsere Anschauungen theilt, dann bekundet es uns durch Eure Haltung. Wahren wir unsere Interessen und unsere Ehre und zeigen wir den Feinden, daß wir da sind.

Gruß und Solidarität!

Es lebe die wahre Republik!

Eine Gruppe autonomistischer Sozialisten.

Paris, den 9. Oktober 1877.

Ich enthalte mich jedes Commentars. Die kleinen Mängel des Schriftstücks liegen zu Tage — meine Leser erkennen dieselben, ohne daß ich sie ihnen zu zeigen brauche. Diese Mängel thun aber der hohen Bedeutung der Kundgebung keinen Abbruch. Es ist wahr: die Zahl der weißen Zettel war am 14. Oktober nicht so groß, daß das Wahlresultat dadurch alterirt werden konnte — allein der Anfang ist gemacht. Das französische Proletariat tritt als selbstständige Partei auf die Bühne; und bald wird den „politischen Hanswursten und Gauklern" ein kräftiges: Platz gemacht! in die Ohren dringen: Platz für die Sozialdemokratie!

Ein interessantes Urtheil.

Während der letzten Reichstagswahlbewegung wurde Genosse Motteler von einem gewissen Freitag in heftiger, und nach gewöhnlichen Begriffen beleidigender und ehrenrühriger Weise angegriffen; da auch die Verhältnisse der Crimmitschauer Genossenschaft in die Sache hineingezogen waren, erachtete Motteler, der sonst dem Angriff kühle Verachtung entgegengesetzt hätte, es für seine Pflicht, eine Klage anzustrengen. In erster Instanz wurde Freitag auch schuldig erkannt und zu einer Geldbuße verurtheilt. Er appellirte, und in zweiter Instanz wurde das Urtheil umgestoßen. Wir lassen das betreffende Erkenntniß, sowie den Einspruch gegen dasselbe und die endgültige Entscheidung des obersten Gerichtshofs hier folgen:

In der bei dem Königlichen Gerichtsamte Crimmitschau auf Privatanklage Julius Motteler's wider Carl Wilhelm Freitag geführter Untersuchung erkennt auf die von beiden Parteien nach

Blatt 95 und 97 erhobenen Einsprüche auf Grund der heute abgehaltenen öffentlich-mündlichen Verhandlung

das Königl. Bezirksgericht
Zwickau

für Recht:

Daß es bei dem angefochtenen Bescheide, durch welchen Privatangeklagter Freitag wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 20 Mark, Bezahlung von Untersuchungskosten und Leistung von Privatgenugthuung verurtheilt worden, auf den von dem Privatangeklagten erhobenen Einspruch nicht zu lassen, es ist der Privatangeklagte vielmehr als wodurch sich der Einspruch des Privatanklägers und die Nichtigkeitsbeschwerde Privatangeklagtens erledigt, des ihm Beigemessenen halber

straffrei

zu sprechen und Privatankläger die Untersuchungskosten erster Instanz abzustatten schuldig.

Die durch den Einspruch des Privatanklägers entstandenen Kosten ist dieser zu bezahlen schuldig, während die durch den Einspruch des Privatangeklagten entstandenen gerichtlichen Kosten als eine Last der Gerichtsbarkeit auf die Staatskasse überwiesen werden.

Von Rechts Wegen!

Zwickau, den 20. Juni 1877.

Das Königliche Bezirksgericht

L. S. von Wolf zugleich für Hoffmann. Plechsig.

Entscheidungsgründe

in Denunciationssachen des Kaufmann Julius Motteler wider den Tuchmacher Carl Wilhelm Freitag.

Durch die geführte Untersuchung ist erwiesen, daß Privatangeklagter Carl Wilhelm Freitag als Verfasser des Aufsatzes Blatt 4 die Blatt 2b gerügten Aeußerungen über den Privatankläger Julius Motteler gethan hat.

Bei Beurtheilung des vorliegenden Falles ist nun davon auszugehen, daß es bei Gelegenheit einer Wahl den Wählern gestattet sein muß, die Würdigkeit eines aufgestellten Candidaten unter Hervorhebung spezieller Thatsachen öffentlich zu erörtern, und daß bei solcher Gelegenheit gethane Aeußerungen als zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht, nach § 193 des Reichsstrafgesetzbuchs nur insofern strafbar sind, als das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Aeußerungen oder aus den Umständen, unter welchen sie geschehen, hervorgeht,

vergl. Oppenhoff's Commentar zu S. 193 des Reichsstrafgesetzbuchs 4. Auszug. S. 353 Note 19 und von Schwarze, Commentar Seite 459.

Auch der Privatangeklagte wurde wie er Blatt 12b versichert hat, und ihm nicht zu widerlegen gewesen, bei Auffassung und Veröffentlichung des hier in Frage kommenden Aufsatzes von dem Gedanken geleitet, als Wähler des 18. sächsischen Wahlkreises seine Mitwähler bei Gelegenheit der bevorstehenden Reichstagswahl auf die nach seiner Ansicht vorliegenden Nachtheile einer Wahl des Privatanklägers als Reichstagsabgeordneten aufmerksam zu machen und wollte nur die nach seiner Ansicht unvortheilhafte Wahl des Privatanklägers verhindern, er handelte sonach in Wahrnehmung eines berechtigten Interesses. Unter diesen Umständen hatte er sich nur zu fragen, ob aus der Form der gerügten Aeußerungen oder aus den Umständen, unter denen sie gethan, das Vorhandensein einer Beleidigung hervorgeht.

Allein diese Frage war zu verneinen.

Weder die Aeußerung „Schauspieler", noch der Vorwurf, daß Privatankläger „aufhetzende" Reden geführt, noch die übrigen gerügten Worte gehen über das Maß einer erlaubten Kritik der politischen Thätigkeit des Privatanklägers hinaus, und soviel die gerügten Worte in dem fraglichen Aufsatze über den Privatankläger behaupteten Thatsachen anlangt, ist nirgend ein Anhalt dafür, daß Privatangeklagter die betreffenden Behauptungen wider besseres Wissen aufgestellt, in welchem Falle man allerdings auf eine beleidigende Absicht hätte schließen können. Es ist vielmehr, zumal nach den Aussagen August Fischer's Blatt 81b, Carl Heinrich Breitengroß Bl. 82b, Heinrich Eduard Müller's Bl. 83, Gottlieb Lamprecht's Bl. 83b, anzunehmen, daß Privatangeklagter dasjenige, was er in Bezug auf den Privatankläger behauptet, für wahr gehalten habe.

Hiernach allenthalben war dem Privatangeklagten die beleidigende Absicht und somit eine strafbare Beleidigung nicht nachzuweisen; es war daher auf Straffreisprechung des Privatangeklagten zu erkennen und als Folge davon Privatankläger zu Bezahlung der gerichtlichen Kosten erster Instanz, sowie der durch seinen ungerechtfertigten Einspruch erwachsenen zu verurtheilen, während die durch das Rechtsmittel des Privatangeklagten entstandenen gerichtlichen Kosten, da dasselbe Erfolg gehabt, als Last der Gerichtsbarkeit auf die Staatskasse zu überweisen waren.

An
das Königl. Bezirksgericht
Zwickau.

In Privatanklagesachen Julius Motteler's wider Freitag wende ich gegen das zweitinstanzliche Erkenntniß des Bezirksgerichts Zwickau im Auftrage Motteler's hiermit

Nichtigkeitsbeschwerde

ein.

So sehr ich und der Privatankläger mit den in den Entscheidungsgründen ausgesprochenen Ansichten harmonire, so giebt es doch keine Garantie dafür, daß dieselben Grundsätze auch in anderen Prozessen in Sachsen angewendet werden, so lange nicht der oberste Gerichtshof dieselben theilt. Es könnte sehr leicht vorkommen, daß z. B. in Glauchau, wo der hinlänglich bekannte Professor Birnbaum wegen jeder Bemerkung über seine notorische Betheiligung an verunglückten Gründungen Anklagen erhebt, auch die Angeklagten fernerhin wegen der geringsten angeblichen Beleidigung mit harten Gefängnißstrafen belegt werden, während im 18. Wahlkreise, wo die wahrheitswidrigsten Beschimpfungen des Reichstagscandidaten, wie in keinem anderen Kreise, das Maß überschritten haben, Straffreisprechung der Beleidiger erfolgt.

Ich greife deshalb das Erkenntniß an,

1) weil auf den vorliegenden Fall der Art. 193 des R.-Str.-G.-B. angewendet und ausgesprochen worden ist, daß Aeußerungen, die bei einer Wahl von Wählern ausgesprochen werden, als zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht anzusehen seien,

2) weil ausgesprochen worden ist, daß die Aeußerung „Schauspieler", noch der Vorwurf, daß der Privatanklager „aufhetzende" Reden geführt, noch die übrigen gerügten Worte über das Maß einer erlaubten Kritik der politischen Thätigkeit des Privatanklägers hinausgehen und weil

3) unter Anwendnng dieser Grundsätze der Privatangeklagte freigesprochen worden ist.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Leipzig, 6. Juli 1877. Rechtsanwalt Freytag.

In Sachen Julius Motteler's, Privatanklägers, wider Carl Wilhelm Freitag, Privatangeklagter, erkennt auf die von ersterem gegen das Bl. 125 flg. der vor dem Königl. Gerichtsamte Crimmitschau ergangenen Akten unter Rev. IIa. Lit. F. Nr. 19 ersichtliche Erkenntniß nach Blatt 130 eingewendete Nichtigkeitsbeschwerde

das Königlich Sächsische Oberappellationsgericht
unter Theilnahme folgender Mitglieder Otto, Edelmann, Reidthardt, Groß, Trummlen, und nach Gehör des Staatsanwaltes

für Recht:

Daß diese Nichtigkeitsbeschwerde zu verwerfen, Privatankläger auch die durch dieselbe erwachsenen Kosten abzustatten verbunden.

Von Rechts Wegen!

Dresden, den 23. Juni 1877.

Königl. Sächs. Oberappellationsgericht.

L. S. Otto. Peglow.

Entscheidungsgründe

in Privatanklagesachen 2. Carl Wilhelm Freitag gegen 1. Julius Motteler.

Die vorliegende Nichtigkeitsbeschwerde, welche auf der Behauptung beruht, daß der in zweiter Instanz erfolgten Straffreisprechung des Privatangeklagten eine unrichtige Anwendung des § 193 des Reichsstrafgesetzbuchs unterliege, hat nicht für begründet erachtet werden können.

Es ist nämlich einestheils in dem Erkenntnisse thatsächlich festgestellt, daß der Angeklagte bei Abfassung und Veröffentlichung des den Gegenstand der Anklage bildenden Zeitungsaufsatzes in Wahrnehmung eines berechtigten Interesses gehandelt habe; Bl. 12b, und anderntheils kann die dieser Feststellung zu Grunde liegende Rechtsansicht, daß ein Wähler, welcher bei Gelegenheit einer bevorstehenden Wahl die Würdigkeit eines aufgestellten Candidaten unter Hervorhebung spezieller Thatsachen öffentlich erörtert, um seine Mitwähler auf die nach seiner Ansicht vorliegenden Nachtheile einer Wahl dieses Candidaten aufmerksam zu machen und die vermeintlich unvortheilhafte Wahl desselben zu verhindern, in Wahrnehmung berechtigter Interessen handelt und demnach etwaige hierbei über den Gegencandidaten gethane tadelnde Aeußerungen an sich nach § 193 des Reichsstrafgesetzbuchs straflos seien, nicht für eine irrthümliche angesehen werden.

Soweit Privatankläger auch die Richtigkeit des Ausspruches des Erkenntnisses, daß die in dem inkriminirten Zeitungsaufsatze über ihn gethanen Aeußerungen über das Maß einer erlaubten Kritik seiner politischen Thätigkeit nicht hinausgingen, Blatt 127 angegriffen hat und hiernach behaupten zu wollen scheint, daß diese Aeußerungen schon ihrer Form nach beleidigend seien und daher aus denselben das Vorhandensein einer Beleidigung sich ergeben, so ist diese Behauptung zweifellos unbegründet, da unter Aeußerungen dieser Art nur solche zu verstehen sind, welche in einer absolut injuriösen Form ausgesprochen werden, und der fragliche Aufsatz Aeußerungen dieser Art offenbar nicht enthält.

Es war deshalb die eingewendete Nichtigkeitsbeschwerde als unbegründet zu verwerfen und demzufolge Privatankläger auch zu Bezahlung der durch sie veranlaßten Kosten zu verurtheilen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der deutsche Reichstag soll erst Mitte Februar nächsten Jahres zusammentreten, um sein Budgetpensum, welches den 1. April geliefert sein muß, recht rasch abzuhaspeln. Präsident Forckenbeck ist ja dazu der Mann, und kann er's nicht allein fertig bringen, so hilft ihm der Valentin. (Nach Redaktionsschluß finden wir ein offiziöses Dementi.)

— Eugen Richter, der schon bei dem Reichsbankgesetze eine besondere Stellung in der Fortschrittspartei einnahm, nämlich die, daß er den Privatbanken größtmögliche Vortheile einraumen wollte, und der die Nützlichkeit solcher Auffassung für gute Bezahlung auch in der der Fortschrittspartei gegnerischen „Nationalzeitung" in längeren Artikeln darzuthun versuchte, hat in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 2. November wieder zu Gunsten der Privatunternehmer gegen die Staatseisenbahnen plaidirt, daß man wohl in die Versuchung kommen kann, an einen intimeren Verkehr des Abgeordneten mit Privatbanquiers und Privatunternehmern zu glauben. Selbst die dem Abgeordneten Richter so sehr befreundete „Volkszeitung" kann nicht umhin, dem hochedlen Kämpfer für den Privatkapitalismus und die Privatausbeutung folgende Lection zu ertheilen:

„Wenn der Abgeordnete Richter es nicht unterlassen konnte, gemäß seiner von ihm allerdings stets consequent festgehaltenen staatswirthschaftlichen Ansicht, eigentlich fast jede positive Förderung der Landeswohlfahrt, namentlich durch Eisenbahnbauten u. s. w., als verwerfliche Vermehrung der von ihm bekämpften Staatsindustrie hinzustellen, so setzt er sich damit, wie ihm dies der Handelsminister auch mit Glück entgegenhielt nicht nur mit dem gegentheiligen Verhalten vieler seiner Parteigenossen aus den letzten Jahren, sondern auch mit den Traditionen der Partei aus den Conflictsjahren in Widerspruch. Wir erinnern an die damals so einschneidend wirkenden schriftlichen Berichte der Budgetcommission, welche gerade das Verhalten der damaligen Regierung, die gegenüber den Militärausgaben alle und jede produktive Anlage der Staatsgelder aus dem Budget entfernt hatte, einer vernichtenden Kritik unterzogen. Unmöglich kann sich daher heute die Fortschrittspartei solchen Aufgaben gegenüber, schon ihrer eigenen Vergangenheit gemäß, rein negativ verhalten. Aber auch im Hinblick einer richtigen Würdigung unserer geschichtlichen Entwicklung und der gegenwärtigen politischen Lage muß sie sich vor einem so verhängnißvollen Fehler hüten. Grade der Absolutismus hat in Preußen durch positive Einwirkung der Staatsgewalt auf die wirthschaftliche Entwicklung und die Förderung der allgemeinen Wohlfahrt unendlich viel gethan — dem Verfassungsstaat hier alle und jede Wirksamkeit versagen oder für ihn doch die allgemeinen Wohlfahrtszwecke auf ein Minimum reduziren wollen, hieße geradezu das Volksgemüth ihm völlig entfremden und dasselbe den Ausbeutekünsten der Conservativen auf der einen und der Sozialdemokraten auf der anderen Seite überliefern."

Diese Rathschläge werden der „Volkszeitung" nichts helfen; sie wird den Herrn Richter nicht von dem betretenen Pfade abbringen, wenn sie ihm nicht den „intimen" Umgang mit verschiedenen Privatkapitalisten untersagen oder eine gut dotirte Stellung im Handels- oder Finanzministerium verschaffen kann.

Bundesgesetz

betreffend

die Arbeit in den Fabriken.

(Vom 23. März 1877.)

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft,

mit Hinsicht auf Art. 34 der Bundesverfassung;

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 6. Christmonat 1875,

beschließt:

I. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Als Fabrik, auf welche gegenwartiges Gesetz Anwendung findet, ist jede industrielle Anstalt zu betrachten, in welcher gleichzeitig und regelmäßig eine Mehrzahl von Arbeitern außerhalb ihrer Wohnungen in geschlossenen Räumen beschäftigt wird.

Wenn Zweifel waltet, ob eine industrielle Anstalt als Fabrik zu betrachten sei, so steht darüber nach Einholung eines Berichts der Kantonsregierung, der endgültige Entscheid dem Bundesrathe zu.

Art. 2. In jeder Fabrik sind die Arbeitsräume, Maschinen und Werkgeräthschaften so herzustellen und zu unterhalten, daß dadurch Gesundheit und Leben der Arbeiter bestmöglich gesichert werden.

Es ist namentlich dafür zu sorgen, daß die Arbeitsräume während der ganzen Arbeitszeit gut beleuchtet, die Luft von Staub möglichst befreit und die Luftveränderung immer eine der Zahl der Arbeiter und der Beleuchtungsapparate, sowie der Entwickelung schädlicher Stoffe entsprechende sei.

Diejenigen Maschinentheile und Treibriemen welche eine Gefährdung der Arbeiter bilden, sind sorgfältig einzufriedigen.

Zum Schutze der Gesundheit und zur Sicherheit gegen Verletzungen sollen überhaupt alle erfahrungsgemäß und durch den jeweiligen Stand der Technik, sowie durch die gegebenen Verhältnisse ermöglichten Schutzmittel angewendet werden.

Art. 3. Wer eine Fabrik zu errichten und zu betreiben beabsichtigt, oder eine schon bestehende Fabrik umgestalten will, hat der Regierung des Kantons von dieser Absicht, von der Art des beabsichtigten Betriebes Kenntniß zu geben und durch Vorlage des Planes über Bau und innere Einrichtung den Nachweis zu leisten, daß die Fabrikanlage den gesetzlichen Anforderungen in allen Theilen Genüge leiste.

Die Eröffnung der Fabrik, beziehungsweise des neuen Betriebes, darf erst auf ausdrückliche Ermächtigung der Regierung hin stattfinden, welche bei Fabrikanlagen, deren Betrieb ihrer Natur nach mit besonderen Gefahren für Gesundheit und Leben der Arbeiter und der Bevölkerung der Umgebung verbunden ist, die Bewilligung an angemessene Vorbehalte zu knüpfen hat.

Erzeigen sich beim Betriebe Uebelstände, welche die Gesundheit und das Leben der Arbeiter und der umgebenden Bevölkerung gefährden, so soll die Behörde unter Ansetzung einer peremtorischen Frist, oder je nach Umständen unter Sistirung der Betriebsbewilligung, die Abstellung der Uebelstände verfügen.

Ueber Anstände zwischen der Kantonsregierung und Fabrikinhabern entscheidet der Bundesrath.

Der Bundesrath erläßt die zur einheitlichen Ausführung dieses Artikels erforderlichen allgemeinen Vorschriften und Spezialreglemente. In Bezug auf die Baupolizei bleiben, immerhin unter Beobachtung obiger gesetzlicher Vorschriften, die kantonalen Gesetze in Kraft.

Art. 4. Der Fabrikbesitzer ist verpflichtet, von jeder in seiner Fabrik vorgekommenen erheblichen Körperverletzung oder Tödtung sofort der competenten Lokalbehörde Anzeige zu machen. Diese hat über die Ursachen und Folgen des Unfalles eine amtliche Untersuchung einzuleiten und der Kantonsregierung davon Kenntniß zu geben.

Art. 5. Ueber die Haftpflicht aus Fabrikbetrieb wird ein Bundesgesetz das Erforderliche verfügen.

In der Zwischenzeit gelten immerhin für den urtheilenden Richter nachfolgende Grundsätze:

a. Der Fabrikant haftet für den entstandenen Schaden, wenn ein Mandatar, Repräsentant, Leiter oder Aufseher der Fabrik durch ein Verschulden in Ausübung der Dienstverrichtung Verletzung oder Tod eines Angestellten oder Arbeiters herbeiführt.

b. Der Fabrikant haftet gleichfalls, wenn, auch ohne ein solches spezielles Verschulden, durch den Betrieb der Fabrik Körperverletzung oder Tod eines Arbeiters oder Angestellten herbeigeführt wird, sobald er nicht beweist, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Verletzten oder Getödteten erfolgt ist. Fällt dem Verletzten oder Getödteten eine Mitschuld zur Last, so wird dadurch die Ersatzpflicht des Fabrikanten angemessen reduzirt.

c. Obige Ersatzansprüche verjähren in zwei Jahren von dem Tage an, an welchem die Verletzung oder Tödtung stattgefunden hat.

d. Der Bundesrath wird hiernach diejenigen Industrien bezeichnen, die erwiesenermaßen und ausschließlich bestimmte gefährliche Krankheiten erzeugen, auf welche die Haftpflicht auszudehnen ist.

Im Uebrigen urtheilt, bis nach Erlaß des eingangserwähnten Gesetzes, der competente Richter über die Schadenersatzfrage, unter Würdigung aller Verhältnisse, nach freiem Ermessen.

Art. 6. Die Fabrikbesitzer haben über die in ihren Anstalten beschäftigten Arbeiter ein Verzeichniß nach einem vom Bundesrath aufzustellenden Formular zu führen.

Art. 7. Der Fabrikbesitzer ist verpflichtet, über die gesammte Arbeitsordnung, die Fabrikpolizei, die Bedingungen des Ein- und Austritts und die Ausbezahlung des Lohnes eine Fabrikordnung zu erlassen.

Wenn in einer Fabrikordnung Bußen angedroht werden, so dürfen dieselben die Hälfte des Taglohnes des Gebüßten nicht übersteigen.

Die verhängten Bußen sind im Interesse der Arbeiter, namentlich für Unterstützungskassen, zu verwenden.

Lohnabzüge für mangelhafte Arbeit oder verdorbene Stoffe fallen nicht unter den Begriff „Bußen".

Die Fabrikbesitzer sollen im Weiteren auch wachen über die guten Sitten und den öffentlichen Anstand unter den Arbeitern und Arbeiterinnen in der Anstalt.

Art. 8. Die Fabrikordnungen, sowie deren Abänderungen sind der Genehmigung der Regierung des betreffenden Kantons zu unterstellen. Diese wird die Genehmigung nur ertheilen, wenn dieselben nichts enthalten, was gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstößt.

Bevor die Genehmigung ertheilt wird, soll den Arbeitern Gelegenheit gegeben worden sein, sich über die sie betreffende Verordnung auszusprechen.

Die genehmigte Fabrikordnung ist für den Fabrikbesitzer und die Arbeiter verbindlich. Zuwiderhandlungen seitens des Ersteren fallen unter Art. 19 des Gesetzes.

Wenn sich bei der Anwendung der Fabrikordnung Uebelstände herausstellen, so kann die Kantonsregierung die Revision derselben anordnen.

Die Fabrikordnung ist, mit der Genehmigung der Kantonsregierung versehen, in großem Druck und an auffälliger Stelle in der Fabrik anzuschlagen und jedem Arbeiter bei seinem Dienstantritt besonders zu behändigen.

Art. 9. Wo nicht durch schriftliche Uebereinkunft etwas Anderes bestimmt wird, kann das Verhältniß zwischen dem Fabrikbesitzer und Arbeiter durch eine, jedem Theile freistehende, un-

— Die Konitzer-Affaire wird noch ein interessantes Nachspiel haben. Das Gericht, welches Konitzer verurtheilt hat, will gegen den Vorstand des „Deutschen Vereins" (Professoren Endemann und Held) zu Bonn eine Verleumdungsklage anstrengen.

— Die Feinde der Arbeit habt Ihr am 21. Okt. besiegt, jetzt siegt über Euch selbst! — so möchten wir den schweizerischen Arbeitern angesichts ihrer organisatorischen Bestrebungen zurufen. Das in der Urabstimmung angenommene Fabrikgesetz ist eine Errungenschaft, auf welche die schweizerischen Arbeiter stolz sein können; soll diese Errungenschaft aber auf die Dauer den Arbeitern zu Gute kommen, soll das Fabrikgesetz kein todtes Machwerk bleiben, so tritt an die Arbeiter der Schweiz die Aufgabe heran, mit ganzer Kraft für die strenge Befolgung der Bestimmungen dieses Gesetzes zu wirken. Aber wie kann das geschehen? Ohne Zweifel nur durch eine gute und geschlossene Organisation. Wohlan! was hindert die in der Schweiz nebeneinander bestehenden und in der Hauptsache die gleichen Ziele erstrebenden Organisationen des Grütlivereins und des Arbeiterbundes sich die Hand zu reichen? Sind auf der einen oder der anderen Seite wirklich Bedenken gegen eine Verschmelzung der beiden Organisationen vorhanden — gegenüber dem, was auf dem Spiele steht, wenn die schweizerischen Arbeiter schlecht organisirt für ihre Interessen kämpfen, müssen diese Bedenken schwinden. Und datirt denn die Frage der Vereinigung des Grütlivereins und des Arbeiterbundes etwa von heute? Hat nicht schon der Congreß in Neuenburg beschlossen, daß eine von beiden Organisationen niedergesetzte Commission ein Programm ausarbeiten soll unter Benutzung der ihr überwiesenen Vorlagen? Wenn also der Wille da ist, warum sollte die That nicht folgen können? Die Kriegstaktik: „Getrennt marschiren, vereint schlagen", paßt nicht für die Arbeiter. Unsre Stärke liegt in der Vereinigung; sie allein verbürgt den Erfolg! Also organisirt Euch, vereinigt Euch!

— Die Bestialität, welche die Russen in dem gegenwärtigen Krieg an den Tag legen, wird durch tausendfältiges Zeugniß festgestellt. Bisher pflegte man aber stets beschönigend zu sagen, nicht die regulären russischen Truppen hätten diese Greuel verübt, sondern die Kosaken oder Bulgaren. Nun — in zahlreichen Fällen ist der Beweis geliefert worden, daß es wirklich russische Soldaten waren — was indeß ziemlich gleichgiltig, da das „milde Väterchen" für seine Kosaken und die von ihm aufgehetzten Bulgaren ebenso verantwortlich ist, wie für seine regulären Soldaten. Jetzt liegt nun ein neues Zeugniß vor, das die reguläre russische Armee, und zwar deren Elite, die Garde, auf das schwerste belastet. Der Kriegs-Correspondent der „Augsburger Allgemeinen Zeitung", ein Mann von anerkannter Wahrhaftigkeit (wenn wir nicht irren, ein deutscher Offizier), welcher dem Kampfe bei Gorni Dubnik beiwohnte, schreibt als Augenzeuge in seinem Bericht über jenes blutige Treffen:

„Türkische Cavallerie-Vorposten wurden — — zurückgedrängt und ließen mehre Verwundete auf dem Platze. Diese waren für mich ein Gegenstand sehr ernster Wahrnehmungen, **denn es fiel mir vor Allem auf, daß fast alle in derselben Lage, mit dem Gesicht nach oben und mit ausgestreckten Extremitäten, am Boden lagen. Ich untersuchte die beraubten und theilweise entkleideten Leichen näher, und fand sie sämmtlich leicht verwundet. Dafür war aber an jedem Cadaver auf der entblößten Brust in der Herzgegend ein blau unterlaufener Fleck zu sehen, durch den die Kugel eindrang, welche die Wehrlosen getödtet hatte.** Ich bitte von diesem Akt Notiz zu nehmen; er liefert einen abermaligen Beweis für die Art und Weise, wie dieser Vernichtungskampf geführt wird."

Die feigen Mörder können nur russische Gardesoldaten gewesen sein. Daß die, blos etwa 8000 Mann starken Türken sich wie die Löwen schlugen und den in mehr als dreifacher Uebermacht angreifenden Russen einen Verlust von mindestens 5000 Mann beibrachten, entschuldigt diese Bestialität nicht, sondern läßt sie nur um so niederträchtiger erscheinen. Der brave Soldat achtet den tapferen Feind, achtet ihn um so mehr, je tapferer er ist!

Ob Fürst Bismarck nun eine Humanitätsnote in's russische Hauptquartier schicken wird? Der Vorgang, der ihn zu der famosen Humanitätsnote an türkische Adresse bestimmte, war bei weitem nicht so scheußlich und bei weitem nicht so klar.

— Auf dem europäischen Kriegsschauplatz keine Ereignisse von Belang; die Operationen der Türken zum „Entsatz" von Plewna werden natürlich möglichst geheim gehalten. Die Russen „sollen" sich „zuverlässigen Mittheilungen zufolge" mit dem Plan eines zweiten Zugs über den Balkan tragen. Nun — die Russen werden ihre Pläne den Herrn Zeitungsschreibern wohl schwerlich auf die Nase binden; und was speziell den angeblich beabsichtigten Zug über den Balkan betrifft, so ist der erste ihnen so schlecht bekommen, daß sie sich so leicht nicht zu einem zweiten entschließen werden. Der Winter ist ein Faktor, mit dem jetzt wohl oder übel gerechnet werden muß; das „Väterchen" soll zwar neulich beim Champagner auf den besten Bundesgenossen der Russen, den Winter getoastet haben, allein wir können dem genannten Herrn, auch wenn wir den Champagner in Rechnung bringen, eine solche an Blödsinn grenzende Dummheit nicht zutrauen, und halten die Anekdote für die Erfindung eines hungrigen Reporters. Die Russen, welche in ihrer Heimath den Winter hindurch in backofenartig geheizten Stuben leben, sind notorisch gegen die Kälte empfindlicher als die Südländer, wie sich sogar in dem Feldzug von 1811 12 gezeigt hat. Der Vortheil der Russen war damals, daß sie im eigenen Land waren und Mittel hatten, sich gegen die Kälte zu schützen, während die Franzosen weder Obdach noch Winterkleider hatten. — In Asien hat Mukhar Pascha in der Nähe von Erzerum eine abermalige Schlappe erlitten, deren Tragweite sich noch nicht abschätzen läßt. Da die russischen Berichte nichts von Gefangenen melden, so scheinen die Türken ihren Rückzug in guter Ordnung bewerkstelligt zu haben.

— Die Redaktion der „Egalité" in Paris veröffentlicht folgenden Prospektus, der offenbar von Guesde geschrieben, wie wir aus dem, unseren Anschauungen nicht entsprechenden Passus über die republikanische Staatsform schließen:

„Die „Egalité" (Gleichheit), republikanisch-sozialistisches Journal, wird vom 10. November an alle Sonnabende unter der Chefredaktion von Jules Guesde erscheinen. Die hauptsächlichsten Mitarbeiter an demselben werden sein: in Frankreich: G. Deville, P. Gerbier, E. Massard, E. Oudin, ehemalige Redakteure der „Droits de l'homme", A. Montbel u. A.; in Deutschland: Bebel und Liebknecht; in Belgien: Dr. Cesar de Paepe; in Italien: Enocchi-Viani, Redakteur des „Plebe" und Tito Zanardelli, ehemaliger Leiter des „Agitatore".

„Die „Egalité" wird republikanisch sein, weil die Republik das letzte Wort der rein politischen oder gouvernementalen Entwicklung ist, und nur noch einer ökonomischen oder sozialen Umgestaltung Raum läßt, welche die nominelle Rechtsgleichheit durch die wirkliche Gleichheit der Dinge ersetzt.

„Aber die „Egalité" wird vor allen Dingen sozialistisch sein; denn die ökonomische Umgestaltung ist ihr einziger Zweck.

„Sie wird zeigen, daß die Ergebnisse der Wissenschaft in Uebereinstimmung mit der Gerechtigkeit verlangen, daß der Grund und Boden und die anderen Produktionsmittel der Gesammtheit zufallen, derart, daß Alle verbunden sein sollen, zu arbeiten, dafür aber auch den vollen Ertrag ihrer Arbeit zugesichert erhalten (natürlich innerhalb des Rahmens der sozialistischen Produktion. R. d. V.) — sie wird dies zeigen, um auf diese Weise die Bildung einer großen Partei vorzubereiten, welche, wenn der Augenblick gekommen, ihr Recht zu erkämpfen wissen wird.

„Das ist die doppelte Aufgabe, welche sich die Leiter des Blattes gesetzt haben und die sie bis ans Ende erfüllen werden, ohne Prahlerei und ohne Schwäche.

Die „Egalité" wird regelmäßig jede Woche in einer Nummer von 8 Seiten erscheinen und gesammelt jedes Jahr einen hübschen Quart Band bilden.

„Jede Nummer wird eine Anzahl Artikel über Sozialökonomie enthalten, Correspondenzen über die Arbeiterbewegung in Deutschland, Belgien, Italien, England und Amerika, eine politische Uebersicht, welche kurz die Ereignisse der Woche darstellt, historische und biographische Aufsätze über die Vertreter des Sozialismus und die sozialistische Sache, eine kritische Würdigung aller französischen oder auswärtigen Werke, welche die Leser interessiren können u. s. w.

„Mit einem Worte, die „Egalité" wird sich bemühen, der Sozialdemokratie in Frankreich ein gleichzeitig wissenschaftliches und agitatorisches Organ abzugeben, das ihr bis heute gefehlt hat."

— Herr Tessendorf hat in jüngster Zeit entschiedenes Pech. Am Mittwoch wurde der Verlagshandlung der „Berliner Freien Presse" die polizeiliche Mittheilung, daß die neueste Confiskation der „Neuen Welt" gerichtlicherseits aufgehoben worden ist.

— Die Ungiltigkeitserklärung der Wahl Brätter's ist auf so erbärmliche Gründe hin erfolgt, daß jeder anständige Mann, von welcher Partei er auch sei, mit Entrüstung erfüllt sein muß. An der Identität Brätter's — und darauf allein kommt es an — konnte kein Zweifel sein; Brätter hat seit frühester Jugend seinen eigentlichen Familiennamen Sorler nicht geführt; er ist nur unter dem Namen Brätter bekannt; er gehört nur als Brätter der Oeffentlichkeit an, hat unbeanstandet als Brätter bei der Feuerwehr gedient, die Redaktion einer Zeitung geführt u. s. w. Kurz, Jedermann wußte, wer der für die Landtagswahl als Candidat aufgestellte Brätter war, und die acht Ehrenmänner, welche die Wahl kassirten, wußten es so gut wie jeder Andere. Und jeder anständige Mann weiß, was er von diesen acht Ehrenmännern zu halten hat.

Wie wir aus dem „Geraer Tageblatt" ersehen, mißbilligt die Fortschrittspartei in Gera das Vorgehen gegen Brätter; sie hat die Absicht, keinen Candidaten aufzustellen, und wird eine dahin lautende Erklärung erlassen. Das ist ehrenhaft gehandelt und beweist, daß es in Deutschland noch Männer gibt, welche die Anwendung der Privatmoral auf das politische Leben nicht für einen „überwundenen Standpunkt" halten.

So viel steht fest, wer bei der bevorstehenden Neuwahl sich als Candidat gegen Brätter aufstellen läßt und gegen ihn stimmt, weiß nicht, was Ehre und Anstand ist.

— An die Parteigenossen! Unser Stuttgarter Parteiorgan macht Folgendes bekannt: „Den Parteigenossen die Nachricht, daß sich Redakteur Holzwarth durch Flucht seiner Strafe entzogen hat. Das Landesagitations-Comité." — Wir wollen hierzu nur bemerken, daß Herr Holzwarth ganze sechs Monate Gefängniß abzusitzen hatte. Wegen solcher Lappalie die Flucht zu ergreifen, ist geradezu erbärmlich. Außerdem ist für den Herrn Holzwarth, der wahrscheinlich in Wien bei Muttern steckt, und dessen Vater sehr wohlhabend sein soll, von der Partei eine Caution von 2000 Mark gestellt worden. Diese Caution wird die Partei verlieren, wenn Herr Holzwarth sich bei den Würtembergischen Gerichten nicht wieder meldet.

Correspondenzen.

Berlin, 4. November. (Wenn Jemand eine Reise thut, so kann er was erzählen.) Auf einer, allerdings nicht von Stange's Reisebureau improvisirten, vierwöchigen Rundreise hatte ich, theils aus freier Entschließung, theils mit Hartnäckigkeit dazu gepreßt, Gelegenheit, in mehreren Volks-, Arbeiter- und sozialistischen Vereinsversammlungen zu sprechen. Zunächst sprach ich in Offenbach, dann in Hanau, Frankfurt a. M., Mannheim, Speyer, Heidelberg, Lahr, Basel, Bern, Genf, Zug und Stuttgart. Aus den mannigfachen Erlebnissen, welche das wechselvolle Leben eines Agitators bei solchen Anlässen bietet, und die auch mir im reichsten Maße beschеert wurden, will ich für diesmal zu Nutz und Frommen all' Derer, die da milzsüchtig sind, nur die heiteren mittheilen.

In Heidelberg, der reizendsten Perle des Neckarthales, fand eine Volksversammlung im „Gasthof zum Faulpelz" statt. Fast war ich versucht, die Wahl gerade dieses Lokals für einen freundschaftlichen Rippenstoß zu erachten, aber man versicherte mich (oder mir? Hier liegen ja wohl Accusativ und Dativ auch bei gelehrten Herren im Streite), ein anderes Lokal sei nicht aufzutreiben gewesen und es habe schon mancher unserer flinksten und unermüdlichsten Heißsporne in demselben ein Brillantfeuer illüstrer Reden abgebrannt, ich könne also mein hausbackenes Sprühteufelchen getrost anzünden und brauche durchaus nicht zu denken: „Komm Spitz, sie sticheln." Das gab mir meine Seelenruhe wieder und so haspelte ich denn mein Gespinnst ab, als könne selbst eine Windsbraut die linden Wellen meines Gemüths nicht kräuseln machen. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten! Mein Geschick ereilte mich hier in Gestalt eines Privatdocenten an der Alma mater Heidelbergensis. Nachdem derselbe eine nicht mißzuverstehende Denunziation, wie das ja derzeit so Sitte in der besseren Gesellschaft ist, an die Adresse der anwesenden Sicherheitswächter gerichtet hatte, bedauerte er, der Doktor Scheerer, daß er mich nicht ungeschoren lassen könne, da er als guter Patriot wünschen müsse, wir Sozialisten möchten uns zum Teufel scheeren, damit die nationalliberal-conservative Schweifwedelpartei ihr Schäfchen im Trocknen scheeren könne, und trieb seine Scheererei so weit, an der Fabrikation der Gußstahl-Scheeren den Niedergang der deutschen Industrie zu deduciren. Als aber trotz alledem die verstockten Zuhörer säumten, seiner Weisheit Beifall zu spenden, that er verzweiflungsvoll noch einen mächtigen Griff in seinen Scheerbeutel und gab ungefähr Folgendes zum Besten: „M. H.! Lassen Sie sich von den sozialistischen Agitatoren nur keine Flausen vormachen, die Staatshilfe taugt absolut nichts, „Ich", als Lehrer der Staatswissenschaften muß das wissen! Als solcher aber will ich Ihnen ein unfehlbares Mittel vorschlagen, das ich bisher vor aller Welt geheim gehalten: In China besteht ein Gesetz, wonach alle Privatunternehmungen, sobald sie einen derartigen Umfang annehmen, daß hundert und mehr Personen darin thätig sind, von Gesetzeswegen Cooperativ-Associationen werden müssen.*) Ein solch' Gesetz des Reichs der Mitte probatum est für's Reich der Sitte!"

Mir summte es bei dieser Charlatanerie in den Ohren wie: Wenn das nicht gut für die W . . . . . ist, dann weiß ich nicht, was besser ist, und nachdem ich mir erlaubt hatte, des Doktors angebliche Kritik meiner Rede einer wirklichen Kritik zu unterziehen, nahm ich auch sein Arcanum (Geheimmittel) in den Destillirkolben einer logischen Kritik, was den gelehrten Doktor der Staatswissenschaften in einen gelinden Fieberschauer versetzte, wobei sich seine vorher so lustig plappernde Sprechspalte zu einem stereotypen Lächeln verzerrte und er mit dem Kopfe wackelte, wie eine indische Pagode. Am Schluß meiner Auseinandersetzungen sagte ich ungefähr folgendes: „Die von mir dem Hrn. Doctor der Staatswissenschaften nachgewiesenen Irrthümer dürfen Sie, meine Herren, demselben nicht allzuhoch anrechnen, er hat es eben gemacht, wie der größte Theil seiner Herren Confratres, die in Medicin machen, er hat sich an das Krankenbett unserer kranken Zeit gesetzt, ihr an den Puls gefühlt um die Diagnose ihres Gebrestes (Erkenntniß der Krankheit an ihren Merkmalen) festzustellen und dabei die Symptome (Merkmale, Erscheinungen) für die Ursache genommen. Darauf reflektirt er sich: hm! hm! legt die Stirn in kranke gelehrte Falten und ver-

*) Dieser gesperrt gedruckte Satz ist fast wörtlich wieder wiedergegeben.

---

bestens vierzehn Tage vorher erklärte Kündigung aufgelöst werden, und zwar jeweilen am Zahltag oder am Samstag. Wenn nicht besondere Schwierigkeiten entgegenstehen, soll bei Stücklohn jedenfalls die angefangene Arbeit vollendet werden. Innerhalb obiger Frist darf einseitig das Verhältniß von dem Fabrikbesitzer nur dann aufgelöst werden, wenn sich der Arbeiter einer angefangenen Arbeit unfähig erweist, oder wenn er sich einer bedeutenden Verletzung der Fabrikordnung schuldig gemacht hat, und der Arbeiter ist nur dann zu einseitigem sofortigem Austritt befugt, wenn der Fabrikbesitzer die bedungene Verpflichtung nicht erfüllt oder eine ungesetzliche oder vertragswidrige Behandlung des Arbeiters verschuldet oder zugelassen hat.

Streitigkeiten über die gegenseitige Kündigung und alle übrigen Vertragsverhältnisse entscheidet der zuständige Richter.

Art. 10. Die Fabrikbesitzer sind verpflichtet, die Arbeiter spätestens alle zwei Wochen in Baar, in gesetzlichen Münzsorten und in der Fabrik selbst auszuzahlen.

Durch besondere Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, oder durch die Fabrikordnung, kann auch monatliche Auszahlung festgesetzt werden.

Am Zahltage darf nicht mehr als der letzte Wochenlohn ausstehen bleiben. Bei Arbeiten auf Stück werden die Zahlungsverhältnisse zwischen den Betheiligten bis zur Beendigung des Stückes ihrer gegenseitigen Vereinbarung überlassen.

Ohne gegenseitiges Einverständniß dürfen keine Lohnbetreffnisse zu Spezialzwecken zurückbehalten werden.

Art. 11. Die Dauer der regelmäßigen Arbeit eines Tages darf nicht mehr als 11 Stunden, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen nicht mehr als 10 Stunden betragen und muß in die Zeit zwischen 6 Uhr, beziehungsweise in den Sommermonaten Juni, Juli und August 5 Uhr Morgens und 8 Uhr Abends verlegt werden.

Die Arbeitsstunden sind nach der öffentlichen Uhr zu richten und der Ortsbehörde anzuzeigen.

Bei gesundheitsschädlichen und auch bei andern Gewerben, bei denen durch bestehende Einrichtungen oder vorkommendes Verfahren Gesundheit und Leben der Arbeiter durch eine tägliche elfstündige Arbeitszeit gefährdet sind, wird der Bundesrath dieselbe nach Bedürfniß reduziren, immerhin nur bis die Beseitigung der vorhandenen Gesundheitsgefährde nachgewiesen ist.

Zu einer ausnahmsweisen oder vorübergehenden Verlängerung der Arbeitszeit, welche von Fabriken oder Industrien verlangt wird, ist, sofern das Verlangen die Zeitdauer von zwei Wochen nicht übersteigt, von den zuständigen Bezirksbehörden, oder wo solche nicht bestehen, von den Ortsbehörden, sonst aber von der Kantonsregierung die Bewilligung einzuholen.

Für das Mittagessen ist um die Mitte der Arbeitszeit wenigstens eine Stunde frei zu geben. Arbeitern, welche ihr Mittagsmahl mitbringen, oder dasselbe sich bringen lassen, sollen außerhalb der gewohnten Arbeitsräume angemessene, im Winter geheizte Lokalitäten zur Verfügung gestellt werden.

Art. 12. Die Bestimmungen des Artikels 11 finden keine Anwendung auf Arbeiten, welche der eigentlichen Fabrikation als Hilfsarbeiten vor oder nachgehen müssen und die von männlichen Arbeitern oder unverheiratheten Frauenspersonen über 18 Jahren verrichtet werden.

(Schluß folgt.)

— Bekanntlich ist Fürst Bismarck in seiner Heimath Schönhausen nicht allzu beliebt; man hat ihn schon mehrere Male bei den Wahlen zum Kreistage durchfallen lassen und spricht auch ziemlich unverblümt aus, daß die fortwährenden Reklamationen des Fürsten bei der Steuerabschätzung gerade nicht bei der Mehrzahl der Bewohner besonderes Wohlgefallen erregen. Der Prophet im eigenen Lande wird nicht immer anerkannt — mit diesem Spruche wird sich Bismarck trösten. — Aber auch in Varzin scheint der Herr von Bismarck persönliche Feinde zu haben, denn sonst würde ihm sein berühmter „Sultan" nicht kürzlich dort erschlagen worden sein. Die nationalliberalen Zeitungen allerdings versuchen den Glauben zu erwecken, daß ein Kullmann gedungen worden sei, um den treuen „Reichshund" zu tödten. Seien wir vernünftiger, und betrachten die That als einen ganz gewöhnlichen Racheakt gegen den Bewohner von Varzin. — Nun hören wir aber auch noch, daß es in der dritten Bismarck'schen Besitzung, in Lauenburg, ganz bedenklich kracht. Die lauenburgische Ritter- und Landschaft ist nämlich mit dem Fürsten Bismarck in Streit und verhandelte dieser Tage darüber in Ratzeburg. Der Conflikt ist wegen der Ansprüche des Landes-Communal-Verbandes an den vom Fürsten Bismarck in Besitz genommenen Werder im Viert entstanden. Zur Vorberathung dieses Gegenstandes war eine Commission ernannt worden, deren Referent, Abg. Oberamtsrichter Sachau, u. A. mittheilte, daß Dr. jur. Crome in Lübeck, dessen Gutachten der Commission vorgelegen hat, sich auf Seiten des Landschafts-Collegiums stelle und daß es sich jetzt frage, ob auf Grund dieses Materials Ritter- und Landschaft gegen den Fürsten in den Prozeß treten soll. Nach eingehender, theilweise für den Fürsten nicht sehr schmeichelhafter Debatte ward beschlossen, mit demselben Vergleichsverhandlungen anzuknüpfen. — Daß es auch manchmal in der Wilhelmsstraße zu Berlin, in dem vierten Heim des Fürsten, recht stürmisch zugeht, ist ja auch allgemein bekannt.

schreibt der Patientin einige Gramm Extr. cort. chin. in einen Braubottig aqu. dest. (Chinarinde in Wasser). Das ist so ein Stückchen Katheder-Sozialismus des Herrn Doctors in homöopathisch-liberal-conservativ-christlich-germanischer Verwässerung mit besonderer Berücksichtigung seiner eigenen sozialen Lage."

Ob solcher Kennzeichnung gebehrdete sich derselbe als habe er den St. Veitstanz, sein Paroxismus drohte in Raserei auszubrechen.

Der Vorsitzende, A. Dresbach aus Mannheim, ergriff hierauf das Wort und erklärte, der Herr Doctor scheine ihm denn doch etwas zu sehr Anhänger des Confucius zu sein. In einer der früheren Versammlungen habe der Staatskünstler behauptet, nur ein Aderlaß en masse durch einen „frisch, froh, frommen" Krieg könne die Krise, in der sich Jungfrau Germania befinde, überwinden und heute sei er auf den Zopf der Chinesen gekommen. Die chinesischen Kulis mit ihrer Bedürfnißlosigkeit, ihren Rattencottelets, Mäusepricasee mit Engerlingsauce, Fliegenkuchen, Spinnentorte ꝛc. seien keine idealen Vorbilder für deutsche Arbeiter ꝛc. Das war zu viel für den Mann mit einem Herzen für die leidenden Arbeiter und einem zweiten Herzen für die leidende Bourgeoisie, ein Schrei der Entrüstung über die frechen Anmaßungen der „dummen Arbeiter" entrang sich seinem Busen. Grenzenlos deuchte ihm die Frechheit, einen Mann lächereich zu machen, der außer den angestrengtesten Paukt- und Bierstudien auch noch nebenbei einige Semester hindurch Logik geochst. Auf sprang er und — Johanna geht und nimmer kehrt sie wieder!

Eine Niederlage, die ich in Lahr, gemeinsam mit dem Genossen Weidemann, Geschäftsführer der Holzarbeitergewerkschaft, dem „Lahrer Hinkenden" bereitet, will ich übergehen. Es ist ja kein besonderer Ruhm, einem nationalmiserablen Invaliden eine Tracht moralischer Hiebe zu verabfolgen, die er sich reichlich als Bänkelsänger des Byzantinismus verdient hat. Solch' Individuum spielt ja doch auf seinem Leierkasten bis es auf dem letzten Loche pfeift die deutsche Michel-Marseillaise: „Freund, ich bin zufrieden, geh es wie es will!" — Auch mein Entrée in der Schweiz war ohne sonderliche Bedeutung. Heute geht es dortselbst gar nicht mehr so „luschtikch" zu wie wohl sonst, denn es fehlt ihr an jenen Don Quixotes, welche den Sozialismus — wissenschaftlich — bekämpfen wollen. Seit Doctor Böhmert seine Rosinante gesattelt, um der Prinzeß Saxonia seine goldhungrigen Gefühle in statistischen Zahlen zu Füßen zu legen, ist aller Humor aus der schweizerischen Propaganda entschwunden. Doch nein, manchmal flackert daselbst der Humor noch recht lustig auf, wie folgendes Beispiel lehrt.

Am Vorabende der Volksabstimmung über das schweizerische Fabrikgesetz kam ich gegen 8 Uhr in Bern an, und da um diese Zeit eine Volksversammlung im Biergarten der Aarbergerstraße stattfinden sollte, so begab ich mich dorthin, setzte mich in einen Winkel und lauerte der Dinge, die da kommen sollten. Karl Moor (welchem Bourgeois gruselts nicht bei Nennung dieses Namens?) sprach für das Fabrikgesetz. Es war mir so neu in der etwas unbeholfenen aber markigen Mundart des Schweizervolkes eine längere Rede zu hören, und darum war ich denn auch ganz Ohr. Der Redner endete unter großem Beifall, worauf der Vorsitzende „etwa anwesende Gegner" herausforderte, ihren Standpunkt nun auch zu vertreten; seine Blicke richteten sich dabei unverwandt auf mich und bald war ich Aemster die Zielscheibe aller Augen der zahlreich Versammelten. Stumm und unbeweglich blieb ich sitzen. Da ergriff der Vorsitzende abermals das Wort und erklärte es für Feigheit, wenn ein „etwa anwesender Gegner" seine Meinung zurückhielt. Wahrlich, dieser Fehdehandschuh galt mir, es war kein Zweifel, warum aber auch, zum Teufel, muß ich ein so bourgeoismäßiges Aussehen haben? Was half's? Ich verlangte endlich doch das Wort und erhielt es auch, ohne meinen Namen nennen zu brauchen. Schon nachdem ich nur einige Sätze gesprochen, entpuppte sich aus dem vermeintlichen Bourgeois ein in der Wolle gefärbter Sozialdemokrat, und als ich geendet und man meinen Namen erfahren, da drückte man mir in Freundschaft die Hand und hieß mich von Herzen willkommen in der Schweiz.

Daß ich von Bern nicht fortkam, ohne ein Referat in einer schleunigst einberufenen Versammlung gehalten zu haben, versteht sich selbst. In der zu diesem Zweck einberufenen Versammlung war Kopf an Kopf gedrängt, so daß eine wahrhaft tropische Hitze im Saale entstand. Da öffnete man ein Fenster des Glasdaches und dankbar erhob ich, während ich weitersprach, meine Blicke empor zu jener Lucke, aus der ein wohlthätiger Strom frischer Luft gleich einem Katarakt auf mich herniederstürzte. Ha! ist das Täuschung? Da oben über dem Glasdach, schwebt da nicht eine dunkle Gestalt? und ihre Augen! sie überfunkeln die spärlichen Gasflammen, welche sich vergeblich abmühen, die mit allem Moglichen geschwängerte Athmosphäre des Lokals zu erhellen. Eine stattliche Gänsehaut überläuft meinen armen Adam. Es ist kein Zweifel, jenes Schemen, es ist der Geist des in seinen Sünden dahingefahrenen Stieber's. St. Petrus, dieser Rebell, der einem Polizeiknecht in frevlem Uebermuthe ein Ohr abgehauen, meinte wahrscheinlich, die Himmelspolizei bedürfe keiner Spionage, schlug ihm die Himmelspforte vor der Nase zu und nun muß der alte Luchs, ohne eine fröhliche Urstätte finden zu können, wie der ewige Jude einherwandeln und die Freiheitsredner alpdrücken gehen. Das Dings machte mich ganz unwirsch, ich hatte Mühe, nicht aus dem Concept zu kommen, darum eilte ich mit Riesenschritten dem Ende meines Sermons zu. Es ist vollbracht! rief ich in meinem Innern, als ein nicht enden wollender Sturm des Beifalls durch die weiten Hallen brauste.*)

Die durch diesen Orkan aufgewühlten Aetherwellen hatten das Phantom hinweggespült.

Die Menge hatte sich verlaufen und nur noch einige von der alten Garde hielten Stand bei einem Liter Sauser (neue Wein), und wahrlich, es gehört die ganze Todesverachtung eines altnapoleonischen Gardisten dazu, den Heurigen zu vertilgen. Nach Verarbeitung unterschiedlicher Themata kam das Gespräch auf die stattgehabte Versammlung zurück und einer der Genossen sagte dabei zu mir: „Du hast heute einen ganz absonderlichen Zuhörer gehabt."

„Wie, hast Du ihn auch gesehen?" fragte ich.

„Ganz zufällig."

„Es war aber doch recht eigenthümlich."

„Freilich, bei Euch wär so was nicht vorgekommen."

Der Sauser rumorte so in meinem Innern, daß ich alle Rücksicht auf das deutsche Reichsstrafgesetz aus den Augen verlor und patzig fragte: „Was, bei uns, wo der Reptilienfonds die Stieber großgeäppelt hat, daß schon ein Lehrstuhl der Spionage im Sybel'schen Hochstift errichtet werden konnte. Ein Katheder, an dem Doctoren und allerhand andere Pfaffen im Luchsen, Fuchsen, Druckser, gegen das Mucksen ausgebildet werden? O du grundgütiger Tessendorff, so achtet man unsere heiligen Errungenschaften, daß man nicht einmal an den heiligen Geist Stieber's glaubt, o über dies Sodom und Gomorha!

*) So muß man über sich selbst reportern, „'s flucht besser", sagt die preußische Landwehr, und die muß es doch verstehen. —

„Beruhige Dich nur, alter Bursche, diesen Glauben haben wir noch nicht verloren, aber das ist auch wahr: bei Euch wäre so etwas nicht möglich."

Nun so erkläre mir, o Oerinder.

„Halt ein! Spiele nicht mit Schießgewehr, die Sache ist einfach so: Unser Polizeipräsident —"

Mit Respekt zu vermelden, unterbrach ich ihn als guter preußisch-deutscher Unterthan.

„Dummheit", murmelte mein Gegenpart. Dann fuhr er fort: Also unser Polizeipräsident kam etwas spät und fand den Saal schon überfüllt, deshalb machte er rechtkumkehrt und war eben im Begriff, das Haus zu verlassen, als er der Wirthin in den Wurf kam, die ihn fragte, warum er schon wieder fort wolle. Er antwortete, daß er keinen Platz mehr bekommen könne, was ihm sehr unlieb sei, da er den Redner recht gern hören möchte. Ei dazu kann schon Rath werden, bitte kommen Sie mit. So sprach die Wirthin und führte ihn hinauf auf das Dach, dessen Fenster sie öffnete, und der Herr Polizeipräsident hatte so das Vergnügen. Heiliges Obertribunal! rief ich, das sollte Madai (mit Respekt zu vermelden) passiren, der wüßte seine polizeiliche Amtswürde besser zu wahren.

Die hierauf erfolgenden Bemerkungen eines der 350 Militärpflichtigen, welche allein in der Stadt Bern die Aussicht auf die Alpen der Perspektive auf deutsche Festungen vorziehen, übergehe ich mit Stillschweigen, weil sie gar leicht zu einem casus belli für die Schweiz werden könnten.

Schließen will ich, mag es genug sein des grausamen Spiels, das ich mit der Geduld der Leser getrieben. Doch halt, noch Eins: Viele tausend Grüße soll ich Euch von den lieben Kampfgenossen aus der Schweiz, vor allem von meinem alten Freund und frühern Arbeitgeber Joh. Ph. Becker zurufen und Euch sagen, daß sie ihre Freude an dem erfolgreichen Kampfe haben, den die deutsche Sozialdemokratie mit so seltener Ausdauer führt. Seid gegrüßt!

F. W. Fritzsche.

Striegau, 5. November. Die Nr. 129 des „Vorwärts" bespricht einen Bericht des Büreaubieners Bujarsky, welchen derselbe im „Gewerkverein" über eine hier abgehaltene Versammlung losgelassen hat. Dieser Bericht strotzt von Lügen und Verleumdungen, die wir Steinarbeiter, gegen die dieselben gerichtet sind, nicht ruhig hinnehmen können. Doch zur Sache. Herr B. hatte allerdings nicht vermuthet, nachdem er seine Anhängerschaft zusammengetrommelt hatte, daß das Büreau den „rohen" Steinarbeitern in die Hände fallen würde (erster Vorsitzender war übrigens Drechslermeister Richter), noch viel weniger konnten sich diese vier Einberufer eine Geschäftsordnung aufoktroyiren lassen, nachdem von der Versammlung das Bureau gewählt war. Die Schließung der Volksversammlung vermutheten wir bereits vor Eröffnung derselben, denn Herr B. weiß sich stets auf die frechste Art und Weise zu helfen, wenn er das Bureau nicht erhält. Einmal stellt er unannehmbare Geschäftsordnungen auf, ein andermal wieder hat er die Bescheinigung der Versammlung vergessen, trotzdem hier vom überwachenden Beamten keine verlangt wird. Uebrigens wäre dem Subjekt, auch wenn Schuhmacher nicht anwesend gewesen wäre, wohl vom Genossen Richter gründlich heimgeleuchtet worden und wäre ihm eine ebensolche moralische Niederlage bereitet worden, wie vor 1½ Jahren seinem werthen Collegen Polke in Königszelt.

Betreffs der Revolutionsaffaire, in welche Bujarsky gemeindenunziatorisch unsern Genossen Schuhmacher verwickeln wollte, so möchten wir doch darauf aufmerksam machen, daß Schuhmacher dicht neben B. stand: Letzterer hätte also ganz bestimmt hören müssen (und braucht nicht erst zu wetten), ob Schuhmacher ausgerufen hat: „Wir wollen die Revolution." Aber das Denunziren gehört zum Handwerk aller verkommenen Menschen. Doch erscheinen Sie, Herr B., nur recht bald wieder in Striegau, wir werden Ihnen dann klar machen, was eine „Meute", wie Sie uns Steinhauer zu tituliren beliebten, ist. Hinsichtlich des Skandals, der die Auflösung der Versammlung zur Folge hatte, sei nur erwähnt, daß sich darin besonders der Fabrikant Bittmann auszeichnete. Er belegte die Arbeiter mit Namen, die wir uns schämen wiederzugeben. Zur Ruhe aufgefordert, spuckte der „gebildete" Herr von der Gallerie herab auf die Arbeiter, was allerdings den Zorn aller Anwesenden (wie es aber scheint, mit Ausnahme der Gewerkvereinler) erregte. Die gebührende Zurechtweisung wurde dem sauberen Patron später in der Hausflur zu Theil. Herr Bujarsky meint zwar — was aber wiederum erlogen ist — den Fabrikant Bittmann wollte man von der Gallerie herabstürzen; Niemand dachte daran.

Nach der Auflösung der Versammlung sollte der Saal binnen 5 Minuten geräumt werden, die liberalen Herren blieben aber auf der Gallerie sitzen, bis sie von einem Polizisten nochmals aufgefordert resp. herabgeholt wurden, und nun entleerte sich erst der Saal. Und nun Herr B., wo haben Sie ihre Doppelbrille und Uhr verborgen, da Sie bereits zu diesem Zeitpunkt den Saal durch die Seitenthür verlassen und unbehelligt in die untere Gaststube gelangt waren? Noch eins Herr B.: Wie viel anständige Arbeiter sich schämen werden, mit uns „rohen Horden aus den Steinbrüchen" gemeinschaftliche Sache zu machen, wird Ihnen die nächste Reichstagswahl zeigen. Nun leben Sie wohl Herr B. und besuchen Sie uns recht bald wieder. In den nächsten Tagen findet hierselbst eine Volksversammlung statt, wo wir Ihnen Gelegenheit geben, Ihr Talent im Lügen weiter zu entfalten.

Die Steinarbeiter von Striegau und Umgegend.

Antwort auf die Offene Anfrage (Nr. 127 d. Bl.) des Herrn Carl Voinhagen in Cöln.

Sie fragen, ob der derzeitige Polizei-Commissar Wirtz in St. Johann identisch sei mit dem ehemaligen Sergeant Wilh. Wirtz der 1. Compagnie des Rhein. Jäger-Bataillons Nr. 8. Der von mir in Nr. 124 des „Vorwärts" erwähnte Oberjäger Wirtz diente im Jahre 1864 und 65 mit mir bei der 4. Compagnie genannten Bataillons. Ob sich derselbe später zur 1. Compagnie hat versetzen lassen, kann ich nicht sagen, wäre aber moglich.

Nach der Nr. 130 des „Vorwärts" vom 4. d. Mts. erklärt laut der „St. Johanner Volkszeitung" der Polizei-Commissar Wirtz, daß es „absolut unwahr", daß ein gewisser Pauly mit ihm bei demselben „Regiment" gedient habe ꝛc. Dies ist auch von mir durchaus nicht behauptet worden. Es ist von einem Oberjäger Wirtz und dem Jägerbataillon Nr. 8 die Rede. Wenn also der derzeitige Polizei-Commissar Wirtz in St. Johann nicht bei dem Rhein. Jägerbataillon zu genannter Zeit gestanden hat, dann kennen wir uns eben nicht, und kann er sich auch nicht von den in erwähntem Correspondenzartikel behaupteten Thatsachen beleidigt fühlen.

Es ist mir von befreundeter Seite versichert worden, daß der frühere Oberjäger Wirtz, welcher mit mir gedient hat, jetzt Polizei-Commissar in St. Johann sei und die beleidigende Aeußerung mit Bezug auf die Sozialdemokratie der betreffenden Wirthin in St. Johann gegenüber gethan hat. Sollte dieser Commissar Wirtz in der That nicht der frühere Oberjäger Wirtz des Rhein. Jägerbataillons Nr. 8 sein, dann bin ich unrecht berichtet worden, und würde die gemachte Aburtheilung, insoweit sie auf den jetzigen Polizei-Commissar Wirtz in St. Johann Bezug haben kann, zurucknehmen. Vorläufig glaube ich jedoch noch, daß er der rechte Wirtz ist. Dieser Wirtz war ein geborener Kreuznacher, in welchem Ort sein Vater im Steuer-, Post-, Polizei- ꝛc. Dienst eine Stelle bekleidete.

Kettwig. P. J. Pauly.

Berichtigung.

In dem Aufsatze: „Die Motive des Sozialismus" befinden sich mehrere sinnstörende Fehler, die der geneigte Leser sich corrigiren wolle. Nr. 123, Seite 1, Spalte 2, Zeile 9 von Anf. d. Aufs. muß es heißen: sittliche Verirrung. — Sp. 3, Z. 39 v. oben muß nach „unter den Menschen" ein Fragezeichen stehen. — Z. 17 v. unten müssen bei „völlige" die Anführungszeichen wegfallen. — Nr. 125, Sp. 2, Z. 4 v. unten muß nach „werden darf" eingeschaltet werden: Sie wollen eine bloße Reform. Wir ꝛc. — Nr. 126, Z. 8 v. Anf. d. Aufs. muß es heißen: des Frohndienstes Anderer. — Nr. 127, S. 1, Sp. 3, Z. 26 v. oben: mobilisirt statt modernisirt. — S. 2, Sp. 2, Z. 2 v. oben: graveren statt graberen. — Z. 10 v. oben: gelassen statt geschaffen.

Briefkasten

der Redaktion. K. in Ernstthal: Wie Sie aus letzter Nummer ersehen, kommen Sie mit Ihrem Gedicht zu spät. — „Braunschweig": Ihr Correspondenz enthält Hinweise auf Personen und Zustände, die leicht zu Mißdeutungen Anlaß geben könnten. — Fr. in Gera: Ihr Bericht über den Congreß kommt zu spät.

der Expedition. Krowiarz, Osnabrück: Ihr Depositum für Annoncen ist um M. 2,90 überschritten. — Schwartz, Hamburg: Das Annoncendepot für den Korbmacherbund ist bis auf 10 Pfg. erschöpft.

Ich ersuche diejenigen Parteigenossen, welche von dem jetzigen Aufenthaltsorte meines Bruders, August Milius, Kellner, gebürtig aus Alzendorf, wissen, mir dessen Adresse zukommen zu lassen.

Brüssel. Milius, Rue de Blais No. 3.

Die Arbeiterblätter bitte ich um gefälligen Abdruck des Obigen.

Quittung. Sbrt Cassel Ab. 10,80. Pmnn Duisburg Ab. 10,00. Sbch Annweiler Schr. 4,15. Irms Philadelphia Schr. 35,00. Schrnr Lübeck Ab. 6,50. Gr Osnabrück Ab. 4,00. Hsnr Mainz Ab. 15,00. Lgs Hannover Ann. 1,20. Schr. 12,70. Grnr Mannheim Schr. 8,15. Zhmr Darmstadt Schr. 14,30. Arbeiterbild.-Ver. Leipzig Ann. 7,80. Arbeiterpartei daf. Ann. 7,10. Agitationscomité daf. 1,70. Hrld Nadworna Ab. 1,70. Krzschmr Meuro Ab. 1,40. Lsnbrgr Bern Ab. 5,00. Pbst St. Johann-Saarbrücken Ab. 12,55. F. Lbsch Aussig Ab. 5,14. F. R. in B. Schr. 12,00. Schlhrdt hier Ab. 4,00. Grd Stötteritz Schr. 7,80. Nmr Nürnberg Schr. 1,70.

Anzeigen ꝛc.

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein. **Dienstag,** den **13. November,** Abends 8½ Uhr, bei Herrn **Hübner,** gr. Rosenstraße 37:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Unsere Arbeitsverhältnisse. Es ist dringend nothwendig, daß alle Mitglieder erscheinen. **G. Klaws.** [70

Triumph of Order

gemalt von **E. Fichio.**

Darstellend: **Die Erschießung von Communisten durch die Versailler Truppen** (Mai 1871) **im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris.**

Eines der größten und denkwürdigsten Kunstwerke der Neuzeit. Dasselbe ist gegenwärtig hier im Alexander Palace auf kurze Zeit ausgestellt und wird gegen besonderes Eintrittsgeld gezeigt. In Paris war die Ausstellung verboten. — Es ist mir gelungen, Original-Photographien anfertigen lassen und empfehle dieselben den deutschen Parteigenossen zu folgenden Preisen: Größere (60 Ctm. breit, 40 Ctm. hoch) im Dtzd. das Stück M. 3,50, einzeln 5,00; kleinere (40 Ctm. breit, 25 Ctm. hoch) im Dtzd. das Stück 1,80, einzeln 2,30. Bei Bestellungen über 6 Dutzend die größeren à Dtzd. M. 36,00, die kleineren à Dtzd. 20,00 und werden dieselben gegen Einsendung des Betrags portofrei überall hingesandt.

Baldige Bestellungen entgegensehend, zeichnet mit Gruß

Wilh. Hoffmann. [750

London W., 37A, Princeß Street, Leicester sqr.

Für Deutschland haben wir den Vertrieb übernommen und liefern zu obigen Preisen gegen baar oder Postvorschuß

Die Expedition des „Vorwärts".

Neue Welt

Heft 2 Jahrgang III. (mit dem 1. Oktober a. c. beginnend)

ist versandtfertig und wird **nur auf ausdrückliche** Bestellung geliefert. Wir bitten also, rechtzeitig Nachricht hierher zu geben.

Leipzig, den 27. Oktober 1877.

Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Prachtvoll und **solid** gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück **M. 1,20,** in Roth **M. 1,50 gegen baar** oder **Nachnahme** durch die Buchbinderei von **H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16** zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der **Expedition der „Neuen Welt"**, Leipzig, Färberstr. 12 II.

Sozialistisches
Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Sekretäre **J. Auer** oder **C. Derossi,** Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.

Geldsendungen sind zu richten an **August Geib,** Föddingsmarkt 12 in Hamburg.

Annoncenrestanten.

Folgende Vereine, Gewerkschaften und Personen werden aufgefordert, ungesäumt ihre Annoncenschulden an uns zu bezahlen:

Altona: Metallarbeiter-Gewerkschaft für November 1876 0,60. M. Cöln: Wahlverein 1,80. Hamburg: K. Schneidt f. September 1877 2,10. Mülheim a. Rh.: Wahlverein f. December 1876 0,60. Thonberg b. Leipzig: Wahlfest-Comité f. Febr. 1877 1.10.

Leipzig, den 8. November 1877.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für [illegible] Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten [illegible] Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-dem. Arbeiter-Genossenschafts-Buchdruckerei, 184 Fulton-Str.
Philadelphia: F. Sch[illegible], [illegible] North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Chestnut-Str.
Hoboken N.J.: F. A. Lange, 215 Washington-Str.
Chicago: A. Lanferman, 74 Centre-Ave.
San Francisco: J. Ang. 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hoare, 6 New Str. Golden Square.

Nr. 134. Mittwoch, 14. November. 1877.

Kriegselend und Invalidenpension.

Daß das Militärinvalidengesetz kaum den dürftigsten Ansprüchen genügt, mochte schon daraus erhellen, daß der Militärinvalidenfond kaum die Zinsen, die er erzielt, für die Invaliden verbraucht.

Dann aber auch ist es sehr bezeichnend, daß die Kriegsinvalidenpension nur Denjenigen zu Theil wird, welche nachweislich während des Krieges und zwar in Folge des Krieges, oder während der Zeit von zwei Jahren nach dem Kriege und natürlich wieder in Folge des Krieges verletzt, krank und untauglich zur Arbeit geworden sind.

Eine der häufigsten Folgen der Kriegsstrapazen aber ist erwiesenermaßen die Lungenschwindsucht, und diese tückische Krankheit liegt bekanntlich vor ihrem sichtbaren Ausbruch erst einige Zeit im Körper verborgen und tritt meist erst nach längerer Zeit auf, und zwar später als in der pensionsberechtigten Frist.

Und gerade der deutsch-französische Krieg hat eine überaus große Anzahl von Schwindsuchtsfällen im Gefolge gehabt.

Es ist eine Thatsache, daß von den Soldaten der deutschen Armee, welche den Krieg 1870/71 mitgemacht, nach ihrer Entlassung 61⅔ Prozent der Verstorbenen der Lungenschwindsucht erlegen sind. Die Ursache des Vorwiegens gerade dieser Krankheit ist in den allgemeinen Kraft- und Wohlstands- resp. Ernährungs- und Wohnungsverhältnissen zu suchen. In den ersten beiden Jahren starben an dieser Krankheit nur 2,4 resp. 2,9 Prozent. Die Armee ist noch kräftig und aus Leuten zusammengesetzt, welche bei Anfang des Krieges als gesund zu betrachten waren. Die tägliche Bewegung im Freien, die meistens und im Ganzen ausreichende Ernährung, der fast ungeschmälerte Rothweingenuß, hilft vorläufig noch hinaus über die Folgen des vermehrten Anspruchs an die Leistungen des Körpers.

Dann kommt das Jahr 1872 schon mit 13,6 Prozent Todesfällen an Schwindsucht. Der Mann ist nach Hause zurückgekehrt. Dort tritt ihm Mangel und Elend entgegen. Die traurigen Folgen des Krieges haben sich hineinerstreckt in die Heimath des Soldaten. Der häusliche Besitz hat sich vermindert, die kleine Flur, welche sonst für den täglichen Unterhalt das Nöthige bot, konnte nicht bestellt werden. Der tägliche Verdienst ist herabgesunken, oder es fehlt an Arbeit, und der materielle Verfall der früher vielleicht wohlstehenden Familie ist unabwendbar eingetreten.

So erwartet den vorher noch rüstigen Krieger der Kummer und die materielle Noth mit ihren Beigaben, dem Hunger, der schlechten Ernährung, der ungesunden Wohnung, und nun kommen schließlich die Wirkungen der Strapazen des Feldzuges zu Tage und die Krankheit macht sich bemerkbar.

Die Berichte der „Kaiser-Wilhelm-Stiftung", die wohl von unseren Gegnern nicht angezweifelt werden, geben über diese Wahrheit in tausenden gleicher Bilder einen klaren und genauen Aufschluß. Das Jahr 1873 zeigt diese Verhältnisse noch in höherem Grade: es starben 22,4 Prozent an Schwindsucht.

Dann hat der Tod schon aufgeräumt und die Prozentzahl vermindert sich von Jahr zu Jahr, so daß sie im Jahre 1876 schon die Höhe der Sterblichkeit an Schwindsucht von 1871 (2,9 Prozent) kaum noch überschreitet. —

Man sieht gerade an dieser Zusammenstellung, daß das deutsche Invalidengesetz vielfach Diejenigen, welche in Folge des Krieges am schwersten geschädigt sind, nicht berührt, daß diese der Noth, dem Elend und schließlich der Krankheit zum Opfer fallen.

Sie haben ihre Gesundheit dem Vaterlande geopfert, und nun ist dies Vaterland so undankbar, trotz dem „Vaterlandsdank", daß es seine Kämpfer dahinsiechen, daß es sie trostlos untergehen läßt.

Und da will man noch von „Vaterlandslosen" sprechen, von „Reichsfeinden", wenn Vaterland und Reich seine Söhne derart behandelt?

Jedenfalls ist es dringend nothwendig, die Frist von 2 Jahren, welche das Invalidengesetz für die unterstützungsberechtigten Krankheiten annimmt, den tausendfach gemachten Erfahrungen gemäß zu erweitern. Wir glauben versichern zu dürfen, daß unsere Abgeordneten einen Antrag in diesem Sinne stellen werden.

Die geistigen Erfolge der Sozialdemokratie.

Breslau, den 8. November.

Zweierlei Art sind die Erfolge, die die Sozialdemokratie in kaum 1½ Jahrzehnten in Deutschland erzielt hat, Erfolge, denen gegenüber die „praktischen" Erfolge eines Schulze-Delitzsch von verschwindender Geringfügigkeit sind.

Erstens hat sie den deutschen Arbeiterstand geistig und materiell außerordentlich gehoben, vorzugsweise natürlich insoweit und in dem Grade, als er von der Sozialdemokratie ergriffen wurde. Die politische und allgemeine Bildung des Arbeiters ist hauptsächlich durch die sozialdemokratische Agitation bedeutend gewachsen, seine Kenntnisse, seine Urtheilsfähigkeit sind gestiegen, eine große Anzahl von Rednern, selbst Schriftstellern, ist aus dem Arbeiterstande hervorgegangen. Aber damit nicht genug. Das Selbstbewußtsein der Arbeiter ist erwacht, sie haben angefangen sich als Menschen, ja als Grundlage unserer ganzen Gesellschaft zu fühlen. Sie haben aufgehört willenlose Maschinen zu sein, mit denen man nach Belieben umspringen kann, sie leisten Widerstand, sie beanspruchen, sie fordern. Dadurch haben sie sich zwar nicht die Liebe, aber die Achtung, wenn nicht die Furcht, der anderen Klassen erworben.

Die herrschenden Klassen müssen heute schon auf die Arbeiter Rücksicht nehmen, sie müssen mit ihnen als einer Macht rechnen, sie können nicht mehr die schreiendsten Mißstände vornehm ignoriren.

Und diese Achtung gebietende Stellung hat nicht nur die Arbeiterklasse als Ganzes gewonnen, auch der einzelne Arbeiter fängt immer mehr an, sich als gleichberechtigt und selbstbewußt dem einzelnen Bourgeois, vor allem seinem Arbeitgeber gegenüber zu fühlen. Der zweite Erfolg — und auf diesen wollen wir heute eingehen — ist mindestens ebenso wichtig. Die Sozialdemokratie hat angefangen, die Geister zu erobern, die allgemeinen Anschauungen — wenn man will, die öffentliche Meinung — ins Schwanken zu bringen und zu ihren Gunsten umzugestalten. Vor 10 bis 15 Jahren herrschten allgemein die Anschauungen der Manchesterschule. Heute ist die Manchesterschule wissenschaftlich und in der öffentlichen Meinung todt, ihre eigenen Anhänger wagen es nicht mehr, sich offen und ganz zu ihren Lehren zu bekennen. Die Staatshilfe, die zu Zeiten Lassalle's allgemein als das verwerfliche Ziel der Sozialdemokraten verschrieen war, sie klingt heute von allen Dächern herab. Jede auch noch so behutsame Diskussion über eine Veränderung der jetzigen Eigenthumsordnung war verpönt. Und heute wird nicht blos in wissenschaftlichen Werken, nein selbst in für die bürgerlichen Familienkreise bestimmten Unterhaltungsblättern, die Veränderung des Eigenthums im sozialistischen Sinne als das Ziel unserer Kulturentwickelung hingestellt. Hier das neueste Beispiel! In der letzten Nummer des von dem bekannten Kritiker Paul Lindau herausgegebenen, in Bourgeoiskreisen sehr verbreiteten Journals „Nord und Süd" findet sich ein Aufsatz: „Gemeinwirthschaft und Privatwirthschaft von J. Baron in Berlin." Zu bemerken ist, daß Baron Professor der Jurisprudenz an der Berliner Universität ist. Er „kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß unsere gesammte Volkswirthschaft in den letzten Jahrzehnten einen gewissen gemeinwirthschaftlichen Charakter erlangt, und, wo er schon vorhanden war, ihn gesteigert hat." Er behauptet im Anschluß an Lassalle, daß eine immer größere Anzahl von Dingen aus Privateigenthum öffentliches Eigenthum wird, ja er erweitert die Lassalle'schen Anschauungen. Er führt, wie das in den Reden und Schriften der Sozialdemokraten täglich geschieht, Post, Telegraphen, öffentliche Straßen, Reichsbanken, Staatsforsten ꝛc. ꝛc. als schon heute bestehende communistische, d. h. gemeinwirthschaftliche Einrichtungen an, die, wie einst die Reformationsversuche vor Luther, nur den Anfang bilden zu einer umfassenden Umwälzung der heutigen Eigenthumsverhältnisse. Dem Rittinghausen'schen Vorschlag, daß der Staat das Versicherungswesen in die Hand nehme, kann er nicht umhin, beizutreten." Auch bei ihm „ist es die Unvereinbarkeit der Privatunternehmung mit dem öffentlichen Zweck, welche uns immer mehr in die Gemeinwirthschaft hineintreibt." Auch er weist auf die Gefahren der Privatmonopole hin und führt das Beispiel der Petroleumpringen an, die in einem Vierteljahr den Petroleumpreis von 20 Pf. auf 60 Pf. trieben. Wenn er zum Schluß sagt: „Nicht dem Communismus ziehen wir entgegen, die Forderung der Abschaffung des Grund- und Kapitaleigenthums, welche heut die Sozialdemokratie unablässig verlangt (sic!), wird ewig eine Utopie bleiben, aber unser Eigenthum wird immer mehr aus der Privatwirthschaft herausfallen und die gemeinwirthschaftliche Gestalt annehmen," so ist klar, daß die Zurückweisung der „sozialdemokratischen Utopie" blos eine Captatio benevolentiae, eine Liebäugelei mit den herrschenden Klassen ist, denn thatsächlich ist ja diese sozialdemokratische „Utopie" nichts anderes, als die von ihm anerkannte Umgestaltung des Privateigenthums in Gemeineigenthum (und wird auch so definirt. R. d. V.), und er selbst giebt zu, daß damit die Kultur und die Sittlichkeit einen wesentlichen Fortschritt machen würde.

Jedem sozialen Fortschritt ist ein Fortschritt in den Ideen, eine Veränderung der allgemeinen Anschauungen vorangegangen. Mit jeder neuen öffentlichen Anerkennung des sozialistischen Grundgedankens rückt die Stunde seiner Verwirklichung näher.

R. P.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die preußischen Westprovinzen, Rheinland und Westfalen, haben noch keine neue Kreis- und Gemeindeordnung erhalten, während dieselbe in den östlichen Provinzen schon seit einigen Jahren existirt. Der Freund des Herrn Rohrer, der Abgeordnete v. Sybel, der große Geschichtsfälscher ist daran Schuld, weil er regelmäßig, wenn ein Antrag auf Einführung der Kreis- und Gemeindeordnung in Rheinland und Westfalen vorlag, die Regierung warnte, dem Antrage zuzustimmen, weil durch die Einführung der neuen freisinnigeren Ordnung die Macht des Clericalismus in jenen Provinzen gestärkt werde. Aus reinem Parteihader werden also die intelligenten Männer des Rheinlandes noch hinter die Kahuben und Wasserpolacken und die pommerschen Einwohner von Schönhausen und Varzin gesetzt. — Am 7. November lag dem preußischen Abgeordnetenhause wieder ein derartiger Antrag vor. Der Abgeordnete Reichensperger traf gerade den Nagel auf den Kopf, wenn er sagte, daß es eine Verletzung des Staatsrechts sei, wenn einseitig der preußische Staat in zwei Hälften getheilt werde. Der Antrag auf schleunige Einführung der Kreisordnung in den westlichen Provinzen wurde mit fast an Einstimmigkeit grenzender Majorität angenommen — die Kompromißanträge hatte alle Gegner derselben zurückgezogen, selbst Sybel schwieg in der Debatte. Dieselbe hatte aber ein höchst interessantes Nachspiel. Als Correferent ergriff Schorlemer-Alst zum Schlusse das Wort und brachte den Kummer auf das Tapet. Ueber die diesbezügliche Rede bringen wir den Auszug aus der liberalen „Kölnischen Zeitung":

„Bei den früheren Verhandlungen waren es die von Herrn v. Sybel vorgebrachten Gründe, die sich der Einführung der Reformgesetze in den westlichen Provinzen hindernd in den Weg stellten, und ich muß annehmen, daß diese Gründe noch fortbestehen. Das schlimmste aber ist, daß die Regierung diesem einem Manne, entgegen dem fast einstimmigen Votum der Landesvertretung, geglaubt hat. Man kann nicht verkennen, daß Fürst Bismarck in der Wahl seiner Vertrauensmänner einen ganz besonderen Geschmack hat. (Zischen.) Man kann sagen, wenn man sie durchgeht von Wagener bis auf Hrn. v. Sybel, es ist beinahe eine ganz berechtigte Eigenthümlichkeit des Fürsten Bismarck. (Sehr gut! Heiterkeit.) Das was uns Hr. v. Sybel an Gründen vorgetragen hat, waren vorwiegend Märchen. Naturgemäß konnte das, was er hier vorbrachte, nur Trübes sein, da die Quelle, die er sich in dem Deutschen Verein für seine Berichterstattung präparirt hatte, eine trübe war. Es ist ein trauriges Zeichen, daß in unserer Zeit ein Verein, der sich wahrlich nicht zur Ehre des deutschen Namens deutsch genannt hat, bestehen konnte, in welchem die Denunciation und die Spionage vollständig organisirt gewesen ist, und daß die Regierung, die sonst das Vereinsrecht mit Keulenschlägen auf alle anderen Vereine niederfallen läßt, selbst Beamten den Eintritt in diesen Verein nicht untersagt hat. Daran sieht man, wohin die Blindheit des Culturkampfes geführt hat. (Sehr richtig.) In der Erklärung, welche der Vorstand und die Geschäftsführer des Deutschen Vereins am 12. und 23. Oktober erlassen haben, ist die Denunciation und Spionage ausdrücklich als ein berechtigter Gedanke hingestellt. Die Geschäftsführer des Vereins sind vorwiegend Amtmänner, Kreis- und Lokal-Schulinspektoren, Elementarlehrer ꝛc. Diese sollen darüber urtheilen, ob es angemessen ist, daß die Reformgesetzgebung auf die Rheinprovinz ausgedehnt wird. Herr von Sybel hat gesagt, daß er seit zwei Jahren mit dem Vorstande und der Leitung des Vereins nichts mehr zu thun habe. In einem Bericht über eine Versammlung des Deutschen Vereins am 29. April d. J. lese ich aber: Herr von Sybel kam zur Abhaltung der Versammlung aus Berlin herüber und redete dieselbe mit folgenden an: Verehrte Vereinsgenossen! Im Namen des Vorstandes des Deutschen Vereins heiße ich Sie in unserer diesjährigen Versammlung herzlich willkommen! Wir stehen heute an einem gemeinsamen Abschnitt unserer gemeinsamen Thätigkeit! (Hört, hört!) Thatsächlich ist Herr v. Sybel auch heute noch Ehren-Präsident des Deutschen Vereins! Nun, meine Herren, ist in den Erklärungen des Herrn v. Sybel hervorgehoben worden, daß von Seiten des Deutschen Vereins niemals Denunziationen gegen Beamte gemacht worden sind. Im Frühjahr 1875 hat aber der Deutsche Verein ein Circular erlassen, worin die Mitglieder des Vereins aufgefordert werden, im Interesse der Sache solche Handlungen, welche sich zu gerichtlichen Verfolgungen eigne, zur Kenntniß des Vorstandes zu bringen (Rufe: Pfui! Pfui!). Selbstverständlich sollten die Namen der Angeber verschwiegen werden (Rufe: Pfui!). Auch in dem Urtheile der ersten Instanz, welches in der zweiten Instanz vollständig bestätigt wurde, heißt es ausdrücklich, daß die Hauptthätigkeit des Dr. Konitzer für den Deutschen Verein aufs Ausspioniren und Denunziren gerichtet war, und endlich hat auch der Vertheidiger des Angeklagten darauf hingewiesen, daß die Spionagedienste im Interesse des Vereins nicht weggeleugnet werden könnten, aber was sei schlimmer und verwerflicher, das Werkzeug oder der Autor resp. die Hand, dessen, welcher das Werkzeug führt? Der Dichter Hoffmann von Fallersleben bezeichnet in einer seiner Dichtungen als schändlichste der Listen, die ärger sei als Feindesliste, die Conduiteliste! und die Conduitenlisten eines Spionirvereins sind es, die wir hier wieder haben. Ich bin der Ansicht, daß eine Regierung, die auf die Mittheilungen eines Vereins, von dem man dreist und kühn sagen kann, daß als Devise ihm aufgeschrieben ist: corrumpere et corrumpi! irgend welchen Werth legt, selbst keinen Funken von Ehre mehr im Leibe haben müßte! Und beisammen, die dem Verein angehören, möchte ich in Erinnerung bringen, daß ein liberales Journal dem Verein den Stempel der Infamie aufgedrückt hat! Das war also der Verein und das waren dessen Organe, denen wir mit unseren berechtigten Wünschen auf Ausdehnung der Reformgesetzgebung unterlegen sind. Vollhaltes Bravo!"

Herr v. Sybel erhält zu einer persönlichen Bemerkung das Wort — er hat sich rein den „Deutschen Verein" weißzubrennen, macht sich dabei aber selbst immer schwarzer; er gleicht dem Schornsteinfeger, der sich mit der berußten Hand über das berußte Gesicht fährt.

Er gesteht schließlich ein, „daß der „Deutsche Verein" die Beamten kennen lernen wollte, die das Centrum begünstigten." Natürlich, Herr v. Sybel, nur deshalb, um dieselben bei ihren Vorgesetzten zu denunziren? Nein, bei Leibe nicht, nur um ihr Verhalten öffentlich in der Presse zu beleuchten — das ist keine Denunziation, sagte der edle „Märchenerzähler", vulgo Geschichtsschreiber.

Daß der Vorstand eines klerikalen Vereins früher einmal in ähnlicher Weise gehandelt habe, kann den „Deutschen Verein" nicht rechtfertigen, und erklärte von Schorlemer-Alst in einer persönlichen Replik auch das Verfahren des Vorstandes des katholischen Vereins für infam.

Und wenns dem Professor Sybel noch so sehr zu Herzen geht:

„Der Kummer hängt ihm hinten!"

— Der Kampf mit geistigen Waffen gegen unsere Partei wird bekanntlich von der „Magdeburger Zeitung", in welcher der Biedermann Mebring sein Wesen treibt, ganz besonders stark geführt, nicht blos im politischen Theil, sondern auch im Feuilleton. Hierin macht die Magdeburgerin es sich

nicht. In einer der letzten Nummern bringt sie z. B. einen langen Feuilletonartikel: „Communistische Gruppenbilder u. s. w.“, welcher wie folgt beginnt:

„Herr Maxime du Camp erheitert neuerdings im „Moniteur“ sein Gemälde der Commune, dem wir schon manche düstere Episode entnehmen konnten, durch einige humoristische Züge. Besonders ergötzlich ist die von ihm geschilderte Wuth dieser Sozialdemokraten, sich noch lange vor jeder Aktion in einer heroischen Stellung als Freiheitskämpfer photographiren zu lassen. Diese Sucht, sich gestochen, in Holz geschnitten oder mindestens photographirt zu wissen, haben natürlich auch unsere Sozialdemokraten, die ja in allen Stücken die getreuen Spiegelbilder der französischen Communisten sind. Auf dem letzten Congreß in Gotha wurde zwar ein Beschluß gefaßt, welcher gegen diesen Bilderschwindel gerichtet war, aber es geschah dies nur, um nothdürftig den Schein zu wahren. Nach wie vor kann man die Bilder dieser Schauspieler angepriesen finden, nach wie vor liest man in den sozialdemokratischen Blättern Ankündigungen gleich der folgenden:

Im Verlage von . . . ., Nürnberg ist erschienen und von der „. . . . . Genossenschaftsbuchhandlung“ (E. G.) zu haben: Gruppenbild der Reichstagsabgeordneten des arbeitenden Volkes Deutschlands. Stahlstich in Folioformat. Ein Kunstblatt in des Wortes voller Bedeutung. Da der bedeutenden Kosten wegen auf Massenabsatz gerechnet werden muß, so ist auch der Preis dem entsprechend niedrig gestellt und kostet das Blatt nur 60 Pfennige.

Die Pariser Communisten führten nun in dieser Vorliebe, sich der schaulustigen Mit- und Nachwelt in theatralischen Gruppenbildern vorzustellen, allerhand possirliche Scenen auf. So wurde am 24. März, also wenige Tage nachdem die rechtmäßige Regierung so ruhmlos, ohne Schwertstreich auf dem Montmartre unterlegen war, in der Hauptstraße der Vorstadt Belleville zum großen Erstaunen der Einwohner eine riesige Barrikade aufgeführt; man pflanzte darauf eine rothe Fahne, bildete um dieselbe eine pathetische Gruppe, die sich der Leser leicht vorstellen kann, und rief den nächsten Photographen herbei. Sobald er das Bild aufgenommen hatte, schaffte man die Pflastersteine, Karren, Leitern ruhig fort und stellte den Verkehr in der Straße wieder her. Im großen Maßstabe wiederholte sich diese Narretheі später, als der Schuster Gaillard in der Rue de Rivoli, auf dem Vendômeplatze, vor dem Stadthause oder wo dieser gemeingefährliche Monomane sonst einen „strategischen Punkt“ entdeckt haben wollte, himmelstürmende und dabei in ihrer Zierlichkeit an Nürnberger Spielzeug gemahnende Barrikaden aufgeführt hatte. Da gab es nicht das windigste Commune-Lieutenantchen mehr, welches sich nicht in märchenhaft bestricktem Waffenrock vor den photographischen Spiegel gestellt hätte, um als sterbender Fechter, als moderner Spartakus auf die Nachwelt überzugehen. Die Auslagen der Kunst- und Papierhändler waren mit diesen Heldenportraits und tragischen Gruppen bedeckt, in welchen man alle Mitglieder, Delegirten und höheren Offiziere der Commune abconterfeit finden konnte. Mehr als einem dieser Faschingsrömer hat seine Eitelkeit hier einen schlimmen Streich gespielt; denn die Photographien wurden natürlich in Versailles sorgfältig gesammelt und dienten später häufig zur Feststellung der Identität der Angeklagten.“

So weit das Feuilleton. Alles recht schön, schade nur, daß es nicht wahr ist — freilich ein sehr geringer Fehler in den Augen des Mehring'schen Organs. Herr Maxime du Camp, der als Gewährsmann herhalten muß, ist notorisch ein literarischer Lump, der für Geld von Jedem zu haben ist — gleich anderen Leuten, und der seine Moniteur-Skizzen über die Commune einfach aus den berüchtigten Cloaken des Figaro, Paris-Journal ꝛc., und — aus seiner nicht minder cloakenhaften Phantasie schöpft. Das Barrikadengeschichtchen, mit dem was drum und dran hängt, ist von A bis Z. erlogen und obendrein recht dumm erlogen. Die Männer der Commune hatten in ihrem Verzweiflungskampf wahrhaftig Anderes zu thun. Mit derselben Wahrscheinlichkeit könnte die Rubelpresse schreiben, Osman Pascha und seine Offiziere amüsirten sich in Plewna damit, photographische Posen zu machen.

Wie bodenlos gemein der Versuch ist, politische Gegner, die nach heldenmüthigem Widerstand die Opfer einer furchtbaren Katastrophe und beispielloser Grausamkeit geworden sind, der Verachtung und Lächerlichkeit preiszugeben, das sei nur nebenbei angedeutet.

Was endlich die Bemerkungen des Magdeburger Feuilletonschreibers über den seitens deutscher Sozialisten getriebenen „Bilderschwindel“ anbelangt, so ist es, milde ausgedrückt, eine Ungezogenheit, den angeführten Congreßbeschluß als einen nur zum Schein gefaßten zu bezeichnen. Die offiziellen Organe der Partei, obenan der „Vorwärts“, beweisen, daß jener Beschluß auch durchgeführt wird. Wenn einzelne Lokalblätter trotzdem derartige Annoncen bringen, so kann man dafür unmöglich die Partei verantwortlich machen. Unsere Partei ist, ihrem ganzen Prinzip nach, eine entschiedene Gegnerin des Personenkultus; sie ist die einzige Partei, welche den Personenkultus systematisch bekämpft. Diejenige Partei aber, welche von allen am wenigsten berechtigt ist gegen den Personenkultus anderer Parteien zu eifern, das ist die Partei, welche das schmutzige Hutfutter Bismarck's als Reliquie verehrt, vor Bismarck's Hund sich ehrfurchtsvoll verneigt („Hunde sind wir ja doch!“) und Bismarck's Kürassierstiefel inbrünstig küßt.

— Seit einigen Tagen sind die französischen Kammern versammelt. Die Situation ist aber noch ganz unverändert. Der Plan, ein „Geschäftsministerium“ zu bilden, ist vorläufig gescheitert — Mac Mahon steht à la Bismarck da: J'y suis suis, j'y reste — hier bin ich, hier bleib' ich — und überläßt es den „Republikanern“, ihn von seinem Platze zu verdrängen. An einen Staatsstreich denkt er nicht: er hat was er will und steht obendrein, da der Senat für ihn ist, formell auf gesetzlichem Boden. Wollen die „Republikaner“ ihr Ziel erreichen, so müssen sie eine Revolution machen, und das fällt den Mördern der Commune nicht ein. Die Fußtritte und Insulten, welche der unverwundete Held von Sedan ihnen applizirt, sind die erste Abschlagszahlung der Revanche für den Mai 1871. Auch der Rest wird auf Heller und Pfennig bezahlt werden müssen. — Inzwischen befestigt sich im französischen Volk immer mehr die Republik und vollzieht sich rasch eine Schwenkung nach links, welche wir mit lebhaftester Freude begrüßen. Die letzten Generalraths-Wahlen (Wahlen für Departemental-Vertretung), welche am Sonntag vor acht Tagen stattfanden, haben dies noch deutlicher zum Ausdruck gebracht, als die Wahlen zum gesetzgebenden Körper, welche durch die Losung der Wiederwahl der „363“ vielfach entdemokratisirt wurden.

— Ein schweizerisches Urtheil über die Komödie zu Gera. Die conservative „Allgemeine Schweizer Zeitung“ schreibt über den Congreß des Dr. Max Hirsch:

„Ein derartiges rein negatives Vorgehen gegen die Sozialdemokratie ohne irgend einen neuen zündenden Gedanken, der im Gemüth des Volkes Wurzel schlagen kann, ist kaum etwas anderes als das Dreschen von leerem Stroh. Durch ein so ledernes, verstandesgemäß zusammengeschustertes Programm werden die bösen Geister der Sozialdemokratie jedenfalls nicht ausgetrieben. . . . . Vor zehn Jahren vielleicht hätte ein derartiges Zugpflaster aus der Hausapotheke des fortgeschrittenen (?) Liberalismus seine Dienste noch gethan. Jetzt aber, da der vierte Stand die Vertretung seiner Interessen selbst in die Hand genommen hat und die Massen einmal in Bewegung gesetzt sind, müssen ganz andere Mittel als die des Geraer Antisozialistencongresses angewendet werden, um den unheildrohenden Sturm zu beschwören.“

Uebrigens hat auch die „liberale“ Schweizerpresse die Spielereien des Herrn Dr. Max Hirsch nicht ernst genommen.

— Vor Plewna Alles beim Alten. General Skobeleff, der unglückliche Held des 11. und 12. September, versuchte eine kleine Ueberrumpelung, wurde aber von den Türken, die nach den russischen Berichten von rechtswegen längst hätten verhungert sein müssen, mit blutigem Kopf heimgeschickt. Auch auf dem asiatischen Kriegsschauplatz haben sich die Russen, durch ihre jüngsten Erfolge üppig gemacht, zu übereilten Streichen verleiten lassen und sich verschiedene Schlappen geholt (vor Erzerum, Kars und Batum).

— Ein interessantes Urtheil. Die Bedeutung der in Sachen Motteler gegen Freitag getroffenen richterlichen Entscheidungen, welche wir in letzter Nummer veröffentlichten, ist so in die Augen springend, daß wir einen Commentar für überflüssig erachten. Die dem Erkenntniß zu Grunde liegende Anschauung wird uns bei den künftigen Wahlkämpfen zu Gute kommen. Es versteht sich von selbst, daß die nämliche Freiheit, deren die Gegner eines Candidaten genießen, auch dem Candidaten und dessen Anhänger nicht vorenthalten werden kann. Wenn das wichtige Erkenntniß nun auch zunächst blos für Sachsen Gültigkeit hat, so schafft es doch auch für die übrigen deutschen Staaten ein gewichtiges Präzedenz, das unsere Parteigenossen sich nicht werden entgehen lassen.

Noch eine Bemerkung. Was die, in der Nichtigkeitsbeschwerde erwähnten Vorgänge in Glauchau angeht, so will es uns bedünken, daß unsere Glauchauer Genossen, die dort angeklagt und bisher stets hart bestraft wurden, im Rechte gewesen wären, wenn sie gestützt auf § 70 der Strafprozeßordnung das Glauchauer Gericht als urtheilendes Gericht abgelehnt hätten. § 70 gestattet dem Angeklagten einen Richter abzulehnen, wenn er Gründe anzugeben, und, wenn nöthig, zu bescheinigen vermag, daß er dem Richter kein ungeschwächtes Vertrauen schenken kann.

Die Begründung einer solchen Ablehnung dürfte sich in der notorischen Thatsache finden, daß zahlreiche Angehörige des dortigen Gerichts sich bei den letzten Reichstagswahlen sehr aktiv an der Agitation betheiligten und darnach wohl dem Verdacht sich aussetzen, in Anklagen, die gegen Mitglieder der gegnerischen Partei infolge der Wahlagitation derselben erhoben wurden, nicht ganz unparteiisch zu sein. In der Nummer des „Schönburgischen Anzeigers“ vom 22. Febr. d. J. figurirt u. A. ein Aufruf für Prof. Birnbaum, der unterzeichnet ist von folgenden am dortigen Bezirksgericht thätigen Personen:

Bezirks-Gerichts-Direktor Vollert, Staatsanwalt Döhler, Bezirks-Gerichts-Botenmeister Eichfeld, Bezirks-Gerichts-Controlleur Reuter, Bez.-Ger.-Rendant Roßner, Bez.-Ger.-Expedient Leipziger, Bez.-Ger.-Expedient Wettley.

Darnach läßt sich auf die nicht objektive Stellung des dortigen Gerichtspersonals leicht ein Schluß ziehen.

Zur Affaire Konitzer.

Wie beispiellos gemein die Spionage des „Deutschen Vereins“ war, zeigen die Aufzeichnungen Konitzer's, aus welchen die „Germania“ folgende interessante Probe bringt:

„Flamersheim. Landrath Wolff, bei Regierung nicht gut angeschrieben, wenig liberal, verkehrt viel mit Geistlichen. Nachtheiliges sonst nichts zu berichten.

Bürgermeister Thegarten, protestantisch und liberal, könnte etwas strammer auftreten, besonders gegenüber den Ortsvorstehern.

Ortsvorsteher Marx in Flamersheim, Bäcker, ist seiner Stellung nicht gewachsen und verwaltet Amt höchst nachlässig. (Spritze und Anlage für den Friedhof.) Selbst Beschlüsse des Gemeinderathes bleiben unausgeführt liegen. Ultramontan gewählt.

Evangelischer Lehrer sehr gut, liberal; katholischer Lehrer gar nicht tüchtig, abgenutzt, aber liberal.

Evangelischer Pastor Pönsgen, Mitglied [des „Deutschen Vereins], sehr tüchtig und liberal, in jeder Beziehung ausgezeichnet.

Der katholische Vikar Cremans aus Köln spricht nie über Culturkampf, es läßt sich mit ihm leben.

Bevölkerung noch vollständig zurück und finster. Bei politischen und kommunalen Wahlen maßgebend nur die Religion: „Wir wollen keine Geusen haben!“ Furchtbarer Fanatismus, genährt durch die Geistlichkeit: „Die Religion soll vernichtet werden.“

Abgeordnetenwahl: Rath liberal, Candidat für zweite Klasse. Ein Mitglied des Deutschen Vereins wählte ultramontan, drei Andere entfernten sich vom Wahllokal, ohne ihre Stimme abgegeben zu haben. Wohl noch nicht dagewesen.

Armenunterstützung nur von den bemittelten Evangelischen, trotzdem keine „Geusen“! Es geschieht zu viel für die Armen.

12 Landgemeinden (Bürgermeisterei Kuchenheim), 5 Vorsteher liberal.

Pastor in Houverath. Jagdfrevel etwa vor drei Monaten, zwei Leute aus Houverath, Freunde des Pastors einer sogar im Kirchenvorstand; auf Abel's Jagdterrain. Gesellschaftsjagd. Förster zeigt an u. s. w.

Kirchheim, wegen ungenügenden Gehaltes ein Aspirant an der Schule für etwa 230 Kinder, die Lehrerin auch nicht viel werth. Urtheil über Lehrer: Faullenzer, weil vor 7 Uhr mit der Pfeife spazierend. Ausgesprochen von einem Gemeinderathmitgliede.

Schweinheim. Reichstagswahl 14 für Bleibtreu, nachträglich versuchte Kontrole per Liste vom Gutsbesitzer Fischenich, erzultramontan, um erklären zu lassen, für wen die Einzelnen gestimmt hatten.

Rheinbach. Landrath Wolff, Mitglied des Deutschen Vereins, tritt jetzt liberal auf, sein Verkehr mit Geistlichen hat

---

Bundesgesetz

betreffend

die Arbeit in den Fabriken.

(Vom 23. März 1877.)

(Schluß.)

Art. 13. Nachtarbeit, d. h. die Arbeit zwischen 8 Uhr Abends und 6 Uhr, beziehungsweise 5 Uhr Morgens (Art. 11) ist bloß ausnahmsweise zulässig und es können die Arbeiter nur mit ihrer Zustimmung dazu verwendet werden.

In jedem Falle, wo es sich nicht um dringende, nur einmalige Nachtarbeit erheischende Reparaturen handelt, ist die amtliche Bewilligung einzuholen, welche, wenn die Nachtarbeit länger als zwei Wochen dauern soll, nur von der Kantonsregierung ertheilt werden kann.

Bei Fabrikationszweigen, die ihrer Natur nach einen ununterbrochenen Betrieb erfordern, kann regalmäßige Nachtarbeit stattfinden.

Unternehmungen, welche diese Bestimmung für sich ansprechen, haben sich bei dem Bundesrath über die Nothwendigkeit ununterbrochenen Betriebes auszuweisen und mit ihrer Eingabe gleichzeitig ein Reglement vorzulegen, aus welchem die Arbeitsordnung und die auf die Arbeiter entfallende Arbeitszeit, welche unter keinen Umständen für den Einzelnen 11 Stunden während 24 Stunden überschreiten darf, ersichtlich ist.

Die Bewilligung kann bei veränderten Verhältnissen der Fabrikation zurückgezogen oder abgeändert werden.

Art. 14. Die Arbeit an den Sonntagen ist, Nothfälle vorbehalten, untersagt, ausgenommen in solchen Etablissementen, welche ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern und hiefür die in Art. 13 vorgesehene Bewilligung des Bundesrathes erlangt haben. Auch in den Anstalten dieser Art muß aber für jeden Arbeiter der zweite Sonntag frei bleiben.

Der Kantonalgesetzgebung steht frei, weitere Festtage zu bestimmen, an denen die Fabrikarbeit, wie an den Sonntagen untersagt sein soll. Diese Festtage dürfen jedoch die Zahl acht im Jahr nicht übersteigen.

Immerhin können solche Feiertage durch die kantonale Gesetzgebung nur für die betreffenden Confessionsgenossen als verbindlich erklärt werden.

Wer an weiteren kirchlichen Feiertagen nicht arbeiten will, soll wegen Verweigerung der Arbeit nicht gebüßt werden dürfen.

II. Beschäftigung von Frauen in Fabriken.

Art. 15. Frauenspersonen sollen unter keinen Umständen zur Sonntags- oder zur Nachtarbeit verwendet werden.

Wenn dieselben ein Hauswesen zu besorgen haben, so sind sie eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens 1½ Stunden beträgt. Vor und nach ihrer Niederkunft dürfen Wöchnerinnen im Ganzen während acht Wochen nicht in der Fabrik beschäftigt werden. Ihr Wiedereintritt in dieselbe ist an den Ausweis geknüpft, daß seit ihrer Niederkunft wenigstens sechs Wochen verflossen sind.

Der Bundesrath wird diejenigen Fabrikationszweige bezeichnen, in welchen schwangere Frauen überhaupt nicht arbeiten dürfen.

Zur Reinigung im Gange befindlicher Motoren, Transmissionen und gefahrdrohender Maschinen dürfen Frauenspersonen nicht verwendet werden.

III. Beschäftigung von minderjährigen Arbeitern in Fabriken.

Art. 16. Kinder, welche das vierzehnte Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben, dürfen nicht zur Arbeit in Fabriken verwendet werden.

Für Kinder zwischen dem angetretenen funfzehnten bis und mit dem vollendeten sechszehnten Jahre sollen der Schul- und Religionsunterricht und die Arbeit in der Fabrik zusammen elf Stunden per Tag nicht übersteigen. Der Schul- und Religionsunterricht darf durch die Fabrikarbeit nicht beeinträchtigt werden.

Sonntags- und Nachtarbeit von jungen Leuten unter achtzehn Jahren ist untersagt. Bei Gewerben, für welche die Nothwendigkeit des ununterbrochenen Betriebs gemäß Art. 13 bundesräthlich erstellt ist, kann der Bundesrath, sofern die Unerläßlichkeit der Mitwirkung junger Leute gleichzeitig dargethan ist, zumal wenn es im Interesse tüchtiger Berufserlernung derselben selbst förderlich erscheint, ausnahmsweise gestatten, daß auch Knaben von vierzehn bis achtzehn Jahren hierbei verwendet werden. Der Bundesrath wird jedoch in solchen Fällen für die jungen Leute die Nachtarbeit unter die Maximalzeit von elf Stunden festsetzen, Abwechslung, schichtenweise Verwendung und dergleichen anordnen, überhaupt nach Erdaurung der Sachlage jede für diese ausnahmsweise Bewilligung im Interesse der jungen Leute und ihrer Gesundheit nöthige Vorschrift und Garantie der Bewilligung beifügen.

Der Bundesrath ist ermächtigt, diejenigen Fabrikzweige zu bezeichnen, in welchen Kinder überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen.

Ein Fabrikbesitzer kann sich nicht mit Unkenntniß des Alters oder der Schulpflichtigkeit seiner minderjährigen Arbeiter entschuldigen.

IV. Vollziehungs- und Strafbestimmungen.

Art. 17. Die Durchführung dieses Gesetzes, welches sowohl auf bereits bestehende als auf neu entstehende Fabriken Anwendung finden soll, und die Vollziehung der in Gemäßheit des Gesetzes vom Bundesrath ausgehenden Verordnungen und Weisungen liegt den Regierungen der Kantone ob, welche hiefür geeignete Organe bezeichnen werden.

Die Kantonsregierungen haben dem Bundesrathe Verzeichniß der auf ihrem Gebiete bestehenden, sowie später der neu entstehenden und der eingehenden Fabriken einzusenden und über deren Verhältnisse, soweit sie von dem gegenwärtigen Gesetze berührt werden, nach den vom Bundesrath hiefür aufgestellten Vorschriften die nöthigen statistischen Angaben zu machen.

Die Regierungen erstatten dem Bundesrathe am Schlusse jedes Jahres über ihre Thätigkeit behufs Vollziehung des Gesetzes, über die dabei zu Tage getretenen Erscheinungen, über die Wirkung des Gesetzes u. s. w. einen ausführlichen Bericht, über dessen Anordnung vom Bundesrath das Nähere festgestellt wird.

Ebenso geben sie ihm, beziehungsweise dem hiefür bezeichneten Departement oder andern gesetzlich aufgestellten Organen in der Zwischenzeit jede wünschenswerthe sachbezügliche Auskunft.

Art. 18. Der Bundesrath übt die Controle über die Durchführung dieses Gesetzes aus. Er bezeichnet zu diesem Zwecke ständige Inspektoren und setzt die Pflichten und Befugnisse derselben fest. Der Bundesrath kann überdies, soweit er es für nothwendig erachtet, Spezialinspektionen über einzelne Industriezweige oder Fabriken anordnen. Er verlangt zu diesem Zwecke von der Bundesversammlung die nöthigen Credite.

Art. 19. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes oder gegen die schriftlich zu ertheilenden Anweisungen der zuständigen Aufsichtsbehörden sind, abgesehen von den civil-

nachgelassen. Im September vorigen Jahres hat er bei Gelegenheit seines 25jährigen Jubiläums die Deputation der Gemeinde (Fackelzug) Flarzheim sehr scharf angelassen: „Wenn sie ihm ihre Anhänglichkeit bezeugen wollten, so hätten sie ihn in den Kirchenvorstand wählen sollen, aber sie ließen sich von ihren Geistlichen blindlings leiten.“ Wohlwollender Freund und eifriger Beschützer der Lehrer. Gleichstellung der Lehrer in Gehaltssätzen mit den Lehrern in den Landkreisen Bonn und Köln durch ihn veranlaßt und befürwortet, thut überhaupt für Schule viel. Nimmt Lehrer gegen die Pastoren in Schutz. Kreissekretär Esser erst drei Wochen da, noch kein Urtheil. Früher in Köln bei der Regierung.

Bürgermeister in Rheinbach, nicht Mitglied, „steht über den Parteien“! Mehrere Male an den Wahlen nicht betheiligt. Bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhause Wahlmann und als solcher liberal gewählt. Für Schule thut er viel. Mit Geistlichen hat er nie Verkehr gehabt, wohl aber häufig mit ihnen im Kampfe gelegen. Handelt nach dem Buchstaben, nicht im Geiste der Gesetzgebung.

Friedensrichter Vogt, tüchtiger Beamter, früher auch nicht an Wahlen betheiligt, bei den letzten liberal gewählt. Seiner Gesinnung nach liberal. Kein Verkehr mit den Geistlichen. Besucht nicht die Kirche, entschiedener Gegner der Unfehlbarkeit; Beides gilt auch von dem Bürgermeister.

Gerichtsschreiber Langerath, eingefleischter Ultramontaner, früher Bezirksfeldwebel in Bonn.

Sparkassenrendant Röttgen vollständig ultramontan.

Notar Pfahl liberal aufgetreten, von den Liberalen als Stadtrath gewählt.

Rektor der höheren Schule, Dr. Ungermann, durchaus liberal, die Lehrer größtentheils auch; gehören alle bis auf zwei, dem Deutschen Verein an; der eine, Religionslehrer Brüll, hält sich still, der andere ist sonst liberal, aber ruhig.

Lokalschulinspektor Wilms (Pastor), alter Herr, 50jähriges Jubiläum vor 4½ Jahren gefeiert, verhält sich ruhig. Der geistliche Agitator für Rheinbach und Umgegend ist Vikar Vernikel, Vorsitzender des Bürgervereins, früher Filiale des Mainzer Katholikenvereins. Mitgliederzahl hat entschieden abgenommen. In den letzten Jahren ist Vernickel sehr zahm geworden. Im Allgemeinen verhält sich die Geistlichkeit ruhig, wie auf Verabredung. Ueberschreitungen kommen nicht mehr vor.

Stadtrath: Mehrzahl ultramontan, 12 Mitglieder, ⅓ liberal, letzte Wahl liberal, vier Candidaten durchgebracht.

Selbstverwaltung: Sybel'scher Standpunkt.

In zehn Landgemeinden Vorsteher zum Theil ultramontan. Alle Lehrer der hiesigen Bürgermeisterei gehören dem Deutschen Vereine an, mit Ausnahme von drei, wovon ein Aspirant, ein junger Lehrer, der vor Kurzem eingetreten ist, der dritte ein alter Mann, der nicht eingeladen worden ist. Lehrerinnen!

Rheinbach. Wunderknabe — Pfarrer Wilms nnd Consorten 18. April freigesprochen beim Friedensgericht in Rheinbach, und nach Verwerfung dieses Urtheils durch Kassationshof in Berlin abermals Freisprechung durch das Friedensgericht in Züllpich; wiederum Kassationsrekurs.

Am 22. April führte der Handwerkerverein „Joseph und seine Brüder“, biblisch-historisches Schauspiel in fünf Akten mit Musik und Gesang von Behrle, auf.“

Soweit die Konitzer'schen Aufzeichnungen.

Der Abgeordnete Ratzinger ist wegen einer kleinen Liebesaffaire aus der bayerischen Kammer hinausgedrängt worden — man sagt, er habe sich als katholischer Geistlicher mit einer Kellnerin abgegeben.

Die sittliche Entrüstung unter den Herren liberalen Abgeordneten duldete solche „Schandthat“ nicht.

Der Ehrenvorsitzende des „Deutschen Vereins“, Herr Professor Sybel hingegen, der den Konitzer bezahlt hat, ist noch immer Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

Correspondenzen.

Wien, 2. November. Die Gewerkschaft der Schuhmacher am hiesigen Orte ist durch Erlaß der Statthalterei vom 22. Oktober aufgelöst worden. Die Zwangsgenossenschaft hat das ihrige zu dieser Auflösung redlich beigetragen, aber die Zukunft wird lehren, ob sie recht gethan hat.

Hamburg, den 7. November. Im liberalen Reichstagswahlverein hielt der früher in Mainz wohnhafte Handelskammersekretär Herr Julius Schulze, jetziger Sekretär der hiesigen Gewerbekammer, bekannt durch seine Denunciationen gegen die Sozialdemokratie in der selig entschlafenen „Concordia“ und anderen liberalen Blättern seinen ersten Vortrag in der Aula des Schul- und Museums-Gebäudes vom Stapel, unter dem Titel: „Abriß der Sozialpolitik und der volkswirthschaftlichen Hauptfragen“. Der Redner erkannte in seinem Vortrage alle die von sozialistischer Seite in Bezug auf die wirthschaftliche Entwickelung gemachten Voraussetzungen, sowie die Kritik der heutigen Zustände an. Er gab zu, daß in der sogenannten „Cultur“ nur ein Scheinfortschritt stattgefunden, daß die persönlichen Beziehungen des Menschen zum Menschen gelockert, daß selbst der Leibeigene des Mittelalters zu seinem Herrn in einem innigeren Verhältnisse gestanden habe, als heute der Arbeiter zu seinem Arbeitgeber, da nichts bestehe, als die nackte Concurrenz der Herzlosigkeit des Weltmarktes. Er räumte der Entwickelung des Kapitals eine alles umgestaltende Macht ein, betonte aber auch, daß die Massen zum Bewußtsein ihrer Macht gekommen. Ein Ausfluß des herrschenden Egoismus sei der Mißbrauch der Frauen- und Kinderarbeit, die entsetzliche Zusammendrängung der Massen in den engsten Quartieren, die rücksichtsloseste Verfälschung von Nahrungsmitteln, die skandalerregende Zunahme der Sittenverbrechen u. s. w. Zu verwundern sei es wahrlich nicht, wenn der Egoismus derart in den besser situirten Klassen herrsche, daß auch der Arbeiter unter seinem Einflusse stehe. Am schlimmsten aber sei das Elend, das durch Muth- und Hoffnungslosigkeit befruchtet werde und als einzigen Tröster den Branntwein kenne. Auch die sich fortwährend entwickelnde Concentration des Kapitals gab Redner vollständig zu. Nach dem „Correspondent“ äußerte er sich wie folgt: Die fortschreitende Kapitalbildung habe eine Kapital-Centralisation im Gefolge gehabt. In England seien ¾ der steuerzahlenden Bevölkerung mit einem Jahreseinkommen bis zu 1000 Mark eingeschätzt und nur 1¼ Million mit 2000 M. und darüber; 240,000 Menschen in England versteuerten ein Einkommen von 6000 M. und darüber. In Belgien erhalte ¼ der ganzen Bevölkerung Almosen. In Preußen vereinnahmen 27 pCt. der Einwohner unter 420 M., 500 Thlr. und darüber vereinnahmen wenig mehr als 5 pCt. der Bevölkerung, nämlich nur 365,000 Personen. In Hamburg haben im Jahre 1862 25 pCt. des Gesammteinkommens aus Einkommen über 12,000 M. bestanden, im Jahre 1877 aber 47½ pCt., die Zahl der Personen, welche sich eines derartigen Einkommens erfreuten, sei aber von 3.86 pCt. im Jahre 1862 auf 3,39 pCt. im Jahr 1877 gefallen, habe sich also erheblich verschlechtert. Zu dieser Verschlechterung trage nicht nur unser Militär- und unser Steuerwesen, sondern, abgesehen von manchen anderen Umständen, auch der geringe Zins bei, der für Ersparungen vergütet werde; die Sparkassen glaubten allerdings viel zu thun, wenn sie den Unbemittelten für ihre Sparpfennige 4 pCt. vergüteten, kein Kapitalist oder Geschäftsmann werde jedoch geneigt sein, sein Geld zu einem derartigen Erträgnisse arbeiten zu lassen. Nicht blos das Elend der Arbeiterklassen sei es, welches uns entgegen trete, der Mittelstand und somit der Handwerkerstand verschwinde thatsächlich und meistentheils aus äußeren an ihn herantretenden Gründen. Wenn in der Neuzeit sogar in England die Frage discutirt worden sei, chinesische Kulis zur Arbeit einzuführen, so daß aus jenen Kulis auf's Neue ein reines Arbeitervolk geschaffen worden wäre, dann allerdings dürften die Klagen über das soziale Elend gewiß Niemand in Erstaunen setzen. — Man sieht, alle Voraussetzungen, welche der Sozialismus in Bezug auf die Entwickelung der heutigen Gesellschaft aufgestellt, gab der Redner zu, aber wie es gewöhnlich diese Herren vom Schlage Julius Schulze machen, sie erkennen nicht die Schlußfolgerungen an, welche die Sozialisten aus diesen Zuständen als naturgemäß sich herausentwickelnd ziehen. Während die heutige Wirthschaftspolitik es ist, welche eben die geschilderten Uebelstände geschaffen, steigt Jul. Schulze auf den Moralitätsgaul und sagt, daß eine Abhilfe, eine wirkliche Abhilfe nicht möglich sei ohne eine Rückkehr der Menschen zur Religion, d. h. eine Unterwerfung unter ein Höheres, das zwar nicht bewiesen werden könne, an das ein Volk aber glauben müsse, wenn es die soziale Frage lösen wolle. Der Herr Doctor giebt also schließlich den Arbeitern eine Anweisung auf den Himmel, nachdem er zuvor zugegeben, daß die heutige Wirthschaftspolitik die Lage derselben verschlechtert hat. Das ist selbst der Tante „Reform“ zu arg, welche im Uebrigen die von Dr. J. Schulze anerkannten Uebelstände mit fortschrittlicher Ignoranz bestreitet. Sie sagt: „Herr Jul. Schulze gesteht selber zu, daß er die Religion, für die er spricht, nicht begreift. Es ist die „Religion“ daher seine Gefühlssache, und daher scheint es uns weit angemessener zu sein, daß er sie für sich behalte, denn das, was man nicht erklären kann, gehört nicht auf die Rednerbühne einer politischen Versammlung; es würde sonst schließlich irgend ein anderes Gemüth auch die „Jungfrauen“ von Marpingen und Lourdes mitsammt der blutenden Lanze hervorbringen.“ — So wird Jul. Schulze von seinen Freunden behandelt. Der „Reform“ wollen wir übrigens in etwas aus ihrem Dilemma helfen: Herr Jul. Schulze hat sich vor ungefähr einem Jahre in einer Stadt Sachsens als „Katholik“ legitimirt, heute ist er „religiös“. Dem haben wir nur noch hinzuzufügen, daß der ehrenwerthe Herr früher ein „Demokrat“ war und sogar demokratische Blätter redigirte. Er thut in Bezug auf die Inconsequenz nichts anderes als die „Reform“, welche heute die Wahl von Sozialisten in die Bürgerschaft ganz vernünftig findet und anderen Tags, wie dies z. B. in der Mittwochs-Nummer der „Reform“ geschieht, wird von den Sozialisten erzählt, daß sie große Hoffnung hätten, den Rader von Staat mit Dynamit in die Luft zu sprengen.

St. Johann, 6. November. Am 2. d. M. wurde Genosse Matthies, der sich noch immer in Haft befindet, „wegen Contravention gegen die Gewerbe- und Hausirordnung sowie wegen Zuwiderhandlung gegen die §§ 43 und 366 l. der Gewerbeordnung“, zusammen 6 Klagen, zu 186 Mark Geldbuße resp. zu 62 Tagen Haft verurtheilt. Die Herren Staatsretter hätten also vorläufig ihren Zweck, den Vertrieb sozialistischer Schriften zu verhindern, erreicht. Das haben sie aber auch sehr billig, ist doch die Gewalt auf ihrer Seite, von der sie ja auch den ausgiebigsten Gebrauch zu machen verstehen. Aber trotz aller Gewaltmaßregeln ist der Sozialismus aus St. Johann-Saarbrücken nicht mehr zu bannen; er hat hier seinen Einzug gehalten und er wird fortleben trotzdem und alledem. — Was den famosen Polizeikommissär Wirtz betrifft, über dessen moralisches Vorleben nicht die günstigsten Gerüchte in Umlauf sind, so hat derselbe an einem hiesigen Correspondenten der „St. Johanner Zeitung“ einen warmen Fürsprecher gefunden. Der Herr Correspondent spricht in einer Zuschrift an oben genanntes Blatt von „ehrlichen Männern“ und meint im Hinblick auf die Correspondenz von Pauly in Nr. 124 des „Vorwärts“, daß dieselben mit anständigen Waffen kämpfen und die Verbreitung von Unwahrheiten und Verleumdungen verschmähen sollten. Darin hat der Mann ganz recht; aber wenn man in einem Glashause steckt, sollte man auch zusehen, daß man nicht mit Steinen geworfen wird, womit nur gesagt sein soll, daß die Waffen, mit welchen die Sozialdemokratie in St. Johann-Saarbrücken bekämpft wird, in den meisten Fällen nicht zu den anständigen zu zählen sind, und speziell der Polizeikommissär Wirtz soll erst noch den Beweis liefern, daß er gegen die Sozialdemokratie nicht unanständig gewesen ist. Am Schluß der Zuschrift heißt es dann:

„Daß Herr Kommissär Wirtz ebenso wie jeder andere anständige Mann „zu den Unmöglichkeiten“ im sozialdemokratischen Zukunftsstaate des Pauly gehört, bezweifeln wir keinen Augenblick; ebenso wenig vermögen wir aber auch den Gedanken zu unterdrücken, daß Herr Wirtz dem Pauly in der That „eins versetzen wird“, und zwar recht gründlich versetzen wird; denn auf Grund zuverlässiger Informationen können wir den Bericht des „wahrheitsliebenden und wahrheitsagenden“ Pauly als ein Gewebe von Unwahrheiten bezeichnen. Herr Polizeikommissär Wirtz ist niemals in Wetzlar gewesen, er hat niemals im rheinischen Jägerbataillon in Wetzlar gedient und konnte demnach auch niemals eine Charge als Oberjäger eingenommen haben und Vorgesetzter des früheren Jägers, jetzigen Sozialdemokraten P. J. Pauly gewesen sein. So viel zur Steuer der Wahrheit; wer endlich Herrn Wirtz kennt, wie wir ihn kennen, der wird sich mit Verachtung von Verleumdungen wenden, wie sie in der Correspondenz des „Vorwärts“ enthalten sind, er wird aber auch zugleich deren Urheber von Herzen den Lohn gönnen, der ihm für seinen „ehrlichen“ Angriff hoffentlich zu Theil werden wird.“

Gut, Polizeikommissär Wirtz ist ein Ehrenmann, das will er vor Gericht beweisen. Abwarten! Ohne nun der gerichtlichen Reinwaschung vorgreifen zu wollen, drängt es mich aber doch, den Herrn Polizeikommissär Wirtz zu fragen, ob er einen gewissen Cigarrenhändler Hisserich, der sich jetzt in Brüssel aufhält, kennt; und wenn das der Fall ist — ob er auch weiß, unter welchen Umständen dessen Frau, nachdem das Geschäft geschlossen war, unter dem Namen Anna Freisberg in einem Hause in Brüssel Aufnahme gefunden hat, das näher zu benennen, der Anstand verbietet. Um Antwort wird gebeten.

Celle, 4. November. Wir halten es für unsere Pflicht, auch einmal über die Bewegung am hiesigen Ort Bericht zu erstatten, dabei müssen wir selbstredend auch der Mittel gedenken, mit welchen wir bekämpft werden. Vor den Wahlen glaubten unsere Gegner, daß sie uns gänzlich todt gemacht hätten, jedoch dieser Glaube wurde ihnen durch die Wahl gründlich benommen, denn wir haben auf unseren Candidaten (O. Reimer) das Doppelte

---

rechtliche Folgen, mit Bußen von 5 bis 500 Franken durch die Gerichte zu belegen.

Im Wiederholungsfall darf das Gericht außer angemessener Geldbuße auch Gefängniß bis auf 3 Monate verhängen.

V. Schlußbestimmungen.

Art. 20. Die Bestimmungen kantonaler Gesetze und Verordnungen, welche dem gegenwärtigen Gesetze widersprechen, sind aufgehoben.

Art. 21. Der Bundesrath wird beauftragt, auf Grundlage der Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 17. Brachmonat 1874, betreffend die Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse (A. S., neue Folge I., S. 116), die Bekanntmachung dieses Gesetzes zu veranstalten und den Beginn der Wirksamkeit der einzelnen Bestimmungen desselben festzusetzen.

— Zum Nothstand. In verschiedenen Kreisen, in denen man selbst keine Noth verspürt, hält man die Nothstandsberichte vielfach für sozialdemokratisches „Machwerk“, um durch allerlei Lügen und Uebertreibungen die Gemüther in den „unteren Schichten der Bevölkerung“ aufzureizen. Uns liegt nun eine Schrift vor, welche den Nothstand in der Stahl- und Eisenindustrie den Lesern vorführt. Der Titel lautet: „Geschäfts-Ergebnisse von 103 Aktien-Gesellschaften der Eisen- und Stahl-Industrie nach den Bilanzen in den Jahren 1874 bis 1876, zusammengestellt von dem Verein der deutschen Eisen- und Stahlindustriellen.“ Hierbei ist zu bemerken, daß unter 170 Aktien-Gesellschaften nur von 103 Gesellschaften Nachrichten zu erlangen gewesen, so daß auch diese im Jahre 1877 ausgegebene Berichterstattung über die betreffende gegenwärtige — seitdem unzweifelhaft wesentlich verschlechterte — Geschäftslage noch keinen vollständigen Aufschluß gewährt. Nach dieser Zusammenstellung steht fest, daß diese 103 Gesellschaften zusammen im Jahre 1876 resp. 1875/76 nicht nur nichts verdient, sondern noch 98,779,844 Mrk. gleich 6,32 Proz. zugesetzt haben. Nach den für 94 Werke vorhandenen Notizen haben auf diesen 34750 Arbeiter, gleich 36,2 Proz. entlassen werden müssen und wird an Löhnen jetzt 3,595,901 Mrk. pro Monat (48,1 Proz.) und 45,150,817 Mrk. pro Jahr weniger gezahlt. Das durchschnittliche Arbeitslohn betrug im Jahre 1873 pro Monat 77,5 Mrk., im April 1877 63,4 Mrk. Der Coursverlust von 248 Millionen Mark Aktien beträgt heute 183,698,619 Mrk., gleich 74 Proz. — Dabei darf wohl kaum bezweifelt werden, daß es bei denjenigen Gesellschaften, von welchen keine Auskunft zu erlangen gewesen ist, noch wesentlich schlechter steht. Ebenso sind alle bezüglichen Privat-Anstalten ganz außer Ansatz geblieben. Um dabei auch noch einige speziellere Data anzuführen, geben wir noch die Abschlüsse einiger der hervorragenden Gesellschaften: 1) Wöhlert, Berlin, gegr. im Jahre 1872 mit 9 750,000 Mrk. Arbeitskräfte April 1874 1626, April 1877 307, weniger 1319 und Löhne weniger pro Monat 163,388 Mrk. — 2) Phönix in Westphalen, gegr. mit 16,200,000 Mrk., beschäftigte April 1873 4945 Arbeiter, April 1877 dagegen nur 3291 und zahlt monatlich an Lohn heute weniger 165,950 Mrk. — 3) Die Bochumer Gesellschaft. Gründungskapital 15 Millionen Mark. Beschäftigte Arbeiter April 1873 6224, April 1877 3559 und zahlt jetzt Löhne weniger 447,692 Mrk. — 4) Dortmunder Union, Gründungskapital 41,400,000 Mrk., beschäftigte April 1873 10,496 Arbeiter, April 1877 dagegen nur 5387. Löhne früher monatlich 889,398 M., jetzt weniger 532,372 M. — Vorstehend ist die Lohnreduktion mit Zahlen nachgewiesen, die einen düstern Einblick in die Arbeiterverhältnisse in Deutschland gewähren.

— Wir bringen nachstehende „adlige“ Stilprobe, die als fliegendes Blatt verbreitet wurde, ohne jede weitere Bemerkung zum Abdruck:

„An den Redakteur der ‚Dresdener Presse‘.

Ihre Mittheilung unter dem Titel: ‚Der Jude Totleben‘ ist eine so dumm-dreiste Erfindung, wie sie jemals aus der schmutzigen Feder eines literarischen Parkjuden geflossen ist. So wahrhaft jüdisch abgeschmackt dieselbe für Jeden klingen muß, welcher weiß, daß zu der Zeit, da Herr v. Totleben sich die Offiziers-Epauletten verdiente, ein Beschnittener nicht einmal zum Range eines Corporals in der russischen Armee zugelassen wurde, sehe ich mich als Neffe des berühmten Generals doch veranlaßt, Sie zu folgender Berichtigung aufzufordern: Es ist zwar wahr, daß die in Rußland und Polen lebenden Juden, als die Abkömmlinge der wegen ihres Wuchers und schmutzigen Schachers im Mittelalter mehrfach aus dem Deutschen Reiche en masse hinausgejagten Juden, die deutsche Sprache und damit auch den jüdischen Sprachgebrauch beibehalten haben, als Ausdruck der Zärtlichkeit an Freundesnamen oder Verwandtschafts Benennungen das Wort ‚leben‘ anzuhängen, als ‚Vaterleben‘, ‚Zwigleben‘ u. dgl., und es mag sein, daß ein Jude Namens Tot von seinem Freunde Schmul oder seiner Kalle mit ‚Totleben‘ angeredet wurde; der große Ingenieur-General aber entstammt einer alt-evangelischen Adelsfamilie Esthlands, ist niemals beschnitten worden, hält, wie jeder frei von Ueberstürzung Urtheilende, die Juden-Emancipation für die größte Thorheit des Jahrhunderts und sieht mit Zuversicht dem Augenblicke entgegen, wo, und zwar diesmal im großartigen Style unserer Zeit, Europa sich des ‚auserwählten Volkes‘ entledigen und die ganze Judensippschaft in's ‚gelobte Land‘ zurückspediren wird.

M. von Stahl.“

— Eine für alle Militär-Invaliden hochwichtige Entscheidung hat der Civil-Senat des Berliner Kammergerichts in einem Prozeß gegen den Reichs-Militärfiskus dieser Tage gefällt. Es handelte sich im vorliegenden Falle um die Frage, ob bei dem Kläger eine Verstümmelung vorliegt oder nicht. Der Tischlergeselle Rex, welcher zur Zeit des französischen Krieges beim 1. Garde-Regiment stand, erhielt in der Schlacht bei St. Privat einen Schuß in das linke Bein. Durch die unternommene Kur ist auch das rechte Bein in Mitleidenschaft gezogen worden, so daß nach Beendigung derselben das linke Bein sich nicht nur als kürzer herausstellte, sondern auch, daß der Verwundete auf dem rechten Fuß nicht mehr auftreten konnte, wie bisher. Nach der damals vorgenommenen militärärztlichen Untersuchung wurde Rex für ganz invalide erachtet und erhielt als solcher die Invalidenpension von 21 Mark, eine Verwundungszulage von 6 Mark und die Verstümmelungszulage von 18 Mark monatlich. Im Jahre 1873 wurde Rex militärärztlicherseits einer neuen Untersuchung unterzogen und ihm in Folge des Resultats derselben die Verstümmelungszulage entzogen. Der davon Betroffene setzte dem Gutachten des Militärarztes das von namhaften Civilärzten entgegen, unter denen sich einige Autoritäten der Medizin befanden, aber vergeblich. So schritt er zur Klage gegen den Reichs-Militärfiskus. Auf Grund des vom hiesigen Stadtgericht erforderten Gutachtens der Militär- und Civilärzte, welche sich diametral gegenüberstanden, sowie des Medizinal-Collegiums der Provinz Brandenburg wurde der Verklagte zur Zahlung der Zulage verurtheilt. Hiergegen hat der Militärfiskus die Berufung eingelegt. Zum Audienztermin vor dem Kammergericht war Kläger in Person erschienen, für den verklagten Fiskus, Rechtsanwalt Winterfeld. Kläger, der sich nur mühsam fortzubewegen vermag, machte in der That den Eindruck eines Krüppels. Der Anwalt des Verklagten überreichte dem Gerichtshof ein Gutachten des Militär-Medizinalcollegiums, das, wie er den Auftrag zu erklären habe, mit dem bei den Akten befindlichen Gutachten des Medizinal-Collegiums der Provinz Brandenburg im schreiendsten Widerspruch stünde. Er müsse daher beantragen, ein Obermedizinalarbitrium einzufordern. Der Kammergerichtshof vermochte in den beiden Gutachten den behaupteten schreienden Widerspruch nicht zu finden und bestätigte daher das erste Erkenntniß.

an Stimmen aufgebracht, als vor drei Jahren. Dieser Erfolg zog uns auch neue Verfolgungen zu, über welche hier so kurz wie thunlich berichtet werden soll. Am 9. Februar begab ich mich zu dem Hrn. Kreishauptmann v. Arnim (genannter Herr ist auch gleichzeitig Polizeidirektor) und meldete eine Volksversammlung auf Sonntag, den 11. Februar, Abends halb 6 Uhr, im Lokal des Hrn. Stoffregen in Westercelle an mit der Tagesordnung: 1. Die Reichstagswahlen und die Stellung der Parteien; 2. der wirthschaftliche Nothstand und die Gesetzgebung; 3. Verschiedenes. Referent war Herr Kokoski aus Braunschweig. Die Versammlung machte guten Eindruck und führte uns mehrere Anhänger zu. Gleichzeitig hatte ich auch eine Versammlung auf Montag, den 12. Februar, im Lokale des Hrn. Küneke auf hiesiger Neustadt, angemeldet. Doch am Mittag desselben Tages erhielt ich von der hiesigen Polizeidirection eine Verfügung, durch welche die Versammlung verboten wurde, weil sie eine Fortsetzung der Thätigkeit der für Preußen geschlossenen sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands bezwecke. Ich wandte mich beschwerdeführend an die Landrostei in Lüneburg — vergeblich; ich ging weiter an das Ministerium nach Berlin — aber auch mit demselben Mißerfolg. Und so wären wir denn hier in Celle richtig dahin gelangt, ohne Vereins- und Versammlungsrecht zu existiren. Die Gegner frohlocken natürlich, wie das so ihre Art ist, wenn die Sozialdemokratie von den Gewaltmaßregeln der heutigen Machthaber betroffen wird. Wenn sie nur nicht zu früh frohlockt haben.

Wichtendahl.

An Obiges anschließend muß ich noch über Folgendes berichten: Ich hatte am 18. Februar für Westercelle eine Volksversammlung angemeldet, desgleichen eine für Celle am 19. Febr., Abends halb 9 Uhr, zur Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins für den 14. hannoverschen Wahlkreis. Jedoch wie die Stunde der Versammlung herannahte, bekam ich wie Wichtendahl dieselbe Ukasbotschaft, daß die Versammlung nicht stattfinden dürfe, sogar die Versammlung zur Grundung eines Wahlvereins wurde untersagt. Nun noch Einiges über die Behandlung, welche mir von der Polizei widerfahren ist. Es hatte nämlich auf denselben Abend sowie in demselben Lokal ein Cigarrenarbeiter C. Kriebbe eine Volksversammlung angemeldet, wogegen ich die meinige 1½ Stunde später anberaumt hatte. Es ging aber Genosse Kriebbe ebenso wie uns, auch er bekam ein Verbot. Ich begab mich zur Zeit der angesetzten Stunde nach dem Versammlungslokal, woselbst sich schon die Polizeibeamten in den verschiedenen Räumen vertheilt hatten, hauptsächlich hatten sie aber den Saal besetzt; ich verfügte mich in eines der Gastzimmer und bot Broschüren aus. Da fragte einer der Gäste, ob die Versammlung noch nicht eröffnet wäre, worauf ihm mit nein geantwortet wurde. Hierauf wurde gefragt, weshalb es denn nicht geschehe, da erhob sich Kriebbe und theilte mit, daß er ein Verbot von der Polizeidirektion bekommen und er wollte den Ukas einmal vorlesen. Wie er jedoch anfing zu lesen, wurde ihm das Vorlesen von einem anwesenden Schutzmanne untersagt. Kriebbe meinte, daß er, wenn er nicht weiter lesen dürfe, doch wohl die Sozialdemokratie hochleben lassen könne und brachte hierauf ein Hoch auf dieselbe aus. Kaum aber daß das Hoch verklungen war, stürzte der Polizei-Commissar in das Zimmer mit den Worten: „Ich fordere Jeden auf, das Lokal zu verlassen. Während die Anwesenden den Saal verließen, stand ich draußen in der Hausflur. Als mich aber einer von den Schutzleuten bemerkte, sprang er er auf mich zu und schob mich mit Gewalt der Thür zu, wobei es nicht ohne Püffe und Stöße abging. Doch erreichten diese Liebenswürdigkeiten an der Thür ihren Höhepunkt, denn ich konnte nicht sogleich durch dieselbe, weil ich in der einen Hand eine Büchertasche und in der anderen einen Stoß Broschüren hielt, unter dem Arm hatte ich einen Regenschirm, welcher die rasche Beförderug durch die Thür hinderte, weil nur der eine Flügel der Thür offen war. Hier wurde ich nun erst noch gehörig vorgenommen und zwar versetzte man mir Faustschläge an den Kopf und in's Genick, auch Rippenstöße fehlten nicht. Draußen stand der Commissar und rief mit lauter Stimme: „Verhaften Sie! verhaften Sie!“ und auf diesen Befehl wurde ich sofort von drei Gesetzesdienern abgeführt. Trotz meiner Bitte, mich doch erst meine Mütze von der Erde aufheben zu lassen, welche mir bei den Schlägen entfallen war, ging es vorwärts, nicht einmal meine Broschüren wurde mir gestattet in die Tasche zu stecken, um sie vor Nässe zu schützen. Ich hatte als Begleiter die oben erwähnten Schutzleute, wovon der eine mich hinten am Kragen, von den andern jeder an einen Arm gefaßt hatte, der eine hatte mir sogar eine Schnur um das Handgelenk gelegt. Etwa auf der Hälfte des Weges wurden wir ebenfalls von einem Arrestanten eingeholt und zwar vom Genossen C. Kriebbe, der in dem Augenblick, wo er sich mit einigen Freunden von dem vorerwähnten Lokale entfernen wollte, auf öffentlicher Straße arretirt wurde. Später wurde noch ein Genosse eingebracht. Am andern Morgen wurde ich durch einen Schutzmann aus dem Gefängniß nach dem Polizei-Bureau geführt, wo mir der Polizei-Commissar Reising die Mittheilung machte, er habe mich verhaften lassen, was ich natürlich recht gut wußte; aber auf die Frage „warum“, gab mir der Herr die Antwort: „Nur um die Ruhe aufrecht zu erhalten, denn auf Ihre Person wird Gewicht gelegt“. Ich entgegnete ihm, daß ich durchaus keinen Anlaß zur Unruhe gegeben hätte, wiewohl solche aus seinem Vorgehen hätte entstehen können. Von den mir von den Schützleuten bewiesenen „Liebenswürdigkeiten“ wollte der Herr nichts wissen. Zu guter letzt machte er mir noch bekannt, daß keine Anklage gegen mich erhoben wäre. Hiermit war ich entlassen. Nach mir wurde Kriebbe vorgeführt, welchem er so ziemlich dieselbe Mittheilung machte, jedoch fragte er denselben noch, ob er Mitglied von der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands gewesen wäre? Ob er den „Wähler“ auch hielte u. s. w. Ich hatte anfänglich die Absicht, gegen die Polizei klagbar zu werden, da ich aber einen Anwalt, ohne den ich nicht durchgedrungen wäre, nicht bekommen konnte, habe ich den Weg der Oeffentlichkeit betreten, um das Benehmen der Polizei zu brandmarken.

H. Schleiß.

Greiz, 7. November. Während fast die ganze liberale Presse sich von jener Komödie in Gera, die man lugnerischer Weise „Arbeiter-Congreß“ nannte, losgesagt hat, bleibt die „Greizer Zeitung“ flott dabei, obwohl man den ganzen „Congreß“ liberalerseits als ein „Unternehmen der Fortschrittspartei“ hingestellt hat. Nach der Wahlniederlage am 10. Januar hat die „Greizer Ze[itung]“ fürchterlich über die Fortschrittspartei geschimpft. D[ie] man Consequenz. Aber das nicht allein. Kaum ein a[nde]res Blatt hat noch je den Mund so voll genommen, wie die „Greizer Zeitung“, wenn es über die Sozialdemokratie herging und wenn es hieß, daß die „Sozialistenführer“ von den Arbeitergroschen lebten. Wenn ein sozialdemokratischer Redner Fahrgeld und eine kleine Entschädigung nahm, so wurde ihm das sofort zum Verbrechen gemacht. Man höre nun und staune! Auf dem Gerese „Congreß“ — der Redakteur der „Greizer Zeitung“ saß im Büreau — wurde beschlossen, daß die Agitatoren der neuen Partei, wenn sie auf Agitation gingen, täglich 10 Mark und das Fahrgeld zweiter Klasse haben sollten. Also täglich 10 Mark und zweite Klasse! Der Redakteur der „Greizer Zeitung“ ist nun in das Comité gewählt worden, welches der Congreß gebildet hat; er ist auch „Agitator“ der neuen „antisozialistischen“ Partei“ und wenn er auf Agitation geht, erhält er also täglich zehn Mark Diäten und fährt zweiter Klasse auf Kosten der armen Arbeiter der Gewerkvereine, welche für diesen Unfug zahlen und leider nicht wissen, was sie thun. So gehen der Redakteur der „Greizer Zeitung“ und seine Cumpane mit den Arbeitergroschen um! Und dabei hat der Mensch die Stirn, ein Halloh in seiner Zeitung anzustimmen, wenn einmal ein Sozialist einige Groschen oder Mark Entschädigung bekommt. Wo ist der Sozialdemokrat, der auf Kosten der Arbeiter Agitationsreisen per zweite Klasse macht und dabei noch zehn Mark Diäten bezieht? Der ist nirgends zu finden. Ohnehin lebt Niemand so direkt von „Arbeitergroschen“, wie der Redakteur der „Greizer Zeitung“. Bekanntlich deckt die „Greizer Zeitung“ ihre Kosten nicht; was fehlt, wird zusammengesammelt und der Ertrag dieser Sammlungen, den die Fabrikanten doch von dem Ertrag der Arbeit ihrer Arbeiter nehmen, muß mit den Gehalt des Redakteurs der „Greizer Zeitung“ bilden. Also „Arbeitergroschen“ hinten und vorn! Und da will sich das Männlein noch über Andere beschweren! Ohnehin haben wir dieser Tage gehört, wie ein Liberaler sich gar nicht freundlich darüber ausdrückte, daß man Den (den Redakteur) auch noch auf dem Halse habe.

Leipzig, 7. November. In Nachstehendem erlaube ich mir den Parteigenossen einen gedrängten Bericht über eine von mir in voriger Woche ins Erzgebirge unternommenen Agitationsreise zu geben. Zunächst galt es, auf Wunsch der dortigen Genossen, den Wühlereien und Schimpfereien der Bräuer'schen Clique, die sich Allgemeiner deutscher Arbeiterverein nennt und in dortiger Gegend noch einige Anhänger zählt, entgegen zu treten. Ich reiste in Folge dessen Montag den 29. Oktober von Leipzig ab und traf am Nachmittage desselben Tages in Gelenau ein. Von dort wanderte ich in Begleitung einer Anzahl Genossen nach dem dreiviertel Stunden entfernten Städtchen Thum, wo für den Abend desselben Tages von Seiten der Bräuer'schen eine öffentliche Versammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins einberufen war. Zu unserer Verwunderung und zum großen Leidwesen der Einberufer zogen es jedoch die aufgestellten Referenten, der Präsident J. Röthing und der große Agitator Bergner aus Leipzig vor, durch Abwesenheit zu glänzen. Wahrscheinlich hatten ihnen die großen Erfolge in den vorher in Chemnitz und Grüna abgehaltenen, von 10—15 Personen besuchten Versammlungen die Lust zu weiterer Agitaton in dortiger Gegend benommen. Um nun die gut besuchte Versammlung nicht resultatlos auseinandergehen zu lassen, erklärte ich mich auf das Ersuchen des Vorsitzenden bereit, über die drei Punkte der aufgestellten Tagesordnung: Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein und seine Gegner, die orientalische Frage und die nationale Einheit Deutschlands, natürlich in der von mir beliebten Weise zu sprechen, und legte dann in einem anderthalbstündigen Vortrage die Taktik des sogenannten Allgemeinen deutschen Arbeitervereins klar, ging dann zu den hauptsächlichsten Forderungen des Sozialismus über und gab zum Schluß noch einen kurzen Abriß der Geschichte des orientalischen Krieges und unserer Stellung zu demselben, und empfahl dann noch als bestes Agitations- und Bildungsmittel hauptsächlich die Verbreitung unserer Presse. — Da sich weder Gegner noch sonstige Redner zum Wort meldeten, wurde hierauf die Versammlung geschlossen und dürfte es für die Zukunft Herrn Röthing und Consorten wohl ziemlich schwer werden, dort für ihre Agitation noch Boden zu finden. Da es in Ehrenfriedersdorf, hauptsächlich aus Furcht vor Maßregelungen, nicht möglich gewesen war, einen den gesetzlichen Vorschriften genügenden Einberufer zu finden, so konnte für diesmal dort nichts geschehen und fand deshalb die nächste Versammlung Mittwoch den 31. Oktober in Gelenau statt. Diese Versammlung war ebenfalls trotz des schauderhaften Wetters und des am äußersten Ende des Dorfes gelegenen Versammlungslokals, da ein anderes für uns nicht zu haben war, verhältnißmäßig gut besucht und folgten die Anwesenden meinem zweistündigen Vortrage über „die politische und wirthschaftliche Lage des Volkes und die Sozialdemokratie“ mit gespannter Aufmerksamkeit.

Am Tage darauf, den 1. November, wanderte ich dann im herrlichsten Regenwetter nach dem 3 Stunden entfernten Zschopau, und hier sollte es mir endlich gelingen, die so heiß ersehnte Opposition zu finden. Der ganze Generalstab der Nationalliberalen, ihren Führer, den Herrn Seminardirektor Israel an der Spitze, hatte sich bereits eine Viertelstunde vor Beginn der sehr stark besuchten Versammlung eingefunden, und als ich meinen anderthalbstündigen Vortrag über „die heutige Wahlgesetzgebung und die Sozialdemokratie“ beendigt hatte, meldete sich zunächst der Herr Seminardirektor zum Wort, nicht um mich, wie ich erwartet hatte, zu widerlegen, denn dazu hätte derselbe, wie er naiver Weise meinte, wenigstens die dreifache Zeit, wie ich zu meinem Vortrage, gebraucht, sondern nur um einige Unrichtigkeiten, welche ich vorgebracht haben sollte, richtig zu stellen. Der Raum des „Vorwärts“ ist selbstverständlich viel zu kostbar, um hier alle Ausstellungen, welche der Herr an meiner Rede zu machen hatte, wiederzugeben, es genüge zu constatiren, daß der sehr gelehrte Herr von den anwesenden Arbeitern wegen des ganz unpassenden und unmotivirten Zeuges, welches derselbe vorbrachte, mehrfach heftig ausgelacht wurde und seine Bemerkungen über die Arbeiterverhältnisse von sonst und jetzt energischen Widerspruch fanden. Es meldeten sich dann noch eine ganze Anzahl von Lehrern, Kaufleuten ꝛc. zum Wort, von denen sich ein Seminar-Oberlehrer Kießling durch einen salbungsvollen Sermon zu Gunsten der von mir verurtheilten Sedanfeier besonders hervorthat. Es war mir selbstverständlich ein Leichtes, in meinem Schlußwort die seichten und unbegründeten Einwürfe der Gegnerschaft vollständig zu widerlegen, und war es mir nur bedauerlich, bei so hoch gebildet sein wollenden Leuten eine so mangelhafte Kenntniß unsrer politischen und ökonomischen Zustände zu finden, so daß im Kampfe mit solchen Gegnern wirklich nicht viel Ruhm zu holen war. Die dortigen Genossen wünschen nur, daß recht bald wieder eine solche Versammlung stattfinden möge, damit die liberalen Herren gezwungen werden, entweder sich wirklich auch einige nationalökonomische Kenntnisse anzueignen, oder von der bis jetzt behaupteten Führerschaft im öffentlichen Leben zurückzutreten.

Nachdem ich am folgenden Tage einige geistige Erholungsstunden mit Freund Kegel in Chemnitz verlebt hatte, reiste ich am 3. November nach Schwarzenberg, um dem Rufe der dortigen Genossen zu folgen. Die sehr stark besuchte Versammlung, in welcher ich über „den Sozialismus und seine Gegner“ sprach, verlief ohne jede Störung und gelang es mir leider nicht, einen Gegner zu finden. Der Haupthahn der Liberalen im dortigen Kreise, Fabrikbesitzer Holzmann, Wiemer's Gegencandidat bei der Reichstagswahl, war wohl in Schwarzenberg anwesend, doch nicht in der Versammlung erschienen. Wahrscheinlich sind ihm nach den letzten Redekämpfen mit unseren Genossen Wiemer, Demmler und Stolle, welche vor mir dort Versammlungen abhielten, die Trauben zu sauer, oder hält der Herr seine Person vielleicht für so wichtig, daß man ihm jedesmal eine spezielle Einladung schicken soll? — Da es den Schwarzenberger Genossen nicht möglich gewesen war, in dem für den nächsten Tag in Aussicht genommenen Dorfe Breitenbrunn einen geeigneten Einberufer zu finden, so ward statt dessen am Sonntag den 4. November in Johanngeorgenstadt noch eine Volksversammlung arrangirt, welche ebenfalls gut besucht und vom besten Geiste beseelt war.

Jedenfalls dürfte auch diese Agitation zur Ausbreitung unserer Grundsätze das ihrige beigetragen haben und möchte ich nur zum Schlusse die Genossen allerorts dringend ersuchen, den ausgestreuten Samen namentlich durch Verbreitung unserer Presse zum Blühen und Gedeihen zu bringen; die tausendfältige Frucht wird dann jedenfalls nicht ausbleiben.

H. Oehme.

Lübeck, 8. November. (Metallarbeitergewerkschaft.) Durch das Vorgehen des Meisters in der Schetelig & Nölck'schen Eisengießerei sehen sich die Former, welche sämmtlich Mitglieder der Metallarbeitergewerkschaft sind, gezwungen, die Gewerkschaft um Hilfe anzurufen. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Vor ungefähr vier Monaten wurde Unterzeichneter aus der Arbeit entlassen; da wir uns dazumal schon Abzüge von 20% hatten gefallen lassen, ja auf einige Artikel sogar 50%, so dachte der Meister, ein Braunschweiger mit Namen W., mit den Abzügen fortfahren zu können, so daß der Former durchschnittlich nur noch 9—10 Mark verdienen kann. Der Meister meinte noch obendrein, daß dieser Verdienst bei jetziger Zeit noch viel zu hoch sei. Die Gewerkschaft arbeitete hierauf einen Akkordtarif aus, welcher auch von den Fabrikanten angenommen wurde. Der Meister erklärte aber, daß die Former doch nicht mehr verdienen, sondern die Zeit verlaufen sollten. Die Former stellten hierauf den Meister zur Rede, welcher erklärte, wenn sie nicht damit zufrieden seien, sollten sie machen, daß sie davon kämen. (Die Former erhielten nämlich keine Arbeit.) Jeder denkende Mensch wird einsehen, daß die Former nicht muthwillig die Arbeit eingestellt haben, sondern von arbeitgeberischer Seite gezwungen wurden, die Arbeit zu verlassen. Unter den Ausgeschlossenen befindet sich auch der Bruder des Meisters und sämmtliche Former sind Familienväter. Dieselben sind entschlossen, den Kampf durchzuführen, wenn die auswärtigen Collegen nur den Zuzug fern halten und uns einigermaßen unterstützen.

Mit Brudergruß Rud. Schröder, Lederstraße 146a.

Durch ein bedauerliches Rechnungsversehen ist im Leitartikel der gestrigen „Sozialdemokratischen Correspondenz“ gesetzt worden: „nur ganz unbedeutend — um ⅓ pCt.“ statt: „nur um etwa 3 pCt.“ An Stelle: „kann eine Aenderung“ wäre dann zu setzen: „keine so große Aenderung.“

Berlin, den 11. November 1877.

Die Redaktion der „Sozialdemokratischen Correspondenz“.
Fr. Milke.

Briefkasten

der Redaktion. W. Breitling in Mannheim: Ich erinnere mich nicht, von einem Begrüßungstelegramm aus M. etwas gehört zu haben. Erkundigen Sie sich doch bei E. van Beveren, Korte Schipgracht 5, Gent, Belgien. Mit sozialdemokr. Gruß W. L.

der Expedition: H. Schnfld Mülsen St. Niklas: Privatannonce kostet die Zeile 30 Pfg., Arbeitsgesuche ꝛc. die Zeile 10 Pfg. Einmal wird Ihre Annonce gratis aufgenommen. — C. Lemoisne Mainz: Sie haben wahrscheinlich in Montigny bei der Post abonnirt. Sie müssen also dieser Postexpedition unter Anlage einer 10 Pfg. Freimarke als Ueberweisungsgebühr mittheilen wohin Sie nunmehr die bestellten Zeitungen haben wollen. Wir können nichts in der Sache thun. — Hellwig, Flensburg: Zu dem Betrag Ihrer heutigen Annonce kommen noch 20 Pfg. Porto für unfrankirt gesandten Brief.

Quittung. M. Frnkl Budapest Ab. 17,08. F. A. Schmd. Hannover Ab. 76,35. M. Ullrich hier Ab. 70,00. H. Egnr Wien Ab. 6,80. J. Endrs Augsburg Ab. 100,00. J. Dry Berden Ab. 6,80. R. Wilcke hier Ab. 2,70. A. Tmpl Jonsdorf Schr. 5,00. Engelm hier Schr. 1,25.

Fonds für Gemaßregelte.

B. Bund der Tischler hier 7,11.

Flensburger Arbeiter-Sängerbund.

Montag, den 19. November, Abends 7½ Uhr:

Abendunterhaltung im Colosseum

bestehend in Concert, Gesang, deklamatorischen Vorträgen u. Ball. Karten für Herren 50 Pf., für Damen 30 Pf. sind zu haben an den bekannten Stellen. Nichtmitglieder haben Zutritt. Um zahlreiche Betheiligung ersucht

Das Comité. [330

Hannover. Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Sonnabend, den 17. November findet in den neuerbauten Sälen der „Marienhalle“ das

Stiftungsfest

mit Ball statt. Karten sind zu haben im Cigarrenladen bei Lehmann, Marienstraße Nr. 17. Freunde können eingeführt werden.

2,40] Das Comité.

Leipzig. Donnerstag, den 15. November, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau. Referent Werner.

Der Agent. [60

Ein gemaßregelter Parteigenosse (Schriftsetzer) sucht Stellung an einem Parteiblatt gleichviel ob als Setzer, Expedient oder Redaktionsgehilfe. Offerten unter Adr. Hermann Schoenfeld, Schriftsetzer, Meerane, Crimmitschauer Str. (Wwe Rothe) erbeten.

„Der arme Conrad.“

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir

brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ } netto gegen baar.

Expedition des „Vorwärts“, Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Fackel“, Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.
Expedition der „Freien Presse“, Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a

---

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Dreudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Dienstag, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. End, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 135. Freitag, 16. November. 1877.

Zur Werththeorie von Marx.

Das Organ der Herren Konitzer, Mehring, v. Unruh und v. Sybel, die „Magdeburgische Zeitung", bringt nach der Böhmert'schen „Sozial-Correspondenz" einen Artikel unter obiger Ueberschrift, der folgendermaßen lautet:

„Das dritte Heft der „Zukunft", jener „sozialistischen Revue", welche das Wesen und die Ziele des demokratischen Sozialismus in wissenschaftlicher Weise darlegen und vertheidigen will, macht eine merkwürdige Entdeckung. Sie schreibt, daß nichts irrthümlicher sei, als das Axiom, daß die Begründung der sozialdemokratischen Forderungen mit der Werththeorie von Marx stehe und falle. Diese Theorie ist bekanntlich der Satz, daß die Arbeit allein die Quelle alles Reichthums sei oder, genauer ausgedrückt, daß der Werth aller Produkte sich an der in ihnen enthaltenen „werthbildenden Substanz", d. h. der Arbeit messe. Auf Grund dieses „unwiderlegten und unwiderlegbaren Satzes" ist seit nunmehr anderthalb Jahrzehnten der Unternehmergewinn als ein „Raub" an den Arbeitern in allen Tonarten geschildert worden, und es liegt für den einfachsten Verstand auf der Hand, daß wenn die Sozialdemokratie überhaupt Recht hätte, sie es nur auf Grund der Richtigkeit dieser Theorie haben könnte. Marx selbst, Lassalle, Dühring, Schäffle, F. A. Lange, kurzum alle wissenschaftlichen Sozialisten haben in ihr den Eck- und Grundstein des modernen Communismus erkannt, und so sehr war die deutsche Sozialdemokratie derselben Meinung, daß sie die These an die Spitze des Gothaer, noch heute giltigen Programms von 1875 stellte. Nunmehr erklärt die „Zukunft", daß „nichts irrthümlicher sei", als dem Satze von Marx eine grundlegende Bedeutung beizulegen. Diese Schwenkung ist überraschend, aber sie ist nicht unerklärlich. Seit fünfzehn Jahren haben sich antisozialistische Männer der Wissenschaft müde geschrieben und gesprochen, um die Hinfälligkeit der Werththeorie von Marx nachzuweisen und sie haben es mit den überzeugendsten Gründen gethan. Thut nichts, sie blieb „unwiderlegbar und unwiderlegt". Neuerdings aber haben mehr oder minder sozialistenfreundliche Schriftsteller, wie F. A. Lange, Dühring, Schäffle, Sauter den gleichen Nachweis geführt und nun droht das Blendwerk so zu verblassen, daß es für agitatorische Zwecke nicht mehr benutzbar ist. Heute wird für „Irrthum" erklärt, was, wenn es gestern bestritten wurde, nur von der „Unwissenheit und Niedertracht" bestritten werden konnte."

Der „Zukunft" überlassen wir natürlich, die direkte Fälschung, welche in obiger konfusen Notiz liegt, näher nachzuweisen. Wir bemerken nur, daß die „Zukunft", wie aus dem Schlußsatze der Notiz hervorzugehen scheint, nirgends die Marx'sche Werththeorie als einen Irrthum erklärt hat, sondern nur behauptet, daß die Begründung der sozialistischen Forderungen nicht nur auf dieser Theorie beruhe, daß dieselbe nicht mit ihr stehe und falle.

Ueber die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Ansicht, in solcher Form ausgedrückt, wollen wir hier nicht rechten, aber die „Magdeburgische Zeitung" fälscht solche Bemerkung flottweg dahin, als habe die „Zukunft" die Marx'sche Werththeorie selbst als einen Irrthum bezeichnet.

Doch betrachten wir uns das Artikelchen der Herren Böhmert, Konitzer, Mehring und Genossen weiter.

Dühring, Schäffle, F. A. Lange werden zuerst als „wissenschaftliche Sozialisten" bezeichnet, welche in der Marx'schen Werththeorie „den Eck- und Grundstein des modernen Communismus" erkannt haben; einige Zeilen weiter unten werden dieselben Namen als „mehr oder minder sozialistenfreundliche Schriftsteller" angeführt, welche „neuerdings" sich gegen die Marx'sche Werththeorie gewandt haben.

Sind nun dieselben Namen auch dieselben Personen? Wir kennen eben unter jenen Namen nur immer eine und dieselbe Person — haben sich denn diese Personen früher anders zu der obliegenden Frage gestellt? Nein! Besonders Schäffle hat die Marx'sche Werththeorie immer bekämpft und sich erst neuerdings (Anmerkung zur dritten Auflage: Die Quintessenz des Sozialismus) etwas mehr mit derselben befreundet. F. A. Lange aber ist schon einige Jahre todt und kann somit „neuerdings" keinen Nachweis mehr geführt haben. Von Dühring wollen wir hier schweigen — Friedrich Engels wird weiter über ihn reden.

Aber ist es nicht unerhört, wenn solche Fälschungen in einer großen liberalen Zeitung, in der „Magdeburgischen", von Viktor Böhmert gar nicht zu reden, vorkommen?

Lügt diese Gesellschaft frech darauf los, daß drei Männer der Wissenschaft früher auf die Marx'sche Werththeorie geschworen und neuerdings dieselbe verneint hätten!

Und da soll man noch immer nicht von „Unwissenheit und Niedertracht" sprechen dürfen?

Die englischen Trades Unions.

I.

Seit der Volksversammlung von Kennington Common*), am 10. April 1848, die das letzte Aufflackern des durch die französische Februarrevolution noch einmal in künstliches Leben galvanisirten Chartismus war, hat England keine ernsthafte politische Bewegung gehabt. Der brave Ernst Jones, der wegen einer Rede auf jener Versammlung zu zweijährigem Kerker verurtheilt, und im Gefängniß wahrhaft niederträchtig malträtirt wurde, versuchte nach seiner Freilassung die Asche des Chartismus wieder anzublasen, aber umsonst: und dasselbe Schicksal hatten alle anderen Versuche von anderer mehr oder weniger berufener Seite. Das liberale Bürgerthum brachte wiederholt die Reformfrage auf die Tagesordnung, indeß es handelte sich immer nur um jämmerliche Flickmaßregeln, für die sich mit Ach und Krach der nöthige Chorus zusammentrommeln ließ. Die Massen, das heißt die Arbeiter als Klasse, blieben fern. Aus der Erfolglosigkeit der chartistischen Bewegung — der umfassendsten politischen Bewegung des Proletariats, welche die Geschichte bis jetzt zu verzeichnen hat — hatten sie, statt die Ursachen jenes Fiaskos zu erklären und dann die begangenen Fehler zu vermeiden, den vorschnellen Schluß gezogen, die Arbeiter als Klasse hätten sich überhaupt nicht mit Politik zu befassen, wenigstens sei ihnen die Politik nur von sehr sekundärer Bedeutung; der Schwerpunkt liege in der ökonomischen Frage, und auf die rein soziale Bewegung müsse daher das Haupt-, wo nicht das einzige Gewicht gelegt werden. Das Proletariat in den Gewerkschaften zum sozialen Kampf organisiren, und mit Hilfe der Gewerkschaften die Arbeit gegen die Uebergriffe des Kapitals schützen — darauf warf man sich mit ganzer Kraft. Und jeder Unbefangene muß zugeben: ebenso wie das englische Proletariat vor 1848 das Höchste in politischer Agitation geleistet hat, so hat es nach 1848 das Höchste in sozialer Organisation geleistet. Wie die Ziffern des Chartistenheers, so erfüllt die Mitgliederzahl der Trades Unionsarmee uns mit Staunen — mit einem Staunen, das blos übertroffen wird durch die Bewunderung der musterhaften Ordnung und Pünktlichkeit in diesen Riesengewerkschaften. Da sind die „Arbeiterbataillone" Wahrheit geworden! Da sind hundert echte, wirkliche, wohldisziplinirte Arbeiterbataillone, die zusammen eine Armee bilden, und doppelt größer als die, welche Napoleon im Jahre 1812 nach Rußland führte — nahezu eine Million Männer, Jeder von dem gleichen Gedanken beseelt, Jeder den Blick auf das gleiche Ziel gerichtet, Jeder entschlossen, sein Möglichstes zu thun, um dieses Ziel zu erreichen! —

Wo ist die Macht, welche einer solchen Armee widerstehen könnte? Wo die Aufgabe, der eine solche Armee nicht gewachsen wäre? England ist thatsächlich in ihrer Gewalt; und England ist der Mittelpunkt, in England der Hebel der ökonomischen Revolution. Ja, thatsächlich in ihrer Gewalt. Staat und Gesellschaft sind wie weiches Wachs in den Titanenhänden des organisirten Proletariats, das in England thatsächlich politische Allmacht hat. Thatsächlich — aber wirklich? Das weiche Wachs liegt unberührt vor den Titanenhänden, statt daß sie es gepackt hätten und zurechtkneteten nach ihrem Willen und Bedürfniß. Die Fabel des Tantalus wiederholt sich da drüben in dem meerumgürteten Albion, nur mit einem wesentlichen Unterschied. Der fluchbeladene Heros der griechischen Fabelwelt dürstet und hungert, weil eine unsichtbare Zauberkraft ihm die goldenen Früchte wegreißt, sobald er sie mit den Lippen erfassen will, die silberne Wasserfluth, die ihn umwogt, zurückfliehen läßt, sobald er sich, lechzend, nach ihr niederbeugt. Dagegen der — ohne seine Schuld — fluchbeladene Heros der modernen Welt hungert und dürstet inmitten der goldenen Früchte, inmitten des Silberstroms, weil er — die Hand nicht ausstreckt, die Lippen nicht öffnet, um Hunger und Durst zu stillen! Was ihn hindert, den winkenden Ueberfluß zu genießen, das ist nicht die Kraft irgend eines äußeren Zaubers: der Dämon, der diesem Tantalus die Faust lähmt, sie unfähig macht, das in ihrem Bereich liegende Glück zu haschen, wohnt nicht im Himmel, nicht im Tartarus*), er wohnt in des Tantalus eigener Brust und heißt: Selbsttäuschung.

Nicht als ob wir das englische Proletariat unter die Arbeiter der anderen Länder zu setzen gedächten. Im Gegentheil. Ueberall, allüberall ist das Proletariat ein solch freiwilliger Tantalus, und nirgends sonst hat es, wie wir schon angedeutet, auch nur annähernd geleistet, was in England von den Arbeitern geleistet worden ist. Vergleichungsweise steht unstreitig das englische Proletariat — was bei den entwickelteren industriellen Verhältnissen naturgemäß, — an politischer und sozialer Erkenntniß über dem Proletariat anderer Länder — wohlgemerkt: als Ganzes genommen, und die Summe der Erkenntniß nach der Summe der Erkennenden berechnet. Blos wenn man Letzteres thut, kann man zu einer gerechten Würdigung kommen. In Deutschland z. B. haben die sozialdemokratischen Arbeiter weit correktere Ansichten, betreffend die politische Stellung des Proletariats, als im Durchschnitt die englischen Tradesunionisten; aber der englischen Tradesunionisten sind Hunderttausende, und der deutschen organisirten Sozialdemokraten nur Zehntausende; unter den Hunderttausenden englischer Tradesunionisten sind Tausende, die den Standpunkt der deutschen Sozialdemokraten theilen, an politischer Bildung ihnen mindestens gewachsen sind; und während die Hunderttausende englischer Tradesunionisten das gesammte englische Proletariat vertreten, welches die Majorität der englischen Bevölkerung bildet, vertreten die Zehntausende deutscher Sozialdemokraten nur eine Minderheit des deutschen Proletariats, welches nicht die Majorität, sondern nur eine Minderheit der deutschen Bevölkerung bildet. Wir deutschen Sozialdemokraten müssen die Masse des deutschen Proletariats erst in die Bewegung hineinziehen. In England ist das ganze Proletariat in der Bewegung, und ist das ganze Proletariat organisirt. Das englische Proletariat hat die thatsächliche Macht, die wir erst durch mühsame Agitation und Propaganda zu erwerben haben. Ihm fehlt blos der Wille, seine Macht zu gebrauchen. Und der Wille fehlt ihm, weil es noch in der Selbsttäuschung befangen ist, die Emanzipation des Proletariats lasse sich durch gewerkschaftliche Organisation, ohne politischen Kampf, erreichen; weil es noch in dem Wahn sich wiegt, es sei möglich, innerhalb des heutigen Staats und innerhalb der heutigen Gesellschaft mit Hilfe der corporativen Vereinigung aller Arbeiter das Joch des Kapitals zu brechen, und der Arbeit zu ihrem Recht zu verhelfen.

Illusionen über praktische Dinge sind nur durch die Praxis zu tödten. Falsche politische und soziale Ideen leben so lange, bis sie Zeit gehabt, sich praktisch zu versuchen. Keine Polizei, kein Standgericht, keine theoretische Polemik kann dieses geistige Hinrichtungsamt versehn, das ausschließlich der Praxis zusteht. Jede zerstörte Illusion ist aber ein Schritt näher zum Ziel; der Weg zum Sieg ist mit überwundenen Irrthümern gepflastert.

Und dieser letzte große Irrthum, diese blendende, bethörende, lähmende Illusion, die als täuschende Fata Morgana das englische Proletariat nun so manches Jahr vor der Schwelle des fruchtbaren Landes mit den goldenen Aepfeln und den sprudelnden Silberquellen festgebannt, und in der sandigen, dürren Wüste zurückgehalten hat — dieser Glaube an die allein seligmachende Kirche der Trades Union fängt jetzt an erschüttert zu werden. Er zerbröckelt sich an dem harten Granit der Praxis. Die allein seligmachende Kirche hat alle Bedingungen des überschwenglichsten Erfolgs gehabt — und wo ist die Seligkeit? Zu größerer Vollendung lassen sich die Gewerkschaften nicht entwickeln, nie und nirgends hat das Proletariat über eine Organisation von ähnlicher Stärke und Schlagfertigkeit verfügt — und was ist das Resultat? Der colossale Dampfhammer hat nicht eine Eierschale geknickt. Das Basiliskenei der Lohnsklaverei ist ganz unversehrt. Einzelunterdrückung ist seltener geworden, die Massenunterdrückung dauert ungeschwächt fort. Kurz, die Wahrheit läßt sich nicht mehr zurückweisen: die Gewerkschaften haben nicht erwirkt, was die englischen Arbeiter sich von ihnen versprachen. Noch sträubt man sich gegen die Wahrheit — auf eine Illusion zu verzichten ist so schwer; aber die Noth ist eine unerbittliche Zucht- und Lehrmeisterin. In England hat aber die rein gewerkschaftliche Organisation die höchste Vollkommenheit erreicht, deren sie fähig ist. Das Scheitern der reingewerkschaftlichen Organisation in England bedeutet daher das Scheitern der reingewerkschaftlichen Organisation überhaupt: die absolute Unmöglichkeit der an sich widersinnigen Aufgabe, mit Beibehaltung des Lohnverhältnisses die Lohnsklaverei zu beseitigen, ist durch die Erfahrung auf dem großartigsten Maßstab festgestellt.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Erbfeind. Wenn kriegslustige deutsche Blätter oder Philister vom „Erbfeind" jenseits des Rheins sprachen, dann machten sich die anständigeren Männer aller Parteien über eine solche Absurdität lustig und spöttisch tönte es zurück vom schnapsvertilgenden und talglichtfressenden „Erbfreund". Wenn nun aber gar ein Blatt, der „Gewerkverein" des Ritters Max von La Mancha durch den Sancho Polke den „Erbfeind" schon diesseits des Rheins herausgewittert hat, dann ist die Absurdität schon in Hirnerweichung übergegangen — doch drucken wir zur Erbauung unserer Leser den betreffenden Satz aus Nr. 45 des „Gewerkvereins" (der Artikel ist unterzeichnet H. P.) hier zunächst ab:

„Da haben sich kürzlich in Gera Männer aller liberalen Parteien, die bisher in den wichtigsten Lebensfragen der Nation getrennt marschirten, zu dem bedeutsamen Zweck zusammengefunden, in einer der das deutsche Volk, die ganze deutsche Cultur eng berührenden Sache eine Einigung zu erzielen, um den gemeinsamen Erbfeind gemeinsam zu Boden zu schlagen, haben sich auch nach leichter Ueberwindung der vorhandenen Dissonanzen die Hand gereicht, um ein Werk zu vollführen, das den Nachbarvölkern zur Nachachtung gereichen sollte — und nun müssen eben diese Männer die Erfahrung machen, daß sie nicht Recht gethan, weil sie nicht all' die besonderen Wünsche der kleinen Gernegroße berücksichtigt, weil sie nicht die Ansichten beschränkter Köpfe zu den ihrigen gemacht haben!"

Daß die anwesenden nationalliberalen Sanchos von dem fortschrittlichen mit den Schmeichelnamen „kleine Gernegroße", „beschränkte Köpfe" bedacht werden, das rührt uns ebensowenig, als wenn ein Esel den andern Langohr schimpft; wir haben es hier nur mit dem Erbfeind zu thun. — Die Sozialdemokratie also ist der Erbfeind des deutschen Volkes, der zu Boden geschlagen werden muß — mit Laskerknüppeln und mit der Hanswurstenpritsche der Herren Hirsch und Polke, dieser „Erbfreunde" des deutschen Volkes. — Das arbeitende Volk aber kennt seine „Erbfreunde", die genau so wie der russische „Erbfreund", wenn es etwas zu „theilen" giebt, den Löwenantheil nehmen, die lediglich sich als „Freunde" des arbeitenden Volkes gebehrden, um dasselbe bis auf's Hemd auszuziehen. Vor solchen „Erbfreunden" wird sich das Volk schon zu schützen wissen. Mit dem Niederschlagen des sozialdemokratischen „Erbfeindes" hat es übrigens noch gute Weile, da sich sämmtliche großprahlerische Sozialistentödter, die in Gera den Beschluß faßten, den Sozialdemokraten überall entgegenzutreten, in die Mäuselöcher verkrochen zu haben scheinen.

— Durch die Nachricht unseres rumänischen Correspondenten, daß 2000 deutsche Offiziere und Soldaten den Russen freundnachbarlich — abgelaufen worden seien, hat das preußische Kriegsministerium sich beleidigt gefühlt und bekanntlich Klage gegen uns angestrengt. Voraussichtlich werden wir Leidenscollegen erhalten. In einem Kriegsbriefe der Augsburger „Allgemeinen Zeitung", der von Gorni-Dubnik nach der Einnahme des betreffenden Ortes geschrieben, die Möglichkeit eines Wiedereroberungsversuchs durch die Türken erwägt, heißt es wörtlich:

„Die Dispositionen für den eventuellen Angriff leitete Major von Lignitz im Verein mit einem russischen Generalstabsobersten in folgender Weise . . ."

Herr v. Lignitz ist preußischer Offizier, derselbe, auf dessen einseitige Aussage hin Fürst Bismarck seine verunglückte Huma-

*) Ein freier Platz im südlichen Theil Londons, jetzt als öffentlicher Park angelegt.

*) Die Unterwelt der Alten.

nitätsnote nach Konstantinopel adressirte. Natürlich wird nun Herr v. Kameke auch die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ verklagen. Und wir — wir haben einen classischen Entlastungszeugen gefunden, dessen Vernehmung wir sofort beantragen werden, Herr v. Lignitz soll uns bessere Dienste thun, als er dem Fürsten Bismarck gethan hat.

— Zur „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“, bringt das „Leipziger Tageblatt“, gewiß ein unverdächtiger Zeuge, in einem Bericht über die jüngste Generalversammlung des in Liquidation befindlichen Potschappeler Aktienvereins nachstehende drastische Illustration:

„.... Der Herr Vorsitzende brachte sodann eine Eingabe der Vertreter und Vormünder der Wittwen und Waisen jener 24 Bergleute, welche am 10. December 1876 im Windbergschachte durch schlagende Wetter um's Leben gekommen sind, zur Kenntniß der Generalversammlung. Der Inhalt dieser Eingabe, welche das Elend der armen Hinterlassenen in grellen Farben schilderte, hätte Steine erweichen müssen, fand aber bei der Mehrzahl der Erschienenen eine keineswegs sympathische Aufnahme. Es wurde in jener Eingabe gebeten, den armen Hinterlassenen seitens des Werkes eine freiwillige einmalige Unterstützung zu gewähren, nachdem die behördliche Untersuchung dargethan, daß weder die Actiengesellschaft, noch die Leipziger Unfall-Versicherungsgesellschaft zu irgend welcher Leistung rechtlich verpflichtet sei und nachdem von beiden Gesellschaften freiwillig zur Linderung der Noth der Hinterbliebenen nicht das Mindeste geschehen. Die Liquidatoren befürworteten, den Hinterbliebenen eine Unterstützung von 2500 Mk. zu bewilligen, so daß auf eine der betheiligten Familien ca. 100 Mk. entfallen wären. Hr. Schriftsteller Bromme (Berichterstatter der „Berliner Börsen-Zeitung“) sprach zunächst gegen diese Bewilligung. Derselbe meinte, daß, wenn man nur das Herz sprechen lassen wollte, wohl kein Mensch sich gegen die erbetene Unterstützung erklären würde. Man wisse aber gar noch nicht, ob und was auf die Actien entfalle und somit habe man Nichts zu verschenken. Derselbe warf die Frage auf, ob es begründet sei, daß die Vormünder der Waisen der verunglückten Bergleute gegen den Verkauf des dem Verein gehörigen Rittergutes Protest erhoben hätten, um die Ansprüche ihrer Mündel zu wahren. Vom grünen Tische aus mußte das allerdings zugestanden werden, es wurde aber hierzu ausdrücklich bemerkt, daß die Vormünder nicht einseitig, sondern auf ausdrückliche Veranlassung der Obervormundschaftsbehörde den Protest erhoben hätten. Der eingelegte Protest habe den Liquidatoren insofern schwere Stunden gemacht, als die Uebergabe des verkauften Rittergutes um volle 2 Monate hingezogen worden sei und erst nach Beendigung der behördlichen Untersuchung habe erfolgen können. Ein Actionär verwandte sich warm für die Bewilligung und betonte, daß auf die Actie nur kaum eine Mark entfalle. Ein anderer, sehr wohlhäbig aussehender Actionär war für Ablehnung, in Rücksicht auf die Schädigung der Gesellschaft durch Verzögerung des Rittergut-Verkaufs. — Herr Rittergutsbesitzer v. Beust stellte endlich den Antrag: „zur Unterstützung der Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute 2500 Mk. zu bewilligen und die Verwendung dieses Betrages der Verwaltung zu überlassen“. In Zettelabstimmung wurde dieser Antrag mit 30 gegen 23 Stimmen abgelehnt! — Wir können dieses Abstimmungsresultat nur aufrichtig bedauern, es giebt dasselbe nur neues Material für das Kapitel der Sozialdemokraten über „Kapital und Arbeit“.“ — —

Allerdings, liebes „Tageblatt“. Und königlich, Verzeihung, wir wollten sagen: echt sozialdemokratisch freuen wir uns, daß ein feindliches Organ uns das so brauchbare Material liefern muß! Daß dies vom „Tageblatt“ „bedauert“ wird, glauben wir gern. Nicht aber, daß das „Tageblatt“ das System, die Zustände „bedauert“, deren nothwendige Frucht derartige Vorkommnisse sind; andernfalls müßte es die Bestrebungen der Sozialdemokratie als berechtigt anerkennen und nach Kräften unterstützen, anstatt wie ein Rohrsperling gegen uns zu schimpfen und durch Abdruck der Böhmert'schen Sudeleien Attentate auf den gesunden Menschenverstand zu begehn.

— Professorale Frechheit. Die „Magdeburgische Zeitung“ bringt folgende „Erklärung“:

„Ich erhalte so eben von dem löbl. Bürgerverein der Stadt Magdeburg die Einladung, am 15. ds. M. in einer von demselben berufenen Urwählerversammlung zu erscheinen und dort Bericht zu erstatten:

ob ich „das vom deutschen Verein organisirte System bezahlter Spionage mißbillige“, und ob ich „mit einem vom Gerichte selbst als gefährlich und verderblich bezeichneten Vorgehen keinerlei, auch nur moralischen Zusammenhang habe“.

Wenn ich recht unterrichtet bin, waren die hier auftretenden Fragesteller eifrige Gegner der Wahl, durch welche ich mein jetziges ehrenvolles Mandat erhalten habe. Ihnen gegenüber habe ich nur eine Erwiderung: für jeden rechtschaffen Mann ist die Frage, ob er eine angeblich vorgekommene Nichtswürdigkeit billige oder damit Zusammenhang habe, eine Beleidigung, auf die es keine Antwort giebt.

Meine geehrten Wähler verstatte ich mir, zur Sache auf meine parlamentarischen Erklärungen (S. 38 und 210 der stenographischen Berichte des Abgeordnetenhauses) zu verweisen, wo ich die völlige Nichtigkeit und Grundlosigkeit jener ultramontanen Verleumdungen dargelegt habe.

Berlin, 10. November 1877.

Heinrich v. Sybel.“

„Angeblich“ vorgekommene Nichtswürdigkeit! Das ist wahrlich frech. Konitzer, der Spion des „Deutschen Vereins“ ist in zwei Instanzen von den Gerichten verurtheilt worden und zwar wegen Erpressungsversuch im Zusammenhange mit der Spionage, die er für den „Deutschen Verein“ (Ehrenpräsident von Sybel) für Bezahlung ausübte — und dann noch immer „angebliche“ Nichtswürdigkeit. Kann man sich da noch wundern, daß dieser Herr Professor v. Sybel auch die Geschichte gefälscht hat.

Doch es nützt dem Manne nichts, und wenn er auch noch so frech-feige und hochtrabende Erklärungen erläßt:

„Der Konitzer hängt ihm hinten!“

— Ueber „Gesundheitsverhältnisse“ erhalten wir aus Jena folgende Zuschrift:

„Anknüpfend an die Notiz in Nr. 131 des „Vorw.“: „Zur Professorenweisheit“, sei es mir nochmals gestattet, über die Gesundheitsverhältnisse zwischen der wohlhabenden und armen Klasse die Worte von Männern anzuführen, die mit Recht eines bedeutenden Rufes in der medizinischen Welt sich erfreuen, um den Professor Billroth'schen Ausspruch zu widerlegen. Die Herren Uhle und Wagner (Letzterer ist unlängst an Stelle des verstorbenen Professors Wunderlich als Direktor der Leipziger Klinik für innere Krankheiten berufen) schreiben in ihrem vortrefflichen Handbuche der allgemeinen Pathologie (Seite 108, 4. Aufl.) in Bezug auf das erwähnte Thema: „Die Wohlhabenden haben eine ungleich längere Lebensdauer als die Aermeren. Von 1000 Armen sind nach Casper in Berlin schon im 5. Lebensjahre ein Drittel gestorben, von 1000 Vornehmen und Reichen war das Drittel noch nicht einmal im 40. Jahre todt. Die Hälfte der Armen überlebte das 30., die Hälfte der Reichen das 50. Jahr. In England sind die Peers ganz ungeheuer begünstigt, die Gentry (Edelleute überhaupt) stehen noch weit über den Kaufleuten, die Kaufleute über den Arbeitern in Betreff der Lebensdauer.“ Zu dem obigen Citat ist jeder Commentar überflüssig. Man halte die Thatsache fest, daß der Arbeiter, der im halbhungernden Zustande erhalten wird, um mehr als die Hälfte seines Lebens beraubt wird durch eine soziale Ordnung, die selbst in den sogenannten liberalen Kreisen die eifrigsten Verfechter findet. Die soziale Frage wird die Magenfrage genannt; ganz recht! aber sie bezweckt auch dem Massenmorde der Menschheit — ich setze hinzu indirekten — hervorgerufen durch eine der Humanität hohnsprechende Staatsorganisation, Einhalt zu thun.

y...z.

— Die Majorität des französischen Senats ist dafür, daß der Marschall Mac Mahon durchaus Präsident der Republik bleibe; sie wird sogar eventuellen Falles für eine zweite Kammerauflösung sich erklären. Das Organ Gambetta's, die „République Française“, hält eine solche Auflösung für verfassungswidrig und glaubt, daß die Kammer sich solcher Auflösung widersetzen und nur der Waffengewalt weichen würde. Das ist sehr heroisch — besonders das „weichen“; aber was dann? Glauben die Herren Bourgeoisrepublikaner, daß das Volk für sie und ihre „Republik“ auf die Barrikaden steigen würde? Täuschung, nichts als Täuschung. Und so werden die Herren „Republikaner“ sich mit dem Hrn. von Mac Mahon, nachdem sich letzterer der Majorität im Senat versichert, nachdem der einflußreiche Senator und Marschall Canrobert ihm seine Ergebenheit noch besonders betont hat, nach dem alten Sprichwort: „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich“, schon wieder vertragen und gemeinsam das Volk und die Freiheit betrügen, so lange, bis das Volk des Betruges müde, die ganze Gesellschaft beim Kragen nimmt und die conservativen und „republikanischen“ Communemörder zum Teufel jagt.

— Am Lordmayor's-Bankett in London (9. November) hielt der englische Ministerpräsident Disraeli (mit seinem Titel: Lord Beaconsfield) nach landesüblicher Sitte eine lange politische Rede und sprach sich darin über den Stand der orientalischen Frage mit einer Schärfe aus, die in dem russischen Lager das Gegentheil von Befriedigung erzeugt hat und erzeugen mußte. Er erinnerte daran, daß der Czar sein kaiserliches Wort und seine Ehre verpfändet habe, in diesem Krieg keine Eroberungen zu machen, und führte dann aus, wie der bisherige Verlauf des Kriegs die Lebenskraft und Existenzfähigkeit der Türkei bewiesen habe. Da die russische Regierung den Krieg ihren ausdrücklichen Versicherungen gemäß nur unternommen habe, um die Lage der in der Türkei lebenden Christen zu verbessern, und da die türkische Regierung sich auf das Positivste zu Reformen in diesem Sinne bereit erklärt habe, so sei kein vernünftiger Grund für Fortsetzung des Kriegs vorhanden; er hoffe, daß die Zeit nicht mehr fern sein dürfte, wo England mit den übrigen europäischen Mächten zur Lösung der Schwierigkeiten beitragen könne, um nicht nur den Frieden, sondern auch die Unabhängigkeit Europa's zu sichern.“ Aus der diplomatischen in die gewöhnliche Sprache übersetzt, heißt dies, daß England für die Integrität und Unabhängigkeit der Türkei eintritt und in diesem Sinn eine Vermittlung der neutralen Mächte herbeiführen will. Die offene Ankündigung dieses Entschlusses zeigt, daß man es nicht mehr an der Zeit hält, sich durch die in Berlin gegen eine Vermittlung erhobenen Bedenken lahmlegen zu lassen. Daß die englische Regierung auf den Beistand Frankreichs und Oesterreichs zählen kann, brauchen wir unseren Lesern nicht zu sagen. Preußisch-Deutschland steht in seiner Freundschaft zu Rußland ganz isolirt — Italien zählt ja als Großmacht nicht.

— Zum Strike der Maurer in London. Der Strike der Steinhauer in London dauert noch fort. Der Vorsitzende der Baumeister-Association, Mr. Trollope, war einverstanden, den verlangten Lohn von 10 d die Stunde zu bewilligen, aber nur denen, deren Arbeit so viel werth sei und unter der Bedingung, daß sie keine Beiträge zum Strikefond leisteten. Darauf wurden die Verhandlungen von den Arbeitern wieder abgebrochen.

— In Sachen der „Neuen Welt“. Nachstehend bringen wir den Wortlaut des Rathskammerbeschlusses des Berliner Stadtgerichts, durch welchen die auf Tessendorff's Veranlassung erfolgte Beschlagnahme der „Neuen Welt“ wieder aufgehoben wurde.

„Königliches Stadtgericht
zu Berlin
Abtheilung für Untersuchungssachen.
Rathskammer.

Die Rathskammer hat in der heutigen Sitzung auf den Antrag der Staatsanwaltschaft vom 5. November 1877 in der Untersuchung wider Rackow Lit. R. No. 506 de 1875 beschlossen, daß die auf Grund der §§ 7, 18 Nr. 2 und 23 Nr. 1 des Gesetzes die Presse vom 7. Mai 1874 erfolgte vorläufige Beschlagnahme der Sonntags-Beilage zur Nr. 258 der „Berliner Freien Presse“ vom 4. November cr. „Die Neue Welt“ wieder aufzuheben, weil „Die Neue Welt“ eine durchaus selbständige, unter verantwortwortlicher Redaktion von Bruno Geiser in Leipzig erscheinende Zeitschrift und nicht als Nummer oder Stück der unter verantwortlicher Redaktion in Berlin erscheinenden Zeit.

Eine verschämte Schamlosigkeit.

Die anfänglich von Oscar Blumenthal, zur Zeit von Herrn Ernst Eckstein (dem Panegyriker des Herrn Hofrath von Gottschall) redigirte „Deutsche Dichterhalle“ wendet sich nicht blos an die Crême der gebildeten Welt, sondern erfreut sich auch der Gönnerschaft der „kunstsinnigen“ kleinen Höfe. Wir verwahren uns ausdrücklich gegen die Unterstellung, als wollten wir damit auf die überaus zarten, privaten Beziehungen anspielen, die auf indirektem Wege zwischen dem Besitzer der Verlagsbuchhandlung und dem Träger der ältesten deutschen Fürstenkrone bestanden, bis sie sich auf etwas romanhafte Weise auf den anfänglichen Redakteur der Dichterhalle übertrugen — wir wollten nur betonen, daß Herrn W. French, dem Inhaber der Firma Joh. Friedr. Hartknoch, in Anerkennung der Verdienste, die er sich durch die Herausgabe der „Dichterhalle“ erworben, das Verdienstkreuz des Sächs.-Ernest. Hausordens verliehen wurde und daß man andererseits, aus Rücksicht auf die wohlgeneigten Leser an den Höfen, vor einigen Jahren in den für sie bestimmten Exemplaren ein ziemlich zahmes Gedicht an Hecker unterdrückte und durch ein andres, für monarchisch-organisirte Ohren weniger anstößiges ersetzte, während es in den übrigen Exemplaren der Nummer stehen blieb.

Es erscheint nicht überflüssig, diese Bemerkungen vorauszuschicken und die Stellung des Blattes zu constatiren und ließe sich vielleicht noch hinzufügen, daß es selbstverständlich mehr auf Leserinnen, als auf Leser rechnen muß. Welche Schlüsse soll man aber daraus ziehen, wenn Herr Ernst Eckstein sich erlauben darf, diesen zarten Leserinnen eine colossale Zote aufzutischen, deren Schamlosigkeit nur eine schwache Milderung dadurch erfährt, daß Herr Eckstein es für gut befunden hat, seinen „Traum“ entweder gleich englisch zu erzählen, oder ihn klugerweise aus dem ehrlichen Deutsch in das minder anstößige Englisch zu übersetzen?

Herr Ernst Eckstein hat also einen Traum, einen höchst wunderbaren (most wondrous) Traum. Wunderbar erscheint uns allerdings nur, daß er es für passend hält, diesen Traum zu versificiren, höchst wunderbar, daß er seine Versification aus dem heimlichen Dunkel des Schreibtischs zieht, um sie dem Lichte des Tages auszusetzen. Der Traum selbst hat absolut nichts Wunderbares; er wurzelt in einem allgemein bekannten und wenig angenehmen physischen Zustand, dem eine ausgesprochene Abspannung und Niedergeschlagenheit zu folgen pflegt. Allerdings hat es das Verdienst der Neuheit, auch die Hallucinationen, von denen dieser Zustand in seiner Gipfelung begleitet zu sein pflegt, für die Poesie zu verwerthen. Es will uns freilich scheinen, als habe dies Herr Eckstein wenigstens mit allzu naturwüchsiger Plumpheit und Deutlichkeit versucht, indessen — Herr Eckstein kennt den Geschmack des Publikums, dem er alle vierzehn Tage eine neue Spende seiner keuschen Muse darreicht und vielleicht ist er ganz ohne Sorge über die Aufnahme seines Gedichts und glaubt mit Grund, daß dasselbe seine Beliebtheit steigern werde: er wird das besser wissen als wir und zuckt vielleicht zu unsern Bedenken überlegen lächelnd die Achseln. Das müssen wir nun freilich gestehen, daß wir uns nicht entschließen können, auch nur die Kritik seines Traumes in der „Neuen Welt“ den Frauen und Mädchen des Volks zugänglich zu machen, und daß wir mit gutem Vorbedacht für die Brandmarkung dieses „Dichters“ uns den „Vorwärts“ ausersehen; es giebt gewisse Dinge, die man, so lange man kein Ernst Eckstein ist, den Blicken achtbarer Frauen und unschuldiger Mädchen nach Möglichkeit entzieht.

In der zweiten Zeile des Gedichts bereits sieht Herr Ernst Eckstein seine geliebte Sophia zu Pferde und — nackt bis an die Hüften (bare unto the hips) und diese Nacktheit wird einige Zeilen später dahin erweitert, daß „nackt wie ihre theure Brust und ihr Nacken auch ihre beiden Füße waren“ (bare as her dear breast and neck were both her feet) und das wallende himmelblaue Reitgewand fließt zwar herab bis zu den Knöcheln, ist aber anscheinend bemüht, seinen Beruf als Kleidungsstück nicht allzu ernst zu nehmen. Fräulein Sophia erpreßt ihrem Schilderer und Geliebten eine glühende Beschreibung der Reize ihres Busens, der schön und rund (fair and round) erscheint, wenn der das Pferd zügelnde nackte Arm sich gegen die rechte Brust preßt; dieser Busen ist weiß wie eine Flocke Gebirgsschnee, aber doch so warm in der Färbung, so anbetungswürdig! (when her naked arm was pressed against the side of her right breast; white was it as a flake of mountain snow, yet oh how warm in hue, how soothing, worth adoring.) Fräulein Sophia reitet aus unerfindlichen Ursachen ein nachtschwarzes Pferd — auf einem andern, aber schneeweißen Roß thront Herr Ernst Eckstein mit traurigem Blick wie immer, und zur Gesellschaft — ebenfalls nackt bis an die Lenden (I too was bare unto the loins; sad was my look as ever). Sie reiten durch die morgenlichen stillen Straßen, drei alte Weiber sehen ihnen spöttisch grinsend nach. Wenn wir aber nun erwarten, daß die beiden so ungenügend bekleideten Reiter möglichst bald ins Freie zu gelangen suchen, so irren wir; es ist ihnen im Gegentheil um eine Demonstration zu thun. Es wird lebendig in der Stadt, der Marktplatz füllt sich mit Volk, das sie „wie zwei Ungeheuer“ anstarrt; mitten unter die flüsternd die Köpfe zusammen steckenden Beamten und Offiziere, Commis und Geistlichen treibt Fräulein Sophia ihr Pferd und ihr Geliebter thut desgleichen; dort, vor aller Welt, legt er den nackten Arm um ihre nackte Taille und küßt ihren brennenden Nacken und ihren blühenden Mund; sein bezaubertes Auge begegnet einem schamvollen Blick; Gesicht und Nacken, ja selbst die Brust Fräulein Sophias färbt ein mädchenhaft Erröthen. (and there, before the world, I laid my naked arm round her bare waist, and kiss'd her burning neck and kissed her blooming mouth; a bashful look met my enchanted eyes; her face and neck, ay, even her breast, was red with maiden blushes.) Man reitet nach beendigter Demonstration davon — längere durch nichts hervorstechende Landschaftsbeschreibung. Im Saum des Waldes lassen sie die Pferde grasen und treten Hand in Hand in den schattigen Wald. Dort, auf dem moosigen Grund, umgeben von jenem tiefen Schweigen, in welchem man die Zeit zu hören und den Raum zu fühlen und zu sehen glaubt, „genießt Sophia er zum ersten Mal.“ Er schlang seine Arme um sie, Brust an Brust lagen sie in zitternder Wonne ... Alles was süß ist im Himmel und auf Erden, im Leben, in der Wirklichkeit und in der Phantasie, war zusammengedrängt in einen seines Gleichen nie findenden Moment, und mit unersättlicher Kehle wird der Kelch der Lust ausgeschlürft. Damit man nicht etwa glaube, daß wir irgendwie übertreiben, setzen wir auch diese Stelle trotz ihrer Länge her; man controlire uns:

There, on the mossy ground, in utter stillness.
Were time is heard, and space is felt and seen,
There I enjoyed Sophia for the first time.
I wound my arms around her; breast to breast
We lay in trembling pleasure — all that's sweet
On earth, in heav'n, in life, in truth and fancy,
Crowded together in one matchless moment
And swallowed down with greedy throat.

Schluß: äußerste Liebesraserei (utter madness) und Vergessen Alles dessen, was sie umgiebt, was vor und hinter, über und unter ihnen ist (forgetfulness of all before, behind, above, below).

Man schläft ein und Morpheus läßt seine Friedenspalme über den Beiden wehen. Die Herzen pochen und doch ist Ruhe in ihnen; die Wangen glühen, und doch ist Stille ausgegossen über ihre Gesichter; sie ruhen Arm in Arm und ihr Leben pulsirt herüber und hinüber; die Lippen haften fest aneinander, als stiegen die Seelen empor von ihrem Sitz in der Tiefe, um in den Mund zu schwellen und sich in einem ewigen Kusse zu vermischen. Er fühlt ihre Wärme, ihr Leben, ihr tiefstes Selbst und schläft doch den Schlaf der Glückseligkeit.

(We fell asleep. — Oh sweetest hour of Love,
When Morpheus waves his palm of peace above thee!
Our hearts beat high, yet there is rest in them,
Our cheeks glow deep, yet there is quietness
Versed on our faces; arm in arm we lie;
Each life is pulsing in the other's; fast
Clings lip to lip, as if the souls should fly

schrift „Berliner Freie Presse“ im Sinne des oben alleg. § 7 anzusehen ist, wenn sie auch als Sonntags-Gratisbeilage des letztgenannten Blattes bezeichnet wird. So wenig ein Exemplar eines sonst allen Bestimmungen des Preßgesetzes entsprechenden Buches, welches als Beilage einer Zeitschrift bezeichnet und beigefügt wird, als Stück oder Nummer der Zeitschrift selbst angesehen werden kann, so wenig ist ein Exemplar der „Neuen Welt“, welches den Abonnenten der „Berliner Freien Presse“ mit einem Exemplar dieser Zeitung als Beilage übersendet wird, als Theil der Letzteren zu betrachten. Der von der königlichen Staatsanwaltschaft zur Begründung ihres Antrages in Bezug genommene Beschluß des königlichen Obertribunals vom 7. Sept. 1877 steht dem nicht entgegen. Die Beurtheilung der Frage, ob eine Beilage einer Zeitschrift als Stück oder Nummer oder Heft oder Theil der Zeitschrift zu betrachten ist, ist rein thatsächlicher Natur und im vorliegenden Fall wird diesseits von der Annahme ausgegangen, daß Exemplare der Zeitschrift „Die Neue Welt“ nicht Theile der Zeitschrift „Berliner Freie Presse“ sind und daß daher nicht beide Zeitschriften nothwendig den Namen und Wohnort eines und desselben verantwortlichen Redakteurs enthalten müssen, oder daß für beide Zeitschriften hier in Berlin ein gemeinschaftlicher verantwortlicher Redakteur im Sinne des alin. 1 und 3 des alleg. § 7 des Preßgesetzes bestellt werden muß. „Die Neue Welt“ ist eine selbständige Veröffentlichung einer Druckschrift, für deren Inhalt als Redakteur derjenige verantwortlich ist, welcher als solcher am Ort des Erscheinens des Preßerzeugnisses auf der Zeitschrift benannt ist und im Inlande seinen Wohnsitz hat und darin wird auch dadurch nichts geändert, daß einzelne Exemplare dieser Zeitschrift einem anderen Preßerzeugniß als Beilage beigefügt werden.

Berlin, den 6. November 1877.

Johl. Braun. Bailleu.“

Um die durch obiges Erkenntniß davongetragene Scharte wieder auszuwetzen, hat Tessendorff gegen den Verleger der „Berliner Freien Presse“ nunmehr Strafantrag wegen Verletzung des Preßgesetzes gestellt. Die Sache fängt nachgerade an heiter zu werden.

— **Zur Dühring-Angelegenheit.** Die „Sozialdemokratische Correspondenz“ schreibt: Verschiedene Blätter können oder wollen nicht verstehen, warum sich die Berliner Sozialdemokraten, welche bis vor Kurzem für Dühring eingetreten waren, nun gegen ihn erklären. Sie meinen, die Ursache dieser Schwenkung sei Mißmuth darüber, daß Dr. Dühring einen rein wissenschaftlichen Verein ohne politische Tendenz und sozialdemokratische Nutzanwendung gründen wolle. Das ist selbstverständlich eine Verdrehung der Verhältnisse und Verkennung der thatsächlichen Motive. Die Sozialdemokraten waren bei der Remotion Dühring's für ihn eingetreten, weil sie in ihm einen Märtyrer wissenschaftlicher und politischer Ueberzeugung erblickten; sie treten ihm jetzt entgegen, weil sie fürchten, daß er selbst nicht freie Meinungsäußerung will, sondern ein unfehlbares Papstthum Dühring. Sie würden einen Verein, der rein wissenschaftliche Tendenzen hat und sich von Parteirücksichten nicht beeinflussen läßt, nach wie vor mit Freude begrüßen, wenn er auch in wissenschaftlicher Beziehung unparteiisch geblieben wäre. Vorerst scheint aber hierfür keine Aussicht vorhanden zu sein. Die Erforschung der Wahrheit steht den Sozialdemokraten hoch, ja sie steht ihnen höher, wie irgend einer Partei, weil sie wissen, daß ihren Bestrebungen die Erkenntniß der thatsächlichen Verhältnisse nur förderlich sein kann — und wenn man auch nicht bei jeder wissenschaftlichen Diskussion darauf hinzuweisen nöthig hat, so kann doch jeder Verständige zwischen den Zeilen lesen und zwischen den Worten hören.

— Parteigenosse Klute wurde am 10. d. M. von dem Appellgericht in Neuenburg in zweiter Instanz zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, und zwar wegen Beleidigung des Landraths Mäffling zu Erfurt.

Zur Impffrage.

I.

Herr W. Bracke hat sich in Nr. 131 Ihres Blattes über die Impffrage ausgesprochen und Sie erlauben, entsprechend dem Schlusse seines Artikels, wohl auch einem Theil der schweizerischen Leser einige Zeilen.

Herr Bracke ist durch die Gesundheitsstatistik der Stadt Braunschweig und die Ausführungen des Dr. med. Reck von einem Saulus zu einem Paulus in der Impffrage geworden.

Vorerst hat er sich beweisen lassen, daß die Gefahr, an Pocken zu erkranken und zu sterben, für das erste Lebensjahr am größten sei, daß sie dann bis zum 20. Jahre sehr bedeutend abnehme und von da an wieder rasch wachse. Die erste Jugend unterliege der Ansteckungs- und Lebensgefahr darum am meisten, weil viele Kinder vor der Impfung angesteckt werden, und die gleiche Gefahr wirke vom 20. Altersjahr wieder um so stärker, weil die Jugendimpfung nicht mehr wirke. Hieraus ergebe sich, daß die Impfung ein vortrefflicher Schutz gegen die Pocken sei.

Das hört sich vortrefflich an, allein ich bitte zu beachten, daß nach der Sterblichkeitsstatistik eben die früheste Jugend im Allgemeinen dem Tod am meisten Opfer liefert, daß die Zahl der Opfer abnimmt bis zum 20. Altersjahr und von da an wieder zunimmt. Ich greife aus dem amtlichen Berichte des zürcherischen Sanitätsdirektors das Jahr 1870 heraus.

In diesem Jahr wurden lebend geboren 8520 Kinder und starben im Ganzen 8184 Personen und zwar 2712 im ersten Lebensjahr. Speziell starben: unter 1 Monat alt 829; 1—2 Monate alt 252; 2—3 M. 176; 3—4 M. 176; 4—5 M. 161; 5—6 M. 150; 6—7 M. 99; 7—8 M. 109; 8—9 M. 106; 9—10 M. 88; 10—11 M. 69; 11—12 M. 68. Dann starben im 1—2 Jahr: 366; 2—3 J. 176; 3—4 J. 121; 4—5 J. 102; 5—10 J. 179; 10—15 J. 84; 15—20 J. 135; 20—25 J. 164; 25—30 J. 198; 30—35 J. 180; 35—40 J. 232; 40—45 J. 212; 45—50 J. 293; 50—55 J. 349; 55—60 J. 449; 60—65 J. 489; 65—70 J. 549; 70—75 J. 468; 75—80 J. 358; 80—85 J. 250; 85—90 J. 86; 95—100 J. 14; über 100 J. 2; bei 16 war das Alter unbekannt.

In diesem Jahre 1870 wurden im Kanton Zürich 85 Pockenfälle gezählt, darunter allerdings 5 ungeimpfte Kinder, die von einer Hebamme angesteckt worden waren, nachdem die Frau hatte einen Pockentodten ankleiden helfen. Vier der Kinder waren im zartesten Alter von 3—6 Wochen verstorben, — gar nicht zum Verwundern, vielleicht wären sie auch an der Impfung gestorben! Ein dreiviertel Jahr altes Kind kam davon.

Es ist also ein allgemeines Gesetz, nach welchem die Sterblichkeit im ersten Lebensjahr am größten ist, auch bei den Pocken, und ein großer Irrthum, die nachherige Abnahme der Morbilität und Mortalität bezüglich der Pocken der Impfung zuzuschreiben.

Im Gegentheil werden beide durch die Impfung gefördert. Ich war jahrelang Impfarzt und kann das leider aus Erfahrung behaupten. Zwar habe ich keine übertragene Syphilis gesehen, allein ich habe beobachtet, daß die geimpften Kinder in der Regel mindestens an Fieber, Rose, Geschwüren, Achseldrüsengeschwulsten u. dergl. erkrankten, und ich wurde durch die verneinende Beantwortung der Frage, ob es wohlgethan sei, die Kinder wegen einer Krankheit, die sie möglicherweise einmal bekommen könnten, gerade in demjenigen Alter krank zu machen, wo sie der allergrößten Sorgfalt bedürfen, ein entschiedener Gegner des Impfzwanges und besonders der Impfung im zarten Alter.

Ich wurde aber auch ein Gegner der Impfung überhaupt, weil ich diese nicht nur für unnütz, sondern geradezu für schädlich halten lernte. Ein einziges Beispiel von vielen Tausenden: Nach dem in meinen Händen liegenden Brief eines betheiligten Arztes erkrankten in Reinach, Kanton Aargau, von 83 bis 85 geimpften Kindern nach der Impfung alle in höherm Grade als gewöhnlich, — wörtlicher Ausdruck meines Gewährsmannes. Es bildeten sich nicht, wie sonst, durchsichtige Blattern, sondern es stellte sich früh Eiterung und Geschwürbildung ein. Die eiternde Fläche hatte einen Stich in's Bleigraue. Der Reaktionshof war fast bei allen sehr groß, die rothlaufige Umgebung derb anzufühlen. Am merkwürdigsten war der Umstand, daß alle sekundäre Ausschläge bekamen am ganzen Leibe und zwar theils erythematöser, theils papulöser, theils ekzematöser Art. Fieber hochgradig. Es starben von den erkrankten Kindern 5—6. Ein Laie schrieb mir, die Lebenden seien fast alle, so zu sagen, durch Verlust der Oberhaut geschunden worden; aber impfen lasse man dort nicht mehr.

Die Untersuchung ergab keine Schuld des Arztes, keine Schuld des Impfens: die Hitze mußte es gethan haben, obschon diese am Impfen so unschuldig war, wie ein Kind.

Dieses einzige Beispiel wird Sie überzeugen, daß man über die Impffrage so wenig allein die Aerzte hören muß, als über die Frage des Glaubens die Geistlichen. Man hat darüber auch die Patienten, die Leidenden, die Eltern und Geimpften selber zu fragen und zu hören.

Da ich aber als Renegat möglicherweise selber befangen bin, so empfehle ich Ihnen die Arbeit des Statistikers G. Fr. Kolb über die Impffrage, welche wegen Unzulänglichkeit der bisherigen Ermittelungen zum Verlangen nach Aufhebung des Impfzwanges kommt.

Bülach (Zürich), 9. November 1877.

F. Scheuchzer, Nationalrath.

II.

In Nr. 131 des „Vorwärts“ bringt Genosse W. Bracke einen Beitrag zur Impffrage, der dem statistischen Bericht der Stadt Braunschweig entnommen ist und welcher leider mit derselben Oberflächlichkeit wie alle anderen derartigen, von Impffreunden angefertigten Berichte verfahrt. Es ist von anderen Statistikern bewiesen, daß die größte Sterblichkeit unter den Kindern herrscht, welche noch nicht das erste Lebensjahr erreicht haben, und da finden wir denn die Mehrzahl der Gestorbenen in der Rubrik „noch nicht geimpft“ vor.

Auf die Ursachen dieser rapiden Sterblichkeit einzugehen ist hier nicht der Ort, zumal der „Vorwärts“ diesem Kapitel jederzeit seine Aufmerksamkeit zugewandt hat. Ein weiterer Beleg ist auch noch der, daß sehr viele Erkrankungen und Todesfälle von den Impffreunden gar nicht angemeldet werden und dadurch auch nicht zur Eintragung gelangen können.

Wir werden durch diesen Bericht nicht dazu bestimmt, mit Genossen Bracke auszurufen: „Ich bekenne offen, daß ich von dem Augenblicke an, wo ich mich davon überzeuge, daß bei pflichtgemäßer Sorgfalt der Aerzte die Gefahr der Ansteckung anderweiter Krankheiten verschwindend gering ist, aufhöre, ein Gegner des Impfzwanges (??) zu sein. Denn wenn die Impfung einmal vor der gefährlichen Menschenpocken schützt, so haben Alle ein Interesse daran, daß der Ausbruch dieser entsetzlichen Seuche nach Möglichkeit verhindert werde. „Wenn“, ja wenn die Impfung vor den gefährlichen Menschenpocken schützte?

Sollte Genosse Bracke im Drange der Zeit den Artikel von Dr. Resau „Die Schutzpocken Impfung“ und von Dr. Oidtmann, Impfarzt in Linnich, „Die Schutzpocken, eine Woll- und Lumpenseuche“ in der „Neuen Welt“ noch nicht gelesen haben? Sollte dem Reichstagsabgeordneten Bracke der „Hülferuf an den deutschen Reichstag“ des Dr. Meinert in Chemnitz nicht zu Gesicht gekommen sein? Der letztere kann mit massenhaftem Material in dieser Frage aufwarten und wird auch der kommenden Session des Reichstages wiederum „Fortsetzungen“ bringen. Möchten alsdann unsere Parteigenossen wenigstens versuchen, den Impfzwang zu entfernen, damit das Volk fernerhin nicht gezwungen werden kann, gelehrten Streites halber seine Kinder als „Versuchsobjekt“ hinzugeben. Das Material, welches wir seit Jahren einzusehen Gelegenheit hatten, hat uns die feste Zuversicht gebracht, daß der „Zwang“ unter allen Umständen entfernt werden muß.

Die Gesetzgeber haben kein Recht, den einzelnen Bürger zur Impfung zu zwingen, so lange als die Wissenschaft nicht ihr letztes Wort in dieser wichtigen Frage gesprochen hat. So will es die Gerechtigkeit.

Uebrigens könnte es nichts schaden, wenn Impffreunden und Impfgegnern, wie Genosse Bracke wünscht, die Spalten des „Vorwärts“ geöffnet würden*); die letzteren würden den Kürzeren nicht ziehen und die öffentliche Meinung könnte nur dabei gewinnen.

Leipzig, im November 1877.

C. Lienig. H. Thieme. W. Taute.

*) Ist durch Abdruck dieser sowie der vorstehenden Entgegnung geschehen. Fernere Einsendungen können wir aber nicht mehr in den „Vorwärts“ aufnehmen, da die Impffrage nicht durch eine Zeitungspolemik, sondern nur auf dem Wege der wissenschaftlichen Forschung zum Austrag gebracht werden kann. Red. d. „Vorwärts“.

From their interior seats, swell to the mouths,
And mingle their in one eternal kiss.
I feel her warmth, her life, her very selt,
And yet I sleep the sleep of happiness.)

Ueber ihren Häuptern zittert das dunkle Laub; Halme und Blüthen umschmiegen, vor Entzücken schauernd, ihre Glieder; die ganze Natur fühlt, daß sie genießen, was Niemand allein zu genießen vermag, daß sie genießen und im Genuß zu sterben wünschen.

(Above our heads the dusky leaves are trembling,
Around our limbs the halms and gaudy flowers
Are quivering with delight: all Nature feels,
That we enjoy, what none enjoys alone,
That we enjoy, and wish to die in this.)

Der Schlaf der Erschöpfung währt bis Mittag. Der Blick Frau Sophia's scheint ihm zu sagen: „Mein Freund, nun hast Du Alles gehabt, was ich geben kann — mich selbst. („My friend, now thou hast had all I can give, myself.“) Mit einer letzten Anstrengung erheben sich Beide und besteigen die Pferde, die ihnen gefolgt waren. Er hält ihr den Steigbügel und kann nicht umhin, während sie aufsteigt, ihr schneeiges Bein zu pressen und ihren Rücken mit glühender, gieriger Lippe zu küssen. (I press her snowy leg, and kiss her back with glowing greedy lips.) In tiefer Waldeinsamkeit wählen sie einen lieblichen Platz zur Ansiedlung, bauen sich eine Hütte und leben von Quellwasser, von Wurzeln und Beeren. Nachts liegt sein Haupt in Sophia's Schooß; er hält ihre lieblichen Hände fest wie Anker in der See des irdischen Lebens und Gott gießt Frieden über sie aus. (Von derartigen Sentimentalitäten ist das ganze Gedicht in einer für ein unverdorbenes Gefühl widrigen Weise durchädert.) Am siebenten Tage ist die Hütte fertig, und als er ihr seine Schöpfung zeigt, die fernerhin ihr Heim sein soll, schlingt sie ihre hübschen Arme um seinen Nacken und küßt ihn; ein Schauer läuft durch sein Herz, als er auf seiner Brust den glühenden Druck ihres vollen Busens fühlt; er kann nicht mehr sprechen, aber er führt sie in die Hütte; auf ihrem Lager liegen sie zusammen und noch ein Mal heischt er ihr Selbst von ihr; erröthend willigt sie ein und die Liebe kettet sie aneinander wie früher.

(She wound her pretty arms around my neck,
And kissed me; what a thrill went through my heart,
When on my breast I felt the glowing pressure
Of her full bosom; speak I could no more,
But to our hut I led her; on our couch
We lay together, and I asked from her
Once more herself; she yielded with a blush,
And Love tied us together, as before. —)

Nach neun Monaten — Herr Eckstein liebt die Pünktlichkeit — ein Knabe; das Glück ist keiner Steigerung fähig, und die Götter sind neidisch. Während er „mit Pfeil und Bogen“ der Jagd obliegt, kommt Wilhelm, Sophia's eigentlicher Verlobter, in schwarzer Verhüllung nach der Hütte; sie hatte das häßliche Ungeheuer nicht lieben können (she could nos love that ugly monster) und er nimmt nun seine Rache, indem er den Säugling fluchend an die Wand schleudert; er ist im Begriff, auch sie zu massakriren, als Herr Eckstein hinzukommt und ihn mit einem seiner Pfeile tödtet. Nach dieser letzten Anstrengung hält er es für angezeigt zu erwachen; das Tageslicht scheint durch die Läden; feucht von Thränen sind seine Wangen, sein Kissen und seine Hände, und er erhebt sich, um zu leiden und zu lieben.

Ist es nöthig, dem noch etwas hinzuzufügen? Wir meinen, die Thatsache, daß es Schriftsteller giebt, die sich solche — Kühnheiten erlauben dürfen (es hat sich unseres Wissens bis zum heutigen Tage keine Stimme gegen diese „Idylle“ erhoben), führt eine so beredtsame Sprache, daß wir uns eines besonderen Plaidoyers auf „Schuldig!“ enthalten können. Wir glauben kaum, daß der Traum an den Absatzverhältnissen der „Deutschen Dichterhalle“ nur die kleinste Ziffer ändern wird, aber die Tugend-, Sittlichkeits- und Zartgefühls-Heuchelei unserer „Gebildeten“ wird durch die schweigende Hinnahme dieser „Leistung“ in einer Art und Weise illustrirt, wie sie der grimmigste Feind der heutigen Gesellschaft sich nicht besser zu wünschen vermöchte. Wir gratuliren uns dazu, keine Tochter in einem Pensionat zu haben; die „höheren Töchter“ kultiviren ja das Englische heutzutage mehr, als die Sprache des „sittlich verkommenen“ Erbfeinds und wir muthmaßen, daß Ernst Eckstein's Novellen und seine „Dichterhalle“ in diesen Instituten unbeanstandeten Eingang finden. Ist aber das der Fall, so wird auch von den deutschen Pensionaten bald das schlimme Wort gelten:

„Une jeune fille peut sortir du pensionat vierge-peut-être; chaste non.“ (Ein junges Mädchen kommt vielleicht als Jungfrau, niemals aber keusch aus dem Pensionat.)

Der Stoff, den das Genie zu den schönsten Gebilden formt, wird unter den Händen der Mittelmäßigkeit zur Fratze, zur Karrikatur, und wo Ernst Eckstein mit Milton (Adam und Eva im Verlorenen Paradiese), Byron (Don Juan und Haidin) und Göthe (der Gott und die Bajadere) zu concurriren glaubt, entsteht „ein häßliches Ungeheuer“ (an ugly monster), das nur in der Bordell-Literatur einen Platz verdient und das man nicht energisch genug zurückweisen kann, wenn es in die Hallen sich drängt, die der Kunst geweiht sind oder mindestens geweiht sein sollten.

R. L.

— **Ein heroischer Arbeiter.** In verschiedenen Zeitungen finden wir folgende Notiz: „Französische Zeitungen erzählen einen seltenen Akt von Heroismus, der in seiner Art etwas von antiker Erhabenheit hat. Es handelt sich allerdings nur (!) um einen Barrierenwächter einer Eisenbahn, Namens Plantier. Derselbe bewachte eine Barriere an der Rive de Gier. Plötzlich bemerkte er, daß sich eine Maschine auf ihn zu bewege, die nicht erwartet worden war. Er eilte, die Barriere der einen der beiden Passagen zu schließen, wollte schnell über das Geleise laufen, um mit der andern das Gleiche zu thun, hatte sich aber in der Zeit verrechnet, die Maschine erfaßt ihn, riß ihn nieder und trennte den linken Arm vom Rumpfe. Trotz seiner ungeheuren Leiden erinnerte sich Plantier, daß um diese Zeit seine Wache noch nicht beendet sei, daß Züge kommen müßten, daß, wenn er seinen Posten verlassen würde, ein Unglück wahrscheinlich entstehen würde — genug ohne zu zögern, legte er irgend einen Lappen auf die Stelle, an der der Arm abgetrennt war, und kehrte zu seinem Dienst zurück. Das Gerücht von dem Unfall verbreitete sich indeß, der Chef des Bahnhofs kam herbei und man fand den Wächter in einer Blutlache stehend, aber noch aufrecht versah er seinen Dienst. Er antwortete auf der Frage, die man ihm vorlegte, daß er verwundet, daß er furchtbare Schmerzen leide, daß er seinen Posten nicht verlassen habe — genug der Dienst hatte nicht gelitten. Pariser Zeitungen verlangen, daß die Behörde das Kreuz der Ehrenlegion für diesen Akt der Tapferkeit auf die Brust des Braven befestigen solle.“ — Das Kreuz der Ehrenlegion — unserthalben, wenn der Arbeiter, was wir nicht glauben, besonderen Wunsch darnach hat; richtiger ist es, wenn die Gesellschaft, in deren Dienst der Arbeiter die Heldenthat verrichtet hat, demselben ein sorgenfreies Dasein verschafft. „Es handelt sich allerdings nur um einen Bahnwärter“ — schmachvoller Hohn! Ein Bahndirektor hätte allerdings solche Heldenthat nicht verrichtet.

— **Zum Kapitel der Lebensmittelverfälschung** enthält die „Post“ aus Langensalza folgenden Beitrag: „Am 5. Oktober verschwand der Mehlhändler Johann Gottlob Lange von hier mit nicht unbedeutenden Geldmitteln, nach deren Abhandenkommen er sich am 17. Oktober dem Gericht stellte. Inzwischen war über sein Vermögen Concurs eröffnet und ergab sich bei der Inventur seines Waarenlagers ein Bestand von 4 Sack Schwerspat à 1½ Ctr. Laut aufgefundener Rechnung hatte Lange am 2. August d. J. 25 Sack weißen und grauen Schwerspat à 1½ Ctr. von der Handlung Henkel u. Züllich in Gotha (à 2 M., resp. 2 M. 50 Pf. der Centner) geliefert erhalten. Verdeckt wurde der saubere Handel noch dadurch, daß Lange auf der Rechnung nicht als Mehlhändler, sondern als Tünchermeister bezeichnet war. Einige Säcke Waizenmehl und Roggenkleie aus dem Lager ergaben bei fachmännischer Untersuchung Untermischung von Schwerspat, desgleichen der Absatz in einem Mehlkasten, in welchem Lange sein Mehl zum eigenen Kleinverkaufe zu mischen pflegte. Auch ein leerer Sack wurde vorgefunden, welcher offenbar mit weißem Schwerspat gefüllt gewesen war. Sollte Lange in seinem kleinen Geschäfte die fehlenden 21 Sack Schwerspat allein verbraucht haben, so würde er täglich ca. einen halben Centner Stein statt Brod seinen vielfach ärmeren Kreisen angehörigen Abnehmern verkauft haben.“

Correspondenzen.

Berlin, 12. November. Am Sonntag wurde von den hiesigen Sozialisten ein neuer Arbeiterverein gegründet, dem sofort eine große Anzahl Personen beitraten. Der neue Verein führt den Titel: „Verein zur Wahrung der Interessen der werkthätigen Bevölkerung Berlins." Die Versammlung, welche im Louisenstädtischen Theater stattfand, war von 3000 Personen besucht, trotzdem das Lokal im dritten Wahlkreise lag und daher die Genossen der entlegenen Stadttheile, namentlich des sechsten Wahlkreises, nur wenig zahlreich vertreten waren. Dazu kommt noch, daß infolge des Ueberfülltseins die Einzeichnungen nicht in dem Maße bewirkt werden konnten, in dem das offenbare Interesse für den neueren Verein sich bei den Anwesenden kundgab. Diese Anzeichen lassen auf massenhafte Betheiligung der Berliner Arbeiter an dem Vereine für die Folge schließen. Wenngleich sich das neuentworfene und von der Versammlung genehmigte Statut in keinem Punkte an die Statuten früherer aufgelöster Vereine anlehnt, wird doch abzuwarten sein, ob Herr Teffendorff, welcher seit Jahren jede sozialistische Vereinsthätigkeit für Berlin unmöglich zu machen gewußt hat, auch gegen diesen Verein wieder einschreiten und in ihm eine Fortsetzung der früheren Parteithätigkeit erblicken wird. —

Mutterstadt, 8. November. Gestern Vormittag 10 Uhr haben wir hier unsern alten und treuen Parteigenossen, den Schuhmachergesellen Johann Schmalbach, gebürtig aus Orb, beerdigt. Schon seit den 60er Jahren Mitglied der sozialdemokratischen Partei (Allg. Deutscher Arbeiterverein), hat er bis zum letzten Athemzuge treu und unentwegt trotz aller Chikane und Anfeindungen die Fahne der Sozialdemokratie, die heilige und gerechte Sache der enterbten Menschheit hoch gehalten. Immer und immer wieder versuchte er es, in seiner schlichten und einfachen Weise den Wall von Vorurtheilen zu zerbrechen, um dem Sozialismus neue Kämpfer zu gewinnen. Und nicht ohne Erfolg! Wie er unter seinen Gesinnungsgenossen ein gern gesehener Gast war, so hat er es auch verstanden, sich die Achtung seiner Gegner zu erringen. Die 21 Jahre, die er ununterbrochen bei einem Meister thätig war, sowie die überreiche Blumenspende und die zahlreiche Betheiligung bei seinem Leichenbegängniß sind der sprechende Beweis hiefür. Da er Mitglied der freien religiösen Gemeinde war, fand die Beerdigung selbstredend ohne jede kirchliche Ceremonie statt. Herr Schubenell, Vorstand der freireligiösen Gemeinde in Mannheim, hielt an Stelle des Sprechers Herrn Karl Scholl, der anderweitig beschäftigt war, die Grabrede. Hierauf ergriff unser Genosse Aug. Dreesbach aus Mannheim das Wort, um in kurzen Zügen das Leben und Wirken des Dahingeschiedenen zu schildern und die Anwesenden zur eifrigsten Nachahmung aufzufordern. Die ganze Feier ging ohne jeden Mißton vorüber, und sind wir überzeugt, daß der Eindruck, den dieselbe auf alle Anwesende gemacht, ein guter und nachhaltiger sein wird. Den auswärtigen Orten sagen wir hiermit unsern Dank für ihre Betheiligung, und schließen mit den Worten unseres Genossen Dreesbach: „Wenn wir auch die sterbliche Hülle unseres Freundes der Erde wieder zugeführt, so ist er doch nicht todt für uns, denn sein Wirken lebt unter uns fort", und deshalb: „Vorwärts über Gräber!"

Die Mutterstadter Sozialisten.

St. Arnual, 9. November. Daß der Absagebrief, den der Schlosser Wölflinger in den hiesigen Blättern gegen die Sozialdemokratie veröffentlichte, den Gegnern ein „gefundenes Fressen" sein würde, konnte ich mir lebhaft denken. Mit dem Absagebriefe hat es aber so seine eigene Bewandtniß, und wer da meint, daß Wölflinger etwa aus freiem Antriebe den Widerruf erließ, der irrt sehr stark; im Gegentheil, es hat einer langen Zeit der ärgsten Verfolgungen bedurft, um Wölflinger, der übrigens nie direkt Parteigenosse war, zum Abfall von der Sozialdemokratie zu bewegen. Nur Einiges über die Verfolgungen. W. arbeitete früher in der Bahnhofswerkstatt als Schlosser; ganz plötzlich erhielt er seine Entlassung, weil er sozialistische Zeitungen zur Vertheilung gebracht hatte. Den Entlassungsschein warf W. in den Ofen und erhielt Arbeit bei einem Meister in St. Johann, der Kenntniß von dem Vorfall hatte. Aber bald wurde ihm auch hier gekündigt, da der Meister, wie er sagte, die städtischen Arbeiten von Saargemünd zu verlieren fürchtete. W. suchte nun lange Zeit vergebens Arbeit; überall, wo er nachfragte, wies man ihn, sobald er seinen Namen genannt hatte, kurzer Hand ab. W., der verheirathet ist, ging darauf in die Fremde und war so glücklich, in Mannheim Arbeit zu bekommen. Hier in Mannheim erhielt W. eines schönen Tages von seiner Frau ein Schreiben, in welchem ihm mitgetheilt wurde, daß er auf der Eisenbahn wieder Arbeit bekommen könne; W. eilt natürlich freudigst zurück — aber mit der Arbeit war es vorläufig nichts. Man vertröstete ihn absichtlich für einige Zeit, um ihn durch Hunger mürbe zu machen. Endlich warf man die Maske ab und eröffnete ihm, daß er nur dann Arbeit bekommen würde, wenn er eine „Erklärung" abgebe, in der er sich von der Sozialdemokratie lossagte; man händigte ihm auch sofort die schriftliche „Erklärung" ein. Aber dieses Machwerk zerriß W. in kleine Fetzen, nachdem ihm einige Arbeiter gesagt hatten, daß sie lieber verhungern wollten, als solche ehrabschneidenden Zeilen zu unterschreiben. Es geschah dies in einem Gasthaus. Sofort aber war ein Mann bei der Hand, der ihm eine andere Erklärung ausfertigte, in welcher es hieß, daß er wohl früher Parteiblätter gelesen habe, in Folge des Verbots aber dies in Zukunft unterlassen wolle; die Existenz seiner Familie gehe ihm über alles. Auch diese Erklärung weigerte sich W. zu unterschreiben. Es vergingen nach diesem Vorfall 14 Tage, in welcher Zeit die Lage W's. sich wahrlich nicht gebessert haben mag, denn eines schönen Tages brachte die „St. Johanner Zeitung" folgende öffentliche Erklärung:

„Ich erkläre hiermit, daß ich mich von der Partei der Sozialdemokraten gänzlich und für immer lossage, und warne jeden braven und soliden Arbeiter dringend, sich nicht durch die schön klingenden Phrasen dieser Herren bethören zu lassen, deren Bestrebungen nur auf den Umsturz aller göttlichen und menschlichen Ordnung hinauslaufen und die, wie ich jetzt deutlich erkannt habe, anstatt den Arbeiter glücklich zu machen, wenn sie zur Herrschaft gelangen sollten, die ganze Menschheit in unsäglichen Jammer und Elend stürzen würden.

St. Arnual, 1. Oktober 1877.

Wölflinger, Schlosser."

Der Umstand, daß Wölflinger seit dem 1. November wieder in der Bahnhofswerkstatt beschäftigt ist, beweist zur Genüge, wer der eigentliche Macher der „öffentlichen Erklärung" ist. Und mit solchen, ebenso kindischen als infamen Mitteln glauben die Gegner die Sozialdemokratie aus dem Felde zu schlagen? Zwar ist es bereits dahin gekommen, daß ein freimüthiges Eintreten für die Sozialdemokratie hier zu Lande von den schlimmsten Folgen begleitet ist, aber trotzdem ist ihre Anhangerschaft im Wachsen begriffen und sie wird und muß mehr und mehr an Terrain gewinnen, da sie allein die Partei ist, welche für die Interessen der ausgebeuteten Klassen ficht.

Allgemeiner Arbeiter-Sängerbund.

Auf Anregung mehrerer Arbeiter-Gesangvereine soll für die Rheinpfalz und einen Theil von Baden mit der Gründung eines Rheinpfälzischen Arbeiter-Sängerbundes im Anschluß an den Allgemeinen Arbeiter-Sängerbund vorgegangen werden, um den Zweck des Letzteren besser erreichen zu können.

Die Arbeiter-Gesangvereine der Rheinpfalz 2c. werden daher aufgefordert, mit Herrn Jakob Frank in Frankenthal (Wallonenstraße) in Correspondenz zu treten, um das Nähere wegen Anschluß an den Bund zu erfahren.

Außerdem werden die Arbeiter aufgefordert, zu Gesangvereinen zusammen zu treten, und wird der Unterzeichnete mit Lokalstatuten, Liedern 2c. und sonstigem Rath zur Seite stehen.

Da die Organisation unter den Arbeiter-Gesangvereinen immer weitere Fortschritte macht, hofft Unterzeichneter auf zahlreiche Betheiligung.

Gotha. Mit Gruß

Emil Sauerteig, Vorsitzender.

An die Saarbrücker Parteigenossen!

Nachdem wir vor einiger Zeit an den Colporteur Matthies Drucksachen zur Agitation gesandt hatten, aber infolge seiner Verhaftung keine Antwort über deren Empfangnahme erhalten konnten, so ersuchen wir einen rechtschaffenen Parteigenossen von dort um Angabe seiner genauen Adresse im „Vorwärts", welcher bereit wäre, weitere Zusendungen von Broschüren von uns entgegen zu nehmen und zur Vertheilung zu bringen. Es würde alsdann jeden 1. und 15. eines jeden Monats ein gehöriges Packet hier abgesandt werden, über dessen Empfang wir durch den „Vorwärts" wieder benachrichtigt werden könnten. Der Sicherheit halber ersuchen wir irgend einen Parteigenossen, welcher in St. Johann-Saarbrücken schon gesprochen hat, uns einen zuverlässigen Mann vorschlagen zu wollen, damit nicht etwa unsaubere Hände uns die Sache verderben.

Hamburg, den 11. November 1877.

A. Nellé. W. Rudolph.

An die Parteigenossen in Pirmasens (Rheinpfalz).

Um auch dortselbst agitatorisch wirken zu können, wünschen wir mit den dortigen Sozialisten in Verbindung zu treten.

Zuschriften sind erwünscht unter der Adresse: Ph. Koch, „Neue Welt", J. 5. 16, Mannheim.

Das Central-Agitationscomité.

„Rundschau"

Nr. 3 haben bezogen: Aschersleben, Achim, Altona, Apenrade, Ahrensburg, Aachen, Alveslohe, Annaberg-Buchholz, Augsburg, Bielefeld, Bockenheim, Breslau, Barmen, Brandenburg, Burscheid, Bornheim, Barmstedt, Barlt, Braunschweig, Bromberg, Bernburg, Calau, Cassel, Crefeld, Cottbus, Coblenz, Cöthen, Chemnitz, Duisburg, Dortmund, Delitzsch, Dörnigheim, Düsseldorf, Dessau, Ernsdorf, Eckernförde, Elmshorn, Erfurt, Edderitz, Essen, Frankfurt a. M., Flensburg, Fulda, Freden, Forst, Fürth, Geestendorf, Glückstadt, Göttingen, Gorlitz, Greiffenberg, Gelsenkirchen, Goldlauter, Garding, Guben, Gablenz, Gohlis, Hemme, Hannover, Hanau, Harburg, Halle, Hildesheim, Halberstadt, Heide, Jüterbogk, Jeßnitz, Kalk, Kleinkrotzenburg, Kiel, Kirchhain N.-L., Kellinghusen, Lokstedt, Lunden, Liegnitz, Lüneburg, Langenbielau, Leopoldshall-Stoßfurth, Lesum, Lechhausen, Lindenau, Meldorf, Mölln, Marburg, München, Naumburg a. d. S., Nordhausen, Neumünster, Neustadt i. H., Nowaweß, Nordhastedt, Neundorf, Nürnberg, Osnabrück, Ottensen, Osterode, Oldesloe, Oederan, Peterswaldau, Potsdam, Pinneberg, Peitz, Rendsburg, Rostock, Rheda, Rixdorf, Soffenheim, Sorau, Seth, Striegau, Schleswig, Steele, Schönberg, Sühlen, Stelle, Schweidnitz, Schloßchemnitz, Spremberg, Tönning, Uelzen, Verden, Werden, Wandsbeck, Wüstegiersdorf, Wilster, Waldenburg i. Schl., Wilhelmshafen, Wiesbaden, Zeitz.

Nr. 4 haben bezogen: Aschersleben, Achim, Altona, Apenrade, Ahrensburg, Aachen, Alveslohe, Annaberg-Buchholz, Augsburg, Altenburg, Barmstedt Bielefeld, Bockenheim, Breslau, Barmen, Burscheid, Braunschweig, Bernburg, Calau, Cottbus, Coblenz, Cöthen, Chemnitz, Duisburg, Dortmund, Delitzsch, Düsseldorf, Dessau, Dahme, Ernsdorf, Elmshorn, Erfurt, Edderitz Essen, Eimbeck, Frankfurt a. M., Flensburg, Fulda, Freden, Forst, Fürth, Geestendorf, Göttingen, Görlitz, Greiffenberg, Gelsenkirchen, Goldlauter, Guben, Gablenz, Gohlis, Hemme, Hannover, Hanau, Halle, Hildesheim, Halberstadt, Hecklingen, Harburg, Jüterbogk, Jeßnitz, Kalk, Kleinkrotzenburg, Kiel, Kellinghusen, Königsberg, Lunden, Liegnitz, Langenbielau, Leopoldshall-Staßfurth, Lechhausen, Lindenau, Magdeburg, Marburg, Neumünster, Neustadt, Nowaweß, Neundorf, Nürnberg, Ottensen, Oldesloe, Oberhausen, Osnabrück, Peterswaldau, Potsdam, Pinneberg, Rendsburg, Rostock, Rixdorf, Ronsdorf, Soffenheim, Sorau, Striegau, Schleswig, Steele, Sühlen, Spremberg, Schloßchemnitz, Tönning, Uelzen. Wandsbeck, Wüstegiersdorf, Wilster, Wilhelmshafen, Wiesbaden, Wirkhausen, Zeitz.

Etwaige Reklamationen sind an untenstehende Adresse zu richten.

Die Parteigenossen an denjenigen Orten, wohin das Blatt nicht geht, werden ersucht, sich über einen Filial-Expedienten zu verständigen und dessen Adresse einzusenden.

Verlag der „Rundschau".
Hamburg, Amelungstraße Nr. 5.

Berichtigung.

Vorerst muß ich bemerken, daß ich mich irrte, als ich sagte, daß der frühere Sergeant Wilh. Wirtz aus Kreuznach in der ersten Compagnie des betr. Jägerbataillons diente — er diente in der vierten Compagnie. Dann heiße ich nicht Boinhagen, sondern Bornhagen, und sollte „Freund" Wirtz diesen Namen lesen, so wird er unwillkürlich denken: „Die Geister, die ich rief, werd' ich nun nicht los." Ueberhaupt ersuche ich aus Saarbrücken oder St. Johann um gefällige Adressen von Parteigenossen.

Carl Bornhagen, Cöln, Kleiner Griechenmarkt 71.

Briefkasten

Quittung. R. W. Schr. 0,20. Pltzr Himmelberg Ab. 5,10. Schrier Dürkheim Ab. 2,80. Rttmnnr München Ab. 100,00, Schr. 21,85. Lgs Hannover Ann. 2,40, Schr. 11,20. Mlr Mannheim Ab. 25,09. Wgr Brdstdt Schr. 8,80. Jlnch Linz Ab. 3,40. Gnwld Altenburg Schr. 10,00. Exped. d. „Fr. Presse" Magdeburg Ab. 265,00. Pnngr Bremen Ab. 43,60. Mitg Altona Ab. 52,90.

Anzeigen 2c.

Frankfurt a. M. u. Umg. Allen Genossen zur Nachricht, daß Wochen- und Monatsabonnements auf alle sozialistischen Zeitungen „Vorwärts", „Neue Welt", „Rundschau", „Die Zukunft", „Berliner Freie Presse", „Volksfreund", „Neue Gesellschaft", „Hamburg-Altonaer Volksblatt" u. s. w. zu jeder Tageszeit angenommen werden. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß bei mir Aufträge auf Drucksachen aller Art, z. B. Adreßkarten, Visittenkarten, Rechnungen, Circuläre u. s. w. angenommen werden. Alle Drucksachen werden billig und nach Wunsch schnell und bestens besorgt.

W. Knoke, Kleine Eschenheimerstraße 31, 2. Etg.

NB Den geehrten Abonnenten des „Vorwärts" zur Nachricht, daß vom Sonntag, den 18. November, an das Abonnementsgeld erhoben wird. [140

Hamburg. Korkmacher-Bund. Sonnabend, den 17. November, Abds. halb 9 Uhr:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Innere Angelegenheiten.

Der Vorstand. [60

Leipzig. Gewerkschafts-Vorstände. Freitag, den 16. November, Abends 8 Uhr, im Lokale des Hrn. Kern, gr. Windmühlenstraße Nr. 5: [70

Zusammenkunft.

Tagesordnung: 1. Die Centralisation. 2. Verschiedenes.

Carl Stammer.

Neue Welt

Heft 2 Jahrgang III. (mit dem 1. Oktober a. c. beginnend)

ist versandtfertig und wird **nur auf ausdrückliche Bestellung geliefert.** Wir bitten also, rechtzeitig Nachricht hierher zu geben.

Leipzig, den 27. Oktober 1877.

Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth **M. 1,50 gegen baar** oder **Nachnahme** durch die Buchbinderei von **H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16** zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der **Expedition der „Neuen Welt", Leipzig, Färberstr. 12 II.**

„Der arme Conrad."

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen **Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg.**, gebunden und **mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg.**, gegen **baar oder Postvorschuß.**

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist **anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von **1 Dutzend aufwärts berechnen wir**

brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ } **netto gegen baar.**

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Fackel", Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.
Expedition der „Freien Presse", Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a

Absatz bis 15. Oktober 20,000 Exemplare.

Es erschien und ist sowohl direkt wie durch alle sozialistischen Zeitungsexpeditionen zu beziehen:

Volkskalender für 1878.

13 Bogen gr. 4. **Schön illustrirt.**

Preis: geheftet 50 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 75 Pf. 10 Stück geheftet 4,00, 100 Stück 30,00, bei direktem Bezuge gegen Baar oder Postvorschuß.

Inhalt:

1878 (Gedicht). Neuer Kalender und **Erklärung** desselben. **Chronol.** Charakteristik des Jahres 1878 und Festrechnung. **Die Jahreszeiten** von 1878. Die Finsternisse und der Merkur-Durchgang von 1878. Jüdische Feste. Buß- und Bettage. Wetterprophezeihungen. **Kalenderzeichen.** Kalendarium, mit Messen und Märkten, **Schreibkalender,** Planetenerscheinungen, Wetterprophezeihungen, **Anekdoten. Unser Planetensystem. Kernsprüche** aus „Der freie Mensch" von **Joh. Jacoby. Sinngedichte** von Lessing. Die Stiefelchen, eine **Geschichte aus dem Kleinmeisterleben** von A. Otto-Walster. Schutz den **Vögeln! Kanon,** von Chamisso. Weit über's Meer, von Wilh. Blos. **Kuckuck,** von Glaßbrenner. Was ein guter Lehrer kann und was ein schlechter Lehrer nicht zu verantworten hat, von Ed. Sack. **Der Gang um Mitternacht,** von Herwegh. Die Sklaven-Emanzipation, von Glaßbrenner. Eine seltsame Geschichte. Vom Bau der Pflanzen. **Die seltsamen Menschen,** von Lichtwer. Nachts, von Prutz. „Heil Dir im Siegerkranz", ein Beitrag zur Geschichte der Volkshymnen, von Ed. Sack. **Die Entstehungsursache des Keuchhustens.** Abenteuer eines Grafen mit seiner Milchschwester, von B. Becker. **Der Stein der Mutter oder die Gnahba-Indianerin,** von Chamisso. **Das große Loos,** von Langbein. **Die Diebe,** von Glaßbrenner. Insekten-Geschichten. **Lied von dem deutschen Philister — Flora Germanica — Persönliche Sicherheit,** von Hoffmann von Fallersleben. Die abgestellte Hungersnoth, von Rückert. **Nieder mit den Fälschern!** „Hütekinder", von Ed. Sack. **Blumen von Eis.** Der Krieg im Orient. Testament **Peter's des Großen. Drei helle Köpfe:** Lessing, von W. Bracke; Joh. Jacoby, von S. K.; **Karl Marx,** von F. Engels. Der deutsche Reichstag, von einem sozialistischen Abgeordneten. Die Städtebevölkerung des deutschen Reichs. **Tabellen:** Portotabelle, Banknotenverzeichniß, Depeschen- und **Wechselstempel-Tarif,** Korn- und Fruchtrechnung, Trächtigkeitstabelle. **Am Schlusse befindet** sich ein vollständiges Verzeichniß der Messen und **Märkte für die betreffende Ausgabe.** Den nach der Nordseeküste gehenden **Exemplaren** wird die Ebbe- und Fluthtabelle der Nordsee beigelegt.

Illustrationen:

Titelbild. Monatsbilder. Erde und Mond. **Die Planeten.** Die Sonne und die Planeten. Durchgang des Merkur 1710, **der Venus** 1761. Nistkästen. Pflanzenzellen, Markzellen, Holzzellen mit Verdickungsschichten, Zellen der Nadelhölzer, Längsschnitt **eines Gefäßbündels.** Baumwolle, Flachsfaser, Wollenhaar, Seidenfaden. **Palmengruppe.** Landschaft in Sibirien. Der Upasbaum. Die **drei Grazien,** kalifornische Mammouthbäume. Tropischer Palmenwald. **Mangrove-Wald** im Tieflande von Ecuador. Ameisen, von einem **Raubzug zurückkehrend.** Ameisen, im Bau eines gedeckten Weges gestört. **Schneekristalle.** Lessing's Denkmal zu Braunschweig. Portraits: **Gotth. Ephr.** Lessing; Johann Jacoby; Karl Marx. Sitzungsaal des **deutschen** Reichstages.

Der Kalender dient der Aufklärung und der Sache des Volks.

Bestellungen werden erbeten von

Braunschweig, 1. August 1877. **W. Bracke jr.**

Sozialistisches Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Sekretäre **J. Auer** oder **C. Derossi**, Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.

Geldsendungen sind zu richten an **August Geib**, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Eng, 448 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 136. Sonntag, 18. November. 1877.

Die englischen Trades Unions.

II.

Seit unser, in voriger Nummer veröffentlichter Artikel geschrieben worden — es sind jetzt so ziemlich 5 Jahre her*) — ist die englische Gewerkschaftsbewegung durch die Logik der Thatsachen mehr und mehr auf das sozialpolitische Gebiet gedrängt worden. Die allgemeine Handels- und Geschäftskrisis, welche vor etwa 4 Jahren ihren verderblichen Rundgang begann und bald auch England erfaßte, lieferte den Arbeitgebern mächtige Waffen gegen die Arbeiter. Die Waffen wurden ohne Schonung gebraucht — Herabsetzung der Löhne: das war das Lied, welches die Arbeitgeber in allen Tonarten zu singen anfingen. Herabsetzung der Löhne und — trotz des verminderten Absatzes, trotz der verminderten Produktion — vermehrte Arbeitszeit, wo immer sie sich einführen ließ. Vergebens machten die Arbeiter geltend, daß letztere Forderung ja geradezu widersinnig sei: die Herren Kapitalisten, die den Verstand der Herrschaft haben, sie wußten es besser — sie warfen die „überschüssigen Arbeiter" auf's Pflaster, schufen den in der Arbeit befindlichen „Händen" eine Armee hungernder Concurrenten und tyrannisirten die arbeitenden Arbeiter mit Hilfe der nichtarbeitenden.

„Was, ihr wollt bloß 9, bloß 8 Stunden arbeiten? Seid ihr so naiv und so unwissend, zu glauben, wir ließen euch zu Liebe und euch zu Nutz arbeiten? Glaubt ihr an das stupide Märchen von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit", das von demagogischen Charlatanen erfunden worden ist, um Dummköpfe zu naspführen? Die „gute Zeit" ist jetzt vorbei; unsere Profite sind gefallen; wir haben aber keine Lust, einen Pfennig zu verlieren, und da halten wir uns denn an euch — weniger Lohn! Das ist selbstverständlich, und längere Arbeitszeit! Das ist ebenfalls selbstverständlich. Oder bildet ihr euch ein, wir hätten euch die 9-, die 8-stündige Arbeitszeit in verschiedenen Geschäftszweigen aus sentimentaler Menschenfreundlichkeit bewilligt? Bah! das Geschäft ging flott, wir brauchten euch, mußten euch in unserem Interesse einige Concessionen machen, allein das ist nun vorbei; wir drehen den Spieß um: ihr braucht uns. Wenn ihr eure Nase in die Nationalökonomie gesteckt habt, dann müßt ihr wissen, daß es unser Vortheil ist, euch möglichst lang arbeiten zu lassen. Wer keine Lust dazu hat, der mag gehen, für Jeden, der geht, bieten sich zehn andere an." —

So pfiffen die Herren Kapitalisten, und die Arbeiter mußten nach der Kapitalistenpfeife tanzen.

Aber die Gewerkschaften, die colossale Organisation der Trades Unions?

Sie nahmen tapfer den Handschuh auf. Besonders in dem Kohlen- und Eisengewerke folgte ein Strike dem andern. Was half aller Heldenmuth? Was half die bewundernswürdige Organisation der Trades Unions? Schritt um Schritt wurden die Arbeiter zurückgedrängt, und obgleich der Kampf fortdauert — an einem Punkte erstickt, bricht die Flamme des Klassenkampfes an einem anderen hervor —; so gibt es doch heute in England keinen denkfähigen Arbeiter, der nicht im Laufe dieser Krisis begriffen hätte, daß die bestmögliche Gewerkschaftsorganisation nicht im Stande ist, den Arbeiter von der Sklavenkette des Kapitalismus zu befreien und dem Elend der arbeitenden Klassen abzuhelfen.

Des Weiteren haben die englischen Kapitalisten in jüngster Zeit durch die „Einfuhr" ausländischer Arbeiter dafür gesorgt, daß auch dem vernageltsten englischen Gewerkschaftler die Nothwendigkeit einer internationalen Organisation der Arbeiterklasse klar werden muß.

Unter solchen Verhältnissen scheint uns der Augenblick für die Wiederaufnahme sozialpolitischer Agitation in England sehr gut gewählt (S. unsere heutige Mittheilung aus England). Wir werden die ferneren Schritte in dieser Richtung genau verfolgen und registriren. Langsam geht es allerdings — die feste Organisation und ungeheure Ausdehnung der englischen Gewerkschaften verhindern eine rasche Neugeburt von innen heraus. Von innen heraus aber muß der Umschwung kommen — das möge man ja nicht vergessen, und darum den Trades Unions gegenüber Alles vermeiden, was Mißtrauen oder Widerwillen erregen könnte.

Unserer festen Ueberzeugung nach ist jede Arbeiterbewegung in England, welche die Trades Unions außer Berechnung läßt, ein todtgeborenes Kind.

Die englischen Trades Unions müssen von der Sozialdemokratie „moralisch erobert" werden. Und da die Verhältnisse so kräftig für uns arbeiten, scheint uns, bei geschicktem Vorgehn, die Aufgabe nicht allzuschwer. — —

Zur Ergänzung des von uns Gesagten theilen wir noch nachstehenden Aufsatz der „Sozialdemokratischen Correspondenz" (vom 7. November) mit:

„Ueber die englischen Trades Unions sind in Deutschland auch unter unseren Parteigenossen durchaus irrige Ansichten verbreitet. Man stellt die Trades Unions auf gleiche Linie mit den Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinen, und meint, daß sie im Wesentlichen die gleiche Organisation hätten und gleiche Ziele verfolgten. Nichts kann irriger sein. Es ist wahr, Max Hirsch ist weiland auf ein paar Wochen nach England gefahren, um die englischen Gewerkvereine zu „studiren", allein es erging ihm dabei, wie dem Wachtmeister in Wallenstein's Lager: Wie sie sich räuspern und spucken, das thät er ihnen glücklich abgucken, aber den Geist hat der unglückliche Harmonie-Doktor nicht capirt und konnte ihn folglich nicht copiren, selbst wenn er gewollt hätte. Was nicht der Fall war und nicht der Fall sein konnte. Als Sozialdemagog im Dienste der Bourgeoisie hatte Max Hirsch die Aufgabe, Arbeiter-Organisationen zu schaffen, welche sich im Dienste der Bourgeoisie verwenden ließen, also gegen die Arbeiter. Falsche Arbeiter-Organisationen gegen die ächten Arbeiter-Organisationen — das war der Zweck und diesem Zweck haben die Mittel entsprochen. Es ist wahr, die Hirsch'schen Gewerkvereine sind nicht immer ganz innerhalb des Hirsch'schen Programms geblieben — Arbeiter sind eben Arbeiter, und bei den zahmsten kommt mitunter, in Ermangelung des Klassen-Bewußtseins, der Klassen-Instinkt zum Durchbruch —; und es ist gewiß, daß die Hirsch'schen Gewerkvereine allmählich in den Sozialismus hineinwachsen, daß sie mehr und mehr zu Pflanzschulen der Sozialdemokratie werden; ähnlich wie 1848 in Paris die Nationalwerkstätten, die ebenfalls gegen die Arbeiter gegründet waren, und der Bourgeoisie eine willfährige Proletarierarmee gegen das revolutionäre Proletariat liefern sollten. Das Proletariat durch das Proletariat im Zaum und nieder zu halten, ist ja die neueste Bethätigung der divide et impera (Theile und herrsche!) -Maxime.

„Ganz anders die englischen Trades Unions. Es sind ächte wirkliche Arbeiter-Organisationen, nicht nachgemachte Waare; Natur-, nicht Kunstprodukt; organisch aus der englischen Arbeiterbewegung hervorgegangen, nicht mechanisch auf Bestellung angefertigt.

„Kein Zweifel, sie sind noch nicht sozialdemokratisch, allein ebenso wenig sind sie Anhängsel und Werkzeuge der Bourgeoisie. Wir werden das gelegentlich näher ausführen. Für heute nur so viel: Die englischen Trades Unions vertreten die Interessen des Proletariats; nicht angesteckt von dem Harmonieschwindel, haben sie den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit begriffen und führen bewußt den Klassenkampf. Ihr Fehler ist, daß sie den Klassenkampf auf dem Boden der heutigen Gesellschaft zu einem für die Arbeiter siegreichen Ende zu führen hoffen. Indeß von diesem Wahn werden sie durch die allgewaltige Logik der Thatsachen geheilt werden, obgleich eine Anzahl der Führer notorisch im Solde der Bourgeoisie ist und das Möglichste thut, um zu verhindern, daß die Arbeiter vom Baum der sozialen Erkenntniß essen. Uebrigens selbst diese corrupten Führer der Trades Unions blicken mit souveräner Verachtung auf die Hirsch'schen Versuche in Sozialdemagogie herab, und wenn neulich ein Sympathie-Schreiben der englischen Trades Unions an die Hirsch'schen Gewerkvereine einlief, so war dies in der That „an die falsche Adresse" gekommen, denn der Dank der Trades Unions galt den sozialistischen Gewerkschaften, die ihnen in dem jetzigen Maurer- und Zimmerer-Strike Hilfe geleistet, und ward durch einen „falschen Bruder", der einst Sozialist und Internationaler war, aus Haß gegen die deutsche Sozialdemokratie absichtlich „an die falsche Adresse" befördert.

„Welch' himmelweiter Unterschied zwischen den englischen Trades Unions und den Hirsch'schen Gewerkvereinen ist, zeigt recht deutlich eine Notiz in der letzten „Industrial Review" — dem Central-Organ der Trades Unions — eine Notiz, die durch direkt an uns gelangte Privatmittheilung bestätigt und ergänzt wird. In Nord Staffordshire (England) wurde den Grubenarbeitern am Sonnabend vor 8 Tagen von den Arbeitgebern eine Lohnreduktion von 10 Procent angekündigt. Sofort verließen 5000 Kohlenarbeiter die Arbeit und im Laufe der Woche weitere 2—3000, wodurch im Ganzen, die Familien eingerechnet, 22,000 Menschen brodlos und an 100,000 Menschen in Mitleidenschaft gezogen sind. Die strikenden Arbeiter gehören einer der großen Grubenarbeiter-Gewerkschaften an; wie wir nun aus der „Industrial Review" ersehen, haben die beiden von den englischen Kohlenarbeitern ins Parlament geschickten „Arbeiter"-Vertreter, Burt und Mac Donald, sich auf einer Versammlung die äußerste Mühe gegeben, die Arbeiter für eine schiedsrichterliche Lösung zu gewinnen. Aber umsonst bliesen sie unter dem Beifall des anwesenden Vertreters der Grubenbesitzer die Friedenspfeife: die Arbeiter erklärten, unter keiner Bedingung auf ein Schiedsgericht eingehen zu wollen, das doch blos zu einem Scheinfrieden führen könne; es sei besser, nach ehrenvollem Kampfe besiegt zu werden, als vor der Schlacht einem Feind die Hand zur Versöhnung zu reichen, mit dem man schließlich doch die Schlacht auf Leben und Tod schlagen muß. Mit großer Majorität wurde denn der Strike beschlossen.

„Es ist dies kein vereinzelter Vorgang — die Symptome häufen sich, welche darauf hindeuten, daß die englischen Trades Unions die Thorheit ihrer bisherigen Taktik zu erkennen beginnen und allmälig in eine neue Bahn gedrängt werden."

*) Der Artikel, an dem nur wenige Ausdrucke verändert wurden, gelangte zuerst in Nr. 98 des „Volksstaat" vom 7. Dezember 1872 zum Abdruck.

Berichtigung: Im Schlußsatz des vorigen Artikels ist durch Versehn eine ganze Zeile ausgelassen worden; der Satz muß lauten:

Das Scheitern der reingewerkschaftlichen Organisation in England bedeutet daher das Scheitern der rein gewerkschaftlichen Organisation überhaupt: die absolute Unmöglichkeit der an sich widersinnigen Aufgabe, mit Beibehaltung des Lohnverhältnisses die Lohnsklaverei zu beseitigen, ist durch die Erfahrung auf dem großartigsten Maßstab festgestellt."

Aus Nordamerika.

Newyork, 20. Oktober. (Die New-Yorker Kapitalisten-Presse und die Sozialdemokraten.) Die Wogen der Arbeiterbewegung gehen hier jetzt hoch und die Herren vom Geldsack sehen sich endlich gezwungen, von den bisher nur mit Achselzucken erwähnten Sozialdemokraten Notiz zu nehmen. Die hiesige „Staats-Zeitung", die größte deutsche Zeitung Amerikas, wenn nicht der ganzen Welt (sie hat 50,000 Abonnenten und im Format 56 Spalten à 2¼ Zoll Breite und 19 Zoll Länge, wovon die Hälfte, also 1197 Quadratzoll oder über 8 Quadratfuß Lesestoff, und ebensoviel gutbezahlte Anzeigen sind, von denen die Zeile 20—50 Cents, d. h. 80 Pf. bis 2 Mark kostet). Der Besitzer der „Staats-Zeitung", Oswald Ottendorfer, ein 1848 in die Wiener Revolution verwickelt gewesener Student ist ein Philister im vollsten Sinne des Wortes und, wie sich dies von selbst versteht, ein entschiedener Gegner der Arbeiterbewegung. Die „Staats-Zeitung" wird nun aber täglich von 20—30,000 Arbeitern gelesen, folglich kann Herr Ottendorfer nicht umhin, dann und wann die „brennende" Arbeiterfrage in Leitartikeln und Correspondenzen behandeln zu lassen. Als der große Eisenbahnstrike kürzlich im Gange war, konnte man täglich ellenlange Abhandlungen in der „Staats-Zeitung" lesen, die darauf berechnet waren, abzuwiegeln und die Arbeiter gute, brave Kinder zu nennen, die sich ja nicht von den bösen Buben verlocken und verleiten lassen dürfen. Auch jetzt noch erscheinen dann und wann derartige Sachen in der „Staats-Zeitung", und um den Lesern des „Vorwärts" eine interessante Probe davon zu geben, möge hier ein Theil einer deutschen Correspondenz mitgetheilt werden, die heute in Herrn Ottendorfer's Blatt erschien:

„Hamburg, 30. September. Dafür, daß wir in Deutschland die Sozialdemokratie nicht aus dem Auge verlieren, ist in solchem Maße gesorgt, daß in der That bei dem größeren Maße von Achtsamkeit, welches man ihr in neuester Zeit widmet, gar kein Verdienst mehr ist. Während sichtlich die Spannkraft aller anderen Parteien (allenfalls mit Ausnahme der Neuconservativen) nachläßt, derart, daß in Sachsen die liberalen Parteien schwere Einbußen gegen die Conservativen erleiden, daß mit Anstrengung gegründete und mit großen Opfern lange aufrecht erhaltene journalistische Unternehmungen jetzt eingehen müssen — so die „Main-Zeitung" in Darmstadt und der „Fortschritt" in Pforzheim — und daß von angesehenen Parteiführern die Frage erörtert wird, ob man nicht etwas zu schnell vorgegangen sei: während dem nimmt die sozialdemokratische Propaganda ihren unausgesetzten Fortgang, gründet neue Blätter — so in jüngster Zeit in Kiel, Bielefeld, Köln, Mannheim — zieht neue Bezirke, so jetzt den Saarbrückener, in das Bereich ihrer Agitation, ruft neben dem „wissenschaftlichen Blatte" das „Vorwärts" noch eine förmliche, zu Berlin erscheinende Wochen-Revue unter dem Namen „Zukunft" ins Leben, und entfaltet überhaupt nach allen Richtungen hin jene Thätigkeit, welche jungen, in der Entwickelung begriffenen Richtungen eigen zu sein pflegt.

Wohl wird es ihr nicht mehr so leicht gemacht wie ehedem. Man liest jetzt die sozialdemokratischen Blätter zwar immer noch nicht genug, um ein vollständiges Urtheil über ihre Bestrebungen zu haben, aber doch hinlänglich, um die Redaktionen zu etwas größerer Vorsicht zu nöthigen. Auch die Agitatoren müssen sich mehr zusammennehmen. In Saarbrücken sind kürzlich zwei dieser Leute zu 2½ Jahren Gefängniß verurtheilt worden, und ähnliche Urtheilssprüche haben in verschiedenen anderen Städten stattgefunden. Mit Recht hat kürzlich der „Hamburger Corr." darauf aufmerksam gemacht, dasjenige Merkmal, welches die sozialdemokratische Agitation am schärfsten von derjenigen aller anderen Parteien unterscheide, sei, daß sie den ganzen Menschen, nicht nur den Partei-Angehörigen, und zwar fortwährend, nicht nur zur Zeit der verschiedenen Wahlen, in ihr Bereich ziehe. In der That ist heute schon der sozialdemokratische Arbeiter wie durch eine chinesische Mauer von seinen andersgesinnten Mitbürgern abgeschlossen. Sein Umgang, seine Wirthshäuser, seine Lektüre (nicht nur Zeitungen, sondern auch Kalender, Broschüren, Unterhaltungsblätter), seine Versammlungen, seine Hülfskassen, seine Feste — Alles ist sozialdemokratisch; es fehlt nur noch, daß auch Volksschulen entständen, in denen die sozialdemokratische Jugend in gleichem Geiste herangebildet würde. Darüber, daß die häusliche Erziehung heute schon in Tausenden von Familien eine sozialdemokratische ist, indem auch unzählige Frauen und Mädchen schon begeisterte oder doch ergebene Proselytinnen dieser Richtung geworden sind, kann kein Zweifel obwalten. Sind doch auch dem weiblichen Geschlechte besondere Formen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens dargeboten worden, so daß es gar nicht zu verwundern ist, wenn die Sozialdemokratie vielen Arbeiterfamilien als das Einzige erscheint, was Hebung, Verschönerung und Hoffnung in ihr vielleicht nicht elendes, aber farbloses und trübseliges Dasein gebracht hat!"

Dieses kurze Stilpröbchen nur aus der bedeutendsten deutsch-amerikanischen Zeitung. Aber auch die englisch-amerikanische Presse, welche sich noch weniger als die deutschen Zeitungen um die Arbeiter bekümmerte, beginnt jetzt ebenfalls, Berichten über die Bewegung in ihren Spalten Raum zu geben. So beschäftigt sich z. B. die New-Yorker „Sun", ein Sensationsblatt, das einen täglichen Umsatz von 150,000 Exemplaren hat, mit dem seit mehreren Tagen ausgebrochenen Cigarrenmacher-Strike, der übrigens Aussicht auf Erfolg hat. Denn erstens hat sich das Geschäft etwas gehoben, dann aber, und das ist nicht minder wichtig, stehen auch die kleinen Fabrikanten auf Seite der Striker. Die Organisation der Cigarrenmacher New-Yorks schreitet rüstig vorwärts, und sind dieser Organisation bereits 10,000 Cigarrenmacher beigetreten. Alles wird nach einem gutangelegten Plane dirigirt. Keine Fabrik darf irgend etwas ohne die Zustimmung der Gesammt-Organisation unternehmen. Die Mehrzahl der Striker besteht aus Frauen und Mädchen. Einer der Strikenden theilte mir gestern mit, daß der Ausstand wohl noch 6 Wochen dauern könnte, da an ein Nachgeben von keiner Seite vorläufig zu denken sei.

Sozialpolitische Rundschau.

— Die Berliner „Volkszeitung" beschäftigt sich in ihrer Mittwochsnummer mit unserer Antwort auf ihren neulichen Leitartikel: „Demokratie und Sozialdemokratie." Sie meint, wir hätten Unrecht, zu verlangen, daß, wer das heutige soziale Elend erkannt habe und gewillt sei, ihm zu steuern, „mit der Sozialdemokratie Hand in Hand gehen, die Sozialdemokratie unterstützen, Sozialdemokrat werden" müsse. Wer eine Krankheit, die er erkannt habe, ehrlich zu heilen beabsichtige, werde, wenn er verständig sei, nicht das Rezept irgend eines Quacksalbers, ob es sich auch mit prunkhafter Reklame als Universalmittel anpreist, als das einzig rettende Heilmittel anerkennen. Ganz richtig, aber was geht das die Sozialdemokratie an? Haben wir denn ein „Universalmittel" angepriesen? Wir glauben nicht, daß dies jemals geschehen ist, und wir wissen, daß in zahlreichen schriftlichen und mündlichen Aeußerungen der Gedanke, daß wir das fertige Rezept für die Heilung aller gesellschaftlichen Schäden in der Tasche hätten, als unwissenschaftlich und unsinnig zurückgewiesen worden ist. Die Sozialdemokratie studirt die Vorgänge und Erscheinungen auf gesellschaftlichem Gebiet, sie weiß — und das ist nicht ihre Entdeckung, sondern eine allgemein anerkannte wissenschaftliche Thatsache — daß die heut herrschenden Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital die Quelle der gesellschaftlichen Mißstände sind, und sie erstrebt, um diese Mißstände zu beseitigen, eine vernunftgemäße und gerechte Regelung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit.

Wir möchten die „Volkszeitung" fragen, ob sie hiergegen etwas einzuwenden hat? Wenn ja, dann verläßt sie den Boden der Wissenschaft und Humanität. Wenn nein, dann steht sie auf unserer Seite.

Ein „unfehlbares Rezept" haben wir nicht und würden wir nie dulden. Wer ehrlich an der Verbesserung der ökonomischen Lage des Volks arbeitet, wird stets auf unsere ehrliche Mitwirkung rechnen können.

Zum Schluß noch ein Wort. Die „Volkszeitung" beschwert sich über den Ton unserer Erwiderung. Wir möchten die „Volkszeitung" fragen, ob sie die Sprache billigt, welche von ihren (der „Volkszeitung") Parteigenossen Richter, Hirsch, Bernstein u. s. w. bei jeder Gelegenheit gegen die Sozialdemokratie geführt wird? Und ob Dem, was die genannten Herren in puncto der Beschimpfung, Verleumdung und Denunzirung politischer Gegner geleistet haben, in der gesammten sozialistischen Presse Aehnliches an die Seite zu setzen ist? Will die „Volkszeitung" gerecht sein — und seit Kurzem befleißigt sie sich eines anständigeren Tones gegen uns, was wir gern bescheinigen — so wird sie des Weiteren nicht in Abrede stellen können, daß die Art und Weise, in welcher sie selbst uns bisher „bekämpft" hat (z. B. in den Bernstein'schen Artikeln), nicht geeignet war, uns die Sprache ceremonieller Höflichkeit zu inspiriren.

Die „Volkszeitung" betitelt ihren neuen Artikel: „Demokratie, nicht Sozialdemokratie" und versteigt sich in dem Feuer ihrer Ausführungen zu dem Ruf: „Wir sind keine Sozialdemokraten, weil wir ehrliche Demokraten sind." Wenn es der „Volkszeitung" gelingt, uns den Nachweis zu liefern, daß irgend eine Forderung der Sozialdemokratie undemokratisch ist, dann wollen wir ihr Recht geben. So lange dieser Beweis aber nicht erbracht ist, gilt unser Satz: Ein ehrlicher Demokrat muß Sozialdemokrat sein.

— Aus zuverlässiger Quelle erfährt die „S. D. C.", daß Dr. Max Hirsch den Antrag gestellt hat, ihm in seiner Eigenschaft als Anwalt der Gewerkvereine ein Jahresgehalt von 3000 Mrk. zu gewähren. Der Antrag wird voraussichtlich heftige Opposition in Gewerkvereinskreisen finden. Nach einer Mittheilung der Berliner „Post" soll Herr Dr. Max Hirsch all sein Eigen verkauft haben, aber nicht ganz freiwillig. Wenn sich dies bewahrheitet, dann dürfte unsere obige Mittheilung sofort eine passende Erklärung gefunden haben.

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Die Berichtigung aus Pforzheim in Nr. 131 Ihres Blattes bedarf einer Richtigstellung meinerseits, als des direkt Angegriffenen und zunächst Betheiligten und zweifle ich nicht, daß Sie im Interesse der Wahrheit auch mir das Wort an geeigneter Stelle einräumen werden und ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Zeilen:

Meine Ehefrau offerirte mir durch Ihren Anwalt am 20. und 22. Juni d. J. (wie Sie aus den beigeschlossenen zwei Originalbriefen ersehen) Tausend Gulden baar, wenn ich auf meinen Sohn Verzicht leistete, welches Ansinnen ich natürlich zurückwies.

Das Urtheil der höchsten Instanz (welches zu Ihrer Ueberzeugung auch im Original beiliegt) ist erst vom 5. Juli d. J. datirt, es geht daraus klar hervor, daß es mir um mein Kind zu thun war, welches seine Mutter für Geld verkäuflich dachte. Meine Forderung von 6000 Mark ist richtig, für diesen Preis wollte ich in die Scheidung willigen, nicht als ob ich meine Ehefrau so viel werth hielte, sondern weil sie nach derselben wieder heirathen kann, wodurch sich das meinem Kinde bis jetzt allein zufallende Vermögen, noch in unzählige Theile zersplittern könnte. Um diesen Nachtheil zu verhüten, suchte ich obige Summe demselben sicher zu stellen.

Wie besorgt Mutter und Großeltern um das Wohl des Kindes sind, mag daraus hervorgehen, daß mir es diese Leute mit zerrissenen Schuhen und nur mit den allernothwendigsten Kleidungsstücken zusandten; mir ein Beweis, daß Humanität und Bildung nicht überall zu finden sind.

Ad. Krafft, Schlosser."

— Die sozialistische Bewegung in Vlämisch-Belgien macht seit dem Genter Congreß erfreuliche Fortschritte. Seit den wenigen Monaten, daß die vlämischen Sozialisten und Arbeitervereinigungen ihre besondere Organisation haben, ist die Bewegung in großartiger Weise gewachsen. Durch die Zurückziehung von der anarchistischen Richtung ist ein ganz neues Leben in die Arbeiterbewegung gekommen, daß den Sozialisten immer neue Anhänger zugeführt hat, die sich der sozialistischen Idee gegenüber indifferent verhielten, weil die Sozialisten bisher von allen politischen Agitation Abstand nahmen. Die vlämische sozialistische Arbeiterbewegung steht nun vollkommen auf dem deutschen Standpunkt, und liegt ihr fast dasselbe Programm, wie das der deutschen Sozialisten zu Grunde. Die Agitation für das allgemeine Wahlrecht ist nun in vollem Fluß. Am ersten Sonntag im November fand in Löwen ein Generalcongreß statt, auf welchem alle Arbeitervereinigungen und sozialistischen Gruppen der vlämischen Provinzen vertreten waren. Neue Zweigvereine sind vor Kurzem gegründet worden in Mecheln, Löwen, Kortryk, Vilvorde, Ledeberg. Das Parteiblatt „De Werker" (der Arbeiter) nimmt an Lesern immer mehr zu. Der Parteikalender „De Vlaamsche Lantaarn" (die vlämische Laterne) ist in 3000 Exemplaren gedruckt, und bereits vergriffen.

Mitten in den ultramontanen Heerd hinein bricht sich also die sozialistische Idee Bahn und zeigt den bethörten Arbeitern den Anbruch einer neuen Morgenröthe der Gerechtigkeit und Gleichheit.

— Von englischer Seite schreibt man uns aus London unterm 10. d.: In Folge des öffentlichen Meetings von Engländern und Ausländer, das vorigen Sonntag aus Veranlassung des Maurerstrikes in Newmanstreet stattfand, wurde am vorigen Mittwoch in Nr. 21 Grafton Street, Fitzroy square ein neues Meeting abgehalten, um den Grund zu einer internationalen Organisation der Arbeiter zu legen. Herr Maltmann Barry, Delegirter (des deutschen Vereins, der jetzt die strikenden Maurer unterstützt) auf dem Genter Congreß, führte den Vorsitz; er erklärte, daß ihm seitens des Genter Congresses und seines eigenen Vereins der Auftrag geworden sei, für eine internationale Verbindung der englischen Arbeiter mit den Arbeitern des Continents auf internationaler Grundlage einzutreten; zu diesem Zweck sei nun die gegenwärtige Versammlung berufen worden. Der Moment sei sehr günstig.

Erstens habe der Genter Congreß gezeigt, daß die Arbeiter aller Länder von dem lebhaften Wunsch beseelt seien, sich für gewerkschaftliche Zwecke zu verbinden und in Bezug auf politische Aktion eine einheitliche Auffassung zu erzielen; der Congreß habe zu diesem Zweck bestimmte Mittel und Wege angegeben.

Zweitens seien die gegenwärtigen Kämpfe der englischen Arbeiter mit den Kapitalisten, namentlich die Einfuhr fremder Arbeitskräfte trefflich geeignet, den englischen Arbeitern die Augen zu öffnen und auch dem Verstocktesten die Nothwendigkeit einer internationalen Organisation der Arbeiter klar zu machen.

Und drittens könne man jetzt den Rath und die Beihülfe der Häupter der alten internationalen Arbeiterassoziation erlangen, welche sich einige Jahre lang zurückgehalten haben und ohne deren Mitwirkung kein nennenswerthes Resultat zu erwarten sei. Herr Barry meinte, als erster Schritt empfehle sich wohl die Bildung eines provisorischen Ausschusses, der sich mit dem in Gent constituirten Bureau in Verbindung zu setzen, und die Aufgabe zu verfolgen habe: englische Sektionen zu gründen und den Beitritt (affiliation) bestehender gewerkschaftlicher und politischer Arbeitervereinigungen zu erwirken. Thatsächlich würde der Ausschuß die Funktionen eines brittischen Föderalraths verrichten, allein ehe die Föderation selbst zur Wahrheit geworden sei, könne der Ausschuß diesen Namen nicht annehmen.

Nach längerer Diskussion fand dieser Vorschlag allseitige Billigung und schließlich wurde der Ausschuß gebildet unter dem Namen

„Provisorischer Bundesausschuß der Arbeitervereinigungen von Großbrittanien und Irland, im Anschluß an das internationale Büreau von Gent. (Provisional federal Committee of Workingmen's societies in Great Britain and Ireland, affiliated with the international Bureau at Ghent.)"

Der Kern des Ausschusses wurde auf 12 Mitglieder festgesetzt; jede beitretende Sektion oder Arbeitervereinigung hat das Recht, in den Ausschuß zwei Delegirte zu schicken. Die folgenden Herren wurden sofort gewählt: Maltmann-Barry, Busche, Kitz, Mandel, New, Plante, Townshend und Watson. Plante wurde zum Kassirer, Kitz zum Schriftführer, M. Barry zum correspondirenden Sekretär ernannt. Der Ausschuß beschloß, jeden Mittwoch Abend eine Sitzung zu halten: in nächster Woche werden die Statuten ꝛc. ausgearbeitet werden.

— Ein französischer Arbeitercongreß soll in Bälde in Lyon tagen. Ueber den politischen Charakter dieses Congresses sind wir einigermaßen im Unklaren, da das Organisationscomité in einem Aufruf, den es an die republikanische Presse zur Veröffentlichung gesandt hat, sich an „alle französische Staatsbürger" mit dem Ersuchen wendet, durch Betheiligung an einer Subscription das Zustandekommen des Congresses zu ermöglichen. Es heißt in dem Aufruf:

„Ein einziger Umstand hält die Ausführung unseres Vorbereitungswerkes auf, es ist die Geldfrage.

In dieser wichtigen Frage thut uns vor Allem der Beistand der demokratischen Presse Noth, an die wir vertrauensvoll die Bitte richten, zu Gunsten des zweiten Congresses Subscriptionen zu eröffnen.

Sie helfe uns den Arbeitern verständlich zu machen, daß unser soziales Werk die Opfer Aller bedarf, und mögen alle französischen Staatsbürger gemeinschaftliche Sache machen und nach ihren Mitteln zeichnen, damit unsere Nation die civilisatorische Aufgabe erfülle, die der erste französische Congreß der sozialen Aera eröffnet hat.

Möge jedes republikanische Organ eine Subscription eröffnen, möge jeder Staatsbürger daran Theil nehmen, und wir werden den zweiten Congreß, für den Fortschritt und die Verbesserung unserer Lage um einen Schritt weiter rücken sehen.

Wir ersuchen Sie, auch den Aufruf und das Programm der Congreßsachen zu veröffentlichen."

Unterzeichnet ist der Aufruf: Für das Comité Bonjour. Deschamps. Labouret. — Wie gesagt, wir wissen nicht recht, was wir aus diesem projektirten Arbeitercongreß machen sollen, der „alle französischen Staatsbürger" zur Theilnahme an seinen Bestrebungen einladet. Sollte er vielleicht, nach dem Vorbilde von Märchen's „Arbeiterkongreß", der mehr und mehr in's sozialistische Fahrwasser einlenkenden Arbeiterbewegung in Frankreich entgegenarbeiten wollen? Wäre schon möglich!

— Angesichts der unverschämten Renommistereien der Rubelpresse ist es nöthig, an folgende Thatsachen zu erinnern: Die Niederlagen der Russen vor Plewna allein sind von weit größerer Bedeutung als alle türkischen Niederlagen und Schlappen zusammengenommen. Das Fiasko der russischen Mobilisation kann nicht aus der Welt geschafft werden. Mit Ausnahme der jüngsten Operationen im Rücken von Plewna war die russische Militärleitung miserabel. Wenn die türkische Oberleitung nicht Ende Juli und anfangs August durch die Absetzung Abdul Kerims desorganisirt gewesen wäre, hätte die russische Armee über die Donau zurückflüchten müssen. Die türkischen Soldaten haben sich durchweg den russischen überlegen gezeigt: der eifrigste Lobredner der Russen und Feind der Türken, Archibald Forbes, Correspondent der „Daily News" (der beiläufig aus Ekel vor der russischen Wirthschaft das Hauptquartier des Großfürsten verlassen hat), schildert den russischen Soldaten als tapfer aber dumm, den türkischen als ebenso tapfer und intelligent; während ersterer rein maschinenmäßig kämpfe und, sobald ihm das Commando fehle, verdutzt und hülflos dastehe, wisse

---

Ueber die Zustände des modernen Theaters.

Von S.-G.

Wenn sich eine Gesellschaft in ihrer Auflösung befindet, so kann sich naturgemäßer Weise dieser Auflösungsprozeß nicht nur auf einzelne Theile dieser Gesellschaft beschränken, sondern er muß mit der Zeit den ganzen Körper ergreifen. Sehen wir nun aber den Fäulnißprozeß der modernen Gesellschaft in wirthschaftlicher Beziehung in progresstiver Steigerung sich täglich vollziehen, sehen wir die Macht und mit dieser alle die Schattenseiten der Kapitalherrschaft vor unserem Auge stetig wachsen, so kann dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen, daß auch einer der besten Theile dieses Körpers: die Kunst, bereits vom Kapital-Moloch ergriffen und damit in den Fäulnißprozeß hineingezogen worden ist. Und in Hinsicht der Kunst ist es die darstellende Kunst, das Theater, dem wir heute einige Beachtung schenken wollen.

Die moralische Bildungsanstalt, als welche Aristoteles, Schiller und hundert Andere das Theater betrachteten, — ist das Theater heute am wenigsten, dagegen nur zu oft ein Spekulationsgeschäft und fast vorwiegend ein Institut zur Verherrlichung unserer heutigen faulen Zustände. Zwingt schon heute die Kapitalherrschaft das moderne Theater einerseits, nach außen hin — ein Repertoir aufzustellen, dessen Inhalt nicht die Anforderung der modernen faulen Zustände oder die Verdorbenheit der „besseren" Gesellschaftsklassen, wohl aber die Fröhnung des sinnlichen Genusses, der Kitzelung der abgestumpften Sinne der Bourgoisie, — zum Zwecke hat, und zeigt sich uns somit das moderne Theater nach außen als ein Zubehör der Kapitalherrschaft; so bildet solches andererseits in seinem Innern nicht mehr und nicht weniger eine Brutstätte des unersättlichen, ausbeutenden Kapitalismus.

Gleichwie jedes industrielle Etablissement sein constantes und variables Kapital besitzt, gleichwie ein solches den Ruf seiner Leistungen nur soweit zu erhöhen bemüht ist, als es sich mit seinen finanziellen Interessen vereinbart, also ist's mit dem modernen Theater. Heute müssen beim Theater einige Virtuosen die Anforderungen wahrer künstlerischer Leistungen ersetzen, während die Gesammtzahl der Darsteller sich nicht über das Niveau der Mittelmäßigkeit erhebt, nicht zu erheben vermag, da die finanziellen Interessen der modernen Theaterinstitute deren Leiter vermögen, ihre „Kräfte" (in der Industrie heißt es „ihre Hände") nach Möglichkeit anzustrengen, bis aufs äußerste auszubeuten und die weitere künstlerische Ausbildung links liegen zu lassen.

Wie in der Industrie die Fabrik mit ihren Maschinen ꝛc. das constante und die Arbeitskraft der Arbeiter das variable Kapital repräsentirt, so bilden in dem modernen Theater dessen Hallen, Coulissen und Maschinenapparat das rein geschäftliche „constante" und die Kraft der „Künstler" nichts weiter als das „variable" Kapital der Unternehmer. Mit wenigen Ausnahmen ist das „variable" Kapital der Kunst nicht viel besser, wohl aber nach mancher Richtung schlechter daran, als das der Industrie; gleich dem der letzteren sinkt es mit zunehmendem Alter in seinem Werthe, gleich ihm wird es, wenn alt und abgenutzt, vom Unternehmer auf die Straße geworfen.

Die Abhängigkeit der Künstler von der Kapitalmacht ist eine noch theilweis größere, als die der industriellen Arbeiter, insofern der „Künstler" nicht allein durch das Kapitalverhältniß an sich, an die Kapitalmacht gebunden ist, sondern diese Abhängigkeit noch erhöht wird durch sogenannte Contrakte, welche nur zu oft eine Musterkarte von Pflichten ohne Rechte auf Seiten der Künstler und von Rechten ohne Pflichten auf Seiten der Unternehmer sind, diese Abhängigkeit aber gekrönt wird durch ein Agentensystem, das sich an alle Künstler gleich einem Vampyr geheftet, und das in seiner verwerflichen Existenz nur in einer faulen und verkumpften Gesellschaft wie die heutige zu entstehen und zu bestehen vermag.

Gegen vorstehende Ausführungen des modernen Theaters könnten Manche einzuwenden versuchen, daß damit nur die sogenannten Privat-Bühnen, deren Tendenz ausschließlich „Geschäft" und „Verdienen" ist — gemeint seien, daß dagegen die Staatsbühnen, sogenannte „Hofbühnen", die Kritik nicht treffe, insofern unter staatlicher Leitung die Kunstinstitute unmöglich zum reinen Profitgeschäft herabsinken könnten. Zur Illustrirung unserer Ansicht können wir es uns nicht versagen, gerade der Regie einer vielgefeierten und hochgepriesenen „Hofbühne" die heuchlerische Maske abzureißen und ihre elende Ausbeuterlarve den Lesern vorzuführen. Wer kennt nicht die vielgerühmte Meininger Theatertruppe, welche jahraus jahrein auf Kunstreisen (soll heißen: Geldverdienen) geht und der staunenden Welt die sogenannten „Klassiker" in prächtigster Ausstattung und künstlerischstem Ensemble zum Besten giebt? Wer hätte noch nicht von deren Primas, dem „kunstliebenden" Meininger Herzog, gehört, der aus Liebe zur — Kunst sogar die schweren Regierungsgeschäfte zeitweilig bei Seite legt? Ist es nicht die Meininger Truppe, welche von dem literarischen Lumpenpack der Bourgoispresse mit „Hosianna" angesungen wird! Und dennoch ist es diese Meininger „Hofbühne", welche so sehr als irgend ein industrielles Fabriketablissement ein Stück Kapitalismus bildet; dieselbe Bühne, deren Ruf in der sogenannten „guten" Gesellschaft ein äußerst rühmlicher ist, dieselbe Bühne ist in ihrem Innersten ein „spekulatives Geschäft".

Nur nebenbei wollen wir der Reklamenpolitik gedenken, welche die Regie derselben dadurch ausübt, daß sie die Reporter mit „Orden" u. s. w. abfüttert und dadurch einmal der fachlichen Kritik die Spitze abbricht, und das anderemal die Lästerzungen, welche über interne Verhältnisse etwa zu plaudern geneigt wären, zum Schweigen bringt, und wollen uns zu dem wenden, was die Leser am meisten interessiren muß: zur Ausbeutung der dramatischen Kunst.

Gleichwie die moderne Industrie sich in ihrer Produktion behufs größerer Leistungsfähigkeit bei verminderter Regie auf Spezialitäten legt, so die Meininger Direktion bei ihren Produktionen, indem sie eine geringe Anzahl klassischer Stücke derart zu ihrer Spezialität macht, daß sie innerhalb 5 Jahren nur 9 — 12 verschiedene Stücke vorführte und so für sich, respektive für deren Besitzer, alle Vortheile der Großindustrie in Spezialitäten zog, während ihre künstlerischen Kräfte natürlich ebenso sehr alle Nachtheile derselben empfanden, wovon der wichtigste in künstlerischer Beziehung eine virtuose Abrichtung, aber keine vielseitige künstlerische Ausbildung der Individuen war und noch ist.

Nach innen verräth sich nicht minder der kapitalistische Pferdefuß, insofern der „Kapitalist der rentirenden Kunst" den wesentlichen Unterschied von constantem und variablem Kapital zu machen versteht, denn während er dem ersteren (der Ausstattung, Garderobe ꝛc. — bei welchem es auf mehrere tausend Gulden einmal nicht ankommt) alle Fürsorge angedeihen läßt, vernachlässigt er die materielle Hebung seiner Arbeitskräfte (des variablen Kapitals) fast über die Maßen, da ihm gleich jedem anderen Großindustriellen die Beschaffung von billigen Arbeitskräften — dank der Conkurrenz der Arbeitskräfte unter sich — keine Kopfschmerzen verursacht und dieselben Manöver, welche der Bourgeois seinen Arbeitern gegenüber zur Herabdrückung der Löhne an-

der Türke sich in allen Situationen zu helfen. Wo die Russen nicht mindestens mit doppelter Zahl auftraten, sind sie bisher regelmäßig geschlagen worden. Und ob es ihnen gelingen wird, die Türken durch Uebermacht zu erdrücken, ist noch sehr die Frage. Jedenfalls ist das Prestige Rußlands unwiderbringlich hin und kein Bismarck mehr im Stande, den alten Glauben an die großmächtigste der Großmächte wiederherzustellen.

Haben die Russen keine Ursache, auf ihre militärischen Leistungen zu pochen, so haben sie noch weniger Ursache, mit ihrer „Bildung" und „Humanität" zu prahlen. Der Krieg hat auf russischer Seite das gerade Gegentheil von Bildung und Humanität gezeigt: eine wahrhaft bestialische Rohheit. Hat doch neuerdings das russische Hauptquartier die Stirne gehabt, zwei offizielle Depeschen zu veröffentlichen, in denen kaltblütig mitgetheilt wird, daß bei Wegnahme von türkischen Redouten die überraschten Vertheidiger „niedergemacht" wurden. So handeln und so schreiben Barbaren, aber keine civilisirten Menschen. Also etwas Bescheidenheit ist der Rubelpresse sehr dringend zu empfehlen. Im Hinblick auf die Rolle, welche Rußland in diesem Kriege gespielt hat und noch spielt, haben die Söldner des „milden Czaren" nicht den geringsten Grund zu renommiren, wohl aber tausend Gründe, sich auf eigne Rechnung und auf Rechnung ihrer Brodgeber recht herzlich zu schämen.

— Vom bulgarischen Kriegsschauplatz sind die Nachrichten so verworren und widerspruchsvoll, daß es unmöglich ist, in denselben feste Anhaltspunkte zu finden. Auf die Hoffnung, Plewna werde wie eine gebratene Taube in „Väterchens" Schooß fallen, scheint man im russischen Hauptquartier verzichtet zu haben — wenigstens wird jetzt mitgetheilt, Osman Pascha besitze noch Vorräthe für 30—40 Tage. Nun — vielleicht macht man gelegentlich noch andere Entdeckungen. — In Asien ist die russische Macht zum Stehen gekommen; die Schlappe, welche General Heimann vor Erzerum erlitten, muß sehr empfindlich gewesen sein, wie das aus der amtlichen Depesche der Russen erhellt. Komischerweise spuken wieder Friedensgerüchte; und eine „ganz zuverlässige Autorität" hat sogar irgend einen diplomatischen Floh husten hören, die Pforte habe den deutschen Gesandten in Constantinopel um die Vermittlung — Bismarcks gebeten. Gut für den „Kladderadatsch". In Constantinopel kennt man den Fürsten Bismarck sehr gut; dafür haben schon die Engländer gesorgt, die, nebenbei gesagt, neuerdings auf den Herrn Reichskanzler gar schlecht zu sprechen sind und kein Blatt vor den Mund nehmen. So erklärte z. B. beim letzten Lordmayorsfest in London der Lord Ober-Richter des vornehmsten Gerichtshofs: Fürst Bismarck habe mit Rußland eine Allianz zur Theilung der Türkei abgeschlossen. — Bei derselben Gelegenheit hielt der englische Ministerpräsident seine bekannte Rede, in der es ebenfalls nicht an ziemlich gereizten Anspielungen auf die Bismarck'sche Politik fehlte.

Wie's mit den Friedensaussichten in Wirklichkeit bestellt ist, das erhellt aus folgender Notiz des „Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat" vom 15. d. M.: „Vorgestern Mittag erfolgte vom Würzburger Generalcommando aus nachstehende telegraphische Anfrage bei dem hiesigen quiesc. Generalarzt Dr. Wigand, von deren Wortlaut wir durch einen Zufall Kenntniß erhalten haben: „Würzburg 12. 11. 77., 1 U. 30 M. Nachm., (in Nürnberg expedirt 2 U. 20 M., Nr. des Telegr. 3374) Herrn Generalarzt Wigand Nürnberg. Ersuche umgehend mitzutheilen, ob Sie pro 1877/78 zur Verwendung im Mobilmachungsfalle als stellvertretender Generalarzt bereit sind? Dr. Müller, Generalarzt." — Herr Dr. Wigand hat zwar wegen vorgerücktem Alter abgelehnt, allein die Thatsache bleibt bestehen, daß man sich auch in Bayern bereit hält, irgendwohin (vielleicht dem russischen „Väterchen" zu Hilfe?) Heerfolge zu leisten. „Das Kaiserreich ist der Friede"!"

— Die „Berliner Freie Presse" erfreut sich unausgesetzt der ganz besonderen Aufmerksamkeit „unseres" Tessendorff. So hatte sich am 13. November der seit Mai d. J. in Haft befindliche frühere Redakteur der „Berl. Fr. Presse", Genosse Dolinski, gegen mehrere noch schwebende Anklagen zu verantworten. — An demselben Tage wurde der gegenwärtige verantwortliche Redakteur, Genosse Finke, wegen einer Anzahl gegen ihn schwebender Anklagen in Untersuchungshaft genommen. — Ferner hat Redakteur Lossau wegen einer angeblichen Beleidigung der Trierer Regierung eine Vorladung auf den 15. Dezember, und einer der Disponenten des Verlagsgeschäfts der „Berl. Freien Presse", Genosse Rackow, eine solche wegen einer Verlagsangelegenheit gleichfalls auf den 15. Dezember zugeschickt erhalten.

— Die Strafkammer des Stadtgerichts in Frankfurt a. M. verurtheilte am 10. November den früheren verantwortlichen Redakteur des „Frankf. Volksfr.", H. Schäfer und Herrn Kalbfleisch von Bornheim wegen Beleidigung des Hauptlehrers Anckel zu 2 bezw. 3 Wochen Gefängniß.

— Der „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat" ist wegen acht Stromerbeleidigungen — der Bürgermeister von Nürnberg führt bekanntlich den romantischen Namen Stromer — vor das mittelfränkische Schwurgericht verwiesen worden.

— Die am 15. November ausgegebene Nr. 4 der „Zukunft" enthält: Joh. Most. Die Stellung der Gelehrten zur Sozialdemokratie. C. Schramm. Die Werthvorstellung des isolirten Menschen. Zur Gewerbehygiene. Notizen.

— „Die Neue Gesellschaft", Monatsschrift für Sozialwissenschaft. Herausgegeben von Dr. F. Wiebe. Das zweite Heft enthält: Die Strömung in der Gesellschaft wider den Sozialismus von Dr. A. Dulk (Schluß von II.) — Ueber die natürliche Zuchtwahl in der menschlichen Gesellschaft von Dr. A. Schäffle. (Schluß.) — Die medizinische Wissenschaft und die Sozialreform von Dr. Aug. Theod. Stamm. (Fortsetzung und Schluß.) — Plato's Staat von C. Lübeck. (I.) — Von der Ueberproduktion von Dr. F. Wiebe. (I.) — Rezensionen und Besprechungen neuer Schriften.

Die Freiheit der Wissenschaft.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Herr Eduard Bertz, früher ein begeisterter Anhänger des Hrn. Dr. Dühring, derselbe, der das in Nr. 78 des „Vorwärts" abgedruckte Gedicht an Dr. Dühring verfaßt hat, in der „Berliner Freien Presse" folgenden Artikel., den wir hier ohne weitere Bemerkungen zur Kenntniß unserer Leser bringen:

So lange über die Wahrheit noch nicht in letzter Instanz entschieden ist, so lange gebietet es die Gerechtigkeit, zur Würdigung eines Forschers vor Allem seine unverkennbare Gesinnung maßgeblich sein zu lassen. Man wird dem ehrlichen Schriftsteller, selbst wenn man ihm in mancher Beziehung widersprechen muß, sogar eine gewisse Ausschließlichkeit, einen tyrannischen Zug nicht verübeln, weil diese mit vermeintlicher Herrschaft über eine „besitz-untheilbare, absolute und souveräne Wahrheit" stets in natürlicher Verbindung sind. Aber man wird zweifeln, ob ein solcher Monarch in der Wissenschaft Bürgschaft für freie Pflege derselben gewähren kann; denn ihre Freiheit besteht in der Möglichkeit, für jeden wissenschaftlichen Satz mit den schon vorhandenen in freie, öffentliche Concurrenz zu treten; die Probleme müssen unter sich kämpfen; nicht ein Dogma darf sich die Entscheidung anmaßen.

Gegen diese Forderungen hat sich Virchow aufgelehnt, wiewohl er wissen sollte, daß nicht Einzelne, sondern nur die Menschheit Probleme höchster Art lösen kann, weil der Einzelne zu jeder Zeit einseitig ist. Er hat damit die Bestrebungen seiner Kaste bezeichnet, zu deren Domäne er das Forschungsgebiet wieder machen möchte; aus engherziger Scheu vor dem wahren Fortschritt, welchen der Sozialismus repräsentirt, hat er das Signal zum Rückschritt gegeben.

Nicht aus dem nämlichen Grunde, nicht einmal wissentlich, aber doch thatsächlich tritt nun auch Dühring einer wahren Freiheit der Wissenschaft entgegen. In den betheiligten Kreisen ist es bekannt, wie ich mich zu seinem hohen, edlen Idealismus gestellt, wie ich im Kampf um das Prinzip der Freiheit für ihn gezeugt habe. Aber seine Stellung zu diesem Prinzip hat jetzt andere Formen angenommen, und obwohl ich heute, wie immer, seine überzeugungstreue Gesinnung ehre, muß ich mich für die Freiheit jetzt gegen ihn wenden. Ich habe ihm das schon im persönlichen Gespräche gesagt und denke, daß er dem ehrlichen Gegner verzeihen wird, was dieser für seine Pflicht hält.

Dühring's geplanter Verein sollte die Tendenz haben, für Freiheit der Wissenschaft zu kämpfen; das war meine Auffassung, als Dühring selbst mich brieflich zur Theilnahme einlud; ich erwartete von ihm jene siegesgewisse Toleranz, welche einen freien Wettstreit der Geister nicht fürchtet, weil sie auf die Macht der Vernunft vertraut. Da eröffnete mir Dühring: „Wenn Sie mich kennen, so kennen Sie auch den Verein; meine Persönlichkeit wird die Signatur desselben sein; meinen Standpunkt zu vertreten, ist seine Bestimmung, Anarchie bulde ich nicht." Und so kam ich zu der Ueberzeugung, daß hier nun und nimmer die unabhängige Wissenschaft gepflegt, sondern vielmehr eine Schule von gläubigen Dühringianern erzogen werden soll, die bestimmt sind, den Ruhm ihres Meisters zu verbreiten. Und dieser Absolutismus wurde mir noch klarer an dem Hauptparagraphen der Statuten, daß „zünftige" Elemente, also Professoren und Docenten, ausgeschlossen sein sollen. Bekämpft man universitäre Mißstände, so bekämpft man die staatliche Bevormundung der Wissenschaft; nimmt man aber Männern, die durch ihren Beitritt zu dem Verein ihren Unabhängigkeitssinn beweisen würden, die Möglichkeit dieser Bethätigung einer tüchtigen Gesinnung, so streitet man gegen Personen, anstatt gegen ein Prinzip und macht sich dadurch der Ungerechtigkeit schuldig.

Die Sozialdemokratie soll sich dessen bewußt sein: daß ihr Kampf vor Allem gegen das Prinzip geistiger Unterdrückung, welches die Systeme der Regierung leitet, gerichtet werden muß. Diesen Kampf schlägt sie mit Hilfe der Wissenschaft und die Wissenschaft steht in ihrem Dienste; denn die Sozialdemokratie ist Sache der Menschheit und die Wissenschaft hat den Beruf, das Leben der Menschheit zu veredeln. Geistige und soziale Freiheit fördern sich gegenseitig: keine kann von der andern unabhängig sein.

— Herr Dr. Dühring veröffentlicht in gegnerischen Blättern folgende

Erklärung.

Im Publikum und in mehreren Zeitungen sind in diesen Tagen unrichtige Mittheilungen ungefähr des Inhalts verbreitet worden, daß ich mich von der Sozialdemokratie losgesagt hätte. Dies kann einfach schon deswegen nicht der Fall sein, weil ich noch nie einer politischen oder wirthschaftlichen Partei und daher auch nicht der sozialdemokratischen angehört habe. Wie ich meine übrige Unabhängigkeit, also die von Kirche, Staat und Gelehrtenzunft, stets gewahrt und sie mit schweren Opfern durch mein ganzes wissenschaftliches Leben hindurch bis zu diesem Augenblick behauptet habe, so ist es mir auch nie in den Sinn gekommen, mein selbstständiges Forschen und Denken von den Rücksichten auf eine Partei abhängig werden zu lassen. Schon seit Jahren sind es grade die Professoren gewesen, die mich mit Vorliebe für einen sozialdemokratischen Agitator ausgaben und ausgeben ließen, weil sie hierin das auf der Universität zugkräftigste Mittel zu finden glaubten, mir die Zuhörer abspenstig zu machen. In früherer Zeit hatten sie mit der Parole, ich wäre als Lehrer unpraktisch und für die Studenten zu hoch, auszukommen versucht. Als dies aber durch die That dementirt war, malten sie die Sozialdemokratie an die Wand. Bei Gelegenheit meiner Vertreibung von der Universität kam das an die Wand Gemalte nun wirklich. Die Studentenbewegung war freilich ohnedies entstanden und im Gange; aber eben deswegen griff ein Theil der Sozialdemokratie zu, um die Angelegenheit nach ihrer Auffassung und nicht etwa nach der meinigen, weniger für die Freiheit der Wissenschaft, als für die politischen Agitationszwecke der Partei zu benutzen. Ueberdies war der Augenblick für die Sozialdemokratie und noch mehr für die zu ihr gehörige Halbwelt von Personen günstig, die bei dieser Gelegenheit sich wichtig zu machen und zum Theil auch zu profitiren gedachten. Es hatte nämlich ein Reicher oder gar Millionär bedeutende Summen der Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt und zwar zunächst für eine Zeitschrift, dann aber auch das zur Gründung einer sogenannten freien Universität Erforderliche angeboten. Aus diesem Topfe dachten auch schon Manche zu schöpfen, die gar nicht offen zur Partei, ja nicht einmal zu ihren zuverlässigen Hülfselementen gehören. Indessen fehlte bei Alledem zu dem Millionär des Geldes der Kapitalist des Geistes. Auf meine Sache und meinen Namen sollte das Geschäft in Gang gebracht werden. Ich habe aber von vornherein jede Betheiligung, sei es mit Zeitschriftsartikeln oder mit Vorträgen, abgelehnt. Ich mußte dies thun, sowohl um die Freiheit meiner wissenschaftlichen Ansichten zu wahren, als auch, weil ich wußte, daß bei den in Frage kommenden Personen und auch bei einzelnen Hauptinhabern der Leitung der Sozialdemokratie nicht die geringste Theilnahme für mein wissenschaftliches Streben vorhanden war. Alles war sichtlich darauf angelegt, mich blos auszunutzen. Dazu kam noch, daß grade die Professoren selbst darauf hingearbeitet und in dem Sinne geschürt hatten, daß meine Sache sozialdemokratische Parteiangelegenheit werden sollte. So nämlich gedachten sie vor ihrem Publikum gegen mich einen Scheingrund mehr zur Verfügung zu haben. Wie aber die Sozialdemokratie oder vielmehr einzelne ihrer Führer und einzelne zu ihrer Halbwelt gehörige Personen, die mir alle jene Anträge gemacht hatten, in Wahrheit gegen mich gesonnen gewesen sind, hat sich nunmehr auch handgreiflich für das Publikum erwiesen. Anstatt mich meinen eigenen Weg gehen zu lassen, sind diese Leute bei der Bildung meiner wissenschaftlichen Vereinigung, zu der ich nur die Freunde meiner Bestrebungen öffentlich eingeladen hatte, feindlich und zwar mit falschen Unterstellungen gegen mich in der Absicht aufgetreten, die Unternehmung womöglich zu hintertreiben. Sie haben mir despotische Ansprüche insinuirt, während ich das grade Gegentheil vertrete, nämlich die Freiheit der Wissenschaft in jeder Beziehung, also auch diejenige von den Zumuthungen jeglicher Partei und von den zugehörigen advokatorischen Fälschungen. Gleichzeitig mit den Sozialdemokraten hatten sich auch Leiter schutzzöllnerischer Organe gemeldet, um mich für ihren Parteidienst zu gewinnen. Ich habe beides abgelehnt. Wenn ich nun in sozialdemokratischen und in schutzzöllnerischen Organen beschimpft werde, so ist dies nur eben so ein Zeugniß für meine Unabhängigkeit wie mein sonstiges Eintreten für die Verbesserung der Wissenschaft und Bildung.

Berlin, 13. November 1877. E. Dühring.

Wir haben zu diesem Schriftstück, das uns nicht überrascht hat und das wahrhaftig keines Commentars bedarf, nur eine klarstellende Bemerkung zu machen. Herr Dr. Dühring spricht von einem „Geschäft", das aus dem „Topfe" eines „Millionärs des Geldes" begründet werden sollte, und zu dem man ihn (Dr. Dühring) als „Kapitalist des Geistes" habe gebrauchen wollen. „Auf meine Sache und meinen Namen sollte das Geschäft in Gang gebracht werden." Falls Herr Dühring, in dessen Kopf Menschen und Dinge sich gar wundersam abspiegeln, unter fraglichem „Geschäft" etwa die „Zukunft" verstanden haben sollte, so hätten wir dem gegenüber zu erklären, daß die Befürchtungen des Herrn Dr. Dühring durchaus unbegründete waren, was beiläufig Herr Dr. Dühring sich selbst hätte sagen können, da ja „bei den in Frage kommenden Personen und auch bei einzelnen Hauptinhabern der Leitung der Sozialdemokratie nicht die geringste Theilnahme" für sein (Dr. Dührings) „wissenschaftliches Streben vorhanden" war. Wir können versichern, daß niemals irgend

---

wendet, dieselben Manöver muß der „Menschendarsteller" von seinem „Pascha der rentirenden Kunst" zum Schaden seines Geldbeutels erleiden. (Schluß f.)

— Ein Jubiläum. Dieser Tage war das viertelhundertjährige Jubiläum des Cölner Communistenprozesses. Verschiedene liberale Blätter benutzen die Gelegenheit zu einem kurzen tendenziösen Rückblick. Die beiden überlebenden der damals Verurtheilten: „der rothe Becker", heut reichstreuer Oberbürgermeister von Cöln und Ex-Herrenhäusler, Bürgers, wohlbestallter Fortschrittler und Reichstagsabgeordneter. Von der anderen Seite: Zeuge Hentze, Kassendieb und Selbstmörder, Zeuge Wermuth ditto Selbstmörder, der schwörende Stieber mit dem Zipperlein behaftet, aber noch am Leben, in Macht, Reichthum und Ehren (er ist persönlicher Freund der allerhöchsten Personen). Man sieht, Herr Stieber ist der einzige dieser Gesellschaft, der bis dato kein schlechtes Ende genommen hat. Den braven Daniels, der auf der „trockenen Guillotine" eines preußischen Mustergefängnisses sein Leben lassen mußte, und den unglücklichen Rothjung, der Jahrzehnte lang herumgehetzt ward, bis ihn der Tod zu einem stillen Mann machte, erwähnt keines der liberalen Blätter in seiner Jubiläumsnotiz. Wir danken ihnen für diesen Beweis von Schamgefühl.

— Die Strafe folgt auf dem Fuße nach. Virchow's Rede in der Naturforscher-Versammlung in München hat jetzt auch die Anerkennung des in Zürich erscheinenden „Evangelischen Kirchenblattes" gefunden!

— Der „berühmte" Nathan Schlesinger, der intime Freund des Herrn Max Hirsch und Hugo Polke, der bekannte Sozialistenfresser und Gewerksvereinler, derselbe, welcher als Führer der Gewerkvereine in Berlin durch seine Denunziation unsere Parteigenossen Euks und Schmitz zu einem resp. 1½ Jahren Gefängniß verhalf, ist jetzt ein Führer der conservativ-reaktionären Partei in Charlottenburg, wie seine frühere Freundin, die „Berliner Volkszeitung" selbst meldet. Und was sind wir, wenn wir den braven Nathan als einen unzuverlässigen Patron bezeichneten, von der „Volkszeitung" und dem „Gewerkverein" seiner Zeit mit Koth beworfen worden! Und was sind die Festreden, welche Nathan bei den Ortsvereinsfestlichkeiten hielt, von der „Volkszeitung" und dem „Gewerkverein" bege stert gelobt worden! Und was ist von denselben Organen die Thätigkeit des edlen Nathan, die er gegen die Sozialdemokratie entwickelt, gelobhudelt worden! Wir wunderten uns deshalb, daß er nicht mit in Gera auf dem Antisozialisten-Congreß war — sollte ihm gar, ihm, dem edlen Nathan, die Gesellschaft des Hirsch und Consorten nicht gut genug gewesen sein?

— Ein Pseudo-Communard. Im April 1872 ließ sich ein junger Mann, der sich schon mehrere Tage in der Gegend hatte sehen lassen, vor den Generalprokurator von Montauban führen und erklärte, an dem Commune-Aufstand thätigen Antheil genommen zu haben. Er gab vor, Louis Thomas zu heißen, in Lille von unbekannten Eltern geboren und durch eine Reihe von Schicksalen in den Kirchenstaat verschlagen worden zu sein. Im Frühjahr 1871 nach Frankreich zurückgekehrt, um Arbeit zu suchen, hatte er sich wider Willen in den Commune-Aufstand verwickelt gesehen, Anfang Mai aber aus Paris glücklich entkommen können, von wo er sich nach Genua begab, hier von Kameraden bestohlen und so zum Vagabondiren gezwungen wurde. Vor dem Kriegsgericht in Versailles wiederholte das Individuum dieselben Angaben und da in der That ein Louis Thomas auf der Liste der Commune Kämpfer stand, denen nachgespürt wurde, verhängte das Gericht trotz einiger nicht unerheblicher Widersprüche zwischen seinen Aussagen und den über den Louis Thomas bekannten Einzelheiten die einfache Deportation über ihn. Im Mai 1873 ging er an Bord der „Orne" mit anderen Sträflingen nach Neu-Caledonien und verhielt sich da zwei Jahre lang ganz ruhig, dann aber richtete der vermeintliche Louis Thomas an den Marineminister ein Schreiben, in dem er ausführte, daß sein wahrer Name Jean Joseph Eloi Bizor, daß er von Cahors gebürtig, Sohn eines rechtschaffenen Schulmeisters sei, zwei Jahre als päpstlicher Zuave und dann im deutsch-französischen Kriege als Freiwilliger im 8. Jägerbataillon gedient habe, mit welchem er am 4. Dezember in deutsche Gefangenschaft gerieth. So viel aus seinen Geständnissen hervorgeht, war er nach wie vor ein unruhiger Kopf, der es nirgends lange aushielt. Er war der Reserve zugetheilt worden; als er aber Anfang 1872 einberufen wurde, kümmerte er sich nicht um sein Corps und trieb sich in Paris herum, bis er verhaftet und von Brigade zu Brigade nach Cahors geschafft wurde, wo eine einmonatliche Gefängnißstrafe seiner harrte. Kaum angelangt, riß er wieder aus, allein die Furcht vor den Folgen seines Schrittes ängstigte ihn dermoßen, daß er sich entschloß, den bisherigen Menschen abzustreifen und lieber als Insurgent denn als Deserteur vor einem Kriegsgerichte zu erscheinen. Vielleicht malte ihm auch sein abenteuerlicher Sinn das Leben in Neu-Caledonien in verlockenden Farben aus und bewog ihn, das Märchen, das er erfunden, auch dann noch aufrecht zu erhalten, als die Richter Miene machten, ihn für die Sünden eines Louis Thomas, von dessen Dasein er keine Ahnung gehabt, büßen zu lassen. So ließ er sich verurtheilen und deportiren; aber das Leben in der Strafcolonie behagte ihm so wenig, daß er schließlich mit der Wahrheit herausrückte. Nachdem die angestellten Untersuchungen die Richtigkeit seiner Angaben dargethan hatten, wurde Bizor nach Frankreich zurückgebracht und am 7. November erschien er vor dem 3. Pariser Kriegsgericht. Seine Mutter, Schwester und ein Oheim waren von Cahors herbeschieden worden und erkannten ihn sogleich als den seit fünf Jahren Verschollenen, worauf das Gericht seine Identität mit Jean Joseph Eloi Bizor feststellte. Auf freien Fuß konnte er noch nicht gesetzt werden, da zuerst das irrthümliche Erkenntniß der Revision unterzogen werden muß.

eine der „in Frage kommenden Personen“ daran gedacht hat. Herrn Dr. Dühring die Leitung der „Zukunft“ oder irgend eines anderen Parteiunternehmens direkt oder indirekt zu übertragen. Warum nicht, das ist in den Engels'schen Artikeln mit genügender Deutlichkeit gesagt. Und damit wäre dieses Inzidenz für uns erledigt.

Correspondenzen.

Berlin, 11. November. Unser hiesiges Parteiorgan schreibt: Aus der in Folge des Dühring'schen Conflictes mit der Berliner Universität von einer Anzahl Studirender und anderer Betheiligten projektirten „Freien wissenschaftlichen Vereinigung“ hat sich nach dem Ergebniß der Versammlung vom Freitag Abend eine „Akademie Dühring“ entpuppt. In einem einleitenden kurzen Vortrage sprach Herr Dr. Dühring über die Nothwendigkeit der Fernhaltung des Einflusses der politischen Parteien in der Wissenschaft. Er führte aus, daß die politischen Parteien nur Theil- und Gruppen-Ansichten vertreten und ihre Einsichten oft durch die Absichten getrübt werden. Die Verhältnisse der Parteien bedingten eben so oft, sogar zur absichtlichen Entstellung und Fälschung zu greifen. Die Wissenschaft aber müsse über den Parteien stehen, und dürfe sich am allerwenigsten unter die Taktik der Partei stellen. Die Verbindung der Wissenschaftsvertreter mit der Partei sei eine der schlimmsten Kreuzungen und führe meist dahin, daß sich unbedeutende Menschen einen Ruf zu verschaffen und zu erhalten wüßten, der ihnen nicht gebühre. Die Wissenschaft bedarf keiner künstlichen Mittel, um zur Geltung zu gelangen, wohl aber Licht und Luft und Verbreitungsmöglichkeit. Und in diesem Sinne solle die heute zu gründende „Gesellschaftliche Vereinigung zur Befreiung der Wissenschaft und Modernisirung der Bildung“ ihre Wirksamkeit entfalten. — Das hierauf zur Verlesung gelangende Statut enthält 12 Paragraphen, von denen wir die bezeichnendsten mittheilen. Vorerst sollen aus der Vereinigung alle sich an zünftlerischen Universitäten befindlichen Docenten und Professoren ausgeschlossen bleiben. Alle acht Tage würden zunächst Vorträge mit Discussion und Frage-Beantwortung, vor Allem über natur- und culturgeschichtliche Themata stattfinden, in welchen Rahmen auch die Politik als Wissenschaft gehöre. Die Bildung einer besonderen Frauen-Sektion ist vorläufig unterlassen worden, weil Herr Dühring für diesen Winter auch noch anderwärts beschäftigt ist. Der Jahresbeitrag beträgt 8 Mk., für Unbemittelte 5 M., Freunde der Vereinigung können als Gäste gegen ein Extra-Entree zu den Vorträgen zugelassen werden. — Für Studirende beträgt der Jahresbeitrag nur 6 Mk., und werden dieselben nicht in die Listen der Vereinigung eingetragen, haben aber den Bestimmungen der letzteren nachzukommen. Die Vereinigung als Ganzes hat das Recht, Mitglieder, welche gegen das Statut handeln oder wegen Ausschreitung in der Diskussion auszuschließen. Für die Aufrechterhaltung der Statuten sind die Begründer (Herr Dühring und Herr Studiosus Döll) verantwortlich, jedes Mitglied verpflichtet sich, darüber mit ihnen zu wachen. Die Vereinigung als Ganzes ist zugleich Comité, Vorstand, sie ist ein Vertrag zwischen den Begründern und den Mitgliedern. Alljährlich findet der Gesammtvereinigung gegenüber Rechnungslegung statt. — Aus der sich an diese Mittheilung anknüpfenden kurzen Debatte ist ein persönlicher Zwischenfall von besonderem Interesse. Ein früherer Verehrer des Hrn. Dühring trat gegen denselben auf, indem er die von dem letzteren ihm gegenüber kürzlich gemachten Aeußerungen anführte, wonach diese Vereinigung nur seinen (des Dr. Dühring) Charakter und Stempel tragen und er keine Anarchie in dem Verein dulden werde. In der hierauf folgenden hämischen und beleidigenden Antwort äußerte Hr. Dühring ganz unverholen: „Ich will lieber gar keine Vereinigung, als bei einer solchen mein Prinzip aufgeben.“ — Nach noch einigen anderen Bemerkungen über einzelne Punkte des Statuts erklärte Hr. Dühring die Vereinigung als gegründet und forderte zur Einzeichnung in die Listen hier oder bei Hrn. Döll auf. — Anwesend waren in der Versammlung ca. 120 Personen, worunter 10 bis 12 Frauen. Die Einzeichnungen waren nur sehr geringe, die gute Meinung eines großen Theiles der Anwesenden für die neue Unternehmung hatte offenbar eine arge Enttäuschung erfahren. Die Lebensfähigkeit derselben bleibt demnach erst abzuwarten.

Hamburg. In Bezug auf die auch in der Nummer 133 des „Vorwärts“ von uns gebrachte Correspondenz hat Herr Julius Schulze an die Redaktion des „Hamburg-Altonaer Volksblattes“ folgende Zuschrift gerichtet:

„Mit Gegenwärtigem richte ich die Bitte an Sie, von Nachstehendem in Ihrem Blatte Notiz nehmen zu wollen.

Es ist wahr, daß voriges Frühjahr, gelegentlich eines in Meerane von mir gehaltenen Vortrages, das dortige sozialdemokratische Blatt die Meldung brachte, ich hätte mich als „Atheist“ kundgegeben. Ebenso richtig ist es aber, daß dasselbe Blatt in seiner nächsten Nummer der Wahrheit gemäß anerkannte, ich hätte umgekehrt den Atheismus, als das eigentliche unterscheidende Kennzeichen der Sozialdemokratie, auf's Lebhafteste bekämpft. In der That ist das von jeher mein Standpunkt gewesen, da kann es mir daher nicht gleichgültig sein, mir gerade dasjenige angedichtet zu sehen, was ich als den Ausgangspunkt der von mir bekämpften Richtung stets angesehen habe und heute noch ansehe.

Indem ich darauf rechne, daß Sie auch ohne Zwang auf dieses mein einfaches Ersuchen hin der Wahrheit die Ehre geben werden, zeichne ich

mit geziemender Achtung

Jul. Schulze.“

Unser Hamburger Parteiorgan bemerkt dazu: „Gewiß; wir wollen Herrn Schulze dazu verhelfen, sich den Ruf der „Frömmigkeit“ wieder zu verdienen. Wir wünschen ihm auch die „ewige Seligkeit“, wenn er uns verspricht, uns „drüben“ mit seinen langweiligen Kulturpauken zu verschonen.“

Düsseldorf. Am 5. November tagte im Kaisersaal unserer Tonhalle eine stark besuchte Versammlung von Katholiken aus Rheinland und Westfalen. Zweck derselben war die Absendung einer Adresse an den Kaiser sowie einer Petition an das Abgeordnetenhaus um Aufhebung der Maigesetze.

Viel Neues brachten die zungenfertigen Kämpfer für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ nicht vor. Ein Dr. Urfey aus Crefeld, der die Schulfrage behandelte, konnte es nicht unterlassen, seine Zuhörer mit dem rothen Gespenst, das man durch confessionslose Schulen heraufbeschwöre, gruseln zu machen und suchte ferner zu beweisen, daß auch das Rechnen confessionell gelehrt werden könne, denn wenn ein Lehrer seinen Kindern vordemonstrire, daß $1 + 1 + 1 = 3$ sei und frage sie dann, wie es aber möglich sei, daß drei Personen blos einen Gott bildeten, so rege dies die Kinder zum Denken an und dies passe ihm durchaus nicht. — Diesem Redner folgte ein Herr Klein, Domkapitular aus Paderborn, der sich bitter beklagte, daß sein Vorredner bereits Alles gesagt habe, was er habe sagen wollen; er giebt jedoch als Ersatz einige Kalauer zum Besten und schließt mit der Ermahnung, man möge seine Kinder für das „Himmelreich“ erziehen. — Dr. Diel (Kaiserswerth) beschreibt die traurige Lage der katholischen Kirche in Preußen in Folge des Kulturkampfes und ermahnt zum Ausharren im Kampfe. Derselbe führte auch unter Andern aus, daß trotz des „Brodkorbgesetzes“ noch kein Geistlicher verhungert sei noch verhungern werde. Uebrigens sei die Religion die beste Schutzwehr gegen die Verwilderung und Entsittlichung.

Nachdem noch einige Redner über die Frage, ob eine Petition überhaupt von Nutzen sei, da sie doch voraussichtlich in den Papierkorb wandere, gesprochen hatten, erhielt das Wort zum Schluß Herr Kaplan Schmitz (Düsseldorf). Sein Vortrag athmete nur Liebe. Man solle den Liberalen beweisen, daß die Maigesetze nicht geeignet seien, Vaterlandsliebe zu erzeugen, dann würden sie gerne nach Canossa gehen. Der Staat dürfe nicht eifersüchtig sein auf die Liebe des Volks zur Kirche. Wolle der Staat Vaterlandsliebe erzeugen, so möge er aus dem unendlichen Quell der christlichen Liebe schöpfen, und dieser Quell sei allein die Kirche. Virchow habe diese Liebe der Kirche neulich in einem Vortrage über das Hospital San Spirito in Rom anerkannt, er möge nur weitere Studien machen, und wenn er nicht nach dem Canossa der Buße gehen wolle, so möge er nach dem San Spiritu der Liebe gehen und sagen: ich habe mich geirrt, ich hielt dich, Kirche, für eine Feindin des Staats und du bist die Königin der Liebe. — Virchow mag also nur kommen, die liebevolle Umarmung der Schwarzen ist ihm gewiß.

Die Versammlung nahm noch zwei Resolutionen betreffs der Petition an, telegraphirte an den Papst und ward dann geschlossen, worauf sich das Publikum entfernte. Aber am Ausgang stand der böse Feind und säete Unkraut unter den Waizen. Ein „unbekannter Mensch“ vertheilte nämlich emsig an die sich Entfernenden ein Gedicht, das auch von mir unbesehen eingesteckt wurde und bei späterer Besichtigung sich als — Anti-Syllabus auswies. Ob dieser Frevelthat bricht unser „Volksblatt“ nun in folgendes Wuthgeheul aus:

„Als am Montag Abend das Publikum, welches der imposanten Katholiken-Versammlung beigewohnt hatte, die Tonhalle verließ, vertheilte am Ausgang ein unbekannter Mensch eine verfificirte Sudelei, die den Titel: „Anti-Syllabus“ trägt. Das traurige Machwerk zieht nicht etwa blos den Katholicismus, sondern das gesammte Christenthum in den Koth, schimpft in gemeinster Weise gegen Thron und Altar und hetzt mit cynischem Wohlbehagen gegen die sogenannten besitzenden Klassen. Wenn wir des saubern Elaborats hier gedenken, so geschieht es nicht etwa, um die Katholiken vor dieser Ausgeburt sozialdemokratischer Rohheit zu warnen; einer solchen Warnung würden unsere Parteigenossen gar nicht bedürfen, da sie in religiöser, sozialer und politischer Beziehung viel zu gut unterrichtet sind, als daß derartige Sottisen irgendwelchen Eindruck auf sie machen könnten. Wir bezwecken vielmehr mit dieser Notiz nur einen kleinen Beitrag zur Charakteristik unserer deutschen Sozialdemokratie zu liefern, die, wie aus dem vorliegenden Falle wieder deutlich hervorgeht, sich in literarischen Leistungen gefällt, welche ganz den Thaten ihrer Pariser Brüder entsprechen, jener sozialdemokratischen Canaille, die während ihrer kurzen Herrschaft im Frühjahr 1871 wehrlose Geistliche und friedliche Bürger ermordete, die selbst die Sittlichkeit unreifer Kinder nicht schonte und nach Herzenslust stahl und zerstörte.“

Ja, ja, die bösen Sozialdemokraten!

Dem edlen Verfasser dieses Sudelbreies von Schimpfwörtern und Lügen wollen dem Vernehmen nach die Parteigenossen hier in einer demnächst abzuhaltenden Versammlung, zu der das wackere Pfäfflein eingeladen werden soll, Gelegenheit geben, sein Talent im Schimpfen und Lügen nochmals zu bethätigen, wenn er den Muth dazu haben sollte.

Gera, 11. November. Gestern tagte hier im „Kaisersaale“ eine von circa 2000 Personen besuchte Volksversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Hasenclever über die Neuwahl zum Landtage, welche bekanntlich am 19. November stattfindet, unter großer Aufmerksamkeit und allgemeiner Anerkennung referirte. Es waren zahlreiche Fortschrittsleute und Nationalliberale anwesend. Trotzdem dieselben wiederholt aufgefordert wurden, gegen Hasenclever das Wort zu ergreifen, hüllten sie sich in tiefes Schweigen. Dies Verhalten war um so merkwürdiger, als einige Wochen vorher auf dem „antisozialistischen Congresse“ zu Gera der stolze Beschluß gefaßt worden ist, in jede bedeutende Volksversammlung, welche von den Sozialdemokraten einberufen werde, schlagfertige Redner zu senden, um die „hohlen Phrasen“ der sozialdemokratischen Agitatoren zurückzuweisen. Diese Volksversammlung war nun die erste große Versammlung, die nach dem „Congresse“ in Gera, in der Brutstätte der Antisozialisten, stattfand; schlagfertige Redner: Redakteur Wartenburg, dann der zweite Vorsitzende des Congresses, Lehrer Förster, waren zur Stelle, und dennoch — tiefes Schweigen. Man sieht, daß auf den Antisozialisten-Congreß der Spruch trefflich paßt: „Viel Geschrei und wenig Wolle.“

An die Bergleute von Rheinland und Westphalen.

Kameraden! Es ist an der Zeit, daß wir unsere Zersplitterung und Uneinigkeit fahren lassen und mit Ernst gemeinsam eine Verbesserung unserer Lage anstreben; es darf in Zukunft von uns nicht mehr das Wort gelten: wenn drei Deutsche zusammen sind, streiten sich zwei von ihnen, sondern wir müssen unser und unserer Familie Wohl fest im Auge halten und demgemäß handeln. Als der Gründer- und Börsenschwindel blühte, da hat man nicht darnach gefragt, ob die Bergleute, welche doch die werthvollsten Schätze unter Lebensgefahr und mit Mühsal aus der Erde holen, ein menschenwürdiges Dasein hätten, aber als die Geschäftsstockung eintrat, da hieß es sogleich, die Arbeitslöhne müssen herabgesetzt werden, damit die Dividende nicht geschmälert zu werden brauche. In letzter Zeit hat sich das Geschäft bedeutend gebessert, die Kohlenpreise sind in stetem Steigen, aber Niemand will den Bergleuten zugestehen, daß sie nun berechtigt seien, einen Theil der Lohnabzüge durch Verbesserung ihres Einkommens wieder einzubringen; solches Verlangen nennt man vielmehr „übermäßige Forderungen“. Ebenso wird jeder von Euch Kameraden wissen, wie noth es thut, die Knappschaftskassen zu regeln, damit wir Bergleute unsere Kranken und Invaliden mit unseren sauer verdienten Groschen so unterhalten, wie wir es für gerecht erachten und keiner Bevormundung unterliegen. Alles dieses sind Zustände, welche uns gebieterisch zurufen, daß wir jetzt allen Zwist und Streit fahren lassen müssen, um gemeinsam einen großen Bund zu schließen und auf friedlichem und durchaus gesetzlichem Wege unsere Lage zu verbessern. Die Börsenspekulanten, welche doch gerade beim Bergbau mit ihrem Aktienschwindel das Fett von der Suppe schöpfen, sind stets einig gewesen und fragten nicht darnach, ob Christen oder Juden, Liberale, Reaktionäre oder Freimaurer die Ausbeutung besorgten. Aber das arbeitende Volk möchten sie in steter Zwietracht sehen, damit es nie mächtig werde. — Nun wohl, wir verfolgen einen durchaus gerechten Zweck: durch Einigkeit wollen wir erzielen, daß das Knappschaftswesen rechtschaffen geregelt werde, daß eine ehrenhafte, gerechte Behandlung aller Kameraden stattfinde, und daß, sobald die Kohlenpreise wieder steigen — und das geschieht jetzt — die heruntergedrückten Arbeitslöhne entsprechend gesteigert werden. Damit erstreben wir nicht nur unserer Familie Wohl, sondern auch ein sittliches Ziel, denn nur dann, wenn das Volk menschenwürdig existirt, kann dem Verbrechen und Verderben, welches die Noth mit sich bringt, kräftig entgegengearbeitet werden. Kameraden! Es ergeht der Ruf an Euch: Vereinigt Euch! Unser Bund soll nur die oben vorgesteckten Ziele verfolgen. Alle politischen und religiösen Fragen sollen von ihm gänzlich ausgeschlossen sein, denn nur dann, wenn wir Alle einig sind, können wir etwas erzielen. Der Katholik, sowie der Protestant haben die gleiche Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihre Familien Brod haben und ein sittliches Leben führen können. Es sind in letzter Zeit allerdings schon vielfach vereinzelte Versuche von den Belegschaften einzelner Zechen gemacht worden, ihre Lage zu verbessern. Aber dies kann nie auf die Dauer nützen, denn gerade die vereinzelten Versuche bewirken, daß die Direktionen eine Arbeitseinstellung herbeiführen und die alte Belegschaft durch fremde Arbeiter zu ersetzen suchen. Nur dann, wenn wir einen großen Bund der Bergleute schaffen und gutverwaltete Kassen haben, dann bilden wir eine Macht, welche mit gerechten Forderungen auch durchdringen wird. Niemand sage, daß die Arbeit zu schwer sei; wenn wir nur redlich wollen, daß es besser werde, dann kann das große Werk der Einigung nicht fehlschlagen. Die vielen Hunderttausende von Bergleuten in Deutschland bilden aber vereint eine solche Macht, daß sie alsdann durch ihren Einfluß auch ohne Arbeitseinstellung Vieles erringen können. Kameraden! Um dieses Ziel zu erreichen, findet **Sonntag, den 18. November**, hierselbst im „Städtischen Garten“ eine Versammlung statt, wozu wir die Bergleute von Rheinland und Westphalen zur zahlreichen Betheiligung einladen.

Glückauf Kameraden!

Essen, im November 1877.

Mehrere Bergleute.

Briefkasten

der Redaktion. A. S. in Bromberg: Die Sekte der „Lammelsbrüder“ ist uns gänzlich unbekannt. Betreffs Beantwortung der drei anderen Fragen wenden Sie sich an die Redaktion der „Berliner Fr. Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a. — F. R. in Hof: Die Adr. des Colporteurs lautet: M. Kuchenreiter, Fabrikzeile 783.

Quittung. Ullrich hier Ab. 5,40. Frst Klein-Zschocher Ab. 5,40. Kfmnn Bludenz Ab. 4,80. Dque Bieberich Schr. 5,00. Schfr Gohlis Ab. 6,40. Stmmr hier Ann. 2,70. Brgmr Seesen Ab. 2,00. Bür Ueberlingen Ab. 2,30. Kls Magdeburg Ab. 12,00. Schrdr Plagwitz Ab. 3,00. Strbl Zwickau 134,90. Mhrs Hanau Ab. 21,60. Mlr Reichenbch Ab. 20,00. Arbeiterverein Meran Schr. 9,61. Jnchn Brims Ab. 4,35. A. Wgg Linz Ab. 8,50. Grd Stötteritz Ab. 8,00. Mrkvc Pancsowa Ab. 7,20. Exped. der „Tagwacht“ Zürich Ab. 150,00. Wß Goldlauter Schr. 12,00. Hß Sonneberg Schr. 10,00. Rdlf Hannover Ab. 200,00.

Fonds für Gemaßregelte.

Von E. Sch. Werdau 1,05.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

3. Hamburger Wahlkreis.

Sonntag, den 18. ds. Mts., Vormittags 11 Uhr

Allg. Mitglieder-Versammlung.

im „Englischen Tivoli“, St. Georg.

90] E. Brettel.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. **Sonntag**, den **18. November**, in der „Moritzburg“ in Gohlis:

Abendunterhaltung der Sänger.

Einlaß 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Die Mitglieder und Freunde des Vereins ladet freundlichst ein

2,40] **Der Vorstand.**

Wichtig für jeden Geschäftsmann und Gewerbsgehilfen!

Bei Sturm u. Koppe in Leipzig erschien und ist durch die Expedition des „Vorwärts“ zu beziehen:

Rathgeber für Gewerbtreibende. Inh.: 1) **Deutsche Sprachlehre**, zum Selbststudium für diejenigen, welche in der Rechtschreibung nicht fest sind. 2) **Briefsteller**, welcher über 400 Briefmuster für die Gewerbtreibenden und außerdem alle nur denkbaren Verträge, Dokumente, Geschäftsaufsätze, Klagschriften 2c. enthält, die bei dem Gewerbstande vorkommen. Es ist dadurch Jedem leicht gemacht, seine schriftlichen Arbeiten nach diesen Mustern anzufertigen. 3) **Buchhaltung.** 4) **Fremdwörterbuch.** 5) **Samml. v. Gelegenheitsgedichten.** 6) **Die für Gewerbtreibende wissensnöthigsten Reichsgesetze.** 7) **Notizen über Gold-, Silber- u. Papiergeld**, mit Werthangabe des Geldes aller Staaten. 8) **Das neue Maaß- u. Gewichtssystem** v. Deutschland und allen Staaten der Erde. 9) **Brief-, Packet- u. Depeschen-Portotarif.** 10) **Statist. Uebersicht aller Länder der Erde.** 11) **Ortsbeschreibung** der vorzügl. Städte von Deutschland, Oesterreich, der Schweiz 2c. 12) **Reiserouten** durch Deutschland, Oesterreich, die Schweiz 2c. 13) **Der Schnellrechner beim Ein- u. Verkauf.** 14) **Das Reichsstrafgesetzbuch.** 3 verb. Aufl. Pr. broch. 4 M., geb. 4½ M. [600

Alle Gewerbtreibenden machen wir auf dieses nützliche Werk ganz besonders aufmerksam, und dürfte sich dasselbe wegen seines dauernden Werthes als Festgeschenk eignen.

Neue Welt

Heft 2 Jahrgang III. (mit dem 1. Oktober a. c. beginnend)

ist versandtfertig und wird **nur auf ausdrückliche Bestellung geliefert.** Wir bitten also, rechtzeitig Nachricht hierher zu geben.

Leipzig, den 27. Oktober 1877.

Die Expedition der „Neuen Welt“.
Färberstr. 12. II.

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück **M. 1,20**, in Roth **M. 1,50 gegen baar** oder **Nachnahme** durch die Buchbinderei von **H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16** zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der **Expedition der „Neuen Welt“**, Leipzig, Färberstr. 12 II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 137. Mittwoch, 21. November. 1877.

Die Grund- und Bodenfrage

wurde am 13. d. M. wieder einmal im preußischen Landtag behandelt, und natürlich so behandelt, wie wir es von dieser Körperschaft gewöhnt sind. Den Anlaß bot, wie bei früheren Gelegenheiten, der Etat der Domänenverwaltung. Man wird sich erinnern, daß die liberale Majorität, unterstützt von allen, auch nicht liberalen, Elementen, die ein Geschäftchen dabei zu machen gedenken, auf Parzellirung der Domänen in der einen oder anderen Form hinarbeitet; und man wird sich ferner erinnern, daß die preußische Regierung diesem gemeinschädlichen Streben Conzessionen gemacht und sich, wenn auch unter allerhand Clauseln, auf die schiefe Ebene der Domänenparzellirung begeben hat. Vorigen Dienstag wurde die Debatte von dem Abgeordneten Sombart eröffnet. Derselbe sagte:

„Als ich in der letzten Session die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Parzellirung der königlichen Staatsdomänen innerhalb des Regierungsbezirkes Stralsund lenkte, erhielten wir von der Regierung die Erklärung, daß man diese Parzellirungen der schlechten Resultate wegen vorläufig habe sistiren müssen. Nun sehen wir jedoch, daß grade im Regierungsbezirk Stralsund die Pachterträge gegen das Vorjahr erheblich zurückgegangen sind, und in den „Bemerkungen" heißt es, daß daran die höheren Arbeitslöhne oder vielmehr die höheren Kulturkosten die Schuld tragen. Wir haben über die Gründe dieser Erscheinung schon in der vorigen Session ausführlich gesprochen. Im Regierungsbezirk Stralsund bestehen vom gesammten Grund und Boden 5—6 Proz. in Stadtfluren, 16 Proz. fallen auf den kleinen Grundbesitz und der ganze Rest, also gegen 80 Proz., befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes. Es ist aber eine bekannte Thatsache, daß der große Grundbesitz auf die Dauer nicht so billig wirthschaften kann wie der Bauer. Daraus ergiebt sich für die Regiernng die Pflicht, für eine Vermehrung des Kleingrundbesitzes in solchen Landestheilen zu sorgen, wo derselbe, wie in Neuvorpommern, vom Großgrundbesitz fast ganz verdrängt ist. Ich erklärte schon in der vorigen Session, daß wir die schlechten Resultate, welche die Regierung bei der Gründung der Bauergüter erzielte, dem verkehrten Verfahren zuschreiben müssen, und ich machte mich anheischig, etwas Besseres an die Stelle zu setzen. Leider haben sich meine Versuche aus anderweitigen Gründen zerschlagen. Die Schwierigkeit liegt in der Gebäudefrage. Man muß die Gebäude mit parzelliren und den Bauernhöfen zuweisen. So viel vom wirthschaftlichen Standpunkte. Nicht minder wichtig ist der soziale, communale und politische Standpunkt. Wir stehen am Vorabend einer Landgemeindeordnung. Wie können Sie sich aber eine solche denken in einem Regierungsbezirk, in welchem es keine Landgemeinden giebt? Sodann erwägen Sie, daß die Strömung der Zeit dahin geht, daß die Leute ihren eigenen Heerd haben wollen und dann lieber arbeiten und billiger arbeiten. Unsere ganze Organisation, unsere Staatsverfassung drängt dahin, ein communales Leben zu errichten. Auch das sind Gesichtspunkte, die den Gegenstand als im höchsten Grade wichtig erscheinen lassen. Ich würde nun, wie ich schon früher ausführte, das landwirthschaftliche Ministerium für geeigneter zur Verwaltung der Domänen halten als das Finanzministerium. Ich nehme jedoch Abstand, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen, weil der Minister Friedenthal jetzt das landwirthschaftliche Ministerium nur als das kleinere, das Ministerium des Innern aber als das größere verwaltet. Ich möchte jedoch der Regierung im Allgemeinen die Frage ans Herz legen, ob es nicht zweckmäßig wäre, eine ganz selbstständige, mit größerer Machtbefugniß ausgerüstete und nur aus wenigen Personen bestehende Commission, ähnlich der im Jahre 1817 errichteten Generalcommission, für diese Angelegenheit ins Leben zu rufen und dieser Commission die Auswahl der betreffenden Domänen und die Besetzung derselben mit ländlichen Stellen zu übertragen. Lassen Sie mich noch einen landwirthschaftlichen Gesichtspunkt erwähnen, den ich für äußerst wichtig halte. Wir produziren seit Jahren in Deutschland weniger Getreide, als wir consumiren. Vor 30 Jahren führten wir noch aus und im letzten Jahre haben wir 34,000,000 Centner Getreide mehr eingeführt als ausgeführt, darunter 20,000,000 Centner Roggen. In allen dünnbevölkerten Distrikten jedoch wird nach meiner Ansicht noch so extensiv gewirthschaftet, daß man ein bedeutend größeres Quantum Getreide bauen könnte, wenn man Bauernwirthschaften einführte. Man läßt dort große Ackerstrecken brach liegen, um sie als Weidegang für das Rindvieh zu benutzen; man überlegt jedoch nicht, daß man auf diese Art den Dünger verliert. Zur Stallfütterung fehlen da die Arbeitskräfte. Ich glaube, daß in dieser Hinsicht der Kleinbauer rationeller wirthschaftet. Ich wiederhole nochmals, daß es sich hier um eine der wichtigsten Fragen handelt, die jetzt der Regierung vorliegen, und ich bitte Sie deshalb dringend, verlieren Sie dieselbe nicht aus den Augen."

So Herr Sombart. Ohne uns bei dem Nebensächlichen seiner Ausführungen aufzuhalten, wenden wir uns sofort zu dem Kernpunkt. Herr Sombart, dem wir für seine höchst interessanten statistischen Aufschlüsse über die Grund- und Bodenverhältnisse des Regierungsbezirks Stralsund aufrichtig danken, geht von dem Satz aus: „daß der große Grundbesitzer auf die Dauer nicht so billig wirthschaften kann, wie der Bauer." Wenn uns ein beliebiger Birnbaum oder sonstiger Professor der theoretischen und praktischen Nichtwisserei heute noch, im Jahre des Herrn 1877, von dieser „bekannten Thatsache" erzählt, dann wundern wir uns weiter nicht: der Mann weiß es eben nicht besser — wir zucken einfach die Achseln. Allein Herr Sombart ist kein Birnbaum. Wie es um die theoretischen Kenntnisse des Herrn Sombart steht, das wissen wir freilich nicht, aber wir wissen, daß er praktische Kenntnisse hat. Er ist selber Großgrundbesitzer (er treibt namentlich die Runkelrübenzucht im Großen) und hat als solcher die Erfahrung gemacht, daß der Großgrundbesitzer billiger wirthschaftet als der Kleingrundbesitzer. Wie der Abgeordnete Sombart dazu gelangt ist, den Großgrundbesitzer Sombart Lügen zu strafen, und dessen Erfahrungen einfach auf den Kopf zu stellen, das ist ein Räthsel, dessen Lösung wir dem Scharfsinn unserer Leser überlassen. Genug — der Satz, welchen der Abgeordnete Sombart als „bekannte Thatsache" hingestellt hat, ist genau das Gegentheil dessen, was Erfahrung und Wissenschaft festgestellt haben, so fest, daß es für Jeden, der sich ernsthaft mit der Grund- und Bodenfrage beschäftigt, eine „bekannte Thatsache" ist.

Ein Blick auf die vergleichende Statistik der Grund- und Bodenverhältnisse von England und Frankreich genügt schon, um jeden Zweifel zu beseitigen. Bei aller Plackerei des französischen Parzellenbauern übersteigt der Bodenertrag Englands, wo der Großgrundbesitz herrscht, den französischen Bodenertrag pr. Acker um sechsundsechzig Proz., und in England verrichten beim Ackerbau zwei Menschen die Arbeit, zu welcher in Frankreich sieben erforderlich sind. Und dabei ist der Boden in Frankreich durchschnittlich fruchtbarer als in England. Das sind „bekannte Thatsachen", an denen nur ein Ignorant zu rütteln versuchen kann. Eine „bekannte Thatsache" ist ferner, daß der Kleingrundbesitz in unserem Deutschland sich in der jämmerlichsten Lage befindet, und, durch die Concurrenz des Großgrundbesitzes zu Boden gedrückt, seinem ökonomischen Untergang mit Riesenschritten entgegeneilt. Es bedarf keines besonderen Studiums der Grund- und Bodenfrage, um dies zu begreifen. Man braucht blos die Grundzüge der Nationalökonomie zu kennen. Daß der Großproduzent billiger produzirt als der Kleinproduzent, weiß nachgerade jedes Kind, und jeder kleine Handwerker, dem der Fabrikant den Strick um den Hals gelegt hat, weiß auch warum. Was aber von der Produktion auf industriellem Gebiete gilt, das gilt auch von der Produktion auf dem Gebiete der Landwirthschaft, die ja, genau genommen, nur ein Zweig der Industrie ist und von denselben wirthschaftlichen Gesetzen beherrscht wird, wie die Industrie im engeren Sinne des Worts.

(Schluß folgt.)

Aus Hamburg.

— 14. November.

—n Da ich verreist war, habe ich Ihnen seit längerer Zeit keinen Bericht einsenden können. In Nr. 134 des „Vorwärts" befindet sich ein dem „Hamburg-Altonaer Volksblatt" entnommener Bericht über einen Vortrag, den Herr Julius Schulze im liberalen Hamburger Reichswahlverein am 5. d. M. gehalten hat. Ich glaube, daß Sie den Mann allzu ernst nehmen. In Folge des Berichts fühlte ich mich nämlich veranlaßt, am 12. d. M. mit Hilfe eines guten Freundes, der zugleich, wenn auch kein verbissener, ein Reichsfreund ist, dem zweiten Vortrage des Herrn Schulze beizuwohnen. Aufrichtig gesagt, es hat mir sehr leid gethan, daß ich dieserhalb Zeit und Opfer gebracht habe; als Entschädigung will ich über den Vortrag einige Worte schreiben.

Das Thema lautete: Einige besonders wichtige Spezialgebiete der Sozialwissenschaft. Von allem Anderen sprach Herr Schulze, nur nicht über das Thema — gerade als ob er an den berühmten Ausspruch eines eine Versammlung auflösenden rheinischen Gensdarmen gedacht hätte: „Hier darf vom ‚Thema' nicht gesprochen werden!"

Wie der Redner es nun fertig brachte, um sein „Thema" herumzukommen, dafür nur einige Beispiele. Herr Schulze meinte, die Sozialdemokratie behaupte, daß alle vorhandenen Mängel, Uebel und Mißstände ihren Ursprung 1) in dem Mangel an Moral, 2) in dem Mangel an genügender Kenntniß, 3) in der ungenügenden Produktion, 4) in einigen in unserer Zeit mit besonderer Stärke hervorgetretenen Umständen hätten. Und an diese seine „sozialdemokratischen" Thesen biß sich der Mann fest, zerrte sie hin und her, und er so wenig als das Publikum merkte, daß solche „Behauptungen" gar keine sozialdemokratische sind. Von einer ungenügenden Consumtion hütete sich der edle Herr wohl zu sprechen, von einer gerechten Vertheilung der Produkte schien weder er, noch auch seine Sozialdemokratie etwas zu wissen. — Dann sagte der brave Vortragende, daß Lassalle's Lehre vom „ehernen Lohngesetz" den Vorwurf der größten sozialen Unsittlichkeit verdiene. — Richtig ist, daß das „eherne Lohngesetz" selbst die größte soziale Unsittlichkeit ist, die den Menschen zur Waare herabwürdigt, und daß derjenige, der auf diese Unsittlichkeit aufmerksam macht, der dieses unsittliche Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit lösen will, auf der höchsten Höhe der sozialen Sittlichkeit sich befindet.

Derjenige aber, Herr Julius Schulze, — verstehen Sie mich recht — der solches tief unsittliche Abhängigkeits- und Lohnverhältniß beibehalten will, und sei er sonst noch so christlich-fromm, der leistet der „größten sozialen Ungerechtigkeit" Vorschub und müßte nach Ihrem Glauben einige hundert Jahre länger in der Hölle braten, als jeder andere gewöhnliche Sünder. Sie sehen also, daß Ihnen über diese Ihre, nicht Lassalle's, Unsittlichkeit selbst Ihr Christenthum nicht forthilft.

Zum Schlusse aber sprach Herr Schulze ungefähr folgende Worte: „Wir leben als Kinder unserer Zeit in einer besonderen Gedankenwelt. Franzosen, Nordamerikaner und Chinesen haben auseinandergehende Vorstellungen und ist daher unsere geistige Entwickelung sicher noch einer namhaften Entwickelung fähig. Während es der größte Vorzug des menschlichen Geschlechtes ist, alle Kraft an diese Entwickelung zu setzen, ohne sich des zu erreichenden Zieles klar bewußt zu sein, behauptet der Sozialismus, ganz genau zu wissen, wie, wenn er an die Herrschaft gelangt, sich die Zukunft des Menschengeschlechtes gestalten wird. Eine größere Absurdität giebt es nicht."

Ja, gewiß! Eine größere Absurdität giebt es nicht, als dem Sozialismus fortwährend Unwahrheiten in die Schuhe zu schieben. Wie oft hat der „Vorwärts" behauptet, daß die Zukunftsmalerei wohl interessant und gehirnstärkend sei, aber keinen Anspruch habe auf Wissenschaftlichkeit und auf besondere Beachtung. Das Alles weiß Herr Schulze nicht, er kennt weder die sozialistischen Forderungen, noch die sozialistischen Anschauungen — möge er sich doch nur die Mühe nehmen, die „Quintessenz des Sozialismus" von Schäffle zu lesen, dann wird er, wenn er ein ehrlicher — nicht blos „christlicher", Herr Schulze, Sie verstehen mich — Mann ist, nicht solche Absurditäten sprechen, wie er es am 12. d. M. in der Aula des Schul- und Museumgebäudes zu Hamburg gethan hat. — — —

Der hiesige Gastwirthsverein hat die Errichtung eines Untersuchungsamts für Lebensmittel beschlossen und wird einen Verein hierzu gründen. Die ersten Kosten will der Gastwirthsverein selbst tragen. Es ist namentlich der Zweck, daß die Krämer, Fleischer, Weinhändler ꝛc. in ihrem eigenen Interesse dem neuen Verein beitreten, und sollen die Firmen vierteljährlich veröffentlicht werden. — Der Plan ist gut, wenn man nur nicht den Bock zum Gärtner macht.

Noch will ich Ihnen das historische Ereigniß mittheilen, daß in unserer Nachbarstadt Altona der Vorstand des nationalliberalen Vereins zu einer Generalversammlung eingeladen hatte, daß aber dieselbe nicht abgehalten werden konnte, weil außer den 7 Vorstandsmitgliedern nur 3 Vereinsmitglieder sich eingefunden hatten. Sie sehen, daß unsere Gegner in Altona ihr Pulver schon verpufft haben, bei uns in Hamburg sind sie jetzt à la Julius Schulze fest dabei, dasselbe gleichfalls zu verknallen.

Schließlich hier so gut dort: großer Reichstagswahllärm, etwas Knallerei, etwas Rauch und dann — der Philister zieht die Schlafmütze über die großen Ohren, wie es auch bisher ist. Währenddeß erstarkt unsere Partei mehr und mehr, man räumt fast überall ihre Berechtigung ein.

Wenn es Ihnen lieb ist, werde ich ab und zu Berichte aus Hamburg einsenden.*)

Die Corruption.

(Aus Amerika.)

Wir haben nachstehend alle Fälle von Corruption zusammengestellt, welche eine Zeitung (die „Newyorker Sun") an einem einzigen Tage mittheilte (12. Oktober). Wir haben diese Zeitungsnummer auf's Gerathewohl herausgegriffen, zweifeln aber nicht, daß die Anzahl der Fälle an diesem Tage nicht größer als an andern war.

San Francisco, 11. Oktober. Hr. Duncan, Präsident der Pionier Bank (eben verschwunden) hat kürzlich sein Leben für 90000 Doll. vorsichert. Man glaubt, er habe Selbstmord begangen. Die Bank soll zahlungsunfähig sein.

Washington, 11. Oktober. Fünf Bundessteuer-Einnehmer heben drei Whiskeybrennereien bei Morgantown in Nordcarolina auf, welche die Maischsteuer hinterzogen haben. Sie werden dabei alle durch die im Busche versteckten Kapitalisten meuchlerisch durch Schüsse verwundet und der Wegweiser wird später aus seiner Wohnung geholt und ermordet.

Washington, 11. Oktober. Der Bundes-Landbeamte Williamson in San Francisco berichtet hierher an das General-Landamt, daß er ausgedehnte Betrügereien entdeckt habe und vor Gericht zu ziehen ermächtigt sein möchte. Es handelt sich um Fällung von Bäumen auf Bundesland durch große Eisenbahn- und andere Compagnien, welche gewerbsmäßig im größten Maßstabe betrieben worden sei und noch werde. In einem Falle handle es sich um zwanzig Millionen Dollars, in einem anderen um drei Millionen, in einem dritten um zwanzig Millionen. Die Zahl der weniger ansehnlichen Holzdiebstähle soll sehr groß sein.

Cincinnati, O., 11. Oktober. Bei einer Neuwahl der Direktoren der Ohio und Mississippi-Eisenbahn wurde von den Newyorker Aktionären die regelmäßig erfolgte Wahl nachträglich durch eine andere Protest-Wahl umzustoßen versucht, um die Bahn zu stehlen.

Bound Brook, N. J., 11. Oktober. Eine Bande Pferdediebe, welche aber blos Vollblutpferde stiehlt, und deren in einer Nacht vier von verschiedenen Züchtern gestohlen hat, wird von den vereinigten Farmern der Umgegend bis zu einem unzugänglichen Sumpfe verfolgt, ist aber noch nicht erwischt worden.

Hoboken, 11. Oktober. Der Stadtkämmerer, der einen Fehlbetrag von 70,000 Doll. in Kasse haben soll, wird vor Gericht gestellt, bekommt aber Aufschub der Verhandlung, weil seine Beweisstücke noch nicht fertig sind.

Editoriell (Redaktionell). Der eben beendigte Indianerkrieg mit den Nez Perces hat dreihundert Menschenleben auf seiten der Weißen allein und viele Millionen Dollars Bundesausgaben und an zerstörtem Eigenthum gekostet. Es war ein ganz ungerechtfertigter Krieg, den die Weißen vom Zaun gebrochen hatten, um die stets friedlichen Nez Perces von ihren rechtmäßigen Ländereien zu vertreiben.

Editoriell. Die „Newyorker World" wird beschuldigt, von einer britischen Unternehmergesellschaft bestochen zu sein, welche mit dem Khedive von Aegypten einig geworden ist, für 100,000 Doll. den bekannten Obelisk, Kleopatras Nadel genannt, der zum Ge-

*) Ist uns sehr angenehm.

Redaktion des „Vorwärts".

schenk für Amerka bestimmt ist, zu befördern. Eine amerikanische Unternehmungsgesellschaft hatte dem Khedive einen viel billigeren Transport versprochen.

Editoriell. John Sherman, Minister des Präsidenten Hayes, und Karl Schurz werden beschuldigt, die Bundesbeamten in Washington besteuert und zum „Stumpen" in Ohio befohlen zu haben, im Widerstreit mit Hayes' bekannter Order, und der Finanzminister Sherman sagt selbst, daß er in Ohio „gestumpt" habe, anstatt seines Amtes zu warten.

Editoriell. Es werden Beweise beigebracht, daß der Neger-Repräsentant Robert Smalls von Südcarolina im Jahre 1873 den größten Theil der Summe von 525,000 Dollars gestohlen habe, welche die Neger-Repräsentation in der Staatsgesetzgebung, jeder mit 5000 Dollars bestochen, für Staatsdruckarbeiten verwilligt haben.

Editoriell. Es wird ein Brief des Richters J. J. Paschal von Texas mitgetheilt, welcher den Verdacht bestätigt, das Präsident Grant corrupte Pläne verfolgte, als er die Republik San Domingo an die Union zu annectiren und den Mayor Raymond W. Perry auf bloße Vorwände hin unschädlich zu machen suchte, weil dieser dem Senator Chas. Summer das Geheimniß mittheilte.

New York, 11. Oktober. Ex-Senator Tweed setzt vor dem Untersuchungs-Comité seine Geständnisse fort, in welcher Weise und mit Hilfe welcher Diebe er von 1860—72 die Stadt um etwa hundert Millionen Dollars bestohlen habe. Man lernt eine neue Anzahl mit schuldiger Beamten und Gesetzgeber kennen.

New York, 11. Oktober. Die 1866 eingesetzte Behörde, welche die Matrosen-Kneipwirthe lizensiren und beaufsichtigen soll, damit die armen Matrosen von diesen Schwindlern nicht bestohlen werden, hat in diesen elf Jahren mehr als 10,000 Dollars an Lizensgebühren eingenommen und meist als Gehälter unter sich vertheilt, wozu sie nicht berechtigt war. Ein Untersuchungsausschuß von Schiffseignern hat dies ermittelt, sowie daß sie keine der ihnen auferlegten Pflichten dafür erfüllt haben.

New Orleans, 11. Oktober. Die Louisiana-Wahlfälscher werden doch noch zur Strafe gezogen werden können, da der Supreme Court des Staates entschlossen mit diesem Falle vorgeht. Dadurch wird möglicherweise das Recht des Präsidenten Hayes auf sein Amt entschieden.

Washington, 11. Oktober. Der Verdacht, das Patentoffice-Gebäude sei in Brand gesteckt worden um Beweisstücke für die Corruption des Grant'schen Kabinets zu vertilgen, erhält sich hartnäckig in Umlauf.

New York, 11. Oktober. Canby B. Aldrich wurde gestern von Brooklyn nach Philadelphia ausgeliefert. Er ist aus angesehener Familie und ein bisher unverdächtiger Geschäftsmann, soll aber seinem Bruder geholfen haben 11,500 Doll. zu stehlen und zu hehlen.

Paterson, N. J., 11. Die Großgeschworenen klagen den Schatzmeister und zwei Direktoren der Merchants Loan u. Trust Comp. einer Unterschlagung von 20,000 Doll. an. Sie werden gegen Bürgschaft freigelassen.

Damit ist die Liste der großen Schwindeleien, verübt von Kapitalisten und ihren Vertrauenspersonen geschlossen. Daneben werden noch etwa ebensoviel kleinere Diebstähle, Schwindeleien u. s. w. mitgetheilt, aber natürlich nur jene geringe Zahl, die auf New York und Umgegend entfallen und von der gewöhnlich sogenannten „Verbrecherklasse" ausgingen. Für einen einzigen der 314 Wochentage im Jahre gewiß eine große Zahl, und bei welcher es sich um sehr beträchtliche Summen handelt; schwerlich aber ist dieser eine Tag darin ausnahmsweise bevorzugt. Wir sind so daran gewöhnt, uns mit solchen Pröbchen der Corruption gerade unserer besten Gesellschaft überschüttet zu sehen, daß wir gar nichts Besseres mehr erwarten. Wir sehen nicht, daß diese massenhaften täglichen Vorkommnisse das Gewissen der Nation schärften, einen Sturm des öffentlichen Unwillens erregten, oder anders denn als „pikante Lektüre" hingenommen würden. So weit ist es gekommen mit unsrer Republik, wenn man unsern Staat noch so nennen darf!

Die sittliche Fäulniß, welche die herrschende Klasse in so furchtbarer Ausdehnung ergriffen hat und nach unten hin ein so verderbliches Beispiel giebt, ist jedoch nicht auf Rechnung des amerikanischen Volkscharakters zu setzen. Sie ist in Europa schwerlich geringer. Nur hängt man dort nicht alle solche Anzeichen der Corruption an die große Glocke. Wir sind überzeugt, daß, falls wir wirklich mehr und ärgere Corruptionsfälle als Europa für eine gleiche Kopfzahl aufweisen, nichts als die Schrankenlosigkeit schuld ist, mit welcher bei uns der Kapitalismus herrscht, sowie die Straflosigkeit, welche er sich für seine Verbrechen verschaffen kann.

Wir fragen uns voll Verwunderung: Kann dies noch lange so fortdauern?

Wir fragen unsere Gegner, so viele deren nicht selbst ein Interesse am Fortbestand der Corruption haben: Wiss't ihr ein durchgreifendes Mittel, um eine entschiedene Wendung zum Bessern zu bewirken, außer einer allgemeinen Aufraffung der Stimmgeber, besonders aus der ehrlich arbeitenden Klasse um eine Partei der Arbeit zu bilden und durch diese den Kapitalismus abzuschaffen? Sind nicht alle die oben berichteten Corruptionsfälle gesetzmäßige Früchte jener Gesellschaftseinrichtung, die kein oberstes sittliches Prinzip hat, sondern den Zufall heiligt, welcher es den Wenigen möglich macht, auf Kosten der Vielen (der misera contribuens plebs) zu leben und zwar herrlich und in Freuden zu leben? A. D.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Im preußischen Abgeordnetenhause wird eine Interpellation über den Welfenfonds (Reptilienfonds) stattfinden. Bei dieser Gelegenheit weist die „Frankfurter Zeitung" auf die Entstehung dieses Fonds hin. Das sequestrirte Vermögen des Königs Georg bestand exclusive des für ihn reservirten Inventars der Schlösser aus 40 Millionen Mark in preußischen Staatspapieren. Diese bildeten den zur Zeit der Beschlagnahme noch nicht ausgelieferten Theil der mit 48 Millionen Mark dem König Georg in dem 1867 abgeschlossenen Vertrage zuerkannten Abfindung. Die Zinseinnahmen von jenen 40 Millionen betragen jährlich gegen 1,800,000 Mark. Hiervon wird eine halbe Million an Verwaltungskosten des Sequesters für die Schlösser verbraucht. Der Rest von gegen 1,300,000 Mark würde dem Kapital zuwachsen müssen, wenn nicht in dem bekannten Beschlagnahme-Gesetze der Regierung die Ermächtigung ertheilt worden wäre, diese Revenuen auch zur Ueberwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg und seiner Agenten zu verwenden. Die Regierung vertritt nach wie vor die Anschauung, der sie vor längerer Zeit bei Beantwortung der Interpellation des Grafen Schulenburg im Herrenhause Ausdruck gab, daß an eine Herausgabe des Fonds an den König Georg so lange nicht gedacht werden könne, bis derselbe eine loyale Haltung gegen die Krone Preußen angenommen haben werde. — Wie allgemein verlautet, wird die Regierung die Interpellation gar nicht beantworten. Das wäre allerdings nicht sehr respektvoll dem Hause gegenüber, aber das Resultat bliebe dasselbe, da die Resolution, welche die Herausgabe oder eine andere Verwendung des Fonds verlangt, von den Liberalen des Landtags nicht angenommen wird. Dieselben würden ja sonst in Verlegenheit kommen, womit sie ihre Reptilien füttern sollten, da diese interessanten Thierchen doch um keinen Preis aussterben dürfen. Und würde die Resolution durch irgend eine zufällige Majorität doch angenommen, nun, so handelte die Regierung einfach nicht danach. So liegt die Geschichte.

— „Das Pentagramma macht dir Pein?" Mit diesen Worten Goethe's (Faust, erster Theil) fragte die „Magdeburgische Zeitung" den Abgeordneten für Magdeburg, den sie später noch oft genug angegriffen hat, den Herrn Lasker, seinerzeit, als er plötzlich innehielt in seinen Gründerverfolgungsreden. Die Redaktion der „Magdeburgischen Zeitung" hatte damals nämlich den Gründervernichtungskrieg erklärt, weil dies Mode war, nicht aus Ueberzeugung, sondern lediglich um der Zeitung mehr Abonnenten zu verschaffen. Als Lasker, dem sie bis dahin Heerfolge geleistet hatte, nun plötzlich in seinem Kampfe innehielt, da paßte es der Magdeburgerin nicht und sie griff Herrn Lasker und ihre eigene Partei an, indem sie den „Faust" citirte und von dem Pentagramm sprach, welches dem Lasker-Mephisto den Weg verlege zum weiteren Fortschreiten in der Gründerentlarvung. Mit dem Pentagramm meinte sie natürlich die Gründer in der liberalen Partei selbst. — Am 15. d. M. citirte nun im Abgeordnetenhause der klerikale Abgeordnete v. Ludwig obigen Ausspruch der „Magdeburgerin" bei der Etatsberathung, Posten: Staatsanwaltschaft. „Das Pentagramma macht dir Pein?" — Lasker, ganz wüthend, erwiderte und warf den Herrn v. Diest-Daber, dann den bekannten Gründerentlarver Glagau und — die „Magdeburgische Zeitung" in einen Verleumdertopf. Die „Magdeburgische" hat jetzt trotz dieser Lasker'schen Insulte, weil es Mode geworden ist, die Gründerentlarver anzugreifen und zu verleumden, und weil dies gegenwärtig mehr Abonnenten schafft, den Spieß umgedreht und sticht nach Glagau 2c. 2c., erklärt das „Pentagramm" für einen launigen Scherz und hebt Laskerchen, „dem das Pentagramma Pein macht", auf den Schild. Man hat also in diesem Leiborgan der Herren Sybel, Konitzer, Mehring, v. Unruh und Genossen ein überaus schmutziges Reptil vor sich. Ueber die interessante Gründerverhandlung im preußischen Abgeordnetenhause selbst berichten wir in der nächsten Nummer.

— Der Stieber geht wieder um. Die Wiener „Neue Freie Presse", die frühere Verehrerin Bismarcks, welche aber jetzt, nachdem Subsidien nicht mehr gezahlt werden, antibismarckisch geworden ist, läßt sich von ihrem Brüsseler Correspondenten, der von gewisser Seite ohne Wissen der Redaktion reptilisirt zu werden scheint, folgendes Kuckucksei in ihre Spalten legen:

„Die Sicherheitsbehörde hier in Brüssel ist in nicht geringer Verlegenheit mit den auf Andringen des Fürsten Bismarck verhafteten beiden Sachsen (Erlecke und Mundt). Weder dem Einen noch dem Andern kann irgend ein Vergehen oder Verbrechen zur Last gelegt werden, das ihre Inhafthaltung in irgend einer Weise rechtfertigt. Daß der ehemalige Buchhändler aus Halle an der Saale, der bis Juni 1877 in Zürich lebte, bereits von dort aus mit der Berliner Preßleitung in Unterhandlungen zum Verkauf von 10 Manuscripten stand, deren Veröffentlichung man um jeden Preis zu Berlin hintertreiben wollte, steht fest. Die Angelegenheit war bereits so weit gediehen, daß der preußische Legationsrath v. Stein hier im „Grand Hôtel" zu Brüssel einen Contract abgeschlossen hatte, den der Professor der Stenographie, der zweite Inculpat, gegen den sonst gar nichts vorliegt, stenographisch abgeschrieben, als man in Berlin auf die Kunde, daß die Schriften in Paris einen Abnehmer gefunden, die Verhaftung beider Individuen beantragte, und dies namentlich, weil der Ex-Buchhändler die Verfasser der Schriften nicht nennen will. Da die besagten Manuscripte sein Eigenthum und von ihm bezahlt worden sind, wie er angibt, so ist dies nicht einmal der Schein eines Vergehens. Es wurde den jetzt fast seit drei Wochen in Haft befindlichen Inculpaten denn auch vergeblich mehreremal angeboten, sie nach einer beliebigen Grenze zu escortiren und dort in Freiheit zu setzen; beide verlangen vor das Gericht gestellt zu werden und drohen mit einer Indemnitätsklage wegen ungesetzlicher und nicht gerechtfertigter Freiheitsberaubung."

Dies ist das Kuckucksei in den Spalten der Wiener „Neuen Freien Presse".

Der Buchhändler Erlecke hat sich schon längst in die sozialdemokratische Partei eindrängen wollen, doch wurde er bald erkannt. Die Brochüren, die er von Zürich aus (Libraire internationale) in die Welt setzte, wimmelten von Hochverrath und Majestätsbeleidigungen; die deutsche Polizei wußte es merkwürdiger Weise immer schon vorher, wenn ein Ballen solcher Brochüren in einer deutschen Stadt ankam und confiscirte dieselben natürlich; zu lesen brauchte den Schund Niemand, es kam lediglich darauf an, daß er da war, und einzelne Auszüge genügten, dem staunenden Volke die großartigen Unterwühlungsversuche gegen das deutsche Reich vor Augen zu führen. Daß man die Sozialdemokratie und mißliebige Personen anderer Parteien nun mit dem Erlecke und den betreffenden Brochüren in Verbindung brachte, war natürlich und verschiedene liberale Zeitungen haben auch dahin gehende Andeutungen gemacht. In einer solchen Brochüre wurde offen die Bundesgenossenschaft der deutschen Südstaaten mit Frankreich empfohlen und zwar mit der Hindeutung, daß in Frankreich diese Idee schon vielfach besprochen und die volle Souveränität für die süddeutschen Staaten gewährleistet werde. — Als einige Sozialdemokraten die betreffende Stelle in der Brochüre lasen, riefen sie entrüstet aus: „Wir sind gegen den Krieg von 1866, gegen den Bruderkrieg gewesen und bekämpfen jetzt noch die Hegemonie Preußens, aber einen neuen Bruderkrieg anzetteln zu wollen vom Süden aus, das wäre schmachvoll, wenn die ganze Geschichte nicht zu dumm wäre." — Daß es dem Fürsten Bismarck angenehm ist, wenn durch solche Brochüren das Gespenst des „Erbfeindes" immer noch erhalten wird, weil das rothe Gespenst nicht so recht mehr ziehen will, damit die Spießbürger und Liberalen immer mehr abhängig von seiner Person werden, das liegt auf der Hand — deshalb glauben wir auch, daß es Freunde des Fürsten sind, die solche Sudelwerke schreiben oder schreiben lassen, deshalb glauben wir, daß es auch ein Freund von Bismarck war, der die vaterlandsverrätherischen „10 Manuscripte" des Herrn Erlecke entdeckt hat und die Nachricht von denselben auf den öffentlichen Markt schleuderte. Und wie lieb wird es Bismarck sein, wenn diese 10 neuen Brochüren, deren Verfasser der famose Erlecke natürlich nicht nennt, gerade in Paris gedruckt werden. Die Verhaftungscomödie der Herren Erlecke und Mundt war nothwendig, damit nicht jeder hinter die Karten sehen sollte.

Je häufiger und grausiger der „Erbfeind" jenseits der Vogesen und der „Erbfeind" diesseits derselben dem deutschen Michel vorgeführt wird, desto geduldiger läßt er alle Steuer- und Freiheitssegnungen des herrlichen deutschen Reichs über sich ergehen und desto mehr beharrt er in dem Glauben, daß Bismarck ein großer Mann, der einzige Mann sei, der die „Erbfeinde" besiegen könne.

Daß die Gespensterfurcht noch wirkt, ist aber ein trauriges Zeichen für den Bildungsgrad des liberalen Spießbürgers.

Ueber die Zustände des modernen Theaters.

Von S.-G.

(Schluß.)

So wird, um von vielen Beispielen eins herauszugreifen, dem Künstler in Momenten der persönlichen Noth sein Contrakt in der stillen Voraussetzung gekündigt, daß der Künstler um ein „billigeres" arbeiten müsse, und im verzweifelten Augenblicke, den Fuß schon halb auf der Straße zum Elend, besinnt sich der „Menschendarsteller" und — arbeitet billiger, und wie in der Industrie, so in der Meininger „Dramatischen Fabrik" — je größer die Profitrate des Unternehmers, desto niedriger und elender die — Arbeitslöhne; oder was sagt man dazu, wenn auf der einen Seite die Meininger Direktion in einer deutschen Provinzialstadt innerhalb eines Monats gegen 60,000 Mark vereinnahmt, und zählt anderseits unter ihrer Truppe circa 20 Künstler, welche nur eine Monatsgage von — 50 fl. südd., ja einige sogar nur 30 fl. beziehen? Und noch sind diese armseligen Gagen nicht voll der Armen Eigenthum, denn da kommen erstens die Agentenprovisionen — von 5—10 Proz. variirend und so lange als der Künstler lebt monatlich zahlbar — und sodann die Strafen und Steuern — letztere pränumerando fällig — zum Abzug!

Damit diesem „rentablen" Theaterunternehmen auch nicht das Tipfelchen über dem i fehlt, um es als ein großindustrielles Unternehmen erscheinen zu lassen, sei auch des Fabrikanten-Cynismus gedacht, der sich den „Bühnenkräften" gegenüber breit macht; oder ist es nicht Cynismus, wenn die materielle und intellektuelle Leiterin der Bühne, die frühere Schauspielerin und jetzige Frau von Hofstetten — die zur linken Hand dem Herzog angetraute Gemahlin — einer jungen Künstlerin auf ihren Vorhalt, sie könne mit dem geringen Gehalte unmöglich auskommen, die schleunige Antwort gab: „Ich (die ehemalige fürstl. Maitresse) bin mit meiner Gage stets ausgekommen." — Es wäre aber verwunderlich, wenn einem so musterhaften rentablen Kapitalunternehmen die „Fabrikordnung" — jenes moderne Gesetz zur Beschränkung der Freiheit des Individuums — fehlen sollte; in der That ist auch diese in der Form eines Theatergesetzes vorhanden. Wie in der Fabrik die absolute Herrschaft in der Fabrikordnung, so ist in diesem Theatergesetz die Herrschaft des Meininger „Kapitalisten" verkörpert, und so wenig als in der Fabrikordnung der Arbeiter als Mensch, so wenig ist in diesem Gesetze der gebildete Künstler als Mensch behandelt, denn nicht genug, daß dieses Fabrik- vulgo Theatergesetz außer dutzendweisen Entlassungsandrohungen Geldstrafen in Fülle verhängt, werden selbst Gefängnißstrafen mehrfach angedroht. Die Verbrechen, auf welche jene schmählichen Strafen gesetzt sind, sind natürlicherweise nur „Verbrechen gegen den Kapitalismus". Verletzung des Anstandes gegen den Vorgesetzten! — Wer soll da nicht lachen? In der That, das darf der Fabrikant seinen Arbeitern nicht bieten, das wird sich auch nicht der einfältigste Mensch bieten lassen und nun gar ein — Künstler, ein Menschendarsteller! — Aber nicht genug, daß Strafen bis 5 fl. ohne Widerspruch hinzunehmen sind, hat der „Kapitalist der rentablen Kunst" gebildeten Männern einen Paragraphen zu bieten gewagt, den wir schwerlich in einem Strafgesetz finden. Man erinnert sich noch des sogenannten „Haß- und Verachtungsparagraphen", den s. Z. der Strafantragsteller en gros Bismarck ins Strafgesetzbuch zu haben wünschte, den ihm aber selbst die Prima-Eunuchen Deutschlands, die Liberalen nicht zugestehen wollten — dieser selbe Paragraph, nur auf beschränktere Verhältnisse angewandt, gilt den Mitgliedern der Meininger Hofbühne als Abschreckungsmittel. § 2 des Theatergesetzes dieser Gesellschaft birgt die Androhung „sofortige Entlassung für das Bestreben, gegen die Anordnungen des Vorstandes aufzureizen!" Außer vielen anderen Strafandrohungen enthält dieses Theatergesetz nicht weniger denn 55 Geldstrafenandrohungen. 55 gefährlicher Klippen, an denen gar leicht einmal die ganzen Subsistenzmittel eines Monats hängen bleiben können. In § 7 finden wir für „ungünstige Bemerkungen über getroffene Anordnungen" 5 fl. Strafe angedroht; dies jedenfalls in der Absicht, Klagen der Mitglieder in der Oeffentlichkeit zu vereiteln.

Gegenüber diesem eben so frechen als feigen Vergewaltigungssystem darf es nicht Wunder nehmen, wenn die persönliche Achtung der Künstler unter sich, desgleichen die persönliche Selbstachtung auf das denkbar bescheidenste Maß herabgedrückt wird, wie andererseits die Degradation des Künstlers durch die persönliche Gewalt keineswegs zu einer gehobenen Stimmung beiträgt, denn was darf beispielsweise der Künstler sagen, dem — wie geschehen — bei Gelegenheit einer Theaterprobe, als er den nöthigen Stock auf die Bühne zu bringen vergessen, seitens des „kunstliebenden" Herzogs der „hoheitliche" Stock mit Kraft nachgeschleudert wird? Soll er Sr. Hoheit sagen, daß dieselbe mit dem Stocke zugleich die „Hoheit" mit hinweg geworfen, oder soll er ihr sagen, daß — doch für derartige Widerspenstigkeiten ordnet das famose Theatergesetz Gefängniß und Entlassung an.

So wie mit dieser Bühne, so ist es mehr oder weniger mit allen modernen Bühnen; je toller der Menschendarsteller — der, mit Aristoteles zu reden, durch die Darstellung der Leidenschaften auf den Brettern unsere Leidenschaften „reinigen" soll — vor den Rampen lachen muß, desto ingrimmiger möchte er hinter den Coulissen weinen, denn persönliche Vergewaltigung, Geldstrafen, Gefängnißstrafen und Mißbrauch seiner Arbeitskraft stellen ihn dem Proletarier gleich. Der darstellende Künstler ist heute Proletarier, er muß es sein, oder die Kunst wäre nicht in den Dienst des Kapitals getreten. Während aber der Proletarier der Industrie durch Erkenntniß seiner Interessen mittels einer, allen Gegnern Achtung abnöthigenden Organisation in den großen Kampf gegen das Kapital einmüthig eingetreten, läßt sich das Gleiche von dem Proletariat der Kunst leider nicht sagen. Es ist eine traurige Wahrheit, daß noch heute die Mehrheit dieser, von falschen Gefühlen geleiteten „freien Künstler" nicht den Muth hat, sich einzugestehen, daß sie nur Sklaven des Kapitals, und daß sie gleiche Interessen mit dem großen Proletariat der Industrie haben, daß auch ihre Zukunft einzig und allein in den Zielen der Sozialdemokratie gewährleistet ist.

— Wieder ein Justizmord. Die „Südd. Post" meldet: „Kürzlich ist aus dem Zuchthause in der Au ein Mann entlassen worden, der acht Jahr unschuldig in demselben gesessen hatte. Ein Dienstknecht

— Das schweizerische Fabrikgesetz soll nach einem Conclusum des National- und Ständeraths mit dem 1. Jan. 1878 in Wirksamkeit treten, jedoch die Strafbestimmungen (Art. 19) mit Rücksicht auf Art. 11 (Normalarbeitstag), Art. 13 (Nachtarbeit und ununterbrochener Betrieb) und Art. 16 (Kinderartikel) erst mit dem 1. Mai 1878 anzuwenden. Wenn immer möglich soll bis Neujahr noch das in Art. 5 lit. d geforderte Regulativ erlassen, d. h. diejenigen Industrien bezeichnet werden, die erwiesenermaßen und ausschließlich gefährliche Krankheiten erzeugen, auf welche die Haftpflicht auszudehnen ist. So lämen mit dem 1. Januar 1878 die Vorschriften zum Schutz der Arbeiter (Art. 2), über die Einrichtung von Fabriken (Art. 3), die Haftpflicht in ihrem ganzen Umfange (Art. 4—6) die Fabrikordnung (Art. 7 und 8), den Vertragsbruch (Art. 9), die Lohnausbezahlung (Art. 10), die Sonntagsarbeit (Art. 14), die Beschäftigung der Frauen in den Fabriken (Art. 15) zur Anwendung, während für Einführung der Elfstundenarbeit, die Anwendung der Vorschriften über Nachtarbeiten und über Verwendung der Kinder bis zum 1. Mai 1878 Frist gegeben und inzwischen die vom Gesetz geforderten Reglemente erlassen würden. — Inzwischen suchen sich die Fabrikanten durch Arbeitsentlassung von Arbeitern, die für das Fabrikgesetz gestimmt haben, nach Möglichkeit für die Niederlage zu rächen, die sie am 21. Oktober erlitten haben. Die „Tagwacht" zählt mehrere solcher Fabrikfirmen auf, denen die Ueberzeugungstüchtigkeit der Arbeiter hinreichend Grund war, sie dem Elend und Hunger preiszugeben. Es ist das nicht zu verwundern, denn gesinnungslumpig, wie die Bourgeoisie geworden ist, verlacht oder verfolgt sie die Gesinnungstüchtigkeit der Arbeiter je nach dem Grade, wie deren Bethätigung ihren Interessen gefährlich wird.

— In Paris hitzige Redeschlachten der „Republikaner" gegen Mac Mahon. Wenn eine Regierung sich durch den Wind kräftig bewegter Lungenflügel wegblasen ließe, dann hätte der Marschall allerdings seine Sache verloren. Sintemalen das aber nicht der Fall ist, befindet er sich vollkommen wohl — ebenso wohl wie Bismarck während der Konfliktszeit. Oder richtiger noch wohler, denn die preußische Fortschrittspartei hatte damals das ganze (politisch lebende) Volk für sich, während die Herren Republikaner das kämpfende Volk, das Volk der Kommune gegen sich haben. Unsere „liberale" Presse, der die verzweifelte Aehnlichkeit der jetzigen Situation in Frankreich mit der Konfliktszeit in Preußen aufzudämmern scheint, fängt an zu begreifen, daß der Sieg der „Republikaner" doch nicht ganz so sicher und leicht ist, als sie sich eingebildet hatte. Die „Nationalzeitung" nennt die Annahme der Grevy'schen Resolution (Niedersetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Regierungs-Wahlumtriebe) eine „Donquixoterei", was allerdings zutreffend ist. Mac Mahon hat die Gewalt in Händen, Mac Mahon hat, da der Senat zu ihm steht, das Gesetz auf seiner Seite, wenn er am Platz bleibt — ergo bleibt er und, gleich Heidenröslein, müssen die „Republikaner" „es eben leiden". Ein tapferer Sanguiniker glaubt in einer Steuerverweigerung das unfehlbare Mittel gegen den Marschall entdeckt zu haben, und stellt sie in nächste Aussicht. Bah! Die Zeiten Hampden's, d. h. der revolutionären, thatkräftigen und thatfähigen Bourgeoisie sind vorbei: die verzwergten Epigonen von 1848 hatten zwar in Berlin die Kühnheit, die Steuerverweigerung zu dekretiren, erschraken dann aber so heftig vor ihrer eigenen Kühnheit, daß sie Emissäre in die Provinz schickten, welche dem Volk zu sagen hatten: „Nehmt unseren Beschluß nicht ernst! Bezahlt ruhig, aber, mit Protest, — das Gewehr ist zwar bloß blind geladen, es könnte aber doch losgehn!" Und 15 Jahre später, da waren sie noch mehr verzwergt und brachten es, trotz Jacoby's Drängen, nicht einmal zu der blind geladenen Flinte. Der Einzige, welcher den Rath Jacoby's befolgte und die Sache ernst nahm, war Reitenbach-Plicken, kein „Republikaner", aber ein Republikaner (ohne Gänsefüßchen) und Sozialdemokrat. Die „Republikaner" in Frankreich sind aber genau von demselben Holze geschnitzt wie unsere deutschen Epigonen, und haben obendrein kein so einmüthiges Volk hinter sich.

Zur Heilung etwaiger Schwärmer, die aus Verliebtheit in das Wörtchen Republik sich noch Illusionen hinsichtlich der Hrn. Gambetta und Genossen hingeben sollten, sei hier bemerkt, daß besagter Gambetta bei seiner letzten rednerischen Vorstellung erklärte: das (unsern Lesern bekannte) sozialistische Programm der pariser Arbeiter sei von Federn geschrieben, welche der Minister des Innern bezahlt. Herr Gambetta sollte wissen, daß dies eine Anklage ist, die bewiesen werden muß, — wenn anders der Urheber sich nicht zum ehrlosen Verleumder stempeln will. Weiter ist charakteristisch, daß — bei derselben Gelegenheit — auf den Zwischenruf eines Mac Mahonisten: „Aber für die Kommune seid ihr verantwortlich!" von der gesammten Linken mit sittlicher Entrüstung die Kommune verleugnet und den Beschimpfungen der Gegner preisgegeben wurde. Und für die Leute sollen wir uns ins Zeug legen? Der Redestrom, in dem sie jetzt schwimmen, wird sich verlaufen und sie mit wegspülen.

— Eine Fälschung. Wir lesen in Bourgeoisblättern: „Das 3. Kriegsgericht von Paris verhandelte gestern gegen einen Mitschuldigen der Brandstiftungen der Commune, den 50jährigen Föderirtenhauptmann Pierre. Derselbe befehligte, als die versailler Truppen siegreich durch den größeren Theil von Paris vorgedrungen waren, in der Vorstadt Villete. Er wies dort allenthalben eine von Delescluze unterzeichnete Ordre vor, welche wörtlich lautete: ‚Commune von Paris! Alles ist verloren. Brennt, brennt, brennt!' Demgemäß leitete Pierre selbst den Transport der Petroleumfässer, mit welchen die großen Docks und Mauthgebäude von Villette, sowie einige anstoßende Privathäuser niedergebrannt wurden. Auch sonst werden ihm zahllose Gewaltthaten zur Last gelegt. So hat er einen elsässer Arbeiter, Namens Ruppert, wie dieser zeugeneidlich aussagt, durch die Drohung, ihn sonst zu füsiliren, gezwungen, zwei Stunden lang an einer Barrikade in der Rue d'Allemagne mitzuwirken. Auf der anderen Seite kann sein Vertheidiger als mildernden Umstand die Thatsache beibringen, daß Pierre auf dem Westbahnhofe einem Stadtsergeanten, den die Föderirten erschießen wollten, das Leben gerettet hat. Pierre, der schon kurz nach der Bewältigung des Aufstandes dem Sieger in die Hände gefallen, aber aus der Haft entwichen und erst im August d. J. wieder ergriffen worden war, wird zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit verurtheilt."

In obigem Bericht ist nichts wahr, als daß die französischen Ordnungsbanditen einen neuen Justizmord begangen haben. Die angebliche Ordre von Delescluze ist eine infame Fälschung — vielleicht von demselben Lumpen verübt, der Ferré durch die berüchtigte gefälschte Ordre den Kugeln der Versailler Standrechtsmörder überlieferte und jetzt wegen Fälschung im Zuchthaus sitzt.

— Die sozialistische Bewegung in Nordamerika macht fort und fort die erfreulichsten Fortschritte. So z. B. gaben die Arbeiter von Baltimore bei der im vorigen Monat erfolgten Mayors(Bürgermeister)wahl über 17,000 Stimmen für ihren Candidaten ab, und in Burlington (Jowa), wo der bürgerliche Mayor mit 100,000 Dollars auf und davon gegangen war, gelang es den Arbeitern sogar, in der Person des Schriftsetzers Woward ihren Candidaten durchzubringen. Man bedenke dabei wohl, daß die sozialistische Bewegung in Nordamerika sich erst in ihrem Anfangsstadium befindet; geht es mit den Erfolgen so fort, und an energischen Anstrengungen, neue zu erringen, fehlt es nicht, dann wird der Sozialismus in Nordamerika in nicht zu ferner Zeit eine Macht bilden, mit welcher der übermüthige kapitalistische Mob zu rechnen haben wird.

— Genosse Pollinger aus Dessau hat am 13. November eine Gefängnißhaft von 6 Monaten angetreten. Die 6 Monate erhielt Pollinger, weil er in einer Versammlung am 3. Mai 1876 die Existenz Gottes abgeleugnet hatte, denselben aber auch gelästert haben sollte. — Der Redakteur des Münchener „Zeitgeist", Genosse Rohleder, hat am 14. November eine ihm zuerkannte mehrwöchentliche Gefängnißhaft angetreten. An Stelle Rohleder's hat Genosse Sigmund Politzer die Redaktion des „Zeitgeist" übernommen.

An die Parteigenossen!

Durch die Zeitungen macht eine Erklärung des Herrn Dr. E. Dühring die Runde, in welcher genannter Herr sein Verhältniß zur deutschen Sozialdemokratie bespricht und unter anderm behauptet, daß die in Folge Congreßbeschlusses (siehe Protokoll des Sozialdemokratischen Congresses in Gotha 1877, Seite 57, 58 und 59) ins Leben gerufene sozialistische Revue „Zukunft" „auf seine (Dühring's) Sache und seinen Namen" hin in Gang gebracht werden sollte. Dasselbe behauptet Dühring von einer angeblich seitens der Sozialdemokratie ins Leben zu rufenden „freien Universität".

Wir können dagegen auf das bestimmteste erklären, daß seitens der Partei als solcher und ihrer berufenen Vertreter auch nie entfernt daran gedacht wurde, die „Zukunft" mit dem Namen und der Sache des Herrn Dühring zu identifiziren oder Herrn Dühring zum Vortheil derselben ausnützen zu wollen.

Wenn Herr Dühring seitens der Redaktion der „Zukunft" zur Mitarbeiterschaft eingeladen wurde, so ist zu bemerken, daß dasselbe mit allen anderen sozialistischen oder der sozialistischen Sache geneigten Gelehrten und Schriftstellern geschehen ist.

Wenn deshalb Herr Dr. Dühring der Meinung ist — der er in seiner Erklärung mit der ihm eigenen Bescheidenheit Ausdruck giebt — daß die Sozialdemokratie in ihm den ihr fehlenden „Kapitalisten des Geistes" gesucht hat, so befindet er sich im großen Irrthum.

Von einer seitens der Sozialdemokratie geplanten „freien Universität" ist uns nichts bekannt und dürfte der Plan hierzu nur das Produkt einiger sozialistischer Schwärmer für Dühring sein.

Die Behauptung des Herrn Dühring, daß die Sozialdemokraten „ihn in ihren Dienst nehmen und ausnützen" wollten, ist also einfach unwahr, und Herr Dühring ist nicht im Stande, einen einzigen Beweis dafür zu erbringen, daß dies von irgend einer hiezu berufenen Seite geschehen sei. Welche Pläne einzelne Personen, die mit der Leitung der Partei absolut nichts zu thun haben, Herrn Dühring gegenüber in ihrem Uebereifer entwickelt haben, kann hier nicht in Betracht kommen. Wir wissen nichts von solchen Plänen.

Herr Dühring hat innerhalb der sozialdemokratischen Partei Deutschlands seine Anhänger und Gegner. Keiner aber findet sich unter uns — das behaupten wir kühn —, der zu dem schmutzigen Manöver die Hand geboten hätte, dessen Dühring uns in seiner Erklärung zeiht.

Wenn heute einzelne sozialdemokratische Organe ihrer Enttäuschung über Herrn Dühring in etwas harten Worten Ausdruck geben, so bedauern wir dies, und sind wir in dieser Beziehung der Meinung, daß es mehr am Platze gewesen wäre, früher weniger überschwenglich zu loben und heute weniger hart zu tadeln. Dühring ist geblieben was er war; getäuscht haben sich nur seine Anhänger.

Hamburg, 17. November 1877.

Das Centralwahlcomité
der sozialistischen Arbeiterpartei.

Correspondenzen.

Berlin, 18. Oktober. Die „Volkszeitung", der Hr. Dühring seine „Erklärung" geschickt hatte, veröffentlicht folgende Zuschrift:

„Herr Dr. Dühring hat eine Erklärung veröffentlicht, in welcher unrichtige Angaben in Betreff seiner Betheiligung an der sozialistischen Zeitschrift „Die Zukunft" sich vorfinden. Er hat keineswegs „von vornherein jede Betheiligung an derselben abgelehnt", sondern als er seiner Zeit zur Mitarbeiterschaft aufgefordert wurde, weder eine bestimmt zusagende, noch eine ablehnende Antwort gegeben. Herrn Dr. Dühring in dieser Zeitschrift eine leitende oder nur besonders hervorragende Stellung einzuräumen war niemals beabsichtigt. Von einer „Ausnutzung" desselben und ihm zugemutheten „advokatorischen Fälschungen" kann um so weniger die Rede sein, als er selbst sich in seinen Schriften unzweifelhaft zum Sozialismus bekannt hat, und als die wissenschaftliche Vertheidigung des Sozialismus Fälschungen in keiner Weise benöthigt. Die Redaktion der „Zukunft."

Bremen, 15. November. Montag den 12. d. M. hatten wir hier Gelegenheit, unseren Genossen Geib aus Hamburg in einer von nahezu 2000 Personen besuchten Versammlung sprechen zu hören. Auf der Tagesordnung der Versammlung standen folgende Punkte: 1) Die Schlachthausfrage, Referent Genosse Neisser; 2) Die Kampfesmittel der Sozialdemokratie und ihrer Gegner, Referent Geib. Nach dem Vortrage Neisser's wurde die Schlachthausfrage durch Annahme einer Resolution erledigt, in welcher die Errichtung von Schlachthäusern unter umfassender Kontrole der Fleischproduktion verlangt wird. Nach Erledigung dieses Gegenstandes verbreitete sich Geib über den zweiten Punkt der Tagesordnung. In äußerst klarer und faßlicher Weise erörterte der Redner das Wesen des sozialen Kampfes, welcher der stets wachsenden Ungleichheit des Besitzes und ihrer politischen und sittlichen Folgen entfließe. Die Erbitterung, mit welcher er geführt werde, begründe sich einerseits in der zunehmenden Erkenntniß über seinen endlichen Ausgang und andererseits durch die auf gegnerischer Seite gebrauchten Mittel und die thatsächliche Rechtslosigkeit, in die man die Kämpfer auf der Seite der sozialen Revolution als angebliche Feinde des Staates versetze, und endlich durch die erkenntliche Verschlimmerung der Volkslage. Der Redner führt zur Erläuterung der Ungerechtigkeit der heutigen Besitzverhältnisse Zahlen auf, welche der englische Statistiker Baxton aufgestellt hat, und erörtert alsdann die Mittel, welche von den Gegnern der Sozialdemokratie gegen sie in's Feld geführt werden, zeigt, wie man anfangs die Bewegung ignorirte und belächelte, wie man dann zur böswilligen Verdächtigung der Sozialisten als Feinde jeden Eigenthums, der Ehe, der Familie und der Religion griff, und stellte die Stellung der Partei zu jedem dieser gesellschaftlichen Institute fest. Der gewaltigen Wucht der politischen Macht ihrer Gegner, die im Militarismus den Schutz suchen und in einer 4000 Organe zählenden Presse die Agitation gegen die Sozialisten betrieben, stände das Proletariat mit der Waffe der Verbreitung des Klassenbewußtseins der Arbeiter und einer mit allen Mitteln der mündlichen und schriftlichen Aufklärung betriebenen Agitation gegenüber. Diese werde es herbeiführen, daß die Bourgeoisie in dem Militarismus ihr eigenes Grab auswerfe. Man müsse sich auf sozialistischer Seite mit dem Errungenen nicht begnügen, sondern nach weiteren Erfolgen streben. Der Kreis müsse erweitert werden, die ihn Bildenden aber sich enger aneinanderschließen. Dieser mit lebhaftem Beifall aufgenommene Vortrag beschloß die Versammlung.

Stolp (in Pommern). „Wann wird es in Pommern hell werden?" Mit dieser Frage endete eine mit H. D. gezeichnete Correspondenz aus Stettin in Nr. 114 des „Vorwärts", und wenn irgend eine Frage gerechtfertigt erscheinen muß, so ist es diese. Man sehe sich um in dieser fruchtbaren Provinz! Reiche Forsten, üppige Felder, fischreiche Flüsse und Seen, herrliche Viehzucht, das Alles ist vorhanden, aber trotzdem findet man auch wieder ein Proletariat, wie es bedürftiger kaum gedacht werden kann. Man gehe in die Dörfer und auf die Güter der reichen Krautjunker und sehe sich die Wohnungen der Tagelöhner, die Schlafstellen der Knechte an, und man wird staunen über die Löcher, die man dort als Wohnungen bezeichnet. Die Arbeitsverhältnisse sind gleichfalls die denkbar schlechtesten. Man sehe sich einmal die Contrakte dieser Tagelöhner an, und man wird mit Recht sagen können, daß diese Leute, obgleich rechtlich frei (d. h. vogelfrei), dennoch häufig schlimmer daran sind, als der Leibeigene des Mittelalters. Schulen für die Kinder sind zwar auch vorhanden, aber wie sieht es mit denselben aus? Sehr viele von den Lehrerstellen sind so erbärmlich dotirt, daß sich zu diesen Niemand findet, der auf dem Seminar seine Prüfung bestanden hat, sie werden daher von Präparanden (Knaben im Alter von 15—18 Jahren) versehen; was aber unter solcher Leitung gelernt werden kann, mag sich Jeder selbst sagen. Katechismus, Bibel und Gesangbuch nehmen den ersten, Geschichte, im borussifizirten Sinne vorgetragen, den zweiten Platz ein, erst dann folgen etliche andere Lehrgegenstände in dem Unterrichtsplan. Unter solchen Verhältnissen ist es denn wahrlich kein Wunder, daß der hiesige Tagelöhner und Knecht hinsichtlich der Schulbildung sehr schlimm dran ist. Wie niedrig das Niveau des Wissens hier ist, dafür mag ein Vorfall sprechen, der in den Hallen der heiligen Themis seinen Abschluß fand. Ein jüdischer Handelsmann, Guther Seelig, aus einem Dorfe bei Stolp, wurde wegen Betrugs zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt, und dieser Betrug bestand darin, daß er einem Tagelöhner oder Knecht eine Fünfthaler-Note für eine solche zu zehn Thalern aufgeschwindelt hatte, nachdem er demselben vorher plausibel zu machen gewußt, daß dieser Schein den doppelten Werth habe, weil zweimal die Zahl fünf auf demselben zu lesen war.

Anschließend an dies Beispiel sei hier auch gleich die Bemerkung gestattet, daß es fast ausschließlich Juden sind, die in den Dörfern Hinterpommerns den Krämer und Gastwirth (dort Krüger genannt) abgeben, und meistentheils fließt auch das Geld, welches der Tagelöhner und Knecht verdient, in die Tasche jener Leute, die ihn gewöhnlich auf die schamloseste Weise übervortheilen; bleiben dem gerupften Tagelöhner dann noch einige Pfennige übrig, so gehört es keineswegs zu den Seltenheiten, daß diese der Pfaffe zu irgend einem pietistischen Zweck erhält. Lektüre, überhaupt geistige Anregung irgendwelcher Art, sind Bedürfnisse, die der pommersche Tagelöhner nicht kennt; hat er sich satt gegessen, dann hat er nur noch ein Bedürfniß, und dieses Bedürfniß ist Spiritus, gemeiner Kartoffel-Spiritus, den er in einer Stärke von 75—80 Prozent am liebsten und in großen Quantitäten consumirt.

Wenn man sich dies Alles vergegenwärtigt, dann wird man es auch begreiflich finden, warum Pommern bis jetzt fast ausschließlich die Domäne der Conservativen ist. Die Landbevölkerung giebt bei den Wahlen den Ausschlag, und diese ist vollständig in den Händen jener Herren und weiß oft die Wichtigkeit der Wahl nicht nur nicht zu schätzen, sondern sie weiß oft auch gar nicht, um was es sich handelt. In den meisten Fällen werden die wahlberechtigten Tagelöhner und Knechte nach dem Wahllokale geführt und jedem Einzelnen bedeutet, er möge den Zettel, den er von dem Inspektor oder sonst einer Vertrauensperson erhält, nur in der Stube bei dem „Herrn" abgeben; das wird denn auch gethan und, wie gesagt, häufig weiß Niemand

---

aus Friedberg wurde seiner Zeit von den Geschworenen des Erschießens eines Revierförsters schuldig gesprochen und darauf zu 16 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Die Hälfte dieser Strafe hat er verbüßt. Vor Kurzem kam der wirkliche Mörder zum Sterben und gestand, daß der Verurtheilte unschuldig sei." Und noch immer giebt's keine Entschädigung für unschuldig verbüßte Haft!

— In Gera ist die egyptische Augenkrankheit ausgebrochen. Sie hat immer größere Ausdehnung gewonnen. Es sind außer dem Gymnasium und der Realschule auch noch die Handelsschule und die Bürgerschulen geschlossen worden; aus der Realschule allein sollen 200 Schüler von der Krankheit betroffen sein.

— War die Haft oder der Schrecken über dieselbe schuld? Aus Kosten wird dem „Kurjer Poznanski" geschrieben, daß die wegen Zeugnißverweigerung am 10. d. verhaftete Vorsteherin der dortigen barmherzigen Schwestern, Morawska, am 12. d. wegen schwerer Erkrankung wieder freigelassen worden ist. — Wir wollen hierzu nur bemerken, daß, man mag über das Pfaffenthum und die Pietisterei denken, wie man will, gerade die „barmherzigen Schwestern" überall, wo sie aufgetreten sind, bei der Krankenpflege mit großer Selbstaufopferung segensreich gewirkt haben. Dies den Culturkämpfern in's Album.

— Bekanntmachung. Der Redakteur Herr Rudolph Benjamin Seiffert hier ist aus Anlaß der Veröffentlichung der in der diesjährigen Nummer 66 der Zeitschrift „Vorwärts" unter der Ueberschrift: „Wenn Einer eine Reise thut, dann kann er was erzählen" wegen öffentlicher Beleidigung des Herrn Polizeidirektor Dr. Rüder hier in Beziehung auf seine amtliche Thätigkeit auf Grund § 185 des Reichsstrafgesetzbuchs zu 60 Mark Geldstrafe und Tragung der Untersuchungskosten rechtskräftig verurtheilt worden, was in Gemäßheit des § 200 des gedachten Gesetzbuchs antragsgemäß hierdurch bekannt gemacht wird.

Leipzig, den 10. November 1877.

Königliches Gerichts-Amt im Bezirksgericht daselbst.
Abtheilung II. B.
Bieler. Dr. Käubler.

daß er soeben eines der wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte ausgeübt hat. Zur Zeit der letzten Reichstagswahl kursirte eine Anekdote, über die viel gelacht wurde, die aber als durchaus glaubwürdig bezeichnet werden kann. Ein Kutscher im Kreise Rügenwalde richtete nämlich, nachdem er seinen Zettel an den Wahlvorsteher abgegeben hatte, an diesen die naive Frage: „Kreeg' ick denn ook Antwurt?“ (Bekomme ich auch Antwort?) Wie gesagt, man hat viel über diese Anekdote gelacht, die, selbst wenn sie nur erfunden wäre, und daran zweifelt Schreiber dieses, doch den Nagel auf den Kopf trifft, insofern nämlich, als sie das oben Behauptete der Wahrheit gemäß bestätigt.

Soviel vom Landproletariat!

In den Städten sieht es aber auch nicht viel besser aus, denn die städtischen Arbeitgeber, mögen sie sich nun Handwerksmeister oder sonstwie nennen, gleichen in mehr als einer Beziehung den gutsbesitzenden Krautjunkern. Nicht allein, daß der Arbeiter, sei er nun Geselle, Gehilfe, Arbeitsmann ꝛc., über die Achsel angesehen wird, es maßen sich diese Spießbürger auch häufig so ein Stück Vormundschaft über „ihre“ Arbeiter an, und wehe dem Arbeiter, der sich etwa beikommen ließe, gegen diese Vormundschaft opponiren zu wollen oder etwa nicht Alles für gut zu finden, was der Arbeitgeber in seiner hohen Weisheit zu bestimmen für gut fand. Der Arbeitgeber würde dem Betreffenden auf das Weitläufigste auseinandersetzen, daß nicht nur er (der Arbeitgeber), sondern auch sein Vater und sein Großvater es noch viel schlimmer gehabt hätten, daß er ein sehr „humaner“ Mensch sei und nur im besten, wohlverstandenen Interesse des Arbeiters gehandelt habe, wenn er dies so oder so angeordnet habe; und am Abend, wenn er mit noch ein paar Collegen Spießbürgern den landesüblichen Schafkopf spielt, dann würde er erzählen von der „Unbotmäßigkeit“, der „Unverschämtheit“ und „Unzufriedenheit“ der Arbeiter, Gevatter Hinz würde ihm sekundiren und Gevatter Kunz durch Kopfnicken seine Einverständniß bekunden.

Das ist der sogenannte und vielgerühmte patriarchalische Zustand, welcher unter der Herrschaft der Zunft zwischen Meister und Gesellen bestanden haben soll, denn wohlverstanden, erst in den letzten Jahren beginnt die Großproduktion in Pommern sich Eingang zu verschaffen, und Gewerbefreiheit und sonstige, dem Zunftzwange zu nahe kommende Gesetze standen bis vor ganz kurzer Zeit und theilweis heute noch nur auf dem Papiere.

Sehen wir uns nun diese Verhältnisse etwas näher an!

Was jedem in Pommern Fremden sogleich auffällt, ist die lange Arbeitszeit, im Sommer gemeinhin um 5 Uhr beginnend und häufig bis 8 Uhr Abends und noch länger dauernd, im Winter um 6 Uhr Morgens beginnend und wiederum bis 8 Uhr Abends, häufig aber auch bis 9 oder 11 Uhr dauernd (namentlich bei Schuhmachern oder Schneidern), wird dem einzelnen Arbeiter häufig nur die zum Essen durchaus nöthige Zeit gelassen; ist der letzte Bissen in den Mund gesteckt, dann geht es auch schon wieder an die Arbeit. — Der Lohn ist, wie man sich nach dem Vorhergesagten wohl denken kann, ein äußerst geringer, so daß derselbe kaum hinreicht, die allerdings nur geringen Bedürfnisse der Arbeiter zu befriedigen.

Die Wohnungsverhältnisse des städtischen Arbeiters sind nur um weniges besser als die des ländlichen. Gewöhnlich wird „beim Meister logirt“. Aber dieses Logis besteht in der Regel aus einem Gelaß, das man zu anderen Zwecken nicht verwenden kann oder mag.

Allein es wird und kann nicht immer so bleiben. Schon führen sich, wenn auch langsam, die alles revolutionirende Großproduktion und der Fabrikbetrieb auch in Pommern ein; Arbeiter aus anderen Provinzen, die unter ein wenig günstigeren Verhältnissen aufgewachsen sind und denen das Gefühl für Menschenrecht und Menschenwürde noch nicht abhanden gekommen ist, finden in immer größerer Zahl in Pommern Beschäftigung, und „ist auch der Boden rauh und hart“, sie werden jenen Armen und Elenden auch das Evangelium des Sozialismus lehren, sie werden ihnen zeigen, daß sie dasselbe Recht an die Güter der Erde haben wie ihre Unterdrücker, und — wenn diese Lehre auch im Anfang auf heftige Opposition stoßen, wenn man auch von Seiten der herrschenden Parteien versuchen wird (wie es thatsächlich schon geschehen, man denke nur an das Versammlungsverbot von Seiten der Polizeiverwaltung in Gollnow), der Ausbreitung unserer Lehren Hindernisse über Hindernisse inden Weg zu werfen, endlich wird doch auch hier die Erkenntniß von der Richtigkeit der sozialistischen Lehren zum Durchbruch gelangen und dann wird auch die Frage: Wann wird es auch in Pommern hell werden?“ ihre Beantwortung finden.

Die ersten Anzeichen dafür sind schon vorhanden. Wir zählen in Stettin und Stargard schon eine ganze Zahl von Parteigenossen, in anderen Städten, wie z. B. hier in Stolp, haben sich schon innerhalb der verschiedenen Vereine Oppositionsparteien gebildet, die, zumeist aus Arbeitern bestehend, nicht mehr im blöden Dusel hinter den Spießbürgern hermarschiren, sondern schon selbst ihre Forderungen geltend machen, und, obgleich diese meist keine Sozialisten sind und von der Lehre des Sozialismus fast nicht die geringste Ahnung haben, merkwürdiger Weise das Prinzip der Gleichberechtigung auf ihre Fahnen geschrieben haben. Darum nur gemach, die Lehre des Sozialismus wird auch in Pommern verkündet werden und zur Anerkennung gelangen. R. O.

Muskau, 16. November. Ich muß einen Irrthum in meiner letzten Correspondenz berichtigen. Wie ich aus guter Quelle jetzt gehört, mußten die Knaben, die auf der Straße Cigarren geraucht hatten, nicht früh von halb 9 bis 12 Uhr und Nachmittags 1 bis 3 Uhr, sondern nur circa zwei Stunden knieen. Im Uebrigen ist auch das Knieen eine Strafe, die wohl nicht mehr zu Schulstrafen gehört; eine Tracht Prügel (?) wäre dem Körper der Knaben gewiß dienlicher gewesen, als das Knieen, wenn man annimmt, daß der Schmerz nach den Prügeln vielleicht zehn Minuten oder eine Viertelstunde gedauert hätte. Man mag es nehmen wie man es will, die Strafe der Knaben war eine harte Züchtigung.

Johanngeorgenstadt (in Sachsen), 10. November. (Zum Gedächtniß.) Sonntag, den 4. November, früh 6 Uhr starb hier unser alter Vorkämpfer für Freiheit und Recht, einer der Pioniere der Arbeiterbewegung in Sachsen, unser Parteigenosse Karl Schneider. Er war erst im 48. Lebensjahre und erlag den Folgen eines Hirnschlags. In den 60er Jahren wirkte Schneider in Lugau, wo er den Consumverein leitete. Nach dem großen Unglücksfall in der „Fundgrube“ wandte sich Schneider an die Leipziger Genossen, bewirkte, daß Liebknecht nach Lugau gerufen wurde, um die Sache zu untersuchen und veranlaßte die Bildung eines zweiten Hilfscomités. Da das erste Hilfscomité für die Wittwen und Waisen nur sehr unvollständig sorgte, obgleich so vieles Geld eingekommen war, so hatte das zweite Comité viel Arbeit und zog sich natürlich auch viel Haß zu. Schneider's Stellung in Lugau wurde unhaltbar und er siedelte den 14. April 1868 hierher, nach Johanngeorgenstadt über. Das Glück lächelte ihm aber nicht — er kam um sein ganzes Hab und Gut. Alle seine Versuche, sich ein unabhängiges Geschäft zu gründen, blieben erfolglos — die Gegner verkehrten nicht nur nicht bei ihm, sondern boten Alles auf, um ihm jede Kundschaft zu entziehen und ihm die Existenzquelle abzuschneiden. Der unerschütterliche Sozialist ließ sich aber nicht „mürbe machen“. Die Saat, die er hier ausgestreut, lag lange im Boden und schien keine Wurzel fassen zu wollen. Allein jetzt fängt sie an aufzugehen und zu blühen. — Schneider hinterläßt sechs Kinder: einen Sohn, der Soldat in Straßburg, einen zweiten, der vorläufig vom Militär zurückgestellt ist, drei Töchter: eine von 24, eine von 15 und eine von 13 Jahren, und noch einen Sohn von 3 Jahren. Die Familie ist ganz mittellos. In Johanngeorgenstadt hat sie auf keine Unterstützung zu rechnen. Der Gedanke an die Seinigen, denen er nur sein Elend zu vermachen hatte, erschwerte ihm das Sterben. Friedrich Strobel.

Rechnungs-Abschluß

des

Berliner Central-Wahl-Comités vom 15. Septbr 1876 bis 15. Septbr. 1877.

Einnahme. Auf 1. Liste M. 86,36; 2. 85,55; 3. 155,97; 4. 272,80; 5. 170,66; 6. 303,30; 7. 184,45; 8. 172,49; 9. 323,36; 10. 297,12; 11. 256,27; 12. 203,61; 13. 156,37; 14. 176,96; 15. 441,00; 16. 199,52; 17. 344,25; 18. 264,45; 19. 90,12; 20. 26,72; 21. 107,87; 22. 212,80; 23. 181,33; 24. 155,35; 25. 200,47; 26. 44,06; 27. 64,25; 28. 33,30; 29. 21,70; 30. 56,50; 31. 650,65; 32. 289,22; 33. 256,16; 34. 224,92; 35. 225,90; 36. 478,89; 37; 179,22; 38. 101,52; 39. 274,45; 40. 278,60; 41. 530,80; 42. 355,89; 43. 355,30. Summa M. 9,490 48. Von den Mitgliedern des Wahlcomités dem Wahlfonds überwiesen 6,209,93. Summa M. 15,700,41.

Ausgabe. 1) Drucksachen M. 5,830,60; 2) Inserate 1,307,55; 3) Lokalmiethen 1,102,50; 4) diverse Ausgaben, Entschädigungen für Arbeitsversäumniß, Ausgaben an den Wahltagen ꝛc. 2,474,77; 5) Wählerlisten, Versendung der Wahlkarten, Porto ꝛc. 761,93; 6) für Barmen-Elberfeld 300,00; 7) dem Comite in Hamburg 420,00; 8) für Altona 1. Rate 500,00, 2. Rate 300,00; 9) für Wahlagitation in der Provinz 706,20; 10) allgemeine Agitation 1,844,71. Summa M. 15,548,26.

Rekapitulation.

Einnahme . . .	M. 15,700,41
Ausgabe	= 15,548,26
Bleibt Bestand M.	152,15

Das Wahlcomité:

C. Anders. E. Dastig. H. Ecks. C. Greifenberg. A. Heinsch. A. Keitel. F. Werthmann.

Vorstehenden Rechnungs-Abschluß haben wir geprüft und in allen Theilen für richtig befunden.

Berlin, den 21. Oktober 1877.

Die Revisionscommission.

Gottmann. Wölky. Siegrist. Dietzmann. Stiller. A. Paul.

Quittung

über die für die Berliner Nachwahlen von außerhalb eingegangenen Gelder, welche in der vorstehenden Abrechnung mit einbegriffen sind.

Löske in Inowraclaw M. 2,30; von Sozialisten in Weimar durch Dörnfelder 3,25; gesammelt in Eicke's Restaurant v. Jul. Gollon in Königsberg 5,55; Uhrmacher Wellner in Harzbnrg 1,50; von dem Harzburger Arbeiter-Gewerkverein durch Wellner 5,00; Harzburger Arbeiter-Gewerkverein (2. Rate) 10,00; von den Parteigenossen in Stötteritz 5,00; aus Bockenheim durch Daniel Goll 7,00; Expedition der Bremer Fr. Zeitung 18,90; Altona durch Carlson 6,80; gesammelt von einer Spielgesellschaft in Hannover durch Linde 5,50; Dr. Pauli Rheinau durch Hadlich in Leipzig 5,00; durch Heinrich Neumann in Neustadt, Heide 29, 8,00; C. Niemann, Piepko, Paul und Fink in Linden bei Hannover 2,00; d. W. Petersen in Hamburg 7,30; aus Hannover durch W. Knollmann 49,80; von der Schneiderwerkstelle A. Berg in Hildesheim 3,75; von einigen Parteigenossen in Dessau durch Räbiger 2,05; Schusterius in Gumbinnen 1,95; Schumann in Leipzig 3,00; Arbeiterverein Plagwitz 1,00; Reginald Neuhausen 10,00; Loese's Werkstatt in Leipzig 2,50; K. N. K. in Schwarzenbach a. d. S. 3,90; von sechs Gesinnungsgenossen in Offenburg 14,90; vom Comm. Arbeiterbildungsverein in London d. Th. Koll 61,15; von einigen Gesinnungsgenossen in Cöln a. Rh. d. Bürsten 6,00; von der Schuhmachergewerkschaft in Offenbach d. Dworzak 5,00; D. R. in Geislingen 5,00; drei Studenten der Universität Greifswald 3,00: aus Hastädt bei Bremen d. C. Grope 9,00; Dr. Weinmann in Brandenburg a. d. H. 20,00; gesammelt in der Paterkü'schen Schneiderwerkstatt in Bromberg 1,00; Heidelberg X. G. 5,00; aus Bochum d. Decke 3,00; Verein „Klopstock“ in Wilhelmshafen 9,00; W. Nolte in Lünen 1,00; A. Rick in Hamburg 2,50; d. Julius Schäfer in Münsterberg 2,00; d. W. Vogt in Bayreuth 4,50; d. A. R. in Geislingen 5,00; für die Berliner Nachwahlen d. Sch. in Bautzen 2,00; d. Hadlich in Leipzig 14,25; Wittgensdorf bei Chemnitz d. Alban Spindler 2,90; von Arbeitern der Cigarrenfabrik v. Lutterbeck u. Fiedler in Leipzig 2,75; von Rebentisch in Tannenberg d. Hadlich in Leipzig 0,50; von Voigt in Halberstadt 5,63; von den Arbeitern der C. Cigarrenfabrik in Leipzig 3,45; von C. F. Honnenhorn in Leipzig 4,85; C. W. in Ernstthal 7,50; H. D. in Hofgeismar 1,00; Genossen in Gohlis 10,00; H. P. daselbst 1,00; Ardsff in Leipzig 0,25; von Bielefelder Parteigenossen 32,42; von B. Schandt in Mainz-Gartenfeld 3,00; von drei Schlossern in Leipzig 6,20; ein ostpreuß. Lehrer 1,40; von Brendel's Schneiderwerkstatt in Leipzig 6,50; Exped. d. Braunschweiger Volksfreund 10,10; für die Berliner Nachwahl d. G. Vorst 6,00; aus Rendsburg d. Wacherhagen 20,00; d. Hadlich in Leipzig 9,30; d. denselben 11,00; von A. W. in München d. Hadlich in Leipzig 25,00; durch Hadlich in Leipzig 3,84; vom Schneiderball in Hannover d. Rudolph 4,50; gesammelt auf der Kindtaufe bei Flügge in Hannover 4,50.

Berlin, den 21. Oktober 1877.

J. A.: C. Anders, Kassirer, Steglitzerstr. 53.

Berichtigung.

Die englischen Citate des Artikels „Eine verschämte Schamlosigkeit“ (Nr. 135) enthalten verschiedene Druckfehler. Auf der 3. Spalte muß es Z. 27 v. u. heißen where statt were; Spalte 4 Z. 2 v. o. there statt their, Z. 8 v. o. self statt selt, Z. 18 v. o. thou statt thon; Spalte 5 Z. 6 v. o. not statt nos. — Beiläufig bemerkt, ist das Eckstein'sche Machwerk zum größten Theil, wo nicht ganz abgeschrieben oder richtiger aus verschiedenen englischen Zotengedichten zusammengestoppelt. Nur einige Sprachfehler sind unzweifelhaft original, z. B. Spalte 3 Z. 3 v. u. versed, welches Herr Eckstein nach dem Französischen verser — ausgießen gebildet hat, während doch ein Zeitwort verse mit der Bedeutung von verser im Englischen nicht existirt.

Ebenso finden sich in der englischen Correspondenz in Nr. 130 zahlreiche Druckfehler. Es muß u. A. heißen: Employer and Workmen's Act statt Employer and Workmen Acte; County franchise, statt Coontry franchise; Labour at home and abroad statt Labour at house and abroad u. s. w.

Briefkasten.

der Redaktion. X. in Delitzsch: Eine derartige Schrift existirt noch nicht; Sie müssen sich mit der sozialistischen Literatur bekannt machen. Ein Schriftenverzeichniß erhalten Sie auf Wunsch von unserer Expedition. Hätten Sie Ihre Adresse angegeben, so würden wir Ihnen sofort eins zustellen lassen. — Einige Genossen in Kratzau: An wen sollen wir schreiben? Geben Sie uns eine Adresse! — E. G. in Stuttgart: ad 1 (Format) Nein! ad 2 (Schlüssel) Ja! — y. z. in Jena: Wir haben vom Song of the Shirt schon zwei Uebersetzungen veröffentlicht. Wir wollen es der Red. d. „Neuen Welt“ übergeben. — S. in Göppingen: Correspondenz vom 1. November zwar erhalten, aber zurückgelegt, weil die Narretheien des „alten Schäfers Thomas“ für unsere Leser wenig Erheiterndes bieten. — B. in Calb: Wegen des betr. Artikels ist gegen den „Vorwärts“ keine Anklage erhoben worden.

Den Parteigenossen zeige ich hiermit an, daß ich meinen Wohnort von Jarocin nach Ostrowo verlegt habe. Joh. Blum.

Der Schneider Rieg aus Württemberg, im Dezember 1876 in Kempten beschäftigt, wird in seinem eigenen Interesse ersucht, seine Adresse an uns einzusenden.

Expedition des „Volkswille“ Augsburg.

Quittung. Wilmr Rgrs Newyork Ab. 26,66, Oldwtz Apenrade Ab. 4,20. Brg Zeitz Schr. 16,00. Wtmnn Berlin Ann. 6,50. Schh Düsseldorf Ann. 1,00. Bernst Stanislau Schr. 10,00. Ptr Admont Ab. 1,87. K. Pzz Altgratzka Ab. 9,50. Ottrbch Stuttgart Ab. 3,00. Orbg Gießen Ab. 4,00. Grbnstn Lindenau Schr. 3,50. Schffltr Stettin Schr. 3,50. Wmnn Braunschweig Schr. 30,00.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Leipzig. Donnerstag, den 22. November, Abends 1/2 9 Uhr, im Saale des Hrn. **Michael**, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die Angriffe auf Lassalle und Marx. Referent W. Hasenclever.

70] Der Agent.

Bekanntmachung.

Die **Genossenschaftsbuchdruckerei Augsburg** (Eingetragene Genossenschaft) befindet sich in Liquidation. Alle Diejenigen, welche Forderungen an die Genossenschaft zu machen haben, werden aufgefordert, diese sofort bei der Liquidationscommission anzumelden. [9,10

Die Liquidations-Commission.

Ottensen. Arbeiter-Verein. Donnerstag, den 22. November, Abends 8 1/2 Uhr, in **Burmeisters Salon**, 1. Treppe:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung für Monat Oktober. 2. Vortrag über die Rondsdorfer Rede.

80] F. Heerhold.

Duisburg. Theilhaber für eine Buchdruckerei mit dem Verlage einer sozialistischen Zeitung gesucht. Nur liebsten Fachmann mit Vermögen. Näh. durch die Exped.

Im Selbstverlage des Verfassers und zum Parteibezug a Arbeitervereine im alleinigen **Commissionsverlage der Mitunterzeichneten** ist soeben erschienen:

Die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie.

Ein Wort zum Frieden

von

Carl Scholl in **Heidelberg.**

2 1/4 Bogen gr. Octav.

Behufs Förderung des Massenvertriebs zum Preise von:

Mk. —,35 bei Entnahme von 100 Exemplaren
„ —,30 „ „ „ 500 „
„ —,25 „ „ „ 1000 „
— das Einzelexemplar 45 Pf. —

gegen **Baareinsendung** des Betrags. Porto zu Lasten der Empfänger. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten. **Colporteure erhalten** entsprechenden Rabatt.

Carl Scholl in **Heidelberg.**
Die Expedition des „Vorwärts“.
Leipzig, Färberstr. 12/II.

Soeben erschien in neuer Auflage und ist durch uns zu beziehen

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des **Wupperthals** Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzen.

Preis 10 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Für Lokal- u. Gewerkschafts-Vereine

jeder Art passend sind praktisch eingerichtete

Cassenconto- & Mitgliederbeitrags-Bücher

zum Selbstkostenpreis à 50 Pfg. zu beziehen. Porto bei 1—2 Paar 20 Pfg.; 3 Paar 30 Pf.; darüber 50 Pf. Bestellungen sind zu machen bei **A. Geib** in Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für [illegible] Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Bauermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 138. Freitag, 23. November. 1877.

Des heutigen sächsischen Feiertages (Bußtages) halber fällt die nächste Nummer des „Vorwärts" aus. Als Ersatz werden wir den Lesern am nächsten Mittwoch eine Doppelbeilage geben.

Die Grund- und Bodenfrage

(Schluß.)

Daß bei Gartenbau, bei Weinbau u. s. w. der Acker Land im Kleinbetrieb mehr Ertrag liefert als bei gewöhnlicher Landwirthschaft der Acker Land im Großbetrieb, das ist allerdings eine „bekannte Thatsache", aus der indeß nur ein — Birnbaum den allgemeinen Schluß ziehen kann, der Großgrundbesitz sei weniger erträglich, als der Kleingrundbesitz. Uebrigens wird der Garten- und Weinbau mehr und mehr von dem Großkapital annektirt — man frage blos unsere Handelsgärtner und Weinbauern. Wir wollen auch nicht bestreiten, daß ein Kleinbauer, wenn er seine paar Morgen Land mit Aufbietung aller Kräfte bewirthschaftet, auf den Morgen mehr ernten kann, als der Durchschnittsertrag eines Morgens Land bei Großbetrieb ausmacht, aber dieses Resultat kann er nur auf Kosten seines eigenen Selbst erlangen: der Mann wird dem Land geopfert, er arbeitet sich und seine Familie bankrout, mager und todt, um seine Aeckerchen fett zu arbeiten. Durch übermenschliche Anstrengungen vermag das eine oder andere Individuum momentan, für einige Zeit, die ökonomischen Gesetze, die Folgen der Concurrenz scheinbar aufzuheben, allein eben auch nur scheinbar. Im Großen und Ganzen machen sich dieselben mit unwiderstehlicher Kraft geltend — die Ausnahmen rächen sich und beweisen nur die Regel.

Der Abgeordnete von Ludwig (Centrum) hat dies eingesehen und liest seinem Collegen Sombart den Text. Er ist zwar „mit dem Abgeordneten Sombart darin einverstanden, daß man den sogenannten kleinen Grundbesitz erhalten und eventuell erweitern müsse, soweit die erforderlichen Materialien vorhanden seien. Einzelne Behauptungen derselben erklärt er jedoch für unrichtig. So sei es durchaus falsch, daß der Großgrundbesitz nicht im Stande sei, eben so billig zu wirthschaften wie der Bauer. Das sei schon a priori unrichtig. Denn der Arbeiter arbeitet für den Bauer nicht billiger als für den Großgrundbesitzer. Es seien aber gewichtige Momente vorhanden, welche dafür sprechen, daß der Großgrundbesitz im Gegentheil billiger produzirt, als der kleine Grundbesitz. Bei der Industrie sei es eine anerkannte Thatsache, daß die große Fabrikation und die großen Etablissements billiger arbeiten. Warum sollte es bei der Landwirthschaft anders sein? Es liege auf der Hand, daß man alle Vortheile besser ausnutzen und namentlich viele Detailarbeit sparen könne, wenn man ein großes Ganzes zu dirigiren habe. Sodann glaubt Redner auch der Behauptung widersprechen zu müssen, daß es unökonomisch sei, große Ackerstrecken Jahre lang unbepflanzt liegen zu lassen. Solche Strecken seien durchaus nicht als todt zu betrachten, da sie als Weide für Schafe und Rindvieh einen ganz erheblichen Nutzen bieten. Was die Parzellirung anbetreffe, so möge man dieselbe in solchen Gegenden vornehmen, wo es viele Menschen gebe. In den Gegenden, wo dies nicht der Fall sei, möge man den Großgrundbesitz ungeschmälert lassen."

Die letztere Bemerkung des Herrn von Ludwig ist durchaus unstichhaltig: sie schlägt den Thatsachen geradezu ins Gesicht: England ist das dichtstbevölkerte Land in Europa, und in England herrscht ausschließlich der Großgrundbesitz. Das Gegentheil des von Herrn v. Ludwig Gesagten ist wahr: da der Großbetrieb größeren Ertrag liefert, also mehr Lebensmittel erzeugt als der Kleinbetrieb, so ist folglich ein Land mit Großbetrieb auch im Stande, eine größere Einwohnerzahl zu ernähren als ein Land mit Kleinbetrieb — natürlich gleiche Nationalität des Betriebs vorausgesetzt. Wenn die Bevölkerungszahl eine gewisse Höhe erreicht hat, wird aus diesem Grunde der Kleinbetrieb sogar einfach unmöglich, und der Großbetrieb zur absoluten Nothwendigkeit.

Nach v. Ludwig sprach Miquel. Das ehemalige Mitglied des Communistenbunds, welches inter pocula (beim Glase) „prinzipiell" seinen Jugendanschauungen treu geblieben zu sein behauptet, konnte die communistische Vergangenheit nicht völlig verleugnen und trat ebenfalls dem Herrn Sombart entgegen: „Ich glaube nicht, daß der Abgeordnete Sombart hat behaupten wollen, der Kleinbesitzer arbeite unter allen Umständen billiger als der Großgrundbesitzer. Noch weniger aber halte ich das Entgegengesetzte für richtig. Die ganze Frage ist eine reine Lokalfrage. Allerdings giebt es Gegenden, wo günstige Verkehrsverhältnisse dem Großgrundbesitz bessere Chancen bieten. Auch ist der letztere viel eher im Stande, die Vortheile der neuen landwirthschaftlichen Maschinen auszunutzen. Vor 20 bis 30 Jahren hat man sehr viel in der Theorie gestritten, ob der mittlere bäuerliche Grundbesitz überhaupt noch eine Zukunft habe, oder ob er in Folge der Fortschritte der Naturwissenschaften eben so wie das Kleingewerbe mit der Zeit zu Grunde gehen müsse. Heute aber hat man sich in Theorie und Praxis überzeugt, daß dies lediglich eine Lokalfrage ist. In der Nähe von Städten, wo der Arbeitslohn theurer ist, wird es dem Kleinbesitz allerdings nicht leicht möglich sein, mit dem Großgrundbesitz zu concurriren. Ganz anders aber liegen die Verhältnisse da, wo die Kleingrundbesitzer Intelligenz genug besitzen, sich durch Associationen alle diejenigen Vortheile, z. B. die Maschinen u. s. w., zu verschaffen, die sonst nur dem Großgrundbesitz zur Verfügung stehen. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß viele Umstände von vorn herein dem kleinen Grundbesitzer zu Gute kommen. Wenn der Bauer selbst mitarbeitet, so ist das etwas ganz anderes, als wenn man mit lauter gedungenen Arbeitern wirthschaftet. Auch bin ich der Ansicht, daß das Gebäudekapital viel schwerer auf den großen Grundbesitz drückt, als auf den kleinen. Ich wiederhole, es handelt sich hier um eine Lokalfrage. Das haben wir nie verlangt, daß mit der Parzellirung der Domänen ohne Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse vorgegangen werden soll."

Ein kurioses Gemisch von Irrthum, Dichtung und Wahrheit. Der Communist Miquel liegt sich mit dem „Theiler" und Spekulant Miquel in den Haaren. Dem Communist Miquel, der den Großbetrieb befürwortet und für den genossenschaftlichen Betrieb des Ackerbaus eine Lanze bricht, können wir nur unsere Zustimmung ausdrücken. Dem „Theiler" Miquel, der die Ausschlachtung der Domänen wünscht, und den Fortbestand des Kleingrundbesitzes — fürsorglich sagt er: „mittlerer bäuerlicher Grundbesitz" — als „Lokalfrage" bezeichnet, haben wir blos zu bemerken: er möge beim Communist Miquel auf ein Viertelstündchen in die Schule gehn.

Mit der Miquel'schen Rede war die Debatte zu Ende — denn was Herr von Meyer noch auf dem Herzen hatte, wäre besser auf seinem Herzen geblieben.

Ergebniß der anderthalbstündigen Redeübung: null.

Der Etat der Domänenverwaltung wurde ohne Abstimmung genehmigt. Man hatte wieder einmal „geredet, um zu reden".

Zur Lage in Frankreich.

Unsere bismarckischen und nichtbismarckischen Bewunderer der französischen „Republikaner" fangen an zur Vernunft zu kommen. Daß die „Nationalzeitung" die letzte „Redeschlacht" in Versailles eine „Donquixoterei" nennt, haben wir bereits mitgetheilt. Einen anderen Artikel schließt das Organ des tapferen Dernburg mit den elegisch-mysteriösen Worten:

„Die republikanische Majorität kann sich in ihre Togas hüllen und ruhig hinschlachten lassen; sie kann mit dem Pathos der Leidenschaft untergehen. Sie wählt das Letztere — wer kann's ihr verdenken? Aber auch der Tag der Wiedervergeltung wird kommen; er ist in Frankreich noch nie ausgeblieben."

Er bleibt nirgends aus, auch in Deutschland nicht. In Frankreich ist er sogar schon gekommen, und gerade das Fiasko der „Republikaner" ist „Wiedervergeltung" — für 1871. Auch Mac Mahon (der nach dem obigen Gleichniß, das die „Republikaner" mit Cäsar vergleicht, die Rolle des Brutus spielt) wird seinen „Tag der Vergeltung" haben, aber die Schützlinge des Herrn Dernburg werden daran unschuldig sein.

In einem anderen Artikel sagt die „Nationalzeitung" nach einigen kritischen Bemerkungen über den Antrag Grevy:

„Was uns aber die stärksten Zweifel an der Klugheit der von den Republikanern eingebrachten Maßregel (!) einflößt, ist die Unausführbarkeit derselben gegenüber dem Widerstand der Regierung; wir halten es für gefährlich, gerade einem Volk wie den Franzosen gegenüber, das vom Erfolg so stark beeinflußt wird, die Schwäche der Position so offen aufzudecken."

Die „Kölnische Zeitung", die ebenfalls früher den französischen Himmel voller nationalliberal-„republikanischer" Baßgeigen hängen sah, ließ am Freitag folgenden Warnruf ertönen:

„Die republikanische Partei wird aber wohlthun, die Rechtsfrage nicht zu einer Frage der Macht zuzuspitzen. Denn wer hat die Macht in Frankreich? Man hat nicht mit Unrecht gesagt, daß seit einem Jahrhundert in Frankreich immer Der geherrscht hat, der die Armee befehligt, und das ist für jetzt der Herzog von Magenta. Wenn die Republikaner den moralischen Sieg, den sie durch die Wahlen erfochten haben, festhalten wollen, so müssen sie ebenso viel Mäßigung als Festigkeit beweisen."

Das heißt, sie müssen Mac Mahon wirthschaften lassen und sich mit ihrem „moralischen Sieg" begnügen, wenn sie nicht materiell besiegt sein wollen. Nun — der „moralische Sieg" ist inzwischen schon zur „moralischen" Niederlage geworden, was beiläufig der richtigere Name für jeden „moralischen Sieg" ist.

Einen recht vernünftigen Artikel über „die Lage in Frankreich" bringt der „Hamburgische Correspondent". Er adoptirt die sozialistische Auffassung, daß die bürgerlichen „Republikaner" sich nicht schlagen und, falls es zum Aeußersten kommen sollte, einen Staatsstreich weniger fürchten als eine Revolution.

„Dem nüchternen, von Sympathien und Antipathien unberührten Zuschauer", schreibt der „Hamb. Correspondent", „drängt sich zunächst die Frage auf, auf welche Elemente republikanischer Seits für den Fall eines Entscheidungskampfes gerechnet wird. Die Regierung hat die Armee, das Beamtenthum, die Geistlichkeit und einen immerhin bedeutenden Theil der Bevölkerung für sich; mit ihr gehen all' die Aengstlichen, welche von einer Erschütterung der bestehenden Ordnung Gefährdung der materiellen Interessen fürchten. Wo wem rechnen die Republikaner? Bei den gewaltsamen Revolutionen, welche bisher auf dem Pariser Pflaster ausgekämpft worden, stand das Proletariat regelmäßig auf der Seite der Erhebung und ga der Wille des sogenannten Pariser Volks den Ausschlag.

„Seit der Straßenschlacht vom Juni 1848 hat dieses Verhältniß sich zu ändern begonnen, seit dem Communeaufstand vom Mai 1871 ist dasselbe vollständig in sein Gegentheil umgeschlagen. Hinter den bürgerlichen Republikanern, welche sich dem Staatsstreich vom zweiten Dezember zu widersetzen versuchten, stand nur noch ein Bruchtheil der Revolutionsarmee vom Februar 1848 und Juli 1830, die Oppositionsmänner von heute werden von den Epigonen dieser Armee noch grimmiger gehaßt, als von ihren monarchischen und klerikalen Gegnern. Ihr Hinterland bildet eine Schicht der Bevölkerung, welche es vor der Wahlurne und auf der Rednertribüne nicht an sich fehlen läßt, auf der Barrikade aber niemals heimisch gewesen ist und im Fall eines Barrikadensieges noch sehr viel übler daran wäre (alberner Weise zu sein sich einbildet. R. d. „V."), als wenn die Intriguanten der Curie oder des zweiten Kaiserthums Recht behielten. An die Stelle der Partei- und Meinungsgegensätze von ehemals sind Interessen- und Klassenunterschiede so durchschlagender und gefährlicher Natur getreten, daß die besitzenden Republikaner und besitzenden Monarchisten sehr viel mehr gemein haben, als Radikale der bürgerlichen und der sozialistischen Richtung. Soll der gegenwärtig entbrannte Kampf zu einem Ergebniß führen, der die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung unerschüttert läßt, so muß er innerhalb des Bürgerthums, innerhalb der Klasse der Besitzenden ausgetragen werden. Hier aber steht eine organisirte, auf wohlgeordnete, zum Kampf auf Machtmittel gestützte Regierung einer Parlamentsmehrheit gegenüber, die nur über sich selbst und über eine Anhängerschaft zu verfügen hat, die weder kampflustig noch zum Kampf organisirt ist. Und noch mehr! Zu einer parlamentarischen Mehrheit haben die Republikaner es überhaupt nur gebracht, weil sie sich mit ehemaligen Monarchisten gemäßigter Schattirung, mit Leuten verbunden haben, welche von der Republik festere Garantien für Ruhe und Ordnung erwarten, als von einer erzwungenen Monarchie.

„In die Bahnen, welche sie unter Thiers' Führung gewandelt, können die Republikaner nicht mehr zurück, der Weg zu einer Aussöhnung mit dem Präsidenten ist ungangbar geworden. Damit haben sie von ihrer bisherigen Anhängerschaft so viel verloren, daß sie auf diese nicht mehr rekurriren können, daß sie in der That nur ihrem Vortheil nachgehen, wenn sie Kammerauflösung und Neuwahl mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern suchen. Das eigentliche Gewicht geht damit an Gambetta und dessen Freunde über. Von diesen will das französische Bürgerthum aber Nichts wissen — der vierte Stand aber bildet eine Partei für sich und hat wiederholt gesagt, daß er bei einem Reaktionsregiment bessere Rechnung zu finden glaubt, als bei der Herrschaft seiner Feinde vom Mai 1871."

Letzterer Satz enthält eine grobe Unrichtigkeit. Es ist unseres Wissens niemals von sozialistischer Seite erklärt worden (weder mit Bezug auf die jetzige französische, noch auf irgend eine andere politische Krise), daß „der vierte Stand", soll correkt heißen: die Arbeiterklasse, „bei einem Reaktionsregiment bessere Rechnung zu finden glaubt, als bei der Herrschaft ihrer Feinde" d. h. des liberalen Bürgerthums. Was die Sozialisten mit Bezug auf den Conflikt zwischen Mac Mahon und den „Republikanern" erklärt haben, ist, daß sie keine Lust haben, für die Feinde des Proletariats die Kastanien aus dem Feuer zu holen, und daß sie von den Mördern der Commune durch einen breiten Blutstrom getrennt sind, der gemeinsames Handeln unmöglich macht.

Das Verkennen dieser einfachen Thatsache hat die zahlreichen Irrthümer und Illusionen erzeugt, welche sich während der letzten Monate in die Beurtheilung der französischen Zustände eingeschlichen haben.

Wie wir früher schon ausführten, ernten die „Republikaner" nur, was sie gesäet haben. Die gegenwärtige Situation ist das nothwendige Resultat der von ihnen befolgten Politik. Durch die Niederwerfung der Commune, welche die Erhaltung und Befestigung der Republik zum obersten Zweck hatte — durch den beispiellosen Vertilgungskrieg gegen das sozialistische Proletariat, die einzige zuverlässige Stütze der Republik, haben sie den Feinden der Republik den Weg geebnet, und wenn sie jetzt darüber zetern, daß Mac Mahon diesen Weg geht, so ist das einfach kindisch. Und man hat nicht bloß den Weg geebnet, man hat auch gleich die Wegweiser angebracht, damit die Feinde der Republik sich nicht verirren können — Wegweiser in Gestalt von bequemen Verfassungsparagraphen. Wer hat den Senat geschaffen, wer die verschiedenen anderen Bestimmungen dekretirt, mit deren Hilfe Mac Mahon den „constitutionellen Kampf" durchaus constitutionell, d. h. ohne Verletzung eines Buchstabens jenes Machwerks, genannt französische Verfassung führen kann? Wer anders als die Herren „Republikaner"?

Nach den letzten Berichten haben die „Republikaner" eingesehen, daß donnernde Reden und „kräftige" Anträge sie nicht zum Ziel führen, und sich wieder auf die beliebte schiefe Ebene der Concessionen begeben. Verschiedene, durch nachweisbare Beamtenübergriffe zu Stande gebrachte Wahlen von Regierungscandidaten wurden in den letzten Sitzungen für gültig erklärt, und, nicht zufrieden mit diesem Liebesdienst, hat das linke Centrum beschlossen, den Antrag auf Freilassung des radikalen Deputirten Bonnet-Duverdier, der bekanntlich wegen Beleidigung Mac Mahons im Gefängniß sitzt, nicht zu unterstützen, während es nichts dagegen einzuwenden hat, daß der bonapartistische Schreihals Granier (aus dem Dorf „Cassagnac", nach welchem sein Vater sich eigenmächtig „adelte"), der ebenfalls zu Gefängniß verurtheilt, auf freien Füßen ist und die Sitzungen der Nationalversammlung durch seine Ungezogenheiten stört.

Natürlich ist die äußerste Linke über diesen Entschluß des linken Centrums sehr ärgerlich, was dem linken Centrum sehr gleichgültig sein wird. Wenn die wirklich ehrlichen Republikaner sich je eingebildet haben, die aus Opportunitätsrücksichten momentan unter republikanischer Flagge segelnden Bourgeois meinten es mit der Republik ernst und seien wirkliche Demo-

kraten, so war das eine arge Selbsttäuschung, die von großer Naivität zeugt.

Der Lohn für das Entgegenkommen der „Republikaner" ist nicht lange ausgeblieben: Das Ministerium hat seine Entlassung eingereicht und Mac Mahon läßt ein „Geschäftsministerium" gründen.

Das ist der Anfang des Compromisses.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Bei der Etatsberathung der Justizverwaltung, Titel: Staatsanwälte, im preußischen Abgeordnetenhause wendet sich der klerikale Abg. v. Ludwig gegen die großen Ueberschüsse der Justizverwaltung im vorigen Jahre, die aus den vielen Preß- und politischen Prozessen gegen die Klerikalen und Ultramontanen entstanden seien. Viel besser sei es, wenn die Staatsanwaltschaft sich mit größerer Kraft gegen die Schwindler und Gründer wende. Die Prozesse, die man gegen dieselben eingeleitet habe, seien geradezu zum Gespött geworden; man hätte entweder den Gründern nichts anhaben können, oder die Untersuchungen fallen lassen. Man bedürfe also nicht nur eines energischen Vorgehens der Staatsanwälte, sondern auch einer Reform des Aktiengesetzes. Diese scheine jedoch der Regierung und dem Bundesrathe nicht sehr am Herzen zu liegen. Immer noch würden, den Behauptungen der liberalen Börsenpresse entgegen, neue Gründungen geschaffen. Allerdings habe sich Herr Lasker das große Verdienst erworben, 1873 den Herrn Justizminister aufzufordern, den Staatsanwälten mehr Aufmerksamkeit auf jene Gründungen zu empfehlen. Im Volke sei jedoch der Glaube verbreitet, daß der Herr Justizminister im Gegentheil seine Beamten von allzuscharfen Maßregeln abgehalten habe, da Mitglieder hoher Kreise compromittirt werden könnten. Material finde sich aber nicht nur in der Presse, sondern auch in der Schrift Otto Glagau's massenhaft angehäuft; besonders diese letztere empfehle er dringend dem Herrn Minister, den er bedauere nicht anwesend zu finden, oder seinem Stellvertreter, falls man sie noch nicht kenne. (Heiterkeit.) Dieses Material müsse der Staatsanwalt pflichtgemäß betrachten und klar stellen. Die berühmte Gründerrede (Heiterkeit) des Herrn Lasker sei mit großer Freude begrüßt worden, weil er betont habe, die Dinge müßten aufgeklärt und jeder Winkel mit der Fackel beleuchtet werden, damit das Volk beruhigt werde. Das sei jedoch nicht geschehen. Nach der „Magdeburgischen Zeitung"-sei Herr Lasker auf ein Pentagramma gestoßen, das ihm das weitere Vorgehen verbiete; nach Redners Meinung ist dies Hinderniß in der Fraktion des Herrn Lasker zu finden. (Aha! Unruhe links.) Otto Glagau habe auch diesen Punkt genau bearbeitet und den Staatsanwälten sowie den Unternehmungen des Herrn Lasker die Wege geebnet, so daß noch in letzter Stunde das gethan werden könne, was das Volk zu verlangen habe. (Die Aeußerung des Redners, er komme zum Schluß, wird mit Bravo! begrüßt.) Mit erhobener Stimme fordert er den Herrn Justizminister auf, die Staatsanwälte mit Anweisungen zu versehen, daß sie das aktenmäßige Material soviel als möglich benutzen; es sei die höchste Zeit dazu, damit nicht die Gründungen von 1872 ebenso verjährten wie die von 1870 und 1871. Abgeordneter Lasker wird an sein feierlich vor dem Volke gegebenes Versprechen erinnert und aufgefordert, dasselbe einzulösen, damit das Volk wisse, was es zu erwarten habe. Von Glagau seien 266 theils gewesene, theils jetzige Parlamentarier genannt worden; selbstverständlich seien jedoch viele Ehrenmänner darunter, die segensreiche Gründungen geschaffen hätten. (Bravo! im Centrum.)

Daß die liberale Majorität die Aeußerung des Redners, daß er zum Schlusse komme, mit Bravo begrüßt, ist sehr bezeichnend — mancher liberale Gründer hatte auch Ursache dazu, den Schluß der Rede zu wünschen.

Abg. Lasker weiß dem Herrn v. Ludwig nichts entgegenzusetzen, als das Wort: „grobe Verleumdung", und als Verleumder nennt er die Herren v. Diest-Daber, Glagau und die „Magdeburgische Zeitung", die sich bei dem kleinen Schwätzer bedanken mögen. Lasker suchte darauf die früher eingesetzte parlamentarische Untersuchungskommission zu vertheidigen, die sehr eingehend und objektiv gearbeitet und dem Lande große Dienste geleistet habe. (Wer kennt die Dienste?)

Nachdem noch mehrere Staatsanwälte und Regierungscommissarien dem Abg. Lasker zu Hilfe geeilt waren, wird das betreffende Kapitel genehmigt und — die Gründer können getrost auch fernerhin das Volk beschwindeln und aussaugen.

— Ein ehrlicher Gegner. Am 17. ds. Mts. hatte die volkswirthschaftliche Gesellschaft zu Berlin eine zahlreich besuchte Sitzung, in welcher „Unser Braun" Bericht über die stattgehabte Jahresversammlung des „Vereins für Sozial-Politik" erstattete. Derselbe meinte, daß die Grundanschauungen des „Vereins für Sozial-Politik" und des „Volkswirthschaftlichen Congresses" gar nicht so sehr verschieden seien, auch verdamme der „Volkswirthschaftliche Congreß" gar nicht die Staatsintervention, er wolle nur stets den vorliegenden Fall untersuchen und sei der Meinung, daß zunächst die Selbsthülfe angewandt werden müsse; es sei also nicht wahr, wenn behauptet werde, der „Volkswirthschaftliche Congreß" verfolge das Prinzip des absoluten Gehenlassens. — Nun erklärte Professor Dr. Adolf Wagner: Er sei aus dem „Verein für Sozialpolitik" wegen der Bundesgenossenschaft desselben mit dem „Volkswirthschaftlichen Congresse" ausgeschieden, denn er halte die Grundanschauungen dieser beiden Richtungen doch für so sehr verschieden, daß ein gedeihliches Zusammenwirken derselben ihm unmöglich erscheine. Der „Verein für Sozialpolitik" verfolge das Prinzip, die Sozialdemokratie wissenschaftlich zu bekämpfen, zu untersuchen, welche Wahrheit in derselben enthalten sei und solche alsdann zum eigenen Postulat zu machen. Der „Volkswirthschaftliche Congreß" hingegen, dessen oberster Grundsatz die freie Concurrenz sei, habe sich bis jetzt darauf beschränkt, die sozialdemokratischen Führer mit Invectiven zu überhäufen. — Das war ein braves Wort, welches dem Professor Wagner zur Ehre gereicht. — Herr Berliner Blau, vulgo Oppenheim suchte den „Volkswirthschaftlichen Congreß" zu retten, indem er sich an der Marx'schen Werththeorie festbiß und behauptete, das Theoretische der sozialdemokratischen Prinzipien sei längst widerlegt, deshalb lasse sich mit der Sozialdemokratie kein wissenschaftlicher Kampf führen. Daß Herr Oppenheim einen solchen Kampf nicht führen kann, das brauchte er wahrlich uns nicht erst zu sagen, das wußten wir längst. — Jedenfalls das bedeutendste Ereigniß in der Versammlung war das gerade Wort des Professor Wagner's, an dem die Schulze's, die Braun's, die Bamberger's, die Unruh's und die Oppenheim's noch lange zu kauen haben werden.

— Der „Gewerk-Verein" des Dr. Max Hirsch, der wöchentlich einmal erscheint, hat oft mit seiner großen Abonnentenzahl geprahlt. In seiner letzten Nummer giebt er selbst zu, daß er nur 6000 Mark Quartal-Einnahme an Abonnentengeldern hat — das wären, da das vierteljährliche Abonnement gerade 1 Mark kostet, 6000 Abonnenten. Nun aber macht der „Gewerkverein" darauf aufmerksam, daß das Abonnement für die Gewerkvereine obligatorisch sei, und dann aber nur für die Mitglieder die Herstellungskosten des Blattes, und zwar 35 Pf. Abonnementsgeld, betrage. Ganz abgesehen davon, daß es eine ungemeine Beutelschneiderei ist, von den Abonnenten, die Nichtmitglieder sind, das Dreifache der Herstellungskosten, 1 Mark, zu nehmen (der „Vorwärts" erscheint in gleichem Format dreimal wöchentlich und kostet nur 1,60 M.), ganz abgesehen davon, stellt sich die Sache dann so heraus: Nehmen wir von den 6000 M. 1000 M. für Abonnementsgelder der Nichtmitglieder, dann bleiben noch 5000 M. — à 35 Pf. für obligatorischen Abonnementsbeitrag = circa 15,000 Mitglieder. Nun wollen wir gerne zugestehen, daß nach solcher Rechnung, die ja der „Gewerkverein" uns selbst in die Feder gelegt hat, das Abonnement des Blattes circa 16,000 beträgt, daß dann aber nicht mehr als 15,000 Gewerksvereinsmitglieder in ganz Deutschland existiren, von denen weit über die Hälfte nur deshalb bei den Ortsvereinen bleiben, weil sie Jahre lang zu der Kasse derselben beigetragen haben und nun nicht plötzlich die Ansprüche auf die Kasse verlieren wollen. Diese Leute halten meist ein sozialdemokratisches Blatt und lesen den für sie mit an den Ortsvereinsvorstand eingesandten obligatorischen „Gewerkverein" gar nicht, wie die Ballen bei den Vorständen lagernder, nicht abgeholter oder ausgetragener Exemplare beweisen. Beliebt es nun aber dem „Gewerkverein", unser Rechenexempel für unrichtig zu erklären, dann hat er — die Einnahme von nur 6000 M. quartaliter ist eingestanden — nur 6000 Abonnenten, giebt er die Richtigkeit zu, dann haben die deutschen Gewerkvereine noch nicht 15,000 Mitglieder — entweder, oder! — Auf alle Fälle eine winzige Partei, welche Dr. Max Hirsch gegen die Sozialdemokratie zusammengetrommelt hat.

— Aus Rußland wird berichtet, daß von den in dem bekannten Monstreprozeß verwickelten 193 Angeklagten bis jetzt in Folge der Untersuchungshaft nicht weniger als zwölf gestorben sind. Die Behandlungsart der Untersuchungsgefangenen und die Räumlichkeiten, in denen sie untergebracht werden, sprechen so entsetzlich beredt von der russischen „Cultur" und „Humanität", daß wir für diese erst gar nicht des Beweises einer bekannten nachbarlichen „Erbfreundschaft" bedürfen.

— Die Erstürmung von Kars, welche amtlich gemeldet wird, ist der bedeutendste militärische Erfolg, den die Russen in diesem Krieg errungen haben. Wie es möglich war, daß die so starke, mit genügender Besatzung und Munition versehene Festung im Sturm genommen werden konnte, das ist ein Räthsel, dessen Lösung sich vielleicht in der Schublade des russischen Finanzministers finden wird. Indeß, gleichviel auf welche Weise, die Russen haben Kars und damit den Schlüssel zu Armenien. Für die englische Regierung, die Rußland in Asien weit mehr fürchtet als in Europa, ist dieses Ereigniß jedenfalls eine sehr unangenehme Ueberraschung, und dürfte auf die Interventionsfrage nicht ohne Einfluß bleiben. Auf dem europäischen Kriegsschauplatz noch keine Entscheidung.

— Aus Gera erhalten wir folgende Siegesnachricht: Wahlresultat der Landtagswahl in Gera. Gosler gen. Brätter (soz.) 207 Stimmen, Ringfabrikant Schneider (liberal) 44 Stimmen. Ob Gosler oder Brätter ist egal — der Sozialdemokrat ist gewählt.

— Die „Egalité", das Organ der französischen Sozialdemokratie, ist am 18. November in Paris zum ersten Male ausgegeben worden. Die Herausgeber hatten früher beabsichtigt, das Blatt erst nach Beendigung der Krise erscheinen zu lassen. Sie hielten es jedoch für praktischer, jetzt nicht länger zu warten. Die Vorwürfe der republikanischen Bourgeoisie, daß der Moment schlecht gewählt sei, wird sie wenig kümmern können; wird Diesen jemals ein Augenblick günstig erscheinen, um Bresche in die ökonomischen Privilegien legen zu lassen? — „Die Arbeiterklasse aber hat ein zu klares Bewußtsein von ihren Interessen, als daß sie nicht begriffe, daß es gerade am Vorabend des Kampfes von Wichtigkeit ist, der liberalen Bourgeoisie keinen Zweifel über die Bedingungen zu lassen, unter denen wir entschlossen sind, ihr gegen den gemeinsamen Feind bis aufs Aeußerste beizustehen, und laut zu verkünden, daß es sich für das Proletariat nicht darum handelt, noch einmal für die gewerbsmäßigen Politiker die Kastanien aus dem Feuer zu holen, sondern das Terrain frei zu machen, auf dem allein es würdig und mit Nutzen seine Forderungen geltend machen kann: das der republikanischen Republik."

(Die „Egalité" erscheint wöchentlich einmal und beträgt das Abonnement für Deutschland pro Vierteljahr 3 Fr., pro Halbjahr 5 Fr., pro Jahr 10 Fr. excl. Porto. Man abonnirt auf das Blatt bei Mr. Eugene Oudin, Administrateur-Gérant, 16, Rue St. Etienne, Meaux und Mr. Jules Guesde, 33, Rue Greuze, Paris-Passy.)

Aus Ungarn.

Budapest, den 16. November.

Die Redaktion des „Vorwärts" hatte ganz Recht, als sie unter einem „Sternchen" an dem Reichstagsungewitter, welches zufolge des berüchtigten kaiserlichen Toastes ausbrechen sollte, zweifelte. So lang das allgemeine unbeschränkte Wahlrecht nicht eingeführt wird, ist an eine Aenderung und Besserung der parlamentarischen Zustände nicht zu denken. Die Herren Minister sichern sich durch eine leicht ausführbare Wählercorruption eine unter allen Umständen dienstbare Majorität, welch' ihnen durch Dick und Dünn folgt. Dies haben wir auch in Ungarn erlebt; die Debatten über eine von der Wiener unabhängige ungarische Nationalbank hat dies sonnenklar bewiesen. Es war eine beispiellose Schändlichkeit, ein Verbrechen wider die Moral, ein an dem Säckel der Nation verübter Raub. Die Details darüber werden Sie wohl aus den österreichischen Blättern kennen, deshalb enthalte ich mich darüber etwas Weiteres zu berichten. Durch diese und die zunächst zu erwartende Debatte über die Zolltariffrage, welche ein Gegenstück zur Bankfrage ist, bildet sich hier eine finanzielle Bartolomäusnacht, welche sogar in das Fleisch der Spießbürger einen Schnitt machen wird, an dem diese feige, servile Kaste wohl verbluten könnte. Die Entrüstung ist demnach eine allgemeine. Doch brauchten diese Leute ebenfalls Leithämmel, um dieser Entrüstung Worte einzudictiren. Die Motion zu einer Monstre-Volksversammlung wurde von sieben Notabilitäten der Volkspartei gemacht, unter welchen sich auch die Parteigenossen Leo Frankl und Dr. Csillag befanden. Die letzteren zogen sich dann, als die Bewegung größere Dimensionen annahm, in ihrer Eigenschaft als Redner zurück, das

Ein armer reisender Handwerksbursche.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Tagwacht" aus der Feder des Parteigenossen Meyri folgenden Artikel, der nicht nur auf die republikanische Schweiz paßt, sondern auch auf alle Kulturstaaten, sie mögen eine republikanische oder monarchische Verfassung haben. In Bezug auf die soziale Frage sind die heutigen Staaten sämmtlich reaktionär. Der Artikel lautet:

„Gar Mancher, der diese Zeilen liest, ist wohl selbst draußen gewesen in der Fremde und weiß, wie es so einem armen Teufel zu Muthe ist, der bald in glühender Sonnenhitze, bald in eisiger Winterkälte, im Regen und Schnee, mit wunden Füßen und ohne Geld seine Straße dahin zieht.

„So ein junger Geselle hat nun irgendwo gearbeitet, ein paar Monate lang, oder auch ein Jahr, da naht der Winter oder das Geschäft geht flau und er wird entlassen. Daß er sich nicht zu viel sparen konnte, dafür sorgt schon der ohnehin niedrige Lohn. Er will nicht gern abreisen und sucht nun am gleichen Orte wieder Arbeit - vergeblich! Bei dem nutzlosen Warten schwinden die paar Fränkli zusammen und es bleibt ihm nichts anderes übrig, als sein Bündel zu schnüren und den Weg unter die Füße zu nehmen.

„Findet er nicht in den ersten paar Tagen Arbeit, so ist er gezwungen, zu fechten, der knurrende Magen läßt sich eben nicht mit schönen Phrasen beschwichtigen. Noth kennt kein Gebot und so wandert er dahin in Hunger und Elend. — Hat er nun gar noch das Unglück, von einem Polizeier erwischt zu werden, wenn er von Hunger gequält sich irgendwo ein Stück Brod erbittet, so ist sein Schicksal besiegelt, wenn er einem jener Richter in die Hände kommt, die in jedem Handwerksburschen nur einen unnützen Vagabunden sehen. Sein Einwand, er wolle herzlich gerne arbeiten, wenn man ihm nur Arbeit gebe, bleibt unbeachtet. Das ominöse „Inhaber dieses wurde beim Betteln ertappt, deshalb bestraft und über die Grenze gewiesen" wird in sein Wanderbuch geschrieben und der arme Bursche so mit Gewalt zum Vagabunden gestempelt, dem jeder Meister mißtrauisch entgegenkommt und dem er nur im äußersten Nothfalle Arbeit giebt, denn er ist ja notorisch ein Stromer, ein Vagabund! Und dies Alles nur darum, weil er, statt hinter einem Zaune den Hungertod zu erwarten, da es ja für ihn nirgends Arbeit gab, sein Leben sonst zu fristen suchte, ohne ein Verbrecher zu werden.

„Der Staat in seinem jetzigen Zustand zwingt die Arbeiter zum Steuerzahlen, er zwingt ihn in die Uniform, er schreibt ihm von der ersten Stunde an vor, wie und in welchen Schranken er sich zu bewegen hat und verbietet ihm das und jenes, aber daß er ihm das aus allen diesen Bestimmungen consequentermaßen erfolgende Recht auf Arbeit zugesteht, das ist nicht der Fall! — Arbeit giebt es nicht für dich, Geld hast du keins, Kredit gewährt man dir nicht, Stehlen wird mit Zuchthaus bestraft, also bleibt dir, ganz genau nach dem Buchstaben genommen, nichts anderes übrig, als zu verhungern, da selbst das Betteln strafbar ist.

„So, Arbeiter, da hast du ein Stück unserer jetzigen Gesetzgebung, merk es dir! Das ist die Gerechtigkeit, die auch in unserer freien Republik dem Armen zu Theil wird! Wir wollen nicht das Recht, betteln zu dürfen, sondern wir fordern und verlangen vom Staate das Recht auf Arbeit und werden dasselbe auch erhalten."

Soweit Genosse Meyri. — Wir wollen nur hinzufügen, daß wir das Recht auf Arbeit von jeglichem Staate, auch vom heutigen fordern, daß aber das Recht der Arbeit nur die sozialistische Gesellschaft gewährleisten kann.

— Ein sonderbare Gradmesser des allgemeinen Wohlstandes. Der „National-Zeitung" entnehmen wir folgende statistische Notiz: „Obwohl die oberen Zehntausend allein ohne Gewissensbisse (!) über Verschwendung (!) sich je nach Belieben ihre Austern und ein Glas Sekt gönnen können, so läßt doch die Statistik den Consum an Champagner in gewisser Beziehung als einen Gradmesser des allgemeinen Wohlstandes erscheinen. Wir wissen, daß seit dem Krach von 1873 die Einfuhr an Champagner überall erheblich nachgelassen hat; wir haben die Klagen gehört, daß seit Beginn des russisch-türkischen Krieges der Absatz des köstlichen Produkts der Champagne in dem weiten Czarenreich auf ein Minimum gesunken ist. Am merkwürdigsten aber erscheint die Scala der Champagner-Einfuhr in Nordamerika. In die Häfen der Union wurden 1867 90,750 Körbe à 12 Flaschen = 1,186,840 Flaschen eingeführt. Im Jahre 1872 aber, wo Handel und Wandel dort, wie in Deutschland einen ungeahnten Aufschwung nahm, wurden in Newyork, Boston, Philadelphia u. s. w. 215,522 Körbe = 2,586,284 Flaschen eingeführt. In dem folgenden Jahre verminderte sich die Einfuhr bedeutend und betrug nach Ausweis von Bonfort's „Wine and Liquor Circular" im Jahre 1876, dem Jubiläumsjahr der Republik, nur noch 139,313 Körbe oder 1,671,756 Flaschen; 76,209 Körbe weniger als 1872 und 18,357 Körbe weniger 1875. Insgesammt sind während der letzten 10 Jahre eingeführt 1,540,765 Körbe oder ca. 18½ Millionen Flaschen Champagner. Interessant ist auch die Stärke der Colonnen, mit denen die einzelnen Champagnerfirmen jenseits des Oceans erschienen. Während in Deutschland die berühmte Wittwe (Vve. Cliquot, Ponsardin), Roederer, Heidsieck, Moet et Chandon u. s. w. die Tete bilden, führt in den Vereinigten Staaten seit 1874 das silberbehelmte Flaschenheer der Champagne G. H. Mumm u. Co. in Rheims, ihm zunächst kommen Piper-Heidsieck, L. Röderer; Moet et Chandon erscheint erst in dreizehnter, Vve. Cliquot sogar erst in fünfzehnter Reihe. 1874 erschien nach Bonfort's Circular Mumm mit 36,663 Körben auf dem Platze, Heidsieck mit 35,600, die Wittwe nur mit 2725. Im nächsten Jahre zählte Mumm 38,312 Körbe, Heidsieck 27,318, Vve. Cliquot aber nur 1825. 1876 trat Mumm immer noch mit 34,815 Körben oder 417,680 Flaschen auf, während Piper-Heidsieck schon auf 20,202 Körbe zurückgegangen, die Wittwe aber wieder auf 2590 Körbe gestiegen war. Im Ganzen wurden 1876 an dreißig verschiedene Sorten Campagner in Amerika eingeführt." — Zunächst wollen wir bemerken, daß, seitdem der russisch-türkische Krieg entbrannt ist, die Champagner-Einfuhr im Czarenreich allerdings gesunken ist, daß aber der in Rumänien sich verzehnfacht hat — vor Plewna in den kaiserlichen und großfürstlichen Hauptquartieren wird jeder Kanonenschuß von einem Champagnerstöpselknall begleitet. Daß in den Gründerjahren mehr Champagner getrunken wurde, weiß man längst, aber daß damals mehr allgemeiner Wohlstand geherrscht habe, möchte billig zu bezweifeln sein; von einem Wohlstande in Bezug auf die arbeitende Klasse konnte auch damals bei den etwas höheren Löhnen nicht die Rede sein, während der Wohlstand in den mittleren Klassen vom Gründerthum geradezu aufgesogen wurde. Die „Phrase" der „National-Zeitung" ist deshalb geradezu lächerlich — das Eingeständniß aber,

Terrain pro forma dem Spießbürgerthum überlassend, jedoch bilden sie bei dem Hauptcoup — ein auszusprechendes Mißtrauensvotum, welches der ministeriellen Partei am nächsten Sonntag den 18. November gebracht werden soll — ein Hauptcorps, welches den Ausschlag geben wird. Auf diese Männer darf man mit Sicherheit rechnen. Das Traurige bei dieser Sache ist aber das, daß es sich nur darum handelt, das gegenwärtige Ministerium zu stürzen; die servile Reichstagsmajorität, aus welcher ein anderes Ministerium, auch nicht besser als Tisza und Consorten, gebildet wird, bleibt, und dann heißt es: „los mismos perros con otros collares" (dieselben Hunde mit anderen Halsbändern). Die hiesige Sozialdemokratie, etwa 9—10 Tausend Mann stark, so wie auch jene in der Provinz, weniger zahlreich als zu Budapest, verschwindet noch immer im Meere der bloß Nationalliberalen — nicht zu verwechseln mit jenen Deutschlands, da die ungarischen Nationalliberalen den Kern des Radikalismus bildet.

Uebrigens fängt man sich auch hier in den Abgeordnetenkreisen langsam und langsam mit dem Prinzip des Sozialismus zu befreunden an, so daß ich selber unter drei Abgeordneten zwei gefunden habe, die sich für die Sozialdemokratie erklärt hatten. Wenn Ihr Blatt im Club der Unabhängigkeitspartei gelesen wird, was ganz gewiß geschehen wird, sobald Sie es mir zuschicken, so wie ich auch durch meine Artikel im „Egyetértés" und „Népzászlója" (Volksbanner) das Meinige beitragen werde und schon beigetragen habe, der Sozialdemokratie Jünger zu werben, dann zweifle ich nicht, daß es rascher gehen wird, als bis jetzt, zumal wenn sich diesem Prinzipe populäre Namen gewinnen lassen. Die Verbreitung unserer Lehren muß in zweifacher Weise in Angriff genommen werden, in jener Weise, wie es in Deutschland geschieht, durch Arbeitervereine, deren es hier bereits einige giebt. Leo Frankl und Dr. Csillag haben hier schon wahrhaft Wunder gewirkt und das an Zahl ziemlich starke Proletariat aus der Lethargie geweckt. Zweitens durch die Ausdehnung der Vereine in der Provinz, auf die in Ungarn zahlreichste Kaste, die Landbewohner, ehemals Bauern. Dies wird jetzt in Angriff genommen, der ungarische — nicht bloß magyarische — Bauer ist zwar nicht ganz Proletarier, sondern ein Zwittergeschöpf zwischen Besitzer und Arbeiter. Ebenso werden sich die sozialistischen Lehren auch unter dem ungarischen Militär leicht verbreiten lassen.

In einem am 12. ds. Mts. unter dem Vorsitz des Königs abgehaltenen Kriegsrath, an welchem der Erzherzog Albrecht, der österreichische Kriegsminister Bylandt, der Generalstabschef Freiherr v. Schönfeld und der gemeinschaftliche Minister des Aeußeren Graf Andrassy, Theil genommen, wurde die Mobilisirung dreier Armeecorps, nach Siebenbürgen, nach Slavonien und nach Dalmatien, decretirt und ist bereits auch ein Regiment Infanterie von hier nach Zara in Dalmatien am 13. abgerückt. Wahrscheinlich ist dies eine Demonstration gegen den Székler-Putsch, ein zu Gunsten Rußlands unternommener Raubzug gegen den türkischen Löwen, um Bosnien zu erhalten, als Schadloshaltung für die verlorenen italienischen Länder. D. K.

Nachschrift. Die Plakate, welche am 18. ds. eine große Volksversammlung ankündigen, wurden über Nacht von den Werkzeugen der Reaktion abgerissen. Jetzt klebt man sie höher an. Die Gährung ist im Zunehmen.

Am Abend des 16. ds. Mts. ist eingeschrieben folgendes Schreiben an Hrn. Dr. Dühring abgegangen:

„Herrn Dr. Dühring.

In einer den verschiedensten Zeitungen zugesandten „Erklärung" behaupteten Sie: „es hätten zur Halbwelt der Sozialdemokratie gehörige Personen die Gelegenheit Ihrer Vertreibung von der hiesigen Universität benutzt, sich wichtig zu machen, oder aber zum Theil davon zu profitiren." Dieser gewundene, völlig unbestimmte Vorwurf ist also gegen diejenigen Elemente gerichtet, die getrennt von der Sozialdemokratie für Sie eingetreten sind, kann daher auch auf uns bezogen werden und hat diese Deutung im Publikum, speziell in der Studentenschaft, auch thatsächlich erfahren. Wir sehen uns demnach veranlaßt, Sie hiermit um eine unzweideutige Erklärung zu bitten, ob Sie mit jenen Vorwurf das unterzeichnete seiner Zeit für Sie thätig gewesene Comité beziehungsweise welche Mitglieder desselben haben treffen wollen. Wir erwarten eine umgehende Antwort zu Händen des mitunterzeichneten Herrn Adam.

Berlin, den 16. November 1877."

(Folgen zehn Unterschriften der Mitglieder des behufs Leitung einer Agitation zu Gunsten Dühring's im Sommer d. J. thätig gewesenen Comités.)

Da bis jetzt keine Antwort eingegangen ist, fordere ich hiermit Herrn Dr. Dühring öffentlich auf, die allerseits erforderliche Aufklärung durch namentliche Bezeichnung der von ihm gemeinten Personen zu geben.

Die verehrlichen Redaktionen derjenigen Blätter, welche die „Erklärung" des Hrn. Dr. Dühring aufgenommen haben, ersuche ich höflichst, dieser Aufforderung ihre Spalten zu öffnen.

Berlin SO., den 19. November 1877.

Fr. Adam, Dresdnerstraße 32 IV.

---

daß sich ein reicher Verschwender und Schlemmer keinerlei Gewissensbisse zu machen brauche, ist sehr bezeichnend für den Standpunkt der Redaktion der „National-Zeitung".

Zwei Sonette.

Sozialismus.

Gemeinschaft wollen weise wir erstreben,
Die noch im allgemeinen Kampfe ringen,
Fast alle Kräfte schändlich oft verdingen,
Für kargen Lohn erhalten kaum das Leben.

Gesunde Bildung soll uns einst erheben,
Daß wir hinauf zur Menschenwürde dringen;
Die volle Macht gesetzlich bald erzwingen,
In manche schöne Schöpfung reich verweben.

Gesunde Bildung schmiedet uns die Waffen,
Womit wir überall den Sieg erstreiten,
Und nach dem heißen Kampfe nicht erschlaffen.

Gesunde Bildung mag uns würdig leiten,
Daß gleiche Rechte wir für Alle schaffen,
Für Alle reiches Lebensglück bereiten.

Wahlfrüchte.

(10. Januar 1877.)

Die jüngsten Wahlen scheinen mir ein Zeichen,
Daß nun die Glückberaubten auch erwachen;
Worüber nur verstockte Thoren lachen,
Doch aufgeschreckte Feinde schon erbleichen.

Die blinde Wuth entflammt schon manchen Reichen,
Der Durst nach Rache wider alle Schwachen;
Die nun vermeintlich bald, wie junge Drachen,
Das Glück und Leben überall umschleichen.

Die Todesangst erdröhnt in wilden Klagen,
Daß bald Gesellschaftsretter auch erscheinen,
Die Strafen wider Volksverführer wagen.

Gesunde Bildung muß das Volk vereinen,
Daß alle Volksverderber bald verzagen,
Den Machtverlust vergebens einst beweinen.

Düsseldorf. Gustav Adolf Köttgen.

Correspondenzen.

Aus dem Haag, 16. November. Haben Sie die „Jubilee Singers" schon gesehen und gehört? fragte mich im vorigen Winter ein hier anwesender Amerikaner, mit dem ich längere Zeit in Newyork befreundet war. Hier noch nicht, lautete die Antwort, doch ich habe die Gesellschaft oft genug auf Euren Eisenbahnen und Straßen-Cars zu erdulden gehabt. Danke schön! Nun, nun, so schlimm ist es nicht; die Leute, die Unternehmer, sind klug. Schlau, wie Alles, was den Namen Fisk trägt. Sie wählen den Winter, wo man weniger ausdünstet. Die amerikanischen Broadway-Omnibusse haben sich das Recht reservirt, keine Neger transportiren zu müssen. Und hier reißt sich die Haute-volée um die Ehre, ihnen die Hand zu drücken! Eure freien Sclavenhalter auf Java, ich meine die, welche hier wohnen und den Kaffee und Zucker verkaufen, den die armen Teufel pflanzen, ernten und für den europäischen Markt im Herrendienst bereiten müssen, haben ein Comité gebildet, dadurch erhält der Schwindel Klang und Ansehen. Was doch die christliche Liebe nicht alles vermag. Ein Jammer nur, daß man so viel eigene christliche Brüder im Elend umkommen und in Unwissenheit versumpfen läßt! So 'n „Yankee doodle!" Sänge das Volk noch in einer Bierkneipe, wo es ohnedies stinkt, könnte man sich die Sache wohl gefallen lassen — doch: de gustibus non est disputandum sagt der Lateiner. Fisk und Christenthum, Fisk und Negerbekehrung, ha, ha, ha! Is your business a humbug? das war stets seine erste Frage. No, Sir. No humbug, then I have not any use of it, lautete die Antwort, No humbug, no use of it! Fisk. — Die hiesigen Matadore, die dem armen Javanesen das Blut aussaugen, ihn unter das Thier herabwürdigen und sich von seinem Schweiße mästen, zogen mit diesen Negern in den Kirchen herum und gaben Concerte; in feinen Restaurants wurden ihnen Dejeuners bereitet. Die Frauen und Töchter jener „Herren" stricken Strümpfe für Negerkinder. Was die christliche Liebe nicht vermag? Zuerst wurden nur die vornehmsten Städte und Kirchen mit den Neger-Concerten gegen hohes Entrée abgedroschen, dann suchten sie die kleineren Ortschaften heim gegen geringeres Entrée und ohne die Protektion des Comité des propriétaires des esclaves Javanois. Es gefiel den „Jubilee Singers" so wohl in Holland, daß es schien, als wollten sie das Land nimmer wieder verlassen und es wurde den Neger bekehrenden Herren bange — ich weiß es aus deren eigenem Munde — nicht zu sehr vor der allzu langen christlichen Singerei, als vielmehr und hauptsächlich, weil sie bei der bekannten Liederlichkeit der Neger — in einen ganz anderen als Negerduftenden christlich-Fisk-Schwindel-Humbug-Geruch der gottseligen Frömmigkeit kommen konnten. — Glücklich für Holland — und für jene Herren sind sie abgereist. Werden sie wiederkommen? Ohne allen Zweifel! Beinahe hätte ich vergessen zu sagen, daß das Amstel-Hôtel in Amsterdam „anständig" oder rücksichtslos genug war, der Gesellschaft Logis zu verweigern, Er wolle den Gestank nicht im Hause haben, soll der Manager gesagt haben — und sähe auch nicht ein, weshalb diese Leute nicht in ein Hôtel zweiten oder noch besser dritten Ranges gingen. Aber Humbug, Fisk, Negerbekehrung muß ersten Ranges logiren!

Jetzt ist die Gesellschaft in Deutschland und ich lese über den glänzenden Empfang, der ihnen dort zu Theil wurde. Nun ja, warum sollte Deutschland nicht auch in der Negerbekehrung „machen"; „macht" es doch in so vielen andern christlichen und und unchristlichen Dingen. Warum sollte es sich nicht behumbugen lassen durch Nashville-Fisk-Neger. Is your thing a humbug? No, Sir, then I have not any use of it, Fisk. Ich bin fest überzeugt, daß von dem ganzen zusammengebettelten und zusammengehumbugten Gelde kein Pfennig für die Negerbekehrung verwendet wird. Und wer Amerika und den dortigen Schwindel kennt, wird mir darin Recht geben. Und das ist denn auch wahrlich kein Unglück, das Nichtbekehren nämlich. Dem denkenden und fühlenden Manne blutet indessen das Herz beim Anschauen solch eines frechen Schwindels, wenn er an das Elend der tausende und aber tausende der eigenen Landeskinder denkt, die körperlich und geistig im Elende verkommen. Der Winter steht vor der Thür, der Verdienst des Arbeiters ist schon jetzt karg, wird wo möglich ganz stocken, da heißt es denn den langen Winter frieren, trockenes Brod und dies noch zu wenig, Kartoffeln mit Salz essen, darben, entbehren, Hunger leiden. Hurrah, christliche Nächstenliebe! Hurrah, Fisk-Humbug, christliche Negerbekehrungs-Singerei! Dolphin.

Jork, 15. November. Am 10. d. M. verhandelte der Appell-Kriminal-Senat zu Naumburg a. S. in der Untersuchungssache wider mich wegen „Beleidigung" des Landrath Frhr. v. Müffling zu Erfurt. Die Verhandlung endigte mit Bestätigung der ersten Sentenz (3 Monat Gefängniß). Ueber den Ursprung der Anklage und des richterlichen Verfahrens mag folgendes von allgemeinem Interesse sein. Am 10. Dezember v. J. sollte auf Veranlassung des Arbeiter-Wahlcomités zu Erfurt in Dittelstedt eine Versammlung stattfinden, mit deren Arrangements Genosse Osmann in Erfurt betraut wurde. Zwei Tage vor der Versammlung berief der Landrath den Wirth Süßenguth in D. nach seinem Büreau. S. erklärte darauf durch eine Annonce im „E. Anz." (NB. am Tage der Unterredung mit dem Landrath), daß die projektirte Versammlung in seinem Lokale nicht stattfinden könnte. Auf Befragen Osmann's erklärte S., der Landrath habe ihm die Versammlung bei Strafe verboten. Zufolge dieser Kenntnißnahme besprach ich dies in einer Wählerversammlung am 10. Januar, worauf kurz nach der That Untersuchung gegen Osmann und mich wegen „übler Nachrede" eingeleitet wurde. Im Audienztermin (16. Juni) schwört der Landrath, dem Süßenguth die Versammlung nicht verboten zu haben, auch hätte er nicht mit Strafe gedroht. (Bei der Unterredung zwischen dem Landrath und S. soll kein Dritter zugegen gewesen sein.) Süßenguth beschwört zu meinem Erstaunen, den incriminirten Ausspruch gegen Osmann nicht gethan zu haben. Von den von mir geladenen Zeugen, Genosse Kühn, Bauchspies und Eggert war letzterer erschienen, welcher eidlich bekundete, Süßenguth habe ihm dasselbe wie dem Genossen Osmann über den Landrath gesagt. Der Staatsanwalt Jesse erklärte: die Möglichkeit sei durchaus nicht ausgeschlossen, daß Süßenguth das in Rede stehende dem Osmann gesagt habe. Der Gerichtshof lehnte meinen Antrag, die Zeugen Kühn und Bauchspies zu vernehmen, ab. Osmann wurde zu einer Woche, ich zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. In meiner Appellationsrechtfertigung verlangte ich Beweisaufnahme eventuell Strafermäßigung. Der Ober-Staatsanwalt plaidirte gegen meine Anträge, auch sei das Strafmaß nicht zu hoch, indem der Richter ja nach § 186 des R.-Str.-G.-B. auf zwei Jahre erkennen könnte (!); der Kriminal-Senat schloß sich diesen Anschauungen an und erkannte wie oben angedeutet. — Soviel über die Gerichtsverhandlungen beider Instanzen, womit ich aber noch nicht meinen Bericht schließe, ohne auf Folgendes aufmerksam zu machen. 1) Landrath v. Müffling war Candidat der conservativen Partei. 2) Was veranlaßte den Landrath, Süßenguth über die betreffende Versammlung zur Rede zu stellen? Man könnte erwidern: den S. mit den Bestimmungen der §§ 1 und 12 des Pr. Vereins- und Versammlungs-Gesetzes bekannt zu machen, aber wenn die Behörden alle „Unterthanen" sorgsam vor Gesetzübertretungen schützen wollten, und zwar durch derlei Maßnahmen, so wäre ihre Arbeit eine kaum zu bewältigende. 3) Wie kam es, daß Süßenguth direkt nach der Unterredung von seinem gegebenen Versprechen, uns seinen Saal zur Versammlung zu geben, zurücktrat? Es war ihm bekannt, daß die Versammlung angemeldet war. 4) Staatsanwalt Jesse und Landrath v. Müffling waren im Audienztermine zugegen, als Eggert eidlich bekundete, Süßenguth habe ihm in Gegenwart Kühn's und Bauchspies' gesagt, der Landrath habe die Versammlung bei Strafe verboten. Weshalb sucht der Landrath nicht die Bestrafung des Süßenguth zu erwirken? Eine Verjährung war in diesem Falle nicht eingetreten, vielmehr trat hier § 69 des R.-Str.-G.-B. in sein Recht. S. hatte sich, wenn der Landrath das ihm zur Last gelegte nicht gesagt, der „öffentlichen üblen Nachrede" schuldig gemacht, denn nach einem Erkenntnisse des Pr. Ober-Tribunal ist eine Schankstube als öffentlicher Ort im Sinne des Gesetzes anzusehen. S. wird weder vom Landrath, noch von der königl. Regierung zu Erfurt — denn auch dieser steht das Recht zu — bestraft antragt. Weshalb nicht? Dies Räthsel wird wohl ewig ungelöst bleiben. 5) Es steht mit unserem mündlichen Verfahren im Widerspruch, Entlastungsmotive unerwägt zu lassen. Alle vom Angeklagten aufgestellten Zeugen sind, sofern sie Sachdienliches bekunden können, zu vernehmen. 6) Vorherbestrafungen wegen politischer Vergehen sollen ein Strafverschärferungsgrund nicht sein, weil unedle Eigenschaften die Triebfeder zur That nicht waren; ebensowohl soll, wo so viele Gründe die Annahme rechtfertigen, daß der Angeklagte im guten Glauben gehandelt hat, der erkennende Richter bei Abmessung der Strafe nicht über das Minimum hinausgehen. — Doch wozu weitere Erwägungen. Klute.

Magdeburg. (Ein Denkzettel für Herrn von Sybel.) Eine am 15. November vom hiesigen Bürgerverein berufene und von über 600 Personen besuchte Versammlung hat folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß der Eindruck eines moralischen Zusammenhangs zwischen der Affaire Konitzer, dem Deutschen Verein am Rhein und dessen Ehrenpräsidenten, Abgeordneten der Stadt Magdeburg Hrn. Dr. v. Sybel, weder durch die Erklärungen des genannten Vereins, noch durch die des Hrn. von Sybel aufgehoben ist;

in Erwägung, daß dies auch nicht durch die letztlich in der „Magdeburger Zeitung" gegebene, ebenso gewundene, wie des Verhältnisses zwischen dem Hrn. v. Sybel und den Wählern der Stadt Magdeburg unwürdige Antwort des genannten Herrn bewirkt ist,

erklärt die heute tagende Versammlung von Magdeburger Urwählern, daß es eine Ehre für die Stadt Magdeburg nicht ist, eines ihrer Mandate zum Abgeordnetenhause in den Händen des Hrn. v. Sybel zu wissen."

Dessau, 18. November. Wie im „Vorwärts" bereits mitgetheilt worden ist, hat Genosse Pollinger am 13. d. M. eine Gefängnißhaft von 6 Monaten angetreten, und zwar wegen einer durch eine Rede begangenen Gotteslästerung. Es war am 3. Mai 1876, daß wir hier eine Volksversammlung abhielten, in welcher Genosse Wiemer als Referent auftrat. Nach Wiemer ergriff Pollinger das Wort, um sich über das Thema: „Religion und Gott" zu äußern. Pollinger bestritt die Existenz Gottes und soll bei dieser Gelegenheit sich eines Gott lästernden Ausdrucks bedient haben, so wenigstens behaupteten die beiden in der Versammlung anwesend gewesenen Gensdarmen, ja ein Feldjäger will sich den Ausdruck sogar sofort in sein Notizbuch eingetragen haben, als er aber das Notizbuch dem Gericht vorlegen sollte, hatte er es leider verloren. Pollinger hatte fünf Entlastungszeugen gestellt. Vier von den von der Anklage citirten Belastungszeugen sagten aus, daß sie die von den Denunzianten angegebenen Worte nicht gehört hätten. Aber trotz dieser Aussagen und trotz der „verlorenen Notizen" sprachen die Gerichte in allen Instanzen das Schuldig aus.

— Der Zweck heiligt das Mittel. Die Rubelpresse veröffentlicht jetzt ein angebliches „Kriegsgebet", das der türkische Scheik ul Islam (oberster muselmännischer Kirchenbeamte) angeordnet habe, und das von fanatischen Hetzereien gegen die Christen handelt. Unglücklicherweise ist dieses Machwerk schon vor vielen Jahren gedruckt, und sofort auch als Fälschung erwiesen worden, während es umgekehrt feststeht, daß der neue Scheik ul Islam im Sommer d. J. ein Gebet veröffentlichte, welches die Muhamedaner ermahnt, in den Christen ihre Brüder zu erblicken. Den Russen, deren famoses, die reinste Bestialität ausdrückendes Kriegslied leider von unbestreitbarer Aechtheit ist, paßt es natürlich nicht, daß sie, die Apostel der „Humanität", von den „barbarischen" Türken in dieser Weise beschämt werden, und suchen ihnen deshalb die eigene — „Civilisation" anzulegen.

— Ein neuer Westerwelle. Am 17. November ist in Berlin ein 23 Jahre alter Pole, Namens Lujewski, der im Hotel du Nord absteigen wollte, verhaftet worden. Derselbe sollte verdächtig sein, ein Attentat auf den Kaiser beabsichtigt zu haben; ein Revolver sei bei ihm vorgefunden. Nach den neueren Nachrichten ist Lujewski ein großer Schwindler und der Attentatsplan eitel Flunkerei.

— Etwas verspätet. Wir erhielten vor einigen Tagen einen Zeitungsausschnitt zugesandt, den wir als das Rückblatt der in Thüringen viel gelesenen in Hildburghausen erscheinenden „Dorfzeitung" erkannten. Folgende Annonce war angestrichen und wir verfehlen nicht, zunächst dem Einsender zu Gefallen, dann aber auch um unsere Leser auf den Lehrer und den Kriegerverein zu Reichsmannsdorf aufmerksam zu machen, das Inserat hiermit wörtlich zum Abdruck zu bringen:

„Dank dem Herrn Lehrer Hanff hier, welcher uns gestern bei unseren Sedanfest die ausgezeichnete mit allen Kräften bearbeitete Rede gethan hat. Möge dieser edle Herr in seinem Geiste der Erfahrung und Wissenschaft dem Volke noch recht viel Mal derartige Freude bereiten.

Dieser Tag bleibt ewig ein Tag der Erinnerung.

Reichmannsdorf, den 3. September 1877.

Der Vorstand des Kriegervereins."

Wenn der Herr Lehrer in „seinem Geiste der Wissenschaft" die Rede in ähnlicher Weise „bearbeitet" hat, als der löbliche Vorstand des Kriegervereins die deutsche Sprache, dann bedauern wir nicht nur die Wissenschaft, sondern auch „seinen Geist".

Gera, den 14. Nov. Das Wahlcomité der hiesigen Fortschrittspartei veröffentlicht die Erklärung, daß es beschlossen hat, bei der Neuwahl im 2. Wahlkreis keinen Kandidaten aufzustellen. Für dasselbe war, wie es wörtlich heißt, vor Allem folgendes Motiv maßgebend: „Die Fortschrittspartei ist, wie ihre Abgeordneten der Meinung, daß bei der Wahl am 16. Oktober die Wähler über die Person des zu Wählenden nicht im Zweifel waren. Nach § 19 des Gesetzes sind nur solche Stimmzettel nicht gültig, aus welchen die Person des zu Wählenden nicht unzweifelhaft zu erkennen ist. Daß aber Alle, welche den Redakteur und Schuhmacher Herrn Karl Brätter wählten, sich über die Person klar waren, darüber kann wohl in Gera keine Meinungsverschiedenheit sein. So haben denn auch alle Geraer Abgeordnete die Wahl für gültig erklärt. Wir bestreiten nicht, daß der Beschluß der Landtagsmajorität vom rein formellen Standpunkte aus seine Berechtigung hat. Aber andererseits ist auch nicht zu verkennen, daß der Wille der Wählerschaft, der sich am 16. Oktober kundgegeben hat, von Seiten einer freisinnigen Partei geachtet werden muß und daß es einer Partei, die sich als Trägerin des deutschen Freiheitsgedankens betrachtet, nicht wohl anstehen würde, einen formalen Grund gegenüber einer so unzweideutigen Willenskundgebung einer Wählerschaft zu benutzen. Die Fortschrittspartei ist sich der vollen Gegensätzlichkeit gegenüber der Sozialdemokratie bewußt. Sie wird dieselbe nach wie vor in ihren unberechtigten Forderungen bekämpfen. Aber sie findet es mit den von ihr vertretenen Grundsätzen nicht vereinbar, unter den vorliegenden Umständen einen Kandidaten selbstständig oder im Verein mit anderen Parteien aufzustellen. Das ist in erster Linie das Motiv für den Beschluß der Fortschrittspartei, der gewiß bei allen unbefangen und gerecht Urtheilenden Billigung finden wird, und schon dieses Motiv allein ist hinreichend, ihn zu rechtfertigen." — Das ist ehrenhaft.

Glauchau, 19. November. Am vergangenen Sonnabend tagte hier im Theaterlokal eine Volksversammlung, in welcher unser Reichstagsabgeordneter Bracke über die erste Session des Reichstags Bericht erstattete. Sehr erfreuliches hatte der Redner nicht zu melden, da die famose Geschäftsordnung und der noch famosere Valentin dafür sorgten, daß die Sozialdemokraten nur in Ausnahmefällen zum Reden zugelassen würden. Ein solcher Ausnahmefall trete immer dann ein, wenn die sozialistischen Abgeordneten entweder mit selbstständigen Anträgen vorgingen oder eigene Gesetzesentwürfe einbrächten. Das Arbeiterschutzgesetz sei ein solcher Entwurf. Redner verweilte in seinen Ausführungen längere Zeit bei dem Arbeiterschutzgesetz und constatirte, daß selbst gegnerische Abgeordnete, ja sogar ein Minister, den Gesetzentwurf für diskutabel erklärt hätten. Nachdem Herr Bracke unter allgemeinem Beifall geendet und weder Gegner sich meldeten, noch sonst ein Anwesender das Wort begehrte, wurde durch den Vorsitzenden noch nachstehende Resolution zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt ihr vollkommenes Einverständniß mit dem Vorgehen der sozialistischen Abgeordneten, insbesondere ihres Vertreters, Herrn W. Bracke, in der verflossenen ersten Session des Reichstages, ganz besonders auch mit dessen Ausführungen über die ökonomischen Verhältnisse der Gegenwart und verspricht auch fernerhin ihren Vertretern treu zur Seite zu stehen."

Chemnitz, 16. November. Ueber die Lage der hiesigen Arbeiter läßt sich unser hiesiges Parteiorgan, die „Chemnitzer Freie Presse", in folgender, der Wirklichkeit ganz entsprechender Weise aus: „Von der Größe des Nothstandes in Chemnitz hat Niemand eine Ahnung, der nicht selbst Gelegenheit hat, einen Blick in das Elend der Proletarierfamilien zu werfen. Bereits ist der zuerst in England aufgetretene Zustand, daß die Frau in der Fabrik arbeitet, und der arbeitslose Mann zu Hause die Wirthschaft versorgt, auch hier schon vielfach eingetreten, denn die Fabrikanten suchen vor Allem billige Arbeitskräfte, und da trotz der allgemeinen Herabdrückung der Löhne die Frauenarbeit noch billiger ist, als die männliche Arbeitskraft, so finden viele Frauen leichter Beschäftigung als ihre Männer und werden die Erhalter der Familie; in wie ungenügender Weise diese Erhaltung nur durchgeführt werden kann, das freilich begreift man wohl, wenn man bedenkt, daß eine Frau bei Fabrikarbeit kaum sechs Mark wöchentlich selbst in günstigen Fällen zu verdienen vermag. Nun kommt es aber in neuester Zeit vor, daß die Fabrikanten auch beim Angebot der weiblichen Arbeitskräfte wählerisch sind und mit Vorliebe junge Mädchen engagiren, verheirathete Frauen aber zurückweisen. Dies geschieht, wie uns mitgetheilt wird, namentlich in Cartonnagenfabriken, und es ist uns ein Fall bekannt, wonach in einer solchen Fabrik 5—6 Arbeiterinnen gesucht wurden, und eine Frau, als sie die Frage, ob sie verheirathet sei, mit Ja beantwortete, ausdrücklich deswegen nicht angenommen wurde. Diese Frau hatte bisher fast allein den Unterhalt ihrer Familie nothdürftig bestritten, da ihr Mann seit längerer Zeit arbeitslos ist, und die Kinder hatte sie den Tag über in einer hiesigen Kinderbewahranstalt untergebracht, wo ihnen für wenige Groschen eine freilich auch sehr dürftige Kost verabreicht wurde. Jetzt kann sie auch diese Groschen nicht mehr bezahlen, die Kinder müssen deshalb aus der Anstalt wegbleiben, und die ganze Familie fällt dem Schicksal anheim, gemeinschaftlich zu hungern. Wir meinen das Wort hungern hier nicht in dem weiteren Sinne, wonach es ungenügende Ernährung bedeutet, denn in diesem Sinne hungert das gesammte Proletariat in Chemnitz, sondern wir meinen es im buchstäblichen Sinne. — Dies ist ein Fall, welcher keineswegs vereinzelt dasteht in unserer Stadt der Industrie, deren „bessere" Gesellschaft fortfortfährt, zu jubeln, wenn die Vertheidiger der Armen, die sozialdemokratischen „Führer", eingesperrt werden, und die der Welt vorlügt, der Nothstand sei nur eine sozialdemokratische Erfindung."

Pausa i. Vogtl. Die Lage der hiesigen Arbeiter — zum größten Theil Handweber — ist eine geradezu verzweifelte. Viel Arbeit giebt es nicht und dazu ist der Lohn ein so geringer (Mrk. 3,50 bis 4,00 die Woche), daß es einem Familienvater absolut unmöglich ist zu existiren, selbst wenn Weib und Kind zur Arbeit herangezogen werden. Freilich giebt es noch immer Leute, welche da meinen, der Handweber könne immer noch auskommen, er müsse es nur verstehen, sich einzurichten — als ob sie das nicht verständen. Ich glaube, wenn Kartoffeln und Hering die Hauptnahrungszweige bilden, wenn sogar Brod ein rarer Artikel ist, dann ist das Menschenmöglichste in der Einrichtung geleistet. Dabei soll der Arbeiter seine Steuern immer noch pünktlich entrichten, was freilich zu den Unmöglichkeiten gehört. Es ist daher auch gar nicht zu verwundern, wenn in unsrer Stadt, die 4000 Einwohner zählt, 400 Steuerrestanten vorhanden sind, die mit den Steuern 1, 2, 3 und 4 Jahre im Rückstande sind. Der Steuerexekutor hat denn auch vollauf zu thun. So war ich erst in letzterer Zeit Zeuge, wie einem Weber (Familienvater) der Webstuhl gepfändet wurde. Alles Jammern von Frau und Kindern half nichts — dem „Recht" muß ja Genüge geschehen, selbst wenn eine Familienexistenz dabei ruinirt wird.

Philadelphia, 1. November. (Die Herbstwahlen in Pennsylvanien und Ohio.) Die Arbeiterpartei im Staate Pennsylvanien sieht mit anscheinendem Vertrauen der am 6. November stattfindenden Wahl (siehe Notiz in der „Sozialpolitischen Uebersicht" Nr. 137) entgegen. Es handelt sich um die Erwählung neuer Staats-, Gerichts- und County-Beamten, welche die alten an der öffentlichen Krippe ablösen wollen, weshalb es denn auch gerade nicht zu verwundern, wenn überall sog. „Arbeiterfreunde", aller Schattirungen an die Oeffentlichkeit treten — von denen man nie vorher gehört —, natürlich mit dem aufrichtigsten Wunsche, nur dem Arbeiterinteresse zu dienen. — Und weshalb auch nicht. Hat es denn bisher noch an der nöthigen Unterstützung gemangelt, sich den Arbeitern aufzudrängen, trotz des gerechten Mißtrauens, das auf Seiten der „denkenden Arbeiter" obwaltet, an denen die traurigen Erfahrungen eben nicht spurlos vorübergegangen sind.

Der Arbeiterausstand des letzten Sommers hat eine thatsächliche Umwälzung innerhalb der Arbeiterklasse hervorgerufen.

Nicht aus Muthwillen wurden solche große Strikes in Scene gesetzt, die furchtbaren Wirkungen einer planlosen Produktionsweise und die daraus unmittelbar entspringenden Folgen für das arbeitende Volk hatten zu sehr ihr Erscheinen geltend gemacht, als daß ganz darüber hinweggegangen werden könnte. Da man aber die Hauptforderung der Unzufriedenen — also eine Forderung, die den Ausstand allgemein machte — nämlich den Beschäftigungslosen Arbeit zu geben, nicht weil man keine „künstliche Prosperität" zu schaffen vermochte, und nicht wollte, weil das individuelle Kapital dadurch Nachtheil erleiden würde, — so war eine Opposition gegen die beiden herrschenden Parteien sozusagen „gelegentliche Erholung", und zwar einfach deshalb, weil die in Rede stehende Opposition keine gefährliche Opposition ist und nur die bequemste Vermittlerin zwischen Harmoniebestrebungen abgiebt.

Eine solche „Oppositionspartei" ist im Staate Pennsylvanien die „United Labor Party", eine Partei, die aus verschiedenen Arbeiterverbindungen besteht, eine sehr mangelhafte Organisation hat und vermuthlich bald nach der Wahl zu Grabe geleitet wird. Die einzige Möglichkeit, dieselbe noch zeitweilig am Leben zu erhalten, wäre allenfalls denkbar durch ihre Verbindung mit der Greenbackpartei — mit der sie auch ursprünglich verwandt ist —, die sie wieder erneuert hat, obgleich auf der Harrisburgh Convention eine Art „unabhängiges Ticket" aufgestellt wurde, in der Absicht, Arbeiterstimmen zu fangen, genau wie die beiden anderen Parteien, von denen sie sich auch wenig oder gar nicht unterscheidet. Der Umstand, daß etliche Punkte des sozialdemokratischen Programms in Harrisburgh angenommen wurden, verschaffte dieser Partei auch die Hilfe der Philadelphiaer Mitglieder der „Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten", wobei Letztere für die Verbreitung ihrer Ideen Propaganda zu machen hofften. War es schon höchst bedenklich, der „United Labor Party" von Seiten der „Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten" ein indirektes Zugeständniß zu machen, um die Candidaten der erstern Partei zu unterstützen, welche sämmtlich, mit vielleicht einer Ausnahme, keine blasse Ahnung vom Sozialismus haben, einer der Candidaten sogar ein erklärter Republikaner ist, und wie er selbst offen eingesteht, daß er im Falle seiner Erwählung seiner Partei — also der republikanischen — treu bleiben würde, — so war es anderseits auch inconsequent, indem man den Compromißversuchen nicht widerstand in einem Falle, wo der prinzipielle Standpunkt unbedingt hätte eingenommen werden müssen. Immerhin kam die Partei noch zu der Einsicht (freilich etwas spät), daß ein Zusammengehen mit der „United Labor Party" unter den bewandten Umständen eine Unmöglichkeit ist und faßte den Beschluß kurz vor der Wahl, nicht an der jetzigen Wahl theilzunehmen, da die „United Labor Party", statt für die reine Arbeitersache einzutreten, ihre Aehnlichkeit mit den bestehenden reaktionären Parteien immer mehr dokumentirt.

Wenngleich dieser so gefaßte Beschluß nicht die beabsichtigte Wirkung auf das Resultat der Wahl ausüben wird, so wird doch hierdurch Klarheit in der Situation geschaffen. Und das ist von Wichtigkeit. So gewiß bis dato das Ergebniß der Wahl noch zweifelhaft ist, so genau kann man behaupten, daß die „United Labor Party" eine Niederlage erleidet. Ihre ganze Agitation ist nur Effekthascherei und absolute Verständnißlosigkeit für die Sache. Ihre Candidaten bieten gar keine Gewähr, daß sie der Arbeitersache dienen werden, und gehören zu jener Kategorie, die beim Herannahen der Wahlen plötzlich zu erscheinen pflegt. Solche Leute unterstützen, darf und kann die Sozialdemokratie nicht. Lieber gar nicht wählen, als Leute, welche auch nicht die mindeste Garantie leisten, dem Verlangen der Wähler nachzukommen, ja die bei ihren eigenen Anhängern stark im Geruch der Selbstsucht stehen.

Das Resultat der Wahl in Ohio wird den Lesern des „Vorwärts" bekannt sein, ebenso der thätige Antheil, den die Sozialdemokratie an derselben nahm. Ueber 12,000 Stimmen fielen auf ihre Candidaten, nachdem sie zum ersten Mal aktiv in die Wahl eingegriffen, jedenfalls ein bedeutender Erfolg, der doppelt hoch anzuschlagen ist, da der Wahlkampf rein prinzipiell geführt wurde, und nur der Mangel an Agitationskräften außerhalb von Cincinnati, Toledo und Cleveland denselben nicht größer sein ließ.

In Baltimore (Maryland) hatten die Arbeiter auch ein eigenes Ticket aufgestellt. Da die Republikaner kein besonderes Ticket aufstellten, so kandidirte nur der Demokrat gegen die Arbeiter. Der Demokrat Kane siegte, trotzdem brachte es der Arbeiterkandidat Thompson auf 17,000 Stimmen. Letzterer, Huffschmidt, ein persönlich ehrenhafter Mann, hatte die Schwäche zu erklären, er huldige nicht den sozialistisch-communistischen Tendenzen, obgleich, nach gethanen Aeußerungen, er dieselben kaum kennen dürfte. Für uns Sozialisten hat natürlich der soeben beendete Wahlkampf in Ohio am meisten Bedeutung, weil doch ein vollständig „sozialistisches Ticket" im Felde stand, den Wählern aber auch das Zurückberufungsrecht garantirt war. — Dennoch kann es nicht oft genug wiederholt werden: soll die sozialistische Bewegung auch hier eine Zukunft haben, so muß sie sich streng an das Programm lehnen. Nur die Arbeiterklasse als solche kann für einen Erfolg bürgen. Die prinzipielle Agitation geht mit der Aufklärung die gleichen Wege, ohne diese nimmermehr!"

R. J.

Frankfurt a. M., 18. November. (Gewerkschaftliches.) Am 15. d. M. fand hierselbst eine Zusammenkunft der Lokalbeamten sämmtlicher Gewerkschaften statt, um über die Centralisationsfrage zu diskutiren. Von der Nothwendigkeit eines Central-Gewerkschaftsorgans war man allgemein überzeugt. Jedoch fanden die von Herrn Kapell gemachten Vorschläge in Betreff der abzuhaltenden Conferenz nicht die genügende Unterstützung. Ueber die übrigen Punkte war die Meinung vorherrschend, daß dieselben bis zur Regelung des Herbergswesens, was ja auch schon angebahnt sei, zu vertagen seien. Schließlich wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Frankfurter Lokalbeamten sind mit der Schaffung eines Central-Gewerkschaftsblattes vollständig einverstanden. Entgegen den von Herrn Kapell gemachten Vorschlagen schlagen dieselben folgendes Verfahren vor: Von der Abhaltung einer Conferenz ist abzusehen, hingegen ist die Frage in der Arbeiterpresse sowie in den Gewerkschaftsversammlungen genügend zu besprechen. Alsdann ist die Frage auf den nächsten Generalversammlungen zur Sprache zu bringen. Diejenigen Gewerkschaften, welche sich hiermit einverstanden erklärten, würden zur Feststellung aller näheren Bestimmungen einige Delegirten (welche auf den Generalversammlungen zu wählen seien) zu einer etwa auf Pfingsten einzuberufenden Conferenz zu senden haben, wo die Sache alsdann definitiv zu regeln sei." Da man sich in den verschiedenen Gewerkschaftsversammlungen in demselben Sinne ausgesprochen, so werden die Mitgliedschaften ersucht, Vorstehendes zu berücksichtigen.

J. A.: R. Jahn. H. Hiller. Ch. Neu.

Oeffentliche Quittung.

Für die Gemaßregelten (Unterstützungsfonds) habe ich seit dem 2. Novbr. erhalten:

Limmer bei einer Kindtaufe durch G. Wilke M. 3,00; Offenbach a. M. b. G. Fritz 20,00; Achim b. C. Engelmann 5,00; Groitzsch d. G. Reichelt 14,21; Groß-Auheim d. A. Kronenberger 20,00; Hamburg von Förster 2,40 und für Agitation 4,80; do. von Mehreren d. Garve 6,39; do. von Le Furieux 20,00; Lechhausen d. A. Lichtensteiger 0,50; Coburg von Carl Krämer 1,00; Zittau d. F. Nenke 1,00; Langenbielau d. A. Kühn 1,80; Braunschweig vom Abschiedsfest eines zum Militär Einberufenen d. L. Homann 3,20; do. d. L. Bosse 10,00; Duisburg gesammelt in Beck d. A. Buschmann 1,70; Harburg von der Todtenfeier d. F. Seitz 12,00; Frankfurt a. M. d. Leonh. Hunger vom Schuhmacherfest 7,00; Gotha von B. Straube 1,00; Gera vom Arbeiterfest d. H. Prell 20,22; Forst von verschiedenen Parteigenossen 5,00; Neviges d. C. Schmidt von Parteigenossen 26,00; Linden d. W. Quatfasel v. Lims Geburtstag 1,30; Kesselstadt bei Hanau v. Arbeiterfest d. Ph. Haberl 6,66; Ottensen vom Stiftungsfest der „Lassallea" d. Kirsch 9,50; Hamburg Ueberschuß von einem Accord d. Lampe 2,40; Lübeck d. Baier v. Klos' Schneiderwerkstätte 5,00.

Hamburg, 19. November 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Achtung!

Allen auswärtigen Genossen diene hiermit zur gefälligen Notiz, daß die vereinigten Gewerkschaften Kassels mit heutigem Tage ein gemeinschaftliches Verkehrslokal errichtet haben. Dasselbe befindet sich beim Gastwirth Saake, Schäfergasse Nr. 20 und wird derselbe bemüht sein, daß ihm von den Gewerkschaften geschenkte Vertrauen durch Verabreichung von billigen und guten Speisen und Getränken, sowie durch Reinlichkeit und freundliche Bedienung zu rechtfertigen.

Damit nun aber auch dieses Verkehrslokal seiner Aufgabe gerecht werden, das heißt, den Herbergen „Zur Heimat" ꝛc. ꝛc. einen kräftigen Damm entgegen setzen, das Klassenbewußtsein und den Zusammengehörigkeitssinn der Arbeiter mächtig fördern kann, so ist es Pflicht eines jeden hier zureisenden Genossen, nur in obigem Lokal zu verkehren. Der „Vorwärts", eine Anzahl Gewerkschafts- sowie einige andere Parteiblätter liegen aus.

Kassel, den 18. November 1877.

Die Commission.

NB. Alle Partei- und Gewerkschaftsblätter werden freundlichst um Abdruck gebeten.

Briefkasten.

der Redaktion. G. Sp. in Aachen: Der „Vorwärts" nimmt natürlich Ihre Einsendungen auf. In dem bestimmten Falle hielten wir die Aufnahme nicht für rathsam.

Quittung. J. Klnr Saalfeld Ab. 10,00 d. L. hier. Wahlverein Harburg Ann. 0,80. Bschmnn Duisburg Ann. 0,90. Sndmnn Dessau Schr. 3,00. Flr Schwäb.-Gmünd Ab. 10,00. Fllrmnn Bremerhafen Ab. 12,00. Kchnrthr Hof Ab. 9,89. Ufrt Apolda Schr. 5,00. Uhlmnn Crimmitschau Ann. 0,60. Jeb St. Johann Ab. 5,00, Schr. 10,00. Englmnn Achim Ab. 8,10. Sbl Dortmund Ab. 45,00. Lvschff Lendon Ab. 5,10. Krzgr Rittersfeld Ab. 2,38. Cnzgl Böhm.-Leipa Ab. 1,21. Gnß Moritzburg Schr. 1,00. Rhnfld Halbau Schr. 0,50.

Fonds für Gemaßregelte.

Von G. Rglr Hof 1,10. Arbeiterverein Plagwitz 1,00.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Sonntag Abend, den 25. November:

Abendunterhaltung

bei Wietgrefe, Mittelstraße Nr. 11.

Dazu ladet freundlichst ein

Der Vorstand. [3,40

Hannover. Bund der Tischler u. verw. Berufsgenossen.

Sonntag, 25. November, findet im Karten'schen Gesellschaftssaale (Eingang am Graßweg) eine

Abendunterhaltung und Tanzkränzchen

statt. Anfang 5 Uhr. [2,40

Collegen und Freunde unserer Sache ladet hierzu höflichst ein

Das Comité.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.

Nächsten Sonntag, Nachmittags von 3 Uhr an, wird im Vereinslokale, Querstraße 24, eine

Ausstellung künstlicher Glasgegenstände

stattfinden. Der Zutritt ist Jedermann unentgeltlich gestattet. Abends halb 8 Uhr: Vortrag über Glasspinnerei mit Experimenten. [80

Der Vorstand.

Osnabrück. Arbeiter-Wahlverein.

Montag, den 26. November, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemünze 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Vorstandswahl. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht [80

Der Vorstand.

Als Redakteur sucht ein Parteigenosse, der zugleich agitatorisch wirken kann, Stellung an einem sozialistischen Blatte. Offerten sub. X. 13 an die Exped. d. Bl.

Bekanntmachung.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei Augsburg (Eingetragene Genossenschaft) befindet sich in Liquidation. Alle Diejenigen, welche Forderungen an die Genossenschaft zu machen haben, werden aufgefordert, diese sofort bei der Liquidationscommission anzumelden. [2,10

Die Liquidations-Commission.

Durch verzögerte Zusendung Seitens der Allgemeinen deutschen Associations-Buchdruckerei in Berlin sind wir vorläufig nicht im Stande, die Bestellungen auf Kalender zu effectuiren.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 430 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 139. Mittwoch, 28. November. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat Dezember zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Sozialistische Betrachtungen zur preußischen Kreis- und Gemeindeordnung.

Wir haben vor Kurzem der Debatte Erwähnung gethan, die im preußischen Abgeordnetenhause über die Einführung der neuen Kreis- und Gemeindeordnung in die westlichen Provinzen des preußischen Staates geführt wurde. Wir anerkannten das treffliche Wort, welches der Abgeordnete Reichensperger sprach, daß es wider die Verfassung sei, wenn man willkürlich den preußischen Staat in zwei Hälften theile bei der Gesetzgebung.

Daß rein politische Parteigründe die Regierung leiten, ihre Zustimmung zu der Einführung der neuen Ordnung in Rheinland und Westfalen zu versagen, ist männiglich bekannt, und daß hierzu die Einflüsterungen des national-conservativen Herrn von Sybel und die Denunziationen des deutschen Vereins mit beigetragen haben, dies haben fortschrittliche und klerikale Redner im Abgeordnetenhause klargelegt.

Wir stehen also selbstverständlich auf dem Standpunkte, daß den intelligenten Westprovinzen der Fortschritt in der Gesetzgebung und Verwaltung nicht vorenthalten bleibe, den die weniger intelligenten östlichen Provinzen des preußischen Staates genießen.

Aber hierbei ist zu betonen, daß der ganze Fortschritt, den die neue Kreis- und Gemeindeordnung bringt, für das Volk in den Industrieländern ein sehr geringer ist und daß deshalb die Einführung derselben in den Westprovinzen mehr aus moralischen- und Rechtsgründen, denn aus Gründen des Nutzens, wie die Fortschrittsleute und Liberalen meinen, gefordert werden muß.

Die Gemeinde nämlich, ihre feste Begründung und Ausbildung, ist von jeher ein Hauptzielpunkt des Liberalismus gewesen; sie wird als die Grundlage des heutigen Staates angesehen.

In der Gemeinde wurzelt bei den herrschenden Zuständen und da sich der Staat nach der liberalen Anschauung um das Wohl seiner Angehörigen wenig zu kümmern hat, das Communikations- und Sanitäts-, das Armen- und Vormundschaftswesen, und namentlich die Schule, so daß ohne eine gut organisirte Gemeinde die verschiedensten Interessen verkümmern und brach gelegt werden. Die Gemeinde bildet namentlich aber auch in dem politischen Staate mit der weiteren Vertretung des Kreises den Hintergrund für das parlamentarische Leben, welchem der nöthige Nachdruck fehlt, wenn nicht hinter den Volksvertretern als eine nothwendige Ergänzung des Parlamentarismus lebensfrische kräftige Organisationen und festgefügte Wahlkörper stehen.

Deshalb bildete für alle Koryphäen der Liberalen von Waldeck bis Schwerin die Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassung den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen.

Die preußische Regierung ist nun seit einigen Jahren selbst in die Bahnen des Liberalismus eingelenkt und hat die neue liberale Kreis- und Gemeindeordnung mit ziemlicher Energie trotz des Widerstandes, den die conservativen Elemente leisteten, eingeführt, spät genug freilich, wenn man bedenkt, daß eine solche Ordnung schon im Jahre 1850 Gesetz war, welches allerdings die Reaktion nicht zur Ausführung brachte; spät genug, wenn man bedenkt, daß in Frankreich schon seit Generationen eine Stadt und Land gleichstellende Gemeindeverfassung existirt.

Die wohlthätigen Wirkungen einer den Zeitverhältnissen entsprechenden freisinnigen Gemeinde-, Kreis- und Bezirksordnung wollen wir nicht verkennen, und es würde die gegenwärtige Kreis- und Gemeindeordnung, wenn sie vor 50 Jahren in Preußen eingeführt worden wäre, gewiß großen Nutzen der Bevölkerung gebracht haben. Auch wollen wir ferner nicht verkennen, daß für die östlichen überwiegend ländlichen Provinzen die neue Kreis- und Gemeindeordnung noch immer Gutes erwirken kann; für die industriellen Bezirke des Staates aber verlieren die Gesetze solcher Kategorie wegen des „zu spät" ganz außerordentlich an ihrer Bedeutung.

Die Gemeinde hat wesentlich das Grundeigenthum zu ihrer Voraussetzung; sie ist der Complex einer Anzahl ansässiger, nachbarlich zusammenwohnender Einwohner eines Staates, die Vereinigung von verschiedenen Haus- und Hofbesitzern, die nächste Gesammtheit, in welche man vom häuslichen Heerde eintritt.

Für eine so charakteristische Organisation aber fehlen die Bedingungen bei einer Bevölkerung, die einem steten Wechsel ihres Wohnsitzes ausgesetzt ist, wie dies ja in den großen Städten und in den Industriebezirken wesentlich der Fall ist.

Die Gemeinde ist aber auch die Grundlage des alten politischen Rechtsstaates; sie hängt innig mit den herrschenden Eigenthumsbegriffen und Rechtsanschauungen zusammen; deshalb tritt sie in den industriellen Gegenden mehr in den Hintergrund, weil sich dort in der letzten Zeit andere Rechtsanschauungen und Eigenthumsbegriffe zu bilden anfangen.

Hieraus ersieht man, daß die Einführung der neuen Kreis- und Gemeindeordnung für die preußischen Westprovinzen nur von höchst untergeordneter Bedeutung ist, und daß man sie hauptsächlich nur der Rechtsgleichheit wegen fordern muß.

Außerdem aber hat man bei der neuen Kreis- und Gemeindeordnung das englische Vorbild nachgeahmt, ohne ins Auge zu fassen, daß ein solange von der Bureaukratie beherrschtes Volk, wie das preußische, auch mindere Empfänglichkeit für das „Selfgovernement" zeigt; ohne ferner zu bedenken, daß auch in England neuerdings das arbeitende Volk, wie in Deutschland und Frankreich, mit dem allgemeinen Stimmrecht und den sozialen Forderungen zwischen die einschlägigen Institutionen tritt und das sogenannte „Selfgovernement" nicht mehr unversehrt geblieben ist.

Bei dem allgemeinen Stimmrecht aber braucht der Parlamentarismus nicht mehr als nothwendige Ergänzung und um sich den gehörigen Nachdruck zu verleihen, die freisinnigen Gemeinde-, Kreis- und Bezirksvertretungen, da tritt an Stelle solcher Organisationen das Volk, das ganze arbeitende Volk, zusammengehalten und geleitet durch die gleichen Interessen und Existenzbedingungen.

Mögen daher auch Gesetze, wie die preußische Gemeinde- und Kreisordnung zur vollständigen Beseitigung des alten feudalen Wustes ihre guten Dienste thun, so wird ihre Wirkung durch das „zu spät" doch wesentlich abgeschwächt; jedenfalls aber müssen wir für den Sozialismus die ganze Frage für abgethan ansehen, indem auf seiner Fahne anstatt der corporativen Gemeinde bereits ein anderes Wort steht, nämlich: die, nicht an die Scholle und an den enterbten Besitz, sondern an die allein Werth verleihende Arbeit geknüpfte, auf dem allgemeinen Stimmrecht und der ausgedehntesten Freiheit beruhende Assoziation.

Aus den Vereinigten Staaten.

Newyork, 9. November.

Die vorgestrige Wahl in zwölf Staaten der Union ist überwiegend im Sinne der Partei, welche sich hier demokratisch nennt, ausgefallen. In drei von den zwölf Staaten haben die Republikaner mit sehr verminderter Mehrheit gesiegt; in den wichtigen größten Staaten, Newyork und Pennsylvanien, sowie in New-Jersey, Maryland, Virginien, Mississippi, Nebraska haben die Demokraten — zum Theil ganz unerwartete Siege davongetragen; in Illinois und Wisconsin ist bis jetzt das Ergebniß unentschieden, weil die Arbeiterpartei das Verhältniß der Stimmenzahl so verändert hat, daß man aus den nur theilweise bekannten Zahlen keine verläßlichen Schlüsse ziehen kann. In Chicago hat unsere Arbeiterpartei ihren Richter für das Obergericht (Superior Court) erwählt, und wenn kein Betrug bei der Stimmenzählung vorkommt, sind ihr noch weitere Erfolge gewiß. In einer Nachschrift wollen wir melden, was dort und in Wisconsin, wo unsere Wahlbewegung sich über größere Strecken des Staates ausdehnte, bis übermorgen festgestellt sein wird. In Newark, N.-J., hat der Verrath eines Parteigenossen verhindert, daß einer oder selbst zwei Vertreter der Arbeit in die Staatslegislatur kamen. In der Stadt Newyork war nicht der mindeste Erfolg zu erwarten, doch haben unsere Genossen wenigstens ihr Dasein und ihre Unbestechlichkeit gezeigt. In mehreren Bezirken Pennsylvaniens haben die Kohlengräber sich gänzlich von den alten Parteien losgerissen und wirklich viele ihrer Vertreter und Grafschaftsbeamten erwählt; sie waren nicht mit unserer Partei verbunden, aber dieser unerwartete Sieg, welcher der pennsylvanischen Kapitalistenbande die Herrschaft im Staate nimmt oder sehr verkürzt, muß auch für diese bedrückteste Arbeiterklasse wohlthätige Folgen äußern.

Unerwartete Stärke entwickelte unsere Partei, theils mit, theils ohne Hilfe der Greenbacker, in Rochester, Utica und in anderen Fabrikorten des nördlichen Newyork. Es ist dabei anzuschlagen, daß der eine Flügel unserer Partei nicht mit gewählt hat, was in den Städten Newyork, Brooklyn, Boston und ganz Neuengland, in Philadelphia und Pittsburgh einen ansehnlichen Stimmenausfall zur Folge hatte.

Es war dies die ruhigste, aufregungsloseste Wahl, von welcher wir Zeuge waren, ausgenommen wo unsere Partei sich daran betheiligte, welche mit Begeisterung an's Werk ging. Ohne es zu wollen, hat sie die alten Parteien in eine ganz veränderte Stellung gebracht. Durch den Ausfall ihrer Stimmen hat sie an vielen Orten, welche Festungen des Republikanismus waren, diese, schon durch die Administration gespaltene Partei zersprengt und dadurch den Demokraten die Oberhand gegeben. Der alte Bann der Parteifesseln ist in weiter Ausdehnung gebrochen. Das stimmgebende Volk hat sich, soweit es unabhängig und unbestechlich ist, auf das Selbstdenken verlegt, und die alten Organisationen sind großentheils ohnmächtig geworden. Bestechungsversuche helfen wenig mehr — sie werden mit Unwillen zurückgewiesen und veröffentlicht. Den diesmal gewählten Volksvertretern wird auf die Finger gesehen, ihre Abstimmungen in den Legislaturen werden überwacht werden. Es ist klar, die Mehrheit der Stimmgeber wird ihr Votum nicht länger für ein Linsengericht verkaufen, oder blind einer Organisation auskantworten. Wahlbetrügereien werden seltener und müssen endlich aufhören.

Das ist der eine Vortheil der Arbeiterbewegung. Indem aber alle Berechnungen der alten Organisationen sich trügerisch erweisen, müssen sie um die Wette auf die Gunst der Arbeiter Angebote machen. Sie müssen aus der Noth eine Tugend machen und ehrlicher handeln. Wir verlieren uns darüber heute nicht in Muthmaßungen, da die nächsten Monate schon Thatsachen zur Beurtheilung liefern werden.

Im Staate Newyork hatten die Kapitalisten, Herrn Ottendorfer, den Eigenthümer der „Staatszeitung", an der Spitze, eine Beschränkung des Wahlrechts durch zwei verkäufliche Legislaturen nach einander gebracht, und diese Maßregel lag dem Volke zur Abstimmung behufs eines constitutionellen Amendements vor. Dieselbe würde ein Drittel der Wähler in den Großstädten um das Wahlrecht in allen gemeindlichen Finanzangelegenheiten gebracht haben. Das Amendement ist natürlich mit großer Mehrheit niedergestimmt worden, wofür sich die Demokraten ein Verdienst beimessen, während doch blos der handgreifliche Partei-Vortheil ihr Verhalten diktirte, da sie bei weitem die meisten Stimmen verloren hatten, wäre das Amendement angenommen worden.

Im 7. Senator-Distrikt des Staates wurde ein berühmter Boxer für Geld und Besitzer einer Spielhölle, Morrissey, gegen das reguläre demokratische „Ticket" erwählt. Er verdankte das dem Zusammenwirken der armen demokratischen Arbeiter, weil er in den letzten Legislaturen nicht mit geschwindelt, überhaupt immer die Forderungen der Arbeiter vertreten hat, mit den unabhängigen Republikanern, welche das Zusammengehen ihrer Partei mit der diebischen Demokraten-Organisation mißbilligten und den Gegenkandidaten Schell schlagen wollten, einen seit 30 Jahren mächtigen Aemterjäger.

Solcher überraschenden Wahlergebnisse waren diesmal viele zu beobachten. Im Staate New-Jersey wurde ebenfalls von zwei Uebeln das kleinere, der bekannte General McClellan, Stockdemokrat und Arbeiterfeind, über den Republikaner Newell zum Governor gewählt, um der republikanischen Corruption in Staatsangelegenheiten ein Ende zu machen. Dies hätte die Arbeiterpartei verhindern können; aber der Sieg wäre dann einer unverbesserlichen Schwindlerbande zugefallen. Die Entscheidung war der Hälfte der Partei, welche sich der Wahl nicht enthalten wollte, sehr erschwert.

Gegen das Vorurtheil, daß der amerikanische Bürger unter allen Umständen mitstimmen und daß er wo möglich auf der gewinnenden Seite sein sollte, kämpft unsere Partei noch immer mit geringem Erfolg. Er betrachtet die Wahl nur zu gewöhnlich als ein Glücksspiel, eine Wette, eine Lotterie, und die Auswahl des Candidaten, welcher der meisten Stimmen gewiß zu sein scheint, interessirt ihn vielleicht ebenso sehr als sein eigenes Interesse, das bei der Sache auf dem Spiele steht. Für eine neue Partei zu stimmen, deren Bewerber auf Jahre hinaus noch zu unterliegen sicher sind, gilt ihm beinahe für Thorheit, hat wenigstens keinen Reiz für ihn. Diejenigen, welche diesen unrepublikanischen Zug im Volksthum aus langer Erfahrung kennen, sind deshalb jeder Wahl abgeneigt, bevor durch ökonomische und organisatorische Parteithätigkeit ein durchschlagender Erfolg beinahe gewiß ist.

Es kommt dazu ein zweiter unglücklicher Zug im Volksgeiste: was einem Ausschuß von Mehreren aufgetragen wird, bleibt schlecht besorgt, weil Jeder eine Fülle von Geschäften hat, und Jeder sich auf den Andern verläßt. Wird aber das Geschäft einem Einzelnen aufgetragen, der ihm seine ganze Zeit widmen muß, so liegt diesem die Versuchung gar zu nahe, dasselbe im eigenen Vortheile zu betreiben; denn Uneigennützigkeit ist eine so seltene Tugend, daß man sie kaum irgendwo noch voraussetzt. Unsere Partei zeigt in dieser Hinsicht sehr viele rühmliche Ausnahmen; aber bevor man mit ihr Erfolg haben kann, gilt es einzelne unlautere Bestandtheile auszuscheiden. Und dies ist der zweite Hauptgrund, daß die bedächtigen Parteimitglieder noch keine Wahlbetheiligung wollen. Es ist mit einem Wort eine Herkules-Arbeit, unsere Partei hierzulande einflußreich zu machen, und den Muth und die Siegeszuversicht in ihr aufrecht zu erhalten.

Eine Menge Verurtheilungen wegen Theilnahme am Eisenbahnarbeiter-Ausstand sind in Scene gesetzt worden. Wegen Brandstiftung an der Readinger Eisenbahnbrücke sind zwei Uebersührte zu fünf Jahren Zuchthaus verurtheilt, zwei als „Staatszeugen" (Denunzianten) freigesprochen worden. Das Denunziantenwesen hat übrigens keine große Rolle gespielt. Unter den übrigen Verurtheilungen kommen ein paar juristische Ungeheuerlichkeiten vor. In Indianapolis wurden vom Ver.-Staaten-Distriktsrichter Drummond fünfzehn Ausständige zu je drei Monaten Gefängniß verurtheilt, obwohl sie nichts begangen, als daß sie einen Frachtzug stehen gelassen hatten. Der Entscheidungsgrund? „Eine Verschwörung, um die Geschäfte des Landes in Stillstand zu bringen." — Als ob nicht die Eisenbahngesellschaft darauf hin hätte verurtheilt werden müssen! Denn, wie der Richter selbst sagt, sind die Arbeitskräfte bloße Waaren, welche durch Angebot und Nachfrage im Preise bestimmt werden. Wie kann man Waaren für angerichteten Schaden verantwortlich machen?

An der Erie-Bahn wurde ein Arbeiter Namens Donohur zweimal wegen desselben Vergehens verurtheilt: das erste Mal vom Receiver, weil die Bahn im Bankerottverfahren von einem Richter verwaltet wird — dieser verurtheilte den Mann, weil er den richterlichen Befehl, mit der Störung des Bahnverkehrs einzuhalten, „verachtet" habe, zu sechs Wochen Haft; das zweite Mal vom Vereinigten-Staaten-Richter, weil er den Bahnverkehr in's Stocken gebracht, zu längerer Haft. Von anderen solchen Fällen können wir schweigen.

Abermals hat einer der Vereinigten-Staaten-Oberrichter, Strong, sich und dem Obergericht eine unheilbare Wunde geschlagen. Es wird ein Brief von ihm veröffentlicht, worin er gesteht, daß er als Mitglied der Wahlbehörde dem Präsidenten Hayes gegen seine Ueberzeugung, daß er gewählt sei, blos aus

technischen Gründen seine Stimme gegeben habe. Er habe sie ihm gegeben, weil die Regierung nicht competent gewesen sei, die gefälschten Wahlen in den Südstaaten wirklich zu untersuchen. Aber warum hat er denn nicht Tilden gewählt (er konnte den Ausschlag für diesen geben), oder vielmehr warum die Mitgliedschaft in der Wohlbehörde nicht abgelehnt? — Wie soll das Volk der Vereinigten Staaten je wieder Vertrauen zu seinem Obergericht bekommen, wenn es von zweien seiner Mitglieder solchen Skandal erfährt? — Derselbe Oberrichter ist bekannt als ein Agitator dafür, daß in die Verfassung der Vereinigten Staaten (welche jetzt ganz atheistisch ist) ein Amendement aufgenommen werde, welches das Dasein Gottes und die Grundlehren der christlichen Religion anerkennt.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Aus dem preußischen Abgeordnetenhause. In Nr. 137 haben wir erwähnt, daß eine Interpellation an die preußische Regierung in Bezug auf den Reptilienfonds gerichtet werden würde, dabei aber zugleich bemerkt, daß die Regierung keine Antwort ertheilen würde. Am 21. November wurde die Interpellation vom Abgeordneten Eugen Richter nun auch eingebracht — es war kein Minister anwesend. Ein Regierungscommissar Namens Homeyer las ein Schreiben vor, in welchem einfach Seitens der Regierung erklärt wurde, daß sie nicht in der Lage sei, über die in der Interpellation enthaltenen Punkte Auskunft zu geben — wir hatten also recht prophezeit. Das Centrum und der Fortschritt wollten die Minister zur Stelle haben, die Majorität des Hauses aber war mit der Erklärung, in welcher indirekt gesagt wurde, das Haus habe nichts zu sagen, zufrieden. Wir wollen hier über die Entstehung des Reptilienfonds dem „Frankfurter Beobachter" folgendes entnehmen:

„Im September 1866 verlangte das Ministerium Bismarck unter Berufung auf die „politische Zweckmäßigkeit" vom Landtage die Zustimmung zur Annexion von Hannover, Hessen, Nassau und Frankfurt a. M. Ja, wir stimmen zu, erklärte das preußische Abgeordnetenhaus, aber nicht auf Grund des vagen Begriffs der „politischen Zweckmäßigkeit", sondern auf Grund des Eroberungsrechts, das einen gültigen Theil des Staats- und Völkerrechts bildet. Mit Vergnügen erklärte sich die Regierung hiermit einverstanden und nahm die Annexion auf Grund des „Eroberungsrechts" vor. Einige Wochen später verlangte sie in einem Anflug von tiefem Mitleid für die depossedirten Fürsten in Hannover, Hessen und Nassau reichlich bemessene Entschädigungen, die für den König Georg allein, wenn wir nicht sehr irren, auf 16 Millionen Thaler sich beliefen. Die Majorität des Hauses stutzte und meinte, daß das „Eroberungsrecht" die Fürsten hinreichend für den Verlust ihrer Throne trösten könne. Nein, erklärte Bismarck, wir können die einst gekrönten Häupter nicht darben lassen; sie müssen nach wie vor standesgemäß leben können; schon aus Rücksicht auf mächtige auswärtige Höfe wollen Sie dies anerkennen, meine Herren Volksvertreter. Und ein conservativer „Junker" bekräftigte die Worte Bismarck's mit dem Zusatze, daß man die Fürsten doch nicht wie die Abkömmlinge der irischen Könige „die Schweine hüten lassen könne." Das Haus ging in sich und genehmigte die verlangten Summen. Wieder einige Monate später erschien Fürst Bismarck vor dem Landtage und gab ein interessantes Bild von den gefährlichen „feindlichen Umtrieben", deren sich Georg Rex und Friedrich Wilhelm von Hessen gegen den preußischen Staat schuldig machten; unmöglich dürfte man ihnen auch noch die Geldmittel hierzu liefern. Aber nicht Kassirung der Entschädigung wollte Fürst Bismarck, sondern „Sequestration" bis zur vollständigen und ewigen Besserung der beiden Fürsten; bis dahin solle man ihm, dem Kanzler, bez. der preußischen Regierung, die Verwendung der Zinsen aus den Millionen ohne Rechnungsablegung, lediglich zur Bekämpfung der „feindlichen Umtriebe" überlassen. Wir wollen damit die Reptilien in ihren Höhlen aufsuchen, rief emphathisch Fürst Bismarck, und das Haus stimmte halb überzeugt, halb widerwillig ein, der famose Reptilienfonds, der größte geheime politische Fonds, den je eine Regierung besaß, war geschaffen."

Dies die Entstehungsgeschichte des Reptilienfonds.

Noch sei zu bemerken, daß der Minister Friedenthal, als man bei der Budgetberathung über den Reptilienfonds reden wollte, sagte, man möge doch auf dem Wege der Interpellation die Sache anregen. Man that's — die Regierung zuckte die Achseln ihre Vertreter blieben fern und — die Majorität des Hauses stimmte solchem Verfahren, wodurch die Stellung der Landesvertretung völlig erschüttert worden ist, willenlos bei. Der Mächtige von Varzin nickte zufrieden mit dem Haupte — und es wird weiter reptilisirt. —

Am 22. d. Mts. tobte eine Culturkampfdebatte, in welcher sich der fortschrittliche Abgeordnete Petri zu folgender Tirade aufschwang:

„Nein, meine Herren, dieser Kampf ist uns aufgedrängt, wir müssen ihn zu Ende führen, denn es gilt unseren Staat, unser Reich, die gesammte Cultur, ihre Errungenschaften und idealen Güter zu retten, ohne die das Leben unerträglich wäre. Ich wünsche und glaube, jeder aufrichtige Vaterlandsfreund muß das wünschen, daß unser große Kanzler die große Schicksalstragödie, an die er sein Leben gesetzt hat, auch vollenden möge. Das Vorspiel, überschrieben „Schleswig-Holstein 1864", ist fertig, der erste Theil der Trilogie „Oesterreich 1866" ist fertig, der zweite Theil „Frankreich 1870—71" ist fertig, es fehlt also nur noch der dritte Theil, überschrieben „Rom". (Lebhafter Beifall links.) Ich hoffe, daß ihm die Vorsehung die Kraft schenken wird, mit Hilfe seines treuen Eckehard, des Cultusministers Falk, auch den dritten Theil zu Ende zu führen. (Stürmischer, anhaltender Beifall. Zischen im Centrum.)"

Wenn wir diese Trilogie etwas näher in's Auge fassen, so hätte ein Fortschrittsmann am allerwenigsten Ursache zu jubeln — in der „großen Schicksalstragödie" ist die Fortschrittspartei nämlich zu Grunde gegangen nach dem alten tragischen Spruche: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit." Der Kampf gegen Rom ist unserer Meinung nach von Bismarck und dem heutigen Staate, der seine Stützen immer noch in der Kirche sucht, gar nicht durchzuführen — wird der römische Papst auch gestürzt, so behalten wir sicherlich das Papstthum in Deutschland doch bei. Dann aber auch sind beide Kämpfer so ermattet, so zerfetzt und zerhauen, daß die erste beste Gelegenheit trotz Petri ergriffen wird, mit Petro Frieden zu schließen.

Wohl uns dann!

Hinter der Trilogie, die keineswegs einen großen Abschluß dann erhält, steht nämlich der Sozialismus, dem keine „große Schicksalstragödie" imponirt, weil er lebensfrisch im Volke wurzelt — er tritt unfehlbar die Erbschaft Bismarcks sowohl, die Erbschaft der Staatsomnipotenz, als auch die Roms, die Herrschaft über die Geister, er tritt sie beide an.

— Die von dem Fürsten Bismarck eingesetzte Reichsstempelsteuercommission hat dem deutschen Reiche folgende Einnahmequellen in Aussicht gestellt: Naturalisationsurkunden Mk. 230,000, Auszüge aus Standesregistern Mk. 50,000, Pässe und Paßkarten Mk. 90,000, Berechtigungsscheine zum einjährigfreiwilligen Dienst Mk. 300,000, Militärfreischeine Mk. 2,000,000, Schiffs-Certifikate, Musterrollen und Befähigungszeugnisse für Seeschiffer Mk. 30,000, Approbationsscheine für Aerzte, Zahnärzte, Thierärzte und Apotheker Mk. 24,000, Erlaubnißscheine für Schauspiel-Unternehmer Mk. 1000. Gewerbe-Legitimationskarten für Handelsreisende ꝛc. Mk. 180,000, Eintragungen zum Schutz von Urheberrechten, Eintragungen in die Handels- und Genossenschaftsregister zusammen Mk. 80,000, Eintragungen in die Musterregister Mk. 90,000, Auszüge aus den vorgenannten Registern Mk. 10,000, Wechselproteste Mk. 500,000. Den Ertrag der Stempelabgaben von Werthpapieren, Lombard-Darlehen und Schlußnoten veranschlagte die Commission auf rund 5½ Millionen Mark, die Abgabe von Lotterieloosen soll 6 Millionen Mark erreichen und der Erlös aus der Quittungssteuer ist auf 4 bis 4½ Millionen Mark geschätzt. Aus dem Spielkartenstempel sollen 2 Millionen Mark gewonnen werden. Hiernach würde die Gesammt-Einnahme aus den vorgeschlagenen Stempel-Abgaben etwa 22 Millionen Mark betragen.

Wenn diese Vorschläge im Reichstage Genehmigung finden würden, so sähe man später fast jeden Reichsbürger immerwährend mit einem Steuerzettel in der Hand umherlaufen. Jede ausgeschriebene Quittung muß einen Stempel tragen! Das ganze Verkehrsleben wäre ja dann in unerhörter Weise belastet und belästigt. Wir hätten nichts dagegen, wenn die Majorität des Reichstags sich für solche Steuern erklärte, weil dann sehr bald alle Handwerker und Mittelbürger in der Sozialdemokratie ihr Heil suchen würden.

— Rückschritt zur Leibeigenschaft. Die preußische Regierung hat dem Herrenhause folgenden Gesetzentwurf zugehen lassen: „Gesinde, welches hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder der zu seiner Aufsicht bestellten Personen sich zu Schulden kommen läßt, hat auf den Antrag der Herrschaft, unbeschadet deren Rechts zu seiner Entlassung oder Beibehaltung, Geldstrafen bis zu 15 Mark oder Haft bis zu 3 Tagen verwirkt. Dieser Antrag kann nur innerhalb 14 Tagen seit Verübung der Uebertretung oder, falls die Herrschaft wegen der letzteren das Gesinde vor Ablauf der Dienstzeit entläßt, vor dieser Entlassung gemacht werden. Bis zum Anfang der Vollstreckung der Strafe ist die Zurücknahme des Antrags zulässig." — Der „Braunschweiger Volksfreund" bemerkt dazu recht treffend: Also die Gesindeordnung vom Jahre 1811 ist noch zu freisinnig; dieselbe entzieht den Dienstboten das Recht ihrerseits wegen Beleidigung gegen die Herrschaft zu klagen. Das ordentlichste, sittenreinste Mädchen muß sich von dem liederlichsten, ekelhaftesten Weibsbilde oder dem rohesten, gemeinsten Kerl, denen ihre Mittel erlauben, sich ein Dienstmädchen zu halten, selbst Mißhandlungen gefallen lassen, ohne klagbar werden zu können. Es wird zwar vorausgesetzt, daß die Beleidigung oder kleineren Thätlichkeiten durch die Herrschaft zugefügt seien, weil sie vom Dienstboten zum Zorn gereizt sei, aber — ist das nicht bei einer solchen Herrschaft, welche so ehrlos ist, ein Mädchen zu schlagen, immer der Fall, wenn der Untergebene den geringsten Widerspruch wagt? — Aber dieses Gesetz von 1811 genügt noch nicht. Es muß noch neuer Schutz für die „Herrschaft" eingeführt werden. In diesem Falle dürfte doch mancher Bürger Bedenken tragen, es zuzugeben, daß seine Tochter sich als Dienstmädchen vermiethet, und es ist daher nicht zu verwundern, daß gerade in Preußen Dienstboten stark gesucht werden.

— Der folgenden Berichtigung, die uns mit der Bitte um Veröffentlichung zugegangen ist, glaubten wir die Aufnahme nicht versagen zu dürfen, obgleich wir in der Impffrage die Polemik im „Vorwärts" bereits für geschlossen erklärt haben.

Thatsächliche Berichtigung.

Ein Blick auf die Reihenfolgen des Erkrankens in Pockenepidemieen (vgl. die Tabellenabdrücke in meiner neuesten Flugschrift „Auf der Anklagebank") zeigt evident, daß nicht die Gefahr, an Pocken zu erkranken, sondern die Gefahr, wenn erkrankt, an Pocken zu sterben, bei den (ungeimpften) Säuglingen größer als bei den Erwachsenen (geimpften) ist. Man vergleiche hierauf das Erkrankungsprozent im Gegensatz zum Sterbeprozent in den Zahlen der Buckauer Epidemie! Diese Thatsache ist aber eben so erklärlich, wie die, daß die Gefahr des Bettnässens bei dem ungeimpften Theile der Bevölkerung (Säuglinge) eine viel größere als bei dem geimpften und revaccinirten Erwachsenen ist. Ergebenst

Dr. H. Oidtmann.

— Das Briefgeheimniß im deutschen Reich. Wir erhalten folgende Zuschrift:

Montag, den 12. d. M., gab ich hier eine Werthsendung an S—. in Berlin auf. S—. schreibt mir darüber:

„Das Päckchen war auf der Post in Leipzig so ramponirt angekommen, daß es dort in einen neuen starken Umschlag verpackt worden ist. Die eine schmale Seite des Papiers war ganz zerfetzt, zum Theil glatt aufgeschnitten, die eine Ecke des Packets eingekniffen, so daß sich der Bindfaden ohne Verletzung des Siegels über diese Ecke schieben, der Inhalt herausnehmen und wieder in das Papier hineinschieben ließ! Welch wunderbare Fügung Gottes, daß Ihre Sendungen auf der Tour nach Leipzig so sonderbar ramponirt werden!"

Da meine früheren Beschwerden über Verletzung des Briefgeheimnisses völlig resultatlos geblieben und die Briefstieber unentdeckt geblieben sind, so verzichte ich auf eine neue Untersuchung und begnüge mich damit, das Faktum im „Vorwärts" zu constatiren.

Fluntern b. Zürich, 19. Novbr. 1877. C. Lübeck.

— In der schweizerischen Arbeiterbewegung ist ein Fortschritt von großer Bedeutung zu verzeichnen. Dieser Fortschritt besteht darin, daß die seither auf Grund verschiedener Programme wirkenden Organisationen des Grütlivereins und der Arbeiterpartei nunmehr ein gemeinsames Programm zur Richtschnur ihres Handelns festgesetzt haben. Das Programm lautet:

Programm der Sozialdemokratischen Partei in der Schweiz.

(Berathen und festgestellt am 18. November zu Bern unter Anwesenheit folgender Delegirten: Gräub (Centralcomité des Grütlivereins). Schröder (Bundescomité des Arbeiterbundes), Greulich (Redakteur der „Tagwacht"), Wolf, Wüst, Mäder (Grütliverein Bern), Hofer und Wegmüller (Arbeiter-Union Bern).

I. Die Sozialdemokratische Partei in der Schweiz erstrebt die Wahrung und Förderung der Interessen des arbeitenden Volkes in jeder Beziehung. Sie ist sich bewußt, daß die Be-

Das Telephon.

Der „Frankfurter Zeitung" entnehmen wir folgenden trefflichen Artikel:

Unser Jahrhundert hat auf dem Gebiete des Verkehrslebens durch Benutzung der Ergebnisse physikalischer Studien so viele staunenswerthe und nach allen Seiten befriedigende Resultate zu Tage gefördert, daß man eine Verbesserung der Verständigungsmittel auf die Ferne bislang nicht mehr für nöthig erachtete. Man glaubte in dem so exakten Ausbau der Telegraphie, bei welcher es sogar so weit gebracht wurde, Original-Schriftzüge auf bedeutende Entfernungen wiederzugeben, den Culminationspunkt der praktischen Verwerthung des galvanischen Stromes erreicht zu haben. Als im Jahre 1860 der leider der Wissenschaft durch den Tod so früh entrissene Naturforscher Philipp Reis aus Frankfurt a. M., welcher in einem Erziehungs-Institute zu Friedrichsdorf bei Homburg als Lehrer thätig war, den ersten Apparat erfunden hatte, mittelst dessen auf weite Entfernungen Töne telegraphirt werden konnten, betrachtete die zünftige Gelehrtenwelt diese weittragende Erfindung mit geringschätzigem Achselzucken; es war die Idee ja nicht dem Gehirne eines eingesessenen „Herrn Universitäts-Professors" entsprossen. So gerieth das Reis'sche Telephon in Vergessenheit und wurde erst im vorigen Jahre, als die Kunde einer neuen ähnlichen Erfindung aus Amerika nach Deutschland drang, wieder ans Licht gezogen.

Mit dem Reis'schem Telephon können nur musikalische Töne auf elektro-galvanischem Wege fortgepflanzt werden, während die neue in den jüngsten Wochen vielfach besprochene Erfindung des Professors A. Graham Bell zu Salem im Staate Massachusetts in den Vereinigten Staaten die menschliche Sprache in allen ihren Nuancen, Modulationen und Worten auf elektromagnetischem Wege in die Entfernung vermittelt.

Das ursprüngliche Reis'sche Telephon besteht aus einem viereckigen Kästchen, über welches eine Membran aus Schweinsblase gespannt ist. An der Seite des Kästchens ist ein zollweites Rohr eingefügt, in welches hineingesungen wird. Die Schwingungen der Schallwellen bringen die Membran in eine gleiche Zahl von Schwingungen. Auf der Membran ist ein Platinstreifen befestigt, über welchem sich ein kleines Platinstiftchen befindet, das mit einem Hebelarm versehen ist. Der Apparat wird in der Weise in die Drahtleitung eines elektrischen Stromes eingefügt, daß das eine Ende der Stromkette mit dem auf der Membran befindlichen Platinstreifen, das andere mit dem Hebelarme des Platinstiftes in Verbindung steht. Der letztere berührt das Platinplättchen. Wenn die Membran schwingt, so entfernt und nähert sich gleichzeitig in der gleichen Schwingungszahl der Membranschwingungen das Platinplättchen dem Platinstifte; ebenso rasch entfernen sich diese beiden wieder von einander. Durch das beständige sich einander Nähern und Entfernen der beiden Platinstückchen wird abwechselnd der elektrische Strom geöffnet und geschlossen, und zwar ebenso oft als der in den Kasten hineingesungene Ton Schwingungen macht. Die Drahtleitung führt auf der anderen Station um einen Eisendraht, denselben in einigen hundert Windungen umkreisend.

Der amerikanische Physiker Page hatte schon im Jahre 1838 beobachtet, daß das Magnetisiren eines Eisenstabes mittelst einer galvanischen Spirale von einem Tone begleitet sei, der dem Longitudinaltone des Stabes identisch war. Von dem Professor Wertheim zu Pest war hierauf im Jahre 1848 die Thatsache bekannt gemacht worden, daß ein um einen Eisenkern rotirender elektrischer Strom das Eisen in bestimmte Schwingungen versetze und die Tonhöhe abhängig sei von der Zahl der Unterbrechungen des umkreisenden elektrischen Stromes. Philipp Reis benutzte diese Thatsache. Der von seinem Telephon kommende, um den Eisenkern circulirende elektrische Strom war so geeigenschaftet, daß er das Eisen in die gleiche Schwingungszahl des in das Telephon gesungenen Tones versetzte. Der Eisendraht beganu gleichsam zu singen und in der Entfernung die gleichen Töne vernehmbar zu machen, welche in das Telephon der andern Station hineingesungen worden waren. Der galvanische Ton wurde ferner 1857 von Poggendorff an einem eisernen Cylinder beobachtet, der über eine aufrechtstehende Magnetisirungs-Spirale geschoben wurde.

Der Apparat des Professors Bell hat mit dem Reis'schen Telephon nur das Schwingen einer Membran gemein, sowie die Uebertragung dieses Schwingens auf einen Eisenkern. Vollkommen different aber von der Reis'schen Erfindung ist die Art der Fortleitung des in dem Eisenkern gewonnenen Stromes. Professor Bell hat nämlich die Zuhilfenahme einer elektrischen Batterie ganz aufgegeben und an deren Stelle Magnete eingeführt, an denen die Stimme die zur Uebermittelung der Töne erforderlichen Stromwellen selbst erzeugt. Er benutzte nämlich die Eigenschaft der Induktion. Unter Induktion versteht man die Erzeugung von elektrischen Strömen durch elektrische Ströme oder durch Magnete. Letzteren Umstand, die Magneto-Induktion, hat Prof. Bell benutzt.

Die Verwandtschaft der elektrischen Ströme mit den Wirkungen der Magnete ist nämlich eine sehr nahe, indem ein jeder Magnet nichts anderes ist, als ein perpetuirlich von elektrischen Strömen umkreistes Stahlstück. Jeder Magnet ist von parallelen elektrischen Elementarströmen umkreist. Die anziehende und abstoßende Wirkung der Magnete ist demnach nichts anderes, als die anziehende Wirkung gleich gerichteter und die abstoßende Wirkung entgegengesetzt gerichteter elektrischer Ströme. Diese perpetuirlich um die Magnete kreisenden elektrischen Strömungen können auf dem Wege der sogenannten Induktion freigemacht und perpetuirlich fortgeleitet werden. Wenn man nämlich einen Leitungsdraht an einen Magnet hält, so entsteht in dem Leiter ein Strom von entgegengesetzter Richtung, wie derjenige des elementaren Stromes des Magnets; wenn man aber von einem Leiter einen Magnet entfernt, so entsteht in dem Leiter ein Strom von derselben Richtung, wie derjenige der elementaren Ströme des Magnets. Als Leiter benutzt man Spiralen von Kupferdraht, welche um den Magnet herumgehen. Die auf diese Weise entstehenden elektrischen Ströme nennt man Induktions-Ströme. Dieselben sind geeignet, in weiten Entfernungen an Magneten durch Schluß und Oeffnung des Stromes dieselben Wirkungen hervorzurufen, welche durch den ersten Magnet verliehen worden sind. Diese Thatsache hat Professor Bell bei Erfindung seines Telephons benutzt.

Der Apparat besteht aus einem kurzen hölzernen Rohre von etwa 6 Zoll Länge und ca. 1½ Zoll Durchmesser, das an einem Ende 2 Klemmschrauben für die Leitungsdrähte besitzt. An das andere Ende ist ein zweites kurzes, etwas weiteres Rohr von Holz angefügt. Das weitere Ende zeigt in der Mitte eine Oeffnung von der Größe eines Zehnpfennigstückes, hinter welcher ein schwarzes membrandünnes Eisenplättchen sichtbar ist; in dem längeren Rohre befindet sich ein stabförmiges Stück magnetischen harten Eisens (Stahls), währenddem die kurze vordere Röhre einen Elektromagnet enthält, welcher mit einer größeren Anzahl

reiung der Arbeiterklasse durch die Arbeiter selbst errungen werden muß.

II. Der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse ist kein Kampf für Vorrechte eines Standes, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

III. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Hauptgrundlage der Klassenherrschaft und es erstrebt deshalb die Sozialdemokratische Partei die Ersetzung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch die genossenschaftliche Arbeit.

IV. Da die Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, vereinigen sich der Schweizerische Grütliverein und der Schweizerische Arbeiterbund — unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit — zu einer Sozialdemokratischen Partei in der Schweiz.

Als die nächsten Forderungen sind in der Agitation geltend zu machen:

a) Vom Standpunkte der Gesetzgebung:

1) Vollständige Durchführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk (obligatorisches Referendum und Initiative) im Bund wie in den Kantonen.

2) Abschaffung des Ständeraths.

3) Einführung der Proportionalvertretung.

4) Rechtsprechung durch das Volk und unentgeltliche Rechtspflege.

5) Unbeschränktes Schweizerbürgerrecht und unbedingtes Stimmrecht für alle schweizerischen Mitbürger in kantonalen und Gemeindeangelegenheiten. Uebertragung der Armenpflege an die Einwohnergemeinde mit ausreichender Beihilfe der betreffenden Landestheile und des Staates.

6) Obligatorischer, unentgeltlicher und weltlicher Volksschulunterricht bis zum zurückgelegten 15. Lebensjahre mit fortschreitenden Jahreskursen, so daß Sekundar-, resp. Bezirksschulen und Gymnasien unentgeltlich und obligatorisch und erforderlichenfalls mit Stipendien für Unbemittelte, den Kindern des Volkes offen stehen. Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen bis zum militärpflichtigen Alter. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Unentgeltlicher Unterricht auch an allen höheren staatlichen Bildungsanstalten. Stipendien für fähige Unbemittelte, welche mittlere und höhere Lehranstalten besuchen wollen.

7) Arbeitergesetz mit einem den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag. Verbot der fabrikmäßigen Kinderarbeit bis zum zurückgelegten 15. Altersjahre. Haftpflicht für alle Fabrik- und gewerblichen Arbeiter.

8) Unentgeltliche Krankenpflege.

9) Staatliche Statistik über die Lage der arbeitenden Klassen.

10) Gesundheits- und Lebensmittelpolizei, sanitarische Kontrole der Wohnungen, Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie.

11) Steuerreform im Sinne der consequenten Durchführung der Progression und Inventarisation. Progressive Erbschaftssteuer bis zu 50 Prozent des Nachlasses, hauptsächlich zu Erziehungszwecken für arme Kinder. Abschaffung der indirekten Steuern.

12) Uebernahme der Eisenbahnen durch den Bund.

13) Bundesbank mit Banknotenmonopol (alleiniges Recht zur Banknoten-Ausgabe).

14) Regelung der Gefängnißarbeit.

15) Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiter-Hilfs- und Unterstützungskassen.

16) Verbot aller Fabrikbußen und Dekomptes (Lohnzurückbehaltungen als Caution).

b) Vom Standpunkte der gewerkschaftlichen Bewegung:

1) Gründung von Gewerkschaften, welche ihren Mitgliedern Rechtsschutz gewähren und für die ökonomische Besserung derselben eintreten.

2) Durchführung des Grundsatzes, daß das gleiche Quantum Arbeit, ob von Männern oder Fraaen geleistet, gleich bezahlt werde.

3) Errichtung von Auskunfts- oder Arbeitsnachweisungsbüreaus in den Händen der Arbeiter.

4) Feststellung der Arbeitslöhne auf die Höhe einer angemessenen Existenz mit Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse.

5) Gründung von Produktivgenossenschaften, die Eigenthum der betreffenden Gewerkschaften sind und nur ausnahmsweise Lohnarbeiter beschäftigen.

— Die Berliner „Provinzial-Correspondenz" heulmeiert über die französische Krisis, verzweifelt an einer friedlichen Lösung und bemitleidet das unglückliche Frankreich. Die „Provinzial-Correspondenz" möge sich doch an der eigenen Nase zupfen und ihre, vor 12 und 13 Jahren geschriebenen Artikel einmal durchlesen. Sie wird dann finden, daß sie damals das Handeln eines Mannes, der genau dieselbe Rolle spielte, die Mac Mahon jetzt spielt, für durchaus correkt, zum Heile des Vaterlands nöthig erklärte u. s. w. Und, wenn sie ihr Gedächtniß ein Bischen auffrischt, wird sie des ferneren finden, daß besagter Mann mit seinen Gegnern auch fertig geworden ist, obgleich sie einmüthiger und relativ mächtiger waren, als die Gegner Mac Mahons. Doch freilich, der Sieg jenes Mannes über die „inneren Feinde" (das „innere Düppel") hat uns drei auswärtige Kriege gebracht, einen immer größer und blutiger als den vorhergehenden. Nun — wir glauben, Mac Mahon, der es leichter hat, wird es auch billiger thun.

Apropos noch Eins: Sollte die „Provinzial-Correspondenz" und ihr Bismarck'sches Zeitungsgeschwister etwa gar blos „aus Bosheit" mit den französischen „Republikanern" sympathisiren, um sie in Mißkredit zu bringen? Wenn das die Absicht, dann ist sie vollkommen erreicht worden: der Beifall der deutschen Reptilienpresse ward in der letzten Versailler „Redeschlacht" von den Freunden des Marschalls mit wahrem Behagen ausgenutzt und tönte den „Republikanern" wie Grabgeläute in die Ohren.

Inzwischen geht es lustig vorwärts mit der „Zerbröcklung" der Majorität. Am Dienstag verfügte dieselbe bei einer wichtigen Abstimmung — ein indirektes Mißtrauensvotum — nur über eine Mehrheit von zwei Stimmen! Und wie lange wird diese Mehrheit noch vorhalten? So gut das orleanistische (Bourgeois tout pur) Centrum des Senats zu Mac Mahon übergelaufen ist, wird auch das orleanistische Centrum der Deputirtenkammer beim ersten besten Anlaß zu ihm überlaufen.

Und da faselt man von einem „Staatsstreich", von drohenden „gewaltsamen Conflikten", von „ernster Gefahr für die Republik!" Bah! wer wird mit Kanonen auf (parlamentarische) Spatzen schießen, denen man mit einer blindgeladenen Taschenpistole das Zwitschern und Lärmen vertreiben kann? Und die „Republik" in Gefahr! Weshalb? Sie hat Mac Mahon nichts zu Leid gethan und wird ihm nichts zu Leid thun. Im Gegentheil! Nein, die „Republik" ist sicher. Man redet von „Erfolgen der Achtung" — succès d'estime. Es giebt auch „Erfolge der Verachtung". Die französische „Republik" hat den glänzendsten „Erfolg der Verachtung" errungen: sie bleibt bestehn.

— Der Strike der Cigarrenarbeiter in New-York dauert noch fort, da die Fabrikanten sich nicht bequemen wollen, den berechtigten Forderungen der Arbeiter nachzugeben. Durch den Anschluß der Cigarrenpacker an den Strike ist die Hoffnung auf den Sieg für die Arbeiter gestiegen. Bis jetzt sind die Unterstützungen für die Strikenden zwar nur spärlich eingegangen, in nächster Zukunft dürften die Hülfsgelder aber reichlicher zufließen, da sich die Arbeiter in den größeren Städten für den Strike zu interessiren beginnen und bereits Geldsammlungen veranstaltet haben.

— Der Fall von Kars hat den Widerstandsmuth der Türken durchaus nicht gebrochen, wie man im russischen Hauptquartier erwartet zu haben schien; es werden von ihrer Seite bedeutende Anstrengungen gemacht, um einen Umschwung auf den beiden Kriegsschauplätzen zu erwirken. Auf dem asiatischen steht's allerdings sehr schlimm, und, falls nicht bald der Winter hereinbricht — dessen Ausbleiben die letzten Erfolge der Russen ermöglichte — dürfte Erzerum kaum zu retten sein. In England, wo die Nachrichten aus Armenien große Aufregung hervorgebracht haben, glaubt man ziemlich allgemein, daß Kars nicht dem russischen Eisen, sondern dem russischen Golde erlegen sei. Dementgegen vertritt die „Vossische Zeitung" die Ansicht, die Besatzung von Kars habe ihre Schuldigkeit gethan, sie sei aber der mindestens dreifachen Uebermacht gegenüber zu schwach zur Vertheidigung der äußerst umfangreichen Werke gewesen. Daß die Besatzung sehr schwach war und die Russen mit großer Uebermacht angriffen (die anderslautenden Berichte aus russischer Quelle sind eitel Renommisterei), ist richtig, allein trotzdem will es uns bedünken, daß, bei der zähen Tapferkeit der türkischen Soldaten, die Festung nicht hätte genommen werden können, wenn nicht die Vertheidigung durch Verrath gelähmt worden wäre.

Auf dem europäischen Kriegsschauplatz wurde in den letzten Tagen mit wechselndem Erfolg, meist übrigens den Türken günstig, gekämpft. Mehemed Ali rückt zum Entsatz Osman Pascha's vor; gelingt die Vereinigung beider Armeen, dann wäre der Verlust von Kars reichlich wettgemacht. Daß Osman Pascha auf längere Zeit mit Proviant und Munition versehen ist, scheint gewiß zu sein. —

— Parteigenosse Bebel hat am 23. November in Plötzensee bei Berlin die ihm vom Berliner Gericht zuerkannte Haft von 6 Monaten angetreten. — Parteigenosse Ostermann, Redakteur der „Westfälischen Freien Presse", verbüßt gegenwärtig in Dortmund eine Gefängnißhaft von einem Monat wegen Preßvergehen.

— Eine merkwürdige Ueberraschung wurde, wie die „Wahrheit" berichtet, dem Redakteur derselben, Maximilian Schlesinger, auf dem Stadtgericht bereitet. Derselbe hatte eine Vorladung erhalten, und es wurde ihm im Termine eröffnet, daß Voruntersuchung gegen ihn eingeleitet sei, weil das im Auftrage des Genter Congresses erlassene „Manifest an die Arbeiter- und Sozialisten-Vereinigungen aller Länder" in Nr. 244 der „Wahrheit" abgedruckt war. Dieses Manifest soll gegen § 110 und, wenn wir uns nicht irren, auch gegen § 130 verstoßen.

— Am 20. November Vormittags stand der Redakteur der „Berliner Freien Presse", Paul Grottkau, vor der 4. Deputation des Berliner Kriminalgerichts unter der Anklage der Gotteslästerung. Die Staatsanwaltschaft beantragte ein Jahr Gefängniß. Der Gerichtshof schloß sich im Wesentlichen der Auffassung des Staatsanwalts an, erkannte aber wegen der objektiven Fassung der Gotteslästerung nur auf ein Monat Gefängniß.

— Aus Danzig schreibt man uns: Am 20. d. M. stand vor dem hiesigen Königl. Stadt-Kreisgericht Termin wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes und zwar der §§ 8b und 16 gegen den Schiffszimmerer J. Dorowsky als Vorsitzenden des am 29. März 1876 geschlossenen Danziger Arbeiter-Wahlvereins und E. Dyck als Parteiagenten an. Im Laufe der Verhandlung wurde die Anklage bis auf Weiteres vertagt, weil die Akten in Sachen des geschlossenen Allgemeinen deutschen Zimmerervereins, aus welchen die Verbindung mit dem erstgenannten Verein erwiesen werden sollte, nicht zur Stelle waren und weil zweitens der Angeklagte J. Dorowsky sich nicht zum Termin gestellt und derselbe in Hamburg, Kiel und Berlin auch nicht aufzufinden war. Nach den Bemerkungen des betreffenden Stadtgerichtsrathes ist nunmehr die Anklage gegen den p. Dorowsky in Berlin bis auf günstigere Gelegenheit deponirt worden.

Correspondenzen.

Buda-Pest, 18. November. Am 11. Noaember hatten wir in Ofen eine Arbeiterversammlung, in welcher Dr. Csillag und Leo Frankel über das allgemeine Wahlrecht referirten. Die Versammlung war eine sehr gut besuchte. Dr. Csillag eröffnete dieselbe um 3¾ Uhr Nachmittags mit einer Ansprache, in welcher er die Ungerechtigkeit in dem seitherigen Wahlmodus nachwies. Dr. Csillag bediente sich der ungarischen Sprache. — Nach ihm ergriff Leo Frankel in deutscher Sprache das Wort und führte aus, daß die Rechte der Arbeiter (physischer wie geistiger), welche sie im gegenwärtigen Staate genießen, verschwindend klein gegen die Leistungen seien, welche sie in ebendemselben Staate zu verrichten hätten. Man gewähre ihnen nicht einmal das erste und heiligste Recht: das allgemeine Stimmrecht, und darin ist die Ursache zu suchen, daß mehrere Reichstagsabgeordneten nur 900,000 Personen vertreten, welche mit ihren Familien höchstens 4 Millionen zählen, wogegen die übrigen eilf und ein halb Millionen keine Vertretung genießen, also keinen Einfluß auf die Gesetzgebung in Staat und Gemeinde haben. Frankel schloß mit den Worten: Wenn aber einmal die 75 Prozent der Staatsbürger, die heute noch nicht wahlberechtigt sind, es begriffen haben, daß sie Nichts sind, während sie Alles sein sollen und einstimmig den Ruf ertönen lassen werden: Das allgemeine Wahlrecht! dann wird es keine Macht geben, welche diesen Ruf unerfüllt lassen wird und unerfüllt lassen könnte. — Die Versammlung wurde um 5½ Uhr geschlossen.

Schwarzenberg, 18. November. Da uns durch den Obergensdarm Kleebeck die erste Versammlnng in dem nahen Raschau aufgelöst wurde, so sahen wir uns genöthigt, eine zweite einzuberufen, und welch einen Erfolg die Auflösung uns gebracht hat erhellt daraus, daß der ziemlich große Saal überfüllt war. — Genosse Demmler aus Geyer hatte das Referat über 1) „Warum verfolgt und verdächtigt man die Sozialdemokratie?" 2) „Wird man im Stande sein, die Sozialdemokratie zu vernichten?" über-

---

von seidenumsponnenen Kupferdrähten versehen ist. Der Kern des Elektromagnet ist von weichem Eisen und bildet mit dem erwähnten Stahlmagnet eine und dieselbe Achse. Direkt vor dem Elektromagnet ist das dünne Eisenblech angebracht, welches man von außen durch die kleine erwähnte Oeffnung sehen kann, und welches als schwingende Membran dient. Der ganze Apparat hat von außen die Form zweier aneinander geleimten Cylinder eines kurzen und weiten, und eines langen und engen. Zwei derartige Apparate werden durch Leitungsdrähte mit einander verbunden. Während man in den einen Apparat hineinspricht, wird der andere auf der entgegengesetzten Station an das Ohr gelegt, um das Gespräch zu vernehmen, und umgekehrt. Der Apparat fungirt demnach je nach Bedarf als Sprech- oder Hörrohr. Die Stimme wird an dem einen Ende in Elektrizität umgesetzt und die fortgeleitete Elektrizität verwandelt sich gleichsam am anderen Ende in Schallwellen. Die durch die Schallwellen verursachte Annäherung und Entfernung des Eisenplättchens gegen den in der Fortsetzung des Stahlmagnets liegenden Kern des Elektromagnets bewirkt, ebenso wie die Annäherung und Entfernung des Ankers eines gewöhnlichen Elektromagnet, Veränderungen in den oben erwähnten, den Stahlmagnet umkreisenden elektrischen Strömungen. Diese durch den Schall verursachten Veränderungen in den Molekulartheilen des Magnets machen elektrische Ströme frei, welche auf den entfernten zweiten Apparat mittels einer Drahtleitung so einwirken, daß der erzeugte Strom das Metallplättchen jenes Apparates in gleiche Schwingungen versetzt, die sich dem Ohre des Hörenden kundgeben. Was also an einem Apparate den Schall, verursacht wiederholt die Elektrizität an dem anderen. Wenn man bedenkt, wie viele Hunderte von Schwingungen in einer Sekunde nöthig sind, um einen Ton zu Gehör zu bringen, so muß man über die Präzision staunen, mit welcher die Elektrizität die tausende von Strömen, die sich hier in rascher Aufeinanderfolge entwickeln, vermittels des kleinen einfachen Apparates zur Empfindung bringt. Das Telephon giebt, wie erwähnt, nicht nur Töne, sondern die Sprache, Wort für Wort, wieder. Man kann sogar die Modulation der Stimmen verschiedener Personen genau unterscheiden; freilich ist die Wiedergabe der Töne an dem dem Sprecher entgegengesetzten Instrumente eine sehr zarte und leise und muß in dem Raume, woselbst das am andern Ende der Drahtleitung Gesprochene gehört werden soll, eine absolute Ruhe herrschen.

Was die Vernehmung des Gesprochenen oder Gesungenen betrifft, so macht dasselbe den Eindruck eines in einem benachbarten Zimmer gesprochenen Wortes, das man an der Wand des Nebenzimmers erhorcht. Um überhaupt etwas mit dem Apparate zu hören, muß das oben erwähnte Rohr direkt an die Ohrmuschel wie ein Hörrohr angelegt werden. Diese Methode der Benutzung eignet sich ganz besonders zur telegraphischen Verbindung verschiedener Bureaux für militärischen und Verwaltungs-Verkehr in Krieg und Frieden, sowie ganz besonders für unterirdische Befehlsertheilung in Bergwerken. Die jetzige Form des Telephons ist trotz ihrer staunenswerthen, fast geisterhaften Leistungen als die embryonale Entwicklung einer Erfindung zu bezeichnen, welcher in ganz kurzer Zeit sicher eine bedeutendere Ausdehnung vorbehalten ist. Das gesammte Telegraphenwesen, bei welchem die Instandhaltung der elektrischen Batterien zur Erzeugung kräftiger Ströme hie und da auf große Hindernisse stößt, wird durch die Telephonie und besonders durch die einfachere Hervorrufung elektrischer Ströme einer bedeutenden Umgestaltung entgegengehen. Sir William Thomson, der große englische Physiker, sprach sich kürzlich in einer zu London gehaltenen Rede folgendermaßen über das Telephon aus: „Dasselbe ist einer der interessantesten Apparate, welche in diesem Jahrhundert auf dem wissenschaftlichen Gebiete construirt worden sind ja man kann sogar sagen, es ist die bedeutendste Erfindung, die je in der Geschichte der Wissenschaft zu verzeichnen war."

— Viktor an der Arbeit. Viktor hat es seit einigen Wochen mit der Liebknecht'schen „Grund- und Bodenfrage" zu thun; er will sie widerlegen, und damit „die Methode" der (sozialistischen) Parteigelehrten an den Pranger stellen. In der Nr. 59 und 60 seiner „Sozial-Correspondenz" machte er den ersten Anlauf: citirte aus dem Zusammenhang und zum Theil falsch einige Sätze des ersten, historischen Theils der Schrift, behauptet, dieselben „mit Leichtigkeit widerlegen zu können", thut es aber nicht, — und ruft, mit seiner „Arbeit" zufrieden, triumphirend aus: „was beweisen sie für die Baseler Beschlüsse?" — als ob diese Sätze Beweise sein sollten.

Den zweiten Anlauf macht Viktor in Nr. 63 und 64 (der „Gelehrte" Viktor ist sehr fruchtbar, er bringt blos Zwillings-Nummern zur Welt): dies Mal hat er es mit dem von Liebknecht erwähnten „Gottesgericht" an Ananias und Saphira zu thun. „Nicht deswegen mußten Ananias und Saphira ihren Geist aufgeben, weil sie einen Theil ihres Privateigenthums der Gemeinde zu entziehen versuchten, sondern weil sie gelogen hatten." Beweis des bibelfesten Viktor: „Petrus sagt ausdrücklich: Anania, warum hat der Satan dein Herz erfüllet, daß du dem heiligen Geist lögest und entwendetest etwas vom Gelde des Ackers?" Ist der „Beweis" nicht augenfällig erbracht? Das Genie erkennt man daran, daß es mit kleinen Mitteln große Wirkungen erzielt. Das Genie unseres Viktor äußert sich hier durch — gesperrte Schrift. Hätte er statt blos das Wort „lögest" zu sperren, auch die folgenden Worte gesperrt, so wäre der sinnreiche „Beweis" unsichtbar geblieben.

Anlauf 3 in Nr. 65 und 66. Diesmal übertrifft Viktor sich selbst und wir bringen deshalb seinen Erguß vollständig zum Abdruck. Also:

„Sozialdemokratische Wahrheitsliebe. Herr Liebknecht bemerkt auf Seite IV seiner Schrift „Zur Grund- und Bodenfrage": „„Mit hoher Befriedigung muß unsere Partei constatiren, daß die ländliche Bevölkerung Deutschlands — Landarbeiter und Kleinbauern — aus ihrem Schlummer zu erwachen beginnt und bei den letzten Reichstagswahlen ein tüchtiges Contingent zu der halben Million sozialdemokratischer Wähler gestellt hat. Der Zauber ist gebrochen; das arbeitende Volk der Dörfer schaart sich Schulter an Schulter mit dem arbeitenden Volk der Städte und unter gemeinsamem Banner kämpfen die nicht mehr feindlichen Brüder für die gemeinsame Sache der Arbeit. Ohne die Landarbeiter und Bauern war unser Ringen ein hoffnungsloses. Mit ihnen ist der Sieg uns gewiß."

„Auf Seite 184 derselben Schrift bemerkt derselbe Herr Verfasser: „Man hört vielfach die Behauptung aufstellen, die sozialistischen Ideen möchten wohl für die städtischen Verhältnisse, für die eigentliche Industrie passen, seien aber nicht auf die ländlichen Verhältnisse, auf die Landwirthschaft, anzuwenden. Das ist ein Irrthum, der in der unbestreitbaren Thatsache wurzelt, daß die ländliche Bevölkerung sich bisher den sozialistischen Strebungen gegenüber größtentheils entweder gleichgiltig oder geradezu feindlich verhalten hat. Diese Gleichgiltigkeit, wo nicht Feindschaft, beruht aber nur auf mangelnder Kenntniß der sozialistischen Grundsätze."

„An welcher Stelle hat Herr Liebknecht die Unwahrheit gesprochen?"

„Auf Seite IV" (Vorwort der 2. Auflage) befindet sich das „Leipzig, den 15. Juni 1874" datirte Nachwort der ersten Auflage.

„Auf Seite 184 derselben Schrift" befindet sich ein Theil des am 12. März 1870 gehaltenen Vortrags über die „Grund- und Bodenfrage".

Wo hat Herr Viktor seinen Verstand gehabt, als er diese „sozialdemokratische Wahrheitsliebe" entdeckte? Wo? — Freilich eine überflüssige Frage. —

nommen. Es ist wohl kaum nöthig, hervorzuheben, daß Demmler seine Aufgabe zur Zufriedenheit aller Anwesenden erledigte und großen Beifall erntete. Gegner waren zu der Versammlung eingeladen, aber trotzdem viele anwesend waren, unter andern der Herr Pastor, Lehrer u. dgl. mehr, so war doch Niemand von ihnen zu bewegen, Demmler entgegenzutreten. — Wir können mit dieser Versammlung sowie mit den Fortschritten, welche wir hier machen, vollständig zufrieden sein. E. G.

Dresden, 21. November. Unser Parteigenosse Freytag ist in dem Landtag nicht unthätig; er hat schon bei drei Gelegenheiten das Wort ergriffen. Das erste Mal in der Eisenbahnfrage (am 30. Oktober). Bekanntlich hat die sächsische Regierung alle Privatbahnen in Sachsen angekauft und hierdurch den Aerger unserer Nationalliberalen erregt, die darin einen Schachzug gegen das famose Bismarck'sche Eisenbahnprojekt erblicken. Diesem Aerger machte das parlamentarische enfant terrible seiner Partei, Abgeordneter Krause, der an compromittirender Ungeschicklichkeit beinahe den kaltgestellten Hans Blum erreicht, in der Sitzung des 30. Oktober Luft, und war unter Andern so tölpelhaft, die sächsische Regierung wegen der Steuererhöhung zu tadeln; wenn man so viel für den Staatshaushalt brauche, dann sei es unverantwortlich, das Volk durch solche Ausgaben, wie die für den Ankauf der Eisenbahnen, zu belasten. Für diesen ebenso dreisten als albernen Angriff wurde Herr Krause von verschiedenen Seiten tüchtig gezüchtigt. Am gründlichsten von Freytag, der ihm den Rath gab, mit seinem Sparrezept nach Berlin vor die richtige Schmiede zu gehen; seine (Krause's) Parteigenossen hätten dort ja ausschlaggebenden Einfluß, und möchten denselben für Entlastung des Volks benutzen. Bisher hätten sie aber das Gegentheil gethan, und daß die Steuern in Sachsen so gestiegen, sei wesentlich ihr, der Herren Nationalliberalen, Werk. Freytag erklärte sich dann von unserem Standpunkt aus für das Prinzip der Staatsbahnen. Wenn die sächsische Regierung die Bahnen theuer bezahlt habe, so liege der Fehler darin, daß der Bau der Eisenbahnen überhaupt jemals Privatgesellschaften überlassen und eine für die Gesammtheit so wichtige Einrichtung Gegenstand einer wüsten, die öffentliche Moral schädigenden Spekulation geworden sei. Die Hauptsache sei jetzt, daß den Privatgesellschaften der Betrieb der Bahnen genommen und daß die gebauten Bahnen den betreffenden Landestheilen erhalten worden seien; die Motive hierfür seien gleichgiltig. Auch solle der Staat die Verwaltung der Staatsbahnen gar nicht zu einem einträglichen Geschäfte machen, gar nicht aus denselben Prozente ziehen. Die Eisenbahnen seien unter demselben Gesichtspunkt zu betrachten wie die Landstraßen und Brücken. Das Einzige, worauf es ankomme, sei die Förderung des allgemeinen Wohlstandes, sei das Interesse der Staatsbürger.

Das zweite Mal sprach Freytag am 12. d. M. anläßlich einer Wahlprüfung, an welche sich eine längere, ziemlich lebhafte Debatte über Wahlbeeinflussungen seitens der Behörden knüpfte. Freytag ging mit der Regierung und den agitatorischen Beamten scharf ins Gericht.

„Wenn er die höchst gewundene Erklärung des Justizministers richtig verstanden habe, so habe derselbe ausgesprochen, daß er die agitatorische Thätigkeit der Beamten dann nicht mißbillige, wenn sie nicht Tendenzen vertreten, welche mit ihrer Berufsstellung nicht zu vereinbaren seien. Also nur für loyale Tendenzen sei die Agitation zu billigen, nicht aber für solche Tendenzen, die nach der Ansicht des Justizministers nicht loyal seien. Er (Freytag) als Jurist und Parteimann finde die Wahlagitation eines Gerichtsbeamten in dem ihm untergebenen Sprengel höchst ungehörig, da der Richter über den Parteien stehen solle. Der Wahlkampf finde häufig seine Fortsetzung am Tische des Gerichtsamtmannes, und glaube man, daß dadurch der Glaube an die Unparteilichkeit des Richters gehoben werde, wenn derselbe Mann, der Jemand erst als Wahlagitator gegenübergestanden habe, den Betreffenden verurtheile wegen einer Beleidigung oder einer Aeußerung, die in einem Wahlaufrufe desselben enthalten sei? (Sehr wahr! links.) Ein geradezu abschreckendes Beispiel habe man in dieser Beziehung im Gerichtsbezirk Glauchau gehabt, **wo die Namen derselben Richter, die erst unter einem Wahlaufrufe gestanden hätten, auch unter einem Erkenntniß wiederzufinden seien, daß die Verfasser eines gegnerischen Wahlaufrufes verurtheile. Auch ruhige Leute würden leidenschaftlich bei der Wahlagitation. Auch in Reichenbach sei der Gerichtsamtmann leidenschaftlich geworden, indem er dem am Orte erscheinenden nichtamtlichen Blatte verboten habe, die amtlichen Bekanntmachungen gratis nachzudrucken** (Heiterkeit), **ein Verbot, dem natürlich keine Folge gegeben worden sei.**"

Die Leser sehen: „Der erste sozialistische Landtagsabgeordnete" thut seine Schuldigkeit. Vorigen Donnerstag bekämpfte Freytag das Streben des Justizministeriums, die kleinen Gerichtsämter aufzuheben. Dadurch werde allerdings etwas erspart, aber dafür auch bedeutende Nachtheile und Unbequemlichkeiten für zahlreiche Staatsbürger geschaffen, die ihr Recht in weiterer Entfernung und unter größeren Zeit- und Geldopfern zu suchen hätten als jetzt.

Fernerhin hat unser Parteigenosse Freytag einen Antrag auf volle Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts bei den Wahlen zum sächsischen Landtage eingebracht. Derselbe lautet: „Die Kammer wolle beschließen: Die Regierung ist zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem in dem Gesetze, die Wahlen für den Landtag betr., vom 3. Dezember 1868, die Bestimmungen, a. welche die aktiven und passiven Wahlrechte von dem Eigenthum eines Grundstücks oder der Entrichtung eines gewissen Abgabenbetrags abhängig machen und b. welche zur Wählbarkeit bei den Wahlen Erfüllung des 30. Lebensjahres, sowie dreijährigen Besitz der sächsischen Staatsangehörigkeit erfordern, aufzuheben sind. —

An die Sozialisten der Pfalz und Baden!

Verschiedene Umstände veranlassen uns die Parteigenossen zu ersuchen, sich in Versammlungsangelegenheiten nur an das Agitationscomité in Mannheim zu wenden und erst nach der von uns empfangenen Rückantwort die weiteren Schritte zu veranlassen. Wer dies außer Acht läßt, hat es sich dann selbst zuzuschreiben, wenn kein Redner kommt. Zugleich ersuchen wir, sich beim Schreiben mehr der Briefe zu bedienen, da wir mit den Postkarten öfters Unzuträglichkeiten hatten.

Die Adresse des Comités ist:

Ph. Koch, „Neue Welt", J 5, 16, Mannheim.

An die Vorstände der deutschen Gewerkschaften!

Bis zum 30. November sollen an die Vorstände der Gewerkschaften wichtige Circulare, betreffs der Centralisationsfrage versandt werden, welche bis zum 15. Dezember beantwortet sein müssen. Ich befinde mich nun nicht im Besitze sämmtlicher Adressen der Centralvorstände, resp. der lokalen Fachvereine, die nicht centralisirt sind, bitte deshalb die Adressen sofort per Karte an mich einzusenden.

Achtungsvoll

August Kapell, Hamburg, Kraienkamp 22, Haus 7, 1. Et.

Briefkasten.

der Redaktion. Br. S.: Sie fragen uns: „Wäre es einer geehrten Redaktion des ehemaligen „Volksstaat" vielleicht möglich, im Briefkasten des „Vorwärts" mir den Verfasser der im „Volksstaat" im Jahre 1874 (?) erschienenen Artikel, betitelt: „Herr von Treitschke mit Anmerkungen", anzugeben?"

Mit Vergnügen erfüllen wir Ihren Wunsch. Der Verfasser des Artikels: „Herr von Treitschke der Sozialistenfresser. Mit Anmerkungen" (veröffentlicht in Nr. 99 und Nr. 100 des „Volksstaat" vom Jahre 1874 — 26. und 28. August) ist Herr Franz Mehring. Der Artikel erschien später zusammen mit einigen in der „Waage" veröffentlichten Artikeln des Herrn Mehring über das gleiche Thema als besondere Broschüre unter dem Titel: „Herr von Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus. Eine sozialistische Replik. Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei." Seitdem ist Herr Franz Mehring selbst unter die „Sozialistentödter" gegangen — allerdings ein lohnenderes Geschäft, als „sozialistische Repliken" zu schreiben, wenn wir auch gestehen müssen, daß Hr. Franz Mehring für diese Arbeit weit mehr Geschick hatte, als für die Sozialistentödterei. Wer sich davon überzeugen will, kaufe sich das oben erwähnte Broschürchen. Man lese blos „Herr Franz Mehring" anstatt „Herr von Treitschke" und man hat die beste „sozialistische Replik" auf das von unseren Gegnern jetzt, in Ermangelung von besserer Waare, so eifrig colportirte Machwerk des Sozialistentödters Franz Mehring. Der Sozialist Mehring thut den Sozialistentödter Mehring so gründlich ab, daß für uns nichts zu thun übrig bleibt. Ersterer braucht sich nicht zu geniren, Letzteren ohne Handschuhe anzugreifen, was uns nicht möglich wäre. —

A. K. in Crefeld: 1) Ihr erster Brief ist uns nicht zugegangen. Wir wissen nicht, welchen Artikel des „Volksstaat" Sie meinen. Ueber Schiller, wie über Göthe und jeden anderen öffentlichen Charakter auf dem Gebiete der Kunst, Wissenschaft, Politik u. s. w. können je nach der Verschiedenheit des Standpunktes die verschiedensten Urtheile gefällt werden; und die Redaktion eines sozialistischen Blattes ist am wenigsten berechtigt, der Kritik Schranken zu setzen. Wie gesagt, wir entsinnen uns nicht der Aeußerung über Schiller, durch welche Sie sich verletzt fühlen — wir könnn Ihnen aber bemerken, daß Schiller schon lange, ehe es einen „Volksstaat" gab, von demokratischer und radikaler Seite seiner „philisterhaften Gesinnung" wegen scharf angegr ffen worden ist — von Angriffen auf den Künstler Schiller gar nicht zu reden. Und man kann ja die Verdienste eines Mannes sehr hoch schätzen, ohne für seine Schwächen und Fehler blind zu sein.

2) Der II. Theil der „Grund- und Bodenfrage" ist noch nicht erschienen.

3) Lassalle hat der Huber citirt. Die Lösung scheint uns darin zu liegen, daß im Laufe der 10 Jahre eine Anzahl Arbeiter aus irgend einem Grunde aus der Assoziation ausgeschieden sind.

L. Fr. in Speyer: Wenn wir nicht irren, so besteht in Hamburg eine Vereinigung der Reyer und Seiler; die Redaktion des „Hamburg-Altonaer Volksblattes" wird Ihnen hierüber genaue Auskunft geben können.

Die Parteigenossen werden vor einem gewissen Franz Kühn, Buchbinder aus Riesa in Sachsen, gewarnt. Kühn soll sich jetzt in Magdeburg oder dessen Nähe aufhalten.

Unterzeichneter ersucht die Vororts-Verwaltung des Schneidervereins um genaue Angabe ihrer Adresse im Interesse des deutschen Schneidervereins.

Kaiserslautern. Ph. Böhler.

---

der Expedition. L. Petersen in Lausanne: Der „Vorwärts" wöchentlich einmal nach dort per Kreuzband versandt kostet 2,50 M.

Quittung. J. Bst Mainz Ab. 24,05. Glk hier Ab. 0,60. Arbeiterbildungs-Verein hier Ann. 2,40. Wmr Ueckendorf Ab. 3,60. Bund der Tischler Hannover Ann. 2,40. Schltr Dresden Schr. 100,00. Lndau Hamburg Ab. 38,54. Hrbg Würzburg Ab. 16,00. Schlgl Graz Ab. 8,40. Expedition d. Fr. Pr. Magdeburg Schr. 18,20. Brnkmnn Henne Ab. 5,60. Cyll Iserlohn Schr. 6,00. F. A. Schmdt d. Lgs Hannover Ab. 200,00. C. Grllbrgr Nürnberg Schr. 100,00. Glaserverein Winterthur Ann. 1,55. Wgnr Wien Ab. 20,00. Wß Pegau Schr. 10,00. Hhff Hüffe Schr. 2,00. Trst Klein-Zschocher Schr. 1,60. Nrt hier Schr. 1,60.

Hannover. Sängerchor des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die nächste Uebungsstunde nicht **wie bisher Donnerstags, sondern Freitags halb 9 Uhr im Vereinslokale Mittelstr. 11 stattfindet, und werden hauptsächlich die Sänger aufgefordert, vollzählig zu erscheinen.** Die Commission. [180

Leipzig. **Donnerstag, den 29. November, Abends 1/2 9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:**

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Darwinismus und Sozialismus. Referent Herr F. Rauert.

70] Der Agent.

Leipzig. **Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend (E. Gen.).**

Jeden Sonnabend, Abends halb 9 Uhr, in der Thieme'schen Brauerei, Tauchaerstraße Nr. 12 70

Versammlung

und Aufnahme neuer Mitglieder. R. Ludwig, Vorsteher.

Ottensen. **Arbeiter-Verein.**

Donnerstag, den 29. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Burmeisters Salon, 1. Etage:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag über Verfassungswesen. 2. Fragekasten.

70] F. Heerhold.

Bekanntmachung.

Die **Genossenschaftsbuchdruckerei Augsburg** (Eingetragene Genossenschaft) befindet sich in Liquidation. Alle Diejenigen, welche Forderungen an die Genossenschaft zu machen haben, werden aufgefordert, diese sofort bei der Liquidationscommission anzumelden. [2,10

Die Liquidations-Commission.

Ein Schriftsetzer (Parteigenosse) sucht baldigst Stellung, am liebsten in der Druckerei eines Parteiblattes. Eintritt kann sofort erfolgen. Offerten bittet man unter O. E. an die Expedition d. Bl. einzusenden. [1,20

Rundschau

Nachbestellungen auf **Nr. 5** können noch ausgeführt werden. Bestellungen sind zu richten an den

Verlag der „Rundschau".

Hamburg, Amelungstr. 5.

Annoncenrestanten.

Folgende Vereine, Gewerkschaften und Personen werden aufgefordert, ungesäumt ihre Annoncenschulden an uns zu bezahlen:

Cöln: Wahlverein 1,80. Mülheim a. Rh.: Wahlverein f. December 1876 0,60. Thonberg b. Leipzig: Wahlfest Comité f. Februar 1877 1.10.

Leipzig, den 8. November 1877.

Die Expedition des „Vorwärts".

Aufforderung!

Den Mitgliedern der Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G.) zu Kiel zur Nachricht, daß im Laufe des nächsten Monats die **Interimsscheine** eingefordert und die **Antheilscheine** versandt werden. Ehe jedoch dies geschehen kann, muß das Namensverzeichniß noch vervollständigt werden; denn viele Mitglieder haben statt **einen vollen Vornamen** anzugeben, nur den Anfangsbuchstaben gezeichnet trotzdem vor der Gründung mehrfach aufmerksam gemacht worden ist, daß der volle Vorname erforderlich sei.

Jetzt muß das Versäumte schleunigst nachgeholt werden, denn das Königl. Handelsgericht hier verlangt, daß mindestens ein voller Vorname verzeichnet wird.

Die Orte, in welchen sich solche Mitglieder befinden, deren Namen mangelhaft angegeben, werden nachstehend veröffentlicht:

Kiel, Interimsschein-Nr.: 19, 20, 66, 70, 71, 72, 76, 77, 80, 84, 89, 91, 192, 196, 198, 201, 202, 203, 204, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 223, 227, 228, 230, 235, 238, 239, 240, 242, 245, 247, 248, 251, 252, 283, 284, 290, 309, 310, 328, 331, 332, 333, 375, 444, 456. —

Gaarden und Ellerbeck, Interimsschein-Nr.: 14, 229, 231, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 281, 316, 322.

Elmschenhagen, Nr.: 280. **Wellingdorf, Nr.:** 236.

Itzehoe und Oelixdorf, Nr.: 53, 54, 55, 57, 58, 391, 396, 399, 401, 402, 403, 404, 407.

Wöhrden und Ketelsbüttel, Nr.: 426, 427, 431, 432.

Tönning, Nr.: 156, 157, 158.

Flensburg, Nr.: 159, 169, 170.

Rendsburg, Nr.: 364.

Bei den Inhabern vorstehender Interimsscheine also fehlt der volle Vorname. Es ist daher nothwendig, daß jedes dieser Mitglieder bei denjenigen, die Unterschriften, sowie Eintrittsgeld und Beitrag entgegengenommen und eingesandt haben, einen seiner Vornamen noch im Laufe dieses Monats angiebt, damit diese Angelegenheit bis Ende d. M. geregelt wird.

F. d. Vorstand: [400
Heinrich Dickmann.
Hermann Walther.

Soeben ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:



Quart-Format. Preis 1 Mark 20 Pf. pro Stück.

Das Buch verdankt seine Entstehung den mannigfachen Anregungen, wie solche auf den verschiedenen Partei-Congressen zum Ausdruck gekommen sind, und wird namentlich in Familienkreisen mit Freude begrüßt werden, da es das Gemüthsleben der Kinder im sittlichen Sinne anregt und dieselben zum Nachdenken anspornt.

Leipzig.

Expedition des „Vorwärts"

Färberstraße 12.

„Der arme Conrad."

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pfg.**, gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.**, einzusenden, wofür wir es **franco per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 **Dutzend aufwärts** berechnen wir

brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ „ } **netto gegen baar.**

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Fackel", Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.
Expedition der „Freien Presse", Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a

---

Sozialistisches Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Secretäre **J. Auer** oder **C. Derossi**, Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.

Geldsendungen sind zu richten an **August Geib**, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Da Kalender wieder vorhanden, so werden die bisherigen Bestellungen nunmehr sofort effektuirt und neue Bestellungen erbeten.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

Beilage des „Vorwärts“.

Mittwoch, 28. November 1877.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der politischen Oekonomie.

Von Friedrich Engels.

VII.

„Vom Kapital hegt Herr Marx zunächst nicht den gemeingültigen ökonomischen Begriff, demzufolge es produzirtes Produktionsmittel ist, sondern versucht es, eine speziellere, dialektisch-historische, in das Metamorphosenspiel der Begriffe und der Geschichte eingehende Idee aufzutreiben. Das Kapital soll sich aus dem Gelde erzeugen; es soll eine historische Phase bilden, die mit dem 16. Jahrhundert, nämlich mit den für diese Zeit vorausgesetzten Anfängen zu einem Weltmarkt, beginnt. Offenbar geht nun bei einer solchen Begriffsfassung die Schärfe der volkswirthschaftlichen Analyse verloren. In solchen wüsten Konzeptionen, die halb geschichtlich und halb logisch sein sollen, in der That aber nur Bastarde historischer und logischer Phantastik sind, geht das Unterscheidungsvermögen des Verstandes sammt allem ehrlichen Begriffsgebrauch unter“ — und so wird eine ganze Seite fortschwadronirt . . „mit der Marx'schen Kennzeichnung des Kapitalbegriffs lasse sich in der strengen Volkswirthschaftslehre nur Verwirrung stiften . . . Leichtfertigkeiten, die für tiefe logische Wahrheiten ausgegeben werden . . . Gebrechlichkeit der Fundamente“ u. s. w.

Also nach Marx soll sich das Kapital im Anfang des 16. Jahrhunderts aus dem Geld erzeugen. Es ist das, als ob man sagen wollte, das Metallgeld habe sich vor stark dreitausend Jahren aus dem Vieh erzeugt, weil früher unter Anderm auch Vieh Geldfunktionen vertrat. Nur Herr Dühring ist einer so rohen und schiefen Ausdrucksweise fähig. Bei Marx ergiebt sich bei der Analyse der ökonomischen Formen, innerhalb deren der Prozeß der Waarencirkulation sich bewegt, als letzte Form das Geld. „Dies letzte Produkt der Waarencirkulation ist die erste Erscheinungsform des Kapitals. Historisch tritt das Kapital dem Grundeigenthum überall zunächst in der Form von Geld gegenüber, als Geldvermögen, Kaufmannskapital und Wucherkapital . . . Dieselbe Geschichte spielt täglich vor unsern Augen. Jedes neue Kapital betritt in erster Instanz die Bühne, d. h. den Markt, Waarenmarkt, Arbeitsmarkt oder Geldmarkt, immer noch als Geld, Geld, das sich durch bestimmte Prozesse in Kapital verwandeln soll.“ Es ist also wieder eine Thatsache, die Marx konstatirt. Unfähig, sie zu bestreiten, verdreht sie Herr Dühring: Das Kapital soll sich aus dem Geld erzeugen!

Marx untersucht nun weiter die Prozesse, wodurch Geld sich in Kapital verwandelt, und findet zunächst, daß die Form, in der Geld als Kapital cirkulirt, die Umkehrung derjenigen Form ist, in der es als allgemeines Waarenäquivalent cirkulirt. Der einfache Waarenbesitzer verkauft um zu kaufen; er verkauft was er nicht braucht und kauft mit dem erhandelten Gelde das, was er braucht. Der angehende Kapitalist kauft von vornherein das, was er nicht selbst braucht; er kauft, um zu verkaufen, und zwar um theurer zu verkaufen, um den ursprünglich in das Kaufgeschäft geworfenen Geldwerth zurückzuerhalten, vermehrt durch einen Zuwachs an Geld, und diesen Zuwachs nennt Marx Mehrwerth.

Woher stammt dieser Mehrwerth? Er kann weder daher stammen, daß der Käufer die Waaren unter dem Werth kaufte, noch daher, daß der Verkäufer sie über dem Werth verkaufte. Denn in beiden Fällen gleichen sich die Gewinne und Verluste jedes Einzelnen gegenseitig aus, da Jeder abwechselnd Käufer und Verkäufer ist. Er kann auch nicht aus Prellerei stammen, denn die Prellerei kann zwar den Einen auf Kosten des Andern bereichern, nicht aber die von Beiden besessene Gesammtsumme, also auch nicht die Summe der cirkulirenden Werthe überhaupt vermehren. „Die Gesammtheit der Kapitalistenklasse eines Landes kann sich nicht selbst übervortheilen.“

Und doch finden wir, daß die Gesammtheit der Kapitalistenklasse jedes Landes sich fortwährend vor unsern Augen bereichert, indem sie theurer verkauft als sie eingekauft hatte, indem sie sich Mehrwerth aneignet. Wir sind also soweit wie am Anfang: Woher stammt dieser Mehrwerth? Diese Frage gilt es zu lösen und zwar auf rein ökonomischem Wege, unter Ausschluß aller Prellerei, aller Einmischung irgend welcher Gewalt — die Frage: Wie ist es möglich fortwährend theurer zu verkaufen, als man eingekauft hat, selbst unter der Voraussetzung, daß fortwährend gleiche Werthe ausgetauscht werden gegen gleiche Werthe?

Die Lösung dieser Frage ist das epochemachendste Verdienst des Marx'schen Werks. Sie verbreitet helles Tageslicht über ökonomische Gebiete, wo früher Sozialisten nicht minder als bürgerliche Oekonomen in tiefster Finsterniß herumtappten. Von ihr datirt, um sie gruppirt sich der wissenschaftliche Sozialismus.

Diese Lösung ist folgende. Die Werthvergrößerung des Geldes, das sich in Kapital verwandeln soll, kann nicht an diesem Geld vorgehen, oder aus dem Einkauf herrühren, da dies Geld hier nur den Preis der Waare realisirt, und dieser Preis ist, da wir voraussetzen, daß gleiche Werthe ausgetauscht werden, nicht verschieden von ihrem Werth. Die Werthvergrößerung kann aber aus demselben Grunde auch nicht aus dem Verkauf der Waare hervorgehn. Die Veränderung muß sich also zutragen mit der Waare, die gekauft wird, aber nicht mit ihrem Werth, da sie zu ihrem Werth gekauft und verkauft wird, sondern mit ihrem Gebrauchswerth als solchem, d. h. die Werthveränderung muß aus dem Verbrauch der Waare entspringen. „Um aus dem Verbrauch einer Waare Werthe herauszuziehn, müßte unser Geldbesitzer so glücklich sein . . . auf dem Markt eine Waare zu entdecken, deren Gebrauchswerth die eigenthümliche Beschaffenheit besäße, Quelle von Werth zu sein, deren wirklicher Verbrauch also selbst Vergegenständlichung von Arbeit wäre, daher Werthschöpfung. Und der Geldbesitzer findet auf dem Markt eine solche spezifische Waare vor — das Arbeitsvermögen oder die Arbeitskraft.“ Wenn, wie wir sahen, die Arbeit als solche keinen Werth haben kann, so ist das keineswegs der Fall mit der Arbeitskraft. Diese erhält einen Werth sobald sie zur Waare wird, wie sie heutzutage thatsächlich eine Waare ist, und dieser Werth bestimmt sich „gleich dem jeder andern Waare, durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels nöthige Arbeitszeit,“ d. h. durch die Arbeitszeit, welche erforderlich ist zur Herstellung der Lebensmittel, deren der Arbeiter zu seiner Erhaltung in arbeitsfähigem Zustand, und zur Fortpflanzung seines Geschlechts bedarf. Nehmen wir an, diese Lebensmittel repräsentiren, Tag für Tag, eine sechsstündige Arbeitszeit. Unser angehender Kapitalist, der zum Betrieb seines Geschäfts Arbeitskraft einkauft, d. h. einen Arbeiter miethet, zahlt also diesem Arbeiter den vollen Tageswerth seiner Arbeitskraft, wenn er ihm eine Geldsumme zahlt, die ebenfalls sechs Arbeitsstunden vertritt. Sobald der Arbeiter nun sechs Stunden im Dienst des angehenden Kapitalisten gearbeitet hat, hat er diesem vollen Ersatz geleistet für seine Auslage, für den gezahlten Tageswerth der Arbeitskraft. Damit aber wäre das Geld nicht in Kapital verwandelt, es hätte keinen Mehrwerth erzeugt. Der Käufer der Arbeitskraft hat daher auch eine ganz andere Ansicht von der Natur des von ihm abgeschlossenen Geschäfts. Daß nur sechs Arbeitsstunden nöthig sind, um den Arbeiter während 24 Stunden am Leben zu erhalten, hindert diesen keineswegs 12 Stunden aus den 24 zu arbeiten. Der Werth der Arbeitskraft und ihre Verwerthung im Arbeitsprozeß sind zwei verschiedene Größen. Der Geldbesitzer hat den Tageswerth der Arbeitskraft gezahlt, ihm gehört daher auch ihr Gebrauch während des Tages, die tagelange Arbeit. Daß der Werth, den ihr Gebrauch während eines Tages schafft, doppelt so groß ist wie ihr eigner Tageswerth, ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber nach den Gesetzen des Waarenaustausches durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer. Der Arbeiter kostet also dem Geldbesitzer nach unserer Annahme täglich das Werthprodukt von sechs Arbeitsstunden, aber er liefert ihm täglich das Werthprodukt von 12 Arbeitsstunden. Differenz zu Gunsten des Geldbesitzers — 6 Stunden unbezahlte Mehrarbeit, ein unbezahltes Mehrprodukt, in dem die Arbeit von sechs Stunden verkörpert ist. Das Kunststück ist gemacht. Mehrwerth ist erzeugt, Geld ist in Kapital verwandelt.

Indem Marx auf diese Weise nachwies, wie Mehrwerth entsteht und wie allein Mehrwerth unter der Herrschaft der, den Austausch von Waaren regelnden Gesetze entstehen kann, legte er den Mechanismus der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und der auf ihr beruhenden Aneignungsweise bloß, enthüllte er den Krystallkern, um den die ganze heutige Gesellschaftsordnung sich angesetzt hat.

Diese Erzeugung von Kapital hat jedoch eine wesentliche Voraussetzung: „Zur Verwandlung von Geld in Kapital muß der Geldbesitzer den freien Arbeiter auf dem Waarenmarkt vorfinden, frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Waare verfügt, daß er andrerseits andre Waaren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nöthigen Sachen.“ Aber dies Verhältniß von Geld- oder Waarenbesitzern auf der einen Seite, und von Besitzern von Nichts, außer der eignen Arbeitskraft, auf der andern, ist kein naturgeschichtliches, noch ist es ein allen Geschichtsperioden gemeinsames Verhältniß, „es ist offenbar selbst das Resultat einer vorhergegangenen historischen Entwicklung, das Produkt . . . des Untergangs einer ganzen Reihe älterer Formationen der gesellschaftlichen Produktion.“ Und zwar tritt dieser freie Arbeiter uns in der Geschichte zuerst massenhaft gegenüber am Ende des fünfzehnten und Anfang des sechszehnten Jahrhunderts, in Folge der Auflösung der feudalen Produktionsweise. Damit aber, und mit der von derselben Epoche datirenden Schöpfung des Welthandels und Weltmarkts, war die Grundlage gegeben, auf der die Masse des vorhandenen beweglichen Reichthums sich mehr und mehr in Kapital verwandeln und die kapitalistische, auf Erzeugung von Mehrwerth gerichtete Produktionsweise mehr und mehr die ausschließlich herrschende werden mußte.

Soweit sind wir den „wüsten Konzeptionen“ von Marx gefolgt, diesen „Bastarden historischer und logischer Phantastik“, bei denen „das Unterscheidungsvermögen des Verstandes sammt allem ehrlichen Begriffsgebrauch untergeht“. Stellen wir diesen „Leichtfertigkeiten“ nunmehr die „tiefen logischen Wahrheiten“ und die „letzte und strengste Wissenschaftlichkeit im Sinne der exakten Disziplinen“ gegenüber, wie sie uns Herr Dühring bietet.

Also vom Kapital hegt Marx „nicht den gemeingültigen ökonomischen Begriff, demzufolge es produzirtes Produktionsmittel ist“; er sagt vielmehr, daß eine Summe von Werthen sich erst dann in Kapital verwandelt, wenn sie sich verwerthet, indem sie Mehrwerth bildet. Und was sagt Herr Dühring? „Das Kapital ist ein Stamm ökonomischer Machtmittel zur Fortführung der Produktion und zur Bildung von Antheilen an den Früchten der allgemeinen Arbeitskraft.“ So orakelhaft und loddrig dies auch wieder ausgedrückt ist, so ist doch so viel sicher: der Stamm ökonomischer Machtmittel mag die Produktion in Ewigkeit fortführen, er wird nach Hrn. Dührings eignen Worten nicht zu Kapital, so lange er nicht „Antheile an den Früchten der allgemeinen Arbeitskraft“, d. h. Mehrwerth oder wenigstens Mehrprodukt bildet. Die Sünde also, die Herr Dühring Marx vorwirft, nicht den gemeingültigen ökonomischen Begriff vom Kapital zu hegen, begeht er nicht nur selbst, sondern er begeht außerdem noch ein durch hochtrabende Redensarten „schlecht verdecktes“, ungeschicktes Plagiat an Marx.

Auf S. 262 wird dies weiter ausgeführt: „Das Kapital im sozialen Sinne“ (und ein Kapital in einem nicht sozialen Sinn soll Herr Dühring noch entdecken) „ist nämlich spezifisch von dem reinen Produktionsmittel verschieden; denn während das letztere nur einen technischen Charakter hat und unter allen Umständen erforderlich ist, zeichnet sich das erstere durch seine gesellschaftliche Kraft der Aneignung und Antheilsbildung aus. Das soziale Kapital ist allerdings zum großen Theil nichts Anderes als das technische Produktionsmittel in seiner sozialen Funktion; aber diese Funktion ist es auch grade, welche . . . verschwinden muß.“ Wenn wir bedenken, daß es grade Marx war, welcher zuerst die „soziale Funktion“ hervorhob, vermittelst deren allein eine Werthsumme zu Kapital wird, so muß es allerdings „für jeden aufmerksameren Betrachter des Gegenstandes bald feststehn, daß sich mit der Marx'schen Kennzeichnung des Kapitalbegriffs nur Verwirrung stiften lasse“ — nicht aber, wie Herr Dühring meint, in der strengen Volkswirthschaftslehre, sondern, wie Figura zeigt, einzig und allein im Kopf des Herrn Dühring selbst, der in der „Kritischen Geschichte“ bereits vergessen hat, wie stark er im „Kursus“ von besagtem Kapitalbegriff gezehrt.

Indeß Herr Dühring ist nicht zufrieden damit, seine Definition des Kapitals, wenn auch in „gesäuberter“ Form, von Marx zu entlehnen. Er muß ihm auch folgen in das „Metamorphosenspiel der Begriffe und der Geschichte“, und das, Angesichts seiner eignen bessern Erkenntniß, daß dabei nichts herauskommt, als „wüste Konzeptionen“, „Leichtfertigkeiten“, „Gebrechlichkeit der Fundamente“ u. s. w. Woher stammt diese „soziale Funktion“ des Kapitals, die es befähigt, sich die Früchte fremder Arbeit anzueignen, und wodurch allein es sich vom bloßen Produktionsmittel unterscheidet? Sie beruht, sagt Herr Dühring, „nicht auf der Natur der Produktionsmittel und auf deren technischer Unentbehrlichkeit.“ Sie ist also geschichtlich entstanden, und Herr Dühring wiederholt uns auf S. 252 nur, was wir schon zehnmal gehört haben, wenn er ihre Entstehung erklärt vermittelst des altbekannten Abenteuers von den beiden Männern, von denen am Anfang der Geschichte der Eine sein Produktionsmittel in Kapital verwandelt, indem er den Andern vergewaltigt. Aber nicht damit zufrieden, der sozialen Funktion, durch welche eine Werthsumme erst zu Kapital wird, einen geschichtlichen Anfang zuzuschreiben, prophezeit Hr. Dühring ihr auch ein geschichtliches Ende. Sie „ist es auch grade, welche verschwinden muß“. Eine Erscheinung, welche geschichtlich entstanden ist und geschichtlich wieder verschwindet, pflegt man, in der gemeingültigen Sprache geredet, „eine historische Phase“ zu nennen. Es ist also das Kapital eine historische Phase nicht bloß bei Marx, sondern auch bei Herrn Dühring, und wir sind daher zu dem Schluß genöthigt, daß wir uns hier bei den Jesuiten befinden. Wenn Zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe. Wenn Marx sagt, das Kapital ist eine historische Phase, so ist das eine wüste Konzeption, ein Bastard historischer und logischer Phantastik, bei dem das Unterscheidungsvermögen sammt allem ehrlichen Begriffsgebrauch untergeht. Wenn Herr Dühring ebenfalls das Kapital als eine historische Phase darstellt, so ist das ein Beweis von Schärfe der volkswirthschaftlichen Analyse und von letzter und strengster Wissenschaftlichkeit im Sinne der exakten Disziplinen.

Wodurch unterscheidet sich nun die Dühring'sche Kapitalvorstellung von der Marx'schen?

„Das Kapital,“ sagt Marx, „hat die Mehrarbeit nicht erfunden. Ueberall, wo ein Theil der Gesellschaft das Monopol der Produktionsmittel besitzt, muß der Arbeiter, frei oder unfrei, der zu seiner Selbsterhaltung nothwendigen Arbeitszeit überschüssige Arbeitszeit zusetzen, um die Lebensmittel für den Eigner der Produktionsmittel zu produziren.“ Mehrarbeit, Arbeit über die zur Selbsterhaltung des Arbeiters nöthige Zeit hinaus, und Aneignung des Produkts dieser Mehrarbeit durch Andre, Arbeitsausbeutung ist also allen bisherigen Gesellschaftsformen gemein, soweit diese sich in Klassengegensätzen bewegten. Aber erst wenn das Produkt dieser Mehrarbeit die Form von Mehrwerth annimmt, wenn der Eigner der Produktionsmittel den freien Arbeiter — frei von sozialen Fesseln und frei von eignem Besitz — als Gegenstand der Ausbeutung sich gegenüber vorfindet, und ihn ausbeutet zum Zweck der Produktion von Waaren, erst dann nimmt, nach Marx, das Produktionsmittel den spezifischen Charakter des Kapitals an. Und dies ist auf großem Maßstab geschehen erst seit dem Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts.

Herr Dühring dagegen erklärt jede Summe von Produktionsmitteln für Kapital, die „Antheile an den Früchten der allgemeinen Arbeitskraft“ bildet, also Mehrarbeit in irgend einer Form erwirkt. Mit andern Worten, Herr Dühring annektirt die von Marx entdeckte Mehrarbeit, um damit den ihm augenblicklich nicht passenden, ebenfalls von Marx entdeckten Mehrwerth todtzuschlagen. Nach Herrn Dühring wäre also nicht nur der bewegliche und unbewegliche Reichthum der mit Sklaven wirthschaftenden korinthischen und athenischen Bürger, sondern auch der der römischen Großgrundbesitzer der Kaiserzeit, und nicht minder derjenige der Feudalbarone des Mittelalters, soweit er in irgend einer Weise der Produktion diente, alles ohne Unterschied Kapital.

Herr Dühring selbst hegt also „vom Kapital nicht den gemeingültigen Begriff, demzufolge es produzirtes Produktionsmittel ist“, sondern vielmehr einen ganz entgegengesetzten, der sogar die unproduzirten Produktionsmittel einschließt, die Erde und ihre natürlichen Hülfsquellen. Nun ist aber die Vorstellung, daß Kapital „produzirtes Produktionsmittel“ schlechthin sei, gemeingültig wieder nur in der Vulgärökonomie. Außerhalb dieser, dem Herrn Dühring so theuren Vulgärökonomie wird das „produzirte Produktionsmittel“ oder eine Werthsumme überhaupt erst dadurch zu Kapital, daß sie Profit oder Zins erwirkt, d. h. das Mehrprodukt unbezahlter Arbeit in der Form von Mehrwerth, und zwar wieder in diesen beiden bestimmten Unterformen des Mehrwerths aneignet. Es bleibt dabei vollkommen gleichgültig, daß die ganze bürgerliche Oekonomie in der Vorstellung befangen ist, die Eigenschaft, Profit oder Zins zu erwirken, komme ganz von selbst jeder Werthsumme zu, die unter normalen Bedingungen in der Produktion oder im Austausch verwandt wird. Kapital und Profit, oder Kapital und Zins, sind in der ganzen klassischen Oekonomie ebenso untrennbar, stehen in derselben nothwendigen Wechselbeziehung zu einander, wie Ursache und Wirkung, Vater und Sohn, gestern und heute. Das Wort Kapital in seiner modern-ökonomischen Bedeutung kommt aber erst vor zu der Zeit, wo die Sache selbst auftritt, wo der bewegliche Reichthum mehr und mehr Kapitalfunktion erhält, indem er die Mehrarbeit freier Arbeiter ausbeutet um Waaren zu produziren, und zwar wird es eingeführt durch die erste historische Kapitalistennation, die Italiener des 15. und 16. Jahrhunderts. Und wenn Marx zuerst die dem modernen Kapital eigenthümliche Aneignungsweise bis auf den Grund analysirte, wenn er den Begriff des Kapitals in Einklang brachte mit den geschichtlichen Thatsachen, aus denen er in letzter Instanz abstrahirt worden war, denen er seine Existenz verdankte; wenn Marx damit diesen ökonomischen Begriff befreite von den unklaren und schwankenden Vorstellungen, die ihm auch in der klassischen bürgerlichen Oekonomie und bei den bisherigen Sozialisten noch anhafteten, so war es grade Marx, der mit jener „letzten und strengsten Wissenschaftlichkeit“ verfuhr, die Herr Dühring stets im Munde führt und die wir bei ihm so schmerzlich vermissen.

In der That geht es bei Herrn Dühring ganz anders her. Er ist nicht zufrieden damit, erst die Darstellung des Kapitals als einer historischen Phase einen „Bastard historischer und logischer Phantastik“ zu schelten und es dann selbst als eine historische Phase darzustellen. Er erklärt auch alle ökonomischen Machtmittel, alle Produktionsmittel, die „Antheile an den Früchten der allgemeinen Arbeitskraft“ aneignen, also auch das Grundeigenthum in allen Klassengesellschaften, rundweg für Kapital; was ihn aber nicht im Mindesten genirt, im weitern Verlauf Grundeigenthum und Grundrente ganz in der hergebrachten Weise von Kapital und Profit zu scheiden, und nur diejenigen Produktionsmittel als Kapital zu bezeichnen, welche Profit oder

Zins erwirken, wie auf S. 146 u. fl. des Kursus des Breiteren nachzusehen. Ebensogut könnte Herr Dühring zuerst unter den Namen Lokomotive auch Pferde, Ochsen, Esel und Hunde einbegreifen, weil man auch mit diesen Fuhrwerk fortbewegen kann, und den heutigen Ingenieuren vorwerfen, indem sie den Namen Lokomotive auf den modernen Dampfwagen beschränkten, machten sie ihn zu einer historischen Phase, verübten sie wüste Konzeptionen, Bastarde historischer und logischer Phantastik u. s. w.; und dann schließlich erklären, die Pferde, Esel, Ochsen und Hunde seien doch von der Bezeichnung Lokomotive ausgeschlossen und diese gelte nur für den Dampfwagen. — Und somit sind wir wieder genöthigt zu sagen, daß es grade die Dühring'sche Begriffsfassung des Kapitals ist, bei der alle Schärfe der volkswirthschaftlichen Analyse verloren und das Unterscheidungsvermögen sammt allem ehrlichen Begriffsgebrauch untergeht, und daß die wüsten Konzeptionen, die Verwirrung, die Leichtfertigkeiten, die für tiefe logische Wahrheiten ausgegeben werden, und die Gebrechlichkeit der Fundamente in voller Blüthe stehen eben bei Herrn Dühring.

Das alles aber verschlägt Nichts. Herrn Dühring bleibt darum doch der Ruhm, den Angelpunkt entdeckt zu haben, um den sich die ganze bisherige Oekonomie, die ganze Politik und Juristerei, mit Einem Wort die ganze bisherige Geschichte bewegt. Hier ist er:

„Gewalt und Arbeit sind die zwei Hauptfaktoren, die bei der Bildung der sozialen Verknüpfungen in Anschlag kommen."

In diesem einen Satz liegt die ganze Verfassung der bisherigen ökonomischen Welt. Sie ist äußerst kurz und lautet:

Artikel Eins: Die Arbeit produzirt.
Artikel Zwei: Die Gewalt vertheilt.

Und hiermit ist, „menschlich und deutsch geredet", auch die ganze ökonomische Weisheit des Herrn Dühring zu Ende.

VIII.

„Nach der Ansicht des Herrn Marx vertritt der Arbeitslohn nur die Bezahlung derjenigen Arbeitszeit, welche der Arbeiter wirklich für die Ermöglichung der eignen Existenz thätig ist. Hierzu genügt nun eine kleinere Anzahl Stunden; der ganze übrige Theil des oft langgedehnten Arbeitstags liefert einen Ueberschuß, in welchem der von unserm Autor sogenannte „Mehrwerth" oder, in der gemeingültigen Sprache geredet, der Kapitalgewinn enthalten ist. Abgesehn von der auf irgend einer Stufe der Produktion bereits in den Arbeitsmitteln und relativen Rohstoffen enthaltenen Arbeitszeit, ist jener Ueberschuß des Arbeitstags der Antheil des kapitalistischen Unternehmers. Die Ausdehnung des Arbeitstags ist hiernach reiner Auspressungsgewinn zu Gunsten des Kapitalisten."

Nach Herrn Dühring wäre also der Marx'sche Mehrwerth weiter nichts, als was man in der gemeingültigen Sprache Kapitalgewinn oder Profit nennt. Hören wir Marx selbst. Auf S. 195 des „Kapital" wird Mehrwerth erklärt durch die hinter diesem Wort eingeklammerten Worte: „Zins, Profit, Rente." Auf S. 210 giebt Marx ein Beispiel, worin eine Mehrwerthsumme von 71 Schillingen in ihren verschiedenen Vertheilungsformen erscheint: Zehnten, Lokal- und Staatssteuern 21 Sch., Bodenrente 28 Sch., Pächters Profit und Zins 22 Sch., zusammen Gesammtmehrwerth 71 Schillinge. — Auf S. 542 erklärt Marx es für einen Hauptmangel bei Ricardo, daß dieser „den Mehrwerth nicht rein darstellt, d. h. nicht unabhängig von seinen besondern Formen, wie Profit, Grundrente u. s. w." und daß er daher die Gesetze über die Rate des Mehrwerths unmittelbar zusammenwirft mit den Gesetzen der Profitrate; wogegen Marx ankündigt: „Ich werde später, im dritten Buch dieser Schrift, nachweisen, daß dieselbe Rate des Mehrwerths sich in den verschiedensten Profitraten, und verschiedene Raten des Mehrwerths, unter bestimmten Umständen, sich in derselben Profitrate ausdrücken können." Auf S. 587 heißt es: „Der Kapitalist, der den Mehrwerth produzirt, d. h. unbezahlte Arbeit unmittelbar aus den Arbeitern auspumpt und in Waaren fixirt, ist zwar der erste Aneigner, aber keineswegs der letzte Eigenthümer dieses Mehrwerths. Er hat ihn hinterher zu theilen mit Kapitalisten, die andere Funktionen im Großen und Ganzen der gesellschaftlichen Produktion vollziehn, mit dem Grundeigenthümer u. s. w. Der Mehrwerth spaltet sich daher in verschiedene Theile. Seine Bruchstücke fallen verschiedenen Kategorien von Personen zu und erhalten verschiedne, gegen einander selbständige Formen, wie Profit, Zins, Handelsgewinn, Grundrente u. s. w. Diese verwandelten Formen des Mehrwerths können erst im dritten Buch behandelt werden." Und ebenso an vielen andern Stellen.

Man kann sich nicht deutlicher ausdrücken. Bei jeder Gelegenheit macht Marx darauf aufmerksam, daß sein Mehrwerth durchaus nicht mit dem Profit oder Kapitalgewinn zu verwechseln, daß dieser letztere vielmehr eine Unterform und sehr oft sogar nur ein Bruchtheil des Mehrwerths sei. Wenn also Herr Dühring dennoch behauptet, der Marx'sche Mehrwerth sei, „in der gemeingültigen Sprache geredet, der Kapitalgewinn", und wenn es feststeht, daß das ganze Marx'sche Buch sich um den Mehrwerth dreht, so sind nur zwei Fälle möglich: Entweder weiß ers nicht besser, und dann gehört eine Schamlosigkeit sonder Gleichen dazu, ein Buch herunter zu reißen, dessen Hauptinhalt er nicht kennt. Oder er weiß es besser, und dann begeht er eine absichtliche Fälschung.

Weiter: „Der giftige Haß, mit dem Herr Marx diese Vorstellungsart des Auspressungsgeschäfts pflegt, ist nur zu begreiflich. Aber auch ein gewaltigerer Zorn und eine noch vollere Anerkennung des Ausbeutungscharakters der auf Lohnarbeit gegründeten Wirthschaftsform ist möglich, ohne daß jene theoretische Wendung, die sich in der Marx'schen Lehre von einem Mehrwerth ausdrückt, angenommen wird."

Die gutgemeinte, aber irrige theoretische Wendung von Marx bewirkt bei diesem einen giftigen Haß gegen das Auspressungsgeschäft; die an sich sittliche Leidenschaft erhält in Folge der falschen „theoretischen Wendung" einen unsittlichen Ausdruck, sie tritt zu Tage in unedlem Haß und in niedriger Giftigkeit, während die letzte und strengste Wissenschaftlichkeit des Herrn Dühring sich äußert in einer sittlichen Leidenschaft von entsprechend edler Natur, im Zorn, der auch der Form nach sittlich und dem giftigen Haß zudem noch quantitativ überlegen, ein gewaltigerer Zorn ist. Während Herr Dühring diese Freude an sich selbst erlebt, wollen wir zusehn, woher dieser gewaltigere Zorn stammt.

„Es entsteht, heißt es weiter, nämlich die Frage, wie die konkurrirenden Unternehmer im Stande sind, das volle Erzeugniß der Arbeit und hiermit das Mehrprodukt dauernd so hoch über den natürlichen Herstellungskosten zu verwerthen, als durch das berührte Verhältniß des Ueberschusses der Arbeitsstunden angezeigt wird. Eine Antwort hierauf ist in der Marx'schen Doktrin nicht anzutreffen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil in derselben nicht einmal die Aufwerfung der Frage einen Platz finden konnte. Der Luxuscharakter der auf Soldarbeit gegründeten Produktion ist gar nicht ernstlich angefaßt und die soziale Verfassung mit ihren auffaugenden Positionen keineswegs als der letzte Grund der weißen Sklaverei erkannt worden. Im Gegentheil hat sich immer das Politischsoziale aus dem Oekonomischen erklärt finden sollen."

Nun haben wir aus den oben angeführten Stellen gesehn, daß Marx keineswegs behauptet, das Mehrprodukt werde vom industriellen Kapitalisten, der sein erster Aneigner ist, unter allen Umständen im Durchschnitt zu seinem vollen Werth verkauft, wie Herr Dühring hier voraussetzt. Marx sagt ausdrücklich, daß auch der Handelsgewinn einen Theil des Mehrwerths bildet, und dies ist unter den vorliegenden Voraussetzungen doch nur dann möglich, wenn der Fabrikant dem Händler sein Produkt *unter* dem Werth verkauft, und ihm damit einen Antheil der Beute abtritt. Wie die Frage hier gestellt wird, konnte also allerdings nicht einmal ihre Aufwerfung bei Marx einen Platz finden. Rationell gestellt, lautet sie: Wie verwandelt sich Mehrwerth in seine Unterformen: Profit, Zins, Handelsgewinn, Grundrente u. s. w.? Und diese Frage verspricht Marx allerdings im dritten Buch zu lösen. Wenn aber Herr Dühring nicht solange warten kann, bis der zweite Band des „Kapital" erscheint, so mußte er sich einstweilen im ersten Band etwas genauer umsehn. Er konnte dann, außer den schon angeführten Stellen, z. B. auf S. 323 lesen, daß nach Marx die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion in der äußern Bewegung der Kapitale sich als Zwangsgesetze der Konkurrenz geltend machen, und in dieser Form als treibende Motive dem individuellen Kapitalisten zum Bewußtsein kommen; daß also eine wissenschaftliche Analyse der Konkurrenz nur möglich, sobald die innere Natur des Kapitals begriffen ist, ganz wie die scheinbare Bewegung der Himmelskörper nur dem verständlich, der ihre wirklich, aber sinnlich nicht wahrnehmbare Bewegung kennt; worauf Marx an einem Exempel zeigt, wie ein bestimmtes Gesetz, das Werthgesetz, in einem bestimmten Fall innerhalb der Konkurrenz erscheint und seine treibende Kraft ausübt. Herr Dühring konnte hieraus schon entnehmen, daß bei der Vertheilung des Mehrwerths die Konkurrenz eine Hauptrolle spielt, und bei einigem Nachdenken genügen diese im ersten Band gegebenen Andeutungen in der That, um die Verwandlung von Mehrwerth in seine Unterformen wenigstens in ihren allgemeinen Umrissen erkennen zu lassen.

Für Herrn Dühring ist indeß die Konkurrenz grade das absolute Hinderniß des Verständnisses. Er kann nicht begreifen, wie die konkurrirenden Unternehmer das volle Erzeugniß der Arbeit und hiermit das Mehrprodukt dauernd so hoch über den natürlichen Herstellungskosten verwerthen können. Es wird sich hier wieder mit der gewohnten „Strenge", die in der That Liederlichkeit ist, ausgedrückt. Das Mehrprodukt als solches hat bei Marx ja *gar keine Herstellungskosten*, es ist der Theil des Produkts, der dem Kapitalisten *Nichts kostet*. Wenn also die konkurrirenden Unternehmer das Mehrprodukt zu seinen natürlichen Herstellungskosten verwerthen wollten, so müßten sie es eben *verschenken*. Doch halten wir uns bei solchen „mikrologischen Einzelnheiten" nicht auf. Verwerthen denn in der That die konkurrirenden Unternehmer nicht täglich das Erzeugniß der Arbeit über den natürlichen Herstellungkosten? Nach Herrn Dühring bestehn die natürlichen Herstellungskosten „in der Arbeits- oder Kraftausgabe, und diese kann wiederum in ihren letzten Grundlagen durch den Nahrungsaufwand gemessen werden"; also in der heutigen Gesellschaft aus den an Rohstoff, Arbeitsmitteln und Arbeitslohn wirklich aufgewendeten Auslagen, im Unterschied von der „Bezollung", dem Profit, dem mit dem Degen in der Hand erzwungenen Aufschlag. Nun ist es allbekannt, daß in der Gesellschaft, in der wir leben, die konkurrirenden Unternehmer ihre Waaren *nicht* zu diesen natürlichen Herstellungkosten verwerthen, sondern den angeblichen Aufschlag, den Profit, hinzurechnen und in der Regel auch erhalten. Die Frage, die Herr Dühring, wie er glaubte, nur aufzuwerfen braucht, um damit das ganze Marx'sche Gebäude umzublasen, wie weiland Josua die Mauern von Jericho, diese Frage existirt also auch für die ökonomische Theorie des Herrn Dühring. Sehen wir, wie er sie beantwortet.

„Das Kapitaleigenthum", sagt er, „hat keinen praktischen Sinn und läßt sich nicht verwerthen, wenn nicht in ihm zugleich die indirekte Gewalt über den Menschenstoff eingeschlossen ist. Das Erzeugniß dieser Gewalt ist der Kapitalgewinn, und die Größe des letztern wird daher von dem Umfang und der Intensität dieser Herrschaftsübung abhängen . . . Der Kapitalgewinn ist eine politische und soziale Institution, die mächtiger wirkt als die Konkurrenz. Die Unternehmer handeln in dieser Beziehung als Stand, und jeder einzelne behauptet seine Position. Ein gewisses Maß des Kapitalgewinns ist bei der einmal herrschenden Wirthschaftsart eine Nothwendigkeit."

Leider wissen wir auch jetzt noch immer nicht, wie die konkurrirenden Unternehmer im Stande sind, das Erzeugniß der Arbeit dauernd über den natürlichen Herstellungskosten zu verwerthen. Herr Dühring denkt unmöglich von seinem Publikum so gering, um es mit der Redensart abzuspeisen, der Kapitalgewinn stehe über der Konkurrenz, wie seiner Zeit der König von Preußen über dem Gesetz. Die Manöver, durch die der König von Preußen in seine Stellung über dem Gesetz kam, kennen wir; die Manöver, wodurch der Kapitalgewinn dazu kommt, mächtiger zu sein als die Konkurrenz, sind grade das, was Herr Dühring uns erklären soll und was er uns hartnäckig zu erklären verweigert. Auch kann es nichts ausmachen, wenn, wie er sagt, die Unternehmer in dieser Beziehung als Stand handeln, und dabei jeder einzelne seine Position behauptet. Wir sollen ihm doch nicht etwa aufs Wort glauben, eine Anzahl Leute brauche nur als Stand zu handeln, damit jeder einzelne von ihnen seine Position behaupte? Die Zünftler des Mittelalters, die französischen Adligen 1789 handelten bekanntlich sehr entschieden als Stand und sind doch zu Grunde gegangen. Die preußische Armee bei Jena handelte auch als Stand, aber statt ihre Position zu behaupten, mußte sie vielmehr ausreißen und nachher sogar stückweise kapituliren. Ebensowenig kann uns die Versicherung genügen, bei der einmal herrschenden Wirthschaftsart sei ein gewisses Maß des Kapitalgewinns eine Nothwendigkeit; denn es handelt sich ja gerade darum, nachzuweisen, *warum* dem so ist. Nicht einen Schritt näher zum Ziel kommen wir, wenn Herr Dühring uns mittheilt: „Die Kapitalherrschaft ist im Anschluß an die Bodenherrschaft erwachsen. Ein Theil der hörigen Landarbeiter ist in den Städten zu Gewerbsarbeitern und schließlich zu Fabrikmaterial umgestaltet worden. Nach der Bodenrente hat sich der Kapitalgewinn als eine zweite Form der Besitzrente ausgebildet." Selbst wenn wir von der historischen Schiefheit dieser Behauptung absehen, so bleibt sie doch immer eine bloße Behauptung und beschränkt sich darauf, das wiederholt zu betheuern, was grade erklärt und bewiesen werden soll. Wir können also zu keinem andern Schluß kommen, als daß Herr Dühring unfähig ist, auf seine eigne Frage zu antworten: wie die konkurrirenden Unternehmer im Stande sind, das Erzeugniß der Arbeit dauernd über den natürlichen Herstellungskosten zu verwerthen, d. h. daß er unfähig ist, die Entstehung des Profits zu erklären. Es bleibt ihm nichts übrig, als kurzweg zu dekretiren: der Kapitalgewinn ist das Erzeugniß der *Gewalt*, was allerdings ganz einstimmt mit Art. 2 der Dühring'schen Gesellschaftsverfassung: Die Gewalt vertheilt. Dies ist allerdings sehr schön gesagt; aber jetzt „entsteht die Frage": Die Gewalt vertheilt — was? Es muß doch etwas zu vertheilen da sein, sonst kann selbst die allmächtigste Gewalt beim besten Willen nichts vertheilen. Der Gewinn, den die konkurrirenden Unternehmer in die Tasche stecken, ist etwas sehr handgreifliches und handfestes. Die Gewalt kann ihn *nehmen*, aber nicht *erzeugen*. Und wenn Herr Dühring uns hartnäckig die Erklärung weigert, *wie* die Gewalt den Unternehmergewinn nimmt, so hat er gar nur Grabesschweigen als Antwort auf die Frage, *woher* sie ihn nimmt. Wo nichts ist, hat der Kaiser, wie jede andere Gewalt, sein Recht verloren. Aus Nichts wird nichts, namentlich nicht Profit. Wenn das Kapitaleigenthum keinen praktischen Sinn hat und sich nicht verwerthen läßt, so lange nicht in ihm zugleich die indirekte Gewalt über den Menschenstoff eingeschlossen ist, so entsteht abermals die Frage, erstens, wie der Kapitalreichthum zu dieser Gewalt kam, die mit den oben angeführten paar historischen Behauptungen keineswegs erledigt ist, zweitens, wie sich diese Gewalt in Kapitalverwerthung, in Profit verwandelt, und drittens, woher sie diesen Profit nimmt.

Wir mögen die Dühring'sche Oekonomie anfassen wo wir wollen, wir kommen keinen Schritt weiter. Für alle mißliebigen Umstände, für Profit, Bodenrente, Hungerlohn, Arbeiterknechtung hat sie nur Ein Wort der Erklärung: die Gewalt, und immer wieder die Gewalt, und der „gewaltigere Zorn" des Herrn Dühring löst sich eben auch auf in den Zorn über die Gewalt. Wir haben gesehn, erstens, daß diese Berufung auf die Gewalt eine faule Ausflucht ist, eine Verweisung vom ökonomischen Gebiet aufs politische, die keine einzige ökonomische Thatsache zu erklären im Stande ist; und zweitens, daß sie die Entstehung der Gewalt selbst unerklärt läßt, und dies wohlweislich, indem sie sonst zu dem Ergebniß kommen müßte, daß alle gesellschaftliche Macht und alle politische Gewalt ihren Ursprung haben in ökonomischen Vorbedingungen, in der geschichtlich gegebenen Produktions- und Austauschweise der jedesmaligen Gesellschaft.

Versuchen wir jedoch, ob wir dem unerbittlichen „tieferen Grundleger" der Oekonomie nicht noch einige weitere Aufschlüsse über den Profit entringen können. Vielleicht gelingt es uns, wenn wir bei seiner Behandlung des Arbeitslohns ansetzen. Da heißt es S. 158:

„Der Arbeitslohn ist der Sold zum Unterhalt der Arbeitskraft und kommt zunächst nur als Grundlage für Bodenrente und Kapitalgewinn in Betracht. Um sich die hier obwaltenden Verhältnisse recht entschieden klar zu machen, denke man sich Grundrente und weiterhin auch Kapitalgewinn zuerst geschichtlich ohne Arbeitslohn, also auf Grundlage der Sklaverei oder Hörigkeit . . Ob der Sklave und Hörige, oder ob der Lohnarbeiter unterhalten werden muß, begründet nur einen Unterschied in der Art und Weise der Belastung der Produktionskosten. *In jedem Fall bildet der durch die Ausnutzung der Arbeitskraft erzielte Reinertrag das Einkommen des Arbeitsherrn* . . Man sieht also, daß . . . namentlich der Hauptgegensatz, vermöge dessen auf der einen Seite irgend eine Art von Besitzrente und auf der andern die besitzlose Soldarbeit steht, nicht ausschließlich in einem seiner Glieder, sondern stets nur in beiden zugleich betroffen werden kann." Besitzrente ist aber, wie wir S. 188 erfahren, ein gemeinsamer Ausdruck für Bodenrente und Kapitalgewinn. Ferner heißt es S. 174: „Der Charakter des Kapitalgewinns ist eine *Aneignung des hauptsächlichsten Theils des Ertrags der Arbeitskraft*. Ohne das Korrelat der in irgend einer Gestalt unmittelbar oder mittelbar unterworfenen Arbeit läßt er sich nicht denken." Und S. 174: Der Arbeitslohn „ist unter allen Umständen nichts weiter als ein Sold, vermittelst dessen im Allgemeinen der Unterhalt und die Fortpflanzungsmöglichkeit des Arbeiters gesichert sein müssen." Und endlich S. 195: „Was der Besitzrente zufällt, muß dem Arbeitslohn verloren gehn und umgekehrt, was von der allgemeinen Leistungsfähigkeit (!) an die Arbeit gelangt, muß den Besitzeinkünften entzogen werden."

Herr Dühring führt uns von Ueberraschung zu Ueberraschung. In der Werththeorie und den folgenden Kapiteln bis zur Lehre von der Konkurrenz und diese eingeschlossen, also von S. 1—155, theilten sich die Waarenpreise oder Werthe erstens in die natürlichen Herstellungskosten oder den Produktionswerth, d. h. die Auslagen an Rohstoff, Arbeitsmitteln und Arbeitslohn, und zweitens in den Aufschlag oder Vertheilungswerth, die mit dem Degen in der Hand erzwungene Besteuerung zu Gunsten der Monopolistenklasse; ein Aufschlag, der, wie wir sahen, an der Vertheilung des Reichthums in Wirklichkeit nichts ändern konnte, indem er mit der einen Hand das wiedergeben mußte, was er mit der andern nahm, und der außerdem, soweit uns Herr Dühring über seinen Ursprung und seinen Inhalt Auskunft giebt, aus Nichts entstand und daher auch aus Nichts bestand. In den beiden folgenden Kapiteln, die von den Einkünftearten handeln, also von S. 156—217, ist von Aufschlag keine Rede mehr. Statt dessen theilt sich der Werth jedes Arbeitserzeugnisses, also jeder Waare, jetzt in folgende zwei Theile: erstens in die Produktionskosten, worin auch der bezahlte Arbeitslohn einbegriffen, und zweitens in den „durch Ausnutzung der Arbeitskraft erzielten *Reinertrag*", der das Einkommen des Arbeitsherrn bildet. Und dieser Reinertrag hat eine ganz bekannte, durch keine Tätowirung oder Anstreicherkunst zu verdeckende Physiognomie. „Um sich die hier obwaltenden Verhältnisse recht entschieden klar zu machen", denke sich der Leser die soeben angeführten Stellen aus Herrn Dühring gedruckt gegenüber den früher angeführten Stellen aus Marx über Mehrarbeit, Mehrprodukt und Mehrwerth, und er wird finden, daß Herr Dühring hier das „Kapital" in seiner Weise *direkt ausschreibt*.

Die Mehrarbeit in irgend einer Form, sei es der Sklaverei, Hörigkeit oder Lohnarbeit, erkennt Herr Dühring an als Quelle der Einkünfte aller bisherigen herrschenden Klassen: genommen aus der mehrfach angeführten Stelle: Kapital, S. 227: das Kapital hat die Mehrarbeit nicht erfunden u. s. w. — Und der „Reinertrag", der „das Einkommen des Arbeitsherrn" bildet, was ist er anders als der Ueberschuß des Arbeitsprodukts über den Arbeitslohn, welcher letztere ja auch bei Herrn Dühring, trotz seiner ganz überflüssigen Verkleidung in einen Sold, im Allgemeinen den Unterhalt und die Fortpflanzungsmöglichkeit des Arbeiters sichern muß? Wie kann die „Aneignung des hauptsächlichsten Theils des Ertrags der Arbeitskraft" vor sich gehn, außer dadurch, daß der Kapitalist, wie bei Marx, dem Arbeiter mehr Arbeit auspreßt, als zur Reproduktion der von diesem Letzteren verzehrten Lebensmittel nöthig ist, d. h. dadurch, daß der Kapitalist den Arbeiter längere Zeit arbeiten läßt, als erforderlich ist, den Werth des dem Arbeiter gezahlten Arbeitslohns zu ersetzen? Also Verlängerung des Arbeitstags über die zur Reproduktion der Lebensmittel des Arbeiters nöthige Zeit hinaus, Marx'sche Mehrarbeit — das und nichts Andres ist es, was sich verbirgt unter Herrn Dührings „Ausnutzung der Arbeitskraft"; und sein „Reinertrag" des Arbeitsherrn, worin anders kann er

sich darstellen als in Marx'schem Mehrprodukt und Mehrwerth? Und wodurch anders als durch ihre unexakte Fassung, unterscheidet sich die Dühring'sche Besitzrente vom Marx'schen Mehrwerth? Den Namen „Besitzrente" übrigens hat Herr Dühring von Rodbertus entlehnt, der die Bodenrente und die Kapitalrente oder den Kapitalgewinn schon unter den gemeinsamen Ausdruck: Rente, zusammenfaßte, so daß Herr Dühring nur den „Besitz" hinzuzusetzen hatte.*) Und damit ja kein Zweifel bleibe über das Plagiat, faßt Herr Dühring die von Marx im 15. Kapitel (S. 539 u. fl. des „Kapitals") entwickelten Gesetze über den Größenwechsel vom Preis der Arbeitskraft und Mehrwerth in seiner Weise so zusammen, daß, was der Besitzrente zufällt, dem Arbeitslohn verloren gehen muß und umgekehrt, und reduzirt damit die inhaltvollen Marx'schen Einzelgesetze auf eine inhaltlose Tautologie, denn es ist selbstredend, daß von einer gegebnen, in zwei Theile zerfallenden Größe der eine Theil nicht wachsen kann, ohne daß der andre abnimmt. Und so ist es Hrn. Dühring gelungen, die Aneignung der Marx'schen Ideen in einer Weise zu vollziehen, bei der die „letzte und strengste Wissenschaftlichkeit im Sinne der exakten Disziplinen", wie sie sich in der Marx'schen Entwicklung allerdings findet, vollständig verloren geht.

Wir können also nicht umhin anzunehmen, daß das auffallende Gepolter, das Herr Dühring in der „Kritischen Geschichte" über „Das Kapital" erhebt, und namentlich der Staub, den er aufwirbelt mit der famosen Frage, die beim Mehrwerth entstebt, und die er besser ungefragt gelassen hätte, sintemal er sie selbst nicht beantworten kann — daß das Alles nur Kriegslisten sind, schlaue Manöver, um damit das im „Kursus" an Marx begangene grobe Plagiat zu verdecken. Herr Dühring hatte in der That alle Ursache, seine Leser zu warnen vor der Beschäftigung mit „dem Knäuel, welches von Herrn Marx Kapital genannt wird", vor den Bastarden historischer und logischer Phantastik, den Hegel'schen konfusen Nebelvorstellungen und Flausen u. s. w. Die Venus, vor der dieser getreue Eckart die deutsche Jugend warnt, hatte er sich selbst zum eignen Gebrauch aus den Marx'schen Gehegen im Stillen in Sicherheit gebracht. Gratuliren wir ihm zu diesem durch die Ausnutzung der Marx'schen Arbeitskraft erzielten Reinertrag und zu dem eigenthümlichen Licht, den seine Annexion des Marx'schen Mehrwerths unter dem Namen der Besitzrente auf die Motive seiner hartnäckigen, weil in zwei Auflagen wiederholten, falschen Behauptung wirft, als verstehe Marx unter Mehrwerth nur den Profit oder Kapitalgewinn.

Und so müssen wir Herrn Dühring's Leistungen schildern in Herrn Dühring's Worten wie folgt: „Nach der Ansicht des Hrn." Dühring „vertritt der Arbeitslohn nur die Bezahlung derjenigen Arbeitszeit, welche der Arbeiter wirklich für die Ermöglichung der eignen Existenz thätig ist. Hierzu genügt nur eine kleinere Anzahl Stunden; der ganze übrige Theil des oft langgedehnten Arbeitstags liefert einen Ueberschuß, in welchem die von unserm Autor sogenannte" Besitzrente . . . „enthalten ist. Abgesehen von der auf irgend einer Stufe der Produktion bereits in den Arbeitsmitteln und relativen Rohstoffen enthaltenen Arbeitszeit, ist jener Ueberschuß des Arbeitstags der Antheil des kapitalistischen Unternehmers. Die Ausdehnung des Arbeitstags ist hiernach reiner Auspressungsgewinn zu Gunsten des Kapitalisten. Der giftige Haß, mit dem Herr" Dühring „diese Vorstellungsart des Ausbeutungsgeschäfts pflegt ist nur zu begreiflich" . . . Weniger begreiflich dagegen ist, wie er nun wieder zu seinem „gewaltigeren Zorn" kommen will?

*) Und auch dies nicht einmal. Rodbertus sagt (Soziale Briefe 2. Brief, S. 59): „Rente ist nach dieser (seiner) Theorie alles Einkommen, was ohne eigene Arbeit, lediglich auf Grund eines Besitzes, bezogen wird."

Die Grenzen der Erkenntniß.

Von J. Dietzgen.

In Sachen dieses Themas gelangte jüngst von fachkundiger Hand an die Redaktion des „Vorwärts" ein anonymes Schreiben, welches in sachlicher Erörterung den Beweis zu bringen suchte, daß Philosophie und Sozialdemokratie zwei separate Dinge seien, so daß man vollblütig der Partei angehören könne, ohne mit der „sozialdemokratischen Philosophie" einverstanden zu sein, woraus weiter erhelle, daß das Centralorgan der Partei unrecht thue, wenn es erlaube, daß philosophische Abhandlungen sich ausdrücklich als Parteisache darstellen.

Die Redaktion des „Vorwärts" war dann so freundlich, mir, da der Brief sich auf meine Artikel bezog, die Einsicht desselben zu gestatten. Obgleich der Verfasser ausdrücklich gewünscht hat, mit seinen Widersprüchen keine öffentliche Diskussion zu veranlassen, weil, wie er sagt, die Hin- und Herrede in Zeitungen keine gründliche Behandlung dieser Dinge zulasse, so glaube ich doch, daß er es unmöglich indiskret finden kann, wenn seine Ein- und Vorwürfe hier als Mittel dienen zur Erläuterung einer Sache, die dem Schreiber jenes, dem Schreiber dieses und wie aus der allgemeinen gegenwärtigen Betheiligung hervorgeht, dem ganzen Zeitalter noch am Herzen liegt. Und was die Gründlichkeit anlangt, will mir dünken, daß dazu dickleibige Bücher nicht besser angethan sind, als kürzere Zeitungsartikel. Im Gegentheil, die weitschweifige Salbaderei ist derart haufenweise vorhanden, daß einem großen Theile des Publikums gerade dadurch der Geschmack an der Sache verloren geht.

Zunächst möchte ich widersprechen, daß Philosophie und Sozialdemokratie separate Dinge seien, die nicht zusammengehören. Ganz recht! man kann ein wirksames Parteimitglied sein und nebenbei ein „kritischer Philosoph", vielleicht gar ein guter Christ. Ist doch die Menschenseele ein wunderliches Ding, da auch mit den ausgemachtesten Widersprüchen sie leicht sich abzufinden weiß. Und nicht nur in philosophischen oder religiösen, auch sogar in volkswirthschaftlichen Dingen ist ein großes Maß der Ketzerei zulässig. In der Praxis sollen wir tolerant sein bis zum Extrem, und gewiß, kein Sozialdemokrat wird daran denken, die Parteimitglieder in eine Uniform stecken zu wollen. Aber eine theoretische Uniform muß sich Jeder anlegen, der der Wissenschaft huldigt. Theoretische Uniformirung, systematische Einhelligkeit ist das erstrebte Produkt und der bewunderte Vorzug aller Wissenschaft. Daß die Sozialdemokratie wissenschaftlich und die Wissenschaft sozialdemokratisch ist, wird der geehrte Widersacher hoffentlich zugeben. Allerdings giebt es viele wissenschaftliche Disziplinen, die das sozialistische Streben nach Befreiung der geknechteten Menschheit weniger tangiren. Aber die philosophische Frage, die Frage, ob etwas Metaphysisches, „etwas Höheres" hinter oder über der Welt haust, welches zu begreifen für unsern Intellekt zu monströs, das zu erklären den menschlichen Verstand übersteigt, also die Spezialfrage der Philosophie nach den „Grenzen der Erkenntniß", berührt ganz fühlbar die Knechtschaft des Volks.

Die Sozialdemokratie erstrebt keine ewigen Gesetze, keine bleibenden Einrichtungen oder festgeronnenen Formen, sondern im Allgemeinen das Heil des Menschengeschlechts. Geistige Erleuchtung ist das unentbehrliche Mittel dazu. Ob das Erkenntniß-Instrument ein begrenztes, d. h. ein untergeordnetes, ob die wissenschaftlichen Erforschungen wahre Begriffe, Wahrheit in höchster Form und letzter Instanz liefern, oder ob nur armselige „Surrogate", welche das Unbegreifliche über sich haben, — die Erkenntnißtheorie also ist eine eminent sozialistische Angelegenheit.

Alle Herrschaften, welche die Völker ausgebeutet haben, stützten sich bis heute auf eine höhere Mission, auf eine Abstammung von Gottes Gnade, auf heilige Salben und metaphysischen Weihrauch. Und wenn sie auch die Aufklärung, die religiöse Freiheit, den politischen Fortschritt und die kritische Philosophie im Munde führten, so wußten sie doch sehr wohl, daß ohne „etwas Höheres", etwas Unbegreifliches, ohne etwas Metaphysisches, und wäre es auch nur eine „sittliche Weltordnung", die Zügel nicht mehr haltbar sind, welche das Volk in Rand und Band, und die Herrschaften in Besitz und Würde erhalten.

Nur kein Mißverständniß! Nicht als wenn die Sozialdemokratie die Gegnerin der sittlichen Weltordnung wäre. Auch wir wollen die Welt sittlich ordnen; aber wir wollen die Ordnung nicht von oben, sondern von unten haben, d. h. wir wollen sie selbst machen. Wir gebrauchen dann zu ihrer Anordnung und Erhaltung keine höhere Phantasterei und keine „Grenzen der Erkenntniß". Es ist im Gegentheil ganz vornehmlich eine sozialdemokratische Aufgabe, der verkehrten Welt klar zu machen, daß wohl mein, dein und sein Intellekt ein armseliges Instrument ist, im Verhältniß zum unermeßlichen Problem der Wissenschaft, so also, daß jede Person ihre Aufgabe begrenzen muß; daß aber anderseits das Erkenntnißvermögen der menschlichen Gattung so absolut einsichtsvoll und unbegrenzt, so unermeßlich ist, wie die Aufgabe, welche ihm die Natur zur Lösung vorlegt. Die Armseligkeitstheorie, die Lehre vom begrenzten Menschenverstand ist der letzte Rest des religiösen Humbugs. Wer mit dem sozialdemokratischen Programm die Befreiung der arbeitenden Klasse durch die Arbeiter selbst erstrebt, der muß das närrische Harren und Hoffen, das philosophische Spintisiren und Forschen, insofern es auf eine andere Welt gerichtet ist, gründlich ablegen.

Diese „andere Welt" ist von der Wissenschaft und in wissenschaftlichen Kreisen beseitigt, bis auf den mehrerwähnten Rest von den „Grenzen der Erkenntniß". So lange die aber da sind, so lange steckt die Idee von einer höheren unbegrenzten Erkenntniß dahinter, so lange ist auch das „Unbegreifliche" da, und so lange kann derjenige, dem ein solcher Spuk vor Augen steht, zu keinem rechten Selbstvertrauen in die menschliche Kraft und Zurechnungsfähigkeit gelangen.

Zur radikalen Umgestaltung der unsittlichen herrschenden Weltordnung ist das energische Bewußtsein von der unbeschränkten Fahigkeit der menschlichen Intelligenz erfordert; dazu ist unumgänglich, daß wir das Gerede von der Möglichkeit einer „höheren" Erkenntniß in dieselbe Kategorie stellen, wo die Leiber der Seligen stehen, die wohl einen Magen haben, der aber keine Speise und keinen Trank bedarf. Wenn es ein anderes Erkennen geben kann, wie das, was man gemeinlich Erkennen nennt, dann kann es auch Fleisch und Blut geben, was so aussieht, so schmeckt und ganz so beschaffen ist, wie Mehl und Wasser; kurzum, dann sollen wir katholisch werden, unser Heil im Gebet suchen und nicht in der Arbeit; wir müssen dann die Sozialdemokratie aufgeben.

Der unbekannte Genosse ist anderer Meinung. Er will für die Existenz von etwas Unbegreiflichem, für die begrenzte Erkenntniß streiten, und doch nicht Ernst machen, nicht an den Grenzen festhalten. Wer wahrhaft glaubt, daß Etwas unbegreiflich ist, muß und wird auch mit seinen Begriffen davon bleiben und nicht wieder forschend daran herumknabbern, sonst behandelt er ja das Uebernatürliche wie Natürliches, das Unbegreifliche wie Unbegriffenes. Solche Gleichsetzung, meint der Widersacher, sei nur eine „äußerliche", der Widerspruch nur scheinbar, indem damit nichts weiter als die Weigerung des Menschengeistes angedeutet werden soll, welcher die obige Gleichsetzung unwillkürlich vollzieht, weil er die Existenz des unbegreiflichen nicht zugeben will und es darum für nur unbegriffen erklärt. Thäte er das nicht, nähme er vielmehr ruhig an, daß das Unbegreifliche wirklich vorhanden und für ihn das unentzifferbare „Buch mit sieben Siegeln" wäre, so würde ihm mit diesem Zugeständniß auch aller Trieb des Forschens verschwinden und es gäbe keine Wissenschaft mehr.

Demnach hätte der Mensch zwei Geister, der eine muß etwas Unbegreifliches haben, und der andere muß es erforschen. Dagegen halte ich es an der Zeit, den Menschengeist zu instruiren, daß das Unbegreifliche kein Objekt der Wissenschaft ist, und dabei die Forschung doch mehr wie Stoff am Unbegriffenen habe.

„Es ist dies", fährt der Gegner fort, „ja nichts weiter als der alte Streit über die Grenzen der menschlichen Erkenntniß, den Ihr (des „Vorwärts") Correspondent in seiner eigenen, mir allerdings nicht sehr sympathischen Weise dargestellt hat. Sehen wir daher doch einmal zu, heißt es weiter, ob denn unsere Philosophie-Professoren diesen Punkt so sehr malträtirt haben, daß wir ihnen nothwendig „den Laufpaß" geben müssen.

„Der Erste, der die Untersuchung über die Grenzen der Erkenntniß wissenschaftlich durchgeführt hat, war Kant. Allerdings ist er nicht über die „Verstandeskategorien" hinausgekommen und mußte für seine „praktische Vernunft" Hypothesen annehmen, welche seinem System einen inneren Zwiespalt aufnöthigten. Eben dadurch entwickelte sich aber aus diesem System, obgleich es die Grenzen des formalen Erkennens scharf genug angegeben hatte, die Nöthigung, auf der betretenen Bahn weiter fortzuschreiten. Und was war das denn anders, als der Trieb, das Unbegreifliche zu begreifen, d. h. den innern Widerspruch des Denkens zu lösen.

„Fichte versuchte diese Lösung, indem er ꝛc. ꝛc.

„Dann trat Hegel dem Unbegreiflichen um einen noch viel größeren Schritt näher, indem er demonstrirte ꝛc. ꝛc. . . . . er zeigte, daß es nur darauf ankommt, unseren eigenen Geist zu begreifen, um damit auch den Geist der Welt zu erfassen. Somit war uns doch offenbar das „Unbegreifliche" viel, viel näher gerückt. Und wenn wir also bedenken, wie sehr die drei genannten Philosophen unsere wissenschaftliche Erkenntniß gefördert haben, da sie es versuchten, das Unbegreifliche zu begreifen, sollten wir uns dann nicht wohl dafür hüten, die „zünftige" Philosophie zu verdammen und ihr den Laufpaß zu geben."

Darauf antwortet die sozialdemokratische Philosophie folgendermaßen: sie hat nie im Entferntesten daran gedacht, den geschichtlichen Philosophen die gebührende Anerkennung zu versagen. Im Gegentheil geht sie davon aus, daß Kant, Fichte und Hegel das Unbegreifliche (nämlich das Erkenntnißvermögen) soweit in Begriffenes verwandelt haben, daß nunmehr die Zeit gekommen ist, wo wir mit der ganzen Metaphysik allen zünftigen Philosophen den Laufpaß geben, allen, welche die geschichtliche Errungenschaft verkennen und immer noch aus irgend einem Unbegriffenen etwas Unbegreifliches machen. Die „Kritik der Vernunft", die „Wissenschaftslehre", die „Logik" oder die Erkenntnißtheorie ist mittels ihrer geschichtlichen Entwicklung so weit gediehen, daß nur die Sozialdemokratie klar weiß, was erkennen heißt, und dürfen wir deshalb wohl mit Hohn von den gelehrten Kapuzinern reden, welche dem Naturerkennen noch ein „Höheres" überordnen.

Von Kant heißt es, sein System habe „die Grenzen des formalen Erkennens scharf genug angegeben". Nun ist das der Punkt, den wir mit aller Macht bestreiten, der Punkt, wo sich die sozialdemokratische Philosophie von der zünftigen durchaus trennt. Kant hat die Grenzen des formalen Erkennens nicht scharf genug angegeben, weil er mit dem bekannten „Ding an sich" auch den Glauben an ein anderes, an ein höheres Erkennen, an einen übermenschlichen Monstreverstand hat bestehen lassen. Formales Erkennen! Naturerkennen! Nach anderem Erkennen mögen die „Philosophen" schmachten, aber den Nachweis, wo etwas davon ist, und den Bericht, wie es beschaffen, sollen sie noch liefern.

Von der wirklichen, im täglichen Gebrauche befindlichen Erkenntniß sprechen sie so geringschätzig, wie die alten Christen vom „schwachen Fleisch". Die reale Welt ist eine schlechte „Erscheinung", und ihr wahres Wesen ein Geheimniß. Nachdem diese faule Redensart in anderen Disziplinen unpopulär geworden, wird der Schwindel in der Erkenntnißtheorie fortgesetzt. Ein anderes Blech wie Naturblech will Niemand haben, aber eine andere Erkenntniß — nun Bauer, warum ist das etwas Anderes? — Wenn die Naturwissenschaft sich überall sonstwo mit dem Phänomen befriedigt, warum nicht mit der Phänomenologie des Geistes? Hinter den „Grenzen des formalen Erkennens" sitzt immer der höhere unbegrenzte metaphysische Verstandskasten, hinter dem zünftigen Philosophen der Theologe und das beiden gemeinsame „Unbegreifliche".

Und wenn nun Hegel zeigte, „daß es nur darauf ankommt, unsern eigenen Geist zu begreifen, um damit auch den Geist der Welt zu erfassen", so sind wir vollkommen einverstanden. Nur den mysteriösen Ausdruck würde die sozialdemokratische Philosophie rektifiziren: sie kennt nämlich nur einen Geist, der Menschengeist ist der Geist der Welt.

„Aber was ist denn nun das Unbegreifliche?" fragt der betreffende Brief an die Redaktion des „Vorwärts". — „Wenn wir eingeben müssen, daß jeder richtige wissenschaftliche Versuch, es zu begreifen, uns ihm ein gutes Stück näher bringt, sollten wir da nicht meinen, es würde sich am Ende wirklich in das Begriffene verwandeln? Und damit wäre ja dann die Forderung Ihres Correspondenten, allerdings nicht auf seinem Wege, sondern auf dem der zünftigen Philosophie erfüllt. Auch auf diese Frage giebt der zünftige Philosoph die Antwort, indem er erklärt, daß das „Sein" als das absolut Ruhende sich auf keine Weise in die absolute Bewegung des Denkens auflösen läßt. Mit diesem Wort ist also die Grenze der Erkenntniß, d. h. das Unbegreifliche bestimmt, fährt der Gegner fort. Folgt denn nun daraus, daß wir seine Existenz leugnen, daß wir ihm fern bleiben sollen? Sicher nicht! Jeder wissenschaftliche Versuch, ihm näher zu kommen, es zu be- oder doch zu umgreifen, führt uns dem dunklen Punkte näher und verbreitet neues Licht über ihn, wenn wir ihn auch niemals zur absoluten Klarheit zu bringen vermögen. Und die Verfolgung dieses Zieles ist Aufgabe der Philosophie im Gegensatz zu derjenigen der Naturwissenschaft, welche nur Gegebenes betrachtet und Erscheinungen erklärt."

Erscheinungen erklärt: Phänomen! Hm! Hm!

Also das Objekt der Philosophie, das Unbegreifliche ist ein Vogel, dem wir mit unserm Begriffsvermögen wohl hin und wieder ein Federchen ausrupfen können, der aber niemals nackt zu pflücken ist, sondern ewig unbegreiflich bleiben muß. Betrachten wir näher die Federn, welche historische Philosophen bereits gerupft haben, so erkennen wir daran den Vogel: es ist der Menschengeist, um den es sich handelt. Und da sind wir denn wieder an dem entscheidenden Punkte, der die Materialisten von den Idealisten trennt: uns ist der Geist ein Naturphänomen und ihnen ist die Natur ein Geistesphänomen. Wenn es nur dabei bliebe. Nein, im Hintergrund lauert die schlechte Absicht, den Geist zum „Wesen", zum Ding höherer Herkunft, und alles andere zu einer Platitüde zu machen.

Wir müssen deshalb daran erinnern, wie der Welt wohl bekannt ist, daß nicht nur der Geist, das Bewußtsein oder die Empfindung, sondern alle Dinge „im letzten Grunde" unbegreiflich sind. „Wir sind nicht im Stande, die Atome zu begreifen und wir vermögen nicht aus den Atomen und ihrer Bewegung auch nur die geringste Erscheinung des Bewußtseins zu erklären", sagt Lange in seiner „Geschichte des Materialismus", oder ein Anderer: „das Wesen der Materie ist schlechthin unbegreiflich". Dies Causalitätsbedürfniß nennt sich mit anderm Namen auch „Trieb des Forschens", der, unbändig, es nicht unterlassen kann, auch dem „Unbegreiflichen" an den Federn zu rupfen.

Dagegen behaupten wir: was sich möglicherweise begreifen läßt, ist nicht unbegreiflich. Wer Unbegreifliches will, treibt Eulenspiegelei. Wie mit dem Auge nur das Sichtbare, mit dem Ohr nur das Hörbare, so kann ich mit dem Begriffsvermögen nur das Begreifliche begreifen. Und wenn auch die sozialdemokratische Philosophie lehrt, daß Alles was da ist, vollkommen zu begreifen, so soll doch auch das Unbegreifliche nicht geleugnet sein. Das sei anerkannt; aber nur nicht in dem zwieschlächtigen vertrakten „philosophischen" Sinne, der das Unbegreifliche doch wieder höheren Orts begreiflich werden läßt. Wir machen Ernst mit der Sache, wir wissen von keiner höheren Erkenntniß als von der gewöhnlichen, menschlichen, wissen positiv, daß unser Verstand wahrhaft Verstand heißt, und es so wenig einen wesentlich andern Verstand wie viereckige Kreise geben kann. Wir stellen den Intellekt in die Reihe der gemeinen Dinge, die ihre Natur nicht ändern können, ohne ihre Namen zu ändern.

Die sozialdemokratische Philosophie ist mit der „zünftigen" einverstanden: „das Sein läßt sich auf keine Weise im Denken auflösen", auch kein Theil des Seins. Aber wir erkennen es auch nicht als Aufgabe des Denkens, das Sein aufzulösen, sondern nur formell zu ordnen, die Klassen, Regeln und Gesetze zu ermitteln, kurz das zu thun, was man „Naturerkennen" nennt. Alles ist begreiflich, insofern es zu klassifiziren ist, alles ist unbegreiflich, insofern es sich nicht in Gedanken auflösen läßt. Dies können, sollen und wollen wir nicht und bleiben ihm darum fern. Wohl aber können wir das Umgekehrte: das Denken im Sein auflösen, d. h. das Denkvermögen als eine von den vielen Arten des Daseins klassifiziren.

Der widerstreitende Parteigenosse will sich darauf stützen, daß Kant, Fichte und Hegel dem Unbegreiflichen sich genähert haben. Was aber diese Philosophen begriffen, war nichts Unbegreifliches, sondern nur der begriffsmäßige Theil des Intellekts, oder das „formale Erkennen". Wir geben nur ein klein Stückchen weiter, und begreifen den Intellekt vollständig als ein formales Instrument, das in der Erkenntnißtheorie nur dasselbe thun kann, was

es in der Naturwissenschaft praktizirt. Uns ist die Wissenschaft ein einheitlicher Genus, Philosophie und Naturerkennen sind Spezies, die beide „Gegebenes" betrachten, oder „Erscheinungen" erklären. Wir finden den Intellekt ebenso erfahrungsmäßig gegeben, wie die Materie. Denken und Sein, Subjekt und Objekt befinden sich innerhalb der Erfahrung. Das eine nur als absolute Ruhe vom andern als absolute Bewegung zu unterscheiden, das ist, seit die Naturwissenschaft alles und alles auf Bewegung reduzirt, eine unhaltbare Unterscheidung. Was der parteigenössische „Philosoph" vom Unbegreiflichen gesagt hat, daß jeder wissenschaftliche Versuch dem dunklen Punkte näher führt, wenn wir ihn auch niemals zur absoluten Klarheit bringen können, dasselbe gilt ohne alle Mystifikation auch vom Objekt der Naturwissenschaft, vom Unbegriffenen. Auch das Naturerkennen hat sein unbegrenztes Ziel, auch ohne mysteriöse „Grenzen" kommen wir dem dunklen Punkte immer näher, ohne es jemals zur vollen Klarheit bringen zu können, d. h. die Wissenschaft hat keine Grenzen.

Geben wir zu, der Mensch hat den Trieb, alles zu erforschen, aber um diesen Trieb rationell zu verwenden, muß man ihn verstehn. Der rationelle Forschungstrieb will das Dasein regeln, die Gesetze des Daseins ermitteln. Wo er über das Dasein hinaus soll, soll er über seine und über alle Natur hinaus. In dieser Zumuthung besteht die philosophische Ueberschwenglichkeit, die sie von der Religion geerbt hat. Sie erkennt die „letzten Gründe" aller Begreiflichkeit: nämlich die Empirie oder Thatsache. Auf sinnliche Thatsachen und Erfahrungen sollen sich wesentlich die Gedanken gründen. Wer umgekehrt auf den Geist oder die Logik Thatsachen gründen will, darf das nur formell verstehn. Der letzte Grund, warum der Stein fällt, oder die Wärme sich ausdehnt, ist die Thatsache, und das Gesetz der Schwere und das Gesetz der Wärme sind Abstraktionen, sind formelle Gründe. Nicht nur läßt sich das Sein nicht im Denken auflösen, sondern es versteht sich klar, daß das philosophische Begehren nach solcher Auflösung eine idealistische Ueberspannung ist.

Wie der Mensch den Trieb hat, alles zu erkennen, so hat er auch den Trieb, alles sehen zu wollen. Gut! Da ist eine Glasscheibe, die ist durchaus sichtbar, sichtbar durch und durch. Und doch ist sie nicht durchaus sichtbar. Von ihrer Schwere oder Härte läßt sich nichts sehen, ihr Vermögen, zu klingen, läßt sich nur hören ꝛc. Ebenso mit der Erkenntniß: wir können alle Dinge durchaus erkennen; aber nebenher sind sie noch mehr wie kenntlich, und daß sie noch mehr sind, daß sich das Sein nicht auflöst im Denken, darf nur der Phantast beklagen. Wenn wir alles erkennen könnten, alles, alles ganz und gar, so wäre damit die Erkenntniß alles und kein Objekt vorhanden. Wissenschaft und nichts zu wissen! Licht und nichts zu sehen! da wäre es genau so, wie dazumal, als noch Nichts war — „da war alles wüst und leer."

Zur Kulturgeschichte der Deutschen.

III.

Daß die Schweden, Norweger und Insel-Dänen sich früh zu einigen Völkern und Reichen ausbildeten — worin ihnen die um 450 nach Chr. aus Jütland gekommenen Angelsachsen in England glichen — erklärt sich leicht aus der ganz abgeschlossenen Grenze, welche jedes dieser Völker besaß, und erweist dies zugleich, daß in der deutschen Naturanlage die Fähigkeit zur Staatenbildung nicht fehlt, aber begünstigender Umstände bedarf, wenn der unbändige Selbstständigkeitsdrang in Grenzen gehalten werden soll. Es ist aber naturgesetzlich zu erklären, wie diese Völker jenen unbezwinglichen, beispiellosen Eroberungs- und Abenteuerdrang um der Abenteuer selbst willen ausprägten. Die gesammte germanische Familie fühlte sich von jeher noch mehr als alle andren weißen Völker zur Weltherrschaft berufen; bei den Skandinaviern oder Normannen aber finden wir zuerst die bekannte „Berserkerwuth", die tolle Lust am Dreinschlagen, die Versessenheit auf das zwecklose Abenteuern, welcher der Sieg, der Ruhm, die Beute und die Herrschaft erst in zweiter Linie kamen, den halb wahnwitzigen Thatendrang und Unternehmungsgeist, besonders zur See, kurz den Größenwahnsinn als beherrschende Volksleidenschaft. Und dies ist um so bemerkenswerther, da die Normannen nie mit dem Römerreiche in dauernde Berührung, nur in Handelsaustausch aus zweiter Hand getreten waren und fast ein Jahrtausend ganz abgeschlossen für sich hingelebt und keine Feinde gehabt hatten, ausgenommen die armselige Mongolen-Urbevölkerung ihrer Länder, welche sie theils versklavten, theils polwärts vertrieben, ohne daß davon ein Denkmal vorhanden ist als das mongolische Wort Thräl, Knecht, welches in die Sprache der genannten Völker eingebürgert ist, und eine dunkle Erinnerung bei den Lappen selbst an ihre Verdrängung und Verelendigung vor Alters.

Zur Erklärung dieses Räthsels bieten sich zwei Ursachen: die Natur des Landes und Klimas und die zur Schiffahrt einladende Küste, welche fast überall sichtbar ist. Der Boden ist stellenweis fruchtbar, und bis zum 62. Grad in Schweden, bis zum Polarkreise in Norwegen (des warmen Golfstroms wegen) zum Ackerbau so geeignet wie für den Lebensunterhalt unentbehrlich; er war aber dicht bewaldet und seine Beurbarung erschwert, so daß beim Mangel an Sklaven die Zeit vieler Jahrhunderte darauf ging, um eine rasch wachsende Bevölkerung mit den vielen Bedürfnissen zu versorgen, welche das schroff wechselnde Klima und der harte lange Winter erfordern. Da diese Bevölkerung am Ende der bekannten Welt sich nicht ausbreiten konnte, führte ihre wachsende Dichtigkeit zu vielen Kriegen zwischen den Stämmen um den Boden, und der siegende Stamm gab jedem der drei Länder seinen Adel und seinen König, also politische Einheit. Der Adel und die Könige mußten bei dem erwachten Herrscherbewußtsein außerhalb des Landes Beschäftigung suchen. Mittlerweile aber hatte die Küste mit ihren zahllosen tiefeingeschnittenen und schmalen Buchten, welche hier und da fast die einzigen Verkehrsstraßen bilden, die zahllosen Landseen und schiffbaren Flüsse, die nahe in Sicht liegenden Inseln, der Fischreichthum der umgebenden Meere und zuletzt die geringe Ferne andrer Länder zur Seefahrt von wachsender Kühnheit eingeladen. Wir finden dieselbe Erscheinung überall auf der Erde wieder, wo es viele Meerbusen, Inseln, Halbinseln und in einiger Nähe andre Länder giebt — so bei den Bewohnern Griechenlands und des alten Phöniziens, bei den Venedigern und Genuesen und Engländern, den Friesen und Holländern des Mittelalters, bei den Malaien und bei den Anwohnern des Behringsmeeres in Ostasien und Nordwestamerika. Nirgends aber ist die Landschaft so wild, bezaubernd großartig und doch wieder idyllisch lieblich, so sehr auf die Einbildungskraft und körperliche Abhärtung wirksam, als in Skandinavien. So begannen denn um 600 n. Chr. die Handelsfahrten über die Ostsee, die Düna hinauf und den Dnjepr hinab ins Schwarze Meer und bis Konstantinopel, die Oder hinauf, die March hinab, die Donau und den Inn hinauf über den Brenner nach Venedig, und die ganze atlantische Küste entlang bis ins Mittelmeer. So wurden die Schwächen aller europäischen Länder ausgekundschaftet, die Habgier nach deren Schätzen erregt, und es folgte der Seeraub dem Handel, während er sonst immer in der Geschichte ihm vorangeht. Die ersten Raubzüge an den norddeutschen, französischen und englischen Küsten glückten (seit 800) und nun gingen die Normannen mit vollem Bewußtsein auf die Eroberung der Welt aus — ein Volk von insgesammt wohl nicht fünf Millionen, welches auf einmal wohl nicht mehr als ein paar Tausend Krieger sparen konnte. Es ist bezeichnend, daß nicht mehr als diese Zahl erforderlich waren, um festen Fuß an der Mündung der Seine zu fassen, Paris zu plündern, dem fränkischen Reiche die ganze, nach ihnen genannte Normandie zu entringen und sich da für immer zu behaupten; daß siebzig Normannen genügten, eine Stadt Unteritaliens, Aversa, einzunehmen und zu halten, bis Verstärkung genug kam, um dort ein normannisches Königreich über Sizilien und ganz Unteritalien auszudehnen. Von der Normandie aus wurde später (1066) England eingenommen, welches vorher schon einmal vom dänischen König Kanut erobert worden war und noch früher zweimal großentheils; von Unteritalien aus eroberten die Normannen den besten Theil des griechischen Kaiserreichs, welches ihre in Rußland herrschenden Genossen seit Jahrhunderten unsicher gemacht, ja zum Tribut gezwungen hatten. Eine friedliche Bauernschaar entdeckte 875 Island und 899 Grönland und Nordamerika, welche sie besiedelten, während sie blos in Island sich halten konnten.

Die Bataver und Friesen, aus welchen die heutigen Holländer erwachsen sind, waren von je ein nicht minder freiheitsliebendes und tapferes Volk als die Standinaven und sind nie leibeigen oder unterworfen gewesen, wie es die Dänen und Südschweden zeitweilig waren. Woher kommt es, daß sie nie erobernd aufgetreten sind, außer spät und nothwendigerweise in Ostindien? Bei ihnen war die Tapferkeit nie mit Tollkühnheit, sondern mit Bedächtigkeit und Ausdauer gesellt; ihnen war immer „Vorsicht der Tapferkeit besseres Theil", nur in anderem Sinne als bei Falstaff. Das kommt davon her, daß sie ihr Land dem Meere abgerungen und täglich es vor seiner gewaltigen Macht durch unermüdliche, geduldige Arbeit beschützen mußten. Das kommt nicht minder von der eintönigen Landschaft, dem nebligen, oft trüben Himmel und rauhem Klima, welchen auch gar nichts von Einwirkung auf die Phantasie und die Lebenslust eigen ist, und welche die Viehzucht zum überwiegenden Theile der Landwirthschaft gestalten, während sie den Seefahrer ausschließlich zum berechnenden Großhändler anstatt zum Helden umprägen. Daß einem solchen Volke alle hervorragende Begabung zur schönen Kunst fehlt, während die zur Forschung und Wissenschaft höchst bedeutend dasteht, nimmt nicht Wunder. Ihnen verdankt es die Welt, daß die republikanische Selbstregierung, nachdem sie in der Schweiz zu verfallen begonnen hatte, von der alten Zeit auf die Neuzeit herüber gerettet wurde, in England Wurzel schlug, nach Nordamerika verpflanzt wurde und dem greisen Europa als Vorbild weiterleuchtete. Die Republik Holland, eben erst in dem Riesenbefreiungskampfe mit der ganzen Macht Philipps II. fertig geworden, kam nahe daran — wie Ed. Dulter bewiesen hat — aus ganz Deutschland eine Bundesrepublik zu machen (kurz vor dem dreißigjährigen Kriege, welcher in diesem Falle nebst allen seinen entsetzlichen Folgen uns erspart geblieben wäre). Etwas mehr Kühnheit bei den Holländern und etwas weniger Eifersucht und Halbheit bei dem czechischen Adel Böhmens und Mährens, welcher damals das Schicksal Deutschlands in der Hand hielt — und Holland wäre bei Deutschland geblieben, dieses hätte werden müssen, was England geworden ist, und alle Verhältnisse Europas hätten sich viel fortschrittlicher und menschlicher entwickeln müssen! So furchtbar rächte sich an den Deutschen die Vergewaltigung seiner Slawen!

Daß die keltischen Völker soweit von den Deutschen abgewichen sind, wird begreiflich aus ihren Sprachen selbst, in welchen die deutsche Beimischung nur eine mäßige ist. Auch in allen andern Zügen ihrer Eigenthümlichkeiten erscheint das deutsche Wesen nur eben noch erkennbar. Nur unter der Annahme, daß es schwache Abenteurerbanden der Deutschen waren, welche, den Pionieren des amerikanischen Westens vergleichbar, die dunkelfarbigen und die mongolischen Urbewohner Westeuropas, nicht ausrotten, nur umbilden konnten durch Rassenmischung und mitgebrachte Erfindungen, nur unter dieser Annahme erklärt sich das örtlich so verschiedene und doch im Ganzen ähnliche Gepräge der keltischen Völker. Das bei allen Uebereinstimmende scheint durch die Deutschen, das örtlich Verschiedene durch die bunte Urbevölkerung, klimatische und Bodenverschiedenheit hineingekommen zu sein. Wo, wie in Hochschottland und Nordirland die Viehzucht fast allein Lebensunterhalt bot, finden wir den mongolischen Communismus und das Patriarchenthum, mit häufigen Kriegen und Stammesfehden und der Blutrache stark ausgebildet. Wo phönizische und griechische Seefahrer Bergwerke und Handel eingeführt hatten, wie an den Küsten von Spanien, der Bretagne, Wales und Westirland, da entstehn gewerbfleißige, friedliche Landstriche, Schiffahrt und Handel. In fruchtbarem Binnenlande entstehn keine Dörfer, sondern umwallte Städte, in welchen Ackerbauer wohnen, und kleine Königreiche, und durch deren Fehden unter einander ein Lehnsadel und Eroberungskriege, also Staaten von wachsender Größe, besonders in Gallien. Das Uebereinstimmende erscheint, außer im Sprachbau und Wurzeln, besonders in der Religion, in der Bearbeitung der Erze (neben der Bronze schon das Eisen) in der Kriegskunst, in der etwas höheren Stellung der Frauen und in der stolzen Ueberschätzung des eignen Volkes über alle andern, welche die Nachahmung des bei andern Völkern Vorzüglichen erschwert. Da die keltischen Völker alle auf Halbinseln oder Inseln wohnen, oder ziemlich geschlossene Grenzen haben, bildeten sie früh abgeschlossene Nationalitäten, selbst ohne politische Einheit, und so oft sie auch von fremden Völkern unterjocht und mit ihnen vermischt wurden, bildete sich doch bald eine neue geschlossene Nationalität aus der Mischung.

So sieht man es denn vielfach bestätigt, was wir zur Erklärung der Verschwommenheit der deutschen Nationalität in Deutschland selbst angenommen hatten, daß nämlich der natürliche Grund davon der Mangel einer geschlossenen Grenze ist. Diese Grenze wird oft verschoben, durch Kriege und politische Schicksale bald erweitert, bald verengert. Bei der Erweiterung werden stets fremdartige Volksstämme und Volkszüge, geistige und sittliche Eigenthümlichkeiten der Fremden eingestreut, bei der Verengerung gehen dem werdenden Volksthum werthvolle Stämme mit ihren Leistungen für die nationale Kultur mehr oder weniger verloren. Es wechseln infolge dessen die Politik, die Religion, die Kulturbestrebungen. Das Volksthum wird vielseitiger, biegsamer, nachahmender, aber weniger selbstständig und charaktervoll. Seine Kulturentwickelung geht langsamer vonstatten, stellenweis und zeitweis mehrfach zurück; es fehlt ihm an Selbstvertrauen und Klarheit, aber seine Anlage wird reicher. Solch' ein Volk ist nicht zur Beherrschung der Welt geeignet, wohl aber zum Lehrer der Völker, zum endlichen Stifter des ewigen Friedens auf Erden.

Vermischtes.

— Ueber das Bier sonst und jetzt bringt die „Allgem. Chemiker Zeitung" einen interessanten Artikel, dem wir nachstehende Zeilen entnehmen:

„So oft man Beschreibungen von Festlichkeiten aus früherer Zeit zu lesen Gelegenheit hat, erstaunt man unwillkürlich über die außerordentlichen Quantitäten von Bier, welche dabei getrunken wurden: man findet es indessen nicht so unnatürlich, wenn ein Vergleich zwischen der Beschaffenheit dieses Getränkes aus dem vorigen Jahrhundert und solchem aus dem vorigen Jahre angestellt wird. Dieses wird durch die Angaben des 1797 zu Berlin gestorbenen Hofraths Professor Caspar Neumann möglich.

Neumann, eine allseitig anerkannte Autorität in seinem Fache, war der Gründer der chemischen Pharmakognosie, der erste Apotheker und Chemiker, welcher seine wissenschaftlichen Werke in deutscher Sprache schrieb und darin, also vor 150 Jahren, die Verfälschungen von Lebens-, Genuß- und Heilmitteln mit sehr scharfer Kritik bekämpfte. Welchen Werth er einem gesunden extraktreichen Bier beimißt, geht aus den folgenden Worten hervor: „es ist insonderheit uns Deutschen am Biere, ich meine an gutem, gesundem Biere, verständigen Brauern und wohlbestellten Bräuhäusern fast ebensoviel, wo nicht noch mehr, daran gelegen, als an guten Apotheken und guten Medicamenten."

Neumann, der bei der Beurtheilung der Biere großes Gewicht auf deren Hopfengehalte legte, untersuchte 15 verschiedene damals in Berlin gebräuchliche Biere auf ihren Gehalt. Die Grenzen, innerhalb welcher sich die Bestandtheile dieser Biere bewegten, waren

für Alkohol von 0,85—2,84%
für Extract von 3,12—11,08%

während der Gesammtdurchschnitt:

für Alkohol	1,78%
für Extract	6,40%
für Wasser	91,82%

Stellen wir diesen Angaben gegenüber die Untersuchungs-Resultate von 15 unserer besten jetzt gebrauten Biere. Sie sind entnommen aus dem „Jahresbericht über die Leistungen der chemischen Technologie für das Jahr 1876." Es waren 1. Schwechater Export, 2. Liesinger Export, 3. Brünner Lager, 4. Pilsener Export (Actienbrauhaus), 6. Dreher's böhmisch Bier, 7. Leitmeritzer Lager, 8. Olmützer Lager, 9. Münchener Bock, 10. Hamburger Lager, 11. Münchener Salvator, 12. Culmbacher, 13. Nürnberger, 14. Ale, 15. Porter.

Diese 15 Biere zusammengestellt mit jenen von Neumann ergeben Folgendes:

	Alkohol.	Extract.
Frühere Biere	0,85—2,84%,	3,12—11,08%
Jetzige Biere	3,22—9,72%,	4,78—9,78%

Der Gesammtdurchschnitt beträgt demnach bei

	früheren,	jetzigen Bieren
für Alkohol	1,78%,	4,12%,
für Extract	6,40%.	6,38%.

Die wichtigen Schlußfolgerungen, welche hieraus gezogen werden, sind folgende: während früher auf 1 Theil Alkohol 3,6 Theile Extract kamen, entfallen jetzt auf 1 Theil Alkohol nur 1,55 Theile Extract, d. h. der Extractgehalt der Biere hat in seinem Verhältnisse zum Alkohol seit 150 Jahren um ca. 50% abgenommen.

Ferner ist deutlich zu ersehen, daß, während früher der höchste Alkoholprocentsatz 2,85 betrug, jetzt diese Zahl dem niedrigsten Alkoholsatz unserer Biere entspricht, denn höchst selten trifft man Biere, die wesentlich weniger als 2,85% Alkohol enthielten. Der Hauptunterschied der Biere wurde früher durch den Extractgehalt bedingt, jetzt wird mehr Gewicht auf den Alkohol als auf den Extractgehalt gelegt.

Aus diesen Betrachtungen ist leicht zu begreifen, daß die früheren Biere der Gesundheit weit zuträglicher gewesen sein müssen, als die jetzigen; noch günstiger für die älteren Biere stellt sich das Verhältniß, wenn die gewöhnlicheren Schenkbiere, welche nach 11 Analysen des Leipziger pharmazeutischen Kreisvereins auf 4—6% Alkohol nur 3,55 bis 4,48% Extract enthielten, zum Vergleiche gezogen werden; hier übersteigt sogar der Alkohol den Extractgehalt.

— Die Baumwoll-Fabriken auf dem europäischen Continent haben im Ganzen 19,000,000 Spindeln, während sich im britischen Königreich deren 39,500,000 und in den Vereinigten Staaten 10,000,000 Spindeln befinden. Eine amerikanische Spindel ist für 63 Pfund berechnet, eine solche auf dem europäischen Continent für 53, eine englische für 33 Pfund. In Großbritannien werden jährlich 1303,500,000, in den Vereinigten Staaten 630,000,000 Pfund verarbeitet.

— Die indirekten Steuern in Preußen (wohl gemerkt blos die für das Königreich — nicht die für das deutsche Reich bestimmten) ergeben nach dem Etat 1878—79 eine Einnahme von 46,614,300 Mark, 225,300 Mark mehr als nach dem laufenden Etat. Zu diesen Einnahmen liefern A. die Reichssteuern (als Vergütung für Erhebungs- und Verwaltungskosten) die Zölle 5,213,270 Mark (— 11,180 Mark), Rübenzuckersteuer 1,702,420 Mark (+ 35,980 Mark), Salzsteuer 134,120 M. (— 3060 M.), Tabaksteuer 56,980 (— 8960 M.), Branntweinsteuer und Uebergangsabgabe von Branntwein 7,054,730 M. (+ 103,940 M.), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 1,987,560 M. (+ 760 M.), zusammen 16,149,080 M. (+ 117,480 M.) B. Einnahmen für alleinige Rechnung Preußens: Antheil an der deutschen Wechselstempelsteuer 81,480 M. (— 4900 M.), Stempelsteuer 21,500,000 M. (1877—78), Erbschaftssteuer 4,800,000 M. (desgl.), Brücken-, Fähr- und Hafengelder, Strom- und Canalgefälle 2,050,000 M. (+ 50,000 M.), Niederlage-, Krahn- und Wagegeld 190,000 M. (wie 1877—78), Controlgebühr für Salz 46,500 M. (+ 1000 Mark), Hypotheken und Gerichtsschreibereigebühren im Bezirk des A.-G. zu Köln 990,000 M. (+ 40,000 M.), Wirthschaftsabgaben in den hohenzollern'schen Landen 36,500 Mark (wie 1877—78), Strafgelder 240,000 M. (+ 40,000 M.), ferner Verwaltungskostenbeiträge 390,000 M. (+ 15,000 M.), Miethen 35,000 M. (+ 3000 M.), außerordentliche Einnahmen 105,740 Mark (— 36,280 M.), zusammen 30,465,220 M. (+ 107,820 Mark).

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Insertate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 830 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 618 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 140. Freitag, 30. November. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat Dezember zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** ꝛc. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Bschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Nochmals zur Marx'schen Werththeorie.

Das Organ der Herren Konitzer, Mehring, v. Unruh und anderer Sozialistentödter, die „Magdeburgische Zeitung", bringt eine Erwiderung, und zwar ohne Quellenangabe der Böhmert'schen „Sozial-Correspondenz" nachgedruckt, auf unsern neulichen Leitartikel: „Zur Marx'schen Werththeorie." Das Blatt leugnet und verdreht seine eigenen Worte.

Damals sagte die „Magdeb. Zeitung" nach der „Sozial-Correspondenz" wörtlich Folgendes:

„Marx selbst, Lassalle, Dühring, Schäffle, F. A. Lange, kurzum alle wissenschaftlichen Sozialisten haben in ihr (in der Marx'schen Werththeorie) den Eck- und Grundstein des modernen Communismus erkannt, und so sehr war die deutsche Sozialdemokratie derselben Meinung, daß sie die These an die Spitze des Gothaer, noch heute giltigen Programms von 1875 stellte."

Und zehn Zeilen weiter unten hieß es gleichfalls wörtlich:

„Neuerdings aber haben mehr oder minder sozialistenfreundliche Schriftsteller, wie F. A. Lange, Dühring, Schäffle, Samter den gleichen Nachweis geführt (es handelt sich hier um einen Ausspruch der „Zukunft", der die Marx'sche Werththeorie zwar anerkennt, aber erklärt, daß die Begründung der sozialistischen Forderungen nicht mit dieser Theorie stehe und falle) und nun droht das Blendwerk so zu verblassen, daß es für agitatorische Zwecke nicht mehr verwendbar ist."

Wir machten nun in unserer Nummer 134 auf den krassen Widerspruch aufmerksam, der in obigen Sätzen liegt, und sagten:

„Dühring, Schäffle, F. A. Lange werden zuerst als „wissenschaftliche Sozialisten" bezeichnet, welche in der Marx'schen Werththeorie „den Eck- und Grundstein des modernen Communismus" erkannt haben; einige Zeilen weiter unten werden dieselben Namen als „mehr oder minder sozialistenfreundliche Schriftsteller" angeführt, welche „neuerdings" sich gegen die Marx'sche Werththeorie gewandt haben.

Und in Bezug auf derartige Widersprüche und Fälschungen sprachen wir von Unwissenheit und Niedertracht.

Nun kommt die „Magdeburgische Zeitung" und sucht sich rein zu waschen durch folgende geradezu unsinnige Verdrehungen:

„Wir sollen uns der „Unwissenheit und Niedertracht" schuldig gemacht haben, indem wir behaupteten, daß die wissenschaftlichen Sozialisten F. A. Lange, Dühring und Schäffle „in der Werththeorie von Marx die Eck- und Grundsteine des modernen Communismus erkannt" und daß dieselben Männer „die Hinfälligkeit dieser Theorie nachgewiesen" hätten."

Es soll hier in dieser gewundenen Erklärung gesagt werden, daß die Herren Lange, Dühring und Schäffle nur den Eckstein des modernen Communismus in der Marx'schen Werththeorie „erkannt", aber die Werththeorie selbst geleugnet hätten. Wie kommt es denn aber, so fragen wir, daß man Marx, Lassalle, Dühring, Schäffle und Lange zusammen nannte und allen wissenschaftlichen Sozialisten und der gesammten deutschen Sozialdemokratie das gleiche Erkennen unterstellte? Dies kommt einfach dadurch, weil man mit dem „Erkennen" zugleich das „Anerkennen" der Marx'schen Werththeorie, resp. daß dieselbe „der Eck- und Grundstein des modernen Communismus" sei, aussprechen wollte und aussprach — sonst wäre es schier lächerlich gewesen, Dühring, Lange und Schäffle zwischen Marx-Lassalle und den Gothaer Congreß einzuschieben.

Daß man nun schließlich — weil es in dem Kopfe des Artikelschreibers der „Sozial-Correspondenz" resp. der „Magdeburgischen Zeitung" so dumm aussah, als ging ihm ein Mühlrad drinnen herum — wenige Zeilen später dieselben genannten Männer, und zwar diesmal völlig richtig, „mehr oder minder sozialistenfreundliche Schriftsteller" nannte, welche die Marx'sche Werththeorie „neuerdings" bekämpften, dies zeigt ja eben die bodenlose Unwissenheit, weil man damit zugleich erklärte, daß sie früher Anhänger dieser Theorie gewesen seien.

Dühring ist ja — siehe die Beilage unserer vorigen Nummer — bekanntlich ein Gegner der Marx'schen Anschauungen und wird deshalb vom Parteigenossen Engels widerlegt; er war dies aber immer.

Schäffle war früher ein absoluter Gegner der Marx'schen Werththeorie und ist „neuerdings" von seiner absoluten Gegnerschaft zurückgekommen.

Und Lange spricht sich nirgends klar darüber aus, inwieweit er die Richtigkeit der Marx'schen Werththeorie zugesteht, inwieweit nicht; neuerdings aber konnte er sie nicht bekämpfen, weil er leider schon einige Jahre verstorben ist. Vielleicht wäre er sonst „späterhin" noch ein Anhänger der Marx'schen Werththeorie geworden.

Danach bleibt, es mögen die „Sozial-Correspondenz" und die „Magdeburgische Zeitung" in noch so rabulistischer Weise ihren Unsinn zu bedecken suchen, die „Unwissenheit und die Niedertracht" bestehen, und deshalb noch in markirterer Weise, weil von jenen Blättern der Versuch gemacht worden ist, durch Verdrehungen ihre eigenen, früher ausgesprochenen Meinungen zu fälschen.

Aus Frankreich.

B. Paris, 26. November 1877.

Ein unerhörter Skandal trug sich am 14. ds. Mts. in der Deputirtenkammer zu Versailles zu. Die französischen Sozialisten, die Unterzeichner des sozialistischen Programm-Manifests der Seine-Wähler, sind in unwürdigster Weise verläumdet worden — von wem? Von den Bonapartisten? Nein. Von den Klerikalen? Nein. Sie sind feige verläumdet worden von Männern, die sich Republikaner nennen, von gemästeten Bourgeois (par des bourgeois repus), die Leon Gambetta*), Jules Ferry und Consorten heißen.

Die militante (kämpfende) Demokratie hat bereits geantwortet und wird noch weiter nach Gebühr antworten auf die niedrigen Beschimpfungen (injures de bas étage), welche die reaktionären Opportunisten (Rechnungsträger) gegen überzeugungstreue, ehrenhafte Bürger geschleudert haben, die sich nicht mit banalen (seichten, abgedroschenen) Phrasen begnügen, sondern die revolutionären Theorien auf die Wirklichkeit angewandt wissen wollen.

Der Sozialismus macht gegenwärtig in Frankreich bedeutende Fortschritte. Der Sozialismus, dessen Existenz der Bourgeois Gambetta geleugnet hat, stört den Schlaf der Politiker des 4. September, die Frankreich regieren möchten, wie Bonaparte es regiert hat. Um sich von ihrer Angst zu befreien, suchen die feigen Opportunisten die prinzipiellen Republikaner anzuschwärzen: sie sagen, die Polizei sei die Urheberin der sozialistischen Bewegung in Frankreich.

Kräftige Proteste erscheinen seit einigen Tagen in den hiesigen Zeitungen. Uebrigens bedarf es derselben kaum, denn das Volk, das arbeitende, seiner Klassenstellung bewußte Volk weiß was es von den Lügen der Herren Ferry und Gambetta zu halten hat.

Mögen diese Herren nach Herzenslust schimpfen und verläumden. Der Sozialismus steht ihnen Stirn an Stirn gegenüber; sie werden sich, wohl oder übel, vor ihm zu beugen oder von der Bühne zu verschwinden haben. Der Tag naht, wo die Verläumdeten, die Parias der Gesellschaft, welche man so schamlos beschimpft, kein Mitleid empfinden werden für die Verläumder. —

Und nun noch Einiges über die letzten Theatervorstellungen auf der Parlamentsbühne. Vom Grevy'schen Antrag und der „titanischen Redeschlacht", die aber au fond nur ein harmloser Froschmäuslerkrieg war, brauche ich Ihnen nicht zu schreiben. Genug, die „Republikaner" hatten den „Sieg": die beschlossene Untersuchungscommission war der Krupp'sche Dampfhammer, der das Mac Mahon'sche Regiment in Atome zerschlug. Ja Dampf, aber kein Hammer. Rededampf, blaue Dünste. Kaum hatten die tapferen Schwätzer den kühnen Beschluß gefaßt, da fiel ihnen das Herz in die Schuhe; sie erklärten eine Anzahl von beeinflußten Wahlen, die vor die Untersuchungscommission gehört hätten, für gültig, und verweigerten es, die Freilassung Bonnet-Duverdiers aus der Haft zu beantragen, oder einen dahin zielenden Antrag zu unterstützen.

Am 15. ds. wurde der Antrag Grévy mit 320 gegen 203 Stimmen von der Deputirtenkammer angenommen.

Am nämlichen Tage wählte der Senat vier Anhänger Mac Mahon's zu Senatoren.

Den 16. November wählte die Majorität der Deputirtenkammer lauter „Republikaner" in die Untersuchungscommission.

Den 19. November siegte die Regierung im Senat mit 155 gegen 130 Stimmen.

Inzwischen hatte Mac Mahon, gerührt durch die Zahmheit der „Republikaner", das Ministerium Broglie-Fourtou entlassen und die Zusammensetzung eines sogenannten „Geschäftsministeriums", d. h. eines Ministeriums, bestehend aus reaktionären Nullen, angeordnet.

Eine Hand wäscht die andere: als am 20. November in der Deputirtenkammer der Antrag gestellt wurde, die Sitzungen „in Abwesenheit einer regelmäßigen Regierung" bis zum 22. zu vertagen, hatte die „republikanische" Majorität sich so ziemlich verduftet — der Antrag ging bloß mit einer Mehrheit von 2 Stimmen (233 gegen 231) durch.

Nach dieser Blamage bekamen die „Republikaner" plötzlich wieder Muth: sie glaubten gemerkt zu haben, daß sich mit dem Marschall reden lasse und daß das Reden nicht gefährlich sei, und — eine neue Redeschlacht wurde geliefert.

Am 24. (vorgestern) beschlossen die „Republikaner" mit 323 gegen 208 Stimmen, daß das neue Ministerium das Vertrauen des Landes nicht habe.

Am selben Tag begrüßte die Mehrheit des Senats das neue Ministerium mit lautem Beifall.

Und what next? Was nun?

Mac Mahon ist nicht bloß Herr der Situation, weil er die Macht hat, er bewegt sich auch, da ihm nun die Majorität des Senats gesichert ist, vollständig auf dem Boden der Verfassung. — Daß er die Macht hat, und daß er das „Recht" (das verfassungsmäßige) hat, verdankt er beides den Herren „Republikanern", die sich auf die eine oder andere Weise der „Logik der Thatsachen" werden fügen müssen — und zum großen Theil schon gefügt haben. Kommt es zu einer Auflösung — was sehr wahrscheinlich - so wird Herr Gambetta entdecken, daß seine Beschimpfung der Sozialisten eine noch größere — Dummheit war als weiland die Tirade von den „400".

*) Gambetta, der vor dem 4. September 1870 spindeldürre war, ist heute so fett, daß er beim Gehen „wie eine gemästete Gans" watschelt.

Obiger Correspondenz fügen wir Nachstehendes an:

Das in Paris erscheinende sozialistische Blatt „Egalité" schreibt unter'm 25. ds.:

„Von verschiedenen Seiten erhalten wir Proteste gegen die verläumderischen Beschuldigungen, die Jules Ferry und Gambetta in der Deputirtenkammer gegen das Manifest der Sozialdemokratie des Seine-Departements gerichtet haben. Wir können uns diesem Proteste nur anschließen.

„Ueber den innern Werth des betr. Dokuments wollen wir uns nicht aussprechen. Von den Unterzeichnern aber kennen wir eine so große Anzahl persönlich, daß wir das Angriffssystem, dessen sich unsere Antichambre-Republikaner gewohnheitsmäßig zu bedienen scheinen, ganz entschieden der Fälschung bezichtigen müssen." —

Buffenoir, einer der Verfasser des sozialistischen Programm-Manifests hat einer Anzahl von Arbeitern, die ihn ersucht, der Verläumdung entgegen zu treten, wie folgt geantwortet:

„Bürger! Sie wünschen, daß ich die infamen Worte zurückweise und widerlege, die in der Sitzung des 14. November in der Deputirtenkammer bezüglich des Programm-Manifests aus dem Munde der Herren Gambetta und Ferry gefallen sind.

„Ich danke Ihnen, daß Sie an mich gedacht haben, um diese Pflicht zu erfüllen. Aber ich muß Ihnen sagen, daß es unser, der demokratischen, revolutionären Republikaner unwürdig wäre, uns auf Argumentationen einzulassen mit diesen beschränkten Bourgeois, mit diesen unehrlichen Schönrednern (ces rhéteurs de mauvaise foi); mit diesen Leuten, welche die Lüge destilliren wie die Schlange das Gift.

„Das einzige Argument, das wir gegenüber dieser Menschensorte (cette tourbe infime) anzuwenden haben, ist das, welches St. Just im Jahr 1793 anrieth:

„Was diesen erbärmlichen Heuchlern gebührt, das sind weder Erklärungen, noch Vernunftgründe, sondern Hiebe mit der Reitpeitsche.

„Empfangen Sie, Bürger, die Versicherung meiner Ergebenheit.

Paris, den 17. November 1877.

Hippolyte Buffenoir."

Entgegnung

auf „Die Motive des Sozialismus" von F. R.*)

Die Redaktion des „Vorwärts" hatte die Freundlichkeit, mir zur Vertheidigung meiner in diesem Blatte angegriffenen Thesen über „Sozialdemokratie und Kirche" die Spalten ihres Blattes zur Verfügung zu stellen.**) Nachdem nun mein Gegner in einer Reihe von Artikeln seine Anschauungen entwickelt hat, mache ich von dem mir gewährten Rechte Gebrauch, indem ich mir zugleich vornehme, mich möglichst kurz zu fassen.

Mit Vergnügen constatire ich, daß die Entgegnung des Herrn F. R. im Ganzen ruhig und sachgemäß gehalten ist. Es ist mir dadurch möglich gemacht, in gleicher Weise zu antworten. Der Unterschied gegen früher ist so groß, daß ich versucht sein könnte zu glauben, ich hätte einen ganz andern Gegner vor mir. — Mit aufrichtiger Freude habe ich die Erklärung des Herrn F. R. gelesen, daß die von mir gerügten Abweichungen vom Texte meiner Thesen durch übereiliges Abschreiben veranlaßt seien. Ich denke stets gern das Beste von meinen Nebenmenschen und hätte lieber eine andere Erklärung als die einer absichtlichen Veränderung versucht; allein der Umstand, daß gerade der Stil der betreffenden These bemängelt wurde, machte es mir undenkbar, daß der Angreifer seiner Sache selbst nicht sicher gewesen sei. Sie werden mir zugeben, Herr F. R., daß Sie ein bischen unvorsichtig waren, und daß mir, zumal einem anonymen Gegner gegenüber, die Voraussetzung einer absichtlichen Fälschung nicht verargt werden kann.

Mit großem Vergnügen nehme ich, da ich Ihrer Versicherung unbedingt Glauben schenke, den Vorwurf der Fälschung zurück. Ich dachte dabei gar nicht an eine Alterirung des Sinnes. Sie bemäkelten wesentlich nur den Ausdruck, und Sie wissen selbst, daß Fälschungen zu diesem Zwecke leider nicht selten sind. Aber ich wiederhole, ich freue mich herzlich, daß ich mich geirrt habe. Beiläufig bemerke ich noch, daß ich mit dem Stil meiner äußerst flüchtig hingeworfenen Thesen so wenig zufrieden war, daß ich vor dem Beginn der Debatte mich deshalb entschuldigte und erklärte, ich gäbe die Form meiner Thesen willig preis, stünde aber entschieden für den wesentlichen Inhalt derselben ein.

En passant noch die kurze Bemerkung, daß Sie meine Erklärung in Betreff der Ausdrücke „intellektuelle, bezw. wirth-

*) Wir verweisen auf die Nummern des „Vorwärts" Nr. 123, 125, 126, 127, 128.

**) In Nr. 117 sagten wir bei Gelegenheit einer „Entgegnung" des Dr. Hager, Pfarrer zu Erzhausen, in der er betonte, den Beweis für die in „seinen Thesen" aufgestellten Behauptungen zu bringen, daß wir ihm mit Vergnügen die Spalten des „Vorwärts" zur Verfügung stellen würden. Wir thun dies hiermit ohne jegliche Bemerkung unsererseits, überlassen vielmehr unserm Parteigenossen F. R. das Wort seiner Zeit zu einer Erwiderung. R. d. „V."

schaftliche, und moralische Verirrung" nicht ganz richtig aufgefaßt haben. Bei nochmaligem Lesen wird Ihnen das nicht entgehen. — Gefreut hat es mich, daß Sie den allerdings mißverständlichen Ausdruck „Vertheilung" in meiner ersten These nicht vom „Theilen" verstanden haben, wie das Andere gethan haben, welche eine Anschauung bei mir voraussetzten, deren Gegentheil ich bei der Debatte energisch vertheidigte.

Sie greifen zunächst den von mir gebrauchten Ausdruck: „unter Berufung auf die angebliche Gleichheit aller Menschen" an und meinen, „ich imputire den Sozialdemokraten damit eine Absurdität". Ich sehe soeben aus den Berichtigungen in Nr. 133 des „Vorwärts", daß Sie den Ausdruck „völlige" als einen Druckfehler bezeichnen. Ich hatte denselben auch nicht gebraucht. Nein, so weit gehe ich nicht, diese Ansicht, daß die Menschen völlig gleich seien, den Sozialdemokraten beizumessen. Dagegen fühle ich mich durch Ihr Citat aus Lassalle's „Die Wissenschaft und die Arbeiter" durchaus nicht geschlagen. Denn das werden Sie mir nicht abstreiten, daß die heutige Sozialdemokratie weit über Lassalle hinausgegangen ist. — Ich hätte mir die Sache viel leichter machen können, wenn ich das Wort „angeblich" einfach weggelassen hätte; denn alsdann hätten Sie den von mir gebrauchten Ausdruck nicht anfechten können. Warum aber gebrauche ich das Wörtchen „angeblich"? Eben weil ich damit andeuten wollte, daß die Sozialdemokraten den Begriff der Gleichheit aller Menschen überspannen. Herr Liebknecht, unstreitig einer der begabtesten Führer der heutigen Sozialdemokraten, sagt in seiner Rede „Zu Trutz und Schutz" S. 29: „Die Talente sind gleichmäßig unter die Menschen ausgestreut — es ist dies eine Wahrheit, die durch die Wissenschaft über jeden Zweifel erhoben wird, und an der wir festhalten müssen, weil sie die Basis der sozialistischen und demokratischen Weltanschauung bildet."

Man kann mir entgegnen, daß die erste Hälfte dieses Satzes, dessen Richtigkeit indessen durchaus nicht über allen Zweifel erhaben ist, auch anders verstanden werden kann, als von der ungefähr gleichen Begabung der Menschen. Allein der Nachsatz, wonach die angebliche Thatsache, daß die Talente gleichmäßig unter die Menschen ausgestreut seien, die Basis der sozialistischen und demokratischen Weltanschauung bilden soll, dürfte doch kaum eine andere Auslegung gestatten, als die von mir angedeutete, wonach die Menschen nahezu gleichbegabt wären. Sicherlich kann man es Niemandem verargen, wenn er aus solchen Aeußerungen den Schluß zieht, die Sozialdemokraten übertrieben es mit der behaupteten Gleichheit der Menschen. Und sind Sie nicht auch der Meinung, daß die große Masse Ihrer Parteigenossen solche Aussprüche sogar im Sinne einer völligen Gleichheit verstehe? Ich für meine Person verstehe sie so nicht.

Herr Hasenclever, ein anderer hervorragender Führer Ihrer Partei, sagte in einer am 29. Oktober 1871 zu Berlin gehaltenen Rede („Neuer Sozialdemokrat" 1871, Nr. 54): „Da die Menschen nach der Entwicklung der zweiten Form des Sozialismus (wo derselbe streng genommen zum Communismus geworden wäre) sich so ziemlich auf gleicher Stufe der Bildung befinden und annähernd gleiche Bedürfnisse haben werden, so ist dieser Schritt nicht schwierig." Was setzt dieses „sich auf gleicher Stufe der Bildung befinden und annähernd gleiche Bedürfnisse haben", voraus? Doch gewiß eine hochgradige Aehnlichkeit aller Menschen in Bezug auf geistige und körperliche Anlagen. Denn ohne die Annahme einer solchen, fast „völlige" Gleichheit zu nennenden Aehnlichkeit wäre es undenkbar, daß die Menschen je „sich so ziemlich auf gleicher Stufe der Bildung befinden und annähernd gleiche Bedürfnisse haben werden". Oder wäre Herr Hasenclever der Meinung, daß alle Menschen im sozialdemokratischen Zukunftsstaate künstlich auf dem untersten Niveau der Bildung zurückgehalten werden sollten, damit das Prinzip der möglichsten Gleichheit ja nicht verletzt werde?

Nun, „eine solche Absurdität imputire ich den Sozialdemokraten nicht". Aber wenn Sie unbefangen urtheilen, so werden Sie zugestehen müssen, daß man es mir nicht verargen kann, wenn ich finde, es werde von sozialdemokratischer Seite der Gedanke der Gleichheit ein wenig outrirt. — Wie aber, wenn ich gar auf dahin bezügliche Aeußerungen Ihrer weniger gebildeten Parteigenossen Rücksicht nehmen wollte? Ich hätte dazu das vollste Recht. Denn unsere Conferenzberathungen, zu denen meine bescheidenen Thesen blos die Disposition bilden sollten, hatten nicht den Zweck, die sozialistischen Systeme, wie sie von einzelnen hervorragenden Leitern Ihrer Partei aufgestellt worden sind, einer Prüfung zu unterziehen.

Nein, wir wollten blos an der Lösung der Frage mitarbeiten: was die Kirche gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung in unserm Volke zu thun habe. Und dabei interessiren uns vorwiegend die Anschauungen der großen Masse, welche erfahrungsgemäß gewöhnlich die Schranken der grauen Theorie durchbrechen und eine Wirklichkeit des Lebens zu schaffen pflegen, von der die Theoretiker sich nichts träumen lassen.

Doch ich will mich dieses Argumentes gegen Sie nicht bedienen. Es giebt aber etwas, was bei der Entwicklung der heutigen Sozialdemokratie von prinzipieller Bedeutung ist: die entschiedenste Hinneigung zur materialistischen Weltanschauung, und insbesondere auch zur Darwinistischen Hypothese, oder richtiger gesagt, zum „Häckelismus". Nun lesen Sie im „Volksstaat" 1873 Nr. 31: „Die Darwin'sche Theorie ist eine wichtige Stütze für den Sozialismus, sie ist, so zu sagen, unbewußt die Sanktion desselben von Seite der Naturwissenschaft; denn was ist wohl schließlich die Haupterrungenschaft oder die praktische Bedeutung der Darwin'schen Lehre: neben dem tiefgeistigen Einblick in das Wirken der organischen Natur überhaupt doch gewiß nur die strikte Anerkennung des Satzes von der Gleichheit aller Menschen." Sind Sie der Meinung, daß auch hier blos von der Rechtsgleichheit die Rede ist? Diese braucht doch in unseren Tagen nicht mehr durch die „Darwin'sche Theorie" sanktionirt zu werden!

Sie sagen: „eine solche Absurdität (daß die Sozialdemokraten sich auf eine angebliche Gleichheit aller Menschen beriefen) wagte uns selbst Herr Professor Gareis in Gießen nicht zu imputiren." Ich habe sein Schriftchen nicht gelesen; aber Sie selbst erzählen, daß er die Sozialdemokraten damit ad absurdum zu führen suche, daß er nachweist, jene Annahme (der Gleichheit aller Menschen) sei eine unvermeidliche Consequenz des sozialdemokratischen Systems. Herr Professor Gareis ist nicht der Erste und nicht der Einzige, der das erkannt hat. Seine Bemerkung ist aber so unbestreitbar richtig, daß man füglich behaupten könnte: es hieße den Sozialdemokraten die größte Inconsequenz imputiren, wenn man sagte, sie leugneten trotz ihrer ausgesprochen communistischen Tendenzen die Gleichheit aller Menschen. Wer die Schlußfolgerung will, muß auch die Prämisse wollen, oder er macht einen logischen Schnitzer.

Hoffentlich haben Sie aus dem Gesagten ersehen, daß ich nicht so leichtfertig, wie Sie meinen, behauptet habe: die Sozialdemokraten beriefen sich auf eine angebliche Gleichheit aller Menschen, d. h. auf eine Gleichheit, welche zwar keine völlige, aber doch eine so bedeutend weitgehende sein müßte, wie wir sie auf dem Grunde der Erfahrung nicht annehmen können. Denn das, und nichts Anderes, habe ich sagen wollen. Habe ich darin geirrt, so dürfen Sie nicht mich anklagen; Ihre Vorwürfe müßten sich einerseits gegen Ihre eigenen unvorsichtigen Parteigenossen richten, andererseits gegen die Gesetze der bisherigen Logik.

Auch ich, geehrter Herr, kenne eine Gleichheit aller Menschen: die Gleichheit vor Gott, in welcher die Rechtsgleichheit mit enthalten ist, und ich rühme es als ein großes Verdienst des Christenthums, daß es diese Gleichheit gelehrt und derselben Anerkennung verschafft hat, lange bevor die französische Revolution das Schiboleth: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" auf ihre Fahne geschrieben hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Held von Bolanden und Kirchheim hat in Breslau einen Vortrag gehalten, in welchem er die Gefahr einer „inneren Revolution" auch für Deutschland in Hinweis auf die Sozialdemokratie als vorhanden betonte. Und der Held meinte nicht etwa eine Revolution, die sich im Leben des Volks vollzieht, nein, er meinte eine blutige, eine Barrikadenrevolution; denn er sprach von ihr als dem Hinderniß, die drückende Militärlast herabzumindern. Armer Bim-Bam-Bamberger! Weißt du nicht, wie muthig du 1849 geflohen bist, wie du die langen Beine noch länger machtest? Wie lächerlich, Militär gegen solche Revolutionäre anwenden zu wollen, gegen sie wäre der Lasker'sche Knüppel gut gewesen. Aus dem Munde eines notorischen Feiglings klingt deshalb das Lob der Tapferkeit nicht einmal gut, denn das wird indirekt den Sozialdemokraten dadurch ertheilt, daß man gegen sie das große mächtige Militärsystem aufrecht erhalten will. — Doch wir wollen den Flüchtling von Bolanden beruhigen; es fällt den Sozialdemokraten nämlich gar nicht ein, das Volk auf die Barrikaden zu hetzen und dann muthig davon zu laufen. Wir wissen, daß unsere Ideen das gesammte Volk und selbstverständlich auch das Militär erfassen werden, und daß dann von einer „blutigen Revolution", bei welcher die Bambergers flüchten, nimmermehr die Rede sein kann. — Der Militarismus dient uns vielmehr; jemehr nämlich das Volk die „drückende Militärlast" verspürt, desto schneller wendet es sich der Freiheit zu, jemehr auch die Soldaten selbst unter dem Drucke leiden, desto schneller nähern sie sich uns — und die friedliche Umwälzung ist fertig.

— „Gut geschimpft Märchen"! Wir lesen im jüngsten „Gewerkverein" folgende Schilderung der Sozialdemokratie, die dem deutschen Reichsphilister eine Gänsehaut verursachen wird, den Sozialdemokraten hingegen nur ein mitleidiges Lächeln entlocken kann:

„Das größte Unheil unserer Tage, welches über die Arbeiter gekommen, das ist die Landplage der Sozialdemokratie, jene Seuche verderblicher Irrlehren, welche die Grundpfeiler unseres wirthschaftlichen, sittlichen, staatlichen, religiösen Lebens zu untergraben und umzustoßen trachten, und deren letztes Wort die Verkündigung einer grausen Viereinigkeit ist: kein Eigenthum, keine Ehe, kein Vaterland, kein Gott! An Stelle des Einzel-Eigenthums tritt der „Collektivismus", d. h. der Besitz einer Gemeinschaft; welcher? ist nicht ausgesprochen; anscheinend der Orts-Gemeinden, da der Staat schlechthin aufgehoben werden soll. An Stelle des Staates tritt die Verneinung jeder Macht, die „wahre Anarchie". An Stelle der Ehe tritt die freie Vereinigung von Männlein und Fräulein; die Kinder werden „Kinder der Gesellschaft". An Stelle Gottes tritt die Verwerfung alles Uebernatürlichen. „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen." Nur ein Band darf auf Erden bestehen: die brüderliche Liebe, welche die Natur den Menschen einflößt! — — und welche die Pariser Commune blutroth bezeugt hat!! — Jenen innersten Kern der sozialdemokratischen Blendwerke und Truggewebe und jenes letzte Ziel unserer modernen Vandalen kennen und bekennen unter sich zwar nur die Wissenden; vor der Masse der Arbeiter hütet man sich noch den letzten Schleier zu lüften; doch dem Gebildeten darf diese traurige Wahrheit nicht verhohlen bleiben."

„Landplage", „Seuche", „blutroth", „moderne Vandalen" — äußerst günstige Schmeichelnamen — thut nichts, das arme Mäxchen Hirsch muß ja sein Herzchen erleichtern, welches durch die verunglückte Geraer Comödie und durch andere verunglückte Spekulationen so sehr schwer geworden ist. Selbst der Gemeinderath von Gera hat dem Versinkenden nicht unter die Arme greifen mögen, da in einer der letzten Sitzungen desselben ein Antrag, den ein Mitglied desselben, wahrscheinlich auf einen „Brandbrief" des edlen Mäxchens hin, gestellt hat, nachträglich für den antisozialistischen Congreß 30 Mark zu bewilligen, abgelehnt wurde. Wenn die Antisozialisten schon bei den Gemeinden betteln gehen, werden sie auch bald die Staatshülfe fordern, um die bösen Sozialisten zu bekämpfen. — Daß auf dem Genter Congreß sowohl, als auf allen sozialistischen Congressen die Staatsidee besonders betont worden ist und die „anarchischen Bestrebungen" immerwährend bekämpft worden sind, das braucht der „Gewerkverein" natürlich bei seinen Schimpfereien nicht zu wissen; daß er den übernatürlichen Gott beibehalten will ist seine Sache — der Schritt zum Herrn Pastor Knak ist dann allerdings nicht mehr weit.

— „Gebildeter" Pöbel. In Nr. 274 der fortschrittlich-liberalen „Hanauer Zeitung" vom 24. November findet sich eine Lokalnotiz, die wir wörtlich hier wiedergeben wollen. Sie lautet: „Hanau, 23. November. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch wurde am Haus des Herrn Kappenmacher Häffner in der Nürnbergerstraße das Firmenschild desselben abgemacht und fortgeschleppt. Die Schildmarder wurden jedoch in flagranti von dem Schutzmann Herbert ertappt. Es waren diesmal zwei königlich preußische Lieutenants und zwei Civilisten, Letztere, wie wir hören, Reservelieutenants!!" — Wir wollen der

Ein „Herrenrecht".

In diesem Blatte wurde jüngst an einem Gedichte Ernst Eckstein's gezeigt, welcher Art die geistige Nahrung ist, die unsern „höheren Ständen" geboten werden darf. Und in der That, es ist ein charakteristisches Zeichen der Zeit, wenn ein Blatt, zu dessen hervorragendsten Mitarbeitern der aristokratische Emanuel Geibel, und der fromme Pfarrer von Köstritz, Julius Sturm gehören, wenn ein Blatt, das zumeist von den jungen Mädchen unserer heutigen „Gesellschaft" gelesen wird, wenn ein solches Blatt derartige Ausgeburten einer wüsten, unreinen Phantasie bringen kann, ohne daß auch nur eine Stimme aus den Reihen der Leser dagegen Protest erhebt.

Doch steht dieser Fall nicht vereinzelt da. Ich möchte die Aufmerksamkeit der Leser des „Vorwärts" heute auf ein neues schamloses Produkt unserer modernen Literatur lenken, das sich des ungetheiltesten Beifalls der höheren Stände zu erfreuen hat. Es ist eine „Novelle in Briefen" des bekannten Wiener Feuilletonisten Spitzer, „Herrenrecht" betitelt. Die Verbreitung des Büchleins ist so stark, daß der Verleger in vier Wochen bereits 5000 Exemplare verkauft hat. Kein Wunder also, daß in allen Salons unserer feinen Gesellschaft dieses „Herrenrecht" als das bedeutendste litterarische Tagesereigniß auf das Lebhafteste diskutirt wird.

Der Inhalt ist in Kürze folgender: Ein junger Graf ist, nachdem ihm von seinem Oheim die Schulden bezahlt sind, auf das Landgut des letzteren geschickt worden, auf dem er sich natürlich sofort entsetzlich langweilt, „da auch nicht zu der kleinsten unglücklichen Liebe Gelegenheit ist." Doch diese bleibt nicht lange aus. In der Dorfkirche findet er eine Maid, wie geschaffen zu einer „unglücklichen Liebe" auf die Dauer von einigen Wochen. Sie ist allerdings verlobt, doch was kümmert das unsern jungen eroberungslustigen Grafen, besonders da der Bräutigam ein wahres Scheusal von einem Menschen ist — wenigstens nach der satyrischen Beschreibung des Autors.

Dieser Bräutigam Severin verfaßt zudem noch klerikale Broschüren und arbeitet grade an einem Werk, in dem er das Mittelalter von seinem „größten Schandfleck" reinigen will. Er will nämlich nachweisen, daß das jus primae noctis, das die bösen Liberalen dem Mittelalter vorwerfen, gar nie existirt habe. Spitzer läßt seinen Grafen folgendermaßen an seinen Freund schreiben:

„Ungeachtet der lateinischen Bezeichnung brauchte man, wie Du vielleicht weißt, kein Gelehrter zu sein, um dieses Jus auszuüben. Man bezeichnet damit das Recht, das sich unsere Ahnherren herausgenommen haben sollen, bei ihren Unterthanen in der Brautnacht die Pflichten des eben angetrauten Gatten zu erfüllen. Da die Bauern damals ohnehin nicht viel anders, als das liebe Vieh behandelt wurden, wäre es immerhin sehr möglich, daß unsere Vorfahren kein Bedenken trugen, denselben auch die betreffenden Hörner aufzusetzen . . . . . Wir Söhne des neunzehnten Jahrhunderts haben es allerdings weit bequemer, als ein Herr des vierzehnten oder fünfzehnten Jahrhunderts, denn wir holen heute ganz einfach eine Ballettänzerin uns, was denn aber freilich wegen der weit größeren Reinlichkeit, die dieselben vor den Bäuerinnen des Mittelalters voraushaben, auch viel kostspieliger ist."

Wie sich das Weitere entwickelt, kann man sich leicht vorstellen. Severin hat für nichts anderes Sinn als für sein Werk, in das er, Dank der Erfindungsgabe und dem Humor Spitzer's, die tollsten Dinge hineinbringt. Nach Vollendung des Werkes soll die Hochzeit sein; der Graf und Severin's Braut wissen die Zeit bis dahin nicht besser auszufüllen, als daß sie sich nach Herzenslust lieben und küssen.

Endlich wird Severin mit seinem Werke fertig, die Hochzeit findet statt, und in der Nacht soll die Hochzeitsreise der beiden jungen Ehegatten nach Wien gehen. Natürlich nimmt der liebenswürdige junge Graf, dringender Geschäfte halber in Wien, daran Theil. Auf dem Wege zum Bahnhof vermißt Severin sein Manuskript, kehrt um, und dieses Stündchen bis zur Rückkehr des Gatten benutzt der Graf, die junge Frau zu unterhalten. Er schleicht sich leise auf ihr Zimmer; doch lassen wir ihn selbst erzählen; er schreibt an seinen Freund:

„Ich wollte sie umarmen, aber sie entwand sich mir furchtsam und wiederholte mehrere Male und immer leiser: Ich bin Severin's Frau! — Ich will Dir lieber Paul, die Argumente, die ich gegen Severin und für unsere Liebe ins Treffen führte, nicht weiter berichten, denn sie werden Dir vielleicht nicht so überzeugend klingen, als sie waren, und ich könnte sie Dir auch nicht mit solcher überzeugenden Kraft vortragen, wie ich sie vortrug, denn ich faßte Monica bei der Hand während ich sprach und preßte diese an mein Herz und meine Lippen, ich schlang den Arm um ihren Leib, zog sie an mich und küßte sie leidenschaftlich, und da ich wieder geliebt wurde, begann meine Logik immer unwiderstehlicher zu werden" — — — — —

Die Scheidestunde schlägt; der Graf „schleicht aus dem Hause wie ein Dieb, aber wie ein glücklicher Dieb". Alle drei fahren zusammen in einem Coupé erster Klasse nach Wien; der Ehemann schläft und schnarcht natürlich in voller Seelenruhe, während die Beiden sich prächtig unterhalten.

Die Novelle schließt folgendermaßen:

„Wir überhäuften uns mit den liebevollsten Vorwürfen und verziehen einander großmüthig, wobei ich immer für neue Sünden die Verzeihung Monica's in Anspruch nehmen mußte. — Als wir am frühen Morgen in Wien anlangten, griff Severin prüfend an seine Brusttasche und sagte beruhigt: Gott sei Dank, ich habe mein Jus primae noctis nicht verloren. Armer Tropf! — Lebe wohl, lieber Paul! Ich weiß, Du hast manchmal noch feudale Anwandlungen, das macht Deine Erziehung. Aber die Zeit, da unser Stand noch auf seine Vorrechte pochen durfte, ist vorüber. Wir wollen also nicht mehr in Privilegien die Bürgschaften unserer Erfolge suchen, sondern diese durch unsere Verdienste erreichen. Ich weiß nicht, ob das niederträchtige Recht des Gutsherrn, von dem ich Dir soviel geschrieben, wirklich einmal bestanden hat. Aber ist es nicht schöner, den Erfolg, den jenes Herrenrecht gewährleistete, dadurch zu erringen, daß wir gefallen und geliebt werden? Noch einmal lebewohl, ich reise nach Rom, aber nicht als büßender Tannhäuser will ich den Pantoffel des Papstes küssen, sondern als wonnetrunkener Gesandtschafts-Attaché. Ich suche keine Vergebung für meine Sünden, sondern nur die Gelegenheit, sobald als möglich Urlaub zu erhalten und zu meiner lieben Frau Venus zurückzukehren."

Das wäre also das Buch, das zur Zeit, wie bereits gesagt wurde, einen wahrhaft reißenden Absatz findet und das allgemeinste Interesse erregt. Und in der That, die Novelle ist unserm modernen Zeitgeschmack aufs Schönste angepaßt: pikant, geistreich, witzig und in Styl und Form meisterhaft componirt; aber über diesen glänzenden Flitterstaat soll man doch nicht den Kern und das Wesen der Sache übersehen. Und die Thatsache, daß es möglich ist, den Inhalt eines solchen Buches zum Gegenstand der Bewunderung der „eleganten Welt" zu machen, die Thatsache, daß diese Novelle ungescheut in die Hände der jungen Damen der „Gesellschaft" kommt und von diesen eben so ungenirt besprochen wird, diese Thatsachen sind das Zeugniß einer wahrhaft erschreckenden Sittenverwilderung in unsern höheren Ständen. Vier Wochen sind seit Erscheinen des „Herrenrechtes" verflossen, 5000 Exemplare sind verkauft, und bisher hat sich auch nicht eine Stimme in unserer gesammten Presse vernehmen lassen, die sich gegen ein solches Produkt der Dichtkunst verwahrt hätte; Herr Dr. Paul Lindau ausgenommen, der meint, „die Moral der Geschichte sei nicht zu retten, aber noch nie sei etwas Unerzählbares so graziös erzählt worden." Das Graziöse entscheidet — tout le genre est bon, hors le genre ennuyeux — (jedes Genre ist gut, mit Ausnahme des langweiligen), ist ja der Wahlspruch dieser Herren. Daß übrigens die Herren

„Hanauer Ztg." das „diesmal" gern verzeihen, da sie ja sogar die königlich preußischen Herren Lieutenants nebst zwei Civilisten mit gesperrter Schrift auszeichnet. Nun, die Herren waren jedenfalls ein wenig „angeheitert", und da doch „der Muth in der Brust seine Spannkraft übte", wußten sie im Augenblick nichts — Vernünftigeres zu thun, die Herren Oberlehrer der Bildungsschule des Herrn Moltke! Oder sollten es am Ende doch Sozialdemokraten gewesen sein, bei denen so ein kleiner Fonds von Rohheit sich eigentlich von selbst versteht? Wer weiß! —o—

— Wie's die Fabrikanten treiben. Der „Schwyzer Zeitung" schreibt man aus Ibach unterm 15. November: „Heute läßt Herr Fabrikant Becker von Morgens 6 Uhr bis Abends 10 Uhr arbeiten. Für den morgigen Tag ist den Arbeitern bereits ein gleichlautender Befehl mitgetheilt worden. Wenn die Stunde Essenszeit abgerechnet würde, wären wir also zu einer fünfzehnstündigen Arbeitszeit gezwungen. Wenn um 10 Uhr Nachts der Arbeiter die Arbeit einstellt, kommt er um halb 11 Uhr ungefähr nach Hause, kann schnell noch etwas essen, um sich dann um 11 Uhr zu Bett zu legen. Nach blos sechsstündiger Ruhe muß er um 5 Uhr früh sein Lager verlassen, um wieder fünfzehn volle Stunden seinen kaum gestärkten Körper dem „Wohle" seines „Herrn" zu opfern. Wohin soll der Arbeiter mit Weib und Kind ziehen, wenn ihm solche Qual nicht gefällt? Er hat keinen Ausweg, er muß. Mag er den Zwang in seinem Innern verwünschen, er darf nicht einmal klagen, er weiß wohl warum." — Die „Tagwacht" fügt dem hinzu: Wir möchten schließlich die öffentlichen Blätter bitten, von dieser Mittheilung Notiz zu nehmen, damit die Bundesversammlung um so eher das Fabrikgesetz ausführe, wie es vom Schweizervolk beschlossen ist und nicht wie es den Fabrikanten gefällt, und zwar so, daß die Kinderarbeit sofort abgeschafft und der Normalarbeitstag sofort eingeführt wird, denn das Gesetz kennt gar keinen Vorbehalt.

— Strang oder Guillotine? Das ungarische Abgeordnetenhaus hat am 24. und 25. d. M. bei Berathung eines Entwurfs des Strafgesetzbuches die Todesstrafe beibehalten. Die Deputirten waren aber so gnädig, zu beschließen, daß die Delinquenten hinfüro nicht mehr gehenkt, sondern geköpft werden sollen.

— In Westbulgarien ist es den Russen gelungen, sich durch Umgehungsmanöver verschiedener wichtiger Positionen in der Nähe von Orkhanie zu bemächtigen, wodurch der Vormarsch Mehemed Ali's zum Entsatz Osman's erschwert wird. Einem Telegramm zufolge hätten die Türken Orkhanie, das unhaltbar geworden, bereits geräumt. Sonst vom Kriegsschauplatz keine Nachrichten von Belang. — Auf diplomatischem Gebiet herrscht eine bedeutende Thätigkeit; die Wahrheit ist da schwer zu ermitteln, indeß so viel steht fest, daß die englische und die österreichische Regierung — erstere durch die Fortschritte der Russen in Armenien, letztere durch die Gefahr einer serbischen Kriegsaktion erschreckt — mehr und mehr aus ihrer reservirten Haltung heraustreten. Allein ehe in Bulgarien ein entscheidender Schlag gefallen, kann von einer Friedensvermittlung überhaupt nicht im Ernst die Rede sein. — Das angebliche Interventionsgesuch der Pforte, welches dieselbe an die österreichische Regierung gerichtet haben sollte, hat sich als Zeitungsente entpuppt.

— Nr. 5 der „Zukunft" enthält: Die Arbeitslöhne in Belgien. Von Louis Bertrand. — Die Werththeorie von Carl Marx. Von C. A. Schramm. — Maximilian Robespierre. Von Dr. Karl Brunnemann. — Die Proportional-Vertretung. Von C. Lübeck. — Polemik. — Rezensionen.

— Zur Klarstellung der Dühring-Angelegenheit. Wir erhalten folgende Zuschrift: „Berlin, 24. November. Herr Dr. Dühring hat auch nach der öffentlich an ihn wiederholten Aufforderung sich nicht veranlaßt gesehen, diejenigen Personen namhaft zu machen, auf welche er mit den in seiner „Erklärung" vom 13. d. M. enthaltenen ehrenkränkenden Verdächtigungen wirklich abzielte, obwohl wir als Grund unseres Vorgehens anführten, daß dieselben thatsächlich auch auf uns eine Auslegung erfahren hatten. Wir glauben dem gegenüber uns lediglich mit der einfachen Constatirung dieses Sachverhalts begnügen zu müssen, dessen Beurtheilung wir nicht sowohl jedem Unparteiischen, wie ganz besonders dem — Moralisten Dühring anheimgeben. Namens des für Dr. Dühring im Sommer dieses Jahres thätig gewesenen Comités

Fr. Adam, Dresdenerstraße 32, IV.

Der Prozeß Diest-Daber,

über dessen Verhandlung vor dem Berliner Stadtgericht wir in Nr. 64 flg. des „Vorwärts" berichteten, kam am 22. d. vor dem Kammergericht in Berlin zur zweitinstanzlichen Verhandlung, über welche die Zeitungen (z. B. die „Frankfurter Zeitung" vom 24. November) wie folgt referiren:

Der Angeklagte war bekanntlich beschuldigt, in Privatunterhaltungen, die er im vorigen Jahre mit verschiedenen Personen seiner Umgebung gepflogen hat, den Fürsten Bismarck sowohl durch die Verbreitung nicht erweislich wahrer verächtlich machender Thatsachen, als auch durch verschiedene Ausdrücke beleidigt zu haben. Die erhobene Anklage hatte sechs solcher Fälle aufgezählt. Die Unterhaltung in allen diesen Fällen drehte sich um die angebliche Consortialbetheiligung des Reichskanzlers bei der preußischen Central-Boden-Kredit-Aktien-Gesellschaft. Die beiden ersten Anklagepunkte betrafen Gespräche des Angeklagten mit Dr. Rud. Meyer und mit Joachim Gehlsen, welch letzterer in einem an den Staatsanwalt Tessendorff gerichteten Schreiben als Denunziant aufgetreten war; der dritte Anklagepunkt hatte Bezug auf eine im Eisenbahncoupé gepflogene Unterhaltung des Angeklagten mit den Rittergutsbesitzern Freiherrn v. Hammerstein, v. Bergell und Major v. Jena, der vierte betraf eine Aeußerung des Angeklagten zum Grafen v. Borcke bei Gelegenheit einer Jagd bei Herrn v. Wedell-Malchow, der fünfte eine Aeußerung des Angeklagten im Hotel de Prusse zu Stettin während des internationalen Pferdemarktes dortselbst, und der sechste bezog sich auf eine Unterhaltung des Angeklagten mit dem Rittergutsbesitzer v. Bülow während einer Jagd in Camenz. Die dritte Kriminaldeputation des Stadtgerichts erkannte den Angeklagten der qualifizirten und einfachen Beleidigung nur in vier Fällen für schuldig, die Unterhaltungen zu Dr. Rud. Meyer und zu Joachim Gehlsen schied sie als nicht beleidigender Natur aus. An Einzelstrafen arbitrirte der Gerichtshof für Punkt 4 zwei Monate, für Punkt 3 und 5 je einen Monat, für Punkt 2 vierzehn Tage, welche 4½ Monate er in Gemäßheit des § 74 des Strafgesetzbuches zu einer Gesammtstrafe von 3 Monaten Gefängniß ermäßigte. Die auf dem Stettiner Pferdemarkte festgestellte Beleidigung erachtete der Gerichtshof für eine öffentliche, weshalb er dem beleidigten Reichskanzler auch die Befugniß zuerkannte, den Tenor des Urtels nach der Rechtskraft an der Gerichtsstelle zu publiziren. — Gegen dieses Urtheil hat der Angeklagte die Appellation eingelegt, auf welche hin die erste Kriminal-Abtheilung des Kammergerichts unter dem Vorsitze des Vice-Präsidenten v. Mühler zum 22. d. M. Audienztermin anberaumt hat. Die Oberstaatsanwaltschaft vertrat Staatsanwalt Feige, der Angeklagte ist selbst erschienen und außerdem als sein Vertheidiger der Rechtsanwalt Munkel.

Angeklagter v. Diest: Eine Verleumdung oder Beleidigung des Fürsten v. Bismarck habe ihm fern gelegen. Seine früheren freundschaftlichen Beziehungen zu demselben lassen wohl eine andere Annahme gar nicht zu. Und obwohl Bismarck seit einem Jahre anders gegen ihn aufgetreten, so sei er demselben trotzdem nicht feindlich gesinnt. Sein ganzes Leben zeuge dafür, daß er stets, mit vollster Hintansetzung seiner Interessen, nur das Wohl des Vaterlandes und das Glück seines Königs im Auge gehabt habe. Seit dem letzten deutsch-französischen Kriege sei die Geld-Aristokratie in Preußen und Deutschland zu einer Macht gelangt, daß sie alle Moral, alle Gottesfurcht und Autorität im deutschen Volke erschüttert habe. Ja, das preußische Königshaus sei gefährdet gewesen, durch diese Geldherrschaft in seinem Bestande erschüttert zu werden. Er sei von allen Börsen- und Witzblättern auf das Schmählichste angegriffen worden. Dies Alles vermochte ihn aber nicht abzuhalten, so zu handeln, wie er gehandelt. Er war umsomehr veranlaßt, gegen die Uebermacht des Großkapitals aufzutreten und den Fürsten vor einer allzu engen Allianz davor zu warnen, da diese Geldaristokratie unter erheblicher Schädigung der Landwirthschaft von der Gesetzgebung wesentlich begünstigt worden. Zu einer Zeit, wo Landwirthe keine Hypotheken erhalten konnten, habe Fürst Bismarck die preußische Central-Boden-Kredit-Aktien-Gesellschaft unter Bedingungen conzessionirt, wie sie ähnlich niemals einer Landschaft zugestanden worden. Einzelne hohe Finanzbeamte seien sogar der Meinung gewesen, der Central-Boden-Kredit-Aktien-Gesellschaft seien Bedingungen zugestanden worden, wie sie dem Gesetze nicht entsprechen. Obwohl Fürst Bismarck von sachverständiger Seite gewarnt worden, habe er der genannten Aktien-Gesellschaft die Conzession ertheilt, und obwohl nur 40 Proz. eingezahlt gewesen, sei die Gesellschaft mit dem 20fachen Betrage conzessionirt worden. Alle anderen Aktien-Gesellschaften seien nur mit dem 10fachen Betrage conzessionirt worden: Nicht nur der Grundbesitz, sondern das ganze deutsche Volk sei dadurch erheblich zu Gunsten Weniger geschädigt worden. Am meisten wundere es ihn aber, daß Privatgespräche, die er unter Standes- und Berufsgenossen im einsamen Walde oder im Zimmer geäußert habe, zur Anklage kommen könnten. Diese Thatsache gebe Zeugniß von dem Vorhandensein eines geradezu ekelhaften Denunziantenthums. Und daß Fürst Bismarck auf solche Zwiegespräche hin einen Strafantrag stellen konnte, verstehe er nicht. Er behaupte, daß Bismarck schon vor langer Zeit von den Zwiegesprächen gehört, und erst die Blankenburg'sche Aussage in dem Rudolf Meyer'schen Prozesse habe ihn zur Stellung des Strafantrages veranlaßt. Er, Angeklagter, beantrage, den Fürsten darüber als Zeugen zu vernehmen, ob er innerhalb dreier Monate, nachdem er von den inkriminirten Zwiegesprächen Kenntniß erhalten, den Strafantrag gestellt habe. Er sei durch die unaufhörlichen Angriffe der Reptilienpresse, welch letztere er mit dem Grafen Hermann von Arnim als Anfang zur Corruption des deutschen Volkes bezeichne, veranlaßt worden. Wie weit die Preßcorruption bei uns schon gediehen sei, erhelle aus einer Behauptung des Stadtgerichtsraths Willmanns, wonach Herr von Bleichröder über fünfzig deutsche Zeitungen disponire.

In länger denn dreistündiger Rede suchte der Angeklagte sein „bona fides" (daß er in gutem Glauben gehandelt) nachzuweisen. Auf die diesbezügliche Bemerkung des Herrn Vertreters der Oberstaatsanwaltschaft müsse er bemerken, daß er zwar nicht Sozialdemokrat sei, daß die Sozialdemokratie jedoch inmitten der Schäden der heutigen Gesellschaft eine große Berechtigung habe. Schließlich ersuchte der Angeklagte um seine Freisprechung, event. die eidliche Vernehmung des Fürsten v. Bismarck.

(Schluß folgt.)

An die Parteigenossen!

Im Laufe dieser Woche sind die Abrechnungen des Central-Wahlcomités vom **1. Mai bis 30. September 1877** an die Agenten und Vertrauensmänner versandt worden.

Die Partei- und Gesinnungsgenossen werden darauf mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß die Abrechnungen bei den betreffenden Agenten und Vertrauensmännern zur Einsicht offen liegen.

Hamburg, den 26. November 1877.

Das Central-Wahlcomité.

Correspondenzen.

Bremen, 26. November. Wir haben heut die traurige Pflicht zu erfüllen gehabt, einem braven Parteigenossen das letzte Geleit zu geben. Es ist unser Parteigenosse Meyer, den der Tod aus unserer Mitte gerissen hat. Meyer hatte das hohe Alter von 74 Jahren erreicht und stets stand er da, wo es galt, für die Rechte des Volkes einzutreten. Viele seiner früheren Freunde und Gesinnungsgenossen sah Meyer in's Lager der liberal-reaktionären Partei abschwenken, doch er stand treu zur Fahne der Demokratie; und als die Sozialdemokratie stolz ihr Banner erhob, da scheute er den Schritt nach vorwärts nicht — er wurde Sozialdemokrat. Das Andenken des Dahingeschiedenen wird in den Herzen seiner Parteigenossen fortleben.

Reutlingen. (Glaubens- und Bildungspöbel.) Heutzutage, wo in den Köpfen der meisten Menschen eine heillose Begriffsverwirrung über gewisse Dinge herrscht, ist es nothwendig, immer und immer wieder Vergleiche anzustellen, gewisse Worte und Begriffe klarzulegen und ihre wahre Gestalt und Bedeutung aufzudecken. So ist man heute so sehr daran ge-

---

Kritiker sich hüten, Spitzer etwas am Zeuge zu flicken, ist sehr erklärlich, sie kennen sehr wohl die spitze Feder des Wiener Feuilletonisten, sie wissen sehr wohl, daß er die Lacher stets auf seine Seite zieht. — Jawohl, die Lacher, die mit einstimmen in alles das, was ihre Sittenlosigkeit, ihre Eitelkeit witzig vertheidigt, — das sind dieselben vornehmen Herren mit den blasirten Gesichtszügen, den feinen schmalen Händen und den eleganten Tournüren, die mit sittlichem Abscheu von der angeblichen „Weiber-Gemeinschaft" der Sozialdemokraten reden. Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!

Das „Herrenrecht"! ein bezeichnender Titel für das Recht des Starken über den Schwachen, des Reichen über den Armen, es ist dasselbe „Herrenrecht", das die Töchter des Proletariats nach kurzem Genuß in die Arme der Prostitution wirft. Früher wurde derartiges doch noch vor den Augen der Frauenwelt verborgen gehalten; daß man jetzt derartige Apotheosen des Ehebruchs und der Prostitution an das helle Licht des Tages ziehen darf, und dabei noch allgemeinsten Beifall erntet, das ist der Beweis einer Sitten-Fäulniß, die jeden Unparteiischen aufs Tiefste empören muß. S. M.

Die Attentätetatetuterei

oder:

Der blutige Privatschreiber von Schönlanke.

Wiss't Ihr schon? — das Attentat? — in Berlin? — Erschrick nicht, lieber Leser! — es hat sich Gottlob bereits alles als „gänzlich erfunden" herausgestellt.

Der vermeintliche Attentäter heißt Lukowski, ist seines Zeichens ein Schreiberlein, kommt aus Schönlanke, wohnte früher einmal in der Eichorienstraße in Bromberg und die Indizien gegen ihn bestanden in einer anonymen, von „Damenhand" — man sagt von einer verlassenen mehr oder weniger Schönen — geschriebenen Denunziation, in welcher unser Schreiberlein beschuldigt wurde, Se. Majestät den Kaiser und bei der Gelegenheit auch Se. Durchlaucht, den Herrn Reichskanzler (wenn schon — denn schon, dachte die sich offenbar) durch einen Pistolenschuß vom Leben zum Tode befördern zu wollen.

Man sieht, alle Voraussetzungen eines raffinirt angelegten Attentatsplanes waren gegeben. Wenn der Attentäter trotz alledem doch kein Attentäter war, nun, dann ist das offenbar eben seine Schuld und nicht die der wohllöblichen Polizei.

Und das Schönste ist, der Attentätetatetuter hatte bereits die „umfassendsten Geständnisse" abgelegt! Er hatte sich nicht nur zu den beiden Mordplänen bekannt, sondern man hatte ihm auch bereits das Bekenntniß zu entreißen gewußt, daß er ein Sohn des Erzbischofs v. Ledochowski ist und direkt mit der Curie zu Rom und mit hohen ultramontanen Personen in Verbindung steht (Huhu!)! Woher diese Bekenntnisse, trotzdem der Mensch thatsächlich an all den Dingen so unschuldig ist, wie ein weißgewaschener Waisenknabe? Wie dergleichen zu Stande zu kommen pflegt, wollen wir dem Leser hier an der Hand von Präcedenzfällen zu erklären versuchen.

Kaum wird so ein unglückliches Opfer hochgradigster Nervosität in Nummer Sicher eingebracht, kommen die verschiedenen großen Herren Beamten mit ihren großen Bäuchen und den großen Uhrketten daran im größten Diensteifer aus ihren verschiedenen Wohnungen herbeigestürzt, stellen sich um den Armensünder herum und bestürmen ihn nun mit einem Kreuzfeuer von Fragen, Drohungen, Vorwürfen, Entrüstungsausbrüchen, Abscheubekundungen u. s. w. u. s. w. — bis so ein Unglücksmensch schließlich ganz verdreht geworden, gar nicht mehr weiß, was mit ihm vorgeht, und nun in seiner Duseligkeit darauf los „gesteht", was man nur irgend von ihm haben will.

Wir sind überzeugt, wenn man unser Schreiberlein in jenem Moment gefragt hätte: Ob denn nicht der Papst seine Tante sei? Und ob er denn nicht der Präsident der geheimen Internationalen, genannt: „Die olle Petroleumkrucke" sei? Und ob er denn nicht, um die katholische Kirche zu rächen, habe unsere gesammte hohe Regierung, vom Geheimrath aufwärts, heimlich abschlachten und einpökeln wollen? Und ob er denn nicht habe die Ostsee heimlich nach Varzin leiten und dieses heimlich darin ersäufen wollen? Und ob er denn nicht Jeden, der ein Markstück bei sich im Portemonnaie trägt, also zu den besitzenden Klassen gehört, habe, heimlich in Petroleum stippen und dann langsam schmoren lassen wollen? Und ob er denn nicht der Diktator der geheimen polnischen Nationalregierung sei? Und ob er denn nicht habe mit sämmtlichen polnischen Juden heimlich gegen Berlin rücken, es heimlich mit Sturm berennen und dann heimlich in die Luft sprengen wollen? u. s. w. u. s. w. — der arme Kerl hätte in seiner Confusion ohne Zaudern immer nur darauf zu „gestanden": „Ja wohl — natürlich — warum nicht?" — In dieser Verzweiflungsstimmung kommt es Einem auf ein halbes Dutzend gräßlicher Schandthaten mehr oder weniger eben gar nicht mehr an.

Als man aber unser Schreiberlein wieder nach seiner Zelle zurückgebracht und dort zur Besinnung kommen gelassen hatte, „erklärte" er natürlich alsbald alle „Angaben" für unwahr, wie es in der betreffenden offiziösen Zeitungsnotiz heißt, und das ganze Vergnügen hatte ein Ende. —

Unsere Ansichten über das Attentiren gegen hohe Personen — um den Vorfall auch von der ernsten Seite zu betrachten — sind unseren Lesern genugsam bekannt. Wir haben das Verwerfliche, Sinn- und Zwecklose derartiger Armuthszeugnisse politischer Einsicht zu wiederholten Malen und von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beleuchtet. Um hier nur einen — bisher weniger beachteten — Gesichtspunkt hervorzuheben:

Die Zeiten sind schlecht. Jedermann schränkt sich so viel wie nur möglich ein, alle zwecklosen und Luxusausgaben werden vermieden. Ein Schuß Pulver aber kostet Geld! Natürlich frägt sich also jeder vernünftige Mensch, wenn ihm etwa ja einmal einen Augenblick der Gedanke an den Ankauf eines solchen Schusses Pulver käme, sofort: „Wofür giebst du dein Geld aus?" Man sieht das Resultat — alle Welt ist sich darüber einig: Wir geben das Geld für den Schuß Pulver nicht aus! —

Aeußerst sonderbar ist aber die prädisponirte Gemüthsstimmung, mit welcher man auf die plumpen Foppereien irgend einer hysterischen Gans von einem Frauenzimmer so ohne Weiteres hereinfällt, darauf hin die ganze Staatsmaschinerie in Bewegung und alle Welt in Allarm versetzt und sich doch nur so ungeheuer l— leere Besorgnisse macht.

Dergleichen ist auch schon in früheren Zeiten öfter dagewesen und war immer ein Zeichen von — na, jedenfalls ist es diesmal ausnahmsweise anders.

Die Zeitungen aber berichten übereinstimmend:

„Welchen Eindruck das Gerücht auf die dem Kaiser nahestehenden Personen gemacht hat, geht daraus hervor, daß dem Fürsten Bismarck nicht nur Rapport abgestattet, sondern daß demselben sogar Abschriften von den in den Vernehmungen aufgenommenen Protokollen ausgefertigt und (nach Varzin) zugeschickt werden mußten."

— „Der Hohenzollern historischer Beruf" als Makulatur. In der reichstreuen „Schlesischen Presse" vom 23. November cr. steht folgendes Inserat: „Hugo Bauer's geschichtliches Schauspiel der Hohenzollern historischer Beruf, Sr. Majestät dem Könige gewidmet (mit doppeltem Personen-Verzeichniß), von welchem bis jetzt nur einige Dedikations-Exemplare an Höchste und Hohe Herrschaften abgegeben, ist als schöne Makulatur das Pfund mit 10 Sgr. zu haben in Carl Adler's Buchdruckerei, Cüstrin."

---

wöhnt, mit dem Wort „Pöbel“ die niederen Volksklassen: Arbeiter, Handwerker u. A. zu bezeichnen, daß selbst viele Angehörigen dieser Stände dies ganz in der Ordnung finden, die Privilegirten aber, d. h. diejenigen, welche mit dem Privileg der Besitzer auch das Privileg der Bildung und des Wissens für sich allein beanspruchen zu dürfen glauben, Jeden auslachen und geradezu für verrückt halten würden, der dem Wort „Pöbel“ eine andere Bedeutung geben und dasselbe gar auf sie selbst anwenden wollte. Trotzdem hat das Wort eine andere Bedeutung und muß, richtig verstanden, auf ganz andere Leute angewendet werden, als dies gewöhnlich geschieht. Wo ist denn die gar plebejische oder pöbelhafte Rohheit und Unwissenheit zu finden, wo anders, als bei den sogenannten Gebildeten? Die Versumpfung und Unwissenheit, in der diese Menschen dahinleben, ist wirklich haarsträubend! Trotzdem diese Klasse aus Menschen besteht, die zum großen Theil das Denken verlernt haben, hält sie sich doch immer noch für die „gebildete“ Gesellschaft. „Diese Leute sind aber durchaus nicht zu bedeuten und so verwachsen mit ihrer Gemeinheit, so unfähig selbst darüber nachzudenken, daß sie gar nicht begreifen, wie Jemand die Grundsätze und Begriffe eines gesitteten Mannes haben und dennoch sie als das, was sie sind, nämlich als Gesindel, behandeln und betrachten könne.“ (Schelling.)

Doch seien wir gerecht! Ueberhäufen wir mit unseren Vorwürfen nicht Unglückliche, die weit eher unser Mitleid verdienen! Pfaffenlist und Pfaffentrug haben es nämlich durch anhaltende Mißhandlung des Gehirnes der Völker so weit gebracht, daß die ganze Schafherde, welche sich in den Pferch der christlichen Kirchen hineintreiben läßt, vollständig unzurechnungsfähig ist und daher für ihre Handlungen nicht verantwortlich gemacht werden kann! Es wäre eine unwürdige und schmachvolle Herabwürdigung des menschlichen Geistes, anzunehmen, Menschen befinden sich im vollen Besitz ihrer Vernunft, welche heute noch es wagen, als geistige Speise das Christenthum dem Volke vorzusetzen und selbst, wenn auch nur äußerlich, dasselbe zur Schau zu tragen, wie dies unsere „gebildeten“ Bourgeois thun. Um die ganze Ungeheuerlichkeit dieser Zumuthung zu verstehen, muß man eingedenk sein, daß die christliche Religion, in ihren Anfängen zwar groß und erhaben, jetzt nach der schlimmsten Seite hin ausgeartet ist. Können wir es daher dulden, daß Menschen, die dem Volke die religiösen Verirrungen als eine Wohlthat anpreisen — eine Wohlthat, die freilich in Wirklichkeit dazu dient, um die „Kanaille“ leichter im Schach halten zu können — können wir es dulden, daß diese Menschen sich ferner die „Gebildeten“ heißen und das Recht sich anmaßen, das Volk zu verachten und auf dasselbe als „Pöbel“ herabzusehen?

Noch sind wir nicht im Stande, die Anmaßungen der herrschenden Klassen gebührend zurückzuweisen, dagegen können und müssen wir mit allen Kräften daran arbeiten, den Autoritätsglauben im Volke zu vernichten, das Selbstbewußtsein in demselben zu wecken und ihm namentlich die übertriebene Achtung und unterthänige Furcht zu benehmen, die es so vielfach noch an den Tag legt vor dem hochmüthigen Geldprotzenthum sowohl als vor büreaukratischer Grobheit und Flegelei. So lange wir aber noch die Anmaßungen einer sogenannten gebildeten Kaste, resp. des „wahren Pöbels“ in seiner häßlichsten Gestalt ertragen müssen, trösten wir uns mit den schönen Worten F. A. Lange's: „Das schnelle Wachsen der Reichthümer macht Viele verfeinerter Lebensfreuden und Genüsse theilhaftig deren Gemüth innerlich roh ist. Andere verwildern in sittlicher Beziehung, indem sie keine Aufmerksamkeit, keine Theilnahme mehr übrig behalten für etwas, das außerhalb des Kreises ihrer Vergnügungen liegt. Die lebhafteren Formen der Sympathie mit dem Leiden schwinden schon durch das gleichförmige Wohlleben der Bevorzugten. Diese fangen an, sich als besondere Wesen zu fassen. Ihre Diener sind ihnen wie Maschinen; die Unglücklichen sind ihnen eine unvermeidliche Staffage; sie haben für das Schicksal derselben kein Verständniß mehr. Mit dem Abreißen der sittlichen Bande erlischt die Scham, welche früher von allzuüppigen Genüssen zurückhielt. Die geistige Kraft erstickt im Wohlleben; das Proletariat allein bleibt gedrückt, aber geistesfrisch. In einem solchen Zustande war die alte Welt, als das Christenthum und die Völkerwanderung ihrer Herrlichkeit ein Ende machten. Sie war zum Untergang reif geworden.“ C. F.

Landshut, 21. November. Am Montag fand im Kaisersaale des Kronprinzen eine von über 1000 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Kräcker aus Breslau die Stellung des Kleinbürgerthums zu den Forderungen der Sozialdemokratie in längerer Rede beleuchtete, und schloß sich Genosse Alexander Schlesinger in ergänzenden Ausführungen an, indem dieser vorzugsweise die Forderung nach Organisation der Produktivgenossenschaften mit Staatsintervention besprach. Diesen Referaten schloß sich eine lebhafte Diskussion an. Welchen Erfolg wir mit unserer Volksversammlung gehabt haben, zeigt deutlich ein in der „Schlesischen Presse“ enthaltenes Referat, dessen Schluß lautet: „Wir haben die Ueberzeugung mit hinweggenommen, daß die Sozialdemokratie seit der letzten Versammlung hier doch schon einigen Boden gewonnen hat und wird es der Bemühungen aller gutgesinnten Bürger bedürfen, um dieser Propaganda entgegensteuern zu können.“ Wir haben die Ueberzeugung schon längst gewonnen, daß wir von unseren „Spießern“ keine Früchte ernten werden, und erwarten deshalb den erklärten Diskussionskrieg in aller Ruhe; es wird sich dann zeigen, ob das jung ersprossene Reis der sozialdemokratischen Bewegung nicht den Sieg über das morsche Plunderwesen der sogenannten liberalen Richtung davontragen wird. Im Kampfe mit dem Geiste stählen sich die Nerven des werkthätigen Volkes und dies kommt denen zu Gute, die noch etwa nicht gehörig unser Programm auf ihre Fahne eingegraben haben. Kommt nur, wir stehen gewappnet und erwarten Euch! r.

Mannheim, 25. November. „Rutsch Mutter, die Landwehr kommt!“ Wer kennt nicht das alte preußische Soldatenlied? Unwillkürlich fielen mir diese Verse ein, als ich in dem letzten Heft der „Gartenlaube“ (Nr. 11) einem Auszug aus der Viktor Böhmert'schen Social-Correspondenz (Nr. 6) begegnete. In demselben werden alle regsamen und umsichtigeren Elemente des Bürgerthums aufgefordert, sich wirthschaftliche Kenntniß zu verschaffen, um den Ruin des Volkes aufzuhalten gegenüber der Agitation einer Anzahl geschickter, kühner, eifriger und begeisterter Agitatoren der Sozialdemokratie, welche Alles aufbieten, um Hunderttausende von Arbeitern, Gesellen und Lehrjungen auf falsche, irrige Wege zu leiten und ihre Begierden zu entflammen. (Wer lacht da?) Es solle sich eine geistige Landwehr bilden zur Bekämpfung sozialdemokratischer Unterjochung. Als Commandanten derselben werden Viktor Böhmert und Arthur v. Studnitz vorgeschlagen. Gönnen wir diesen beiden edlen Geistern ihr neues Avancement von Herzen, und wünschen wir, daß sie als ihre Landwehrwaffe auch fernerhin den Krähwinkler-Landsturmspieß vorantragen mögen, auf welchem bekanntlich das Motto: „Du sollst nicht tödten!“ verzeichnet ist. — Wir werden dann auch nicht versäumen, wenn sie einmal etwas Tüchtiges auf ihrem neuen Posten geleistet haben, ihnen in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste die schaflederne Medaille zu verehren. Ein deutscher Landwehrmann.

Frankfurt a. M. (Irren ist menschlich.) Auch in der jüngst durch „Kaisertage“ noch besonders berühmt und geschichtlich gewordenen Stadt Frankfurt hat man sich ein wenig geirrt oder eigentlich verrechnet, verrechnet in des Wortes reinster Bedeutung. Daselbst wird nämlich ein neues großes Opernhaus gebaut, dessen jetziger Voranschlag sich auf 4,250,000 Mark beläuft. Dieser Voranschlag ist nun um 1,926,041 Mark überschritten worden. Die Herren Stadtverordneten verhandelten nun am 20. November über die Kreditforderung des Magistrates. Es wurde da auch die Ernennung einer Spezial-Commission von sieben Mitgliedern beschlossen, welche unter Zuziehung von geeigneten Sachverständigen die Sachlage zu prüfen hat. Zu dieser Prüfung gehört u. A. auch: „welche unverschiebbare Bewilligungen nothwendig sein werden, um das im Rohbau fertiggestellte Gebäude vor Schaden zu bewahren?“ Sag' Liebchen was willst du noch mehr?

—o—

Frankfurt a. M. Auf Wunsch vieler Parteigenossen des Maingaues hat Genosse Frohme auf Mittwoch den 26. Dezember eine Delegirten-Conferenz nach Frankfurt a. M. berufen. Die Conferenz wird in dem Lokal des Herrn Pfuhl, Zeil 47, tagen und gelangen folgende Punkte zur Berathung: 1) Die letzten Reichstagswahlen und ihre Lehren. 2) Regelung der Agitation. 3) Die sozialistische Presse für den Maingau und die angrenzenden Kreise. 4) Vertrieb der „Rundschau“ und der sozialistischen Broschüren. — Bei der Wichtigkeit, welche diese Conferenz für die künftige Gestaltung des hiesigen Preßwesens und der Agitation hat, ist mit Sicherheit auf zahlreiche Betheiligung zu rechnen. Die mit Mandaten versehenen gewählten Delegirten haben sich bis Sonntag den 23. Dezember in der Redaktion des „Frankfurter Volksfreund“ anzumelden.

Breslau, 25. November. Die Leser des „Vorwärts“ wissen, daß das Berliner Polizeipräsidium nach langem Zögern endlich zu der Einsicht gelangte, daß die Theilnahme der Frauen an Volksversammlungen dem Vereins- und Versammlungsgesetz nicht zuwiderlaufe. Unser Polizeipräsidium ist bis heute noch anderer Ansicht. Wenigstens läßt sich das aus Nachfolgendem schließen. Am 21. Juli d. J. hatten wir hier eine Volksversammlung einberufen, zu welcher wir den Frauen natürlich den Zutritt bereitwilligst gestatteten. Dem überwachenden Polizeibeamten was das aber Grund genug, die Versammlung aufzulösen. Auf erhobene Beschwerde erhielten wir nachfolgenden Bescheid:

„Nach den über den Sachverhalt vorliegenden Erhebungen sowie nach in Frage stehenden gesetzlichen Bestimmungen ist der in Ihrer Eingabe vom 31. v. Mts. einem der hiesigen Polizei-Commissare gemachte Vorwurf des Mißbrauchs der Amtsgewalt durchaus unbegründet und ist das nach Lage der Sache vorgeschriebene Strafverfahren wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes und des deutschen Strafgesetzes bereits eingeleitet.

Der Königl. Polizei-Präsident.
J. V.: Eberhard, Regierungsrath.“

Seit jener Zeit sind mehr als vier Monate verflossen und noch haben wir von dem angeblich eingeleiteten Strafverfahren nichts weiter gehört. Nach dem obigen Schreiben ist das Strafverfahren bereits eingeleitet, in Wahrheit hat aber noch nicht einmal eine gerichtliche Voruntersuchung stattgefunden, so daß wir wohl die Hoffnung aufgeben müssen, daß eigentliche Strafverfahren noch zu erleben. Wie schade! wir hofften sicher, daß durch eine gerichtliche Freisprechung die Ungesetzlichkeit der Versammlungsauflösung dargethan werden würde, und jetzt gelangt die Sache gar nicht zur richterlichen Entscheidung. Trösten wir uns damit, daß die Einstellung resp. Unterdrückung des Verfahrens am Besten beweist, daß man in polizeilichen Kreisen fühlt, daß die Auflösung vom 31. Juli jedes gesetzlichen Grundes entbehrte.

Crimmitschau. Die am 22. November hierselbst vollzogenen Stadtverordnetenwahlen sind zu unseren Ungunsten ausgefallen. Aber obgleich wir unterlegen sind, so können die Gegner von einem „Erfolge“ doch nicht reden, denn für's Erste ist die Majorität nur eine sehr geringfügige, sodann aber haben unsere Gegner vor keinem unerlaubten Wahlmanöver zurückgeschreckt, wozu noch kommt, daß eine Anzahl halbgewalkter „Genossen“ in's jenseitige Lager übergetreten ist. Unsere höchste Stimmenzahl beläuft sich auf 667, während die Gegner im Maximum 764 erhielten. Natürlich werden wir Alles aufbieten, um bei der nächsten Stadtverordnetenwahl den Gegnern zu zeigen, daß sie ihren heurigen Sieg nur ganz besonders günstigen Umständen zu verdanken haben, und daß in Crimmitschau die Sozialdemokratie noch immer obenauf ist.

Für Hannover und Linden.

In Folge der hier am Orte herrschenden schlechten Herbergsverhältnisse, sowie wegen der Prellereien, welchen unsere wandernden Genossen oftmals in den einzelnen Herbergen ausgesetzt sind, ingleichen um den sogenannten „christlichen“ Herbergen entgegen zu treten, habe ich mich veranlaßt gefunden, hierselbst in der Neustraße 27 einen Central-Verkehr, sowie einen unentgeltlichen Arbeitsnachweis für alle wandernden Genossen — mögen sie einer Gewerkschaft oder Berufsbranche angehören, welcher sie wollen — zu eröffnen. Für gute und billige Bewirthung, sowie reinliche Betten ist bestens gesorgt. Mögen mich daher die wandernden Genossen — auch wenn durch Arbeitslosigkeit mittellos auf der Reise — durch ihre Einkehr freundlichst beehren. Das Centralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, sowie das Centralorgan der deutschen Gewerkschaften, der „Pionier“, liegen im Central-Verkehr aus.

Adolph Matthes, Neustraße 27.

NB. Bitte alle Partei- und Gewerkschaftsblätter um Abdruck dieser für die reisenden Genossen so wichtigen Bekanntmachung.

Briefkasten

der Redaktion. Hrn. K. W. L. in Hannover: Ihre Manuskripte wurden Ihnen im Sommer schon zurückgeschickt — damals schrieb auch L. an Sie im Gefängniß. Ihren Standpunkt betr. die Religion theilen wir nicht; darin aber haben Sie recht, daß es zum mindesten sehr überflüssig ist, durch ungeschickte Angriffe auf Christenthum und Kirche Prozesse zu provociren und einen großen Theil unserer Mitbürger, der uns sonst nicht abgeneigt ist, vor den Kopf zu stoßen. — Ihre „zweite Frage“:

> Eine zweite Frage ist diese. „Sind denn die Balkanvölker nicht auch Menschen? Wie darf ein Sozialdemokrat, und ganz vorzüglich ein Führer derselben, das Wort Unterthan gebrauchen. Wer Gleichheit für Alle auf seine Fahne geschrieben, sollte doch wohl dieses Wort vermeiden, gleichviel spricht er von Einzelnen oder von Vielen. Wird dies Wort im Ton des Spotts gebraucht, dann ist es gut, aber wenn die Balkanvölker als die Unterthanen des Sultans von den Führern der deutschen Sozialdemokraten im bittersten Ernst hingestellt werden, da weiß man schließlich nicht mehr, was ein Sozialdemokrat und was ein Streng-Conservativer ist.“

verstehen wir nicht. Wir erinnern uns nicht, den Ausdruck „Unterthan“ von den Balkanvölkern gebraucht zu haben, jedenfalls nicht in Ihrem Sinne. Sollte etwa von „Unterthanen“ der Pforte die Rede gewesen sein, so wäre damit doch blos das bisherige Verhältniß bezeichnet worden. Daß wir die Gleichberechtigung aller Menschen, und folglich auch der Balkanvölker und Türken wollen, haben wir dutzendmale gesagt, obgleich Selbstverständliches einmal zu sagen eigentlich schon zu viel ist. Wir meinen es eben ernst mit der Gleichberechtigung und wollen nicht wie Sie die Türken aus Europa vertreiben, „weil sie dort nichts zu sagen haben“ und „erst vor einigen hundert Jahren in Rumänien, Montenegro u. s. w. eingefallen sind.“ Gehen Sie „einige hundert Jahre“ zurück, und Sie werden finden, daß auch diejenigen Bewohner, welche von den Türken überwunden wurden, in jene Länder „eingefallen“ sind und Bewohner unterjocht haben, die ihrerseits eingefallen waren und so weiter rückwärts, bis wir bei den Menschenaffen und sonstigem Vieh ankommen, das nach Ihren Begriffen allein das Recht hätte, in den „Balkanländern“ — und allen sonstigen Ländern zu wohnen. Begreifen Sie doch, daß die Gleichberechtigung sich nicht mit dem „Nationalitätsprinzip“ verträgt, und daß letzteres, mag es sich auch in das demokratischste Mäntelchen hüllen, stets den Zwecken des Despotismus, der Unterdrückung und Ausbeutung dienen muß.

A. D. in M.: Ihr Schreiben nebst 40,00 M. Einlage haben wir der Expedition übergeben; von dieser wird das Geld in dem von Ihnen vorgeschriebenen Sinne verwendet werden. — A. St. in Lahr: Ihre Correspondenz hat sich durch den Agitationsbericht von Fritzsche erledigt.

der Expedition. J. Link Nürnberg: Das gewünschte Gedicht haben wir nicht einzeln, Sie können aber den betr. Kalender durch uns beziehen und wollen zu diesem Behufe 50 Pfg. in Briefmarken einsenden. — W. L. Wiesbaden: Das Buch: „Die Parteien im deutschen Reichstage und die Sozialdemokratie“, Verlag Kirchheim in Mainz, behandelt das Thema vom pfäffischen Standpunkte aus. Geld für das Buch auszugeben, rathen wir Ihnen nicht. — Jahnke, Prenzlau: Ihre Reklamation haben wir dem Zeitungspostamte zur Recherche übergeben. — R. Wdmn, Lauban: Sie haben wohl bei dortiger Post abonnirt. Dieses Exemplar geht Ihnen auch dann noch zu, wenn wir Ihrem Wunsche nachkommen. Das Beste ist, Sie theilen der Post mit, daß Ihr Exemplar von nun an dort abgeholt wird, was Sie selbst oder Jemand anders für Sie thun kann, oder Sie müssen das Exemplar ganz abbestellen bei der Post. Bestehen Sie auf Ausführung Ihres Wunsches so wollen Sie 60 Pfg. in Briefmarken einsenden.

Franz Albrecht Stöhr, Maschinenbauer, bitte um Ihre Adresse Heinr. Meyer, Bremen, Gurlshof 10.

Bernburg. Sonntag, den 23. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, in Bernburg, im Gasthof „zu den drei Kronen“, eine

Außerordentliche

Generalversammlung

der Mitglieder der

Allgem. Anhaltischen Assoziationsbuchdruckerei

(Eingetragene Genossenschaft)

statt, zu welcher dieselben mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Tagesordnung später veröffentlicht werden wird.

(F. 40) Der Aufsichtsrath. [150

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 1. Dezember, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11: (F. 164)

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Abrechnung und Verschiedenes. [60

Der Vorstand.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.
Die Mitglieder machen wir hierdurch nochmals auf die Badebillete aufmerksam. Wannenbäder für's Johannabad, Bassin für Sophien- und Friedrichsbad, auch sind von jetzt an Billete zu Dampfbädern des Sophienbades vorhanden. Die Billete zu allen Bädern, zu bedeutend ermäßigten Preisen, sind im Vereinslokal Abends an der Kasse, zu jeder andern Zeit beim Castellan zu haben. [90

Nächsten Sonntag Abends 7 Uhr: Gesellige Zusammenkunft.

Der Vorstand.

---

3. Hamburger Wahlkreis.

Sonntag, den 2. Dezbr., Mittags halb 12 Uhr, im „Engl. Tivoli“ St. Georg:

Allgemeine Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der letzten Versammlung.

E. Breuel. [80

Franz Adam Henning

Messerschmidt aus Würzburg (F320)

soll seinem Bruder in Würzburg, Domstraße 14, wegen Todesfall seine Adresse angeben. [2,00

In der Stollberg'schen Verlags-Buchhandlung in Gotha ist erschienen und durch jede Buchhandlung für nur 50 Pf. zu beziehen:

Freireligiöser Kalender 1878

von Dr. Aug. Specht. [150

Durch uns ist von nachstehenden Zeitungen je 1 Expl. zu beziehen:

„Demokratisches Wochenblatt“: Jahrgang 1868 1 Bd. u. 1869 1 Bd., gebunden.

„Deutsches Wochenblatt“: Jahrgang 1865 von Nr. 16 bis 28 1867, 1 Bd., gebunden.

„Nordstern“: Jahrgang 1863 von 2. Mai bis 10. März 1866, 1 Bd., geb.

„Sozialdemokrat“: Jahrg. 1865 von 1. Juli bis 30. Dezember, 1 Bd., geb.

„Freie Zeitung“: Nr. 1 1867 bis 11. Sept. 1868, 1 Heft, broch.

„Volksstaat“: Jahrg. 1871 1. Jan. bis 30. Sept., 1 Bd. 1870 2. Juli bis 30. Dez., 1 Bd. 1869—70 20. Okt. bis 30. Juni, 1 Bd. 1871—72 14. Okt. bis 30. Juni, 1 Bd. 1872 1 Jan. bis 30. Juni, 1 Bd. 1873 II. Semester, 1 Bd. 1874 I. Semester, 1 Bd. 1874 II. Semester, 1 Bd. 1875 1. Juli bis 31. Dez., 1 Bd.

„Zukunft“: Jahrg. 1868 20. März bis 30. Juni, 1 Bd. 1869 7. April bis 29. Sept., 1. Bd. 1868 1. Juli bis 2. Oktbr., 1. Bd. 1868 1. Jan. bis 8. März, 1. Bd. 1868 1. Okt. bis 31. Dez., 1 Bd. 1869 2 Jan. bis 31. März, 1. Bd.

„Volksstimme“: Jahrg. 1873 18. Aug. bis 28. Dez., 1. Bd.

„Volksstaat-Erzähler“: Jahrg. 1874, 1 Bd.

Der Verkauf geschieht im Ganzen wie in einzelnen Bänden und werden hierauf Reflektirende gebeten, ihre Preisofferte an uns einzusenden.

Leipzig im Novbr.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Da Kalender wieder vorhanden, so werden die bisherigen Bestellungen nunmehr sofort effektuirt und neue Bestellungen erbeten.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 112 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Cityborne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 141. Sonntag, 2. Dezember. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat Dezember zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** ꝛc. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10, I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Der Rechtsbegriff im Volke,

dem sich selbst solche Organe, wie die „Kölnische Zeitung" eins ist, also die den echten Bourgeoisausdruck repräsentiren, nicht immer entziehen können, deutet vielfach auf den Communismus hin.

So lasen wir kürzlich in dem genannten großen rheinischen Blatte:

„Vor dem Zuchtpolizeigerichte in Köln stand ein 72jähriger Tagelöhner aus Kalk, der schon 28 Strafen wegen Holz- und Jagdfrevels erlitten hatte. Neuerdings war der Alte dabei erwischt worden, wie er ein Häslein aus einer Schlinge gezogen und unter seinem Kittel verborgen hatte. Die diesmalige Ausübung des verbotenen Waidwerkes brachte dem Beschuldigten 3 Monate Gefängniß ein." —

Wie gemüthlich das klingt! Ein 28 Mal bestrafter „Dieb" wird in solcher Notiz gar nicht Dieb genannt. Der „Alte", das „Häslein", das „verbotene Waidwerk", wie nett und zart die Ausdrücke sind; es thut offenbar dem Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung leid, daß der „Alte" für Ausübung seiner Passion 3 Monate Gefängniß erhält, während derselbe Berichterstatter sonst bei ähnlichen Anlässen gern mit den Schmeichelnamen: „Vagabunden", „Spitzbuben", „Subjekte" um sich zu werfen beliebt.

Woher kommt denn diese auffallende Zartheit des Ausdrucks in der obigen Notiz?

Sie stammt aus den Rechtsbegriffen des Volkes, die gerade im Rheinlande noch ziemlich stark und deutlich geäußert werden.

Holz- und Streudiebstahl, verbotene Waldhude, Jagdfrevel, Fischereifrevel, das sind sämmtlich beim Volke völlig erlaubte Sachen. Der Wald und das Wild gehört der Gemeinsamkeit, der Fluß und der See gleichfalls, und selbst das Gras und Alles, was wild wächst, es hat die Natur Allen gegeben und deshalb darf es auch von Allen benutzt werden.

Das ist Volksanschauung, die kein Gesetz und keine noch so strenge Anwendung des Gesetzes verändern kann.

Grund und Boden haben früher und gerade in Deutschland mehr oder weniger der Gemeinsamkeit gehört, die Tradition macht sich nun geltend neben den natürlichen Begriffen und so hat sich die kommunistische Volksanschauung in dieser Hinsicht erhalten.

Während das Volk also die „Eigenthumsverbrecher" an den „wilden" Erzeugnissen des Grund und Bodens vollständig durch seine Rechtsanschauung in Schutz nimmt, während es die Obst-, Frucht-, Feld- und Gartendiebstähle sehr milde beurtheilt, wendet es sich gegen jeden Eingriff in das Privateigenthum an sonstigen Tausch- und Gebrauchswerthen. Hier deckt sich das Rechtsbewußtsein des Volkes mit den modernen Eigenthumsbegriffen.

Das Volk merkt wohl, daß nicht die Besitzer des Grund und Bodens die Werthe, welche derselbe hervorbringt, erzeugen, es denkt auch nicht einmal an seine Arbeitskraft, aber es sieht das Wirken der Mutter Natur und fühlt, daß dieselbe nicht allein für die Besitzenden wirken will.

Deshalb das Bewußtsein, daß es ein großes Unrecht ist, daß eine verhältnißmäßig kleine Anzahl von Menschen die Naturerzeugnisse für sich in Anspruch nimmt.

Aber das Volk merkt noch nicht, daß auch fast alle anderen Werthserzeugnisse Denen zu Gute kommen, die sie nicht hervorgebracht haben, deshalb sehen wir hier das Rechtsbewußtsein des Volkes noch in Banden geschlagen, deshalb beschützt dies Rechtsbewußtsein viel mehr, als das Gesetz, das Privateigenthum.

Der Rechtsbegriff des Volkes wird aber bei zunehmender Erkenntniß einen ganz anderen Standpunkt einnehmen, derselbe wird sich gegen die „großen Diebe", gegen die Gründer und Ausbeuter wenden und schließlich nur das der Gesammtarbeit entsprossene, der Gesammtheit gehörende Eigenthum für unverletzlich erklären.

Traditionell communistisch, durch Naturanschauung communistisch wird auch durch soziale Erkenntniß und zwar dann zum wahren Heile des Volkes der Rechtsbegriff desselben völlig communistisch werden.

Kriegselend und Invalidenpension.

Wir erhalten nachstehende Zuschrift:

Sie brachten in Ihrer Nummer vom 14. November an der Spitze des Blattes einen Artikel mit der Ueberschrift „Kriegselend und Invalidenpension", der ein gar getreues Bild giebt von jenen Bedauernswerthen in unserm herrlichen deutschen Reiche, die da im „glorreichen Kriege 1870/71" „für Gott, für König und Vaterland" sich durch die Strapazen des Feldzuges eine chronische Krankheit zugezogen und nun arbeitsunfähig vergebens hoffen auf das „dankbare Vaterland", das sie durch seinen reichlich dotirten Invalidenfonds vor Nahrungssorgen schützen könnte.

Die Zahl der Feldzugstheilnehmer, bei denen erst nach Ablauf der Anmeldungsfrist für dienstlich im Kriege Beschädigte sich ihre ganze oder theilweise Arbeitsunfähigkeit feststellte, wie derjenigen, bei denen wohl schon früher ein chronisches Leiden zum Ausbruch kam, aber zu spät von den wohlthätigen Bestimmungen des Invalidenfonds Kenntniß bekamen, mag in Deutschland wohl weit in die Hunderte gehen.

Mancher der Invaliden, bei denen sich bereits vor Ablauf des gesetzlichen Termins — der mit dem 20. Mai 1875 zu Ende ging — die Anfänge jener unheilvollen Krankheit zeigten, und ärztlichen Rath in Anspruch nahmen, blieben über die Tragweite ihrer Krankheit gar oft im Unklaren, da manche Aerzte die Kranken in falsch angebrachter Humanität mit der Hoffnung auf Wiederherstellung hinhalten, bis schließlich vollständige Arbeitsunfähigkeit eingetreten, aber auch der Termin zur Erhebung von Ansprüchen an den Invalidenfonds verstrichen war.

Wenn auch die Regierung, wie mir von maßgebender Seite bei meinen Gesuchen um Invalidenpension entgegengehalten wurde, alles nur Mögliche gethan hat, um etwaige Invaliden noch zur Erhebung von Ansprüchen vor Ablauf des Termins aufmerksam zu machen, so hat doch mancher davon nicht rechtzeitig Kenntniß bekommen, wie z. B. ich, und doch bin ich schon durch meinen Beruf dem Zeitungslesen nicht ganz ferne. Dann wäre es am Platze gewesen, die Mannschaften bei den jährlichen Controlversammlungen darauf hinzuweisen. Bei meinem Landwehrbezirk geschah dieses wenigstens nicht.

Rechnet man oben genannte Invaliden zu denen, bei welchen später erst das Leiden zum vollen Ausbruche gekommen, so wird sich eine große Zahl Unterstützungsbedürftiger finden, für die aber von dem moralisch dazu verpflichteten Staate nichts geschieht.

Wendet nun ein solcher Invalide sich mit einem Bittgesuche um Invalidenpension an den Kaiser und begründet er durch ärztliche Zeugnisse seine Beschädigung auch noch so evident, selbst durch Attest des betreffenden Militärarztes, so geht ein solches Bittgesuch einfach zur Bescheidung aus dem Kabinet des Kaisers dem zuständigen Landwehr-Bezirks-Commando zu, welches, sich stützend auf das Gesetz vom 4. April 1874, das Gesuch abweist, doch läßt es in großmüthiger Weise den Rekurs an das Armee-Commando zu, und dieses, indem es die vorgegangene Entscheidung aus gleichem Grunde bestätigt, läßt den Rekurs ans Kriegsministerium offen, um auch hier, indem man sich hinter das angezogene Gesetz verschanzt, abgewiesen zu werden, weil zu Gunsten eines Einzelnen keine Ausnahme gemacht werden darf.

Hier, wo es sich um das Geben handelt, wird streng an dem Gesetze gehalten. — Man schützt die Verjährungsfrist vor. Aber wenn ich Jemandem etwas schuldig bin und die Verjährungsfrist tritt ein, so brauche ich zwar nicht mehr zu zahlen, aber schuldig bleibe ich trotzdem doch!*) So auch das Vaterland, für das wir unsere Gesundheit geopfert haben. Die gesetzliche Bestimmung ist erloschen, aber darf sich das Vaterland jenen Unterstützungsbedürftigen gegenüber seiner moralischen Verpflichtung entziehen? Dann bleibt dem armen Invaliden weiter nichts mehr übrig, als zu betteln, wenn er es kann, dadurch zum Vagabunden herabzusinken oder — zu sterben. Das ist sein Loos.

Dagegen hat man Tausende von Mark zur Verherrlichung des Schlachtentages, genannt Sedanstag, und aber Tausende zum festlichen Empfange gekrönter Häupter übrig, und „heidenmäßig viel Geld" für Ruhmeshallen und Kriegerdenkmäler, aber für den armen Invaliden hat man nichts übrig, er kann nicht einmal, wäre er dazu noch körperlich fähig, Nachtwächter werden, weil er meistens ohne Civilversorgungsschein ist.

Der Schlußtermin zur Anmeldung von Ansprüchen war erwiesenermaßen zu kurz und unsere Abgeordneten zum Reichstage werden sich den Dank Vieler erwerben, wenn sie einen Antrag auf Erweiterung jener Frist, resp. einem nochmaligen Termin zur Einbringung von Ansprüchen auf Invalidität bez. des letzten Krieges stellen. An Belegen zur Begründung ihres Antrages wird es sicherlich nicht fehlen, dafür werden gewiß diejenigen sorgen, die so schwer geschädigt sind, die im Dienste für das Vaterland unverschuldeter Weise ihre Gesundheit geopfert, und nun, nachdem sie den Rest ihres Vermögens dem Doktor und der Apotheke gebracht, verlassen vom Vaterlande, also „vaterlandslos" sind, und hungern, darben und verkommen.

Ein Invalide.

*) Jeder Schuldner, der sich auf die Verjährung seiner Schuld stützt, verliert gemeiniglich in der Achtung seiner Mitbürger.
Red. d. „V."

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Marionetten des Papstes" — so schallt es herüber; „Marionetten Bismarck's", so klingt es wider. Das geht im preußischen Abgeordnetenhause bei Berathung des Cultusetat seit länger als einer Woche in der Art zu. Der Culturkampf treibt seine lieblichsten Blüthen. Donna Blanka würde, wenn sie Richterin über die edlen Maulkämpfer wäre, die sich täglich mit vollen Nachttöpfen begießen, den alten groben Spruch wieder anwenden, den sie schon einstmals bei dem großen Kampfe zwischen dem Rabbi und dem Mönche gebrauchte, sie würde sagen: „Und es will mich schier bedünken, daß der Rabbi, daß der Mönch, daß sie alle beide — —." In einem Falle aber haben die pfäffischen Klerikalen die „liberalen" Culturstreiter besiegt, als sie in der Sitzung vom 27. November nachwiesen, daß selbst in latcinisch-deutschen Uebersetzungsbüchern, die in den unteren Klassen der Gymnasien eingeführt sind, allerlei culturkämpferische Angriffe enthalten seien. Der Regierungscommissar erklärte, daß jene anstößigen Stellen ausgemerzt werden sollten, worauf Windthorst ganz trocken meinte, ob es denn erst zu solchem Ausmerzen eines äußern Anstoßes bedurft hätte.

— Die dem preußischen Landtage vorgelegten Nachweisungen über die Klassensteuer und die klassifizirte Einkommensteuer haben ein Einkommen der gesammten preußischen Bevölkerung für das Jahr 1877 ergeben von 7809 Millionen Mark, macht per Haushalt und Einzelstand 902 Mark, auf den Kopf 308 Mark jährlich. Man sieht, wie gering das Einkommen in Preußen ist. Nehmen wir nun die 8000 Haushaltungen mit den großen Einkommen von 20,000 bis eine Million Mark, dann die mittleren Einkommen von 3000 bis 20,000 Mark von der Gesammtsumme ab und dividiren die Bevölkerung, welche weniger als 3000 Mark auf den Haushalt erhält, in die Gesammtsumme, so erhalten wir schon ein durchschnittliches Einkommen von nur noch circa 6—700 Mark. Ziehen wir dann noch die Einkommen von 2000—3000 Mark ab, also das Einkommen, mit welchem eine Familie noch anständig sich durchschlagen kann, und dividiren wieder, dann erhalten wir die Durchschnittsziffer von circa 500 Mark auf den Haushalt innerhalb ungefähr 85 Proz. der Bevölkerung. Mache sich jeder Leser selbst seinen Vers aus dieser Zusammenstellung, wie jämmerlich schlecht in Preußen das Volk, das arbeitende Volk gestellt ist. Daß es demselben im übrigen Deutschland nicht besser geht, steht auch wohl fest.

— „Intensiver Haß gegen die Sozialdemokraten ist nicht nur erlaubt, sondern sogar erforderlich" — so hat der Herr Julius Schulze in Hamburg in seinem vierten Vortrage über die Sozialdemokratie gesagt. Er begründete diesen Ausspruch durch die Beantwortung einer von ihm selbst aufgeworfenen Frage: Was ist die Sozialdemokratie? die er denn auch folgendermaßen beantwortete:

„Die Sozialdemokratie ist die organisirte Revolution, sie hat den Zweck und zwar nur den Zweck, die organisirte Revolution vorzubereiten, sie hat u. A. den Zweck, eine große Menge bitteren Hasses und tiefer Verachtung gegen alle Menschen, gegen die Spitzen unseres Staatswesens zu erzeugen und zu verbreiten, sie hat den Zweck, ihre Leute zu organisiren, um im entscheidenden Augenblicke zu wissen, über wie Viele sie verfügen kann."

Wir citiren hier die in Anführungszeichen sich befindlichen Worte aus dem „Hamburgischen Correspondent", der ja im Allgemeinen auf dem Standpunkte des Herrn Julius Schulze sich befindet, wenngleich er niemals so ungereimtes, unlogisches und albernes Zeug schwatzt, wie dieser. Daß die Sozialdemokratie Haß und Verachtung gegen alle Menschen und dann noch gegen die Spitzen unseres Staatswesens erzeugen wolle, ist sehr rührend. Wir fragen nun zunächst Herrn Schulze, ob die Spitzen unseres Staatswesens, da sie nicht zu den Menschen gehören, Götter oder Teufel sind? Gegen alle Menschen erzeugt die Sozialdemokratie Haß, also auch gegen die Sozialdemokraten selbst — oder sind auch die Sozialdemokraten keine Menschen? Fragen wir gar nicht, ob sie Götter sind, sagen wir es gerade heraus: „Sie sind Teufel!" Gegen Teufel aber ist „intensiver Haß" erforderlich. — Wir aber versichern Herrn Julius Schulze, daß wir ihn nicht hassen, sondern daß wir ihn tief bedauern.

— Die Moralität der heutigen Gesellschaft. Ein im Ausland lebender deutscher Kaufmann schreibt uns: In Folge einer der zahllosen Anzeigen, überschrieben: „Alles was aus Gummi gemacht werden kann", und welche sich hauptsächlich in den sogenannten „nationalliberalen", „respektablen" Zeitungen, als da sind „Kölnische Zeitung", „Kladderadatsch", „Oesterreichische Gartenlaube", „Mosse's Montagsblatt" und hundert andere, täglich vorfinden, hatte ich mich an einen derartigen „Gummiwaarenfabrikanten" gewandt — Hrn. H. Mielk in Hamburg — mit der Bitte, mir einen Preis-Tarif seiner „Spezial-Artikel" einzusenden. Bis jetzt hatte ich immer geglaubt, daß die obenerwähnten Zeitungs-Anzeigen mehr auf Täuschung eines nach „Pikantem" lüsternen Publikums berechnet sind und daß „Alles was aus Gummi gemacht werden kann" in mehr oder weniger schlechten Späßen bestünde. Wie groß mein Irrthum gewesen ist, ersah ich, als mir die hier einliegenden Preis-Courante und Schriftstücke zugingen, in denen sich eine schamlose Gemeinheit in der cynischsten Weise breit macht. Ich lebe seit fünfzehn Jahren im Ausland, und habe davon 7 Jahre in Paris, mehrere in England, in Holland, der Schweiz und Belgien zugebracht, jedoch zur Schande der „deutschen Industriellen" behaupte ich, daß weder in London noch in Paris, welches von vaterländischen Chauvinisten so gern mit dem Namen eines „modernen Sodoms" bezeichnet wird, eine so grenzenlose moralische Versunkenheit sich öffentlich, ohne die geringste Scham, in Zeitungen und anderen Druckschriften, an das Tageslicht stellt, als dies zu Hause in meinem Vaterland der Fall ist. Die Annoncen des „Figaro" (des Pariser Schmutz- und Schandblattes par excellence) können als Proben einer „reinen Moral" gelten, gegenüber denen der „Kölnischen Zeitung", wie z. B. der folgenden:

„Eine hübsche Dame, heiteren Temperaments, welche ge-

neigt wäre, Zwecks Anbahnung engerer Beziehungen mit einem Herrn in gesetzten Jahren zu correspondiren, würde gebeten, ihre Briefe zu richten unter Lit. K. B. 99 postlagernd nach Mainz."

„Für ältere Herren. Eine hübsche, gebildete junge Dame, häuslich erzogen, wünscht behufs baldiger Verehelichung die Bekanntschaft eines gebildeten, gut situirten, wenn auch ganz alten Herrn zu machen, welcher sich mit Liebe ihrer und ihrer Kinder annehmen würde. Selbige würde ihm dagegen durch treue Liebe und Hingebung ein glückliches Alter bereiten. Ernstgemeinte Offerten unter H 41477 postlagernd Köln erbeten."

„Sollten die Herren Tessendorff und seine Collegen, statt Sozialisten zu verdonnern und einsperren lassen, nicht eine für das Wohl des Vaterlandes heilsame Thätigkeit ausüben, wenn sie sich für die Unterdrückung von dergleichen Schand-Annoncen und für die Unschädlichmachung jener „Gummiwaaren-Fabrikanten" ernstlich bemühten? Wahrlich, ein Mensch, ein Kaufmann, eine Industrie, müssen weit heruntergekommen sein, wenn sie, um den Leuten das Geld aus den Taschen zu holen, zu so schamlosen Mitteln greifen müssen, als den Vertrieb von „männlichen und weiblichen Geschlechtstheilen von Gummi".

Es ist dies einer der tausendfach variirenden Auswüchse des Kapitalismus. Denn daß diese Artikel keine „Bedarfsartikel" für den „arbeitenden Mann" sind, sondern wohl mehr von „Kapitalisten" und von den „besitzenden Klassen" consumirt werden, geht schon aus dem hohen Preise von 28 Mark per „Stück" hervor. Ein Arbeiter kann sich dergleichen „noble Passionen", dergleichen „Jux- und Scherzartikel (nur für Herren) sehr amüsant, interessant, pikant, überraschend, dem Naturell täuschend ähnlich" nicht bezahlen. Ich sollte meinen, in diesem Schlamm gemeinen Schachers hätten die Herren Staatsanwälte doch auch ein wenig ihre für Sozialistenriecherei so feinen Nasen zu stecken.

Vielleicht regen Sie die Sache im „Vorwärts" resp. im Reichstag an? —

Ersteres ist hiermit geschehen, letzteres werden wir versuchen. Jedem Hrn. Staatsanwalt, der die Sache ernsthaft in die Hand nehmen will, stellen wir das in unseren Händen befindliche Material zur Verfügung.

— Zum Arbeiterelend. Die Gesammtzahl der Fabrikarbeiter in Berlin hat sich während des vergangenen Jahres um 9458 vermindert. Während 1875 in 2155 Fabriken Berlins 66,892 Arbeiter beschäftigt waren, wurden im vorigen Jahr 2119 Fabriken mit 57,434 Arbeitern betrieben. Man kann hieraus nur den Schluß ziehen, daß jene neuntausend Arbeiter eben brodlos sind und im größten Elende leben.

— Das stehende Heer ist nach Moltke bekanntlich eine Pflanzstätte für Bildung und Gesittung. Den Beweis für diese seinerzeit aufgestellte Behauptung ist der „große Schweiger" bis heute aber nicht nur schuldig geblieben, er muß zum Ueberfluß auch noch die Erfahrung machen, daß die Thatsachen das grade Gegentheil von dem feststellen, was er behauptete. So berichtet z. B. die „Frankfurter Zeitung" unterm 24. November aus Darmstadt, daß in der dortigen Artilleriekaserne des Morgens ein Soldat in seinem Bette todt vorgefunden wurde. Die über den unerwarteten Todesfall eingeleitete Untersuchung ergab, daß drei Unteroffiziere den Artilleristen, der betrunken von der Kirchweihe heimgekehrt war, so mißhandelt hatten, daß in Folge der Verletzungen der Tod eintrat. Dieser Tage wurden die Unteroffiziere zur Degradation und zu Festungsstrafen verurtheilt.

In einem andern Falle, der sich in Breslau zutrug, fühlte sich ein Offizier berufen, Proben seiner Bildung und Gesittung an den Tag zu legen. Derselbe ließ nämlich eine Anzahl Personen verhaften und unter den entehrendsten Nebenumständen auf die Wache transportiren, weil sie sich erdreistet hatten, während der Exerzitien den Exerzierplatz zu betreten — ein „Verbrechen", auf welches nach den Instruktionen ganz ausdrücklich nur eine Zurechtweisung als „Strafe" zulässig ist. — Wir könnten das Register über die Bildungsproben der Moltke'schen Zöglinge mit Leichtigkeit vervollständigen, wir unterlassen dies aber, weil ohnedies feststeht, daß das Kriegshandwerk, wie es durch die stehenden Heere geübt wird, wohl verroht und verwildert, aber nie Bildung und Gesittung verbreitet.

— Sozialdemokratische Partei in der Schweiz. Sonntag den 25. November fand in Bern eine zweite Conferenz statt, an welcher theilnahmen: Gräub, Bonbergen, Hägler, Manz (vom Centralcomité des Grütlivereins), Fischer, Kocher, Pfau, Schröder (vom Bundescomité des Arbeiterbundes), Greulich (Red. d. „Tagw."), Wolf, Zweifel, Mäder (vom Grütliverein Bern), Moor, Hofer und Wegmüller (von der Arbeiter-Union Bern). In dieser Conferenz wurde nach reiflicher Berathung und Auseinandersetzung in Bezug auf die vorläufige gemeinsame Parteithätigkeit einstimmig Folgendes vereinbart:

1. Das Centralcomité des Grütlivereins steht mit dem Bundescomité des Arbeiterbundes in Correspondenz; bei wichtigeren Fragen bilden beide Comités durch Delegirte eine gemeinsame Commission, die im Namen der Sozialdemokratischen Partei handelt.

2. Mit der Vorberathung von Spezialfragen, die an die Hand genommen werden sollen, werden die beidseitigen Sektionen einzelner Orte oder Kantone beauftragt.

3. Die Sektionen des Grütlivereins und Arbeiterbundes werden aufgefordert, gemeinsame Bezirks- und Kantonalverbände behufs gemeinsamer politisch-sozialer Wirksamkeit zu bilden.

4. Die weitere Regelung der Programmfrage und gemeinsamen Parteithätigkeit bleibt den Delegirtenversammlungen (Congressen) und Urabstimmungen beider Organisationen überlassen.

— Daß die Krisis in Frankreich auch auf die geschäftlichen Verhältnisse drückend einwirkt, ist allgemein bekannt. Einen trefflichen Ausdruck gab dieser Erkenntniß der Senator Germain, indem er sagte:

„Was sehen wir? Auf der einen Seite eine ungeheure Menge Kapitals unbeschäftigt, auf der anderen geschlossene Fabriken und Werkstätten ohne Arbeit. Woher kommt dieser seltsame Widerspruch? Warum diese Ueberfülle der Kapitalien, welche den Wohlstand der Industrie ausmachen sollten, und zu gleicher Zeit die geschlossenen Werkstätten, welche Trostlosigkeit unter den Arbeitern verbreiten? Sie kommt von der Unsicherheit des nächsten Tages, und die Unsicherheit des nächsten Tages ist das Ergebniß des Conflicts, welcher zwischen der Regierung und dem Willen des Landes ausgebrochen ist. Wenn wir uns in einer normalen Lage befänden, wenn die Kammer ein ihr Vertrauen verdienendes Kabinet vor sich hätte, so würde es leicht sein, auf der Stelle wieder das Leben und den Wohlstand in die Unternehmungen zu bringen, deren Arbeiten fast überall zum großen Schaden der Bevölkerungen eingestellt sind. Und dann würde nicht allein eine halbe Milliarde in Umlauf gesetzt werden, sondern eine große Anzahl von jetzt geschlossenen Werkstätten könnte wieder eröffnet und die Kapitalien benutzt werden, die jetzt in der Bank von Frankreich schlafen. Der neue Finanzminister und Präsident des Verwaltungsrathes der „Banque de Paris" weiß besser als ich, daß sich in den Kassen dieser Anstalt gegenwärtig zwei Milliarden, die nichts produziren, befinden, und diese zwei Milliarden sind weit davon entfernt, die ganze verfügbare Ersparniß Frankreichs zu bilden. Es hängt also von einer nationalen Regierung ab, den öffentlichen Arbeiten einen kräftigen Anstoß zu geben, unserm Lande den durch den Akt vom 16. Mai so grausam vernichteten Wohlstand zurückzugeben."

Wir wollen dem noch hinzufügen, daß der Krieg im Orient gleichfalls dazu beiträgt, daß nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland Handel und Wandel schwer darniederliegen, daß aber vor allen Dingen — und das sollten die Herren Senatoren und Gesetzgeber erst einsehen lernen — die kapitalistische Ausbeutung die Krisen und den Nothstand erzeugt und daß ohne eine Radicalcur auf sozialem Gebiete selbst der ewige innere und äußere Frieden in den Culturländern keinen dauernden, allgemeinen Wohlstand erzeugen kann.

— Die englische Arbeiterbewegung lenkt mehr und mehr in das sozialistische Fahrwasser ein, und es ist nicht zuviel behauptet, wenn wir sagen, daß der völlige Anschluß an die Sozialdemokratie seitens des englischen Proletariats nur noch eine Frage der allernächsten Zeit ist. Das gilt nicht nur von den Fabrikarbeitern, auch die Landarbeiter haben, wie aus Nachfolgendem hervorgeht, ihre völlige Reife für den Sozialismus bekundet. So hat z. B. die „Nationale Landarbeiter-Vereinigung" in voriger Woche große Versammlungen abgehalten in Colchester, Kelvedon und Maldon, in denen folgende Resolution einhellig angenommen wurde:

„Die Petitionirenden, im Hinblick darauf, daß die Bevölkerung dieses Landes so zugenommen hat, daß der beschränkte Boden des vereinigten Königreichs nur bei steigender Cultivirung dieselbe ernähren kann, bitten, es möge ein Gesetz vorgelegt werden, wonach alles kultivirbare Land einer besonderen repräsentativen Körperschaft überwiesen wird, die gegenwärtigen Eigenthümer entschädigt, die Wälder und Parks eingeschränkt werden, die Jagd künftighin nur auf Vögel oder in Gehägen gehaltene Thiere beschränkt bleiben soll, die Jagdgesetze aufgehoben werden, das Gemeindeland erhalten, armes Weideland, das zum Pflügen geeignet ist, umackert wird, dem Bauer die Privilegien und Sicherheiten gewährt werden, welche zu einer hohen Cultivirung nöthig sind und durch alles Das sowohl lohnende Beschäftigung für die Arbeit im Ueberfluß als auch billige Nahrung für's Volk geschaffen werden.

„Die Petitionirenden bitten sodann, da sie glauben, daß das Recht, Vertreter in's Parlament zu wählen, ebenso gut den Landbewohnern zukommt, wie den Städten, und da sie sehen, daß die Ersteren weder das Einkommen noch die soziale Stellung wie die Letzteren besitzen, daß schleunigst eine Bill zum Gesetz erhoben werde, wonach das flache Land dieselben Rechte genießen soll, wie die Städte, damit die arbeitende Klasse in den Ackerbaudistrikten ihre Stimme laut werden lassen kann, um die Ursachen ihrer Armuth und Niedrigkeit zu entfernen."

Das ist jedenfalls deutlich gesprochen. Wenn die englischen Landarbeiter die im Parlament sitzenden Bourgeois und Junker „bitten", ihren Wünschen gerecht zu werden, so werden sie durch die Verhältnisse sehr bald belehrt werden, daß sie sich da an die falsche Adresse gewandt haben; dann aber ist auch die Zeit zu bitten vorüber, dann werden die englischen Landarbeiter fordern.

Der Prozeß Diest-Daber,

(Schluß.)

Staatsanwalt Feige: Es sei ihm genau bekannt, daß Herr v. Diest keinerlei Beziehungen zu dem Fürsten gehabt und niemals in seinem Hause gewesen sei. Der Staatsanwalt verlas zum Beweise dessen ein (!) an ihn ergangenes Schreiben — worin allerdings seine (des Staatsanwalts) Behauptungen bestätigt wurden. — Der Angeklagte reproduzirte mehrere Briefe und berief sich auf mehrere Zeugen, daß er wohl sehr enge Beziehungen zum Fürsten Bismarck gehabt und mehrfach viele Stunden lang unter vier Augen mit ihm konferirt habe. Er werde, wie es einem Ehrenmanne gezieme, öffentlich das beweisen, was der Fürst jetzt in Abrede stelle.

Vertheidiger Rechtsanwalt Munkel verlangte ebenfalls die persönliche Vorladung des Fürsten v. Bismarck. Die hohe Stellung des Fürsten entbinde ihn von der Zeugenpflicht keineswegs. Solle dem schon so lange geführten Streit ein definitives Ende gemacht werden, dann sei es das Beste, wenn Bismarck selbst als Zeuge erscheine. Das von dem Herrn Staatsanwalt hier verlesene Schreiben könne auf gerichtliche Glaubwürdigkeit keinen Anspruch machen. Zum mindesten müsse aber der Fürst darüber vernommen werden, wann ihm die inkriminirten Aeußerungen zu Ohren gekommen. Wenn man alle in vertrauten Kreisen geführten Aeußerungen unter den Staatsanwalt stellen wolle, dann empfehle es sich, dem Strafgesetzbuch als Anhang eine kleine Sammlung von „Gesprächen am häuslichen Heerde" beizufügen. (Heiterkeit.) Daß man sich mit der eidlichen Aussage des Herrn v. Bleichröder nicht begnügen könne, gehe aus einem Injurienprozesse des Herrn von Bethmann-Hollweg contra Diest und Genossen hervor, in welchem Herr v. Bleichröder eidlich bekundete, daß er nicht genau wisse, ob dem Fürsten für etwa verkaufte Aktien die Coursdifferenz ausgezahlt worden sei. Er habe sich im übrigen um die Geschäftsführung der Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft nicht sehr gekümmert, sondern dies dem Direktor der Diskontogesellschaft, Herrn v. Hansemann, überlassen. Außerdem beantrage er (Vertheidiger) die Herren v. Scheele, v. Hansemann, Miquel und Wagener zu laden und endlich die Bücher der Diskontogesellschaft vorzulegen und sie durch einen gerichtlichen Bücherrevisor untersuchen zu lassen. Er (Vertheidiger) beantrage prinzipaliter die Freisprechung, event. eine Geldstrafe von 10 Mark.

Der Angeklagte beantragte, noch den Bruder und Neffen des Fürsten als Zeugen zu laden. — Rechtsanwalt Munkel constatirte, daß das vom Herrn Staatsanwalt verlesene Schreiben ohne Unterschrift sei.

Staatsanwalt Feige bemerkte darauf, daß ihm das verlesene Schreiben von einer so hohen Seite (Bismarck!) zugegangen sei, daß er dessen Glaubwürdigkeit verbürge.

Gegen 5½ Uhr Nachmittags zog sich der Gerichtshof zur Berathung zurück.

Warum sind wir arm!

Der Dichter Karl Beck, der alt und so arm geworden ist, daß man zu milden Sammlungen jetzt für ihn auffordert, hat in seinen bessern Tagen unter der Ueberschrift: „Warum sind wir arm!" nachstehendes Gedicht geschrieben:

Ihr sitzet im Glanz und in Ehren geboren,
Und spielt mit Dukaten und Louisdoren;
Wir scheuern die Wappen an Euern Thoren.
In Hunger und in Harm.
In Hunger und in Harm.

Wir werben um Ketten und nennen's Erwerben.
Ha, trinkt und schlagt die Gläser in Scherben!
Ha, laßt uns sterben und laßt uns verderben —
Denn — warum sind wir arm?
Denn warum sind wir arm?

Ihr Seligen könnt Euch pflegen und mästen.
Wir spähen für Euch nach Kohlen und Aesten,
Wir frieren und hacken vor Euern Palästen,
Doch Euch ist wohl und warm.
Doch Euch ist wohl und warm.

Ihr habet Orden und Aemter und Pfründen.
Wir leben, um Euer Lob zu verkünden.
Wir schmeicheln Euern Launen und Sünden,
Denn — warum sind wir arm?
Denn — warum sind wir arm?

Wenn unsere Töchter um's Glück sich raufen,
Euch in die lüsternen Arme zu laufen,
Wenn die Mütter die eigne Brut verkaufen,
Daß Gott, daß Gott erbarm, —
Daß Gott, daß Gott erbarm: —

Dann fürchtet nimmer der Väter Rache,
Verloren und faul ist unsere Sache.
Schlagt auf die weithin schallende Lache!
Denn — warum sind wir arm?
Denn — warum sind wir arm?

Wir sind's; dafür ein Fluch den Alten,
Die uns gelehrt die Hände falten:
„Wer nur den lieben Gott läßt walten,
Der ist erlöst von Harm.
Der ist erlöst von Harm."

Wir borgen und sorgen, Ihr häufet die Gulden,
Wir füllen die Kirchen und beten und dulden.
Dies Dulden ist unser unendlich Verschulden,
Und — darum sind wir arm.
Und — darum sind wir arm.

Ja „dies Dulden ist unser unendlich Verschulden"! — Und warum ist Karl Beck arm und elend geworden? Weil die heutige Gesellschaft' Kunst und Wissenschaft in die Banden des Mammons geschlagen hat, weil sie die Künstler, Dichter und Gelehrten nicht achtet und ehrt, sondern dem Egoismus, der Habgier und dem goldenen Kalbe fröhnt. Daß das Volk eine derartige Mißwirthschaft duldet, daß es sich nicht längst schon erhoben hat zu männlicher Kraft, um das veredelnde Prinzip der Arbeit und der Wissenschaft an Stelle der Herrschaft des Geldsacks zu setzen, das ist sein unendlich Verschulden, und ein Hohn ist es noch dazu, daß der arme alte Dichter gezwungen ist, von solcher Geldsacksgesellschaft Almosen anzunehmen.

Das Haftpflichtgesetz

betreffend, ist neuerdings eine beachtenswerthe Entscheidung gefällt worden. Der Techniker S. war bei der Bedienung der in der Ziegelei des Gutsbesitzers L. verwendeten Dampfmaschine durch Ausströmen heißen Wassers derart verbrannt worden, daß er nach kurzer Zeit verstarb. Obwohl S. bei Uebernahme des Betriebes die Untersuchung der bereits mehrfach reparirten Dampfmaschine verlangt, und L. auch die zuletzt vorgenommene Reparatur als eine an sich gefahrdrohende erkannt hatte, so leistete er doch dem Verlangen des S. keine Folge. Nach dem Tode des S. klagte die Wittwe desselben für sich und ihre Kinder auf Grund des Reichshaftpflichtgesetzes und der bezüglichen Bestimmung des Allg. preußischen Landrechts gegen L. auf Entschädigung. Die Klägerin wurde vom Appellationsgericht zu Paderborn abgewiesen. Auf die von ihr eingelegte Revisionsbeschwerde vernichtete das Reichsoberhandelsgericht durch Erkenntniß vom 22. September c. das vorinstanzliche Urtheil und wies die Sache zur Beweisaufnahme, besonders ob der verunglückte S. bei Uebernahme des Betriebs die Untersuchung der Dampfmaschine verlangt habe, und anderweiten Entscheidung in die zweite Instanz zurück. „Das Gesetz vom 3. Mai 1872, den Betrieb der Dampfkessel betreffend", führt das Erkenntniß des Reichsoberhandelsgerichts aus, „bestimmt in § 1, daß die Besitzer von Dampfkesselanlagen oder die an ihrer Statt zur Leitung des Betriebes bestellten Vertreter, so wie die mit der Bewartung von Dampfkesseln beauftragten Arbeiter verpflichtet seien, dafür Sorge zu tragen, daß während des Betriebs die bei Genehmigung der Anlage oder allgemein vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen bestimmungsmäßig benutzt und Kessel, die sich nicht in gefahrlosem Zustande befinden, nicht im Betriebe erhalten." Es bedroht sodann im § 2 Zuwiderhandlungen gegen diese Verpflichtungen mit Strafen. Aus dem hierzu erlassenen Regulativ vom 24. Juni 1872 (Ministerialblatt für innere Verwaltung S. 183), insbesondere aus §§ 2 und 9 geht hervor, daß sich jenes Gesetz nicht blos auf die Beobachtung der vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen beschränkt, sondern allgemein auf Unregelmäßigkeiten im Betriebe sich bezieht und allen Mängeln, welche eine Gefahr herbeiführen können, entgegenwirken will. Nun wird zwar neben dem Besitzer der Dampfkesselanlage auch der mit der Bewartung beauftragte Arbeiter zur Sorgfalt verpflichtet, und es kann im vorliegenden Falle ohne Weiteres angenommen werden, daß S. als Techniker die Obliegenheit hatte, den Verklagten auf den gefahrdrohenden Zustand der Maschine aufmerksam zu machen, daß denselben mithin ein eigenes Verschulden trifft, wenn er dies unterließ. Allein die Kläger haben behauptet und den Beweis gestellt, daß S. bei Uebernahme des Betriebs die Untersuchung der Dampfmaschine verlangt habe und überdies die durch den Kesselschmied G. von Hannover am 7. Juli 1875 vorgenommene Reparatur schon an sich eine gefahrdrohende gewesen sei. War dies der Fall, so muß Verklagter für den fraglichen Unfall aufkommen, wenn er ungeachtet jenes Verlangens ablehnten des S. oder trotz seiner Kenntniß von dem gefahrdrohenden Zustande der Maschine den S. mit der Fortsetzung des Betriebes beauftragte. Dieses gerichtliche Urtheil muß uns freilich als selbstverständlich erscheinen. Aber bei den steten Versuchen der Fabrikanten, sich der Haftpflicht zu entziehen, ist es doch wesentlich, daß in bündiger Weise die höchste richterliche Instanz die Sache festgestellt hat.

Abends gegen 7½ Uhr wurde das Urtheil verkündet, das auf Bestätigung des erstinstanzlichen Erkenntnisses (3 Monate Gefängniß und Tragung der Kosten) lautete. —

Dies der Bericht. Die geheimnißvolle Briefaffaire wird hoffentlich aufgeklärt werden; es scheinen allerhand Enthüllungen bevorzustehen. Wer wohl der Verfasser des anonymen Briefs „von hoher Seite" sein mag? Sehr bekannt muß die „hohe Seite" dem Herrn Staatsanwalt gewesen sein, da sonst das Schreiben „ohne Unterschrift" von ihm nicht als „von so hoher Seite" kommend hätte erkannt werden können, daß er dessen „Glaubwürdigkeit verbürgen" konnte.

Die „Magdeburgische Zeitung" — man denke, das Bismarckischste der Bismarckischen Blätter — schreibt über den Prozeß:

„Herr v. Diest-Daber wollte vor dem Kammergericht neue Wahrheitsbeweise mit neuen Zeugen führen. Daß sich der Gerichtshof hierauf nicht eingelassen hat, ist jedem Unbefangenen ohne Weiteres begreiflich (Oho! Jedenfalls sehr schlimm, wenn wahr. R. d. „V."), und es kommt hoffentlich die Zeit, wo auch Herr v. Diest einsehen wird, daß mit der Ablehnung neuer Zeugenvorladungen der Gerichtshof einen Akt der Toleranz (!) gegen ihn ausübte, denn Herr v. Diest war auf dem besten Wege, sich noch mehr wie bisher zu verrennen, und die Aussagen der von ihm begehrten neuen Zeugen hätten vielleicht eine Strafverschärfung bewirkt. Herr v. Diest, eine unzweifelhaft sittlich beanlagte Natur, hat sich selbst viel zu wenig in Zucht genommen und seine sittliche und logische Ausbildung vernachlässigt. Der frühere Landrath von Elberfeld, der, was wir ihm nicht vergessen wollen, als wackerer Beamter der altpreußischen Schule in Noth und Bedrängniß kam, weil er in seinem rauhen Gerechtigkeitssinn es nicht ruhig mit ansehen wollte, daß die Söhne hochgestellter Männer sich in seinem Kreise durch unsaubere Mittel von der Militärpflicht befreit hatten, ist nachgerade ein Phantast geworden, und daran wird er noch ganz zu Grunde gehen, wenn er sein Unrecht nicht einsieht und nicht energisch anfängt, mehr Kritik an sich selbst wie an Anderen zu üben. Es überkommen den pommerschen Junker plötzlich Weltverbesserungsideen, und weil er findet, daß der Grundbesitz unter der Macht des Kapitals der Bankiers leidet, so ist die Börse und was damit zusammenhängt, die causa mali (Ursache des Bösen) in der Welt, und weil der erste deutsche Minister den Junkern nicht ihren Willen thut, so ist auch er von der Kapitalsmacht umstrickt und ein Werkzeug der Jobber. In Wirklichkeit verhält sich Alles anders, aber Herr v. Diest hält an der fixen Idee fest, er sei mit allen seinen Behauptungen im Recht. Was sind diese Behauptungen? Reine Phantasien. Der Richter erster Instanz zerstörte alle Diest'schen Truggebilde, und nun kommt Herr v. Diest auf den Gedanken, er habe blos in der Wahl der zu vernehmenden Zeugen geirrt, Gravirendes werde statt der Bleichröder und Rothschild der Abgeordnete Dr. Miquel gegen Bismarck aussagen können. Ja, weshalb Miquel? Ein logischer Zusammenhang existirt nicht, denn Herr v. Diest folgt in seinem Wahn, der Kanzler sei der hohen Finanz verfallen, wieder und immer wieder reinen Einbildungen. In dem Verhalten des Angeklagten liegt etwas geradezu Gemeingefährliches, und wenn ihm der Strafrichter Gefängniß zuspricht, so thut uns das leid, weil Diest von Hause aus, wie gesagt, eine gute Natur ist, welche, knorrig, wie sie ist, erst mit der Zeit bis zur Gespensterseherei verbittert wurde; aber weniger gerecht wird darum die Strafe, die ihn um seiner bösartigen Verleumdungen willen trifft, sicherlich keineswegs."

Aber von Rechtswegen hätte er in's Irrenhaus gehört — denkt das edle Magdeburger Blatt. Nun, das wäre freilich bequemer gewesen, als die Sache öffentlich vor Gericht zu verhandeln; vielleicht befolgt man ein andermal den nicht ausgesprochenen menschenfreundlichen Rath der „Magdeburgischen Zeitung". Daß für so „unzweifelhaft sittlich beanlagte Naturen" wie Diest-Daber, die das Pech haben, in gewisse Kreise zu kommen und dort „sittlich beanlagt" zu bleiben, auch den Leuten in gewissen Kreisen zuzumuthen, daß auch sie „sittlich beanlagt" seien — daß für solche Naturen das Irrenhaus der passendste Ort ist, das geben wir der „Magdeburgischen Zeitung" gern zu, der wir zugleich das Kompliment machen, daß sie mit ihrem stillschweigenden Rath und dessen Begründung dem herrschenden System einen wahrhaft klassischen Fußtritt versetzt hat, wie dem grimmigsten Reichsfeind kaum je einer gelungen.

Uebrigens geht auch aus den Aeußerungen der „Magdeburgischen Zeitung" hervor, welchen nichts weniger als günstigen Eindruck die Verweigerung des neuen Zeugenbeweises im unparteiischen Publikum hervorgebracht hat.

Was Herrn Miquel betrifft, so hat er an verschiedene Blätter eine Zuschrift gerichtet, in der Alles, wofür er als Zeuge vernommen werden sollte, für „erfunden und absolut unwahr" erklärt wird. Natürlich!

An die Parteigenossen!

Im Laufe dieser Woche sind die Abrechnungen des Central-Wahlcomités **vom 1. Mai bis 30. September 1877** an die Agenten und Vertrauensmänner versandt worden.

Die Partei- und Gesinnungsgenossen werden darauf mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß die Abrechnungen bei den betreffenden Agenten und Vertrauensmännern zur Einsicht offen liegen.

Hamburg, den 26. November 1877.

Das Central-Wahlcomité.

Correspondenzen.

Budapest, 21. November. Die am Sonntag den 18. November d. J. stattgehabte **Volksversammlung** in der Nationalreitschule in der **Bank- und Zollgebietaffaire** war eine der besuchtesten, die es jemals hier gegeben; man zählte zwischen 7 bis 8000 Personen, die an derselben Theil genommen. Daß dazu die Budapester Sozialdemokratie ein sehr bedeutendes Contingent lieferte, wußte man im Voraus, dafür haben unsere Parteigenossen Leo Frankel und Julius Kaczander am meisten beigetragen. Diese Frage berührt alle Volksschichten am lebhaftesten, denn wenn der Gesetzesvorschlag der ministeriellen Majorität zum Gesetz erhoben werden würde, dann träfe dies den Säckel der Reichen ebenso wie den der Armen gleich empfindlich, indem hierdurch die nothwendigsten Lebensbedürfnisse um wenigstens 40—50 Proz. stiegen. Auch wäre Ungarn von einer direkten Verbindung und dem Absatze seiner Rohprodukte nach den Nachbarländern, namentlich nach Deutschland, abgeschnitten, was man auch dort fühlen müßte. Die Ungarn wären gezwungen, ihre Produkte an die Oesterreicher zu verkaufen, diese hinwieder schlügen ihre Prozente dazu und vertheuerten sie in Deutschland, andererseits aber hätte auch Deutschland keinen Absatz für seine Fabrikate nach Ungarn, und die Oesterreicher spielten dann die Rolle von Maklern, die vom Käufer und Verkäufer gleichen Profit in die Tasche steckten. Es liegt demnach eben so im Interesse Deutschlands wie Ungarns, daß dieses letztere ein von Oesterreich unabhängiges Zollgebiet habe, um einen direkten Verkehr beider Länder mit einander zu ermöglichen.

Die vorgeschlagenen Resolutionen wurden ohne Widerspruch und einstimmig angenommen. Dem Inhalt nach sprachen sie Folgendes aus: 1) daß der ministeriellen Majorität des Reichstages und der Regierung ein Mißtrauensvotum gebracht werde, weil sie das Prinzip einer unabhängigen ungarischen Nationalbank zum Falle gebracht und Ungarn für weitere 50 Jahre zu einem Contribuenten der österreichischen Bank gemacht. 2) Daß die Volksversammlung ein Veto gegen die Gesetzesvorlage bezüglich des Zolltarifs und eines gemeinschafilichen Zollgebiets einlege. 3) Daß diese Resolutionen durch eine aus dem Ausschusse der Volksversammlung bestehende Deputation den Reichstagsabgeordneten sämmtlicher Budapester Wahlbezirke behändigt werden.

Die Zolltariffrage kam bis jetzt im Reichstage noch nicht aufs Tapet, sondern die Codifikation der Kriminalgesetze. Unter diesen ist bereits ein in der Geschichte der Neuzeit bisher unerhörter Vorschlag angenommen worden, nach welchem die Preßprozesse nicht mehr unter die Geschwornengerichte, sondern unter die anderen Tribunale gestellt werden, wo die Auslegung der Gesetze von der Willkür oder Einsicht solcher Richter abhängt, die nicht aus dem Volke sind, sondern von der Regierung ernannt werden. Dies ist ein Rückschritt, dessen Tragweite unabsehbar ist. Hierdurch wird dem Einschüchterungssystem, den Verfolgungen wegen politischer Ansichten ein weiter Spielraum gewährt.

Die Verfolgungen haben bereits begonnen. Namentlich wurden der Hauptredakteur des „Egyetertés" wegen eines Artikels über das Brechen des Briefgeheimnisses, Julius Verkoray und Ernst Mezey, Mitarbeiter desselben Blattes, des Organs der Unabhängigkeitspartei, wegen Majestätsbeleidigung vor Gericht geladen. Dieser Schlag ist hauptsächlich auf Verkoray und die „Egyetertés" gemünzt, auf den Ersteren, um seinen Eintritt in den Reichstag als Vertreter des Wahlbezirks von Szegléd unmöglich zu machen.

Endlich hat das ministerielle Blatt „Hon", redigirt von Maurus Jókai, einen der Mörder der unabhängigen Bank, eine Polemik mit der „Egyetertés" begonnen, um dieses Blatt vor den ignoranten Massen der Aristokratie und der Bourgeoisie zu depopularisiren, indem er in einem Artikel: „Eine interessante Allianz" die Unabhängigkeitspartei, weil sie das Wort für die arbeitenden Klassen ergriffen und in den Lindenauer Briefen interessante Mittheilungen über das Wirken der Sozialdemokratie in Deutschland brachte, damit beschuldigt, daß sie mit der letzteren gemeinschaftliche Sache machte, „Hon" betont namentlich, daß der Parteigenosse Hasenclever (diese Leute erinnern sich nur dieses Namens aus den Lindenauer Briefen) unter den ungarischen Arbeitern Propaganda machen will. „Hon" schließt damit: „Es ist im Voraus zu sehen, wie diese Acquisition den Nimbus der äußersten Linken vergrößern wird." Diese Leute riechen überall Petroleum und sehen Laternenpfähle. D. K.

Hamburg-Altona. In nächster Zeit wird die gesammte antisozialistische Preßmeute nichts Angelegentlicheres zu thun haben, als über das „Treiben" der hiesigen Sozialdemokraten, besonders über ihr „Treiben" bei den letzten Reichstagswahlen „Enthüllungen" zu machen. Diese „Enthüllungen" wird man als um so „glaubwürdiger" hinstellen, weil derjenige, welcher sie gemacht, ein „Sozialdemokrat" war. Die Sache ist, in möglichster Kürze zusammengefaßt, folgende:

Herr Radenhausen aus Altona, der früher eine Zeit lang Reporter beim „Hbg.-Alt. Volksblatt" gewesen, als solcher sich jedoch auf die Dauer nicht halten konnte, weil er es meisterhaft verstand, seine Berichte mit Zoten zu spicken, die dann natürlich von der Redaction wieder ausgemerzt werden mußten, suchte selbstverständlich von da ab nach einer Gelegenheit, sich für die verlorene Reporterschaft zu revanchiren. Diese Gelegenheit sollte sich ihm denn auch bald darbieten. Nach der letzten Reichstagswahl wurde er nebst mehreren Anderen als Generalrevisor für Altona gewählt. Als solcher fing er damals schon an, Stänkereien zu machen, die keinen andern Zweck hatten als den, in erster Linie gewisse Personen und mit ihnen überhaupt unsere ganze Sache zu verdächtigen. Seine Verleumdungen, resp. verleumderischen Behauptungen öffentlich aufrecht zu erhalten, dazu fehlte ihm jedoch der Muth. Als er in einer Versammlung zu Altona über die Wahlabrechnung Bericht erstatten sollte, erklärte er jedoch die Abrechnung für richtig, was Hunderte bezeugen können. Hinterher muß ihn dies jedoch gereut haben. Er suchte die Sache, die durch offene Rechnungsablage und durch Erklärung der Revisionscommission abgethan war, wieder aufzuwärmen und war un—schuldig genug, zu glauben, die Redaction des „Hamburg-Altonaer-Volksblatts" gäbe sich zu solchen unsaubern Manövern her. Seine „Berichtigungen" wurden zurückgewiesen. Um so verbissener wurde Radenhausen und da er sein Ziel nicht anders erreichen konnte, da er seine Verdächtigungen nicht anders an die Oeffentlichkeit bringen konnte, warf er dem Parteigenossen Winterfeldt in Altona vor, derselbe habe „wissentlich und absichtlich" das Wahlcomité resp. die Sozialisten Altona's betrogen, indem er sich zweimal 6 Thlr. für Salonmiethe habe zahlen lassen und dem Wirthe nur je 5 Thlr. für Miethe entrichtet habe. Natürlich klagte Winterfeldt auf diese Anschuldigung hin, und das war es gerade, was R. wollte; war ihm doch nun eine Gelegenheit geboten, bei der öffentlichen Gerichtsverhandlung seine Denunciationen gegen die sozialdemokratische Partei anzubringen. Mittwoch, den 21. November, kam die Sache vor dem Amtsgerichte zu Altona zur Verhandlung. Daß, wie wir bereits erwähnt, Radenhausen durch die Beleidigung des Genossen Winterfeldt nur auf eine Klage von Seiten desselben speculirt hatte, um seine Verdächtigungen öffentlich anbringen zu können, beweist der Umstand schon zur Genüge, daß er, trotzdem das Gericht in Folge eines bei den Zeugenaussagen unterlaufenen Irrthums annahm, er habe Winterfeld nicht absichtlich und wissentlich beleidigt, dennoch zu einer Strafe von 15 Mk. und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt wurde. Von den denunciatorischen Angaben Radenhausen's, denen das Gericht, obwohl sie mit der eigentlichen Klagesache in gar keinem Zusammenhange standen, sonderbarer Weise höchst bereitwillig Gehör schenkte, wollen wir folgende besonders hervorheben: Radenhausen erklärte, die Zeugen Reimer und Forschner gehörten einem verbotenen politischen Arbeiterverein an, der mit der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, deren Vorstand (bis auf ein Mitglied, welches in Altona wohne) in Hamburg seinen Sitz habe, in Verbindung stehe. Redner überreichte hierbei dem Richter ein

Nachwehen des „Eckstein'schen Traumes".

Die in Frankfurt erscheinende „Deutsche Reichspost" läßt sich Folgendes schreiben:

„Stuttgart, 18. November. Die „Deutsche Dichterhalle", eine literarische Zeitschrift, die sich bisher rühmte, in guten Kreisen Eingang zu haben und die ihrem Charakter als ästhetisches Blatt gemäß vorzugsweise in der Damenwelt ihre Leser hat, wagt es in ihrer Nummer 20 ihren Lesern ein in Verse gebrachtes Machwerk aufzutischen, das, voll der frivolsten und ekelhaftesten Unsittlichkeiten, keinen andern Namen verdient, als den einer widerlichen und über alles Maß schamlosen Zote. Der Verfasser desselben ist der Redakteur der genannten Zeitschrift selbst; sein Gedicht führt den Titel: „A Dream by Ernst Eckstein." Zum Beleg unserer Behauptung können wir es nicht wagen, einem anständigen Blatte den Abdruck irgend einer der verfänglichen Stellen des Gedichtes, obwohl dasselbe in englischer Sprache verfaßt ist, zuzumuthen; wir verweisen auf das Original sowie auf den „Verschämte Unverschämtheit" überschriebenen Artikel des sozialistischen „Vorwärts" und begnügen uns, dem Herrn Ernst Eckstein auf diesem Wege die bezeichnende Thatsache zur gefälligen Kenntnißnahme mitzutheilen, daß auf dem hiesigen Museum eine unbekannte Hand beim Lesen seines Gedichtes sich bewogen fand, an demselben in der Weise Lynchjustiz zu üben, daß sie die gedruckte Ueberschrift „A dream" strich und an ihre Stelle die Ueberschrift: „Eine Schw...." einsetzte. Referent konnte dem unbekannten Glossator seinen Beifall nicht versagen. Oder glaubt Herr Eckstein, seinem Schamgefühl damit schon Genüge geleistet zu haben, daß er seinen famosen „Traum", den er doch wohl nicht englisch geträumt hat, in englischer Sprache veröffentlichte? Hierüber mag sich England selbst bei Herrn Ernst Eckstein bedanken! Wir aber können nur auf's Tiefste bedauern, daß eine Zeitschrift, die den Namen der deutschen Dichtkunst vertreten will, sich zu solch widrigen Ausgeburten einer niedrigen Phantasie verirren kann, und sind überzeugt, daß Herrn Ecksteins Mitarbeiter an der „Dichterhalle", unter denen sich, wie schon die fragliche Nummer beweist, höchst ehrenwerthe Namen befinden, höchlich und unangenehm überrascht sein werden, ihren Arbeiten für die „Dichterhalle" in solcher Gesellschaft begegnen zu müssen."

Daß lediglich unsere Abhandlung im Feuilleton des „Vorwärts" die Schuld trägt an der geharnischten Kriegserklärung der „Deutschen Reichspost" gegen E. Eckstein, kann Jeder merken. Dennoch werden die Böhmerts, Unruhs, Ecksteins und Consorten fortfahren zu behaupten, daß wir die Unmoralität förderten. Der Arzt also, der das Uebel entdeckt und heilen will, hat das Uebel verschuldet!

Noch wollen wir nicht verfehlen, mitzutheilen, daß die Verlagshandlung A. H. Payne in Leipzig demnächst ein Werk herausgiebt: „Italiens Kunstschätze." Nachbildungen der Statuen in den Galerien von Rom, Florenz, Venedig ꝛc. ꝛc. Herr Ernst Eckstein wird dazu den erläuternden Text schreiben, „gewissenhaft und unterhaltend". Wir sind auf das Gesudel nicht neugierig, da wir glauben, daß die Erläuterungen unter den Marmorstatuen der Venus zum Beispiel derart sein werden, daß wenn der Marmor lebendig würde, er erröthen müßte.

An E. Eckstein.

cfr. Nr. 135 des „Vorwärts".

Was der Dichter auch erschafft,
Diesen Zweck muß stets es haben:
Den Verstand und das Gemüth
Zu erhöhen, zu erlaben.
Wer nur schreibt für Ruhm und Geld,
Nicht, was nöthig ist der Welt,
Was sie bessert und veredelt;
Wer nur schreibt für die „gemeine"
Menge, die belacht das Reine;
Wer im Beifall sich gefällt,
Den sie jauchzend um ihn wedelt,
Müßt ersticken, müßt ertrinken
In Kloaken, weil sie stinken.

Frankfurt a. M., den 22. November 1877.

Ludwig Rosenberg.

— Ein Beitrag zur Charakterisirung der „gebildeten" Kreise. In den liberalen Blättern wird ganz offen die Frage besprochen, in welchem Bett prinzliche Hochzeitspaare ihre Brautnacht feiern werden. Da lesen wir: „Aus Berlin wird geschrieben: Die Hochzeitsfeierlichkeiten unserer beiden Prinzessinnen bringen das Haus Hohenzollern einigermaßen in Verlegenheit. Selbstverständlich kann den beiden Brautpaaren, wenn die Vermählungsfeierlichkeiten und der Hochzeitsschmaus vorüber sind, nicht gestattet werden, nach gewöhnlicher Sterblichen Weise den Ehestand zu beginnen und sich in ihr gemeinschaftliches Heim zu begeben. Es muß eben das alte Ceremoniell aufrecht erhalten werden, und dieses schreibt vor, daß die jungen Eheleute die Brautnacht in der alten hohenzollern'schen Brautkammer, in den alten kurfürstlichen Gemächern auf dem Schlosse zubringen. Wie nun aber? Zwei Brautpaare und nur eine Brautkammer. Es hat sich der Fall bisher noch nicht ereignet, daß im Hause der Hohenzollern zwei Brautpaare an einem Tage Hochzeit machten. Man hat daher dazu schreiten müssen, eine zweite Brautkammer herzurichten, und hat hierzu die alte hohenzollern'sche Privatkapelle neben dem „Grünen Hut" gewählt, welche, ganz eingebaut zwischen diesem und dem „Hause der Herzogin", neuerdings vollständig restaurirt ist, aber außer einigen Heiligenbildern sonst keinen Kapellenschmuck besitzt. An diese Kapelle stoßen im zweiten Stockwerke, an der Wasserseite des Schlosses, die sogenanten braunschweigischen Kammern, die zu den Hochzeitsfeierlichkeiten ebenfalls ganz neu restaurirt werden." — Was in den gewöhnlichsten Bürger- und Arbeiterkreisen im Stillen abgemacht wird, das bringt man in der Presse der „gebildeten" Gesellschaft an die Oeffentlichkeit.

— Das Auge des Gesetzes wacht zwar, aber doch nicht immer. Die „Hanauer Zeitung" schreibt nämlich unterm 24. Novbr.:

„Nachfolgenden Brief, den wir der Kuriosität halber mittheilen, erhielt ein hiesiger, früher in Frankfurt beschäftigter junger Kaufmann:

Frankfurt a. M., 21. Novbr. 1877.

Im Juli d. J. wurde von Euer Wohlgeboren ein Portemonnaie mit Inhalt von 13 M. 53 Pf. gefunden und abgeliefert. Da der Verlierer trotz erfolgter Bekanntmachung dasselbe nicht reklamirt hat so würde nach hiesiger Uebung Ihnen das Eigenthumsrecht zustehen. Das Fundstück ist jedoch von einem untreuen Beamten, welcher deshalb bereits gerichtlich bestraft worden ist, unterschlagen worden. Zum Ersatz sind, außer einer Summe von drei Mark, weitere Mittel nicht vorhanden, und würde dieser aus einem zu mildthätigen Zwecken bestimmten Fonds erfolgen müssen, falls Euer Wohlgeboren nicht etwa zu Gunsten dieses Armenfonds auf die Rückzahlung verzichten, wie dies in ähnlichen Fällen geschehen ist.

Euer Wohlgeboren ersuche ich ergebenst, mir hierüber Ihre gefällige Entschließung mitzutheilen. Sollte binnen acht Tagen solche nicht eingehen, so würde ich annehmen, daß Euer Wohlgeboren hierdurch indirekt Ihre Verzichtleistung ausdrücken.

Der Polizei-Präsident.
Hergenhahn."

Wir hoffen, daß sich selbst Herr Tessendorf darüber freut, daß auch in dieser ernsten Zeit munter noch was Heiteres passirt. Gefundenes und auf der Polizei abgeliefertes Geld auf dieser selben Polizei von einem Beamten unterschlagen — das streift denn doch so an's Unglaubliche, daß Ben Akibas Weisheit kaum dagegen Stand halten dürfte. Doch Spaß bei Seite, ist so was wirklich schon dagewesen? —o—

Exemplar der „Rundschau“ mit dem Bemerken, daß dies die Legitimationskarte sei. Da ein solcher „Lappen“ 20 Pfg. koste, so liege es auf der Hand, daß ein anderer Zweck (als der des Lesens) damit verbunden sein müsse. Wer eine solche „Karte“ nicht aufzuweisen vermöge, sei vor einer tüchtigen Tracht Prügel nicht sicher. Zu der Reichstagswahl seien 31,000 Mk. Arbeitergelder verausgabt und in der betreffenden Versammlung, wo die Abrechnung vorgelegt worden, sei er behufs nochmaliger Revidirung mit zum General-Revisor ernannt. Es seien nicht nur kleine Aussetzungen, sondern sehr große gewesen, die er an der Abrechnung zu machen gehabt; u. A. sei ein städtischer Beamter dadurch zum Mißbrauch seiner Amtspflicht verleitet worden, daß er die Wählerliste ausgeliefert, wofür ihm 210 Mark ausgezahlt worden. Dieser Posten sei in der Abrechnung aufgeführt, ein Beleg aber, nicht von dem Betreffenden, sondern von einer anderen Person dafür vorhanden (die Abschrift derselben wurde den Richtern überreicht). Ein Mitglied des Wahlcomités sei beauftragt worden, sich nach Wandsbeck zu begeben, um Stimmzettel an sich zu bringen, dieses Mitglied habe sich dabei für einen Polizisten ausgegeben und die Regierung betrogen (! ! !), die daraus entstandenen Kosten habe der verbotene Verein getragen (! ! !). Eine Rechnung, auf der verzeichnet gestanden: „60 Pf. für 3 Seidel Bier verausgabt, wofür drei Stimmen gekauft“, sei unbeanstandet in der Rechnung aufgeführt. Redner übergiebt hierbei den betreffenden Beleg dem Gerichtshof — was es mit diesem angeblichen Beleg, auf dessen Vorhandensein sich Niemand besinnen kann, auf sich hat, wird eine spätere Untersuchung ergeben. Radenhausen fügt hinzu: „Hiernach können Sie beurtheilen, mit was für Mitteln diese Leute vorgegangen sind“. Solches sagte Ehren-Radenhausen vor Gericht. In der „Reform“, einem hier erscheinenden gegnerischen Blatte, machte er noch andere „Enthüllungen“, die er mit folgenden, für seine Charakterlosigkeit charakteristischem Satze schloß: „Wer jedoch, wie ich, die Spitzen der Sozialdemokraten und deren Moral kennen gelernt, der wundert sich nicht darüber, sondern bedauert nur den armen Arbeiter, der sein wenig Erspartes, in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, in diesen Abgrund hineinwirft“. — Das also ist der Mann, auf den sich unsere Gegner demnächst berufen werden, wenn es sich darum handelt, die sozialdemokratische Partei zu verdächtigen, zu verunglimpfen und zu denunciren. Daß derselbe nichts weiter ist, als ein Krakehler von Geburt, dürfte Jedem aus Vorhergehendem einleuchten. Ohne die geringsten Beweise für seine Verdächtigungen und denunciatorischen Behauptungen beizubringen, verdächtigt und denuncirt er einfach. Daß unsere ehrenwerthen Herren Gegner von der Presse solchen Verdächtigungen ihre Spalten öffnen, das ist so recht bezeichnend für sie. Wir unsererseits glauben durch Klarlegung der Angelegenheit Herrn Radenhausen so hingestellt zu haben, wie er wirklich ist; seine Verdächtigungen erweisen sich als Ausflüsse seiner Bosheit und wenn es den Herren Preßturkos Spaß macht, mögen sie sich immerhin damit belustigen, solche unver—gleichlichen Behauptungen eines Renegaten wiederzukauen. Die Parteiblätter werden gebeten, von Vorstehendem Notiz zu nehmen. Sch.

Coswig bei Dessau, 26. November. (Wahlsieg.) Bei der in voriger Woche hier stattgehabten Stadtverordnetenwahl sind unsere sämmtlichen Kandidaten — 6 an der Zahl — mit beträchtlicher Majorität gewählt worden. Darob großes Entsetzen und Wehklagen bei den „Liberalen“. Das allgemeine und direkte Wahlrecht, welches hier bei Gemeindewahlen herrscht, tauge ganz und gar nichts und es sei geradezu unerhört, daß die Stimme eines Fabrikbesitzers in den kleinen Städten nicht mehr als die seines Arbeiters gelte. In dieser Tonart heulmeiert die hiesige „liberale“ Presse. Man fragt sich unwillkürlich, ob man es mit „Liberalen“ oder mit Erzreaktionären zu thun hat. Das Letztere wird wohl das richtige sein, denn ein Liberalismus, der für das arbeitende Volk nur unter Umständen und dann auch nur ganz problematische politische Rechte zugestehen will, für die besitzenden und herrschenden Klassen aber den Löwenantheil an Rechten beansprucht — ein solcher Liberalismus ist reaktionär. Um so freudiger begrüßen wir unsern Sieg, denn es ist ein Sieg des wahren Liberalismus, welcher nur allein im Sozialismus, der für Alle gleiche Rechte und gleiche Pflichten verlangt, zum Ausdruck gelangt.

Buckau, 28. November. Am 22. November c. fand hier die Stadtverordnetenwahl statt. Von Seiten der hiesigen Parteigenossen wurde zum erstenmal beschlossen, sich an der Stadtverordnetenwahl zu betheiligen, und wurden am 10. November in öffentlicher Versammlung die Genossen **Clees** und **Gütge** aufgestellt. Bei der Wahl erhielten die Candidaten der Gegner 194 resp. 153 Stimmen. Clees erhielt 166, Gütge 129 Stimmen. Da die absolute Majorität 183 beträgt, so ist eine Stichwahl nothwendig geworden. Diese ist auf den 13. Dezember angesetzt. Bis dahin werden wir uns also noch tüchtig zu rühren haben, um den Sieg an unsere Fahnen zu heften. G. B.

Eßlingen, 30. November. (Telegramm.) Bei der gestrigen Stadtschultheißenwahl erhielt Parteigenosse **Morlock** 1019, Stadtpfleger Nick 939, Volksparteiler Weith 377, Volksparteiler Cammerer 294, Justizassessor Schöpufer 6 Stimmen. Hoch die Sozialdemokratie! Sieber.

Gießen. Gemäß Beschluß einer allgemeinen Gewerkschaftsversammlung ist hierselbst ein Central-Arbeitsnachweisebureau errichtet; dasselbe befindet sich unter Leitung und in der Wohnung des Unterzeichneten. Alle Zureisenden wollen dasselbe benutzen.

Das Comité:
J. A.: B. Klerz, Neustadt D. 201.

Nachstehende Schriften sind durch die Expedition des „Vorwärts“ in Leipzig, sowie durch die Expedition der „Freien Presse“ in Berlin, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8, zu beziehen:

Armen- und Heimathsgesetzgebung	Mark	1. 50.
Auerbach, Tagebuch aus Wien		—. 70.
Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849		1. 50.
Aus den Ruinen von Nimrut und Olympia		—. 10.
Baumann, Berechnung über das Gewindeschneiden		1. 60.
Bebel, A., Unsere Ziele. 6. Auflage		—. 25.
— — Bauernkrieg		2. —.
Becker, B., Der alte und der neue Jesuitismus		—. 60.
— — Briefe deutscher Bettelpatrioten. 5 Lief.		2. 75.
— — Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848		2. 25
— — Mißbrauch der Nationalitätenlehre		1. —.
— — K. Fourier		—. 80.
— — Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalles. 5 Lief.		3. —.
— — Geschichte der revolutionären Pariser Commune 1789—94		2. —.
Becker, J. Ph., Vorbote. Soz.-pol. Monatschrift. (6 Jahrgänge 1866—71)		5. —.
— — Wie und Wann? Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit		2. —.
— — Le Précurseur. Organe démocratique social des associations des travailleurs (Janvier—Mars 1877)		—. 80.
Bergmanns Buch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874		—. 10.
Blos, W., Unsere Preßzustände		—. 10.
— — Blut und Eisen od. die Entstehung d. Krieges von 1866		—. 50.
— — Zur Geschichte der Commune von Paris		—. 40.
— — Die Revolution zu Mainz 1792—1793		—. 60.
Bonillon, Religion und Sozialismus		—. 40.
Bracke, W., Der Lassalle'sche Vorschlag		—. 50.
— — Nieder mit den Sozialdemokraten		—. 15.
— — Verzweiflung im liberalen Lager		—. 15.
Brunnemann, Skizzen u. Studien zur französischen Revolutions-Geschichte		1. —.
Bürgerkrieg in Frankreich		—. 15.
Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik		—. 15.
Civilehegesetz		1. —.
Culturkampf und Volksschule in Preußen		—. 10.
Daniel in der Löwengrube. Gedicht		—. 50.
Dedekind, Dr. Fr., Prozeß Sievers gegen Vogel v. Falkenstein		1. —.
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. 1877. broch. 40 Pf. gebd.		—. 60.
— — für 1878. broch. 40 Pf. geb.		—. 60.
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Lötzen und vor Gericht 1871		1. 25.
Der Republikaner, Schweizer Volkskalender für 1878		—. 40.
Die Märtyrer der Commune		—. 80.
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von von 1871—74		—. 10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen		—. 10.
Dietzgen, National-Oekonomisches. 2. Auflage		—. 15.
— — Die bürgerliche Gesellschaft		—. 10.
— — Die Religion der Sozialdemokratie. 4. Auflage		—. 15.
— — Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit		1. 50.
Disziplinargesetz		—. 20.
Douai, Dr. A., ABC des Wissens für die Denkenden. 2. Aufl.		—. 15.
— — Antwort an den Bekenner des Theismus		—. 10.
— — Kindergarten u. Volksschule als sozialdemokr. Anstalten		—. 25.
Dulk, A., Nieder mit den Atheisten		—. 25.
Ecrarius, J. C., Kampf des großen und kleinen Kapitals		—. 15.
Einkommensteuergesetz		1. —.
Engels, F., Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte		—. 30.
— — Der deutsche Bauernkrieg		—. 50.
— — Soziales aus Rußland		—. 15.
— — Bakunisten an der Arbeit		—. 10.
— — Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. I. Theil. Philosophie		—. 50.
Engländer, Sigm., Geschichte der französischen Arbeiter-Associationen. 4 Bände, compl.		8. —.
Erinnerung an Herwegh		—. 10.
Erinnerung an Börne		—. 20.
Franz, J., Herr Böhmert, Professor der Nationalökonomie und seine Fälschungen der Wissenschaft		—. 80.
Für die französischen Brüder		—. 15.
Geib, A., Der Normalarbeitstag		—. 15.
— — Gedichte		—. 50.
Geiser, Forderungen des Sozialismus an Gegenwart u. Zukunft		—. 50.
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstags v. 1867—73		2. —.
— — Nachtrag von 1873—76		1. 20.
Genossenschaftsgesetz (Bundesgesetz)		1. 40
Gewerbeordnung für das deutsche Reich		1. 50.
Gesindeordnung		1. 50.
Gespräch am Kachelofen		—. 50.
Greulich, H., Der Staat vom sozialdemokratischen Standpunkte aus. Erne Auseinandersetzung mit den Anarchisten		—. 25.
Hasenclever, Wilh., Liede, Leben, Kampf (Gedichte)		—. 40.
Hepner, Ad., Meine 3½jährige Leipziger Polizeicampagne		—. 60.
Herr v. Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus		—. 20
Hillmann, Die internat. Arbeiter-Association 1864—71, ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit		—. 15.
— — Praktische Emanzipationswinke		—. 10.
— — Die Organisation der Massen		—. 20.
Hilfskassengesetz, 3 Hefte, à 0,15 M.		—. 45.
Hirsch, Die angeblichen sozialen Theorien und die wirklichen Bestrebungen des Herrn Bakunin		—. 15.
— — die Parteidresse, ihre Bedeutung und Organisation		—. 10
Jacobi, L., Es werde Licht (Poesien)		—. 50
— — Die Idee der Entwickelung. 2 Bde. à		1. —.
Jacoby, Joh., Das Ziel der Arbeiterbewegung		—. 20.
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag		—. 12.
Komplot gegen die Intern. Arb.-Association. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky		1. —.
König, Schwarze Kabinette		—. 75.
Krafft, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht)		—. 05
— — Ceterum censeo (Gedicht)		—. 05.
Kunst und Sozialismus		—. 15.
Lange, Arbeiterfrage		4. —.
Lassalle, F., Arbeiterfrage		—. 15.
— — Ueber Verfassungswesen, Macht u. Recht, Was nun?		—. 35
— — An die Arbeiter Berlins		—. 10
— — Offenes Antwortschreiben		—. 08.
— — Arbeiterlesebuch		—. 30
— — Arbeiterprogramm		—. 10.
— — Die Wissenschaft und die Arbeiter		—. 15.
— — Criminalprozeß, III. Instanz		—. 80.
— — Die Feste, die Presse 2c.		—. 15.
— — Bastiat Schulze		—. 50.
— — Indirekte Steuern		—. 40.
— — Düsseldorfer Assisrede		—. 30.
— — Fichte's Philosophie		—. 25.
— — Julian Schmidt		1. —.
Leben und Thaten des Generals Jaroslas Dombrowski		—. 75.
Lehn, Juristisches Taschenlexikon		1. —.
Leipziger Hochverrathsprozeß.		3. —.
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz		—. 20.
— — Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie		—. 10.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl.		—. 20.
— — Reichstagsrede 1874		—. 10.
— — Zur Grund- und Bodenfrage 2. Aufl.		—. 75.
Lübeck, C., die Vaterlandslosen (Novelle)		—. 75
Lommel, Jesus von Nazareth		—. 80
— Johannes Huß		—. 80
Marx, Der Cölner Communisten-Prozeß. 2. Aufl.		—. 25.
— — Das Kapital. 2. Aufl.		9. —.
— — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte		1. 50.
— — und Engels, Kommunistisches Manifest		—. 20.
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814, deutsche Uebersetzung gebd.		1. 80.
Minister Eulenburg und die deutsche Sozialdemokratie		—. 30.
Most, Liederbuch, gbd. 40 Pf., broch.		—. 30.
— — Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten		—. 60.
— — Sammlung von Reichs-Gesetzen:		
1. Heft: Gewerbeordnung		—. 25.
2. Heft: Freizügigkeits-, Impf-, Lohnbeschlagnahme- und Haftpflicht-Gesetz		—. 15.
— — Kapital und Arbeit		—. 50.
— — Bastille am Plötzensee		—. 60.
— — Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.		—. 50.
— — Die Lösung der sozialen Frage		—. 40.
Morait, F. A., Arbeiterkrankheiten. 1. Schädliche Gase. 2. Schädliche Dämpfe, als Krankheitsquellen		—. 10.
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?		—. 30.
Otto-Walster, A., Allerhand Proletarier. Eine Hausgeschichte		—. 40.
— — Rienzi. Drama in 5 Aufzügen		—. 80.
— — Am Webstuhl der Zeit. Soz. Roman		3. —.
— — Eine mittelalterliche Internationale. Histor. Novelle		—. 75.
— — Kranke Herzen		1. —.
— — Braunschweiger Tage		2. 50.
— — Schutz in den Gewerkschaften		—. 10.
Photographien: Feuerbach, Heß, Herwegh, Johann Jacoby, Lassalle, Lange, York, Blanqui, Crémieux, Delescluze, Dombrowski, Ferré, Flourens, Marat, Millière, Owen Raoul-Rigault, Rossel 2c.; in Visitenkartenformat à		—. 25.
Photographien: Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräther, von der Courbet'schen Büste der „Liberté“ (Freiheit) à		—. 25.
— — in Kabinetformat à		—. 60.
— — in Groß-Folio		3. —.
Pfau, L., Das Preußische Regiment vor Gericht		—. 30.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage		—. 5.
Preßgesetz vom 7. Mai 1874		—. 25.
Protokoll des Stuttgarter Kongresses 1870		—. 15.
— — des Dresdener Congresses 1871		—. 20.
— — des Coburger Congresses 1874		—. 30.
— — des Gothaer Congresses 1876.		—. 30.
— — des Gothaer Congresses 1877		—. 25.
— — Holzarbeitercongreß zu Nürnberg 1873		—. 20.
Protokoll, des Schweizer Arbeiter-Congresses zu Olten		—. 25.
— — des Schweizer Arbeiterbundes zu Winterthur		—. 50.
— — des 3. Congresses des Schweizer'schen Arbeiter-Bundes		—. 30.
Prozeß gegen Dr. H. Tauschinski und 31 Genossen in Graz wegen Religionsstörung und geh. soz.-dem. Verbindungen		—. 75.
Prowe, John Osawatomie Brown, der Negerheiland		1. —.
Rathgeber für Gewerbetreibende.		8. 50.
Revidirte Landgemeindeordnung für Sachsen		—. 90.
— Städteordnung		1. 40.
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen. 5 Hefte		1. 90.
Roßlieder, die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer in Versailles		—. 80.
Röthel, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim		1. —.
Sack, Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit		—. 60.
Sauerteig. Für Männerchöre		
I. Bundeslied, 4 stimmig m. Partitur 0,65, ohne Partitur		—. 45.
II. Der wahre Mensch „ „ 0,55, „		—. 40.
III. u. IV. Republik u. d. Arbeitsmann 1,50, „		1. 10.
V. An Michel, 4stimmig m. Partitur 0,75, „		—. 60.
VI Frühlingsgedanken „ „ 0,80, „		—. 60.
VII. Sängermarsch „ „ 1,50, „		1. —.
Schäffle, Dr. A., Quintessenz des Sozialismus		1. 20.
Schlesinger, M., Eine Reise nach Utopien		—. 10.
Schell, Carl, die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie		—. 25.
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie, 1. Abth.		—. 25.
— — Ein Wort zur Verständigung der sozialen Frage		—. 20.
Schulze, C., Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder	geb. broch.	—. 50. —. 40.
Serno-Solowiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten		—. 20.

Sozialistische Theaterstücke.

Nr. 1: Ein Schlingel	—. 35.
(Zur Aufführung gehören 4 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.50)	
Nr. 2: Preßprozesse	—. 25.
(Zur Aufführung gehören 5 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.40.)	
Nr. 3: Ein Opfer	—. 40.
(Zur Aufführung gehören 19 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 6.)	

Specht, Populäre Entwicklungsgeschichte des Weltalls		2. 50.
Statuten der Internationalen Arbeiter-Association		—. 10.
Statistische Tafel der sozialistischen Wahlen z. deutschen Reichstage		—. 20.
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich		1. —.
Strodtmann, Die Arbeiterdichtung in Frankreich	broch.	—. 60.
	eleg. gbd.	1. 50.
— — Brutus! schläfst Du?	broch.	—. 60.
	eleg. gbd.	1. 50.
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie		—. 40.
Theokratisches Kirchenthum und autokratische Justiz. Ein Gotteslästerungsprozeß vor dem Schwurgericht zu Eßlingen		—. 75.
Tyrtäus, Der Deklamator. Heft 1, 2, 3, 4 à		—. 15.
Vereins- und Versammlungsgesetz für Sachsen		—. 10.
Verfassung des deutschen Reiches		—. 75.
Vogel, Apotheken-Monopol		—. 60.
— — Verfälschung der Lebensmittel		—. 60.
Volksstaat-Kalender für 1874		—. 20.
— — für 1875		—. 20.
Volksstaat-Fremdwörterbuch	broch.	—. 50.
	gebd.	—. 65.
Volksschulgesetz für Sachsen		1. —.
Wagner, G., Waldverwüstung und Ueberschwemmung		—. 15.
Wahre Gestalt des Christenthums		—. 50.
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze		—. 10.
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften		2. —.
York, Die industrielle Arbeiterfrage		—. 10.
Zimmermann, Pfaffenpeitsche. 1. Bd.		1. 60.
Zeitgeist, Eine Studie		— 25.

Briefkasten

Herrn Ph. Böhler in Kaiserslautern. Die gewünschte Adresse lautet: B. Klerz in Gießen, Neustadt D. 201.

C. L. Mainz: Wenn möglich soll die Uebertragung bald geschehen.

Quittung. Anhalter Assoziationsbuchdruckerei Bernburg An. 150. Sämmtl. Gewerksch. hier An. 0,70. F. W. Christophsgrund Ab. 20,00. Sänger des Wahlvereins Linden Ab. 1,50. Zhtur Darmstadt Ab. 20,05. Hnng Würzburg Ann. 2,00. Lgs Hannover Ann. 3,90, Schr. 1,40. Mj Bremen Ann. 0,60. Rchtr Ziegenrück Ab. 0,60. Engsmann Achim Ab. 5,70. Oehm hier Ann. 0,40. Wlthr Kiel Ab. 0,55. Rdgr Halle Ab. 15,00, Schr. 5,00. Khn Olbendrf Schr. 0,60. Fr. Engl Neudnitz Ab. 26,30, Schr. 2,60. Frtz Offenbach Ab. 30,06. Mrtn Schmölln Ab. 7,85. Kn Schußenried Schr. 5,00. Sbrt Cassel Ab. 15,15. Jck Delitzsch Schr. 1,60. Rhr Markirch Schr. 3,20.

Fonds für Gemaßregelte.

Vom Arbeiterverein Plagwitz 1,00. C. W. Zürich 32,25. Volksversammlung Zwenkau d. N. 4,30. Arbeiterverein Plagwitz 1,17. Dittrs Pforzheim 0,90. A. D. i. M. 30,00.

Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- u. Handarbeiter Deutschlands (Sitz Crimmitschau).

Den 25., 26. und 27. Dezember a. c. wird obengenannte Gewerkschaft in Gera ihre **ordentliche Generalversammlung** abhalten.

60] (F. 65) Für die Verwaltung:
(3a) **C. Uhlmann.**

Die Geburt eines gesunden Knaben zeigen an 190
Leipzig, 29. November 1877.
W. Liebknecht. Natalie Liebknecht geb. Reh.

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von **H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16** zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der **Expedition der „Neuen Welt“**, Leipzig, Färberstr. 12.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 142. Mittwoch, 5. Dezember. 1877.

Versuchte Preßknebelung.

Im deutschen Strafgesetzbuch, Abschnitt Uebertretungen, befindet sich der § 360, der mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft (die Haftstrafe kann bis zu 6 Wochen Dauer verhängt werden) denjenigen bedroht, der ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm, oder der groben Unfug erregt.

Daß dieser Paragraph eine so ungemein nichtssagende Fassung hat, daß er gedreht und gewendet werden kann, wie man will, ja angewendet werden kann überall und nirgends, das wollen wir ihm verzeihen, da er dasselbe Schicksal mit vielen anderen Strafgesetzparagraphen theilt; aber daß man es zu versuchen wagt, an der Hand dieses Paragraphen die Presse zu knebeln, das geht so zu sagen über die Hutschnur und zeugt von einem Polizeigeiste, wie er in den Zeiten der ärgsten Reaktion schlimmer nicht gedacht werden kann.

Was ruhestörender Lärm ist, das weiß Jeder, wenngleich es nicht recht ersichtlich ist, warum der laute Gesang von lustigen Burschen, der in den Straßen der Stadt erschallt, unerquicklicher sein soll, als das Getrommel und Gepfeife der Tamboure und Spielleute eines Bataillons Soldaten, wenn dasselbe in eine Stadt einrückt.

Doch dafür haben wir ja noch die nähere Bezeichnung: „ungebührlicher Weise" — dadurch wäre denn nun auch „glücklicher Weise" die volle Dehnbarkeit auch dieses Absatzes des „berühmten" Strafgesetzparagraphen hergestellt, weil mit dieser Bezeichnung wieder Niemand weiß, was „ruhestörender Lärm in „ungebührlicher Weise" oder was „ungebührlicher Weise ruhestörender Lärm" heißt.

Die armen Strafrichter! Sie müssen es sich bei solcher Gesetzgebung entweder sehr leicht oder sehr schwer machen. Aber kommen wir zu dem „groben Unfug", der uns mehr interessirt. Wenn auch das bedeutsame Wort „oder" den „ruhestörenden Lärm" und den „groben Unfug" trennt, so deutet doch das Zusammenstellen dieser Delikte in einen Paragraphen die Verwandtschaft derselben an.

Und so kommen wir zu dem Schlusse, daß der Gesetzgeber unter „groben Unfug" alle die Exzesse verstanden haben will, die auf Straßen, öffentlichen Plätzen, öffentlichen Lokalen begangen, die das Aergerniß der Bevölkerung erregen, sofern diese Exzesse nicht unter einen anderen schärferen Strafparagraphen fallen.

So ist das z. B. grober Unfug, wenn zwei Lieutenants und zwei Reserveoffiziere in Hanau kürzlich die Firmenschilder in der Nacht von einem Hause abnahmen und an ein anderes Haus anhängten. Quartanern sieht man den Unfug durch die Finger, aber den „gebildeten" Offizieren! Ferner ist es grober Unfug, wenn ein moderner Flegel einer Dame mit Absicht auf die Kleider tritt, aber auch, wenn Jemand in etwas zu fröhlicher Stimmung zur Nachtzeit seinem Nachbar mit Sand oder kleinen Steinchen an die Fensterscheiben wirft und wenn dieser, aus dem Schlafe erwachend, die Fenster öffnet und fragt, was los sei, die freundliche Antwort erhält: „Ich wollte Ihnen beim Vorübergehen eben nur eine gute Nacht wünschen." Das Alles wird auch ein Richter als groben Unfug ansehen; zweifelhaftere Fälle sind schon, wenn Jemand auf der Straße einer unbekannten Dame den Arm anbietet oder über einen der so zahlreich wie die Pilze in stiller ruhiger Nacht hervorsprießenden Schutzengel strauchelt und dabei einige tüchtige Beulen davonträgt.

Aber immer noch wird der Richter, wenn er sich den Ort der „Schandthat" vergegenwärtigt, über die Art der „Schandthat" schnell orientirt sein — und wenn er auch hin und wieder ungerecht richtet, weil die verschiedenen Indizien, Zeugenaussagen, Diensteide ꝛc. ꝛc. ihn beirrten, so kann man doch in den meisten Fällen sicher sein, daß der wegen „ruhestörenden Lärms" oder „groben Unfugs" Angeklagte nicht weit vom Schauplatze des Exzesses entfernt und mehr oder weniger in denselben verwickelt war. So unangenehm also auch immer dann eine ungerechte Verurtheilung sein mag, so lag doch nur ein verzeihlicher Irrthum zu Grunde. —

Aber man höre und staune! Solinger Richter — die Namen seien für die Unsterblichkeit aufbewahrt: Schäfer und Becker — haben es versucht, den „groben Unfug" in die Preßvergehen einzuschmuggeln!

Sie haben einen klerikalen Redakteur mit 75 Mark Geldstrafe belegt, weil er dadurch „groben Unfug" verübt haben soll, daß er in einem Artikel seiner Zeitung öffentlich das Vaterlandsgefühl verleugnet und verhöhnt habe.

Doch bringen wir hier den betreffenden Absatz aus dem interessanten Erkenntniß:

„In Erwägung, daß der Beschuldigte Karl Beck, obgleich in gesetzlicher Form und Frist vorgeladen, weder selbst noch durch einen Bevollmächtigten erschienen, daher in contumaciam wider denselben zu verfahren ist. In Erwägung zur Sache, daß in dem in Nr. 55 des „Solinger Anzeigers" erschienenen Artikel, überschrieben: „Die steigende Gespensterfurcht vor den Ultramontanen" Sätze und Redewendungen vorkamen, welche das Vaterlandsgefühl eines jeden Deutschen aufs Tiefste zu verletzen geeignet sind; daß eine solche Verletzung namentlich darin zu finden ist, daß in dem Artikel in Bezug auf den letzten deutsch-französischen Krieg von den den Franzosen „geraubten" Provinzen und Milliarden gesprochen, daß die soldatische Treue der Katholiken Deutschlands im Falle eines erneuten Krieges mit Frankreich in Zweifel gezogen und daß von dem Vaterlande spottweise als dem „deiren" (soll heißen: theuern) gesprochen wird, daß diese Aeußerungen um so verwerflicher erscheinen, als es wohl nicht bezweifelt werden kann, daß ein gerechterer Krieg als der von 1870—71 nie geführt worden ist, und daß nie ein Volk einmüthiger, ohne Unterschied der Confession, und mit größerer Begeisterung für die nationalen Güter mit Gut und Blut eingetreten ist, als das deutsche Volk im letzten französischen Kriege, daß angesichts dieser unleugbaren Thatsachen die oben angeführten Aeußerungen in dem fraglichen Artikel für jeden patriotischen Deutschen ein schweres Aergerniß bilden und deshalb für einen groben Unfug zu erachten sind; cfr. nach Erkenntniß des Obertribunals vom 16. Juni (voraussichtlich vom Jahre 1873): J.-M.-Bl. Seite 242 — aus diesen Gründen erklärt das königl. Polizeigericht, in erster Instanz erkennend, und in contumaciam den Beschuldigten für überführt: „durch Aufnahme des in Nr. 55 des „Solinger Anzeigers" erschienenen Artikels, überschrieben: „Die steigende Gespensterfurcht vor den Ultramontanen", öffentlich durch Verleugnung und Verhöhnung jedes Vaterlandsgefühls groben Unfug verübt zu haben und verurtheilt denselben .... in eine Geldbuße von fünfundsiebenzig Mark, im Unvermögensfalle in eine Haft von acht Tagen und legt ihm die auf 1 Mark 28 Pf. festgesetzten Kosten zur Last." —

Sol kein Strafparagraph existirt, nach welchem man das Vaterlandsgefühl nicht verleugnen und verhöhnen darf, und da soll der allgemeine Unfugsparagraph herhalten?

Wie würde sich der große deutsche Dichter, und ganz bestimmt der Edelsten Einer, Friedrich Schiller, wie würde er sich wundern über die Solinger Polizeirichter, daß man ihn auch wegen „groben Unfugs" indirekt verurtheilt hat. Schiller schrieb nämlich im Jahre 1789 an Körner:

„Das vaterländische Interesse ist überhaupt nur für unreife Nationen wichtig, für die Jugend der Welt. Es ist ein armseliges, kleinliches Ideal, für eine Nation zu schreiben; einem philosophischen Geiste ist diese Grenze durchaus unerträglich."

Mag sich der klerikale Redakteur in Solingen mit dem großen Dichter trösten, der also mit verurtheilt ist.

Wir mögen auch keinen „groben Unfug" leiden, wir wünschen ein friedliches, vernünftiges Nebeneinandergehen und -Leben der Menschheit; aber am allerwenigsten können wir es gutheißen, wenn mit den Gesetzen und besonders mit dem Strafgesetzbuch „grober Unfug" getrieben wird.

Idealismus — was ist's damit?

Von A. Douai.

I.

Die „Geschichte des Materialismus" von dem zu früh verstorbenen Lange ist ein sehr verdienstliches Werk, an welchem die Kritik wenig auszusetzen findet. Die eine Ausstellung, die wir daran machen, ist daß der Verfasser nicht zwischen praktischem und theoretischem Idealismus einen Unterschied macht, sondern sie als zusammengehörig, aus einander hervorgehend und als berechtigten, ewigen Gegensatz zum Materialismus anerkennt. Die nachstehenden Artikel wollen das Irrthümliche an dieser Auffassung aufzuzeigen und zu zerstören suchen. Die Veranlassung hierzu wird durch eine Reihe Artikel geboten, welche Prof. O. Caspari in Heidelberg in der neuen Darwinistischen Zeitschrift „Kosmos" liefert. In diesen Artikeln sucht der Verfasser an die Lange'sche Arbeit als den Ausgangspunkt einer neuen materialistischen Naturphilosophie anzuknüpfen, in welcher auch der Idealismus seine berechtigte Stellung angewiesen erhalte. Und gegen dieses Unterfangen muß man sich im Namen der wissenschaftlichen Klarheit aussprechen.

Man nennt — oder darf nennen — praktischen Idealismus das Streben nach Idealen, also nach unablässiger Vervollkommnung des Einzelmenschen und der Menschengesellschaft. Der theoretische Idealismus dagegen will das Entstehen und die Entwicklung des Stoffes aus dem Geiste herleiten und ein philosophisches System unseres Wissens vom Geiste schaffen. Es gilt zu zeigen, daß diese beiden Dinge sehr wenig mit einander zu thun haben, und daß ihre Vermengung nur Unheil stiftet, was eben Lange aus allzugroßer Gerechtigkeit übersehen hat. Niemand noch hat so klar wie er gemacht, daß der Materialismus allein wissenschaftlich sei, aber aller bisherige Idealismus bloße Phantasterei; daß jener, soweit er eben seine Erfahrungen und daraus gezogenen denkrichtigen Schlüsse entwickelt hat, uns Gewißheit und Denkbefriedigung verleihe, während dieser außer Stande sei ein System zu werden, bloß als Mittel der Kritik, als ewige Unzufriedenheit mit den materialistischen Ergebnissen, also als vorwärts treibende Kraft berechtigt bleibe. Nur an einigen Stellen des zweiten Bandes räumt er dem theoretischen Idealismus scheinbar größere Verdienste ein; und da nun Andere auf diesen seinen schwächlichen Zugeständnissen ein neues Gebäude der Verhimmelung errichten wollen, so wird es räthlich, den praktischen Idealismus, welcher heilsam ist, dem nur schädlichen theoretischen Idealismus scharf bestimmt gegenüberzustellen. Sprechen wir vom ersteren zuerst.

Was ist Geist? — Eine Vorstellung davon können wir uns nicht machen, da Geist als solcher von Niemandem wahrgenommen wird. Der Begriff des Geistes entsteht in uns auf die Art, daß wir einen Gegensatz zu Allem brauchen, was bloß stofflich ist. Geist ist also zunächst nichts als ein Name, welcher das Unstoffliche bezeichnen soll, ohne weitere Bestimmung, wie man sich dasselbe zu denken hat. Nur am Menschen lernen wir ein Etwas kennen, welches sich von allem Stofflichen zu unterscheiden scheint, aber auch dies erst, nachdem wir über uns selbst nachzudenken angefangen haben, also in jener späten geschichtlichen Zeit, da die Philosophie und Naturforschung beginnt. Deshalb besitzt keine rohe Sprache einen Namen für den Geist, und die vorhandenen Namen dafür sind allesammt von dem Wehen der Luft, also vom Athem, welcher als Lebensquell erschien, entlehnt. Auf dieser Stufe ist also Geist noch soviel wie Leben oder Lebenskraft; und da alle Natur als belebt aufgefaßt wurde, so hatte der Menschengeist noch wenig höhere Bedeutung als der der Thiere und Pflanzen. Erst in christlichen Zeiten kam man dazu, neben dem Leibe noch eine Seele und einen Geist zu unterscheiden und den letzteren als das Höhere zu betrachten, ohne daß man jedoch genauere Unterschiede zwischen den drei Dingen festzustellen vermochte. Noch heute aber, da dieser Unterschied zwischen Seele und Geist als ganz unhaltbar längst aufgegeben ist, da unsere Kenntniß vom geistigen Leben bedeutend fortgeschritten, und ein stoffloser Geist in die Rumpelkammer des Aberglaubens verwiesen ist, noch heute kann kein noch so gelehrter Denker uns sagen, was der Geist eigentlich ist. Daraus folgt also doch wohl, daß es — wenigstens vorläufig — verlorene Mühe sein muß, den Stoff aus dem Geiste herzuleiten, also ein System des Idealismus aufzubauen.

Nun hat aber die Menschheit in einer mühseligen Entwicklungsgeschichte sich geistige Bedürfnisse angebildet. Sie strebt nach den Idealen des Wahren, des Schönen und des Guten, hat sich also praktischen Idealismus angeeignet und macht ihn von selbst immer kräftiger geltend. Keine Gewaltherrschaft, keine entsittlichende Gesellschaftsordnung kann diesem Streben auf die Dauer Halt gebieten. Zugleich aber bleibt ungemein viel zu thun, um diese Ideale ins Leben einzuführen und zum Gemeingut Aller zu machen. Die Wissenschaft unserer Tage hat also Besseres zu thun, als mit Stangen im Nebel eines theoretischen Idealismus herumzufahren, der — vorläufig wenigstens — der Gewaltherrschaft und dem Geldkönigthum mit seinen entsittlichenden Wirkungen dienen muß.

Es ist also ein Fehler Lange's, dem Materialismus, also dem wissenschaftlichen Streben nach Erkenntniß auf Grund beweisbarer Erfahrung, es zum Vorwurf zu machen, daß er den Ursprung und das Ziel aller Erkenntniß nie ergründen könne und deshalb der Ergänzung durch den (theoretischen) Idealismus bedürfe. Er hätte völlig Recht blos, wenn er eine Ergänzung durch den praktischen Idealismus verlangte. Dieser in seinem unablässigen Streben nach dem Ideale des Wahren, aber auf Grund der beweisbaren Thatsachen der Natur und des Bewußtseins, leistet genau, was Lange will, schließt aber alle Irrwege der Einbildung und ihrer tyrannischen Satzungen aus. Er ruht auf den Bedürfnissen des forschenden Einzelmenschen und der Gesellschaft; er kann nie mehr untergehen, seitdem der Mensch von der Thierheit empor sich zum Fortschrittswesen ausgebildet hat. Vom theoretischen Idealismus aber gilt unwiderleglich, daß er blos in der Kritik unsrer jedesmaligen Erkenntnißstufe etwas leistet, aber nun und nimmer ein System bilden kann, wie wir noch sehen werden; und der wahre Materialismus versteht es, an sich selbst Kritik zu üben. Denn seine Stärke liegt in der Methode des Forschens, welche alle denkbaren Irrthümer auszuschließen sucht, während der Idealismus der Philosophen gar keiner Methodik fähig ist.

Daß er dies nicht ist, sollen wir das erst noch beweisen? Ist es nicht längst bewiesen dadurch, daß er uns keine einzige Erkenntniß nennen kann, welche er selbst erfunden hätte, und keine Methode, welche mehr als Hegel'scher Abklatsch gewesen wäre? Was ist die gesammte theoretische Philosophie anders, als eine Art Kochkunst, welche eine Brühe für alle Erfahrungserkenntniß zu bereiten weiß, die ihr fertig geliefert wird? Wann hat sie je etwas selbstständig entdeckt oder verläßliche Mittel angegeben, wie man nur Erkenntnisse finden könne? Wo ist ihr Lehrbrief, ihr Meisterstück?

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Gemeinheit in der liberalen Presse überschreitet mehr und mehr, besonders da sie ihre Ohnmacht selbst merkt, alle Schranken. So hat z. B. das Organ der Herren Koniger und v. Unruh, die „Magdeburgische Zeitung", es früher immer mit dem Gründerentlarver Glagau gehalten und selbst gegen den Chef der eigenen Partei, Lasker, losgedonnert, weil er plötzlich innehielt in seinen Gründerverfolgungen, da ihm das Pentagramma Pein machte. Es war damals noch Mode, die „Gründer zu entlarven". Jetzt, wo die Gründer wieder zu Ehren kommen, wo sich die liberale Partei von dem ersten Schrecken, den die Gründer in den eigenen Reihen ihr bereiteten, erholt hat, jetzt, wo man einsieht, daß die „Gründerei" so recht das legitimste Kind des Liberalismus ist, wo man merkt, daß es eine Dummheit von dem liberalen Lasker war, die er ja auch längst selbst eingesehen hat, daß er so plump das eigene Kind angriff, jetzt ist auch die „Magdeburgische Zeitung" klar geworden über ihre Dummheit, daß sie dem Herrn Glagau so lange Heerfolge geleistet hat — sie ist auch nunmehr zur Erkenntniß gekommen, daß Nationalliberalismus und Gründerei unzertrennliche Dinge sind. Deshalb greift sie natürlich pflichtgemäß ihre früheren Bundesgenossen und auch Herrn Glagau an. Dies wäre ja an und für sich vom liberalen Standpunkt aus betrachtet zu verzeihen; aber die „Magdeburgische Zeitung" thut es, nach Art aller Renegaten, mit einer blinden, verbissenen Wuth, die an den Pranger gestellt werden muß.

Das nationalliberale Blatt par excellence schreibt nämlich — und unsere Leser mögen uns im Interesse der Sache das lange Citat verzeihen — Folgendes:

„Wir haben dieser Tage die Bücher des Herrn Otto Glagau über den Gründerschwindel besprochen und dabei unter Anderm auf die Selbstgefälligkeit hingewiesen, mit welchem dieser Schriftsteller, wenn er eine Novelle oder ein Lustspiel — wir hatten es im Augenblick nicht mehr genau im Gedächtniß, ob es sich um eine Novelle oder um ein Lustspiel, oder um beides zusammen handelte — nicht unterbringen konnte, keineswegs die seinem Werke anhaftenden Mängel, sondern die Gründer und

deren Freunde dafür verantwortlich machte. Wir haben uns nachträglich davon überzeugt, daß es nicht eine Novelle, sondern lediglich das Lustspiel „Aktien“ war, dessen Mißgeschick Herrn Glagau Veranlassung zu seinen Klagen gegeben hat. Wir theilen hier noch mit, daß der Genannte uns eine Erklärung schickt, in welcher er unser Urtheil „berichtigen“ will, daß seine Bücher, von denen wir das erste in mancher Hinsicht loben konnten, obwohl wir gleich hinzufügten, daß Vieles in demselben unrichtig und oberflächlich sei, alles in allem, namentlich aber in ihrem zweiten Theil geradezu gemeingefährlich, sowie daß sie tendenziös vorzugsweise gegen die „liberale Partei“ und die „liberale Presse“ seien. Wir bedauern, bei unserm Urtheil lediglich verharren zu müssen, und fragen Alle, die einen Blick in diese Bücher, die fast auf jeder Seite die gehässigsten Angriffe gegen die „liberale Partei“ und die „liberale Presse“ richten, geworfen haben, ob dieses Urtheil nicht völlig gerechtfertigt sei? Die Thatsache kann daran, daß wir dieses Urtheil, wie wir glauben können, mit Recht aussprechen können, nichts ändern, daß Herr Glagau wiederholt selbst erklärt, entschieden liberal zu sein. Sein entschieden liberaler Parteistandpunkt hat ihn ja auch nicht gehindert, während der letzten Wahlen den Agrariern als Auskunftsertheiler Dienste zu leisten. Daß Herr Glagau blos die liberalen Gründer verfolgt habe, ist uns zu behaupten nicht eingefallen, sondern wir haben ausdrücklich bemerkt, daß er im Gegensatze zu Anderen „auch“ die Liberalen gemustert habe. Wir meinen, bei diesen Gründer- wie bei allen sittlichen Fragen hat man die politischen Parteistandpunkte überhaupt nicht in's Spiel zu ziehen. Wie unrecht dies ist, sieht man ja schon daraus, daß in allen Parteien „Gründer“ sitzen. Wir haben recht Vieles von dem, was Herr Glagau in seinen Briefen geschrieben hat, mit Vergnügen und Beifall gelesen, sehr Vieles aber hat ganz andere Empfindungen in uns rege gemacht, die Empfindung vor Allem, daß er nicht Maß und Ziel kenne, schnell fertig im Verurtheilen und allzu verbittert und gehässig sei. Seine Bücher sind für Die, welche nicht mit scharfer Kritik lesen können, geradezu gemeingefährlich. Selbst die Kundigsten aber werden sich auf diesem umfangreichen und schwierigen Gebiete nur sehr schwer so orientiren können, daß sie mit Sicherheit überall zu sagen vermögen: „Dies ist erlaubt und Jenes ist verwerflich!“ Das wiederholen wir, und an diesem Urtheil kann Herr Glagau nichts berichtigen“.

Diesem unsaubern Absagebriefe der „Magdeburgischen Zeitung“ haben wir nichts weiter hinzuzufügen, als daß sie infam lügt, wenn sie behauptet, „daß in allen Parteien Gründer sitzen“. — In der sozialdemokratischen Partei, das möge sich jenes corrupte und corrumpirende Blatt merken, sitzen keine Gründer.

— „Nie sah unsere Zeit einen größeren Esel!“ Die „Sozial-Correspondenz“ des königl. sächsischen Vorstehers des statistischen Bureaus, des Hrn. Viktor Böhmert, der den verdienstvollen Dr. Petermann im Amte „ersetzt“ hat, bringt folgenden Artikel:

„Es giebt keine widrigere Heuchelei, als wenn sich die modernen Communisten prahlerisch als Vorkämpfer der freien Wissenschaft rühmen. Nicht nur deshalb, weil in den concreten Fällen, in welchen sie zu diesen Prahlereien Anlaß nehmen, die Freiheit der Wissenschaft gar nicht bedroht ist, sondern namentlich deshalb, weil keine Partei, keine Weltanschauung „in ihres Wesens tiefster Wesenheit“ eine so unversöhnliche Todfeindin der freien Wissenschaft ist, wie die Sozialdemokratie, denn die Freiheit der Wissenschaft ist heutzutage im Wesentlichen nichts anderes, als die Freiheit des gedruckten Wortes, als die Freiheit der Literatur und der Presse. Nun aber sind im sozialistischen Staate alle gesellschaftlichen Produktionsmittel „bis zur letzten Schlosserfeile herab“ Gemeineigenthum und werden nach den Anordnungen der vom Volke gewählten Betriebsleiter verwaltet. Diese Männer bestimmen, ob Papiere fabrizirt, Lettern gegossen, Druckerpressen und Dampfmaschinen gebaut werden sollen; sie bestimmen dann auch bis ins Kleinste hinein, was eventuell mit diesen Produktionsmitteln producirt werden soll. Mit einem Worte, der sozialistische Staat ist die Censur und zwar in einem so ungeheuerlichen Umfange, wie er dem ärgsten Despoten niemals in seinen finstersten Träumen vorgeschwebt haben kann. Und die Vorkämpfer solcher Einrichtungen wollen die Vorkämpfer der freien Wissenschaft sein! Nie sah unsere Zeit einen größeren Humbug.“

So der Böhmert'sche Artikel. — Die „Magdeburgische Ztg.“ hat den Artikel ohne Quellenangabe natürlich nachgedruckt. Die „Schlosserfeile“ ist günstig; die rührende Klage, daß auch diese in den Besitz der Gesammtheit kommt, erinnert allzu lebhaft an das klägliche Gesicht eines Einbrechers, dem man seine Instrumente confiscirt. Ja, ja Herr Böhmert: „Eigenthum ist Diebstahl“, und wenn die „Schlosserfeile“ dem Privatkapitalisten fortgenommen wird und in die Gesammtheit übergeht, so kann derselbe fernerhin kein Eigenthum mehr „erwerben“ — die Kapitalisten mögen sich bei Ihnen des liebenswürdigen Beispiels wegen bedanken.

Daß die Wissenschaft von der Auswahl und Herstellung des Papiers, der Lettern, Druckerpressen und Dampfmaschinen abhängig ist, das ist leider wahr, das sehen wir täglich an dem „Schund“, der die Presse im Interesse des Privatkapitals — auch Ihre Correspondenz, Herr Böhmert! —, verläßt. Aber daß Sie es gerade sind, der so etwas verräth, gegen das Interesse des Kapitals und seiner und Ihrer Wissenschaft es verräth, das ist bezeichnend, und wundern Sie sich nicht, Sie Unglückseliger, wenn das Kapital, den Schlußsatz Ihres Artikels parodirend, ausruft:

„Nie sah unsere Zeit einen größeren Esel!“

— Der Legationsrath Graf Hermann v. Arnim, der sich zur Zeit in England aufhält und eine ihm wegen Bismarckbeleidigung zuerkannte vierwöchentliche Haft im Januar antreten wird, hat an seinen Vertheidiger, Rechtsanwalt Munckel, folgendes Schreiben gerichtet:

„Geehrter Herr Rechtsanwalt! Auf Ihre gefällige Anfrage, ob ich die Nichtigkeitsbeschwerde bei dem Obertribunal gegen das Erkenntniß des Kammergerichts einzulegen beabsichtige, beehre ich mich Ihnen ergebenst mitzutheilen, daß ich auf dieselbe verzichte. Ich habe die gewünschte Gelegenheit gefunden, von einer Stelle aus, wo das freie Wort der Vertheidigung noch gilt, meinem über das gegen den Grafen Harry Arnim beobachtete Verfahren auf das Tiefste verletzten Rechtsgefühl Ausdruck zu geben und das Schweigen zu brechen, welches in seiner Angelegenheit alle beobachten, die auf den Reichskanzler Rücksicht nehmen, die dem Reichskanzler anhängen, die dem Reichskanzler anhängen möchten, wenn er es ihnen erlaubte — und es giebt Wenige, die nicht einer dieser drei Kategorien angehören. Ich habe die gewünschte Gelegenheit gefunden, auf die durch den Machtkultus herbeigeführten Mißstände und auf die Verwendungen jenes Welfenfonds in ihrer Schädlichkeit hinzuweisen und gewisse Dinge bei ihrem rechten Namen zu nennen. Ich habe der Pflicht gegen mein Gewissen genügt. Mein Interesse an der Vermeidung einer bedeutungslosen, in einer vierwöchentlichen Gefängnißstrafe bestehenden Unannehmlichkeit ist zu gering, um zur Beschreitung der dritten Instanz, von der ich wenig erwarte, mich bewogen zu fühlen. Es ist nicht meine Sache, und ich kann es Anderen überlassen, darüber nachzudenken, in wie weit die Autorität Schaden leidet, wenn Männer, die für ihre Ueberzeugung eintreten und dabei in dem Ausdruck ihrer Ansichten vielleicht fehl greifen, im Gefängniß den Verbrechern gleichgestellt werden, wenn zwischen dem Dieb, der materielle Güter entwendet, und dem Manne, der die geistigen höchsten Güter der Nation bewahren will, jeder Unterschied durch die Gefängnißstrafe verwischt wird. Sollte ich hoffen dürfen, daß meine Verurtheilung zu der Erkenntniß von der Nothwendigkeit einer Aenderung unserer die Strafvollstreckung betreffenden Gesetzgebung auch nur um ein Geringes beitragen sollte, so gehe ich mit derselben Genugthuung in das Gefängniß, mit der ich auf die Anklagebank hinabgestiegen bin, um Andere anzuklagen.“

Der Mann besitzt wenigstens Courage und eine gewisse Freisinnigkeit; und wenn er letztere auch erst durch seinen Prozeß erlangt hätte, so wäre derselbe für ihn von großem Vortheil gewesen. Daß dadurch, daß der Graf in's Gefängniß geht, die Strafvollstreckung bei politischen Gefangenen zum Bessern gewendet wird, glauben wir kaum, aber der gute Wille ist bei dem Herrn v. Arnim immerhin anzuerkennen.

— Dr. Rudolf Meyer, der frühere glühende Verehrer Bismarck's, der im Auftrage des Reichskanzlers mit dem Geheimen Rath Wagener in Eisenach auf dem Kathedersozialisten-Congreß war, hat zu den 9 Monaten Gefängniß, die ihm schon wegen Beleidigung des früher so hochverehrten Herrn Bismarck zudiktirt waren, noch wegen desselben Verbrechens 1 Jahr hinzubekommen. Der Staatsanwalt sprach bei dem Kammergericht den Wunsch aus, dies möge doch der letzte Bismarckbeleidigungsprozeß sein. Er wird sich irren.

— Antisozialistischer Spaß. Die nationalliberalen „Flensburger Nachrichten“, die sich im Allgemeinen sehr für die Sozialistentödtungsversuche der Herren Böhmert und Hirsch interessiren, lassen sich aus Rendsburg schreiben: „Der im hiesigen „Arbeiterverein“ gehaltene Vortrag des Wanderlehrers Hrn. Julius Keller aus Breslau über Borg-, Credit- und Sparwesen hat die zahlreichen Zuhörer außerordentlich befriedigt. Leider hatten sich von eigentlichen Arbeitern, welche den sozialdemokratischen Redner nachgehen und aus dem Keller'schen Vortrage Belehrung und Nutzen hätten ziehen können, keine eingefunden.“ — Die Anführungszeichen an den „Arbeiterverein“ haben die „Flensburger Nachrichten“ in richtiger Würdigung desselben gemacht; die Gründer desselben werden die Anführungszeichen wohl fortgelassen haben und zwar in Hinsicht auf das Sprüchwort: „Mit Speck fängt man Mäuse!“ Doch geht es mit dem Mäusefang nicht so recht mehr: die Arbeiter werden vernünftig und lassen sich von einem Wanderlehrer Keller, der sich auch Dr. schimpfen läßt, nicht mehr versimpeln. Wenn man nach den Wahlen von einem Rückgang der Sozialdemokratie in Holstein sprach, so geht aber aus obiger Notiz hervor, daß die Anti-Sozialdemokratie dennoch dort keinen Boden gewinnen kann.

— In einer von der „Magdeb. Zeitung“ abgedruckten Erklärung des Herrn Wehrenpfennig heißt es, daß dieser ehemalige Chef der Reptilien die Redaktion der „Spener'schen Zeitung“ übernommen habe, als dieses Blatt im Besitze von Breslauer Kaufleuten war und daß die Eigenthümer das Berliner Unternehmen fallen ließen, um in Breslau ein ähnliches Organ zu gründen. Bis jetzt war nur bekannt, daß Berliner Kaufleute und ein Leipziger Professor, Herr Birnbaum, hinter der „Spener'schen Zeitung“, welche nach Wehrenpfennig's Austritt von „unserm“ Braun sanft zu Tode redigirt wurde, standen. Daß auch die Macher der „Schl. Pr.“ ihre Hand bei „Onkel Spener“ im Spiele hatten, ist für die Redaktion der „Wahrheit“ eine Neuigkeit, die auf manche dunkle Partie der Geschichte dieser interessanten Zeitung ein merkwürdiges Schlaglicht wirft. — Für uns ist die Betheiligung des Professor Birnbaum an dieser Gründung zwar nicht neu, aber doch nochmals erwähnenswerth, weil man daraus die nahe Verwandtschaft dieses „freisinnigen“ Mannes mit dem früheren Reptilienvater und jetzigen Geheimen Rath ersieht.

— Die „sächsische Fortschrittspartei“ suchte sich bisher im Gegensatz zu der preußischen Fortschrittspartei durch Betonung des demokratischen Prinzips einen wirklich freisinnigen Anstrich zu geben und es ist auch unzweifelhaft wahr, daß sich in der sächsischen Fortschrittspartei Männer befinden, an deren demokratischer Gesinnung wir nicht zweifeln können. Was werden nun aber letztere zu dem nicht bloß undemokratischen, sondern geradezu antidemokratischen Verhalten der fortschrittlichen Landtagsabgeordneten in Betreff des Freytag'schen Antrags auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für die Landtagswahlen sagen? Diese Herren haben sich nämlich dahin geeinigt, den Antrag abzulehnen, und zu diesem Zweck sich mit den conservativen und sonstigen Reaktionären verbündet. Wir werden vielleicht gelegentlich einmal einen Blick hinter die Dresdener parlamentarischen Coulissen thun. Nur soviel sei erwähnt, daß der Freytag'sche Antrag, der inzwischen einstimmig abgelehnt ist, sich als Prüfstein bewährt und die Richtigkeit des Satzes von der „einen reaktionären Masse“ in klassischer Weise bewiesen hat.

— Eine sehr einfache Antwort. In der zu Frankfurt a. M erscheinenden „Deutschen Reichspost“ (Nr. 273 vom 21. November) erläßt ein Herr Prof. D. Meyer d. d. Hersfeld, 19. November 1877 folgende „Anfrage“:

„Läßt sich denn so gar nichts thun gegen die unsägliche Gemeinheit und Schamlosigkeit der Annoncen in den Beilagen zum „Kladderadatsch“? Sind wir so ganz ohnmächtig dieser frechen Syphilis gegenüber? Bismarck hat selbst gesagt, wer Culturgeschichte lernen wolle, möge nur die Beilagen zum „Kladderadatsch“ studiren. Gibt es denn keinen Weg, auf dem die menschlichen Gerichte diesen Schurken und Volksverführern beikommen können? Freilich, dergleichen Gesindel hat es immer gegeben und wird es immer geben, und „wer böse ist, sei immerhin böse, wer gemein ist, sei immerhin gemein“, aber unsere Kinder, unsere deutsche Jugend, will sich Niemand ihrer annehmen und jener heillosen Seelenverkäuferei zu wehren suchen? Es trete

Gegnerischer Ulk.

Durch die liberale Presse geht folgende Notiz:

„Sozialdemokratische Erlebnisse. Die in Thüringen viel verbreitete „Dorfzeitung“ veröffentlicht einen lesenswerthen Brief, der ihr in der Originalhandschrift zugegangen ist und an welchem sie, wie sie sagt, nichts als einige Interpunktionszeichen geändert hat. Er lautet:

„Zufrieden und vergnügt lebte und arbeitete ich noch vor drei Jahren. Zur Zeit war ich in der Fabrik der Herren Gebrüder H. in Liebenstein beschäftigt, als die sozialdemokratischen Agitatoren in unser friedliches Thüringen mit ihren weltbeglückenden Verheißungen eindrangen. Ich fand Wohlgefallen daran, und als ich sah, daß selbst die besser gestellten Arbeiter in der Fabrik (die es sicherlich auch heute noch mit mir zu bereuen haben) in den sozialdemokratischen Ideen nur Wahrheit fanden, da stieg meine Begeisterung bis zu einem glühenden Agitator. Ich schrieb Artikel für den „Volksstaat“, veranlaßte in Liebenstein eine Arbeiterversammlung, in welcher uns ein Agitator aus Braunschweig das uns blühende Glück in den schönsten Farben ausmalte. Mein Arbeitgeber, welcher von Allem wohl unterrichtet, versuchte hierauf, mich eines Besseren zu belehren, aber vergeblich! Mein Vertrauen hatte aufgehört, ich war geblendet! Die nächste Folge davon war, daß ich die Fabrik verlassen mußte. Hoffnungsvoll, in der Erwartung, daß die Verwirklichung der sozialistischen Ideen nicht lange auf sich warten lassen werde, verließ ich die Fabrik. Aber welche Enttäuschung mußte ich erleben! Drei Jahre lang irrte ich, meist getrennt von meiner Familie, in der Welt umher, nothdürftig mein Leben fristend. In den zahlreichen Versammlungen, welche ich besuchte, hörte ich immer ein und dieselben Redensarten, sah ich stets das Geld unter gleichem Vorwand zu gleichem Zweck sammeln, ohne nur einen Schritt meinen hoffnungsvollen Wünschen näher zu rücken. Da als ich am 18. Oktober unserem Heldenkaiser beim Einzug in Frankfurt ins Angesicht schauen durfte, aus dessen Antlitz nur Menschenfreundlichkeit und Güte leuchtet, da fiel es mir wie Schuppen von meinen Augen. Ich sah im Geiste die bemitleidenswerthen Männer, die ich unter meinen Parteigenossen kennen gelernt, Männer, welche gleich mir frohe und zufriedene Tage gesehen hatten, aber den verblendeten Theorien des Sozialismus zum Opfer fielen und jetzt ein jämmerliches Dasein fristen. Ich erkannte die Wahrheit, daß die heutige Sozialdemokratie eine Gründung der flotten Jahre und deren Geschäftsbetrieb die Täuschung der Arbeiter ist, auf deren Kosten die Herren Agitatoren ein angenehmes Leben führen, und in mir erkannte ich den Betrogenen! Am selbigen Tage noch faßte ich den Entschluß, zurück zu reisen, meine früheren Arbeitgeber, die Herren Gebrüder H., um Verzeihung zu bitten, und mich der redlichen Arbeit wie früher wieder hinzugeben. Ich habe diesen Entschluß ausgeführt und schätze mich jetzt schon in der Hoffnung glücklich, bald wieder meine alte, drei Jahre lang verachtete Thätigkeit aufnehmen zu können und darin meinen Frieden wieder zu erlangen. Ich habe den Erlebnissen während meiner sozialdemokratischen Laufbahn nichts zugefügt und nichts weggelassen, was die volle Wahrheit beeinträchtigen könnte. Meinen lieben Mitarbeitern aber rufe ich am Schlusse aus Erfahrung die Worte des großen Franklin zu: Der ist ein Lügner und Giftmischer, der Euch sagt, daß Ihr auf andere Weise auf einen grünen Zweig kommen könnt, als durch Fleiß, Ordnung und Sparsamkeit.

Heinrich Neubert, Schlosser in Liebenstein.“

Wir haben den Namen der Firma, welche Herrn Neubert beschäftigt, nur mit den Anfangsbuchstaben angedeutet. Auf unsere an dieselbe gerichtete Anfrage, ob der Inhalt des Briefes — soweit er die Firma angeht — der Wahrheit entspricht, antwortete dieselbe:

„Liebenstein, 17. November 1877.

Zur Erledigung Ihrer geehrten Zuschrift vom 15. d. Mts. senden wir Ihnen qu. Artikel zurück mit dem Bemerken, daß wir diejenigen Stellen unterstrichen haben, welche uns angehen und der vollen Wahrheit entsprechen, wie denn überhaupt dem Artikel nach unserer Ueberzeugung nur Wahrheit zu Grunde liegt.“

Soweit die Notiz. Ob Herr Neubert für den „Volksstaat“ früher geschrieben hat oder nicht, das können wir nicht sagen. (Die Redaktion des „Volksstaat“ erinnert sich keines Hrn. Neubert.) Aber das können wir sagen, daß wir nicht bedauern, wenn ein arbeitsscheuer Mensch aus unserer Partei tritt; das können wir sagen, daß wir diesen „Herrn“ Neubert, der seine Familie verlassen, der drei Jahre lang sich umhergetrieben hat, mit der ausgesprochenen Absicht ohne zu arbeiten, seine sozialistischen Ideale zu verwirklichen, unseren Herren Gegnern, Viktorchen und Mehring, die beide heißhungrig über den Brief des Neubert hergefallen sind, von ganzem Herzen und von ganzer Seele gönnen.

Daß das Heldenantlitz des deutschen Kaisers diesen Menschen zum Liberalismus bekehrt hat, ist allerdings sehr rührend; es klingt fast wie ein „Wunder“ — und so wollen wir es auch als ein Wunder gelten lassen. Der confuse Brief des Herrn Neubert muß uns in solcher Ansicht lediglich bestärken.

Da klingt es doch ganz anders in einem Briefe eines früheren Liberalen aus der Gegend von Altmühl, der ein grimmiger Gegner der Sozialdemokratie war, an seinen Bruder gerichtet und im Original in der Redaktion unseres Nürnberg-Fürther Parteiorgans einzusehen ist. Der Brief lautet:

„Lieber Bruder! Für Deine Sendung von Büchern, Broschüren und des Soc.-Demokrat, sowie für Dein freundliches Anerbieten, mich alle drei Wochen mit neuer Lektüre zu versorgen, bin ich Dir um so dankbarer, als ich dabei die langen Winterabende auf eine angenehme und nutzbringende Weise zugleich hinbringen kann. Ich werde Dir die Sachen jedesmal pünktlich wieder zurückschicken, diesmal kann ich die „Neue Welt“ pro 1876 noch nicht mitschicken, weil ich mit dem Lesen derselben noch nicht fertig bin. Ebenso habe ich mir erlaubt, die mir überschickten Lassalle'schen Schriften, insbesondere seine Schrift „Bastiat-Schulze-Delitzsch“ oder „Kapital und Arbeit“ zu behalten, weil sie am geeignetsten sind, mich sattelfest für die sichere und geschickte Vertheidigung des Sozialismus gegenüber den Einwürfen der Gegner zu machen.

„Ich muß in der That bekennen, daß ich niemals eine logischere und wissenschaftlichere Begründung des Fundaments, auf welchem das ganze sozialistische System aufgebaut ist, und niemals auch eine so gründliche, so niederschmetternde Widerlegung jener seichten, verlogenen, mit dem Mantel einer falschen Arbeiterfreundlichkeit bedeckten „liberalen“ Theorien der Bourgeois-Größen eines Schulze und solchen Gelichters gelesen habe.

„Niemand, der gesunden Menschenverstandes und eines guten Willens ist, wird sich der zwingenden Beweiskraft der Lassalle'schen Deduktionen, seiner haarscharfen, präzisen, mathematisch genauen Definition der Begriffe „Arbeit“, „Kapital“ ꝛc. und der eisernen Consequenz der Schlüsse, die daraus gezogen werden, verschließen können.

„Ich muß gestehen, mich hat ein eigenthümliches Gefühl der Beschämung beschlichen bei der Lektüre dieser Schriften, der Beschämung darüber, daß ich die Lug- und Trugschlüsse jener falschen Propheten, jener „Gartenlaube-Größen“, die dem deutschen Volk so lange als die Verkünder einer gesunden volkswirthschaftlichen Doktrin, als die Urheber und alleinigen Träger wahrhaft volks- und arbeiterfreundlicher Bestrebungen in allen Journalen

nur Jemand kühn auf, appellire an Kaiser und Reich, an alle Guten und Wohldenkenden; man gebe Flugschriften aus, stelle die Schlechtigkeit an den Pranger; kein Opfer wäre zu groß für diesen Zweck! Auch der Unterzeichnete ist bereit pekuniäre Opfer in diesem Sinne zu bringen."

Daß dergleichen Annoncen sowohl vom „Kladderadatsch", als auch von einer Menge liberaler Blätter und Blättchen ohne Gewissensscrupel aufgenommen worden, ist sehr einfach: es wird ja bezahlt. Ersetze man jenen Herren Zeitungsverlegern den Schaden, den ihr höchsteigener Geldbeutel durch consequente Zurückweisung solcher Annoncen erleidet — und sie werden auch Syphilis- und Gummi-, Wahrsager- und Kartenschläger-Annoncen aus den Spalten ihrer Milchkühe, auch „siebente europäische Großmacht", „öffentliche Meinung", „Volksstimme" ꝛc. genannt, verschwinden lassen, womit freilich das Uebel selbst noch nicht aus der Welt geschafft ist. Denn etwa dem Volkswohl und der öffentlichen Moral zu nützen, dabei aber klingendes Silber zu verlieren — das geht doch wahrlich nicht! Was übrigens die Appellation „an Kaiser und Reich", „an alle Guten und Wohldenkenden" betrifft, so ist dieser Gedanke besonders in seinem ersteren Theile zu — naiv, um ihn durch irgend eine Glosse abzuschwächen. Wenn ferner der Herr Professor das Uebel dadurch aus der Welt zu schaffen glaubt, daß „man die Schlechtigkeit an den Pranger stellt", er sogar selbst „pekuniäre Opfer" zu bringen bereit ist — so ist das lediglich seine Sache. Wir haben unsern diesbezüglichen Standpunkt schon so oft klar gemacht, daß wir getrost davon Abstand nehmen könnten. Nur ein kleines Exempel! Ein bis in die Wurzeln fauler Baum kann keine gesunden Früchte tragen — darüber sind doch wohl so ziemlich alle Gelehrten einig. Ueberlasse man daher diesen Baum seinem unvermeidlichen Schicksale und pflege den Boden, worauf ein junger, kräftiger Baum gedeihen kann. Wer dann am gesunden helfen will, der treie zwar „kühn" auf, appellire aber nicht an „Kaiser und Reich", sondern ganz einfach an Moral und gesunden Menschenverstand — der werde Sozialdemokrat! Wer das aber nicht kann oder will — nun, der soll sich auch weder über Ernst Eckstein'sche Poesie, noch über schamlose Anzeigen, weder über directen noch indirekten Diebstahl, Betrug oder Mord wundern, der soll überhaupt das Wörtchen „wundern" ganz aus seinem Lexikon streichen!

— Der Grütliverein und der Arbeiterbund haben an den Schweizer Bundesrath eine Eingabe gerichtet, in welcher unter Anführung verschiedener sehr triftiger Gründe verlangt wird, daß das am 21. Oktober angenommene Fabrikgesetz am 1. April 1878 eingeführt wird. Die Fabrikanten dagegen möchten den Termin bis auf den 1. Mai 1878 hinausgeschoben wissen, um noch recht viele zu Ostern der Schulpflicht überhobene zwölfjährige Kinder in das Joch des Kapitalismus spannen zu können. — Weiter begehren die genannten schweizerischen Arbeiterverbände die Anstellung des Genossen Rudolf Morf in Riesbach als Fabrikinspektor, damit die Arbeiterschaft wenigstens durch eines ihrer Mitglieder im Fabrikinspektorat vertreten sei. — Und zum Dritten wird der Wunsch ausgesprochen, das Haftpflichtgesetz auch auf diejenigen Arbeiter auszudehnen, welche „nicht in geschlossenen Räumen" arbeiten. Am Schlusse der von den Präsidenten und Sekretairen der beiden Arbeiteverbände unterzeichneten Eingabe heißt es dann wörtlich:

„Das Schweizervolk hat, getragen vom Geiste der Humanität, am 21. Oktober das so hart angefochtene Fabrikgesetz angenommen, es erwartet von seiner vollziehenden Behörde, von der ja auch der erste Entwurf des Gesetzes ausging, daß sie sich durch den Widerstand der Gegner nicht beirren lasse, sondern mit fester Hand das Fabrikgesetz ausgestalte und vollziehe."

Wir wünschen den schweizerischen Arbeitern Glück zu der energischen Initiative, welche sie zur Verbesserung ihrer Klassenlage ergriffen haben.

— Die französischen „Republikaner", welche noch vor einiger Zeit in ihren Journalen die größte Siegesgewißheit zur Schau trugen, schreibt die „Nationalzeitung", scheinen neuerdings nicht geringe Besorgnisse wegen des Ausgangs der herrschenden Krisis zu hegen. Insbesondere können sie sich nicht der Einsicht verschließen, daß, sobald erst der Boden der Verfassung als Kampfterrain aufgegeben ist, die thatsächliche Entscheidung vermuthlich zu Gunsten der Monarchisten ausfallen würde. Diese Besorgnisse vor einem bevorstehenden Staatsstreiche nehmen so greifbare Gestalt an, daß eine Aufklärung von Seiten der Regierung geboten erschien. Dem „Wolff'schen Telegraphen-Bureau" wird in dieser Hinsicht vom 29. d. aus Paris gemeldet: „Der Marschall Präsident war davon benachrichtigt worden, daß einige Senatoren und Deputirten bei den Präsidenten der beiden Kammern Schritte gethan hätten, um denselben sowohl ihre Beunruhigung über die Sicherheit der Nationalvertretung zu erkennen zu geben, wie auch um sich über die Art zu äußern, wie dieselbe eventuell vertheidigt werden könnte. Der Marschall-Präsident hat es deshalb für angezeigt erachtet, den Präsidenten der Deputirtenkammer und den Präsidenten des Senats zu sich zu berufen und denselben zu erklären, daß derartige Besorgnisse durchaus grundlos seien und daß die Nationalvertretung keine Gefahr zu besorgen habe." — Als die Nachricht von den friedlichen Gesinnungen des Marschalls kund wurde, war es das Organ Gambetta's, die „Republique Française" zuerst, die Mac Mahon ihre Anerkennung ausdrückte. Fast alle Blätter beschäftigten sich eingehend mit der Besprechung zwischen dem Marschall Mac Mahon einerseits und den Präsidenten der beiden Kammern, Herzog v. Audiffret-Pasquier und Grévy, andererseits und erblicken in denselben den ersten Schritt zur Beilegung der bestehenden Differenzen. Der „Constitutionell" erklärt, das Eis sei gebrochen, das Vertrauen kehre zurück.

Und dieser „Schritt" ist nicht der einzige. Außerdem hat noch der ausschließlich aus „Republikanern" bestehende Budgetausschuß der Kammer bei verschiedenen Gelegenheiten gemüthlich mit dem Finanzminister zusammen berathen — trotz des soeben gefaßten tapferen Beschlusses, mit dem Geschäftsministerium gar nicht zu verkehren. (In Berlin hieß es: „diesem Ministerium keinen Pfennig!") Man sieht, es ist das alte liberale Echternacher Springprozessions-Spiel. Einen Schritt vorwärts und dann zwei zurück. Auf diese Weise kommt man bald ins Elysee, wie weiland die Berliner Vorbilder in der Wilhelmstraße gekommen sind.

— Der Strike der Steinhauer in London dauert fort und leider auch der Zuzug von deutschen Arbeitern. Näheres über den Strike wird in nächster Nummer eine Londoner Correspondenz bringen.

— Vom europäischen Kriegsschauplatz werden blutige Kämpfe gemeldet, die unentschieden geblieben zu sein scheinen. Ein Ende des grauenhaften Gemetzels ist nicht abzusehen. — In Armenien ist der Winter eingetreten: vielleicht gelingt es den Elementen, wenigstens dem Blutvergießen auf einige Zeit ein Ziel zu setzen.

— Im 14. sächsischen Reichstagswahlkreise wird demnächst eine Neuwahl stattfinden. Der jetzige Vertreter dieses Kreises, Bürgermeister Heinrich in Borna, tritt, wie der „Dresdn. Pr." von Chemnitz aus „bestimmt versichert wird", in nächster Zeit in den Staatsdienst, und zwar erhält er die Stellung eines Staatsanwalts in Chemnitz. - Hoffentlich wird Genosse Geiser, der in dem genannten Kreise bereits am 10. Januar in die Stichwahl kam, bei der Neuwahl den Sieg erringen.

— Die Exekutive der Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten hat eine vom Genossen Douai verfaßte Broschüre unter dem Titel „Bessere Zeiten" herausgegeben, in welcher den amerikanischen Arbeitern die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisation in kurzer und faßlicher Weise dargelegt wird.

— Genosse Buchhage, der frühere Redakteur des „Mecklenburgischen Arbeiterfreundes", wurde zu 6 Wochen Gefängniß und Tragung sämmtlicher Kosten in letzter Instanz verurtheilt.

Correspondenzen.

Stettin, 22. November. [„Eine Blüthe der pommerschen Cultur".] Im Anschluß an die Correspondenz des Parteigenossen R. D. in Stolp i. P. in Nr. 137 des „Vorwärts" möchte ich noch Folgendes berichten. Auf einem 2 Meilen von hier entfernten, an der Berlin-Stettiner Bahn gelegenen Gute hatte ich in jüngster Zeit Geschäfte, und um nicht 4 Stunden auf den Zug zu warten, trat ich den Rückweg zu Fuß an. Der Gutsbesitzer hatte mir denselben näher bezeichnet, mit dem Hinzufügen, daß ich nur ein Dorf (Maudelkow) bis St. anträfe, als ich dasselbe in Sicht hatte, trat ich in ein Tagelöhnerhäuschen welches zu einem kleineren Gute, das eine Strecke vor dem Dorfe liegt, gehörte, ein, um mir etwas Feuer zum Anzünden meiner Cigarre zu erbitten. Ich trat in einen Raum, welcher mir einen Begriff beibrachte von den Pfahlbauten der Urwelt — der erbärmlichste Viehstall kann nicht so miserabel sein, wie hier eine menschliche Wohnung; von Dielen keine Spur, der Fußboden noch schlechter wie auf der Landstraße, nichts wie Löcher und Risse; die Wände, nicht geputzt, zeigten die rohen Steine wie draußen! Die Stubendecke bestand aus Brettern, darüber sofort das Ziegeldach! Am Tische standen eine Frau und zwei kleine Kinder die bitterlich weinten. Auf meine Frage erzählte die Frau: ihr sei vor acht Tagen der Mann gestorben und nun stehe sie mit drei unversorgten Kindern verlassen da; sie müßte sich mit schwerem Herzen von ihren kleinen Kindern trennen, um bei dem Bauern, welchem die Hütte gehörte, für 75 Pfennige pro Tag an Stelle ihres verstorbenen Mannes zu arbeiten! — In diesem Hundeloche hatte der Mann monatelang am Nervenfieber gelegen, ohne jede ärztliche Hilfe! Die flehentlichsten Bitten der Frau bei ihrem Brodherrn sowie bei den Bauern im Dorfe, ihr einen Arzt herbeizuschaffen, waren ohne Erfolg geblieben; zuletzt, als der unglückliche Mann in Raserei verfiel, sah man sich von Seite der Gemeinde genöthigt, ihn auf einen mit einem Bund Stroh versehenen Leiterwagen zu legen, um ihn in ein Stettiner Krankenhaus zu bringen; jedoch nur einige Schritte hatten die wohlgenährten Bauernpferde den Wagen gezogen, als man wieder umkehrte, denn der Kranke hatte seinen Geist aufgegeben. — Der eine Fall genügt, um die schaudervolle Lage der Landarbeiter in Pommern zu illustriren.

Lauenburg a. E. Sonntag den 11. d. M. fand hier im Hotel „Zum Bahnhof" eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Communewahl". Als Referent war Genosse Hurlemann aus Hamburg anwesend. Derselbe theilte zunächst mit, daß im Laufe dieses Monats die Wahl zweier Stadtverordneten in Lauenburg stattfinden würde, und um Klarheit über derartige Wahlen zu schaffen, sei die heutige Volksversammlung von den Sozialisten Lauenburgs anberaumt. Redner hob dann hervor, daß die Sozialdemokratie das allgemeine Wahlrecht nicht nur zum Reichstage, sondern zu allen Wahlen fordere. Redner wies sehr überzeugend nach, daß durch das Dreiklassen- und Censuswahlsystem dem eigentlichen Kerne des Volkes die politische Macht genommen würde. Man hat im vorigen Jahre von Seiten der Sozialdemokraten zwei Candidaten aufgestellt, um selbstständig vorzugehen, aber man habe eine zu niedrige Stimmenzahl erzielt, woran die Lauheit derjenigen Wähler Schuld war, welche durch ihre soziale Stellung wohl verpflichtet waren, zur Wahlurne zu gehen und für die von den Sozialdemokraten aufgestellten Candidaten zu stimmen. Die hiesigen Stadtverordnetenwahlen seien zwar auch Censuswahlen, weil das Wahlrecht von dem Besitze eines Grundeigenthums, welches mindestens 600 Thlr. Werth haben müsse, oder von einer jährlich zu zahlende Klassensteuer von 4 Thlr. abhängig ist, immerhin sind aber in Lauenburg so viele kleine Grundbesitzer und Steuerzahler vorhanden, daß sie, wenn sie es ernstlich meinten, doch wohl einen Candidaten durchbringen könnten. Redner forderte hierauf auf, die Lauheit gegenüber den Wahlen aufzugeben und kräftig für die von den Sozialdemokraten aufgestellten Kandidaten zu wirken. Durch unermüdliches Wirken würde es endlich doch gelingen, den Sieg zum Wohle der unterdrückten Menschheit zu erringen. Der Vorsitzende Herr Peters theilte dann mit, daß nächsten Freitag nochmals eine Versammlung stattfinden werde, in welcher die Candidaten proklamirt würden. Hierauf nahm Hurlemann nochmals das Wort, um die in der Versammlung anwesenden Bauarbeiter auf die Petition betreffs Stellung der Bauarbeiter unter den Schutz des Haftpflichtgesetzes aufmerksam zu machen. Redner setzte den Anwesenden ebenfalls in klarer verständlicher Weise bei diesem Punkte auseinander, wie durch die im größten Maße eingeführte planlose Produktionsweise, lediglich beruhend auf Spekulations- und Bereicherungswuth, auch im Baufache die Fahrlässigkeit im weitesten Sinne gefördert worden sei, infolge dessen die große Zahl von Unglücksfällen im Baufache vorgekommen seien und fortwährend noch vorkämen. Die Bauarbeiter seien aber nicht verpflichtet, die Folgen der Fahrlässigkeit der Unternehmerschaft neben der Ausbeutung auch noch mit zu übernehmen. Die Bauarbeiter hätten vielmehr die Pflicht, für ihre

---

und Zeitungen vorgestellt wurden, daß ich, sage ich, jenen plumpen Schwindel, welchen man sich mit der Harmlosigkeit und Gedankenlosigkeit des zeitungslesenden Publikums (ein ordentliches Buch wird selten gelesen) so lange erlaubt hat und noch erlaubt, nicht schon längst durchschaut und erkannt habe. Es geht da gerade wie mit dem Ei des Columbus — man ist ordentlich verwundert und ärgerlich, die hohlen Deklamationen und Phrasendrechereien, den faden Brei, wie ihn Lassalle nennt, dieser politischen und wissenschaftlichen Charlatane in ihrem Wesen nicht schon längst erkannt, ja vielmehr für Früchte gereifter Wissenschaft nicht allein angenommen, sondern sogar ingrimmig vertheidigt zu haben.

„Dieses Gefühl der Beschämung weicht aber dem Gefühle freudiger Genugthuung darüber, endlich wenigstens eine feste und sichere Grundlage, den Boden der Wahrheit und Wissenschaft, für mein Denken und Thun in politischer und sozialer Hinsicht gefunden zu haben. Denn was giebt dem Manne allein jene ruhige, feste Energie des Handelns, jene ruhige Freudigkeit in allen Lagen des Lebens, jene eiserne Consequenz, die Richtschnur all' seines Denkens und Thuns, was anders, als die durch Denken und Forschen erlangte Ueberzeugung von der Wahrheit und Vernünftigkeit unserer Ziele und Bestrebungen? Ich kenne jetzt den Ausgangspunkt und das Ziel meiner Reise und ich kenne auch den Weg, der zum Ziele führt. Es ist der treue und feste Anschluß an die Prinzipien der Sozialdemokratie.

„Ein Glied des arbeitenden, gedrückten und leidenden Volkes zu sein, wie wäre es möglich, nicht mit diesem und für dieses Volk zu leben und zu wirken? Uns Alle beseelt jene erhebende Zuversicht des endlichen Gelingens, die ein Ausfluß der Ueberzeugung ist, der Fahne einer guten und gerechten Sache zu folgen, zu arbeiten und zu kämpfen, nicht für die Befreiung einer einzigen Klasse, sondern für das fortschreitende Glück der Gesammtheit. Die Wahrheit wird uns frei machen und die Eintracht uns zum Ziele führen.

„In diesem Sinne und mit diesen Gesinnungen, lieber Bruder, reiche ich Dir nunmehr, früher ein Gegner Deiner politischen Richtung, jetzt ein warmer und eifriger Anhänger derselben, die Hand und damit zugleich Allen, die Eines Sinnes mit uns sind! Schon verkünden die Zeichen der Zeit das Dämmern eines schönen Morgens der Menschheit, den Anbruch einer Aera des Friedens, wahrer Freiheit, eines allgemeinen Völkerglückes. Und sollte uns, gleich Moses, nicht gestattet sein, selbst hinüberzutreten in das Land, in dem da „Milch und Honig fließt", so schauen wir dasselbe doch im Geiste vom Gipfel unserer Mühen und Bestrebungen, und legen das Haupt dereinst zur Ruhe, scheidend mit der Gewißheit, daß unsere Kinder und Kindeskinder, daß die kommenden Geschlechter der Menschen, genießend dereinst die Früchte der Bestrebungen der Vorfahren, dieser dankbar gedenken werden, als solcher, die sie aus der Wüste mehrtausendjähriger Sklaverei hinausgeführt haben in das gelobte Land."

Dies die Bekenntnisse eines früheren Liberalen. Und wahrlich, sie wiegen doch wohl den Brief eines confusen Schwärmers auf, der durch dreijährige Nichtsthuerei sein Glück und das Glück der Menschheit herbeiführen zu können vermeint. Die klaren Köpfe kommen zu uns, die confusen Menschen gehen zu Viktorchen und zu den Liberalen. Verwandte Seele finden sich. Wohl bekomm's!

— Auch nicht übel! Wir lesen in der „Hanauer Zeitung": Die „Neue Würzburger Zeitung", das Organ der dortigen Universitätsprofessoren, welches laut den stereotypen Versicherungen seiner gelehrten Mitarbeiter „so gerne den Interessen der Kunst und Wissenschaft seine Spalten zur Verfügung stellt", ist von einem Pseudo-Naturforscher in höchst humoristischer Weise mystificirt worden und der tiefen Gelehrsamkeit seiner Redaktion entsprechend, auch gründlich hineingefallen. Die Nummer 271 vom 1. d. M. enthält nämlich folgende ernsthaft gemeinte Mittheilung: „W* Die beiden neuentdeckten Monde des Mars sind gleichzeitig in London und Paris einer spektralanalytischen Untersuchung unterzogen worden. Außer dem nie fehlenden Kohlenstoff, Sauerstoff und Stickstoff ist vorläufig noch die Anwesenheit von Eisen, Thonerde, Kupfer, Nickelsulfaten, kohlensauren Amiden (?) und Eiweiß (!!) constatirt. Interessant ist auch hier wieder die bei allen Monden häufige, leider noch nicht genügend erklärte Prävalenz des Eisens; der kleinere der beiden Zwergmonde besteht in seinem Kerne (!!!) fast nur aus Eisen." Man bedenke: die spektralanalytische Untersuchung eines Himmelskörpers erstreckt sich nach Ansicht der „N. W. Z." auch auf das Innere (!) desselben, und das gute Blatt ist wirklich so naiv, anzunehmen, daß die Naturforschung es bereits so weit gebracht habe, im Innern der Marsmonde Eisen, Kupfer, Nickelsulfate (könnte man im deutschen Reiche sehr gut brauchen!) und gar auch noch kohlensaure (?) Amide (Harnsäure) und Eiweiß (!) zu entdecken. Was mag denn das für ein sonderbares W gewesen sein, welches der „N. Würzb. Ztg." einen solchen artigen Bären aufgebunden hat?

— Gebildeter Pöbel. Das Sonntagsblatt der „Flensburger Nachrichten" schreibt: In dem Kirchspiele A. liegt ein abgelegenes Dörfchen D., wo sich eines Tages 4 Kumpane aus einem benachbarten Orte K. einfanden, wozu sich Abends noch der gemiethete Lehrer an der Nebenschule gesellte. Es entspann sich bis in die Nacht hinein eine Zechgesellschaft und die 3 lustigen Brüder versprachen dem Lehrer, ihn in der Schule am folgenden Tage besuchen zu wollen. Kaum mit der Schule begonnen, kamen sie wirklich und stellte der Hervorragendste sich als den Schulrath, der Andere als den Pastor und der Dritte als Beider Diener vor. Der Lehrer mußte eine Unterredung über die Kuh halten und wurde von dem Herrn Rath nach einer Weile ausgelümmelt und selbst der Pastor mußte sich neben dem Lehrer in eine Ecke stellen und der Rath hatte das Wort allein. Mit einigen derben Worten schloß er die Prüfung. Dies war den Interessenten doch zu arg. Sie meldeten dies an den Inspektor der Schule. Die Sache kam zur Untersuchung durch das Visitatorium und der Lehrer mußte sich sofort entfernen; der Rath bekam schließlich 5 Tage und der Herr Pastor, der auch eine Unterredung mit den Kindern auf Geheiß gehalten, bekam 3 Tage Arrest. Der Diener war frei. Die Schule war hier die verkehrte Schmiede.

— Der Abgeordnete Lasker hat einmal auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses erklärt, er lese keine andere Zeitung, als die „National-Zeitung". Nur Schmeicheleien über die eigene werthe Person mag das kleine eitle Männchen lesen, Tadel, und wenn er noch so gerecht wäre, kann es nicht vertragen. Und das will ein Volksvertreter sein?

— Die bösen Sozialdemokraten. In einem Bericht der ultramontanen „Reisser Ztg." aus Hirschberg in Schlesien heißt es folgendermaßen: „Anläßlich der Stadtverordnetenwahlen fand neulich hier eine von den Sozialdemokraten mit großer Keckheit einberufene und geleitete Volksversammlung statt, welche zahlreich besucht war." — Eine mit großer Keckheit einberufene und geleitete Versammlung!

— Viktorchen bekommt Schläge. Unser Parteiorgan, der „Volksfreund für Lichtenstein, Callenberg und Umgegend", giebt über die „Sozial-Correspondenz" folgende Aufklärung: „Um über die eigenartige Existenz dieses Blattes unseren Lesern ein Bild zu geben, sei erwähnt, daß auch wir dasselbe ein halbes Jahr lang unentgeltlich und franco zugesandt erhielten, um nur dessen Thesen zum Abdruck zu bringen und das Volk mit dem zu füttern, was von „oben" her für dasselbe systematisch zurecht gemacht wird. Nothstand darf es in solchen Blättern nicht geben, der wird einfach vertuscht, wenn nicht weggeleugnet —; denn das Reich muß glänzen! — Als wir vergangenen Sommer, der Aufforderung jenes Blattes zufolge, einen Bericht über die gedrückten Arbeitslöhne der hier beschäftigten Eisenbahnarbeiter an die Redaktion des gedachten Blattes einsendeten, hat derselbe, ganz wie wir erwarteten, natürlich keine Aufnahme gefunden; denn solche Wahrheiten dem Publikum mitzutheilen, daß ein Arbeiter bei schwerster Arbeit nur 1 M. 60 Pf. pro Tag verdienen kann, das verträgt die „Sozial-Correspondenz" nicht." — Nicht wahr, Viktorchen, die Prügel hattest du redlich verdient?

Angehörigen, sowie für Entlastung ihrer Kranken-, Invaliden- und Sterbekassen zu sorgen. Um dies aber zu können, müßten die Bauarbeiter die Petition in Massen unterschreiben, damit dieselbe, mit Tausend und aber Tausenden von Unterschriften bedeckt, mit Hülfe der sozialistischen Abgeordneten den Herren Gesetzesmachern überreicht und vertheidigt werden kann. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. Wenn es möglich wäre, daß wir hier in Lauenburg nur alle sechs Wochen derartige Volksversammlungen abhalten könnten, dann würde Lauenburg sehr bald mit in vorderster Reihe der Arbeiterbewegung marschiren. h.

Dortmund, 27. November. Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen der 3. Abtheilung hat der heuchlerische Liberalismus den ihm gebührenden Fußtritt erhalten, indem von den liberalen Candidaten auch nicht ein einziger gewählt worden ist. Es waren in der letzten, vom liberalen Wahlcomité im Kühn'schen Saal einberufenen Volksversammlung auch unsere Parteigenossen Bönsch und Bohn als Candidaten der 3. Abtheilung mit aufgestellt worden. Da man sich in dieser Versammlung jedoch nicht definitiv über die Candidaten einigen konnte, so wurde beschlossen, es jedem Wähler zu überlassen, sich die ihm passenden Candidaten auszusuchen. Das liberale Wahlcomité, unter Führung eines gewissen Blankenstein, glaubte uns jedoch über den Löffel barbieren zu können und fälschte zu diesem Zwecke die Candidatenliste, indem es die Namen Bönsch und Bohn einfach strich. Gegen eine solche Infamie protestirten wir noch in einem am Sonntag herausgegebenen Flugblatte, und es wurde unsererseits beschlossen, unsere Stimmen den Liberalen zu entziehen und den vereinigten Ultramontanen und Außenbürgern zuzuwenden, wohingegen Letztere noch im letzten Augenblicke beschlossen, an Stelle des von ihnen aufgestellten Herrn Giehl, der die nöthige Popularität nicht besaß, unseren Parteigenossen Bönsch als Candidaten zu acceptiren. Und das Resultat war folgendes: Es erhielten Stimmen

Handelsgärtner J. G. Hilgering	(Außenbürger)	1706
Brauereibesitzer Eduard Habich	(Außenb.) . .	1577
Kaufmann Moritz Engelhardt	(ultram.) . . .	1542
Schneidermeister Joseph Bönsch	(soz.-dem.) .	1610
Metzgermeister Joseph Kreutzberg	(ultram.) . .	1569
Tischlermeister Friedrich Linsmann	„ . .	1608
Rentner Giesbert Böllhauve	(Außenb.) . . .	1540
Rechtsanwalt Esselen	(liberal) . . .	1423
Buchbindermeister Hageböck	„ . . .	1474
Maurermeister H. Benkelmann	„ . . .	1497
Photograph Weeck	„ . . .	1285
Werkmeister Föllmer	„ . . .	1256
Fabrikmeister Rud. Trümpener	„ . . .	1336
Ingenieur Jucho	„ . . .	1448

„Das ist der Fluch der bösen That!" können die Liberalen jetzt ausrufen, und die Niederlage, die sie gestern erlitten, wird ihnen noch lange in den Knochen liegen. Sie wollten durch Lüge und Fälschung siegen, indem sie Bönsch von der durch die Wähler bestimmten Liste strichen, und nun ist ihnen passirt, was ihnen passiren mußte. Mögen sie sich bei ihrem Wahlcomité dafür bedanken.

Daß übrigens das alte Lied vom Bündniß der Sozialdemokraten und Ultramontanen bei dieser Gelegenheit wieder angestimmt werden würde, war vorauszusehen. Aber mögen die Liberalen immerhin grölen — eine Perfidie, wie die oben gekennzeichnete, verdiente die ertheilte Lektion und wir hätten nur gewünscht, daß auch in der 1. und 2. Abtheilung die liberalen Heuchler eine Niederlage eingeheimst hätten. Ergötzlich bei der Sache aber ist, daß über den Ausfall der Wahl die beiden „feindlichen Brüder" sich in die Haare gerathen sind. Die Fortschrittler, so behaupten die Liberalen, hätten bei der Bürgerschaft theilweise wenig beliebte Candidaten aufgestellt, was Stimmenzersplitterung und vielfach Wahlenthaltung zur Folge gehabt hätte. Und wunderbar, auch der Sozialistentödter und Busenfreund des Fortschrittlers Max Hirsch, Kutschbach von der „Dortmunder Zeitung", sekundirt in dieser Beziehung den Nationalliberalen, worüber ihm in der Berliner „Volkszeitung" ein ziemlich ernster Verweis ertheilt ward. Doch dem sei wie ihm wolle, unsere Gegner mögen sich merken, daß wir, wie im Privat- so auch im öffentlichen Leben, die Wege der Offenheit und Ehrlichkeit wandeln; verlassen unsere Gegner diesen Weg und verlegen sie sich auf Schurkereien, dann klopfen wir ihnen auf die Finger, wann und wo wir können.

Düsseldorf. Am 18. d. M. sprach Parteigenosse H. Lange aus Barmen hier in einer gutbesuchten Volksversammlung über „Die Kampfesweise unserer Gegner". Redner leitete seinen Vortrag mit der Bemerkung ein, daß trotz der orientalischen Frage und der französischen Wirren die soziale Frage allgemein als die brennendste anerkannt würde, und wäre die Wuth, mit der der Sozialismus in allen Blättern anderer Parteifarbe angegriffen wird, der beste Beweis dafür. Der Liberalismus habe dem Volke vor 1870—71 die glänzendsten Versprechungen gemacht, als: freies Vereins- und Versammlungsrecht, Preßfreiheit, Verminderung der drückenden Militärlast und der Steuern, Verbesserung der Schulen u. s. w., aber von alledem nichts gehalten. Im Gegentheil habe man das Militärbudget auf sieben Jahre bewilligt, die Lehrer hungerten nach wie vor, das Vereins- und Versammlungsrecht existire kaum dem Namen nach, und die Preßprozesse mehrten sich ins Unendliche. Die Liberalen hätten sich als echte Reaktionäre entpuppt und seien dieselben mit allen anderen Parteien in der Bekämpfung der Sozialdemokratie einig. Die Kampfesweise der Liberalen lasse sich eigentlich in eine offene und heimliche unterscheiden. Die letztere bestehe hauptsächlich in geradezu schamloser Beeinflussung bei den Wahlen, sowie in den Maßregelungen sozialistischer Arbeiter. Die offene Bekämpfung der Sozialdemokratie werde hauptsächlich von der Presse besorgt. Zwar hätten es auch einige Male liberale Gegner versucht, in offenen Volksversammlungen der Sozialdemokratie entgegenzutreten, jedoch habe dies stets mit einem entschiedenen Fiasko derselben geendet, wie dies die bekannten Redetourniere zwischen Bebel und Sparig, Ludwig Löwe und Hasenclever u. A. m. bewiesen. Ihm (Redner) selbst sei es vorgekommen, daß der höchst conservative Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Post", der sich stets als eifriger Gegner des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, als Verfechter des Contraktbruchgesetzes ꝛc. bewiesen habe, in einer Volksversammlung, als er aufgefordert wurde, den Ausführungen des Herrn Lange entgegenzutreten, sich zum Staunen aller Anwesenden ganz entgegengesetzt aussprach, und als ihm hierauf von Herrn Lange einige Artikel seines eigenen Blattes vorgelesen worden seien, sich mit einigen Phrasen von Wortabschneiden ꝛc. schleunigst gedrückt habe. In eine sachliche Polemik lasse man sich in der Presse wie in Volksversammlungen nur selten ein, sondern ziehe es vor, den Vernichtungskrieg gegen die Sozialdemokratie mit Schimpfwörtern und Verleumdungen zu führen.

Was die Ultramontanen anbelangt, so bedienten sich dieselben so ziemlich derselben Mittel wie die Liberalen, jedoch sei ihre Kampfesweise ungleich gefährlicher, da sie sich ein arbeiterfreundliches Ansehen zu geben wüßten; sie versprächen dem Volke durch einige Palliativmittel Hilfe und Verbesserung seiner Lage, während sie in der That nur ihre Macht und ihren Einfluß zu erhalten und zu vergrößern strebten. Was die sogenannten christlich-sozialen Bestrebungen betreffe, so seien diese blos ein Mittel, die Arbeiter dem Sozialismus zu entziehen und diesen Einfluß dem Klerus zu erhalten. Zum Schlusse übergehend, betont Redner, daß gegenüber der Sozialdemokratie alle anderen Parteien einig seien und eine reaktionäre Masse bildeten. Die Verfolgungen gegen die große Idee des Sozialismus würden voraussichtlich noch heftiger werden, aber gerade diesen Verfolgungen danke sie ihr rapides Wachsthum, und wie keine Verfolgung und Verhöhnung die weltbewegenden Ideen des Christenthums, der Reformation, der Erfindung der Dampfkraft an ihrer Verbreitung zu hindern vermocht habe, so werde auch eine Zeit kommen, wenn auch nicht heute oder morgen, so doch sicher noch in diesem Jahrhundert, wo man sich verwundert fragen würde, wie noch in den 60er und 70er Jahren vernünftige Menschen sich als Anhänger des Ultramontanismus oder Liberalismus bekennen konnten.

Herr Lange schloß unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung seinen Vortrag mit den Worten des Dichters:

Verhöhnt uns nur, verfolgt uns nur,
Das muß ja bald verwehen,
Wir kamen nicht zu ernten her,
Wir kamen um zu säen. —t

Essen. Es hat sich hier am 25. November ein „Verband deutscher Bergleute" gebildet, dessen Zweck es sein soll, die Interessen der Bergleute nach allen Seiten hin zu vertreten und unter Ausschluß der Sonntagsarbeit die Erhöhung der Löhne bei achtstündiger Schicht, incl. Ein- und Ausfahrtszeit, anzustreben. Mit der Erörterung politischer, religiöser und öffentlicher Angelegenheiten wird sich der Verband nicht befassen. Es soll eine Verbandskasse gebildet werden, die von einem Kassenausschuß geleitet, bei etwa eintretenden Strikes Darlehne geben wird. Der Beitrag würde ungefähr 50 Pf. pro Monat und Mitglied betragen. Der Verband wird für die Arbeitersache hoffentlich die besten Früchte zeitigen; schon das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und seine erste Bethätigung sind sehr viel werth.

Breslau, den 29. November. Herr von Forckenbeck bezieht, so schreibt unser Breslauer Parteiorgan die „Wahrheit", laut Stadthaushalts-Etat in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister von Breslau ein jährliches Einkommen von 19,500 Mk. Da nun Hr. v. Forckenbeck Mitglied des deutschen Reichstages und preußischen Herrenhauses ist, werden seine Dienste jährlich etwa sieben Monate lang den Verwaltungsgeschäften entzogen, für welche Zeit er sein Gehalt gleichwohl weiter bezieht. Wir meinen nun, daß Jeder nur für wirklich geleistete Dienste Bezahlung zu beanspruchen hat, und daß speziell in obigem Falle die Commune nicht verpflichtet ist, den Reichstagsabgeordneten und das Mitglied des Herrenhauses zu besolden. Selbst wenn wir von der Parteistellung des Betreffenden absehen, liegt doch wohl dem Reiche die Verpflichtung ob, seine Abgeordneten für ihre Dienste zu entschädigen, nicht aber dem engeren Gemeindeverbande, dem diese Dienste nicht geleistet werden. Wenn Herr von Forckenbeck im Interesse seiner Partei wirkt, so mag auch die Partei die Kosten tragen; es ist aber unbillig, zu verlangen, daß die Mitglieder einer Commune, die den verschiedensten Parteien angehören, zur gemeinschaftlichen Vergütung von Dienstleistungen herangezogen werden, von denen sie keinen direkten Vortheil ziehen. Wir glauben, daß das Gemeindebudget ohnehin stark genug belastet ist, als daß ihm noch solche ungerechtfertigte Ausgaben aufgebürdet werden dürften. — Wir finden dies vollständig ungerechtfertigt, denn wer entschädigt die übrigen Abgeordneten, die keine Beamtenbesoldungen beziehen, für ihren Zeitverlust?

Mannheim, 20. Nov. Von verschiedenen Orten Deutschlands liegen Berichte vor über den erfreulichen Aufschwung in der Arbeiterbewegung; es dürfte deshalb von Interesse für die Leser des „Vorwärts" sein, auch von hier wieder etwas zu hören. Die Bewegung hier, kann man wohl mit Recht sagen, geht gegenwärtig in hohen Wogen. Die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften nimmt zusehends zu, nur die Zahl der zahlenden Parteimitglieder könnte bei der hiesigen Vereins- und Versammlungsfreiheit eine größere sein. In allen Kreisen wird das gegenwärtige Vorgehen und die Haltung der Partei besprochen, theils befürwortend, theils auch verurtheilend. Die Veranlassung, „die den Stein derartig gegenwärtig ins Rollen brachte", sind vier bedeutende, für Mannheim maßgebende Vorgänge. Das meiste hat wohl das ins Leben getretene „Pfälzisch-Badische Volksblatt" und dessen Haltung veranlaßt. Das Blatt war ein Bedürfniß und dessen Existenz scheint gesichert zu sein, was daraus ersichtlich ist, daß zu Nr. 6 eine Beilage erschien. Weiter das schmähliche Vorgehen der „Führer" der hiesigen sogenannten Demokraten bei den verflossenen Wahlen zum badischen Landtag, indem sie den Candidaten der Nationalliberalen auch zu dem ihrigen erklärten; dadurch wenden Viele, die noch Sinn für die gerechte Sache haben, dieser Sorte Demokratie den Rücken. Ferner der Vortrag des Predigers der freireligiösen Gemeinde Herrn Karl Scholl, der auch im Druck erschienen und eifrig von uns verbreitet wird. Der Vortrag ist, wenn auch an zwei Stellen nicht ganz mit unseren Zielen und unserer gegenwärtigen Agitationsweise übereinstimmend, von einem unparteiischen Standpunkt aus gehalten und ist für unsere Gegner sehr belehrend, wenn sie überhaupt gewillt sein sollten, unsere Bestrebungen kennen zu lernen. Der vierte und nicht minder in's Gewicht fallende Vorgang ist das öffentliche Auftreten des — uns schon seit lange als Anhänger bekannten — Kaufmanns M. Oppenheimer. Derselbe sprach bis jetzt hier in fünf größeren Volksversammlungen, zweimal in den Vorstädten und dreimal in der Stadt selbst. Die ersteren Versammlungen waren angemessen, die letzteren sehr stark besucht. Die letzte Versammlung am 11. d. M. war, wie ein hiesiges Blatt berichtet, „von über tausend Personen" besucht; immerhin ist dieses für Mannheim, das blos achttausend Reichstagswähler hat, eine schöne Zahl zu nennen. Und trotzdem schreibt ein hiesiger Correspondent der offiziösen „Badischen Landeszeitung", die Versammlungen der Sozialdemokraten würden immer weniger besucht, sie seien deshalb gezwungen, ihre Thätigkeit nach den Vorstädten zu verlegen.

Erwähnenswerth ist noch, daß wir uns nicht, wie die Genossen an vielen anderen Orten, über „Lokalsperre" zu beklagen haben; unsere letzten drei Versammlungen fanden in einem der besten und größten Lokale hier, im „Badner-Hof", statt, woselbst auch unsere Gegner ihre Versammlungen abhalten. Wenn die Parteigenossen so fortarbeiten und für Verbreitung der Parteipresse und unserer Grundsätze sorgen, und wenn es Oppenheimer möglich ist, in der Oeffentlichkeit weiter wirken zu können, dann werden wir bei der nächsten Reichstagswahl jedenfalls ein bedeutend besseres Resultat erzielen, wie bei der letzten Wahl. Nur auf dem Lande will es noch nicht recht vorwärts gehen; hoffentlich wird auch da bald das Vorurtheil gebrochen werden.

.....r.

Dresden. Wie bereits in verschiedenen größeren Städten, so finden auch hier seit längerer Zeit gemeinschaftliche Zusammenkünfte von Lokalbeamten der Gewerkschaften statt, um gemeinsam über die Schritte zu berathen, welche zur Hebung der Gewerkschaften einzuschlagen sind. So ist auch die von A. Kapell angeregte Gewerkschaftsconferenz und mit ihr die Organisation in mehreren Sitzungen berathen, und haben sich die dabei betheiligten Vorstandsmitglieder im Allgemeinen für die Verschmelzung der kleinen Gewerkschaftsblätter in ein Centralorgan, wie auch für die Beschickung der Conferenz ausgesprochen. Soll aber diese Conferenz von Nutzen sein und bei derselben nicht vielleicht Beschlüsse gefaßt werden, die der Allgemeinheit zum Nachtheil gereichen könnten, so ist es unbedingt nothwendig, daß die Delegirten mit genügender Kenntniß des Gewerkschaftslebens ausgerüstet sind. Es genügt nicht, daß die einzelnen Delegirten nur mit ihrer Gewerkschaft betraut sind, sondern sie müssen auch wissen, wie es mit den anderen Gewerkschaften bestellt ist. Um das zu ermöglichen, wurde in der am 16. November abgehaltenen Sitzung beschlossen, die Redaktionen der verschiedenen Gewerkschaftsblätter zu ersuchen, gegenseitig die einzelnen Nummern ihrer Organe auszutauschen; ebenso mögen auch an die einzelnen Mitgliedschaften einige Exemplare mehr geschickt werden, damit auch diese in gemeinschaftlichen Tauschwechsel treten können. Auf diese Weise wird jedem Gewerkschaftsmitgliede die Gelegenheit geboten, sich über den Stand der anderen Gewerkschaften Kenntniß zu verschaffen, und wäre dies nicht nur für den in Anregung gebrachten Fall zweckmäßig, sondern würde auch in mancher andern Hinsicht von Nutzen sein.

A. Behrens. Päßke.

Verband sächs. Berg- und Hüttenarbeiter!

Genossen! Im Laufe dieses Monats kommen die Statuten zur Vertheilung und sind selbige von heute ab nebst Instruktion, Geschäftsordnung ꝛc. an die Obleute versandt worden. Bevor die Statuten abgegeben werden, hat jeder Obmann sich mit der ihm beigegebenen Instruktion wohl vertraut zu machen und „streng nach Anweisung" zu handeln. Vom 1. Januar 1878 ab treten statt der Mitgliedskarten Steuer-Quittungsbücher nebst neuen Marken in Kraft, und werden dieselben Anfangs Januar an die Obleute abgegeben. Bevor die Steuer-Quittungsbücher an die Mitglieder abgegeben werden, sind sämmtliche Steuerlisten ohne Ausnahme (mit Abschluß Dezember) bis längstens den 15. Januar an den Vorsitzenden einzusenden. Laut Conferenzbeschluß vom 11. November und laut Beschluß des Vorstandes erhalten nur solche Mitglieder Statuten, welche nicht über 4 Wochen Steuern restiren. Die bis jetzt monatlich erschienene „Circular-Correspondenz" bleibt fortbestehen; jedoch werden die Obleute angewiesen, auf das Verbandsorgan, den „Vorwärts", (Beschluß der Generalversammlung vom 28. Januar 1877), soweit es noch nicht geschehen, zu abonniren, wofür 1 Mark Entschädigung gewährt wird. Laut § 23 der Statuten resp. der Generalversammlung erfolgen alle Erlasse und Bekanntmachungen im „Vorwärts".

Zwickau (Vorort), im Dezember 1877.

Der Vorstand: Ebert, Vorsitzender.

Quittung. Rw Altona 29,00. Frnkf Pest Ab. 80,61. Heß Sonneberg Ab. 16,50. Kpprt Komeise Ab. 8,50. Drsld Lambrecht Schr. 7,40. Nwk Dux Ab. 1,02. Ullrich hier Ab. 30,00. F. Enz S. Francisco Ab. 82,23. Bhrsch Neukirchen Schr. 8,55.

London. Communistischer Arbeiterbildungs-Verein.
Dienstag, den 1. Januar:

Großes Weihnachtsfest

bestehend in Concert, Verloosung und Ball in Prinzess's Concert Rooms, 55 Castle Street, Oxfort Street W.

Anfang 8 Uhr Abends.

Diejenigen Freunde und Genossen, die gesonnen sind, den Verein mit irgend einem Geschenk zu erfreuen, werden ersucht bis längstens 27. Dezember dasselbe an eines der Comitémitglieder zu verabfolgen.
3,10] Im Auftrage des Comités: F. J. Ehrhart.

Ottensen. Dienstag, den 25. Dezember, als am ersten Weihnachtsfeiertag, in Burmeister's Salon:

Großes Vocal- und Instrumental-Concert

sowie declamatorischen Vorträgen u. s. w. unter Mitwirkung mehrerer Liedertafeln.

Saalöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Karte für einen Herrn nebst Dame im Voraus 40 Pfg., an der Kasse 50 Pfg. Damenkarten 20 Pfg. Karten sind an den bekannten Stellen und bei den Comitémitgliedern zu haben. [3,30
Für das Comité: F. Heerhold.

Ottensen. Arbeiter-Verein.
Donnerstag, den 6. Dezember, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters Salon, 1. Treppe:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag über „Was nun?" 2. Fragekasten und Verschiedenes. Referent Herr Stöhr.
80] F. Heerhold.

Für Fabriken, Werkstätten ꝛc.

Weil die Saison schon weit vorgerückt, empfehle zu ermäßigten Preisen bei frankirter Zusendung:

Herren- und Frauen-Tricot-Unterhosen

in leichter	Qualität	6	Pfd. (Gew. per Dtz.)	1 Paar Mk.	0,80
„ mittelschwerer	„	8	„ „	„ „	1,00
„ schwerer	„	10	„ „	„ „	1,20
„ ganz schwerer	„	12	„ „	„ „	1,40

bei Abnahme von mindestens ½ Dutzend. Unter Garantie für angegebenes Gewicht in guter, dauerhaft genähter Waare, sowie in voller Größe und zwar für mittelgroße Herren 100 Centimeter lang und für ganz große Herren 106 Centimeter lang.

Balthasar Rösle jr., Strumpfwaarenfabrikant,
in Glengen an der Brenz (Württemberg). [4,50

Rundschau

No. 6

ist erschienen und an diejenigen Filial-Expeditionen zur Versendung gelangt, welche über Nr. 5 abgerechnet haben.

Von Nr. 5 ist noch eine Partie vorräthig.

Da Kalender wieder vorhanden, so werden die bisherigen Bestellungen nunmehr sofort effektuirt und neue Bestellungen erbeten.

Die Expedition des „Vorwärts".

Sozialistisches Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Secretäre J. Auer oder C. Derossi, Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.

Geldsendungen sind zu richten an August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pro. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., pro. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 830 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str Golden Square.

Nr. 143. Freitag, 7. Dezember. 1877.

Bezeichnende Wendung.

Wir registriren gern an hervorragender Stelle die Aussprüche aus nicht sozialistischem Munde, welche das Recht unserer Bestrebungen anerkennen.

So auch heute. Aus dem fernen Osten, aus Bromberg, liegt uns die „Bromberger Zeitung" vor und auch das „Bromberger Tageblatt", welches aus ersterer einen Artikel nachgedruckt hat mit der Ueberschrift: „Die Humanisirung des Kapitals."

Wir wollen unseren Lesern hier einen Auszug aus jenem Artikel geben:

„Zwei Künste sind es vorzugsweise, in denen die Völker im letzten Jahrzehnt wesentliche Fortschritte gemacht: Die Kriegskunst und die Ausbeutungskunst. Die neuen Erfindungen in der Technik haben die Fähigkeit, an einem einzigen Tage große Menschenmassen abschlachten zu lassen, ebenso erhöht, als die wirthschaftliche Freiheit, die Wucherfreiheit, Aktienfreiheit, absolute Gewerbefreiheit u. s. w. der Verarmung der Massen durch die Ansammlung der Kapitalien in den Händen weniger Menschen Vorschub geleistet haben. Daß bei dieser Richtung der Zeit die Humanität nicht gewonnen, ist selbstverständlich. Den furchtbaren Metzeleien im Kriege gegenüber fallen die modernen Bestrebungen der Genfer Convention und ähnliche Vereinbarungen, den Krieg zu humanisiren, ebenso wenig ins Gewicht, als milde Stiftungen und andere der Privatwohlthätigkeit Einzelner entsprungene Institutionen die Verarmung der Masse nicht aufzuhalten vermögen. Daß man es dabei noch wagen darf, einem systematisch geplanten Raubzuge die Maske der Humanität umzuhängen, überhaupt von einer humanen Kriegführung zu sprechen, ist ebenso beklagenswerth, als es uns verwerflich erscheinen will, von einer „Humanisirung des Kapitals" zu sprechen. Ein Berliner Blatt, das in der Verfälschung der öffentlichen Meinung wahrhaft Großartiges leistet und das den Mantel der Freisinnigkeit sich umzuhängen erdreistet, während es für das Mosowiterthum und dessen Ausbeutung in Europa thatsächlich Propaganda macht, im Kulturkampfe die maßlosesten Hetzereien verwaltet und jeden Versuch, in der Presse die Lage der Dinge so zu zeichnen, wie sie in Wirklichkeit liegt, mit Hohn und Spott überschüttet, scheint den Gedanken einer Humanisirung des Kapitals besonders kultiviren zu wollen.

„Welcher Hohn liegt allein schon in diesem Gedanken verborgen, der von der Gefahr der Centralisirung des Kapitals abziehen und die hilfsbedürftigen und nothleidenden Volksschichten auf die Privatwohlthätigkeit Derer verweisen soll, welchen ihre Mittel und ihr Gewissen erlauben, von ihren Eigenthumsrechten den erbarmungslosesten Gebrauch zu machen und ihre Nebenmenschen aufs rücksichtsloseste auszubeuten, auf deren Nothlage in raffinirtester Weise zu spekuliren und ihre Existenz zu untergraben und zu vernichten?

„Die Erfahrung hat sattsam bewiesen, daß die großen Banken, die Versicherungsgesellschaften u. s. w. nicht dazu dienen, der zeitweisen Noth und Verlegenheit der weniger Begüterten abzuhelfen, vielmehr die Gefahr der Centralisirung des Kapitals in den Händen der Reichen steigern und daß andererseits mit ganz verschwindenden Ausnahmen die großen Grundbesitzer, Kaufleute und sonstigen Inhaber der Kapitalien, mögen sie auch noch so reich dotirt sein, doch nicht mit dem Verständnisse für die Bedürfnisse der großen Masse der Bevölkerung dotirt sind, deren Bildung und Wohlstand zu heben doch unleugbar die vornehmste Aufgabe des Staates und der Gesellschaft bildet. Die ganze Weisheit dieser Leute gipfelt in dem geflügelten Worte jenes glücklicherweise abgedankten Staatsmannes: Es kann Niemand verhindert werden, sein Geld los zu werden. Von dem Scharfsinn solcher Leute eine energische Mitwirkung zu einer gedeihlichen Lösung der sozialen Fragen der Gegenwart zu erhoffen, ist zu absurd, als daß es sich lohnte, weiter darüber zu reden."

Dies der Artikel aus der „Bromberger Zeitung".

Ist er nicht bezeichnend? Wenn schon von antisozialistischen Zeitungen im fernen Osten Deutschlands, dort wo sich das polnische Element mit dem deutschen mengt, wenn von dort aus solche Stimmen erschallen, die der sozialistischen Bewegung, ohne es ausdrücklich zu sagen, ihre Anerkennung zollen und wenn sie schon ihren Eindruck in weiteren Kreisen nicht verfehlen, wie wird dann erst unsere Bewegung gedeihen, wenn solche unparteiische Stimmen sich mehren und aus den Hauptstädten und den Centren der Industriebezirke ertönen?

Und die Zeit ist nicht mehr ferne. Das Bedürfniß nach Umänderung der heutigen Zustände bricht sich weithin Bahn; man will dasselbe zwar noch nicht laut bekennen, doch zuweilen erklingt eine schüchterne, aber ernsthafte Klage, wie die obige. Doch bald wird die Klage zur allgemeinen Forderung — und der Sozialismus hat dann gesiegt.

Ein Vorschlag zur Agitation.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Von einer längeren Reise zurückgekehrt, habe ich auch bei dieser auf's Neue die Bemerkung gemacht, wie wenig noch immer, trotz der ausgedehnten sozialdemokratischen Agitation und der Wirksamkeit der Gegner, die Sozialdemokratie und ihr Wesen bei der großen Masse des Volkes, besonders bei dem ländlichen und kleinstädtischen Arbeiterstande bekannt ist.

Ich fahre, seit ich Sozialdemokrat geworden bin (wenn es irgend geht) grundsätzlich nur IV. Klasse, und muß ich bekennen, daß mir erst seit dieser Zeit das Reisen an und für sich Vergnügen bereitet, denn im Coupé IV. Klasse kommt man am meisten mit dem Arbeiter-, Kleinbürger- und Kleinbauernstand in Berührung und benutze ich diese Gelegenheit stets, um die sozialdemokratischen Grundsätze auszubreiten.

Ich habe es bereits trotz des beständigen „Rutterns" des Eisenbahnwagens so weit gebracht, daß ich (unterstützt durch einen guten Brustkasten) zu 8—10 Mitreisenden zugleich sprechen kann ohne Versammlung anmelden, obrigkeitliche Erlaubniß einholen, ein Lokal beschaffen oder polizeiliche Ueberwachung und Denunciation befürchten zu müssen. Welche Freude ist es dabei, einen oder einige Gesinnungsgenossen zu treffen.

Ich muß hier zugleich die Bemerkung hinzufügen, daß ich im Coupé IV. Klasse unter zehn Mitfahrenden auf höchstens einen ausgesprochenen Sozialdemokraten und einen bewußten oder unbewußten Gegner rechnen kann, die andern sind meist noch unklar, aber unseren Grundsätzen mehr oder weniger zugeneigt.

Besonders spricht sich bei dem nord- und mitteldeutschen Bauer und Kleinbürger ein Haß gegen alles Pfaffenthum aus. Ebenso gegen die Edelleute und Großgrundbesitzer. Wo solche existiren haben sie sich meist durch ihr Ausbeutungssystem den bewußten oder instinctiven Haß des kleinen Mannes zugezogen.

Daß derselbe aus angeborenem Abhängigkeitsgefühl vor dem hohen (mit aller gesetzlichen und ungesetzlichen Macht bekleideten) „Herrn" sich beugt und, wenn's nicht anders ist und die Frau darauf besteht, sich beim Pfaffen trauen und die Kinder taufen läßt, auch hin und wieder in die Kirche und zum Abendmahle geht, ändert an der Thatsache nichts.

Meist fühlen die Armen ihren Druck, ohne sich klar machen zu können, wie der Noth abzuhelfen ist. Ebenso verhaßt im Volke ist — trotz aller nationalliberaler Gesinnungsmacherei — der Militarismus.

Setze ich nun den Bauern auseinander, wie die jetzt herrschenden Parteien uns zu dem Militarismus und den hohen Steuern verholfen, so wurde es mir stets leicht, dieselben der Sozialdemokratie geneigt zu machen.

Natürlich ist solche Unterhaltung allein nicht von nachhaltiger Wirkung und habe ich deshalb Zeitungsnummern unserer Preßorgane u. s. w. vielfach verschenkt, fürchte aber ohne jeden Erfolg; denn es fehlte mir an einer geeigneten kurzen Druckschrift. Ich erlaube mir deshalb um auf den Kern dieser Zeilen zu kommen, der Parteileitung bez. dem nächsten Congreß folgende Bitte vorzutragen:

Die Partei lasse ein Flugblatt, nicht größer als ein Viertel von einem Blatt des „Vorwärts" (also Oktav) mit der Ueberschrift „Was wollen die Sozialdemokraten?" drucken.

Dasselbe muß in engem Druck (Petit) und in allgemein, auch dem Ackerknecht verständlicher Sprache ohne irgend ein Fremdwort die Bestrebungen und Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie enthalten, ohne aber allzu trocken geschrieben zu sein. Es muß dabei besonderer Nachdruck auf die kleinstädtischen und ländlichen Verhältnisse die Gefahren des heutigen kapitalistischen Großbetriebes des Ackerbaues für den kleinen Mann gelegt werden.

Wird dies Flugblatt in hunderttausenden von Exemplaren stereotypirt und auf ordinärem Papier gedruckt, so calculire ich, daß 1000 auf etwa 1 Mark, eine Million auf etwa 1000 Mark kämen, welche durch freiwillige Beiträge bald zu beschaffen.

Unter den Stereotypplatten müßte Raum für einige Zeilen beweglicher Lettern sein, welcher Raum dazu verwendet werden könnte, zugleich bei dem Druck je nach den einzelnen Ländern resp. Provinzen und Wahlkreisen, für welche das Quantum Aufrufe bestimmt, nach Wunsch der Besteller mit betreffendem Hinweis auf die dortigen sozialdemokratischen Lokalblätter oder bei Benutzung zu Wahlzwecken mit der Proklamirung des betreffenden Candidaten ausgefüllt zu werden, so daß dies Flugblatt auch zu Zwecken wie: Abonnementseinladung für ein Lokalblatt, Aufruf für einen sozialdemokratischen Reichstags-, Landtags- u. s. w. Kandidaten benutzt werden kann.

Jede Filiale unserer Partei giebt nun solche Flugblätter an zuverlässige Parteigenossen, welche eine Reise unternehmen in 50—100 Exemplaren ab, welche der Genosse am besten während der Fahrt im Coupé, in den Wartesälen 2c. verschenkt. Dies giebt dann Gelegenheit zu mündlicher Besprechung und wird dann dies sozialdemokratische „Gift" schon wirken.

Diese Art Propaganda ist nicht neu. Die Mucker versorgen einen auf Rheindampfern, in Wartesälen, Hafenplätzen u. s. w. vielfach mit ihren Traktätchen und ich habe meist gesehen, daß diese auch, wenn die Reisenden nichts besseres zu thun wußten, gelesen wurden.

Später kann ja ein Flugblatt folgen, welches ebenfalls die genaueren Forderungen der Sozialdemokratie in andere Worte kleidet, und auf dieselbe Weise verbreitet wird. Beide Flugblätter müssen aber auf jeden Fall Hinweise auf die Parteipresse, wo solche zu haben, und die wichtigsten Brochüren enthalten. Ich bin überzeugt, daß dies, bei der überall herrschenden Lokalsperre auf dem Lande, der Zurückgezogenheit des Kleinbauern, wenn er in seinen vier Pfählen ist, bei der Furcht vor Landrath und Gensdarmen das beste Mittel ist, um die breite Masse des Landvolkes heranzuziehen.

Daß dies jedoch das nächste und nöthigste Ziel der Agitation sein muß, darüber dürften wohl nach keiner Seite hin, irgend welche Zweifel bestehen. A. H.

Idealismus — was ist's damit?

Von A. Douai.

II.

Unsere Erkenntniß ist nothwendig und unabänderlich beschränkt, weil unsere Erkenntnißwerkzeuge beschränkt, die Gegenstände der Erkenntniß aber unbeschränkt sind. Allein während die ersteren sich fort und fort verbessern, bleiben die letzteren ewig gleich unbeschränkt. Unsere Erkenntniß erweitert und vertieft sich also, ohne jemals zu einem Abschluß zu kommen. Das hindert nicht, daß wir Vieles als ganz gewiß erkennen, was wir einmal erkennen, und daß wir alles für unsere Bedürfnisse Nothwendige ganz und gewiß erkennen. Wenn alle diese Sätze erwiesen sind, so folgt, daß Niemand im Stande ist, uns neue Wege zur Wahrheit zu weisen, ohne daß er uns gleichzeitig ein Mittel giebt, unsre Erkenntnißwerkzeuge zu vermehren oder zu schärfen, und daß die letzteren immer so vollkommen sind, als sie nach dem Bestande unsrer Mittel sein können. Alles für uns noch Unerweisliche aber gehört nicht zu unsern Bedürfnissen.

Es gilt also, obige Sätze zu erweisen. Unsere Erkenntnißwerkzeuge sind die Sinne und deren Schärfungsmittel und der Verstand. Jeder einzelne unsrer Sinne wird vollkommener bei gewissen Thieren angetroffen. Es kommt dies daher, daß sich ein Sinn blos entwickelt, wenn er für ein Lebewesen ein Bedürfniß ist, also fleißig geübt wird, und daß die jedesmal entwickelte Sinnesschärfe durch Zeugung vererbt und durch Erziehung gestärkt zu werden pflegt. Da aber unsere Sinneseindrücke sich gegenseitig berichtigen können, wozu unser aufrechter Gang, unsere Handgeschicklichkeit, unsere unbehaarte Haut und unsere Sprache bedeutend beitragen; und da wir durch künstliche Werkzeuge und viele Uebung die Sinne ungemein viel leistungsfähiger machen können; endlich da wir mittels der Sprache unsere Sinneseindrücke austauschen und vergewissern, weil wir bei Anderen sie gleichartig wiederfinden: so gewährt unsere Sinneserfahrung Jedem und unmittelbar die Gewißheit aller genau untersuchten Thatsachen. Allerdings sind es immer nur wenige Thatsachen, welche von allen Menschen genau genug erfahren und zugestanden sind, und die allermeisten Menschen sind durch schlechte Erziehung groben Sinnestäuschungen ausgesetzt. Allein da es bei allen wissenschaftlichen Fragen auf das übereinstimmende Zeugniß blos aller genaueren Beobachter ankommt, so besitzen alle diese übereinstimmenden Zeugnisse eine unerschütterliche Gewißheit. Zwar mag dieses allgemeine Zeugniß der Wirklichkeit widersprechen, wie dies z. B. bis auf Kopernikus mit dem Zeugniß der Fall war, daß die Sonne sich um die Erde drehe; allein hier bestand der Irrthum darin, daß das Sinnenzeugniß selbst täuscht, und nicht auf seine Uebereinstimmung mit verständiger Erklärung hin geprüft war; es liegt hier kein Fehler des Gesichts vor. Gerade solche allgemeine Sinnestäuschungen aber sind sicher, von der Wissenschaft berichtigt zu werden, weil sie der verständigen Erklärung Räthsel darbieten.

Es ist eine ganz allgemein zugestandene Erfahrung, daß alle Menschen sterben müssen. Sollte aber ein einziges Mal der erweisliche Fall vorkommen, daß ein Mensch nicht stirbt, so wäre diese Erfahrung umgestoßen. Unsere Gewißheit beruht also darauf, daß noch keine bewiesene Ausnahme vorliegt. Erst durch verständige Erwägung der Erklärungsgründe wird die Sterblichkeit Aller zur unerschütterlichen Gewißheit. Das übereinstimmende Sinnenzeugniß aller Urtheilsfähigen bringt uns also höchstens eine große Wahrscheinlichkeit; erst die Bestätigung derselben durch Verstandesgründe erhebt sie zur Gewißheit. Dagegen kann das Dasein eines Dinges durch keine bloße Verstandes-Operation bewiesen werden — dazu gehört allgemeines Sinnenzeugniß. Weil die Unsterblichkeit der Menschenseele nicht durch letzteres erwiesen werden kann, so ist keine Häufung von Verstandesgründen fähig, dieselbe zu erweisen, ja die Wahrscheinlichkeit des Fortlebens nach dem Tode wird durch andere Verstandes-Operationen unendlich gering. Und dasselbe gilt vom Dasein Gottes. Wäre dies nicht fast allgemein zugestanden, so wäre ja auch der Glaube an Gott und Unsterblichkeit nicht in den Augen der Frommen ein Verdienst.

Nun aber wird von den theoretischen Idealisten die Lehre von der Erkenntniß dadurch gefälscht, daß sie in unserem Erkenntnißvermögen ein Werkzeug gefunden haben wollen, welches zu unserer Erfahrung etwas hinzufüge. Gerade der Umstand, daß das Sinnenzeugniß durch Verstandesthätigkeit berichtigt werden kann und muß, um Gewißheit zu werden, gilt ihnen, nebst andern geistigen Operationen, als Beweis, daß unser Geist selbstschöpferisch Anschauungen, Vorstellungen, Begriffe, Urtheile und Gedankenfolgen bilde, so daß die in ihn hereinscheinende Außenwelt erst durch ihn zu dem werde, was sie ist. Hier ist nur eine von zwei Auffassungen möglich: entweder wird der Menschengeist als ein Selbstschöpfer betrachtet; dann müßte er auch ohne eine in ihn hereinscheinende Außenwelt seine Gebilde entwickeln können, was nicht widerlegt zu werden braucht. Oder er ist das Geschöpf seines leiblichen Organismus in dessen Rückwirkung auf die Außenwelt — wie wir Materialisten behaupten — dann ist von vornherein jeder Erklärungsversuch abzuweisen, welcher die Entwicklung des Menschengeistes auf andre als die allgemein naturwissenschaftliche (mechanische) Weise erklären will.

Wegen der außerordentlichen Schwierigkeiten, welche dieser letztere Weg bietet, ist nur langsamer Fortschritt darauf möglich. Aber es hängen die allerwichtigsten Folgen für die Menschengesellschaft davon ab, daß alle Irrthümer über das Wesen des Menschengeistes aus der Wissenschaft ferngehalten werden. Es ist also unvergleichlich viel besser, daß wir davon wenig, aber Sicheres wissen, als daß wir viel möglicherweise Grundfalsches vermuthen, mit andern Worten, daß bei der Erforschung unseres Innern der bewährte naturwissenschaftliche Weg eingehalten werde.

Auf letzterem ist immerhin schon Einiges festgestellt worden. Man hat die Entwicklung der kindlichen Geisteserweise beobachtet; man hat die lange Reihe rückständiger und rückfälliger Völker damit verglichen; man hat die Entwicklung der älteren und neueren Sprachen genau studirt und die überlieferten Gedankenkreise aller geschichtlichen Völker gesichtet; man hat physiologisch das Nervenleben der Menschen und Thiere zu erforschen und zu deuten gesucht; man hat die mit Geisteskranken gemachten ärzt-

lichen Erfahrungen geprüft und Selbstbeobachtungen denkender Forscher zusammengestellt; man hat endlich die Thiere auf ihre Fähigkeiten hin untersucht — und bei geduldiger Fortsetzung dieser Forschungen muß sich wachsende Gewißheit über das Wesen unsers Geistes ergeben. Dagegen hat eine dritthalbtausendjährige philosophische Spekulation über diesen Gegenstand — wie gerade Lange nachweist, schlechterdings nur Irrthümer, Vorurtheile und Barbareien der schlimmsten Art erzeugt. Es fehlten eben alle geprüften thatsächlichen Unterlagen, ohne welche das Dasein eines Dinges (hier des selbstschöpferischen Geistes) nicht erweislich ist.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Bekämpfungsversuche der Sozialdemokratie nehmen einen wahrhaft drolligen Charakter an. So lesen wir in einem Flugblatt, welches im Geheimen nur unter den Fabrikanten verbreitet wird und in Magdeburg gedruckt wurde, folgenden interessanten Satz:

„Beginnen wir einen Kampf gegen die zerstörenden Elemente und stellen wir uns mitten in das Lager des Feindes; wir haben die vorzüglichste Gelegenheit, die Festung an einer ganz unbewachten Stelle zu nehmen, wenn wir dazu übergehen, „unseren Arbeitern wöchentlich beim Auslohnen eine Kleinigkeit an verständlicher Aufklärung mitzugeben." — Es ist zu dem Zwecke beifolgende Lohntasche angefertigt worden, in welche das Geld hineingethan wird; ein Blättchen wird dann beigelegt, welches in leicht zu verstehender Weise nach und nach alle die Irrlehren vornimmt, gesunde Anschauungen verbreitet, die Volksbeglücker dem Volke in ihrer wahren Gestalt zeigt und den Arbeitern klar macht, daß nur im gegenseitigen wohlwollenden Zusammenleben die größten Erfolge (für die Fabrikanten. Red. d. V.) sich erzielen lassen, nicht aber auf dem Wege des Hasses, der Zwietracht und der Zerstörung."

Die „Lohntasche" ist gleich von den Verbreitern obigen Flugblattes beigefügt. Wenn nun aber der Arbeiter seinen Lohn in der offenen Hand empfangen will, um zu sehen, ob derselbe auch „stimmt"? — Im Uebrigen wissen die Arbeiter, was sie mit solchen Verdummungswischen, welche ihnen von ihren Arbeitgebern, die neben der Arbeitskraft auch noch den gesunden Menschenverstand entkräftigen und verderben wollen, aufgedrängt werden, zu thun haben.

— In einer der letzten Sitzungen des sächsischen Landtags äußerte ein conservatives Mitglied sich sehr scharf über die preußischen Justizverhältnisse und wiederholte bei dieser Gelegenheit die bekanntlich von sozialistischer Seite im Berliner Reichstag vor Jahren gemachte Aeußerung, daß das famose Wort: „es giebt noch Richter in Berlin" längst dem öffentlichen Spott anheimgefallen sei. Darob komische Entrüstung im nationalliberalen Lager — um so komischer, als anläßlich der Debatten über den Sitz des Reichsgerichts selbst von Führern der nationalliberalen Partei unverblümt eingestanden ward, daß wesentlich der schlechte Ruf der preußischen Justiz die Wahl Leipzigs bewirkt habe. Ganz aus dem Häuschen ist das „Leipziger Tageblatt". Unter dem Titel „sächsische Junkerstreiche" veröffentlicht es einen, nationalliberalen Intellekt und Anstand glänzend illustrirenden Leitartikel, der mit folgenden geistvollen Sätzen beginnt:

„Wissen unsere Leser, was ein Junker ist? Wort und Begriff sind einigermaßen aus der Mode gekommen, und so müssen wir schon zum Lexikon greifen, um uns darüber zu unterrichten. Der alte Adelung, dessen Wörterbuch uns gerade zur Hand ist, sagt zu dem Worte „Junker": „Ehedem ein Ehrentitel der Prinzen und Söhne des Herrenstandes oder hohen Adels . . . Heutzutage wird es nur noch von einem Jungen von niederm Adel und auch hier nur im gemeinen Leben gebraucht . . . In weiterer Bedeutung verstehet man unter dem Namen eines Junkern wohl auch einen schon erwachsenen Edelmann, obgleich mit einiger Verachtung." Das Wort bezeichnete also schon zu Adelung's Zeiten einen angeblich adeligen, in Wahrheit aber nichts weniger als edlen, einen unreifen und bornirten Menschen, den man sich gern zehn Schritt vom Leibe hält, den man nur „mit einiger Verachtung" nennt. Seitdem sind wir ein gutes Stück vorwärts gekommen; dennoch ist diese Menschenklasse nicht ganz ausgestorben, sie vegetirt noch fort, ja es giebt Stellen in unserem lieben Deutschland, wo sie wild wuchert und von Zeit zu Zeit üppig ins Kraut schießt. Solch eine klassische Stelle ist unser vielgeliebtes sächsisches Herrenhaus."

U. s. w. Auch anderswo wuchert das Kräutlein. Daß z. E. Podeck's Götze, Fürst Bismarck, sich bei Dutzenden von Gelegenheiten mit Stolz einen „Junker" genannt hat, und noch heute ein Vollblut-Junker ist, dürfte wohl Jedermann bekannt sein, Jedermann mit Ausnahme des unglücklichen Podeck, der hier wohl zum ersten Mal in seinem Leben, allerdings wider Willen, pikant gewesen ist.

Podeck's Schlußtirade ist eine wahre Kraftleistung journalistischer — Bildung. Sie lautet:

„Es genügt wohl, daß wir dieses Gebahren unserer Junker, welches das Ansehen Sachsens im deutschen „Auslande" immer mehr herunterbringen muß, einfach constatiren. Es näher zu bezeichnen, dafür fehlt es uns an Ausdrücken. Obwohl wir sonst nicht allzu prüde sind, können wir es doch nicht über uns gewinnen, uns näher mit Dingen zu befassen, die Denjenigen, der sie angreift, besudeln."

Oder auch ihm eine Tracht Prügel einbringen können — oder eine sonstige Züchtigung. Podeck's Furcht, sich zu besudeln, ist doch eine gar zu große — Renommage. Einen drastischern Beweis, daß er „nicht zu prüde ist", hat er niemals geliefert.

— Aus Mäxchen's „Gewerkverein". In der letzten Nummer lesen wir zunächst, daß Mäxchen in höchsteigener Person eine „Central-Agitationsschule" errichten und dort akademische Vorlesungen oder Vorträge über „die Volkswirthschaft als Entwicklung der Arbeit und Grundlage der Gesammtcultur" halten will. So schreibt Mäxchen nämlich selbst — verstehe das „Thema" wer kann, selbst verstanden hat es Mäxchen nicht. Derselbe aber fährt wörtlich in dem von ihm unterschriebenen Artikel fort: „Diese Vorträge, auf langjährigen Studien der Theorie und Praxis beruhend, werden ꝛc. ꝛc." — welcher Theorie und welcher Praxis, Herr Max Hirsch? — Wenn aber der Professor so schreibt — was sollen dann erst die Schüler lernen! — Helle Freude herrscht in dem „Gewerkverein" darüber, daß in Striegau, wo der bekannte Arbeiterapostel Bojatzky sich selbst an den Pranger stellte, indem er die Steinbrucharbeiter ihrer Unbildung halber aushöhnte, zwei Cigarrenarbeiter wegen Mißhandlung eines Striegauer Bürgers nach jener auch von uns besprochenen Versammlung unter Annahme mildernder Umstände zu 15 Mark Geldbuße verurtheilt worden sind. Die mildernden Umstände wurden deshalb bewilligt — der „Gewerkverein" verschweigt dies natürlich — weil der „Bürger" selbst provozirend aufgetreten war und weil Herr Bojatzky die Arbeiter durch sein unqualifizirbares Betragen aufgeregt hatte. Und nun freut sich diese Gesellschaft über die Strafe, welche zwei Arbeiter erhalten haben! — An den Schandpfahl mit dem „Gewerkverein"! — Um aber das Maß seiner Sünden voll zu machen, denunzirt der „Gewerkverein" in einer Wiener Correspondenz, die von dem Renegaten Taschinsky herrühren soll, die österreichischen Arbeiter; er erzählt nämlich von einem geheimen Congreß der Sozialdemokraten, der in Atzgersdorf bei Wien von der Polizei gesprengt worden sei. Di. Polizei, die österreichische Polizei, Herr Doktor Max Hirsch, sie hat eine gelegentliche Versammlung von österreichischen Parteigenossen zu einem geheimen Congreß gemacht und Sie, Herr Doktor Max Hirsch, nehmen einen Brief eines Renegaten auf und unterstützen die österreichische Polizei in ihren Verfolgungen gegen die Arbeiter. Pfui Teufel, Herr Doktor! Bei solcher Gelegenheit hört das harmlose „Mäxchen" auf.

— „Es giebt keinen Nothstand" hat, gleich den übrigen Bourgeoiszeitungen, dutzendmal das „Leipziger Tageblatt" behauptet. Jetzt schreibt es in einem Artikel „Zur Armenpflege": „Wir stehen nicht mehr etwa blos einzelnen Armen gegenüber, sondern einer Massenarmuth, die nicht allein die Folge, sondern auch zugleich die Ursache ist unsäglicher Nothstände, die nicht blos den Bestand geordneter Staaten, sondern die ganze Kulturwelt mit Auflösung und Zerstörung bedroht." Es ist doch gut — wenn man ein kurzes Gedächtniß hat.

— Die Folgen des sozialen Elends zeigen sich auch in Budapest immer deutlicher. Kürzlich wurde dem dortigen Magistrat ein Bericht des Ober-Physikats vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß die Gesundheitsverhältnisse von Budapest im vorigen Monate nichts weniger als befriedigend waren. Die Zahl der Todesfälle hat sich vermehrt; Diphtheritis, häufige Bräune und Typhus traten in erhöhtem Maße auf. Unser dortiges Parteiorgan, die „Arbeiter-Wochenchronik", meint nun, und mit Recht, daß das soziale Elend mehr wie alles Andere zu Krankheiten disponirt. „Ich habe — sagt Dr. Reich in den „Ursachen der Krankheiten" — den Typhus sehr häufig beobachtet, aber immer konnte ich, was die entfernteren Ursachen dieses Leidens und seine Verschleppung betrifft, die Wahrnehmung machen, wie soziales Elend und ungünstige Verhältnisse der Oertlichkeit die vorzüglichsten Quellen dieser Krankheit bilden." — Noch deutlicher drückt sich Dr. Kiehl in „Ueber den Ursprung und die Verhütung der Seuche" aus. Derselbe hat nämlich als Ursachen bei den verschiedenen Typhusformen immer gefunden: „Armuth der Bewohner, daher schlechte Nahrung, dürftige, beschränkte Wohnung und Ueberfüllung mit Menschen, Mangel an Reinigung, schlechte oder ganz fehlende Bepflasterung der Straßen, wie nie fehlende Anhäufung von Fäkalmassen (Extrementen) und infizirtes Trinkwasser." Dieselben Ursachen liegen zum Theil auch der Diphterie zu Grunde. So sagt ein anderer Gelehrter, Dr. A. Hirsch: „Feuchtigkeit des Bodens, Schmutz, mangelhafte Lüftung, Ueberfüllung von Räumlichkeiten und andere ähnliche Momente sind für die Genese (Entstehung) von Diphterie ebenso bedeutungsvoll, wie für die aller übrigen zymotischen (d. i. Infektions-) Krankheiten." — Wer in Budapest Gelegenheit hatte, die Wohnungen der ärmeren Klassen zu sehen, die zumeist in Kellerzimmern wohnen, von welchen ein einziges oft 8—12 Personen beherbergt, welche in Folge ihrer Nothlage nur eine mangelhafte und schlechte Nahrung genießen, wird gewiß — abgesehen von den schon allein maßgebenden Aussprüchen der Männer der Wissenschaft — zu dem Schlusse gelangen, daß die schlechten Gesundheitsverhältnisse zumeist die Folgen des sozialen Elends sind.

— Plewna hält sich noch immer, und bis jetzt ist es den

Zwei verschiedene Untersuchungscommissionen.

In dem bekannten Herrenklub für gemüthliche Unterhaltung nebst deklamatorischen Vorträgen, auch preußischer Landtag genannt, kam jüngsthin das zur „schwarzen Partei" (die Herren theilen sich nämlich dort scherzweise in verschiedene sogenannte „Parteien", um die Sache amüsanter zu machen) gehörige Klubmitglied Herr v. Ludwig im Laufe der Plauderei wieder einmal auf das läng vergessene Thema des Gründungsschwindels zu sprechen.

Er frug den abwesenden Herrn Justizminister — der Leser wird einwenden, wie man denn Jemanden, der gar nicht da ist, fragen könne? Aber das genirt diese Herren nicht, die sind das schon so gewöhnt; sie reden überhaupt am liebsten in den Wind hinein; — er frug also den abwesenden Herrn Justizminister, wie es denn komme, daß die Herren Staatsanwälte, die ja auf gewissen anderen Gebieten eine wenn auch gerade nicht lobenswerthe Rührigkeit entfalten, der Untersuchung der zahlreichen aktenmäßig erwiesenen Gaunereien der Gründer gar so wenig von ihrer Muße opfern, was um so gebotener wäre, als die Verjährungsfrist für den größten Theil dieser Delikte mit diesem Jahre abläuft, und fügte noch hinzu, es gehe eine dunkle Sage im Volke von so was wie einem ausdrücklichen ministeriellen Befehl an die Staatsanwälte, alles zu vermeiden, was die zartbesaiteten Gemüther der Herren Gründer verstimmen könnte.

Hierauf wandte sich Herr v. Ludwig an das bekannte Klubmitglied Herrn Lasker (der war allerdings nicht abwesend) und erinnerte ihn an die vor 4 Jahren in seiner berühmten Gründerrede sich selbst, ein Herkules in Duodezausgabe, gestellte Aufgabe, die Spitzbübereien des Gründerthums „aufzuklären", „mit der Fackel bis in die letzten Winkel hineinzuleuchten" und sie „heraus, hinweg" zu schaffen, „diese Elemente, die nicht zu uns passen" — — schalkhafter Weise hinzufügend, es werde vielfach behauptet, Herr Lasker habe sich die Sache seitdem wieder überlegt und sei nicht abgeneigt, die unaufgeklärten Dinge auch weiterhin unaufgeklärt, die unbeleuchteten Winkel auch weiterhin unbeleuchtet und die zum Hinauswerfen geeigneten Elemente auch weiterhin drinnen zu lassen.

Nun sollte man meinen, die höchst achtbaren Leute, welche den Herrenklub für gemüthliche Unterhaltung nebst deklamatorischen Vorträgen bilden, hätten diese Rede, welche ja doch nur daran mahnte, jenes miserable Gaunergesindel endlich zur Rechenschaft zu ziehen, welches die deutsche Nation in der unerhörtesten und gemeinsten Weise bestohlen und jene ungeheure wirthschaftliche Zerrüttung und Verarmung herbeigeführt hat, an der wir heute noch leiden und wohl lange noch leiden werden — mit der lebhaftesten Sympathie begrüßt und es dem Redner an Zeichen der vollsten Zustimmung nicht fehlen lassen.

Aber nein! — sonderbarer Weise geschah gar nichts dergleichen. Im Gegentheil — je länger das Klubmitglied Herr v. Ludwig sprach, desto mehr fühlten sich die übrigen Klubmitglieder genirt. Im Klublokal wurde es immer unruhiger; je mehr der Redner seine Stimme anstrengte, desto mehr wurde er durch die Zurufe: „Lauter", „Zur Sache" ꝛc., durch Brummen, Sprechen, Schreien u. s. w. übertönt (ein Benehmen, das uns immer an gewisse minder wohlerzogene Kinder erinnert, welche, um die ihnen zu Theil werdenden Zurechtweisungen nicht zu hören, den Sprecher zu überschreien suchen), kurz, es kamen alle die im Herrenklub für gemüthliche Unterhaltung nebst deklamatorischen Vorträgen üblichen und eine weniger gemüthliche Stimmung verrathenden Kundgebungen zum Vorschein, welche die in den Zeitungen veröffentlichten Klubberichte unter dem Sammelnamen „Heiterkeit" zu bezeichnen pflegen.

Sonderbar, höchst sonderbar! Woher diese unbehagliche Stimmung wohl gekommen sein mag? Neugierig, wie wir sind, wollen wir versuchen, der Ursache nachzuforschen.

Wer erinnerte sich nicht noch jener hochsensationellen Rede Lasker's gegen das Gründerunwesen! Weit über die Grenzen Preußens, Deutschlands hinaus hatte sie den lebhaftesten Widerhall gefunden, den größten Enthusiasmus, kann man sagen, geweckt. Es war eben wieder einmal ein rechtes Wort zur rechten Zeit gesprochen, dem, was Hunderttausende dachten, sich unter einander erzählten, lauter, weithinschallender Ausdruck gegeben worden. Wie stand er damals da, der große Lasker, der Mann der „hohen patriotischen That", ein Ritter sans beurre et sans fromage, gefeiert, angesprochen, angesungen, als Vaterlandsretter, als Volkstribun und was weiß ich als was sonst noch.

Wir unsererseits waren mitten in unserem allgemeinen Jubel etwas nüchterner geblieben. Wir sind nun einmal ein klein wenig mißtrauisch gegen Alles, was von den Danaergelten des Liberalismus kommt, besonders wenn es sich als ein Geschenk an die Rechte des Volkes präsentirt.

„Die Kriecher — Pardon, die Griechen — fürchte ich, und doppelt, wenn sie schenken."

Und noch weiter gesteigert wurde unser Mißtrauen dadurch, daß das Geschenk von den Betheuerungen und Anklagen unseres Sinon-Lasker begleitet war, den wir trotz seiner ewigen Tugendspreizerei (die „Ethik" hat er beständig im Munde) von jeher für einen losen Schalk gehalten haben. Es wollte uns durchaus nicht in den Kopf hinein, daß dieser bornirte Pedant, trocken und ledern wie sein Handwerk, die Juristerei, der sonst nichts Anderes weiß, als für jedes zu Tage tretende Uebel — sei es nun politisch, sozial oder wirthschaftlich — geschwind irgend ein neues Paragräphchen zu schreiben, und sich einbildet — oder doch so thut — mit seinen ewigen juristischen Quacksalbereien unsern siechen Gesellschaftskörper kuriren zu können, der Mann ferner, den wir trotz seiner zur Schau getragenen catonischen Unnahbarkeit von jeher nur — und mit gutem Grunde — als parlamentarischen „Syndikus" der, unser neues glorreiches Gründerreich regierenden Geldmächte anzusehen gewohnt waren; der Mann endlich, der, nach oben hin der ängstlichste Leisetreter, der bieg- und schmiegsamste Kriecher und Lobhudler, sich anderseits schon im Vorhinein für den Posten eines Generalissimus der großen Knüppelarmee empfohlen hat, für den Fall, daß sich etwa einmal beim Volke eine politische Regung kundgeben sollte, die in sein „verfassungsmäßig"-parlamentarisches Systemchen nicht hineinpassen will — mit einem Worte, um gleich Alles in Allem zu sagen, daß ein Lasker sich mir nichts dir nichts plötzlich zu einer so immerhin freiern und bedeutendern Anschauung der Dinge aufgeschwungen, gewissermaßen aus der reaktionär-dumpfigen Stickluft des Parlamentssaals in die frische, freie Atmosphäre der Volkstribune hinausgetreten sein sollte. Das wollte uns durchaus nicht einleuchten.

Wir übernahmen es deshalb, mit unserem Laokoons-Speer den Bauch des Rosses (womit wir natürlich nur, in Fortsetzung des oben begonnenen homerischen Tropus, bildlich gesprochen und nicht etwa Herrn Lasker gemeint haben wollen) zu durchforschen.

In einem Artikel mit dem Motto, es wolle uns

„. . . . . schier bedünken,
Daß der Rabbi und der Mönch,
Daß sie alle beide stinken"

frugen wir, d. h. der „Volksstaat", demgemäß bei dem großen Redner (denn groß im Reden ist er) an, wie es denn komme, daß er in seiner Entrüstungsrede die Schale seines tugendhaften Abscheus ausschließlich nur über die ganz geringe Anzahl Gründer aus den Reihen des Junkerthums und dessen Anhangs ausgegossen habe, während er von der ganzen Armee von Gründern in der liberalen Bourgeoisie, der „haute finance" sowie in seiner eigenen parlamentarischen Partei so ganz und gar nichts wisse, wohl den Splitter im Auge des Junkerthums, aber nicht den Balken — was sagen wir? die ganze Holzhandlung im Auge der eigenen Sippe sehe?

Unser so ziemlich bis zum Cretinismus herabgekommenes Junkerthum sei, fuhren wir fort, von vornherein viel zu dumm zu all den Kniffen und Pfiffen, die bei den Gründern nöthig sind, und habe mit seinen hochtönenden Namen meist nur die Lockvögel beim Gimpelfang abgegeben, um hinterher von den eigentlichen Hallunken selbst — und nicht am wenigsten — mitgerupft zu werden. Und was die 20,000 Thlr. Gründergewinn des pp. Wagener betreffe, mit welchen Herr Lasker gar so viel Aufhebens mache, so fordere es, so wenig sonst der pp. Wagener der Mann unseres Herzens sei (und er ist wirklich nicht der Mann unseres Herzens), das Interesse der Wahrheit, zu constatiren, daß diese 20,000 Thlr. gar nicht der Rede werth sind gegenüber den ungeheuren Diebereien, welche von den wirklichen, echten Gründern, jenen von der Zunft, begangen wurden, von denen Manchen faktisch seine Lakaien allein jährlich mehr als diese 20,000 Thlr. kosten.

Diesen großen Spitzbuben, sagten wir zum Schluß, möge der Herr Doktor mit seiner „Fackel" in's Gesicht leuchten, dann, aber auch nicht früher, würden wir glauben, daß er es wenigstens ehrlich gemeint habe mit seinem Tugendfeldzug. Bis dahin aber würden wir uns erlauben, in seinem ganzen Ge„fackel" weniger eine „hohe patriotische That", als ein ganz miserables, schäbiges Parteimanöver zu sehen, darauf berechnet, den auf's Aeußerste gespannten öffentlichen Unwillen, der sich ohnehin hätte bald entladen müssen, von den eigentlichen Schuldigen, d. h. der eigenen sauberen Spitze ab- und auf diejenigen Sündenböcke hinzulenken, die für ihre echt junkerliche Stupidität, sich mit den getriebenen Gründer-Spitzbuben einzulassen, ohnehin bald arg genug gestraft werden sollten (siehe seither den Fall Putbus; Putbus ist nur an seinen Gründerfreundschaften zu Grunde gegangen), ein Verfahren, das eine erstaunlich nahe Verwandtschaft mit dem bekannten pick-pocket-Kniff verrathe, nach vollbrachter „Arbeit" am lautesten das „Haltet den Dieb!" mitzuschreien.

Nun, Herr Lasker sah sich zwar nicht veranlaßt, in der von uns angedeuteten Weise weiter vorzugehen (was uns, offen gestanden, nicht im Mindesten überraschte). Dafür aber begann das Junkerthum sich von seiner ersten Verblüffung zu erholen. Es dauerte nicht lange, da kam die „Kreuzzeitung" und rich-

Russen nicht gelungen, über die „Entsatzarmee" Mehemed Ali's Vortheile zu erringen. Daß die Russen selbst ihre Lage für eine keineswegs günstige halten, erhellt am Besten aus den Anstrengungen, welche sie machen, um Serbien in die Aktion zu treiben, obgleich durch das Eintreten Serbiens in den Kampf der österreichischen Regierung die bisher beobachtete und den Russen so nützliche, ja geradezu unentbehrliche Neutralität erschwert, und auf die Dauer unmöglich gemacht wird. Jedenfalls würden die Russen sich wohl hüten, ein so gefährliches Spiel zu spielen, wenn sie allein mit den Türken fertig zu werden hofften.

In Armenien herrscht noch immer thatsächliche Waffenruhe, was wohl nicht blos dem „meterhohen Schnee", sondern auch dem Aufstand im Kaukasus zuzuschreiben ist. Dieser Aufstand, dessen Unterdrückung Dutzendmal angezeigt wurde, wüthet fort und scheint sich eher auszudehnen, was nicht Wunder nehmen kann, wenn man die grausame Kriegführung der Russen bedenkt, welche der Regel nach die Gefangenen erschießen, die Dörfer der Bergbewohner niederbrennen, und die übrig gebliebene Bevölkerung der „beruhigten" Landstriche ins Innere von Rußland transportiren.

Es bestätigt sich, daß Kars durch Verrath gefallen ist; der Commandant eines der Forts war bestochen und ließ die Russen bei Nacht in dasselbe hinein. So hätte sich denn diese „größte Waffenthat" der Russen auf einen gemeinen Schurkenstreich reduzirt — freilich thut das der Bedeutung der Besitznahme von Kars durch die Russen keinen Abbruch. — Nach dem Falle von Kars wurden 159 muhamedanische „Unterthanen" des Czars, die auf türkischer Seite gekämpft hatten und gefangen wurden, kriegsrechtlich erschossen — meldet ganz ungenirt ein offizielles russisches Telegramm. Wenn die Türken ein Dutzend Rebellen, die vom „Väterchen" zum Aufstand angestachelt worden sind und sich der abscheulichsten Verbrechen schuldig gemacht haben, aufknüpfen, dann zetert die ganze Rubelpresse über die Barbarei der Türken. Wenn die Russen Massenmassakres, wie das oben erwähnte vornehmen, findet sie es in der Ordnung, und verliert nicht einmal ein Wort darüber.

— Zum preußischen Vereinsrecht. Das Obertribunal zu Berlin verhandelte am vergangenen Freitag eine bemerkenswerthe Anklagesache wegen Mißbrauchs des Vereinsrechts. Der Centralverein der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands mit seinem Sitz in Hamburg ist im vorigen Jahre durch Urtel des königl. Stadtgerichts geschlossen worden. Aus den Gründen des Erkenntnisses geht hervor, daß diese Schließung sich nur auf den Geltungsbereich des preußischen Vereinsgesetzes erstreckt. Eine große Anzahl Personen in der Niederlausitz haben diesem Verein auch noch nach der gerichtlichen Schließung desselben, welche für dessen Hauptsitz ja ohne Wirkung blieb, angehört und waren deshalb wegen obigen Vergehens unter Anklage gestellt worden. Sowohl das Kreisgericht zu Lübben als das Appellationsgericht zu Frankfurt a. O. haben auf Freisprechung der Angeklagten erkannt, weil durch das Berliner Stadtgerichtsurtheil, wie aus dessen Gründen hervorgehe, nur die preußischen Mitgliedschaften geschlossen sein sollten, die Angeklagten sich aber in Preußen ferner nicht als Mitglieder betheiligt haben, sondern nur in Hamburg. Hiergegen war seitens des Oberstaatsanwalts die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt worden, welche der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft auch für begründet erachtete, da nur der Tenor des Berliner Erkenntnisses maßgebend und auch ein außerhalb Preußens bestehender Verein geschlossen werden könne. Alsdann verstoße aber jeder Preuße, welcher dem Verein noch nach der Schließung angehöre, gegen das Vereinsgesetz. Er beantrage daher die Vernichtung des freisprechenden Appellationsurtels und Zurückverweisung der Sache in die zweite Instanz. Der höchste Gerichtshof erkannte aber auf Verwerfung des Rechtsmittels, da die Entscheidung des Appellationsrichters in Bezug auf die Auslegung des Urtels des Berliner Stadtgerichts eine correkte sei, welche in der Nichtigkeitsinstanz nicht angefochten werden könne.

— Die Verfolgungen gegen unser Blatt, schreibt die „Berliner Freie Presse" unterm 2. Dezember, nehmen ihren Fortgang. Vorgestern wurde unser Redakteur Dentler vom Untersuchungsrichter verantwortlich vernommen, weil in Nr. 272 unseres Blattes eine Notiz über die neueste Maßregelung der hiesigen Bauhandwerker (Versammlungsverbot) enthalten war, durch welche sich Herr v. Madai beleidigt fühlte. Es war nämlich von einem polizeilichen Spiel mit der Verfassung und dem Vereinsgesetze die Rede, was unser Polizeipräsident, wie es scheint, sehr tragisch nahm. Daß aber inzwischen die Bauhandwerker zu ihrem Versammlungsrechte gekommen wären, davon haben wir bis jetzt nichts gewahr werden können.

In einem zweiten Falle hatte gestern auch Genosse Most am Molkenmarkt ein hochnothpeinliches Stündlein zu bestehen. In der Beilage unseres Blattes vom 21. Oktober erschien unter Most's Verantwortlichkeit ein Manifest des internationalen Arbeiterbundes, in welchem die Arbeiter aller Länder aufgefordert wurden, politische Thätigkeit zu entfalten. Darin erblickte Herr Tessendorff eine Aufforderung zur Anknüpfung von Verbindungen zwischen verschiedenen politischen Vereinen und glaubt daher, daß eine Verletzung des § 111 des Strafgesetzbuchs in Verbindung mit den §§ 8 und 16 des preußischen Vereinsgesetzes vorliege. Andere Juristen vermögen ein solches Vergehen selbst unter Zuhülfenahme der schwärzesten Brille nicht aufzufinden. Herr Tessendorf wird also abermals einen Prozeß verspielen.

Dem Herrn Tessendorff noch zur Notiz, daß der Vertreter „deutscher Sozialisten" auf dem Genfer Congreß dort keine deutschen Vereine, Gesellschaften oder Organisationen irgend welcher Art vertreten hat, sondern einfach „deutsche Sozialisten", d. h. eine Anzahl von Gesinnungsgenossen, die ein Interesse an der internationalen Arbeiterbewegung nahmen, was, mit Erlaubniß des Herrn Tessendorff, im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte noch nicht verboten ist. Sollte Herr Tessendorff Lust haben, die Namen dieser Sozialisten zu kennen, und ein höfliches Schreiben zu diesem Behuf an uns richten, so sind wir gerne bereit, seine Neugier zu befriedigen.

— Am 30. November wurde in Stuttgart der verantwortliche Redakteur der „Süddeutschen Volkszeitung", Parteigenosse E. Leininger, wegen „Gotteslästerung" verhaftet.

Nochmals der Steinhauer-Strike in London.

London, 25. November.

Mit großer Freude und Genugthuung nahmen die hiesigen Genossen und namentlich die Steinhauer Akt von dem kräftigen Eintreten der sozialistischen Partei für den hiesigen Strike. Dieselben gaben das Gelöbniß, bei ähnlichen Fällen in Deutschland auch nicht hintanzustehen. Schon waren die Vorzeichen für eine Beendigung des Strikes vorhanden, und hatten die Meister, noch 8—10 an der Zahl, ein Meeting abgehalten, um sich mit dem Strikecomité zu verständigen. Das paßte aber den schurkischen Agenten nicht, da dann für sie nichts mehr zu holen war, und richteten dieselben deshalb Zuschriften an die Meister, in denen sie erklärten, daß sie Arbeiter in Masse liefern könnten. Unter diesen Agenten befindet sich auch ein gewisser Napp, Märzengasse Nr. 8 in Heidelberg. Derselbe erhält pro Mann 8 Pfd., gleich 160 Mark. Durch derartige Manöver in ihrem frechen Uebermuth auf's Neue bestärkt, lehnten die Meister jede weitere Unterhandlung ab und beschlossen alles Mögliche aufzubieten, um frische „Hände" zu importiren und mit aller Energie die Niederlage der Arbeiter herbeizuführen. Die Agenten werden nunmehr auf's Neue Deutschland bereisen. Der Strike dauert jetzt 18 Wochen; es sind die Meister mit ihren contraktlichen Arbeiten sehr im Rückstande und müssen nunmehr Alles nachholen.

Auf welch' infame Mittel die Meister verfallen, davon hier ein Beispiel. J. Bull, der Baumeister der schon vielfach besprochenen Law Court, ließ sich eine Anzahl Arbeiter aus Amerika, Deutschland und Italien kommen, von welchen wir aber einen großen Theil wieder zurückbeförderten. Die Zurückgebliebenen, namentlich Deutsche aus Stuttgart, unterzeichneten ein Schriftstück in englischer Sprache, dessen Inhalt sie aber nicht kannten und worin sie zugaben, daß es ihnen hier sehr gut gefalle, daß Logis und Beköstigung ausgezeichnet wären und daß sie mehr Lohn erhielten, als ihnen versprochen worden wäre. Mit diesem Wisch begab sich nunmehr Herr Bull nach Heidelberg und Stuttgart, um in Gemeinschaft mit Napp neue Leute zu holen. Die Leute müssen in Stuttgart einen Vertrag unterzeichnen, und um dies etwas pomphaft zu machen, wird der Contrakt bei einem Buchhalter, Tübingerstraße in Stuttgart (wenn wir nicht irren, ist dessen Name Bracher) unterzeichnet. In diesem Vertrage wird den Angeworbenen ein Jahr Beschäftigung und per Stunde 9 Pence versprochen. Sind die Angeworbenen aber erst in London, dann werden andere Saiten aufgezogen. Am letzten Sonnabend wurde denselben erklärt, daß ihnen 20 Prozent abgezogen werden würden. Verschiedene derselben wandten sich darauf an den deutschen Consul, um sich zurückschaffen zu lassen; allein dieser lehnte das Ansuchen rundweg ab mit dem Hinweis, daß ihm eine derartige Importation höchst unangenehm sei.

Wir haben gestern wieder eine Anzahl von den Verlockten zurückgeschafft, sieben von den Gebliebenen liegen bereits im Spital, es wird aber bald noch schlechter werden bei dem jetzigen ungünstigen Wetter.

Die letzten Stuttgarter Steinhauer empfing Bull in seinem notorischen Zuchthause, genannt Law Court, mit einer Ansprache, in der er wörtlich sagte: „Ihr seid jetzt in London, um Euch und dem deutschen Namen Ehre zu machen; macht es Euch gemüthlich nach deutscher Art, aber vergeßt nie, daß die Aufgabe, die Euch hier geworden, die ist, daß Ihr den englischen Steinhauern das Brod vom Munde hinwegzunehmen berufen seid." — Bezeichnend für diese von Jedermann verachteten Menschen ist, daß sie größtentheils zu den Satrapen des Pfaffen Schuster gehören, da sie stark in die Kirche gehen. Einer der Aufseher, dessen Name schon der Oeffentlichkeit übergeben ward (Saukel), hat in Neckargmünd bei Heidelberg eine Frau und vier Kinder, und hier lebt dieser Schurke in wilder Ehe mit einer englischen Dirne. Das sind die Musterexemplare.

Wir wissen, daß es den deutschen Arbeitern in der Heimath momentan schlecht geht, aber hier sieht es nicht besser um die Arbeitsverhältnisse aus; es bleibt daher immer ein Bubenstreich, den die deutschen Steinhauer ihren hiesigen Genossen spielen. Wir glauben genügend dargethan zu haben, daß keiner der ankommenden deutschen Steinhauer seine — wenn auch noch so schlechte Lage in Deutschland — hier auch nur annähernd zu verbessern in der Lage ist, und werden wir deshalb auch keinen mehr in Schutz nehmen, vielmehr ihm die gebührende „Beach-

---

tete nun auch ihrerseits an den großen Tugendbold die bescheidene Anfrage, weshalb er denn ausschließlich in die Ferne geschweift sei, da doch so viel des Guten in seiner allernächsten Nähe liege? Dann erschien die seither berühmt gewordene „Deutsche Eisenbahn-Zeitung" (später „Reichsglocke"), die vermöge ihrer weitverzweigten Verbindungen das diebische Treiben des wirklichen Gründerthums nach und nach in einer Weise an das Licht des Tages zog, daß — nun, daß eben beispielsweise einer ihrer Redakteure zu vier Jahren Gefängniß (!!!) verurtheilt wurde.

Kurzum — die einzelnen Phasen des Vorgangs haben wir ja alle miterlebt — es dauerte nicht lange, da war der Spieß vollständig umgedreht. Die mit so unerhörter, echt liberaler Frechheit ausgeführte Attake war nicht nur auf der ganzen Linie zurückgeschlagen worden, sondern man war auf Seiten des Adels sofort und mit solchem Erfolg zur Offensive übergegangen, daß die ganze ehrenwerthe liberale Gesellschaft, wie sie geht und steht, schließlich keinen anständigen Lappen am Leibe behielt und es eben nur als ein neuer glänzender Beweis für die ungeheure unerschöpfliche D—Langmuth des Volkes anzusehen ist, daß eben diese selbe Clique trotz alledem noch existirt und ihr unsauberes Wesen forttreiben kann.

Da galt es denn natürlich, den schmählichen Rückzug so gut wie möglich zu decken. Die mit so überschwenglicher Emphase angekündigte „Untersuchung der vorgekommenen Unregelmäßigkeiten" war inzwischen in der Wolke einer auf königlichen Befehl zusammengetretenen, aus Abgeordneten, Beamten und „Fachmännern" (!) gemischten „Commission" den Blicken der Sterblichen entzogen worden. (Wie sagt doch unser theuerer Börne? „Eine gemischte Commission ist eine solche, die aus Dummheit und Pedanterie gemischt ist." „O ahnungsvoller Engel Du!")

Das traurige Ende dieser „königlichen Untersuchungs-Commission" ist bekannt. Mehrere Jahre später, nachdem das Interesse an der Sache längst eingeschläfert war, kam sie in aller Stille mit einer scheußlichen todten Mißgeburt in die Wochen. Dieselbe wird jetzt in Spiritus aufbewahrt. Es ist jener „Bericht", auf welchen Herr Lasker auch jüngsthin wieder Herrn v. Ludwig zu verweisen die unglaubliche Fr—eundlichkeit hatte.

Wissen wir, das Volk, irgend etwas Ernstliches von dem Bericht? Nein. Er ist so gut wie unzugänglich geblieben. Zudem gehört aber, wie uns versichert wird, der ganze Opfermuth eines Marcus Curtius dazu, um ihn zu lesen. Es strömt nämlich ein so starkes Fluidum der tödtlichsten Langeweile — Pardon, „Vornehmheit" nennt man das nach Hrn. Lasker — von ihm aus, daß ihm selbst die kräftigsten Naturen unrettbar erliegen müssen, dem sichern Untergang geweiht sind. Wir hatten offengestanden, nie den Heldenmuth, uns ihm zu nähern. Deutsch gesprochen! Man hat eben wieder einmal die Wahrheit unter einem Haufen beklecksten Kanzleipapiers erstickt.

Die ehrenwerthe liberale Partei selbst änderte, sowie sie ihre ungeheure Niederlage erkannt hatte, alsbald ihre Taktik vollständig. Was man bei Lasker eben noch als die „hohe patriotische That" gepriesen, wurde bei denen, die das von Lasker Begonnene, aber so jämmerlich im Stich Gelassene consequent fortsetzen wollten, ohne Weiteres für elende Verleumdung, Ehrabschneiderei, Bauernfängerei, Revolverjournalismus ꝛc. ꝛc. erklärt. Kein Schimpf wurde diesen Leuten, von denen es einzelne, wie Diest-Daber ꝛc. ꝛc. trotz ihres ruinenhaften Standpunktes, gewiß ganz ehrlich meinen, erspart.

Am meisten that und thut sich dabei — unser Mundheld selbst hervor. Jedesmal wenn er im Reichstag oder Abgeordnetenhaus an seinen einstigen Grütlischwur gemahnt wird, springt er, wie von der Tarantel gestochen, auf, schreit, flucht, schwätzt, schimpft und setzt sich dann mit dem ganzen Stolze seiner gekränkten Unschuld, ein

„. . . . . Kind, kein Engel ist so rein"

wieder nieder.

Ach, seine keusche, ahnungslose „Mannesseele" hat durch diese unglückselige Affaire herbe Enttäuschungen erfahren müssen. Er hat erkennen gelernt, daß in dieser schnöden Welt der Erfolg alles, die edle Absicht nichts gilt! Während ihm damals, als der Kniff gelungen zu sein schien, seine ganze Sippe lobsingend Weihrauch streute, seinen Ruhm in alle Welt hinausschmetterte (während seiner Rede hatten die ärgsten Gründer in seiner Nähe am lautesten „Bravo" gebrüllt), wurde sie, so wie sie merkte, daß der Rummel schief geht und und die so keck erhobenen Anklagen mit doppelter und dreifacher Wucht auf sie selber zurückfallen, arg verschnupft gegen den unglücklichen Vater des mißrathenen Kindes.

Hauptsächlich wohl von daher stammt die bedeutende Abschwächung seines parlamentablen Einflusses, an dem er noch heute laborirt. Man kann ihm den allgemeinen 'Reinfall nicht vergessen. Und so hat denn auch der Edle erfahren müssen, wie nahe das Capitol dem trapejischen Felsen liegt. Ach, und er hatte es doch so gut gemeint!

Also steht es heute mit der Sache. Und das Ende der ganzen Comödie? Es ist unschwer vorauszusehen. Einige Don Quixote's à la Diest-Daber, v. Ludwig ꝛc. werden hin und wieder noch den Windmühlenkampf gegen das Gründerthum versuchen, der Eine oder der Andere, der einem der Windmühlenflügel gar zu nahe kommen sollte, kann wohl gelegentlich auch mit zerschmettertem Schädel von seiner Rosinante herabstürzen, um das Wiederaufstehen zu vergessen, wie das schon so passirt sein soll. —

Schließlich aber wird es stille werden über den Gewässern. Das bestohlene Volk bleibt bestohlen und die Gründer bleiben die ehrenwerthen Leute, die sie sind, überzählen insgeheim schmunzelnd ihre Beute und bereiten sich zugleich zu neuen Raubzügen vor.

Es ist ein gelungener Witz des Zufalls, daß zur selben Zeit ungefähr, als Herr v. Ludwig im Landtag seine mit so geringem Beifall aufgenommene Rede hielt, beim Berliner Stadtgericht einige angeklagte Gründer (es waren übrigens nur Gründlinge) freigesprochen wurden, weil, wie es im Urtheil u. A. heißt, nicht habe genügend bewiesen werden können, daß es für die Aktionäre ein Vortheil gewesen wäre, wenn die Gründer die fraglichen 390,000 Mark nicht für sich behalten hätten. (Au!)

Es wäre übrigens höchst lehrreich, den Prozentsatz der wirklichen Verurtheilungen bei Gründerprozessen mit denjenigen bei politischen Prozessen statistisch zu vergleichen. Die Zahlen müßten ganz überraschend sein. Unseres Wissens ist bis jetzt kein halbwegs bedeutender Gründer rechtskräftig verurtheilt worden. In der letzten Instanz fand sich glücklicherweise schließlich immer ein „Wenn" und „Aber".

Wir unsererseits jedoch haben wenigstens die Genugthuung, nicht die dupes dieser von Hrn. Lasker inscenirten Tugend-Entrüstungs- und Bösewichter-Bestrafungs-Comödie gewesen zu sein. Wir wissen und wußten von Anfang an, daß man damit eben wieder einmal den alten, abgedroschenen Theatercoup praktizirt hat, der seine Wirkung auf das naive Publikum nie verfehlt: Die Tugend sich zu Tische setzen zu lassen, nachdem sich das Laster erbrochen.

Wir wissen und wußten ferner von Anfang an, daß trotz all dem Sittlichkeitsspektakel doch munter fort „gegründet" werden wird, gegründet auf wirthschaftlichem, gegründet auf sozialem, gegründet auf politischem Gebiet, so lange — so lange — bis endlich eine andere „Untersuchungscommission" in den Schwindel dreinfährt, die dann aber auch wirklich „aufklären" und „mit der Fackel bis in die letzten Winkel hineinleuchten" wird, bis sie endlich „hinaus, hinweg" gefegt sind, „diese Elemente, die nicht zu uns passen!"

Allerdings wird diese „Untersuchungs-Commission" keine „königliche" sein!

— Zu des Herrn Neubert's Absagebrief. Bockenheim, den 28. November. Die anti-sozialdemokratischen Zeitungen gefallen sich gegenwärtig darin, einen „Absagebrief" eines gewissen Heinrich Neubert, Schlosser in Liebenstein, abzuklatschen. Es sei uns erlaubt, in Bezug auf dieses Individuum folgende Erklärungen abzugeben:

„Neubert wurde im Jahre 1875 in Liebenstein wegen eines gewerkschaftlichen Streites von seinem Arbeitgeber gemaßregelt. Seine Geschäftscollegen hatten Mitleid mit ihm und seiner Familie und unterstützten ihn, nach seiner eigenen, dem Genossen Ibsen in Frankfurt abgegeben Erklärung, reichlich. Im vorigen Jahre bis Anfang dieses Jahres arbeitete er hierselbst als Gußputzer in der Fabrik der Herren Weber und Müller. Daselbst verdiente er, im Gegensatz zu den meisten seiner Mitarbeiter, sehr wenig, einmal wegen mangelnder Geschicklichkeit und sodann, weil er von der fixen Idee besessen war, er sei ein „geborener Künstler", ein Komiker comme il faut! Diese Idee brachte ihn dazu, heimlich, nächtlicher Weile seine Wohnung zu verlassen, ohne die Miethe bezahlt zu haben, und sich, mit Guitarre und Harmonika ausgerüstet, auf „Kunstreisen" zu begeben. In Arbeiterkreisen hierorts und in der Umgegend hatte er sich bekannt gemacht als hirnloser Zotenreißer, weshalb ihm überall die Thür gewiesen wurde. Von den Prinzipien des Sozialismus wußte er thatsächlich gar nichts, hat sich auch nie darüber ausgesprochen. Seine Mitarbeiter vermieden es, mit ihm sich in Gespräche darüber einzulassen, weil sie seine Geistesarmuth kannten. Lange Zeit hörte man nichts von ihm, bis kurz vor den „Kaiserfeiertagen" ein Bekannter ihn in Frankfurt traf. Er hatte sich daselbst als Colporteur engagiren lassen. Dieses Geschäft aber behagte ihn auch nicht, er meinte: „Ich werde so bald wie möglich machen, daß ich fort komme. Uebrigens will ich auch von dem Spektakel nichts hören und sehen." — Und dieses Individuum wagt es, sich als Sozialist zu geriren und als „glühenden Agitator", — er, der nicht im Stande war, einen einzigen vernünftigen Satz auszusprechen? Der will der Sozialdemokratie, zu welcher er in Wirklichkeit nie gehört, einen Absagebrief schreiben? Alle, die ihn kennen, werden mitleidig darüber lächeln und denken: „Weshalb soll man der liberalen Presse, u. A. auch dem „Kümmelblättchen", es nicht gönnen, sich durch Abdruck dieses Absagebriefes zu blamiren?"

Bockenheimer Arbeiter."

tung" zu Theil werden lassen. Wir werden Sorge tragen, daß ein Verzeichniß der Namen der Verräther der Oeffentlichkeit übergeben wird.

Von welch' großem Vortheil dieser Strike für die Sozialdemokratie ist, davon werden wir schon nächster Tage berichten können. Dadurch, daß die Kapitalisten den trügerischen Mantel des Patriotismus und der Humanität ablegten, um ihre wahre Fratze zu zeigen, wurde es uns möglich, eine sozialdemokratische Organisation zu schaffen, die voraussichtlich von den besten Folgen begleitet sein wird.

Wir ersuchen die Genossen dringend, nichts zu versäumen, womit sie allenfalls der Importation entgegenarbeiten könnten

Im Auftrag: F. J. Ehrhart.

— 28. November.

Soeben, Morgens 7 Uhr, halten 130 Stuttgarter Steinhauer in sechs Viehwagen ihren Einzug in London nach der Law Court. Die Entrüstung ist eine ungeheure und stehen großartige Demonstrationen in Aussicht. Der Agent Napp von Heidelberg wurde angespieen. Die Bahnhöfe waren abgesperrt, so daß es uns unmöglich war, mit den Angekommenen in Verbindung zu treten.

Correspondenzen.

Berlin, 3. Dez. Professor Dr. Adolf Wagner liest an der Berliner Universität jeden Donnerstag Abend, woselbst sich stets ein sehr zahlreiches, aus allen Ständen der Gesellschaft bestehendes Auditorium einzufinden pflegt. Sein Thema ist die Geschichte der Probleme und Systeme des wissenschaftlichen Sozialismus. Nach der „Volkszeitung" kam nun neulich der Verfasser auf die Lehre vom Eigenthum zu sprechen, und berührte dabei geflissentlich den Kernpunkt der die Gegenwart so hervorragend beschäftigenden Arbeiterfrage, speziell das Lohngesetz nach Lassalle, Marx und Rodbertus. Als durchaus gerechtfertigte und unbedingt nothwendige Forderung der Arbeiter gegenüber der immer schärfer sich gestaltenden Concentration des Großkapitals in der Industrie wurde die vollständigste Koalitionsfreiheit hingestellt und daraus der Schluß gezogen, daß die periodische Organisation von Strikes, sowie sie das Institut der Gewerkvereine bezwecke, im Staate der freien Konkurrenz unter allen Umständen geduldet werden müsse, ja daß sogar eine internationale Vereinigung der Arbeiter zur Wahrung ihrer solidarischen Interessen die ganz natürliche Konsequenz der heutigen Gesellschaftsform und daher erlaubt sei. Gebe man dies nicht zu, so mache man den Arbeiter machtlos .... Kaum hatte der Herr Professor seinen in diesem Sinne gegebenen Satz ausgesprochen, so erhob sich im Hintergrunde des Hörsaales wie auf Verabredung ein anhaltend lautes Murren und Scharren mit den Füßen, während die andere den kritischen Ausführungen jedenfalls eher zugängliche Seite den plötzlichen Lärm mit einem entrüsteten Zischen überstimmte, und dadurch eine peinliche Pause herbeiführte, deren unangenehmer Eindruck auf allen Gesichtern lag und wohl am beredtesten aus den halb erstaunten, halb erzürnten Mienen des Vortragenden sprach. Das darauf folgende Läuten der Universitätsuhr machte der fatalen Situation ein Ende.

Dresden. Wir sind in der angenehmen Lage, dem Jubel der Nationalliberalen über ihre Siege bei den Stadtverordnetenwahlen in Crimmitschau u. s. w. einen gehörigen Dämpfer aufsetzen zu können. Bei der hierorts am 29. November stattgehabten Stadtverordneten-Ergänzungswahl nämlich gingen von 25 Gewählten acht Sozialdemokraten, 12 Nationalliberale, 4 Konservative und 1 Fortschrittler durch. Die Stimmenzahl, welche die 8 Sozialdemokraten auf sich vereinigten, beträgt 20,313, die der 17 Gegner 43,271. Die meisten Stimmen von allen (3905) erhielt ein sozialistischer Kandidat. Von den 17 Ersatzmännern sind allein 13 Sozialdemokraten.

Leipzig, 4. Dezember. Sonntag den 2. Dezember hielten die Vorstände der hiesigen Gewerkschaften im Lokale des Arbeiterbildungsvereins eine Versammlung ab, um über die Schritte zu berathen, welche in der von Rathswegen auf den 12. Dezember festgesetzten Wahl des Gewerbeschiedsgerichts zu ergreifen seien. Die Versammlung war sehr gut besucht, da auch diejenigen eingeladen waren, welche an dieser Wahl sonst interessirt sind. Nach Verlesung des Ortsstatuts, über welches eine Debatte nicht stattfand, weil es bereits Rechtsgiltigkeit erlangt hat, wurde sofort darüber verhandelt, ob eine Betheiligung an der Wahl zweckmäßig erscheine oder nicht, und sprachen sich alle Redner für die Wahlbetheiligung aus, obgleich andererseits nicht verkannt wurde, daß die Gewerbeschiedsgerichte, wie überhaupt alle Schiedsgerichte, in denen es sich um die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer handelt, nur einen sehr problematischen Werth hätten. In agitatorischer Hinsicht würde das Schiedsgericht aber ein nicht zu unterschätzendes Material liefern und darum sei nicht nur eine Wahl, sondern sogar eine sehr rege Wahl von Nöthen. Die Versammlung beschloß denn auch, an der Wahl Theil zu nehmen, und wurde auch sofort eine Candidatenliste entworfen, welche aber erst durch eine allgemeine Arbeiterversammlung, die am künftigen Donnerstag stattfinden wird, sanktionirt werden soll. Das Weitere ist also abzuwarten. - Bei dieser Gelegenheit sei auch einmal unserer Agitation in Kürze gedacht, wenngleich wohl Niemand annehmen wird, daß die Leipziger Genossen die Hände in den Schooß legen, weil der „Vorwärts" äußerst selten, und auch dann nur im Allgemeinen, über dieselbe berichtet. Diese Annahme wäre falsch. Im Gegentheil sind die agitatorischen Kräfte hier in manchen Wochen derart in Anspruch genommen, daß man mitunter meinen könnte, wir befänden uns in der hochgradigsten Wahlagitation; so wurden, um nur der letzten Zeit zu gedenken, in voriger Woche allein sechs Versammlungen in verschiedenen umliegenden Ortschaften an zwei Abenden abgehalte.

Dabei beschränkt sich die Agitation nicht etwa auf die umliegenden Ortschaften, sie erstreckt sich auch auf die nächstliegenden Wahlkreise und dehnt sich sogar auf Erfordern nicht selten auch über dieselben hinaus. Kurz, in der Propaganda für die Sozialdemokratie giebt es hier keine Unterbrechung, und die nächsten Reichstagswahlen, die ja im Grunde den einzigen einigermaßen zuverlässigen Maßstab für die Stärke und das Wachsthum der Sozialdemokratie bilden, werden den Beweis liefern, daß unsre Thätigkeit nicht erfolglos gewesen ist.

Die von den Schiffsbaumeistern zu Geestemünde und Bremerhaven geplante Lohnreduktion der Schiffszimmerer und der Menschenhandel im 19. Jahrhundert.

Die Herren Schiffsbaumeister J. C. Tecklenburg, C. Lange u. Sohn, R. C. Rickmers, H. F. Ulrichs, Wencke u. Schau, in Firma: Schau u. Oltmann, zu Bremerhaven und Geestemünde, haben, wie gewöhnlich jedes Jahr, wenn die Arbeit flau, ein Unternehmen mit den dort in Arbeit stehenden Schiffszimmerern vor!

Im Januar 1876 erfolgte bekanntlich die große Aussperrung sämmtlicher Schiffszimmerer an der Weser und Ostsee. Die Veranlassung dazu war der von den genannten Meistern auf ihren im November 1874 und 1875 stattgefundenen Generalversammlungen gestellte und mit 29 gegen 9 Stimmen angenommene Antrag, welcher lautete:

„Arbeiter, die dem in Hamburg domicilirten Schiffszimmerer-Verein angehören, dürfen überall nicht in Arbeit genommen werden. Die jetzt auf den Werften an der Nord- und Ostsee arbeitenden Schiffszimmerleute und Tischler, welche diesem Vereine angehören, sind für den Fall, daß die Distriktsvereine diesen Antrag annehmen, an einem näher zu vereinbarenden Tage nach vorhergegangener gesetzmäßiger Kündigung zu entlassen, wenn sie nicht aus diesem Verein auszutreten sich erklären."

Nun, wie sich das Unternehmen mit diesem Antrag damals bewährte, ist weltbekannt; trotz der feingeplanten Brandmarkungsattacke, nebst den noch sonst fein gesponnenen Plänchen, wurden die Herren jämmerlich heimgepeitscht!

Man sollte jedoch glauben, daß die betreffenden Herren seit der Zeit ein wenig vernünftiger geworden wären und einsehen gelernt hätten, daß alle derartigen von ihnen unternommenen Manipulationen zu ihrem eigenen Schaden führen; man sollte glauben, daß die Herren einsehen würden, daß die Schiffszimmerer von Tag zu Tag mehr aufgeklärt werden und somit an Macht gewinnen, während die Machtmittel der Meister, die sie seit langen Jahren an der Weser besaßen und die darin bestanden, daß die Schiffszimmerer unaufgeklärt und ohne Organisation ihnen gegenüberstanden, immer mehr zurückgehen müssen.

Den oben genannten Meistern mangelte es damals in Wirklichkeit an genügender Bildung, um zu begreifen, daß das Bekämpfen der Entwickelung der Schiffszimmerer, wie überhaupt des gesammten Arbeiterstandes, ein ebenso großer Blödsinn ist, als wenn sie sich auf den Kampf, die Vernichtung der fortwährenden Entwickelung der Maschinen einlassen wollten!

Der Mangel an Bildung ist daher auch wiederum die Ursache ihres gegenwärtigen Verfahrens gegenüber ihren Arbeitern; welchen Sachverhalt wir hier klar vorführen wollen.

Wenn die Herren Schiffsbaumeister sonst jedes Jahr eine größere Lohnreduktion als üblich für die Wintermonate durchzuführen versuchten, so machten sie dieses Mal ihren Arbeitern einfach bekannt, daß vom 1. November an der Lohn pro Tag um 1 Mark, also der vierte Theil, gekürzt werde!

Anfangs glaubten die Schiffszimmerer es sei Scherz, hielten jedoch deswegen eine Versammlung ab und faßten in derselben den einstimmigen Beschluß, sich für die Wintermonate wie üblich 50 Pf. pro Tag Abzug gefallen zu lassen, welcher Beschluß den Herren Meistern unterbreitet wurde. Diese hielten es jedoch nicht einmal der Mühe werth, Antwort darauf zu geben, und waren demzufolge die Schiffszimmerer gezwungen, die Arbeit sammt und sonders am 1. November einzustellen. Jetzt begannen die Manöver der Herren, und kamen sie zunächst auf den Gedanken, mit ihren Lehrlingen Handel zu treiben, indem sie sich darüber einig wurden, alle ihre Lehrlinge in die Docks an die Schiffe zu schicken, welche zunächst fertig werden müssen. Die Anzahl der sämmtlichen Lehrlinge beträgt 75, wovon 14 bei dem Schiffsbaumeister Wencke, 12 bei Lange u. Sohn, 17 bei Schau, in Firma: Schau u. Oltmann, 9 bei Tecklenburg, 19 bei Ulrichs und 4 bei dem Schiffsbaumeister Rickmers in der Lehre sind. Die Lehrlinge, worunter sich helle Köpfe befinden, sahen bald ein, daß dieses ein förmlicher Sklavenhandel sei, den die Meister mit ihnen zu treiben beabsichtigten und machten sie dem Spielwerk bald ein Ende, indem sie erklärten, sich nicht von ihrer Werft nach einer anderen, um dort zu arbeiten, schicken zu lassen, und war somit dieser Plan der Meister gescheitert.

Jetzt holten sie sich Kesselschmiede, sowie Hauszimmerer und Tischler heran, durch welche sie die Calfaterungen an den Schiffen vollführen ließen. Die Kesselschmiede aus Magdeburg, 7 an der Zahl, waren erst in Wencke's Dock beschäftigt; wurden dann nach Lange's Dock gesandt, wo sie die Bremer Bark „Texas" mit calfaterten (selbstverständlich ist das eine Calfaterung, die mit dem Pech- und Kohlentheerquast vollführt wird). Die Kesselschmiede sahen ihre Unfähigkeit zu diesen Arbeiten sehr bald ein, wandten sich daher an den Vorstand der Schiffszimmerer, der ihnen Geld gab, damit sie nach ihrer Heimath reisen konnten.

Sehr merkwürdig finden es nun die Schiffszimmerer, daß die Arbeiten an der Bremer Bark „Texas", der Rhederei J. H. Wätjen u. Co. gehörig, von solchen fachunkundigen Leuten vollführt werden konnte, da doch die Aufsicht bei sämmtlichen der Rhederei J. H. Wätjen u. Co. angehörigen Schiffen der Inspektor, Herr Semke, führt, dem sonst keine Arbeit, nicht einmal von fachkundigen Schiffszimmerern, gut genug vollführt werden kann!

Uebrigens sind bereits geeignete Schritte gethan, um den Herren Schiffsbaumeistern das Handwerk, die Calfaterungen mit dem Pech- und Kohlentheerquast zu vollführen, zu legen; auch habe ich durch dieses Verfahren der Herren Schiffsbaumeister in Erfahrung gebracht, welche haarsträubende Künstlerarbeiten sonst noch verfertigt werden, und werde ich darüber in einer späteren Nummer mich äußern, da ich augenblicklich noch viele künstlich angefertigte Arbeiten zu entdecken glaube.

Die Herren rufen jetzt die Schiffszimmerer auf der Straße an, und erklären denselben, sie sollen nur zu arbeiten anfangen, den alten Lohn wollten sie wieder geben, nur müßten sie sich gefallen lassen, von einem Dock zum anderen geschickt zu werden.

Also sie gedenken den Menschenhandel im neunzehnten Jahrhundert wieder einzuführen, nur schade, daß es den Herren an dem nöthigen Begriffsvermögen fehlt, um zu begreifen, daß, wenn die Lehrlinge sich schon solchem Handel widersetzen und nicht darauf eingehen, alsdann erwachsene civilisirte Männer erst recht solchen Spaß nicht mit sich treiben lassen

Wir rufen daher zunächst den Schiffszimmerern in Bremerhaven und Geestemünde, gestützt auf ihre über gen Collegen in Deutschland, zu, unter keinen anderen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen, als daß die Meister sich mit ihren Vorständen in Unterhandlungen einlassen.

Noch ein Wort an die übrigen Schiffszimmerer Deutschlands! Für Euch ist es jetzt nicht an der Zeit, dem Kampfe Eurer Kameraden müßig zuzusehen, sondern Eure ernste Pflicht ist es, alle sammt und sonders Eure Kräfte für die im Kampfe liegenden Kameraden einzulegen. Und sollte der Kampf ein noch größerer werden, dann gilt es einmal, Mittel und Wege zu ergreifen, die Herren Meister mit demselben Maße zu messen, wie sie uns stets gemessen haben. Wir werden Euch, wenn die Sache so weit kommen sollte, einen Vorschlag machen, wegen dessen Durchführung die Herren sich jedoch gewaltig hinter den Ohren kratzen sollen.

Mit Gruß H. Groß.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um baldigen Abdruck gebeten. D. O.

Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.

Quittung. Zeitz, U. 4,05. Itzehoe, A. S. V. 3,75. Meerane, E. 2,40. Rendsburg, A. S. V. 1,80. Gera, M. G. V. 3,00. Bockenheim, V. K. 1,00. Itzehoe 13,00. Hildesheim, L. 2,00. Mylau, L. 3,00. Schwerin, A. L. 3,75. Lübeck, E. 19,65 Lübeck, V. 4,50. Verden, E. 12,30. Gotha, A. V. 13,00 Wandsbeck, L. 5,25. Frankenthal, A. S. V. 13,05. Stuttgart, L. 7,50. Lübeck, 6,50. Minden, A. S. V. 2,10. Die Vereine, welche noch mit Beiträgen für Ende September im Rückstande sind, werden um schleunige Einsendung ersucht.

Gotha, den 4. Dezember 1877.

Mit Gruß Emil Rüger, Kassirer. Heinrichsg. 26.

Briefkasten

der Redaktion. L. in B.: Sie freuen sich, daß Sie mit Ihrer Ansicht über den russisch-türkischen Krieg nicht allein stehen, und beziehen sich auf eine Briefkasten-Notiz in unserer vorletzten Nummer. Warum nicht auf sämmtliche Rubel- und Reptilblätter, die ausnahmslos die nämliche Ansicht verfechten? Die Gesellschaft behagte Ihnen wohl nicht? — — a in Homburg: Auch noch zu Anfang nächsten Jahres steht Ihnen zu einer Erwiderung die Beilage des „Vorwärts" zur Verfügung. — Th. in Kaiserslautern: Ihr Schreiben ist nach Hamburg gesandt. — Pr. in Liegnitz: Das Beste ist, Sie wenden sich an einen dortigen Rechtsständigen. — W. W. in Hamburg: Wir sind außer Stande, Ihnen eine Adresse anzugeben. Wenden Sie sich an Auer. — B. B. in ? Otto Hübner's „Statistische Tafeln" können Sie durch jede Buchhandlung beziehen. — F. R. in C.: Die „Rechte" der Polizei im heutigen Klassenstaate sind so zahlreich, besonders gegenüber den Arbeitern, daß schwer zu bestimmen ist, wo das „Recht" aufhört und das Unrecht anfängt. In Ihrem Falle scheint die Polizei ausnahmsweise im Recht zu sein. — K. W. L. in H.: Sie haben also eingesehen, daß Sie sich mit dem „Unterthan" geirrt haben. — Was den anderen Punkt betrifft, so ist es sehr gleichgiltig, ob Sie „auf dem Boden einer bestehenden Religion zu suchen" sind, falls Sie überhaupt auf dem Boden der Religion stehen. Wenn Sie es fertig bringen, an den „persönlichen Gott" zu glauben, dann begreifen wir auch nicht, warum Sie sich gegen die übrigen religiösen Phantasiegebilde sträuben. Es fällt uns da ein Wort des bekannten katholischen Pfarrers, Land- und Reichstagsabgeordneten Westermeyer über den „Pfaffen Döllingerius" ein, als dieser, des neuangefertigten Dogmas der unbefleckten Empfängniß der Maria wegen dem unfehlbaren Papst den Rücken kehrte und die unglücklichste aller politischen Gründungen, den Altkatholicismus, verübte: „Hat der Kerl schon so viel Blödsinn hinuntergewürgt, da hätte er wahrhaftig auch diese Kleinigkeit noch mitschlucken können."

der Expedition. R. J. in Frankfurt a. M.: Das betr. Gedicht befand sich, so viel uns erinnerlich, in der „Berl. Fr. Presse"; wenden Sie sich gefälligst an die Expedition derselben, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a. II., Berlin. — H. Langendorf in Barmen u. R. Witkorck in Birnbaum: Die Bilder „Triumph of Order" sind leider von London noch nicht eingetroffen. — Chrst. Döringer in Gießen: Tragen Sie Ihren Wunsch dem Centralwahlcomité in Hamburg (Adresse: C. Derossi, Pferdemarkt 37) vor. — Aug. Posor in Muskau: Reklamiren Sie bei dortiger Post. Wenn dies ohne Erfolg sein sollte, dann machen Sie uns weitere Mittheilung, wir werden dann von hier das Nöthige veranlassen. — F. Oertel, Keblinghusen: Die betr. Nummern der N. W. können Sie erhalten, kosten mit Porto Mk. 1,20. — M. Hch., Weppler in Backnang: Ihre Reklamation haben wir der Post zur Recherche übergeben, die betr. Nrn. erhalten Sie per Kreuzband. — Ernst Hppe, Kalternberg: Es existirt ein Gesetz über Hundesteuer nicht. Jede Gemeinde hat das Recht, den Besitz der Hunde nach Belieben zu besteuern. Der nicht versteuerte Hund kann weggefangen und getödtet werden, der Besitzer unterlegt der angedrohten Strafe.

Alle Anfragen und Briefe, den Korbmacher-Bund betreffend, sind von jetzt an C. Hermann, Heerenweide 25 III. St. Pauli, Hamburg zu richten.

Quittung. Grbnstn Lindenau Ab. 18,45. Trst Kl.-Zschocher Ab. 0,80. Stllbrg Gotha Ann. 1,25. Rtnbrn Dortmund Ab. 1,00. Knd Frankfurt Ab. 50,00. Bßlr Stuttgart Ab. 57,30, Schr. 31,45. Hrtmnn Mainz Ab. 6,90. Flhr Friedberg Ab. 26,60. Slbrhrn Eßlingen Ab. 14,20. Hsnr Mainz Ab. 23,50. Hlngr Solothurn Ab. 2,01. Korbmacherbund Hamburg Ann. 3,00. Mknsty Düsseldorf Ab. 5,30. Schrnr Lübeck Ab. 6,90. Mllr Mannheim Ab. 44,00. Albrt Eßlingen Ab. 19,75. Ldwg hier Ann. 1,40.

Hannover. Sonntag, den 9. Dezember, findet in Winkler's Hotel, Mißburgerdamm:

Unterhaltung und Kränzchen

der vereinigten Gewerkschaften statt. Anfang 4 Uhr. [2,10

Hierzu ladet freundlichst ein

(F. 160) Das Fest-Comité

Hamburg.

Korbmacher-Bund von Hamburg-Altona und Ottensen.

Sonnabend, den 8. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im Salon zum Roland: (F. 146)

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Lokale Angelegenheiten. D. V. [1,10

Leipzig. Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend (E. Gen.).

Jeden Sonnabend, Abends halb 9 Uhr, in der Thieme'schen Brauerei, Tauchaerstraße Nr. 12 [70

Versammlung

Aufnahme neuer Mitglieder. R. Ludwig, Vorsteher.

Leipzig. Donnerstag, den 6. Dezember, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle":

Versammlung

der Arbeiter und Arbeiterinnen Leipzigs.

Tagesordnung: Die Wahl zum Gewerbeschiedsgericht. Referenten Ramm und Rauert. [1,10

Alle Wahlberechtigten ladet zu zahlreichem Erscheinen ein

Das Comité.

Stellegesuch. Ein Parteigenosse, welcher bereits längere Zeit als Redakteur eines Parteiorgans in Verwendung war, sucht bei der Redaktion oder Expedition eines sozialdemokratischen Blattes Stellung.

Diesbezügliche Anträge werden unter der Adresse W. Expedition des „Vorwärts" in Leipzig erbeten.

Preisherabsetzung!

Um mit den Vorräthen unseres Lagers zu räumen haben wir die Preise um

20—50 %

ermäßigt und versenden umfassenden Katalog über sämmtl. im Preise herabgesetzte Bücher, Kunstblätter und Musikalien, namentlich Pracht- und Geschenkwerke, Bilderbücher und Jugendschriften gratis und franco. Eine ganze aus 25 Bänden bestehende Bibliothek Romane und Novellen z. Th. von hervorragenden Schriftstellern liefern wir für den Spottpreis von 5 Mark. Verzeichniß der einzelnen Bände gratis. [4,80

Berlin, Hagelsbergerstraße.

Magazin für Kunst und Literatur.

Wir empfehlen als besonders geeignet zu Festgeschenken

Die Neue Welt.

Jahrgang 1876 u. 1877.

Preis: ungebunden M. 5,00 franco. In elegantem Einband M. 7,50 franco gegen baar.

Die Einbanddecken tragen das große Titelbild des Heftumschlags in Golddruck, darstellend:

Die Befreiung der Menschheit.

Bei Partien-Bezug entsprechender Rabatt. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten!

Leipzig. Die Expedition der „Neuen Welt". Färberstr. 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heßig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12, II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen, im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Socialdemokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Banfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henge, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 144. Sonntag, 9. Dezember. 1877.

International.

Bei unserer neulichen Besprechung der englischen Trades Unions erwähnten wir des Londoner Steinhauerstrikes, und wie die Anstrengungen der Arbeitgeber, denselben durch importirte ausländische Arbeiter zu unterdrücken, die englischen Arbeiter sozusagen mit der Nase auf das internationale und sozialistische Prinzip stoßen müßten. Diese Erwartungen haben sich nicht als grundlos erwiesen. Obgleich England — und auch in neuester Zeit — weit größere Strikes und Lockouts gesehen hat, so hat doch kein Strike die englische Arbeiterwelt so tief aufgeregt, wie dieser an sich, das heißt die Zahl der direkt betheiligten Arbeiter betrachtet, vergleichungsweise unbedeutende Strike der Londoner Steinhauer. Unsere Leser werden sich erinnern, daß der erste Versuch der Arbeitgeber, ausländische Conkurrenzarbeit einzuführen, an dem Klassenbewußtsein und Solidaritätsgefühl der für das Experiment ausersehenen deutschen Maurer und Steinhauer scheiterte. Durch dieses Mißlingen haben sich aber die Herren Kapitalisten nicht abschrecken lassen. Nach allen Richtungen hin warfen sie ihre Angelhaken und Netze aus, und ihre Menschenfischerei ist auch — wesentlich Dank den „schlechten Zeiten" — in Amerika, Dänemark, Schweden, Deutschland und anderen Ländern nicht ohne Erfolg geblieben. Das einzige Land, welches dem kriegführenden Kapital kein Kanonenfutter lieferte, ist Frankreich: nur ein französischer Arbeiter ließ sich bethören, und dieser Eine kehrte, als er den Sachverhalt erfahren, sofort wieder um. Die später importirten Deutschen haben den guten Ruf, welchen die zuerst importirten unserer „Nationalität" verschafft hatten, zu unserem Bedauern nicht gerechtfertigt. Ein Theil hörte zwar auf die Stimme der Pflicht und der Vernunft, aber auch nur ein Theil; und es sind so viele deutsche und außerdem auch amerikanische ꝛc. Maurer und Steinhauer auf den Leim gegangen, daß die Arbeitgeber vorläufig den dringendsten Aufträgen genügen können.

Der theilweise Erfolg der Londoner Bauunternehmer ist auf die übrigen englischen Arbeitgeber nicht ohne Einwirkung geblieben. Der Ruf nach importirter Arbeit behufs Unterdrückung der einheimischen Arbeit wird immer allgemeiner; und das letzte Wort ist: der Chinese, der Kuli — das Ideal des „geduldigen", „zufriedenen", „bedürfnißlosen" Arbeiters, richtiger zweibeinigen Lastthiers. Durch dieses Treiben ist der bekannte Professor Beesly, ein Freund der englischen Gewerkvereine, und sozialistischen Grundsätzen zugeneigt, zu einem längeren Schreiben an das englische Centralgewerkschaftsorgan, die „Industrial Review" bestimmt worden, welches die allerdings etwas bornirte Ueberschrift trägt: „England für die Engländer", und u. A. folgende Kraftstellen über Bourgeoispatriotismus enthält:

„Man redet viel von dem Patriotismus unserer reicheren Klassen. Was sie darunter verstehen, das ist China vergewaltigen, Indien tyrannisiren, Irland unter die Füße treten, kurz englisches Blut und englisches Geld für die Aufrechterhaltung eines Staatswesens verwenden, das für alle Welt verderblich und nur für eine winzige Minorität von Vortheil ist. Von dem Patriotismus, welcher darin besteht, das Privatinteresse dem öffentlichen Interesse zu opfern, wissen sie nichts. Unsere Großkapitalisten würden England mit Deutschen und Chinesen bevölkern, wenn sie es als profitabel erkennten, und — wenn wir es erlaubten.

„Wären die strikenden Steinhauer auf gewöhnlichem Weg mit ehrlichen Mitteln niedergeworfen worden, so würde ich mich in die Sache nicht einmischen. Dann wäre bewiesen worden, daß sie unklug gehandelt, und die Erfahrung würde ihnen wahrscheinlich für die Zukunft zu Statten kommen. Aber die systematische Einfuhr ausländischer Arbeiter ist ein Umstand, auf den sie nicht rechnen konnten, und der überhaupt nicht hätte eintreten sollen. Es gilt die Möglichkeit einer solchen Unterdrückungsmethode zu beseitigen. Ein Appell an die Reichen würde nichts helfen. Noch weniger haben wir von der Gesetzgebung zu hoffen. Die Arbeiter müssen sich selbst helfen, wie sie es bisher gethan haben. Die Trades Unionisten Englands müssen insgesammt gemeinschaftliche Sache mit den Steinhauern machen, damit dieselben nicht zu erliegen brauchen." — —

Soweit Professor Beesly. Was er von dem englischen Bourgeoispatriotismus sagt, gilt, mutatis mutandis (mit Abänderung nebensächlicher Punkte) vom deutschen, vom französischen und sonstigem Bourgeoispatriotismus. Daß die Vaterlandsliebe der Bourgeoisie blos so weit geht, als das Interesse ihres Geldbeutels, und daß Mordspatriotismus und Prozentpatriotismus blos zwei gleichbedeutende und gleich richtige Ausdrücke für Bourgeoispatriotismus sind, das weiß nachgerade jedes Kind.

Ganz recht hat Professor Beesly, daß er den englischen Arbeitern sagt, sie müßten sich selbst helfen. Allein weiter hat er auch nicht recht. Er sagt: die Arbeiter müssen sich selbst helfen, wie sie es bisher gethan haben. Wenn sich die englischen Arbeiter so helfen wollten, wie sie es bisher gethan, würden sie sich nicht helfen. Hätte die bisherige Taktik der englischen Arbeiter geholfen, dann wäre der Steinhauerstrike mit allem was drum und dran hängt nicht ausgebrochen. Dann wären die Kapitalisten nicht im Stande gewesen, den Arbeitern so frech Trotz zu bieten und zu solchen Mitteln der Unterdrückung ihre Zuflucht zu nehmen. Und was soll mit der Unterstützung der Steinhauer durch die übrigen Gewerkschaften noch groß bezweckt werden? Es ist zu spät. Die Steinhauer sind besiegt. Zum ersten Mal ist den englischen Arbeitern in ihrem eigenen Land, an ihrem eigenen Körper in schlagendster, eindringlichster Art der Beweis geliefert worden, daß der Kapitalismus international, und kraft seines internationalen Charakters jeder nationalen Arbeiterbewegung, und wäre sie, gleich der englischen Gewerkschaftsbewegung, die bestorganisirte der Welt, überlegen ist.

Nicht fortfahren so zu handeln, wie bisher gehandelt wurde, nicht weiter herumtappen in dem alten Irrgarten, lautet die Lehre des besiegten Steinhauerstrikes, sondern: international gegen international — internationale Organisation der Arbeit gegen die internationale Organisation des Kapitals. Wir wissen, die Führer der englischen Trades Unions bieten ihr Aeußerstes auf, um die Trades Unions im Schlepptau der Bourgeoisie zu erhalten und um zu verhindern, daß sie in das international-sozialistische Fahrwasser auslaufen, aber wir wissen auch, daß die Verhältnisse stärker sind als die Menschen, und daß die Logik der Thatsachen die Sophistik der sophistischen Individuen zu Schanden macht. Und nach der unerbittlichen Logik der Thatsachen sieht sich die englische Arbeiterbewegung vor den Hörnern des Dilemmas:

Kulis oder internationale Sozialdemokratie.

Knechtung durch die internationale Organisation des Kapitals

oder

Befreiung durch die internationale Organisation der Arbeit.

Idealismus — was ist's damit?

Von A. Douai.

III.

Seitdem das große Grundgesetz des Weltalls erkannt ist, nach welchem Kraft weder entsteht, noch vergeht, sondern in allen ihren Ursachen und Wirkungen sich nur verwandelt, so daß die Summe aller Kräfte sich immer gleichbleibt, grade wie auch die Summe alles Stoffes sich gleichbleibt, seitdem hat der theoretische Idealismus den Gnadenstoß erhalten. Dieser Satz beruht ebensosehr auf dem Sinnenzeugniß als auf unwiderleglichen Gründen. Es ist bewiesen, daß man keinen Stoff und keine Kraft vernichten kann, und daß jedes scheinbare Entstehen eines Stoffes oder einer Kraft eine bloße gleichwerthige Verwandlung ist. Man hat sich bisher zu sehr damit begnügt, diesen Satz bloß in der Physik und Chemie anzuwenden; sobald man ihn auf die organische Welt anwendet, wird aller theoretische Idealismus verbannt. Der ganze Darwinismus ist eine stillschweigende Berufung auf diesen Satz; denn wenn jede organische Bildung eine Entwicklung ist aus weniger entwickelten Gebilden; wenn aller Gedanke an Schöpfung, weil er nichts erklärt, fernzuhalten ist, um die Art und Weise des Hervorgehens eines Lebewesens aus dem andern erfahrungsgemäß nachzuweisen, womit allein die Bedürfnisse unseres forschenden Geistes befriedigt werden: so kann der Menschengeist keine Ausnahme von diesem Gesetz machen. Wenn wir sehen, daß ein ganzer Riesenbaum sich aus unorganischen Stoffe aufbaut, welchen sein winziger Keim sich angeähnlicht hat, und daß der Keim selbst an einem andern Baume aus angeähnlichten unorganischen Stoffe entstanden ist; wenn wir sehen, daß der ganze thierische Leib und der Beginn des verständigen Thuns im Thiere aus dem Pflanzenreiche stammt, mit Voraussetzung freilich eines thierischen befruchteten Eies, welches aber mit allen seinen Vorfahren auch aus dem Pflanzenleben herkommt; wenn wir ferner sehen, daß der Menschenleib aus dem Thierreiche hervorentwickelt erscheint, und sein Geist mit der Entwicklung des Leibes Schritt hält, so ist der letzte Wunderspuk, das letzte „Ding an sich", das letzte Unbegreifliche verschwunden. Es gilt jetzt, dieses allmälige Entstehen des Geistes zu erklären nach beweisbaren Naturgesetzen, nichts weiter hinter seiner Erscheinung zu suchen, sondern die ganze Erscheinung in ihrer Reihenfolge von Stufen durch Beobachtung festzustellen. Etwas erkennen kann hinfort nichts anderes mehr sein, als sein Entstehen und Vergehen auf bereits bekannte Naturgesetze zurückführen. Und da ein Naturgesetz von uns da angenommen wird, wo wir dieselbe Erscheinung in gleicher Weise ausnahmslos wiederkehren sehen; und da ferner unser Geist volle Befriedigung empfindet, wenn die Ursachen dieser Erscheinung ebenfalls auf Naturgesetze zurückgeführt sind, so ist es thöricht, für alle Naturgesetze selbst eine nicht gesetzliche Ursache, also etwa eine reingeistige erste Ursache, einen außer ihnen liegenden Zweck, eine allweise Weltordnung suchen zu wollen, zu deren Erkenntniß wir weder ein Bedürfniß, noch irgend welche Mittel haben.

Schwefel und Quecksilber, in gewissen Gewichtsverhältnissen innig gemischt, erzeugen Zinnober, wobei alle Eigenschaften beider Körper wunderbar in ganz neue Eigenschaften des dritten verwandelt sind (und so bei fast jeder chemischen Verbindung). Da dies ohne Ausnahme sich wiederholt, haben wir ein Naturgesetz erkannt, über welches wir uns bald zu wundern verlernen. Aus Zinnober stellen wir den Schwefel und das Quecksilber wieder her, und bei der letzteren, wie bei der ersteren Verwandlung bleibt das Gesammtgewicht dasselbe, zum Beweis, daß dabei weder an Stoff, noch an Kraft etwas verloren geht. Es fällt keinem Chemiker ein, zu fragen, warum dies so ist; er weiß aus Erfahrung, daß ihm auf diese Frage nie eine Antwort werden kann. Und in dieser Unmöglichkeit einer Erkenntniß des Warum des Gesetzes liegt keine Unvollkommenheit des menschlichen Erkenntnißvermögens. Es ist dies keine Schranke unseres Geistes, sondern dessen Schranke liegt vielmehr in unsrer (einstweiligen) Unfähigkeit, den Schwefel und das Quecksilber, welche Elemente sind, in noch einfachere Bestandtheile mit noch weniger Eigenschaften aufzulösen. Dieser Unfähigkeit wird vielleicht einmal durch noch zu erfindende Beobachtungswerkzeuge, welche unsere Sinne schärfen, abgeholfen, und die Schranken unserer Erkenntniß werden nach dieser Seite hin erweitert werden. Allein auch dann würden wir auf die Frage, warum diese einfacheren Bestandtheile gerade solche und keine andere Eigenschaften haben, keine Antwort erwarten dürfen. Im Gegentheile: je einfacher die Erscheinungen, desto weniger erklärende Ursachen sind vorhanden.

Ganz wie in diesem Beispiele verhält es sich mit der Erklärung unserer geistigen Verrichtungen. Wie der Zinnober nur die Summe des Gewichts und der Eigenschaften des Schwefels und des Quecksilbers darstellt, und wie es einfach albern sein würde, nach einer Erklärung dieses „Wunders" zu suchen, ganz so ist alles geistige Thun des Menschen aufzufassen. Es ist zu erklären als eine Verschmelzung der Eindrücke der Außenwelt mit den Gehirnorganen des Menschen, bei welcher Kraft und Stoff im neuen dritten Gebilde nicht vermehrt, sondern nur weiter entwickelt oder vermannigfacht werden. Das „Wunder" ist nicht größer als dort — alle Verwandlungen in der Natur sind gleich sehr, d. h. gleich wenig ein Wunder, sobald man die Uebergangsstufen alle durch Beobachtung festgestellt hat. Und nicht das ist eine Schranke unseres Erkenntnißvermögens, daß wir das Warum der Verschmelzung äußerer Eindrücke mit unsern Nerven in innere Rückwirkungen nie begreifen können — denn es ist daran nichts zu begreifen, weil es einfach eine Thatsache ist. Sondern das ist unsere Schranke, daß wir noch nicht alle Stufen beobachten konnten (was immerhin möglich bleibt), auf welchen unorganischer Stoff organisirter Stoff, dann Thier oder Pflanze mit den ersten Empfindungsäußerungen, dann verständiges Thier, d nn Mensch in seinem langsamen Wachsthume vom sinnlosen Embryo bis zum Weltweisen wird.

Wir erstaunen über das Endergebniß dieser ungemein langen Entwicklungsreihe blos deshalb, weil wir die vielen Zwischenstufen derselben gar nicht, oder mangelhaft kennen, gerade wie wir die Taschenspieler-Kunststücke anstaunen blos so lange, bis wir sie naturgesetzlich vom Anfang bis zu Ende erklärt finden.

Der theoretische Idealismus ist also ein Ueberbleibsel jenes mittelalterlichen Aberglaubens der Scholastiker, welche allen Ernstes glaubten, daß es außer allen bekannten Sorten Obst auch noch „Obst an sich", welches das eigentliche Wesen, den stofflosen Extrakt alles Obstes enthalte, geben könne. Sie verlangen das Lächerliche, daß das stofflose Wesen des Geistes aufgezeigt und anerkannt werde, welches allen geistigen Erscheinungen zu Grunde liege. Sie verlangen das Warum dieser Erscheinungen zu erkennen, anstatt deren Naturgeschichte.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ueber den Kulturkampf bringt die Berliner „Volkszeitung" einen Artikel, dem wir folgende Sätze entnehmen: „Warum schweigen die liberalen Katholiken Preußens in allen Distrikten, wo die katholische Religion die der Mehrheit der Bevölkerung ist? Weshalb spielen bei uns die sogenannten Staatskatholiken eine so nichtige Rolle, daß man kaum ihrer noch gedenkt, wenn man die Reihen der Kämpfer mustert? Die Antwort auf diese Frage ist Jedem klar, der der Zeiten eingedenk ist, wo man noch keinen Kulturkampf in's Leben gerufen hatte. Damals war das Centrum in der Volksvertretung immer nur ein kleines Häuflein gegenüber den anderen Parteien, wo die Confession keine Scheidewand bildete. Erst mit dem sogenannten Kulturkampf und seinen unerquicklichen Scenen wurde es anders. Erst von da ab, wo man mit Gensdarmen, Polizisten, Exekutoren, Gefängnißschließern, Sondergerichten und Ausweisern für Kultur zu kämpfen meinte, erst da zog sich jeder liberale Katholik zurück und überließ das Feld den Ultramontanen, die allein das Centrum bilden." — Mit dem Grundgedanken in jenen Sätzen sind wir völlig einverstanden. Auch wir haben zu wiederholten Malen erklärt, daß diejenigen, welche den Kulturkampf geschaffen, auch die ultramontane Partei in ihrer großen Kraft geschaffen haben; ja, die ultramontane Partei ist nicht das Werk der Herren Mallinkrodt, Windthorst und Reichensperger, sondern das ureigenste Werk des Herrr v. Bismarck. Im Uebrigen wollen wir in Bezug auf die liberale Partei, die durch ihr Verhalten im Kulturkampfe — und die Fortschrittspartei trägt mit die Schuld — die liberalen Katholiken zurückgestoßen hat, den alten klassischen Spruch citiren: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit."

— Sie sind überall dieselben — unsere guten Liberalen. In Friedberg in der Wetterau trat im Februar d. J. ein „liberaler Wahlverein für den zweiten oberhessischen Reichstagswahlkreis" in's Leben. Der Verein, der den Zweck hat, „durch Wort und Schrift aufklärend und belehrend in freiheitlichem Sinne zu wirken und alle reichs- und staatsfeindlichen Bestrebungen zu bekämpfen", hat bisher schon in drei ganzen Orten Versammlungen abgehalten und im Mai 10,000 nicht minder ganze Flugblätter verbreitet. In Folge dieser gewiß nicht allzugroßen Anstrengung wird nun folgendermaßen in hessischen Blättern zum Angriff geblasen: „Gut Ding will Weile haben" ist ein Sprichwort, welches unserer oberhessischen Bevölkerung ganz besonders zur Richtschnur dient. Kein Wunder daher, wenn es der liberale Wahlverein in dem halben Jahre seines Bestehens noch nicht weit gebracht hat, da auch heut noch (wie es in seinem Flugblatte heißt) der größte Hemmschuh bei Erfüllung seiner Aufgabe die Gleichgiltigkeit der Parteigenossen im eigenen Lager ist, der Widerwille, der Sache zu Liebe ein Opfer an Geld — und sei es auch noch so klein — zu bringen. Die liberale Partei hat wahrlich keinen Grund, auf ihren Lorbeeren auszuruhen; im Gegentheil, viele triftige, zwingende Gründe sprechen dafür, daß es hohe Zeit ist, wenn sie ihre Mitglieder überall im Kreise, so auch in unserm Wahlkreise durch eine geschlossene, feste Organisation stets wachhält"

u. s. w. Da sind wir Sozialisten doch bessere Menschen! Daß der Sozialismus auch in der Weiterau schon Fuß gefaßt hat, ist — das können wir ohne Unbescheidenheit sagen — nicht nur ein kräftiger und zwingender, sondern sogar der triftigste und zwingendste Grund. —o—

— Die „Magdeburgische Zeitung" gilt für eins der geistreichsten und bestredigirten Bourgeoisorgane Deutschlands, und namentlich ihr Feuilleton erfreute sich bisher eines gewissen Rufs. In dem Kampf gegen die Sozialdemokratie scheint aber der Verstand des wackern Blattes Noth gelitten zu haben. Wir erwähnten schon neulich der behaglich von ihm abgedruckten Subeleien des literarischen Lumpen De Camp über die Pariser Commune. Seitdem hat die „Magdeburgische Zeitung" noch verschiedene Feuilletons mit De Camp'scher Waare gefüllt, und dabei ist ihr das Malheur passirt, daß sie gerade solche Passagen abgedruckt, bez. übersetzt hat, welche gegen die Feinde der Commune sprechen. So wurden z. B unter dem Titel: „Die gefeierten Vorbilder der deutschen Sozialdemokratie an der Arbeit" die Thaten eines gewissen C. (Name ungenannt) geschildert. Diese Thaten sind nun leider höchst harmloser Natur. Besagter C. stand mit den Mönchen von Auteuil auf keinem guten Fuß, krümmte ihnen jedoch kein Haar. Eines schönen Tags kam er mit zwei anderen Communarden, um einen Keller unter dem Kloster zu untersuchen.

„Die drei Communisten", erzählt die Magdeburgerin nach ihrem sauberen Gewährsmann, „verlangten Licht und begaben sich in die am Morgen ausgeräumten Keller, nachdem sie das einzige kleine, hoch über dem Boden befindliche Fenster, welches am Morgen durch einen Kolbenstoß zertrümmert war, mit Brettern und Erde verschlossen hatten. Der Prior machte sie darauf aufmerksam, daß dies Fenster auf den unbewohnten Hof ginge; sie bestanden aber barsch auf ihrem Willen. Sie wollten bei ihrer Arbeit nicht beobachtet sein. Als Pater Duvinot sich entfernen wollte, befahlen sie ihm zu bleiben.

„Dann wurden mehrere Kannen Wasser auf den Kellerboden, der aus der in Paris üblichen Cementlage bestand, gegossen und beobachtet, ob durch irgend einen Spalt das Wasser schneller als auf dem übrigen Theil des Bodens verschwände.

„Nun wurde dem Subprior klar, was jene Drei beabsichtigten; sie suchten versteckte Werthsachen oder Waffen.

„Da er wußte, daß nichts dergleichen zu finden war, so lehnte er sich mit gekreuzten Armen an den Thürpfosten der Kellerthür und betrachtete mit stiller Ironie die Arbeitenden.

„Diese mußten fest überzeugt von dem Vorhandensein geheimer Verstecke in dem „Mönchskloster" sein, denn sie begannen in der That an einer Stelle, wo das Wasser schneller verschwunden zu sein schien, den dünnen Estrich zu durchbrechen und mit Eifer die Erde aufzuwühlen. Nachdem sie ungefähr eine halbe Stunde gearbeitet, schlug der eine der Arbeiter auf einen harten Gegenstand, der zweite hob jubelnd den schweren Steinbrecher und führte einen gewaltigen Schlag auf den vermeintlichen Topf, den er vor sich sah.

„Zischend fuhr ein dicker Strahl brauner, trüber Flüssigkeit in die Höhe. Der Thor hatte die etwa einen Meter im Durchmesser haltende Röhre der Abflußleitung, die von den hohen Bureaus herabführte, durchschlagen.

„Im selben Moment aber krachte die Thür des Kellers in's Schloß, schnappend schlug die am Morgen erst hinreichend mit Oel getränkte Feder ein. Der Prior war verschwunden.

„Als am anderen Tage das die Straße überschwemmende Wasser die Bewohner der Nachbarhäuser aufmerksam machte, und man die Schlußthür der Röhren oberhalb öffnete, fand man die drei Communisten in Gesellschaft zahlreicher Ratten ertrunken im Keller.

„Das Stiftshaus der Mönche aber war leer. Die Mönche hatten sich bei Zeiten aufgemacht, um der Ermordung (!) zu entgehen, welche ihnen zugedacht war."

Und das wird erzählt, um die Communarden anzuschwärzen! Man traut seinen Augen nicht! Die drei Beamten der Commune, die ihre einfache Amtspflicht erfüllten, wie jeder Polizeibeamte sie z. B. auch in Magdeburg zu erfüllen hat, und denen der Feind auch nicht die geringste Gewaltthätigkeit nachsagen kann, werden in Ausübung ihres pflichtmäßigen Berufs von einem Pfaffen feige und heimtückisch ermordet, und zwar einem furchtbar martervollen Tod überliefert — und nicht der Mörder wird als der schuldige Theil verurtheilt, sondern die Opfer des Mörders! Das zeigt, wie vollständig unseren Gegnern alle Moralbegriffe abhanden gekommen sind. Der Versuch, den Mord zu einem Akte der Nothwehr zurechtzulügen, läßt, da für die Annahme, die Communarden seien ihrerseits mit Mordgedanken umgegangen, auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht wird, die Niederträchtigkeit dieser Umstülpung der Moral nur um so schärfer hervortreten.

Ein fast noch ärgerer Faustschlag in's Angesicht der gesunden Vernunft ist das folgende Feuilleton, betitelt: „Die Opfer der Commune." Wer sind die „Opfer der Commune"? Die der Lynchjustiz ihrer eigenen Soldaten anheimgefallenen Generale? Die von ein paar durch die Versailler Massenmorde zu wahnsinniger Wuth getriebenen Menschen erschossenen Geißeln? Der Polizeispion, welcher, das einzige authentische „Opfer der Commune" wegen nachgewiesenen Verraths an der Commune erschossen wurde? Nein! „Die Opfer der Commune" sind die von den Versaillern massakrirten Communards. Die „Magdeburgische Zeitung" will die Commune dem Haß und der Verachtung überliefern, und sie überliefert die Ordnungsbanditen von Versailles, ihre, der „Magdeburgischen Zeitung", Partei- und Gesinnungsgenossen, dem Haß und der Verachtung. Wo hat das geistreichste und bestredigirte Organ des deutschen Nationalliberalismus seine fünf Sinne gehabt? Qui mange du Pape en meurt, lautet ein altes französisches Wort: Wer vom Papst ißt, stirbt daran — nun, was da vom Papst gesagt wird, scheint heut in etwas veränderter Form von den Sozialisten zu gelten. Wer den Sozialismus verspeisen will, sich auf die Sozialistenfresserei wirft, verliert zwar nicht das Leben, aber, was schlimmer, den Verstand.

— Nachspiel des Diest-Daber-Prozesses. Die „Vossische Zeitung" bringt folgende Erklärung:

„Herr von Bismarck-Kniephof sendet der „Vossischen Zeitung" und „Kreuzzeitung" eine Berichtigung gegen das Referat in Nr. 274 des ersteren Blattes. Wenngleich in der Fassung, welche jenes Referat und Hr. von Bismarck wählen, eine Berichtigung, eine gewisse Berechtigung hat, so habe ich nur hier die Frage zu stellen: warum ist der stenographische Bericht — trotz der Anwesenheit von 9 Stenographen, auch denen der „Kreuzzeitung" und „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" — bisher unterdrückt worden? Der Wortlaut desselben würde eine gewisse Klarheit in die Sache gebracht haben. Berichtigungen auf Zeitungsreferate erscheinen mitunter nicht unerwünscht. Hoffentlich wird der durch die Nichtigkeits-Instanz herbeigeführte Wahrheitsbeweis die objektive Wahrheit, auf welche nach meiner Auffassung der Fürst Bismarck durch eigene Vernehmung unter Vorlage der Bücher längst hätte dringen müssen, klarstellen. Berlin, den 3. Dezember 1877. von Diest-Daber."

Wir fürchten, die Hoffnungen des Herrn Diest-Daber auf Herbeiführung des Wahrheitsbeweises durch die Nichtigkeitsinstanz werden sich nicht erfüllen.

— Aus Frankreich. Bei den bevorstehenden Gemeinderathswahlen beabsichtigen die Pariser Arbeiter selbstständig aufzutreten und sich nicht mehr mit der Ehre, durch einen bürgerlichen Demokraten vertreten zu sein, abthun zu lassen. Bekanntlich ist die Stadt Paris in zwanzig Arrondissements eingetheilt, von denen jedes wiederum in vier Stadtviertel resp. Wahlbezirke zerfällt, was mithin achtzig Gemeinderäthe ergiebt. Unter den letzteren entsprechen viele, namentlich in den äußeren Arbeitervierteln, durchaus nicht den radikalen Gesinnungen ihrer Wähler. Das ist besonders im stark von Arbeitern bevölkerten Belleville-Viertel, in welchem fast alle Revolutionen ihren Anfang genommen haben, der Fall, da dasselbe bisher den Herrn Barbaret zum städtischen Vertreter hatte, der sich der Freundschaft Gambetta's rühmen kann. Gegen diesen Herrn wird nun der sozialistische Candidat de Castelnau auftreten, der seines Faches Arzt ist und s. Z. Mitredakteur des von Delescluze herausgegebenen „Reveil" war. In dieser tapferen Zeitung, die man nicht mit der gegenwärtigen gleichnamigen des Herrn Viktor Hugo verwechseln wolle, zeichnete er seine Artikel mit „Dr. Lux."

Was den „großen Conflikt" betrifft, so stehen wir wieder einmal „auf der Schwelle des Bürgerkriegs" — wenn man den „republikanischen" Maulhelden glauben wollte. Die Budgetcommission hat die Verweigerung des Budgets beschlossen — was beiläufig noch nicht einmal Steuerverweigerung ist. Indeß, wie dem auch sei, wäre es ernst gemeint, wäre anderseits Mac Mahon durch Annahme dieses Beschlusses in die Nothwendigkeit versetzt, entweder zu Kreuz zu kriechen oder einen Staatsstreich zu machen. Nun ist aber keins von beiden der Fall. Nimmt die Kammer den Antrag der Budgetcommission an, so wird einfach die Auflösung der Kammer erfolgen, ein Schritt, zu welchem Mac Mahon gerade so berechtigt ist, wie sein Vorbild Bismarck weiland zur wiederholten Auflösung der preußischen Conflikts-kammern, und — das Ende vom Lied wird genau dasselbe sein.

Also hüte man sich vor den Sensationsnachrichten aus Paris, die zum Theil nach Pulver und Blut riechen. So schlimm ist's nicht. Die Herren Bourgeois in der Opposition pflegen bekanntlich, theils aus Furchtsamkeit, theils aus Renommisterei, hinter jedem Busch „Steifleinene" zu sehen, und in jeder Windmühle einen dräuenden Riesen zu erblicken. Da sie von den eingebildeten „Steifleinenen" nicht todtgeschlagen, und von den Windmühlen nicht aufgefressen werden, so sind sie dann große Helden.

Die französischen „Republikaner" huldigen jetzt nach Herzenslust dieser schönen Gewohnheit — lassen wir ihnen das Vergnügen. Am Schluß des Stücks wird der Vorhang über keinen Leichen fallen — der dicke Gambetta hat so wenig das Zeug zu einem Märtyrer, wie der dicke Löwe-Calbe.

— Der kräftig aufstrebenden Arbeiterbewegung in Nordamerika versuchen die Gegner jetzt durch ein bischen politische Heuchelei ein Schnippchen zu schlagen; und zwar sind es zur Abwechselung diesmal die den Republikanern mehr und mehr den Rang ablaufenden Demokraten, welche sich plötzlich erinnern, daß für die Arbeiter etwas geschehen müsse. Sie, die Demokraten nämlich, haben das durch eine Entscheidung des Bundes-Obergerichts thatsächlich aufgehobene Achtstunden-Arbeitsgesetz, welches vor zehn Jahren durch die Republikaner deshalb zur Einführung in den Staatswerkstätten angenommen wurde, weil man die Arbeiter für sich gewinnen wollte, aus der gesetzgeberischen Rumpelkammer wieder hervorgeholt und es zum Gegenstand einer Interpellation an den Marineminister gemacht, wonach derselbe Auskunft geben soll, ob er das Achtstundengesetz in den Regierungswerkstätten noch ausführe oder nicht. Selbstverständlich handelt es sich bei der demokratischen Partei auch nur um ein Wahlmanöver, das aber, wie die Dinge jetzt liegen, völlig erfolglos bleiben wird.

— Auf verschiedenen Punkten des bulgarischen Kriegsschauplatzes ist in den letzten Tagen heftig gekämpft worden. Während die Russen an einzelnen Punkten Vortheile errungen und sich wichtiger Positionen bemächtigt haben, wird anderseits ein bedeutender türkischer Waffenerfolg (durch Suleiman Pascha) gemeldet, dessen Tragweite sich indeß noch nicht abschätzen läßt. Die Hoffnungen der Russen auf Aushungerung Osman Pascha's, der reichlich mit Proviant versehen sein soll, beginnen zu schwinden, und man redet wieder von einem Sturmangriff. — Die Serben, welche schon im Ausmarsch begriffen waren, haben plötzlich Gegenbefehl erhalten — ob in Folge englisch-österreichischer Drohnoten, wie die Einen behaupten, oder in Folge ungünstiger Nachrichten vom Kriegsschauplatz, wie Andere behaupten, das lassen wir dahingestellt sein.

— Parteigenosse Bebel hat sich nach allem, was uns zu Ohren kommt, einer besonders aufmerksamen Behandlung seitens der Direktion des Gefängnisses am Plötzensee nicht zu erfreuen. So z. B. hat es den Anschein, als ob man ihm die geistige Beschäftigung, ohne die ein gebildeter Mensch nun einmal nicht existiren kann, unmöglich machen wollte, wenigstens läßt der Umstand diese Annahme zu, daß man es Bebel verweigert hat, die von ihm verfaßten beiden Broschüren: „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags" zu einer einzigen zu verschmelzen, wozu er von der „Allgemeinen deutschen Assoziationsbuchdruckerei" in Berlin den Auftrag erhalten hatte. Ferner gestattet sich die Direktion, unter den Bebel Besuchenden eine förmliche Auswahl vorzunehmen, indem sie alle Diejenigen — Most ist es z. E. so gegangen —, deren Besuch Bebel besonders angenehm sein könnte, zurückweist. Rechnen wir zu diesen Thatsachen noch hinzu, daß Bebel auch nicht mit dem am Plötzensee sich befindenden Genossen Dolinski während der Freistunden verkehren darf, so scheint es fast, als ob die Direktion in Plötzensee gerade Bebel gegenüber in der minutiösesten Weise die Gefängnißreglements zur Ausführung zu bringen gedächte. Es ist freilich schlimm, daß es in der Gewalt der Direktion liegt, politische Gefangene in dieser Weise zu behandeln, zumal es feststeht, daß bei Spitzbuben und Bankerotteuren in liberalerer Weise verfahren mird.

— Parteigenosse Klute wird am 7. Dezember in Zeitz eine Haft von 11 Monaten antreten. Von diesen 11 Monaten entfallen 8 auf eine Bismarck- und 3 auf eine Landrathsbeleidigung. Ferner sind die Parteigenossen Lätzsch, Ravior und

---

Zur Erziehung des Menschen.

Vor nicht langer Zeit erklärte der „Hamburgische Correspondent", daß die sozialdemokratische Propaganda den ganzen Menschen in Beschlag zu nehmen und somit auch auf das Familienleben der Bevölkerung Einfluß zu gewinnen suche. Darin liege das eigentliche Geheimniß der sozialistischen Erfolge.

Es ist nun nicht zu leugnen, daß die Sozialdemokratie solches Bestreben hat, und zwar sucht sie den ganzen Menschen in Beschlag zu nehmen, um ihn zu einem ganzen Menschen zu machen.

Schon oft ist deshalb in der sozialdemokratischen Partei der Gedanke aufgetaucht, auch die Jugend, die Kinderwelt, welche jetzt mit allerlei Bibelsprüchen und Ammenmärchen geistig aufgepäppelt wird, für bessere Ideen zu gewinnen — aber bis jetzt blieb es immer nur beim guten Vorsatze.

Doch nunmehr ist der Gedanke zur That geworden. Die Genossenschaftsdruckerei zu Leipzig hat im Einverständnisse mit der Parteileitung ein „Bilderbuch für kleine und große Kinder" verlegt unter dem Titel:

„König Mammon und die Freiheit."

Dasselbe zerfällt in zwei Theile, von denen der erstere den König Mammon und sein Heergefolge, der zweite die Freiheit und ihre Wohlthaten für die Menschheit versinnbildlicht.

Betrachten wir nun das sehr vorzüglich ausgestattete Büchlein etwas näher und zwar mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß wir hier nicht ein vollendetes Kunstwerk, sondern nur den Anfang des großen Bestrebens, die Kinderwelt schon zur sozialistischen Weltanschauung zu erziehen, vor uns haben.

Der erste Theil führt das bezeichnende Motto von Göthe:

„Nach Golde drängt, am Golde hängt
Doch Alles."

Wir sehen dann den König Mammon in höchsteigener Person, mit einem Geldsack als Reichsapfel, die Backen der edelsteingeschmückten Krone mit Zwanzigmarkstücken geziert, und mit einem Scepter, an welchem gleichfalls die Rundungen und Verzierungen die verdächtigen Goldstücke zeigen. Und unter dem Bilde

Ihr lieben Kinder, der hier steht
Mit Scepter, Kron' und Stern,
Ist König Mammon, wie Ihr seht,
Der mächtigste der Herr'n.

Der ist gar grausam, wild und bös',
Schon am Gesichte sieht man es,
Wer ihm nicht still gehorcht und stumm,
Den bringt er ohne Gnade um.

Auch seine Diener sind schlimme Gesellen,
D'rum will ich sie Alle vor Euch stellen.

Nun spazieren sie sämmtlich in Bild und Wort an der Kinderwelt vorbei. Die Diener des Königs Mammon, die er auf die arme Menschheit hetzt: Der Hunger zuerst mit der Knute, dann die Heuchelei mit dem zweideutigen Gesicht, es folgt die grause Noth und der blutige Haß, der Geiz und die Zwietracht, die Habsucht und der Neid, die Rache und der Krieg.

Besonders ist der Neid ausgezeichnet personifizirt; und der Krieg in seiner grauenvollen Wildheit wird jedem Kinderherzen den Wunsch einflößen, daß er baldigst von der Erde verschwinden möge. Wird solcher Wunsch allseitig, wächst er zur Forderung, so wird die Menschheit den wilden Mordgesellen schon vertreiben, —

Der zweite Theil führt sich mit dem Motto von Anastasius Grün ein:

„Freiheit ist die große Losung,
Deren Klang durchjauchzt die Welt."

Wir sehen auch schon auf dem ersten Bilde die Freiheit mit dem Flammenschwert, das Licht und Bildung verleiht, mit der rothen Fahne, dem Banner der Liebe und der Menschheit, und die phrygische Mütze auf dem Haupte vor uns, und bewundernde Kinderblicke werden aufschauen zu dem schönen Wesen.

In rechter Hand das Flammenschwert
Und links die rothe Fahn',
Das schöne Weib da ist es werth,
Ihr seht's Euch richtig an.

Es ist die Freiheit brav und gut,
Mit frischem Geist und raschem Muth,
Sie machte gerne Alles schön,
Möcht' alle Menschen glücklich seh'n.

Auch sie hat Diener und treue Collegen,
Wollt' sehn, ob sie Euch gefallen mögen!

Mit obigen Versen führt sich die Freiheit ein. Schauen wir nun auch nach ihren Dienern und Collegen.

Da nahen sie und stellen sich hübsch und brav der Kinderwelt vor: zuerst die blumenspendende Liebe, dann der lichte Friedensengel und der wahre Heldenmuth, der kein Opfer für eine große Idee scheut, die Gerechtigkeit, nicht mit der Binde vor den Augen, sondern freien und offenen, edlen Angesichts; die Wahrheit, gleichfalls frei und offen; der Ruhm, den Triumph des Geistes bezeugend, der Fleiß, die Wissenschaft, auch sie leisten der Freiheit Heerfolge, und zuletzt nahen bräutlich geschmückt und Arm in Arm die Einigkeit und der Wohlstand.

Eine brave, tüchtige Arbeit haben wir vor uns; und hätten wir vielleicht gewünscht, daß einzelne Diener im Heergefolge des Königs Mammon etwas maßvoller in der Zeichnung gehalten wären, so wird aber Jeder nach Anblick des zweiten versöhnenden Theils das Bilderbuch mit großer Befriedigung seinen Kindern anvertrauen.

Und nun dabei die reiche Fülle des Textes: in der schönsten Abwechselung die besten Blüthen deutscher Poesie und Prosa, eine Auswahl, welcher wir des liebevollen Fleißes willen, der bei derselben gewaltet hat, unsere besondere Anerkennung nicht versagen können.

Weshalb aber besprechen wir dieses Kinderbüchlein so ausführlich? Weil wir, wie schon oben gesagt ist, darin einen weiteren und entscheidenden Schritt der Sozialdemokratie erkennen, den ganzen Menschen zu erfassen, um einen ganzen Menschen zu bilden.

— Wir erhalten aus Berlin folgende, leider anonyme Zuschrift:

„Ihr Artikel im „Vorwärts" über die Gummifabrikation

Voigt in Zeitz vom dasigen Kreisgericht zu je 25 M. verurtheilt worden, weil dieselben ihre Eigenschaft als Vorstandsmitglieder des neugegründeten Zeitungsvereins nicht rechtzeitig angemeldet hatten. Und als Letzter im Bunde figurirt Parteigenosse Kokosky in Braunschweig, der wegen Beleidigung eines Gemeindevorstandes durch den „Braunschweiger Volksfreund" zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt wurde.

Die Sozial-Correspondenz im Dienste des sozialistischen Prinzips.

Die neueste Nummer der Sozial-Correspondenz (Böhmert) bringt an erster Stelle einen Artikel über „hohe Löhne und die Sozialdemokratie." Derselbe beginnt mit den inhaltlosen, phrasenklingenden Sätzen:

„Welcher Menschenfreund, ja welcher Mensch überhaupt sollte nicht wünschen, daß die Arbeitslöhne stets so hoch sein möchten, als nur irgend möglich, d. h. als der Produktionsaufwand und die Kaufkraft der Abnehmer gestattet? Auch die Arbeitgeber, wenn sie anders ihr Interesse richtig verstehen, müssen diesen Wunsch theilen, denn in einem Lande mit Freizügigkeit, Coalitionsfreiheit u. s. w. zieht ein flottes Geschäft das Steigen der Löhne ebenso nothwendig nach sich, wie ein Sommerregen das Wachsthum der Pflanzen. Indeß der Satz: keine Regel ohne Ausnahme, gilt auch für die Ersprießlichkeit der Lohnsteigerungen. Wie allzu reichlicher Regen, besonders auf morastigem Boden, leicht ein geiles Aufschießen, ja sogar Faulen der Gewächse zur Folge hat, so ist es auch mit den höheren Löhnen, wenn der sittliche Boden nicht entsprechend, nicht gleichsam auffaugungsfähig genug ist. Insbesondere ist ein langsames Wachsen und stetiges Festhalten der Löhne dem plötzlichen Aufschnellen und dem dann unvermeidlichen Zurückgehen der Löhne vorzuziehen. Plötzlich und unvermittelt eintretende hohe Löhne wirken wie Lotteriegewinne, von denen das Sprichwort: „Wie gewonnen, so zerronnen" gilt."

Also: Die Löhne müssen so hoch steigen, wie es der Produktionsaufwand und die Kaufkraft der Abnehmer gestattet. Was heißt denn das?! Produktionsaufwand soll doch wohl diejenige Summe sein, welche die Produktion kostet? Kaufkraft dasjenige, was der Consument für das Produkt der Arbeit im günstigsten Falle ausgeben kann? Der Consument ist aber in den zahlreichsten Fällen zugleich auch Produzent und die Höhe seines Lohnes hängt also von seiner eigenen Kaufkraft ab, und er mag sich drehen und wenden wie er will, aus diesem Verhältniß, in welchem er wie in einem unlösbaren Banne steht, kommt er nicht heraus. Aber dieser Beweis wird uns noch leichter gemacht werden. Hohe Löhne liegen ferner auch im Interesse der Arbeitgeber — d. h. wenn mit dem Lohne auch der Unternehmergewinn sich verdoppelt —, sind sodann in einem Lande der verschiedenen wirthschaftlichen Freiheiten — Concurrenz drückt aber bekanntlich die Preise herunter — eine Folge des flotten Geschäfts, überfördern schließlich wie ein Sommerregen das Wachsthum der Pflanzen. Aber — keine Regel ohne Ausnahme: Nicht allzureichlich, nicht zu plötzlich dürfen sie steigen. Als ob die große Klasse des arbeitenden und des arbeitsuchenden Volkes unter der Höhe seiner Löhne seufzte, als ob das Verhältniß zwischen den Löhnen und der Kaufkraft ein anderes werden könnte, wenn es sich langsam, als wenn es sich schnell veränderte. Der Satz von dem „sittlichen Boden", von der „Auffaugungsfähigkeit" ist eine hohle Phrase. Wo ist denn der sittlichere Boden? etwa da, wo die allerdings unbestreitbare größere Auffaugungsfähigkeit sich findet. Wenn man sich doch nur nicht immer auf die Sittlichkeit beriefe, wo man vor lauter Prangern und Schandsäulen kaum noch die Unsittlichkeit zu sehen vermag.

Das Blatt bringt nun für seine oben citirten Sätze Belege herbei, und beruft sich behufs dessen auf den „Jahresbericht für die Fabrikinspektoren für das Jahr 1876", und da besonders auf den „belehrendsten und sorgfältigsten des Fabrikinspektors für den Regierungsbezirk Düsseldorf", aus dem er zunächst einige anerkennenswerthe Berichte für den „arbeiterfreundlichen Sinn des Verfassers" herbeibringt. „Besonders eingehend, heißt es sodann wörtlich, verbreitet sich derselbe auch über die sittlichen (!) Zustände der dortigen Arbeiterbevölkerung, namentlich das Kost- oder Quartiergängerwesen der ledigen Arbeiter und dessen demoralisirende, das Familienleben der Kostgeber im tiefsten Grunde verheerende Wirkungen. Und hier ist es nun, wo er auf die gegen 1872 eingetretene Erniedrigung der Löhne und Accordsätze jugendlicher Arbeiter in der Eisenindustrie und den verwandten Branchen zu sprechen kommt und dieselbe als eine Maßregel bezeichnet, welche unbedingt nothwendig war, wenn nicht die körperliche und sittliche Kraft der jüngeren Arbeitergeneration unbedingt vernichtet werden sollte. Dieses auf den ersten Blick überraschende Urtheil wird durch eine große Reihe von Thatsachen und amtlichen Schilderungen belegt, die hier jedoch wiederzugeben zu weit führen würde; wir verweisen auf pag. 270—275 des Buches."

Diese Entdeckung, daß niedrige Löhne die sittliche und körperliche Kraft der jüngeren Arbeitergeneration erhalten, ist ganz einzig! Während man so ziemlich allgemein zuzugeben sich gezwungen sieht, daß die Löhne vor 1870 allerdings zu niedrig waren, daß sie nicht einmal mehr den „nothwendigen Lebensunterhalt" zu decken vermochten, während man den jammervollen Prozeß tagtäglich sich vollziehen sieht, daß zu niedrige Löhne namenloses Elend zur Folge haben, und daß dieses die Brutstätte der Vernichtung der physischen wie der sittlichen Kraft ist, während man auf der anderen Seite sehr gut weiß, daß die Lüderlichkeit von oben herab „gegründet" wurde und wird, die oberen Schichten der Gesellschaft tief durchfressen hat und daher naturnothwendig — wenn auch nicht in gleichem Maße wie in den Wein- und Austernkellern und in den Boudoirs der feinen Gesellschaft und in den Corpskneipen unserer Hochschulen — auch nach unten hin ihre wuchernden Wurzeln schlagen mußte; während hier alle Thatsachen diametral entgegenstehen, wagt man es, diesen ins Gesicht schlagend, die endliche Aufbesserung unserer Arbeiterverhältnisse für eine hier und da vielleicht größere Lüderlichkeit verantwortlich zu machen. Das ist allerdings ein „überraschendes Urtheil"!

Und jetzt zu dem Dienste, den die „Sozial-Correspondenz" dem Sozialismus in ganz eklatanter Weise leistet. Das Blatt schließt seinen Artikel:

„Nur Eines führen wir noch an. Der Bericht constatirt, daß die sämmtlichen Löhne sich immerhin noch über dem Stand der Jahre vor 1870 gehalten haben, die Lebenslage der Arbeiter aber hierdurch um nichts besser als 1869, sondern schlechter geworden sei, da die Steigerung des Einkommens in keinem Verhältnisse stehe zu derjenigen der Ausgaben. Diese letztere aber wiederum sei bedingt theils durch die höheren Lebenspreise, theils aber „durch die größeren Ansprüche der Arbeiter auf wirkliche oder vermeintliche Bedürfnisse, hervorgerufen durch die zügellose, verdienstreiche Glanzzeit der 70er Jahre und durch die alle edleren Beziehungen und Bedürfnisse des Familienlebens ruinirenden Einflüsse der sozialdemokratischen Anschauungen, die in den Arbeiterkreisen weite Verbreitung gefunden haben".

„Ein solches und so motivirtes Verdict über die Sozialdemokratie ist weder neu, noch vereinzelt, aber aus einem so competenten und arbeiterfreundlichen Munde gewinnt es verstärkte Bedeutung. Und den Organen der Partei wird es zwar sicher nicht an Phrasen und Schimpfreden wider dasselbe fehlen, aber Thatsächliches zu seiner Entkräftöng wird sie ebenso sicher nicht vorzubringen wissen."

Mit der wieder und wieder ohne Beweis beigebrachten Beschuldigung über die Einflüsse der Sozialdemokratie haben wir hier nichts zu thun, uns interessirt nur der Satz, daß die Aufbesserung der Löhne die Lebenslage der Arbeiter nur verschlechtert hat. Das heißt also mit andern Worten nichts anderes, als, daß dem Arbeiter durch Steigen seines Lohnes nicht zu helfen ist, daß der letztere doch ewig nur „für den nothwendigen Lebensunterhalt" ausreicht, und leider bei der großen Mehrzahl — man sehe in die Fabriks-, Bergwerks- und namentlich in die Weberdistrikte — auch das noch nicht einmal. Geholfen muß aber der großen Masse des arbeitenden Volkes werden, das verlangen sogar die Fabrikinspektoren; den Ertrag ihrer Arbeit muß sie erhalten, wenn nicht wirklich ihre sittlichen und physischen Kräfte vollständig ruinirt werden sollen. Das ist aber nur möglich, wenn das herrschende Wirthschaftssystem der Privatwirthschaft, das eben zugestandenermaßen keine Hilfe zu gewähren vermag, durch ein besseres ersetzt wird, und als solch besseres erscheint der sozialdemokratischen Partei eben das System der Staats- und Collectivwirthschaft, in welchem dieses Mißverhältniß zwischen Kaufkraft und Produktionsaufwand total beseitigt und ersetzt wird durch ein richtiges Verhältniß zwischen Arbeit und Consum. L.

Correspondenzen.

Braunschweig. (Situationsbericht). Da schon seit geraumer Zeit über die hiesigen Verhältnisse im „Vorwärts" nicht berichtet worden ist, so sehe ich mich veranlaßt, selber dazu zu gehen. Zunächst muß ich da des Umstandes erwähnen, daß sich unsere guten Braunschweiger Genossen zwar herzlich freuen über jeden Sieg, der anderswo errungen wird, aber sie thun herzlich wenig dafür, daß solcher Siege mehr werden. Man lese nur die Berichte über eingehende Gelder an das Central-Wahl-Comité und man wird sofort erkennen, daß ich Recht habe — unsere allgemeine Liebe geht hart bis an den allgemeinen Geldbeutel, aber nicht weiter. Da unsere wöchentlichen Arbeiterversammlungen in der letzten Zeit schwach besucht waren, so haben wir, um die Bewegung wieder in Fluß zu bringen, uns daran gemacht und sind, wer es noch nicht war, Mitglieder des hiesigen demokratischen Wahlvereins geworden. Die Sache hat freilich auf den ersten Blick einen „etwas blauen" Anstrich, aber weit davon entfernt, sind wir entschieden „roth" gesinnt. Nenne man es meinetwegen blau-roth, das schadet nicht. Ein echter, ein wahrer Demokrat, ist nur Der, welcher sozialische Gesinnung hat, und da wir die haben, so haben wir auch das Recht, einem Vereine beizutreten, der statutarisch verpflichtet ist, darnach zu streben, daß im Braunschweiger Lande demokratische Kandidaten bei den Stadt-, Land- und Reichstagswahlen durchgebracht werden. Da in den Versammlungen des Wahlvereins auch lokale Angelegenheiten zur Besprechung gelangen, so kommt es dann und wann auch vor, daß diese Elemente mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie vertraut gemacht werden können, und daß sie die „Vernichter" der Ehe, des Eigenthums ꝛc. ꝛc. von Angesicht zu Angesicht kennen lernen. Im Großen und Ganzen sei noch erwähnt, daß die Gegner durch ihre bodenlose Charakterlosigkeit vieles dazu beitragen, daß die Sozialdemokratie in Braunschweig mehr und mehr an Anhängern gewinnt.

Schönebeck, 1. Dezember. Der Kassirer des hiesigen Vorschuß- und Sparkassen Vereins (Schulze-Delitzsch) hat sich eine Unterschlagung von, wie man sich erzählt, nahezu 210,000 Mark zu Schulden kommen lassen. Darob herrscht natürlich große Aufregung unter der hiesigen Bevölkerung, da die vielen Spareinleger, unter denen alle Kategorien der Bewohner vertreten sind, um ihre Ersparnisse zu kommen befürchten. Bei der Höhe der unterschlagenen Summe ist diese Befurchtung nicht ganz unbegründet, obgleich die Vereinsmitglieder gesetzlich verpflichtet sind, mit ihrem gesammten Vermögen für den Ausfall zu haften. Daß der betrügerische Kassirer inzwischen dingfest gemacht ist, und daß man den Controleur als Complicen des Kassirers ebenfalls hinter Schloß und Riegel gebracht hat, ändert an der Sache wenig. Das Geld ist hin und die Sparer können von Glück reden, wenn sie ihre Einlagen zurückerhalten. So wäre denn wieder einmal eine Schulze-Delitzsche Gründung durch die Unredlichkeit ihrer Beamten in Frage gestellt. Es muß doch etwas „faul sein im Staate Dänemark", da das Unterschlagen und Flüchten der Kassirer der Schulze-Delitzschen Gründungen förmlich epidemisch auftritt.

Frankfurt a. M., 1. Dezember. (Liberaler Fortbildungsschwindel.) In der „Deutschen Reichspost" vom 24. November finden wir einen längeren Artikel „Aus württembergisch Franken", 21. November, der die Winter-Abendschule behandelt. Die darin niedergelegten Ansichten sind zwar von uns, den Sozialisten, schon vor Jahr und Tag ausgesprochen worden; allein gerade zum Beweise, daß auch aus einem gewiß unverdächtigen conservativen Hirne sozialistisch angehauchte — Pardon, mit den Ansichten der Sozialisten übereinstimmende — Gedanken entspringen können, mag der Artikel hier folgen, umsomehr daß sich diese handgreiflichen — wir wollen einmal recht anständig sein — Uebelstände nicht auf württemb. Franken beschränken dürften. Der Artikel lautet also:

„Der „Staatsanzeiger" vom 20. November berichtet, daß die Zahl der Winterabendschulen von 579 auf 546 gefallen ist — wirklich eine erfreuliche Nachricht. Es scheint sich also doch allmählig die Erkenntniß Bahn zu brechen, daß man mit diesem Schooßkind liberaler Residenz- und Regierungsmänner, die es liebten, einen Streifzug ins Gebiet der Schule zu machen, häufig Schwindel getrieben hat. Denn diese Winter-Abendschule war erstens eine schwere Plage für die Lehrer, die meist an überfüllten Schulen arbeiten. Solche großen Schulen kosten Zeit zur Vorbereitung und zur Durchsicht der schriftlichen Arbeiten. Kaum ist der Lehrer damit fertig geworden, so wartet seiner die Abendschule, die schwere Anforderungen an die didaktische und pädagogische Tüchtigkeit des Lehrers macht. In einer Zeit, wo des Lehrers Geist und Nerven der Ruhe und der Sammlung bedürfen, muß er sie, sie mögen noch so abgearbeitet sein, wieder anstrengen, bis — die Kräfte versagen, die Elastizität erlahmt, der Lehrer durch Ueberanstrengung zum bloßen Stundenhalten herabgesetzt wird. Es wäre sehr zu wünschen, daß solche Herren, die am grünen Tisch sich für die Winter-Abendschule erhitzen, selbst einmal die Last eines Winterschultages von Morgens 8 bis Abends 9 Uhr über sich nehmen. Daß manche Lehrer trotz der vielen schlaflosen Nächte, welche die Winter-Abendschule ihnen bringt, sich dennoch alljährlich dazu hergeben, ist einerseits ein sehr ehrenvolles Zeugniß für ihren Diensteifer, andererseits sehr natürlich. Den schönen Nebenverdienst, den diese Schule giebt, läßt man nicht gerne neben hinaus. Auch für unsere Jugend ist diese Winterabendschule keineswegs so segensreich, als man denkt. Wenn man die müden, abgearbeiteten jungen Leute sieht, die man an den Winterabenden in der Schule sitzen sieht, wie ihnen die Augen unwillkürlich zufallen und sie zusammenknicken wie ein Schnappmesser, da möchte man wünschen, unsere Schuldilettanten, die so sehr für diese Schule gewesen und sie mit allen Mittelchen der Bureaukratie beförderten, sollten auch einmal von Morgens 5 Uhr an den Dreschflegel schwingen oder auf der Stör sitzen oder an der Feueresse stehen müssen und dann Abends um 7 Uhr — zum Nachtessen reichts oft kaum — laufen müssen und geistig arbeiten. Sicher wäre dann die Winterabendschule schon nach 14 Tagen wieder aufgehoben worden. Ja wer einmal eine Stunde in der Winter-Abendschule gesessen bei meist spärlicher Beleuchtung, dumpfer Luft und ziemlicher Wärme, und hat Lehrer und Schüler beobachtet, dem ist die Frage sicher gekommen: Warum giebts nicht auch Menschenschutzvereine? Man sagt, die Winterabendschule soll dem verderblichen Einfluß der Fechtstuben des Wirthshauses ꝛc. entgegenwirken. Als ob sie das wirklich könnte, als ob unsere hoffnungsvolle Jugend nicht jetzt erst recht den Drang fühlte, sich aus dem Zwang in die wilde Freiheit, aus der Schulstube in die Wirthsausstube zu stürzen, das durch die Ueberanstrengung hervorgerufene Bedürfniß der Stärkung jetzt erst recht durch Unmaß im Trinken zu befriedigen! Die Winterabendschule, welche die Leute aus dem Haus auf die Gasse nöthigt und ihr Nervensystem überreizt, ist das trefflichste Beförderungsmittel des jugendlichen Wirthshausbesuches. Dagegen hilft kein Einfluß des Lehrers, kein Einfluß des Geistlichen, keine Macht der Polizei. Endlich aber an den Früchten sollt ihr sie erkennen. Was sind denn die Unterrichtserfolge der Winterabendschule? Wer einmal die Prüfungsarbeiten der Winterabendschüler aus einem ganzen Bezirk genau durchgesehen hat, wie der Einsender, der bekommt wahrhaftig Mitleid mit den Lehrern, die ihre gute Zeit, ihre Kraft, ihre Gesundheit daran wenden und am Schluß des Kurses sich aufs bitterste enttäuscht sehen müssen, wenn sie sehen, wie in den Prüfungsarbeiten oft der haarsträubendste Unsinn zu Tage tritt und zwar oft in wirklich sonst guten Schulen mit tüchtigen Lehrern. Will man mit der Fortbildung unserer confirmirten Jugend Ernst machen, so muß man sich nicht mit dem unglücklichen Institut der Winterabendschule zufrieden geben, sondern auch den Muth haben, eine wöchentliche Halbtagschule zu fordern, aber nicht am Sonntag, der so oft die willkommene Beute liberaler Experimente ist."

Sollen wir dem noch was hinzufügen? Nun, wir dächten es wäre überflüssig! —o—

Göppingen. (Agitationsbericht.) In Nachstehendem erlauben wir uns, den Parteigenossen in möglichster Kürze einen Bericht über unsere Thätigkeit zu geben. Das hiesige Organ für Metzelsuppen und Langenbrezeln hatte den Einfall, gelegentlich des Genter Congresses uns Eins anzuhängen, zu wessen Vortheil dies zeigte sich gar bald. Schrieb da irgend ein Waschzettelfabrikant, daß die Sozialdemokraten nächstens ihre Wünsche und Forderungen praktisch in Scene setzen würden, wobei natürlich die bösen Absichten auf das Eigenthum der Bauern so grell geschildert wurden, daß es selbst den Leichtgläubigsten zu arg wurde. Flugs wurde dieses Machwerk von allen Amts- und sonstigen Blättchen nachgedruckt und selbstredend durfte auch unser hiesiges Philisterorgan nicht nachstehen. Für uns war das die beste Gelegenheit, eine Reihe von Volksversammlungen in den umliegenden Ortschaften abzuhalten; zuerst jedoch forderten wir den Redakteur des „Göppinger Wochenblattes" auf, uns hier in öffentlicher Versammlung Rede zu stehen, was derselbe natürlich vorsorglich unterließ, war es ihm ja doch nur ums Verläumden zu thun, eingedenk des Spruches: „Verläumde nur kühn, es bleibt doch stets was hängen." Es fanden Versammlungen statt: in Uhrensbausen, Heiningen, Faurndau, Zebenhausen, welche sämmtlich gut besucht waren, und in welchen unsere Forderungen, wie sie unser Progamm aufstellt, klargelegt wurden.

Ein nicht geringes Quantum von Brochüren wurde bei dieser Gelegenheit abgesetzt und werden dieselben ihre Wirkung nicht verfehlen, deß sind wir sicher. Ueber uns waren haarsträubende Vorurtheile verbreitet, und man sagte uns nicht selten, daß man von gegnerischer Seite, wie es sich jetzt zeige, blos das von uns gesagt hätte, was wir nicht wollen, und das was wir wollen,

---

macht — das werden Sie selbst von Ihren Parteigenossen hören — den Eindruck einer Reklame für die betreffenden Waaren, zumal Sie ja Adresse, Preis und Waare vollständig angeben, so daß die Bestellung erfolgen kann! Ihr Publikum wird das Geeignete ja entnehmen. Sie sprechen so viel von der Verderbniß der besseren Klassen. Sprechen Sie doch auch von dem neuesten Berliner Mörder Lack und erzählen Sie, wo er — der Bräutigam, der zwei Tage darauf heirathen wollte! — in der Nacht nach dem Morde gewesen ist! Er hat, in allen Zeitungen können Sie es lesen, die Nacht mit einer Dirne zugebracht. Sollte wohl Lack ein „Bourgeois" (wie Sie es geschmackvoller Weise nennen!) sein? Ich glaube, vor acht Tagen hätten Sie ihn als Sozialdemokraten reklamirt, als Mitglied des „werkthätigen" Volks. Mit Thürolf und wie die Mörder neuen und alten Datums heißen, ist es dieselbe Sache — lauter Sozialdemokraten! Hören Sie auf, die Stände der Verbrechen schuldig zu erklären! Wollen Sie es aber, so kommt auf Ihr Conto doch die ungeheure Mehrzahl und das ist auch Ihren Gummi-Artikeln zu danken. Mit sozialdemokratischem Gruß

Ihr ergebenster

M. M. B.,

früher Sozialdemokrat, jetzt „Bourgeois"."

Die Handschrift des Schreibers ist eine flüssige und correcte, die den „gebildeten" Flegel erkennen läßt. Der frühere „Sozialdemokrat", jetzt „Bourgeois", auf dessen Renegatenthum sich unsere Gegner viel einbilden mögen und den wir dem Herrn Victor Böhmert wiederum herzlich gern zur Ausbeute überlassen, hängt uns den Lack und den Thürolf — zwei Raubmörder aus dem Arbeiterstande — an; nun gut: wir dienen mit dem Thomas und mit dem jetzt zu 18 Jahren Kerker begnadigten Herrn von Tourville, den Massen- und Gattinnen-Mörder! Doch was sollen wir uns den Thürolf und den Lack aufbürden lassen; diese Leute haben aus Egoismus und Noth geraubt und gemordet — Egoismus und Noth aber werden in der heutigen Gesellschaft groß gezogen! Dann aber auch, um in der Sprache des Briefstellers zu reden, haben jene Mörder aus dem Proletarierstande Bourgeoisgesinnung. — Daß wir in unserer Notiz Adresse, Preis und Waare vollständig angaben, geschah deshalb, um die Staatsanwaltschaft in Bewegung zu setzen!

hätte man verschwiegen. Wir aber wissen nur zu gut, daß der weitaus größte Theil unserer Gegner selbst nicht weiß, was wir wollen. Am Sonnabend, den 10. ds. Mts. traf nun Genosse Wiemer hier ein, der auf seiner Agitationsreise durch Württemberg sich hier zum ersten Male den Genossen vorstellte. Es fand Sonnabend hier eine Volksversammlung, Sonntag in Groß-Eißlingen und Montag in Reichenbach eine solche statt, welche sämmtlich gut besucht waren. Es mag genügen zu sagen, daß Wiemer seiner Aufgabe sich meisterhaft entledigt hat. In fesselnder, klarer Rede verstand er es, unsere Grundsätze zu entwickeln, nebenbei die gegnerischen Parteien kritisirend und Streiflichter auf unsere gegenwärtige Gesetzgebung werfend. Es war nur eine Meinung, nämlich die: hier am Orte einen solchen Genossen zu haben, und es würde die hier noch herrschende Lethargie bald ein Ende haben. Zum Glück brauchen wir hier, wie in andern Gegenden, nicht zu befürchten, daß uns die Lokale verweigert werden, im Gegentheil, hätten wir nur die nöthigen Referenten, Arbeit würde es genug geben und der Erfolg wäre ein nicht zu unterschätzender wenn wir planmäßig auf die Bevölkerung einwirken könnten. Gegner finden sich keine, wenigstens hat sich in sämmtlichen Versammlungen nie ein solcher gezeigt. S.

Hohenstein-Ernstthal. In dem „Anzeiger für Ernstthal" befand sich zu Anfang Oktober in Nr. 114 eine aus Zwickau datirte nicht uninteressante Notiz über Arbeits- und Erwerbsverhältnisse. Die Notiz lautet wörtlich: „Die wie anderwärts, so auch hier, auf Anordnung der Königl. Staatsregierung durch den hiesigen Stadtrath angestellten Erhebungen über die Arbeits- und Erwerbsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung haben das Resultat ergeben, daß eine Arbeitslosigkeit in keiner Branche vorhanden, der Geschäftsgang und damit die Nachfrage nach Arbeitern vielmehr eine ziemlich lebhafte ist, und nur die Preise und Löhne gegen früher erheblich gedrückt erscheinen. Aber auch in diesem Punkt ist anscheinend der Höhepunkt der Krisis überschritten und allmählige Aufbesserung wahrzunehmen."

Dieses der Wortlaut der Notiz. Wäre die Erhebung nicht auf Anordnung der königlichen Staatsregierung geschehen und natürlich auch veröffentlicht, so müße man zu dem Glauben gelangen, ein müßiger Scribifax habe sich einen schlechten Scherz erlaubt, den die liberale Presse pflichtgetreu, um die Arbeiter sowie die betreffenden Behörden über den wahren Stand der Dinge zu täuschen, weiter colportirte. Betrachten wir uns die Sachlage etwas genauer, so wollen wir durchaus nicht bestreiten, daß in einzelnen Branchen Aufträge in Folge des Bedarfs für die Armeen Rußlands und der Türkei einlaufen, die momentan einen kleinen Aufschwung erkennen lassen. Fassen wir aber die Weberbranche ins Auge, so kommen wir zu einer ganz anderen Ueberzeugung, wir finden da durchaus keinen Aufschwung, sondern eine stabile Arbeitslosigkeit. Sollte auch hier die hohe Staatsregierung durch ihre Erhebungen zu dem Resultat gelangt sein, es sei ein Aufschwung eingetreten, dann müßten wir annehmen, dieselbe sei entweder getäuscht worden, oder diejenigen, welche die Erhebungen vorgenommen haben, sind keine sachverständigen Männer gewesen. Beleuchten wir nun die Zustände der Weberei sachlich und ohne Vorurtheil. Seit ungefähr 15 Jahren hat die Weberei eine bedeutende Aenderung erfahren, nämlich den Uebergang von der Handarbeit zum Maschinenbetrieb. Nun ist es aber Thatsache, daß die Dampfkraft Menschenhände überflüssig macht, und vorzugsweise bei der mechanischen Weberei, wo die Stühle meistentheils von Frauen und Mädchen bedient werden, und somit die männliche Arbeitskraft überflüssig wird. Daß die Fabrikanten lieber weibliche Arbeiter anstellen, ist leicht erklärlich, denn erstens ist deren Arbeitskraft billiger und auch fügsamer, und ist die natürliche Folge davon, daß die männliche Arbeitskraft zurückgewiesen wird zur Hausindustrie. Dieser Umstand ist es, der die Weberei heruntergedrückt hat auf die Stufe eines namenlosen Elends, und es wäre wahrlich an der Zeit, Maßregeln zu ergreifen, um zu verhüten, daß in kurzer Zeit ein großer Theil der Weberarbeiterbevölkerung zu Grunde geht. Das zu verhindern ist Pflicht des Staates. Das Wie? hier zu erörtern, ist nicht am Platze. Nur eines sei hervorgehoben: wenn in der mechanischen Weberei ein Aufschwung zu verzeichnen ist, und wenn die betreffenden Herrn Fabrikanten die Aufträge nicht fertig stellen können, warum nimmt man nicht die Hausindustrie zu Hülfe? Zur Beseitigung des Nothstandes in der Weberbranche würde die Einführung eines gesetzlich geregelten Normalarbeitstags wesentlich beitragen, dann müßte auch die Sonntagsarbeit abgeschafft und die Frauen- und Kinderarbeit beschränkt werden. Und wie steht es denn mit den Löhnen, die gezahlt werden? Wir finden auch in dieser Hinsicht nicht, wie die „Erhebung" ergeben hat, daß die Krisis überschritten und allmählig eine Aufbesserung eingetreten ist. Wir nehmen blos die Löhne an, die hier gezahlt werden, glauben aber bestimmt, daß dieselben anderwärts auch nicht besser sein werden. Bei uns arbeitet ein Theil der Weber nach Glauchau und Meerane, der andere Theil für hiesige Fabrikanten. Der erste Theil fertigt Kleiderstoffe, welche nicht direkt von den Webern, sondern durch Mittelspersonen, durch sogenannte Faktoren, dahin abgeliefert werden; von diesem Theil ist seit langer Zeit nur wiederum der achte Theil beschäftigt, und unter welchen Verhältnissen, kann man daraus ersehen, daß sich die Faktore selber schämen zu sagen, wie hoch die Löhne sind. Der Verdienst eines Webermeisters in dieser Kategorie ist für ein Stück von 68 Ellen (d. h. Brabanter Ellen) 7 M. 60 Pf., und er muß ein tüchtiger Arbeiter sein, wenn er es in einer Woche fertigen will, davon gehen ab 2 M. 50 Pf. Auslage für Nebenarbeiten, bleiben 5 M. 10 Pf. Ist das vielleicht die Aufbesserung? Der zweite Theil arbeitet für die hiesigen Fabrikanten, und zwar meistentheils Decken. Früher wurden bei besserer Qualität der Garne für ein Dutzend 9 M. gezahlt, jetzt zahlt man 5 M. bis 5 M. 40 Pf. Dazu kommt noch das sogenannte Franzenknüpfen, was früher vom Geschäft bezahlt wurde. Und bei diesen Hungerlöhnen erfährt der Arbeiter auch noch eine Behandlung, die man beim allerbesten Willen keine humane nennen kann. — So sieht es um die Aufbesserung aus, welche nach den „Erhebungen" hier eingetreten sein soll.

Mehrere Arbeiter.

Leipzig, 2. Dezember. Ueber die Hochburg des Nationalliberalismus, über die an „Reichstreue" vorragendste Stadt des „Reichs der Gottesfurcht und frommen Sitte", mit einem Wort, über Leipzig selbst, bringt ein Leipziger Blatt folgende bezeichnende Notiz:

„Pöbel in Glacéhandschuhen. Wer in der letzteren Zeit in der Lage gewesen ist, eine jüngere Frau oder erwachsene Tochter am Abend allein nach Hause gehen lassen zu müssen, wird sehr oft von diesen Damen die Klage vernommen haben, daß sie auf der Straße von feingekleideten Herren insultirt und mit unzüchtigen Anträgen behelligt worden sind; nie aber hört man, daß einer dieser Störer der öffentlichen Sicherheit, der ohne Zweifel weit gefährlicher ist, als ein Dutzend Säufer und Raufbolde, verhaftet und zur Strafe gezogen worden sei. Würde Abends, namentlich von 9—10 Uhr, die schärfste Wachsamkeit geübt, so würden in kürzester Zeit jene Feinde der guten Zucht und Sitte, wenn auch nicht beseitigt sein, so doch aufgehört haben, eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu werden. In Berlin wurde in diesen Tagen ein Kaufmann wegen eines Angriffs auf junge Damen zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Es wäre zu wünschen, daß man gegen unsere Leipziger Roués mit derselben Schonungslosigkeit verführe."

Die „Leipziger Volkszeitung", der wir diese Notiz entnehmen, bedenkt nicht, daß die Polizei wichtigere Dinge zu thun hat; täglich werden mehrere Dutzend arbeitslose „Vagabunden" eingeliefert, und außerdem hat die Polizei auch so unendlich viel zu thun, ihre Autorität vor Beleidigungen zu schützen.

Mylau i. V. Seit längerer Zeit wird in den meisten hiesigen mechanischen Webereien wie wahnsinnig drauflosgearbeitet, als gelte es, die ganze Welt mit Webartikeln zu versorgen; die Arbeitszeit dauert von Morgens 6 bis Abends 10 Uhr; Sonn- und Festtage machen in der Regel keine Ausnahme. Wer da aber glauben sollte, daß die Lage der hiesigen mechanischen Weber deshalb eine einigermaßen erträgliche sei, der irrt gewaltig, denn für's erste besteht das Arbeitspersonal zumeist aus jugendlichen Arbeitern beiderlei Geschlechts, dann aber ist der Arbeitslohn auch ein so geringer, daß die sprüchwörtliche Genügsamkeit eines Webers dazu gehört, um bei demselben zu existiren. Während wir also bei der mechanischen Weberei wieder ganz gemüthlich einer Ueberproduktion zusteuern, ist dagegen bei den Handwebern völliger Arbeitsmangel, so daß viele von ihnen nicht einmal im Stande sind, ihre Gemeindeabgaben zu entrichten. An Steuerresten für das Jahr 1876 sind nicht weniger als 5000 Mark einzutreiben, zu all der Noth und dem Elend wird also noch der Exekutor mit seiner unbarmherzigen Pfändung kommen. So sieht's bei uns mit der Weberei aus, wo anders wird's kaum besser sein.

Liegnitz, 28. November. Parteigenosse Klute aus Forst sprach hier am vergangenen Sonnabend über „die soziale Frage und wie ist deren Lösung möglich." Dem Referenten wurde von der zahlreichen Versammlung zum Schluß seines Vortrages lebhafter Beifall gezollt. Der Vorsitzende des hiesigen Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereins, Herr Seibt, suchte durch theilweises Herausreißen einzelner Stellen aus dem Vortrage den Referenten zu widerlegen; er wurde indeß von demselben gründlich abgewiesen. Am Sonntag sprach Herr Klute in einer Versammlung in Goldberg, welche indeß sehr schlecht besucht war. Ursache dieses schlechten Besuches mochte die schlecht gewählte Zeit (Vormittags 11 Uhr) sein, andererseits konnte der Todtensonntag Schuld daran sein, zumal die Bewohner Goldbergs noch sehr von religiösem Wahn befangen sind. An demselben Tage referirte Herr Klute noch in Hainau, wo Herr Essigfabrikant Stinner (ultramontan) gegen ihn auftrat. Endlich legte Genosse Klute noch in Liegnitz am Montag „die Stellung des Kleinbürgerthums zur Sozialdemokratie" klar. Diese beiden letzten Versammlungen waren sehr gut besucht. In allen Versammlungen wurden Resolutionen und zwar mit Einstimmigkeit angenommen, dahin lautend, daß man sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden erklärte.

Stuttgart, 1. Dezember. Allen Metallarbeitern bringen Unterzeichnete zur Kenntniß, daß die laut Beschluß der Generalversammlung nach Maßgabe des Hilfskassengesetzes gegründete Central-Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter-Gewerkschaft von der Königl. Kreisregierung genehmigt wurde und unter Nr. 2 des Regisiters der eingeschriebenen Hilfskassen eingetragen ist.

Bis heute ist die Betheiligung an dieser Kasse eine sehr rege. Wir hoffen, daß Alle uns noch fernstehenden Collegen sich dieser Kasse anschließen, damit dadurch baldigst dem leidigen Fabrik-Krankenkassen-Unwesen ein Ende gemacht werde.

Die Verwaltung:
C. Strobel, Geschäftsführer.
Ph. Koch, Hauptkassirer.

An die Berg- und Hüttenarbeiter Sachsens!

Kameraden und Berufsgenossen! Schon seit Monat September 1876 hat sich der Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter gebildet und hat, trotz der Geschäftskrisis, welche so empfindlich auf dem Bergbau lastet, stetig, wenn auch langsam, an Mitgliedern zugenommen. Die Betheiligung an diesem Verbande ist aber im Verhältniß zu der großen Zahl von Bergleuten eine geringe. Wir glauben den Grund dieser Lauheit gegen den Verein nur darin finden zu können, daß die meisten Kameraden und Berufsgenossen über Zweck und Bestrebungen desselben unklar sind. Wir erlauben uns daher hier anzuführen, daß der Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter im wahren Sinne des Wortes ein Unterstützungsverein ist, und den Zweck hat, durch eine einheitliche Organisation (eine über ganz Sachsen ausgedehnte Vereinigung) die materiellen Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern. Der Verein sucht dies zu erreichen, indem er die Berg- und Hüttenarbeiter (also Knappschaftsgenossen) zu einem großen Bunde zu vereinigen strebt, um gegen jedwede Unterdrückung und ungerechtfertigte Anforderung anzukämpfen. Zu diesem Behufe werden regelmäßige Beiträge, die Jeder zu leisten im Stande ist, gezahlt, wofür in Fällen unverschuldeter Noth, Krankheit oder Invalidität Unterstützung gewährt wird; desgleichen leistet er Hilfe in Fällen der Arbeitsunfähigkeit, in Rechtsstreitigkeiten, z. B. in Haftpflichtsachen, bei Differenzen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, falls das Recht auf Seiten des Arbeiters — Mitgliedes — ist, und giebt Vorschüsse zur Deckung der Prozeßkosten. Der Verband ist seit dem 1. November 1877 eingetragene Genossenschaft, und besitzt als solche das Recht einer juristischen Person und hat seinen Sitz in Zwickau. Der aus 9 Mitgliedern zusammengesetzte Vorstand hat, um den Statuten sowohl als den Mitgliedern allenthalben vollständig Rechnung tragen zu können, einen tüchtigen Rechtsanwalt, zugleich Königl. Notar, als juristischen Vertreter zur Seite. Der Verband soll ein Schutzwall für seine Mitglieder sein, indem er nach dem Grundsatz: „Alle für Einen und Einer für Alle", das geschädigte Interesse oder die geschädigte Ehre eines jeden Einzelnen wieder herzustellen sich für verpflichtet hält. Allmonatlich erscheint eine „Circular-Correspondenz" unentgeltlich für die Mitglieder, worin die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen, bergbauliche und knappschaftliche resp. für Berg- und Hüttenarbeiter bezügliche Interessen erörtert und diskutirt werden, nebst den nöthigsten Bekanntmachungen, Versammlungsannoncen, Abrechnungen u. dgl. Aus dieser „Circular-Correspondenz" später eine Zeitschrift für Berg- und Hüttenarbeiter erstehen zu lassen ist der Wille der meisten tüchtigsten und befähigsten Mitglieder. Kameraden! Ihr seht, daß der Zweck, den unsere Verein — der Verband oder die Verbandsgenossenschaft — verfolgt, ein guter, ein löblicher ist; Ihr begreift, daß er seine Aufgabe am besten, dann aber auch voll und ganz, erfüllen kann, wenn jeder Kamerad sich für verpflichtet hält, ihm beizutreten. Bedenkt Kameraden, daß wir Arbeiter von Niemand Schutz und Hilfe erwarten dürfen, als durch uns selbst; bedenkt, daß wir dieses auch sicher können, wenn wir Alle Hand in Hand gehen.

Sind wir gegenwärtig auch noch etwas gehemmt in unseren Bestrebungen, so haben wir gegenüber anderen ähnlichen eingetragenen Genossenschaftsvereinen doch die weitgehendsten Statuten inclusive Organisation; und daß wir unsere Statuten zu erweitern bemüht sind, daß wir es nicht daran fehlen lassen, uns größeren Hilfsgesellschaften ebenbürtig zur Seite zu stellen, dafür spricht die wohlorganisirte und stets sich verbessernde Geschäftsführung. Als der Verband im Entstehen begriffen war, zählte er 40—50 Mitglieder und man freute sich des Erfolges. Heute zählt der Verband gegen 800 Genossen nebst 1200 Mark Kapital, und es mehren sich die Mitglieder wie der Kapitalstock tagtäglich. Je eher der Verband Tausende von Mitgliedern zählt, desto eher ist eine Regelung und nachhaltige Verbesserung in allen berg- wie hüttenmännischen (Fabrik- und Knappschafts-) Einrichtungen möglich.

Tretet also unserem Verbande bei! Zeigt, daß die Berg- und Hüttenarbeiter Sachsens hinter ihren Kameraden in anderen Ländern nicht zurückstehen in dem Streben, ihre Lage zu verbessern. Schließt Euch nicht aus, nehmt vielmehr Theil an diesem Bestreben und zeigt, daß Ihr Willens seid, den Druck, der auf Euch lastet, zu entfernen und Einrichtungen zu treffen, die Euch und Euren Mitmenschen nur Ehre machen. Gedenkt der täglich mehr oder minder vorkommenden Unglücksfälle, durch welche Euer Leben, Eure Gesundheit bedroht wird; wer ist Euer Helfer in der Noth? Ihr habt Niemandem oder selten Jemandem, der Euch ohne Geld zu Recht verhelfen kann — zu Recht verhelfen wird. Darum nochmals: tretet ein in unseren Verband, in unsere auf Gegenseitigkeit beruhende Hilfsgesellschaft; meldet Euch bei einem am nächsten Orte wohnenden oder bekannten Obmann oder sonstigen Verwaltungsbeamten zum Eintritt, nehmt Statuten und Quittungsbücher in Empfang und helft so eine Sache fördern, die unser Aller Bestes will.

Vorort Zwickau und Lugau-Würschnitz, im Dezember 1877.

Mit kameradschaftlichem Glückauf-Gruß

Der Vorstand.
Die Controllcomission.

Die Hauptverwaltungs-Expedition befindet sich in Ebert's Restaurant in Schedewitz bei Zwickau.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Leipzig. Auf mehrseitigen Wunsch wird der bekannte Charakterdarsteller Herr Alois **Wohlmuth** einen volksthümlichen, deklamatorischen Vortrag halten. Herr Wohlmuth hat wiederholt in Wien und München mit derartigen Vorträgen ganz besondere Erfolge errungen. Diese Thatsache im Verein mit einer sorgfältigen Auswahl der zum Vortrag kommenden Deklamationen (Szenen aus Richard III. von Shakespeare, Gedichte von Heine, Freiligrath, Chamisso, Bürger ff.) gewährleistet den Besuchern einen großen geistigen Genuß. Dabei ist der Eintrittspreis so mäßig gestellt, daß ein sehr zahlreicher Besuch erwartet werden darf.

Briefkasten

der Redaktion. C. B. (od. L.) in Stuttgart: Die „Nachgelassenen Werke M. Robespierre's", Kassel, bei Balde, sind schon werth, gekauft zu werden, obgleich die Uebersetzung sehr schlecht ist und die Auswahl des Inhalts gar viel zu wünschen übrig läßt. Wenn Sie die „Werke" (d. h. zumeist Reden) gelesen haben und dann Anfragen an uns richten, sind wir gern zu näherer Auskunft bereit. — P. H. in Magdeburg: Sie schreiben uns: „Heute (5. Dezember) fand im hiesigen Gemeindehause der freien Religionsgesellschaft die Aeltestenwahl statt und wurde bei dieser Gelegenheit der Fragekasten erledigt, wobei folgende Frage zur Verhandlung kam: Warum ist Herr Sachse nicht zum Geraer Congreß gereist? Herr Sachse erklärte, er sei zwar geneigt gewesen, auf einen Tag zur Religions- und Unterrichtsfrage nach Gera zu reisen, doch sei er infolge angestrengter Thätigkeit von Unwohlsein ergriffen und dadurch an der Reise behindert worden. War Herr Sachse in Gera oder nicht?" Wir können Ihre Frage nicht beantworten; aber vielleicht ist einer unserer Geraer Genossen im Stand. —

der Expedition. E. Weiß in Mülhausen; Schon in voriger Nr. theilten wir auf verschiedene Anfragen an dieser Stelle mit, daß die Bilder „Triumph of Order" von London noch nicht angelangt sind.

Quittung. Festcomité Hannover Ann. 2,10. Wlz Reutlingen Schr. 20,66. J. Isdz München Ab. 1,60. Eglr hier Ab. 24,75, Schr. 0,75. Rsl Giengen Ann. 3,00. J. M. i. M. 100,00 erh. Gr. Ullrich hier Ab. 5,25. H. Kaufmann Erlangen Ab. 18,00. Bnschdt Triest Ab. 6,81. Trst Zschocher Ab. 4,20, Schr. 0,50. Dtn Berben Ab. 9,90. Prbst Arnswalde Ab. 1,50. Klsn Rendsburg Schr. 1,10. Lpplt Bielefeld Schr. 1,30. Kglmnn Hannover Schr. 3,30. Brtlng Mannheim Schr. 26,40. Rhmrs Oldenburg Schr. 3,55. Fbg Liegnitz Schr. 5,80.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Hamburg. **Dienstag,** den **11. Dezember, Abends 8½ Uhr,** bei Herrn **Hübner,** gr. Rosenstraße 37:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Innere Organisationsfragen.
Es ersucht die Mitglieder zahlreich zu erscheinen. [80

G. Klaus.

Arbeiterbildungsverein.

Leipzig. **Sonnabend,** den **8. Dezember, Abends 8½ Uhr,** im Saale des Hrn. **Jacobi,** Rosenthalgasse:

Vortrag

von Hrn. **Liebknecht** über **Marx, Lassalle** und **Dühring.**

Gäste willkommen. [70

Osnabrück. **Montag,** den **10. Dezember, Abends 8½ Uhr,** im Saale des Hrn. **Hillebrand, Altenlinge 21:**

Oeffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht [70

Der Einberufer.

Osnabrück. Es finden von jetzt ab alle **Montag** abwechselnd Versammlungen statt, eine **Mitglieder-Versammlung** des **Arbeiter-Wahlverein** und eine **öffentliche.** [30

Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- u. Handarbeiter Deutschlands (Sitz Crimmitschau).

Den 25., 26. und 27. Dezember a. c. wird obengenannte Gewerkschaft in **Gera** ihre **ordentliche Generalversammlung** abhalten.

60] (F. 65) Für die Verwaltung:
(35) **C. Uhlmann.**

Wir empfehlen als besonders geeignet zu **Festgeschenken**

Die Neue Welt.

Jahrgang 1876 u. 1877.

Preis: ungebunden M. 5,00 franco. In elegantem Einband M. 7,50 franco gegen baar.

Die Einbanddecken tragen das große Titelbild des Heftumschlags in Golddruck, darstellend:

Die Befreiung der Menschheit.

Bei Partien-Bezug entsprechender Rabatt. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten!

Leipzig. **Die Expedition der „Neuen Welt".**
Färberstr. 12. II.

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück **M. 1,20,** in Roth **M. 1,50 gegen baar** oder **Nachnahme** durch die Buchbinderei von **H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16** zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der **Expedition der „Neuen Welt",** Leipzig, **Färberstr. 12.**

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heftig in Rendnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf.,
betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Sozialdemokr. Genossenschafts-Buchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hatz, 630 North 3rd Street
J. Voll, 1124 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lauferman, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hense, 8 New Str Golden Square.

Nr. 145. Mittwoch, 12. Dezember. 1877.

Idealismus — was ist's damit?

Von A. Douai.

IV.

Worin ist es nun begründet, daß unsere denkrichtigen Verstandesschlüsse nicht blos uns (subjektiv) völlige Gewißheit verschaffen, sondern auch sachlich (objektiv) feststehen?

Es ist dies wiederum in der sinnlichen Erfahrung begründet, daß 2 mal 2 gleich 4 ist, und alle mathematischen Grundwahrheiten stehn uns so unerschütterlich fest, weil wir sie tausendfach mit Händen greifen können und weil alle Menschen darin übereinstimmen. Aber dies ergäbe immer blos ihre Wahrscheinlichkeit, nicht die unwidersprechliche Gewißheit. Diese entspringt uns daraus, daß wir die Probe in der Außenwelt auf sie machen und dabei bewährt finden. Wenn ich z. B. zweimal zwei Schläge auf eine Glocke führe, so tönt sie mir genau viermal zurück. Die richtig vorausberechneten Sonnen- und Mondfinsternisse, Sternen-Auf- und Untergänge gehorchen unserer Rechnung auf die Sekunde. Die ganze Außenwelt ist also mit unsern richtig angewendeten Denkgesetzen in genauer Uebereinstimmung. Mit andern Worten: unsere Denkgesetze selbst sind Spiegelbilder der Naturgesetze; wir haben gar kein Denkgesetz, welches nicht von den Eindrücken der Außenwelt in uns erzeugt wäre. Wir thun zu diesem nicht das Mindeste hinzu; Alles, was wir allein thun, ist daß wir unsere Eindrücke beobachten, daß sie uns zum vollen Bewußtsein kommen, und daß wir uns von ihnen gerade so unterscheiden, wie wir uns von unserm Bilde im Spiegel unterscheiden, nur daß dies ein innerer Vorgang bleibt.

Wir ordnen nicht selbst unsere einzelnen Sinneseindrücke im Gehirn zu Vorstellungen, diese zu Begriffen, diese zu Urtheilen und Schlüssen; sondern diese ordnen sich selbst in Gruppen und deren Verbindungen und Verschlingungen, wovon wir nachträglich soviel Kenntniß nehmen, als unsere Beobachtung reichen will. Dabei aber spielt unseren Philosophen, welche das Gras wachsen hören, die Sprache einen schlimmen Streich. Die Sprache, welche sich ebenso unbewußt gesetzmäßig entwickelt hat, wie alle Naturerzeugnisse, aber dem Bedürfniß denkender Menschen unwillkürlich gemäß, und deshalb nach Ort und Zeit verschieden, konnte nicht für jeden Eindruck der Außenwelt auf den inneren Sinn einen besonderen Ausdruck schaffen; sie mußte alle ähnlichen unter einem Worte zusammenfassen, oder sie wäre nie zustande gekommen. Jedes Begriffswort also ist eine Abkürzung für viele, ja zahllose Eindrücke. Das Wort Pferd z. B. ist ein Name für alle je wahrgenommenen Pferde mit Weglassung aller allgemeinen, besonderen und einzelnen pferdlichen Eigenschaften. Pferd an und für sich gibt es nicht; es gibt blos große und kleine, schwarze und weiße, wilde und zahme, hölzerne und lebende, diese und jene ꝛc. Pferde. Indem wir dieses Wort bilden, schaffen wir einen abgekürzten Ausdruck für eine vielleicht große Zahl beobachteter pferdlicher Eindrücke auf unser Gehirn, aber einen Ausdruck, welcher von allen weiteren Eigenthümlichkeiten aller Pferde nichts enthält und in jedem Hörer die Erinnerung an blos diejenigen wachruft, welche er beobachtet hat. Unsere Philosophen nun bilden sich ein, wir besäßen in diesen abgezogenen Begriffen und Namen den Stein der Weisen; unser Geist habe hier etwas Neues geschaffen und zu den Natureindrücken hinzugethan. Aber in der That hat er dabei blos weggelassen, was ihm unbequem war; er hat es gethan, um sich seinen Mitmenschen verständlich zu machen, und zwar mittels kurzer Ausdrücke. Wer nie ein Pferd gesehen hat, erhält durch diesen Namen keine Vorstellung davon; dazu bedarf es einer langen genauen Beschreibung — und selbst diese gibt ihm eine weniger gute Vorstellung davon als der Anblick eines einzigen Pferdes. Viel armseliger noch sind alle unsere Namen für unsinnliche Dinge, für welche wir nur in der Weise Namen bilden können, daß wir die von sinnlichen Dingen umbilden (Verstand gebildet von verstehen, Schönheit vom scheinen, denken von Ding). Allerdings ist eine stufenweis voll ausgebildete Sprache ein bewundernswerthes Mittel der Gedankenmittheilung; aber sich einzubilden, daß man „aus Worten ein System bereiten", d. h. neue Aufschlüsse über die gesammte unsinnliche Welt erlangen könne, weil sie gleichsam das geistige Wesen aller Dinge enthielten, das richtet sich hiernach wohl von selbst.

Wenn also unsere Worte nicht das Wesen der Dinge abspiegeln, sondern nur abgekürzt andeuten, so kann es mit unsern Begriffen und Denkverrichtungen überhaupt nicht anders sein. Millionen Menschen vermögen richtig zu denken, ohne von dem Vorhandensein von Denkgesetzen in ihrem Gehirn eine Ahnung zu haben. Die Naturgesetze, welche in ihre Sinne hineingeschienen haben, denken halb unbewußt für sie; das Bewußtsein kommt gewöhnlich erst hinterher. Das Denkgesetz, daß Alles einen zureichenden Grund (eine genügende Ursache) haben müsse, braucht gar nicht erst in Worte gefaßt zu werden, weil Jedermann schon unbewußt darnach handelt, z. B. von Disteln keine Feigen wird lesen wollen, beim Schneefall bedeckten Himmel vorausetzt, wo Kinder sind, nach dem Vater fragt u. s. w. Der Mensch hat dieses Denkgesetz nicht erfunden, obschon er manches Großartige erfunden hat; er hat es erfahren, und der Philosoph, der es in Worte schulgerecht einkleidet, ist nicht sein Erfinder, sondern nur sein Entdecker. Das Denkgesetz, daß das Ganze so groß ist als alle seine Theile zusammen, und umgekehrt, und nicht mehr oder minder, begreift schon ein Kind, dem ein Stück von seinem Kuchen weggekommen ist; der erste Philosoph, der es in Worte faßte, hat auch gar nichts Neues hinzuentdeckt, sondern Jedermann blos an das, was er von selbst weiß, erinnert — und dieses Verdienst ist groß genug.

Unsere Begriffe sind wohl stets ärmer an Inhalt als unsere Vorstellungen, weil wir einige der letzteren in der Erinnerung nur dunkel aufbewahren, während wir die ähnlichen in eine Gesammtheit einordnen. Unsere Urtheile sind so oft falsch, weil wir die verbundenen Begriffe zu eng oder zu weit gefaßt haben, sobald das Gedächtniß für die dazu gehörigen Vorstellungen untreu wurde. Und ähnlich mit unsern Schlüssen und deren Verbindungen. Es gehört deshalb viel Gedächtnißkraft und Ueberlegung dazu, um eine richtige Begriffsbestimmung zu liefern, eine sogenannte Definition. Unsere Wahrnehmungen sind immer reicher an Inhalt als unsere daraus gemachten Gedankenbilder, und daß wir uns im Verfertigen derselben üben, ist nicht unser Verdienst, sondern von Haus aus unser Bedürfniß.

Wäre die Sache anders, wäre unser Geist mehr als ein Saitenspiel, auf welchem die Eindrücke der Außenwelt Tonsätze abspielen, so könnte nie vorkommen — was alle Tage geschieht — daß eine richtig gedachte Maschine, wenn sie fertig dasteht, doch nicht geht, weil ein noch unbekanntes Naturgesetz sich entgegenstellt, oder die Triebkraft nicht gehörig zu erlangen ist, oder mehr Friktion als zu erwarten war, sich herausstellt. Dem größten Tonsetzer widerfährt mitunter das Mißgeschick, daß eine Stelle in seinem Werke nicht gut klingen will, obwohl sie ihm viel Reiz ausüben zu müssen schien. Columbus fand Amerika, während er Ostindien auf dem geradesten Wege suchte, und zwar auf ganz richtige, nur ungenügende Voraussetzungen hin. Spinoza hat ein philosophisches System geschaffen, welches unwiderleglich ist, sobald man den ersten Satz zugibt: und dieser Satz ist genau so richtig, als ihn bloßes Spiel mit Worten, ohne Erfahrung in naturwissenschaftlichen Thatsachen gestalten kann, also grundfalsch, wie heute wohl allgemein zugestanden wird. Und solcher Beispiele, welche die schöpferische Kraft des Menschengeistes als eine Erdichtung nachweisen, können manche angeführt werden. Die erfinderischen und weltbewegenden Gedanken sind gleichsam als Geistesblitze entstanden — so sagen die Idealisten. Gewiß ist das so, aber doch nur infolge langer Beschäftigung der Erfinder mit ihrer Aufgabe, allseitiger Erwägung verschiedener Möglichkeiten, welche alle fehlschlugen, vieler vergeblicher Versuche, bei welchen der menschliche Steuermann sein Gedankenschiff in die Irre steuerte, bis er zu verzweifeln anfing und seinen Gedanken längere Sammlung erlaubte. Da ordneten sich die verschobenen Gedankenbilder nach ihrer eigenen Anziehungs- und Abstoßungskraft, und der Gedankenblitz war fertig, weil die Bestandtheile schon alle vorhanden waren. Diese aber waren vorher alle von außen in ihn hineingekommen; jeder neue Gedanke ist nur eine neue Verbindung älterer — denn aus nichts wird nichts.

Die unerschütterliche Gewißheit davon, daß unsere denkrichtigen Gedanken auch sachlich richtig sind, wurzelt also in der tausendfachen Probe, welche wir in der Außenwelt darauf machen. Neptun war von Leverrier durch Rechnung entdeckt und genau da, wo er nachher mit dem Fernrohr gefunden werden konnte. Wäre er dort nicht und überhaupt nie gefunden worden, so blieb die Rechnung gleich richtig, weil — vielleicht — die Beobachtungsmittel nicht zureichten. Leverrier aber hätte die richtige Rechnung nicht machen können, wären nicht zahlreiche andere astronomische Berechnungen und Beobachtungen benutzt und verglichen worden. Der Menschengeist hat hier trotz der bewundernswerthesten Leistung nichts Neues geschaffen — die Natur hat ihn durch ein Räthsel gereizt und alle Mittel seiner Lösung in den Menschengeist hineingeschienen.

Aus Frankreich.

Paris, 5. Dezember 1877.

An die Redaktion des „Vorwärts".

Bürger!

Die Organisation des Sozialismus in Frankreich fängt an die Klerikalen zu beunruhigen. Nichts Curioseres kann man sich denken, als die Reflexionen der Organe der jesuitischen Coalition. Daran gewöhnt, die Gewissen zu lenken, die Gewalt kennend, welche die Ueberzeugungen des Geistes zur Aktion drängt, fühlt der Klerus wohl, daß wir eine gewaltige Macht: die Macht der Vernunft, repräsentiren, und er weiß, daß wir die einzige Partei sind, welche den Muth hat, die praktischen Consequenzen der revolutionären Logik zu ziehen.

Die Priester, die Stützen der römischen Kirche, sehen mit Besorgniß die Fortschritte des Sozialismus und fürchten, daß es ihm gelingen werde, die Herrschaft über die menschlichen Geister zu erlangen. Nicht mit Ungrund, denn die sozialistische Gerechtigkeit, welche die absolute Unabhängigkeit des Individuums proklamirt, muß unzweifelhaft triumphiren über die theologischen Systeme, welche die Sklaverei des Individuums proklamiren. — —

In Frankreich werden die sozialistischen Lehren sich mit erstaunlicher Schnelligkeit ausbreiten, wenn nur die Propaganda irgend praktisch und mit Methode betrieben wird. Die Arbeiter, die Proletarier begreifen jetzt, daß die „großen Politiker", daß die Wortmacher, daß die Jules Favres, die Jules Ferrys, die Gambettas und wie sie sonst heißen, die Geißel der Republik, die Fortsetzer des Cäsarismus sind, und sie nur zu Einem Ziel führen können: nach Numea oder an den Pfahl von Satory.

Die Zeiten der ökonomischen Revolution sind gekommen. Ministerveränderungen ändern nichts an dem Elend und an der Ausbeutung.

In Paris, Lyon, Marseille — in allen Industriecentren Frankreichs lächelt der Arbeiter, wenn man ihm von diesem oder jenem Mann spricht, der in den Rath der Regierung eintreten will. „Was ich brauche, so sagt er, das ist der volle Ertrag meiner Arbeit (le prix intégral de mon travail): das heißt gesunde Nahrung, Wohnung und Kleidung für mich und die Meinen, Bücher für meine Kinder, und für mich selbst eine Stunde der Muße am Abend, damit ich mich über meine Rechte aufklären, damit ich mit meiner Familie plaudern, und damit ich den Beweis liefern kann, daß ich ein Mensch bin und kein Sklave."

Ach, Bürger, wie manchmal, wenn ich mit Arbeitern mich unterhielt, habe ich an die berühmte Rede des Tiberius Gracchus gedacht, welche er in einer Volksversammlung hielt: „Die wilden Thiere", sagte der sozialistische Volkstribun des alten Rom, „die wilden Thiere, die in Italien zerstreut sind, haben ihre Lagerstätten und Höhlen, in welche sie sich zurückziehen können; und das arbeitende Volk, welches für das Vaterland kämpfen, sein Blut für die Vertheidigung Italiens vergossen hat, ihm ist nichts geblieben, als das Licht des Himmels und die Luft, welche es athmet. Ohne Haus, ohne feste Wohnung, irrt es mit Frau und Kind im Lande herum. Die Feldherren täuschen die Krieger, wenn sie dieselben ermahnen, für ihre Gräber und Tempel zu kämpfen. Ist Einer unter den Vielen, der einen häuslichen Altar hätte und ein Grab, in welchem die Ueberreste seiner Vorfahren ruhen? Sie kämpfen, sie arbeiten, sie sterben für den Reichthum, für den Luxus Anderer. Man nennt sie die Herren der Welt, und sie haben keine Handvoll Erde zu eigen."

Könnte man nicht, unter Bezugnahme auf die Nothlage des Proletariats, diese beredten Worte gegen unsere Politiker anwenden, welche von Freiheit schwatzen und keine Ahnung davon haben, — oder doch so thun, als ob sie keine Ahnung davon hätten —, daß, um frei zu sein, man etwas auf den Leib und in den Leib haben muß.

Während jeder Wahlbewegung sieht man die Opportunisten die Leute der „République Française", Organ des Herrn Gambetta, in die Versammlungen des Volks kommen. „Bürger", pflegen sie zu sagen, „ihr seid die Souveräne (die Herren), ihr seid die Träger der Staatsgewalt; mit eurem Stimmzettel könnt ihr das Antlitz der Erde verändern — —"

Eine solche Sprache ist sehr schön, aber nachdem sie ihren Stimmzettel in die Wahlurne gelegt, sind die armen „Souveräne" in demselben Elend wie vorher. Wir haben noch nicht gefunden, daß die gesetzgebenden Versammlungen sich viel damit beschäftigt hätten, die Arbeiter von der Ausbeutung der Kapitalisten zu emanzipiren.

Genug, die sozialistische Bewegung lebt wieder auf, und, angefacht durch die Erinnerungen der Commune von Paris, kann sie durch einigermaßen geschickte Propaganda schnell bedeutendes Terrain erobern. Der Boden ist umgepflügt und gut vorbereitet. Es braucht nur der Samen hineingeworfen zu werden. Schon haben wir ein, in jüngster Zeit gegründetes Blatt, die „Egalité", welches furchtlos die Fahne des Sozialismus entfaltet. Die Gründung weiterer sozialistischer Organe ist beabsichtigt; ich hoffe bald deren Erscheinen ankündigen zu können.

Recht komisch ist — wahrhaftig, man kann das Lachen kaum halten —, daß die „gemäßigten" Republikaner, die Opportunisten, die Gambettisten, eine heilige Scheu davor haben, in ihren Zeitungen den Namen unserer Partei zu erwähnen — es ist als ob sie fürchteten, daran zu ersticken. Wenn sie dann und wann einmal von unseren Personen sprechen, so geschieht es nur, um uns mit Verleumdungen zu bedecken. Nun — wir beobachten, wir hören und wir führen Buch. Wir haben ein gutes Gedächtniß und werden seiner Zeit uns zu erinnern wissen.

Wenn wir das Vereins- und Versammlungsrecht hätten, läge die Bourgeoisrepublik bei uns bald zu Boden: das opportunistische System fiele unter der Wucht der Lächerlichkeit. In Frankreich tödtet bekanntlich die Lächerlichkeit — jedenfalls ist sie hier tödtlicher in ihren Wirkungen, als in anderen Ländern. An dem Camille Desmoulins wird es nicht fehlen, der die Gerngroße mit Sarkasmen spickt und so in ihre jämmerlichen Coterien zurückschickt.

Die Versailler Deputirtenkammer hat bereits mehrere schwere Fehler verübt. Ihre erste Pflicht war, die Freilassung des braven Bonnet Duverdier zu fordern. Sie hat es nicht gethan. Die Sache ist: Gambetta, der Führer der sogenannten republikanischen Majorität, hat Angst vor Bonnet Duverdier, der Sozialist ist. Er wird sich also wohl hüten, denselben auf die parlamentarische Bühne zu bringen. Der Sozialist Bonnet Duverdier ist den Herrn Bourgeoisrepublikanern im Gefängniß weit weniger unbequem als in der Deputirtenkammer.

Die Lage zwischen dem Präsidenten des Elysée, Herrn Mac Mahon und der Kammermajorität ist sehr gespannt. Der Faden muß reißen. Einer der beiden Theile wird das Feld räumen müssen. (Vielleicht auch nicht. R. d. V.)

Welcher von beiden auch bleibt, wir werden ihn zu bekämpfen haben — es ist wahr, beide von verschiedenen Gesichtspunkten aus, aber beide mit gleicher Entschiedenheit. Das Elysée verkörpert den pfäffischen und militärischen Despotismus — die Majorität der Deputirtenkammer den Bourgeoisegoismus. Nach unseren Begriffen muß dieser Bourgeoisegoismus ebenso verschwinden wie die Tyrannei der Pfaffen und Soldaten. Die Majorität der Deputirtenkammer wird sagen, daß sie liberal sei. Gut: will sie die volle und ganze Amnestie votiren — ja oder nein? Will sie Maßregeln zur radikalen Hebung des Volkselends treffen? Ja oder nein? Sie soll sprechen. — Wir werden lange auf Antwort zu warten haben. Was wir im Interesse des Sozialismus wünschen, das ist die Auflösung; denn wir hoffen, daß die Neuwahlen einige Sozialisten nach Versailles schicken werden. Diese Sozialisten werden von der Rednerbühne herab agitiren. Diese Agitation würde die Energie des demokratischen Volkes wieder erwecken — das Erwachen des demokratischen Volkes ist die Morgenröthe der sozialen Revolution.

Empfangen Sie ꝛc.

Ganz der Ihrige in der gerechten Sache

Hyppolite Buffenoir.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Lage der Landarbeiter in Preußen. Bei Berathung des Etats der Staatsdomänen im preußischen Landtage wurden durch den Abgeordneten Meyer-Arnswalde Mittheilungen gemacht, die ein grelles Schlaglicht auf die landwirthschaftlichen Zustände in Preußen werfen. Meyer-Arnswalde monirte, daß der Domänenfiskus allzu kostspielige Gebäude zu landwirthschaftlichen Zwecken aufführe; er kenne beispielsweise Stallgebäude, in denen der Platz für einen Ochsen sich auf 45 M. jährlich, für eine Ochsenfamilie also auf 180—200 M. stelle, währenddem man die Wohnung einer Tagelöhnerfamilie mit 30—60 M. jährlich berechne. Der Platz für einen Ochsen sei dagegen zu 12 M. jährlich anzunehmen. Es ist also Thatsache, daß solch eine Ochsenfamilie besser daran ist, als eine Familie von denkenden, arbeitenden und steuerzahlenden Menschen. — Darin hat Herr Meyer-Arnswalde vollkommen recht. Der Herr ist aber kein Sozialist; wäre er das, er hätte nicht unterlassen hinzuzufügen, daß es in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft so und nicht anders sein kann. Denn der Ochs ist ein lebendes Stück Kapital, das für schweres Geld gekauft, gehegt und gepflegt werden muß, wenn es Profit abwerfen soll, während die Arbeiter heerdenweise auf dem Markt ohne Ankaufspreis für die bloßen Fütterungskosten zu haben sind. Das ist auch der Grund, warum der „freie Arbeiter" dem Kapitalisten profitabler ist, als der reguläre Sklave, der, gleich dem Ochs ꝛc. ein lebendes Stück Kapital bildet. —

— Das Milizsystem oder die allgemeine Volksbewaffnung, welche von der Sozialdemokratie an Stelle des stehenden Heeres gefordert werden, hat an dem englischen Oberst Loyd-Lindsaft, Unterstaatssekretair im Kriegsamt, einen warmen und competenten Fürsprecher gefunden. Oberst Loyd-Lindsaft benutzte nämlich bei einem Feste einen Toast, der auf das stehende Heer ausgebracht wurde, um sich über die Wichtigkeit der Lehren auszusprechen, welche sich in militärischer Hinsicht aus dem gegenwärtigen orientalischen Kriege ziehen ließen. Sie seien für England vorzüglich wichtig, weil sie ihm besonders zum Vortheil gereichen. Die Erfahrungen des Krieges hätten gelehrt, daß selbst mangelhaft ausgebildete Truppen in der Vertheidigung mit trefflichen Hinterladern den geübtesten Angriffstruppen mit Erfolg widerstehen könnten. Das sei für England eine wichtige Entdeckung. England habe ausgezeichnete Schußwaffen, auch treffliche Schützen, aber nur wenige ausgebildete Soldaten. Hinterlader und Spaten — zum Schanzen- und Barrikadenbau — das seien die Waffen, auf welche es heutzutage ankomme.

Daß diese Verurtheilung der stehenden Heere bei den meisten anderen „Männern vom Fach" keinen Anklang finden wird, versteht sich von selbst, denn die stehenden Heere sind nicht nur eine sogenannte Schutzwehr gegen den äußeren Feind, sie sind auch bestimmt, den inneren Feind — „das innere Düppel" — darniederzuhalten, wozu bekanntlich Milizen — die „denkenden Bajonnette" — nicht gut zu gebrauchen sind.

— Ueber die in der Provinz Schlesien herrschende Lehrernoth berichtet die „Schlesische Schulzeitung": „In 78 Schul-Inspektionsbezirken fehlen 1910 Lehrerkräfte, wenn in keiner Schulklasse nach gesetzlicher Bestimmung mehr als 80 Schüler sein sollen. So fehlen z. B. im Schul-Inspektionsbezirk Kosel 82, Groß-Strehlitz 73, Waldenburg 84, Beuthen-Tarnowitz-Zabrze 92, Neurode 70, Nimptsch 49, Militsch-Trachenberg 48, Striegau und Neustadt je 43, Ohlau 42, Neisse, Ober-Glogau und Gottesberg je 37, Bunzlau 32, Münsterberg-Frankenstein 28, Jauer 26, Görlitz III. 20 Lehrer! Da es aber in Schlesien im Ganzen 114 Schul-Inspektionsbezirke giebt, so erschöpft der Bericht der Schulzeitung, der nur 78 Inspektionsbezirke umfaßt, die Feststellungen des Lehrermangels noch keineswegs." — Es fehlen also in Schlesien allein über 2000 Lehrer, wenn man auf 80 Schüler einen Lehrer rechnet. Nimmt man in den anderen preußischen Provinzen ein viel günstigeres Verhältniß an, so wird man für den ganzen preußischen Staat nicht zu hoch greifen, wenn man die Zahl der mangelnden Lehrer auf 10,000 feststellt. Und das finden wir in Preußen, im „Staate der Intelligenz!"

— Die Wiener Arbeiter hielten am 2. Dezember eine stark besuchte Volksversammlung ab, in welcher als einziger Gegenstand der Tagesordnung der neue Zolltarifsentwurf zur Verhandlung stand. Als Referent trat ein Herr Trojan auf, der, wenn wir nicht ganz irren, früher Mitglied der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine und eifriger Fortschrittler war, jetzt aber Sozialist ist. Des letzteren Umstandes erwähnen wir nur deshalb, um die fortschrittlich-liberalen Fanfaren über die „Absagebriefe" einzelner früherer zweifelhafter Sozialisten in etwas zu dämpfen — die Einzelnen, welche von der Sozialdemokratie abfallen, werden eben hinlänglich ersetzt durch den Anschluß von Tausenden an unsre Partei. Besagte Versammlung drückte nach beifälliger Entgegennahme des Trojan'schen Referats ihre Ansichten über den Zolltarifsentwurf durch Annahme folgender Resolution aus:

1) (Die „Wiener Freie Presse", deren Versammlungsbericht dem unsrigen zu Grunde liegt, nimmt aus preßgesetzlichen Gründen Anstand, den Wortlaut des ersten Punktes der Resolution wiederzugeben, was auch uns an der Mittheilung desselben hindert. Wir bitten die Wiener Genossen, uns diesen ersten Punkt bekannt zu geben. R. d. V.) 2) Die neuen Finanzzölle, wie sie im Zolltarif-Entwurfe proponirt sind, würden eine bedeutende Vertheuerung nothwendiger Consumartikel, wie Kaffee, Zucker, Thee, Reis, Petroleum ꝛc. bewirken, sie kommen demnach einer Mehrbelastung des arbeitenden Volkes gleich, die um so ungerechtfertigter wäre, als dasselbe in Folge der anarchischen Geld- und Produktionswirthschaft am meisten zu leiden hat und zudem der großen Mehrzahl der Belasteten jede Vertretung in der Gesetzgebung hartnäckig verweigert wird. 3) Die in demselben Zolltarife vorgeschlagenen sogenannten Schutzzölle würden keineswegs einen Schutz für die heimische Industrie, sondern einen Schutz für einen kleinen Kreis von Fabrikanten und Unternehmern bedeuten. Ein nachhaltiger Schutz der Industrie ist nur möglich, wenn die Arbeiter vor Ausbeutung geschützt und dadurch in den Stand gesetzt werden, ihre geistigen Fähigkeiten und Anlagen auszubilden, dadurch ihren speziellen Industriezweig zu heben und der gleichen Industrie im Auslande ebenbürtig zu machen. Dies Ziel kann aber nur im Wege eines zweckmäßigen Fabrikgesetzes, auf folgendeu Prinzipien fußend, erreicht werden: a) Einführung des zehnstündigen Normal-Arbeitstages für alle erwachsenen männlichen Arbeiter; b) Beschränkung der Frauenarbeit; c) gänzliche Beseitigung der Kinderarbeit vor vollendetem vierzehnten Lebensjahre; d) Einsetzung von Fabrik-Inspektoren mit dem Charakter von Handels-Miuisterial-Beamten; e) Einführung von Gewerbegerichten für alle Industrien."

Die Wiener Arbeiter, und mit ihnen die östreichischen Arbeiter überhaupt, erklären sich demnach gegen den proponirten Zolltarifentwurf und verlangen zu gleicher Zeit die endliche Realisirung eines Theils ihrer sozialpolitischen Forderungen.

— Ein niederösterreichischer Arbeitertag wird zu Weihnachten in Wien abgehalten werden. Die Tagesordnung ist folgende: 1) Die Nothwendigkeit der Organisation der Arbeiter und die Gewerkschaftsfrage. 2) Vorlage eines Muster-Verbandsstatuts für die Gewerkschaften; Ausdehnung der bestehenden oder Gründung von neuen Gewerkschaften für Niederösterreich, event. Gründung von Allgemeinen Arbeitervereinen. 3) Der neue Gewerbeordnungs-Entwurf. (Fassung einer Petition an das Ministerium und die beiden Häuser des Reichsrathes um Abänderung des Entwurfs.) 4) Einführung resp. Ausdehnung des bereits bestehenden Gewerbegerichtes auf die Gesammt-Arbeiterschaft. 5) Die Nothwendigkeit der Einführung einer Arbeiterstatistik. 6) Die Gewerkschafts- und Fachblätterfrage.

— In Sachen der Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Schweiz fand Sonntag den 25. November in Bern eine zweite Conferenz statt, und wurde nach reiflicher Ueberlegung und Auseinandersetzung in Bezug auf die vorläufige gemeinsame Parteithätigkeit einstimmig Folgendes vereinbart:

1) Das Centralcomité des Grütlivereins steht mit dem Bundescomité des Arbeiterbundes in Correspondenz; bei wichtigeren Fragen bilden beide Comités durch Delegirte eine gemeinsame Commission, die im Namen der sozialdemokratischen Partei handelt.

2) Mit der Vorberathung der Spezialfragen, die an Hand genommen werden sollen, werden die beiderseitigen Sektionen einzelner Orte oder Kantone beauftragt.

3) Die Sektionen des Grütlivereins und des Arbeiterbundes werden aufgefordert, gemeinsame Bezirks- und Kantonalverbände behufs gemeinsamer politisch-sozialer Wirksamkeit zu bilden.

4) Die weitere Regelung der Programmfrage und gemeinsamen Parteithätigkeit bleibt den Delegirtenversammlungen, Congressen und Urabstimmungen beider Organisationen überlassen.

— Ein Schandfleck für die Schweiz. Die „Tagwacht" schreibt: Im Tessin hat der Große Rath die Gehalte der Primarlehrer von Fr. 500 auf Fr. 300 reduzirt und die der Lehrerinnen gar auf Fr. 240! — Das ist allerdings ein Hungerlohn, für den die Lehrer und Lehrerinnen den Kindern der „freien Söhne" der Schweiz nicht einmal das ABC gehörig beibringen können.

— In Paris das alte Schaukelspiel — jeden Morgen Gewißheit einer parlamentarischen Lösung des „Conflikts", jeden Abend Abbruch der Verhandlungen und Aussicht auf Staatsstreich, mit obligatem Pulvergeruch — in den Nasen der Herren Zeitungscorrespondenten, die das von ihnen selbst — auf dem Papier — verknallte Pulver lieber zu riechen pflegen, als das im Ernst in einer Pariser Straßenschlacht verbrauchte. Summa summarum, der Compromiß ist in Arbeit — ob er Dufaure heißt, oder Botbie oder sonstwie ist ganz gleichgültig.

— Seit Sonnabend vor 8 Tagen ist keine Nummer unseres Pariser Parteiorgans „Egalité" erschienen. Der Grund hierfür liegt in einer neuesten Maßregel des Ministeriums Welche, das den Grundsätzen Fourtou's treu bleibt oder dieselben noch überbietet. Nach derselben ist allen Druckereien des Departements Seine-et-Marne angekündigt, daß jeder Drucker, der die Herstellung dieses Wochenblattes übernehme, nicht nur sämmtliche Arbeiten der Behörden verlieren, sondern auch gewärtig sein müsse, bei den geringsten Verstößen gegen die Druckerei-Vorschriften auf's Härteste gestraft zu werden. Diese Einschüchterung scheint genügt zu haben, um dem Blatte den bisherigen Drucker abwendig zu machen. Uebrigens haben die Pariser Arbeiter so etwas wohl vorhergesehen, denn gleichzeitig mit dem Inslebentreten der „Egalité" ist die Gründung einer eigenen Buchdruck-Genossenschaft in Angriff genommen worden, und dürfte nach diesem neuesten indirekten Gewaltakt der Regierung jedenfalls die Betheiligung an den Zeichnungen für dieses Unternehmen eine derartige sein, daß die „Egalité" sehr bald wieder in die Lage versetzt sein wird, ihr Erscheinen fortzusetzen.

— Zur Finanzlage in Rußland. Die Milliarde des russischen Papiergeldes ist nun glücklich erreicht. Der letzte Ausweis der russischen Staatsbank ergiebt, daß außer den 734,772,025 Rubeln des Metallfonds 266,650,000 Rubel „zeitweilig emittirter Noten", also zusammeu 1,001,422,025 Rubel in Umlauf gesetzt wurden. Die „zeitweilig emittirten Noten" sind ausschließlich zur Bestreitung der Kriegskosten bestimmt, und wie aus der Bezeichnung „zeitweilig emittirt" hervorgeht, beabsichtigt der russische Finanzminister diese Noten später wieder einzuziehen. Bei der Absicht wird es aber wohl sein Bewenden haben, zumal die Banknotenpresse bis zum Ende des Krieges — vielleicht auch noch später — fortfahren wird, „zeitweiliges" Papiergeld zu drucken.

— Zum Strike der Cigarrenmacher in New-York schreibt unser dortiges Parteiorgan, die „Arbeiterstimme":

„Alle Zeichen deuten auf Sieg! Bereits ist die Arbeit in ca. 20 Fabriken mit 900 Arbeitern zu erhöhten Preisen aufgenommen, in 60 Fabriken mit 11,052 Arbeitern wird noch gefeiert. Ein Experiment mit Lehrmädchen hat glänzend Fiasko gemacht, und die Chinesen wollen auch nicht kommen. Abgesehen von den ungeschwächt fließenden Unterstützungsgeldern aus den Vereinigten Staaten, sind bereits bedeutende Beträge, besonders aus England und Holland, unterwegs. Inzwischen machen sich die Herren Fabrikanten den kleinen Spaß, jedem Arbeiter, der

Demimonde-Poesie.

Wäre Ernst Eckstein's „Traum" ein halbes Jahr älter, so könnte man auf den Gedanken kommen, die Lorbeeren Ernst Eckstein's hätten J. E. Kühn nicht schlafen lassen. Die „Bekenntnisse eines Weltkundigen", mit welchen uns dieser angebliche Dichter beschenkt, sind ganz dazu angethan, den „Träumer" Eckstein in den Schatten zu stellen und sie liefern einen neuen Beleg dafür, daß wir uns in einer Periode der sittlichen Decadence, in einer Periode des Verfalls und des Verfaulens, befinden — Grund genug, uns mit ihnen zu beschäftigen, obgleich das ein widerliches und trostloses Geschäft ist.

„Wer und was ist Herr J. E. Kühn?" Diese Frage, die uns jedem andern poetischen Erzeugniß gegenüber sehr fern liegt, drängte sich uns auf, als wir diese unsaubern, von dem fatalen Patchouli-Duft des Bordells durchwehten „Bekenntnisse" zugeklappt, sie in einen starken grauen Bogen eingewickelt und — uns die Hände gewaschen hatten, eine Reflexbewegung des Reinlichkeitsgefühls, die wir denen nicht zu erklären brauchen, die leichtsinnig und neugierig genug waren, ihre Weltkunde durch die J. E. Kühn's bereichern zu wollen. „Wer und was ist Herr J. E. Kühn?" Das Adreßbuch giebt uns erschöpfende Auskunft: „Dr. Jul. Ed. Kühn, Polizeiarzt, Ritter ꝛc." Nun begriffen wir das scheinbar Unbegreifliche. Wem ex officio die Untersuchung der unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehenden Dirnen obliegt, wessen Kundschaft fast ausschließlich aus den jungen Männern besteht, die sich im Verkehr mit diesen „Damen" eine syphilitische Erkrankung geholt haben, in dem mag sich schließlich der Wahn ausbilden, als sei die Welt ein großes Bordell; der Titel des Buches beruht dann nur auf dem Mißverständniß, die Halbwelt für die Welt zu halten und wenn der Dichter versichert:

„Mein Herz, ich ließ es frei und menschlich fühlen,
Was menschlich war, ich wollte es erkennen."

so kann man dies mit der kleinen Einschränkung gelten lassen, daß er das „menschlich" nicht dem allgemeinen Sprachgebrauche gemäß von „der Mensch", sondern von „das Mensch" abgeleitet hat. Ein kleines Räthsel bleibt freilich auch bei dieser wohlwollenden Erklärung ungelöst. Man sollte meinen, wer das Laster und seine Folgen Tag für Tag und Stunde für Stunde unter den Händen hat, dem müßte es einen unauslöschlichen Ekel einflößen; statt dessen predigt unser „Dichter", fanatisch fast, den Sinnengenuß als das höchste und einzige Erdenglück, und nennt Jeden, der da nicht mit ihm will, einen Heuchler. Unendlich oft wiederholt er Behauptungen wie die folgende:

„Schlanke Arme, schlanke Leiber,
Wollustwarme Liebesglut,
An dem Thron der schönsten Weiber
Sucht des Lebens höchstes Gut.

Unter ihren schönen Zelten
Schlafet ohne Zagen ein,
Und die beste aller Welten
Wird dann ohne Tadel sein."

Bekennen wir nur, daß wir ganz ebenso fühlen und denken, wenn auch ganz heimlich, sonst beschuldigt uns der Herr Polizeiarzt, seinen „Liedern" nur zu grollen, weil sie uns die Maske abreißen,

„Denn was Jeder in sich barg,
Läßt man ungern wissen."

oder er ruft uns zu, daß seine „Liebe" ein kecker Tagfalter sei, die unsre ein lichtscheuer Nachtvogel, und nennt uns „gemeine Mucker",

„Die vor der Sünde fromm die Augen schließen,
Um kräftiger bei Nacht dann zu genießen."

wenn er uns nicht Mangel an Verständniß dafür Schuld giebt, „daß er in den Pfuhl des Lasters eintaucht, weil er Alles zu vergessen begehrt." Ganz im Einklang damit werden unsre Frauen davor gewarnt, auf den Schwur der Treue zu bauen, den wir am Altar abgelegt.

„Ich sage euch, kaum ist der Reiz verflogen,
So flüchtig wie die Blume unsrer Weine,
Und jede Phryne hat beim Lampenscheine
Mit ihrer Schminke euch darum betrogen.

Es bläht das Roß beim Morgenroth die Nüstern,
Voll Wollust treibt es durch die frischen Fluren,
So macht der Männer schwankender Naturen
Ein neues Röschen unvermuthet lüstern."

Unser Dichter hält es allerdings für seine Person durchaus nicht mit der Treue. Er erzählt:

„Erregt von ein'gen Gläsern süßen Weines
Traf ich im sanften Licht des Mondenscheines,
Der, wie ein trauter Freund, mir rieth zu lieben,
Ein lieblich Mägdlein auf dem Heimweg an."

Besagtes Mägdlein verräth ihm durch ihres Busens sanftes Wallen, daß er ihr gefallen, als sie ihn aber zwölf Zeilen später fragt:

„Wann, trauter Freund, wann sehen wir uns wieder?"

belehrt sie der Polizeiarzt eines Andren:

„Nein, rief ich, Mädchen, laß uns ewig scheiden,
Du hast der Liebe Heiligstes empfunden;
Behalte die Erinnerung dieser Stunden,
Um sie dir nicht durch Täuschung zu verleiden.
Die höchste Lust, die uns ein Gott gegeben,
Sie liegt allein im flüchtigen Genusse,
Ein jedes Mehr, es treibt zum Ueberdrusse;
Was ich dich heute voller Lust gelehrt,
Es war ein schöner Maientag der Liebe,
Daß diese ewig nen, mein Mädchen, bliebe —
Vom eignen Schöpfer ward es uns verwehrt.

Auch die von Herrn J. E. Kühn besungenen Damen scheinen ähnlichen philosophischen Ueberzeugungen zu huldigen und zu denen zu gehören, die er im Aug hat, wenn er ausruft:

„Füllet die Becher mit goldigem Wein,
Ladet auch fröhliche Mädchen mit ein."

Die „fröhlichen Mädchen" kennen wir ja ungefähr. — Es ist bezeichnend, daß sich diese Damen von dem Herrn Polizeiarzt „für Gold von einem Andern küssen ließen," daß sie „den Weg der Liebe schon gegangen", daß sie „den Vetter zur Nacht schon gesprochen", daß „die Blume schon von anderer Hand gepflückt" war, daß sich geöffnet schon des Amors Pforten, daß ein Andrer vor ihm an ihrer Seite schritt und seine Rechte deutlich durch den Wechsel heißer Küsse kündete u. s. w., ein verdrießlicher Umstand, über den er sich jedoch meist durch eine gar feine Erwägung hinweghilft:

„Daß du zu schnell geopfert deine Tugend,
Es war ein rascher Fehler deiner Jugend.
Muß ich vielleicht auch einem Reiz entsagen —
Die Seele, sie war mein beim ersten Kusse.

Zuweilen kommt er aber doch über den fatalen Gedanken nicht hinweg.

„Vor mir lag sie in hehrer Körperfülle
Und purpurroth vor heißer Liebesglut,
Gern hatt' ich weggestreift die letzte Hülle
Und still an ihrer vollen Brust geruht."

Der Erfüllung dieses Wunsches scheinen keine besondern Hindernisse im Wege gestanden zu haben, denn der Herr Poet hat seinen Besuch ziemlich lange ausgedehnt.

„So blieb ich bei ihr, bis die Morgensonne
Ihr golden Licht auf ihre Wangen goß;
Es war ein Anblick voller Lust und Wonne,
Wie selten nur ein Sterblicher genoß."

bei ihnen arbeiten will, die nachfolgende Erklärung zur Unterschrift vorzulegen:

„Hiermit bescheinige ich, daß ich alle ferneren Verbindungen mit allen Cigarrenmacher-Unionen aufzugeben mich verpflichte, was ich mit meinem Ehrenworte bestätige."

Daß diese „Erklärung" nicht das Papier werth ist, auf welchem sie geschrieben ist, erhellt schon aus dem Umstande, daß sich äußerst wenig Arbeiter finden, die ehrlos genug sind, sie zu unterschreiben.

— Die Nachricht von einem bedeutenden Waffenerfolge der Türken hat sich bestätigt. — Suleiman Pascha hat die Russen bei Elena überrascht und dem rechten Flügel ihrer Hauptfeldarmee eine schwere Niederlage beigebracht. Gleichzeitig ist es der türkischen „Ersatzarmee" unter Mehemed Ali gelungen, das Armeekorps Gurko's, welches bis tief in den Westbalkan eingedrungen war, zum Stehen zu bringeu und zurückzuwerfen; und auch von Osman Pascha sollen günstige Nachrichten eingetroffen sein — er sei mit Proviant und Munition reichlich versehen, habe im November 9 glückliche Ausfälle gemacht, den Russen bedeutende Verluste zugefügt, und hoffe dieselben zur Aufhebung der Belagerung zu zwingen. Thatsache ist, daß der russische Haudegen Skobeleff, den die Lorbeeren des Löwen von Plewna nicht schlafen ließen und der sich, mit mehr Eifer als Glück, durchaus an den Türken seine Sporen verdienen wollte, urplötzlich sein Hauptquartier zurückverlegt hat, woraus wir schließen müssen, daß der Punkt, an welchem sich das Hauptquartier bisher befand, für die Russen unhaltbar geworden war. Kurz, die militärische Lage hat sich entschieden zum Nachtheil der Russen verändert, und der Bär, dessen Fell schon von ihnen verkauft worden, hat zu ihrer fast komischen Ueberraschung gezeigt, daß er recht kräftige Tatzen führt. —

— Am Dienstag den 4. Dezember erhielt der Redakteur der „Halberstädter Freien Presse", Genosse A. Kruhl, welcher bereits zu 8 Monaten verurtheilt ist, in neuer Gerichtsverhandlung wegen 22facher Beleidigung, begangen durch einen Artikel, eine Zusatzstrafe von 3 Monaten Gefängniß. — Ein früherer Redakteur desselben Blattes befindet sich zur Abbüßung einer 11monatlichen Gefängnißstrafe bereits in Haft. — Der Redakteur der „Wahrheit", Genosse M. Schlesinger in Breslau, ist wegen Beleidigung eines Wahlvorstandes und eines Fabrikanten in letzter Instanz zu 150 Mark Geldbuße verurtheilt worden.

Ein Staatsmonopol.

Die Debatte in der sächsischen Kammer über die Dauer des juristischen Studiums an der Universität Leipzip veranlaßt uns hier zu der Bemerkung: daß es uns lieb gewesen wäre, wenn bei dieser Gelegenheit der Abgeordnete Freytag eine Kritik derjenigen Prinzipien gegeben hätte, die heute nicht nur gegen die Jünger der Rechtswissenschaft, sondern auch gegen die der andern Disziplinen angewandt werden. In der sächsischen Kammer handelte es sich darum, daß die jetzige Dauer des juristischen Studiums zu langwierig sei, so daß, wie sich einer der Herren Abgeordneten ausdrückte, „es die Väter nicht mehr aushalten könnten," und daß ein dreijähriger Collegienbesuch wie bei andern Zweigen des Studiums auch bei jus. genüge.

Wir können nun nicht unterlassen, hierzu zu bemerken, daß es uns als ein wesentlicher Unterschied nicht erscheint, ob Jemand ein Jahr länger die Universität besucht oder nicht, denn immer kann die Hauptsache nur sein, was überhaupt gelernt worden ist, und nicht ob der junge Streber seinen persönlichen Absichten schneller oder langsamer näher rückt; uns will es scheinen, als wenn die Herren, welche so warm für die dreijährige Universitätspräsenzzeit eingetreten sind, die Frage nie bedacht haben, mit welchem Rechte denn eigentlich der Staat von den sich den Wissenschaften Widmenden einen mehrjährigen Universitätsbesuch beansprucht, wenn sie ihre erlangte Wissenschaft dem Staatsinteresse widmen wollen? Ist ein derartiger Rechtsanspruch von Seiten des Staates nicht auch schon eine Verletzung der Freiheit der Wissenschaft, und preßt er die Jünger derselben nicht gewaltsam in eine Zunftordnung, welche der der mittelalterlichen Gilden gleichzustellen ist? Denn wie können die Vertheidiger des heutigen Staatsmonopols von einer Freiheit des wissenschaftlichen Studiums reden, wenn Jemand, der nicht in der Lage ist, die undankbare Stellung eines Privatgelehrten zu behaupten, verpflichtet ist, eine bestimmte Zeit die zünftigen Professoren anzuhören und noch dazu gezwungen ist, um eine staatliche Anstellung zu erhalten, sich denselben Professoren zur Prüfung zu unterwerfen?

Es schließt dieser Zwang eines der schlimmsten Monopole in sich, weil er sich gegen die freie Ausbildung der geistigen Fähigkeiten richtet und die Würde der Wissenschaft bis zu der geschäftsmäßigen Auffassung eines Handelsmonopols erniedrigt.

Die staatlichen Maßregelungen andersdenkender Gelehrten können gründlich nur beseitigt werden, wenn energisch Hand angelegt wird, den Einfluß des jetzigen Staatsmonopols auf die Wissenschaft zu beseitigen; der Weg der Concurrenz vermittelst der „freien Vereinigung" wird nie erfolgreich sein, weil diese den Gesetzen der Concurrenz unterliegen muß, infolge welcher der Schwächere dem Stärkeren weicht. Haben die „freien Vereinigungen" nicht das Recht, und sie werden es vom heutigen Staate nie erlangen, Zeugnisse auszustellen, welche ebenfalls auf Staatsanstellung Anwartschaft geben, so wird sich ihre Wirksamkeit unleugbar nur auf private oder humanistische Wissenschaftsbestrebungen erstrecken, wobei aber dem Monopolsunwesen nach wie vor freier Spielraum gelassen ist. Wir dürfen nie vergessen, daß der heutige von den Interessen des Volkes abgelöste Staatsbegriff nur durch eine systematische Kette von Vorrechten erhalten werden kann, und daß das Monopol der wissenschaftlichen Belehrung dazu dient, ihm eine gefügige und „gesinnungstüchtige" Beamtenhierarchie zu schaffen und zu erhalten; durchbrechen wir dieses Gefüge der Autoritätsglieder, so wird uns das Abschütteln der ganzen Kette bald leichter fallen.

Das Recht des Staates, selbst Richter zu sein über die Qualifikation seiner Angestellten, ist ein fictives; worum es sich einzig und allein handeln kann, ist doch nur dieses: Der Staat (die Allgemeinheit) muß von seinen Beamten eine gewisse Charakter- und Bildungsfähigkeit beanspruchen, es ist aber nicht nothwendig, daß dieser Staat zugleich Partei und Richter sein muß, sondern die Prüfung der Fähigkeiten eines Bewerbes kann sehr gut einer außerhalb des (heutigen) Staatsinteresses stehenden competenten Behörde anvertraut werden, welcher es ganz gleich sein muß, in welcher Zeit und wo sich der Aspirant die verlangteu Kenntnisse erworben hat. Das heutige Staatsmonopol bedingt aber zuerst die Frage: wo hast du deine Bildung erlangt und wie lange hast du den Monopoluten der Wissenschaft Collegiengelder bezahlt; können diese Fragen nicht nach Wunsch beantwortet werden, so mag sich der Candidat nach anderem als Staatsfutter umsehen, und hätte er alle Weisheit mit Löffeln gegessen.

Wir hoffen, daß diese Anregung dazu beitragen wird, Bresche zu legen in eine der stärksten Dummheitsmauern, und rechnen wir dabei auf den Beistand von berufener Seite; es ist der einzige Weg, die Emanzipation des Geistes zur Wahrheit zu machen.

—c—

Correspondenzen.

Berlin, 3. Dezember. (Erwiderung.) Von Herrn Professor Wagner erhält die „Volkszeitung" folgende Zuschrift: Zu meiner Ueberraschung las ich heute in Ihrer Zeitung vom Sonnabend: in meiner öffentlichen Vorlesung (über Sozialismus und Eigenthum) an der Universität habe am letzten Donnerstag gelegentlich einer Ausführung, daß das vollständige Coalitionsrecht der Arbeiter eine Consequenz des Systems freier wirthschaftlicher Concurrenz sei, eine störende Demonstration gegen und für diese Auffassung stattgefunden. Eine peinliche Pause sei eingetreten, ich selbst hätte eine halb erstaunte, halb erzürnte Miene gemacht.

Mir ist von alle dem absolut nichts bewußt. Jedenfalls ist mir irgend etwas wie eine Störung nicht zum Bewußtsein gekommen, geschweige, daß sie so auf mich eingewirkt hätte. Ihr Herr Berichterstatter spricht indessen so bestimmt, daß ich die Sache schwer zu erklären weiß. Mir selbst ist nur dunkel in Erinnerung, daß ich am Schluß der Stunde, wie öfters in unserem Universitätsgebäude, zu bemerken glaubte, Hörer der folgenden Vorlesung hätten eine Thür geöffnet, um zu sehen, ob sie eintreten könnten. Die übliche Disziplin der Studenten gegenüber solchem verfrühten Eintreten ist dann bekanntermaßen ein Scharren und Zischen, das als „Ruhe gebieten" gilt. Das fand, glaube ich, neulich auch statt, aber nicht lauter wie gewöhnlich in solchen Fällen. Sollte ich mich täuschen? Ich glaube kaum. Jedenfalls habe ich in keiner Weise den Eindruck einer störenden Demonstration mit mir genommen.

Darf ich Sie bitten, diese Zeilen in Ihrer Zeitung zum Abdruck zu bringen?

Hochachtungsvoll

Prof. Dr. Ad. Wagner.

Hildesheim. (Verspätet.) Am 23. November starb unser Genosse, der Töpfergehülfe K. Schönberg. Schönberg war einer der besten und eifrigsten Sozialisten, welcher auch sein Amt als Kassirer lange Jahre mit Gewissenhaftigkeit versah. Das Geleit war sehr zahlreich und fand die Beerdigung ohne alle kirchlichen Ceremonien statt. Genosse Hund hielt die Grabrede. Kurz vor seinem Tode noch verlangte der Verstorbene nach dem „Vorwärts", den er so gern las. Das Andenken Schönberg's lebt bei den hiesigen Genossen fort. H. Gaßmann.

Duisburg. Einen „gesetzeskundigen" Polizeibeamten konnten die Duisburger Genossen in der Volksversammlung bewundern, die am 25. November im hiesigen „Städtischen Burgacker" tagte, und in welcher Genosse Hermann Lange aus Barmen das Referat übernommen hatte. Der betreffende überwachende Polizeibeamte forderte nämlich bei Eröffnung der Versammlung den Vorsitzenden auf, die anwesenden Frauen entfernen zu lassen, widrigenfalls „auf Grund des Vereinsgesetzes" (?) polizeiliche Auflösung stattfinden würde. Den „Gesetzeskundigen" von seinem Irrthum zu befreien, war schlechterdings unmöglich. Kaltlächelnd setzte er allen Beweisen den stereotypen Ausdruck: „Und ich weiß es am Besten" gegenüber. Da das Bureau der Versammlung bereits am anderen Tage Beschwerde gegen den „Ueberwachenden" einlegte, so dürfte ihm wohl eine „Belohnung" nicht entgehen. Um die Versammlung, die übrigens von einem guten Geiste beseelt war, nicht resultatlos verlaufen zu lassen, entfernten sich die wenigen anwesenden Frauen. Nebenbei bemerkt, ist es seit Jahr und Tag das erste Mal, daß ein derartiges oder ähnliches Vorkommniß sich hier ereignet hat.

Leipzig, 8. Dezember. Donnerstag Abend, den 6. d. M., tagte die schon in Nr. 143 dieses Blattes signalisirte Abeiterinnen- und Arbeiterversammlung im Saale der „Tonhalle", um sich über die Wahl zum gewerblichen Schiedsgericht schlüssig zu machen. Anwesend waren nahezu 2000 Personen, zu welcher Zahl die Arbeiterinnen leider nur ein geringes Contingent gestellt hatten. Als Referenten traten Nauert und Ramm auf, die sich beide in längerer Rede für eine rege Theilnahme an der Wahl aussprachen und zwar nur aus praktischen Gründen, während sie in prinzipieller Hinsicht vor einer Ueberschätzung der Schiedsgerichte warnten. An die Referate reihte sich eine sehr lebhafte Diskussion, aus der hervorzuheben ist, daß sich ein Redner ganz entschieden gegen die Betheiligung an der Wahl erklärte. Die Versammlung war anderer Ansicht und nahm eine Resolution an, in welcher sie die Betheilung an der Wahl zusagte.

Reichenbach, den 2. Dez. Die „Vogt. freie Presse" erfreut sich einer guten Aufnahme bei dem arbeitenden Volke. Am 1. Oktober mit 500 Nummern beginnend, werden deren jetzt 800 gedruckt und mit aller Kraft gearbeitet, daß es beim bevorstehenden Quartalwechsel 1000 werden. Mit großer Bereitwilligkeit unterstützen die vogtländischen Arbeiter dieses höchst nothwendige Unternehmen und sind nach allen Seiten hin für dasselbe thätig. Gute Berichterstatter haben sich gefunden und hauptsächlich in den Orten Reichenbach, Mylau, Netzschkau, Treuen, Falkenstein steht die Sache sehr gut, während an den übrigen Plätzen mehr oder weniger die lokalen Verhältnisse eine größere Ausbreitung hinderten. Die Arbeiter können die Tage Mittwoch und Sonnabend kaum erwarten, um wieder neue Nahrung und neuen Muth aus ihrem Blatte zu schöpfen. Von höchster Wichtigkeit ist eine solche geistige Speise für die vielseitig vernachlässigten Arbeiter und werden die Früchte der Bildung des Volkes in politischer und ökonomischer Hinsicht nicht ausbleiben.

ch. **Bromberg**, 5. Dez. Am vergangenen Sonntag stattete die hiesige Polizei den Genossen Bogs, Seebach und Kober einen Besuch behufs Beschlagnahme des „Anti-Syllabus" ab. Die „Bromberger Ztg." schreibt hierüber: „Haussuchung nach

---

Es ist zu präsumiren, daß dieser Genuß noch vielen Andern zu Theil ward.

„Der braunen Augen schwärmerisch Verlangen,
Des Körpers süßer Duft, der Lippe Glut,
Es waren Fragen, die auf Antwort drangen
Und stürmisch mir erregt mein kaltes Blut.

Und doch! — ihr Arme, die ihr mich umschlungen,
Du heißer Odem, der mich fast verzehrt,
Der Liebe Kunst war Alles abgerungen,
Die sie zuvor ein Anderer gelehrt.

Ich habe kummervoll mich weggeschlichen
Von ihrer Schönheit weicher Lagerstatt;
Der schöne Stern, auch er ist mir verblichen —
In einer Nacht sah ich mich gründlich satt."

Aber das sind nur gelegentliche Anwandlungen; im Allgemeinen bleibt es bei dem Rathe, die rasch vergehende Jugend „nicht im Keimen auf dem kalten Pfad der Tugend zu ersticken", für einen Thoren wird erklärt „wer seiner Triebe junge Lust voller Weisheit in eine fromme Brust eingeschlossen" und triumphirend verweist der Herr Polizeiarzt, dessen Haupt „voll schon gebleichter Haare", auf sich, der

— — — — mit vollen Zügen
Aus dem Born der Liebe trank,
Todesmüde vom Vergnügen
In das weiche Pfühl dann sank."

Auch die vertraulichen Eröffnungen, die jene Damen dem Herrn Polizeiarzt machen, sind von hohem Reiz:

„Sie sagte mir: „Ach, welche Strafe
Hatt' ich mir einstmals ausgedacht,
Als mich ein fremder Mann im Schlafe
Um meine Unschuld fast gebracht.

Empört zürnt' ich dem Wilden, Frechen,
Dem Ungestümen, der gewagt,
Sich jene stolze Frucht zu brechen,
An der kein Wurm bis da genagt."

Diese interessante Mittheilung ist die Einleitung zu dem erfreulichen Geständniß:

„Als ich den ersten Kuß empfunden,
Den mir die wahre Liebe gab,
War jene Unschuld überwunden
Und lautlos sank sie in ihr Grab."

Die „wahre Liebe" macht bei dem Herrn Polizeiarzt wenig Federlesens, wie's scheint.

Wir werden des Citirens müde — kann man es uns verdenken? Wir haben nur aufs Gerathewohl hineingegriffen in die Wildniß von Cynismen und Frivolitäten, die fast auf jeder Seite des Buches wuchert — und es zählt deren 268. Möglich, daß uns die saftigsten Schönheiten entgingen, aber wir denken, es ist trotzdem genug und übergenug, denn man muß wie der Herr Polizeiarzt fühlen, um nicht von dieser Häufung von Zoten angeekelt zu werden.

Er denkt freilich anders und glaubt seine Pappenheimer zu kennen, wenn er behauptet:

„Nur für flotte luft'ge Kenner
Hob ich die Gedanken auf,
Denn ich weiß es, brave Männer
Schwimmen mit des Stromes Lauf.

Nur für diese ward geschrieben
Dieser Verse froher Chor,
Wo ich's toll, wie sie getrieben,
Spitzen doppelt sie das Ohr.

Und sie lesen voll Entzücken,
Daß es Einer frei gewagt,
Mädchen an sein Herz zu drücken
Und zu küssen unverzagt.

Und sie freuen sich der Wahrheit,
Die aus meinen Liedern spricht" ꝛc.

(Schluß folgt.)

— „Kampf mit geistigen Waffen". Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" des Herrn Prof. Biedermann schreibt in ihrer Nr. vom 7. d.:

„Der sozialistische „Vorwärts" nimmt sich der vom „Leipziger Tageblatte" angegriffenen „Junker" an. Es ist das ein um so größerer Freundschaftsdienst, als in derselben Nummer mit großer Befriedigung erzählt wird, wie eingenommen der Bauer sei „gegen die Edelleute und Großgrundbesitzer, weil solche sich meist durch ihr Ausbeutungssystem den bewußten oder instinktiven Haß des kleinen Mannes zugezogen". Es muß also eine ganz besondere Wahlverwandtschaft sein, welche in der bekannten Angelegenheit die Sozialisten zu den „Junkern" zieht."

Das ist so — geistrich, daß es in die „Sozialdemokratische Correspondenz" gehörte. Weiß Herr Prof. Biedermann nicht, daß die hervorragendsten seiner eigenen Parteigenossen Twesten, Forckenbeck, Gneist u. s. w. sich weit schärfer über die preußischen Justizverhältnisse und die „Richter in Berlin" ausgesprochen haben, als dies Seitens der „sächsischen Junker" geschehen ist? Wir sind bereit, ihm die betreffenden Reden zuzustellen. Wenn Herr Prof. Biedermann dieselben gelesen hat, wird er finden, daß eine ganz besondere „Wahlverwandtschaft" zwischen den „sächsischen Junkern" und den Führern der nationalliberalen Partei besteht.

— Eine hübsche Wahlanekdote. In Dresden fanden bekanntlich am 29. November die Stadtverordneten-Wahlen statt. Wie die „Dr. Pr." erzählt, kam Prinz Georg, der Thronfolger, gegen 2 Uhr nach dem Wahlzimmer in Meinhold's Gasthaus, um sich an der Wahl zu betheiligen. Die Zettelvertheiler nahmen Anstand, sich auf den Prinzen mit dem Eifer zu stürzen, den sie den andern Wählern gegenüber entwickelten. Nur der Vertheiler der sozialdemokratischen Liste bot seinen Zettel an. „Ich danke sehr, bin schon versehen," sagte der Prinz lachend, nachdem er den Zettel besehen hatte.

— Reptilisches (Eine Reminiscenz) Die „Vossische Zeitung" schreibt in einer ihrer letzten Nummern: „Bei Gelegenheit der fortgesetzten Weigerung des Ministeriums, über die Verwendung der Zinsen des Welfenfonds Auskunft zu geben, mag hier noch einmal an eine Aufforderung erinnert werden, welche die „Wiener Presse" im Juni 1874 nach Berlin richtete: Daß unsere diplomatischen Enthüllungen (nämlich vertrauliche Berichte des Grafen Arnim. D. Red.), welche wir als Beitrag zur Geschichte des vaticanischen Concils in unserem Blatte vom 2. April geliefert haben, uns eine Anzahl mehr oder weniger indiskreter Zumuthungen und Anfragen zuziehen würden, hatten wir wohl vorausgesehen und mit Resignation erwartet. Nun haben derartige Interpellationen aber in den letzten Tagen eine so akute Form angenommen, daß wir uns genöthigt sehen, mit einigen Worten der Abwehr vor die Oeffentlichkeit zu treten. Mehrere dem Adelsstande angehörige Personen sind in unserem Bureau erschienen und haben im Auftrage einer hohen Persönlichkeit in Berlin das Ansinnen an uns gerichtet, ihnen Quelle, Datum, Gewährsmann unserer Florentiner Papiere zu bezeichnen. Man ging so weit, uns förmlich Fragebogen vorzulegen, strengste Verschwiegenheit zuzusichern, da es nur auf Rechtfertigung einer unschuldig bezichtigten Persönlichkeit „abgesehen" sei, endlich uns für diese Verschwiegenheit eine „Caution" anzubieten, deren Ziffer, beiläufig bemerkt, ziemlich hoch gegriffen war und ein kleines Familienvermögen repräsentirt. Den Redakteuren der „Presse" blieb auf Zumuthungen, die in solcher Form an sie herantraten, nur eine Antwort, nämlich die, daß es für ihre Ehrenhaftigkeit und Loyalität ihren Freunden und Mitarbeitern gegenüber schlechterdings keinen Preis gäbe. Die erwähnten Thatsachen aber bringen wir aus zwei Gründen zur allgemeinen Kenntniß: einmal, damit man uns nicht fürder mit unnützen Schritten dieser Art behellige, zweitens aber, damit man doch an maßgebender Stelle in Berlin in die Lage gesetzt werde, sich zu erklären, ob die gedachten Persönlichkeiten, die wir auf Erfordern näher zu bezeichnen bereit sind, wirklich irgendwie ermächtigt waren, die Ehrenhaftigkeit eines unabhängigen Blattes in Versuchung zu führen. Die erwartete Erklärung ist bis heute nicht erfolgt. Sapieuti sat." Sapienti sat — zu deutsch: genug für die nicht „Dummen". „Und ein Narr wartet auf Antwort."

---

verbotenen Schriften. Vorgestern sind bei zwei hiesigen Sozialdemokraten, dem Schuhmachermeister B. und dem Schriftsetzer S. Haussuchungen nach verbotenen Schriften 2c. abgehalten worden. Die Veranlassung hierzu hat eine von dem letzterem angeblich bei Gelegenheit der Andacht der hiesigen apostolischen Gemeide zur Vertheilung gebrachte Schrift „Anti-Syllabus" gegeben. Die Haussuchungen waren ohne Erfolg. Ein früher konfiscirtes Exemplar ist der Staatsanwaltschaft eingereicht." — Unter der hiesigen Arbeiterbevölkerung gährt es ganz gewaltig, die Löhne werden noch immer reduzirt und Entlassungen finden wöchentlich statt. Es wäre jetzt an der Zeit, hier eine wirksame Agitation zu eröffnen, wobei das „Bromberger Tageblatt" uns wesentliche Dienste leisten würde, indem es wegen seiner Billigkeit hauptsächlich von Arbeitern gelesen wird und bis jetzt eine sozialistische Tendenz verfolgt. Der Wunsch nach Agitation und Begründung eines Vereins ist hier sehr oft und von vielen Anhängern ausgesprochen, da gerade diese Provinz bis jetzt durch Agitation wenig in Angriff genommen worden ist.

Stollberg, 3. Dezember. Gestern fand hier eine Conferenz statt, welche von Parteigenossen aus Lugau, Würschnitz, Oelsnitz, Lößnitz, Thalheim, Gornsdorf, Gablenz, Stollberg u. s. w. besucht war. Es wurde die Herausgabe eines Parteiblattes beschlossen, welches von Neujahr 1878 ab wöchentlich ein Mal erscheinen und in Chemnitz gedruckt werden soll. Hoffen wir, daß unsere Genossen, denen es zuerst gelang, dem Sozialismus die Thüren des Ständesaales in Dresden zu öffnen, auch verstehen werden, das neue Blatt, welches den Titel „Erzgebirgisches Volksblatt für Stadt und Land" führen wird, lebensfähig zu machen.

London. Da der Zuzug von deutschen Arbeitern fortdauert, beschlossen die im Strike liegenden hiesigen Steinhauer, ein Comité von drei Mann nach Deutschland zu senden, um den Zuzug zu verhindern, namentlich gilt es, dem in Deutschland herumreisenden Baumeister Bull und dessen Agenten entgegenzuarbeiten. Wir ersuchen deshalb alle Gesinnungsgenossen in Deutschland, uns in diesem Bestreben behilflich zu sein und uns namentlich die Zeitungen zuzusenden, in welchen sich Steinhauergesuche nach London befinden. Das Comité wird hauptsächlich Baden und die Pfalz bereisen.

Comitémitglieder sind: Mr. John Brodder, L. Weber (Sohn des im Exil ergrauten Joseph Valentin Weber, rühmlichst bekannt aus der 48er Bewegung der Pfalz) und F. J. Ehrhart.

Alle Briefe und Zeitungen in dieser Angelegenheit möge man senden an

F. J. Ehrhart
J. 5. Nr. 16, „Neue Welt", Mannheim.

Aufruf an die Maurer und Steinhauer Deutschlands!

Kameraden! Seit 19 Wochen befinden sich die Londoner Steinhauer im Strike, was Euch nicht unbekannt geblieben sein kann, indem zu wiederholten Malen im „Grundstein", Organ der deutschen Bauhandwerker, und in allen Parteiblättern vor dem Zuzug nach London gewarnt worden ist. Es handelt sich um eine Lohnerhöhung von 1 Pence (8⅓ Pf.) pro Stunde, eine Forderung, welche dem theuern Lebensunterhalt in London gegenüber eine gerechte ist.

Im Laufe von 8 Wochen kamen auch 119 Arbeitgeber zur Einsicht und erklärten sich mit der angegebenen Forderung einverstanden, worauf die Strikenden, bis auf 600 Mann, in Arbeit traten. Letztere befinden sich bis jetzt noch im Kampfe und ihre Ausdauer ist musterhaft. Leider haben sich trotz aller Warnung Steinhauer aus Süddeutschland, z. B. Stuttgart, dem übrigen Württemberg und Heidelberg, von gewissenlosen Agenten verleiten und nach London importiren lassen, um dort die Arbeit aufzunehmen und den Strikenden den Kampf zu erschweren. Da drüben angekommen, erwartet sie schon die Strafe für ihre höchst ungerechte Handlungsweise, indem sie mit allerhand Widerwärtigkeiten zu kämpfen haben.

Erstens mit der Arbeitsmethode unbekannt, sind sie nicht im Stande, so viel zu leisten, als die einheimischen Steinhauer, erhalten somit den ihnen versprochenen Lohn nicht, so daß sie kaum im Stande sind, ihr Leben zu fristen. Zweitens sind sie beim Londoner Publikum dermaßen verhaßt, daß sie, um nicht insultirt zu werden, von der Polizei nach und von der Arbeit geleitet werden müssen und unterwegs vom Publikum verhöhnt und verspottet werden. Ferner sind sie das Klima nicht gewöhnt; 7 Mann sind schon erkrankt und nach dem Spital gebracht worden. Sobald zwischen den Arbeitgebern und den Strikenden eine Einigung stattgefunden, stehen die verleiteten deutschen Concurrenten erst recht rath- und hilflos da, weil die englische Trades-Unions (Gewerk-Vereinigungen) derartig organisirt sind, daß nach einem beendigten Kampfe Denjenigen, welche gegen die Interessen der Arbeiter gehandelt haben, es nicht möglich ist, Arbeit zu erhalten. Als Mitglieder der Gewerk-Vereine können sie aber aus angeführtem Grunde nicht aufgenommen werden, und sind sie somit gezwungen, unter den traurigsten Verhältnissen als Geächtete nach Deutschland zurückzukehren.

Die Aufgabe der deutschen Maurer und Steinhauer ist es nun, die seit 19 Wochen sich im Kampfe befindenden Londoner Steinhauer moralisch und materiell zu unterstützen, den Zuzug auf's Strengste fern zu halten und durch freiwillige Beiträge die Noth der Strikenden einigermaßen zu lindern. Sollte vielleicht der Einwand gemacht werden, daß die Londoner keine Deutschen sind und somit wir nicht nöthig hätten, dieselben zu unterstützen, so diene Denjenigen zur Erwiderung, daß die Arbeiterinteressen aller Länder solidarisch sind, daß ohne Unterschied der Sprache und Farbe die Arbeiter überall von den habgierigen Kapitalisten ausgebeutet werden. Lassen auch wir die internationale Brüderlichkeit walten und zeigen wir durch thatkräftige Unterstützung, daß auch die Londoner Steinhauer unsere Brüder sind.

Alle Unterstützungsgelder sind zu senden an **H. Walther, Hamburg**, Brennerstr. 19.

Der Ausschuß des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes.

Avis!

Unter hiesiger Arbeiterschaft wurde der Wunsch rege, eine Sängergesellschaft zu bilden. Es erklärte sich auch eine Anzahl Arbeiter hierzu bereit, allein der Hauptpunkt, einen Direktor zu gewinnen, scheiterte bislang. Die hiesigen Gesanglehrer verhalten sich uns gegenüber ablehnend, weshalb wir uns nach auswärts wenden müssen. Wir stellen daher das Ansuchen an eine etwaige Musikkraft (Arbeiter), wenn möglich hier in Arbeit zu treten, derselbe könnte auch unserer Partei wesentl. Dienste leisten. Etwaige Anträge beliebe man zu richten

Reutlingen (Württemberg), 6. Dezember 1877.

Wilh. Deuscher, Wilhelmstraße Nr. 11.

Briefkasten

Quittung. J. Schlinr Meran Ab. 5,00. Br. Groitzsch Ab. 1,60. J. Endrs Augsburg Ab. 50,00. Sbrt Kassel Ab. 3,35. Exped. des „Hamburg-Altonaer Volksbl." Hamburg 1200,00. Lmschlgr Limbach Ab. 1,70. C. Grlmbrgr Nürnberg Schr. 100,00. Bst Mainz Ab. 61,60, Schr. 8,00. G. Brn Heidenheim Ab. 14,00. J. Brn Graz Schr. 15,29. M. Kbzsch Dresden Ab. 89,25. H. Spr Bielefeld Schr. 4,00. Whdr Steinach Schr. 2,43. F. Bst Mainz Schr. 2,70.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Volksversammlung in Eutritzsch d. N. 7,31.

Leipzig. Donnerstag, den 13. Dezember, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Vortrag von B. Geiser.

60] Der Agent.

Ottensen. Arbeiter-Verein. Donnerstag, den 13. Dezember, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters Salon, 1. Treppe:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung für Monat November. 2. Vortrag über die Feste, die Presse.

80] F. Heerhold.

Durch uns ist zu beziehen:

Ein verunglückter Agitator

oder

Die Grund- und Bodenfrage.

Lustspiel in 2 Akten von A. Otto-Walster.

Preis per Exemplar 60 Pfg. gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Leipzig. Die Expedition des „Vorwärts".

Für den Weihnachtstisch!

Im Verlage der **Genossenschaftsbuchdruckerei Chemnitz** (G. Rübner u. Co.) erschien soeben und ist in der Exped. d. Bl. zu haben:

Freie Lieder.

Gesammelte Gedichte von Max Kegel.

Preis: 50 Pf.

Durch uns ist zu beziehen:

Zukunftsmedicin

oder

Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, d. h. Krankheiten zu verhüten.

(Vollständig in 10 Heften (bis jetzt erschienen Heft 1—8).

Ladenpreis pr. Heft 1 M., durch uns bezogen 75 Pf. gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Inhaltsverzeichniß:

Heft 1. Vorwort. Einleitung. Die Verzückung der Seele im Haschisch-Rausch. Ein Blick in den lebenden Magen. Das Wasser als Heilmittel (I. Die Wasserfanatiker. II. Der Wassercharlatanismus. III. Das Wasser als Mittel zur Erhaltung der Gesundheit seit ältester Zeit.) Das medizinische Papstthum. Erste Magenpredigt. Die Wiedergeburt der thierischen Seele.

Heft 2. Eine neue Bestattungsweise Verstorbener. Die Naturheilkunde. Migraine oder diplomatisches Kopfweh. Ueber Gehirnschlag oder der Laie als Arzt. Ueber erregende Genußmittel. Zur weiteren Orientirung.

Heft 3. Geharnischtes Vorwort. Das Leben des Kopfes nach der Enthauptung. Zur Theuerungsfrage I. II. Brod und Fleisch. III. Die Vertheuerung der Lebensmittel durch Fälschung. Einiges über Hysterie.

Heft 4. Der Geheimschwindel. Was der Mensch ißt, das ist er. Die „freie" Concurrenz. Nahrungsstoffe und Nahrungsmittel.

Heft 5. Ueber haarerzeugende Mittel. Der Tabak als Genußmittel. Die medicinischen Pfuscher und Quacksalber. Einiges über die Natur des Bodens, in dem wir wachsen.

Heft 6. Der Puls und seine Bedeutung. Die Temperatur des Blutes in gesunden und in kranken Tagen. Ein medicinisches Räthsel. Ein Blick in die Werkstätte der Natur. Scheintodt und lebendig begraben sein. Besalius, ein Reformator und Märtyrer der Wissenschaft.

Heft 7. Woher kommen wir? Wohin gehen wir? Der Glaube an die Nahrhaftigkeit der Fleischbrühe ein Aberglauben. Aerztliche Winke für Frauen. Der „kalte Trunk".

Heft 8. Die Mechanik der Seelenkräfte. Ueber die Nahrungsmittel des Geistes, a) die Schule, b) die Presse. Die sozialen Wirkungen der Genußmittel. Ueber Diätetik. Zweite Magendiätetik.

Leipzig. **Expedition der „Fackel".**
Kl. Fleischerg. 15.

Soeben ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:



Das Buch verdankt seine Entstehung den mannigfachen Anregungen, wie solche auf den verschiedenen Partei-Congressen zum Ausdruck gekommen sind, und wird namentlich in Familienkreisen mit Freude begrüßt werden, da es das Gemüthsleben der Kinder im sittlichen Sinne anregt und dieselben zum Nachdenken anspornt.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts"**
Färberstraße 12.

Rundschau
No. 6

ist erschienen und an diejenigen Filial-Expeditionen zur Versendung gelangt, welche über Nr. 5 abgerechnet haben.

Von Nr. 5 ist noch eine Partie vorräthig.

Da Kalender wieder vorhanden, so werden die bisherigen Bestellungen nunmehr sofort effektuirt und neue Bestellungen erbeten.

Die Expedition des „Vorwärts".

„Der arme Conrad."

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pfg.**, gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.**, einzusenden, wofür wir es **franco per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von **1 Dutzend aufwärts** berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück } **netto gegen baar.**
gebunden 40 „ „ }

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Fackel", Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.
Expedition der „Freien Presse", Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a

---

Absatz bis 15. Oktober 20,000 Exemplare.

Es erschien und ist sowohl direkt wie durch alle sozialistischen Zeitungsexpeditionen zu beziehen:

Volkskalender für 1878.

13 Bogen gr. 4. Schön illustrirt.

Preis: geheftet 50 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 75 Pf. 10 Stück geheftet 4,00, 100 Stück 30,00, bei direktem Bezuge gegen Baar oder Postvorschuß.

Inhalt:

1878 (Gedicht). Neuer Kalender und Erklärung desselben. Chronol. Charakteristik des Jahres 1878 und Festrechnung. Die Jahreszeiten von 1878. Die Finsternisse und der Merkur-Durchgang von 1878. Jüdische Feste. Buß- und Bettage. Wetterprophezeihungen. Kalenderzeichen. Kalendarium, mit Messen und Märkten, Schreibkalender, Planetenerscheinungen, Wetterprophezeihungen, Anekdoten. Unser Planetensystem. Kernsprüche aus „Der freie Mensch" von Joh Jacoby. Sinngedichte von Lessing. Die Stiefelchen, eine Geschichte aus dem Kleinmeisterleben von L. Otto-Walster. Schutz den Vögeln! Kanon, von Chamisso. Weit über's Meer, von Wilh. Blos. Kuckuck, von Glasbrenner. Was ein guter Lehrer kann und was ein schlechter Lehrer nicht zu verantworten hat, von Ed. Sack. Der Gang um Mitternacht, von Herwegh. Die Sklaven-Emanzipation, von Glasbrenner. Eine seltsame Geschichte. Vom Bau der Pflanzen. Die seltsamen Menschen, von Lichtwer. Nachts, von Prutz. „Heil Dir im Siegerkranz", ein Beitrag zur Geschichte der Volkshymnen, von Ed. Sack. Die Entstehungsursache des Keuchhustens. Abenteuer eines Grafen mit seiner Milchschwester, von B. Becker. Der Stein der Mutter oder die Gunhiba-Indianerin, von Chamisso. Das große Loos, von Langbein. Die Diebe, von Glasbrenner. Insekten-Geschichten. Lied von dem deutschen Philister — Flora Germanica — Persönliche Sicherheit, von Hoffmann von Fallersleben. Die abgestellte Hungersnoth, von Rückert. Nieder mit den Fälschern! „Hütekinder", von Ed. Sack. Blumen von Eis. Der Krieg im Orient. Testament Peter's des Großen. Drei helle Köpfe: Lessing, von W. Bracke; Joh. Jacoby, von S. K.; Karl Marx, von F. Engels. Der deutsche Reichstag, von einem sozialistischen Abgeordneten. Die Städtebevölkerung des deutschen Reichs. Tabellen: Portotabelle, Banknotenverzeichniß, Depeschen- und Wechselstempel-Tarif, Korn- und Fruchtrechnung, Trächtigkeitstabelle. Am Schlusse befindet sich ein vollständiges Verzeichniß der Messen und Märkte für die betreffende Ausgabe. Den nach der Nordseeküste gehenden Exemplaren wird die Ebbe- und Fluthtabelle der Nordsee beigelegt.

Illustrationen:

Titelbild. Monatsbilder. Erde und Mond. Die Planeten. Die Sonne und die Planeten. Durchgang des Merkur 1710, der Venus 1761. Nistkästen. Pflanzenzellen, Markzellen, Holzzellen mit Verdickungsschichten, Zellen der Nadelhölzer, Längsschnitt eines Gefäßbündels. Baumwolle, Flachsfaser, Wollenhaar, Seidenfaden. Palmengruppe. Landschaft in Sibirien. Der Upasbaum. Die drei Grazien, kalifornische Mammouthbäume. Tropischer Palmenwald. Mangrove-Wald im Tieflande von Ecuador. Ameisen, von einem Raubzug zurückkehrend. Ameisen, im Bau eines gedeckten Weges gestört. Schneekristalle. Lessing's Denkmal zu Braunschweig. Portraits: Gotth. Ephr. Lessing; Johann Jacoby; Karl Marx. Sitzungsaal des deutschen Reichstages.

Der Kalender dient der Aufklärung und der Sache des Volks.

Bestellungen werden erbeten von

Braunschweig, 1. August 1877. **W. Bracke jr.**

Wir empfehlen als besonders geeignet zu **Festgeschenken**

Die Neue Welt.

Jahrgang 1876 u. 1877.

Preis: ungebunden M. 5,00 franco. In elegantem Einband M. 7,50 franco gegen baar.

Die Einbanddecken tragen das große Titelbild des Heftumschlags in Golddruck, darstellend:

Die Befreiung der Menschheit.

Bei Partien-Bezug entsprechender Rabatt. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten!

Leipzig. Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück **M. 1,20**, in Roth **M. 1,50 gegen baar** oder **Nachnahme** durch die Buchbinderei von **H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16** zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der **Expedition der „Neuen Welt"**, Leipzig, Färberstr. 12.

Sozialistisches
Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Sekretäre **J. Auer** oder **C. Derossi**, Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.

Geldsendungen sind zu richten an **August Geib**, Rödingsmarkt 13 in Hamburg.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heitzig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pro. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., pro. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Heß, 430 North 3rd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Ertz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heinz, 8 New Golden Square.

Nr. 146. Freitag, 14. Dezember. 1877.

Preußische und liberale Urtheile über Unabhängigkeit des preußischen Richterstandes.

Als vor einigen Tagen ein sächsischer Junker sich scharf über die preußische Justiz aussprach und die Legende von den „Richtern in Berlin" für „ein Mährchen aus alten Zeiten" erklärte, brach unsere nationalliberale Presse in einen wahren Sturm der Entrüstung über diese abscheuliche Blasphemie aus. Und als wir daran erinnerten, daß das, was der „sächsische Junker" gesagt, weit schärfer vorher von preußischen Liberalen, zum Theil Führern der nationalliberalen Partei gesagt worden, da pöbelte uns der bekannte Postheld Leonhardt in der „Weser-Zeitung" und andern Blättern dieser Couleur mit Ausdrücken wie „Infamie" an. Nun, da wir einmal „infam" sind, wollen wir auch die „Infamie" so weit treiben, jene preußischen und liberalen Urtheile hier abzudrucken.

Versetzen wir uns in den Anfang des Jahres 1866 zurück: die Verurtheilung Twesten's wegen einer, nach der Verfassung gerichtlich nicht verfolgbaren Rede im Landtag hat die liberale Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses in die höchste Aufregung versetzt. In der Sitzung vom 9. Februar (1866) kommt die Sache zur Besprechung und es äußern sich bei dieser Gelegenheit:

v. **Forckenbeck**: In der Verfassung steht: es soll kein Geld ohne unsere Bewilligung ausgegeben werden, — seit vier Jahren wird das Geld des Landes ohne unsere Bewilligung ausgegeben; — in der Verfassung steht, daß die Minister verantwortlich sind und wegen Verletzung der Verfassung, des Verbrechens des Verraths zur Anklage gezogen werden können. Was erklären die Minister? Ja, wir sind verantwortlich, aber nur Gott allein, wir sind aber Menschen. Es steht ferner in der Verfassung: Wir Abgeordnete sind unverantwortlich und die Minister sind verantwortlich, und was antwortet uns der höchste Gerichtshof? Ihr Abgeordnete seid verantwortlich! Meine Herren, das ist das Zerrbild einer Verfassung, welches dieses System dem preußischen Volke jetzt zu bieten wagt. Und was haben wir in dieser Lage zu thun? Meine Herren, einfach zu constatiren, daß der Einbruch in die Verfassung, in das letzte Bollwerk der Verfassung geschehen ist, auszusprechen, daß wir ohne Geld, ohne Verfügung über Leute, ohne den Schutz unabhängiger Richter, diesem System entgegentreten wollen fort und fort, wie es unsere Pflicht ist, die uns das Land auferlegt.

Professor **Mommsen**: Es ist Heuchelei, wenn man spricht von der Heiligkeit des Rechts, wo das Recht täglich in einer Weise gebrochen wird, daß es unmöglich ist, nur an die bona fides der Richtenden, der Beschließenden in ihrer Mehrzahl zu glauben. Ich gebe allerdings zu, es kann einen einzelnen Mann, einen einzelnen Fürsten geben, der den Artikel 84 bona fide in dem Sinne auslegt, daß eine Anklage der Abgeordneten dabei möglich ist. Aber wo das höchste Gericht des Landes in seiner Majorität einen solchen Beschluß faßt, welcher dem gesunden Menschenverstande, der einfachen Auffassung der Dinge, der auctoritas rerum perpetuo similiter judicatarum (Die Autorität, die in dem Vertrauen wurzelt, daß die Rechtsprechung unparteiisch und gegen Jeden unwandelbar die gleiche sei. Red. d. „V.") in dieser Weise in's Gesicht schlägt, ist es nur möglich dadurch, daß unter den Richtern einzelne sind, die unter Beeinflussung stehen, die nicht nach dem Recht richten, sondern nach Gunst, und die das Recht nicht bloß unwissentlich brechen, was Jedem begegnen kann, sondern wissentlich.

Professor **Gneist**: Unsere ganze Staatsverwaltung in Preußen ist so gestaltet, daß sich noch immer jedes Staats-Hoheitsrecht handhaben läßt gegen das Gesetz und gegen die Verfassung, so lange sich unter vielen Personen nur eine kleine Zahl findet, welche auf Pflicht und Gewissen versichert: Uns scheint es so nothwendig, recht oder angemessen. — (Nach einem Hinweis auf englische Vorkommnisse): Ein unverwerflicher Zeuge und Zeitgenosse, der conservativste aller Lordkanzler, der Earl Clarendon, Schwiegervater Jacob II., sagt darüber die Wahrheit:

> Diese Irrthümer sind nicht dem Hofe zuzurechnen, sondern dem Geiste und der Ueberdienstfertigkeit der Juristen, die sich sorgfältiger hätten hüten sollen, ihren Beruf und ihre Collegen zu entwürdigen durch solche Dienste, welche beide so sehr dem Vorwurf ausgesetzt haben. Es ist nicht zu sagen, welchen Schaden und welches Unheil Krone und Staat erfuhren durch den verdienten Tadel und die Infamie, welche die Richter traf, die sich in diesen und ähnlichen Akten der Gewalt brauchen ließen.

Meine Herren! Ich könnte das selbst sagen! Sie werden aber zugestehen, daß in dem Munde eines Lordkanzler Clarendon diese Worte mehr bedeuten als in meinem Munde.

(Gneist führt nun weitläufig aus, wie auf die Richter eingewirkt worden ist, und sagt dann):

In der That hat die eindringliche Fragestellung Erfolg gehabt. Der General-Staatsanwalt hat sich eines Besseren belehrt, die Richter und Hilfsarbeiter haben sich einer besseren, so oft und von solcher Seite empfohlenen besseren Interpretation insoweit befleißigt, daß ein Mehrheitsbeschluß zu Stande gebracht ist .... Ich habe es stets ausgesprochen, daß kein Fortschritt unserer Justiz den Krebsschaden jemals gutmachen kann, daß diese Auflösung der Gerichte in kleine, unter dem Einfluß der zeitigen Verwaltung ernannte Commissionen ein sehr schlimmes Ende mit Schimpf und Schande nehmen müsse.

Commissionen, die unter der falschen Firma von Collegien erkennen, haben selbst ein Gefühl der Unwahrheit in sich, denn sie wissen, daß die politische Jurisdiktion in diesem Lande geübt wird durch Vertrauenscommissionen der jetzigen Staatsminister! ..... Das weiß jeder Mensch, daß so lange die menschliche Natur sich treu bleibt, unter 4000 Richtern und Hilfsrichtern, die dem Herrn Justizminister unmittelbar und mittelbar zu Gebote stehen, einmal drei, und einmal fünf, und einmal sieben Commissarien zu finden sind, die uns verurtheilen. Wenn man drei Männer aus einer solchen Zahl heraushebt, drei Männer, denen gegenüber man der Vertrauensgeber, oft der Wohlthäter ist, da entspricht es der menschlichen Natur, daß ein in die Person so gesetztes Vertrauen selten getäuscht wird! —

Abgeordneter **Kanngießer**: Der Herr Justizminister sprach es als eine Tendenz bei Besetzung des höchsten Gerichtshofes des Landes aus: lediglich charakterfeste Männer zu wählen, die der öffentlichen Meinung Widerstand zu leisten im Stande wären! Nun, meine Herren, wir haben diese Aeußerung verstanden und das Land hat sie verstanden. Es hat sich in uns, wie im Lande, die Ueberzeugung befestigt, daß das Ober-Tribunal den Anhängern unserer Partei verschlossen ist, und sich nur solchen Männern öffnet, welche vermöge ihrer Traditionen, ihrer ganzen Lebensrichtung und ihrer politischen Stellung den Grund-Anschauungen und den Grundsätzen des modernen Staats und Verfassungslebens fern stehen. — Wenn die preußische Justiz den Art. 84 mit seiner unbeschränkten Redefreiheit aus der Verfassung herausinterpretirt, dann hat das Königthum in Preußen eine Schlacht verloren; denn es wankt der Glaube des Volks an die Herrschaft und die Heiligkeit des Rechtes!

Stadtgerichtsrath **Twesten**: Wenn der Regierung daran gelegen ist, daß von einer langen Praxis, von einer feststehenden Auslegung der Gesetze abgegangen und eine neue Interpretation an die Stelle gesetzt werde, dann werden neue Möglichkeiten aufgestellt, es wird über Unzuträglichkeiten, Ungeheuerlichkeiten geklagt, die Nothwendigkeit einer andern Entscheidung negirt, Gesichtspunkte aller Art werden geltend gemacht —, Staatsanwälte, Präsidenten sprechen mit Einzelnen umher, die Stimmung wird gemacht. Von dem Präsidenten des Ober-Tribunals, v. Schlieckmann, wird gesagt, daß er schon in der Zeit, als er noch Vice-Präsident des Ober-Landesgerichts in Naumburg war, sehr wohl verstand, auf die erkennenden Richter einzuwirken. Ein Fall derart ist gerichtlich constatirt worden. — Meine Herren! Nicht alle Richter antworten in solchen Fällen, wie der Präsident Lequier auf die rechtswidrigen Zumuthungen des Restaurations-Ministers Peyronnet: „La cour rend des arrêts et non pas des services!" (Der Gerichtshof ist da, um Urtheile zu fällen, nicht um Dienste zu leisten [Lakaiendienste zu verrichten]. Die Red. d. „V.") Sie leisten Dienste, das wiederholt sich zu allen Zeiten. Freilich könnte sich die rechtsverachtende Gewalt nicht am Ruder erhalten, wenn sich ihr nicht die servile Ehrlosigkeit zur Verfügung stellte.

Der Herr Minister-Präsident (Bismarck) rief uns in diesem Saale zu: „Verklagen können wir Sie nicht", — im Herrenhause sagte er: „Wir werden es versuchen". Nun, es ist versucht und es ist gelungen. Die Richter des Criminal-Senats für die ostländischen Provinzen stimmten die Mitglieder des rheinischen Senats nieder, aber es mußte noch eine Majorität beschafft werden. Der Präsident Uhden sandte noch zwei zuverlässige Hilfsarbeiter in den Criminal-Senat und nun war die Majorität von einer Stimme gewonnen!

Die Herren Minister können in der That triumphiren über ihre Erfolge, aber mögen Sie Ihre Richter mit allen Orden des preußischen Staats behängen, Ihre Sterne decken die Wunden nicht, welche diese Männer ihrer Ehre vor der Mit- und Nachwelt geschlagen haben, leider aber nicht blos ihrer Ehre, sondern auch der Ehre ihres Vaterlandes.

Prediger **Richter**: Was die Revolution von unten nicht gewollt und nicht gethan hat, nämlich die Rechtspflege zu erschüttern, das ist jetzt eingetreten, und darum können wir nicht die Augen verschließen. Es steht leider sehr übel mit dem, was uns so oft vorgehalten wird, mit der Selbständigkeit unserer Richter. Ich will Ihnen nicht einen Präsidenten des Ober-Tribunals nennen, aber doch einen Chefpräsidenten eines anderen Tribunals; — er schloß im vorigen Jahr seine klagende Rede über die Angriffe unseres Collegen Twesten mit dem Wahlspruch: „Wie er länger als 50 Jahre bisher gethan habe, so wolle er auch weiter thun, nämlich eine unparteiische, Gott und Sr. Majestät wohlgefällige Justiz zu administriren." M. H.! Sehen Sie nicht den furchtbaren Widerspruch in den beiden Worten? Was ist denn Gott wohlgefällig? Ohne Ansehen der Person! Und wenn es heißt: „wohlgefällig Sr. Majestät", ist denn das eine Justiz, die als selbstständig in unserer Verfassung hingestellt wird? Von wohlgefällig ist weder in der Verfassung, noch in der Ordnung Gottes etwas zu lesen! Und wenn solche Sprüche als Wahlsprüche der höchsten Gerichtsbeamten ausgesprochen werden, dürfen Sie sich dann wundern, daß Zweifel und ernste Erwägungen über die Unabhängigkeit der Richter, namentlich der in den höheren Regionen gehegt werden? Es ist das früher ein öffentliches Geheimniß gewesen, jetzt ist es ein lautes geworden!

Schulze-Delitzsch: Weiter wird auch durch das Vorschreiten des Königlichen Staatsministeriums die richterliche Gewalt, indem man sie zur offenbaren Mithilfe bei den in Frage stehenden Verfassungsverletzungen heranzieht, auf das Schwerste in ihrer Stellung compromittirt. Mit den Verwaltungsbeamten hat es begonnen, bei den Verwaltungsbeamten war es die Purifikation, mit der man die Sache angriff. Die widerwilligen Werkzeuge wurden entlassen. Bei der Justiz geht das nicht, mit der Purifikation kommt man nicht fort, man muß vielmehr den entgegengesetzten Akt anwenden um hier Einfluß zu erlangen. Man entläßt nicht Widerwillige, die sich nicht dienstbeflissen in dieser Beziehung erweisen dem Ansinnen der Minister gegenüber, sondern man zieht Dienstwillige hinzu. Hier werden wir erleben, daß ganz besondere Probestücke in passenden Fällen abgelegt werden müssen, vermöge welcher man solcher Probe und Hilfsarbeiter für alle Zeiten sicher sein kann, weil eine Umkehr, wenn man einmal derartige Dienste geleistet hat, für immer unmöglich ist.

Vice-Präsident **Simson**: Ich habe die Ueberzeugung ausgesprochen, daß es auf dem Wege, den die Königliche Regierung geglaubt hat, betreten zu müssen, kein Anhalten giebt; daß mit dieser Art der Regierung schlechterdings unverträglich ist, was der Freiheit auch nur entfernt ähnlich sieht. Die Herren können nicht regieren mit einer freien Presse; sie können nicht regieren ohne Einfluß auf die Zusammensetzung der Gerichte, und sollte dadurch das Ansehen der Justiz im Lande untergraben werden; sie können nicht regieren, ohne Einfluß auf die Wahlen, und sollte dadurch ein scheinbares Resultat gewonnen werden, wodurch das Gegentheil von dem ausgesprochen wird, was wirklich in dem Herzen der Nation lebt, sie können nicht regieren mit einer freien Communal-Verwaltung, sie können schließlich auch nicht regieren mit einem Hause, in welchem unbedingte Redefreiheit herrscht.

Gutsbesitzer **Frentzel**: Wenn ich und mein College Twesten verurtheilt werden, so ist ein Verbrechen dann gegen mich und den Abgeordneten Twesten begangen; es ist ein Verbrechen, wie es vor mehr als 200 Jahren gegen die beiden englischen Abgeordneten begangen ist, und ich kann nur wie jener Engländer sagen:

> „Es haben sich verbunden die Räthe der Krone, die Staatsanwälte und leider auch die Richter, um meine individuelle Freiheit und die Freiheit meines Collegen Twesten zu unterdrücken, und zu unterdrücken die Freiheit und die Rechte dieses Hauses und des preußischen Volkes."

Gneist (persönlich): Der Abgeordnete für Ratibor hat mich so verstanden, ich hätte nur Vorwürfe gegen die Einrichtungen erhoben, nicht gegen die Personen. Ich halte es für nothwendig, darüber keinen Zweifel zu lassen, daß ich diese Hergänge und Beschlüsse nicht als ein bloßes Produkt von Einrichtungen und Zufällen ansehe. Ich bin vielmehr der Meinung, daß in dieser ganzen Kette von Handlungen eine Reihe von Verletzungen der persönlichen Pflichten von Justizbeamten stattgefunden hat. .... Aber ich muß den Vorwurf gegen die Personen in zweite Linie stellen. So weit diese Entschuldigung nicht ausreicht, erhebe ich laut und ausdrücklich den Vorwurf der Pflichtwidrigkeit gegen die Personen! — —

Genug. Man sieht, der „sächsische Junker" ist sehr zahm gewesen im Vergleich mit den nationalliberalen Führern: Gneist, Forckenbeck, Twesten, Simson, Mommsen.

Auf Wunsch können wir mit einer weiteren Blumenlese aufwarten.

Idealismus — was ist's damit?

Von K. Doual.

V.

Die theoretischen Idealisten pflegen nun bei solchen Auseinandersetzungen, wie unsere bisherigen, einzuwenden, daß es ein Bedürfniß des Menschen, also von Natur gerechtfertigt sei, nach den letzten Gründen aller Dinge zu forschen — und da reden sie scheinbar unsere eigne Sprache. Denn wir gestehn ja bereitwillig zu, daß alle wirklichen Bedürfnisse ihre Befriedigung verlangen und in der Regel auch erlangen. Es fragt sich also blos, ob es wirklich ein Bedürfniß gebe, über die denkende Erwägung unsrer Sinnenerfahrung hinaus ins Uebersinnliche zu schweifen. Und hier werden wir in unsrer Antwort sehr scharf unterscheiden müssen.

Es kann vielleicht mehr nützen als schaden, wenn man an der Hand der langen Reihe von Philosophen alle Irrwege kennen und meiden lernt, welche der Menschengeist in seinem Aufstieg vom Thiersein zum Selbstbewußtsein hat wandeln müssen. Nur wird das so zu Lernende sehr theuer erkauft, und unsere Zeit sollte viel besser angewandt werden, indem wir sofort Sinne und Verstand nach Maßgabe heutiger Naturerkenntniß schärfen und gegen Irrlehren wappnen lernen. Was krankhafte Gelüste, eigensinniges Anstreben gegen bewährt heilsame Gesetze und Verbote, Widerwillen gegen Wasser und Seife im Leibesleben sind, das stellen die spekulativen Flugversuche, die idealistischen Theorien im Geistesleben vor. Sie gleichen der Selbstbefleckung. Die Menschheit hat ein unerbittliches Interesse daran, alte Irrwege, auf denen sie selbst mit genauer Noth an's Tageslicht des wirklichen Erkennens und sittlichen Wollens emporgeklimmt ist, gänzlich zu versperren, damit Zeit und Kraft der Nachkommen zu rascherem Fortschritt aufgespart werde. Jeder neue Versuch, den theoretischen Idealismus am Leben zu erhalten, ist reaktionär und sollte ernstlich widerrathen werden.

Zu Kant's Zeiten, da das Selbstdenken und Erkennen noch ein Vorrecht der herrschenden Klassen war, beurkundete sich ein riesiger Geistesfortschritt, eine wahre Großthat in der Feststellung dieses Denkens, daß Raum und Zeit bloße Anschauungsformen und die Kategorien (Grundbegriffe) bloße Denkformen des menschlichen Geistes sind. Heutzutage, da die arbeitende Menschheit, Kopf für Kopf, nach dem Mitgenuß der praktischen Ideale strebt, ist es schon reaktionär, diese Ausdrucksweise beizubehalten, welche die Nachfolger Kant's (ja in älteren Jahren ihn selbst) in den Irrgarten der Wortschwindelei zurückgeführt hat. Raum und Zeit sind nichts, sobald sie auf das Uebersinnliche oder Unendliche angewandt werden; es sind dies von den endlichen Dingen entnommene Begriffe, denen etwas Wirkliches nur entspricht in endlichen Dingen. Wenn wir durch das

Bedürfniß der Sprache genöthigt werden, von unendlichem Raume und unendlicher Zeit zu sprechen, so sollen wir wissen, daß dies dichterische, bildliche, ja nicht buchstäblich zu nehmende Ausdrücke sind. Die Kategorien (Begriffe von Quantität und Qualität, Ursachlichkeit, Möglichkeit, Nothwendigkeit ꝛc.) finden mit Recht ebenfalls nur auf Erfahrungsgegenstände Anwendung, welche dieselben uns aufdrängen. Sie bedeuten gar nichts und führen uns nur in unlösliche Widersprüche, sobald sie vom nicht Endlichen, nicht Erfahrungsgemäßen ausgesagt werden. Es ist Schwindel mit Worten und oft genug Selbstbetrug, wenn man noch immer mit Spinoza das Denken und die Ausdehnung, oder mit Kant eine sittliche Weltordnung, oder mit Hegel die absolute Idee, oder mit Schopenhauer den unbewußten Willen als das Grundprinzip aller Dinge, das erste Bewegende hinstellt.

Etwas ganz Anderes aber muß es genannt werden, wenn man die vielen verschiedenen Stoffe und Kräfte möglichst auf einen oder wenige zurückführt. Ja, der denkende und forschende Mensch hat ein unabweisbares Bedürfniß, die Einheit in den vielen Dingen, die erste Ursache in einer langen Reihe von Wirkungen, Ordnung und Gesetz in der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen zu suchen und zu finden. Das ist das Verfahren der Wissenschaften, welche auf beweisbare Erfahrung bauen. Jede neue solche Erfahrung und jede darauf gegründete denkrichtige Schlußfolgerung gewährt höchste Befriedigung, eröffnet aber zugleich den Ausblick auf neue Räthsel, und darin liegt das reine Glück, welches alles ernste wissenschaftliche Streben mit sich bringt. Fertig zu sein mit aller Forschung — dieses Bewußtsein könnte der Mensch gar nicht ertragen. Allein damit hat es eben gute Wege; es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wer aber, auf seine Geisteskraft vertrauend, in das Uebersinnliche flüchtet, um aus der Zergliederung und Wiederverknüpfung von Begriffen und Worten, welche stets bloße Spielmarken bleiben, das reine Gold ewiger, unbedingter, grundlegender Wahrheiten zu prägen, der verwüstet nicht nur seine Kraft, die ihm nicht allein gehört — er hilft despotische Gesellschaftseinrichtungen stützen. Man fühlt sich versucht, über sein Streben zu lachen, daß er sich wie Münchhausen am eignen Schopfe aus dem Sumpfe ziehen will; man muß ihn warnen vor der Gefahr, welche das Geltendmachen angeblicher „unbedingter Wahrheit" für die Menschheit mit sich bringt. Er hat kein Recht, die gesunde Nahrung, welche die Gesellschaft ihm bietet, blos mit den Ausscheidungen seines Körpers zu vergelten; er soll ihr nützen durch beweisbare Früchte seines Denkens. Die Gesellschaft der Zukunft kann keine spekulativen Philosophen dulden, sowenig als Giftmischer; oder vielmehr ihre Mitglieder werden von selbst sich ohne solchen Schwindel mit hohlen Worten ehrlich ihren Lebensunterhalt verdienen wollen.

Der menschliche Geist ist auch ohne alle spekulativen Ausflüge in das übersinnliche Gebiet bewundernswürdig in seinen Leistungen, und wenn erst alle Menschen sich am Verständniß, Genuß und Fortschritt derselben betheiligen können — welche reiche Quelle reinsten Glücks wird ihnen sprudeln!

Um das Ergebniß unserer Untersuchung zusammenzufassen, müssen wir sagen: Die Beschränktheit unseres Geistes ist ebenso gut auch keine Beschränktheit. Innerhalb desjenigen Gebietes der Erkenntniß, in welches wir eingeschlossen sind, weichen die Grenzen unablässig weiter zurück, weil unsere Sinne durch neue Werkzeuge geschärft, unsere Beobachtungs-Methoden verbessert, unsere Verstandesschlüsse durch neue Versuche und die wechselseitige Unterstützung der verschiedenen Wissenschaften mit ihren neuen Forschungsergebnissen berichtigt werden. Außerhalb dieses Gebietes haben wir, d. h. hat die jugendliche Menschheit sich ein übersinnliches Gebiet erträumt und mit unwirklichen Gestalten und Erscheinungen angefüllt. Sie hat es gethan und thun müssen, weil sie in Gegensätzen zu denken gewohnt ist, am Gegensatz erst denken lernt, und weil ihre sinnliche Beobachtung und ihre Verstandesschlüsse noch sehr mangelhaft waren, während doch das Streben nach Erkenntniß Befriedigung suchte. Durch die unlösbaren Widersprüche, in welche dabei ihre Gedanken sich verwickelten, ist sie dahin gedrängt worden, ihre einzig wirklichen Erkenntnißmittel zu verbessern und ihren kindischen Einbildungen zu mißtrauen. Indem sie sich auf das einzig Erkennbare beschränkte, wurde ihr Erkenntnißkreis nicht enger, sondern stets weiter. Indem sie ihre früheren Träume als Träume verwarf, wurde ihre beweisbare und beglückende Wirklichkeit, ihr Tagleben nur immer reicher. Sie begann einzusehn, daß der Dichter mit Unrecht singt: „ein Wahn, der mich beglückt, wiegt eine Wahrheit auf, die mich zu Boden drückt." Denn der erkannte Wahn macht bereitwillig der erkannten Wahrheit Platz.

Was von den Gespenstern und der Teufelsfurcht, kurz von jedem Aberglauben gilt, daß sie nicht beglückender Wahn sind, sondern den Geist zu Boden drücken, und daß ihre Vernichtung im klaren Denken eine Erlösung und Bereicherung des Geistes ist, das gilt von allem Uebersinnlichen. Das gilt vom Unendlichen, vom schrankenlosen Raume, von der ewigen Zeit, von der ersten Ursache, vom Weltzweck, von der sittlichen Weltordnung, von der Schöpfung, vom Absoluten oder Unbedingten, vom stofflosen Geiste und vom geistlosen Stoffe, von der ersten Bewegung und von der schlechthinigen Vollkommenheit. Alle diese Begriffe sind dichterisch, und es entspricht ihnen keine Wirklichkeit. Sie im eigentlichen Sinne auffassen, verwickelt uns nicht nur in unlösliche Selbstwidersprüche, sondern macht uns auch unfähig, die Wirklichkeit, welche in uns hereinscheint, zu zergliedern, begreifen und benutzen.

„Ein Mensch, der immer spekulirt,
Ist wie ein Thier auf dürrer Heide,
Von einem bösen Geist im Kreis herumgeführt,
Und rings umher liegt schöne grüne Weide."

Allerdings hat Hegel Recht mit dem Worte: Der Widerspruch ist die Seele der Dinge. Nur muß man hinzuverstehen, daß dies blos vom lösbaren Widerspruch gilt, von demjenigen, welcher in unserem Denken der Dinge ist, und welcher den Reiz abgiebt, der uns zu seiner Lösung unaufhörlich antreibt. Ein Gedanke, der nicht blos scheinbar und theilweis, sondern wirklich in allen seinen einzelnen Bestandtheilen sich widerspricht, ist — Unsinn und eine Mahnung zur Umkehr im Denken. Solche unlösbare Widersprüche sind in allen übersinnlichen Begriffen, wie wir sie oben aufgezählt, zu finden. Und die idealistische Spekulation ist gänzlich aus solchen zusammengesetzt.

Mit diesem theoretischen Idealismus viel zu glimpflich verfahren zu haben, das ist der einzige Vorwurf, den wir der Lange'schen Geschichte des Materialismus machen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Es kriselt fort in Berlin, Paris u. s. w. Der Varziner Mac Mahon hat wieder einmal die Flinte ins Korn geworfen: er will vor dem nächsten Frühjahr nicht zurückkommen — die „Friktionen" sind zu heftig — die unglücklichen preußischen und Reichsminister wissen nicht, was sie thun sollen, die organische Gesetzgebung stockt, für den Reichstag werden keine Vorlagen gemacht, Niemand weiß, wie es um die in letzter Stunde noch angeknüpften Verhandlungen zur provisorischen Erneuerung des deutsch-östreichischen Handelsvertrags steht, Niemand weiß, wie es sich mit den in Aussicht gestellten Steuerreformen verhält und ob es mit der „wirthschaftlichen Umkehr" Ernst ist oder nicht — kurz Niemand weiß, „wer Koch und wer Keller" ist und wir stecken in schönster Kanzlerkrise, Ministerkrise, Regierungskrise, wenn man anders die absolute Regierungslosigkeit eine Regierungskrise nennen kann. Die Regierungslosigkeit (über welche die Herren Reichsfreunde jetzt so wehmüthig klagen) heißt auf griechisch Anarchie — daß unser deutscher Reichskanzler ein solches Talent für den Bakunismus bethätigen würde, hätten wir ihm nie zugetraut. Besseren Muths scheint der Versailler Bismarck zu sein — wenigstens zeugen die Späße, welche er sich mit der Kammermajorität erlaubt, von gutem Humor. Sein deutsches Vorbild ging etwas gröber zu Werk. Indeß das Grobe und die Grobheit kommt vielleicht noch. Freilich nöthig ist's kaum. Diese bieg- und schmiegsamen „Republikaner" sind in das kleinste Mausloch hineinzutreiben. Was für Leute es sind, das zeigt sich recht deutlich bei Gelegenheit der Pariser Neuwahl an Stelle des doppelt gewählten Grevy, welcher das Provinz-Mandat angenommen hat. Es galt, einen passenden Candidaten zu finden. Man berieth lang. Und auf wen hat man sich zuletzt geeinigt? Auf den gesinnungslosesten, wetterwendischsten aller lebenden Politiker, nicht bloß Frankreichs, sondern der Welt, also unsere deutschen Nationalliberalen mit eingeschlossen; auf die politische Wetterfahne par excellence; auf den Mann, der seit 40 Jahren jedem Regime gedient, nach jedem Lüftchen den Mantel gedreht hat — auf die verkörperte Prinziplosigkeit und Rechnungsträgerei: auf den ersten aller politischen Seiltänzer und Windmacher, Herrn Emile von Girardin. Das nackte Faktum spricht Bände. Die Wahl kennzeichnet die Wähler. Und in der That eine geeignetere Persönlichkeit hätte die Mischmasch-Partei des Opportunismus nicht finden können, als Herrn Emile Girardin, den personifizirten Opportunismus. Kuriositätshalber theilen wir nachfolgende Auszüge aus zwei Reden mit, die Viktor Hugo, das Prasen-Monstrum und die Monstre-Phrase, und Gambetta der Dicke in einer Wählerversammlung für Girardin hielten. Ersterer: „— — Der Kampf hat begonnen und jetzt müssen auch wir bis ans Ende gehen. Ich für meine Person erkläre Ihnen: ich werde bis ans Ende gehen! Dies vorausgeschickt, ist nichts leichter, als die uns vorliegende Frage zu lösen, die Ihnen gestellt ist. Sie kämpfen. („Mit Worten bis auf den letzten Mann" wie weiland der „todte" Duncker gesagt. R. d. V.) Nun haben Sie eben einen Deputirten zu wählen, das ist einen Kämpfer. Suchen Sie ihn nicht, er ist schon gefunden. Er steht vor Ihnen: es ist Emil v. Girardin. Sie werden keinen kräftigeren Kampfgenossen, keinen Namen finden, der eine schlagendere und bestimmtere Bedeutung hätte. Seit dem 16. Mai ist Emil v. Girardin nicht einen Tag von der Bresche der Gerechtigkeit und Freiheit gewichen. Er hat in allen Formen seine unerschöpfliche Beredsamkeit, seine strafende Logik und alle Blitze und Donner seines lichtvollen Geistes verschwendet. Emil v. Girardin ist ein großer Kämofer des großen Kampfes. Ich stimme für ihn. Stimmen wir Alle für Emil v. Girardin! Wer für Emil v. Girardin stimmt, stimmt gegen die persönliche Regierung. (Stürmischer Beifall.)

Und Gambetta: „— Niemand kann besser die politischen Anschauungen des 9. Arrondissements vertreten, als Emil von Girardin, der ausgezeichnete Mann, welcher dem Unwillen des Landes einen so beredten Ausdruck gegeben hat. Lassen Sie mich denn mit dem Rufe schließen, welchen derselbe Emil v. Girardin in einem denkwürdigen Momente, nach dem 24. Februar 1848, ausgestoßen hat: Vertrauen, Vertrauen, habt Vertrauen!"

Das ist denn doch selbst der nationalliberalen „Magdeburger Zeitung" zu arg. Sie bemerkt zu diesen Saturnalien der Gesinnungslosigkeit:

„Girardin also an Stelle des makellosen Grevy republikanischer Candidat von Paris und von den beiden angesehensten Männern der französischen Demokratie auf den Schild erhoben! Wir lassen den Privatcharakter des Mannes ganz bei Seite, wollen aber aus seiner öffentlichen Laufbahn nur folgende Kleinigkeiten erwähnen: Girardin hat vermöge des publizistischen Einflusses, den er im Jahre 1848 besaß, das Meiste dazu beigetragen, daß Ludwig Napoleon Bonaparte am 10. Dezember gegen Cavaignac und andere Republikaner zum Präsidenten der Republik gewählt wurde. Girardin war im Jahre 1870 mit demselben Eifer für die Politik seines intimen Freundes Emil Ollivier und das Plebiszit vom 8. Mai thätig; Girardin war also der Pathe und der letzte Helfershelfer des Kaiserreichs — ohne uns weiter dabei aufzuhalten, daß er während der ganzen Dauer desselben der Hausfreund der Tuilerien und namentlich des Palais Royal (Prinz Napoleon!) gewesen ist und sein Name bei allen Ausgeburten des damaligen Gründerschwindels obenan stand. Und dieser Mann wird jetzt von dem Dichter der „Chatiments" und dem Verfasser der „Histoire d'un Crime" von den Tribunen von Tours und Bordeaux als eine Grundsäule der französischen Demokratie angepriesen; dieser verhängnißvolle Fälscher des allgemeinen Stimmrechts von den berufensten Männern der Republik dem allgemeinen Stimmrecht als würdigster Vertrauensmann empfohlen! Difficile est satyram non scribere."

Mit diesem nationalliberalen Fußtritt entlassen wir für heute die Herren „Republikaner".

— Nachdem der Culturkampf im preußischen Abgeordnetenhause ausgetobt hat, geht man mit „affenartiger Geschwindigkeit" über die einzelnen Etatposten hinweg, indem man dieselben natürlich genehmigt. Es ist sogar der außerordentliche Fall vorgekommen, daß die dauernden Ausgaben für das Verwaltungsgericht ohne eine dahinzielende Regierungsvorlage vom Abgeordnetenhause auf den Antrag Gneist's aus eigener Initiative in der Sitzung vom 10. Dezember erhöht worden sind. — In derselben Sitzung wurde über den Bau eines Polytechnikums in Berlin berathen; die Regierungsvorlage im Einverständniß mit der Commission hat den Platz dazu zwischen Berlin und Charlottenburg bestimmt, dagegen erhob sich Herr Ludwig Löwe, der im 6. Berliner Wahlkreise unterlegene Reichstagscandidat, und schlug zwei andere Bauplätze vor (neben der frühern Eisengießerei und bei der Artilleriekaserne am Kupfergraben). Wir kennen nun allerdings das Terrain nicht näher und wollen auch

Demimonde-Poesie.

(Schluß.)

Außerdem sind diese neuesten Blüthen an dem alten Wunderbaum deutscher Lyrik dazu bestimmt, den jungen Mädchen, welchen er jetzt in löblicher Selbsterkenntniß zuruft:

„Blonder Schatz mit Lockenhaaren,
Der Du hängst noch an der Pflicht,
Keusch die Tugend, Dir zu wahren,
Engelsköpfchen, lies mich nicht.

Böses wirst Du bei mir finden,
Was vorher Du nie gedacht" ꝛc.

in späteren Jahren zu einer angenehmen Emotion zu dienen.

„Engelskopf mit blonden Haaren,
Glaube mir, die Tugend schmerzt,
Ist sie etwas reif an Jahren,
Hat sie jeden Kuß verscherzt.

Denn, ach dann fragt sie vergebens,
Ob es keinen Räuber giebt,
Der sich für den Rest des Lebens
Sterblich noch in sie verliebt.

Wo Du gern dann abgegangen
Von der Tugend strengem Pfad,
Bleibst Du in den Dornen hangen,
Denen sich kein Räuber naht.

Dann greif still zu diesen Blättern,
Du begreifst mein Lied vielleicht,
Das mit seinem luft'gen Schmettern
Seine Liebe nicht verschweigt."

Weibliche Tugend ist also unserm „Dichter" ein Gräuel, eine lächerliche Dummheit und er gibt unsern jungen Mädchen mit klassischer Unverblümtheit den Rath, sich dieses lästigen Besitzes so rasch als möglich zu entledigen.

Man begreift nun wohl das zustimmende Kopfnicken, mit dem wir auf S. 253 lasen:

Ich warf euch kühn den Handschuh hin,
Wohlan, beginnt zu schreien,
Weil ich ein wenig anders bin,
Solch' einer von den Freien,
Der nicht katzbuckelt jeder Zeit
Vor jeder großen Nase,
Und stets verfolgt die Heiligkeit
In der modernen Phrase.

Schreit zu, schreit zu! Denn, wie ihr wißt,
Könnt ihr mir doch nichts nehmen,
Der Käfer, der bestimmt für Mist,
Braucht drob sich nicht zu schämen.

Wir sagten uns froh überrascht: „Mistkäfer ist gut, sehr gut sogar!" und wir waren dem Sinne des Verses nach gewiß berechtigt, anzunehmen, daß derselbe nur eine (sehr zarte und duftige) Umschreibung des alten Satzes sein solle, daß über den Geschmack nicht zu streiten sei. Leider ergiebt sich aus der Fortsetzung, daß unser „Poet" seine Gedanken nicht logisch zu formuliren und zu ordnen liebt, denn er wendet den „Mistkäfer" plötzlich auf seine Gegner an, und es scheint, daß er die Tugend für „Mist" erklären will, indem er weiterreimt:

„So wühlt denn zu, wie er getrost,
Müßt ihr euch so ernähren,
Weiß ich, weshalb ihr euch erbost,
Auch mir nicht zu erklären.

Für euch der Mist — die Freiheit mir,
Ich dächte, das wär' gründlich,
Genügt es nicht, sag' ich's statt hier
Noch einem Jeden mündlich."

Wir verzichten wirklich darauf und bitten den Herrn Verfasser dringend, uns bei diesen mündlichen Erklärungen ja zu übergehen —; wir geben gern zu, daß seine Verse an „Gründlichkeit" nichts zu wünschen übrig lassen: es giebt freilich auch unergründliche Sümpfe und in einem solchen scheint uns der Herr Verfasser bis über die Ohren zu stecken. Die Höflichkeit verbietet uns, diesen Sumpf näher zu bezeichnen.

Der Herr Polizeiarzt (wir wiederholen nochmals, daß es uns in diesem Falle beim besten Willen unmöglich ist, den Poeten von seiner Lebensstellung zu trennen — nie hat ein Mensch weniger seinen Beruf verfehlt) möchte uns am Ende vorwerfen, daß wir von dem reichen Diner, das er uns vorsetzt, nur in den cynischen Delikatessen herumstochern, statt auch die pièces de résistance zu berühren, die öfters eingeschoben sind, wollten wir unerwähnt lassen, daß er ein großer Demokrat vor dem Herrn ist und für Freiheit, Toleranz u. s. w. bedeutend „in die Aepfel haut", ja sogar (armer Schiller!) ein pomphaftes Opus zum 10. November losläßt.

„Wir lauschen feierlich dem Glockenschlage,
Wo sich der Gott mit seiner Welt vermählt,
So fragt euch denn an seinem Sarkophage,
Ob wir's verdient, daß er zu uns gezählt."

Wir fürchten nicht, uns einer Voreiligkeit schuldig zu machen, wenn wir diese Frage, soweit es sich dabei um den Verfasser eines Gedichts handelt, das also anhebt:

„Götterweibchen, süßes, schlankes,
Als du so vor mir gesessen
Auf der weichen Ottomane
Mit den Augen wollustsprühend"

entschieden und bedingungslos verneinen. Wir hätten dem Verfasser seine „pièces de résistance" mit großem Vergnügen erlassen; es ist immer verdrießlich, Gedanken und Anschauungen, die sich da und dort mit den unsrigen berühren (wennschon wir sie muthmaßlich niemals in so jammervolle Verse bringen werden), von einem Manne aussprechen zu hören, mit dem an einem Tische zu sitzen für uns zu den nicht eben zahlreichen moralischen und physischen Unmöglichkeiten gehören würde, die wir kennen.

Es erübrigt uns noch, einige Worte an den Epilog zu knüpfen, mit dem wir entlassen werden und in dem uns, damit wir es ja nicht vergessen, nochmals feierlich wiederholt wird, daß er

„nur offen sang, was ihm im Herzen braunte,
Statt heuchlerisch, wie wir, es zu verschweigen."

Es scheint, als habe sich der Herr Poet von den Kritikern keiner besondern Freundlichkeit versehen (und wie Figura zeigt, hat diesen „ahnungsvollen Engel" sein Vorgefühl nicht betrogen), denn er beginnt:

„Nun weiß ich schon, wie ihr mich kritisirt,
Wenn ihr den tollen Krimskrams solltet lesen,
Das ist, sprecht ihr, ein rechter Narr gewesen,
Der sich mit Versemachen amüsirt."

Das Wort „Krimskrams" will uns doch etwas zu glimpflich erscheinen, uns summt vielmehr ein Wort wie „tollgewordene

nicht untersuchen, welcher Platz am günstigsten wäre; vielleicht aber wird sich die Redaktion der „Berliner Freien Presse" der Aufgabe unterziehen, nachzuforschen, ob bei diesen gesetzgeberischen Vorschlägen des Abgeordneten Ludwig Löwe ähnliche Motive vorgewaltet haben, wie bei den Vorschlägen des Stadtverordneten Ludwig Löwe in Bezug auf die Anlegung des neuen Viehhofs zu Berlin. Wir haben nachgerade genug Parlamentarier, die ihren Einfluß dazu mißbrauchen, um Prozent- oder Consortialinteressen zu fördern.

In welchem Ansehen das preußische Abgeordnetenhaus selbst bei den gemäßigtsten unabhängigen Organen in Deutschland steht, das geht aus folgendem Satze des „Hamburgischen Correspondent" hervor: „Im Abgeordnetenhause spielen politische Heuchelei (Fürst Bismarck hat ja dem Worte durch sein großsinniges Bekenntniß jeden Zug des Verletzenden genommen) und Komödie weiter." — Also doch — Komödie!

— In dem letzten De Camp'schen Feuilleton der „Magdeburger Zeitung" befindet sich folgende Stelle:

„Sobald die lodernden Flammen das letzte Kampfsystem, zu dem die Commune ihre Zuflucht nahm, erkennen ließen, erhielten die Corpsführer sämmtlich Befehl, die Soldaten des Aufstandes, die in ihre Hände fielen, auf der Stelle zu füsiliren. Dieser allgemeinen Weisung wurde nur mit Zurückhaltung (!) gehorsamt; die ungeheure Zahl der Gefangenen beweist dies mehr als zur Genüge. Gleichwohl haben einige sehr bedeutende Massen-Exekutionen stattgefunden. Zwei davon kann ich nebst den Zahlen mit Sicherheit bezeichnen. Sonntag den 28. Mai, früh, wurden 148 Insurgenten aus dem Gefängniß Mazas, wo man sie eingesperrt hatte, hervorgeholt, auf den Père-Lachaise geführt, dort unweit der gemeinsamen Grube, welche die Reste des Erzbischofs und der mit ihm getödteten Geißeln barg, in Abtheilungen von zehn Mann aufgestellt und erschossen. Sie hielten sich bei den Händen und riefen: „Vive la Commune!" ehe sie niederstürzten. Drei von ihnen entwichen und verkrochen sich hinter ein hügeliges Terrain in der Nähe; sie wurden ergriffen und ebenfalls getödtet. An demselben Tage und beinahe zu derselben Stunde sah der Rundgang des kleineren Roquettegefängnisses 227 Insurgenten fallen; von diesen haben die meisten, wie mir ein Augenzeuge sagte, geflennt und um Gnade gebeten."

Wir nehmen Akt von der im ersten Satz enthaltenen Thatsache. Also die sämmtlichen Corpsführer hatten Befehl, alle gefangenen Communekämpfer auf dem Fleck füsiliren zu lassen. Bisher wurde das geleugnet: da Herr De Camp das Versailler Material besitzt und sicherlich der Letzte wäre, die Versailler zu verleumden, so müssen wir seine Mittheilung für richtig erachten. Wer hat den barbarischen Befehl ertheilt? Nur ein Mann kann es gethan haben, der Mann, welcher damals an der Spitze der Geschäfte stand: Herr Thiers. Und diesen Massenmörder, diesen grausamsten und brutalsten Feind des Proletariats hat man uns neuerdings als — Bundesgenossen, als besten Freund zu empfehlen den Muth gehabt! — Der Rest des Berichts spricht für sich selbst. Nur über das angebliche „Flennen und um Gnade bitten" ein paar Worte, die wir dem „Hamburg Altonaer Volksblatt" entnehmen:

„So beschimpfen die Maulhelden der „Magdeburgischen Zeitung" die todten Communekämpfer. Diese liberalen Helden, die schon „flennen", wenn Bismarck mit seinem Rücktritt droht und die in ihrem Leben noch nicht den Muth gehabt haben, ein freies Wort zu schreiben, weil sie das Gefängniß fürchten, erdreisten sich, jene Pariser Insurgenten zu höhnen und von „Flennen" zu sprechen. Solche „liberale" Helden „flennen" schon um Gnade, wenn sie zu der geringsten Strafe wegen Preßvergehens verurtheilt werden; sie „flennen", wenn die Gründer angegriffen werden; sie „flennen", wenn sie die Fortschritte der Sozialdemokratie sehen; sie „flennen", wenn von ihnen nur ein Fünkchen von Courage verlangt wird; sie können nur denunziren und verleumden — und da ist es begreiflich, wenn wir finden, daß die Pariser Opfer der „Ordnung" durch den Haß dieser Sorte von deutschen „Helden" geehrt sind."

Daß unter den gefangenen Communarden sich auch einige Feiglinge befunden haben mögen, sei zugestanden. Wurde doch notorisch eine ziemliche Anzahl Bourgeois irrthümlich mit gefangen genommen und füsilirt! Aber das ist durch das einstimmige Zeugniß aller Augenzeugen — Feind wie Freund — thurmhoch über jeden Zweifel hinaus festgestellt, daß die Männer der Commune wie Helden gekämpft haben und wie Helden gestorben sind.

— Die herrschenden Sittenzustände werden durch eine Correspondenz der Berliner „Volkszeitung" aus Bonn über die soeben beendigten Sitzungen des dortigen Assisengerichts grell beleuchtet. „Fast die Hälfte der Angeklagten, nämlich zehn, hatten Verbrechen gegen die Sittlichkeit begangen, die übrigen 14 standen unter der Anklage des Mordes, tödtlichen Körperverletzung, der Brandstiftung und Fälschung, des Betrugs, Diebstahls und Meineids. Der Präsident des Gerichts, Appellationsgerichtsrath Nacken aus Köln, verabschiedete sich von den Geschworenen mit einer Ansprache, worin er ihnen im Namen des Richtercollegiums seinen Dank für ihre Mühe aussprach und sich äußerst günstig über das Institut der Geschworenengerichte aussließ. „Bei den vielen Verhandlungen wegen grober Unsittlichkeiten", so fuhr der alte Jurist dann fort, „wird Sie ein Gefühl der Trauer und des Schmerzes beschlichen haben und der Gedanke in Ihnen aufgetaucht sein, daß wir im Niedergange begriffen sind. Wer könnte auch leugnen, daß seit Jahren die Verbrechen überhaupt und insbesondere die der Unsittlichkeit und der brutalen Mißhandlungen sich vermehrt haben? Unsere Hoffnung auf die Wiederkehr besserer Sitten, auf Rückkehr zur alten deutschen Einfachheit und Reinheit ist jedoch um so mehr begründet, als zu ersichtlich nicht der eigentliche Kern des deutschen Volks, sondern nur die äußere Schale vom Wurm der Zeit angefressen ist."

Wozu die „Volkszeitung" bemerkt: Möge die fromme Zuversicht sich erfüllen! — Nun, das wünschen wir auch, obgleich wir nichts „Frommes" in den Worten des Richters entdecken können. Jedenfalls faßt er die Sache weit richtiger auf, als der Correspondent der „Volkszeitung", welcher seinen Brief mit einer gedankenlosen Tirade über die „zunehmende Corruption der unteren Volksklassen" begann, als ob es heute nicht schon die Spatzen von den Dächern herab pfiffen, daß die Corruption der „unteren" Volksklassen nur die Folge und obendrein ein schwacher Reflex der Corruption der oberen Volksklassen ist. Da redet der Präsident des Bonner Gerichts vernünftiger. „Der eigentliche Kern des Volks ist gut, nur die äußere Schale ist angefressen." Der „Kern" — das sind die „unteren" Volksklassen: das eigentliche, das arbeitende Volk; die „Schale" — die glänzende, vergoldete, unter dem Gold aber faule Schale — das sind die oberen Klassen, die von dem Wurme der Habsucht, der Spekulations- und Gründungswuth bis in das Mark zerfressen sind.

— Noch ist Polen nicht verloren! Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: „Die Zeit dürfte nicht fern sein, wo die preußische Regierung es als Pflicht gegen sich selbst und das deutsche Reich betrachten wird, sich der Polen mit demselben Recht und denselben Mitteln wie der Jesuiten zu erwehren!" — Hoffen wir, daß die „Norddeutsche" ihr Versprechen erfülle. Niemals hat der (protestantische und katholische) Jesuitismus in Deutschland auch nur annähernd so geblüht, wie in der gegenwärtigen Zeit und Dank den von der „Norddeutschen" gepriesenen „Mitteln". Wenn man so freundlich wäre, dasselbe Rezept auf die Polen anzuwenden, so würde die wunderbare Wirkung nicht ausbleiben und die Wiederherstellung Polens wäre eine vollendete Thatsache.

— Die nach Deutschland entsendete Deputation der Londoner Steinhauer, deren Zweck es bekanntlich ist, den Zuzug von deutschen Steinhauern nach London zu verhindern, war am 5. Dezember in Köln. Von Köln begab sich die Deputation nach Mannheim, um von dort aus Baden und die Pfalz zu bereisen, von wo sich der Zuzug nach London besonders rekrutirt. Jeder Partei- und Gewerksgenosse wird ersucht, die Deputation in ihrer schwierigen Aufgabe nach Kräften zu unterstützen und unverzüglich an Ph. Koch, Neue Welt, J. 5, 16 in Mannheim, Mittheilung zu machen, wenn er vernimmt, daß ein Agent Steinhauer anzuwerben versucht. — Welche kolossalen Geldmittel die Londoner Steinhauer aufwenden, um zum Siege zu gelangen, erhellt daraus, daß sie bis zum 4. d. M. bereits 16,000 Pfund Sterling (320,000 Mark) theils zur Unterstützung der Strikenden, theils zur Heimbeförderung der fremden Steinhauer verausgabt haben. Bis zum eben genannten Tage sind 173 Steinhauer nach Hause befördert worden und zwar: 5 nach Dublin, 15 nach Italien, 36 nach Canada, und 66 nach dem übrigen Amerika. Der Rest (53) waren Deutsche. Diejenigen Steinhauer, welche nicht durch die Agenten befördert werden und auf ihre eigenen Kosten nach London reisen, erhalten keine Arbeit, weil man befürchtet, die übrigen möchten verleitet werden.

— Am 10. d. M. hat Osman Pascha nach heißem Kampfe kapitulirt. Nähere Nachrichten fehlen noch. Durch den Fall Plewnas wird eine Armee von mindestens 100,000 Russen frei und kann nun zu der neuen Balkan-Expedition verwandt werden, die man übereinstimmenden Mittheilungen zufolge im russischen Hauptquartier plant. Ob und inwieweit das Ereigniß die Friedensaussichten berührt, das hängt von Verhältnissen ab, über die uns bis jetzt jede sichere Information fehlt.

— Nachdem die Verurtheilungen des Parteigenossen Hasenclever in Bezug auf ein Gedicht (Märzgedanken) und eine Notiz (Briefgeheimniß), die im „Vorwärts" seiner Zeit veröffentlicht worden sind, zu 8 Wochen Gefängniß auch in zweiter Instanz bestätigt worden sind, hat derselbe nunmehr sein Winterquartier im Leipziger Bezirksgerichtsgefängniß bezogen. Briefe an denselben sind nach wie vor: An die Redaktion des „Vorwärts", Färberstraße 12 II, zu richten.

— Genosse Kinski in Mehlauken ist aus dem Gefängniß in Labiau entlassen worden, nachdem er wegen Kreisrichterbeleidigung eine Gefängnißhaft von 4 Monaten verbüßt hatte. Kinski erhielt die gewöhnliche Gefängnißkost und durfte sich nicht selber beköstigen. Eine doppelte Strafe!

— Die amerikanische Parteipresse hat in dem „Philadelphia Tageblatt" einen abermaligen Zuwachs erhalten. Das Blatt führt das Motto: „Brod ist Freiheit, Freiheit Brod" und erscheint in einem Format, welches unser größtes deutsches Parteiorgan, das „Hamburg-Altonaer Volksblatt", bei weitem an Größe übertrifft. Das „Philadelphia Tageblatt" kostet jährlich 8, halbjährlich 4, vierteljährlich 2 Dollars und wöchentlich 15 Cents.

Des Reichskanzlers königlich bayerischer Leibgensdarm.

(Der Kronzeuge im Münchener Sozialistenprozeß.)

München, 4. Dezember.

„Es soll Niemand gerichtet werden, außer durch seines Gleichen" — das soll ein altdeutscher Rechtssatz gewesen sein, eine Gewissensmaxime unserer Altvordern zur Zeit, wo noch so ein Stück direkter Gesetzgebung vom Volke geübt und danach Recht gesprochen wurde.

Sie ist vorbei, diese Zeit; andere Zeiten, andere Leute, andere Systeme haben sich abgelöst und uns auf eine „Culturhöhe" gehoben, von der herab dem schlichten Menschenverstande manchmal schwindeln möchte, wenn er zurückschaut nach der einfachen kulturnackten Vorzeit mit ihrem Volks- und Faustrecht, dessen Untergang der beredte Bureaukratenmund nicht genug zu rühmen weiß.

Mag sie auch gewesen sein wie sie will, diese Zeit, mit ihren rauhen und harten Menschengestalten, sie dringt zu uns herüber in unsere dressirt-glatten, süßlich-duftenden und wissenschaftlich-aufgedunsenen Tage, wie ein kühler Luftzug in die Parfüm und Todeskeime bergende Krankenstube.

Gewaltig und blutig war das Recht unserer Alten, starr und gerade, wie ihr Sinn, bevor er, vom zerfaulenden, heuchlerischen Römerthum angefressen, seine klügelnden Rechtsformen aufgenommen. Das „Auge um Auge, Zahn um Zahn" der Vergangenheit hat einem „milderen" Systeme Platz gemacht, das dem Scharfsinn seiner Erfinder alle Ehre und seinen Hütern und Pflegern manche schwere Stunde machen mag. Herausgewachsen aus dem Boden des „Bestimmungsglaubens" einerseits, und anderseits entwickelt durch die Lehre von der „gottgesendeten Obrigkeit", finden wir unser modernes Recht und seine Geschichte häufig Arm in Arm mit Gewalten, über deren Ursprung und Wesen zu disputiren zwar von sehr hohem Interesse, aber nicht immer von praktischen Erfolgen begleitet sein mag.

Die große Masse des Volkes weiß und kennt es nicht anders, oder richtiger gesagt, gar nicht. Also rechten wir nicht, sondern

---

Brunst" in den Ohren. Auch bei „Narr" haben wir innegehalten und uns nach einem Wort umgesehen, das sich besser und vollständiger mit unseres Herzens eigentlicher Meinung deckt; wir müssen indessen darauf verzichten, dieses Wort aus unserer Feder fließen zu lassen, da wir in's Thierreich greifen müßten.

Wir erfahren dann noch einiges recht Pikante über den Kühnen, „der auf der Erde sich sein Leben ganz frei wie Gott nach eigenen Gesetzen" geschaffen (man kann im Polizeistaat unserer Tage doch noch so Manches, wie's scheint).

„Das Erz von allen Schlacken rein zu brennen,
Im Meer der Liebe ließ ich es verkühlen.
Kein Hochgenuß ist mir da fern geblieben,
Die schönsten Frauen habe ich genossen,
Befriedigt hat mich keine und verdrossen
Schied ich mit Lachen endlich von dem Lieben."

Es wird uns erlaubt sein, über diesen Punkt unsere ganz aparten Gedanken zu haben.

„Mit Rebenblute füllt' ich meine Becher
Und träumte mich in's Reich der Ideale,
Begrüßt gar oft vom ersten Morgenstrahle
Empfing der Schlaf den seligsten der Zecher."

Es würde interessant sein, ein klares Bild von des Herrn Polizeiarzts Idealen zu erhalten, wahrscheinlich gehen wir nicht fehl, wenn wir vermuthen, daß eins derselben ein Zustand der Dinge ist, der keinem Mädchen gestattet, ihre Tugend länger als bis höchstens zum 15. Jahre zu bewahren.

Auf die supponirte Frage, warum er seine Lieder, „deren Vater er zwar gewesen, ohne sie doch dann weiter zu beachten" (wir erlauben uns keine Vermuthung darüber, inwieweit der Herr Polizeiarzt diese Maxime auch auf andere Gebiete übertragen hat, „in die Welt gesendet, statt in Vergessenheit sie zu begraben", erwidert er mit einer verblüffend geistreichen Wendung:

„Gewiß! — Ihr müßt auch schlechte Dichter haben,
Damit ihr euch zu euren Guten wendet."

Ohne dem Urtheil des Herrn Polizeiarztes über seine dichterische Begabung auch nur im Mindesten widersprechen zu wollen (es gereicht uns zu einiger Genugthuung, wenigstens in diesem einen Punkte im höchstmöglichen Grade seiner Meinung zu sein), erlauben wir uns, über die Wirkung, die keine „Bekenntnisse" ausüben werden, eine wesentlich andere Ansicht zu haben. Statt sich nach der Lektüre dieser (schlechten) Poesien zu guten zu wenden, um den fatalen Geschmack möglichst bald von der Zunge zu bringen, werden die Patienten des Herrn Verfassers (viel andere Käufer wird er hoffentlich nicht haben) sich ohne Zeitverlust auf dem kürzesten Wege zu einer der von ihm gepriesenen Damen begeben und dann wird geschehen, was er in einem Gedicht, das gegen das lächerliche Geschrei über eine Verführung im Beichtstuhl energisch Front macht, also schildert:

„Dann muß der alte Adam Feuer fangen
Und Satans Lust muß aus der Hölle steigen."

Ergeben sich, trotz der Untersuchung durch den Herrn Polizeiarzt, schlimme Folgen: was ist's weiter? Der Herr Polizeiarzt heilt, wenn auch nicht gratis, die Wunden, die er indirekt geschlagen, und so trifft sein Buch zwei Fliegen mit einer Klappe. Wir sind als Lügner entlarvt, die kein Haar besser sind als er, und er erntet als Arzt das Honorar, das dem Dichter vielleicht versagt ist.

Wir sind zu Ende und fragen jeden anständigen Gegner: „Wie ist es möglich, daß ihr uns das Richteramt an solcher Verhöhnung aller Sittlichkeitsbegriffe überlaßt, uns, denen ihr tausend Mal vorwerft, daß wir die Familie und die Ehe untergraben?" Wir fragen zweitens: „Ist es gesunder Boden, in dem eine solche Pflanze in saftiger, geiler Ueppigkeit aufschießen kann?" Wir fragen drittens: „Wo bleibt die hochwohllöbliche Polizei, die doch sonst zuweilen auf unsittliche Bücher und Bilder Jagd macht und z. B. die Carnevals-Literatur verdienter Ueberwachung unterzieht? Hat sie zu viel mit der Sozialdemokratie zu thun?"

Das Buch aber, das eine unerhörte Verhöhnung aller anständigen Leute ist, und seinen Verfasser überantworten wir dem Richterspruch dieser anständigen Leute. Es giebt ihrer doch noch mehr, als der Herr Polizeiarzt ahnt. R. L.

— Die in Frankfurt erscheinende conservative „Deutsche Reichspost" schreibt über den „Vorwärts" Folgendes: „Uebrigens wollen wir nicht unterlassen, auf das energische Vorgehen des sozialistischen Blattes gegen seine und grobe Unsittlichkeit unserer Gesellschaft anerkennend hinzuweisen. Wie neulich Eckstein's Traum, so brandmarkt es jetzt die Novelle des Wiener Feuilletonisten Spitzer: „das Herrenrecht", die sich nicht entblödet, das mittelalterliche jus primae noctis zum Gegenstand ihrer Besprechung zu machen. Ebenso wird in derselben Weise, wie die „Deutsche Reichspost" schon mehrfach that, gegen die im „Kladderadatsch" und dergleichen Blätter durch Aufnahme von Annoncen protegirte obscöne Industrie angekämpft, und, was wohl der Beachtung werth wäre, Staatsanwälten, die Muth und Geschick hätten, hier vorzugehen, wichtiges Material zur Verfügung gestellt. Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß das Vorgehen gegen die Immoralität vom Sozialismus ausgehen muß, wird man ihm auch im Reichstag, wie der „Vorwärts" in Aussicht stellt, den Vortritt in dieser Sache lassen?" — Dasselbe Blatt läßt sich aus Baden schreiben: „Die sozialistischen Redner wissen oft ihre Themata recht geschickt zu wählen. So hat in diesen Tagen einer derselben die unsittlichen Inserate der liberalen Zeitungen gegeißelt, um dann die Erklärung abzugeben, daß von allen 60 sozialistischen Blättern in Deutschland nicht ein einziges Anzeigen von unsittlichen Büchern oder sonstige unsaubere Anzeigen aufnehme. Etwas bleibt dann immer beim Publikum hängen, um so mehr als die meisten liberalen Blätter längst aufgehört haben, zu fragen, ob das Geld, das sie auf diese Weise verdienen, stinkt oder nicht." — Daß die Herren Liberalen sich über solche Aeußerungen ärgern, ist natürlich — schadet aber nichts.

— Elektrisches Licht. Auf der Eisenbahnstation Lyon wurden zwölf elektrische Lampen aufgestellt und werden weitere zwölf aufgestellt werden. Man glaubt, daß eine Maschine von 24 Pferdekräften ausreichen wird, um ein Licht zu liefern, welches 2400 Gaslampen gleich ist, 100 Liter Gas per Stunde auf jede Lampe gerechnet. — Das Kriegsschiff Alexandra erhielt elektrische Beleuchtung zu dem Zwecke, Torpedoboote zu entdecken. Die elektrische Lampe wurde auf dem Fockmast angebracht. Die Auslagen für diese Ausrüstung betrugen 1000 Pfund Sterling. — Der große Erfolg, welcher mit dem elektrischen Licht bereits erzielt worden ist, hat den Ingenieur Jackson bewogen, dasselbe bei seinen Arbeiten bei dem Stobcroß Dak in Anwendung zu bringen. Es werden zwei starke Flammen von einbrechender Dunkelheit bis zum Tagesanbruch erhalten und die Arbeiter werden dadurch in die Lage versetzt, schnell arbeiten zu können. Eine von den zwei Flammen ist 300 Ellen vom Arbeitsplatz entfernt, und es ist die Beleuchtung so stark, daß man in dieser Entfernung noch ganz gut eine Zeitung lesen kann. E. K.

— Selbstmord aus Furcht vor dem städtischen Krankenhause. Der Gürtler Berthold, der in der Stralauerstraße zu Berlin auf dem Hofe, 3 Treppen, als Chambregarnist wohnte, war bereits seit längerer Zeit an der Wassersucht leidend. Seine Freunde und Angehörigen machten ihn darauf aufmerksam, daß es für ihn besser sei, in das städtische Krankenhaus gebracht zu werden, und regelten die Angelegenheit so weit, daß er nach dort gebracht werden sollte. Dies regte den Kranken so auf, daß er in einem unbewachten Augenblicke sich durch die Schläfe schoß. Sein Tod war ein augenblicklicher.

---

nehmen wir aus der neuesten Geschichte irgend ein Exempel heraus, um daran klar zu machen, was wir meinen, wenn wir Eingangs unserer Betrachtungen von der „guten alten Zeit" geredet haben.

Der hiesige Sozialistenprozeß hat uns ja neuerdings wieder ein Stück modernen Rechtslebens vorgeführt, aus dem wir heute nicht von den sattsam bekannten „Hauptverbrechern", den angeklagten Sozialisten, und den ihnen zudiktirten, insgesammt jetzt nahezu 11 Jahren Gefängniß reden wollen, — nein, so unbescheiden sind wir nicht, — wir wollen den Lesern nur ein Stück des lebendigen Geistes vor Augen führen, der gewissermaßen das Charakteristikon, die Seele dieses Prozesses ist, und wie die Dinge heute liegen, 11 Jahre Menschenfreiheit auf dem Altar der Justitia gefordert hat.

Von keinem Geringeren gedenken wir zu reden, als von dem „Haupt- und Kronzeugen" des erwähnten Prozesses, dem vielgenannten Polizeikommissär Münchens, Herrn Michael Gehret, dessen vorzüglichster Eigenschaft wir in der Aufschrift unserer Betrachtungen bereits Erwähnung thaten.

Mit Wohlbehagen verweilte unser Auge nicht auf dem preußischen Orden, den der treue Bismarckbegleiter bereits in seinem sterblichen Knopfloch von Kissingen nach München herübergerettet hat, sondern auf einer anderen Leistung im Dienste unserer Sache, auf einem „künstlerisch wie wissenschaftlich" in der That sehr bemerkenswerthen „Kinde der Collektiv-Musen" unseres strebsamen Speziallandsmannes.

Herr Gehret steht nämlich im Begriff, ganz unter die Wissenschaftler und Schriftsteller zu gehen, und so hat er denn ein „Kunstblatt" herausgegeben, welches im Verlage der Lithographischen Anstalt von L. A. Schmidt, Karlsplatz Nr. 6, erschien und durch alle, also auch die sozialistischen Buchhandlungen und Zeitungsexpeditionen zu beziehen ist. Bescheidentlich finden wir vor der Verlagsfirma in den Buchstaben: J. G. (Jos. Göhler, Exstudent) und M. G. (Mich. Gehret) angedeutet, was uns der joviale Polizist in Stunden gemüthlicher Anwandlungen rückhaltslos mitgetheilt hat. Ja! Herr G. ist wirklicher und leibhaftiger Schöpfer der Idee eines von seinem Freunde und Collega Jos. Göhler wahrscheinlich „mitgezeugten" „Chronologischen Stammbaumes der sozialen Entwicklung von 1516 — 1877.*) Diesem „Kunstwerk" soll, wie Herr G. in Aussicht stellt, folgen ein spezieller „Stammbaum für Bayern oder München", und endlich „ein Roman", worin der vielseitig Begabte gewiß seiner „Lieblinge", der hiesigen Sozialisten, in „historisch-poetischer" Weise nicht minder, als seiner eigenen „Thaten im Dienste der Cultur" gedenken wird. Möglich, daß Herr Schmidt im Tondruck einige ebenso wohlgetroffene Portraits der Hauptcharaktere des Polizeiromans in Bereitschaft hält, nachdem er schon früher als befreundeter Mitarbeiter des Herrn G. und als Mitglied der hiesigen Genossenschaft deren Denunziation bei der Polizei aufs Erfolgreichste zu besorgen die Güte hatte.

Die Einzelnheiten „unseres Stammbaumes", so, wie er sich in den Gehirnfalten seines Verfertigers nach historischen Ueberlieferungen und bis zu uns herauf eingedrückt hat, können wir leider hier nicht genauestens schildern. Wir erwähnen deshalb nur die Grundidee: 15 sehr solide Wurzelstränge (— „soziale Frage" umschrieben —), verbunden durch vier „fiamesische" Querkanäle mit der Jahreszahl 1831, steigen im Schooße des Bildes herauf zu 3 compakten und vertrauenerweckenden Wurzellappen (— England, Frankreich, Deutschland —), denen just über der Erdoberfläche zwei kräftige Stämme entsteigen, deren Hauptgeäste sich in gedrungener Stammhöhe nach rechts und links auszweigend, in der Mitte verbinden. Eine Art „Zwergbäumchen" steht zwischen innen, der Kathedersozialismus, u. A. die Namen: Mohl, Brentano, Ketteler zeigend. Baboeuf (1797) ꝛc. und Saint Simon (1809 — 25) sind die zwei mittelsten Wurzellappen des linken Stammes, aus denen der „Sozialismus", Considérant, Cabet, Bucher (1837), die 3 rechten Wurzellappen, mittelst deren der „Communismus" über „Proudhon 1839" hinaus seine Säfte saugt. Der rechte Stamm, „Deutschland", wurzelt in „Engels 1845", „Weitling 1841" und „Aug. Becker 1844" (?). Der „Arbeitertag in Berlin 1848" treibt den Stamm „Ferd. Lassalle 1862—64" und hat noch unter der Erde „Schulze-Delitzsch" und „Hirsch-Duncker" nebenaus abartirt. — Links die gefürchtete „Internationale", in trotzigem Stamm aufsteigend in alle möglichen Länderfirmen, darunter „Polen" über der Aufschrift: „Die Soldaten der Revolution", ohne Zweifel der genialste Einfall des Autors! Sehr anerkennenswerth wird im Stamme unter den Grundlagen erwähnt das „Kommunistische Manifest 1847, Leipzig 1872, Exped. des Volksstaat", wie wir denn noch manches weiter Wissenswerthe angezeigt finden.

Vorzüglich erfreut uns aber die correkte Darstellung des Stammes zur Rechten: „Deutschland. Von 1875 an die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" hervorhebend, bekundet das Bild eine ebenso genaue Kenntniß unserer einheitlichen**) Organisation, als deren Organe und Weiterentwicklung. Als vorletzter und letztoberster Blätterbusch vom rechten Hauptaste des linken Stammes aufgestiegen, sehen wir die „Gewerkschaften" und über ihnen, an demselben Aste, den „Genter Welt-Congreß"! —

Freilich, etwas dunkel zwar, aber immer wunderbar, ist für den „Nicht-Polizei-Romantiker" diese Auffassung. — Ringsum ein lichter Morgen und im Busche hinter dem Stamm ein trautes Kirchlein im modernen Styl.

Ob es die Kirche des Regierungssozialismus ist, den vielleicht unseres erlauchten Kanzlers Leibgensdarm als Hohepriester in Zukunft lehren wird, wir wissen es nicht, aber Eines wissen und schauen wir auch in diesem Bilde klar: daß die „Utopia des Thomas Morus 1516", daneben die „Jesuiten" (Paraguay), und hiernach „Joh. Beckold von Leyden 1534" über dem Strich, welcher Herausgeber und Verleger von ihrem Kunstwerke trennt, das Einzige sind, das wir neben der J. J. Rousseau'schen „Lehre von der Gleichheit der einzelnen (— nicht aller? —) Menschen" citirt finden und das uns andeutet, daß unser polizistischer Herr Sozialwissenschafter es nicht allzuleicht gefunden haben mag, sich trotz anderweitig reichlich vorgethaner Collektivarbeit in den Elementen zurechtzufinden, die binnen dreier Jahrhunderte nahezu den Boden gebildet haben, darin der Riesenbaum „Sozialismus" wurzelt und steht! — Drei Phrasen für drei Jahrhunderte, das ist Alles, was Herr G. von 1516—1797 bieten kann!

Ja, Herr G. ist und bleibt, so lange er nicht die Ursache statt der Wirkung studirt, nur ein Stück des lebendigen Geistes, der sich vergebens am Sozialismus verbeißt und an ihm sich zerreiben wird. Sein „chronologischer Stammbaum" ist nichts Anderes, als die Darstellung der sozialen Entwicklung, d. h. des Sozialismus in seiner polizistisch eingebildeten äußeren Erscheinung; wie er diese aber aus seinen inneren Bedingungen ableitet, das kann Herr G. nicht anders wissen, als er es wissen darf.

Daß er das Bedürfniß empfunden, seinem bisherigen Thun auch ein wissenschaftliches Gewand umzuhängen, und indem er es that und thun wird, macht er uns die Arbeit leichter, den Sozialistenprozeß in seinem letzten Stadium vor das Tribunal der Oeffentlichkeit zu bringen nebst seinem „Stamm- und Kronzeugen", dem königlich baierischen fürstlich bismarckschen Leibgensbarm, und setzen wir hinzu: Chronist des Sozialismus sowie Schriftsteller „in spe". Glück auf den Weg und mag das Geschäft blühen*) und reichliche Früchte tragen! Wir werden es nicht verabsäumen, dem „Entdecker unseres Stammbaumes" so eifrig zu seiner Verbreitung zur Hand zu sein, wie er es uns und unserer Sache allezeit gewesen ist.

Die nach uns aber kommen werden, mögen entscheiden, ob es billig war, daß wir nach alter Satzung und Recht die Hand verwiesen, die selbst unter dem „Mantel der Wissenschaft" keine ist von unseres Gleichen, wie sie die Finger auch spreizen und drehen mag. — Verlorene Liebesmüh', Herr Commissär!

*) Offenbar benutzten die Herausgeber das Werk von Roßbach: „Ueber Entstehung der Internationale."

**) Herr G. behauptet im Sozialistenprozeß (— dieser Auffassung entgegen —), es habe in München ein separater Verein bestanden, der mit der sozialistischen Arbeiterpartei in sträflicher Verbindung stand.

Correspondenzen.

London, 30. November. Am 17. d. wurde dahier, 16 Rathbone-Place Oxfort-Street — so wird unserm Dresdener Parteiorgan, der „Dresdner Volkszeitung", geschrieben — die Ausstellung der für die Tombola (Verloosung) zu Gunsten der Communedeportirten in Neu-Caledonien bestimmten Gewinnste eröffnet. Dieselben bestehen, wie ich Ihnen schon gemeldet, aus Geschenken von Sozialisten aller Länder, zum überwiegenden Theil eigenhändige gewerbliche, kunstgewerbliche, künstlerische und literarische Arbeiten ihrer Geber, und bietet so die Ausstellung ein erhebendes Bild des einträchtigen Zusammenarbeitens der denkenden Arbeiter der ganzen Welt zum Besten ihrer nothleidenden Vorkämpfer. Täglich laufen noch neue Geschenke ein, von welchen wir insbesonders eine werthvolle Gabe der deutschen Sozialdemokratie, welche zwar noch nicht angekommen, aber bereits angekündigt ist, nennen, nämlich 300 photographische Abdrücke (größeren Formats) des trefflichen und ergreifenden Gemäldes „Triumph of Order". Die Ausstellung, welche selbst von gegnerischen Blättern, wie „Echo", „Globe", „Daily News", „Weekly Dispatch" ꝛc. für interessant genug gehalten wird, sie ihren Lesern zum Besuch zu empfehlen, erfreut sich eines lebhaften Besuches, der natürlich sowohl durch den Eintrittspreis, als die dabei abgesetzten Loose wiederum dem Unternehmen wesentlich zum Vortheil gereicht. Die diese Ausstellung besuchenden Angehörigen der „oberen Zehntausend" aber können dabei lernen, welche Opfer das arme Volk für seine Sache und deren Vorkämpfer zu bringen im Stande ist und sich daraus eine Lehre ziehen für die Zukunft. — Außer der genannten Tombola besteht auch noch eine permanente Subscription für die politischen Gefangenen von Neu-Caledonien. Dem vor Kurzem erschienenen ersten Bericht des Comités an die Genossen aller Länder entnehmen wir folgende Angaben: Die Einnahmen beliefen sich auf Frcs. 10766,15. Im Juni 1876 übersandte das Comité die erste Summe an den französischen Senator Edmond Adam zur Ueberlieferung an die Deportirten. Um die Nichtigkeit der gegnerischen Lüge, als ob es unmöglich sei, die gesammelten Gelder wirklich für die Deportirten zu verwenden, zu beweisen, sei folgender Auszug aus dem Rapport des Territorial-Commandanten der Halbinsel Ducos, vom 2. Juni 1877, hierhergesetzt: „Der Terr.-Commandant ꝛc. bringt zur Kenntniß der Deportirten, was folgt: Der Senator Edmond Adam, beauftragt, den Deportirten eine zur Verbesserung des Looses der Colonie der Commune-Verurtheilten bestimmte Geldsumme zu überliefern, hat dies Geld zum Ankauf von Kleidungsstücken verwendet. Das Schiff „France chérie" wird vier Caliis Effekten ausschiffen, wovon zwei Kisten für die Isle des Pins, die andern beiden für die Halbinsel Ducos bestimmt sind." Im Weiteren wird der Inhalt der Kisten (Kleider, Wäsche und Schuhe) aufgezählt und dann die Art der Vertheilung angeordnet. Die Deportirten wählten gruppenweise je 2 Delegirte, welche die für ihre Abtheilungen bestimmten Gegenstände in Empfang nahmen und vertheilten. Die Vertheilung (mit Ausnahme jener Gegenstände, welche speziell für die Frauen der Colonie bestimmt waren) geschah durch Verloosung. Die Deportirten waren aufs Lebhafteste erfreut und ergriffen über die Geschenke, dies erste Zeichen von Sympathie seitens ihrer Gesinnungsgenossen in allen Ländern, das ihnen seit fünf Jahren zu Theil ward. Möchten die Sozialisten der ganzen Welt dafür sorgen, daß das Comité für permanente Subscription (J. Joffrin, 60 Hartland Road, Kentish Town, N. W.) den nothleidenden Vorkämpfern des Proletariats in Neu-Caledonien noch recht oft solche Freude und Unterstützung bieten kann.

*) Zehntausend Exemplare sollen bei Herrn G. allein für Norddeutschland bestellt sein.

Aufruf
an die Wähler und Sozialisten des 2. Nassauischen Wahlkreises (Wiesbaden und Umgegend).

Es ist endlich an der Zeit, daß wir uns rüsten und in die Agitation eintreten. Zu diesem Zwecke haben wir eine **Conferenz** anberaumt, welche

Sonntag, den 16. Dezember, Nachmittags 3 Uhr im Lokale des Hrn. **Reinemer**, Langgasse Nr. 12

stattfinden wird mit der Tagesordnung: „Besprechung über Beschickung der Conferenz in Frankfurt a. M. und Gründung eines Wahlvereins."

Es ist Pflicht eines jeden Sozialisten, wegen der Wichtigkeit der Sache, pünktlich zu erscheinen.

Also auf zur Conferenz!

Mit sozialdemokratischem Gruß

Wiesbaden im December.

J. A.: Th. M. Wieger, Schachtstraße 30.

Briefkasten

der Redaktion. M. Strobel i. Augsburg: Wir kennen Dr. Airy's Naturheilmethode nicht, sind also außer Stande, ein Urtheil darüber abzugeben. Vielleicht hat ein sachkundiger Parteigenosse die Güte, die Schrift einer Prüfung zu unterwerfen und das Resultat zu veröffentöffentlichen. — D. in Berden: Bei der Länge Ihrer Correspondenz können wir dieselbe nicht so schleunig, wie Sie es zu wünschen scheinen, zum Abdruck bringen. — H. A. in Osnabrück: Wann das Obertribunal den Beschluß gefaßt hat, können wir nicht genau sagen; es genügt, daß er existirt. Tragen Sie auf richterliche Entscheidung an. Uebrigens ist ja der Excommunist und jetzige Liberale Miquel der oberste Chef Ihrer Polizei, rücken Sie diesem doch direkt auf den Leib wegen des Uebergriffs der Polizei.

L. in A.: Die bisher von uns veröffentlichten Briefe Bussenoirs sind Privatbriefe, gerichtet an einen der Redakteure des „Vorwärts".

In einer Correspondenz aus Liegnitz in Nr. 144 d. Bl. wird der Name Seibt erwähnt. Ich möchte nun einen der Liegnitzer Genossen bitten, mir mitzutheilen, ob dieser Seibt identisch ist mit einem Maurer August Seibt, aus dem Dorfe Thiergarten (Poststation Kuchelberg, Kr. Liegnitz). Das Alter des Betr. kann ungefähr 32 — 35 Jahre sein, wenn möglich, bitte auch um die genaue Adresse desselben.

Emil Müller.
Expedition des „Braunschw. Volksfreund".

Diejenigen Parteigenossen, welche den Aufenthalt des Buchbinders Paul Stürmer von hier kennen, werden freundlichst ersucht, denselben bekannt zu machen, daß derselbe mir seine Adresse zukommen lassen möchte.

Cottbus. G. Teichert, Klostergasse 206.

Quittung. Rsl Giengen Ann. 1,50. Eglr hier Ab. 8,25. Gr Osnabrück Ab. 14,65. Brns hier Ab. 4,00. Hch Frankfurt Ab. 13,40. Ullrch hier Ab. 30,00. Wß Pegau Schr. 5,10. Rymnn Ernstthal Ab. 16,00. Ufrt Weimar Schr. 12,00. v. Schrb Jena Schr. 12,00. Wlthr Kiel Schr. 12,00. Fllrmnn Bremerhafen Schr. 35,00. Wst Breitenbach-Hückeswagen Ab. 7,50. G. Hfmnn Kopenhagen Schr. 7,86. Bhlmnn Aachen Schr. 0,30. Grßr Reichenau Schr. 2,70.

Anzeigen ꝛc.

Hildesheim. Sozialdemokratischer Wahlverein. Jeden Montag, Abends halb 9 Uhr:

Mitgliederversammlung

wozu Jeder freien Zutritt hat. (m) [0,50

Stellegesuch. Ein Parteigenosse, welcher bereits längere Zeit als Redakteur eines Parteiorgans in Verwendung war, sucht bei der Redaktion oder Expedition eines sozialdemokratischen Blattes Stellung.

Diesbezügliche Anträge werden unter der Adresse W. Expedition des „Vorwärts" in Leipzig erbeten.

Wir empfehlen als besonders geeignet zu **Festgeschenken**

Die Neue Welt.

Jahrgang 1876.

Preis: ungebunden M. 5,00 franco. In elegantem Einband M. 7,50 franco gegen baar.

Jahrgang 1877.

I.—III. Qu.

Preis ungebunden M. 4,50 franco. In elegantem Einband M. 6,30 franco gegen baar.

Die Einbanddecken tragen das große Titelbild des Heftumschlags in Goldbruck, darstellend:

Die Befreiung der Menschheit.

Bei Partien-Bezug entsprechender Rabatt. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten!

Leipzig. Die Expedition der „Neuen Welt". Färberstr. 12. II.

Soeben ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Ein Bilderbuch für kleine und große Kinder.

12 Tafeln in Farbendruck.

25 Seiten Text.

Entworfen und gezeichnet von **L. Berg.**

Zusammengestellt von **E. Roßbach.**

Quart-Format. Preis 1 Mark 20 Pf. pro Stück.

Das Buch verdankt seine Entstehung den mannigfachen Anregungen, wie solche auf den verschiedenen Partei-Congressen zum Ausdruck gekommen sind, und wird namentlich in Familienkreisen mit Freude begrüßt werden, da es das Gemüthsleben der Kinder im sittlichen Sinne anregt und dieselben zum Nachdenken anspornt.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts"** Färberstraße 12.

„Der arme Conrad."

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pfg.**, gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.**, einzusenden, wofür wir es **franco per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 **Dutzend aufwärts** berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ } **netto gegen baar.**

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Fackel", Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.
Expedition der „Freien Presse", Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Lutz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heinze, 8 New St. Golden Square.

Nr. 147. Sonntag, 16. Dezember. 1877.

Verläumder.

Seit Fürst Bismarck in seiner, den Mann charakterisirenden Reichstagsrede gegen die Sozialdemokratie (zu „§ 130") so patriotisch war, die deutschen Arbeiter gegenüber den ausländischen Arbeitern herabzusetzen, ist es bei unseren Herren Bourgeois Mode geworden, ihren „Patriotismus" durch Verleumdung der deutschen Arbeiter, die doch wahrhaftig auch zu dem „Vaterland" gehören, zu bethätigen. Die Untüchtigkeit, Faulheit, Unpünktlichkeit der deutschen Arbeiter tragen die Schuld der gegenwärtigen Krise, des Niedergangs unserer Industrie, unseres internationalen Fiaskos in Philadelphia — das und ähnliches kann man jeden Moment aus Bourgeoismund hören, in Bourgeoiszeitungen lesen. Es ist ja eine alte Geschichte: die Großen „geben es weiter" an die Kleinen, und was die Herren Bourgeois versündigt, das müssen die Arbeiter ausbaden. Ein zwar der Form nach ziemlich maßvolles, aber um so boshafteres Pasquill auf die deutschen Arbeiter ist dieser Tage uns zugesandt worden; es wurde ursprünglich von einem Pfaffen- und Muckerblatt, dem „Braunschweigischen Volksblatt" — natürlich „aus christlicher Liebe" — veröffentlicht und macht jetzt die Runde durch die Bourgeoispresse. Es lautet:

„Die Behauptung, daß der Amerikaner, was Ernst, Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit anlangt, mit denen er sich seiner Arbeit widmet, den deutschen Arbeiter in der Regel übertrifft, dürfte von allen Sachkundigen bestätigt werden. Insbesondere berufen wir uns auf das Urtheil der in Amerika arbeitenden deutschen Ingenieure, welche beide Arbeiterwelten kennen lernten. Recht bezeichnend versichert der deutsche Kapitain einer großen deutschen Dampferlinie, deren Schiffe englische und amerikanische Häfen berühren, daß er, wenn irgend möglich, Schiffsausbesserungen in Southampton oder Baltimore ausführen zu lassen pflege und nur im Nothfalle an deutsche Arbeiter vergebe. „Der amerikanische oder englische Handwerker," sagt derselbe, „kommt pünktlich zur festgesetzten Stunde, verschafft sich einen Ueberblick über die begehrte Leistung und giebt mir genau die dazu erforderliche Zeit und Kosten an. Schlage ich zu, so kann ich auch darauf bauen, die Bestellung am verabredeten Tage solid ausgeführt zu sehen. Der deutsche Handwerker dagegen schüttelt den Kopf, zuckt die Achseln und versucht in der Regel nicht einmal, jene Berechnung anzustellen. Bestehe ich auf dem Anschlag, so schätzt er meistens flüchtig und unrichtig ab. Den einen oder andern Arbeitstag läßt er ausfallen und hat, ist er endlich fertig, seine Sache gar oft nicht einmal zu meiner Zufriedenheit gemacht."

„Die größere Gewandtheit des nordamerikanischen Arbeiters ist zum Theil wohlbegründet. Der Mangel an Arbeitskräften zwang von jeher den Einzelnen, sich auf verschiedenen Feldern zu versuchen. Die überaus mannigfaltigen Schicksale, die der in Amerika ausschließlich auf seine Arbeit Angewiesene zu erleiden pflegt, werden daher durch die besonderen Verhältnisse des amerikanischen Lebens leicht erklärt. „Hans Dampf in allen Gassen" ist nicht nothwendigerweise ein Taugenichts. Ist er fleißig, so wird er an Gewandtheit Denen überlegen sein, welche sich ihr Lebenlang einem eng begrenzten Felde widmen. Denn tägliche Uebung derselben Handgriffe steigert das Geschick durchaus nicht ins Unendliche, dagegen sind zeitersparende Vortheile aus einem Handwerk in ein anderes leicht herübergenommen.

„Ferner hat der Mangel an Arbeitskräften in Amerika eine beispiellose Entwickelung der Maschinen bewirkt. Die Segnungen dieser bestehen darin, daß sie den Schweiß des Arbeiters vermindern und seine Nerventhätigkeit, die Anspannung der feineren Organe, befördern. Was er an roher Kraft weniger zu leisten hat, muß er durch reichlichere Benutzung des Gesicht-, Gehör- und Tastsinnes, sowie durch Anwendung gewählterer Handgriffe ersetzen. Außerdem lenkt der vermehrte Umgang mit Maschinen schon an sich die Aufmerksamkeit darauf, in erhöhtem Grade an Arbeit zu sparen.

„Ferner sei in der beregten Richtung angeführt, daß auch die größere Vollkommenheit amerikanischer Werkzeuge zur Ausbildung der Amerikaner nicht wenig beigetragen hat. Der höhere Stand der dortigen Werkzeugmacherei beruht u. A. darauf, daß, während in Europa in den Fabriken die Werkzeuge in der Regel dem Arbeitgeber gehören, dieselben drüben gewöhnlich Eigenthum des Arbeitnehmers sind. Dieser besitzt in ihnen oft ein kleines Kapital. In Europa ist daher der Arbeiter gezwungen, seine Hand den Werkzeugen anzupassen, während er jenseits des Oceans dieselben nach eigenen Bedürfnissen auswählt.

„In allen diesen Punkten liegt die Ueberlegenheit des amerikanischen Arbeiters über den deutschen in der Natur der Dinge, wofür letzterer nicht verantwortlich ist. Keine Entschuldigung giebt es aber dafür, daß unsere Arbeiter in der Regel nicht mit der nämlichen Willensanstrengung ihren Aufgaben obliegen, wie die Amerikaner. Thatsache ist, daß in den Vereinigten Staaten in manchen Berufszweigen die Arbeitszeit viel ausgedehnter ist als in Europa, und daß es der Mann trotzdem mit seiner Pflicht strenger nimmt, als bei uns. Rauchen und Schwatzen bei der Arbeit, das bei uns so allgemein eingerissen ist, kennt man dort nicht. Ja, manche deutsche Arbeiter wandern aus den Vereinigten Staaten nur deshalb wieder nach Deutschland zurück, weil sie ihre Kräfte nicht so anspannen mögen, wie es von ihnen verlangt wird. Zahlreiche Briefe deutscher Auswanderer sprechen sich übereinstimmend dahin aus, daß in der neuen Welt unzweifelhaft größere Anstrengungen vom Arbeiter gefordert werden, als im Vaterlande.

„Endlich muß zugestanden werden, daß der deutsche Arbeiter, namentlich der Handwerker, in Pünktlichkeit entschieden vom englischen und amerikanischen übertroffen wird. Einer großen Anzahl unserer Handwerker scheint leider das Gefühl gänzlich abhanden gekommen zu sein, daß Innehaltung der Zeit, in welcher eine gewisse Arbeit fertig sein soll, zu den wesentlichsten Punkten jedes Vertrages gehört. Ist es doch bei uns schon so weit gekommen, daß in vielen Orten Nichterfüllung des dem Kunden gegebenen Handwerkerwortes die Regel bildet. Welcher Mangel an Selbstvertrauen, welche Kleinheit der Gesinnung drückt sich aus, daß so viele deutsche Handwerker — selbst wenn sie wohl wissen, daß sie das verpfändete Wort brechen müssen — sich keine Bestellung entgehen lassen wollen!"

Das der Artikel.

Die Lüge ist bekanntlich die schlimmste, welche mit etwas Wahrheit vermischt ist: durch die Wahrheit erhält sie gewissermaßen Flügel, ohne welche sie bleischwer am Boden zu liegen hätte. So findet sich auch in dem obigen Machwerk manches Wahre. Wahr ist, daß unsere Handwerker durchschnittlich nicht so pünktlich, unsere Arbeiter in der Arbeitszeit vielfach nicht so intensiv thätig sind, wie die englischen und amerikanischen Handwerker und Arbeiter. Wer längere Zeit in England und den Vereinigten Staaten gelebt und sich mit den einschlägigen Verhältnissen beschäftigt hat, kann über diese Thatsache nicht im Zweifel sein.

Aber daß dem so ist, dafür können wir doch nicht die deutschen Handwerker und Arbeiter verantwortlich machen: es ist dies ein nothwendiges Resultat unserer relativ geringeren industriellen Entwicklung, des noch in vielen Arbeitszweigen in Deutschland herrschenden Kleinbetriebs; vor allem der organisch hiermit zusammenhängenden langen Arbeitszeit bei relativ schlechten Löhnen. (Was der Verfasser des obigen Artikels von längerer Arbeitszeit in Amerika redet, ist einfach aus der Luft gegriffen.) Der große englische Unternehmer Brassey hat in seinem Buch über Arbeit und Löhne den Nachweis geführt, daß der bestbezahlte Arbeiter der intensivst arbeitende ist, und daß man die industrielle Entwicklung eines Volks genau nach der Lohnhöhe bemessen kann: je höher die Löhne, desto höher die industrielle Entwicklungsstufe.

Und Brassey hat weiter berechnet, daß lange Arbeitsstunden ebenso wie niedrige Arbeitslöhne im Allgemeinen für die Produktion der Waaren ungünstiger sind als kurze Arbeitszeit und hoher Arbeitslohn.

Der deutsche Arbeiter, der nur selten frisches nahrhaftes Fleisch genießt und 12, 14, 16 Stunden täglich arbeiten muß, kann in der Stunde selbstverständlich nicht so viel „vor sich bringen", als der englische oder amerikanische Arbeiter, der — von Krisen abgesehn — regelmäßig sehr kräftige Nahrung zu sich nimmt, und blos 9—10 Stunden täglich arbeitet.

Jetzt kommen wir zu den Unrichtigkeiten, zu den verleumderischen Unrichtigkeiten. Es ist nicht wahr, daß der deutsche Arbeiter an sich dem ausländischen Arbeiter nachsteht. In England, Amerika, Frankreich genießen — das wissen wir aus persönlicher Erfahrung — die deutschen Arbeiter der höchsten Achtung. Was Fleiß, Geschicklichkeit, Leistungsfähigkeit betrifft, so werden sie den einheimischen Arbeitern durchschnittlich gleich (in manchen Branchen über, in andern freilich auch unter sie) gestellt.

Wenn bei einem Wettrennen das eine Pferd wohl genährt, wohl gepflegt, leicht gesattelt, das andere aber schlecht genährt, schlecht gepflegt, überarbeitet, überbürdet ist, dann muß mit mathematischer Sicherheit das letztere zurückbleiben. Allein Niemanden wird es einfallen, dies ein ehrliches Wettrennen zu nennen und das zurückgebliebene Pferd für das untüchtigere zu erklären. Ein derartiges Wettrennen ist die Concurrenz des deutschen Arbeiters mit dem Arbeiter der drei übrigen Kulturländer. Schlecht genährt, überarbeitet, mit schlechtem Arbeitsmaterial und schlechtem Werkzeug, muß er zurückbleiben. Wird er aber von der erdrückenden Last befreit, kann er unter gleichen Bedingungen, sei es in der Heimath oder im Ausland: in London, Paris, New-York u. s. w. in die Concurrenz eintreten, dann zeigt er sich seinem ausländischen Bruder vollkommen ebenbürtig.

Kurz, wenn und wo der deutsche Arbeiter dem ausländischen Arbeiter hintansteht, da tragen unsere unentwickelten ökonomischen Verhältnisse, die schlechten Löhne, lange Arbeitsstunden u. s. w. die Schuld. Und wo diese Bedingungen wegfallen und „die Waffen gleich" sind, da hält der deutsche Arbeiter den besten ausländischen Arbeitern die Stange.

Jedenfalls haben die Herren Bourgeois und Pfaffen am wenigsten ein Recht, den deutschen Arbeitern Mangel an Fleiß und Geschicklichkeit vorzuwerfen, denn unsere Herren Bourgeois sind wesentlich an den Zuständen schuld, aus welchen die relativ geringere Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeit entspringt, und was die Herren Pfaffen angeht, so haben sie, wo von produktiver, gesellschaftlich nützlicher Arbeit die Rede ist, überhaupt nicht mitzusprechen.

Beiläufig sind die deutschen Arbeiter nicht die einzigen, die von ihren Bourgeois-Landsleuten verlästert werden. Man kann keine Nummer des englischen Centralgewerkschaftsorgans „Industrial-Review" öffnen, ohne auf Citate von mündlichen und schriftlichen Bourgeoisäußerungen über die Faulheit und Verschlechterung der englischen Arbeiter zu stoßen. Die Bourgeoisie ist eben überall dieselbe: sie hat keinen anderen Maßstab der Beurtheilung als ihr eigenes Interesse. Was diesem Interesse dient, ist gut, was nicht, ist schlecht. „Ein guter Arbeiter" im Sinne der Bourgeoisie ist der Arbeiter, welcher sich zum willenlosen Sklaven des Kapitals degradiren läßt, sich stumpfsinnig den Interessen der Bourgeoisie opfert. Ein „schlechter Arbeiter" ist, wer seine Klassenlage begriffen hat und Mensch zu werden strebt.

Die deutschen Arbeiter können sich glückwünschen, daß sie aufgehört haben, „gute Arbeiter" zu sein.*)

*) Wenn deutsche Arbeiter sich dazu hergeben, dem Kapital Knechtsdienste zu leisten, und wären es die infamsten, dann können sie auf Lob rechnen. Bezüglich des Londoner Steinhauerstrikes lesen wir in der „Köln. Zeitung" vom vorigen Dienstag ganz am Schluß unter London:

„Den Londoner Bauhandwerkern dürfte es doch nunmehr klar werden, daß ihr Strike ein Fehlgriff war. Leute giebt es glücklicherweise noch genug in der Welt, auch brauchbare Arbeiter, und wenn es den Engländern so gut geht, daß sie sich auf das Eis der Strikes begeben zu müssen glauben, dann werden sie sich auch das Schicksal des Thieres in dem angedeuteten Sprüchwort gefallen lassen müssen. Was sie verschmähen, das kommt den deutschen Arbeitern gerade gelegen, und sie lassen sich auch nicht zweimal bitten. Ein Transport Maurer nach dem andern langt hier an; die Leute reisen schon zum Theil auf eigene Kosten; einer ist von Düsseldorf bis Rotterdam zu Fuße gegangen, um sich dort einzuschiffen. Die Arbeitgeber sprechen schon mitunter die Befürchtung aus, es könne der Andrang zu groß werden. Die Engländer harren indessen in ihrem Widerstande aus. Sie leiden nicht einmal, daß Maurer aus der Provinz die Arbeit annehmen. Die Union und Gewerksvereine fügen jetzt alles so eng miteinander zusammen, daß die gesammte Arbeiterschaft wenig mehr ist als eine große Maschine, deren Theile sämmtlich unter der Leitung einiger weniger Führer stehen. Die Deutschen sind noch nicht lange hier, und doch haben sie bereits ihre eigene Hilfskasse gegründet und eine Singschule eingerichtet, was ihnen hoch angerechnet wird. Die Londoner, heißt es, würden das dazu verwandte Geld verzecht und als Folge davon ihre Frauen mißhandelt haben."

Wie man da den deutschen Arbeitern den Honig um den Mund schmiert und die englischen Arbeiter beschimpft!

Sind die englischen Arbeiter glücklich niedergeworfen, dann wird's auch mit dem Lob der deutschen Arbeiter aufhören — der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen. An den Fußtritten, die das Gehen beschleunigen, wird's gewiß nicht fehlen.

Aus Berlin.

12. Dezember.

Heute kann ich Ihnen mittheilen, daß die ganze Luft voller Gerüchte schwirrt. Bismarck zieht sich völlig von den Staatsgeschäften zurück — Bismarck bleibt lediglich erster Berather der Krone mit dem Titel: Reichskanzler und dem üblichen Gehalte — Bismarck kommt doch nach Berlin, weil der Fall von Plewna seine Anwesenheit in dem großen diplomatischen Concert, welches jetzt in Scene gesetzt werden soll, als ersten Violinspielers nothwendig macht — und so drängt und verdrängt eine Version die andere.

Die Reporter umlagern die Landtagsabgeordneten, um Neuigkeiten zu erfahren, die Abgeordneten aber wissen selbst nichts; um sich jedoch den Schein des Wissens zu geben, deshalb wird von ihnen irgend eine bezeichnende Andeutung gemacht, die dann brühwarm zur Presse gebracht wird. Mancher biedere Abgeordnete aber auch, dem die Comödie im Landtage bald zu einförmig wird, macht sich den Spaß und bindet dem Reporter irgend einen Bären auf, der dann brummend geduldig durch alle Zeitungen wandert.

Daß Bismarck's Stellung auf das Aeußerste erschüttert ist, das geht am deutlichsten aus den langen bestürzten Gesichtern der Nationalliberalen hervor; Lasker schleicht schon mehrere Tage einem Schatten gleich einher und trauert um den Gewaltigen, dessen Sturz zugleich auch den Sturz der nationalliberalen Partei bedeutet. Die Blätter dieser Partei trösten sich noch damit, daß sie ab und zu die bevorstehende Ernennung eines ihrer Parteihäupter wider besseres Wissen signalisiren; überzeugt sind sie nämlich, daß ein conservatives Ministerium die größte Aussicht hat, das jetzige Fachmänner-Ministerium, welches ohne Direktion aus Varzin zu sein scheint, abzulösen. Der Abg. Windthorst hat dies schon angedeutet und der Mann ist trotz seiner Opposition oder vielleicht wegen derselben, die er dem Herrn v. Bismarck macht, in diesen Dingen nicht so schlecht unterrichtet.

Im Abgeordnetenhause ist tödtliche Etatberathungs-Langeweile eingezogen — desto besser amüsiren sich die Herren Landboten außerhalb des Hauses. Bei einem Festessen, welches man dem Abgeordneten von Bockum-Dolfs gab, der sein 25jähriges Abgeordnetenjubiläum feierte, wurde sehr viel toastirt, natürlich auch in längerer Rede der Thätigkeit des Gefeierten gedacht. Um aber nicht den geringsten Mißton in die sehr gemischte Gesellschaft zu bringen, verschwieg man die einzige energische That des Herrn von Bockum-Dolfs, der in der Confliktszeit, als der Kriegsminister v. Roon sich der Disziplinargewalt des Präsidenten nicht fügen wollte und deshalb Tumult entstand, als fungirender Vicepräsident des Hauses sich mit dem Hute bedeckte, zum Zeichen, daß die Sitzung vertagt sei. Dagegen hörte man einem Toaste des Herrn von Windthorst unter unbändigster Heiterkeit zu, den die witzige Exellenz auf die deutschen Frauen brachte, und bei welcher Gelegenheit er dem kleinen Lasker empfahl, sich bald zu verheirathen, er liebe ihn wie einen Sohn und würde ganz gern an dem Hochzeitstage den Brautführer abgeben.

Herr Eugen Richter soll als Correspondent der „Posener Zeitung" eine Bismarckbeleidigungsklage erhalten haben — Sie sehen, daß wenn ich Ihnen solches „Ereigniß" berichte, daß dann die Zeit im Allgemeinen recht ereignißvoll ist. Dabei fällt mir noch ein, daß der tapfere Eugen sich gegenwärtig mit einem Börsenblättchen, „Berliner Actionär", herumbalgt, wahrscheinlich um — den Löwenantheil irgend einer in Aussicht genommenen Beute.

Täglich passiren hier eine große Anzahl von Selbstmorden, Kinderaussetzungen und Raubanfällen, die der heutigen Zeit der Noth und des Elends noch die Signatur des Verbrechens verleihen. Die Berliner Kriminalverhandlungen bieten in dieser Beziehung ein düsteres Bild. So wurde am 10. Dezember wegen Straßenraubs aus Noth vor dem Kreisschwurgerichte verhandelt. Der Angeklagte, der erst 19 Jahr alte Kürschner Lange, war im August d. J. aus dem Gefängnisse gekommen, wo er eine sechsmonatliche Strafe verbüßt hatte. Arbeit hatte er nicht gefunden, und so entschloß er sich aus Hunger zu be-

teln. Am hellen Nachmittag des 19. August redete er in der Nähe des Johannistisch die Ehefrau des Postschaffners Lenz, welche, ihr Kind auf dem Arm, dort promenirte, um eine kleine Gabe an. Als sie den Bettler mangels kleinen Geldes abwies, sprang derselbe auf die erschreckte Frau los, drückte sie zu Boden nieder und entriß ihr den Kindermantel. Auf der Flucht wurde er festgehalten und zur Wache gebracht. Die Geschworenen bewilligten dem geständigen Räuber mildernde Umstände, und so wurde dieser Verzweiflungsakt mit einer mehrjährigen Gefängnißstrafe geahndet. — Ein Kinderaussetzungsfall kam am selben Tage vor der Kriminal-Deputation zur Verhandlung. Die 20jährige Dienstmagd Anna Ludwig, welche im vergangenen Jahr im Offizierskasino der hiesigen Garde-Artillerie-Kaserne im Dienst stand, hatte sich der Gunst eines Offiziers zu erfreuen, der sich, als sie im Februar d. J. einem Knaben das Leben schenkte, seiner Verpflichtung entzog. Die unglückliche Mutter mußte, da sie einen neuen Dienst antrat, ihr Kind in Pflege geben. Bald waren ihre kleinen Ersparnisse erschöpft, und die Pflegemutter des Knaben wollte denselben ohne Pflegegeld nicht länger behalten. In ihrer Noth brachte die Ludwig ihr Kind in eine Anstalt, welche sich der Erziehung solcher hilflosen Wesen unterzieht, sie wurde aber abgewiesen, und nun setzte sie in ihrer Verzweiflung in einer kalten Novembernacht den neun Monate alten Knaben dürftig bekleidet auf freiem Felde in der Nähe der nach Pankow führenden Chaussee aus. Glücklicher Weise wurde der bald verschmachtete Kleine am andern Morgen aufgefunden und dem Elisabethhospital in Pankow übergeben, wo er sich jetzt noch befindet, ohne Schaden an seiner Gesundheit genommen zu haben. Die unglückliche Mutter wurde mit dem niedrigsten Strafmaß von sechs Monaten Gefängniß belegt. Wenn das Mädchen aus dem Gefängniß kommt, erhält sie ihr Kind natürlich wieder. Ob sie es dann aber ernähren kann? Und der Offizier läuft in allen Ehren noch herum!

So haben wir das schöne Berlin vor uns, nach außen glänzend — es ist ja die Kaiserstadt, und im Innern nagt der Wurm des Elends, der Schande und des Verbrechens.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Berliner Blätter schreiben: „Außer dem im Reichskanzleramt bereits fertiggestellten Gesetzentwurfe, betreffend die Gewerbegerichte, sind noch weitere auf die Abänderung der Gewerbe-Ordnung bezügliche Entwürfe in Vorbereitung; indessen scheinen dieselben von geringer Tragweite, nachdem die früheren umfassenden Vorschläge zum Schutze der Arbeiter an dem Widerspruche des Reichskanzlers gescheitert sind." — Ei, das ist ja schön!

— Der königlich preußische Landrath des Kreises Aschersleben, mit dem Namen Stielow, hat am 1. Dezember in dem dortigen Kreisblatte eine Ansprache „An alle Kreisbewohner" erlassen, die werth ist, zu weiterer Kenntniß gebracht zu werden.

Das landräthliche Edict lautet:

„Dem zu einer wahren Landplage gewordenen Herumziehen der Bettler und Vagabonden vermögen die Behörden kaum noch zu steuern, wenn nicht das Publikum hilfreiche Hand leistet. Möge doch ein Jeder, in dessen Behausung Bettler ꝛc. eintreten, sich nicht weiter von einer falsch verstandenen Milde oder Humanität leiten lassen, und möge man diesen Leuten, die zu gewissenlos und zu faul sind, um eine ehrliche Arbeit zu thun, einfach die Thür weisen. Dann wird der Reiz und die Annehmlichkeit für dieselben, auf Kosten ihrer Mitbürger und ohne Arbeit zu leben, bedeutend schwinden. Man sehe sich nur die Leute an, welche auf diese Weise das Land unsicher machen, und ihre Mitbürger brandschatzen. Fast durchweg sind es gesunde und kräftige Männer in den besten Lebensjahren. Bei der falschen Milde, die das Publikum diesen Menschen gegenüber übt, ist es leider so weit gekommen, daß das Betteln und Vagabondiren ein lohnendes Gewerbe genannt werden kann. Die Nichtsthuer und Faullenzer weise man schonungslos von der Thür; das Weitere werden die Behörden besorgen. Wenn diese Maßregel allgemein im Kreise zur Durchführung gelangt, wird der Kreis in Zukunft bald weniger von Bettlern heimgesucht werden. Diese Leute kennen ihre Straßen und Gegenden, welche lohnend für ihr Gewerbe sind, ganz genau, und bald würde es in ihrer Zunft bekannt werden: Im Kreise Aschersleben ist nichts mehr für uns zu holen. Für die Armen des Kreises wird selbstverständlich nach wie vor in der geregelten Weise gesorgt werden."

Wir geben dem königlich preußischen Landrath in einem Falle Recht, nämlich, daß es von Seiten der Wohlhabenden „eine falsch verstandene Milde oder Humanität" ist, wenn sie Almosen Denjenigen geben, welche durch das heutige System an den Bettelstab gebracht worden sind. Wenn man das heutige System der Ausbeutung für ein System der „Ordnung" hält, dann ist es allerdings sehr falsch verstandene Milde, dieser Weltordnung durch Almosen unter die Arme greifen zu wollen.

„Fort mit aller Sentimentalität, der Hunger allein ist im Stande, die Canaille zu zähmen!"

Daß gerade so viele gesunde und kräftige Männer den Bettelstab ergriffen haben, das ist für den Herrn Landrath unbegreiflich. Er weiß nichts davon, daß das Kapital mehrere Jahre lang in unerhörter Ausbeutung gewüthet hat, er hat niemals von der fluchwürdigen Gründer- und Schwindlerperiode gehört, er weiß nicht, daß wir in einer langandauernden und tief einschneidenden Geschäftskrisis leben, daß Tausende und Abertausende von kräftigen Männern, die gern und freudig selbst für einen Hungerlohn arbeiten möchten, arbeitslos, brotlos geworden sind — dieser idyllische Herr Landrath weiß das Alles nicht. —

Es liegt uns jedoch fernab, mit dem Herrn Landrath rechten zu wollen; er ist ein untergeordneter Staatsbeamter und kann als solcher zur Beseitigung der herrschenden Nothlage nichts thun. Es ist ein Anderer, der in die Schranken zu citiren ist — der Staat. Dieser kann helfen, wenn er will, ja er ist verpflichtet zu helfen, da er zum nicht geringen Theile durch seine Passivität den Gründerorgien gegenüber mitschuldig geworden ist an der Entwicklung der Dinge. Aber dieser „Retter in der Noth" sieht mit verschränkten Armen zu, wie die arbeitende Klasse mit Sorge und Elend ringt; und nicht nur das — er ist bereit, sich auf das darbende Volk zu stürzen, wenn es in seiner Verzweiflung ungeberdig werden sollte. In der heutigen Gesellschaft, in dem heutigen Staat ist und bleibt das Loos der Arbeiter eben immer — Arbeit und Elend. Soll es anders, soll es besser werden — die Wegweiser der Culturentwicklung deuten immer und immer auf den Sozialismus.

— Die Selbstmorde in Preußen. Die von Dr. Engel herausgegebene „Statistische Correspondenz" enthält über dieses Thema eine interessante Zusammenstellung, der wir Folgendes entnehmen: Die von dem statistischen Bureau seit 1869 gesammelten Selbstmordfälle vertheilen sich auf die einzelnen Jahre, wie folgt:

	überhaupt			von 100	
	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
1869	2570	616	3186	80,66	19,34
1870	2334	629	2963	78,77	21,28
1871	2183	540	2723	80,17	19,82
1872	2363	587	2950	80,10	19,90
1873	2216	610	2826	78,41	21,59
1874	2527	548	3075	82,18	17,82
1875	2683	595	2278	81,85	18,15
1876	3189	728	3917	81,41	18,59

Darnach sind also im Jahre 1876 639 Selbstmorde mehr zur öffentlichen Kenntniß gelangt als 1875. Im Mittel fielen 1876 auf 100,000 Bewohner 15 Tödtungen durch eigene Hand, und damit hat die Häufigkeit derselben den gleichen Grad erreicht, wie in Frankreich 1874 und 1875. Während dieser beiden Jahre war sie aber in Preußen erst dieselbe, wie jenseits der Vogesen in der Zeit von 1861 bis 1865, d. h. es kamen auf 100,000 Einwohner 12 bis 13 Selbstmorde.

Unter den Todesarten, die von Männern gewählt werden, überwiegt regelmäßig das Erhängen alle anderen in bedeutendem Maße, während die Frauen ihren Tod fast ebenso häufig im Wasser wie durch den Strang suchen. Folgende Uebersicht mag dies des Näheren darlegen: es tödteten sich

	M.	W.	M.	W.	M.	W.
durch	1874		1875		1876	
Erhängen . . .	1613	259	1746	260	2047	292
Ertränken . . .	312	188	320	238	443	317
Erschießen . . .	383	6	339	6	442	4
Vergiftung . . .	47	39	70	47	75	53
Schnitt in den Hals	69	15	76	13	70	22

Hinsichtlich der Untersuchung der Beweggründe stellt der citirte Bericht den Selbstmord weniger als Folge eines heroischen Entschlusses dar, der aus inneren Conflikten entsprang, sondern für die Mehrzahl der Fälle als Folge äußerer Umstände, durch die das Leben seinen Werth verlor. Folgende Zahlen mögen dies zum Schluß bestätigen; es wurden zum Selbstmord getrieben

durch	1874	1875	1876
Lebensüberdruß . .	331	433	426
körperliche Leiden .	211	182	243
Geisteskrankheit . .	822	850	1039
Folge von Lastern .	331	355	431
Kummer	329	360	457
Reue, Scham u. s. w.	293	262	318
unbekannte Motive .	534	581	729

Wenn wir diese Zahlen mit denen der Verbrechen und Vergehen, welche in den letzten Jahren ebenfalls ganz bedeutend angewachsen sind, vergleichen, so stehen wir vor einer Erscheinung unserer Zeit, durch welche die letztere in der denkbar schärfsten Weise verurtheilt wird.

— Nemesis. Der Berliner „Post" wird aus Paris telegraphirt: „Die Gefahr revolutionärer Erschütterungen ist drohend nahe gerückt. Die Gemüther und Leidenschaften sind auf das höchste erregt, und zwar in der Provinz noch mehr als in Paris. Der Marschall hat heute Morgen noch Niemand empfangen als den Polizei-Präfekten Voisin und den General Gallifet. Letzterer, bekannt durch sein blutiges Wüthen gegen die Communards, dürfte unter Umständen berufen sein, eine Rolle zu spielen, wenn es zu Gewaltmaßregeln kommen sollte." Dazu bemerkt die „Sozialdemokratische Corr.": „Es wäre eine blutige, aber gerechte Nemesis, wenn ein Communehenker nun auch zum Henker der Bourgeois-Republikaner würde."

Hübsch wär's, zu hübsch, um möglich zu sein. Die Nürnberger hängen Keinen, sie hätten ihn denn zuvor. Und die Communehenker schießen Niemand todt, sie hätten ihn denn zuvor in der Schußlinie. Und dahin bringen sie die Herren Bourgeois-Republikaner durch keine Macht der Erde. Ueberdies kennen wir ja das Sprüchwort: Eine Krähe hackt der anderen die Augen nicht aus. Der Communehenker Mac Mahon wird sich hüten, seinen Mit-Communehenkern, den Herren Bourgeois-Republikanern, etwas Ernstliches zu Leid zu thun — und umgekehrt.

Inzwischen wird die deutsche Presse mit Sensationsnachrichten gefüttert, so daß der gute Spießbürger wirklich glauben muß, es könne in Paris „jeden Augenblick losgehn". Nur ruhig Blut!

— Der polnische Emigranten-Verein in London, „Weißer Adler" beging am 29. November den 47. Jahrestag der Insurrektion von 1830, und zwar unter dem Vorsitze des englischen Obersten Payne-Payne. Außer Glückwunsch-Telegrammen aus der Schweiz und anderen Aufenthaltsorten polnischer Emigranten, auch aus Galizien wurde ein Telegramm des Grafen Ladislaus Plater verlesen, worin derselbe seinen Bedauern Ausdruck gibt, der Feier nicht in Person anwohnen zu können. Nach einer Rede des Vorsitzenden über die Bedeutung des Jahrestages gelangten mehrere Resolutionen zur einstimmigen Annahme. Die erste lautet: „Daß das Unrecht und die Tyrannei, welcher das polnische Volk von Rußland unterworfen worden, sowie die tapferen Anstrengungen, welche es machte, um seine Unabhängigkeit geltend zu machen, ihm einen Anspruch auf die aufrichtigste Sympathie des englischen Volkes geben." Eine weitere Resolution drückte die Meinung aus, daß der gegenwärtige Angriff Rußlands auf die Türkei analog den Angriffen Rußlands auf Polen sei und die thätigste Opposition aller Verehrer von Freiheit und Gerechtigkeit erheische.

— Auch eine Selbsthilfe. Aus Deadwood (Dakota-Territorium) in Nordamerika berichtet der Chicagoer „Vorbote": Die in der Keels Mine beschäftigten Bergleute setzten sich am 8. November mit Gewalt in den Besitz der Mine, weil der Unternehmer ihnen ihre Löhne nicht bezahlen wollte. Sie leisteten dem Sheriff erfolgreichen Widerstand und weigerten sich, auf irgend einen Vergleich, ausgenommen der vollen und unverkürzten Bezahlung ihrer Ansprüche, einzugehen. Sie haben sich bei der Mine verschanzt, sind gut bewaffnet und verproviantirt und ganz wohl im Stande, eine Belagerung, und wenn solche auch einen ganzen Monat dauern sollte, auszuhalten. Die Bürger von Central-City, in dessen Nachbarschaft die Mine liegt, sympathisiren mit den Bergleuten und man befürchtet, daß Blut fließen wird, bevor die Zwistigkeiten beigelegt sind. Heute Abend (10. November) ließen die Bergleute einen gedruckten Aufruf vertheilen, in welchem sie das öffentliche Mitgefühl für ihre Sache in Anspruch nehmen und erklären, daß der Unternehmer ihnen 2500 Dollars Lohn schuldet, den er nicht bezahlen will, und daß sie die Mine für diesen Betrag mit Beschlag belegt hätten.

— Der Schlußakt der Tragödie von Plewna war des „Löwen von Plewna" würdig. Osman Pascha, die einzige wahre Heldengestalt, welche in dem russisch-türkischen Kriege aufgetaucht ist, wurde nicht durch die Waffen der dreifach überlegenen Russen besiegt — er erlag dem Hunger: von Außen im Stich gelassen, machte er am 10. d. M. noch mit seinen kaum 35,000 Mann einen — wie die Russen selbst sagen „heroischen" — Durchbruchsversuch, der, nach Durchbrechung der ersten russischen Linien, schließlich an der colossalen Uebermacht und der massenhaften feindlichen Artillerie scheiterte. Die Verwundung

Der Held von Plewna.*)

Umschnürt von gewalt'gem Eisenring,
Hier lieg' ich festgekettet;
Wohin mein Blick auch spähend bring',
Kein Freund, der mich errettet;
Ich aber fürchte nicht Kampf noch Tod;
Bei Allah's ewiger Krone
Gelob' ich Treu' bis zum letzten Brod,
Bis zur letzten scharfen Patrone.

Herfausen die Kugeln ohne Zahl,
Es krachen die Wälle, geborsten,
Verderben sendet der feurige Strahl,
Von feindlichen Felsenhorsten.
Wir aber singen, von Schreck umdroht,
Dem tückischen Feind zum Hohne:
Wir halten uns bis zum letzten Brod,
Bis zur letzten scharfen Patrone!

Seit Monden schau' ich vom Wall herab,
Der Feinde Zahl zu schätzen;
Schon werden Pulver und Schrot mir knapp,
's ist wahrlich zum Entsetzen.
Und täglich größer wird die Noth
Und enger die Eisenzone;
Wir bleiben getreu bis zum letzten Brod,
Bis zur letzten scharfen Patrone!

Verdammtes Loos, da uns Allah grollt,
Was hilft nun Fluchen und Beten?
Warum nur wird sie nicht entrollt,
Die Fahne des Propheten?
Dann würde zerschmettert der Despot,
Uns würde der Sieg zum Lohne.
Jedoch Geduld — bis zum letzten Brod,
Bis zur letzten scharfen Patrone!

Viel Tausend sind schon hingerafft
Als tapfrer Thaten Zeugen.
Ach, mälig schwindet der Tapfern Kraft —
Soll ich dem Feind mich beugen?
Soll weichen ich dem Machtgebot
Und führen mein Heer zur Frohne?
Nein, Brüder! Treu bis zum letzten Brod,
Bis zur letzten scharfen Patrone!

Und fällt die Veste, dann laßt vereint
Zerbrechen uns unsre Klingen!
Es soll uns nicht der grimme Feind,
Der Hunger nur kann uns zwingen.
Einst wird von unserem Heldentod
Der Vater künden dem Sohne:
Sie waren treu bis zum letzten Brod,
Bis zur letzten scharfen Patrone!

*) Dieses ausgezeichnete Gedicht brachte der „Kladderadatsch" einen Tag vor dem Falle Plewnas. Wie alle Nachrichten bestätigen, hat nur der Hunger die Tapfern von Plewna besiegt. R. d. „V."

Literatur und Chocolade.

Wir sind heute wieder in der Lage, über liberale Geistesprostitution und Charakterlosigkeit zu Gericht sitzen zu müssen, nulla dies sine linea, gestern Eckstein, heute — „Gartenlaube". Es wäre für den Culturhistoriker eine lohnende Aufgabe, dem schädlichen Einflusse nachzuspüren, den die „Gartenlaube" und Aehnliches in den Köpfen der jetzigen Generation verursacht hat, welches Unheil die Dependenzen einer Marlitt und sie selbst verschuldet haben, und wie es kommt daß es die „ästhetischen Begriffe" des „ersten und verbreitetsten Blattes" gestatten, daß eine Reclame der Chocoladenfabrikanten Jordan und Timaeus in der prätendirten angeblichen Bestimmung der Keil'schen „Gartenlaube" Raum finden. Nun das kömmt daher, daß Herr Keil nicht mehr nöthig hat, besonderes Gewicht auf den literarischen Werth seines Blattes zu legen, nachdem soviel effective Werthe in seinen Geldkasten geflossen sind, und die Heerde der Abonnentenschäflein sich nach wie vor quartaliter zusammenfindet, wobei doch nach dem Naturgesetz auf Propagotion zu rechnen ist; und Herr Keil weiß wohl, warum er seinen geduldigen Gästen zur Abwechslung Chocolade präsentirt, er und sie sind des trockenen Tones schon lange satt, und recht gemüthlich läßt sich's bei dem süßen Tranke schwätzen, d. h. er muß von Jordan und Timäus' Fabrikat gebraut und nicht zu billig sein wie uns die Herren in ihrem „Gartenlauben"-Circular erklären, denn billige Chocolade ist nicht gut, gut ist was theuer ist, und darum immer herein meine Herren und Damen zu Jordan und Timaeus und verlangen Sie nur die theuersten Sorten, so garantiren wir für Ihr Wohlbehagen. Naiv werden die Chocoladenmännchen, wenn Sie in ihrem Circular betonen, dasselbe sei auch im Interesse ihrer Concurrenten verfaßt, eine wahrhaft rührende Naivetät, die das ganze Gesetz der freien Concurrenz und das Manchesterthum über den Haufen wirft und alle Chocoladenfabrikanten für solidarisch verbunden erklärt; ja wohl verbunden gegenüber dem Publikum. Doch wozu stören wir die Cirkel der Chocoladenfabrikanten, le chocolat c'est la paix, unter ihnen herrscht vollkommene Harmonie der Interessen und die „Gartenlaube" handelte im Namen der Cultur, da sie dieser Harmonie Ausdruck gab, wer's nicht glaubt wird sicher von Herrn Keil in die Reichsacht gethan.

Nun wir verhängen über Keil und sein Gemäkel eine andere Acht und zwar im Namen des guten Geschmackes und der Würde der deutschen Literatur, die nicht benutzt werden soll zu Geschäftsreclamen und in der die Reclameposaune nicht den Ton angeben soll.

Wir wissen, daß die Leute der „Gartenlaube" Scheinheiligkeit auf den Lippen, uns die Worte entgegenhalten werden: sie hätten mit dem Cacaoartikel nur das Interesse des Volkes wahrnehmen wollen, wir aber sagen ihnen, daß das Volk kein Interesse an der theuren Chocolade der Herren Jordan und Timaeus hat, Chocolade für das Volk thut nicht noth, schafft ihm vor allen Dingen Brod; die theure Chocolade ist für die upper ten thousand und literarischen Parvenus, und dann sollte der Artikel vielleicht eine belehrende Tendenz haben, wozu die Unterschrift Jordan und Timaeus und nicht X? Das fragen wir das erste Literaturblatt, welches bald das erste Reclameblatt sein wird.

Osman Pascha's zerstörte die letzten Chancen der Türken und die Kapitulation mußte erfolgen. Auffallend ist die Spärlichkeit der uns zugehenden Mittheilungen. Wir sind natürlich allein auf russische Quellen angewiesen, und die Details scheinen nicht derart zu sein, daß ihre Veröffentlichung im russischen Interesse ist.

Wir lassen hier ein Urtheil der „Vossischen Zeitung" über Osman Pascha folgen:

„Osman Pascha kann, insofern es sich um den ersten Abschnitt dieses Feldzuges handelt, als der Retter der Türkei betrachtet werden. Ohne sein energisches Eingreifen in die Operationen wären die Russen heute wahrscheinlich schon in Adrianopel. Während die eigentliche türkische Feldarmee trotz oder vielleicht wegen ihres häufigen Commandowechsels noch keine Entscheidungsschlacht wagte, brachte Osman den Russen drei niederschmetternde Niederlagen bei. Osman rettete die Waffenehre des ottomanischen Reiches, Osman demüthigte das stolze Rußland, Osman verschaffte den Machthabern in Stambul die Zeit und die Möglichkeit, durch verdoppelte Anstrengungen neue Heere ins Feld zu stellen. Daß diese günstige Gelegenheit in Konstantinopel ungenützt gelassen, daß ein Zeitraum von fünf Monaten vergeudet wurde, dafür kann Osman Pascha nicht verantwortlich gemacht werden. Osman Pascha hat die Operationen genial geleitet und ist wie ein Held gefallen, von der Welt bewundert, vom Feinde geehrt und geachtet. Er hat bis zum Aeußersten ausgeharrt und beugte sich erst nach einem letzten Versuche der unbezwingbaren Macht der Verhältnisse, indem er, schwer verwundet, die Kapitulation unterzeichnete."

Die Friedensgerüchte, welche unmittelbar nach dem Fall von Plewna ausgeheckt wurden, sind schon wieder verstummt. Rußland will einen Theil der Türkei erobern, und die Türkei ist noch lange nicht hinlänglich geschwächt, um sich eine Amputation ruhig gefallen zu lassen. Man bedenke, wie lange Frankreich nach dem Fall von Metz den Krieg fortsetzen konnte, obgleich dort die letzte reguläre französische Armee verloren ging. Die Türken haben auf dem europäischen Kriegsschauplatz noch zwei reguläre Armeen — weit zahlreicher jede von beiden, als die, welche soeben kapitulirt hat — an „Menschenmaterial" fehlt es nicht und die soldatischen Eigenschaften des Türken, der mit überraschender Schnelligkeit feldtüchtig zu machen ist, sind bekannt und haben neuerdings die Bewunderung sämmtlicher Kriegsberichterstatter erregt.

Wenn in Konstantinopel nicht aufgeräumt und der Mißwirthschaft, welche den Fall von Plewna verschuldet hat, ein Ziel gesetzt wird, dann kann freilich die Fortsetzung des Krieges für die Türkei nur neue Niederlagen bringen.

— Viel Feind, viel Ehr! Ein Druckfehler in einer Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidiums — anstatt „schriftliche Offerten", „christliche Offerten" — hat dem „Berliner Börsen-Courier" zu einer satirischen Notiz Veranlassung gegeben, welche die „Berliner Freie Presse" nachgedruckt hat. Auf den von dem Polizeipräsidium gestellten Strafantrag wurden die Redakteure beider Blätter wegen Beleidigung desselben unter Anklage gestellt. Da inzwischen aber von dem Polzeipräsidium der Strafantrag gegen den Redakteur Dr. Bruno Mertelmeyer zurückgenommen worden ist, so hatte sich am letzten Sonnabend der Redakteur der „Berliner Freien Presse" allein wegen des incriminirten Artikels vor der siebenten Criminaldeputation des Stadtgerichts zu verantworten. Der Angeklagte, der aus der Haft vorgeführte Redakteur Finke, wurde auch wegen Beleidigung des Polizeipräsidiums, die in dem Artikel gefunden worden, zu 30 Mark event. 3 Tagen Haft verurtheilt, während gegen den Urheber wegen des zurückgenommenen Strafantrages das Verfahren als unstatthaft eingestellt wurde. — Also lesen wir in der „Magdeburger Zeitung". Offen gestanden, die Wahl, welche der Berliner Polizei-Präsident getroffen hat, gereicht dem „Berliner Börsen-Courier" wenig zur Ehre — er als der eigentliche Attentäter, ward verächtlich bei Seite geschoben, und die „Berliner Freie Presse", als Mitattentäterin, allein der Ehre einer Klage gewürdigt. Das ist blamabel für den „Berliner Börsen-Courier". Andrerseits zeigt dieser Vorfall aber auch, welche feindselige Gesinnung in den Berliner Polizeikreisen gegen die Sozialdemokraten vorherrscht; das tangirt diese natürlich herzlich wenig. Der feindseligen Gesinnung setzen wir das Gefühl „ungeheurer Wurstigkeit" entgegen.

— „Die Zukunft" (Heft 6) vom 13. Dezember enthält: Die Proportionalvertretung von C. Lübeck. (Forts.) — Untersuchungen über die Grundprinzipien der Sozial-Oekonomie von Dr. César de Paepe. — Maximilian Robespierre, von Dr. Carl Brunnemann. (Forts.) — Ueberproduktion. — Recensionen.

Correspondenzen.

Königsberg, 27. November. Am 17. d. M., Abends 8 Uhr, fand hier eine Oeffentliche Versammlung des Verbandes der hiesigen Gewerkvereine statt, in welcher Herr Hugo Polke, Redakteur des „Gewerkverein", einen einstündigen Vortrag über Gewerkvereinskassen hielt. Als die Diskussion eröffnet wurde, erklärte der Vorsitzende, Herr Tammin, den sich Polke aus Berlin zum Präsidiren in den von ihm veranlaßten Versammlungen mitgebracht: daß fortan jeder Redner nur 15 Minuten sprechen dürfe. — Zunächst ergriff Herr Just das Wort und wies in gedrängter Kürze nach, daß nicht in den Gewerkvereinen, sondern in der Sozialdemokratie das Heil der Arbeiter und des Volkes überhaupt zu suchen sei. — Hierauf betrat Herr Paul Grottkau aus Berlin die Rednertribüne und führte einen eingehenden Nachweis darüber, daß die Gewerkvereine politischer Natur seien. Dieses habe Polke in der ersten Hälfte seiner langen Rede bestritten, in der zweiten Hälfte derselben selbst nachgewiesen. Wie man es wagen könne, einen so widerspruchsvollen Vortrag einer Versammlung von Männern zu bieten, sei ihm unerfindlich. Sodann las Grottkau aus dem Buche von Rudolf Meyer „Die Emanzipation des vierten Standes" Stellen aus zwei dort abgedruckten Briefen vor, welche den aktenmäßigen Beweis liefern, daß die Gewerkvereine schon in ihrem Ursprung nichts anderes als von der Fortschrittspartei begründete Vereinigungspunkte für Arbeiter zu fortschrittlichen, also politischen Parteiinteressen gewesen seien. Jetzt bereits von dem Vorsitzenden an die vorgeschriebenen 15 Minuten gemahnt, schloß Grottkau mit einem Hinweis auf die schlechte Finanzverwaltung in den Gewerkvereinen und lud Polke zu der morgenden, von Sozialdemokraten unserer Stadt einberufenen Volksversammlung ein. Jetzt trat Polke auf und versuchte seine Vertheidigung durch Gründe, für welche uns nach parlamentarischem Brauch die Bezeichnung fehlt. — Polke griff erstens das aktenmäßige Citat aus Rudolf Meyer an, weil — Rudolf Meyer reaktionär sei. Und — die gebildeten Fortschrittler Königsbergs freuten sich über diese treffende Bemerkung und jubelten ihr Beifall zu! — Wie uns scheint, bleibt die Wirkung einer wissenschaftlichen Leistung stets dieselbe: sie mag von einem Reaktionär oder von einem Fortschrittler oder einem Sozialdemokraten herrühren; überdies citirte Grottkau Briefe, deren Richtigkeit nicht angezweifelt werden kann. — Ferner meinte Polke, die Sozialdemokraten hätten die Gewerkvereine oft genug bei Tessendorf „denuncirt" und eine „Denunciation" sei auch heute von Grottkau ausgesprochen worden, indem er behauptet, die Gewerkvereine verfolgten eine politische Tendenz. — Die Königsberger Fortschrittler, als Mitbürger Kant's und Jacoby's, fanden dieses nach ihrer Logik wieder sehr richtig. — Nun ist es aber faktisch unmöglich, einen größeren Nonsens zu behaupten, als diesen Polke'schen. Sonst weiß Jedermann, daß das Verächtliche einer Denunciation darin besteht, daß Jemand einen Anderen aus persönlichem Interesse der Staatsanwaltschaft übergiebt; dagegen kann von einer „Denunciation" nie die Rede sein, wenn die Führer einer politischen Partei im öffentlichen Interesse jedes Gerechtigkeitsgefühl und Gerechtigkeitsbewußtsein empörende Mißstände öffentlich zur Sprache bringen. Wenn die Fortschrittler anständig wären, so hätten sie schon längst auf jene Bevorzugung der Gewerkvereine durch Herrn Staatsanwalt Tessendorf verzichten, dieses ihr staatsanwaltliches Privilegium mit sittlicher Entrüstung zurückweisen sollen. Die Fortschrittler mit ihrem Herrn Hugo Polke sind aber schlaue und ehrenwerthe Männer; an dieser sogenannten, weil erheuchelten Ehrenhaftigkeit und an dieser Schlauheit, die nichts anderes als Perfidität ist, geht die Fortschrittspartei in dem sittlichen Bewußtsein des Volkes schnell ihrem Untergang entgegen. Und dieses muß für Jeden, der noch an Wahrheit und Freiheit glaubt, eine Genugthuung sein.

Schließlich erging sich Herr Pohlke in personlichen Angriffen gegen Bebel, Liebknecht, Most und Hasenclever, die so lächerlicher Natur waren, daß wir dieselben hier übergehen müssen.

Während dieser 3/4 Stunden dauernden zweiten Rede Polke's zeigte sich große Unruhe in der Versammlung, da jetzt aus dieser heraus immer von Neuem die Mahnung an die vorgeschriebenen 15 Minuten Redezeit ertönte. Der Vorsitzende erklärte aber ganz naiv: Der Referent dürfe sich an diese Beschränkung nicht binden.

Im Verlauf seiner Rede hatte Polke die Einladung Grottkau's zur morgenden Versammlung in demselben Lokale und zu derselben Stunde abgelehnt, weil er zu dieser Zeit an einem anderen Orte sprechen müsse. Hierauf rief Grottkau, der Kürze wegen dazwischen: „Schicken Sie Tammin dorthin." Die Folge war, daß der Vorsitzende Grottkau aus dem Lokale wies und als sich dieser ungerechtfertigten Maßregel wegen in der Versammlung ein großer Tumult erhob, forderte Herr Tammin alle diejenigen Anwesenden, die nicht Mitglieder des Gewerkvereins seien, auf, das Lokal zu verlassen. Die Versammlung war als eine „öffentliche Versammlung" annoncirt. Viele thaten dieses für den Augenblick, kehrten jedoch bald in den Saal zurück, da sie hörten, daß jene Aufforderung des Vorsitzenden nur für „Ruhestörer" bestimmt gewesen sei, zu denen sie nicht zu zählen waren.

Inzwischen hatte sich Grottkau, der mit nachträglicher ausdrücklicher Bewilligung des Vorsitzenden im Lokale verbleiben durfte und andere Sozialdemokraten zum Worte gemeldet, um Polke zu widerlegen. Da wurde die Versammlung durch einen gefälschten Majoritätsbeschluß von Hrn. Tammin geschlossen!

Dieses ist der Sachverhalt. Die Königsberger „Hartung'sche Zeitung" lügt aber in Nr. 281 durch ihren s-Referenten frech d'rauf los und behauptet: Polke hätte „die sozialdemokratischen Redner mit Leichtigkeit widerlegt" und die hiesigen Sozialdemokraten hätten an jenem Abende „eine Niederlage erlitten". Die praktische Widerlegung dieser Unwahrheit lieferte die sozialdemokratische Versammlung des nächsten Abends, in welcher die meisten Besucher Mitglieder der hiesigen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) waren und die bedeutend gefüllter war, als die fortschrittliche des vergangenen Abends.

Braunschweig. Zu der Frage: War Herr E. Sachse in Gera oder nicht? kann ich eine Auskunft ertheilen, die vielleicht deshalb von Interesse ist, weil ich im Stande bin, eine Antwort Sachse's wiederzugeben, die derselbe auf eine ähnliche Frage am Freitag den 7. Dezember hier in Braunschweig gegeben hat. Herr Prediger Sachse hat nämlich in dem hiesigen „Freien Religionsverein" alle vier Wochen eine „Erbauung" zu halten, an welche sich am nächsten Taze Sittenunterricht für die Kinder und am Abend ein zweiter Vortrag knüpft. Es ist nun Brauch geworden, daß jedesmal nach beendigter „Erbauung" einige Mitglieder, und zu diesen gehören auch einige Parteigenossen, Herrn Sachse das Geleit nach dem Hotel geben, und daß bei dieser Gelegenheit noch ein Glas Bier getrunken und in zwangloser Weise über interne Angelegenheiten gesprochen wird. Dies benutzte ein Genosse, um Herrn Sachse die Frage vorzulegen: ob es wahr sei, daß er auf dem antisozialistischen Congresse zu Gera zum Ausschußmitgliede gewählt, ob er dieses Amt angenommen habe und wie sich dies mit seiner Stellung vertrüge? — Herr Sachse antwortete, daß er zwar die Absicht gehabt habe, nach Gera zu reisen, allein dies hätte nur auf einen Tag und zwar am Montag geschehen können und wäre auch geschehen, wenn die Schulfrage an demselben Tage zur Verhandlung gekommen wäre, wie es ursprünglich die Absicht war. Allein da man diese Frage am Sonntag verhandelt hatte, wahrscheinlich um den Lehrern Gelegenheit zu geben, sich auszusprechen, so sei ihm dies unmöglich gemacht, weil er an diesem Tage in Magdeburg zweimal zu thun gehabt hätte. (Wohlverstanden: von Unwohlsein war in Braunschweig keine Rede.) Er sei also nicht dagewesen, wie dies einzelne sozialistische Blätter behauptet hätten. Was nun seine Wahl zum Ausschußmitglied betreffe, so habe er davon nur durch die Zeitungsberichte erfahren, offiziell sei ihm davon noch Nichts mitgetheilt! Nachdem er schließlich noch erklärt, daß er in sozialer Hinsicht auf dem Boden der (Hirsch-Duncker'schen) Gewerkvereine stehe, was ihn keineswegs abhalte, auch einzelne unserer Forderungen anzuerkennen, schloß er damit, daß er sagte, er reiche Jedem gern die Hand, der, namentlich in religiöser Hinsicht, nach Wahrheit ringe und sich demzufolge den Bestrebungen der „Freireligiösen" anschlösse; müsse er außerhalb dieses Rahmens Einzelnen entgegentreten, dann hoffe er, daß dies in ehrlicher Weise geschehen werde. — Derselbe Genosse fragte weiter: Ich habe aus Ihrem eigenen Munde während der Wahlperiode gehört, daß Sie sich bei dieser Gelegenheit mehr passiv verhalten, sich aber unter keinen Umständen dazu verstehen wollten, gegen die Wahl des Herrn v. Unruh anzukämpfen. Warum? Weshalb? Hierauf replizirte Herr Sachse: Herr v. Unruh ist namentlich in den vierziger Jahren mein Mitkämpfer gewesen, und als die im Anfang der fünfziger Jahre hereinbrechende Reaktion uns Beiden das Brod nahm und uns zwang, in das geschäftliche Leben einzutreten, da war es Herr v. Unruh, der sich bedeutend schneller als ich in dieses fand (sic!) und mich in aufopfernder Weise mit Rath und That unterstützte. Es hieße also einen Akt der Pietätlosigkeit und des Undanks an meinem Freunde v. Unruh begehen, wenn ich mich dazu hergeben wollte, gegen seine Person anzukämpfen!

Ich kann offen gestehen, ich wußte nicht recht, was ich zu diesen Auslassungen sagen sollte, außerdem war ich nicht Mitglied des „Freien Religionsvereins", ich hätte also riskiren müssen, daß man mir gar nicht das Wort ertheilte, wenn ich darum gebeten hätte, oder daß es mir entzogen worden wäre, wenn ich dem Herrn Sachse etwas derb auf den Leib gerückt wäre. Ich kann es absolut nicht verstehen, daß Jemand, der einem Andern zu Dank verpflichtet ist, diesen in politischer Beziehung nicht angreifen darf, zumal wenn die Moral des Betreffenden, wie dies z. B. bei Herrn v. Unruh der Fall ist, durch verschiedene Gründungen und durch sein Auftreten den Arbeitern gegenüber gelegentlich des bekannten Strikes mindestens doch angezweifelt werden muß. Ich kann ferner nicht verstehen, wie man auf der einen Seite so ungeheuer zartfühlend sein kann, und auf der andern Seite mit einer fast an Dickfelligkeit grenzenden Nonchalance Alles vergißt, was kaum vor sechs bis acht Jahren passirt ist. Waren es nicht die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, also Arbeiter, die bei einer Reichstagswahl im 6. Berl. Wahlkreise Hrn. Sachse zu ihrem Candidaten auserkoren? War es nicht die bekannte Clique, die von einem derartigen, und noch dazu so unendlich zahmen „Arbeiterkandidaten" nichts wissen wollte, und frisch, froh, frei diesen Wahlkreis dem be—kannten Dr. Banks aus Hamburg aufoktroyirte? Nicht als ob dies eine Beleidigung für Herrn Sachse allein wäre, nein, es war auch ein Schlag in das Gesicht der in den Gewerkvereinen organisirten Arbeiter, die Herrn Sachse zu ihrem Mandatar gewählt hatten. Weiter: war es nicht die Ehrlichkeit des Herrn Sachse, ja sein in mancher Beziehung unbestrittener Radikalismus, der ihn auf die Dauer zum Redakteur der Berliner „Volkszeitung" unmöglich machte? Und zwar unmöglich machte nach seinem eigenen Eingeständniß?

Begreife wer kann, daß Herr Sachse dennoch den Willen haben konnte, sich mit einer derartigen Mischmaschpartei, wie sie auf dem Geraer Congreß vertreten war, zu identifiziren, und diesem überhaupt nur zutrauen, daß er irgendwelche Einwirkung auf die Schulen ausüben kann, das ist platterdings unmöglich! Seinen Zweck hat der Geraer Congreß dessenungeachtet doch erreicht, denn meiner Ansicht nach handelte es sich unserm Musterknaben nur darum, sich einige pekuniäre Vortheile zu verschaffen, und — die Dummen werden nicht alle!

Mag nun Herr Sachse bedauern, wie er es thatsächlich gethan, daß sich der Congreß fast ausschließlich auf negativem Boden bewegte und nicht mit einem positiven Programm aufgetreten ist, so lange er nicht erklärt, daß er mit diesem Congreß

Von der Chocolade bis zu den Weibern ist nur ein Schritt, und so finden wir in derselben Chocoladennummer M. v. Humbracht, dem wir gleichviel ob Mann, ob Weib in literarischer Beziehung das „semini generis" nicht erlassen können. Besagtes Weib hat sich die Gerbermühle bei Frankfurt a. M. zum Tummelplatz seiner literarischen Verrenkungen ersehen und versucht es, von dem Aufenthalte Marianne von Willemers (Goethe's Suleika) ein Bild zu geben. Nach einer unnützen Salbaderei über die Bedeutung solcher historischer Stätten wirft es einen Rückblick auf die zahllosen Besucher aus „allen Weltgegenden" (mit den Weltgegenden geht das Weib so um, als seien es Pfannkuchen, in die man von Zeit zu Zeit hineinbeißt) und sagt von diesen Besuchern: „sie durchstreiften den Garten und schauten ehrfurchtsvoll zu den alten Bäumen empor, deren Zweige, wie wohl Manche sagten, schon über seine (Goethe's) erhabene Dichterstirn dahinrauschten, und die, wie ich mich etwas einfacher ausdrücken möchte, ihm nicht allein den wohlthuenden Schatten gespendet, sondern auch Zeuge waren" ꝛc. ꝛc.; und folgen auf diese „Einfachheit" u. A. fünf Relativsätze.

„Von Marianne v. Willemer sagt das weibliche Wesen: daß sie der Gerbermühle wechselnder Baumesschatten mit dem unverwelklichen Gezweige des Lorbeers verflochten."

Wie schön das klingt! O unvergleichliche Superlativa des Blödsinns, wechselnde Baumesschatten verflochten mit dem unverwelklichen Gezweige des Lorbeers; sträubt sich nicht die Feder, derartiges niederzuschreiben?

Doch hören wir, was dem zahnlosen Munde der Alten weiter entquikt:

Von der Verfasserin eines Buches über Suleika berichtet sie: „daß Erstere nicht nur mit ihr (Suleika) verwandt war, sondern auch seit ihrer Kindheit im Verkehr „mit ihr stand" und daß dieselbe Verfasserin Frau Scharf „die 1868 einen durchaus einfachen und sehr praktischen Eindruck machte, wenn sie von Marianne (Suleika) redete in durchaus anderer; weicherer und wärmerer Weise sprach. Der einstige Zauber, der Erscheinung Marianne's wirkte offenbar noch nach. Marianne erschien uns wie aus einer anderen Welt kommend und immer habe ich selbst später gedacht, es sei so."

Einfach und praktisch sind dem Weibe Gegensätze von warm und weich und daß es sich noch zu den Spiritisten bekennt und glaubt, Marianne sei aus einer andern Welt, Solches den Lesern der „Gartenlaube" aufzutischen, geht wirklich über — die Chocolade.

Wir glauben, der Leser hat an obigem Nonsens zur Genüge, wir befürchten seine Geduld auf eine zu harte Probe zu stellen, wenn wir noch mehr citiren würden.

Es lohnt sich übrigens, um den Hirnschwund der „Gartenlaube" und ihre Corruption gründlich zu begreifen, sie mit kritischem Blicke in die Hand zu nehmen, sicher wird der Leser in jeder Nummer zahlreiche Beispiele für unser verdammendes Urtheil finden.

Die „Gartenlaube" zählt jetzt ihre Abonnenten nach Hunderttausenden, es wird und muß aber eine Zeit kommen, in der man kein Abonnent der „Gartenlaube" sein darf, wenn man auf den Anspruch der Bildung und des Geschmackes nicht zugleich verzichten will. Immerhin ist die literarische Corruption unseres Sozialkörpers ein Beweis seiner organischen Zersetzung, sonst hätten wir nicht Akt genommen von dieser — „Gartenlaube".

—c—

— Neues System elektrischer Telegraphen. Der französischen physikalischen Gesellschaft machte Thomasi unlängst den Vorschlag, für unterseeische Telegraphen-Kabel von großer Länge ein Relais von so großer Empfindlichkeit zu verwenden, daß blos 5 Proz. des Stromes eines einzigen Minotti-Elementes bei einem Linienwiderstande, welcher den von 2520 engl. Meilen des transatlantischen Kabels gleicht, hinreichen, um es rasch arbeiten zu lassen. Dabei soll ein zweites Relais (der Unterbrecher) den Lokalbatteriestrom nach jeder Stromgebung automatisch unterbrechen, damit der Trennungsfunken nicht im ersten Relais überspringt und diesen seinen Apparat beschädigt, während der Funken im zweiten Relais bei dessen kräftigen Contakt unschädlich ist. Der Empfänger soll zwei Elektromagnete mit zwei gegeneinander geneigte Schreibspitzen erhalten, von denen die eine rothe, die andere blaue Zeichen auf den Papierstreifen schreibt, je nach der Richtung des Linienstromes. Der Geber kehrt nach jeder Stromsendung die Stromrichtung um, und alle Stromsendungen sind von gleicher Dauer.

F. K.

nichts zu thun haben will, so lange wird er sich gefallen lassen müssen, daß wir ihn mit „seinem Freunde" v. Unruh, Max Hirsch, Polke ꝛc. in einen Topf werfen.

Leipzig. Die Thätigkeit unsres Genossen Freytag in der sächsischen Kammer bereitet den Fortschrittlern und Liberalen nicht wenig Verlegenheiten, und namentlich war es Freytag's Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für die Wahlen zur zweiten sächsischen Kammer, der diesen politischen Heuchlern sehr ungelegen kam, denn der Antrag zwang sie, von zwei Uebeln das kleinere zu wählen: nahmen sie den Antrag an, dann wären bei den nächsten Wahlen vielleicht 10 Sozialisten in die zweite Kammer gewählt worden; verwarfen sie den Antrag, dann war es mit dem Nimbus vorbei, der die Fortschrittler und Liberalen für einen Theil des Volkes noch immer umgiebt. Die Herren hielten das letztere „Uebel" für das kleinere und lehnten den Antrag Freytag's ab. Nun, wir sind's zufrieden. Die Sozialdemokratie wird auf alle Fälle das Fett von der Suppe abschöpfen, welche die fortschrittlich-liberalen Gegner da hergerichtet haben, und ist es nicht bei den Landtags-, so doch bei den Reichstagswahlen; denn das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht ist nun einmal ein Recht geworden, dessen Besitz vom Volke als etwas ganz Selbstverständliches angesehen wird, und das bei den Wahlen zu den gewerblichen Schiedsgerichten sogar auch auf die Frauen ausgedehnt ist.

Bei den Verhandlungen über den Antrag merkte man den Gegnern eine arge Beklommenheit an. Als Freytag seinen Antrag eingehend begründete, malte sich Verlegenheit auf allen Gesichtern; als er geendet hatte, herrschte lautlose Stille — Niemand hatte den Muth, für oder wider den Antrag zu reden. Nachträglich stellte sich heraus, daß von sämmtlichen Parteien Fraktionsbeschlüsse gefaßt worden waren, dahin zielend, den Antrag todtzuschweigen und auf diese Weise womöglich aus der Welt zu schaffen. Allein leider hatten die braven Leutchen ihre Rechnung ohne den Wirth gemacht: Freytag ließ sich nicht so leichten Kaufs abfertigen, er setzte durch, daß der Antrag an die Commission (Deputation) verwiesen wurde und so war denn, nach der Landtags-Geschäftsordnung, eine Debatte nicht zu vermeiden. Die Commission ernannte den Fortschrittler Bönisch zum Referenten, und den conservativen Partikularisten v. Ehrenstein zum Correferenten. Bönisch meinte, der Antrag sei den liberalen Parteien nicht unsympathisch; da Freitag diesen Antrag aber im Namen der sozialdemokratischen Partei stelle und für diese gleichsam Einlaß in den Landtag begehre, so stelle sich die Sache ganz anders. Diese Partei verfolge Ziele, die unseren (!) staatlichen und sozialen Einrichtungen schnurstracks entgegen stehen. Es sei nicht gut, daß schon, wie der Antragsteller wünscht, ganz junge Leute in das politische Leben hineingezogen werden. (Erst wohl mit 60 Jahren, wo nach Bock das Hirn wässerig werden soll?) Ebenso sei das Erforderniß der dreijährigen Staatsangehörigkeit berechtigt. Redner würde seinerzeit (am St. Nimmerleinstag) einer durchgreifenden Reform des Landtagswahlgesetzes sehr geneigt sein, hält aber den jetzigen Zeitpunkt nicht für geeignet (natürlich nicht), formale Verfassungskämfe — (Erkläre uns, Graf Oerindur, diesen Zwiespalt der Natur!) in die Kammer hineinzutragen.

Correferent v. Ehrenstein ist der Ansicht, daß auch das allgemeine Wahlrecht nicht die vom Antragsteller gewünschte Gleichheit (wie heißt? „Gleichheit" des Hirns z. E. hat Freytag sicherlich nicht „gewünscht" — jedenfalls nicht, daß das Hirn der sozialistischen Wähler dem des Herrn v. Ehrenstein und anderer Ehrenmänner dieses Schlages „gleich" sei) bringen würde. Der Census habe große Vortheile (das wußte man in Amerika schon vor 100 Jahren — nämlich den „Vortheil", daß jeder beliebige „Esel" und „Ochse" des Stimmrechts theilhaftig werden kann, während ein vernünftiger und gebildeter Mensch es entbehren muß), ebenso könne die Liebe zum Vaterlande nicht über Nacht kommen, und daher hält Redner die dreijährige Staatsangehörigkeit für nöthig; der vorliegende Antrag sei kein Antrag auf Reform, sondern ein Antrag auf Beseitigung und Zerstörung. (Hu! Hu!)

Daß Freytag mit den Herren Referenten gebührend ins Gericht ging, und ihre albernen Sophismen, Vorwände und Ausflüchte mit Leichtigkeit widerlegte, braucht nicht gesagt zu werden — mit welchem Erfolg aber, ist bekannt. Einen Erfolg — und zwar einen sehr bedeutenden — hat der Freytag'sche Antrag aber doch zur Folge gehabt, den nämlich, daß die sogenannten liberalen Parteien wieder einmal gezwungen waren, das wahre Wesen ihres „Liberalismus" aufzudecken und dem Volke zu zeigen, daß der Liberalismus, wie er sein muß, um im Interesse des Volkes zu wirken, nur im Sozialismus liegt. Und mit diesem Erfolg geben wir uns bis auf Weiteres zufrieden; er wird uns in Zukunft sehr zu statten kommen.

Leipzig. Es wird jetzt hierorts in öffentlichen Blättern um „milde Gaben" für die Schutzmannschaft gebeten, nach Angabe des Leipziger Tageblattes „wie alljährlich". Auch wir wünschen der Sache einen recht erfreulichen und resultatreichen Fortgang. Daß man indessen bei dem Aufruf sich nicht entblödet, die zugegebenermaßen „so traurige Lage" den sozialen Verhältnissen oder — wenn die Herren es doch lieber rund heraussagen wollten — „den bösen Sozialisten" wieder einmal in die Schuhe zu schieben, das möge doch einmal ein wenig näher bei Lichte betrachtet werden. Daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung kein leichtes Gewerbe ist, nun das geben wir gern zu, aber es sind doch in den seltensten Fällen Sozialisten, welche Ruhestörer, Vagabonden und anderes polizeiliches Material liefern. Der amtliche Bericht gesteht es ja selbst immer in seiner stets so „humoristisch" gefärbten Weise zu, daß selbst „scheinbar (?)" den gebildeten (??) Ständen angehörige Herrchen nähere Bekanntschaft mit „Zwangsriemen", „Schmieder's Hotel" u. dgl. Sächelchen machen müssen. Wenn ferner der Bericht im „Amtsblatt" auch keine Buchbinder, Schneider, Schuster, Bäcker u. s. w. kennt, sondern nur Kleisterfritzen, Bocksritter oder Ellenreiter, Meister Pechdraht, Teigkneter und wie sonst alle nicht amtsangestellte Persönlichkeiten titulirt werden, so sind es wahrhaftig nicht immer nur die Gesellen, sondern auch so manches Meisterlein schon mußte sich derartige Ehrentitel von den amtlichen Berichten gefallen lassen. Daß hierdurch besondere Sympathie erweckt werden würde, mögen die Herren mit sich selbst ausmachen. Wir haben darüber unsere eigene Ansicht. Wenn dieser humoranstrebende Amtsstyl verschwände, es wäre kein Schade für den „Ernst" der Autorität. — Ferner existirt die Einrichtung, daß dem Schutzmann für jeden zur Bestrafung gebrachten Fall in einer Liste ein Strich der Anerkennung ertheilt wird, und nach der Anzahl dieser Striche richtet sich das Avancement. Wer steht sich da nun besser, der Schutzmann, welcher in humaner Weise vermittelt und in Güte schlichtet, oder der, welcher, drückt auf sein Recht und seinen Diensteid vertrauend, mit strenger Härte einschreitet? — Indessen alles das versetzt den Schutzmann noch nicht in seine „traurige" Lage. Seine traurige soziale Lage liegt in der geringen Besoldung, welche ihm nur spärlichen Unterhalt gewährt. Fürwahr, uns erscheint ein Schutzmann, der unbestechlich, uneingenommen für dargebrachte Gefälligkeit, unparteiisch und ohne Ansehung der Person seine Arbeit verrichtet, als ein Märtyrer seiner Sache, ein Held auf seinem Felde. Wir verlangen deshalb in der Hauptsache Lohn und entsprechenden Lohn für die Arbeit, und zwar für Jedermann, und so möchten auch wir dem Schutzmann lieber zum „Weihnachtsgeschenk" ein wohlverdientes ausreichendes Gehalt seitens seiner Arbeitgeber wünschen, als „milde Gaben" von Personen, die sich ihm in öffentlichen Blättern mit ihren Geschenken als Almosenspender aufwerfen. Ein humaner Schutzmann erspart in aufsteigender Linie so manchen theuren Gehalt, freilich human, human — — wenn nur die Striche nicht aufgebracht werden müßten. — Im Uebrigen wünschen wir der Sammlung — und zwar von Herzen — reichlichen Erfolg. Unverdiente Noth zu lindern, unterdrücktes Recht zur Geltung zu bringen, ohne Rücksicht darauf, was aus uns wird, — auch das steht auf unserem Panier!

Baden-Baden, 9. Dezember. In Baden, der alten Bäderstadt, bei der alten Schwarzwaldquelle, da giebt es auch Sozialisten. Nicht möglich! wird mancher Philister ausrufen. In diesem modernen Babylon, dem Tummelplatze der Bourgeoisie, da, wo sich die „Crême" der Gesellschaft so breit macht, auch Sozialisten? Nicht möglich! Aber nicht genug damit, daß die Sozialisten da sind, sie sind auch noch so frech, in neuerer Zeit eine rege Agitation zu entfalten. So fanden in kürzester Zeit zwei Volksversammlungen hier statt, die eine am 15. Oktober, in welcher Genosse Lehmann aus Pforzheim über die Tagesordnung: „Der Nothstand und der Krieg" referirte. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht, und wußte Herr Lehmann die Zuhörer mit seinen Ausführungen vollkommen zu befriedigen, was die öfteren Unterbrechungen durch stürmisches Bravorufen bekundeten. Besonders großen Beifall erntete der Redner durch die Widerlegung eines Artikels, welcher zwei Tage vorher im hiesigen Wochenblatt erschienen war und mehrere giftige Ausfälle gegen die Sozialdemokratie enthielt. Trotz wiederholter Aufforderung meldete sich keiner der anwesenden Gegner, welche zahlreich zugegen waren, zum Wort. Zum Schluß wurde eine Resolution, dahingehend, daß die Versammelten sich mit den Ausführungen des Herrn Referenten einverstanden erklären, einstimmig angenommen. — Die zweite Versammlung zugleich die fünfte Volksversammlung in diesem Jahre), ebenfalls zahlreich besucht, in welcher Genosse Dreesbach aus Mannheim über die Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie und die Familie" einen sehr trefflichen Vortrag hielt, wurde am 3. Dezember abgehalten. Redner wies zunächst den Vorwurf, die Sozialdemokraten wollten die Ehe und die Familie zerstören, welcher so gern von den Gegnern im Munde geführt und denselben als Schlagwort gegen die Sozialdemokratie dient, zurück, beleuchtete dann in scharfer Weise die Familienverhältnisse in der heutigen Gesellschaft und wies nach, daß es gerade in den sogenannten besseren Ständen mit der Heiligkeit der Ehe und der Familie sehr schlecht bestellt sei. Redner citirte unter Anderm auch den bekannten famosen Brief aus dem Heirathsbüreau in Darmstadt und behauptete, daß hingegen bei der arbeitenden Bevölkerung das Band der Ehe meistentheils aus gegenseitiger Zuneigung geschlossen würde, daß aber deren eheliches Glück oft durch Nahrungssorgen getrübt werde. Zum Schluß unterzog Referent die Corruption in der heutigen gegnerischen Presse einer scharfen Kritik und forderte die Anwesenden noch zum Abonnement auf das „Pfälzisch-Badische Volksblatt" auf, welches allein die Interessen des arbeitenden Volkes im badischen Lande vertritt. Die Versammlung folgte dem Vortragenden mit großer Aufmerksamkeit und nahm den Vortrag beifällig auf. H..l.

Mannheim. (Zur Centralisationsfrage.) Mittwoch, den 14. November, tagte hier eine Conferenz, beschickt von je 4 Mann sämmtlicher hier bestehenden Gewerkschaften, mit der Tagesordnung: „Die Centralisationsfrage". Der Abend wurde durch die Debatte vollständig in Anspruch genommen, in welcher die Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften ihre Stellung resp. die ihrer Mitgliedschaft zur Centralisation klar legten. Ueber 14 Tage wurde eine zweite Conferenz beantragt und der Antrag auch angenommen mit dem Wunsch, daß bis dahin jede einzelne Mitgliedschaft diesen Punkt noch einmal durchberathen solle.

Mittwoch, den 28. November, tagte die Conferenz zum zweiten Male, und wurde nach einem kurzen Resumé des Vorsitzenden über die letzten Verhandlungen der Antrag gestellt, die Generaldebatte zu schließen und über die folgenden 6 Fragen in die Spezialdiskussion einzutreten:

1) Ist eine Aenderung in der Organisation der Gewerkschaften nothwendig? Die Frage wurde einstimmig mit Ja beantwortet. 2) Ist die Centralisation der Gewerkschaftspresse möglich? Diese Frage führte zu einer sehr lebhaften Debatte, und einigte sich die Majorität schließlich dahin, daß ein Centralorgan möglich und nothwendig sei, nur sollen vorläufig die Fachorgane als Circuläre beibehalten bleiben, jedoch nur alle 14 Tage erscheinen; ebenfalls soll auch das zu schaffende Centralorgan nur alle 14 Tage erscheinen. 3) Ist es möglich und im Interesse aller Gewerkschaftsmitglieder, Bestimmungen zu treffen, daß ein Mitglied, wenn an irgend einem Orte eine Organisation der eigenen Branche nicht besteht, bei einer andern 1) mit vollen Rechten und Pflichten eintreten und 2) das Reisegeld erheben kann? Die Fragen wurden einstimmig mit Ja beantwortet. 4) Ist eine Centralisation der verschiedenen bestehenden Gewerkschaftskrankenkassen möglich? Die Frage führte zu einer längeren Debatte, bei welcher hervorgehoben wurde, wie gerade in den Krankenkassen das Agitationsmittel der Gewerkschaften liege, und wie man sie dadurch, daß man dieselben zu einer einzigen centralisire, bedeutend kräftige, und somit einen tüchtigen Agitator für die Gewerkschaften schaffe, und noch nebenbei sehr viel Verwaltungskosten sparen. 5) Ist gemeinschaftliche Agitation möglich? Diese Frage wird ohne Debatte mit Ja beantwortet. 6) Ist die von Kapell einberufene Conferenz zu beschicken oder ist abzuwarten, bis die Generalversammlungen stattfinden? Diese Fragen wurden einstimmig dahingehend beantwortet, daß die Conferenz, wenn sie auch einberufen wird, von jeder Gewerkschaft zu beschicken sei, indem ja die Generalversammlungen der verschiedenen Gewerkschaften nicht alljährlich und auch nicht an einem Orte stattfinden

Am Schluß der Verhandlungen wurde noch von den Vertretern zweier Gewerkschaften die Erklärung abgegeben, daß sie bei einigen Punkten, gegen welche sie gestimmt, nicht der persönlichen Ansicht gemäß, sondern Beschlüssen ihrer Mitgliedschaften entsprechend gestimmt haben.

J. A.: Fr. Schneider, Vorsitzender.
Michael Mehn, Schriftführer.

NB. Im Auftrage der Conferenz werden alle Gewerkschaftsblätter um Aufnahme dieses Berichts ersucht. D. O.

„Rundschau"

Nr. 5 ist nach folgenden Orten gegangen: Altona 300. Achim 60. Apenrade 30. Aschersleben 25. Alvesloe 12. Aachen 12. Ahrensburg 12. Annaberg-Buchholz 45. Augsburg 100. Barmstedt 15. Bielefeld 10. Bockenheim 30. Breslau 20. Barmen 100. Burscheid 30. Braunschweig 60. Bernburg 15. Barlt 4. Calau 16. Cassel 100. Calbe 50. Cottbus 13. Coblenz 15. Cöthen 60. Coswig 20. Chemnitz 125. Duisburg 75. Dortmund 40. Delitzsch 60. Düsseldorf 50. Dessau 35. Ernstorf 55. Elmshorn 60. Erfurt 30. Edderitz 25. Ellrich 10. Frankfurt a. M. 150. Flensburg 100. Fulda 15. Freden 35. Forst-Berge 250. Finsterwalde 15. Frankfurt a. d. O. 4. Fürth 110. Geestendorf 20. Göttingen 10. Görlitz 45. Greifenberg 7. Gelsenkirchen 60. Goldlauter 30. Großsteinheim 12. Glückstadt 35. Gablenz 35. Hannover 100. Hanau 150. Halle 25. Hildesheim 25. Halberstadt 24. Hecklingen 15. Harburg 40. Itzehoe 65. Jüterbogk 7. Kalk 10. Kleinkrotzenburg 30. Kiel 180. Kellinghusen 30. Königsberg 25. Kleinsteinheim 25. Kirchhain N.-L. 10. Lunden 16. Liegnitz 50. Langenbielau 65. Leopoldshall 120. Lesum 10. Lechhausen 70. Lindenau 24. Marburg 7. München 10. Neumünster 30. Neustadt 10. Nowaweß 20. Nordhausen 20. Neviges 50. Nürnberg 500. Ottensen 350. Oldesloe 15. Osnabrück 50. Osterode 5. Oberpeilau 10. Oederan 11. Peterswaldau 48. Potsdam 20. Pinneberg 40. Plauen 20. Rendsburg 40. Rostock 30. Rixdorf 20. Ronsdorf 45. Rheda 10. Sossenheim 25. Sorau 35. Striegau 10. Schleswig 30. Steele 30. Sühlen 10. Silberberg 15. Schloß-Chemnitz 30. Tönning 30. Tondern 16. Uelzen 20. Verden 50. Wandsbeck 100. Wüstegiersdorf 75. Wilster 15. Wilhelmshafen 10. Wiesbaden 20. Wald 45. Waldenburg i Schl. 130.

Nachbestellungen auf Nr. 1—5 können noch ausgeführt werden.

Verlag der „Rundschau".
Amelungstraße in Hamburg.

Berichtigung. In der Feuilletonnotiz in Nr. 145 des „Vorwärts": „Kampf mit geistigen Waffen" ist Z. 11 von oben zu lesen statt: „Sozialdemokratische Correspondenz" — „Sozial-Correspondenz", was natürlich ein großer Unterschied ist.

Briefkasten

der Redaktion. K. Sch. in ?: Die Londoner Correspondenz in voriger Nr. enthält alles, was Sie zu wissen wünschen. —

der Expedition. W. Hlkr in Braunschweig: Bei Bezug von 1 Dutzend Bilderbücher erhalten Sie 1 Freiexemplar und das Exemplar zu 95 Pfg. berechnet, gegen baar.

Zur Beachtung. Der Stubenmaler Anton Hirsch, geboren in Langseifersdorf, Kreis Reichenbach in Schlesien, gegenwärtig ca. 49 Jahre alt, hat in Reichenbach gelernt, ist dann in die Fremde gegangen und hat vor 18 Jahren in Berlin gearbeitet; seit dieser Zeit fehlt jede Nachricht über seinen ferneren Verbleib. Seine arme, alte, mittlerweile verwittwete Mutter ist nun in der höchsten Sorge um ihren Sohn und wendet sich an alle Menschenfreunde mit der Bitte, ihr, wenn möglich, Nachricht von dem gegenwärtigen Aufenthalte desselben zu geben. Etwaige Nachrichten wolle man gefälligst in unfrankirtem Briefe oder per Correspondenzkarte an Wittwe Hedwig Hirsch bei dem Sattlermeister Hrn. Gellrich, Langenbielau III., Schlesien, adressiren.

Parteigenosse Keller, Strumpfwirker, gebürtig aus Penig in Sachsen, früher in Geestendorf, wird freundlichst um seine Adresse gebeten von

J. Kreische, Korbmacher in Goslar, früher in Geestendorf.

Quittung. F. A. Rtr Gelenau Schr. 20,50. Wurr Uekendorf Ab. 21,82. Sbl Dortmund Ab. 39,20. Wß Pegau Schr. 3,50. Metallarbeitergewerkschaft hier Anm. 1,40. Schlr Frohnau Ab. 12,00. Schmdt Neviges Schr. 7,43. Rjf Ragnit Schr. 2,40.

Fonds für Gemaßregelte.

Vom Arbeiterverein Cunnewitz 2,00. Vom Arbeiterbildungsverein Leipzig 15,00.

Anzeigen ꝛc.

Leipzig. **Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend (E. Gen.).**
Jeden Sonnabend, Abends halb 9 Uhr, in der **Thieme'schen Brauerei,** Tauchaerstraße Nr. 12 [76

Versammlung

Aufnahme neuer Mitglieder. R. Ludwig, Vorsteher.

Ottensen. **Am 1. Weihnachtstage,** den 25. Dezember, **in Burmeister's Salon:**

Großes

Vokal- und Instrumental-Concert

sowie **deklamatorische Vorträge,** unter **Mitwirkung mehrerer Liedertafeln.**

Saalöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. — Karte für 1 Herrn nebst Dame im voraus 40 Pf., an der Kasse 50 Pf. Damenkarten 20 Pf.

Karten sind an den bekannten Stellen, sowie bei den Colporteuren zu haben. **Das Comité.**

NB. Zu der Verloosung von Weihnachtsgeschenken, welche an diesem Abend stattfindet, werden freiwillige Gaben an folgenden Stellen entgegen genommen: Burmeister's Salon; Gastwirth Lindemann; Gastwirth Erdmann; Gastwirth Schlottmann; Gastwirthin Frau Lütjens; Max Stöhr; F. Heerhold; Brandt, Bahrenfelderstraße 259 II; Jacobs, Carlstr. 94; Stegen, Peterstr. 19 II.
D. D. [600

Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- u. Handarbeiter Deutschlands (Sitz Crimmitschau).

Den 25., 26. und 27. Dezember a. c. wird obengenannte Gewerkschaft in **Gera** ihre **ordentliche Generalversammlung** abhalten.
60] (F. 65) Für die Verwaltung:
(3c) **C. Uhlmann.**

Wir empfehlen als besonders geeignet zu **Festgeschenken**

Die Neue Welt.

Jahrgang 1876.

Preis: ungebunden M. 5,00 franco. In elegantem Einband M. 7,50 franco gegen baar.

Jahrgang 1877.

I.—III. Qu.

Preis ungebunden M. 4,50 franco. In elegantem Einband M. 6,30 franco gegen baar.

Die Einbanddecken tragen das große Titelbild des Heftumschlags in Golddruck, darstellend:

Die Befreiung der Menschheit.

Bei Partien-Bezug entsprechender Rabatt. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten!
Leipzig. **Die Expedition der „Neuen Welt".**
Färberstr. 12. II.

Rundschau

No. 6

ist erschienen und an diejenigen Filial-Expeditionen zur Versendung gelangt, welche über Nr. 5 abgerechnet haben.
Von Nr. 5 ist noch eine Partie vorräthig.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Cityhourse ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 148. Mittwoch, 19. Dezember. 1877.

Der Parlamentarismus.

„Die beiden großen politischen Erfindungen der modernen Bourgeoisie sind der Parlamentarismus und die Staatsschulden" sagt ein englischer Geschichtsschreiber. Nun, wir wissen nicht, welche von beiden Bourgeoiserfindungen die schlechtere ist. Würdig der Bourgeoisie sind beide. Haben die Staatsschulden den Wohlstand der Völker untergraben, so hat der Parlamentarismus die öffentliche Moral untergraben. Und zwar hat der Parlamentarismus in keinem Lande der Welt eine traurigere, eine demoralisirendere Rolle gespielt, als in unserem pharisäerhaften „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte". Es hat dies seinen Grund in der Thatsache, daß die deutsche Bourgeoisie niemals, gleich der französischen und englischen, eine Zeit politischer Macht und politischen Glanzes gehabt hat. Geboren in den 40er Jahren, kam sie nach 1848, zur Zeit der ärgsten politischen Reaktion in die Flegeljahre, und aus den Flegeljahren ist sie nie zu politischer Reife gelangt. Sie blieb unmündig und hat sich vor 11 Jahren freiwillig unter Curatel gestellt, und das unter die Curatel eines Mannes, der es offen als seine Absicht ausgesprochen hat, den Parlamentarismus durch den Parlamentarismus todt zu machen.

Daß unter sothanen Umständen der deutsche Parlamentarismus ein ganz absonderlich verkommenes Geschöpf werden mußte, liegt auf der Hand.

Eigentlich heißt Parlamentarismus Herrschaft und Regierung der Bourgeoisie durch gewählte Vertretungskörper. Wenn nun die Bourgeoisie, wie dies in Deutschland der Fall ist, von vornherein auf die politische Herrschaft verzichtet und sich freiwillig unter politische Curatel gestellt hat — mit Ausbedingung der „freien Hand" auf wirthschaftlichem Gebiet —, so fehlt das eigentliche Lebenselement des Parlamentarismus und muß derselbe nothwendig zur Karrikatur, zu einem widerlichen Wechselbalg werden. Man nehme nur die letzten zwölf Monate.

In frevelhaftester Weise wird von unserem östlichen Grenznachbar ein Krieg vom Zaune gebrochen, welcher die Kultur schändet, die ökonomischen Interessen der ganzen civilisirten Welt tief schädigt, und über unseren Häuptern die dräuende Lawine eines Weltkriegs zusammengeballt hat.

Haben unsere parlamentarischen Körper — hat der Reichstag, haben die Landtage, voran der preußische, auch nur den leisesten Versuch gemacht, die Stimme des deutschen Volks in die Wagschale des Friedens, der Humanität, der Volkswohlfahrt zu werfen, ja selbst blos Aufklärungen zu fordern von der Regierung, die sich in tiefes Schweigen hüllt, Deutschland mit verbundenen Augen am Rande des Abhangs marschiren läßt?

Nicht den leisesten Versuch!

Im Gegentheil — der einfache Versuch wurde als eine Art Verrath am deutschen Reich gebrandmarkt, als eine Majestätsbeleidigung des „großen Staatsmanns", mit dessen Hülfe „wir es so herrlich weit gebracht." —

Eine furchtbare wirthschaftliche Krisis lastet seit vollen vier Jahren mit zermalmender Wucht auf Handel und Gewerbe — die Mehrzahl des Volks befindet sich in beispiellosem Nothstand — zum Theil im furchtbarsten Elend.

Haben unsere parlamentarischen Körper — hat der Reichstag, haben die Landtage, voran der preußische, das Geringste gethan, um den Nothstand zu mildern?

Nichts, absolut Nichts.

Seit ungefähr 8 Monaten stecken wir in einer Regierungskrise, die ein Unikum in der modernen Geschichte bildet. Der „leitende Staatsmann", der „Gründer des Reichs", der Urheber der ausdrücklich und eingestandenermaßen „auf seinen Leib zugeschnittenen" Reichsverfassung, entdeckt plötzlich, daß die, von ihm in höchsteigener Person gebaute und geleitete Staatsmaschine den Dienst versagt, daß sie stampft, pustet, stöhnt — aber nicht mehr vom Fleck kommt —; er jammert über „Friktionen", seufzt, daß er ein „kaputer Mann" sei, munkelt etwas von einer „Sauhatz", die ihn vielleicht wieder für einige Zeit auf die Strümpfe bringen könne, und entfernt sich mit „Urlaub" von unbestimmter Länge. Die Staatsmaschine stampft, pustet, stöhnt fort, und wühlt sich, ohne vom Fleck zu kommen, immer tiefer in den Boden ein. Alles ist desorganisirt — ein Minister giebt seine Entlassung, die übrigen stehen perplex da, wissen nicht, ob sie gehen oder bleiben sollen, können — kurz Anarchie von der allerschönsten Sorte. Und um die Confusion noch confuser zu machen, dazwischen dumpfe Gerüchte von wirthschaftlicher „Umkehr", großartigen Finanzplänen, um den Karren aus dem Koth zu schaffen u. s. w.

Genug, eine verzwicktere, beschämendere und zu gleicher Zeit lächerlichere Situation kann man sich nicht denken.

Wohlan, was haben unsere parlamentarischen Körper — Reichstag und preußischer Landtag — angesichts dieser Krise gethan?

Haben sie ausgesprochen, daß diese unwürdige Lage ausschließlich das Resultat des persönlichen Regiments ist? Haben sie die Abschaffung des persönlichen Regiments gefordert, das in der Person seines vornehmsten Vertreters so glänzend genial bankerott geworden ist?

Ist ihnen nicht eingefallen.

Eine schwächliche Interpellation im preußischen Abgeordnetenhause, betreffend den Urlaub Eulenburg's — das war Alles; über die „Kanzlerkrise", über die Wurzel des Uebels, kein Wort.

Statt dessen Ströme der Beredtsamkeit über den Culturkampf, dessen Fiasko heute für keinen Quartaner mehr ein Geheimniß ist, und der eben blos zum Scheine noch fortgesetzt wird, aber gerade deswegen sich vorzüglich zu Scheinkämpfen eignet.

In einer Anwandlung von Ekel schrieb neulich ein Bourgeoisblatt, der „Hamburgische Correspondent", die letzten Debatten des preußischen Abgeordnetenhauses seien eine Komödie, der Ausfluß politischer Heuchelei gewesen.

„Eine Komödie", „politische Heuchelei" — das ist der Bourgeoisparlamentarismus. Und so lange das Volk es duldet, daß die Parlamente von Vertretern der Bourgeoisie bevölkert werden, wird der Parlamentarismus nichts anderes sein als eine „Komödie" und „politische Heuchelei".

Ein Urtheil.

Oeffentliche Sitzung des Königlichen Landgerichts zu Saarbrücken, Zuchtpolizei-Kammer, vom achtzehnten August eintausendachthundertundsiebenzig, worin anwesend waren die Herren: Kammer-Präsident Schorn, Landgerichts-Assessor Jerusalem, Gerichts-Assessor Opfergelt, Staats-Prokurator Massau und Referendar Doermer als Sekretär.

In Sachen
des öffentlichen Ministeriums
gegen

I. Harry Kaulitz, dreiundzwanzig Jahr alt, Kaufmann und Redakteur, zu Braunschweig geboren;

II. Rudolph Hackenberger, achtundzwanzig Jahr alt, Uhrmacher und Redakteur, geboren zu Marienburg;

beide zuletzt zu St. Johann-Saarbrücken wohnhaft; beide persönlich erschienen; beschuldigt, und zwar:

I. p. Kaulitz:

Wiederholt öffentlich vor einer Menschenmenge — das heißt: in Volksversammlungen, welche durch Zeitungsaufruf veranstaltet waren und zwar namentlich am:

a) sechszehnten Juni currentis zu Malstatt in der Wirthschaft von Heinrich Wendel;
b) dreiundzwanzigsten Juni currentis daselbst;
c) ersten Juli currentis zu Querschind in der Wirthschaft von Biesel;
d) achten Juli currentis zu St. Johann in der Wirthschaft von Löw;

zum Ungehorsam gegen Gesetze, rechtsgültige Verordnungen und gegen, von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen aufgefordert zu haben; Paragraph einhundertundzehn;

ferner, sowohl in den vorerwähnten Volksversammlungen, als auch in einer Reihe von Artikeln, welche er theils selbst verfaßt, theils von Verfassern übernommen hat, deren Namen zu nennen er sich weigert — Folio neunundfünfzig a sechszig — und bezüglich derer er nach Paragraph einundzwanzig des Preßgesetzes daher persönlich haftbar erscheint, — und welche Artikel in den Nummern eins und zwei der „Freien Volksstimme" vom ersten Juli und achten Juli currentis er selbst als verantwortlicher Redakteur und Verleger des genannten Blattes veröffentlicht und verbreitet hat, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegeneinander, also öffentlich, angereizt, — Paragraph einhundertundbreißig; auch erdichtete und entstellte Thatsachen wissend, daß sie erdichtet und entstellt sind, öffentlich behauptet und verbreitet zu haben, um dadurch Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen — Paragraph einhunderteinunddreißig des Straf-Gesetz-Buches und Paragraph einundzwanzig des Preßgesetzes;

ferner, in der Volksversammlung zu Malstatt vom sechszehnten Juni currentis den Bürgermeister Meyer zu Malstatt öffentlich beleidigt zu haben — Paragraphen einhundertfünfundachtzig, — zweihundert;

ferner, durch einen, von ihm selbst verfaßten und von ihm als verantwortlichen Redakteur und Verleger der „Freien Volksstimme" in Nummero eins dieses Blattes veröffentlichten Artikel: „Paragraph einhundertsiebenzig und was daraus wurde" — sowie durch den Vordersatz „Lokales, Malstatt, achtundzwanzigsten Juni — Wem Gott ein Amt giebt, und so weiter" — den Polizei-Commissar Schiller zu Malstatt, sowie die Arresthaus-Verwaltung zu Saarbrücken — Arresthaus-Verwalter Heitmann und Schließer Gottfried Reimann öffentlich beleidigt zu haben, durch Behauptung von Thatsachen, welche nicht erweislich wahr sind; — Paragraph einhundertsechsundachtzig — die Arresthausverwaltung jedenfalls insoweit, als aus der Form der Behauptung und Verbreitung das Vorhandensein einer Beleidigung hervorgeht — Paragraph einhundertzweiundneunzig, — zweihundert des Straf-Gesetz-Buches;

ferner, durch einen von ihm selbst verfaßten, in Numero zwei der „Freien Volksstimme" von ihm als verantwortlichen Redakteur und Herausgeber dieses Blattes veröffentlichten Artikel: „Rußland, Borußland, Knutenwirthschaft, Rechtsstaat" — den Gensdarmen Claer, sowie die Ortspolizei-Verwaltung zu St. Johann im Sinne des Paragraphen einhundertsechsundachtzig: („nicht erweislich wahre Thatsachen") öffentlich beleidigt zu haben. Paragraph einhundertsechsundneunzig, — zweihundert, — jedenfalls Paragraph einhundertzweiundneunzig;

ferner, durch einen von ihm selbst verfaßten und im Beiblatt zu Numero zwei der „Freien Volksstimme" veröffentlichten Artikel „Aus dem Lande des heiligen Zopfes" den Polizei-Commissar Wirtz zu St. Johann öffentlich beleidigt zu haben; Paragraph einhundertfünfundachtzig, — zweihundert des Straf-Gesetz-Buches;

ferner durch einen von ihm selbst verfaßten und in Numero eins der „Freien Volksstimme" veröffentlichten Artikel: „Arbeiter-Risiko" die Inhaber der Firma Böcking u. Dietzsch öffentlich im Sinne des Paragraphen einhundertsechsundachtzig „nicht erweisliche wahre Thatsachen" beleidigt zu haben; Paragraph zweihundert des Straf-Gesetz-Buches.

II. p. Hackenberger.

Gemeinschaftlich mit Kaulitz in den vorerwähnten Volksversammlungen vom

a) sechszehnten Juni zu Malstatt;
b) dreiundzwanzigsten Juni zu Malstatt;
c) achten Juli zu St. Johann;

und für seine Person allein in der Volksversammlung zu Malstatt vom vierundzwanzigsten Juli currentis in gleicher Weise den Bestimmungen der Paragraphen einhundertundzehn, — einhundertunddreißig, — einhunderteinunddreißig des Straf-Gesetz-Buches zuwider gehandelt, jedenfalls als Vorsitzender der drei erstgenannten Versammlungen dem p. Kaulitz durch Rath und That wissentlich Hülfe geleistet zu haben; — Paragraph neunundvierzig;

ferner als Verfasser des in Numero eins und drei der „Freien Volksstimme" veröffentlichten Artikels: „Die Ursachen des Elends und der Knechtschaft und die Mittel ihrer Beseitigung", sowie durch eine Reihe von Artikeln, welche er theils selbst verfaßt, theils von Verfassern übernommen hat, deren Namen zu nennen er sich weigert und bezüglich deren er nach Paragraph einundzwanzig des Preßgesetzes daher persönlich haftbar erscheint — und welche Artikel in den Nummern drei und vier der „Freien Volksstimme" vom fünfzehnten und zweiundzwanzigsten Juli currentis er selbst als verantwortlicher Redakteur und Verleger des genannten Blattes veröffentlicht und verbreitet hat, in ad I angegebener Weise den Bestimmungen der Paragraphen einhundertdreißig und einhunderteinunddreißig zuwider gehandelt zu haben."

Nachdem das öffentliche Ministerium in der Sitzung vom fünfzehnten dieses Monats den Gegenstand der Verhandlung vorgetragen hatte;

Nach Anhörung der beiden Beschuldigten in ihren Erklärungen, sowie nach vernommenen eidlichen Aussagen der Belastungszeugen und Vernehmung des Antrages des öffentlichen Ministeriums dahin gehend:

Das Königliche Zuchtpolizeigericht wolle die beiden Beschuldigten Kaulitz und Hackenberger der ihnen zur Last gelegten Vergehen überführt erklären, demnach mittelst Anwendung der Paragraphen einhundertundzehn, — einhundertunddreißig, — einhunderteinunddreißig, — einhundertfünfundachtzig, — einhundertsechsundachtzig, — einhundertzweiundneunzig und Paragraph zweihundert des Straf-Gesetz-Buches; Paragraph neunundvierzig ibidem, sowie Paragraph einundzwanzig des Preßgesetzes und Artikel siebenundzwanzig Paragraph eins des Einführungs-Gesetzes zum früheren preußischen Straf-Gesetz-Buche, jeden der beiden Beschuldigten zu einer Gesammtgefängnißstrafe von drei Jahren und solidarisch in die Kosten verurtheilen; auch den beleidigten Personen die Maßregel des Paragraphen zweihundert des Straf-Gesetz-Buches gestatten.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur deutschen Neutralität. Aus Berlin wird an reichstreue Blätter geschrieben:

„Die Anzahl ehemaliger deutscher Offiziere, die in der russischen Armee den gegenwärtigen Krieg mitmachen, soll eine weit beträchtlichere sein, als vielfach angenommen wird. Bei Beginn des Feldzuges, als man in Petersburg an eine schnelle Beendigung der Operation glaubte, wurden alle Gesuche fremdländischer Offiziere um Eintritt in den russischen Heeresdienst prinzipiell abgelehnt. Die Niederlagen im Sommer d. J. veranlaßten den Kriegsminister Miljutin, von dieser Regel zuerst nur wenige, später jedoch zahlreichere Ausnahmen zu machen. Als Vorbedingung der Aufnahme in das russische Offizierkorps verlangte man von den betreffenden Herren die vorherige Lösung jeder Verbindung mit ihrer heimathlichen Militärbehörde. Auch wurde bei den Urlaubs-, resp. Paß-Ertheilungen darauf geachtet, daß weder à la suite gestellten, noch der Reserve angehörenden Offizieren die Erlaubniß zum Eintritt in fremde Kriegsdienste gewährt wurde. In der russischen Armee fanden die deutschen Offiziere hauptsächlich auf dem asiatischen Kriegsschauplatz Verwendung."

Aber auch auf dem europäischen fanden und finden viele Verwendung, wie aus den Berichten der englischen Zeitungskorrespondenten erhellt. Was die „Lösung jeder Verbindung mit der heimathlichen Militärbehörde" betrifft, so ist das eine reine Formsache, da die Wiederanknüpfung des „gelösten" Verhältnisses jeden beliebigen Augenblick erfolgen kann. Wir werden in unserem Prozeß mit Hrn. Kamecke (bei Gericht) Antrag auf Ermittelung der Zahl der seit Beginn des russisch-türkischen Kriegs beurlaubten preußischen Offiziere stellen.

— Eine Reminiscenz. „Preußen — unglückliches Land! Der König ist ein Werkzeug unter russischer Herrschaft, zum Theile aus Furcht vor Rußland, zum Theile aus einem absurd sentimentalen Gefühle für den Zaren als den Repräsentanten der heiligen Allianz. Er glaubt, seine Unabhängigkeit genügend bewiesen zu haben, indem er eine russische Allianz ablehnte, allein von einem Zusammengehen mit den Westmächten will er nichts wissen. Die Hofpartei ist theils aus Gewohnheit, theils aus eigenem Interesse servil gegen Rußland; sie vergöttert den Zaren als den Vorkämpfer der Reaktion; sieht ihren eigenen Sturz in allem, was ihn schwächen könnte, und belagert daher den König mit Insinuationen gegen Frankreich und England, mit Befürchtung wegen russischer Rache und heuchlerischen Phrasen von den Pflichten gegen die Christen im Orient. Die antirussische Partei wünscht wohl Krieg gegen Rußland, allein Oesterreich und die Westmächte allein sollen denselben führen, Preußen soll sich

nicht an demselben betheiligen. Preußen soll nur aus der Gelegenheit Nutzen ziehen und alle möglichen Vortheile für sich gewinnen. Dies ist eine schändliche Politik und es war unklug, dieselbe auszusprechen. Preußen wird natürlich von allen Parteien gehaßt werden, und wenn es zum Friedensschlusse kommt, zu welchem es nichts beigetragen hat, so wird es über den Empfang staunen, der ihm von den Mächten bereitet werden wird."

Also geschrieben im Jahre 1854 von Prinz Albert, Gemahl der Königin Viktoria. (S. The life of H. R. H. the Prince Consort by Theodore Martin, London 1877, [Leben des Prinzen Gemahls ꝛc.] Band III.)

— Zur Misère der Volksschulen. Die Behörden der Stadt Nordhausen beabsichtigen die seitherige Befreiung vom Schulgelde aufzuheben. Also überall Rückschritt; das Volk drängt zu einer freien Volksschule und dort, wo die Schule einige Vergünstigungen schon hat, werden dieselben in freiheitsfeindlichem Sinne wieder beseitigt. — Auch im Königreich Sachsen ist eine bedeutende Anzahl von Lehrerstellen nicht besetzt. Um nun den jungen Leuten, die sich dem Lehrerstande widmen wollen, dies zu erleichtern, beabsichtigte die sächsische Regierung ein neues Schullehrerseminar und unter besonderer Berücksichtigung der ärmeren Gebirgsgegenden zu errichten und forderte deshalb vom Landtage die Summe von 400,000 Mark. Diese Summe wurde verweigert, während dieselben Herren Abgeordneten für sächsische Gesandtschaften, die doch wohl vielfach überflüssig erscheinen möchten, die geforderten Summen anstandslos bewilligten. — Den Hauptlehrern an den Berliner Volks- (Gemeinde-) Schulen ist ein Schreiben von der städtischen Schuldeputation zugegangen, nach welchem die für die Herren Lehrer bestimmten Rohrstühle, wenn sie schadhaft geworden, nicht wieder neu geflochten, sondern in Bretterstühle umgewandelt werden sollen. — Ueberall also wird mit dem Geld für Volksschulzwecke gespart, während das herrliche deutsche Reich Millionen und aber Millionen für Bajonnette und Kanonen fordert und von den Volksvertretungen auch erhält. Was kann da die Phrase des Liberalismus helfen, wenn derselbe sich auch für eine freie Volksschule erklärt, vorab aber fast die sämmtlichen Steuergroschen des Volkes dem Kriegsmoloch in den Rachen wirft, so daß, wenn nachher der Staat auch wollte, die Mittel gar nicht vorhanden sind, für Schulzwecke auskömmlich zu sorgen.

— Offener Widerspruch. Wir finden in der „Magdeburgischen Zeitung" folgende Notiz aus Buckau vom 12. Dez.:

„In verwichener Nacht hat sich der Porzellandreher Georg Schüler im Friedrich-Wilhelms-Garten in der Nähe des Cavalier I. erhängt. Ein Selbstmord liegt unzweifelhaft vor, doch sind die Motive hierzu bis jetzt nicht bekannt. — Morgen (Donnerstag) findet die Stadtverordneten-Stichwahl zwischen dem von den Sozialdemokraten aufgestellten Kandidaten, Handelsmann Klees, und dem von der Bürgerpartei aufgestellten Kandidaten Kupferschmiedemeister Heinrich Steinmetz statt. Es handelt sich bei dieser Wahl darum, ob die Partei des Umsturzes oder die Partei der Ordnung siegt. Wir fordern deshalb alle Freunde eines geordneten Staats- und Gemeindewesens unter den Wählern dritter Klasse auf, bei dem Wahlakte nicht zu fehlen, sondern ihre Stimme für den Kupferschmiedemeister Steinmetz abzugeben. Es handelt sich hier nicht um die Person, sondern um das Prinzip. Wir hoffen von dem gesunden Sinne unserer Bürger, der bisher stets das Richtige getroffen hat, daß die gemäßigte Partei den Sieg erringt."

Daß die Motive zu dem Selbstmord noch nicht bekannt sind, mag sein; aber sicher ist es, daß wir es hier wieder mit einem der jetzt so häufigen Selbstmorde aus Noth zu thun haben. Denn wo von den Bourgeoiszeitungen die Motive nicht angegeben werden, da liegt immer das Motiv in der Noth. Gleich darauf, wo eben durch einen solchen Selbstmord die heutige „Ordnung", das heutige „geordnete Staats- und Gemeindewesen" so überaus drastisch constatirt worden ist, fordert dieselbe Notiz die Bürger und Wähler auf, für solche „Ordnung" in die Schranken zu treten! Sie fordert die Bürger und Wähler auf, gegen Diejenigen zu votiren, welche solche „Ordnung" in wahre Ordnung verwandeln, welche die Selbstmorde aus Noth aus der Welt schaffen werden. — Es ist wahrlich eine bittere Ironie, wenn man in ein und derselben Notiz das Elend und die Corruption in der Gesellschaft constatirt und zugleich gegen die Aerzte derselben, gegen die Sozialdemokraten, lospoltert.

— In den Armen liegen sich beide, nämlich der Communehenker des Elysée und die Communehenker der Versailler Bourgeoisversammlung. Nach den letzten Berichten aus Paris ist das Versöhnungs- oder Compromißministerium glücklich zu Stande gebracht und herrscht unter der „Linken" wie „Rechten" die freudigste Erregung. Können es uns denken. Die Comödie fing an langweilig zu werden.

Unmittelbar vor Bekanntwerden der „frohen Botschaft" äußerte sich unser Berliner Parteiorgan über die Krise in Frankreich:

„Wir, die wir noch zur Zeit der Wahlen den bürgerlichen Republikanern in Frankreich eine hochherzige That zutrauten, constatiren nun mit tiefsten Bedauern, daß die Situation inzwischen einen so kläglichen Charakter angenommen hat; aber wir sind auch nicht Optimisten genug, um jetzt noch einen gedeihlichen Ausgang der französischen Krise zu erwarten.

„Uns über den vermuthlich bevorstehenden Untergang der Republik zu freuen, vermögen wir auch heute noch nicht, da wir einmal die Ueberzeugung haben, daß selbst die schlechteste Republik einer beliebigen Monarchie vorzuziehen sei, und daß namentlich in Frankreich um die bürgerliche Republik nicht leicht herumzukommen ist.

„Fällt jetzt die Republik, so ist natürlich nur ein cäsaristisches Provisorium gegeben, das, wie das napoleonische, in Blut und Koth eines schönen Tages untergehen wird. Daß aber unmittelbar danach die sozialdemokratische Republik folgen sollte, dies vermögen wir nicht anzunehmen, weil hierzu bei den in Frankreich herrschenden kleinbäuerlichen und sonstigen rückständigen Verhältnissen alle Vorbedingungen in zehn Jahren noch ebenso mangeln dürften als heute. Demnach muß man annehmen, daß es abermals die bürgerliche Republik sein wird, welche seiner Zeit zunächst die Erbschaft der Cäsaren antritt, während erst aus dieser der sozialdemokratische Staat organisch sich entwickeln wird. Die Weltgeschichte macht einmal keine Bocksprünge."

So die „Berliner Freie Presse".

Was hier über die französischen „Republikaner" gesagt ist, können wir Wort für Wort unterschreiben. Wir constatiren dies mit um so größerer Befriedigung, als zu Anfang der französischen Krise in Bezug auf diesen Punkt zwischen unserem Berliner Parteiorgan und dem „Vorwärts" eine ziemlich tiefgehende Meinungsverschiedenheit zu Tage trat. — Wie man sieht, haben sich die Befürchtungen der „Berliner Freien Presse" für die französische Republik nicht erfüllt. Auch uns wäre der Untergang selbst dieser Republik kein erfreuliches Ereigniß gewesen; aber wir nahmen die Krisis von vornherein nicht tragisch, weil wir beim besten Willen kein Interesse der französischen Reaktionäre, diese Republik zu vernichten, entdecken konnten — ebensowenig wie ein Interesse und die Fähigkeit der französischen „Republikaner", ernsthaft mit Mac Mahon anzubinden. Und die Entwicklung der Dinge hat uns recht gegeben. Die Republik bleibt und die „Republikaner" haben sich gründlich blamirt. Mehr konnten wir nicht verlangen.

Das neue Ministerium ist von dem Erzreaktionär Dufaure gebildet; trotzdem wird es als ein „glänzender Sieg der Linken" ausposaunt, was freilich selbst der für die „Republikaner" schwärmenden „Nationalzeitung' doch etwas zu arg ist.

„Wir wollen", so schreibt das Organ des schwarz-weiß rothen Schlangentödters Dernburg, „wir wollen den Enthusiasmus des Augenblicks nicht durch die Erinnerung stören, daß am 13. Dezember 1876 die republikanische Mehrheit der Deputirtenkammer das Ministerium Dufaure stürzte, nnd Frankreich über ein Jahr gerade auf den Tag des 13. Dezember wieder dahin gelangt ist, wo es am 13. Dezember 1876 war — bei einem Ministerium Dufaure. Freilich, über wie viel Ruinen dieser Weg gegangen, das läßt sich heute nur erst ahnen, noch nicht übersehen."

Nun — es läßt sich doch wohl übersehen: die Ruinen aller republikanischen (ohne Gänsefüßchen) Prinzipien und Traditionen. —

— Das schweizerische Fabrikgesetz tritt nach einem Beschluß des Bundesrathes am 1. Januar 1878 in Kraft. Nur die eine Bestimmung, daß Kinder, welche das 14. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, in Fabriken nicht beschäftigt werden dürfen, hat insofern eine für die Arbeitgeber günstige Ausdehnung erfahren, als sie für solche Kinder, die das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, aber bereits vor dem 1. Januar 1878 in eine Fabrik aufgenommen sind, erst mit dem 1. April k. J. zur Geltung gelangt. In seiner Totalität wird das Gesetz also eigentlich erst am 1. April 1878 zu Recht bestehen.

— Die wichtigste Nachricht in Bezug auf die orientalische Frage ist, daß die Türkei die Vermittelung der europäischen Mächte angerufen hat. Sollte es sich bestätigen, daß ihr Gesuch sich blos an die Unterzeichner des Pariser Friedens richtet, so würde die Pforte sich damit auf den Boden dieses Vertrags und unter den Schutz der Mächte, welche denselben unterzeichnet haben, stellen. Und sollte es sich weiter bestätigen, daß dieser Schritt auf Veranlassung Englands erfolgt ist, so wäre es vorbei mit der „Lokalisirung" der orientalischen Krisis.

Vom Kriegsschauplatz die Nachricht eines neuen, jedoch nicht erfolgreichen türkischen Vorstoßes der Türken in der Richtung von Biela. — Die Zahl der bei Plewna gefangenen kampffähigen Türken beziffert sich, nach russischen Angaben, auf etwas über 30,000 Mann. Je geringer die Zahl — desto glänzender die Tapferkeit, mit der sie gefochten. In Plewna herrscht entsetzliches Elend, „die Türken sterben vor Hunger und Kälte", schreibt ein russischer Berichterstatter. Inzwischen kehrt „Väterchen", nachdem er vor Plewna allein mindestens 100,000 Mann um Leben, Gesundheit und gerade Gliedmaßen gebracht, im warmen Pelz nach Petersburg zurück, um dort die Annehmlichkeiten der Wintersaison zu genießen. In der Bulgarei wird unterdessen gemüthlich fortgemetzelt. So amüsirt sich der Czar.

— In Newyork wird nun bald ein tägliches Arbeiterblatt erscheinen. In der Agitationssitzung der deutschen Sektion waren bereits die ersten Subskriptionslisten aufgelegt und werden die Zeichnungen höchst wahrscheinlich gut ausfallen.

Aus Großbritannien.

Edinburgh, 10. Dezember.

Die Loyalität und Gesetzlichkeitsliebe der englischen Arbeiter ist in letzter Zeit von den Herren Kapitalisten gleicher Nationalität so sehr mißbraucht, verhöhnt und mit Füßen getreten worden, daß ihr so außerordentlich zähes Gewebe nachzugeben und schleißig zu werden beginnt. So lange sich die Herren Fabrikanten herbeiließen, von Zeit zu Zeit mit den Arbeiterorganisationen einen Ringkampf zu thun, und es der jeweiligen Uebermacht anheimstellten, zu entscheiden, wer von den beiden wirthschaftlichen Faktoren Recht habe in einer Streitfrage um Lohn oder Arbeitszeit, so lange sie den Kampf auf nationalem Boden, nach nationalem Brauch und Herkommen führten, durften sie sicher sein, daß ihre Arbeiter die Entscheidung offen und aufrichtig annehmen würden, wie sehr eine solche auch gegen sie ausgefallen sein möge. Man hatte den arbeitenden Klassen so eifrig und unverdrossen eingedrillt, daß das Interesse des Kapitals das Interesse der Nation sei, dem sich Alles unterordnen müsse, wenn der Glanz und die Macht Englands nicht untergehen solle, daß sie stets bereit waren, ihre Forderungen an das Kapital zu modifiziren, sobald man an ihren Patriotismus appellirte. Noch auf dem letzten Trades-Unions-Congreß in Leicester konnte der Sekretär des parlamentarischen Comités, Herr Broadhurst, in seinem Jahresberichte auf die Sicherheit hinweisen, welche in England Leben und Eigenthum genössen durch ein gesetzliebendes Volk. „Dieser englische Charakterzug war niemals markirter als in der jetzigen Zeit und seit der außerordentlichen Entwickelung des Gewerkschaftswesens in diesem Lande."

Allein die herrschenden Klassen halten sich an das durch sie selbst gemachte Gesetz nur so lange, als sie Aussicht haben, mit Hilfe desselben die Oberhand über die beherrschten Massen zu behalten; sie sind die Ersten, die das Gesetz verletzen, sobald es dem arbeitenden Volke vermittelst desselben gelingt, sich in

---

Sebastian Ruf.

Es weht zur Zeit durch die österreichische Presse, wenigstens im Vergleich mit der „liberalen" Deutschlands, ein erfrischender freiheitlicher Luftzug. Es sind dem Schreiber dieser Zeilen eine Anzahl Kritiken über Herwegh's letzte Gedichte zu Gesicht gekommen, die an Unparteilichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Ein schöngeistiges, in Wien erscheinendes Blatt brachte jüngst einen Aufsatz über Sebastian Ruf, den ich hier im Auszug folgen lassen will.

Sebastian Ruf wurde als Sohn eines Schmiedes zu Absam, dem berühmten Wallfahrtsorte nördlich von Hall, am 23. Febr. 1803 geboren. Nachdem er bereits einige Zeit in der Werkstätte seines Vaters als Lehrling den Hammer geschwungen, folgte er der in ihm erwachenden Sehnsucht nach einem höheren Berufe und trat in das Gymnasium zu Hall ein. Nachdem er dasselbe absolvirt, bezog er die Universität Innsbruck und widmete sich da zunächst den philosophischen Studien. Die Dürftigkeit seiner Mittel setzte jedoch der freien Wahl eines Berufes nicht zu überschreitende Hindernisse entgegen, und so wanderte er denn, wie so viele tirolische Jünglinge aus dem Bürger- und Bauernstande ebenfalls in das katholische Seminar nach Brixen, das damals unter dem milden Regimente des Fürsterzbischofs Gallura noch nicht in dem Maße zur Brutstätte fanatischer Streiter der streitenden Kirche geworden war, wie heutzutage. Im Jahre 1829 wurde Sebastian Ruf zum Priester geweiht, hierauf zum Cooperator in Leutasch in Amt und Würden eingesetzt. Später finden wir ihn zu Tobadill, einem kleinen Dörfchen westlich von Landeck, am Gehänge des Rosannathales. Als dann um die Mitte der dreißiger Jahre die Stelle eines Caplans im Irrenhause zu Hall ausgeschrieben wurde, bewarb sich Ruf darum und erhielt den bescheidenen Posten, auf dem er, ohne jemals Anderes anzustreben, bis zu seiner im Jahre 1870 erfolgten Pensionirung treulich ausharrte.

Wir sagten schon, daß sich Ruf frühe den philosophischen Studien hingegeben. Vor allem war es Hegel, der ihn beschäftigte, neben diesem auch Schelling und Schleiermacher; bald ging er jedoch zu Feuerbach über, der ihm verwandter war. Er kam bald zu der Ansicht, daß Glauben und Wissen zwei auseinanderliegende Kreise seien, die sich nicht nothwendig zu berühren brauchten und hielt es für ein unphilosophisches Unternehmen, den Glauben philosophisch widerlegen zu wollen.

Mit seinem ersten Buche trat er 1852 hervor; es führt den Titel: „Psychische Zustände. Ein Beitrag zur Lehre von der Zurechnung, mit besonderer Rücksicht auf psychische Störungen." (Innsbruck, Wagner.) Es wird darin der Nachweis geführt, daß die Grundlage der Schuldzurechnung in Strafrechtsfällen eine höchst unsichere sei, und unser Urtheil die größte Behutsamkeit anzuwenden habe, damit es nicht den Gestörten mit dem Verbrecher, den Unschuldigen mit dem Schuldigen vermenge. Das Werk machte Aufsehen und zwar nicht blos deswegen, weil es aus der Feder eines katholischen Priesters kam. Der Verleger konnte an eine zweite Ausgabe denken: da kam von Freundesseite ein Wink aus Rom, daß das Buch in solchem Fall wohl auf den Index kommen dürfte und die neue Auflage mußte unterbleiben. „Die Criminal-Justiz. Ihre Widersprüche und die Zukunft der Strafrechtspflege. Criminalpsychologische Studien." Es erschien 1870 ebenfalls bei Wagner in Innsbruck.

Auch Fremde zog der Name und die Persönlichkeit des „Narren-Caplans" an. So besuchte ihn unter Anderen auch David Fr. Strauß. Sie machten mehrere Ausflüge mit einander; auf einem derselben, vermuthlich dem ersten, ereignete es sich, daß es dem Verfasser des „Leben Jesu" ganz sonderlich auffiel, wie die ihnen begegnenden Landleute während des Vorbeigehens niemals verfehlten, unter Abziehen des Hutes, die Worte „Gelobt sei Jesus Christus" zu sprechen. Als es die ersten Male geschah, verfiel Strauß in stilles Nachsinnen um dann, zum Caplan gewendet, zu bemerken, es dünke ihm, als wenn die Leute seiner spotten wollten! worauf ihm Ruf sehr heiter die tröstende Versicherung geben konnte, daß dies der landesübliche Gruß, namentlich Priestern gegenüber, sei. Diese Ausflüge fielen übrigens den hochwürdigen Brüdern auf, und sie erkundigten sich daher neugierig um das Wie und Was. „Seid nur ruhig," erwiderte ihnen Ruf, „dem Strauß sind allerlei religiöse Scrupel gekommen, er verhandelt nun mit mir darüber; denkt Euch, was das wäre, wenn es gelänge, ihn zu bekehren!"

Nach seiner Pensionirung, 1870, zog Ruf aus seiner bisherigen Amtswohnung in ein anmuthiges Gartenhaus. „Er war stark gebaut und rüstig; da berührte ihn ein leiser Schlaganfall, so daß er nur noch mühsam gehen konnte. Das Haupt mit dem echt sokratischen Typus und der hohen Denkerstirne senkte sich schwer nach vorwärts. Er verstand die Botschaft. „Ich fürchte mich nicht," sagte er zu einem Freunde, der sich besorgt erkundigte, „warum denn? — nach meinem Tode wird es gerade so sein, wie vor meiner Geburt." — Am 11. April fand man ihn, ein Buch in der Hand, todt auf dem Sopha.

Sebastian Ruf war ein Mann von großer Bedeutung; Adel der Gesinnung, Kraft des Gedankens und ein opferbereites, dem Dienste der Menschheit geweihtes Leben berechtigen ihn zu dem Anspruch auf einen Platz in der Reihe der ausgezeichnetsten Männer Oesterreichs wie Deutschlands.

* * *

Folgender Brief Ruf's an Adolf Pichler trägt für die Zeit, in der er geschrieben, ein überraschend sozialistisches Gepräge.

Hall, am 24. Mai 1846.

Lieber Freund!

Du bist so „mir nichts, Dir nichts" von Innsbruck fortgegangen, ohne mir noch Gelegenheit zu geben, Dich umarmen zu können. Das hat mich etwas verstimmt. — Du hast mir versprochen, die Uebersendung der „Reflexions et Maximes" (Betrachtungen und Grundsätze) des Rochefoucauld zu besorgen; allein auch dieses hast Du vergessen. Und das hat mich auch wieder verstimmt. Du hast so lange, so lange von Dir nichts hören lassen — — und das hat mich auch wieder verstimmt; ꝛc.

Und nun zur Beantwortung Deiner Fragen. Das Volkslied: „Innsbruck! ich muß Dich lassen," habe ich von Dr. Schuler, trotz vieler Ermahnungen, nicht erhalten können. Du kennst seine Natur. Man ärgert sich, es ist aber ärgerlich, daß man sich ärgert. Man muß rein stumm werden wie ein Fisch.

In Betreff der Communisten hat es seine Richtigkeit. Vierzehn arme Handwerker, die es gewagt zu sagen: wir sind auch Menschen wie Ihr, wurden plötzlich ergriffen und eingekerkert. O die Bibel, die Bibel! Die ist ein Volksbuch! Erst jetzt sehe ich ein, warum man sie dem Volke so lange entzogen! „Liebe den Nächsten wie Dich selber!" Messe nach diesem Maßstab die reichen Christen. Lieben sie sich nicht Alle sammt und sonders mehr als den Nächsten? Aus der Apostelgeschichte wird häufig der Text angeführt: „Die Menge der Gläubigen war Ein Herz und Eine Seele." Allein man führt nur die eine Hälfte des Textes an und die andere wird übergangen: „Auch sagte nicht Einer von Etwas, das ihm gehörte: daß es sein sei; denn sie hatten Alles in Gemein." Kap. 4.32.

Der Besitz ist immer exclusiver Natur. Was ich besitze, kann ein Anderer nicht besitzen. Was ich mir zueigne, wird dem Andern entzogen. Man lebt nur auf Kosten Anderer. Bin ich reich, so ist der Andere arm. Und was ich zuviel habe, hat ein Anderer zu wenig. Der Arbeiter „ist seines Lohnes werth;" er soll die Früchte seiner Arbeit genießen; allein es ist umgekehrt. Der Arbeiter darbt, der Andere genießt. Der Reiche frißt und feiert sich krank, der Arme hungert und arbeitet sich krank. Es sollen aber Alle gesund sein. In einem wahren Staate ist — „Alles gemein"; der wahre Staat ist eine „Gemeinde". Die Rechte Einzelner sind immer nur Vorrechte. Vorrechte aber sind nur Beeinträchtigungen Anderer. Das Vorrecht ist der Feind des Rechtes. Das Interesse Aller soll bezweckt werden; nicht das Interesse Einzelner auf Kosten der Uebrigen. Jeder soll seine Bestimmung erreichen können; soll sich zu dem entfalten können, wozu ihn Natur bestimmt hat. Nur das Interesse Aller ist auch das Interesse jedes Einzelnen. O, wenn die Armen es einmal nicht mehr erlaubten, daß es Reiche gebe! Doch genug hiervon.

eine Stellung zu versetzen, welche dem hergebrachten Ausbeutungs-Recht der Herrschenden eine unbequeme Schranke zieht. Vermittelst der politischen Macht können die besitzenden Klassen nicht blos Gesetze machen, sondern sie auch mißachten, übertreten, verletzen und umstoßen, sobald es ihnen beliebt. Gesetzlich ist somit nicht so sehr, was durch parlamentarische Ausschwitzung zu Papier gebracht wird, sondern vielmehr, was den besitzenden Klassen gefällt und zum Vortheil ist.

Ebenso ist es mit dem Patriotismus, mit nationalen Sitten, mit Gebrauch und Herkommen. Sie werden gefälscht, großgezogen, mißhandelt und über Bord geworfen, je nachdem es der profanen Profitmachungs-Dreieinigkeit in den kulturvorgeblichen Kram paßt.

Die englischen Trades-Unions werden dem englischen Kapital zu stark und zu mächtig. Der Preis der englischen Arbeitskraft, durch das systematische und einheitliche Vorgehen der englischen Gewerkschaften nach und nach in die Höhe geschraubt, erlaubt dem englischen Kapital nicht mehr, sich so schnell zu multipliziren, als es gerne möchte und müßte, soll es Privatkapital bleiben. Die Strike- und Aussperrungskämpfe haben schon zu oft mit schmählicher Niederlage des Kapitals geendigt und bedingen ein zu großes Risiko für dasselbe. Das Kapital verfiel daher auf den Ausweg, die Arbeitskraft nicht mehr daheim zu kaufen, sondern sie auf dem internationalen Arbeitsmarkt dort zu nehmen, wo sie am wohlfeilsten geboten wird. Die Experimente, die in diesem Sinne bis jetzt in Glasgow, Greenock, Manchester, Wolverhampton und London gemacht wurden, waren durchgehends bangewerblicher Natur, mit Zimmerleuten, Maurern und Steinmetzen, deren Löhne so ziemlich die höchsten sind und des Herabsetzungsversuchs wohl verlohnen. Da in diesen Handwerkszweigen Kuli's nicht wohl verwendet werden können, mußten sich die Herren Bauunternehmer an die Arbeiter „civilisirterer" Staaten, wie Amerika, Italien, Holland und Deutschland wenden. Diese Versuche schlugen fast durchgehends fehl, da die Ankommenden (besonders die Amerikaner) meist sofort mit den Strikenden oder Ausgesperrten gemeinsame Sache machten. Die wenigen Ausnahmen von dieser Regel waren leider Deutsche, und so versuchten denn die Londoner Baumeister, deren Steinmetzen einen Aufschlag von einem Penny pr. Stunde fordern, sich die gefügigere und billigere Arbeitskraft aus der Schule Moltke's zu verschreiben. Sie sendeten ihre Agenten auch nach Amerika und Canadien, allein die von dort kommenden Arbeiter haben bis jetzt fast alle sich sofort nach ihrer Ankunft den strikenden Engländern angeschlossen. Blos die Deutschen (und etliche Italiener) „bewähren" sich und liefern den Beweis, daß die „deutsche Treue", der blos der richtige Schweif zum Wedeln fehlt, keine Mythe ist. — —

Der Unwille unter den englischen Arbeitern ist begreiflicherweise groß und nur zu gerechtfertigt. Sie erklären öffentlich in ihren Organen und von der Rednerbühne, daß sie nichts gegen die Einwanderung von Fremden haben, sondern die Conkurrenz mit jeder Nation getrost aufnehmen können. Allein sie protestiren gegen das haufenweise Herüberkommen von Arbeitern während eines Kampfes; gegen die Einfuhr von Ausländern zu dem ausgesprochenen Zweck der Unterdrückung der Einheimischen. Diese Praxis der liberalen Freihandelshausirtheorie geht ihnen zu weit, und kein noch so sophistischer Hinweis auf die Gesetze der Nationalökonomie vermag sie zu überzeugen, daß sie Unrecht haben. „Wenn die politische Oekonomie gegen uns ist, so sind wir gegen sie!" — das ist die rationelle Logik der Geschädigten.

In einem Leitartikel über diesen Gegenstand sagt die „Industrial Review" vom 1. Dezember u. A.:

„.... Edward der Dritte importirte Wollentuchweber aus Holland und James der Erste brachte Glasarbeiter aus Italien. Ihr Zweck war, zwei Gebrauchsartikel, welche die Nation benöthigte, im Lande anfertigen und den Gewinn dieser Produktion der Nation zufallen zu lassen, und man kann daher sagen, daß dies gewissermaßen für das allgemeine Wohl geschah. Der gegenwärtige Kampf im Londoner Baugewerke aber ist blos ein Klassenkampf . . . . . .
. . . Wenn die Baumeister zu ihren Arbeitern sagen können: „Geht Eurer Wege; wir können Ausländer bekommen, viel wohlfeiler und gefügsamer als Ihr; wir haben unser Geld zusammengethan und Agenten ausgeschickt, damit wir bekommen, so viele wir ihrer brauchen", — so müssen nicht sie allein auf die Consequenzen gefaßt sein, sondern die ganze Nation hat sich vorzusehen. Wenn soziale Desorganisation und die Anarchie jeder Art, die sie im Gefolge hat, von der Nation ertragen werden soll, blos weil das Interesse der Arbeitgeber es erheischt, dann möge sich die Nation auch gefaßt machen, das Risiko der Anarchie zu tragen, welches die Arbeiter über sie zu verhängen gezwungen sein mögen in ihrem Widerstande gegen die Herren." — —

Professor E. S. Beesly in einem Artikel im „Weekly Dispatch", betitelt: „England für die Engländer", spricht sich gleichfalls in der verdammendsten Weise über diese Arbeitereinfuhr aus:

„Niemand", sagt er an einer Stelle dieses Artikels, „kann mehr als ich den wachsenden Verkehr unserer Arbeiter mit denen des Continents wünschen. Ich hoffe, daß es für alle Handwerker des Westens Gebrauch wird, einige Jahre in fremden Ländern arbeitend zuzubringen. Nichts könnte so sehr die Einigkeit der Gedanken und Gefühle fördern, deren Mangel heutzutage in Europa so fühlbar ist. Allein sie müssen gehen und kommen als Freunde und mit der ausgesprochenen Absicht, so viel wie möglich mit ihren Arbeiter-Genossen zu fraternisiren. Massenweise Arbeitereinfuhr durch gierige Arbeitgeber zu dem Zwecke der Lohnherabdrückung kann kein anderes Resultat haben, als das der Verbitterung des Nationalgefühls und der noch größern Entfremdung Jener, welche sich ohnedies bereits zu sehr als Fremde gegenüberstehen ...." —

Und an einer anderen Stelle:

„.... Da wird so viel von „Patriotismus" geschwätzt unter unseren besitzenden Klassen. Was sie darunter verstehen, ist: den Chinesen einschüchtern, den Hindu tyrannisiren, das natürliche Streben des Irländers nach Unabhängigkeit mit Füßen treten — kurz, englisch Blut und Geld verwüsten zur Aufrechterhaltung eines Reiches, welches schädlich ist für Alle — mit Ausnahme einer kleinen Minorität — Engländer. Von dem Patriotismus, welcher in der Aufopferung des Privat-Interesses für das allgemeine Wohl besteht, wissen sie nichts. Unsere Greg's und Hugh Mason's würden England mit Deutschen und Chinesen bevölkern, wenn sie es auf profitable Weise thun könnten — und wir sie ließen."

Der Artikel schließt:

„Unsere Arbeitgeber führen deutsche Arbeiter ein und unsere Squires (Landjunker), deutsche Füchse. Zwischen diesen beiden dürfte England, wie es den Anschein hat, bald ein angenehmes Land sein für solche, welche weder Arbeitgeber noch Squires sind. Die deutschen Steinhauer erhalten, wie man sagt, größtentheils nur 4 bis 8 Pence per Stunde (die englischen verlangen 10 Pence per Stunde). Blos ein Franzose war, glaube ich, unter den Angekommenen und der ging bald wieder nach Frankreich zurück. Französische Arbeiter, wenn sie je herüberkommen, unterbieten ihre Kameraden selten. Ich mache die englischen Arbeiter auf diesen Unterschied aufmerksam."

(Schluß folgt.)

Aus Ungarn.

Gyon, 9. Dezember.

Die ministerielle Majorität des ungarischen Reichstages, erschreckt durch die in der Bank- und Zollgebietfrage abgehaltenen und noch bevorstehenden Volksversammlungen, bereitet der Agitationspartei allerlei Fallen. Hier haben sich aber einige Führer der sogenannten Partei der Unabhängigen mit den Führern der Pester Sozialdemokratie, Leo Frankel, Dr. Csillag, Kirschner und Katzander in einer am 25. v. M. abgehaltenen Zusammenkunft über die Mittel verständigt, welche anzuwenden seien, um den uns zugedachten Schlag zu paralysiren. Namentlich ist es der § 168 des neuen Strafgesetzbuches, zwar noch nicht sanktionirt, doch von der Mehrheit angenommen, welcher gegen die Unabhängigkeitspartei und gegen die Sozialdemokratie gemünzt ist, und durch welchen die Geschworenengerichte in Fällen von Majestätsbeleidigung und Preßvergehen aufgehoben werden, welcher Umstand den von der Regierung abhängigen Richtern ein weites Feld der Willkür eröffnet. Die Führer beider Parteien — der Unabhängigen und Sozialdemokraten — haben sich bereits darüber geeinigt, daß das Prinzip der Nationalität von den Letzteren vorläufig nicht berührt, noch gegen dasselbe agitirt werde, weil in Ungarn die magyarische Bevölkerung, im Vergleich mit den anderen Nationalitäten, doch am entschiedensten der Regierung Opposition macht. Da dieser fatale Paragraph aber die Sozialdemokratie in Ungarn voraussichtlich am ehesten berühren wird, weil keine Partei für die avancirtesten Ideen so unausgesetzt agitirt, so ist es natürlich, daß es diesmal die Sozialdemokratie sein wird, welche in's Alarmhorn stößt und daß die Unabhängigen später als Hilfstruppen auftreten. In einer weiteren Besprechung, welche einige Führer beider Parteien am 30. November l. J. abgehalten, wurde auch erwähnt, daß, wenn die Agitation im Lande selbst nicht einschüchternd genug auf die Todtengräber der Rede- und Preßfreiheit wirke, wir die deutsche und überhaupt ausländische Presse benützen würden, um unsere Bestrebungen geltend zu machen; wir werden dann die sozialdemokratische Presse schon aus deren Liebe zum Prinzip, für welches wir eintreten, zu unserer Verbündeten haben.

In Ungarn fürchtet man sich seit Metternich's Zeiten vor nichts so sehr, als vor den in Deutschland erscheinenden Zeitungsartikeln und Broschüren über Ungarn. (?) Eine Agitation in der angegebenen Weise — im Lande selbst, wie im Auslande — wird wohl ihre Früchte tragen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß in Folge des erwähnten Paragraphs Einkerkerungen und zwar massenhaft stattfinden werden, die Erfahrung lehrt uns aber, daß Verfolgungen und Märtyrerthum in eben dem Maße Proselyten schaffen, wie das Unbeachtetsein dem Aufkommen einer Idee durchaus nicht förderlich ist. Wir sind also auf das Schlimmste, was unsere Gegner gegen uns unternehmen können, gefaßt; je eher die Verfolgungen beginnen, desto eher kommt es zu einem Bruch und zum Kampf zwischen den Aktions- und Reaktionsparteien. Sie — die Reaktionäre — haben selber den Teufel an die Wand gemalt, als sie sagten, es bestände eine Allianz zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der ungarischen Unabhängigkeitspartei, und daß diese Allianz den Nimbus der letzteren vergrößern wird. Eine derartige Allianz ist aber bis jetzt nicht zu Stande gekommen, weil die Sozialdemokratie Deutschlands in mancherlei Hinsicht anderer Meinung ist, als die ungarische Unabhängigkeitspartei, doch gewiß besteht eine Annäherung schon jetzt. In meinem nächsten Briefe will ich Ihnen Bericht über den Fortgang der Agitation abstatten.

Correspondenzen.

—n. **Hamburg**, 14. Dezember. Als ich Ihnen in meiner letzten Correspondenz mittheilte, daß Sie den Herrn Julius Schulze, vulgo den Mainzer Schulze, nicht allzu ernst nehmen dürften, da glaubte ich doch nicht, daß derselbe vom Geschick so schnell ereilt werden würde, wie es geschehen ist. Die beiden letzten Vorträge, in denen er ganz besonders über die Sozialdemokratie herzog, waren so schwach besucht, daß man jetzt schon an den Rückzug der tapfern „10,000" Reichswahlvereinler glauben kann. Das Beste aber ist, daß der Kämpfer aus den eignen Reihen, Herr Schulze, diesen Rückzug durch seine Reden bewirkt hat. Seine früheren Freunde, und besonders die Herren im hiesigen schulwissenschaftlichen Verein, erklären, daß Herr Schulze jedenfalls von den Sozialdemokraten gekauft worden sei, um den Liberalismus und den Reichstagswahlverein lächerlich zu machen. Auch die „Reform" bemerkt, daß Herr Schulze sich in seinen Vorträgen in die bedenklichsten Widersprüche gesetzt habe, und hält eine derartige Agitation gegen die Sozialdemokraten für nicht sonderlich ersprießlich. So hat dieser Schulze, wie sein „großer" Namensvetter recht schnell und gründlich abgewirthschaftet; ähnlich wird es aber Allen gehen, welche mit religiösen und Polizeimitteln die Sozialdemokratie bekämpfen wollen.

Wilhelmshafen, 11. Dezember. (Wahlsieg.) Bei der am 4. Dezember stattgefundenen Wahl zum Gemeinderathe in der Gemeinde Heppens bei Wilhelmshafen haben unsere Genossen vollständig gesiegt, indem die erforderlichen sechs Candidaten zum Gemeinderathe aus den Reihen der Sozialisten gewählt wurden. Der Kampf war ein heißer. Unsere Gegner geberdeten sich wie unsinnig, als ihnen ihre Niederlage bekannt wurde. Auch fehlte

---

Die Liedertafel ist leider eingegangen. Du weißt, wie Professor H . . . . . er (Heidegger) von jeher dagegen protestirte. Es ist ihm gelungen. Die Zeiten sind schlecht, lieber Freund! Man geht mit Gewalt darauf los, die Jugend zu corrumpiren. Man rühmt immer die Kraft des Glaubens, selten die Kraft des Wissens. Aber schaut David und Salomon an, wie sie winseln und klagen! Schaut Spinoza und Goethe an, wie herrlich sie dastehen! Schau' sie nur an, wie sie sind: sie scheuen sich zu leben, und scheuen sich zu sterben. Nur mit „Furcht und Zittern" suchen sie ihr Heil! Sie dienen Gott und vernachlässigen den Menschen. Sie wissen es nicht, daß man nur dann Gott dient, wenn man dem Menschen dient. Sie dienen dem Menschen nicht, weil ihnen das zu lästig ist. Sie dienen nur Gott, weil ihnen selbst damit gedient ist.

Seit dem Herbste habe ich nichts mehr nach Wien gegeben. Ich habe Deinen Rath befolgt. Dagegen sende ich Vieles nach Deutschland hinaus, wo es mit Freuden aufgenommen wird. Ich habe auch einen längeren Aufsatz ad vocem philosophiae (betreffend Philosophie) geschrieben, den ich Dir gerne zusenden möchte. Ich glaube, wir werden übereinstimmen. Schreib mir bald wieder! Dein Sebastian.

— „Bulgarische Gräuel." Was die christlichen Bulgaren unter Leitung der humanen Russen zu leisten vermögen, erhellt aus folgender authentischer Mittheiluug:

Das in London erscheinende „British Medical Journal", eine hochangesehene streng wissenschaftliche Zeitschrift, veröffentlicht eine Zuschrift der vier englischen Aerzte Attwood, Hume, Sandwith und Leslie, wovon Abschrift dem britischen Botschafter in Konstantinopel eingereicht worden ist, und wie über eine wahrhaft gräßliche Entdeckung berichtet wird, welche die Vier kürzlich gemacht haben. Auf Anfordern des britischen Consuls Blunt begleiteten die genannten Herren am 24. Oktober den türkischen Major Campbell vom Korps Reuf Pascha's auf einem behufs Recognoscirung unternommenen Streifzuge nach Kopet. Kopet befindet ssch innerhalb der russischen Vorpostenlinie. Hier soll, wie den Aerzten bereits bekannt war, gleich nach dem Rückzuge der Russen aus den weiter vorgeschobenen Posten von Seiten der Bulgaren unter den in Musliß und anderen Orten der Nachbarschaft zurückgelassenen türkischen Weibern und Kindern ein gräßliches Blutbad angerichtet worden sein. Das Gerücht erwies sich leider als wahr, nur hätte man kaum solche raffinirte Grausamkeit erwarten können. An dem Abend nach dem Aufbruch kam der Recognoscirungszug in Musliß an. Musliß ist ein türkisch-bulgarisches Dorf und etwa 15 Kilometer von dem dermaligen Lager Reuf Pascha's entfernt. Am nächsten Morgen gegen 2 Uhr setzte sich der Zug — 70 Mann Cavallerie und 130 Mann Infanterie — weiter in Bewegung. Bei Tagesanbruch kam er auf feindliches Gebiet, bemerkte indessen keine russischen Posten, außer einzelnen Bulgaren, mit welchen wenige Schüsse ausgetauscht wurden. Der Zug setzte seine Reise fort. Nach fünfundeinhalbstündigem Marsch auf Bergwegen hatten wir die Stätte des Blutbades erreicht. Dieselbe ist inmitten eines Buchenwaldes gelegen. Eine Fläche von etwa 120 Fuß im Geviert war mit menschlichen Ueberresten bedeckt, welche bereits merklich in Verwesung übergegangen und außerdem von Hunden angefressen worden waren. Trotz der erlittenen Verunstaltungen verriethen die Ueberreste indessen nur zu getreu ihr früheres Schicksal. Es sollten gegen 130 türkische Frauen und Kinder abgeschlachtet worden sein, und die Aerzte zählten in der That noch 122 Schädel, wovon 50—25 offenbar Kinderschädel waren. Die herumliegenden Kleider waren solche, wie sie von türkischen Weibern und Kindern in der Regel getragen werden. Mannesgewänder wurden nirgends bemerkt. Eine große Anzahl der Schädel waren durch stumpfe Waffen oder Werkzeuge zerschmettert oder angebrochen. In einigen Fällen war offenbar dem Opfer die Kehle durchschnitten worden; in andern ließ sich dies vermuthen. In einem Falle war der Körper einer Frau aufgeschnitten worden — zu welchem Zwecke, davon gaben die danebenliegenden Ueberreste eines ganz kleinen Kindes Aufschluß. Vielen Weibern waren die Kleider über die Köpfe aufgestreift worden und sie hielten als Leichen noch, wie zur Abwehr, die Arme empor. Gewaltsame Verstümmelungen ließen sich mehrfach nachweisen. In mehreren Fällen waren Frauen die Brüste abgeschnitten worden. Die Aerzte berichten, daß das Gesehene keinen Zweifel zuläßt und sie vollständig davon überzeugt hat, daß hier ein grausames Blutbad an türkischen Frauen und Kindern verübt worden war, in vielen Fällen verbunden mit geradezu empörender Verstümmelung und Mißhandlungen anderer Art. — Nun — es waren nur Türken, an denen diese Scheußlichkeiten verübt wurden, und zwar verübt von Christen — ergo kräht kein Hahn darnach. —

Die Diebe.

(Eine alte Geschichte.)

Da war einmal ein kleiner Dieb, —
Der stahl ein Brod dem Kind zu lieb,
Und wurde schier gefangen,
Und konnte erst in Jahr und Stund,
Trotz sein und seines Weibes Mund
Die Freiheit wieder erlangen.

Dem Andern war's Glück auch nicht hold:
Stahl einen filz'nen Sack mit Gold
Durch Einbruch still und nächtens;
Und eh' noch ein halb Jahr verging,
Er am Gevatter Dreibein hing,
Und das von wegen Rechtens.

Der Dritte war ein großer Dieb,
Der stahl sich ganz allein zu lieb
Des Volkes Geld und Rechte.
Die Volksvertreter obendrein,
Die thaten ein willig Ohr ihm leih'n,
Und dienten ihm wie Knechte.

Nun weiß ich doch wahrhaftig nicht,
Wie solch ein dummes Ding geschicht,
Und müßte doch vermeinen,
Daß wenn das Recht das Urtheil lenkt',
Der dritte Dieb viel höher hängt,
Als wie die beiden kleinen!

— Wie durch technische Fortschritte fortwährend Arbeiter überflüssig werden. Berliner Blättern entnehmen wir folgende Mittheilung: „Seit Freitag Morgen sieht man am südlichen Ende der Roonstraße, jenseits der Spree, Borsigs Park gegenüber, einen mächtigen Holzpfahl nach dem andern zum Bau der Jochbrücke mit Anwendung des vielbesprochenen Spritzverfahrens in die Erde sinken, ohne einen Rammschlag zu hören. Mit dem dritten Theil der Leute, die zum Rammen nöthig wären, wird das Fünfzigfache ohne das geringste Geräusch, die geringsten Erschütterungen geleistet, und dies Alles mit dem aus unserer Wasserleitung entnommenen Wasserstrahle, der das Loch für den zu versenkenden Pfahl vorspült. Die Mittheilung der durch die Spülung während der beiden ersten Arbeitstage erzielten Erfolge hat vorigen Sonnabend im hiesigen Architekten und Ingenieur-Verein eine große Sensation hervorgerufen, da alle früheren Versuche derart nicht den zehnten Theil des jetzigen Erfolges geliefert haben, was daher rührt, daß man jetzt die vielen sogenannten „Kleinigkeiten" in der Art der Verwendung des Druckwassers herausgefunden hat. Am Montag Morgen ist bereits eine größere Anzahl Studirender der Bauakademie unter Führung ihrer Herren Professoren auf dem stillen, lauschigen Bauplatze gewesen und hat sich einen Pfahl „vorspritzen" lassen — ein kurzes Vergnügen, denn in 2 Minuten stand der Pfahl 5 Meter in den Boden versenkt da."

— Ein Hampelmann. Der „Westfälische Merkur" schreibt aus Münster, unter'm 10. ds.: „Ein Polizeidiener fand vor einigen Tagen gelegentlich eines Besuches bei Verwandten eines seiner Collegen einen Hampelmann, dessen Gesicht dem eines deutschen Monarchen sehr ähnlich ist. Auf darob erfolgte Anzeige hin wird das Spielzeug confiscirt und in dem Geschäfte, von welchem dasselbe gekauft war (nota bena nicht ultramontan!), nach weiteren Exemplaren gesucht, von denen auch eine Anzahl gefunden und beschlagnahmt worden ist. So unwürdig eine derartige Verwendung solch eines Bildes ist, so glauben wir doch nicht an eine böswillige Absicht, sondern betrachten diese als eine traurige Verirrung patriotischen Eifers in Verbreitung der Bildnisse nationaler Größen."

es nicht an Drohungen von Arbeitsentlassung, sogar der Knüppel war ausersehen eine Rolle zu spielen; aber Dank der ruhigen Entschlossenheit unserer Genossen sind die Pläne unserer Gegner in Nichts zerronnen. Mögen nun auch reaktionäre Blätter in der Umgegend über einzelne unserer Freunde herziehen, wie sie wollen, gesiegt haben die Sozialdemokraten nun doch einmal, und ist den Herren Geldmännern in unserer Gemeinde die Gewalt für immer genommen. Schade nur, daß eins unserer gewählten Mitglieder immer noch ziemlich schwer krank ist und daß man sich diesen gerade ausersehen hat, um ihn in der Oeffentlichkeit mit Verleumdungen zu überschütten. Es nutzt aber Alles nichts, die Würfel sind gefallen und soll dieser Wahlsieg gewiß auch bald der ganzen Partei zu Gute kommen. — Es wurden gewählt:

Maurer Joh. Hedke mit 75 St., Gegencand. Großgrundbesitzer Irps erhielt 66 St.,

Zimmerer Ernst Meier mit 73 St., Gegencand. Kaufmann Rüßmann 65 St.,

Zimmerer Sam. Franke mit 74 St., Gegencand. Todtengräber Frerichs 63 St.,

Arbeiter Joh. Ewers mit 74 St., Gegencand. Hausbesitzer Kubel 63 St.,

Maurer Wilh. Kleinert mit 61 St., Gegencand. Kaufmann Rüßmann 49 St.

Arbeiter Samuel Sander erhielt 135 Stimmen, derselbe war von gegnerischer Seite auch aufgestellt. — Bemerkt muß noch werden, daß die Gemeinde Heppens 1800 Einwohner hat, von denen nur 170 wahlberechtigt sind. J. Steinbach.

Rixdorf (bei Berlin), 10. Dez. Aus hiesigem Ort ist im „Vorwärts“ wohl noch kein Bericht erschienen, ich will deshalb das Versäumte nachholen. Nach der Wahl ließ die Agitation in etwas nach. Außer einzelnen Versammlungen, die stattfanden, wurde wenig gethan; da erinnerten uns die Gewerkvereinler, welche eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Gewerkvereine gegenüber den Sozialdemokraten“ einberufen hatten, daran, daß es Zeit sei, wieder auf dem Kampfplatze zu erscheinen. Herr Bojatzky, welcher in dieser Versammlung referirte, verstand es vortrefflich, für uns Propaganda zu machen. In dem 1½stündigen Vortrag, oder besser, in der 1½stündigen Schimpferei meinte der Herr, die Sozialdemokratie sei eigentlich nichts weiter, als eine politische Partei, kümmere sich nicht um die wirthschaftlichen Verhältnisse und freue sich, wenn die ökonomische Lage des Volkes eine recht traurige sei, denn dadurch könnte dieselbe blos gewinnen. Der Raum des „Vorwärts“ ist viel zu kostbar, um diesen endlosen Brei hier noch weiter durchzunehmen, ich will nur noch erwähnen, daß uns die Strolche, Banditen, Hetzbrüder und Schlingels nur immer so um die Köpfe flogen, und wenn wir Herrn Bojatzky geglaubt hätten, so wären wir die schlechtesten Menschen unter der Sonne. — Genosse Bäthke sollte nun das Kunststück vollführen, den 1½ständigen Vortrag in 15 Minuten zu widerlegen, was natürlich eine Unmöglichkeit war. Wir beriefen deshalb zur nächsten Woche eine weitere Versammlung ein mit der Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie gegenüber den Gewerkvereinen.“ Genosse Bäthke wies in seinem mit vielem Beifall aufgenommenen 1½stündigen Vortrag nach, daß die Mittel, welche die Gewerkvereine in Anwendung bringen, um die soziale Frage zu lösen, nur Palliativmittel seien, dahingegen sei der Weg, den die Sozialdemokratie eingeschlagen — durch die Gesetzgebung die wirthschaftlichen wie staatlichen Verhältnisse umzugestalten — der einzig richtige. Die anwesenden Gegner suchten zwar dem entgegenzutreten, mußten aber zu ihrem eigenen Leidwesen gestehen, daß sie eine gründliche Niederlage erlitten hatten. — Eine zweite Versammlung, in welcher Genosse Bäthke über „Rechte und Pflichten der Staatsbürger“ referirte, hatte denselben Erfolg. — Sonntag den 2. Dezember war es uns möglich, im Lokale des Herrn Scherfling, wo Genosse Most sprach, eine dritte Versammlung abzuhalten. Der Referent verstand es, in treffenden Beispielen die ganze Haltlosigkeit der heutigen Gesellschaft der Versammlung vor Augen zu führen, und ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich den Erfolg als einen durchschlagenden bezeichne. Waren doch selbst die Gegner gezwungen, — welche natürlich diesmal schwiegen —, dem Vortrag vollen Beifall zu zollen. Daß uns die Lokale soviel als möglich entzogen werden, ist selbstverständlich; wurde doch Herrn Scherfling das Abhalten von Tanzmusik nicht mehr gestattet. Dieser Umstand muß es uns zur Pflicht machen, die gemaßregelten Wirthe soviel wie möglich zu unterstützen. Bei einiger Rührigkeit kann es nicht fehlen, daß bei der nächsten Reichstagswahl endlich einmal unsern Gegnern gezeigt wird, daß das Volk nicht mehr gewillt ist, sich länger am Gängelbande führen zu lassen. Rob. Matthies.

Leipzig, 14. Dezember. Der Ausfall der Wahl zum gewerblichen Schiedsgericht am 12. Dezember ist nun bekannt. In der Abtheilung der Arbeitgeber wurden 776 Stimmen abgegeben und in der Abtheilung der Arbeitnehmer 1338. In der letzteren Abtheilung, für die mit Aussicht auf Erfolg von sozialistischer Seite allein gewirkt werden konnte, ist die Candidatenliste der vereinigten Gewerkschaften und Krankenkassen glatt durchgegangen, die Interessen der Arbeiter werden also im gewerblichen Schiedsgericht von zuverlässigen Männern vertreten werden.

Lößnitz (im Erzgebirge). Bei der am 5. Dezember stattgefundenen Stadtverordneten-Wahl hat die sozialdemokratische Partei abermals glänzend gesiegt; die von ihr aufgestellten Candidaten erhielten: Christian Mehlhorn 189, P. A. Becher 185, Hermann Stöckel 182 Stimmen. Gottschalb fiel mit 6 Stimmen Minorität gegen Franz Häußler, während die übrigen Gegner es nicht über durchschnittlich 80 Stimmen brachten. Hr. Häußler fingte durch ein geheime Agitation seines Schwagers, eines gewissen Kugler, Mitglied des Stadtverordneten-Collegiums und bekannt durch sein Streben, die Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Verhandlungen auszuschließen. Möge der Neugewählte die verloren gegangene Kraft zu ersetzen suchen.

Annaberg-Buchholz, 7. Dezember. In unserer Gegend gewinnt die Sozialdemokratie immer mehr an Boden und besonders dadurch, daß der Reichstagsabgeordnete Herr Fabrikant Holzmann, nationalliberal, sich wiederholt unseren Rednern entgegenstellt. So ist derselbe von Wiemer in Johanngeorgenstadt, von Stolle in Schwarzenberg und gestern von Kayser aus Dresden gehörig „abgemuckt“ worden. Kayser sprach nämlich, weil die hiesige arbeitende Bevölkerung darüber besonders Aufklärung wünschte, über „Absolutismus, Constitutionalismus und Sozialismus.“ — Die Versammlung war außerordentlich zahlreich besucht; es hatten sich mit Herrn Holzmann eine große Anzahl Gegner eingefunden, im Saale mußte ein Theil des Publikums stehen, viele Besucher mußten sogar wieder umkehren. Herr Oberlehrer Dr. Krause beantragte für Kayser wie für Holzmann eine Redezeit von ¾ Stunde, die jedoch auf Kayser's Wunsch auf 1 Stunde ausgedehnt wurde. — Schon der Vortrag Kayser's machte die Arbeiter in ihren Gesinnungen fester und gewann ihm die Sympathie der anwesenden Kleinbürger. — Die historische Entwicklung, die Kayser gab, war, wie selbst Hr. Holzmann zugab, unanfechtbar und scharf zog Kayser die Consequenzen, wie sich aus dem constitutionellen Zustande der republikanisch-sozialistische entwickeln müßte und wie zur politischen Freiheit die wirthschaftliche Selbstständigkeit gehöre. — Herr Holzmann trat nun Kayser entgegen, konnte aber gegen unseren Genossen nicht aufkommen. Sehr schön war, daß Herr Holzmann behauptete, im deutschen Reiche seien wahrhaft constitutionelle Zustände und der deutsche Kaiser sei nur eine Dekorationsfigur. — Auch die Frage der Einführung des allgemeinen Wahlrechts zum sächsischen Landtage kam zur Sprache und suchte Herr Abgeordneter Holzmann das Verhalten der liberalen Partei zu rechtfertigen. Auch verlangte er ausdrücklich, daß Kayser die Ziele der Sozialdemokratie vorführe und Republikanismus und Sozialismus seien unvereinbare Widersprüche. Mitunter suchte Herr Holzmann Witze zu machen, die jedoch gänzlich mißglückten, und da war er gerade an den richtigen Mann gekommen, indem ihm unser Genosse Kayser gegenüberstand. Kayser behielt natürlich die Lacher auf seiner Seite; derselbe übte eine vernichtende Kritik des unconstitutionellen Verhaltens unserer liberalen Parteien, auch erklärte Kayser, daß, nachdem schon 3 Stunden gesprochen worden sei, man nicht noch über die Ziele der Sozialdemokratie reden könne, hierüber wolle er eine besondere Disputation mit Herrn Holzmann halten. — Herr Holzmann versuchte nun unsere Agitatoren zu verunglimpfen und machte dann Ausführungen über die Marx'sche Werththeorie, bezeichnete den Sozialismus als eine Wissenschaft, hielt jedoch dafür, daß gerade die Marx'sche Werththeorie falsch sei und deshalb auch der Sozialismus an Boden verliere. Dann folgten einige Citate aus den Broschüren Liebknechts sowie aus dem „Vorwärts“ über den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie. Interessant war es besonders, daß Herr Holzmann die kapitalistische Produktion als Correctiv bezeichnete, daß Jedermann richtig bezahlt und an den richtigen Platz gestellt werde. Auch wollte derselbe daran die Falschheit der Marx'schen Werththeorie nachweisen, daß wenn ein Tunnel von 300 Italienern in kürzerer Zeit hergestellt werde, als von Deutschen, doch deshalb nicht weniger Werth habe. Kayser, der jetzt erst, nach halb 12 Uhr zum Wort kam — um 12 Uhr muß gesetzlich Schluß der Versammlung erfolgen — wies zunächst unter Heiterkeit der Versammlung die Invektiven gegen die sozialdemokratischen Agitatoren zurück, konnte aber nur kurz auf die „wissenschaftlichen Auslassungen“ Holzmann's eingehen — doch gerade das Beispiel der Italiener diente für Kayser dazu, das wissenschaftliche Kartenhaus Holzmann's zusammenzuwerfen, er wies nach, wie thatsächlich der deutsche Arbeiter, der mehr Zeit brauche, nicht mehr Lohn erhalte, daß also der Marx'sche Satz von der gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit gerade zutreffe. Kayser verbreitete sich sodann über die Mehrwerthstheorie, zeigte den Ausbeutungszustand der capitalistischen Produktion und verwies nur auf die heutige Geschäftskrise, um zu zeigen, was für ein Correktiv die kapitalistische Produktion gegen Störungen sei. — Kayser legte auch erst die Begriffe von Gebrauchs- und Tauschwerth klar, stellte die Citate aus Liebknecht's Schrift richtig und schloß mit der Aufforderung sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, da diese nur die Organisation der Arbeiterinteressen sei. (Lebhafter Beifall.) — Der Vorsitzende schloß hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Salzungen, 12. Dezember. Sonnabend den 9. Dezember fand hier die Stadtverordnetenwahl statt, und haben wir mit einer ziemlichen Majorität unsere beiden Genossen Heinrich Wehner, Mützenmacher, und Christoph Jungk, Geschäftsführer in den Gemeinderath gewählt. Die Verdutztheit der Gegner über diesen Sieg ist so groß, daß sie bis jetzt noch nicht den Muth gefunden haben, das Wahlresultat zu veröffentlichen. Dagegen schreit das „Meininger Tageblatt“ desto mehr Zetermordio.

Bremerhafen. Der Strike der hiesigen Schiffszimmerer dauert hartnäckig fort und an ein Nachgeben ist nicht zu denken, da dieselben sich in jeder Hinsicht im Rechte befinden, denn 1 Mark pro Tag Lohnabzug und dann sich von einem Dock zum anderen zur Arbeit schicken lassen, das werden sich aufgeklärte Arbeiter von heute wohl nicht mehr gefallen lassen Und um so weniger werden sich die Schiffszimmerer dem Willen der Meister fügen, da sie vortrefflich organisirt sind und selbst die größten Opfer nicht scheuen, um siegreich aus dem Kampfe hervorzugehen.

Briefkasten

der Redaktion. F. C. in Magdeburg: Wir denken, über die Angelegenheit des Herrn Sachse wäre nun genug veröffentlicht worden. — J. H. in Mühlhausrn i. E.: Wenn Sie als überzählig „zurückgestellt“ sind, so wird die Zeit bis zu Ihrer „Einziehung“ nicht zur aktiven Dienstzeit gezählt. — G. T. in Cottbus: „Steckbriefe“ werden in den „Vorwärts“ nicht aufgenommen. — G. R. in Z.: Das verlassene Mädchen muß beim Gericht die Alimentationsklage anstrengen; gegen den seine Pflicht nur sehr saumselig erfüllenden Vormund mag sie Beschwerde beim Obervormundschaftsgericht führen event. die Einsetzung eines anderen Vormundes verlangen.

— — a in Hamburg: Sie haben recht, der Name ist verdruckt; es muß heißen Lindsay, nicht Lindsaft und außerdem ist auch, was Sie nicht bemerkten, der erste Name verdruckt, Lloyd wird mit 2 l geschrieben — also Lloyd-Lindsay (siehe die Notiz über „das Milizsystem“ in der sozialpolitischen Uebersicht des „Vorwärts“, Nr. 145). In dem andern Punkt können wir Ihnen aber durchaus nicht recht geben. „Wer Pech angreift,“ schreiben Sie, „besudelt sich: was sollen die Eckstein und Kühn in Ihrem Feuilleton? Die Kritik muß solche S—stücke todtschweigen, so gut wie — Gummi-Artikel, oder noch viel mehr!“ Das wäre sehr schön — für „die Eckstein und Kühn“. Wir sagen, wer die Pestbeulen und den Schmutz der heutigen Gesellschaft beseitigen will, der darf nicht zimperlich sein. Wenn Ihre sehr „milde Praxis“ durchweg befolgt würde, dann wären die Eckfteine, Kühne, Putbusse, Strouzberge, Trauppmanns, Thomasse u. s. w. vor jeder verurtheilenden Kritik und auch vor jeder Strafe sicher, denn „wer Pech angreift besudelt sich“. Nein, guter Freund, wer die Schäden der Gesellschaft heilen will, muß stärkere Nerven haben, und mit fester Hand in das Fleisch schneiden, das faule Fleisch ausschneiden. Hat man es mit besonders unsauberen und ekelhaften Auswüchsen zu thun, je nun, so zieht man Handschuhe an. Aber geschnitten muß werden. —

der Expedition. Christ. Gilles in Hochfeld: Sie schulden noch incl. lauf. Quartal 5,22 M. — A. E. in Berlin: Photographie (Cab. von Lff u. M.) können Sie durch uns pr. Stück 60 Pf. nebst 10 Pf. Kreuzbandporto erhalten. Photogr. von Rdbrts haben wir nicht. König Mammon kostet incl. Porto 1,40 M. Th. Devaque in Biebrich: Das Werk „Buch der Erfindungen“ ist sehr praktisch und lehrreich für größere Kinder. — Hrch Weppler in Backmang: Ihr dortiges Postamt behauptet, daß das abonnirte Exemplar „Vorwärts“ regelmäßig in der Werkstätte abgegeben wird.

Quittung. Th. Ldng Flensburg Ab. 24,70. J. Frnz Zürich Schr. 10,00. H. Schltr Dresden Schr. 25,00. J. Jng Kragujewatz Serbien Ab. 19,00. Cspvs Meiderich Schr. 8,50. Frmm Dessau Schr. 3,00.

Fonds für Gemaßregelte.

Berichtigung. Bei den in voriger Nummer quittirten 15,00 Mk. muß es heißen: von Sängern des Arbeiterbildungsvereins Leipzig.

Gewandte Colporteure

finden **Beschäftigung durch Sammeln von Abonnenten** für meine Musikalien-Leihanstalt. (H. 35912) [1,50

Zwickau. **Paul Peyer.**

Die Zukunft

Sozialistische Revue

hat die Aufgabe, das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie in wissenschaftlicher Weise darzulegen und zu vertheidigen, und sie wird hierin von den bedeutendsten sozialistischen Schriftstellern des In- und Auslandes unterstützt.

Trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens (sie erscheint erst seit dem 1. Oktober 1877) hat sie sich bereits über 3000 Abonnenten erworben.

„Die Zukunft“ wird halbmonatlich in der Stärke von 1½—2 Bogen Lexikonformat herausgegeben. Das Abonnement beträgt vierteljährlich:

Beim Bezug durch die Post oder den Buchhandel **Mk. 1,25**; bei direkter Zusendung unter Kreuzband seitens der Expedition für Deutschland und die Länder des Weltpostvereins **Mk. 1,90**; bei Zusendung unter geschlossenem Convert im deutsch-österreichischen Postverein **Mk. 2,50**; im Weltpostverein **Mk. 6,00**.

Die Expedition der „Zukunft“.
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Wir empfehlen als besonders geeignet zu Festgeschenken

Die Neue Welt.

Jahrgang 1876.

Preis: brochirt M. 5,00 franco. In elegantem Einband M. 7,50 franco gegen baar.

Jahrgang 1877.

I.—III. Qu.

Preis brochirt M. 4,00 franco. In elegantem Einband M. 6,30 franco gegen baar.

Die Einbanddecken tragen das große Titelbild des Heftumschlags in Golddruck, darstellend:

Die Befreiung der Menschheit.

Bei Partien-Bezug entsprechender Rabatt. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten!

Leipzig. **Die Expedition der „Neuen Welt“.**
Färberstr. 12. II.

Betreffend die Fortsetzung des

Beobachter der sozialen Literatur

den geehrten Interessenten zur gefälligen Kenntnißnahme, daß dieselbe wegen zu geringer Abonnementsbetheiligung **unterbleiben** muß.

Die uns (direkt) eingegangenen Abonnementsgelder werden jedenfalls vergütet durch baare Rückzahlung oder durch eine dem Werth des eingegangenen Betrags mindestens gleichkommende Zusendung von sozialpolitischen Broschüren unseres Verlags. Daß letztere Erleichterung uns gewährt werden wird, werden wir auch bei denjenigen Abonnenten annehmen, welche nicht in den nächsten Tagen Baar-Rückzahlung verlangen.

Buchhandlung J. Franz & Co.
Zürich (Schweiz). [150

Nach fast vierjährigem Prozesse freigegeben!

Rasch, G., Die Preußen in Elsaß und Lothringen. Einzeln 2,50- bei Partien 2,00.

Soeben erschien:

Sack, Ed., Gegen die Prügelpädagogen. Oktav. 7¼ Bogen.

Mit bekannter Meisterschaft züchtigt der Verfasser das gerade in der Neuzeit wieder stark hervorgetretene Bestreben unserer Muster-Pädagogen, die „Prügel für das Volk“ in den Schulen aufrecht zu erhalten oder neu einzuführen. Er führt dieses Bestreben auf seine wahren Ursachen zurück und ruft zum Kampfe dagegen auf.

Jedem Freunde der Schule wird das Schriftchen Freude machen. Es sei warm empfohlen.

Einzeln (für Arbeitervereine) 80 Pf., bei Partien 60 Pf. Nur gegen baar oder Postvorschuß. Im Buchhandel ist der Preis 1 M.

Braunschweig. **W. Bracke jr.**

Die hier angekündigten Schriften sind in der unterzeichneten Expedition zu haben. **Expedition des „Vorwärts“.**
(2a) Leipzig, Färberstr. 12/II.

Die **zwei letzten Jahrgänge** des **„Volksstaats“** sind à 6,00 M. zu verkaufen. Näheres durch

Die Expedition des „Vorwärts“. [90

Soeben ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:



Ein Bilderbuch

für

kleine und große Kinder.

12 Tafeln

in Farbendruck.

Entworfen und gezeichnet von

L. Berg.

25

Seiten Text.

Zusammengestellt

von

E. Roßbach.

Quart-Format. **Preis 1 Mark 20 Pf. pro Stück.**

Das Buch verdankt seine Entstehung den mannigfachen Anregungen, wie solche auf den verschiedenen Partei-Congressen zum Ausdruck gekommen sind, und wird namentlich in Familienkreisen mit Freude begrüßt werden, da es das Gemüthsleben der Kinder im sittlichen Sinne anregt und dieselben zum Nachdenken anspornt.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts“**
Färberstraße 12.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 4. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Hoß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 915 Washington Str.
Chicago: A. Bansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 Now ... Golden Square.

Nr. 149 — Freitag, 21. Dezember. — 1877.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband beziehen**, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Neudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. ꝛc. bei Frau Engel, Neudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** ꝛc. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei ... Trost Hauptstr. 101; für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II ahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 1; für **Gohlis** ꝛc. bei Schäfer, Eisenbahnstraße 8; für **Stötteritz** bei E. ...rude, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau ...rebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

An die Partei- und Gesinnungsgenossen!

Das Jahr neigt sich zum Ende. Manches Leid- und Freudvolle hatten wir im Laufe desselben zu verzeichnen. Die Verfolgungen nahmen eher zu als ab und mancher unserer Genossen wird an das Jahr 1877 als an jenes Jahr noch oft zurückdenken, in welchem er Gelegenheit hatte, die gesegnete Freiheit des deutschen Reiches im Gefängniß kennen zu lernen. Zahlreiche Genossen befinden sich augenblicklich in verschiedenen Gefängnissen und werden dieselben ihr Weihnachts- und Neujahrsfest dort zu verbringen haben. — Aber auch freudige Ereignisse hat uns das abgelaufene Jahr gebracht. Schon zu Beginn desselben brachte uns der 10. Januar mit seinem Wahlresultat reichlichen Lohn für unsere Mühen und den Gegnern der Sozialdemokratie die gebührende Antwort auf ihre Verfolgungen und Schmähungen. Die Nachwahlen im 6. Berliner und 17. sächsischen Wahlkreis zeigten, daß die Wähler der betreffenden Kreise unerschütterlich zur Sache der Sozialdemokratie stehen und besonders das Resultat im 6. Berliner Wahlkreis war eine gebührende Antwort auf das unsaubere fortschrittliche Manöver der Wahlkassation. Auch sonst brachte das abgelaufene Jahr manchen Erfolg, der hoch anzuschlagen ist. So öffneten sich der sächsische und der reußische Landtag zum ersten Male den Vertretern der Sozialdemokratie, und auch auf communalem Gebiete haben wir manchen Erfolg aufzuweisen.

So geht also unsere Bewegung trotz aller feindlichen Hindernisse ihren Gang, und wenn auch noch in der Ferne, so doch sicher winkt uns das Ziel, winkt uns der Sieg.

In all diesem Kämpfen und Ringen nun hat unser Centralorgan, der „Vorwärts", das Banner muthig voran getragen. Um den „Vorwärts" herum gruppirt sich die Partei, in ihm spiegelt sie sich wieder. Alles was innerhalb des Rahmens der Partei sich abspielt und ereignet, alles aber auch, was außerhalb der Partei auf sozialem und politischem Gebiete sich ereignet und von Interesse für die Bewegung ist, es findet sich dort verzeichnet. Aber auch Lehrer und Bahnbrecher soll der „Vorwärts" sein, und er ist es bisher gewesen und wird es weiterhin sein.

Soll aber der „Vorwärts" alle diese seine Aufgaben erfüllen, dann muß er in seinem Streben auch entsprechend von den Partei- und Gesinnungsgenossen unterstützt werden. Die Partei wächst zusehends und stetig, dem entsprechend muß auch das Centralblatt derselben eine immer größere Verbreitung, immer mehr Abonnenten gewinnen. Pflicht eines jeden Partei- und Gesinnungsgenossen ist es deshalb, jetzt beim Jahresschluß dafür Sorge zu tragen, daß das Abonnement des „Vorwärts" zunimmt und der Kreis seiner Leser sich vermehrt.

Parteigenossen! Bedenkt, daß unsere gemeinschaftliche Organisation zerrissen ist, und daß unser Centralorgan das einzige offizielle Band ist, welches uns Alle umschlingt. Thut darum Euer Möglichstes, daß die Zahl der „Vorwärts"-Leser sich vermehrt, und bedenkt, daß wir in jedem neuen Abonnenten einen weiteren Kampfgenossen gewinnen, der mit uns vereint Schulter an Schulter gegen die anstürmende Reaktion kämpfen wird.

Groß und mächtig ist die Zahl unserer Feinde, um so mehr Energie und Zähigkeit müssen wir bethätigen, wenn wir siegen wollen. Wir wollen siegen, und zu diesem Zweck bedürfen wir der Waffen, die wir im Stand halten, verbessern und schärfen müssen. Unsere beste, wirksamste Waffe aber ist unser Centralblatt, der „Vorwärts", und deshalb Parteigenossen! sorgt für dessen größtmöglichste Verbreitung.

Hamburg, 17. Dezember 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Das Centralwahlcomité.

Zur Volksgesundheitspflege.

Die weitaus meisten Krankheiten haben ihren Grund in äußeren Einflüssen, denen man wohl siegreich entgegen treten könnte, wenn 1) die Kenntniß ihrer verderblichen Wirkung vorhanden wäre und wenn 2) die Mittel, diesen bösen Einflüssen wirksam zu begegnen, nicht dem bei weitem größeren Theile des Volkes gebrächen.

Hier also ist ein Feld für die Wissenschaft und für die Schule, hier ist ein Feld für die Gesetzgebung und den Staat, welches allerdings schwieriger zu beackern ist, als die Felder der Religion und des Militarismus, aber auch die für das Volk lohnendsten Früchte tragen kann.

Mit Genugthuung wollen wir zunächst constatiren, daß das Reichsgesundheitsamt, welches mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs gegen die Verfälschung der Nahrungsmittel beschäftigt ist, die Materie schon in soweit bewältigt hat, daß der Entwurf in der nächsten Session des Reichstags, der zu Anfang des Februar 1878 eröffnet wird, vorgelegt werden soll. Mit Genugthuung wollen wir aber noch ferner constatiren, daß hauptsächlich das Drängen der sozialistischen Partei und der sozialistischen Presse Deutschlands an dieser löblichen Eile Schuld gewesen ist.

Die wenigen Fälle, wo der Grund der Krankheitserscheinungen in der Verfälschung der Nahrungsmittel oder in verdorbenen Nahrungsmitteln gefunden wurde, haben in Deutschland schon eine gewisse und berechtigte Aufregung hervorgebracht; wüßte das Volk aber erst, daß ein sehr großer Theil aller Krankheiten seinen Grund in verdorbenen und gefälschten Nahrungsmitteln hat, dann würde sich ein solcher Sturm erheben, daß er zum reinigenden Wetter unserer schlechten sanitären Zustände überhaupt werden könnte.

Um durch ein Beispiel nur annähernd die Behauptung zu begründen, daß ein sehr großer Theil der Krankheiten seinen Grund in verdorbenen oder verfälschten Lebensmitteln hat, entnehmen wir aus dem polizeilichen Sanitätsbericht der Stadt Berlin für die Zeit vom 1. April 1876 bis 1. April 1877 folgende Notizen:

„Bei der Revision der Fleisch- und Fischmärkte fanden 510 Beschlagnahmen von 13442,40 Kilogr. verdorbener animalischer Nahrungsmittel statt (gegen 329 mit 9793 Kilo im Vorjahre). Die Gründe der Beschlagnahme bestanden bei 3638 Kilo in Fäulniß des Fleisches, bei 3475 Kilo in Krankheiten der geschlachteten Thiere, bei 170,50 Kilo darin, daß das Fleisch von zu jungen und ungeborenen Thieren herrührte, was namentlich bei aus Pommern und Mecklenburg eingeführtem Kalbfleisch der Fall war. 3232,65 Kilo waren mit Finnen behaftet, 310,50 Kilo mit Tuberkulose, 6,50 Kilo hatten eine Ekel erregende, schmutzige Beschaffenheit. Unter den Beschlagnahmen befanden sich außer 10,833 Kilo gewöhnlichen Fleisches 750 Kilo Hirsch, 623 Kilo Hasen und Rehe, 554 Kilo Gänse, 8,50 Kilo Hühner, 4 Kilo Tauben, 5 Kilo Fasanen, 596,75 Kilo Fische, 43 Kilo Heringe und 25 Kilo Bücklinge. — Während des Schlachtzwanges auf dem Viehmarkte vom 19. Januar bis 12. April 1877 wurden außerdem in dem Schlachthause des Viehhofes 80 ganze Rinder, 1701 Theile von Rindern, 177 Kälber und 40 Theile von Kälbern, 37 Schafe und 1214 Theile von Schafen, 38 Schweine und 318 Theile von Schweiner als ungeeignet zur menschlichen Nahrung erachtet. In das Polizei-Schlachthaus wurden behufs Feststellung des Gesundheitszustandes 1285 Rinder, 1534 Schweine, 394 Kälber und 852 Schafe gebracht, von denen 243 Rinder, 811 Schweine, 233 Kälber und 456 Schafe zur menschlichen Nahrung ungeeignet erachtet wurden. — In den Roßschlächtereien wurden 4355 Pferde geschlachtet, worunter 127 zur menschlichen Nahrung nicht geeignet erschienen."

Wir haben hier ein großartiges Bild der Thätigkeit der Berliner Sanitätspolizei vor Augen; aber je großartiger diese Thätigkeit, je größer die Summe des confiszirten Fleisches ist, desto stärker drängt sich uns der Gedanke auf, daß eine noch größere Masse verdorbenen und schlechten Fleisches dennoch ihren Weg in den Magen des Volkes gefunden hat. Bei der strengsten Controle, bei der besten Aufsicht gelingt es den egoistischen Händlern und Fleischern, diese Controle zu täuschen; auch wird trotz des strengen Verbots noch so manches Stück Vieh heimlich in Privathäusern geschlachtet und so der Controle völlig entzogen.

Auf dem Lande aber und in kleineren Orten, wo viele Handwerker und auch einzelne Landarbeiter ihr Schweinchen oder ihr Rind selbst schlachten, wo ferner die Gutsbesitzer und Großbauern für ihre Knechte und Mägde lediglich selbst geschlachtetes Fleisch für das ganze Jahr einpökeln lassen, fehlt die Controle noch völlig, und oft genug kommt es vor, daß ein krankes Stück Vieh, damit es nur ja nicht zuvor sterbe, in letzter Stunde noch geschlachtet und eingepökelt wird.

Ja selbst der Handwerker und Arbeiter schlachtet sein krankes Schwein, um es selbst zu genießen, nicht ahnend, daß er für sich und seine Familie Krankheiten hervorbringt, deren Heilung, wenn überhaupt eine Heilung möglich, in den meisten Fällen an Kosten den Werth des Schweines bei Weitem übersteigt.

Hier kann vorläufig nur Belehrung helfen. Die Wissenschaft hat in dieser Frage schon tüchtig gearbeitet — aber die Schule? Mit Bibelversen werden die Kinder gefüttert, mit mordspatriotischen Gesängen reichlich bedacht; auch das ABC wird leidlich gelehrt, Rechnen und Schreiben exerziert, aber die Naturkunde, aber die Menschenkunde, aber die Gesundheitspflege? Das wird getrost den Aerzten, Apothekern und Quacksalbern überlassen.

Und doch sollte sich der Staat sagen, daß eine Controle der Verfälschung der Lebensmittel und somit auch eine Bestrafung dieser Verfälschung, daß eine fernere Controle der verdorbenen und schädlichen Lebensmittel unmöglich ist, wenn das Volk selbst bei dieser Controle nicht verständnißvoll mitwirkt.

Wohl wissen wir, daß die große Masse des Volkes nicht an verdorbenen und gefälschten Lebensmitteln, sondern an einem Mangel von Lebensmitteln überhaupt leidet, doch eine Aenderung in dieser Hinsicht ist nicht Aufgabe des jetzigen Staates, nicht Aufgabe der heutigen Gesellschaft — diese Aenderung kann allein der Sozialismus herbeiführen; deshalb gehört diese Frage auch nicht in unsere heutige Betrachtung.

Die heutige Gesellschaft aber und der heutige Staat müssen in ihrem eigenen Interesse die Volksgesundheitspflege wenigstens in den oben gezeichneten Schranken strenge ins Auge fassen, und da wiederholen wir, daß neben der Wissenschaft in dieser Beziehung, neben der Gesetzgebung, neben der sanitätspolizeilichen Controle vorzugsweise die Volkserkenntniß nothwendig ist, und diese kann nur erzielt werden durch eine tief einschneidende Veränderung in der Organisation der Schulen.

Ein Urtheil.

(Fortsetzung.)

Nachdem, wie vorstehend angegeben, in den Sitzungen vom fünfzehnten und sechszehnten dieses Monats verhandelt und sodann die Publikation des Urtheils in die heutige Sitzung vertagt worden;

Nach gepflogener Berathung

In Erwägung, daß die beiden Beschuldigten Kaulitz und Hackenberger ihrer Erklärung nach sich als Agitatoren der sozialdemokratischen Partei für die hiesige Gegend hier niedergelassen haben, um im Interesse ihrer Parteibestrebungen auf die hiesige Arbeiterbevölkerung zu wirken, und zwar Hackenberger, wie er selbst erklärt hat, gegen eine monatliche Besoldung seitens des Hamburger Central-Comités von einhundertfünfunddreißig Mark;

Daß dieselben in der besagten Absicht hier und in der Umgebung Volksversammlungen auf vorherige Einladung abgehalten haben, und in demselben abwechselnd als Redner aufgetreten sind, auch in hiesiger Stadt eine Parteizeitung unter dem Titel: „Freie Volksstimme" gegründet haben, von der die beiden ersten Nummern unter der Redaktion des Kaulitz, die Nummern drei und vier unter der Redaktion des Hackenberger erschienen sind;

In Erwägung, daß notorisch und zugestandener Maßen die Ziele der sozialdemokratischen Partei auf Beseitigung alles Privateigenthums, des Erbrechts, der Ehe und der Familie, also auf Umsturz der prinzipiellen gesetzlichen Grundlagen unseres Staatswesens gerichtet sind;

Daß Inhalts der Zeitungen, sowie der Reden der Beschuldigten, das Hauptmittel ihrer agitatorischen Thätigkeit darin besteht, in einer maßlosen Sprache den Gegensatz zwischen der arbeitenden Klasse und denjenigen Klassen, die im gewöhnlichen Leben nicht so genannt zu werden pflegen, auszumalen, die erstere als eine unterdrückte, sclavisch behandelte, ausgebeutete, über Bord geworfene und verthierte darzustellen, die andern dagegen als die ausbeutenden, unterdrückenden, aussaugenden und so weiter zu bezeichnen;

In Erwägung, was zunächst den Beschuldigten Kaulitz und das Vergehen desselben gegen den Paragraphen einhundertunddreißig des Straf-Gesetz-Buches anbelangt, daß derselbe in der Versammlung vom sechszehnten Juni sowie überhaupt in den von ihm geleiteten Volksversammlungen und verfaßten Zeitungsartikeln das Verhältniß der Arbeiter zu den Arbeitgebern als ein unwürdiges, unerlaubtes und zu beseitigendes Knechtschafts- und Sclavereiverhältniß dargestellt und durch die Vorspiegelung sclavischer (sic!) Erniedrigung die Arbeiter zum Haß gegen die anderen, und zwar die besitzenden Klassen, namentlich die Arbeitgeber respektive die Bourgeoisie und den Kapitalbesitz aufgereizt, und speziell sich der Ausdrücke bedient hat: „der Arbeiter gehöre zu der niedergetretenen Menschheit, dessen Verderben die Aristokratie und das Pfaffenthum sei"; daß er sodann die Unzufriedenheit der Arbeiter mit ihren hiesigen Verhältnissen dadurch zu erregen versucht, daß er sie in Vergleich zu den angeblich üppig lebenden englischen Arbeitern als so verhungert und verthiert darstellt, daß sie das ihnen dargebotene Fleisch roh auffräßen, ferner, daß er das Loos der Fabrikarbeiterinnen als so kärglich darstellt, daß sie zu ihrer Ernährung nothwendig der Prostitution sich hingeben müßten, eine Aeußerung, die in seinem Munde um so frivoler und gehässiger erscheinen muß, als in einer offiziellen, durch das Gefängnißbureau und den Untersuchungsrichter gegangenen confiszirten Correspondenz mit Hackenberger er diesen instruirt, in seinen Reden künftig nur ja radikal vorzugehen, den Stier bei den Hörnern zu fassen, und nur sogleich vom Theilen und von der Gemeinschaft der Weiber zu reden;

In Erwägung, daß derselbe in seinen Reden und namentlich in derjenigen vom dreiundzwanzigsten Juni zu Malstatt, zu Quierschied vom ersten Juli und zu St. Johann vom achten Juli, die Arbeiter nicht blos zum Haß, sondern auch direkt und indirekt zu Gewaltthätigkeiten gegen die Arbeitgeber resp. die besitzenden Klassen der Bevölkerung angereizt hat, indem er am dreiundzwanzigsten Juni äußerte: „die Arbeiter müßten aufhören, den Arbeitgebern zu gehorchen und mit vereinten Kräften sich einen höheren Lohn erzwingen."

Daß derselbe zwar der letzteren Aeußerung das Wort „moralisch" hinzugesetzt hat, und behauptet, dieses Wort ernstlich und um jede Ungesetzlichkeit durch Gewalt auszuschließen, gebraucht zu haben; daß aber nach der Aussage sämmtlicher darüber vernommenen Zeugen, namentlich der Zeugen Wirtz und Reuß, das Wort moralisch von Kaulitz nur mit einem ironischen Lächeln hinzugefügt und derartig betont worden ist, daß der Sinn dieser Aufforderung nur als ein entgegengesetzter und auf Anwendung von eventueller Gewalt gerichteter von den Zeugen aufgefaßt worden ist;

In Erwägung, daß die Absicht des Beschuldigten, die arbeitende Klasse zu Gewaltthätigkeiten gegen die Wohlhabenderen und höher Gestellten anzureizen, auch zweifellos aus den in seiner Rede vom ersten Juli bei dem zwischen den schlichten Wohnungen der Bergarbeiter und den prächtigen Wohnungen der Beamten vorgenommenen Vergleiche gebrauchten Aufforderung: „Nieder mit den Palästen" hervorgeht, und seine Ausrede, daß dieser Ausdruck nur bildlich gebraucht sei, durch seine, dem Zeugen Haßlacher auf dessen Interpellation gemachte Erwiderung, daß er auch selbst vor den äußersten Consequenzen seiner Aufforderung nicht zurückschrecke, auf das unzweideutigste widerlegt wird;

In Erwägung, daß diese Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten ihre fernere Bestätigung findet in den Aeußerungen des Kaulitz vom achten Juli, dahin gehend: „daß man bisher mit gesetzlichen Mitteln vorangegangen, daß, wenn aber der Arbeiter noch mehr zum Sklaven herabgedrückt würde, man alsdann die Arbeitgeber rücksichtslos an den Pranger stellen und sie von ihrer Höhe herunterreißen wolle", daß die Gegenüberstellung des Vordersatzes, wo vom bisherigen Gebrauch gesetzlicher Mittel die Rede war und des Nachsatzes, der über Androhungen von Enthüllungen gegen die Arbeitgeber spricht, als nicht logisch erscheint, und auch dem Zeugen Nepilly der Eindruck geworden ist, daß hier die Gegenüberstellung bisheriger gesetzlicher Mittel und demnächstiger roher Gewalt beabsichtigt war; daß diese Intentionen des Redners ihre fernere Bestätigung finden in seinen Worten: „man werde den Kampf bis aufs Messer führen", und wie er in einer der bei ihm in Beschlag genommenen Correspondenzen an Hackenberger schreibt: „man werde demnächst an dem Gegner blutige Rache nehmen". Ferner in dem gemachten Vergleiche hiesiger Verhältnisse mit denen in Bremen, Ostpreußen, Hannover, wo angeblich Arbeitgeber nicht mehr ihre Wohnung verlassen dürften, weil sie sich durch ihr System ein rachebrütendes Volk erzogen;

In Erwägung, daß demnach die Zuwiderhandlungen gegen den Paragraphen einhundertunddreißig des Straf-Gesetz-Buches erwiesen sind, da jene Anreizungen bei der durch sämmtliche Zeugen bekundeten gewaltigen Aufregung, welche namentlich bei der Versammlung vom dreiundzwanzigsten Juni durch diese Reden bei den Arbeitern bewirkt und welche zu momentanen Gewaltthätigkeiten auszubrechen drohte — den öffentlichen Frieden in bedeutender Weise gefährdet haben;

In Erwägung, daß sodann der Beschuldigte Kaulitz sowohl in seinen verschiedenen Reden, als auch in den von ihm geschriebenen respektive unter seiner Redaktionsverantwortlichkeit erschienen Artikeln in Numero eins und zwei der „Freien Volksstimme" durch erdichtete und entstellte Thatsachen wissentlich, daß sie entstellt waren, Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit einer verächtlichen Beurtheilung und Kritik unterzogen und dadurch sich auch gegen den Paragraphen einhunderteinunddreißig des Straf-Gesetz-Buches vergangen hat;

daß er namentlich am sechszehnten Juni den Krieg von eintausendachthundertsechsundsechszig als einen brudermörderischen bezeichnet, den Regierungen den Vorwurf gemacht, daß das Volk, wenn es auf den Schlachtfeldern sein Blut verspritzt, nachher ohne Berücksichtigung seiner Bedürfnisse über Bord geworfen werde; sodann, daß die Regierung nichts für das Loos der Arbeiter thue, während ihm bekannt sein mußte, daß zur Zeit seiner Rede, namentlich in hiesiger Gegend, vielfache öffentliche und zahlreiche Arbeiter beschäftigende Staatsbauten in Angriff genommen und im Interesse der Arbeiter in größerem Maßstabe zur Zeit betrieben wurden; daß er ferner gesagt, „in den Kriegen von eintausendachthundertvierundsechszig bis eintausendachthunderteinundsiebenzig seien Hunderttausende hingemordet, weil man dem Volk „Beschimpfungen", die in Wirklichkeit nicht stattgefunden, vorgelogen; daß man aus den Milliarden den Generalen Dotationen gegeben und für die verkrüppelten Krieger aus dem Volke nichts übrig gelassen, als die Drehorgel und den Bettel, während er bei dem Grade seiner Ausbildung von der thatsächlichen Unrichtigkeit dieser seiner Behauptungen und namentlich von der Existenz eines sämmtlichen Invaliden zu Gute kommenden Pensionsgesetzes respektive Pensionsfonds überzeugt sein mußte, daß also seine Behauptungen als grobe Erdichtungen und Entstellungen betrachtet werden müssen;

daß auch die ferneren Voraussetzungen des Paragraphen einhunderteinunddreißig zutreffen, da die Pensionsbestimmungen und Kriegserklärungen offenbar als Staatseinrichtungen respektive Anordnungen der Obrigkeit zu betrachten sind;

In Erwägung, daß Kaulitz auch in den bereits erwähnten Artikeln der „Freien Volksstimme", namentlich in dem Artikel: „Wohin treiben wir" über die geführten Kriege und die Folgen derselben höhnisch kritisirende und verächtlich machende Aeußerungen, unter Anderem mit den Zusätzen: „die Milliarden seien verpulvert, die Kriege vom Zaun gebrochen" und dergleichen gemacht: daß er ferner in dem Artikel: „Rußland, Borußland, Knutenwirthschaft" durch die Anzweifelung, ob in Preußen für den ruhigen Bürger noch Rechte und Gesetze existiren, die Strafjustiz öffentlich verdächtigt und also auch hierdurch den Paragraphen einhunderteinunddreißig verletzt hat;

In Erwägung, daß Kaulitz sodann, immer kühner werdend, in einer Versammlung vom ersten Juli zu Quierschied, welche zum größten Theile aus Arbeiterbevölkerung bestehend, laut Aussagen der Zeugen Haßlacher, Breuer, Köhl und des von dem Erstgenannten zu den Akten erstatteten und von ihm eidlich bestätigten Berichtes sogleich beim Beginn seiner Rede an die versammelten Arbeiter die Worte gerichtet hat: „Arbeiter, tretet mit mir ein in die Bataillone der Revolution" und ferner: „Schaaret euch um die rothe Fahne, unter deren Banner wir siegen werden", daß unter dem Ausdrucke „Revolution" die gewaltsame massenweise Auflehnung gegen bestehende Verfassungen, Staatseinrichtungen und Gesetze verstanden werden muß und in dem Worte „Bataillone" militärisch geordnete bewaffnete Massen, daß also in dieser Provokation, welche öffentlich vor einer Menschenmenge geschah, in der eklatantesten und aufrührerischsten Weise zum Ungehorsam gegen bestehende Verfassungen und sonstige Gesetze, welche dem System der Partei entgegenstehen, aufgefordert, und somit von dem Beschuldigten Kaulitz der Paragraph einhundertundzehn des Strafgesetzbuches evident verletzt ist;

In Erwägung, daß die Ausrede des Beschuldigten, jene Worte nur in der Erregung des Augenblicks und nur bildlich gebraucht zu haben, um deswillen keine Berücksichtigung verdient, weil jene Worte, wie bereits erwogen, sogleich beim Beginn der Rede, also präsumtiv mit vorheriger Ueberlegung und bestimmter Tendenz gesprochen sind und diese Annahme auch in der bereits angeführten Erwähnung der rothen Fahne, welche notorisch als das Symbol des Aufruhrs gilt, und nach der eigenen Erklärung des Kaulitz das Symbol seiner Bestrebungen ist, — ihre Bestätigung finden muß.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ein sehr vernünftiger Vorschlag. Die Agrarcommission im preußischen Abgeordnetenhause beantragt (Berichterstatter Freiherr v. Schorlemer-Alst) aus Anlaß verschiedener Petitionen: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung in Aufrechthaltung des Beschlusses vom 1. Juni 1875 aufzufordern, dem Landtage in der nächsten Session eine Gesetzesvorlage zu machen, wonach das Schwarzwild unter die Kategorie der schädlichen Raubthiere gesetzt werde, welche Jeder auf seinem Grundstücke erlegen darf, mit der Berechtigung, die erlegten Stücke zu behalten und für sich zu verwerthen." — Wer da weiß, welche Verwüstungen die Wildschweine in einigen Gegenden Westphalens und Rheinlands seit mehreren Jahren angerichtet haben, der muß ein solches Gesetz im Interesse der dortigen Bevölkerung mit Freuden begrüßen; ganz abgesehen davon, daß dann vielleicht auch einmal ein Proletarier, der auf seinem kleinen Grundstück eine solche Bestie unschädlich machte, ein Stück saftigen Wildschweinsbraten erhielte. — Der obige Antrag der Agrarcommission wird jedenfalls vom Abgeordnetenhause angenommen werden; ob aber die Regierung ihm zustimmen wird, ist mehr als zweifelhaft. Es ist nämlich schon manchmal vorgekommen, daß das Vergnügen der hohen Herren über das Wohl des Volkes gesetzt worden ist.

— Conservative und Liberale überbieten sich in der Gesetzgebung an Humanität — natürlich nur auf Kosten Anderer. Beklagen die Conservativen die armen Fabrikarbeiter, so beklagen sofort die Liberalen die armen Dienstboten und Landarbeiter. Beide natürlich mit vollem Recht; wenn nur auch die Conservativen für die Unterdrückten des Grundbesitzes eintreten wollten? Statt dessen versuchen letztere im preußischen Herrenhause die Polizeigewalt gegen das „Gesinde", welches widerrechtlich den Dienst verläßt, in althergebrachter Weise aufrecht zu erhalten und bereiten einen diesbezüglichen Antrag vor, dem sie folgende Motive beifügen:

„Nach Emanation des Competenzgesetzes wird man an die Frage herangedrängt, ob ein Amtsvorsteher, der sofort die Zurückführung des contractbrüchigen Gesindes in den früheren Dienst durch Zwang bewirkt, sich eines Amtsmißbrauchs schuldig macht und den in § 339 des Strafgesetzbuchs vorgesehenen Strafe verfällt. Scheint diese Frage aber nur affirmativ beantwortet werden zu können, dann bleibt dem Amtsvorsteher in Abweichung von den Gesindeordnungen weiter nichts übrig, als dem contractbrüchigen Gesinde bei Vermeidung einer Geld- evt. Haftstrafe, aufzugeben, binnen einer bestimmten Frist in den Dienst zurückzukehren. Nach Ablauf der Frist kann erst die Festsetzung der Strafe erfolgen. Gegen solche Verfügungen steht aber jetzt der Partei nach §§ 30, 31 des Competenzgesetzes die Beschwerde, bezw. die Klage binnen 21 Tagen zu. Vor Ablauf dieser Frist läßt sich eine Execution nach § 36 nicht rechtfertigen. Zudem können Geldbußen meist nicht beigetrieben werden, die Haft darf erst nach Ablauf der Frist oder nach rechtskräftiger Entscheidung vollstreckt werden. Es wird sich schwer verkennen lassen, daß diese formellen Befugnisse des Amtsvorstehers in Gesindesachen der nothwendigen praktischen Bedeutung, der erforderlichen Kraft vollständig entbehren, denn eine polizeiliche Execution, die mindestens 21 Tage, im Falle der Beschwerde oder Klage aber noch viel länger suspendirt bleiben muß, ist auf diesem Gebiet in der That so gut wie gar keine. Anderweite nachhelfende Bestimmungen über die Gesindepolizei enthalten die neuen Gesetze nicht. Wenn aber die allgemeinen Bestimmungen des Competenzgesetzes sich den besonderen Verhältnissen und Bedürfnissen des Gesindewesens nicht anpassen, dann erscheint es unabweislich, spezielle, der eigenthümlichen Natur des Gesindedienstwesens entsprechende Normen für den Geltungsbereich des Competenzgesetzes sobald wie möglich aufzustellen." —

Daß man von Seiten der preußischen Herrenhäusler auf ein Contractbruchgesetz spekulirt, ist ja bekannt und dürfte der Antrag in Bezug auf die Gesindeordnung ein bedeutsamer Fühler sein, der ausgestreckt wird. — Unverantwortlich frech aber ist das Anfinnen der hochadligen Herren, dem Amtsvorsteher das Recht zu belassen oder zuzuerkennen, „die Zurückführung des contractbrüchigen Gesindes in den früheren Dienst durch Zwang zu bewirken." Kann denn der Amtsvorsteher wissen, wer den Contract gebrochen hat, der Kutscher oder der „gnädige Herr", die Dienstmagd oder die „gnädige Frau?" Gewiß verfällt der Herr Amtsvorsteher in Preußen später dem Strafrichter, wenn er sein Amt mißbraucht und den hohen Herren das von ihnen maltraitirte entlaufene Gesinde durch Zwang zurückführt. Wir wissen wohl, weshalb sich die Herren Junker vor dem neuen Gesetze so sehr fürchten. Gaben sie früher ihrem Knechte eine Ohrfeige oder mißhandelten sie gar denselben und der Frechling lief fort, so brachte ihnen die Polizei den Burschen wieder ins Haus; er konnte sich ja beschweren. Hatte man ihn aber wieder im Hause oder im Dienste, so wurden die Störrigen mit Geld und Versprechungen zahm gemacht, die Verdutzten aber erhielten neue Prügel, so daß sie den Beschwerdeweg vergaßen. Daß hört nun auf — außerhalb des Dienstes kann das Gericht angerufen werden, und so möchte später manchem Herrenhäusler oder mancher Herrenhäuslerin die Ohrfeige oder die Mißhandlung noch theuer zu stehen kommen, ganz abgesehen davon, daß bei der Oeffentlichkeit der gerichtlichen Verhandlungen auch manche junkerliche Brutalität dann später an den Pranger gestellt werden wird.

— Wir loben gern, wenn etwas zu loben ist, selbst bei unseren Gegnern. So bringt der „Gewerkverein" eine mit einem —t. unterzeichnete, also von einem nicht der gewöhnlichen Mitarbeiter verfaßte Notiz, die folgendermaßen lautet:

„In der Borsig'schen Maschinenbau-Anstalt (Seehandlung) hat der Uebergang der Lieferung von Maschinen für die Berliner Kanalisation von Hennigs (früher Union) auf Borsig (Submissionspreis circa 290,000 M.) wenigstens in einige Werkstätten etwas Leben gebracht, während es sonst noch sehr still ist. Uebrigens machen sich nach Aussage Sachverständiger jetzt die Folgen der langen Geschäftsflaue gerade bei der Uebernahme neuer Arbeiten in recht bedenklicher und störender Weise be-

Politische Gefangene in Frankreich.

Es ist eine bekannte Thatsache, daß in keinem Lande der Welt, das erbfreundliche Knutenland ausgenommen, die politischen Gefangenen so unwürdig behandelt zu werden pflegen, wie in Deutschland. Die Aale, meinte die Köchin, haben sich daran gewöhnt, daß ihnen die Haut abgezogen wird — es thut ihnen nicht mehr weh. Jedenfalls haben wir Deutsche uns an Dinge gewöhnt, die ebenso schlimm sind, und leider ist uns vielfach die Fähigkeit, das Unwürdige zu fühlen, abhanden gekommen. Selbst da, wo die Behandlung unserer politischen Gefangenen am besten ist, involvirt sie noch so viel unnöthige Beschränkungen und Unannehmlichkeiten jeder Art, daß z. B. ein Bürger des von unseren Culturkämpfern als reaktionäres Pfaffenland verschrieenen Frankreich erstaunt die Hände über dem Kopf zusammenschlägt. Er kann, in Hinblick auf die Praxis in seinem Vaterlande, diese Scheerereien einfach nicht begreifen. Und allerdings ist in der Behandlung der politischen Gefangenen diesseits und jenseits des Rheins ein Unterschied wie zwischen Tag und Nacht. Man vergegenwärtige sich die deutschen Gefängnißzustände und lese folgende Schilderung eines französischen Correspondenten der „Frankfurter Zeitung" (datirt Paris, 12. Dezember):

Einer der vielen Tage, da ein Ministerium geboren zu werden drohte und nicht zur Welt kam, war durch einen Besuch nach Sainte-Pelagie nicht unnütz angewandt. Das vielgenannte Gefängniß liegt auf dem linken Ufer, unweit der Statue Voltaire's, die man auf einen etwas abgelegenen Platz hat setzen müssen, weil die Priester den Feind ihrer Kirche nicht an vielbesuchter Stelle sehen mochten. Die Anstalt ist ein sehr großer Bau und der Zweck läßt sich an den regelmäßigen schmalen Fenstern schon von außen leicht erkennen.

Um die Abtheilung der politischen Gefangenen zu betreten, muß, etwas umständlich, zuerst eine schriftliche Anmeldung erfolgen. Alsdann wird der Bittsteller, ist das Gesuch genehmigt worden, in ein Buch eingetragen und es genügt nun zum Eintritt die Nennung des Namens. Ich suchte zwei der politischen Gefangenen auf, an welche ich empfohlen war. Günstiger Weise traf es sich, daß das Zimmer des Einen als das beste des Hauses, dasjenige des Andern als das geringste bezeichnet wird, so daß also keine Gefahr ist, die Wohnungen insgesammt nach einem zu guten oder zu schlechten Muster irrig zu taxiren.

Das erstgenannte Zimmer ist sehr bequem, groß und ziemlich hoch. Zwischen dem Mobiliar, das aus Tisch, Bett, Kleiderschrank und Büchergestell besteht, läßt es noch freien Raum genug übrig. Ein breites Kamin sorgt für die Heizung, zwei Fenster geben reichlich Licht. Die Aussicht freilich bietet wenig Verlockendes, denn in der Straße ist nicht viel Bewegung. Der Gefangene hat aber das Zimmer gewählt, weil es geräumig ist, und die Fenster nicht oben an den Wänden als Guckl̈cher, sondern wie gewöhnliche Zimmerfenster angebracht sind. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Derjenige, der in das Gefängniß kommt, wählt von den freien Zimmern dasjenige, welches ihm am besten gefällt.

Der Gefangene hatte Frau und Kind bei sich. Nicht zu ausnahmsweisem Besuch etwa, wie man in Deutschland denken möchte. Die Familie eines politischen Gefangenen in Sainte-Pelagie darf ihm tagtäglich Gesellschaft leisten von Morgens bis des Abends um 4 Uhr. So ist der Gefangene des Familienlebens nicht beraubt. Die Frau, die ihm nahe zu sein wünscht, miethet sich in der Umgebung ein, in diesem, weit vom wogenden Leben der Hauptstadt mehr entfernten, daher auch billigeren Quartier. Sie kann so das Essen bereiten und gemeinsame Mahlzeit halten. Daß Vater und Mutter im Zimmer mit den Kindern spielen, sich die Zeit vertreiben, wie sie wollen, dagegen wendet Niemand etwas ein. Der Gefangene verfügt über den Raum, wie er will. Schon um dieses Vorzugs willen ist die Gefangenschaft für verheirathete Männer viel milder, als die in den deutschen Gefängnissen. Unverheirathete hingegen finden eine Annehmlichkeit darin, daß sie ihre Besuche — immer vorausgesetzt, daß dieselben der Direktion nicht verdächtig sind, — zu jeder Stunde und von keinem Angestellten beaufsichtigt, empfangen können.

Das Zimmer, welches man mir am wenigsten rühmte, ist ebenfalls von ziemlicher Länge und Breite, aber niedrig, einige Treppen weiter oben im Hause und es empfängt das Licht durch zwei kleinere Fenster, die nahe an der Wand angebracht sind. Als Familienaufenthalt böte es weniger Annehmlichkeit. Die Aussicht, wenn man den Kopf hinaussteckt, ist allerdings sehr schön; der Gefangene sieht über einen großen Theil der Stadt Paris weg.

Die Gefangenen können dreimal des Tags je zwei Stunden im Hofe zubringen; sie haben also sechs Stunden für die Bewegung in freier Luft. Und es muß deutlich bemerkt werden, daß sie im Hofe nicht mit anderen Delinquenten zusammentreffen. Die Abtheilung, in der sich die politischen Gefangenen befinden, bildet einen eigenen Pavillon des ganzen Gefängnisses, der gegen die anderen Theile vollständig abgeschlossen ist. Die Strafe, sich in die Gesellschaft von Hehlern, Betrügern und Dieben gebracht zu sehen, oder, was weniger widerwärtig, aber betrübender, die unerwachsenen Jungen betrachten zu müssen, für welche der deutsche Staat keine eigenen Gefängnisse hat und die in der Besserungsanstalt, so oft ein Wärter den Rücken dreht, die Spitzbubengeschichten der Gewohnheitsschelme zu hören bekommen, — diese Strafe, sage ich, bleibt den Gefangenen von Sainte-Pelagie erspart.

Auch davon weiß man hier nichts, daß außer den Freistunden das Zimmer zugeriegelt wird. Jeder darf den Tag über beliebig oft von einem Zimmer zum andern gehen und sich mit den Schicksalsgenossen unterhalten.

Ein Verbot dieser oder jener Zeitung giebt es nicht. Der Gefangene liest, was er will. Die Herren waren verwundert, als ich sie fragte, ob die Lektüre ihnen frei stehe. Auch die Beschränkung, daß zu bestimmter Nachtstunde das Licht gelöscht werden muß, besteht nicht.

Besondere Verwunderung aber erregte meine Frage: „Ich sehe Sie hier in Ihrem gewöhnlichen Bürgerkleide; sind Sie nicht gehalten, das Gefängnißkleid zu tragen?"

„Was verstehen Sie unter dem Gefängnißkleid, diesen Hausrock?"

„Nun, die Gefangenen tragen doch wohl besondere Kleider, man scheert ihnen auch den Bart und die Haare." —

„Gewiß, aber wir sind ja politische Gefangene."

Ich mochte nicht sagen, daß ein preußischer Minister die politischen Gefangenen den Verbrechern gleichgestellt hat, daß an-

:erlbar. Selbst wenn jetzt, so wird geklagt, einmal Arbeit da t, so fehlt es — an Arbeitern, nämlich an tüchtigen Arbeitern, ie man sie früher gehabt. Ein Theil des alten Stammes ist anz und gar dahin; die übrigen sind durch die jahrelange Pause ußer Gewohnheit gekommen und es bedarf immer erst einiger eit, ehe sie sich wieder eingearbeitet haben und in allen Beiehungen das leisten, was sie früher geleistet haben und man on ihnen, um den eingegangenen Lieferungsbedingungen genügen u können, erwartet; junge Kräfte endlich stehen eigentlich gar icht zu Gebote, da es in Folge des Mangels an Beschäftigung ben auch an Gelegenheit fehlte, dieselben anzulernen und auszulernen. Diese Klage mag wohl nicht ganz ungerechtfertigt ein; ein Vorwurf gegen die Arbeiter läßt sich natürlich daraus icht ableiten, wie es ja auch anerkannt wird, daß die geringere eistungsfähigkeit wesentlich eine Folge des langen, von den Arbeitern nicht verschuldeten Brachliegens ist."

Der Verfasser hat ganz recht. Aus der Notiz aber geht zur videnz die Nothwendigkeit hervor, daß die Arbeiter sich auch om heutigen Staate schon das Recht auf Arbeit erkämpfen üssen, wenn sie nicht nach und nach verkommen wollen. Der nfang dieses Kampfes aber ist die Erringung eines Normalrbeitstages von nicht zu hoher Dauer.

— Die Uhrmacher- und Goldarbeiterbranche in der chweiz befindet sich in einer Krise, die schon längere Zeit anuert und bereits Tausende von Arbeitern auf das Pflaster georfen hat. Nach der „Tagwacht" hat ein Theil der Arbeitsosen im Kanton Genf bei Erdarbeiten Beschäftigung erhalten, nd wurden denselben als Staatsarbeitern erst Fr. 2,60, dann r. 2,80 und schließlich 3 Fr. pro Tag gezahlt. Kürzlich nun klärte der Berichterstatter über das Staatsbauwesen im Großen athe, die Tagesarbeit dieser Erdarbeiter sei keine 3 Fr. werth. ie Arbeiter protestirten und verlangten die Arbeit zu den gleien Accordpreisen zu machen, die man an Privatunternehmer ahlt. Als dies gewährt wurde, kamen sich die Arbeiter auf r. 5,60 per Tag zu stehen, worauf nach 14 Tagen die Accordrbeit wieder abgestellt und die Arbeiter mit den vorherigen Fr. Taglohn wieder abgefunden wurden. — Man sieht aus den ngeführten Thatsachen, daß der heutige Staat, daß die Bourgeoisie — ob republikanisch, ob monarchistisch — ohne die Ausbeutung der Arbeiterklasse nicht zu existiren vermögen.

— Osman Pascha und seine Heldenarmee haben selbst den bittertsten Feinden Bewunderung abgezwungen. Von den theaalischen Ovationen der Russen sprechen wir hier nicht. Aber uch die deutschen Russomanen, die bekanntlich russischer sind als ie Russen, können sich dem überwältigenden Eindruck nicht entiehen. Die „Provinzial-Correspondenz" und das preußische Militär-Wochenblatt" zollen dem „Löwen von Plewna" das höchste ob, und die „Magdeburgische Zeitung" begleitet den Artikel es letzteren Blattes mit folgenden Bemerkungen:

„Die vorliegenden offiziellen russischen Berichte über die den ussen bei Plewna in die Hände gefallenen Gefangenen und rophäen bestätigen in glänzender Weise das im „Militär-Bochenblatte" den Leistungen Osman Pascha's von befugter and gezollte Lob. Nach diesen amtlichen Meldungen hat die esammte Artillerie der Türken, mit welcher sie Plewna und die ie um diesen Ort aufgeführten Werke fast fünf Monate hinurch vertheidigten, nur 77 Geschütze betragen, während die Zahl der Kämpfenden, welche am 10. Dezember nach heldenmüthigem Widerstande die Waffen streckten, 33.000 nur wenig berstieg. Mit dieser geringfügigen Streitmacht hatte Osman ascha einem Heer, welches in den letzten 6 Wochen mindestens 20,000 Mann mit 500 Geschützen zählte, einen so Respekt einößenden Widerstand geleistet, daß es seine Bezwingung dem unger und der Kälte überlassen mußte. Zugleich geht aber us den jetzigen russischen Meldungen hervor, daß Osman Pascha u keiner Zeit, vielleicht mit alleiniger Ausnahme des ersten am 20. Juli stattgefundenen Kampfes, seinen Gegnern auch nur annähernd an Zahl gewachsen war. Alles in allem haben jetzt 30 türkische Bataillone die Waffen gestreckt. Die normale Kriegsstärke eines türkischen Bataillons ist 780 Mann, so daß diese 60 Bataillone, selbst wenn sie sämmtlich vollzählig gewesen wären, kaum 46,000 Mann geliefert haben würden. In Wirklichkeit aber waren die Bataillone des Corps, mit welchen Osman Pascha von Widdin aus den Marsch antrat, schon durch den Feldzug gegen Serbien stark gelichtet; außerdem aber ist bekannt, daß ein großer Theil der Truppenmacht, mit welcher er schließlich Plewna vertheidigte, erst nach und nach von Sofia aus ihm zur Verstärkung zugeführt worden ist, und so stellt sich jetzt heraus, daß der türkische Befehlshaber von Plewna zu Anfang wohl kaum über mehr als 25,000 Mann, zu keiner Zeit später aber über mehr als 40,000 Mann verfügt haben kann, während er am 31. Juli von 30.000, am 11. September von 68,000 Mann, die er blutig zurückschlug, angegriffen wurde, während ihn in den letzten Monaten weit über 100.000 Mann umschlossen hielten. Die Erkenntniß dieser militärischen Leistung ersten Ranges erklärt denn wohl auch die sonst auffallende, förmlich bewundernde Art und Weise, in welcher die offiziellen russischen Bulletins von Osman Pascha und seinem Heere sprechen, und die auch in dem Eingangs mitgetheilten Artikel des „Militär-Wochenblattes" zum Ausdruck gelangt."

Nach dem neuesten Berichte kapitulirte Osman Pascha mit nur 27,000 kampffähigen Soldaten. Trotz dieser geringen Truppenzahl wäre der Durchbruchsversuch nach dem Urtheil des „Times"-Correspondenten wahrscheinlich gelungen, wenn die Russen nicht Tags zuvor durch Spione von den Bewegungen der Türken unterrichtet worden wären.

Der obenerwähnte Artikel des „Militär-Wochenblatts" schließt mit einer Lobhymne auf die Russen: „Die Gefangennahme der tapfern Arme Osman Paschas, die Erstürmung von Kars, das Festhalten des Schipkapasses sind Waffenthaten, welche die früheren Unglücksfälle dieses Feldzuges in den Hintergrund drängen ja fast vergessen machen, und den alten Kriegsruhm des russischen Heeres wieder hell erglänzen lassen."

Das ist stark übertrieben. Die Bezwingung von Plewna hat nichts weniger als einen heroischen Charakter; Kars wurde gekauft — bleibt also von den drei militärischen Großthaten die Vertheidigung des Schipkapasses übrig. Und diese eine That hält doch nach keiner Richtung hin den Vergleich mit der Vertheidigung von Plewna aus.

— Vom Kriegsschauplatze ist nur zu melden, daß die Folgen des Falls von Plewna sich nach allen Richtungen hin fühlbar machen. Die Türken mußten das neulich den Russen abgenommene militärisch sehr wichtige Elena freiwillig aufgeben, und auch auf anderen Punkten sich zurückziehen. Ferner haben die Serben endlich den Krieg an die Pforte erklärt. — Das türkische Vermittlungsgesuch ist der russischen Diplomatie offenbar sehr ungelegen gekommen, wie aus der Haltung der Rubelpresse deutlich erhellt. Ihre Hoffnung, es werde von den Garantiemächten sans façon in den Papierkorb geworfen werden, hat sich nicht erfüllt.

— Vorigen Sonnabend wurde in Berlin Genosse Lossau wegen eines Artikels der Rundschau in einer Nummer der „Berliner Freien Presse" vom September d. J. zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt. Der Artikel hatte eine Beschwerde des in Trier inhaftirten Hackenberger gegen die dortige Gefängnißverwaltung wiedergegeben, in welcher eine Beleidigung des Gefängnißdirektors gefunden wurde. Die Zeugenvernehmung Hackenberger's wurde abgelehnt. — Am selben Tage wurde daselbst Genosse Grimpe in zweiter Instanz von der Anklage auf Hausfriedensbruch, welchen er in einer fortschrittlichen Versammlung verübt haben sollte, freigesprochen.

— Wir erhalten folgende Zuschrift: „München, 15. Dez. 1877. Geehrte Redaktion! Ich lese in Nr. 143 des „Vorwärts" folgende Stelle: „Es fällt uns da ein Wort des bekannten Pfarrers, Land- und Reichstagsabgeordneten Westermeyer über den „Pfaffen Döllingerius" ein, als dieser, des neuangefertigten Dogma's der unbefleckten Empfängniß der Maria wegen dem unfehlbaren Papst den Rücken kehrte und die unglücklichste aller politischen Gründungen, den Altkatholicismus verübte: „Hat der Kerl schon so viel Blödsinn hinuntergewürgt, da hätte er wahrhaftig auch diese Kleinigkeit noch mitschlucken können."

„Ich erkläre hiermit, daß ich eine derartige Aeußerung nie gemacht habe, und da ich ein gläubiger Priester bin, sie auch nicht machen konnte.

„Ich bitte, diese thatsächliche Berichtigung unter Bezugnahme auf das Preßgesetz gefälligst aufzunehmen.

Hochachtungsvollst

Dr. Westermayer,

Stadtpfarrer und z. Z. Reichstagsabgeordneter."

Die Bezugnahme auf das Preßgesetz war sehr überflüssig. In einer privaten Nachschrift bemerkt Dr. Westermeyer:

„Obige Aeußerung wird einem Andern, der selber Nichts glaubt, in den Mund gelegt; aber ich kann schon aus Achtung gegen meinen ehemaligen Lehrer Döllinger diesen keinen „Kerl" nennen."

Nun — das wäre kein Grund. Uns wurde Dr. Westermeyer als Urheber dieses „geflügelten Wortes" genannt, dessen er sich wahrhaftig nicht zu schämen hätte. So war's also „ein Anderer."

---

ständige, für das Beste der Nation begeisterte Männer in Deutschland ihre Preßvergehen, was man so nennt, mit Strafkittel, schweren Schuhen und geschorenem Bart büßen.

Eine Einschränkung, welche auch in Deutschland herrscht, ist diejenige, daß der Briefwechsel der Gefangenen überwacht wird. Man lese die Briefe nicht, sagten sie, sondern stelle sie ihnen nur aufgeschnitten zu, aber das Recht der Durchsicht ist unbestritten. Wie rein bureaukratisch dieser Schutz gegen Verschwörung und wie wirkungslos er ist, wird klar, wenn wir uns erinnern, daß Verwandte und Freunde ohne Gegenwart des Wärters oder Direktors mit dem Gefangenen verkehren dürfen.

Wenn ich nun schließlich verrathe, daß nicht alle Redakteure, die sich in Sainte-Pelagie befinden, Berufsjournalisten sind, sondern daß auch manche zu jener Klasse gehören, welche der Witz in Deutschland Sitz-Redakteure genannt hat!? Man kümmert sich in Frankreich nicht darum, ob die als verantwortlich zeichnende Person ein Fachmann oder irgend ein anderer Bürger, ein beliebiger Parteigenosse des verfolgten Blattes sei. Einer der Gefangenen von Sainte-Pelagie hat sich zu seiner Unterhaltung Bretter kommen lassen und den Hobel, den er sonst führt. Es mag hier ununtersucht bleiben, ob die Zeichnung des Blattes durch nicht publizistisch befähigte Männer statthaft sein soll oder nicht; constatirt muß aber werden, daß in dem französischen Staatsgefängniß der Mangel dieser Qualität oder der Verdacht des Mangels Niemandem während der Gefangenschaft eine üblere Lage bereitet.

Das Gefängniß Sainte-Pelagie theilt mit den deutschen Gefängnissen die Eigenschaft, daß es von politischen Strafgefangenen selten leer wird, wenn auch die Kategorien der Vergehen hüben und drüben nicht gerade dieselben sind, — ein Blick auf die gemachten thatsächlichen Angaben beweist jedoch zur Genüge, eine wie viel humanere Behandlung in der französischen Anstalt üblich ist. Und nicht nur daß sie geübt wird, müssen wir bei diesem Vergleiche lobend anerkennen, sondern daß sie, dem Belieben der Beamten entzogen, nach den Gesetzen, welche die reaktionärsten Regierungen nicht zu verschärfen gewagt haben, geübt werden muß.

Aus Großbritannien.

(Schluß.)

Liest man dergleichen und noch stärkere Sprache; sieht man in den Blättern Controversen geführt über diesen Gegenstand unter dem Titel: „Foreign labour and foreign cattle" „Ausländische Arbeit und ausländisches Vieh"); sieht man, wie trotz alledem die Herren Deutschen den Platz nicht räumen, sondern im Bewußtsein der Rolle, die sie spielen, sich in den Bauplätzen gefangen halten und abfüttern lassen, blos damit sie mit den Strikenden nicht in Berührung kommen; erfährt man, daß 35 Söhne des Denkervolkes sogar auf eigene Kosten herüberkamen, um die Plätze der strikenden englischen Klassen-Genossen einzunehmen, und daß noch mehr solcher Helden auf dem Wege sind; hört man auf der einen Seite die Ausbrüche gerechten Unwillens und auf der anderen die Bourgeois-Complimente über die „fleißigen und genügsamen" deutschen Arbeiter: dann überkommt Einen trotz aller „Vaterlandslosigkeit" ein Gefühl der Scham und man kann sich der Erinnerung nicht erwehren an die leider nur zu trefflichen Verse des „Neuen Wintermärchen":

„Das ist von Bedienten die alte Schaar,
Mit dem Rücken, bestimmt zum Gerben," ꝛc.

deren Verlegung in ein Coupé zweiter Klasse (in der zweiten Auflage) als ein schwerer Irrthum sich erweist.

Zum Ueberflusse arbeiten diese Bedientenseelen auch noch regelmäßig Ueberzeit. Aus einem die Blätter durchlaufenden Bulletin über das Stadium des Strikes ist nämlich zu ersehen, daß von den nun an den Law-Courts beschäftigten Steinhauern während der letzten Woche die Engländer 47, die Amerikaner 51½ und die Deutschen 64 Stunden gearbeitet haben!! — Das ist eine Kulturgeschichte in drei Zeilen, die Bände spricht. 64 Stunden pro Woche Steine zu hauen und noch dazu zur Winterszeit! Im Sommer würden sich diese Lohnknechte schwerlich zu Bette legen, nur um so viel wie möglich Geld zu machen aus der herrlichen Gelegenheit!

Die strikenden Londoner Steinhauer geben sich jedoch noch nicht geschlagen, trotzdem schon 203 Ausländer in den Law-Courts arbeiten, und die Herren Arbeitgeber versichern, mehr „Hände" bekommen zu können, als sie für den Augenblick benöthigen. Angesichts des wichtigen Präcedenzfalles fließen die Unterstützungen reichlich und es gelangen wöchentlich zwischen 6—800 Pfd. St. an das Strike-Comité.

Die Mitglieder des communistischen deutschen Arbeitervereins in London thun ihr Möglichstes, um die Strikenden in der Sache zu unterstützen und ihre Landsleute, so weit sie ihnen beikommen können, zum Aufgeben der schmählichen Rolle zu bewegen.

Anderseits hat das Vorgehen der Herren Baumeister Nutzen gestiftet. Die englischen Arbeiter fangen an, einzusehen, daß ihre vaterländischen Verbindungen dem kosmopolitischen Kapitale nicht gewachsen sind; daß es nicht angeht, sich länger mit der chinesischen Mauer des nationalen Dünkels zu umzirkeln; daß hinter den Bergen auch noch Leute wohnen, deren Interesse mit dem ihrigen identisch ist und mit denen sie daher Fühlung suchen müssen. Es haben bereits einige Versammlungen stattgefunden mit dem Zwecke, eine universellere Verbindung der Arbeiterklasse zu erstreben, als sie bisher in diesem Lande Mode war. — Nebst den Delegirten der Trades Unions nahmen an diesen Versammlungen Delegirte des communistischen Arbeitervereins und des sozialdemokratischen Clubs Theil.

Freilich wollen die Engländer von einer politischen Verbindung nichts wissen. Die Organisation soll einen rein gewerkschaftlichen Charakter tragen; allein der Verkehr mit ausländischen Sozialisten wird den Engländern immerhin gut thun, und wenn auch nicht mit dem ersten Anlauf, so wird doch nach und nach eine sozialistische Bewegung ins Rollen kommen.

Ein gutes Vorzeichen dafür ist, daß die „Industrial Review", die den Zustand der sozialpolitischen Atmosphäre eher zu langsam, als zu schnell rapportirt, die betreffenden Versammlungen ad notam nimmt und sogar dem Aufrufe des Secretärs der „General-Union der sozialistischen Partei", van Beveren, ihre Spalten öffnet. — Daß die Herren Leiter dieser Zeitung übrigens ganz wohl wissen, worin die soziale Frage besteht, erhellt aus folgenden Schlußzeilen eines „Leaders" der jüngsten Zeit:

. . . „Die arbeitenden Klassen Englands werden es nicht für immer bei dem Kampfe um das trockne Brod — ungewiß und knauserig ausgetheilt — bewenden lassen. Sie wissen, daß sie als fleißige und bereitwillige Arbeiter zu mehr berechtigt sind: zu einem besseren und höheren Leben, als sich mit ihrer Lage verträgt, und wenn sie nicht großmüthig und weise behandelt werden, dürften sie ihre gewohnte Selbstbeherrschung aufgeben und sich ein solches Leben mit Gewalt zu ertrotzen suchen."

Die zwei zuletzt erfolgten Schiedsrichtersprüche in der Strikeangelegenheit der Schrauben- und Muttermacher durch Herrn Chamberlain und in der Aussperrungs-Angelegenheit der Schiffszimmerer an dem Clyde durch Lord Moncriff, welche beide den Arbeitgebern Recht gaben und die Lohnreduktionen billigten, haben auch nicht dazu beigetragen, das Vertrauen der Arbeiter in die soziale Harmonielehre des Liberalismus zu erhöhen. In beiden Fällen zeigen die Arbeiter nicht üble Lust, gegen den Spruch zu revoltiren. Es hindert sie daran blos ihre durch 8, resp. 6½ monatlichen Kampf erklärliche momentane Erschöpfung. Sobald sie sich wieder erholt, werden sie zweifellos den Kampf von Neuem beginnen — in der alten Weise.

Von den nördlichen Eisendistrikten kommen die trübsten Nachrichten über den Nothstand unter den auf „kurze Zeit" oder ganz außer Arbeit gesetzten „Händen". So zwar, daß der Mayor*) von Darlington sich bereits zur Einleitung einer öffentlichen Subscription veranlaßt gesehen hat. Den Northumberland Kohlengräbern ist neuerdings von den Arbeitgebern eine 12½prozentige Lohnreduktion angekündigt worden. Die Arbeiter verlangen ein Schiedsgericht, was die Herren rundweg abschlagen, da sie der Gerechtigkeit ihrer Sache so sicher sind. Sie wissen nämlich, daß die Arbeiter mit ihrer geschwächten Organisation an Widerstand kaum denken können.

Während im ökonomischen Kampfe Tausende von Pfunden leichten und freudigen Herzens hingegeben werden, zeigt der Sheffielder „Socialist" in seiner Dezember-Nummer an, daß, wenn nicht vor Weihnachten sich eine helfende Hand findet, das Blatt zu erscheinen aufhören muß. Das einzige radikal-sozialistische Blatt, daß im kleinstmöglichen Format monatlich erscheint, kann sich nicht halten. Der Herausgeber sagt, daß er mit 175 bis 200 Pfunden ein anständiges Wochenblatt herstellen kann, das im ersten Jahre 5000 und im zweiten Jahre 10,000 Abonnenten zählen würde. Ein Wochenblatt, daß sich auf die Diskussion des praktischen Lebens einlassen könnte, würde jedenfalls mehr Anklang finden. Besonders in Sheffield und Birmingham. Ob aber das nöthige Kapital sich finden wird, ist sehr zweifelhaft. —

Das letzte entsetzliche Grubenunglück in High-Blantyre hat, wie sich nun durch die Untersuchung herausstellt, wieder in Vernachlässigung der nöthigen Vorsichtsmaßregeln durch die Unternehmer seinen Ursprung gehabt. Man hatte trotz einer kleinen Explosion (die blos einen Mann getödtet und die man verschwiegen hielt), die das Vorhandensein von Gasen anzeigte, Sprengungen fortgesetzt und die Leute mit offenen Lichtern arbeiten lassen! Ob Herr Macdonald („the miners' own M. P." — Der Bergarbeiter eigener Spezialvertreter im Parlament) wohl den Muth haben wird, die Bestrafung der Schuldigen als Todtschläger zu verlangen? —

Lord Hartington, der nominelle Führer der Liberalen, hat jüngst auf einer Erholungsreise nach Schottland auch in Glasgow und Edinburgh Reden geredet. Was die Liberalen thun würden, wenn sie wieder ans Ruder kämen, sagte er nicht, weil er es selbst nicht wußte. Er bemerkte, daß er nicht gekommen sei, um etwas zu sagen, sondern um etwas zu hören. Zu diesem Geständniß brauchte er in Glasgow fünfviertel, in Edinburgh anderthalb Stunden. Die schottischen Liberalen sind darüber wohl nicht sehr erbaut, trösten sich aber damit, daß seine Rede sehr „staatsmännisch" war. Wohl bekomm's! A. Sch.

*) Sprich Mähr: Bürgermeister.

Correspondenzen.

sda. **Wien.** Die Unverschämtheit unseres Klassenstaates hat sich wohl noch selten in so frecher Weise kundgegeben, als es dieser Tage mit Bezug auf den adeligen Mörder Tourville geschah. Dieser noble Bursche wurde bekanntlich des Meuchelmords an seiner Frau, veranlaßt aus der Gier nach deren Vermögen, überwiesen und vom Schwurgerichte zum Tode verurtheilt. Andere, minder blaublütige Meuchelmörder wären längst gehenkt worden, der Todesurtheile wurden ja in Oesterreich in letzter Zeit genug vollzogen und auf Einen mehr oder weniger wäre es nicht angekommen. Aber de Tourville gehörte zur high life, zur „feinen Welt", da durfte man sich einer solchen Brutalität doch nicht schuldig machen — die finsteren Zeiten, wo man es gewagt hatte, auch einem hochadeligen Verbrecher den Garaus zu machen, sind ja glücklicherweise vorüber. Genug,

de Tourville wurde begnadigt und vom obersten Gerichtshofe zu 18 Jahren schweren Kerkers verurtheilt. Das Schönste kommt aber erst: da das Urtheil nun rechtskräftig war, wurde der feine Herr von Bozen in die Strafanstalt Gradisca übergeführt, wo er seine Strafe absitzen soll; aber nicht etwa in einem gewöhnlichen Waggon, wie jeder andere Delinquent, sondern in einem Coupé erster Klasse, wo er in den weichen Polstern ruhen und hinter seidenen Vorhängen Zeitungen lesen konnte. Der Diener, welcher ihm während seiner Verwahrungshaft bewilligt worden war, trug ihm die Sträflingskleider auf den Bahnhof nach. Ist das nicht höchst gemüthlich? Die Entrüstung über diesen Vorgang ist übrigens eine allgemeine, und selbst liberale Blätter, wie z. B. die Grazer „Tagespost", sprechen sich, allerdings nicht gar zu scharf, darüber aus und fragen, ob dem adeligen Mörder in Gradisca vielleicht gar ein Salon zur Verfügung gestellt werden wird.

Während also dieser zufälligerweise mit Geld versehene Landstreicher und Bandit aller Bequemlichkeiten, die man sich denken kann, theilhaftig wird, verhält man in Wien den Sozialdemokraten Reinthal, welcher gar nichts begangen hat, als eine Broschüre — nicht zu veröffentlichen, denn es wurden ja noch vor dem Druck die Pflichtexemplare an den Staatsanwalt gesandt*) — sondern blos geschrieben zu haben, in welcher die mancherlei Eigenthümlichkeiten unserer österreichischen Verfassung nicht gar zu glimpflich weggekommen sein mochten, zwangsweise zur Arbeit, versagt ihm jede Lektüre und die geringste Bequemlichkeit, und nimmt dem in hohem Grade Kurzsichtigen sogar die Brille. Bedarf die Behauptung, daß in unserem heutigen Klassenstaate Klassenjustiz geübt wird, noch eines weiteren Beleges?

Berlin, 14. Dezember. (Allerlei.) Man braucht nur den Polizeibericht eines einzigen Tages zur Hand zu nehmen und man findet darin eine solche Fülle von Elend und Jammer, daß sie den Stoff zu einem mehrbändigen Schauerroman liefern könnten. Am 11. d. M. versuchte sich ein junger Mann in seiner Wohnung zu erschießen; schwer verwundet wurde er in die Charité gebracht. Desselben Tags am Nachmittage vergiftete sich ein alter Arbeiter auf dem Armenkirchhofe durch Alaun. In der folgenden Nacht fand man einen älteren Mann in der Brunnenstraße angeblich schwer betrunken auf dem Trottoir liegen, der nach seiner Ueberführung auf die Polizeiwache am Schlaganfall verstarb. Am selben Tage stürzte ein Zimmergeselle aus dem dritten Stock eines Neubaues in den Kellerraum und zwar, wie der Polizeibericht angiebt, aus Unvorsichtigkeit; zu derselben Zeit fiel ein Schornsteinfegerlehrling vom Dache eines Hauses auf den gepflasterten Hof — hier fehlt im Polizeibericht die „Unvorsichtigkeit" —, der, in die Klinik gebracht, nach kurzer Zeit verstarb.

Die anderen unbedeutenderen Vorkommnisse, die derselbe Polizeibericht mittheilt, will ich unerwähnt lassen — schon die angeführten Thatsachen zeigen uns ein sprechendes Bild der hiesigen Zustände.

Um dieses Bild zu vervollständigen, will ich Ihnen noch einen Gerichtsfall kurz erzählen, der gleichfalls an demselben Tage sich abspielte. Vor einigen Monaten hatte das 15jährige Kindermädchen einer Restaurateursfrau in der Nacht ein Gefäß, in welchem noch etwas Oleum enthalten, zum Wassertrinken benutzt; das arme Mädchen hatte sich die Kehle dermaßen verbrannt, daß es mehrere Monate im städtischen Krankenhause verweilen mußte und darauf mit den Worten entlassen wurde, daß die Folgen der Verengung der Speiseröhre naturgemäß eintreten würden, das heißt mit anderen Worten, daß das Mädchen an diesem Uebel in einiger Zeit sterben würde. Inzwischen hatten die Eltern des Mädchens die Restaurateursfrau ersucht, die geringen Habseligkeiten ihres Kindes herauszugeben; anstatt diesem Gesuch Folge zu geben, denunzirte die Frau das Mädchen wegen Diebstahls, und zwar weil sich in dem Kistchen eine vielfach gestopfte und mit Rostflecken übersäete Schürze, ein paar Pulswärmer und einige Flocken Stickbaumwolle gefunden hätten. Vor Gericht erklärte das kranke Mädchen, daß die Schürze sein Eigenthum sei, was schließlich auch die Denunziantin zugab; daß es von den anderen Gegenständen nichts wisse, und unter Thränen bat das Kind, da es Angesichts seines baldigen Todes keine Lüge sagen könne, und seiner unbescholtenen, ehrbaren Eltern wegen um Freisprechung. Die Frau Restaurateurin aber blieb dabei, daß die Flocken Baumwolle, welche übrigens vom Gericht für werthlos erklärt wurden, und die Pulswärmer ihr Eigenthum seien und daß sie dieselben in dem Kistchen ihres entlassenen Mädchens gefunden habe. Das Gericht verurtheilte das kranke Mädchen zu drei Tagen Gefängniß. — Nicht wahr, das ist eine von den kleinen, unbeachteten Geschichten, an denen man mehr Menschenstudien machen kann, als an den großen geschichtlichen Tagesereignissen?

Und wiederum am selbigen Tage wurden hier drei Kaufmannslehrlinge — und wie die hiesige „Volkszeitung sagt: „aus den besten Familien" — verhaftet, die bei ihrem Lehrherrn schon allerlei kleinere Diebstähle verübt hatten, dann aber nach Schluß des Geschäfts die Kasse erbrachen und 1600 Mark stahlen.

Was Ihnen nun ein Anderer noch erzählen könnte darüber, was desselbigen Tags hier in Berlin an solchen Vorfällen geschah, das möchte wohl ebenso viel sein, als was ich Ihnen mittheilte, und so vielleicht würde noch ein Dritter, ein Vierter 2c. das Bild vervollständigen können — doch glaube ich, daß die in diesem Schreiben erzählten Vorfälle schon genügen werden, um den Lesern einen Begriff von der Misere zu geben, die hier einen ihrer Hauptsitze aufgeschlagen hat.

Lörrach. Es wird wohl an der Zeit sein, daß auch wir einmal wieder an die Oeffentlichkeit treten und zeigen, daß die Arbeiterbewegung, welche im Anfang der 70er Jahre hier im Wiesenthal sehr stark war, nicht ganz ausgestorben ist. Es hat sich nach der in diesem Herbst von den Genossen Dreesbach und Weidemann unternommenen Agitationsreise dahier eine neue Partei gebildet, und ist in der vor etwa 8 Wochen abgehaltenen Arbeiterconferenz Lörrach als Vorort für's badische Oberland gewählt. Am Sonntag den 2. Dezember war nun dahier eine Volksversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die Nothwendigkeit der Organisation der Arbeiter." Das Lokal war ziemlich stark besetzt und referirte Genosse Dorn aus Basel. Im Anschluß an den sehr beifällig aufgenommenen Vortrag Dorn's ergriff noch Genosse Freese aus Basel das Wort, um die Anwesenden aufzufordern, der neugegründeten Partei beizutreten; er hob dabei den Zweck und Nutzen der Organisation resp. der Gewerkschaften hervor und legte vor allen Dingen klar, wie dringend nothwendig es sei, die so tief gesunkene ökonomische Lage der Arbeiter zu bessern. Auch die Ausführungen von Freese wurden beifällig aufgenommen. Da sich kein Gegner zum Wort meldete, forderte Genosse Levy die Anwesenden auf, für ein zahlreiches Abonnement auf das „Badisch-Pfälzische Wochenblatt" zu sorgen. — Der vorläufige Erfolg der Versammlung war, daß sofort mehrere Anwesende der Partei beitraten.

Bockenheim, 2. Dezember. Die auf gestern Abend im Saale des Herrn Schmidt einberufene Volksversammlung war sehr gut besucht und nahm einen überaus befriedigenden Verlauf. Genosse Frohme referirte über die Frage: „Ist die Behauptung des Staatsanwalts Schumann in Hanau, daß die Sozialdemokratie Ehe und Eigenthum vernichten wolle, richtig?" Redner bewies in etwa 1½stündiger, öfter von Beifall unterbrochener Rede, daß die Sozialdemokratie lediglich bestrebt sei, der heute herrschenden Eigenthumsschädigung ein Ende zu machen, daß die ganze heutige Gesellschaft sich gründe auf die gegenseitige Ausbeutung, daß es durchaus rechtlich und vernünftig sei, zu fordern, es solle Jeder den Ertrag ehrlicher und nutzbringender Arbeit in Ruhe und Frieden genießen. Redner kritisirte auch in sehr anziehender Weise den Proudhon'schen Satz: „Eigenthum, welches nicht von Arbeit herkommt oder sich ohne Arbeit erhält, ist Diebstahl!" In Bezug auf die Ehe wies er nach, daß gerade die sogenannten Ordnungsparteien an der Vernichtung der Ehe unausgesetzt thätig seien; daß dieselbe bei ihnen sehr oft nur ein ganz gemeines Geldgeschäft sei. Redner dokumentirte die Wahrheit des Fichte'schen Ausspruches „die Unsittlichkeit wächst mit dem steigenden Stande", durch zahlreiche Thatsachen, und wohl dürfen wir behaupten, daß es ihm gelungen, die Versammlung zu überzeugen, wie sehr Herr Staatsanwalt Schumann mit seinen Ansichten über Eigenthum und Ehe sich im Irrthum befindet. Die Versammlung gab dieser Ueberzeugung denn auch durch Annahme folgender Resolution Ausdruck:

„Die heute Samstag, 1. Dezember, hierselbst tagende Volksversammlung verwahrt sich allen Ernstes und mit aller Entschiedenheit gegen die vom Staatsanwalt Schumann in Hanau, gelegentlich der Verhandlung des Prozesses Zimmermann contra Daßbach und Hormann gethanen Behauptung, die Sozialdemokratie sei bestrebt, Eigenthum und Ehe zu vernichten. Zugleich spricht die Versammlung ihr Bedauern darüber aus, daß ein Staatsanwalt, ein Mann, von welchem allgemein die genaueste Kenntniß der sozialdemokratischen Grundsätze und Bestrebungen vorausgesetzt wird, zu einem solchen Verstoße gegen die Wahrheit sich hat hinreißen lassen. — Diese Thatsache beweist auf's Neue, daß es die heiligste Pflicht jedes wahren Volksfreundes ist, energisch mitzuwirken für Ausbreitung der Erkenntniß in Bezug auf die Bestrebungen der Sozialdemokratie und verspricht die Versammlung, dieser Pflicht jederzeit voll und ganz zu genügen. Das geschieht am Besten durch Verbreitung der sozialdemokratischen Parteipresse, insonderheit des „Volksfreund", der „Rundschau" und des „Vorwärts"."

Nachdem die Herren Böhm, Schrader und Müller zur gleichen Tagesordnung gesprochen, wurde auf Antrag des Herrn Schanze wegen der bereits vorgerückten Zeit die zweite Tagesordnung: „Die Nationalliberalen im preußischen Landtage" für eine weitere Versammlung zurückgestellt. Der Vorsitzende, Herr G. Müller, verlas darauf den Aufruf des Genossen Frohme, betr. die Delegirten-Conferenz der Sozialisten des Maingaues und der anliegenden Kreise. Die Versammlung erklärte sich mit diesem Aufrufe vollständig einverstanden und wählte zu Delegirten die Herren Müller, Schanze und Konradi.

Reichenau bei Constanz, 8. Dezember. Auch hierorts regt sich der Sozialismus. Noch vor Kurzem wollten unsere liberalen Gegner behaupten, es sei kein Boden für den Sozialismus hier vorhanden; doch schon bei der letzten Reichstagswahl spukte das „rothe Gespenst". Besonders günstige Gelegenheit bot sich für die Agitation durch die Verbreitung des „Armen Konrad". Derselbe hat hier über 35 Abnehmer gefunden, auch der „Vorwärts" und das „Pfälz.-Bad. Volksblatt" haben hier schon je vier Abonnenten, sowie die „Neue Welt" einen, und das trotz aller Anfeindungen und Maßregelungen. Daß auch die Ultramontanen gegen uns Front machen, ist leicht begreiflich. Ein Pfaffe verdammte von der Kanzel aus die sozialistische Literatur, da derselbe bei vielen seiner Gläubigen mit seinem diesjährigen Sonntagskalender das Nachsehen hatte. — Im Oktober besuchten uns die Constanzer Genossen, möchten diese doch baldigst wieder einen solchen Ausflug hierher machen. Wir haben zwar auch mit der Ungunst der Verhältnisse zu kämpfen, und es sind auch vier unserer Genossen abgereist, doch ist der Abonnentenstand für die nächste Zeit gesichert. — Im Uebrigen wird die nächste Reichstagswahl unsere Gegner belehren über unsere Fortschritte. Bis jetzt ist hier noch keine Versammlung abgehalten worden, aber vielleicht bietet sich in der nächsten Zeit hierzu Gelegenheit.

H. G.

London. Da mit dem 1. Januar 1878 ein neues Quartal beginnt, so fordere ich die hiesigen Abonnenten und Leser des „Vorwärts" auf, ihre Abonnements erneuern zu wollen. Es ist nothwendig, daß jeder Parteigenosse und Leser es sich zur Pflicht macht, darauf hinzuwirken, daß unsere Abonnentenzahl nicht nur erhalten bleibt, sondern daß sie auch steige — um so mehr ist das unsere Pflicht, als wir hier in London kein anderes Blatt besitzen und der „Vorwärts" das Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands ist. Die Preise sind wie bekannt:

1 Exemplar	3mal	wöchentlich	4	Shilling	2	Pence
2	"	"	3	"	—	"
6	"	"	2	"	6	"
1	"	1mal	3	"	—	"

Ich bitte nun die Bestellungen resp. Erneuerung der Abonnements pränumerando vor dem 27. Dezember machen zu wollen, damit keine Verzögerung im Vertrieb eintritt. Bestellungen nehme ich jederzeit in den Versammlungen, sowie in meiner Wohnung entgegen.

Wilh. Hoffmann, Agent.
37 A Princess str. Leicester Squ. London W.

Erklärung.

In Nr. 140 des „Vorwärts" bringt Herr Gastwirth Adolf Matthes hierselbst die Gründung eines Centralverkehrs und Arbeitsnachweises für sämmtliche Gewerke den reisenden Genossen zur Kenntniß. Die Gewerkschaften der Holzarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Metallarbeiter, Klempner, Buchbinder, Sattler, Tapezierer, Schmiede und Cigarrenarbeiter erklären hiermit, daß sie in keinerlei Verbindung mit Hrn. Matthes stehen, daß obiger Centralverkehr vielmehr nur ein Privatunternehmen des Hrn. Matthes ist und die bisherigen Verkehrslokale dieser Gewerkschaften — in denen weder schlechte Herbergsverhältnisse noch Prellereien zu finden sind — bis zur Gründung einer eigenen Centralherberge auch wie vor von denselben benutzt werden. Da sich in diesen Verkehrslokalen auch gleichzeitig der Arbeitsnachweis befindet, so werden die reisenden Mitglieder obiger Gewerkschaften gebeten, nur in diesen Lokalen — welche in den einzelnen Fachorganen bekannt gegeben sind — zu verkehren.

Hannover, im Dezember 1877.

Das Agitationscomité der vereinigten Gewerkschaften.
J. A.: C. Wölpers.

NB. Die Gewerkschaftsblätter, welche die Bekanntmachung des Hrn. Matthes veröffentlicht haben, werden ersucht, Obiges in ihre Spalten aufzunehmen.

---

*) Beiläufig bemerkt, wurde einige Wochen später ein Buchdruckereibesitzer, welcher obscöne Bilder angefertigt hatte, von der Jury freigesprochen, weil die Bilder vor der Ausgabe confiscirt, also nicht verbreitet worden waren. Derselbe war freilich kein Sozialdemokrat. Auf unserer Kaiserburg prangt übrigens der schöne Satz: Justitia fundamentum regnorum.

Briefkasten

der Redaktion. G. S. in Treven: Unterstützungs- und Darlehnsgesuche gehen uns zur Veröffentlichung so zahlreich zu, daß wir fast in jeder Nummer des „Vorwärts" eines veröffentlichen könnten. Die wohlhabenden Parteigenossen, an die diese Gesuche in der Regel gerichtet sind, sind in unserer Partei aber nur spärlich anzutreffen, und außerdem sind dieselben, wie wir wissen, schon zu sehr in Anspruch genommen, als daß wir sie noch mit derartigen Gesuchen angehen könnten. Ihrem Gesuch müssen wir daher zu unserem Bedauern die Aufnahme versagen. — An K. in Y.: Es sind uns in neuerer Zeit verschiedene Berichte zugegangen, in welchen mit Genugthuung von Siegen der Sozialdemokratie bei den Kirchenvorstandswahlen gesprochen wird. Bald sind es, wie z. B. in Wandsbeck, 474 Stimmen, bald wieder, wie in Ottensen, 232 Stimmen, mit welchen unsere dortigen Genossen den Sieg davontrugen. Ob diese Siege aber für das arbeitende Volk und speziell für die Sozialdemokratie von irgend welchem Nutzen sind, das ist eine Frage, die hier unerörtert bleiben mag. Außer Zweifel steht aber, daß die Genossen in Wandsbeck und Ottensen mit weit mehr Stolz von einem Siege reden könnten, wenn sie uns berichteten: mit dem heutigen Tage sind 474 Personen in Wandsbeck — sind 232 Personen in Ottensen aus der Landeskirche ausgetreten. Das wäre ein Sieg, den die sozialdemokratische Partei mit Freuden registrirte. Entvölkern wir also lieber die Kirche, damit sie, die jetzt so wohlgenährte, an der Auszehrung zu Grunde geht, anstatt daß wir Kirchenvorstands-Wahlsiege feiern. — H. in Treuen: Fragen Sie bei der Redaktion der „Wahrheit" in Breslau an.

der Expedition. J. Mrtn Schmölln: Ein Reichssteuergesetz gibt es nicht. An ein bestimmtes Alter ist die Steuerpflichtigkeit nicht gebunden, sondern darüber zu bestimmen jeder Gemeindevertretung überlassen. — Jul. Albrcht Waldheim: Der Betreffende soll auf Grund des § 230 des Strafgesetzes Klage stellen.— Feiner Leutkirch: Kreuzband an M. in Isny abgegangen. — St. Herbig Würzburg: Sie sind uns nichts schuldig.

Quittung. J Ieb St. Johann Schr. 15,00. Wlhr Kiel Schr. 11,40. Brthl Jankowitz Ab. 7 10. Rß Eckernförde Ab. 3,60. J. Kpp Riehen Schr. 2,20. Untr Jassy Ab. 1,95. Mrtn Schmölln Ab. 8,15. Rrg Mauche Ab. u. Schr. 4,10. Müll Reichenbach Schr. 24,50. Gmbl Heilbronn Schr. 20,00. Zpf Bischofsgrün Ab. 4,50. Frnkl Pest Ab. 25,45. F. Lnd Hamburg d. G. Ab. 100,00. Stmmr hier Ann. 1,10.

Anzeigen 2c.

Hannover.

Grosses Weihnachtsfest!

Gefeiert vom **Sozialdemokratischen Wahlverein** am **1. Weihnachtstage** mit **Concert** und **Ball**, verbunden mit einer **Tannenbaum Plünderung der Kinder.**

Im großen Saale des Herrn Narten.

Anfang des Concerts 4 Uhr. — Tannenbaum-Plünderung 7 Uhr. — Anfang des Balls 8 Uhr.

Für das Comité: **H. Rudolph.**

Den Bestellern vom **Triumph of Order** zur Nachricht, daß durch ein unvorhergesehenes Verhältniß eine Verzögerung eingetreten ist, jedoch werden dieselben binnen kurzen abgesandt. Es mögen sich die Besteller noch eine kurze Zeit gedulden.

London, den 14. Dezember 1877.

W. Hoffmann.

Die

„Berliner Freie Presse",

Organ der Sozial-Demokratie,

erscheint 6mal wöchentlich, Sonntags mit der prachtvoll illustrirten Beilage:

Die Neue Welt.

Die **„Berliner Freie Presse"** bringt **täglich** Leitartikel, **politische Rundschau** mit Originalcorrespondenzen aus **Paris, London, Petersburg, Königsberg, Hamburg, Wien, Pest** 2c., ferner interessante Novellen, Romane und sonstige Feuilleton-Artikel, umfangreichen **Berliner Lokal-Theil**, Bücherschau 2c. 2c. — Außerdem erscheint vom 1. Januar 1878 wöchentlich **gratis** eine Extra-Beilage in Broschürenform, in welcher wir fortlaufend alle **Reichs-**, resp. wichtige **Landes-Gesetze**, verbunden mit den nothwendigen Erläuterungen, bringen werden, so daß unsere Abonnenten nach und nach in den **Besitz einer vollständigen Gesetz-Sammlung** gelangen. Selbstverständlich wird die Hinzufügung weiterer Beilagen hierdurch nicht beeinträchtigt, vielmehr stetig fortgesetzt werden.

Die **„Berliner Freie Presse"** darf sich somit in Bezug auf Reichhaltigkeit mit Recht jeder andern **politischen Tages-Zeitung Berlins** an die Seite stellen. Daß ihr seitheriges Streben Anerkennung gefunden, beweist die fortdauernde Zunahme der Abonnenten, deren Zahl, bei einem 2jährigen Bestehen unseres Blattes, jetzt schon ca. 10,000 beträgt.

Der **Abonnementspreis** beträgt **pro Quartal 4 Mk.** und abonnirt man bei allen deutschen Postanstalten, sowie bei der unterzeichneten Expedition.

Kreuzband-Abonnent pr. Quart.: Für Deutschland, Helgoland, Luxemburg u. Oest.-Ungarn Mk. 6.75, für das übrige Europa Mk. 8.—. — **Inserate** pro 5gesp. Petitzeile nur 25 Pf.

In der Zeitungspreisliste pro 1877 ist die Berliner Freie Presse unter Nr. 560 eingetragen.

Die Expedition der „Berliner Freien Presse".
Berlin SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz Nr. 8a.

Wir empfehlen als besonders geeignet zu **Festgeschenken**

Die Neue Welt.

Jahrgang 1876.

Preis: brochirt M. 5,00 franco. In elegantem Einband M. 7,50 franco gegen baar.

Jahrgang 1877.

I.—III. Qu.

Preis brochirt M. 4,00 franco. In elegantem Einband M. 6,30 franco gegen baar.

Die Einbanddecken tragen das große Titelbild des Heftumschlags in Golddruck, darstellend:

Die Befreiung der Menschheit.

Bei Partien-Bezug entsprechender Rabatt. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten!

Leipzig. **Die Expedition der „Neuen Welt".**
Färberstr. 12. II.

Neue Welt

Heft 4 Jahrgang III.

ist versandtfertig und wird **nur auf ausdrückliche Bestellung geliefert.** Wir bitten also, rechtzeitig Nachricht hierher zu geben.

Die Expedition der „Neuen Welt".

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für (...) Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Vertretungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 430 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. W. Gerge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New ... Golden Square.

Nr. 150. Sonntag, 23. Dezember. 1877.

☛ Der Weihnachtsfeiertage wegen fällt die zweitfolgende Nr. 152 für Freitag, den 28. Dezember aus und erscheint Nr. 152 am 30. Dezember mit einer Doppelbeilage.

Die Redaktion u. Expedition

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Gerberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** 2c. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost Hauptstr. 10 I; für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I; für **Gohlis** 2c. bei Schäfer, Eisenbahnstraße 8; für **Stötteritz** bei E. Grube, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Deutsche Arbeiter und deutsche Arbeitgeber.

Vor wenigen Tagen hatten wir uns mit den systematischen Verleumdungen zu beschäftigen, welche von Seiten der Arbeitgeber und anderer Vertreter der herrschenden Klassen seit einiger Zeit gegen die deutschen Arbeiter geschleudert werden. Der Verfasser des Artikels, den wir damals einer kritischen Besprechung unterwarfen, bezog und stützte sich mit seinem ungünstigen Urtheil über die deutschen Arbeiter auf das Zeugniß „aller Sachkundigen", namentlich in Amerika, welche in der Lage sind, die Leistungen der deutschen Arbeiter mit denen anderer, namentlich amerikanischer und englischer Arbeiter zu vergleichen. Ein eigenthümlicher Zufall setzt uns nun — wenige Tage nachdem unsere Zurückweisung jenes Artikels erfolgt — in den Besitz eines Zeugnisses amerikanischer „Sachkundigen", das den deutschen Arbeitern durchaus nicht ungünstig, im Gegentheil höchst günstig, dafür aber desto ungünstiger für die deutschen Arbeitgeber ist. Das Zeugniß findet sich in einem Aufsatz der „Newyorker Handelszeitung", eines Bourgeoisblatts comme il faut, und ist um so unverdächtiger und gewichtiger, als es von deutschen Bourgeoiszeitungen, z. B. der (nebenbei gesagt sehr gut redigirten) „Volkswirthschaftlichen Beilage" des „Leipziger Tageblatts" (vom 19. d.), ohne ein Wort der Mißbilligung oder selbst nur Nichtübereinstimmung abgedruckt wird.

Der Aufsatz, betitelt: „Der deutsche und der amerikanische Kaufmann", von Georg Asmus, entwirft ein keineswegs schmeichelhaftes Bild von dem deutschen Kaufmannsstande. Es ist da u. A. die Rede von der „allgemeinen Klage über die kleinlichen Kniffe und absurden Fälschereien der deutschen Krämer." „Jeder Fremde (so heißt es weiter), welcher Deutschland bereist, spricht mit Ekel davon. Da sind keine festen Preise; die Etiketten sind gelogen; gemahlener Pfeffer und Zimmet kosten unendlich viel weniger, als das unverfälschbare ganze Gewürz; elende Cigarren stecken in Originalkisten aus Cuba, und die Weine in den Hotels sind dünnflüssige Schurkerei. Wenn denn die dummen Buben Krämer werden müssen, so nehme man doch wenigstens so ganz dumme dazu, daß ihnen der Kopf zum Betrügen fehlt."

„Hier (in Amerika) ist das wesentlich anders", bemerkt charakteristisch der Verfasser, der die Seele eines Großbourgeois hat und die kleinen Betrüger souverän verachtet, „wenn der Amerikaner betrügt, so thut er es im Großen; nichts ist ihm verächtlicher als kleinliche Nörgelei, und selbst der Newyorker Taschendieb steht edel da gegen seinen Londoner Collegen; er würde sich schämen, ein Taschentuch zu stehlen."

Doch weiter zu der Stelle, welche uns hauptsächlich interessirt:

„Mit innigem Bedauern (schreibt der amerikanische „Sachkundige") muß ich es aussprechen, daß hier viele deutsche Geschäfte, welche ihre Basis im Importiren deutscher Gewerbeprodukte hatten, und die noch vor einem Jahrzehnt in guter Blüthe standen, entweder zu Grunde gegangen sind, oder doch nur noch ein Scheinleben fristen. Aber in den meisten Fällen sind nicht Zeitverhältnisse oder sonst außer Berechnung liegende Umstände, sondern Indolenz, Steifheit aller Anschauung und kleinlicher Krämersinn schuld daran. Alle Importeure, die deutschen durchaus nicht abgerechnet, sagen, sie hätten es weit lieber mit französischen oder englischen Fabrikanten zu thun, als mit deutschen. Da würde an Allem herumgespart, am Maß, am Gewicht, am Ausschließen zweifelhafter Produkte und schließlich noch an Ausstattung und Verpackung, so daß des langweiligsten Hin- und Herschreibens gar nie ein Ende sei. Nehmen wir für den erwähnten Verfall ganzer Geschäftszweige ein Beispiel. Der Import der unter dem Namen Pforzheimer bekannten Goldwaaren war noch vor etwa fünfzehn Jahren ein so bedeutender, daß eine ganze Anzahl hiesiger Häuser davon floriren konnte. Doch die Gehalt- und Gestaltlosigkeit jener Schmucksachen wollte nach und nach keinen rechten Geschmack mehr finden und selbst ihre Billigkeit konnte nicht mehr verfangen. Amerikaner ließen sich gute Arbeiter von drüben kommen, machten sich praktische Maschinen, bestanden auf besseren Mustern und ließen es an nichts fehlen, den Herren drüben den Standpunkt klar zu machen. Diese aber duselten ruhig weiter; sie kamen nicht hieher und etablirten Fabriken, deren Blüthe ihnen doch durch 25 Proz. Eingangszoll gesichert genug erscheinen mußte; nein, sie warfen die Flinte ins Korn und der reiche Markt einer halben Welt ging hoffnungslos für sie verloren. Heute ist dieser ganze Industriezweig in Händen von Amerikanern und nur die Arbeiter sind dieselben geblieben."

Wie gefällt Euch das, Ihr Verleumder der deutschen Arbeiter?

Wer ist an dem „Rückgang" unserer Industrie Schuld?

Also ein wichtiger deutscher Industriezweig ist durch die Schäbigkeit und Dummheit der deutschen Arbeitgeber zu Grunde gegangen, wohingegen die deutschen Arbeiter in dieser Branche sich so tüchtig gezeigt haben, daß sie von den „smarten" (schlauen) amerikanischen Arbeitgebern nach Amerika gezogen worden sind, um dort den für Deutschland verlorenen Industriezweig einheimisch zu machen und zur Blüthe zu bringen — was auch vollkommen gelungen ist.

Was von diesem einen Industriezweig, das gilt von vielen, das gilt im Allgemeinen von unserer ganzen Industrie.

Indeß, wir Sozialdemokraten sind gerecht — es ist fern von uns, in der Ungerechtigkeit unserer Feinde einen Grund zur Ungerechtigkeit gegen unsere Freunde zu erblicken. Unsere Anschauungsweise, welche die herrschenden Gesellschaftszustände als nothwendige organische Entwickelungsformen auffaßt, verbietet es uns, die Verantwortlichkeit für diese Zustände auf einzelne Personen zu wälzen.

Die schlechte Lage, den „Rückgang" der deutschen Industrie erklären wir nicht aus der Untüchtigkeit, aus den betrügerischen Praktiken der deutschen Arbeitgeber, sondern wir erklären umgekehrt die Untüchtigkeit und die betrügerischen Praktiken der deutschen Arbeitgeber aus der ungünstigen Lage der deutschen Industrie. Deutschland ist ökonomisch nicht so vorgeschritten wie England, Frankreich, die Vereinigten Staaten; die Großproduktion ist in Deutschland noch heute bei weitem nicht vorherrschend; unsere Arbeitgeber verfügen durchschnittlich über geringere Kapitalien, als die Arbeitgeber der ebengenannten drei Culturländer.

Die nothwendige Folge dieser Thatsache ist, daß unsere Arbeitgeber, die sich auf dem Weltmarkt in einem Konkurrenzkampf mit überlegenen Gegnern befinden, genau zu denselben Auskunftsmitteln ihre Zuflucht nehmen, durch welche die Kleinproduktion auch in der Binnenconkurrenz ihr Dasein der Großproduktion gegenüber zu fristen sucht: zur Herstellung billiger aber schlechter, mehr oder weniger verfälschter, blos auf den Schein gearbeiteter Waaren. Man sieht: das „billig und schlecht" ist die natürliche Consequenz unserer untergeordneten wirthschaftlichen Entwicklungsstufe. Das Unglück Deutschlands war und ist, daß es mit ungenügenden Kapitalien auf dem Schlachtfelde des Weltmarktes zu kämpfen hat.

Wir machen sonach den einzelnen deutschen Fabrikanten für unsere industrielle Misère nicht verantwortlich. Ganz entschieden aber müssen wir dagegen protestiren, daß man die deutschen Arbeiter dafür verantwortlich mache. Der deutsche Arbeiter hat den Beweis geliefert, daß er die Conkurrenz mit den Arbeitern keines anderen Landes zu scheuen hat, während die deutschen Arbeitgeber in der Conkurrenz mit den Arbeitgebern Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten schmählich unterlegen sind.

Ein Urtheil.

(Fortsetzung.)

Die übrigen gegen den (sic!) Kaulitz erhobenen Beschuldigungen betreffend;

In Erwägung, daß derselbe in seiner Rede vom sechszehnten Juni eingestandenermaßen den Bürgermeister Meyer von Malstatt, welcher sich an einem dem (!) Kaulitz zu Ohren gekommenen Privatgespräche über den vermeintlich von Kaulitz bezogenen Gehalt als Agitator geäußert hatte, dieserhalb öffentlich und unter besonderer Betonung einen Lügner genannt, und dadurch, abgesehen von der nicht bewiesenen Wahrheit oder Unwahrheit des behaupteten Gehaltbezuges in der Form dieser Aeußerung jedenfalls sich einer Beleidigung schuldig gemacht hat;

daß derselbe sodann im ersten Blatte der „Freien Volksstimme", unter dem Titel „Lokales" Malstatt, den Polizei-Commissar Schiller dadurch lächerlich zu machen versuchte, daß er behauptete, derselbe habe eine von ihm, Kaulitz, geleitete Malstatter Volksversammlung unter Citirung eines durchaus nicht auf den Fall passenden Strafparagraphen — Paragraph einhundertundsiebenzig — aufgelöst, während sowohl Schiller als wie namentlich der unparteiische Zeuge Reuß bekunden, daß der Paragraph einhundertunddreißig, jedenfalls nicht der Paragraph einhundertundsiebenzig, citirt worden sei, daß demnach eine Beleidigung im Sinne des Paragraphen einhundertsechsundachtzig, und zwar eine öffentliche vorliegt;

In Erwägung, daß in gleicher Weise in dem Artikel „Rußland, Borußland und so weiter" in Bezug auf den Gensdarmen Clär die Bezeichnung „Schandarme" gebraucht und auch sodann indirekt ausgesprochen wird, daß in dem Ortspolizeigefängnisse zu St. Johann Mißhandlungen von Arrestanten vorkämen und ungestraft blieben, daß aber, abgesehen von dem fehlenden Nachweise der Richtigkeit solcher Behauptungen, das Vorkommen von nächtlichem Schreien und Rufen aus dem Arresthause nach den Aussagen des Polizei-Commissars Wirtz, darin seine Erklärung findet, daß fast allnächtlich Trunkenbolde, Vagabunden und Verbrecher, zuweilen auch Geisteskranke zur Einsperrung nöthigen und alsdann durch Toben ihrem Unmuthe freien Lauf lassen, daß daher jene Behauptungen öffentliche Beleidigungen enthalten;

In Erwägung, daß in Numero zwei der „Freien Volksstimme" in dem Artikel: „aus dem Lande des heiligen Zopfes" den Polizei-Commissar Wirtz durch Erzählung erdichteter oder jedenfalls entstellter Unterredungen desselben mit einem anderen Beamten in Betreff seiner, des Kaulitz, Verhaftung, lächerlich gemacht und dadurch öffentlich beleidigt worden ist;

In Erwägung, daß auch endlich in Numero eins der „Volksstimme" ein Artikel: „Arbeiter-Risiko" einer hiesigen Firma Böcking und Dietzsch der Vorwurf gemacht ist, daß sie aus Sparsamkeitsrücksichten die Verletzung eines jugendlichen Arbeiters ihrer Fabrik verschuldet, während durch vorgelegte Untersuchungsakten nachgewiesen ist, daß der durch die Maschine verletzte Knabe unter gehöriger Aufsicht beschäftigt war und das ihm widerfahrene Unglück durch instruktionswidrige Handlungen selbst verschuldet, — daß der Vorwurf gegen dessen Arbeitgeber also ein ungerechtfertigter und im Sinne des Paragraphen einhundertsechsundachtzig strafbar ist;

In Erwägung, daß sämmtliche Beleidigungen in verschiedenen Artikeln enthalten und gegen verschiedene Personen gerichtet sind, daher realiter concurriren und als öffentliche auch die Folgen des Paragraphen zweihundert nach sich ziehen; auch in allen Fällen die erforderlichen Strafanträge vorliegen;

In Erwägung, was die incriminirte Beleidigung des Arresthausverwalters Heitmann und des Schließers Reimann betrifft — in Numero eins der „Freien Volksstimme" in dem Artikel: Lokales — daß nach Aussage des Reimann der beschuldigte Kaulitz allerdings nicht unmittelbar nach Vorzeigung seiner damaligen Freilassungs-Ordonnanz, vielmehr wegen geschlossener Bureau-Stunde und angeblich nothwendiger Einholung des Consenses des Arresthausverwalters erst circa zwei Stunden später in Freiheit gesetzt ist, — daß bei der trotzdem anzunehmenden bona fides des Schließers die Behauptungen des Kaulitz der thatsächlichen Grundlage nicht entbehren, und auch in der Form eine Beleidigung nicht enthalten, Kaulitz also dieserhalb nicht straffällig erscheint;

In Erwägung, zu dem zweiten Beschuldigten Hackenberger übergehend, daß derselbe in seinen Reden vom sechszehnten und dreiundzwanzigsten Juni, achten und vierundzwanzigsten Juli ebenfalls das herrschende Arbeits- und Lohn-System als ein frivoles Ausbeutungssystem dargestellt und das Loos der Arbeiter den Arbeitgebern gegenüber als ein so verächtliches, durch die Ausbeutung Seitens der letzteren vorsätzlich herbeigeführtes, auf unsittlichen Prinzipien beruhendes dargestellt hat, daß seine Aeußerungen nothwendig den Haß der arbeitenden Klassen gegen die anderen Klassen erzeugen mußten; daß er namentlich von dem Hunger der Arbeiter, von dem Untergehen Tausender derselben am Hungertyphus geredet, und keinen einzigen Fall so vorgekommenen Elends oder Todes in hiesiger Gegend anzuführen gewußt; daß er behauptet hat, die Arbeiter würden in Ostpreußen mit der Knute behandelt, daß er ferner von dem Wuthgeheul der Gegner redete und sagte, das Bestreben des enterbten Volkes könne nicht mehr niedergehalten werden; ferner, der Arbeiter könne nicht zu seinem Rechte gelangen, sein Fleiß gereiche zu seinem Nachtheile und dergleichen; daß er namentlich auch über die weibliche Arbeiterschaft die frivole und verletzende Aeußerung gethan: dieselbe werde durch die Schuld derjenigen, welche den Reichthum in ihren Händen concentrirt haben, der Prostitution anheimgegeben, daß er somit in dieser Allgemeinheit unwahre, zu Haß und Unfrieden aufreizende Aeußerungen gemacht, indeß nicht bloß hierzu, sondern, wenn auch in verdeckter und verschleierter Weise, die arbeitende Klasse zu Gewaltthätigkeiten gegen die Wohlhabenderen angereizt habe; daß dies namentlich aus seinem Vergleiche der numerischen Kraft des Arbeiterstandes mit der der Arbeitgeber hervorgeht, indem er wörtlich sagte: „unserer sind achtzig Prozent der Bevölkerung und die uns gegenüberstehen, sind nur eine Hand voll, die uns

plagen, und das große Volk läßt sich das gefallen;" daß dies ferner erhellt aus seiner in der Rede vom vierundzwanzigsten Juli gebrauchten Betonung des Umstandes, daß bis jetzt alles ruhig geblieben sei, ferner aus seinen historischen Rückblicken auf früher stattgefundene Revolutionen; daß also der Schluß gerechtfertigt ist, daß die Intention des Redners war, mit eventuellen Unruhen numerisch überlegener Massen zu drohen und die Arbeiter zu eventuellen Gewaltthätigkeiten zu verführen;

In Erwägung, daß zur Interpretation dieser Intention auch die Gemeinschaftlichkeit der Bestrebungen des Hackenberger und des Kaulitz und der Umstand, daß letzterer in Gegenwart des Hackenberger direkt zu Gewaltthätigkeiten aufforderte, in Betracht kommen muß;

In Erwägung, daß bei Beurtheilung des strafrechtlichen Charakters der durch Reden und Schriften dokumentirten Agitationen, es weniger auf den etwa absichtlich gewählten, milderen Ausdruck in einzelnen Reden, als vielmehr darauf ankömmt, daß die Reden, respektive Zeitungsartikel in ihrer Gesammtheit darauf gerichtet sind und dahin führen müssen, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die eine Klasse der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen die andere aufzureizen, so daß durch die, wenn auch äußerlich mäßigen und weniger verfänglichen Redensarten bei den betreffenden Zuhörern und Lesern, eine derartig tiefe Verachtung allmählich erzeugt werden soll, um nur eines geringen Anstoßes zu bedürfen, damit der aufgespeicherte Haß zur thatsächlichen Verwirklichung gebracht werde;

In Erwägung, daß die Erzielung dieses Effectes im untergebenen Falle um so mehr anzunehmen ist, als die Reden und Schriften vornehmlich für eine Klasse der Bevölkerung berechnet sind, von der ein reiferes Urtheil über die Berechtigung und gesetzmäßige Abänderung sozialer Zustände kaum zu erwarten sein dürfte; — daß diese Erwägung im untergebenen Falle eine um so berechtigtere ist, als einer der Beschuldigten dem Polizeicommissar Wirtz gegenüber auf dessen Vorhaltung, warum er gerade mit den am wenigsten gut beleumundeten Personen und dazu noch in den verrrufensten Herbergen hiesiger Stadt verkehre, sich dahin äußerte, daß er solche Elemente, obgleich dieselben mit wenigen Ausnahmen nicht wüßten, worum es sich handle, zur Erreichung seiner Parteizwecke gewinnen müßte;

In Erwägung, daß es ferner nach Paragraph einhundertunddreißig des Straf-Gesetz-Buches auch nicht nothwendig ist, daß der öffentliche Friede wirklich gestört werden, vielmehr die objectiv nahe liegende Möglichkeit einer gewaltthätigen Störung dieses Friedens genügt;

daß indeß über die Requisite des Paragraphen einhundertunddreißig hinaus thatsächlich Gewaltthätigkeiten stattgefunden haben, und daß diese Erfolge für die oben erwähnte Intention des Hackenberger und für seine strafbare Anreizung im Sinne des Paragraphen einhundertunddreißig reden, indem zum Beispiel während seiner Rede zu St. Johann am achten Juli, wo mehrere Eisenbahn-Beamte als Zuhörer waren, nach dem Zeugnisse des Nepilly in Bezug auf diese aus der Arbeitermenge der Ruf ertönte: „Hinaus mit den Lumpen;" und daß nach Beendigung der Rede vom vierundzwanzigsten Juli der in dieser Versammlung anwesend gewesene Fabrikant Möhle beim Nachhausegehen im Dunkeln hinterlistig angefallen und derartig auf den Kopf geschlagen wurde, daß er niederstürzte; daß diese Mißhandlung eines in der Nachbarschaft des Versammlungsortes wohnenden Arbeitgebers Seitens eines unbekannten Thäters und ohne jegliches andere ersichtliche Motiv nur als Folge der agitatorischen Aufreizung angesehen werden kann, und zwar um so mehr, als nach der Aussage des Zeugen Faller, welcher ebenfalls in der letzten Versammlung war, aus einem Haufen vor dem Lokale verweilenden Arbeiter der Ruf ertönte: „wir wollen nachgehen und sie mit Steinen todtschmeißen," Drohungen, die ja nur gegen die den Arbeitern als Feinde geschilderten anderweitigen Klassen der Bevölkerung gerichtet sein konnten;

In Erwägung zu der gegen den (!) Hackenberger auf Grund des Paragraphen einhunderteinunddreißig erhobenen Beschuldigung: daß derselbe in seiner Rede vom sechszehnten Juni zu Malstatt die Einrichtung der stehenden Heere als eine Plage für das Volk bezeichnet und geäußert hat: „vierhundert Millionen Mark müssen jährlich für Unterhaltung des stehenden Heeres gezahlt werden, wofür wir gar nichts haben, als daß unsere Söhne, wenn sie zwanzig Jahre alt sind, und die armen Familien unterstützen könnten, in einen bunten Rock gesteckt werden und drei Jahre für nichts und wieder nichts dienen müssen;"

In Erwägung, daß Hackenberger auch, wie die Zeugen Schiller und Michel bekunden, Aeußerungen gemacht, „es geschehe nichts für die Arbeiter, wenn sie ihr Blut fürs Vaterland verspritzt," während auch ihm das Gegentheil aus dem Invalidengesetze bekannt sein mußte; daß er ferner behauptet, der Arbeiter würde durch zu hohe Steuern bedrückt, und ihm im Nichtbezahlungsfalle das Bett unter dem Leibe weggenommen, während er wissen mußte, daß gewisse geringe Einnahmestufen steuerfrei sind, und ein Verkauf des einzigen Bettes im Executionswege unzulässig ist; daß er ferner geäußert, die Millionen resp. Milliarden seien verpulvert, während ihm nicht unbekannt sein konnte, daß über diese, wie über sämmtliche Staatseinnahmen die gesetzmäßigen Körper zu bestimmen und in gesetzmäßige Weise bestimmt haben; daß er endlich auch gesagt: „man beabsichtige das Volk ohnmächtig zu machen," was nur auf die allgemeine Gesetzgebung bezogen werden kann; ferner daß heutzutage: „Ordnung Unordnung sei", wobei er ebenfalls nur die Staatseinrichtungen im Auge gehabt haben kann; daß also sowohl diese, als auch Anordnungen der Obrigkeit verächtlich gemacht sind und ein Vergehen gegen den Paragraphen einhunderteinunddreißig vorliegt;

In Erwägung, daß indeß die ferneren gegen den (!) Hackenberger gerichteten Beschuldigungen: dahin gehend, sowohl für seine Person, als auch durch Hilfeleistung des Beschuldigten Kaulitz den Paragraphen einhundertundzehn des Straf-Gesetz-Buches verletzt, sowie dem genannten Kaulitz auch in Bezug auf dessen Vergehen gegen die Paragraphen einhundertunddreißig, — einhundertundeindreißig Hilfe geleistet zu haben, hinreichende Belastungsmomente nicht vorliegen;

In Erwägung zur Strafzumessung, daß im Allgemeinen gegen beide Beschuldigte es besonders gravirend erscheint, daß sie unzweifelhaft nur zum Zwecke agitatorischer Thätigkeit im Sinne einer staatsgefährlichen Umsturzpartei in den hiesigen, bisher ruhigen und friedlichen Industriebezirk gekommen sind, und durch ihre Reden und Schriften nicht nur den Samen der Unzufriedenheit in den von ihnen beeinflußten Theilen der Arbeiterbevölkerung ausgestreut, sondern dieselben auch thatsächlich derart aufgeregt haben, daß notorisch eine allgemeine Besorgniß vor dem Ausbruch der wachgewordenen Leidenschaft bestand und begründet war;

daß auch, wie bereits oben erwähnt, nach der letzten Versammlung vom einundzwanzigsten Juli dieser Ausbruch von Gewaltigkeit (sic!) gegen einen Arbeitgeber wirklich erfolgt ist;

In Erwägung zur Strafzumessung im Speziellen, daß zwar dem Kaulitz größere und qualitativ schwerere Gesetzesübertretungen gegenüber (sic!) dem Hackenberger zur Last fallen, andererseits aber bei demselben dessen nicht zu verkennende jugendliche Unerfahrenheit und bisherige Straflosigkeit ebenfalls in Betracht zu ziehen sind, während beim zweiten Beschuldigten Hackenberger erschwerend ins Gewicht fällt, daß er, obgleich scheinbar mäßiger auftretend, doch dieselben aufrührischen Ziele als bezahlter Agitator verfolgt, und bereits wegen Vergehens gegen Paragraph einhundertunddreißig, und zwar fast genau wegen derselben Provocationen mit einem Jahr Gefängniß bestraft worden ist, und es deshalb gerechtfertigt erscheint, denselben wegen des wiederholten Vergehens gegen Paragraphen einhundertunddreißig zum Maximum der Strafe zu verurtheilen;

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Sehr naiv ist Herr Lasker — das hat er in diesen Tagen zweimal recht drastisch bewiesen, das eine Mal schriftlich, und das andere Mal mündlich. In seiner „Berliner autographirten Correspondenz" hatte er, anknüpfend an die bekannten Vorgänge im sächsischen Landtag, die kühne Behauptung aufgestellt, „daß von der Tribüne der preußischen Volksvertretung herab bei den stärksten Angriffen auf die preußische Gerichtspflege der Mißstand in der Organisation gefunden, niemals aber der Charakter der Richter angezweifelt wurde." Die Berliner „Volkszeitung" machte sich nun den Spaß, einige der von uns neulich mitgetheilten Aeußerungen von preußischen Abgeordneten und Parteigenossen des Herrn Lasker abzudrucken, und fragte ihn, ob er noch bei seiner Behauptung stehen bleibe. Darauf antwortet nun Herr Lasker in seiner „Correspondenz": „Wir räumen ein, daß die Behauptung in dieser Allgemeinheit nicht aufrecht zu erhalten ist; wir haben die erregten Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses im Februar 1866 nicht mehr im Sinne gehabt (!); haben uns jetzt aber überzeugt, daß damals Worte gefallen sind, die allerdings den persönlichen Charakter einzelner preußischer Justizbeamten stark anzweifelten. Wie viel an diesen Zweifeln und namentlich an der Form, in welcher sie zum Ausdruck gelangten, die damals sehr hochgehende politische Aufregung Antheil hatte, mag dahin gestellt bleiben; so viel steht uns fest, daß es sich nur um seltene Ausnahmen gehandelt hat, aus welchen kein Schluß von allgemeiner Geltung gezogen werden kann. Unser Urtheil über die sächsischen Angriffe bleibt nach wie vor aufrecht stehen."

Also „wir" geben zu, daß wir einen der wichtigsten Vorgänge in der parlamentarischen Geschichte Preußens vergessen hatten — allein „uns", d. h. dem Hrn. Lasker, „steht es trotzdem fest, daß es sich nur um seltene Ausnahmen gehandelt hat." Kennt Herr Lasker nicht den im Reichstag besprochenen Prozeß gegen Most? Nicht die Prozesse gegen den Grafen Arnim? Nicht die Prozesse gegen Hackenberger und Kaulitz? und die Dutzende ähnlicher Prozesse, die auf die preußischen Richter zum Mindesten kein günstigeres Licht werfen, als der Twesten-Prozeß? Wo nicht, so lerne er sie kennen — in den Spalten des „Vorwärts" findet er gerade jetzt prächtiges Material — und so gewiß er ein urtheilsfähiger Jurist und ehrlicher Mann ist, wird er zugeben, daß er sich auch mit der Behauptung, das seien nur „seltene Ausnahmen" gründlich geirrt hat.

Zum Privatvergnügen des Postgenies mit allzu stark entwickeltem Erwerbssinn, das uns in der „Weserzeitung" das hochparlamentarische Schmeichelwort: „Infamie" an den Kopf warf, weil wir auf die notorische, jedem Reichstagsabgeordneten bekannte Thatsache angespielt hatten, daß bei dem Beschluß zur Verlegung des Reichsgerichts nach Berlin die Erinnerung an gewisse Thaten preußischer Richter mitgewirkt habe, — zum Privatvergnügen dieses nationalliberalen Biedermanns sei hier erwähnt, daß die Berl. „Volkszeitung" in ihrer Abfertigung der obigen Laskeriade es „in hohem Grade erfreulich" nennt, „daß das oberste Reichsgericht dem gefährlichen Dunstkreis (in dem preußische Richter mitunter zu leben haben) entrückt ist."

Nach der schriftlichen die mündliche Naivetät des Herrn Lasker; dieselbe wurde in der Landtagssitzung vom 17. d. verübt, wo Herr Lasker von dem ultramontanen enfant terrible, dem Hrn. v. Ludwig, der wieder auf das Gründerthema gerathen war, in die Enge getrieben, es für „lächerlich" erklärte, dem Abgeordneten Ludwig zu antworten, dann aber die „Lächerlichkeit" beging, eine lange Rede gegen den Abgeordneten Ludwig zu halten, und in dieser „lächerlichen" Rede noch die spezielle „Lächerlichkeit" zu begehen, daß er das Glagau'sche Buch „nie gelesen" zu haben versicherte, dabei aber tapfer auf das „nie gelesene" Buch schimpfte, von dem er genau wußte, daß es blos „für buchhändlerische Spekulationszwecke zusammengetragen" sei. Da Herr Lasker seiner eigenen Aussage nach das Buch „nie gelesen" hat, so hat er es wohl nach der Manier hysterischer Hellseherinnen auf den Magen gelegt und mit dem „inneren Sinn" seiner „Mannesseele" den Inhalt erforscht. Gelogen kann er doch nicht haben. Beiläufig erwiderte Herr von Ludwig, Herr Lasker habe zwar eine lange Rede geredet, aber nichts widerlegt. Und darin hatte Herr von Ludwig Recht. In der nämlichen „Lächerlichkeits"-Rede kam Herr Lasker auch auf die vermeintliche Beleidigung der preußischen Richter durch Herrn von der Planitz zu sprechen, dessen Aeußerungen Hr. v. Ludwig citirt hatte. „Endlich hat es," so perorirte Hr. Lasker mit dem Pathos der Entrüstung, „endlich hat es dem Abg. v. Ludwig beliebt, sich zum Mundstück der unerhörten Angriffe zu machen, die von partikularistischen Mitgliedern der sächsischen Kammer auf die preußische Justiz vom Stapel gelassen sind. Die Geschäftsordnung verbietet es mir, das Vorgehen des Abg. von Ludwig, diese Angriffe hier zu wiederholen, mit dem richtigen Worte zu bezeichnen."

Entsetzlich! Und in seiner „Autographirten" hatte derselbe Herr Lasker Tags zuvor kleinlaut zugestehn müssen, daß die „Angriffe" nichts weniger als „unerhört" waren. Der redende Lasker scheint den schreibenden Lasker nicht zu lesen, was allerdings noch wunderbarer ist, als daß der gründertödtende Lasker die Schrift Glagau's nicht gelesen hat.

— Schimpf-Richter's Auftreten ist selbst seinen Freunden zu arg. Sie ließen ihn allerdings gewähren, so lange er seine Stinkbomben lediglich nach den Sozialdemokraten warf, aber nachdem er sich sein Ziel auch in Börsen- und liberalen Literatenkreisen sucht, auf die er brodneidisch zu sein scheint, nachdem er sich, ohne zu erwidern, das Wort: „Wahnsinniger Verläumder" von Seiten einer Börsenzeitung hat an den Kopf werfen lassen und sich im Uebrigen hinter sein Abgeordnetenmandat verkriecht, jetzt wird es der liberalen Presse insgesammt denn doch zu arg und sie thut den Schwätzer in Acht und Aberacht. Sie klagt, daß der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses die Würde der Versammlung nicht wahre, indem er solche Richter'sche Verleumdungen gegen wehrlose Abwesende dulde. Die „Tribüne" weiß sich nicht anders zu helfen, als daß sie die Autorität des Präsidenten des Abgeordnetenhauses ganz besonders anruft, obwohl sie meint, daß die Wahrung der Würde des Hauses durch den Präsidenten in solchen Fällen nicht allzuleicht sei: „Nichts destoweniger würde es nur einer einfachen vertraulichen Verständigung, im äußersten Falle eines Zusatzes zur Geschäftsordnung bedürfen, um dem unwürdigen System von schrankenlosen Angriffen nach außen und ebenso schrankenlosen Akten der Selbsthülfe gegen die Angreifer Einhalt zu thun. Die Immunität des Abgeordneten ist ein feierlich verbrieftes Recht, aber diesem Rechte stehen die schwersten moralischen

Agrarische Zustände in Rußland

oder:

Das humane, befreiende Rußland zu Hause.

Zu diesem interessanten Thema liefert ein stockrussisches Blatt, der „Rußki Mir" (die russische Welt) folgenden interessanten Beitrag:

„Unter der bäuerlichen Bevölkerung des westlichen Theiles von Rußland existirt eine besondere Klasse von Bauern, welche die „Freien Leute" genannt werden. Diese „Freien Leute" stammen von Einwanderern aus dem Auslande ab, welche sich vor mehr als 200 Jahren in dieser Gegend ansiedelten. Durch den Feudalismus aus Deutschland und Oesterreich vertrieben, strömten diese Leute damals nach Rußland und siedelten sich daselbst an. Dem indogermanischen Volksstamm angehörig, fühlten sich die Auswanderer bald in dem länderreichen Rußland wohl und begannen bald mit der ihnen eigenen Sorgfalt und großem Fleiß den Ackerbau zu betreiben. Aus den bisher wüst und brach liegenden Landstrecken bildeten sich in kurzer Zeit blühende Felder mit wohlhabenden Dörfern. Doch nicht allen Einwanderern ging es gleich gut. Diejenigen, welche sich auf der Krone gehörigen Ländereien ansiedelten, hatten keine besonderen Bedrängnisse zu erleiden und sie waren für lange Zeit sichergestellt. Nicht so erging es den Ansiedlern auf Ländereien, welche den Gutsbesitzern gehörten, sie wurden bald Leibeigene mit allen Attributen, welche diese drückenden Verhältnisse mit sich brachten. Die geduldigen, an die eiserne Gewalt des Feudalismus gewöhnten Indo-Germanen ertrugen jedoch ohne zu murren dieses Joch und arbeiteten weiter. Sie fühlten sich bald heimisch; aus dem Gemisch der ihnen eigenen deutschen Sprache mit der polnischen entstand das sogenannte shmudische Idiom und sie selbst wurden Shmuden genannt. Auf diese Weise waren die Shmuden, welche sich auf privaten Ländereien angesiedelt hatten, zwei Jahrhunderte hindurch Leibeigene. Ihre Nachkommen hatten ihre Abstammung vollständig vergessen und zahlten geduldig ihren Obrok. Da trat die Aufhebung der Leibeigenschaft ein. Auch die Shmuden erfuhren, daß diese große Reform bevorstehe, und daß die Bauern ein bestimmtes Areal von den Gutsbesitzern nach einer besonderen Verordnung zu erhalten hätten. Die Gutsbesitzer jedoch forschten in ihren Archiven nach der Herkunft ihrer Leibeigenen und kamen dahinter, daß die Shmuden gar keine Leibeigenen, sondern freie Leute seien, die von den Gutsbesitzern gar keine Ländereien auf Grund des Manifestes vom 19. Februar 1861 zu fordern hatten. Die Shmuden beklagten sich allerdings darüber beim Gericht, wurden aber überall auf Grund der von den Gutsbesitzern vorgelegten Dokumente abgewiesen, und es wurde ihnen erklärt, sie seien eben einfache Pächter des von ihnen innegehabten Landes, das ihnen die Gutsbesitzer nach Gutdünken abnehmen könnten. Das Einzige, was die Shmuden ausrichten konnten, war ein allerhöchster Ukas vom Jahre 1864, nach welchem den betreffenden Gutsbesitzern vorgeschrieben wurde, auf die früheren Bedingungen mit den Shmuden einen zwölfjährigen Pachtcontrakt zu schließen. Dieser zwölfjährige Pachtcontrakt ist nun abgelaufen und die Gutsbesitzer gehen nun wirklich daran, die Shmuden von ihren Ländereien zu entfernen, und zwar, wenn nicht anders, mit Hülfe der Polizei. Auf diese Weise werden etwa 80,000 Familien aus ihren Häusern und von dem Lande vertrieben, das sie und ihre Vorfahren seit 200 Jahren bebaut und kultivirt, und für welches sie in dieser Zeit den Gutsbesitzern Abgaben bezahlt haben. Die Shmuden gerathen auf diese Weise in eine arge Lage, denn ohne Kenntniß einer anderen Sprache als der eignen, werden sie gezwungen sein, sich ein neues Heim zu suchen. Sie trennen sich daher auch schwer von der alten Scholle und sind gern bereit, wie früher den Gutsbesitzern den Pachtzins zu bezahlen. Doch diese gehen darauf nicht ein und verlangen, daß die Shmuden ihre Wohnungen und Dörfer verlassen. Da die Wohnungen nach dem Abzuge der gegenwärtigen Inhaber den Gutsbesitzern zufallen, und diese vielleicht nicht mit Unrecht befürchten, daß die abziehenden Shmuden aus Rache dieselben niederbrennen könnten, so wollten sie alle Baulichkeiten versichern lassen. Zu diesem Zwecke erschienen in den Shmuden-Dörfern die Agenten der verschiedenen Versicherungs-Gesellschaften, um die Gebäude abzuschätzen. Kaum aber hatten die Bauern erfahren, um was es sich handelte, als sie sich so entschieden den Besuch der Agenten verbaten, so daß diese es für besser hielten, von ihrem Vorhaben abzustehen. Auch die Polizeibeamten, welche abgeschickt wurden, um die Shmuden zu zwingen, ihre Häuser zu verlassen, stießen bei diesem sonst so unterwürfigen Volke auf Widerstand. Die Shmuden erwarteten sie mit Knütteln und Stöcken am Eingange ihrer Dörfer und sagten ihnen: „Lasset uns in Frieden und wir werden Euch nicht anrühren! Unsere Wohnungen werden wir aber bis auf den letzten Blutstropfen vertheidigen, denn es ist uns gleichgültig, was uns geschieht, da wir doch so wie so Hungers sterben müssen."

Das der Bericht des „Rußki Mir".

So beglückt das „milde Väterchen", welches die Leiden der „unterdrückten" Bulgaren u. s. w. nicht ruhig mit ansehen kann, seine eigenen „Unterthanen". Daß die Unglücklichen deutscher Nationalität sind, genirt die russischen Knutenritter nicht im Geringsten. Wir Deutsche sind zwar jetzt eine „große Nation", aber Rußland gegenüber äußert sich unsere „Größe" blos in der hündischen Demuth, mit der wir uns maltraitiren und insultiren lassen. Man nennt das „Erbfreundschaft".

(„Vossische Zeitung".)

— Die letzten 35 Pf. für Kohlen gab ein Ehepaar in Bernau bei Berlin aus, um sich und seine drei Kinder von 2, 5 und 8 Jahren zu tödten. Sie schlossen die Thüren des Wohnzimmers, in welchem sie sich und die Kinder gebettet hatten, sie schlossen die Ofenklappe, nachdem die Kohlen entzündet waren, sie verstopften die Fensterritzen und das Schlüsselloch. Des anderen Morgens wurde, da man Wimmern und Stöhnen vernahm, von Seiten des Hauswirths die Thüre gesprengt; die Kinder waren todt, die Eltern wurden nach längeren Bemühungen „gerettet", um wegen Todtschlags ihrer Kinder, die sie ungemein geliebt hatten, vor Kurzem von dem Kreisschwurgericht zu Berlin unter Annahme mildernder Umstände zu 4 resp. 2 Jahren Gefängniß verurtheilt zu werden. Abgehärmt und bleich, längst theilnahmslos gemacht durch die furchtbare Tragödie, hörten die Unglücklichen das Urtheil an und wurden darauf zur Verbüßung ihrer Strafe in's Gefängniß abgeführt.

— Furcht vor dem Sozialismus. „In Berlin wird neuerdings wieder mit verschärfter Wachsamkeit in den Casernen darauf ge-

Verpflichtungen gegenüber, die zu dem reservirtesten Gebrauche mahnen. Wird diese Mahnung überhört oder nicht empfunden, so muß eine äußere Autorität sie ergänzen, und keine andere scheint uns vorläufig mehr hierzu berufen, als diejenige des Präsidenten." — Daß wir dem Herrn Abg. Richter solche Strafpredigten von Herzen gönnen, ist wohl selbstverständlich. Aber alle diese Leute, die ihn jetzt verdammen, haben den Feigling bejubelt, als er bei dem letzten Wahlkampfe im 6. Berliner Wahlkreise seine pöbelhaften Schimpfereien und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie und gegen Hasenclever in geschlossenen Versammlungen losließ und sich in öffentlichen Versammlungen trotz mehrfacher Einladung nicht zum Kampfe stellte. — Auch erinnert man sich wohl noch der Affaire Bamberger-Rudolf Meyer, als Bamberger im Reichstage die Revolverpresse mit ziemlich unverblümten Hindeutungen auf bestimmte Personen angriff — und als man ihm mit einem Duell auf's Leder rückte, da kam der „Held von Kirchheim-Bolanden" zum Vorschein, da hatte er die betreffenden Personen „gar nicht gemeint". Auch bei dieser Gelegenheit nahm die liberale Presse für den Verleumder Partei; jetzt aber, wo eine Collegin durch Richter verleumdet wird? Ja Bauer, das ist ganz etwas anderes!

— Zum Kapitel der Untersuchungshaft. Vor Kurzem wurde der Redakteur der „Starkenburger Zeitung" zu Dieburg (Hessen), Herr Kadler, wegen Beleidigung des preußischen Kriegsministers plötzlich in Untersuchungshaft gebracht. Als alleiniger Grund wurde Fluchtverdacht angegeben. Man hätte nun doch annehmen müssen, daß eine genügende Kaution, die auch angeboten wurde, angenommen worden wäre — doch nein; vielleicht konnte aber auch, da die Höhe der Summe im Ermessen des Richters liegt, eine genügende Summe bei solchem großartigen „Verbrechen", im Strafgesetzbuch rangirt übrigens die Beleidigung unter der Rubrik „Vergehen" —, nicht aufgebracht werden; doch dem sei, wie ihm wolle. Es kommt hier noch ein anderer wichtigerer Punkt in Betracht. Während dieser Untersuchungshaft, die sich, wir wiederholen es, lediglich auf Fluchtverdacht stützte, war dem Inhaftirten jeglicher Verkehr mit der Außenwelt untersagt und selbst der persönliche Verkehr mit seiner Ehefrau wurde nicht gestattet. Dies erscheint uns als eine Härte, die dem Strafgesetzbuch direkt widerspricht. Wenn die Untersuchungshaft angeordnet wird, damit dem Angeklagten die Mittel entzogen werden, den Thatbestand zu verdunkeln, dann ist natürlich auch der Verkehr nach Außen und mit anderen Personen nicht gestattet, wenn aber der Thatbestand schwarz auf weiß in der Zeitung steht, wenn nur Fluchtverdacht der Grund der Haft ist, dann sollte der Untersuchungsrichter auch dem Geiste des Strafgesetzbuchs gemäß handeln; er sollte die Haft nur nach dieser Richtung hin handhaben lassen. (Inzwischen ist Herr Kadler auf Anordnung des höheren Gerichtshofs wieder in Freiheit gesetzt worden.)

— Gewerkvereins-Märchen stößt mit seinem Antrag auf Gewährung von 3000 Mark Jahresgehalt für seine Mühewaltung als „Anwalt" der Gewerkvereine auf heftigen Widerspruch. Einer seiner Getreuen — es geschah das Unerhörte in einer Versammlung der Mitglieder des Gewerkvereins der Maschinenbauer zu Breslau — war sogar so kühn, es auszusprechen, daß der Anwaltsposten ganz gut auch von einem Andern als von Max Hirsch versehen werden könnte. Ob dieser Undankbarkeit wird Märchen's Herz nicht ermangeln, sich in Wehmuthsblutungen zu ergießen. Wie kann man aber auch ihm, dem „treuen Freund" der Arbeiter, der jahrelang für deren Wohl rastlos gestrebt und gelitten, so etwas bieten!

— Zum „Rückgang". Es vergeht kein Tag, an welchem das „Leipziger Tageblatt" nicht „den Rückgang" der Sozialdemocratie im Allgemeinen für ganz Deutschland, und es vergehen keine zwei Tage, wo es ihn nicht im Besonderen für Chemnitz, das sächsische Manchester, constatirte. Und da muß dieser gosentrinkenden Kassandra männlichen oder sächlichen Geschlechts am 19. d. das Pech passiren, folgende Correspondenz nicht in den Papierkorb spedirt zu haben:

„Chemnitz, 17. Dezember. Mit Ende dieses Jahres wird das liberale Organ, die „Chemnitzer Nachrichten", gegründet im Jahre 1864, sein weiteres Erscheinen einstellen. Es schweben zwar mehrere Projekte behufs neuer in's Leben zu rufender liberaler Blätter, die betreffenden Unternehmer dürften aber kaum sonderlich reussiren, da gutem Vernehmen nach ihnen ein Gegner erwachsen wird, dessen Hilfsmittel bedeutend sind. Die Verleger des weitverbreiteten Amtsblattes, des „Chemnitzer Tageblattes", sollen nämlich damit umgehen, ihrem Blatte, das bisher nur früh erschien, auch eine Abendausgabe hinzuzufügen. Das „Chemnitzer Tageblatt" wäre dann das einzige Blatt in Sachsen, welches in zwei Ausgaben erschiene. Bisher war es bereits insofern ein Unicum, als es einen eigenen Telegraphendraht von Berlin nach hier gepachtet hatte und so in den Stand gesetzt war, die telegraphischen Nachrichten früher als alle anderen sächsischen Blätter zu bringen. Dem liberalen Chemnitzer Blatte, welches jetzt vor seinem Ende steht, fehlte in erster Linie ein Verleger, der volles Verständniß für die Bedürfnisse einer Leitung hat, und die Unterstützung Derjenigen, deren Interessen das Blatt seit einer langen Reihe von Jahren energisch vertreten hat. Die sozialistische Presse ist dagegen im steten Aufblühen begriffen, die „Chemnitzer Freie Presse" gewinnt an Lesern und ihre Druckerei besorgt außer verschiedenen kleineren Wochenblättern nun auch für den Stollberger Wahlkreis ein zweimal wöchentlich erscheinendes Parteiblatt. Eines Commentars zu diesen Thatsachen bedarf es nicht."

Zu dem Gefasel des „Tageblattes" und seiner liberalen Zeitungsgeschwister auch nicht.

— Die dritte Nummer der „Egalité" ist uns soeben zugegangen. Das Blatt erscheint jetzt in Laguy bei Paris, statt in Meaux. Der erste Versuch, das sozialistische Organ zu Fall zu bringen, ist also gescheitert. Zu dieser erfreulichen Mittheilung können wir noch hinzufügen, daß eine Anzahl Arbeiter, zusammengesetzt aus allen Branchen, in der „Egalité" den Wunsch ausspricht, zu der im Jahre 1878 in Paris stattfindenden Weltausstellung die Arbeiter aller Länder zum Besuche einzuladen und für deren würdigen Empfang zu sorgen, wie dies in Wien und Philadelphia geschehen ist.

— Aus Newyork erhalten wir von einem ausgewanderten deutschen Arbeiter eine längere Zuschrift, in welcher die dortigen Arbeitsverhältnisse als wahrhaft trostlose geschildert werden. Kein Handwerker oder Arbeiter, der sich einiges Geld erspart habe, solle es sich einfallen lassen, in der Absicht nach Amerika auszuwandern, um mit seinen Ersparnissen sich eine Existenz zu gründen, er käme unfehlbar, weil er der Landessprache in der Regel nicht mächtig sei und weil das Prozessiren ohne einen Advokaten, die sehr viel Geld kosteten, unmöglich sei, entweder durch Prellerei oder durch verfehlte Geschäftsunternehmungen um sein Geld. Der sogenannten von Pfaffen geleiteten Emigrantengesellschaft solle man nicht unbedingt vertrauen. Könne der Auswanderer mit Dollars klimpern, dann seien die frommen Herren zu sprechen, den Armen aber schafften sie sich bald vom Halse. Auch das alte, unseren Lesern wohlbekannte Thema von der Arbeitslosigkeit wird in der Zuschrift ausgiebig behandelt — karger Lohn, wenig Arbeit und viel Angebot von Arbeitskräften. Kurz, die Zuschrift ist von A bis Z eine Warnung an die Handwerker und Arbeiter vor der Auswanderung nach Amerika. Möge man die Warnung beherzigen.

— Vom Kriegsschauplatz nichts Erwähnenswerthes. Das öffentliche Interesse richtet sich jetzt auf die Krise, in welcher die orientalische Frage sich befindet. Offenbar ist ein Wendepunkt eingetreten, und sehr kurzsichtig waren die Politiker und Politikusse, welche das, unzweifelhaft im Einverständniß mit England, lancirte (in die Welt geschickte) Vermittlungsgesuch der Pforte für ein „todtgebornes Kind" erklärten. Die Einberufung des englischen Parlaments auf den 17. Januar — drei Wochen vor der üblichen Zeit —, und noch mehr, die Umstände, unter denen dieser an sich schon bedeutsame Schritt erfolgt ist, lassen keinen Zweifel darüber, daß die englische Regierung nicht gesonnen ist, Rußland frei gewähren und den Pariser Vertrag zerreißen zu lassen. Der „Separatfriede", das Ziel der russisch-bismarckischen Politik, dürfte nun vorläufig von der Tagesordnung gesetzt sein. Daß Frankreich im Fall eines europäischen Conflikts sich mehr nach englischer, als nach russisch-bismarck'scher Seite hinneigen würde, braucht nicht erst auseinandergesetzt zu werden; und ob Oestreich, trotz des freundnachbarlichen Geschenks der Verlängerung des Handelsvertrags auf 6 Monate, geneigt ist, sich freiwillig mit der Schlinge des Dreikanzlerbündnisses zu erdrosseln, ist zum Mindesten fraglich. Genug: das Siegesgegröhle der Kautsen- und Rubelliebhaber scheint etwas verfrüht gewesen zu sein. — Doch wir haben da ja gar nicht von „Deutschland" gesprochen, vom „deutschen Reich", „ohne dessen Erlaubniß kein Kanonenschuß in Europa abgefeuert werden kann." Wozu auch? Es reicht hin, von Rußland zu sprechen. In Petersburg wird Barziner und in Barzin Petersburger Politik gemacht — Ein Herz und Eine Seele — wozu zwei Namen?

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß die unerwartet rasche Lösung der französischen Krisis durch die Krisis in der orientalischen Frage herbeigeführt worden sein soll. Die Möglichkeit einer Aktion nach Außen nöthigte die Streitenden zum Zusammengehn.

In Frankreich sind die Legitimisten, Bonapartisten und — Demokraten, von den Sozialisten gar nicht zu reden, kurz die „extremen Parteien" die Opfer des Compromisses geworden. Die reaktionäre Bourgeoisie, welche nun bis auf Weiteres wieder das Ruder führt, hat indeß keine rechte Freude an ihrem „Sieg", in welchen die Mac Mahonistische Senatsmajorität bereits einige bittere Tropfen geträufelt hat.

— Der Redakteur der „Wahrheit" in Breslau, Maximilian Schlesinger, ist zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt, weil er das bekannte, im Auftrage des Genter Allgemeinen Sozialisten-Congresses erlassene „Manifest an die Arbeiter- und Sozialistenvereinigungen aller Länder" in der „Wahrheit" zum Abdruck gebracht hat, wodurch der § 111 des Strafgesetzbuchs in Verbindung mit § 8 des Vereinsgesetzes verletzt sein soll. In den Motiven heißt es, daß auf dieses Strafmaß hätte erkannt werden müssen, weil der Angeklagte trotz seiner vielen Vorstrafen noch nicht „gebessert" sei.

— Der österreichische Arbeiter-Kalender für das Jahr 1878, herausgegeben von den Wiener Parteigenossen durch Johann Schwarzinger, ist soeben erschienen. Derselbe enthält u. A.: Zur Geschichte, über das Wesen und die Verbreitung der Zeitungen in Oesterreich. Von Karl Höger. — Kunst und Wissenschaft der Gegenwart. Von Joh. Most. — Ein Kapitel für Landleute. Von P. Loffau. — Die Hauptursache von Krankheiten und Todesfällen. Von M. Levy. — Aus dem Strudel des Lebens. Soziale Novelle von E. Gersdorf. — Feierabend. Dramatische Scene von J. Haunisch. — Den Schluß bildet ein Verzeichniß der in Oesterreich bestehenden Arbeitervereine und Krankenkassen. — Der Kalender sei den deutschen Parteigenossen hiermit aufs Beste empfohlen.

Aus Wien.

— 17. Dezember 1877.

Sie haben den im Referate der „Neuen freien Presse" aus „preßgesetzlichen Gründen" todtgeschwiegenen ersten Passus unserer Resolution über den neuen Zolltarif-Entwurf wohl inzwischen schon im „Sozialist" gefunden. Derselbe, der vom „Sozialist" trotz aller preßgesetzlichen Rücksichten, die wir leider zu nehmen gezwungen sind, unbeanstandet abgedruckt werden konnte, lautet folgendermaßen: „Die jüngsten Debatten im Abgeordnetenhause über wichtige wirthschaftliche Fragen haben abermals den Beweis geliefert, daß es in den maßgebenden Kreisen am Willen und Verständnisse, ja sogar am nöthigen Ernste fehlt, etwas für die materielle und geistige Hebung des Volkes zu thun." Nach Lesung dieses Satzes werden Sie die „preßgesetzlichen Gründe", die das Leiborgan der Herren Giskra und Ofenheim ins Feld führt, um die Verstümmelung unserer Resolution ihren Lesern gegenüber entschuldigen zu können, leicht begreifen. Es ist doch nicht gut thunlich, der Welt, soweit sie zu den Lesern dieses Gauner-Moniteurs par excellence gehört, zu verrathen, welchen geringen Respekt das österreichische Volk und speziell der sozialdemokratischer Wiener Arbeiter vor seinen „Vertretern" hat und sogar an deren Verständniß zweifelt, etwas für die Hebung des Volkswohlstandes thun zu können. So etwas kann doch nicht gut verbreitet werden! Freilich hat man sich früher bei ähnlichen mißliebigen Resolutionen am bequemsten damit geholfen, dieselben gar nicht zu erwähnen und ganz todtzuschweigen. Wozu braucht denn auch die Meinung von Arbeiterversammlungen bekannt zu werden? Dieses Gesindel zahlt ja keine „Betheiligungen" und da wäre es Schade um jede Zeile. So waren wir denn auch seit langem gewöhnt, daß, gleichwie in der übrigen liberalen Presse, auch in dem Ofenheim-Organe nur solche Beschlüsse von Arbeiterversammlungen der Erwähnung würdig erachtet wurden, aus denen sich in einer oder der anderen Weise Kapital für die Ansichten dieser Macher der „öffentlichen Meinung" schlagen ließ; die Oberwinder'schen famosen Resolutionen, von der über die Wahlreform im Jahre 1873 bis zu der letzten über den österreichisch-ungarischen Ausgleich und den Nothstand, haben darum auch sammt und sonders Aufnahme gefunden und wurden in der Regel auch zu „Kundgebungen der großen Arbeiterpartei" aufgebauscht, obwohl nur ein kleines Häuflein hinter ihnen stand. Den Resolutionen sozialdemokratischer Versammlungen aber passirte diese Ehre fast nie, und wäre das Motiv, welches die verehrte „Neue freie Presse" zu dieser Veröffentlichung und zu den uns gespendeten Lobsprüchen veranlaßt, nicht so auf der Hand liegend — nämlich der wüthende Haß gegen die insbesondere von der „Deutschen Zeitung" vertretene Schutzzoll-Partei — wahrlich, wir hätten gerechte Ursache zu der Besorgniß, daß wir mit unserem Beschlusse einen Fehler begangen, denn es kann für uns nicht leicht etwas Entehrenderes geben, als ein Lob aus solchem Munde. Wenn z. B. die ehrenwerthe Verfechterin der Trinkgeld-Theorie und der Türkenloose, das Organ Plachy's, die „außerordentliche Mäßigung und das seltene Verständniß, mit

---

halten, daß keine Civilpersonen in denselben verkehren. Die in den Casernen Wohnhaften erhalten Legitimationskarten." Diese Nachricht bringen die liberalen und fortschrittlichen Blätter mit dem Zusatze: „Es darf angenommen werden, daß die Rücksicht auf etwaigen Verkehr mit den Sozialdemokraten zu dieser neuen Einschärfung alter Verordnungen beigetragen hat." — So viel wir nun die Verhältnisse kennen, werden von Zeit zu Zeit und wurden auch schon früher, als man in Deutschland noch keine Sozialdemokraten kannte, die alten Verordnungen wieder eingeschärft, geradeso wie in einzelnen Orten ohne jegliche Veranlassung das Befolgen der Polizeistunde. Die Militärverwaltung in Berlin ist auch nicht so dumm, zu glauben, daß die Sozialdemokraten in den Casernen Propaganda machen würden; dieselben haben es ja viel leichter, sie können diese Propaganda bei den Soldaten machen, wenn dieselben außerhalb des Dienstes und der Caserne sich befinden. Die Liberalen aber haben Furcht vor den Sozialdemokraten, deshalb lassen sie keine Gelegenheit vorübergehen, die Regierung auf das „Treiben" derselben aufmerksam zu machen.

Literarisches.

Drei Lieder. Gesammelte Gedichte von Max Kegel. Chemnitz. Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei (G. Rübner u. Co.).

Unser talentvoller Parteigenosse Max Kegel hat schon häufig Proben seiner poetischen Begabung in unseren Parteiblättern gegeben, so daß wir hier nur darauf aufmerksam zu machen haben, daß das gut ausgestattete Büchlein eine sehr willkommene Gabe für jede Familie sein wird. Mit welcher Wärme unser Genosse für die Interessen der Partei und somit des Menschenthums eintritt, mögen die letzten Strophen eines Gedichtes zeigen, welches die Ueberschrift trägt: „Für die Inhaftirten."

— — — — — — — —
— — — — — — — —

Daß lebendig er begraben
In dem düst'ren Kerker dort,
Und warum? — Weil er gesprochen
Für Euch all' ein kühnes Wort.

Solches dürft Ihr nicht vergessen,
Einer trat für Alle ein,
Darum Alle für den Einen
Müssen auf dem Kampfplatz sein.

Müssen unablässig kämpfen,
Gönnen sich nicht Rast und Ruh',
Daß wir unserm fernen Ziele
Endlich schneller eilen zu.

Daß recht bald des Herbstes Früchte
Rufen, Allen zum Gewinn,
Daß hinfort die Frühlingsblumen
Auch den Freiheitskämpfern blüh'n.

Preußen. Gedichte von Curt Mook. Leipzig. Verlag von R. E. Höhme.

Genosse Mook, der ja auch durch den „Vorwärts" weit bekannte Dichter, hat uns mit einer Sammlung lyrischer Gedichte, die er als einen heiteren Gruß seiner Freundin Ada Christen widmet, erfreut. Es weht in den Liedern ein inniger poetischer Hauch und manche derselben sind von hoher Schönheit. So das nachstehende:

Deiner Augen klarer Schimmer
Redet sonst so zaubermächtig,
Doch beim Kuß schließ'st Du sie immer,
Liebes Kind, das ist verdächtig.

Trinkend schließt sein Aug' der Zecher,
Träumer, um dem Sang zu lauschen —
Schließ'st Du Deine Prunkgemächer,
Dich am Kusse zu berauschen?

Die Ausstattung des Büchleins ist eine sehr schöne, so daß sich dasselbe wohl zur Weihnachtsgabe eignet.

Deutsche Dichterhelden. Handschriftlich dargestellte Originalbeiträge deutscher Autoren der Gegenwart. Nebst einem letzten Briefe von Freiligrath. Herausgegeben von Karl Böttcher. Verlag von Wilhelm Röhl in Leipzig.

Das Buch ist prachtvoll ausgestattet; an 50 Originalbeiträge der bekanntesten deutschen Dichter der Gegenwart, von denen im Laufe der letzten Jahre einige gestorben sind: Freiligrath, Anastasius Grün ꝛc. ꝛc. Von den lebenden bekannten Dichtern sind vertreten Bodenstedt, Geibel, Gutzkow, Hamerling, Kinkel, Lorm, Meißner, Träger ꝛc. ꝛc. Für Freunde von Autographensammlungen und für die Bibliotheken von Damen ist das Buch besonders zu empfehlen.

Scherben. Gesammelt vom müden Manne. Zürich. Verlagsmagazin (J. Schabelitz).

Vor uns liegt eine Sammlung skizzenartiger Novellen von einem Unbekannten, die eine hohe Beachtung verdienen. Der Verfasser sucht in seinen Schilderungen in hochpoetischer Weise das Recht des Weibes zur Geltung zu bringen; schade nur, daß die Erzählungen fast lediglich aus den Sphären der sogenannten „Gesellschaft" ihre Charaktere holen. Wir wünschen übrigens dem Buche viele Leser, es kann Mancher Belehrung aus den spannenden Schilderungen schöpfen.

Führer durch die gesammte Literatur über Landwirthschaft, Gartenbau und Forstwesen, sowie spezieller Führer durch die Literatur über Garten-, Obst- und Weinbau, über Bienenzucht, über Milchwirthschaft, sowie über Weinbau und Kellerwirthschaft, die Jahre 1860—1877 umfassend. Leipzig. Buchhandlung für Landwirthschaft, Gartenbau ꝛc. von Hugo Voigt.

Diese „Führer" werden allen Interessenten, welche sie mit Postkarte verlangen, gratis und franco zugesandt. Da derartige Hilfsmittel einem entschiedenen Bedürfniß entsprechen, seien sie unsern Lesern bestens empfohlen.

welchem die positiven Wünsche der Arbeiter formulirt werden", hervorhebt; wenn es sagt, daß „unsere Arbeiterführer den Führern unserer Schutzzollbewegung an Intelligenz und weitem Blick unendlich überlegen sind", wenn sie schließlich versichert, daß, „wenn die österreichische Arbeiterpartei auf diesem Wege weiter fortschreitet, sie der ausgiebigen Unterstützung aller wirklichen Fortschrittsfreunde (in erster Linie also wohl der „Neuen freien Presse" selbst) sicher sein können", so wäre das unter anderen Umständen wohl geeignet, uns die Schamröthe ins Gesicht zu treiben. Glücklicherweise ist, wie gesagt, das Motiv zu diesen Lobesspenden des Neuen freien Strauchritter-Organs nur in dem grimmigen Hasse gegen Alles, was Schutzzoll heißt, zu suchen und es ist daher vorläufig noch kein Grund zu der Besorgniß, daß sich die österreichische Arbeiterpartei des Lobes dieser „großen Zeitung" würdig erweist.

Uebrigens ist die Art und Weise, wie die „Neue Fr. Presse" aus der Arbeiter-Resolution Kapital schlägt, eine ganz interessante und zeigt, welchen Kohl dieses Blatt seinen Lesern bieten kann. In der Resolution ist Punkt 2 ein energischer Protest gegen die projektirten Finanzzölle auf viele unserer wichtigsten Bedürfnisse, Punkt 3 aber sagt, daß der Schutzzoll an und für sich keinen Schutz für die heimische Industrie bieten könne, sondern daß zu diesem Zwecke vor allem auch die Schaffung eines zweckmäßigen Fabrikgesetzes, in welchem die bezüglichen Forderungen der Arbeiter berücksichtigt wären, nöthig sei. In dieser Resolution eine Agitation für den Freihandel zu erblicken, das vermag vielleicht ein durch die „geistige Kost" der „Neuen Freien Presse" schon ganz herabgekommenes liberales Hirn, wir nicht.

Manche Sätze, welche der muthige Kämpfer für den Freihandel in der Hitze des Gefechts so unvorsichtig ist, zu begehen, verdienen übrigens ad notam genommen zu werden. So sagt er u. A.: „Am steigenden Unternehmergewinn partizipiren jedoch die Arbeiter nur dann, wenn diese Steigerung des Gewinnes verbunden ist mit erhöhten Anforderungen an die Leistungen der Unternehmer." Das ist gewiß ganz richtig, ein Weizenkörnlein unter der Spreu. Bemerkenswerth ist auch das Zugeständniß, daß die Reformen in der Fabrikgesetzgebung, welche wir verlangt hatten, „durchwegs vernünftig" sind und „sich in England, wo sie seit geraumer Zeit in Uebung sind, bereits bewährt haben," daß sich die österreichische Arbeiterpartei der Hoffnung hingeben dürfe, „daß die Gesetzgebung ihren Forderungen nicht lange mehr wird widerstehen können." Heiliger Plener! Verhülle dein Haupt und sterbe! Hörst du, der Normalarbeitstag ist vernünftig! Auch du, mein Brutus! — Es bleibt übrigens abzuwarten, ob die „Neue Freie Presse", wenn es im Reichsrathe zur Berathung der neuen Gewerbeordnung kommt, noch immer diesen Standpunkt einnehmen wird. Die Minister haben es ja vor nicht gar zu langer Zeit eingestanden, daß sie sich dem Einflusse dieses Blattes nicht entziehen können, und wenn dasselbe dann mit diesem seinem allmächtigen Einflusse für unsere „durchwegs vernünftigen" Forderungen ins Zeug geht, so — — doch wie gesagt, das bleibt erst abzuwarten! —da.

Entgegnung

auf „Die Motive des Sozialismus" von F. R.

(Fortsetzung.)

Sie berufen sich also nicht auf die Gleichheit aller Menschen in dem angedeuteten Sinne. Sie erkennen - und damit beweisen Sie, daß Sie ein nüchtern denkender, besonnener Mann sind — „die thatsächlichen Ungleichheiten in Anlagen und Kräften sowie die in Lage und Klima liegenden an" und erklären im Namen Ihrer Parteigenossen: „auch wir wollen diese Ungleichheiten nicht gleich machen, weil wir es nicht könnten, auch wenn wir wollten." Sie fahren dann fort: „Aber es gibt noch eine Ungleichheit, die man abstellen kann, weil sie von den Menschen erst gemacht ist — die soziale Ungleichheit." (Könnte man nicht sagen, diese sei zum größten Theile eine unvermeidliche Folge jener ersten?) „Hier werfen Sie uns nun wiederum vor, wir wollten eine völlig gleichmäßige Vertheilung aller Güter und Lebensgenüsse. Einen Beweis für Ihre Behauptung haben Sie nicht" (Doch, Herr R.), „sie beweist aber uns, daß Sie nicht wissen, was wir wollen. Diese Ihre zweite Behauptung ist gerade so richtig, wie Ihre erste. Was wir wollen, Herr Pfarrer ist — und ich hoffe, dies wollen Sie auch — (entschieden, Herr R.) eine möglichst gerechte Vertheilung aller Güter und Lebensgenüsse, wie sie dem genannten Prinzip der Rechtsgleichheit entspricht." So sprechen Sie, andere Sozialdemokraten führen eine ganz andere Sprache. So schreibt der „Neue Sozialdemokrat" 1875, Nr. 30: „Wir wollen einen freien Staat, gegründet auf Gerechtigkeit, auf Freiheit und Brüderlichkeit; einen Staat, der alle seine Bürger gleich arbeiten und gleich genießen läßt, der ihnen neben gleichen Pflichten auch gleiche Rechte sichert." — Und Herr Hasenclever, welcher, wie schon oben citirt, 3 Perioden der Entwicklung des Sozialismus annimmt, und der die 3. Periode den demokratischen Sozialismus (also doch wohl die vollendete Sozialdemokratie?) nennt, sieht in der 3. Periode eben diejenige, „in welcher Alles gleichmäßig am Ertrage der Produktion Theil nimmt." Ich dachte das wäre deutlich gesprochen. — Da aber nach Hrn. Hasenclever „die Menschen (schon) nach der Entwicklung der 2. Form des Sozialismus sich so ziemlich auf gleicher Stufe der Bildung befinden und annähernd gleiche Bedürfnisse haben werden" (vgl. Nr. 140 des „Vorwärts"): so ist doch wohl auch anzunehmen, daß dieselben gleich arbeiten werden und deshalb auch gleich genießen dürfen. Solchen gleichen Genuß seinen Bürgern zu gewähren, ist ja nach obigem Citat eine Pflicht des sozialdemokratischen Staates.

Diese Pflicht hätte derselbe auch aus einem andern Grunde. Wenn selbst die kühne Hoffnung des Hrn. Hasenclever sowohl in der 2. als in der 3. Periode des sozialdemokratischen Zukunftsstaates sich nicht erfüllen sollte, wenn die Menschen auch dann nicht auf gleicher Stufe der Bildung stehen und annähernd gleiche Bedürfnisse haben würden: so hätten trotzdem nach sozialdemokratischen Grundsätzen alle Bürger (von den Nichtsthuern ist keine Rede) Recht auf gleichen Genuß. In dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate soll ja mit dem Privateigenthume im jetzigen Sinne des Wortes der Egoismus ganz verschwunden sein, es soll die reinste noch nicht dagewesene Liebe und Brüderlichkeit herrschen (Wünschen Sie Citate?). Wie wäre es da möglich, daß nicht Allen gleicher Lebensgenuß geboten würde, auch denen, die nicht im Stande sind, so viel zu leisten als andere? Wir hätten ja sonst von neuem die Klasse der Enterbten". —

Ich weiß wohl, daß es im sozialdemokratische Lager gerade in Bezug auf die vorliegende Frage mehrere verschiedene Richtungen gibt. Die Einen sagen: „Jeder genieße nach seiner Leistung", Andere: „Jeder genieße nach seiner Anstrengung", und wiederum Andere: „nach seinem Bedürfniß." Die letztere Ansicht scheint mir mehr in der Consequenz des sozialdemokratischen Systems zu liegen, als die beiden ersteren, und sie involvirt das Recht auf gleichen Genuß. Darf man es Jemand verargen, wenn er sich an die consequentere Ansicht hält, wäre es auch nur, um dem Vorwurf zu entgehen, er imputire den Sozialdemokraten eine Inconsequenz? Darf man mir einen Vorwurf daraus machen, daß ich sage: „die Sozialdemokratie suche eine völlig gleichmäßige (ich habe nicht gesagt gleiche) Vertheilung aller Güter und Lebensgenüsse herbeizuführen", wenn ich Theorien, wie die des Hrn. Hasenclever vor Augen habe, welcher offenbar jene verschiedenen Anschauungen betreffs der Vertheilung des Produktionsertrages versöhnen will durch die Aussicht, daß einst die jetzt hervortretenden Unterschiede der Anlagen, der Bildung und der Bedürfnisse ziemlich aufgehoben sein würden? —

Was soll ich denken, wenn ich z. B. im „Neuen Sozialdemokrat" 1873 Nr. 73 lese: „Die Sozialdemokratie wolle die größtmögliche irdische Seligkeit für alle Menschen" erringen. (Sind da noch Unterschiede im Glück anzunehmen?) Wenn mir der „Volksstaat" 1873 erzählt: „Unsere Losung ist — und wir sagen es frisch, fröhlich, frei: Champagner, Klavier und Kinderwagen und die sonstigen schönen Dinge dieser Welt für das arbeitende Volk, und dem Volke der Nichtsthuer (sind wohl die Kapitalisten von heute gemeint?) das Zusehen." Da darf man wohl fragen: „Herz, was begehrst Du noch mehr?", wenn sogar der Champagner und das Klavier (also doch wohl auch die Fähigkeit, es zu spielen?) ein Gemeingut Aller geworden sein wird. Sie bemerken, daß hier von Vorbehalten, wie Möglichkeit ꝛc. gar nicht die Rede ist. Auch werden Sie sich erinnern, wenn Sie die sozialdemokratische Literatur sorgfältig studirt, wenn Sie die Schriften von Marx fleißig gelesen haben, daß „gleiche Bildung für Alle" (l'enseignement intégral) gefordert wird, daß die Wissenschaft auf Lehranstalten, welche Allen zugänglich sind, gelehrt und dadurch das Gemeingut Aller werden soll; daß für den Kunst- und Naturgenuß durch großartige Museen und Reiseeinrichtungen Befriedigung geschafft werden soll. (Wünschen Sie Citate?) Wenn das nicht heißen soll, die Sozialdemokratie erstrebe eine völlig gleichmäßige Vertheilung aller Lebensgüter und Lebensgenüsse, so weiß ich nicht, was es heißen soll. — Daß Sie, Herr R., anders sprechen, beweist nur, daß Sie mehr den Verstand als die Phantasie zu Rathe ziehen; aber — Sie sind nicht die Sozialdemokratie.

Es will mich fast bedünken, als enthalte Ihre Aeußerung, wonach die Sozialdemokraten „nur eine möglichst gerechte Vertheilung aller Güter und Lebensgenüsse wollen" entweder eine arge Ketzerei gegen das sozialdemokratische Prinzip, eine Ketzerei, die Ihnen eine sozialdemokratische Indercongregation sehr verübeln müßte; oder Sie sagen im Grunde mit andern Worten dasselbe, was ich in meiner These gesagt habe. Denn eine gerechte Vertheilung kann vom sozialdemokratischen Standpunkte aus nur eine völlig gleichmäßige sein. Die Möglichkeit aber hat mit der Theorie an sich nichts zu thun. Da gilt selbstverständlich und stillschweigend der alte Satz: „Ultra posse nemo tenetur." (Man kann von Niemand verlangen, was er nicht vermag.)

Aus dem Gesagten dürften Sie wohl ersehen haben, daß ich nicht in's Blaue hinein geredet habe, daß ich doch annehmen durfte zu wissen, was Sie, oder vielmehr was die Sozialdemokraten wollen. — Es ist mir leid, daß meine Erwiderung auf diesen Angriff von Ihrer Seite so lang ausgefallen ist. Ich bedaure dies um so mehr, als es mir scheint, daß es sich hier um eine wirkliche Meinungsdifferenz kaum handeln dürfte. Ich wollte in meiner These nur aussprechen, daß das Endziel der Sozialdemokratie der Communismus ist. Und dies werden Sie mir wohl nicht bestreiten wollen?

(Fortsetzung folgt.)

Correspondenzen.

Dresden, 14. Dezember. Am 9. d. M. tagte in der „Centralhalle" eine Versammlung, in der Genosse Kayser über die Tagesordnung: „Der sächsische Landtag und das allgemeine Wahlrecht" sprach. Der Redner äußerte sich ungefähr: Nur wenn das Volk das allgemeine Wahlrecht ausüben könne, sei es in der Lage, über sein Wohl und Wehe zu entscheiden; es handle sich dabei um jenes Mitrederecht, das durch blutige Opfer erworben und jetzt als Abschlagszahlung auf die Forderung der direkten Gesetzgebung durch das Volk zu behaupten sei. Das allgemeine Wahlrecht bedeute, daß der Arme wie der Reiche, der Arbeiter wie der Fabrikherr das Recht habe, seinen Willen kund zu thun bei öffentlichen Einrichtungen. Die Frage des Wahlrechts entscheide, ob das Volk auch etwas mitzureden habe im Staate, oder ob es blos zum Gehorchen da sei. Es sei nun nicht einzusehen, fährt der Redner fort, warum das allgemeine Wahlrecht, welches für den Reichstag Geltung habe, nicht auch für die Landtage der einzelnen Staaten Geltung haben solle. Die Forderung des allgemeinen Wahlrechts sei schon sehr alt, und die liberalen Parteien hätten dann und wann auch so gethan, als wären sie geneigt gewesen, dessen Einführung zu unterstützen, hinterdrein habe es sich aber in der Regel herausgestellt, daß man das arbeitende Volk habe täuschen wollen. Dies Spiel hätte sich in den letzten Tagen in Bezug auf die sächsischen Landtagswahlen wiederholt. Redner verliest hierauf eine Zuschrift, in welcher Advokat Lehmann zur Zeit der Landtagswahl Namens der Fortschrittspartei für sich und den besoldeten Stadtrath Bönisch das Versprechen abgab, im Landtage das allgemeine Wahlrecht zu erstreben. Auf dieses Wort hin wurden s. Z. Lehmann und Bönisch mit Hilfe der Sozialdemokratie in den Landtag gewählt. Jetzt hätten Beide ihr Wort gebrochen. Unter allerhand Ausflüchten, „daß die Umstände nicht günstig seien" u. s. w., habe man schamlos die Rechte des Volkes preisgegeben und den Antrag Freytag's auf allgemeines Stimmrecht rundweg abgelehnt. Ja, der besoldete Stadtrath Bönisch habe sich in einem unbewachten Augenblicke das Geständniß entfahren lassen, daß sich die gegenwärtig herrschenden Parteien durch das Censuswahlgesetz als in einer Festung befindlich erachten, daß sie deshalb das Volk, welches nicht 23, resp. 30 Mark Entree bezahlen könne, als ihren Feind ansehen. Man verschanze sich also vor den Armen und bekenne dies offen, d. h. man gebe dem Volke, dessen Willen man verachte, eine Ohrfeige, nachdem man ihm vor der Wahl Honig um den Mund geschmiert. Nebenbei sei noch das Curiosum erwähnenswerth, daß nach dem Censuswahlgesetze in demselben Grade, in welchem eine vernünftige Staatswirthschaft zunimmt, also die Steuern sich vermindern, auch die Zahl Derjenigen sich vermindert, welche das Wahlrecht besitzen. Redner schließt seine trefflichen Ausführungen mit der Forderung, daß das Volk bei künftigen Wahlen, insbesondere bei Reichstagswahlen, den Liberalen heimzahlen möge, was sie jetzt an ihm verübt. Das Volk möge trotz des Census eine Schanze nach der andern in der liberalen Festung nehmen und die Freiheitsfeinde daraus verjagen. Sie, die jetzt eine ehrenvolle Kapitulation von der Hand wiesen, sie würden, um bei dem Festungsbilde des Stadtrath Bönisch zu bleiben — einst vielleicht mit Schimpf und Schande und Schaden abziehen müssen. — Die Versammlung nahm, nachdem noch eine Debatte stattgefunden hatte, die folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige Versammlung erklärt: daß die herrschenden Parteien im Landtage durch ihr Verhalten gelegentlich des Antrags Freytag's die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zum Landtage betreffend, sich als Feinde und Verräther des Volkes gezeigt haben, sowie daß die Dresdner Abgeordneten Bönisch und Lehmann durch ihre Abstimmung, resp. Letzterer durch sein Referat, sich des Wortbruchs schuldig gemacht haben und daß es daher Pflicht der Arbeiter ist, bei den nächsten Reichstagswahlen alle Jene, welche jetzt das allgemeine Wahlrecht verleugnet haben, von einer Wahl auszuschließen."

Wiesbaden, 16. Dezember. Die heute Nachmittag im Lokale des Herrn Reitemer hierselbst abgehaltene öffentliche Conferenz der Wähler und Sozialisten des 2. nassauischen Wahlkreises erklärte sich einstimmig mit dem ersten Punkt der Tagesordnung: „Beschickung der am zweiten Weihnachtsfeiertage in Frankfurt a. M. abzuhaltenden Conferenz", einverstanden. Gewählt wurden die Herren Ackermann (Wiesbaden) und Speth (Schierstein). Betreffs des zweiten Punktes der Tagesordnung: „Gründung eines Wahlvereins", wurde zur Berathung der Statuten eine Commission ernannt, bestehend aus den Herren: Prest, Wieger, Altendorf, Barbehenn und Ackermann.

Minden i. W. (Agitationsbericht.) Auf Donnerstag den 6. d. hatten wir eine Volksversammlung auf dem „Bürgerverein" einberufen, in welcher Herr H. Oehme aus Leipzig einen gediegenen Vortrag hielt über „die gegenwärtigen wirthschaftlichen und politischen Zustände und die Sozialdemokratie". Redner verstand es, in mehr als zweistündigem Vortrage die Versammlung, welche trotz der ungeeigneten Zeit (mitten in der Woche) sehr gut besucht war, in größter Aufmerksamkeit zu erhalten. Allgemeiner Beifall belohnte seine klaren und sachlichen Auseinandersetzungen. — Zum Schluß forderte Referent zum Beitritt in den sozialdemokratischen Wahlverein auf, welche Aufforderung leider nicht die gewünschte Wirkung hatte. Doch hoffen wir, daß bei Wiederkehr eines besseren Geschäftsganges auch die hiesigen Arbeiter wieder mehr Muth und Interesse für das Partei- und Vereinsleben bekommen. Möge es uns vergönnt sein, recht bald wieder einen so tüchtigen Redner bei uns sprechen zu hören.

G. S.

Briefkasten

der Expedition. C. Pritzsch Freden: Da der fragl. Brief nicht rekommandirt war, läßt sich nichts thun.

Quittung. M. Sbrt Cassel Ab. 13,49. St. Plck Weißkirchen Ab. 8,82. H. Rdl Düsseldorf Ab. u. Schr. 25,00. W. Knk Frankfurt Ab. 44,00. C. Fnk Linden b. Hannover Schr. 24,05, Ann. 0,90. R. Rnhldt Albany Schr. 20,54. R. Hpt Liège Ab. 4,84. Schn Göppingen Schr. 15,40. J. Drsld Lambrecht Schr. 3,95. M. Frnkl Pest Ab. 28,86. E. Bhrnbrch Hagen Schr. 2,60. Rgr Berden Schr. 2,40. J. Hnk Freudenthal Schr. 5,09. Dtrch Rückersdorf Schr. 0,40. Hm Goldlauter Schr. 1,20. A. Drgr Frankfurt Schr. 1,40. Klg Bautzen Schr. 4,00. Hrbg Würzburg Schr. 1,00. Bmr Barmen Schr. 5,00. Hpfnr Würzburg Schr. 11,40. Schrschmdt Meerane Schr. 5,45. Mhrnhlz Tilsit Schr. 3,50. G. Pschn Stockum Schr. 2,40. Mlr Stettin Schr. 1,23. Oertl Kellinghusen Schr. 0,70. Sprngr Malmitz Schr. 6,00. Grnzg Neustrelitz Schr. 0,70. Rfr Schlebusch Schr. 2,50. Frck Preetz Schr. 2,60. Khn Leimbach Schr. 1,50. Mcht Kupferhammer Schr. 2,70. Strnbrg Stargard Schr. 5,35. Kpprt Komeise Schr. 3,39. Schtt Stettin Schr. 1,80. Lhnhrdt Christianshütte Schr. 5,90. A. Drsbch Mannheim Schr. 7,50. Bbb Stackendorf Schr. 4,00. Hß Rendsburg Schr. 2,40. Ahnr Lübschütz b. W. Schr. 1,80. Olsch Aschersleben Schr. 5,65. Klnr Eisleben Schr. 1,10.

Frankfurt a. M. u. Umg. Allen Genossen zur Nachricht, daß Wochen- und Monatsabonnements auf alle sozialistischen Zeitungen „Vorwärts", „Neue Welt", „Rundschau", „Die Zukunft", „Berliner Freie Presse", „Volksfreund", „Neue Gesellschaft", „Hamburg-Altonaer Volksblatt" u. s. w. zu jeder Tageszeit angenommen werden. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß bei mir Aufträge auf Drucksachen aller Art, z. B. Adreßkarten, Visittenkarten, Rechnungen, Circuläre u. s. w. angenommen werden. Alle Drucksachen werden billig und nach Wunsch schnell und bestens besorgt.

W. Knoke, Kleine Eichenheimerstraße 84, 2. Etg.

NB Den geehrten Abonnenten obengenannter Blätter zur Nachricht, daß Montag, den 24. Dezember, das Abonnementsgeld erhoben wird. [1,40

Hannover.

Grosses Weihnachtsfest!

Gefeiert vom Sozialdemokratischen Wahlverein am 1. Weihnachtstage mit Concert und Ball, verbunden mit einer Tannenbaum Plünderung der Kinder.

Im großen Saale des Herrn Narten.

Anfang des Concerts 4 Uhr. — Tannenbaum-Plünderung 7 Uhr. — Anfang des Balls 8 Uhr.

Für das Comité: H. Rudolph. [300

Wir empfehlen als besonders geeignet zu Festgeschenken

Die Neue Welt.

Jahrgang 1876.

Preis: brochirt M. 5,00 franco. In elegantem Einband M. 7,50 franco gegen baar.

Jahrgang 1877.

I.—III. Qu.

Preis brochirt M. 4,00 franco. In elegantem Einband M. 6,30 franco gegen baar.

Die Einbanddecken tragen das große Titelbild des Heftumschlags in Golddruck, darstellend:

Die Befreiung der Menschheit.

Bei Partien-Bezug entsprechender Rabatt. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten!

Leipzig. Die Expedition der „Neuen Welt". Färberstr. 12. II.

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt" Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der Expedition der „Neuen Welt", Leipzig, Färberstr. 12.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf.
betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1132 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 151. Mittwoch, 26. Dezember. 1877.

☛ Der Weihnachtsfeiertage wegen fällt die nächsten Freitag, den 28. Dezember, fällige Nummer aus und erscheint Nr. 152 am 30. Dezember mit einer Doppelbeilage.

Die Redaktion u. Expedition

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 4132, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Neudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. ꝛc. bei Frau Engel, Neudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** ꝛc. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei **F. Trost** Hauptstr. 101; für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I; für **Gohlis** ꝛc. bei Schäfer, Eisenbahnstraße 8; für **Stötteritz** bei E. Grude, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Ueber die Berichte der Fabrikinspektoren in Preußen.

Die Jahresberichte der Fabrikinspektoren in Preußen für 1876 bieten ein äußerst reichhaltiges Material, besonders in Bezug auf die Gesetzesübertretungen der Herren Fabrikanten, die ja geradezu großartige Dimensionen vielfach angenommen haben.

So bestimmt die Gewerbeordnung, daß Arbeitslisten zu führen und Arbeitsbücher auszugeben sind, hauptsächlich deshalb, um statistisches Material zu jeder Zeit erlangen, aber auch, um die Einstellung und Beschäftigungsdauer der jugendlichen Arbeiter controliren zu können. Die Ortspolizei hat diese Listen und Arbeitsbücher zu revidiren.

Aus dem Berichte des Fabrikinspektors für den Regierungsbezirk Düsseldorf geht nun hervor, daß die dortigen Fabrikanten, weil Jahre lang die Polizei nicht mehr revidirt hat, meinten, die Regierung habe die betreffenden Bestimmungen fallen lassen. Im Regierungsbezirk Aachen wurden in 467 Etablissements 388 Contraventionen in dieser Kategorie ermittelt. In demselben Verhältnisse steht's auch in den anderen Bezirken im ganzen Staate.

Dem Fabrik-Inspektor für die Provinz Preußen wurde von den Ortsbehörden oft genug versichert: „In den hiesigen Fabriken finden Sie gar keine jugendlichen Arbeiter", und dann waren sie doch da, wohl aber meistens keine Arbeitsbücher ꝛc. In den meisten dortigen Fabriken ist noch jetzt eine 13- bis 14stündige Arbeitszeit üblich, weshalb die Arbeitgeber die Kinder über 14 Jahre lieber entlassen, als die Vorschrift der nicht mehr als zehnstündigen Beschäftigung derselben erfüllen. Dieselbe bleibt überhaupt da, wo noch eine längere Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter herrscht, meist unbeachtet. So viel ist nach Allem klar, daß, so lange nicht genügende und unparteiische Fabrik-Inspektorate bestehen, von irgendwelcher Sicherheit für Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen keine Rede sein kann.

In Bezug auf die Haftpflicht und die Vorkehrungen bei Unglücksfällen kann die Wirksamkeit der Fabrik Inspektoren sich besonders segensreich gestalten. Ueber die seitherige Wirksamkeit derselben wollen wir dem „Hamburgischen Correspondenten", als einem in solchen Fragen völlig parteilosen Blatte, welches sich vor Kurzem auch mit dieser Angelegenheit beschäftigte, das Wort geben:

„Das Haftpflichtgesetz hat bisher, theils durch den Umstand, daß die Beweislast auf dem Arbeiter liegt, theils durch die Art, wie die Versicherungs-Banken sich gestaltet haben, zur Verringerung der Unfälle oder Schärfung des Verantwortlichkeitsgefühls der Arbeitgeber nicht sehr merklich beigetragen; noch immer kommen allzu viele Unfälle vor, welche durch bessere Vorkehrungen und etwas weniger Sorglosigkeit leicht zu vermeiden gewesen wären. Wie groß die Gesammtziffer der jährlichen Unfälle ist, läßt sich zwar keineswegs mit Sicherheit angeben, und unsere bisherige Unfallstatistik ist durchaus unzuverlässig, da bis jetzt noch keine Verpflichtung für die Arbeitgeber besteht, die bei ihnen vorgekommenen Verunglückungen zur Anzeige zu bringen. Fast sämmtliche Inspektoren sprechen daher den dringenden Wunsch aus, daß eine solche Anzeigepflicht (sei es durch Verordnung oder noch besser durch Gesetz) wie in England statuirt werden möchte, wenn auch nur für alle erheblicheren, etwa Arbeitsunfähigkeit von mehr als 8 Tagen bedingenden Unfälle. Auch darum ist dies wünschenswerth, weil, wenn die Sache zwar ruchbar wird, aber erst nach Verlauf einiger Zeit, die Eruirung des Thatbestandes erschwert wird. Indessen selbst schon gegenwärtig kommen doch sehr betrübende Ziffern zu Tage; so z. B. sind im Regierungsbezirk Arnsberg 1875 bei 30,218 Arbeitern 1695 Unfälle mit längerer als achttägiger Arbeitsunterbrechung vorgekommen, es sind also 5,6 Proz. der Arbeiter von solchen betroffen worden, darunter 10,8 Proz. der Gesammtsumme durch Berührung mit Triebwerken. Im Regierungsbezirk Düsseldorf kamen 1876 in einer einzigen Fabrik bei 14-1500 Arbeitern 105, also 71 Proz. Verletzungen vor; dabei waren die Arbeiter nicht versichert, und es soll darunter nach dem amtlichen Bericht kein Fall gewesen sein, in welchem das Haftpflichtgesetz in Wirksamkeit getreten wäre! In Westphalen wurde in ein paar Fällen mit tödtlichem Ausgange auf Anzeige des Inspektors wegen grober Fahrlässigkeit strafrechtlich gegen die Werkleitung eingeschritten; in der Rheinprovinz kam es vor, daß ein noch nicht 16jähriger Knabe, der nicht nur (gegen das Gesetz) regelmäßig dem Tag- und Nachtdienst der Schichten eingereiht, sondern sogar 22½ Stunden lang beschäftigt worden war, in Folge der Uebermüdung einen Unfall erlitt, der zur Amputation eines Beines führte. Man bedenke, ganz abgesehen von Philanthropie, daß jeder bedeutendere Unfall, oft auch nur der Verlust von ein paar Fingern, eine Einbuße an produktiver Kraft und, wenn der Verletzte oder seine Familie erhalten werden muß, auch an Kapital für die Gesammtheit bedeutet, und man wird die Wichtigkeit dieser Seite der Thätigkeit der Inspektoren begreifen. Arbeitgeber und Arbeiter, durch Gewohnheit abgestumpft, sehen die Gefahr häufig gar nicht, während sie der Inspektor, mit seinem vielseitig geübten Blick, sofort wahrnimmt. Man findet ferner in den Berichten verschiedene sehr beachtenswerthe Vorschläge auch in Bezug auf Versicherung und Haftpflichtgesetz; u. A. wünscht der Inspektor für Düsseldorf, in Uebereinstimmung mit dem von ihm mitgetheilten Votum eines Kreisgerichtsdirektors, daß der Schuldbeweis, ähnlich wie schon jetzt bei den Eisenbahnen, dem Werkbesitzer auferlegt werden möchte. Die Arbeiter können, in ihrer abhängigen und vereinzelten Stellung, in der Regel den ihnen obliegenden Beweis nicht erbringen, auch wenn er, gleiche Kampfmittel vorausgesetzt, noch so leicht zu führen wäre."

Soweit der „Hamburgische Correspondent". — Seit Bestehen des Haftpflichtgesetzes hat unsere Partei dieselbe Forderung in der Presse und in Volksversammlungen gestellt, wie sie jetzt der verständige Düsseldorfer Fabrik-Inspektor und zwar nach Zustimmung eines sachverständigen Gerichtsdirektors stellt.

„Der Schuldbeweis muß dem Arbeiter genommen und dem Fabrikanten übertragen werden" — das ist nicht nur der Gerechtigkeit entsprechend, sondern es geht auch aus den Andeutungen der Fabrik-Inspektoren zu Düsseldorf und Arnsberg hervor, daß ohne diese Aenderung das ganze Haftpflichtgesetz für die Arbeiter völlig werthlos ist — und ein werthloses Gesetz ist doch nur ein unnützer Ballast für die Gesetzgebung.

Wie wär's, wennn in dieser Hinsicht bis zur Eröffnung des nächsten Reichstags von den Arbeitern Deutschlands Resolutionen gefaßt und Petitionen eingereicht würden? — Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden gewiß ihre Schuldigkeit thun, sie werden eine dahin zielende Gesetzesänderung beantragen.

Noch wollen wir einzelne Andeutungen aus den Berichten über die Kinderarbeit machen. So heißt es in dem Berichte des Fabrik-Inspektors für die Provinz Preußen in Bezug auf die Danziger Glashütte zu Legan:

„Die Kinder der dortigen Glasmacher, welche bei ihren Eltern in einem großen Arbeiter-Wohnhause, auf dem Grundstück der Hütte belegen, wohnen, fanden bis jetzt keine Gelegenheit, irgend welche Schule zu besuchen, sie wurden vielmehr, als nicht ortsangehörig, vom Besuch der Schulen in den naheliegenden Ortschaften zurückgewiesen. So ist es gekommen, daß genannte Kinder fast ohne jegliche Ausbildung aufgewachsen sind. Ich habe einige von ihnen, dreizehn- bis vierzehnjährige Knaben und Mädchen, examinirt und fand erschreckende Unwissenheit, sie konnten nur radebrechend lesen, das Einmaleins mit 2 und 3 stümperhaft u. s. w."

Der Inspektor für Pommern sagt:

„In allen Industriezweigen ist man sehr geneigt, lesen wir, gerade diese Bestimmungen zu umgehen; und es sind viele Mittel und Wege ausgedacht, um die Aufsichtsbehörde zu täuschen. Sobald man die Fabrik betreten hat und bemerkt und erkannt worden ist, so ist in der Regel kurze Zeit darauf das ganze Arbeiter-Personal von der Anwesenheit des Fabrik-Inspektors in Kenntniß gesetzt, um alles Ungesetzliche bei etwaiger Annäherung so schnell als thunlich zu beseitigen. Ein beliebtes Manöver ist es z. B., Kinder zu verstecken, und man pflegt dann in der Wahl des Versteckes durchaus nicht wählerisch zu sein; man läßt wohl auch Kinder einen Korb in die Hand nehmen und sendet sie weg, gleichsam als haben dieselben eben Essen gebracht u. s. w. Gott sei Dank ist aber diese Altersklasse von Kindern noch nicht so taktfest im Lügen, daß man nicht durch einige scharf gestellte Fragen in der Regel die Wahrheit zu hören bekommt."

Und der Fabrik-Inspektor für den Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O. drückt sich noch schärfer aus:

„Bei mehreren Amtsvorstehern der kleineren Städte bestand gänzlicher Mangel an Bekanntschaft mit den gesetzlichen Bestimmungen! Die Industriellen sehen leider jene Bestimmungen nur als überflüssige Scheererei an und nehmen es mit der Beobachtung sehr leicht. In kleineren Städten üben die Fabrikanten in Folge ihrer sozialen Stellung einen unwillkürlichen Einfluß auf die Polizei-Verwaltung aus, welcher oft genug zu einer ungenügenden Handhabung der gesetzlichen Ordnung ausschlägt."

Dem Berichte des Fabrik-Inspektors für Hannover entnehmen wir noch, daß in den Glasfabriken der Provinz Kinder unter 12 Jahren vielfach beschäftigt werden; die jugendlichen Arbeiter aber von 12—16 Jahren wurden auch noch zumeist für Nacht- und Sonntagsarbeit verwandt.

Wir sehen, daß sich das Institut der Fabrik-Inspektoren auch jetzt schon wenigstens insoweit bewährt, daß verschiedenes brauchbares statistisches Material herbeigeschafft wird, welches zur Aenderung der Gesetze — Gewerbeordnung, Abeiterschutzgesetz, Haftpflichtgesetz — so sehr erforderlich ist.

Ein Urtheil.

(Schluß.)

Aus diesen Gründen erklärt das Königliche Landgericht, Zuchtpolizei-Kammer den Beschuldigten Kaulitz für überführt:

1. In den Monaten Juni und Juli dieses Jahres wiederholt öffentlich vor einer Menschenmenge, das heißt in Volksversammlungen, welche durch Zeitungsaufruf in St. Johann und Umgegend veranstaltet waren, zum Ungehorsam gegen Gesetze, rechtsgültige Verordnungen und gegen von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen aufgefordert zu haben; Paragraph einhundertundzehn des Straf-Gesetz-Buches;

2. Sowohl in den vorerwähnten Volksversammlungen, als auch in einer Reihe von Artikeln, welche er theils selbst verfaßt, theils von Verfassern übernommen hat, deren Namen zu nennen er sich weigert und bezüglich deren er nach Paragraph einundzwanzig des Preßgesetzes daher persönlich haftbar erscheint, und welche Artikel in den Nummern eins und zwei der „Freien Volksstimme" vom ersten und achten Juli dieses Jahres er selbst als verantwortlicher Redakteur und Verleger des genannten Blattes veröffentlicht und verbreitet hat; in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander angeregt, Paragraph einhundertunddreißig; auch erdichtete und entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet und entstellt sind, öffentlich behauptet und verbreitet zu haben, um dadurch Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, Paragraph einhunderteinunddreißig des Straf-Gesetz-Buches und Paragraph einundzwanzig des Preßgesetzes;

3. in der Versammlung zu Malstatt vom sechszehnten Juni dieses Jahres den Bürgermeister Meyer zu Malstatt öffentlich beleidigt zu haben, Paragraphen einhundertundfünfundachtzig und zweihundert;

4. durch einen von ihm selbst verfaßten und von ihm als verantwortlichem Redakteur und Verleger der „Freien Volksstimme" in Nummer eins dieses Blattes veröffentlichten Artikel „Paragraph einhundertundsiebzig und was daraus wurde", sowie durch den Vordersatz: „Locales", Malstatt den achtundzwanzigsten Juni — „Wem Gott ein Amt giebt, und so weiter", den Polizei-Commissar Schiller zu Malstatt öffentlich beleidigt zu haben durch Behauptung von Thatsachen, welche nicht erweislich wahr sind, Paragraph einhundertsechsundachtzig;

5. durch einen von ihm selbst verfaßten und in Nummer zwei der „Freien Volksstimme" von ihm als verantwortlichem Redakteur und Verleger dieses Blattes veröffentlichten Artikel: „Rußland, Borußland, Knutenwirthschaft, Rechtsstaat", den Gensdarm Claer, sowie die Ortspolizeiverwaltung zu St. Johann und zwar den Gensdarmen Claer im Sinne des Paragraphen einhundertfünfundachtzig und die Ortspolizeiverwaltung zu St. Johann im Sinne des Paragraphen einhundertundsechsundachtzig öffentlich beleidigt zu haben, Paragraphen einhundertsechsundneunzig und zweihundert des Straf-Gesetz-Buches;

6. durch einen von ihm selbst verfaßten und im Beiblatt zu Nummer zwei der „Freien Volksstimme" veröffentlichten Artikel, „Aus dem Lande des heiligen Zopfes" den Polizei-Commissar Wirtz zu St. Johann öffentlich beleidigt zu haben; Paragraphen einhundertfünfundachtzig, — zweihundert des Straf-Gesetz Buches;

7. durch einen von ihm selbst verfaßten und in Nummer eins der „Freien Volksstimme" veröffentlichten Artikel: „Arbeiter-Risiko", die Inhaber der Firma Böcking und Dietzsch öffentlich im Sinne des Paragraphen einhundertsechsundachtzig des Straf-Gesetz-Buches beleidigt zu haben; Paragraph zweihundert;

erklärt dagegen den Beschuldigten Kaulitz für nicht überführt. die Arresthausverwaltung zu Saarbrücken — Arresthausver-

walter Heitmann und Schließer Reimann — öffentlich beleidigt zu haben und spricht ihn deshalb von dieser Beschuldigung frei;

erklärt sodann den Beschuldigten Hackenberger für überführt;

„in den zu Malstatt und St. Johann in den Monaten Juni und Juli abgehaltenen Volksversammlungen, sowie als Verfasser des in Nummer eins und drei der „Freien Volksstimme" veröffentlichten Artikels: „Die Ursachen des Elends und der Knechtschaft und die Mittel ihrer Beseitigung", sowie durch eine Reihe von Artikeln, welche er theils selbst verfaßt, theils von Verfassern übernommen hat, deren Namen zu nennen er sich weigert, und bezüglich deren er daher nach Paragraph einundzwanzig des Preßgesetzes persönlich haftbar erscheint, und welche Artikel in den Nummern drei und vier der „Freien Volksstimme" vom fünfzehnten und zweiundzwanzigsten Juli dieses Jahres er selbst als verantwortlicher Redakteur und Verleger des genannten Blattes veröffentlicht und verbreitet hat, den Bestimmungen der Paragraphen einhundertunddreißig und einhundertundeindreißig zuwider gehandelt zu haben;

erklärt dagegen den p. Hackenberger für nicht überführt, in den vorerwähnten Versammlungen sich des im Paragraphen einhundertundzehn des Straf-Gesetz-Buches vorgesehenen Vergehens schuldig gemacht zu haben;

erklärt denselben ferner für nicht überführt, dem p. Kaulitz bei den vorangegebenen Volksversammlungen in Bezug auf dessen Vergehen gegen Paragraphen einhunderteinunddreißig durch Rath und That wissentlich Hilfe geleistet zu haben;

verurtheilt demgemäß den Beschuldigten Kaulitz wegen der Vergehen gegen die Paragraphen einhundertundzehn — einhundertundreißig des Straf-Gesetz-Buches zu einer Gefängnißstrafe von je einem Jahre, wegen des Vergehens gegen den Paragraphen einhunderteinundreißig zu einer Gefängnißstrafe von sechs Monaten und wegen jeder Beleidigung zu einer Gefängnißstrafe von einem Monate, setzt diese Strafen auf eine Gesammtstrafe von zweiundeinemhalbem Jahre Gefängniß fest, giebt den Beleidigten:

a. Bürgermeister Meyer;
b. dem Polizei-Commissar Schiller
beide zu Malstatt;
c. dem Gensdarm Claer zu St. Johann;
d. der Ortspolizei-Verwaltung zu St. Johann;
e. dem Polizei-Commissar Wirtz zu St. Johann
und
f. den Inhabern der Firma Böcking und Dietzsch zu Saarbrücken,

das Recht, innerhalb vier Wochen nach Beschreitung der Rechtskraft dieses Urtheils den verfügenden Theil desselben, soweit er auf ihre Beleidigung Bezug hat, auf Kosten des p. Kaulitz durch die zu St. Johann erscheinende „St. Johanner-Zeitung" öffentlich bekannt machen zu lassen;

verurtheilt endlich den Beschuldigten Hackenberger wegen des Vergehens gegen Paragraph einhundertunddreißig zu einer Gefängnißstrafe von zwei Jahren und wegen des Vergehens gegen Paragraph einhunderteinunddreißig zu einer Gefängnißstrafe von einem Jahre, setzt diese Strafen auf eine Gesammtstrafe von zweiundeinemhalben Jahre fest, und legt die Kosten des Verfahrens, welche im Ganzen einschließlich eines Erkenntnißstempels von fünfzehn Mark auf zweihundertsechsundzwanzig Mark vierundvierzig Pfennig liquidirt sind, beiden Beschuldigten solidarisch zur Last;

mittelst Anwendung der Paragraphen einhundertundzehn, — einhundertunddreißig, — einhunderteinunddreißig, — einhundertfünfundachtzig, — einhundertsechsundachtzig, — einhundertsechsundneunzig, — zweihundert, — und vierundsiebenzig des Straf-Gesetz-Buches; des Artikels siebenundzwanzig Paragraph eins des Einführungsgesetzes zum preußischen Straf-Gesetz-Buche; sowie des Artikels einhundertvierundneunzig der Criminal-Prozeß-Ordnung, welche Gesetzesstellen von dem Herrn Präsidenten verlesen wurden und lauten:

Paragraph einhundertzehn des Straf-Gesetz-Buches.

„Wer öffentlich vor einer Menschenmenge, oder wer durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder andere Darstellungen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen auffordert, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft."

Paragraph einhundertunddreißig des Straf-Gesetz-Buches.

„Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft."

Paragraph einhunderteinunddreißig des Straf-Gesetz-Buches.

„Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft."

Paragraph einhundertfünfundachtzig des Straf-Gesetz-Buches.

„Die Beleidigung wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark, oder mit Haft, oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre und, wenn die Beleidigung mittelst einer Thätlichkeit begangen wird, mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft."

Paragraph einhundertsechsundachtzig des Straf-Gesetz-Buches.

„Wer in Beziehung auf einen Anderen eine Thatsache behauptet oder verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist, wird, wenn nicht diese Thatsache erweislich wahr ist, wegen Beleidigung mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre und, wenn die Beleidigung öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangen ist, mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft."

Paragraph einhundertsechsundneunzig des Straf-Gesetz-Buches.

„Wenn die Beleidigung gegen eine Behörde, einen Beamten, einen Religionsdiener oder ein Mitglied der bewaffneten Macht, während sie in der Ausübung ihres Berufes begriffen sind, oder in Beziehung auf ihren Beruf, begangen ist, so haben außer den unmittelbar Betheiligten auch deren amtliche Vorgesetzte das Recht, den Straf-Antrag zu stellen."

Paragraph zweihundert des Straf-Gesetz-Buches.

„Wird wegen einer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Darstellungen oder Abbildungen begangenen Beleidigung auf Strafe erkannt, so ist zugleich dem Beleidigten die Befugniß zuzusprechen, die Verurtheilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen, die Art der Bekanntmachung sowie die Frist zu derselben ist in dem Urtheile zu bestimmen.

„Erfolgte die Beleidigung in einer Zeitung oder Zeitschrift, so ist der verfügende Theil des Urtheils auf Antrag des Beleidigten durch die öffentlichen Blätter bekannt zu machen und zwar wenn möglich durch dieselbe Zeitung oder Zeitschrift und in demselben Theile und mit derselben Schrift wie der Abdruck der Beleidigung geschehen.

„Dem Beleidigten ist auf Kosten des Schuldigen eine Ausfertigung des Urtheiles zu ertheilen."

Paragraph vierundsiebenzig des Straf-Gesetz-Buches.

„Gegen Denjenigen, welcher durch mehrere selbständige Handlungen mehrere Verbrechen oder Vergehen mehrmals begangen und dadurch mehrere zeitige Freiheitsstrafen verwirkt hat, ist auf eine Gesammtstrafe zu erkennen, welche in einer Erhöhung der verwirkten schwersten Strafe besteht."

Artikel siebenundzwanzig Paragraph eins zum früheren preußischen Straf-Gesetz-Buche.

„Im Bezirke des Rheinischen Appellations-Gerichtshofes kommen folgende Bestimmungen zur Anwendung:

Paragraph eins.

„Alle wegen eines und desselben Verbrechens oder Vergehens zur Strafe verurtheilten Personen sind zu den Kosten, zur Rückgabe und zum Schadenersatze, auf welche erkannt wird, solidarisch zu verurtheilen."

Artikel einhundertvierundneunzig der Criminal-Prozeß-Ordnung.

„Jede verurtheilende Entscheidung, welche gegen die Beschuldigten und die civilrechtlich verantwortlichen Personen oder gegen die Civilpartei erlassen wird, muß diese, selbst der öffentlichen Partei gegenüber in die Kosten verurtheilen.

„Die Kosten werden in demselben Urtheile liquidirt."

Also geurtheilt und verkündet zu Saarbrücken wie oben.

gez. Schorn. Jerusalem. Opfergelt.

gez. Doermer.

Für die richtige Abschrift ertheilt dem öffentlichen Ministerium mit der Bescheinigung der Rechtskraft gegenüber dem Kaulitz, und daß Hackenberger appellirt hat. (sic!)

Der Landgerichts-Sekretär.

Klus.

Aus Berlin.

— 18. Dezember.

Die Zustände verwirren sich hier immer mehr. Die Nationalliberalen, welche sich in ihren Träumen schon auf stolzer Ministerhöhe befanden, ziehen sich kleinmüthig zurück und klagen: „Wenn nur Bismarck selbst käme, mit ihm würden wir uns schon verständigen können." Daß diese „Verständigung" selbst in reaktionärstem Sinne von den Liberalen eingegangen würde, geht aus einem Artikel der „National-Zeitung" deutlich hervor, der besagt, daß, wenn die Krisis auch nach den Wünschen der staatsfreundlichen Majorität des Landes beigelegt, die Geschichte jedenfalls nach rückwärts revidirt werde.

Im Abgeordnetenhause fand bei der dritten Berathung des Etats wieder einmal eins der bekannten Rededuelle zwischen dem klerikalen Herrn v. Ludwig und dem „großen" Lasker statt; die liberalen Blätter behaupten natürlich, daß Lasker einen Triumph gefeiert habe. Ich gestatte mir anderer Meinung zu sein. Es handelte sich um das bekannte Glagau'sche Gründerbuch, welches v. Ludwig den Staatsanwälten wiederholt empfahl und bei welcher Gelegenheit er denn auch dem Abg. Lasker wiederum vorwarf, daß er mit seiner Gründerverfolgung plötzlich innegehalten habe. Lasker hielt darauf eine von seinen bekannten Entrüstungsreden, in welcher er zunächst sagte, das Buch von Glagau tauge nichts, er habe es aber nicht gelesen. Lasker liest bekanntlich nur die „National-Zeitung" und kennt deshalb das Glagau'sche Buch nur aus diesem Blatte. Dann sagte Lasker, daß es ein lächerliches Unternehmen sei, dem Herrn v. Ludwig immer zu erwidern — und trotzdem sprach Lasker länger als Ludwig. Und drittens meinte der ehrenwerthe Herr, daß er sich nur gegen die Eisenbahngründer gewandt habe, nicht gegen alle Gründer. Faßt man die drei Bemerkungen zusammen, so muß jeder vernünftige Mensch einsehen, daß Laskerchen in der Hitze des Gefechts, wie schon so oftmals, sich arg compromittirt hat, trotz des Beifalls auf den Bänken der Nationalliberalen.

Im Herrenhause hat man gestern einen scharfen Hieb gegen die Armen und Elenden geführt. Bei Berathung des Forstdiebstahlgesetzes nämlich hat das hohe Haus die Beeren und die Pilze denjenigen Waldprodukten mit angereiht, auf welche die Strafe des Holzdiebstahls gesetzt ist. Selbst die Regierung wollte diese beiden Nahrungsmittel, durch deren Einsammeln sich in den ärmeren Gebirgsgegenden Hunderte von armen Leuten Monate hindurch ernähren, nicht unter den Strafparagraphen für Holzdiebstahl gestellt wissen — doch das Haus der „Edelsten" beschloß dem entgegen. Lobend ist zu erwähnen, daß der Regierungsvertreter Assessor Steineberg und von den Großgrundbesitzern Fürst Carolath-Beuthen sich alle Mühe gaben, „das hohe Haus" von solchem ungemein lieblosen Beschlusse abzuhalten. Das Reichstagspflänzchen, Hr. von Kleist-Retzow, stimmte natürlich mit der Majorität, obwohl der Mensch sonst gern sagt, daß er ein warmes Herz den Armen entgegentrage.

Nachdem eben die jüngste Attentäterei auf den Kaiser in das Reich der Vergessenheit gesenkt worden ist, taucht eine andere Attentäterei gegen das Reich auf. Nach der „Nationalzeitung" hat man nämlich auf Befehl der Commandantur hierselbst einen Engländer verhaftet, der unser armes, schon so vielfach verrathenes deutsches Vaterland wieder einmal „verrathen" will. Bei dem Verhafteten sollen Pläne von Metz 2c. 2c. vorgefunden worden sein. Die schlauen Franzosen, sie schicken zu solchem Verrath einen Engländer, einen halben „Erbfreund", der ungenirt seiner Landsmännin, der deutschen Kronprinzessin, einen Besuch machen und daneben so recht gemüthlich Deutschland verrathen kann. Uebrigens muß der Engländer doch ein Esel sein, der seine Pläne von Metz nach Berlin und nicht nach Paris schleppt! —

Ein trauriges Beispiel sittlicher Verkommenheit bei einem Lehrer muß ich Ihnen noch mittheilen. Unser hiesiges Parteiblatt läßt sich nämlich berichten, daß ein Volksschullehrer folgende Frage an seine Schüler gerichtet habe: „Wißt Ihr denn, welches die schlechtesten Menschen sind?" Die Schüler antworten natürlich: „Mörder, Räuber, Diebe 2c. 2c." Doch unser Culturkämpfer ist nicht zufrieden mit solchen Antworten. Er wirft sich in die Brust und beantwortet seine Frage selbst folgendermaßen: „Die schlechtesten Menschen sind diejenigen, welche anderen nach dem Eigenthum trachten, selbst nicht arbeiten, sondern faullenzen wollen und außerdem Alles, was uns heilig ist, umstürzen möchten, und sie nennen sich Sozialdemokraten." — Ich schließe mich der Ansicht der „Berliner Freien Presse" völlig an, wenn sie sagt: „Diese Unwissenheit des Lehrers über die Prinzipien der Sozialdemokratie hält seiner Rohheit die Wage." Aber ein Moment, und zwar gewiß das bedeutendste, welches mich zu dem Ausdruck: „sittliche Verkommenheit" völlig berechtigt, möchte ich hier noch anführen. Durch derartige Aeußerungen zerstört der Lehrer vielfach die Familienbande, indem er den Kindern die Achtung vor ihren Vätern, die sich ja gerade hier so zahlreich zur Sozialdemokratie bekennen, zu rauben sucht, er säet Haß und Unfrieden zwischen Kindern und Eltern und versündigt sich so in der eklatantesten Weise gegen ein Gebot, welches er berufen ist den Kindern einzuprägen: „Du sollst Vater und Mutter ehren!" — Man sieht aber, wohin die Hetzerei der liberalen Presse, wohin die Verfolgungen der Regierung den Sozialisten gegenüber, wohin die ganze Culturkämpferei führte: zur Demoralisation und zur Corruption.

Zur Tragödie von Plewna.

Von verschiedenen Seiten wird der Versuch gemacht, die letzten Ereignisse von Plewna in einer Weise zu erzählen, welche den Ruhm und das Feldherrntalent Osman Paschas verkleinern und die Kriegführung des Marschalls als eine barbarische hinstellen soll. Einestheils wird behauptet, daß Osman Pascha sich in einer Mausefalle fangen ließ und gar nicht zur Erkenntniß der russischen Cernirungsabsichten gelangte, andererseits wird versichert, daß sich in Plewna noch bedeutende Quantitäten von Lebensmitteln vorfanden und Osman nur deshalb Plewna nicht weiter halten konnte, weil die Russen bereits von Süd und Ost eingedrungen waren. Endlich wird versucht, in indirekter Form die Beweise für eine barbarische Kriegführung dadurch zu erbringen, daß man sagt, es wäre weder ein russischer noch ein rumänischer Gefangener vorgefunden worden, was so viel heißen soll, als daß die Gefangenen umgebracht worden seien. Diese illoyalen Absichten scheitern an den Thatsachen. Osman Pascha wußte sehr genau, was er wollte, als er am 5. Juli von Widdin nach Plewna marschirte, bewährte sich als Stratege und Taktiker, als er aus dem unansehnlichen Plewna ein mächtiges Bollwerk machte und die furchtbaren Sturmangriffe der Russen zurückwies, und war sich vollkommen der Gefahren bewußt, welche aus der Cernirung seiner Stellungen erwachsen konnten. Es liegt die Analyse eines Schreibens des Marschalls an das Seraskierat vor, wonach Osman sich erst dann zum Ausharren in Plewna entschloß, als der famose Kriegsrath in Konstantinopel ihm die bestimmte Versicherung gegeben hatte, daß für Entsatz ausreichend gesorgt sei. Aus dem Schreiben erhellt ferner, daß Osman sich nach Orchanie zurückziehen und dort ein neues Bollwerk schaffen wollte, welches den großen Vorzug vor Plewna gehabt hätte, daß es schon durch die Natur vor jeder Cernirung gesichert gewesen wäre. Im Vertrauen auf die Dispositionen der Dari Schura und als Soldat gehorchend, blieb Osman in Plewna und harrte so lange aus, als es eben ging. Während der Zeit der engen Cernirung bewährte sich Osman als vorsichtiger General, mit den Lebensmitteln und mit den Ausrüstungsgegenständen wurde ökonomisch verfahren und kein Schuß ohne äußerste Nothwendigkeit abgefeuert, so daß die wirkungslosen aber unausgesetzten russischen Kanonaden tage- ja wochenlang unerwidert blieben. Osman Pascha fand bei seinen Truppen die vollste Hingebung; die Leute begnügten sich mit trockenem Brod. Nicht so opferfreudig benahm sich aber die Bevölkerung von Plewna, welche zum Theile aus Bulgaren besteht, die das Leben des Marschalls bedrohten und Spionage trieben. Die Russen waren von allen Vorgängen innerhalb der türkischen Linien vortrefflich unterrichtet und wußten auch ganz genau, an welchem Tage und um welche Stunde Osman den Durchbruchsversuch unternehmen werde. Die von den Türken in der Nacht zum 10. Dezember verlassenen Redouten wurden von den auf der Süd- und Ostfront stehenden Russen sofort besetzt, und so war Skobelew's Division schon in die unmittelbare Nähe Plewnas gelangt, als der Kampf auf der Nordwestfront noch gar nicht begonnen hatte! In Plewna fanden sich gar keine Lebensmittel vor, und die Ausfallstruppen hatten nur kleine Brodportionen bei sich. Osman konnte also gar nicht die Absicht gehabt haben, wieder nach Plewna zurückzukehren, weil der Platz ganz und gar unhaltbar geworden war. Hier konnte nur Entsatz hilfreich eingreifen; da dieser ausgeblieben war, so mußte man entweder siegreich durchbrechen oder die Waffen strecken. Es fällt uns nicht ein, das Verdienst Todtleben's um die Bezwingung Plewnas in Abrede zu stellen oder zu verkleinern, unerwähnt darf man es aber nicht lassen, daß die Russen den Angriff wohlvorbereitet erwarteten und auf dem gefährdeten Punkte überlegene Streitkräfte concentrirten. Gegen die 20,000 Grenadiere und 8000 Liniensoldaten Ganetzkys gingen nicht ganz 20,000 Türken vor und es gelang Osman Pascha trotz der Uebermacht und der Befestigungen des Gegners, die erste Fortifikationslinie zu nehmen. Die Russen zogen fortwährend Verstärkungen an sich, die Truppen der Süd-, Ost- und Nordfront drangen in Plewna ein, der Widerstand wurde immer aussichtsloser und so erfolgte die Waffenstreckung, welche keine Spiegelfechterei war. Auch fand der Kampf vom 10. Dezember nicht nur zur äußerlichen Wahrung der Waffenehre statt. Ein Gefecht kann nicht zum Scheine geführt worden sein, wenn von beiden Seiten 7—8000 Todte und Verwundete den Kampfplatz bedecken. Was aber die Verdächtigung einer barbarischen Kriegführung anbelangt, so ist dieselbe ganz haltlos. Daß kein Gefangener vorgefunden wurde, kann doch unmöglich als Beweis gelten, daß Gefangene getödtet wurden. Uebrigens haben die Türken nicht einmal nach ihrem entscheidenden Siege vom 30. Juli Gefangene gemacht, weil sie keine Kavallerie hatten und ihren Sieg durch eine rasche Verfolgung des fliehenden Feindes nicht ausbeuten konnten. Daß aber Osman Pascha strenge auf Soldatenehre und Disziplin gehalten hat, beweist die Thatsache, daß das Eigenthum der bulgarischen Einwohner von Plewna geschont wurde. So gentil haben sich die Russen den Mohamedanern gegenüber nicht benommen und nach der Erstürmung von Kars ihrer Plünderungswuth die Zügel schießen lassen. Wenn diese auf Thatsachen beruhende Widerlegung noch weiterer Beweismittel bedürfte, so könnten wir auf die Aeußerungen der Anerkennung und Bewunderung von Seite der russischen Offiziere aller Grade hinweisen und auf den Ausspruch des jüngeren Skobelew, welcher Osman den „größten Feldherrn unserer Zeit" nannte. Angesichts solcher Worte müssen die vorerwähnten Verdächtigungsversuche völlig verunglückt und gänzlich wirkungslos erscheinen. („Voss. Ztg.)

— Die Geheimnisse der Bierbrauerei, schreibt die in Bremerhafen erscheinende „Provinz.-Ztg.", haben in den letzten Tagen in Bremerhafen eine recht interessante Bereicherung erfahren. Bei Untersuchung des Braunbieres, wie solches in's Hospital geliefert wurde, stellte sich nämlich heraus, daß dieses ein Mixtum von Syrup war, somit also den gewünschten Zweck, Stärkung der Kranken, durchaus nicht erreichen konnte. Der Verfertiger dieses edlen Getränkes wurde darauf vor das Medizinalamt gefordert und gestand auch ganz naiv ein, daß er sein Braunbier aus Wasser, Hefe und Syrup verfertigte; diese Mischung lasse er auf dem Faß vier Wochen liegen, und nachdem dann Gährung eingetreten, würde solche auf Flaschen gezogen und gäbe das schönste Braun-

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Fabrikgesetzgebung. Unter dem Titel: „Die Fabrikgesetzgebungen der Staaten des europäischen Continents“ ist soeben von Hrn. „Th. Lohmann, Geheimen Oberregierungsrath und Vortragendem Rath im preußischen Handelsministerium“, eine Schrift herausgegeben worden, deren amtlicher Ursprung schon aus den Titeln des Herausgebers erhellt. Die Fabrik- und Werkstätten-Gesetzgebung Englands war bereits im vorigen Jahr auf Veranlassung des Handelsministeriums (von Legationsrath v. Bojanowsky) zusammengestellt und erläutert worden. In der vorliegenden, 171 S. in Groß-Oktav umfassenden Schrift sind vertreten: Deutschland, Elsaß-Lothringen, Oesterreich, Ungarn, die Schweiz (und zwar werden auch die Cantonalgesetze mitgetheilt), Frankreich, die Niederlande, Dänemark und Schweden. Gar keine Fabrikgesetze haben also bislang Portugal, Spanien, Italien, Belgien (!!), Rußland (wo zwar 1874 ein ausführlicher Gesetzentwurf ausgearbeitet wurde, der aber bis jetzt im Schoße der ad hoc niedergesetzten Commission vergraben geblieben ist), die Türkei und Griechenland.

Das Buch, welches uns noch nicht vorliegt, giebt nach einer Berliner Correspondenz des „Hamburgischen Correspondenten“, — „leider dem einzigen unter den größeren deutschen Blättern, welches die Pflicht anerkennt und übt, seine Leser über die wichtigsten Erscheinungen der sozialpolitischen Theorie und Praxis auf dem Laufenden zu halten“, bemerkt der Correspondent — „Das Buch giebt nicht blos den Text der Gesetze, sondern in Form einer Einleitung nach einigen orientirenden Winken über den allgemeinen Charakter der verschiedenen Fabrikgesetzgebungen eine höchst instruktive und bequeme vergleichende Uebersicht der Hauptbestimmungen aller, hier auch der englischen, und zwar anlangend: 1) den Ausschluß gewisser Personen von der Fabrikbeschäftigung; 2) Beschränkungen oder Bedingungen derselben für gewisse Personen; 3) Anforderungen an den Fabrikbetrieb zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter; 4) Vorschriften und Einrichtungen zur Sicherung und Durchführung der materiellen Bestimmungen der Gesetze. Am Schlusse werden auch noch die wesentlichsten Vorschriften aus den Fabrikgesetzen der nordamerikanischen Staaten mitgetheilt, von denen übrigens nur wenige über dasjenige hinausgegangen sind, was Folge der Schulgesetzgebung ist. Bundessache ist in den Vereinigten Staaten die Fabrikgesetzgebung nicht, die Bundesgesetze enthalten nur eine allenfalls hierher gehörige Bestimmung, daß nämlich in allen Fabriken, welche für Rechnung der Union betrieben werden, ein Normalarbeitstag von 10 Stunden innezuhalten sei.“

Ferner macht der Correspondent des Hamburger Blattes noch folgende interessante Mittheilungen: „Als Gesammtergebniß jener Uebersicht, speziell in Bezug auf Deutschland, stellt sich heraus, daß die weitverbreitete Ansicht, als ob die deutsche Fabrikgesetzgebung durchgehends einen geringeren Schutz gewähre, als derjenige der übrigen großen Industrievölker Europa's, eine irrige (?) ist. In mancher Beziehung ist dieselbe, wenn man von dem neuen Schweizer Bundesgesetze absieht, vielmehr bei Weitem die schärfste (!), vor Allem was die Beschränkungen der Kinderarbeit (!!). Dagegen (aha!) ist sie, was gleichfalls in dem Buche selbst constatirt wird, hinter denjenigen Englands und Frankreichs entschieden zurückgeblieben in den Einrichtungen, welche zur Durchführung der materiellen Bestimmungen dienen, denn die deutsche Gewerbeordnung hat es bekanntlich den Einzelstaaten überlassen, ob sie diese Durchführung der ordentlichen Polizeibehörde anheimgeben oder durch besondere Organe sicher stellen wollen. Mit einem Worte, es ist, wie der Herausgeber schließlich sagt, „die Durchführung der Fabrikgesetzgebung von Rechtswegen nicht gesichert“; denn daß ohne besonders hierzu bestellte Organe keine wirkliche Sicherung besteht, ist durch die Erfahrung sattsam nachgewiesen. Es wird also auch in diesem Buche, wenngleich nicht ausdrücklich, doch immer deutlich genug, der Wunsch ausgesprochen, daß nämlich das Institut der Inspektion durch Reichsgesetzgebung in ganz Deutschland eingeführt werden möchte. Ob dieser Wunsch so bald zur Erfüllung kommen wird, ist freilich insofern zweifelhaft, als nach ziemlich allgemeiner Annahme es der mächtige Reichskanzler ist, der sowohl dieser wie anderen Reformen der Gewerbeordnung widerstrebte. Die Industrie darf bei diesen schlechten Zeiten nicht genirt werden, soll sein ceterum censeo sein. Wenn nur nicht allzu bekannt wäre, daß in flotten Zeiten die Arbeitgeber von irgend welcher Gêne erst recht nichts wissen wollen! Für die humanen und gesetzestreuen Fabrikanten ist übrigens speziell das Fabrikinspektorat nicht sowohl eine Fessel, als vielmehr eine Hilfe — nämlich den Concurrenten gegenüber, welche sich durch Mißachtung des Gesetzes einen unrechtlichen Vortheil zu verschaffen wissen.“

So der Herr Correspondent. Die Notiz über die eigenthümliche Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Reichskanzlers wird keinen unserer Leser überrascht haben. Und von dem Geständniß, daß die deutsche Fabrikgesetzgebung bis dato blos ein werthloses Stück Papier ist, nehmen wir Akt, ohne indeß damit die naive Behauptung des Herrn Correspondenten, daß auf diesem werthlosen Stück Papier wenigstens etwas Gutes geschrieben stehe, für richtig anzuerkennen. Die deutsche Fabrikgesetzgebung ist theoretisch genau ebenso mangelhaft wie praktisch.

Ueber die Frage des Reichsfabrikinspektorats sprechen wir uns jetzt nicht aus. Nur eine Frage: ganz abgesehen von der Opposition des Fürsten Bismarck — bietet „das Reich“ uns für die Durchführung eines vernünftigen Fabrikgesetzes irgend bessere Garantieen als die Einzelstaaten? Die Schatten Camphausen's und Achenbach's huschen an uns vorüber. (S. unsern heutigen Leitartikel.)

— Bei der letzten Culturkampfdebatte im preußischen Abgeordnetenhause sträubten sich die Culturkämpfer gegen die Anklage der Klerikalen, daß auch die „Barmherzigen Schwestern“ vielfach schlimmer als Vagabunden behandelt würden; die Anklage war ihnen offenbar äußerst unbequem. Jetzt wird aus Posen berichtet, daß gegen den Pfarrer Czechowski zu Gryzyn bei Kosten seit einiger Zeit eine gerichtliche Untersuchung darüber schwebt, ob derselbe im Krankenhause der „Barmherzigen Schwestern“ zu Kosten priesterliche Funktionen vollzogen hat, worin man vielleicht eine Uebertretung der Maigesetze erblicken könnte. Da Herr Czechowski sich nicht veranlaßt sah, in dieser Sache gegen sich selbst gravirende Aussagen abzugeben, sollten mehrere barmherzige Schwestern als Zeugen gegen den der Uebertretung der Maigesetze verdächtigen Priester vernommen werden; die Schwestern weigerten sich jedoch, dies zu thun, und wurden in Folge dessen bekanntlich verhaftet. Dieselben sind nunmehr, nachdem die zuerst verhaftete zehn Wochen und die beiden anderen beinahe zwei Monate „gesessen“, am 14. d., obwohl sie kein Zeugniß abgelegt, aus der Haft entlassen worden. In derselben Angelegenheit wurde auch Dr. Bojanowski, praktischer Arzt in Kosten, vernommen; derselbe verweigerte jede Aussage. Nicht genug! Es wurde nun auch die Frau Doktor Bojanowski vorgeladen, und da sie sich weigerte, gegen Herrn Czechowski Zeugniß abzulegen, sofort verhaftet. Erst nach nach einigen Tngen wurde sie wieder in Freiheit gesetzt. — Das ist wieder einmal ein herrliches Culturkampfbild!

— Staats- und Kirchensozialismus. In Berlin ist unter dem Titel „Centralverein für Sozialreform auf religiöser und konstitutionell-monarchischer Grundlage“ ein Verein zusammengetreten, der jeden „Sozialreformer“, welcher kein Atheist und kein Republikaner ist, aufnimmt. Jeden ohne Unterschied. Natürlich giebt das eine sehr gemischte Gesellschaft, und schon jetzt finden sich da in buntem Durcheinander zusammengewürfelt, die Herren Schäffle (!), Patermann (natürlich nicht der Statistiker, sondern der Geograph dieses Namens, der ein altes gemüthliches Haus ist), der Pfaffe Todt, der Sonnenschieber Stöcker (Hofprediger in Berlin), der Confusionsrath Calberla, ein „arbeiterfreundlicher“ Fabrikant Namens Krüger (Brandenburg) u. s. w. Wir wünschen den Herren viel Glück und werden sie in unserem nächsten Feuilleton sich vorstellen lassen.

— Geld regiert die — Bourgeois-Welt. In der „Deutschen Reichspost“ erläßt Herr Professor W. Meyer aus Hersfeld einen „Offenen Brief an Herrn Rudolf Mosse in Berlin.“ Er giebt eine „sehr energische“ Erklärung aus dem „Berliner Tageblatt“ wieder gegen den sich mit jedem Jahre mehrenden Unfug der Versendung von Neujahrskarten, welche die Sittlichkeit auf das Aergste verletzen. Dem Herrn Professor kommt es „unbegreiflich“ vor, „wie auf der einen Seite im „Berliner Tageblatt“, dessen Druck und Verlag in der Hand von Herrn R. Mosse ist, der sittlichen Entrüstung über eine schändliche Gemeinheit ein so beredter und kräftiger Ausdruck gegeben werden kann, und auf der andern Seite im Beiblatt zum „Kladderadatsch“, für das ebenfalls Herr R. Mosse die alleinige Inseraten-Annahme hat, Jahr aus Jahr ein sich die Unsittlichkeit in der Ankündigung von sogenannten hochpikanten Photographien und Büchern breit machen darf“ ꝛc.

Daß wir uns über dergleichen angebliche Unbegreiflichkeiten nicht wundern und mit dem besten Willen nicht wundern können, haben wir dem Herrn Professor jüngst schon gelegentlich der Beantwortung seiner in demselben Blatte erlassenen „Anfrage“ auseinandergesetzt. „Geld stinkt nicht“, sagt ein Sprichwort, welchem Hr. Rudolf Mosse am allerwenigsten abhold ist. „Eine Presse, die auf ihre Ehre hält und der die Sittlichkeit des deutschen Volkes noch etwas gilt, sollte doch mit solchem Schmutz sich nicht befassen.“ Zum Schlusse heißt es:

„Nachdem wir den so sehr tüchtigen Artikel in Nr. 271 des „Berliner Tageblattes“ gelesen, erwarten wir von der Ehrenhaftigkeit des Herrn R. Mosse, daß er die dort ausgesprochenen Grundsätze auch in seinem Inseratengeschäft zur vollen Geltung bringen werde. Wenn wir noch einen dringenden Wunsch äußern dürften, so wäre es der, daß die so höchst verderblichen Geldopferten gewisser dunkler Ehrenmänner an Offiziere und Beamte ebenfalls keine Aufnahme mehr fänden; der kleinste Theil von dem unsagbaren Elend, das durch diese Seelenfängerei erzeugt wird und häufig genug zu Ehrenverlust und Selbstmord führt, bringt in die Oeffentlichkeit. Eine wahrhaft menschenfreundliche Presse sollte doch den Muth und die Uneigennützigkeit beweisen, nicht durch Aufnahme solcher verführerischer Lockstimmen zahlreiche Mitmenschen in's Verderben zu ziehen. Nur eine gottlose Selbstsucht könnte sprechen: „Was geht das mich an?“ —

Trotzdem wir nicht ganz so viel von Herrn Mosse erwarten, als Herr Professor Meyer, so würde es uns doch zur Freude gereichen, seinen Optimismus über unseren Pessimismus siegen zu sehen, und wir würden das sofort registriren als ein — wirkliches Wunder! — Wie jener Artikel übrigens ausdrücklich besagt, stammen jene Zoten-Karten nicht aus dem „versumpften“ Lande des so „verkommenen“ Erbfeindes, vulgo Frankreich, sondern aus unserem lieben deutschen Vaterlande, wo ja bekanntlich Gottesfurcht und fromme Sitte en masse vorhanden ist! — Hierher paßt auch noch, was sich die „Deutsche Reichspost“ aus Elsaß-Lothringen, 11. Dezember, schreiben läßt:

„Es ist schon oft in anständigen Blättern geklagt worden über die Pest, die im Publikum eingeschleppt und verbreitet wird durch Anzeigen unsittlicher Schriften oder obscöner Bilder. Dieser Artikel wird jetzt auch Elsaß Lothringen geboten, und zwar in einem Blatte, „General-Anzeiger“ genannt, welches als Beilage die offiziöse, von der Regierung unterstützte „Straßburger Zeitung“ dieser Tage ihren Abonnenten und Lesern zugesendet hat. Da werden unmittelbar nach der Anpreisung eines Mittels zu schneller und dauernder Heilung rother Nasen angeboten und durch vier beigedruckte schwarze Hände empfohlen „25 höchst pikante Photographien“ und ein „umfassender Spezialkatalog pikanter Bücher u. s. w.“; an einem andern Orte: „Unentbehrliche Belehrungen für Frauen“ und Anderes mehr. Solches war früher in unserem Lande unerhört. Keine elsässische Zeitung hat je Aehnliches ihren Lesern geboten. Das kommt uns zu von Alt-Deutschland. Welche Beschämung für diejenigen Elsässer, die aus der Verbindung mit dem deutschen Reiche Stärkung und Förderung der Sittlichkeit und der Religiosität erwartet und ihren Landsleuten verheißen hatten!“

Nicht wahr, die „verkommenen Franzosen“! Uebrigens dürfte, nebenbei bemerkt, diese angebliche Hoffnung der Elsässer sich in Verbindung mit noch verschiedenen andere.. als trügerisch erwiesen haben!

— Das neue Ministerium in Frankreich hat so ziemlich alle von Mac Mahon ernannten bonapartistischen und klerikalen Präfekten abgesetzt. Darob großer Jubel bei den Schwärmern für die französische „Republik“. Wenn wir uns aber die Personen der neuen Präfekten ansehen, so erkennen wir auch sofort, daß die Veränderung keine Verbesserung ist: die neuen Präfekten sind fast ausnahmslos Orleanisten, das heißt reaktionäre Bourgeois, oder, wie man es in Deutschland nennen würde, Nationalliberale, und zwar meistens vom rechten Flügel. Kein Wunder unter solchen Verhältnissen, daß die Prozesse gegen die Communarden weiter floriren. Erst dieser Tage wurde ein Communekämpfer, dem kein anderes „Verbrechen“ nachgewiesen werden konnte, als daß er gekämpft, unter der „neuen Aera“ zu fünfjährigem Gefängniß verurtheilt. Dafür läßt sich nun allerdings die Kammermajorität nicht direkt verantwortlich machen. Allein Thatsache ist, daß bis jetzt alle Versuche der äußersten Linken, die Amnestiefrage auf die Tagesordnung zu bringen, vergeblich gewesen sind.

— Unsere Knuten- und Rubelpresse ist durch den türkischen Vermittlungsantrag und die neuesten Vorgänge in England ganz aus dem Häuschen gekommen. Die neueste Lesart ist, England rüste nicht für, sondern gegen die Türkei, und wolle Aegypten rasch in die Tasche stecken, damit ihm Frankreich nicht zuvorkomme. Die guten Leutchen thäten vielleicht wohl, sich daran zu erinnern, daß einst die russische Regierung durch den Mund des Czaren selbst den Engländern Aegypten angeboten hat und daß diesem Angebot der Krimkrieg gefolgt ist. England hat aber heute noch genau dasselbe Interesse an der Erhaltung der Türkei wie damals.

Uebrigens sticht die Verlegenheit der Russenblätter über die Regungen in England gar seltsam ab von den brutalen Renommistereien über die „Siege“ und beweist, daß diesen Renommistereien, wie das ja gewöhnlich der Fall ist, der Zweifel an der eigenen Heldenhaftigkeit zu Grunde liegt. Eine Festung kaufen (Kars) kann jeder Waschlappen, wenn er nur das nöthige Geld hat und mit dreifacher, ja vierfacher Uebermacht ein feindliches Armeekorps nicht besiegen, es schließlich blos durch Hunger bezwingen — das ist ein Kunststück, dessen kein Unteroffizier fähig wäre, und das nur ein russischer Großfürst fertig zu bringen vermochte.

Die Türken sind auch durch die russischen Erfolge keineswegs eingeschüchtert: in Konstantinopel giebt man das Spiel noch lange nicht verloren und ist zum Aeußersten entschlossen. Natürlich können die Nachrichten aus England nur ermuthigend wirken.

Midhat Pascha's Rückberufung soll bevorstehen. Manches spricht dafür, daß das Gerücht diesmal nicht ganz unbegründet ist.

— Einundzwanzig Preßprozesse schweben gegen unser Dresdner Parteiorgan, die „Volkszeitung“; die drei Redakteure des Blattes partizipiren daran: Vollmar mit 12, Kayser mit 5 und Zaumsegel mit 4 Prozesse. Dafür erfreut sich die „Dresdner Volkszeitung“ aber auch eines steten Aufschwunges. Der Liebe Müh' wäre also nicht umsonst.

— Nicht weniger als 128, schreibe einhundertundachtundzwanzig Maurer waren am 17. Dezember vor den Rostocker Kriminalsenat geladen und Mann für Mann wurde darüber befragt, ob der Maurerbund politische Zwecke verfolge. Natürlich konnte jeder der Vernommenen nur das aussagen, was er wußte, nämlich daß der Maurerbund sich um Politik nicht kümmere. Man hat eben wieder einmal das Gras wachsen gehört.

— Parteigenosse W. Wolf, so wird aus Offenbach berichtet, hat am 15. d. M. seine Haft von 7½ Monaten im Gefängniß zu Darmstadt angetreten.

— Das Zuchtpolizeigericht in Saarbrücken verhandelte am 19. Dezember gegen den seiner Zeit wegen „Gewerbevergehens“ verurtheilten und sich gegenwärtig dort in Haft befindlichen Colporteur, Genossen Franz Heinrich Mathies aus Buddenstedt in Braunschweig. Derselbe ist auf § 131 angeklagt wegen unentgeltlicher Vertheilung sozialdemokratischer Zeitungen, namentlich aber der Zeitung „Die Tagwacht“, in deren Inhalt das strafbare Delikt gefunden worden ist. Das Gericht erachtet den Angeklagten als überführt, von dem strafbaren Inhalt Kenntniß gehabt zu haben und verurtheilt denselben zu vier Monaten Gefängniß.

Wer das „Urtheil“ desselben Gerichts, dessen Schluß wir in der heutigen Nummer bringen, gelesen hat, wozu übrigens wegen des haarsträubenden Stils schon einige Ueberwindung gehört, der wundert sich auch über die Verurtheilung des Genossen Mathies nicht.

— Die Notiz in der politischen Uebersicht der Nr. 145 des „Vorwärts“, beginnend: „Die Wiener Arbeiter“, haben wir, soweit sie von Herrn Trojan in Wien handelt, nach einer Zuschrift des Genannten wie folgt zu berichtigen: „Ich sehe mich genöthigt, einen Irrthum zu berichtigen, welcher der Redaktion des „Vorwärts“ bezüglich meiner Person unterlief. Ich war nie „Mitglied der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine und eifriger Fortschrittler“, konnte es schon aus dem Grunde nicht sein, da ich nie in Deutschland domizilirte, dagegen aber schon im Jahre 1868 von Rumänien aus im Wiener Buchdrucker-Journal „Vorwärts gegen die Gründung von Produktivgenossenschaften und den ganzen Schulze'schen Humbug energisch Front machte. All' das von mir damals gegen die „Selbsthilfe“ (?) in's Feld Geführte haben die seitdem bei den Genossenschaften gemachten bitteren Erfahrungen bestätigt. Obwohl der Uebertritt von der Hirsch-Duncker'schen Richtung zum Sozialismus immerhin nur ehrenvoll für den Betreffenden sein könnte, muß ich doch auf diese Ehre verzichten, da ich mir in dieser Beziehung nicht des mindesten Prinzipienwechsels bewußt bin. E. Trojan.“

---

bier. Auch Tafelbier würde auf dieselbe Weise hergestellt, nur nehme man statt Syrup als Zusatz Honig. Der moderne Bierbrauer auf kaltem Wege erklärte ferner, daß er ganz bona fide gehandelt habe, denn er habe das Rezept zu seinem Biere von einem Braunschweiger für 1900 M. gekauft und wäre die Bierfabrikation in Braunschweig nach diesem Rezept durchaus nichts Außergewöhnliches. Die Medizinalbehörde dachte übrigens anders über diese Braumethode, denn sie beantragte sofort die Bestrafung des Syrupwasser-Fabrikanten, und dürfte die Sache demnächst zur Verhandlung kommen. Selbstredend wurde die Lieferung für das Hospital dem „Bierfabrikanten auf kaltem Wege“ sofort entzogen und die Kranken so geschützt, weiterhin die Mixtur des Betreffenden als „Stärkung“ genießen zu müssen.

— Engelmacherei. Aus Königsberg i. Pr. wird gemeldet: „Die neulich polizeilich wegen Engelmacherei verhaftete Vizefeldwebelfrau ist dem Gerichtsgefängnisse überliefert worden. Das Kind, um welches es sich diesmal handelte, war ebenfalls, wie andere zuvor, beinahe verfallen. Es hatte in Folge der unzureichenden Nahrung, die es seit langer Zeit gehabt, und der grenzenlosen Unreinlichkeit, die soweit ging, daß der ganze Körper des unglücklichen Geschöpfes bereits mit Maden bedeckt war, nur noch wenig Lebenskraft, als es dem städtischen Krankenhause übergeben wurde, woselbst das Geschöpfchen, ein uneheliches Kind einer in Berlin lebenden Person, wieder hergestellt worden ist.“ — Solche „Engelmacherei“, die übrigens sehr häufig vorkommt, ist so recht ein Zeichen der Heiligkeit der Ehe und der Familie in unserer Gesellschaft!

— 6000 Sack verfälschtes und verdorbenes Reismehl, welche von England aus in den Handel gebracht waren, wurden kürzlich in Antwerpen mit Beschlag belegt, nachdem ein Theil bereits in den Handel gelangt war. Ein Käufer dieser schönen Waare, dem ein Schwein nach dem Genusse derselben crepirte, machte von dem Vorfalle Anzeige beim Ministerium, welches eine chemische Untersuchung und später die Beschlagnahme des verdorbenen Mehles verfügte. — Wäre ein Proletarier an dem Genusse des Reismehles gestorben, so wäre wahrscheinlich keine so rasche Anzeige erfolgt, aber ein Werthgegenstand, ein Schwein, das bringt die Gesellschaft in Aufregung.

Correspondenzen.

Frankfurt a. M., 18. Dezember. (Weihnachtsbilder.) Die „schöne, fröhliche Weihnachtszeit" steht vor der Thüre, die Weihnachtszeit, an der sich doch die ganze „erlöste" Menschheit freuen soll! Aber noch heute ist weder der kleinste Theil von dieser Menschheit „erlöst", noch kann sie sich mit Recht freuen. Denn „König Mammon" führt sein grausames Regiment und hat der Freiheit den Nacken gebeugt, die freilich deshalb einst ihr Haupt desto kühner erheben wird! Doch ich will hineingreifen in's volle Menschenleben, und wo man's packt, ist's mehr traurig als interessant. Schon vor 14 Tagen schrieb der hiesige „Volksfreund":

„Die wirthschaftliche Lage in Frankfurt und in der Umgegend ist eine noch viel schlechtere, wie sie es noch vor einem Jahre war. Alle Hoffnungen, die man auf „Besserung" gesetzt hatte, haben sich als trügerisch erwiesen. Handel und Gewerbe gehen täglich mehr zurück und leicht begreiflich ist es, daß sehr viele Geschäftsleute mit Bangen der nächsten Zukunft entgegensehen. Das nöthige Vertrauen im Geschäftsverkehr will sich nicht wieder einstellen; allgemeines Mißtrauen scheint es völlig verdrängt zu haben. Jeder ist selbstverständlich bemüht, sein Besitzthum sicherzustellen, oder zu retten, was zu retten ist, wobei gewöhnlich ein Anderer mehr oder weniger Schaden hat. Am schlimmsten sind natürlich die „Lohnarbeiter" daran, welche von der Hand in den Mund leben müssen und dabei gar keine oder doch nur wenig und dazu meist schlecht bezahlte Beschäftigung haben. „Arbeitslosigkeit — Verdienstlosigkeit" — das sind die Worte, die man überall hört, wohin man kommt! — Die selbstständigen Handwerker hört man darüber klagen, daß kein Geld für gelieferte Arbeit einzutreiben sei, selbst nicht von solchen Leuten, die ohne sich zu schaden zahlen könnten. Schlimm genug, daß es so viele Schuldner giebt, die zahlungsunfähig sind, da sollten doch wenigstens diejenigen, welche fähig sind ihre Schuld zu berichtigen, damit nicht säumen. Aber man kennt ja die in gewissen Kreisen herrschende „Noblesse" zu zahlen nach Belieben. Der Handwerker muß ja borgen können, und wenn er's zehnmal nicht kann! — Auch das kaufmännische Proletariat mehrt sich; wie uns ein Mitglied des Kaufmännischen Vereins versicherte, sind bei demselben so viele Anmeldungen von Stellesuchenden geschehen, daß nur der allerkleinste Theil davon wird Berücksichtigung finden können. — Die Stellenvermittelungs-Bureaus werden überlaufen. Eine natürliche Folge davon ist die Zunahme der Zahl der Agenten und Commissionäre; ihnen wird oft der letzte Pfennig von stellesuchenden Personen hingetragen. — Daneben treibt natürlich der Wucher seine üppigsten Blüthen; er hat jetzt seine goldene Zeit, täglich fordert er mehr der Opfer aus den Kreisen der kleinen Gewerbtreibenden, Handwerker und Arbeiter. Der Wucher ist wie die Hyäne des Schlachtfeldes; er findet sich überall da ein, wo die wirthschaftliche Corruption ihm das Feld vorbereitet; nichts ist ihm heilig, und wäre es das letzte Bett einer armen, ruinirten Familie! Aber was will man dagegen machen? Von der gegenwärtigen Zeit, die keinen reellen Eigenthumsbegriff, kein ehrliches und vernünftiges Arbeitsverhältniß im Allgemeinen mehr kennt, sondern nur wahnwitziges Jagen nach den Früchten Anderer, — kann man nichts Besseres erwarten."

Das also schrieb, wie gesagt, vor 14 Tagen der sozialistische „Volksfreund". Heute kommt nun auch der weniger „verdächtige" hiesige Herr Lokalberichterstatter des „Beobachter" nachgehumpelt und läßt folgendes, freilich weniger „verfängliche" und „aufreizende" Klagelied los — für den Verständigen trotzdem genügend, nämlich:

„Die Geschäfte auf Weihnachten gehen sehr schlecht; nirgends sieht man ein fröhliches Gesicht. (Kommt noch! Red.) Der Handwerker hat keine Bestellungen und der Kaufmann für seine Waaren zwar Liebhaber, aber keine Käufer, wenn anders er nicht auf Borg giebt. (Wenn das ganze Jahr geborgt wird, kann's auch auf Weihnachten geschehen. Red.) Die Pelzhändler halten Versteigerung und die Spielwaarenhändler werden durch die 50 Pfennig-Läden lahm gelegt. Selbst die Wirthshäuser, namentlich die Weinstuben, sind leer und scheint es fast, als ob der Durst abhanden gekommen sei. Nur Pfandhaus und Rückkaufsgeschäfte floriren. (Nur nicht so griesgrämig, Herr Müller-Rentz! Red. d. Beob.)

Die Einschaltungen rühren von der Redaktion des „republikanischen" „Beobachter" her und lassen mindestens auf eine große Portion sogenannten Halgenhumors schließen; die Klage des Herrn Berichterstatters über die Abnahme des „Durstes" aber beweist mindestens eine noch größere Portion — — Geist! Vielleicht hält mancher Leser in Anbetracht der sehr traurigen und sehr wahren Thatsache, daß sogar in der Residenz so vieler Geldfürsten gar manches Menschenkind Hunger leiden muß, eine andere Bezeichnung für weit besser am Platze! Da mag gleich wieder der Herr „Lokale" citirt sein:

„Seit einigen Tagen wird ein Fahrbursche und ein Taglöhner, letzterer Familienvater, vermißt. Ersterem wollte es trotz redlicher Bemühungen nicht gelingen, eine Stelle zu finden, und er zeigte sich deshalb sehr niedergeschlagen, der Andere klagte sehr über die Zeitverhältnisse und schlechten Verdienst. Man fürchtet, daß sie sich ein Leid angethan haben. (Sie können auch nach Auswärts gegangen sein, um Verdienst zu suchen.)"

Die Einschaltung stammt wieder von der Redaktion des „Beobachter" und mag vielleicht für sie recht tröstlich sein, ändert aber für uns nicht das Mindeste an der Sache selbst. — Dann wird im gestrigen „Volksfreund" berichtet: erstens aus Darmstadt, „daß eine für die nächsten Tage beabsichtigte ‚Haussammlung' zu Gunsten des ‚Nationaldenkmals auf dem Niederwald' allenthalben in dasigen Bürger- und Geschäftskreisen gerechtes Befremden hervorruft"; zweitens aus dem nahen Friedberg, „daß ein dasiges Spezereiwaarengeschäft sich in die Nothwendigkeit versetzt sah, einer großen Anzahl dasiger Einwohner ein recht betrübendes Weihnachtsgeschenk zu machen; es schickte nämlich circa 300 Mahnbriefe an seine werthe Kundschaft!" — — — O Weihnachtsfest mit deiner schönen Mythe! Wird nicht bald die Zeit kommen, wo der Glanz und Lichtschimmer aller dir zu Ehren geputzten Tannenbäume von einem schöneren Lichte überstrahlt wird? Werden nicht bald die Glocken, anstatt zum unnützen Kirchenbesuch zu laden, die wahre Erlösung der Menschheit verkünden? Wird nicht bald auch der Schein jener „Nächstenliebe" gänzlich verblaßt sein, von deren Wesen schon längst keine Spur mehr vorhanden ist? Ja, dann wird „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" sein! Darum helfe Jeder sich selbst und die Gesammtheit erlösen!

—o—

Eßlingen, 19. Dezember. Die vor Kurzem erfolgte Wahl unseres Parteigenossen Morlok zum Stadtschultheiß ist seitens der Regierung nicht bestätigt worden. Als Grund der Nichtbestätigung wird angegeben, daß Morlok die Majorität der Bevölkerung Eßlingens nicht für sich habe, was die Gemeinderathswahlen, bei denen die Partei Morlok's, die Sozialdemokratie, unterlegen sei, hinlänglich bewiesen hätten. Richtig ist, daß unsre Partei bei den Gemeinderathswahlen den Sieg nicht errungen hat, Dank der „einen reaktionären Masse", welche, die Volkspartei an der Spitze, geschlossen gegen die sozialdemokratischen Candidaten stimmte. Unsre Niederlage bei den Gemeinderathswahlen ändert aber nichts an der Thatsache, daß die sozialdemokratische Partei unter den Wahlberechtigten die relative Majorität für sich hat; — welcher Partei anders also als der unsrigen gebührte der Vortritt in der Gemeindeverwaltung? Doch der Sozialdemokratie gegenüber sind ja die Volksparteiler, Fortschrittler, Liberalen, Conservativen und was dieser buntscheckige Parteimischmasch sonst noch für Elemente in sich birgt — sind sie ja bekanntlich Alle ein Herz und eine Seele. Und so ist es denn gekommen, daß an Stelle Morlok's ein Gegner, der die zweitgrößte Stimmenzahl auf sich vereinigt hatte, von Königs Gnaden zum Stadtschultheiß bestimmt ist. Unerwähnt soll hier auch nicht bleiben, daß ein Eßlinger Correspondent der „Frankfurter Zeitung" die scharfsinnige Entdeckung gemacht hat, daß Morlok nicht zum Stadtschultheiß gewählt worden wäre, wenn die übrigen Parteien wie bei der Gemeinderaths-, so auch bei der Stadtschultheißenwahl gemeinsam gegen die Sozialdemokratie angekämpft hätten. Er, Bruder Straubinger, guckst du da heraus?

Mannheim, 15. Dezember. Am 13. d. M. tagte hier im Gambrinuskeller unter dem Vorsitz des Herrn Dreesbach eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung. Die Londoner Deputation erstattete über den dortigen Steinhauer-Strike Bericht und nahm zunächst Herr Weber das Wort, um einen Rückblick auf die Entstehung des Strikes zu werfen und sodann die Londoner Arbeiterverhältnisse im Allgemeinen zu schildern. Diesen Mittheilungen ist zu entnehmen, daß bis jetzt, mit Ausnahme von 16, sämmtliche Londoner Baumeister, die Forderungen der Steinhauer (Erhöhung von 9 auf 10 Pence pro Stunde) bewilligt haben. Unter diesen 16 befindet sich ein Mr. Bull, der den Bau des Justizpalastes übernommen hat, und dieser Mr. Bull ist der Hauptentrepreneur der Importation ausländischer Arbeiter. Die Steinhauer aller andern Nationen hätten die betr. Anträge refusirt und nur aus Deutschland speziell Süddeutschland komme noch Zuzug, um die englischen Arbeiter zu unterdrücken. Als zweiter Redner trat Herr Erhardt auf und beleuchtete die Frage in der drastischsten Weise. Zugleich schilderte er ein Rencontre, welches jüngst die Deputation in Stuttgart mit Mr. Bull und seinem Agenten, Herrn Napp aus Heidelberg, hatte. Die Rede Erhardt's machte einen großen Eindruck. Zuletzt hielt auch Mr. Bradder noch eine Ansprache in englischer Sprache. Nachdem noch der Vorsitzende eine kurze Erläuterung gegeben hatte, nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Die heute Abend hier tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Arbeiterdeputation aus London vollständig einverstanden, sie spricht ihre volle Sympathie für die strikenden Steinhauer in London aus und erklärt es für eine Schmach, wenn deutsche Arbeiter sich noch ferner im Interesse der englischen Bourgeoisie gegen die dortigen Arbeiter gebrauchen lassen; aber für noch viel verwerflicher hält sie es, wenn einzelne gewissenlose Agenten ihre eigenen Landsleute für schnödes Geld verkaufen, und spricht die Erwartung aus, daß sämmtliche Anwesenden mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln der weiteren Importation deutscher Arbeiter entgegentreten."

Es sind außerdem 10,000 Aufrufe in Steinhauerkreisen vertheilt worden, in welchen nachdrücklich vor dem Zuzug nach London gewarnt wird.

Kettwig. Wiederum tritt das Fest der Liebe und des Wohlthuns an uns heran, aber die seit vier Jahren erhoffte Besserung unserer gewerblichen Verhältnisse ist noch immer nicht eingetreten, vielmehr ist die Zahl der Hülfsbedürftigen mit jedem der letzten abgelaufenen Jahre eine viel größere geworden. Wir wollen nicht verkennen, daß es ein angenehmes Gefühl ist, seinem Mitmenschen wohlzuthun, müssen jedoch bestreiten, daß ein sonderlich großes Verdienst darin liegt. In Wirklichkeit giebt ja der Wohlhabende höchstens ein kleines Prozenttheilchen seinem ärmeren Mitmenschen wieder zurück, was dieser ihm direkt oder indirekt zugeführt hat. Vergleichen wir nun das Verhalten des arbeitenden Volkes mit der hergebrachten Leistung der Besitzenden, so finden wir, welch' hoher sittlicher Werth dem Ersteren zuerkannt werden muß. Wie hat nicht die sorgende Hand der liebenden Lebensgefährtin des Arbeiters und Kleinbürgers, vielleicht unter Entbehrung, gespart und gearbeitet, um für alle Familienglieder etwas Ueberraschendes und Angenehmes bieten zu können. Wie ist nicht der sorgende Gatte bemüht, auf jede mögliche Weise ein paar Groschen mehr zu erarbeiten, um seiner treuen Lebensgefährtin und den lieben Seinen eine Freude zu bereiten. Die vom zartesten Alter zu mühevoller Arbeit gezwungenen Kinder, sie alle suchen sich zu übertreffen in Fleiß und Sparsamkeit, um ihren Eltern und unter einander sich ihre Liebe zu beweisen. Der Reiche aber greift bei dieser Gelegenheit etwas tiefer ins Portemonnaie, begleitet noch gar die paar Mark, welche er auch, weil es so Gebrauch, für sein Dienstpersonal auszugeben gezwungen ist, mit einem Seufzer und das edle Werk des Wohlthuns für ihn ist vollbracht. Wir fragen, welchen Werth hat eine solche Leistung gegenüber dem sauer erworbenen und ersparten Groschen des Arbeitsmannes? Leider wird es einer großen Zahl der aufs Pflaster geworfenen Arbeiter in diesem Jahre nicht möglich sein, sich der Festtage zu freuen. Denken wir uns einmal den Salon des reich gewordenen Gründers und Fabrikanten mit seinen vom Schweiße des Arbeiters erworbenen Schätzen, und sehen wir dann hinein in die Hütte des brodlosen Arbeiters, und wenn wir dann können, so stimmen wir mit ein in den Festruf: „Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen." Sollte das letzte Wort nicht lauten Wohlergehen? Dann, ja nur dann, hat das Wort Friede eine gesunde Unterlage, wenn es allen Menschen wohlergeht auf dieser Erde. Es scheint zwar, als wenn einzelne Menschen es nur darauf abgesehen hätten, recht viel Unfrieden resp. Krieg in unserer Zeit anzustiften, damit es den Menschen nur ja nicht zu wohl ergehe. — Die Sozialdemokratie, und nur sie allein, ist berechtigt, den Festesgruß für sich in ihren Bestrebungen in Anspruch zu nehmen, denn nur sie allein ist im Stande, der Gesammtmenschheit einen ewigen Frieden und ein größtmöglichstes Wohlergehen zu gewähren.

Hannover. Den Abonnenten des „Vorwärts", der „Neuen Welt", sowie der „Zukunft" zur Nachricht, daß der Colporteur Herr Loges plötzlich schwer erkrankt ist. Sollte irgend ein Abonnent der obengenannten Zeitungen nicht bedient worden sein, so wende man sich an Herrn Rudolph, Mittelstr. 11, 2 Tr., oder an die jetzigen Colporteure Urban, Posthornstr. 9, Linden, und Fr. Beck, Fundstraße (?)

Die Zeitungscommission.

Unbefugter Kalenderhandel in der Mittweidner Gegend.

Es ist abermals die liebe Weihnachtszeit und mit dieser der Wechsel des Jahres herangerückt. So wie jede Zeitperiode ihr Gutes und ihr Schlimmes hat, ist es diesmal auch mit der Weihnachtszeit der Fall. In unserer Gegend fangen nämlich die Herren Landgeistlichen, oder Hochehrwürden, wie man sie nennen soll, an, mit Kalendern zu handeln, ohne vielleicht einen Gewerbeschein zu haben und machen dadurch Colporteuren und andern Leuten, welche ihre Abgaben darauf geben müssen, furchtbare Concurrenz. Auf verschiedene Anfragen in unserm Amtsblatt ereifern sich die Herren Hochehrwürden dermaßen, daß in der zweiten Beilage der vorigen Sonnabendnummer ein langer Aufsatz, verschiedene Verdächtigungen über andere Kalender enthaltend, erschien. Ich glaube aber ganz gewiß, wenn man die von jener Seite verbreiteten Kalender (Sächsischer Volkskalender) mit den von uns empfohlenen (Braunschweiger Volkskalender und „Armer Konrad") vergleicht, so sind letztere lehrreicher, als jener. Die Herren Geistlichen rühmen sich, mit den Kalendern ganz ohne Verdienst zu handeln, was jedenfalls bemerkenswerth ist, denn viele der Herren Geistlichen machen doch sonst nicht gern einen Handgriff umsonst. Dem Gesetz sind sie allerdings wegen unbefugter Colportage schon verfallen, da aber in vielen Orten die Polizeidiener Helfershelfer gewesen sind, so sind diese in Ausführung ihrer Pflicht blind, denn auf mehreren Dörfern hat der Dorfwächter oder Gemeindediener selbst die Kalender von Haus zu Haus getragen und das Werk des Herrn Pastors unterstützt. Auch die Herren Schullehrer haben Hand ans Werk gelegt, indem sie den Kindern die betreffenden Kalender mit nach Hause gegeben haben, mit der Bedingung, das Geld am andern Tage dafür mitzubringen.

August Berndt, Colporteur für Mittweida.

Aufruf.

In Sachen der Petition an den Reichstag betr. die Abschaffung der Zuchthaus- und Gefängnißarbeit.

Wir ersuchen die Genossen allerorts dringend, welche Material: Denkschrift und Sammelbogen in Händen haben, selbiges, da die Eröffnung des Reichstages bevorsteht, schleunigst an unseren Vorsitzenden Aug. Scharlibbe einzusenden.

Zugleich erlauben wir uns noch besonders darauf aufmerksam zu machen, daß wir der Unterstützung bedürfen, da die Agitation, Druck, Porto ꝛc. ꝛc. viel Unkosten verursachen. Etwaige Ueberschüsse werden wir im Sinne der Geber verwenden. Wir bitten etwaige Gelder an unsern Kassirer Breul zu senden.

Berlin, im Dezember 1877.

Die Commission.

Aug. Scharlibbe, Vorsitzender, Kastanien-Allee 54, bei Winnen.
Bernh. Breul, Kassirer, Koppenstraße 35, H. 2.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Abonnements-Einladung.

An die Genossen von Elmshorn und Umgegend!

Wir stehen am Schlusse des Quartals und auch am Schlusse des Jahres. Es wird wohl den meisten Lesern des „Vorwärts" bekannt sein, daß mit Beginn des neuen Jahres auch ein neuer Colporteur für unsere Zeitungen in Thätigkeit tritt, nämlich der Unterzeichnete. Ich gebe hiermit die Versicherung, daß ich keine Mühe scheuen und durch nichts mich schrecken lassen werde, um den Leserkreis des „Vorwärts" zu vergrößern; ich bitte aber auch jeden Leser, mich in der Ausübung dieses Vorsatzes zu unterstützen und dafür zu wirken, daß dem Sozialismus immer mehr neue Anhänger gewonnen werden. Bestellungen auf den „Vorwärts" und alle übrigen Parteiorgane nehmen der Unterzeichnete sowie die Gastwirthe F. Bod und C. Behrs entgegen.

C. H. Hammer.

Briefkasten

der Redaktion. E. H. in Ottensen: Sie fragen, warum wir den Bericht über die Kirchenvorstandswahl nicht aufgenommen haben? — Im Briefkasten der Nr. 149 des „Vorw." finden Sie die Antwort auf Ihre Frage. — W. in London: Der Bericht ist uns allerdings zugegangen, zu verwenden war er aber — nehmen Sie uns dieses offene Geständniß nicht übel — aus verschiedenen Gründen nicht.

Quittung. Mttg Altona Ab. 37,00, Schr. 1,00. F. Wf Christophsgrund Ab. 15,00. Hrbg Würzburg Ab. 18,00. Ufrt Apolda Schr. 5,00. Sch d Straßburg Ab 19,90. Adlr Possek Schr. 0,10. Brnhrdt Göttingen Schr. 1,30. Frtzsch Gera Schr. 1,40. Elnstn Limbach Schr. 1,40. Hrimn Mainz Schr. 2,65. Brgmnn Krahenhöhe Schr. 11,65. Frtsch Wigandsthal Schr. 3,65. Rfk Dessau Schr. 15,00. Brlngr Stuttgart Schr. 10,00. Gnthr Meißen Schr. 1,50. Rlnd Rawitz Schr 0,50. Gnkl Kleinauheim Schr. 3,75. Hbrcht Meißen Schr. 3,00.

Fonds für Gemaßregelte.

B. B. Grsr Barmen 10,00. E. Lhm Frankfurt 3,50.

Nach fast vierjährigem Prozesse freigegeben!

Rasch, G., Die Preußen in Elsaß und Lothringen. Einzeln 2,50, bei Partien 2,00.

Soeben erschien:

Sack, Ed., Gegen die Prügelpädagogen. Oktav. 7¼ Bogen.

Mit bekannter Meisterschaft züchtigt der Verfasser das gerade in der Neuzeit wieder stark hervorgetretene Bestreben unserer Muster-Pädagogen, die „Prügel für das Volk" in den Schulen aufrecht zu erhalten oder neu einzuführen. Er führt dieses Bestreben auf seine wahren Ursachen zurück und ruft zum Kampfe dagegen auf.

Jedem Freunde der Schule wird das Schriftchen Freude machen. Es sei warm empfohlen.

Einzeln (für Arbeitervereine) 80 Pf., bei Partien 60 Pf. Nur gegen baar oder Postvorschuß. Im Buchhandel ist der Preis 1 M.

Braunschweig. **W. Bracke jr.**

Die hier angekündigten Schriften sind in der unterzeichneten Expedition zu haben.

Expedition des „Vorwärts".
(2b) Leipzig, Färberstr. 12/II.

„Der arme Conrad."

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück } netto gegen baar.
gebunden 40 „ „ „ }

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Fackel", Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.
Expedition der „Freien Presse", Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a

Durch uns ist zu beziehen:

Ein verunglückter Agitator

oder

Die Grund- und Bodenfrage.

Lustspiel in 2 Akten von A. Otto-Walster.

Preis per Exemplar 60 Pfg. gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Leipzig. Die Expedition des „Vorwärts".

Der Feiertage wegen mußte die heutige Nummer 24 Stunden früher als gewöhnlich fertig gestellt werden, was wir zu berücksichtigen bitten.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Insertate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf. kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hatz, 600 North 3rd Street
J. Boll, 113te Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lauffermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New 'r Golden Square.

Nr. 152 — Sonntag, 30. Dezember. — 1877.

Des Neujahrstages wegen müssen wir die nächstnächste Nummer (Freitagsnummer vom 4. Januar) ausfallen lassen.

Redaktion des „Vorwärts".

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 4132, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/11, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** 2c. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost Hauptstr. 101; für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/11 dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 l; für **Gohlis** 2c. bei Schäfer, Eisenbahnstraße 8; für **Plötteritz** bei E. Grube, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Staatssozialismus.

Das Wort Sozialismus muß einen gar sehr verführerischen Klang haben, daß es jetzt so oft als Parteibezeichnung benutzt wird. Kaum ist der Katheder-sozialismus, der so gewaltige Ansprünge nahm, nach einem kläglichen Sturze wieder in die alleinseligmachende Manchester-Lehre des laisser faire, laisser aller zurückgekehrt, da bildet sich schon eine neue Vereinigung zur Anbahnung sozialer Reformen, die zu Anfang nächsten Jahres ein Blatt herausgiebt: „Staatssozialist", dessen Probenummer vor uns liegt.

Sehen wir uns diese neue Gesellschaft, welche die sozialen Reformen auf religiöser und constitutionell-monarchischer Grundlage vorbereiten will, nun zunächst ohne alle Voreingenommenheit an, so finden wir das alte Programm des Geh. Oberregierungsraths Wagener, welches er oft genug in den Parlamenten bruchstückweise zum Besten gegeben hat. Das allgemeine und gleiche Stimmrecht soll aufrecht erhalten, und vermittelst desselben und einer starken arbeiterfreundlichen Initiative der Regierung ein Vertrauensverhältniß zwischen Monarchie und Arbeiterstand hergestellt werden. Ganz dieselbe Taktik auch, welche Spielhagen in seinem Roman „In Reih und Glied" seinem Leo (Lassalle) in die Schuhe schiebt. Dieser neue Reformverein meint nun ferner, daß ohne Mitwirkung der Kirche für die berechtigten Forderungen des „vierten Standes" an eine „Lösung der sozialen Frage" nicht zu denken sei. In diesem Punkte lehnt sich der Verein an die christlich-sozialen Bestrebungen der Ultramontanen an.

Natürlich wendet sich in seinem Programm der neue Verein auch gegen die Sozialdemokratie: er will die monarchisch und religiös gesinnten Volkselemente mobil machen gegen die religionsfeindliche, antimonarchische, internationale Sozial-Revolution.

Wenn wir nicht derlei Phrasen und derlei Mobilmachungen, die wie Bächlein im Sande verrinnen, längst kennten, so müßte man vor einer solchen Sprache fast Respekt, ja Angst bekommen — doch so bringt dieselbe uns nur ein mitleidiges Lächeln auf die Lippen.

Der Gedanke, eine Sozialreformpartei zu bilden, von der die einzige wirkliche und wir fügen hinzu: die einzige mögliche Sozialreformpartei, nämlich die Sozialdemokratie ausgeschlossen sein soll, ist so absurd, daß man ihn nicht ernsthaft behandeln kann. Das Ganze ist ein nonsens (Widersinn), der in einem nonens (Nichts) enden wird. Bedeutung hat das Experiment blos insofern, als es einen neuen Beweis dafür liefert, daß innerhalb sämmtlicher alten Parteien, d. h. aller auf dem Boden des herrschenden Staats- und Gesellschaftssystems stehenden Parteien, die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit dieses Systems und der Nothwendigkeit einer vollständigen Umgestaltung der wirthschaftlichen Grundlagen des Staats und der Gesellschaft mehr und mehr sich ausbrettet. Das Programm der Herren „Staatssozialisten" ist ein Verzweiflungsschrei, eine politisch-soziale Bankrouterklärung in optima forma, und als solche begrüßen wir es aufrichtig, wenn der Versuch selbst, Sozialismus zu treiben ohne die Sozialisten, uns auch nur komisch erscheinen kann.

Freilich die Herren werden uns sagen: „wir sind die wahren Sozialisten, ihr Sozialdemokraten verfälscht den Sozialismus durch eure demokratischen Phantasien: der Sozialismus läßt sich blos durch den heutigen Staat und die Kirche, die ihr beide negirt, verwirklichen." — Allein das sind sophistische Utopistereien. Mit dem ökonomischen Unterbau fällt auch der ganze staatliche und gesellschaftliche Oberbau, die Kirche natürlich mit inbegriffen, über den Haufen. Kein Papst, kein protestantischer Ketteler, kein Bismarck vermag aus Deutschland oder einem sokistigen Kulturland ein modernes Paraguay zu machen.

Sehen wir uns nun die Männer an, welche den Vorstand der neuen Sozial-Reformpartei bilden. Rittergutsbesitzer Dr. Calberla, den wir schon kennen aus seiner nichts weniger als klaren Bekämpfung der Marx'schen Werththeorie, ein obskurer Fabrikant Namens Krüger, Freih. P. v. Roell, der in Schutzzoll macht, der pietistische Hofprediger Stöcker und Pastor Todt, der ein dickes, aber langweiliges Buch über „den radikalen deutschen Sozialismus und die christliche Gesellschaft" geschrieben hat. Als Vereinssekretär fungirt ein Herr Golombeck zu Berlin, woselbst auch der Verein seinen Sitz hat und der „Staatssocialist" herausgegeben wird.

All diese Namen bieten nur ein höchst untergeordnetes Interesse — es ist die alte bekannte evangelisch-conservative Couleur. Mehr Interesse erwecken uns die Mitarbeiter des „Staatssocialist" — da finden wir, wenigstens von dem Vorstande des Vereins angegeben, die Namen: Dr. Schäffle, Prof. Ad. Wagner und Regierungsrath Dr. H. von Scheell. Von dem Letzteren wollen wir absehen. Aber, der Verfasser „der Quintessenz des Sozialismus", der Mitarbeiter der „Neuen Gesellschaft" — aber, der muthige Professor, der dem Volkswirthschaftlichen und dem Kathedersozialisten-Congreß kürzlich den Fehdehandschuh hingeworfen hat?

In einer kürzlich erschienenen Schrift sagt Ad. Wagner Folgendes:

„Um so mehr war es Aufgabe und Pflicht der wirklich unabhängigen, der neutralen Wissenschaft, die sich doch den Verein für Sozialpolitik schuf, Stellung zu nehmen gegenüber der falschen und ungerechten Polemik gegen den Sozialismus. Die Wissenschaft unserer Zeit prüft unbefangen und um die Folgen unbekümmert alles, „was besteht", alles „was für wahr gilt". Sie kritisirt die religiösen Vorstellungen, die theologischen Lehren, kühl bis ans Herz hinan. Sie diskutirt die Existenz oder Nichtexistenz eines persönlichen Gottes vollständig frei. Sie ficht für oder gegen Darwin. Und diese deutsche Wissenschaft sollte sich nicht dazu erheben können, auch dem Sozialismus eine wahrhaft unparteiische Kritik zu Theil werden zu lassen? Dürfte sie Gott, aber nicht das Eigenthum zum Untersuchungsgegenstand machen!" — —

Und dieser freie Forscher sollte so plötzlich unter die Mucker gegangen sein?

In derselben Schrift sagt Wagner:

„Im Sozialismus ist ein wissenschaftliches System aufgestellt, das keine Wissenschaft der Nationalökonomie mehr ignoriren kann. Ich rechne zu diesen großen Gedanken des Sozialismus: die Darlegung des Zusammenhangs zwischen dem Privatvermögensrecht, besonders der Eigenthumsordnung und der Vertheilung des Volkseinkommens an die Einzelnen; die Kritik des geschichtlich überkommenen Privateigenthums an Produktionsmitteln, an Grund und Boden und Kapital, dann des Erbrechts und die Forderung einer Abschaffung dieser Rechtsinstitute; die Kritik der heutigen regellosen Produktion in einem „sich selbst überlassenen Verkehr" und die Forderung einer planvollen Regelung der Produktion; die Ausdehnung der „öffentlichen Thätigkeit" des Staates und der Commune prinzipiell auf die Gebiete der Herrschaft des spekulativen privaten Großkapitals. In allen diesen Dingen hat man es nicht mehr mit der Phantastik eines Fourier, der Verschwommenheit eines St. Simon zu thun. Hier liegen nur die besten und klarsten Gedanken eines St. Simon, Louis Blanc, Proudhon zu Grunde und Männer von außerordentlicher wissenschaftlicher Bedeutung: ein Rodbertus — ich nenne ihn mit gutem Grunde zuerst — ein Marx, ein Lassalle haben hier ein ökonomisches System aufgestellt und aus den Thatsachen des wirthschaftlichen Lebens Belege für ihre Anschauungen beigebracht, worüber man nicht mehr mit Stillschweigen oder mit Schimpfen auf den Sozialismus hinwegkommt." —

So Wagner. Und der Mann, der das geschrieben, in dieser Gesellschaft?

So fragten wir uns — da fiel uns die Probenummer des „Staatssocialist" in die Hände und sie gab uns Aufklärung. Herr Wagner ist nur bedingungsweise Mitarbeiter geworden. In der Probenummer befindet sich nämlich ein „Offener Brief" Wagner's, in welchem er die Voraussetzungen betont, unter denen er seine Mitarbeiterschaft zusagt:

„Für Gegner wie für Anhänger des Sozialismus scheint es mir daher im Interesse der wissenschaftlichen Erkenntniß und der praktischen Bestrebung geboten, sich über das eigentliche Wesen des Sozialismus klar zu sein. Was ist denn aber Sozialismus? Sozialismus ist ein dem heutigen entgegengesetztes System der wirthschaftlichen Rechtsordnung, wo die sachlichen Produktionsmittel, d. h. Grund und Boden und Kapital, nicht im Privateigenthum einzelner Mitglieder der Gesellschaft, sondern im öffentlichen oder Gesammteigenthum der Gesellschaft selbst sich befinden; wo daher nicht die private, auf Gewinn berechnete Unternehmung und ihr gegenüber nach den Bedingungen des Arbeitsvertrages bezahlte Lohnarbeiter sich gegenüberstehen, und die Produktion eine regellose und vom Gang der Spekulation abhängige, die Vertheilung des Produktionsertrages eine nach dem Zufall des „Gesetzes von Angebot und Nachfrage" erfolgende ist; sondern wo die Produktion planmäßig nach dem Bedarf der Consumenten von Oben aus geregelt, in genossenschaftlicher Weise ausgeführt und ihr Ertrag in gerechterer Art, als gegenwärtig mittelst des Gesetzes von Angebot und Nachfrage und mittelst der Lohn-Abfindungsverträge, unter die Produzenten (Arbeiter) vertheilt wird. Dies ist, — auf eine für die Zwecke des populären Verständnisses möglichst knappe Formel gebracht, — die „Quintessenz" des „ökonomischen" Sozialismus, d. h. aber eben des eigentlichen Sozialismus. Alles Weitere ist Ausführung oder Beiwerk. Dieser Sozialismus ist dasjenige große nationalökonomische System, welches dem ökonomischen Individualismus, d. h. der wissenschaftlichen Lehre der Physiokraten und Adam Smith's und seiner Schule, — welche in unserer modernen wirthschaftlichen Gesetzgebung im Wesentlichen Geltung erlangt hat, — am Entschiedensten entgegensteht. Es handelt sich im Sozialismus namentlich um eine prinzipielle Umgestaltung einiger Hauptpunkte unseres Privatrechts, besonders des Privateigenthums an Grund und Boden und an Kapital, und des Vertragsrechtes, namentlich um eine Beseitigung des heutigen Arbeitsvertrages. Der Sozialismus ist insofern ebenso ein Kampf gegen das geschichtlich überkommene und bestehende Privatrecht, wie der politische Liberalismus ein Kampf gegen die absolute Fürstengewalt und gegen das seiner Zeit geltende Staatsrecht, und wie die Reformation (zwar nicht nur, aber doch auch) ein Kampf gegen das bestehende Kirchenrecht war.

„Dieser Parallelismus scheint mir geeignet, um gerade bei den Gegnern des Sozialismus wenigstens das Verständniß für die tieferen ursächlichen Momente in der heutigen sogenannten sozialen Bewegung zu erwecken. Man stelle sich derselben und ihrem ökonomischen Theorem, dem Sozialismus, gegenüber, wie man wolle, es liegt hier eine gewaltige historische Erscheinung vor, die man mag zu leiten, auch zu bekämpfen suchen, die man aber in ihrer Grundidee verstehen muß, einerlei, ob man ihr gegenüber eine freundliche oder feindliche Stellung einnimmt. Dieser Kampf gegen das bestehende Privatrecht findet in einer Menge spezifisch eigenthümlicher Erscheinungen des modernen wirthschaftlichen, sozialen und politischen Lebens, ferner auch im Entwicklungsgang der Technik seine Erklärung. Analogien mit früheren geschichtlichen Perioden bestehen freilich daneben; aber nichts ist einseitiger und unrichtiger, als deshalb die moderne und soziale Bewegung der unteren Klassen mit dem Maßstabe früherer Zeiten zu messen.

„Den Schlüssel zum wissenschaftlichen Verständniß des heutigen Sozialismus aber liefert die Nationalökonomie oder — soll ihn wenigstens liefern, indem sie nachweist, wie das Privateigenthum an Produktionsmitteln gerade im modernen System freier wirthschaftlicher Conkurrenz den Prozeß der Vertheilung des Produktionsertrags oder des Volkseinkommens beherrscht, und allerdings überwiegend zu Ungunsten der nichtbesitzenden Klassen. Wollen die besitzenden Klassen, die Gebildeten, die unbefangenen Conservativen und Liberalen eine richtige und uneigennützige Stellung zur sozialen Frage gewinnen, so müssen sie vor Allem das Privatrecht in seinen ökonomischen Folgen für die Produktion und Vertheilung des Volkseinkommens prüfen. Wenn sich dann große Umgestaltungen im Privateigenthum an Produktionsmitteln und im Vertragsrecht als nicht vermeidlich erweisen sollten, so wenig als ehedem im Kirchen- und im Staatsrecht ohne solche Umgestaltungen des Rechts auszukommen war, so müssen jene Klassen hierzu selbst die Hand bieten und sie durch die Gesetzgebung ausführen helfen. Eine Reformpartei, welche nicht den Muth und die Selbstüberwindung hierzu besitzt, hat keine Aussicht, eine erfolgreiche Rolle in der sozialen Frage zu spielen. Kleine Mittel mögen hie und da etwas lindern. Wesentliches zu verbessern vermögen sie nicht. Darüber sollte man sich nicht mehr täuschen. — Dies ist wenigstens mein und einzelner anderer deutscher Nationalökonomen — freilich erst allmälig errungener — wissenschaftlicher Standpunkt in der sozialen Frage, den ich insbesondere in meiner „Grundlegung der allgemeinen Volkswirthschaftslehre" näher zu entwickeln begonnen habe. Zu vielfach ähnlichen Resultaten gelangte Schäffle in seinem „gesellschaftlichen System der menschlichen Wirthschaft" und in seiner „Quintessenz des Sozialismus", Schriften, denen ich selbst die vielfachste Förderung und Klärung verdanke. Ich verweise außerdem auf v. Scheel's und Samter's Arbeiten. Wollen Sie mir diesen meinen Standpunkt in Ihrem Blatte rückhaltslos zu vertreten erlauben, so werde ich gern mein Scherflein beitragen, um Aufklärung über vielleicht die wichtigste Frage unserer Culturperiode mit vertreten zu helfen. Ich gestehe, daß ich dabei aber gerade hier, in einem für die höheren Klassen bestimmten Blatte, vornehmlich suchen werde, das vielfach sehr Berechtigte im Sozialismus zur Geltung zu bringen. Denn das wird verkannt, während die leichter nachweisbaren sozialistischen

Irrthümer in diesen Kreisen meistens allein beachtet werden."

Da haben wir die Ansichten Adolf Wagner's, unter welchen er seine Mitarbeiterschaft dem „Staatssozialist" zusagt, und wir können zufrieden sein, da jede wirklich wissenschaftliche Kritik unserer Bestrebungen für dieselben unter allen Umständen von Vortheil ist. Und aus dem Briefe Wagner's geht auch wohl der Standpunkt des noch weiter vorgeschrittenen Schäffle hervor, von dem eine Erklärung bis jetzt nicht veröffentlicht ist.

Mit sauersüßer Miene erklärt denn nun auch die Redaktion des „Staatssocialist" in einer Note, daß sie sich bemühen werde, Adolf Wagner in seinen Bestrebungen beizustehen, daß aber die Mehrheit der Mitarbeiter an dem Privateigenthum aus „psychologischen Gründen" festhalte. Zum Ueberfluß verwahrt Herr Dr. Calberla in einem weiteren Artikel der Probenummer sich gegen die „utopischen Ziele der Sozialdemokratie" und sieht in einem arbeiterfreundlicher Staatsbetrieb einzelner, sich besonders dazu eignender und in Privathänden die Allgemeinheit gefährdender Unternehmungen das Heil der Welt.

Adolf Wagner steht also schon von Anfang an bei diesen Staatssozialisten mit seinen Ansichten allein — er wird es deshalb, meinen wir, bei diesen kaum so lange aushalten, als bei den Katheder-sozialisten.

Zum Schluß wollen wir uns noch eine Bemerkung erlauben.

Stellen sich Schäffle und Wagner auf den Standpunkt, daß die Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Gesammtbesitz übergehen müssen, um eine vernünftige und gerechte Vertheilung des Volkseinkommens zu ermöglichen, so stehen die Herren uns nahe trotz ihrer monarchischen und religiösen Schrullen, sie stehen uns in vieler Beziehung näher als der Bourgeois-Republikaner, der alle politischen Freiheiten mit uns anstrebt aber vom Privatbesitz an den Produktionsmitteln nicht ablassen will. Denn solcher Privatbesitz bedeutet auch in den politisch freiesten Staaten nichts anderes als die Lohnsclaverei für den größten Theil des Volkes.

Die ökonomische Freiheit hingegen, welche durch die Aufhebung des Privatkapital-Besitzes festgestellt worden ist, duldet keine politische und religiöse Knechtschaft — die Herrschaft des Volkes, das ist der Allgemeinheit, die über sich selbst herrscht und sich selbst leitet, liegt in dem Besitze des Kapitals für die Allgemeinheit unverbrüchlich enthalten, und ebenso unverbrüchlich liegt in einer Auflösung des sozialen Abhängigkeitsverhältnisses die Auflösung einer religiösen Abhängigkeit, an welcher dann Niemand auf der ganzen Welt irgend ein Interesse mehr hat.

Monarchie und Religion, sie sind die Hauptstützen besonders des Privatbesitzes, fällt dieser, so haben die Stützen ihre Schuldigkeit gethan — und der Mohr kann gehen.

Mögen Schäffle und Wagner also monarchisch und religiös bleiben — wenn sie nur für die Ueberführung des Privatkapitals in den Gesammtbesitz eintreten, sie sind uns willkommene Mitkämpfer — für das Uebrige wird dann schon das zum Sozialismus nach und nach erzogene, in ihn hineingewachsene Volk selbst sorgen.

Aus den Vereinigten Staaten.

New-York, 7. Dezember 1877.

Der Ausstand der hiesigen Cigarrenmacher geht soeben zu Ende, und zwar zu einem glücklichen Ende. Die größten drei Firmen allein geben nicht nach und werden nun seitens der Arbeiter geschlossen. Alle übrigen sind auf die Bedingungen der Letzteren eingegangen, eine aber hat den Arbeitern jener drei Firmen die Gelegenheit zu einem Cooperativ-Geschäft (Produktiv-Genossenschaft) angeboten, welches sofort eröffnet werden soll. Wenn irgend ein Strike einen so erfreulichen Ausgang verdient hat, so ist es dieser. Von Anfang bis zu Ende musterhaft geleitet und von allen Betheiligten mit wahrer Begeisterung durchgeführt, erweckte er allgemeine Theilnahme, welche sich, besonders in den letzten Wochen, durch das Einkommen von 1000 Dollar täglich bewies. Aus dem ganzen weiten Lande kamen die Beisteuern; in der Stadt selbst betheiligten sich zahlreiche Kleinbürger mit Liebesgaben, und die noch in Arbeit befindlichen Cigarrenmacher besteuerten sich mit 10, zuletzt mit 15 Prozent ihres Verdienstes. Das Erfreulichste dabei ist aber, daß die Cigarren-Hausindustrie ihre Endschaft erlangt zu haben scheint. Die unnachgiebigen Firmen haben ihre Einmiethlinge wegen Nichtbezahlung der Miethe gerichtlich auf die Straße setzen lassen, und das Strike-Comité hat ihnen sofort bessere Wohnungen zu billigern Preisen besorgt. Der Umzug fand unter Vorantritt von Musik und unter wehenden Vereinigten-Staaten-Flaggen statt. Kein einziger der Ausständigen hat Noth zu leiden gebraucht; für ihre Bedürfnisse waren drei große Läden eingerichtet, wo Lebensmittel und anderes Unentbehrliche in erster Güte ausgetheilt wurden. So hat sich denn durch einiges Zusammenhalten die Lage von wenigstens 15,000 Arbeitern ansehnlich verbessert; es ist damit allen andern Arbeitern ein Beispiel gegeben worden, welches nicht fruchtlos bleiben dürfte. Die unnachgiebigen Firmen haben viele Schildwachen verhaften lassen; die Richter haben dieselben meist ohne Weiteres freigegeben. Diese Firmen haben eine Anzahl Mädchen im Cigarrenmachen anzulernen versucht, aber nur Schaden durch Verderbniß vielen Tabaks davon gehabt. Sie haben nach San Francisko um Chinesen geschrieben, und nach den letzten Nachrichten sollen wirklich Hunderte von Chinesen von dorther unterwegs sein, welche für 20 Cents den Tag arbeiten wollen; allein auch diese Maßregel dürfte mißlingen, wie alle anderen, welche sie unternommen haben, weil die öffentliche Meinung unverkennbar im Umschlag begriffen ist. In San Francisko selbst suchen jetzt die Cigarrenfabriken weiße Arbeiter an Stelle der Chinesen, und die Schuhfabriken, welche ausschließlich mit Chinesen arbeiten, werden soeben durch den Druck der öffentlichen Meinung gedrängt, ebenfalls weiße Arbeiter einzustellen. Der Bericht der Legislatur von Californien hat die Einfuhr von Chinesen für Sklaveneinfuhr erklärt und das Aufhören dieser gelben Sklaverei vom Congreß dringend verlangt. Die Massenversammlungen der Arbeiter von San Francisko, obwohl von der dortigen Kapitalistenklasse verketzert und gerichtlich verfolgt, beginnen ihre Wirkung zu äußern. Man fürchtet einen allgemeinen Aufstand der weißen Arbeiter und sucht ihm beizeiten zuvorzukommen.

Keine Klasse der New-Yorker Cigarrenmacher hat mehr zum Gelingen des Ausstandes beigetragen, als die Czechen. Dieser erfolgreiche ökonomische Kampf trägt ohne Frage mit dazu bei, daß New York endlich wieder eine tägliche Arbeiterpresse erhalten wird, welche demnächst unter guten Aussichten erscheinen wird.

Die gerichtlichen Verurtheilungen von Theilnehmern an den Juli-Unruhen mehren sich; die Urtheile sind meistens hart. Die Pittsburgher Großgeschwornen haben kürzlich über 100 Theilnehmer an dem dortigen Aufruhr unter Anklage gestellt. Zugleich aber haben sie eine öffentliche Erklärung erlassen, wonach die Schuld an allem Blutvergießen und an der Brandstiftung der Pennsylvania-Eisenbahn-Direktion und den Staatsbehörden aufgebürdet wird. Sie decken die Thatsache auf, daß der Eisenbahnkönig Scott die Frechheit gehabt hat, eine Proklamation des (abwesenden) Governors zu fabriziren und darauf hin die Miliz von Philadelphia nach Pittsburgh zu befördern. Sie decken die Thatsache auf, daß der Governor keinen Schritt zur Bestrafung dieser aufrührerischen Anmaßung thun will und in dieser Sache sogar Zeugniß abzulegen verweigert. Diese Erklärung ist von der Kapitalistenpresse mit wahrer Wuth begrüßt worden; doch sind die aufgedeckten Thatsachen nicht umzustoßen. Freilich verschweigen die Großgeschwornen, daß sie, ebensogut wie sie sich rühmen, schließlich den Frieden allein wiederhergestellt zu haben, das unberufene Einschreiten der Miliz hätten verhüten können. Allein sie hatten ihr stilles Vergnügen daran, daß der Eisenbahngesellschaft einmal etwas am Zeuge geflickt werden sollte, welche die reichen Pittsburgher Eisen- und Kohlen-Industriellen immer die theuersten Frachtsätze hatte zahlen lassen. Sie hatten ihre Arbeiter längst gegen die Eisenbahn durch das Vorgeben aufgehetzt, daß die Löhne der hohen Frachten wegen so niedrig seien. Jetzt, da es drei Millionen Dollars Brandschaden zu zahlen gilt, schimpfen sie auf die Schuldigsten und wüthen gegen die Werkzeuge ihrer Rache, ihre armen mißleiteten Arbeiter.

Nicht minder jämmerlich zeigt sich Präsident Hayes in fast jeder Hinsicht, aber zumeist darin, daß er in seiner dem eben eröffneten neuen Congresse erstatteten Botschaft der Nothlage des Landes mit keinem Worte erwähnt, außer an den Stellen, wo er bedauert, verschiedene große Geldausgaben zu angeblich recht nothwendigen Zwecken unter jetzigen Umständen nicht empfehlen zu können. Ebenso erwähnt er der Unruhen beim Eisenbahn-Ausstand, nur um die „Tapferkeit" der Bundestruppen loben zu können (welche keinen Schuß abzufeuern gebraucht haben).

Dieser Congreß ist, ebenso wie der eben geschlossene vorige auf das Gelübde der Sparsamkeit hin gewählt worden. Der vorige ließ sich auch anfangs gut an, aber am Schluß verwilligte er viele Millionen Ausgaben, welche corrupten Zwecken dienen sollen. Dabei wurde der Schein dadurch gewahrt, daß nur einzelne (offenbar bestochene) Stimmen die Majorität für die Verwilligung zustande brachten, während die Masse der demokratischen Partei dagegen stimmte. Die in sich gespaltene republikanische Partei ist vollkommen einig, wo es einen Geldschwindel zu unterstützen gilt. Blos wo es sich um Vertheilung der Aemter und der Beute handelt, tritt sie gespalten auf und macht ihre Mehrheit gegen die Hayes'sche Verwaltung entschieden Front, läßt aber mit sich handeln.

Dieser neue Congreß verspricht alle seine Vorgänger an Nichtswürdigkeit zu übertreffen. Ich mag die Leser des „Vorwärts" nicht mit den endlosen Skandalen behelligen, welche unser Land jetzt mit Schande bedecken. Eine einzige Thatsache genügt zur Charakteristik. Im Senat des Unionscongresses sitzt ein Senator Paterson für den Staat Südcarolina, welcher wegen gemeinen Diebstahls von seinem eignen Staate verfolgt wird. Der Senat verweigert die Auslieferung dieses großartigen Diebes an die Gerichte, weil seine Stimme unentbehrlich ist, um den Republikanern die Mehrheit im Senate zu erhalten. Seine Stimme giebt in den wichtigsten Angelegenheiten den Ausschlag. Und dabei wird der persönliche Umgang mit dem Manne nicht etwa gemieden — behüte! Man duldet sogar, daß er mit der Rechtschaffenheit seiner Ueberzeugungen prunkt; denn selbst die Demokraten schonen ihn, weil er einmal auf ihrer Seite mitgestimmt hat und gelegentlich wieder ihnen zum Siege verhelfen kann, wenn es gut belohnt wird.

Von wenigen käuflichen Stimmen hängen jetzt in beiden nahezu gleichgetheilten Häusern des Congresses die wichtigsten Angelegenheiten ab. Es muß also ein sehr schlecht berathener Präsident sein, der unter solchen Umständen nicht ziemlich Alles durchsetzen kann, was er will — d. h. was die ihn umlagernde Kapitalistenbande will. Diese aber will eine Reihe großartiger Diebstähle am Volksvermögen. Alle Ringe machen gemeinsame Sache. Der Ring der Heeres- und Flotten-Offiziere und der Ring der ehemaligen Sklavenhalter will einen Eroberungskrieg mit Mexiko. Der Eisenbahnring des Thomas Scott will Bundeshülfe zu einer südlichen Eisenbahn nach dem Stillen Meere. Der Indianer-Bureau-Ring will neue Kriege mit den Indianern. Der Ring der Banken will für diese Steuerfreiheit. Und so fort in langer Reihe. Nur wenn eine Hand die andere wäscht, können alle diese Maßregeln Gesetzeskraft erlangen. Aber sie werden es allem Anscheine nach. Die unerhörteste Verschwendung und Verwüstung wird zu einer Zeit durchgesetzt werden, da alle Geschäfte darniederliegen und zahllose Arbeiter am Hungertuche nagen.

Daß Herr Hayes als unsern Gesandten nach Großbritannien einen Herrn Welch von Philadelphia auserlesen hat, welcher, mit seinen Brüdern (allesammt Quäker!) zusammen, in Cuba eine Sklaven Plantage besitzt, und daß der Präsident diese Thatsache gewußt hat, muß Aufsehen erregen, ist aber für Diejenigen nicht auffällig, welche die Hunderte von anderen Beweisen kennen, welche dieser Mann von seiner bonapartischen Sinnesart abgelegt hat. Wie Bonaparte Nummer drei spielt er den Verschlossenen, weil nichts hinter ihm steckt als die Kunst der Demoralisation; wie dieser läßt er sich als Gimpel verspotten, weil er auf ein Kaiserthum hinarbeitet; wie dieser wird er schließlich betrogen werden von eben Denen, welche ihn zu ihrem Werkzeug machten, während er sie zu seinen Werkzeugen zu machen glaubte. Das amerikanische Volk — die arbeitenden Klassen ausgenommen — ist reif für ein Kaiserthum, und die Denkenden sprechen es schon seufzend aus.

Unter diesen Umständen hat die Arbeiterpartei die allerbesten Aussichten — — wenn sie einig und weise zu handeln versteht. Die Probe darauf soll sie auf ihrem Congresse zu Weihnachten ablegen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die heurigen Weihnachtsfeiertage haben in unserem lieben Vaterland durch den Contrast mit dem obligaten Festapparat die herrschende Misére und Katzenjämmerlichkeit nur um so greller hervortreten lassen. „Die Situation ist zwar nicht düster, nicht ernst, nicht gefahrdrohend," winselt die „National-

Ein Nothschrei.

Berlin, im Dezember 1877.

P. P.

Einem aufmerksamen und erleuchteten Beobachter kann die Wahrnehmung nicht entgehen, daß manche Symptome der Gegenwart an die Zeit vor der französischen Revolution erinnern.

Wie damals der dritte, so ist es heute der vierte Stand, welcher als Ankläger der bestehenden Ordnung auftritt und Forderungen stellt, die nach ihrer praktischen, auf Verbesserung der wirthschaftlichen und sittlichen Lage gerichteten Seite zum Theil berechtigt sind, und je länger je mehr bei hervorragenden Vertretern der Wissenschaft wie bei human gesinnten Männern des praktischen Lebens, Anerkennung finden. Mit Hilfe des allgemeinen Stimmrechts haben die Arbeiter diesen Forderungen den Nachdruck einer großen, beständig anwachsenden Parteigruppirung hinzugefügt, und es ist unseres Erachtens eine vergebliche Hoffnung, daß die Arbeiterpartei, in welcher mit Naturnothwendigkeit der vierte Stand seine Organisation zu bewerkstelligen sucht, jemals verschwinde. Dieselbe wird sich vielmehr voraussichtlich stark vermehren; und wir sehen hierin an sich keine Gefahr. Dagegen erscheint uns die deutsche Zukunft ernstlich bedroht, wenn der widerchristliche und vaterlandsfeindliche Zug, der dem heutigen Sozialismus anhaftet, sich erhalten oder gar verstärken sollte. Wenn derselbe bleibt, — darüber täusche man sich nicht, — so bedeutet er die Blutvergiftung unseres Arbeiterstandes und unseres Volkslebens, den Ruin der deutschen Cultur und die soziale Revolution in Permanenz. Gegen diese unheilvolle Erscheinung möchten wir Etwas thun. Wir möchten dem Arbeiterstande den Beweis liefern, daß seine berechtigten Interessen auch in den anderen Volksklassen Theilnahme und Sympathie erwecken; wir möchten, indem wir ihm zur Erfüllung seiner berechtigten Forderungen mithelfen, ihn wieder hineinziehen in den Kreis des nationalen und religiösen Lebens. Nur hierdurch kann die soziale Frage in unserm Vaterlande ihrer Lösung entgegengeführt werden.

Wir finden nicht, daß dazu bis jetzt etwas Wirksames geschehen wäre. Dem Einen fehlt es an der rechten Erkenntniß der sozialen Schäden, dem Andern an der opferfreudigen Hingebung, welche zur Besserung unserer sozialen Verhältnisse unerläßlich ist. Hier herrscht ein Optimismus, der die Gefahren der Lage verträumt, dort ein Pessimismus, der keine Hoffnung mehr hat. Diese verlassen sich auf die Zeit, die Alles heile, Jene auf die Armee, welche der Damm sei gegen jeden Ausbruch der sozialen Strömung. Die herrschenden Kreise haben in ihrer Presse sich nur selten die Mühe gegeben, die Ursachen des modernen Sozialismus zu begreifen; anstatt durch Anbahnung der nothwendigen Reformen die Versöhnung der Klassen einzuleiten, haben sie ihre Anhänger in die Irre geführt, indem sie ihnen die unleugbaren Uebertreibungen der sozialistischen Presse als das Wesen des Sozialismus darlegten. Die evangelische Kirche, von Streitigkeiten zerrissen und ohne Fühlung mit dem öffentlichen Geiste, hat zu der Arbeiterfrage überhaupt keine Stellung genommen, wenn sie auch durch ihre Liebesthätigkeit im Einzelnen manchen wertbvollen Beitrag liefert. Gewiß ist, daß die arbeitenden Klassen sich der Kirche immer mehr entfremden. Alles in Allem genommen darf man behaupten, daß weder Staat noch Kirche, weder die Einzelnen noch die Gesellschaft sich genugsam um diese Frage kümmern, welche eins der großen Probleme unseres Jahrhunderts bildet.

Die Begründer des unterzeichneten Vereins, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Stunde da ist aufzustehen vom Schlaf, haben sich verbündet, um zunächst nach jenen Richtungen hin ihre Wirksamkeit zu erstrecken. Indem wir die Begründung einer Wochenschrift veranlassen, in welcher die sozialen Fragen wissenschaftlich frei, aber im sittlich-religiösen und patriotischen Geiste besprochen werden, wollen wir jedem Wohlgesinnten das Material zur Orientirung und dem Sozialismus den Beweis liefern, daß die anderen Parteien unbefangen in die Diskussion der sozialistischen Anschauungen eintreten. Für den nationalökonomischen Theil unseres Programms haben uns die Herren K. K. Minister a. D. Dr. Schäffle, Geh. Regierungsrath Dr. v. Scheel, Prof. Dr. A. Wagner u. A. m. fachwissenschaftlich aufklärende Beiträge in Aussicht gestellt.

Ist dies der eine Zweck unseres Unternehmens, so wollen wir durch eine ausgedehnte Colportage, sowie durch Veranstaltung von Vorträgen und Versammlungen unmittelbar auf den Arbeiterstand wirken und versuchen, demselben die wirthschaftlichen Fragen in voller Klarheit, aber in einem Lichte zu zeigen, daß dadurch der sinkende Patriotismus angefeuert, die schwindende Religiosität belebt wird. Uebrigens wird der Schriftenverlag des Vereins nicht blos den Arbeitern, sondern Allen, die nach sozialer Belehrung verlangen, die geeigneten Hilfsmittel darbieten.

Ob aus diesen Anfängen ein Verein herauswächst, der die Bildung einer praktischen Reformpartei unternehmen kann, überlassen wir der Zukunft, sprechen jedoch die Hoffnung aus, daß uns Theilnahme genug zu Theil werden wird, um später auch dies Ziel in's Auge zu fassen.

Vorläufig ist unter dem Namen:

„Centralverein für Sozialreform auf religiöser und constitutionell-monarchischer Grundlage"

eine Gesellschaft zusammengetreten. Dieselbe wählte den unterzeichneten Vorstand und beauftragte ihn mit den zur Verwirklichung der Vereinszwecke zunächst erforderlichen Maßnahmen. In Erledigung dieses Auftrages beehren wir uns, Ihnen in Anlage A. die Grundzüge des Vereins zur gefälligen Kenntnißnahme zu unterbreiten.*)

Anlage B. enthält eine Sammlung verwandter Ideen aus der Literatur und Tagespresse, welche unser praktisches Vorhaben wissenschaftlich legitimiren und den Nachweis liefern, daß die uns leitenden Gesichtspunkte keineswegs neu sind, sondern blos ihrer praktischen Verwirklichung harren.

Das Unternehmen wendet sich an Alle, welche die zwei großen Grundsäulen der staatlichen und moralischen Ordnung — Monarchie und Religion — vor den um sich fressenden Spätwellen der republikanischen und religionsfeindlichen Sozialdemokratie sicher stellen wollen. Möglich ist diese Sicherheit nur dadurch, daß die monarchischen und religiösen Faktoren des Staatslebens den Arbeitern auf dem Wege der Sozialreform entgegenkommen und das in Arbeiterkreisen wachsende gehässige Mißtrauen gegen Monarchie und Geistlichkeit verbannen.

Wegen vieler seitheriger Versäumnisse in dieser Hinsicht ist das Ziel nicht im Fluge und nur durch eine in großem Styl vorbereitete Agitation zu erreichen. Kraft und Nachhaltigkeit muß dieselbe aus einem reichlichen Agitationsfonds schöpfen. Die Sozialdemokraten entflammen die Leidenschaften, was sich leicht und schnell bewerkstelligen läßt. Dieser Verein soll dahingegen neben den Interessen auch an Vernunft und Gewissen appelliren, was mühsamer ist und einen Apparat erfordert, welcher die Bürgschaft dauerhafter Wirksamkeit in sich trägt. Um diese Garantie der Dauer zu schaffen, wird der Stiftungsfonds angestrebt. Näheres darüber besagt der Plan in Abschnitt C. desselben.

Unsere nächste Sorge ist auf Zusammenbringung dieses Fonds und unsere gegenwärtige Bitte auf Zeichnung eines Beitrages zu demselben, unter Benutzung der Anlage C., gerichtet.

Sollte es den beifolgenden Schriftstücken gelingen, Sie für

*) Dieses kostbare Schriftstück wird gelegentlich unseren Lesern mitgetheilt werden.

zeitung", „aber verdrießlich und ungemüthlich." Gewiß sehr ungemüthlich. Die Kanzlerkrise schleppt sich ins neue Jahr hinüber; die Ministerkrise desgleichen; und auf dem Gebiete der auswärtigen Politik sind wir Dank der Genialität unseres Herrn Reichskanzlers in eine so „ungemüthliche" Lage gerathen, daß dem fatalen Dilemma eines vollständigen Bruchs mit der Vergangenheit oder eines Kriegs mit der civilisirten Welt, die den Juchtengeruch und die Knutenkultur nicht liebt, schwer zu entrinnen sein dürfte. ER sitzt mittlerweile in Varzin und richtet gretchenhaft, in Ermangelung eines Gänsblümchens, an seine Rockknöpfe die Schicksalsfragen: „Soll ich? Soll ich nicht? Kann ich? Kann ich nicht?" Und mit dieser Beschäftigung ist er noch nicht fertig geworden. Oder wäre er doch fertig? Herr Bennigsen war dieser Tage bei ihm. Er erklärte sich natürlich in seinem und seiner Genossen Namen bereit, jedes beliebige Amt mit jedem beliebigen Programm zu übernehmen und gelte es die „Sauhatz" auf das eigene Programm. Wenn nur der Jäger nicht, ehe es „losgeht", das Zipperlein bekömmt. —

— Zur Charakteristik unserer Gegner. Wir haben schon oft Gelegenheit gehabt, die Unkenntniß gerade derjenigen Gegner nachzuweisen, welche sich speziell mit der Bekämpfung der Sozialdemokratie beschäftigen. So gelangte vor einigen Tagen an die Allgemeine Deutsche Associationsdruckerei in Berlin ein Streifband mit der Aufschrift: „An den Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins Herrn Hasenclever", und zwar von Herrn Calberla, demselben, welcher neuerdings bei der Herausgabe des „Staats-Sozialist" zur Bekämpfnng der Sozialdemokratie genannt wird. Der gute Mann befindet sich noch mindestens 2—3 Jahre im Rückstande mit seinen Erfahrungen über die Sozialdemokratie, er weiß nichts von der Vereinigung beider Parteien, hat vielleicht von den neuesten Erfolgen und Vorgängen auf dem Gebiete der Sozialdemokratie nur läuten hören, — aber er ist doch ein „bedeutender" Mitarbeiter des „Staats-Sozialist". Wir gratuliren zu solchen Leuten!

— Eine größere Schöpfung des „Königs im sozialen Reiche" ist wieder einmal gekracht. Wir können immer nur der bedeutenderen Erwähnung thun, da wir andernfalls in jeder Nummer solche alltägliche Geschichten berichten müßten. Die Volksbank zu Dortmund, eingetragene Genossenschaft, ist am 14. d. Mts. nach 15jährigem Bestehen, zu Grabe getragen worden. Schwere Kämpfe hat sie, so lesen wir in liberalen Zeitungen, während dieser Zeit in Menge durchzumachen gehabt. Eine Zeit lang hat gar kein Revisor fungirt und hatte der verflossene Direktor allein gewirthschaftet. Am 1. Januar 1875 zählte die Bank noch 909 Mitglieder; es traten hinzu 1875: 39, 1876: 45 und 1877: 7. Ausgeschieden sind aber während derselben Zeit 520 Mitglieder, so daß noch 480 verblieben. Die Ausgeschiedenen gehören zum größten Theile zu den solventesten Männern. Die Schulden der Bank betragen, abgesehen den Geschäftseinlagen der Mitglieder, jedoch inclusive 18,000 Mark laufenden Zinsen: 482 000 M., welcher Summe ein Vermögen von 684,015 M. gegenüber steht. Es würden also für die Stammantheile noch 202,015 M. verbleiben. Ob und wie viel aber für die Mitglieder in Wirklichkeit übrig bleiben wird, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, weil noch bedeutende Abschreibungen auf die Immobilien, Debitoren und Wechselforderungen vorgenommen werden müssen. — Die Dortmunder Volksbank war lange Jahre ein Lieblingskind des Herrn Schulze aus Delitzsch; auch der „rothe Becker", als damaliger Oberbürgermeister von Dortmund interessirte sich für dieselbe, es traten in diese Bank die begütertsten Leute der Stadt, die es sonst gar nicht nöthig hatten, aus reiner Mode, gerade so wie sie zum Fortschrittlerthum aus Mode gegangen waren — nun kommen die Schulze'schen sozialen Heilmittel wieder aus der Mode, gerade so wie der Fortschritt überhaupt, da treten die braven „Solventen" aus beiden Vereinigungen und lassen den Nicht-Solventen das Nachsehen. — Was kann aber Schulze dazu? Schulze meint es doch gut! O gewiß, er meint es gut, doch mit wem? Mit den „Solventen", die sich an all' seinen Spielereien betheiligen, so lange es ihnen nicht persönlich an den Kragen geht, und die durch die Schulze'schen Spielereien bewerkstelligen, daß das Volk längere Zeit noch in Abhängigkeit bleibt. Diese „längere Zeit" ist wohl ganz gewiß ihre 45,000 Thaler werth.

— Kampf mit geistigen Waffen. In etlichen Bourgeoisblättern lesen wir folgende Notiz:

„München, 18. Dezember. Den Sozialdemokraten in München sind in ihrem eigenen Lager heftige Gegner entstanden, sog. Anarchisten, die unter Leitung des Universitätsstudenten Schuster das sozialistische Treiben eifrig bekämpfen. Die Anarchisten verlangen selbstdenkende Sozialisten und nicht eine unselbstständige Masse, die auf die Autorität von Führern schwört, welche nicht das Interesse des Volkes, sondern nur eigenen Glanz und Erwerb im Auge hätten. Am vorletzten Sonntag fand eine Versammlung im Gasthause zum „Hauptlaboratorium" statt, in welcher beide Richtungen heftig aufeinanderstießen."

Den Herren Bourgeois ist ein komischer Irrthum passirt. Die sogenannten „Anarchisten" sind — Spiritisten, die allerdings auch in gewisser Beziehung „Anarchisten" sind. Da wir Sozialdemokraten sehr tolerant sind, so konnte den sonderbaren Käuzen der Mund nicht verbunden werden. Herr Slade selbst würde, wenn er sich in unseren Versammlungen präsentirte und gesittet aufführte, das Wort nicht verweigert werden. Die Herren Bourgeois sollten sich indeß schämen, ihre Leute nicht besser erkannt zu haben, denn ihnen gehören doch die Spiritisten.

— In dem berüchtigten Manifest des Herrn Thiers, welches der blutige Greis noch kurz vor seinem Tode verfaßte, kommt auch eine Stelle vor, daß in Frankreich der Sozialismus für immer todt und begraben sei. Diesen Passus des Thiers'schen Manifestes hat die Bourgeoisie jenseits und diesseits des Rheins mit besonderer Freude begrüßt und beeilten sich die „liberalen" Blätter in Deutschland, solche Wahrheit froh jubelnd zu verkünden, gewiß in der geheimen Hoffnung, daß ein ähnlicher Aderlaß, wie Thiers ihn dem französischen Volke im Mai 1871 bereitet, auch die so gefürchtete Sozialdemokratie Deutschlands für alle Zeiten vernichten würde. — Jetzt lesen wir dagegen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" folgende Anschauung:

„Unbedingt stehen die Chancen für die Sozialdemokratie in Frankreich günstig, und an dieser Sachlage dürfte auch verschärfte Aufmerksamkeit, welche die Regierung den sozialistischen Bestrebungen neuerdings zuwendet, wenig ändern. Interessant ist es, zu sehen, daß wie bei uns so auch in Frankreich die sozialistischen Führer alle Hebel ansetzen, die Ihrigen auch in die Gemeindevertretung zu bringen — ein Beweis unter so vielen, daß die sozialistische Propaganda in den verschiedenen Ländern von einem einheitlichen centralisirten Prinzip, wenn nicht von einer einzigen Hand geleitet wird."

Wir wollen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" die „einzige Hand" schenken, die in allen Ländern die sozialistische Propaganda leitet; wir sind ihr aber für obigen Ausspruch sanon deshalb dankbar, weil die blödsinnige liberale Presse ebenso schnell sich zu der Ansicht der „Norddeutschen" durch Abdruck obiger Zeilen bekannt hat, daß der Sozialismus in Frankreich trotz des Maigemetzels von 1871 wieder aufblühe, als sie vor einem Vierteljahr den Thiers'schen Ausspruch von dem ewigen Begrabensein des Sozialismus für baare Münze nahm. Die liberale Presse in Deutschland wird deshalb auch völlig die Hoffnung aufgeben müssen, daß Pulver und Blei dem Sozialismus irgend etwas anhaben können. Das ist allerdings für die heutige Gesellschaft sehr betrübend — die liberale Wissenschaft ist der sozialistischen nicht gewachsen, die antisozialistischen Kämpfer ziehen sich vor den Sozialisten immer muthvoll zurück, die Strafgesetze, die Einkerkerungen 2c. 2c. fruchten auch nicht, sie bringen nur noch größere Zähigkeit hervor, und nun geht auch noch der Glaube an die seguende Kraft des Pulvers und Blei's verloren — arme Gesellschaft, arme Bourgeoisie, ihr seid unrettbar dem Sozialismus verfallen!

— „Wir wollen Rache, wir wollen Blut!" — so tönt es aus den Spalten der „liberalen" Blätter hervor, „noch immer Rache, noch immer Blut" für den Communeaufstand von 1871 — und nicht nur die französischen Auch-Republikaner sind es, die diese Rache fordern, da dieselben, während sie Amnestie für politische- und Preßvergehen verlangen, die Communehelden in Neu-Caledonien verderben lassen und immer neue Opfer von ihren Kriegsgerichten heischen, nein auch unsere deutschen Philister stimmen in solchen Racheruf ein. So lesen wir in fast sämmtlichen liberalen Organen, von denen wir nur drei größere, „Magdeburger Zeitung", „National-Zeitung" und „Vossische Zeitung" nennen wollen, wörtlich folgende Notiz:

„Vor dem dritten Pariser Kriegsgericht stand kürzlich der ehemalige Omnibus-Controleur Henry, dem Vermorel unter der Commune das Amt eines Chefs der städtischen Polizei verschafft hatte und der bereits in contumaciam zur einfachen Deportation verurtheilt worden war. Henry führte zu seiner Entlastung an, daß er so viel als möglich bemüht gewesen wäre, den Grausamkeiten der Commune zu steuern und Gefangene auf freien Fuß zu setzen. Die Zeugen, die er dafür anrief, darunter der Pfarrer von Saint Germain-l'Auxerrois, wollten ihn nicht wieder erkennen, gaben aber die Richtigkeit der von ihm angeführten Einzelnheiten zu, und da dem Angeklagten keine Gewaltthaten nachgewiesen werden konnten, wurde er trotz der hohen Vertrauensstellung, die er unter der Commune bekleidete, zu nur fünf Jahren Gefängniß und Entziehung der bürgerlichen Rechte auf zehn Jahre verurtheilt."

So! Diesem Communarden ist keine Gewaltthat nachzuweisen, umgekehrt vielmehr wird nachgewiesen, daß er „Grausamkeiten" verhindert hat und dennoch wird dieser Verbrecher nur zu 5 Jahren Gefängniß und nur zu 10 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt. Es ist erschrecklich! Ein Communard nur Gefängniß, nur Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte! Galgen, Rad, blutige oder trockene Guillotine, warum, o Kriegsgericht, verdammtest du den Elenden nicht dazu? — — — — Der deutsche Philister und der deutsche Zeitungsschreiber ist eben ein Esel; in seinem blinden Truthahnzorn merkt er gar nicht, daß das Kriegsgericht zu Paris das Urtheil deshalb nicht so hoch gegriffen hat, weil dieser Mann mehr oder minder, mit oder ohne Absicht, der Commune durch Befreiung von Gefangenen 2c. 2c. schlechte Dienste geleistet hat. Freisprechen mochte das Gericht den Mann auch nicht, um keinen Präcedenzfall zu schaffen und um nicht bei den französischen Auchrepublikanern in den Geruch der überflüssigen Milde zu kommen. — Das Kriegsgericht in Paris handelte mit Ueberlegung, es kannte die Gründe für das „nur 5 Jahre Gefängniß", die Truthahnbosheit der deutschen liberalen Zeitungsschreiber ist zu dumm, die Gründe zu begreifen. Wir haben hoffentlich einer solchen Dummheit, der wir uns gar als Deutsche schämen müssen, den Staar gestochen.

— Auf dem Kriegsschauplatz hat der Winter einen Waffenstillstand erzwungen — die kleinen Plänkeleien an der serbischen Grenze, die von dem Poltron Milan zu Schlachten aufgebauscht werden, sind nicht zu rechnen. Freilich, dafür, daß der Winter den Menschenschlächtereien momentan steuert, bringt er Schreckniss anderer Art — Trains mit Kranken und Verwundeten sind bei eisiger Kälte im Schnee stecken geblieben und ein Theil der menschlichen „Fracht" — Türken und Russen — in brüderlicher Eintracht erfroren. „Väterchen", das neulich, in seinen warmen Pelzrock gehüllt, bei schäumendem Champagner die Bundesgenossenschaft des Winters anpries, wird über diese That seines Alliirten gewiß sehr erbaut sein. Inzwischen raffen die Türken sich zu gewaltigen Anstrengungen auf, um die Balkanlinie erfolgreich zu vertheidigen und das Vordringen der Russen nach Adrianopel zu hindern; sie hoffen, um diese Stadt 120,000 Mann conzentriren zu können, was, bei vernünftiger Organisation, durchaus möglich und für den Zweck genügend wäre. Die Russen fangen auch an zu begreifen, daß sie ihre bisherigen Erfolge stark überschätzt hatten; sie halten ihre Streitkräfte in Bulgarien nicht für genügend und ziehen frische Truppen heran — auf die Schlachtbank. Ja, auf die Schlachtbank, denn die Mehrzahl der unglücklichen Sklaven, die der „milde Czar" über die Donau treibt, kehrt nicht zurück, oder als Krüppel und Sieche. Wie viele jetzt schon getödtet oder verwundet oder durch Strapazen und Krankheiten zu Grunde gerichtet worden sind, das hütet man sich wohl, uns zu sagen; so viel steht aber fest, daß die Zahl mindestens so groß ist, als die Verlustziffer für den ganzen deutsch-französischen Krieg.

In Ermangelung von „Siegen" tischt die Knuten- und Rubelpresse wieder Mordgeschichten von türkischen Grausamkeiten auf und behauptet, die Thatsache, daß in Kars wie in Plewna keine russischen Gefangenen gefunden worden seien, beweise, daß die Türken keine Gefangenen machten, sondern Alles niedermetzelten. Die „Vossische Zeitung" hat bereits diese gemeine Verleumdung widerlegt und gekennzeichnet — wir constatiren blos, daß sie geeignet ist, die russischen Soldaten vollends zu entmenschen, sie zu den furchtbarsten Repressalien aufzustacheln und so gerade das zu provoziren, was scheinbar gebrandmarkt wird: nämlich die Niedermetzelung der Gefangenen. Und das ist vielleicht auch die Absicht. Wenn man erfährt, daß die Russen mit ausdrücklicher Erlaubniß des Obercommandos Kars zwei Tage lang plünderten, und kurz darauf 2000 in den dortigen Spitälern gefundene türkische Kranke und Verwundete gegen die Bestimmungen der Genfer Convention nach Erzerum schickten, wo von den 2000 blos 200, in Worten: zweihundert, lebendig ankamen, — wenn wir solche Heldenstückchen erfahren, dann giebt es freilich nichts, was wir der russischen Humanität nicht zutrauen müßten.

---

das darin dargelegte Werk zu erwärmen und zur thätigen Mithilfe zu bewegen, so dürfen wir wohl hoffen, daß sich die Letztere nicht auf Zeichnung eines eigenen Beitrages beschränken, sondern auf Gewinnung noch fremder Beiträge innerhalb Ihres Bekanntenkreises ausdehnen wird.

Zur Belebung des öffentlichen Interesses für die Zwecke unseres Vereins haben wir — wie bereits vorn angedeutet — die Herausgabe einer Wochenschrift veranlaßt. Dieselbe soll unter dem Titel „Der Staatssocialist" im Januar 1878 erscheinen und kann bei jeder Postanstalt bestellt werden; eingetragen ist das Blatt sub Nr. 3772 der Post-Zeitungspreisliste. Der Abonnementspreis für den „Staatssozialist" beträgt pro Quartal 3 Mark. Die hauptsächlichste Aufgabe dieses Preßorgans soll darin bestehen, die in Anlage A. skizzirten Grundgedanken des Centralvereins zu klären, zu entwickeln, zu exemplifiziren und zu einem positiven sozialen Reformprogramm zu gestalten, welches im Stande ist, einer später in's Leben tretenden wirklichen Reformpartei als Basis zu dienen.

Bei Erfüllung dieser seiner Aufgabe stehen dem „Staatssocialist" die berufensten Mitarbeiter zur Seite, von denen wir oben bereits einige glänzende Namen der Fachwissenschaft nannten.

In Anlage D. unterbreiten wir Ihnen ein Formular zur gefälligen Erklärung Ihres Beitritts als Mitglied des Centralvereins.

Damit wir im Stande sind, das Maß der Sympathie, welches für die Grundgedanken unseres Planes in Deutschland jetzt schon vorhanden ist, mit einiger Sicherheit taxiren und darnach unsere praktischen Schritte einrichten zu können, wagen wir es, Sie zum Schluß auf's Inständigste zu bitten, uns bis spätestens 30. Dezember d. J. einen kurzen Bericht über folgende Punkte gütigst zukommen lassen zu wollen:

1) Ob und in wie weit Sie selbst mit unserem Plane sympathisiren?
2) Ob und in wie weit es Ihnen gelang oder voraussichtlich noch gelingen dürfte, in Ihrem Kreise Gesinnungsgenossen anzuwerben?
3) Auf wie viel Zeichnungen zum Stiftungsfonds, auf wie viel einfache Mitglieder und Mitgliederbeiträge und auf wie viel Wochenblatt-Abonnenten wir aus Ihren Bekanntenkreisen rechnen können?

Sollten Sie geneigt und im Stande sein, für die dargelegte Sache in Ihrem Bekanntenkreise Propaganda zu machen, so stehen Ihnen zu diesem Zwecke noch Abdrücke dieses Circulars nebst Beilagen zur Verfügung.

Einsendungen an uns wollen Sie gefälligst an unsern Sekretär Herrn C. Golombek zu Berlin, SW., Bergmannstraße 17, I., adressiren.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand.

Dr. G. Calberla, Gutsbesitzer in Merzdorf bei Riesa, Verfasser mehrerer sozialpolitischer Schriften, u. A. der Brochüre: „Die Aufgaben und Pflichten der Landwirthe und der sozialen Frage." Krüger, Fabrikant in Brandenburg. Paul Freiherr v. Rosll in Berlin, Herausgeber der „Deutschen volkswirthschaftlichen Correspondenz." Stöcker, Hofprediger in Berlin. R. Todt, Pfarrer in Barenthin, Verfasser des Buches: „Sozialismus und christliche Gesellschaft."

— Der Bock als Gärtner. Nachdem die Einwohnerschaft zu Naumburg in den letzten Wochen durch zwei Brände in Unruhe versetzt worden war, gelang es am 7. Dezember wieder bei einem ausgebrochenen Feuer zwei Brandstifter und zwar zwei Mitglieder der Feuerwehr festzunehmen. Hunderte von Menschen folgten denselben bei der Abführung nach dem Polizeigewahrsam, und das Sicherheitspersonal konnte nur mit Mühe Akte der Lynchjustiz verhindern, zumal als einer der Festgenommenen den tollen Versuch machte, durch die Menschenlawine hindurch zu entfliehen. Einer der Verhafteten soll bereits eingestanden haben, der Urheber aller hiesigen, seit Jahresfrist vorgekommenen Brände gewesen zu sein. Man spricht von 7 Brandstiftungen. — Ob die Feuerwehrleute vielleicht dachten, daß sie ohne eine tüchtige Zahl von Bränden überflüssig werden würden?

— Herrn Krupp in Essen ist, wie liberale Blätter melden, „das eigene Mißgeschick passirt", das ihm eine in London zur Absendung nach Japan bereit liegende Sendung von Geschossen vorläufig mit Beschlag belegt worden ist. Der Londoner Fabrikant Mr. Bavasseur hat diese Beschlagnahme wegen angeblichen Patentbruchs seitens der Krupp'schen Fabrik betreffs seiner verbesserten Geschosse veranlaßt. — Wenn sich diese Beschlagnahme als gerechtfertigt erweist, dann würden wir annehmen, das Herr Krupp seinem geschmälerten Einkommen (er ist nämlich nach der neuesten Gewerbesteuer-Veranlagung nicht mehr der reichste Mann in Preußen) dadurch hat auf die Beine helfen wollen, daß er die Geistesarbeit eines Ausländers ohne Gegenleistung für sich verwerthete. Es soll dies allerdings eine beliebte Manier deutscher Fabrikanten sein, wegen der sie bei den Ausländern in sehr schlechtem Ruf stehen. Auf den vielfachen Millionär Krupp würde diese Thatsache, wenn wahr, aber ein eigenthümliches Licht werfen. Uebrigens sind gegen Hrn. Krupp schon früher ähnliche Beschwerden erhoben worden, und so viel wir wissen, zum Theil auch unwiderlegt geblieben.

Correspondenzen.

Wien. (Verspätet.) Am Sonntag, den 25. November, wurde ein unermüdlicher und treuer Kämpfer unserer Partei, F. Weiß, zu Grabe getragen. Seit Beginn der Arbeiterbewegung in Oesterreich betheiligte er sich daran theils als Mitglied des Arbeiter-Bildungsvereins, theils im Fachvereine der Hafner, wie auch im politischen Verein „Volksstimme"; ebenso thätig war er in öffentlichen Versammlungen. Seine Intelligenz wie seine besondere Rednergabe unterstützten erfolgreich sein eifriges Wirken für die Sache des arbeitenden Volkes; die aufreibende Thätigkeit in Verbindung mit seinem gesundheitsschädlichen Berufe (Hafner) legte den Keim zu einem langwierigen Leiden, dem er endlich am 22. November im Spitale der „Barmherzigen" erlag.

Oberwürschnitz, 17. Dezember. Die geschäftslose Zeit wirkt auf uns Bergarbeiter ebenfalls drückend. Weil in den Web- und Strumpfwaarenbranchen die Geschäfte schlecht gehen, so melden sich täglich Arbeitslose auf den Gruben, um da ein Unterkommen zu finden. Auch Italiener, die sonst nur bei Eisenbahnbauten zu finden waren, haben die schwarze Bergmannstracht angelegt und schlagen mit uns die Kohlen im Schachte los. Daß ein solches Angebot von Arbeitskräften äußerst drückend auf die Arbeitsverhältnisse einwirkt, ist selbstverständlich und darf somit nichts gescheut werden, was dazu dienen kann, unsere Prinzipien mehr zu verbreiten, damit eine größere Einigkeit unter den Bergarbeitern erzielt wird. Das neugegründete Blatt, das „Erzgebirgische Volksblatt für Stadt und Land", wird sicher viel dazu beitragen, die Arbeiter über ihre eigentlichen Interessen aufzuklären. Unsere dem Sozialismus so sehr zugängliche Bevölkerung wird hoffentlich diesem Unternehmen durch zahlreiches Abonniren zur Seite stehen und es an nichts fehlen lassen,

was zur Einbürgerung dieses Blattes nothwendig ist. Darum frisch an's Werk, Genossen, und schafft dem „Volksblatt" die weiteste Verbreitung.

Hildesheim. Die Sozialdemokratie scheint doch hierorts immer mehr Fortschritte zu machen, das zeigte die am 3. Dezember abgehaltene Volksversammlung, welche von circa 600 Personen besucht war. Genosse Oehme aus Leipzig referirte über „Die politische und wirthschaftliche Lage und der Sozialismus". Der Redner verstand es, in der 2½stündigen Rede bis zum Ende zu fesseln. Nachdem der Referent geendet, ergriff der Vorsitzende, Genosse Hund, das Wort und forderte die etwa anwesenden Gegner auf, gegen die Ausführungen des Redners aufzutreten, was aber nicht geschah. Der Vorsitzende forderte dann auf, sich in den hiesigen Wahlverein einzeichnen zu lassen, und schloß die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie, worauf der Gesangverein „Liberte" ein Lied anstimmen wollte, woran derselbe aber durch den die Versammlung überwachenden Polizeibeamten behindert wurde. Von dem Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß er seine Befugnisse überschreite, forderte der „Ueberwachende" die Anwesenden nunmehr auf, den Saal zu verlassen, was denn auch unter lebhaften Protesten geschah. Die beiden hiesigen „liberalen" Zeitungen schweigen sich über die Versammlung aus, wahrscheinlich um dem Polizeier wegen seines ungerechtfertigten Verhaltens nicht zu nahe treten zu müssen; nur die ultramontane Zeitung hat den Muth, über die Versammlung zu berichten und das Verhalten des Polizeibeamten zu verurtheilen. G.

Braunschweig, 19. Dezember. Gestern fand vor dem hiesigen Kreisgerichte die Verhandlung in der Privatanklage des Premieur-Lieutenants Schweppe gegen den Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund", Kokosky, statt. Gegenstand der Anklage war ein Gedicht in den „Braunschweiger Leuchtkugeln", durch das sich Herr Schweppe beleidigt fühlte. Der Vertreter des Anklägers beantragte 4—6 Wochen Gefängniß, der Gerichtshof erkannte jedoch nur auf 75 Mark Geldbuße, weil der Beweis erbracht wurde, daß das dem Gedichte zu Grunde liegende ehebrecherische Verhältniß auf Wahrheit beruht und die Beleidigung des Schweppe nur in der Aeußerung, daß er Hiebe bekommen habe, gefunden werden konnte.

Gelsenkirchen, 22. Dezember. Am 16. Dezember referirte hier im Saal der „Germania" Genosse Oehme aus Leipzig in einer zahlreich besuchten Versammlung unter allgemeinem Beifall. Redner versäumte nicht, am Schlusse seines Vortrages zu zahlreichem Abonnement auf die „Rundschau" und den „Vorwärts" aufzufordern, und gebe ich im Anschluß hieran bekannt, daß Abonnements auf die vorgenannten Blätter sowie auf die Parteiblätter überhaupt jeden Sonntag von Morgens 10 Uhr an beim Gastwirth Imberke, Hermannstraße, und den 1. und 3. Sonntag in jedem Monat beim Gastwirth Dufrenne, Nachmittags von 4 Uhr an, entgegengenommen werden; es ist also jedem Arbeiter und Kleinbürger von Gelsenkirchen Gelegenheit geboten, sich mit den sozialistischen Bestrebungen bekannt zu machen. Beiläufig sei bemerkt, daß die „Rundschau" am hiesigen Orte gegenwärtig 80 Abonnenten hat, was wesentlich der Wirksamkeit Oehme's zu danken ist.

Oehme, 9. Dezember. Heute hatten wir hier eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die gegenwärtigen politischen und wirthschaftlichen Zustände und die Sozialdemokratie." Genosse Oehme aus Leipzig referirte, und zwar in so gediegener Weise, daß allgemeiner Beifall ihn am Schlusse seines Vortrags lohnte. Der praktische Erfolg der Versammlung war, daß wir mehrere Abonnenten auf die „Rundschau" gewannen. Ein Beweis, daß auch hier der Sozialismus mehr und mehr an Boden gewinnt. Weitere Agitatoren sind sehr erwünscht.

Fr. R.

Den Parteigenossen empfehlen wir die nachstehenden Partei- und Gewerkschaftsblätter zum Abonnement:

„Augsburger Volkswille", erscheint dreimal wöchentlich in Augsburg. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Berliner Freie Presse". Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags, Sonntags mit der illustrirten Gratisbeilage die „Neue Welt", in Berlin. Preis viertelj. 4 M.

„Braunschweiger Volksfreund", erscheint die Woche 6 Mal. Preis pr. Quartal 2 M.

„Bremer Freie Presse". Erscheint wöchentlich sechsmal. Preis viertelj. 2 M. 50 Pf.

„Bergische Volksstimme", erscheint wöchentlich sechsmal in Elberfeld. Preis pr. Quartal 2 M. 25 Pf.

„Chemnitzer Freie Presse", erscheint wöchentlich sechsmal, kostet pr. Quartal 1 M. 80 Pf.

„Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund", erscheint wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Cölner Freie Presse", erscheint wöchentlich 1 Mal. Preis pr. Quartal 1 M. 15 Pf.

„Dresdner Volkszeitung", erscheint wöchentlich dreimal. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Die Wahrheit". Erscheint täglich in Breslau. Preis pr. Quartal 3 M.

„Die Fackel", erscheint wöchentlich dreimal in Leipzig. Preis pr. Quartal 1 M. 60 Pf.

„Die Neue Welt". Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk. Erscheint wöchentlich einmal in Leipzig. Preis vierteljährlich 1 M. 20 Pf., in Heften (3 Nummern) à 30 Pf.

„Die Wage", Wochenblatt für Politik und Literatur. Herausgegeben von Dr. Guido Weiß. Erscheint wöchentlich einmal in Berlin. Preis viertelj. 4 M. 50 Pf.

„Duisburger Freie Zeitung", erscheint wöchentlich dreimal. Preis viertelj. 1 M. 75 Pf.

„Frankfurter Volksfreund", erscheint wöchentlich dreimal in Frankfurt a. M. Preis pr. Quartal 2 M.

„Glauchauer Nachrichten", Volksblatt für Stadt und Land. Erscheint wöchentlich sechsmal in Glauchau. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Hagener Volksfreund", erscheint wöchentlich dreimal in Hagen.

„Hamburg-Altonaer Volksblatt", erscheint in Hamburg. Preis pr. Quartal 2 M. 40 Pf.

„Halberstädter Freie Presse", erscheint wöchentlich einmal. Preis pr. Quartal 75 Pf.

„Königsberger Freie Presse", erscheint wöchentlich einmal in Königsberg i. Pr.

„Magdeburger Freie Presse", erscheint wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 2 M. 50 Pf.

„Märkische Volksfreund", erscheint wöchentlich dreimal in Berlin. Preis pr. Quartal 90 Pf.

„Mecklenburgischer Arbeiterfreund", erscheint in Rostock wöchentlich einmal. Preis pr. Quartal 90 Pf.

„Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat", erscheint in Nürnberg wöchentlich dreimal. Preis pr. Quartal 1 M. 30 Pf.

„Neue Offenbacher Zeitung", erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage in Offenbach. Preis vierteljährlich 2 M. 50 Pf.

„Ostthüringisches Volksblatt", erscheint wöchentlich einmal in Gera. Preis pr. Quartal 1 M.

„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung", erscheint in Kiel.

„Stettiner freie Zeitung", erscheint wöchentlich dreimal.

„Süddeutsche Volkszeitung", erscheint wöchentlich zweimal in Stuttgart. Preis pr. Quartal 1 M. 10 Pf.

„Thüringer Freie Presse", Organ des arbeitenden Volks in Thüringen. Erscheint an jedem Sonntag in Gotha. Preis viertelj. 75 Pf.

„Volksfreund für den 15. sächs. Wahlkreis, erscheint wöchentlich einmal in Chemnitz. Preis per Quart. 60 Pf.

„Volksfreund", erscheint in Callnberg wöchentlich dreimal. Preis pr. Quartal 1 M.

„Westfälische Freie Presse", erscheint in Dortmund. Preis pr. Quartal 1 M. 25 Pf.

„Würzburger Volksfreund", erscheint wöchentlich zweimal. Preis viertelj. 1 M.

„Zeitgeist", erscheint in München wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 1 M. 30 Pf.

„Arbeiterstimme", Organ und Eigenthum der soz.-demokr. Arbeiterpartei Nordamerikas, erscheint wöchentlich einmal in Newyork. Preis pr. Quartal 1 M. 60 Pf.

„Arbeiterfreund", erscheint am 2. und 4. Sonnabend eines jeden Monats in Reichenberg. Preis 50 kr. östr. 1 M.

„Arbeiter-Wochenchronik", Organ der ungarischen Arbeiter, erscheint in deutscher Sprache in Buda-Pest. Preis pr. Quartal 60 kr. östr. = 1 M. 20 Pf.

„Der Arbeiter in Ohio", erscheint in Cincinnati (Amerika).

„Der Socialist", erscheint täglich in Milwaukee in Amerika. Preis pr. Jahr 5 Doll.

„Die Tagwacht", Organ des schweizerischen Arbeiterbundes; erscheint wöchentlich zweimal in Zürich. Preis pr. Quartal 1 M. 40 Pf.

„Tägliche Buffalo-Tribüne", erscheint täglich in Buffalo.

„Volkszeitung", erscheint täglich in Chicago (Amerika).

„Gleichheit", Organ der Arbeiterpartei in Oesterreich, erscheint wöchentlich. einmal in Wiener-Neustadt. Preis pr. Quartal 75 kr. östr = 1 M. 50 Pf.

„Vorbote", Organ der Arbeiterpartei für Stadt und Land, erscheint jeden Sonnabend in Chicago (Nordamerika). Preis pr. Jahr 2 Doll.

„Der Arbeiter", Organ des Bundes der deutschen Aebeitsleute. Erscheint in Hamburg monatl. einmal. Preis pr. Quartal 90 Pf.

„Allgemeine Buchbinderzeitung", Organ des Verbandes für Buchbinder und verwandte Geschäftszweige. Erscheint wöchentlich einmal in Leipzig. Preis viertelj. 1 M.

„Allgemeine Tapezirerzeitung", Organ der Tapezirer und Fachgenossen. Erscheint alle 14 Tage in Berlin. Preis pr. Quartal 50 Pf.

„Correspondent", Organ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, erscheint wöchentlich dreimal in Leipzig. Preis viertelj. 1 M. 25 Pf.

„Der Botschafter", Organ für die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeitervereins. Erscheint alle 8 Tage in Berlin und kostet viertelj. 50 Pf.

„Der Bund", Organ der Tischler und verwandten Berufsgenossen. Erscheint wöchentlich einmal in Hamburg. Preis pr. Quartal 1 M.

„Der Fortschritt", Organ des Allgem. deutschen Schneidervereins, erscheint jeden Sonnabend in Leipzig. Preis pr. Quartal 50 Pf.

„Der Genossenschafter", Organ des Gewerkvereins der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Gewerke, erscheint wöchentlich einmal in Schw.-Gmünd. Preis pr. Quartal 1 M.

„Der Gewerkschafter", Organ für die wirthschaftlichen Interessen der Arbeiter Oesterreichs. Erscheint monatlich zweimal in Wien. Preis pr. Quartal 90 Pf.

„Der Becker", Organ für die Schuhmacher Deutschlands, erscheint jeden Sonnabend in Gotha. Preis viertelj. 50 Pf.

„Das Panier", Organ der deutschen Metallarbeiter, erscheint wöchentlich einmal in Braunschweig und kostet pr. Quartal 50 Pf.

„Der Correspondent", Organ der Hutmacher, erscheint in Leipzig dreimal monatlich und kostet pr. Quartal 60 Pf.

„Grundstein", Organ der deutschen Bauhandwerker, erscheint monatlich zweimal in Hamburg. Preis viertelj. 45 Pf.

„Pionier", Organ für die deutschen Zimmerleute und für die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungs-Verbandes. Erscheint monatlich zweimal in Hamburg. Preis viertelj. 1 M. 20 Pf.

Briefkasten

Der Redaktion. T. Ch. M. in Schaffhausen: Sie können nach Oesterreich gehen, wenn Ihnen die Militärpflicht keine Schwierigkeiten in den Weg legt.

der Expedition. A. Quackenbrücke: Reklamiren Sie energisch bei dortiger Post oder beschweren Sie sich bei der zuständigen Postdirektion. Das Abonnement per Kreuzband kommt um das Porto höher (siehe Abonnements-Einladung an der Spitze des Blattes). Der Kalender und die Photogr. sind zu haben und kosten mit Porto 75 Pfg., die Sie der Einfachheit und Billigkeit wegen in Briefmarken einsenden wollen.

Der Unterzeichnete bittet die Parteigenossen in Rostock in Mecklenburg um eine zuverlässige Adresse.

F. Hassenpflug, Freiheit bei Osterode i. H.

Alle diejenigen Genossen, welche Prozesse wegen Verbreitung des „Anti-Syllabus" hatten, bitte um Mittheilung über den Verlauf derselben, resp. um Zusendung des schriftlichen gerichtlichen Erkenntnisses.

Bromberg.

Albert Seebach, Schriftsetzer, Brenkenhof Nr. 13.

Herr Weidemann resp. der Vorstand des Tischlerbundes in Mannheim werden ersucht, an Unterzeichneten Statuten und sonstiges Material, welches zur Gründung einer Mitgliedschaft erforderlich ist, zu senden.

Striegau i. Schl. O. Richter, Drechslermeister.

Quittung. E. Grde Stötteritz Ab. 18,90. Dtn Berden Ab. 10,70. Schrnr Lübeck Ab. 9,80. Flr Schwäb.-Gmünd Schr. 16,00. Rdgr Halle Schr. 10,00. Mhrs Hanau Ab. 28,95. Sthr B. Aicha Ab. 4,80. Krbch Wien Ab. 4,80. Rich Hajos Ao. 19,08. Grbnstn Lindenau Ab. und Schr. 33,40. Hhmnn Wald b. Solingen Ab. 7,50. Mcknty Düsseldorf Ab. 4,60. H. Ntzsch Newyork Ab. u. Schr. 128,51. W Ufrt Apolda Schr. 5,00. Hßnr Mainz Ab. 22,50 F. Lnd Hamburg d. G. Ab. 100,00. Slbrhrn Eßlingen Ab. und Schr. 19,65. F. Rbl Graz Ab. 4,80. Bstr London Ab. 5,00. Arbeiterbild.-Verein Mürzzuschlag Ab. 3,54. Sbtzk Wien Ab. 3,37. Mz Obermeis bei Meran Ab. 4,18. Hüngl Nordh. Ab. 11,00. Mrtz Colditz Schr. 11,00 Lhm Frankfurt Schr. 1,50. Bttchr Gorkleben Schr. 2,00. Mür Quedlinburg Schr. 1,20. Urbn Linden Schr. 12,50. Bindw Frankfurt Schr. 2,00 Grbn Memel Schr. 1,20. Kpvir Zethau Schr. 0,60. Lndr Ratzeburg Schr. 1,20. Hohoff Hüffe Schr. 1,80. Dehr. Stade Schr. 1,40. Zblsky Groß-Umstadt Schr. 2,50. Fröhlig Sosa Schr. 6,30. Fbg Liegnitz Schr. 5,10. Wlthr Cöln Schr. 0,50. Hlsth Marlow Schr. 0,70. Hml Deuben Schr. 1,50. Quenzel Plagwitz Schr. 0.50.

Fonds für Gemaßregelte.

B. S. in A. 10,40.

Flensburg. **An die Abonnenten und Leser des „Vorwärts".** Wer nicht weiter zu abonniren oder Aenderungen wünscht, muß dieses spätestens bis zum Schluß ds. Mts. an Unterzeichneten bestellen. Rückständige Abonnementsgelder müssen gleichfalls bis zum Schluß ds. Mts. eingegangen sein. Die bewährten Parteigenossen werden freundlichst ersucht, hierin die unterzeichnete Commission zu unterstützen.

J. A. der Zeitungs-Commission:
Fr. H. Leiding, Colporteur, Plankemay 861.

Harburg. Auf vieles Anfragen der Abonnenten sozialistischer Zeitschriften wird hierdurch bekannt gemacht, daß der bisherige Vereinscolporteur Buchhop nach wie vor vom sozialdemokratischen Wahlverein beauftragt ist, alle sozialistischen Zeitschriften zu colportiren. Es werden daher alle Leser ersucht, bei Hrn. Buchhop zu abonniren.

Der Vorstand des sozialistischen Wahlvereins.

Einladung zum Abonnement

auf das in Gotha erscheinende

Menschenthum.

Sonntags-Blatt für Freidenker.

Herausgegeben von **Dr. August Specht.**

Durch tüchtige geistige Kräfte unterstützt, hat sich das „Menschenthum" die Aufgabe gestellt, seine Leser mit den Resultaten der freien Forschung in Natur und Geschichte vertraut zu machen, die mit der Vernunft und Wissenschaft im Widerspruch stehenden religiösen Dogmen zu bekämpfen und die Weltanschauung des freien Menschenthums zu vertreten. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Menschheit nur durch eine positiv wissenschaftliche Bildung aus den Banden veralteter religiöser Satzungen befreit werden kann, wird das „Menschenthum" vornehmlich denjenigen Theil der Wissenschaft kultiviren, der sich mit der **Entstehung der Dinge** beschäftigt und daher Originalartikel über die Beschaffenheit und Entwickelung der Weltkörper, des Thier- und Pflanzenreichs, des Menschen und seiner Kultur ꝛc. ꝛc. bringen. Außerdem bringt jede Nummer des Blattes eine Wochenübersicht der wichtigsten Vorkommnisse auf kirchlichem und freireligiösem Gebiete, Besprechungen freisinniger Bücher ꝛc., so daß sich die Leser über alle Erscheinungen des geistigen Lebens genügend orientiren können.

Man abonnirt auf das in **Gotha erscheinende** „Menschenthum" bei allen Postanstalten und in allen Buchhandlungen zu dem vierteljährlichen Preise von nur 75 Pfennigen.

Gotha. **Stollberg'sche Verlagsbuchhandlung.**

Soeben ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:



Das Buch verdankt seine Entstehung den mannigfachen Anregungen, wie solche auf den verschiedenen Partei-Congressen zum Ausdruck gekommen sind, und wird namentlich in Familienkreisen mit Freude begrüßt werden, da es das Gemüthsleben der Kinder im sittlichen Sinne anregt und dieselben zum Nachdenken auispornt.

Leipzig. **Expedition des „Vorwärts"**

Färberstraße 12.

„Der arme Conrad."

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.

(Dritter Jahrgang.)

Wegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pfg.**, gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen **60 Pfg.**, gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.**, einzusenden, wofür wir es **franco per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir
brochirt 25 Pf. pro Stück
gebunden 40 „ „ } **netto gegen baar.**

Expedition des „Vorwärts", Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Fackel", Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.
Expedition der „Freien Presse", Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a

---

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

Beilage des „Vorwärts“.

Sonntag, 30. Dezember 1877.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der politischen Oekonomie.

Von Friedrich Engels.

IX.

Bisher haben wir beim besten Willen nicht entdecken können, wie Herr Dühring dazu kommt, auf dem Gebiet der Oekonomie „mit dem Anspruch auf ein neues, nicht etwa bloß der Epoche genügendes, sondern für die Epoche maßgebendes System aufzutreten.“ Was wir aber bei der Gewaltstheorie, bei Werth und Kapital nicht zu sehen vermochten, vielleicht springt es uns sonnenklar in die Augen bei Betrachtung der von Hrn. Dühring aufgestellten „Naturgesetze der Volkswirthschaft.“ Denn, wie er sich mit gewohnter Neuheit und Schärfe ausdrückt, „der Triumph der höheren Wissenschaftlichkeit besteht darin, über die bloßen Beschreibungen und Eintheilungen des gleichsam ruhenden Stoffs zu den lebendigen, die Erzeugung beleuchtenden Einsichten zu gelangen. Die Erkenntniß der Gesetze ist daher die vollkommenste; denn sie zeigt uns, wie ein Vorgang durch den andern bedingt wird.“

Gleich das erste Naturgesetz aller Wirthschaft ist speziell von Hrn. Dühring entdeckt worden. Adam Smith „hat merkwürdiger Weise den wichtigsten Faktor aller wirthschaftlichen Entwicklungen nicht bloß nicht an die Spitze gestellt, sondern auch dessen besondere Formulirung ganz unterlassen und auf diese Weise diejenige Macht, die der modernen europäischen Entwicklung ihren Stempel aufgedrückt hatte, unwillkürlich zu einer untergeordneten Rolle herabgewürdigt.“ Dies „Grundgesetz, welches an die Spitze gestellt werden muß, ist dasjenige der technischen Ausrüstung, ja man könnte sagen der Bewaffnung der natürlich gegebenen Wirthschaftskraft des Menschen.“ Dies von Herrn Dühring entdeckte „Fundamentalgesetz“ lautet wie folgt:

Gesetz Nr. 1. „Die Produktivität der wirthschaftlichen Mittel, Naturhülfsquellen und Menschenkraft, wird durch Erfindungen und Entdeckungen gesteigert.“

Wir staunen. Herr Dühring behandelt uns ganz wie jener Spaßvogel bei Molière den neugebackenen Adligen, dem er die Neuigkeit mittheilt, er habe sein ganzes Leben lang Prosa gesprochen, ohne es zu wissen. Daß Erfindungen und Entdeckungen in manchen Fällen die Produktivkraft der Arbeit steigern (in sehr vielen Fällen aber auch nicht, wie die massenhafte Archivmakulatur aller Patentämter der Welt beweist) — das haben wir längst gewußt; daß diese uralte Trivialität aber das Fundamentalgesetz der ganzen Oekonomie ist — diese Aufklärung verdanken wir Herrn Dühring. Wenn „der Triumph der höheren Wissenschaftlichkeit“ in der Oekonomie, wie in der Philosophie, nur darin besteht, dem ersten besten Gemeinplatz einen volltönenden Namen zu geben, ihn als ein Naturgesetz oder gar Fundamentalgesetz auszuposaunen, so ist das „tiefere Grundlegen“ und Umwälzen der Wissenschaft in der That auch für Jedermann, selbst für die Redaktion der Berliner „Volkszeitung“ möglich gemacht. Wir wären denn „in aller Strenge“ genöthigt, Herrn Dührings Urtheil über Plato auf Herrn Dühring selbst anzuwenden wie folgt: „Wenn indessen so etwas nationalökonomische Weisheit sein soll, so hat sie der Urheber der“ kritischen Grundlegungen „mit jeder Person gemein, die überhaupt zu einem Gedanken“ — ja sogar bloß zu einem Gerede — „über das auf der Hand liegende Veranlassung erhielt.“ Wenn wir z. B. sagen: die Thiere fressen, so sprechen wir in unserer Unschuld ein großes Wort gelassen aus; denn wir brauchen nur zu sagen, es sei das Fundamentalgesetz alles Thierlebens, zu fressen, und wir haben die ganze Zoologie umgewälzt.

Gesetz Nr. 2. Theilung der Arbeit: „Die Spaltung der Berufszweige und die Zerlegung der Thätigkeiten erhöht die Produktivität der Arbeit.“ Soweit dies richtig, ist es seit Adam Smith ebenfalls Gemeinplatz. Wie weit es richtig, wird sich im dritten Abschnitt zeigen.

Gesetz Nr. 3. „Entfernung und Transport sind die Hauptursachen, durch welche das Zusammenwirken der produktiven Kräfte gehemmt und gefördert wird.“

Gesetz Nr. 4. „Der Industriestaat hat unvergleichlich mehr Bevölkerungskapacität als der Ackerbaustaat.“

Gesetz Nr. 5. „In der Oekonomie geschieht nichts ohne ein materielles Interesse.“

Das sind die „Naturgesetze“, auf die Herr Dühring seine neue Oekonomie begründet. Er bleibt seiner, in der Philosophie schon dargestellten Methode treu. Ein paar, manchmal noch dazu schief ausgedrückte Selbstverständlichkeiten von trostlosester Landläufigkeit bilden die Axiome, die keines Beweises bedürfen, die Fundamentalsätze, die Naturgesetze auch der Oekonomie. Unter dem Vorwand, den Inhalt dieser Gesetze zu entwickeln, die keinen Inhalt haben, wird die Gelegenheit benutzt zu einer breiten ökonomischen Kannegießerei über die verschiedenen Themata, deren Namen in diesen angeblichen Gesetzen vorkommen, also über Erfindungen, Theilung der Arbeit, Transportmittel, Bevölkerung, Interesse, Konkurrenz u. s. w., einer Kannegießerei, deren platte Alltäglichkeit gewürzt wird nur durch orakelhafte Grandiloquenzen, und hie und da durch schiefe Auffassung oder wichtigthuende Spintisirung über allerlei kasuistische Subtilitäten. Dann kommen wir schließlich auf Bodenrente, Kapitalgewinn und Arbeitslohn, und da wir im Vorhergehenden nur die beiden letzteren Aneignungsformen behandelt, so wollen wir hier zum Schluß noch die Dühring'sche Auffassung der Grundrente kurz untersuchen.

Wir lassen dabei alle Punkte unberücksichtigt, in denen Herr Dühring bloß seinen Vorgänger Carey abschreibt; wir haben es nicht mit Carey zu thun, auch nicht die Ricardo'sche Auffassung der Grundrente gegen Carey's Verdrehungen und Thorheiten zu vertheidigen. Uns geht bloß Herr Dühring an, und dieser definirt die Grundrente als „dasjenige Einkommen, welches der Eigenthümer als solcher vom Grund und Boden bezieht.“ Den ökonomischen Begriff der Grundrente, den Herr Dühring erklären soll, übersetzt er kurzer Hand ins Juristische, so daß wir nicht klüger sind als vorher. Unser tieferer Grundleger muß sich daher, wohl oder übel, zu weiteren Erörterungen herbeilassen. Er vergleicht nun die Verpachtung eines Ackerguts an einen Pächter mit dem Ausleihen eines Kapitals an einen Unternehmer, findet aber bald, daß der Vergleich, wie mancher andre, hinkt. Denn, sagt er, „wollte man die Analogie weiter verfolgen, so müßte der Gewinn, der dem Pächter nach Abzahlung der Bodenrente übrig bleibt, demjenigen Rest des Kapitalgewinns entsprechen, welcher dem Unternehmer, der mit dem Kapital wirthschaftet, nach Abzug der Zinsen zufällt. Man ist aber nicht gewohnt, die Pächtergewinne als die Haupteinkünfte und die Grundrente nur als einen Rest anzusehn ... Ein Beweis für diese Verschiedenheit der Auffassung ist die Thatsache, daß man in der Lehre von der Bodenrente den Fall der Selbstbewirthschaftung nicht besonders auszeichnet, und auf die Größendifferenz einer in Form der Pacht und einer selbsterzeugten Rente kein sonderliches Gewicht legt. Wenigstens hat man sich nicht veranlaßt gefunden, die aus der Selbstbewirthschaftung hervorgehende Rente derartig zerlegt zu denken, daß der eine Bestandtheil gleichsam den Zins des Grundstücks und der andere den Ueberschußgewinn des Unternehmerthums repräsentirte. Abgesehn von dem eignen Kapital, welches der Pächter zur Anwendung bringt, scheint man seinen speziellen Gewinn meistens für eine Art Arbeitslohn zu halten. Doch ist es bedenklich, hierüber etwas behaupten zu wollen, da man sich die Frage in dieser Bestimmtheit gar nicht vorgelegt hat. Ueberall, wo es sich um größere Wirthschaften handelt, wird man mit Leichtigkeit einsehn können, daß es nicht angeht, den spezifischen Pächtergewinn als Arbeitslohn gelten zu lassen. Dieser Gewinn beruht nämlich selbst auf dem Gegensatz gegen die ländliche Arbeitskraft, deren Ausnutzung allein jene Einkünfteart möglich macht. Es ist offenbar ein Stück Rente, welches in den Händen des Pächters bleibt, und durch welches die volle Rente, die bei der Bewirthschaftung durch den Eigenthümer erzielt werden würde, verkürzt wird.“

Die Theorie von der Bodenrente ist ein spezifisch englisches Stück Oekonomie und mußte es sein, weil nur in England eine Produktionsweise bestand, bei der die Rente sich auch thatsächlich vom Profit und Zins abgesondert hatte. In England herrscht bekanntlich großer Grundbesitz und große Agrikultur. Die Grundeigenthümer verpachten ihre Ländereien in großen, oft sehr großen Ackergütern an Pächter, die mit hinreichendem Kapital zu deren Bewirthschaftung versehen sind und nicht, wie unsere Bauern, selbst arbeiten, sondern als richtige kapitalistische Unternehmer die Arbeit von Hofgesinde und Taglöhnern verwenden. Hier haben wir also die drei Klassen der bürgerlichen Gesellschaft und das einer jeden eigenthümliche Einkommen: den Grundeigenthümer, der die Grundrente, den Kapitalisten, der den Profit, und den Arbeiter, der den Arbeitslohn bezieht. Nie ist es einem englischen Oekonomen eingefallen, den Gewinn des Pächters, wie dies Herrn Dühring scheint, für eine Art Arbeitslohn zu halten; noch viel weniger konnte es für ihn bedenklich sein, zu behaupten, des Pächters Profit sei das, was er unbestreitbar, augenscheinlich und handgreiflich ist, nämlich Kapitalprofit. Es ist gradezu lächerlich, wenn es hier heißt, man habe sich die Frage, was der Pächtergewinn eigentlich sei, in dieser Bestimmtheit gar nicht vorgelegt. In England braucht man sich diese Frage gar nicht erst vorzulegen, die Frage wie die Antwort liegen seit lange vor in den Thatsachen selbst, und es hat darüber seit Adam Smith nie ein Zweifel bestanden.

Der Fall der Selbstbewirthschaftung, wie Herr Dühring es nennt, oder vielmehr der Bewirthschaftung durch Verwalter für Rechnung des Grundbesitzers, wie er in der Wirklichkeit in Deutschland sich mehrentheils ereignet, ändert nichts an der Sache. Wenn der Grundbesitzer auch das Kapital liefert und für eigne Rechnung wirthschaften läßt, so steckt er außer der Grundrente noch den Kapitalprofit in die Tasche, wie das nach der heutigen Produktionsordnung sich von selbst versteht und gar nicht anders sein kann. Und wenn Herr Dühring behauptet, man habe sich bisher nicht veranlaßt gefunden, die aus der Selbstbewirthschaftung hervorgehende Rente (soll heißen Revenue) zerlegt zu denken, so ist das einfach nicht wahr und beweist im besten Fall nur wieder seine eigne Unwissenheit. Zum Beispiel:

„Das Einkommen, das sich aus Arbeit herleitet, heißt Arbeitslohn; dasjenige, welches Jemand aus der Anwendung von Kapital herleitet, heißt Profit ... das Einkommen, das ausschließlich aus dem Boden entspringt, wird Rente genannt und gehört dem Grundbesitzer. Wenn diese verschiedenen Arten von Einkommen verschiednen Personen zufallen, sind sie leicht zu unterscheiden; fallen sie aber derselben Person zu, so werden sie, wenigstens in der alltäglichen Sprache, häufig durcheinander geworfen. Ein Grundbesitzer, der einen Theil seines eignen Bodens selbst bewirthschaftet, sollte nach Abzug der Bewirthschaftungskosten sowohl die Rente des Grundbesitzers wie den Profit des Pächters erhalten. Er wird aber leicht, in der gewöhnlichen Sprache wenigstens, seinen ganzen Gewinn Profit nennen und so die Rente mit dem Profit zusammenwerfen. Die Mehrzahl unserer nordamerikanischen und westindischen Pflanzer sind in dieser Lage; die meisten bebauen ihre eignen Besitzungen und so hören wir selten von der Rente einer Pflanzung, wohl aber von dem Profit, den sie abwirft ... Ein Gärtner, der seinen eignen Garten eigenhändig bebaut, ist in Einer Person Grundbesitzer, Pächter und Arbeiter. Sein Produkt sollte ihm daher die Rente des ersten, den Profit des zweiten und den Lohn des dritten zahlen. Das Ganze gilt aber gewöhnlich als sein Arbeitsverdienst; Rente und Profit werden hier also zusammengeworfen mit dem Arbeitslohn.“

Diese Stelle steht im 6. Kapitel des ersten Buchs von Adam Smith. Der Fall der Selbstbewirthschaftung ist also schon vor hundert Jahren untersucht, und die Bedenklichkeiten und Unsicherheiten, die Herrn Dühring hier so viel Kummer machen, entspringen lediglich aus seiner eignen Unwissenheit.

Zuletzt rettet er sich aus der Verlegenheit durch einen kühnen Griff: Der Pächtergewinn beruht auf Ausbeutung der „ländlichen Arbeitskraft“ und ist daher „offenbar ein Stück Rente“, um welches die „volle Rente“, die eigentlich in die Tasche des Grundbesitzers fließen sollte, „verkürzt wird.“ Hiermit erfahren wir zweierlei. Erstens, daß der Pächter die Rente des Grundbesitzers „verkürzt“, so daß also bei Herrn Dühring nicht, wie man sich bisher vorgestellt hatte, es der Pächter ist, welcher dem Grundbesitzer, sondern der Grundbesitzer, welcher dem Pächter Rente zahlt — allerdings eine „von Grund aus eigenthümliche Anschauung“. Und zweitens erfahren wir endlich, was Herr Dühring sich unter Grundrente vorstellt; nämlich das ganze bei der Ausbeutung der ländlichen Arbeit im Ackerbau erzielte Mehrprodukt. Da dies Mehrprodukt aber in der bisherigen Oekonomie — einige Vulgärökonomen etwa ausgenommen — in Grundrente und Kapitalprofit zerfällt, so haben wir zu konstatiren, daß auch von der Grundrente Herr Dühring „nicht den gemeingültigen Begriff hegt.“

Also Grundrente und Kapitalgewinn unterscheiden sich nach Herrn Dühring nur dadurch, daß die erstere im Ackerbau erwirbt wird und der andere in der Industrie oder im Handel. Zu dieser unkritischen und verworrenen Vorstellungsweise gelangt Herr Dühring mit Nothwendigkeit. Wir sahen, daß er von der „wahren historischen Auffassung“ ausging, wonach die Herrschaft über den Boden nur vermittelst der Herrschaft über den Menschen begründet sei. Sobald also Boden vermittelst irgend einer Form von Knechtsarbeit bebaut wird, entsteht ein Ueberschuß für den Grundherrn, und dieser Ueberschuß ist eben die Rente, wie der Ueberschuß des Arbeitsprodukts über den Arbeitslohn in der Industrie der Kapitalgewinn ist. „Auf diese Weise ist klar, daß die Bodenrente zu jeder Zeit und überall da in erheblichem Maß existirt, wo die Ackerkultur vermittelst irgend einer der Unterwerfungsformen der Arbeit betrieben wird.“ Bei dieser Darstellung der Rente, als des gesammten beim Ackerbau erzielten Mehrprodukts, kommt ihm nun einerseits der englische Pächterprofit und andrerseits die von diesem entlehnte, in der ganzen klassischen Oekonomie gültige Theilung jenes Mehrprodukts in Grundrente und Pächterprofit, und damit die reine, präcise Fassung der Rente, quer in den Weg. Was thut Herr Dühring? Er stellt sich, als kenne er von der Eintheilung des Ackerbau-Mehrprodukts in Pächterprofit und Grundrente, also von der ganzen Rententheorie der klassischen Oekonomie kein Sterbenswörtchen; als sei in der gesammten Oekonomie die Frage, was der Pächterprofit eigentlich sei, noch gar nicht „in dieser Bestimmtheit“ gestellt worden; als handle es sich um einen ganz unerforschten Gegenstand, über den nichts bekannt ist als Schein und Bedenklichkeiten. Und er flüchtet aus dem fatalen England, wo das Mehrprodukt des Ackerbaus ganz ohne Zuthun irgend welcher theoretischen Schule so erbarmungslos zertheilt ist in seine Bestandtheile: Grundrente und Kapitalprofit, nach seinem vielgeliebten Geltungsbereich des preußischen Landrechts, wo die Selbstbewirthschaftung in voller patriarchalischer Blüthe steht, wo „der Gutsbesitzer unter Rente die Einkünfte von seinen Grundstücken versteht“, und die Ansicht der Herren Junker über die Rente noch mit dem Anspruch auftritt, für die Wissenschaft maßgebend zu sein, wo also Herr Dühring noch hoffen kann, mit seiner Begriffsverwirrung über Rente und Profit durchzuschlüpfen und sogar Glauben zu finden für seine neueste Entdeckung, daß die Grundrente gezahlt werde nicht vom Pächter an den Grundbesitzer, sondern vom Grundbesitzer an den Pächter.

X.

Werfen wir schließlich noch einen Blick auf die „Kritische Geschichte der Nationalökonomie“ auf „dieses Unternehmen“ des Herrn Dühring, das, wie er sagt, „ganz ohne Vorgänger ist.“ Vielleicht begegnen wir hier endlich der vielversprochenen letzten und strengsten Wissenschaftlichkeit.

Da die politische Oekonomie, wie sie geschichtlich aufgetreten, in der That nichts ist als die wissenschaftliche Einsicht in die Oekonomie der kapitalistischen Produktionsperiode, so können darauf bezügliche Sätze und Theoreme, z. B. bei den Schriftstellern der alten griechischen Gesellschaft, nur soweit vorkommen, wie gewisse Erscheinungen: Waarenproduktion, Handel, Geld, zinstragendes Kapital u. s. w. beiden Gesellschaften gemeinsam sind. Soweit die Griechen gelegentliche Streifzüge in dies Gebiet machen, zeigen sie dieselbe Genialität und Originalität wie auf allen andern Gebieten. Ihre Anschauungen bilden daher geschichtlich die theoretischen Ausgangspunkte der modernen Wissenschaft. Herr Dühring dagegen hat „in Bezug auf wissenschaftliche Wirthschaftstheorie vom Alterthum eigentlich (!) gar nichts Positives zu berichten“, und nur die „den Schein der Gelehrsamkeit eitel zur Schau tragende Manier' der Konkurrenten seines „Unternehmens“ zwingt ihn zur „Notiznahme“ wenigstens einiger Beispiele.

Nehmen wir Aristoteles.

„Die Rolle des Geldes ist zu allen Zeiten die erste Hauptanregung zu wirthschaftlichen (!) Gedanken gewesen. Was wußte aber ein Aristoteles von dieser Rolle? Offenbar nichts weiter, als was in der Vorstellung liegt, daß der Austausch durch Vermittlung des Geldes dem ursprünglichen Naturalaustausch gefolgt sei.“

Wenn „ein“ Aristoteles sich aber herausnimmt, die zwei verschiedenen Cirkulationsformen des Geldes zu entdecken, die eine, worin es als bloßes Cirkulationsmittel, die andre, worin es als Geldkapital thätig ist, so drückt er hiermit, nach Herrn Dühring, „nur eine moralische Antipathie aus.“ Wenn „ein“ Aristoteles sich gar vermißt, das Geld in seiner „Rolle“ als Werthmaß analysiren zu wollen, und in der That dies für die Lehre vom Gelde so entscheidende Problem richtig stellt, so hat Herr Dühring dafür nicht einmal eine „Notiznahme“, damit auch nicht etwa der „Schein der Gelehrsamkeit“ auf ihn falle. —

Das Kapitel des Herrn Dühring über die Merkantilisten ließt sich viel besser im Original bei Fr. List, Kap. 29. Dieser ihrer Quelle entlehnt auch unsere „aus dem unmittelbaren Studium der eignen Schriften der Vertreter der nationalökonomischen und sozialistischen Ideenkreise“ hervorgehende „Gedankengeschichte“ den Irrthum, als sei Antonio Serra's Schrift: Breve trattato u. s. w. das erste über politische Oekonomie geschriebne Werk, und sei gleichsam „eine Art Inschrift am Eingang der neueren Vorgeschichte der Oekonomie“; ein „schöngeistiges Mätzchen“, das alles umfaßt, was Herr Dühring vom breve trattato zu sagen hat. Leider erschien dies Werk erst 1613; aber schon 1609 war erschienen: „A Discourse of Trade etc. by Thomas Mun.“ Diese Schrift hat gleich in ihrer ersten Ausgabe die spezifische Bedeutung, daß sie gegen das ursprüngliche, damals noch als Staatspraxis in England vertheidigte Monetarsystem gerichtet ist, also die bewußte Selbstscheidung des Merkantilsystems von seinem Mutterssystem darstellt. Bereits in ihrer ersten Form erlebte die Schrift mehrere Auflagen und übte direkten Einfluß auf die Gesetzgebung aus. In der vom Verfasser gänzlich umgearbeiteten und nach seinem Tod erschienenen Auflage von 1664: „Englands Treasure etc.“ blieb sie für weitere 100 Jahre merkantilistisches Evangelium. Hat der Merkantilismus also ein epochemachendes Werk „als eine Art Inschrift am Eingang“, so ist es dieses, und eben darum existirt es ganz und gar nicht für Herrn Dührings „die Rangverhältnisse sehr sorgfaltig beobachtende Geschichte.“

Von dem Begründer der modernen politischen Oekonomie, Petty, theilt Herr Dühring uns mit, daß er „ein ziemliches Maß leichtfertiger Denkungsart“ besaß, ferner „Abwesenheit des

Sinnes für die inneren und feineren Unterscheidungen der Begriffe" . . eine „Verfatilität, die Vieles kennt, aber von dem Einen zum Andern leichten Fußes übergeht, ohne in irgend einem Gedanken tieferer Art Wurzel zu schlagen" . . . er „verfährt in volkswirthschaftlicher Beziehung noch sehr roh" und „gelangt zu Naivetäten, deren Kontrast . . . den ernsteren Denker auch wohl einmal unterhalten kann." Welche nicht zu überschätzende Herablassung also, wenn der „ernstere Denker" Herr Dühring überhaupt von „einem Petty" Notiz zu nehmen geruht! Und wie nimmt er von ihm Notiz?

Petty's Sätze über „die Arbeit und sogar die Arbeitszeit als Werthmaß, wovon sich bei ihm unvollkommene Spuren vorfinden", werden außer in diesem Satz gar nicht weiter erwähnt. Unvollkommene Spuren! In seinem Treatise on Taxes and Contributions (erste Ausgabe 1662) gibt Petty eine vollkommen klare und richtige Analyse der Werthgröße der Waaren. Indem er sie zunächst veranschaulicht an dem Gleichwerth von edlen Metallen und Korn, welche gleich viel Arbeit kosten, sagt er das erste und letzte „theoretische" Wort über den Werth der edlen Metalle. Aber er spricht auch bestimmt und allgemein aus, daß die Waarenwerthe durch gleiche Arbeit (equal labour) gemessen werden. Er wendet seine Entdeckung auf die Lösung verschiedener, zum Theil sehr verwickelter Probleme an, und zieht stellenweis bei verschiednen Gelegenheiten und in verschiednen Schriften, auch wo der Hauptsatz nicht wiederholt wird, wichtige Konsequenzen aus demselben. Aber er sagt auch gleich in seiner ersten Schrift:

„Dies (die Schätzung durch gleiche Arbeit) behaupte ich, ist die Grundlage der Ausgleichung und Abwägung der Werthe; jedoch in dem Ueberbau und der praktischen Anwendung davon, gestehe ich, gibt es viel Mannichfaltiges und Verwickeltes." Petty ist sich also ebensosehr der Wichtigkeit seines Fundes bewußt, wie der Schwierigkeit seiner Detailausnutzung. Er versucht daher auch einen andern Weg zu gewissen Detailzwecken. Es soll nämlich ein natürliches Gleichheitsverhältniß (a natural Par) zwischen Boden und Arbeit gefunden werden, so daß man den Werth beliebig „in jedem der Beiden oder noch besser in Beiden" ausdrücken kann. Der Irrweg selbst ist genial.

Herr Dühring macht zu Petty's Werththeorie die scharfgedachte Bemerkung: „Hätte er selbst schärfer gedacht, so würde es gar nicht möglich sein, daß sich an andern Orten Spuren einer entgegengesetzten Auffassung vorfänden". Nun laufen bei Adam Smith nicht nur zwei, sondern sogar drei, und ganz genau genommen sogar vier einander kraß entgegengesetzte Ansichten über den Werth ganz gemüthlich neben und unter einander. Und wie wir sahen, gibt uns Herr Dühring selbst ebenfalls fünf verschiedene Arten von Werth zur gefälligen Auswahl, und mit ihnen ebensoviel entgegengesetzte Auffassungen. Allerdings, „hätte er selbst schärfer gedacht", so würde er nicht so viel Mühe gebraucht haben, seine Leser aus der vollkommen klaren Petty'schen Auffassung des Werths zurückzuwerfen in die äußerste Konfusion.

Eine ganz abgerundete, aus einem Stück gegossene Arbeit Petty's ist sein Quantulumcunque concerning Money, 1682 publizirt, zehn Jahre nach seiner Anatomy of Ireland (diese erschien „zuerst" 1672 und nicht 1691, wie Herr Dühring den „gangbarsten Lehrbuchkompilationen" nachschreibt). Die letzten Spuren merkantilistischer Anschauungen, die man in andern Schriften von ihm antrifft, sind hier völlig verschwunden. Es ist ein kleines Meisterwerk nach Inhalt und Form, und figurirt eben deswegen auch nicht einmal dem Namen nach bei Herrn Dühring.

Von Locke's Angriffen gegen die Zinsbeschränkung durch Gesetz heißt es: „In einer Zeit, wo ein Dudley North seine Discourses upon Trade (1691) in der Richtung auf Freihandel schreiben konnte, mußte bereits Vieles gleichsam in der Luft liegen, was die theoretische Opposition gegen Zinsbeschränkungen nicht als etwas Unerhörtes erscheinen ließ."

Lockes Schrift erschien ebenfalls 1691. Was „lag nun in der Luft"? Schon 1662 hatte „ein Petty" in seiner ersten Schrift den Zins als „Geldrente, die wir Wucher nennen", der „Rente vom Boden und von Häusern" gegenüber gestellt, und den Grundbesitzern, die zwar nicht die Bodenrente, wohl aber die Geldrente gesetzlich niedermaßregeln wollten, vorgehalten das „eitle Bestreben und die Fruchtlosigkeit ein bürgerliches positives Gesetz zu machen gegen das Gesetz der Natur." Im Quantulumcunque erklärt derselbe Petty daher die gesetzliche Zinsregulation für ebenso albern wie eine Regulation der Ausfuhr der edlen Metalle oder aber des Wechselkurses. In derselben Schrift sagt er das ein für allemal Maßgebende über „raising of money", das Erhöhen der Geldnamen, indem man z. B. einem halben Schillingstück den Namen von einem Schilling giebt und die Unze Silber in doppelt so viele Schillinge umprägt wie vorher. In Bezug auf diesen letzteren Punkt wird Petty fast nur kopirt von Locke und North. Mit Bezug auf den Zins knüpfen Beide, jeder in seiner Art, an den „in der Luft liegenden" Petty direkt an. Während aber Locke die von Petty gelehrte Zinsfreiheit nur mit Beschränkungen, nimmt North sie absolut. Herr Dühring übertrifft sich selbst, wenn er Dudley North mit der Phrase abfertigt, er habe „in der Richtung auf Freihandel" geschrieben. Es ist als wollte man von Harvey sagen, er hätte „in der Richtung" auf Blutcirkulation geschrieben. North's Schrift — von ihren sonstigen Verdiensten abgesehn — ist eine klassische, mit rücksichtsloser Konsequenz geschriebene Auseinandersetzung der Freihandelslehre sowohl für den innern wie äußern Verkehr — im Jahre 1691 allerdings „etwas Unerhörtes"!

Locke und North lieferten uns den Beweis, wie die ersten kühnen Griffe, die Petty fast in allen Sphären der politischen Oekonomie that, von seinen englischen Nachfolgern aufgenommen und weiter verarbeitet wurden. Die Spuren dieses Prozesses während der Periode 1691—1752 drängen sich dem oberflächlichsten Beobachter schon dadurch auf, daß alle ihr angehörigen, bedeutenderen ökonomischen Schriften, positiv oder negativ, an Petty anknüpfen. Diese Periode, voll origineller Köpfe, ist daher für die Erforschung der Genesis der politischen Oekonomie die bedeutendste. Die „Geschichtszeichnung großen Styls" — streicht sie einfach aus der Geschichte aus, um sofort am Eingang des wirklichen Tempels der politischen Oekonomie erscheinen zu lassen — David Hume.

Hume spielt in der „Kritischen Geschichte" eine sehr wichtige Rolle. Dieser „ernste und subtile Denker" hat nämlich die Ehre, den Dühring des 18. Jahrhunderts vorzustellen. Wie ein Hume zum Beweise dient, daß „die Schöpfung des ganzen Wissenschaftszweigs (der Oekonomie) eine That der erleuchteteren Philosophie gewesen ist", so liegt in der Vorläuferschaft Hume's die beste Gewähr dafür, daß dieser ganze Wissenschaftszweig seinen zunächst absehbaren Abschluß finden wird in jenem phänomenalen Mann, der die blos „erleuchtetere" Philosophie umgeschaffen hat in die absolut lichtvolle Wirklichkeitsphilosophie, und bei dem sich, ganz wie bei Hume, und was „auf deutschem Boden bisher ohne Beispiel, . . . die Pflege der Philosophie im engeren Sinn mit wissenschaftlichen Bemühungen um die Volkswirthschaft gepaart findet". Wir finden demgemäß den als Oekonomen immerhin respektablen Hume aufgebläht zu einem ökonomischen Stern erster Größe, dessen Bedeutung bisher nur derselbe Neid verkennen konnte, der auch Herrn Dührings „für die Epoche maßgebende" Leistungen bisher so hartnäckig todtschweigt.

In der That folgt Hume in den 1752 erschienenen zusammengehörigen Aufsätzen über Geld, Handelsbilanz und Handel, Schritt für Schritt Jacob Vanderlint's: Money answers all things, London 1734. Wie Vanderlint, behandelt Hume das Geld als bloßes Werthzeichen; er kopirt fast wörtlich (und dies ist wichtig, da er die Werthzeichentheorie aus vielen andern Schriften hätte entnehmen können) aus Vanderlint, warum die Handelsbilanz nicht beständig gegen oder für ein Land sein kann; er lehrt, wie Vanderlint, das Gleichgewicht der Bilanzen, das sich natürlich, den verschiedenen ökonomischen Positionen der einzelnen Länder gemäß, herstelle; er predigt, wie Vanderlint, den Freihandel, nur weniger kühn und konsequent; er hebt mit Vanderlint, nur flacher, die Bedürfnisse als Treiber der Produktion hervor; er folgt Vanderlint in dem irrigen Einfluß auf die Waarenpreise, den er dem Bankgeld und sämmtlichen öffentlichen Werthpapieren zuschreibt; er verwirft mit Vanderlint das Kreditgeld; wie Vanderlint, macht er die Waarenpreise abhängig vom Preis der Arbeit, also vom Arbeitslohn; er kopirt ihm sogar die Schrulle, daß Schatzansammlung die Waarenpreise niedrig halte u. s. w. u. s. w.

Bei Hume ist also das Geld bloßes Werthzeichen, und danach müssen die Waarenpreise — bei sonst gleichbleibenden Umständen — sinken im Verhältniß wie die cirkulirende Geldmenge wächst und steigen im Verhältniß, wie sie abnimmt. Nun aber zeigt seine Untersuchung der Wirkungen, die der Zuwachs von Gold und Silber seit Entdeckung der amerikanischen Minen auf die Industrie ausübte, daß Hume jede Vermehrung der edlen Metalle zusammenwirft mit derjenigen, die von ihrer Entwerthung begleitet ist, und daher nicht dazu kommt, sich die eigentlich wissenschaftliche Frage zu stellen: ob und wie eine Vermehrung der edlen Metalle, bei gleichbleibendem Werth derselben, auf die Waarenpreise wirkt. Von diesem, selbst von ihrem eignen Standpunkt aus sehr wesentlichen Mangel der Hume'schen Geldtheorie findet sich in der „Geschichtszeichnung großen Styls" selbstredend kein Sterbenswörtchen.

Die eben erwähnte Verwechslung war bei Hume unvermeidlich, weil er nicht die allergeringste Einsicht in die Funktion der edlen Metalle als Werthmaß hatte. Er konnte sie nicht haben, weil er absolut nichts vom Werth selbst wußte. Das Wort selbst erscheint vielleicht nur einmal in seinen Aufsätzen, und zwar wo er Locke's Irrthum, die edlen Metalle hätten „einen nur eingebildeten Werth", weiter dahin verballhornt, sie hätten „hauptsächlich einen fiktiven Werth."

Er steht hier tief, nicht nur unter Petty, sondern auch unter manchem seiner englischen Zeitgenossen. Er zeigt dieselbe „Rückständigkeit", wenn er noch immer in altmodischer Weise den „Kaufmann" als die erste Triebfeder der Produktion feiert, worüber schon Petty längst hinaus war. Was gar Herrn Dühring's Versicherung betrifft, Hume habe sich in seinen Aufsätzen mit den „wirthschaftlichen Hauptverhältnissen" beschäftigt, so vergleiche man auch nur die von Adam Smith citirte Schrift Cantillons (erschienen, wie Hume's Aufsätze, 1752, aber lange nach dem Tod des Verfassers), um über den engen Umkreis der Hume'schen ökonomischen Arbeiten zu staunen. Hume, wie gesagt, bleibt trotz des ihm von Herrn Dühring ausgestellten Patents, auch im Gebiet der politischen Oekonomie respektabel, aber er ist hier nichts weniger als ein origineller Forscher und noch viel minder epochemachend. Die Wirkung seiner ökonomischen Aufsätze auf die gebildeten Kreise seiner Zeit entsprang nicht blos aus der vorzüglichen Darstellungsweise, sondern weit mehr noch daher, daß sie eine fortschrittlich-optimistische Verherrlichung der damals in England rasch aufstrebenden kapitalistischen Gesellschaft waren. So unterstützt er in dem Aufsatz über Steuern das seit dem berüchtigten Robert Walpole planmäßig zur Entlastung der Grundbesitzer und Reichen überhaupt ausgebeutete, und von der Volksmasse leidenschaftlich bekämpfte System der indirekten Besteuerung, und sagt unter anderm: Verbrauchssteuern müßten sehr hoch und sehr ungeschickt erhoben sein, wenn der Arbeiter sie nicht selbst durch erhöhte Emsigkeit und Frugalität erschwingen könne, ohne den Preis seiner Arbeit zu erhöhen.

Wie nicht anders bei einem Schotten zu erwarten, war Hume's Bewunderung des bürgerlichen Erwerbs keineswegs rein platonisch. Armer Teufel von Haus aus, brachte er es zu einer sehr, sehr schwer tausendpfündigen jährlichen Einnahme, was Herr Dühring sinnig so ausdrückt: „Er war durch eine gute Privatökonomie auf der Grundlage sehr geringer Mittel dahin gelangt, Niemandem zu Gefallen schreiben zu müssen." Wenn Herr Dühring ferner sagt: „Er hatte nie dem Einfluß der Parteien, der Fürsten oder der Universitäten das geringste Zugeständniß gemacht", so ist zwar nicht bekannt, daß Hume je mit einem „Wazener" literarische Kompagniegeschäfte gemacht, wohl aber, daß er ein unverdrossener Parteigänger der Whig-Oligarchie war, die „Kirche und Staat" hochhielt, und zum Lohn für dies Verdienst erst den Posten eines Gesandtschafts-Sekretärs zu Paris bekam, und später den ungleich wichtigeren und einträglicheren eines Unterstaatssekretärs. „In politischer Hinsicht war und blieb Hume stets konservativ und streng monarchisch gesinnt. Er wurde daher auch von den Anhängern des bestehenden Kirchenthums nicht so arg verketzert als Gibbon", sagt der alte Schlosser. „Dieser selbstische Hume, dieser Geschichtslügner", schilt die englischen Mönche fett, ehe- und familienlos, vom Bettel lebend, „aber er hat nie eine Familie oder ein Weib gehabt, und war selbst ein großer fetter Bursche, in beträchtlichem Umfang gemästet von öffentlichem Geld, ohne es je durch irgend welchen wirklichen öffentlichen Dienst verdient zu haben", sagt der „roh" plebejische Cobbett. Hume hat „in der praktischen Behandlung des Lebens in wesentlichen Richtungen vor einem Kant sehr viel voraus", sagt Herr Dühring. —

Die physiokratische Schule hat uns bekanntlich in Quesnay's „ökonomischem Tableau" ein Räthsel hinterlassen, an dem die bisherigen Kritiker und Geschichtschreiber der Oekonomie sich umsonst die Zähne ausgebissen haben. Dies Tableau, das die physiokratische Vorstellung von der Produktion und Cirkulation des Gesammtreichthums eines Landes klar zur Anschauung bringen sollte, blieb für die ökonomische Nachwelt dunkel genug. Herr Dühring wird uns auch hier das endgültige Licht aufstecken. Was dies „ökonomische Abbild der Verhältnisse der Produktion und Vertheilung bei Quesnay selbst zu bedeuten habe", sagt er, lasse sich nur angeben, wenn man „zuvor die ihm eigenthümlichen leitenden Begriffe genau untersucht hat". Und zwar um so mehr, als diese bisher nur mit einer „schwankenden Unbestimmtheit" dargestellt und selbst bei Adam Smith „ihre wesentlichen Züge nicht zu erkennen" seien. Solcher „herkömmlichen leichtfertigen Berichterstattung" wird nun Herr Dühring ein für allemal ein Ende machen. Und nun hält er seinen Leser durch volle fünf Seiten zum Besten, fünf Seiten, auf denen allerlei gespreizte Wendungen, stete Wiederholungen und berechnete Unordnung die fatale Thatsache verdecken sollen, daß Herr Dühring über die „leitenden Begriffe" Quesnays kaum soviel mitzutheilen hat, wie die „gangbarsten Lehrbuch-Kompilationen", vor denen er so unermüdlich warnt. Es ist „eine der bedenklichsten Seiten" dieser Einleitung, daß auch hier schon das bisher nur dem Namen nach bekannte Tableau schon gelegentlich beschnuppert, dann aber sich in allerhand „Reflexionen" verlaufen wird, wie z. B. „den Unterschied von Aufwendung und Erfolg." Wenn dieser „zwar in der Quesnay'schen Idee nicht fertig anzutreffen ist", so wird dahingegen Herr Dühring uns ein fulminantes Exempel davon geben, sobald er von seiner langgedehnten einleitenden „Aufwendung" zu seinem merkwürdig kurzathmigen „Erfolg" kommt, den Aufschluß über das Tableau selbst. Geben wir nun Alles, aber auch Alles wörtlich, was er über das Tableau Quesnay's mitzutheilen für gut findet.

In der „Aufwendung" sagt Herr Dühring: „Ihm (Quesnay) erschien es als selbstverständlich, daß man den Ertrag (Herr Dühring hatte eben vom Nettoprodukt gesprochen) als einen Geldwerth auffassen und behandeln müsse . . . er knüpfte seine Ueberlegungen (!) sofort an die Geldwerthe an, die er als Verkaufsergebnisse aller landwirthschaftlichen Erzeugnisse bei dem Uebergang aus der ersten Hand voraussetzte. Auf diese Weise (!) operirt er in den Kolonnen seines Tableau mit einigen Milliarden" (d. h. Geldwerthen). Wir haben hiermit dreimal erfahren, daß Quesnay im Tableau mit den „Geldwerthen" der „landwirthschaftlichen Erzeugnisse", eingeschlossen dem des „Nettoprodukts" oder „Reinertrags" operirt. Weiter im Text: „Hätte Quesnay den Weg einer wirklich natürlichen Betrachtungsweise eingeschlagen und hätte er sich nicht blos von der Rücksicht auf die edlen Metalle und die Geldmenge, sondern auch derjenigen auf die Geldwerthe freigemacht . . . So aber rechnet er mit lauter Werthsummen und dachte sich (!) das Nettoprodukt von vornherein als einen Geldwerth". Also zum vierten und fünften Mal: im Tableau giebts nur Geldwerthe!

„Er (Quesnay) gewann dasselbe (das Nettoprodukt), indem er die Auslagen in Abzug brachte und hauptsächlich" (nicht herkömmliche, aber dafür desto leichtfertigere Berichterstattung!) „an denjenigen Werth dachte (!), der dem Grundeigenthümer als Rente zufiele." — Immer noch nicht vom Fleck; doch jetzt wirds kommen: „Andrerseits geht nun aber auch" — dies „nun aber auch" ist eine Perle! — „das Nettoprodukt als Naturalgegenstand in die Cirkulation und wird auf diese Weise ein Element, durch welches die als steril bezeichnete Klasse . . . zu unterhalten . . . ist. Hier kann man sofort (!) die Verwirrung bemerken, welche dadurch entsteht, daß in dem einen Fall der Geldwerth, in dem andern die Sache selbst den Gedankengang bestimmt." — Im Allgemeinen, scheint es, krankt alle Waarencirkulation an der „Verwirrung", daß Waaren gleichzeitig als „Naturalgegenstand" und als „Geldwerth" in sie eingehn. Aber wir drehn uns immer noch im Kreis um die „Geldwerthe", denn „Quesnay will eine doppelte Ansetzung des volkswirthschaftlichen Ertrags vermeiden."

Mit Erlaubniß des Herrn Dühring: Unten in Quesnay's „Analyse" des Tableau figuriren die verschiednen Produktarten als „Naturalgegenstände", und oben im Tableau selbst ihre Geldwerthe. Quesnay hat sogar später durch seinen Famulus, den Abbé Beaudeau, auch gleich ins Tableau selbst die Naturalgegenstände neben ihre Geldwerthe eintragen lassen.

Nach soviel „Aufwendung" endlich der „Erfolg". Man höre und staune: „Doch wird die Inkonsequenz" (mit Rücksicht auf die den Grundeigenthümern von Quesnay zugeschriebene Rolle) „sofort klar, sobald man danach fragt, was denn aus dem als Rente angeeigneten Nettoprodukt im volkswirthschaftlichen Kreislauf werde. Hier ist für die Vorstellungsart der Physiokraten und für das ökonomische Tableau nur eine bis zum Mysticismus steigende Verworrenheit und Willkür möglich gewesen."

Ende gut, Alles gut. Also Herr Dühring weiß nicht „was denn im wirthschaftlichen Kreislauf (den das Tableau vorstellt) aus dem als Rente angeeigneten Nettoprodukt werde". Das Tableau ist für ihn „die Quadratur des Cirkels". Er versteht eingestandenermaßen nicht das Abc der Physiokratie. Nach all dem Herumgehen um den heißen Brei, dem leeres Stroh Dreschen, den Kreuz- und Quersprüngen, Harlekinaden, Episoden, Diversionen, Wiederholungen und sinnbetäubenden Durcheinanderwürflungen, die uns lediglich vorbereiten sollten auf den gewaltigen Aufschluß, „was das Tableau bei Quesnay selbst zu bedeuten habe" — nach alledem zum Schluß das beschämte Eingeständniß des Herrn Dühring, er wisse es selber nicht!

Einmal dies schmerzliche Geheimniß abgeschüttelt, diese horazische schwarze Sorge, die ihm während des Ritts durchs physiokratische Land auf dem Buckel saß, stößt unser „ernster und subtiler Denker" wieder munter in die Posaune wie folgt: „Die Linien, welche Quesnay in seinem übrigens ziemlich einfachen (!) Tableau hin und her zieht" (es sind ihrer Alles in Allem ganze sechs!) „und welche die Cirkulation des Nettoprodukts darstellen sollen", geben zu bedenken, ob „bei diesen wunderlichen Kolonnenverknüpfungen" keine Mathematik-Phantastik unterlaufe, erinnern an Quesnay's Beschäftigung mit der Quadratur des Zirkels u. s. w. Da Hrn. Dühring diese Linien, trotz aller Einfachheit, eingestandenermaßen unverständlich bleiben, muß er sie nach seiner beliebten Manier verdächtigen. Und nun kann er getrost dem fatalen Tableau den Gnadenstoß geben: „Indem wir das Nettoprodukt von dieser bedenklichsten Seite betrachtet haben" u. s. w. Nämlich das nothgedrungene Eingeständniß, daß er nicht das erste Wort vom Tableau économique versteht und von der „Rolle" die das darin figurirende Nettoprodukt dabei spielt — das nennt Herr Dühring „die bedenklichste Seite des Nettoprodukts"! Welcher Galgenhumor!

Damit nun aber unsere Leser nicht in derselben grausamen Unwissenheit über das Tableau Quesnay's bleiben, wie es nothwendig diejenigen sind, welche ihre ökonomische Weisheit aus „erster Hand" von Hrn. Dühring beziehn, in Kurzem Folgendes:

Bekanntlich theilt sich bei den Physiokraten die Gesellschaft in drei Klassen: 1) die produktive, d. h. die wirklich im Ackerbau thätige Klasse, Pächter und Landarbeiter; sie heißen produktiv, weil ihre Arbeit einen Ueberschuß läßt — die Rente. 2) Die Klasse, welche diesen Ueberschuß aneignet, umfassend die Grundbesitzer und die von ihr abhängige Gefolgschaft, den Fürsten und überhaupt die vom Staat gezahlten Beamten und endlich auch die Kirche in ihrer besondern Eigenschaft als Aneignerin des Zehntens. 3) Die gewerbtreibende oder sterile (unfruchtbare) Klasse, steril, weil sie nach physiokratischer Ansicht den ihr von der produktiven Klasse gelieferten Rohstoffen nur soviel Werth zusetzt, als sie an den ihr von derselben Klasse gelieferten Lebensmitteln verzehrt. Das Tableau Quesnay's soll nun veranschaulichen, wie das jährliche Gesammtprodukt eines Landes (in der That Frankreichs) innerhalb dieser drei Klassen cirkulirt und der jährlichen Reproduktion dient.

Die erste Voraussetzung des Tableau ist, daß das Pachtsystem und mit ihm die große Agrikultur im Sinn von Quesnay's Zeit allgemein eingeführt ist, wobei ihm als Vorbild die Normandie, Picardie, Ile de France und einige andere französische Provinzen

gelten. Der Pächter erscheint daher als der wirkliche Leiter der Agrikultur, repräsentirt im Tableau die ganze produktive (ackerbautreibende) Klasse, und zahlt dem Grundeigenthümer eine Rente in Geld. Der Gesammtheit der Pächter wird ein Anlagekapital von 10 Milliarden Livres zugeschrieben, wovon ⅕ oder 2 Milliarden jährlich zu ersetzendes Betriebskapital, ein Anschlag, wofür wieder die bestbebauten Pachtungen der erwähnten Provinzen maßgebend waren.

Fernere Voraussetzungen sind: 1) Daß konstante Preise und einfache Reproduktion statthaben, der Einfachheit halber; 2) daß alle Cirkulation, die blos innerhalb einer einzelnen Klasse stattfindet, ausgeschlossen bleibt und blos die Cirkulation zwischen Klasse und Klasse berücksichtigt wird; 3) daß alle Käufe resp. Verkäufe, die von Klasse zu Klasse im Laufe des Betriebsjahrs stattfinden, in eine einzige Gesammtsumme zusammengefaßt sind. Endlich erinnere man sich, daß zu Quesnay's Zeit in Frankreich, wie mehr oder minder in ganz Europa, die eigne Hausindustrie der Bauernfamilie den weitaus beträchtlichsten Theil ihrer nicht zur Klasse der Nahrungsmittel gehörenden Bedürfnisse lieferte, und daher als selbstverständliches Zubehör des Ackerbaus hier vorausgesetzt wird.

Der Ausgangspunkt des Tableau ist die Gesammternte, das deßwegen auch gleich oben an darin figurirende Bruttoprodukt der jährlichen Bodenerzeugnisse oder die „totale Reproduktion" des Landes, hier Frankreichs. Die Werthgröße dieses Bruttoprodukts wird geschätzt nach den Durchschnittspreisen der Bodenerzeugnisse bei den handeltreibenden Nationen. Es beträgt fünf Milliarden Livres, eine Summe, die nach den damals möglichen statistischen Veranschlagungen den Geldwerth des landwirthschaftlichen Bruttoprodukts von Frankreich ungefähr ausdrückt. Dies, und nichts anders, ist der Grund, warum Quesnay im Tableau „mit einigen Milliarden operirt", nämlich mit fünf, und nicht mit fünf Livres. Dies Gesammtbruttoprodukt dient zur Reproduktion, sowohl der Geldrente der Grundbesitzer (unter welchem Namen wir Quesnay's zweite Klasse zusammenfassen), wie des Betriebskapitals, einerseits der produktiven, andrerseits der sterilen Klasse, und zwar so, daß nach Quesnay's Anschlag, 2 Milliarden (wie oben) das Betriebskapital der produktiven Klasse, 2 Milliarden die Rente der Grundbesitzer, und eine Milliarde das Betriebskapital der sterilen Klasse bilden: Summa 5 Milliarden. Diese Vertheilungssummen figuriren oben an im Tableau.

Die produktive Klasse, am Anfang des ökonomischen Jahres z. B. 1759, ist also im Besitz der Gesammternte des Jahres 1758, im Gesammtwerth von 5 Milliarden. Während des Jahres 1758 aber ist der Pächterklasse — wie, wird sich zeigen — das baare Geld als Aequivalent eines Theils der Ackerbauprodukte von 1757 wieder zugeströmt, das sie am Anfang von 1758 den Grundbesitzern als Rente gezahlt hatte — also 2 Milliarden in Baar, welche nach Quesnay die gesammte cirkulirende Geldsumme der Nation repräsentiren. Sie ist also im Stande, mit diesem Geld die Grundrente für 1758 zu zahlen — 2 Milliarden.

Von den im Jahre 1758 produzirten Ackerbauerzeugnissen im Werth von 5 Milliarden dienen Produkte im Werth von 2 Milliarden zum Ersatz des vorgeschossenen und verbrauchten Betriebskapitals der produktiven Klasse. Es bleibt ein Ueberschuß im Werth von 3 Milliarden, wovon aber, wie wir sehen werden, nur 2 Milliarden das eigentliche Nettoprodukt bilden. Dieser Ueberschuß besteht zu ⅔ aus Lebensmitteln im Werth von 2 Milliarden, und zu ⅓ aus Rohstoffen im Werth von 1 Milliarde.

Die Klasse der Grundbesitzer figurirt am Anfang des neuen ökonomischen Jahres nur mit ihrem Anspruch auf 2 Milliarden Grundrente.

Die sterile Klasse hat im Laufe des ökonomischen Jahres ein Betriebskapital von 1 Milliarde verausgabt, das blos aus Rohstoffen bestand, da Werkzeuge u. s. w. zu den Erzeugnissen dieser Klasse selbst zählen. Der Lohn für die Arbeit, durch welche die sterile Klasse jenes Rohmaterial in Manufakturwaaren verwandelt, ist gleich dem Werth der Lebensmittel, die sie, in letzter Instanz, von der produktiven Klasse erhält. Obwohl selbst in Kapitalisten und Lohnarbeiter zerfallend, steht sie nach Quesnay's Grundanschauung als Gesammtklasse im Sold der produktiven Klasse und der Grundeigenthümer. Da, wie vorausgesetzt, alle Käufe und Verkäufe von Klasse zu Klasse während des ganzen Jahres in je einen einzigen Akt zusammengefaßt werden, so erscheint, wie oben die produktive Klasse, so hier die sterile, am Schluß des ökonomischen Jahres als Besitzerin ihres ganzen Jahresprodukts, d. h. von Waaren zum Werth von 2 Milliarden, wovon 1 Milliarde den Werth der Rohstoffe, die andere den der während der Verarbeitung dieser Rohstoffe verzehrten Lebensmittel darstellt.

Nun zu der Bewegung, die im Tableau vorgestellt wird durch die geheimnißvollen Linien, die Herrn Dühring so viel „zu bedenken geben", leider ohne irgend welchen „Erfolg".

Erste Cirkulation. Die Pächter zahlen den Grundeigenthümern „ohne Gegenleistung" die ihnen zukommende Rente, 2 Milliarden Geld. Mit einer dieser Milliarden kaufen die Grundeigenthümer Lebensmittel von den Pächtern, denen so die eine Hälfte des Rentebetrags zurückfließt.

Zweite Cirkulation. Mit der andern Milliarde Geld kaufen die Grundbesitzer Manufakturwaaren von der sterilen Klasse, und diese wieder mit dem erhaltenen Geld für eine Milliarde Lebensmittel von den Pächtern.

Dritte Cirkulation. Die Pächter kaufen von der sterilen Klasse für eine Milliarde Geld Manufakturwaaren zum selben Werth (größtentheils Werkzeuge und andere für den Ackerbau nöthige Industrieerzeugnisse). Die sterile Klasse schickt ihnen dasselbe Geld zurück, indem sie damit Rohstoffe für 1 Milliarde kauft, zum Ersatz ihres eignen Betriebskapitals. Damit sind den Pächtern die von ihnen in Zahlung der Rente verausgabten 2 Milliarden Baargeld wieder zurückgeflossen, und die Bewegung ist fertig. Und damit ist auch das große Räthsel gelöst, „was denn aus dem als Rente angeeigneten Nettoprodukt im wirthschaftlichen Kreislauf wird."

Wir hatten oben in den Händen der produktiven Klasse, am Anfangspunkt des Prozesses, einen Ueberschuß von 3 Milliarden. Davon wurden nur 2 als Nettoprodukt, in der Gestalt von Rente, an die Grundeigenthümer gezahlt. Die dritte Milliarde des Ueberschusses bildet den Zins für das Gesammt-Anlagekapital der Pächter, also für 10 Milliarden 10 Prozent. Diesen Zins erhalten sie — wohlzumerken — nicht aus der Cirkulation; er befindet sich in natura in ihrer Hand, und sie realisiren ihn nur durch die Cirkulation, indem sie ihn vermittelst derselben in Manufakturwaaren von gleichem Werth umsetzen. Ohne diesen Zins würde nach Quesnay der Pächter, der Hauptagent der Agrikultur, ihr das Anlagekapital nicht vorschießen; die Aneignung dieser Milliarde des landwirthschaftlichen Mehrertrags ist also schon hiernach bei den Physiokraten ein ebenso nothwendiges Element der Reproduktion wie die Pächterklasse selbst. Diese dritte Milliarde des Ueberschusses zählt aber nicht als „Nettoprodukt", denn dies ist grade dadurch charakterisirt, daß es verzehrbar ist ohne Rücksicht auf die unmittelbaren Bedürfnisse der jährlichen Gesammt-Reproduktion. Die Milliarde Zins dient nach Quesnay vielmehr zunächst für die laufenden Reparaturen und Erneuerungen des Anlagekapitals, ferner als Reservefonds gegen Unfälle, und unter Umständen zu Neuanlagen und Vergrößerung des Betriebskapitals.

Der ganze Hergang ist allerdings „ziemlich einfach". Es wurden in die Cirkulation geworfen: von den Pächtern 2 Milliarden Geld, zur Zahlung der Rente, und für 3 Milliarden Produkte, wovon ⅔ Lebensmittel und ⅓ Rohstoffe; von der sterilen Klasse für 2 Milliarden Manufakturwaaren. Von den Lebensmitteln im Betrag von 2 Milliarden wird die eine Hälfte von den Grundeigenthümern nebst Anhang verzehrt, die andere von der sterilen Klasse in Zahlung ihrer Arbeit. Die Rohstoffe für 1 Milliarde ersetzen das Betriebskapital derselben Klasse. Von den cirkulirenden Manufakturwaaren im Betrag von 2 Milliarden fällt die eine Hälfte den Grundeigenthümern zu, die andre den Pächtern, für welche sie nur eine verwandelte Form des, erster Hand aus der landwirthschaftlichen Reproduktion gewonnenen, Zinses für ihr Anlagekapital ist. Das Geld aber, das der Pächter mit Zahlung der Rente in die Cirkulation geworfen, strömt ihm durch den Verkauf seiner Produkte zurück, und so kann derselbe Kreislauf im nächsten ökonomischen Jahr von Neuem durchlaufen werden.

Und nun bewundere man die „wirklich kritische", der „herkömmlichen leichtfertigen Berichterstattung" so unendlich überlegene Darstellung des Herrn Dühring. Nachdem er fünfmal hintereinander in geheimnißvoller Weise uns vorgehalten, wie bedenklich Quesnay im Tableau mit bloßen Geldwerthen operire, was sich noch dazu als falsch erwies, kommt er endlich zu dem Resultat, daß, sobald man danach fragt, „was denn aus dem als Rente angeeigneten Nettoprodukt im volkswirthschaftlichen Kreislauf werde", sei „für das ökonomische Tableau nur eine bis zum Mysticismus steigende Verworrenheit und Willkür möglich." Wir haben gesehn, daß das Tableau, diese ebenso einfache wie für ihre Zeit geniale Darstellung des jährlichen Reproduktionsprozesses, wie er durch die Cirkulation vermittelt wird, sehr genau darauf antwortet, was aus diesem Nettoprodukt im volkswirthschaftlichen Kreislauf wird, und somit verbleibt der „Mysticismus" und die „Verworrenheit und Willkür" wiederum einzig und allein dem Herrn Dühring „als bedenklichste Seite" und einziges „Nettoprodukt" seiner physiokratischen Studien. —

Ganz ebenso vertraut, wie mit der Theorie der Physiokraten, ist Herr Dühring mit ihrer geschichtlichen Wirkung. „Mit Turgot", belehrt er uns, „war die Physiokratie in Frankreich praktisch und theoretisch zu ihrem Ende gelangt." Wenn aber Mirabeau in seinen ökonomischen Anschauungen wesentlich Physiokrat, wenn er in der konstituirenden Versammlung von 1789 erste ökonomische Autorität war, wenn diese Versammlung in ihren ökonomischen Reformen einen großen Theil der physiokratischen Sätze aus der Theorie in die Praxis übersetzte, und namentlich auch das „ohne Gegenleistung" vom Grundbesitz angeeignete Nettoprodukt, die Grundrente, mit einer starken Steuer belegte, so existirt das Alles nicht für „einen" Dühring. —

Wie der lange Strich durch den Zeitraum 1691—1752 alle Vorgänger Hume's aus dem Weg räumte, so ein andrer Strich den zwischen Hume und Adam Smith liegenden Sir James Steuart. Von dessen großem Werk, das, abgesehn von seiner historischen Wichtigkeit, das Gebiet der politischen Oekonomie nachhaltig bereichert hat, steht in dem „Unternehmen" des Herrn Dühring keine Silbe. Dafür aber belegt dieser den Steuart mit dem stärksten Schimpfwort, das es in seinem Lexikon giebt, und sagt, er sei „ein Professor zur Zeit A. Smiths" gewesen. Leider ist diese Verdächtigung rein erfunden. Steuart war in der That ein schottischer Großgrundbesitzer, der, wegen angeblicher Betheiligung an der Stuart'schen Verschwörung aus Großbritannien verbannt, durch seinen längeren Aufenthalt und seine Reisen auf dem Kontinent sich mit den ökonomischen Zuständen verschiedener Länder vertraut machte.

Kurzum: nach der „Kritischen Geschichte" hatten alle früheren Oekonomen nur den Werth, entweder als „Ansätze" zu Herrn Dühring's „maßgebender" tieferer Grundlegung, oder aber durch ihre Verwerflichkeit ihr erst recht als Folie zu dienen. Indessen giebt es auch in der Oekonomie einige Heroen, die nicht nur „Ansätze" zur „tieferen Grundlegung" bilden, sondern „Sätze", aus denen sie, wie in der Naturphilosophie vorgeschrieben, nicht „entwickelt", sondern gradezu „komponirt" ist: nämlich „die unvergleichlich hervorragende Größe" List, die zu Nutz und Frommen deutscher Fabrikanten die „subtileren" merkantilistischen Lehren eines Ferrier u. A. in „gewaltigere" Worte aufgebläht hat; ferner Carey, der in folgendem Satz den aufrichtigen Kern seiner Weisheit bloslegt: „Ricardo's System ist ein System der Zwietracht . . . es läuft hinaus auf die Erzeugung der Klassenfeindschaft . . . seine Schrift ist das Handbuch des Demagogen, der die Macht anstrebt vermittelst der Landtheilung, des Kriegs und der Plünderung"; endlich zu guter Letzt der Londoner City Confusius Mac Leod.

Danach dürften Leute, die in der Gegenwart und zunächst absehbaren Zukunft Geschichte der politischen Oekonomie studiren wollen, immer noch bedeutend sicherer fahren, wenn sie sich bekannt machen mit den „wässerigen Erzeugnissen", „Plattheiten" und „breiten Bettelsuppen" der „gangbarsten Lehrbuchkompilationen", als wenn sie sich verlassen auf die „Geschichtszeichnung großen Styls" des Herrn Dühring.

Was ergiebt sich nun schließlich als das Resultat unserer Analyse des Dühring'schen „eigen erzeugten Systems" der politischen Oekonomie? Nichts als die Thatsache, daß wir mit all den großen Worten und noch gewaltigeren Versprechungen ebenso hinter's Licht geführt worden sind wie in der „Philosophie". Die Theorie des Werths, dieser „Prüfstein der Gediegenheit ökonomischer Systeme", lief darauf hinaus, daß Herr Dühring unter Werth fünferlei total verschiedene und einander schnurstracks widersprechende Dinge versteht, und also im besten Fall selbst nicht weiß was er will. Die mit soviel Pomp angekündigten „Naturgesetze aller Wirthschaft" erwiesen sich als lauter weltbekannte und oft noch nicht einmal richtig gefaßte Plattheiten der ärgsten Art. Die einzige Erklärung ökonomischer Thatsachen, die uns das eigen erzeugte System zu geben hat, ist, daß sie Resultate der „Gewalt" seien, eine Redensart, womit der Philister aller Nationen sich seit Jahrtausenden über alles ihm widerfahrene Ungemach tröstet, und womit wir nicht mehr wissen als vorher. Statt diese Gewalt aber nach ihrem Ursprung und ihren Wirkungen zu untersuchen, muthet Herr Dühring uns zu, uns bei dem bloßen Wort „Gewalt" als letzter Endursache und endgültiger Erklärung aller ökonomischen Erscheinungen dankbarst zu beruhigen. Gezwungen, über die kapitalistische Ausbeutung der Arbeit weitere Aufschlüsse zu geben, stellt er sie erst im Allgemeinen dar als beruhend auf Bezollung und Preisaufschlag, hier ganz die Proudhon'sche „Vorwegnahme" (prélèvement) sich aneignend, um dann nachher im Besondern sie zu erklären vermittelst der Marx'schen Theorie von Mehrarbeit, Mehrprodukt und Mehrwerth. Er bringt es also fertig, zwei total widersprechende Anschauungsweisen glücklich zu versöhnen, indem er sie beide in Einem Athem abschreibt. Und wie er in der Philosophie nicht grobe Worte genug hatte für denselben Hegel, den er unaufhörlich verseichtigend ausbeutet, so dient in der „Kritischen Geschichte" die bodenloseste Verlästerung von Marx nur zur Verdeckung der Thatsache, daß alles noch einigermaßen Rationelle, was sich im „Kursus" über Kapital und Arbeit vorfindet, ebenfalls ein verseichtigendes Plagiat an Marx ist. Die Unwissenheit, die im Kursus an den Anfang der Geschichte der Kulturvölker den „großen Grundbesitzer" stellt und kein Wort weiß von der Gemeinschaft des Grundeigenthums der Stamm- und Dorfgemeinden, von der alle Geschichte in Wirklichkeit ausgeht — diese heutzutage fast unbegreifliche Unwissenheit wird beinahe noch übertroffen von derjenigen, die sich in der „Kritischen Geschichte" als „universelle Weite des geschichtlichen Umblicks" nicht wenig auf sich selbst zu Gute thut, und von der wir nur ein paar abschreckende Beispiele gegeben haben. In Einem Wort: erst die kolossale „Aufwendung" von Selbstanpreisung, von marktschreierischen Posaunenstößen, von einander übergipfelnden Verheißungen; und dann der „Erfolg" — gleich Null.

Die Entstehung der ethischen Begriffe.

I.

Das ethische Gebiet im weiteren Sinne umfaßt die rechtlichen, sittlichen, religiösen und künstlerischen Vorstellungen, Begriffe, Anschauungen und Gedankenkreise, während es im engeren Sinne blos auf die sittlichen sich beschränkt. Wer den Ursprung der letzteren erklären will, findet sehr bald, daß er dies nicht kann, ohne zugleich den aller verwandten zu bedenken. Alle diese Gedankenkreise haben dieses Gemeinsame, daß sie zusammen das einzige den Menschen vom Thiere Unterscheidende, ihn über die Thierheit Emporhebende, in einem Worte das Befreiende ausmachen. Alle drücken zugleich ein thätiges Verhalten aus, welches in Menschengemeinden zur Sitte und Gewohnheit wird (Ethos).

Als der Mensch über sich selbst nachzudenken anfing, mußte er sich selbst viel fremdartiger vorkommen, als die Außenwelt, weil diese viel früher im Leben Eindrücke auf ihn macht und dabei alle seine Sinne zugleich beschäftigt, ihm also eher bekannt werden muß, als der Inhalt seines Inneren, der ihm von vorn herein und lange Zeit lediglich durch dunkle Empfindungen bewußt wird. Von der Außenwelt erwirbt er noch heute — wie vielmehr also im Beginn des Geschlechts — mannichfache Kenntnisse, ehe er über sein eignes Wesen verschwommene Vorstellungen bildet. Es ist also nicht zu verwundern, daß er schon lange ethische Begriffe in sich entwickelt hat, ehe er über den Ursprung derselben nachdenken lernt, und daß er sich über den letzteren nicht anders Rechenschaft zu geben weiß, als indem er diese Begriffe von außen in ihn hereingekommen wähnt, ganz wie alle seine sinnlichen Vorstellungen.

Hierin nun irrt er allerdings nicht, wie wir bald sehen werden. Er irrt blos, indem er sie fertig ohne seine eigne Beihülfe von außen erhalten zu haben wähnt, oder — was dasselbe ist — sich angeboren glaubt. Da er ihre allmählige Entstehung noch nicht begreifen kann, sondern sich selbst ein Wunder ist, so sucht er sie überhaupt nicht zu erklären — ehe er soweit kommen kann, muß die Wissenschaft zahlreiche Mittel genauer Beobachtung und Feststellung von Thatsachen geschaffen haben. Dahin ist es erst im letzten Jahrhundert gekommen; es ist also natürlich, daß selbst den tiefsinnigen alten Hellenen das gesammte ethische Gebiet eine Dunkelkammer blieb, in welcher sich alle Bilder verkehrt darstellen, und über die Annahme „angeborner Ideen" im Wesentlichen nicht hinausgekommen ist. Zu verwundern ist nur, daß unser hochwissenschaftliches Zeitalter noch immer von der verkehrten Welt des Idealismus nicht abkommen kann, während doch zahlreiche unumstößliche Thatsachen lehren, daß alle ethischen Gedankengebilde ein Werk sehr allmähliger und begreiflicher Selbstentwicklung gewesen und noch sind.

Die Beweisgründe hierfür werden theils geliefert durch die Beobachtung des Kindes, theils durch genauere Bekanntschaft mit Völkern auf allen noch vorhandnen Entwicklungsstufen, theils durch die Sprachforschung, theils endlich durch die Natur der Sache, d. h. durch die genügende Erklärung aller ethischen Gebilde auf naturwissenschaftlichem Wege, während auf jedem anderen soviel wie nichts erklärt wird.

I. Das Kind — auch des höchstentwickelten Elternpaares — ist ursprünglich ein ganz thierisches, sinnliches Wesen, an welchem von angebornen ethischen Eigenschaften auch nicht das Mindeste nachgewiesen werden kann. Es bleibt ein Thier, wenn seine Umgebung wenig oder nichts wahrhaft Menschliches ihm einpflanzt; es wird ein Mensch im Unterschiede vom Thiere ganz in dem Maße, in welchem dies geschieht. Es eignet sich weit überwiegend und leichter die thierischen Neigungen und Triebe an als die edelmenschlichen, wenn die Erziehung dagegen nicht sorgsame Vorkehrungen trifft; ja, es zeigt schlimmere Züge der Bosheit und Selbstsucht als irgend ein junges Thier, wenn ihm keine Schranken gesetzt werden — wir erinnern nur an die Thierquälerei der Kinder, die Tyrannei, welche sie über schwache Mütter und Pfleger ausüben, und ihre Unersättlichkeit im Genuß. Beim Heranwachsen spiegeln sie in der großen Mehrzahl der Fälle die Leidenschaften und Lüste, die Gewohnheiten und Vorurtheile ihrer Umgebung ab, und sind selten frei von Schadenfreude. Wir brauchen hierüber wenig Worte zu verlieren, da gerade die Gegner der naturwissenschaftlichen Erklärung des Menschenthums es sind, welche durch die Vertheidigung der „Erbsünde"-Fabel den Beweis ablegen, daß ihr Glaube an angeborne sittliche Ideen sehr schwach sein muß. Mit dieser Fabel geht Hand in Hand die Fabel vom Gewissen als einer angebornen menschlichen Eigenschaft. Wer kann leugnen, daß ein junger Hund, ein junges Pferd, ja, jedes junge Hausthier leichter und williger lernt, was ihm verboten und was erlaubt ist, und die Anzeichen eines guten oder bösen Gewissens mindestens ebenso sehr verräth als das Kind? Warum soll nun das Kind ein angebornes Gewissen haben, das Hausthier aber keines? Jedermann weiß oder kann wissen, daß Gewissenhaftigkeit eine bei Kindern seltene Eigenschaft ist, und daß viel Weisheit der Erzieher dazu gehört, um ihnen die Tugend der Wahrheitsliebe einzuimpfen. Beides dürfte nicht der Fall sein, wenn es ein angebornes Gewissen gäbe, welches sich leicht ausbilden und stärken ließe. Als Spielkamerad und Anführer des Spiels ziehen fast alle Kinder den Tollkopf, der dem Gesetz ein Schnippchen schlägt, den Wagehals, der vor nichts Achtung zeigt, den Schlaukopf, der die Wahrheit geschickt zu verhüllen weiß, den Faselhans, der keine Pflichten kennt, den gewissenhaften und wahrhaften Kindern vor. Das nitimur in vetitum — das Haschen nach dem Verbotenen — ist eine bezeichnende kindliche Eigenthümlichkeit.

II. Bei fast allen Völkern sind die ethischen Gewohnheiten verschieden; wo sie aber weithin übereinstimmen, da ist es gewiß selten im Guten oder Vernünftigen. Es giebt kaum ein Laster

oder Unrecht, welches nicht von irgend einem Volke für erlaubt und gut gehalten und als verdienstlich geübt worden wäre. Die Menschenfresserei, vor welcher wir Heutigen einen tiefen, scheinbar angebornen Abscheu haben, war vor Alters weit verbreitet und ist es heute noch, und zwar mehrentheils bei Völkerschaften, welche — wie die Monbutta in Innerafrika und die Batta in Sumatra, keineswegs sehr tief in der Geistesentwicklung stehen; ja, sie scheint bei einigen ziemlich neuen Ursprungs zu sein. Die Menschenopfer müssen vor Alters fast allgemein üblich gewesen sein, und im Sudahn sind sie es bis jetzt geblieben. Die Unzucht war bei den alten Phöniziern und Syrern, Babylonern und Hindu religiös geheiligt, ist es bei den Letzteren (die Bayaderen) noch jetzt. Die Ehe zwischen Geschwistern war sogar bei den gebildeten alten Hellenen erlaubt, während wir Heutigen dies mit einem anscheinend natürlichen Gefühle mißbilligen. Bei dem „auserwählten Volke Gottes" und bei manchen alten und den mohamedanischen neuern Völkern war und ist die Vielweiberei religiös erlaubt, und bei mehrern alten und bei einigen Negervölkern jetzt ist es ebenso mit der Vielmännerei. Die religiöse Weihe, welche mit der Beschneidung der Männer bei Juden und Muhamedanern verbunden ist, mag ursprünglich wohl einem Gesundheitszwecke gedient haben; allein die grausame, ja viehische Mißhandlung der Weiber, welche unter Arabern, Abessyniern und Negern mittels Ausschneidens und Vernähens geübt wird, scheint weder ins Alterthum zurückzureichen, noch einen andern als rein thierischen Grund zu haben. Das Versklaven der Kriegsgefangenen dürfte vor Alters bei allen weißen Völkern Gebrauch gewesen sein, an dessen Stelle bei den Mongolen der Mord der erwachsenen Männer und die Aufnahme der Weiber und Knaben in den eignen Stamm trat, eine Sitte, welche von den amerikanischen Rothhäuten beibehalten wurde, nur daß man die kriegsgefangenen Männer zu Tode martern ließ, wobei auch Weiber und Kinder mithelfen durften, um hübsch blutdürstig zu werden. Den alten Römern konnte nichts Vergnüglicheres geboten werden als das Schauspiel des Blutvergießens zwischen Thieren oder Menschen, oder beiden zugleich. Bei vielen Völkern, besonders bei den Hirtenvölkern, sind Diebstahl und Raub verdienstliche Handlungen; bei den alten Spartanern wurden die Knaben wegen Diebstahls nur dann bestraft, wenn sie sich dabei erwischen ließen. (Irren wir nicht, so besteht in Europa Aehnliches noch zu Recht,) Der Besitz von Kenntnissen und Wahrheiten mußte bei vielen alten Kulturvölkern bei Todesstrafe geheim gehalten werden, während wir Neueren das für niederträchtig zu halten anfangen. Die christliche Kirche des Mittelalters erklärte jedes Verbrechen, an Ketzern verübt, für tadellos, und jede Sünde für unsträflich, selbst im Jenseit, für welche hienieden Geld und Buße geleistet worden war. Bei den Chinesen gilt Gehorsam für die größte Tugend, bei den Hindu und Buddhisten Nichtsdenken, Selbstverstümmelung und Selbstentwürdigung — was das christliche Mittelalter getreulich nachgeahmt hat. Die drei größten Tugenden der alten Parsen (Perser) waren Reiten, Bogenschießen und die Wahrheit sagen; bei den Mohamedanern trat an deren Stelle fünfmal täglich Beten, sich Waschen und gelegentliches Almosengeben; bei der katholischen Geistlichkeit Armuth, Ehelosigkeit und Gehorsam gegen die kirchlichen Oberen. So könnten wir noch lange fortfahren aus der Geschichte nachzuweisen, daß die ethischen Begriffe je nach den Völkern weit verschieden sich ausgebildet haben, allesammt weit hinter den sittlichen Idealen zurückbleiben, welche der unverdorbne Theil der heutigen Kulturvölker sich ausgebildet hat, und keine Spur von angebornen ethischen Ideen verrathen. Ja, selbst unter diesen Kulturvölkern scheinen die herrschenden Klassen ganz andere ethische Begriffe zu unterhalten, als die Beherrschten, während die letzteren hinwieder hierin nach Nationen und Religionen ziemlich verschieden sind.

III. Die eingehende Sprachforschung der Jetztzeit hat uns die auffällige Thatsache enthüllt, daß die Sprachen der rückständigen und rückfälligen (wilden und halbwilden) Völkerschaften gar keine bestimmten Ausdrücke für ethische Begriffe ausgeprägt haben — woraus zu schließen ist, daß sie solche Begriffe, wenn überhaupt, nur höchst verschwommen besitzen können. Aber selbst die Sprachen aller weißen Völker — der höchstentwickelten, welche die Geschichte kennt — haben ursprünglich einen und denselben Ausdruck für gut und schlecht und verwandte Begriffe angewendet. Beispielsweise ist das altdeutsche baß (gut, wovon besser und best stammt) desselben Stammes wie bös (englisch bad); schlecht bedeutete vor Alters soviel wie schlicht (einfach, gut); schlimm soviel wie zart u. s. w. Und so durch alle Sprachen der Weißen, soweit wir heute noch ermitteln können, wie z. B. das lateinische probus (gut) und pravus (schlecht), das griechische kalos (gut, schön) und kakos (schlecht, häßlich) und viele andere Beispiele lehren. Das muß ein Tausendkünstler sein, wer aus der Sprachforschung auch nur die leiseste Spur eines Beweises dafür herleiten kann, daß es angeborne ethische Vorstellungen oder gar Ideen gebe.

IV. Die Natur der Sache aber liefert den schlagendsten Beweis, daß dies nicht der Fall sein kann. Angeborne Eigenschaften sind überaus zähe und können nie ganz ausarten, oder gar verloren gehn; sie werden, wenn auch in verschiednem Grade, von allen Menschen getheilt. In allen körperlichen Eigenschaften stimmen die Menschen aller Zeiten und Gegenden nahezu überein; in allen geistigen sind sie ungemein verschieden. Und da nun, nach der Ansicht unserer Gegner, der Geist mächtiger sein soll als der Leib, so müßte die Angeborenheit ethischer Ideen die Entwicklung der Menschen in geistiger Hinsicht viel übereinstimmender gestaltet haben als in leiblicher. Wenn fast Niemand das süß nennt, was der Andere bitter nennt, so dürfte noch weniger der Eine gut nennen, was der Andere schlecht nennt — wie es wirklich nur zu oft geschieht. Wenn Alle mit denselben Muskeln und Nerven lachen und weinen, so dürfte nicht den Einen lachen machen, was den Andern weinen macht, und umgekehrt — wie wir es täglich sehen. Wenn Alle das Gehirn im Schädel und das Herz im Rumpfe haben, so müßten auch, und noch weit mehr Alle „Kopf und Herz auf dem rechten Flecke haben" — wovon wir so selten etwas bemerken.

Aber im Verlaufe unserer Untersuchung werden wir diesen letzteren Beweis noch einleuchtender eben dadurch führen können, daß wir den Urprung aller ethischen Geistesgebilde nach anerkannten Naturgesetzen in genügender Weise erklären, während die Anhänger angeborner Ideen das nie nur versucht, geschweige denn geleistet haben.

Hamburg, 29. November 1877.

Verehrliche Redaktion des „Vorwärts"!

Freundlichen Gruß zuvor!

Soeben wird mir Ihre Nr. vom 28. d. M. eingehändigt und meine Aufmerksamkeit auf Herrn Dietzgen's Artikel gegen mein Privatschreiben an Sie — vom August, glaube ich? — gelenkt. Der Artikel ist recht lang — erwarten Sie von mir eine Erwiderung von ähnlichem Umfang, so irren Sie; ich meine dem Inhalt auf kürzerm Raum gerecht werden zu können.

Aber: „weitschweifige Salbaderei", „Sich leicht abfinden mit Widersprüchen", „höhere Phantasterei" u. dgl. schöne Redensarten muß Herr Dietzgen aus seinen Artikeln weglassen, sonst bekommt er von mir keine Antwort wieder. Persönlichkeiten stören den Ausdruck und verdunkeln den Sinn, nur bei absoluter Ausschließung derselben kann von sachlicher Erörterung die Rede sein. Eine andere als sachliche Diskussion führe ich aber nie — den Persönlichkeiten gegenüber kenne ich nur Schweigen.

Auch kann ich augenblicklich nicht antworten. Die Zeit fehlt: Diesen Augenblick habe ich zwei Artikel der Post übergeben; Manuscript eines längern Werks habe ich dem Verleger bis Ende der Woche versprochen; und danach warten noch zwei andere Arbeiten der Vollendung. Vor dem Jahreswechsel kann ich darum nicht wieder an Herrn Dietzgen herankommen.

Wenn Sie gegen eine solche Verzögerung nichts einzuwenden haben, so bitte um Mittheilung*), dann soll meine Antwort später erfolgen.

Nur eine Frage an Herrn D. ehe ich an die Beantwortung seines Aufsatzes gehe, denn es kommt mir nicht darauf an, zu siegen und Widersprüche aufzudecken, sondern nur, die Sache klar zu legen und, womöglich, die Presse der Sozialdemokratie von demjenigen zu befreien, was, unter Anderm, mit Fug und Recht — meiner Ansicht nach mit Fug und Recht — als Halbwissen oder Halbbildung hingestellt wird. Verfolgte ich andere, polemische oder persönliche Zwecke, so würde ich diese Frage nicht stellen, sondern den dargebotenen Haken nach Möglichkeit öffentlich ausnützen.

Herr D. giebt zu, daß „nicht nur der Geist, das Bewußtsein oder die Empfindung, sondern alle Dinge ‚im letzten Grunde' **unbegreiflich** sind" — aber wie reimt sich das zusammen? Wenn irgend etwas irgendwo oder »wie unbegreiflich ist, dann giebt es doch etwas Unbegreifliches — also, Herr D.! wozu der Lärm? was soll denn all das Gerede?

Giebt es irgendwo oder »wie etwas Unbegreifliches, so ist es eben die größte Aufgabe der Wissenschaft, zu sagen, wo das Unbegreifliche anfängt, worin es besteht u. s. w., das heißt aber nichts anders als die „Grenzen der Erkenntniß" bestimmen.

Ich hätte gern über diesen Punkt Aufschluß, ehe ich an die Beantwortung gehe, um nicht Hrn. D.'s Absicht zu verkennen und ihn für etwas büßen zu lassen, was er vielleicht anders d. h. ohne Widerspruch gemeint hat. — —a

---

An die Redaktion des „Vorwärts" zur gefälligen Beförderung**).

In Erwiederung auf die an mich gerichtete Frage des Herrn — —a. in Hamburg

und zur Lösung des vermeintlichen Widerspruchs von der begreiflichen Unbegreiflichkeit hiermit die Mittheilung, daß ich zu den Dialektikern zähle, welche die Einheit in der Vielheit, die Freiheit in der Nothwendigkeit und das Begreifliche im Unbegreiflichen finden.

„Allerdings", heißt es in dem betreffenden Artikel vom 27. Juli, „giebt es Unverständliches, Unbegreifliches, es giebt Grenzen unseres Erkenntnißvermögens; aber nur in dem hausbackenen Sinne, wie es Unsichtbares und Unhörbares, wie es Grenzen für Auge und Ohr giebt .... Wenn das Auge keine Musiktöne, keine Wohlgerüche oder die Schwere der Körper nicht zu sehen vermag, so ist das eine verständige Grenze des Auges; aber keine Grenze in dem unverständigen Sinne der Metaphysik, welche mit dem Namen Grenze oder Schranke einen Mangel ausdrückt." Alles ist im „letzten Grunde" unbegreiflich; aber nicht in dem vertrakten zünftig-philosophischen Sinne, daß diese Unbegreiflichkeit eine menschliche Schwäche wäre, die „höheren Orts" überwunden ist oder überwunden werden soll.

„Also, Herr!" frage ich mit Ihren eigenen Worten, „wozu der Lärm? Was soll denn all das Gerede?" Wollen Sie denn nicht verstehn, daß das Unbegreifliche, welches ich anerkenne, keine philosophische „Grenze der Erkenntniß", sondern eine wirkliche, eine hausbackene Grenze ist, der kein Verstand, keine Erkenntniß, auch keine transcendente, etwas anhaben kann; weil das Unbegreifliche kein Objekt des Begriffsvermögens ist, weil das Begriffsvermögen ein ebenso beschränktes Ding oder Aktus ist, wie jedes und jeder Andere.

Ich möchte gern, daß der werthe Herr — —a den „dargebotenen Haken nach Möglichkeit öffentlich ausnütze", damit „Halbwissen" und „Halbbildung" gründlich abgeführt würden, gleichviel auf welcher Seite sie sich schließlich finden.

Der Herr sagt: „Giebt es irgendwo oder »wie etwas Unbegreifliches, so ist es eben die größte Aufgabe der Wissenschaft zu sagen, wo das Unbegreifliche anfängt, worin es besteht u. s. w., das heißt aber nichts anders als die „Grenzen der Erkenntniß" bestimmen."

Mit dieser Definition über die Aufgabe der Wissenschaft kann ich mich nicht verständigen. Ich dächte, die Wissenschaft löste ihre Aufgabe positiv, nicht negativ, sie hat nicht das Unbegreifliche, sondern das Begreifliche zu bestimmen, d. h. sie hat Antwort zu geben auf die Frage, was heißt erkennen, begreifen, erklären; sie hat speziell den sprachlich festgestellten Begriff der Erkenntniß zu definiren. Und da findet sich denn, daß dies Erkennen nichts weiter sagen will, als die Eintheilung des Gegebenen in Gattung und Art.

Wenn in solcher Art die intellektuelle Operation klar gemacht ist, dann sind die Grenzen der Erkenntniß festgestellt, dann sind es aber auch positive Grenzen, Grenzen „an sich", Grenzen des gesunden und nicht des beschränkten Menschenverstandes.

Nun noch eins. Wenn ich von „höherer Phantasterei" und „Salbaderei" gesprochen und Herr — —a das „Persönlichkeit" nennt, obgleich aus dem Zusammenhang hervorgeht, daß mit dem einen mehr als die halbe Welt und mit dem andern mehr als der halbe Büchermarkt bezeichnet sein soll, so glaube ich sagen zu dürfen, daß der Herr seiner Persönlichkeit eine übertriebene Ausdehnung giebt oder allzu empfindlich ist.

Der Artikel: „die Grenzen der Erkenntniß" enthält gegen Ende der dritten Spalte einen Druckfehler. Statt: Wer Unbegreifliches will, treibt Eulenspiegelei, muß es heißen: Wer Unbegreifliches begreifen will ꝛc.

Schließlich möchte ich dem Herrn noch versichern, daß Persönlichkeiten mir ebenso fern liegen, wie wenigstens ihm selbst, und wenn ich Worte gebrauche, die ihm unsympathisch sind, so ist damit nie der persönliche Gegner, sondern die Art oder Klasse gemeint. Ich sympathisire mit der derben Sprache, weil mir die Prüderie der englischen Damen verhaßt ist, die das Wort Bein nicht aussprechen, ohne zu erröthen. Also, Pardon! ich pardonire dagegen das „Halbwissen" und die „Halbbildung".

Siegburg, 8. Dezember 1877.

Hochachtungsvoll

J. Dietzgen.

*) Ist im Briefkasten geschehen. D. R.

**) Die Adresse unseres Hamburger — —a Korrespondenten ist uns nicht bekannt; deshalb, und zur Vervollständigung des letzten Dietzgen'schen Artikels, veröffentlichen wir beide Briefe. D. R.

Vermischtes.

— Zur Geschichte des Münzwesens. Ein niederländischer Gelehrter, Herr W. Vissering, hat in einem Werke: „On Chinese Currency" (Ueber chinesisches Münzwesen) die Nachrichten und Ansichten der Chinesen über die Geschichte ihres Münzwesens zusammengestellt. Man ersieht aus seinem Bericht, daß dieselben schon vor 1000 Jahren die Gefahren der Papiergeldwirthschaft klar erkannt, ohne daß sie indessen, ganz wie ihre jüngeren Nachfolger im Abendlande, dieser Erkenntniß gemäß sich einzurichten vermocht hätten. Das Papiergeld erscheint in China zuerst im Jahre 758 und trug damals den Namen „fliegendes Geld". Bald vom Staate, bald von Banken ausgegeben und durch zeitweise eintretende Creditlosigkeit beider entwerthet und außer Cours gesetzt, erhielt sich das „bequeme Geld", wie es auch genannt wurde, seitdem in Gebrauch. Wenn es auch vorkam, was ein Geschichtschreiber aus dem Jahre 1076 berichtet, daß wegen Entfremdung des Reservefonds die Noten, „so bequem sie sonst waren, doch nicht eingelöst werden konnten", so fielen dieselben für kurze Zeit in Mißcredit, um indessen bald wieder von einer anderen Regierung in anderen Formen in Umlauf gesetzt zu werden. Es wurden auch Bons ausgegeben, welche Thee, Salz, Gewürze und dergleichen vertraten, aber auch diese sanken gewöhnlich bald tief im Werthe aus Mangel an Metalldeckung. Scheidemünze war ursprünglich einfache Waare, z. B. Zeuge und dergleichen, aber anderthalb Jahrhunderte v. Chr. prägte man Münzen aus einem Gemisch von Zinn und Silber. In frühester Zeit sollen auch Stücke weißen Rehfells die Scheidemünze vertreten haben.

— Was die Staatsoberhäupter und die Volksvertretungen kosten. Nach der „vergleichenden Zusammenstellung der europäischen Staatsausgaben" von Eduard Pfeiffer geben für Hofhaltung, Civilliste und Apanagen aus:

Rußland	32,140,000	M.	pro Kopf	0,39	M.
Frankreich	778,000	„	„ „	0,02	„
England	11,270,000	„	„ „	0,34	„
Italien	11,640,000	„	„ „	0,43	„
Preußen	13,259,000	„	„ „	0,52	„
Oesterreich (Cis)	9,300,000	„	„ „	0,43	„
„ (Trans)	9,300,000	„	„ „	0,58	„
Belgien	2,800,000	„	„ „	0,52	„
Schweiz	68,000	„	„ „	0,02	„
Bayern	5,145,000	„	„ „	1,02	„
Sachsen	3,471,000	„	„ „	1,26	„
Württemberg	2,100,000	„	„ „	1,12	„
Baden	1,788,000	„	„ „	1,19	„
Hessen	1,413,000	„	„ „	1,60	„

Die größte Summe bezieht der Kaiser von Rußland mit 32 Millionen; dann folgt Oesterreich mit 18,600,000. Frankreich, das unter dem Kaiserreich 21 Millionen für die Civilliste ausgab, kommt jetzt bedeutend billiger weg. Die republikanische Schweiz braucht gleichfalls nicht viel Geld für ihr Staatsoberhaupt. Vergleicht man nun die Summen der Civillisten mit der Zahl der Bevölkerung, so ergibt sich die Thatsache, daß die Last der Civilliste um so größer wird, je kleiner der Staat ist, was sich sehr natürlich daraus erklärt, daß die Fürsten der kleinen Staaten im Besitze derselben „Majestät" sind, wie die großen, und folglich dasselbe Recht auf majestätische Einnahmen und Ausgaben besitzen. Den Bayern kostet ihr constitutioneller König mehr als noch einmal soviel, als den Russen ihr autokratischer Kaiser, und hinwieder bezahlt der Sachse das Vergnügen, einen besonderen Herrscher zu haben, theurer als der Bayer, der Hesse theuerer als der Sachse. Und so weiter. Interessant ist auch das Verhältniß der Ausgaben für die Civilliste zur Gesammtsumme der Staatsausgabe. In Frankreich beträgt der Unterhalt des Staatsoberhauptes nur 1/25, in England 1, in Italien und Cisleithanien 1½, in Preußen 2, in Belgien und Ungarn 2½ pCt. aller Regierungsausgaben; in Bayern und Württemberg verlangt die Civilliste nahe an 4, in Sachsen und Baden zwischen 4 und 5 pCt. der Regierungsausgaben; in Hessen verschlingt die Civilliste mehr als 6, und in einzelnen deutschen Fürstenthümern gar bis zu 30 pCt. aller Regierungsausgaben.

Für die Volksvertretung — Rußland fehlt in dieser Rubrik — geben aus:

Deutsches Reich	281,000	M.	per Kopf	0,07	M.
Frankreich	6,923,000	„	„ „	0,19	„
England	4,315,000	„	„ „	0,13	„
Italien	1,632,000	„	„ „	0,06	„
Preußen	1,355,000	„	„ „	0,05	„
Oesterreich (Cis)	1,253,000	„	„ „	0,06	„
„ (Trans)	1,810,000	„	„ „	0,11	„
Belgien	593,000	„	„ „	0,11	„
Schweiz	163,000	„	„ „	0,06	„
Bayern	399,000	„	„ „	0,08	„
Sachsen	183,000	„	„ „	0,07	„
Württemberg	199,000	„	„ „	0,11	„
Elsaß-Lothringen	45,000	„	„ „	0,03	„
Baden	82,000	„	„ „	0,05	„
Hessen	41,000	„	„ „	0,05	„
Zürich	46,000	„	„ „	0,16	„

Die billigste Vertretung hat also das deutsche Reich. Gut, daß sie in Philadelphia nicht ausgestellt werden konnte, sonst wäre sie ohne Gnade dem Reuleaux'schen Satze verfallen. Was kann man für 7/10 Pfg. per Kopf auch verlangen? Wenn der Bismarck'sche Parlamentarismus der billigste ist, so kostet der englische am meisten, leistet dafür aber auch das meiste — natürlich für die herrschende Klasse. Das bekannte Gesetz, daß je höher der Lohn, desto höher die Arbeitsleistung, gilt also auch auf parlamentarischen Gebiet.

Durch uns ist zu beziehen:

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dietzgen.

Preis 10 Pf.

Leipzig. Die Expedition des „Vorwärts".

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

RX 000 012 380

DATE DUE

GAYLORD

PRINTED IN U.S.A.